Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur

Begründer

Dr. Armin Kausen

XVI. Jahrgang

1919

Inhaltverzeichnis 1919.

I. Weltrundschau

in fortlaufender Reihenfolge.
Von Fritz Nienkemper, Berlin.

II. Politisches, Volkswirtschaftliches und Soziales.

III. Religiöses und Konfessionelles.

Seite

IV. Schulfragen, Pädagogisches.

V. Allgemeine Kulturfragen.

VI. Sittlichkeitsfragen.

VII. Wissenschaft und Kunst.

VIII. Literatur.

IX. Feuilletonistisches, Skizzen.

X. Poesie.

XI. Bühnen- und Musikrundschau.

XII. Finanz- und Handelsrundschau.

Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gb.
Ruf-Nummer 205 20.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich M 3.50.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis: Die 5 X gespalt. Grundzeile 50 Pf., Anz. auf Textseite die 95 mm breite Zeile 250 Pf.
Beilagen einschl. Postgebühren M 12 d. Tausend.
Teuerungszuschlag 25%.
Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.
Rabatt nach Tarif.
Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig.
Erfüllungsort ist München.
Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt.
Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer.

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 1. München, 4. Januar 1919. XVI. Jahrgang.

Am Meilenstein 1919.

Von Fritz Nienkemper, Berlin.

Eine so grausame Enttäuschung, einen so jähen und tiefen Sturz dürfte kaum ein Jahr der Menschheitsgeschichte einer großen Nation gebracht haben, wie es uns das Schicksalsjahr 1918 beschieden hat.

Welch stolze Hoffnungen zum vorigen Silvester, als der Siegesfrieden im Osten vor dem Abschluß stand und die Aussichten für den verbleibenden Einfrontenkrieg rosig erschienen. Noch höher flackerte die Zuversicht auf, als die ersten glänzenden Erfolge unserer Frühjahrsoffensive zur Marne gemeldet wurden. Und nach wenigen Monaten der volle Zusammenbruch der ganzen deutschen Herrlichkeit an der Front wie im Innern!

„Gestern noch auf stolzen Rossen, heute durch die Brust geschossen.“ So war und ist das Schicksal unseres Volkes. „Morgen in das kühle Grab“, lautet die traurige Fortsetzung. Soll die Niederlage zum Grab für die deutsche Nation werden? Die unerbittlichen Feinde in Frankreich und England möchten in der Tat den verwundeten Gegner in die Gruft befördern, und es gibt tolle Volksgenossen, die beim Grabschaufeln ihnen helfen, wissentlich oder aus Unverstand. Der letzte Halt für das versinkende Deutschland ist die Nationalversammlung. Ob sie den wirksamen Heiltrank für die kranke Nation verschreiben kann und ob das Rezept in der verworrenen Apotheke ausgeführt wird, ist noch ebenso unsicher, wie die Gnadenhilfe Wilsons in unseren Grenz-, Geld- und Handelsfragen.

Wie konnte es soweit kommen? Wer trägt die Schuld?

Clemenceau sagte einmal in einer Rede zur Aufmunterung seiner Landsleute, diejenige Partei werde siegen, die es eine Viertelstunde länger aushalte. In der Tat ist unsere Widerstandskraft etwas zu früh zusammengebrochen. Hätten wir bis in den hemmenden Winter hinein die Fochsche Offensive aufhalten können, so würden wir vielleicht noch einen Verständigungsfrieden erreicht haben. Aber es ging nicht mehr. Das Versagen unserer Kraft kündigte sich bereits an in dem Heeresbericht vom 8. August. Da begann die Entscheidungsschlacht, und wir erfuhren, daß die Uebermacht der Feinde mit ihrer überraschenden Fülle von Tanks und sonstigem Kriegsgerät in unsere Linien sich die erste Gasse gebahnt hatte. Der deutsche Heeresbericht, der nachträglich viel gescholten ist, hat niemals die Unwahrheit gesagt, aber er hat aus psychologischen Gründen die unangenehme Wahrheit nicht immer in gemeinverständlicher Deutlichkeit hervortreten lassen. Was man wünscht, das glaubt man gern, und so gaben wir uns der Zuversicht hin, daß die „Verkürzungen“ unserer Front im Westen dieses Mal wie früher ein ungefährliches Aushilfsmittel für den Augenblick sein würden. Aber das Zurückweichen nahm einen Umfang an, der nicht nur für die strategische Lage, sondern auch für den Kampfmut im Heer und im Hinterland verhängnisvoll wurde. Es breitete sich die Stimmung aus: Wir schaffen es nicht; wir können nicht durchhalten; weitere Opfer sind vergebens. So hatten die Gegner ihr Ziel noch vor dem Winter erreicht.

Zur Hertlingkrise am Ende September lag bereits der Notschrei der obersten Heeresleitung vor: Es muß sofort Waffenstillstand und Frieden beantragt werden! Prinz Max von Baden, der opferwillig in die Bresche sprang, hat bekundet, daß wenige Tage später der Generalstab wieder erklärt habe, die Truppen seien doch noch stärker und williger, als man angenommen habe. Da war aber das Waffenstillstandsgesuch schon entschieden, und nach allem, was man später gehört und gesehen hat, würde der nachträgliche Optimismus der Obersten Heeresleitung sich schwerlich bewährt haben.

Nach Lage der Dinge mußte das Waffenstillstandsgesuch zu einer tatsächlichen Waffenstreckung führen. Der Notenaustausch mit Wilson dauerte einen Monat. Die Gegner konnten ihren Siegeszug fortsetzen; für uns war es eine Galgenfrist. Als die Niederlage an der Front offensichtlich war, wurde die Revolution in der Heimat vorbereitet, wesentlich unterstützt durch Geld, Flugschriften und Waffen russischen Ursprungs. Die weitgehende Demokratisierung des Staatslebens kam zu spät. Als die kaiserliche Regierung ihre Unterhändler für den Waffenstillstand abgeschickt hatte, wurde sie alsbald von der sozialistischen Republik abgelöst. Niederlage und Revolution sind Zwillinge. In Deutschland wurde diese Duplizität der Ereignisse nur gemildert durch den unblutigen Verlauf der Umwälzung.

Forscht man nach der letzten Ursache, so ergibt sich ein Sieg der Masse. Unsere Wehrkraft ist der Ueberzahl der Soldaten, der Schiffe, der Tanks, der Kanonen usw. erlegen; unsere Staatsordnung ist zusammengebrochen unter dem Druck breiter Volksschichten, die unter den langen Prüfungen verdrossen und verzagt, für die Hetzer zugänglich geworden waren.

Für uns bleibt es immer ehrenvoll, daß wir einer ganzen Welt von Feinden vier Jahre lang zu widerstehen vermochten. Doch je länger der Krieg sich hinzog, desto mehr mußten unsere lebendigen und toten Hilfsmittel zusammenschrumpfen, während auf der Gegenseite die Kräfte sich mehrten. Die Blockade konnten wir anfänglich auf die leichte Achsel nehmen; bei längerer Dauer wirkte sie lähmend auf die Volks- wie auf die Heeresversorgung. Der Notbehelf mit allerhand „Ersatz“ kann schließlich nicht aufkommen gegenüber der Wirtschaft aus dem Vollen, die sich die Gegner leisten. Dazu kam der Raubbau an der Volkskraft durch den schamlosen Wucher und die unerhörten Preistreibereien, denen die alte Regierung ebensowenig wie jetzt die neue ernstlich zu steuern in der Lage war.

So erklärt sich auch der Zusammenbruch unserer Verbündeten im Südosten. Die Entente hatte Material genug, um neben ihrer französisch-flandrischen Front noch das Heer von Saloniki zu halten und von Syrien her die Türkei zu bedrohen. Die ermüdete bulgarische Armee konnte dem Angriffe der aufgefrischten, mit allen technischen Hilfsmitteln in überraschender Fülle versehenen Truppen der Alliierten nicht standhalten, und auch die Türken ließen die Widerstandskraft vor Saloniki mehr und mehr vermissen. Als Oesterreich sich im Rücken bedroht sah, fiel auch dieser Bundesgenosse vollends der Zermürbung anheim.

Unsere Offensive im Frühjahr 1918 war ein kühner Versuch, der drohenden Massengefahr durch einen überraschenden Vorstoß zu begegnen. Nachträglich sieht das Wagnis nach Verwegenheit oder gar Verzweiflung aus. Wir hatten nicht die erforderliche Masse von Kräften, um in der Richtung Paris oder in der Richtung Calais einen durchschlagenden und haltbaren Erfolg zu erringen. Wir kamen 1918 wieder bis zur Marne, wo wir schon im Herbst 1914 gewesen waren und Halt machen mußten. Damals scheiterte dort der Plan, durch die schnelle Ueberrennung der Franzosen sich freie Hand gegen Rußland zu schaffen. Wir mußten uns zum Stellungskrieg im Westen bequemen. Und als nun nach jahrelangem Ringen die Feindesmacht im Osten gebrochen war, da hatte sich die Feindesmacht im Westen so verstärkt, daß auch die bestmögliche Konzentration unserer Kräfte nicht mehr ausreichte. Wäre es nach der russischen Revolution von 1917

alsbald im Osten zum Friedensschluß gekommen, so hätten wir es im Westen wohl noch schaffen können. Die Entente muß den russischen Umstürzlern dankbar sein, sowohl dem Kerenski für seine nachträgliche Offensive, als auch den Trotzki und Genossen für die Verschleppung der Friedensverhandlungen: denn jeder Zeitgewinn war von entscheidendem Werte für unsere Feinde im Westen.

Die Amerikaner haben im Herbst dieses Schicksalsjahres den Ausschlag gegeben. Sie konnten noch rechtzeitig ihre Massen an Soldaten und Kriegsgeräte herüberbringen, weil unser Tauchbootkrieg seinen Erfolg nicht erreicht hatte. So kann man den Wendepunkt unseres Kriegsglücks finden in der engeren Wahl, die wir zu Anfang 1917 zu fassen hatten: entweder Verzicht auf den Tauchbootkrieg oder Kriegsbeteiligung Amerikas. Unsere Sachverständigen haben sich damals geirrt. Sie haben das Tauchboot überschätzt und Amerika unterschätzt. Für diesen Rechenfehler müssen wir jetzt bitterlich büßen.

Zu dem Massenangriff gehört auch die ungeheuere Propaganda, die von den Gegnern in allen denkbaren Formen der seelischen Beeinflussung betrieben wurde. Sie haben Milliarden aufgewendet für Zeitungen und Flugblätter, für Spione und Agenten, um den Geist im Volk und im Heere zu vergiften und zu lähmen. Die Deutschen sind ja von alters her den ausländischen Einflüssen mehr zugänglich, als die selbstgefälligen Franzosen und die machtstolzen Briten. Wir haben keinen Einfluß auf die Volksseele außerhalb unseres Gebiets gewinnen können. Auch die Hoffnungen auf eine Friedensbewegung unter den Sozialisten der feindlichen Länder wurden bitter enttäuscht. Was sich international nannte, war und blieb deutschfeindlich. An Zähigkeit haben die feindlichen Völker uns und unsere Bundesgenossen übertroffen. Allerdings ist dabei zu beachten, daß auf der Gegenseite auch bei zeitweiligen Rückschlägen immer noch das Bewußtsein blieb: Fast die ganze Welt hilft uns, wir haben die gewaltige Uebermacht, der Endsieg mit reicher Beute an Ruhm, Land und Geld ist uns sicher! Dagegen fraß sich bei uns, unter Nachhilfe der feindlichen Propaganda, die lähmende Ansicht ein: Wir schaffen es doch nicht, die weiteren Opfer sind vergebens, wir müssen Schluß machen!

Wie viel Knechtssinn und Unverstand gegenüber dem Auslande bei uns möglich ist, zeigte sich auf die traurigste Weise in der Eisnerschen „Politik“, durch das (tatsächlich falsche) Eingeständnis unserer Schuld am Kriege die Gnade der feindlichen Machthaber zu erbetteln. Die natürliche Antwort war: Je schuldiger ihr seid, desto härter müßt ihr gestraft werden!

*

Der schnelle und glatte Sturz des alten Regiments hätte eine gewisse Entlastung herbeiführen können, wenn die neuen Machthaber die freie Hand, die sie so leicht gewonnen hatten, mit Kraft und Geschick gebraucht haben würden. Was ist das Ergebnis der Probe von acht Wochen? Nichts ist besser geworden; alles schlechter!

Gegen Schluß des Jahres hatten wir überhaupt keine Regierung, die diesen Namen verdiente. Wer noch etwas Vertrauen auf das sechsköpfige Reichskanzlertum gehabt hatte, der wurde durch die Weihnachtskämpfe in Berlin kuriert. Eine gierige Schar von Matrosen brachte es fertig, die sog. Regierung stundenlang und den sog. Stadtkommandanten tagelang gefangen zu setzen. Als am zweiten Tage Truppen gegen die Meuterer aufgeboten waren, riskierte man einige Kanonenschüsse, aber dann ließ man sich wieder auf das Glatteis von „Verhandlungen“ locken, das „Volk“ der Spartakusleute drängte sich dazwischen, die Ordnungstruppen ließen sich zum großen Teil beschwatzen und entwaffnen, das Ende war ein „Abkommen“, bei dem die Meuterer ihren Willen durchsetzten und sogar mit der Eingliederung in die republikanische Soldatenwehr belohnt wurden. Eine Kapitulation der sog. Regierung, die schreckliche Aussichten eröffnete. Solche Rat- und Hilflosigkeit unmittelbar nach dem Reichskongreß der „Räte“, der durch mehrere relativ vernünftige Beschlüsse die Macht der Regierung zu stärken versucht hatte!

Nun haben die zwischen dem Rat der „Volksbeauftragten“ und dem „Zentralrat“ bis in die Frühe des letzten Sonntags hinein geführten Verhandlungen zu einer gewissen Klärung geführt: Die drei „Unabhängigen“ sind aus der Regierung ausgeschieden und durch zwei Mehrheitssozialisten ersetzt worden, da der Zentralrat sich auf die Seite der letzteren stellte. Es bleibt nun abzuwarten, ob die jetzt „homogene“ Regierung die Kraft haben wird, ihr Programm der Arbeit, für das sie in einem Aufruf die Mitarbeit des deutschen Volkes anruft, gegen die Radikalen durchzusetzen, und ob die „Unabhängigen“, die durch ihr Ausscheiden aus der Regierung zugleich zu „Unverantwortlichen“ geworden sind, ihre Oppositionsgelüste soweit zügeln werden, daß sie den Abschiedswunsch des Herrn Haase wahrmachen und zugleich die Spartakus-Gesellen abschütteln. Oder wird der „Vorwärts“ recht behalten, der meinte, die nächste Folge des Ausscheidens der Unabhängigen werde die sein, daß es in dem Hexenkessel Berlin noch etwas stärker rumoren werde; vielleicht sei es sogar notwendig, daß die gewalttätige Minderheit ihre Frechheit bis auf die äußerste Spitze treibe, damit der Wille des wirklichen Volkes sich mit elementarer Gewalt entlade. Damit wäre aber auch das Schicksal Berlins als Reichshauptstadt entschieden. Denn, darin hat der „Vorwärts“ auch recht, das Reich hat eine solche Pferdekur nicht nötig, es würde dann den Berliner Hexenkessel in seinem eigenen Fett brodeln lassen und sich außerhalb Berlins seine Zentrale schaffen. Auch die Streikausschreitungen im rheinisch-westfälischen und im oberschlesischen Kohlenrevier zeigen, daß es höchste Zeit ist, dem Bolschewismus in Deutschland ein Ende zu machen.

Die Sozialdemokratie hat nach ihren Augenblickserfolgen ein Jubelgeschrei erhoben, als ob mit dem Jahre 1919 die weltgeschichtliche Aera des Sozialismus beginnen würde. Schon jetzt sieht man klar, daß ihre Erfolge bei den „glorreichen“ Revolutionen Pyrrhussiege waren. Die Sozialdemokratie hat in Deutschland wie in Rußland sich als unfähig erwiesen zur Verwirklichung ihrer Theorien, und die Ernüchterung macht sich in der enttäuschten Volksseele auch bei uns schon bemerklich. Trotz der Haufen von gefallenen Thronen kann man auch nicht sagen, daß die echte und ehrliche Demokratie als Siegerin dastehe. Denn zum Ausgang dieses Schicksalsjahres bestimmen die Machthaber von England, Nordamerika und Frankreich das Schicksal der Welt, und dort herrscht nicht der Volkswille, sondern das oligarchische Regiment des Kapitalismus. Wir werden ja sehen, ob Wilson, der jetzt mit den führenden Männern der Entente persönlich verhandelt, sein Wort wahr machen kann, das er am 27. Dezember auf dem Staatsbankett im Buckingham-Palast vor dem König von England sprach: „Wir alle sprachen die großen Worte „Recht und Gerechtigkeit“, und wir müssen zeigen, ob wir die Worte verstehen oder nicht, und wie sie im einzelnen auf die Abmachungen anzuwenden sind, die den Krieg abschließen müssen. Wir müssen sie nicht nur verstehen, sondern auch den Mut haben, nach unserer Ansicht zu handeln.“

Die weltgeschichtlichen Ausblicke können uns freilich nicht trösten in unserer gegenwärtigen Not. Deutschland saß während des Krieges in einer Zwickmühle und ist auch jetzt noch von zwei Seiten bedrängt. Der Militarismus und Imperialismus, der in den falschen westlichen Demokratien so üppig sich entwickelt hat, steigt uns aufs Dach, und zugleich droht der Bolschewismus von Osten her die Fundamente unseres Hauses zu zerstören.

Wird die Nationalversammlung das Verhängnis abwehren können, das uns Bosheit und Unverstand geschaffen haben? Das ist unsicher, doch sicherlich ist es unsere höchste und dringlichste Ehren-, Bürger- und Christenpflicht, daß wir alles tun, um eine tüchtige Nationalversammlung zu schaffen. Nur so kann 1919 ein Jahr der Genesung werden.

Erste Friedens-Generalversammlung der Katholiken Deutschlands.

(Eine Anregung.)

Von August Ruß.

Die Aufgaben der neuen Zeit türmen sich ins Riesenhafte. Arbeiten, arbeiten und immer wieder arbeiten! Das ist die Parole der kommenden Jahre. Auch die Katholiken Deutschlands stehen vor einem unabsehbaren Arbeitsfeld. Das Alte liegt in Trümmern. Neues ist geworden. Wir deutschen Kinder der katholischen Kirche lechzen nach Führung und neuer Arbeit zu neuen Zielen auf Grund unserer alten katholischen Weltanschauung. Wir schauen sehnsüchtig nach den Leuchttürmen

aus, die mitten im brandenden Meere uns die unvergänglichen Ideale weisen, nach denen unser Lebensschiff steuern soll. Wir verlangen nach Konzentration aller in uns liegenden Kräfte, nach dem machtvollen, einheitlichen Ausdruck dessen, was wir wollen. Des Katholizismus eigene Prägung soll und muß Balsam in die tausend Wunden träufeln, die ein verheerender langer Krieg der Menschheit geschlagen hat. Wir heischen Antwort auf die Fragen: Was will die neue Zeit von uns und was können wir ihr geben? Wie können wir den großen Gefahren, die den Katholizismus bedrohen, wirksam begegnen?

Den einheitlichsten und unüberhörbarsten Willen des deutschen katholischen Volkes zum Leben, zur freien Auswirkung aller seiner Eignungen im Geiste des universellen katholischen Kulturprogramms vermag nur ein allgemeiner deutscher Katholikentag zum unverfälschten Ausdruck zu bringen. Deshalb sollte von den zuständigen Stellen sobald als möglich die erste Friedens-Generalversammlung der Katholiken Deutschlands an einen zentral gelegenen Ort unseres Vaterlandes einberufen werden. Ich bin mir der außerordentlichen Schwierigkeiten, die diesem Vorschlag entgegenstehen, wohl bewußt. Sie müssen aber angesichts der großen Notwendigkeit einer mündlichen Generalaussprache von Angesicht zu Angesicht über alles, was in den letzten fünf Jahren geschehen ist und was uns in dieser schweren Schicksalszeit erschüttert, zurücktreten. Der ungeheure praktische und moralische Nutzen einer unmittelbaren mündlichen Erörterung in der großen Familie der Katholiken Deutschlands über die Zeitlage und unsere Aufgabe ist nicht zu verkennen. Das katholische Volk wartet auf das zündende Wort seiner berufenen Führer, wartet auf die große Zeitparole, die von einer zentralen Instanz und in autoritativer Form ausgegeben wird, wartet auf die Erneuerung des katholischen Kulturprogramms, das für deutsche Herzen und katholische Seelen aufgerichtet wird und das die alte katholische Wahrheit und Weisheit in neue Goldgefäße sammelt, um sich von da aus als segenreicher Strom neuen Lebens in die Gemeinschaft aller deutschen Katholiken zu ergießen. Wir warten auf die Erhebung unserer sturmerprobten Fahnen über alles Volk, damit wir erneut den Fahneneid auf die katholische Verfassung leisten können.

Viel' Feinde ringsum! Wir stehen im geistigen Krieg mit den Widersachern des Kreuzes. Schließen wir die Reihen und sammeln wir uns um den gemeinsamen Mittelpunkt unserer Führung! Alle die herrlichen Kräfte unserer Art, wie sie vor dem Kriege in den öffentlichen und geschlossenen Sitzungen und den mannigfachen Nebenveranstaltungen der deutschen Katholikentage zum Heile von Kirche und Vaterland wirksam gewesen sind, müssen wieder lebendig werden. Wir wollen uns aussprechen, uns ins Auge sehen, Händedrucke tauschen, den warmen, belebenden Pulsschlag des großen katholischen Gedankens aufs neue spüren. Wir müssen es. Es gehört für uns zum Leben. Das sentire cum ecclesia muß wieder mit den alten leuchtenden Farben auf unsere Banner geschrieben werden. Darunter aber muß in ebenso leuchtenden Lettern stehen: Sentire cum populo et pro populo! Lasset uns über allem Materialismus und aller Selbstsucht das Siegeszeichen des reinen Idealismus aufrichten, dem unsere Arbeit und die Zukunft gehört.

Dieser Siegesglaube und Siegeswille im Sinne der christlichen Kulturauffassung muß schon heute allenthalben lebendig sein und sich bei den Wahlen und jeder öffentlichen Betätigung mit zäher Rührigkeit auswirken.

Neujahr.

Ein neues Jahr bricht schweigend an.
Halt' deine Pforten aufgetan,
Fürcht' seine dunklen Rätsel nicht,
Schau nicht ins Dunkel, schau ins Licht!

Und nimm des Lebens grosses Leid,
Die Schönheit und die Heiligkeit,
Des Alltags Mühsal, seine Last
Und was du sonst zu tragen hast,
Auf deine Schultern, — ungekrümmt —
So wie man edle Lasten nimmt.

E. Taufkirch.

Was wird aus Deutschböhmen?

Von Ottokar Krok.

Die Loge arbeitet planmäßig und zielbewußt. Ihre politischen und sozialen Reformen, meint J. W. Taylor, werden nicht so sehr durch die unmittelbar wahrnehmbaren Ursachen bewiesen, als durch unauffällige, allmähliche systematische Ausbreitung von „Grundsätzen", als deren reife Frucht sie in die Erscheinung treten, so daß schließlich ganze Nationen wie ein Mann sich zur Vollbringung der großen Endziele aufraffen. Den Beweis für dieses Wahrwort liefert uns der neueste Schlager der Loge: „Selbstbestimmungsrecht". Sobald das Wort von Männern der österreichischen Regierung akzeptiert war, war der Untergang Oesterreichs besiegelt. Trunken von dieser Phrase rannten die Völker der Donaumonarchie auseinander. Sie werden sich auf langem, vielleicht blutigem Umweg wieder zusammenfinden, weil sie aufeinander angewiesen sind. Vorerst aber hat die Loge gesiegt. Mazzinis Programm ist verwirklicht: Austria deleta est.

Auch wir Deutschböhmen wollen unser Selbstbestimmungsrecht, wir wollen frei sein, wie die Väter waren. Aber die Aussichten hierfür sind sehr gering. Der Logenmann Wilson ist beraten in mitteleuropäischen Angelegenheiten von dem ultratschechischen Präsidenten der tschecho-slowakischen Republik, dem Freimaurer Masaryk. Er ist also jedenfalls völlig einseitig über die Lage der Deutschböhmen orientiert. Er betrachtet Böhmen — wie es ja selbst in Deutschland vielfach geschieht — als ausschließlich tschechisches Gebiet mit deutschen Minderheiten. Der Friedenskongreß wird uns schwerlich recht geben. Ein Grund hiefür ist der, daß Frankreich bestrebt ist, deutsches Gebiet in größtmöglichem Umfange zu schlucken und darum — solamen miserum — gerne Genossen seines Unrechts haben möchte. Was Frankreich recht ist, ist den Tschechen, den Bundesgenossen der Entente, billig. Ueberdies steht der Friedenskongreß vor vollendeten Tatsachen: Deutschböhmen ist fast ohne Schwertstreich von den Tschechen besetzt; was man von Gewaltaten der Tschechen liest, ist vielfach übertrieben, oder es handelt sich um Uebergriffe untergeordneter Organe oder um Provokation der — „Sieger"; die deutschböhmische Regierung ist auf dem Umweg über Zittau, Dresden nach Wien geflüchtet; die Tschechen haben alle wichtigen Aemter inne und handeln als — Herren von Deutschböhmen. Kramarsch u. a. haben wiederholt erklärt, die Entente habe ihr Recht (der Tschechen) auf das ehemalige Königreich Böhmen anerkannt, das Selbstbestimmungsrecht finde auf Deutschböhmen keine Anwendung, und er fügte mit beißendem Spott hinzu, leider allzu wahr: „Ich begreife die Politik der deutschen Führer nicht. Wenn es Preise gäbe für schlechte Politik, so bekämen sie gewiß den ersten Preis. Ich begreife nicht, daß die deutschen Politiker jetzt, nachdem die Entente die Grenzen des tschecho-slowakischen Staates anerkannt hat, noch etwas verlangen können, was sie zur Zeit des stärksten deutschen Einflusses nicht erreichen konnten." Wenn übrigens eine Volksabstimmung zu entscheiden hätte über das Geschick Deutschböhmens, so ist noch lange nicht gesagt, daß Deutschböhmen selbständig bleibt. Die meisten deutschen Gebiete sind stark mit Tschechen durchsetzt. Durch die Dauer des Krieges, die furchtbare Unterernährung und andere Ursachen, die vorerst nicht erörtert werden können, sind überdies weite Volkskreise so zermürbt und apathisch, daß sie nur eines wünschen: Brot und Frieden. Wer zuerst Brot bringt, dem jubeln sie zu als ihrem Erlöser.

Warum mußte es so kommen? Die Ursachen gehen weit zurück. Den Hauptgrund hat Ministerpräsident Dr. Kramarsch genannt — der Feind sieht schärfer als wir: Es fehlt uns eine zielklare Führung. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß unseren Führern „Deutschböhmen" nur ein Schlagwort war, mit dem man die Massen fesseln wollte. Wer hierzulande nicht das nationale Mäntelchen trug, der konnte nichts erreichen. Wäre es den „Führern" ernst gewesen, so hätten sie einen bis ins letzte Detail ausgearbeiteten Plan haben müssen, wie wir ihn heute an den — Tschechen bewundern. Auch der Feind muß ihnen gestehen: Sie wußten, was sie wollten. Als aber für uns die Stunde gekommen war, nach der wir seit Jahr und Tag gerufen: ein selbständiges Deutschböhmen, da hatten unsere „Führer" durch Wochen hindurch den Kopf verloren und ließen die Tschechen handeln. Bei uns versagte alles, dort klappte alles wie bei einer Maschine.

Qualis rex, talis grex. Auch weiten Volkskreisen war das „Deutschtum" nur Phrase. Da wurde geredet, geredet und Refo-

lutionen gefaßt, bis auch der letzte Hüter von Leitomischl für ein selbständiges Deutschböhmen auf dem Papiere eingetreten war. Wäre mit Hoch- und Heilrufen das deutsche Volk zu retten, wir stünden heute glänzend da. Leider müssen wir Felix Dahn recht geben:

„Wir schreien zuviel Viktoria,
Hurrah und Kling klang Gloria,
Wir feiern zu viel Feste.
Einst trieben anders wir das Spiel,
Wir sprachen wenig, taten viel
Und die Art war die beste."

Die deutschen Taten fehlten. Die nationalen Schutzvereine haben schlechtweg versagt. Sie leisteten nicht positive, aufbauende Arbeit. Ihr Hauptziel war nationale Hetze und Kampf gegen alles — Katholische. Für unser gefährdetes Volkstum waren Opfer nötig. Die nationale Begeisterung aber reichte nur bis zum Geldbeutel. Wenn man um einige Kronen teuerer dem Tschechen sein Haus verkaufen konnte, wenn der tschechische Arbeiter einige Kreuzer billiger arbeitete, so wurde er vorgezogen. Nichts als Phrase ist es darum, wenn heute unsere deutsch-jüdischen Fabrikanten, deren wahre Gesinnung ein offenes Geheimnis ist, eine Erklärung abgeben, nachdem sie Deutschböhmen mit tschechischen Arbeitern geradezu überflutet haben: Wir stehen auf dem Boden eines selbständigen Deutschböhmen.

Warum hat die „Führung" versagt? Weil die Führer nur die Geführten waren. Führend war die Loge und ihre Presse, vor der sich unsere „Führer" bis heute anbetend neigen. Die Loge hat das Schlagwort „Nationalismus" unter die Menge geworfen, wie heute das Wort vom „Selbstbestimmungsrecht". Die Loge hat die „Führer" geblendet mit dem Wort „Der Klerikalismus ist der Feind" und hat uns dadurch, daß sie es verstand, den Führern die Meinung geradezu als Dogma zu suggerieren: „deutsch = lutherisch", die Los-von-Rom-Bewegung ins Land gebracht, die noch heute die Einheit im Denken und Handeln hindert. In der Stunde höchster völkischer Not beginnt unser deutscher Freisinn, dem heute die Sozialdemokratie sekundiert, die sich hypernational gebärdet, den Kulturkampf. Der Freimaurer Bürgermeister Dr. Bayer in Reichenberg z. B., Obmann der „Flamme", der „freien Schule" hatte nichts eiligeres zu tun als in den Tagen des Umsturzes das Krematorium eröffnen zu lassen — ein Akt der Anarchie, da die alten Gesetze fortbestehen; ein Hohn auf die Armen, die seit Wochen keine warme Stube haben, ein Faustschlag ins Gesicht der Katholiken. Derselbe Mann hatte den Tschechen das Ursulinenkloster in Reichenberg als Kaserne zur Verfügung stellen wollen und die Schwestern aufgefordert, sich zur Abreise bereitzuhalten u. s. w. Die Logenpresse untergräbt die Religion des Volkes. Fast in jeder Nummer werden die religiösen Gefühle der Katholiken verletzt in Angriffen auf die Priester, die Ehe, die christliche Schule, auf Kirche und Klöster. Die Logenpresse entwurzelt die Sittlichkeit. Ihren Erfolg berichten uns die Geburtsbücher, deren Sprache jedem Patrioten das Herz zerreißt. Den Erfolg künden uns die Plakate, die während des ganzen Krieges trotz Not und Tod zum Tanz einluden wie heute zu Heimkehrerkränzchen; die Plakate, die heute — als einzige Begrüßung an die heldenhaften Soldaten — vom Reichenberger Bahnhof grüßen: Geschlechtskranke meldet euch! Wahrhaftig, die Loge und ihre Presse arbeiten gut: ohne Religion, ohne Sittlichkeit und Einigkeit ist es um unser Volk geschehen. Die Loge kann und will nicht deutsch denken, weil ihre Führung jüdisch ist. Ihr einziges Ziel ist der Geldsack: darum haben sich die deutschgeschriebenen und in ganz Deutschböhmen verbreiteten Blätter Bohemia und Prager Abendblatt sofort dem Prager Narodny vybor zur Verfügung gestellt. Heute hat die Logenpresse noch die besondere Aufgabe, durch die Saat der Zwietracht unter den deutschen Christen die Aufmerksamkeit von den jüdischen Kriegsmillionären abzulenken. Es bleibt immer dieselbe Geschichte wie bei den „Hugenotten" Meyerbeers: Die Christen schlagen sich die Schädel ein, der Jude macht die Musik dazu und füllt seinen Beutel. Traurig ist nur das eine, daß unsere Führung mit Blindheit geschlagen ist.

Welches wird unser Geschick sein, falls wir tschechisch werden sollten? Wirtschaftlich sind wir auf die Tschechen ohnedies angewiesen. Wir dürften vielleicht viel weniger als Bundesgenossen der Entente und darum als „Sieger" unter den ungeheuren Kriegslasten der Folgezeit zu leiden haben. Das kann freilich kein Grund für einen Anschluß an Tschechovien sein; denn „das Leben gilt nichts, wenn die Freiheit fällt". Religiös haben wir hier wie dort den Kulturkampf zu erwarten, weil hier wie dort die Loge dominiert. Bei den Tschechen steht zu erwarten, daß unter Förderung der Regierung als Nationalreligion der Hussitismus aufs neue auflebt. (Bei einem Anschluß an Deutschland fürchten wir nicht minder, daß wir mit einer neuen Los-von-Rom-Bewegung überschüttet werden, die sicherlich viel, sehr viel dürres Laub vom Baume der Kirche schütteln würde.) In nationaler Hinsicht haben uns die Tschechen wiederholt freie nationale und kulturelle Entwicklung zugesichert. Es ist auch wahrscheinlich, daß sie ihr Versprechen einlösen würden. Sie müßten denn aus der jüngsten Geschichte nichts gelernt haben. Sie müßten vergessen, daß sie selbst mit allen Mitteln aus dem alten Oesterreich herausstrebten, weil sie ihre nationale Freiheit und Entwicklung nicht gesichert glaubten. Sollten sie uns vergewaltigen, so haben sie von Anfang an die Irredenta, die ihrem neuen Staate sehr gefährlich werden könnte. In weiterer Zukunft haben sie — wenn nicht die deutschen Mütter uns selbst das Grab der Nation schaufeln, was sehr zu besorgen ist! — die schärfsten Kämpfe und die Lostrennung der deutschen Gebiete zu erwarten.

Wir haben es leider nicht in der Hand, das Geschick Deutschböhmens zu bestimmen. Der Friedenskongreß diktiert und wir haben uns zu fügen. Ob für immer, hängt von uns ab. Frei werden wir nur dann bleiben, wenn wir einig sind, wenn wir selbst unser Haus bauen, unbeeinflußt durch Tschechen, aber auch durch Juden. Darum in der Stunde höchster Not die Mahnung an die Kulturkämpfer: Laßt den Kampf, wenn ihr deutsches Wesen liebt und erhalten wollt. Und eine Mahnung an alle deutsch-böhmischen Katholiken: Organisiert euch und schafft euch eine starke Presse! Ohne Presse — unserer heutigen katholischen Presse, so gediegen sie ist, fehlt die Lebensader, die Unterstützung durch das katholische Volk; tonangebend ist die jüdisch-liberale Presse — ohne Presse und ohne starke katholisch-soziale Organisation nach dem Vorbild des katholischen Volksbundes — die nationalen Vereine sind geradezu Schädlinge des Deutschtums — werden wir unser Volkstum nie erhalten. Ihr Deutschen Böhmens, was auch die nächste Zukunft bringt — ihr habt eine wichtige Mission für das deutsche Volk zu erfüllen. Vergeßt es nicht und schreibt euch das Wort des „Deutschen Reichsherolds", E. Geibel, tief in die Seele:

„So helfe mir Gott, daß ich walte
Mit Ernst des Pfundes, das mir ward,
Daß ich getreu am Banner halte
Der Deutschen Ehre, Zucht und Art."

Dokumente zum neuen Schulkampf.

Von Universitätsprofessor Dr. Göttler, München.

Obwohl die neuen Regierungen sich selbst als provisorische bezeichnen, obwohl sie mehrfach gebeten, ja beschworen wurden, doch wenigstens die Schule in Ruhe zu lassen, bis daß ein endgültiger Zustand durch die Nationalwahlen herbeigeführt ist, haben es einige der neuen Kultusminister sehr eilig, grundlegende Reformen schon jetzt durchzuführen, teilweise unter Abänderung von Verfassungsbestimmungen. Es sind vor allem die der beiden deutschen Hauptstaaten, während andere wie z. B. jene von Württemberg und Baden, einsichtsvoller in dieser Zeit des Werdens darauf verzichten, auch die Schule, die Kinder zu beunruhigen. Der derzeitige bayerische Minister „für Unterricht und Kultus" hat sich ja bezüglich der Volksschule einstweilen mit der Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht begnügt; nur bei den höheren Schulen ist er mit der Anordnung der „Schülerausschüsse" auch schon in das Innere eingedrungen. Das neue preußische Kultusministerium, das sich als „Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung" bezeichnet, hat nicht bloß die geistliche Ortsschulaufsicht gestrichen; es hat auch, im Namen der Gewissensfreiheit, jeden Zwang zu Religionsunterricht und religiöser Betätigung seitens der Schule (also Volks- und höheren Schule) verboten, für Schüler wie für Lehrer, damit zugleich aber gemeinsame religiöse Betätigung (Schulgebet, religiöse Schulfeiern) gänzlich untersagt, ohne Rücksicht darauf, ob nicht große Majoritäten, vielleicht ganze Schulen (namentlich auf dem Lande) dadurch in ihrer Gewissensfreiheit

beeinträchtigt werden. Wir bringen Verfügung und Begründung, auf welche anderwärts zurückzukommen sein wird, im Wortlaut (nach „Preuß. Staatsanzeiger" 1918 Nr. 291 vom 10. Dezember):

Die Stellung der Religion in der Schule hat zu einer Reihe fast allgemein anerkannter Mißstände geführt, deren Beseitigung längst fällig und eine Ehrenpflicht eines freien und sozialistischen Staatswesens ist. Wir bemerken aber ausdrücklich, daß wir, indem wir die größten Uebel nunmehr ausrotten, dies nicht im Namen der Trennung von Kirche und Staat tun, deren Durchführung vielmehr noch zu treffender Entscheidung vorbehalten bleibt. Was wir heute bestimmen, ist noch kein Akt jener Trennung, sondern der einfachen Pflicht zu Redlichkeit und Sauberkeit und des selbstverständlichen Rechts jedes Menschen auf die Freiheit seiner Ueberzeugung und seines religiösen Bekenntnisses. Um jede Glaubens- und Gewissensvergewaltigung aus der Schule zu entfernen, ist es nötig, jeden Zwang zu religiösen Uebungen und Aeußerungen, auch zur stillschweigenden Beteiligung an ihnen, zu beseitigen.

Nur böser Wille könnte einen solchen im Namen der Religions- und Gewissensfreiheit geschehenden Schritt zu einer Beeinträchtigung der Religionsfreiheit umdeuten. Die unbedingte Freiheit der religiösen Ueberzeugung und Aeußerung ist uns ein heiliges Recht jedes Bürgers, auch des minderjährigen. Ebensowenig denken wir daran, die Freiheit des religiösen Bekenntnisses und Kultus der verschiedenen Religionsgemeinschaften anzutasten. Nie aber dürfen von ihnen Zwangsmittel des Staates, also auch nicht die Schulpflicht der Kinder und das Dienstverhältnis der Lehrer in ihren Dienst gestellt werden. Die Schule gehört allen Bürgern in gleicher Weise, einerlei, welchen Bekenntnisses sie sind oder ob sie jedes Bekenntnis ablehnen.

Die Folgen des bisherigen, innerlich unwahren und widerrechtlichen Zustandes reden für jeden Unbefangenen eine deutliche Sprache. Auf der einen Seite schwere Gewissenskonflikte vieler Lehrer, die sich verurteilt sehen, eine ihrem Gefühl und ihrer Erkenntnis widersprechende Lehre — obendrein eine, die dem wirklichen Fassungsvermögen der Kinder oft in keiner Weise entsprach — Tag für Tag an die Jugend heranzubringen; auf der anderen Seite Gleichgültigkeit gegenüber einem durch die zwangsweise und äußerliche Behandlung entwerteten, an sich zum Teil edlen Stoff. Wer es ehrlich mit der Religion meint, wer Vertrauen hat zu ihrer inneren Kraft, wem sie nicht bloß ein politisches Machtmittel ist, der muß sich empören gegen die ihr durch die zwangsweise Eintrichterung angetane Erniedrigung und uns Dank wissen, wenn wir im Bereich der Schule diesem Zustand ein Ende machen. Schon längst fordert das öffentliche Gewissen die Beseitigung dieses Restes eines vergangenen Zeitalters, des Zeitalters der Ketzerverfolgungen und Religionskriege, des Zeitalters, wo die Staatsgewalt, die heilige Freiheit der Seele mißachtend, mit äußeren Mitteln glaubte einen Glauben erzwingen, erhalten und verbreiten zu können und zu sollen. Für uns ist Religion heilige und unantastbare Angelegenheit jedes einzelnen Herzens und derer, die sich in freier Geistesgemeinschaft zusammenfinden. Und wir glauben nicht, daß jemand, dem die Religion ein solches innerstes Erlebnis in der eigenen Seele und in der gleichgesinnten Gemeinschaft ist, das Bedürfnis hat, seinen Glauben durch irgendeinen Zwang anderen nahezubringen oder Gleichgültige und Widerwillige zum äußerlichen Mitmachen der ihm heiligen Gebräuche zu nötigen.

In diesem Sinne verordnen wir für sämtliche uns unterstellten Lehranstalten der Republik Preußen:

1. Das Schulgebet vor und nach dem Unterricht wird, wo es bisher noch üblich war, aufgehoben.

2. Eine Verpflichtung der Schüler seitens der Schule zum Besuch von Gottesdiensten oder anderen religiösen Veranstaltungen ist unzulässig. Auch hat die Schule keine gemeinsamen religiösen Feiern (z. B. Abendmahlsbesuche) zu veranstalten. Schulfeiern dürfen keinen religiösen Charakter tragen.

3. Religionslehre ist kein Prüfungsfach.

4. Kein Lehrer ist zur Erteilung von Religionsunterricht oder zu irgendwelchen kirchlichen Verrichtungen verpflichtet, auch nicht zur Beaufsichtigung der Kinder beim Gottesdienst.

5. Kein Schüler ist zum Besuch des Religionsunterrichtes gezwungen. Für Schüler unter 14 Jahren entscheiden die Erziehungsberechtigten, ob sie einen Religionsunterricht besuchen sollen, für Schüler über 14 Jahre gelten die allgemeinen Bestimmungen über Religionsmündigkeit.

6. Es ist unzulässig, im Religionsunterricht der Schule häusliche Schularbeiten, insonderheit das Auswendiglernen von Katechismusstücken, Bibelsprüchen, Geschichten und Kirchenliedern, aufzugeben.

Zu Nr. 4 bemerken wir: Wenn durch die Weigerung eines Lehrers, den Religionsunterricht zu erteilen, Religionsstunden frei werden, so sind diese zunächst durch andere Verteilung des Unterrichts von einem anderen Lehrer zu übernehmen. Wenn dies unmöglich ist, steht es den Geistlichen des betreffenden Bekenntnisses frei, den Unterricht zu erteilen. Wo auch dies nicht geschieht, sind die frei werdenden Stunden mit geschichtlichem, erdkundlichem, naturkundlichem Unterricht oder mit Turnspielen auszufüllen. Im übrigen betonen wir nochmals, daß unsere Verfügung nur den Schulunterricht betrifft und daß dem kirchlichen Unterricht mit freiwilliger Beteiligung keine Beschränkungen auferlegt werden. Die Provinzialschulkollegien und Regierungen werden angewiesen, diesen Erlaß ungesäumt sämtlichen ihnen unterstellten Lehranstalten mitzuteilen und erforderlichenfalls das Geeignete zu veranlassen.

Berlin, den 29. November 1918.

Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. Konrad Haenisch.

Daraufhin hat namens des preußischen Episkopats Kardinal von Hartmann an die preußische Regierung in Berlin folgendes Schreiben gerichtet:

Köln, den 16. Dezember 1918.

Gegen die Entchristlichung der Schule, welche durch die an die Provinzialschulkollegien und Regierungen gerichtete Verfügung des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 29. November ds. Js. — U II Nr. 1941 U II W pp. — angeordnet wird, erheben die Bischöfe Preußens voll Schmerz und Entrüstung laut und feierlich Protest.

Insbesondere verurteilen wir die Willkür, die in der Verfügung zutage tritt. Denn die dadurch getroffenen Bestimmungen beseitigen nicht etwa bloß einzelne Einrichtungen in der bestehenden Schulordnung, sondern sie stoßen eine von allen bisherigen preußischen Lehrplänen unverbrüchlich festgehaltene und geschützte Grundlage der Schulerziehung vollständig um. Selbst die in den ärgsten Wirren des sog. Kulturkampfes angeordneten Maßnahmen haben sich nicht so rücksichtslos über die geheiligten Rechte und Ansprüche des katholischen Volkes und der Kirche hinweggesetzt.

Wir verurteilen ferner das Ziel der gedachten Bestimmungen, das unverkennbar dahin geht, dem christlichen Volke die Schule ohne Gott als einzige Form der öffentlichen Unterrichtsanstalten aufzunötigen.

Wir verurteilen die Bestimmungen wegen ihrer unausbleiblichen Wirkungen; denn sie führen zu der schwersten Gewissensbedrängnis der katholischen Eltern, die ihre Kinder nur einer in christlichem Geiste geleiteten Schule anvertrauen wollen, und nur Lehrern, deren Wandel und Lehre mit diesem Geiste nicht in Widerspruch stehen.

Wir verurteilen endlich die den Bestimmungen zugrunde liegende verfehlte Auffassung von der Aufgabe der Schule und halten daran fest, daß die öffentliche Schule gemäß ihrer Idee zur Bildung des ganzen Menschen, also auch zur Förderung seines religiösen Lebens verpflichtet ist. Dazu gehört aber neben dem Religionsunterrichte auch die Religionsübung in gemeinschaftlichem Gebet, Gottesdienst und Sakramentenempfang. Der Ausschluß der religiösen Uebung von der Schule ist eine Entwertung derselben und ein bedauerlicher Rückfall in den Schulbetrieb der einseitigen Verstandesbildung unter Verkümmerung des Gemüts- und Willenslebens.

Nie und nimmer wird das katholische Volk es sich gefallen lassen, daß an Stelle der christlichen Religion, des katholischen Glaubenslebens und der Religionsübung ein von Gott und Christus losgelöster kraftloser Moralunterricht gesetzt wird.

Namens der Bischöfe Preußens:

Felix Kard. von Hartmann, Erzbischof von Köln.[1]

Daß man auch in Bayern ähnliche Gelüste hat, wenn sie auch seitens der Regierenden mit den oft wiederholten Allgemeinheiten von freier Schule und freier Kirche und Befreiung von Gewissensvergewaltigung etwas klüger wie Berlin noch verschleiert bleiben, das beweisen die Schulprogramme verschiedener politischer und beruflicher Vereinigungen. Das Schulprogramm des „Zentralarbeiterrates" stellt bezüglich der Volksschule folgende „vorläufige Mindestforderungen" auf:

1. Die geistliche Schulaufsicht ist durch eine fachliche zu ersetzen.
2. Aufhebung jedes Zwanges zur Teilnahme an kirchlichen oder religiösen Veranstaltungen einschließlich des Religionsunterrichtes. Ueber Teilnahme oder Nichtteilnahme an diesen Veranstaltungen entscheiden Schüler über 16 Jahre, bei jüngeren Schülern entscheiden die Eltern oder deren gesetzliche Vertreter.

Der Hauptausschuß des bayerischen interkonfessionellen Lehrervereins veröffentlicht in Nr. 51 der „Bayerischen Lehrerzeitung" (13. Dezember 1918) „Grundlinien zu einer Verfassung der bayerischen Schule", denen wir für unsere Frage folgendes entnehmen:

Die Schule ist eine Staatsangelegenheit. Daraus ergibt sich für das Verhältnis von Kirche und Schule folgendes: 1. Maßgebend ist der Grundsatz der Glaubens- und Gewissensfreiheit. 2. Die Schule ist von der Kirche unabhängig. 3. Die Schule ist als weltliche Anstalt nach den Grundsätzen der beruflichen Selbstverwaltung von weltlichen Berufsgenossen zu leiten. 4. Die Kirche hat für die Seelsorge an den Schulkindern volle Freiheit. 5. Kein Kind darf gegen den Willen seiner Eltern zum Besuch des Religionsunterrichtes und kein Lehrer zur Erteilung des Religionsunterrichtes gezwungen werden. 6. In den staatlichen Schulen ist jede religiöse Ueberzeugung auf das gewissenhafteste zu schonen. 7. Staat und Schule sehen wie die Kirche in der sittlichen Erziehung der Jugend eine ihrer höchsten Aufgaben. 8. Der Staat unterstützt die Kirche bei ihrer Fürsorge in der religiösen Jugenderziehung durch

[1] Der Protest hat schon gewirkt. Unterm 28. Dez. ordnete Haenisch an, daß mit Rücksicht auf die lebhaften Bedenken, die vielfach gegen den Erlaß vom 29. Nov. geltend gemacht worden sind, seine Durchführung überall dort, wo sie auf ernste Schwierigkeiten stößt, bis zur Entscheidung durch die preußische Nationalversammlung zu unterbleiben hat.

die Ueberlassung von Schulräumen und Schulstunden. 9. Dem Lehrer bleibt das Recht, sich an der religiösen Unterweisung durch freien Vertrag mit den religiösen Gemeinschaften zu beteiligen. 10. Bei Anstellung von Lehrern an Orten mit geschlossener religiöser Gemeinschaft oder einer ausgeprägten religiösen Mehrheit des Bekenntnisses ist auf die Zugehörigkeit des Lehrers zur betreffenden Kirche Rücksicht zu nehmen.

Wäre Untersatz 1 vor den Obersatz gestellt, dann wäre wohl auch der Verfasser dieses Programms zu jenen Folgesätzen gekommen, welche als die allein richtigen von den Vertretern gläubiger, auf dem Boden der christlichen Konfessionen stehender Pädagogik proklamiert wurden.

In München haben auf Anregung des Münchener Katechetenvereins (Beschluß der Versammlung vom 11. November) die Vorstandschaften der Katholisch-pädagogischen Vereine, nämlich die süddeutsche Gruppe des Vereins für christliche Erziehungswissenschaft, der Katholische Lehrerverein in Bayern, der Katholische Lehrerverein der Pfalz, der Verein kathol. bayerischer Lehrerinnen, der Münchener Katechetenverein, der Bayerische Landesverband der katholischen Jugendfürsorgevereine und Fürsorgeerziehungsanstalten, der Bayerische Landesverband der Kinderhorte und Kleinkinderbewahranstalten, das Katholische Jugendwerk München für männliche Jugendpflege, das Katholische Jugendwerk für weibliche Jugendpflege, die Katholische Schulorganisation, eine dem Kultusminister der derzeitigen bayerischen Regierung vorzutragende Entschließung gefaßt, deren Leitgedanken in Nr. 49/1918 der „A. R." („Eilt die Schulreform?") wiedergegeben wurden. Die Entschließung wurde am 26. November durch eine Abordnung tatsächlich überreicht.

Die nämliche katholisch-pädagogische Arbeitsgemeinschaft hat, unter Zuziehung von Vertretern der evangelischen Konfession und im Benehmen mit der Vorstandschaft der Bayerischen Volkspartei die Richtlinien für ein Schulprogramm dieser Partei ausgearbeitet, die für das Gebiet der Volksschule und der höheren Schule folgendes besagen:

1. Familie: Die Familie ist die erste Trägerin der Verantwortung für die Erziehung und Bildung ihrer Kinder. Notwendige öffentliche Fürsorgemaßnahmen sind zu fördern, dürfen aber den Erziehungswillen der Eltern nicht schwächen.

2. Schulinteressenten: In allen Schul- und Erziehungsmaßnahmen müssen die Rechte der Hauptinteressenten: Familie und Gemeinde, Staat und Kirche, bei gesetzlicher Festlegung gewahrt werden. Unter dieser Voraussetzung ist die fachliche Leitung der Schulen zu fordern. Die religiös-sittlichen Erziehungsaufgaben können vollkommen nur in einer Schule, die auf dem Grundsatz der Gewissensfreiheit und Gewissenseinheit von Elternhaus und Schule (Konfessionsschule) aufgebaut ist, erfüllt werden. Privatschuleinrichtungen, die das staatlich festgelegte Bildungsmaß vermitteln, dürfen nicht behindert werden.

3. Volksschule: Die Volksschule ist die einheitliche Grundschule des Volkes bei Rücksichtnahme auf raschen Aufstieg besonders begabter Schüler. In der Volksschule herrscht allgemeine Schulgeldfreiheit, für Kinder unbemittelter Eltern auch Lernmittelfreiheit.

4. Lehrstoff und Einrichtung der Volksschule: Die Auswahl der Lehrgegenstände und Lehrstoffe soll neben den Bedürfnissen des praktischen Lebens der Charakterbildung dienen, nicht einseitig auf Verstandsbildung eingestellt sein, Natur und Eigenart der beiden Geschlechter berücksichtigen und die Begrenzung in der Leistungsfähigkeit der verschieden veranlagten Kinder finden, daher Ueberladung vermeiden. Um die Leistungsmöglichkeit der Schule zu erhöhen, ist eine entsprechende Herabsetzung der Schülerzahl in den einzelnen Klassen und die Einrichtung von Hilfsklassen, in großen Schulkörpern auch von Sonderklassen zu fordern. Der Aufstieg besonders Begabter ist in jeder Weise zu sichern. Zu diesem Zweck ist auch eine den anderen höheren Schulen gleichwertige höhere deutsche Schule zu fordern.

5. Fortbildung: Pflichtmäßige Fortbildung mit Beachtung des Berufes in der geistigen und sittlichen Ausbildung und mit Wahrung der religiösen Erziehung ist unter möglichster Freiheit hinsichtlich der zu wählenden Bildungsform bis zum 18. Lebensjahr auszudehnen.

6. Lehrerbildung: Lehrer und Lehrerinnen erhalten ihre allgemeine Bildung auf der höheren deutschen Schule, ihre Berufsbildung in besonderen Lehrerbildungsanstalten, die zur Ergänzung und Vertiefung ihrer Arbeit an Hochschulen angeschlossen sein können (Pädagogische Seminare bzw. Institute).

7. Höhere Schulen: Alle Arten der mittleren und höheren Schulen, Fachschulen sowohl wie sogenannte allgemeine Bildungsschulen müssen gleichmäßig gefördert werden. Gefordert werden muß bei jeder Art der mittleren und höheren Schulen ein dem Bekenntnis entsprechender pflichtmäßiger Religionsunterricht. Die Freiheit, private höhere Schulen zu errichten, darf nicht eingeschränkt werden. In der höheren Mädchenbildung soll die Eigenart des weiblichen Geschlechtes gewahrt bleiben, insbesondere ist den Aufgaben der Frau und Mutter in planmäßigem Aufbau Rechnung zu tragen. Koedukation (gemeinsame Erziehung von Knaben und Mädchen) lehnen wir ab.

Gleichzeitig mit der Veröffentlichung dieses Schulprogramms hat der bayerische Episkopat folgende gegen die Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht gerichtete Erklärung veröffentlicht:

Die in Freising versammelten Bischöfe erfahren soeben aus der Zeitung die Verordnung des Ministerrates des Volksstaates Bayern, wodurch die geistliche Schulaufsicht in jeder Form beseitigt wird. Wir legen feierlichst Verwahrung dagegen ein, daß ohne Fühlungnahme mit den kirchlichen Behörden durch einseitige Verletzung eines in Art. V, Abs. 4 des Konkordats dem Sinne nach verbrieften Rechts die langjährige und treue Mitarbeit und Mitaufsicht der Kirche im Erziehungswesen der Volksschule ausgeschaltet werden soll. Derartig überstürzte Gewaltmaßregeln einer vorläufigen Regierung müssen unser Volk mit großer Besorgnis für die Zukunft erfüllen.

Freising, den 18. Dezember 1918.

J. A.: Dr. v. Faulhaber, Erzbischof von München und Freising.

Diese Erklärung scheint zwar obenhin angesehen das Schulprogramm der Bayerischen Volkspartei teilweise zu desavouieren. Bei genauerem Zusehen aber ist dies nicht der Fall.

Auch der Landesverband der katholischen geistlichen Schulvorstände Bayerns hat einen ganz ähnlichen Protest eingelegt gegen die Art und Weise der Aufhebung einer Verfassungsbestimmung durch eine provisorische Regierung. In einem Aufruf, der als Beilage zu Heft 10/11 des laufenden Jahrganges der „Christlichen Schule" hinausgegangen ist, wird als den neuen Verhältnissen Rechnung tragendes „Programm für Gegenwart und Zukunft" festgelegt:

1. Wir treten ein für alle Rechte und Interessen der Kirche auf dem ganzen Gebiete der Schule und Erziehung nach Maßgabe des geltenden Kirchenrechts und der Weisungen der Bischöfe, vor allem für das kirchliche Aufsichtsrecht über das sittlich-religiöse Leben an allen Schulen.

2. Wir sind von der Ueberzeugung getragen, daß die bisherige Form der geistlichen Schulaufsicht eine sichere Bürgschaft zur Wahrung der kirchlichen Rechte und Interessen im Schul- und Erziehungswesen bot. Wir hoffen zu Gott, daß es den Bemühungen des Hochwürdigsten Episkopates, der Vertretung des christlichen Volkes in der konstituierenden Versammlung und unserer Mitarbeit gelingen möge, auch unter den neuen Verhältnissen wieder staatlicherseits eine geeignete und wirksame Form zur Wahrung des kirchlichen Aufsichtsrechtes zu erreichen.

3. Wir halten fest an der geistlichen Schulaufsicht im Sinne der seelsorgerlichen Ueberwachung der christlichen Erziehung der dem Lehr-, Priester- und Hirtenamt unterstellten Schulkinder, selbst wenn staatlicherseits die Anerkennung und der Schutz des kirchlichen Aufsichtsrechtes zurückgenommen werden sollte; wir halten fest an der geistlichen Schulaufsicht im Sinne der Förderung des ganzen Bildungs- und Erziehungswesens nach christlicher Auffassung durch die Geistlichen.

4. Den Strömungen und Aufgaben der Gegenwart gegenüber muß sich unsere Tätigkeit erweitern und noch mehr als bisher auf alle Formen der Bildung und Erziehung in Familie, Säuglings- und Kleinkinderpflege, Schulpflege und Hortwesen, Jugendpflege und Jugendfürsorge erstrecken.

5. Wir erachten den Zusammenschluß der katholischen Geistlichen im Landesverbande jetzt für notwendiger denn je und erstreben den Ausbau desselben zu einer allgemeinen Standesorganisation des bayerischen Klerus auf dem Boden des bürgerlichen Rechtes in treuester Unterordnung unter den Hochwürdigsten Episkopat.

Alle diese Dokumente sind von zeitgeschichtlicher Bedeutung und zugleich geeignet, die Basis für Erörterungen grundsätzlicher Natur zu bilden, die in einem weiteren Aufsatze folgen sollen.

Das Aufsteigen der materiellen Werte als Boden der Geburtenverhütung.[1]

Von Geh. Medizinalrat Dr. J. Borntraeger, Düsseldorf.

Parallel dem Niedergehen der ethischen Belange ging das Ansteigen der materiellen Werte ins Ungemessene. Welche materiellen Werte schätzt der Mensch von jeher besonders?

Da ist zunächst die ungehemmte Befriedigung des Geschlechtstriebes. Hierüber ist bereits kurz geredet. Nicht ohne Zustimmung einer der Masse willfährigen Wissenschaft wurde sie dem Volke auf's weitestgehende zugestanden, wie wir denn ja leider öfters beobachten müssen, daß die Wissenschaft dem Aufstieg der materiellen Werte zur Entthronung der Sittlichkeit die Steigbügel gehalten hat.

[1] Vgl. „A. R." 1918 Nr. 39, S. 550, Nr. 42, S. 600, Nr. 45, S. 650.

Dann folgen die leiblichen Genüsse im engeren Sinne, als da sind: gut Essen, Trinken, Rauchen u. dgl. m. Der „Rekord“, der nach dieser Richtung des Wohllebens gerade in Deutschland erreicht war, läßt nach Intensität wie Extensität so ziemlich alles hinter sich, was in der Weltgeschichte sich bisher entwickelt hat. So, wie bei uns die weitesten Volkskreise lebten, hat vor 40—50 Jahren nicht der beste Mittelstand, ja, regelmäßig auch nicht der Wohlhabende es gehabt. Im Fleischverbrauch hatten wir vor dem Kriege alle kultivierten Nationen überholt; 52,3 kg Fleisch kamen bei uns schon auf Kopf und Jahr durchschnittlich für die Bevölkerung, während wir 1892 noch mit 32,5 kg, 1840 gar mit 21,6 und 1816 mit 17,3 kg gut ausgekommen waren; zur Zeit des deutsch-französischen Krieges hatten wir erst 29 kg Fleischverbrauch erreicht, also gut 1 Pfund für jede Woche, was unseren anfänglichen Kriegsmengen etwa entspricht. Von 1888 bis 1913 hatte sich die Fleischerzeugung um 100% erhöht. Während der tatsächliche Eiweißbedarf bei 68 Millionen Menschen rund 1680000 Tonnen betrug, war unser wirklicher Verbrauch 2307000 Tonnen. Fleisch war geradezu ein Genußmittel, eine Leckerei geworden, statt eines Nahrungsmittels, und wurde in der Industriearbeiterschaft — neben reichlich Käse, Butter und Brot — dreimal am Tage regelmäßig genossen, selbst noch öfter. Speck, der heute so hochbegehrte, wurde hier im Westen von der Arbeiterschaft schon vielfach als minderwertiges Nahrungsmittel zurückgewiesen! Volksschulkinder waren durchaus daran gewöhnt, belegte Butterbrote in die Schule mitzunehmen und warfen vielfach davon weg.

Mit dem Fett, das doch meist im Fleisch genossen wurde, ward so verschwenderisch umgegangen, daß Professor Rubner im Berliner Abwasser während der Friedenszeit 20 g davon für Tag und Kopf der Bevölkerung nachweisen konnte. Uebrigens war bei uns auch der Genuß an anderen nahrhaften und wohlschmeckenden Dingen, so an Weizen, Roggen, Gerste, Milch, Kartoffeln nach und nach reichlich gestiegen. Allein von 1900 bis 1913/14 hatte sich die Kartoffelquote um rund 100 kg erhöht, während die Steigerung an Milcherzeugung von 1888 bis 1913 um 55%, an Brotgetreide um 53% erfolgt war (Graf von Schwerin-Löwitz im Jubiläumswerk für die 25 jährige Regierungszeit Kaiser Wilhelm II.). Man hätte also mit weit größerem Recht von einer durchschnittlichen „Ueberernährung“ als von einer „Unterernährung“ ehemals zu sprechen die Berechtigung gehabt, und daß eine solche tatsächlich bestand, deß waren die zahlreichen dicken Menschen aus allen Ständen, zumal auch Frauen, die Notwendigkeit der vielen Entfettungs- und Entziehungsbadekuren in Kissingen usw., die zahlreichen Erkrankungen an Herz-, Nieren-, Gichtleiden und wohl auch an Zuckerruhr und Arterienverkalkung deutlicher Beweis.

Dabei schwelgten die Männer in Alkohol und Tabak. Bei dem Festessen, welches die Stadt Berlin im Jahre 1890 den Teilnehmern am internationalen Aerztekongreß im Rathause gab, wurden bei Anwesenheit von 4000 Teilnehmern 5308 Flaschen Champagner, 4721 Bordeauxwein, 3853 Rheinwein, 1500 Moselwein und 22 Hektoliter Bier an einem Abend vertilgt. Und wie hat sich das alles seit 1890 noch gesteigert! Was wurde bei den sich jagenden Kongressen, Festessen, Kirmessen, Karnevalsvergnügungen usw. nicht alles verputzt!

Die Frauen wollten es den Männern in ihrer Weise gleichtun und zwar wieder in allen Ständen; was nicht für Putz und Kleidung gebraucht wurde, das wanderte in die immer zahlreicher entstehenden Cafés und Konditoreien für Kaffee, Schokolade, Liköre und Kuchen; in der Industriegegend konnten die Konditoren an den Löhnungstagen kaum noch die Torten fertigstellen, die verlangt wurden, und die Fensterauslagen in Geschäften auch in Arbeitervierteln wiesen ungeheuerliche Preise auf.

Der dritte große materielle Wert ist Gesundheit und langes Leben. Beides wird mit vollem Rechte von jeher geschätzt, und die in den letzten Jahrzehnten mächtig aufgeblühte Gesundheitspflege, der Fortschritt der medizinischen Wissenschaft, die Gewerbehygiene, die Krankenkassengesetzgebung, die zur Bekämpfung der Volksseuchen gebildeten Gesetze, Organisationen und sonstigen Bestrebungen geben den Beweis für die gesteigerte Wertung dieses Gutes und haben gewaltige Erfolge erzielt. Ist doch die Gesamtsterblichkeit in Deutschland von 29,9‰ im Jahre 1873 auf 15,8‰ in 1913 gesunken, die Säuglingssterblichkeit allein von 19,6% im Jahre 1904 auf 15,1% in 1913, während sich die Tuberkulosesterblichkeit in 25 Jahren um die Hälfte gemindert hat; manche übertragbare Krankheiten sind fast ausgestorben, ein Umstand, dem wir es sicher mit zu verdanken haben, daß im Weltkriege so wenig Seuchen entstanden. Die durchschnittliche Lebensdauer der Menschen ist in 100 Jahren um 9 Jahre gestiegen; und immer neue Gebiete des Gesundheitswesens wurden von Reich, Staat, Gemeinden, Wissenschaftlern und Privaten zur Besserung in Beackerung genommen.

Fast wäre die Gesundheit Vorherrscherin im Reiche des materiellen Belangens gewesen, wenn ihr nicht eine mächtige Wettbewerberin im vierten Werte, nämlich in der Wirtschaftlichkeit zur Seite gestanden hätte. Hat schon zu allen Zeiten die Jagd nach Geld und Gut bei sehr vielen Menschen alle anderen Wünsche, auch nach Gesundheit und Seelenheil, mehr oder minder stark in den Hintergrund treten lassen, so ist das in der neueren Zeit in besonders hohem Grade geschehen, wiederum gefördert durch Wissenschaft, hier durch die Entwicklung der Volkswirtschaftslehre. Geldmachen! Geldverdienen! Das war doch schließlich das Hauptziel immer weiterer Kreise aus allen Volksschichten, oft schon von Jugend auf, und der Hauptinhalt der Jagd nach dem „Glück“ in unserer modernen Kulturepoche. Wie verdiene ich mehr Geld? So fragte der einzelne, so die Genossenschaft, die Gemeinde, der Staat, das Reich. Diesem Ziele dienten vielfach die Verwertungen der naturwissenschaftlichen Forschungsergebnisse, die Fortschritte der Technik, ihr natürlich die Lohnkämpfe, die Trustbildungen, die Boykotts, das Aufsaugen kleinerer Betriebe durch größere, der ganze Kapitalismus, und viele, die äußerlich dagegen ankämpften, strebten im stillen darnach, selber in die Reihen der Kapitalisten einzurücken. Die Zahl der Millionäre mehrte sich deutlich, im Gegensatz zur Kinderzahl, die Nationen eröffneten einen wahren Wettlauf um die höchsten Ziffern des Nationalvermögens, des Nationaleinkommens, des Handelsumsatzes. Geld war schließlich tatsächlich der Wertmesser für so etwa alle Dinge geworden. Wer Geld hatte, konnte sich schließlich so ziemlich alle materiellen Güter und Annehmlichkeiten leisten. So trat selbst die Gesundheitlichkeit zurück, auch im Oeffentlichen. Höchst bezeichnend ist es z. B., daß sich selbst ganz offenbar notwendige hygienische Maßnahmen nicht mehr durch den Hinweis auf ihre Gesundheitlichkeit an sich und auf die Abhaltung von körperlichem Leid durchsetzen ließen; nein, es mußte erst die „Wirtschaftlichkeit“, und zwar nicht etwa nur im Sinne der finanziellen Durchführbarkeit, sondern auch des erweisbaren geldlichen Nutzens, der Rentabilität, nachgewiesen werden. Wer also z. B. für den Bau eines Krankenhauses, einer Wasserleitung, einer Kanalisation, einer Organisation zur Bekämpfung irgendeiner Krankheit wirken wollte, mußte dartun, wie hoch der Wert der dadurch zu gewinnenden Arbeitskräfte und Arbeitsstunden infolge der Erhaltung und schnelleren Wiederherstellung von Menschen sein werde. So wurde z. B. die Notwendigkeit eines Kampfes gegen die Geschlechtskrankheiten in amtlicher Kundgebung damit begründet, in welcher Weise die angeblich 1 Million Erkrankter unter den 20 Millionen Versicherter die Krankenkassen durch die Kosten der ärztlichen Behandlung, der Arzneien, der Krankenhauspflege belastet, nämlich mit jährlich 10 Millionen Mark; der Schaden am Nationalvermögen wird dabei auf 100 Millionen Mark angegeben, während er beim Typhus nur 8 Millionen Mark betrage. So war auch die Gesundheitspflege zur Dienerin der Geldwirtschaft geworden. Das gleiche gilt von der Sittlichkeit, indem man sich scheute, offenkundige gemeinschädliche Unternehmungen zu beeinträchtigen oder gar zu schließen, z. B. üble Lokale, um nur ja niemand das wirtschaftliche Fortkommen zu gefährden und der Stadt den „Fremdenverkehr“ mit seinen geldlichen Vorteilen zu erhalten.

Auch das Strafgesetz wurde in den Dienst der Wirtschaftlichkeit gestellt. Man begann auszurechnen, wieviele „Arbeitsstunden“ dem Deutschen Reiche durch die Gefängnis- und Zuchthaushaftstrafen entzogen würden, und strebte auch aus diesem Grunde nach Verkürzung der Strafdauer. Bei Bestrafungen setzte sich immer mehr der Grundsatz durch: nur nicht im wirtschaftlichen Fortkommen schaden!

Und schließlich ward der Mensch selbst zum Objekte der Wirtschafts- und Sparsamkeitslehre; man forderte „Menschenökonomie“ — das war die Krönung!

Daß auch Vertreter der Wissenschaft in den Bannkreis des Kapitalismus gezogen wurden, daß Gelehrte sich die Erfindung von Heilmitteln patentieren, musterschützen und bezahlen ließen und an der Ausnutzung materiellen Gewinn haben wollten, daß für die wirkungslosesten Konstruktionen und Präparate wie zu allen möglichen anderen Zwecken „wissenschaftliche“ oder „sachverständige“ „Gutachten“ und Bescheinigungen höchst zweifelhafter Qualität — in der Sprache der Aerzte heißen sie schämig „Gefälligkeitsatteste“ — immer leichter zu haben waren, daß also auch hier die Wissenschaft recht häufig zur „melkenden Kuh“ wurde und nicht die „hehre Göttin“ blieb, ist ebenfalls ein Zeichen der gesteigerten Wertschätzung und Macht des Geldes.

Treffend, wenn auch nicht klassisch, gibt ein Hamburger Neujahrswunsch die materialistische Stimmung wieder:

„Der Wünsche große Zahl ist eitel;
Nur dieser gilt fürs ganze Jahr:
Gesundheit und ein voller Beutel —
Der Wunsch ersetzt die ganze Schar!“

Die ganze Welt war schließlich — nach heutiger Ausdrucksweise — rein — oder besser gesagt „unrein“ — „wirtschaftlich orientiert“.

Doch auch hier nahte ein Wettbewerber in einem fünften Werte, nämlich in dem des Sozialen. Je schwankender sein Inhalt und fremdländischer sein Name ist, desto begeisternder wirkt er. Wo heute etwas im Namen des „Sozialen“ verlangt wird, da ist Widerspruch nutzlos und verpönt. Was ist „sozial“? Ich meine: das, was der Nächstenliebe entspricht. Das kommt auf einen Schutz der Schwachen hinaus und soll sich im Grunde genommen auf ideellem wie materiellem Gebiete bewegen; der Kern wie Ursprung der „sozialen Fürsorge“ liegt aber doch wieder im Materiellen. Der Anfang unserer „sozialen Gesetzgebung“, begründet durch die Botschaft Kaiser Wilhelm I, erstrebte ja zunächst nur die gesundheitliche und wirtschaftliche Sicherstellung und Förderung der unselbständigen unbemittelten Bevölkerung, und die neue Reichsversicherung ist dabei geblieben: kostenlose ärztliche Behandlung, kostenlose Arzneiversorgung, kostenlose Krankenhausaufnahme, Krankengeld, Unfallrente, Invalidenrente, Altersrente, Wochengeld, Stillgeld, Witwen- und Waisenrente — lauter materielle Werte. Die Verwandtschaft des „Sozialen“ mit dem Wirtschaftlichen ergibt sich auch aus dem Hochkommen des „Kathedersozialismus“ aus der Nationalökonomie.

Auch manche scheinbar mehr ideellen Seiten des Sozialen sind im Grunde doch mehr materieller Art; ich erinnere z. B. an das Streben nach „sozialem Aufstieg"; denn der Kern dieses Wunsches ist doch schließlich das Hineingelangen des Wünschenden selbst oder seiner Kinder in Stellungen mit höheren Einnahmen, größerer Behaglichkeit, geringerer körperlicher Arbeit, mithin mit materiellen Vorteilen. Man tut also wohl nicht unrecht, wenn man das Soziale unserer Tage als einen im wesentlichen materiellen Wert ansieht.

Und nicht anders ist es mit noch manchen anderen hochgeschätzten Wertungen, die hier nicht im einzelnen durchgenommen werden sollen, als da sind: Gefallen an behaglichem Wohnen, Putz und schönen Kleidern, freier Zeit, Vergnügungen, Reisen, Wohlleben und Genüssen überhaupt; diese „Kulturgüter", wie man sie gern nennt, sind auch nicht frei von manchem ideellen Einschlag, im wesentlichen aber doch materieller Art.

Alle die hier abgehandelten materiellen Werte entbehren ausnahmslos nicht einer gewissen natürlichen Berechtigung; sie bedürfen jedoch gewisser Beschränkungen durch die höheren Gebote der Religion, der Sittlichkeit und der Ideale, sonst erniedrigen sie den Menschen. Ihre Wertschätzung war aber bei uns in den letzten Jahrzehnten viel zu hoch gekommen, begünstigt durch die Entwicklung der deutschen Nation zu einem reichen Industrie- und Handelsvolke.

Fassen wir zusammen, so ergibt sich als Kennzeichen der neueren Entwicklung in Deutschland: deutlicher Niedergang der Einschätzung wie der Macht religiöser, sittlicher und ideeller Werte, dafür gesteigerte Bewertung materieller Güter allerlei Art und dementsprechend größtmögliche Einrichtung des Lebens nach eigenen persönlichen Vorteilen, also Ichsucht, Wohllebe- und Auslebedrang, Geld- und Nützlichkeitskultus.

Und das eben ist der Boden, auf dem allein die künstlichen Geburtenverhütungen in Masse gedeihen können: Der materielle Nützlichkeitssinn forderte kräftig die Kinderzahlbeschränkung, die entgegenstehenden sittlichen Hemmungen aber waren gelähmt und entwertet.

Der zweite Akt in Pfitzners „Palestrina".

Von Martin Mayr, München.

Palestrina, zweiter Akt. Konzilssitzung am 3. Dez. 1563 in Trient. Pulsierendes Leben. Kardinäle, Päpstliche Legaten, Bischöfe, Aebte, Ordensgenerale, geistliche und weltliche Fürsten, Doktoren aller Nationen in ihren bunten Trachten und kostbaren Gewändern. Trunkenste Farben vom prangenden Kardinalspurpur bis zum blendenden Reichtum blütenweißer Chorröcke. Aber ganz klar. Hier kann und darf es sich nicht allein um eine internationale Modenschau des 16. Jahrhunderts, nicht um kulturhistorische Bilderbogen handeln. Wir stehen vor dem zweiten Akte eines Dramas.

Man hat ihm den schweren Vorwurf nicht erspart, er sei ein Fremdkörper in diesem Kunstwerk; er diene weniger der Grundidee des Dramas, als eher dem Bestreben, gegenüber den beiden anderen verhältnismäßig handlungsarmen, ernsten, ganz auf innere Stimmung und seelisches Erleben eingestellten Akten ein Gegengewicht zu schaffen. Er bedeute eine Konzession an das Theaterpublikum und seine Wünsche nach lebendigen Bühnenbildern, die den Geist weniger strapazieren, Aug und Ohr um so mehr entgegenkämen.

Daß gerade Hans Pfitzner, der Verfasser der Broschüre „Vom musikalischen Drama" durch eines seiner Werke diesen Vorwurf heraufbeschwört, darin liegt Ironie und Tragik zugleich. Im genannten Buch konstruiert er das Ideal des Musikdramas. Wagner ist ihm Grundstein und Architekt zugleich. Im Musikdrama ist für Pfitzner künstlerisch-genetisch und wesentlich die Dichtung das Primäre. „Alpha und Omega aller Kunst ist die geniale Konzeption"; hier die musikdramatische. Er versteht darunter die geniale Idee, den inspierierten Grundgedanken, dem jede Charakteristik, jedes Wort, jede Handlung der auftretenden Personen, jede Szene und jeder Akt direkt dienen muß, um im Drama berechtigt zu sein.

Kann der zweite Akt vor diesem Gericht bestehen? Die Grundidee im „Palestrina" ist offenbar das Wirken und Weben der künstlerischen Inspiration, und zwar das Wunder des künstlerischen Werdeaktes in der Brust des Schaffenden, sowie der Kampf des Genies mit den negativen Mächten, die es nicht verstehen. Das Genie gehorcht keiner fremden Gewalt, sondern nur der Stimme aus höheren Sphären, dem inneren Müssen der „gebietenden Stunde".

Gegenüber diesem bezaubernden, erdentrückten Interieur des Heiligtums einer Künstlerseele und Künstlerstube im ersten Akt eröffnet uns der zweite Akt den Blick in den „frechen Tag", in die Außenwelt; in jenen Makrokosmos, der wie das seelenlose Dunkel des nächtlichen kalten Weltenraumes den Mikrokosmos der strahlenden, wärmenden Dichterseele umgähnt und umnachtet. „. . . Das intellektuelle Leben der Menschheit (Wissenschaft und Kunst) schwebt wie eine ätherische Zugabe, ein sich aus der Gärung entwickelnder, wohlriechender Duft über dem weltlichen Treiben — und neben der Weltgeschichte geht schuldlos und nicht blutbefleckt die Geschichte der Künste." Pfitzner schrieb dieses Wort Artur Schopenhauers als Motto auf die erste Seite des Textbuches und gibt damit den Schlüssel zum zweiten Akt. Das wahre Genie ist nicht bloß selbständig gegenüber heterogenen Zumutungen im Gönner- oder Despotenmantel, es ist auch einsam, steht über der Weltgeschichte mit ihren materiellen, selbstsüchtigen Motiven, ihrer handwerksmäßigen Wertung des Guten und Schönen. Das ist das Profil des zweiten Aktes: Wie ein königlicher Aar im reinen, himmelsnahen Aether schwebt Palestrinas Kunstwerk, seine Messe, über dem glänzenden geistigen Elend des Konzils von Trient da drunten, über seinen Vorrangsstreitigkeiten, seiner zwerghaften Auffassung von Kunst, seinen dogmatischen Händeln, seinen politischen Machtgelüsten. Vom rein logischen Standpunkt aus, als Teil vom Ganzen, ist also der zweite Akt gerechtfertigt. Ein bloßer Parasit, ein Fremdkörper in der Idee des Dramas ist er nicht. Die Schwierigkeit liegt auf anderem Gebiete, in der technischen Art der Bearbeitung.

Es muß von vorneherein bedenklich erscheinen, den Sinn eines Schauspiels zu stützen und zu beleuchten durch ein Vorwort, das man auf die Einbanddecke eines Textbuches schreibt, ein Vorwort, das kein Sänger spricht und singt, das kein Hörer im Theater hört, das vom eigentlichen Drama durch den Mangel jeder äußeren organischen Verbindung getrennt ist. Dieses Fragezeichen vergrößert sich von selbst, wenn die Idee des im Vorwort kommentierten zweiten Aktes durch Ueberwuchern von Reden, Szenen, Symbolismen so überwachsen ist, daß man lange suchen muß, sie zu finden. Daher das begreifliche Mißverständnis, dem dieser zweite Akt großenteils begegnet. Manche Szenen scheinen überhaupt unmotiviert; gerade solche, die wegen ihrer tendenziösen Färbung wenigstens eine einwandfreie dramatische Rechtfertigung gebieterisch verlangen, z. B. die widerliche Prügelszene am Schluß des „heiligen Konzils" mit den blitzenden Dolchen, krachenden Gewehrsalven und den im Blute „zappelnden" bischöflichen und erzbischöflichen Dienern. Oder soll diese unorganische Szene ein Beleg sein für das Wort im Motto auf der Umschlagseite, daß die Kunst „nicht blutbefleckt" neben der Weltgeschichte geht?

Was Pfitzners „Palestrina" zur Dichtung macht, ist der Vorzug, daß es sich nicht um nackte historische Geschehnisse handelt, sondern um Symbole: Palestrina — Genie einerseits, Konzilsverhandlungen — Mißverstand, Hemmnisse des Genies anderseits. Darin liegt unstreitig aber auch eine Schwäche, eine starke ethische Blöße des Werkes! Welche geschichtliche Tatsache berechtigt dazu, die Kirche, diese feinsinnige, hochverdiente Mutter, Hüterin und Pflegerin, diesen noblen Mäzen der Künste aller Zeiten und Zonen als so rückständig zu brandmarken, ihr fast in jeder Zeile des zweiten Aktes den Stempel des Banausentums und der Inferiorität auf dem Gebiet der Kunst aufzudrücken? Und dazu ausgerechnet in einem Konzil, der glanzvollen Entfaltung ihrer religiösen und kulturellen Mission? Es ist doch nicht Zufall, daß, kaum haben sich die Beratungen den Kunstfragen zugewandt, der Patriarch von Assyrien in einen tiefen, beneidenswerten Schlummer einnickt. Historisch sind die Unvollkommenheiten der Hierarchen nicht zu belegen, diese gesuchte Skala von Schwächen, angefangen von den Intrigen der leitenden Stellen bis zu den ungezogenen Zwischenrufen des Bischofs von Budoja, im Sinne des Textbuches einer Art dummer August des Konzils von Trient. So bleibt die ganze Darstellung eine grobe Verzeichnung. Die Wahl des Symbols (Kirche = Negation von Verständnis für Kunst und Künstlerschaffen) ist falsch und in einer Dichtung ein erheblicher Fehler.

Mit der ganzen intellektuellen, mehr äußerlichen Art des zweiten Aktes hat Pfitzner auch der Musik ein gewisses Schicksal bereitet. Das zweite Axiom in seinem Buch „Vom musikalischen Drama" kennzeichnet das Verhältnis der Musik zum Drama: „In der höheren Form des Musikdramas steht die Dichtung vor der schweren Aufgabe, in allem, was sie zu sagen hat, der Wesensart der Musik sich anzupassen, die nur Stimmungen und Empfindungen schildern kann." Der gleiche Richter, Pfitzner selbst, der einen großen Teil des zweiten Aktes in „Tristan und Isolde" als unkomponierbar bezeichnet, muß dieses Urteil vielleicht auf den ganzen zweiten Akt seines Werkes ausdehnen. Lauter intellektuelle dürre Sätze und Fragen: Beratungen über Besetzung der Rangstühle, über Dauer des Konzils, über Politik, über Beschleunigung der Komposition der Messe, „dieses Menschenwerkleins". Dann eine Litanei von Grobheiten; Abstimmungslärmszenen; „Werft ihn hinaus!"-Rufe; Prügel; Blut — Salbungsvolles Schlußwort: „Geschützt sei so das heilige Konzil!" Die Aufgabe der Musik kann sich hier wohl nur beschränken auf allgemeine Orientierung, reflektierte Beziehungen, charakterisierende Malereien, Schilderung äußerer Größe. Ihre heilige Mission, „Sprache der Gefühle und Empfindungen zu werden (Wagner), muß sie hier großenteils vergessen.

Daß alle diese Schwächen des zweiten Aktes den Gesamteindruck des Kunstwerkes „Palestrina" trüben, ist klar und bedauerlich. Letzteres um so mehr, als wir im ersten Akte, diesem Kabinettstückchen eines dramatischen Gebildes für sich, diesem Wunder psychologischen und musikalischen Werdens, dieser reifen Tat eines großen Künstlers, allein schon eine Perle in der Opernliteratur besitzen.

Auf dem Heimweg von einer Aufführung „Die Brüder von St. Bernhard" soll eine begeisterte Verehrerin Ohornscher Kunst gesagt haben, sie sei unendlich froh einmal gesehen zu haben, wie es in einem Kloster zugeht. Ob nicht im verflossenen Sommer unter manchem seidenen Theatertuche der Gäste des festlichen Hauses an der Prinzregentenstraße der stolze Gedanke gelächelt hat, froh zu sein, zu wissen, wie es in einem katholischen Konzil zugeht?

Vom Büchertisch.

Heinrich Federers sechs Herderbüchlein. Je schmuck kartoniert 1.50 ℳ. Eine äußerlich allerliebste, inhaltlich schwerwiegende Gabe bilden die bei Herder-Freiburg jetzt vollzählig gewordenen sechs Erzählbüchlein des berühmten Schweizers. Zu den früher hier angezeigten Bändchen italischer Stoffe: „In Franzens Poetenstube", „Eine Nacht in den Abruzzen" (Tarcisius-Geschichtlein), „Gebt mir meine Wildnis wieder", und der irischen Erzählung „Patria" sind soeben zwei „urschweizerische" Büchelchen gekommen: **„Das Wunder in Holzschuhen"** (drei Geschichten) und **„Der Fürchtemacher"** (schweizergeschichtlich). Beide Bändchen zeigen den vielgeliebten Heiligen der Schweiz inmitten der Handlung: den seligen Klaus von der Flüe, zu dessen 5. Jahrhundertjubiläum Heinrich Federer diesen räumlich bescheidenen, ethisch und künstlerisch aber bedeutenden Beitrag geschaffen hat. Mir selbst schrieb der Dichter in hoher Begeisterung über die „gewaltige" nationale Feier und deren Gegenstand: „Denn wir danken ihm unsere Schweizermacht und -kraft, diesem heiligen Bauern, Philosophen, Staatsmann und wunderbaren Mystiker". Wie tief und eigenartig Federer in ihn einzudringen vermochte, zeigen eben diese zwei Bändchen, die den Dichter abermals auf einer Sonderhöhe zeigen, die ihm kein zweiter zeitgenössischer Erzähler wird streitig machen können. Denn aus Heinrich Federer spricht nicht nur das Genie der Einzelpersönlichkeit, sondern zugleich das eines ganzen Volkes, dessen Gesamtleben Einfriedigung und Widerspiegelung findet in einer von Federer durchaus dichterisch gesehenen, unvergleichlich erhabenen Naturwelt. E. M. Hamann.

Beiträge zur Geschichte der Renaissance und Reformation. Joseph Schlecht zum 60. Geburtstag dargebracht von Bäumker, Bigelmair, Bihlmeyer, Duhr, Ehses, Freys, Glasschröder, Grabmann, von Grauert, Greving, Hager, Hartig, Joachimsen, Kirsch, König, Königer, Leidinger, Meier, Minges, Morin, Oliger, Randlinger, Ried, Schottenloher, Sepp, Stückelberg, Thurnhofer, Wolff und Ludwig Fischer. Lex.-8°. 450 S. 1 Abbildung und 4 photographische Tafeln. Freising 1917. Datterer. Geheftet ℳ 20.—. Es ist eine stattliche Zahl von Gelehrten aus fern und nah, die in vorliegendem Werk dem gefeierten Forscher und Lehrer einen geistigen Kranz von Früchten wissenschaftlicher Arbeit gewunden haben. Aus dem weiten Kreis der Geistes-, Kultur- und Kunstgeschichte des Renaissance- und Reformationszeitalters sind die Themen genommen, die hierbei zur Bearbeitung gekommen sind, und es wird der Berichterstattung in Fachblättern vorbehalten bleiben, zu würdigen, welch beträchtlichen Gewinn die Geschichtswissenschaft durch diese Sammlung gemacht hat. Eine warm gehaltene Widmungsepistel mit einer Würdigung der wissenschaftlichen Lebensarbeit des Jubilars nebst Bemerkungen zur Kaiserkrönung Karls des Großen hat H. v. Grauert dem Werke an die Spitze gestellt. Die große Zahl und die Qualität der Mitarbeiter — es finden sich nicht wenige Namen von bestem Klange unter ihnen — zeugt nicht nur von dem großen Schüler- und Freundeskreis Schlechts, von seinem weitreichenden Einfluß, sondern zugleich könnte die wissenschaftliche Bedeutung, die in unseren Tagen den Lyzeen zukommen kann, in kein helleres Licht gerückt werden. Nicht zuletzt aber ist das Werk ein glänzendes Zeugnis, das der junge Gelehrte, der es herausgegeben hat, Dr. Fischer, seinem weiten Blick, seiner umfassenden Sach- und Personenkenntnis wie seiner Gelehrsamkeit ausstellt. Prof. Dr. H. Mayer.

Franz Weiß: Tiefer und Treuer. Schriften zur religiösen Verinnerlichung und Erneuerung. Einsiedeln, Benziger, jeder Band geb. 2.10 ℳ. X.—XII. Band: Jesus und Maria; Jesus und Paulus; Jesus und ich. — Die hochwichtige, von mir schon wiederholt an dieser Stelle anempfohlene Sammlung hat mit den drei ebengenannten Bändchen einen ihrer selbst würdigen Abschluß gefunden. Und das sagt viel, wenn nicht alles, angesichts des Ganzen. Band 10 in seiner gewinnend schönen Einfachheit, die Vorbildlichkeit Mariens in schlicht ergreifender Rede ausschöpfend; Band 11 in seiner mitreißenden Kennzeichnung des Gottessohnes unter Führung der Kernworte Pauli — kann man sich leicht Eindringlicheres denken als die Kapitel über die Einfalt des Herzens und die Torheit des Kreuzes? —; Band 12 mit seinen herrlichen Hauptthemen Jesus und die suchende, die sündige, die büßende, die befreite, die getreue und die geliebte Seele; das Ganze in seiner lichten, trostvollen Klarheit ein Zeugnis voll Kraft für die Gotteskindschaft in Glaube und Gnade: fürwahr, ich wüßte kaum ein köstlicheres Geschenk für das christliche Haus, das sich Gottes weiß, für alle, die sich Gottes wissen möchten, aber den Weg zu ihm noch nicht fanden, als dies Serienwerk des edlen Zuger Stadtpfarrers. E. M. Hamann.

Beschauung und Seele. Von Emil Dimmler. 16° 241 S. ℳ 2.40, geb. ℳ 3.20. Kempten und München, Kösel, 1918. Dieses Werkchen bedeutet eine Weiterführung und Ergänzung des vorzüglichen Buches „Sabbatruhe", so zwar, daß es eine selbständige Arbeit darstellt, wiewohl sich die Gedankengänge in beiden Werken mehrfach berühren. Dimmler will der echten Mystik Freunde gewinnen, indem er sie im wahren Lichte zeigt. Hier erläutert er vor allem das Wesen der Beschauung, die er als ein Hängen des Verstandes und des Willens an Gott in der Fülle des Glaubens und der Liebe kennzeichnet (S. 33). Eine Fülle praktischer Anweisungen, lichtvoller Belehrungen für ein zielbewußtes, ernst erfaßtes geistliches Leben bietet das schlichte Büchlein. Der Verfasser begegnet damit erneut einer verderblich wirkenden falschen Auffassung der Mystik, die darin engherzig ein seltenes Vorrecht einzelner auserlesener Seelen sehen will. Hervorgehoben seien aus diesem Bändchen die ziemlich einläßlichen Ausführungen über die hl. Theresia und ihre Schriften. O. Heinz.

Die neuen kirchenmusikalischen Vorschriften. Ein Handbuch für Geistliche und Chorregenten von Eugen Schmid, Chorallehrer am Priesterseminar und Seminarpräfekt in Freising. 18. Bändchen der „Sammlung Kirchenmusik". Herausgegeben von Prof. Dr. Karl Weinmann, Direktor der Kirchenmusikschule Regensburg. Gebunden ℳ 1.50. Verlag von Friedrich Pustet, Regensburg. In der Sammlung dieser kleinen handlichen Bändchen, in denen stets eine Fülle von Material in knapper und übersichtlicher Weise verarbeitet ist, erschienen, wird das Buch, welches als erstes das einschlägige Gebiet erschöpfend behandelt, jedem ein Führer sein, mag er zu näherem Studium an die Materie herantreten oder das Werkchen in Einzelfällen als praktisches Nachschlagebuch benützen. L. G. O.

Bühnen- und Musikrundschau.

Kammerspiele. „Schwanenweiß" schuf Strindberg im fünften Jahrzehnt seines Lebens. Das „Inferno" lag hinter ihm. In verzweifelndem Ringen hat er „nach Damaskus" gefunden, aber es bleibt stets ein neuer Kampf, ein neues Ringen im „Rausch", in „Ostern" und in den lichteren Farben des „Adventes"; im „Traumspiel" ist ihm die „spes unica" wieder erloschen, er flüchtet in altindische Resignation, nur in „Schwanenweiß", einem Märchenspiele, ruht die ewig lohende Skepsis und das Licht des Guten siegt über die Mächte der Finsternis. Die Fabel an sich ist nicht von besonderer Eigenart, ein geschickter Bühnenroutinier, der gemeinsam mit dem Theaterschneider über ein gangbares Kindermärchen für die Weihnachtstage nachdächte, könnte sie ersinnen. Ein Märchenprinz, der wie Tristan die Prinzessin dem königlichen Freier zuführen soll, verliebt sich in sie, aber große Hindernisse türmen sich zwischen seiner und Schwanenweiß' Liebe. Die Stiefmutter der Prinzessin ist es, die mit bösen Hexenkünsten die Liebenden zu trennen sucht, aber über „allen Zauber" siegt „die Liebe", um mit Calderon zu reden. In tiefster Not stößt Schwanenweiß in das Wunderhorn, das den Vater zur Rettung herbeiruft. Die Verleumdung kann das Bild ihrer Reinheit nicht trüben. Der Prinz ist durch die Ränke der bösen Stiefmutter im See ertrunken; aber Schwanenweiß' fester Gottesglaube vermag ihn ins Leben zurückzurufen. Die Hexe soll zur Strafe den Flammentod erleiden, aber Schwanenweiß' Fürbitte erhält ihr nicht nur das Leben; diese verzeihende Liebe hat auch die Kraft, den starren Sinn der Stiefmutter zu wandeln. Daß er uns diese Vorgänge glaubhaft machen, daß diese Märchenwelt die Züge einer höheren poetischen Wirklichkeit annehmen konnte, zeigt das dichterische Können Strindbergs. Man sagt, daß in dem Märchenprinzen, dessen Haare von der Sehnsucht bleich werden, der Dichter sich selbst gezeichnet habe und dieses Spiel die Werbung des Alternden um die junge Schauspielerin Harriet Bosse symbolisiere. Das mag psychologisch die Sonderstellung erklären, die die Dichtung im Gesamtschaffen des Dichters einnimmt. Nur einmal huschen die Gespenster über die Bühne, als der symbolisch zu nehmende Gärtner Zwietracht und Mißtrauen sät, die sogleich aufsprießen und das Liebesglück zu verdunkeln drohen. Die schaurige Umwelt des Märchenschlosses erinnert an Maeterlinck, dessen Poesie damals auf Strindberg einwirkte, und der finnländische Komponist Sibelius, der in seiner Suite „Pelleas und Melisande" seine geistige Verwandtschaft zu Maeterlinck erwiesen, hat auch zu „Schwanenweiß" eine zarte, innige, die Stimmung stützende, nicht gerade bedeutende Musik geschrieben. Die Aufführung unter Falckenbergs Regie war gut. Passettis Bühnenbild brachte romantisches Mittelalter und das Phantastische vollzog sich sinnkräftig ohne leeren Ausstattungsprunk. Die Handelnden bewegten sich überzeugend in dem Rahmen des Wunderschlosses, sie waren der Alltäglichkeit entrückt, aber sie waren auch mehr als kostümierte Puppen. Annemarie Seil traf in Ton und Gebärde gut die zarte Innigkeit der Schwanenweiß; H. C. Müller war ein Märchenprinz von Frische ohne Süßlichkeit und Momber (Herzog) und Mea Steuermann erfüllten die scharfen Umrisse ihrer primitiven Gestalten mit echtem Märchenleben.

Theater am Gärtnerplatz. Die Textdichter der „Faschingsfee" von Emmerich Kálmán, dem erfolgreichen Komponisten der „Czardasfürstin", führen uns in den Münchener Karneval mit Künstlerkneipe und Atelierfest. Das wirkt zwar nicht immer sehr echt, aber unterhaltsam genug. Durch die Tücke eines streikenden Automobils kommt die sehr junge Fürstin-Witwe in die Welt der Bohème, lernt einen armen Maler kennen und lieben und heiratet ihn schließlich auch, nachdem sie einem standesgemäßen Verlobten den Abschied gegeben hat. Die zwei ersten Akte haben die Herren Willner und Oesterreicher recht hübsch aufgebaut, der dritte Akt bringt das übliche Notdach. Erfindung und Material sind ihnen ausgegangen. Der Komponist hat wieder hübsche Weisen gefunden, er weiß zu rühren, auch besitzt er Humor und gibt besonders in Gesängen von coupletartiger Pointierung Gefälliges. War die „Czardasfürstin" vielleicht stärker in der Erfindung, so zeigt auch die Fürstin des Faschings einen gewählteren Geschmack, der, den Operettenstil wahrend, weder die Wirkungen der Oper anstrebt, noch in die Niederungen hinabsteigt. Die klangschöne Instrumentation zeigt den gebildeten Musiker von schönem Können. Frl. Hellina bestach durch Eleganz, Graf durch seine schöne Stimme und Seibold durch seinen Humor.

Neues Theater. Der ungarische Anteil an den Münchener Erstaufführungen dieses Jahres beträgt etwa zehn Prozent; das ist, gemessen an dem oft charakterisierten „Kulturwert" dieser transleithanischen Stücke, reichlich viel. Molnárs „Teufel" hat man hier an anderer Stätte schon gesehen. Mit viel Geschick und Bühnengewandtheit wird der Teufel in die moderne Umwelt gestellt; Jolantha und der Maler lieben einander, aber niemals würde sie ihren Gatten hintergehen, wenn die satanischen Künste dieses Rätselhaften sie nicht beunruhigten und trennten, um ihre Leidenschaft nur um so heller aufflammen zu lassen. Der Dialog ist auf das raffinierteste ausgefeilt, das geistreiche Spiel seines Zynismus verblüfft den harmlosen Zuschauer und auch der überlegenere wird sich wundern über die Geschicklichkeit, mit der Molnár immer wieder zu spannen weiß, wird aber am Ende das Ganze als Spiel einer kalten Mache erkennen. Schindler spielte die dankbare Rolle des Teufels wirksam, ohne das

Mephistophelische immer gleich scharf hervortreten zu lassen, Frau Olly entwickelte den mondänen Reiz einer eleganten und kapriziösen Persönlichkeit. Der Maler und die Salondamen Budapests blieben wohl um einige Linien hinter den Absichten das mit einer äußeren Kultur sehr liebäugelnden Autors zurück.

Aus den Konzertsälen. Zum 4. Abonnementskonzert des Konzertvereins war Max Fiedler aus Essen eingetroffen, der uns schon als Gastdirigent des ersten Abends versprochen worden war. Schon das Meistersingervorspiel zeigte ihn als den überlegenen Orchesterleiter, der ohne viel Aufwand äußerer Mittel den Tonkörper in seinen Bann zwingt, der bei feinster Ausarbeitung jeder Einzelheit den architektonischen Aufbau des Ganzen nie aus dem Auge verliert. Hinreißend wußte er auch Tschaikowskys Pathetische Symphonie zu gestalten, deren rhythmische und dynamische Wirkungen er in das blendendste Licht zu stellen wußte. In einer Lustspielouvertüre stellte sich Fiedler auch als Tonsetzer vor. Sie zeigt ihn als vornehmen, geschmackvollen Künstler, in dessen klangschöner Musik manch hübscher Einfall auftaucht und auch mancher Ton wiederklingt, wie dies bei zumeist reproduzierenden Musikern nicht anders möglich ist. Von stärkerer Eigenfarbe als dieses liebenswürdige Werk ist Zilchers „Nacht und Morgen" für zwei Klaviere, Streichorchester und Pauken, dessen stimmungsvolle, farbenreiche Klangpoesie zu wirksamer Geltung kam. W. Lampe und der Komponist spielten den Klavierpart vortrefflich. Der erstere hatte auch an einem eigenen Abend Erfolg. Seine allem Aeußerlichen abholde, verinnerlichte Kunst bot insbesondere bei Mozart Zwingendes. Mozart, Schumann und Pfitzner bot der Kammermusikabend von Br. Walter und Petschnikoff unter Mitwirkung von Ph. Haas und J. Disclez; in der Ausgeglichenheit des Tones, der Leichtigkeit und der technischen Reife unübertrefflich, brachten sie uns Mozart und Pfitzner innerlich näher als Schumann. Auch über Gisela und Palma Paszthory läßt sich nur oft Gesagtes, Gutes wiederholen, die Pianistin und die Geigerin besitzen jenes musikalische Temperament, das mitzureißen weiß. Einige Neuheiten boten uns O. Merkl (Klavier) und K. Zimmerer (Violoncello). Zwei Grotesken von Joseph Haas sind hübsch gemachte Bagatellen, von starkem Klangreiz und Schwung ist Sergei Rachmaninoffs Sonate op. 19. Auch bei Chopin erwiesen sich die Konzertgeber als Künstler von reifem Können. Zum ersten Male hörten wir das neugebildete Mannheimer Trio der Herren Rehberg, Birkigt und Karl Müller; sie erwiesen sich an Feinheit des Zusammenspiels, an Geschmack und rhythmischer Sorgfalt als Kammermusiker, die den bekanntesten Vereinigungen an die Seite treten können; von besonders starker Einfühlung war die Wiedergabe von Pfitzners op. 8. — Unerfreulich schwach besucht, aber um so begeisterter aufgenommen war Pauers Klavierabend, dessen kraftvolle, schlichte, gefühlstiefe Interpretation Mozarts, Schumanns und Beethovens zu den reinsten künstlerischen Genüssen gehört. — Daß Feinhals dank der Fülle und Schönheit seiner Stimme auch im Konzertsaal triumphiert, bedarf keiner neuen Bestätigung. Schubert-, Strauß- und Pfitznerlieder bot er mit eindringendem Verständnis. Er weiß, daß ihm seine größten Erfolge immer auf der Bühne erblühen werden, und mit künstlerischer Sorgfalt sucht er sich dem Stil des Konzertsaales anzupassen. Philipp Freiherr von Tänzl-Trazberg hat einen bei aller Schlichtheit zwingenden Vortrag. Man hört ihn erst im zweiten Jahre, sein wohlgebildeter Bariton hat noch gewonnen; von zartem Reiz ist sein Piano und auch die Höhe hat Klangpoesie. — Drei liebenswürdige, wirksame Duette unseres Nationaltheaterkapellmeisters Röhr sangen die Schwestern Braunsberger, deren Gaben sehr sympathische Eindrücke hinterließen, wenn auch die technische Ausbildung beider noch nicht auf gleicher Stufe steht. — Martha Stern-Lehmanns vortrefflich geschulter Sopran steht im Dienst einer verinnerlichten Vortragskunst, die guter Wirkungen sicher ist. Sie bot u. a. auch drei in der Behandlung der Singstimme gut gesetzte Lieder ihres im Felde gefallenen Gatten, des verdienstlichen Gründers unserer Bach-Vereinigung. Ein Weihnachtskonzert für die Jugend veranstaltete Elsa Rau, die sich als Schubertinterpretin bestens bewährte mit Philippine Landshoff, der bekannten Sopranistin, Frau Schmid-Beecke (Harfe), Frl. Bokmayer (Cello) und Frl. Binder von den Kammerspielen (Rezitationen). Unter Mitwirkung des Komponisten gelangte ein innig empfundenes Angelus von Jos. Schmid zur erfolgreichen Erstaufführung. Dr. Landshoff leitete ein jugendliches Orchester, das Reineckes Kindersymphonie mit erfreulicher und erstaunlicher Sorgfalt herausbrachte. — Auf die heiteren Abende von Willi Braun sei noch kurz hingewiesen. Schlicht und einfach, teilweise mit Hinzuziehung des Klaviers weiß der Künstler seine humorvollen Stücke vorzutragen. Er bringt alles so liebenswürdig und gewinnend und in seinem Vortrag spiegelt sich ein sonniges Gemüt, das die schweren Verwundungen durch den Krieg nicht zu umwölken vermochten. L. G. Oberlaender, München.

Bestellungen auf die „Allgemeine Rundschau" für das erste Vierteljahr (Januar—März) 1919 werden noch jederzeit von allen Postanstalten entgegengenommen.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Arbeitsmarkt — Drohende Industrie-Stillegung infolge Kohlenkrisis — Deutschlands Wirtschaftszukunft — Gegen die Vergesellschaftung der Privatversicherungen.

Zu den politischen Beklemmungen, namentlich den blutigen Vorgängen in Berlin und in den rheinischen Industriebezirken gesellten sich anhaltend ungünstige Wirtschaftsnachrichten. Der zur Jahreswende bekannt gewordene Bericht des bayerischen Staatskommissärs für Demobilmachung bestätigt die erhebliche Verschlechterung in der Lage des Arbeitsmarktes bei einer ausserordentlichen Steigerung der Zahl der Erwerbslosen-Unterstützungsempfänger innerhalb Monatsfrist trotz sofortiger Inangriffnahme umfangreicher Notstandsarbeiten. Bei der von Tag zu Tag verschlechterten Verkehrslage, namentlich unter Einwirkung des durch die Abgaben an die Entente hervorgerufenen Lokomotivmangels, hat in erster Linie die Kohlenversorgung empfindsam gelitten und zu den grössten Einschränkungen der Lichtversorgung der Grossstädte und Inbetriebhaltung der Industriewerke geführt. Infolge der politischen und wirtschaftlichen Unsicherheiten ist, wie der Bericht besonders betont, das Unternehmertum weiterhin ausserordentlich zurückhaltend. Dem auch vom Reichsdemobilmachungs-Staatssekretär Koeth vorgeschlagenen Versuch, durch Organisation von Fachausschüssen, in denen Arbeitgeber und Arbeitnehmer paritätisch vertreten sein werden, unter Staatshilfe die Umstellung der Industrie zu erleichtern, wird in den beteiligten Kreisen mit besonderem Interesse entgegengesehen. Durch die übertrieben hohen Lohnsteigerungen, namentlich der Bergarbeiter, ist übrigens **die Gefahr,** dass unsere gesamte Industrie **zur Stillegung gezwungen** ist, näher gerückt, als allgemein angenommen wird. Diese Befürchtung wurde auch von leitenden Kreisen in unzweideutiger Weise zum Ausdruck gebracht. Dass solche Phantasielöhne unweigerlich Warenpreissteigerungen nach sich ziehen, gegen die die seitherigen Teuerungen keinen Vergleich aushalten werden, geht aus der besonders starken Verteuerung von Kohle und Eisen hervor, diese in einem Ausmass, wie es selbst während der ganzen Kriegszeit nicht entfernt der Fall war. Schwierigkeiten in den Förderungsverhältnissen bei gleichzeitiger Verkürzung der Schichtdauer vermindern ausserdem, verschärft durch die Bergarbeiter-Ausstände, die Ausbeuteergebnisse der Gruben und vermehren somit — verwiesen sei auf die Mitteilungen des Dresdener Demobilmachungsausschusses — die Gefahr des Stillstands weiterer Industriesparten. In Süddeutschland ist die zehntägige Arbeitsruhe wegen Kohlenmangels eine Probe auf dieses Exempel. Das Ententeverbot jedes Güterverkehrs von den linksrheinischen besetzten Gebieten in die Neutralzone und das übrige Deutschland bedeutet für die rechtsrheinische Eisenindustrie und den Kohlenbergbau ausserdem eine besondere Gefährdung, um so mehr, wenn nicht eine möglichst baldige Zufuhr der Lothringer Erze zu unserer Hochofenindustrie erfolgt, wie sie nach den Verhandlungen in Luxemburg zwischen der deutschen und französischen wirtschaftlichen Delegation in Aussicht gestellt ist.

Trotz dieser undurchsichtigen und unsicheren Wirtschaftsverhältnisse zum Jahresbeginn muss die Haltung unserer Effektenbörsen als widerstandsfähig bezeichnet werden, dank der Interventionstätigkeit der von der Berliner Grossbankwelt ins Leben gerufenen „Aufnahmebank". Selbst die Berliner Strassenkämpfe und die schweren Unruhen im Ruhrrevier, die Lostrennungsbestrebungen in Schlesien und die polnischen Gebietsforderungen vermochten keinerlei Aenderungen in dieser Tendenz hervorzurufen. Die günstigen Bilanzabschlussziffern der Siemens-Schuckertgruppe und verschiedene sonstige zufriedenstellende Dividendenerklärungen bekunden auch innerhalb unserer Industriewelt das Vorhandensein eines Restes von Vertrauen. Die britischerseits erlaubte Wiederaufnahme deutscher Kohlenausfuhr nach Dänemark, die, wenn auch unwesentliche Steigerung der Reichsmarkwährung in der Schweiz sind mit der weiter anhaltenden Kursbesserung unserer Renten, namentlich für Kriegsanleihen, wohl die wenigen günstigen Daten in der abgelaufenen Berichtswoche. In den Pressevertretern gegenüber gemachten Aeusserungen des Reichswirtschaftsamtssekretärs Dr. Aug. Müller über **Deutschlands Wirtschaftslage nach dem Kriege** und die Aufgaben des Reichswirtschaftsamtes werden die düsteren Aussichten für Deutschlands Weltmarktpolitik bestätigt. Nur **möglichst rationelle Wirtschaft** bei **erhöhter zusammengefasster Arbeitsleistung** und eine grosszügige **innere Kolonisation** können Rettung bringen. Im Problem der Vergesellschaftung von Finanz- und Industriegebieten wird vom genannten Staatssekretär, wie dies auch aus den Reden des Staatssekretärs a. D. Dernburg und des Volksbeauftragten Haase im Bürgerrat von Grossberlin hervorgegangen ist, nunmehr ein gemässigteres Vorgehen empfohlen. „Nur die nötigen Vorbereitungen könne man im Augenblick treffen." Die Verstaatlichungsfrage der Privatversicherung bezeichnete Direktor Kisskalt in der Generalversammlung der Münchner Rückversicherungsgesellschaft als

„sozial verfehlt. Gerade die Versicherung könne die Privatinitiative und die Konkurrenz noch lange nicht entbehren und auch finanziell würde diese Verstaatlichung ein sicherer Fehlschlag sein". — Den sozialen Forderungen der neuen Zeit hat die Münchener Eggenfabrik München-Pasing durch **Beteiligung der Arbeiter und Angestellten** des Unternehmens aus dem über 4% Dividende hinausgehenden fünften Teil des Reingewinnes Rechnung getragen.

München. M. Weber.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Pro patria mortuis.

Der Weltkrieg ist beendet und Deutschland steht trauernd an den Gräbern von fast 2 Millionen seiner Heldensöhne. Wie dunkel auch die Zukunft unseres Vaterlandes dräut, eins ist gewiss: Deutschlands Söhne sollen nicht vergeblich gestorben sein. Ihnen ein treues Angedenken zu wahren ist Ehrenpflicht der Ueberlebenden.

Der **Akademische Bonifatiusverein** wird in einer Universitätsstadt der Diaspora — es kommen in Betracht: Berlin, Leipzig oder Göttingen — eine Kirche bauen, die **dem Andenken der im Weltkrieg gefallenen katholischen Akademiker** geweiht ist.

Wir bitten daher alle Katholiken, insbesondere diejenigen, welche einen Akademiker dem Vaterland geopfert, für diese Kirche ein Scherflein zu spenden. Die Namen der Gefallenen werden in einem besonderen Ehrenbuch der Kirche aufgeführt. Beträgt das Almosen wenigstens 500 Mk. so wird der Name derjenigen, deren Andenken durch dies Almosen geehrt werden soll, in die Urkunde der Gründer der Kirche eingetragen.

Auch können Meßstiftungen für gefallene Akademiker bei dieser Kirche errichtet werden.

Wir bitten um so dringender dies schöne Werk zu unterstützen, als dadurch dem allgemeinen Bonifatiusverein, dessen Aufgaben bei den veränderten Zeitumständen unübersehbar werden, ein grosser Dienst erwiesen wird.

Alle Gaben für die **Akademiker-Gedächtniskirche** sind zu senden an das Generalsekretariat der Akademischen Bonifatiusvereine in Paderborn, Giersstrasse 29 (Postscheckkonto Köln Nr. 37 950) Auch Kriegsanleihen werden angenommen.

Hermann Graf zu Stolberg-Stolberg,
Präsident des Generalvorstandes des Bonifatiusvereins,

cand. theol. A. Bücker,
V.O.P. der Akad. Bonifatiusvereine,

Dr. H. Weinand,
Generalsekretär der Akad. Bonifatiusvereine.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Ferdinand Abel, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gb.
Ruf-Nummer 205 21.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich M 3.50.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis:
Die 5 X gespalt. Grundzeile 75 Pf., Anz. auf Textseite die 95 mm breite Zeile 250 Pf.
Beilagen einschl. Postgebühren M 12 d. Tausend.
Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.
Rabatt nach Tarif.
Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig.
Erfüllungsort ist München.
Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt.
Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer

Wochenschrift für Politik und Kultur. ✲ Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 2. München, 11. Januar 1919. XVI. Jahrgang.

Katholizismus und Verfassungsfortschritt.

Von Universitätsprofessor D. Dr. *Schmidlin*, Münster i. W.

Noch vor Schluß des größten aller Weltkriege wohnten wir schon unter der Monarchie innerpolitischen Umwandlungen bei, wie sie bei aller Gesetzlichkeit und Leidenschaftslosigkeit in den äußeren Formen grundstürzender kaum erlebt worden waren, und dazu kam über Nacht die radikale Umwälzung durch die Revolution. Demgegenüber mag mancher von uns, aber auch von den Gegnern und Andersdenkenden fragen: wie stellen sich die Katholiken und ihre kirchlichen Instanzen zu diesen erst parlamentarischen, nachher revolutionären Reformen in der Staatsverfassung und wie soll sich jeder einzelne von uns dazu stellen? Eine gewisse Gewähr dafür, daß diese Haltung keine von vornherein ablehnende und jene Entwicklung keine radikal kirchenfeindliche zu sein braucht, gab uns schon der maßgebende Anteil katholischer Volksvertreter und Regierungsmänner, die auch jetzt noch nicht überall ganz aus den führenden Rollen verschwunden sind. Jedenfalls dürfte eine Untersuchung darüber nicht müßig erscheinen, wie sich unsere *katholische und kirchliche Auffassung und Praxis historisch und theoretisch* zu den modernen verfassungspolitischen Errungenschaften, speziell zu jenen, die man unter dem Namen Parlamentarismus zusammenfaßt, verhält bzw. verhalten hat. Dabei kann es sich freilich weniger um ein ausgesprochenes und abgerundetes, etwa gar dogmatisches System — ein solches hat die offizielle Kirche nirgends aufgestellt — als um Rückschlüsse aus gelegentlichen Aeußerungen und Verhaltungsweisen handeln.

Namentlich in den *älteren Zeiten* war das Problem nie ausdrücklich aufgerollt und hatte daher die Kirche keinen Anlaß, dazu formell oder faktisch ex professo Stellung zu nehmen. Sie interessierte sich vor allem für das Verhältnis zur Staatsgewalt nach der kirchenpolitischen Seite hin, also in den Beziehungen des Staates zur Kirche. Im christlichen Altertum waren dieselben in der Regel feindlicher, im Mittelalter eng verbrüderter Natur: dort wurden darum mehr die Unterschiede, hier die Verbindungslinien betont, aber dort wie hier einerseits die gottgewollte staatliche Autorität und die Pflicht des Gehorsams ihr gegenüber festgehalten, anderseits jede Ueberschreitung der Grenzen und Schranken energisch abgewehrt, zuweilen unter Erhöhung der kirchlichen Machtbefugnisse bis zur potestas directa, der Ueberordnung der Kirche über den Staat. Im Zusammenhang damit haben im Investiturstreit scharfe Gregorianer wie Manegold von Lautenbach der Theorie des Erbkönigtums eine sehr demokratische Wahlmonarchie entgegengestellt, ja sie bis zur Volkssouveränität und Absetzbarkeit für den Fall des Nichteinhaltens der vertraglichen Verpflichtungen bei Uebertragung des Herrscheramts gesteigert, während auf der anderen Seite die Staatstheologen um Philipp den Schönen und besonders um Ludwig den Bayer (Marsilius von Padua und Wilhelm Occam) dieselbe Allgewalt des Volkes oder seiner Mehrheit zugunsten des Königtums in die Wagschale warfen. Aehnliche gegensätzliche Auswertungen der Volksrechte rief in der Neuzeit auf der einen Seite die gallikanische, febronianische und josephinische wie vorher schon die protestantische Ueberspannung der weltlichen Gewalt, auf der anderen Seite die kirchlich katholische Reaktion dagegen sowie gegen die absolutistisch-cäsaropapistischen Uebergriffe der Reformations- bzw. Aufklärungsfürsten hervor.

Gebrochen wurde das Eis durch die *große Revolution*, welcher auf dem Gebiet politischer Ideen die Aufklärungsphilosophen, besonders Rousseau mit seiner Lehre vom Gesellschaftsvertrag und Montesquieu mit seiner Empfehlung des Konstitutionalismus vorgearbeitet hatten. Gewiß ist die Revolution als solche zu verurteilen, namentlich wegen ihrer Exzesse in den Zielen wie in den Mitteln, aber in den sie mitverursachenden vorrevolutionären Mißbräuchen, in der nachträglichen Sanktion einzelner Ergebnisse und in ihren wohltätigen Folgen liegen auch berechtigte Elemente und positive Werte. Zu diesen Folgen der Revolution gehört die Abschaffung vieler politisch wie kirchlich unhaltbarer Zustände oder Einrichtungen und die Begründung moderner Rechtsverhältnisse, die der Hl. Stuhl wenigstens teilweise, wenn nicht im Prinzip und unbedingt, so doch passiv und negativ anerkannte (z. B. im österreichischen Konkordat „ratione temporum habita"). Die Revolution von 1848 besiegelte das Werk ihrer größeren Vorgängerin, rief es aber zugleich in seine gesunden Schranken zurück, indem sie aus dem von ihr geschaffenen Ochlokratismus und dem von ihr beseitigten Despotismus die fortschrittliche Resultante des *Konstitutionalismus* zog, der harmonisch Volks- und Fürstenrechte zu verbinden suchte.

Diesem politisch-staatlichen Umschwung kam auch katholischerseits eine *demokratische Bewegung* entgegen. Die nächste Reaktion auf die revolutionären Extravaganzen freilich, die Restauration und die Romantik, verdammte uneingeschränkt die Früchte der Katastrophe und blickte sehnsüchtig wieder auf das theokratisch gefärbte Mittelalter zurück. Aber unter der Wucht der mit der absolutistischen Monarchie gemachten Erfahrungen, besonders in der Februarrevolution von 1830, welche die Kirche abermals wegen ihrer Allianz mit dem monarchistischen Legitimismus in schwere Mitleidenschaft gezogen hatte, stellte sich in den fortgeschritteneren Ländern wie Belgien und Frankreich eine innerkatholische Strömung ein, die sich der neuerrungenen Freiheiten zugunsten der kirchlichen Interessen bedienen und vor allem auf die Massen des Volkes stützen wollte, so daß die Behandlung der Kirche schon in der Julirevolution von 1848 eine viel freundlichere war und dieselbe Pariser Menge, die 1830 das Kruzifix im Kot geschleift hatte, es 1848 ehrfurchtsvoll in die Tuilerienkirche trug (Kraus). Zwar schoß die katholisch „liberale" Richtung in Vertretern wie Lamennais und Gioberti, die der päpstlichen Verurteilung nicht entgehen konnten, weit übers Ziel hinaus und ging mit dem extremen Liberalismus wenigstens in der Politik eine viel zu innige, auch dem Dogma gefährlich werdende Vermählung ein, doch wurden ihre Auswüchse im Gefolge der Revolution von 1848 durch klare Scheidung zwischen kirchlicher und kirchenfeindlicher Freiheitsrichtung entfernt. Auf dem Boden der aufrichtigen Verbrüderung mit Volk und Freiheit erhoben und entfalteten sich auch die nach 1848 immer zahlreicheren und lebenskräftigeren sozialen und politischen Organisationen im katholischen Deutschland, insbesondere die katholische Fraktion vor 1870 und noch reiner unter den Geburtswehen des Kulturkampfes das Zentrum, seinem innersten *Wesen* nach stets eine Verfassungspartei, die im engsten Bunde mit dem Volke auf dem Eckstein der Konstitution schon in der Kampfeszeit ihre siegreiche Kraft vor allem aus der unzertrennlichen Verwachsenheit mit den Massen schöpfte und nachher die rein negative Frontstellung immer mehr mit der positiven Mitarbeit an allen fortschrittlichen Aufgaben des Staates, namentlich den sozialpolitischen vertauschte.

Parallel zu diesen mit der Zeit marschierenden Erscheinungen hielt sich aber auch noch aus der Vorperiode ein zäh am Alten festhaltender und das Neue verschmähender konservativer Flügel, der namentlich in den südlichen romanischen Reichen, wie Spanien und Portugal zu Einfluß gelangte. Zu dieser konservativen

Schule bekannte sich nach der politischen Front hin, die ja als solche der Sphäre kirchlicher Irrtums- und Fehlerlosigkeit entrückt ist, Papsttum und Kirchenstaat wenigstens in seinen hauptsächlichsten damaligen Vertretern. Wir können zwar gerade darin als Resultat des Konklavekampfes zwischen den Kardinalparteien der „Liberali" und „Zelanti" das meist heilsam wirkende Gesetz des Systemwechsels in der Papstgeschichte des 19. Jahrhunderts verfolgen: dem 7. Pius, der schon als Bischof von Imola den einrückenden Franzosen erklärt hatte, die republikanische Staatsform laufe dem Glauben nicht zuwider, dann als Papst namentlich in den Konkordatsverhandlungen weitherzige Toleranz verriet, folgte zunächst der starre Leo XII. und dann nach dem kurzen Pontifikat des milden Pius VIII. der noch unbeugsamere Gregor XVI., um abermals einem Pius zu weichen, von dem vor seiner Erhebung das Scherzwort ging, daß in seinem bischöflichem Palaste alles bis auf die Katzen liberal sei; aber wie schon Gregor XVI. nicht bloß den Lamennaisschen Phantasien den Fehdehandschuh hingeworfen, sondern auch in der kirchenstaatlichen Politik einem schroffen Antikonstitutionalismus gehuldigt hatte, so lenkte Pius IX. nach dem Fiasko seiner liberalen Konstitutionsbewilligungen im Revolutionsjahre in die streng konservative Papstpolitik zurück. Sie offenbarte sich vor allem darin, daß unter beiden Pontifikaten eine direkte Mitwirkung der Volksvertretung bzw. des Laienelementes an den Regierungsgeschäften, selbst in der Gesetzgebung und Steuerbewilligung beharrlich abgewiesen wurde und die Reformwünsche der Untertanen wie der auswärtigen Regierungen in der Hauptsache unberücksichtigt blieben. Aber während auf innerkirchlich dogmatischem Boden der päpstliche Widerstand gegen den zeitgenössischen Radikalismus höchst segensreich und für alle Zeiten normgebend war, hat er gegenüber den politischen Strömungen in der engeren eigentlichen Staatspolitik in etwa zum Untergang des Kirchenstaats beigetragen und braucht von uns nicht als unabänderliche Richtschnur angesehen zu werden.

Zusammengefaßt und dem Bereich der kirchlichen Lehrgewalt nähergerückt erscheint diese Anschauung und Praxis auch nach der politischen Seite hin im Syllabus Pius IX. Darin werden neben philosophischen und kirchenpolitischen Verirrungen auch staatsrechtliche Sätze verworfen, nicht nur soweit sie den Kirchenstaat und das Verhältnis zur Kirche angehen, wie Trennung von Kirche und Staat oder die uneingeschränkte Religionsfreiheit, sondern auch allgemeine, wie über die Rechtskraft der vollendeten Tatsachen und über den Volkswillen als oberstes Gesetz (vgl. Th. 59—61); ja die 80. und letzte der proskribierten Thesen lautet: „Der Papst kann und soll sich mit dem Fortschritt, dem Liberalismus und der modernen Kultur versöhnen." Aber zunächst ist der Syllabus als solcher bloß ein vom Staatssekretär Antonelli unterzeichnetes und aus den verschiedensten Kundgebungen des Papstes zusammengetragenes Verzeichnis der „hauptsächlichen Zeitirrtümer", kommt ihm somit kein unfehlbar dogmatischer Charakter nach Art einer obersten kirchlichen Lehrentscheidung, sondern jedem Satze nur jene Glaubensverpflichtung zu, die er im Rahmen des Aktenstücks, dem er entnommen ist, beanspruchen kann, in den meisten Fällen also nicht die einer strengen Glaubensdefinition; auch bei den, nach allgemeiner Auffassung als kraft der Unfehlbarkeit verworfen geltenden, 16 Sätzen der Enzyklika Quanta cura, welcher der Syllabus angehängt und u. a. die Ablehnung der Volkssouveränität eingereiht ist, wird nicht der Grad der Verwerflichkeit (ob häretisch oder bloß z. B. haeresim sapiens, skandalös usw.) angegeben und ist die Interpretierung eine strikte (d. h. es genügt, daß irgendein Teil oder Ausdruck im Satz verkehrt sei, ohne daß deshalb alle Elemente falsch sind, z. B. der letzte Satz des Syllabus wegen seiner Verallgemeinerung oder seiner falschen Unterstellung eines Gegensatzes des Papsttums zum echten Liberalismus und Fortschritt). Als zeitgeschichtliche Erscheinung hat der Syllabus einen bleibenden Wert für die Beurteilung Pius IX. selbst und der Kirche seiner Zeit, jedenfalls aber kann man aus ihm keine Verwerfung des politischen Fortschritts ableiten im Sinne eines unwandelbaren kirchlichen Kanons, der für sämtliche spätere Perioden auch dann noch gelten würde, wenn sich die allgemeinen Verhältnisse verändert haben sollten.

Eine nach dieser außerkirchlichen Seite hin entgegengesetzte Richtung kam ans kirchliche Steuerruder im Nachfolger Pius IX., dem großen Friedens- und Versöhnungspapste, dessen reichentwickeltes staatstheoretisches Programm in den auch formell so herrlichen Rundschreiben Leo XIII. niedergelegt ist. Schon in seinem Vorleben, namentlich als Nuntius in Belgien, das damals leidenschaftlich von der katholischen Demokratie ergriffen war, hatte er bei allem Festhalten an den unverrückbaren dogmatischen Grundlagen sich in den Grenzfragen zu politisch fortschrittlichen Ideen bekannt, wie z. B. sein Fastenbrief von 1876 über Kirche und Zivilisation und seine Freundschaft mit Gioberti verriet. Auch im praktischen Verhalten offenbarte sein Pontifikat hierin einen weitherzigen Standpunkt, speziell in seinem Verhältnis zu Frankreich, dessen Katholiken er einmütige Verständigung auf dem Boden der Verfassung, Anerkennung der Republik, Eintreten in die parlamentarische Arbeit einschärfte, und zu Italien, wo er die politische Katholikenorganisation an der Hand des Gegebenen eifrigst unterstützte und die Führerschaft über die italienische „democrazia cristiana" (katholisch-demokratische Bewegung) übernahm, von seinem sozialen Reformprogramm und seinen Bemühungen um die Presse nicht zu sprechen. Ein moderner Papst im vollsten Sinne und in allem ein Mann der Tat, verlangte er von den Katholiken, auch den redseligen Franzosen, vorab praktische Arbeit statt des vielen Diskutierens und bekundete liebevolles Verständnis für alles, was den Zeitgeist bewegte und zu seiner Gewinnung geeignet schien (Spahn). Die Theorie dazu entwickelt und begründet er in seinen ausführlichen Enzykliken Diuturnum illud von 1881 über den Ursprung der bürgerlichen Gewalt, Immortale Dei von 1885 über die christliche Staatsordnung, Libertas von 1888 über die menschliche Freiheit, Sapientiae christianae von 1890 über die wichtigsten Pflichten christlicher Bürger und Graves de communi von 1901 über die christliche Demokratie. Zwar führt er darin nachdrücklichst alle weltliche Herrschaft nach ihrer die Gewissen bindenden Innenseite in letzter Linie nicht auf den Volkswillen nach den Vorschlägen eines Rousseau, sondern auf göttliche Autorität und Oberherrlichkeit zurück, streut sogar in dieser Argumentation harte Worte über das von Gott losgelöste moderne Recht und die Volkssouveränität sowie die absolute Rechtsgleichheit aller ein, aber mit dem wiederholt ausgesprochenen Vorbehalt, daß er damit keiner Verfassungsform zu nahe treten und auch die republikanische Bezeichnung des Gewaltinhabers durch Volkswahl nicht verurteilen wolle, daß die Kirche nicht im geringsten zu den Staatsinteressen im Gegensatz stehe und die Katholiken die Beteiligung an den Staatsarbeiten nicht abweisen sollten; er wünscht vielmehr größeren Anteil des breiten Volkes an der Staatsleitung. Namentlich in seinem feierlichen und abgeklärten Sendschreiben über das Schlagwort des Jahrhunderts „Freiheit" wendet er sich zwar gegen die schrankenlose Denk-, Rede-, Presse-, Lehr-, Gewissens- und Kultusfreiheit, überhaupt gegen die unrechtmäßigen Freiheitseingriffe in das sittliche Forum, auch dagegen, daß das bürgerliche Gesellschaftsband seinen letzten Ursprung in der Menge habe und deren Majorität bestimme, was Recht und Pflicht sei; aber man könne ohne Unrecht einer durch die Volksvertretung gemäßigten Regierungsform den Vorzug geben und die Kirche brauche sich nicht den individualistischen Uebergangsstufen geschichtlichen Werdens entgegenzustemmen, ja toleriere mit mütterlicher Nachsicht gleich den Staatsbehörden zur Vermeidung größerer Uebel auch minder gute Anpassungen an die Gegenwartsströmung und Zeitverhältnisse, wie auch der unendlich gütige Gott in seiner weisen Vorsehung manches Böse dulde (ähnlich 1894 an alle Fürsten und Völker der Erde). Als Beispiel dafür, wie die Kirche jeweils den Aufschwung der bürgerlichen Freiheiten, sofern sie mit Maßhaltung verbunden waren, gefördert habe, sind ihre Verdienste um die italienischen Städte erwähnt, deren freie Munizipalverfassung einen so hohen Aufstieg auch in materiellen Dingen bewirkte. Die „christliche Demokratie" faßt er im Gegensatz zur „Sozialdemokratie", die nach dem etymologisch-philosophischen Sprachgebrauch des Wortes die Volksherrschaft anstrebe und die Regierungsgewalt bei der Masse wissen wolle, nicht politisch, sondern mehr sozial-caritativ, hält sie daher ebenfalls für unabhängig von der staatlichen Verfassungsform und mit jeder vereinbar.

Dasselbe Verhältnis in der staatsbürgerlichen Tendenz wie zwischen Leo XIII. und Pius IX. können wir für die beiden letzten Pontifikate beobachten. Gegenüber den hochgespannten Fortschrittsbestrebungen seines Vorgängers lenkte Pius X. wieder in die das Gegensätzliche zwischen Kirche und Jahrhundert mehr betonenden Gedankengänge des neunten Pius ein. Wie er vorher schon in seinen bischöflichen Hirtenbriefen bei aller Anlehnung an die national-italienische Konstellation vor den zügellosen Freiheiten gewarnt hatte, so verwahrte er sich zwar in seiner ersten Allokution nach Leos Art scharf dagegen, als wolle die Kirche Freiheit und Fortschritt hemmen, aber immer stärker bekämpfte er das, was ihm an den modernen Ideen ausschweifend erschien und sie von seinem rein religiösen Ideal trennte, lehnte auch

die katholisch-demokratische Bewegung ab; indes hat er sich dabei im allgemeinen auf das innerkirchliche Gebiet beschränkt und vom rein politischen ferngehalten, auch in seinem Syllabus und seiner Enzyklika Pascendi. Der gegenwärtig regierende Papst Benedikt XV. hat ebenfalls neben den Bemühungen um Anbahnung eines zwischenstaatlichen Weltfriedens und um Linderung des allgemeinen Kriegselends noch keine Gelegenheit gefunden, ein staatstheologisches Programm aufzustellen, ist aber seiner ganzen Persönlichkeit und Auffassung nach in die Fußstapfen Leo XIII. zurückgekehrt, wie er kürzlich erst in seinem Schreiben an den Kardinalsstaatssekretär offenbar im Hinblick auf die neuesten Umwälzungen betont hat, die Kirche passe sich weitherzig den verschiedenen Regierungsformen an.

Aus all diesen theoretischen und faktischen Bekundungen der Katholiken und besonders ihrer höchsten kirchlichen Behörde ergibt sich zunächst das mehr negative Axiom, daß gegen den politischen Fortschritt als solchen vom katholischen Standort aus nichts einzuwenden, der Katholik also in seiner Stellungnahme dazu kirchlich-dogmatisch frei ist. Wie die katholische Kirche an sich international, d. h. als solche zu den verschiedenen Nationen indifferent bleibt, so verhält sie sich auch gegenüber den einzelnen Staatsformen neutral und sucht sich den bestehenden möglichst anzupassen. In den modernen Verfassungserrungenschaften liegt an sich nichts, was den kirchlichen Interessen notwendig im Wege stände, und in der Kirche nichts, was jener unbedingt widerspräche. Was die Kirche ablehnt, ist nur die theoretisch-prinzipielle Zurückführung aller Autorität in ihrer tiefen Wurzel auf rein menschliche, diametral von der göttlichen Weltordnung losreißende und ihr widerstreitende Faktoren. So sehr sie aber diese letzten Endes atheistische und absolutistische Begründung moderner Verfassungsfortschritte durch den extremen Rechtspositivismus verwirft, so wenig will sie solche Fortschritte selbst, auch in ihrer parlamentarischen oder republikanischen Spitze bekämpfen bzw. die Freiheit ihrer Gläubigen darin einengen. Mögen Leo wie Pius die absolute und schrankenlose Volkssouveränität und Majorisierung samt den anderen Uebertreibungen des „neuen Rechts“ von sich weisen, in der Wahl der Staatsform einschließlich derjenigen, die als höchsten und einzigen Träger der politischen Gewalt das Volk ansieht, lassen sie allen freie Hand; ja sie haben gegebenenfalls volle Unterwürfigkeit auch solchen Formen gegenüber zur Pflicht gemacht, wie ja die katholische Moraltheologie lehrt, daß selbst der Revolution eine zu Recht bestehende Regierung entspringen könne, welcher die einzelnen Staatsbürger wenigstens äußerlich zu gehorchen haben. Dahin äußern sich auch neuere Autoritäten wie Stöckl, der im Staatslexikon zwar dem exzessiv demokratischen, grundsätzlich wie praktisch kirchenfeindlichen Volkssouveränitätsprinzip schroff den Krieg erklärt, aber sowohl den konstitutionellen als auch den republikanischen Parlamentarismus als vereinbar mit den Prinzipien des Christentums hinstellt. Mit Recht hat vor kurzem erst Staatssekretär Gröber in der „Germania“ im Hinblick auf die freiheitlichen Errungenschaften der letzten Wochen daran erinnert, daß für den Katholiken grundsätzlich kein Hindernis gegen die Anerkennung und Herbeiführung einer parlamentarischen Verfassungsreform oder die Mitarbeit an einer wahren Volksregierung besteht, wie anderseits Kardinal Piffl in seiner Wiener Rede bei allem Eintreten für die Monarchie erklärte, daß die Kirche grundsätzlich auch andere Regierungsformen zulasse. Auch unser altbewährtes Zentrum trägt unter Wahrung all seiner bisherigen Wesensgrundsätze den Revolutionswandlungen insofern Rechnung, daß es sich als „christlich-demokratische Volkspartei“ bezeichnet und „rückhaltlos zum demokratischen Volksstaat“ bekennt.

Wir möchten aber annehmen, daß die katholische Weltanschauung auch positiv sich zu einer fortschrittlicheren, freiheitlicheren und volkstümlicheren Gestaltung des politischen Lebens nur günstig stellen kann, weil diese ihrem Grundzug am besten entspricht und innerhalb des richtigen Geleises ihr nur Vorteile bringen kann. Das Christentum ist von Natur aus wahrhaft demokratisch, da es alle vor Gott und dem Gewissen als gleich behandelt. Was der Kirche und dem Katholizismus, besonders dem deutschen, die imposante und vielbewunderte Stärke und Machtstellung nach außen verleiht, ist die rückhaltlose Verbindung mit dem Volke, mit seinen Rechten und Freiheiten. Mit den übrigen Volksgenossen sind auch die katholischen Bürger Deutschlands in den gemeinsamen Trübsalen und Großtaten dieses Krieges, zu denen sie ihr redlich Teil beigesteuert haben, ihrer und des Volkes erhöhter Kraft sich bewußt geworden, verlangen daher mit Recht stärkeren Anteil an den Regierungsgeschäften. Sie wollen hinter anderen Parteien und Konfessionen nicht zurückstehen, müssen vielmehr mit in die vordersten Reihen treten, schon um die unter dem Druck der äußeren Geschehnisse sich überstürzende Entwicklung in normale Bahnen zu lenken und gegen kirchengegnerische Hypertrophie zu sichern. Darum, deutsche Katholiken: **vorwärts auf dem Wege politischer Freiheit und Mündigkeit!**

Das fünfte Kriegsjahr.

Wochenschau von Fritz Nienkemper, Berlin.

Im Berliner Hexenkessel.

Es wallet und brodelt und brauset und zischt. Kaum zeigt sich eine Klärung, so wirbelt wieder ein düsterer Bodensatz empor.

Im Anschluß an die Berliner Weihnachtskämpfe kam es zu einer Krisis in der vielköpfigen und zweiseeligen „Regierung“. Ihr Verlauf erweckte zunächst Hoffnungen. Denn die „unabhängigen“ Minister, die bisher das Bleigewicht gebildet hatten, wurden ausgeschifft. Erst schieden die drei „Volksbeauftragten“ Haase, Dittmann und Barth aus dem Reichskanzlerhaus; dann traten auch Adolf Hoffmann und Genossen ihren Rückzug aus den preußischen Ministerien an. So sah es aus, als ob endlich eine einheitliche Regierung in Berlin sich gebildet habe. Doch war noch eine feste Burg in den Händen der Radikalen geblieben: das Berliner Polizeipräsidium, dessen revolutionärer Häuptling Eichhorn statt der pflichtmäßigen Sicherheitspflege die rücksichtsloseste Parteipolitik betrieb im ultrarevolutionären Sinne durch Anwerbung von „Sicherheitsmännern“ und durch Verteilung von Waffen in den Kreisen der Spartakusleute und des linken Flügels der Unabhängigen. Eichhorn wollte nicht gehen, obschon man ihm seine Amtsunfähigkeit und seinen persönlichen Makel (Annahme von russischem Honorar usw.) recht deutlich zu Gemüte führte. Das gereinigte preußische Ministerium mußte ihn also absetzen. Doch auch darauf ging er noch nicht, sondern appellierte offen an die Gewalt in der Versammlung der Unabhängigen. Der Spartakusbund machte auch mobil zur Verteidigung seines Gönners. So brachte der erste Sonntag des neuen Jahres wieder Tumulte in Berlin. Die beiderseitigen Demonstrationen führten am Dreikönigstag zu Straßenkämpfen. Der Zentralrat hat der Regierung weitgehendste Vollmachten erteilt. Die Regierung hat den Belagerungszustand über Berlin verhängt und den Volksbeauftragten Noske zum Gouverneur von Berlin und zum Oberstkommandierenden in den Marken ernannt. Sie scheint also entschlossen zu sein, den Entscheidungskampf mit dem Bolschewismus aufzunehmen, dessen bedrohliches Anwachsen und Fortschreiten von Osten her sich zu einer ernsten Gefahr für die ganze westliche Kultur auswächst.

Zu spät.

Dieses kleine Wortpaar spielt in unserer jüngsten Geschichte eine verhängnisvolle Rolle.

Zu spät haben unsere berufenen Heeresführer und Staatslenker die Unmöglichkeit des Waffensieges erkannt.

Zu spät ist die Anbahnung eines Verständigungsfriedens erfolgt.

Zu spät kamen die demokratischen Zugeständnisse des Kaisers und Königs.

Zu spät wurde den revolutionären Machthabern klar, daß man auch in der Republik eine einheitliche und mächtige Regierung haben muß.

Zu spät erkannte man die Notwendigkeit, den Ruhestörern mit bewaffneter Hand das Handwerk zu legen.

Mit dem ewigen Verschieben und dem lässigen Abwarten ging nicht nur die kostbarste Zeit verloren, sondern es häuften sich die Niederlagen nach außen und im Innern derartig, daß die noch vorhandenen Kräfte dahinschmolzen, wie Butter an der Sonne, und das lähmende Gefühl der Ohnmacht den ganzen Volkskörper ergriff.

Unsere Gegner sind in den Fehler der Verspätung nicht gefallen. Wie schnell waren die Tschechen mobil, um die Grenzen ihres werdenden Staates möglichst weit vorzuschieben! Und mit welcher Geschwindigkeit hatten die Polen ihre Truppen und ihren Landsturm auf die Beine gebracht, um alles zu besetzen, was sie aus den deutschen Ostmarken herausschinden möchten. Unterdessen wurde bei uns in blinder Ueberstürzung demobilisiert.

Erst als die Provinz Posen halb verloren war, begann man in Berlin einen „Grenzschutz für den Osten" langsam aufzubauen. Wenn die Truppe fertig ist, wird wohl der Friedenskongreß schon das entscheidende Wort gesprochen haben, und die flinken Polen rechnen darauf, daß die Westmächte den status quo respektieren werden, den sie durch Ueberrumpelung geschaffen haben. Aehnlich ging es und geht es mit der Sicherung der oberschlesischen Bergwerke, deren Unentbehrlichkeit für unser wirtschaftliches Leben jedem Einsichtigen klar war, zu deren Rettung aber die Regierung nichts rechtzeitig zu tun wußte.

Die Aussichten für die Nationalversammlung.

Sie haben sich insofern gebessert, als jetzt wenigstens in der Reichskanzlei und in den preußischen Ministerien keine Gegner der allgemeinen Volksvertretung mehr sitzen. Die verbleibende Regierung wird wohl den guten Willen haben, die Wahlhandlung und die Nationalversammlung selbst vor den Ruhestörern zu schützen. Ob sie die Macht hat und überall geltend machen kann, bleibt abzuwarten.

Als gute Wirkung der Mißwirtschaft in Berlin und in anderen politischen Brennpunkten darf man die Aufrüttelung der Wähler verzeichnen. In München macht der Terror jetzt schon nicht mehr vor dem Heiligsten Halt. Am Sonntag drang eine wütende Rotte in den Frauendom während der Messe ein, um einen angeblichen Flugblattverteiler vom Turm herunter zu holen; Gläubige und der vor der Kirche vermittelnde Dompfarrer wurden beschimpft und bedroht. In den weitesten Kreisen, wo sonst Gleichgültigkeit oder Trägheit herrschte, ruft man jetzt: So kann es doch nicht weiter gehen; wir gehen zugrunde, wenn die Wahlen nicht eine bessere Regierung schaffen!

In Norddeutschland hat vor allem Adolf Hoffmann, der soeben abgesägte radikale Kultusminister, als ungebetener Wahlagitator für das Zentrum sich verdient gemacht. Die Erlasse über Trennung von Kirche und Staat und über die Beseitigung der Religion aus den Schulen haben auch den begriffsstutzigsten Christen klar gemacht, daß es sich um einen Kulturkampf auf Tod und Leben handelt für und gegen den christlichen Geist in den deutschen Landen. Daraus erklärt sich auch, daß von den gläubigen Evangelischen zahlreiche Wähler sich offen der Zentrumspartei anschließen. In Berlin, wo sonst die Zentrumspartei als geborene Minderheit in der Ecke stand, konnte am Neujahrstage eine wahrhaft gewaltige Demonstration unter der Zentrumsfahne stattfinden: zwei Riesenversammlungen und ein Straßenzug, wobei nach unparteiischer Schätzung sich über 50000 Personen beteiligten.

Wenn überall die gläubigen Christen auf dem Posten sind, so wird kaum zu befürchten sein, daß die Nationalversammlung eine Mehrheit aus den Sozialdemokraten allein aufweist. Mögen für die deutsche Nationalversammlung am 19. Januar wie für die Landtagswahlen in Bayern und Württemberg am 12. Januar vorbildlich sein die am 5. Januar vollzogenen Wahlen zur badischen Nationalversammlung; sie ergaben eine gewaltige bürgerliche Mehrheit (72 bürgerliche gegen 35 sozialistische Abgeordnete; im einzelnen: 41 Zentrum, 35 Sozialdemokraten, 24 Demokraten, 7 Deutschnationale, kein Unabhängiger).

Also frisch auf zur Vollendung der Wahlarbeit in diesen letzten Tagen! Es lohnt sich in politischer Hinsicht, und es ist heilige Pflicht für jeden Christen, denn diese Wahl steht unter dem Zeichen eines wahren Kreuzzuges!

Graf Hertling †.

Während der Drucklegung kommt die Kunde vom Hinscheiden des Grafen Hertling. Mit ihm ist der letzten einer aus der großen Zeit des Zentrums, aus der Schule Windthorsts dahingegangen. Was er dem deutschen Katholizismus und dem deutschen Volke als feinsinniger Gelehrter und Forscher, als kluger Parlamentarier und Fraktionsführer, als bayerischer Ministerpräsident und endlich in schwerster Zeit als deutscher Reichskanzler gewesen, ist in diesen Blättern gelegentlich seines 70. Geburtstages (Nr. 35/1913) und bei seinem Rücktritt vom Reichskanzleramt (Nr. 41/1918) von berufener Seite gewürdigt worden. Es wird ihm unvergessen bleiben, daß er in hohem Alter der Riesenaufgabe sich unterzog, die verfahrene Reichspolitik wieder ins Geleise zu bringen und durch Anbahnung der Parlamentarisierung eine Grundlage vorzubereiten, auf der in der Folge ein erträglicher Friede hätte erreicht werden können, wenn nicht die militärische Lage und schließlich die Revolution alle Hoffnungen vernichtet hätten. In der dankbaren Erinnerung wird die Gestalt des Grafen Hertling fortleben nach den Worten Kaiser Wilhelms als der vornehm denkende, echte deutsche Edelmann, der ein Beispiel der Selbstlosigkeit in Hingabe an das Vaterland darstellt. Den deutschen Katholiken und dem Zentrum aber war er mehr, er war einer ihrer Besten.

Zur Mission des Prälaten Cerretti bei Wilson.

Von Friedrich Ritter von Lama.

Einer Haager Meldung zufolge wußten die „Daily News" unterm 21. November zu berichten, der Papst habe den Prälaten Cerretti nach den Vereinigten Staaten entsandt; der Hauptzweck der Reise sei die Ueberreichung eines eigenhändigen Schreibens Benedikt XV. an Wilson. Selbstverständlich begegneten wir alsbald in der Auslandspresse einer nicht geringen Anzahl von zumeist auf „besondere Informationen" gestützten Nachrichten über den angeblichen Zweck dieser Mission und ein Blatt suchte das andere in den Augen der Leser zu übertrumpfen, um den Beweis der eigenen „besseren Beziehungen" zu erbringen, während sich jetzt wieder einmal einwandfrei feststellen läßt, daß sie fast alle nur voneinander abgeschrieben haben. So z. B. ist die wichtigtuerische Meldung der „Münchner Neuesten Nachrichten" vom 8. Dezember aus Basel, der Papst solle beabsichtigen, die römische Frage der Friedenskonferenz vorzulegen und für den seit 1870 angehäuften Betrag der durch das Garantiegesetz ausgeworfenen jährlichen drei Millionen einen Landstreifen vom Vatikan zum Meere zu erwerben, nichts weiter als die Wiedergabe einer Meldung des in solchen Fragen absolut unzuverlässigen Boulevardblattes „Journal". In einer gegen diese Korrespondenz gerichteten Polemik weist die römische „Epoca", die gleichfalls jeder Befähigung entbehrt, die An- und Absichten des Hl. Stuhles autoritativ zu deuten, nicht nur nach, daß es sich dabei um „olle Kamellen" handelt, die gleich der Seeschlange immer wieder auftauchen, sondern sie schließt auch ihren Artikel mit den Worten: „Der Hl. Stuhl darf seine Teilnahme an den Friedensverhandlungen nicht erbetteln. Er würde an der Konferenz nur auf ausdrückliche Einladung teilnehmen, ohne sich irgendwelchen Bedingungen zu unterwerfen". Daraus entstand nun sofort eine neue „vatikanisch-offiziöse" Meldung, die als solche wiederum in deutsche Blätter überging und jetzt die Runde macht, wobei, um ihr größere Glaubhaftigkeit zu verleihen, man sie kurzer Hand „einer dem Vatikan nahestehenden Persönlichkeit" zuschreibt.

Was in der Sache feststeht, ist lediglich folgendes: Msgr. Cerretti ist zum Bischofsjubiläum des Kardinals Gibbons abgeordnet worden und hat die Reise nach Amerika angetreten. In London hat er die Fahrt unterbrochen und Wilsons Ankunft abgewartet, sich sodann nach Paris begeben und dort eine Besprechung mit Wilson gehabt. „Matin", der eine Unterredung mit dem Prälaten widergibt, läßt diesen das Gerücht, er sei mit einer Sondermission betraut, ableugnen, ihn aber unmittelbar darnach die Behauptung aussprechen, er sei von seiner Unterredung mit Wilson hochbefriedigt. Nun wird wohl niemand annehmen, daß Msgr. Cerretti ohne besonderen Auftrag die Aussprache mit dem Präsidenten Wilson herbeigeführt habe und sich zu diesem Zwecke, bereits in London eingetroffen, wieder nach Paris zurückbegeben habe.

So ziemlich alles, was über den Zweck der Mission verlautete, können wir in das Gebiet journalistischer Kombination verweisen; es hält keiner ernsten Kritik stand und ist nur geeignet, das Urteil zu verwirren. Was allein einen hohen Grad von Wahrscheinlichkeit beanspruchen darf, ist die Annahme, daß die Zulassung zur Friedenskonferenz, wenn schon nicht ausschließlicher Gegenstand, so doch einer der Gegenstände der Mission war. Welche Schwierigkeiten sich ihr entgegenstellen oder ihr gestellt werden und von wem sie ausgehen, bleibe für heute beiseite. Nur darauf sei hingewiesen, daß die gemeinsamen Gesichtspunkte, von denen aus sowohl Wilson wie der Papst die Friedensfrage behandelt wissen wollen, sie aufeinander anweisen und ersteren wünschen lassen müssen, auf der Friedenskonferenz möglichst gewichtige Unterstützung zu finden. Doch leuchtet es ein, daß diese Frage allein kaum dazu geführt haben dürfte, einen Mann von der Unentbehrlichkeit und den Fähigkeiten Cerrettis in diesem Augenblicke aus dem Staatssekretariate sich entfernen zu lassen. Man bedenke, daß dieser Prälat nach dem Kardinal-

Staatssekretär die wichtigste Person in der kirchenpolitischen Geschäftsführung des Hl. Stuhles ist und seine anerkannten Fähigkeiten ihn geradezu zum offiziellen Unterhändler des Vatikans in den allerwichtigsten Fragen bestimmen, da er einer der wenigen ist, die vollen Einblick in die Ziele und Absichten des Papstes besitzen. Alles deutet darauf hin, daß Msgr. Cerretti nicht nur der Ueberbringer eines päpstlichen Handschreibens war (dazu konnte ja auch eine viel leichter entbehrliche Person gewählt werden), sondern er einen Auftrag zu Verhandlungen, Vereinbarungen und Abmachungen erhalten hat.

Erheblich anders als die eingangs erwähnten Blättermeldungen will eine Meldung der Wiener „Reichspost" vom 15. Dezember bewertet sein. Ich weiß, daß diese ihre Informationen zumeist aus der Wiener Nuntiatur zu beziehen pflegt. Was sie über die Sendung des römischen Prälaten berichtet, verrät eine Großzügigkeit, Anpassung an die Verhältnisse und Erfassung des politischen Augenblickes, die wahrhaft auf einen Mann wie Benedikt XV. hindeuten würde, und darum sei sie angeführt. Es würde sich demnach der Papst mit einem umfassenden religiösen und kirchenpolitischen Programm befassen, das dem Friedenskongresse vorgelegt werden und die „Arbeit der Kongreßteilnehmer für einen geistigen Dauerfrieden zwischen den Völkern ergänzen und vertiefen soll. Von dem Gedanken ausgehend, daß die kirchenpolitischen Trennungskämpfe in den einzelnen Staaten ihre Schatten hinüberwerfen in die Gebiete der anderen Staaten, wo Glaubensgenossen der verfolgten Kirche sich befinden, schlägt der Papst Wilson vor, auch hinsichtlich des Schutzes der religiösen Freiheit, des Vermögens und der Einrichtung der Kirchengemeinden, hinsichtlich der Freiheit in der Ausübung des religiösen Kultes und in der Gewährleistung der ruhigen Kulturarbeit der Kirche eine gemeinsame Garantie in einem künftigen Weltbunde zu schaffen. In allen Ländern des Völkerbundes sollen die Gläubigen vor Terrorisierung, vor gewaltsamer Schließung von Kirchen und Konfessionsschulen, vor Einschränkung der religiösen Freiheit seitens der Regierenden gesichert werden durch eine einheitliche internationale Sanktion der allgemeinen Grundsätze der praktischen Durchführung der Religionsfreiheit. In besonderer Weise würde auch die Kulturarbeit der Missionäre ohne Unterschied der Nation unter den Schutz des Völkerbundes gestellt werden. Im Zusammenhange mit diesem allgemeinen Programme, welches die Wilsonschen 14 Punkte sinngemäß auf das religiöse Gebiet anwendet, stünde auch eine Lösung der römischen Frage. Aus diesem Grunde ergibt sich auch die Notwendigkeit einer Teilnahme des Papstes an der Friedenskonferenz, ohne daß sich Italien deshalb politisch bedroht zu glauben braucht. Unterstaatssekretär Cerretti wird mit Wilson die Grundlinien dieses Weltprogrammes eines Kirchenschutzes gegen gewaltsame Unterdrückung in London zuerst besprechen, worauf in Rom Wilson ... die weitere Durchführung der gemachten Vorschläge mit Benedikt XV. persönlich beraten wird." Das erschiene uns als ein Zweck, würdig für Verhandlungen und würdig zweier Staatsmänner; seine Durchführung wäre eine wahrhaft befreiende Tat und ein Segen für die gesamte Menschheit.

Trostlied in schwerer Zeit.

Der Feind im Land! Die frohen Siegeslieder,
Die einst wir sangen — ach! wie lang ist's her! —
Verklungen sind. Ein Winter, trüb und schwer
Wie keiner noch, sank über Deutschland nieder.

Die Herzen bluten, matt sind alle Glieder
Von Not und Kummer, alle Truhen leer,
Und klagend stöhnt's in Lüften: „Wer, ach wer
Bringt uns, was wir verloren, jemals wieder?!"

Schwer liegt auf Deutschland Gottes Hand. Doch murren
Ziemt nicht dem Kinde, das der Vater schlug.
Greift an das Werk und lasst die Räder schnurren

Mit allem Fleiss, noch habt ihr Kraft genug —
Hört ihr die Taube nicht von weitem gurren,
Die Friede bringt und Lenz im raschen Flug?

Leo van Heemstede.

Von der „Bürgerwehr" zur antibürgerlichen „Einheitsfront".

Von M. Geßner, München.

In München gab es in den letzten Dezembertagen bemerkenswerte Auseinandersetzungen wegen einer sogenannten Bürgerwehr. Unter dem Eindruck der Nachrichten über die blutige Weihnachtsfeier in Berlin war in der Nacht vom 26. auf den 27. Dezember ein Aufruf zur Gründung einer Münchener Bürgerwehr beschlossen worden. Als der Aufruf am 27. Dezember in der Presse veröffentlicht wurde, entdeckte man mit einiger Ueberraschung unter den Unterzeichnern auch die beiden sozialdemokratischen Minister Auer und Timm und den sozialdemokratischen Staatsrat Dr. Frhrn. von Haller. Nicht als ob man in der Unterzeichnung den Ausdruck eines rollenwidrigen Techtelmechtels mit dem Bürgertum hätte sehen müssen. Interessant war aber auf alle Fälle, daß auch überzeugte Sozialdemokraten die Lage in der provisorischen sozialistischen Republik für bedenklich genug ansahen, um eine derartige Gründung für notwendig oder mindestens für nützlich zu halten. Auer und Timm waren, wie sie selbst erklärt haben, nicht zuletzt durch die Vorkommnisse in Berlin bestimmt worden, ihre Unterschriften herzugeben. Auer sprach dabei sogar von dem „russischen Gelde", das auch bereits in München sei. Aus der Redaktion der „Münchener Post" heraus wurde Timm, wie er ebenfalls selbst angab, auf die Bedenklichkeit der Sache aufmerksam gemacht. Er zog dann alsbald seine Unterschrift zurück — Auer war an dem Tage von München abwesend —, aber die Dinge waren bereits soweit gediehen, daß der Aufruf mit den Unterschriften doch noch erschien.

Dieser kleinen Sensation folgte bald eine größere, die darin bestand, daß eine Anzahl von Personen, die mit der Angelegenheit in mehr oder minder engem Zusammenhang standen oder doch stehen sollten, wegen angeblicher gegenrevolutionärer Zettelungen verhaftet wurden. Die Sache beschäftigte am 29. Dez. in langen und teilweise recht bewegten Verhandlungen den Landessoldatenrat, wo der Eindruck erweckt wurde, als habe man es mit einer veritablen Gegenrevolution zu tun. Man forderte nicht nur die „Entwaffnung der Bourgeoisie und der Offiziere", sondern auch den Rücktritt Auers und Timms und die Lossagung des Volkes von Scheidemann und Ebert. Auch von der Uebernahme der Regierung durch die Arbeiter- und Soldatenräte war die Rede. Noch ausführlicher wurde die Affäre am 30. Dezember und am 2. Januar im provisorischen Nationalrat erörtert, wo auf Grund einer Interpellation darüber verhandelt wurde. Von der langen Geschichte, die auf Grund der Mitteilung von „Gewährsmännern", die anscheinend eine Besprechung der Verhafteten teilweise belauscht haben, zum Besten gegeben wurde, ist bis jetzt noch nichts bewiesen, wohl aber sind Einzelheiten bereits bestritten und widerlegt. Das Gerücht, die Freisinger Jäger seien bereits nach München in Anmarsch gewesen, ist aus dem Regiment heraus als haltlos gekennzeichnet worden. An der Behauptung, der Erzbischof von München habe sich, wenn auch nur indirekt, mit der Benützung der Kirchenglocken bei einem Putsch einverstanden erklärt, ist nach Information des „Bayer. Kurier" durch die zuständige Stelle nichts Tatsächliches.

Wir stehen dieser Bürgerwehrgründung und allem Drum und Dran durchaus kühl gegenüber. Der Gedanke daran konnte nur aufkommen unter dem Eindruck von Geschehnissen und Unterlassungen, wie sie in letzter Zeit ja nicht nur in Berlin, sondern auch in München und anderwärts zu verzeichnen waren. Man kann der Meinung sein, daß eine Bürgerwehr für den Fall eines Putsches der Spartakusleute nicht viel bedeuten würde, aber: Man tut, was man kann. Wir verstehen es auch, wenn der Plan einer solchen Gründung überhaupt abgelehnt wird, aber die Regierung kann ihm mit gutem Gewissen nur dann entgegen sein, wenn sie selbst willens und in der Lage ist, für Ordnung zu sorgen. Uns ist die Ordnung ohne Bürgerwehr lieber, als ein Zustand, in dem selbst sozialdemokratische Minister sich mit dem Gedanken, eine solche Wehr zu schaffen, vertraut machen konnten. Wir erinnern uns aber auch, daß vor einiger Zeit sogar die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften Münchens irgendwelche Maßregeln der Selbsthilfe gegenüber anarchistischen Elementen beschlossen haben mußten, Maßregeln, auf deren Durchführung, wie in der „Münchener Post" mitgeteilt wurde, verzichtet wurde, nachdem die Regierung durch öffentliche Erklärung ihre Entschlossenheit, Ruhe und

Ordnung zu schützen, bekundet hatte. Die Lage ist inzwischen noch nicht so absolut sicher geworden und war es namentlich um die Weihnachtszeit herum nicht, daß ähnliche Bestrebungen bürgerlichen Kreisen ohne weiteres als Verbrechen angerechnet werden könnten.

Wir haben, wie schon bemerkt, für derlei Gründungen an sich keinerlei Schwäche, auch nicht für die führenden Persönlichkeiten, die in dem Falle München in Frage kommen. Für eine große Torheit aber und mehr würden wir es halten, wenn mit dieser Bürgerwehr gegenrevolutionäre Bestrebungen verquickt worden wären. Das Bürgertum hat in seiner erdrückenden Mehrheit von Anfang an die Nationalversammlung und allenfalls die Volksabstimmung als die Instanzen bezeichnet, die darüber zu bestimmen haben, wie nach dem Provisorium die Geschicke des deutschen Volkes endgültig zu ordnen sind. Man kann sich kaum zu gleicher Zeit für die Nationalversammlung und für eine Gegenrevolution begeistern. Jedenfalls könnte man durch gegenrevolutionäre Bestrebungen oder selbst durch an sich harmlose Unvorsichtigkeiten oder auch nur Wichtigmachereien die Nationalversammlung gefährden und seiner Sache einen schlechten Dienst erweisen. Darüber muß die Geflissentlichkeit, mit der dieser Fall durch die Sozialdemokraten aller Schattierungen ausgebeutet worden ist, gründlich belehren. Noch ist, wie gesagt, gar nichts bewiesen, die zwanzig Verhafteten sind sämtlich wieder auf freien Fuß gesetzt, aber was hat man aus der Sache bereits alles gemacht, welche Konsequenzen hat man schon gezogen! Die „Bayer. Staatszeitung" (Nr. 1) nennt zwar den Versuch der Gründung recht bedenklich, begründet das Urteil aber nicht weiter, sondern begnügt sich mit einem „Nach allem, was man hört", ohne jedoch ihre Wissenschaft zum besten zu geben.

Auer, Timm und Haller haben ihre Unterschriften zurückgezogen. Der Anarchist Gustav Landauer quittierte im Nationalrat über diese Mitteilung mit einem „Das genügt nicht!" Und wenn die große Mehrheit auch mit Eisner der Meinung war, daß durch die Zurückziehung der Unterschriften der „Mißgriff" erledigt sei, daß weitere Konsequenzen gegen die Delinquenten nicht mehr zu ziehen seien, so wurde die Gelegenheit in anderer Hinsicht doch um so mehr ausgebeutet. Ein führendes Mitglied des Landessoldatenrates, Schröder, benützte sie, um den Mehrheitssozialisten deutlich zu Gemüte zu führen, daß die Unabhängigen immer Recht haben. Der Schluß: uns müßt ihr folgen! lag also zum Greifen nahe. Nicht ohne Wirkung blieb auch, wie dieser Redner Auer als den Vertrauensmann des Bürgertums hinstellte. Wir sehen das als eine starke Uebertreibung an, aber auch nur als Uebertreibung, denn in gewissen bürgerlichen Kreisen besteht zweifellos der Eindruck: „Der Auer wär' schon recht". Das halten wir für eine große Täuschung. Auer ist nur klüger als viele seiner Parteifreunde und besonnener als die meisten. Auch für ihn ist die neue Demokratie wahrscheinlich identisch mit der Herrschaft seiner Partei, nur suchte er bisher diese Herrschaft durch kluge Taktik zu sichern, während andere sie gewaltsam herbeiführen und auf die Diktatur begründen möchten. Uebrigens scheinen diese anderen jetzt gesiegt zu haben. Und das kam so:

Die Bürgerwehr und das, was daraus gemacht wurde, die „gegenrevolutionären Zettelungen", die Eisner als „feststehend" ansieht, die „unverbürgten Mitteilungen", die sich ein anderer über ähnliche Dinge, von denen man aber auch nichts weiter gehört hat, aus Nürnberg und Würzburg kommen ließ, gaben Schröder Anlaß, an das antibürgerliche Klassenbewußtsein zu appellieren: Es gibt kein Paktieren mit dem Bürgertum, nur einen Kampf auf Leben und Tod, beide können nicht nebeneinander bestehen. Mit der Freiheit, deren sich das Bürgertum bisher erfreute, muß Schluß sein, man muß dem Bürgertum zeigen, was Diktatur ist! Und weil man das Eisen schmieden muß, wenn es warm ist, luden die Unabhängigen in einem Antrag alle Sozialdemokraten zu einer „einheitlichen Front" gegen „Kapitalismus und Imperialismus", als deren Vertreterin man ja die bürgerliche Gesellschaft ansieht, ein. Das heißt, offiziell wurde der Nationalrat ersucht, diese Einheitsfront zu beschließen, aber es war doch ohne weiteres klar, um was es sich handelt: Die Münchener Bürgerwehr sollte der Anlaß werden zur Einigung der Sozialdemokratie im Sinne der Radikalen. Das war offenbar auch die Absicht Eisners, der sich klugerweise zu dem Antrag selbst formell nicht äußerte, der aber wohl gerade in der Ueberzeugung, daß die Sache gelingen werde, gegenüber Auer eine ungewöhnliche Milde bewies. Unter Hinweis auf den „Zwang der Verhältnisse" trat er für das Zusammenbleiben des Ministeriums ein und forderte auf zur Einigkeit zwecks Verwirklichung des demokratischen sozialistischen Zukunftsstaates. Und mit erhobener Stimme verkündete er, daß es in diesem Staate keine Möglichkeit bürgerlicher Politik mehr geben werde, nur noch Sozialismus. Der Antrag der Unabhängigen wurde schließlich in vorsorglich beantragter namentlicher Abstimmung mit 112 sozialdemokratischen Stimmen angenommen. Einige bürgerliche Stimmen, meistens linksliberale, wurden dagegen abgegeben. Der größere Teil der nichtsozialdemokratischen Mitglieder des Hauses beteiligte sich an der Abstimmung nicht, offenbar, weil man sich in häusliche Angelegenheiten der Sozialdemokratie nicht einmischen wollte.

Die programmatische Erklärung Eisners und die Einigung der Sozialdemokratie im antibürgerlichen klassenkämpferischen Sinne der Unabhängigen waren weit bedeutsamer als die Ankündigung eines Nationalgerichtshofes — dem die Aufgabe des Untersuchungsrichters in Fällen wie dem der mehrerwähnten „gegenrevolutionären Zettelungen" zufallen soll — nach der einen und die Mitteilung von einer Verordnung zur Sicherung der Wahlfreiheit — vielleicht auch nach der anderen Seite. Gegen den neuen Gerichtshof trat übrigens Amtsgerichtsrat Riß mit guten Gründen und unter eindrucksvollem Hinweis auf die Unabhängigkeit des Richters auf, allerdings doch vergeblich. In gewissem Sinne ist dieser Gerichtshof, ein Stück Revolutionstribunal, schon eine Folge der sozialdemokratischen Einigung auf radikalem Boden und soll vielleicht eines der Mittel werden, mit denen die Möglichkeiten bürgerlicher Politik unterbunden werden sollen. Herr Timm, der provisorische Justizminister, hatte zwar Schröder gegenüber darauf hinweisen zu sollen geglaubt, es sei nicht sehr konsequent, erst die Beteiligung bürgerlicher Vertreter am provisorischen Nationalrat zu wünschen und dann die Gemeinschaft mit dem Bürgertum abzulehnen. Schließlich aber stimmte auch Timm für die antibürgerliche Einheitsfront.

Was werden nun zu dieser unzweideutigen Kriegserklärung gewisse bürgerliche provisorische Nationalräte und ihre Freunde und Anhänger im Lande sagen? Sie haben bisher anscheinend von einer sozialistisch-liberalen Kulturpolitik und von einer bürgerlich-liberal-sozialistischen Wirtschaftspolitik geträumt und sich eine Zukunft vorgestellt, in der sie, angenehm zwischen links und rechts hin und her pendelnd, das Zünglein an der Wage bilden könnten, um sich bald vor der „Reaktion", bald vor der „Sozialisierung" zu schützen. So bequem werden sie es nicht haben. Bürgerliche Politik soll es nach Eisner nicht geben, nur Sozialismus, und bei diesem Sozialismus soll es nach Schröder mitunter „auch einmal weniger demokratisch" zugehen.[1] So antibürgerlich, wie Schröder meint, wird die Zukunft natürlich nur dann aussehen, wenn Eisner und seine Freunde das Heft in der Hand behalten, was aber noch nicht so sicher ist. Eisner will freilich in den „gegenrevolutionären Zettelungen" ein Anzeichen dafür sehen, daß man in den bürgerlichen Kreisen den Glauben an die Mehrheit für die Nationalversammlung verloren habe. Wir sehen einstweilen nur, daß eine Angelegenheit, von der die allerweitesten bürgerlichen Kreise nichts wußten, von der man aber heute noch nicht weiß, was dahintersteckt, so ausgelegt wird, nicht zuletzt wohl, um dem Bürgertum solche Zweifel zu suggerieren und es dadurch zu schwächen, und daß darüber hinaus versucht wird, Einschüchterung zu treiben. Noch fürchten wir aber für die Mehrheit des Bürgertums nichts. Nur einig müßte das Bürgertum, d. h. die ganze nichtsozialdemokratische Bevölkerung sein. Einigkeit ist die beste — „Bürgerwehr".

Ein Teil des liberalen Bürgertums begreift das anscheinend allerdings noch immer nicht und führt einen geradezu nihilistischen Wahlkampf gegen die Bayerische Volkspartei. Die krampf-

[1]) Dabei soll nicht einmal an das Schlimmste gedacht werden, wie es die internationalen Kommunisten als Zukunftsperspektive in Aussicht stellen. In einer in den Kolosseumsbierhallen abgehaltenen Versammlung wurde ungestüm die Bewaffnung des revolutionären Proletariats gefordert und den Teilnehmern anempfohlen, im Notfalle zur Nationalwahl Handgranaten als Stimmzettel abzugeben. Der Anarchist Sontheimer sagte nach einem Bericht der „M. N. N.": „Ich hoffe, daß wir alle mit der Waffe in der Hand mit der Reaktion abrechnen werden!" Einen Kaufmann, der ihm am Karlsplatz entgegentrat, als Sontheimer das Publikum nach seiner Art aufklären wollte, empfahl er der Versammlung für ein künftiges Blutgericht: „Vergessen Sie das Geschäft nicht und vergessen Sie den Mann nicht; der muß dran kommen, wenn's losgeht!" Auch der Herr Erzbischof von München ist vorgemerkt. Er gehöre an den Glockenstrick, äußerte Sontheimer: „Vergessen Sie auch ihn nicht, wenn die Zeit reif ist!"

haften Versuche freilich, mit denen dieser sonst angeblich so vorurteilslose Teil des Liberalismus dabei an konfessionelle Vorurteile appelliert, scheinen zu beweisen, daß er in großer Verlegenheit ist, daß er fürchtet, die Bayerische Volkspartei könnte auch allein die Mehrheit erlangen. Daß er seine törichte, vom bürgerlichen Standpunkt aus förmlich selbstmörderische Taktik auch angesichts der rücksichtslosen Kampfansage der vereinigten Sozialdemokratie anscheinend noch nicht aufzugeben gewillt ist, wird wohl erst recht manchen veranlassen, sich zur Bayerischen Volkspartei zu bekennen. Der Demokrat Hübsch hat im Nationalrat nicht mit Unrecht gemeint, Schröders Philippika sei die beste Wahlrede für die Bayerische Volkspartei gewesen. Gleiches gilt von der Rede Eisners und den mehrerwähnten Beschlüssen. Sollte nach all dem die Deutsche Volkspartei in Bayern noch glauben, man könne dem Bürgertum klar machen, seine Interessen seien mit der teilweise recht niedrigen Hetze gegen die Bayerische Volkspartei, zweifellos das stärkste Bollwerk gegen den sozialdemokratischen Radikalismus, zu fördern?

Die Verpflichtung der studierenden Jugend zu gemeinsamer religiöser Betätigung.

Von Geistl. Rat Professor Dr. Hoffmann, München.

Der bequemste und sicherste Weg, die Jugend zu gewinnen, geht über die Anerkennung ihres heißen Strebens nach Freiheit und Selbständigkeit. Diese sind Zauberworte, die sofort den Zugang zum Herzen der Heranwachsenden öffnen und ihr Vertrauen erringen. Die Revolution, die allen Freiheit zu bringen verspricht, verheißt auch der Jugend früheste und größte Unabhängigkeit von den bisherigen Erziehungsfaktoren, den Eltern und den Lehrern. In der Bewegung, die so in die Zöglinge der höheren Lehranstalten getragen wurde, spielt in Bayern und auch anderswo die Frage eine große Rolle, ob die religiöse Betätigung von der Schule freigegeben und die Vorkehrungen, welche diese in der Vergangenheit hierzu getroffen hatte, aufgehoben werden sollen, ob also die Verpflichtung zum gemeinsamen Schulgottesdienst und Sakramentenempfang in Zukunft wegfalle.

In München führen seit einem Dezennium bereits die Freidenkervereine den Kampf gegen den „Kirchenzwang in der Schule"; eine Unterstützung fanden sie in der „Elternvereinigung". Diese besteht allerdings nur zum geringsten Teil aus Eltern katholischer Schüler, ja überhaupt aus Eltern, die Söhne an höheren Lehranstalten haben, und war ausgesprochenermaßen gegründet gegen die Verpflichtung der katholischen Schüler zum Schulgottesdienste (Festschrift zur Feier des zehnjährigen Bestehens der Elternvereinigung München, 1917, S. 2). Die Revolution nimmt diese Fäden auf und schickt sich an, auch hier altheilige Ordnungen zu vernichten. Der im Unterrichts- und Erziehungswesen Deutschlands jetzt mächtige Mann, Dr. Gustav Wyneken, verkündigte in einer Versammlung schon am 16. November als Hauptbestandteil der Freiheit, die man einmal der Jugend aufoktroyieren müsse, auch wenn sie kein ausgesprochenes Bedürfnis nach ihr habe, die Aufhebung der Verpflichtung zur religiösen Betätigung und zum Religionsunterrichte. Es kann nicht wundernehmen, wenn bei vielen Schülern sich die Bereitwilligkeit zeigt, dieses Geschenk anzunehmen, während andere sich ablehnend dagegen verhalten. Die Eltern werden in der Frage überhaupt nicht gehört.

Die religiösen Uebungen, zu denen die Schule ihre Zöglinge anhält, genügen ausschließlich den Forderungen, die an jeden Katholiken gestellt sind. In Bayern bestehen sie im Besuche des sonn- und feiertäglichen Schulgottesdienstes und im dreimaligen Empfange der hl. Sakramente während des Jahres. Dieses ist die ganze Last, die den Schülern auferlegt wird. Alle übrigen religiösen Betätigungen bleiben in deren freies Belieben gestellt. Wenn nun trotzdem auch jene wenigen Verpflichtungen bekämpft werden, so geschieht es entweder aus prinzipieller Gegnerschaft wider die Religion oder aus Unkenntnis von deren Wesen. Man betrachtet die Religion als eine reine Gefühlssache, die sich äußern möge, wann ein innerreligiöser Drang vorhanden sei, wie z. B. die ästhetischen Empfindungen es tun; ein Zwang sei ein roher Eingriff in das Allerheiligste des Menschenherzens und schädige auf das Empfindlichste die Religion selbst, der man dienen wolle. So rief einmal der ehemalige Professor an der Münchener Universität Lipps in einer Versammlung aus: „Woher die Abkehr vom Gottesdienst bei so vielen, woher der Mangel an Religiosität? Das haben diejenigen verschuldet, die sich einbilden, durch das Mittel des Kirchenzwanges die Religion oder die Religiosität zu pflegen". Also aus Religion will man die Anleitung zur Uebung der Religion ablehnen.

Diese Auffassung der Religion vermag der Katholik nicht anzuerkennen; ihm ist sie der Dienst des ganzen Menschen an Gott, seinen Herrn und Schöpfer, der diesem gebührt und von ihm gefordert wird. Darum hat der Mensch diese Hingebung auch zu leisten, wann es ihm weniger Freude macht. In Berücksichtigung der Schwäche der menschlichen Natur, in welcher das Gesetz der Trägheit waltet, hat jede positive Religion Normen aufgestellt, nach denen die religiösen Verpflichtungen geregelt werden. Ausgedehnt waren diese bei den Juden. Der Heiland selbst erkennt sie an, soweit sie nicht Ausfluß pharisäischen Geistes waren; an den vorgeschriebenen Tagen besucht er den Gottesdienst an dem durch das Gesetz bezeichneten Orte, im Tempel zu Jerusalem. Das Christentum hat gleichfalls unmittelbar nach seinem Auftreten bestimmte religiöse Uebungen durch gesetzliche Anordnungen festgelegt. So gilt auch jetzt für jeden Katholiken das Gebot der Sonntagsmesse und der jährlichen Osterkommunion. Auch hierin liegt ein Zwang, der sogar auf Erwachsene ausgeübt wird.

Für die Jugend kommt zu der allgemeinen Lage des katholischen Christen noch ein anderes Moment hinzu; sie muß erst zur Betätigung der Religion erzogen werden. Letzteres ist zunächst heiligste Pflicht der Eltern, die dann bis zu einem bestimmten Grade auf die Schule übergeht, und zwar speziell auf den Religionsunterricht. Dieser kann sich daher nicht auf die Belehrung in den religiösen Fragen beschränken, er muß zum religiösen Leben führen; darum hat die Schule Anweisungen zur Ausübung der Handlungen zu geben, in denen sich die innere religiöse Gesinnung des Menschen offenbaren und betätigen soll. Diese Handlungen sind von den einzelnen Konfessionen festgelegt. Die religiöse Beeinflussung in der Schule hat somit die Hauptbestimmung, neben der lebendigen Ueberzeugung auch praktizierende Christen und Bekenner der Konfessionen zu erzielen. Es ist aber eine allgemeine pädagogische Forderung, daß, was einmal im Leben betätigt werden soll, in der Jugend nicht nur theoretisch gelernt, sondern praktisch geübt werden muß. Aus der Uebung soll Gewöhnung, aus ihr Liebe zur Sache und ein förmliches inneres Bedürfnis hervorgehen. Diese Tatsache erkennt man auf allen Gebieten der Pädagogik an; es sei nur auf die staatsbürgerliche Erziehung hingewiesen. Die sozialen und staatsbürgerlichen Tugenden müssen durch bestimmtes Tun eingeübt werden. Aus diesen Erwägungen werden ja in Amerika und nachbildend auch in deutschen Ländern „Schulstaaten", „Schulrepubliken" gegründet, die z. B. Foerster in seinen Schriften so eindringlich befürwortet, solange sie sich von Einseitigkeiten fernhalten; Kerschensteiner gebraucht um die Notwendigkeit, die Eigenschaften eines guten Bürgers durch Gewöhnung in der Jugend sich anzueignen, einen treffenden Vergleich; er weist darauf hin, daß derjenige, der schwimmen lernen wolle, die Bewegungen nicht am Land theoretisch kennen lerne, sondern sie im Wasser übe. Die hierin liegende Wahrheit gilt auch für das religiöse Gebiet; hier ist gewiß nicht zuletzt eine Uebung in der Jugend notwendig, weil es sich gerade hier zumeist um eine Erziehung für das spätere praktische Leben handelt.

Die naturgemäße Zusammengehörigkeit von Unterricht und praktischer Betätigung in der religiösen Erziehung erkannten auch die oberste Schulbehörde und der oberste Verwaltungsgerichtshof in Bayern an. Der letztere steht auf dem Standpunkt: „Die religiöse Erziehung der Kinder — im Sinne der Verfassungsbestimmungen — beschränkt sich nicht auf den konfessionellen Religionsunterricht dieser Kinder, sondern umfaßt auch die Anleitung derselben zur praktischen Uebung der Religion durch den Besuch des Gottesdienstes und den Gebrauch der Sakramente nach den Normen der einschlägigen Kirchengemeinschaft sowie die hierauf sich beziehenden speziellen Unterweisungen" (Sammlung von Entscheidungen des Kgl. b. Verwaltungsgerichtshofes, Bd. 1, S. 109; vergl. Bd. 2, S. 160). Die Schulordnung für die höheren Lehranstalten von 1914 bestimmt dementsprechend: „Die katholi-

schen Schüler haben an Sonn- und Feiertagen den Schulgottesdienst, wo ein solcher eingerichtet ist, zu besuchen."

Aber der Zwang und die Kontrolle, die mit den von der Schule angeordneten religiösen Betätigungen verbunden sind! Damit werde der sittliche Wert der Handlung vernichtet und eine Abneigung gegen diese hervorgerufen. Gewiß, wenn ein Werk einzig und allein infolge des Zwanges vollbracht wird, hat es keinen sittlichen Charakter, es genügt nur äußerlich der Pflicht. Doch der Zwang, der einmal bei jeglicher Erziehung unvermeidbar ist, soll in Freiheit übergehen, so daß die Anordnung der Schule nur als eine Vorkehrung zur leichteren und standesgemäßen Erfüllung der Pflicht erscheint. Dieses wird auch tatsächlich bei einem Großteil der Schüler erreicht. Der Zwang ist eben nicht Selbstzweck, er fällt weg, sobald er als Erziehungsmittel überflüssig geworden ist. Die Kontrolle ist sodann schon der äußeren Ordnung wegen nötig; außerdem wird sie auch aus pädagogischen Erwägungen gefordert; denn wenn einmal ein Gesetz gegeben ist, muß auch darauf gesehen werden, daß es erfüllt wird, außer ein triftiger Grund läßt eine Dispens als ratsam erscheinen. In Betreff des Schulgottesdienstes werden solche dann auch für längere Dauer oder für einzelne Fälle reichlich gegeben, so daß sicherlich keine Härte Platz greift.

Schwieriger liegt die Sache hinsichtlich des Sakramentenempfangs, hier besteht die Gefahr des Sakrilegs. Es ist dieses ein Punkt, der in der christlichen Pädagogik reichlich erörtert wurde und noch wird. Es stehen hier zwei Möglichkeiten einander gegenüber. Auf der einen Seite ist die Nachlässigkeit zu fürchten, die namentlich dann, wenn das Elternhaus nicht eintritt, den Gebrauch der kirchlichen Heilmittel ganz unterläßt, auf der andern droht das Verbrechen des Gottesraubes. Notwendig ist es darum, einen Ausweg zu suchen. Die Entscheidung muß von der Lage des einzelnen Falles abhängig gemacht werden. Nicht darf aber als Entschuldigung das Geständnis gelten, nicht „dazu aufgelegt", „gestimmt" zu sein. Diese Indisposition kann überwunden werden und wird überwunden. Es braucht nur einige Selbstzucht und Selbstbeherrschung, die zudem für das übrige Leben höchst wertvoll werden können. Viele gehen nicht mit guter Stimmung zur Kirche, sie geben sich aber Mühe, das Erforderliche zu tun, und sie beichten besser als ein anderes Mal, wenn sie scheinbar in bester Meinung und in großem Eifer gekommen sind.

Doch in der Jugend treten im religiösen Leben vieler sonst braver Leute Störungen auf, die durch Glaubenszweifel und Glaubensschwierigkeiten sowie sittlichen Laxismus gekennzeichnet sind. Daraus ergibt sich unleugbar die schwerste Gefahr für den würdigen Empfang der Sakramente, wenn ein solcher stattfinden muß. In einem derartigen Falle ist aber auch jeder Religionslehrer bereit, bei offener Aussprache des Schülers mit ihm, diesem in der einen oder anderen Weise darüber hinwegzuhelfen. Vielleicht gelingt es ihm, das Hindernis zu beseitigen, andernfalls wird er jenem nach Lage der Sache auch die Erlaubnis geben, das eine oder anderemal, vielleicht für einige Zeit wegzubleiben; Bedingung muß natürlich sein, daß der Jugendliche dadurch keinen schlimmen Einfluß auf seine Mitschüler ausübt. Der Religionslehrer behandelt die Angelegenheit als Seelsorger und wird sie nur im äußersten Notfalle zu einer Sache der Schule machen.

Der Kampf gegen den Zwang für die religiöse Betätigung der Schüler ist nur der Uebergang zu deren völligen Beseitigung. Während in Bayern unter gänzlicher Ausschaltung der Eltern die Zöglinge unserer höheren Lehranstalten in den Schülerausschüssen debattieren und abstimmen, ob Freiheit im Besuche des Schulgottesdienstes und im Sakramentenempfange bestehen soll, um der Schulbehörde ihre Meinungs- und Willensäußerung zukommen zu lassen, wurden in Preußen durch Ministerialerlaß vom 29. November 1918 radikale Maßregeln teils angeordnet, teils in Aussicht gestellt, so auch die Einführung eines konfessionslosen Moralunterrichtes; damit entfällt natürlich auch jede Anregung, geschweige denn Zwang für die religiösen Uebungen im Sinne der einzelnen Kirchengemeinschaften. Es kann nicht zweifelhaft sein, daß dieses auch das Ziel ist, dem man in Bayern zustrebt, wenn es hier auch nur nach verschiedenen Zwischenstufen erreicht werden soll. In Preußen schreiten die Katholiken zur Verteidigung der Freiheit ihrer Ueberzeugung. Insbesondere werden Elternausschüsse gebildet, die ihr natürliches Recht, über die Erziehung ihrer Kinder zu bestimmen, sich wahren wollen. Wenn es der übereinstimmende Wille der Eltern der Zöglinge einer Schule ist, daß es bei der bisherigen religiösen Uebung verbleibt, dann wird man eine solche Kundgebung nicht übersehen können. Dafür legt der charakteristische Erlaß des Ministers Hänisch vom 28. Dezember 1918 Zeugnis ab. (Vgl. „A. R." Nr. 1, S. 5).

Wenn zu irgendeiner Zeit in Deutschland eine religiös vollkommene Erziehung notwendig war, so ist sie es jetzt. Unser Vaterland kann aus den Trümmern nur von einem religiös starken Geschlechte wieder aufgerichtet werden. Darum ist das Eintreten für eine solche eine wahrhaft nationale Tat. Hierzu sind vor allem die Eltern berufen. Die Entscheidung aber, was zu einer solchen religiösen Erziehung gehört, können sie unmöglich ihren Kindern überlassen. Auch die Studierenden an höheren Lehranstalten besitzen hierzu noch nicht die intellektuelle und sittliche Reife.

Zum Schwinden des „Virilen" im neuzeitlichen Frauentypus.

Von E. M. Hamann, Scheinfeld in Mittelfranken.

In den von wohltuend großzügigem Gerechtigkeitssinn diktierten Ausführungen Dr. Stökles über „Wirkungen des Frauenwahlrechts" (s. Nr. 52 der „A. R.") trafen auch die Bemerkungen über das „Virile", sagen wir: Männische, im Typ der streitbaren Frauenkämpferin den Nagel auf den Kopf. Man gestatte mir noch ein paar Worte zum Thema.

Schon seit Jahren verblaßt das Kennzeichen des „Männischen" innerhalb der Frauenbewegung mehr und mehr, und zwar seit der Zeit, da diese größte aller neuzeitlichen Bewegungen nicht mehr unter dem Kennwort „Frauenfrage", da das Ringen der Frau um wirkliches Frauenrecht nicht mehr als bloße „Frauenrechtlerei" abgestempelt zu werden pflegt. Es ist auffallend, wie gerade in der Führerschaft der gemäßigten Frauenbewegung der Zug der Weiblichkeit klar und klarer hervortritt. Und zwar nicht nur nach innen, sondern auch nach außen, — „es gibt schon eine Gerechtigkeit auf Erden, daß die Gesichter wie die Menschen werden". Wo wäre in der Tat unter den ernst zu nehmenden gebildeten Frauen noch eine, die nicht wüßte, daß das große Ziel gemäßigter Frauenbewegung keineswegs absolute Gleichberechtigung der Geschlechter ist, sondern vielmehr Freiheit, d. i. „unbedingte Möglichkeit" zur menschlich vollkommenen Verwirklichung des einheitlich insgesamten Frauenideals wie der harmonischen Ausprägung jeweilig individueller weiblicher Veranlagung und Persönlichkeit? Wo wäre da noch eine, die nicht, immer wieder erschauernd ob der Verantwortlichkeit, zu tiefst im Herzen fühlte, daß die — an leibliche Mutterschaft nicht gebundene — Mütterlichkeit aller Fraulichkeit Krone bildet? Und wo wäre innerhalb der gemäßigten Frauenbewegung eine Organisation, von der aus diese Erkenntnisse nicht schon, vertieft und vertiefend, in breite Kreise hätten dringen können?

Jedenfalls hat es die christgläubige und die christkatholische Frauenbewegung nie anders gewollt. Ihr galt die von Dr. Stökle sehr richtig beleuchtete Gefährlichkeit einer durchgängigen Koedukation stets als Tatsache. Ihr wird auch das möglichst nahe Zusammengehen der Geschlechter auf allen Wegen wahrer Kultur immer als innig zu Erstrebendes vorschweben. Möglich, daß auch sie unter dem einen oder anderen Gesichtspunkte gelegentlich wird abgezweigte eigene Entwicklungswege beschreiten müssen, immer aber werden diese sich als Parallelwege erweisen lassen, und niemals wird sie sich abtrennen wollen von den Gemeinsamkeits-Richtwegen auf das große Gesamtziel der Gottvereinigung hin. Darum wird sich auch für sie nie ein vollständiger „Bruch mit der ganzen Vergangenheit" ereignen können. Denn die Grundprinzipien des Christentums, unserer hl. Kirche, sind ewig, und wahrer Fortschritt hat sich noch immer auf einem Dauergut der Vergangenheit mitaufgebaut. Wohl eröffnet sich auch ihr „eine neue Zeit", eine neue Zukunft insofern, als die jetzt der Frau allgemein zuerkannte Freiheit zur zusammengeschlossenen und persönlichen Vollbetätigung im Staatsleben eine Aera der Erfüllung einleitet, die sie bisher kaum in den kühnsten Träumen zu hoffen wagte. Eine Erfüllung, die, wie ich schon neulich hier betonte (Nr. 49), eine ungeheuere Verantwortung umschließt. Eine Verantwortung, die auch die Tapfersten unter uns zagen lassen würde, wenn wir nicht Christi Ermutigungs- und Erlösungswort hätten vom unerschütterlichen Gottesglauben, der Berge versetzt.

Aus der Denkmalpflege.

Die Regelmäßigkeit, mit der die Denkmalpflegetagungen seit 1900 alljährlich stattfanden, hat erst in den Zeiten des Krieges wenige Unterbrechungen erfahren. So mußte leider auch die für 1918 geplante Tagung, die in Köln abgehalten werden sollte, unterbleiben. Wann und wo man sie wird nachholen können, ist einstweilen ungewiß. Es ist zu bedauern, daß wir somit im abgelaufenen Jahre über die Bestrebungen der Denkmalpflege keine Aufschlüsse erhielten. Anderseits ist kein dauernder Verlust dabei, weil sich die Vorträge und Besprechungen bei jenen Versammlungen fast durchweg um Fragen allgemeiner, grundsätzlich wichtiger Art bewegen, die aktuell interessanten, praktischen Einzelfälle dagegen seltener zur Sprache kommen. Theoretische und praktische Denkmalpflege ergänzen einander. Erstere liefert die Leitgedanken für die Arbeiten der letzteren, und umgekehrt gibt die Praxis des Einzelfalles die Möglichkeit, Erfahrungen allgemeiner Art zu sammeln. Bei ihr gilt es namentlich, Reste der künstlerischen Kultur unserer Vorzeit vor dem Verfalle zu bewahren, in der Absicht, die Wurzeln zu schützen, aus denen Leben und Gesittung unserer Gegenwart und Zukunft Kraft ziehen können.

Bei weitem die meisten Arbeiten der Denkmalpflege fielen in das Gebiet der Baukunst. Zweierlei darf hier anerkannt werden: erstens daß die bedeutendsten neuesten Arbeiten der Erhaltung und Herstellung geschichtlich und kunstgeschichtlich wichtigen Denkmäler in Bayern ausgeführt worden sind; zweitens, daß der Denkmälerschutz hier wie in anderen Gebieten des Reiches überwiegend kirchlichen Denkmälern zugutkam — womit freilich nichts Außerordentliches geschah, weil ja doch die weitaus größte Menge aller erhalten gebliebenen Denkmäler der kirchlichen Kunst angehört. Vergleicht man mit dem Eifer, den die deutsche Denkmalpflege den Resten kirchlicher Kunst entgegenbringt, etwa das Verhalten der Franzosen ihnen gegenüber, so wird ein Gegensatz der Weltanschauungen offenbar, der unserer Zukunft günstigere Aussichten eröffnet.

Zu den erheblichsten Arbeiten für Erhaltung kirchlicher Denkmäler gehört der (den Bemühungen Gabriels von Seidl zu verdankende) Umbau der Münchener Augustinerkirche, die seit der Säkularisation 1803 zur Mauthalle geworden war. Theodor von Fischer hat den Umbau für die Zwecke der Polizeiverwaltung aufs glücklichste durchgeführt und zugleich dafür gesorgt, daß die alte Kirche gegebenen Falles ihrem ursprünglichen Zwecke wieder zugeführt werden kann. Kleinere Arbeiten, die gleichfalls außerordentliche Ansprüche an den Takt und die Erfahrungen der Baukünstler erhoben, galten Herstellungen an und in den unterfränkischen Kirchen zu Heidingsfeld (spätgotisch) und zu Randersacker (barock), sowie an der schönen, um 1430 durch den Nürnberger Hans Beham erbauten Turmpyramide des Klosters Heilsbronn. Eine vorbildliche Ruhmestat deutscher Denkmalpflege ist die Vollendung der Herstellungsarbeiten an der westlichen Hälfte der Nürnberger St. Lorenzkirche. In vierzehnjähriger Arbeit (1903—1917) und mit einem Aufwande von fast 1½ Millionen Mark ist es gelungen, die bedrohte Standfestigkeit des Langhauses und der Türme unter größten Schwierigkeiten neu zu sichern. Die Meister des Werkes sind die Professoren Otto Schulz und Jos. Schmitz, letzterer als Oberleiter. Außerhalb Bayerns erfolgten bemerkenswerte Herstellungen u. a. an der wegen ihrer mittelalterlichen Malereien wichtigen St. Johanneskirche zu Gnesen und der als Holzbau merkwürdigen katholischen Kirche zu Polnisch-Krawarn (in Oberschlesien), ferner an dem reizenden spätgotischen Turmerker der Kirche zu Wertheim. An mehreren Orten konnten alte kirchliche Kunstwerke neu zu Ehren gebracht werden. So wurde ein in der St. Jürgenkapelle zu Lübeck entdecktes Triptychon, ein Meisterwerk der Zeit um 1500, wieder aufgestellt. Der Dom zu Bamberg erhielt wieder seine prachtvolle Kreuzigungsgruppe (eine Arbeit, die der Frankfurter Justus Gleßkher zwischen 1650 und 1675 ausgeführt hat). Das unter Ludwig I. beseitigte Werk konnte vom bayerischen Staate 1912 auf der Kunstauktion bei Helbing in München wieder erworben werden.

Auch einiger Arbeiten zum Schutze und zur Herstellung profaner Denkmäler sei gedacht. So der Einrichtung des Schlosses Neuburg (bei Passau) zu einem Erholungsheim für Künstler — ähnlich dem erwähnten Umbau der Augustinerkirche ein Beispiel dafür, wie man Denkmäler dadurch erhalten kann, daß man sie, ohne Beeinträchtigung ihrer alten Eigenart, einem neuzeitlichen Zwecke dienstbar macht. Wenigstens zum Teil gelang dies auch mit den Bruchstücken einer herrlichen Barockarchitektur, der Hofteile des vor dem völligen Abbruche glücklich geretteten Böttingerschen Hauses aus Bamberg. Aus den nach München übergeführten Resten wurde ein Haus erbaut, das jetzt den Münchener Luitpoldpark schmückt. Endlich sei rühmend der Verdienste gedacht, die sich der Bayerische Landesverein für Heimatschutz um den Wiederaufbau des 1914 abgebrannten Teiles des Dorfes Mittenwald erworben hat. Es ist ihm gelungen, eines der schönsten und charakteristischsten oberbayerischen Ortsbilder zu erhalten und durch seine Bemühungen wesentliche erziehliche Einflüsse auf die örtliche Handwerkerschaft auszuüben. Gerade Arbeiten dieser Art beweisen aufs kräftigste die Notwendigkeit, auch scheinbar Geringfügiges grundsätzlich künstlerischen Kräften zu übergeben, vor allem aber den öffentlichen Beratungsstellen jegliches Vertrauen entgegenzubringen.

Dr. O. Doering.

Vom Büchertisch.

Johannes Mumbauer: Der Dichterinnen stiller Garten: Marie von Ebner-Eschenbach und Enrica von Handel-Mazzetti. Bilder aus ihrem Leben und ihrer Freundschaft. Mit zwei Bildnissen. Herdersche Verlagshandlung, Freiburg. Kl. 8° IV u. 90 S. Kart. 1.60 ℳ. Ein sehr willkommenes Buch. Es umschließt: eine durchgeistigt stimmungsvolle Einführung; einen interessanten Ausschnitt aus der älteren Dichterin Jugendzeit; von der Hand der jüngeren eine ins Licht der Dankbarkeit und Ehrfurcht getauchte Darstellung der Geschichte und Wesenheit dieser einzigartigen Freundschaft zwischen zwei an Alter und Begabung so verschiedenen, im tiefsten Edelgrunde aber völlig zusammenstimmenden Frauen- und Künstlernaturen; eine Folge Briefe Marie von Ebner-Eschenbachs an Enrica von Handel-Mazzetti, die jene große, demütig bewundernde Liebe für diese ergreifend abspiegeln; endlich ein das Ganze würdig und schön abschließender, dichterisch zarter „Gruß" an die überlebende „Hüterin des Gartens". Der uns diesen erschloß, verdient unsern warmen Dank für die reizvoll eigenständige Uebermittlung tiefer Einblicke in hohen Persönlichkeitswert.

E. M. Hamann.

Das kirchliche Zinsverbot und seine Bedeutung. Eine moralkritische Studie von Dr. Joseph Landner, Lyzealprofessor und Hauskaplan in Graz. Graz und Wien 1918. „Styria." XII und 282 S. Ein mutiges Buch! Nicht nur, weil es dem „schamlosen Wucher" entgegentritt, sondern weil es sich auch gegen Autoritäten im katholischen Lager wendet, die eine Fruchtbarkeit des Geldes lehren und dennoch mit Erfolg die kapitalistische Ausbeutung glauben bekämpfen zu können. Dem (inzwischen leider verstorbenen, den Lesern der „A. R." aus seinen Aufsätzen über österreichische Fragen wohlbekannten) Verfasser ging die Erkenntnis auf, „daß der schamlose Wucher, wie er in der Kriegszeit in Erscheinung tritt, eine Hauptwurzel im Abfall von der alten aristotelisch-thomistischen Auffassung vom Gelde, wie sie der kirchlichen Lehre vom Wucher zugrunde liegt, habe." Bekanntlich verbot die Kirche jeden, auch den geringsten Zins, und zwar auf Grund ihrer Auffassung von der Unfruchtbarkeit des Geldes. Immer erfolgreicher erhob sich dagegen mit ausgehendem Mittelalter und angehender Neuzeit die Praxis des wirtschaftlichen Lebens, die denn auch bald theoretische Verteidiger zunächst aus dem Laienstande, nach und nach aber auch unter den Theologen fand. Der erste Hauptabschnitt des Buches bringt eine gedrängte Darstellung des kirchlichen Wucherkampfes in einer Art moraldogmatischen Fassung, teilweise im Rahmen einer kurzen historischen Uebersicht. Diese Uebersicht ist vorzüglich. Der Verfasser zeichnet in scharfen Umrissen das Bild der unentwegt in der ringsum sich türmenden Schlammflut der Erwerbsgier ihr Banner hochhaltenden Kirche und ihrer unerschrockenen Verteidiger. Der zweite Teil behandelt die kirchliche Wucherlehre kritisch. Er sucht die alte kirchliche Lehre von der Unfruchtbarkeit des Geldes aufs neue zu erhärten. Er muß daher zu einer völligen Ablehnung jeden Zinses auf Grund des reinen Leihvertrages kommen in Uebereinstimmung mit § 1543 des neuen Kodex des Kirchenrechtes (nihil lucri ratione contractus percipi potest). Um aber, wie ebenfalls der Kanon, ein gewisses Zinsennehmen zu rechtfertigen, stellt der Verfasser eine neue Theorie auf, die Geldentwertungstheorie. Darnach könnte rechtmäßig so viel „Zins" vom Kapital verlangt werden, als das Geld im Ablaufe der Leihfrist entwertet ist. Die Festsetzung dieses Zinssatzes vindiziert er dem Staate. Wir müssen diese Theorie ablehnen, da sie weder theoretisch noch praktisch haltbar ist. Sie krankt an einem Grundirrtum des Verfassers in der Wertlehre. Immerhin würde der dadurch mögliche Zins so minimal sein, daß auch bei seiner Annahme kapitalistische Wirtschaftsgebarung unmöglich wäre. Im dritten Teile zeigt der Verfasser, freilich nur großlinig, wie gerade die kirchliche Wucherlehre eine Reihe von Fingerzeigen zur Bekämpfung der übergroß gewordenen Geldherrschaft enthält. Möge sein Ruf weithin erschallen, den er am Schlusse erhebt: „Es gibt eine Pflicht für die Menschen zur Arbeit, die allgemein ist und keinem Menschen das Recht auf Nichtstun einräumt."

W. Moock.

Im Anfang schuf Gott! Erzählt für unsere Kleinen. Selbstverlag von Johann Valerian Schubert, Würzburg. Mit Bildern von Maximilian Seibold. 4°. 23 Seiten. Druck von K. Trilltsch, Dettelbach am Main. ℳ 1.80. Den Kleinen muß das Heiligste und Höchste in kindlichster Form gegeben werden; nur dann kann es sich assimilieren und dringt in Herz und Gemüt der Kinder. Joh. Val. Schubert legt uns eine solche Einführung der Kleinen in die erste Erzählung der Biblischen Geschichte vor. Er läßt eine fromme Großmutter sprechen und ihrem kleinen Hänschen erzählen. Der märchenhafte Plauderton der Kinderstube ist vorzüglich getroffen. Die feierlichen Schöpfungsmomente gewinnen für die Kleinen eine Fülle von Farbe und Leben und erobern sich so einen Ehrenplatz im Reiche ihrer Phantasie und ihres Gemütes. Und ebenso geschieht es mit dem Paradies, mit seinem Glück und dessen Ende. Die Bilder mit den vielen kleinen lustigen Putten, wie sie zwischen Sternen, Blumen und Vögeln tanzen, sind der Poesie des Textes getreu, auch wenn vielleicht nicht feinfühlend genug anempfunden. Aber bei den Gestalten Erwachsener, von Adam und Eva, Kain und Abel usw. hat des Illustrators Kunst leider völlig versagt. Er hätte sich der Grenzen seines Könnens bewußt bleiben müssen. — Das Buch ist durchaus kein Schulbuch. Vielmehr kann es als Anleitung dienen, wie man den Kleinen vor den schulpflichtigen Jahren erzählen soll, und wird den Kindern der ersten Schuljahre noch sehr viel Freude bereiten. Erwähnt sei noch, daß das Buch der kirchlichen Behörde des Verfassers vorgelegen ist und zu keiner Beanstandung Anlaß gegeben hat.

Dr. Mayer.

Quickborn-Schriften im Quickborn-Jugendverlag, Heidhausen, Ruhr. 8° je 25 bis 50 ₰. — Die „unter dem Zeichen der Selbständigkeit und Selbstbetätigung" gegen den Alkoholismus gerichtete idealreale Jugendbewegung hat katholischerseits in der Zeitschrift „Quickborn" und im obengenannten Verlage starke Förderer gefunden. Dieser veröffentlichte unlängst vier gehaltvolle Broschüren, die wir unserer vorgeschritteneren Jugend, der männlichen wie der weiblichen, und deren Freunden warm empfehlen: **Ein neuer Lebensstil der heranreifenden Jugend**, von Gym.-Prof. Dr. **Hoffmann** (München); **Patronentasche des Abstinenten**, von P. **Elpidius**; **Zu Frieden wandern!** von Professor Hermann **Hoffmann**; **Beichte eines Kindes**, von Seraphine **Schaueng**.

E. M. Hamann.

Bühnen- und Musikrundschau.

Neues Theater. Die oft belobte, aber leider immer noch schwach besuchte Bühne hat es jetzt einmal mit einer Gesangsposse versucht. Sie ist am Silvesterabend mit derselben hervorgetreten; was an diesem einen durchschlagenden Erfolg erzielt haben soll, hat sich auch in der nüchterneren Stimmung späterer Abende bewährt. Bernhard Buchbinders Posse „Er und seine Schwester“ mit Musik von Einödshöfer und Fidelis wurde früher am Gärtnerplatz gegeben. Es war in der „Glanzzeit“ von Gisela Fischer und Fritz Werner, mag also immerhin so ein Dutzend Jährlein her sein. Jetzt spielt Marietta Olly das fesche Wiener Stubenmädel, das ihrer Herrin die Rolle ablernt und als Stellvertreterin der Diva einen Riesenerfolg einheimst. Wenn das Gesangliche auch mehr zurücktritt, so weiß diese Künstlerin durch ihre Grazie, ihr Temperament und ihren Humor doch so zu fesseln, ja über die Routine des Opperettenhandwerks hinauszuheben, daß man den starken Erfolg durchaus begreiflich findet, zumal sie in Dr. Schindler einen Partner besitzt, der durch liebenswürdige Komik nicht minder für den „Bruder“ einzunehmen weiß. Kritische Anmerkungen zur Posse des Herrn Buchbinder können wir unterdrücken, zumal sicherlich dieser Ausflug in künstlerisch belanglose Heiterkeit das „Neue Theater“ von seinen höheren Aufgaben nicht dauernd ablenken wird.

Verschiedenes aus aller Welt. In Leipzig versuchte man eine verspätete Uraufführung des „Totengräbers auf dem Feldberg“ von Justinus Kerner (1786—1862), ein Schauerstücklein, dem wohl Poesie, aber kein dramatisches Leben innewohnt. — In Nürnberg kam St. Zweigs dramatisches Gedicht „Jeremias“ zur reichsdeutschen Uraufführung. Das Stück hat die Tendenz, von dem von ehrgeizigen Machthabern in den Krieg geführten Volke Israel auf unsere Tage hinzuweisen. Man merkt die Absicht und man ist verstimmt. — Auf Veranlassung des Theaterkulturverbandes in Hannover wurde „Die Grenze“, ein Schauspiel von J. d'Ouckh, gegeben, das inmitten russischer Revolutionswirren ein hohes Lied der Christenliebe mit echtem Empfinden, aber mit mangelnder dramatischer Kraft anstimmt. — „Phidias“, ein Schauspiel von Fr. Lienhard, interessierte in Weimar. Die bekannte Anekdote, die den attischen Bildhauer wegen angeblichen Diebstahls an dem Goldkleid der Athene vor Gericht führt, sucht der Dichter mit den politischen Ereignissen zu verbinden, die Vorspiel des peloponnesischen Krieges waren. — „Die Provinzialin“, ein liebenswürdiger, heiterer, gar nicht russisch gefärbter Einakter von Iwan Turgeniew, wurde in Leipzig gespielt. Die Behauptung, daß das Stück in Deutschland noch nicht gesehen worden sei, ist irrig. Die Riemann-Raabe, die Elmenreich haben die Titelrolle bereits vor 38 Jahren dargestellt. — Ein in Berlin uraufgeführtes Lustspiel: „Die tanzende Nymphe“ von E. Welisch und R. Schanzer geißelt die Modesucht, Mädchen von leidlichem Wuchs als Tanzgrößen zu entdecken und mit dröhnender Reklame zu etwas Außergewöhnlichem zu stempeln. — „Mantje-Timpe-Te“, eine Oper von O. Naumann, fußt auf dem nämlichen Märchenmotiv, wie Kloses „Isebill“, nur neigen Text (von Otto Ernst) und Musik mehr nach der Seite anmutiger Liebenswürdigkeit. Die Aufnahme war in Dresden und Mainz sehr herzlich. — Wildenbruchs nachgelassenes Drama „Ermanerich der König“ hatte in Dresden Erfolg. Schwungvolle Sprache, echte Empfindung werden dem Werke nachgerühmt. — In Wien hatte der „Schuster von Delft“, eine komisch-phantastische Oper von Benito Bersa, Erfolg. Der in Ragusa geborene, in Wien ausgebildete Musiker zeigt nach Berichten eine glückliche Verschmelzung alter Liedformen mit einer modernen, die dramatischen Vorgänge illustrierenden Orchestersprache. Die Buchverfasser A. M. Willner und J. Wilhelm haben Andersens Märchenmotiv „Die Galoschen des Glücks“ frei behandelt. — Gut aufgenommen wurde in Nürnberg Frz. Höfers Oper „Dornröschen“. Die Musik beweist einen gesunden Sinn für Melodik und beherrscht die Errungenschaften neuzeitiger Instrumentierungskunst. Fehlt es dem Werke auch nicht an dramatischer Kraft, so fanden doch die intimeren Partien höhere Schätzung. Das Textbuch Möllers deutet den Sinn des Märchens als den Sieg des Christentums über das Heidentum um.

München. L. G. Oberlaender.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Deutschlands Wirtschaftskampf — Fehlender Wille zur Arbeit — Schweizer Kohlenversorgung durch Belgien — Die neuen Steuerpläne — Süddeutsche Regierungsforderungen an das Reich.

Aus den vom Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes Dr. Müller, diesmal englischen Berichterstattern gegenüber gemachten neuerlichen Aeusserungen sind wiederum mit krasser Deutlichkeit die durch die Massnahmen der Entente verursachten **Wirtschaftsschwierigkeiten Deutschlands** ersichtlich. Dazu gesellen sich die vom genannten Staatssekretär bereits in der Verwoche ausführlich dargelegten inneren Wirtschaftskämpfe, welche letzten Endes den Ausschluss Deutschlands aus der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt mit sich bringen werden, wenn nicht in letzter Stunde Abhilfe geschaffen werden kann.

Seit der vom Statistischen Reichsamt im Dezemberheft des Reichsarbeitsblattes bestätigten rückgängigen Arbeitstätigkeit hat sich — das Münchener Arbeitsamt hat hierüber eingehend berichtet — die im Dezember-Monat verschärfte Unruhe im Wirtschaftsleben vergrössert. Zu der infolge des Rohstoffmangels und der Verkehrsnot, hervorgerufen durch die unzureichende Kohlenversorgung, bedingten Arbeitslosenmehrung gesellt sich eine anhaltende Unlust in den Unternehmerkreisen. Allgemein ist die Klage über den fehlenden Willen zur Arbeit. Nach dem letzten Bericht des bayerischen Demobilmachungskommissars wurden in München am 28. Dezember etwa 11000 Arbeitslose unterstützt, daneben sind in der Landwirtschaft 3724 offene Stellen, für den Ausbau der Stickstoffwerke in Trostberg werden allein etwa 1000 Arbeiter gesucht, und fast alle Kohlenbergwerke klagen über Arbeitermangel. In einem offenen Brief richten der genannte Kommissar und die Vertreter der Arbeiterräte an die bayerische Arbeiterschaft einen beweglichen Appell zur Erfüllung ihrer Arbeitspflicht. Darin heisst es: „Tausende von Arbeitern werden für den Ausbau unserer Wasserkraftwerke, für die Melioration unseres Bodens, für die Erweiterung und Verbesserung unseres Strassennetzes gebraucht! Tausende werden in der Landwirtschaft benötigt! Und in den Städten schwillt die Zahl der Erwerbslosenunterstützungsempfänger von Tag zu Tag, drängen sich Hunderte von Leuten an die Schalter der Arbeitsämter und fordern den Stempel zur Erlangung der Fürsorge, indem sie die beim Militär gelernten Ausreden des Nichtarbeitenkönnens vorschützen! Nicht etwa nur verheiratete Arbeiter, die bei ihren Familien bleiben wollen; bei diesen ist der Wunsch, die Stadt nicht verlasen zu müssen, noch begreiflich. Nein, auch junge, ledige Burschen, die abends auf dem Tanzboden recht wohl ihren Mann stellen, verweigern ihren Arm der Allgemeinheit und denken: „Die Arbeiten sind schon recht nützlich, nur sollen sie die . . . anderen ausführen“.“ Auch diese Erscheinungen sind eine Errungenschaft der Revolution. Durch die weitere Erhöhung der Bergarbeiterlöhne sind folgenschwere Wirtschaftszerrüttungen entstanden, welche durch die neuerlichen Preisaufschläge in den Eisen-, Kohlen- und Briketterzeugnissen ziffernmässig zum Ausdruck kamen. Auch die von der Entente vollzogene hermetische Absperrung der gesamten Rheinlande gegen Deutschland bringt neben den politischen Schwierigkeiten auch Wirtschaftskrisen besonderer Art mit sich, wie dies in der gesamten Lage der deutschen Eisenindustrie am deutlichsten hervortritt. Begreiflicherweise blieben unter diesen Umständen die britischerseits vorgenommenen Milderungen der Blockade, z. B. die Wiederaufnahme der deutschen Kohlenausfuhr nach Dänemark und die Bildung des deutsch-schwedischen Wirtschaftsverbandes zwecks Förderung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen, ebenso einflusslos wie die neuerliche Besserung der deutschen Valuta im Auslande, beispielsweise in der Schweiz dies um so weniger, als gerade die seither von Deutschland bewirkte Kohlenversorgung der Schweiz infolge der politischen und sozialen Unsicherheiten bei uns nunmehr von der belgischen Industrie in die Hand Hand genommen wird. Wieder eine durch die deutsche Revolution und deren Krisenbegleiterscheinungen verursachte Wirtschaftsschwächung. — Das Geschäft an unseren Effektenmärkten bleibt naturgemäss zurückhaltend bei immerhin freundlicher Tendenz, welche auf die zum Jahresbeginn übliche verstärkte Nachfrage nach unseren Renten, hier wiederum Pfandbriefen und nicht zuletzt Kriegsanleihen, gerade auf diesen Gebieten namhaft gebesserte Kurserhöhungen erzielt hat.

Mit begreiflichem allseitigen Interesse vernahm man die Einzelheiten der „zum Sylvesterabend“ dem deutschen Volk seitens der neuen Reichsleitung „bescherten“ **neuen Steuerpläne**. Eine besonders wichtige Rolle — nicht bloss als Entlastung der schwächeren Schultern, sondern auch als Massnahme der Gerechtigkeit — spielt hierbei die Erfassung der Kriegsgewinne in Form einer ausserordentlichen Kriegsabgabe auch für das Rechnungsjahr 1919, welche neben einer allgemeinen Vermögenszuwachsabgabe jedwede während der gesamten Kriegsdauer entstandene Vermögensvermehrung — von kleineren Beträgen naturgemäss abgesehen — erfassen soll. Neben diesen Punkten interessierte von den Schiffer'schen Vorschlägen die Kapitalertrags- und die Betriebsertragssteuer, sowie die weit schärfere Erfassung der Erbschaften. Irgendwelche störende Einwirkung auf Börsen- und Finanzkreise erbrachten diese, gewaltige Milliardenziffern bedeutenden Steuervorschläge nicht. Man sieht hierin keine sonderlichen Ueberraschungen. Das Bedürfnis nach Ruhe und Wiederherstellung der inneren Ordnung nimmt viel zu sehr die Gedanken dieser Kreise in Anspruch. Man begrüsste deshalb die in den Stuttgarter Aussprachen der Regierungen von Bayern, Württemberg, Baden und Hessen einmütig beschlossenen süddeutschen Forderungen an das Reich. Das hierbei u. a. gestellte Verlangen einer baldigen Wiederherstellung der Ordnung im Kohlengebiet, das gemeinsame Vorgehen in punkto Lebensmittelbezug aus dem Auslande und nicht zuletzt schleunigste Herbeiführung des Friedens für das Deutsche Reich sind grundlegende Momente, welche ungeteilten Anklang bei allen ernst zu nehmenden Wirtschaftskreisen finden!

München. M. Weber.

Schluß des redaktionellen Teiles.

In die besetzten Gebiete

kann, wie alle anderen Blätter, auch die „Allgem. Rundschau“ zurzeit leider nicht geliefert werden, sowohl auf dem Postabonnementswege nicht, wie unter Streifband. Soweit wir die nach Tausenden zählenden verehrl. Bezieher auf diesem Wege ev. erreichen können, bitten wir um umgehende freundliche Benachrichtigung, ob wir die bis zur Freigabe der Beförderung erscheinenden Hefte aufheben dürfen. — Neubestellungen auf die „Allgem. Rundschau“ für das erste Vierteljahr Januar—März werden noch jederzeit bei allen Postanstalten, Buchhandlungen und dem Verlag in München entgegengenommen.

Eine Akademiker-Gedächtniskirche beabsichtigt der Akademische Bonifatiusverein in einer Universitätsstadt der Diaspora — es kommen in Betracht: Berlin, Leipzig, Göttingen — zu errichten. Sie soll dem Andenken der im Weltkrieg gefallenen Akademiker geweiht sein. Die Namen der Gefallenen werden in einem besonderen Ehrenbuch der Kirche aufgeführt. Alle Katholiken, insbesondere diejenigen, welche einen Akademiker dem Vaterlande geopfert haben, werden gebeten, für diese Kirche ein Scherflein zu spenden. Beträgt das Almosen wenigstens ℳ 500, so wird der Name derjenigen, deren Andenken durch das Almosen geehrt werden soll, in die Urkunde der Gründer der Kirche eingetragen. Alle Gaben sind zu senden an das Generalsekretariat des Akademischen Bonifatiusvereins in Paderborn, Giersstr. 29 (Postscheckkonto Köln 37 950). Es sei bei dieser Gelegenheit auch noch auf die bezügliche Anzeige „Pro patria mortuis“ in den letzten drei Nummern der „Allgemeinen Rundschau“ hingewiesen.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Dem Herrn über Leben und Tod hat es gefallen, seine Dienerin

Ihre Excellenz

Frau Regina Chariklia Freifrau von Würtzburg

geb. Philon, Kgl. Palastdame

heute früh in die wahre Heimat abzurufen, nachdem sie kurz zuvor die Tröstungen ihrer heiligen Kirche empfangen durfte.

„Ich bin die Auferstehung und das Leben; wer an mich glaubt, wird leben auch wenn er stirbt."
„Selig sind die Trauernden, denn sie werden getröstet werden."

Betet für ihre Seele!

Hohenaschau, 4. Januar 1919.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen:

Ludwig Freiherr von Würtzburg,
Annie Freifrau von Cramer-Klett, geb. Freiin von Würtzburg,
Theodor Freiherr von Cramer-Klett,
Elisabeth von Cramer-Klett,
Ludwig Benedikt von Cramer-Klett,
Regina von Cramer-Klett,
Anne-Maria von Cramer-Klett.

Todes-Anzeige.

In Gottes hl. Willen war es gelegen, meinen innigstgeliebten Gatten, unseren treubesorgten Vater

Herrn Theodor Hildenbrand

Kgl. Studienrat und Rektor der Realschule

nach einem Leben voll treuester Pflichterfüllung, versehen mit den hl. Sterbsakramenten, heute früh 8 Uhr zu sich in die ewige Heimat abzurufen.

Memmingen, den 31. Dezember 1918.
Um stilles Beileid bittet

die tieftrauernde Gattin:
Frau Anna Hildenbrand
mit ihren Töchtern:
Hedwig Hildenbrand, Lehrerin
Berta Hildenbrand
Adelheid Ebel, geb. Hildenbrand
Mathilde Hildenbrand.

Die Beerdigung fand am Donnerstag, nachm. 3 Uhr, der Trauergottesdienst Freitag früh 7¼ Uhr statt.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Ferdinand Abel, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gh.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich M. 8.50.

Anzeigenpreis:
Die 5 X gespaltene Grundzeile 75 Pfg., Anzeigen auf Textseite die 95 mm breite Zeile 375 Pfg.
Beilagen einschl. Postgebühren M. 15 d. Tausend.
Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.
Rabatt nach Tarif.
Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig.
Erfüllungsort ist München.
Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt.
Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer.

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 3. München, 18. Januar 1919. XVI. Jahrgang.

Geistige Maschinengewehre.

Betrachtungen zur bayerischen Landtagswahl.

Von Dr. Ferdinand Abel, München.

In den Straßen Berlins haben die Bolschewisten und Spartakusleute die Maschinengewehre in Tätigkeit gesetzt, zu dem Zweck, die Wahlen zur Nationalversammlung zu verhindern oder wenigstens die freie Auswirkung des Volkswillens im Parlament unmöglich zu machen. In München sind im Hinblick auf das letztere Ziel die eisernen Maschinengewehre bisher noch nicht in Wirksamkeit getreten, aber Kurt Eisner hat sich dafür ein anderes Instrument konstruiert, ein „geistiges Maschinengewehr“ (so taufte es Eisners Glaubens- und Stammesgenosse, der Finanzminister Dr. Jaffé): die Volksabstimmung. In einer Wahlversammlung in Ingolstadt erklärte der Selbstherrscher Bayerns: „Sie werden mich fragen, wenn ein schwarzer Landtag zusammenkäme, ob ich ihn dann mit Maschinengewehren auseinandertreiben lasse. Ja, ich habe mir ein Maschinengewehr konstruiert, das hat die Eigentümlichkeit, daß es kein Blut vergießt und nur die Lügner trifft. Dieses Maschinengewehr heißt Volksabstimmung. Wenn nun die schwarzen Abgeordneten z. B. die Monarchie einführen wollten, dann ruft die Regierung das Volk zur Abstimmung auf. Entscheidet das Volk gegen die Abgeordneten, dann muß der Landtag nach Hause. Das ist die wahre Herrschaft des Volkes.“

Wenn aber das Volk für die Abgeordneten entscheidet, was dann? Das soll und darf es nach Eisner einfach nicht geben, denn schon im provisorischen Nationalrat hat er bekanntlich kategorisch erklärt, daß es in diesem Staate keine Möglichkeit bürgerlicher Politik mehr geben werde, nur noch Sozialismus. Und zur Sicherstellung dieser rein sozialistischen Politik haben die gegenwärtigen Gewalthaber am 4. Januar, also 8 Tage vor den Wahlen zum konstituierenden Landtag, ein „Staatsgrundgesetz des Volksstaates Bayern“ veröffentlicht und sofort in Kraft gesetzt, das sich zwar als „vorläufig“ bezeichnet, aber „die unerläßlichen Grundsätze der künftigen Verfassung festlegt“. In dieser (endgültigen) Verfassung „sollen die Grundsätze der sozialistischen Republik zur Darstellung gelangen“. Um in dieser Hinsicht einen Zwang auf den Landtag auszuüben, wird bestimmt, daß bis zur endgültigen Erledigung des dem Landtag sofort nach seinem Zusammentritt vorzulegenden Verfassungsentwurfes die revolutionäre Regierung die gesetzgebende und vollziehende Gewalt ausübt, also nach Belieben schalten und walten kann. Diese revolutionäre Regierung (das Gesamtministerium) soll nach der „vorläufigen Verfassung“ auch später die alleinige oberste vollziehende Gewalt bleiben (kein Präsident!) und allein das Recht haben, Beschlüsse des Landtags der Volksabstimmung zu unterbreiten, es allein soll bestimmen, ob und in welchen Fällen ein Landtagsbeschluß durch das Referendum bestätigt oder korrigiert werden soll, und nur im Falle, daß das Referendum gegen das Ministerium entscheidet, hat es zurückzutreten; entscheidet das Referendum gegen den Landtag, so ist er aufzulösen. Nicht etwa sollen auch der Landtag oder Gruppen von Abgeordneten oder Wählern die Volksabstimmung fordern dürfen, wie es überall Rechtens ist, wo das Referendum besteht. Ebensowenig soll der Landtag durch seine Abstimmung das Ministerium zum Rücktritt zwingen können, womit das Prinzip des Parlamentarismus einfach über den Haufen geworfen wäre.

Mit diesem „Staatsgrundgesetz“ wollte das Ministerium Eisner den verzweifelten Versuch machen, seine Alleinherrschaft festzulegen, den künftigen Landtag zu einem willenlosen Werkzeug der revolutionären Gewalthaber zu degradieren und die Gesamtheit des Volkes unter das sozialistische Regiment zu zwingen — ein Hohn auf den in der Einleitung proklamierten Satz: „Daß dieses Volk in seiner Gesamtheit frei über die Bedingungen und Formen seines Lebens entscheidet, ist das unantastbare ewige Grundgesetz der bayerischen Republik.“ Das ist also die Antwort Eisners auf die wiederholt an ihn gestellte Frage, was er tun würde, wenn die Wahlen keinen gefügigen Landtag ergeben würden — dieser soll davongejagt werden durch das „geistige Maschinengewehr“, und der Finanzminister Jaffé, der sich in diesen Wochen vom bürgerlichen Hochschullehrer bis zum unabhängigen Sozialisten durchgemausert hat, richtete in Wahlversammlungen in Ingolstadt und München an die bayerischen Wähler die nicht mißverständliche Warnung, sie möchten am 12. Januar gleich „richtig“ und „vernünftig“ wählen, dann brauchte Eisners geistiges Maschinengewehr gar nicht angewandt zu werden.

Nun, die Wählerschaft hat diesen Wink sehr wohl verstanden, wie denn überhaupt der wahltaktisch so eminent kluge Streich des Erlasses eines sozialistischen Staatsgrundgesetzes sicher manchem die Augen geöffnet hat. Der einmütige Protest der ganzen bürgerlichen Phalanx gegen den roten Vergewaltigungsversuch, der sich sofort in Worten erhob[1]), hat sich am 12. Januar auch in die Tat umgesetzt. Das bayerische Volk hat gesprochen. Nach dem bei Beginn des Drucks vorliegenden einstweiligen Wahlergebnis entfallen im rechtsrheinischen Bayern (die Pfalz wählt erst am 2. Febr. ihre 24 Abgeordneten) auf: Bayerische Volkspartei 58 Abgeordnete (1072949 Stimmen), Sozialdemokraten 51 (935550), Deutsche Volkspartei 22 (412074), Bayerischer Bauernbund 17 (322023). Nationalliberale und Mittelpartei 5 (109563), Unabhängige Sozialdemokraten 3 (77243). Also 102 bürgerliche gegen 54 sozialdemokratische Mandate. Die Bayerische Volkspartei bleibt die stärkste Partei.

Das „geistige Maschinengewehr“ hat bereits gesprochen, das erste Referendum ist in der Tat vor sich gegangen. Es ist zu einem Volksgericht geworden. Es lautet vernichtend für Eisner, Jaffé und ihre unabhängigen Genossen, vernichtend für ihr „Staatsgrundgesetz“. Das bayerische Volk, ebenso wie gleichzeitig das württembergische (vgl. unten S. 28) und vor acht Tagen das badische (siehe „A. R.“ Nr. 2 S. 16)[2]), lehnt in seiner überwältigenden Mehrheit die einseitige sozialistische Staatsordnung und die ausschließliche proletarische Klassenherrschaft ab; es will keinen rein sozialistischen, sondern einen demokratischen Volksstaat, in welchen alle Klassen und Stände zu ihrem

[1]) Infolge dieses Widerspruchs ist die revolutionäre Regierung bereits zurückgehuft und hat durch ihre offiziöse Korrespondenz ankündigen lassen, daß sie „ihr Verfassungswerk auf die Volksabstimmung sowohl in der Form des Volksantrages wie der Volksbestätigung zu gründen“ sich entschlossen habe. Gleichzeitig wird aber eine neue Knebelung der Freiheit der Abstimmung in Aussicht gestellt durch den Satz: „In den freien Volksräten (gemeint sind jedenfalls die A.- und S.-Räte), die in den Verfassungsentwurf eingegliedert sind, wird sich die Vorbereitung der Volksabstimmung vollziehen.“

[2]) Die dort mitgeteilten vorläufigen Ziffern haben inzwischen eine kleine Verschiebung nach links erfahren, indem das endgültige Wahlergebnis den Sozialdemokraten und der Demokratischen Partei je einen Sitz mehr zuwies auf Kosten des Zentrums und der Deutschnationalen Volkspartei. Demnach setzt sich jetzt die badische Nationalversammlung zusammen aus 40 Mitgliedern der Zentrumspartei, 36 Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei, 25 Mitgliedern der Deutschen Demokratischen Partei und 6 Mitgliedern der Deutschnationalen Volkspartei.

Recht und zur Mitwirkung an der Gestaltung der öffentlichen Verhältnisse kommen. Wenn die Revolutionsregierung es wirklich ehrlich mit ihren demokratischen Prinzipien meint, darf sie sich dem Spruch dieses Volksgerichtes nicht entziehen. Sie muß ihm auch Folge geben, weil das Gesamtwohl die Zusammenarbeit aller lebendigen Volkskräfte fordert. Vergleicht man die Programme der bürgerlichen Parteien, namentlich in Hinsicht auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik, so findet man ein weitgehendes Verständnis für die Bedürfnisse und Forderungen der neuen Zeit, ein Hinstreben nach einem Ziel, das auch die Sozialdemokratie durch ihre Methode zu erreichen glaubt, nämlich eine gerechtere Verteilung des Ertrages der nationalen Arbeit, eine gleichmäßigere Beteiligung aller Klassen am Genuß der irdischen Güter und dadurch möglichste Ausgleichung der sozialen Gegensätze. Dieses Problem, das in der Praxis auf die Herstellung der richtigen Relation zwischen Kapital und Arbeit hinausläuft, wird allerdings jetzt von allen Parteien herzhaft angepackt werden müssen. Die Lösung liegt in der Wiedereinsetzung der Arbeit — der geistigen wie der körperlichen — des Menschen, des eigentlichen Produktionsfaktors, in die ihr gebührende vorherrschende Stellung und in der Zurückführung des Kapitals auf seinen mehr sekundären Rang als materielles Produktionselement. Diese Regulierung wird aber nicht durch eine mechanische Sozialisierung sich erreichen lassen, sondern nur durch eine vom einträchtigen Willen aller getragene Verwirklichung des Solidaritätsgedankens.

Die nächste Folge der Wahlen wird die Beseitigung des durch die Revolution herbeigeführten recht- und gesetzlosen Zustandes und die Herstellung einer neuen, Autorität und Ordnung gewährleistenden Staatsverfassung sein. Der neue Landtag wird in Ausübung des ihm kraft Volkswillens zustehenden vollen und alleinigen Gesetzgebungsrechtes ein dem Willen und dem Wohl des Gesamtvolkes entsprechendes Staatsgrundgesetz beschließen, eine Verfassung, die es Bayern ermöglicht, sich wieder emporzuarbeiten aus dem Abgrund, in den es durch den verlorenen Krieg, die Revolution und die „Massenepidemie des Wahnsinns dunkler Elemente", die „auch hier zum Brudermord treiben" (Eingeständnis Eisners), gestürzt worden ist. Das „geistige Maschinengewehr" der Arbeit, der unverdrossenen Arbeit aller zum Wohle des Ganzen soll jetzt in Tätigkeit treten.

Das fünfte Kriegsjahr.

Wochenschau von Fritz Nienkemper, Berlin.

Die Woche des Bürgerkriegs.

Die Schilderhebung des Bolschewismus in Deutschland hat die ganze Berichtswoche in Anspruch genommen. Zuerst schienen die Umstürzler mit ihrem fanatischen Wagemut das Uebergewicht zu erlangen über die bedächtige und langsame Regierung. Doch gegen Ende der Woche raffte sich die Regierung zu der Erkenntnis auf, daß einige wohlgezielte Kanonenschüsse besser wirken, als alle Aufrufe und Verhandlungen.

In Berlin nahm der Machtkampf in sehr bedenklicher Weise den Charakter eines Stellungskrieges an. Die Aufrührer hatten durch Ueberrumpelung verschiedene wichtige Positionen besetzt; einige, wie das Proviantamt und die Reichsdruckerei, wurden ihnen noch glücklich wieder abgejagt; in den anderen aber verschanzten sie sich nach allen Regeln der Kunst, namentlich in den vier größten Zeitungshäusern, im Wolffschen Telegraphenbureau und im Polizeipräsidium am Alexanderplatz. Die Regierung begnügte sich tagelang mit der Sicherung der Reichskanzlei in der Wilhelmstraße und schien mehr vom Verhandeln, als vom Handeln ihr Heil zu erwarten. In der Nacht zum Samstag wurde den Truppenführern endlich freie Hand gegeben. Und siehe da, alsbald zeigte sich, daß die Konzentration einer ganzen Armee gar nicht notwendig gewesen, daß vielmehr ein paar Minenwerfer und ein paar Kompagnien mit Handgranaten die eine Räuberhöhle nach der andern zu säubern vermochten. Hätte man von diesen Machtmitteln schon am Montage Gebrauch gemacht, so wäre viel Blutvergießen in Berlin und für das ganze Vaterland viel Schaden und Schande erspart worden. Wenn die Wiederherstellung der Ordnung folgerichtig weitergeht, so sind noch nicht alle Aussichten verdorben für die Verhandlungen über die Verlängerung des Waffenstillstandes am 17. Januar und für die Volkswahlen am 19. Januar.

Den Zusammenhang der Tumulte mit diesen wichtigen Angelegenheiten muß man im Auge behalten. Es handelte sich um einen bitterernsten Waffengang zwischen dem russischen Bolschewismus und der deutschen Demokratie. Dabei ist zu beachten:

1. Die Ausdehnung der Ruhestörungen, die sich nicht auf Berlin beschränkten, sondern gleichzeitig in anderen deutschen Hauptstädten und im rheinisch-westfälischen Industriebezirk in Form von Ueberfällen auf Behörden, Erzwingung von Streiks usw. zutage traten;

2. der Ursprung der Unruhen, der durch die Anwesenheit von Radek, dem Häuptling der russischen Revolutionspropaganda, sowie durch die Ergreifung zahlreicher russischer Agenten klar gestellt ist;

3. der Zweck der Schilderhebung, der sich nicht auf den Sturz der Regierung Ebert-Scheidemann beschränkt, sondern auf die Vereitelung der Wahl und der Nationalversammlung selbst gerichtet ist. Daraus erklärt sich auch

4. die Beteiligung der Unabhängigen, die von Anfang an teils offen, teils hinterlistig die Volkswahlen bekämpft haben, weil sie nach den bisherigen Wahlproben davon das Ende ihrer Parteimacht befürchten. Der engere Spartakusbund hätte Tumulte von diesem Umfang und in solcher Hartnäckigkeit nicht durchführen können, wenn nicht die weitverzweigte Organisation der U. S. P. D. ihm zu Hilfe gekommen wäre. Die in Berlin abgefangenen Empörer besitzen durchweg das Mitgliedbuch der genannten Partei. Damit steht es auch im Einklang, daß die „unabhängigen" Führer sich während der ganzen Aufruhrwoche bemüht haben, durch heuchlerische Verhandlungen und durch Demonstrationen für eine offensichtlich unmögliche „Einigung" die Tatkraft der Regierung zu lähmen und die Empörer zu unterstützen.

Es war ein Glück, daß dieses listige Spiel durchkreuzt wurde durch die brutale Offenherzigkeit der Aufrührer, die in ihrem Fanatismus unentwegt festhielten an der Forderung, daß man ihnen die verbotenen Zeitungspaläste belassen müsse und daß die gegenwärtige Regierung zu verschwinden habe. Die Regierung wurde schließlich durch die eigene Notwehr auf Tod und Leben zum Durchgreifen gezwungen; sie hat damit nicht nur sich, sondern auch das Wahlrecht des Volkes, die Verhandlungsfähigkeit Deutschlands, die Hoffnung auf eine nationale Wiedergeburt gerettet.

Das Wort „gerettet" muß man freilich mit Vorsicht gebrauchen. Zwischen Lipp' und Kelchesrand schwebt der finstern Mächte Hand. Auf die Wendung zum Bessern kann noch wieder ein störender Rückschlag folgen durch boshafte Ueberraschungen oder schwächliche Anwandlungen.

Der sog. Bürgerkrieg ist im Grunde ein sozialdemokratischer Bruderkrieg. Die drei Gruppen der roten Partei wollten eine gemeinsame Klassenherrschaft in Deutschland begründen; aber der eine Teil gönnt dem andern die Macht nicht, und die zurückgesetzte Minderheit greift zur Gewalt gegen den besser gestellten Bruder. Dieses häßliche und verhängnisvolle Spiel würde sich wiederholen, wenn in die Nationalversammlung eine sozialistische Mehrheit einzöge. Dann würde die Ebert-Scheidemannsche Partei nicht loskommen können von den „Unabhängigen" und von den Spartakiden; in Folge dessen bliebe Deutschland andauernd von dem russischen Bolschewismus bedroht, da die Spartakiden erklärtermaßen mit den russischen Weltrevolutionären zusammenarbeiten und die Unabhängigen durch die Empfangnahme von Geld und Waffen aus Rußland gebunden sind. Vor dem Versinken in den russischen Sumpf kann uns nichts anderes retten, als die Schaffung einer bürgerlichen Mehrheit in der Nationalversammlung. Zumal da es nicht allein die innere Ordnung, sondern auch die Unabhängigkeit vom Auslande zu verteidigen gilt. Neben dem russischen Bolschewismus von Osten droht uns die Okkupation von Westen her. Scham und Schrecken muß ja jedes deutsche Herz durchzittern, wenn man hört, daß z. B. in Düsseldorf die Hilfe der feindlichen Besatzung des andern Rheinufers angerufen werden mußte zum Schutze gegen die eingeborenen Empörer.

Unsere Unterhändler hatten seinerzeit durchgesetzt, daß der Waffenstillstand über den 17. Januar verlängert werden könnte „unter Zustimmung der alliierten Regierungen". Die letzteren haben diese Zustimmung verweigert und fordern neue Verhandlungen, damit sie völlig freie Hand haben, um uns verschärfte Bedingungen aufzuerlegen und Zwangsmaßregeln zu verhängen, wie es ihnen angesichts der Entwicklung in Deutschland gefällt. Wenn nun auch die Niederlage der Berliner

Revolution einen Lichtblick bildet, so sind doch unsere Unterhändler am 17. Januar in einer peinlichen Lage. Dauern die Ruhestörungen im Ruhrbezirk fort, so droht uns die Besetzung dieses wichtigsten Industriegebiets durch die rach- und habsüchtigen Feinde. Zagen und klagen hilft freilich nicht, sondern nur die tüchtige Ausnutzung des Wahlrechts, das ja vorläufig noch gerettet worden ist.

Umsturz, Aufbau und Wahlen in Württemberg.

Von Redakteur **Grießer**, Stuttgart.

Unter der Wirkung der Ereignisse im Reiche im Oktober v. Js. hatte das Ministerium Weizsäcker, wenn auch reichlich spät erkannt, daß sich in Württemberg eine reine Beamtenregierung nicht mehr länger aufrechterhalten lasse. Der Ministerpräsident entschloß sich daher, hauptsächlich getrieben von den Parteiführern und der Presse, zu einer Reform im Sinne des **Parlamentarismus**. Der Plan, die seitherigen Minister im Amte zu lassen und neben sie Unterstaatssekretäre aus den politischen Parteien zu berufen, scheiterte besonders an der völlig richtigen Erwägung, daß dadurch nur das Gegenteil der unbedingt notwendigen Staatsvereinfachung erzielt würde. Aus den langen Verhandlungen mit den Parteiführern ging dann jenes Ministerium hervor, dessen Mitglieder am 9. November 1918 in der Frühe bekannt gegeben wurden. Es schieden aus: der Ministerpräsident Dr. Frhr. v. Weizsäcker, der Kultminister Dr. v. Fleischhauer und der Justizminister Mandry. Als parlamentarische Minister traten ein: Liesching (Volkspartei) als Ministerpräsident, Dr. v. Kiene (Zentrum), Dr. v. Hieber (Nationalliberal) und Dr. Lindemann (Sozialdemokratie); auf ihren Posten blieben als anerkannte Fachmänner Finanzminister Dr. v. Pistorius und der Minister des Innern Dr. v. Köhler, der Kriegsminister v. Marchtaler blieb ebenfalls. Angesichts des Widerstandes, den die Konservativen auch in Württemberg der Neuregelung entgegengesetzt hatten, sah man von der anfänglich geplanten Bildung eines Koalitionsministeriums ab. Die Mehrheitsparteien mit Einschluß der Sozialdemokratie begrüßten das Ministerium Liesching mit Befriedigung. Aber noch während der Vereidigung der neuen Minister beim König am 9. November 1918, vormittags 11 Uhr, trat unerwartet der **revolutionäre Umschwung** ein.

An diesem Tag waren morgens Kundgebungen der Mehrheitssozialisten in Stuttgart geplant, die ihre Stellung festigen sollten. Doch sie nahmen einen Verlauf, der die radikalen Elemente ohne weiteres zu Herren der Lage machte. Die einzige Kundgebung des Ministeriums Liesching war eine Proklamation an das Volk, in der die Entscheidung über die weitere freie politische Entwicklung Württembergs einem neuzuwählenden Landtag anheimgestellt wurde. Diese Kundgebung war aber wirkungslos, da inzwischen von den Demonstranten ein **neues Ministerium auf republikanischer Grundlage** gebildet worden war. Dieses bestand ausschließlich aus Sozialdemokraten (3 radikalen und 3 der alten Richtung). Sehr bald zeigte sich dieses neue Gebilde — die gemäßigten Mitglieder Keil und Lindemann waren nur gegen ihren Willen auf die Ministerliste gesetzt worden — als arbeitsunfähig. Die öffentliche Ordnung drohte zusammenzubrechen. In einer Proklamation versprach daher das sozialistische Kabinett im Einverständnis mit dem inzwischen gebildeten Soldaten- und Arbeiterrat, daß für die Fortführung der Verwaltungsgeschäfte geeignete Fachleute „ohne Rücksicht auf ihre politische oder religiöse Gesinnung" herangezogen werden sollten. Es kam dann schon am 10. November zu Verhandlungen mit den führenden Politikern der bürgerlichen Mehrheitsparteien über deren Teilnahme an der Regierung, und nachdem vom König die Einwilligung zur Demission der am Tage zuvor neubestellten Minister eingetroffen war, bildete sich am 11. November vormittags die neue sog. **provisorische Regierung**, in der neben den Sozialdemokraten beider Richtungen: Bloß, Lindemann, Heymann und Crispien auch 3 Bürgerliche: Liesching (Volkspartei), Dr. v. Kiene (Zentrum) und Baumann (Nationalliberal) sitzen. Ein Personenwechsel ist seit dem Tage des Antritts dieser neuen Regierung nur auf dem Platz des Leiters des Kriegswesens erfolgt; an Stelle des früheren radikalen Inhabers dieses Amtes trat ein Mann gemäßigterer Richtung. Die provisorische Regierung stellte sich gleich von Anfang an auf den Standpunkt, daß sie die Staatsgeschäfte „**nur vorübergehend bis zum Zusammentritt der konstituierenden Landesversammlung** zu führen gedenke". Tiefer greifende soziale Reformen will die Regierung „nicht ohne engeren Zusammenschluß mit den übrigen Regierungen" durchführen. Erst die württembergische Landesversammlung soll im Lande die politische, soziale und finanzielle Neuordnung schaffen, die in den Forderungen der Zeit begründet sind. Auch der neue **Kultminister** (ein Israelit) erblickt, wie er im Staatsanzeiger kundgab, seine Aufgabe lediglich „in der geordneten Weiterführung der laufenden Geschäfte des Kultusministeriums". Er beabsichtigt daher während der Dauer des Provisoriums „keine Neuerungen auf dem Gebiete des Schulwesens oder der Kirche in ihrem Verhältnis zum Staate einzuführen". Diese Erklärung des württembergischen Unterrichtsministers sticht günstig ab von den Kundgebungen und Taten seiner Kollegen in Preußen, Bayern und anderen Staaten. Wenn vorläufig in Württemberg die radikalisierenden Pläne der Sozialisten nicht so sehr in die Erscheinung treten, so dürfte das nicht in letzter Linie der Tätigkeit der bürgerlichen Mitglieder des Ministeriums zu danken sein. Diese provisorische Regierung hat am 23. Dezember 1918 dem Antrag des Bischofs von Rottenburg auf **Zulassung** von je einer **Männerordensniederlassung** in Weggental-Rottenburg (Franziskaner), auf dem Schönenberg bei Ellwangen (Redemptoristen) und in Weingarten (Franziskaner) die ausdrückliche Genehmigung einstimmig erteilt (vgl. „Allgemeine Rundschau" 1918 S. 597). Mit großer Befriedigung begrüßt das katholische Volk in Württemberg diese Weihnachtsgabe in dieser schweren Zeit. Trotzdem werden sich die Katholiken in ihrer Wachsamkeit und in ihrem wohlbegründeten Mißtrauen in die kulturpolitischen Ziele und Taten von Revolutionsmännern, zu denen auch der württembergische Kultminister gehört, nicht stören lassen. Dieses Mißtrauen wird gerechtfertigt durch die seit den letzten Wochen vom Kultminister Heymann unternommenen Wahlreisen in allen Teilen des Landes, der mit sanfter Stimme das „verdienstvolle Entgegenkommen" der evangelischen Kirche [siehe unten in der Frage der Trennung von Kirche und Staat] lobt und die „Verranntheit" der katholischen Kirche in ihre durch die Entwicklung der Zeit „überlebten Ideen" tadelt. Sie lassen sich nicht blenden von klingenden Reden über Gewissensfreiheit und Bekenntnisfreiheit u. a. Sie schauen vielmehr auf die Tatsachen, und da haben sie allen Anlaß, sehr mißtrauisch zu sein in die kulturpolitischen Ziele und Taten der Revolutionsmänner.

Mit brennender Scham wird einmal in ruhigeren Zeiten jeder Württemberger lesen, wie in dem Augenblick, wo „Württembergs geliebter Herr", der 71jährige **König Wilhelm II.** die Mitglieder des Ministeriums Liesching am 9. November eben vereidigte, ein Haufe junger Leute beiderlei Geschlechts in sein Privathaus (das sog. Wilhelmspalais) eindrang und von ihm verlangte, er solle die rote Fahne an Stelle der Königsstandarte hissen. Noch am gleichen Tag begab sich der König, um vor weiteren Anrempelungen geschützt zu sein, auf sein Jagdschlößchen Bebenhausen. Von hier aus hat er am 16. November alle, die ihm in ihrem Diensteid Treue und Gehorsam geschworen haben, von den hierdurch seiner Person gegenüber eingegangenen Verpflichtungen entbunden. Am 30. November brachte der „Staatsanzeiger" die Erklärung des **Thronverzichts** des Königs, worin es u. a. heißt, daß „seine Person niemals ein Hindernis für die freie Entwicklung der Verhältnisse des Landes und dessen Wohlergehen sein soll" und er deshalb „die Krone niederlege". (In Zukunft trägt er den Namen eines Herzogs von Württemberg.) Die wahrhaft königlichen Worte dieser Urkunde greifen jedem treuen Württemberger ans Herz. Die provisorische Regierung stellte deshalb auch dem thronentsagenden König das Zeugnis aus, daß er „in allen seinen Handlungen von der Liebe zur Heimat und seinem Volke getragen" gewesen sei.

Die **Wahl zur verfassunggebenden Landesversammlung** war erst auf den 26. Januar bestimmt, wurde dann aber nach dringenden Vorstellungen auf Sonntag, den 12. Januar, also gleichzeitig mit der bayerischen, eine Woche nach der badischen, angesetzt. Gewählt werden in einem Wahlgang und Wahlkreis **150 Abgeordnete**. (Seither zählte die Zweite Kammer 92 Mitglieder, die Erste 50—54.) Wahlberechtigt sind alle deutschen Reichsangehörigen männlichen und weiblichen Geschlechts, die am 12. Januar das 20. Lebensjahr vollendet haben. Es ist also **nicht einmal** die württembergische Staatsangehörigkeit zur Bedingung gemacht. Hier bildet das württembergische Wahlgesetz eine Ausnahme gegenüber denjenigen in allen anderen Einzelstaaten. (In **Bayern** erfolgte die Zulassung der Nichtbayern zur Landtagswahl durch Antrag auf Eintragung in die Wählerliste. D. Red.) Für die deutsche **Nationalversammlung**

ist Württemberg mit Hohenzollern zu einem Wahlkreis vereinigt; zusammen erhalten sie 17 Abgeordnetensitze. Für den Reichstag hatte Württemberg bisher allein 17 Abgeordnete und Hohenzollern 1 zu wählen. Durch die Zusammenlegung hat das neue Wahlgebiet einen Wahlsitz weniger bekommen. Das Zentrum hatte in Württemberg 4 Reichstagsmandate und in Hohenzollern 1 Mandat. Wenn es der verständigen und eifrigen Zusammenarbeit der Zentrumswähler in Württemberg und Hohenzollern gelingen würde, wieder 5 Mandate zu erlangen, so würden sie damit eine glänzende Leistung vollbringen.

Die württembergische Zentrumspartei trägt, wie die übrigen Parteien, in ihrem Programm den neuen veränderten Verhältnissen Rechnung. Doch haben die maßgebenden Führer und der Landesausschuß der Partei kein Bedürfnis oder einen Vorteil darin erblickt, daß das württembergische Zentrum eine neue Partei unter neuem Namen bilden sollte. Mit dem Namen „Württembergische Volkspartei" hätte man in Württemberg nichts beginnen können, da eine solche Bezeichnung schon existiert und bei deren Uebernahme die größten Konfusionen hätten entstehen können. Aehnlich verhält es sich mit dem Untertitel: „Freie deutsche Volkspartei". Das am 27. November erschienene Zentrumsprogramm hält fest an einer demokratischen Staatsform, es fordert nur eine Kammer und in Konsequenz die Abschaffung der Ersten Kammer. Auf religiösem Gebiet ist es gegen die Trennung von Kirche und Staat; beide sollen zusammenarbeiten. Es tritt auch für die Aufrechterhaltung der konfessionellen Volksschule ein, d. h. für einen von der Religion durchtränkten Unterricht in der Schule, und fordert die Gewährung der rechtlichen Garantien für die Freiheit des Privatunterrichts.

Die Nationalliberale Partei bzw. der weitaus größere Teil derselben nahm nach dem Vorgange im Reich eine Verschmelzung mit der Fortschrittlichen Volkspartei in die deutsche Demokratische Partei vor, wobei sie zweifellos von dem Gedanken ausging, daß sie bei den jetzigen Wahlen allein doch nicht gut abgeschnitten hätte. Der kleinere Teil der Nationalliberalen, die mehr rechtsstehenden Mitglieder, haben sich mit den seitherigen Konservativen und vielen bisher parteilosen Elementen zu der „Württembergischen Bürgerpartei" zusammengetan. Diese neue Partei erhofft einen starken Zustrom aus den Bürgerkreisen. Doch ist eines sicher, daß die Bürger, die bisher im Zentrum ihre Vertretung gesucht und gefunden haben, nicht den geringsten Anlaß haben, auf den Köder der „Württembergischen Bürgerpartei" hereinzufallen, nachdem die Konservative Partei, wie der Bauernbund infolge des Zusammenbruchs ihrer Kriegspolitik die Zugkraft verloren haben. Der Bauernbund wird als „Bauern- und Weingärtnerbund" weiterexistieren; die seitherige Verbrüderung der Konservativen und des Bauernbundes in Württemberg hat also aufgehört. Daneben hat sich ein „unpolitischer" Verband württembergischer Landwirte" aufgetan. Ob er nicht doch politisch wirken wird, wird abzuwarten sein.

Eine der wichtigsten kulturellen Fragen, die auf dem Programm der nächsten Zeit stehen, ist die Frage der Trennung von Kirche und Staat. Die evangelische Kirche, die infolge des Thronverzichts des Königs ohne Landesbischof ist, dessen seitheriges landesherrliches Kirchenregimentsrecht aber dem Gesetze gemäß auf die neugebildete Evangelische Kirchenregierung übergegangen ist, bereitet sich bei dem heutigen konträren Wind bereits auf eine solche Trennung vor. Der volksparteiliche Abg. Konrad Haußmann hat in einer Versammlung in Rottweil am 12. Dezember öffentlich kundgegeben, daß die evangelische Kirche „in Bälde eine schiedlich-friedliche Auseinandersetzung mit dem Staat beantragen werde".

Das Zentrum tritt nach seinem Programm prinzipiell der Forderung der Trennung von Staat und Kirche entgegen und hält ein einträchtiges Zusammenwirken und Einvernehmen der beiden heute für notwendiger als je, da es den Aufgaben beider Teile am besten entspricht und im Interesse aller gelegen ist.

Die ernste Zeit hat für die Katholiken Württembergs noch ein sehr erfreuliches Ergebnis gezeitigt: die seit 1½ Jahrzehnten in zwei getrennten Lagern — im mehr konservativen katholischen Schulverein und im mehr liberalen katholischen Lehrerverein — stehenden katholischen Volksschullehrer haben sich am 18. Dezember wieder geeinigt und die Erklärung abgegeben, daß sie gemeinsam auf dem Boden des Zentrumsprogramms die Interessen des katholischen Volkes vertreten wollen, also sich auch an das Schulprogramm der Partei (Erhaltung der konfessionellen Volksschule und Ablehnung der Einheitsschule) halten werden.

Demgegenüber bekennt sich der evangelische Volksschulverein zu einer Neuordnung des gesamten Schulwesens im Sinne der Einheitsschule, der Trennung von Kirche und Schule mit allen daraus sich ergebenden Forderungen. Nicht um kirchliche Machtansprüche handelt es sich, wenn die Katholiken die christliche Schule fordern, sondern um die innerste Herzensangelegenheit der Eltern. Simultan- und Einheitsschulen lehnen sie mit aller Entschiedenheit ab. Der Dank des katholischen Volkes ist daher auch den katholischen Lehrern der württembergischen konfessionellen Volksschule sicher, die Generationen von Volksgenossen zu guten Christen und wackeren Staatsbürgern herangezogen haben.

Der Ausgang zweier Wahlen in Württemberg, die in der neuen Zeit bereits stattfanden, ließ einen erfreulichen Rückschluß auf die Stimmung in weiten Kreisen unseres Volkes zu. Die Landtagsersatzwahl in Ravensburg, Mitte November, zeigte, daß die roten Revolutionsbäume nicht in den Himmel wachsen. Die Sozialdemokratie hatte wohl den letzten Mann an die Wahlurne gebracht; es galt für sie zu zeigen, welche Macht angesichts der neuen Verhältnisse hinter ihr steht. Doch diese ist innerhalb 6 Jahren nur von 382 auf 825 Stimmen gewachsen, obwohl die Erweiterung der Kriegsindustrie in diesem Bezirk sicherlich der Sozialdemokratie zahlreiche Wähler zugeführt hat. Das Bürgertum ist eben seiner Ueberzeugung treu geblieben; es will auch unter der roten Fahne seine Grundsätze beibehalten. Das Zentrum erhielt von 3941 abgegebenen Stimmen 3090, im Jahr 1912 von 6312 abgegebenen Stimmen 5291, d. h. prozentual 1918: 78,5 % und 1912: 82 % aller abgegebenen Stimmen. Und bei der Gemeinderatswahl in der Mausergewehrstadt Oberndorf a. N. fiel kürzlich der sozialdemokratische Zettel glatt durch. Man hatte vor der Wahl von 6 freien Mandaten der Sozialdemokratie seitens der Bürgerlichen sogar noch 2 Sitze zugebilligt. Doch sie ging nicht darauf ein, weil sie glaubte, seit der Revolution Oberndorf ganz beherrschen zu können. Das Resultat der Wahl war: Zentrum und Volkspartei erhielten je 3 Mandate, die Sozialdemokraten gingen leer aus. Diese Wahlen waren ein gutes Omen für die Hauptwahlen am 12. Januar. Es erhielten nach dem vorläufigen Wahlergebnis: Zentrum 31 Sitze (273 192 Stimmen), Bauernbund 10 (75 756), Weingärtner und kleine Landwirte 4 (35 255), Bürgerpartei 11 (97 726), demokratische Partei 38 (328 555), sozialdemokratische Partei 52 (452 450), Unabh. Sozialdemokratie 4 (40 622); also 94 bürgerliche gegen 56 sozialdemokratische Sitze.

Der Kapitän.

Auf einer Insel einsam und verbannt,
Ein Kapitän blickt traurig übers Land
Hinaus zum Meer. Seit siebenhundert Jahren
Haben's die Ahnen glorreich schon befahren.

Dann schreitet er hinaus zum Inselrand,
Hält über's feuchte Aug' die welke Hand,
Schaut auf ein Schiff, an dessen hohem Steuer
Er selbst gespäht, gewacht in Sturm und Feuer.
Doch zitternd sinkt herab der müde Arm.
Und auf der Seele weher frisst der Harm:

Nicht dass sie über Nacht den Hilfelosen
Von seiner Heimat, von dem Schiff verstossen,
Die Runen, welche Wind und Wetter malten
Um Stirn und Mund, mit Felonie bezahlten,
Dass ihm das liebe blaue Meer verloren,
Für das er litt, für das er ward geboren,
Nicht das brennt auf dem Herzen heiss und wild;
Was ihn verzehrt, ist dort das Schreckensbild,
Sein Schiff!

Das stolze Schiff, vom Ahn erbaut,
Das Glanz und Lorbeer und Triumph geschaut,
In allen Fugen und in allen Planken
Hört's krachen er, sieht's todverwundet wanken.
Sein armes Schiff!
Der Hunger winkt an Bord,
In den Kajüten lauert Brudermord,
Mit Blut zu färben Flagg' und Wellen.
Wie lange noch? Dann wird es ganz zerschellen.

Drum steht der Kapitän vom Gram gebückt.
Aufs Königshaupt die Dornenkrone drückt.

Martin Mayr.

Die Sabotage der Industrie und ihre Folgen für die Arbeiter.

Von Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Martin Faßbender, M. d. N. u. d. Pr. A.

Nach dem allgemeinen nationalökonomischen Gesetz von Angebot und Nachfrage hat man sich gewöhnt, steigende Arbeitslöhne und Arbeitslosigkeit großer Menschenmassen als einander ausschließende Erscheinungen des Wirtschaftslebens zu betrachten. Steigende Löhne hält man für den Ausdruck wirtschaftlichen Aufschwunges und damit zugleich sich mehrender Arbeitsgelegenheit und als weitere Folge auch der Ermöglichung höherer Bezahlung der Arbeit. Man sollte meinen, es seien das folgerichtige Zusammenhänge, da man doch annehmen darf, daß sich mehrende Arbeitsgelegenheit eine Verminderung des Angebotes von Arbeitskräften nach sich ziehen wird und umgekehrt: je weniger Leute zurzeit eines wirtschaftlichen Niederganges Arbeit finden können, desto mehr müssen die Löhne sinken. Das sind einander sich bedingende Tatsachen, die aber nur auf Grundlage der landläufigen Psychologie der Arbeitswilligkeit in die Erscheinung treten können. An die Stelle dieser landläufigen Psychologie ist jetzt jedoch eine Revolutionspsychose getreten, welche die Dinge auf den Kopf stellt. Wir sehen zu gleicher Zeit eine von Tag zu Tag in schreckenerregender Weise wachsende Arbeitslosigkeit und daneben Arbeitermangel in vielen Betrieben. Es müssen ungeheure Summen als Erwerbslosenunterstützung gezahlt werden und daneben ins Ungemessene steigende Löhne in den Fabriken.

Diese Verhältnisse schildert in anschaulichster Weise eine Zeitung, der man wahrhaftig nicht Arbeiterfeindlichkeit nachsagen kann — das Berliner Wochenblatt „Die Welt am Montag“. Hier wird die gegenwärtige Lohnbewegung als unmittelbar „zum Abgrund führend“ bezeichnet und die Lage in folgender Weise gekennzeichnet:

Wir haben eine vernichtende Niederlage erlitten. Schwerste Friedensbedingungen stehen uns bevor. Unsere Schuldenlast ist unermeßlich. Unsere Währung erschreckend entwertet. Unser Kredit tief gesunken. Unser Land ist so ausgepumpt, unsere finanziellen Verpflichtungen sind so riesenhaft, daß wir nur dann uns aus dem wirtschaftlichen Zusammenbruch retten können, wenn wir alle, Mann für Mann und Frau für Frau, die nächsten Jahre unsere ganze Kraft daransetzen, unsere Produktion zu steigern. Wir bedürfen einer riesenhaften Einfuhr, um unser unterernährtes Volk und unsere Produktion wieder auf die Beine zu bringen. Unsere Rohstofflager sind erschöpft, unsere Verkehrsmittel verbraucht. Wir haben eine riesenhafte Ausfuhr nötig, um die einzuführenden Lebensmittel und Rohstoffe bezahlen zu können. Noch können wir nichts einführen und nichts ausführen. Die Kriegsindustrie ist zu Ende und die Friedensindustrie kann zum größten Teil noch nicht arbeiten. Jeder Tag vergrößert das Heer der Arbeitslosen. Viele Fabriken aber, die gerne arbeiten lassen möchten und könnten, finden keine Arbeiter, oder doch nicht genug, und diejenigen Arbeiter, die wirklich arbeiten, fordern Löhne, die unerschwinglich sind. Immer noch sind die Forderungen im Steigen begriffen. Aber bei den heutigen Löhnen können die meisten Fabriken schon nicht mehr bestehen. Man hört von den Fabrikleitern Aeußerungen dahingehend, daß die Betriebe bei den gegenwärtigen Löhnen zugrunde gehen müssen. Aber wie die Verhältnisse nun einmal liegen, hat man sich bereits damit abgefunden, daß die Vermögen entweder vom Staate beschlagnahmt oder von den Arbeitern als Löhne verbraucht werden. Für die Allgemeinheit ist der letztere Fall jedoch geradezu ein Verhängnis, wenn nämlich in dem Augenblick, wo das Reich ungezählte Milliarden notwendig hat, die besten Steuerobjekte in alle Winde zerflattern. Was wird aus den Fabriken, wenn Reserven und Grundkapitalien erschöpft sind? Wer betreibt sie weiter? Wer stellt sie auf den Friedensbedarf um? Wer macht sie exportfähig? Wollen wir eine Ausfuhr ermöglichen, müssen wir uns den Weltmarktpreisen anpassen. Bei stetig verkürzter Arbeitszeit und gleichzeitig erhöhten Löhnen in Deutschland ist aber kein Wettbewerb auf dem Weltmarkt zu erreichen. Wenn man auch volles Verständnis für die entsetzliche Verteuerung der Lebenshaltung des Arbeiters habe und jeder sozial empfindende Mensch den einzelnen Arbeiterklassen eine Besserung ihrer Lage, besonders nach den schweren Leiden des Krieges wünsche, so dürfe man doch, meint das Blatt, auch nicht verschweigen, daß die vier Jahre Krieg auf die Arbeitsfreudigkeit sehr ungünstig eingewirkt hätten. Auf dem jetzigen Weg aber könne es nicht weitergehen, wenn unser Wirtschaftsleben nicht unrettbar verloren gehen sollte.

So die „Welt am Montag“. Das läßt doch tief blicken. — Es ist in der Tat nicht allein Kurzsichtigkeit, sondern es handelt sich vor allem um einen Mangel an Selbstzucht und rechtem Solidaritätsgefühl auf seiten großer Kreise der Arbeiterschaft, wenn solche Zustände sich herausbilden konnten. Man erstrebt selbstsüchtig Augenblickserfolge für die eigene Person, ohne an das Verderben zu denken, das den Arbeitsgenossen und der Gesamtheit des Volkes in der Zukunft droht. Also ein vollständiger Mangel ethischen Empfindens und sozialen Verantwortungsgefühls tritt hier in die Erscheinung. So stolz die Sozialdemokratie auf ihre Volksbildungsbestrebungen ist, ihre staatsbürgerliche Erziehung hat vollständig versagt. Man kann volles Verständnis haben für die schwere Lage, in der sich die Arbeiter durch die Verteuerung der Lebenshaltung befinden. Wir müssen aber gleichzeitig auch bedenken, daß zwischen der gegenwärtigen unsinnigen Lohnbewegung, zu der die ganze Revolution gewissermaßen zusammengeschrumpft ist, und den hohen Lebensmittelpreisen eine verhängnisvolle Wechselwirkung besteht. Das zeigt ein Blick auf unsere Valuta im Sinne der zwischenvölkischen Bewertung unseres Geldes. Noch nach dem Eintritt unseres militärischen Zusammenbruches begann die Wertschätzung unserer Geldverhältnisse sich im Auslande zu bessern, da man das Vertrauen in die deutsche Tüchtigkeit setzte, daß Deutschland sich selbst von den Folgen eines ungünstigen Friedensschlusses in absehbarer Zeit wieder erholen würde. Ganz anders nach dem Ausbruch der Revolution, seit welchem wir eine stetige Verschlechterung der Valuta beobachten müssen, da das Ausland nunmehr die Ueberzeugung gewonnen hat, daß bei dieser unsinnigen Lohnbewegung der Zusammenbruch der deutschen Industrie nicht mehr aufgehalten werden kann. Daraus folgt aber, daß, wenn uns aus dem Auslande auch Lebensmittel gesandt werden, dieselben schon allein infolge der tiefstehenden Bewertung unseres Geldes sich mehr als doppelt so teuer stellen werden, als es infolge der allgemeinen Preissteigerung schon an sich der Fall wäre. Wieder ein Beweis der endlosen Kette verhängnisvoller Wechselwirkungen zwischen Arbeitslöhnen und Lebensmittelpreisen.

Eine wunderbare Ungeschicklichkeit der gegenwärtigen Machthaber zeigt sich aber noch darin, daß man gleichzeitig mit dem Eintritt der geschilderten Lohnsteigerungsbestrebungen unter der Arbeiterschaft die Unternehmer zwischen die Szylla der Sozialisierung der Betriebe und die Charybdis der Beschlagnahmung ihres Betriebskapitals durch restlose Aufsaugung der Kriegsgewinne in Steuern stellt. Diese drei Dinge zu gleicher Zeit auf der Bildfläche erscheinen zu lassen, konnte nur vorkommen, wenn in leitenden Stellungen entweder graue Theoretiker und Dilettanten, die dem praktischen Wirtschaftsleben fernstehen, oder einseitige Praktiker, nämlich Arbeiter sich befinden, die als Arbeiter ja ganz tüchtig sein mögen, denen aber Organisation und Leitung kaufmännischer Unternehmungen ein Buch mit sieben Siegeln bedeutet. Ganz richtig hat in den soeben erwähnten Ausführungen der „Welt am Montag“ der zum Sozialismus sich bekennende Verfasser v. Gerlach selbst darauf hingewiesen, daß die Unternehmer bei dieser Sachlage dazu kommen müssen, auch die unsinnigsten Forderungen der Arbeiter zu bewilligen, da sie ihr Betriebskapital ja doch als verloren ansehen müssen, daß dabei aber für die Abtragung unserer Kriegsschulden nichts herauskommen kann, weil die besten Steuerobjekte in alle Winde verflattern. Anderseits ist aber auch für die Arbeiter keine Besserung ihrer Lage zu erwarten, da eine bankrotte Industrie ihnen später auch die bescheidensten Lohnforderungen nicht mehr gewähren kann.

So stehen wir denn nach Ansicht hervorragender Fachleute des praktischen Wirtschaftslebens, mit denen ich in der letzten Zeit wiederholt mich zu unterhalten Gelegenheit hatte, vor der Gewißheit, daß viele tausend Menschen, die bislang in der deutschen Industrie beschäftigt waren, werden auswandern oder sich landwirtschaftlichen Arbeiten oder auch Tiefbauarbeiten, für die wir vor dem Kriege ausländische Arbeiter einstellten, zuwenden müssen. Es werden große Massen deutscher Arbeiter wieder Tätigkeiten auszuüben gezwungen sein, denen sie früher zu entfliehen suchten, weil ihnen diese Arbeiten nicht lohnend genug erschienen oder in ihrer Art als solche nicht zusagten. Von dem schlechten Friedensschluß hätte sich die Industrie wieder erholen können, von den Schädigungen der Revolution wird sie sich in absehbarer Zeit nicht erholen. Was die Auswanderung angeht, so ist es durchaus nicht ausgeschlossen, daß andere Staaten erschwerende Bestimmungen für die Einwanderung deutscher Arbeiter erlassen werden, aus der Befürchtung heraus, es möchten die dortigen Arbeiter von dem deutschen revolutionären Geiste angesteckt werden. Was die Abwanderung auf das Land angeht, so ist auch diese nicht ganz einfach. Viele Männer mögen nicht mehr die bei der Landwirtschaft nun einmal unvermeidbare längere Sommer-Arbeitszeit

auf sich nehmen, nachdem sie in der Industrie den sogenannten „Normal-Arbeitstag" haben schätzen gelernt. Viel größere Schwierigkeiten liegen vielleicht noch bei den Frauen. Die Frau des Industriearbeiters hat, soweit sie nicht zum Mitverdienen durch Fabrikarbeit gezwungen ist, ein ungleich bequemeres Leben, wie die Frau auf dem Lande. Es würde zu weit führen, darauf näher einzugehen. Ich möchte aber bezüglich dieses Punktes die Beachtung eines bei Auer in Donauwörth erschienenen kleinen Buches von Heinrich Kautz „Um die Seele des Industriekindes" empfehlen.

Wenn ich das alles aber überdenke, kann ich mich dem Eindrucke nicht verschließen, daß die Worte, die ich in meinem Aufsatz vom Kulturwert des Landes in dem Werk von Meinertz-Sacher „Deutschland und der Katholizismus" zu einer Zeit geschrieben habe, als man an den schlimmen Ausgang des Krieges noch nicht dachte, daß diese Worte einen tieferen Sinn und eine höhere Geltung besitzen, als ich damals selbst nur im entferntesten ahnen konnte. Ich schrieb damals, daß unser gesamtes Kulturleben nur dann werde gesunden können wenn es wieder einen „kernig-bäuerlichen Einschlag" bekomme. Ich sagte, daß für die Neugestaltung des Gesellschaftslebens in Deutschland nach dem Kriege „die Einverleibung grundwesentlicher Bestandteile ländlicher Kulur in die Gesamtkultur" eine dringende Notwendigkeit sei. Ich dachte dabei in erster Linie an die Notwendigkeit einfacher und sparsamer Lebensweise. Wenn man aber damals schon befürchten mußte, daß der sittliche Wert der Sparsamkeit in weiten Kreisen unseres Volkes nicht die Schätzung finde, die zur Gesundung des Volkslebens notwendig ist, so hat infolge der stetig fortschreitenden Entwertung des Geldes der Sinn für Sparsamkeit inzwischen noch mehr gelitten. Heute aber kann man nichts anderes sagen, als daß unser Wirtschaftsleben, schwankend zwischen Industrie- und Agrarstaat, in der Richtung zum Agrarstaat sich um mehrere Jahrzehnte zurückbewegen muß. Also nicht nur kernig-bäuerlicher Einschlag in unsere Kultur, sondern Rückkehr zur Scholle in wortwörtlichem Sinne für weite Schichten unseres Volkes wird eine zwingende Notwendigkeit werden.

Die neue Schulfreiheit.

Von Universitätsprofessor Dr. Göttler, München.

Mit einem volltönenden Hymnus auf eine neuaufsteigende Aera der heiligenden Freiheit der Seele, der Menschenwürde, der Redlichkeit und Sauberkeit, mit einer entrüsteten Absage an Geisteskhechtung und Gewissensvergewaltigung in dem nun zur Vergangenheit gewordenen Zeitalter der Ketzerverfolgungen und Religionskriege haben die neuen Kultusminister in Preußen und in Bayern ihre ersten Verfügungen, Gesetze nennen sie es, veröffentlicht. Worin bestand doch diese Unfreiheit und Knechtschaft? Daß in der Schule auch Religion einen Platz hatte, daß bei ihrer Leitung auch die Kirche, die Religionsgemeinschaften noch einiges zu sagen und zu tun hatten. Nicht aber bestand sie darin, daß diese alles, der Staat, die Eltern, die Lehrer nichts oder so viel wie nichts zu sagen hatten. Die Schule war doch bisher, seit den Tagen der Aufklärung, schon ganz wesentlich Staatsschule, einseitig Staatsschule, ein Politikum, eine Polizeisache, wie die aufgeklärten Lenker der deutschen Staaten im Anfang des 19. Jahrhunderts in verschiedenen Variationen es proklamierten, in Schulgesetzen, die das ganze Jahrhundert die Grundlagen des Schullebens bildeten. Die Kirche sollte nur so viel Recht auf die Schule haben, als ihr der sich als alleiniger Schulherr dünkende Staat einräumen wollte. Die Gemeinden behielten bei dieser Verteilung der Schulanteile fast in allen deutschen Staaten nur das Recht, zu bezahlen, für den Schulbedarf, für Lehrergehalt, für Unterhaltung und Einrichtung der Schulgebäude aufzukommen, nur da und dort haben sie auch das Recht einer mehr oder weniger weitgehenden Einwirkung auf Besetzung der Schulstellen erhalten. Nur indirekt ist die Gemeinde beteiligt an der örtlichen Schulaufsicht, insoferne Mitglieder der Gemeindebehörde (der Bürgermeister und eine Anzahl von Mitgliedern des Magistrates oder Ausschusses) in diese staatliche Schulbehörde hineinzunehmen sind. Der Kirche d. h. den damals staatlich anerkannten Konfessionen wurde bei jener Grundlegung der Schulverfassung allenthalben nur das Recht zugestanden, den religiös-sittlichen Unterricht zu erteilen und zu überwachen, ferner das Recht, bei Maßnahmen, die in dieses Gebiet einschlagen, seitens der staatlichen Schulbehörden gehört zu werden. Mit aller Schroffheit wurde es in verschiedenen Staaten, so z. B. gerade auch in Bayern abgelehnt, bei der Schulsprengelbildung auf die Konfessionen Rücksicht zu nehmen, also die Pfarrbezirke maßgebend sein zu lassen. Freilich lenkte man bald ein und gestattete um der Gewissensfreiheit willen den Angehörigen der Minderheitskonfessionen, benachbarte Schulen ihrer Konfession aufzusuchen. Wo in der gleichen Gemeinde Schulen für verschiedene Konfessionen bestanden, sollten sie bleiben; Simultanisierung wurde unter erschwerende Bedingungen gestellt, übrigens auch die Umkehrung; bei Neugründungen war Konfessionalität als Regel anzusehen, Simultancharakter als Ausnahme zuzulassen. So bildete sich der für den ersten Anblick unverständliche Zustand heraus, daß die Schule selbst, d. h. ihr innerer Geist und Betrieb, in der Regel konfessionell, der Schulbezirk aber in der Regel interkonfessionell war. Daß Religionsunterricht überhaupt unter die Gegenstände des Schulunterrichtes aufgenommen wurde, war eigentlich nicht ein Entgegenkommen gegenüber der Kirche, sondern eine selbstverständliche Konsequenz der religiösen und damals in Deutschland noch allgemein christlichen Grundlage der Staatsverfassung. Selbstverständlich war es auch, daß in Religionsedikten und Konkordaten die Erteilung und Ueberwachung dieses Religionsunterrichtes den Konfessionen zugestanden werden mußte. Es war auch kein eigentliches Entgegenkommen gegenüber der Kirche, sondern harte Notwendigkeit aus Mangel an Geld und anderweitigen geeigneten Personen — die Lehrerbildung stand damals in ersten Anfängen —, wenn der Staat damals zur Durchführung seiner Schulreformen die Geistlichen aufforderte, die örtliche und distriktive Schulaufsicht zu übernehmen und zwar ehrenamtlich, um der edlen Sache willen, unter Versicherung der besonderen Huld des Landesherrn bei Vergebung von Pfründen für jene, die mit besonderem Eifer und Erfolg der Schule sich annehmen würden. Daß hierbei die geschichtliche Entwicklung, derzufolge die Schulen als Annexe der Kirche stets auch der Mitaufsicht der Geistlichen unterstanden, sich auch in dieser ungeschichtlich veranlagten Zeit zur Geltung brachte, ist wohl nicht zu bestreiten. Da und dort hatten sich auch Stimmen erhoben, dieses Recht ausdrücklich als ein Recht für die Kirche zu fordern. So kam es zur gesetzlichen Festlegung der Schulaufsicht, in Bayern besonders durch K. Verordnung von 1808, für die Protestanten nochmal ausdrücklich zugesichert im sog. Protestantenedikt, einem Bestandteil des Verfassungsgesetzes. Man hat sich gewöhnt, diese sog. geistliche Schulaufsicht, genauer gesagt, die Verwendung der Geistlichen bei der staatlichen Schulaufsicht als eine Garantie der Erhaltung des religiösen Geistes und kirchlichen Mitbestimmungsrechtes in der Staatsschule anzusehen [1])

Was endlich die Beteiligung der Lehrer, der „Fachleute" an der Schulaufsicht anlangt, so war sie aus oben angedeuteten Gründen zwar am Anfang des vorigen Jahrhunderts nicht vorhanden; im Laufe des Jahrhunderts aber kam die Lehrerschaft in Bayern (und ähnlich anderwärts) zur Vertretung in all den vier Stufen des Schulbehördenorganismus: Wenigstens ein Lehrer hat Sitz und Stimme in der Ortsschulbehörde; in den großen Schulsystemen der Großstädte ist darüber hinaus einem Oberlehrer ein gut Teil der Obliegenheiten des Lokalschulinspektors übertragen; ein Lehrer leitet und überwacht als Bezirksoberlehrer die Fortbildung der jungen Lehrer des Bezirkes (in Norddeutschland Kreis genannt) und spricht maßgebend bei deren Qualifikation mit; in den Kreisschulbehörden (in Norddeutschland Regierungs- und Provinzialschulkollegien), bei denen das Schwergewicht der ganzen Schulleitung (Schulgesetzgebung, Lehrplan- und Schulordnungerlaß, Lehrerprüfung und Lehreranstellung) liegt, wirken als maßgebende Faktoren für den inneren Schulbetrieb faktisch, wenn auch nicht de jure an Stelle der ehemaligen geistlichen Kreisscholarchen Lehrer als Kreisschulinspektoren, während die Geistlichen nur in den Kreisschulkommissionen, jetzt „Kreisschulbeiräten", neben zahlreichen weltlichen Mitgliedern dieser beratenden Körperschaft sich noch finden; ebenso hat Bayern seit Jahren einen ehemaligen Volksschullehrer als Landesschulinspektor, d. i. technischen Berater der Juristen, während Schulmänner und Beamte aller Art neben Geistlichen im „Landesschulbeirat" sich finden.

Man sieht aus dieser Skizze der bisherigen Schulverfassung, wie sehr wir schon bisher die Staatsschule hatten, wie wenig die Kirche, wie wenig auch Gemeinde und Familie zu

[1]) Für Bayern vgl. Hindringer Rud., Das kirchliche Schulrecht in Altbayern von Albrecht V. bis zum Erlasse der bayer. Verfassungsurkunde. Paderborn 1916.

sagen hatten, nach Auffassung derer, für welche nicht bloß der Staat, sondern auch die Kirche, in erster Linie aber die Familien und die Familienverbände Schulinteressenten sind viel zu wenig. Wovon soll die Schule nun noch befreit werden?

„Freier Staat, freie Schule, freie Kirche“, so hat der derzeitige Inhaber des Kultusministerpostens in Bayern (am 2. Dezember 1918) sein Programm formuliert. „Gleiche Freiheit für die Schule wie für die Kirche“ hieß es im neuen bayerischen Regierungsprogramm vom 16. November 1918. Das ist ein so vorsichtig allgemein gehaltenes Programm, daß man sich gewiß darauf einigen könnte. Es frägt sich nur, wie es interpretiert wird, es kommt nur darauf an, ob man mit der Freiheit wirklich vollen Ernst macht, ob man sie dem Gegner ebenso gleichmäßig zugesteht, wie man sie für seine Sache in Anspruch nimmt. Wie der Verfasser des Programmes sie meint, die Freiheit der Schule, das hat er ja in früheren Landtagsreden genügend zu erkennen gegeben in Uebereinstimmung mit dem Schulprogramm der Sozialdemokratie, wie es seinerzeit ausführlich Heinrich Schulz entwickelt hat[*]) Ungefähr so: Die Schule muß befreit werden vom letzten Rest des Einflusses und der Mitwirkung der Kirche, um vollkommen und ausschließlich Sache des Staates zu werden. Denn so denken wohl Hoffmann und Genossen: Wenn der Staat frei ist, dann kann ja die Schule an seiner Freiheit teilnehmen. Und in diese einzig zuzulassende freie Staatsschule gehen alle Kinder ohne Ausnahme, natürlich auch frei, weil jede andere Schule verboten, unterdrückt wird. „Freiheit, die ich meine“. Die Kirche bleibt ja auch frei, sagen sie uns, sie kann ihren Einfluß geltend machen wie sie will. Jawohl, nur nicht in der Schule, wo die Kinder sind von morgens 8 bis abends 4 Uhr. Soll die Kirche nun etwa an einem einzigen Tag oder an einem einzigen freien Nachmittag erledigen, was bisher über die ganze Woche sich ausdehnte? Woher die Lokale und die Katecheten nehmen in den Großstädten, wenn man nicht Scharen von 500 und mehr Kindern zusammennimmt, während man gleichzeitig für den weltlichen Unterricht die Klassenhöchstzahl auf 40 und darunter ansetzt. Oder darf die Kirche ihre Arbeit an den Kindern bei Nacht machen, da sie tagsüber der freie Staat in seine Schule zwingt? Das erlauben wohl die Schulhygieniker des „freien Staates“ ebenso wenig wie jene des unfreien alten.

Die Freiheit, die hier Kirche und Schule zugestanden erhalten, ist ungefähr die gleiche, wie jene, welche einem Hirten und seiner Herde bereitet wird, wenn diese jenem in einem räuberischen Ueberfall davongetrieben wird. Ja, er ist frei — so wie der Arme auch frei ist vom Reichtum; und die Herde ist frei von ihm und einer schlimmeren Unfreiheit als zuvor überantwortet.

Wir lehnen das Spiel mit Worten ab, wir wollen wirkliche Freiheit, d. i. Selbstbestimmung, und wo mehrere zusammenwirken, wie das bei der Erziehung der Jugend der Fall ist müssen frei vereinbarte Selbstbescheidung und gegenseitige Rücksichtnahme herrschen. Wir fordern hiebei nur, daß man vollen Ernst mache mit der Forderung der Gewissensfreiheit, d. i. mit dem Selbstbestimmungsrecht in allen Angelegenheiten des religiös-sittlichen Privatlebens. Das ist das heute doch allgemein anerkannte Grundprinzip staatlichen Zusammenlebens. Wir fordern dies für jeden Volljährigen, Erzogenen, noch nicht für die erst zu Erziehenden. Letztere sollen durch die Erziehung zum rechten Gebrauch dieser Freiheit, zu dieser richtigen Selbstbestimmungsfähigkeit kommen. Und solange sie noch nicht freiheitsfähig sind, ist es die Familie, in und mit der sie die Gewissensfreiheit genießen. Die Eltern haben für sie, d. i. in ihrem Interesse das Bestimmungsrecht in allen Angelegenheiten des Gewissens, des religiös-sittlichen Lebens, hier also der Gewissensbildung.

Erziehung ist ja in allererster Linie Gewissensbildung. Gewiß ist sie auch Körperbildung Geistesschulung, Gemütsbildung, Ausstattung mit Kenntnissen und Fertigkeiten. Aber das alles ist, so wichtig es sein mag, nicht das wichtigste. Denn solches ist und bleibt die Gesinnung, der Charakter, und als dessen Kompaß das Gewissen. Die Seele und die Ewigkeit ist uns das „eine Notwendige“, das vor allem sichergestellt sein muß. So sagt es dem religiösen Menschen das Gewissen und so sagt es den religiösen, den christlichen Eltern das Elterngewissen, das Erziehergewissen. Aus diesem Grunde wollen die christlichen Eltern, nachdem sie in vollkommen freiem Entschluß ihre Kinder durch die Taufe in die Kirche haben aufnehmen lassen, ihnen auch Unterricht in dem „einen Notwendigen“, in den Fragen des Gewissens durch die Kirche und auch allen übrigen Unterricht im Geiste der Kirche erteilen lassen, wollen nichts gegen den Geist der Kirche bei der Erziehung einfließen lassen, um jenes „eine Notwendige“ nicht zu gefährden, um die Einheitlichkeit, die Harmonie der Erziehung zu gewährleisten, ohne welche kein Erfolg gesichert ist. Und deshalb fordern sie Freiheit für ihre Kirche, d. i. die Möglichkeit, vor allem also auch die hinreichende und geeignete Zeit, um in erfolgreicher Weise an den Kindern arbeiten zu können. Sie sind nicht etwa zufrieden mit einem Rest, mit einem Ueberbleibsel von Stunden, Abendstunden nach des Tages Mühe, oder mit Sonntagsstunden, die heute immer mehr der Erholung in der freien Natur gewidmet werden wollen. Den Sonntag braucht die Kirche für den Gottesdienst und die Seelsorge derer, die die Woche über an die Arbeit gefesselt sind.

Wir wollen niemanden gezwungen haben, seine Kinder der Kirche zur Taufe zu bringen; jeder Vater mag sich mit der Mutter darüber frei d. h. nach Gewissen, entscheiden; wir fordern nur Freiheit für die sich frei für die Kirche Entscheidenden. Wir lassen den Kirchenfreien auch ihre Freiheit, die Freiheit, sich ihre Gewissensräte, ihre Kirchen und ihre neuen Katechismen zu beschaffen. Wir wollen nur der Meinung, der festesten Ueberzeugung Ausdruck geben, daß eine Erziehung ohne alle Religion ein Unglück ist, für die einzelnen solcherweise Erzogenen wie für die Gesellschaft, ein Unglück ganz so wie wenn man ein Schiff ausfahren läßt ohne Anker und Halttau, einen Eisenbahnzug in Bewegung setzt ohne Bremseinrichtung. (Schluß folgt.)

[*]) Schulz Heinr., Die Schulreform d. Sozialdemokratie. Dresden 1911.

Mehr Fürsorge für die ortsfremde männliche Jugend.

Von Domvikar J. Veen, Münster i. Westfalen.

Es ist im Kriege über die zunehmende Verwahrlosung und Verwilderung der schulentlassenen Jugend viel geredet und vielleicht noch mehr geschrieben worden. Ohne Zweifel sind unter den Jugendlichen am meisten den schädlichen Einflüssen ihrer Umgebung und besonders der anormalen Kriegsverhältnisse ausgesetzt die ortsfremden jungen Arbeiter, Angestellten und Lehrlinge. Schon in den letzten Friedensjahren war die Wanderlust unter den Jugendlichen sehr rege und die Zahl der alljährlich vom Lande Abwandernden und der Stadt oder Industriegegend Zuziehenden keine kleine. Sie wuchs zur Riesenarmee unter den Forderungen und Umwälzungen der Kriegswirtschaft. Mit dem Tode des Vaters auf dem Schlachtfelde und dem Zusammenbruch der Mutter unter der Wucht der häuslichen Last und Sorge fielen oft die letzten schwachen Fesseln für den jungen „Stürmer“. Aber auch dort, wo segnende Hände über dem vom elterlichen Herde und Frieden der Heimat Scheidenden ruhten, beherrschte bange Sorge für die Zukunft Eltern, Priester u. a. Erzieher beim Gedanken an die dem jungen Lebensbaume auf fremder unbekannter Erde drohenden neuen ungewohnten Stürme und Gefahren. Wen sollte es angesichts der Verheerungen, die sie anrichten, nicht drängen, mit Hand anzulegen zur Abhilfe, zumal die Armee der ortsfremden jugendlichen Arbeiter, Lehrlinge, Kaufleute, Angestellten usf. jetzt nach dem Kriege eher zunehmen als sich verkleinern wird. Es ist deshalb höchste Zeit, daß man sich der ortsfremden männlichen Jugend mehr annimmt und Mittel und Wege ausfindig macht, um den ärgsten Mißständen zu steuern. Hier und da wurden zwar schon vor dem Kriege bestimmte Vorschläge einer organisierten Fürsorge für die ortsfremde Jungmannschaft gemacht und die praktische Arbeit begonnen, aber etwas Durchgreifendes geschah bis heute meines Wissens nicht. Zum Teil lag das daran, daß man zu viel und zu lange bei den „grundsätzlichen“ Erörterungen verweilte, und sich eine Zeitlang sogar mit dem Gedanken der Gründung einer neuen Organisation als Träger der Fürsorge befaßte. Es dürfte unter allen Umständen bedenklich, unpraktisch und unwirtschaftlich sein, eine eigene neue Organisation ins Leben zu rufen und mit der Wohlfahrtspflege für die nicht ansässige Jugend zu betrauen. Der Ausbau bestehender altbewährter Einrichtungen und ihre Anpassung an die neuen Bedürfnisse führen am leichtesten und sichersten zum Ziele.

Das Grundprinzip der Arbeitsteilung kann zunächst dadurch eingehalten werden, daß die Männerfürsorgevereine sich der in erster Linie den größten Gefahren ausgesetzten arbeits- und obdachlosen Jugendlichen annehmen und durch Schaffung von eigenen Obdachlosenasylen sowie Stellen- bzw. Arbeitsnachweisen die jungen verwilderten Gesellen wieder dem schützenden Gehege von Ordnung und Arbeit zuführen. Die Angliederung eigener Werkstätten und Arbeitsgelegenheiten an diese Asyle wird nicht bloß nützlich, sondern auch notwendig sein und überdies die Finanzen des Asyls aufbessern helfen.

Bei dieser Fürsorge für die ortsfremden Jugendlichen verspreche ich mir von der konfessionellen Arbeit um so mehr, als die in Betracht kommenden Jungen in hohem Grade erziehungsbedürftig und deshalb die Religion und ihre Mittel unentbehrlich sind. Fürsorge für Jugendliche treiben ohne Religion ist Schöpfen in ein Faß ohne Boden.

Brave Eltern und gute Erzieher haben doppelt große Angst und Sorge um den jungen Lehrling oder Arbeiter in der Fremde, weil sie nicht wissen, wo der Junge wohnt, mit wem er umgeht, wie er seine freie Zeit zubringt. Dem unerfahrenen lebensfrohen, abenteuerlustigen und im Charakter noch nicht gefestigten jungen Menschen werden besonders im Industriegebiet und in der Großstadt so viele Schlingen gelegt, daß selbst der Besterzogene nicht vor dem Falle gefeit ist. Wohl hilft die konfessionelle Jugendpflege den Eltern manche Sorgen tragen und erleichtern.

Allein die allgemeine Vereinsarbeit genügt in unserem Falle nicht. Der konfessionellen Jugendpflege erwachsen noch weitere bedeutsame Aufgaben angesichts der besonders gefährdeten ortsfremden Jugend, für die es einen Ersatz des fehlenden Elternhauses zu schaffen und Halt und Schutz in den schlimmsten Jahren der Sturm- und Drangperiode unter besonders schwierigen Verhältnissen zu schaffen gilt.

Von einzelnen mehr oder weniger glücklichen Versuchen abgesehen, ist z. B. ein organisierter allgemeiner Stellen- bzw. Arbeits- und Wohnungsnachweis für Jugendliche bisher von keiner Seite ein- und durchgeführt worden. Das lag daran, daß einerseits bis jetzt ein geschlossenes konfessionelles Jugendwohlfahrtsprogramm fehlte und anderseits Zuständigkeitsstreitigkeiten zwischen den beteiligten Verbänden herrschten. So blieb die praktische Arbeit liegen. Angesichts der vorliegenden Not ist aber schnelle und gründliche Abhilfe notwendig. Wer kann sie leisten?

Der ordentliche d. h. unverdorbene und nicht gänzlich verwahrloste ortsfremde junge Arbeiter wird vom Verband der katholischen Jünglingsvereinigungen Deutschlands beansprucht, der Handwerks- und Fabriklehrling vom Verband der katholischen Gesellenvereine und endlich der Kaufmanns- und Bürolehrling vom Verband der katholisch-kaufmännischen Vereine. Jeder dieser Verbände will und muß für Nachwuchs sorgen und möchte alle, die irgendwie für ihn in Betracht kommen, an sich ziehen. Dieses an und für sich berechtigte Streben darf aber nicht zur Engherzigkeit werden. Ständen für die Pflege und Fürsorge der ortsfremden Jugendlichen persönliche Kräfte und materielle Mittel zur Genüge oder gar im Ueberfluß zur Verfügung, könnte sich ohne Bedenken jeder der genannten Verbände der für ihn eigentlich Zuständigen in besonderer Weise annehmen. Alle diese Verbände haben aber die größte Mühe, mit stärkster Anspannung ihrer Kräfte nur einen gewissen Prozentsatz derjenigen zu erfassen und genügend zu betreuen, für die sie bestimmt sind. Ohne Zweifel wäre es daher eine Vergeudung der Kräfte, wenn jeder Verband nun auch noch seine besondere Fürsorge für die ortsfremde Jugend betreiben wollte, zumal jeweils nur verhältnismäßig wenige Jugendliche für den einzelnen Verband in Betracht kämen. Es erscheint also am zweckmäßigsten, daß nur ein bestimmter Verband die Fürsorge für die gefährdete ortsfremde Jugend übernimmt, organisiert und zielbewußt durchführt.

Den Kernpunkt dieser Fürsorge muß und wird die Wohnungsbeschaffung bilden. Soweit die Jugendlichen nicht bei Verwandten, beim Meister, Lehrherrn oder Arbeitgeber ein Heim haben, sind sie auf das Unterkommen bei fremden Leuten angewiesen, was leibliche, wirtschaftliche und besonders seelische Gefahren mit sich bringen kann. Solange keine besseren Wohnungsgelegenheiten angeboten werden können, müssen nun wenigstens die Einzelwohnungsangebote geprüft und dürfen dann die Jugendlichen nur in solchen Privatwohnungen untergebracht werden, die in jeder Beziehung einwandfrei sind und nach Möglichkeit die Vorteile des verlassenen elterlichen Familienheimes ersetzen. Wie ein solcher Wohnungsnachweis für Jugendliche zu organisieren, wie die Kontrolle über die Jugendlichen und ihre Wohnungsgeber auszuüben ist und mancherlei damit zusammenhängende Fragen hier zu erörtern, würde zu weit führen. Vorbildlich hat seit Jahren auf diesem Gebiete die Jünglingskongregation an der Marienkirche zu Basel gearbeitet.

Ueberall dort aber, wo nicht genügend gute, einwandfreie Familienwohnungen für Jugendliche angeboten werden, wird man zur Einrichtung von Jugendhospizen schreiten müssen. Sie lassen sich zunächst in Mietsräumen unterbringen und bei entsprechenden Vorbedingungen in eigenen, dem Bedürfnis und den Verhältnissen angepaßten Neubauten. Damit der Familienheimcharakter möglichst erhalten bleibt, sollten die Heime nicht über 12—15 Insassen haben und größere Heime in einzelne Wohn- und Familiengruppen für je 12—15 Mann aufgeteilt werden. Im übrigen ist alles Kasernenhafte in einem „Heime" tunlichst zu vermeiden.

Auf Rentabilität ist bei einem Hospiz für jugendliche Arbeiter und Lehrlinge nicht zu rechnen. Die Aufwendungen sind nämlich höher als die Gegenleistungen der Hospizbewohner. Infolgedessen muß man das Jugendhospiz entweder durch Angliederung anderer Zwecke ertragfähiger zu machen oder sein Defizit durch den Anschluß an kapitalkräftigere Einrichtungen zu decken suchen. So machte man es in Freiburg, München, Augsburg u. a. a. O. Rein wirtschaftlich betrachtet, ist der möglichst enge Anschluß eines Jugendhospizes an ein bestehendes Ledigenheim für Erwachsene zu empfehlen. Gewisse allgemeine Unkosten der Verwaltung und des Betriebes werden so erspart oder auf mehrere Schultern verteilt. Die allgemeine wirtschaftliche Lage nach dem Kriege verlangt überdies sicher auch hier die allergrößte Sparsamkeit.

Welcher Verband ist nun am besten befähigt und am ersten in der Lage, die durchgreifende organisierte Abhilfe und dauernde erfolgreiche Fürsorge für die ortsfremde männliche Jugend zu übernehmen? Ohne Zweifel der Verband der katholischen Gesellenvereine. Seit Jahrzehnten arbeitet er vorbildlich auf dem Gebiete des Hospizwesens und der Ledigenheime. Seine Fürsorge für alle wandernden und anderen ortsfremden Jugendlichen ist im Programm seines Stifters und Gründers kernhaft enthalten, wenn auch dessen erste Sorge den Angehörigen des Handwerksstandes galt. Die glänzenden Leistungen des Gesellenverbandes für die ortsfremden Handwerksgesellen berechtigen zu der Hoffnung, daß er auch die Fürsorge für die ortsfremden Jugendlichen allgemein mit gleichem guten Erfolge wird durchführen können. Der familiäre, patriarchalische Geist, der seine Häuser durchweht, muß auch die Räume der Jugendhospize durchziehen. Seine in jahrzehntelanger Hospizarbeit gesammelten Erfahrungen können dem Jugendhospizwesen nur zum Segen und Vorteil sein und werden auch durch den besten Willen auf anderer Seite nicht ersetzt.

Uebernimmt der Gesellenverband die Aufgabe, jetzt endlich in wahrhaft großzügiger umfassender Weise für die ortsfremde männliche Jugend zu sorgen, kann und wird ihm die Hilfe und Unterstützung geistlicher und weltlicher Behörden und aller wahren Volks- und Jugendfreunde nicht fehlen. Es wird ihm leichter als irgendeinem anderen Verbande, sowohl den Wohnungsnachweis für Jugendliche allgemein zu regeln, als auch Jugendhospize, je nach den örtlichen Verhältnissen in loser oder enger Verbindung mit den Gesellenhäusern, einzurichten und zu betreiben. Endlich kämen wir so einen bedeutsamen Schritt zur Lösung der Ab- und Zuwandererfrage näher. Das Handwerk selbst aber und die Organisationen der Handwerker würden nicht geringen Nutzen von einer durchgreifenden und zielbewußten Fürsorge für die ortsfremde Jugend haben. So manchem verwaisten Jungen und Burschen aus dörflichen und kleinbäuerlichen Verhältnissen wird es durch ein gutes Jugendhospiz erleichtert und oft überhaupt erst ermöglicht, bei einem tüchtigen Meister in der Stadt ein Handwerk zu erlernen. Aus sozialen, wirtschaftlichen und erzieblichen Gründen kann man aber nur wünschen und hoffen, daß der Gesellenverband sich nicht auf die Ein- und Errichtung von Handwerkerlehrlingsheimen beschränkt, sondern diese Heime erweitert zu allgemeinen Jugendhospizen, deren Fortbildungskurse, Lehrwerkstätten und Lehrmittel möglichst weiten Kreisen zugänglich gemacht werden.

Möge also der Gesellenverband in Erweiterung und konsequenter Durchführung seines Programmes recht bald zielbewußt die Fürsorge für die ortsfremde männliche Jugend in die Hand nehmen zum Heile ungezählter Seelen und zur Rettung unschätzbarer Werte und edelsten Nationalgutes unseres Volkes.

Kreuz und quer-Gedanken.

Von Friedrich Koch-Breuberg, München.

In der St. Michaelskirche zu München erhob sich jüngst um Mitternacht ein Schemen aus dem Sarge. Der Astralleib hatte die Jünglingsform und war von einem Purpurmantel mit Hermelin umhüllt. Das klare Auge blickte verwundert drein, denn ihm war die Kraft gegeben, zu dieser Stunde alle irdischen Ereignisse seit der Todesstunde im See zu überschauen.

Und die Lippen des Jünglings murmelten: denn jede Schuld rächt sich auf Erden.

Da entstieg dem Epitaph von der linken Seite die Marmorfigur Eugens, des Adoptivsohnes Napoleons, und sich nähernd, sagte sie: Jetzt verlassen die Fürsten ihre Gräber. Ja, jede Schuld rächt sich auf Erden. Ich war ein Kind der Revolution. Als Sohn eines tapferen Marquis kam ich zu einem Schreiner in die Lehre. Blitzschnell erhob mich die Gunst meines Stiefvaters zum Prinzen und dann zum Vizekönig Italiens. Auf meinem Grabe dort rühmt man meine Treue, meine Tapferkeit, meine Redlichkeit, aber es fehlt der Zusatz, daß ich ein Fürst war, der die Leiden des Volkes, der Menge kannte.

Großoheim, du sprichst wahr. Du lerntest die Wahrheit kennen, die wir selten im Leben hörten. Ich ahnte das wohl, ich floh, ich verachtete jene Welt, die Königsthrone umschmeichelt; aber seelisch erkrankt, vermochte ich nicht, daraus Nutzen für mich und mein Volk zu gewinnen, erwiderte Ludwig II. von Bayern und fuhr fort: Wir beide haben durch Katastrophen geendet. Dich riß die edle Treue, die Dankbarkeit zu deinem Stiefvater in die Tiefe, mich vernichtete, weil ich meine Fehler nicht erkennen konnte, ein strafendes Gericht. Dir blieb eine Welt von Bewunderern, was könnte mich für die Härte, die mir Thron und Leben nahm, entschädigen?

Eugen von Beauharnais lächelte und zeigte in den weiten Raum unter dem Tonnengewölbe der Kirche. Tausende von Schemen zogen durch die drei Kirchentore ein. Fast alle waren in Gebirgs-, in Volkstracht. Knechte, Arbeiter, Bauern, Frauen des Mittelstandes strömten zu dem schmucklosen Grufteingang, den nicht einmal eine Tafel ziert,

den das Volk nur an seltenen Tagen gegen Eintrittsgeld durchschreiten darf, will es für seinen geliebten König beten.

Und Eugen sagte: Siehe dort die Seelen von ungezählten Leuten aus dem Volke! Alle kamen sie einst hieher, um an deinem Sarge zu beten. Einfache Kränze, vereinzelte Blumen wurden hier niedergelegt und sollten dich ehren. Ist das nicht T r e u e? Haben sie nicht draußen im Lande angesichts der schneebedeckten Berge ihren Kindern vom Märchenkönig erzählt, der die Menschen floh und dennoch wieder so leutselig mit den Aermsten zu plaudern wußte? Entbrannten sie nicht im Zorn, weil ein Stallmensch dein unabwendbares Schicksal in tiefverletzende Form kleidete?

Da schwebte durch die Menge der Schemen einer hohen Frauengestalt von wunderbarer Schönheit. Langes tiefblondes Haar fiel gelöst über die Schultern und auf der Brust ersah man eine kleine Wunde, aus der langsam Blutstropfen träufelten.

Elisabeth! rief Ludwig II. aus.

Wie im Leben irre ich jetzt umher, weil Oesterreich, das doch ewig zu bestehen schien, zerfiel, begann der weibliche Schemen und fuhr fort: Nicht die Klage über das, was sich jetzt ereignete, ziemt uns, laßt uns vielmehr erkennen, wie wir selbst Teilnehmer an der Schuld waren, denn in der Erkenntnis und Einsicht besteht die Buße. Auch ich floh die Menschen, weil ich ihre falsche Unterwürfigkeit frühe erkannte. Aber auch ich verwendete diese Erkenntnis — ein Gottesgeschenk — nicht richtig und würdig. Aus den Liedern eines spottsüchtigen Juden versuchte ich Trost zu gewinnen, und anstatt für die Schönheit der Seele zu sorgen, verwendete ich Unsummen, um die Schönheit des Körpers lange zu erhalten. Wie aber kam es doch, daß niemand es wagte, mir vom richtigen Wege zu sprechen — selbst dann nicht, als ich durch den schauerlichen Tod meines Sohnes geprüft wurde? O, die Wahrheit, die allein veredelnde Wahrheit war ja vom Hofe, war aus meiner Nähe verbannt! Wo hätten wir je einen Widerspruch erfahren?

Nun warf Eugen von Beauharnais ein: der entsetzlichste Krieg, den die Welt je gesehen, entbrannte doch vor mehr als vier Jahren. Kampfmittel schauerlichster Wirkung waren erfunden und angewendet worden und die Schrecken auf den winterlichen Totenfeldern von 1812 erschienen wie Kinderspiele gegen das, was sich nach einhundertjähriger Kulturperiode nun vollzog. Nicht wie damals, sollte eine Armee ausgehungert werden — ein Volk von 60 Millionen wollte man der Hungersnot ausliefern. Wie einst mein Stiefvater während der Befreiungskriege erträgliche Friedensvorschläge aus Stolz zurückwies, so gedachte eine starrköpfige Militärpartei gegen eine Welt von Feinden den Sieg zu erringen. Sie legte das Schwert nicht nieder, bis höhere Gewalten es zersplitterten.

Wehe meinem armen Bayernvolke! ächzte Ludwig II.

Doch der Schemen Napoleons I. entgegnete:

Was bejammert ihr so kläglich? Schreckt euch der Kummer um eure Dynastien auf? Wo ruht nur die meine, die ich als Gewaltmensch mir selbst erschuf? Hat ein Napoleon jetzt Frankreich zum Siege geführt? Erlegen wäre es, hätte ihm nicht Albion den Arm geführt. Und du, Ludwig, habe nicht ich deinen Ahn zum König erhoben? Zeigte ich mich nicht dankbar gegen alle meine Bundesgenossen? Ist Dankbarkeit nicht die herrlichste Tugend? Wo blieb 1906 die Dankesfeier für die Erinnerung an die Erhebung zum Königreich? Aus Angst vor Preußen, aus Angst vor chauvinistischen Schreiern habt ihr es nicht gewagt, meinen Namen auch nur zu nennen! Aus Angst vor preußischen Schreiern, die mich durch aus Pamphleten gezogene Lügen allzeit zum Schuften stempelten, weil ich einmal es wagte, ihre bodenlose Eitelkeit zu besiegen. Geht an den Rhein — noch nach 100 Jahren hört ihr dort: Das Freie, das Gute stammt von Napoleon! Nun stehen die Franzosen, die ich ruhmreich machte, wieder am Rhein, aber es fehlt ihnen die Großmut des Siegers. Mich leitete nicht blinder Haß, nicht die Sucht nach Wiedervergeltung, und waren meine Marschälle hart und habgierig, so verurteilte ich es. Nur nach den Lorbeeren, die meinen Namen umgeben, blicken die eitlen Franzosen, von meinem Martyrium auf St. Helena, von meiner Rückkehr zu Gott wissen nur wenige und der Menge bleibt es verschwiegen.

Donnerähnliches Krachen unterbrach die Stimme Napoleons und das Tonnengewölbe der Kirche schien geborsten. Durch den klaffenden Riß wurde der nächtliche Himmel sichtbar und die Sternbilder des Bären, des Orion, der Plejaden glitzerten wie Kometen auf. Ein gepanzerter Jüngling flog gegen den Hochaltar und schwang ein feueriges Schwert.

Und er rief: Betörte Welt, die sich selbst zerfleischt. Nahe ist das Gericht und ihr Menschen achtet dessen nicht. Seht um euch, ihr Schemen! T a n z e n u n d l a c h e n e u r e N a c h k o m m e n n i c h t, während unerbittliche Feinde das Sklavenjoch um ihre Nacken schmieden? Und betriegen sie sich selbst nicht, während ihr Vaterland besiegt ist? Schreit nicht die Rotte: Es gibt keinen Gott! Wo war er doch während der Kriegsjahre, statt uns beizustehen? Aber nur wenige drängt es jetzt auszurufen: Mea culpa! Mea maxima culpa! Man sucht nach Kriegsurhebern, nach Kriegswucherern, nach Verrätern. Die Balken will man in den Brand der Hölle schleudern und die Splitter der eigenen Genußsucht sieht man nicht! So wahr ich St. Michael bin und Gerechtigkeit übe —!

Die zürnende Stimme erstarb und die goldenen Flügel schlugen in Demut und Ehrfurcht über der herrlichen Gestalt zusammen, denn auf einer Silbersichel schwebte eine lichtumflossene Frauengestalt nieder. Ein süß klingender Chor stimmte an: Heil dir, Patrona Bavariae! Im Schimmer deiner Milde wird dies betörte Volk nicht untergehen. O, gib ihm Zeit, daß es sich auf sich selbst besinne, dann wird auch a l t e T u g e n d n e u e r s t e h e n!

Und die Lichter erloschen, die Schemen verblaßten, dann herrschte wieder tiefes Dunkel in der Kirche und nur das Flämmchen des ewigen Lichtes zuckte manchmal wie ein Stern auf.

Vom Büchertisch.

Heinrich Luhmann: „Wo die Wälder Wache halten . . .“ Geschichten aus dem westfälischen Berglande. Hannover, F r i e d r i c h G e r s b a c h. Pr. geb. 6 *M*. — Das Erstlingswerk eines Werdenden, Echten, in seiner Zielrichtung schon Ganzen. Wir Katholiken haben Grund, diesen jungen Dichter — ein solcher ist er ersichtlich — warm zu begrüßen, zu fördern. Denn er ist lauterster Gesinnung, durchglüht von Liebe zu Gott und den Menschen. Noch ungleich, aber vielversprechend in seiner bereits erworbenen Künstlerschaft. Das Wildromantische, dem er bisweilen zustrebt, liegt ihm am wenigsten. Sein Gebiet ist das stille Seelenland des Volkes, das er bereits kennt und liebt und widerzuspiegeln versteht wie nicht leicht einer, und die Herrlichkeiten der Naturstimmung in allen Schattierungen. Ein Duft der Unmittelbarkeit liegt über seiner Darstellung, der dem Empfänglichen sofort ins Herz geht und es gewinnen muß. In dem reichlichen Dutzend Erzählungen steht eine Reihe voll Kraft der Belebung, der Beseelung, der Schönheit des Ausdruckes: „Die guten Willens sind“, „Die Osteruhr“, „Die Maifahrt“, „Der Amerikapeter“, „Der alte Turm“, „Die Hasenwiege“, „Hoher Herbst“, die auf Meisterschaft deuten, während andere die Gärung noch nicht völlig überwunden, die Abklärung noch nicht ganz erreicht haben. Jedenfalls zählt Heinrich Luhmann unter jene, die als Berufene das Tor der Verheißung durchschreiten. E. M. Hamann.

M. Scharlau (Magda Alberti): **Kämpfe.** E r i n n e r u n g e n u n d B e k e n n t n i s s e. Freiburg i. Br., H e r d e r. 8° VIII und 282 S., kart. 6.50 *M*. — Ein tapferes Bekennerbuch, das leuchtet von Ehrlichkeit, Wahrheitsliebe, Ueberzeugungskraft, vordringendem Mut und suchender, strebender Gottsehnsucht. Ein Buch straffer Konsequenzziehung, die Hochachtung aufzwingt. Die Gründe der Veröffentlichung bringt das knapp gefaßte Vorwort, dem man schon anmerkt, daß in dem ganzen Buch kein einziger Versuch zu irgendwelcher Mätzchenmacherei zu finden sein wird. Wahrheit, Klarheit in schlichtem Gewande: das ist's, was diese holsteinische Pastorenfrau in den „Erinnerungen“ ihres langen Gottsucherweges zum katholischen Glaubensquell vor uns hinstellen möchte und auch wirklich hinstellt. Aber durchaus keine „nüchterne“ Wahrheit. Das Buch liest sich vielmehr erstaunlich fesselnd, ja spannend, und der Dichter, den wir zumal in den Romanen „Gesa Plitt“ (Bachem) und „Martin Augustin“ (Herder) kennen lernten, schaut uns auch hier mit tiefen, nicht selten von der Sonne des Humors erhellten Augen an. Aber er bleibt immer sachlich, und von Stilisierung ist bei ihm schon gar keine Rede. Die Darstellung hat im Kern etwas Aufrüttelndes, und mancher katholische Leser dürfte, wenn er ehrlich ist, schamrot werden vor dieser heilsdurstigen Seele, die aus dem Irr- und Wirrgarten des Unglaubens heraus so glühend ersehnte, so unermüdlich erstrebte, was ihm selbst seit Beginn Besitz war, um den er sich vielleicht kaum je heiß mühte. Viele andere werden Stählung und Trost, sehr viele kernhafte Anregung aus der Lektüre gewinnen — „viele, sehr viele“, denn mir schwant: Dies Buch wird rasch seinen Weg machen. M. Lund.

Um die höchsten Güter. Religionspolitische Gegenwartsfragen in Vorträgen, besonders für die katholische Frauenwelt. 8° 96 S. *M* 1.80. Paderborn, S c h ö n i n g h, 1918. In dankenswerter Weise finden hier die alle treuen Kinder der Kirche tief bewegenden Gegenwartsfragen eine ruhige, verlässige Darstellung. Als Grundlage und Ausgangspunkt dient das am 20. Dezember des vorigen Jahres ausgegebene Sendschreiben des preußischen Gesamtepiskopates, dem mit Recht die Ueberschrift „ein tiefernstes Hirtenschreiben“ gegeben ist. Die ganze Tragweite der hier behandelten Fragen wird dann im einzelnen erörtert: die Notwendigkeit und gegenwärtige Gefährdung der Religion, die Wichtigkeit des Zusammenwirkens von Kirche, Staat und Schule, die Bedeutung der Schule für Familie und Elternhaus, das Erfordernis konfessioneller Schulen, Einfluß und Gegenwartslage unserer Klöster, die Gewichtigkeit der in den kurzen Worten „Trennung von Kirche und Staat“ umschlossenen Fragen. Hierbei ergeben sich jeweils die dem überzeugten Katholiken obliegenden Pflichten, die mit eigener Bezugnahme auf die Frauenwelt und ihren neuen Pflichtenkreis behandelt und in einem wirksamen Schlußabschnitt „Das Gebot der Stunde“ zusammengefaßt sind. O. Heinz.

Friedensbote, Heimatkalender für 1919. Herausgegeben von P. H a r a s s e r S. J. und Franz E i c h e r t. Verlag Joseph H a b b e l, Regensburg—Wien. Nicht Abbildungen von heimatlichen Städten, Landschaften u. dgl., auch nicht Darstellungen heimatlicher Volkskunst oder ähnliches bringt dieser „Heimatkalender“. Er macht seinem Namen höhere Ehre, denn in seinen Texten und Bildern spiegelt sich der G e i s t der deutschen Heimat. Ihr Geist, wie er war — und wie er, so Gott will, einst wieder werden wird. Der Geist der Frömmigkeit, der klaren Poesie, der reinen und hohen, von christlichem Geiste durchglühten Kunst, der Geist aller Ideale, die der deutschen Art uralte Zier gewesen. Dieser Geist edler Bildung hebt das Buch über den Standpunkt der üblichen Volksbücher solcher Art, macht es erfreulich für geistig hochstehende Leser und Beschauer, zumal für die gebildete katholische Familie. Die Herausgeber haben trefflichste Dichter, Schriftsteller und Künstler herangezogen. Erzählungen, Betrachtungen, wissenschaftliche Artikel lieferten u. a. A. Freiin von Krane, Dr. A. Wibbelt, B. Arens S. J., M. Köck-Gmeiner, R. Fabri de Fabris, Dr. R. v. Kralik; Gedichte findet man von Ilse Franke, M. Herbert u. a. Vorzüglich ist der Bilderschmuck. Er bringt farbige Nachbildungen von Gemälden M. v. Feuersteins, M. Schiestls, G. Kaus, F. Kunz'. Sehr tüchtig sind die Schwarzweiß-Zeichnungen von A. Reich. Dr. O. Doering.

Bühnen- und Musikrundschau.

Nationaltheater. Das Gesamtpersonal der ehemaligen Hoftheater hat den seit den Revolutionstagen die Geschäfte führenden Schauspieler Schwanneke mit einer überwältigenden Stimmenmehrheit, der gegenüber die auf den Generalintendanten Freiherrn v. Franckenstein und den Operndirektor Bruno Walter gefallenen Stimmen ganz unbeträchtlich erscheinen, zum Intendanten gewählt. Dadurch, daß man den Mitgliedern und Angestellten der Nationaltheater die Befugnis erteilte, ihren Chef sich selbst zu erküren, zeigt es sich, daß man die ehemaligen königlichen Bühnen nicht lediglich verstaatlichen, sondern geradezu vergesellschaften will, wobei das zuständige Kultusministerium versprochen hat, das Defizit, welches in den letzten Jahren der Kgl. Zivilliste eine Million kostete, zu decken. Es ist natürlich verwunderlich, daß man solch schwerwiegende Entschlüsse wenige Tage vor den Parlamentswahlen vorgenommen und dem Landtag, der das „Recht" haben wird, die Mittel zu bewilligen, gar keinen Einfluß auf die Gestaltung der Dinge eingeräumt hat. Die neue Leitung bittet um Geduld; die sei ihr gerne gewährt. Es handelt sich gar nicht um Personalfragen. Herr Schwanneke ist ein sehr begabter Schauspieler und hat für die Besserung der sozialen Lage der Bühnenleute in deren Standesvertretung seit Jahren eifrig gewirkt. Diese Tätigkeit spricht gewiß für seinen Charakter. Nun gibt es freilich Beispiele, daß der „Kollege" als Bühnenleiter schwerer als ein anderer die nötige Autorität zu behaupten vermag, und nirgends ist Disziplin — ein Wort, das in der Phraseologie unserer Tage allerdings gerne vermieden wird — nötiger, als beim Theater. Berichtet sei für heute noch, daß die Absicht herrscht, das Prinzregententheater als Volksbühne dem Nationaltheater anzugliedern. Wir haben es seinerzeit bedauert, als Possart wegen akustischer und technischer Schwierigkeiten die Klassikervorstellungen in diesem schlecht ausgenützten Wagnerfestspielhause eingestellt hat, und glauben auch, daß diese Hemmungen überwunden werden können. Auch hier werden die Hauptschwierigkeiten in der Bilanzierung liegen. Nach einer Blättermeldung trägt sich der Intendant mit der Hoffnung, die Nationaltheater in einigen Jahren ohne staatlichen Zuschuß führen zu können. Wir freuen uns dieses Optimismus, allein wenn die Allgemeinheit, wie wir hoffen und wünschen, auch in schweren Zeiten für diese Kulturaufgaben Opfer bringt, so möge sie sich besser nicht mit dem Gedanken trösten, daß diese Ausgaben vorübergehender Natur seien.

Schauspielhaus. Wie die im Residenztheater vielgespielte „selige Exzellenz" hat Leo W. Stein das Lustspiel „Ihr Papa" gemeinsam mit Rudolf Presber geschrieben. Das sichert den Figuren des gewandten Bühnenpraktikers ein gewisses Niveau; ein fein pointierter, anmutig beschwingter Dialog zwingt die Darsteller, die Wirkung ihrer alten, aber nett zugerichteten Lustspieltypen nicht in groben Uebertreibungen zu suchen. Das Stück bietet nicht mehr als leichte Unterhaltung, aber es ist geschickt und nicht ohne Geschmack gemacht. „Ihr Papa", ein noch jugendlicher, längst verwitweter Kavalier, liebt eine Künstlerin, die Hemmnisse der kleinen Residenz und der Klassenunterschiede würden nicht so leicht überwunden, wenn das Töchterchen nicht ein wenig nachhülfe. Bei dieser Gelegenheit kommt die niedliche Baronesse zu einem liebenswerten Naturburschen und begabten Maler, während ihr anfänglicher Verlobter, ein etwas stark vertrottelter Herr aus ahnenreichem Hause, leer ausgeht. Diese Vorgänge sind gewiß nicht aufregend, aber was das Publikum in stillen Zeiten als Mangel empfunden hätte, ist heute vielleicht von Vorteil. Gespielt wurde recht nett; vorzüglich von Günther und Auzinger.

Aus den Konzertsälen. Von den uns versprochenen Gastdirigenten des Konzertvereins hat bis jetzt nur einer die Schwierigkeiten des Reisens überwinden können. An den anderen Abenden sprang Hans Pfitzner ein. Nun hat der Konzertverein diesen Künstler, der nach München übergesiedelt ist, dauernd als musikalischen Führer gewonnen und wir dürfen uns von ihm Erfreuliches für unser Kunstleben versprechen. Pfitzner ist nicht nur ein namhafter Komponist, der „auch" dirigiert. Er ist ein Kapellmeister von besonderer Berufung; ein Mann, der jede Aufgabe, die er übernommen hat, restlos zu lösen bestrebt ist, der nichts mehr haßt, als Kompromisse. Das hat er als Operndirigent und Konservatoriumsleiter in Straßburg gezeigt, eine Tätigkeit, der der unglückliche Kriegsausgang ein Ende gesetzt hat. Im 5. Abonnementskonzert bot Pfitzner die Siebente Symphonie Beethovens, die dank seiner hinreißenden Interpretation zu einem starken künstlerischen Erlebnis wurde, wenn auch das Orchester rein technisch genommen alle künstlerischen Absichten des Dirigenten heute noch nicht voll zu verwirklichen vermag. Sehr gut war die Wiedergabe der „Variationen über ein eigenes Thema" von Georg Szell, die hier zur Erstaufführung gelangten. Szell ist ein Schüler von Richard Strauß, der den Einfluß seines Meisters in der bravourösen Orchestersprache und besonders in der Bläserbehandlung verrät. Er verfügt über reiche Klangpoesie und eine preziöse Mischung üppiger Klangfarben. Petschnikoffs Geigenkunst bewährte sich in Beethovens wirksam dargebotenem Violinkonzert. — Schmid-Lindner, Jani Szántó und Disclez haben sich zu einem Trio vereinigt, an dessen erstem Abend der Pianist stärker hervortrat gegenüber den an sich trefflichen Leistungen der beiden Streicher. Ihre beifällig aufgenommenen Wiedergaben von Werken Haydns, Mozarts und Beethovens boten viel des Schönen, werden aber bei weiterer Abtönung des Zusammenspieles noch gewinnen.

München. L. G. Oberlaender.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Spartakus und Arbeitslosigkeit — Höherbewertung unserer Rentenanleihen — Konkurrenzunfähigkeit infolge Arbeitsminderung.

Die von Spartakus hervorgerufenen blutigen Strassenkämpfe in den grösseren Provinzstädten und vor allem in Berlin, Verkehrsstockungen und das Fehlen der Nachrichtenvermittlung durch das amtliche Telegraphenbureau liessen es ratsam erscheinen, die Berliner Börse auch nach der erfolgreichen Niederkämpfung der Bolschewisten geschlossen zu halten. Wiederum erweist sich als grosser Fehler, dass die deutsche Welt Berlin, diese von allen Leidenschaften zerrüttete Millionenstadt, als Zentrale ihres Wirtschafts- und Handelsorganismus bestellt hat. Kennzeichnend ist die Aeusserung des Staatssekretärs des Reichswirtschaftsamtes: „Wenn man jetzt durch Deutschland fährt, so gewinnt man einen geradezu grauenhaften Eindruck, weil alles ruht und alles feiert und die Ruhe des Friedhofes auf diesem Lande der Arbeit liegt. Aber wir müssen aus dem jetzigen Zustande des Feierns heraus und wir müssen arbeiten, arbeiten und wieder arbeiten, sonst erleben wir das entsetzlichste, was jemals in der Geschichte einem Volke beschieden gewesen ist!"

Die Arbeitslage ist im gesamten Deutschland überall die gleiche; trotz des Vorhandenseins von verhältnismässig übergrossem Stellenangebot in den verschiedensten Sparten, namentlich der Landwirtschaft, mehren sich in den Grossstädten die Zahl der Arbeitslosen und deren von Woche zu Woche über Gebühr und zumeist ohne Begründung verschärften Forderungen! Die Folge davon ist, dass die Industriebetriebe, welche bestrebt sind, sich für die Friedenswirtschaft umzustellen, um den Versand ihrer Erzeugnisse nach dem Auslande mit Hilfe früherer Verbindungen in die Wege zu leiten, in grosse Bedrängnis kommen und gegenüber der Konkurrenz der gleichartigen Auslandsindustrien nicht aufkommen können. Zur Bekämpfung dieser von Tag zu Tag immer noch grösser werdenden Arbeitslosigkeit wurde in München seitens des Ministeriums für soziale Fürsorge mit den Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeiterverbände wiederholt beraten. Es sollen paritätische Arbeitsausschüsse gebildet und den Ministerien zur Seite gestellt werden. Nach wie vor bleibt der Arbeitswille in unserm Lande das erste Grundgesetz, wenn nicht jede Wiedergewinnung der verlorenen Absatzgebiete aussichtslos sein soll. Wir dürfen nicht, wie es jetzt der Fall geworden ist, ein nur konsumierendes Volk bleiben, sondern müssen wiederum ein produzierendes Volk werden. Angesichts der etwas gebesserten Verkehrslage und Kohlenzufuhr wird es verhältnismässig leicht sein, wie dies auch die Wochenberichte der Staatskommissäre für Demobilmachung andeuten, eine solche Wirtschaftsänderung herbeizuführen. Vor allem muss den Arbeitnehmern der Ernst der Lage in Fleisch und Blut übergehen und die Arbeitslosigkeit, da ohne genügende Grundlage, verschwinden. Die Wirtschaftsaussichten hängen naturgemäss nach wie vor von dem kommenden Friedensschluss ab. Aus den Verhandlungen über die Verlängerung des Waffenstillstandes, aus der angekündigten baldigen Aufhebung der Wirtschaftsblockade — die argentinischen Weizenpreise erlitten hierdurch bereits rapide Preisrückgänge, für Mais notiert sogar schon der Friedenskurs — und nicht zuletzt aus den — allerdings schwer zu kontrollierenden — Meldungen über die unsichere Haltung der Ententetruppen, sowie aus der Unabhängigkeitserklärung Irlands kann man schliesslich auf baldige klärende Friedensverhandlungen zu schliessen geneigt sein.

Mit nicht geringerer Aufmerksamkeit verfolgen unsere Wirtschaftskreise das Ergebnis der Wahlen in den Bundesstaaten. An den intakt gebliebenen Provinzbörsen vollzog sich eine Tendenzbefestigung. Angesichts der grossen Geldflüssigkeit und des starken Anlagebedürfnisses vermehrte sich das Interesse für festverzinsliche Werte, von denen Kriegsanleihe, namentlich in Rücksicht auf Steuerzahlungszwecke, erheblich im Kurse anziehen konnten. Auch die von den Grossbanken in jüngster Zeit übernommenen Millionenanleihen der Städte Essen, Köln, Halle, Kassel, Frankfurt a. M. wurden an die Kundschaft rasch ausverkauft. Umso bedauerlicher ist die auch von Geheimrat Dr. Heim im „Bayerischen Kurier" gebrandmarkte Tatsache, dass besonders Hamburger und Mannheimer Firmen deutsche Kriegsanleihen unter dem Kurse auf Auslandsrechnung aufkaufen! Massnahmen hiergegen werden gefordert. Auch die Papiergeldüberschwemmung, bedingt durch die zur Geldentwertung führende Finanzpolitik der jüngsten Zeit, ist ein äusserst bedenkliches Kapitel. Aus den summarischen Angaben der Wochenausweise der Reichsbank ergibt sich das Vorhandensein von rund 36 Milliarden Zwangspapiergeld (Reichskassen- und Darlehenskassenscheine), ungeachtet der ebenfalls enormen Ziffer der Notgelder von Kommunen und Privatunternehmungen. Nachweisbar wird diese durch Notenhamsterei geförderte Geldentwertung nicht zuletzt hervorgerufen durch lebhaften Banknotenhandel in den früher von uns besetzten und den neutralen Ländern. Diese übermässige Inanspruchnahme des Staatskredites ist die Ursache jener enormen Preistreibereien in Produkten und Artikeln des täglichen Bedarfes und mit daran schuld, dass der Abbau der Kriegswirtschaft und eine zufriedenstellende Lösung der Lohnfragen immer wieder verhindert wird.

München. M. Weber.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Die Kandidaten der Bayerischen Volkspartei für die Deutsche Nationalversammlung am 19. Januar 1919.

I. Oberbayern und Schwaben.

1. **Irl Martin,** Malermeister, Erding
2. **Mayer Dr. Wilhelm,** Rechtsanwalt, München
3. **Schwarzer Rudolf,** Arbeitersekretär, München
4. **Jand Joseph,** Schmiedmeister, Holzkirchen
5. **Hebel Benedikt,** Domkapitular, Augsburg
6. **Zettler Marie,** Sozialsekretärin, München
7. **Weizler Franz,** Gewerkschaftssekretär, München
8. **Merk Wilhelm,** Gutsbesitzer, Grundnerhof b. Gmund am Tegernsee
9. **Emminger Erich,** Amtsrichter, Augsburg
10. **Mayer Franz,** Bürgermeister, Ammerang b. Wasserburg
11. **Oblinger Anton,** Bauer und Schmiedmeister, Unterglauheim b. Höchstädt a. D.
12. **Held Xaver,** Bauerssohn, Rechlfing
13. **Gnutner August,** Buchbindermeister, Türkheim/Schw.
14. **Nanner Balthasar,** Oekonom und Magistratsrat, Aßlkofen/Ebersberg, Obb.
15. **Rothörl Johann,** Gewerkschaftssekretär, Augsburg.

II. Niederbayern und Oberpfalz.

1. **Heim Dr. Georg,** Genossenschaftsdirektor, Regensburg
2. **Stapfer Michael,** Bauer, Schlupfing, Post Pocking.
3. **Schirmer Karl,** Arbeitersekretär, Pasing
4. **Taucher Dr. Eugen,** Justizrat und Rechtsanwalt, Amberg
5. **Schefbeck Joseph,** Bäckermeister, Straubing
6. **Baumer Eduard,** Ingenieur und Installationsgeschäftsinhaber, Regensburg
7. **Schädlbauer Ferdinand,** Gutsbesitzer, Prackenbach.
8. **Lederer Franz,** Pfarrer, Lupburg
9. **Keim Dr. Joseph,** Gymnasiallehrer, Straubing

III. Ober-, Mittel- und Unterfranken.

1. **Tremmel Peter,** Gewerkschaftssekretär, Aschaffenburg
2. **Leicht Johann,** Domkapitular, Bamberg
3. **Gerstenberger Liborius,** Verlagsdirektor, Würzburg
4. **Beyerle Dr. jur. Konrad,** Universitätsprofessor, München
5. **Schneider Alexander,** Amtsgerichtssekretär, Nürnberg
6. **Schmitt Franz,** Großkaufmann, Würzburg
7. **Riedl Fanny,** Lehrerin, Nürnberg
8. **Ettlinger Olga,** Lehrerin, Aschaffenburg
9. **Schueller Luise,** Medizinalratstochter, Bamberg
10. **Bonengel Bruno,** Landwirt, Schnackenwerth bei Schweinfurt
11. **Dörfler Hans,** Landwirtschaftslehrer, Bamberg
12. **Troßmann Karl,** Schriftleiter, Nürnberg
13. **Geupert Alois,** Forstassistent, Steinach
14. **Roppelt Andreas,** Gewerkschaftssekretär, Bamberg.

IV. Pfalz.

1. **Richter Johann Sophian,** Steuerinspektor, Landau
2. **Hofmann Hermann,** Oberlehrer und Stadtrat, Ludwigshafen a. Rh.
3. **Holden Dr. Hugo,** Verbandsdirektor der Raiffeisenschen Genossenschaften, Ludwigshafen a. Rh.
4. **Bernzott Karl,** Arbeitersekretär, Landau
5. Frau Prokurist **Schmitt Therese,** Ludwigshafen am Rhein
6. **Wünstel Eduard,** Landwirt und Bürgermeister, Hatzenbühl.

Zeitpredigt

Herausgegeben von der Schriftleitung des „Prediger und Katechet." Mit einem Vorwort von Domkapitular Dr. M. Buchberger und Beiträgen von Domkapitular Dr. F. X. Eberle; P. Herigar Mekes, O. F. M.; Prediger J. Landgraf; P. Joh. Gabriel Scheibenzuber, Kap.; P. B. Duhr S. J; P. Dionys Habersbrunner, Kap; P. Laurentius, Kap; P. Emmeran Glasschröder, Kap.; P. Schauberger, S. J.; Präfekt Eugen Schmid; Msgr. Walterbach; Spiritual J. W.; P. Tautscher, S. J.; Pfarrer Held. Gr. 8. (72 Seiten.) Einzelpreis M. 2.—, für Bezieher der Zeitschrift „Der Prediger u. Katechet" M. 1.50.

Das reichhaltige und vielseitige Heft enthält reiches Material für Predigten und Vorträge. Nur wahre Hirtensorge und Hirtenliebe spricht daraus.

Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz in Regensburg

Du liebst Deinen Nächsten?

Gibst ihm von Deinem Ueberfluß? Auch vom sauer Erworbenen? Im „Zukunftsstaat" ist das nicht mehr nötig! Denn **„es ist ein neues Gesetz"**, und das heißt

„Verstaatlichung".

„Die Ernte gehört nicht dem Bauern, sondern allen Menschen!"

Was Du Dir erarbeitet und erspart hast, gehört dem, der nichts erwerben konnte, weil er **tanzen** mußte, während Du zur Arbeit gingst.

„Alles gehört allen!" **Aber nur,** wenn — — **Du etwas hast,** nicht umgekehrt; das ist die versprochene Brüderlichkeit!

Nun **frage ich Dich:** Willst Du an Dir wahrmachen jenes Sprichwort: „Nur die größten Kälber wählen ihre Metzger selber!"? Oder willst Du **der Partei** Deine Stimme geben, die für Freiheit der politischen Ueberzeugung und für Freiheit des persönlichen Eigentums eintritt? Der

Bayerischen Volkspartei!

Bruchleidende

tragen Sie unsere bestbewährten, schmerzlos sitzenden

Spezial-Bruchbänder.

Aufklärende Broschüre gratis durch

Bott & Walla

München, Sonnenstraße 20

Arbeit für heimgekehrte Soldaten gesucht.

Zur Beschäftigung der heimgekehrten Soldaten suchen wir dauernde Arbeit in **Massenartikeln** für Stanzerei, Presserei Fräserei und Schweisserei. Es soll möglichst zu Gestehungspreisen geliefert werden, um die Arbeiter dauernd und sicher beschäftigen zu können.

Auch können unsere anerkannt bestbewährten Geld- und Bücherschränke wieder schnell geliefert werden.

Pohlschröder & Co., Dortmunder Geldschrankfabrik, **Dortmund.**

Haselmayer's Einjährig-Freiwill.-Institut in Würzburg

(staatlich genehmigt).

Gewissenhafteste Vorbereitung für die Einj.-Freiw.-Prüfungen, bes. auch für junge Leute, welche in der Schule zurückgeblieben sind oder solche, die bereits in einem Beruf stehen. Vorzügl. Pensionat.

Eintritt jederzeit.

Näheres durch die Direktion.

Druckarbeiten

aller Art f. Gewerbe, Handel u. Behörden in jeder Ausführung und Umfang, insbesondere Massenauflagen für Rotationsdruck i. verschiedenen Formaten fertigt gut und preiswert an

Badenia Karlsruhe

Buchdruckerei

Galvanopl. Anstalt

Buchbinderei usw.

Hesse

Dresden Scheffelstrasse hat allein ‚Atama' Edelstraussfedern. Solche bleiben 10 Jahre schön u. kost 30 cm lang 9 M., 35 cm 12 M., 40 cm 15 M., 45 cm 25 M., 50 cm 36 M. 55 cm 42 M., 60 cm 60 M., schmale Federn, nur 15-20 cm breit kost. 1/2 m lg 3 M., 60 cm 6 M. Straussboas 15, 25, 36 M Reiher 1, 2, 4, 6 M bis 60 M Hutblumen 1 Karton voll 3, 5 u. 10 M.

Geistl. Gymnasiallehrer

Lehrbefähigung im Latein, Griechisch, Französisch, Religion, durch die Kriegslage heimatlos,

sucht passende Stellung.

Offerten werden erbeten unter A. O 1943 an die Geschäftsstelle der „Allgemeinen Rundschau" in München.

In dieser ernsten Zeit kommt das **Harmonium-Spiel** ganz besonders zur Geltung. Es ist in der häuslichen Musik Tröster und Erbauer zugleich

HARMONIUM d. König d. Hausinstumente

HARMONIUM sollte i jed. Haus z find sein

HARMONIUM m. edl. Orgelton v. 66 2400 M.

HARMONIUM auch von Jederm ohne Notenk 4stimmig spielbar.

Prachtkatalog umsonst.

Alois Maier, Hoflief., **Fulda.**

Moselwein-Punsch

Mk. 10.— die 1/1 Flasche

Wermuth-Wein

vorzüglicher Magenwein, **Mk. 9.—** die 1/1 Flasche (ohne Weinsteuer 20%) versendet unter Nachnahme

Weinhandlung

P. Andreas, Trier.

Cand phil.

(Altphil.)

kath., vor dem Staatsexamen,

sucht

für einige Monate

Hauslehrerstelle.

Angebote unter K. T. 1931 an die Geschäftsstelle der Allgem. Rundschau, München.

Volksbibliothek

500 Bände gebd., bestempfohlene Romane, Erzählungen u. Humoresken von Achleitner, Artbauer, Brackel, Coloma Driggeberger, Ekensteen, Herbert, Hennig, Schmidt, Schott, Sheehan usw. billig auch zur Auswahl und gegen Teilzahlung.

Jos. Habbel, Regensburg.

Rauchfaßkohlen und Weihrauch

empfiehlt

Kerzenfabrik Wilh. Vollmar

Bonn, Postfach 86.

Reinerz Grafschaft Glatz

Sommer- und Winterkur

Lesesaal des Bades

Moderne Bücher

Preislisten umsonst.

Versandbuchhandlung

H. Ruhland, München 41, Schalterfach 4.

Wähler und Wählerinnen!

Die **Bayerische Volkspartei** ist eine freiheitlich-demokratische und christliche Partei. Sie fordert Freiheit und Gleichberechtigung für alle.

Die **Bayerische Volkspartei** steht geschlossen auf dem Boden des bundesstaatlichen Reichsgedankens. Sie weist den Plan einer sozialistischen Einheitsrepublik ebenso zurück wie das Auseinanderfallen des Reiches in ein Nebeneinander von unabhängigen Staaten. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker eröffnet ihr die Möglichkeit der Ausdehnung des Bundes auf das gesamte deutschstämmige Volk.

Die **Bayerische Volkspartei** verlangt eine freie, unbeeinflußte, geheime Volksabstimmung über die Frage der Regierungsform, ob demokratische Republik oder demokratische Monarchie. Die unterliegenden Anhänger der einen Regierungsform dürfen in der durch den Willen des Volkes bestimmten Staatsform ihre ehrliche Mitarbeit nicht verweigern.

Die **Bayerische Volkspartei** lehnt jede einseitige Klassenherrschaft ab und jede Art von Terror.

Die **Bayerische Volkspartei** erstrebt den gerechten Ausgleich der Interessen aller Stände und Berufe.

Die **Bayerische Volkspartei** steht mit klaren, hohen Zielen im politischen Kampf. Ihr Parteiprogramm, ihr Schulprogramm, ihr Agrarprogramm legen Zeugnis ab von ihrem lauteren demokratischen Streben.

Es ist nicht wahr,

daß die **Bayerische Volkspartei** die Interessen des Großgrundbesitzes vertritt. Man lese ihr Agrarprogramm! Ihre Führer haben sich übereinstimmend für das Festhalten am Reiche ausgesprochen. Wer das Gegenteil behauptet, lügt.

Die **Bayerische Volkspartei** rückt entschieden ab von der Sozialdemokratie aller Schattierungen und Färbungen, einschließlich der sogenannten „Deutschen" Volkspartei in Bayern (der Deutschen demokratischen Partei), die sich kaum um Haaresbreite von der Sozialdemokratie unterscheidet.

Die **Bayerische Volkspartei** weist entschieden alle Verleumdungen und Aussprengungen all dieser Gegner zurück, die sich der illoyalsten Mittel bedienen, um Geschäfte zu machen.

Das gesunde politische Verständnis läßt die Massen diese unlautere Hetze durchschauen, und so geben die Wähler und Wählerinnen ihre Stimme in hellen Scharen der

Bayerischen Volkspartei.

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, am 4. Januar, früh 5¼ Uhr unsere innigstgeliebte Mutter, die wohlehrwürdige

Frau

M. Sebastiana Bauer

Oberin und Jubilarin,

nach längerem schweren Leiden, wohlvorbereitet durch den Empfang der hl. Sterbsakramente, im Alter von nahezu 70 Jahren zu sich in die ewige Heimat abzurufen.

Die teure Verstorbene wirkte segensreich 32 Jahre als Lehrerin und 18½ Jahre als Oberin unseres Hauses. Wir empfehlen sie dem Memento am Altar und dem frommen Gebete der Gönner und Freunde des Institutes.

Trostberg, Januar 1919.

Englisches Institut Trostberg.

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, am 3. Januar früh 4 Uhr nach längerem Leiden, wohlversehen mit den hl. Sterbsakramenten, seinen treuen Diener, den Hochw.

Herrn Ludwig Reich

ehemals Koadjutor zu Törwang

in ein besseres Jenseits abzurufen. Es bitten um frommes Gedenken, besonders um ein Memento seiner H. H. Mitbrüder

Kuglberg bei Wasserburg, Januar 1919.

Die tieftrauernd Hinterbliebenen.

Der erste heilige Seelengottesdienst mit darauffolgender Beerdigung fand am Samstag, den 11. Januar 1919 in der Stadtpfarrkirche zu Wasserburg statt. Der zweite heilige Seelengottesdienst wird daselbst am Mittwoch, den 15. Januar, früh 8 Uhr, abgehalten.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Ferdinand Abel, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

• Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gb.
Ruf-Nummer 20620.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich ℳ 3.50.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis:
Die 5 X gespaltene Grundzeile 75 Pfg., Anzeigen auf Textseite die 95 mm breite Zeile 375 Pfg.
Beilagen einschl. Postgebühren ℳ 15 d. Tausend.
Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.
Rabatt nach Tarif.
Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig.
Erfüllungsort ist München.
Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt.
Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer.

Wochenschrift für Politik und Kultur. ✱ Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 4. München, 25. Januar 1919. XVI. Jahrgang.

Das Ringen um die Neuordnung.

Von Dr. Ferdinand Abel, München.

Mit den Wahlen für die konstituierende deutsche Nationalversammlung hat der Wahlmonat Januar seinen Höhepunkt überschritten. Der kommende Sonntag der preußischen Wahlen soll das Gesamtbild des Stimmzettel-Ringens um die Neuordnung, das die beiden ersten Monatssonntage in den süddeutschen Staaten eingeleitet hatten, vervollständigen bis auf wenige, aber den Charakter des Ganzen wohl kaum mehr ändernde Striche, welche die noch ausstehenden Wahlen in einzelnen Staaten hinzufügen werden. Die Eigenart und damit die außerordentliche Bedeutung aller dieser Wahlen beruht auf dem Umstande, daß hier zum ersten Male das deutsche Volk seinen Willen äußerte auf Grund eines Wahlrechts, das jede einzelne Stimme in ihrer Gleichwertigkeit zum Ausdruck kommen läßt und so ein möglichst lückenloses Bild der Volksstimmung darbietet, dann aber auf dem Umstande, daß diese Wahlen die innerpolitische Liquidation des Weltkrieges darstellen, die Abrechnung über diese mit einer Katastrophe ohnegleichen geendete schicksalsschwerste Periode deutscher Geschichte — eine Periode, welche die guten wie die schlechten Eigenschaften des deutschen Volkes, oder besser gesagt, die Licht- wie die Nachtseiten seines gegenwärtigen Kulturstandes bis in ihre letzten Wurzeln hinein bloßgelegt hat.

Wertet man von diesem Gesichtspunkte aus die Wahlergebnisse, so wird man das Anwachsen der radikalen Stimmen, besonders der sozialdemokratischen erklärlich finden, anderseits aber die Behauptung der Position der bürgerlichen Parteien, insbesondere des Zentrums und der aus ihm hervorgegangenen neuen Parteibildungen als einen erfreulichen Erfolg buchen können, ein Zeugnis für die politische Einsicht und Reife weiter Volkskreise. Allerdings wird man auch mit der Vermutung nicht fehlgehen, daß die Radikalisierung der Volksstimmung in noch höherem Maße würde in die Erscheinung getreten sein, wenn nicht gleichzeitig mit dem verlorenen Krieg eine zweimonatige Revolutionsherrschaft zu liquidieren gewesen wäre. Die entsetzlichen Verwüstungen, welche diese wenigen Wochen namentlich auf wirtschaftlichem Gebiete angerichtet haben, der schonungslose Terror des radikalen und bolschewistischen Flügels der Revolutionsmänner, die vorzeitige Enthüllung des kirchen- und schulpolitischen Programms der Sozialdemokratie, die offensichtliche Unfähigkeit des gemäßigten Flügels, wirklich durchgreifende Maßnahmen gegen den Niedergang und die Niederreißung zu ergreifen, geschweige denn aufbauende Arbeit zu leisten — dies alles hat doch manchen, die vielleicht aus Verärgerung zur Abgabe eines radikalen Stimmzettels geneigt gewesen wären, die Augen geöffnet, und zwar um so mehr, je unmittelbarer das aufklärende Wort oder der Augenschein wirkte. Daher der relativ günstigere Ausfall der Wahlen in den Städten, der stellenweise ungünstige Ausfall auf dem Land, namentlich in Bayern. Hier hat neben der Sozialdemokratie der im radikalen Fahrwasser segelnde Bauernbund überraschende Fortschritte gemacht. Nicht unberücksichtigt darf allerdings hierbei die Tätigkeit der Arbeiter- und Soldatenräte bleiben, die von der Revolutionsregierung bis in die kleinsten Orte hinein errichtet worden sind mit dem ausgesprochenen Mandat, „dahin zu wirken, daß der neue demokratische und sozialistische Geist in Staat und Gesellschaft so fest und tief Wurzel faßt, daß die Wahlen die provisorische Ordnung der Dinge bestätigen und befestigen werden.“ Es ist klar, daß in kleinstädtischen und bäuerlichen Verhältnissen die Argumente dieser Räte, die meist tatsächlich die behördliche und die alleinige Waffengewalt in Händen haben, eindringlicher wirken können als in größeren Städten, wo die Herrschaften in ihren Kasernen unter sich sind und unmittelbaren Einfluß nur auf ihre Kameraden haben. Vom Standpunkt Kurt Eisners begreift es sich daher auch, daß er diese bewährte Institution zu einer dauernden machen, zu einer Art Neben- und Ueberregierung gegenüber dem neuen Landtag erheben möchte, um auf diese Art seine durch die Wahlen erschütterte Herrschaft zu retten und die Ueberführung in die sozialistische Gesellschaftsordnung zu erzwingen. Man erstrebt daher die verfassungsmäßige Eingliederung der A.-, S.- und B.-Räte in den organisatorischen Aufbau der sozialistischen Republik und Bestätigung der von der Regierung dem Landtag vorzulegenden Verfassung durch die genannten Räte. Nimmt man dazu die vorerwähnte, den Räten in den von der Regierung erlassenen Bestimmungen übertragene Propaganda für die Einbürgerung des sozialistischen Geistes in Staat und Gesellschaft, sowie die ihnen gewährte Befugnis, Anträge auf Entsetzungen und Einstellungen von Beamten zu stellen, so dürfte über die wahre Natur und Aufgabe der Räte kein Zweifel mehr bestehen. Dabei sei bemerkt, daß die amtliche Bekanntmachung des bayerischen Ministeriums des Innern („Staatsztg.“ Nr. 14), die den drohenden Zusammenbruch unseres Ernährungssystems auf das Schwinden der Autorität der Behörden zurückführt, sagt, daß die A.-, S.- und B.-Räte an dieser Entwicklung vielfach Schuld trügen. Die mehrheitssozialistische „M. Post“ (Nr. 13) erinnert anläßlich des Todes von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg daran, daß diese beiden „über den Untergang aller bürgerlichen Freiheiten, über die Vernichtung des Parlamentarismus hinweg die sozialistische Republik der Arbeiter- und Soldatenräte in Deutschland errichten“ wollten mit dem „großen Ziel der proletarischen Weltrevolution, die nach ihrer Ueberzeugung nur unter der Herrschaft der allgemeinen Räte-Republiken triumphieren konnte.“ Daher hätten sie in ihrem Programm vom 14. Dezember 1918 den lapidaren Satz geprägt: „Beseitigung aller Parlamente und Gemeinderäte und Uebernahme ihrer Funktionen durch die A.- und S.-Räte, sowie deren Ausschüsse und Organe.“ Zeigt sich nicht die Verwandtschaft bolschewistischer Gedankengänge, wenn Kurt Eisner in so auffallender Weise die Sicherung einer überragenden Machtstellung der Räte betreibt, während er gleichzeitig die Berliner Regierung wegen ihres Vorgehens gegen die Spartakiden schmäht und seinerseits jede Gewaltanwendung gegen diese Elemente ablehnt? Das Ringen um die Neuordnung wird daher im bayerischen Landtag wie auch anderswo sich nicht in letzter Linie um die Räte drehen; sein Ausgang wird entscheidend sein für den künftigen Kurs unserer inneren, besonders der Wirtschaftspolitik. Setzen sich die Parlamente gegenüber den erwähnten Widerständen durch, so ist die Einführung der rein sozialistischen Wirtschaft ausgeschlossen, da die bürgerlichen Parteien die Mehrheit haben. Dies gilt sowohl von den Landtagen der Einzelstaaten wie von der konstituierenden deutschen Nationalversammlung; sie wird, nach den zur Stunde vorliegenden Wahlergebnissen (vgl. unten S. 40) zu schließen, eine genügend starke bürgerliche Mehrheit aufweisen, um Experimente auszuschalten, die unser ohnehin am Abgrund stehendes Wirtschaftsleben völlig zugrunde richten würden.

Anders dagegen liegen die Aussichten bezüglich der Kulturpolitik. In keinem Parlament besteht mehr eine positiv

gerichtete Mehrheit, überall geben die Demokraten den Ausschlag, in Bayern neben dem Bauernbund. Die demokratischen Partei- und Wahlprogramme drücken sich in den Kirchen- und Schulfragen zwar ziemlich zahm und vorsichtig aus, sie sprechen von Wahrung des Besitzes und der geschichtlichen Rechtsansprüche der Kirche, von Schonung der religiösen Empfindungen des Volkes und Ermöglichung der Befriedigung der religiösen Bedürfnisse seitens der Kirchengemeinschaften, Gelegenheit des Religionsunterrichts in der Schule, aber es wird sich zeigen, wieweit die Demokraten in der Praxis den Forderungen der Sozialdemokratie entgegenkommen werden. Der Reichstag hatte bisher in diesen Angelegenheiten nichts dreinzureden, allein es besteht die Absicht, in die neue Reichsverfassung gewisse grundlegnde Bestimmungen hineinzuarbeiten. Die Paragraphen des Verfassungsentwurfs über die Zuständigkeit des Reiches in Fragen der Kirche und Schule (Grundrechte) können je nach ihrer Anwendung der Gesetzgebung der Einzelstaaten in weitem Maße präjudizieren. Diese wenigen Hinweise lassen den Ernst der Lage erkennen. Wir dürfen uns keinen Illusionen hingeben; das Ringen um die Neuordnung auf dem kulturellen Gebiete wird aller Voraussicht nach im Zeichen schwerster Kämpfe stehen. Soll die christliche Kultur nicht ganz zur Einflußlosigkeit im öffentlichen Leben heruntergedrückt sein, so müssen wir alle Kräfte bis zum äußersten anspannen und entwickeln. Dazu gehört neben der Pflege der bestehenden Vereinigungen auf den Gebieten des kirchlichen Lebens, der Schule, Caritas, Sozialpolitik, Wissenschaft, Kunst usw. auch eine bis ins kleinste ausgebaute, kräftig funktionierende Parteiorganisation, die alle auf dem Boden positiv-christlicher Weltanschauung Stehenden zu erfassen und dauernd in lebendiger Verbindung zu erhalten strebt. Die Zeiten des nur durch kurze Wahlperioden unterbrochenen parteipolitischen Winterschlafs sind vorbei. Organisation und Arbeit! In diesem Zeichen wird das Ringen um die Neugestaltung mit Erfolg bestanden werden.

Das fünfte Kriegsjahr.

Wochenschau von **Fritz Nienkemper**, Berlin.

Die Reichswahl und ihre letzten Gefahren.

Bis zur nationalen Wahlurne sind wir gelangt; auch bis zur Verlängerung des Waffenstillstandes per tot discrimina rerum. Das ist schon etwas.

Am Abend des Wahltags kann ich aus meinem Gesichtskreis nur melden, daß in Berlin das Wahlgeschäft sich regelrecht abgewickelt hat unter gehörigen Sicherungsmaßregeln für die Wahlräume und unter sehr starker Beteiligung der Wähler. Vom technischen Standpunkt war nur zu bemängeln, daß hier die Zahl der Stimmbezirke (831) für die Masse von fast anderthalb Millionen Wahlberechtigter zu knapp bemessen war. Wenn auf jedes Wahllokal gegen 2000 Wähler entfallen, so kommt es zu langwierigen Polonäsen, die für schwächliche und alte Leute schrecklich sind. Nachdem die Regierung ihre Ohnmacht überwunden hat, wurden wartende Wählerinnen von physischer Ohnmacht heimgesucht. Der Andrang und die Ausdauer waren übrigens ein gutes Zeichen für die Volksgesinnung.

Inwieweit die Bolschewisten in anderen Orten eine Störung der Wahl versucht oder gar erreicht haben, ließ sich bis zur Drucklegung dieser Nummer noch nicht im einzelnen feststellen. Neuerdings hat sich die Lage insofern verschoben, als nicht mehr der große Hexenkessel Berlin, sondern mehrere kleinere Hexenkessel im Reiche die ärgsten Giftblasen aufwarfen. Das zeigte sich besonders deutlich bei der Wirkung, die der überraschende tragische Tod der beiden Spartakusführer Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ausgelöst hat.

Liebknecht ist bei einem Fluchtversuche getötet worden, als die Wachmannschaft vorschriftsmäßig auf den Fliehenden schoß. Rosa Luxemburg ist bei dem Transport von der erbitterten Volksmenge geschlagen und erschossen worden, und dann hat man den bewußtlosen Körper entführt. Wer? Wohin? Lebendig oder tot? Das ist noch in Dunkel gehüllt. Die „Unabhängigen", als getreue Handlanger der Spartakiden, stellten sofort die hetzerische Behauptung auf, Liebknecht sei nicht von hinten, sondern von vorn erschossen, also von der Wachmannschaft ermordet worden, und die Regierung habe die Vergewaltigung der Rosa Luxemburg absichtlich nicht verhindert. Die Unwahrscheinlichkeit dieser Anschuldigungen liegt auf der Hand; denn sowohl die Wachmannschaft als die Regierung selbst konnten keinen anderen Wunsch haben, als die Verhafteten regelrecht ins Gefängnis und vor das Gericht zu bringen. Absichtliches oder fahrlässiges Blutvergießen wäre in diesem Fall mehr als ein Verbrechen, nämlich eine Dummheit ersten Ranges gewesen. Trotzdem wurde von den Unabhängigen die Parole eines allgemeinen Entrüstungsstreiks ausgegeben. Bezeichnenderweise fand dieser neue Versuch der Ruhestörung und der Regierungsstürzerei in Berlin selbst keinen Anklang. Dagegen kam es zu Krawallen in Hamburg und verschiedenen Provinzstädten. Auch wurde die Gelegenheit benutzt, um die gefährliche Streikbewegung, namentlich im westlichen Industriegebiete, weiter zu beleben.

Zwischen Lipp- und Kelchesrand könne immer noch ein störender Rückschlag eintreten, wurde vorige Woche an dieser Stelle gesagt. Das jähe Ende des führenden Bolschewistenpaares bildet eine solche Ueberraschung. Die abschreckende Wirkung wird vorläufig durch die erbitternde Wirkung überwogen.

So ist die gegenwärtige Regierung auch nach ihrem Siege in Berlin wahrlich nicht auf Rosen gebettet. Sie soll in den tumultuösen Städten die Ordnung wieder herstellen, und hat dort nicht die zuverlässigen Truppenkräfte wie in Berlin. Sie soll den Stillstand der Bergwerke verhüten, der im Westen unseren ganzen Wirtschaftsbetrieb bedroht und in Oberschlesien sogar den Bestand der versaufenden Gruben in Frage stellt. Ob die angeordnete Staatskontrolle als Vorläuferin der Sozialisierung das Streikfieber zu beschwören vermag, ist erst abzuwarten; die Revolution hat die Massen geradezu unvernünftig gemacht. Ferner soll die Regierung für die Rettung der vergewaltigten Deutschen in den Ostmarken sorgen; die dafür bestimmten Truppen braucht sie aber größtenteils zunächst in Berlin. Dahinter erhebt sich die Frage: An welchem Ort soll die Nationalversammlung tagen?

Viele Berliner schöpfen neue Hoffnung aus der Beruhigung ihrer Stadt und machen geltend, daß eigentlich keine andere Stadt der Volksvertretung mehr Sicherheit bieten würde als Berlin unter der gegenwärtigen starken Ordnungswehr. Man muß anerkennen, daß in jeder anderen Stadt noch umfangreiche und kostspielige Vorrichtungen notwendig sind für die Unterbringung und die Sicherung der Nationalversammlung und ihres Zubehörs. Anderseits hat der Abscheu vor Berlin so weit und tief um sich gegriffen, daß ein Rückgriff auf die alte „Reichshauptstadt" heftigen Widerspruch finden würde. Schließlich kommt es weniger auf den Ort an, als auf die schnelle Einberufung und auf die zuverlässige Gewähr für die wirksame Arbeit.

Vom Wahlergebnis lagen im Augenblicke der Drucklegung einigermaßen abschließende Ziffern nur aus Bayern vor. Es erhielten: Bayerische Volkspartei 17, Sozialdemokratische Partei 16, Deutsche Volkspartei 5, Bauernbund 4, Nationalliberale und Mittelpartei 2 Sitze, Unabhängige Sozialdemokratie 1 Sitz.

Rechtzeitig vor dem Wahltag ist noch die Nachricht eingetroffen von der **Verlängerung des Waffenstillstandes.**

Mit gemischten Gefühlen nehmen wir die Kunde auf. Nur eine weitere Galgenfrist von einem Monat und harte Bedingungen! Aber doch ist der Vormarsch der feindlichen Truppen in das wehrlose Reich noch einmal vermieden und unsere Unterhändler in Trier haben mit Geschick und Geduld doch einige Milderungen teils durchgesetzt, teils angebahnt. Der Bettler muß für jede Gabe und sogar für jedes Versprechen dankbar sein.

Den Kernpunkt der Verhandlungen in Trier bildete die überraschende Forderung der Entente, daß wir an Stelle der fehlenden Lokomotiven und Waggons landwirtschaftliche Maschinen für Frankreich liefern sollen. Das wirkte erschreckend, weil wir eine Schädigung unseres eigenen Ackerbaues und also eine Gefährdung der Ernährung befürchten müßten. Unsere Unterhändler haben nun erreicht, daß die Ablieferungstermine und die sonstigen Bedingungen derartig geregelt sind, um die Herstellung neuer Maschinen zu ermöglichen. Die Belastung trifft also unsere Landwirtschaft nur insofern, als ihr die Ergänzung ihrer Hilfsmittel für die nächsten Monate erschwert wird; das Vorhandene bleibt unangetastet. Die Industrie bekommt eine neue Aufgabe, und deshalb erscheinen alle Streiks oder sonstige Beeinträchtigungen der Produktion erst recht als ein Verbrechen am ringenden Vaterland.

Die Behauptung der Franzosen, daß sie für die Wiederherstellung der Landwirtschaft in den zerstörten Gebieten diese Maschinen noch notwendiger hätten als wir, kann man nicht als vollgültig anerkennen. Sie könnten ihre Hilfsmittel aus den verbündeten Industrieländern England und Amerika beziehen. Sie halten sich aber an das Vae victis. Unsere Unterhändler konnten natürlich nur auf Milderungen, nicht auf Ablehnung

hinarbeiten. Sie mußten das kleinere Uebel sich gefallen lassen. Offenbar ist diese Maschinenkontribution ein kleineres Uebel, als die weitere Besetzung des rechtsrheinischen Deutschland, und vermutlich auch ein kleineres Uebel, als die Ablieferung der rückständigen Lokomotiven und Waggons, die unseren ganzen Verkehr und auch die Volksversorgung in Frage stellen würde.

Erzberger und seine Genossen haben auch noch Erleichterungen für die Zukunft angebahnt. Sie haben den General Foch, der sich früher als ganz unzugänglich zeigte, zu einem gewissen Entgegenkommen bewogen. Er hat sich gegen die scharfen Eingriffe des französischen Finanzkontrolleurs in die privatrechtlichen Angelegenheiten der Deutschen ausgesprochen, und in einem Briefwechsel mit Erzberger erklärt er sich bereit, die Wünsche auf Befreiung der deutschen Kriegsgefangenen, namentlich der Verwundeten, der Kranken und der älteren Schichten, sowie auf Erleichterung des Warenaustausches zwischen den besetzten und den unbesetzten Teilen Deutschlands weiter zu geben. Noch kein greifbarer Erfolg, aber doch verbesserte Aussichten. Das Eis um die Herzen der Sieger zeigt doch einige Ansätze zum Schmelzen.

Daß Herr Clemenceau zum Vorsitzenden der Friedenskonferenz der Alliierten gewählt worden ist, kann uns nicht erfreuen, aber nach Lage der Verhältnisse auch nicht überraschen, ebensowenig die Revancherede, mit der Poincaré die Konferenz eröffnet hat. Das Heil hängt nicht von dem formellen Präsidenten ab, sondern von Herrn Wilson. Dessen Freunde behaupten, sein Friedens- und Völkerbundsprogramm habe sich fortgesetzt mehr Anklang und Gewicht verschafft. Foch hat gelegentlich geäußert, bis zum 1. Juni werde der Friede fertig sein. Möge er recht behalten! Das deutsche Volk hat durch die Wahl der Nationalversammlung das seinige getan, und die provisorische Regierung wird hoffentlich für die Verhinderung von weiteren Ruhestörungen auch das ihrige tun.

Der Besuch des Präsidenten Wilson bei Papst Benedikt XV.

Von Friedrich Ritter von Lama.

Wilsons Besuch bei Papst Benedikt XV. ist zur Tatsache geworden und der Hl. Stuhl kann damit für sich einen großen diplomatischen Erfolg, für die seiner Sorge anvertraute Menschheit eine Stärkung ihrer Hoffnungen auf einen gerechten Frieden buchen.

Heute tritt mit aller Deutlichkeit der dieses Ereignis vorbereitende Charakter der Mission des Erzbischofs Cerretti hervor, ja, es läßt sich mit Sicherheit sagen, daß diesem Prälaten eine dreifache Aufgabe gestellt war, wovon zwei Drittel als erfolgreich durchgeführt angesehen werden dürfen. Msgr. Cerretti war vor allem Träger einer vielleicht mündlichen, wahrscheinlicher schriftlichen Einladung Papst Benedikt XV. zu einem Besuche im Vatikan. Die Mailänder „Italia", deren zuverlässig unterrichtetem vatikanischen Korrespondenten wir folgen, sagt uns, „der Hl. Vater hat die Unterredung mit Wilson gewünscht, um diesem die Grundlinien der vatikanischen Politik während des Krieges sowie den allgemeinen Standpunkt der katholischen Kirche am Vorabende des Friedensschlusses darzulegen", er hebt aber auch hervor, daß in der Aussprache Msgr. Cerrettis mit Wilson „die von der vatikanischen Diplomatie bereits vorbereiteten kirchlichen Fragen und bestimmte politische Grundsätze zur Wahrung des künftigen Friedens mit Hilfe des Völkerbundes bestätigt wurden." Mit gutem Rechte dürfen wir auch in diesen Worten die Ergänzung der vierzehn Punkte Wilsons zur Befestigung des religiösen und konfessionellen Friedens erblicken; die Uebereinstimmung dieser Aufschlüsse mit der jüngst an dieser Stelle[1]) angeführten Stimme aus der Wiener „Reichspost" springt ohne weiteres in die Augen und wir halten uns daher für berechtigt, die Richtigkeit der beiden übereinstimmenden und sich ergänzenden Meldungen anzunehmen.

Trotz der gleichfalls vorliegenden Behauptung, Wilson habe sich der Zustimmung seiner Bundesgenossen versichert, ehe er den Besuch im Vatikan machte, wagen wir zu sagen, daß insbesondere Italien sie nur mit innerem Widerstreben erteilte; es mußte ja, denn es hat sich durch seine den Wilsonschen Grundsätzen widersprechende imperialistische Politik ohnehin die Neigungen Amerikas stark verscherzt und durfte daher nicht noch weiter gehen, wollte es nicht auch noch naheliegende Zweifel an der Ehrlichkeit seiner Haltung gegenüber dem Vatikan wachrufen.

Der Besuch scheint den einschlägigen Berichten zufolge herzlichen Charakter getragen zu haben. Die einviertelstündige Unterredung in der Privatbibliothek des Papstes vermittelte Msgr. O'Hearn, der Rektor des nordamerikanischen Kollegs, als Dolmetscher. Wenn „Secolo", der dem Vatikan niemals eine Genugtuung gönnt, versichert, man sei dort über das Ergebnis hoch befriedigt, so haben wir allen Grund, dieser Versicherung mehr zu glauben, als anderen Blättern, die sich allerdings mehr in der Betonung ihrer eigenen Wünsche gefallen.

Die Frage der Zulassung des Papstes zur Friedenskonferenz findet in allen Erörterungen des Wilsonbesuches auffallenderweise keine Erwähnung. Msgr. Cerretti hat sie in der dem „Matin" gewährten Unterredung als verfrüht bezeichnet und betont, „bezüglich der Teilnahme des Hl. Stuhles sei es an der eigentlichen Friedenskonferenz, sei es an den universellen Konferenzen, welche ihr folgen könnten, besitzt der Papst keine vorgefaßten Ideen. Nur im Falle einer an ihn ergehenden Einladung würde er sich damit befassen." Es liegen Stimmen vor, welche diese Zulassung bestreiten, und es besteht der Anschein, als habe man die Ablehnung mit der in der Zusatzklausel zum Londoner Abkommen enthaltenen Vereinbarung begründet, daß nur kriegführende Mächte an der Friedenskonferenz teilzunehmen berechtigt sein sollten. Immerhin möchten wir nicht unterlassen, auf die Unterscheidung hinzuweisen, welche der Prälat zwischen möglichen verschiedenen Konferenzen macht.

Gegenüber dem hartnäckigen Bestreben des italienischen Ministers des Aeußern, den Papst nach Möglichkeit beiseite zu setzen und an der Ausübung seiner ihm verbürgten Souveränitätspflichten zu hindern — man denke an das Schicksal der Friedensnote —, bedeutet Wilsons Besuch im Vatikan wahrhaftig mehr als das, was „Secolo" und französische Blätter in ihm erblicken wollen, nämlich nur einen Ausdruck der Höflichkeit; er ist unleugbar ein diplomatischer Erfolg und wir wünschen nicht nur, daß diesem äußerlichen Erfolge auch der innere entsprechen möge, nämlich, daß die Bestrebungen des Papstes hinsichtlich des Völkerfriedens auf religiösem Gebiete ihre baldige Verwirklichung erfahren, sondern wir glauben nach gewissenhafter Prüfung aller Zusammenhänge und Aeußerungen, daß wir uns auf gutem Wege zu dem von Benedikt XV. angestrebten Ziele befinden.

[1]) „Allgemeine Rundschau" Nr. 2, S. 17.

Entente und Streik.

Von Hauptmann a. D. Hartwig Schubart, Salenstein (Thurgau).

Aus Deutschland kommen Nachrichten von Arbeitseinstellungen in den Kohlenbergwerken, durch welche die Arbeiter sich höhere Entlohnung ihrer Arbeit erzwingen wollen. Hier im Ausland urteilt man über derartige Bewegungen anders als vielfach im Inland, mit weiterem Ueberblick, nicht als über eine Einzelerscheinung, sondern als über einen wesentlichen Faktor des gesamten Wirtschaftslebens. Die deutsche Kohlenförderung ist ein integrierender Teil des gesamten europäischen, augenblicklich sogar des gesamten Weltwirtschaftslebens. Und so muß eine Störung derselben weite Kreise ziehen, kein Land kann ihr gegenüber gleichgültig bleiben. Die deutschen Kohlenarbeiter sind augenblicklich nicht mehr eine Klasse für sich, die für ihre Sonderinteressen streiken, sie sind ein Glied des großen Wirtschaftskörpers, der trotz des Krieges, trotz der durch ihn verursachten Abschnürungen eben doch ein einheitliches Gebilde bleibt, dessen Funktionen alle von einander abhängen, durch einander beeinflußt werden. Wie schwer hat es unsere frühere Regierung gebüßt, nur „Eigenpolitik" getrieben zu haben. Die berühmte deutsche „Weltpolitik" ist ja stets nur die Politik der engsten eigenen Interessen gewesen und hat gerade dadurch den Widerstand der fremden Interessen hervorgerufen, verstärkt und verdichtet. Der deutsche Arbeiter sollte lernen an den Fehlern der früheren Regierung und nicht durch nur einseitige Maßnahmen allgemeinen Widerstand gegen sich hervorrufen und so seine Bedingungen nur verschlechtern.

Zunächst mag nun zugegeben werden, daß höhere Lohnforderungen der Arbeiter an sich insofern berechtigt sind, als die augenblicklich herrschende krasse Ungleichheit der Lebensbedingungen sozialen Ausgleich erfordert und die allgemeine

Teuerung so groß geworden ist, daß eben der Lohn des Arbeiters zu einem menschenwürdigen Dasein kaum ausreicht. Es entzieht sich meiner Beurteilung, wie weit letzteres gerade bei den Kohlenarbeitern zutrifft. Die weitere Besprechung soll sich nun im allgemeinen auf den Standpunkt stellen, daß die Lage des Kohlenarbeiters eine Verbesserung erfordere, ohne daß damit der Berechtigung der einzelnen Forderungen das Wort geredet werden soll.

Es wird sich nun fragen, in welcher Weise eine solche Verbesserung erzielt werden kann. Hier zeigen sich zwei Wege, entweder eine nominell höhere Lohnzahlung oder aber eine Wertsteigerung, eine Erhöhung der Kaufkraft des Lohnes bei an sich gleich bleibender oder nominell sogar verminderter Entlohnung.

Die Arbeiter haben einen höheren Lohn gefordert. Diese Forderung war natürlich, da der andere Ausweg, die Erhöhung der Kaufkraft, außerhalb des Machtbereiches der einzelnen Arbeiterklasse liegt, da ihr Vorschlag, ihre Begründung zudem eine volkswirtschaftliche Beschäftigung und Durchdenkung verlangt, zu welcher die Vorbedingungen naturgemäß kaum vorhanden sein können. Betrachten wir aber volkswirtschaftlich die Folgen der von den Arbeitern geforderten höheren Entlohnung, so muß ausgegangen werden von dem Wesen des Geldes. Einen Eigenwert hat nur das Gold, und der Eigenwert, also der Kaufwert auch dieses Zahlungsmittels ist abhängig von der Menge seines Vorkommens. Die Wirtschaftsgeschichte der Menschheit bietet Beispiele genug von plötzlicher Goldentwertung — in neuerer Zeit von der Entdeckung Amerikas an bis zur Erschließung der südafrikanischen Randminen. Was nun schon beim Gold zutrifft, ist natürlich in verstärktem Grade bei den andern Zahlungsmitteln, den Geldsurrogaten, der Fall. Ihre Kaufkraft ist abhängig lediglich von dem Mengeverhältnis des umlaufenden Geldes und der wirtschaftlichen Güter; das Geld ist eben nur ein Tauschmittel, nur ein Kompensationsfaktor, im vorliegenden Fall zwischen der „Ware Arbeit" und anderen Waren, und so ist der Geldwert niemals ein konstanter, sondern immer nur ein relativer Begriff. Viele Zahlungsmittel, wenig wirtschaftliche Güter erfordern Teuerung, viele wirtschaftliche Güter bei verhältnismäßig beschränkten Zahlungsmitteln gewährleisten Billigkeit des täglichen Lebens. Nun ist aber weiter zu beachten, daß das umlaufende Geld um so mehr die Tendenz zur Kapitalbildung, zur Amassierung in einzelnen Händen hat, je größer seine Menge ist. Eine verhältnismäßig kleine Menge Umlaufgeldes läßt sich dem Verkehr nicht entziehen und strebt auch schon grade dadurch zu größerer Ausgleichung des sozialen Lebens. Große Mengen fließen ganz von selbst zu einander und erzwingen soziale Ungleichheit. Die soziale Ungleichheit, die Vermögensbildung bewirkt an sich wiederum Preissteigerung, und diese läßt dann wieder die Forderung höherer Löhne der arbeitenden Klassen als gerecht und notwendig erscheinen. So entsteht ein vollständiger circulus vitiosus.

An sich wäre ja eine solche Entwicklung nicht so schlimm, wenn sie in einem völlig abgeschlossenen Wirtschaftskörper stattfände; man brauchte zur Bezahlung seiner täglichen Bedürfnisse eben nur eine dickere Brieftasche und würde sich bei unserer Markwährung an ebensolche Summen zu gewöhnen haben wie der Portugiese bei seinem Reis. Aber wir sind kein abgeschlossenes Wirtschaftsgebilde, wir sind an allen Seiten eingeschlossen von anderen Staaten, mit denen wir verkehren müssen, von denen wir Einfuhr brauchen, zu denen auszuführen unser Bestreben sein muß. Unser eigenes Land kann uns nicht genügend ernähren, und so muß es unsere Arbeit tun — das heißt: Einfuhr von Rohstoffen, Ausfuhr des Halb- oder Fertigzeuges. Und in dem gleichen Augenblick ist die Geldfrage keine interne Frage unseres Wirtschaftslebens mehr, sondern wird bestimmt durch die internationalen Beziehungen, sie wächst sich aus zur Valutafrage.

Es bedarf gar keiner Begründung, daß das Geld eines Landes, in dem Teuerung herrscht, im Ausland entwertet sein muß. Wenn ich für den Laib Brot, die Flasche Wein in Deutschland das Doppelte zahle, gemessen an der Paritätsvaluta des Goldes, wie in Frankreich, so ist eben das deutsche Geld nur die Hälfte wert von dem französischen. Dieser Wertunterschied drückt sich aus in der Valutabewertung. Das heißt aber mit anderen Worten eine Verteuerung des Importes jeder Art — im gegebenen Fall auf das Doppelte. Dieser teuere Import verteuert wieder das Leben an sich bei uns — zumal wir auch direkte Einfuhr von Nahrungsmitteln brauchen — und verteuert weiter das Produkt unserer Arbeit, die Exportgüter. Damit verlieren wir dann die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt, die wir haben müssen, wollen wir nicht wirtschaftlich zugrunde gehen, zumal wir über keine Monopolgüter mehr verfügen. Diese ganze Lage ist eine traurige Folge der Helfferichschen Politik der Anleihen ohne Deckung, die das Land überschwemmten mit Zahlungsmitteln bei gleichzeitiger Güterverminderung, die damit die Teuerung herbeizwangen. Eine solche kurzsichtige Politik wäre selbst im Fall des deutschen Sieges, wenn man einen Teil der Anleihen hätte abwälzen können, ein wirtschaftlicher Mißgriff geblieben — jetzt zeigt sie sich als Torheit ohnegleichen, als Unglück für das ganze Land.

Wenn also die rein theoretischen Betrachtungen eine weitere Lohnerhöhung der Kohlenarbeiter als wirtschaftliche Gefahr erscheinen lassen, gilt dies in noch höherem Maße, wenn man die praktischen Folgen des Augenblicks betrachtet. Es ist anfangs gesagt, daß Deutschland ein integrierender Teil des europäischen Wirtschaftskörpers ist, daß die ganze Erde an ihm das gleiche Interesse hat. Dieses Interesse ist ein Lebensinteresse, die Kohlenförderung wird daher erzwungen werden, sobald sie tatsächlich in bedrohlicher Weise aussetzt. Das bedeutet weiter Einmarsch der Ententetruppen mit all seinen traurigen Folgen, unter denen die Kostenfrage die augenscheinlichste, wenn auch lange nicht wichtigste Rolle spielt. Das bedeutet für die Arbeiter selbst Zwangsarbeit, und zwar zu bedeutend herabgesetzten Lohnsätzen. Ein gewisses Vorspiel soll bereits in den jetzt okkupierten Gebieten zu beobachten sein. Wie lange sich solche Versklavung des Arbeiters ausdehnen würde, zu welchen weiteren Entwicklungen sie führen müßte, das sind Fragen, an die zu denken ich nicht wage.

Ausgegangen bin ich davon, daß die Lage des Arbeiters tatsächlich eine Verbesserung erfordern mag; als Resultat ergibt sich, daß diese Verbesserung nicht einseitig erreicht werden kann, sondern nur im Verein mit der Gesundung unseres ganzen Wirtschaftslebens. Das erfordert Maßnahmen, die gleichzeitig die überflüssigen Geldsurrogate dem Verkehr entziehen und sie verwenden zur Verminderung der Lasten des Staates, zur Abstoßung der wirtschaftlich nicht gedeckten Kriegsanleihen — also Vermögensabgaben und Verbrauchsbeschränkung. Die Vorschläge sind von mir oft genug gemacht, schon vor dem jetzigen Zusammenbruch, als Herr Helfferich noch als Finanzexperte angesehen werden konnte. Dazu nötig ist aber die Einführung einer geordneten Gesetzgebungsmaschinerie durch die Nationalversammlung. Und so lange — diese kurze Spanne Zeit — auszuhalten liegt im eigensten Interesse jedes Arbeiters, ist seine Pflicht gegen sich selbst, seine Arbeitsgenossen, sein Land.

Nach meiner auf persönliche Beobachtung und Besprechungen gegründeten innersten Ueberzeugung sieht jeder Staat der Entente ein, daß er selber von den deutschen Verhältnissen in seiner Entwicklung mitbedingt wird, daß er daher das Ziel deutscher Ruhe und Ordnung verfolgt, und daß die Friedensbedingungen um so leichter für unser Wirtschaftsleben, also unsere Arbeiter, sein werden, je gesicherter die innere deutsche Ordnung erscheint. Ich weiß aber ebenso, daß es bei keinem unserer siegreichen Gegner eine Partei gibt, die einseitig mit irgendeiner einzelnen wirtschaftlichen Klasse verhandeln und sich einigen könnte und möchte — auch die Internationalität der Arbeit, des demokratischen Prinzips, schafft hierin keinen Wandel.

Auf Wanderung.

Rührte der Wind leis mit der Hand
an das Fenster zur Nacht,
schimmerte mondhell die weisse Wand —
ich bin aufgewacht.

Ist eine Seele auf Wanderung?
Hält am Gesimse sie Rast?
Wimmert ein Stimmchen fein und jung
unter der Sühne Last?

Komm! Ein Kreuzlein hängt über mir,
weiss ist der sterbende Christ!
Die lastende Sühne nimmt er dir...
Ein Schatten im Mondlicht schwebt und fliesst.

S. Wieser.

Die neue Schulfreiheit.

Von Universitätsprofessor Dr. Göttler, München.
(Schluß.)

Auf dem Standpunkt der Gewissensfreiheit fordern wir auch die freie Gewissensschule anstatt der Staats-Zwangsschule. Die freie weltliche, die religiös neutrale Schule nennt man sie wohl auch, die unseren Kindern in dem kirchenfreien Staat beschert werden soll. Die Religion soll ausgeschaltet werden aus dem ganzen Unterricht. Ja, wenn das nur überhaupt möglich wäre. Aber das ist ungefähr so möglich wie eine salzfreie Kost, wie eine saftfreie Pflanze, wie ein blutfreier Körper, wie ein charakterfreier Mensch. Unsere Schulen sollen doch Kulturschulen sein, sollen die Jugend in das Verständnis der sie aufnehmenden Kultur einführen, in deren Geschichte, Literatur, Kunst, Sitte, also unsere deutschen Kinder in deutsche Kultur, in deutsche Geschichte, deutsche Literatur, deutsche Kunst und Sitte. Nun, wollt ihr die Religion aus euerer Kulturschule fort haben, dann entfernt zuerst alles Religiöse aus unserer Geschichte, aus unserer Literatur usw. Solange das nicht möglich ist, ist auch eine religionslose Schule eine Unnatur. Religiöse Menschen finden Gott und Gottes Geist, seine Weisheit und Macht auch in der Natur, in der lebendigen wie auch in den wundervollen Gesetzen der leblosen anorganischen Natur, in der Bewegung, Entwicklung und Gestaltung der Welt im kleinen wie im großen. Religiös neutral unterrichten hieße farblos unterrichten, hieße saft- und blutleer unterrichten, hieße charakterlos und zur Charakterlosigkeit bilden. Doch es ist eben gar nicht möglich, so zu unterrichten, so in deutsche Kultur einzuführen. Denn die Religion, die christliche Religion, steht geradezu im Mittelpunkt der deutschen Kultur. Man kann nicht daran vorbeigehen, man kann nicht neutral bleiben. Hier gilt mehr als irgendwo anders: „Wer nicht für mich ist, der ist wider mich.“ Mit einer bloß geschichtlichen und bloß geographischen Betrachtung der Religion und deren unzähligen Aeußerungen in Sitte, gesellschaftlichen Einrichtungen und Gebräuchen, Bauten und Gemälden usw. ist die Jugend nicht zufrieden, je jünger desto weniger. Das Kind, so lehrt uns gerade die moderne Psychologie, ist subjektiv eingestellt, nicht objektiv, will wissen und hören, was die Dinge alle sind nicht an sich, sondern für es, will hören, was es von ihnen zu halten hat, wie es sich zu ihnen zu stellen hat. Ein „objektiver“, d. h. ein kalter, unpersönlicher, mit der eigenen Ueberzeugung hinter dem Berg haltender Unterricht bei Kindern ist ein psychologisches Unding, ein Unding ebensosehr vom Standpunkt der Kinderpsyche wie vom Standpunkt der Lehrerpsyche, der Lehrerpersönlichkeit aus.

Aber noch mehr. Die moderne Pädagogik, so gespalten sie in vielen Dingen ist, darin ist sie einstimmig, daß die Schule, zumal die Volksschule, nicht bloße Lernschule, nicht bloße Wissensschule sein darf, daß sie Erziehungsschule sein müsse, daß sie Schule der Charakterbildung, nicht etwa bloß der Verstandesbildung und allenfalls noch der Muskelbildung sein dürfe. All die verschiedenen Fächer des Schulunterrichtes können und sollen dieser obersten und wichtigsten Aufgabe dienstbar gemacht werden. (Vergl. Fr. W. Foerster, Schule und Charakter.) Der Kern des Charakters aber ist das Gewissen. Dauerhafte Bildung des Gewissens ohne Religion aber ist unmöglich. „Die Religion allein spricht die Ursprache der Seele — wer die Seele will und die Beseelung des Lebens, der kann darum der Religion nicht entraten“ (Foerster a. a. O., S. 496).

Darum fordern wir die religiöse Schule und diese ist notwendig Konfessionsschule, eine Schule, in welcher nicht bloß Religionsgeschichte gegeben wird, sondern religiöses Leben entwickelt und gepflegt wird, in welcher nicht bloß Religionsunterricht angeklebt ist, sondern in der die Religion der alles durchdringende Saft, der alles beherrschende Geist ist. Darum fordern wir für sie Lehrer, die selbst von dem Geist durchdrungen sind, fordern Gewissenseinigkeit von Schule und Familie, Konfessionsgleichheit von Kindern und Lehrern. Darum fordern wir auch für die Lehrerbildung Religion, Religiosität, religiöses Leben, nicht etwa bloß religionsgeschichtliche Kenntnisse.

Und da wir nun einmal in Sachen des Gewissens und der Religion die Kirche als „Säule und Grundfeste der Wahrheit“ (1. Tim. 3, 15) anerkennen, so werden wir in Sachen der Erziehung, der Gewissens- und Charakterbildung immer auch die Kirche beiziehen, also auch die Schulerziehung ihr unterstellen. Wir fordern also auch kirchliche, seelsorgerliche Schulaufsicht; ich sage auch kirchliche Schulaufsicht, nicht ausschließliche, sondern Mitwirkung, Mitaufsichtsrecht.

Wir verkennen keineswegs, daß auch der Staat ein tiefgehendes Interesse an der Schule hat. Er kann, ja muß verlangen, daß seine Bürger, wenn sie am staatlichen Leben teilnehmen wollen und es nicht untergraben sollen, über ein gewisses Maß von Bildung verfügen, daß sie in Uebereinstimmung mit dessen ideellen Grundlagen heranwachsen, mehr noch, daß in den Schulen staatsbürgerliche Gesinnung, Hingabe, womöglich Begeisterung für das vaterländische Staatswesen, Bereitwilligkeit zur Erfüllung staatsbürgerlicher Pflichten gepflegt werde. Wir gestehen deshalb auch dem Staat ein Schulaufsichtsrecht zu. Aber eben auch kein alleiniges, ausschließliches, sondern ein Mitaufsichtsrecht.

Familie, Staat und Kirche haben in der freien Gewissensschule für Kinder religiöser Eltern Aufsichtsrechte. Also gemischte Schulaufsicht, nicht ausschließlich staatliche und nicht ausschließlich kirchliche. Darauf müssen wir bestehen, auch wenn wir die alte „geistliche“ Schulaufsicht im oben präzisierten Sinne preisgeben.

Man fordert seit langer Zeit auf der Gegenseite „technische oder fachmännische Schulaufsicht“. Das will sagen: die Techniker, die Fachleute, also hier die Schulleute sollen zur Schulaufsicht verwendet werden. Diese Forderung steht nicht im Widerspruch mit der kirchlichen Schulaufsicht. Wir haben nichts dagegen, im Gegenteil, wir können es begrüßen, wenn der Staat für sein Gebiet an Stelle der Juristen Lehrer verwendet. Bayern hat sie auch in einem gewissen Umfang schon verwendet (die Bezirksoberlehrer, die Kreisschulinspektoren). Die Kirche wird natürlich nach wie vor für ihr Gebiet, nämlich für das Gebiet der religiös-sittlichen Erziehung, Geistliche verwenden. Und auf diesem Gebiete wird man sie wohl als Fachleute gelten lassen; dafür werden sie in ihrer Ausbildungszeit vorbereitet, darin arbeitet jeder Seelsorgsgeistliche. Sie wurden übrigens bisher auch für das Gebiet des weltlichen Unterrichtes vorbereitet mit Rücksicht auf die verfassungsmäßig bestehende „geistliche Schulaufsicht“.

Freie Schule! Also weder die Schule dem Staate, noch der Kirche — ausschließlich. Die Schule den Kindern! Die Kinder aber sind sowohl des Staates als der Kirche, in erster Linie aber der Familie. Also die Schule allen gemeinsam! Darum können wir durchaus der Forderung des Abgeordneten Johannes Hoffmann vom Jahre 1912 zustimmen: Stärkere Heranziehung des Laienelementes zu der Schulverwaltung und zur Gestaltung des Schulbetriebes. Schul-Lehrpläne, Schul- und Disziplinarordnungen sind wirklich Angelegenheiten des ganzen Volkes, nicht bloß „Sache der Staats- und Kirchenbureaukratie“. Ob in Form von „Elternbeiräten“ oder in anderer Weise: die Familie muß mitbestimmen dürfen. Sie hat ja auch schon im alten Staate sich geltend machen dürfen, insoferne Schuldeputierte der Gemeinden in der örtlichen Schulaufsicht saßen. Darum ist es unverständlich, warum man jetzt die Gemeinde ausschalten und die Schule zu reiner Staatssache machen will. die Gemeinde und zwar nicht nur die farblose politische Gemeinde, sondern die nach dem Prinzip der Gewissensfreiheit beziehungsweise der Gewisseneinigkeit gegliederte Gemeinde muß ihren Einfluß auf die nach dem gleichen Prinzip organisierte Schule behalten und erweitert erhalten. Und wir fügen zu den oben erwähnten Gegenständen, die da Sache des ganzen Volkes sind, noch hinzu die Anstellung beziehungsweise auch Entfernung der Lehrer. Auch hier soll die Staatsbureaukratie nicht willkürlich schalten und walten dürfen; die Familie hatte in dieser Angelegenheit bisher leider so viel wie nichts zu sagen. Die Theorie der freien Schulgemeinde, wie sie Dörpfeld in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts mit großem Beifall der wissenschaftlichen Pädagogik und der Lehrerwelt vertreten hat,[1] ist es, die den Lenkern eines Staates, der mit der Gewissensfreiheit wirklich Ernst zu machen gedenkt, zum Studium zu empfehlen ist. Dann ist es freilich nur entsprechend, daß die Schule auch finanziell nicht ausschließlich Sache des Staates sein soll, sondern, wie bisher schon in höherem Grade, Sache der Gemeinde.

Damit berühren wir die Frage des Schulbedarfes. Wer mitreden will, muß mitarbeiten und mitzahlen. Und umgekehrt. Da wir der Familie in erster Linie ein Mitbestimmungsrecht wahren wollen, wollen wir auch an der bisherigen Pflicht des nächsten Verbandes der Familien, der Gemeinde festhalten. Dafür sollen aber die Gemeinden auch das Recht haben, unter Einhaltung gewisser vom Staate zu stellender Mindestforderungen

[1] Vgl. Gesammelte Schriften von Friedrich Wilhelm Dörpfeld. 8. Band. 2. Aufl. Gütersloh 1898.

in bezug auf Einrichtung und Leistung der Schule, in freier Weise ihr Schulwesen zu gestalten, jenseits aller undemokratischer Bevormundung. So finden wir es in den wirklich demokratischen Ländern, in der Schweiz, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Die *Kirche* ist an allen Orten, wo Stiftungsmittel für die Schule zur Verfügung sind, und das ist gar nicht selten, an der Aufbringung des Schulbedarfes beteiligt. Kirchliche Mittel flossen in höchstem Umfang nicht bloß im Mittelalter, sondern auch bei der neuzeitlichen Grundlegung der Volksschule. Das darf nicht in Vergessenheit kommen. Im übrigen wird der Religionsunterricht vom Seelsorgsklerus ohne Entschädigung seitens der Schule geleistet. Nur wo der Seelsorgsklerus nicht ausreicht, sind Katechetengehälter vorgesehen und durch die Kirchengemeinden aufzubringen. *Lehrmittelfreiheit, Schulspeisung,* vielleicht bald auch Schulkleidung und Schulwohnung, das sind Dinge, von denen wir ebenso gut wissen wie jene, die sie fordern, daß sie den Massen, die wenig oder keine Steuer zahlen, gefallen. Würden wir es auf Gunst dieser Massen anlegen, dann könnten wir diese Forderungen übernehmen. So aber müssen wir erstere nur auf wirkliche Fälle der Not beschränken, das übrige anderen Faktoren, den Fürsorgeorganisationen und der Armenpflege überlassen. In allererster Linie aber müssen wir, da wir die Familie durch die Schule nicht auflösen, sondern nur ergänzen wollen, die Unterhaltspflicht der Eltern betonen, nicht aber durch derlei und andere Dinge sie dieser Pflicht noch mehr entwöhnen.

Wenden wir uns nach diesen prinzipiellen Feststellungen kritisch den *neuen Schulprogrammen* zu.

Der Erlaß des prov. *preußischen* Kultusministeriums vom 29. November 1918 (vergl. „A. R." Nr. 1, S. 5) beruft sich für die darin getroffenen Anordnungen recht volltönend auf das Prinzip der Religions- und Gewissensfreiheit. Er vermeidet es zwar noch, mit der Trennung von Staat und Kirche vollen Ernst zu machen und den Religionsunterricht aus der Schule zu verweisen. Er will nur jeglichen Zwang zu Religionsunterricht und religiösen Uebungen für Schüler wie Lehrer entfernen. Das könnte man vom Standpunkt der reinen Staatsschule eines sich religionslos einrichtenden Staates verstehen. Aber er geht in mehreren Punkten über die bloße Freistellung hinaus. So stellt er in Ziff. 1 das Schulgebet nicht bloß frei, er *verbietet* es gänzlich. Ebenso verbietet er in Ziff. 2 gemeinsame religiöse Feiern der Schule. Wäre es nicht richtiger gewesen, wenigstens zu sagen: Wo die Mehrzahl der Schüler keinen Religionsunterricht besucht, ist auch von einem Schulgebet und von religiösen Beigaben bei Schulfeiern abzusehen. So aber wird das Gewissen, die religiöse Ueberzeugung verletzt nach der Gegenseite. Und wenn dem Geistlichen doch noch das Recht zugestanden wird, Religionsunterricht in der Schule und innerhalb der Schulzeit zu erteilen, dann wären wohl auch Ziff. 3 u. 6 der Verfügung einschränkend zu fassen gewesen. Der Religionslehrer wird es sich, soll er nicht bloß „Erbauung" und „Gesinnung", sondern auch Fortschritt in religiösem Wissen vermitteln, nicht nehmen lassen, Aufgaben zu stellen und zu prüfen, sei es schriftlich, sei es mündlich. Er wird ferner nach dem anerkanntesten Grundsatz der Erziehung, daß Uebung, Ein- und Ausübung des Gelehrten noch wichtiger ist als alles Auswendiglernen, es sich nicht nehmen lassen, die Erfüllung der religiösen Pflichten (Sonntagsgottesdienst, Empfang der hl. Sakramente, Teilnahme an der Feier des Kirchenjahres usw.) mit allen zu Gebote stehenden pädagogischen Mitteln zu urgieren.[2]

Die „Grundlinien" des *bayerischen* Lehrervereins (vgl. „A. R." Nr. 1, S. 5) enthalten eine Reihe von Sätzen, denen man für sich allein zustimmen kann, die von pädagogischer Einsicht und einem möglichst weitgehenden Entgegenkommen gegen die Kirche diktiert sind, so z. B. die Sätze 7—10, auch Satz 6. Aber die Anordnung derselben, insbesondere die dominierende Voranstellung des uneingeschränkten Prinzips der Schule als reine und ausschließliche Staatsangelegenheit macht fast alles wieder hinfällig. *Dadurch sind alle folgenden Sätze* vom ersten bis zum letzten gelähmt, *relativiert:* soweit es in einer Schule für alle Bekenntnisse und Nichtbekenntnisse möglich, ist bei jedem Satz hinzuzudenken. Insbesondere der schöne Satz 7, der die Schule als Erziehungsschule charakterisiert, ist durch die vorausgehenden Sätze, noch bevor er auftreten darf, schon zum größten Teil unmöglich geworden. Das tiefgreifendste Erziehungsmittel, die Religion, deren Motive, deren Erziehungsmittel muß der Lehrer sorgfältig aus dem Spiel lassen, die letzten Weltanschauungsfragen und Gewissensbindungen darf er nicht berühren, im Geschichtsunterricht, im Literatur-, Kunst- und staatsbürgerlichen Unterricht, kurzum im ganzen sog. Gesinnungsunterricht muß er um die eigentlichen Probleme, um die Kern- und Angelpunkte herumgehen oder er muß objektiv „referieren" und mit seiner eigenen Ueberzeugung sorgfältig hinter dem Berg halten, um jede religiöse, d. h. hier auch jede antireligiöse Ueberzeugung „auf das gewissenhafteste zu schonen". „Persönlichkeitspädagogik", vor kurzem noch so sehr gepriesen, du gehörst nun auch der Geschichte an, wenn diese von einem Verein von Fachleuten aufgestellten oder doch übernommenen Grundlinien Wirklichkeit werden. Endlich und vor allem: Der Grundsatz der Glaubens- und Gewissensfreiheit, dieser Grundsatz moderner Staatsverfassung, warum wird er nicht als Obersatz vorangestellt und zur Grundlage einer wirklich modernen Schulverfassung gemacht; warum wird ihm das Dogma von der Staatsschule, vom Schulmonopol des Staates übergeordnet und so jenes im Keim erstickt? Damit wanken auch die beiden folgenden Sätze.

Die Schule der Glaubens- und Gewissensfreiheit ist nie und nimmer die Schule im Sinne der reinen Staatsangelegenheit und umgekehrt. Selbst im reinen, ungemischten Christenstaat wäre es nicht so. Will man die Gewissen der religiösen Kinder bzw. deren Eltern und auch die Gewissen der religiös gesinnten Lehrer schonen, und ihre Zahl ist einstweilen immer noch größer als die jener, welche es nicht sind — die Großstädte, von denen in Schulfragen leider fast immer das Maß genommen wird, sind noch nicht der Staat, noch nicht Deutschland —, dann muß der Staat *aufhören, sich als alleinigen Schulherrn zu gerieren,* dann muß er zum mindesten den großen Konfessionen gewähren, was die Väter des heutigen Schulkampfes für kleinste Minoritäten forderten: Freiheit der Schulgründung auf der Grundlage der Gewissenseinheit zwischen Familie und Schule, wofern er starr daran festhält, daß seine eigenen Schulen konfessionslos, religionslos sind. Dann muß er freilich billigerweise den an Errichtung und Unterhalt der Gewissensfreiheitsschule Beteiligten die Schulsteuer für die Staatsschule erlassen, ähnlich wie das alte Bayern es bei den „Konfessionssonderschulen" (nach § 11 der Kgl. Verordnung vom 26. August 1883) gestattete: wenn er *wahre Schulfreiheit auf Grund wahrer Gewissensfreiheit* auf seine Fahne schreiben will.

Zersetzungserscheinungen im modernen Judentum.

Von Dr. Hans *Rost*, Westheim bei Augsburg.

Fr. W. Foerster sagt in seinem Buche über „Politische Ethik und Politische Pädagogik", die Anwesenheit des jüdischen Elementes in unserer Mitte sei eine *gottgewollte Prüfung* für unsere ganze soziale Kultur und vor allem für unser Christentum. Die Judenfrage könne nur durch Christus und in Christus gelöst werden. Weder Ausstoßung und Aussperrung, noch bloße Assimilierung und äußerliches Taufen könne den ungeheueren inneren Schwierigkeiten des Judenproblems irgendwie gerecht werden. Erst wenn beide, der Jude und der Christ, sich von ganzer Seele dem Geiste Christi „assimilieren", sei eine Lösung der Judenfrage möglich. An diesen Anschauungen Foersters ist die eine Erfahrungstatsache der Weltgeschichte richtig, nämlich die von der Anwesenheit der Juden als Prüfung der Völker. Die Hoffnung aber auf Assimilation im Geiste Christi erscheint angesichts der Energie, mit der heute das Judentum in der Zeit der Umwälzungen seinen Anteil an den Geschicken der Völker sich zu sichern sucht, kaum Aussicht auf Erfüllung zu haben. Die Revolution der Weltverhältnisse und namentlich der Umsturz bei uns in Deutschland und in Oesterreich und Ungarn ist zum großen Teil ein Werk von Juden. Es ist gar nicht möglich, die heutigen politischen Bewegungen von den treibenden Kräften aus dem Judentum loszuschälen. Namentlich das Hervortreten des jüdischen Elements in der *Sozialdemokratie* ist eine auffallende Erscheinung, die nähere Betrachtung erheischt und

[2]) Vgl. hierzu auch den Aufsatz „Die Verpflichtung der studierenden Jugend zu gemeinsamer religiöser Betätigung" in Nr. 2. Bekanntlich hat inzwischen Haenisch angeordnet, daß die *Durchführung* des Erlasses vom 29. Nov dort, wo sie auf Schwierigkeiten stößt, bis zur Entscheidung durch die preußische Nationalversammlung zu *unterbleiben* hat. Ferner ist infolge des Protests des preußischen Episkopats die Verfügung vom 27. Nov. betr. *Beseitigung der geistlichen Ortsschulaufsicht* von der preußischen Regierung unterm 9. Januar (Schreiben an Kardinal v. Hartmann) als *nicht zu Recht bestehend* erklärt worden, „da sie von dem Kultusminister Hoffmann publiziert ist, bevor sie der Preußischen Regierung zur Genehmigung vorgelegt war. Die endgültige Regelung der Angelegenheit wird der preußischen Nationalversammlung oder einer später zu berufenden gesetzlichen Körperschaft vorzubehalten sein."

auf eine Untersuchung der Judenfrage in ihren wesentlichsten Erscheinungsformen hinlenkt.

Das jüdische Element tritt in der Revolution der Gegenwart so stark in den Vordergrund, weil das Judentum von heute in hohem Grade von Zerfallssymptomen durchdrungen ist. Zwar bildete das Judentum immer im Laufe der Weltgeschichte ein mehr zersetzendes und zerstörendes als ein aufbauendes und erhaltendes Element. Im Mittelalter war es christlichen Mädchen verboten, in jüdischen Häusern Dienst zu nehmen. Nach den Satzungen des Jesuitenordens kann erst ein in vierter Generation von Juden Abstammender Aufnahme in den Orden finden. Schlechte Erfahrungen mit jüdischen spanischen Konvertiten erzeugten diese Bestimmung. Die Offizierskorps nahmen stets nur in ganz seltenen Fällen Juden in ihre Reihen auf und unsere sogenannten besseren Gesellschaftsschichten schlossen sich von ihnen ab. Sollte es wirklich nur von Judenhaß getragene Abneigung oder Rassedünkel gewesen sein oder sein, was solche Maßnahmen veranlaßte, oder vielmehr ein gewisser natürlicher Instinkt für drohende Gefahren? Zeigt doch auch die Gegenwart, daß die Herstellung von ruhigen und einigermaßen erträglichen Verhältnissen gefährdet und verzögert wird, weil zügellose Elemente, darunter vornehmlich Juden, die sich immer gerne in Extremen bewegten, auch bei der Neugestaltung der deutschen Verhältnisse die radikalsten Forderungen vertreten und die Entwicklung und Experimentierung auf die Spitze treiben.

Von jüdischer Seite ist schon vor dem Kriege eine starke Zersetzung ausgegangen. Wäre das heutige Judentum in seiner Gesamtheit ein körperlich und moralisch gesunder Volksbestandteil, so wären sehr viele Zerfallserscheinungen am deutschen Volkskörper kaum halb so schlimm. So aber beinflussen solche Juden unser Volk teils durch den Zwang, den sie mit Hilfe ihres Reichtums über unser Volk ausüben, teils durch ihr Beispiel, das ihre Lebensführung, der ungeheuere Luxus, die Lockerheit ihrer Sitten ausübt. Bevor wir diese Dinge näher ins Auge fassen, sei einem berechtigten Einwand begegnet: Man sagt, man dürfe auch beim Judentum in den Anklagen nicht verallgemeinern. Gewiß gibt es viele ordentliche, ehrliche Juden, die sich schämen, daß ein großer Teil ihrer Stammesgenossen Wucher treibt, daß beim politischen Umsturz der Gegenwart Juden sich so nachhaltig und zahlreich in den Vordergrund drängen und die erste Violine zu spielen trachten. Betätigten sich doch bei allen Revolutionen, bei der Säkularisation Juden als treibende, hetzende und den Rahm abschöpfende Teile! Allein die anständigen konservativen, gläubigen Juden sollen in diesen Betrachtungen nicht getroffen werden. Ihre Aufgabe wäre es jedoch, gegen das überwuchernde Tun und Treiben ihrer Volksgenossen in der Oeffentlichkeit, gegen den Geist des zersetzenden und niederreißenden Judentums zu protestieren. Ein Großteil der Juden aber ist heute radikal gesinnt, die Sozialdemokratie ist ihre Partei, die gehässige Verneinung des Christentums in Literatur, Theater, Kunst und Wissenschaft besitzt an Juden die eifrigsten Förderer und Verteidiger. Dieser Teil des Judentums wittert wie die Sozialdemokratie Morgenluft für die Freiheit und Zügellosigkeit seiner modernen dekadenten Weltauffassung, die von der alten strengen, keuschen Moral des Glaubens ihrer Väter himmelweit sich entfernt hat und auch ihre Wirtsvölker in den Abgrund zu ziehen droht.

Um gleich mit einer Erscheinung zu beginnen, die den ganzen deutschen Volkskörper zu erschüttern droht, mit dem Geburtenrückgang, so ist die Tendenz der Fruchtbarkeitsbeschränkung bei den deutschen und westeuropäischen Juden am stärksten. Während man nun bei den übrigen Volksschichten einen Teil der Ursachen dieser Erscheinung den materiellen Verhältnissen zuschreiben kann, wenngleich auch hier die Weltanschauung von ausschlaggebender Bedeutung ist, so kommt bei dem reichen und überreichen Judentum lediglich der religiös-sittliche Tiefstand in Frage. Die jüdische Geburtenziffer ist überall sehr stark im Sinken begriffen.

In Preußen fielen im Durchschnitt der Jahre 1822/40 auf 1000 Juden 35.46, in den Jahren 1905/08 17.45 Geburten. Auf eine jüdische Eheschließung kamen 5.19 bzw. 2.4 Geburten. Der Rückgang beträgt also mehr als das Doppelte. In Bayern entfielen auf eine jüdische Eheschließung 1876/80 noch 4.69, dagegen 1909 nur noch 2.02 und 1910 noch 2.16 Kinder. In München kamen auf eine jüdische Eheschließung im Jahre 1875 2.2, 1890 1.17, 1904 0.93 und 1905 0.95 Kinder. Das ist der Zerfall der jüdischen Familie im schärfsten Sinne des Wortes. In Stadt und Land huldigt das emanzipierte Judentum dem Zwei- und Einkindersystem. In den letzten 15 Jahren haben sich die deutschen Juden überhaupt nicht mehr vermehrt. Lediglich die Einwanderung aus dem Auslande hat das absolute Defizit verhindert. Mit der Abwanderung vom Lande in die Städte ist die Geburtenfehlziffer der Juden immer größer geworden. Diese Entwicklung könnte vom Standpunkte der Lösung der Judenfrage aus mit Genugtuung begrüßt werden. Allein der Anreiz, der in diesem Beispiel für die übrige Mitbevölkerung liegt und die Beihilfe zur Geburtenverhütungspraxis sind von verderblichen Folgen; es fehlt auch nicht daran, daß jüdische Aerzte, jüdische Handlungsreisende für das Präventivsystem eifrige Propaganda machen. Das sind keine Verdächtigungen. Als auf einer großen Volksversammlung des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine Großberlins die Frage des Gebärstreikes zur Diskussion stand, da wurde er namentlich von den jüdischen sozialdemokratischen Aerzten lebhaft befürwortet. Es empfehle sich, so führten Dr. Alfred Bernstein und Dr. Moses laut „Frankfurter Zeitung" aus (1913, Nr. 240), Mittel anzuwenden, die die Kindererzeugung einschränken. Die neomalthusianistische Propaganda wird unstreitig in hervorragendem Maße von Juden betrieben. Diejenigen, die hinsichtlich ihrer eigenen Fortpflanzungsverhältnisse einem berechnenden Rationalismus verfallen sind, fühlen den Drang in sich, dieses neue Idol der Volksbeglückung auch der Umwelt einzupflanzen.

Das Judentum hat mit der Annahme des Zweikindersystems, von welchem sich auch konservative Kreise nicht mehr ausschließen, einen bedeutsamen Absturz aus seiner einstigen moralisch-sittlichen Höhe gemacht. Die Annahme des Zweikindersystems hat als Folge nicht nur die Kleinhaltung der Kinderzahl, sondern auch im Zusammenhang mit dem Streben nach Reichtum eine einschneidende Korruption der ganzen Gesinnung. Eine kinderreiche Familie war einst der Stolz der Juden, heute schämt man sich darob. Das Hauptverlangen für den jüdischen Kaufmann, den jüdischen Akademiker ist heute der Kapitalbesitz. Aus diesem Grunde finden späte Heiraten statt und in der Ehe herrscht dann das Zwei- und Einkindersystem. Dadurch bleibt das Kapital beisammen; man kann standesgemäß leben. Die Mutterschaft, einst die Segensquelle des jüdischen Volkes auf seiner tausendjährigen Wanderung, ist heute der Mißachtung preisgegeben. Das moderne freigeistige Judentum hat sich von jenen strengen Anschauungen und Regeln losgemacht, welche Bibel und Talmud in bezug auf die Sexualhygiene innerhalb und außerhalb der Ehe vorgeschrieben haben und deren genauer Befolgung die Erhaltung des Judentums im Laufe der Jahrtausende in der Hauptsache zu danken ist. An diese Gebote, welche Keuschheit, Mäßigkeit und Natürlichkeit verlangen, haben sich die alten gläubigen Juden gehalten. Der moderne freigeistige Jude ist von diesen Lebensgrundsätzen abgewichen und der Rationalisierung des Sexuallebens verfallen. Die Folgen äußern sich in einem derartigen Geburtenrückgange, daß der jüdische Arzt Max Marcuse (Sexualprobleme, 8. Jahrg. S. 745) zu dem Ausspruch gelangt, „daß die Juden des Westens als solche dem Tode geweiht sind ... Ohne den Zuzug aus Rußland und Galizien und „anderen Oestlichkeiten" wäre der Untergang schon vollendet".

Ein weiteres Zerfallssymptom des modernen Judentums ist die Art der Eheschließung. Wie schon angedeutet, wartet der moderne Jude erst auf die Erwerbung oder Einheiratung eines größeren Kapitals, bevor er zur Ehe schreitet. „Liebe", sagt der jüdische Arzt Dr. Theilhaber in seinem Buche über den Untergang der deutschen Juden (S. 75), „ist ein Faktor, der nur ausnahmsweise in Betracht kommt und nur dann, wenn alle anderen Umstände stimmen. Die jungen Leute sehen nicht mehr in der Begründung einer Familie, eines Heimes eine notwendige sittliche Forderung, die die Allgemeinheit oder die Religion an sie stellen kann. Ein großer Prozentsatz fühlt sich unverheiratet wohler. Die Großstadt mit ihren Genüssen ist hierfür auch ein geeigneter Boden. Die große Verwöhntheit der Jüdinnen, die Irreligiosität der Zeit, der materielle Zug und die damit verbundene Lebensauffassung in den jüdischen Massen spielen hier herein." Das sittliche Pflichtbewußtsein der Eheschließung ist im Schwinden begriffen. Das materielle Moment, das Streben, eine angesehene Rolle in der Gesellschaft zu spielen, beherrscht das moderne Judentum. Daher haben auch die Mischehen in so außerordentlichem Maße um sich gegriffen, ebenso die Judentaufen. Der berechnende jüdische Sinn erblickt in der Mischehe den Schlüssel zur wirklichen gesellschaftlichen Emanzipation. Etwa ein Achtel aller jüdischen Eheschließungen sind heute bereits Mischehen. Da die Gründung einer Familie selten der Beweggrund zur jüdisch-christlichen Mischehe ist, so ist sie

vorwiegend unfruchtbar, indem auf eine Mischehe etwas mehr als ein Kind im Durchschnitt entfällt. Durchschnittlich zwölf Prozent aller Mischehen werden wieder aufgelöst.

Ein sehr bedenkliches Zeichen des Verfalls, das in seinen Wirkungen gleichzeitig den christlichen Volksteil stark in Mitleidenschaft zieht, sind die außerehelichen Geburten und der Geschlechtsverkehr der Juden mit Christenmädchen. Nach dem alten jüdischen Gesetz ist die außereheliche Mutterschaft eine große Schande gewesen. Die uneheliche jüdische Geburtenziffer hat aber z. B. in Preußen folgende Entwicklung genommen: Auf 100 jüdische Geburten trafen 1820—30 0,5 1861—65 1,2, 1881—90 2,5, 1896—1900 3,4, 1905 3,63 und 1907 4,22 uneheliche Geburten. „Als Zeichen der schwindenden Religiosität unter den Juden, des Schwindens der berühmten Sittlichkeit der jüdischen Frau", schreibt Dr. Theilhaber, „ist diese Statistik von weittragender Bedeutung". Und der Jude Dr. Segall bemerkt in seinem Buche über die Münchener Juden, daß aus dieser Erscheinung „vor allem eine Lockerung des viel gerühmten jüdischen Familienlebens zu beachten sei". Dr. Theilhaber, der seinen Glaubensgenossen ohne Grund keinen Vorhalt macht, schreibt, es sei in der Hauptsache „das Fallen der religiösen Schranken, das dem natürlichen Drängen die Hindernisse hinweggräumt. Einschlägig ist hier ein wenig erfreuliches Kapitel: Kenner behaupten, daß gerade z. B. unter den reichen jüdischen Mädchen von Berlin-W mit der alten Keuschheit gänzlich gebrochen wurde." Während man den Umfang und die Zunahme der Unehelichkeit bei den Jüdinnen statistisch messen kann, muß man bei den jüdischen Männern auf Beobachtungen und die öffentliche Meinung sich stützen. Wir behaupten, daß ein großer Teil der männlichen jüdischen unverheirateten Jugend und auch verheirateter Männer in seinem sexuellen Verlangen wenig Selbstzügelung mehr kennt, und daß meistens unsere Christenmädchen die Kosten tragen müssen. Das ist keine Behauptung in die blaue Luft hinein. Selbst der Jude Dr. Theilhaber gesteht die Tatsache unumwunden zu (S. 106), daß „der größte Teil der jüdischen jungen Leute in freier Liebe Beziehungen zu Christinnen unterhält".

Schüler-Selbstverwaltung.

Von Geistl. Rat Prof. Dr. Hoffmann, München.

Es gibt Probleme, die von Zeit zu Zeit immer aufs neue hervortreten und nach einigen Versuchen zu ihrer Verwirklichung ebenso wieder untertauchen. Der Grund dieser Erscheinung liegt darin, daß sie neben Falschem manches Richtige haben. Sie nehmen bei jedem Neuerscheinen eine etwas andere Gestalt an und wollen in etwas anderen Zwecken dienen. Hierzu gehört auch die Frage der Schüler-Selbstverwaltung.

Die Jesuitenschulen und noch mehr die Lehranstalten der Protestanten haben namentlich im 16. und 17. Jahrhundert die Schüler weitgehend zur Ordnung und Verwaltung in Sachen der Schule, selbst zur Erziehung ihrer Mitschüler in Anspruch genommen; ähnlich handelten die Philanthropinen im 18. Jahrhundert und im 19. erhoben Pädagogen die Forderung, daß die Zöglinge an der Schulregierung Anteil hätten, im Namen der „Menschenrechte". Der Gedanke der Schüler-Selbstverwaltung gewann nun vor zwei Dezennien in der anglo-amerikanischen Welt weitere Verbreitung und erhielt die feste Gestalt in den Schulstaaten, den Schülerrepubliken, in welchen die Schüler, die Verfassung des Staates nachbildend, die Angelegenheiten der Schule selbst ordnen. Hauptzweck ist die Heranbildung guter Staatsbürger. Berühmt wurde die George Junior-Republik in Freeville bei Ithaka (Neuyork), 1895 ins Leben getreten; es ist dieses eine Art Fürsorgeanstalt mit ausgedehntem Besitz, die jedoch nur leiblich und geistig gesunde Zöglinge aufnimmt. 1897 führte Wilson Gill das self-government in einer Schule in Neuyork ein, das sich von da rasch über ganz Nordamerika verbreitete. Es ist hauptsächlich Fr. W. Foerster, der weite pädagogische Kreise Deutschlands mit diesen Einrichtungen bekannt machte und für die ihnen innewohnende Idee wirbt. So bestanden denn auch schon vor Beginn des Krieges in unserem Vaterlande an zahlreichen Schulen, namentlich privaten Anstalten, wie Landerziehungsheimen, Waldschulen solche Schulstaaten. Ihre Ordnung war verschieden; bei einem Teile waren die sogenannten Klassenbeamten Angestellte des Lehrers, von ihm ernannt oder auch von ihren Mitschülern gewählt, in den anderen gab es Vertrauensschüler, Vertreter der Klasse, durch welche diese als Person der Person des Lehrers sich gegenüberstellten. Diese Vertrauensschüler haben u. a. das Recht, die Klasse zu einer Schülerversammlung zusammenzurufen und über Angelegenheiten, die ihre Klasse angehen, zu beraten und Beschlüsse zu fassen. So entsteht die Schulgemeinde. Die Vereinigung der gesamten Klassen einer Anstalt bildet den Schulstaat. Er hat eine Vorstandschaft, die aus einem Vorsitzenden und einem Schriftführer, sowie den Stellvertretern dieser besteht. Sie beruft die Versammlung derjenigen Schüler, die Mitglieder des Schulstaates sein dürfen, und ordnet die einschlägigen Angelegenheiten der Anstalt.

Die Revolutionsregierung in Bayern hat diesen Schülerstaat hier amtlich eingeführt unter dem Namen Schülerausschuß. Berechtigung der Anteilnahme haben an neunklassigen Anstalten die Schüler der vier oberen Stufen, an den übrigen Schulen ist es sinngemäß zu ordnen. Jährlich soll in geheimer Wahl von den Schülern der Ausschuß bestimmt werden. Er bestellt seinerseits gleichfalls in geheimer Wahl einen Vorsitzenden und einen Schriftführer sowie für beide je einen Stellvertreter. Der Vorsitzende und sein Stellvertreter sind der obersten Klasse der Anstalt zu entnehmen. Der Schülerausschuß hat das Recht, in einem vom Anstaltsvorstande angewiesenen Raume zu Sitzungen zusammenzutreten; der Schriftführer fertigt ein Protokoll, von dem er eine Abschrift dem Anstaltsvorstande vorlegt. Dem Schülerausschusse steht es zu, sich selbst eine Geschäftsordnung zu geben, wohlbegründete Bitten, Wünsche und Beschwerden im Namen einzelner Schüler oder der Gesamtheit beim Anstaltsvorstande vorzubringen, bei der Vorbereitung von Schulfesten, Wanderungen u. a. mitzuwirken und Schülervereinigungen zur Pflege körperlicher und geistiger Ausbildung zu gründen. Zu seinen besonderen Pflichten gehört weiter, daß er das Ansehen der Anstalt nach außen hin wahrt, also sich angelegen sein läßt, die Disziplin in und außerhalb der Schule zu fördern. Neben dem Schülerausschuß hat jede Schule einen Lehrer-Vertrauensrat, zusammgesetzt aus dem Anstaltsvorstande und im allgemeinen zwei Mitgliedern des Lehrkörpers, die der Vorstand des Schülerausschusses um Uebernahme dieses Amtes auf die Dauer eines Jahres ersucht. Dieser Vertrauensrat verbescheidet die Wünsche, Anregungen und Beschwerden des Schülerausschusses; in wichtigen Angelegenheiten hat er hierzu die Ansicht des gesamten Lehrerrates einzuholen. Schließlich wird die Berufung von Schülerversammlungen aus den Klassen, die Mitglieder zu dem Schülerausschuß zu wählen berechtigt sind, vorgesehen. Bei diesen sollen die Klaßlehrer und nach Möglichkeit auch die Fachlehrer anwesend sein. Diese Schülerversammlungen haben den Zweck, eine freie und offene Aussprache zwischen Lehrern und Schülern über Angelegenheiten des Schullebens zu ermöglichen. Jede Schule ordnet ihre Angelegenheit selbst; die Einmischung eines fremden Schülerausschusses ist unstatthaft.

Im Prinzip der Selbstverwaltung der Schüler liegt es, daß diese die gesetzgebende, ausführende und richterliche Gewalt ausüben und zwar in den Formen des staatsbürgerlichen Lebens. In dem Vorbilde, dem self-government in Nordamerika, wird dieses auch so durchgeführt und in den deutschen Nachbildern ist es herübergenommen. Der Erlaß des bayerischen Ministers läßt jene Form nicht hervortreten, ebensowenig sind die Befugnisse, welche Schülerausschuß und Schülerversammlung im einzelnen haben, genau umschrieben. Die Durchführung an einzelnen Anstalten aber zielt auf die Inanspruchnahme des dreifachen Rechtes des staatlichen Lebens. Eine Beschränkung oder vielleicht richtiger gesagt, eine Mäßigung der Schülerautonomie kann die Zulassung des Lehrer-Vertrauensrates bringen. Doch ist auch seine Stellung und Vollmacht in der Verwaltung nicht klar gekennzeichnet; es wird nicht gesagt, ob sein etwaiges Veto die Ausführung der Beschlüsse der Schüler hindert, oder ob er nur eine beratende Stimme hat. Ein Teil der Männer, die auf die Gründung der Schülerausschüsse Einfluß geübt, sind der Lehrerautorität nicht günstig gesinnt.

Von der Schüler-Selbstverwaltung erwartet man für die Jugend viel Gutes und Schönes. In der Freiheit, die ihr zugestanden werde, würden alle sonst latenten Fähigkeiten frei und gelangten zur Ausbildung; die Erziehung verbinde sich mit den lebendigen Kräften derer, die erzogen werden sollten. Insbesondere würden Neigungen, die gar oft die Bemühungen der Erziehung stark hinderten und schwer schädigten, der Erziehung direkt dienstbar gemacht, so vor

allem der Korpsgeist, der nicht selten einen organisierten Widerspruch ins Leben rufe, der Altersehrenkodex und die sozialen Bandeninstinkte. Weiter wird der Schüler-Selbstverwaltung die Wirkung zugesprochen, daß sie Ordnung, Disziplin und Zucht schaffe, das Verhältnis zwischen Lehrer und Schüler vertiefe und verfeinere. Dieser sehe in dem Lehrer nicht mehr den Vertreter der strengen Autorität, die befiehlt und straft; somit falle für die Jugend der Grund zum Widerspruch und zum vermeintlich aufgedrungenen Kampfe weg. Der junge Mensch werde den Schulgesetzen, die er selbst mitgeschaffen hat, bereitwilliger sich fügen als fremden; schließlich könnten auch die bisherigen üblen Schulvergehen, z. B. Mogeln, nicht fortbestehen; die Mitschüler würden eben nicht so leicht getäuscht werden wie der Lehrer. Selbst die sittliche Charakterbildung gewinne. Nur der freie Gehorsam, der Spielraum für Selbstbetätigung und Selbstverantwortung lasse, ermuntere die Jugend zur stärksten ethischen Kraftentfaltung und befähige sie zur Entwicklung höchster sittlicher Selbsttätigkeit und Selbständigkeit. Nicht nur Schulfehler würden hintangehalten, es erhielten vielmehr auch Schülertugenden Förderung. Ausschlaggebend aber sei die Selbstverwaltung für die Erziehung zum staatsbürgerlichen Leben; da gäbe es kein wirksameres Mittel, die Jugend für politische Gewissenhaftigkeit und politische Mitarbeit in einem Rechtsstaate zu gewinnen, als daß man sie frühzeitig übe, verantwortungsvolle Vertrauensposten auszufüllen, selbstgewählten Vertrauensmännern strikten Gehorsam zu leisten und an der Durchführung geordneter Zustände selbsttätig mitzuarbeiten.

Gewiß wertvolle Güter, die hier verheißen werden! *Leider aber lassen Jugendpsychologie und Erfahrung keine volle Hoffnung aufkommen*, zeigen vielmehr, welch große Sorgfalt und Klugheit notwendig sind, um bei der Schüler-Selbstverwaltung Schlimmes zu verhüten. Es ist eine Täuschung, daß bei der Selbstverwaltung der *einzelne* Schüler frei werde, er wechselt vielmehr nur die Autorität; zuerst war die des Lehrers der Schule da, jetzt tritt an die Stelle die des Schülerausschusses oder der Schülerversammlung, der zudem nur ein Teil der berechtigten Schüler anzuwohnen pflegt; es kann aber kein Zweifel obwalten, daß die erstere dem jungen Menschen heilsamer ist als letztere. Dieser mangeln nicht nur die Weisheit eines ruhigen Ueberlegens und die Erfahrung des eigenen und fremden Lebens, sondern sie erzieht zur Unterordnung unter die *Mehrzahl* der Stimmen von Unreifen. Es wird der Jugend eine *ganz falsche Auffassung von Gesetz und Sittlichkeit* beigebracht, als ob solches nur sei, dem der einzelne zustimme, oder was er selbst aufgestellt habe. Dadurch wird ein *verhängnisvoller Individualismus großgezogen, der namentlich auf ethischem Gebiete nie und nimmer anerkannt werden darf*; es wird, um mit Foerster zu sprechen, die Jugend losgerissen von der aus den Inspirationen der erleuchtetsten Geister stammenden Tradition, sie wird betrogen „um die große Schule der Ehrfurcht und des Gehorsams“. Auch die Haupthoffnung, welche auf die Selbstverwaltung der Schüler gesetzt wird, daß sie Ordnung, Disziplin und Zucht begünstige, erscheint sehr problematisch. Wenn in einer Klasse oder einer Schule eine Majorität von Schülern da ist, die Dinge einführen will, die unrecht und vielleicht für die jungen Leute sogar verderblich sind, will da der Lehrer den gehorsamen Diener machen, der nicht nach den Gründen und Wirkungen des Auftrages seines Herrn frägt, oder will er Vernunft und Gewissen folgen, die ihm verbieten, bei der Ausführung schlimmer Beschlüsse der Jugend Mithilfe zu leisten? Im letzteren Falle steht ihm jetzt eine legitim organisierte Schülermenge gegenüber. Zucht und Disziplin werden nun erst recht aus der Klasse verschwinden. Wird der Lehrer zu einer etwaigen Klage ins Ministerium gehen wollen? Wird er hier Recht bekommen? Nach dem Geiste, mit dem die Einführung der Schülerselbstverwaltung sich umgeben hat, wird er es nicht sicher zu hoffen wagen. Auch wenn zu seinen Gunsten entschieden wird, kann er in der Klasse kaum mehr ersprießlich wirken. Es entstehen in den Schulen Parteien, die namentlich in Weltanschauungsfragen — auch diese treten gewiß oft auf — einen tiefen Riß in der einmütigen Stimmung hervorrufen. Die Minorität wird sich nicht widerstandslos ducken; nach parlamentarischen Gebräuchen muß sie alles in Bewegung setzen, um die unangenehme Majorität zu stürzen. Wie soll bei solchen Kämpfen, von allem anderen zu schweigen, in der Schule noch Zucht und Ordnung herrschen? Was endlich die Gerichtstätigkeit der Schüler angeht, sagt ein Kenner der Verhältnisse: „Es ist sehr zu bezweifeln, ob überhaupt unerfahrene Schüler die Reife des Urteils und die Lauterkeit der Gesinnung besitzen, um über Vergehen ihrer Mitschüler richten zu können. Eine derartige Richtergewalt verführt den jungen Menschen leicht zu hochmütigem Pharisäertum und zu moralischer Naseweisheit, ja zur Schadenfreude und Gehässigkeit. Anderseits besteht bei den nicht richtenden Schülern die Gefahr, daß die Achtung vor dem Gericht und das Vertrauen zur Gerechtigkeit verloren gehen, denn die Richter sind ihresgleichen und zeigen selber die Fehler, über die sie aburteilen sollen“. Selbst das richtige Staatsbürgerleben kann unter dem Staatsbürgerspielen leiden. Es waltet hier ein Mißverhältnis zwischen Form und Inhalt; dieses kann nie günstig wirken. Solches haben aktive Offiziere auch von dem früheren Soldatenspielen der Jugend ausgesprochen.

Unser Urteil findet Bestätigung in der Erfahrung, die man bisher gemacht hat. Selbst hervorragende amerikanische Pädagogen wie St. Hall fangen an, Bedenken zu bekommen; dieser warnt vor Uebertreibung jugendfremder Formen in der Erziehung, damit die Jugend nicht um ihr eigenes Leben betrogen werde. Man hat den Ausspruch getan, in Amerika gebe es keine Kinder. Damit ist in Milde auf den traurigen Stand hingewiesen, in dem sich die amerikanische Jugend befindet. Was speziell die Haltung der Studierenden angeht, so werden die allerschlimmsten Dinge berichtet. Parteien bilden sich und treten zusammen in geheimen Gesellschaften, um die Besetzung der Aemter im self-government in ihre Hände zu bekommen, Bestechung und Stimmenkauf spielen eine große Rolle, Fehden in den Schülerzeitungen, Schulstreiks, Straßendemonstrationen u. a. sind keine Seltenheiten. In Deutschland will man in der Sache befriedigende Erfahrungen gemacht haben; indes es ist zu beachten, daß die Lehrer die Oberleitung mehr oder minder stramm in Händen hielten, daß somit die Selbstverwaltung der Schüler großenteils nur Schein war. Es werden jedoch auch Urteile laut, wie es Falbrecht-Wien ausspricht, der an der 7. Klasse des k. k. Elisabethengymnasiums eine solche Schüler-Selbstverwaltung einführte: „Doch kann ich wahrheitsgetreu auch eine Reihe nachteiliger Folgen nicht unberührt lassen. Einzelne Schüler drängten sich ungebührlich hervor, Nebensächliches und Persönliches wurde in den Vordergrund gerückt, eine tiefgehende Spaltung der Klasse wurde beobachtet, so daß sogar ein Schüler behauptete, der Ausschuß sei dazu angetan, ‚Haß in die Klasse zu tragen‘. Gerade bei den weniger guten Elementen, bei denen ich es ganz besonders auf eine Hebung des Selbstgefühls und auf eine innere Umkehr abgesehen hatte, machte ich keine guten Erfahrungen“.

Angesichts dieser Tatsachen herrscht bei ernsten Pädagogen im allgemeinen eine starke Zurückhaltung hinsichtlich der ganzen Einrichtung, wie besonders des Umkreises der der Selbstverwaltung zustehenden Rechte. Nur einige Stimmen seien angeführt. Kerschensteiner mahnt: „Doch macht die Einführung der Selbstregierung und Selbstverwaltung der Schüler sorgfältige Ueberlegung nötig. Wir müssen den Geist der Schüler gründlich kennen, ehe wir es wagen dürfen, von diesem Mittel Gebrauch zu machen“. Dr. Wilh. Mann, Direktor an einer Studienanstalt zu Santiago de Chile mit self-government, sagt: „Der alte schöne Wahn (als ob die Anlage des Menschen von Natur aus ganz und gar gut sei) lebt also noch einmal wieder auf und fordert von neuem seine Opfer. Vom Erzieher aber sollte man erwarten dürfen, daß er statt mit den Entwicklungsmöglichkeiten seiner Zöglinge auf so gewagte Weise experimentiere, lieber im Leben da Umschau hielte, wo sich solche Bedingungen freier Entwicklung der Persönlichkeit bereits verwirklicht haben“ (nämlich bei den Erwachsenen). Schließlich sei noch Foerster genannt, der Hauptanwalt der Schüler-Selbstverwaltung in Deutschland. Schon in seinen früheren Schriften, insbesondere aber in seinem letzten Buch „Politische Ethik und politische Pädagogik“ fordert er mit aller Entschiedenheit gegenüber Einseitigkeiten, wie sie namentlich Wyneken vertritt, eine strikte Abgrenzung der Materien, die der Bestimmung der Schüler zugewiesen werden sollen, er wünscht nicht zuviel abstimmen und diskutieren zu lassen, als vielmehr eine tatkräftige Uebung in der Verantwortlichkeit und tritt energisch für Wahrung der Lehrerautorität in der Schule ein.

Wir hegen den Wunsch, daß diese vernünftigen, den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung tragenden Mahnungen bei der Verwirklichung der Schüler-Selbstverwaltung Beachtung finden, daß nicht in einer so wichtigen Sache ein *Experiment in einer Weise unternommen wird, das sich anderweitig bereits als ungeeignet und unglücklich erwiesen hat.* **Die Anordnungen des Ministeriums scheinen bereits einen Sieg Foersters gegen Wyneken zu verkündigen; möge sich dieser in der praktischen Betätigung vervollständigen!**

Zwei Tiroler Dichter: Schönherr und Kranewitter.

Von Dr. Michael Hechenblaikner, Schwaz (Tirol).

Unter den tirolischen Dichtern und Schriftstellern stehen die Namen Karl Schönherr und Franz Kranewitter, was Kühnheit der Konzeption, Gestaltungskraft und Wucht des Ausdrucks anlangt, an erster Stelle und man kann wohl behaupten, daß auch unter all den zahlreichen Dramatikern, welche die deutschen Bühnen versorgen, ihnen in dieser Hinsicht kaum Einer gleichkommen wird.

Naturalisten sind beide. Krasse Naturalisten von unerhörter Wucht. Was sie uns bieten, ist Extrakt, konzentrierter Saft. Jedes Wort, das auf der Bühne gesprochen wird, ist direkt zugespitzt auf den tragischen Effekt, schnurstracks gehen sie auf das Ziel los; und nicht nur das Wort, auch die Symbolik der Handlung ist dem gleichen Zwecke dienstbar gemacht, ja auch der ganze Aufputz der Bühne ist auf diesen Ton gestimmt. Die Handlung ist in gedrängtester Weise geschlossen, Schürzung des Knotens, Entwicklung des tragischen Geschehens, Ende und Zusammenbruch sind in die straffsten Formen gefaßt. Freilich liegt hierin auch eine Uebertreibung. Die Menschen reden tatsächlich doch anders, handeln anders, sie lieben das Beiwerk und die Umwege, schmücken Rede und Handlung, füllen ihr Leben mit Nippes-Sachen und sind daher nie so konzentriert, wie die beiden Dichter sie uns auf der Bühne vorführen. Das eine aber erzielen sie damit: Die Tragik in ungeschminktester Form. Auch darin sind sie einander ähnlich, daß sie quantitativ nicht übermäßig produktiv sind. Das wäre wohl auch kaum möglich. Es muß eine gewaltige Arbeit sein, bis sie eine Idee so ausgekocht und ausgesotten haben, daß sie nur mehr den Extrakt uns vorzuführen brauchen. Da ist natürlich für Vielschreiberei wenig Spielraum gegeben.

So viele gemeinsame oder ähnliche Züge die beiden Dichter auch aufzuweisen haben, jeder geht doch seinen eigenen Weg in der Gestaltung, in der Ideenwelt, der er den Stoff entnimmt, in der dichterischen Entwicklung. Schönherr ist knapp, drastisch und derb, zweckbewußt in Rede und Handlung der Gestaltung, Kranewitter ist es nicht minder, vielleicht noch mehr. Schönherr gibt uns Dramen, Kranewitter preßt das dramatische Geschehen auf einen Akt zusammen, bannt es in eine Stube, zwängt es in die Zeitspanne von einigen wenigen Stunden und erreicht eine Wucht des Ausdrucks, die geradezu schauerlich wirkt. Er entwickelt nicht lange, sondern wie der Vorhang aufgeht, stellt er uns vor eine tragische Sachlage, die bereits am Rande des Abgrundes steht. Mit ein paar knappen Strichen zeichnet er den Entwicklungsgang, der zur gegebenen Sachlage geführt hat und neben der Schauerlichkeit des vor uns gestellten Bildes ein mitleidiges Begreifen und Entschuldigen in uns erstehen läßt. Man sehe sich nur den „Naz", den „Med", den „Giggl" an! (Einakterfolge „Die sieben Todsünden", vgl. A. R. 1918 Nr. 27, S. 398. Ferner „Um Haus und Hof", A. R. 1918 Nr. 24, S. 358.) Er zeigt uns nicht, wie dieselben geworden, sondern stellt uns den Sünder in der krassesten Form als gegeben auf die Bühne, seinen Entwicklungsgang mit einigen Worten kennzeichnend, und dann folgt Schlag auf Schlag. Es ist nur mehr die letzte Konsequenz eines Menschenlebens und -strebens, die letzte Strecke vor dem Ende. Aber auch da begleitet uns in all dem Schauder das Mitleid mit den Unglücklichen, deren Erlebnisse und Schicksale es gewesen sind, daß sie in diese unglückselige Bahn gekommen sind. Man mag darüber streiten, ob die noch größere Knappheit der Form und des Ausdrucks höhere dichterische Kraft bedeutet oder nicht und ob nicht Schönherr dramatisch richtiger vorgeht. Man wird auch Schönherr absolut nicht nachsagen können, daß er in seinen Stücken auch nur ein Wort zuviel sagen würde, aber doch ist die Anlage des Geschehens breiter.

Die eigentliche Scheidung der beiden Dichter beginnt bei der Ideenwelt und der dichterischen Entwicklung in dem Sinne, auf welcher Stufe der Seelenkultur sie das Problem erfaßten und durchführten. Schönherr hat eine Entwicklung hinter sich, die nicht aufwärts, sondern abwärts führte. Schönherr ist Arzt und vielleicht gerade diese Art der geistigen Arbeit hat ihn in diese Auffassung hineingebracht, die er in seinen letzten Dramen zur Schau trägt. Die Medizin hat sich ja im großen und ganzen die rein naturhistorische Betrachtungs- und Forschungsmethode zurechtgelegt, die lediglich Seziermesser und Mikroskop, Tiegel und Retorte kennt, die sich mit dem Leichnam des Menschen beschäftigt und das Lebensprinzip selbst, Lebenskraft, Lebensenergie und das, was wir Seele nennen, zu wenig oder nicht in Anschlag bringt. Diese Auffassung des Menschen als einer chemischen Formel, einer Gleichung der Mechanik und Physik wurde von der modernen Medizin prächtig herausgeklügelt und dann behauptet, daß beim Eintreten gewisser chemischer oder physikalischer Veränderungen in unserem Körper Bedürfnisse entstehen, deren Lösung auf eine Formel der Chemie oder eine mechanische, physikalische Gleichung sich zurückführen ließe. Diese Art Naturwissenschaft tut sich dann viel auf die aus der Biologie, aus der Wechselwirkung chemischer, mechanischer, physikalischer Prozesse in unserem Körper entspringende Pathologie zugute und sucht im weiteren Verlaufe alles Geistige auf dieses Triebhafte und dessen Ursprungsland, das Stoffliche, zurückzuführen, trotzdem sie sich bei nüchterner Ueberlegung sagen müßte, daß man mit rein mechanischen Mitteln, und das sind ja Mikroskop, Chirurgenmesser, Säuren und Kochapparate, nicht einmal das Sinnliche, geschweige das rein Geistige im Menschen zu ergründen vermag.

Auf dieser Stufe des Triebhaften, des rein Sinnlichen, Pathologischen bleibt nun Schönherr stehen, bzw. auf diese Stufe ist er in seinen letzten Stücken gelangt. Auf dieser Grundlage schürzt er den tragischen Knoten, aus der gegenseitigen Durchkreuzung dieses Triebhaften durch die einzelnen Träger desselben entwickelt er das tragische Geschehen, bis er den ganzen Krempel in den Abgrund treibt. Man könnte vielleicht sagen, daß in diesem letzten Zusammenbruch der Sieg der sittlichen Idee negativ enthalten sei. Aber Schönherr zeigt uns eben in keiner Weise, daß seine Tragik ein Kampf des Sinnlichen mit dem Geistigen, des Triebhaften mit der Seele, ein Unterliegen der letzteren in konkreten Fällen sei, er bleibt im rein Sinnlichen stecken und wir haben dann eben nicht Menschen vor uns, die mit Geist und Materie versehen sind, sondern animalische Wesen, die lediglich ihren Trieben gehorchen. Schönherr hat sich die Brunstzeiten der Tiere gut angesehen und projiziert nun dieselben auf die Menschen. Daß dies vom wahren Naturalismus himmelweit entfernt ist, erscheint einleuchtend, nachdem der Mensch schließlich und endlich doch nicht ein Tier, sondern ein vernunft-begabtes, willensfähiges und willensfreies Wesen ist.

Es war einmal anders. Schönherr kann anders, er hat anders gekonnt. Die „Erde", dieses Lied der Grundentsprossenheit und des Grundverwachsenseins, das wir ja beim Bauernstand von altem Schrot und Korn auch heute noch in tausend Abstufungen finden können, das den Bergbauern veranlaßt, nicht selbst ins Tal zu ziehen, sondern mit Tragkorb und Kraxe die vom Frühlingsgewässer und Gewitterregen weggeschwemmte Erde auf den alten Fleck zurückzubringen, die das Kind der Berge veranlaßte, in Leinwandsäckchen auf bloßer Brust ein Stück Heimaterde nach Galizien mitzuschleppen, hatte einen anderen, einen geistigen, einen Herzenston. Auch „Sonnwendtag" mit dem tragischen Zwiespalt zwischen Kindesliebe und Gesinnungsentwicklung hatte einen anderen idealen, geistigen Zug, und noch mehr war dies der Fall bei „Glaube und Heimat". Auf die gegen dieses Stück vom konfessionellen Standpunkte aus mit Recht erhobenen Einwände braucht in diesem Zusammenhange nicht näher eingegangen zu werden. Immerhin ist es noch die Lösung eines gewaltigen seelischen Problemes, und der Sprung von „Glaube und Heimat" zum „Weibsteufel" war ein Sprung vom Geistigen ins Animalische, Triebhafte, ein Sprung in die Tiefe. Eine kleine Umkehr ist vielleicht in „Frau Suitner" zu entdecken, wo nicht mehr die reine Befriedigung des Geschlechtstriebes, sondern bereits die Sehnsucht nach dem Kinde enthalten ist und damit eine höhere Stufe erreicht wird.

Ganz anders, ernster und tiefer, Franz Kranewitter. Auch er nimmt die gewaltigsten leidenschaftlichen Entladungen sinnlicher Triebe, aber, was er uns durch seine Einakter zeigt, ist die Rechtfertigung der sittlichen Idee. Er stellt jene uns durch die Entwicklung selbst und durch den Zusammenbruch als Sünde, als Verbrechen hin, deren notwendige Folge in äußerster Konsequenz Tod und Verderben ist. Kranewitter zeigt uns in den Trägern der Leidenschaften den Kampf dieser Triebe mit dem geistigen Element des Menschen, zeigt uns wohl das Unterliegen der geistigen Kräfte gegenüber den sinnlichen, zeigt uns sogar, wie durch die fortgesetzte Gewohnheit der Dauerzustand der Leidenschaft herbeigeführt wird, wie diese einzelne Leidenschaft dann ihre Verheerungen im ganzen Menschen zur Folge hat, wie aber dann notwendigerweise der Zusammenbruch, das Verderben erfolgen muß. Darin liegt nun die Rechtfertigung der sittlichen Idee, weil der Kampf gegen diese Leidenschaft als sittliche Notwendigkeit gepredigt wird und weil im Zusammenbruch eine Sühne stattfindet. Kranewitter folgert damit ohne Worte, daß die Grundsätze der Sittlichkeit der Vernunft entsprechen und die Unsittlichkeit der Leidenschaft Unsinn und Verbrechen ist. Es wäre nur zu wünschen, daß er noch den letzten Schritt machen und uns auch einmal zeigen würde, wie die animalischen Triebe überwunden, geadelt, vergeistigt werden können. Kranewitter zeigt uns aber immerhin den Kampf zwischen Geist und Materie, Sinnlichkeit und Geisteswelt und steht somit gegenüber dem Schönherr der letzten Dramen auf einer viel höheren Stufe der Ideenwelt. Zeigt er uns noch einmal den Erlösungsgedanken, die Ueberwindung des Sinnlichen durch das Geistige und nicht nur den tragischen Zusammenbruch als notwendige Folge der Ueberwindung des Geistigen durch das Sinnliche, dann steht er an der Pforte jener Geisteswelt, der wir die größten Probleme der Dichtkunst verdanken. Das Können dazu hat er. Das Können, das rein technische Können, die dramatische Wucht hat auch Schönherr. Aber der Weg zu dieser Höhe ist für Schönherr weiter, weil er erst noch jene Stufe erringen muß, auf der Kranewitter heute bereits steht. Es gebührt somit unter diesen beiden Tiroler Dichtern zweifellos Kranewitter der Vorrang.

Die Kunst im neuen Staate.

Langsam, seit Jahrzehnten hat der jetzt in die Erscheinung getretene politische und kulturelle Zustand sich vorbereitet. Während Ehrgeiz nach Weltmacht an den maßgebenden Stellen Augen und Verstand verblendete, versank die Kultur in Aeußerlichkeit, in plattes, verhängnisvollstes Streben nach dem Materiellen. Dabei verkümmerte auch mehr und mehr die edelste Blüte der Kultur, die Kunst.

Blicken wir zurück bis vor den Zeitpunkt von 1871. Indem er den Drang nach Aeußerlichkeit zum Ausbruche brachte, vernichtete er den letzten Rest großer Ueberlieferung, von der die Kunst bis dahin sich noch genährt hatte. Mit dem Rücktritte König Ludwig I. hatte eine wirklich große Epoche deutscher Kunst ihren Abschluß erreicht. Ihre Kraft genügte gleichwohl, um nachwirkend noch unter Maximilian II. einzelnes Beträchtliche zu erzeugen. Die Romantik Ludwig II. wirkte bereits nicht mehr entwicklungskräftig, weil sie in Phantasien eines einzelnen sich zu erschöpfen gezwungen war; freilich wird sie um ihres Glanzes und ihrer Tragik willen unvergeßlich bleiben. Zur selben Zeit war die frei schaffende Kunst bereits im Rückgange begriffen. Die religiöse Kunst befindet sich allerdings seit etlichen Jahrzehnten wieder im Aufschwunge. Dank der unbesieglichen Kraft der Religion hat sie die Krisis verhältnismäßig leicht überstanden. Nicht beschieden ist dies aber bisher der Profankunst, die es unterläßt, es kurzsichtig, töricht, trotzig verschmäht, jene mächtige Kraft für sich in Anspruch zu nehmen. Gänzlich in Verfall geriet die profane Monumentalkunst, vorab in der Malerei, während die Baukunst und die mit ihr verbundene Bildnerei bei der Erfassung beträchtlicher Aufgaben des materiellen Lebens wenigstens neuerdings einiges Bessere zu bilden vermochte. Die Malerei aber verlor durch die verflachenden Einflüsse der Zeit mehr- und mehr das Gefühl für ihre wahren Aufgaben, versank in äußerliche Naturnachahmung, in öden Realismus, und bewies durch Hang für technische Experimente, daß sie zwischen Mittel und Zweck nicht mehr klar und energisch zu unterscheiden verstand. In neuester Zeit fiel sie in das entgegengesetzte Extrem. Das Streben (soweit es als ehrlich ernst genommen werden muß) nach sichtbarer Darstellung des Begriffes, nach Rückkehr zur Ursprünglichkeit des Denkens führte zur Vernachlässigung der Form, ja zu ihrer vernunftwidrigen Behandlung. Im Suchen nach etwas Höherem, Besserem verfehlte man den rechten Weg, während man doch vielfach unzweideutig zeigte, daß man sich seiner wohl bewußt war: den Weg zur Höhe der christlichen Glaubenserkenntnis. Man experimentierte mit den erhabenen Wahrheiten, machte sie bis an, ja über die Grenzen des sittlich Zulässigen zum Gegenstande expressionistischer, futuristischer und ähnlicher Klügeleien, die sich ein naives Aussehen gaben, während sie das krasse Gegenteil aller Unbefangenheit waren. Daher die völlige Erfolglosigkeit dieser Werke bei den wirklich Unbefangenen, die tief verletzende Wirkung bei den gläubig gebliebenen Denkenden. So versinnbildlichte sich in dem Zustande, den die deutsche Kunst bis zum Eintritte der Umwälzung erreicht hatte, das Schwanken zwischen Materialismus und Idealismus, die ganze Verwirrung, Rat- und Haltlosigkeit, die Unwahrheit, der Widerspruch und die Widerspenstigkeit, der Trotz, der Unglaube, der Größenwahn und die Kleinheit des jetzt zu einem Abschlusse gebrachten Zeitalters.

Neue Staaten, neue Verfassungen sind in der Bildung begriffen. Sie müssen zur Kunst Stellung nehmen. Die Frage ist nur, bis zu welchem Grade, in welcher Form der neue Staat bereit sein wird, sie als *Kulturfaktor* gelten zu lassen. Ob er Kraft und Willen dazu besitzt, er, selbst das Erzeugnis der Auflösung, die Kunst an weiterer Auflösung zu hindern, sie wieder gesund und kräftig zu machen. Sie nicht zu politischen Zwecken zu mißbrauchen, wie er es jetzt bereits mit dem Theater tut, sondern ihre Reinheit und überirdische Hoheit zu ehren, ihr sich zu unterwerfen, von ihr sich veredeln zu lassen, sie unter den Leitern des geistigen Lebens in die vorderste Reihe zu stellen. In seinen Beziehungen zur Kunst erwachsen dem Volksstaate ungeheure Pflichten. Gerade auch an ihrer Erfüllung wird man seinen Wert und somit seine Lebensfähigkeit und Daseinsberechtigung ermessen können.

Er wird sie nicht erfüllen durch die Proletarisierung der Kunst, nicht indem er der Zunahme der Traditionslosigkeit weiter ihren Lauf läßt. Wohl aber dadurch, daß auch in dieser Beziehung er als rechter und echter Volksstaat dem wohl verstandenen Willen nicht des Pöbels, sondern des *Volkes* zur Geltung verhilft. Dabei muß er sich fähig erweisen, auch den Willen zu erraten und zu erfüllen, dessen sich breite Schichten des Volkes nicht bewußt sind. Er hat freilich für diese Befähigung bisher kein Zeugnis abgelegt. Nach zwei Richtungen wird er tätig sein müssen.

Die eine betrifft die *Erziehung des Volkes zur Kunst*. Nicht zu ihr, als zu einer entbehrlichen Sache, nicht als zu einer Spielerei, nicht als zu einem Mittel politischer Propaganda, nicht als zu Kitzel und Sittenverderb. Dies alles hat er bisher getan. Zum Glück erst kurze Zeit. So kann er leicht noch umkehren. So kann er durch rastlose Unterweisung in den Schulen, durch Wirken in und mit der Oeffentlichkeit, durch unablässige Belehrung und Anschauung, durch eine Fülle von Mitteln auf die Gemüter zu wirken, sie durch die Kunst zu heben, zu veredeln streben, die im Zusammensturz begriffene Brücke zwischen Kunst und Volk wieder für jedermann gangbar machen. Alle besten Kräfte werden ihm freudig Beistand dabei leisten.

Die andere Richtung seiner Tätigkeit gilt der *Einwirkung auf die Künstler*. Der Volksstaat huldigt mit vielen großen Sprüchen der Freiheit. Sie auch für die Künstler herzustellen, ist ebenso schön als wichtig. Beseitigung des Protektionswesens, Gleichberechtigung aller, Heranziehung unbekannt Gebliebener u. dgl. — das alles ist bereits versprochen. Kein Zweifel auch, daß man dem allen in der Theorie zustimmen kann. Warum soll z. B. die Beteiligung an Ausstellungen vom Spruche einer Jury abhängig sein? Die Alten haben auch keine Jury gehabt. Freilich hatten sie auch keine Ausstellungen. Jeder Maler, Bildner, Graphiker usw., der in Schwabing in Gesellschaft von acht anderen ein Zimmer bewohnt, soll die Möglichkeit erhalten, sich zu zeigen und ein großes Licht zu werden. Gewiß, aber man schaue einmal genauer hin, wie viele von ihnen Proben wirklichen Könnens ablegen. Das wirklich gute, starke und große Talent im Verein mit rechtem Fleiß und Willen setzt sich schon von selbst durch, wenn die Zeit seiner Reife gekommen ist. Alle diese Versprechungen vom Schutze und von der Förderung der unbekannt Gebliebenen, der verkannten Genies gehören nach meiner Ueberzeugung bisher lediglich zu den Phrasen, mit denen man Urteilsschwache betören und für andere Zwecke ganz abseits von der Kunst ködern möchte.

Phrasen, die noch dazu auf mangelhafter Kenntnis der künstlerischen Art beruhen, sind auch die Vorschläge Eisners, es sollten zur Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage die Künstler sozusagen für alle Tage kunstgewerbliche Arbeit tun und ihre hohe Kunst den seltenen Augenblicken der Weihe überlassen. Seiner Idee des *gewerkschaftlichen Zusammenschlusses* widerspreche ich nicht, finde aber, daß es dergleichen schon gibt, und habe den Verdacht, daß es sich in seinem Falle um die Schaffung eines die rechte Wirkung störenden Haufens untauglicher Gesellen handelt. Was den christlichen Künstler betrifft, so wird ihm zu raten sein, sich von dergleichen ferne zu halten. Es wäre die ungeeignetste Stelle, die er sich suchen könnte.

Es erhebt sich eine schwere Frage: Ist eine *Republik überhaupt imstande*, große, erhabene, seelenlenkende, Zukunft fördernde Kunst zu erzeugen? Schauen wir uns nach ein paar der wichtigsten um. Athen: war zu seiner Blütezeit de facto eine Monarchie. Aehnliches gilt von den bedeutendsten italienischen Stadtrepubliken zumal der Renaissance. Rom: leistete in der republikanischen Zeit für die Kunst nichts Wesentliches, blieb abhängig von Griechenland. Holland: hatte eine subtile Kunst des bürgerlichen Alltags, daneben den maßlos überschätzten Rembrandt. Frankreich: hat als Republik nur einen großen Künstler gehabt, Rodin, im übrigen für Verderbnis der Kunst gesorgt. Die Schweiz: hat bis zum heutigen Tage als bedeutenden, wenn auch keineswegs bahnbrechenden Künstler nur Segantini, außerdem Hodler, über den das Urteil noch schwankt, ja sich auf die Seite der Ungunst neigt. Der Ueberblick über die künstlerischen Leistungen in den genannten Republiken liefert nur für Holland ein günstigeres Bild, dem aber der eigentlich große Zug doch fehlt.

Kann man sich darüber wundern? Sind nicht von jeher so gut wie alle wirklich großen Aufträge von *Monarchen* oder von der *Kirche* ausgegangen? Von ersteren zur größeren Ehre ihrer eigenen Person oder des Staates und Volkes, von der letzteren zur Verherrlichung Gottes und der Heiligen. Jenen beiden Auftraggebern gegenüber tritt schon der monarchische *Staat* in den Hintergrund; noch weitaus weniger hat sich ihnen die Republik als solche je bemerkenswert angereiht. Das meiste bleibt in ihr dem privaten Entschlusse überlassen. Der aber entspringt aus keiner wurzelechten Ueberlieferung, konzentriert sich in keiner alle Aufmerksamkeit fesselnden Person, findet auch seine Grenzen an finanzieller Möglichkeit. Also ist ohne Voreingenommenheit, lediglich auf Grund geschichtlicher Erfahrung vorauszuwissen, daß auch die deutsche Republik (oder ihre selbständigen Teile) künstlerische Anregungen und Aufträge von wirklicher, dauerhaft hoher Bedeutung kaum geben wird, weil sie es ihrer unruhigen und der rechten Höhe entbehrenden Natur nach nicht kann.

Dagegen vermag sie zu schaden! Vor allem auch in der Weise, daß sie den nach Beseitigung des Monarchen noch übrigen zweiten großen Auftraggeber, die *Kirche*, hindert oder mittels der Trennung von Kirche und Staat ganz ausschaltet. Geschähe dieses letztere, dann wäre über die Kunst unserer Zeit und unabsehbarer Zukunft das Todesurteil gesprochen. Schwerste Schäden in sozialer und wirtschaftlicher Beziehung hängen hiermit zusammen.

Die kirchliche Kunst wirkt naturgemäß vor allem für die Zwecke der Religion. Sie ist hierbei die eigentliche Hüterin der modernen Monumentalkunst geworden, pflegt aber gleichzeitig mit derselben Liebe und ebenso gutem Gelingen auch die bescheideneren Gebiete. Von höchster Wichtigkeit ist ihr Ansehen, ihre Lauterkeit als Gegengewicht gegen die Mängel, die Verirrungen der Profankunst, gegen die Grundsatzlosigkeit und Unsittlichkeit weit ausgedehnter Kunstrichtungen. Der katholische Geist, der die christliche Baukunst, Bildnerei, Malerei, angewandte Kunst zu ihren Leistungen befähigt und anfeuert, ist noch immer der gleiche, der seit Beginn der Christianisierung Deutschlands dem Denken und Empfinden unseres Volkes Färbung und Charakter verliehen hat. *Deutsch sein und nicht christlich sein, schließt einander aus*; deutsches Wesen, das auf sein Christentum verzichtet, gibt sich selbst auf. Ob dabei die Staatsform monarchisch oder republikanisch ist, gilt für die Kirche gleich, solange nur das Christentum ungetrübt bleibt. Darum kann unter der Republik auch *die* Kunst nicht leiden, die vom christlichen Geiste erfüllt bleibt. Das bedeutet keineswegs, daß ich hier nur kirchliche Kunst meine. Denn auch der profanen kann

christlicher Geist nur höchsten Segen bringen. Ja, sie ist ohne ihn besserer, großer Leistungen überhaupt nicht fähig. Eignet sich die Republik diese Auffassung an, so sichert sie Gegenwart und Zukunft unserer Kunst, auch ohne daß sie selbst und unmittelbar für sie zu wirken vermag. Von der jetzigen Regierung läßt sich aber solche Einsicht leider nicht erwarten. Dafür sind die Anfänge zu bedenklich.

Kunst, die bestrebt und geeignet ist, unserem religiösen Leben zu Hilfe zu kommen, ist uns jetzt nötiger denn je. Der bedrohte Geist Christi, seiner Lehre und seiner Nachfolge ruft nach ihr. Eine gewaltige Helferin war die christliche Kunst der Kirche zu allen Zeiten. Alle Gläubigen, alle, die der heiligen Sache des Herrn treu bleiben und diese ihre Treue auch nach außen bekunden wollen, haben die Pflicht, der christlichen Kunst jetzt Beistand zu leisten. Der neue Staat wird gerade dieser Pflicht sich entziehen, um so mehr müssen die Gemeinde, die führenden Beamten, muß jeder einzelne, der es mit seinem katholischen Glauben redlich meint, nach allen Kräften tun, was der zuvorderst Berufene, der Staat, geflissentlich unterläßt.

Christliche Kunst hat reichste Gelegenheit sich zu betätigen. Alte Kirchen zu erhalten und, wo nötig, zu bessern; neue zu bauen; Aeußeres und Inneres der Gotteshäuser mit Bildnereien und Malereien zu schmücken; Gegenstände des heiligen Dienstes anzufertigen; Straßen und Plätze und Häuser mit Kunst zu verschönern; Gedenkzeichen und Erinnerungswerke des Krieges zu schaffen, insbesondere auch für würdigen Grabschmuck unserer Helden zu sorgen; in den Wohnungen das Licht der gottgeweihten Kunst zu entzünden. Gerade letzteres ist heute längst kein Vorrecht der Reichen mehr, weil Werke herrlichster christlicher Kunst nicht nur in keineswegs durchweg teuren Originalen, sondern auch in ganz billigen Nachbildungen von vollendeter Schönheit zu haben sind.

Stehen wir so zusammen, so werden wir überdies eine brennende soziale Aufgabe lösen, um die der soziale Staat sich nicht kümmert. Wir werden Tausende von Arbeitern vor Brotlosigkeit schützen, die bis jetzt ihre Kräfte der christlichen Kunst zur Verfügung stellten, Bauhandwerker vor allem, ferner Kunstgewerbler verschiedenster Techniken, Maler, Bildner. Eine Unzahl solcher Künstler ist jetzt aus dem Felde heimgekehrt. Sie wollen Aufträge haben, besitzen ein Recht darauf, solche zu erhalten. Und darum müssen wir ihnen Aufträge geben. Und wir wollen uns das Hohe, Schöne, Herrliche nicht verloren gehen, nicht rauben lassen, was sie uns geben können!

Seit 26 Jahren entfaltet die „Deutsche Gesellschaft für christliche Kunst“ eine Tätigkeit, deren segensreiche Wirkung erst der Zukunft völlig deutlich sein wird. Katholischer Glaube ist die Grundlage, auf der sie baut, der Boden, aus dem die moderne, von christlichem Geist erfüllte, von seiner Schönheit, seinem Lebensmute durchdrungene Kunst ihre Kräfte zieht. Die „Deutsche Gesellschaft“ ist der gebotene Sammelpunkt der christlichen Künstlerschaft. Sie ist auch diejenige Vereinigung, der jeder, der für den Weiterbestand und die Hebung der christlichen Kunst in jetzigen schwersten Zeiten und für die Sicherung des Lebens und Schaffens der bedrängten christlichen Künstlerschaft ein Herz hat, angehören müßte. Die geringen Beiträge (10 M im Jahre) werden durch wertvolle Gegenleistungen mehr als wett gemacht. Auch als kostenlose Beratungsstelle in allen Kunstangelegenheiten ist die „Deutsche Gesellschaft“ von allergrößter Bedeutung. Ich halte es für meine Pflicht, an dieser Stelle und in diesem Zusammenhange auf sie hinzuweisen.

Dr. O. Doering.

Vom Büchertisch.

Juliana von Stockhausen: Das große Leuchten. Ein Roman aus dem schwäbischen Bauernkriege. Kempten, Kösel. 8° 315 S. geb. 6.50 M. Hier haben wir ein großes Versprechen, die erste schöpferische Ausgestaltung einer noch sehr jungen und doch schon künstlerischen Kraft. Man denke: Ein siebzehnjähriges Mädchen konzipiert einen historischen Roman, den sie dann im Laufe der in alle einschlägigen Forschungsgründe führenden Arbeit zu einem Grade dichterischer Reife bringt, angesichts dessen man staunend Halt macht. Selbstverständlich kann dieses Erstlingswerk noch nicht alle Vollkommenheiten kompositionellen Aufbaues, harmonischer Ausgeglichenheit und künstlerischer Gehaltenheit aufweisen, aber in seiner stofflichen Behandlung, in Charakteristik und Diktion ist es, ob auch nicht durchweg einwandfrei, so doch derartig durchsättigt von Genialität, daß man ruhig den Hinweis der Verlagsanzeige auf die Kraft und Herbheit der Darstellung, auf die Sicherheit der Linienführung und die visionäre Tiefe künstlerischen Erfassens sowohl der materiellen wie der seelischen Elemente, auf die Wucht und Unmittelbarkeit des Ausdrucks unterschreiben kann. Selbstverständlich wird man nach dem Bildungsgang dieses auffallenden Talentes fragen wollen und ebenso selbstverständlich bald auf das Vorbild Enrica von Handel-Mazzettis schließen. Sicher hat die junge Reichsdeutsche von der großen Oesterreicherin gelernt, doch ohne Verlust des Eigenpersönlichen, der dichterischen Unabhängigkeit. Die intuitiv kennerische Liebe zum Volks- und Menschentum haben beide gemeinsam, ebenso den starken, fast leidenschaftlichen Zug zur gütigen Gerechtigkeit, zur gläubig religiösen Vertiefung, nur daß bei Enrica schon Meisterschaft geworden ist, was bei Juliana noch auf Entwicklung deuten mag; bei J. v. Stockhausen tritt übrigens das konfessionelle Moment fast ganz in den Hintergrund. Auf ihrer Gesamtdarstellung liegt das große Leuchten der Sehnsucht nach der Sonne der Freiheit, die dem vom Adel schwer gedrückten Bauernstande blutig aufgeht und untergeht; das große Leuchten menschlicher Treue und Liebe; das große Leuchten von „Gottes Größe und Liebe, einer allumfassenden, alleinigen Liebe“, Abglanz der Ewigkeit, der wie ein außer Zeit und Raum ragender Friedensbogen sich wölbt über dem Ganzen, über Leidenschaft, Kampf und Rache, Verachtung, Grausamkeit und Roheit, über glühendem Haß und erlösender Liebe, über Recht und Unrecht, Laster und Tugend, schwerer Sünde, restloser Sühne, furchtbarer Not, Trennung und seliger Vereinigung. Mir fehlt hier der Raum zu auch nur knappstem Abriß der stark bewegten Handlung mit ihrer vorwiegend scharfen, zugleich wuchtigen und sehr oft durchaus intuitiven Personenzeichnung, mit ihrer kernigen Sprache und schönen, zum Teil wunderschönen, ganz im Leben der Geschehnisse aufgehenden Schilderung. So kann ich nur raten, allen raten, selber das Buch zu lesen und dabei nie zu vergessen, woher es kommt: von einem noch gar jungen Talent, das trotzdem schon den Weg zu den „Müttern“ fand: zu jenen in der Tiefe webenden schöpferischen Kräften, ohne die keine wahre Kunst erstehen und bestehen kann. E. M. Hamann.

Maria Batzer: Schwarzwald-Kinder. Herder. 8° 218 S., kart. 5.20 M. — Die Verfasserin, die sich schon seit länger auf dem Wege zur Jugenderzählklassikerin befindet und den Aufstieg von Buch zu Buch zielsicherer vollzieht, hat in der vorliegenden Schwarzwaldgeschichte wiederum Vorzügliches geleistet. Alles an der Bewältigung des mit glückhaftem Griff erwählten Stoffes ist gesund, frisch, naturwahr und eingesetzt um ethischen Gewinn und künstlerische Durchdringung. Vielleicht, daß an einigen wenigen Stellen der kindliche Dialog eine etwas zu gehobene Wendung aufweist — vielleicht auch, daß der schwarzwälder kindliche Typ sich einer besonderen Gewecktheit erfreut. Die Handlung spielt während des Krieges daheim in einem Dorfe, und so kommt es, daß all das aufgezeigte Wärmelicht auch hier und da Regenschatten überziehen. Aber die Sonne echten Humors behält durchaus den Sieg in Vortrag, Charakterzeichnung, Sprache und Anschauung der ganz aus lebendigem Leben herausgehobenen Erzählung; wir haben es mit wirklichen Kindern zu tun und mit ebenso wirklichen Persönlichkeiten unter den Erwachsenen. Unter dem entzückenden Wellengekräusel des Vortrags bemerkt man alsbald die Strömung anziehender Gemütsvertiefung, die das Buch wertvoll fürs Leben und schon jetzt zum Freunde der bereits Reifen macht. Darum sei geraten, die von Karl Sigrist sehr hübsch illustrierten „Schwarzwald-Kinder“ schleunigst in Haus- und Schulbüchereien an einem Ehrenplatze einzustellen. E. M. Hamann.

Skizzen und Studienköpfe. Beiträge zur Geschichte des deutschen Romans seit Goethe. Von Dr. Oswald Floeck. Verlagsanstalt Tyrolia, Wien-Innsbruck-München. 1918. Brosch. M 12.—. Es ist ein Hochgenuß, sich in Dr. Floecks umfangreiches Werk zu vertiefen. Er will, wie er in seinem Vorwort sagt, „zunächst in einigen geschichtlichen Ueberblicken die Entwicklung der deutschen Prosaepik seit ungefähr 1830 bis zur Blütezeit des poetischen Realismus in den fünfziger Jahren aufzeigen und dann die literarischen Federzeichnungen jener Künstler bringen, welche, entweder auf dem kräftigen Nährboden des Realismus stehend, Standwerke auf dem Gebiete des Romans und der Novelle geschaffen, oder, modernen Kunstanschauungen dienend, durch ihre poetische Eigenart, künstlerische Begabung und originelle Lebensdarstellung Anspruch erworben haben, in der Literaturgeschichte des neunzehnten Jahrhunderts für lange Zeit fortzuleben.“ Bekriteln möchte ich einige allzu „gedankenbefrachtete“ Sätze. Das Werk ist keine Näscherei für Mußestunden. Einzelne Stellen werden den Oppositionsgeist des Lesers erwecken. Verblüffend wirkt oft die absolute Selbstsicherheit des Autors. Es steht zu erwarten, daß das Werk Aufsehen erregen wird. Ich möchte es besonders empfehlen für die jetzt mancherorts eingerichteten literarischen Abende der Oberklassen der höheren Lehranstalten. Maria Köchling.

Ignaz Watterott O. M. J.: **Mutter Klara Fey,** Stifterin der Genossenschaft der Schwestern vom armen Kinde Jesus. Mit Buchschmuck und sechs Bildern. 8° X und 215 S. geb. 4 M. — Das Buch liegt schon in der zweiten Auflage vor. Es ist eine knapp, aber gewinnend zusammenschließende Bearbeitung des ursprünglichen Werkes von P. Pfülf über die berühmte Ordensstifterin, eine herrliche Frauengestalt von herzbezwingender Güte und Größe. Möchten sich doch alle unsere Haus-, Schul- und Vereinsbibliotheken dieser Widerspiegelung eines wundervollen, in Christus vorbildlichen Lebens öffnen! E. M. Hamann.

Apologetische Vorträge von Dr. Franz Meffert. 4. Band: Religion und Krieg. 8° 206 S. M 4.50. M.-Gladbach, Volksvereinsverlag 1918. Diese vierte Reihe der zeitgemäßen apologetischen Vorträge geht sorglich den jetzt so viele Seelen bestürmenden Zweifeln nach, wie denn die furchtbaren Kriegsfolgen sich mit Glaube und Religion vereinbaren lassen. Zunächst werden die Grundpfeiler überzeugten Glaubens der weitgreifenden Erschütterung gegenüber fester verankert in den einläßlichen Ausführungen über den Gottes- und Jenseitsbeweis des Krieges, über Christentum und Krieg, Krieg und Gebet. Als zeitgemäßer Gegenstand wird dann die Vaterlandsliebe ins Licht des Glaubens gestellt und ihre daraus erfließenden Pflichten erläutert. Der Vortrag über die Friedensbewegung und die Stellungnahme des Christentums zu dieser Erscheinung gedenkt im einzelnen der Aeußerungen verschiedener Päpste zu diesen Bestrebungen, zumal der weitgehenden Friedensarbeit Benedikt XV. Der letzte Vortrag begegnet wirksam den durch den Krieg vermehrten Gefahren religiöser Verflachung. O. Heinz.

Bühnen- und Musikrundschau.

Uraufführung im Münchener Schauspielhaus. Wenn Max Halbe den festen Boden der „Mutter Erde" verläßt und seinen Blick nach einer „Insel der Seligen" oder „blauen Bergen" Umschau halten läßt, da verlieren seine Gestalten jene Körperlichkeit, die auch Träger von Ideen haben müssen, sollen sie auf der Bühne unser Mitfühlen erzwingen. Auch in „Schloß Zeitvorbei", einer dramatischen Legende, ist es dem Autor nicht gelungen, seine Figuren mit dem Blut des Lebens zu erfüllen. Der Zuschauer mochte ahnen, daß in dieser Tragödie des Alterns ihm der Dichter Eigenstes, Persönlichstes sagen wollte. Nicht darin liegt die Schwierigkeit, daß vieles, was der Verfasser in sein Stück hineingeheimnist haben mag, uns dunkel bleibt, sondern daß wir die Konflikte Meister Grünewalds nicht miterleben, sondern uns diese nur in langen Verszeilen vorgetragen werden. Der „Fremde" hat dem Meister ein Lebenselixier gegeben, das ihm ewige Jugend verheißt. Nach dreißig Jahren kehrt er wieder, um Rechenschaft zu fordern, aber Grünewald hat das Tränklein einem anderen gegeben, er hat das Leben nicht genützt, sondern sich in rein menschlicher Sehnsucht verzehrt nach „Lilith", einem seelenlosen Geschöpfe aus Undinens Geschlecht. Sie und Hasdrubal, ein ihm mephistophelisch dienender „Elementargeist", sind seinem Willen unterworfen. Dadurch aber, daß er sich in menschliche Gefühle verstrickt, gewinnen sie Gewalt über ihn. Erst als es zu spät für ihn ist, erkennt Grünewald, daß Lilith ihn zu lieben beginnt. Durch dies in ihr erwachende Menschentum erhält die Nixe eine Seele, damit aber auch die Sterblichkeit der Menschen. Als sie ins Meer, in das Element zurückkehren will, ertrinkt sie. Man hatte zwei stimmungskräftige Reliefbilder aufgebaut, vor denen die Gestalten, von der iphigenienhaft gekleideten Lilith abgesehen, etwa im Kostüme E. T. A. Hoffmannscher Romantik an uns vorbei huschten. Von den Darstellern traf wohl Weydners Elementargeist die Absichten des Dichters am besten, Koch als Grünewald und die schöne, blonde Nixe des Frl. Herterich bemühten sich mit Auzinger, Gerhard und Frau Glümer mit Sorgfalt und Klugheit um das Werk Halbes. Das Publikum machte den Eindruck von etwas ermüdeten Rätselratern, bezeugte jedoch dem anwesenden Dichter alle Artigkeiten.

Verschiedenes aus aller Welt. Der französische Dramatiker Edmond Rostand ist gestorben. Am bekanntesten wurde er durch seine romantische Komödie „Cyrano de Bergerac", die durch ihre glänzende, an Victor Hugo geschulte Verssprache, die L. Fulda virtuos verdeutschte, blendete. Coquelin und Joseph Kainz waren die berühmtesten Vertreter der Titelrolle. Das Napoleonidendrama „l'Aiglon", „la Samaritaine", „la Princesse lointaine" und das Tierdrama „Chantecler" hatten kürzere Sensationserfolge. Rostands Gesinnung zu Deutschland ist stets feindlich gewesen. — Von Georg Kaiser, dem vielgenannten, sehr fruchtbaren Dichter wurden zwei neue Stücke mit Beifall, aber ohne Begeisterung aufgenommen. Wie in seinen „Bürgern von Calais" steht in dem Schauspiel „Gas", das in Frankfurt a. M. gegeben wurde, die Tragik des Opfers im Mittelpunkt. Ein Einsamer zerschellt an seinem sozialen Menschenwerk, zu dem die Menschheit noch nicht reif ist. Nach Berichten erscheint die Fabel des Stückes als Utopie, die dem Werk die nahe Grundlage nimmt und es mehr zu lehrhaften Dialogen, als zu einem Drama mit greifbaren Wahrheiten stempelt. Der in Nürnberg gegebene „Brand im Opernhaus" atmet viel Geist vom Geiste Wedekinds durch Jonglieren mit psychologischen Spitzfindigkeiten und äußerlichem Feuerwerk. Ein Menschenverächter sucht Reinheit der Frauenseele und findet eine Dirne. Diese klammert sich an ihn mit der heißen Gier nach Leben, das sie aus dem brennenden Theater gerettet hat. Als er sie zurückstößt, stürzt sie sich in die Flammen. — Mittleren Erfolg hatte in Frankfurt a. M. „Heinrich der Beglücker", eine Groteske von Meier-Graefe. Die anfangs erheiternde Verulkung eines dünkelhaften Großindustriellen versandet in endlose Gespräche eines spielerischen Feuilletonismus. — Rößler, der Autor der „Fünf Frankfurter", bietet in „Eselei" das behagliche Lustspiel älterer Schule, in dem durch Gegenüberstellung Berliner und Wiener Typen allerhand erheiternde Szenen sich ergeben. — B. Franks Komödie „Der Mandarin" wird in Wien gleichzeitig im Theater und im Kino gegeben. Einem Müßiggänger werden alle Frauen verschafft, die er sich wünscht, bis diesem Wüstling schließlich die Sache selbst zu dumm wird und er um seiner selbst willen geliebt sein möchte. Der Schluß spielt im Irrenhaus. Man verläßt, so berichtet ein namhafter Kritiker, das Theater mit einem Gefühl des Ekels.

München. L. G. Oberlaender.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Wiederbeginn der Börsenspekulation — Kursbesserung unserer Kriegsanleihen — Abminderung der Banknoten-Hochflut — Unverminderte Industrielähmung.

Die an der wieder eröffneten Berliner Effektenbörse zutage getretene Geschäftsbelebung und spekulative Kursbesserung fast aller Industriewerte steht zweifellos im krassen Widerspruch mit den tatsächlichen Vorkommnissen in Finanz- und Industriewelt. Solches Börsenspiel ergibt zum mindesten falsche Begriffe und hat keine Existenzberechtigung! Mit der Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und der Tätigkeit der heimischen Verkehrseinrichtungen kann man namentlich seit Ende des Spartakusputsches von beruhigteren politischen und wirtschaftlichen Zeitläuften sprechen, zumal auch der Ausfall der Wahlen für die Bundesstaaten und die Nationalversammlung auch bei der Handels- und Industriewelt befriedigte.

Bei den sonstigen Betrachtungen über unsere Gesamtlage überwiegen die ungünstigen Momente derart, dass nirgends von Zuversicht und Selbstvertrauen gesprochen werden kann. Vor allem vermisst man eine unbedingt notwendige Befestigung unserer Staatsfinanzen, wenn auch nicht zu verkennen ist, dass, nicht zuletzt hervorgerufen durch die Hinweise auf die Einwirkungen der neuen Steuergesetze, in den Kursen der zum Handel nunmehr frei gegebenen deutschen Kriegsanleihen eine nennenswerte Kurserhöhung eingetreten ist. Bei der derzeitigen Geldflüssigkeit vollzieht sich ausserdem eine zunehmende Nachfrage nach den täglich herauskommenden Neuemissionen deutscher Städteanleihen. In der deutschen Notenhochflut, der übergrossen Papiergeldwirtschaft, ist im Januar-Monat erstmals eine erhebliche Entlastung der Reichsbankanlagen bemerkbar geworden. Diese bedeutsamen Wirtschaftsereignisse haben unsere Gegner bei den Bedingungen über die Waffenstillstands-Verlängerung — verwiesen sei auf die drückenden finanziellen Vorschriften — ebenso wenig in Betracht gezogen, als trotz der schweren Gefährdung unserer Lebensmittelversorgung die baldige Aufhebung der Blockade noch nicht feststeht. Angesichts solcher, namentlich den französischen Kreisen zuzuschreibenden Absicht der Lahmlegung des deutschen Wirtschaftslebens ist die vielfach vorherrschende Mutlosigkeit verständlich, wenn auch nicht unbedingt berechtigt. Alle Massnahmen der Wiederbelebung unserer Gesamtproduktion und der Umstellung der Industriezweige auf die Friedensbewirtschaftung ersticken unter der Einwirkung der Lohn- und Streikbewegungen bei den Bergarbeitern und den verschiedenen norddeutschen grossen Betrieben und unter den Nachrichten aus dem polnischen Hexenkessel. Auch das Eingreifen der Arbeiter- und Soldatenräte in die Vermögensrechte der Schwerindustriesyndikate, die Unstimmigkeiten im deutschen Stahlwerksverband und die Berichte über eine weitere Verschlechterung der Geschäftslage beim Stahlwerksverband verstimmten vielfach. Geradezu trostlos klingen die Auslassungen in den Generalversammlungen des Elektrokonzerns Siemens-Halske-Schuckert. „Die Aufrechterhaltung der Betriebe für noch längere Zeit wird auf das allerernstlichste in Frage gezogen und die durch die Revolution sich herausgebildete Lage ist so unglücklich, dass mit Sorgen bereits in die nächste Zukunft geblickt werden muss. Die verworrenen politischen Zustände hemmen alle Unternehmungslust im Inlande und angesichts der drückenden Bedingungen, unter denen die Industrie arbeitet, schwinden die Hoffnungen auf die Wiedergewinnung des Auslandsmarktes." Aehnlich lauten die Auslassungen aus verschiedenen anderen Industriesparten. Einen Ausblick auf die Industrieabschlüsse erbringen die nach und nach herauskommenden Bilanzziffern von Industriegesellschaften und Banken, welche wohl fast ausnahmslos eine mehr oder minder kräftige Dividendenermässigung vornehmen werden müssen. Bayerische Notenbank 9 %, gegen 11 %, Chemische Fabriken Zeitz 12 % gegen 20 %.

Aus den gleichen Gründen hat der deutsche Industrie- und Handelstag in einer Eingabe an den Rat der Volksbeauftragten berechtigte Wirtschaftsansprüche gestellt, die in der Hauptsache dahin zusammenzufassen sind, dass Ordnung und Sicherheit wieder hergestellt werden, der Untergrabung des Wirtschaftslebens durch die Ueberforderung der Arbeiter, durch mangelhafte Arbeitsleistung und Arbeitsscheu ein Ende gemacht wird, und dass die Sozialisierung als Grundsatz aus dem Programm der Zukunft ausscheidet. Letzterer Punkt wird sowohl seitens der Reichsregierung als auch bei den bundesstaatlichen Beratungen nunmehr

hauptsächlich von dem grundlegenden Gedanken aufgefasst, dass Voraussetzung jeder Sozialisierung Wiederbelebung und Vermehrung in der Herstellung aller Produkte sein muss. In allen Bundesstaaten wurden zu diesem Behufe als vorbereitende Stellen Sozialisierungskommissionen berufen. Auch die Kündigung der verschiedenen deutsch-neutralen Wirtschaftsprovisorien und die Neuregelung der Ausfuhrbeziehung zu diesen Staaten beschäftigen bereits unsere Wirtschaftskreise.

München. M. Weber.

Vom Büchermarkt.

Houston Stewart Chamberlain. Ein Abriß seines Lebens. Von Dr. L. v. Schroeder. (München, J. F. Lehmanns Verlag.)

Paul Rohrbach, Die alldeutsche Gefahr. „Tag des Deutschen" Heft 10. *M* 1.50. (Berlin, Hans Robert Engelmann.)

Ratgeber in Rechtsfragen. Von Dr. Hans Lieske. 216 S. 12°. Geb. *M* 4.50. (Regensburg, Friedr. Pustet.)

Der deutsche Arbeitsnachweis im Kriege bis zum Erlaß des Hilfsdienstgesetzes. Von Dr. Julia Dünner. *M* 6.—. (Regensburg, Jos. Habbel.)

Aufwärts aus eigener Kraft. Ratschläge und Lebensziele. Von Paul von Gizycki. Mit einem Begleitwort von Oberstudienrat Kerschensteiner. 4. Aufl. Geb. 7.25. (Berlin SW. 68, Ferd. Dümmler.)

Friedensgericht. Von Andreas Latzko. *M* 6.80. (Europäische Bücher). (Zürich, Max Rascher.)

Hans Michael Elias Obentraut. Roman. Von Harry Vosberg. Brosch. *M* 6.—, geb. *M* 8.—. (Heilbronn, Eugen Salzer.)

Heimwärts aus Kriegsnot. Psychologische Erfahrungen unter Kriegsgefangenen und unter den deutschen Internierten in der Schweiz, Dänemark und Norwegen. Von Garnisonspfarrer H. J. Radermacher. 8°. *M* 3.—. — **Die Bestimmungen über die Einjährigen- und Reifeprüfungen für Kriegsteilnehmer.** Von Studienrat F. Ebringhaus. kl. 8°. 45 Pf. — **Die Schweiz.** Land und Volk, Geschichte, Gemeinde- und Staatswesen, Volkswirtschaft. Staatsbürger-Bibliothek Heft 79.) Von E. Ramsperger. 8° 45 Pfg — **Die staatlich geprüfte Gärtnerin und die Lehrerin für Kleingartenbau.** Nach den Bestimmungen des preußischen Landwirtschaftsministeriums vom 24. August 1918. Von Rechnungsrat J. Frick. 8° 90 Pf. — **Elisabeth, Landgräfin von Thüringen.** Ein altes deutsches Heiligenleben im Lichte der neuen geschichtlichen Forschung. Von Dr. Maria Maresch, Wien. Mit acht Abbildungen. 8°. 158 S. Gebd. *M* 4.80 (M.Gladbach, Volksvereinsverlag.)

Die Atomtheorie in ihrer neuesten Entwickelung. Sechs Vorträge von Prof. Dr. Leo Graetz. Mit 80 Abbildungen. *M* 2.50. J. Engelhorns Nachf., Stuttgart.

Die anthroposophische Bewegung und ihr Prophet. Von Max Seiling. Gr. 8°. 49 S. *M* 1.35. (Leipzig, Wilh. Heims.)

Die Kultur der Juden. Eine Versöhnung zwischen Religion und Wissenschaft Von Hugo Dingler. *M* 3.60. (Leipzig, Neuer Geist-Verlag.)

Schluß des redaktionellen Teiles.

STAHLWERK THYSSEN

AKTIENGESELLSCHAFT ▫ HAGENDINGEN IN LOTHRINGEN

Breitflanschige Spezialträger

in den Profilen
von
180—850 mm
Höhe

Hagendinger Breitflanschträger

Wir liefern unsere
breitflanschigen
Spezialträger auch in
dünnstegiger Walzung
sowie in jeder gewünschten Qualität,
insbesondere in

Siemens-Martin-Qualität

Tabellen mit allen Angaben über
Widerstands- und Trägheitsmomente, Belastungsversuche usw.
stehen auf Wunsch jederzeit zur Verfügung.

Die Buch- u. Kunstdruckerei der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, München, Hofstatt 5 und 6
übernimmt die Herstellung von Werken jed. Art, Dissertationen, Festschriften, Diplomen usw. und hält sich zur Uebernahme sämtlicher Buchdruckaufträge auf das beste empfohlen.

Moselwein-Punsch
Mk. 10.— die 1/1 Flasche
Wermuth-Wein
vorzüglicher Magenwein,
Mk. 9.— die 1/1 Flasche
(ohne Weinsteuer 20%)
versendet unter Nachnahme
Weinhandlung
P. Andreas, Trier.

Atemgymnastik Stimmbildung
für allgemeine Kräftigung
:: und für Berufszwecke ::

Berlin S14, Sebastianstr. 44/451
A. Orthey, med. Privatgelehrter
Diplom von J. van Oldenbarnevelt.

Die armen Kinder des oberen sächsischen Erzgebirges

bitten mit Erlaubnis ihres Bischofs um eine Gabe zur Gründung einer Kommunikantenherberge. An der sächsisch-böhmischen Grenze der Pfarrei gehen sehr viele Kinder katholischer Eltern der kath. Religion verloren. Manche haben bis zum 12. u. 13. Jahre noch keinen kath. Gottesdienst gesehen. Alle 200 Kinder der Unterrichtsstationen in Oberwiesenthal, Hammerunterwiesenthal, Bärenstein und Jöhstadt müssen protestantische Schulen besuchen, in denen sie nicht viel Erfreuliches über ihre Religion hören. Die Gründung einer Kommunikantenherberge mit einer kath. Lehrperson ist ein dringendes Bedürfnis. Bald beginnt auch der Kommunionunterricht, u. es muß für oft stundenweit entfernt wohnende Kinder für Nahrung und Quartier gesorgt werden. Die Armut der Pfarrkinder zwingt zu dieser Bitte. Der göttliche Kinderfreund will den Barmherzigen mit Barmherzigkeit vergelten.

Das römisch-katholische Pfarramt Annaberg i. E.

Postscheckk. 8882, Leipzig.

Vereins-Bücher!

Mitglieder-Verzeichnis:
Kanzlei-Folio, best. (Friedens-) Schreibpapier für 400 Mitglieder, solid geb. . . M. 4.—
für 200 Mitgl. brosch. „ 3.—

Kassen-Buch:
Kanzlei-Folio, best. (Friedens-) Schreibpapier, 100 Seiten, gebunden . . . . M. 4.50
200 Seiten, gebunden „ 6.—

Alle übrigen Vereinsdrucksachen sauber und preiswert.

Kostenvoranschläge bereitwilligst.

Landsberger Verlagsanstalt M. Neumeyer, Landsberg a. L.

Kölner Dom-Weihrauch
Rauchfass-Kohlen Ia Fabrikat
Beste Bezugsquelle für Grossisten.
M. & J. Kirschbaum, Cöln a. Rh.
Richard Wagnerstrasse 33.

Geistl. Gymnasiallehrer

Lehrbefähigung im Latein, Griechisch, Französisch, Religion, durch die Kriegslage heimatlos,

sucht passende Stellung.

Offerten werden erbeten unter A. D. 1948 an die Geschäftsstelle der „Allgemeinen Rundschau“ in München.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Ferdinand Abel, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gb.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich M 3.50.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis:
Die 5 X gespaltene Grundzeile 75 Pfg., Anzeigen auf Textseite die 95 mm breite Zeile 375 Pfg.
Beilagen einschl. Postgebühren M 15 d. Tausend.
Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.
Rabatt nach Tarif.
Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig.
Erfüllungsort ist München.
Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt.
Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer.

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 5. München, 1. Februar 1919. XVI. Jahrgang.

Zum Entwurf der neuen Reichsverfassung.

Von Landtagsabgeordneten Regierungsdirektor Speck, München.

Wie berechtigt es war, daß die Bayerische Volkspartei die nachdrückliche Vertretung der bayerischen Interessen in ihrem Programm besonders betonte, hat sich schon in der kurzen Zeit ihres Bestehens, namentlich aber angesichts des von Staatssekretär Dr. Preuß ausgearbeiteten Entwurfs der künftigen Reichsverfassung klar erwiesen. Würde dieser Entwurf Gesetz werden, dann wäre auch der letzte Rest bayerischer Selbständigkeit innerhalb des Reichsganzen beseitigt, der Unitarismus hätte auf der ganzen Linie gesiegt.

Die „Reichsregierung" ist ja, vielleicht unter dem Drucke der allseitig abfälligen Beurteilung des Entwurfes, nachträglich von diesem abgerückt, er soll nach ihrer Erklärung nur „Material" sein ohne jede Beeinflussung der Nationalversammlung. Und auch die Vertreter der deutschen Bundesstaaten haben in ihrer Berliner Beratung den Entwurf einer Kommission überwiesen, die gleichzeitig ein der Nationalversammlung vorzulegendes provisorisches Grundgesetz beraten soll. Dieser Versuch, von dem Werke des Staatssekretärs Dr. Preuß sich loszuschrauben, erscheint aber mißglückt. Denn eine Gesetzesvorlage, deren Inhalt von der Regierung schon bei ihrer Einbringung preisgegeben wird, ist ein Unding und verdient seitens der Volksvertretung keine weitere Beachtung als etwa die Privatarbeit irgendeines beliebigen Staatsrechtslehrers. Möge dieser Entwurf dann auch so von der Nationalversammlung eingeschätzt und behandelt werden. Immerhin wird man sich aber mit diesem Entwurf näher beschäftigen müssen, nachdem er nun einmal als die künftige Vorlage der Regierung der Oeffentlichkeit übergeben wurde.

Man mag sich zur Frage, ob Monarchie oder Republik, grundsätzlich stellen wie man will, darüber kann kein Zweifel bestehen, daß unter den gegebenen Umständen die Verfassung des neuen Reiches demokratisch-republikanischen Charakter wird haben müssen. Auch an der Notwendigkeit eines verfassungsmäßigen Zusammenschlusses zwischen Nord und Süd wird heute niemand zweifeln. Wirtschaftliche und nationale Gründe weisen namentlich auch uns Bayern den Weg zum Reich. Diesen Weg hätten allerdings wir in Bayern uns anders gedacht, als der Verfasser dieses Entwurfes ihn gehen will. Eine Freude am Reich könnte bei der süddeutschen Bevölkerung nicht mehr aufkommen, wenn man ernstlich versuchen wollte, nach den Vorschlägen dieses Entwurfes den Einzelstaaten jede Bewegungsfreiheit zu nehmen. Der Süddeutsche ist von Haus aus demokratisch veranlagt, der Preuße ist, auch wenn er sich in der Rolle des Demokraten gefällt, immer zur Beherrschung und Bevormundung anderer Stämme geneigt. Zur Betätigung dieser spezifisch preußischen Eigenschaften darf aber im neuen Reich kein Raum sein. Daher auch die glatte Ablehnung des Entwurfes in der Tagespresse und — soweit bis jetzt ersichtlich — auch bei den einzelstaatlichen Regierungen.

Besonders scharf klingt diese Ablehnung, soweit Bayern in Frage kommt. Und das mit Recht. Alle besonderen Rechte Bayerns, die diesem auf dem Gebiete des Verkehrswesens (Post und Eisenbahn) und der Heeresverwaltung seinerzeit ausdrücklich zugestanden und verfassungsmäßig gesichert wurden, sollen jetzt ohne weiteres durch einen Federstrich beseitigt werden. Die Bedingungen, unter denen die bayerische Volksvertretung im Jahre 1871 ihren Anschluß an das Reich erklärte, sollen also nicht eingehalten, Bayern soll aber trotzdem zum Verbleiben im Reiche gezwungen werden. Das wäre aber Rechtsbruch in aller Form, der auch durch den Hinweis auf die Revolution und ihre staatsrechtlichen Umwälzungen nicht gerechtfertigt werden könnte. Während man von den Feinden einen Rechtsfrieden erwartet, versucht man gleichzeitig, seinen eigenen deutschen Stammesgenossen einen Gewaltfrieden aufzunötigen, der allen Grundsätzen von Treu und Glauben Hohn sprechen müßte. Hat man kein Gefühl mehr dafür, wie solche Dinge auf das Ausland wirken müssen?

Dem Gesandtschaftsrecht, das Bayern in besonderen Verträgen bei seinem Eintritt in das Reich feierlich zugesagt wurde und das gerade in der allernächsten Zeit von ganz besonderer wirtschaftlicher Bedeutung sein wird, soll es nicht besser ergehen. Mit der Ausdehnung der Zuständigkeit des Reichs auf die Errichtung von Betrieben zu Reichszwecken und auf das Enteignungsrecht zu Reichszwecken soll sodann die wirtschaftliche Knebelung der Einzelstaaten vollendet werden. Kein Wunder, daß ein solcher Vergewaltigungsversuch helle Entrüstung in Bayern ausgelöst hat.

Diese wurde noch gesteigert durch den Versuch, die Pfalz von Bayern loszulösen und auch die Zerreißung bayerischer Gebiete südlich des Mains in die Wege zu leiten. Solche abenteuerlichen Pläne müssen in ganz Bayern auf den schärfsten Widerstand stoßen. Es wäre dem Streben nach baldiger Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung im Reiche nur förderlich gewesen, wenn man dem Volke die Kämpfe um diese Dinge erspart hätte.

Wenn es den derzeitigen Machthabern in Bayern wirklich ernst ist mit der Verteidigung der bayerischen Selbständigkeit, ist es ihre heilige Pflicht, sofort den neugewählten Landtag einzuberufen, damit er als die gegebene Vertretung des bayerischen Volkes in dieser entscheidenden Stunde die Meinung des Volkes zum Ausdruck bringen kann. Vielleicht ist durch eine entschiedene Stellungnahme des Landtags in diesen wichtigen Fragen doch noch manches zu verhüten oder zu bessern. Die sofortige Einberufung des Landtags würde aber auch allein dem demokratischen Gedanken entsprechen, der angeblich jetzt das ganze öffentliche Leben beherrschen soll. Das Volk muß unter allen Umständen jetzt möglichst bald durch seine gewählten Vertreter Einfluß gewinnen auf die Gestaltung der Dinge im Reich und in Bayern.

Wenn in der Begründung des Entwurfes abfällig bemerkt wird, daß verschiedene konstituierende Landesversammlungen der Einzelstaaten vor der konstituierenden Reichsversammlung einberufen wurden, so mag diese Tatsache ja Herrn Dr. Preuß für seine einheitsstaatlichen Bestrebungen unbequem erscheinen, jeder gute Deutsche aber, in dem noch ein Funke von Anhänglichkeit an sein engeres Vaterland lebendig ist, wird dies vollständig in der Ordnung finden. Und so mögen denn die einzelstaatlichen Parlamente laut ihre Stimme erheben zur Verteidigung ihrer eigenen Existenz, aber auch zur Bekämpfung des preußischen Geistes, der aus diesem Verfassungsentwurfe und seiner Begründung spricht.

Die Begründung erblickt in den Einzelstaaten samt und sonders lediglich „Zufallsbildungen rein dynastischer Hauspolitik", sie zeugt damit aber nur für die Weltfremdheit ihres Verfassers, der offenbar die Volksstimmung im Süden und Westen des Reichs nicht kennt oder vor ihr absichtlich die Augen verschließt. Ueberhaupt muß der Versuch der Begründung, die gegenwärtige antidynastische Strömung für die Zwecke des

Unitarismus auszubeuten, abgelehnt werden. Gewiß waren die deutschen Fürstengeschlechter — schon im Interesse der Selbsterhaltung — bisher starke Stützen des föderativen Gedankens im Reiche. Allein man würde sich einer schweren Täuschung hingeben, wollte man verkennen, daß dieser Gedanke auch in den weitesten Kreisen des Volkes starke Wurzeln geschlagen hat. Und die Erfahrungen während des Krieges waren nur zu sehr geeignet, die Abneigung gegen jeglichen Zentralismus zu verstärken.

Aber auch gegen die Form, in der sich der Verfassungsentwurf das Zustandekommen der neuen Reichsverfassung denkt, müssen die schwersten Bedenken geltend gemacht werden. Schon bald nach der eingetretenen Umwälzung habe ich in diesen Blättern[1]) die Ansicht vertreten, daß den Einzelstaaten vollständige Freiheit gewährt ist, darüber zu bestimmen, ob sie dem Reich in seiner neuen Form beitreten wollen oder nicht. Später hat Professor Piloty ebenfalls dahin sich ausgesprochen[2]), daß auch zu der jetzt bevorstehenden Erneuerung des Reichs ein vertragsmäßiger Gesamtakt der Bundesstaaten führen müsse. Von einem solchen freiwilligen Zusammenschluß der künftigen Mitglieder des neuen Bundes findet sich aber im Entwurfe keine Spur. Offenbar schwebte dem Verfasser die Absicht vor, die Verfassung einfach durch die Nationalversammlung beschließen zu lassen und dann die Einzelstaaten vor die vollendete Tatsache zu stellen, der sie sich zu fügen hätten. Das wäre wohl preußisch, aber nicht demokratisch gedacht. Von dem vielgerühmten „Selbstbestimmungsrecht der Völker" wäre hier nichts mehr zu finden. Eine solche zwangsweise Entrechtung würden sich auch die Einzelstaaten nicht ohne weiteres gefallen lassen, wie die lauten Proteste aus allen Teilen des Reichs jetzt schon dartun.

Uebrigens muß die Zuständigkeit der Nationalversammlung zu den beabsichtigten schweren Eingriffen in die einzelstaatliche Selbständigkeit und namentlich auch in die bayerischen Sonderrechte durchaus bestritten werden. Die deutsche Nationalversammlung kann ohne die vorausgegangene Zustimmung der Einzelstaaten keine weitergehenden Rechte für sich in Anspruch nehmen als sie der alte Reichstag gegenüber den Staaten hatte. Diesem war jeder Eingriff in die Sonderrechte versagt, also wird auch die Nationalversammlung sich solcher willkürlicher Eingriffe enthalten müssen. Der Entwurf setzt sich aber über solche staatsrechtliche Bedenken leicht hinweg. Wie das Reich jetzt den Feinden wehrlos gegenübersteht, so sollen auch die Bundesstaaten dem Reiche durch diesen Entwurf auf Gnade und Ungnade für alle Zukunft ausgeliefert werden.

Sogar in die Frage, wie die einzelstaatlichen Parlamente künftighin ausgestaltet werden sollen, will man von Reichswegen hineinreden. Während das Reich selbst das Zweikammersystem einführen will, soll den Einzelstaaten (in § 12) ausdrücklich verboten werden, das gleiche zu tun. Ein sachlicher Grund zu einer solchen Maßnahme liegt aber doch nicht vor. Möge man es doch den Gliedstaaten überlassen, die Inneneinrichtung ihres Staatsgebildes so zu gestalten, wie es ihnen selbst am besten dünkt.

Vielleicht gibt man sich aber dabei der stillen Hoffnung hin, daß beim Einkammersystem ein allenfallsiger Widerstand der Einzelstaaten leichter zu brechen wäre und diese um so schneller für das völlige Aufgehen im Reiche reif würden. Die Frage, ob das Ein- oder das Zweikammersystem vorzuziehen wäre, wird übrigens auch in Bayern noch eingehender Erwägung bedürfen. Die provisorische Regierung hat sich für das erstere bereits entschieden, Herr Eisner will aber in den Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten der Regierung eine Macht schaffen und erhalten, mittels deren sie einen unbequemen Landtag jederzeit in Schach halten könnte. Zu erwägen wäre immerhin, ob nicht diese Räte zu einer allgemeinen Ständevertretung auszubauen wären, in der aber sämtliche Stände — entsprechend ihrer zahlenmäßigen und wirtschaftlichen Bedeutung — durch freie Wahl ihrer Organisationen Platz finden müßten. Daneben würde dann gleichberechtigt der jetzige Landtag als eine nach reinen Parteigesichtspunkten vom ganzen Volke zu wählende Volksvertretung aufrecht erhalten bleiben.

Die süddeutschen Regierungen scheinen darauf verzichtet zu haben, an die Spitze ihrer Staatengebilde einen Präsidenten zu stellen. Damit hat man aber bereits einen wichtigen Repräsentanten der Staatshoheit preisgegeben und dem Unitarismus die Wege geebnet. Denn der Ministerpräsident wird, auch wenn er sich persönlich eines größeren Ansehens erfreut als Herr Eisner, doch immer nur einer von den zahllosen Ministern der verschiedenen Freistaaten bleiben, der gegenüber dem Präsidenten des Reichs eine ganz untergeordnete Rolle spielen muß. Die Verkörperung der Staatshoheit und der staatlichen Selbständigkeit kann in einer Republik immer nur in der Person eines über dem Ministerium stehenden Präsidenten erblickt werden. Fehlt eine solche Spitze, dann werden im Reiche die einzelstaatlichen Minister zu einfachen Funktionären des Reichspräsidenten herabsinken. Der Verzicht auf eine solche leitende Spitze ist deshalb an und für sich schon ein Verzicht auf ein Stück staatlicher Selbständigkeit.

Piloty hat sich mit besonderer Schärfe dagegen ausgesprochen, daß ein Gliedstaat allein den Vorzug haben sollte, einen Präsidenten wählen zu dürfen, dem das Präsidium über das ganze Reich zukommen würde. Ein spezifisches preußisches Präsidium als Reichsspitze lehnt er deshalb durchaus ab. Ein solches ist nun auch im Entwurfe nicht ausdrücklich vorgesehen, allein wenn nicht Vorsorge in dieser Hinsicht getroffen wird, werden die Verhältnisse doch tatsächlich zu einer solchen Vormachtstellung Preußens im Präsidium des Reichs führen, mag nun Preußen in seinem jetzigen Gebietsumfang bestehen bleiben oder in mehrere Freistaaten zerlegt werden. Denn wie viele von den vierzig Millionen Preußen werden wohl bei der allgemeinen Volksabstimmung eine solch ungewohnte Bescheidenheit an den Tag legen, zu bekennen, daß an die Spitze des Reichs ein Nichtpreuße treten müsse? Welchen Widerstand hat nicht Graf Hertling wegen seiner süddeutschen Abkunft bei Uebernahme des Reichskanzlerpostens gefunden! Mit der Beantwortung dieser Frage ist aber die Entscheidung darüber, ob jemals ein Nichtpreuße den Präsidentensitz im Reiche einnehmen wird, schon gegeben. Das süddeutsche Element war in der Reichsleitung seit Bestehen des Reichs — mit einziger Ausnahme der Uebergangszeit unmittelbar vor der Revolution — gar nicht oder nur vereinzelt vertreten. Im neuen Reich wird es aber in dieser Beziehung um kein Haar besser bestellt sein.

Uebrigens würde das Uebergewicht Preußens im Reich nach seiner Auflösung in mehrere Freistaaten voraussichtlich noch stärker werden als bei seiner territorialen Unversehrtheit. Denn im ersteren Falle könnte seine Vertretung im Staatenhause bis auf 40 (von 69) Stimmen steigen, während es im letzteren Falle dort nur über 23 Stimmen verfügen würde. Bei Zerstückelung Preußens käme also von vornherein zu der preußischen Mehrheit im Volkshause auch eine preußische große Mehrheit im Staatenhause. Um die übrigen Einzelstaaten und ihre kulturellen und wirtschaftlichen Interessen wäre es dann geschehen.

Die aus diesem Vorherrschen des preußischen Einflusses den süddeutschen Staaten drohende Gefahr wird aber um so größer sein, wenn künftig nicht mehr wie bisher in der Einrichtung des Bundesrates die Möglichkeit einer Vertretung der einzelstaatlichen Regierungen gegeben ist. Bei der in Aussicht genommenen gewaltigen Ausdehnung der Zuständigkeit des Reichs auf wirtschaftlichem, finanziellem und kulturellem Gebiete wird aber dann die in der Entwurfsbegründung so scharf kritisierte „Verpreußung des Reichs" durch eine „Verpreußung der Einzelstaaten" ersetzt werden. Ob der letztere Zustand vom Standpunkt der Bundesstaaten aus vorzuziehen wäre, erscheint doch recht zweifelhaft.

In Ermangelung jeglichen Schutzes gegen noch weitergehende Uebergriffe des Reichs in das den Einzelstaaten noch verbleibende kleine Gebiet der selbständigen Betätigung steht dann der vollständigen Aufsaugung der letzteren durch das Reich nichts mehr im Wege. Fürwahr Aussichten, die unseren deutsch-österreichischen Stammesbrüdern den Anschluß an das Reich nicht besonders verlockend erscheinen lassen können. Wenn beim Verfasser des Entwurfes die Absicht bestanden hätte, die Deutsch-Oesterreicher vom Beitritt zum Reich abzuschrecken, was ja bei dem sonderbaren Auftreten des bayerischen Gesandten Ackermann immerhin nicht ganz ausgeschlossen erscheinen könnte, dann wäre dieses Ziel durch den Entwurf allerdings vollständig erreicht. Die Begründung spricht zwar von dem „Selbstbestimmungsrecht der deutschen Nation", dabei wird aber von dem Selbstbestimmungsrecht der einzelstaatlichen Völker in Zukunft keine Rede mehr

[1]) „A. R." Nr. 47 vom 23. November 1918.

[2]) „Bayer. Staatszeitung" Nr. 299 vom 24. Dezember 1918.

sein können. Würde dieser Entwurf Gesetz, dann lautete die Parole für uns in Bayern künftig: Schweigen, zahlen und dulden! Und das wäre der Dank des Reichs für alle die großen Opfer an Blut und Gut, die gerade Bayerns Volk zur Verteidigung des Reichs gebracht hat!

Die voraussichtliche Stellung der einzelnen Parteien zu dem Entwurfe ist noch nicht durchweg klar zu erkennen. Der sozialdemokratische Minister Auer hat ihn ja in der „Münchener Post“ abfällig besprochen, doch war die Kritik auffallend zurückhaltend. Und der Berliner „Vorwärts“ hat einer Besprechung des Entwurfes seine Spalten geöffnet, in der direkt gesagt ist, auf sozialdemokratischer Seite müsse mit Entschiedenheit und Festigkeit dafür gesorgt werden, den Entwurf durchzusetzen, „der den einzigen Ausweg aus unseren unheilbaren Schwierigkeiten weist“. Man scheint also auf dieser Seite doch nicht ganz abgeneigt, den Spuren des Herrn Preuß zu folgen. Das würde auch vollständig der bisherigen Haltung der Sozialdemokratie entsprechen, die ja immer im Reichstag zu den strammsten Unitariern gehört hat. Um so mehr ist aber Aufklärung und Mahnung zur Vorsicht auf unserer Seite am Platze.

Die Presse des bayerischen Linksliberalismus lehnt den Entwurf entschieden ab und es mag ja auch sein, daß die Mehrheit der „Deutschen Volkspartei in Bayern“ auf dem gleichen Standpunkt steht. Anders aber die „Deutsche demokratische Partei“, deren Bestandteil die erstere in der Nationalversammlung bilden wird. Das offizielle Organ der Demokratischen Partei, die „Demokratische Partei-Korrespondenz“, stellt sich rückhaltlos auf den Boden des Entwurfes, ist also mit der Vernichtung der Einzelstaaten vollständig einverstanden. Wird nun der bayerische Flügel der Partei in der Lage sein, eine Aenderung dieser Stellung herbeizuführen? Zweifel an dieser Möglichkeit sind wohl berechtigt. Im Gegenteil werden, wenn die „Demokratische Partei“ ebenfalls, wie dies die „Deutsche Volkspartei“ in ganz undemokratischer Weise getan hat, den Fraktionszwang einführen sollte, die Bayern gar nicht in der Lage sein, gegen den Entwurf Stellung zu nehmen. Und zahlreiche bayerische Wähler, die der Deutschen Volkspartei ihre Stimme gegeben haben, werden jetzt zu spät einsehen, daß sie dazu beigetragen haben, der bayerischen Selbständigkeit das Grab zu schaufeln.

Mit dem Programm der Bayerischen Volkspartei steht der Entwurf im direkten Widerspruch. Dieses Programm verlangt „Zusammenschluß der deutschen Staaten auf föderativer Grundlage.“ „Der Forderung, daß alle Einzelstaaten aufgehoben und eine einheitliche deutsche Republik geschaffen wird, werden wir den äußersten Widerstand entgegensetzen“, heißt es in Ziff. 7 des Programms. Da der Entwurf aber einen erheblichen Schritt zu einer solchen einheitlichen deutschen Republik darstellt, versteht es sich von selbst, daß die auf das Programm der Bayerischen Volkspartei gewählten Abgeordneten zur Deutschen Nationalversammlung diesem Entwurfe ihre Zustimmung unter keinen Umständen geben können. Das gleiche gilt selbstverständlich auch für die Mitglieder des Bayerischen Landtages, wenn der Entwurf ihm zur Entscheidung unterbreitet werden wird. Möge diesen dann das verdiente Schicksal erreichen!

Das Gute hat aber der Entwurf, daß bei seiner Besprechung in ganz Süddeutschland mit elementarer Gewalt die entschiedene Abneigung des Volkes zum Ausdruck kam, irgendwelchen weitgehenden unitarischen Strömungen nachzugeben. Möge man in Berlin und in Weimar auf diese Volksstimmung Rücksicht nehmen. Ihr nicht Rechnung tragen zu wollen, hieße dem Reichsgedanken im deutschen Süden schweren Schaden zufügen.

Bei Abschluß der vorstehenden Ausführungen kommt die Nachricht, daß die oben erwähnte, aus Vertretern der deutschen Freistaaten gebildete Kommission sich auf ein provisorisches Grundgesetz geeinigt hat, das sofort der Nationalversammlung zur Beschlußfassung vorgelegt werden soll. Wenn es richtig ist, daß dieses Grundgesetz im wesentlichen den Spuren des Preuß'schen Entwurfes folgt, so würde das nur beweisen, wie berechtigt der vorstehende Warnungsruf war. Sollte sich diese Nachricht bewahrheiten, dann würde aber auch die an diesem Beschluß beteiligten Vertreter der Einzelstaaten schwere Verantwortung treffen. Die letzte Hoffnung müßte dann auf die Nationalversammlung gesetzt werden. Möge diese das deutsche Volk nicht enttäuschen!

Das fünfte Kriegsjahr.

Wochenschau von Fritz Nienkemper, Berlin.

Das Wahlergebnis im Reiche: verhältnismäßig gut.

Eine starke Vermehrung der sozialdemokratischen Mandate war selbstverständlich geworden, nachdem die alten Autoritäten gestürzt, die städtischen und ländlichen Wahlkreise als Massenbeute zusammengeworfen und die Jugend von 20 Jahren mit dem Wahlrecht beschenkt worden war. Wer im Rohre sitzt, schneidet sich Pfeifen. Nicht das Anwachsen der sozialdemokratischen Fraktion um 50 Prozent ist zu bewundern, sondern vielmehr die Nichterlangung der roten Mehrheit. Vielleicht hätte die Sozialdemokratie die absolute Mehrheit erlangt, wenn die Wahlen zur Nationalversammlung in der ersten Maienblüte der „Revolution“ stattgefunden hätten, als die Scheidemänner und die Unabhängigen noch im Kondominium beieinandersaßen und der tolle Spartakus noch nicht so viel Porzellan zerschlagen hatte. Inzwischen ist viel Reif gefallen in der sozialistischen Frühlingsnacht; die einseitige Klassenherrschaft hat sich schlecht bewährt. „Reaktion“ nennt man das im Jargon der Linken.

Es war eine gesunde Reaktion aus dem schwer geprüften Volkskörper heraus. Wir denken dabei nicht an irgend ein „gegenrevolutionäres“ Experiment, sondern nur an die heilsame Bremse, die den demokratischen Staatswagen vor dem Absturz bewahren soll, ohne ihn zum Krebsgang zu zwingen. Fortschritt, ja; aber in Frieden, Freiheit, Fleiß und Vernunft zum allgemeinen Wohle! Das ist die Willensmeinung der Wählerschaft.

Das Charakteristische des Wahlergebnisses ist einerseits der glorreiche Erfolg des Zentrums, andererseits die schwere Niederlage der „Unabhängigen“.

Das Zentrum kehrt ungefähr in der alten Stärke wieder. Eine Ueberraschung für seine Gegner und Neider, die sich dem Glauben hingegeben hatten, die Macht des Zentrums beruhe auf den Privilegien der dünner bevölkerten Einzelwahlkreise und werde schwer erschüttert werden durch die ungehemmte Massenwahl. Und doch ist das Zentrum die zweitstärkste Partei in der Volksvertretung geblieben. Das Aufgebot der Frauen hat offenbar der christlichen Volkspartei nicht geschadet; der zeitige Reichskanzler Ebert vermutet sogar, das weibliche Wahlrecht habe dem Zentrum Vorteil gebracht, was für die vielgerühmte Organisation seiner eigenen, roten Partei abfällig klingt. Das Wahlrecht der Jugendlichen ist gewiß den extremen, abenteuerlichen Richtungen vorteilhaft; es scheint aber, daß der junge Nachwuchs in unseren Kreisen sich im ganzen besonnen gezeigt und seiner Erziehung in christlicher Familie und Schule Ehre gemacht hat. Der Gesamterfolg des Zentrums wäre aber doch nicht zu erreichen gewesen, wenn nicht eine große Masse der industriellen Arbeiterschaft trotz aller Umwälzungen, aller Versuchungen und aller Pressionen der alten Fahne der christlichen Sozialreform treu geblieben wäre. Das ist von durchschlagender Bedeutung und berechtigt zu der Hoffnung, daß wir schließlich aus der roten Sturmflut doch die wertvollsten Kulturgüter und auch den inneren Frieden sowie den Wiederaufschwung der schaffenden Arbeit retten werden.

Am Gegenpol steht das zusammengeschmolzene Häuflein der Unabhängigen. Diese grellrote Gruppe war nicht zufrieden mit der Hälfte der Herrschaft, die ihr der blaßrote Bruder eingeräumt hatte. Sie wollte die ganze Diktatur an sich reißen, und zwar mit listiger Ausnutzung des spartakistischen Terrors. Die Schleicher um Haase und die Wagehälse um Eichhorn hatten freilich guten Grund, an einem Wahlerfolg auf dem ehrlichen demokratischen Wege zu verzweifeln. Obschon sie die Verleumdung wegen der „Ermordung“ von Liebknecht und Rosa Luxemburg in letzter Stunde skrupellos ausnutzten, brachten sie es nur auf zwei Dutzend Mandate, während die rote Regierungspartei 164 Mandate errang. Soweit ist das Wahlergebnis ein vernichtender Richterspruch des Volkes über die Terroristen und Bolschewisten, über die Straßenhelden und Streikhetzer.

Hätte die Sozialdemokratie im ganzen noch einige Dutzend Mandate mehr ergattert, so wären die Ebert und Scheidemann in die Versuchung geraten, zur Herstellung einer roten Mehrheit und einer rein sozialistischen Regierung wieder mit den falschen Unabhänigen anzubändeln. Diese schwere Gefahr für den Frieden und für die Erwerbstätigkeit ist jetzt ausgeschlossen. Die Partei Ebert-Scheidemann muß mit den bürgerlichen Parteien sich ins Einvernehmen setzen.

Am nächsten steht ihr die Deutsche demokratische Partei, d. h. der Linksliberalismus, der sich aus den ehemaligen Freisinnigen und einem Teile der Nationalliberalen zusammensetzt. Der Zahl nach reichen diese beiden Parteien zur Mehrheitsbildung aus. Daraufhin hat man schon einen Linksblock an die Wand gemalt. Als ob das Experiment des Fürsten Bülow, mit einer zusamengerafften knappen Mehrheit die übrigen Parteien kalt zu stellen, ungestraft wiederholt werden könnte! Vestigia terrent! Der einseitige Linksblock könnte nur so lange regieren, als die demokratische Partei sowohl in sich als mit der tonangebenden Sozialdemokratie vollständig einig wäre und bliebe. Dazu sind die Aussichten schlecht. Die Nationalliberalen sind nicht ohne Eierschalen in die demokratische Partei getreten. Sie werden nicht einfach alle Brücken abbrechen zu ihren ehemaligen Genossen und Nachbarn von den Rechtsparteien, die ihrerseits unter den schwierigen Verhältnissen mit 60 Mandaten gut abgeschnitten haben. Vor allem ist das Schwergewicht der 88 Zentrumsstimmen nicht so leicht auszuschalten. Am wenigsten auf dem wichtigen sozial- und wirtschaftspolitischen Gebiete, wo das Zentrum seit Jahrzehnten der Bahnbrecher der gesunden Reform gewesen ist. (Nebenbei bemerkt darf man hoffen, daß die Absonderung der bayerischen Volkspartei das Zusammengehen in den entscheidenden sachlichen Fragen nicht stören wird. Es ist der alte Geist, der lebendig macht).

Also seien wir zufrieden mit dem Erreichten. Es lohnt sich, weiter zu streben und zu schaffen. Noch ist Deutschland nicht verloren.

Weimar und Preußen.

Nach dem Selbstmord der herkömmlichen „Reichshauptstadt" mußte für die Nationalversammlung ein anderer Platz gesucht werden. Das kleine Weimar mit seinem Theaterraum ist ein Notbehelf. Das Parlament wird sich dort nur wohl fühlen, wenn die Tagung recht kurz ist. Sonst werden die Unterkunftsschwierigkeiten die Sehnsucht nach der Großstadt mit ihren bequemeren Einrichtungen wieder wecken.

Auf die Abkürzung der Konstituante scheint auch die Regierung hinzustreben. Der Staatssekretär des Innern Dr. Preuß hatte mit Stift und Lineal auf der geduldigen Landkarte einen grundstürzenden neuen Bauplan für das Reich entworfen, dessen Kernpunkt die Aufteilung des preußischen Staates war. Für manche hat ja der Gedanke, daß der übermächtige Präsidialstaat verschwinden und in harmlose Gebilde von rund 2 Millionen Einwohner sich auflösen soll, auf den ersten Blick etwas bestechendes. Bei näherer Prüfung ergibt sich jedoch, daß das Schicksal des großen Bruders auch den mittleren Gliedstaaten verhängnisvoll zu werden droht. Wo wird man Halt machen bei der Aufräumung der historischen Staatsgebilde? Je schwächer die Gliedstaaten werden, desto stärker wird die Reichsgewalt unter den politischen und wirtschaftlichen Einheitstendenzen. Der Föderalismus wird unterhöhlt; die Zentralisation schreitet fort, und auf den Trümmern der alten Einzelstaaten bildet sich das Reich als Einheitsstaat. Wer diese Mediatisierung für sich und seinen Stamm nicht wünscht, dürfte auch vorsichtig sein gegenüber dem alten Preußen, das zwar nicht viel Liebe gefunden hat, aber doch einen gewissen Respekt verdient.

Die Regierung hat auf einer Konferenz der Staatenvertreter viel Wasser in den Schaumwein des radikalen Staatssekretärs gegossen. Man will das Programm für die Konstituante beschränken auf ein Notgesetz für die Einrichtung einer verhandlungsfähigen Regierung und für die Weiterführung der Geschäfte. So kann Zeit gewonnen werden für die gründliche Prüfung und ruhige Abwägung der künftigen staatsrechtlichen Verhältnisse.

Was uns auf den Nägeln brennt, ist ja der Grenzschutz im Osten und der Friedensschluß. Wir müssen schon froh sein, daß Wilson es wenigstens durchgesetzt hat, den Polen und Tschechen eine Warnung vor ihren Raubversuchen zukommen zu lassen. Wilsons Einfluß ist unsere einzige Hoffnung. Er hat offenbar den Willen, einen gerechten Frieden durchzusetzen; darauf deutet auch seine Rede bei den Verhandlungen der alliierten Friedenskonferenz über den Völkerbund am Samstag, wo er sagte, es sei nötig, die öffentliche Meinung der ganzen Welt zufriedenzustellen, und er würde es nicht wagen, als Vorkämpfer des Weltfriedens in irgendeinem Punkte ein Kompromiß zu schließen und auch nur einen einzigen Punkt seines Programms umzustoßen. Um Wilsons Einfluß zu fördern und nutzbar zu machen, können wir nichts Besseres tun, als schnell eine Regierung schaffen, die vom Auslande anerkannt und im Inlande respektiert wird. Das Wahlergebnis erleichtert diese dringendste Aufgabe.

Winterstimmung am Rhein.

Nun trägt der Rhein sein weisses Winterkleid,
Die Ufer säumen glitzernde Kristalle,
Die Berge träumen flockenüberschneit
Und leuchtend blaut des Himmels Kuppelhalle.
Fürwahr, die weisse Schönheit steht ihm gut,
Dem Silbergreis, dem alten Vater Rhein,
Auf dessen eisumblitzter, blanker Flut
In losem Spiel beschwingte Möwen schrei'n.

Gleich einem schroffen, schneebedeckten Firn
Erhebt im klaren Mittagssonnenstrahle
Der Ehrenbreitstein seine Felsenstirn
Und steht ein treuer Wächter überm Tale.
Kahl und verödet ruh'n die Rebenhügel,
Die schöngeschwung'nen, in erstarrter Ruh,
Der Winter deckt mit weichem Silberflügel
Der Burgen zackiges Gemäuer zu.

Rotgoldnes Licht fliesst um die schlanken Zinnen
Der alten Stadt, die Giebel schimmern bleich,
Und Feenhände breiten feines Linnen
Um Busch und Bäume, zart und schleierweich.
Im weissen Winterschmuck, — so lieb' ich ihn,
Den stolzen Strom, verklärt vom Sonnenball.
O, schön ist er im Königshermelin,
Wenn er die Krone trägt aus Eiskristall!

Josefine Moos.

Wir kommen nicht vorwärts.

Von Landtagsabgeordneten Hofrat H. Osel, Pasing.

Alle Politik ankert letzten Endes in der Wirtschaft. Wirtschaft setzt die Arbeit aller voraus, die der Hand und die des Geistes. Wenn der Spartakusmann Drach in Berlin gegenüber Lachmann-Mosse anläßlich der Besetzung des „Berl. Tagblattes" des Bolschewiki Radek Theorie vertrat: „erst müsse alles zerstört werden, damit sich dann, mit Einrichtungen der Vergangenheit nicht mehr belastet, die überlebende (!) Menschheit ein neues Leben aufbauen könne", so ist selbst diese Wahnsinnsidee nur durch die Zusammenarbeit von Hand und Geist zu verwirklichen. Arbeiter allein werden nie ein großes Unternehmen gründen und verwalten können und Fortschritte erzielen. Deshalb verlangen die Trotzki und Genossen heute schon Direktoren mit 50,000 Rubel und mehr Gehalt. Zur Wirtschaft gehört Ordnung. Diese bedingt Unterordnung der Vollziehenden unter die Ordnenden. Haben wir in Deutschland Ordnung, so wird all das heute in Privathänden zurückgehaltene Kapital, die Kassenscheine, das Kleingeld, wieder in den Verkehr strömen und das Wirtschaftsleben befruchten. Dann braucht es keinerlei Drohungen und Gewalt. Wir haben heute zuviel sich aufhebende Vorschriften. Wenn reiche Industrielle und Handelsherren in das Ausland reisen wollen, um Geschäfte, die eben nur der Chef machen kann, einzuleiten, verlangt man hohe finanzielle Sicherheiten. Wo der Besitz daliegt, sollte man nicht Hunderttausende von Mark als Depot verlangen. Denn erstens sind sie gar nicht leicht zu beschaffen, zweitens sind für Geschäfte im Ausland heute selbst Summen nötig, die ein Vielfaches des vor dem Krieg nötigen Kapitals betragen. Unsere Valuta ist erbärmlich. Diese Härte der deutschen Vorschriften ist doppelt schwer, nachdem die Entente anläßlich der Verlängerung des Waffenstillstandes am 13. Dezember 1918 zu Trier protokollarisch einfach vernichtende Forderungen für unser Auslandsgeldgeschäft aufgestellt hat. Sollten wir Deutsche doch bloß mit Genehmigung der Alliierten über den Reichsbank-Goldschatz, über Auslandsguthaben und Devisen, selbst über die Versendung ausländischer Wertpapiere verfügen dürfen. Das heißt, daß wir selbst unsere Schulden ohne Genehmigung der Entente nicht zahlen dürfen, und dieser Zwang ist der sichere Tod des letzten

bißchen Kredits, den wir im Ausland haben, sei es Staats- oder Privatkredit!

Angesichts dieser Haltung des rachsüchtigen Feindes hätten die Regierenden alle Ursache, jede Erschwerung ihrerseits, die den Auslandsverkehr berührt, zu beseitigen.

Ich habe in der letzten Sitzung des alten Uebergangswirtschaftsausschusses den Herren Segitz und Timm gegenüber erklärt, daß wir vielleicht bereit sind, steuerlich in bezug auf Erfassung der Vermögen fast bis ans Ende mit der Sozialdemokratie zu gehen, wenn — es der Internationale gelungen ist, diese Erfassung in allen Konkurrenzstaaten durchzuführen. Vielleicht, daß manchem Leser dieser Satz nicht gefällt. Aber man muß sich klar sein darüber, daß das Rad der Entwicklung auch im Wirtschaftsleben weiterrollt und höchstens im Tempo gehindert werden kann. Zurückdrehen auf das, was vor dem Kriege war, ist ein vergebliches Beginnen. Das bedeutet natürlich keinen Freibrief für alle sozialistischen Wirtschaftspläne, die eben, rein materialistisch erdacht, die Bedeutung, welche dem weltwirtschaftlich verankerten Wirtschaftsleben und der Verschiedenheit des sich betätigenden Menschengeistes zukommen, außer acht lassen. Führende sozialistische Männer im Reich und in Bayern erkennen das. Allein darunter sind auch solche, die nicht den Mut, vielleicht auch gar nicht das Verständnis haben, es den noch unter der Revolutionspsychose stehenden Massen zu sagen. Man will die Formen der Revolution retten und gefährdet so den ganzen Inhalt, denn auch die Volksrepublik besteht nur solange, solange sie wirtschaftlich bestehen kann. Sonst bleibt die Reaktion nicht aus, die geschichtlich immer erst das Chaos, dann die despotische starke Hand war.

Ordnung setzt auch Ordnung der Finanzen des Staates voraus. Wie sieht es hier im Reich und in Bayern aus? Vom Reich, von Preußen, wissen wir aus dem Munde der heutigen Finanzleiter, daß sie das Elend kommen sehen. In Bayern aber hält der Finanzminister alles für gut. Ob auch sein sozialistischer Staatsrat, der doch kein bloßer Dilettant ist? Selbst möchte ich diese Frage mit „nein" beantworten. Klarheit muß dem Volke werden. Ich fürchte, der klardenkende Oberbürgermeister von Nürnberg hat recht, der bayerische Finanzminister unrecht. Darüber kann niemand Freude, Schadenfreude, empfinden, denn tragen muß die Schuldenlast das ganze Land, auch der Arbeiter. Daher habe man den Mut zum Bekenntnis. Geht auch viel auf das Konto der Revolution, bei der sich stets die Leute „mit leeren Rucksäcken" und leeren Taschen, aber um so weiterem Gewissen einstellen; alles, was wir jetzt an Mehrlasten haben, ist nicht Schuld der „Revolutionsgewinnler".

Die Verantwortung aber trägt für alles die Revolutionsregierung, die in aller Absicht das sog. Bürgertum von der Regierung fernhält, obwohl sie erkennen müßte, daß die „Räte" allein nicht fähig sind, die Staatsmaschine in Gang zu halten. Es werden sich hoffentlich keine „Liquidatoren" finden, die den Verantwortlichen die Klarlegung unseres Finanzstandes im Staat vorher abnehmen. Dem „Bürgertum" aber, der Industrie, dem Handel, dem Handwerk und der Landwirtschaft obliegt es, gleichfalls zu erkennen, daß einerseits die Beziehungen zwischen Kapital und dem Arbeiter nicht mehr in der früheren Art und Weise zugunsten des ersteren allein sich regeln lassen, daß aber auch im Zusammenfassen, in der Organisation allein noch der Boden gefunden werden kann, auf dem der Besitz wirtschaftlich existenzfähig bleiben bzw. wieder werden kann. Ohne Einbeziehung des Staates in die Erfüllung einzelner wirtschaftlicher Funktionen, die für die Allgemeinheit von Bedeutung sind, geht es dabei nicht ab. Nur vor der wahllosen eiligen Vergesellschaftung, die einzelne „Intellektuelle" der Gruppen der ganz links gerichteten Arbeiterschaft kenntnis- und verständnislos predigen, müssen wir uns hüten. Ach, es wird letzten Endes überall mit Wasser gekocht und Not lehrt auch wirtschaftlich beten. Selbst Eisner ist von übertriebenen „Verstaatlichungsgedanken" — allerdings vorläufig — abgerückt.

Und noch eines dürfen wir nicht verschweigen. Unser deutscher Großhandel, die Industrie, sie wird der Gefahr der härtesten Schwächung durch das Ausland ausgesetzt sein. Da ist es gut, daran zu denken, das Ausland auf dem Wege der Interessengemeinschaft finanziell an unserem Wirtschaftsleben zu interessieren. Lieber einen ausländischen, vielleicht übermächtigen Gesellschafter und Rohstoffe und Arbeit, als allein, selbständig und vor dem sicheren Untergang. Das ist das Schicksal der „Kolonien", das uns droht! Würde die Landwirtschaft noch durch dauernde Zollfreiheit zugrunde gerichtet, so wäre uns auch der deutsche Inlandsmarkt geschwächt. Und die hohen Getreidepreise blieben nicht aus. Uebrigens eine harte Nuß für die Leute vom Bauernbund: die Zollfreiheit! Da wird es Scherben in der „Bündnispolitik" geben. Bei dem Auftritt im Porzellanladen wird die Deutsche bzw. Demokratische Volkspartei auch beteiligt sein. — Letzten Endes: Die 67 Millionen Deutscher müssen doch wieder vorwärts, wenn auch über ein Trümmerfeld. Und das geht nicht ohne uns. Das sollen die Herren „Nurpolitiker" aller „Linken" sich sagen. Sie markieren Hans Naivus. Mit der Bayerischen Volkspartei möchten sie wirtschaftlich, mit den Sozialisten „kulturell freiheitlich" als „Zünglein an der Wage" arbeiten, indes ihr Stammhaus „Demokratische Partei" in Preußen — „Berl. Tageblatt" — „Frankfurter Zeitung" mit den Sozialisten zusammen an der Beherrschung Bayerns und der anderen Bundesstaaten durch das sozialistisch-„demokratische" Neupreußen-Reich arbeiten. Man will Bayern als Republik dem Namen nach erhalten, sonst aber die „Verkehrs-, die Militär-, die Steuerhoheit uns nehmen und durch die „Vergesellschaftung" auch nationale bayerische Wirtschaftsgüter uns entziehen (s. Reichselektrizität!). Anstatt mit uns Herrn Eisner energisch zu treten, sofort, gleich Baden, eine eigene bayerische Armee, die wir in Gestalt einer Miliz verlangen, zu schaffen, beschimpft man uns als Reichsfeinde. So bleiben die Kasernen Kasernen, anstatt sie für Wohn- und Arbeitszwecke in großem Umfang frei zu erhalten. So kümmern sich die Herren nicht darum, was mit Bayerns Rechten als Anlieger am Rhein und an der Donau wird, und werden ihrer alten Liebe „die Ueberführung von Bayerns Eisenbahn und Post in Reichsgewalt" nicht untreu werden. Beachten wir, daß ein Hauptdemokrat, Prof. Preuß, der Verfasser des ungeheuerlichen Reichs-Verfassungs-Entwurfes ist! Und Schul- und Kirchenrecht werden die „Berliner Tageblatt"-Mosse und Genossen mit Ebert und Genossen in der „Reichsverfassung" so knebeln, daß die Bundesstaaten bloß mehr „an der Leine gehen" können. Die liberalen Bramarbasse werden indeß noch gewahr werden, daß ihre Ueberschläue in der Praxis anders wirkt als sie denken. Der Liberalismus hat auch in der Stunde von Deutschlands tiefster Erniedrigung seine Tiraden gegen „Reichsfeinde" nicht vergessen, stellt sich auch heute wieder als Retter des Reiches hin und wird ebenso wie früher an seiner Drehscheibenrhetorik zu schanden werden. Sein Grammophon hat bloß neue Platten mit alten Melodien. Als Text wurde früher „Heil, unserm König Heil!" erwählt, jetzt ist die Marseillaise beliebt. Trotz des „katastrophalen Zusammenbruchs", von dem die „M. N. N." faseln, steht die Bayerische Volkspartei. Die nächste Wahl wird es noch mehr beweisen.

Zur neuen Lage.

Von Kirchenrat Schiller, Nürnberg.[1])

Deißmann, der protestantische Professor — Faßbender, der katholische Professor, beide weitbekannte Namen, Männer, welche bisher schon vieles ausgerichtet haben im Reiche Gottes auf Erden, heute in ihrer Vereinigung geben sie einen besonders schönen, verheißungsvollen Klang. Deißmann-Faßbender, wie ist uns denn? ist's nur ein Traum oder Wirklichkeit? Endlich, endlich bricht langsam hindurch, was wir ersehnt haben seit bald siebzehn Jahren, wofür wir gekämpft und geduldet haben. Der „Friedensapostel", der „Friedensschalmeibläser" waren ja Beinamen, die nicht aufzuregen brauchten. Aber auch andere Tonarten mußten wir kennen lernen. Nun ist die Zeit der Angriffe und der Anschuldigungen vorüber, sie liegt hinter uns und erreicht ist, was uns seit Jahren als erstrebenswertes Ziel vorgeschwebt hat: der Zusammenschluß gläubiger Katholiken und Protestanten im Interesse beider Kirchen, heute uns aufgedrängt durch die Nöte und Wirren der Gegenwart inmitten schwerster Heimsuchungen des deutschen Volkes. Es geschehen Zeichen und Wunder: selbst die „Wartburg" greift in der Not der Zeit zu dem gleichen Rezept und empfiehlt das-

[1]) Die Redaktion gibt den sehr bedeutsamen Ausführungen gerne Raum, ohne jede Einzelheit, wie etwa den Anschein einer gewissen Resignation, teilen zu wollen.

selbe Zusammengehen. Es ist hohe Zeit, daß man den Abgrund erkennt, an dessen Rand wir stehen. Nicht umsonst geben die kirchlichen Obrigkeiten beider Konfessionen eindringliche Erklärungen ab, um die Gemeinden aufmerksam zu machen auf das, was heute auf dem Spiele steht. Nicht als ob wir für den Bestand unserer Kirchen Befürchtungen hegen müßten. Die Kirche Jesu Christi steht auf ewigem Grunde, solange sie das Hoffnungspanier des Gekreuzigten und Auferstandenen hochhält. Seit zweitausend Jahren hat sie noch alle Verfolgungen, von welcher Seite sie auch ausgehen mochten, siegreich überstanden. Sie wird auch in den Stürmen der Gegenwart nicht untergehen. Sie braucht nicht zu erzittern, wenn auch der Hölle Pforten sich auftun. Auch die Wetterwolke, welche heute so viele ängstlich macht, wird sich verflüchtigen. Ernst, blutig ernst ist freilich die derzeitige Lage des ganzen deutschen Volkes. Auch unsere Kirchen sind tief hineinverstrickt in die Jammerlage des vormals so stolzen, selbstbewußten Staates. Sind sie doch auch heute noch so fest verankert in dem Leben des Volkes, mit allen Fasern ihres Daseins in die Not des Volkes hineingezogen. Die Erschütterung und Zertrümmerung des alten Rechts mußte ja auch die verfassungsmäßigen Grundlagen der Kirchen in Mitleidenschaft ziehen und ins Wanken bringen. Ein Vergewaltigungsversuch löst den andern ab. Die Axt, welche an die Wurzeln des deutschen Lebensbaumes gelegt ist, wird auch gegen die Kirchen geschwungen und niemand kann sagen, was die Zukunft bringen wird. Das eine freilich wissen wir, daß, wenn dem kirchenfeindlichen Geist das Recht eingeräumt wird, die Neuordnung zu schaffen, wir den traurigsten Zeiten entgegengehen. Vergessen ist bei den Neuerern, daß der Herzschlag des menschlichen Lebens, auch alles staatlichen Lebens die seelische Welt, die himmlische Welt des Glaubens und der Freiheit in Gott und aus Gott ist. Täuschen wir uns doch nicht: Das Band zwischen Staat und Kirche ist heute schon so gut wie durchschnitten. Wir stehen vor einer nahezu vollendeten Tatsache und werden auch von der Nationalversammlung nicht viel anderes erhoffen dürfen. Wir haben uns nun einmal damit abzufinden und können nur fragen: Wie richten wir uns am besten ein? Mögen evangelische Oberkirchenräte und Generalsynoden Widerspruch erheben gegen einseitige Maßnahmen, welche in die inneren Beziehungen zwischen Staat und Kirche eingreifen — wer kümmert sich darum, wer fragt darnach? In welch ergreifender Weise haben deutsche Erzbischöfe und Bischöfe im Norden und Süden sich an die Gläubigen ihrer Diözesen gewendet: „Wir legen die schärfste Verwahrung ein gegen den Plan, Kirche und Staat voneinander zu trennen. Die Gegner Christi und der Kirche wollen trennen, was von Gottes und Rechts wegen zusammengehört. Der Staat als solcher will keine Religion und keine Kirche mehr kennen, will sich um Religion und Kirche nicht mehr kümmern. Die lebensvolle Verbindung, die zwischen unserem Volk und der Kirche seit vielen Jahrhunderten bestanden hat und besteht, soll jäh zerrissen und zerschnitten werden. Der Name Gottes soll aus der Oeffentlichkeit verschwinden. Der Religionsspötter soll den Namen Gottes ungestört lästern dürfen. Das heilige Kreuz soll aus den Schulen verbannt werden. Jede staatliche Unterstützung soll künftighin wegfallen. Der Staat sagt sich selbst von feierlich verbrieften Verpflichtungen los und wird weder zu Kirchenbauten, noch zum Unterhalt der Geistlichen etwas beitragen. Ebensowenig wird er zur Einziehung der Kirchensteuern behilflich sein. Die theologischen Lehrstühle an den Universitäten werden eingezogen. Alles was Religion heißt, wird aus den Schulen verbannt. Für das wichtigste Erziehungs- und Unterrichtsfach gibt es im Schulplan keinen Platz mehr."

Sollte das deutsche Volk wirklich so kirchenfremd und -feind, so religionslos geworden sein, daß es gegen solche ungeheuerlichen Zwangsmaßregeln mit keiner Wimper zuckte? Wir glauben doch, daß, wenn die Männer schwiegen, die Mütter und Frauen reden würden. Von ihnen läßt sich erwarten, daß sie mit Rücksicht auf das Seelenheil, auf die Zukunft ihrer Kinder das Heiligste sich nicht rauben lassen werden. Wer die Augen nicht verschließt, kann leicht beobachten, daß weite Kreise unseres Volkes von den neuesten Bestrebungen, die Religion aus der Schule zu weisen, nichts wissen wollen. Will die Schule nicht bloß Wissen vermitteln, sondern erziehen, so muß sie Gottesfurcht und sittliche Lebensanschauung in die Herzen der Jugend einpflanzen. Der Mensch ist nun einmal in all seinem Tun und Lassen von seiner religiösen Weltanschauung, von seinen sittlichen Begriffen abhängig. Darum würde die Beseitigung des Religionsunterrichtes aus der Schule und seine beabsichtigte Ersetzung durch einen farblosen religionsgeschichtlichen Moralunterricht geradezu verheerend wirken. Vielleicht, daß auch wir selbst früher zu wenig darauf geachtet haben, was wir alles an unserer christlichen Schule hatten. Wir nahmen es als etwas ganz Natürliches und Selbstverständliches hin, den christlichen Religionsunterricht in jedem Lehrplan vorzufinden. Die ganze Erziehungsarbeit ruhte auf dem Boden des Christentums. Bricht dieses alles zusammen und wird der Schule der Zukunft der christliche Charakter geraubt, so kann von einer sittlichen Ertüchtigung unserer Jugend keine Rede mehr sein. Eine deutsche Schule ohne öffentlichen, lehrplanmäßigen Religionsunterricht ist ein Unding, ein Frevel gegen den Geist der deutschen Kultur. Man sagt wohl, Religion sei Privatsache. Das ist falsch. Das ist eine Verwechslung mit Religiosität, welche etwas rein Persönliches ist. Die Religion selber ist ein Kulturfaktor ersten Grades. Sie ist der Stecken und Stab für Millionen und die sittliche Triebkraft im Staatswesen und für dasselbe. „Sie ist, was der Sauerstoff in der Luft, was das Blut im menschlichen Körper ist." Ist nun die Kirche die Pflegerin und Wahrerin des religiösen Lebens, so wäre die Ausmerzung der Religion aus dem Volksganzen gleichbedeutend mit einem vernichtenden Schlag gegen das gesamte Volkswohl.

Niemand kann sagen, wann der letzte Leidensbecher uns eingeschenkt werden wird. „Deine große herzliche Barmherzigkeit hält sich hart gegen uns", lesen wir bei dem Propheten Jesaja (65). Dies trifft buchstäblich zu. Und doch wird auch hier das Wort Heraklits „Alles fließt, alles geht vorüber," zu Recht bestehen. Es wird nicht allzulange währen, so wird der freie „Volksstaat" erkennen, was er entbehrt und wohin er gerät, wenn er den Kirchen einen Fußtritt um den anderen versetzt. Was ist es doch für ein Unsinn, den Kindern vom vollendeten 14. Lebensjahr an das Recht zu geben, sich für oder gegen die Kirche zu entscheiden, wenn dem Lehrer verboten werden soll, den Geschichtsunterricht im nationalen Geist zu erteilen? Heißt dies nichts anderes, als es geflissentlich darauf anzulegen, daß der letzte Funke vaterländischer Liebe und Begeisterung in der Jugend erstirbt, daß durch Beseitigung der Religion unsere Kinder der Zucht- und Sittenlosigkeit ausgeliefert werden? Und da sollte sich einem nicht das Herz im Leibe herumdrehen? Müssen nicht Geistliche und Laien beider Konfessionen ihre Stimmen laut und eindringlich erheben, um, wenn möglich, in der letzten Stunde das größte Elend von unserem Volke abzuwenden?

Es gibt doch zu denken, daß jetzt sogar vereinzelte Stimmen in der siegestrunkenen Sozialdemokratie sich rühren, welche davor warnen, man solle den Bogen doch nicht überspannen. In der „Glocke" verlangt ein Dissident mehr Freiheit für kirchlich Gläubige: „Wie schwer die Trennung großer Massen von der Kirche zu erreichen ist, das hat die Geschichte der Austrittsbewegung in vier Jahrzehnten bewiesen. Von Johann Most bis Adolf Hoffmann war ihr Erfolg erfahrungsmäßig sehr gering. Vielleicht sind mehr religiös empfindende Männer und Frauen dadurch von der Partei abgeschreckt, als der Kirche entrissen werden konnten. Niemand fordert, daß den Parteigenossen, die Gegner der Kirche sind, die schrankenlose Vertretung ihrer Anschauungen verwehrt werde. Aber noch mehr als bisher müßte in der Parteipresse, der offiziellen Literatur und sonstigen Kundgebungen ein dicker Trennungsstrich zwischen uns und jeder grundsätzlich antikirchlichen und antireligiösen Arbeit gezogen werden. Wir müssen den Wert, die Ehrlichkeit und Freiheit religiösen Fühlens anerkennen, auch wenn wir sie nicht teilen! Man schweige von Gespenstern! Es ist eine ganz gewaltige, ganz reale Macht und lebt doch in mehr Parteigenossen, als manche ahnen." Dies sind ja Töne, die wir bisher noch nie vernommen haben. Liebe und Neigung zur Kirche hat diesen Warnungsruf an die Sozialisten nicht eingegeben. Wittert man jetzt vielleicht etwas von der geistigen Macht, die der Kirche noch verblieben ist?

Es hieße Eulen nach Athen tragen, wollten wir im einzelnen zusammenstellen, wie sehr sich die Kirchen seit langer Zeit als staatserhaltende und kulturfördernde Macht erwiesen und dadurch in großer Opferfreudigkeit, Selbstverleugnung und Selbsthingabe das Wohl des Staates auf alle Weise zu heben und zu unterstützen verstanden haben. Was ist nur alles in Erziehung der Jugend, in Fürsorge und Pflege von Kranken, Krüppeln, Blinden, Stummen, Waisen, Irren, Geistesschwachen, kurz in Fürsorge der Aermsten der Armen seitens der Kirchen geschehen. Abgesehen von der physischen, geistigen und seelischen Hingabe belaufen sich die finanziellen Zuwendungen jährlich auf viele, viele Millionen, welche in gar keinem Ver-

hältnis stehen zu den geringen Unterstützungssummen, welche der Staat bisher der Kirche zugewiesen hat und zu denen er schon durch die früheren Säkularisationen verpflichtet war. Wir brauchen also nicht zu befürchten, daß unsere Geistlichen künftig Hungers sterben müssen. Wohl aber darf erwartet werden, daß der neue Staat den Kirchen ein mehrjähriges Moratorium (Uebergangsstadium) zur Neuregelung ihrer Verhältnisse verstattet.

Was nun den kirchlichen Neubau anlangt, so wird derselbe in den beiden Kirchen sich recht verschieden gestalten. Die katholische Kirche hat hierbei viel voraus. Kraft ihrer Tradition, ihrer inneren Geschlossenheit, ihres festgefügten Organismus wird sie fast ganz in den alten Bahnen wandeln können, sie wird Mittel und Wege finden, um die finanziellen Schwierigkeiten zu überwinden, sie wird mit Austritten nur wenig zu rechnen haben und von der neuen Bewegung lange nicht in dem Maße berührt werden als die protestantische. In der letzteren gingen schon in der Friedenszeit die Meinungen über die Trennung von Kirche und Staat gar sehr auseinander. Die Scheidung der beiden Gewalten zu wünschen, nahmen wohl die meisten Anstand. Man hatte das richtige Empfinden, daß das Band, welches Jahrhunderte lang Staat und Kirche verband, nicht ohne Not gelockert oder gar durchschnitten werden dürfte. Heute nun sind wir in eine Zwangslage geworfen und es wird sich gar nicht vermeiden lassen, daß das demokratische System bei dem protestantischen kirchlichen Neubau sich empfindlich bemerkbar machen wird. Der summepiscopus (der Landesbischof, der König) ist gefallen. Die Konsistorien sind damit erledigt. Hatten wir bisher gleich der aus dem 18. Jahrhundert stammenden nationalpolitischen Organisation eine zentralistische Spitze, von der alles nach unten ausging, so muß jetzt das Neuzuschaffende aus der Gemeinde herauswachsen. Zu diesem Zweck müssen Kirchenvorstand, Hausväter-, Gemeinde-, Gruppenversammlungen für die neuen Aufgaben herangezogen werden. Mit dem Hereinströmen des Laienelementes mehren sich natürlich dann auch die Gefahren für das Bekenntnis und bei allem Entgegenkommen gegen freiere Richtungen ist dafür Sorge zu tragen, daß das Fundament nicht von vornherein bedenkliche Risse erhält.

Als bei Beginn des Weltkrieges die ungeheueren Ereignisse die deutsche Volksseele bis auf den Grund aufwühlten, da zeigte es sich, daß die beiden Kirchen in den Herzen unseres Volkes noch fester wurzelten, als Freund und Feind vermeint hatten, da war es gerade die organisierte Kirche mit ihren Gottesdiensten, ihrem Evangelium, ihrem Altarsakrament, ihren alten Ordnungen, deren Trost und Segen von Ausrückenden und Zurückbleibenden gewertet und begehrt ward. Und auch draußen auf blutiger Wahlstatt kehrte so mancher zu seinem alten frommen Kinderglauben zurück und besann sich auf die längst vergessenen Sprüche und Lieder mit ihrer tröstenden und ermutigenden Kraft. Treten wir jetzt auch in die Friedenszeit ein, so sind uns die Kämpfe doch nicht erspart, ja es hat den Anschein, als ob diese noch heißer und schicksalsschwerer würden denn die vorausgegangenen im Felde draußen. Wie haltlos wäre unser Volk, wie rettungslos wäre es dem Verderben preisgegeben, wenn es sich nicht an seinen altbewährten Glauben mit seinem Bekenntnis, dem kostbarsten Erbe unserer Väter, hielte! Eine Kirche ohne Bekenntnis ist wie ein Staat ohne Verfassung und Rechtsordnung. Hierin wissen sich Protestanten und Katholiken einig und dieses Einheitsband soll uns auch niemand antasten.

Welche Stürme nun aber auch noch über uns hereinbrechen mögen, wir sprechen mit dem Apostel: „Uns ist bange, aber wir verzagen nicht"; wir sprechen mit dem Psalmisten: „Dennoch soll die Stadt Gottes fein lustig (glückselig) bleiben mit ihren Brünnlein."

Der Kampf um die Adria.

Von Dr. Leo Schwering, Köln.

Italienischen Truppen, welche auf Laibach vorrückten, schickte der serbische Kommandant in Laibach einen Parlamentär entgegen, der die Italiener auffordern sollte, das Vorrücken einzustellen, widrigenfalls es zu Feindseligkeiten kommen müsse. Die Italiener haben dann nach einigem Ueberlegen das Ultimatum der Serben und Südslawen, das die Wasserscheide des Isonzo und der Save als Demarkationslinie zwischen den Völkern bestimmte, angenommen und gaben ihr Vorrücken auf Laibach, das mitten in slowenischem, also südslawischem Gebiet liegt, auf. Diese Ereignisse kennzeichnen außerordentlich klar, wie scharf der Gegensatz zwischen Jugoslawen und Italienern bereits gediehen ist. Hält man andere Vorkommnisse wie z. B. den Streit um Teile der ehemaligen k. u. k. Flotte daneben, so gewinnt man den Eindruck, daß, ehe der jugoslawische Staat unter Dach und Fach gebracht sein wird, zwischen den beiden rivalisierenden Völkern Blut geflossen ist, wie es in Fiume bereits geschehen ist.

Die Südslawen kennen ihre Nachbarn, die Italiener, aus alter Erfahrung und trauen ihnen nicht über den Weg. Sie suchen daher mit verdächtiger Eile sich und das neue Staatswesen unter Dach und Fach zu bringen. Die Patenschaft hat Serbien übernommen, das unter Pasitsch alles tut, um den Italienern Schwierigkeiten zu bereiten. Pasitsch stützt sich dabei auf den Grundsatz des Nationalitätenprinzips und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und ist darin den Italienern weit voraus, denen er ihren durch keinerlei nationale Rechte gestützten Imperialismus vorhält. Er verrät überhaupt eine Fähigkeit und Zielsicherheit im Auftreten, das den Verdacht nahelegt, er habe starke Männer hinter sich, die der römischen Politik größere Erwerbungen nicht gönnen.

Wie ganz anders hatten sich Sonnino und seine Leute den Ausgang gedacht, wie frohlockten sie noch vor wenigen Wochen, als ihnen der Zusammenbruch des österreichischen Heimatlandes das unbesiegte Heer in die Hände spielte, das die italienischen Generale trotz Verrat und Hilfe von allen Seiten in all den Jahren nicht zu schlagen vermochten. Die römische Politik sah den Adriatraum verwirklicht und Orlando, der als der Mann galt, der durch den „neuen" Slawenkurs, d. h. die geheime Unterwühlung der Donaumonarchie, die ganze Sache erst richtig ins Rollen gebracht habe, wurde noch mehr gefeiert als der vorsichtige Sonnino, der selbst in den Zeiten, als Oesterreich noch stand und die jugoslawische Bewegung noch gleichsam in den Kinderschuhen steckte, sein Mißtrauen gegen sie niemals verleugnen konnte, wofür er sich wochenlange Hetzen des „Corriere" gefallen lassen mußte, der wild nach der Ersetzung des unfähigen Ministers schrie, weil er es nicht verstehe, Italien auf dem Balkan und an der Adria die richtige Stellung zu verschaffen. Diesen Leuten dürfte nun inzwischen ein Licht aufgegangen sein, und das Mißtrauen gegen den südslawischen Staat, der sich unter serbischer Führung bildet, ist jetzt ziemlich allgemein geworden. Man befürchtet mit Recht das Schlimmste; denn es besteht auch in eingeweihten diplomatischen Kreisen Roms der Verdacht, daß die Verbündeten die ursprünglich mit der Consultà abgeschlossenen Verträge bei Eintritt Italiens in den Krieg nicht zu halten willens sind. Diese hatten die Ansprüche Roms auf die Adria ziemlich befriedigt und boten die Möglichkeit, den serbischen „Größenwahn" gehörig in Schranken zu halten. Davon ist es nun sehr still geworden; denn damals hatte man Italien nötig, um den Krieg zu gewinnen, heute kann man anders mit ihm reden, da der Krieg nicht mehr verloren werden kann. Das Verhalten der Entente gegen seinen Alliierten muß bei diesem natürlich bittere Gefühle hervorrufen; aber ist das Vorgehen des Verbandes unverständlich? Erntet nicht Italien von seinen nunmehrigen Alliierten dasselbe, was es selbst den Mittelmächten gegeben hat: Undank und Verrat!

Aber Italien darf sich eigentlich nicht einmal beklagen. Es hat durch seinen Landhunger und seine geringe wirtschaftliche und militärische Leistungsfähigkeit den Zorn sehr mächtiger Leute erregt, und die Jugoslawen und Serben ihrerseits haben es wieder verstanden, sich bei potenten Herren in Gunst zu setzen. So hält namentlich Wilson ihre Partie; über ihn haben sich die Römer schon bei Erlaß seiner 14 Punkte bitter beklagt, da sie in ihnen das Grab ihrer Adriaträume in einer Verhätschelung Serbiens sahen. Und Wilson scheint Ernst machen zu wollen. Eine amerikanische Flotte ist in der Adria, um dort nach dem Rechten zu sehen, und ihre Offiziösen ließen verlauten, daß die Amerikaner noch längere Zeit zu bleiben gedächten, bis alles in „Ordnung" und die Gegensätze „ausgeglichen" seien! Dann müßten die Amerikaner freilich schon bleiben!

Aber auch Frankreich will keine Herrschaft Italiens über die Adria! Es steht daher wie der Präsident Wilson, freilich aus anderen Gründen, hinter Pasitsch und Trumbitsch. Der Quay d'Orsay ist schon längst eifersüchtig auf die römische Politik mit ihren Aspirationen auf den Balkan und weiter im Orient, den man als ausschließlich französisches Interessengebiet betrachtet. Ob die Consultà von Großbritannien noch Unterstützung für „mare nostro" zu erwarten hat, ist ebenfalls fraglich, obschon gerade England seinerzeit Italien mit weitgehenden Ver-

sprechungen an der Adria in seine Netze gelockt hat. Jedenfalls lassen Aeußerungen Lloyd Georges, die er wenige Wochen nach der Niederlage Italiens im November 1917 tat, nichts Gutes für Rom ahnen, ebenso die Haltung der englischen Presse gegenüber der jüngsten italienischen Ministerkrisis; so bemerkte die „Times" zur Ausschiffung Bissolatis, der ein Hauptbefürworter der italienisch-jugoslawischen Versöhnung war: „Ein böser Geist scheint Italien in seinem berechtigten Siegesüberschwang zu verblenden und zu Demütigungen führen zu wollen. Italien beruft sich auf seinen Geheimvertrag und vergißt dabei, daß dieser ohne die Gutheißung der dabei betroffenen Nationen, ja nicht einmal Serbiens, geschlossen wurde, daß die Vereinigten Staaten nicht beteiligt waren und vor allem, daß der „Pakt von Rom" den Geheimvertrag tatsächlich ersetzt und Italien zum Siege verholfen hat."

England steht mit seinem Freunde Venizelos auch den griechischen Ansprüchen auf Albanien und gewisse Teile der Südadria, die auch in die italische Interessensphäre fallen, sehr freundlich gegenüber, so daß die Aussichten der römischen Politik in der Tat keineswegs rosige sind. Das Adriaproblem, für dessen „Lösung" Italien vornehmlich die Waffen ergriffen hatte, ist daher heute dunkler denn je und es ist eine Ironie der Weltgeschichte, daß das Ausscheiden der Donaumonarchie, das man für notwendig hielt, um sonst unlösbare Fragen zu entwirren, die Adriafrage zu einem wirklichen gordischen Knoten gemacht hat. Es ist zu befürchten, daß auch er durchgehauen werden wird, daß die Gewalt und die Berechnung, nicht das Recht triumphieren werden und daß auch an der Adria keineswegs Verhältnisse entstehen werden, welche Dauer und Befriedigung der lange gehetzten Bevölkerung verbürgen. Wird Wilson ein zweiter Alexander sein?

Wie aber wird man Italien „entschädigen", um ihm die bittere Pille, daß es von den verhaßten Serben sich an der Adria den Rang ablaufen lassen mußte, zu versüßen? Die Frage hat großes Interesse und es besteht die Befürchtung, daß es auf Kosten deutschen Sprach- und Volksgebietes gehen wird. Die Linie, welche anläßlich der Waffenstillstandsbedingungen mit der Donaumonarchie gezogen und als Italiens Einflußgebiet erklärt wurde, läßt bereits allerlei Böses ahnen. Sie geht fast bis nach Innsbruck! Soll das so bleiben? Oder ist es nur ein Anfang? Hat Italien, statt gegen die Adria, eine Aufgabe gegenüber Deutsch Oesterreich zu erfüllen, um den Anschluß an Deutschland zu hintertreiben?

Gallia docet.

Von P. Erhard Schlund, O.F.M.

Wer sich heutzutage in Deutschland für das Schicksal der katholischen Orden interessiert, der schaut nach Frankreich hinüber: die um ihre Existenz bangenden Orden selber, ihre Freunde und besonders ihre Feinde. Frankreich ist in wenig Jahren das klassische Land der Trennung von Kirche und Staat geworden. Es hat gezeigt, mit welcher Methode man die Kirche und ihre Orden am meisten schädigen kann. Gallia docet. In den kleinsten Dingen zielbewußt und jedes geringste zweckdienliche Mittel klug ausnützend, hat die Regierung der französischen Republik und die hinter ihr stehende Loge in ein paar Jahren die Orden aus dem Lande hinauszudrängen verstanden. Gallia docet! Von Frankreich wollen jetzt Freund und Feind der Orden lernen, die einen zur Abwehr, die anderen zum Angriff.

Kaum war Mac Mahon, der antirepublikanisch gesinnte Präsident der dritten Republik, im Jahre 1879 zurückgetreten, nachdem die Wahlen eine starke republikanische Mehrheit ergeben hatten, da begann mit der entschiedenen Herrschaft der Republik auch der entschiedene Kampf gegen die Orden der katholischen Kirche. Was einer der fünf protestantischen Minister der katholischen Republik unter Jules Grévy, Pillon, schrieb (La critique réligieuse 1879), wurde der Wahlspruch der Regierung: „Der Katholizismus ist ein Hindernis der Republikanisierung. Will Frankreich die Republik retten, dann muß es mit Rom brechen." Und die Vernichtung des Katholizismus leitete man ein mit der Vernichtung der Orden, in der sicheren Erkenntnis, daß die Orden die stärkste Stütze der Kirche in einem jeden Lande sind.

Bei den Schulen der Ordensleute setzte der Angriff ein. Die freiheitlichen Unterrichtsgesetze der Jahre 1850, 1873, 1875 hatten die katholischen Volksschulen und Universitäten zu hoher Blüte kommen lassen. Als ersten Streich gegen die Orden legte Jules Ferry, der Kultusminister und Katholikenhasser, der Kammer am 16 Juni 1879 zwei Gesetzentwürfe über die Schulen vor: Die katholischen Universitäten dürften den Namen Universität nicht mehr führen, keine akademischen Grade mehr verleihen, hätten aber sonst alle Bedingungen genau zu erfüllen, wie die staatlichen; gegen die Volksschulen kam unter anderem der berüchtigte Artikel 7: Kein Mitglied eines nicht autorisierten Ordens darf eine öffentliche oder private Schule leiten oder an ihr Unterricht erteilen. Heiß tobte der Kampf namentlich um den Artikel 7. Denn die Katholiken erkannten, daß das der Anfang vom Ende der Orden in Frankreich war. Doch die republikanische Kammermehrheit nahm die ganze Regierungsvorlage unverändert an, der Senat lehnte jedoch wenigstens den Artikel 7 ab.

Vor der Abstimmung im Senat hatte der Ministerpräsident Freycinet gedroht: „Geht der Artikel 7 nicht durch, so wird die Exekutivgewalt noch härtere Dekrete erlassen. Stimmen Sie für den Artikel 7! Es ist das Beste, was Sie noch erreichen können!" Die Regierung beeilte sich, ihre Drohung wahrzumachen. Sie holte alte, längst vergessene Gesetze hervor und erließ auf Grund dieser Gesetze aus den Jahren 1762, 1764, 1767, 1777, 1790, 1792, 1802 am 27. März 1880 ein Regierungsdekret gegen die Orden: 1. Der Orden der Gesellschaft Jesu muß sich innerhalb eines Monats auflösen und die Klöster räumen. Für Anstalten, welche Unterricht erteilen, wird die Frist bis zum 31. August verlängert. 2. Jeder nicht autorisierte Orden muß innerhalb dreier Monate um staatliche Anerkennung nachsuchen; Statuten und Mitgliederzahl sind einzureichen. Männerorden können nur durch ein Gesetz, Frauenorden durch ein Gesetz oder ein Dekret des Staatsrates anerkannt werden.

Obwohl Papst und Bischöfe und viele Tausende aus dem katholischen Volk protestierten, konnte die Regierung ihren Willen doch ohne ein förmliches Gesetz durchführen, weil sie eben in der Kammer die Mehrheit besaß. Als erste wurden die Jesuiten aus dem Lande vertrieben, am 28. Juni 1880; im Herbst kamen dann nach einigen Kämpfen im Parlament die Barnabiten und die Karmeliter an die Reihe. Am 4. Oktober 1880 nachts 1 Uhr erließ dann die Regierung an die Polizei den Befehl, daß auch die anderen Orden, deren Obere im Ausland seien, vertrieben werden müßten. Polizei und Militär mußte dazu ausrücken und an vielen Orten kam es zu heftigen Kämpfen mit dem katholischen Volke, das sich seine Klöster nicht nehmen lassen wollte. Aber Regierung und Loge siegten. Die alten Orden, die Hauptstützen der Kirche, waren aus dem Lande und am 1. Januar 1881 konnte die Regierung bekanntmachen, daß sie in einem halben Jahre 261 Klöster mit 5643 Mönchen aufgehoben hatte. Die Klosterfrauen hatten noch eine Gnadenfrist.

An der Erregung des katholischen Volkes hatten Regierung und Loge aber gesehen, daß sie doch nicht alles auf einmal wagen durften. Statt der Guillotine errichteten sie daher — bildlich gesprochen — einen Galgen, bei dem sie den Strick ganz allmählich zuziehen konnten. Um die Orden allmählich zu erwürgen, bediente sich die Regierung zunächst der Steuergesetzgebung. Die Orden sollten so hohe Steuern zahlen müssen, daß sie gar nicht mehr leben könnten. Am 8. Dezember 1884 erschien ein Gesetz, das die Besteuerung der Orden „regelte". Bezüglich der Einkommensteuer nimmt das Gesetz an, daß sich alles Klostervermögen zu 5 % verzinst, und verlangt von diesen 5 % 4 % Steuer. Dabei mußten alljährlich 4 % des Wertes nicht bloß vom wirklichen rentierenden Vermögen bezahlt werden, sondern vom ganzen Besitz, z. B. Häusern, Krankenbetten, Schulbänken, Eßgeschirren, Bildern usw. Dies alles wurde als Produktivvermögen angesehen. Ja sogar von den Wertpapieren, welche bloß 3 und 3½ % trugen, mußten 4 % Steuer bezahlt werden. Ebenso schreiend ungerecht war die Erbschaftssteuer. Es wurde angenommen, daß nicht das Kloster als solches sein Eigentum besitzt, sondern jeder Klosterinsasse den auf ihn treffenden Teil. Stirbt nun ein Mitglied eines Ordens, so muß der Orden für diesen Teil Erbschaftssteuer bezahlen, und zwar jedes einzelne Ordensmitglied wieder für den auf es treffenden Teil des Erbes, 11,25 %, mindestens aber 20 Frs. Wenn z. B. der Gesamtbesitz eines Klosters 100,000 Frs. wert ist, und es stirbt einer der 20 Insassen dieses Klosters, so wird angenommen, der Verstorbene habe den 20. Teil des Klostervermögens, 5000 Frs. hinterlassen und jeder der überlebenden 19 erbe von diesen 5000 Frs. den 19. Teil. So muß das Kloster ohne einen Pfennig bekommen zu haben 444,6 Frs. Erbschaftssteuer bezahlen.

Bei der Regelung der Steuergesetzgebung hatte man entdeckt, daß noch 3403 geprüfte einzelne Schulbrüder und 14985 Schwestern an den Staatsschulen lehrten. „Zur Wahrung der religiösen Neutralität", wie ein Redner erklärte, beschloß der Senat am 30. Oktober 1886 ihre Entfernung aus der Schule. Ebenso wußte die Regierung den Orden einen Schlag zu versetzen bei der Regelung der Militärdienstzeit, indem sie am 15. Juli 1889 verfügte, daß die weltlichen Lehrer an den Staatsschulen nur ein Jahr beim Militär zu dienen brauchten, während Lehrer aus dem Ordensstande oder weltliche Lehrer an Ordensschulen drei Jahre dienen mußten. Auch die Besteuerung, die die Orden noch nicht ganz hatte umbringen können, wurde im Jahre 1895 wiederum verschärft.

Im allgemeinen aber blieben die neunziger Jahre ruhiger für die Orden. Die Affäre Boulanger und der Dreyfusrummel lenkten das Augenmerk der ordensfeindlichen Kammermehrheit von den Orden etwas ab. Ja, eine Regierung unter Méline, die sich auf Gemäßigte und Konservative stützte, galt sogar als klerikal. Aber die Wahlen des Jahres 1898 beseitigten sie und nun begann der Kampf mit der größtmöglichen Heftigkeit, der Kampf, der mit der vollen Vertreibung der Orden endigte. Waldeck-Rousseau und Combes hießen die zwei Männer, die den Orden und im Anschluß daran auch der Kirche den Kampf auf den Tod geschworen hatten.

Kaum Ministerpräsident geworden, nahm Waldeck-Rousseau den Kulturkampf mit offenem Visier auf, als er den Assumptionisten den Prozeß machte, weil sie angeblich Gelder sammelten zum Sturze der Republik. Am 6. März 1900 wurde die Aufhebung des Ordens dekretiert. Sieben Bischöfe verloren das Gehalt, weil sie gegen die Aufhebung protestierten. Am 8. Oktober 1900 kam noch ein kleiner Hieb, indem die Regierung bestimmte, daß Schüler von Ordensschulen keine Stipendien an den staatlichen Hochschulen bekommen konnten. Bald darauf aber, am 15 Januar 1901, holte Waldeck-Rousseau zum Hauptschlag aus, indem er der Kammer sein Vereinsgesetz vorlegte. Er gestand selbst, daß durch dieses Gesetz die Orden vom Boden Frankreichs hinweggefegt und ihr Eigentum vom Staate eingezogen werden sollte. Eine ganze Milliarde versprach er den Arbeitern aus den Klostergütern zur Errichtung der geplanten, aber bis heute noch nicht durchgeführten Pensions-, Unfall- und Invalidenversicherung. Schon am 1. Juli 1901 wurde von der Kammer das Gesetz angenommen mit allen gegen den Bestand der Orden gerichteten Bestimmungen. Die Hauptsätze dieses Gesetzes lauten: Artikel 12: Durch ein Dekret kann die Regierung jeden Orden auflösen, dessen Mitglieder zum größten Teil aus Ausländern bestehen. 13: Eine neue religiöse Kongregation kann nur durch ein Gesetz und eine Niederlassung nur mit Erlaubnis des Staatsrates genehmigt werden; jede Niederlassung aber durch ein Dekret der Regierung geschlossen werden. 15: Alle Ordensgenossenschaften müssen bereit sein, ihr Budget, eine Liste sämtlicher Mitglieder und das Inventar jederzeit vorzulegen. 18: Den Orden werden zur Regelung ihrer Angelegenheiten drei Monate bewilligt. Die Orden können kein Vermögen besitzen, da sie doch das Gelübde der Armut haben und also nie die Absicht gehabt haben konnten, irgend etwas zu besitzen. Rechtmäßige Besitzer sind nur die, welche die Schenkungen gemacht haben; wenn sich innerhalb sechs Monaten niemand meldet, fallen die Güter dem Staate als herrenlos zu. Dadurch war den Orden das Todesurteil gesprochen.

Waldeck-Rousseau führte das Gesetz nicht mehr selbst durch. Das sollte und wollte sein Freund und Logenbruder Combes, ein ehemaliger Theologe, sogar Doktor der Theologie und Ordensschüler. Gleich in den ersten Tagen seiner Regierung schloß er auf Grund des Vereinsgesetzes 125 Schulen. Allein im Juli und August 1903 sperrte er 12076 wohltätige Anstalten. Ferner erreichte er, daß das Gesetz auch auf Algier ausgedehnt wurde, daß auch aus den Militärspitälern die Schwestern verschwanden, ja auch aus den Privatschulen. Als Combes anfangs 1905 zurücktrat, konnte er sagen, daß er alles getan hatte, was in seinen Kräften gestanden war, um die Orden aus Frankreich zu vertreiben, und daß er seine Ziele erreicht hatte. Combes ist auch der Vater der Liquidation, des Verkaufs der Ordensgüter auf Rechnung des Staates, die dem Staate eine Milliarde bringen sollte und außer 4616889 Frcs. Steuern nach 6½ Jahren erst 200000 Frcs. gebracht hatte. Nur die Liquidatoren wurden reich; unzählige Arme und Kranke, die von den Orden gepflegt worden waren, wurden noch ärmer. Doch was scherte sich die Loge um das Unglück des französischen Volkes! Sie hatte gesiegt; die Orden waren vertrieben; ein Hauptpfeiler am Baue der Kirche war gestürzt. Nun konnte sie es versuchen, die ganze französische Kirche umzuwerfen. Jetzt erst bestand ihnen einige Hoffnung. Ecrasez l'infame!

Gallia docet! Was Frankreich uns deutsche Katholiken lehrt! Katholiken, Augen auf! Die Feinde der Kirche fangen den Kampf mit der Kirche bei der Schule an. Dann richten sie ihren Angriff gegen die Orden. Und wenn es ihnen nach allen möglichen Schikanen gelungen ist, die Orden ganz zu vertreiben, dann beginnen sie mit ihrem Hauptwerk, zu dem der Kampf gegen Schule und Orden bloß das Vorspiel bildet, mit dem Vernichtungskampf gegen die Kirche. Gallia docet! Frankreich lehrt: Deutsche Katholiken, erkennet die Zeichen der Zeit!

Klagen gegen die Offiziere.

Von Major a. D. Friedrich Koch-Breuberg.

Vielfach werden jetzt schon Vergleiche zwischen den Heeren der ersten französischen Revolution und unseren von der Front heimkehrenden Kriegern gezogen. Ich halte das für grundfalsch. Damals formierten sich infolge des Aufschreies: der Feind will nach Paris! Heeresmassen und zogen, ohne lang nach Bewaffnung und Ausrüstung sich umzusehen, kampfbereit der Grenze entgegen. Anfangs wurden sie von Offizieren des alten Regimes geführt und erst dann traten die militärischen Größen des späteren Kaiserreiches hervor.

Ein anschauliches Bild gewinnt man aus den Memoiren des Grafen Lavalette; die Marbot, Macdonald und wie sie sonst heißen sind zu eitel und nehmen es mit der Wahrheit nicht genau. Napoleon selbst bleibt im Urteil nicht gleich und erst das auf St. Helena Geäußerte erscheint geklärt. Von dem großen Sohne der Revolution ist aber da nichts mehr zu verspüren.

Es haben also die Pichegru, die Hoche und andere aus dem Boden gestampfte Heeresmassen gegen den Feind geführt und Napoleon hat in Italien eine in Lumpen gehüllte Armee rasch diszipliniert und sich selbst nutzbar gemacht. Die Heeresangehörigen bestanden aus glühenden Patrioten und Glücksjägern. Ein Zusammenbruch durch einen äußeren Feind lag nicht vor, sondern der Zusammenbruch des Königtums hatte den früheren Militarismus ausgeschaltet.

In Deutschland liegen augenblicklich die Verhältnisse ganz anders. Damals schrien die Franzosen: An die Front!, unsere Truppen waren überanstrengt und riefen: Genug und in die Heimat!

Der Ruf konnte nur auf dem Boden einer Revolution ertönen. Daß er erschallen würde, haben die Heerführer weder genügend berechnet, noch vorausgesehen. Jenen mit prophetischer Gabe waren auch die Hände durch die Verzögerungen des Kaisers gebunden. Noch ein Vierteljahr vor der Revolution wäre es wohl möglich gewesen, die Heimkehr der Truppen so zu gestalten, daß dabei nicht unermeßliche Werte verloren gegangen wären. Die Schuld an der Katastrophe wurde dem sogenannten Militarismus zugemessen, und es war die natürliche Folge, daß er mit der Revolution elend zusammenbrach.

Der deutsche Militarismus existierte entschieden, aber er hat den Krieg nicht entfacht. Seine Unerträglichkeiten machten sich vor allem innerhalb der deutschen Grenzen geltend. Er war das Schwert geworden, mit dem das preußisch-deutsche Reich seine unheilvolle Politik verteidigte — in Polen, in den Reichslanden usw. Die Nichtpreußen im Reiche mußten genau nach Berliner Rezepten kochen — trotz aller Opposition im Reichstage herrschte fast absolut der König von Preußen.

Seit 1872 hatte sich das nicht preußische deutsche Offizierskorps äußerlich und innerlich umgekleidet. Nur wir Alte wissen davon zu erzählen. Die Verwandlung ging ja leicht vor sich, weil die dürftigen Bezüge sich in glänzende Gehälter umgestalteten.

Wie in allem übertrieb Preußen. Es hätte genügt, wenn die deutschen Kontingente im allgemeinen den preußischen Normen sich angepaßt hätten. Napoleon ging seinerzeit darin sehr klug vor, aber im Deutschen Reiche machte sich nach Wilhelm I. der spöttische Geist Friedrichs III. geltend und dessen Sohn forderte einfach, was man vorher nicht zu erbitten wagte. Ich erinnere nur an die sehr unhöfliche Ueberraschung des greisen Prinzregenten in Nürnberg — mit einer „bayerischen Kopfbedeckung" auf dem Haupte des Kaisers, von der der Kriegsherr der bayerischen Armee einfach nichts wußte!

Damals löste das im bayerischen Offizierskorps sonderbarerweise Freude aus — ein Zeichen, daß es schon damals bedenklich verpreußt war. Im Dienstgange war man in Bayern längst preußischer als die Preußen geworden und eine Kompagnie oder Eskadron florierte am besten, in der grölende, schlagende, aus Preußen verschriebene Unteroffiziere sich befanden. Der Druck der Vorgesetzten nach unten war nervenlähmend geworden.

Von den anderen deutschen Kontingenten wurde Baden zuerst aufgesaugt und der damalige Großherzog erlebte sonderbaren Dank für seine Vorliebe durch die preußischen Generale. An Württemberg wagte man sich nicht, denn König Karl war offenherziger Preußenfeind, gestützt durch seine russische Gemahlin Olga. Das kleine Mecklenburg-Strelitz widerstand kräftig und die alte englische Großherzogin verbat sich Beunruhigung durch Alarme und andere unnötige Dinge. Wo blieb anderorten der deutsche Stolz und wie wurde erwiesen, daß alle diese impulsiven Dinge zum Wohle des Reiches unternommen werden müßten?

Aus der mit Steuergroschen geschaffenen deutschen Marine wurde kurzer Hand die Marine des Kaisers, was Bismarck 1871 nicht vorausgesehen hatte. Diese Autokratie auf den Wellen fand ihre Verfechter in den Generalen Keim und anderen.

Alles, auf was ich hindeute, war aber Druck von oben und kann jetzt dem deutschen Offizierskorps nicht zur Last gelegt werden. Was wäre einem Offizier begegnet, der sich mit irgendeiner gegenteiligen Ansicht vorgewagt hätte?

Ich komme nun zu den Vorwürfen, die man dem deutschen Offizierskorps zu machen beliebt und die auf seine Zukunft anscheinend von großem Einfluß sein werden.

Der Mensch ändert sich in den Jahrhunderten kaum und nur die ihn umgebende Kultur schreitet vorwärts. Dann ist in Betracht zu ziehen: Wer erhebt die Vorwürfe?

Alles was mir von Offizieren der Front direkt erzählt wurde, bewies mir wieder: Kriege können nicht miteinander verglichen werden, aber die Krieger sind sich als Menschen gleich geblieben.

Wenn ich nun den bayerischen General von Thäter oder den preußischen von Kretzschman imitieren wollte, käme noch immer keine Anklage zustand, die sich im entferntesten mit dem vergleichen ließe, was Böswilligkeit aufbauscht. Die größte Schuld an Ungehörigkeiten trägt die lange Kriegsdauer. In keinem Kriege waren aber noch die Berufsoffiziere derart mit fremden Elementen vermischt wie in diesem. Nur, wenn es möglich wäre, sichere Statistiken aufzustellen, würde sich ein gerechtes Urteil fällen lassen.

Bedenken wir, daß es auf Erden keinen an sich guten Menschen gibt, sondern jeder ein Gemisch von Gut und Böse ist, so können wir auch nicht Offiziere nach Art der Sebastian, der Kandidus, der Mauritius zu Grunde legen. Menschen, in denen das gute Moment überwiegt, bezeichnen wir als Ehrenmänner, als Helden usw. Ich will nicht nach Art der alten Sophisten vorgehen, sondern frage nur einfach: Waren denn alle die Untergebenen gute Menschen an sich?

Die Revolution hat die Machtverhältnisse umgewandelt und es ertönte der Ruf: Jetzt sind wir die Herren! Um den Ruf zu begründen, wird die Anklage hinzugefügt: Das mußte sein, weil ihr euch infam betragen habt.

Der Ruf wurde aber nicht allen zugeschleudert und bei vielen Abteilungen ertönte er überhaupt nicht — ein Beweis, daß die Vorwürfe nicht generalisiert werden können. Solange die Welt besteht, hat aber die Ausübung von Machtbefugnissen Haß erzeugt. Dieser Haß wird unversöhnlich, wenn es sich um Ungerechtigkeiten, sinnlose Härte und schlechtes Beispiel handelt. Die erhobenen Vorwürfe bestanden in der Bezichtigung des Diebstahls, des Verkennens der Gleichmäßigkeit der zu ertragenden Strapazen, des Heimsendens von Mannschaftsgut und des Prasserlebens.

Um die Richtigkeit meiner Beobachtungen von 1870 festzustellen, besprach ich mich öfter mit von der Front beurlaubten Offizieren. Ja, ich vernahm Empörendes, aber ich vernahm es doch aus dem Munde von Berufsoffizieren!! Ich war seinerzeit — also vor drei Jahren schon — über Vorgänge in einem oberbayerischen Gefangenenlager ungehalten. Dort übte ein in der „Münchener Post" genannter Ministerialbeamter als Vetter eines Generals sein Amt aus. Lange sekundierte ihm ein Schauspieler, später ein anderer Reserveoffizier. Und wenn ähnliche Zustände in Schutz genommen wurden, erfolgte es nur von Offizieren der libertinistischen Richtung — also von jenen, die Minister von Kreß einst säbelrasselnd verteidigt hatte. Offiziere mit den altmodischen Anschauungen von Moral und Sitte haben nicht nur alle diese Dinge verurteilt, sondern gegen sie angekämpft!

Genau wie anno 1870 liegt bei den Vorwürfen des Diebstahls und des Heimsendens von Mannschaftsgut grobe Uebertreibung vor. Im ganzen Feldzuge von 1870 beobachtete ich mit gerechtfertigtem Mißtrauen zwei Offiziere und einen Arzt. Letzterer endete im Zuchthause. Das ist aber bei dem häufigen Wechsel in einem Regiment sehr wenig. Die von General Thäter bezeichneten Fälle waren in der „ganzen bayerischen Armee" vereinzelt! Genau so wird es wieder gewesen sein, denn, wenn auch der Stellungskrieg solche Ungehörigkeiten mehr zuließ, konnten sie doch nie derart einreißen, daß ganze Abteilungen keinen einzigen ehrliebenden Offizier mehr besessen hätten! In Belgien und in den anderen okkupierten Ländern konnten doch auch die Sachen gekauft werden und bei der allzuglänzenden Bezahlung der Offiziere und der Beamten war das sicher der Fall.

Weniger sicher mag meine Verteidigungslanze treffen, wenn und wo es sich um die Etappe handelt. Schon 1870 herrschten dort preußische Junker — Kavallerie-Reserveoffiziere —, die mir hauptsächlich durch ihren „Sekt" unheimlich waren. In reinbayerischen Etappen wurde mir nie auch nur ein Glas Sekt angeboten. Woher stammen also diese Dinge? Die Etappe ist weiters Sammelort aller guten und schlechten Dinge, und besitzt der Kommandant nicht sehr viele Energie und Moral, so entsteht wohl ein Babylon an Ort und Stelle. Aber man wird doch nicht behaupten und beweisen können, daß es allüberall gleichmäßig hergegangen sei!

Immer ist es vom Uebel, wenn Angriffe ohne Bezeichnung der Person geschehen. Das führt zu einem ungerechten Generalisieren und zur Befehdung eines ganzen Standes. Leider ist das aber vielfach Gewohnheit beim Berichten geworden. Die Berichte stammen meist vom Hörensagen, und mit der Größe der Entfernung und der Zahl der Uebermittler wächst die Größe des Vergehens. Das Gelesene und Gehörte wird weiter erzählt, nach einer Feststellung der Tatsache sieht sich niemand um und semper aliquid haeret.

Mit dem Libertinismus mag es allerdings schlimmer ausgesehen haben — namentlich hinter der Front. War doch die neue Moral schon vor dem Krieg zum Schlagwort geworden. Die Ankläger der Offiziere erheben aber kaum aus Sittlichkeitsgründen ihre Stimme, sie schreien vielleicht gar aus Zorn, weil sie selbst es nicht ähnlich treiben konnten. Strengsittliche oder religiöse Krieger gab es aber doch auch, und ihnen stände es zu, sich über alle vorgekommenen Schandtaten zu äußern.

Die Vorwürfe gegen das Offizierskorps werden also vielfach aus Rachedurst und nicht aus moralischer Empörung erhoben. Ich leugne nicht, daß die Leute vielfach grundfalsch behandelt wurden, und habe eingangs schon darauf hingewiesen. Aber auch hier wird das Kind mit dem Bade ausgeschüttet, und glaubt man denn, daß Angehörige eines derart verdächtigten Standes noch mit Freuden ihre Kräfte dem umgewandelten Vaterlande zur Verfügung stellen könnten? Sind wir aber soweit, daß der Staat auf den Berufsoffizier verzichten kann?

Sicher wäre es ein Idealzustand, wenn Völkerfriede und Völkerbund das Halten einer Armee überflüssig machten und nur eine Polizeitruppe nötig erscheinen ließen. Für Idealzustände aber ist die Welt noch nicht reif und Deutschland wäre bald der einzige Staat ohne Heer. Warum beginnt man denn nicht mit der Auflösung und Heimsendung der roten Garden?

Im allergünstigsten Falle werden wir ähnlich wie in der Schweiz eine Miliz erhalten und dann ist bei den Kadres der Berufsoffizier wieder nötig. Sollen nun die Berufsoffiziere ein Volksheer ausbilden und führen können, wenn man ihnen jede Disziplinargewalt untersagt, jede Achtungsbezeugung verweigert, wenn man ihnen lümmelhaft begegnet und sie schwer verdächtigt?

Das ist einfach unmöglich und es ist vorerst strenge Pflicht der Minister für Kriegsangelegenheiten, zu fordern, daß jeder

Heeresangehörige jede gegen Offiziere erhobene Anklage innerhalb eines gesetzten Termins beweist, andernfalls er als Verleumder bestraft werde.

Wie wurde früher wegen ungenügenden Beschwerderechtes geschrien und jetzt sollte die Ehre der Offiziere nicht geschützt werden können?

Alexander Schnütgen †.

Ein Gedenkblatt von Dr. phil. Alex. Schnütgen, Berlin.

Als einer meiner anregendsten Jugenderinnerungen gedenke ich des ersten längeren Besuches bei meinem am 23 November fünfundachtzigjährig dahingeschiedenen Kölner Oheim und Paten in den Kartagen 1897.

Die Schnütgen stammen aus dem sauerländischen Westfalen. Noch heute bewirtschaften sie in einem ihrer Zweige das bäuerliche Anwesen Weuste bei Listernohl, Amt Attendorn. Aber der Vater meines Onkels war ein nachgeborener Sohn. Als solcher hat er frühzeitig von der heimischen Scholle Abschied genommen, den Kaufmannsstand erwählt und um 1840 sein Glück in Steele, im Herzen des heutigen rheinisch-westfälischen Industriereviers, gefunden. So wuchs der spätere Domherr in diesem Ruhr- und Kohlenstädtchen auf, übrigens Haus an Haus mit dem nur vier Jahre älteren Karl Humann, dem Ausgraber von Pergamon. Doch vermochte die Kleinwelt Steeles trotz der reichsgeschichtlichen Rolle des Ortes unter Otto dem Großen und trotz des jahrhundertelangen wechselvollen Regiments der Essener Fürstäbtissinnen archäologischen oder historischen Neigungen nicht viel zu bieten. Nur das kirchliche Leben war reich entwickelt und sog aus dem alten Kulturboden seine Früchte.

Als ich im Frühjahr 1897 von Steele aus ein erstes Mal eigens zum Onkel reiste, amtierte er schon ein volles Menschenalter am Kölner Dom. Mir war Köln damals in der Mehrzahl seiner Sehenswürdigkeiten und unter solcher Führung eine neue Welt. Immer wieder zog es den vierzehnjährigen Knaben in den Domgottesdienst und zu den vielen anderen Kirchen und sonstigen Denkmälern der Vergangenheit. Aber fast ebenso fesselte mich auch die stilvoll-feierliche Domkurie an der Burgmauer, in der ich abgestiegen war. Starrte doch gleichsam jeder ihrer Räume und Gänge, Winkel und Gelasse von kirchlichen Altertümern. Zu Tausenden entfalteten sie den prangenden Reichtum ihrer Farben und Töne, Linien und Ornamente und wirkten durch den pittoresken Reiz des Antiken und Fragmentarischen. Gemälde und Plastiken, Metallgefäße und -geräte, Gewebe und Stickereien — alles lag und hing und stand, zum Teil auf hohen Etagèren, scheinbar bunt durcheinander. In endlos langen Reihen folgten sich Kelche und Monstranzen, Kreuze und Reliquiare, Leuchter und Rauchfässer — bemüht, ein möglichst lückenloses Entwicklungsbild zu bieten. Golddurchwirkte und reichbespitzte liturgische Gewänder begleiteten die kirchliche Stick- und Gewebekunst vom 14. Jahrhundert an. Den Vorderflur beherrschten die Palmesel — darunter der später in einer eigenen Schrift gewürdigte — und zahlreiche stattliche Skulpturen, besonders eine westfälische Madonna des 16 Jahrhunderts mit unsäglich rührendem Gesichtsausdruck. Im Empfangsraum ruhten z. B. auf alten Truhen Johannisschüsseln von mannigfacher Herkunft. Das regste Interesse vermutete der Onkel indes bei seinem jungen Neffen für die im Speisezimmer aufgehängten Kucheneisen, die sogar noch praktische Dienste leisten durften. Auch entsinne ich mich lebhaft, wie er mir irgendein Elfenbeinfigürchen mit dem Bemerken aufwies, er tausche dafür mein Steeler Elternhaus nicht ein, und dadurch mein Erstaunen auf die Spitze trieb.

Was aber einem jeden, jungen oder alten, nur für die Größe der Vergangenheit empfänglichen Besucher dieser Sammlung seit Jahren und Jahrzehnten ein starkes Hochgefühl verursacht: Ganz sichtlich atmet sie den alten, großen Geist der Kirche. Ganz sichtlich wirkt sie — erst recht in ihrer heutigen Aufstellung und Ausgestaltung — als tausendstimmiges Confitemini Domino, als hohes Lied kirchlicher Kulturtätigkeit seit mehr als acht meist fortschrittsfreudigen Jahrhunderten.

Domkapitular Alexander Schnütgen stand, als ich damals 1897 zuerst für länger bei ihm war, auf der Höhe seines Lebens. Nur wenige Jahre noch und es sollte ihm als Frucht seines großen Organisationstalents und seiner beispiellosen Energie sein stärkster außerhalb der eigenen Sammlung gelegener Erfolg gelingen, die Düsseldorfer kunsthistorische Ausstellung von 1902.

Schon als Jüngling hatte er für seine theologischen Fachstudien so verschiedenartige Bildungsstätten wie Tübingen und Löwen, Münster und Mainz besucht und damit auch auf möglichste Erweiterung seines allgemeinen Gesichtsfeldes hingestrebt. Die Liebe zu den kirchlichen Altertümern besonders seit dem hohen Mittelalter, die zeitlebens im Zentrum seines Kunstinteresses geblieben sind, stammte aus seinen ersten Priesterjahren, wo er als junger Domvikar unter dem Nachhall romantischer Stimmungen in die Heberleschen Kunstversteigerungen in Köln geraten war und hier allmählich zu sehen und zu — kaufen begonnen hatte. Andere Quellen gesellten sich hinzu; auch in der Folge wurden die Kunstgegenstände zumeist von Althändlern oder Privaten und zwar vorwiegend aus rheinischem Besitz erworben. Direkt aus Kirchen stammt nicht ein Prozent; doch dienten der Sammlung ausgedehnte Reisen bis nach Kleinasien und Palästina. Mit Stolz bezeichnete sich der Onkel bis in sein Alter in allen Kunstfragen auch seines engeren Ressorts, wo sein Wissen so umfassend und ins einzelne reichend war und so große Anerkennung gefunden hat, als Autodidakten. Als solcher war er frei von anerzogenen Schulmeinungen und ging statt von der Theorie lieber vom Einzelobjekt aus, wie es sich ihm konkret und plastisch darbot. Bei Echtheits- und Prinzipienfragen der ihm verhältnismäßig ferner liegenden profanen Kunstgeschichte sah er sich zunächst einmal nach einem Standpunkt um den starke äußere Kriterien wahrscheinlich machten, und behauptete ihn dann selbst gegen lauten Widerspruch. Auch wußte er von den zahlreichen Fachgenossen, die bei ihm ein- und ausgingen, sehr klug zu lernen.

Das stärkste ihm angeborene Talent entfaltete der Verstorbene unzweifelhaft bei der Beschaffung seiner Schätze. Es lag nach seiner eigenen oft wiederholten Formulierung „in der Beziehung seiner Augen zu den Gegenständen" d. h. im fast untrüglichen Urteil über Echtheit, Alter und Wert des einzelnen Objekts. Ohne diese Gabe hätte er in Anbetracht seiner begrenzten Mittel die Sammlung nicht zu dem machen können, was sie geworden ist; nur, weil er über diese Sicherheit verfügte, gewährte ihm das Sammeln volle Befriedigung. Dementsprechend war sein Interesse an den Gegenständen ein kunstarchäologisches, nicht vorwiegend ein ästhetisches.

Antiquar und Autodidakt wie er war, legte sich Alexander Schnütgen nie auf eine wissenschaftliche Arbeit von großen Maßen fest. Desto sorgsamer pflegte er die weithin bekannt gewordene „Zeitschrift für christliche Kunst", die seit ihrer Gründung im Jahre 1887 mit einer Unterbrechung vor 1914 unter seiner von Kennern geschätzten Leitung blieb und in der er so manches behutsame Urteil niedergelegt, so manchen Erwerb für seine Sammlung, so manches Erzeugnis moderner kirchlicher Kunst der Oeffentlichkeit vorgestellt hat. Sonst besitzen wir an wissenschaftlichen Leistungen aus seiner Feder außer verstreuten kleineren Beiträgen einige Ausstellungskataloge und die kunstgeschichtliche Analyse der Trierer Adahandschrift (1889). An seinem Lebensabend drängte es den Vielerfahrenen zur Niederschrift von Erinnerungen. Er hat sie mit Geist und Eigenart und in dem für sein Wesen charakteristischen schwerblütigen Stil verfaßt und, soweit sie Jugenderinnerungen sind, noch selbst, zum Teil pseudonym, in Zeitschriften und Zeitungen gedruckt. Auch der Hauptteil, ein Band „Kölner Erinnerungen", lag bei seinem Tode abgeschlossen vor und wird nun das eigentliche literarische Vermächtnis des Heimgegangenen an seine Freunde und Verehrer und an die Zunft der Kunstgelehrten sein.

Stattlicher noch als die Zahl seiner im Druck erschienenen Abhandlungen dürfte diejenige seiner brieflichen und gutachtlichen Ratschläge — auch im Privatverkehr war er ein geistvoller und besonders zuverlässiger Korrespondent — bei Kirchenbauten und Kirchenrestaurationen gewesen sein (ich nenne als hervorragende Beispiele Gutachten für die Dome von Lund und Braunschweig), wie denn sein Einfluß auf stilgerechten Ausbau und entsprechende Ausschmückung alter und neuer Gotteshäuser weitreichend und tief war. Die vier ländlichen Barockkirchen, die er in seinem geliebten Listernohl (hier außerdem das Theresienstift) und an benachbarten Orten des weiten Pfarrsprengels Attendorn aus eigenen Mitteln und nach eigenen Direktiven aufführte, gelten längst als Vorbilder solcher in das sie umgebende Landschaftsbild völlig eingeordneter, bis auf ihr Inventar ganz einheitlicher Anlagen.

Einzig sein Rang „als letzter der großen Kölner Sammler" hätte dem Verstorbenen die zugleich höchst angesehene und volkstümliche Stellung nicht verschaffen können, über die er unbestritten gebot. Aber der Glanz seiner Persönlichkeit, seines liebenswürdigen und doch so überlegenen Menschentums gewann die Herzen. Und er zog den Kreis seiner Beziehungen sehr weit, ja, stellte seine ganze Haus- und Lebensordnung auf die zahlreichen Besucher ein. Männer der lehrenden und ausübenden Künste und des Kunsthandels, der mannigfachsten sonstigen Wissenschaften und der Seelsorge, führende Kaufleute, Vertreter der Finanz- und Industriewelt, hohe Verwaltungsbeamte, auch Damen der oberen Schichten, reichten sich bei ihm mit schlichten Leuten aus dem Volk die Hand. Allen gab der Hausherr von seiner gewinnenden Natürlichkeit, der Wärme seines menschlichen Empfindens, seinem aufgeschlossenen Sinn für alle Konflikte und Bedürfnisse des Lebens, je nachdem und namentlich in jüngeren Jahren auch von seiner einfach angeregten Gastlichkeit. Auch sonst beherrschte er, mit einer sprudelnden Laune ausgestattet, die sehr gewandt zu plaudern und gerade das Schlichte reizvoll darzustellen wußte, von Anekdoten überfloß und meistens humoristische, manchmal auch sarkastische Färbung aufwies, spielend jeden gesellschaftlichen Kreis. Das mächtige, meist leicht vibrierende Organ gebot über die ganze Skala menschlicher Empfindungen vom jubilierenden Frohsinn bis zum tiefsten Moll. „Wenn ich meinen Humor nicht hätte," pflegte der Verewigte mit Bedacht zu sagen. Denn hinter der meist hervorgekehrten heiteren Oberfläche barg sein Wesen auch einen Zug ins Beschauliche und Grüblerische, der zeitweilig sogar zu benediktinischen Neigungen führte, jedenfalls viel Verkehr und Ablenkung als Schutzwehr nötig machte.

Seine gesellschaftlichen und repräsentativen Gaben befähigten ihn auch zu einer hochangesehenen Rolle bei öffentlichen Veranstaltungen, in Kommissionen und Vereinen. So hat er einmal sogar ein so praktisch angelegtes Unternehmen, wie es notwendig eine Kölner Handwerkerausstellung ist, vorbereitet und zu glücklichem Erfolg geführt. Aber niemals drängte er sich in dieser Hinsicht zu einer Betätigung, die

ihm nicht ganz lag oder der eigenartigen Stellung, die er sich geschaffen hatte, nicht entsprach. So hielt er sich bei den großen Katholikenversammlungen zurück, wenn er auch wiederholt ihre Kunstsektionen leitete. Aehnlich wich er im „Historischen Verein für den Niederrhein" als Nichthistoriker dem Präsidentenstuhl beharrlich aus, obwohl er als langjähriger Vertreter Hermann Hüffers in der Leitung der Vereinsversammlungen viel Erfahrung hatte. In Köln übernahm er zwar gelegentlich regelrechte Vorträge aus seinem Spezialgebiet; in Bonn aber, wo er anfangs 1903 ordentlicher Honorar-Professor an der Universität wurde, hielt er nicht eine einzige Vorlesung, da es für einen Sechzigjährigen, der er damals war, zur Aufnahme eines systematischen Lehrbetriebs zu spät sei.

Die weitgedehnten Beziehungen des Verstorbenen befruchteten auch sein priesterliches Wirken, mit dem er es jederzeit sehr ernst genommen hat. Verschafften sie ihm doch Eintritt in Kreise, die seelsorglichem Zuspruch nur schwer erreichbar sind; wußten sie doch Hände und Herzen zu rühren, denen das Kirchliche sonst nicht liegt. Auch sein Namensheiliger, Papst Alexander I., so pflegte er zu betonen, habe der Ueberlieferung zufolge starken Einfluß gerade auf die Welt der Höhergestellten und Gebildeten gehabt. Als Kanzelredner erzielte der Heimgegangene gelegentlich eine tiefgehende und zündende, immer eine fesselnde Wirkung; doch wollten seine Predigten und Gelegenheitsansprachen, geistliche wie profane, gehört, nicht etwa nur gelesen sein. Persönlich muß ich dem Onkel immer dankbar bleiben, daß er mir in einer Zeit, die noch keinerlei liturgische Bewegung kannte, zu engem Anschluß an den Kult der Kirche geraten und verholfen hat.

Zum Priester geweiht Ostern 1866, unmittelbar nach der Inthronisation des Erzbischofs Paulus Melchers, als Geissels große Geste und tiefgreifender Einfluß noch mächtig weiterwirkten, war er sofort Vikar am Kölner Dom geworden und 1887 zum Domkapitular aufgestiegen. So durfte er, der Domkirche über ein halbes Jahrhundert lang verbunden, eine an Wechselfällen reiche kirchliche Entwicklung und Ereignisse wie Vatikanum und Kulturkampf von dem bevorzugten Beobachterposten aus miterleben, den naturgemäß die unmittelbare Nähe des ersten deutschen Bischofsstuhles darstellt. War's aber von einem Hüter großer künstlerischer Traditionen der kirchlichen Vergangenheit und einem aus so festem westfälischem Holz geschnitzten Manne anders zu erwarten, als daß er sich auch in aktuellen Fragen, in kirchlichen Kämpfen und Krisen und bei theologischen Kontroversen ausnahmslos als Freund der Ueberlieferung gab? Zwar nahm er noch in alten Tagen manchmal den Namen des Tübinger Theologen Kuhn auf seine Lippen; im übrigen waren seine Tübinger Eindrücke wohl zu flüchtig gewesen, um dauernde Wirkungen zu hinterlassen. Auch lag seiner ganzen Art die Mainzer „positive" Theologie, nicht die Tübinger Spekulation. Aber ein Stück vorvatikanischer Katholizismus steckte ihm doch im Blut und zu dem jungen deutschen Katholizismus des neuen Jahrhunderts gewann er kein inneres Verhältnis mehr; hier machte sich der Unterschied der Generationen doch sehr fühlbar. Sein Ruf als „liberaler" Geistlicher war ausschließlich darin begründet, daß er trotz seiner Kirchlichkeit, die auch politisch keinerlei Sonderwege ging, eben so enge Beziehungen zu Nicht-Zentrums- und Regierungskreisen unterhielt. Seine Kritiker mögen diese Haltung gelegentlich als Opportunismus gescholten haben; jedenfalls stand er seinen Freunden aus anderen Lagern viel zu hoch, als daß sie ihn auch nur im Gespräch unter vier Augen irgendwie in die politische Arena gedrängt hätten.

An wissenschaftlichen, staatlichen und Bürger-Ehrungen hat es dem Heimgegangenen in den drei letzten Lustren seines Lebens nicht gefehlt. Die erste Folge dieser Auszeichnungen datiert vom Jahre 1902, wo gleichzeitig in Breslau und Münster der Gedanke reifte, den Organisator der so erfolgreichen Düsseldorfer Ausstellung retrospektiver christlicher Kunst ehrenhalber zum theologischen Doktor zu kreieren. Die Ehrungen gipfelten 1910 in seiner Ernennung zum Ehrenbürger der Stadt Köln, die damals das kostbare Angebinde seiner Sammlung übernahm und sie in feierlichem Akt unter Assistenz höchster staatlicher Stellen als *eigenes Museum* eröffnete.

Versucht man das Charakterbild des Geschiedenen noch durch ein paar letzte, feste Striche zu bereichern, so muß betont werden, daß diesem Manne des Lebens und der Tat alles Ideologische und alles falsche Idealisieren himmelferne lag. Der gesunde Bauerninstinkt seiner Ahnen von Vatersseite her war mit dem Kaufmannsblut seiner mütterlichen Vorfahren eine selten fruchtbare Verbindung in ihm eingegangen. Eine scharf bohrende, stets aufs Konkrete und Anschauliche gerichtete Intelligenz, von einer ehernen Willenskraft beflügelt. Eine durchaus auf den Erfolg hingelenkte Natur, der ihre Ehrentage höchste Genugtuung waren. Ein Meister in der Verwendung seiner Mittel, die er scheinbar aus dem Boden stampfte, jeden Aufwand für die eigene Person bis hart an die Grenze des Erträglichen vermeidend und doch von puritanischen Neigungen völlig frei. Apart, außerordentlich, nie absonderlich. Selbstsicher in seinem Auftreten, voll kraftvollen Ungestüms in jeder seiner Lebensäußerungen, zermalmend in seinem Zorn. Dennoch wieder mit weichen und pietätvollen Zügen ausgestattet, gern mit Kindern spielend und etwa das Andenken seiner Eltern sinnig pflegend. Die Kölner ergötzten sich an der auch körperlich überragenden Gestalt ihres Mitbürgers und feierten ihn seit Jahr und Tag auf ihre Art, durch mehr oder weniger gelungene und originale Anekdoten.

Im ganzen ein Mensch voll Kulturverlangen, der aus dem Quellgrund der Kirche aufgewachsen war und dem trotz seines Wirklichkeitssinnes das kirchliche Denken nicht Feiertagsgewand, sondern Lebensluft blieb. Eine jener Domherrenfiguren großen Stils, in denen sich die stolzesten Ueberlieferungen ihrer Kapitel und die vornehmsten Ehrenpflichten der kirchlichen Prälatur stets wieder neu verjüngen. An der Kölner Kurie um die Wende des 19. und 20. Jahrhunderts der vornehmlichste Repräsentant allgemeiner geistiger Interessen und über die kirchliche Sphäre hinausreichender, ja, internationaler Beziehungen.

Als ich den Onkel das letztemal besuchte, beriet er sich gerade über geeignete Modelle für seinen eigenen — Sarg. Nun ist er, als Patriarch unter seinen westfälischen Bauern lebend, an einem Spätherbstabend ganz plötzlich von uns gegangen und ruht in seiner selbstgebauten Totenklause nahe der Heimstätte seiner Väter von seinem inhaltsreichen Leben aus. Es wirkt symbolisch, daß dieser Mann der Tradition und Freund fürstlicher Herren fast gleichzeitig mit dem Sturz der alten Ordnung von hinnen geschieden ist.

Schon legen Fachgenossen und Literaten immer neue Immortellenkränze auf sein Grab. Diese Zeilen wollen nichts anders als der schlichte Strauß des Neffen und Patenkindes sein, der ihm so mancherlei verdankt und dem der Onkel in Köln immer eine der faszinierendsten Gestalten seines Jugendtraums gewesen ist und bleiben wird.

Vom Büchertisch.

Das kommende Reich, Entwurf einer Weltordnung aus dem deutschen Wesen von F. Schrönghamer-Heimdal. Augsburg, Haas & Grabherr. Preis ℳ 7.—. Die Grundgedanken von Schrönghamers neuester, umfangreicher Studie sind uns im wesentlichen durch seine beiden vorausgehenden Schriften „Vom Ende der Zeiten" und „Vom Antichrist" schon bekannt. Schrönghamer ist der Ueberzeugung, daß die Entwicklung des deutschen Volkes seit 2000 Jahren eine falsche Richtung genommen habe (S. 247); es habe sich dem Mammonismus, Materialismus, Mechanismus, Merkantilismus, kurz dem „Warenhausgeiste" überantwortet; damit sei auch das Unglück des verflossenen Weltkrieges, der nach Schrönghamer zuvörderst ein Geldkrieg war, über das deutsche Volk gekommen. Das Heil sieht Schrönghamer in der Rückkehr zum deutschen Wesen, und als deutsches Wesen erscheint ihm der Geist des Rechtes, der Gerechtigkeit, der Liebe, der werteschaffenden Arbeit, der „Walddorfgeist". Man kann seine Freude daran haben, mit welchem Mut und mit welcher Ausdauer Schrönghamer gegen die vielbejubelten Götzen der Vergangenheit und Gegenwart ankämpft und für das kommende Reich der Gerechtigkeit und der Liebe wirbt. Mancher Leser wird sich freilich mit Referenten stoßen an überflüssigen Wiederholungen und Abschweifungen, an Wortmystifikationen und Wortspielereien (Arbeit = Arbot = Sonnengebot S. 190 f., Satan = Scheitan = Schatten = Schaden S. 192), an Uebertreibungen und Einseitigkeiten, so wenn etwa das Walddorf als die Heimstatt alles Rechtes und aller Liebe hingestellt wird; vor dem Wuchergeist hat in diesem Kriege ja auch das Walddorf nicht geschützt. Nicht ohne Widerspruch werden auch manche theologische Meinungen des Verfassers bleiben, so etwa die Gleichsetzung von Gott und Recht (S. 210), von deutschem und christlichem Wesen, von Edda-Ueberlieferung und biblischer Offenbarung. Auch kann ich den frohen Glauben des Verfassers nicht teilen, daß durch den Weltkrieg der Kapitalismus gestürzt und die Welt aus deutschem Wesen sich neu gestalten werde (S. 2).

Dr. Zoepfl.

Georg Timpe P. S. M., Feldgeistlicher: „. . . **Die Sehnsucht haben.** Kriegsbilder." Warendorf i. W., J. Schnellsche Verlagsbuchhandlung (C. Leopold). 8° 207 S., geb. 3.25 ℳ. — Der Verfasser hat seinem ersten, mit Recht vielgerühmten Kriegsbuch „Von Verwundeten und Toten" dieses zweite folgen lassen, von dem er selber sagt, es sei „noch einfacher" als jenes. Jedenfalls von nicht geringerer Wirkung. Im Gegenteil. Mich packte es derart von Anfang bis Ende, daß ich seinen Vorgänger zum Vergleich gar nicht habe heranholen wollen, so ganz „hatte" es mich alsbald. Weit mehr als einmal habe ich innegehalten und mir gesagt: Welch ein Dichter! Ja, und welch ein Menschenkenner und Menschenliebhaber! In der Darstellung Stimmungswiedergaben, die wie vollendete Musik und Poesie an das Feinste, Empfänglichste, Verborgenste in uns rühren. Und Tiefblicke in Wesen und Weh derer, die da draußen für uns die Sehnsucht erlitten, deren Feuer nun aus diesem Buche in stillen Flammen zu uns herüberglüht. Wie dieser Mann seine „Kameraden" liebt und kennt: Träger ihm von Gott anvertrauter Seelen, und jene anderen, die nicht seiner „Führung" zugehören, in denen er aber seine Brüder sieht, nach des Heilands Gebot. Wie er ihnen allen auf den Grund schaut, wie er sich von ihrem Frohlachen anlachen läßt, wie er ihre Schmerzen mitfühlt, ihr Erleben mitlebt und es in Form und Farbe vor uns aufstehen läßt, jetzt im Licht goldener Herrlichkeit, jetzt im Dämmer der Sorge oder auch unter tief hängendem Wolkenschatten zur Zeit der Todesmahd . . . Und in allem der Quell, der Trost unerschütterlicher Glaubenszuversicht, die kaum der Worte bedarf, um dem gottsuchenden Herzen als Gewißheit nahezukommen. Oft ist es, als sähe man, „mitten im kalten Winter", das göttliche Reis sprossen, schaute hinein in die Krippe mit dem segnenden Jesulein. — Und es bleibt der Eindruck eines großen Verstehens mit der Kraft der Liebe und des künstlerischen Könnens.

E. M. Hamann.

Eder Dr. Karl: Heilige Pfade. Ein Buch aus des Priesters Welt und Seele. Freiburg, Herder. XII u. 340 S. M 4.—, gebd. M 5.50. Zu den Büchern, die in der Flut gepriesener Alltagserscheinungen nicht untergehen dürfen und aufrichtige Empfehlung und weiteste Verbreitung verdienen, gehören Eders „Heilige Pfade". Der Verfasser verfolgt das Ziel, mitzuarbeiten am Ausbau einer gestörten Beziehung, des ehemaligen freundschaftlichen Verhältnisses zwischen Klerus und gebildeter Laienwelt, und das Verständnis für den schönsten Beruf dieser Erde, den Seelsorgsberuf zu wecken und zu vertiefen. Diese Absicht des Verfassers wird wohl bei jedem Leser, der dieses in glänzendem Stil und mit feiner Beobachtung geschriebene Buch bis zum Ende durchgekostet hat, strahlende Wirklichkeit. In unseren Tagen, wo um des Priesters Welt und Seele die wildesten Wogen branden, möchten wir Eders Schrift Priestern und Laien — denn für beide ist sie bestimmt — doppelt warm empfehlen. Wir hoffen, dem Verfasser auf dem Gebiete der aszetischen Literatur noch recht oft zu begegnen.

Dompredigerr Dr. Gmelch.

Bühnen- und Musikrundschau.

Nationaltheater. Die Wiener Uraufführung des „Schöpfers" ist erst vor wenigen Wochen gewesen und schon ist das neue Schauspiel Hans Müllers über viele große Bühnen gegangen. Auch in unserem „Kleinen Hause" ist der Erfolg ein sehr starker gewesen. Ich begreife dies sehr gut. Eine spannende Handlung ist mit unleugbarem theatralischem Geschick auf die Bühne gestellt; eine sehr wirksame Realistik des äußeren Geschehens verdeckt täuschend manche psychologische Unwahrscheinlichkeit, und vor allem die Rollen sind dankbar. Ob unser Lützenkirchen den „Schöpfer" gibt oder Bassermann in Berlin oder irgendeine Provinzgröße, ein jeder wird sich „seinem" Publikum von seiner Glanzseite zeigen können. Müller ist am bekanntesten geworden durch das etwas rasch hingeworfene Drama von Ludwig dem Bayern und Friedrich dem Schönen, dessen klug pointierte Kernsprüche in der Stimmung der ersten Kriegsjahre ihre volle Resonanz fanden, aber auch in der „Puppenschule", in kleinen Komödien und als Textdichter des jungen Korngold hat er sich als ein kluger Könner erwiesen. — Professor Schumacher hat nach zahllosen Versuchen ein Mittel gegen die Tuberkulose gefunden. Er ist der Typus des in seiner Wissenschaft ganz aufgehenden Menschen. Den Blick auf das eine Ziel gerichtet, sind seine Interessen und Gefühle für alles andere abgestumpft. So vernachlässigt er seine Frau, die dadurch geneigt wird, den Huldigungen eines Freundes wenigstens ein halbes Ohr zu leihen. Durch eine anonyme Karte wird Schumacher von dem angeblichen Fehltritt seiner Frau verständigt. Just an diesem seine Frau liebenden schwindsüchtigen Manne erprobt er sein Mittel. Nach der zweiten Injektion stirbt der Patient. Schumacher steht nun vor einer Untersuchung. Als Fanatiker seiner Erfindung möchte er lieber als Mörder aus Eifersucht gelten, als den Glauben an sein Mittel erschüttert sehen. Doch durch seine Frau wird offenbar, daß der Baron den Tod gesucht hat, weil er von der Hoffnungslosigkeit seiner Liebe überzeugt war. So siegt das Heilmittel gegen tragische Zufälle, gegen die Kabalen der Neider und kittet auch noch die Ehe fester. Genau genommen ist Schumacher kein sympathischer Charakter, der Autor weiß ihn aber als einen Uebermenschen der Wissenschaft sehr „interessant" zu stilisieren. Das Ordinationszimmer mit allem klinischen Zubehör, das bei Bedarf auch als Teeraum dient, der Hörsaal der Universität, die Größen der Wissenschaft mit ihren geschickt gezeichneten kleinen Menschlichkeiten, all dies Drum und Dran ist mit einer Treue gezeichnet, die dem Zuschauer als noch wenig abgenutztes „Milieu" imponiert. Darstellerisch ist das Stück sehenswert. Den „Professor" spielt Lützenkirchen mit packender Persönlichkeit. Die weibliche Rolle gibt Alice Rohde, die in dieser Partie hinter zwei von den Münchener Bühnen hervorgegangenen größeren Schauspielerinnen, der Marberg in Wien und der Lossen in Berlin, nicht viel zurückstehen wird.

Uraufführung im Volkstheater. Das „Rätewesen", von dem jetzt die politische Bühne so erfüllt ist, erstmalig auf die Schaubühne gebracht zu haben, ist das „Verdienst" der Dichter des „Lumpenparadieses." Warum sollte es nicht auch einen „Gefangenenrat" geben, zumal in einem so lustigen Gefängnis, wie demjenigen dieser „Burleske?" Aber diese Idee reichte nicht für einen Schwank. Für die nötige Situationskomik sorgt der Umstand, daß für die beurlaubten Gefangenen eine Hochzeitsgesellschaft eintreten muß, damit der revidierende Präsident die Abwesenheit jener nicht merke. Mittlerweile kehren die richtigen Gefangenen heim und mimen nun vor dem Präsidenten die Hochzeitsgäste. Dieser Rollentausch ist mit leidlichem Humor dargestellt, das Publikum lacht und damit ist ja wohl der Ehrgeiz der Autoren gesättigt. Gespielt wurde gewandt und flott.

Aus den Konzertsälen. Das 6. Symphoniekonzert des Konzertvereins dirigierte Wilhelm Furtwängler. Ein Sohn unserer Stadt hat er sich auswärts künstlerisches Ansehen errungen und genießt als Kapellmeister der Mannheimer Oper einen vorzüglichen Ruf. Wir hatten nun Gelegenheit, uns von seinen starken musikalischen Fähigkeiten zu überzeugen. Sowohl als Dirigent, der dem Orchester seine Absichten zwingend zu übermitteln weiß, wie als feinsinniger Ausdeuter des geistigen Gehaltes hat er uns in der dramatisch wuchtigen Wiedergabe der zweiten Leonoren-Ouverture, wie in der plastisch klaren und empfindungstiefen Gestaltung der 4. Symphonie Bruckners auf das stärkste zu fesseln gewußt. Die Aufnahme war äußerst herzlich. — Anna Erler-Schnaudt gab unlängst wieder einen Liederabend. Die schöne Einheit in der Bewältigung des Sanglichen und Geistigen läßt ihre Darbietungen immer mit reiner Freude genießen. — Länger hat uns Rita Sachetto nicht besucht. Von den in der Kunststadt München „entdeckten" Tänzerinnen ist sie uns immer die sympathischste gewesen. Sie blieb immer im Rahmen des Tanzbaren, suchte nie hüpfend dem Genius Beethovens nahezukommen, aber bei Liszt, Bizet, Chopin weiß sie uns durch Anmut und Schönheit zu erfreuen. — Auch Hannelore Ziegler tanzt ohne Grübelei. Sie ist voll Grazie und beschwingtem Temperament, wie es zu der liebenswürdigen Kunst eines Johann Strauß paßt, dessen Weisen sie mit besonderem Reiz tanzt.

L. G. Oberlaender, München.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Wirtschaftslähmung durch Ententeforderungen — Katastrophale Folgen der Arbeitslosigkeit — Verschiebung der Leipziger Frühjahrsmesse — Wirtschaftssozialisierung.

Die an Schärfe zunehmenden Forderungen unserer Feinde, vor allem Frankreichs, drohen das gesamte deutsche Wirtschaftsleben **zur Auflösung zu bringen**. Beweise hiefür: die Einzelheiten der jeweiligen Waffenstillstandsverhandlungen, der Terror in den besetzten Gebieten, die beispiellosen Wirtschaftsforderungen, zuerst in bezug auf Auslieferung unseres besten Verkehrsmaterials — Lokomotiven und Güterwagen —, sodann von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten und nunmehr der gesamten deutschen Handelstonnage, dies als Voraussetzung der nur gegen Bezahlung in Gold oder fremden Devisen zu liefernden Lebensmittel. Nur eine rasche Ausfuhr von Kohlen, Kali und Industrie-Erzeugnissen verschafft uns diese Regulierung durch Auslandsdevisen und nur solche angestrengte Arbeit hilft uns über all das Wirtschaftselend hinweg. Deutschlands schwer erschütterter Staatskredit setzt für jedes Warenimportgeschäft entweder Barzahlung oder sofortige Gegenlieferung gleichwertiger deutscher Erzeugnisse voraus. Im Mittelpunkt der Krise steht nach wie vor die Kohlennot, wodurch die völlige Stillegung aller auf Brennstoffe angewiesenen Industriebetriebe in nahe Möglichkeit gerückt ist. Wie selbst der Berliner „Vorwärts" betont, droht solcher Zustand gleichzeitig in verschiedenen Gegenden Deutschlands einzutreten und katastrophale Folgen mit sich zu ziehen. Sogar in den Grubenrevieren fehlt es an der notwendigen Kohle. Die unhaltbare Lage wird auch gekennzeichnet durch das Fehlen von etwa 600000 Arbeitskräften in der Landwirtschaft, wodurch die Frühjahrsbestellung als ernstlich gefährdet erscheint. Gegen die anderseits erschreckend anwachsende **Arbeitslosigkeit** in den Grossstädten wird zwar seitens der Regierung nunmehr endlich etwas energischer vorgegangen, um wenigstens einen Teil der Arbeitslosen den Industriezentralen, namentlich den Kohlenrevieren und der Landwirtschaft zuzuführen und an Stelle der Arbeitslosenunterstützung den Arbeitslohn zu setzen. Die unausbleibliche Rückwärtsentwicklung Deutschlands in der Richtung auf den Agrarstaat muss weiter zu Massnahmen führen, um die brachliegenden Ländereien kulturfähig zu machen und so die Industrieverarmung Deutschlands durch Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion wenigstens einigermassen auszugleichen. Neue Beschränkungen im Eisenbahnverkehr, Gas- und Elektrizitätsnot in den Grossstädten sind die nächsten Folgen der mehr als mangelhaften Kohlenzufuhr. Die von der bayerischen Eisenbahnverwaltung zur Hebung der wirtschaftlichen Lage beschlossene Wiederaufnahme des uneingeschränkten Güterverkehrs wird beeinträchtigt durch den Mangel an vollwertigen Verkehrsmitteln infolge der Ablieferungen an die Entente. Dass unter den gegenwärtigen Verhältnissen die für Anfang März anberaumte Leipziger Frühjahrsmesse bis Ende April verschoben ist, ist auch ein Zeichen der schlechten Lage, welche durch vermehrte Staatsaufträge — wie neuerdings seitens Sachsens auf Eisenbahnmaterial — nur geringfügig gebessert wird.

Zur Frage der **Wirtschaftssozialisierung** hat Kurt Eisner — dessen vollkommen haltloser Vorwurf, dass Deutschlands Industrie Sabotage hinsichtlich Belieferung von Kohlen und Rohstoffen betreibe, um die Schwierigkeiten zu vermehren, von den bayerischen Handelskammern und Industriellenverbänden restlos zurückgewiesen wurde — in seinem ihm eigenen Idealismus Probleme eines neuen Wirtschaftsstaates aufgestellt. Ob die Neugestaltung der Wirtschaft in solchen, auch anderseits früher verkündeten Punkten, wie Wiederherstellung und Steigerung der Produktion zu höchster technischer Vollkommenheit,

Erzielung eines Anteiles des Staates an dem Ertrage der Produktion und Befriedigung der sozialen Ansprüche der Arbeiter hieraus in die Tat umgestellt werden kann, ist völlig unsicher, da sie auf Voraussetzungen beruhen, die zurzeit nicht gegeben sind und auch nicht von unserem Willen allein abhängen. **Gegen die Verstaatlichung** des Versicherungswesens, der Hypothekenbanken, gegen die Sozialisierung des Bodens sprechen sich alle beteiligten Kreise fast ebenso solidarisch aus, wie ernstliche Bedenken gegen den vom Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes Dr Müller bekanntgegebenen Entwurf eines Rahmengesetzes über staatliche Energiewirtschaft erhoben werden. Alle diese Probleme, im Zusammenhang mit der jetzt veröffentlichten Denkschrift des damaligen Chefs des Kriegsamts, Generals Gröner, an den Reichskanzler über die Kriegslieferungen, beherrschen das Interesse aller Wirtschaftsfaktoren. Die beträchtlichen Umfang annehmenden Kursbesserungen der in Haussetendenzen sich ergehenden deutschen Effektenmärkte erscheinen gegenüber all diesen Vorkommnissen mehr als unhaltbar!

M. Weber, München.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Dankesabstattung. Während des schweren Wahlkampfes der vergangenen Wochen haben sich zahlreiche Frauen und Männer in voller Begeisterung und opfermütig in den Dienst der Bayerischen Volkspartei und ihrer Bestrebungen gestellt, sie haben viele Strapazen auf sich genommen und sich sehr häufig auch Anfeindungen und persönlichen Verunglimpfungen durch unsere politischen Gegner aussetzen müssen. Die Bayerische Volkspartei hat aber mit ihrer Hilfe die schweren Wahlschlachten am 12. und 19. Januar ehrenvoll bestanden und schöne Erfolge errungen, welche ein fruchtbares Arbeiten im Bayerischen Landtag und in der Deutschen Nationalversammlung ermöglichen werden.

Wir sprechen allen diesen Frauen und Männern unsern herzlichsten Dank aus und bitten sie, auch bei den kommenden schweren Aufgaben treu zu uns zu halten. Das Generalsekretariat der Bayerischen Volkspartei.

Bayerische Volkspartei.

An sämtliche Organisationen, Vereine, Verbände usw., die sich der Bayerischen Volkspartei angeschlossen haben, ergeht die dringende Aufforderung, dem Generalsekretariat sofort mitzuteilen:

1. Name und Sitz der angeschlossenen Organisation,
2. Zahl der angeschlossenen Mitglieder.

Den Organisationen werden sodann die benötigte Zahl von Mitgliederkarten zur Aushändigung an ihre Mitglieder vom Generalsekretariat zugehen.

Generalsekretariat der Bayerischen Volkspartei
München, Pestalozzistraße 1.

Sämtliche Ortsvereine der Bayerischen Volkspartei werden ersucht, dem zuständigen Kreissekretariat, soweit dies noch nicht geschehen, Mitgliederlisten unter besonderer Benennung der Vorstandsmitglieder einzusenden.

Die Vertrauensleute der Gemeinden, in denen Ortsvereine noch nicht bestehen, werden gebeten, ihre Adressen dem Kreissekretariat mitzuteilen.

Die Adressen sind:

Kreissekretariat für	Oberbayern:	München, Marsstraße 4/III
„ „	Niederbayern:	Passau, Große Messergasse 1
„ „	Oberfranken:	Bamberg, Langestraße 30
„ „	Mittelfranken:	Nürnberg, Bogenstraße 33
„ „	Unterfranken:	Würzburg, Echterhaus
„ „	Oberpfalz:	Regensburg, Watmarkt 9/II
„ „	Schwaben:	Augsburg, Mittl. Pfaffengäßchen C 63
„ „	Pfalz:	Landau, Kaiserstraße 19.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Ferdinand Abel, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gb.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich M 3.50.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis: Die 5 X gespaltene Grundzeile 75 Pfg., Anzeigen auf Textseite die 95 mm breite Zeile 375 Pfg.
Beilagen einschl. Postgebühren M 15 d. Tausend.
Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.
Rabatt nach Tarif.
Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig.
Erfüllungsort ist München.
Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt.
Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer.

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 6. München, 8. Februar 1919. XVI. Jahrgang.

Das Friedensprogramm der Missionare für Afrika.

Von Msgr. Hennemann, P.S.M., Apost. Vikar von Kamerun.

Die ganze Welt ist voll von gut gemeinten, idealen, mehr oder weniger ausführbaren Friedensprogrammen. Da ist es wohl an der Zeit, daß auch die Missionare ihrerseits ein Friedensprogramm aufstellen. Es handelt sich um die Bedingungen, unter denen sie ihre Arbeit wieder aufzunehmen gedenken, um die Gesichtspunkte, unter welchen das Werk der Weltbekehrung erneut von deutschen Missionaren in Angriff genommen werden soll. Der Missionar fühlt sich nicht als Besiegter. Sein Herr, der Weltenkönig Jesus Christus, siegt und herrscht immerdar. Im Friedensprogramm der Glaubensboten ist deshalb nicht die Rede von Siegern und Besiegten. Hier vor allem können die erhabenen Grundsätze zur Anwendung kommen, die seit Jahren die Nationen im Munde führen. Die Grundideen unseres Friedensprogramms sind die Maximen der Freiheit, der Wiederherstellung, der Mobilisation für die Friedenswirtschaft.

Wir afrikanische Missionare haben eine besondere Veranlassung, unser Programm aufzustellen. Gerade wir wurden im weitesten Maße gehindert, unser Werk in den Kriegsjahren fortzuführen. Wir treten in vieler Beziehung neu an unsere Arbeit heran. Da liegt es uns am Herzen, unser Friedensprogramm laut den deutschen Katholiken zu verkünden.

1. Der erste Punkt unseres Friedensprogramms betrifft die Freiheit des Missionswerkes. Wir verkünden das Recht eines jeden Volkes auf die Freiheit des Christentums und das Recht des Christentums auf die Freiheit und Selbständigkeit seiner missionarischen Betätigung. Damit ist nicht gesagt, daß diese Rechte bislang nicht geachtet worden wären. Aber sie waren doch in mancher Hinsicht beschränkt. Auf der anderen Seite macht die neue Zeit mit ihren wenig freundlichen Gesinnungen gegen das Christentum es uns zur Pflicht, Rechte zu vertreten, die unveräußerlich sind und keiner auch noch so radikalen Zeitströmung zum Opfer gebracht werden dürfen. Wir verlangen das Recht auch der afrikanischen Völker auf die Freiheit des Christentums. Jedes Menschenherz hat ja einen unwiderstehlichen Drang nach gewissen Segnungen, die nach Ausweis der Geschichte bisher nur das Christentum der Welt vermittelt hat. Und jedes Volk hat ein Recht auf ein menschenwürdiges Dasein, welches hinwiederum nur durch christliche Kultur gewährleistet werden kann. Dieses Recht der afrikanischen Völker wird aber zu einer Pflicht für uns Christen. Wenn es sich um den rein wirtschaftlichen Aufschwung dieser Völker handelt, dann fühlen sich ja auch die Kulturvölker berechtigt, in deren Landen kulturverbreitende und fördernde Einrichtungen zu schaffen. So kann denn auch das Recht der Völker Afrikas auf die Segnungen des Christentums wohl kaum anders gedacht werden, als daß die Glaubensboten die Freiheit besitzen, zu ihnen hinauszuziehen, dort das Kreuz aufzupflanzen und diese Armen in seinen Schatten zu führen. Wir können den Grundsatz nicht gelten lassen, der wohl zuweilen vertreten wird: „Afrika dem Islam" oder „die Völker Afrikas sind noch nicht fähig zur Aufnahme des Christentums". Die letzte Behauptung wird am treffendsten widerlegt durch die glänzenden Erfolge des Christentums in Afrika gerade in den letzten Jahrzehnten. Nicht zuletzt diese starke Position, die das Christentum auf Afrikas Boden sich bereits geschaffen, gibt ihm ein Recht auf Freiheit.

Für diese Freiheit fordern wir auch die Anerkennung und den Schutz der Staaten, zunächst seitens der eigenen Landesregierung, dann aber auch von seiten der anderen Nationen. Diese Freiheit muß einen Platz finden in der Landesgesetzgebung und soll, wenn möglich, auch durch internationale Abmachungen gesichert sein. Die Kongoakte könnten in letzterer Beziehung wohl als Vorbild dienen. Es ist gewiß nicht zuviel verlangt, wenn die Missionare darauf dringen, daß wenigstens das in diesen Akten bereits festgelegte Freiheitsgut auch für die Zukunft gesichert würde, also freie und öffentliche Ausübung des Kultes, Recht zur Erbauung der gottesdienstlichen Gebäude und Errichtung von Missionsstationen. Auch die Gewissensfreiheit und religiöse Duldung für die Eingeborenen müßte wohl ausdrücklich in diese Garantien aufgenommen werden.

Es ist eigentlich selbstverständlich, daß die Missionen von den christlichen Völkern und deren Nationen für sich persönlich jenen Schutz in Anspruch nehmen können, der allen allgemeinen Vereinen und Gesellschaften anerkannt ist, als da ist der Schutz für Leben und Eigentum der Missionare und ihrer Gehilfen. Eine besondere Erwähnung verdient hier wohl der Schutz der Eingeborenen seitens der christlichen Nationen. Den Missionaren wird dieser Schutz immer besonders am Herzen liegen und sie werden sicher jederzeit allen Bestrebungen gern hilfreiche Hand bieten, die es auf diesen Schutz abgesehen haben. Gewiß zu begrüßen wären in dieser Hinsicht entsprechende Festlegungen in der Landesgesetzgebung, vielleicht sogar durch internationale Abmachungen. Dieselben müßten wesentlich auf folgende Punkte Bezug nehmen: Mädchenhandel in jedweder Form, Haussklaverei, Gerichtsbarkeit der Schwarzen, Disziplinarstrafen, Pfand- und Hafthaltung weiblicher Personen, Arbeitsgesetzgebung, Bevorzugung der monogamen Verhältnisse in unzweideutiger Form usw.

Was den letzteren Punkt angeht, so fordern die Missionare besonders die Hilfe der zivilisierten Nationen, damit der Frau auch in Afrika ihre Menschenrechte zuerkannt werden. Es wird freilich kaum anzuraten sein, gegen Vielweiberei und den damit eng verbundenen Mädchen- und Frauenkauf mit direkten Gewaltmitteln anzugehen. Schon allein das Gerücht, daß ein Bezirksamtmann in Kamerun auf dem Verordnungswege die Vielweiberei abschaffen wollte, rief vor einigen Jahren sofort eine Verschwörung bei sonst zuverlässigen Negern hervor. Aber es gibt ja auch recht wirksame indirekte Mittel, die dem erstrebten Ziele dienen, wie z. B. Besteuerung der Männer, die mehrere Frauen haben, Festsetzung und Herabsetzung des Kaufpreises der Mädchen usw. Gerade letzteres Mittel halte ich für sehr erfolgsfähig. Bei niedrigem Kaufpreise könnte zunächst jeder Heiratsfähige die Kaufsumme erlegen und so zu einer Frau kommen. Anderseits aber würde dadurch den Großen und Häuptlingen ein Hauptreizmittel zum Ankauf vieler Frauen genommen. Wer bislang viele Frauen besaß, bekundete damit seinen Reichtum, da die Preise für Frauen vielfach außerordentlich hoch waren. So stützte sich das Ansehen der Häuptlinge geradezu auf die Zahl der Frauen. Bei einer Herabsetzung des Kaufpreises kämen die Reichen nach und nach von selbst dazu, ihren Besitz auf andere Weise zu zeigen. Bei christlichen Häuptlingen kann man wenigstens in Kamerun diese Entwicklung jetzt schon bemerken. Ein noch radikaleres Mittel suchte die englische Regierung in Ostafrika schon vor Jahren in Anwendung zu bringen, indem sie jeden mit einer empfindlichen Geldbuße bestrafte, der noch Frauen oder Mädchen an einen Polygamen verkaufte. Im übrigen wird das Christentum mit seinem Einfluß von selbst langsam die Ideen des Mädchenkaufs und der Vielweiberei in ihrer Macht bekämpfen. Interessant in dieser Richtung ist beispielsweise, daß die Mitglieder des Josefs-

vereins in Jaunde (Kamerun) vor wenigen Jahren aus sich heraus fast einstimmig beschlossen, sie wollten später ihre Töchter überhaupt nicht mehr um Geld abgeben, sondern freie Wahl des Mannes zulassen, weil der Kauf der Frauen doch für Christen ungeziemend sei.

In der Frage der Arbeitergesetzgebung fordert das Menschenrecht der Neger, daß über Anwerbung, Freiheit, Kontraktsverpflichtung, arbeitsfreie Tage, Entlöhnung in Münze usw. überall gediegene Bestimmungen getroffen werden, etwa im Geiste der teilweise vorbildlichen Bestimmungen, die schon vor Jahren in Französisch-Kongo vom Generalgouverneur Merlin erlassen wurden. Freilich müßte dann auch dafür gesorgt werden, daß derartige Erlasse nicht wie in der französischen Kolonie großenteils auf dem Papier stehen bleiben. Es müßte auch alles geschehen, daß der Neger selbständig werden und als Kleinfarmer existieren könnte. Wo er aber von dem Europäer abhängig ist, da sollte gesorgt werden, daß wenigstens seine Familie nicht auseinandergerissen werde. Auf dem Gebiete des Trägerwesens wäre es im Interesse des physischen und moralischen Wohles der Neger notwendig, die Verwendung von Trägerinnen zu verbieten. Es liegen traurige Beweise dafür vor, wie mit der Zunahme des Trägerverkehrs in verschiedenen Teilen Kameruns auch die Geschlechtskrankheiten grauenhaft zugenommen haben.

2. Das Friedensprogramm der Missionare enthält sodann an zweiter Stelle den Grundsatz der Wiederherstellung, aufgebaut auf der Idee der Gerechtigkeit. Diesen Grundsatz fassen wir hier in einem allgemeineren und besonderen Sinn. Im allgemeineren Sinn enthält er eine dogmatische und eine historische Wahrheit, wenn wir sagen: Wir fordern Rückgabe der vom Aberglauben besetzten und vom Islam beanspruchten Gebiete Afrikas.

Das Christentum weist nach, daß es für alle Menschen bestimmt ist und daß es schon darum im rechtmäßigen Besitze jedes Menschenherzens ist. Seit Christi Opfertod, seit dem Missionsbefehl, seit Verkündigung des Gesetzes, unter dem alle Menschen gerettet werden sollen, gleicht das Christentum einer mit Gewalt und zu Unrecht unterdrückten Nation. Es fordert Rückgabe der vom heidnischen Aberglauben besetzten Gebiete.

Aber die dogmatische Wahrheit wird auch zu einer historischen. Längst bevor auch nur eine unserer weltbeherrschenden Nationen ihren Aufstieg begonnen hatte, hielt das Christentum seinen Einzug auf afrikanischem Boden. Dann aber kamen die Irrlehren und vor allem der Islam über Afrika. Heute fordert das Christentum die Rückgabe der vom Islam besetzten und vor allem der erst gefährdeten Gebiete Afrikas. Und sagen nicht sogar heute selbst unsere Ethnologen nach langen Jahren des Zweifels und Kampfes gegen atheistische Strömungen, daß wahrscheinlich am Anfange der religiösen Entwicklung nicht der Aberglaube, sondern der reine Monotheismus gestanden hat? Mit Spannung und Sehnsucht sehen wir alle den diesbezüglichen Forschungen unserer missionarischen Gelehrten, besonders des P. Schmidt S. V. D. entgegen. Schon jetzt wissen wir, daß das Recht des Christentums, als des legitimen Erben der Uroffenbarung, dadurch nur bewiesen und bestätigt werden wird. Wie wirklich armselig ist das religiöse Gut, welches das Heidentum den Völkern Afrikas gelassen hat! Alle Beschönigungen christentumsfeindlicher Reisender beweisen nichts gegen die jahrelange Erfahrung der Missionare, die alle darin übereinstimmen, daß die heidnische Menschheit ohne Christentum arm und nackt und bloß dasteht. Darum schleunige Abkehr vom Aberglauben und schnelle Rückgabe der vom Heidentum besetzten Gebiete an das Christentum.

Speziell in Rücksicht auf den Islam dürfen wir Missionare wohl fordern, daß über den Grundsatz der Toleranz und Freiheit hinaus von den christlichen Nationen nichts zu seiner Förderung und Ausbreitung geschehe. Schon lediglich vom Standpunkt der Kultur aus betrachtet, erscheint der Islam mit seiner Vielweiberei und stagnierenden Kultur ungeeignet für Afrikas Fortschritt.

Die afrikanischen Rassen sind gewiß religiös veranlagt, und eine religionslose Erziehung würde gerade bei ihnen von bedeutendem Schaden sein. Der Staat hat bisher in den Kolonien von sich aus keinen Religionsunterricht christlicher Konfessionen eingerichtet. Wenn sich die christlichen Missionare damit abfinden, so müssen sie aber vom Standpunkt der Gleichheit aus verlangen, daß auf keiner Regierungsschule der Islam mehr als obligatorisches Unterrichtsfach gelehrt werde. Dagegen fordern die Missionare, daß die Regierungen überall in ihren Schulen Gelegenheit geben, daß christliche Missionare der in den betreffenden Gebieten vertretenen Konfessionen in den Räumen jener Schulen und zu gelegener Zeit Religionsunterricht erteilen.

Den Grundsatz der Wiederherstellung fassen wir dann aber auch in einem besonderen Sinn, und da befinden wir Missionare uns inmitten der andern durch den Weltkrieg Geschädigten. Wir fordern Wiederherstellung der Kriegsschäden und Wiederaufbau der Kriegsruinen. Es erübrigt sich, in Zahlen und Schilderungen erneut ein Bild der Verwüstungen zu geben, die der Krieg direkt und indirekt auf dem Arbeitsfelde der afrikanischen Missionen angerichtet hat. Ausgeraubte Kirchen, zerstörte Stationen, verbannte und gefangene Missionare sprechen eine deutliche Sprache. Der Missionar ist nicht als Ankläger da, aber er darf doch dazu auffordern, die zugefügten Schäden wieder gutzumachen. Er geht sicher nicht zu weit, wenn er verlangt, in Sachen der Entschädigung den durch den Krieg Privatbeschädigten in jeder Weise gleichgestellt zu werden.

3. Wir fordern endlich die Mobilisation für die Friedenswirtschaft im Reiche Gottes, d. h. die Einstellung und Sammlung aller geistigen und materiellen Kräfte des katholischen Deutschland für die neuzubeginnende Friedensarbeit über dem Meere. Es ist allgemein anerkannt, daß die Missionare draußen eine Fülle geistiger und materieller Mittel gebrauchen, um den Anforderungen der Zeit Rechnung zu tragen, um Gottes Werk immer weiter und weiter auszubreiten. Das wichtigste Werk ist im Augenblick der Wiederaufbau der seelischen Ruinen. In dieser Hinsicht wird der Umstand entscheidend sein, ob es uns möglich ist, gleich eine große oder doch wenigstens genügende Zahl von Missionaren auf das Arbeitsfeld bringen zu können. Jetzt ist noch viel zu retten, aber schon in einigen Jahren wäre es wohl bestimmt zu spät. Dann werden Tausende, die uns und dem Christentum schon nahe standen, bereits verloren sein. Wir waren in vielen Missionsgebieten Afrikas und auch in Kamerun in den letzten Jahren an einer Entwicklungsstufe angekommen, wo der Stand des Werkes keine lässige Arbeit ertrug, wo jede Kraft angestrengt werden mußte. Wir waren mitten in der drängendsten Erntezeit. Der Zudrang der Heidenwelt zum Christentum wurde immer größer. Ich erinnere nur an die Station Jaunde (Kamerun), wo im Jahre 1913 allein über 5000 Heiden getauft wurden, wo die heidnischen Häuptlinge Stunden und halbe Tage lang an der Treppe unseres Wohnhauses saßen und auf die Zusage warteten, daß auch in ihr Gebiet bald ein schwarzer Lehrer geschickt werde. Deshalb muß auch in unserem Friedensprogramm der Satz stehen: Alle Mann an Bord! Alle Kräfte herbei! Das gilt um so mehr, als der Krieg in die Reihen der bisherigen und leider erst recht der zukünftigen Glaubensboten weite Lücken gerissen hat. Man wird mir vielleicht entgegenhalten, daß nach dem Kriege auch der Zudrang der Neger zum Christentum nicht mehr der gleich starke sein werde wie vor dem Kriege, da die Autorität der weißen Glaubensboten erschüttert sei und der Anblick der sich bekriegenden christlichen Nationen bei der schwarzen Rasse die Hochachtung vor dem Christentum selbst sehr herabgemindert habe. Doch schon allein die großen Erfolge unserer Missionare auf Fernando Poo, die ausschließlich unter solchen Negern wirken, die allen diesen seelischen Nachteilen und Einflüssen des Krieges ausgesetzt waren, müssen uns in dieser Beziehung eines Besseren belehren und unsere Befürchtungen schwinden lassen.

Für jeden deutschen Missionar ist es sodann ein sehr großer Trost, daß wir in unserem lieben Vaterlande einen so bedeutenden Aufschwung des heimatlichen Missionswesens zu verzeichnen haben. Es wird Deutschland stets zur größten Ehre gereichen, daß es in einer Zeit, wo es von Feinden rings umgeben um seine Existenz kämpfte, dennoch Gottes Sache nicht vergessend, dem Missionsgedanken größte Aufmerksamkeit und höchstes Interesse schenkte. Wurde unserem Vaterlande auch der Sieg auf dem Schlachtfelde nicht zuteil, auf dem Gebiete der geistigen und religiösen Schlachten hat es doch einen herrlichen Sieg davongetragen. Wir brauchen nur weiter fortzufahren auf diesem Wege. Und wir hoffen auch, daß eine vielleicht ungünstige Entwicklung der Kirche in ihrem Verhältnis zum Staat doch dem Missionswesen nicht allzu großen Schaden schaffen werde. Mit den für den Gottesfrieden Afrikas mobilisierten Kräften gilt es dann zu arbeiten, nicht nur um wieder aufzubauen, sondern auch um eine Hochblüte des Friedenswerkes vorzubereiten und zu schaffen.

Freilich ist gar manches noch dunkel in einem Augenblicke, wo über das Schicksal der deutschen Kolonien noch gar nicht entschieden worden ist. Aber vom Standpunkte der Freiheit, vom

Standpunkte der Wiederherstellung und vom Standpunkte der Einstellung aller verfügbaren Kräfte für die Friedenswirtschaft des Missionswerkes schließen wir Missionare uns der Forderung des Deutschen Reiches auf Rückgabe der Kolonien und ihrer Missionen an. Deutschland hat durch seine Bemühungen, die ihm anvertrauten Kolonien mit allen Kräften durch die christlichen Missionare kulturell zu heben, durch die glänzenden Erfolge seiner Arbeiten, bei einzelnen Fehlern, den Beweis seiner kolonisatorischen Fähigkeit zur Genüge erbracht, und es ist darum mindestens ebenso würdig, Kolonien zu besitzen wie die übrigen Großmächte.

Die seit einem Menschenalter in den Kolonien nach deutschen Methoden eingerichteten Missionen würden durch Uebernahme von Missionsgesellschaften anderer Nationalität übrigens wohl in schwere Krisen geraten. Auch haben die deutschen Missionsgesellschaften dieser Missionen so viele Mittel aufgewandt, daß sie ein natürliches Recht auf deren Weiterführung beanspruchen können. Ob sodann das Wohl der Neger, das ja als Grund eines Besitzwechsels vielfach angegeben wird, durch den Wechsel von Regierung und Missionen gefördert würde, ist doch wohl sehr zweifelhaft. Für einen Neuling sind Jahre erfordert, sich bei diesen Völkern so einzuleben, um für ihr Wohl ersprießlich wirken zu können. Für die Missionare Kameruns gilt noch insbesondere, daß die Küstengebiete infolge früherer Völkerwanderungen von Bewohnern mit den verschiedensten Sprachen besetzt sind. Da wäre es dem Wohle der dortigen Negerstämme gewiß nur zum größten Vorteil, wenn Missionare, die unter jahrzehntelangen Mühen in diese Sprachen sich einarbeiteten, zum Teil ihre Studien schriftlich niederlegten oder gerade niederlegen wollten, in ihrem Wirkungskreise belassen würden. Es ist weiterhin auf den ersten Blick nicht ersichtlich, daß bei etwaigem Besitzwechsel der Kolonien in jedem Falle notwendig auch die Missionsgenossenschaften wechseln müssen. Ganz überflüssig wäre dieser Wechsel der Missionare offensichtlich, wenn bei oder nach Friedensschluß der Völkerbundgedanke sich verwirklichen würde. Gewiß würden die fremdnationalen Missionare, die von der herrschenden Regierung in der Erfüllung ihrer religiösen Aufgabe auf keine Weise behindert würden, ihrerseits loyal die erlaubten Mittel anwenden, die in Schule und Leben die Liebe und Anhänglichkeit der Bewohner gegen den besetzenden Staat fördern.

Als Gegenleistung dürften sie dann allerdings wohl beanspruchen, daß jene Arbeiten, die direkt der Nation dienen, auch durch Staatsmittel beglichen würden. Zu diesen Arbeiten wäre sicher ein Teil des Schulbetriebes zu rechnen, wo durch Geschichtsunterricht und durch ähnliche Beeinflussungen dem Staatsgedanken gedient und durch die Betreibung der neutralen Fächer die wirtschaftliche Kraft des Landes gehoben wird. Es kann den Missionaren anderer Nationen nicht zugemutet werden, die Gelder, die sie von ihren Nationen für das Missionswerk erhielten, für diese fremdnationalen weltlichen Zwecke zu verwenden.

Sehr zu begrüßen wären endlich im Interesse des Wirkens der Missionare internationale Abmachungen darüber, wie in künftigen Kriegen die persönliche Freiheit, das Eigentumsrecht und die Würde der Missionare von den eigenen und feindlichen Nationen gewahrt werden sollen, um ein Wiederkehren der entwürdigenden Ereignisse dieses Krieges zu verhüten.

Vorliegende Grundsätze bilden das Friedensprogramm der Missionare. Es ist nichts anderes als das Programm Christi, als das Programm der christlichen und deutschen Glaubensboten. Es ist das Programm, dem wir bisher mit Gottes Hilfe unsere Missionserfolge in Afrika verdanken und das auch künftig die Gewähr des Erfolges trägt.

In diesem Programm fühlen wir uns einig mit den Missionaren anderer Nationen, und so meine ich, daß wir in der Proklamierung der drei genannten Punkte einen religiösen, missionarischen Völkerbund haben könnten. Es wäre der Bund der missionsbegeisterten Nationen christlichen Bekenntnisses. Es würde eine Vereinigung sein, die nach den bewährten christlichen Ideen und Grundsätzen alle aufsteigenden Schwierigkeiten in bezug auf Besetzung der Missionsgebiete, Sicherheit der Glaubensboten, Verhältnis von internationaler Arbeit und nationaler Gesinnung lösen würde. Es wäre der Weg, auf dem Mißverständnisse zwischen den Angehörigen verschiedener Nationen sich beheben ließen. Dieser Völkerbund zum Heile der nichtchristlichen Welt, zum Heile vor allem der afrikanischen Rassen würde bestimmt seine Zukunft haben, wenn wir alle für seine Ziele uns einsetzen. Das gebe eine gnädige Vorsehung!

Das fünfte Kriegsjahr.

Wochenschau von Fritz Nienkemper, Berlin.

Immer neue „Zwischenfälle".

Die Schönfärber nennen diese Dinge „Zwischenfälle"; in Wirklichkeit sind es Aufruhrversuche, die sich nicht bloß gegen die gegenwärtige Regierung sondern auch gegen die Nationalversammlung und überhaupt gegen jede allgemeine Volksvertretung richten. Die Blasen steigen bald an diesem, bald an jenem Punkte des Kochkessels empor: z. B. in Düsseldorf, in Stettin, in Greifswald, in Hamburg, in Wilhelmshaven, in Bremen und sogar in Weimar. Das Feuer unter dem Kessel wird aber von einer zielbewußten Hand geschürt. Alles dient demselben Plane: die demokratische Ordnung unmöglich zu machen und gegenüber den gewählten Volksvertretungen die Diktatur des „Proletariats", den Terror der verbündeten Unabhängigen und Bolschewisten durchzusetzen.

Der leitende Gedanke trat klar zu Tage in der jüngsten Aktion der Berliner Unabhängigen. Trotz ihrer Niederlagen im Straßenkampf und im Wahlgang setzten sie in einer Tagung der „Räte" von Groß-Berlin den Beschluß durch, es solle eine Reichskonferenz der deutschen A.- u. S.-Räte einberufen werden. Eine solche Konferenz hat es ja noch im Dezember gegeben, und sie hat einen Zentralrat eingesetzt, der ohne gesetzliche Berechtigung, aber mit der üblichen revolutionären Willkür als oberstes Organ neben oder gar über die Regierung gestellt wurde. Dieser Zentralrat ist aus Mehrheitssozialisten zusammengesetzt, findet also bei den Radikalen keine Liebe und kein Vertrauen. Sie wollen eine neue Mobilmachung der A.- und S.-Räte, um einen terroristischen Zentralrat zu bilden, der den Kampf gegen die Nationalversammlung offen aufnimmt und mit bolschewistischen Gewaltmitteln durchführt. Die Matadoren in den A.- und S.-Räten ahnen das Todesurteil, das die Nationalversammlung über diese Organe der einseitigen Klassenherrschaft fällen muß. Sie wollen aber ihre Macht (und auch das schöne selbstbewilligte Geld) nicht fahren lassen. Morituri nos salutant; sie begrüßen uns mit Putschen auf Rathäuser, Regierungsgebäude, Kasernen usw. Wenn die örtlichen Gewalttaten nur vorübergehenden Erfolg haben, so genügt das den Drahtziehern; die Bewegung bleibt in Fluß, die Trümmer machen Freude, die Unzufriedenheit läßt sich weiter schüren. Die Scheu vor dem „Blutvergießen" ist bekanntlich auf seiten der Regierung sehr groß. Darauf spekuliert man. Des lieben Friedens halber läßt sich die Regierung immer wieder zu „Verhandlungen" herbei, auch wenn sie die nötigen Kräfte zur Erzwingung der glatten Kapitulation zur Stelle hat. In Bremen war der Vorgang typisch. Die überrevolutionäre „Regierung", die sich der Stadt bemächtigt hatte, bot der Reichsregierung Trotz nach allen Regeln der Waffenkunst, während die Truppen der Berliner Regierung in genügender Zahl und Ausrüstung vor den Toren der Bremer Kommune standen. Die Erstürmung wurde aufgeschoben. Von Hamburg und Oldenburg eilten Vermittler herbei. Es wurde ein Kompromiß gezimmert. Die neuen Machthaber von Bremen erklären freilich ihren Rücktritt; aber die Waffen der aufrührerischen Arbeiterschaft wollen sie nicht der Berliner Regierungstruppe abliefern, sondern dem Korpssoldatenrat des ihnen näher stehenden 9. Armeekorps. Da dieser Gewahrsam unsicher ist, hat der oberste Soldatenrat von Groß-Hamburg noch eine Garantie übernommen, deren pupillarische Sicherheit zweifelhaft bleibt. Da die weiteren Verhandlungen zu keinem Ziele führten, sind die von Berlin entsandten Ordnungstruppen in die Stadt eingerückt.

Bezeichnend ist ferner der „Zwischenfall" in Weimar. Die Regierung schickt zur Sicherung der Residenz der Nationalversammlung Truppen. Hundert Mann gehen als Quartiermacher in die Stadt voraus und werden vom Soldatenrat des dortigen Infanterieregiments ohne weiteres entwaffnet, widerstrebende Offiziere verhaftet. Die Gewalttat ist nun freilich rückgängig gemacht worden, aber erst nach der Zusicherung an den Soldatenrat, daß die Weimarer Garnison durchaus nicht in ihrer Unterkunft beeinträchtigt werden soll. Von einer Bestrafung des gewalttätigen Soldatenrats hört man nichts. Wohl aber läßt die Regierung versichern, daß jede mögliche Vorsorge gegen künftige Zwischenfälle getroffen worden sei. Die Nationalversammlung kann sich aber auf Abenteuer noch gefaßt halten.

Daß auf eine Niederlage im Kriege eine kommunistische Schilderhebung folgt, hat schon das Frühjahr 1871 in Frank-

reich gezeigt. Der große Unterschied zugunsten der Franzosen war der, daß sich eine Kommune nur in Paris bildete und daß die kampffähig gebliebene Armee der Regierung die Möglichkeit gab, mit einem scharfen Schlag der Hydra den einen Kopf abzutrennen. Bei uns zu Lande gleicht der Kommunismus der lernäischen Schlange; wenn man einen Kopf abschlägt, so wachsen immer neue Köpfe nach. Bald hier, bald da neue Putsche: ein Schrecken ohne Ende. Demgegenüber eine schwache Regierung, die sich die nötigsten Ordnungskräfte erst mühsam bilden muß und dann nicht richtig zu verwerten wagt.

Die Pariser Kommune von 1871 fand keine Unterstützung von einer auswärtigen Macht. Die „deutschen" Ruhestörer von heute werden aber von der bolschewistischen Regierung Rußlands mit Geld, Waffen und Agenten wirksam unterstützt. Joffe, der unter der Maske eines friedlichen Botschafters die deutsche Revolution vorbereitete, hat neuerdings offen angekündigt, die Spartakusleute und ihre Genossen warteten nur auf den Einmarsch der russischen Truppen in Ostpreußen, um neuerdings loszuschlagen.

Die ewigen Unruhen in Deutschland lähmen die Arbeit, bedrohen unsere Ernährung, bringen uns eine Kohlen- und Verkehrsnot, die das ganze wirtschaftliche Leben gefährdet, und erleichtern den feindseligen Machthabern die Verzögerung des Friedensschlusses und die Verschärfung der Bedingungen trotz Wilson. Die Aufgabe der Nationalversammlung wird immer schwerer. Sie soll nicht allein eine Regierung ernennen, sondern ihr auch die Machtmittel verschaffen, die zur Unterdrückung der Terroristen und zur Kaltstellung der ganzen A.- und S.-Räte notwendig sind. Die Wähler haben das ihrige getan; aller Augen warten auf die Gewählten.

Die Preußenwahlen.

Wenn zwischen den Reichs- und Staatswahlen nur eine Woche liegt und beide nach denselben Listen im gleichen Verfahren erfolgen, so ist die Harmonie selbstverständlich. Ebenso selbstverständlich ist, daß die neue demokratische Landesversammlung sich stärker von dem früheren Dreiklassen-Landtag unterscheidet, wie die Nationalversammlung von dem alten Reichstag, der bereits aus gleicher und geheimer Wahl hervorgegangen war. Das neue Wahlrecht war auf den sozialdemokratischen Vorteil zugeschnitten. Um so mehr ist es anzuerkennen, daß die Zentrumspartei bei den Preußenwahlen sich als zweitstärkste Partei behauptet und dieselbe Stärke wie in der Nationalversammlung errungen hat.

Beachtenswert ist ferner, daß die Scheidemannschen Sozialisten und die demokratische Partei zusammen nur eine ganz knappe Mehrheit errungen haben. Wenn demnach in dem preußischen Landtag zur Herstellung einer standfesten Regierungsmehrheit die Heranziehung von weiteren bürgerlichen Vertretern erforderlich wird, so muß das auch auf die Gruppierung in der deutschen Nationalversammlung zurückwirken und zwar im Gegensatz zu den Linksblock-Bestrebungen und zugunsten des Zentrumseinflusses.

Das ist wesentlich als Gegengewicht gegen die unitarischen Bestrebungen, die der Abg. Speck in der vorigen Nummer der „Allg. Rundschau" gegeißelt hat. Dabei hob er treffend hervor, daß die Aufteilung Preußens keine übermäßigen föderalistischen Hoffnungen erwecken darf, da die preußischen Staatsteile nach ihrem Zerfall in dem geplanten „Staatenhaus", dem Erbe des alten Bundesrats, bedeutend mehr Stimmen erlangen würden, als bei einheitlicher Vertretung des sog. Präsidialstaates.

Die Zerstückelung Preußens können wir uns noch überlegen. Viel brennender sind die Fragen der inneren Ruhe, der Ernährung, der Arbeit und des äußeren Friedens.

Königin Marie Therese †.

Die Nachricht vom Hinscheiden der Königin Marie Therese von Bayern begegnet weit über die bayerischen Grenzen hinaus herzlicher Teilnahme. Diese entquillt nicht nur den tragischen Verhältnissen, welche die letzten Lebenswochen der Verblichenen verdüsterten, sondern vor allem der Hochschätzung, die sie als Vorbild einer in fast 51jähriger Ehe bewährten christlichen deutschen Hausfrau, Gattin und Mutter, wie einer gütigen, in den Werken der Caritas sich erschöpfenden Fürstin genoß. Aufrichtiges Mitfühlen bringt das Bayernvolk dem leidgebeugten König und der königlichen Familie entgegen; das Band der Herzen, geknüpft durch eine 700 jährige Geschichte zwischen Bayern und Wittelsbach, läßt sich nicht durch die Gewalt einiger Wochen zerreißen, wenn auch die politischen Verhältnisse sich geändert haben.

Deutscher Verfassungsentwurf und ... belgisches Grundgesetz.

Von Dr. E. Ver Hees, Generalsekretär des flämischen Ministeriums für Industrie und soziale Arbeit.

I.

Während der Besetzung Belgiens hatten viele deutsche Beamten die Gelegenheit und die Pflicht, sich in den Text und in den Geist der dortigen Verfassung zu vertiefen. Ihre vorgesetzte oberste Behörde war merkwürdigerweise für die Zivilverwaltung des besetzten Auslandes das Reichsamt des Innern, weil eben dort die Erfahrung der Verwaltungsaufsicht vorhanden ist. Dort haben also auch bei Erörterung vieler Fragen manche Herren das öffentliche Recht des belgischen Staats kennen lernen müssen. Kein Wunder, daß sich gewisse Züge dieses Staatsrechts in dem deutschen Verfassungsentwurf wiederfinden. Insbesondere konnte jeder redliche Anhänger einer freiheitlichen Entwickelung des deutschen Staatslebens auf die belgischen Bestimmungen aufmerksam werden, welche den Grundrechten der Staatsbürger Ausdruck und Dauer verleihen. Die Revolutionäre von 1830—1831 waren bei ihrem Aufstand gegen den holländischen König und in diesen freiheitlichen Bestrebungen meistens von einem edeln Idealismus getragen, sowie von dem größten Vertrauen auf den gesunden Verstand, auf die Mäßigung ihres Volkes. Sie schufen die damals freieste Verfassung der Welt. Die Praxis zeigte wohl Schattenseiten. Fehler werden nirgends ganz vermieden. Die deutschen Beamten konnten aber doch jeden Tag eines wahrnehmen: die Durchführung jener Grundgedanken der belgischen Verfassung war von der belgischen Verwaltung im großen und ganzen ehrlich erstrebt oder wenigstens im allgemeinen zugelassen. Die Kunst des Lebenlassens war übrigens in Belgien mit einem weitgehenden Gutenjungestil entwickelt (»bongarçonnisme«). Dies gab auch den verfehlten Maßnahmen und falschen Verwaltungssystemen, ja sogar einer verhängnisvollen Politik einen guten Schein, ein freundliches Aeußere. Nur so ist es erklärlich, daß gewisse Rückständigkeiten und Verkehrtheiten erträglich blieben. Die fast allgemeine Lauterkeit der Absichten und der Charaktere der führenden Männer aller Parteien trug wesentlich dazu bei. Beides ist in der Hauptsache die Grundlage des teilweise verdienten guten Rufes Belgiens in der Welt. Wohl wurden politische Führer zu oft und allzuweit abhängig von der französisch-zaristischen Hochfinanz und brachten dadurch das Land auf Abwege, gegen den Geist der Demokratie und der Neutralität. Doch ist der gute Glaube der meisten Anbeter und ... Gewinnler dieses Systems kaum zu bezweifeln. Sie machten eben Gebrauch von der unbeschränkten nationalen Freiheit. Auch ein wissenschaftlicher Beobachter ihres Treibens, Prof. Karl Hampe-Heidelberg, schrieb November 1915 in der Internationalen Monatsschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik, S. 196: „Möglich, daß diese (belgische Regierung) eben wegen der ihr stets (durch ihre eigenen Gesandten) versicherten Friedfertigkeit der deutschen Politik sich über die Gefährlichkeit ihres eigenen neutralitätswidrigen Verhaltens täuschte." In demselben vornehmen Sinne muß man die guten Seiten des belgischen Regimes gelten lassen. Schreiber dieses hatte Gelegenheit, auf dem Katholikentage in Aachen 1912 die Aufmerksamkeit der deutschen Oeffentlichkeit auf die „belgischen Freiheiten" zu lenken und auf gewisse Lehren hinzuweisen.

Der Urheber des deutschen Verfassungsentwurfes hat auch einsehen können, daß diese Freiheiten von mancher Seite ehrlich gemeint und teilweise wirklich vorhanden waren, wenn auch, zum Beispiel in der Sprachenfrage, andere Einflüsse einige gute Ansätze vereitelten. Jedenfalls hält er sich ziemlich genau an die Gedankengänge der belgischen Verfassung von 1831, soweit die Rede von den Grundrechten der Bürger ist. Leider zeigen einige Abweichungen, daß gewisse Betätigungen der staatsbürgerlichen Freiheit anders aufgefaßt werden oder gar nicht dem Geschmacke entsprechen. Die Vergleichung der Texte wird vielleicht unbewußte Absichten und Neigungen näher beleuchten. Sonst erscheint mehrfach der belgische Text wörtlich übersetzt und selbst, abgesehen von ein paar Umstellungen, die Reihenfolge der „Grundrechte" nachgeahmt. Daß dem Entwurfe gegenüber etwaigen Vorbildern noch manches fehlt, wurde schon im voraus zugestanden; es hat aber bisweilen eine tiefere Bedeutung.

Der deutsche Verfassungsentwurf fängt an, wie das belgische Grundgesetz, mit der Bestimmung der Teilung des Reichs in seine bisherigen Gliedstaaten. Der belgische Text drückt diesen Gedanken selbst schärfer aus: „Belgien ist geteilt in Provinzen". Freilich sind es nur Provinzen, nicht Gliedstaaten, wie in Deutschland. Doch ist es merkwürdig, daß die Verfassung des Einheitsstaates Belgien mit der Erklärung einer eigentlichen Verwaltungstrennung anfängt. Um so mehr, als die Väter des neuen Staates die zahlreichen Verfassungen der französischen Republik und der von ihr abhängigen zisalpinen, transpadanischen, helvetischen usw. Republiken vor Augen hatten, welche durchgängig mit der entgegengesetzten Erklärung anfingen: „Die Republik ist ein- und unteilbar". Die Ueberlieferungen des Landes, dem Humanisten und Romanisten der Neuzeit zusammen mit Holland den vergessenen Namen Belgien gaben, waren der Zentralisation nicht günstig: Flandern, Brabant, Hennegau, Lüttich, Namur, Luxemburg usw. hatten bis zur gewaltsamen französischen Eroberung von 1794 ihre politische und administrative Trennung beibehalten, sie waren nur lose verbundene Staaten. Die Revolution von 1830 war auch gerichtet gegen den holländischen Zentralismus. So fand der überlieferte Gedanke der Trennung gleich in der ersten Zeile der Verfassung seinen befehlenden Ausdruck. Trotzdem hat die belgische Gesetzgebung und Verwaltung gegen den Wunsch vieler Einwohner das Land als Einheitsstaat behandelt und manche Einrichtungen zentralisiert.

Die deutsche Revolution von 1918 wird auch teilweise gekennzeichnet durch den Gedanken einer Beschränkung der Zentralisation oder jedenfalls der Abschaffung der Vormachtstellung Preußens. Ist der Verfassungsentwurf mit dieser Tendenz einverstanden? Aus allem ist ersichtlich, daß er im Gegenteil die Tatsache nur bedauernd bucht, daß „das Deutsche Reich aus seinen bisherigen Gliedstaaten besteht". Diese Ausdrücke sind keine grundsätzliche Festigung des Zustandes. Die Gliedstaaten werden kaum wie belgische Provinzen behandelt: Reichsrecht bricht Landesrecht, ganz allgemein, ohne Beschränkung, während §§ 31 und 108 der belgischen Verfassung den Provinzen ausdrücklich alles überlassen, was provinzielles Interesse hat. Tatsächlich haben während der dreißigjährigen katholischen Verwaltung 1884—1914 drei von neun Provinzen eine liberale bzw. sozialistische Politik energisch vertreten können, ohne daß die Zentralregierung die meisten ihr mißliebigen Maßnahmen verhindern konnte. Wird das auch der Fall sein im neuen Deutschland? Wird der neue Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich ein Vertreter der bundesstaatlichen Auffassung sein, oder ein Werkzeug der Zentralisation?

Das Zentrum hatte schon anläßlich des lippischen Erbfolgestreits die Einrichtung eines Staatsgerichtshofes beantragt. Zu bemerken ist, daß der jetzige Entwurf die Streitigkeiten zwischen Reich und Gliedstaaten dem Staatsgerichtshofe nicht anvertraut, wie überhaupt der Verfassungsvorschlag die Einrichtung einer unabhängigen Justizgewalt ganz beiseite läßt, wodurch er sich von dem belgischen Grundgesetz nachteilig unterscheidet.

Der § 2 des Entwurfes entspricht dem § 25 der belgischen Verfassung, aber mit einem großen Unterschied: alle Staatsgewalt liegt beim deutschen Volke. In Belgien werden nach der alten, in England und in Amerika bewährten und durch Montesquieu verherrlichten Theorie drei voneinander ganz unabhängige Gewalten eingesetzt: Die gesetzgebende, die ausführende und die richterliche. Die staatsrechtliche Wissenschaft erklärt durch die überwiegende Mehrheit ihrer Vertreter aller Länder, daß, wo diese Trennung der Gewalten nicht besteht, es keine Verfassung gibt, sondern eine Allmacht einer Autorität. Erst recht in den Republiken sollten die Garantien der Freiheit der Bürger und die Gegengewichte gegen die Mißbräuche einer alleinherrschenden Staatsgewalt fest verankert und verbürgt werden. Der deutsche Entwurf ist aber nicht „trinitarisch", sondern „unitarisch", spricht nur von „der" Staatsgewalt und bleibt in dem Ideenkreise derer befangen, die den einzelnen Menschen gegenüber dem allgewaltigen Staat ohnmächtig läßt. Vielleicht ist das noch altpreußische Ueberlieferung.

Da, wie oben schon bemerkt, von der richterlichen Gewalt gar nicht die Rede ist, werden die Richter anscheinend angesehen als Beamte wie die andern, und nicht als die von der ausführenden Macht unabhängigen Vertreter des Rechts. Wo Berufung und Beförderung der Richter nur von der Regierung abhängen, da ist der Richter nicht derselbe wie in Staaten, wo gegen Willkür und Parteisucht Schranken gelegt werden, entweder durch Vorschlagsrechte der Gerichte selbst und unabhängiger Körperschaften wie in Belgien, oder durch Volkswahl, wie es unter gewissen Kautelen, leider aber unter Einmischung der örtlichen Politik, in der Schweiz und in den Vereinigten Staaten der Fall ist.

Im deutschen Entwurf folgt dann (§ 18) wie im belgischen Grundgesetz und in ähnlichen Ausdrücken die Bejahung der Gleichheit vor dem Gesetz und die Abschaffung jedes Unterschiedes des Standes usw. Sehr logisch kommt gleich dann in der belgischen Verfassung (§ 7) die Bürgschaft der bürgerlichen Freiheit, das Habeas corpus, das jahrhundertalte Grundrecht des englischen Bürgers gegen Staatswillkür. Der deutsche Entwurf schiebt diese grundlegende Freierklärung des Einzelnen ein wenig weiter, bis § 24. Er übersetzt da freilich fast wörtlich den belgischen Text. Es fehlen aber dann leider die beiden folgenden Garantien der persönlichen Freiheit, welche die belgische Verfassung in ihren §§ 8 und 9 lapidarisch ausdrückt: „Niemand darf gegen seinen Willen dem Richter entzogen werden, den das Gesetz ihm bestimmt." Weiter: „Keine Strafe darf vorgeschrieben oder auferlegt werden, es sei denn kraft des Gesetzes." Diese Garantien gegen willkürlich eingesetzte Sondergerichte, Lynchjustiz usw. werden nach belgischem Staatsrecht noch verbürgt durch § 94, der bestimmt: „Kein Gericht, keine Jurisdiktion darf eingesetzt werden, es sei denn kraft eines Gesetzes. Es dürfen keine außerordentlichen Gerichte oder Kommissionen eingesetzt werden, gleich unter welchem Namen."

Freilich ist die belgische Praxis während des Krieges und, wie es heißt, noch jetzt von diesen Verfassungsvorschriften abgewichen.

Der § 107 der belgischen Verfassung bestimmt ferner, daß die Gerichte die Verordnungen des Staates, der Provinzen und der Gemeinden nur soweit anwenden dürfen, als diese Erlasse mit den Gesetzen übereinstimmen. Die Verfassung der Vereinigten Staaten geht weiter und unterstellt die Gesetze selbst dem Urteile des Bundesgerichts; dieser höchste Gerichtshof bestimmt trotz Präsident und beider Häuser der Volksvertretung, ob ein Gesetz verfassungsmäßig ist und angewendet werden darf. Besonders bei Demokratien sind ähnliche Kautelen gegen Vergewaltigung des Rechts durch die politischen Leidenschaften nicht immer unangebracht. Auch in der alten französischen Monarchie boten oft die großen Gerichtshöfe (damals Parlamente geheißen) Widerstand gegen ihrer Meinung nach verfassungswidrige Ordonnanzen der Monarchen, welche nur durch Abhaltung eines »lit de justice« mit Zeitverlust und persönlichem Erscheinen ihren Willen durchsetzen und die Registrierung und Verkündigung einer Verordnung erzwingen konnten. Die Auseinandersetzungen, welche dadurch entstanden, führten bisweilen zur Nachgiebigkeit der Staatsgewalt oder zu Milderungen, zu einem Ausgleiche. Sind solche Kautelen in Demokratien immer überflüssig? Ist Bedenkzeit immer schädlich?

Nach der unvollständigen Bürgschaft der persönlichen Freiheit behandelt der folgende § 25 des deutschen Entwurfes, wie der folgende § 10 der belgischen Verfassung, und in fast gleichem Wortlaute, die Unverletzlichkeit der Wohnung, weiter § 26 die Unverletzlichkeit des Eigentums. Hier ist ein wichtiger Unterschied gegenüber dem ähnlichen § 11 des belgischen Grundgesetzes: in Belgien darf die Enteignung nur „bei gerechter und vorheriger Entschädigung" stattfinden. Im deutschen Entwurfe ist von Entschädigung überhaupt keine Rede. Es bleibt dem Eigentümer nur eine Garantie: daß eine gesetzliche Grundlage und nicht allein Beamtenwillkür zur Enteignung erforderlich ist. Inwieweit diese gesetzliche Grundlage genügen wird, soll die Erfahrung lehren. In Belgien steht unverbrüchlich fest, daß im Falle der Uneinigkeit zwischen öffentlicher Gewalt und dem Eigentümer die bürgerlichen Gerichte allein die Entscheidung treffen. Freilich wird mit Recht geklagt, daß gerade diese Prozesse langwierig sind, und daß notwendige, ja dringliche öffentliche Arbeiten um zwanzig Jahre und mehr durch die Langsamkeit der Gerichte und der durch dieselben angestellten Sachverständigen hintangehalten werden. Ein gesetzgeberischer Reformversuch von 1907 konnte diese Mißstände kaum mildern. Die im deutschen Entwurf (§ 28) enthaltenen Pläne der Aenderung und Aufteilung des Grundbesitzes geben diesen gerichtlichen Garantien jedenfalls eine erhöhte Bedeutung.

Die belgische Verfassung fügt (§ 12) ihrer Bestimmung der Unverletzlichkeit des Eigentums das Verbot der Wiederherstellung der Strafe der Güterkonfiskation hinzu. Ein Trost vielleicht für die Opfer der Beschlagnahmen, wenn das sogenannte Kriegsrecht das ewige Recht nicht bricht. (Schluß folgt.)

Die Religion in allen bayerischen Schulen zum Wahlfach herabgesetzt.

Von Geistl. Rat Professor Dr. Hoffmann, München.

Eine Verordnung des provisorischen bayerischen Ministers für Unterricht und Kultus vom 25. Januar macht die Religionslehre an allen Schulen des Volksstaates zum Wahlfach und stellt die Beteiligung der Schüler an den religiösen Uebungen in das Belieben der Erziehungsberechtigten:

„Auf Grund einer mündlich oder schriftlich beim Schulleiter oder Klaßlehrer abgegebenen Willenserklärung des Erziehungsberechtigten sind Schüler und Schülerinnen ohne weiteres vom Besuche des Religionsunterrichts und der den Religionsunterricht ersetzenden Christenlehre entbunden.

Ohne Rücksicht darauf, ob die Schüler und Schülerinnen vom Religionsunterricht entbunden sind oder nicht, können vom Standpunkt der Schule aus die Erziehungsberechtigen frei, das heißt ohne besondere Anzeige oder Genehmigung darüber bestimmen, ob und in welchem Umfange die Kinder den Gottesdienst und Schulgottesdienst besuchen und die sonstigen religiösen Verpflichtungen erfüllen sollen."

Wir wollen im folgenden nicht Stellung zur Frage nehmen, ob das provisorische Ministerium zu einer solch tief einschneidenden Verfügung berechtigt ist, ob diese also zurecht besteht (was mit gewichtigen Argumenten bestritten wird), auch nicht erörtern, ob es mit der wahren Demokratie vereinbar ist, daß ein Minister, dem nur die Minderheit des Volkes zur Seite steht, ohne die gewählten Vertreter des Landes zu Rate zu ziehen, für das künftige religiöse und kulturelle Leben des Volkes die Bahnen vorzeichnen will, schließlich wollen wir auch nicht den Geist der Geringschätzung gegen die Kirchen und ihre Vertreter charakterisieren, der aus dem Erlasse spricht; es genügt ja bereits eine mündlich oder schriftlich beim Schulleiter oder Klaßlehrer abgegebene Aeußerung des Erziehungsberechtigten, um die Befreiung des Schülers vom Religionsunterrichte „ohne weiteres" herbeizuführen; dem Religionslehrer, auch wenn er der Pfarrer des Kindes ist, braucht keinerlei Mitteilung gemacht zu werden; will dieser wissen, warum ein Schüler im Religionsunterrichte fehlt, ob wegen Krankheit, oder weil er den Religionsunterricht nicht mehr besuchen soll, so darf der Katechet sich jedesmal um Aufklärung an den Schulleiter oder Klaßlehrer wenden; hier kann er es ja erfragen.

All dieses soll abseits liegen bleiben, nur der Frage wollen wir näher treten: Welche Einwirkungen wird der Erlaß, wenn er bestehen bleibt, für die Erziehung der Jugend und die kulturelle Entwicklung des Volkes haben?

Der Erlaß macht die Religionslehre zum Wahlfach an allen Schulen, auch den elementaren, und nimmt sie so aus dem organischen Gefüge des Gesamtunterrichtes heraus. Damit wird ihre Kraft abgeschwächt, wenn nicht aufgehoben; denn es liegt nahe, daß auch das Kind die geringe Einschätzung nicht übersieht, diese übernimmt und seine Seele der religiösen Einwirkung nur wenig öffnet. Es werden außerdem die religiösen Ideen immer mehr aus dem ganzen Unterrichte schwinden; damit wird diesem seine beste Kraft für die Erziehung entzogen, ihm die Seele entführt. Zudem wird der ministerielle Erlaß vom 25. Januar seine Weiterung zur nachfolgenden Verdrängung und Herabwürdigung der Religion ziehen. Richtig ist, was im Einverständnisse mit den sämtlichen protestantischen Geistlichen und Religionsprofessoren Münchens Dekan Lembert erklärt: Wer die Absichten der Staatsregierung weiß und auch nur von der Technik des Stundenplanes etwas versteht, der erkennt klar, daß mit diesem Erlaß der Anfang gemacht ist, den Religionsunterricht aus der Schule hinauszudrängen. Die nämliche Ueberzeugung haben auch andere Männer. Wenn der Entwickelung auf dem abschüssigen Wege nicht kräftig Halt geboten wird, dürfte es nicht allzu schwierig sein, auch die einzelnen Etappen dieser Verdrängung im voraus zu bezeichnen. Für die religiöse Erziehung der katholischen Jugend ist weiterhin sehr schlimm, daß eine geordnete, zielbewußte Einführung in die religiöse Betätigung, also die praktische Anleitung zu einem Leben mit der Kirche und in ihrem Geiste unmöglich gemacht wird. Gewiß war es nur herzlich wenig, was bisher in diesem so wichtigen Punkte zu bieten möglich gewesen ist, doch es war immerhin etwas; außerdem konnte der Religionslehrer im allgemeinen sicher seinen Weg hierbei gehen; nunmehr ist Willkür und Störungen Tür und Tor geöffnet.

Die Religion aber ist der hervorragendste Erziehungsfaktor. Dieses haben auch einsichtsvolle moderne Pädagogen anerkannt. Das Gesagte gilt für die Bildung jeglicher Jugend, es gilt am meisten für diejenige, welche noch geistig unmündig ist; hier ist zumeist die Religion das einzige Moment, durch das der Erzieher einen Einfluß auf die jugendliche Seele gewinnt. Dieses geradezu unentbehrliche Erziehungsmittel wird der Jugend nun weggenommen, jedenfalls im weiten Umfange geschmälert.

Unersetzbar ist die religiöse Unterweisung und Uebung für Gemüt, Wille und Charakter der Jugend. Die Religion bietet dem jugendlichen Gemüte würdige, erhabene Anregungen und Gegenstände, die es davor bewahren, in die Niederungen, in Verbitterungen und Roheit zu verfallen, die es vielmehr heben und veredeln, ihm auch in schweren Schicksalsschlägen des Lebens die Kraft verleihen, sich zu halten, die so den Menschen vor dem geistigen Zusammenbruche schützen. Die Freudigkeit wahrhaft religiöser Personen legt hiervon Zeugnis ab; hervorragende Psychiater fordern von diesen Gesichtspunkten aus eine volle religiöse Erziehung. Die Willens- und Charakterbildung bedarf der Religion wie die Pflanze der Sonnenstrahlen. Findet sie diese nicht, dann wird sie kraftlos bleiben. Nur die Religion, und zwar die geoffenbarte, gewährt für Willen und Charakter die erforderliche Stütze durch die Beweggründe und Bindungen; sie gibt aber auch die notwendigen natürlichen und übernatürlichen Mittel, daß sie widerstandsfähig werden gegen innerlich und äußerlich widerliche Einflüsse. Es ist dieses eine Tatsache, die so allgemein anerkannt ist, daß es überflüssig erscheint, sie zu beweisen und zu belegen. Mit welcher Wärme und Kraft tritt z. B. Fr. W. Foerster hierfür ein, und doch nimmt dieser Pädagoge die Religion nur in dem Sinne immanenter Gefühle und Strebungen, die allerdings in der Richtung der positiven Religion gelegen sind, auch tritt er für mancherlei Uebungen und Einrichtungen der katholischen Kirche ein; würde es Foerster gegeben sein, ein volles Verständnis der Religion zu besitzen, er würde sicherlich noch mehr für ihren Erziehungswert Zeugnis ablegen können. Aehnlich ist das Urteil auch vieler völlig ungläubiger Pädagogen und Religionsphilosophen. In seinem weit verbreiteten und hoch geschätzten Buche „Die Erziehung des Willens", deutsch von Voelkel, 4. Aufl. 1910, bietet der französische Determinist Payot ein wohl erprobtes System der Willens- und Charaktererziehung; doch gibt er in der Vorrede eine scharfe Verurteilung seiner selbst und all jener, die mit ihm auf gleichen Pfaden wandeln; er sagt: „Die Kräfte, über welche die katholische Kirche, diese unvergleichliche Erzieherin der Charaktere, verfügte (in der von ihm beschriebenen Zeitperiode), genügten, um dem Leben der Gläubigen in seinen großen Linien Ziel und Richtung zu geben. Heute fehlt aber der Mehrheit der denkenden Geister die Leitung. Sie ist durch nichts ersetzt worden." Warum aber verschmäht man diese Kräfte?

Die Religion ist zweifellos das wichtigste Erziehungsmittel und dieses nimmt die provisorische bayerische Staatsregierung einem Teile der Jugend, für den andern setzt sie den Wert herab. Der protestierende Hirtenbrief des Erzbischofs von München und Freising stellt dieses Vorgehen noch über den Kindermord des Königs Herodes. Gegenwärtig war auch der allerungünstigste Zeitpunkt für eine solche Maßnahme. Der langdauernde Weltkrieg hat viele unserer Jugendlichen zum moralischen Zusammenbruche geführt; seit langem klagte man über deren Verrohung und sah sich auch nach Heilmitteln um; die Not der Zeit führte sogar dazu, daß Baden an den Fortbildungsschulen den Religionsunterricht obligatorisch machte, in der Erkenntnis, daß nur in der Religion ein wirksames Gegenmittel gelegen ist. Die Revolution hat sicherlich nicht aufbauend auf die Heranwachsenden gewirkt. Und nun wird diesen auch noch der letzte Halt entzogen, die religiöse Beeinflussung verkümmert.

Wird nun das Wort Payots wohl zunichte, daß die erzieherischen Kräfte der Religion durch nichts ersetzt worden sind? Was soll an ihre Stelle treten? Hierüber schweigt der Erlaß. Man kann sich denken, das reine Nichts; tatsächlich gibt es ja auch Männer und Frauen, denen selbst die wässerige religionslose Ethik noch zu fett ist, die nach dem Vorbilde von Paul Förster, Berlin (Jahrbuch der K. Preußischen Auskunftsstelle für Schulwesen, 1. Jahrg. 1913/1914 „Schulstreit oder Schulfriede?"), auch diese ablehnen. Andere aber wollen mit einem solchen Nihi-

lismus nichts zu tun haben und treten deshalb ein für den religionslosen Moralunterricht, jedenfalls nicht zuletzt in der Erwägung, daß Positives nicht durch ein reines Nichts verdrängt werden kann. Dem scheint man auch in Kreisen, die mit dem Erlasse des Ministeriums einig gehen, geneigt zu sein. Darauf weist hin die Rehabilitation, die dieses jener Unterweisung zuteil werden ließ; auch bekunden es die einsetzenden Bestrebungen des Kartells der freiheitlichen Vereine, die alle Eltern, deren innere Ueberzeugung es fordere, ihre Kinder nicht im konfessionellen, sondern in freigeistigem Sinne erziehen zu lassen, einladen, sie in diesen Unterricht zu senden. Die Organisation leitet Ludwig Gurlitt („Bayer. Kurier" Nr. 31, „Auf nach München!"). Wir haben während der Kriegsjahre und der sich anschließenden Zeit zur Genüge erfahren, und erfahren es noch immer, wie wenig die Ersatzmittel der Wirklichkeit entsprechen. Dieses trifft nicht weniger bei der religionslosen Moral als Ersatz der religiösen Bildung zu. Noch mehr wird dieses hervortreten, wenn einmal die letzten Strahlen der Religion, die jetzt noch in ihr zerstreut aufleuchten, geschwunden sein werden. Auch damit sagen wir nichts, das nicht auch aus den Reihen der Anhänger der religionslosen Ethik selbst zugestanden würde. Otto Dreyer z. B. bekennt in seinem „Undogmatischen Christentum": „Unverwüstlichen Lebensmut und tiefen Frieden, eine alle Disharmonie weit übertönende, siegreich durchbrechende Lebenseinheit habe ich nur bei den Helden des Glaubens gefunden, und ich weiß, daß viele unter euch (die sich vom positiven Christentum abgewandt haben) mir recht geben, viele selbst nach dem Glauben sehnsüchtig ausschauen, wie nach einem verlorenen Paradiese" (1888, S. 17). Der Krieg, namentlich in seiner ersten Hälfte, hat auch Sozialdemokraten zu dieser Ueberzeugung geführt.

Die religionslose Erziehung mag wohl unentwegte Sozialdemokraten heranbilden, ist aber nicht imstande, ein geordnetes, segenbringendes Staatswesen zu begründen und höhere Kultur zu schaffen. Eine Kultur, die sich auf Parteiideale stützen will, führt vielleicht zur Arbeit und zu materiellen Genüssen, entbehrt aber der höheren Ideale, der lichten Sterne am Himmel, die allein das Menschenherz aufrichten. Ueber die Bedeutung, welche hier die Religion hat, spricht Fr. W. Foerster in seinem neuesten Werke wiederholt in herrlicher Weise; nur eine Stelle sei angeführt: „Die Befestigung des persönlichen Gewissens gegenüber der heidnischen Allmacht des bloßen Staatswillens aber ist von jeher die größte Kulturleistung der christlichen Religion gewesen, ja auch ihre größte Leistung für die tiefere Fundamentierung des Staates selber; die christliche Religion erst hat den Menschen zur unerschütterlichen Treue gegenüber seiner geistigen Bestimmung erzogen, ihn vom Staate unabhängig gemacht und gerade dadurch auch seine Charakterkraft für die Aufgaben und Gefahren des Staatslebens selber aufs höchste verstärkt und befestigt" (Politische Ethik und politische Pädagogik, 1918, S. 523).

Der bayerische Kultusminister rühmt sich, schon seit 25 Jahren den Kampf gegen die Kirche zu führen. Die Revolution hat ihm einstweilen die Macht in die Hand gespielt; diese benützt er, um ungesäumt einen Schlag gegen die Kirche zu führen. Dieser aber ist derart, daß er mehr als die Kirche die glückliche Entwicklung der Jugend und des Gemeinwesens schädigen wird. Darum weisen nebst den kirchlichen Oberbehörden beider Konfessionen und kirchlichen Vereinen auch demokratische und liberale Zeitungen den Erlaß des Ministers mehr oder weniger entschieden zurück (vgl. „M. N. N." Nr. 51, „M.-Augsb. Abendz." Nr. 54). Ein Sturm der Entrüstung und des Protestes geht durch das bayerische Volk. Der Erzbischof von München und Freising aber sagt in seinem bereits erwähnten Hirtenbriefe: „Wir fordern den Religionsunterricht als Pflichtfach im Namen der Not der Zeit. Wunden ohne Zahl und Trümmer ohne Ende sind heute der bittere Anteil unseres Volkes. Aus allen Winkeln der Erde und des Himmels müßten wir die Heil- und Hilfskräfte zusammensuchen, um diese Wunden zu heilen und diese Trümmer wieder aufzubauen. Noch niemals in seiner Geschichte hat unser Volk den Heiland der Welt und die sozialen Kräfte des Glaubens so notwendig gehabt wie heute. Noch niemals ist die Religion mit ihren Heil- und Kraftquellen eine solche Staatsnotwendigkeit gewesen wie heute. Noch niemals war die Religion für das heranwachsende Geschlecht so sehr „Pflichtfach" wie heute, wenn die Zukunft nicht noch tiefere Wunden schlagen und noch größere Trümmer schaffen soll als die Gegenwart."

Die Wahlen im Großherzogtum Hessen.

Von Arthur von Chrismar, Darmstadt.

An den Wahlen zur Nationalversammlung hatten sich in unserem Lande folgende Parteien beteiligt: Mehrheitssozialisten, Unabhängige, Zentrum, Demokratische Partei (früher Freisinnige Volkspartei), Deutsche Volkspartei (früher Nationalliberale Partei) und Hessische Volkspartei (früher Konservative und Bauernbund). Die Stellung der drei ersteren Parteien zu den religiösen Fragen der Gegenwart ist bekannt. Die Demokratische Partei versprach für eine friedliche Trennung von Kirche und Staat, eine freie Volkskirche und für Beibehaltung des Religionsunterrichts in der Schule für Kinder solcher Eltern einzutreten, die das wünschen. Dabei vermied sie aber das Wort „konfessionell". Die Deutsche Volkspartei erklärte sich gegen die Trennung von Kirche und Staat und für Beibehaltung des konfessionellen Religionsunterrichts. Die Hessische Volkspartei erklärte sich ebenfalls gegen die Trennung von Kirche und Staat und von Schule und Kirche.

Bei einer außerordentlich starken Wahlbeteiligung (in der Residenz von 94%) erhielten die Mehrheitssozialisten 289 211, die Unabhängigen 12 633, das Zentrum 110 853, die Demokratische Partei 124 202, die Deutsche Volkspartei 73 349 und die Hessische Volkspartei 43 359 Stimmen. Gewählt sind 4 Mehrheitssozialisten, 2 Zentrumsleute, 2 Demokraten und 1 Anhänger der Deutschen Volkspartei. Die Prozentsätze von der abgegebenen Gesamtstimmenzahl betragen in obiger Reihenfolge, wobei die Ziffern von 1912 in Klammer beigefügt sind: 44,2 (39,0), 1,9 (0,0), 17,2 (9,9), 18,9 (16,0), 11,2 (26,0) und 6,6 (9,1). Hieraus ergibt sich, daß sich die sozialdemokratischen Stimmen in diesen sieben Jahren um 7,1%, die des Zentrums um 7,3% und die der Demokratischen Partei um 2,9% vermehrt haben, während bei der Deutschen Volkspartei ein Rückgang von 14,8 und bei der Hessischen Volkspartei ein solcher von 2,5% eingetreten ist.

Dagegen hat die Deutsche Volkspartei die Genugtuung, in der Person des früheren Finanzministers Dr. Becker eine Kapazität ersten Ranges durchgebracht zu haben. Bei der starken Zunahme der Zentrumsstimmen ist allerdings der Umstand in Betracht zu ziehen, daß die Partei bei den letzten Wahlen von 1912 in 3 Kreisen keine eigenen Kandidaten aufgestellt hatte, sondern direkt für verwandte Parteien eingetreten war. Nunmehr hat sie in der Person des Geh. Justizrates Dr. Schmitt-Mainz und des Ministerialdirektors v. Brentano-Offenbach zwei ihrer bedeutendsten Vertreter in die Nationalversammlung entsandt, während sie im Jahr 1912 leer ausgegangen war und es auch früher nie über ein Mandat gebracht hatte. Besonders gut hat die Partei in der zur Hälfte katholischen Provinz Rheinhessen abgeschnitten, während in den drei überwiegend katholischen Kreisstädten der Provinz Starkenburg, Dieburg, Bensheim und Heppenheim die Sozialdemokratie, allerdings mehr infolge der dortigen militärischen Einquartierung, starke Forschritte gemacht hat. In Darmstadt brachte das Zentrum die ansehnliche Zahl von 3441 Stimmen auf, obschon es eigentlich das erstemal energisch in die Wahlbewegung eingetreten war. Wie das liberale „Darmstädter Tagblatt" mitteilt, hätten daselbst auch viele (?) Nichtkatholische in der Erwägung für das Zentrum gestimmt, daß durch diese Partei die Interessen der beiden christlichen Religionsgemeinschaften im Kampf um Kirche und Staat am nachdrücklichsten und erfolgreichsten vertreten werden könnten. Im Uebrigen war es interessant zu beobachten, daß, je geringer in einer Gemeinde die Zahl der Katholiken ist, um so größer die sozialdemokratischen Mehrheiten sind. So haben z. B. in dem protestantischen Odenwald manche Landgemeinden überwiegend sozialdemokratisch gewählt, wie z. B. Brensbach, Reinheim und Rimbach.

Da bei den am 26. Januar betätigten Wahlen zur hessischen Volkskammer in der Hauptsache dieselben Wähler zur Urne berufen waren wie bei den Wahlen zur Nationalversammlung, so konnte das Ergebnis kaum etwas Neues bringen. Bezeichnend war aber die fast überall schwächere Wahlbeteiligung. Der letzte hessische Landtag war zusammengesetzt aus 17 Nationalliberalen, 15 Bauernbündlern, 8 Freisinnigen, 8 Zentrum, 7 Sozialdemokraten und 1 Parteilosen, erledigt waren 2 Mandate. Dies ergibt im Ganzen 58 Sitze. Dagegen wird die künftige hessische Volkskammer zählen 7 Nationalliberale (nunmehr: Deutsche Volkspartei), 5 Bauernbündler (nunmehr: Hessische Volkspartei), 13 Freisinnige (nunmehr: Demokratische Partei), 13 Zentrum,

31 Mehrheitssozialisten, 1 Unabhängiger, im ganzen 70 Abgeordnete.

Den größten Verlust (10 Sitze) hat demnach der Bauernbund erlitten, ihm folgen die Nationalliberalen mit einem solchen von ebenfalls 10 Sitzen, während das Zentrum 5, die Demokratische Partei 5 und die Sozialdemokratie 24 Sitze mehr errungen hat. Die Linke hat ein Mehr von 30 Sitzen zu verzeichnen, während die Rechte 18 Sitze weniger hat. Von den früheren Zentrumsvertretern ziehen in die neue Volkskammer ein Geh. Justizrat Dr. Schmitt-Mainz, Ministerialdirektor v. Brentano-Offenbach, Stadtrechner Uebel-Dieburg, Lehrer Schorn-Mainz, Generalsekretär Hofmann-Lorsch und Weinhändler Soherr-Bingen, während 6 Herren und 1 Dame neu gewählt sind. Das Zentrum kann mit seinem Erfolg wohl zufrieden sein. Jahrelang war es infolge der stark zerstreut wohnenden Zentrumswähler zu schwach vertreten, während es nunmehr im deutschen und hessischen Parlament eine achtunggebietende Stellung erlangt hat. Mit Spannung sieht man im Hessenland der Lösung der einschneidenden Kulturfragen entgegen. Da die Sozialdemokraten und die Demokratische Volkspartei die Mehrheit haben und in den Weltanschauungsfragen nahe verwandt sind, so ist zu befürchten, daß das Hessenland mit seinen „liberalsten aller Schulgesetze" in Schul- und Kirchenfragen den sozialdemokratischen Ideen stark zum Opfer fallen wird.

Zur Gründung der „Italienischen Volkspartei".

Von Friedrich Ritter von Lama.

In völliger Verkennung der Tatsachen haben deutsche Blätter in diesen Tagen von der Gründung einer „neuen katholischen Partei in Italien" berichtet. Was ist die Wahrheit? Was anderwärts längst das Ergebnis einer ganz natürlichen und logischen Entwicklung, ein Erzeugnis von Zeitverhältnissen, eine Forderung der Anpassung an Zeitumstände, ein zweckmäßig verändertes Mittel eines unveränderlichen Zweckes war, nämlich die Bildung einer nicht-konfessionellen, politischen Partei aus konfessionellen Kreisen heraus zur Gewährleistung der Existenzbedingungen der Konfessionen und ihres ungehinderten Wirkens, das hat sich jetzt endlich auch in Italien vollzogen. Aber während man sich außerhalb Italiens z. B. in Deutschland längst mit der Existenz einer solchen Partei abgefunden hat und ihre Daseinsberechtigung nicht mehr zu bestreiten wagt, hinderte die Eigenart der italienischen Verhältnisse dort bisher die Ausreifung einer solchen Frucht. Die durch die ungelöste römische Frage den italienischen Katholiken bereitete Lage, der ewige Zwiespalt im Verhältnisse zu Kirche und Staat bestimmte nahezu ausschließlich das Zeitmaß der Entwicklung, weniger ihre Richtung. Der einzige Versuch, an den sich der Name Romolo Murris knüpft, den Dingen gewaltsam vorzugreifen, endete mit einem kläglichen Fiasko.

Daß es einmal zur Bildung auch einer solchen Partei in Italien kommen mußte, verstand sich von selbst. Die gesamte Tätigkeit der mit so vieler Mühe ins Leben gerufenen und mit noch mehr Mühe am Leben erhaltenen Vereinigungen und Organisationen insbesondere wirtschaftlicher Art der italienischen Katholiken war schließlich doch nur eine Sisyphusarbeit. Alle Selbsthilfe mußte unzulänglich sein, solange einerseits die staatliche Gesetzgebung ausgesprochen entgegengesetzte Ziele verfolgte und anderseits man auf das Mittel verzichtete, durch Männer, welche die eigenen Anschauungen und Grundsätze vertreten, in der gesetzgebenden Körperschaft die erforderlichen Gesetzesveränderungen und Reformen anzuregen oder durchzusetzen.

Seit Jahren auch erleben wir im methodisch gegliederten Bau der italienischen Katholikenorganisation immer neue Reformen, Abänderungen, Verbesserungen, Neuordnungen usw., zahllos sind die Statutenänderungen, aber alles erwies sich immer wieder als unzulänglich, denn immer wieder glaubte man, der Fehler liege an den Organisationen, wenn sie nicht die erhofften Früchte zeitigten. Selbst der Einzug einiger aus diesen Organisationen hervorgeganger Männer in das Parlament und in die Regierung blieb ein vereinzeltes Ereignis, scheinbar ohne den gehegten Erwartungen, nämlich durch die geschlagene Bresche stärkeren Zuzug zu ermöglichen, zu entsprechen. Einerseits hinderte die Disziplin großer katholischer Wählermassen, die das Non expedit achteten, größeren Zuzug, anderseits stieß auch jeder Versuch einer katholischen, also konfessionellen Parteibildung innerhalb des Parlamentes auf den entschiedensten Widerspruch des Hl. Stuhles. Man wollte eben die unvermeidliche Folge verhindern, nämlich den damit mechanisch hervorgerufenen Richtungswechsel der anderen Parteien, die sich mehr und mehr nach links gedrängt gesehen hätten. Saßen und sitzen doch in den Reihen der Rechten und der Gemäßigt-Liberalen zahlreiche Abgeordnete, die keinen geringeren Anspruch auf das Prädikat katholisch zu erheben berechtigt waren als etwa ein Meda, ein Rodinò u. a. m. So schien es, es fehle jede Möglichkeit, endlich aus dem toten Gleise herauszukommen, als ein Ereignis gewaltsam Wandel schuf, der Weltkrieg. Durch ihn wie durch hier nicht zu erörternde Einflüsse gedrängt, glaubten die italienischen Katholiken nicht mehr abseits stehen, sich unbeteiligt verhalten zu dürfen. Sie fürchteten den Vorwurf der Vaterlandsfeindschaft und machten schließlich entschieden mit. Und der Hl. Stuhl konnte nicht anders, als den Dingen ihren Lauf zu lassen. Jedes Eingreifen mußte ihn in offene Gegnerschaft zum italienischen Staate bringen und seiner grundsätzlichen Neutralität den Todesstoß versetzen. Unter tätiger Mitwirkung selbst einiger italienischer Kirchenfürsten, z. B. des Kardinals Maffi von Pisa, des Bischofs von Brescia, vollzog sich der Ausmarsch der italienischen Katholiken ins nationale Lager. Nun gab es kein Zurück mehr, ja, alles Weitere war nur die logische Folge dieses Schrittes. Nur die Schwierigkeit, die richtigen Formen zu finden, bestand, doch sorgten auch hier wieder die Umstände; die Gewalt der weltgeschichtlichen Tatsachen kam zu Hilfe: sie wies den Weg; der Wille, ihn zu gehen war vorhanden.

Die vorliegende Parteigründung reicht in ihren näheren Anfängen in den Beginn des Jahres 1918 zurück. Auf jenem Vertretertag in Rom im Januar des vorigen Jahres kam es zu einer überaus scharfen Auseinandersetzung unter den bis dahin führenden Männern der verschiedenen Organisationen und Verbände; insbesondere zwei Strömungen rangen erbittert um die Vorherrschaft, die eine geführt durch den stark zur Regierung neigenden Abgeordneten Longinotti, die andere vertreten durch den ausgeprägt pazifistischen Gegner der Regierung, den Abgeordneten Miglioli. Scheinbar obsiegte keine Richtung, aber jene Aussprache wirkte im stillen fort. In der Novembertagung des Parlamentes entwickelte Longinotti den Programmentwurf einer neuen Partei auf betont christlicher Grundlage und wenige Tage später brachte die Seele der ganzen Bewegung, der süditalienische Priester Don Sturzo, durch einen offenen Brief in den Trustblättern den Stein vollends ins Rollen. Die Behauptung, der wir bereits begegnen, es bestehe ein innerer Zusammenhang zwischen der Gründung der „Italienischen Volkspartei", der „Bayerischen Volkspartei" und dem Zusatze „christliche Volkspartei" zur alten Firma Zentrum wegen der auffallenden Namensgleichheit sowohl wie der Tendenzen, ist unzutreffend. Gewiß besteht eine innere Verwandtschaft der drei Programme insofern, als sie alle mit voller Entschiedenheit sich auf den Boden des Christentums stellen und von dort aus ihre Forderungen erheben, sie logisch entwickeln und das demokratische Prinzip zu vertreten entschlossen sind. Bei gleichgelagerten Verhältnissen kann bei der Gleichheit der grundsätzlichen Anschauungen, wie sie bei Katholiken aller Länder eine Selbstverständlichkeit ist, das Ergebnis naturgemäß nur geringe Abweichungen aufweisen. Was aber den Namen betrifft, so siegte in Italien eben der in jenem offenen Briefe von Don Sturzo gemachte Vorschlag, eine Anleihe bei den Katholiken des Trentino zu machen — Lanzerotti und andere gehörten ja längst dem Vollzugsausschusse der italienischen Katholikenorganisation an — und den von jenen seit über einem Jahrzehnt geführten Parteinamen „Partito Popolare", möglicherweise mit dem Kennworte „christlich", zu übernehmen. Von der Benennung „christlich-demokratische Partei" sah man mit Rücksicht auf die bekannte Kompromittierung aus früheren Zeiten ab.

Am 18. Januar 1919 wurde sodann zu Rom das Kind geboren und unter großer Begeisterung aus der Taufe gehoben. Wiederum war es der verdiente Sturzo, der den Hauptanteil an dem Zustandekommen hatte. Ein Hinweis auf die Richtlinie der neuen Partei liegt wohl in der Tatsache, daß in der provisorischen Parteileitung wohl Longinotti, nicht aber Miglioli sitzt.

In dem Aufrufe, mit dem die „Italienische Volkspartei" vor die Oeffentlichkeit tritt, spiegelt sich im wesentlichen das Programm, aber auch die Inkonsequenz, die in dem Widerspruche der sittlichen Berechtigung von Italiens Krieg und der Forderungen des christlichen Gewissens liegt. Er sagt z. B., die Partei wolle „die Vorteile des errungenen Sieges nicht durch

große, zur Wahrung der Rechte der Völker gebrachte Opfer kompromittieren", d. h. die gegen das Nationalitätsprinzip verstoßenden Eroberungen in Deutsch-Tirol und am östlichen Adriaufer nicht rückgängig gemacht wissen, ein Widerspruch auch zum Friedensprogramm des Papstes, auf das kurz darauf Bezug genommen ist, gleich als bestehe vollste Uebereinstimmung. Das gleiche gilt von den Wilsonschen Programmforderungen. Dennoch proklamiert man im gleichen Atemzuge den Kampf gegen jedweden Imperialismus! Weitere Forderungen sind der Völkerbund, die Abrüstung, Beseitigung der Geheimverträge, Freiheit der Meere, religiöse Freiheit gegenüber jeder sektiererischen Bedrückung, Verhältniswahl zum Parlamente, Frauenwahlrecht, Wählbarkeit des Senates usw. „Religiöse Freiheit nicht nur für das Einzelwesen, sondern auch für die Kirche in Ausübung ihrer hohen geistlichen Sendung in der Welt, Unterrichtsfreiheit ohne Staatsmonopol, Freiheit der Berufsorganisationen ohne jede Bevorzugung oder Bevorrechtung" heißt es an anderer Stelle, und ferner „wir stellen uns im politischen Leben vor mit unserer moralischen und sozialen Fahne, wobei wir uns von den unerschütterlichen Grundsätzen des Christentums leiten lassen, das die große zivilisatorische Mission Italiens heiligte. . . ."

Der erste Schritt, die Gründung der Partei, ist getan; der zweite, der ungleich schwierigere, nämlich das Programm in die politische Tat umzusetzen, die zahllosen Klippen zur Linken wie zur Rechten zu vermeiden, wird dadurch erheblich erleichtert, daß bereits eine kleine Gruppe parlamentarisch geschulter Kräfte mit nicht zu unterschätzender politischer Erfahrung der Kammer angehört. Diese, bisher durch kein Programm zusammengehalten, besaßen überhaupt keine über das individuelle Gewicht hinausgehende Bedeutung und pendelten zwischen der Linken und Rechten ziellos umher. Jetzt können auch sie zur Geltung kommen als Grundstock einer Partei, die endlich auch weiß, was sie will.

Tirol in Not.

Von Hans Schrott-Fiechtl.

Ganz Deutschland muß die Not Tirols, trotzdem es selber schwer bedrückt ist, aus ganzer Seele mitempfinden, oder es zerbröselt sein eigenes Herz. Das wäre in diesem Augenblick aber überaus verhängnisvoll, weil wir unsere ganzen Herzenskräfte heute notwendiger als je brauchen, um unser Deutschtum zu halten.

Tirol ist nun seit länger als 1000 Jahren die Grenzfeste des Deutschtums; die Tiroler haben mit elementarer Selbstverständlichkeit schon zu einer Zeit, als im Norden das Deutschtum erst aus den wendischen Windeln gehoben wurde, dafür Gut und Blut, Leib und Leben unentwegt eingesetzt. Und wäre Tirol nicht gewesen, wäre Süddeutschland längst verwelscht. Erzählen doch die Konzilberichte (vgl. die preußischen Jahrbücher), daß zur Konzilzeit in Trient fast gar nicht welsch gesprochen wurde, und gegenwärtig ist es der Sprache nach eine völlig welsche Stadt.

Tirol war zu allen Zeiten der Torwächter des Deutschtums. Außerdem haben Andreas Hofer und seine Getreuen in Deutschlands wehester Zeit jenen Volksmut aufflammen lassen, der schließlich Napoleons Macht ein Ziel setzte.

Drittens endlich, was haben die Tiroler in diesem Weltkrieg geleistet! Ueberall, wo es ums Verbluten, ums jubelnde Verbluten für deutsches Land ging, sind sie eingesetzt worden, und wenn irgendwo österreichische Truppen Großes leisteten, durften die „Blumenteufel" in erster Linie bluten. Dafür wurden wir als Volk zerrieben und als Land verarmseligt. Unsere eigenen Konnationalen, soweit sie Deutschland nicht Belgien erobern helfen wollten, haben uns in den Rücken gefaßt und ihre Bestrebungen zur wirtschaftlichen und physischen Vernichtung unseres Deutschtums darauf gegründet. Trotz allem haben wir festgehalten unter unsagbaren Nöten, ohne genügende Kampfmittel, ohne entsprechende Verpflegung und ohne Führer, zu denen man begeistert aufschauen kann.

Schließlich gilt Tirol in der Welt was, es gilt viel als herrliches Land voll herzhafter Menschen, dessen Berge Jahr für Jahr Tausenden neuen Lebensmut ins gequälte Herz lachen; denn was man dort schaut, ist grunddeutsche Schönheit.

Und jetzt sind wir erwürgt, erdrosselt, niedergeworfen . . . aber jeder Bauernbub bei uns weiß, daß es nicht so bleiben kann, weil es der Natur widerspricht, was die Welschen uns antun wollen.

Naturgemäß entstehen überall, wo zwei wesensfremde Kulturen zusammenstoßen, Mischungen. So auch in Welschtirol und in Deutschsüdtirol. 1910 hatte Deutschtirol 537 374 Einwohner, darunter 508 458 Deutsche, 19 578 Ladiner und 8 438 Welsche. Das eigentliche Welschtirol zählte 361 307 Einwohner und darunter 5 521 Deutsche.

Nun haben die Welschen Tirol besetzt und gehen mit allen Mitteln daran, sein Deutschtum wenigstens bis zur Brennerlinie gewaltsam zu verwelschen. Das trifft nicht nur die deutschen Sprachinseln im eigentlichen Welschtirol, sondern gerade so gut das Deutschtum in Deutschsüdtirol. Italien will Tirol „fino al Brennero". Es will das Land zwischen Salurn und dem Brenner sich einverleiben. Ein Gebiet, das 220 000 Deutsche und nur 7000 Italiener bewohnen. Ein Landstrich, aus dem uns so unendlich viel ursprüngliche deutsche Kultur gekommen ist. Das deutsche Südtirol ist das Herz des Landes mit seinen Städten Bozen, Brixen und Meran. Und wer Tirol auch noch so wenig kennt, weiß, daß es auf der Welt kein Volk gibt, das seinem Wesen nach urdeutscher ist, als der Südtiroler. Und nicht einmal ein Volksplebiszit wollen sie dort gestatten; denn die Stimme des deutschen Volkes in Südtirol soll und darf nicht gehört werden. Hier steht Gewalt gegen sternklares Recht und die Jahrhunderte der Entwicklung werden in dem dortigen Herzen nicht auszulöschen sein. Schon aus dem Grunde, um weitere Kriege zu vermeiden, müssen überall, wo Deutsche wohnen, die Herzen laut werden, um die Vergewaltigung zu bannen.

Nun aber noch ein Wichtiges. Der Tiroler welscher Sprache ist der Rasse nach und in seinem Wesen Deutscher. Die italienische Rasse ist nur dort unzweifelhaft und augenfällig, wo es sich um frische welsche Einheirat handelt. Jeder, der Welschtirol kennt, weiß, wieviel blonden und helläugigen Menschen er dort begegnete, die ihn zu seinem Verwundern welsch ansprachen. Eine jahrhundertelange Kultur verknüpft die Welschtiroler mit den Deutschsüdtirolern und die wirtschaftlichen Grundlagen verweisen doppelt und dreifach stark auf diese Zusammengehörigkeit. Es ist bekannt, daß nur die welsche Intelligenz nach Italien drängt, das platte Land aber davon nichts wissen will, denn es empfindet zu deutlich, daß sein wirtschaftliches Leben in Tirol gesicherter bleibt als in Italien. Der Italiener selbst redet von den Welschtirolern halb verächtlich als „montani". Der Welschtiroler ist immer Tiroler und selbst dort, wo die italienische Hetze mit aller Macht eingesetzt hat, findet man noch die Mehrzahl der Leute treu zum Lande halten. Wenn nun sogar ein erheblicher Teil des besten deutschen Tirolertums zu Italien geschlagen werden soll, ist das Land Tirol in seinem Deutschtum um 43% der Einwohnerzahl vermindert und das wird nur ein neues Erobern deutschen Landes.

Die welsche Vergewaltigung trifft heute Tirol, letzten Endes trifft sie aber das ganze Deutschtum. Das darf man nie vergessen und darum müssen überall, wo Deutsche wohnen, alle Männerherzen für das kleine Land mit dem großen herzensstarken Volk schlagen; jeder, dem das Deutschtum lieb und wert ist, muß es als Herzenssache betrachten, der Vergewaltigung Tirols nach Kräften Widerstand zu leisten.

Vertrauliche Briefe.

I.

München, 12. Januar 1919.

Verehrte Freundin!

Es ist jetzt wirklich kein Vergnügen, eine Reise zu machen; nicht einmal in der Schweiz und schon gar nicht in Bayern. Die Fahrt von Lindau bis München verlief recht unbehaglich. Das Coupé war voll besetzt; neben mir saß ein Pfaffe, mir gegenüber flegelten zwei junge Leute auf den Polstern, die ich nach ihrem Benehmen zuerst für unbefugte Eindringlinge hielt; der Schaffner, den ich aufforderte, sie zu kontrollieren, erklärte mir aber, sie seien Mitglieder des Nationalrates und darum zur Benutzung der ersten Klasse befugt. Ich muß gestehen, daß ich mir die ersten Zeichen der in Bayern angebrochenen neuen Zeit erfreulicher gedacht hatte. Was diese Jünglinge an politischem Unsinn zusammenschwatzten, war einfach schauderhaft; bluttriefende Phrasen ohne jede Ahnung von Wirklichkeitssinn. Ich dachte erst, sie wollten den Geistlichen ärgern, sah aber bald, daß sie sich um ihn so wenig kümmerten wie um mich und sich nur gegenseitig an ihren Worten berauschten.

Dabei sprachen sie mit einer Unvorsichtigkeit, die gar nicht zu überbieten war; höchst bedenkliche Aeußerungen von Eisner und dessen Kollegen erzählten sie mit breitem Behagen wieder und ich nahm mit Ingrimm wahr, wie der Schwarzrock die Ohren spitzte und die für ihn so wertvollen Eröffnungen mit Befriedigung in sich aufnahm.

Die Unvorsichtigkeit scheint mir überhaupt in den leitenden Kreisen Bayerns noch recht verbreitet zu sein; die Herren sind im Regieren doch noch recht unerfahren. Selbst Freund Jaffé, der Sie übrigens vielmals grüßen läßt, wird wohl noch erst durch Schaden klüger werden müssen. Bei Eisner sorgt schon seine Eitelkeit dafür, daß er keinen Gedanken für sich behalten kann; er betrachtet jedes seiner Worte als eine Offenbarung und glaubt tatsächlich, daß die Mehrheit des Volkes hinter ihm stehe. Ich hoffe, die Wahlen werden ihm die Augen öffnen. So gut ich ihn an und für sich leiden kann, bin ich doch recht froh, wenn er wieder von der politischen Bildfläche verschwindet; er hat in kurzer Zeit unglaublich viel Dummheiten gemacht, und so fest steht die Sache der Revolution in Bayern noch nicht, daß ein solches Vorgehen länger gestattet werden dürfte. Er hat seine Schuldigkeit getan; nun mag er gehen.

Voraussichtlich werde ich in das Ministerium für soziale Fürsorge eintreten, über dessen Leiter ich Ihnen ein Buch schreiben könnte; derzeit ist noch keine Stelle offen. So beobachte ich einstweilen hier wie anderwärts, wo mir mein Ausweis die Türen öffnet. Ich kann nicht sagen, daß ich besonders entzückt bin. Sie wissen, mit welchem Eifer ich seit Jahren auf die Revolutionierung Bayerns hingearbeitet habe; wenn ich auch selbst nicht Bayer bin, so habe ich doch lange genug in München gelebt, um zu wissen, daß hier der Boden ausgezeichnet für uns vorbereitet war, und im letzten Jahre ist es uns ja auch möglich gewesen, die uns so hinderliche Anhänglichkeit an das Königshaus auf dem Lande zu untergraben. Ich habe mir heute von einem unserer besten Agenten berichten lassen und konnte mich des Lachens nicht erwehren, als er mir sagte, die beste Waffe gegen den König sei die Behauptung gewesen, er habe das Volk an Preußen verkauft. Für so dumm hätte ich wirklich das bayerische Landvolk nicht gehalten, daß es darauf hereinfiele; Vorliebe für Preußen war beim König nie vorhanden und ich bin im Gegenteil überzeugt, daß es ihm während des Krieges oft nicht leicht fiel, die Verpflichtungen gegen das Reich, von denen er sich nicht lösen konnte, einzuhalten. Aber der Agent sagte ganz richtig: „Das zieht bei den bayerischen Bauern am besten; warum soll man es nicht sagen?" Der Mann versteht sein Geschäft; ich muß ihn im Auge behalten. Er ist ein Landsmann von Ihnen, in der Nähe von Lemberg geboren, und führt den etwas unglücklichen Namen Samuel Leibschaden; ich werde ihm einen neuen Paß ausstellen lassen.

Wie gesagt: die Revolution war an sich erfreulich, ihr weiterer Ausbau entspricht mir aber nicht. Die Sozialdemokratie, die nun am Ruder steht, ist für uns in kultureller Beziehung nicht verläßig, in wirtschaftlicher bedenklich. Die Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht läßt ja hoffen, daß dieser Weg weiter verfolgt und vor allem der Religionsunterricht völlig abgeschafft wird; aber ich traue doch nicht ganz und wenn ich auch die neuerlichen Erklärungen in der sozialdemokratischen Presse, die solche Absichten bestreiten, nur als Beschwichtigungsversuche wegen der Wahlen auffasse, so erblicke ich in ihnen doch Hemmnisse für die von uns gewünschte Entwicklung. Noch mehr Sorge machen mir die wirtschaftlichen Pläne dieser Partei. Mein Vermögen, das im Geschäfte meines Onkels Leopold steckt, hat sich im Laufe des Krieges um einige Millionen vermehrt und ich habe keine Lust, etwas davon abzugeben. Hätte ich es nur schon in der Schweiz! Aber die Grenzsperre ist streng und wird es wohl bleiben, so lange die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Kriegsgewinne gerichtet ist. Ich habe gestern mit Onkel Leopold über die Sache beraten; wir sind beide der Ueberzeugung, daß es nur ein Rettungsmittel gibt: die Propaganda für eine Säkularisation der Kirchengüter. Auf meiner Reise hierher habe ich mit dem Pfarrer, der mit mir fuhr, darüber gesprochen; er war sehr zuversichtlich und meinte, das Kirchenvermögen sei so gering und so stark belastet, daß seine Einziehung sich nicht lohne. Der gleichen Auffassung ist allerdings auch Onkel Leopold; aber es kommt ja gar nicht darauf an, daß aus der Sache etwas herausſieht, wenn nur die Gedanken der Politiker und der breiten Massen von den Kriegsgewinnen etwas abgelenkt werden. Ich habe letzthin auch bei Jaffé den Plan angedeutet und ihm gesagt, daß ich Berechnungen angestellt habe, wonach in Bayern allein zwei Milliarden aus dem Kirchenvermögen für den Staat zu gewinnen seien; er schien mir zu glauben und wenn er Finanzminister bliebe, ließe sich wohl etwas machen; aber ich halte seine Stellung für erschüttert, weil er sich zur allgemeinen Verblüffung als Kandidat der unabhängigen Sozialisten hat aufstellen lassen. Was sagen Sie übrigens zu dieser Wandlungsfähigkeit?

Ich muß nun selbst zur Wahl gehen; Eisner hat es ja so einzurichten gewußt, daß in Bayern auch Nichtbayern wählen dürfen. Offen gestanden, wundert es mich, daß dieses starke Stück so ohne Widerspruch hingenommen worden ist. Aber die Bayern haben sich schon unter der früheren Regierung daran gewöhnt, sich von Norddeutschland viel beeinflussen zu lassen; wir wollen sorgen, daß es künftig so bleibt. Jetzt wird es noch weit besser gehen als früher.

In dieser angenehmen Aussicht grüßt Sie bestens

Ihr ergebenster

Sally Lobuski.

Geworbene Polizeitruppe oder Volksheer?

Von Generalmajor z. D. C. Haeusler, vormals Mitglied des Reichstages.

Die deutsche Nationalversammlung ist gewählt. Ihr obliegt die Beschlußfassung über ein neues Reichsgrundgesetz. Der Verfassungsentwurf steht bereits zur Erörterung. Er bezeichnet die Verteidigung des Reiches zu Land, zu Wasser und in der Luft als ausschließliche Reichsangelegenheit. Ueber die künftige Wehrverfassung des Deutschen Reiches schweigt er sich aus. Aus der Begründung des Entwurfes scheint hervorzugehen, daß man die Richtlinien dafür vom Friedensschluß, also von unseren früheren Gegnern erwartet.

Gegen eine solche Auffassung muß rechtzeitig Stellung genommen werden. Die verbündeten Mächte mögen uns die künftige Stärke unseres Friedensheeres vorschreiben; das ist erniedrigend für uns, aber man gewöhnt sich allmählig daran, Schimpf und Schande zu ertragen.

Der Artikel 57 der bisherigen Reichsverfassung sollte aber auch in das neue Reichsgrundgesetz übernommen werden:

„Jeder Deutsche ist dienstpflichtig und kann sich in Ausübung dieser Pflicht nicht vertreten lassen", wobei unter „Jeder Deutsche" alle deutschen Männer und Frauen zu verstehen sind. Diese Richtlinien für die Dienstpflicht der Frauen sind in deren bisheriger Verwendung im Hilfsdienst gegeben. Die ihnen nunmehr eingeräumten politischen Rechte bedingen auch die Uebernahme entsprechender Pflichten.

Diese Dienstpflicht muß in klaren Worten in die neue Reichsverfassung hineingeschrieben werden, wenn immer es uns selbst und unseren früheren Gegnern mit dem Aufbau eines wahrhaft demokratischen deutschen Staatswesens ernst ist. Es wäre Selbstverstümmelung, wenn der neue demokratische Volksstaat die [illegible]kratische Hinterlassenschaft des alten Obrigkeitsstaates, die allgemeine Dienstpflicht, preisgeben würde, davon gar nicht zu reden, daß der Heerbann des ganzen Volkes dem [illegible] deutschen Wesen entspricht und daß wir nach wie vor [illegible]eine Dienstpflicht brauchen für die Erziehung unseres Volkes zur persönlichen und staatsbürgerlichen Ordnung, für die Erziehung zur Selbstüberwindung im Interesse der Allgemeinheit, für die freiwillige Unterordnung des Einzelnen unter das Wohl des Ganzen, ebenso wie für die körperliche Ertüchtigung beider Geschlechter durch Turnen und Turnspiele, Pflege der Reit- und Schießkunst, Betätigung im Selbstfahrer- und Fliegerwesen und für die allgemeine körperliche Abhärtung nach dem alten Erziehungsgrundsatz mens sana in corpore sano.

In diesem Punkt darf es bei den Unterhandlungen mit den verbündeten Mächten keine Unschlüssigkeit geben. England scheint in bekannter Selbstsucht bei der allgemeinen Abrüstung dem Söldnerunwesen den Weg bahnen zu wollen, Frankreich will anscheinend in der Furcht vor dem gefällten Riesen ein starkes Volksheer behalten. Einer Einheitsfront stehen wir also in dieser Frage nicht gegenüber. Deutsches Wesen und deutsches Selbstbestimmungsrecht verlangen als Wehrverfassung der Zukunft das Milizsystem auf der Grundlage einer sachgemäßen Jugenderziehung.

Auch die Militärhoheit Bayerns wie die der übrigen freien Volksstaaten wird durch ein auf rein territorialer und lokaler Grundlage aufzubauendes Milizsystem am wirksamsten gewahrt werden können. Organisation und Verwendung des Volksheeres müssen aber nach einheitlichen Grundsätzen erfolgen, fallen also unbedingt unter die Zuständigkeit der Reichsgewalt.

Die Bildung einer geworbenen Polizeitruppe, wie sie Minister Roßhaupter vorschlägt, ist nicht erforderlich, da im Bedarfsfall das Stammpersonal die für die Ausbildung eines Milizheeres nicht zu entbehrenden Rekrutenschulen deren Aufgaben übernehmen kann. Dieses Stammpersonal wird aus einer bemessenen Anzahl von Berufsoffizieren, Berufsunteroffizieren und Mannschaftskapitulanten zu bestehen haben. Erforderlich ist ferner der Fortbestand eines Generalstabs und eines, allerdings wesentlich vereinfachten Militärverwaltungskörpers. Auch auf dem Gebiete der körperlichen Ertüchtigung der Jugend werden sich für eine Anzahl von Berufsoffizieren dankbare Aufgaben im Dienste des Vaterlandes ergeben.

Alle in personeller Hinsicht getroffenen Verfügungen dürften daher nur als vorläufige zu betrachten sein. Dagegen sind alle stehenden Truppenteile nach Maßgabe der Errichtung von Rekrutenschulen aufzulösen. Die Frage der Soldatenräte als Einrichtung des stehenden Heeres erledigt sich damit von selbst.

Die moderne Jüdin.

Von Dr. Hans Rost, Westheim bei Augsburg.

Wenn von Zerfallerscheinungen im modernen Judentum die Rede ist, so muß auch der Jüdin von heute Beachtung zuteil werden. Die jüdische Mutter vom alten Schlag konnte einer gewissen Sympathie bei allen Kulturvölkern sicher sein. Die alte Jüdin mit ihrer häufigen Mutterschaft war die Seele und Erhalterin der jüdischen Traditionen und Gebote; ihr echt weiblicher, keuscher und familienhafter Sinn war die Ursache der Herüberrettung des Judentums bis in unsere Tage.

Die Jüdin von heute ist ein ganz anderes Wesen, wie die Jüdin der Vergangenheit. Es entbehrt nicht eines großen Reizes, eine Parallele zwischen der historischen und der modernen Jüdin zu ziehen und gleichzeitig den Gedankenkreis der heutigen Jüdinnen kennen zu lernen. Dieses Stimmungsbild ergibt einen weiten Abstand zwischen der deutschen christlich empfindenden Frau und der im Niedergang begriffenen modernen Jüdin. Damit wir unserem Bilde keine falschen Züge einzeichnen, stützen wir uns auf das Buch der jüdischen Schriftstellerin Else Croner, die in ihrem Werkchen „Die moderne Jüdin“ (Berlin, Axel und Juncker 1913) ihren Stammesgenossinnen einen scharfen Spiegel vorhält.

Die Modernität der Jüdin beruht auf der sozialen und gesellschaftlichen Emanzipation und dem sprichwörtlichen Reichtum der Juden. Um den Gegensatz zwischen einst und jetzt zu veranschaulichen, denke man an die alten würdigen jüdischen Matronen der Frankfurter Gasse oder an die einfache, treubesorgte Glückel von Hamel und stelle sich eine wohlgenährte, im Kleiderluxus prangende Jüdin von heute vor. Die Innerlichkeit des früheren Ghettodaseins und die Aeußerlichkeit des modernen Seebad-, Strand-, Salon- und Gesellschaftslebens sind die Merkmale der Umwälzung innerhalb der jüdischen Frauenwelt. Früher gedrückt und aus eigenem Antrieb zurückgezogen, drängt sich die moderne Jüdin jetzt überall an die erste Stelle. Bei den sozialen und caritativen Veranstaltungen zugunsten unserer Kriegsführung verstanden es die Jüdinnen vielfach die erste Rolle einzunehmen. Alles Neue bietet der übersättigten Jüdin einen Reiz. „Wer stempelt“, so fragt Else Croner, „die neu eröffneten Lokale, Bars, Restaurants, Boardinghäuser zur Mode? Wer fördert die Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt, so daß sie „Saisonbücher“ werden? Die Jüdin ... Alles Neue was es nur in der Welt gibt, zieht sie magnetisch an. Ob es sich um eine Galaaufführung des Rosenkavalier im Dresdener Opernhaus oder um ein Weingartnerkonzert in Fürstenwalde handelt, ob eine Première in Lauchstädt stattfindet, oder ein Eispalast eröffnet wird — die Jüdinnen strömen hin.“

Genuß- und Großmannssucht beherrscht diese Jüdinnen in höchstem Grade. Der jüdische Kriegsgewinnler-Typus war in allen Bade- und Kurorten der vorherrschende. Das war auch schon in Friedenszeiten das Selbstverständliche. „In die Seele der modernen Jüdin ist eine Hast und fiebernde Unruhe gekommen“, schreibt Croner, „ein Lebenshunger, als ob sie sich für alle Entbehrungen der letzten Jahrhunderte schadlos halten wollte ... Eine gewisse anspruchsvolle Art, eine Unbescheidenheit hat die Reihen der Jüdinnen erfaßt. Früher waren sie mißachtet, geduldet — jetzt wollen sie auffallen, imponieren, durch Luxus der Wohnung, der Lebensweise, der Toilette, Prunk in Festlichkeiten und Gesellschaften, im Auftreten und Benehmen, im Alleswissen, Besserkönnen. Die Jüdinnen von heute sind häufig in dem Irrtum befangen, durch Wichtigtuerei zu imponieren und zu gefallen.“

Das Innenleben der Jüdin von ehedem drehte sich um die zwei Angelpunkte: Religion und Liebe. Hier hat sich nun ein großer Wandel vollzogen. Wo die Jüdin, so urteilt Croner, früher den Maßstab nach ideellen und idealen Gesichtspunkten anlegte, urteilt sie heute nach materiellen Werten. „Das Wohlleben hat sie schlaff und gedankenlos gemacht ... Man fragt bei der Heirat: wieviel ist der Mensch wert, statt was ist er wert? Zahlen spielen fast eine diktatorische Rolle in der jüdischen Gesellschaft. Diesem Materialismus wird viel Liebesglück und Persönlichkeitsentwicklung geopfert.“ Bei den reichen Jüdinnen ist die ganze Gedankenwelt auf das Gefallen und das Genießen gerichtet. „Jüdische Damen“, schreibt der Rabbiner Dr. Arthur Kahn in Berlin-Charlottenburg, „perhorreszieren bekanntlich Heiraten auf kleinere Plätze und fordern, nach Verhältnis ihrer Mitgift, eine entsprechend größere Stadt ...“ Und bezüglich der Eheaussichten im jüdischen Handels- und Gewerbestand sagt Kahn: „Die jüdischen Mädchen sehen mehr auf die Stadt, in die sie heiraten sollen, als auf den Mann, den sie heiraten sollen.“ Dieses Protzen mit dem Reichtum, gewissermaßen als alleinigem Wertmesser des jüdischen Mädchens, hat für die nichtreichen, mitgiftlosen Judenmädchen eine sehr harte Kehrseite zur Folge. Diese Mädchen machen sich keine Illusionen, „geheiratet zu werden; ein Arzt, ein Rechtsanwalt — der Inbegriff der höchsten Sehnsucht —, oder ein Kaufmann kommt für sie nicht in Betracht.“

Bei dieser Lage der Dinge ist es kein Wunder, wenn das alte Ideal der jüdischen Mutter verloren gegangen ist. „Heute sind die Frauen“, sagt Croner, „fast noch mehr als die Männer darauf bedacht, die Theorie der Zweikinderehe aufrecht zu erhalten; ein Mehr ist ihnen unbequem, auch da, wo die wirtschaftlichen Bedingungen glänzend sind“. Croner geißelt ferner die Affenliebe der Jüdinnen zu ihren wenigen Kindern: „Papas Einziger“, „Mamas Abgott“. Der einzige Liebling hat natürlich sein Fräulein, weil die jüdische Mama keine Zeit und keine Nerven für ihr Kind hat. „Früher verteilte sich die mütterliche Liebesfülle auf oft ein Dutzend Kinder, heute konzentriert sie sich auf ein oder höchstens zwei Kinder, und man ist den Kindern schon dankbar dafür, daß sie da sind“. „Die Jüdinnen“, sagt Croner, „wollen nicht mehr Jüdinnen, sondern Damen sein, und zum Begriffe der Dame gehören Eleganz, Luxus, Vergnügungen, Befreiung von wirtschaftlichen Arbeiten, Verehrer, ein großes Haus. Seidene Kleider und Brillanten gehören zum guten jüdischen Ton, genau ebenso selbstverständlich, wie der Besitz von silbernen Leuchtern oder Kristallservicen.“ Die jüdischen Ehemänner in ihrer Schwäche legen ihren Frauen einen großen Reichtum zu Füßen. Die Frauen bestimmen die Lebenshaltung, und nicht selten leben jüdische Familien über ihre Verhältnisse hinaus. Diese Charakterisierung trifft auf die meisten reichen Judenfamilien zu. Eine Ausnahme machen in der Regel die Ehen mancher jüdischen Gelehrten, Beamten usw. „Man findet unter ihnen ganz wundervoll-schlichte und seelenvolle Frauengestalten, die sich selbst, ihre Ehe und ihr Haus durchaus persönlich und durchgeistigt gestalten“. Während früher die jüdische Religion die Frau zur Priesterin des Hauses, zur Gehilfin des Mannes machte, scheint diese heute vielfach nur noch den Zweck der luxuriösen Repräsentation zu haben.

Diese demoralisierenden Tendenzen im Leben reich gewordener Juden haben aus der Jüdin der alten Zeit mit ihren prächtigen, nachahmenswerten Eigenschaften einen neuen Typus geschaffen, der Mißachtung erzeugt und von den um ihre Existenz besorgten Juden selbst beklagt wird. Wenn das Judentum in Deutschland in der Tat dem Verfall sich nähert, dann hat die moderne Jüdin mit ihrer Verweichlichung, Kinderscheu und Luxussucht ihren Anteil an diesem Prozeß. Bedauernswerter Weise hat das Milieu der modernen Jüdin auch auf christliche Frauenkreise abgefärbt in bezug auf Kinderscheu und Putzsucht. Es wäre unrecht, dem modernen Judentum die Schuld für diese Zeitsitten allein aufbürden zu wollen. Aber die moderne Jüdin spielt in dem moralischen Zersetzungsprozeß des Judentums keine untergeordnete Rolle; sie ist ein Teil der Kraft, die vom Judentum ausgehend negativ und zerstörend auf unser deutsches Volk ihre Wirkung ausübt.

Tanz und Taumel.

Von Ludwig Schäfer, Augsburg.

Deutschland hat noch keinen Frieden. Hart sind die Bedingungen der Waffenruhe, steinhart. Auf Germanias ehedem stolzem Nacken steht der Fuß des siegreichen Gegners, den es gelüstet, in einem herzlosen Machtfrieden seinen Ingrimm zu kühlen — und Deutschland tanzt!

Ueber eine Million deutscher Väter und deutscher Brüder ist den Heldentod fürs Volk gestorben; für viele unter ihnen hüllen sich die Hinterbliebenen noch in Trauerkleider und vergießen herbe Tränen — und Deutschland tanzt!

Die Wunden der überlebenden Krieger in den Lazaretten sind noch lange nicht alle vernarbt; so viele junge Helden und im Kampf ergraute Männer hinken die Straßen einher — und Deutschland tanzt!

Noch sind nicht alle Krieger heimgekehrt. Noch kommen sie aus dem fernen Mesopotamien und Syrien und aus dem Hl. Lande, aus den russischen und polnischen Ostgebieten; sie streben heim, brennende

Sehnsucht im Herzen und schwere Strapazen auf dem Wege leidend — und Deutschland tanzt!

Nach Hunderttausenden schmachten unsere gefangenen Brüder in einer oft unwürdigen, tiefbedauerlichen Lage der ungewissen Heimkehr entgegen, ein stattliches Randgebiet des deutschen Westens leidet unter einer oft drückenden, immer aber demütigenden Besetzung — und Deutschland tanzt!

An maßgebender Stelle werden die Todesopfer der Hungerblockade in unserem deutschen Vaterland niedrig gegriffen auf eine halbe Million berechnet, die übrigen Folgen des Hungerkrieges, die sich bereits zeigen, aber in Zukunft noch deutlicher zutage treten werden, sind schlechthin unberechenbar. Bei unseren östlichen und südöstlichen Nachbarn haust der Hunger und sein schauerliches Gefolge, so daß täglich Hunderte tot zusammensinken; durch die Zeitungen aller Richtungen geht seit Wochen der einstimmige Mahnruf: Wir stehen vor dem Zusammenbruch der Lebensmittelversorgung — und die tolle Heimat tanzt!

Da und dort in deutschen Städten erhebt der Bürgerkrieg sein grinsendes Gesicht; Hunderttausende haben kein Verdienst; Fachmänner erklären sorgenbeschwert: Wir stehen vor dem finanziellen Bankrott; Deutschland aber vergißt auf Sparsamkeit und Lebensernst und — tanzt!

Wer möchte dem armen deutschen Volke das Recht auf Freude strittig machen? Gerade jetzt braucht es Freude, um unter dem Leid nicht zusammenzubrechen. Aber muß das ausgerechnet gerade jetzt die Tanzfreude sein? Man weiß zur Genüge, wie es bei den öffentlichen Tanzmusiken oft herzugehen pflegt. Paßt der Ton jetzt für uns? Da liest man im Anzeigeteil der Presse täglich — in Friedenszeiten gewöhnlich nur Ende der Woche — ganze Spalten voll: „Walzerabend", „Tanzkränzchen", „Narren(!)-Ball", „Vierter Walzerabend" .... fehlt nur noch der „Arbeitslosenball"! Da kann man Mädchen in allen möglichen Narrenkleidern zum Ballsaal huschen sehen, auch in Feldgrau gefielen sich einzelne Frauenspersonen, um die Geschmacklosigkeit zu krönen.

Dazu werden jetzt mancherorts wieder Tänze getanzt, die in Friedenszeiten schon jedem Gefühl für gute Sitte und Menschenwürde hohnlachten — wenn geile Hunde einen Tanz erfinden könnten, wär's verständlich, wenn sie so tanzten. Alles in allem. — „Man greift sich an den Kopf; ist so etwas möglich?! Ein Volk, das durch vier Jahre so unerhört Großes geleistet und Schweres gelitten, ein Volk von solcher Art zeigt jetzt so abstoßende Schattenseiten. Es reißt sich die Kleider vom Leib und schämt sich vor dem Auslande nicht seiner schwärenden Blöße. Ist's Verzweiflung, ist's Wahnsinn? Wenn's doch das eine oder andere wäre, es würde ein Trost sein, da es aber nackte Genußsucht ist, entsetzliche Gleichgültigkeit, Gedankenlosigkeit, Würde- und Herzlosigkeit, unverzeihliche Dummheit — Gemeinheit, bedrückt es jeden anständigen Deutschen namenlos schwer." („Augsb. Postztg." 1918, Nr. 28.)

Deutschland tanzt. Was wird das Ausland sagen? Wie werden unsere Gegner ihre Verwunderung zum Ausdruck bringen und — ihre Verachtung! „Es sind eben doch Barbaren!" wird es heißen. Wir sind es nicht, aber schwer wird es, immer schwerer, gegen diese Einschätzung sich mit Erfolg zu wehren, wenn jetzt Deutschland tanzt und taumelt.

Deutschland tanzt? Es ist nicht das ganze deutsche Volk, es ist nur ein gewisser, wenn auch großer Teil, der jetzt so froh das Tanzbein schwingt. Noch viele zeigen durch ihre verurteilenden Aeußerungen und ihr ablehnendes Verhalten, daß sie anderer Gesinnung sind. Aber warum lassen alle diese vom gewissen andern Teil des Volkes die öffentliche Meinung derart bedauerlich beeinflussen?[1]) Warum nehmen die Redner nicht jedwede Gelegenheit wahr, den tanzenden Leichtsinn zu geißeln — leben wir ja im Lande der Rede- und Pressefreiheit! Warum zog nicht schon von Anfang an ein einmütiger Protest durch die Presse? Warum nahmen noch nicht alle auf die Ehre Deutschlands und die sittliche Gesundung des Volkes bedachten Vereine auf deutlichste Weise eine ablehnende Stellung ein zum unsinnigen Tanzen in heutiger Zeit?

„Was nützt es?" meint der Pessimist und lächelt bitter. Zuversichtlich behaupte ich: es ist nicht umsonst! Bildet sich aber nicht bald ein starkes Gegengewicht in Form eines gesunden Urteils über die Unschicklichkeit des Tanzens in so blutigernster Zeit heraus, dann werden die, die es am buntesten treiben, immer dreister und viele, die bisher die Unschicklichkeit noch empfanden und wegblieben, werden auch zum Tanze ziehen. Und doch täte es so unsagbar not, den Rest von deutschem Ehrgefühl und gewissenhafter Sittlichkeit zu erhalten und zu fördern! Darum auf zur Tat! Ein jedes tue was an seiner Stelle möglich ist und beeinflusse die öffentliche Meinung in gutem Sinne!

Auch an euch wende ich mich, ihr besonnenen Krieger! Redet ihr ein mutiges Wort! Es gilt mehr als andere Worte, denn es ist besiegelt mit eurem Blute! An euch wende ich mich, ihr deutschen Frauen und Mädchen! Haltet nicht zurück mit eurem entschiedenen Urteil! Jedes wirke auf seine Umgebung ein! Es wird nützen!

[1]) Gerade das Beispiel der zurzeit maßgebenden und im Besitze der Macht befindlichen Kreise ist von üblem Einfluß. Dieser Tage hielt in München im Ministerium des Aeußern die dort einquartierte Leibwache Eisners ihren „Ball" ab und Kurt Eisner selbst führte die Polonäse und schwang kräftig das Tanzbein! („Bayer. Kurier" Nr. 23.)

Vom Büchertisch.

Peter Dörfler: Der Roßbub. Kempten, Kösel. 8° 338 S., geb. 6 M. — Diese Erzählung aus der letzten Hälfte des 18. Jahrhunderts mit dem Reiz echt menschlichen Erlebens und Seins zeigt diesen hervorragend begabten Dichter wiederum in zwingender Schaffenskraft. Sie berichtet von einem eigenartig romantischen, immer aber glaubwürdig, also überzeugungskräftig dargestellten Knabengeschick auf der Zeitbühne der eben beigelegten Erbfolgekriege, mit dem Lechtal als Schauplatz, mit Bauern und Soldaten, Herren und Vagabundierenden als Personen, mit dem Schimmer des Natürlich-Wundersamen in der Zeichnung einzelner Charaktere, mit Trauer und Trost, ernstem und heiterem Humor, Licht und tiefen, tiefsten Schatten in der Ausmalung und Ausgestaltung des Ganzen. Das Erquickliche als Hauptreiz fehlt, aber für den Empfänglichen und Tieferblickenden ist es da, sowohl nach der künstlerischen wie der rein ethischen Richtung. E. M. Hamann.

Kirchliches Rechtsbuch für die religiösen Laiengenossenschaften der **Brüder und Schwestern** nach dem neuen Gesetzbuch der hl. Kirche zusammengestellt und erläutert von P. Maximilian Brandys, O. F. M. 8° XVI u. 232 S. M 8.—. Paderborn, Schöningh, 1918. Aus dem umfassenden neuen Gesetzbuch der Kirche sind hier jene Bestimmungen herausgehoben, die Ordenspersonen, und zwar hauptsächlich die religiösen Laiengenossenschaften mit einfachen Gelübden angehen. Die Mitglieder dieser Brüder- und Schwesterngenossenschaften sollen hier in möglichst schlichter, allgemein verständlicher Form eine Zusammenstellung ihrer rechtlichen Angelegenheiten und Verpflichtungen finden, wobei den Abänderungen und Ergänzungen des seitherigen Ordensrechtes besonderes Augenmerk zugewendet wird. Uebersichtliche Darstellung des Stoffes, zuverlässige, gemeinverständliche Wiedergabe des Inhaltes der einschlägigen Bestimmungen des kirchlichen Rechtsbuches zeichnet das bündig gefaßte Werkchen aus. Den einzelnen Rechtssätzen sind kurze Erläuterungen und praktische Winke zur Durchführung beigegeben. O. Heinz.

Helene Pagés: Aus Gottes Garten. Kurze Begebenheiten aus dem Leben der lieben Heiligen. Mit 12 (vorzüglichen!) Bildern von Wilhelm Sommer. Herder. 8° VIII und 148 S. Festlich kart. 2.80 M. — Nach diesem Bändchen werden sich viele Kinderhände strecken. Aber nicht nur sie. Mütter- und Erzieherhände werden bald diese eigenartig werbende kleine Heiligenlegende mit warmer Liebe umschließen und der Jugend übermitteln. „Werbend" — für den Himmel? Gewiß. Aber zunächst für ein gutes, vorbildliches, heiligmäßiges Leben auf Erden. „Heiligmäßig?" Freilich. Aber „vorbildlich" heiligmäßig. Denn alle diese Heiligen sprechen aus der hier gewählten knapp-eindringlichen Darstellung in erster Linie rein menschlich an: mit dem Eindruck der Ueberzeugung, daß man ihrem Wesen und Tun nachzuleben vermag, aus dem festen Willensentschluß heraus, das eigene Beste für Gott und die Menschen einzusetzen. Gesundheit, Kraft der Wahrhaftigkeit und schlichten Schönheit gottbestimmter Tiefe: das sind so die Hauptzüge des hier waltenden Vortrags, der aus der Fülle des Stoffes jedesmal ein möglichst unmittelbar einwirkendes Begebnis als Mittelpunkt der Erzählung heraushebt — immer wieder von neuem ein Beweis ziel- und liebestarken erziehlichen Scharfsinns.

E. M. Hamann.

Christliche Jugendkultur oder die freideutsche Wynekens? Von Geistl. Rat Prof. Dr. Jak. Hoffmann. Auer, Donauwörth. M 1.50. Ein tüchtiger Erziehungspraktiker und feinsinniger Kenner der Jungmännerpsyche hat hier zu den aktuellen Fragen, die sich an die Wyneken-Propaganda knüpfen, das Wort genommen. In der ganzen Jugendbewegung liegt viel wertvolle Kraft geborgen, die es zum Segen des heranwachsenden Geschlechts zu entfalten gilt. H. zeigt deutlich, überzeugend und praktisch anregend, wie diese Kraftweckung und -entwicklung auf dem Boden des Christentums am stärksten gedeiht, und legt die Einseitigkeiten der Wynekenschen Ideale dar, die letzten Endes mit ihrem „Ziel der Ziellosigkeit" alle bisherigen Erziehungsfaktoren: Elternhaus, Lehrer, Schule, Staatsautorität ausschalten und jeder Erziehung ihre erste Grundlage: Autorität, rauben. Heute, wo Wyneken, der sich bisher mit seiner „Erziehungsneuheit" nirgends halten konnte, Frühlingsluft wittert, ist es besonders anregend, die Hoffmannschen Gedanken zu verfolgen und man muß dem Autor für die Vorlage der früher schon in der Monatsschrift der pädagogischen Stiftung Cassianeum in Donauwörth, dem „Pharus" (1916), niedergelegten Ausführungen in Broschürenform recht dankbar sein.

F. Weigl.

Bühnen- und Musikrundschau.

Nationaltheater. Strindbergs 70. Geburtstag haben das Nationaltheater (und auch die Kammerspiele) durch Aufführung im Spielplan stehender Stücke gefeiert. Es heißt die Bedeutung des toten Dichters nicht herabsetzen, wenn ich gegenüber dem noch immer vorherrschenden Strindbergkultus betone, daß sich aus den Werken dieses stets schwankenden, sich selbst zermürbenden Genies nicht die Kräfte gewinnen lassen, die wir zu neuem, arbeitsfrohem Wirken bedürfen. Neueinstudiert erschien „Der grüne Kakadu". Diese um die Jahrhundertwende geschriebene, hier öfter einstudierte Groteske Schnitzlers gehört zu den Werken, die wir einstmals im Hause des Königs als fehl am Ort bezeichnen mußten, weil wir ihre Wirkungen als durchaus destruktive erkannten. Der Kakadu ist eine Kneipe, deren Besuch in den Pariser Adelskreisen von 1789 Mode geworden ist; man sitzt unter Verbrechern, die einem das Gruseln lehren, und „amüsiert" sich an den Ausfällen der erregten Bevölkerung, deren Gefahren man leichtfertig unterschätzt. Die Verbrecher sind übrigens nicht echt, es sind Schauspieler, die in der Kneipe mehr Erfolg haben, als einstmals in der Provinz, als sie Komödie spielten, aber echt ist der Haß gegen die herrschenden Kreise. Der Schauspieler Henri führt eine Szene auf, in der er behauptet, den Herzog von Cadignan ermordet zu haben. Er spielt, aber jeder hält die Szene für Wirklichkeit, denn man kennt

den Herzog als den Liebhaber seiner Frau. Man sagt ihm die Wahrheit, die nur er nicht kennt, und der Wütende ersticht den gerade die Kneipe besuchenden Herzog in dem Augenblick, da das Volk von Paris im Freiheitsrausche vom Sturm auf die Bastille heimkehrt. Diese Ekstase der nach Blut lechzenden Menge hat das Publikum heute stärker erregt als früher. Während ein kleiner Teil zischte, brach ein Beifallssturm los, der mehrere Minuten lang tobte. Wer darin lediglich den Dank für Steinrückische Regiekunst erblicken kann, ist naiv.... Dem „Kakadu" voraus ging Schnitzlers „Große Szene". Man erinnert sich dieses Einakters. Ein großer Schauspieler hat die Braut eines braven Mannes verführt; von diesem zur Rede gestellt, weiß er ihm eine Komödie vorzuspielen, die ihn von der Unschuld des Mädchens überzeugt. Die Frau des Schauspielers hatte ihrem Manne verziehen, das abgekartete Komödiantentum dieser „großen Szene" stößt sie so ab, daß sie sich im Ekel von ihm wendet. Allein auf seine Weise liebt er seine Frau dennoch, in dem Charakter dieses brutalen Ichmenschen steckt auch ein Stück naives Kindergemüt, das sie veranlaßt, an seiner Seite auszuharren. Das psychologisch geschickt gebaute, für den Schauspielerstand wahrlich nicht ehrende Stück ward von Steinrück in seiner Art sehr wirksam gespielt. Daß in einer ganz nebensächlichen Anmerkung ein früherer verdienter Hofschauspieler mit Namensnennung verulkt wird, mag anderen gefallen. Ueber einen königlichen Titel und ein schönes Organ zu witzeln, entspricht vielleicht der ästhetischen Forderung des Tages.

Kammerspiele. Gerade an dem Tage, an dem der Zeitungsleser erfuhr, daß irgendwelche betriebsame Leute die Errichtung öffentlicher Häuser in München empfohlen, sich aber bei den medizinischen Gutachtern eine Abfuhr geholt hätten, konnte er auf der Bühne ein Stück sehen, das jedenfalls mit ebensoviel Ungeniertheit als Sachkenntnis dieses ekle Thema behandelt. Unter der ongeblichen Zuchtrute der Zensur hatten „Tod und Teufel" von Wedekind nur einmal an einem Teenachmittag der Bonbonnière gegeben werden dürfen. Nun haben wir es ja so herrlich weit gebracht, daß wir uns, um mit „Sodoms Ende" zu reden, in der vollen Oeffentlichkeit unterhalten können wie unsere Hausknechte. Der Marquis Casti Piani ist wie der von Keith und die zahllosen anderen Sprechautomaten Wedekindscher Weltanschauung der zynische Schwindler und Abenteurer und Vorahner des moralischen Bolschewismus. „Lieferant" eines Freudenhauses ist er der Meinung, daß in dieser Lasterhöhle eitel Freude herrsche. Als er erkennen muß, daß dies doch einigermaßen ein Irrtum gewesen ist, bringt er sich um und der Autor verlangt von dem Zuschauer, daß er ob dieser „Tragik" Furcht und Mitleid empfinde; doch diese reinigende Wirkung der Tragödie bleibt natürlich aus. Es ist von Anfang bis Ende alles unreinlich. Eine der „Damen" seines Hauses ist durch die Schriften eines Vereines gegen den Mädchenhandel angeblich auf den Weg des Dirnentums gelockt worden, womit der Verfasser, scheinbar ohne es zu ahnen, über die sittlichen Gefahren seiner Kunst ein geradezu vernichtendes Urteil spricht. Die Vereinsdame, bei der jene Gefallene in Diensten gewesen, gelangt auf der Suche nach der Verlorenen in das Haus des Herrn Marquis und wird von diesem infolge hochgradiger Hysterie zu seinen „Idealen" bekehrt. Künstlerisch sind diese formlosen „Szenen" ohne allen Wert. — Es folgte „Der Schlachtenlenker", den wir vor einem Dutzend Jahren schon im Residenztheater sahen. Shaws ironische Komödie zeigt den Sieger von Lodi in galantem Abenteuer; die Betonung des Menschlich-Allzumenschlichen bei Bonaparte ist ja immer theaterwirksam. Allerhand Scherze über die neue Republik von damals wirken heute ein wenig boshaft.

Uraufführung im Münchener Schauspielhause. Schon „die Straße nach Steinach" führte in der Psychologie hart an die Grenze des Sanatoriums. „Purpus" endet in Wahnsinn. W. Stücklen verquickt seine psychologischen Spitzfindigkeiten mit dramatischer Kinotechnik. Der Versuch glückte nicht ganz; die einen klatschten heftig, die anderen zischten. Gesunde Kunst ist anders. Purpus, der junge Erbe eines kleinen Ladens, hat ein Mädchen gesehen, das ihm sein Ideal dünkt. Um die Entschwundene wieder zu finden, wird aus dem Krämer der Besitzer des großen Warenhauses, das auf alle Frauen so großen Reiz ausübt au bonheur des dames! (Zola). Warum nicht auf die Gesuchte? Endlich findet er sie, als — Ladendiebin. Das stört die wahre Liebe nicht. Purpus nimmt des Mädchens Bräutigam, einen anrüchigen Gesellen, in sein Geschäft, wird von diesem bestohlen und von der gemeinen Person, in der er das Ideal der Weiblichkeit sah, allmählich in den Wahnsinn getrieben. Von einer unzureichenden Gestaltung der weiblichen Hauptrolle abgesehen, war die Aufführung fesselnd und wohl vorbereitet. L. G. Oberlaender, München.

Finanz- und Handels-Rundschau.

„Arbeit schafft Nahrung" — Kohlennot und Arbeitslosigkeit — Aussichten unserer Exportmöglichkeit — Unbegründete Börsenhausse.

Der vom Staatssekretär Erzberger, dem Vorsitzenden der deutschen Waffenstillstandskommission, geprägte Ausspruch: „**Arbeit schafft Nahrung**" kennzeichnet unsere Wirtschaftslage. „Um von der Entente in genügenden Mengen zur Verfügung gestellte billigere Lebensmittel zu erhalten, ist Arbeit nötig, nachdem die Gegner hierfür keinen Kredit gewähren und die deutschen Guthaben im Auslande nahezu erschöpft sind." Die Entente fordert jetzt eine Aufstellung der zur Bezahlung der Lebensmitteleinfuhr in Deutschland verfügbaren ausfuhrfähigen Vorräte und Werte. Geordnete Arbeiterverhältnisse sind somit die unerlässliche Vorbedingung für unsere Lebensmittelversorgung und können vor allem allein die Kohlennot beseitigen, welche bereits einen Umfang erreicht, der sogar für den Hausbrand nach Bekanntmachung des bayerischen Staatskommissars für Demobilmachung weitere Kohlenbelieferung ausschliesst und dadurch auch die Brotversorgung im rechtsrheinischen Süddeutschland in Frage stellt. Die ernsten Erwägungen über die gesetzliche Einführung des Arbeitszwanges unter gleichzeitigem Abbau der Arbeitslöhne und Herabsetzung der Preise der notwendigen Lebensmittel und Bedarfsartikel, wie solche der Lage des Weltmarktes entsprechen, führen hoffentlich zum notwendigen Abschluss. Selbst der „Vorwärts" betont die Arbeitspflicht: „Nur wenn die ganze Arbeiterschaft sich des Kernsatzes der sozialdemokratischen Lehre erinnert, dass alle Werte lediglich durch Arbeit erzeugt werden, kann das deutsche Volk in Ueberwindung der jetzigen schweren Krise unseres Wirtschaftslebens aus dem heutigen Mangel herauskommen . . . Der beste Schutz der Freiheit ist und bleibt heute die Arbeit". Infolge Aufhörens der Kohlenversorgung erwägt man bereits die Sperre der gesamten elektrischen Stromzufuhr für unsere Industrien und die Beendigung jedes geregelten Eisenbahnverkehrs. In dem für uns fast ausschliesslich in Betracht kommenden Ruhrreviere wurden täglich rund 1000 gegen normal etwa 2500 Wagen während der Kriegszeit gefördert; in Oberschlesien sogar nur 2000 gegen 5000 in den Vorwochen. Saargebiet und linksrheinisches, auch der wichtige Braunkohlenbezirk scheiden ja bekanntlich aus. Sogar der ententefreundliche schwedische Sozialistenführer Branting bezeichnet die deutsche „Arbeitslage für kritisch und betont, dass nur die Einfuhr genügender Rohmaterialien unserer Industrie wieder auf die Beine helfen kann". Zu diesen Hinweisen gesellt sich der namenloses Elend herbeiführende drohende Zusammenbruch unseres Ernährungssystems. Mangel an Wagengestellung und Brennstoff begründen auch die trostlose Lage der hochwichtigen deutschen Kali-Industrie, welche in der Lieferung von Düngemitteln an die heimische Landwirtschaft dadurch derart im Rückstand bleiben muss, dass die schwerste Gefährdung unserer Frühjahrs- und Herbstbestellung zu befürchten ist. In unserer Schwerindustrie, vornehmlich der Eisenfabrikation, ist naturgemäss eine weitere Verschlechterung der Geschäftslage bemerkbar. Zu diesen ungünstigen Hinweisen gesellt sich die mehr und mehr hervortretende Freimachung einzelner Sparten der feindlichen Industrie von der seitherigen deutschen Einfuhr, wie dies namentlich in der chemischen Abteilung bestätigt wird.

Der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes Dr. August Müller hat gegenüber Vertretern des Handels und der Industrie dies in seinen Auslassungen über Wirtschaftsfragen bestätigt. Seine Hinweise auf die Beeinträchtigung unserer Konkurrenzfähigkeit dem Auslande gegenüber durch die Wirkungen des Achtstundentages, unter Beeinflussung des eingeschalteten Rätesystems und der Sozialisierungsmethoden sind ebenso bemerkenswert, wie der neuerliche Bericht des bayerischen Staatskommissars für Demobilmachung hinsichtlich der Wirtschaftslage in Bayern. Demnach ist die Zahl der Arbeitslosen in Bayern auf ca. 79 000 gestiegen und auch die Verkehrslage durch den fortgesetzten Mangel an Lokomotiven und Wagen unverändert schlecht. Dadurch und durch das Fehlen von Kohle und Rohstoff, sowie durch sonstige Transportschwierigkeiten und die ungeheuer gestiegenen Arbeitslöhne leidet unsere Industrie unter der ausserordentlichen Verteuerung der Produktionskosten, welche den Inlandsverbraucher in der Hoffnung auf einen baldigen Abbau der Preise zu grosser Zurückhaltung veranlasst. Exportaufträge sind nur in geringem Masse vorhanden, nachdem die Auslandskonkurrenz begreiflicherweise fast ausnahmslos billiger zu verkaufen imstande ist und auch die Lieferfristen der deutschen Fabrikanten entweder nicht

mit Sicherheit angegeben oder meist ungenügend eingehalten werden können. Die beträchtlichen Umfang annehmende **Haussestimmung an unseren Effektenmärkten** ist daher vollkommen **unbegründet und unberechtigt**. Selbst die erhoffte Milderung oder Aufhebung der **Blockade Deutschlands** verzögert sich gefahrdrohend. Die Entente-Erörterungen über die Kolonial- und Kriegsentschädigungsfragen, die vielfachen Streikbewegungen bei uns und die Dividendenlosigkeit bzw. bedeutende Herabsetzung seitheriger Erträgnisse der Mehrzahl unserer führenden Industriegesellschaften sind weitere Gründe gegen die Börsenhaussestimmung. Das endliche Nachlassen der Knappheit unserer Zahlungsmittel, die günstigere Gestaltung unseres Rentenmarktes, namentlich unserer Kriegsanleihen spielen nur untergeordnete Rollen. Die jetzt zur Veröffentlichung gelangenden Ausweisziffern der deutschen Hypothekenbank n. sowie die rasche Unterbringung der zahlreichen Emissionen von Städteanleihen sind die naturgemässe Folge des derzeit ausserordentlich flüssigen Geldmarktes.

München. M. Weber.

Schluß des redaktionellen Teiles.

F&A D

FB

Kostümverleih

für Theater, Film, Vereinsfestlichkeiten
und sonstige Unterhaltungen.

F. & A. Diringer

Kostümfabrik und Verleih-Anstalt
historischer Kostüme, Uniformen,
Rüstungen, Waffen, Landestrachten usw.

Herrnstrasse 23 **München** Hochbrückenstr. 13
Telephon 21774/75.

Druckarbeiten

aller Art f. Gewerbe, Handel u. Behörden in jeder Ausführung und Umfang, insbesondere Massenauflagen für Rotationsdruck i. verschiedenen Formaten fertigt gut und preiswert an

Badenia Karlsruhe

Buchdruckerei
Galvanopl. Anstalt
Buchbinderei usw.

Bruchleidende

tragen Sie unsere bestbewährten, schmerzlos sitzenden

Spezial-Bruchbänder.

Aufklärende Broschüre gratis durch

Bott & Walla
München, Sonnenstraße 20

Zensur.

Alle Aufsätze, Besprechungen, Komödien usw., die während des Krieges dem Ziegelbrenner von der Zensur gestrichen wurden.

Für Politiker, Publizisten und Redner ein wertvolles Beweisstück für das „Walten" der militärischen Zensur.

Preis: M. **3.60** (15 Pfg. Postgeld).

Ziegelbrenner Verlag
München 23 B 7.

Bayerische Handelsbank.

Bekanntmachung nach §§ 23 und 41 des Hypothekenbankgesetzes für den 31. Dezember 1918.

Gesamtbetrag der im Umlauf befindlichen Hypothekenpfandpriefe . . . . (einschliesslich ℳ 2'768,700.— im eigenen Bestande).	ℳ 443'475,000.—
Gesamtbetrag der in das Hypothekenregister eingetragenen Hypotheken nach Abzug aller Rückzahlungen oder sonstigen Minderungen	ℳ 443'203,070.89
Gesamtbetrag der in das Register eingetragenen Wertpapiere	ℳ 787,000.—
Von der Gesamtsumme der registrierten Hypotheken kommt der Betrag von . .	ℳ 307.776.40
und von der Gesamtsumme der registrierten Wertpapiere der Betrag von . . . . als Pfandbriefdeckung nicht in Ansatz.	ℳ 191,302 50
Gesamtbetrag der im Umlauf befindlichen Kommunal-Schuldverschreibungen . . . . . . (einschliesslich ℳ 111,100.— im eigenen Bestande).	ℳ 17'092.400.—
Gesamtbetrag der in das Kommunal-Darlehensregister eingetragenen Kommunal-Darlehen nach Abzug aller Rückzahlungen oder sonstigen Minderungen	ℳ 20'243,237.17

München den 1. Februar 1919.

Bayerische Handelsbank.

Bekanntmachung.

(§ 23 des Reichshypothekenbankgesetzes.)

Bayerische Hypotheken- u. Wechsel-Bank

Gesamtbetrag der umlaufenden Pfandbriefe am 31. Dezember 1918 . . . . ℳ 1158,488,800.—

Gesamtbetrag der am 31. Dezember 1918 in das Hypothekenregister eingetragenen Hypotheken (nach Abzug aller Rückzahlungen oder sonstigen Minderungen) . . . . . ℳ 1164,012,248.97

Hievon kommen als Pfandbrief-Deckung nicht in Ansatz ℳ 486,390.57.

München, den 1. Februar 1919.

Die Direktion.

Einheirat

in Großbetrieb (a l Gut), wo die Möglichkeit umfangreicher Tätigkeit geboten ist, w. 30jähr. vermögensloser Akademiker. Ausf. u. ernstgem Angebote m Bild unt. K. H. 19108 an d. Geschäftsst. d. Allgem. Rdsch., München Verschw. Ehrensache!

Freundschaft

mit Herrn nur der besteften Stände w. j. Akademiker. Ausf Zuschr. m Bild unt. J. K. 19107 a. d Geschäftsst. d. Allgem. Rdsch., München.

Wer hilft

hochbegabten, ohne seine Schuld in Not geratenen jungen Mann zur Fortsetzung seiner Studien. Ausk. ert Pfarrer **Atzert, Fulda.**

Die Stellenvermittlung d. Ver. kath. d. Lehrerinnen
Münster i. W., Schulstr. 21
bittet um Angabe vakanter Stellen an Schulen und in Fam zur Unterbringung der durch die polit. Lage stellenlos gewordenen Lehrerinnen.

Ohne Gift! Ohne Katze!

Schlagfallen

gegen **Mäuse** und **Ratten**.

Gesetzlich geschützt!

Muster:
4 Mäuse- oder 2 Rattenfallen ℳ 2.— Verpackung und postfrei. Voreinsendung des Betrages — Postscheckkonto München 305.
Günstig für Wiederverkäufer, in Eisenhandlungen, Spenglereien usw. Verlangen Sie auch Preise für Maulwurfsfallen usw.

Franz Danzer, Waldkirchen,
Holz- und Metallwaren, Niederbayern.

Arbeit für heimgekehrte Soldaten gesucht.

Zur Beschäftigung der heimgekehrten Soldaten suchen wir dauernde Arbeit in **Massenartikeln** für Stanzerei, Presserei Fräserei und Schweisserei. Es soll möglichst zu Gestehungspreisen geliefert werden, um die Arbeiter dauernd und sicher beschäftigen zu können.

Auch können unsere anerkannt bestbewährten Geld- und Bücherschränke wieder schnell geliefert werden.

Pohlschröder & Co., Dortmunder Geldschrankfabrik, **Dortmund.**

Welcher hochw. Herr Confrater kann einem

Priester,

der 12 Jahre in Belgien wirkte u. durch den Krieg gezwungen wurde, seine Stelle aufzug., zu e. Lebensstelle verhelf., entw. in d. Seelsorge od. in e. charitativen Anstalt? Er hatte bisher eignen Haushalt, ist 38 J. alt u. recht gesund. Gute Zeugnisse zu Diensten u Empfehlungen Gegenwärtig steht er als Hilfspriester ein. alt u kranken Stadtpfarrer z. Seite. Güt. Mitteil. erb. u. Nr. 19112 an die Geschäftsst. d. Allgem. Rundschau, München.

Kath. Priester aus d. Felde zurückgekehrt, eltern- und heimatlos, 32 J. alt, erbittet

Adoption

vonseiten kinderlosem od. d. d. Krieg sohnlos gew älterem, vermögenden Ehepaar, bezw. Herrn d. bess. Stände. Gefl Zuschr u. S. M. 19102 a. d. Geschäftsst. der Allg. Rundschau, München

---

Priester

v. d. Front zurück, **f. Stelle** als Hausgeistlicher bezw. als Erzieher oder Gesellschafter. Gefl. Zuschr u. B. R. 19109 a. d. Geschäftsstelle d. Allgem. Rundschau, München, erb.

Graue Haare

erhalten Naturfarbe u. Jugendfrische, ohne zu färben. Seit 12 Jahren glänz. bewährt. Näheres unentgeltlich.

Santlas, Fürth i. B., Flössaustrasse 23

Lehr- u. Erziehungsanstalten
inserieren in der „Allgemeinen Rundschau" mit gutem Erfolg.

Herders Konversations-Lexikon

Teil eines II. Ergänzungsbandes (Aachen bis Hypothek). Zeitlich reichend bis Sommer 1914. M 7.— Der Band enthält einen so reichen, sonst nirgend erreichbaren Wissensstoff (wovon in den neu zu schaffenden II. Ergänzungsband wegen der übergroßen Stoffülle nur wenig mehr wird übernommen werden können), daß namentlich die Besitzer des Hauptwerkes sich durch den Erwerb dieses Teilbandes einen kaum genug zu schätzenden Vorteil sichern. — Durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

Einbanddecken

für den Jahrgang 1918 der „Allgemeinen Rundschau" bitten wir beim Buchhandel od. bei d. Geschäftsstelle i. München umgehend bestellen zu wollen.

Preis M. 1.50.

Ein hervorragendes Buch für die Männerwelt.

Der Mann nach dem Herzen Gottes.

Gebetbuch für die katholische Männerwelt von Fr. X. Brors S. J. 610 Seiten 83×143 mm. Halbleinenbd. Rotschn. M 4.-, Kunstlederband, Goldschnitt M 6.75, echt Bocklederband Goldschnitt M 12.—.

Das neue Gebetbuch gliedert sich in 3 Teile: Belehrungen, Betrachtungen, Andachtsübungen zur religiösen Bildung des Verstandes, des Willens und des Herzens. Es enthält alle Sonn- und Festtags-Evangelien und eignet sich für alle Männer und Jünglinge, ganz besonders aber für die Mitglieder des Männerapostolates.

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

Verlag Butzon & Bercker, G. m. b. H., Kevelaer (Rhld.)

Zuckerkranke erhalten Gratis-Broschüre über diätlose Kur (nach Dr. med. Stein-Callenfels) Born 10. Postfach 125.

Hadern und Knochen

sortiert und unsortiert.

Strumpfwolle, Neutuch, Zeitungen

kauft zu reellen Preisen von Privaten und Händlern, Anstalten, Klöstern usw.

Adolf von der Heiden, München, Baumstr. 4.

Telephon Nr. 22205. — [illegible] München-Süd. [illegible]

Literarischer Handweiser

Begründet von Franz Hülskamp und Hermann Rump.

In neuer Folge herausgegeben von Lateinschulrektor a. D. Ernst M. Roloff zu Freiburg i. Br.

55. Jahrgang — 1919. Jährlich 12 Nummern M. 10.—

Allg. Rundschau. München 1918, Nr. 22: „Zwei glückverheißende Tatsachen lassen trotz der Kriegswirren mit ihren Nöten das Allerbeste von der Neugestaltung dieser Zeitschrift erwarten: daß nämlich das Welthaus Herder in Freiburg i. Br. den Verlag des Literarischen Handweisers übernommen und als Herausgeber den hochverdienten Schöpfer des fünfbändigen „Lexikons der Pädagogik", den Lateinschulrektor a. D. Ernst M. Roloff in Freiburg i. Br., gewonnen hat, der mit dem genannten Werke den Beweis erbracht hat, daß er sehr große und sehr schwierige Aufgaben zu meistern versteht."

Anzeiger f. d. kath. Geistlichkeit d. Diözese Breslau. 1918, Nr. 7: „Die Wiedererweckung des altehrwürdigen Literarischen Handweisers mitten im Weltkriege ist eine so ausgesprochen katholische Angelegenheit, daß der deutsche Klerus sie gar nicht nachdrücklich genug fördern und unterstützen kann."

Herdersche Verlagshandlung zu Freiburg i. Br.

Durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten beziehbar.

Antiqu. Bücher

Herder: Konversations-Lexikon, 8 Bde.
Widmann-Felten: Illustr. Weltgeschichte.
Wilmers: Lehrb. d. k. Relig. 4 Bde. 6. Aufl.
Fäh: Kunstgeschichte, 2. Aufl.
Toussaint-Langenscheidt: Französisch.
W. Rothes: Die Mutter Gottes in der Kunst.

Alle Werke in Originalbänden wie neu.

Angebote unt. H. 19120 an die Geschäftsstelle der „Allgemeinen Rundschau", München.

Auskunft unentgeltlich bei

Schwerhörigkeit

Ohrensausen. Ueber bewährte Methode glänz. Anerkennungen.

Sanitas, Fürth i. B. Flössaustrasse 23.

Die armen Kinder des oberen sächsischen Erzgebirges

bitten mit Erlaubnis ihres Bischofs um eine Gabe zur Gründung einer Kommunikantenherberge. An der sächsisch-böhmischen Grenze der Pfarrei gehen sehr viele Kinder katholischer Eltern der kath. Religion verloren. Manche haben bis zum 12. u. 13. Jahre noch keinen kath. Gottesdienst gesehen. Alle 200 Kinder der Unterrichtsstationen in Oberwiesenthal, Hammerunterwiesenthal, Bärenstein und Jöhstadt müssen protestantische Schulen besuchen, in denen sie nicht viel Erfreuliches über ihre Religion hören. Die Gründung einer Kommunikantenherberge mit einer kath. Lehrperson ist ein dringendes Bedürfnis. Bald beginnt auch der Kommunionunterricht, u. es muß für oft stundenweit entfernt wohnende Kinder für Nahrung und Quartier gesorgt werden. Die Armut der Pfarrkinder zwingt zu dieser Bitte. Der göttliche Kinderfreund will den Barmherzigen mit Barmherzigkeit vergelten.

Das römisch-katholische Pfarramt Annaberg i. E.

Postscheckt. 8888, Leipzig.

Bauers Antidiabeticum für Zuckerkranke
Bauers Lithosanol gegen Gallen-, Nieren- und Blasensteine

(auch gegen Gicht und Harnsäure-Diathese). — Prospekte durch die Sanin Ges. m. b. H., Kötzschenbroda-Dresden 89/79 Fabrik chem.-pharmazeut Präparate.

Erstklassige Familienlektüre

Alte und Neue Welt

Reichillustriertes Familienblatt.

Zur Unterhaltung und Belehrung. Mit den zeitgeschichtlichen Beilagen „Rundschau in Wort und Bild" und „Für die Frauen", 53. Jahrgang. Folio 240 : 350 mm. Vierteljährlich 3 Hefte zum Quartalpreis von Mk. 3.50.

„Unter den modernen illustrierten Familienblättern nimmt die „Alte und Neue Welt", die durch ein Halbjahrhundert einen Schatz für Familie und Volk bildete, den ersten Rang ein. Neben hochstehender Belletristik und den gediegensten wissenschaftlichen Abhandlungen bringt die „Alte und Neue Welt" die aktuellsten Ereignisse des Weltgeschehens in Wort und Bild, eine Frauenzeitung, in welcher alles die Frauenwelt Angehende in Haus, Küche, Mode besprochen wird, auch eine Bücherschau ist jedem Heft beigegeben." Ostschlesische Post, Bielitz.

„Die prächtige Zeitschrift darf allen Freunden einer gesunden Volks- und Familienlektüre aus aller Ueberzeugung wärmstens empfohlen werden. Es soll uns allen eine Ehrensache sein, die „Alte und Neue Welt" in dieser auch für sie so schweren Zeit nach Kräften zu unterstützen." Neue Zürcher Nachrichten. Zürich.

Durch alle Buchhandlungen und Postämter zu beziehen sowie von der

Verlagsanstalt Benziger & Co. A.-G., Einsiedeln, Waldshut, Köln a. Rh., Straßburg i. Els.

Landsberger Verlagsanstalt M. Neumeyer,

Landsberg a. Lech, Museumstraße 16, = Telephon 61 =

empfiehlt sich zur

Anfertigung sämtlicher Druckarbeiten, Massenauflagen auf Rotation und Schnellpressen. Setzmaschinen, eigene Buchbinderei.

Kostenvoranschläge und Papiermuster bereitwilligst.

Unter allen Revuen gleicher Richtung weist die Allgemeine Rundschau die höchste Abonnentenzahl auf.

Suche

für meine Tochter, 25 J. alt,

Stellung

in besserem Hause

zur gründl. Erlernung der Küche u. des Haushalts bei Famil.-Anschluß. Pensionsgeld wird gezahlt. Angebote erbitte unt. B. 19121 an die Geschäftsstelle der Allgem. Rundschau, München.

Volksbibliothek

500 Bände geb., bestempfohlene Romane, Erzählungen u. Humoresken von Achleitner, Arnbauer, Brackel, Coloma, Driggeberger, Glenstein, Herbert, Hennig, Schmidt, Schott, Sheehan usw. billig auch zur Auswahl und gegen Teilzahlung.

Jos. Habbel, Regensburg.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Ferdinand Abel, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München

Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gb.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich ℳ 3.50.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis:
Die 5 X gespaltene Grundzeile 75 Pfg., Anzeigen auf Textseite die 95 mm breite Zeile 375 Pfg.
Beilagen einschl. Postgebühren ℳ 15 d. Tausend.
Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.
Rabatt nach Tarif.
Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig.
Erfüllungsort ist München.
Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt.
Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer.

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 7. München, 15. Februar 1919. XVI. Jahrgang.

Der Schild des Wehrlosen.

Von Domkapitular Dr. Buchberger.

Es geht durch die deutschen Lande der Geist der Mutlosigkeit und Verzagtheit. Wenn und wo von unserer Lage geredet wird, da hören wir überall nur das eine Wort: Trostlos. Die trostlose Lage erzeugt eine trostlose Stimmung. Müde und matt sinken die Hände in den Schoß. Resigniert und gefaßt harren wir der Zukunft, die in düsteren Farben und traurigen Bildern vor die Seele tritt. Es lodert keine heilige Flamme empor wie früher in Zeiten großer Not, es ruft kein feuriger Appell die letzten Kräfte auf; alles ist zermürbt, zerwühlt, zerrissen. Das arme Volk hat zu lange gelitten, zu viel geopfert, um noch Kräfte aufraffen zu können, mit denen es sich dem drohenden Untergang entgegenstemmt.

Der Sozialismus hat, äußerlich betrachtet, seine Ziele großenteils erreicht, aber vielleicht zu seinem eigenen Schrecken. Nun muß er erfahren, daß jedes Prinzip zur äußersten und letzten Konsequenz treibt. Die Bedächtigen gelten als die Halben; elementare Kräfte wirken naturhaft, auch gegen die Gesetze der Vernunft. Der Sozialismus erweist sich nicht als Belebung, sondern als Lähmung der Kräfte. Zwischen Abbau und Aufbau gähnt eine tiefe Kluft. Wir verzehren das letzte Stück Brot aus der Vorratskammer der alten Zeit und Ordnung. Und wenn die letzte Quelle den letzten Tropfen wird gespendet haben — und wir kommen dem Augenblick schon bedenklich nahe —, dann ist ein lang erstrebtes Ziel erreicht, die Gleichheit. Dann werden wir alle gleich viel haben, nämlich nichts. Dann wird der Unterschied zwischen Besitzenden und Proletariern aufhören, dann ist jeder zum Proletarier geworden. Das kann niemand wollen, das wäre auch für den Arbeiter ein Ende mit Schrecken. Daher können wir im Innern, in der Politik, so wie bisher, nicht länger fortmachen. Das bedeutet für jeden, auch für den Arbeiter nichts anderes als die Fundamente des Hauses unterhöhlen, in dem wir gemeinsam wohnen. Stürzt es zusammen, so begräbt es alle. Wir haben uns lange genug auseinandergeredet, es ist hohe Zeit, daß wir uns zusammenreden und zusammenschließen. Wir brauchen den Willen, einander zu verstehen und entgegenzukommen, soweit es möglich ist. Auch die Sozialdemokratie braucht ihn. Sie darf den „Imperialismus", den sie in der äußeren Politik angeblich verwirft, nicht in der inneren Politik selbst mit allen Mitteln der Agitation weiterhin betreiben und auf die Spitze treiben. Und es ist ein Imperialismus und eine Expansionspolitik, sich mit Machtmitteln auszudehnen und durchzusetzen und andere mit der Faust niederzuringen und niederzuhalten. Wir können nicht ewig ein Volk bleiben, das seine besten Kräfte im inneren Kampfe verzehrt. Der Arbeiter wird daran ebenso zugrunde gehen wie der Kapitalist. Wer Augen hat zu sehen, der kann jetzt genug sehen.

Unsere innere Lage zu bessern, liegt bei uns. Aber die äußere? Sind wir nicht dem Feinde ganz auf Gnade und Ungnade preisgegeben? Sind wir nicht völlig wehrlos und hilflos? Es wurden und werden Versuche gemacht, bald unser Recht zu reklamieren, bald Gnade für Recht zu erwirken. Diesen Versuchen fehlt wohl durchaus die rechte Kraft, manchmal auch die notwendige Würde. In Bern sucht man nach den Schuldigen, den Unschuldigen ist damit nicht geholfen. Die „Internationale" hat im Krieg völlig Fiasko gemacht, sie wird auch in Bern versagen. Die dort sind, haben nichts zu entscheiden, und die zu entscheiden haben, sind nicht dort, weil die „Internationale" der Entente über die Landesgrenze nur hinausreicht, soweit sich dies mit dem Egoismus verträgt.

Immerhin zeigt sich beim Sozialismus noch eine Spur von einem internationalen Gewissen. Aber ganz schamlos ist das Verhalten der anderen „Internationale", der Loge. Sie hat wacker den Brand geschürt, dem der stolze Bau des Deutschen Reiches zum Opfer fiel. Zum Aufbau unserer deutschen Hütten hat sie nicht Stein und Mörtel. Sie braucht's für die eigenen Paläste. Diese „Menschlichkeit" sorgt zunächst für den eigenen Leib. Nur ganz Naive konnten von diesen „Brüdern" anderes erwarten.

Ist uns also gar kein Schild und Schutz geblieben? Auf Siegesdenkmälern alter Völker schreitet der Sieger über die Leiber der Besiegten hinweg. Das war Barbarenart. Vae victis! Für den Besiegten gab es keinerlei Recht mehr, der Sieger konnte mit ihm tun, was er wollte. Attilas Horden brausten sengend und mordend über Europa hinweg. Es waren eben die „Hunnen" und ihr Name bleibt ihr Brandmal in der Geschichte. Siegreiche Völker, die auf ihren christlichen Namen und auf christliche Kultur halten, dürfen es nicht so machen. Für den christlichen Sieger gelten die Gebote Gottes; ihn bindet das christliche Sittengesetz, ihn verpflichtet das Gebot der christlichen Liebe. Der Schutz des 5. und 7. Gebotes bleibt auch einem besiegten Volke. Der Krieg ist erlaubt als Notwehr eines Volkes. Daher ist jetzt ein Krieg der Entente gegen uns nicht weiter erlaubt, denn wir sind wehrlos. Aber nicht bloß der Krieg mit den Waffen ist vor Gottes Forum jetzt unerlaubt und unsittlich geworden, sondern auch der Hungerkrieg. Es ist unseren Feinden vor dem christlichen Sittengesetze nicht erlaubt, unsere armen Kinder und Frauen noch weiter hungern und verhungern zu lassen. Das Gebot: „Du sollst nicht töten" ist wieder in Kraft getreten und gilt nicht bloß dem einzelnen, sondern auch dem deutschen Volk gegenüber. Auch für unsere Gefangenen muß der Krieg nun ein Ende haben; es ist kein Grund mehr, sie zurückzuhalten. Und wie uns das 5. Gebot Gottes vor unseren Feinden schützt, so auch das siebente. Es wahrt uns mit göttlicher Autorität das Recht auf unser nationales Leben und auf den dazu notwendigen nationalen Besitz. Noch weniger als einen einzelnen Menschen darf man ein Volk in Not und Elend stürzen. Auch ein Sieger darf das nicht. Augustin hat das Wort geschrieben: Mag auch ein Krieg frei sein von Schuld, so doch „nicht die Rachsucht, nicht das Verlangen, Schaden anzurichten, nicht unversöhnliche Gesinnung und willkürliche Ausnützung der Macht".

Wir appellieren daher an das christliche Gewissen der Ententevölker. Wohl wissen wir, daß dieser Appell viele taube Ohren und verschlossene Herzen finden wird. Aber daß die christliche Gerechtigkeit und Liebe im Lager unserer Feinde ganz erstorben ist, das möchten wir doch nicht glauben. Daß sie im deutschen Volk noch lebt, davon könnten die feindlichen Gefangenen Zeugnis geben, wenn sie ehrlich sind. Das deutsche Volk hat sie im allgemeinen gut behandelt und das karge Brot redlich mit ihnen geteilt. Die Kirche hat getan, was möglich und militärisch erlaubt war, um ihr Los zu lindern durch den Trost des Glaubens und durch Dienste der Liebe. Wir haben Liebe gegeben, wir können sie auch verlangen. Wir vertrauen, daß bei dem christlich gesinnten Teil der feindlichen Bevölkerung das Wort des Herrn seine Kraft bewährt:

„Liebet eure Feinde!"

Das fünfte Kriegsjahr.

Wochenschau von Fritz Nienkemper, Berlin.

Die Wochenstube von Weimar.

„Mutter und Kind befinden sich den Umständen nach wohl". Diese Redewendung darf man von dem freudigen, aber nicht ungefährlichen Familienereignis auf den schwebenden Prozeß der nationalen Wiedergeburt übertragen. Die Nationalversammlung hat in ihren ersten Tagen nicht nur Glück gehabt, sondern auch Tüchtigkeit gezeigt.

Glück insofern, als die vielfach befürchteten Ruhestörungen bisher ausblieben. Im Reiche selbst herrscht freilich noch keine gesicherte Ruhe; auch nach der Niederwerfung des Bremer Aufstandes noch nicht, da es in den Hansastädten noch gährt, in Berlin noch gelegentlich Schüsse fallen, die Kommunisten auf ihre Putschpolitik noch nicht verzichtet haben und an einzelnen Stellen sogar die Beamten zu einem verzweifelten Streik gegenüber dem Terror der „Räte" greifen müssen. Doch sind die Vorstöße gegen Weimar, die anscheinend in einigen thüringischen Städten von den Spartakisten angeregt waren, bisher unterblieben. Hoffentlich wird die vorsorgliche Kraftentfaltung der Regierung auf die Dauer zur Sicherung der Volksvertretung ausreichen.

Das Lob der Tüchtigkeit gebührt der Nationalversammlung, weil sie sich von Anfang an auf den Boden der Sammlung und der positiven Arbeit gestellt hat, ohne Zeit und Kraft in Wortschwall oder parteipolitischen Demonstrationen zu verbrauchen.

In anderen Ländern hätte man vermutlich unter ähnlichen Verhältnissen die einleitenden Reden schwungvoller gehalten und die ganze Aufmachung effektvoller gestaltet. Unserem Volkscharakter und auch unseren gegenwärtigen Bedürfnissen entsprach aber der knappe, ruhige, sachliche Ton in den Verhandlungen wohl am besten. In unserer schlimmen Lage helfen uns nicht „Gesten" in französischem Sinne, sondern nur res gestae, zweckmäßige Handlungen. Daher mag auch die Eröffnungsrede des ersten Volksbeauftragten Ebert passieren, die freilich kein rhetorisches Prachtstück war und das Erforderliche einfach, nüchtern und trocken sagte. In dem Protest gegen die Auspressungspolitik der Entente fand sie die gebotenen kräftigen Worte der Mahnung und Warnung.

Die gedeihliche Sammlung wurde eingeleitet durch den löblichen Entschluß der Bayerischen Volkspartei, sich als Gruppe in die Fraktionsliste des Zentrums eintragen zu lassen. So wurde unitis viribus der Zentrumspartei die Stellung der zweitstärksten Fraktion gesichert, und an den Früchten davon nehmen auch die bayerischen Freunde teil, die in der Isolierung als kleine Fraktion vom sausenden Webstuhl der Zeit zu weit abgedrängt worden wären.

Der Sammlungsgedanke griff weiter, indem der Gedanke des sozialistisch-demokratischen Linksblocks mit der knappen Mehrheit aufgegeben und die Herstellung einer Arbeitsgemeinschaft aus der Sozialdemokratie, dem Zentrum und der deutsch-demokratischen Partei in die Wege geleitet wurde. So knüpft an das traurige Ende ein hoffnungsvoller Anfang sich wieder an. Es handelt sich um die Wiedererweckung der alten positiven Mehrheit, die im früheren Reichstage bestand. Die Zusammensetzung der neuen Regierung wird Aehnlichkeit haben mit dem Koalitionskabinett, das nach dem demokratischen Erlaß des Kaisers unter dem Prinzen Max von Baden sich bildete. Allerdings fehlt jetzt die monarchische Spitze. Der provisorische Reichspräsident, der formell den Vorsitzenden des Kabinetts zu berufen hat, wird von der Nationalversammlung gewählt (die Wahl fiel auf Ebert), und dann hat er diese Funktion nach den Abmachungen im Parlamente auszuüben. (Demgemäß wurde Scheidemann Ministerpräsident.) Im letzten Grunde kommt es eben auf das alte System hinaus, daß die Vertrauensmänner der drei großen Parteien gemeinsam die Geschäfte führen. Die Frage, ob denn überhaupt die Revolution notwendig gewesen sei, kann man auf sich beruhen lassen; denn rückgängig läßt sich die Sache nicht machen. Nur das Vorwärtsstreben auf dem Boden der gegebenen Verhältnisse kann Deutschland retten.

Von rechts her wird dem Zentrum die große Verantwortlichkeit vorgehalten, die es durch das Zusammenarbeiten mit der roten und der gelben Demokratie übernähme. Freilich, die materielle und auch die moralische Belastung ist groß. Aber noch schwerer wäre die Verantwortung, wenn die Partei die Gelegenheit zu einer heilsamen Einwirkung nicht ergreifen würde. Damit wäre das Geschick des Volkes den Radikalen auf der Linken überliefert. Wir dürfen das Vertrauen zu unseren Erwählten haben, daß sie sich auf die Arbeitsgemeinschaft nur einließen unter der genügenden Gewähr für die Wahrung unserer wichtigsten Grundsätze und Interessen. Sie werden die bestmögliche Vorsorge treffen für die Wahrung des Föderalismus in der Reichsverfassung, für den Schutz der Kulturgüter gegen den religionsfeindlichen Radikalismus und für die Erhaltung des Eigentums und der schaffenden Arbeit gegenüber maßloser „Sozialisierung". Wer mitarbeitet, kann viel mehr übles verhüten, als wer den untätigen Zuschauer oder den nachträglichen Kritiker spielt.

Die konservative Partei gefiel sich im alten Reichstag in der Rolle der teilnahmslosen Opposition. Es scheint, daß auch sie die bloße Passivität nicht mehr für das Alleinseligmachende hält. Wenigstens hat sie die Stelle des vierten Präsidenten der Nationalversammlung, die ihrer Fraktion nach dem Stärkeverhältnis zufiel, angenommen.

Auf die Verteilung der Aemter wird noch zurückzukommen sein, wenn die noch schwebenden Verhandlungen unter den Parteien zum Abschluß gelangt sind. Die Einzelheiten sind ja nicht entscheidend; es kommt auf den Geist an, der in dem Werkbunde herrscht. Die Sozialdemokratie hat ja durch die große Zahl ihrer Mandate eine Präponderanz bekommen; aber sie muß auf die Alleinherrschaft ehrlich verzichten. Daran könnte man zweifeln, wenn alle drei höchsten Ehrenstellen (Reichspräsident, Ministerpräsident und Nationalversammlungspräsident) mit Sozialdemokraten besetzt würden. Die letztere Stelle geht denn auch auf das Zentrum (Fehrenbach) über.

Der Entwurf der vorläufigen Reichsverfassung, die für die Bildung der Regierung die Grundlage schaffen muß, wurde am Samstag eingebracht und am Montag ohne wesentliche Aenderungen gegen die Stimmen der „Unabhängigen" und der Bayerischen Volkspartei angenommen; letztere äußerte namentlich Bedenken gegen die der Nationalversammlung erteilte Blankovollmacht zur Beschließung der künftigen Reichsverfassung. Ausschlaggebend war für die Mehrheit der Gesichtspunkt des Notgesetzes. Was wir vor der Hand gebrauchen, ist eine schnell geschaffene, regelrechte, verhandlungsfähige Reichsregierung. Alle übrigen Zeit- und Streitfragen auf dem Verfassungsgebiete kann man nachher in Angriff nehmen, zumal nach der, von der Reichsregierung gebilligten, Auffassung der süddeutschen Regierungen durch Annahme des vorliegenden Gesetzentwurfes Entscheidungen über die Sonderrechte der einzelnen Freistaaten nicht vorweg genommen werden sollen.

Wieder Waffenstillstandsverhandlungen!

Die Eile in der Weimarer Werkstatt ist besonders geboten durch den bevorstehenden Ablauf des Waffenstillstandes. Nach den bisherigen Erfahrungen und nach verschiedenen Ankündigungen ist zu befürchten, daß die unversöhnlichen Machthaber im Westen die Kurzfristigkeit abermals ausnützen wollen zu weiteren Erpressungen. In monatlichen Aderlässen scheinen wir bis zum Weißbluten gebracht werden zu sollen. Von Wilsons Einfluß auf die Friedensvorbereitungen steht manches in den Zeitungen, aber wir sehen und spüren nichts davon in der wahrhaft grausamen, mörderischen Behandlung des wehrlosen Deutschland.

Da war es nun wirklich zeitgemäß, daß der Volksbeauftragte Ebert in der Weimarer Eröffnungsrede einen ernsten Einspruch und Mahnruf erließ:

> „Wir warnen die Gegner, uns nicht zum äußersten zu treiben. Wie General Winterfeldt könnte eines Tages jede deutsche Regierung gezwungen sein, auf weitere Mitwirkung an den Friedensverhandlungen zu verzichten und dem Gegner die ganze Last der Verantwortung für die Neugestaltung der Welt zuzuschieben. Man stelle uns nicht vor die verhängnisvolle Wahl zwischen Verhungern und Schmach. Lieber ärgste Entbehrung, als Entehrung. Dann wird sich unwiderstehlich die Taktik der Verzweiflung durchsetzen."

Ob diese eindringliche Warnung bei Wilson und den vernünftigen Elementen auf der Gegenseite Beachtung finden wird, müssen wir abwarten. Immerhin will die Entente unter gewissen Bedingungen wenigstens für Lebensmitteleinfuhr sorgen. Jedenfalls ist es gut, daß endlich öffentlich und feierlich von Amtsstelle ausgesprochen wurde, was Millionen von Deutschen in wachsender Sorge empfunden haben: Wenn diese Taktik der Auspressung und Vernichtung so weiter gehen soll, so bleibt uns nur der Abbruch der Verhandlungen übrig und die Passivität der Verzweiflung.

Auf den Tod der Königin.

In schwerer Zeit erschallt der Glocken Klang
Und weckt in Bayernherzen tiefe Trauer,
Verkündend, wie ein hehres Glück zersprang
Vor hartem Schicksal, vor des Todes Schauer.

Und doch, dem Herzen, das der Schmerz zerschlug,
Kam wohl der Tod als liebender Befreier,
Der eine edle Seele aufwärts trug,
Wo sich enthüllen dunkler Rätsel Schleier.

Und schied sie auch: vergessen sei uns nimmer,
Was sie gewirkt so königlich und rein;
Stets wird ihr Bild mit ungetrübtem Schimmer
In unsern Herzen eingegraben sein:

Als hehres Bild der wandellosen Treue,
Die Gott und Volk und Pflicht zugleich umspannt,
Die, wie sich auch der Zeiten Strom erneue,
Allein erretten kann das Vaterland.

Dr. W. Scherer.

Wildenwarth.

Die Winternacht weiss vor dem Schlosse steht.
Ein alter Bayer an die Pforte geht.
Er sinnt; er zuckt die müden Augenbrauen.
Die Königin muss er noch einmal schauen.
Ihn treibt hinein die Liebe, heiss und wahr.
Schon kniet er vor der stillen Totenbahr.
Den Mund verschliesst des Todes heil'ges Siegel.
Die Stirne ist wie ein zerbroch'ner Spiegel
Von vielen krummen Linien, die sich haben
Als Furchen in das Antlitz eingegraben.

„Wer tat's?"
Dem Wanderer ist, als müsst er's fragen.
Viel können tote Züge manchmal sagen:
Die Linie überm Auge zog der Gram,
Als oft der Tod in die Familie kam.
Die andere riss mit seinen blut'gen Krallen
Der Krieg, als ihre Bayern sind gefallen.
Die grosse, von der Schläfe zu der andern,
Brach auf bei ihrem ruhelosen Wandern,
Wo sie das Blut, die Tränen und die Wehen
In Hütten und Spitälern hat gesehen.
Die unterm Haar, die tiefe, gruben Scherben
Zerschlag'ner Kronen kurz vor ihrem Sterben.

Dann still.. Der Wand'rer starrt.. „Und ihr, ihr Falten,
Ihr schrecklich weiten, die die Stirn schier spalten?"
Und wieder still!... Als wär ein Ding berührt,
Wo selbst der Tod sich schämt, der Tod selbst friert.

Der Alte wankt hinaus in frost'ge Nacht:
„Zerbroch'ne Treue, das hast du vollbracht!"

Martin Mayr.

Deutscher Verfassungsentwurf und ... belgisches Grundgesetz.

Von Dr. E. Ver Hees, Generalsekretär des flämischen Ministeriums für Industrie und soziale Arbeit.

II.

(Schluß.)

Von besonderer Bedeutung sind die sogenannten vier Freiheiten des **Kultus**, des **Unterrichts**, der Presse und der Vereine und Versammlungen, die das belgische Grundgesetz in den §§ 14 bis 20, der deutsche Entwurf in der gleichen Reihenfolge in den §§ 19 bis 22 behandelt.

Ueber die **Kultusfreiheit** sagt der deutsche Entwurf: „Jede Religionsgemeinschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig, ist aber den allgemeinen Gesetzen unterworfen." Die belgische Verfassung (§ 16) bestimmt ausdrücklicher: „Der Staat hat nicht das Recht, sich in die Ernennung noch in die Investitur der Geistlichen, gleich welcher Kultusgemeinschaft einzumischen, auch nicht ihnen zu verbieten, mit ihren Oberen schriftlich zu verkehren und deren Kundgebungen zu veröffentlichen, vorbehaltlich in diesem Falle der gewöhnlichen Haftpflicht in Sachen Presse und Veröffentlichungen." Der deutsche Entwurf sieht eine **Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche** durch Grundsätze eines Reichsgesetzes vor: ob einseitig oder durch Konkordat, d. h. durch völkerrechtlichen Vertrag, ist nicht ersichtlich. In Belgien gilt kein Konkordat. Der § 117 der Verfassung legt aber dem Staate die Verpflichtung auf, die Gehälter und Pensionen der Geistlichen zu zahlen. Die Verfassung dachte dabei wohl, wenigstens die Mehrheit ihrer Urheber, an eine Entschädigung für die durch Kaiser Joseph II. und den französischen Einbruch entgottesdiensteten Güter (der Ausdruck ist von Goethe und ist wohl dem Fremdwort „säkularisierten" vorzuziehen). Diese verfassungsmäßige Garantie fehlt im deutschen Entwurf. Dagegen bestimmt die belgische Verfassung, daß die standesamtliche Trauung immer der kirchlichen Ehe vorangehen muß, vorbehaltlich der gesetzlichen Ausnahmen. Eine Ausnahme wurde erst durch Gesetz vom 3. August 1909 vorgesehen, und zwar für den Fall der Todesgefahr eines der Eheteile: der alte König Leopold II. wollte aus bekannten Gründen auf dieser Weise sein Gewissen beruhigen.

Verwaltungspraxis ist in Belgien, daß „niemand verpflichtet ist, seine religiöse Ueberzeugung oder seine **Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft** zu offenbaren. Die Behörden haben nicht das Recht, danach zu fragen." Tatsächlich wurde niemals bei den Volkszählungen nach dem Religionsbekenntnis gefragt. Der deutsche Entwurf achtet es für geboten, diesen Gedanken durch die Verfassung festzulegen, was Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Kirchensteuer verursachen kann. Es ist desto mehr zu bedauern, daß eine staatliche Entschädigung der Religionsgesellschaften für ehemalige Gütereinziehungen nicht zugleich und auch verfassungsmäßig festgelegt wird.

Der § 268 des belgischen Strafgesetzbuches sieht Geldbuße bis 500 Frank und Gefängnis bis zu drei Monaten gegen Geistliche vor, die in Ausübung ihres Kirchendienstes, durch Reden in öffentlicher Versammlung gehalten, die Regierung, ein Gesetz, eine Verordnung oder jede andere Tat der öffentlichen Obrigkeit angegriffen haben. Solche Fälle sind nach dem ehemaligen freisozialistischen Senator und hervorragenden Rechtsgelehrten Edmond Picard nur etwa zwölfmal in fünfzig Jahren eingetroffen. Aehnlich könnte man den Zeitungen, den Vereinen und jeder Versammlung auch Angriffe dieser Art verbieten, und es scheint, daß gewisse Kreise wirklich dieser Ansicht sind. Was gegen die Freiheit der Meinungsäußerung auf der Kanzel recht ist, könnte auch gegen diese Freiheit in der Presse und in Versammlungen billig sein!

Die belgische Verfassung proklamiert weiter (§ 17) die Freiheit des **Unterrichts**. Der deutsche Entwurf (§ 20) spricht von der Freiheit der **Wissenschaft** und ihrer Lehre. Ist die Erteilung des Unterrichts an die liebe Jugend in den Volksschulen und in höheren und niederen Mittelschulen ein Teil der Lehre der Wissenschaft? Dann bliebe es jedem unbenommen, zu lehren wie es ihm beliebt, und den Eltern, die Grundsätze zu bestimmen, nach welchen sie die Erziehung ihrer Kinder in der von ihnen gewählten Schule geleitet zu sehen wünschen. Das wäre die belgische Auffassung, und da nach dem Entwurf der Unterricht

allen Deutschen gleichmäßig zugänglich sein soll, müßte sich eine Verwaltungspraxis bilden, welche, um diese Gleichmäßigkeit zu sichern, jede Schule aus Staatsmitteln unterstützt, ohne Unterschied der Tendenz des Unterrichts. Das ist sowieso schon belgisches Gesetz und noch mehr in Holland, wo die meisten Liberalen und Sozialisten diesen Gedanken angenommen haben. Freilich hört man in Deutschland andere Klänge, welche mehr an französische Zustände erinnern: in dieser Demokratie hat man bekanntlich eine moralische Einheit der Nation im antichristlichen Geiste durch die Schule sichern wollen. Die Einheit und Verstaatlichung der Schule sollte die wahre Freiheit sein. Manche Machthaber nennen eben ihre eigene Meinung „die Freiheit." Ein französischer Abgeordneter rief in der Kammer aus, man sollte den Widerstand der Eltern brechen: „man muß sie zwingen, frei zu sein!" (Il faut les forcer à être libres!) Er hat gemeint, sehr geistreich gewesen zu sein. Hätten aber seine Widersacher die Gewalt in der Hand, um ihn und seine Gesinnungsgenossen ihrerseits zu zwingen, da würde er sich wahrscheinlich bedanken. Bisher hat übrigens die erstrebte moralische „Einheit" den Kulturkampf und den Hader nur verbittert.

Die Frankfurter Versammlung von 1848 hatte auch einige Gedanken aus der belgischen Verfassung gezogen. Der Artikel 18 des damaligen deutschen Grundgesetzes ließ aber jedem Deutschen frei, Unterricht und Erziehung zu erteilen, sofern er sittlich und wissenschaftlich fähig war. Im jetzigen Entwurf wird diese Freiheit nicht ausgedrückt.

In Ländern und Staaten, wo verschiedene Auffassungen nebeneinander bestehen, ist wohl Einheit mit Freiheit nicht zu vereinigen. Nach beschränktem Untertanenverstand wäre aber die Demokratie der Schutz der Minderheiten. Wenn man diesen eine Vertretung in den Parlamenten und das Recht in der Wissenschaft zu lehren einräumt, wie will man ihnen verwehren, den Volksschulunterricht für ihre Kinder nach ihrer Façon einzurichten? Oder war Friedrich der Große freiheitlicher und demokratischer als manche andere Leute?

Indem die belgische Verfassung die Freiheit des Unterrichts verbürgt, fügt sie hinzu, daß „jede Präventivmaßregel verboten ist: Die Ahndung der Uebertretungen wird nur durch Gesetz geregelt." Das ist noch der Geist der Vorkehrungen gegen Verwaltungswillkür; diese verfassungsmäßigen Garantien der Freiheit schützen die Minderheiten gegen Mißbräuche und Unterdrückung jeder vorübergehenden Regierung und ihrer Machthaber. Sonst hat der Text dieser Bestimmungen beiderseits eine so große Aehnlichkeit, und ihre Reihenfolge ist derart, daß am deutschen Entwurf sehr wahrscheinlich ein guter Kenner der belgischen Verfassung mitgearbeitet haben wird.

Die Volksabstimmung ist durch den deutschen Entwurf nur in gewissen Fällen erlaubt: a) im § 11 zwecks der Loslösung aus einem bisherigen Gliedstaate des Reichs oder der Vereinigung mit einem anderen; b) im Falle der Verfassungsänderung, aber erst nach Ablauf von fünf Jahren nach dem Inkrafttreten der neuen Verfassung (§ 51); c) über den Antrag des Reichstags auf Absetzung des Reichspräsidenten (§ 67); d) im Falle daß keine Uebereinstimmung zwischen den beiden Häusern des Reichstages über eine Gesetzvorlage zustande kommt, ist nur der Reichspräsident berechtigt, eine Volksabstimmung über den Gegenstand der Meinungsverschiedenheit herbeizuführen.

Er hat also kein unbeschränktes Recht des Appells an das Volk. Aber auch letzteres hat niemals, wie in der Schweiz, die Befugnis, eine allgemeine Abstimmung über ein Gesetz vorzunehmen oder durch sogenannte Volksinitiative den Reichstag zu veranlassen, über einen bestimmten Gegenstand eine gesetzgeberische Arbeit einzuleiten. In Belgien wurden vor 25 Jahren die Vorschläge der Einrichtung von Volksabstimmungen verworfen. König Leopold II. wollte sich das Recht geben lassen, in jedem Falle über Gesetzvorlagen wie über Maßnahmen, welche weder Regierung noch Parlament in Behandlung nehmen wollten, sowie auch über jedes angenommene oder abgelehnte Gesetz die Volksmeinung direkt zum Ausdruck kommen zu lassen. Weder dieses königliche Recht, noch die Volksinitiative wurde zugelassen. Die Befragung der gesamten Wähler auf Antrag des Staatsoberhauptes, der Regierung oder einer Kammer, oder auch kraft der Forderung eines namhaften Bruchteils der Wahlberechtigten hat etwas für sich. In der Schweiz wurden dadurch Parteigesetze, welche im Parlamente eine starke Mehrheit bekommen hatten, durch das Volk vereitelt.

Der Vergleich des deutschen Entwurfes mit der belgischen Verfassung von 1831 zeigt also, daß letztere in gewissen Punkten freiheitlicher und demokratischer aussieht, wie der wahrscheinlich von ihr beeinflußte deutsche Vorschlag. Dieser entbehrt nicht einiger guten Gedanken. Es fehlt ihm vor allem eine klare Trennung der Staatsgewalten, wie sie so scharf in den Vereinigten Staaten hervortritt.

Wer die Geschichte der Verfassungen kennt, muß davor warnen, ein solches Grundgesetz nur als das Werk einer Mehrheit zu erlassen, besonders wenn diese Mehrheit im Augenblicke einer tiefen Volkserregung entstanden ist. Manche Verfassungen dieser Art waren nicht von Dauer, und die nicht von allgemeiner, wohlüberlegter Volkszustimmung getragenen Staatsgebilde, für welche sie entstanden, überlebten nicht immer die verlorene Mühe einer bald in weiten Schichten abgelehnten grundgesetzgeberischen Arbeit. Es heißt vielleicht die Kritik herausfordern, wenn man die Volkszustimmung durch Referendum über die Verfassung selbst nicht zuläßt, wohl aber nach fünf Jahren über einzelne Aenderungen dieser Verfassung. Machtpolitik war niemals weniger am Platze wie heute. Die Unzufriedenheit mit der vergangenen Leitung kann unter Umständen nicht so groß sein als die künftige Enttäuschung über eine Lösung, mit welcher die überwiegende Mehrheit des Volkes sich nicht auf die Dauer befreunden würde. In anderen Ländern haben in weniger schwierigen Verhältnissen wiederholte Verfassungskämpfe die Festigung oder Wiederherstellung der Ruhe und die Wohlfahrt auf Jahrzehnte hinaus verhindert. Jede geschichtliche Lehre soll willkommen sein. Leider lassen sich Menschen und Völker gewöhnlich mehr durch Vorurteile und Leidenschaften beeinflussen, als durch Erfahrung und weise Berechnung. Auch wird von politischen Parteien in den meisten Ländern und Zeiten, oft unbewußt, mehr daran gedacht, die Gegner zu bekämpfen, als wirklich naheliegende und wohltuende Reformen zu verwirklichen. So sehen selbst Anhänger weitgehender Enteignungen nicht ein, warum der § 28 des deutschen Entwurfes nur von ländlichem unwirtschaftlich genutztem Großgrundbesitz redet, aber schweigt vom Baugrundwucher, woraus die Wohnungsnot in den Städten entsteht. Vorsicht, gerichtliche Garantien, gleichmäßige Behandlung aller Mißbräuche können nicht genug empfohlen werden auf diesem wie auf allen Gebieten, sowie Vermeidung aller parteipolitischen Beeinflussung.

Die Notwendigkeit der Heranziehung und des Zusammenschlusses aller Richtungen, das ist wohl die Lehre der Zeit. Ein redlicher Wille zur Selbstbeherrschung und zur Verständigung soll an Stelle des Willens zur Macht hervortreten. Das soll auch ein Teil des neuen Geistes sein. Es ist aber nicht genug, daß Grundrechte und Freiheiten zugestanden werden, wenn tatsächlich die Leute nicht in der Lage sind, weitgehenden Gebrauch davon zu machen. Auf gewissen Gebieten waren in dieser Hinsicht Belgien, Frankreich und andere Länder lange Zeiten rückständig und sind es noch teilweise. Der äußere Glanz, der freundliche Schein verbürgt nicht vor allen Augen die Vernachlässigung mancher Pflichten. Ueberall müssen nicht nur Hindernisse der Freiheit beseitigt werden, sondern auch aufbauende Maßnahmen positive Hilfe bringen. Garantien gegen Willkür und Parteimißbräuche, praktische, lebenfördernde Einrichtungen sind die Hauptteile der Staatsverfassungen.

Beamtentum und Revolution.

Von Universitätsprofessor Dr. Hans Meyer, München.

Es ist in der breitesten Oeffentlichkeit genugsam bekannt, daß die Männer der Revolution auf das alte Beamtentum schlecht zu sprechen sind. Der Ministerpräsident Kurt Eisner hat mit seinen abfälligen Urteilen über die Beamtenschaft den Anfang gemacht, andere sind ihm gefolgt. Der Kommunist Erich Mühsam schreibt in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift „Kain" (1. Heft, 10. Dez. 1918) folgendermaßen:

„Die alten Beamten, die alten Behörden arbeiten weiter in ihren Stuben, an ihren Akten. Man kann ihrer nicht entraten, weil in diesen Tagen, da wir die ganze Schwere der Kapitulation zu tragen haben, da das bis zur restlosen Erschöpfung aller Lebenskräfte im Kriege ausgepumpte Volk jetzt hilflos besiegt, die Rechnung seiner flüchtigen Bankrotteure zahlen soll, — weil da die ungeheure komplizierte Maschinerie der Versorgung und des Verkehrs nicht stehen bleiben darf, und weil niemand da ist, der die ausgefahrenen, rostigen, falsch konstruierten Triebräder bedienen kann, außer denen, die sie bisher bedient haben. Wer aber aus der Not eine Tugend macht, ist ein Fälscher. Daß wir die Hebel des Gesellschaftsbetriebes zum Teil immer

noch in den Händen rückständiger Funktionäre lassen müssen, beweist nicht deren Unentbehrlichkeit, sondern die Notwendigkeit, den Betrieb umzustellen. Und das muß rasch geschehen. Denn in der Uebernahme der alten Apparate ruht die größte Gefahr für die Revolution, die Gefahr nämlich, daß das erwachte Volk wieder eingeschläfert wird, daß es sich neu gewöhnt an Zustände, deren Unhaltbarkeit die Revolution eben verursacht hatte, und daß dadurch neue Minen gelegt werden müssen, deren Explosion vielleicht zu Blut und Schrecken, zu Gewalt und Bürgerkrieg führen kann. Blut aber, scheint mir, ist in den letzten Jahren genug geflossen."

Was soll nun mit den Vertretern dieses „alten, verrosteten Regimes" geschehen? Mühsam antwortet:

„Ich sage nicht: werft sie unbesehen aufs Pflaster, gebt sie dem Elend und der Brotlosigkeit preis. Ich sage nur: laßt sie nicht unbeaufsichtigt. Solange sie selbständig das Werk regieren, regieren sie uns. Ihr Regiment aber ist Bürokratie, ist Kapitalismus und Reaktion. In jedes Schreibzimmer jedes Ministeriums, jeder Behörde, jedes öffentlichen Organs gehört eine Vertrauensperson der Revolution, der Räte, die kraft ihrer Tat die Exekutoren der öffentlichen Gewalt geworden sind. So öffnen wir die Fenster der staubigen Werkstatt, so lassen wir Luft hinein, die freie, klare Luft des neuen Geistes, der den Rädern und Riemen der Verwaltungsmaschinerie den Schwung verleiht, den sie braucht."

Freilich so unbesehen und ungeprüft empfiehlt Mühsam die Uebernahme der Beamten nicht, es soll eine Auslese veranstaltet werden und zwar nach bestimmten Gesichtspunkten:

„Die Beamten und Offiziere vom alten System sollen es als Vorzug und Ehre betrachten, zur Arbeit fürs Volk und für die soziale Republik zugelassen zu werden. Deshalb sichte man sie, werfe unbarmherzig hinaus alle, die vorher im Kampfe gegen Freiheit und Wohlfahrt alldeutsche Rufer waren, die je in unsozialer Ueberhebung ihre abhängigen Mitarbeiter geschunden und unterdrückt haben, alle, die jetzt die Aufsichts- und Arbeiterorgane der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte nicht mit dem Respekt behandeln, den sie als Vorkämpfer für Freiheit und Recht beanspruchen dürfen, alle endlich, die durch passive Resistenz, durch Obstruktion und durch absichtliche Sabotage der neuen Ordnung die Lebensunfähigkeit des revolutionären Systems zu begründen suchen. Sie alle — es sind ihrer nicht wenige überall — haben keinen Raum in der Verwaltung des Uebergangs, für sie gibt es kein unentbehrlich, sie müssen sofort verschwinden, sofort ersetzt werden."

Einem solchen Programm gegenüber erhebt sich sofort die Frage, wieviel etwa davon schon verwirklicht worden sei. Absetzungen von Beamten oder gar eines großen Teiles der Beamten haben nicht stattgefunden. Aber etwas anderes ist verwirklicht: Es sind, wenn auch nicht in allen Schreibstuben und Bureauräumen, so doch in Ministerien Aufsichtsorgane zur Kontrolle des ganzen Betriebes aufgestellt worden, die nichts weniger als Fachleute sind.[1]) Wie ferner aus Aeußerungen des Staatsrates v. Meinel hervorgeht, sind im Ministerium des Aeußern bei wichtigen und weittragenden Entscheidungen die beteiligten Abteilungsvorstände und Referenten überhaupt ausgeschaltet und ihnen wichtigere Einläufe vorenthalten worden. Zu dieser Methode des Uebergehens gesellen sich kleinliche Polizeimaßnahmen, wie das Ueberwachen von Telephongesprächen. Hierher gehören auch die Befugnisse, mit denen die Arbeiterräte ausgestattet wurden: „Kommen örtliche Arbeiterräte zu der Ueberzeugung, daß sie in ihrer Tätigkeit für die Interessen des Volksganzen durch Organe der Staats- und Gemeindeverwaltung gehemmt werden, so sollen sie beim Kreisausschuß Anträge auf Entsetzungen und Einstellungen von Beamten stellen, der sie nach Prüfung an die Zentralregierung des Volksstaates zur endgültigen Entscheidung weiterleitet."

Zunächst möchte man meinen, die neue Regierung hätte keine Veranlassung gehabt, sich in einer so abfälligen Form über die Beamten zu äußern, sondern man möchte glauben, sie hätte sich verpflichtet gefühlt, den Beamten für ihr Bleiben im Amte und für die Weiterführung der Geschäfte öffentlichen Dank zu sagen. Denn man bedenke doch die Folgen einer allgemeinen Arbeitsniederlegung von seiten der Beamten: Einstellung des Post- und Bahnverkehrs, Aufhören jeder richterlichen und Verwaltungstätigkeit, Aufhören des Funktionierens der öffentlichen Sicherheit usw. wäre gleichbedeutend mit dem allgemeinen Chaos des Staatsganzen gewesen, in das auch die Revolution selbst hineingezogen und damit unmöglich gemacht worden wäre.

[1]) Aus dem in der Sitzung des bayerischen Landessoldatenrates am 5. Februar erstatteten Bericht über „die Tätigkeit der im Kriegsministerium beschäftigten Kameraden" war zu entnehmen, daß in diesem Ministerium allein 33 „Kontrollorgane" tätig sind. Der Minister Roßhaupter erklärte, was die Kontrollorgane im Ministerium anlange, so sei der Vollzugsausschuß zu einem förmlichen Wasserkopf im Ministerium geworden durch die Kooptierung zahlreicher Leute aus dem Soldatenstand, die einfach als Kontrollorgane ins Ministerium hineingesetzt wurden. Es seien nun schon an die 100 Mitglieder im Vollzugsausschuß: bestimmungsgemäß sollten es 11 sein. Eine Unzahl durchaus unkontrollierbarer Leute sei so ins Ministerium hineingekommen. Die Hauptsache liege aber darin, daß jedes dieser Kontrollorgane glaube, seine ständige Anstellung im Ministerium gefunden zu haben. Es wäre schlimmste Korruption, wenn auf diese Weise ein weiterer Beamtenapparat eingeschmuggelt würde.

Die Beamten sind unter den neuen Verhältnissen geblieben. Mag sein, daß manche, im Innern demokratisch und republikanisch gesinnt, gar keine Veranlassung hatten, sich über die neuen Verhältnisse sonderlich zu entsetzen und in der Hoffnung lebten, nach Zeiten des Sturmes und etwas kritischen Ueberganges würden geordnete Verhältnisse einer rechtmäßig konstituierten Republik eintreten; mag ferner sein, daß manche aus Sorge für den Unterhalt ihrer Familie und das weitere Fortkommen vor dem Schritte einer Arbeitsniederlegung zurückschreckten — die Mehrheit der Beamten, ja man darf sagen, die Gesamtheit der Beamten hat, wenn auch der eine oder andere unter Mitwirkung anderer Motive, die Arbeit weitergeführt mit Rücksicht auf das Wohl des Volksganzen. Und jeder Beamte konnte das um so mehr, als das Beamtentum eigentlich etwas durchaus Unpolitisches ist. Der Beamte dient weder Kurt Eisner, wie er früher nicht einem König als Einzelperson gedient hat. Der Beamte steht vielmehr im Dienste einer Idee. Der Jurist steht im Dienste dessen, was man die Idee des Rechts und der Gerechtigkeit nennt. Der Arzt steht im Dienste des physischen Volkswohles, die Lehrberufe stehen im Dienste der Volksbildung und Erziehung, überhaupt alle geistigen Berufe im Dienste dessen, was man Kultur nennt. Da alle Kultur nur im Rahmen eines Staatsganzen möglich ist und jeder Staat die Pflege dieser Kultur als eine seiner wichtigsten Aufgaben anerkennt, so hat jede Staatsform die Beamten, diese Pioniere der Kulturarbeit, in den Dienst seines Zweckes gestellt, sie in ein Rechtsverhältnis genommen und auf seine Verfassungsform verpflichtet. Im alten monarchischen Staat leistete der Beamte den Eid auf die Verfassung, worin die Versicherung der Treue zum König, als dem sichtbaren Vertreter der Staatseinheit und Staatsautorität, eingeschlossen war. Auch der neue Staat, wenn er gesetzmäßig konstituiert ist, wird sich zu seinen Beamten in ein bestimmtes gesetzmäßiges Verhältnis setzen. Bis jetzt unter den neuen Verhältnissen zu arbeiten, war den Beamten um so leichter möglich, als jeder unter völliger Wahrung der Freiheit seiner Gesinnung und Ueberzeugung diese Mitarbeit leistete und König Ludwig III. seine Beamten vom geleisteten Treueid und dem Eid auf die alte Verfassung entbunden hat.

Oben war von der Stellungnahme der neuen Regierung dem Beamtentum gegenüber die Rede. Was haben nun die Beamten der neuen Regierung gegenüber getan? Sie haben nicht bloß gegen die geringschätzige Behandlung protestiert, sie haben sich zum Zwecke der Abwehr organisiert und zu Verbänden zusammengeschlossen.

In weitesten Kreisen bekannt geworden ist der Brief, den der Ministerialdirektor, Staatsrat v. Meinel, der Leiter und Schöpfer der Abteilung für Handel, Industrie und Gewerbe im Ministerium des Aeußern, vor seinem Abgang aus dem Staatsdienst an den Ministerpräsidenten Kurt Eisner gerichtet hat. Herr v. Meinel wirft Eisner vor, er habe sich in den wenigen Wochen seiner Tätigkeit an der Spitze der Regierung mit den eigentlichen Geschäften des Ministeriums noch ganz wenig befaßt, er habe gar keine genaue Kenntnis der Verhältnisse und seine Beurteilung der Leistungen des bayerischen Beamtenstandes sei eine bittere Ungerechtigkeit und ein schlechter Dank für die viele selbstlose und hingebende Arbeit, die von diesem Stande dem Vaterlande geleistet worden sei. Zudem sei diese verächtliche Geringschätzung schwer vereinbar mit der Tatsache, daß die Beamtenschaft wiederholt und nachdrücklichst ersucht worden sei, ihre Mitarbeit dem Volksstaate Bayern auch unter den neuen Verhältnissen zur Verfügung zu stellen. v. Meinel legt dann entschieden Verwahrung dagegen ein, daß der Bureaukratismus den Prügelknaben dafür abgeben soll, wenn Eisners Zukunftspläne scheitern, und schließt mit den Worten: „Nichtswürdig aber will es mir erscheinen, um die weitere Mitwirkung der Handwerker zu ersuchen, sie aber in der Oeffentlichkeit von vornherein für das Mißglücken der bisherigen und damit auch der geplanten künftigen Werke verantwortlich zu machen."

Diese Zurückweisung Eisners hat in allen Beamtenkreisen den lebhaftesten Widerhall gefunden. Ebenso große Aufmerksamkeit hat Direktor und Gem.-Bevollm. Zehle, der an der Spitze der bayerischen Gemeinde-, Polizei- und Distriktsbeamten steht, mit seinem Vorgehen, die Beamtenverbände auf gewerkschaftliche Grundlage zu stellen, auf sich gezogen. Mit der

Gründung der Münchener Gemeindebeamtengewerkschaft ist am 22. November 1918 in dieser Richtung der Anfang gemacht worden. Wichtig ist für diesen Zusammenhang die Begründung: „Man muß sich getrauen, an die Schaffung einer großen, zielbewußten Beamtengewerkschaft zu gehen, die alle von oben bis unten umfaßt. Und wenn ich von der gewerkschaftlichen Beamtenbewegung spreche, so spreche ich nicht von einer Bewegung nach rechts oder links, sondern von einem Institut, das die Eigenschaft hat, sich für den entscheidenden Augenblick die erforderlichen Kampfgenossen zu suchen. Die Beamtenvereinigungen müssen mit anderen Gewerkschaften verhandlungs- und bündnisfähig sein, deshalb in erster Linie der Gedanke der Gewerkschaft."

Und begründend fügt Fehle zu dem Gedanken einer raschen Bündnismöglichkeit hinzu: „Es ist nicht ausgeschlossen, daß über kurz oder lang andere — wir wissen nicht, wie es kommt — sich an unsere Plätze setzen wollen. Man denke doch einmal an eine radikale Linksentwicklung. Glauben Sie, daß das für uns nicht bedeuten würde, entscheidende Beschlüsse zu fassen? Müssen wir für diesen Augenblick nicht gerüstet sein, müssen wir nicht überlegen, wie, wann, in welcher Form können wir erklären: Hände weg, wir sind auch noch da! Wir müßten doch eigentlich vollendete Trottel sein, wenn wir bei all den Staatsumwälzungen die Geschichte aus dem Dreck herausarbeiten würden, um uns dann bei gelegentlichen Augenblicken auf die Seite stellen zu lassen. Deshalb brauchen wir den festen Zusammenschluß an jedem Ort, im ganzen Lande, im ganzen Reiche auf gewerkschaftlicher Grundlage." Als notwendige Konsequenz ergänzt Fehle seine Ausführungen dahin: „Man hat der Beamtenschaft bisher immer das Streikrecht abgesprochen. Die Beamten durften niemals vom Streikrecht Gebrauch machen. Das war; heute müssen die Beamten nach meinem Dafürhalten mit allem Nachdruck das Streikrecht propagieren. Ich scheue mich nicht auszusprechen, wir müssen zur Möglichkeit des Streiks kommen, wenn wir allen Gefahren trotzen wollen. Alle Einrichtungen und Mittel, die es uns ermöglichen, von jener Waffe Gebrauch zu machen, die der andere Teil in jedem Augenblick benützen kann, sind ungesäumt zu schaffen. Nur wenn wir diese Waffe haben, nur dann sind wir gleichberechtigt im Freistaat, nur dann werden wir als gleichberechtigt anerkannt, geachtet und gefürchtet werden."

Damit ist die Frage nach der **Berechtigung des Streiks** als Waffe in der Hand des Beamten zur Diskussion gestellt. Vor der Revolution hat wohl in keinem geordneten Staatswesen das Beamtentum das Streikrecht für sich in Anspruch nehmen wollen. Durch den Beamteneid verbot sich der Streik für den Beamten von selbst, und zur Durchsetzung der beamtlichen Wünsche und Forderungen waren im Ordnungsstaat andere Wege vorgezeichnet. Es gibt auch auf der Welt kein geordnetes Staatswesen, in dem der Streik dem Beamten als rechtliches Mittel zugebilligt wäre. Im Ordnungsstaat wird man entgegnen, mag das sein, aber jetzt, wo Gewalt gegen Gewalt steht, wird man auch dem Beamten eine gewaltsame Waffe zugestehen müssen. Auch wer dieser Folgerung zustimmt, ist damit noch nicht der Pflicht enthoben, unabhängig von etwaigen geltenden rechtlichen Bestimmungen und sonstigen Gepflogenheiten die Berechtigung des Streiks auf ihre letzte d. h. **sittliche Grundlage** zu prüfen. Damit wird die Fragestellung von den jeweiligen politischen Verhältnissen vollständig unabhängig gemacht und auf eine prinzipielle Basis gestellt. Oben wurde auf die ideellen Grundlagen des Beamtenstandes und seiner Tätigkeit hingewiesen. Wie kein Volk, so hat auch kein Stand das Recht, sich sittlich zugrunde richten zu lassen, und wehe dem Stande, der nicht die Kraft und den Mut besitzt, sich dagegen zu wehren. Streik ist eine Art von Revolution und diese Revolution ist für den Beamten erlaubt, wenn sie für ihn zur **sittlichen Pflicht** geworden ist, und sie ist für ihn zur sittlichen Pflicht geworden, wenn die ideellen Grundlagen seiner Betätigung nicht mehr respektiert würden und er in seinem Sein als Beamter direkt vernichtet würde. Wenn z. B. die Richter zur Parteilichkeit und damit zur Ungerechtigkeit, wenn Lehrer, Erzieher und Forscher zur Unwahrhaftigkeit in Forschung und Lehre gezwungen würden, so wären das zweifellos solche Vernichtungsversuche, die dem Beamten das Gewaltmittel des Streiks in die Hände drücken müßten. Daß in solchen Fällen der Streik ein berechtigtes Mittel der Abwehr darstellt, dürfte kaum jemand im Ernste in Frage stellen.

Gibt es nun nicht noch andere Fälle, in denen der Streik berechtigt ist, vielleicht solche, die mit den vorhin genannten in einem gewissen Zusammenhange stehen? Die Beamten haben eine rechtliche Anwartschaft auf **Unwiderruflichkeit der Anstellung**, auf **Ruhegehalt** und auf **Hinterbliebenenfürsorge**. Die Beamten können und werden auf diese Rechte nicht verzichten und haben zweifellos die Befugnis, sich gegen Eingriffe in die ihnen zuerkannten Rechte zur Wehr zu setzen. Und dies um so mehr, als die Beeinträchtigung im genannten Sinne die Möglichkeit höherer geistiger Berufe selbst gefährden würde. Man bedenke doch: Eine gedeihliche und fruchtbringende Wirksamkeit in höheren geistigen Berufen setzt eine lange, kostspielige und anstrengende Vorbereitung voraus. Wie viele würden von solchen Berufen Abstand nehmen, wenn sie selbst nach erwiesener Tüchtigkeit keine Gewähr für eine Dauerstellung hätten und fürchten müßten, einem Parteisystem zum Opfer zu fallen.

Man könnte einwenden, die sogenannten freien Berufe besäßen ja auch keinen Ruhegehalt und keine Hinterbliebenenfürsorge. Auch der Staat könnte etwa auf die Weise seine Beamten entlohnen, daß er ihnen einen derart hohen Gehalt ausbezahlt, daß aus dem Ersparnis Ruhegehalt und Hinterbliebenenfürsorge bestritten werden können. Abgesehen von anderen Schwierigkeiten würde diese Form jeden Beamten schwer treffen, der jung stirbt oder das Unglück hat, jung invalid zu werden. Und die Verhältnisse der freien Berufe sind kein Ideal für den Staatsbeamten, streben doch auch die freien Berufe auf verschiedenen Wegen nach einer Versorgung, die als Aequivalent der Staatsbeamtenversorgung gelten kann.

Auch dann hat das Beamtentum alle Veranlassung, nach dem Rechten zu sehen, wenn ein Regime notwendig zum Ruin des Staates führt. Man denke nur, welche Folgen ein Staatsbankerott gerade für den Beamten hätte. Anzeichen sind dafür da, daß die Beamten nicht gewillt sind, jegliche Art der Regierung über sich ergehen zu lassen.

Ein Wort für die Klöster — im Namen der Freiheit.

Von Institutslehrer Johann **Westermayr**, München.

Säkularisation der Klöster! Das Wort mutet uns an wie ein Nachklang aus längst entschwundenen Zeiten unseres Vaterlandes, Erinnerung weckend an unwürdige fürstliche Ländergier, die sich unter den Auspizien eines fremden Machthabers den Verlust linksrheinischer Gebiete mit dem Gewinn widerrechtlicher Enteignung Wehrloser bezahlen ließ. Und jetzt? Soll vielleicht der bittere Verlust desselben kaum einige Jahrzehnte wieder besessenen Landes abermals den Vorwand zu derselben Maßregel der Säkularisation bieten? Das wohl nicht. Denn Besitztum und Vermögen der Kirchen und Klöster stehen heute zum Umfang und Wert der verloren gegangenen Gebiete in gar keinem Verhältnis, um als Ersatz für diese in Betracht zu kommen. Woher aber auch jetzt wieder diese Versuche zur Wiederholung eines Rechtsbruches aus jener schimpflichen Zeit? Woher die, wie es scheint, auch in weiteren Kreisen Bayerns obwaltende Befürchtung, jenes Beispiel könnte auch bei uns Nachahmung finden? Es schadet wohl nicht, diese Fragen auf ihre wirtschaftlichen und ihre psychologischen Bedingungen zu prüfen.

Ein eigenartiges volks- und regierungspsychologisches Phänomen ist ja fürwahr dieses Gelüsten gerade nach dem irdischen Besitz der Kirche. Worin findet es seine Nahrung und Erklärung? Zunächst gewiß in der weithin verbreiteten, auch geflissentlich propagierten Meinung, die Klöster seien wahre Schatzkammern unerschöpflicher **Reichtümer**, mit deren Einziehung auf die schmerzloseste Weise, unter rücksichtsvoller Schonung des gedrückten Volkes die tiefe, fressende Wunde der nationalen Schulden geheilt werden könne. An die Redensarten von Millionenwerten, die in den schweigsamen Klosterräumen geborgen und verborgen seien, ist unser Ohr nur allzusehr gewöhnt. Wie steht es nun in **Wirklichkeit**? Wohl gibt es noch Klöster mit größeren Besitzungen, wohl obliegen auch heute noch Klöster mit vorbildlicher Technik und Methode wie ehedem der Kultur der Felder und Wälder. Aber man frage doch nicht nur nach der Zahl der Hektar, man frage auch nach der Zahl der Klosterinsassen! Und zudem ist der Besitz an Grund und Boden allein kein Maßstab für Reichtum und Armut. Tatsächlich weiß ein jeder, der näheren Einblick in die klösterlichen Verhältnisse gewonnen hat, daß der Reichtum unserer Klöster eine von den vielen **Fabeln** ist, denen das Volk leider nur allzugern das Ohr leiht. Viele, wohl die meisten bayerischen Klöster sind **in Wahrheit arm**, ja haben infolge der Verteuerung der ganzen Lebensführung mit der lieben Not zu kämpfen und völlige Verarmung zu fürchten, wie

diese Feststellungen auch im alten Landtag gemacht werden mußten. Die Klöster gehören eben nicht zu den glücklichen Kriegsgewinnlern, so groß auch ihre Kriegsopfer an jungen Inwohnern und an selbstlos aufgewendeten Liebesgaben waren. Man möge also doch einmal — bevor man dem leichtgläubigen Volk von der Säkularisation weiß Gott welche Herrlichkeit verspricht — statistische Erhebungen anstellen über das Verhältnis des klösterlichen Besitzes zum Gesamtflächeninhalt und den nationalen Bedürfnissen des Landes: das negative Ergebnis hinsichtlich fühlbarer Besserung der Staatsfinanzen ist nicht zweifelhaft. Uebrigens, wenn wirklich die Aufdeckung neuer Goldadern mit der Wünschelrute staatsmännischer Weisheit und Klugheit ein so schreiendes Bedürfnis und Gebot der Stunde ist, warum beeilt man sich dann nicht, die nachweislich ergiebigsten Quellen und Sammelbecken von ungezählten Millionenwerten dem Staate zu sichern: ich meine die unerhörten Gewinne der Kriegsindustrie und der Kriegsgesellschaften. Warum zögert man hier, einen raschen und sichern Griff zu tun? Fast ist man versucht, in dieser Unentschiedenheit unserer Finanzpolitik wieder kapitalistischen Einfluß zu vermuten, die Taktik solcher, die ein Interesse daran haben, das Auge der Oeffentlichkeit auf die angeblichen Reichtümer der Klöster zu lenken, um vor den begehrlichen Blicken die eigenen Geldschränke zu schützen. Die Vermutung solcher Einflüsse gewinnt um so mehr Berechtigung, als nach Ausweis der Geschichte von jeher nicht der Staat, sondern skrupellose Geschäftsleute es waren, die durch das Mittel der Klosteraufhebung sich reich zu machen wußten. Wenn sie auch hinter den verschwiegenen Mauern der Klöster jetzt nicht mehr die Reichtümer früherer Jahrhunderte suchen: sie träumen doch noch von manchem verborgenen Schatz, und so manches kostbare Werk alter, frommer Mönchkunst mag jene schnöde Gewinnsucht locken, die auch mit dem Heiligsten, auch mit Kunst und Religion nur Geschäfte treibt, die gewiß bald wieder den glänzenden Kunsthandel mit Amerika eröffnen wird; denn Kunst, altdeutsche und christliche Kunst ist ja beinahe die einzige Ware, die auch heute noch von einem verarmten Deutschland das bereicherte Amerika sich anbieten läßt.

Eines begünstigt nur allzusehr den Angriff auf die Güter der Klöster: die Wehrlosigkeit der geistlichen Besitzer. Diesen, den Schülern des Friedenskönigs Jesus, steht kein irdisches Machtmittel der Verteidigung zu Gebote; von ihrer Seite ist selbst die Vergeltung der Rache nicht zu fürchten: sie können nur im Namen der Freiheit, des Rechtes und der Menschlichkeit Protest erheben, um, beraubt und ausgeplündert, wenn möglich, ihre Pflichten für Kirche und Vaterland auch weiter zu leisten. Dieser Zustand offenkundiger Wehrlosigkeit reizt allerdings nur jene, die den letzten Rest von Ehrgefühl und Selbstachtung eingebüßt haben. Solche verstehen noch einen andern Umstand sich zunutzen zu machen: sie rühmen sich, mit der Entfernung der klösterlichen Erzieher und Lehrerinnen den weltlichen Lehrern, und somit dem Staat und Vaterland selbst einen Dienst zu leisten durch Schaffung neuer einkömmlicher Stellen. Also die Mönche, Nonnen und Schwestern sollen auf die Straße gesetzt werden, um andern Platz zu machen — eine eigentümliche Politik der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit; als hätten jene nicht dasselbe Recht auf das Leben wie diese, als hätten sie mit der Ablegung der weltlichen Kleider auch die Ansprüche auf die Menschenrechte und ein würdiges Dasein eingebüßt! Uebrigens wäre es eine beleidigende Zumutung an unsere Lehrer und Lehrerinnen, an die Erzieher der Jugend zu höheren Idealen von Menschenliebe und sozialer Gesinnung, wenn man glaubte, bei ihnen auf jene Engherzigkeit der Gesinnung spekulieren zu dürfen, die man mit dem verächtlichen Wort Konkurrenzneid bezeichnet! Alle vornehm, edel und rechtlich denkenden Volkserzieher erblicken in den berufsgleichen Ordenspriestern und -schwestern nicht Konkurrenten, sondern gern gesehene Mitarbeiter, und selbst die Verschiedenheit der Weltanschauung hindert nicht, daß beide Gruppen sich verbunden fühlen durch das gemeinsame Band desselben hehren Berufes, daß sie, wenn auch nicht mit-, so doch friedlich nebeneinander ihre Kräfte in edlem Wetteifer betätigen.

Aber freilich, man täte vielen Verteidigern der Säkularisation Unrecht mit der Annahme, es würden solche gar wenig ehrenhafte Beweggründe ihrer unfreundlichen oder feindseligen Stellungnahme gegen die Klöster zugrunde liegen; diese erklärt sich bei vielen aus tiefer liegenden Motiven heraus: für sie ist der Kampf gegen Kirche und Klöster und gegen deren irdischen Besitz als Voraussetzung organisierter Wirksamkeit ein Kampf der Weltanschauung und der Prinzipien. Ich meine die Vertreter jener Staatstheorie und Kulturauffassung, die nur dem „gemeinnützigen Bürger" Existenzrecht gönnen, nur irdische Lebenswerte gelten lassen und nur für Arbeit Verständnis haben, die der irdischen Wohlfahrt dient. Gerade die Klöster nun sind die ausgeprägteste Form, gleichsam die gesteigerte Idealisierung der christlichen Welt und Weltanschauung, des christlichen Ideals von Weltverachtung und Selbstverleugnung. Die Grundsätze persönlicher Armut, ewiger Keuschheit, demütigen (nicht blinden!) Gehorsams stehen ja in schreiendem Gegensatz zu den modernen Forderungen und Schlagworten von Diesseitskultur, Auswirkung der Persönlichkeit, Selbstbestimmungsrecht! Und so wird tatsächlich der Kampf gegen die Klöster zum Kampf gegen Ideale, die man nicht nur für überspannt und menschenunwürdig, sondern auch im Sinne der irdischen Kultur für unökonomisch und selbst gefährlich hält. Aber hat man denn überhaupt das Recht, sein eigenes Lebensideal als allein gültig und lebenswürdig zu halten und den entgegengesetzten Auffassungen den Krieg unduldsamster Intoleranz zu erklären? Wenn Freiheit der persönlichen Ueberzeugung die Losung unserer Tage ist, wenn auf dem Katheder, in der Redaktionsstube und im Vereinssaal schrankenlose Freiheit der Lehre und des Wortes walten darf, warum sollen denn nicht auch die Bekenner des christlichen Ideals dasselbe Recht auf den Genuß der garantierten Freiheit haben? Gewiß, Freiheit und Selbstbestimmungsrecht müssen auch im modernen Staate ihre Grenzen haben, dort wo einer Theorie oder Bewegung die Gemein- und Staatsgefährlichkeit offen auf die Stirne geschrieben steht. Aber jenseits dieses Unheil wehrenden Kordons liegen nicht die Klöster, die Retter der antiken, die Begründer der christlich-germanischen Kultur, auch jetzt noch die Bannerträger deutscher Bildung und Wissenschaft in den fernen Ländern der Barbarei. Der Bestand der Gesellschaft wird von ganz anders gearteten Bewegungen bedroht; vom Bolschewismus, unter welchem Namen auch immer er auftritt; möge man nur dieser mächtig andringenden Gefahr gegenüber vom Recht der Notwehr und Selbstbehauptung rechtzeitig und energisch Gebrauch machen!

Uebrigens muß man sich wundern, wie gerade die Vertreter des demokratischen und sozialistischen Gedankens der Institution der katholischen Klöster so wenig Verständnis entgegenbringen; oder sind es nicht gerade diese Klöster, die demokratische und sozialistische Ideen, wenn auch unter Einwirkung einer andern, jenseitigen Weltanschauung, zu klarster Ausprägung entwickelt haben? Die klösterliche Ordnung und Lebensführung ist zwar auf dem Prinzip der Autorität aufgebaut, das als ein unveräußerliches Ideal hochgehalten wird; aber sah sich nicht auch die neue Regierung in Bayern schon nach wenigen Tagen des Freiheitstaumels gezwungen, Autorität, „Disziplin" als Staatsnotwendigkeit anzuerkennen, begrüßte sie nicht die heimkehrenden Krieger mit dem flehentlichen Appell an „Selbstzucht, freiwilligen Gehorsam und rastlose Arbeit"? Und wahrlich, freiwillig im vollsten Sinne ist auch der so viel gelästerte Gehorsam im Kloster. Auf Grund der freien Selbstbestimmung und des Selbstbestimmungsrechtes, ohne jeden Zwang, erfolgt der Eintritt ins Kloster, erfolgt die Selbstverpflichtung zum Gehorsam gegen den vernünftigen Willen der Regel und der Obern; nicht Gewalt oder Drill, sondern selbstgewollte Unterordnung ist das Fundament und der Geist der klösterlichen Disziplin. Und liegt nicht gerade in dieser freiwilligen Unterwerfung des Einzelwillens unter den leitenden Willen des Obern der gesellschaftlich so wertvolle Gedanke der korporativen Verbindung vieler zur gemeinsamen Erstrebung höherer Zwecke und zugleich die Verurteilung des übertriebenen unsozialen Individualismus in idealster, wenn auch nicht allgemein notwendiger oder verpflichtender Form ausgesprochen? Das um so mehr, als der Ordens- und Klosterobere von den Untertanen selbst auf der Grundlage des allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts durch den Beschluß der Mehrheit ernannt wird. Und wiederum: was ist antikapitalistischer und demokratischer als die bei aller Wahrung des persönlichen Eigentumsrechtes im Geiste und in der Praxis geübte Gütergemeinschaft, die unter den Insassen des Klosters volle Gleichheit und den idealsten Ausgleich schafft? Freilich, die Kirche sieht in diesem christlichen Kommunismus nicht ein Gebot, nicht eine Pflicht, sie schützt und fördert ihn nur als evangelischen Rat und als Mittel zur leichteren und sicheren Verwirklichung des christlichen Jenseitsideals; aber gleichwohl und gerade von der Demokratie und dem Sozialismus sollte man ein besseres Verständnis und

größeres Wohlwollen für diese idealen, auch gesellschaftlich hochbedeutsamen, weil typischen Werte erwarten, wie sie die Institution der katholischen Klöster birgt. Um so mehr muß es befremden, wenn auch demokratische Minister nun in den Kampfruf jener einstimmen wollen, die den Klöstern aus nationalökonomischen Erwägungen und aus Gründen der irdischen Wohlfahrt und des Gemeinwohls das Daseins- und Heimatsrecht absprechen wollen.

Gewiß, die Klöster verfolgen keine irdischen, am wenigsten kapitalistische Zwecke und Aufgaben; ihr Reich ist nicht von dieser Welt; irdischer Besitz nicht Ziel, sondern nur Voraussetzung und Mittel ihrer idealen Wirksamkeit. Aber kommt ihnen nicht gerade wegen dieser Weltflüchtigkeit und Orientierung auf das Ueberzeitliche und Ewige und Geistige hin eine eminente volkserzieherische Aufgabe zu? Sind die Klöster nicht gerade ob ihrer so viel bekämpften Ideale Wahrzeichen einer höheren, idealeren Weltanschauung, wie eine sichtbar gewordene Erinnerung: es gibt noch etwas anderes und höheres als Geld und Stoff, es gibt auch noch geistige, künstlerische, dichterische, religiöse Werte. Wir haben in den letzten Zeiten genug des Erdenelendes kennen gelernt, die Hinfälligkeit und Ohnmacht der irdischen Kultur und der Diesseitsideale zu bitter erfahren müssen; Gott bewahre uns daher vor einem neuen Zeitalter des öden Utilitarismus der Aufklärungszeit! Verklärung des Diesseits und des Erdenlebens durch Ewigkeitsgedanken und Ideale: man lasse doch unsern Klöstern das Recht und die Freiheit, solch erhabenen Aufgaben zum wahren Wohl der Menschheit zu dienen! Das Christentum, die in Klöstern, in Klosterschulen hochgehaltenen und gepflegten Ideale haben auch der modernen Seele die Rettung zu bringen, jene innere Läuterung und Selbstbesinnung auf höhere Ziele, die allein wieder, nach den Stürmen des Krieges und der Revolution, das glückliche Gleichgewicht im Innern und eine wahrhaft neue bessere Zeit in der Gesellschaft, in Familie und Staat zu schaffen vermag. Und auch die Demokratie kann für ihre gewaltigen Aufgaben nur gewinnen, wenn sie dem Volk die ewigen Quellen innerer Kraft und Veredlung nicht verschließt, sondern alle willkommen heißt und zur tätigen Mitarbeit einlädt, die in sich den Beruf und die Mittel haben, zur Bezähmung entfesselter Leidenschaften, zur Verinnerlichung des Lebens, zur „Erziehung des Individuums zur Gemeinschaft," zur Beseelung der Diesseitsarbeit einen guten Teil beizutragen. Denn nur hierin, nicht in dem Wechsel der bloß äußern Form, nur in der Veredelung des menschlichen Willens, in der Heilbehandlung der kranken Menschheit von innen heraus, in der Unterdrückung jenes „Götzendienstes des Mammon, der allen Klassen gleichmäßig ist," in der Ueberwindung jener Habgier und Genußsucht, die auch einen „Mammonismus der Besitzlosen" schafft, liegt die wahre und rechte Reform: und in diesem Sinne sind gerade die Klöster die berufenen Reformer und Mitreformer der Menschen und der Menschheit eben vermöge der überirdischen Erhabenheit, der allem Wandel der Zeiten und Meinungen Trotz bietenden Dauer, der „persönlichen und sozialen Heilkraft" ihrer Ideale. In diesem Sinne darf als Anwalt der Klöster Professor Fr. W. Foerster angesprochen werden, der den eben angeführten Gedanken das Bekenntnis hinzufügt: „Auch der Sozialismus beschäftigt sich nur mit Symptomen zur Grundursache aller gesellschaftlichen Not; erst das Christentum geht ganz in die Tiefe und zeigt uns im innersten Zustande des Menschen die eigentliche Ursache alles Mißbrauches, aller Entzweiung und Entartung"; und der nur dem Christentum die Befähigung zuschreibt, „den Menschen durch Bereicherung und Vertiefung der Innenwelt von der Allmacht des Aeußern zu lösen."

Darum **Schutz**, nicht Unterdrückung, **Erhaltung**, nicht Aufhebung der Klöster im Namen der Freiheit, im Namen des Selbstbestimmungsrechtes, im Namen des Gemeinwohls!

Preußische Schulrevolution und „Katholische Schulorganisation".

Von Rektor J. Rix, Generalsekretär der „Katholischen Schulvereinigung", Düsseldorf.

Die neue Zeit, in die wir eingetreten, hat einen grundstürzenden Wandel vollzogen auf allen Gebieten. Wir haben es nicht mit einer bloß politischen Revolution zu tun, die sich damit begnügt, das politische Gefüge unseres deutschen Vaterlandes auf eine völlig neue Grundlage, an die Stelle der gestürzten monarchischen die republikanische Verfassung zu stellen. Das Wirtschaftsleben soll gleichfalls in den Strudel hineingezogen und revolutioniert werden. Vor allen Dingen aber haben es die neuen Machthaber auf die **Revolutionierung des Kultur- und Geisteslebens** abgesehen. Die Kulturrevolution soll das Werk krönen, das den Umstürzlern vom 9. November so überraschend gelungen. Daher die fieberhafte Hast, womit ein **Adolf Hoffmann** als Kultusminister das sozialistische Kulturideal gewissermaßen mit einem Schlag, mit einem kühnen Handstreich — nach dem Vorbild des 9. Novembers — in die Wirklichkeit übersetzen wollte. Indes Ideen lassen sich nicht mit Knüppeln totschlagen und Kulturrevolutionen nicht mit roher Gewalt machen wie politische. So mußte der Kulturrevolutionär Hoffmann an seinem innerlich unmöglichen Umsturzplan scheitern. Durch seine Spuren geschreckt, sucht nunmehr sein gerissenerer Ministerkollege Hänisch dasselbe Ziel auf anderem, aussichtsreicherem Wege zu erreichen. Ob er mehr Erfolg haben wird?

Wir Katholiken und alle, denen an der Erhaltung unserer christlichen Kulturgüter liegt, **sind gewarnt**. Wir wissen, wohin die Reise geht. Die rote Kulturrevolution ist die Endstation, worauf Konrad Hänisch hinaus will, geradesogut, wie sie das Ziel der Hoffmannschen Ministerialerlasse gewesen ist. Mag Hänisch heuer auch noch so sehr auf Hoffmanns „kleinbürgerliche Borniertheit" schimpfen und entrüstet tun, er ist im Grunde genommen **desselben revolutionären Geistes Kind, derselbe Todfeind des Christentums und der Kirche**, ein ebenso rabiater **Totengräber der christlichen Schule und des christlichen Erziehungswesens**. Weil er seine Wolfsnatur unter dem Schafspelz äußerer Anständigkeit und eines gewissen Schliffs schlau verbirgt, ist er uns um so gefährlicher, müssen wir vor ihm um so mehr auf der Hut sein.

Wir dürfen daher in der Abwehr nicht locker lassen. Wir haben es mit einem weit schlimmeren Gegner zu tun, als der Zehngebote-Hoffmann es gewesen, dem von parteigenössischer Seite bescheinigt wird, daß er im Kultusministerium gehaust, wie ein Elefant im Porzellanladen. Unser Abwehrkampf muß darum um so besser organisiert, um so mehr den Zeitbedürfnissen angepaßt, nach Strategie und Taktik in jeder Beziehung einwandfrei, planmäßig und zielbewußt geführt werden. **Ueberlegenheit der Führung** müssen wir anstreben; dann ist der Sieg unser.

Die „**Organisation der Katholiken Deutschlands zur Verteidigung und Förderung der christlichen Schule und Erziehung**" ist des katholischen deutschen Volkes gegebene Wehr und Waffe in dem nunmehr auf der ganzen Linie entbrannten Schulkampf. Natürlich muß diese Waffe sich der neuen Form des Kampfes anschmiegen, soll sie wirksam sein. Die neue Form des Schulkampfes besteht nun darin, daß an die Stelle der bisherigen **Evolution** unserer Schule, ihres organischen Wachstums und ihrer gesunden Entwicklung von innen heraus, die **Schulrevolution** getreten ist. Gewaltsam soll das alte Schulideal, das seine Leitsterne in der Erziehung zur Gottesfurcht und Vaterlandsliebe erblickte, restlos beseitigt und das sozialistische Schulideal, die sozialistische Einheitsschule ohne Gott und Christentum, auf den Thron erhoben werden. Während bislang die „Kath. Schulvereinigung" auf den Schulevolutionismus eingestellt gewesen und nach dieser Richtung hin eine eminent segensreiche Tätigkeit entfaltet hatte, sieht sie sich jetzt, angesichts der Schulrevolution, vor ganz neue Aufgaben und Ziele gestellt. Natürlich gibt es für sie, ihrem ganzen Charakter und ihrer bisherigen Wirksamkeit gemäß — die sich schon in ihrem Namen dokumentiert — der neuen Richtung gegenüber nur **Kampf**, schärfsten, unerbittlichen Kampf, Kampf bis aufs Messer, ohne jede Gnade und Pardon. Nachsicht und Rücksicht ist hier ausgeschlossen; nachgeben und sich in das vermeintlich Unvermeidliche fügen wollen um des lieben Friedens

willen (und wie die sonstigen Weisen lauten mögen, die falsche Propheten auf berückenden Friedensschalmeien blasen) wäre hier ein Verbrechen an unserer christlichen Kultur, eine langsam, aber unfehlbar sicher wirkende Massenvergiftung der Seelen unserer Jugend. Die „Schulorganisation“ befindet sich also den Schulrevolutionären gegenüber in schärfster Kampfesstellung. Sie ist das große Kriegslager, worin sich der Heerbann der christlichen Gottesstreiter sammelt und ausrüstet für die Schlachten Gottes gegen die neuen Kulturkämpfer.

Entsprechend ihrer hehren Mission, den Schulkampf, den uns die sozialistischen Revolutionäre aufgezwungen, mit aller Macht aufzunehmen und planmäßig zu organisieren, hat die „Schulvereinigung“ schon gleich nach Anbruch der neuen Epoche in Nord und Süd und Ost und West mobil gemacht und ihre Getreuen auf den Plan gerufen. Allenthalben wurden Versammlungen, Massenzusammenkünfte des Volkes und Konferenzen der Führer und Förderer abgehalten und flammender Einspruch erhoben gegen die brutale Knebelung der Religions- und Gewissensfreiheit, gegen die rohe Vergewaltigung der Elternrechte und das unerhörte Attentat auf die unschuldigen Kinderseelen.

Doch darauf beschränkten wir uns nicht. Die Organisation unserer Abwehr erheischte gebieterisch den organisatorischen Ausbau unserer Vereinigung, um den Zeitbedürfnissen gerecht zu werden. Es mußte im Rahmen unserer Organisation ein Glied geschaffen werden, das speziell die Rechte der Eltern gegen die Uebergriffe der neuen Gewalthaber wirksamst zu schützen imstande und berufen ist. Der Vater der „Schulvereinigung“, der unermüdliche Geheimrat Marx, hatte bald ein solches Abwehrorgan erfunden. Sich den von der Revolution geschaffenen neuen Rechtsboden der Räte-Souveränität klug zunutze machend, regte er allenthalben die Gründung von Elternräten oder Ausschüssen an. Es sind das ausgezeichnete Selbsthilfeorgane, welche die Rechte der Eltern gegen die seitens der sozialistischen Regierungen angestellten Vergewaltigungsversuche ihrer Kinder sicherstellen und den katholischen Lehrern die nötige Rückendeckung gewähren sollen. Um der Ausführung des Erlasses vom 29. November 1918 entgegenzutreten, empfiehlt der Abg. Marx, einen Beschluß der katholischen Eltern einer Schule dahin zu fassen: „Wir sprechen hiermit das entschiedene Verlangen aus, daß unseren Kindern in der Schule die religiöse Erziehung und Belehrung ganz genau in derselben Weise auch trotz des Erlasses vom 29. November zuteil wird, wie es vorher der Fall gewesen ist.“ Für praktischer noch hält Geheimrat Marx schriftliche Erklärungen der Eltern, daß sie nach wie vor mit aller Entschiedenheit die religiöse Erziehung und Beeinflussung ihrer Kinder in der Schule trotz des Erlasses vom 29. November 1918 so gehandhabt wissen wollen, wie es bisher geschehen ist; daß sie insbesondere verlangen: „1. das Schulgebet soll vor und nach dem Unterricht stattfinden, wo es bisher üblich war; 2. die Schüler sollen seitens der Schule zum Besuch von Gottesdiensten und anderen religiösen Veranstaltungen nach wie vor angehalten werden; 3. die Schüler sollen zum Besuch des Religionsunterrichtes nach wie vor angehalten werden, den Kindern sollen auch, wie bisher, häusliche Schularbeiten im Religionsunterricht aufgegeben werden.“ Gedruckte Zettel dieses Inhalts, von den Eltern unterschrieben, werden den Kindern mit zur Schule gegeben, damit sie sie den Lehrern aushändigen mit der Bitte, sie der Schulverwaltung zu übermitteln. Ist ein Beschluß in obigem Sinne ergangen, so wird er der Schulverwaltung vom Elternausschuß übersandt oder noch besser persönlich überreicht.

Abgesehen davon haben die Elternausschüsse auch eine positive Aufgabe zu lösen, die sie zu einem außerordentlich zweckmäßigen Bindeglied zwischen Schule und Elternhaus stempelt und sie uns in Zukunft geradezu unentbehrlich macht. Wie der Schöpfer auch dieser Neueinrichtung, die sich der „Schulvereinigung“ harmonisch und organisch eingliedert, in der Zeitschrift der „Katholischen Schulorganisation“ („Schule und Erziehung“ Jahrgang 1919, Heft 1) trefflich bemerkt, sind die Elternausschüsse in vorzüglichem Maße geeignet, die Verbindung zwischen Schule und Elternhaus lebendiger und wärmer zu gestalten, als es bis jetzt der Fall gewesen. Dadurch, daß die Lehrerkollegien der Schulen, wofür sie sich gebildet, zu ihren regelmäßigen Zusammenkünften zugezogen werden zwecks Aussprache über etwaige Wünsche der Eltern an die Schule und Klagen der Lehrer über die Schüler.

Vorbedingung dafür, daß die oben gekennzeichneten Selbsthilfemaßregeln auch Erfolg haben, ist das Blühen und Gedeihen der „Schulorganisation“. Es sind gewissermaßen Knospen, Blüten und Früchte am Baum der „Schulorganisation“. Der Stamm muß natürlich wurzelfest, gesund und kernig sein, wenn er ordentlich wachsen und gute Blüten und Früchte hervorbringen soll. Der Baum unserer Organisation muß, um bei dem Bilde zu bleiben, Wurzeln fassen in jedem katholischen Herzen. Jeder deutsche Katholik, ob Mann, ob Frau, ob jung oder alt, ob verheiratet oder ledig, muß es sich zur Ehrenpflicht anrechnen, der „Katholischen Schulvereinigung“ anzugehören. Die „Schulorganisation“ muß sich zu einer Massenorganisation auswachsen. In Erkenntnis dessen haben wir am Zentralsitz in Düsseldorf unsere Organisation dahin ausgebaut, daß der Ortsausschuß sich in einen örtlichen Schulverein umgewandelt hat. Diese Entwicklung, die dem Massenbeitritt die Wege ebnet, war von vornherein in unserem Organisationsstatut vorgesehen.

Unser nächstes Ziel, uns aufgedrängt durch die Schulrevolution, läßt sich dahin bestimmen: eine großzügige katholische Volksbewegung zugunsten der Erhaltung der christlichen Schule in die Wege zu leiten, eine mit aller Energie dafür eintretende Massenbewegung zu organisieren. Wir sind, dank der negativen Mithilfe unserer Feinde, insonderheit eines A. Hoffmann, dank vor allem auch der positiven Unterstützung durch unsere kirchlichen Oberhirten, die mit uns dasselbe Ziel verfolgen, auf dem besten Wege dazu. Ein Sturm der Entrüstung geht durch die katholischen Reihen, die alte Kulturkampfbegeisterung lebt wieder auf, etwas vom heiligen Feuer der mittelalterlichen Kreuzzugsbewegung hat die katholischen Herzen und Gemüter entzündet.

Das sind hocherfreuliche Symptome. An ihnen richtet sich in diesen bitterbösen Zeitläuften der Anker unserer Hoffnung wieder auf.

Indes dürfen wir uns nicht täuschen über den furchtbaren Ernst der Gegenwart und die vielleicht noch dunklere Zukunft, der wir entgegengehen. Gewiß, wenn das katholische Volk treu und fest zusammenhält und bei seinem althergebrachten Idealismus verharrt, dann wird es auch über die augenblickliche Krisis glücklich hinwegkommen. Und wenn es seiner „Schulorganisation“ heuer und immerdar die erforderliche Unterstützung angedeihen läßt, dann wird ihm auch die Kultur- und Schulrevolution, in der wir jetzt stehen, nicht zum Verhängnis ausschlagen. Indes, schwere Prüfungen und überaus schwere Belastungen werden ihm, komme es, wie es kommen mag, nicht erspart bleiben. Die Zeiten, wo wir uns ungestört hinter dem Felsen Petri schlafen legen konnten, sind vorbei, unwiederbringlich vorbei. Denn in Zukunft heißt es arbeiten, bis zum Aufgebot der letzten Kraft arbeiten und schaffen. Mit dem Gedanken der Trennung von Kirche und Staat müssen wir uns immerhin vertraut machen, auch nachdem keine sozialistische Mehrheit in die Nationalversammlungen einzieht. Trennung von Kirche und Staat würde aber für uns bedeuten, daß wir in absehbarer Zeit auch mit der Trennung der Kirche von der Schule rechnen müßten. Dann aber bliebe uns nichts anderes übrig, als katholische Schulen zu gründen, in denen wir unsere Kinder nach den Vorschriften unserer Kirche religiös erziehen lassen können. Darum müssen unsere Parlamentarier jetzt schon mit allem Nachdruck auf die verfassungsmäßige Gewährleistung der Unterrichtsfreiheit hinaussteuern, damit uns als ultima ratio die Errichtung besonderer katholischer Schulen immer offen bleibt. Wenn wir aber einmal vor dieser Notwendigkeit stehen, dann erwächst der „Katholischen Schulorganisation“ ein ungeheures Arbeitsfeld. Diese Riesenarbeit kann die „Schulvereinigung“ nur durch Bildung einer Arbeitsgemeinschaft mit dem auf diesem Gebiete am meisten zuständigen Bonifatiusverein bewältigen.

Eine weitere Perspektive ergibt sich für unsere Organisation beim eventuellen Anschluß Deutsch-Oesterreichs an Deutschland im Hinblick auf unser Zusammengehen und -arbeiten mit dem „Katholischen Schulverein für Oesterreich“, der seit mehr denn einem Vierteljahrhundert dort floriert und viele Millionen für den Bau hochangesehener und anerkannt leistungsfähiger Schulen aller Art aufgebracht hat.

Nach alledem wird wohl niemand mehr daran zweifeln, daß die „Organisation der Katholiken Deutschlands zur Verteidigung und Förderung der christlichen Schule und Erziehung“ heute mehr denn je eine hochwichtige religiöse und kulturelle Mission in Deutschland zu erfüllen hat. An den deutschen Katholiken liegt es, sie dazu zu befähigen.

Die staatliche Prüfung von Fürsorgerinnen.

Von Maria Köchling, Hamm (Westfalen).

Durch einen Ministererlaß vom 10. September 1918 sind die Vorschriften über die staatliche Prüfung von Fürsorgerinnen erschienen. Danach muß die zukünftige behördliche, pensionsberechtigte Fürsorgerin zunächst als Vorbildung für die soziale Frauenschule ein Jahr Kranken- oder Säuglingspflege durchmachen. Ferner muß sie eineinhalb Jahr eine staatlich anerkannte soziale Frauenschule besuchen und endlich hat sie ein Probejahr zu erledigen.

Es wird heute viel geredet und geschrieben über die Förderung der Begabten. Man hat wohl zumeist an die Schulbegabten gedacht. Es gibt aber noch eine andere Kategorie von Menschen, denen die sogenannte Lebensbegabung in die Wiege gelegt wurde. Die Lebensbegabung liegt nicht bei dem kleinsten Teil dieser Begabten auf sozialem Gebiet. Da die Frau durch ihre physische Veranlagung weit mehr als der Mann Begabung hat für die soziale Arbeit, so finden wir folgerichtig unter den lebensbegabten Frauen die meisten sozial Begabten.

Im Weltkriege haben wir den Eindruck bekommen von der ausgeprägt erfolgreichen sozialen Tätigkeit unserer lebensbegabten Frauen. Oft aus materieller Not heraus sahen sich diese Frauen gezwungen, sich um eine behördlich ausgeschriebene Stellung zu bewerben, oder die Kriegsämter um Arbeitsvermittlung zu bitten. Als Fähigkeitsnachweis konnten diese Frauen nur angeben, daß sie so und so lange ehrenamtlich oder als Nebenbeschäftigung diese oder jene soziale Tätigkeit ausgeübt hatten. Man hat anfangs diese Bewerberinnen mit einem Fragezeichen angestellt. Aber diese Fragezeichen haben sich in den meisten Fällen in ein Ausrufezeichen der Bewunderung für jene arbeitstüchtigen Frauen aufgelöst. Man denke an die zahlreichen Hortleiterinnen und besonders an die Fabrikpflegerinnen, die nach kurzfristigen Kursen in den meisten Fällen direkt eine Anstellung bekommen haben. Pessimisten sagten damals voraus, jene kurzfristig ausgebildeten Fürsorgerinnen würden nach dem Kriege „auf der Straße stehen." Das ist nicht zur Tatsache geworden. Eine große Anzahl jener Fürsorgerinnen ist in die Dienste der Kommunen übergegangen, denen es darum zu tun war, diese in intensiv praktischer Tätigkeit geschulten Fürsorgerinnen in städtische Dienste zu übernehmen.

Wenn nun die Verordnung vom 10. September wirklich verpflichtend wird, so besteht die Gefahr, daß behördlich bereits tätige Fürsorgerinnen entlassen werden, weil sie nicht die theoretisch vorgeschriebene Ausbildung genossen haben. Zwar sagt der Erlaß: „Bewerberinnen, die bereits vor Erlaß dieser Prüfungsvorschriften mindestens zwei Jahre mit Erfolg in der Wohlfahrtspflege oder -Fürsorge tätig gewesen sind und dies durch entsprechende Zeugnisse der unteren Verwaltungsbehörden (Landrat, Bürgermeister) und des zuständigen Kreisarztes nachweisen, können zur Prüfung auf Grund einer abgekürzten Vorbildung in einer Wohlfahrtsschule zugelassen werden."

Zugegeben, daß im allgemeinen erst zwei Jahre praktische Tätigkeit befähigen, erfolgreich sozial tätig zu sein, so kommen doch auch da wichtige Nebenumstände mit in Frage. Wer den sozialen Blick hat, dem sind solche Nebenumstände mehr als einmal klar vor Augen getreten. Nicht zuletzt macht den einen Menschen ein Jahr intensive praktische Tätigkeit ebenso befähigt, wie ein anderer Mensch unfähig bleibt auch zur selbständigen sozialen Arbeit sein Leben lang.

Unbegreiflich ist ferner, wie man buchstabengemäß alle, auch die im praktischen Dienst schon ergrauten selbständigen Fürsorgerinnen „prüfen" will, falls sie Anspruch machen auf eine behördliche Anstellung! Kann man wirklich von 30-, 40-, 50jährigen Frauen, die es durch ihre entschlossene Art fertig gebracht haben, eine behördliche Fürsorgerinnenstelle zu erlangen, und die sich besonders in der schweren sozialen Kriegsarbeit darin bewährt haben, verlangen, sich vor eine Prüfungskommission der Wohlfahrtsschule zu stellen, die wohl praktisch in den meisten Fällen längst nicht so ausgereift ist wie sie? Und worin sollte der Prüfungsakt bestehen? Es müßten doch jedenfalls völlig andere Richtlinien eingeschlagen werden, als bei der Prüfung der theoretisch ausgebildeten sozialen Frauenschülerinnen.

Es besteht bis heute noch keine einheitliche Organisation unserer Fürsorgerinnen. Es kann darum nicht geschlossen gegen diese Härte des Gesetzes eingetreten werden. So möge denn auf diesem Wege die Sachlage allen denjenigen vorgelegt werden, die direkt oder indirekt an dem Problem beteiligt sind. Im Interesse so vieler Frauen müssen wir in der Nationalversammlung mit Entschiedenheit eine Aenderung des heiklen Punktes im Fürsorgerinnenausbildungsgesetz verlangen! Wir können es uns vorläufig gar nicht erlauben, soziale Kräfte kurzerhand auszuschalten, denn wohl in keinem Beruf steht das Unterangebot von Kräften so kraß da wie im sozialen Beruf.

Es wird zuweilen ganz verallgemeinernd behauptet: Nur die Kriegsnot entschuldigte die kurzfristigen Kurse mit den leichten Anstellungsbedingungen für Fabrikpflegerinnen, Wohnungspflegerinnen usw. Ganz ohne Zweifel sind durch diese kurzfristigen Kurse mit den leichten Anstellungsmöglichkeiten viel unreife Kräfte an gut bezahlte Stellungen gekommen, die mit mehr Ueberlegung nur ganz Gereiften vorbehalten sein mußten. Als Gegenstück aber sind viele Hunderte mit ihren noch unausgeprägten Fähigkeiten im Drange der Zeit sozusagen in's Wasser geworfen und haben durch das eiserne Muß das Schwimmen gelernt.

Wollten doch alle Kreise beherzigen, daß wir unsere zukünftigen Fürsorgerinnen weit mehr wie bisher praktisch schulen müssen, ehe wir sie als fertig für eine Anstellung entlassen! Soll aber das soziale Gemeinschaftsleben mit seinen tausend großen und kleinen, wichtigen, aber für das praktische Leben kaum in Frage kommenden Anhängseln größtenteils vom Katheder aus in die Begriffe der sozialen Schülerinnen übergehen, so wird es nicht ausbleiben, daß wir in Zukunft zwei Kategorien von Fürsorgerinnen anstellen müssen: die soziale Büroheamtin und die praktisch tätige Fürsorgeschwester. Vielleicht wäre diese Trennung von Nutzen, denn noch längst nicht jede soziale Frauenschülerin eignet sich zur praktischen Kleinarbeit in ihrem Beruf.

Es wäre eine Kurzsichtigkeit, wenn man die Wohlfahrtsschülerinnen von der Schulbank aus an verantwortungsvolle, selbständige Stellungen gelangen ließe. Auch das neu angesetzte Probejahr kann im Durchschnitt wohl kaum die Lücken an Erfahrung ausfüllen. Der Ausbildungsgang für die Fürsorgerinnen müßte dahin geändert werden: Die Ausbildungszeit beginnt mit dem zwanzigsten Lebensjahr. Die Schülerin muß vorher eine gute Allgemeinbildung genossen haben (Lyzeum, anerkannte Mädchenmittelschule, ausnahmsweise Nachweis einer geringeren Ausbildung, ferner Haushaltungskursus, Nähkursus und Krankenpflege- oder Säuglingspflegekursus). Dann ein Jahr soziale Frauenschule und ferner drei Probejahre (nur in Ausnahmefällen weniger) und zwar unter persönlicher Leitung einer behördlich angestellten Fürsorgeschwester. Nach vollendeter Ausbildung ist dann die junge Fürsorgeschwester vierundzwanzig Jahr. Jüngere Kräfte sollten nur in Ausnahmefällen an selbständige Stellen gesetzt werden. Für den sozialen Beruf muß ein gewisses Alter vorhanden sein, auch schon um die nötige Autorität zu gewährleisten.

Durch diese Ausbildung käme die Fürsorgeschwester erst später als bisher zu einem ausreichenden Verdienst. Aber das muß mit in den Kauf genommen werden. Was wir klar vor Augen haben müssen, das ist die Forderung: Wir brauchen praktisch geschulte, entschlossene Kräfte, wir brauchen tatkräftige Frauen, die am Pulsschlag des Lebens Erfahrungen gesammelt haben. Und — wir brauchen weitsichtige Führerinnen, die dem Kastengeist in der sozialen Arbeit mit absoluter Entschiedenheit entgegenarbeiten! Eine Fürsorgeschwester muß sich fühlen als verantwortungsvolle Dienerin des Volkes!

Der soziale Beruf hat noch nicht die Hochachtung bei Volk und Behörde, die er verdient. Unsere vorletzte und letzte Generation hat die soziale Frage vielfach zu lösen geglaubt auf den Wohltätigkeitsbazaren. Barmherzigkeit war für Viele ein Sport, ein Zeitvertreib. Bis der Krieg seine Erkenntnisfackel in die tiefsitzende soziale Not warf und uns überzeugte, daß das kalte Geld niemals ein Pflaster ist für soziale Wunden. Jetzt sehen wir klar, daß wir die soziale Not nur bezwingen werden, wenn wir uns zielbewußte, tatkräftige Frauen heranziehen, die die Einfühlung haben in jegliche Nöte unseres Volkes.

Jérôme Paturot,

das Charakterbild des Franzosen.

Von Tony Kellen.

In diesen Zeiten, wo an unsere Nerven Ansprüche gestellt werden wie noch nie, ist es ein wahres Labsal, ein geistreiches Buch zu lesen, das uns erquickt und erfrischt. Das Buch, das mir diesen Dienst geleistet hat, ist ein französisches Werk, kein Buch über den Krieg, nicht einmal ein solches, das in Frankreich verboten ist, sondern ein Roman aus dem Jahre 1848, der trotzdem mir heute noch so aktuell erscheint, als wäre er erst gestern geschrieben worden. Es ist einer jener grünen Bände aus der Kollektion Lévy, in der man so viele Meisterwerke in unscheinbarem Gewande vereinigt findet.

Dieses Buch ist ein Roman von Louis Reybaud: Jérôme Paturot à la recherche de la meilleure des républiques (Hieronymus Paturot auf der Suche nach der besten Republik). Ist nicht noch heute jeder Franzose auf der Suche nach der besten Republik oder vielmehr der besten Staatsform? sagte ich mir, und ich fand, daß hier ein Franzose den Charakter seines Volkes so gut gezeichnet hat, wie noch kaum einer vor ihm oder nach ihm.

Louis Reybaud war 1799 in Marseille geboren. Als Kaufmann bereiste er die Levante und Indien und ließ sich 1829 in Paris nieder, wo er für radikale Blätter schrieb und die Leitung des zehnbändigen Berichtes über die wissenschaftliche und militärische Expedition nach Aegypten übernahm. Immer mehr wandte er sich der Beschäftigung mit sozialen Fragen zu. Seine „Studien über die modernen Reformatoren oder Sozialisten" (1840—43) erhielten von der französischen Akademie den Monthyonpreis und erlebten bis 1864 sieben Auflagen. Er selbst wurde 1850 in die Akademie der moralischen und politischen Wissenschaften gewählt. Am meisten Beifall fanden seine beiden Romane, in denen er die köstliche Figur des Jérôme Paturot schuf, die zu den bleibenden Typen der Weltliteratur gehört. Zuerst erschien Jérôme Paturot à la recherche d'une position sociale (Hieronymus Paturot auf der Suche nach einer sozialen Stellung. Paris 1842, 3 Bände; spätere Auflagen in einem Band). Dieser originelle Roman enthält eine satirische

Schilderung der französischen Gesellschaft unter der Julireglerung, die Reybauds Namen sofort volkstümlich machte.

Reybaud wollte den außerordentlich großen Erfolg, den die von ihm geschaffene Figur hatte, ausnutzen, indem er den erwähnten zweiten Roman schrieb: Jérôme Paturot à la recherche de la meilleure des républiques (1848, 4 Bände; neue Ausgabe in einem Band). Dieses Seitenstück fand aber weniger Beifall. Das erklärt sich einerseits daraus, daß das Publikum bei Fortsetzungsromanen immer etwas mißtrauisch ist, weil es eine geschäftliche Ausnutzung wittert, und sodann, weil das französische Volk die offene Sprache Reybauds nicht gut vertrug. Es läßt sich schon eine gewisse Persiflierung gefallen, wenn sie in eine witzige Form gekleidet ist, aber allzuernste Wahrheiten sagen ihm nicht sonderlich zu, auch wenn sie, wie es hier der Fall ist, in einer sehr geistreichen Gestalt geboten werden.

Dazu mag auch die politische Schwenkung des Verfassers beigetragen haben. Reybaud war nämlich 1846 Mitglied der Kammer und 1849 Mitglied des gesetzgebenden Körpers geworden, wo er erst mit der Linken, nach der Februarrevolution aber mit der Rechten stimmte. Von der Versammlung ward er nach Algerien geschickt, um die dortigen Ackerbaukolonien zu beaufsichtigen. Nach dem Staatsstreich zog er sich aus dem öffentlichen Leben zurück. Er schrieb noch mancherlei Romane, Novellen, Skizzen und zuletzt wirtschaftliche Studien und starb 1879 in Paris.

Das ist in kurzen Zügen sein Lebenslauf, den man kennen muß, um seinen Jérôme Paturot richtig zu würdigen.

Paturot hatte am Schluß des ersten Romans eine bescheidene Beamtenstellung in der Provinz erhalten. Nun begann die unruhige Zeit der Gärung, die zur Republik führte. Unter dem Königtum war es noch gefährlich gewesen, sich als Republikaner zu bekennen. Paturot hatte denn auch seine Gesinnung noch verheimlicht, aber als die Republik erklärt war, glaubte er seiner Stellung sicher zu sein, da er von der Vortrefflichkeit der neuen Staatsform überzeugt war. Deshalb ist er bei Beginn des zweiten Romans wie aus den Wolken gefallen, als er kurzerhand abgesetzt wird, weil er unter der vergangenen Monarchie die Stelle erhalten hatte. Er hat Frau und zwei Kinder und will sich das nicht gefallen lassen. Ermutigt von seiner energischen Frau Malvina entschließt er sich, nach Paris zu reisen, um der Regierung einmal gründlich die Wahrheit zu sagen.

Er gerät nun in den Hexenkessel von Paris, wo infolge der Proklamierung der Republik noch alles drüber und drunter geht. Zum Minister gelangt er überhaupt nicht, denn dessen Vorzimmer ist stets von Bittstellern überfüllt, die von einem Tag zum andern fortgeschickt werden, weil der Herr Minister keine Zeit mehr habe. Man hatte eine demokratische Regierung gewählt, und nun stellte es sich heraus, daß diese für das Volk ebensowenig zugänglich war, wie ihre Vorgängerin unter dem Königtum. Dabei gingen die Freunde und Schützlinge des Ministers ohne jede Anmeldung bei ihm ein und aus wie in einer Wirtschaft. Diese Schilderung der vergeblichen Bemühungen Paturots, eine Audienz beim Minister zu erlangen, ist eines der schönsten Kapitel des Romans; sie gehört zu den klassischen Seiten der französischen Literatur.

Der monatelange Aufenthalt in Paris bot Paturot Gelegenheit, das politische Leben und Treiben dort recht gründlich kennen zu lernen. Erst versuchte er durch eine Mittelsperson zum Minister zu gelangen. Ein ehemaliger Jugendfreund, der Kunstmaler Oscar, spielt eine einflußreiche Rolle in Paris. Er verspricht Paturot alles mögliche, aber Zutritt zum Minister kann er ihm auch nicht verschaffen. Für Paturot hat die Bekanntschaft immerhin den Vorteil, daß er durch seinen Freund in allerlei Kreise eingeführt wird, wo er mit Menschen zusammentrifft, von denen jeder die beste der Republiken verwirklichen zu können meint. Oscar selbst ist einer jener Männer, die behaupten, alle Revolutionen geleitet zu haben, der überall seine Hände im Spiel haben will, in Wirklichkeit aber nur ein eingebildeter Schwätzer ist.

Die Typen, die damals in Frankreich an die Oberfläche des öffentlichen Lebens gekommen sind, waren eigentlich dieselben, die seit 1789 noch immer in Frankreich geherrscht haben und die sich auf einen Haupttypus zurückführen lassen: den großsprecherischen Politiker, der allein die Lage beherrschen zu können glaubt und wenn er einmal am Ruder ist, ebensowenig leistet wie sein Vorgänger und alsbald wieder von einem anderen, noch Gerisseneren verdrängt wird, allerdings nicht ohne vorher für sich, seine Freunde und Schützlinge reichlich gesorgt zu haben. Bei jedem politischen Wechsel werden nämlich Beamte von oben bis unten entlassen und durch Männer der neuen Richtung ersetzt. Aus diesem Grunde erklärt es sich auch, daß die Franzosen, die nur darnach trachten, ein öffentliches Amt zu erhalten, ihre Ueberzeugung nach der jeweiligen Richtung zu gestalten suchen.

Früher hatte man der Monarchie vorgeworfen, daß sie die amtlichen Stellen nur an privilegierte Familien vergab. Jetzt hatte man eine ganz demokratische Regierung und es war genau dieselbe Sache!

Dabei mußte das Volk immer wieder in Unruhe gehalten werden, damit es glauben sollte, es ginge alles besser. Der Generalkommissar, der verlangt, daß immer wieder agitiert wird, auch wenn die Bevölkerung zufrieden und ruhig ist, ist der Typus des politischen Beamten, der wohl weiß, daß er seine Stellung nicht seiner Bedeutung, sondern lediglich der neuen Richtung verdankt. „Es handelte sich darum, sagt Paturot, Unruhe zu säen, wo Ruhe war, Zwietracht, wo Einigkeit herrschte. Es handelte sich darum, Leidenschaften zu erwecken, die nichts Edles und nichts Reines hatten: den Geist der Lärmsucht, den Klassenhaß, den Neid gegen die Ueberlegenheit, die Habgier, die sich auf die Aemter stürzt, wie das Raubtier auf die Leichen.“

Die politischen Klubs schossen so üppig aus dem Boden wie früher zur Zeit der großen Revolution. Damals entstand auch ein Frauenklub, der aber an Lächerlichkeit zugrunde ging und schon nach wenigen Sitzungen geschlossen wurde. Es gab so viele Parteien, die alle regieren wollten, daß niemand mehr wußte, wer die eigentliche Regierung sei.

Zum erstenmal gelangte das allgemeine Wahlrecht ohne Einschränkung zur Geltung. Es war die Hochkonjunktur der Demokratie, die Blütezeit der politischen Wanderredner. Jetzt galt nicht mehr die Intelligenz, sondern nur noch der unverdächtigste Ursprung aus den untersten Volkskreisen. Je weniger ein Kandidat gebildet war, desto mehr Aussicht hatte er, gewählt zu werden. Wenn er weder lesen noch schreiben konnte, so war er um so weniger der Beeinflussung ausgesetzt!

Frau Malvina Paturot, das echte Muster einer energischen, zungenfertigen Französin, die einen scharfen Blick für die Zeitverhältnisse hatte, suchte einen Kandidaten für den heimatlichen Bezirk aus, während ihr Mann noch in Paris weilte: es war Simon, der Müller des Dorfes, der weder lesen noch schreiben konnte. Er ließ sich von Malvina überreden, die ihm die nötigen Kniffe beibrachte, und er wurde auch tatsächlich gewählt. Malvinas heimliche Absicht war dabei gewesen, einen Abgeordneten an der Hand zu haben, der ihr verpflichtet wäre und der ihrem Manne dann eine neue Stellung verschaffen würde.

Nun verfolgen wir die eigenartige Entwicklung, die der Abgeordnete Simon in Paris nimmt. Er wird von seinen Fähigkeiten überzeugt, obschon er in der Kammer lediglich durch die Wucht seiner Stentorstimme, mit der er bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit: Vive la République! ruft, imponiert. Schon bald ließ er sich von der Regierung umgarnen: er konnte den feinen Diners, zu denen er eingeladen wurde, nicht widerstehen. Erst später gewann er eine gewisse Unabhängigkeit wieder, als er sah, wohin die neuen Lehren führten: seine Mühle ging rückwärts, denn seine Knechte betrogen ihn unter Berufung auf das „gleiche Recht für alle“.

Die Wahlkämpfe werden ohne Uebertreibung geschildert. Wir erleben das Auftreten der Interessenvertretungen: die Schneider, die Pförtner, die Maurer, die Maler und Anstreicher usw., jede Gruppe will in der Kammer vertreten sein oder zum mindesten die Gewißheit haben, daß der sie vertretende Abgeordnete nur für ihre Interessen eintritt.

Das Land erlebte einen wirtschaftlichen Niedergang, wie es ihn nie gekannt hatte. Handel und Industrie gediehen nicht mehr. Da man das Recht auf Arbeit proklamiert hatte, errichtete der Staat Nationalwerkstätten, in denen jeder eingestellt werden konnte und seinen Lohn erhielt, auch wenn man keine Arbeit für ihn hatte. An der Arbeit lag den Leuten wenig: sie hielten nur auf ihr Recht auf Lohn. Das Experiment züchtete natürlich nur Faulenzer und endete mit einem kläglichen Fiasko: man hatte Arbeit für höchstens 15 000 Mann und mußte 120 000 erhalten. So arbeiteten die Nationalwerkstätten mit einem so erheblichen Defizit, daß die Regierung sich gezwungen sah, sie zu schließen.

Im Volke stieg die Unzufriedenheit. Die Leute hatten das Unrecht, daß sie allein von einer Aenderung der Staatsform eine Besserung erwartet hatten. Nicht die Staatsform als solche vermag Gedeihen und Wohlfahrt herbeizuführen, sondern die Art, wie sie gehandhabt wird. Auf die Menschen kommt es an, nicht auf die Form.

In Paris kam es zu Unruhen und zu Barrikadenkämpfen. „Man erwürgte sich im Namen der Brüderlichkeit“. Paturot erlebte mit seiner Frau Malvina und dem Abgeordneten Simon noch all diese Schrecken in der Hauptstadt. Aber bald wurde er erlöst: er wurde zum „Inspektor der arabischen Zivilisation in Nordafrika“ ernannt, und er war froh, Paris den Rücken drehen zu können.

Er wollte einige seiner Bekannten mitnehmen, indem er ihnen klar machte, daß sie in Afrika nach ihren Grundsätzen leben könnten, aber diese großen Reformatoren lehnten alle ab: es fiel ihnen nicht ein, Paris zu verlassen; was würde Frankreich denn ohne sie anfangen? So mußte Paturot sich entschließen, allein nach Nordafrika zu ziehen. Er kaufte Sämereien und Ackerwerkzeuge, um dort Landwirtschaft zu treiben. Malvina aber nahm Schnittmuster und eine ganze Sammlung des Modejournals mit, denn „auch das sind Elemente der Zivilisation“.

Mit dieser kleinen Bosheit schließt der Roman.

Das Ganze ist satirisch, aber keineswegs übertrieben karikiert. Es ist eine genaue Schilderung tatsächlicher Vorgänge, und wenn manches sich darin grotesk ausnimmt, so ist das nicht die Schuld des Verfassers. Er steht der Wirklichkeit als ein gewissenhafter Beobachter gegenüber, der sie mit lächelnder Ironie betrachtet und, weit entfernt sich zu entrüsten, den Charakter seines Volkes als etwas Unabänderliches hinnimmt.

Im ganzen ist Paturot der Typus des Franzosen, der leichtgläubig und wandelbar sich von den Strömungen der Politik irreleiten läßt und von jeder Neuerung eine Besserung erwartet, dann aber noch gallischen Witz genug besitzt, um die Schwächen der neuen Menschen einzusehen und darüber zu spotten, ohne sich sonderlich aufzuregen. Reybaud hat damit gezeigt, daß er das Wesen des französischen Volkes versteht wie kaum ein anderer, er, der ja selbst die Wandlung von der Linken zur Rechten durchgemacht hat. Er hat es vermieden, in seinem Roman die Namen der Politiker und sonstigen Personen zu

nennen, die damals eine Rolle gespielt haben. Der Kenner der Geschichte errät sie leicht, und im übrigen kommt es ja auf die Namen nicht an. Reybaud war es weniger darum zu tun, geschichtliche Ereignisse zu schildern, als vielmehr dem französischen Volke einen Spiegel vorzuhalten. Es schadet auch nichts, wenn man anderswo sich jetzt in demselben Spiegel betrachtet.

Vom Büchertisch.

Allgemeine Geschichte der Neuesten Zeit von 1815 bis zur Gegenwart. Von Dr. Rich. v. Kralik. Dritter Band: 1857—1875, die Kämpfe um Italien, um Schleswig-Holstein, um den Deutschen Bund, um Elsaß-Lothringen und um die katholische Kultur. XX und 952 S. Graz und Wien, Styria. ℳ 12.60. Zu dem monumentalen Werk von Dr. Joh. Bapt. v. Weiß hat Kralik mit vorliegendem 25. Bande wiederum ein mächtiges Quaderstück angetragen. Die Vorzüge der von ihm nach dem Beispiele der klassischen Historiker strenge eingehaltenen annalistischen oder synchronistischen Methode, wodurch die Zusammenhänge des Gleichzeitigen klar hervorgehoben werden, dürften jedem, der sich in das Studium des Werkes vertieft, einleuchten. Wird der Bericht über die Hauptereignisse in den verschiedenen Weltteilen auch von Jahr zu Jahr durch einen Seitenblick auf die kulturelle Entwicklung in Kunst und Literatur, soziale Zustände usw. unterbrochen, der Faden ist niemals abgerissen, an der Hand des Meisters findet man sich auf all den vielverschlungenen Wegen des Weltgeschehens mit Leichtigkeit zurecht. Die Darstellung befleißigt sich in allen Dingen der größten Objektivität. Ganz besonders gilt dies von der Hauptperson in den Geschichten dieses Bandes, der alles an persönlichem Interesse überragenden Gestalt Bismarcks. Selbstverständlich wahrt er bei alledem aufs entschiedenste seinen warmpatriotischen und unverrückbar katholischen Standpunkt. Das zeigt sich besonders in der Schilderung der altkatholischen Bewegung und des Kulturkampfes. Die Darstellung der kriegerischen Ereignisse ist verhältnismäßig kurz ausgefallen, da Kralik mit Recht meint, die Kriegsgeschichte den Spezialhistorikern überlassen zu sollen. Um so reichlicher sind Kunst und Literatur bedacht und Richard Wagners Bestrebungen werden in ausführlichster Weise gewürdigt. In voller Klarheit und Wahrheit treten überall die markanten Züge der Aera, der Bismarck sein scharfes Gepräge aufdrückte, hervor und vereinigen sich zu einem Ganzen, so fesselnd, daß kein Werk der Fiktion ihm gleichkommt. Und der Verfasser braucht sich nicht zu entschuldigen, daß dieser während der aufregendsten Krisen des Weltkrieges fertiggestellte Band nicht von den Erregungen der Zeit freigeblieben ist. Im Gegenteil, man wird es ihm zum besonderen Verdienst anrechnen, „daß er unbedingter als je darauf gedrungen hat, die allzubereite Hingabe der Deutschen an alles Fremde einzudämmen und hier und da ein scharfes Wort über die Tollheit oder Tücke welscher, gallischer, britischer oder moskowitischer Diplomatie" einzuflechten. Leo van Heemstede.

Prof. Georg Schreiber: Mutter und Kind in der Kultur der Kirche. Studien zur Quellenkunde und Geschichte der Caritas, Sozialhygiene und Bevölkerungspolitik. Mit zwei Bildern. Freiburg, Herder. Gr. 8° XX u 160 S., Pr. 6 ℳ. — Dieses Buch, dessen Widmungsblatt die Namen Franz Hitze und Joseph Mausbach trägt, ist für alle „Interessenten", und deren Zahl sollte Legion sein, ein prunkloses Wertgeschenk. Mit dem einfachen ideellen Zweck, einschlägige wissenschaftliche Interessen zu fördern und sie möglichst mit ihren bisherigen Ergebnissen an breitere Kreise der Wahrheit- und Erkenntnissucher weiter zu leiten, lehnt das Werk den Charakter einer entwicklungsgeschichtlichen „oder gar" systematischen Darstellung entschieden ab, faßt aber, als „Versuch einer Grundlegung", von vornherein die allseitige Würdigung der Bevölkerungsfrage sowie eine zur möglichst einseitigen Problembehandlung notwendige weit ausgreifende Volkspädagogik ins Auge. Dabei fällt der Blick von selbst auf die Kirche: seit ihrer Frühzeit nachweisbar die Mutter der schutzbedürftigen Mütter und Kinder (hier zumal der Kleinkinder); fällt auf den Quellboden der Geschichte einer ständigen idealrealen Auswertung dieses Verhältnisses. So wird Prof. Schreibers Buch die ausgesprochene erste Einführung in die Quellenkunde zu diesem hochwichtigen Thema, eine Einführung, die vor allem zu neuen Forschungen anregen will und dies in hervorragender Weise tut; die zugleich sich erweist als eine weitere Beleuchtung „der geschichtlichen Grundlagen der Frauenkultur und der christlichen Liebestätigkeit der Gegenwart." Es gibt da eine Menge tief eindringender Aufhellungen; ich nenne nur: S. 18—19: Reformsynode in Paris 829 usw.; S. 24—25: Brautexamen usw.; S. 46—47: Weistumsrecht; S. 52: altchristliche Freude am Kind; S. 149: Bernhardin von Sienas Ausspruch über „Die köstliche Frucht". E. M. Hamann.

† P. **Ambros Schupp** S. J.: **Die Mucker.** Eine Episode aus der Geschichte der deutschen Kolonien von Rio Grande do Sul, Brasilien. Dritte, verbesserte und vermehrte Auflage. Mit vielen Bildern. Paderborn, Verlag der Bonifacius-Druckerei. 8° XVI u. 308 S., geb. 6 ℳ. — Eine — zumal stilistische — Neubearbeitung des bereits bekannten Buches: der Geschichte einer fanatischen Sekte und ihres unheilvollen Einflusses (19. Jahrh.), sehr lebendig nach der Wirklichkeit erzählt. Brasilianische Verhältnisse werden plastisch, auch dramatisch-bewegt herausgestellt, dem Inhalte der Handlung gemäß besonders nach der dunklen Seite. E. M. Hamann.

Bühnen- und Musikrundschau.

Nationaltheater. Bei den neuerlichen Vorkommnissen im Schnitzlerschen Revolutionsstück ging man mit einigem Vorurteil in ein Drama, das „Der Revolutionär" heißt und unter russischen Studenten spielt. Außer der höchst billigen Prophezeiung, die der Autor W. Speyer in dem anfangs des 20. Jahrhunderts auf einer Leipziger Studentenbude spielenden Stücke laut werden läßt, daß auch Deutschland einmal seine Revolution haben werde, blieb es ohne Aktualitäten, die von allem anderen abgesehen kunstmordend sind. Mit viel Kunst zeigt uns der Autor diese weichen russischen Seelen, die von Menschenliebe und Demut erfüllt sind, während sie um der „Idee" willen nicht zögern, Blut zu vergießen. Eine deutsche Studentin, die den Russen liebt, sucht diesen zur Bürgerlichkeit hinüberzuziehen. Dieser, schon im Glauben an seine Ideale wankend geworden, besitzt am Ende nicht die Kraft, die Verachtung seiner Gefährten zu ertragen und geht in den Tod. Neben der Deutschen steht ihr Bruder, ein dichtender Studiosus, ganz im Banne jener Fremden mit jenem echt deutschen Einfühlungsbedürfnis, das unsere nationale Schwäche ist. Vom Autor gilt ähnliches und so ist das Uebergewicht doch einigermaßen bei den Russen. Speyers Menschen haben Blut und Leben, darin ist er den anderen jüngsten Dichtern überlegen; bei aller Feinheit der Analyse zeigt sich Wille und Kraft zur Form. Einige Szenen sind von dramatischer Spannung, dazwischen liegen epische Längen. Steinrücks Regie, so fein sie in der Ausmalung der Stimmung, verstärkt letztere mehr, als daß sie sie behebt. Janssen formte die widerspruchsvollen Züge der Titelgestalt zu einer packenden Einheit. Die Damen Hohorst und Bierkowski überraschen, wenn die Rollen ihnen so günstig liegen, wie hier. Die Aufnahme war in Anwesenheit des Dichters stürmisch, ja überschwänglich. Zur Erstaufführung erschien das zweite Heft des „Zwischenaktes"; es ist mir in Wort und Bild zu russisch orientiert. Es gibt Dinge, die den „Blättern der Nationaltheater" näher liegen.

Kammerspiele. G. Giedeon, ein junger schweizer Dichter, wäre bei der Erstaufführung seiner „Arbeit" kaum so unsanft angezischt worden, hätte nicht ein Häuflein Landsleute oder Studienfreunde sich so geräuschvoll ungeschickt seiner angenommen. Der Autor wirkt nicht unsympathisch, seine Charaktere entbehren nicht einer großen Anschaulichkeit, sie sind sicherlich „gesehen" und nicht am Schreibtisch ersonnen, aber auf der Bühne laufen seine Menschen nebeneinander her, reden oft aneinander vorbei, es kommt kaum zu einem Zusammenstoß ihrer inneren Konflikte. „Drei Akte" nennt Giedeon sein Stück; er ist wohl selbst im Zweifel, ob er ein Drama, ein Schauspiel oder sonst etwas geschrieben hat; in Wahrheit sind es Romanfragmente, die ohne innere Notwendigkeit dialogisiert wurden. — Ist da ein junges Mädchen, das den Drang nach Betätigung in sich spürt, sich nicht begnügen möchte in der Spekulation auf eine gute Versorgung. Kunstgeschichte, Wöchnerinnenheim, Skisport, will schließlich einen albernen Menschen zum Gatten nehmen, nur um sich bei den Wohlfahrtsunternehmungen seiner Fabrik betätigen zu können. Als dieser aber bei einem plumpen Liebesverhältnis mit einem Arbeitermädel ertappt wird, gibt sie ihm den Laufpaß und wendet ihr Herz wieder einem jungen Manne zu, der sich trotz seiner Liebe zu ihr nicht aufraffen kann, eine Lebensstellung zu erarbeiten. Möglich ist, daß letzterer inzwischen bei einer selbstmörderisch kühnen Skifahrt umgekommen ist, wir erfahren davon nichts Näheres. Frl. Herdmenger gab das Mädchen mit viel Innerlichkeit, aber es kann bei der Darlegung dieses Charakters nur bei einer Skizze bleiben, die Uebergänge würden in langen Kapiteln sich überzeugend klar machen lassen, in den „Drei Akten" wirken sie unvermittelt. Noch weitere Vertreter der Arbeit laufen durch das Stück, der hochbegabte, ganz in seine Arbeit versunkene Baukünstler und der ihm an Talent vielleicht nachstehende, der durch größere Lebensklugheit den Erfolg an seine Fersen zu heften vermag. So laufen allerhand Fäden nebeneinander, bisweilen kreuzen sie sich auch, aber nirgends verflechten sie sich zu einem einheitlichen Gewebe.

Uraufführung im Schauspielhaus. In dem „Sündenbock", einem Schwanke von G. Gutyi und B. Rakosi (Deutsch von O. v. Schönfeld) wird einmal von einer der handelnden Personen behauptet, daß seien Possenwirkungen, über die selbst Theaterkritiker lachen müßten. Das war ein Irrtum, selbst der naive Zuschauer vermochte nur mäßig zu lachen und wurde schließlich ungeduldig. Am Schlusse ward gezischt und niemand rührte sich zur Verteidigung. In Budapest leben zwei Herren namens „Karl Toth", das führt natürlich zu Verwechslungen, und wenn nun der eine den anderen herbeiruft, um als

Sündenbock seine Taten auf sich zu nehmen, ist der Anlaß zu Verwicklungen noch größer. Das andere kann man sich mit einigem Humor und etwas Phantasie ausdenken. Diese Gaben besitzen jedoch die Verfasser nur in dürftigem Maße. Ein Wandschrank als Versteck und ein paar Zweideutigkeiten sind ärmlicher Ersatz. Selbst die sonst bei Ungarn häufige Bühnenroutine fehlt, so hatten nicht einmal die Schauspieler Gelegenheit, aus dem toten Gestein Funken zu schlagen. Die Direktion Stollberg geht zu Ende. Es galt wohl mit der Aufführung noch rasch ein Versprechen einzulösen, das sie selbst schon lange gereut haben mag.

Volkstheater. „Das Schloß am Wannsee", ein Lustspiel von Lothar Schmidt. Der Typus des bourgeois gentilhomme wird immer eine dankbare Bühnenfigur sein. Die Komik erschöpft sich nicht in den Tollpatschigkeiten, mit denen der Emporkömmling nachäfft, auch die Wahl dessen, was ihm nachahmenswert dünkt, schließt Möglichkeiten einer ergiebigen Zeitsatire ein. Schmidt hat sich den modernen Kriegsgewinnler aufs Korn genommen. Nach einigen hübschen Ansätzen greift er aber statt weiter ins volle Menschenleben, in die Requisitenkammer alter Schwänke, so daß uns vieles trotz des neuen Anstriches als altbekannt anmutet. In der im Residenztheater gespielten „Venus mit dem Papagei" hat Schmidt die Satire über Antiquitätenschwindel und Snobismus lustiger behandelt, als mit dem angeblichen pot de chambre des vierzehnten Ludwig, der im „Schloß am Wannsee" die Gemüter beunruhigt. Trotz dieses nicht gerade schicklichen Gefäßes ließe sich die Lustspiellinie wahren. Das Volkstheater wählte die handfeste Wirkung einer derben Schwankkomik mit lebhaftem Erfolge.

Neues Theater. „Nachtbeleuchtung", Grotesken von C. Götz. Vier Stückchen, die feuilletonistische Einfälle von mehr oder minderer Güte in der überscharfen und verzerrenden Charakteristik der Groteske gestalten. Ein Schauspieler hat sie geschrieben, der das Theater kennt und Rollen zu schaffen vermag, aus denen sich etwas Unterhaltsames machen läßt. Manches ist an den Haaren herbeigezogen und macht auf sonderliche Kunst keinen Anspruch. Die Aufführung war gut und läßt hoffen, daß das Neue Theater bald einmal wieder sich wertvollere Aufgaben stellen wird.

Aus den Konzertsälen. Die vierte Symphonie Beethovens, von Cortolezis interpretiert, erinnerte in Auffassung und Tempi an die Zeiten Felix Mottls, dessen Traditionen in diesem seinem Schüler fortleben. In diesem Konzerte hörte man auch den Violinisten Peitscher, der Mozarts A-Dur-Konzert und die Chaconne von Bach mit Gefühl und Klangschönheit darbot. Von Klavierabenden hörte man in der letzten Zeit solche von Karl Friedberg und Edwin Fischer, deren hohe technische Meisterschaft und absolute Stiltreue sich mit einer seltenen Plastik des Ausdrucks verbinden. Sehr günstig berichtet mein Vertreter von dem Konzert Gretel Stückgolds, die durch die Fülle und weiche Klangpoesie ihrer schönen Stimme die lebhafteste Begeisterung auslöste. Sehr schöne Mittel besitzt Frl. Merz, die von Schmid-Lindner mit gewohntem Geschmacke begleitet, einen Liederabend gab; aber das Material ist noch weiterer Veredelung fähig. Einige hohe Töne stellen sehr erfreuliche Aussichten. Der Komponist W. Braunfels ist ein trefflicher Pianist, der als Bachspieler durch die Stärke seines Gefühles und die Sicherheit seines Stilgeschmackes ungetrübten Genuß vermittelt. — Beethovensche Kammermusik bot Herma Studeny mit ihrem Quartette in einem ersten volkstümlichen Konzerte einer Reihe, die der Arbeiterjugend geboten wird. Gewiß ein erfreuliches Unternehmen; nur würde man vielleicht besser mit leichterem beginnen, um die jugendlichen Hörer erst allmählich zu der Größe Beethovens hinanzuführen. — Der ehemalige Hamburger Opernleiter Ed. Erhard sang, von Zilcher herrlich begleitet, Lieder von Beethoven und Schubert; ein Baritonist von Geschmack und künstlerischer Erfahrung, hat er sich eine freundliche Aufnahme errungen.

München. L. G. Oberlaender.

Finanz- und Handels-Rundschau.

„Arbeit, der beste Schutz gegen Anarchie" — Bayerns Wirtschafts- und Finanzlage — Deutsche Kalilieferungen an Amerika — Wirtschaftszuspitzung in England!

Vom bayerischen Handelskammertag zu München wurden nach eingehenden Beratungen Massnahmen vorgeschlagen „zur Abwendung des unermesslichen Unheils, das der völlige Wirtschaftszusammenbruch über unser Land und Volk bringen müsste." Auch an dieser Stelle wurde bestätigt, dass die Arbeit der beste Schutz gegen Anarchie ist. „Die Revolution muss endlich aufhören und die Republik beginnen. Wenn der Volksstaat Konkursverwalter der einstmals blühenden Industrie und des Handels werden wolle, möge er sozialisieren!" Unter der Einwirkung der Kohlenkrisis, namentlich der damit in absehbare Nähe gerückten Betriebseinschränkung weiterer Industriekreise und besonders infolge der kommunistischen Putsche an der Wasserkante, wodurch wiederum der Entente Vorwände zu unserer Einschnürung gegeben wurden, hat sich die Gesamtlage Deutschlands, soweit dies überhaupt noch möglich war, weiter verschlechtert. Von der Wirtschaftslage Bayerns wird dies neuerlich vom Staatskommissar für Demobilmachung bestätigt. Vermehrt hat sich wiederum die Zahl der Arbeitslosen, trotz der gleichzeitig erhöhten Ziffer der offenen Stellen und der vielen Notstandsarbeiten; vermehrt hat sich — ein krasser Beweis der Verständnislosigkeit weiter Kreise — auch die Zahl der öffentlichen Vergnügungen, wie dies die Anmeldung zur Lustbarkeitssteuer dokumentiert! Neue Forderungen der Erwerbslosen und die Streiks in den Schwerindustrierevieren stören den Wirtschaftsaufbau ebenso sehr, wie die zunehmende Angestelltenbewegung in den Handels- und Bankkreisen. Die Auslassungen des Verkehrsministers Frauendorfer in der Sitzung des bayerischen Landeseisenbahnrates, dass Handel, Industrie und Gewerbe völlig darniederliegen, die Finanzen von Staat und Gemeinden ein erschreckend trostloses Bild bieten, dürfen keineswegs als zu pessimistisch angesehen werden. Auch dessen Hinweis: „Arbeit und nochmals Arbeit ist das höchste Gebot, wenn wir nicht unrettbar in die Tiefe stürzen sollen," wiederholt den allgemeinen Ruf nach Ordnung und Wiederkehr einigermassen normaler Zustände. Dass die bayerische Staatsbahnverwaltung mit einem Defizit von über 90 Millionen Mark für 1918 abschliesst, der bayerische Haushaltsplan im laufenden Jahre eine Mehrausgabe in schon heute schätzbarer Höhe von 170 Millionen Mark bringen wird, ungeachtet der verschiedentlichen Mindereinnahmen, die deutschen Eisenbahnverwaltungen infolge des gewaltigen Ententeeingriffes in unseren Verkehr dem Betriebsbankerott nahestehen — all das wird hoffentlich seine Wirkung auf verstärkte Anstrengungen zur Wirtschaftsumbildung nicht verfehlen. Auch hinsichtlich der Realisierung und Unterbringung der bei der Nationalversammlung eingereichten neuen Kreditvorlage von 25 Milliarden Mark werden in unseren Bank- und Finanzkreisen keinerlei Masstab und Richtlinien gefunden.

Die an unseren Effektenmärkten trotz alledem vorherrschende Haussestimmung bleibt, weil weiterhin durchaus unbegründet, völlig unverständlich: Sowohl die Innenpolitik wie auch die Spartakusvorgänge bedrohen unseren Staatskredit und die städtischen Finanzen. Ententemassnahmen bringen die Gefahr einer Erdrosselung der rechtsrheinischen Industrie. Durch die Auslieferung der Handelsflotte und die weiterhin zu erwartenden finanziellen Forderungen bei den Waffenstillstandserneuerungen sieht sich die heimische Wirtschaft vollständig wehrlos und entkräftet der Willkür der Entente preisgegeben. Ob eine baldige Blockadeaufhebung in Aussicht steht und endlich eine durchgreifende Besserung in unserer Lebensmittelversorgung durch die Alliiertenhilfe zum Zuge kommt, bleibt unsicher. Einstweilen werden nach dem am 8. Februar getroffenen Abkommen die

Alliierten Vorsorge treffen für die, deutscherseits durch Gold und fremde Devisen sichergestellte Lieferung von 80,000 Tonnen Schweinefett und Schweinefleisch und 250 000 Kisten kondensierte Milch. Die Lieferung weiterer Mengen von Mehl und Fett sowie die Versorgung Deutschlands bis zur neuen Ernte wird von der Lösung der Finanzfrage und das Ganze von der Ausführung der Bedingungen betreffs Abgabe der Handelsflotte abhänging gemacht. Tatsache ist ferner die inzwischen vollzogene deutsche Kalilieferung an Amerika, der Anfang der Ausfuhrentwicklung. Mit begreiflichem Interesse verfolgen unsere Finanz- und Handelsfaktoren die Aussichten zu einem Vorfrieden, die Behandlung der Kolonialfragen auf der Pariser Konferenz, ebenso die Wirtschaftszuspitzung in England, woselbst die revolutionäre Propaganda bedrohliche Arbeiterschwierigkeiten und irische Unabhängigkeitserklärungen gezeitigt hat. Auch der Umschwung der öffentlichen Meinung in Italien und Spanien zugunsten Deutschlands wird vielfach registriert. — Den wichtigen entscheidenden Schritten in der deutschen Siedelungsfrage, den endlichen Massnahmen zur ordnungsgemässen Verwertung des deutschen Heeresgutes und den Folgen des deutschen Rahmengesetzes über staatliche Energiewirtschaft brachte man dagegen, selbst in den Fachkreisen, nur wenig Beachtung entgegen.

München. M. Weber.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Kunstauktion. Am 19. Februar und folgende Tage findet bei Firma Dr. F. X. Weizinger & Co, München, Sophienstraße 6 (am Glaspalast), eine Versteigerung von Gläsern, Fayencen, Waffen und Stoffen des 15. bis 18. Jahrhunderts aus verschiedenem Besitz statt. Die Abteilung Gläser (146 Nummern) enthält hauptsächlich geschliffene, geschnittene und bemalte Gläser deutscher und böhmischer Herkunft vom einfachen Bauernglas bis zum reichverzierten Prunkpokal. Auch die deutsch-österreichische Fayencen-Sammlung (ca. 200 Nummern) enthält wertvolle Exemplare. Unter den Waffen befinden sich ebenfalls hervorragende, seltene Stücke. Die Stoffe entstammen zumeist dem 17. und 18. Jahrhundert und bestehen hauptsächlich aus Seide, Brokat und ähnlichem Material. Diesen vier Hauptgruppen gesellt sich noch ein kleines Potpourri allerlei hübscher und beliebter Gegenstände bei: Miniaturen, Figuren und Arbeiten in Metall. Siehe Inserat zweite Umschlagseite.

Die Leser der Allgemeinen Rundschau bilden eine große Gemeinde der besten Gesellschaftsschichten im ganzen Deutschen Reiche und im Auslande. Warum sollte jeder Bezieher daher dieses einflußreiche Blatt nicht auch zu jeglicher Art Insertion stets an erster Stelle mitbenutzen? Wir weisen darauf hin, daß Gesuche von Erzieherinnen, Hausdamen, Gesellschafterinnen usw. stets sehr erfolgreich sind. Ebenfalls haben beste Wirkung alle anderen Arten von kleinen Anzeigen wie auch sonstige Stellengesuche und -Angebote, An- und Verkäufe usw. Auch wer brieflichen Verkehr, Gedankenaustausch usw. wünscht, kann auf zahlreiche Offerten rechnen. Dann sollten die verehrl. Leser in der Rundschau auch sämtliche Familiennachrichten, die sonst in der Regel nur der Tageszeitung zugewiesen werden, erscheinen lassen, zwecks weitester Verbreitung in den gebildeten katholischen Kreisen.

Päpstliche Auszeichnungen. Exzellenz Dr. W. von Haiß, I Präsident der Deutschen Gesellschaft für christliche Kunst, München, wurde der Gregoriusorden verliehen. Der II Präsident, Bildhauer Professor Gg. Busch, erhielt den Sylvesterorden. Schriftführer, Geistl. Rat Stiftskanonikus Msgr. S. Staudhamer, wurde zum Päpstlichen Geheimkämmerer ernannt. Unsere Glückwünsche gelten den verdienterweise Ausgezeichneten wie der Deutschen Gesellschaft für christliche Kunst, der wir noch besonders wünschen, daß weiteste katholische Kreise, Priester und Laien, sie durch ihren Beitritt unterstützen, damit sie ihre hohe ideale Aufgabe wie bisher so auch weiterhin in schweren stürmischen Zeiten bestens erfüllen könne.

Walburgis-Blätter. Illustrierte Monatsschrift zur Förderung der weiblichen Jugend. Unter Mitwirkung von Lehrerinnen und Jugendfreunden herausgegeben von den Frauen des Stiftes St. Walburg O. S. B., Eichstätt (By.). Jährlich ℳ 1.50 und Porto. Die kleine, um sehr bescheidenen Preis zu beziehende Zeitschrift bietet eine überraschende Reichhaltigkeit gediegensten textlichen Inhaltes. Beste Mitarbeiter sind am Werke; sie liefern des Unterhaltenden und Belehrenden, des Gedeihlichen für Herz und Gemüt eine reiche Fülle. Reinste christliche, begeisterte vaterländische Gesinnung lebt in jeder Zeile dieser Blätter. Lehrreiche Aufsätze führen in die Wunder der Natur, in Fragen des öffentlichen Lebens und sonstige wichtige Dinge ein. Prächtige Gedichte, herrliche, tiefsinnige Aussprüche berühmter Männer und Frauen zieren die Zeitschrift. Dazu kommen Bücherbesprechungen, Anleitungen zu häuslichen Arbeiten u. dgl. m. Auch an Rätseln, Preisaufgaben und ähnlichen Dingen, sowie an einem von warmem Interesse für die jungen Leserinnen zeugenden Briefkasten (dem „Heimgarten") fehlt es nicht. — Der Wert der Walburgisblätter wird erhöht durch die bildliche Ausstattung. Nur edelste Werke neuer und alter Meister christlicher Kunst kommen zur Anschauung.

Dr. Franz Mahler

Gute Probenummer-Adressen

sind der Geschäftsstelle der „Allgem. Rundschau" in München, Galeriestr. 35a Gh, in diesen Zeiten ganz besonders willkommen. Wer mithelfen will, daß die führende katholische Presse und somit die „Allgemeine Rundschau" in immer weitere Kreise eindringt, sei im Interesse der Sache um diesen Liebesdienst gebeten.

STAHLWERK THYSSEN

AKTIENGESELLSCHAFT

HAGENDINGEN IN LOTHRINGEN

Werke in Hagendingen: Hochofen-, Stahl- und Walzwerke, Zementfabrik. Werke in Ars (Mosel): Kleineisenzeugfabrik und Gießerei

liefert

1. **Hochofen-Erzeugnisse:** Thomas- und Gießerei-Roheisen.
2. **Stahl- und Walzwerks-Erzeugn.:** Rohblöcke, vorgewalzte Blöcke, Brammen, Breiteisen, Platinen, Knüppel.
3. **Formeisen:** Normalträger von 80 bis 600 mm Höhe, U-Eisen von 80 bis 300 mm Höhe.
4. **Stab- und Fasson-Eisen** aller Art.
5. **Moniereisen.**
6. **Eisenbahn-Material:** Schienen, Schwellen und Feldbahn-Material.
7. **B-Träger:** normalsteg., breitflanschige Spezial-Träger, dünnstegige, breitflanschige Spezial-Träger (mit großer Gewichtsersparnis) in den Profilen 180 bis 850 mm Höhe.

Hagendinger Breitflanschträger

8. **Portland-Zementfabrik** der Gewerkschaft Jakobus, Hagendingen (Lothringen) empfiehlt sich zur Lieferung von: Ia künstlichem Drehofen-Portlandzement Schutzmarke „Thyssen" hergestellt nach den Vorschriften der neuen deutschen Normen aus reinen Portlandklinkern ohne Beimischung anderer Produkte. Eisenportland- und Schlackenportlandzement in unübertroffener Qualität. Höchste Druck- und Zugfestigkeit. Größte Mahlfeinheit. Natürliche, dunkle Farbe. Infolge der hohen Bindekraft bedeutende Materialersparnis. Vorzugsweise Lieferant großer Staatsbehörden. Pünktliche Lieferung. Export nach allen Erdteilen.
9. **Zementwarenfabrik:** Zementrohre in allen Dimensionen, Zementwaren aller Art.
10. **Schlackensteinfabrik:** Schlackensteine in Normalformat, Grob- und Kleinschlag für Wegebauten.
11. **Abt. Kleineisenzeugfabrik:** Maschinenschrauben, Schloßschrauben, Gerüstschrauben, Stellschrauben, Muttern, Anschweißenden, Eisenbahnbefestigungsmaterial.
12. **Gießerei:** Maschinen-, Bau- und Handelsguß.

Sämtliche Walzwerkerzeugnisse in Thomas-, Siemens Martin- und Elektro-Stahl-Qualität.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Ferdinand Abel, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München

Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gh.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich M 3.50.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis: Die 5 X gespaltene Grundzeile 75 Pfg., Anzeigen auf Textseite die 95 mm breite Zeile 375 Pfg
Beilagen einschl. Postgebühren M 15 d. Tausend.
Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.
Rabatt nach Tarif.
Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig.
Erfüllungsort ist München.
Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt.
Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer.

Wochenschrift für Politik und Kultur. ✱ Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 8. München, 22. Februar 1919. XVI. Jahrgang.

Um die Westdeutsche Republik.

Von Studienrat *Kuckhoff*, Mitglied der Preußischen Nationalversammlung.

Die Einheit des bisherigen Deutschen Reiches beruhte auf dem monarchischen Prinzip. Das deutsche Kaisertum war sein Symbol, die Reichsverfassung beruhte auf den Verträgen unter den deutschen Monarchien. Nachdem nunmehr die Monarchien im Reich und in den Einzelstaaten gefallen sind, muß zunächst ein neues Prinzip der Einheit geschaffen werden. Das durchschlagendste Prinzip wäre die Errichtung einer deutschen Einheitsrepublik, jedoch weiß jeder vernünftige Mensch, daß diese vollkommen ausgeschlossen ist. Auch ist es jedem Menschen klar, daß die bisherige Einteilung des Reiches in die vielfach durch Zufall und dynastische Interessen gewordenen deutschen Teilstaaten nicht überall bleiben kann. Die Frage aber, wie denn nun das Reich neu gegliedert werden soll, hat noch niemand beantwortet. Dabei aber schwebt uns allen die großdeutsche Bundesrepublik als anzustrebendes Ideal vor. Wer aber soll die Neueinteilung vornehmen? Soll und kann diese etwa von einer Berliner Zentralinstanz aus geschehen? Versuche dazu liegen in dem bekannten Verfassungsentwurf des Herrn Preuß vor. Das wäre aber nichts anderes, als eine Einteilung des Reiches in Kreise oder Verwaltungsbezirke, die Bundesstaaten wären gar nichts anderes als Provinzen des Einheitsstaates. Dann wäre die Möglichkeit gegeben, der deutschen Nationalversammlung die Neueinteilung des Reiches zu überlassen. Auch davon kann keine Rede sein. Denn die Mehrheitsbeschlüsse dieser Versammlung können niemals Geltung haben gegenüber dem *Selbstbestimmungsrecht der Stämme*, die jetzt schon Einzelstaaten bilden oder die sich zu neuen Bundesrepubliken vereinigen wollen oder die sich schließlich von dem bisherigen Staatsverbande ablösen und einen eigenen Staat bilden wollen.

Es könnte sich höchstens darum handeln, daß die deutsche Nationalversammlung sich im Prinzip darüber ausspräche, ob das Deutsche Reich in Zukunft eine Bundesrepublik sein soll und wie sich die Einzelstaaten zu dieser vereinigen sollen. Jedoch darf durch derartige Verfassungsbestimmungen *niemals das Selbstbestimmungsrecht der einzelnen Stämme illusorisch gemacht werden.* Sie müssen in gewissen Schranken autonom in der Bildung von Bundesstaaten sein. Man muß aber auch trotzdem jedem Stamme das Recht wahren, auch ohne ein Votum der deutschen Nationalversammlung abzuwarten, dem Willen des Volkes dahin Ausdruck zu verleihen, daß es künftig nur in dieser oder jener Form dem Verbande des Deutschen Reiches beizutreten gewillt ist. Den etwa in dieser Richtung kundgegebenen, in einer Volksabstimmung festgelegten Volkswillen hätte die deutsche Nationalversammlung unbedingt zu achten.

Das sind die grundsätzlichen Gesichtspunkte, die vor allem bei der Frage der Gründung einer *Westdeutschen Republik* zu beachten sind. Denn hier ist diese Frage der Neugestaltung Deutschlands am brennendsten. Ihre Lösung ist heute gar nicht mehr allein abhängig von dem freien Willen des deutschen und rheinischen Volkes. *Sie muß getroffen sein, ehe der Friede geschlossen wird.* Denn im Friedensvertrag wird die Form der künftigen Zugehörigkeit der Rheinlande, insbesondere des linken Rheinufers zu Deutschland eine hervorragende Rolle spielen. Die augenblicklichen Verhältnisse gebieten es, diese Dinge nur anzudeuten.

Die Rheinländer sehen die ihnen drohende Gefahr und sie wollen nicht ein Handelsobjekt bei den Friedensverhandlungen werden. Sie wollen *deutsch* bleiben und zwar *ungeteilt* deutsch bleiben. Freilich gebieten es ihnen ihre wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse auch, nicht weiter ein Anhängsel von Berlin zu sein. Sie wollen auch *frei sein von der ostelbischen Diktatur.* Die Länder am Rhein mit Einschluß Westfalens sind ein wirtschaftlich durchaus lebensfähiger Teil des künftigen Deutschland, gerade so gut wie Bayern oder andere süddeutsche Staaten. Sie wollen deshalb Gleichberechtigung in der kommenden Bundesrepublik. Die Einheit des Kaisertums ist dahin, darum gibt es nur eine Einheit der wirtschaftlichen und kulturellen Gleichberechtigung gleichwertiger Bundesstaaten.

Die Ueberzeugung, daß nur auf diesem Wege ein einheitliches Deutschland wieder geschaffen werden kann, ist tief eingewurzelt im Bewußtsein des rheinischen Volkes. Bei einer Volksabstimmung würde sich die weit überwiegende Masse für die rheinische Republik im Verbande des Deutschen Reiches entscheiden. Als Losungswort ist der Gedanke zuerst von Zentrumskreisen unter die Massen geworfen worden; das hat seiner unbefangenen Beurteilung zweifellos geschadet. Denn aus engherzigen parteipolitischen und religiösen Bedenken hat man deshalb den Gedanken verdächtigt, man hat denen, die ihn propagierten, gar Vaterlandsverrat vorgeworfen, gerade als wenn es jemals jemandem eingefallen wäre, auch nur im entferntesten einer Abtrennung von Deutschland das Wort zu reden. Freilich ist richtig, daß eine rheinisch-westfälische Republik vorläufig die einzige sein würde, in der eine sozialistisch-demokratische Mehrheit nicht bestände.

Unter dem Druck der Verhältnisse aber haben sich jetzt auch die anderen Parteien zu einer Konzession an den Gedanken der Bildung einer westdeutschen Republik bereitgefunden. Am 1. Februar haben sich in Köln die *neugewählten Abgeordneten der besetzten Gebiete* zusammengefunden. In einer einstimmig angenommenen Resolution haben sie zunächst als die rechtmäßigen Vertreter des linksrheinischen Volkes ihrem unbeugsamen Willen Ausdruck verliehen, *beim Reiche zu bleiben.* Wer das Wort vom Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht nur als leeren Schall betrachtet, sondern als ein unverletzliches, heiliges Recht, der kann an einer derartigen Willenskundgebung unmöglich achtlos vorübergehen. Weiter aber heißt es in der Resolution so: „Da die Teilung Preußens ernstlich erwogen wird, übertragen wir dem von uns gewählten Ausschuß die weitere Bearbeitung der Pläne auf *Errichtung einer Westdeutschen Republik* im Verbande des Deutschen Reiches und auf dem Boden der von der deutschen Nationalversammlung zu schaffenden Reichsverfassung". Die Zustimmung zu dieser Entschließung bedeutet für die sozialdemokratischen und demokratischen Abgeordneten ein weites Entgegenkommen. Sie geben damit nicht nur die Tatsache zu, daß eine solche Staatsgründung ernstlich in Frage kommt, sondern sie geben auch dem gewählten Ausschuß Vollmachten, im Sinne dieser Staatsgründung zu wirken. Wann der Augenblick gekommen ist, die Gründung durch Herbeiführung einer *Volksabstimmung* vorzunehmen, darüber müssen die Verhältnisse entscheiden. In weiten Kreisen des rheinischen Volkes, nicht nur in Zentrumskreisen, ist man allerdings der Auffassung, daß dieser Zeitpunkt *bereits jetzt* gekommen ist und daß man mit der Volksabstimmung nicht länger warten soll, um zu verhüten, daß nicht schließlich die Republik unter einem Drucke von außen zustande kommt. Auf der anderen Seite aber ist zu beachten, daß alles vermieden werden muß,

was die neue Staatsgründung als eine Zentrumsgründung erscheinen lassen könnte. Man sollte hier nach Möglichkeit Mehrheitsbeschlüsse vermeiden und einen einheitlichen Volkswillen zum Ausdruck kommen lassen.

Jedenfalls aber ist auch noch nach dieser Kölner Entschließung die Freiheit des rheinischen Volkes vollkommen gewahrt. Ein Votum der Nationalversammlung in Weimar braucht, wenn die Dinge drängen, keineswegs abgewartet zu werden. Wenn die Resolution zum Schlusse sagt, daß die zu bildende Republik nur auf dem Boden der zu schaffenden Reichsverfassung gebildet werden soll, so wird damit nur betont, daß die Rheinlande auch in der neuen Form, auch dann, wenn sie ohne die Nationalversammlung gefunden werden muß, sich dem Verbande des Deutschen Reiches wie alle anderen deutschen Bundesstaaten einfügen.

Das fünfte Kriegsjahr.

Wochenschau von Fritz Nienkemper, Berlin.

Weimar und Trier, eine Werkstatt und Folterkammer.

Während unsere Vertreter in Weimar sich redlich abmühen, um Deutschland aus dem Sumpf der Niederlage und der Revolution zu erretten, wird in Trier von unseren unerbittlichen Gegnern die Erpressung, die Erdrosselung, die Vernichtung Deutschlands fortgesetzt.

Wir haben eine neue, gesetzliche, rechtmäßige Regierung uns verschafft, die ein brauchbares Programm für die gemeinsame Arbeit der drei großen Parteien aufweist. Statt sich sofort mit aller Kraft dem Volkswohl widmen zu können, mußte sie zunächst mit der peinlichen Frage der neuen Forderungen für die Verlängerung des Waffenstillstands sich befassen.

Wilson macht jetzt einen Abstecher in seine Heimat. Vor der Abreise hat er das vereinbarte Projekt des Völkerbundes mit einer feierlichen Rede der Oeffentlichkeit vorgelegt. Wir sind rückhaltlos auf seine Ideen eingegangen und würden jetzt herzlich gern an dem Tempelbau für den dauernden Weltfrieden mitarbeiten. Aber was hilft uns dieses gelobte Land, wenn wir inzwischen in dem roten Meer der verderblichen Waffenstillstandsbedingungen elend ertrinken?

Mit Recht bezeichnete der Abgeordnete Gröber es als einen unerhörten Skandal in der Menschheitsgeschichte, daß man ein Volk, das sich unterworfen hat, bereits 4¹/₂ Monate auf den Frieden warten läßt, ohne daß ihm etwas anderes geboten wird, als ein sog. Waffenstillstand, der von einem Monat zum andern von den Gegnern zur Fortsetzung des Vernichtungskrieges benutzt wird.

Erzberger, der Reichsminister auf dem undankbarsten Posten, hat die Verhandlungen in Trier eingeleitet mit einer wahrhaft erschütternden Rede über das grausame Unrecht, das Deutschland zugefügt wird, namentlich in der Zurückhaltung der Kriegsgefangenen, der Verschärfung der Blockade, der Verschleppung der Lebensmittelzufuhr. Zugleich entwickelte Ministerpräsident Scheidemann in Weimar das allgemeine Regierungsprogramm und der Minister des Auswärtigen, Graf Brockdorff, das außenpolitische Programm in einer Art und Weise, daß alle ehrlichen Leute von der Gegenseite zugestehen müssen, die deutsche Politik decke sich voll und ganz mit dem Wilsonprogramm der Versöhnung und des Weltfriedens. Das Echo unserer weitestgehenden Angebote bilden zunächst nur die neuen Forderungen Fochs.

Sie gehen im wesentlichen dahin: Deutschland soll sich eine Demarkationslinie gefallen lassen, über die seine Truppen zur Abwehr der polnischen Uebergriffe auf bislang deutsches Gebiet in der Provinz Posen nicht hinausgehen dürfen. Das Schiffahrtsabkommen, das die deutschen Handelsschiffe der Entente zur Benutzung, aber nicht zum Eigentum überliefert, soll auf die Schiffe ausgedehnt werden, die in den nächsten 6 Monaten fertiggestellt werden. Der Waffenstillstand wird fortan nicht auf einen Monat, sondern auf eine „kurze" unbestimmte Zeit verlängert, aber auf dreitägige Kündigung gestellt. (Wie Foch „vermutet", ist mit der Möglichkeit eines baldigen Vorfriedens zu rechnen.)

Unsere Regierung stand nun vor der schwierigen Entscheidung, entweder sich diesem neuen Diktat in Geduld zu unterwerfen oder den Abbruch der Verhandlungen zu riskieren. Das deutsche Gefühl mußte offenbar dahin gehen: lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende. Der realpolitische Verstand mußte anderseits abwägen, ob nicht das weitere Eindringen der Feinde in das wehrlose Deutschland doch ein größeres Uebel sein würde, als der Verzicht auf die Wiederbesetzung der streitigen Teile von Posen und auf die Schiffsneubauten. Es kommt in Betracht, daß die Demarkationslinie die Ostseeprovinzen, den Netzedistrikt und Schlesien uns beläßt, daß ferner der Entscheidung des Friedenskongresses über die Zukunft der von den Polen besetzten Gebiete nicht vorgegriffen werden soll und die Alliierten die Gewähr für die Einhaltung der Demarkationslinie seitens der Polen sowie den Schutz der Deutschen in diesen Bezirken übernehmen wollen. Letzteres ist eine ungenügende Sicherheit; aber bei Fortsetzung der Kämpfe würde es auch noch viel Blut und Trümmer geben. Die neuen Forderungen sind sehr hart, ungerecht und demütigend. Da indessen Foch unter Hinweis auf den Beschluß der Alliierten, dem auch Wilson zugestimmt habe, sich auf keine weiteren Verhandlungen einließ, glaubten die Reichsregierung und zu Rate gezogenen Parteiführer die Verantwortung für die Ablehnung nicht übernehmen zu können und gaben Erzberger Anweisung zur Unterzeichnung unter gleichzeitiger Ueberreichung einer Protestnote, welche die deutschen Vorschläge für die weiteren Verhandlungen, insbesondere die Freigabe der Kriegsgefangenen, enthält. Die Nationalversammlung hat am Montag durch debattenlose Entgegennahme des Berichtes des Abg. Erzberger diesem Protest den würdigsten Nachdruck verliehen.

Die Finanzlage.

Der Reichsfinanzminister Schiffer gab am 15. Februar der Nationalversammlung eine gründliche Uebersicht über die Finanzlage, die in ihrem ersten Teil wahrhaft erschreckend wirkte, in ihrem Schlußstück aber die Hoffnung auf Genesung wieder aufweckte. 161 Milliarden hat uns der verlorene Krieg gekostet; seit der Waffenruhe und der Revolution ist der laufende Verbrauch leider nicht wesentlich gesunken. (4,2 Milliarden im Juli 1918, 3,5 Milliarden im Januar 1919). Für die Gesamtheit der fortlaufenden Ausgaben brauchen wir fortan 19 Milliarden jährlich gegenüber 5 Milliarden von früher. Dieses riesige Mehr muß durch Steuern aufgebracht werden.

Der Finanzminister hatte gelegentlich das Deutsche Reich mit einem insolventen Kaufmann verglichen. Er bezweckte damit nur, die rückhaltlose Offenlegung von Soll und Haben zu begründen. Es wurde aber die Bemerkung vielfach so verstanden, als ob der Schatzmeister an einen Staatsbankerott dächte. Das Mißverständnis ist durch seine Rede in Weimar ausgeräumt. Er hofft bei sparsamer Wirtschaft den Bedarf durch Steuern decken zu können. Für die Steuergesetzgebung stellte er die leitenden Gesichtspunkte auf: 1. Einvernehmen aller Glieder des Reichs, Zusammenwirken von Reich und Einzelstaaten. 2. Einvernehmen mit dem Wirtschaftsleben, d. h. die Henne, die die goldenen Eier legt, soll nicht geschlachtet werden, sondern sich nur einige Federn ausrupfen lassen. 3. Eine soziale Steuergesetzgebung, welche die Schwächeren schont, namentlich die in der Erwerbsfähigkeit gelähmten Kranken und Alten. Daran schloß sich die Ankündigung, daß alle Machtmittel angewendet werden sollen gegen diejenigen, die sich ihren Pflichten gegenüber Reich und Staat entziehen wollen.

Die Absichten des Schatzmeisters sind zweifellos gut. Ob seine Hoffnungen sich erfüllen, hängt freilich nicht allein von der Kunst der Gesetzgebung und den Machtmitteln der Verwaltung ab, sondern wesentlich von der sittlichen Erneuerung, in deren Forderung er die fachmännische Rede als Staatsmann ausklingen ließ. „Wir müssen", sagte er, „den Begriff des Eigentums und der Arbeitskraft noch mehr als bisher loslösen von dem „Ich" und es in den Dienst der Allgemeinheit stellen". Damit berührt er den wunden Punkt der Revolution. Gerade seit der Umwälzung hat der Egoismus seine üppigsten Giftblüten getrieben, und es hat sich in weiten Massen der Wahnwitz festgesetzt, man könne viel Geld erraffen bei geringer oder gar keiner Arbeit. Die Henne darf nicht geschlachtet werden, d. h. einerseits müssen wir die Unternehmungslust und -kraft bei den Arbeitgebern lebendig halten, anderseits müssen aber auch die Arbeitnehmer wieder zu der Erkenntnis sich durchringen, daß man nicht von Versammlungen, Putschen, Arbeitspausen reich werden kann, sondern nur durch regelmäßige schaffende Tätigkeit unter vernünftigen Bedingungen.

Die Arbeitsgemeinschaft.

Gute Beispiele wirken besser, als schöne Worte. Die sittliche Erneuerung in den Volkskreisen wird hoffentlich gefördert werden durch das Vorbild, das die Parteien und ihre Führer in der gemeinsamen Anstrengung für das allgemeine Wohl geben.

Das Regierungsprogramm, das der Ministerpräsident Scheidemann in den allgemeinen Richtlinien entwickelte und die Minister des Auswärtigen und des Schatzes in ihren Fächern ergänzten, wird mit allgemeiner Befriedigung aufgenommen werden. Nicht weil es etwas absolut Vollkommenes ist, sondern weil es die beste Grundlage bildet, die zurzeit möglich war, nämlich die Grundlage zu ruhiger, gedeihlicher Arbeit.

Daß an Stelle des zum Minister beförderten Dr. David der Zentrumsmann Fehrenbach wieder das Präsidium des Reichstags übernommen hat, begrüßen wir nicht so sehr als eine Ehrung des Zentrums, sondern vor allem als gerechte Verteilung der Gewalten, da es passend ist, die kontrollierende Nationalversammlung unter ein anderes Präsidium zu stellen, während die beiden höchsten Inhaber der Exekutive aus der stärksten sozialdemokratischen Partei hervorgehen.

Die paritätische Behandlung des sogenannten Bürgertums kommt darin zum Ausdruck. In dieser Hinsicht war es auch erfreulich, daß der Reichswehrminister Noske in Weimar eine gründliche Abrechnung mit den „Unabhängigen" hielt, indem er das Sündenregister der Ruhestörer und der anmaßenden „Räte" (auch im Punkte der Ausbeutung der öffentlichen Kassen) in helle Beleuchtung rückte. Die volle und endgültige Abwendung der „regierenden" Sozialdemokratie von den Unabhängigen ist die unerläßliche Vorbedingung für den Bestand der Koalition. Zugleich wirkt die öffentliche und scharfe Absage heilsam auf die Massenpsyche, die aus der revolutionären Begehrlichkeit auf den Boden der Arbeitspflicht und der Arbeitsfreude zurückkehren muß, wenn nicht das ganze nationale Leben zusammenbrechen soll.

Die Wahlen in Deutsch-Oesterreich
zeigen im allgemeinen dasselbe Bild wie in Deutschland: starkes Anwachsen der Sozialdemokratie, aber keine sozialdemokratische Mehrheit in der Nationalversammlung. Nach dem bisherigen Ergebnis würden entfallen auf die Christlich-Sozialen 65 oder 66, die Sozialdemokratie 74, die Deutschnationalen und Deutschfreiheitlichen 28 Mandate, 1 Tschechoslowake, 1 Jüdischnationaler.

Christuskopf.

Seit Jahren schon in seinem Künstlersaale
Ein Maler schafft am Christusideale.
Steht sinnend vor der hohen Staffelei,
Was wohl das Wesen dieses Hauptes sei.
„Wer zeigt die Linien mir zu jenem Munde,
Der selbst dem Meer gebot in Sturmesstunde;
Wer mischt die Farben mir, der Welt zu nennen
Die Feuerzauber, die ums Antlitz brennen?"
So steht und sitzt und kniet in heil'gen Sorgen
Der Mann seit seinem frühen Künstlermorgen,
Das Haupt bald in die Hand gestützt und rastend,
Bald mit dem Pinsel auf der Leinwand tastend.
Doch nicht die hellsten Farben der Paletten
Vermochten aus der Dämm'rung ihn zu retten.

Bis vor dem leeren Rahmen nachts einst wieder
Der Arme betend sank zur Erde nieder.
Wie letzte Strahlen Bergeshöh'n umsprüh'n,
Beginnt 's auf seinem Antlitz heut zu glüh'n.
Des Suchers Schmerzenszüge leis verblassen.
Er rührt die Hand, als wollt' sie etwas fassen.
Das Bild! Das Bild, das doch so lang gesäumt;
Das Bild, von dem die Sehnsucht heiss geträumt,
Er schaut's! Es naht in himmelshellem Blenden!
„Jetzt, Seele, halt es fest mit tausend Händen,
Lass diese Feuer nimmermehr zerrinnen,
Die göttlich gross in hehrem Antlitz sinnen . . .!"
Und Engel reichen Farben in Opalen,
Wie erdwärts keine Regenbogen strahlen.

Am Morgen drauf, den Pinsel in der Hand,
Im Tode lächelnd man den Meister fand.
Kein Menschenaug' hat in den Erdentagen
Den Blick ins Gottesangesicht ertragen.

Martin Mayr

Der erste Landtag im Freistaat Bayern.

Von Wolfgang Aschenbrenner.

Die Aussicht, daß der Regierungskomödie in Bayern ein Ende gemacht wird, rückt näher. Am 21. Februar tritt der neugewählte Landtag in München zusammen. Dann wird die Revolutionsregierung, wie man nach einer Ankündigung des Verkehrsministers v. Frauendorfer glauben muß, ihre „Vollmachten", d. h. die durch den Umsturz des 7. November angemaßte Gewalt in die Hand des souveränen Landtags zurückgeben, damit die Revolutionszeit abgeschlossen wird.

Mit der seiner Rasse eigenen Unverfrorenheit und Zähigkeit sucht sich der Ministerpräsident kraft eigener Ernennung Eisner am Ruder zu erhalten. Das bayerische Volk und auch die sozialdemokratischen Wählermassen haben bei den Wahlen bereits den Berliner Juden Eisner verabschiedet und ihm, der träumte, 95 Prozent der Bayern hinter sich zu haben, einen gehörigen Denkzettel gegeben. Drei Mann hoch rückt die Partei Eisner in den Landtag ein, um dort vollends unterzugehen. Denn nach seiner Entfernung aus der Regierung ist Eisner ganz auf sich angewiesen und soll dann zu den Fragen des öffentlichen Lebens Stellung nehmen, von denen er nichts versteht. Er wird dann eine erbarmungswürdige Rolle spielen, wenn er Rede und Antwort stehen soll über sich selbst und den ganzen Schwarm von Menschen, die mit der Revolution in den Staatsbetrieb eingezogen sind, wenn all die Vorkommnisse vor und hinter den Kulissen, wenn das Revolutionsschmarotzertum beleuchtet werden, wenn das Eisnersche Sprüchemachen aufhört, die praktische Politik und die Bedürfnisse des Landes das Wort haben. Daß Eisner nicht vorher zurückgetreten ist und sich in eine solche Situation begeben hat, beweist, daß Politik, Volks- und Staatsleben ihm ein Buch mit sieben Siegeln sind. Sonst müßte er wissen, daß Hanswurstiaden im öffentlichen Leben dem unzuträglich werden, der sie begeht. Eisner wird gegenwärtig in der demokratischen Presse am schlechtesten behandelt, er wird mit Charakteristiken belegt, die nichts weniger als schmeichelhaft für ihn sind, die er strafrechtlich verfolgen lassen müßte. Aber das kann er nicht, weil dann seine „Regierungspolitik" unter helle Beleuchtung genommen würde, weil er dabei in die Verlegenheit käme, seine Regierungszeit dem Zeugen- und Sachverständigenverhör zu unterstellen. Man kann daraus entnehmen, was ihm im Landtage blüht. Seine Eitelkeit hat ihm den Possen gespielt, im Amte zu bleiben, und nun mißlingt ihm das noch, weil der Landtag, den er fernhalten wollte, dennoch zusammentritt und er von diesem auf die Rolle eines Abgeordneten verwiesen wird, die er ohne die Hilfe des Dienstwissens der Ministerialbeamten nicht führen kann.

Bayern ist durch Eisner zum Gespötte aller deutschen Stämme, ja der ganzen Welt geworden. Das hat die „friedliche Revolution" mit sich gebracht. Alles predigt Ruhe und Ordnung, mit Recht, um eine noch tiefere Senkung der öffentlichen und privaten Wirtschaft zu verhüten. Eisner stürmt immer mit Worten gegen den „Kapitalismus" an. Allein er hat es nur diesem Kapitalismus zu verdanken, dem Wunsche, die bürgerliche Privatwirtschaft vor dem vollen Umsturz zu bewahren, daß er so lange sich halten konnte. In jedem anderen Staate hätte man einer solchen Regierung alsbald durch einen Streik der Beamten und Bürger ein Ende gemacht.

Eisner hat auch die deutschen Interessen vor dem feindlichen Ausland in der schnödesten Weise geschädigt, von den ersten Stunden, da er das Ministerpräsidium an sich riß, bis zu den jüngsten Tagen des internationalen Sozialistenkongresses in Bern, wo er durch sein Geschwätz über die Schuld am Kriege, über die Kolonial- und die Kriegsgefangenenfrage die allgemeine Entrüstung aller Deutschen, mit Ausnahme der „Frankfurter Zeitung", wachgerufen hat. Vom Reiche aus hat man sofort ein Mittel geschaffen durch eine Bestimmung in der provisorischen Verfassung, mit welcher der Verstand auch gegen Eisnereien durchgesetzt wird. Man hat in Bayern wenig beachtet, was für unsere Verhältnisse der zu § 2 der provisorischen Reichsverfassung am 10. Februar angenommene Zusatzantrag bedeutet: „Der Staatenausschuß wird gebildet von Vertretern derjenigen Freistaaten, deren Regierungen auf dem Vertrauen einer aus allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlen hervorgegangenen Volksvertretung beruhen." Das ist durchaus eindeutig und zwingend für Bayern. Wenn Bayern nich

schleunigst eine ordnungsgemäße, vom Landtag ernannte Regierung erhält, dann bleibt es ohne Vertretung im Staatenausschuß.

Ueber die Plötzlichkeit, mit der am Mittwoch, den 12. Februar, durch Verfügung des Ministers des Innern Auer der Landtag einberufen worden ist, hat man sich allgemein gewundert. Verwaltungstechnisch gehört der Landtag in das Ressort des Ministeriums des Innern. Allein Landtagseinberufungen werden durch alle Minister gegengezeichnet. Der Ministerrat hat die Einberufung in Abwesenheit Eisners beschlossen, und da hat man zu der Aushilfe gegriffen, Auer allein gegenzeichnen zu lassen. Eisner hat sich dann wohl oder übel angeschlossen und sich einverstanden erklärt, obwohl er den Landtag durch alle Scherereien noch längere Zeit fernhalten wollte. Es drohte der Regierung, daß der Landtag aus eigener Zuständigkeit zusammengetreten wäre, was eine für das Eisner-Ministerium unhaltbare Situation ergeben hätte. Doch weit stärkeren Druck übte der von der Deutschen Nationalversammlung ausgeübte Zwang durch Annahme der oben angeführten Verfassungsbestimmung aus. Der Landtag mußte so schnell wie möglich einberufen werden, um eine Regierung herzustellen, die im Staatenausschuß den gegebenen Anteil Bayerns an den Reichsgeschäften ausüben kann. Es ist zuzugeben, daß mehrere Minister, wie Frauendorfer, Auer und Timm von jeher für die schleunige Einberufung des Landtags eingetreten sein mögen. Vom Verkehrsminister von Frauendorfer steht es seit dem 6. Februar fest, da er im Eisenbahnrat Gelegenheit genommen hat, mit aller Entschiedenheit die sofortige Einberufung des Landtags zu verlangen, unter scharfer Kritik der Bankerottwirtschaft im Staate. Es ist sogar zu vermuten, daß Frauendorfer zurückgetreten wäre, wenn seine Forderung nicht Erfüllung gefunden hätte. Allein wer weiß, ob alles so schnell und reibungslos gekommen wäre ohne das Diktat vom Reiche her, gegen welches jede weitere Obstruktion Eisners und seiner Genossen im Ministerium unmöglich geworden ist. Am 10. Februar faßte die Nationalversammlung den Beschluß, am 11. Februar beschloß der bayerische Ministerrat schon die Einberufung des Landtags!

Unter diesem Zwang muß auch das Revolutionsministerium Eisner zurücktreten. Eisner hat der „Frankfurter Zeitung" mitgeteilt, er sehe „vorläufig" keinen Grund ein, zurückzutreten. Nach der Reichsverfassung ist die provisorische Regierung in Bayern jedoch zum Rücktritt gezwungen. Derlei Sprüche Eisners bedeuten gegenüber der realen Macht der Tatsachen nichts. Bayern muß im Staatenausschuß vertreten sein und darum muß es eine der Reichsverfassung entsprechende, vom Bayerischen Landtag ernannte Regierung haben.

Frauendorfer und die Rechtssozialisten wollen sich außerdem von den linkssozialistischen Ministern Eisner, Jaffé, Unterleitner trennen, die alle drei leistungsunfähig sind und bei deren weiterem Amtieren Bayern in die allergrößten Schwierigkeiten geriete, die Sozialdemokratie aber zugrunde gerichtet würde. In der sozialdemokratischen Presse wurde Eisner vom ersten Tag seines Regiments als Luft behandelt und unausgesetzt der Kritik unterstellt. Die sozialdemokratische „Fränkische Tagespost" (Nr. 37 vom 13. Februar) erklärt jetzt: „Daß bei der Neubildung (des Gesamtstaatsministeriums) die drei „Unabhängigen" nicht mehr in Betracht kommen, ergibt sich aus dem Stärkeverhältnis der Parteien im Landtag. Die Person Eisner wäre aber als Ministerpräsident, auch abgesehen von diesen Erwägungen, unmöglich geworden". Diese offene Sprache zeigt die Entschlüsse der Mehrheitssozialisten gegenüber Eisner und Genossen an, die als Minister der Verflüchtigung preisgegeben werden.

Es ist also damit zu rechnen, daß am 21. Februar die Revolutionsregierung dem bayerischen Landtag ihre Entlassung einreicht. Daß dieser dann die bisherige Regierung ersucht, ihre Aemter fortzuführen, ist schon wenig wahrscheinlich, obwohl Eisner damit zu rechnen scheint. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Luftreinigung sofort vorgenommen und die drei unmöglichen Minister ihre Entlassung erhalten.

Eisner hat sich nun wieder hinter die Arbeiter- und Soldatenräte gesteckt, mit denen er stehen und fallen will. Eisner will mit dieser Organisation das bayerische Volk revolutionieren und fordert, derselben eine verfassungsmäßige Existenz zu geben. Sein Stammesgenosse, der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Süßheim, hat im Arbeiter- und Soldatenrat eine breite Grundlage für die Räte verlangt, sie sollen selbst im Landtag Gesetzentwürfe einbringen und vertreten, sie sollen in alle Behörden hineinreden können. So wenig wie im Reiche wird in Bayern die Räteorganisation ins Verfassungsleben eingeführt werden. Eine solche grobe Störung staatlicher und gemeindlicher Verwaltungstätigkeit, eine solche immerwährende Beunruhigung des Volkes hat seitens des Landtags die allerschroffste Zurückweisung zu erwarten. Für die Räte als politische Institution gibt es keine staatliche Unterstützung durch Verfassung, Gesetz oder Geldmittel. Sie haben mit dem Zusammentritt des Landtags diese ihre Existenz verwirkt, ganz so wie Eisner und Genossen als Minister.

Es wird nun versucht, noch vor Beginn des Landtags durch öffentliche Demonstrationen die Revolutionsregierung zu einem verpflichtenden Bekenntnis zu der Räteorganisation zu zwingen. In München haben die von land- und wesensfremden, aus dem Norden und Osten zugewanderten Elementen geführten Spartakisten in der Räteversammlung eine Siedehitze der Stimmung zu erzeugen versucht, allein die Demonstrationen nahmen am 16. Februar einen, wenn auch gegen die Regierung gerichteten ruhigen Verlauf, während in Nürnberg allerdings den Spartakisten ein Ueberfall auf das Generalkommando und das Telegraphenamt gelang. Die Revolutionsregierung hat allerdings in der Frage der zu schaffenden Volkswehr nachgegeben und die Werbestellen in die Hände der A.-, S.- u. B.-Räte gelegt, auch dürfen nur gewerkschaftlich und bauernbündlerisch organisierte Arbeiter und Bauern angeworben werden. Zu den politischen Forderungen der Räte soll zunächst eine Landeskonferenz der Mehrheitssozialisten Stellung nehmen. Am Donnerstag soll dann die Antwort an die Räte erfolgen. Die Sache ist also auf des Messers Schneide gestellt. Tags darauf tritt der Landtag zusammen, der das Ministerium Eisner versenkt und dann die positive Arbeit beginnt.

Gedanken über den Wiederaufbau unseres Heerwesens.

Von Generalleutnant z. D. Freiherrn v. Steinaecker, Boppard.

Das Deutsche Reich hat keine Armee, keine Flotte mehr, wir sind wehrlos nicht nur gegen den äußeren Feind, nein, was augenblicklich noch viel schlimmer ist, gegen den Feind im eigenen Hause. Das hat die „glorreiche" Revolution vom November des Unglücksjahres 1918 fertiggebracht. Bei ihr haben wir uns zu bedanken, daß unser armes Vaterland nur mehr Verhandlungs- und Schacherobjekt zwischen unseren Feinden geworden ist. Mit uns wird nicht verhandelt, uns wird der Wille des Gegners aufgezwungen, diktiert, wir haben keine Wahl, wir müssen annehmen, was die Sieger über uns beschließen. Da wir wehrlos im vollsten Sinne des Wortes gemacht worden sind, konnte es kommen, daß die dankbaren Polen, die wir mit kostbarem deutschem Blute von der russischen Tyrannei befreit haben, nunmehr frech und übermütig in deutsche Gebiete eindringen und dem toten Löwen den Fußtritt geben dürfen, ungestraft, unter stiller Freude der Verbandsmächte. So konnte es ferner kommen, daß zuchtlose, arbeitsscheue Pöbelhaufen es verhindern können, daß die Arbeit in vollem Umfange wieder aufgenommen, die Kriegs- in die Friedenswirtschaft umgestellt werden kann, so konnte des Reiches Hauptstadt, so Braunschweig, so Bremen, so Düsseldorf der Schauplatz von Greuelszenen und Gewalttätigkeiten werden, wodurch unser Ansehen in der ganzen Welt einen tödlichen Stoß erlitt. Auf solche Glücksfälle hatten unsere Gegner nicht gerechnet, sie nutzen sie nach Kräften aus, was nur natürlich und folgerichtig ist. Es ist klar, hätten wir, wenn auch nur eine kleine, zuverlässige bewaffnete Macht, dann wäre mit all diesen trostlosen Verhältnissen in kürzester Frist aufgeräumt, der Friede näher gerückt. Allein — wir haben sie ja nicht. Ja, ihr Herren, die ihr die Armee verdorben und hinterrücks erdolcht habt, wie eine englische Zeitung leider nur allzu zutreffend schrieb, eine Armee aufbauen ist schwerer, wie eine solche vernichten; die Geister, die ihr rieft, könnt ihr nun nicht mehr im Handumdrehen bannen. Nun heißt es den Kelch der Erniedrigung bis zur Hefe ausleeren. O, mein armes deutsches Vaterland, o unser armes Volk! Welche Prüfungen hat Gott der Herr dir noch vorbehalten?! Das Folgenschwerste aber wäre, wenn wir nur zu klagen, nicht aber zu handeln, zu arbeiten verständen und uns dazu aufrafften. Wollen wir nicht auf das Recht als freie Nation weiter zu leben verzichten,

muß schleunigst dafür gesorgt werden, daß wir wieder ein wehrkräftiges Volk werden. Es muß schnell, es muß umsichtig an die Arbeit des Wiederaufbaus unserer Wehrkraft herangetreten werden, das Gefühl der Bedeutung der zu lösenden Aufgabe für die Zukunft unseres Volkes muß den Geist der Verhandlungen der Nationalversammlung in Weimar durchdringen. Denn sie ist berufen, diese Arbeit schnell in die Wege zu leiten, schon allein deswegen, damit wir uns nicht im Innern von der Spartakusgruppe, im Osten von den Polen brauchen, was man so sagt, auf der Nase tanzen zu lassen.

Es kann auch für den überzeugtesten Vertreter der Schiedsgerichtstätigkeit im Verkehr der Völker untereinander, für den begeistertsten Anhänger des ach so schönen Gedankens des Völkerbundes keine Frage sein, daß wir im Deutschen Reich auch in Zukunft nicht mit einer Polizeitruppe auskommen werden und können, wie sie z. B. das Großherzogtum Luxemburg hatte. Hierzu wird sich kein Staat, auch wenn eine allgemeine Abrüstung oder Beschränkung der Rüstungen zu Lande und zu Wasser infolge des Friedensvertrages kommen sollte, entschließen. Es muß schon deswegen in jedem Lande eine Armee bestehen bleiben, weil ja sonst der Spruch eines Schiedsgerichts nicht über eine Macht zu seiner Ausführung verfügen würde. Kann ein solches Gericht seinem Spruch nicht Nachdruck durch Gewaltmaßregeln, d. h. durch Waffengewalt, wenn es sein muß, verschaffen, so ist sein Wert gleich Null. Außerdem gibt es den bekannten Dichterspruch, der daran erinnert, daß der Beste nicht im Frieden leben kann, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt. Das hat Gültigkeit für alle Zeiten, solange unser Planet von Menschen und Völkern mit Leidenschaften und Eigeninteressen bewohnt wird. Im übrigen hindert uns nichts im Deutschen Reich, auf eine Polizeitruppe zurückzugreifen, uns auf eine solche zu beschränken, wenn alle unsere Nachbarn mit diesem Beispiel vorangegangen sind, was wohl noch einige Zeit dauern würde.

Also wir müssen eine kampfkräftige Armee bilden. Die erste Frage ist die: auf welchen Grundlagen? Es gibt drei Möglichkeiten, die allgemeine Wehrpflicht, also unsere jetzige Ergänzungsart, das Söldnertum und das Milizsystem. Ich für meinen Teil würde am liebsten das augenblickliche System beibehalten, es hat seine Probe glänzend bestanden, ohne es würden wir nicht den ungleichen Kampf mit Ehren ausgefochten haben, nicht es war daran Schuld, daß wir im Feld vom Feinde unbesiegt, unsere Fahnen zusammenrollen und in die Heimat zurückkehren mußten. Allein ich sehe anderseits auch ein, daß dies wohl aus den verschiedensten Gründen nicht gehen wird. Wir sind darauf angewiesen, angesichts der voraussichtlich furchtbaren, schweren Friedensbedingungen in geldlicher Beziehung auf das sparsamste mit allen Staatsmitteln umzugehen. Wir müssen also am Etat der Landesverteidigung zu allererst zu sparen suchen. Es war ja nicht zu vermeiden, daß durch die Durchführung der allgemeinen Dienstpflicht mit zweijährigem Verweilen bei der Fahne eine ganz gewaltige Zahl Arbeitskräfte dem Wirtschaftsleben längere Zeit entzogen wurden. Auch das müssen wir jetzt vermeiden, jeder Arm muß zur Arbeit in unserer Volkswirtschaft herangezogen werden, um sie zu stärken, uns möglichst bald von Schulden frei vom Auslande unabhängig zu machen. Allerdings geben wir, wenn wir unser bisheriges Ergänzungssystem verlassen, etwas für unser Volk sehr Wertvolles auf, nämlich die körperliche und geistige Erziehung, die der Aufenthalt unter der Fahne mit sich brachte; die Armee war eine vorzügliche Fortbildungsschule für die heranwachsende männliche Jugend, eine Schule des Gehorsams und der Selbstüberwindung, eine Schule aber auch für die körperliche Entwicklung, die dem Manne später in jedem Beruf zugute kam. Auch entsprach das System der allgemeinen gleichen Wehr- und Dienstpflicht dem gewiß nicht von der Hand zu weisenden Gedanken, daß an der Verteidigung des Vaterlandes jeder teilzunehmen verpflichtet sei. Wir können aber meines Erachtens nicht bei der bisherigen Heeresergänzung stehen bleiben, weil sie eben zu teuer ist, das Friedensheer kann nicht mehr die Stärke wie bisher haben — also würde eine gleiche Dienstpflicht doch unmöglich sein. Da wir sparen müssen und wollen, kann von einer Einführung einer Söldnerarmee auch nicht die Rede sein; denn durch die unabweislich zu zahlenden hohen Soldbeträge wird eine solche, wie das die Statistik beweist, die teuerste Heeresart. England war ja das Land der Söldnerheere. Das hatte seinen guten Grund darin, daß das Mutterland in den weit entlegenen überseeischen Besitzungen ein Heer, das sich in England ergänzte, halten mußte. Da nun der Transport in diese immer eine geraume Zeit in Anspruch nahm, besonders ehe noch der Suezkanal eröffnet war, konnte England nur ein Heer von solchen Leuten brauchen, die ihrer körperlichen Verfassung noch dazu geeignet waren in Uebersee zu dienen, ferner aber lange Zeit von England fern zu bleiben in der Lage waren. Damit verbot sich ein Heer der allgemeinen Wehrpflicht mit kurzer Dienstzeit von selbst. Aber noch eins spricht gegen ein Söldnerheer. Wer einmal englische Heeresverhältnisse kennen gelernt hat (ich konnte sie bei mehrfachem längeren Aufenthalt drüben dank des Entgegenkommens englischer Offiziere eingehend studieren), der weiß, was sich unter den englischen Fahnen zusammendrängte und welch geringes Ansehen der Soldatenstand im Volke vielfach mit Recht hatte. Länger brauche ich mich hierüber hier nicht zu äußern.

Es bleibt also noch das Milizsystem. Für dieses haben wir ein sehr gutes Beispiel in der Schweiz. Seine Grundzüge seien in Kürze hier angeführt.

Das Bundesheer wird folgendermaßen gebildet. Nach der Bundesverfassung vom 29. Mai 1874 und dem Organisationsgesetz vom 12. April 1907 ist jeder Schweizer vom 20. Lebensjahre ab wehrpflichtig und zwar bis zum 32. (Hauptleute bis zum 38., höhere Offiziere bis zum 48.) Lebensjahre im Auszug. In diesem wird nach einer Rekrutenschule (je nach der Truppengattung von 60—90 Tagen) siebenmal, bei der Kavallerie achtmal jährlich eine 11 bzw. 14tägige Uebung abgeleistet. Vom 33. bis 40. (Hauptleute bis zum 44., höhere Offiziere bis zum 48.) Lebensjahre ist jeder Schweizer in der Landwehr; diese wird einmal zu einer Uebung von 11 Tagen, mit Ausnahme der Kavallerie, einberufen. Wer aus gewissen gesetzlichen Gründen keinen persönlichen Militärdienst leistet, hat jährlich bis Ende des 40. Lebensjahres eine Ersatzsteuer von 6 Franken nebst Zuschlägen von je 1,50 Franken für 1000 Franken reinen Vermögens und 100 Franken reinen Einkommens, die im Landwehralter auf die Hälfte ermäßigt werden, zu zahlen. Der Höchstbetrag der Steuer beträgt 3000 Franken. Außerdem gehört jeder im Auszug oder in der Landwehr nicht eingeteilte Wehrpflichtige vom 20. bis zum 48. Lebensjahre (Offiziere bis zum vollendeten 52. Lebensjahre) dem Landsturm an. Wehrpflichtige, die keiner Jahresklasse angehören aber zu Hilfsarbeitern tauglich sind, werden dem Hilfsdienst zugeteilt; sie leisten keinen Instruktionsdienst, sind aber militärpflichtig. Soweit in Kürze das Schweizer Milizsystem, wodurch es der Eidgenossenschaft möglich ist, bei einer Bevölkerung von 3¾ Millionen ein Heer von über 211000 Mann aufzustellen. Zugrunde liegen die Zahlen des Jahres 1912.

Ich betonte schon, daß schnell gearbeitet werden muß. Hierfür spricht, abgesehen von unserer ganzen inner- und außerpolitischen Lage, ein wirtschaftlicher Grund. Wir werden doch, das kann man für alle Fälle mit Gewißheit annehmen, eine an Mannschaften und Offizieren wesentlich schwächere Armee wie früher bekommen. Es werden also eine Reihe von Offizieren entweder ausscheiden müssen oder so lange in niederen Stellen verweilen, daß wir wieder die Erscheinungen der Mitte des vorigen Jahrhunderts als Folge der Heeresverminderung nach den Befreiungskriegen erleben, daß es zum Beispiel Leutnants gab, die denselben Rang wie der Vater im Heer einnahmen, eine Ueberalterung und damit ein unhaltbarer Zustand, an dem die Armee schwer erkrankt war. Da es das allgemeine Bewußtsein ist, daß die Offizierstellen vermindert werden, kommen an mich sehr zahlreiche Anfragen des Inhalts: raten Sie mir, den Abschied zu nehmen? Ich bin 5 Jahre Offizier, oder wie denn die Zahl heißt, jetzt ist noch Zeit zum Berufswechsel. Auch besorgte Eltern wenden sich in der gleichen Angelegenheit an mich. Ich kann da nur immer die eine Antwort geben: abwarten bis wir ein neues Wehrgesetz und neue Bestimmungen über die Ergänzung der Offiziere des Friedensstandes haben.[1]) Nur der, der sich in dem jetzigen Beruf als Soldat nicht wohl fühlt, dem das heilige Feuer fehlt, ohne das in keinem Beruf etwas zu erreichen ist, der möge an ein Umsatteln denken. Aber zu welchem Beruf

[1]) Das vom Ministerpräsidenten Scheidemann in der Nationalversammlung am 13. Februar verkündete Arbeitsprogramm der neuen Reichsregierung sieht vor: „Schaffung eines auf demokratischen Grundlagen aufgebauten Volksheeres zum Schutze des Vaterlandes unter wesentlicher Herabsetzung der Dienstzeit. Jeder Truppenteil wählt einen Vertrauensausschuß zur Mitwirkung bei Verpflegung (Kantinen), Urlaub und Unterbringung, sowie bei Beschwerden; Entlassung der in den Kasernen befindlichen Soldaten, auch des Jahrganges 1899; Auflösung der militärischen Behörden, die nur für den Krieg geschaffen waren, und der heute als überflüssig zu erachtenden Friedensbehörden; Fürsorge für die bisherigen aktiven Offiziere und Unteroffiziere; für die Uebergangszeit Bestätigung der bisher von den Soldaten gewählten Führer, soweit sie sich bewährt haben."

man sich nun entschließt, das kann man nur entscheiden oder einen Rat dazu geben, wenn man den jungen Mann wirklich persönlich kennt, auch weiß, wie die geldliche Leistungsfähigkeit der Eltern ist. Nur vor voreiligem Ausscheiden, ehe man etwas Sicheres in Aussicht hat, möchte ich dringend warnen. Es ist nicht so leicht, wie viele meinen, für einen früheren Offizier z. B. in Industrie und Handel eine Stellung zu bekommen, da ein ganz gewaltiges Angebot gelernter junger Leute gerade in diesen Ständen und Berufen vorhanden ist und jedes Geschäft darauf angewiesen ist, in Zukunft mit möglichst wenig Personal auszukommen, um möglichst billig arbeiten zu können. Denn nur bei billigen Erzeugerpreisen können wir hoffen, uns wieder mit der Zeit eine Stellung auf dem Weltmarkt zu schaffen.

Das eine möchte ich zum Schluß meiner Ausführungen betonen: Fachmänner müssen die Sache in die Hand nehmen, für Soldatenräte ist weder beim Aufbau noch in einer neuen Armee Platz, wie die Ereignisse seit der Revolution jedem, der sehen will, mit erschreckender Deutlichkeit gezeigt haben.

Religionsunterricht und Toleranzantrag.

Von Prälat Dr. v. Pichler, Dompropst in Passau.

Der bayerische Unterrichtsminister Johannes Hoffmann hat an die Spitze seines Erlasses vom 25. Januar über den Religionsunterricht in der Schule den Satz gestellt: „Gegen den Willen des Erziehungsberechtigten darf ein Kind nicht zur Teilnahme an einem Religionsunterricht oder Gottesdienst angehalten werden.“ Dieser Rechtsgrundsatz ist nicht aus der bayerischen Verfassung, auch nicht aus der von der jetzigen Revolutionsregierung verkündeten Notverfassung genommen, er entspricht in seinem Wortlaut einem Antrag des fortschrittlichen Abgeordneten Schrader, der im Mai 1905 in der zweiten Toleranzkommission und am 2. Mai 1906 auch im Plenum des Reichstages in der zweiten Lesung angenommen worden ist. Da dieser Rechtsgrundsatz ohne Zweifel mit vollbewußter Absicht jener ministeriellen Entschließung vorangestellt ist, um mit demselben eine Waffe im parlamentarischen Kampf zu haben, so soll hier der historische Verlauf der damaligen Verhandlungen einwandfrei dargestellt werden.

Der im Jahre 1900 von der Zentrumspartei im Reichstag eingebrachte Antrag über die Freiheit der Religionsübung, gewöhnlich Toleranzantrag genannt, hat eine Bestimmung über den Religionsunterricht in der Schule nicht enthalten. Bei der Beratung in der Kommission, die im Frühjahr 1901 unter eingehendster Behandlung aller einzelnen einschlägigen Fragen erfolgte, stellte Abgeordneter Schrader den Antrag: „Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Minderjährige nicht zur Teilnahme an einem Religionsunterricht angehalten werden.“ Einen ganz ähnlich lautenden Antrag brachte der Sozialdemokrat von Vollmar. Nachdem die Behandlung dieser wichtigen Frage angeschnitten war und das Zentrum Stellung nehmen mußte, beantragte Abgeordneter Gröber: „Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten darf ein Kind nicht zur Teilnahme an dem Religionsunterricht oder Gottesdienst einer anderen Religionsgemeinschaft angehalten werden.“ Zur Begründung bemerkte Gröber, sein Antrag wolle die Teilnahme am Religionsunterricht der eigenen Konfession nicht berühren, das sei eine Schulfrage, welche von den einzelnen Staaten zu regeln sei. Sein Antrag solle jene Gesetze beseitigen, welche ein Kind zur Teilnahme am Gottesdienst und Religionsunterricht einer fremden Konfession zwingen und dadurch die Gewissensfreiheit beeinträchtigen. Von freisinniger und auch von konservativer Seite wurde betont, daß mit dem Antrag Gröber allerdings alle Schwierigkeiten für die Katholiken beseitigt werden, nicht aber die großen Schwierigkeiten, welche im Protestantismus aus den verschiedenen theologischen Richtungen sich ergeben. Schrader betonte, ein orthodoxgläubiger Vater müsse das Recht haben, sein Kind vom Religionsunterricht eines freigeistigen Predigers fernzuhalten. Der bekannte hochkonservative Abgeordnete Dr. Oertel erklärte offen, er würde sein Kind lieber in den katholischen Religionsunterricht schicken als zu einem freisinnigen Prediger. Der Zentrumsabgeordnete Dr. Bachem gab zu, daß die vorgebrachten Bedenken nicht unbegründet seien. Auch auf katholischer Seite haben solche Schwierigkeiten im Jahre 1871 sich ergeben, wo man katholische Schüler in Braunsberg und an anderen Orten zwingen wollte, den Unterricht des zum Altkatholizismus übergetretenen Religionslehrers zu besuchen. Die Zentrumspartei könne sich aber nicht auf den Standpunkt stellen, daß auch der von der Unterrichtsverwaltung ausgehende Zwang zur Teilnahme am Religionsunterricht der eigenen Konfession beseitigt werden solle; es wäre das größte Unglück für Deutschland, wenn die Kinder nicht mehr in der christlichen Religion erzogen würden. Der Staat dürfe aber niemand zwingen, am Religionsunterricht einer fremden Konfession teilzunehmen. Wer dem Staat das Recht gibt, einzelne Kinder einer anderen Konfession zuzuführen als die Eltern wollen, der müsse ihm konsequent auch das Recht geben, alle Kinder in einer bestimmten Konfession zu erziehen, oder umgekehrt etwa einen religionslosen Moralunterricht für alle einzuführen.

In der Kommission wurde der Antrag Gröber mit Stimmenmehrheit angenommen. (Mai 1901.)

Die zweite Beratung im Plenum begann am 29. Januar 1902 und wurde wegen verschiedener Hindernisse erst anfangs Mai zu Ende geführt. Am 28. Januar stellten die Sozialdemokraten den Antrag: „Die Religionsunterweisung kommt in allen Schulen des Deutschen Reiches als Unterrichtsgegenstand ausnahmslos in Fortfall.“ Der Fortschrittler Schrader wiederholte am 1. Mai den in der Kommission gestellten Antrag mit einer kleinen redaktionellen Aenderung: „Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten darf ein Kind nicht zur Teilnahme an einem Religionsunterricht oder einem Gottesdienst angehalten werden.“ Der sozialdemokratische Abgeordnete Kunert, ein ehemaliger Lehrer, hielt am 3. Mai eine lange Rede, in welcher er ohne jede Zurückhaltung die sozialdemokratische Auffassung über Religion und Religionsunterricht darlegte. Er verlangte die Entfernung des Religionsunterrichtes aus allen Schulen, natürlich auch aus den Privatschulen. Daraus folge, daß auch in den Seminarien und Präparandenschulen kein Religionsunterricht mehr erteilt werden dürfe. „Das ist eine unabweisliche Konsequenz, die man aus dem Fortfall des Religionsunterrichtes in allen Schulen zu ziehen hat.“ Nun noch die letzte Konsequenz: Es ist die, daß die Aufsicht über die Schule von fachmännischer Seite geführt wird . . . Die Religionslosigkeit der Schule und der Lehrerbildungsanstalten sowie die fachmännische Aufsicht sind die drei wesentlichen Stücke, welche sich in das eine Wort und zu dem einen Begriff zusammenfassen lassen: „Die Weltlichkeit der Schule“ (stenogr. Bericht Seite 5299). Unter Hinweis darauf, daß im Erfurter Programm die Religion als Privatsache erklärt sei, bemerkte er: „Aber in unserem Programm sprechen wir nicht aus, daß die Schule uns eine Privatangelegenheit sei.“ In der nächsten Sitzung zitierte er mit zynischer Offenheit den Ausspruch: „Jede Art der Religion ist eine geistige Mißhandlung und muß, wie die körperliche Züchtigung, aus der Schule verbannt sein“ (stenogr. Bericht Seite 5319). Der liberale Abgeordnete Dr. Hieber konnte mit Recht bemerken, diese Rede habe ihn erinnert an ein Wort: „Religion ist Privatsache, im übrigen aber ein Unsinn.“ Der Antrag Schrader wurde vom Reichstag abgelehnt, der Zentrumsantrag am 5. Mai in zweiter, am 5. Juni in dritter Lesung angenommen. So im Sommer 1902.

Nach der Neuwahl im Sommer 1903 hat das Zentrum seinen Antrag für die Freiheit der Religionsübung wieder eingebracht; dabei hatte § 4 denselben Wortlaut, wie er 1902 vom Reichstag angenommen worden war. Die Beratung begann erst im Februar 1905; die Aufnahme war diesmal wesentlich ungünstiger. Wie Dr. Hieber in der Sitzung vom 18. Februar konstatierte, hatten inzwischen „sämtliche offizielle Instanzen, über welche der deutsche Protestantismus verfügt, sich gegen diesen Antrag ausgesprochen.“ Insbesonders ein juridisches Gutachten des deutsch-evangelischen Kirchenausschusses hatte an allen Einzelheiten des Zentrumsantrags die schärfste Kritik geübt. Der Antrag wurde im April und Mai 1905 in einer Kommission behandelt. § 4 wurde auf fortschrittlichen Antrag in folgender Fassung angenommen: „Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten darf ein Kind nicht zur Teilnahme an einem Religionsunterricht oder Gottesdienst angehalten werden.“ Der Antrag des Zentrums wurde mit erheblicher Mehrheit abgelehnt. Auch die Zentrumsmitglieder stimmten dann für den fortschrittlichen Antrag. Ausschlaggebend dafür waren die geradezu erschütternden Klagen über die Behandlung der Dissidentenkinder in den preußischen Schulen. Namentlich der freisinnige Abgeordnete Kopsch, Rektor an einer Berliner Schule, gab damals eine geradezu ergreifende Schilderung über die Zustände, welche

in Berlin in bezug auf den Religionsunterricht sich herausgebildet hatten. Es komme häufig vor, daß ein Kind aufsteht und erklärt: Ich habe nichts gelernt, der Vater hat es verboten, er sagt, das sei ja alles Unsinn. Dadurch würden die übrigen Kinder zur Heiterkeit angeregt, der ganze Erfolg des Religionsunterrichts für alle Kinder sei vereitelt. Adolf Hoffmann (der jüngst abgegangene sozialdemokratische preußische Kultusminister) erzählte dabei des längeren und breiten seinen jahrelangen Kampf gegen diesen Zwang zum Besuch des Religionsunterrichts und fügte bei, er habe endlich sein Kind in den jüdischen Religionsunterricht geschickt, um diese ewige Plage los zu werden.

Wegen Schluß der Session wurde der Antrag im Plenum des Reichstags nicht mehr behandelt.

Zum dritten Male brachte das Zentrum seine Anträge am 30. November 1905. Der hier einschlägige § 4 hatte folgende Fassung: „Zur Teilnahme an einem Religionsunterricht oder Gottesdienst, welcher der religiösen Ueberzeugung der Erziehungsberechtigten nicht entspricht, kann ein Kind gegen den ausdrücklichen Willen der Erziehungsberechtigten nicht angehalten werden." Die Sozialdemokraten beantragten, den neueingeschalteten Relativsatz zu streichen. Dr. David und Adolf Hoffmann führten dabei aus, die Gewissensfreiheit sei nur dann wirklich gegeben, wenn der Religionsunterricht aus den Staatsschulen überhaupt entfernt werde; das Kind sei noch nicht fähig, dem Religionsunterricht zu folgen, die Lehren der Religion stünden vielfach in Widerspruch mit den Ergebnissen der Naturwissenschaft. Hoffmann meinte: „Wenn die Schule von der Religion befreit ist, so ist das eine Gewissensfreiheit, wie wir sie uns schöner und besser nicht denken können... In der Schule hat die Religion nichts zu tun." Demgegenüber führte der Zentrumsführer Dr. v. Hertling aus: „Da sind wir freilich ganz anderer Ansicht. Wir meinen, daß eine Staatsschule, hinter der der staatliche Zwang steht und die den Religionsunterricht und die religiösen Grundlagen der Erziehung beseitigen würde, nicht die Freiheit für sich in Anspruch nehmen könnte, sondern als ärgste Gewissenstyrannei gegenüber den christlich gesinnten Eltern wirken würde. Solange der Staat — und dazu ist er nach meiner Ansicht vollkommen berechtigt — ein gewisses Maß von Kenntnissen seitens der Untertanen verlangt, solange er deshalb aus seinen Mitteln Schulen errichten muß, in denen sich die Minderbemittelten dieses Maß von Kenntnissen aneignen können, solange muß der Staat darauf Rücksicht nehmen, daß die weitaus größte Zahl seiner Bürger den christlichen Bekenntnissen angehören und nach ihrer Ueberzeugung und ihrem christlichen Pflichtbewußtsein ihre Kinder nur in eine solche Schule schicken können und wollen, in denen die Erziehung auf christlicher Basis geleitet wird." (Stenogr. Bericht Seite 909.)

Eine Kommissionsberatung wurde damals selbst vom Zentrum nicht mehr verlangt. In der zweiten Lesung wurde dem sozialdemokratischen Antrag mit erheblicher Mehrheit nachgegeben und der oben angeführte Relativsatz gestrichen. Damit war auch für diese Session die Behandlung abgeschlossen.

Am 20. Februar 1907 wurde der Toleranzantrag nochmal — zum vierten Male — eingebracht; § 4 mit demselben Wortlaut wie am 30. November 1907; der Antrag kam damals überhaupt nicht zur Verhandlung.

Die Stellung des Zentrums in dieser Frage ist somit deutlich gekennzeichnet. Nun sagt die sozialdemokratische „Münchener Post" in Nr. 27 vom 3. Februar, der bayerische Kultusminister Hoffmann habe sich nur erlaubt, einen vom Zentrum im Reichstag verteidigten Grundsatz durchzuführen. Sie beruft sich dabei auf eine Rede, welche Dr. Bachem am 9. Februar 1905 im Reichstage gehalten habe, und fügt dann bei: „Wenn ein bayerischer Minister einen Zentrumsantrag durchführt, dann wird er nicht etwa vom Zentrum öffentlich gelobt, sondern der „brutalen Vergewaltigung" des religiösen Gewissens bezichtigt . . . Eine gröbere Entstellung der Wahrheit und eine skrupellosere Volksverhetzung ist wohl kaum noch möglich".

Wir müssen den schweren Vorwurf der groben „Entstellung der Wahrheit" dem sozialdemokratischen Blatt zurückgeben. Nicht einen Zentrumsantrag hat Minister Hoffmann zur Grundlage seiner Verordnung genommen, sondern einen freisinnigen Antrag, dem das Zentrum 1901, 1903, 1905 und 1907, wie vorstehend dargelegt, genau formulierte Gegenanträge gegenübergestellt hat. Die Begründung des Zentrumsantrages führte 1905 Dr. Bachem. Aus seiner Rede vom 4. (nicht 9.) Februar entnimmt die „Münchener Post" einige Sätze, welche im Zusammenhang den entgegengesetzten Sinn haben, als wie die „Münchener Post" herauslesen will. Dr. Bachem wies auf die Zeit der Reformation hin, wo die Reichsstände das Recht in Anspruch nahmen, ihre Untertanen zu der Konfession zu zwingen, welcher sie selbst anhingen; dieser Staat des bewußten Religionszwanges sei in Deutschland durch die historische Entwicklung überwunden, der heutige Staat bekenne sich als Staat zu keiner Religion mehr, er wolle als solcher konfessionslos sein und könne auch „nicht mehr das Recht beanspruchen, einseitig zugunsten einer bestimmten Religionsauffassung seine staatlichen Machtmittel einzusetzen". Bachem bemerkte weiter, der Staat dürfe in die Geisteskämpfe der Religionsparteien mit seinen Machtmitteln nicht eingreifen.

Der Gegensatz ist hiernach klar: Der bayerische Kultusminister will den Religionsunterricht überhaupt aus der Schule verdrängen; beim Toleranzantrag handelte es sich darum, die Mißstände zu beseitigen, welche durch den übertrieben ausgedehnten Zwang des Staatskirchentums zum Besuch des Religionsunterrichts der Staatskirche herbeigeführt worden waren.

Klage eines vereinsamten Elsässers um das deutsche Wasgauland.

Von Dr. August Joseph Müller.

Wäre ich ein Dichter wie mein Landsmann Balde S. J., der „deutsche Horaz", so würde ich eine jener erschütternden Elegien schreiben, die er bei der Losreißung seiner schönen Heimat vom heiligen Reiche deutscher Nation nach dem Dreißigjährigen Kriege verfaßt hat. Aber auch ein Balde stände damit ziemlich allein da: die Volksseele hätte er nicht mehr hinter sich. Das erhöht freilich noch die namenlose Tragik des Augenblicks!

Wie das nur möglich war? Ein Land und ein Volk, so kerndeutsch von Natur, Sprache und Abstammung wie nur möglich, mit deutschen Burgen und deutschen Dörfern, mit einer herrlichen deutschen Vergangenheit, mit den deutschen Mystikern und Humanisten an der Grenzscheide zweier Zeitalter, mit den deutschen Reichsstädten und Reichsherrschaften bis tief in die französische Annexion hinein, mit dem zähen Kampf um deutsche Eigenart und Zunge bis an die Schwelle der Wiedervereinigung mit dem deutschen Mutterland trotz der Französierungsversuche von mehr als zwei Jahrhunderten! Und jetzt dieses scheinbar ausnahmslose, geradezu hysterische Jubeln und Jauchzen und Schwelgen beim Einmarsch der Franzosen, dieses jeden Halts entbehrende, geradezu würdelose Wegwerfen an den bisherigen Landesfeind, diese Erklärung der elsässischen Studentenschaft über ihre stets französisch gebliebene Eigenart und diese Proklamation der elsässischen Kammer über die unveräußerlichen Rechte Frankreichs, dieses Flattern der Trikolore von allen Häusern und dieses Küssen der französischen Fahnen und dieses Umarmen der französischen Truppen und dieses endlose Rufen Vive la France! Woher ein solch schroffer und radikaler, allen psychologischen Gesetzen gleichsam ins Antlitz schlagender Wechsel?

Gewiß ist viel, unendlich und unverzeihlich viel an diesem deutschen Grenzvolk von deutscher Seite all diese 47 Jahre hindurch gesündigt und gefrevelt worden: selbst dem Blindesten öffnet die gegenwärtige elementare Reaktion darüber nun die Augen! Brutalität und Ungeschicklichkeit haben sich bei Regierung und Eingewanderten im Namen der „Germanisation" die Hand gereicht. Aber der letzte Rest des Deutschtums, deutschen Denkens und Fühlens, der Liebe und Achtung für Deutschland war damit diesen seinen urechten Söhnen an der Westmark doch noch nicht verleibet und aus dem Herzen gerissen; mochte auch das positive Mitempfinden mit dem großen deutschen Vaterlande mehr und mehr erkalten, noch immer blieb die Art eine deutsche und wollte mit ganz vereinzelten phantastischen Ausnahmen von einem Wiederanschluß an Frankreich nichts wissen. Ja noch zu Beginn des Krieges stand weitaus die Mehrheit auch in der Gesinnung auf deutschem Boden und wurde die elsässische Volksseele unwillkürlich vom patriotischen Schwunge mitgerissen, der damals durch die deutschen Lande ging. Wer daran zweifelte, brauchte nur die ausziehenden Krieger und die vielen Freiwilligen unter ihnen sich anzusehen, entgegen der aus dem Finger gesogenen Behauptung des Präsidenten Deschanel in der französischen Kammer, dieser Auszug wäre für die Elsässer der Qualen schlimmste gewesen.

Was aber eine halbhundertjährige Bedrückung im Frieden nicht fertigbrachte, das erreichte der hier bis zur Unerträglichkeit gesteigerte deutsche **Militarismus im Kriege**: eine fast völlige Ausrottung des deutschen Sinnes und eine wahre Epidemie zugunsten Frankreichs. Insbesondere einzelne rohe Ausschreitungen in den ersten Kriegswochen — wie wohltuend muß sich dagegen die Verteilung von Schokolade und Zuckerbrot durch die französischen Soldaten ausnehmen! — bewirkten einen jähen Umschlag und die fortgesetzten Quälereien eines nahezu rechtlosen vierjährigen Ausnahmezustandes boten der Volkswut immer neue Nahrung. Ich selbst denke noch mit Ingrimm an die Behandlung, die auch mir stellenweise zuteil wurde. Und doch muß ich zur Verteidigung der vielgeschmähten deutschen Armee bekennen, wenn ich der Wahrheit die Ehre geben will, daß bei weitem das **Gros der deutschen Soldaten** auch im Elsaß, abgesehen von einigen Entgleisungen im Anfang, durchaus anständig und rücksichtsvoll mit der Bevölkerung umging. Und wenn die Metzer z. B. dem Berichterstatter des „Figaro" triumphierend erzählten, es sei ihrer großen Schlauheit zuzuschreiben, daß sie doch immer genug zu essen und weit mehr Lebensmittel hätten, als ihnen zustand, so ist das nur eine optische Täuschung über die unzweifelhafte Tatsache, daß die Anwendung mancher Vorschriften in vielem milder war als in Altdeutschland.

Und doch — sollte damit wirklich der letzte Rest und die letzte Hoffnung endgültig begraben sein? Ob nicht neben den vielen lärmenden Demonstranten doch noch viele in stummer Klage ebenfalls ihr Haupt senken? Und ob selbst die anderen, wenn der erste Freudenrausch vorüber ist und sie sich vor die **rauhe Wirklichkeit** gestellt sehen, aus ihrem Taumel erwachen und dessen bewußt werden, was sie verloren haben oder zu verlieren drohen? Warum sträubt sich denn Frankreich so hartnäckig gegen eine geordnete Volksabstimmung entsprechend dem nationalen Selbstbestimmungsrecht, mit der merkwürdigen Begründung, das Plebiszit schließe eine Billigung des Frankfurter Friedens ein und habe tatsächlich schon stattgefunden (durch die Ovationen!), wie u. a. Clémenceau in der Pariser Kammer erklärte? Und warum polemisiert man dann so heftig gegen den Plan einer völligen Unabhängigkeit und Neutralisierung Elsaß-Lothringens, der bloß von deutschen Agenten oder utopistischen Schwärmern ausgeheckt sein soll, wie die sich selbst schändende einheimische Presse behauptet?

Ein kostbares Erbstück aus der deutschen Vergangenheit und ein gewisses Unterpfand deutscher Zukunft besitzt das Elsaß nach wie vor zunächst in seiner deutschen **Volkssprache**, welche noch in den sechziger Jahren die elsässischen Geistlichen wie Löwen gegen die amtlichen Verdrängungsversuche verteidigt haben. Zweifellos wird auch jetzt ein Kampf auf Leben und Tod zur Unterdrückung des Deutschen auch in der Schule und im Religionsunterricht geführt werden. Wir wollen hoffen, daß auch dann der Klerus seinen Mann stellen und diesen Raub am elsässischen Volkstum nicht zulassen wird! Schon kündigt sich dieser Kampf gegen das deutsche, aber auch der Widerstand des einheimischen Elements an, wie die erregten Debatten im Mülhauser Gemeinderat dartun. Bereits weist der Bericht Messineys im Ausschuß der französischen Kammer auf die lebhafte Mißstimmung der elsaß-lothringischen Einwohnerschaft über die französische Verwaltung und die Gefahr einer furchtbaren moralischen Katastrophe hin.

Noch stärker wird aber der Kampf um die angestammte **Religion** entbrennen. Zwar haben die französischen Generäle in ihren Proklamationen den Elsaß-Lothringern feierlich versprochen, daß ihre religiösen Traditionen nicht angetastet werden sollten; voraussichtlich wird man sogar die Gehälter den Pfarrern noch einige Zeit hindurch ausbezahlen; ja viele geben sich der optimistischen Erwartung hin, die französische Regierung werde zum Teil mit Rücksicht auf das Elsaß eine andere Kirchenpolitik einschlagen oder wenigstens für die elsässischen Katholiken eine Ausnahmebehandlung eintreten lassen. Das sind natürlich eitle Wahnvorspiegelungen: einerseits wird das jetzige Regierungssystem eher gestärkt als geschwächt aus dem Kriege hervorgehen, anderseits kann es dem Elsaß nicht eine andere Gesetzgebung angedeihen lassen als dem übrigen Reiche, wird also konsequent auch für Elsaß-Lothringen das Konkordat verschwinden lassen müssen. In welch schneidendem Gegensatz zur naiven Volksvorstellung, die beim Einzug der Franzosen Kruzifixe und Kirchenfahnen ausstellte, als ob es sich um eine Fronleichnamsprozession handelte, steht die vom Pariser Kardinal Amette in öffentlicher Predigt gebrandmarkte Tatsache, daß beim Dankgottesdienst in Notre Dame die anderen Regierungen vertreten waren, von der französischen dagegen mit überlegter Absicht kein einziger Vertreter erschien! Bereits jetzt muß den elsässischen Katholiken die Tatsache zu denken geben, daß bezeichnenderweise ein notorischer Freimaurer an die Spitze der Senatskommission zur Regelung der **Kultusangelegenheiten in Elsaß-Lothringen** gesetzt wurde und auch gleich die **Entchristlichung der Volksschule als wesentlichen Programmpunkt** aufgestellt hat. Namentlich in dieser Beziehung wird es für das Elsaß noch ein furchtbares Erwachen geben und vielleicht bald der Zeitpunkt kommen, wo es sich nach der deutschen Herrschaft zurücksehnen wird, falls es sich nicht etwa ganz durch die radikale französische Woge fortschwemmen läßt. Gewiß hat die deutsche Kirche nach der Revolution keinen viel leichteren Stand zu erwarten — und dieser Gedanke dürfte mehr als alles andere geeignet gewesen sein, die positiven elsaß-lothringischen Elemente vollends von Deutschland abzustoßen; aber immerhin wird das vergangene deutsche Regiment trotz seiner ungemein schädlichen Protestantisierungstaktik in der Respektierung des Kultus und seiner Diener mit dem französischen den Vergleich reichlich aufnehmen können. Und vielleicht beschert ihm der energische und geschlossene Widerstand der deutschen Katholiken doch noch eine bessere Zukunft!

Der Logenansturm gegen die katholische Ehe in Deutsch-Oesterreich.

Von Ottokar Krok.

Auch dem Blinden muß nachgerade die Planmäßigkeit auffallen, mit der wie auf Kommando in **allen** neuerstehenden Republiken (Preußen, Bayern, Deutsch-Oesterreich, Tschechoslowakischer Staat, Ungarn usw.) der **Kulturkampf** einsetzt. Ebenso auffallend ist die Eile, mit der die kulturkämpferischen Forderungen verwirklicht werden sollen. Wir erklären uns diese Ueberstürzung damit, daß die **Loge**, die bei uns hinter diesem Kampfe steht, wohl mit Recht, sich sagt: Jetzt — zurzeit allgemeiner Verwirrung und seelischer Depression — oder nie! und daß sie fürchtet, die Entchristlichung namentlich der jetzt politisch gleichberechtigten Frauen möchte doch noch nicht soweit vorgeschritten sein, als es für ihre Ziele wünschenswert erscheint. Doppelt zu verwundern ist diese Hast in Deutsch-Oesterreich. „Noch sind, wie Staatsrat Dr. **Jerzobek** sehr richtig betonte, die Grenzen unseres Staates nicht fixiert, unser Finanzwesen ist in der größten Zerrüttung, Hunderttausende gehen herum, deren Wunden noch nicht vernarbt sind, wir ächzen unter der ungeheuren Teuerung, die Hungersnot fordert immer größere Opfer, Wucher und Schleichhandel blühen wie nie zuvor — aber niemand kämpft gegen diese Uebel, so sehr der Kampf nicht nur von einigen Tausenden begrüßt würde, sondern von der Gesamtheit."

In Deutsch-Oesterreich begann der Kampf, seit langem vorbereitet, mit einem **Ansturm gegen die katholische Ehe**. Die Triebfeder dieses Ehereformskandales ist der Jude Dr. Ofner, als Berichterstatter für die Nationalversammlung fungierte der (getaufte) Jude Dr. Neumann. Die Hauptpunkte der „Reform" sind folgende: **Die Ehen der Katholiken sollen künftighin nicht nur, wie bisher, geschieden, sondern getrennt werden können.** Den bisherigen Ehescheidungsgründen (§ 115 A.B.G.B: Ehebruch; Verurteilung zu wenigstens fünfjähriger Kerkerstrafe; boshaftes Verlassen des anderen Ehegatten; gefährliche Nachstellungen; wiederholt schwere Mißhandlungen; schwere drei Jahre andauernde Geisteskrankheit) wurde als weiterer Trennungsgrund beigefügt: völlige Zerrüttung der Ehe. Das Ehehindernis des Ehebruches soll der Eingehung einer neuen Ehe nicht mehr im Wege stehen, das Ehehindernis der Religionsverschiedenheit (zwischen Christen und Nichtchristen) soll aufgehoben werden.

Als **Verteidiger der katholischen Ehe** finden wir allein die Christlichsozialen, deren Ausführungen in jeder Hinsicht gründlich und würdig waren. Die Stellung der **Regierung** war unentschieden. Sie hat einerseits das im § 111 A.B.G.B. betonte Prinzip, daß das Band der gültigen Ehe nur durch den Tod eines Ehegatten getrennt werde, aufrechterhalten, anderseits aber den obengenannten § 115, der bisher nur für Akatho-

liken maßgebend war, auch auf Katholiken ausgedehnt. Der Staatssekretär für Justiz Dr. Roller erklärte zwar: „An dem Grundsatz ist festzuhalten, daß die Ehe als dauernde Lebensgemeinschaft für gute und schlimme Tage die Grundlage der Familie, des Volkes, der ganzen Gesellschaft und des Staates immer bilden wird, an der nicht gerüttelt werden darf," er führte jedoch den Gedanken nicht konsequent weiter, sondern glaubte Konzessionen für besonders harte und drückende Fälle machen zu müssen. Bezeichnend war die Abstimmung. Mit den Christlichsozialen stimmten 11 Deutschnationale offen gegen die „Ehereform", 26 stimmten für die Ehezerstörung. Sie merkten nicht, um mit Abg. Miklas zu reden, daß diese Kulturfragen der Nasenring sind, mit dem das Judentum und die Sozialdemokratie sie nach sich ziehen. Etwa 30 Deutschnationale blieben der Abstimmung ferne, wohl nicht aus prinzipiellen Gründen, sondern weil sie es nicht für opportun hielten, unmittelbar vor den Wahlen, zudem in einer „provisorischen" Nationalversammlung, für eine Sache einzutreten, die weite katholische Kreise unter Führung des Gesamtepiskopates zu scharfen Protesten veranlaßt hatte. Es bleibt freilich unerfindlich, daß die Deutschnationalen allein aus nationalen Gründen nicht einig wie ein Mann gegen die Eheverderber vorgegangen sind, da wohl von einer weiteren Auflösung der Ehe niemand eine Förderung des Volkstums und der Volkskraft wie auch Behebung der im Kriege geradezu unheimlich gewordenen Volksschäden — es sei nur an den Geburtenrückgang erinnert — erwarten kann. Daß die Juden und die verjudete Sozialdemokratie — in Wien allein sind mehr als ein Dutzend Juden als ihre Kandidaten für die kommende Nationalversammlung aufgestellt! — für die Ehetrennung eintraten, wird nicht verwundern, da man in den Kreisen der extremen Kulturkämpfer nicht soviel Rücksicht voraussetzen darf, rein katholische Angelegenheiten den Katholiken zur Entscheidung zu überlassen. Nur mit 62 gegen 52 Stimmen wurde also der Antrag der Christlichsozialen auf Uebergang zur Tagesordnung angenommen.

Bei den Gegnern ist die Frage der „Ehereform" deshalb nicht von der Tagesordnung abgesetzt. Sie wird, wie Kardinal Piffl bei einer eindrucksvollen Kundgebung der Wiener Katholiken hervorhob, auch „in die neue Nationalversammlung kommen, und mit ihr das Gesetz über Trennung von Kirche und Staat, über die konfessionslose Schule .... Wir dürfen uns keinen Augenblick täuschen, daß das kein Opportunitätskampf, sondern ein Kampf um Grundsätze ist, ein Entscheidungskampf zweier Weltanschauungen." Diese Auffassung erhält ihre Bestätigung durch die Sprecher der Gegenparteien in der Nationalversammlung, wie durch eine Erklärung des bekannten Freimaurers E. V. Zenker, der nach dem Wiener „Abend" bei einer Versammlung des Eherechtsreformvereines hervorhob, man ziehe aus der Ablehnung des Antrages Sever die unumgängliche Schlußfolgerung, daß die unerläßlichen Kulturforderungen (!) nicht auf schmerzlosem Wege durch Abschlagszahlungen hereinzubringen seien, sondern mit einem Male durch die restlose Trennung von Kirche und Staat durchgeführt werden müßten. Es wurde bei dieser Sitzung beschlossen, den Kampf im großen zu organisieren unter Einziehung aller beteiligten und leitenden Kreise, Einrichtungen und Körperschaften. Von dem Gesicht, das die Republik nach den Wahlen zeigen werde, würden auch die Mittel und Wege abhängen, die zur Erreichung des Zieles einzig geeignet erscheinen.

Die Folgerungen für uns Katholiken aus dieser Sachlage sind klar. Was die Ehereform anlangt, so müssen wir, wie Dr. Ude sehr richtig betonte, die Wurzel des Uebels zu beseitigen trachten, d. h. mit allen Mitteln kämpfen gegen das Vorbordell (Theater, Kino, Schundliteratur, erotische Kunst, sexuell betonte Frauenmode, Uebersättigung mit Genußgiften) und Bordelleben, wir müssen die Religion und ihre heilenden, helfenden Kräfte im öffentlichen Leben fruchtbar machen. Da es den Kulturkämpfern aber nicht um einzelne Einrichtungen der Kirche zu tun ist, wie manche irrtümlich glauben, die da fordern, die Kirche müsse sich in manchen Punkten „modernisieren", sondern der Kampf der Kirche als solcher gilt, so lautet die weitere Forderung: Praktisch katholisches Leben, Organisation und Presse. Nur so werden wir siegen!

A.S.R. und Demobilisation.

Von A. Saget.

Unter den Verdiensten der Revolution, welche die Ueberwachungsorgane, die A.S.R., so gern aufzuzählen pflegen, wird der glatte Verlauf der Demobilisation angeführt. „Ungeheures" sollen die A.S.R. auf diesem Gebiete geleistet haben.[1]) Einem Mitglied der Front, das den ganzen Rückzug erlebt hat, sei es gestattet, zu der Frage des verdienstvollen Eingreifens der A.S.R. Stellung zu nehmen und mit weiterem Material zu dienen.

Die Verpflegung der Mannschaften bildet eine der wichtigsten und schwierigsten Probleme der Heeresleitung. Ihre Einrichtung und Organisation ist ein minutiös arbeitendes Räderwerk.[2]) Dazu gehören Eisenbahn und Telegraph, die eine ungemein große Rolle spielen für Herbeischaffung des Proviants. Sie müssen demnach reibungslos arbeiten, soll die Verpflegung des Heeres gut funktionieren. Inwiefern Eisenbahn und Telegraph in Anspruch genommen werden, beleuchtet die Tatsache, daß zur täglichen Verpflegung einer Armee — jede Armee zählt rund 600000 Mann und 100000 Pferde — an Zügen notwendig sind: sechs für Verpflegung, fünf für Hafer, zehn für Rauhfutter, zwei für Mehl, jeder Zug zu 50 Waggons, also insgesamt 23 Züge zu je 50 Waggons. Wenn man nun bedenkt, daß etwa 12 Armeen im Westen waren und daß nicht jede Armee eine Bahnlinie für sich hatte[3]), so läßt sich daraus schließen, wie ungemein schwierig und kompliziert schon bei glattem Verkehr die Zufuhr zur Front war: ein feines Räderwerk, das keine Störung vertrug. Durch den Rückzug wurde die Sache noch schwieriger, da die Bahn nicht bloß die Zufuhr, sondern auch die Abfuhr wertvollen Materials und Verpflegung aus den geräumten Gebieten bewältigen mußte. Dazu kamen noch die dauernden Truppentransporte. Jedem Einsichtigen muß hiernach klar sein, daß dies empfindliche und minutiös arbeitende Räderwerk nur von Männern geleitet und geregelt werden konnte, die die Sache von Grund auf verstanden und langjährige Uebung hatten, nicht aber von Leuten, die ohne den Zusammenhang und die innere Abhängigkeit des Ganzen zu ahnen, an irgendeiner Stelle „ordnend" eingriffen und dadurch störend auf das Gesamtwerk einwirkten.

Gerade inmitten des kritischsten Augenblicks der Eisenbahn- und Verpflegungszeit platzte die Revolution hinein und ihre „Kontroll- und Ueberwachungsorgane"[4]), die A.S.R., griffen ohne Zögern in den gewaltigen Apparat ein, um zu dirigieren, ohne Kenntnis der Bedürfnisse oder der Absichten der O.H.L., ohne jedwede Sachkenntnis überhaupt. Es entstand der größte Wirrwarr, so daß die Verpflegung an der Front und in der Etappe ernstlich gefährdet wurde. Der ganze Apparat konnte nicht mehr richtig funktionieren, da seine Leitung nicht mehr in einer Hand blieb, die alle Bedürfnisse und Absichten kannte.[5])

Solche Eingriffe sind von dem A.S.R. in der Heimat zu Tausenden verübt worden. Alle größeren Bahnhöfe und Telegraphen in der Heimat wurden besetzt und der Betrieb zumindest auf Stunden unterbrochen. In einer Zeit, wo es bei der Abnützung und Ueberanstrengung des rollenden Materials auf Ausnutzung jeder Minute ankam, wurde der Abgang abgerufener Züge in der Heimat um Stunden, vielfach um Tage verzögert, bis auf umständliche und zeitraubende Weise die Genehmigung des sich zuständig haltenden A.S.R. eingeholt war. Die so knappen und wertvollen Lokomotiven wurden dazu benutzt, um mit revolutionären Abordnungen im Lande herumzufahren. Tatsache bleibt, daß vom 9. November an auf 10—14 Tage die Eisenbahnzufuhr von der Front zur Heimat fast völlig versagte.

---

[1]) „Frankfurter Zeitung" Nr. 344, 1918, Abendblatt. Siehe die Stellungnahme der „Köln. Volkszeitung" Nr. 995 vom 19. Dezember 1918.

[2]) Die Verpflegungsorganisation einer Armee beginnt in der Heimat mit dem Ankauf durch die Ersatzmagazine, welche die Vorräte dem Proviantdepot zuleiten (Behörde: Kriegsministerium und stellvertretende Intendanturen). Vom Proviantdepot gehen die Vorräte in die Etappe an die Etappenmagazine, von dort in das Operationsgebiet an die Korpsmagazine und die Divisionsmagazine an der Front. Die Zusammenstellung der Verpflegungszüge und die Zuleitung zu den Etappen- und Korpsmagazinen erfolgt durch die Etappenintendanturen auf Weisung des Armee-Intendanten, die Weiterleitung durch die Korps- und Divisionsintendanten.

[3]) Mindestens zwei Armeen hatten eine gemeinsame Bahnlinie, auf der auch noch Munition, Pioniergerät, Fracht und Personen befördert wurden.

[4]) Eisner.

[5]) Generalquartiermeister bei der O.H.L., Feldeisenbahnchef, Generalintendant usw.

Daß das Feldheer diese Verpflegungskrisis überstand, ist dem Umstande zuzuschreiben, daß in den Magazinen dicht hinter der Front Verpflegungsbedarf für 15—20 Tage lagerte. Die Verpflegungskrisis wurde teilweise behoben durch die Tatkraft und rastlose Arbeit der Verpflegungsorgane des Feldheeres, denen es gelang, trotz des gestörten Bahnbetriebes die Vorräte von der Front größtenteils mit der Truppe zurückzuführen. Daß nicht wirtschaftlicher verfahren werden konnte und mehr Vorräte verbraucht wurden oder verloren gingen, als unbedingt nötig war, muß auf das Konto der Revolution mit ihrem Gefolge von Disziplinlosigkeit und Unordnung gebucht werden.

Den Hauptanteil an der Verwirrung des Eisenbahnverkehrs tragen die Entlassungen, die allerorts von den A.S.R. willkürlich und ohne Rücksicht auf die Folgen vorgenommen wurden. Die schlechten Elemente des Feldheeres, die sich bereits während der letzten Kämpfe aus der Front gedrückt hatten und Unruhen stiftend, Eisenbahnwagen und Magazine plündernd[6]) durch das Etappengebiet gezogen waren, gelangten zuerst an die Grenzorte, wurden hier von A.S.R. entlassen und stürzten sich mit einem Schein des Rechtes auf die Züge. Notgedrungen mußte dann ihr Abtransport ins Innere wichtigeren Nachschubzügen zum Feldheer vorgehen. Von geregeltem Abschub konnte bei dem planlosen Zuströmen der Masse keine Rede sein. Zu deren Verpflegung beschlagnahmten und verbrauchten die A.S.R. Magazinvorräte, mit deren Vorhandensein die Feldstellen rechneten, und gefährdeten so die Verpflegung des an die Grenze gelangenden Feldheeres.

Unmittelbar nachteilig auf die Verpflegung des Feldheeres wirkten die in Koblenz und Trier und sicher auch in anderen Orten von den A.S.R. vorgenommenen Entlassungen der Bäcker in den Militärbäckereien. Gerade die Bäckereien der Heimatgarnisonen hätten fieberhaft arbeiten und verstärkt werden müssen, um den an die Grenze gelangenden Truppen genügend Brot entgegensenden zu können. Die bei Etappe, Korps und Divisionen befindlichen Feldbäckereien konnten den Bedarf an Brot auch bei sprungweisem Zurückgehen nicht annähernd zur Hälfte decken, da der Rückmarsch beschleunigt vor sich gehen mußte und neben dem Marsch keine Zeit zum Einrichten und Backen blieb. So kam es, daß z. B. eine Division vom 12.—20. November ohne Brot war und nur Zwieback und Mehl zum Selbstbacken an die Truppen ausgeben konnte.[7])

Gewiß haben die A.S.R. an vielen Orten Verpflegungsstellen eingerichtet, doch kamen diese vornehmlich den Deserteuren und anderen nicht bei der Truppe befindlichen Mannschaften zugute. Das Auffangen, Sammeln und geordnete Abschieben dieser Elemente haben sie durch ihre Entlassungen dem Feldheere erschwert und größtenteils unmöglich gemacht. Ausdrücklich muß festgestellt werden, daß keine geordneten Truppenteile des Feldheeres durch die Tätigkeit der A.S.R. zurückgeführt und verpflegt worden sind, sondern lediglich durch diejenige der Offiziere und Beamten des Heeres, deren Arbeit von keiner Stelle durch die A.S.R. erleichtert, sondern infolge mangelhafter Kenntnis und willkürlicher Eingriffe nur erschwert worden ist. So dauerte es nach dem Eintreffen einer Armee in einer Stadt der Grenze zwei Tage, bis der dortige A.S.R. sich überzeugen ließ, daß das Neben- und Gegeneinanderarbeiten aufhören müsse, und die Leitung aller militärischen Maßnahmen dem A.O.K. überließ.[8])

Aus dem Gesagten geht hervor, daß es eine Entstellung der Tatsachen ist, wenn behauptet wird, daß der glatte Verlauf der Demobilisation ein Verdienst der Revolution sei. Nein, sie hat störend gewirkt auf die Rückführung der Frontsoldaten.

---

[6]) Am 12. November plünderten die Mannschaften eines Rekrutendepots einen Verpflegungszug in Esch (Luxemburg). Die Butter wurde unter anderem für 1 ℳ das Pfund an die Einwohner verkauft, die die Stadt mit französischen und belgischen Fahnen geschmückt hatten. Wir zogen am anderen Tage durch die Stadt. Dieselben Einwohner boten die Butter für 24 ℳ das Pfund an. Aehnliches und noch Schlimmeres fand in der Stadt Luxemburg statt.

[7]) Interessant wären auf diesem Gebiete die Erfahrungen, die andere Divisionen gemacht haben.

[8]) Wie naiv die Vorstellung von der Verpflegung des Heeres in manchen Köpfen war, zeigt ein Vorfall in Luxemburg. Bei einer Revision erschienen mehrere Herren des A.S.R. von einer Stadt der Grenze. Sie wollten an einigen Orten der Marschstraße Verpflegungsstellen einrichten und dachten an 4—5000 Portionen für eine ganze Armee, während Hunderttausende von Portionen notwendig waren, vorausgesetzt, daß die Truppen durch diese Orte zogen. Auch dachten sie nicht daran, daß sie sich vor allem mit dem Armeeintendanten in Verbindung setzen müßten und bei ihm nur erfahren konnten, welche Marschstraßen und Magazinorte in Frage kämen und welche Mengen niedergelegt werden müßten.

Beteiligung am Unternehmergewinn.

Von Dr. F. Habersbrunner, Berlin.

Für eine Beteiligung am Unternehmergewinn kommen alle jene Faktoren in Betracht, die außer dem Unternehmer selbst am Produktionsprozeß beteiligt sind. Als solche erscheinen: der Grundbesitzer, der seinen Grund und Boden, die Arbeiter, die ihre Arbeitskraft, und der Kapitalist, der sein Geld zur Verfügung stellt. Als vierter gesellt sich zu ihnen der Staat und die Gemeinde, die durch Schaffung der Rechtsordnung und gemeinnütziger Einrichtungen die Entstehung und Durchführung der Unternehmungen ermöglichen und sichern. In der Regel ist insbesondere jede größere Unternehmung zum mindesten auf fremde Arbeitskräfte angewiesen, wenn sie schon über den benötigten Grund und das ausreichende Kapital selbst verfügt.

Die Beteiligung von Staat und Gemeinde am Unternehmergewinn beschränkt sich auf den Steueranspruch, der, wenn auch vielleicht in abgestuftem Maße, auch gegenüber anderen Einkommen geltend gemacht wird. Die Beteiligung des Grundbesitzers am Unternehmergewinn ist in der Mehrheit der Fälle zugleich die des Kapitalisten der Unternehmung. Er beteiligt sich um des Risikos willen, das mit der Hingabe von Kapital an eine wirtschaftliche Unternehmung fast notwendig verbunden ist, am Unternehmergewinn über den landesüblichen Zinsfuß hinaus. Darum erscheint es unzureichend, wenn die nationalökonomische Wissenschaft dem Unternehmer mit eigenem Grund und Kapital für die Feststellung des Unternehmergewinnes im engeren Sinne lediglich gestattet, von dem Unternehmensertrage, d. i. dem Unternehmergewinn im weiteren Sinne, neben der Grundrente und dem eigenen Arbeitslohn nur noch die landesübliche Verzinsung des eigenen Kapitals abzuziehen. Warum soll eigenes Kapital eine minderhohe Verzinsung genießen als fremdes, gewöhnlich noch hypothekarisch sichergestelltes Kapital?

Auch Eigner der Produktionskraft Arbeit waren schon bisher am Unternehmergewinn beteiligt. So pflegen die Direktoren von Gesellschaften Tantiemen vom Geschäftsertrāgnis zu erhalten. Zu beachten ist aber einmal die zwingende Einschränkung des § 237 des Handelsgesetzbuches, wonach diese Tantieme von dem nach Vornahme sämtlicher Abschreibungen und Rücklagen verbleibenden Reingewinn zu berechnen ist, und die Tatsache, daß die Tantiemeberechtigung die Höhe des festen Gehaltes beeinträchtigt, ferner, daß diese Direktoren usw. mehr oder minder Unternehmerfunktionen ausüben, keinesfalls also als Arbeiter im sozialen Sinne erscheinen, zu deren Besserstellung heute die Forderung erhoben wird, sie am Unternehmergewinn zu beteiligen. Die Untersuchung der Berechtigung dieser Forderung wird nicht durch die Tatsache präjudiziert, daß das Zeißwerk in Jena ihr zuvorgekommen ist. Der Unternehmer hat ja das freie Verfügungsrecht über seinen Gewinn und kann ihn also auch jedem beliebigen altruistischen Zwecke zuführen. Uebrigens handelt es sich hier um seltene Qualitätsarbeiter, die nicht beliebig ersetzt werden können.

Im Gegensatz hierzu kommt, wenn die Forderung allgemein erhoben und geprüft werden soll, die bis zur Revolution und die hierdurch herbeigeführte soziale Republik sozial niedrig stehende Arbeiterschaft in Frage, in erheblichem Maße also sogar die sogenannten ungelernten Arbeiter. Gewiß hat Deutschland seinen wirtschaftlichen Aufschwung in der Vorkriegszeit auch der Anstelligkeit und dem Fleiß des deutschen Arbeiters zu verdanken, aber für das Gedeihen des einzelnen Unternehmens ist vielleicht die Homogenität seiner Belegschaft mitbestimmend, nicht aber der einzelne Arbeiter. Wäre es anders, würde sich ja gegen die Arbeiterschaft der nicht prosperierenden Unternehmungen ein schwerer, aber durchaus unberechtigter Vorwurf ableiten. Das Gedeihen des einzelnen Unternehmens ist von der technischen Vollendung seiner Produktion und von der kaufmännischen Organisation des Einkaufs der Rohstoffe oder Halbfabrikate und des Absatzes der Erzeugnisse und von der Wahrnehmung der Konjunkturen abhängig, durchwegs Aufgaben des Unternehmers selbst. Beweis dessen ist umgekehrt, daß die Unternehmungen mit ihrer Arbeiterschaft solange wechseln, bis die obenerwähnte Homogenität herbeigeführt ist. Diese Auslese in Verbindung mit einer Erziehung der Arbeiter ist aber wieder eine Aufgabe des Unternehmers. Also aus der Tätigkeit und der Bedeutung des Arbeiters für das Blühen der Unternehmung läßt sich die Forderung nicht begründen, es hat vielmehr bei dem biblischen Wort sein Bewenden:

Der Arbeiter ist seines Lohnes wert! Die vielfach neben dem Lohn gezahlten „Prämien" für Mehrleistung erscheinen lediglich als Abwehr der auf die Uniformierung der Arbeitsleistung und Entlohnung abzielenden Bestrebungen der Arbeiterorganisationen.

Ist das Wesen der Unternehmung in der wirtschaftlichen Tätigkeit des Unternehmers begründet, auf eigene Rechnung und Gefahr, um der Aussicht auf Gewinn willen für fremden Bedarf die Güterproduktion zu besorgen, so erhellt hieraus umgekehrt, daß dieser Gewinn, soweit nicht auch der Grundeigentümer und der Kapitalist über die übliche Grundrente und den landesüblichen Zinsfuß hinaus eine gewisse Risikoprämie in Anspruch nehmen kann, mit Fug und Recht vom Unternehmer ungeschmälert für sich beansprucht werden darf. Es kann aber festgestellt werden, daß der Unternehmer von seinem freien Verfügungsrecht über diesen Gewinn nicht einmal beliebigen Gebrauch machen darf, will er nicht sich und sein Unternehmen der Gefahr des wirtschaftlichen Unterganges aussetzen. Der Traum Pharaos von den sieben fetten und den sieben mageren Jahren wird auch heute noch oft zur Wahrheit, und gerade die Gegenwart legt den Gedanken an die sieben mageren Jahre nahe. Der Unternehmer, der nicht die Gewinne der vergangenen Jahre in Reserve gestellt hat, ist heute noch nicht sieben Wochen den Forderungen der Arbeiter gewachsen. Auch sonst erheischt die Notwendigkeit, den Fortschritten der Technik zu folgen, die Bereithaltung erübrigter Mittel. Ein Blick auf die Entwicklung unserer größten und angesehensten Unternehmungen belehrt ferner, daß sie fast ausschließlich aus kleinen Anfängen herausgewachsen sind. Sie wären in ihrer Entwicklung zum Schaden der deutschen Volkswirtschaft und damit nicht zuletzt der deutschen Arbeiterschaft behindert worden, hätten sie an eine Vielheit von Arbeitern außer dem Lohne auch noch einen für den einzelnen Arbeiter irgendwie belangreichen Anteil an ihrem Gewinn einzelner Jahre abzuführen gehabt; es sei denn, daß solche Gewinnbeteiligung wie bei jenen Direktoren der Gesellschaften zu einer Niedrighaltung der Löhne geführt hätte. Zweifellos würde die Gewinnbeteiligung die Freizügigkeit der Arbeiter beschränken.

Das notwendige Korrelat einer Gewinnbeteiligung der Arbeiter würde überdies die Beteiligung auch am Verlust des Unternehmens sein. Dieser wäre der Arbeiter wirtschaftlich keinesfalls gewachsen. Gewinne der Vergangenheit vermöchte er selbst nicht zu konservieren, würde aber auch sicher bemüht sein, sie dem Zugriff zu entziehen. Wie stünde es aber vollends um die Arbeiter von nicht, nicht mehr oder noch nicht prosperierenden Unternehmungen und um diese selbst? Man gehe nicht an dem zweiten Teil der Frage mit einer kurzen Verneinung der Daseinsberechtigung vorbei. Wieviele sauer erworbene Groschen, wieviele auf ihre Selbständigkeit stolze und hierfür zu Opfern bereite Existenzen des Mittelstandes, wieviele später zu guter Entwicklung bestimmte, gleichsam nur von einem vorzeitigen Rauhreif heimgesuchte Betriebe würde das zum Schaden des ganzen Volkes vernichten! Die Arbeiter dieser Betriebe wären aber gegenüber ihren nicht fleißigeren oder bedürftigeren Berufsgenossen in blühenden Unternehmungen, wenn wir uns solche unter Aufgebot des ganzen, der deutschen Seele innewohnenden Vertrauens für die nächste Zukunft in größerer Zahl vorstellen können, wesentlich benachteiligt.

Die Forderung der Beteiligung der Arbeiter am Unternehmergewinn ist also nicht nur unberechtigt und für die Entwicklung der Betriebe und damit für die Volkswirtschaft und die Arbeiter schädlich, sondern auch der Freizügigkeit der Arbeiter abträglich und in ihrer Wirkung auf die Arbeiter der verschiedenen Betriebe äußerst ungerecht. In letzterer Hinsicht sei nur noch auf die verschiedene Höhe des Gewinnes der einzelnen prosperierenden Unternehmungen, ja des gleichen Unternehmens in den einzelnen Jahren hingewiesen und auf die sich hieraus ableitende Tatsache, daß die Lebensführung des Arbeiters auf eine denkbar unsolide Basis gestellt würde, zumal sich der Konjunkturumschwung häufig ganz plötzlich einstellt.

Aus der Tiefe rufe ich, Herr, zu Dir . . .

Von Rechtsanwalt Aug. Nuß.

Masken schleichen durch die Straßen. Schleichen? Flirten frech einher. „Masken willkommen!" steht in manchen öffentlichen Einladungen zu „karnevalistischen" Veranstaltungen mit herausfordernder Selbstverständlichkeit zu lesen. Maskentreiben und Mummenschanz in dieser Zeit!

Was ist der Sinn des Karnevals? Fleisch lebe wohl, die Zeit der Buße beginnt. Wie? Hat die Zeit der Buße für uns nicht schon längst begonnen? Begann die Zeit der Ein- und Umkehr nicht schon, als wir die ersten Toten des Weltkriegs zu beklagen hatten, als sich die ersten Schatten der Trauer senkten auf unser liebes Volk und Vaterland? Und gar erst jetzt! O armes Deutschland! möchte man mit zitterndem Seelenschmerz hinausschreien in alle Welt — und daheim Fastnachtsstimmung und Sinn für nichtsnutzigen und nichtswürdigen Tand! Trauer und schwere Sorge rings in Stadt und Land — und Masken und schellende Narrenkappen beleidigen auf offenen Straßen Blick und Herz der Trauernden und derer, die die finstere Sorge quält! Unruhen und blutiger Umsturz und opferheischende Putsche im Land, in Deutschland(!) — und Karnevaltreiben ringsumher! Unsere besten Köpfe zermartern sich Tag und Nacht ihr Gehirn, wie sie unser Vaterland und Volk aus diesem schrecklichen Zusammenbruch erretten und aus dem finsteren Chaos und der wirren Finanzwirtschaft, aus Schulden und Frondienst herausführen können zu einer einigermaßen erträglichen Zukunft — und blöder, geistloser Mummenschanz in Stadt und Land! Und an des Rheinstromes Grenze und darüber hinaus hält ein unerbittlicher Feind als Sieger im Lande des Besiegten einen Teil unserer Volksgenossen, ein herrliches und reiches Stück deutscher Heimaterde in eiserner Umklammerung fest — und Mummenschanz und Narrentollheit um uns her! Ja, in diesem besetzten Teile Deutschlands selbst, in einem Orte des rheinhessischen Kreises Alzey hat es ein „närrisches, bestußtes Komitee" für „angemessen" gehalten, beim französischen Ortskommandanten um die Erlaubnis nachzusuchen, einen Maskenball abhalten zu dürfen. Die Antwort des Kommandanten beschämt uns Deutsche tief und ist eine schallende Ohrfeige für einen Teil unserer Volksgenossen. Sie ist wahr und würdig. In einer Zeit, in der Frankreich um seine Söhne trauere, sei es nicht angemessen, in dem von Frankreich besetzten Teile Deutschlands solche leichtlebigen Lustbarkeiten zu begehen. Auch habe Deutschland, wie er annehme, erhebliche Gründe zur Trauer und Sparsamkeit. — Sparsamkeit! Ein ehernes Gebot der Stunde, wenn wir nicht bankrott werden wollen. Sparsamkeit und Arbeit! Und daheim wird das Geld mit vollen Händen zu Scherz und Tand, zu Tanz und Fastnachts-„Ulk" auf die Straße geworfen. Sparsamkeit und arbeitsamer Fleiß! Und daheim üppige Gelage bei teuerem Wein und Sekt und — Weibern! Nahrungssorgen und Hungergespenster — und schlemmerhafter Mummenschanz! Und „gewisse Kreise" wundern sich noch über die maßlose Erbitterung, die „unten im Volk" gegen sie herrscht?

Mit eisernem Besen sollte dieser Maskenstall ausgefegt werden! Wer „wagt" es? Man muß schon das Wort „wagen" gebrauchen.[1]) — Wir reden nicht einem verhärmten, vergrämten Pessimismus das Wort; wir lieben den schaffensfreudigen Optimismus, der uns retten kann. Wir hassen aber die faule, nichtsnutzige Oberflächlichkeit, die zehrend an unserem Lebensmark frißt und uns moralisch wie materiell vollends zugrunde richtet. Erholung und Vergnügen nach getaner Arbeit wird niemand wehren, aber solche Fastnachts-„Scherze" in dieser Zeit sind mehr als Gedankenlosigkeiten, sie sind Entehrung und Verbrechen.

Vielen Menschen fehlt das Verantwortlichkeitsgefühl und Pflichtbewußtsein. Diese beiden Imponderabilien sind aber sittlich-geistiger Natur. Aus der Tiefe des religiösen Bewußtseins allein steigen diese Kräfte empor, und Kraft aus der Höhe ist es, die sie am Leben erhält. Menschenwitz und der Appell an die Menschenwürde und Vaterlandsliebe allein vermögen die entfesselten Leidenschaften einer tierhaft gewordenen Menschheit nicht zu zügeln. Das Gefühl für die Verantwortung vor Gott und sich selbst, das Bewußtsein, daß es absolute Pflichtgebote gibt, mit einem Wort: der Wille, ein Gewissen zu haben und auf seine Stimme zu hören, übersinnliche Bindungen anzuerkennen und ihnen zu folgen, das vermag hauptsächlich die „befreite" Menschheit wahrhaft zu befreien und zu veredeln. Erst wenn Aschermittwoch und Golgatha in ihrer vollen und tiefen Bedeutung allenthalben erkannt und anerkannt werden, erst dann wird der wahre Ostermorgen mit dem lebenweckenden Alleluja für die gemarterte und in den Staub getretene Menschheit tagen. Aus der Tiefe dieser Menschheit und dieser notvollen Zeit rufe ich, Herr, zu Dir . . .

[1]) Die badische Regierung hat eine Verordnung erlassen, wonach die Abhaltung jeglicher Faschingsunterhaltungen sowie das Tragen von Masken in diesem Jahre bei strengster Strafe verboten ist. Auch in Bayern ist durch eine Verordnung vom 13. Februar jede Veranstaltung von Maskenfesten, Redouten, Bal parés u. dgl., sowie das maskierte Erscheinen auf öffentlichen Straßen verboten. Alle Tanzlustbarkeiten, auch geschlossene, sind bis auf weiteres nur mit besonderer polizeilicher Erlaubnis zulässig, auch die Veranstaltung von Tanzunterricht bedarf besonderer polizeilicher Erlaubnis. Aehnliche Bestimmungen wurden auch in Hessen getroffen.

Vom Büchertisch.

Maria Köck-Gmeiner: Praterveilchen und andere Erzählungen für junge Mädchen. Regensburg, Habbel, Pr. geb. 3 ℳ. — Ungleichwertige, aber liebenswürdige Geschichten, die in unserer Jungmädchenwelt viel Anklang finden dürften. Und zwar mit Recht. Denn ein gesunder Sinn fürs gegenwärtige und bleibende Wichtige, im Leben den wahren Ausschlag Gebende herrscht vor. Dem für Kriegsverhältnisse freundlich ausgestatteten Bande sind ein paar den Inhalt kennzeichnende Bilder beigegeben. E. M. Hamann.

Konstantin Kempf S. J.: **Zur Höhe!** Eines Jesuitennovizen Ringen und Sterben. Mit 9 Bildern. Herder. Pr. kart. 3 ℳ. — Der „In altum"-Aufstieg eines deutschen Jünglings von seltener religiös-sittlicher Kraft, der, neunzehnjährig, am 26. Sept. 1917 in Flandern den Heldentod erlitt. Ein in jeder Beziehung „menschlicher" Held, aber mit Christus im Herzen. Ganz dem Stoff und Zweck der Darstellung entsprechend, ist diese schlicht, aber wirkungsvoll gehalten — eine auserwählte Lektüre voll seelischer Sieghaftigkeit für junge Theologen und alle christkatholischen Werdenden, nicht zuletzt auch für Mädchen und Frauen sowie die Familie überhaupt. E. M. Hamann.

M. Elisabeth Hoffmann: Das Kinderrecht. Wegweiser für die Kinderstube. Paderborn, Verlag der Junfermannschen Buchhandlung. Preis geb. ℳ 2.80. — Ein vorzügliches Werkchen: knapp und klar, kurz und bündig, von tiefer Einsicht, helläugigem Weitblick, randvoll von goldener Weisheit, überströmend, nicht überschäumend, von herrlicher Liebeskraft für die geliebten Kleinen und ihre erziehenden Mütter, schön und unmittelbar im sprachlichen Ausdruck, ein paarmal zum Aufheben des Einwand- oder Diskussionsfingers anregend, aber das schadet nichts, im Gegenteil. Kurzum, ein Kleinod von Buch für alle, die Kinder haben, lieben und pflegen, zumal für Mütter mit liebendem, seelenvollem Gewissen. E. M. Hamann.

Zeitpredigt. Herausgegeben von der Schriftleitung des „Prediger und Katechet". 8° 71 S. ℳ 2.—, für Bezieher der Zeitschrift ℳ 1.50. Regensburg, Manz, 1919. Die Kanzel muß die ewige Wahrheit verkünden, dabei indes den jeweils im Vordergrund stehenden Fragen gebührende Beachtung schenken. In dankenswertester Weise kommt die Schriftleitung des „Prediger und Katechet" dieser Forderung entgegen durch Ausgabe eines Sonderheftes „Zeitpredigt", das an praktischen Beispielen zeigt, wie die Predigt auf Zeitverhältnisse und Zeitbedürfnisse in fruchtbarer Weise eingestellt werden muß. Teils in mehr skizzenhafter, teils in ausführlicher Form werden die das religiöse Gebiet betreffenden oder mitberührenden Fragen in einer Darstellungsweise behandelt, der man als Leitgedanken das Wort des Münchener Erzbischofs voransetzen kann: Glaubensstarkes, arbeitendes Gottvertrauen als Grundforderung der Zeit. Die Religion wird gezeigt in ihrer Notwendigkeit als Sauerteig des gesamten öffentlichen Lebens, die alte Kirche mit ihren Werten und Aufgaben in der neuen Zeit, unsere Rechte und Pflichten in den bedeutsamen Gebieten: Jugend, Schule, Familie. Dazu kommen neue und erweiterte Aufgaben im Ausbau des Laienapostolates, wichtige Standesobliegenheiten der Frauenwelt, für das soziale Wirken. — Im gleichen Verlag erschien ein weiteres Sonderheft zum „Prediger und Katechet" unter dem Titel **„Für die Fastenzeit 1919."** (8° 65 S. Für Nichtbezieher der Zeitschrift ℳ 2.—.) Auch hier wurden durchaus zeitgemäße Gegenstände gewählt. Zunächst ist eine Reihe Predigten geboten mit dem Grundgedanken „Die Stunde der Gnade ist gekommen"; sie handeln über die Bestimmung des Menschen, über das eine Notwendige, die Bosheit, das Verderben der schweren Sünde, über die Strafgerichte Gottes und die Hölle. Im zweiten Teil werden in ziemlich breiter Anlage Beichtstandeslehren dargeboten für Feiertagsschüler und Christenlehrpflichtige, für Jungfrauen für Jünglinge und für Verheiratete. Sie bilden eine gute Grundlage, auf der, den jeweiligen Verhältnissen entsprechend, fruchtbar weitergebaut werden kann. O. Heinz.

Jesus, der barmherige Samariter für unser kriegswundes Volk. Sieben Fasten- und eine Osterpredigt von Georg Rohrmüller, Stadtpfarrpediger bei St. Rupert in Regensburg. 8° 80 S. ℳ 2.—. Regensburg, Pustet, 1919. Diesen Predigten wurde das gemeinsame Hirtenschreiben der Erzbischöfe und Bischöfe Deutschlands vom Allerheiligenfeste 1917 zugrunde gelegt. Die Kriegswunden offenbaren mehr seelische Not noch als leibliche und ihre Heilung kann nur durch Ueberwindung der im Kriegsverlauf und -ende zutage getretenen Uebel erreicht werden. Der Verfasser behandelt in eindringlicher Sprache in den ziemlich breit angelegten Predigten die irdischen Bedrängnisse, zumal die tiefgewurzelten Seelennöte und bietet im Bild des göttlichen Samariters eine wirksame Zusammenfassung der reichen, dem Christen zur Verfügung gestellten Heilmittel. — **Christus, der Gekreuzigte, dein Leben.** Von P. Mannes Rings, O. P. 8° 120 S. ℳ 2.50. Dülmen, Laumann. 1919. Die Anregung zu diesem Werkchen gab die Begegnung mit Menschenleid, wie sie uns der gleichsam fortgesetzte Kreuzweg des Herrn manchmal besonders deutlich zum Bewußtsein bringt. An wahren Trostquellen fehlt es dem gläubigen Betrachten des Leidens wahrlich nicht. Hier werden sie erschlossen in den Gedanken des hl. Thomas von Aquin über Jesu Leiden und Tod, die in zeitgemäßer, allgemein verständlicher Fassung dargeboten werden in kurzen Abschnitten, die sich um folgende Hauptfragen nach der Summa (III. 46—50) gruppieren: Leidenswerk, Leidensursachen, Leidenswirksamkeit, Leidensfrüchte, Todesopfer. Wahrlich, Weisheit und Kraft vom Gekreuzigten! (1. Korintherbrief. 1, 24.) O. Heinz.

Bühnen- und Musikrundschau.

Nationaltheater. Die Uraufführung der „Gezeichneten" von F. Schreker hatte hier stattfinden sollen. Man überließ dann der Frankfurter Oper den Vortritt, die sich mit der allerersten Wiedergabe der drei Bühnenwerke des Wiener Neutöner fraglos ein Verdienst erworben hat. Wir kennen nun hier zwei, den „fernen Klang" und die „Gezeichneten". Wie immer die Zukunft die Kunst Schrekers werten möge, entwicklungsgeschichtlich wird ihre Bedeutung nicht abgeleugnet werden können, denn diese Opern haben die Ausdruckspsychologie fraglos erweitert, für differenzierteste Seelenkunst hat Schreker überzeugende Farbenklänge. Was er an Klangfarben und motivischen Verknüpfungen bietet, vermag Ohr und Verstand nicht beim ersten Hören voll zu erfassen. Daraus erkläre ich mir, daß ein Teil des Publikums mehr von den anderen in die Beifallskundgebungen hineingerissen wurde, als daß es von selbst zutiefst ergriffen worden wäre. Eines ist sicher, Schreker macht auch da über die Fülle seines malerischen Könnens staunen, wo er nicht zu erwärmen vermag. Seine klanglichen Extravaganzen dienen niemals dem leeren Theatereffekt, sondern immer der Charakterisierung. Wohl hat er wie sein Held mit dem Buckel Rigolettos eine Sehnsucht nach Schönheit — die Klangpoesie der Carlottapartie bezeugt dies —, aber sein Hauptstreben geht nach Charakteristik, Wahrheit geht ihm vor Schönheit. Daß er pathologische Züge mit besonderer Meisterschaft malt, ist nicht zu verkennen. Wir sprechen von malen; in der Tat, Schreker ist in erster Linie Kolorist; das konstruktive liegt ihm weniger. — Schreker schreibt seine Texte selbst; das will besagen, daß er in die Reihe jener Musikdramatiker gehört, deren musikalische Phantasie sich nicht erst entzündet, wenn sie ein „brauchbares Buch" gefunden haben, sondern bei denen die Idee das Primäre ist. Wie im „fernen Klang" tönt durch die neue Oper das Motiv der Sehnsucht, die nie Erfüllung findet. Die Seelenschilderung trägt durchaus moderne Züge, wohl lediglich als Kunstmittel der Distanzierung steckt Schreker seine Menschen in die farbigen Gewänder der Renaissance. Alviano, ein genuesischer Edelmann, ist bucklig und von häßlichem Gesicht, aber in seinem Herzen brennt die Sehnsucht nach Schönheit und Liebe, von der er ausgeschlossen ist. Scheu und gebückt, ein armseliger Wanderer, tritt er vor Tagesanbruch ins Freie, um die purpurn erglühende Sonne aufsteigen zu sehen. Den Buckligen, wie er die Sonne trinkt, erspähte Carlotta, die Malerin vom Fenster ihrer Werkstatt und sie versucht die Erscheinung im Bilde festzuhalten, den Glanz seiner schönheitstrunkenen Augen vermag sie nur zu ahnen. Da der Zufall beide zusammenführt, bittet sie ihn, ihr zu sitzen. Er empfindet dies anfänglich als Hohn, aber er kommt, und während sie malt, ist es ihr, als liebe sie den Mann mit den schönheitshungrigen Augen. Diese große Szene in dem Atelier mit der in beiden aufdämmernden Leidenschaft ist das schönste, tiefste der an seelischen Nuancen so überreichen Oper. Der vom Schicksal Gezeichnete ist zage und sich selbst mißtrauend. Flügellahm, vermag er sich nicht aufzuschwingen, nicht rasch nach dem Glücke zu fassen, auch die ahnungsvolle Erzählung der Herzkranken hemmt ihn. Sie glaubt, daß sie sterbe, wenn eine starke Faust „ihr krankes Herz umkrampfe". So entgleitet ihm das „Glück, das dem Starken gehört". Carlotta entdeckt, daß ihr Empfinden für Alviano erloschen, als es ihr gelungen ist, den Glanz seiner geheimnisvollen Augen auf die Leinwand zu bannen. In der Wirrnis ihrer Gefühle wird sie leichte willige Beute des gradlinigen, von Skrupeln unbeschwerten Frauenjägers Tamare. Sie stirbt, wie sie ahnte, und Alviano, der Ausgeschlossene des Glückes, verfällt in Wahnsinn. In dieses Seelendrama trug der Dichter als Kontrastmittel den Gegensatz bacchantischen Taumels. Alviano hat auf einer Insel für seine Freunde eine Stätte geschaffen, in der durch Vereinigung von Kunst und Natur der Kultus antiker Schönheitswelt gepflegt werden soll; aber Alvianos Freunde mißbrauchen das Gastrecht, bergen in den Grotten geraubte Jungfrauen. Er, angeekelt von diesem sittenlosen Treiben, schenkt den herrlichen Besitz an das Volk, erregt damit die Feindschaft seiner Freunde, die zu Intrigen führen, die seinen Untergang mitbestimmen. In der impressionistischen Malerei dieses Bacchantentaumels auf der Liebesinsel verläßt Schreker jede dramatische Oekonomie. Der Schluß des Seelendramas, der der Gipfel des Ganzen bilden müßte, kann nicht mehr volle Wirkung tun, da die üppigen Tonwogen dieser dionysischen Szenen keine weitere Steigerungen mehr zulassen. Was hier in der üppigen Sommernacht an Tonfarben gehäuft wird, ist von einer Glut, gegenüber der Wagners Tannhäusermusik Erotik ad usum Delphini erscheint. Schon bei der Uraufführung wurde gesagt, es bleibe unklar, wo Schreker innerlich stehe, ob ihn die Charaktereologie des „Gezeichneten" gefangen nimmt

oder ob er der erotischen Erhitzung unterläge. Ich neige dazu, in der sublimen Seelenkunst des so zart ausklingenden ersten Aktes, in den lyrischen Feinheiten des mittleren Aktes (Atelierszene) den „echten" Schreker zu sehen, aber der orgiastische Taumel ist aufdringlicher und muß den ethischen Grundgedanken zum mindesten verdunkeln. Unser Ballett gab diese Dionysien mit realistischer Leidenschaft innerhalb der Grenzen des Möglichen, die ja heute sicherlich nicht enge sind. Zur Erstaufführung erschien wieder eine Nummer des „Zwischenaktes". Ich meine, in diesen Blättern könnte bei kunstpädagogischem Takte mehr für die Einführung des Publikums in solch schwierige Werke geschehen. Hier ist Papier genug, während bei den heutigen Umständen die Kritik sich mit knappesten Andeutungen begnügen muß. Walters schmiegsame und liebevolle Führung ward den tausend Nuancen des in seiner Art gigantischen Werkes gerecht. A. v. Fuchs, dem wir bei diesem Anlaß zum 70. Geburtstage gratulieren, brachte als Spielleiter Leben und Bewegung in die Massen- und Einzelszenen. Die Dekorationen waren meist schlicht und überließen es den Lichtwirkungen und den Kostümen, die Farbenfreude der Renaissance zu versinnbildlichen. Den Buckligen gab Erb. Diese Rolle mit reichem Innenleben erfordert fast noch einen größeren Darsteller, als Sänger. Der Künstler vermochte beide Aufgaben zu erfüllen. Delia Reinhardt lieh der Carlotta den Klangzauber ihrer schönen Stimme. Sie verkörpert die Herzkranke reizvoll und gewinnend, das Schwärmerische liegt ihr besser als der Zug des Begehrens. Der Tamare ist der Typus des romanischen Frauenbetörers. Schipper besitzt für ihn den Glanz der Stimme, weniger die leichtfüßige Eleganz des Auftretens. Bauberger und Schützendorf haben noch größere Rollen, die Zahl der kleinen Partien, die nicht sonderlich dankbar und nicht reich sind, ist groß.

Verschiedenes aus aller Welt. „Die Reise nach Kreuznau" von P. Rohrer und „Der verlorene Schimmel" von L. Stark suchen allerhand spießbürgerliche Beamtentypen mit Ansätzen von Humor zu verspotten, ohne daß die Uraufführungen in Frankfurt und Wien stärkere künstlerische Erfolge erzielt hätten. — Eine halbe Ablehnung fand in Köln Eulenbergs Drama „Die Nachtseite", das zu zeigen scheint, daß der Dichter den Glauben an den Sinn des Daseins verloren hat. Das Stück ist nicht ohne poetische Stimmung, aber die Gestalten bleiben Schemen. — „Freie Knechte" ist ein Tendenzdrama gegen den Krieg. Die Bauern in diesem in Berlin gegebenen Stücke von H. Franck sprechen in Leitartikeln. Eine Mutter, die schon zwei Söhne im Kriege verloren hat, ersticht den Gendarmen, der kommt, ihren dritten zu holen. Der Gendarm soll ein „Symbol" dessen darstellen, der den Krieg nicht verhindert hat. Künstlerisch wird dies Stück von den meisten Kritikern so ziemlich preisgegeben. — Auch der Idee des Weltfriedens dient K. Böttgers Drama: „Haß oder das versunkene Bild des Christ", das in Düsseldorf beifällig aufgenommen wurde. — Die skrupellose Verwendung der Musik großer Meister für Singspiele in der Art des Dreimäderlhauses macht weiter Schule. Karl Maria v. Weber ist der Held eines in Eisenach gegebenen Stückes, in dem seine Melodien benutzt werden, und „Der Kongreß tanzt", eine Operette mit Beethoven- und Mozartmusik, führte jüngst in Wien zu einem Theaterskandal.

München. L. G. Oberlaender.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Finanzlage des Reiches — Trotz Geldfülle Wirtschaftselend — Industrie-Stillegungen — Unsere gefährdete Ernährung.

Reichsschatzminister Schiffer schilderte in seinen ausführlichen Darlegungen in der deutschen Nationalversammlung mit rückhaltsloser Offenheit **die Finanzlage des Reiches.** Seine bezeichnenderweise mit lebhaftester Zustimmung aufgenommenen Auslassungen über das Wachstum unserer Schulden, die Verschleuderung der öffentlichen Werte, den Banknotenumlauf und unsere Wirtschaftskrankheiten bieten zwar den eingeweihten Kreisen keineswegs neues, bestätigen vielmehr die von denselben schon öfters dargelegten Richtlinien, unter welchen es, wenn überhaupt möglich, uns gelingen kann, dieser finanziellen und wirtschaftlichen Nöte jemals Herr zu werden. Grundtendenz der Ausführungen des Reichsschatzministers ist auch hier wiederum, dass nur durch Arbeit und wieder Arbeit der Weg aus dem Chaos gefunden wird. Begreiflicherweise erfuhren durch diese Finanzeinzelheiten namentlich unsere Kriegsanleihen empfindsame Kurseinbussen, um so mehr, als die verschiedensten, wenn auch unbestätigten Gerüchte über die künftigen Steuern auf Wertpapiererträge vielfach über Gebühr debattiert wurden. Die ausdrückliche Betonung des Ministers, dass die Reichsregierung eine „Annullierung der Kriegsanleihen oder eine Beschlagnahme der Sparkassen- und Bankguthaben als **grösste Rechtsverletzung**, welche den Untergang des Reiches bedeuten würde", erklärt und an solche Massnahmen nicht denkt, wirkte beruhigend. Mit der Notwendigkeit der Milliardensteuern hat sich die Allgemeinheit abgefunden. Unter dem Einfluss der unveränderten Geldfülle blieb im übrigen die Stimmung an den heimischen Börsen überwiegend fest, wenn auch die Meldungen über die weitere Wirtschaftsentwicklung keinerlei Zeichen der Besserung aufweisen. Belege der durch solche Geldflüssigkeit vorherrschenden Finanzentwicklung sind die überhandnehmenden Neuausgaben von Anleihen seitens der Gemeinden und neuerdings von Industrieunternehmungen: Badische Anilin- und Sodafabrik 50 Millionen Mark Obligationsanleihen. Durch das lebhafte Pfandbriefgeschäft sehen sich die bayerischen Hypothekeninstitute zur Emission neuerlicher grösserer Beträge solcher Werte und vornehmlich von Kommunal-Schuldverschreibungen veranlasst. Bei der Bayerischen Staatsbank weist die Rohbilanz per 31. Dezember 1918 an fremden Mitteln, welche im letzten Friedensjahr zirka 211 Millionen Mark betragen haben, nunmehr über eine Milliarde Mark auf. Das allmähliche Nachlassen der Notenknappheit im öffentlichen Verkehr und die langsame Besserung in unserer Zahlungsweise lässt endlich die Einziehung von Notgeld, vorerst der Kommunen, zu.

Aus dem letzten Bericht des Staatskommissärs für Demobilmachung über die bayerische Wirtschaftslage ergibt sich erstmals eine Abnahme von Arbeitslosen in der Holz-, Leder-, Textil- und Metallindustrie. Im übrigen zeigen die weitere Steigerung in der Gesamtzahl der Arbeitslosen, die schlechte Verkehrslage und die unverändert krisenhafte Kohlenzufuhr, namentlich das völlige Darniederliegen des Exportgeschäftes den unverminderten Ernst unseres Wirtschaftselendes. Ob die allgemein erhobenen Forderungen einer sofortigen behördlichen Regelung der Löhne und Preise, des Verbotes von Streiks zum mindesten in allen lebenswichtigen Betrieben und der Einführung des Arbeitszwanges Rettung und vor allem grundlegenden Preisabbau auf allen Gebieten bringen werden, bleibt dahingestellt. Die schweren Betriebsstörungen im Rheinland, bedingt durch die dortigen Unruhen und durch die vollkommen ins Stocken geratene Industrieversorgung mit Rohstoffen und Kohle, die Stillegung der norddeutschen Spiegelglasfabriken und der grossen Werke in Preussisch-Sachsen aus den gleichen Ursachen, das Anhalten der hohen Lohnforderungen und die überall vorherrschenden Streiktendenzen sind Hindernisse, welche einer befriedigenden Lösung unserer Wirtschaftsfragen entgegenstehen. Einigermassen beruhigend wirkten die Worte des Reichspräsidenten Ebert an die Presse hinsichtlich eines gemässigten Vorgehens des Reiches in der Sozialisierungsfrage und die Einzelheiten des Arbeitsprogrammes der Mehrheitsparteien, welches u. a. fordert: Wiederherstellung des freien Handels, sobald dies die Lage auf dem Weltmarkt gestattet, ferner Steigerung

der landwirtschaftlichen Produktion auf kleinbäuerlicher und genossenschaftlicher Grundlage. Gerade in der **Ernährungsfrage** erhofft man baldige Wendung, um so mehr, als auch vom bayerischen Minister Auer über die schlechten Ernährungsaussichten in Bayern aufsehenerregende Einzelheiten bekannt wurden. Grundlegend für all dies bleibt nach wie vor **das Verhalten der Entente**, welche hoffentlich in der Beibringung von Nahrungsmitteln und durch Aufhebung der Blockade endlich Beweise einer menschenwürdigen Behandlung der Mittelmächte erbringen wird. Der in der Nationalversammlung eingebrachte **Protestantrag der sämtlichen weiblichen Abgeordneten** gegen die feindliche Gewaltpolitik, namentlich die Hungerblockade, und die Forderung der sofortigen Zurückführung der deutschen Kriegsgefangenen wird hoffentlich nicht ohne Wirkung bleiben.

München. M. Weber.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Bezieher in nichtbesetzten Gebieten,

welche zurzeit über eine unregelmässige und unpünktliche Zustellung der „Allgemeinen Rundschau“ zu klagen haben, sind freundlichst gebeten, dieses der Geschäftsstelle in München, Galeriestrasse 35a Gb., stets möglichst bald mitzuteilen, damit für sofortige Abhilfe Sorge getragen werden kann.

Deutsche Lebensversicherungs-Bank, A.-G., Berlin. Im Jahre 1918 wurden beantragt: 4650 Anträge über rund 30,5 Millionen Mark gegen 2172 Anträge über rund 14,3 Millionen Mark im Jahre 1917. Der Nettozugang beträgt: 4400 Versicherungsscheine mit 27,6 Millionen Mark gegen 1978 Versicherungsscheine mit 12,7 Millionen Mark im Jahre 1917. Auf die 8. und 9. Kriegsanleihe entfallen: 945 Kriegsanleihe-Versicherungs-Anträge mit 2 642 500.— Mark. Der Versicherungsbestand betrug am 31. Dezember 1918: 67 000 Policen mit rund 182 Millionen Mark gegen 66 921 Policen mit rund 163 Millionen Mark im Jahre 1917.

Hypothekenbank in Hamburg.

Vermögen. Bilanz auf den 31. Dezember 1918. Schulden.

Vermögen	M	Pf	M	Pf
Cassa und Guthaben bei Banken				
Kassenbestand	145,172	03		
Giroguthaben bei der Reichsbank, bei der Vereinsbank in Hamburg und bei dem Postscheck-Amt	211,529	18		
Guthaben in laufender Rechnung bei der Deutschen Bank und anderen ersten Bankhäusern	5,043,627	04	5,400,328	25
Wechsel-Conto (Schatzanweisungen)			6,200,000	—
Effekten-Conto (M 11,210,000.— 3%ige Reichs- und bundesstaatliche Anleihen, M 4,280,000.— 5%ige Reichsanleihe, M 3,420,000— 5% ige Reichs-Schatzanweisungen M 2,600,000.— 5%ige Preussische Schatzanweisungen und M 11,100,000.—, 4½% ige Reichs-Schatzanweisungen) zuzügl. laufender Zinsen (davon ins Pfandbriefdeckungsregister eingetragen M 2,550,000.—)			28,501,770	92
Darlehen auf Hypotheken			140,000	—
Hypotheken (davon ins Deckungsregister eingetragen M 546,090,987.93)			564,187,924	96
Fällige Hypotheken-Darlehnszinsen (rückständig M 1,167,949.71)			6,914,423	97
Bankgebäude-Conto Hamburg			700,000	—
Bankgebäude-Conto Berlin			500,000	—
Debitoren in laufender Rechnung			685,456	90
		M	613,229,905	—

Schulden	M	Pf	M	Pf
Aktienkapital-Conto			36,000,000	—
Ordentlicher Reservefonds			15,100,000	—
Reserve-Conto II (erhöht sich durch die diesjährige Zuwendung aus dem Reingewinn auf M 4,831,546,63)			4,330,030	77
Effekten-Abschreibungs-Reserve			2,653,114	50
Hypothekenpfandbriefe				
4%ige Pfandbriefe	426,758,700	—		
3½%ige »	105,181,000	—	531,939,700	—
Fällige Hypothekenpfandbriefe			4,838	—
Pfandbrief-Zinsen (davon M 4,406,656.— fällige Zinsscheine)			8,171,559	62
Dividenden-Conto (Restanten)			65,325	—
Pfandbrief-Agio-Conto (§ 26 des Reichshypothekenbankgesetzes)			736,093	87
Vorträge auf Provisions-Conto			4,186,747	31
Vorträge auf Zinsen-Conto			14,199	50
Vortrag auf Unkosten-Conto			100,000	—
Talonsteuer-Conto			795,460	85
Beamten-Unterstützungsfonds			1,527,720	55
Dr. Karl-Stiftung			50,000	—
Creditoren in laufender Rechnung			933,580	96
Gewinn- und Verlust-Conto			6,621,534	07
		M	613,229,905	—

Soll. Gewinn- und Verlust-Conto auf den 31. Dezember 1918. Haben.

Soll	M	Pf	M	Pf
An Pfandbrief-Zinsen			20,700,740	44
» Unkosten-Conto:				
Saldo des Contos	1,136,267	46		
Vortrag auf neue Rechnung	100,000	—	1,236,267	46
» Talonsteuer-Conto			200,000	—
Ueberschuss			6,621,534	07
		M	28,758,541	97

Haben	M	Pf	M	Pf
Per Bilanz-Conto			1606,375	44
» Hypotheken-Zinsen			24,780,927	35
» Zinsen-Conto			1,484,883	69
» Provisions-Conto			,675,627	56
» Pfandbrief-Agio-Conto			210,727	93
		M	28,758,541	97

Hamburg, den 31. Dezember 1918.

Hypothekenbank in Hamburg.

Die Direktion:

Dr. Gelpcke. Dr. Bendixen. Dr. Henneberg.

Geprüft und mit den Büchern übereinstimmend gefunden.

Hamburg, den 13. Januar 1919.

Der beeidigte Bücherrevisor Friedrich Vogler.

Der Geschäftsbericht kann kostenfrei direkt von der Bank oder durch die Pfandbriefverkaufsstellen bezogen werden.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Ferdinand Abel, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München

Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gb.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich ℳ 3.50.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis:
Die 5 X gespaltene Grundzeile 75 Pfg., Anzeigen auf Textseite die 95 mm breite Zeile 375 Pfg.
Beilagen einschl. Postgebühren ℳ 15 d. Tausend.
Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.
Rabatt nach Tarif.
Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig.
Erfüllungsort ist München.
Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt.
Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 9. München, 1. März 1919. XVI. Jahrgang.

Verfassungsfragen im Lichte der Geschichte.

Von Universitätsprof. Geh. Rat Dr. Hermann v. Grauert, München.

Die Schicksale der Völker vollziehen sich nicht in geraden Linien. Vielmehr entwickeln sie ihren Lauf in mannigfachen Windungen, bald in aufsteigenden, dann wieder in absteigenden Kurven. Frankreich war während des hundertjährigen Krieges seit 1338 zerrissen und wurde zum Beuteanteil der Engländer. Auch nach der wunderbaren Erscheinung der Jungfrau von Orléans dauerte das Elend fort. Der Bischof von Beauvais, Jean Juvenal des Ursins, hielt sich in den Jahren 1439/40 berechtigt, in einem langen, an den König Karl VII. von Frankreich, den Sohn der Königin Isabeau von Bayern, gerichteten Schreiben auf Paris und auf Frankreich die umgemodelten Worte aus den Klageliedern des Propheten Jeremias anzuwenden: Quomodo sedet sola civitas Parisiensis ymo tota Francia plena populo, facta est quasi vidua domina gentium.

Nahezu hundert Jahre zuvor hatte König Philipp VI. von Frankreich in einem an seinen Oheim, Vetter und Feind, den König Eduard III. von England gerichteten Schreiben vom 14. August 1346 die Anklage erhoben: „Unser Königreich Frankreich habt Ihr mit Eurem Heere besetzt, das Vaterland habt Ihr verbrannt, verwüstet und ausgeraubt.“[1])

Heute gleicht das deutsche Volk dem Manne der Schmerzen, welcher dem frommen Dulder Job wenig ähnlich gegen das eigene Fleisch wütet und seine Habe nicht in Ordnung zu halten versteht. Wie die übrigen Völker Europas ist es zu einer staatlich geeinigten Nation im langen Laufe seiner Geschichte allmählich erst und langsam zusammengewachsen. Ein wirklicher Einheitsstaat aber ist es während der zweitausend Jahre, die wir im Lichte der Geschichte zu überblicken vermögen, niemals gewesen.

Unter dem Zeichen der Zwietracht, als eine Vielzahl von einander unabhängiger Staaten sind die Germanen der Vorzeit einst den Römern gegenübergetreten. Bei den schon damals wankenden Geschicken des römischen Weltreichs glaubte Tacitus am Ende des ersten nachchristlichen Jahrhunderts vom Glücke kein besseres Heil erwarten zu dürfen, als den gegenseitigen Haß und die Zwietracht, welche die Völker des freien Germaniens so oftmals zerfleischten.[2]) Der Zuchtmeister zu staatlicher Einheit erstand den Germanen des Europäischen Festlandes im Fränkischen Reiche, wie es von dem Merowinger Chlodovech begründet (486—511) und von dem Karolinger Karl dem Großen (768—814) vollendet wurde. In diesem Frankenreiche aber waren die Germanen des mittleren Europas mit eben so vielen Romanen politisch zusammengeschlossen. Ein eigentlich Deutsches Reich war mit ihm noch nicht gegeben.

Erst der Auseinanderfall des fränkischen Gesamtreiches bahnte seit dem Vertrage von Verdun (843) dem politischen Sonderleben der aufstrebenden führenden Nationen der Franzosen, der Deutschen und der Italiener allmählich die Wege. Europas politische Geschicke sind seit der Teilung des Frankenreiches nach dem Tode Kaiser Ludwigs des Frommen in vielfach maßgebender Weise beherrscht von dem säkularen Gegensatze, welcher Frankreich von Deutschland seitdem getrennt hielt. Der weise Politiker, der ihn zu überbrücken vermöchte, er könnte zum Heiland werden, nicht nur für Europa, sondern auch für die übrige Menschheit.

Die starke Hand Kaiser Karl des Großen hat das ihr unterstehende germanisch-romanische Weltreich als einen Einheitsstaat zu regieren verstanden. Seit dem Ende des 9. Jahrhunderts sind in seinen ausgedehnten Provinzen allerorten mächtige partikulare feudale Gewalten emporgewachsen.

Der erste eigentlich deutsche König, Konrad I. (911—918), hat sich vergebens abgemüht, die stolzen Herzoge unter seine Krone zu beugen. Dieses engere Deutsche Reich beginnt im Zeichen tiefer Erniedrigung. Innere Zwietracht und äußere Feinde haben es heimgesucht. Unter dem Nachfolger König Heinrich I., dem Sachsen, beginnt die Erhebung mit der wohlüberlegten Anerkennung der Stammesherzogtümer und der Sonderrechte Bayerns. Unter Otto dem Großen wurde im Jahre 962 dem erstarkten deutschen Königtume der Glanz des römischen Kaisertumes hinzugefügt. Die partikularen Gewalten im Innern des Deutschen Reiches blieben aber aufrecht stehen und die italienische Politik der Kaiser hat sie weiterhin gefestigt. Die uns auch heute noch geläufige Nebeneinanderstellung der Begriffe „Kaiser und Reich“, die uns bereits im 12. Jahrhundert begegnet, bedeutet keine Tautologie, sondern einen wirklichen Gegensatz. Der Kaiser repräsentiert das monarchische Prinzip, das „Reich“ dagegen ist die Vielzahl der Fürsten und Stände, welche das ständische Prinzip, seit dem 16. Jahrhundert die ständische „Libertät“, zur Darstellung bringen.

Dieser Dualismus der beiden großen politischen Prinzipien durchzieht die ganze Geschichte des alten Deutschen Reiches vom 10. Jahrhundert bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts. An der Unmöglichkeit, diesen politischen Gegensatz auszugleichen, ist schließlich das alte heilige Römische Reich deutscher Nation am Anfange des 19. Jahrhunderts zugrunde gegangen.

Seit dem 13. Jahrhundert war die Landeshoheit der Territorialfürsten, von dem staufischen Kaiser Friedrich II. gefördert, stetig stärker und fester geworden. Sie wuchs heran zur superioritas terrae und bei den mächtigeren zur supremitas terrae. Nachdem die große Säkularisation und die Mediatisierung der Jahre 1803 und 1806 Hunderte von kleineren und mittleren geistlichen wie weltlichen staatlichen Gebilden mit den überlebenden größeren weltlichen Nachbarn verschmolzen hatten, erlangten die letzteren die Anerkennung ihrer vollen staatlichen Souveränität.

Zeigen uns die letzten anderthalbhundert Jahre des alten Reiches seit dem Westfälischen Friedensschluß von 1648, wie die bunte Vielgestaltigkeit der politischen Sonderbildungen unter der lockeren Oberhoheit des Kaisertums nur notdürftig zusammengehalten wurde, und wie ein kraftvolleres politisches Leben sich in die größeren Territorialstaaten zurückzieht, so bietet sich unseren Augen seit dem Abschluß des Rheinbundes im Juli 1806 ein völlig verändertes Bild: Das alte Reich ist zusammengebrochen, die Glieder des Reichskörpers liegen wie disiecta membra verstreut am Boden. Der Rheinbund stellte das südliche und später auch weite Teile des nördlichen Deutschland unter das Protektorat Kaiser Napoleons I. Die Verfassungsentwicklung hat dann seit den Befreiungskriegen und dem Wiener Kongreß von 1814/15 den Gang genommen, die an Zahl erheblich geminderten völlig souverän gewordenen deutschen Einzelstaaten, insgesamt noch neununddreißig, zunächst nur sehr lose zu dem Deutschen Bunde zusammenzuschließen. Von allem Anfange an krankte er an der völligen Vernachlässigung der volkstümlichen Kräfte bei der Ausgestaltung der Bundesinstitutionen. Von einer Vertretung des Volkes neben dem Bundestage in Frankfurt a. M. war keine Rede. Dem Rufe nach Freiheit und Einheit suchte die Reaktion mit ihren Demagogenverfolgungen ein Ziel zu setzen,

[1]) Man vergleiche die beiden Aktenstücke in dem hochinteressanten Werke des P. Heinrich Denifle, La désolation des églises... en France 1897 u. 1899 und meine biographische Skizze P. Heinrich Denifle O. Pr., Freiburg i. Br. 1906, p. 21—26.

[2]) Germania c. 33.

Auch Joseph Görres, der große Koblenzer, der beredte Herold des nationalen Gedankens, ist ihr zum Opfer gefallen, als er vor hundert Jahren, im Sommer 1819, mit seiner Schrift „Teutschland und die Revolution" nach der Meinung der Preußischen Regierung eine Brandfackel in die deutschen Lande geschleudert hatte. Eindringlich genug hatte er darin seine Stimme erhoben: Die Nation dringe auf die Einheit und dies Dringen sei wie Baumeswachsen und Windeswehen, kein Bemühen möge es in seinem Fortgang hemmen. Er fand, es gehe ein Geist der Verwesung in unserem Staatsgebäude um; wie in alten Ruinen höre man an Wänden und Grundfesten jenes leise Knistern, als nage vernehmlich der Zahn der Zeit an ihrem Bau. Aber auch der beredte rheinische Publizist meinte, die Besserung müsse von den Kammern der konstitutionellen Einzelstaaten ausgehen. Sie würden ihr Recht der Einwirkung auf die Beschlüsse des Bundestages durchfechten. Kollektiv würden sie insgesamt die Zweite Kammer als Vertretung des deutschen Volkes konstituieren.

Da in langen Jahren nichts geschah, um neben dem Bundestage eine solche Volksvertretung ins Leben zu rufen, so glaubte das durch die Revolution der Jahre 1848/49 ins Leben gerufene erste deutsche Parlament in Frankfurt a. M. in seiner Majorität ganze Arbeit machen zu sollen. Die Frankfurter Reichsverfassung vom 28. März 1849 beruhte auf der Grundlage der von der Mehrheit der Nationalversammlung in Anspruch genommenen Volkssouveränität, die im Parlamente ihren konstitutionellen Ausdruck gefunden haben sollte.

Aber gerade darin lag der Todeskeim der neuen Reichsverfassung. Die großen und die mittleren deutschen Einzelstaaten waren nicht gewillt, sich die eigene konstitutive Mitwirkung bei der Neugestaltung des Reiches aus der Hand winden zu lassen.

Das Frankfurter Verfassungswerk ging zu Scheiter. König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen konnte sich nicht entschließen, die ihm vom Parlamente angebotene deutsche Kaiserkrone anzunehmen.

Auch des Preußenkönigs Versuch, dem Sehnen breiter Schichten des deutschen Volkes nach festerer Einigung Genüge zu leisten durch Aufrichtung der sogenannten Unionsverfassung vom 26. Mai 1849, ist nach vielen vergeblichen Bemühungen im November 1850 endgültig zu Grabe getragen worden. Gegenüber dem während des Weltkrieges so oft erörterten Begriffe „Mitteleuropa" hat es einen eigenartigen Reiz, sich zu vergegenwärtigen, in welch kompakter Geschlossenheit man Ende Mai 1849 in Berlin die politische Organisation Mitteleuropas für möglich hielt. In den „Grundlinien zu einer Unions-Akte", die damals dem preußischen Militärdiplomaten Generalleutnant und Staatsminister Freiherrn von Canitz als Instruktion nach Wien mit auf den Weg gegeben wurden, liest man die Sätze: Die deutsche Union ist ein unlöslicher, völkerrechtlicher Bund und besteht aus: a) der Oesterreichischen Monarchie, b) dem deutschen Bundesstaate . . . Die Union ernennt und beglaubigt sämtliche ständige Gesandten im Auslande. Der durch diese Missionen gehende völkerrechtliche Verkehr wird im Namen und Auftrage der deutschen Union geführt; die Gesandtschaften empfangen von der Union ihre Instruktionen und berichten an dieselbe. Die Besetzung der diplomatischen Posten geschieht nach einem zwischen beiden Unionsgliedern zu regelnden Turnus . . . Sämtliche Konsulate werden von der Union bestellt und in deren Namen verwaltet. In wirtschaftlicher Beziehung sollte die möglichste Gemeinschaft zwischen den beiden Gliedern der Union hergestellt werden. Als Organ für die Leitung der Unionsangelegenheiten sollte ein permanentes Direktorium von vier Mitgliedern unter Oesterreichs Vorsitz in Regensburg zusammentreten.[3])

Oesterreichs Zustimmung zu einer so engen Gemeinschaft war unter der politischen Leitung des Fürsten Felix Schwarzenberg nicht zu erzielen. Auch Bayern widerstrebte und noch viel mehr lehnten Englands und Frankreichs Staatsmänner, vor allem Lord Palmerston und Drouyn de Lhuys, gegen eine so feste Blockbildung in Mitteleuropa sich auf.

Die Wiederaufrichtung des alten deutschen Bundes durch die Einzelregierungen unter Oesterreichs Führung kam für sie der Befreiung von einem beängstigenden Alpdrucke gleich.

Auch bei der Begründung des Norddeutschen Bundes wie bei der Erweiterung desselben zum Deutschen Reich im Dezember 1870 ging die Bildung des Gesamtstaates durchaus von den Einzelstaaten aus.

Die nationale Schwungkraft der Revolution von 1848/49 war nicht stark genug gewesen, sich durchzusetzen. Ob die Revolution der Gegenwart eine größere Nachhaltigkeit entwickeln wird? Fast könnte es so scheinen, wenn man sieht, mit welcher Leichtigkeit inmitten der andrängenden Aufgaben des Friedensschlusses und der Aufrechterhaltung der inneren Ordnung, die nur durch feste Abwehr des ganz Europa mit dem Tode bedrohenden Bolschewismus gewahrt werden kann, auch noch die völlige Umbildung und territoriale Neugestaltung der deutschen Einzelstaaten ins Auge gefaßt wird.

Sollte darin nicht eine Ueberheblichkeit zum Ausdruck kommen, wie sie im Verlaufe des Weltkrieges leider öfter in die Erscheinung getreten ist?

Die Umbildung Preußens, sein Aufgehen in Deutschland, war schon in den Jahren 1848/49 ein schwer zu lösendes Problem, das aber gerade um deswillen die Erbkaiserlichen aus dem alten eigentlichen „Reich", einen Heinrich und Max von Gagern u. a. in seinen Bannkreis zog.[4]) Wenn man heute von ähnlichen Erscheinungen hört und liest, dann möge man in Bayern vornehmlich der Gefahren der Gegenwart eingedenk bleiben, die auch das bayerische Haus nicht völlig gesichert erscheinen lassen gegen das Eindringen von Sprengkörpern. Die Ablösung der pfälzischen und der fränkischen Lande würde in keiner Weise ausgeglichen werden können durch eine etwaige engere Verbindung mit den Gebieten Deutsch-Oesterreichs oder gar durch eine Annäherung Altbayerns an einen tschechoslowakischen und selbst an einen jugo-slawischen Staat mit der Route zum Adriatischen Meer.

In den Tagen der Befreiungskriege konnte Joseph Görres im „Rheinischen Merkur" die Poesie der alten Kaiserromantik anklingen lassen in seinem großen Gespräch „Der Kaiser und das Reich": „Der eherne Ring, in den Teutschland geschlagen ist, sei unsere Einigkeit und unsere Liebe zum gemeinen Vaterlande, und sein Bild sei die Kaiserkrone, die fortan Habsburg mit Ehre trage. Wenn dann auch Italien das gegeben wird, was es verlangt, eine umgreifende wohltätige Verfassung; wenn die Hut derselben geknüpft wird an die eiserne Krone und der Reichstag dieses Landes in Mailand sich versammelt, dann wird die Ruhe Europas auf lange hin gesichert sein, und der teutsche Kaiser kann und wird wieder für die Völker des Weltteils werden, was das Mittelalter ihm angesonnen und was Dante ausgesprochen: ein Schirmherr der Christenheit, nicht herrschend durch die Gewalt, sondern durch die Gerechtigkeit; und nicht die Völker unterwerfend durch die Waffenmacht, sondern sie gewinnend durch die Harmonie, die vom höheren Recht ausgeht und der Gesetzlichkeit."[5])

Wie nüchtern und resigniert klingen demgegenüber die Worte, welche Friedrich von Gentz, der Ablatus des Fürsten Metternich, im November 1813 niederschrieb: „Ein Deutsches Reich kann heute schlechterdings nicht bestehen, wohl aber eine fest verbundene Masse unabhängiger und glücklicher deutscher Staaten. Streben wir nach dem Reich, so geht sicher beides verloren."[6])

In schönen Worten hat der in München geborene Heidelberger Professor der Rechte Karl Mittermaier im Frankfurter Parlamente das Verhältnis des von der Nationalversammlung im Jahre 1848/49 zu schaffenden Deutschen Bundesstaates zu den deutschen Einzelstaaten dargelegt, als er mit Joh. Gustav Droysen zusammen im Namen des Verfassungsausschusses dem Plenum Bericht erstattete über die Abschnitte I und II von dem Reiche und von der Reichsgewalt.[7]) Aber alle schönen Worte vermochten nicht den Gegensatz zu überbrücken, der nach den Erinnerungen von Rudolf Haym, dem späteren Geschichtschreiber der Romantik, sich öffnete zwischen dem „ideologischen" Anspruch der Frankfurter Parlamentsmajorität, in Sachen der deutschen Einheit die oberste Instanz zu sein, und der Auffassung des rheinpreußischen gemäßigt liberalen Bürgerministers David Hansemann, der den jugendlichen Haym davor warnte, die tatsächliche Macht des preußischen Staates nicht zu unterschätzen, und auch

---

[3]) Man sehe die amtliche preußische Publikation: Aktenstücke betreffend das Bündnis vom 26. Mai (1849) und die deutsche Verfassungs-Angelegenheit. I. Bd. Berlin 1849 p. 138 f.

[4]) Friedrich Meinecke, Weltbürgertum und Nationalstaat, 3. Aufl. p. 454—471.

[5]) Jos. v. Görres, Gesammelte Schriften ed. Marie Görres. Bd. II p. 389.

[6]) Paul Joachimsen, Vom deutschen Volk zum deutschen Staat, Leipzig bei Teubner 1916 p. 73.

[7]) Jos. Gust. Droysen, Die Verhandlungen des Verfassungsausschusses der Deutschen Nationalversammlung. I. Teil. Leipzig 1849 p. 422—430.

auf die allmählich wiedererstarkenden übrigen deutschen Einzelregierungen hinwies.*)

Unter der starken Einwirkung revolutionärer Umwälzungen ist ein verfassunggebendes Parlament, eine sogenannte Konstituante, allzu leicht geneigt, sich als den allein entscheidenden Machtfaktor anzusehen. Das war 1848/49 und das ist auch heute der Fall, wie es auch in der großen französischen Revolution seit 1789 wiederholt in die Erscheinung getreten war. Der besonnene deutsche Politiker darf aber den grundlegenden Unterschied nicht vergessen, der zwischen der französischen und der deutschen Verfassungsgeschichte obwaltet: In Frankreich strebte die politische Entwicklung seit der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts mit aller Entschiedenheit dem Einheitsstaate zu: in Deutschland ist die Aufsaugung der partikularen Territorien durch das Königtum hintangehalten worden durch den verfassungsmäßig anerkannten Rechtsgrundsatz, daß der deutsche König jedes frei gewordene Kronlehen binnen Jahr und Tag an einen neuen Inhaber zu verleihen verpflichtet war. So ist trotz einschneidender oben erwähnter Veränderungen, die sich in den ersten beiden Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts vollzogen, die immer noch vielgestaltige Gliederung des deutschen Gesamtstaates erhalten geblieben bis auf den heutigen Tag.

Ueber den Blättern aber, auf welchen uns die deutsche Verfassungsentwicklung während des 19. Jahrhunderts und im Anfange des 20. Jahrhunderts überliefert wird, lesen wir in lapidarer Schrift den Satz: „Im Anfange waren die deutschen Einzelstaaten". Das Spätere war der deutsche Gesamtstaat. Mit dieser Tatsache muß auch die verfassunggebende Nationalversammlung rechnen. Der Geist von Weimar, die Manen Goethes und der anderen Geistesheroen der großen Weimarer Zeit müßten aufsteigen aus ihren Grüften und laute Einsprache erheben, wenn mit der berechtigten Sonderart der deutschen Einzelstaaten auch die hohen Kulturgüter gefährdet werden sollten, welche unter ihrer liebevollen Pflege uns erwachsen sind.

Bei alledem hoffen wir, aus den Weimarer Beratungen einen kraftvollen deutschen Gesamtstaat hervorgehen zu sehen; des lodernden Feuers volkstümlichen Empfindens dürfen wir dabei gewiß nicht entbehren. In seinen Gluten kann das Gefüge eines neuen freiheitlichen Volksstaates, eines Reiches fest gehämmert werden, der dazu bestimmt sein wird, dem deutschen Volke die Bahnen frei zu machen, auf welchen es sich erheben kann zu den Höhen eines neuen Zeitalters der Arbeit, des Friedens, der Freiheit und des Glückes in edlem, anfeuerndem Wettstreit mit den übrigen Kulturvölkern der Menschheit.

*) Robert Haym, Aus meinem Leben, Berlin 1902 p. 187.

Die Vorgänge in München.

Von M. Geßner, München.

Am 20. Februar hatte Kurt Eisner auf dem Kongreß der A.-, S.- und B.-Räte im Deutschen Theater in München eine Rede gehalten, die ziemlich allgemein als sein Schwanengesang angesehen wurde. Niemand aber — sein Mörder wohl ausgenommen — hätte damals auch nur entfernt vermuten können, in wie furchtbarer Weise sich das Wort vom Schwanengesang nur zu bald bewahrheiten sollte. Ein normaler Mensch konnte daran an sich nicht denken, aber auch deshalb nicht, weil dem an Eisner begangenen Meuchelmord jeder politische Sinn fehlt. Eisner war von dem Wahlausfall in Bayern gewiß aufs peinlichste überrascht. An die nichtsozialistische Mehrheit hatte er wohl überhaupt nicht geglaubt. Die Enttäuschung darüber, daß sie doch zustandekommen war, hat man dem leidenschaftlichen Ideologen oft und deutlich genug angemerkt. Eisner, der ein sehr komplizierter Charakter war, hatte aber Tatsachengefühl genug, um die Wucht des Wahlausfalles zu empfinden und sich schließlich dazu durchzuringen, ihm, wenn auch widerstrebend, Rechnung tragen zu wollen. Dieser Entschluß vor allem war aus der erwähnten letzten Rede herauszulesen. Nicht so ganz klar und für jeden ohne weiteres verständlich, aber für den Politiker doch deutlich genug. Die Rede hatte, wie fast alle Reden Eisners, agitatorischen Charakter, war dazu bestimmt, seinen noch schwachen Anhang zu festigen und zu erweitern. Deshalb sagte er nicht einfach: Ich werde mein Amt dem Landtag zur Verfügung stellen und in dem sehr wahrscheinlichen Falle, daß man mich als Minister nicht weiter wünscht, als Abgeordneter wirken, sondern er sagte etwa: Mit Bürgerlichen werde ich in der Regierung nicht zusammensitzen. Ist eine rein sozialistische Regierung nicht möglich, so tue ich nicht mit. Mögen dann die Bürgerlichen regieren, ich werde mich in die Opposition zurückziehen. Praktisch lief auch das in erster Linie auf seinen Rücktritt hinaus, und damit wäre die Bahn für eine Koalitionsregierung, ähnlich wie im Reiche, frei gewesen. Die Opposition Eisners wäre gewiß nicht zu unterschätzen gewesen, sie hätte zu manchen Schwierigkeiten und Verwicklungen führen können, aber das war eine cura posterior, eine Sache, der man zwar volle Aufmerksamkeit widmen mußte, von der man im übrigen aber sagen konnte: Kommt Zeit, kommt Rat. Einstweilen wäre die Volksvertretung auf alle Fälle in die Lage gekommen, praktische Arbeit zu leisten durch Berufung einer von ihr gestützten, aber auch ihr verantwortlichen Regierung, die die Pflicht hatte, mit der Volksvertretung im Sinne einer Konsolidierung der politischen und wirtschaftlichen Lage zu wirken.

So lagen trotz gewisser letzter Zweifel, wie sie z. B. in der „Frankf. Ztg." recht stark zum Ausdruck kommen, die Dinge am Morgen des 21. Februar, wo der Landtag um 10 Uhr zu seiner ersten Sitzung zusammentreten sollte. Längst vor dem festgesetzten Termin herrschte in dem Hause an der Prannerstraße reges Leben. Mit großer Bestimmtheit wurde mitgeteilt, Eisner werde auf Grund eines Tags zuvor einstimmig gefaßten Ministerratsbeschlusses der Volksvertretung die Aemter der Minister zur Verfügung stellen mit der gleichzeitigen Bereiterklärung, die Geschäfte bis zur Bildung einer neuen Regierung weiterzuführen. Das war zwar eine Selbstverständlichkeit, aber man war doch endlich so weit! Schon war es zehn Uhr. Die Abgeordneten erschienen im Saale, die Tribünen waren dicht besetzt. Alterspräsident Dr. Jäger (Bayerische Volkspartei) unterhielt sich mit den Herren am Regierungstisch, auch mit dem Minister des Innern, Auer. Von den Ministern fehlte nur noch Eisner. Inzwischen war auf der Journalistentribüne erzählt worden, auf der Straße in der Nähe seien Schüsse gefallen, und es heiße, Eisner sei erschossen worden. Niemand glaubte daran, man hielt die Sache eher für einen schlechten Witz. Bald aber erschien auf der gleichen Tribüne ein Soldat mit der Meldung, daß Eisner wirklich erschossen sei. Sein Mörder, ein Student, liege im Sterben. Gleichzeitig wurde die Meldung anscheinend unten im Saale am Ministertisch erstattet, denn man sah jemanden an den Tisch herantreten und lebhaft auf die Minister einreden. Ehe der noch zu Ende war, wurde die furchtbare Botschaft von der Tribüne in den Saal hinabgerufen und dort mit lauten Pfuirufen aufgenommen. Alterspräsident Dr. Jäger eröffnete die Sitzung und teilte die gewordene Kunde dem Hause offiziell mit unter dem Ausdruck des Abscheus und der Warnung vor solchen Mitteln, um dann die Sitzung auf eine Stunde zu vertagen.

Das Haus wurde sofort abgesperrt. Die Fraktionen versammelten sich zur Besprechung der Lage. Abscheu und Empörung über die in jedem Betracht verdammenswerte und unsinnige Mordtat waren allgemein. Da und dort wurde von Anhängern Eisners auch bereits Rache angekündigt. Als kurz nach 11 Uhr die Sitzung wieder aufgenommen wurde, machte Minister Auer amtlich Mitteilung von der Absicht Eisners, die bereits erwähnte Erklärung abzugeben, verurteilte scharf die Mordtat und warnte davor, in dieser Weise fortzufahren, wenn nicht volle Anarchie einreißen solle. Von dem Sozialdemokraten Dr. Süßheim wurde die schon von Auer angeregte abermalige Vertagung der Sitzung offiziell beantragt. Der Sprecher der Liberalen hatte kurz zugestimmt. Namens der Bayerischen Volkspartei wollte eben Abg. Giehrl eine Erklärung abgeben, als plötzlich vom linken Saaleingang her Schüsse fielen und ein Mann in Militärmantel vor dem Ministertisch sichtbar wurde und auf Auer schoß, der nach dem Herzen griff und bald zusammenbrach. Major v. Jareis, der den Attentäter abwehren wollte, wurde durch einen Schuß zu Boden gestreckt; er ist inzwischen gestorben. Noch indem er sich zurückzog, gab der Täter Schüsse ab und verwundete noch einen Regierungsvertreter. Auch von einer Tribüne waren Schüsse gefallen. Einer davon dürfte den Abg. Osel von der Bayerischen Volkspartei in die Lunge getroffen und seinen Tod herbeigeführt haben.

Das Ganze war das Werk weniger Augenblicke. Bei den in der Nähe des Ministertisches sitzenden Sozialdemokraten war

man anscheinend nicht einmal auf den Gedanken gekommen, den auf Auer zutretenden Täter von hinten zu fassen. So plötzlich kam und so verblüffend wirkte die neue Ueberraschung, die eine Rache für Eisner war, eine Ueberraschung, die man um so weniger gefürchtet hatte, als während der Pause alle im Hause Anwesenden auf Waffen untersucht worden waren. Hatte man bei denen, die wirklich Waffen hatten, diese nicht gefunden oder hatte man sie erst nach der Untersuchung eingelassen? Die Attentäter entkamen trotz der sofort wieder verfügten Absperrung des Hauses. Die Abgeordneten und sonstige Besucher wurden noch ziemlich lange im Hause festgehalten. Ueberhaupt ist die Ermordung Eisners politisch nicht fruktifizierbar, weder vom Klassenstandpunkt noch vom parteipolitischen Standpunkt aus.

Wir denken nicht daran, nach mildernden Umständen für den Mörder zu suchen. Das ist allenfalls Sache seiner Verteidiger und seiner Richter, und wir gehören weder zu den einen noch zu den andern. Es fehlt uns auch an jeglicher Kenntnis über ihn und seine Motive. Die Tat ist in jedem Betracht ein unverantwortliches Verbrechen. In sittlicher Hinsicht ist darüber kein weiteres Wort zu verlieren. Für den Christen ist der Mord absolut verboten, und für den politischen Mord gibt es von diesem Verbot ebenso wenig eine Ausnahme wie für einen Mord, dem andere Motive zugrunde liegen. Politisch ist die Tat genau so unverantwortlich wie moralisch. Der Mörder hat sich wohl als politischen Gegner Eisners betrachtet. Solche Gegnerschaft ist an sich weder ein Verbrechen noch eine Schande. Die Mehrzahl aller Bayern und Deutschen waren Gegner Eisners. Aber gerade für die entschiedensten grundsätzlichen Gegner Eisners mußte gelten, daß, abgesehen von höheren, absolut verpflichtenden Erwägungen, gerade aus Rücksicht auf die sehr gewichtigen Interessen, die sie gegenüber Eisner und seinem Anhang zu vertreten und zu schützen hatten und haben, eine solche Bluttat nie und nimmer begangen werden durfte. Der Kampf für Ideale darf durch Verbrechen nicht besudelt werden. Das politische Urteil über Eisner und seine Ministerschaft kann nicht durch Revolverkugeln gesprochen werden, es hätte dem Landtag, als dem legitimen Vertreter der Oeffentlichkeit und des ganzen Volkes vorbehalten bleiben müssen. Wird trotzdem, ohne Rücksicht auf öffentliche Moral und religiöses Verbot, ein derartiges Verbrechen begangen, so gehört der Täter vor die Richter, der Täter und seine allenfallsigen wirklich nachgewiesenen Helfershelfer. Private Rache ist auch nur wieder ein Verbrechen. Darüber aber, über die Rache am Täter selbst, hinauszugehen, gewaltsam Zusammenhänge zu konstruieren und in deren Richtung unter politischen Gesichtspunkten Rache zu nehmen, würde noch unter das Niveau von Stämmen hinabführen, bei denen die Blutrache „Sitte" ist, und vom „Kulturvolk" bliebe nichts mehr übrig.

Die verdammenswerte Tat eines Einzelnen reicht weder aus zur Begründung einer blutigen Massenjustiz noch zur Rechtfertigung einer grundsätzlichen Abkehr von der Bahn der politischen Entwicklung, auf der wir kurz vor Eisners Tod angelangt zu sein schienen. Wir verstehen durchaus den Schmerz der Anhänger Eisners, verstehen schließlich auch einen gewissen Groll bei ihnen, aber wir würden es nicht verstehen, wenn sich die gesamte Sozialdemokratie zu weitgehenden und allgemeinen Repressalien hinreißen lassen wollte. Man würde schließlich von einem Mortimer reden, der ihr sehr gelegen starb. Die Tat dessen, der Eisner erschossen hat, war an sich unverantwortlich, war es doppelt angesichts der Situation, in der sie erfolgte, war in dem Augenblick, wo sie geschah, auch so unsagbar dumm und konnte so verhängnisvoll werden, daß der Gedanke einer Fruktifizierung für die Politik sich von selbst verbietet. Das ist so klar, daß wir manches, was in den ersten Stunden und Tagen nach Eisners Tod in Flugblättern und von Mund zu Mund verkündet und angedroht wurde, einstweilen nicht tragisch nehmen wollen. Nachdem Unverantwortliche so ihrem Herzen Luft gemacht, werden Verantwortliche sich wieder mehr auf ihre Verantwortung gegenüber der Gesamtheit nicht nur in Bayern, sondern auch in Deutschland besinnen. Ob die sozialistische Einheitsfront, die jetzt von München aus verkündet wurde, von Bestand ist oder nicht, und welchen Sinn die Einigung haben soll, kümmert uns zunächst wenig, das ist eine Sache, die die Sozialdemokratie unter sich abzumachen und für sich zu verantworten hat. Wichtiger ist, ob sie sich auch weiterhin aufrichtig und praktisch zur Demokratie bekennt, daß die Freiheit der Presse grundsätzlich und für die Praxis wieder hergestellt wird. Wir warten ab, wie die am 23. Februar in München angeschlagenen einschlägigen Versicherungen sich praktisch auswirken werden, und wollen bis dahin mit manchen Fragen in anderer Hinsicht zurückhalten. Ein Kardinalpunkt ist die auf diesem Anschlag angekündigte Wiedereinberufung des am 12. Januar gewählten Landtags. Selbstverständlich wird die Volksvertretung dann verlangen müssen, daß sie in jeder Beziehung so gestellt wird, wie es der höchsten Instanz des bayerischen Volkes zukommt, daß sie wirklich frei und sicher tagen kann, gegebenenfalls an einem „ruhigeren Ort als München es ist", wie der „Vorwärts" sagt.

Derjenige aber, der den Mord an Eisner beging, hat die friedliche Entwicklung in Bayern auf alle Fälle sehr gefährdet und für einige Zeit aufgehalten. Möge man sich das allseitig so klarmachen, daß bei all denen, die den Untergang von unserem Volke noch abwenden wollen, an derartige Mittel nicht einmal mehr gedacht wird. Im übrigen beweist der Fall vielleicht noch, daß die allzu frühe „Politisierung" der Menschen ihre zwei Seiten haben kann, ein Gedanke, der uns allerdings nicht aus diesem Anlasse zum ersten Mal gekommen ist.

* * *

Soweit unser Mitarbeiter, der Augen- und Ohrenzeuge der Vorgänge im Landtag war. Weitere Betrachtungen erübrigen sich bis zur Klärung der Situation.

Nun noch einige Worte wehmütigen Gedenkens. Das schmerzlichste Opfer des blutigen 21. Februar ist unser lieber Freund und Mitarbeiter Hofrat Heinrich Osel. Sein tragischer Tod reißt eine schwer auszufüllende Lücke in die Parteiorganisation und die Landtagsfraktion der Bayerischen Volkspartei. Er war einer ihrer beliebtesten Führer und Mitglieder (1903—07 Mitglied des Reichstags, seit 1905 des Landtags), einer ihrer besten Köpfe, beliebt und angesehen auch bei den anderen Parteien, geschätzt vor allem auch in allen führenden Kreisen des bayerischen Wirtschaftslebens wegen seiner hervorragenden Sachkenntnis und Erfahrung auf den verschiedensten Gebieten der Landwirtschaft, der Industrie und des Handels; speziell in den Zoll-, Wasserstraßen- und Elektrisierungsfragen war er anerkannter Sachverständiger. Auch die Leser der „Allgemeinen Rundschau" haben ihn als gewandten Schriftsteller kennen und schätzen gelernt. Er war uns ein stets bereiter, treuer Mitarbeiter; noch vor wenigen Tagen sandte er uns einen Artikel über Sozialisierung und Arbeiterschaft, den wir in der vorliegenden Nummer zum Abdruck bringen. Wer hätte gedacht, daß es sein letzter sein sollte! Dem treuen Freunde einen letzten, dankbaren Gruß in das zu frühe Grab; sein Andenken wird uns teuer sein. R. I. P.

Redaktion der „A. R.".

Das Meer.

Ich sah das Meer —
Sein Atem wogte
So dumpf und schwer
Wie Menschenbrust in tief verhall'nem Weh.

Dann bäumt' es sich
Und rang mit seiner Qual
In trotz'gem Grimm;
Und immer höher stieg der Wogenschwall
Zum Unheil allen, die sich ihm vertraut.
Hoch bäumte sich die sturmgepeitschte See.

Wie ich getan,
Da mit dem Schmerz ich rang
Im heissen Kampfe,
Bis der Abend sank ....
Dann ward ich still. —
Der wilde Jammer schweigt. —
Wenn, sturmgetroffen, noch die Woge steigt,
Dann denk ich an die unheilvolle See
Und berge abgrundtief in mich mein Weh.

M. Benedicta von Spiegel O. S. B.

Die vorliegende Nummer der „Allgemeinen Rundschau" stand, wie die übrige Münchener Presse, unter der Vorzensur des Zentralrates der A.-, S.- u. B.-Räte. Die Wochenschau konnte nicht erscheinen. Die Fertigstellung der Nummer verzögerte sich durch die infolge der Ereignisse eingetretenen Arbeitspausen.

Aus besetztem Lande.

Sie zieh'n aus Welschlands Stamme
Ostwärts zu uns'rem Rhein,
Das Haar so licht wie Flamme
— Es könnten Deutsche sein —;
Das Haar und Aug' wie Raben
— Altedle Römer schier —,
Mit blitzigem Gehaben,
Des Keltenvolks Manier.
Und wieder and're zeigen
Trotz Südlands Lockennacht
Im Aug' — Germanen eigen —
Des Himmels blaue Pracht.

Seh' ich der Feinde Reigen
In uns'res Volkes Bild,
Heerzüge dann entsteigen
Der Zeit mit Schwert und Schild:
Sueben und Alanen
Durchziehen Frankenland,
Zu ringen mit Hispanen
Um Heim und Vaterland;
Westgoten und Burgunder
Vom fernen Weichselfluss,
Sie folgen, gehen unter
In Galliens Völkerguss.

Daher wie Sonnenstrahlen
Des Haares lichte Glut,
Daher die Augen malen
Des Himmels blaue Flut:
Germanenblut verbindet
Die Körper seit alther,
Die Seelen doch — erblindet —
Trennt tief des Hasses Meer.
Wie wir die Brücke bauen?
Durch Wahrheit, Freiheit, Recht.
Wie Gallias Hass wir tauen?
Durch Menschtum rein und echt.

Paula Schäfer.

Aus der badischen Republik.

Von H. Köhler, Mitglied der badischen Nationalversammlung.

Das ehemalige Großherzogtum Baden darf wohl als das Land angesprochen werden, in dem sich die von nordischen Sendlingen inszenierte Umwälzung am unblutigsten vollzogen hat und auch keine Besitzergreifung der politischen Macht durch die unabhängigen Sozialisten stattfand. Letzteres wohl allerdings auch deshalb, weil es diesen im gegebenen Zeitpunkt an geeigneten führenden Persönlichkeiten überhaupt fehlte, trotz einiger Regierungsbeamten, die sich sofort vordrängten, und einiger akademischen Existenzen, die bis dahin in der Arbeiterbewegung völlig unbekannt und unbeteiligt waren, aber nun plötzlich ihr revolutionäres Herz entdeckten und sich dem extremsten Flügel des Umsturzes zur Verfügung stellten. Die großen politischen Parteien des Landes zeigten sich der Situation gewachsen. Es war interessant zu beobachten, wie an jenem denkwürdigen Abend des 9. November 1918 die Vertreter der Sozialdemokratie, der fortschrittlichen Volkspartei und des Zentrums in Karlsruhe sich sofort zusammentaten, um die wilde Revolution der Soldatenräte aufzufangen und ihnen den maßgebenden Einfluß bei der Regierungsbildung aus der Hand zu nehmen. Es gelang; Karlsruhe behielt die Führung in der Hand und wußte sich auch in der Folge zu behaupten gegenüber den Bestrebungen von Mannheim und Freiburg, die ihrerseits die Republik auszurufen beabsichtigten. Die damals von der Sozialdemokratie zusammen mit den bürgerlichen Parteien gebildete vorläufige Regierung ist heute noch im Amte mit Ausnahme der zwei Vertreter der unabhängigen Sozialdemokratie, die nach dem für sie vernichtenden Ausgang der Wahlen zur badischen Nationalversammlung am 5. Januar ds. Js. es vorzogen, ihre Ministersessel zu verlassen.

Die in ihrer Mehrheit sozialistische Regierung — 7 später 5 Sozialdemokraten, 2 Demokraten, 2 Zentrumsmänner — sah vom ersten Tage an ihre Aufgabe nicht in der Durchführung von Experimenten des Erfurter Programms, sondern in der geordneten Fortführung der Regierungsgeschäfte und in dem neuen Aufbau der Verhältnisse auf dem Boden des demokratischen Volksstaates. Baden hat deshalb weder Verfügungen à la Kurt Eisner noch solche nach dem Schema des preußischen oder bayerischen Kultusministers zu registrieren. Das Ergebnis der Wahl zur badischen Nationalversammlung verstärkte das Bestreben für Ruhe und Ordnung. Neben einer katastrophalen Niederlage der unabhängigen Sozialdemokratie brachte es auch der gemäßigten Sozialdemokratie keine Mehrheit, ja nicht einmal die Stellung der stärksten Partei; letztere ist vielmehr nach wie vor das Zentrum.

Die Nationalversammlung ist in ihrem Verfassungsausschuß seit einigen Wochen in gründlicher Arbeit mit der Schaffung einer neuen Verfassung beschäftigt, die in der ersten Lesung jetzt zu Ende geführt ist. Auch hier trotz aller prinzipiellen Gegensätze das Bestreben, weitgehendst zusammenzuarbeiten, um baldmöglichst wieder zu festen, geordneten Zuständen zu kommen. Das schließt natürlich nicht aus, daß auf den strittigen Gebieten die Gegensätze ausgefochten werden, so insbesondere auf dem des Verhältnisses des Staates zu Kirche und Schule. Die Trennung von Staat und Kirche ist zwar weitgehend abgewehrt, auf dem Gebiete der Schule die Beibehaltung des Religionsunterrichts als Pflichtfach im gesamten Unterricht vorerst erreicht und in der Verfassung verankert, dagegen werden staatliches Schulmonopol und die Ausschließung aller Privatschulen zur Erteilung des Volksschulunterrichts zurzeit kaum hintan zu halten sein, weil hier die Demokratie mit der Sozialdemokratie einig geht.

Geschlossen ist das badische Volk aber in der Abwehr der weitgehenden zentralistischen Bestrebungen, die von der Reichsleitung ausgehen. Man ist bereit, der Einheit des Reiches zu geben, was erforderlich ist. Aber man ist nicht bereit, die bundesstaatliche Selbständigkeit aufzugeben oder sie herabdrücken zu lassen auf das Niveau bloßer Provinzialverwaltungen. Wenn das Reich die Ordnung der Schul- und Kirchenfragen an sich ziehen oder hier den Bundesstaaten Richtlinien durch Gesetz vorschreiben will, wenn es glaubt, den Bundesstaaten auf dem Gebiete des Verbrauchssteuerwesens die bisherigen Reservatrechte ohne weiteres nehmen und zur Erhebung und Verwaltung der Reichsverbrauchssteuern eigene Erhebungs- und Verwaltungsorgane ins Land setzen oder gar noch eine Reichskontrolle mit Disziplinarbefugnis zur Ueberwachung des Vollzugs der Reichsgesetze auf dem Gebiete der Verwaltung anordnen zu können, so stößt es hier auf den entschlossenen Widerstand des ganzen badischen Volkes. Den Fanatikern des Unitarismus verweigern wir jede Gefolgschaft. Möge man sich in Berlin und Weimar in dieser Beziehung ja keiner Täuschung hingeben; sie könnte verhängnisvoll werden.

Wenn eines den Wiederaufbau der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse im Lande erschwert, so ist es die Institution der Soldatenräte. Für sie und ihre Tätigkeit besteht in den weitesten Volkskreisen begreiflicherweise absolut kein Verständnis. Es bedurfte dazu weder der geradezu niederschmetternden Darlegungen des Reichsfinanzministers Schiffer noch derjenigen des Reichswehrministers Noske. In Baden kennt man schon längst seine Pappenheimer. Man verkennt nicht, daß sie da und dort auch einmal Gutes geleistet und Schlimmeres verhütet haben, aber Durchgreifendes auf diesen Gebieten vermochten sie nicht zu erreichen. Ihre Größe, Zusammensetzung und Tätigkeit, sowie die von ihnen bezogenen Vergütungen — nach Pressenachrichten beläuft sich der Aufwand an Tagegeldern für sie in unserm kleinen Lande auf monatlich 300000 M! — fordern zur Kritik ja förmlich heraus. Und die Tatsache, daß es meistens Nichtbadener, vor allem Preußen sind, die in diesen Räten das große Wort führen, trägt zu ihrer Beliebtheit auch nicht bei. Dazu kommt, daß es ihnen bis jetzt keineswegs gelungen ist und nach den bisherigen Erfahrungen auch nicht gelingen wird, die noch bestehenden militärischen Formationen wieder mit militärischem Geist zu erfüllen, — im Gegenteil, die Klage ist allgemein, daß es in vielen Fällen gerade die Soldaten sind, die am meisten zur Unbotmäßigkeit neigen. Dies und die ständigen Drohungen der Räte mit Putschen, wenn ihren oft recht anmaßenden Forderungen auf Teilnahme an der militärischen Kommandogewalt usw. nicht entsprochen wird, hat die Erbitterung im Volke von Tag zu

Tag gesteigert. Schon liegen in der Nationalversammlung Anträge auf Aufhebung der Soldatenräte vor und es ist gar kein Zweifel, daß der Tag, an dem letzteres sich vollzöge, von der überwältigenden Mehrheit des Volkes als wahrer Freudentag begrüßt würde. Denn ob sie bei uns überhaupt noch irgendwelche reale Macht hinter sich haben, kann füglich bezweifelt werden.

Die Regierung ihrerseits ist zur Gründung einer neuen Truppe geschritten; es sind dies zunächst 2 Lehrbataillone zum Schutze der badischen Heimat und als Stamm bestimmt für das künftige, wenn auch kleinere Heer, bestehend aus sich freiwillig meldenden badischen Landeskindern, die als Frontsoldaten den Krieg mitgekämpft haben. Die Meldungen hierzu sind so zahlreich eingelaufen, daß zur Aufstellung weiterer Formationen geschritten werden kann. Hier herrscht Disziplin und Ordnung, und zwar ohne Soldatenräte!

Und Disziplin und Ordnung sind es, die vor allem not tun, besonders aber in den jetzigen erregten Zeitläuften. Schon regen sich auch die Bauern und weigern sich, ihrer Ablieferungspflicht nachzukommen, und in einigen Gemeinden ist es dieserhalb sogar schon zu Unruhen gekommen. Welch große Gefahr für die gesamte Volksernährung hier aufzieht, ist klar. Beabsichtigt die Regierung dagegen einzuschreiten, so wird sie sich bewußt bleiben müssen, daß es an Vergleichen hinsichtlich ihres Verhaltens gegenüber den Gesetzlosigkeiten mancher Räte, die man meistens hingehen ließ, nicht fehlen wird. Auch die staatliche Arbeiter- und Beamtenschaft ist zu einem Teil von diesem revolutionären Geist erfüllt und sucht ihre Forderungen auf neue Teuerungszulagen durch Ultimata mit Streikandrohung zu erzwingen, wie es vor kurzem durch Eisenbahner in Mannheim geschah. Das Heer der Arbeitslosen nimmt von Tag zu Tag zu und vermehrt die Zahl der innerlich Verbitterten. Daß unter diesen Umständen die aufreizende Agitation der Spartakusleute trotz aller Anstrengungen nicht zu entscheidenden Erfolgen kommt, ist trotz allem noch ein gutes Zeichen für den guten Kern, der noch im Volke steckt. Aber gar zu lange wird es diese Belastungsprobe nicht mehr aushalten. Hoffen wir, daß die in den nächsten Wochen nach Annahme des Verfassungsentwurfes durch die Nationalversammlung gewählte neue Koalitionsregierung die Kraft findet, in — wo es not tut — energischem Zugreifen der Autorität wieder zur Geltung zu verhelfen und die bürgerliche Gesellschaft vor dem drohenden Untergang zu retten.

Sozialisierung und Arbeiterschaft.

Von Landtagsabgeordneten Hofrat H. Osel, Pasing †.

Auf schultheoretische Zerlegungen soll hier wenig Wert gelegt werden. Sie stehen Menschen und Tatsachen meist weltfremd gegenüber, Motto sei: „Unreife Früchte halten sich nicht."

Heute ist man sich darüber klar, daß die sozialistische Lehre von Karl Marx über die Vergesellschaftung der Produktionsmittel übereilt, letzten Endes zum Bolschewismus führt, was nichts anderes bedeutet wie gewaltsam herbeigeführten Kommunismus. Vom bayerischen Standpunkt aus ist hier Auer und Eisner ebenso im Endziel gleichgerichtet wie Ebert-Liebknecht im Reich. Nur die Wege und die Zeitabschnitte sind verschieden. Ich tue Eisner nicht unrecht, denn selbst die feindlichen Ausländer, die München und seine Regierung in den letzten Monaten offenbar im Auftrag der Entente besuchten, sprachen von „verkapptem Bolschewismus" der Eisnerschen Regierung. Seine engeren Freunde, von denen ich erst am 8. Februar neuerlich persönliche Proben erhielt, sind es offen; sie stehen auf dem Boden der russischen Entwicklung. Die Radikalen erhoffen daher die Besetzung des deutschen Bodens durch die Feinde, denn sie sind der Ueberzeugung, daß so es am raschesten gelingt, auch die feindlichen Truppen mit bolschewistischem Geist zu erfüllen und die Weltrevolution herbeizuführen. Denn daß diese allein ihr Ideal verwirklichen kann, ist ihnen klar. Der „Kapitalismus" muß als Welterscheinung zu existieren aufhören, dann allein ist der Kommunismus als Weltprinzip durchführbar. Es geniert sie nicht, daß die Internationalität des Kommunismus noch keine Homogenität des Kulturstandes der Völker bedeutet, denn sie denken rein materialistisch geradlinig. Es spielt für sie offenbar keine Rolle, daß die Produktion vieler Rohstoffe und Nahrungsmittel Asiens und Afrikas durch die kommunistische Weltform direkt vernichtet werden wird, denn wenn man auch annehmen wollte, daß Europas und Amerikas Bevölkerung ungefähr die gleiche Auffassung von der Pflicht zur Arbeit hätte — zurzeit hat man sie nicht —, ohne die auch der Kommunismus verhungern müßte, so ist es doch direkt ausgeschlossen, für die Arbeiter in der Produktion von Reis, Weizen, Kautschuck, Tee, Kaffee, Zuckerrohr u. a. m. in Asien und Afrika dasselbe anzunehmen; abgesehen davon, daß als Tauschmittel das verhaßte Geldkapital noch lange unentbehrlich und durch Warentausch nicht zu ersetzen ist. Woher sollte auch in absehbarer Zeit dafür die einheitliche Basis kommen? Es ist weiter sicher, daß die Charaktereigenschaften der europäischen Arbeiter ebenso gründlich voneinander verschieden sind, die Geschicklichkeit für die Gütererzeugung, der Wille zur Arbeit, so daß auch hier der Kommunismus vielleicht Einheit in bezug auf hohe Ansprüche aller an Alles zeitigt, nicht aber Einheit der Leistungen verbürgt. Diese letztere Tatsache übersehen auch die meisten Mehrheitssozialisten, wenn sie sich von der „Internationale" die Gleichheit und Brüderlichkeit versprechen, die den Kapitalismus und Egoismus ersetzen sollen. Der „Proletarier" wertet eben nur die Faust, nicht den Geist: er konstruiert eine mathematisch-materialistische Idee und läßt den Menschen und seine menschliche Unvollkommenheit und Verschiedenheit als irrelevant außer Betracht. Wo sie ihn aber in seiner Auswirkung stören will, da schlägt er letzten Endes den Subjekten, die stören, nach russischer Methode den Schädel ein. Ich habe mich in mancherlei Gesprächen mit „Intellektuellen" und ihren proletarischen Nachläufern von dieser ihrer Anschauung — sie heißen sie „Weltanschauung" — überzeugt.

Die sozialistisch-gewerkschaftlich geschulte Arbeiterschaft ist durch ihre Führer auch systematisch auf die „Vergesellschaftung der Produktionsmittel" verwiesen worden. Es war ihr bestes Werbemittel, zu sagen, daß der Arbeiter den vollen Arbeitsertrag erhalten müsse, deshalb habe das Kapital zu verschwinden. Man hat es aber unterlassen, den Arbeitern gleich — und immer wieder — dazu zu sagen, daß dieser volle Ertrag bestenfalls dann für den deutschen Arbeiter zu beanspruchen sein wird, wenn in der ganzen Kulturwelt, in der ganzen Weltwirtschaft, der gleiche antikapitalistische Grundsatz gilt. Wir sind auf den Kauf vieler Rohstoffe und den Verkauf vieler Fertigfabrikate angewiesen und müssen daher gegenüber dem nichtsozialisierten, sondern freikapitalistisch arbeitenden und technisch fortschreitenden Ausland konkurrenzfähig sein. Der sozialisierte Betrieb ist es nicht. „De Maasbode" drückte das Mitte Januar folgendermaßen aus: Die geplante deutsche Sozialisierung des Bergbaues bringe „kurze Arbeitszeit, hohe Löhne, schlappige Aufsicht in den Betrieben, technischen Rückstand der Bergwerke, die Wahl von Betriebsleitern nach politischen Rücksichten und vor allem hohe Preise". So ist es. Denn „Revolutionsgewinnler" sind Subjekte, die meist irgendwo entgleist, durch Radikalismus die Massen beherrschen und sich — Posten schaffen, zu deren Versehung sie oft nichts, als ihre revolutionäre Gesinnung und Rücksichtslosigkeit mitbringen; im besten Fall einen weltfremden Idealismus.

Kurt Eisner hat als Aufgabe der Sozialisierung dem von ihm eigenmächtig gebildeten „Sozialisierungsausschuß" als Leitmotiv folgende Forderungen vorgesetzt: Zweck ist die Wiederherstellung und Steigerung der Produktion. Dabei soll 1. ein Anteil des Staates an dem Ertrag der Produktion sicher gestellt werden, 2. die Befriedigung der sozialen Ansprüche der Arbeitenden innerhalb der Produktion gewährleistet sein. Das heißt nichts anderes, als schließlich Beseitigung des Kapitals und Lohnsystems und Organisation der Produktion und Konsumtion ohne Dazwischenkunft des Kapitals. Von einer Verbilligung der produzierten Waren, an der die übrigen Verbraucher und die Arbeiter doch in erster Linie Interesse hätten, ist nicht die Rede und damit wird wohl „die Befriedigung der sozialen Ansprüche der Arbeitenden" am meisten gefährdet. Die heutigen Führer der Mehrheitssozialisten wollen nur „sozialisierungsreife" Betriebe, d. h. solche mit Monopolcharakter in die Hand des Staates bringen und schließen dabei den Außenhandel aus. Sie wollen weiter nichts davon wissen, daß etwa die Arbeiter eines Werkes sich zu Eigentümern dieses Werkes machen und dann doch „kapitalistisch" wirtschaften, nur, daß an Stelle des oder der Kapitalisten als Unternehmer die Arbeiter treten. Eisner fürchtet wohl nicht mit Unrecht, daß diese Arbeiterbesitzer auch zur Er-

höhung ihrer Rente den Kampf mit ähnlichen Betrieben aufnehmen — wenn sie so weit denken — und so auch „zur Erhöhung ihrer Profitrate Wucher treiben" würden.

Aus „bürgerlichen" und Arbeiterkreisen kommen eine Menge von Vorschlägen über den Weg zur Sozialisierung: Die reine Verstaatlichung von Besitz und Betrieb; oder die staatliche Besitzergreifung unter privater Betriebsleitung; oder die reine gemischtwirtschaftliche Betriebsform, bei der dem Staat die Mehrheit der Anteile zukommt, im übrigen aber, besonders im Betrieb, die private Anteilnahme die Entwicklung des Betriebes besser gewährleistet. Diesen Formen neigen auch die Mehrheitssozialisten zurzeit zu. Und man will auch hier die Betriebe individuell behandeln, kein Schema aufstellen. Man will nur die Profitrate kürzen und dem Staat und der Arbeiterschaft das Mehr zuweisen. Ersteres weil eben alle bisherigen Steuerarten gegenüber dem Riesenbedarf des Staates versagen; das letztere ist eine nicht mehr allgemein abweisbare Forderung. Die Allgemeinheit wird aus den verschiedensten wirtschaftlichen und politischen Gründen an der Gewinnrate einen wesentlich erhöhten Anteil tatsächlich bekommen müssen. Fragt sich nur: wie? Die bisherigen Beteiligungsformen der Arbeiter am Gewinn, wie sie bei uns und in Amerika zuerst versucht wurden, haben keinerlei dauernde Anerkennung gefunden. Es ist sicher, daß auch bei all den neuen Sozialisierungsunternehmen die Arbeiter enttäuscht sein werden, denn sie werden wenig direkten Nutzen sehen. Der sozialistische Reichskommissar Hue, Bergmann, warnt die Zechenräte vor Eingriffen in die Leitung der Betriebe. Vor allem sei es Pflicht der Zechenräte, die Arbeiter aufzuklären, daß Sozialisierung nicht Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit bedeute, sondern die Sozialisierung werde vorübergehend eine Verschlechterung der Arbeitslöhne bringen, da auf Abbau der Löhne hingearbeitet werden müsse. Die Lohnansprüche aber werden unsinnig hoch. Wir haben etwa jährlich (Höchstschätzung) 30—40 Milliarden Gesamteinkommen erzeugt. Nehmen wir an, daß nur 20 Millionen Staats- und Privatarbeiter in Deutschland sind und würden wir nur auf diese 20 Millionen das ganze Einkommenkapital verteilen, so träfen auf den einzelnen 1500—2000 ℳ. Nun muß aber ein Großteil dieser 30—40 Milliarden für die Staaten und Kreise und Kommunen jährlich aufgebracht werden, für Neuschaffung und Erweiterung von Betrieben dienen, an das Ausland für Nahrungsmittel und Rohstoffe gegeben werden. Was kann dann wirklich auf den einzelnen treffen? Neu kommen noch dazu die Riesenkriegslasten und -kriegsentschädigungen. Werden da die Arbeiter noch viel mehr erwarten können? Wird ein Abbau der Preise für die Verbraucher möglich sein ohne Lohnreduktion? Die heutige Methode frißt den Rest unseres Nationalvermögens gar auf; Rest Null.

Man müßte der ganzen Arbeiterschaft klar machen, daß, wenn wir 30 Milliarden jährlich an Steuern und Kriegsabgaben für Reich, Staat und Gemeinden aufbringen müssen, das dem sozialistischen Finanzminister Südekum in den Mund gelegte Wort Wahrheit würde, man werde wohl „dahin kommen, daß alle ihr Einkommen dem Staate geben müßten; dem einzelnen könne nur ein Teil davon zur Verfügung gestellt werden, je nach Bedürfnis und Würdigkeit"!! Da hiermit aber auch besiegelt ist, daß wir das höchstens einige 2—3 Jahre können, weil ja jede Weiterentwicklung unserer Wirtschaft entsprechend der zunehmenden Bevölkerung unmöglich und der rapide Rückgang der Jahreserträge sicher ist, so — sprechen wir es aus —: ist der Staatsbankerott sicher, die völlige Verarmung Deutschlands eine Frage kurzer Zeit und die Massenauswanderung traurigste Notwendigkeit.

Und da denkt man jetzt an Sozialisierung, um dem Staat dauernd bessere Einnahme zu verschaffen, den Arbeitern Gewinnanteile! Eine zusammengebrochene Wirtschaft, auf deren beste Betriebe der Feind schließlich noch die Hand legt, ist nach keiner Richtung sozialisierungsreif. Ein Anteil des Staates am Gewinn neben der Steuer in Form gemischtwirtschaftlicher Betriebe, wobei keineswegs der Staat die Mehrheit am Kapital der Betriebe zu haben braucht, ist in einzelnen Großbetrieben mit monopolartigem Charakter der einzig denkbare Weg. Voraussetzung ist dabei noch, daß die Feinde an der Erhaltung unserer Existenzmöglichkeit selbst das gebotene Interesse haben. Sonst kommt der bolschewistische Mord mit all seinen Schrecken und — dem Ende. Man wird der Entente den wahren Zustand unseres finanziellen und wirtschaftlichen Lebens, so wie er ist, darstellen müssen, damit sie erkenne, daß ihre Forderungen den töten, von dessen Arbeit sie sich Nutzen verspricht. Leute, wie Herr Jaffé aber, die uns „beweisen" wollen, daß es um Bayerns Finanzen gut stehe, um selbst „gut" zu stehen, während der Zusammenbruch vor der Tür steht, steigern nur die Ansprüche der Feinde an unser armes, armes Vaterland.

Nach den Wahlen in Deutschösterreich.

Von Otto Reichert.

Alea est jacta. Zwar nicht zu unseren Gunsten, doch auch nicht so, wie die Gegner es erhofft und allzufrüh in die Welt hinausgerufen hatten. Die ersten Nachrichten in gegnerischen Blättern verkündeten einen „ungeheuren Sieg" der Sozialdemokraten und eine vernichtende Niederlage der Christlichsozialen: 74 Sozialdemokraten, 59 Christlichsoziale, 27 Bürgerliche, 1 Zionist und 1 Tscheche. Doch war hier mehr der Wunsch der Vater der Gedanken. Der Draht meldete bald andere Resultate. Heute stehen folgende Zahlen fest: 70 Christlichsoziale, 71 Sozialdemokraten, 28 (meist Freisinnige) anderer Parteien.

Mit einem Anwachsen des Sozialismus war von vorneherein zu rechnen. „Rot" ist der Zug der Zeit. Als Reaktion für die oft mehr als nötige Unterbindung jeder persönlichen Freiheit kommt naturgemäß der Radikalismus. Das unsagbar traurige Kriegsende, die vielen Mißgriffe der Verwaltung, die Zentralenmißwirtschaft, die zahllosen Ungerechtigkeiten an und hinter der Front bieten ihm genügend Nährstoff, wenn man von den Opfern und Entbehrungen, soweit sie unumgängliche Begleiterscheinungen des Weltkrieges sein müssen, schon absehen will. Dieser Radikalismus war zudem mit allen Mitteln, Lüge, Verleumdung (die Selbstbeschmutzung des deutschen Volkes, die systematische In-den-Kot-Zerrung des Kaiserhauses selbst in gewissen bürgerlichen Blättern, dieses Suchen nach den „Schuldigen", um die Aufmerksamkeit von den wirklich Schuldigen abzulenken, bleibt ein ewiges Schandmal), Terrorismus, nicht zuletzt mit Millionen in- und ausländischer Gelder künstlich gesteigert worden. Die Sozialdemokratie betrieb ihren Wahlkampf auf Kosten des „alten Regimes", das endlich der Demo-, nein Judokratie Platz machen müsse; auf Kosten der Christlichsozialen, die man als Hauptkriegshetzer und Feinde des Anschlusses an die deutsche Republik verdächtigte. Der Freisinn aller Schattierungen, der sich in neun Parteien gespalten hatte — deutsche Einigkeit! — erkannte nicht den wahren Feind deutschen Wesens und bekämpfte weit mehr die Christlichsozialen. Die Folge dieser bürgerlichen Zerfahrenheit war für sie eine entscheidende Niederlage. Es ist jedoch bezeichnend, wie der Freisinn die Niederlage aufnimmt. Statt endlich einmal zu erkennen, wohin der Weg geht, jubeln sie über die Niederlage der Christlichsozialen in Wien, die ihnen viel mehr Freude bereitet als das Anschwellen der Sozialdemokratie.

Wir wollen uns die Tatsache nicht verhehlen, daß die Christlichsozialen in Wien geschlagen wurden. Den 32 Sozialdemokraten stehen 11 Christlichsoziale gegenüber, allerdings Männer mit Namen von bestem Klang, Köpfe: Weiskirchner, Minister a. D. und Universitätsprofessor Dr. Seipel, Dr. Mataja, Dr. Resch, Kunschak, Frau Dr. Burian, Spalowsky. Auch sonst entsenden die Christlichsozialen manchen ausgezeichneten Parlamentarier.

Als Vertreter der Sozialdemokratie sind gewählt: Friedmann, Dr. Bauer, Ludo Hartmann (der deutschösterr. Gesandte), Dr. Ellenbogen, Dr. Julius Deutsch, Friedrich Adler (der Ministermörder!), Austerlitz, Therese Schlesinger, Emmy Freundlich u. a.

Der bürgerliche Freisinn beweint eine Reihe seiner besten Kämpen. Hauptschürer des Kulturkampfs, Dr. Ofner, Baron Hock, Zenker u. a., die Macher der Ehereform, der Leichenverbrennung und freien Schule wurden nicht mehr gewählt. Auch der gegenwärtige Finanzminister Dr. Steinwender kam unter die Räder.

Zu den Wahlergebnissen kämen noch 85 Mandate aus den Sudetenländern, wo die Tschechen jede Wahl und Wahlvorbereitung verbieten und event. als Aufruhr (!) bestrafen, ebenso 7 Mandate aus Deutsch-Südtirol. Sie sollen durch Ernennung besetzt werden auf Grund der Zahlen bei den letzten Reichsratswahlen

wodurch den Sozialdemokraten ca. 40, den Christlichsozialen nur 6, dem Freisinn ca. 60 Mandate zufallen würden. Die Sozialdemokratie sträubt sich neuestens gegen diese Ernennung, wohl weil sie den Freisinn kennt, den sie heute mit Leichtigkeit an die Wand zu drücken hofft.

Die Sozialdemokratie wird ihren Sieg ausnützen. Es werden freilich die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Leichter ist es zu kritisieren und alles herunterzureißen, als positiv arbeiten, aufbauen. Das Volk will nunmehr Brot, nicht Steine und Versprechungen. Die Christlichsozialen bilden ein beträchtliches Gegengewicht. Man wird nicht über sie zur Tagesordnung übergehen können. Dem Freisinn bleibt nunmehr die Wahl: Rot oder Schwarz? Die Zukunft wird lehren, daß überhaupt nur diese beiden Parteien möglich sind, weil sie allein eine Weltanschauung und darum ein zielklares Programm zur Grundlage haben. Ob der Freisinn zur Besinnung kommt? Der Zug seines Herzens geht nicht zu uns. Die nächsten Wochen werden es lehren.

Warum haben die Christlichsozialen nicht besser abgeschnitten? Es gilt auch hier: Gallia docet. Man lese nur einmal in dem beachtenswerten Werk von Goldschmitt „Der Kulturkampf in Frankreich" (Ohlinger, Mergentheim 1918² S. 122 ff.) die Ursachen der beständigen Niederlagen der Katholiken Frankreichs nach: Uneinigkeit, mangelhafte Organisation und Presse dort wie bei uns. Die christlichsoziale Partei hat wie jede ihre Fehler. Gewiß. Sie hat aber redlich gearbeitet, um auszumerzen, was faul war. Sie hat heute ein imponierendes Programm, gleichzeitig eine programmatische Zeitschrift „Volkswohl", das leider noch viel zu wenig beachtet wird. Es ist also — um nur ein Beispiel herauszugreifen — durchaus verfehlt, wenn der bekannte Orel mit der Gründung der „Deutsch-österreichischen Volkspartei", die es übrigens nur auf 1600 Stimmen brachte, hervortritt. Die Art und Weise, wie sein „Volkssturm" die Christlichsozialen bekämpft, ist einfach unbegreiflich, gelinde ausgedrückt. Einigkeit und Einigkeit vor allem! Muß denn jeder seine eigene Parteisuppe kochen? Der tertius gaudens ist immer die Sozialdemokratie. Das gilt auch den bürgerlichen Parteien. Stellt das Trennende zurück, laßt den Kulturkampf und kehrt das Einigende hervor, wie Katholiken und Protestanten im deutschen Zentrum zusammenwirken.

Mangelhafte Organisation! Da stecken wir noch in den Kinderschuhen. Direktor Schmitz spricht in einem bedeutsamen Artikel der „Reichspost" durchaus nicht pro domo, wenn er schreibt: „Wenn man bei uns den „Volksbund" so unterstützt hätte, wie dies in Deutschland dem „Volksverein" gegenüber geschah, dann wären die Wahlen trotz der roten Psyche doch noch besser ausgefallen. Auch in Wien. Und gerade in Wien! Hätten wir in Wien statt der 20 000 Volksbündler 100 000, dann hätte der 16. Februar ein anderes Resultat gebracht." Der Volksbund ist die Organisation unserer Zukunft. Mit ihm stehen und fallen wir. Das muß die Ueberzeugung aller kirchlichen und weltlichen Führer der Katholiken sein. Und der Erkenntnis muß das Handeln folgen: rasch, unverzüglich, heute noch! Und neben dem „Volksbund" die Standesorganisationen und die Gewerkschaften. Es ist hier nicht der Ort das auszuführen. Es handelt sich um Lebensfragen für die christliche Volksbewegung. Sparen wir darum nicht am falschen Platze. Die Lungen einer lebenskräftigen Organisation sind (außer den Vertrauensmännern): Presse und freigestellte Kräfte. Ohne sie kommen wir nicht vorwärts. Ein Verein, der die Presse nicht fördert, ist sein eigener Totengräber. Die Aussichten für die Zukunft sind nicht rosig, gewiß nicht. Aber: Arbeiten und nicht verzweifeln! Das ist alles. Gott wird uns helfen.

Katholische Schulvereinigung und Volksverein.

Von Geheimrat Marx, Düsseldorf, Mitglied der Deutschen Nationalversammlung.

Als man im Jahre 1911 eine Vereinigung der deutschen Katholiken zur Verteidigung und Förderung der christlichen Schule und Erziehung gründete, wurde von verschiedenen Seiten die verwunderte Frage erhoben: Was denn geschehen sei? Die konfessionelle Schule sei doch in fast allen Bundesstaaten gesetzlich verankert. Eine Gefahr für ihren Fortbestand sei doch nirgendwo zu erkennen. — Heute leugnet niemand mehr, daß eine eminente Gefahr die christliche Schule, ja die christliche Jugenderziehung schlechthin bedroht. Heute erkennt man den Vorteil, daß man damals wenigstens angefangen hat, eine Zusammenfassung katholischer Kreise zur besonderen Behandlung der Schulfrage zu schaffen. Jetzt tritt in weitem Umfange der immer dringendere Wunsch zutage, möglichst alle katholischen Volksgenossen und möglichst eng zur gemeinsamen Verteidigung der christlichen Erziehungsideale zusammen zu schließen. Der bisherige Aufbau der Schulorganisation aus Tätigkeitsausschüssen in den Gemeinden, Bezirken und Bundesstaaten scheint vielen nicht mehr genügend: es soll ein Schulverein das gesamte katholische Volk umspannen.

Diese Gedanken waren auch schon bei der Gründung der Schulorganisation in Betracht gezogen worden. Es würde zweifellos die Werbearbeit ungemein erleichtert haben, wenn man für einen Schulverein Stimmung hätte machen können, statt zur Bildung von Ausschüssen aufzufordern, die stete, verständnisvolle und hingebende Tätigkeit der leitenden Personen voraussetzen. Man hatte aber damals nach reiflicher Ueberlegung in voller Einmütigkeit die Bildung eines Schulvereins abgelehnt, weil man in keiner Weise die vorbildliche und allseitig geschätzte Tätigkeit des Volksvereins für das katholische Deutschland, der im wahrsten Sinne des Wortes die Massenorganisation des katholischen Volkes darstelle, beeinträchtigen wollte. Es ist hierbei auch in Erwägung zu ziehen, daß bisher bei Beschränkung auf die Behandlung der Schulfrage einer besonderen Massenorganisation des katholischen Volkes vielfach doch der Stoff gefehlt haben würde, um die großen Volksmassen dauernd zu interessieren und zusammenzuhalten.

Insofern ist ja heutzutage die Sachlage eine andere geworden. Doch waltet der erstangeführte, formal organisatorische Grund auch zurzeit noch vor mit derselben ausschlaggebenden Bedeutung wie früher. Man klagt im katholischen Lager nicht selten über allzu große Vielgestaltigkeit der Organisationen, die in ihren Zielen und Aufgaben sich einander berühren und decken. Es wäre das Verkehrteste, was wir anfangen könnten, wenn wir Massenorganisationen nebeneinander bildeten, die sich gegenseitig in ihrer Tätigkeit und ihrer Werbearbeit beeinträchtigen.

Wenn in den Kreisen der Schulorganisation zurzeit das Streben nach Ausgestaltung derselben zu einem Schulverein immer öfter und immer dringender zutage tritt, so ist das angesichts der Entwicklung der inneren Verhältnisse Deutschlands und einer Anzahl von Bundesstaaten, namentlich angesichts der vielfachen willkürlichen und brutalen Eingriffe verschiedener Kultusministerien an sich erklärlich. Dieser Sachlage trug der in Nr. 7 der „Allg. Rundschau" vom 15. Februar d. J. veröffentlichte Aufsatz des leider inzwischen nach kurzer Krankheit aus dem Leben geschiedenen Generalsekretärs der Schulvereinigung, Rektor Rix Rechnung, insofern er eine weitere Ausgestaltung der Schulvereinigung anregte. Er war aber zu einer Zeit geschrieben, zu der die am 31. Januar 1919 zu Hagen i. W. gefaßten Beschlüsse des Zentralvorstandes des Volksvereins noch nicht vorlagen. Durch diese, deren Zweckmäßigkeit unbestreitbar ist, sind die Voraussetzungen wesentlich verändert, von denen der erwähnte Artikel ausging. Man muß sich hierbei in die Erinnerung zurückrufen, daß die Aufgabe der Schulorganisation einmal die Pflege des christlichen Schul- und Erziehungsideals im katholischen Volke, die Weckung und Hebung des Interesses an der Schule überhaupt, vor allem der Volksschule und, besonders in der letzten Zeit, auch die Besprechung der Mittel und Wege ist, die zur Vervollkommnung unseres Volksschulwesens führen können. Die erstgenannten Ziele werden zweifellos durch eine Heranziehung und Zusammenfassung möglichst weiter Volkskreise am besten und tiefgreifendsten erreicht. Ihnen will sich von jetzt an der Volksverein mehr wie bisher widmen. Er will sie anstreben durch Veranstaltung von Versammlungen, durch Verbreitung von Literatur (Broschüren und Flugblättern), durch Erweiterung der Zentrale und Einrichtung einer besonderen Abteilung bei derselben zur Behandlung der Schulfrage. Der Volksverein will künftighin auch in kulturellen Fragen die Massenorganisation des katholischen Volkes darstellen.

Der Jahresbeitrag des Volksvereins soll von bisher 1.50 ℳ auf 2.— ℳ erhöht werden. Der Mehrbetrag soll in erster Linie für die eben geschilderte eingehendere Behandlung der Schulfrage dienen, dann aber auch zu finanziellen Beihilfen an die Schul-

organisation, namentlich deren Rechtsauskunftsstellen verwendet werden. Die **Schulorganisation** soll nach der Meinung des Zentralvorstandes des Volksvereins **ihre bisherige Gestaltung beibehalten**, namentlich aber auch, wie jetzt, die mehr theoretische Vertiefung der Schulfrage in Sachverständigen-Ausschüssen betreiben, die Bildung und Zusammenfassung von Elternausschüssen übernehmen und ferner Rechtsauskünfte in Schulfragen erteilen, wie es bisher zu großem Vorteil namentlich der Diasporagemeinden geschehen ist.

Es ist nicht zu leugnen, daß zur Erfüllung dieser Aufgaben keine Massenorganisation vorhanden zu sein braucht. Im Gegenteil lassen sich diese Zwecke weit erfolgreicher in den nach dem ursprünglichen Plane der Schulorganisation gebildeten Sachverständigen- und Interessenten-Ausschüssen erreichen. Die finanzielle Sorge wird hierbei der Schulorganisation zum größten Teile abgenommen und bereitwilligst vom Volksverein mitgetragen.

Endlich muß in Erwägung gezogen werden, daß bei dem Gange der politischen Entwicklung immerhin **mit der Möglichkeit zu rechnen** ist, daß sich die gesetzliche Gestaltung unseres Schulwesens für die religiöse Erziehung und Heranbildung unserer Jugend so verderblich und gefährlich herausstellt, daß sich die Katholiken gezwungen sehen, katholische Privatschulen einzurichten und zu unterhalten. Das würde allerdings eine außerordentlich schwere finanzielle Belastung des katholischen Volksteils darstellen. Man kann daran denken, daß die gewaltigen, dann erforderlichen Mittel von den gesamten Kirchengemeinden eines Staatsganzen freiwillig oder im Wege der Besteuerung aufgebracht werden müßten; man könnte auch an eine Erweiterung und Verstärkung des Bonifatiusvereins oder sonstiger katholischer Organisationen denken. Jedenfalls würde für diese Zwecke ein Verein, wie der Volksverein, sich **nicht** eignen, der seine Haupttätigkeit doch immer auf sozialem, wirtschaftlichem und sozialpolitischem Boden zu entfalten hat. Die endgültige Erledigung dieser Frage wird man füglich der Zukunft überlassen können und müssen.

Soweit die Beschlüsse des Zentralvorstandes des Volksvereins, bei deren Beratung auch eine Anzahl maßgebender Mitglieder der Schulorganisation teilgenommen haben. Die zuständigen Organe der Schulorganisation haben zu diesen Vorschlägen des Vorstandes des Volksvereins bisher noch nicht Stellung genommen. Nach unserer Meinung wird man diesen Plänen die Zustimmung nicht versagen können. Eine Zersplitterung der Kräfte muß unter allen Umständen vermieden werden. Heutzutage gilt es vor allem, das gesamte katholische Volk in **einer** machtvollen Organisation zusammenzuschließen, — und das kann nach der ganzen geschichtlichen Entwicklung **nur der Volksverein für das katholische Deutschland sein!**

Akademiker, organisiert Euch!

Von **Hans Grundei**, Berlin.

Ein erfreuliches Bild neu erstandener Einigkeit und Zielbewußtheit bot die von zahlreichen alten Herren, Burschen und Füchsen, von Couleurstudenten und Nichtinkorporierten besuchte Akademikerversammlung, die der Akademikerbund Groß-Berlins, eine Zweigorganisation des Reichsausschusses der akademischen Berufsstände, für Mittwoch, den 29. Januar in den Kaisersaal des „Rheingold“ einberufen hatte. Es kam etwas von dem Geiste von 1914 über die Anwesenden, als der Direktor des akademischen Hilfsbundes, Dr. Pinkerneil der Hauptreferent des Abends, am Schluß seines von hohem Idealismus, aber auch von starkem Wirklichkeitssinn für die Nöte des Akademikers von 1919 durchdrungenen Vortrages die Geister der gefallenen Helden von Langemark heraufbeschwor, jener tapferen Studenten, die schon wiederholt vergeblich unter schweren Verlusten gegen eine feindliche Sappe angestürmt waren, und die schließlich zu einem letzten, siegreichen Angriff geführt wurden mit den Worten: Kommilitonen, es gilt Eure akademische **Ehre!**

Ja, es gilt die Ehre eines ganzen Standes zu wahren, der die Besten aus seinen Reihen in vierjährigem heldenhaftem Ringen fürs Vaterland hat sterben sehen und dem heute die Gefahr droht, im neuen sozialistischen Freiheitsstaat entrechtet zu werden und unter der Herrschaft einer Klasse zum Proletariat herabzusinken. Wenn irgend etwas uns Akademiker mit dringlichster Notwendigkeit zum Zusammenschluß führen muß, dann ist es die riesengroße **Not**, in welche viele akademische Berufsstände durch die Revolution geraten sind. Heute verdient ein Charlottenburger Laternenarbeiter 450 M im Monat und der Gerichtsassessor, der dem Staate unentgeltlich dienen muß, nachdem er sein Kapital in sein Studium gelegt hat, kommt schließlich mit 35—40 Jahren zu dem „fürstlichen“ Gehalt eines Amtsrichters, wenn ihm nicht vorher die Tür gewiesen wird. Wenn die Verhältnisse sich weiterhin so dem Abgrund zu entwickeln wie heute, dann werden wir alljährlich über hunderttausend Akademiker in Deutschland haben, die nicht zu ihrem Führerberuf im Volke gelangen, sondern die sich als Handarbeiter ihr Brot verdienen oder als Kulturdünger fremden Völkern und Nationen sich verdingen müssen, um dem Versinken in ein Bildungsproletariat zu entgehen. Die Stellenvermittlung des akademischen Hilfsbundes muß es fast täglich erleben, daß sich Hunderte von akademischen Bewerbern um Stellen mit dem monatlichen „Riesengehalt“ von 180—200 M förmlich balgen. 56 Prozent sämtlicher Aerzte müssen sich heute mit einem Jahreseinkommen von weniger als 7000 M begnügen. Diese Zustände schreien direkt nach Organisation, nach Zusammenschluß. Er ist geschaffen worden im **Reichsausschuß der akademischen Berufsstände**, dem heute bereits 70 verschiedene Akademikerverbände mit 220000 Mitgliedern angeschlossen sind.[1]

Diese Organisation kann aber nur Gedeihliches leisten, sie kann vor allem erst dann ihre Forderungen nach außen hin wirksam und mit dem nötigen Nachdruck vertreten, wenn in ihren Mitgliedern ein stark entwickeltes und ausgeprägtes **Standesbewußtsein** lebt. Deutschlands Akademiker durchdringen heute — und sie werden es im neuen Volksstaate noch mehr tun — alle Volksschichten. In uns soll, wie Dr. Sonnenschein sagt, das Gesetz des Geistes leben. Dieser Geist ist's, der uns eint, der uns mit Standesbewußtsein erfüllen soll. Und das gemeinsame Ziel, nämlich durch Pflege und Anwendung der Wissenschaft dem Volke und der Welt zu dienen! „Wir sind keine Privilegierten“ — ich führe hier wieder Dr. Sonnenscheins Worte an —, „die hochmütig vom Besitz des Geldes oder der Bildung aus auf das ganze übrige Volk niederschauen. Der Beruf unserer geistigen Aristokratie ist vielmehr der Geist an der Gesamtheit. Wir tragen Verantwortung. Wir haben wiederzugeben. Uns steht nicht eingebildete Zurückhaltung, sondern demütige Teilnahme. Auf der anderen Seite sollen wir nicht der Zahl und der Masse gehorchen. So bescheiden wir selbst sein sollen, so stark, unbesiegbar und unerbittlich souverän ist der Geist, der durch unsere Kanäle von den Höhen unserer Hochschule in die ganze Nation fließt.“ Das ist unsere Eigenart, und diese Eigenart muß uns mit Standesbewußtsein erfüllen. Und aus diesem Standesbewußtsein heraus müssen wir uns wehren dagegen, zu geistigen Lohnarbeitern herabzusinken. Die Berufung Adolfs des Einfältigen auf den preußischen Ministersessel für Wissenschaft und Kultur war die Kriegserklärung der proletarischen Klassenherrschaft an die Intelligenz, an die Akademiker. Wir nehmen diesen Kampf auf in der Erkenntnis dessen, daß, wie Dr. Pinkerneil in seinem Referate ausführte, wenn **wir** nicht die Stärkeren bleiben in diesem Kampfe, die innerlich Stärkeren, diejenigen, welche der physischen Macht, der Gewalt moralische Machtmittel entgegenhalten, von Deutschland in Zukunft nichts mehr zu erhoffen ist. Der verhetzte, Bildung und Wissen, sowie deren Trägern feindlicher denn je gegenüberstehende deutsche Arbeiter wird schwerlich zu der Erkenntnis gelangen, daß, wenn das deutsche Volk den Höhenflug zur Sonne wieder antreten soll, es sich vor allen Dingen zu seinen geistigen Führern bekennen muß. Möge sich wenigstens der christliche Arbeiter dieser Erkenntnis nicht verschließen, möge er sich frei halten von blindem Haß gegen Volksschichten, die zwar gesündigt haben dadurch, daß viele ihrer Vertreter nicht gelernt hatten, sozial zu denken, zu fühlen und zu handeln, die doch aber im Verein und Schulter an Schulter mit den handarbeitenden Klassen das Beste dahingaben für das gemeinsame Vaterland, das Blut und Leben ihrer Jugend, und die auch daran erinnern möchten, daß sie sich in den Tagen der Revolution und des Umsturzes, als große Volksmassen in dem Glauben lebten, von der ihnen über Nacht bescherten Freiheit allein existieren zu können, unentwegt und unbekümmert **nicht** mit ihren Wünschen und Forderungen, sondern mit ihrer **Arbeit** der neuen Regierung zur Verfügung stellten. Und heute, in jenen Stunden, da große Massen arbeitsloser entlassener Soldaten die Straßen der Großstädte füllen und es ruhig mit ansehen, wie die wirtschaftliche Not ihres

[1] Vorsitzender des Reichsausschusses der akademischen Berufsverbände ist Dr. Hugo Böttger, Berlin, Geschäftsstelle NW 7, Georgenstr. 44.

Volkes immer größer wird, und durch die polnischen Annexionsgelüste weite Gebiete im Osten unseres Vaterlandes gefährdet sind, heute sei daran erinnert, daß es wieder die *akademische Jungmannschaft* ist, die sich in großen Massen dem Grenzschutz zur Verfügung stellte, daß vor wenigen Tagen erst wieder ein Detachement, bestehend aus Studenten, nach dem Osten gesandt worden ist.

Jede große Organisation hat ein *Programm*, stellt Forderungen. Auch der Akademikerbund hat ein Programm, ein soziales und ein kulturelles, auch wir Akademiker haben bringliche Forderungen an die Nationalversammlung und an den neuen deutschen Volksstaat, Forderungen, die uns selbst angehen, und Forderungen im Interesse des gesamten deutschen Volkes. Wir erklären den Krieg jeglichem Materialismus und Mammonismus und führen den Kampf für den *alten deutschen Idealismus*. Wir Akademiker haben mehr innere Berechtigung und mehr Veranlassung als die jetzige deutsche Regierung, dem deutschen Volke die Wege nach Weimar zu weisen und der dort tagenden deutschen Nationalversammlung die Mahnung zu erteilen: Denket daran, daß Ihr an altehrwürdiger, deutscher Kulturstätte weilt, daß die Augen der ganzen Welt in diesen Wochen voll Erwartung auf Euch gerichtet sind, ob Ihr die Würde bewahren werdet angesichts ruhmvoller deutscher Vergangenheit, ob Ihr den Willen haben werdet, echter, deutscher Kultur wieder die Wege zu bereiten. Weimar als Sitz der deutschen Nationalversammlung gibt uns Akademikern ein besonderes Recht, von der deutschen Volksvertretung für die Zukunft zu fordern Freiheit der geistigen Arbeit und des geistigen Arbeiters und den Ausbau der *deutschen Hochschule* als der würdigsten Repräsentantin deutschen Geisteslebens. Gerade Weimar ist es, das uns mit besonderer Dankbarkeit daran erinnert, daß es die deutschen Fürsten waren, die ihren besonderen Stolz darein setzten, das Geistesleben und die Hochschulen zu schützen. Die Geschichte wird einmal das deutsche Volk daran erinnern, was seine Monarchen für die Hebung der deutschen Wissenschaft und Kultur getan haben. Ob eine Volksregierung dem deutschen Hochschulwesen den gleichen Schutz gewähren wird? Wir verwahren uns dagegen, daß Deutschlands hohe Schulen zur einseitigen Pflanzstätte des Sozialismus und parteipolitischer Interessen und seine Lehrer zu geistigen Lohnarbeitern herabgewürdigt werden. Darum müssen wir sie selbst schützen und selber ihre Rechte wahren. Die deutsche alma mater wird vielleicht in der Zukunft eine rückwärtige Entwicklung durchmachen müssen: sie wird ihres Charakters als Staatsanstalt verlustig gehen und etwa wie im Mittelalter genossenschaftlich aufgebaut werden. Auch hierzu bedarf es einer starken Organisation, in welcher der Jungakademiker in gleicher Interessengemeinschaft mit dem Altakademiker arbeiten muß.

Wir fordern weiterhin *Qualifikationsnachweise für die Hochschule*. Wir nehmen diese Forderung mit Bewußtheit aus dem alten Regime herüber, weil ohne sie eine gedeihliche Entwicklung des deutschen Bildungswesens nicht möglich ist. Wir wollen nicht, daß, nachdem wir der wirtschaftlichen und politischen Ohnmacht und Verachtung verfallen sind, nun auch noch durch maßlose und unsinnige Forderungen das Ansehen der deutschen Wissenschaft in der Welt vernichtet wird. Das System der Prüfungen soll nicht abgeschafft, wohl aber auf eine breitere, zeitgemäßere Grundlage gestellt werden. Der Durchführung des Programms „Bahn frei für alle Tüchtigen" stehen diese Forderungen durchaus nicht im Wege. Es ließe sich über diese Programmpunkte und den Gegensatz der diesbezüglichen sozialistischen Forderungen noch vieles sagen, worauf im Augenblick nicht eingegangen werden kann. Dieses Kulturprogramm kann aber nur durchgeführt werden, wenn wir am Reichsgedanken und an der deutschen Kultureinheit festhalten, ohne daß dabei irgendwelche kulturellen Stammeseigentümlichkeiten zu kurz kommen. In diesem Sinne betrachtet, gewinnt der Kampf um des Reiches Grenzen, um die Reichseinheit, den der junge Akademiker jetzt aufnimmt, an Wert und Bedeutung, denn dieser Kampf ist letzten Endes nichts weiter als ein Ringen um die Erhaltung unserer deutschen Kultureinheit, an der wir auch bereitwilligst unsere österreichischen Brüder teilnehmen lassen wollen.

Zahlreich sind auch die Forderungen *wirtschaftlicher Art*, die wir stellen. Amortisierung des Kapitals und der Zeit, die der Akademiker für sein Studium verwendet hat, durch ein entsprechendes Gehalt, Beseitigung der sittlichen Notlage des Akademikerstandes durch Schaffung früherer Anstellungsmöglichkeiten, Pensionierung mit 60 Jahren, Besoldung der Assessoren und aller derer, die im Staate Dienst leisten. Zu unseren *sozialen Programmpunkten* gehört die wirtschaftliche Förderung der Studenten durch Aufklärung über Berufswahl; es muß eine *soziologische Bearbeitung des gesamten akademischen Arbeitsmarktes* erfolgen. Weiterhin Reform des studentischen Wohnungs- und Stipendienwesens, Einrichtung von Darlehenskassen. Wir Akademiker müssen uns zum Studenten bekennen, ihm helfen, ihn schützen, weil wir uns zur Hochschule bekennen und zu ihrem Schutze uns organisieren. Darum hinein in die Reichsorganisation der deutschen Akademiker, auch die katholischen Akademiker, damit wir uns eine Macht schaffen, um mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln unsere berechtigten Forderungen durchzusetzen und uns zu wehren gegen ungerechte Unterdrückung und Zurücksetzung. Wir verlangen, daß der Reichsverband der deutschen Akademiker künftighin das gleiche Recht der Mitarbeit und Mitberatung hat wie andere Organisationen, beispielsweise wie die Gewerkschaften.

Wir katholischen Akademiker dürfen uns in dieser schweren Zeit nicht abseits stellen, sondern müssen mitraten und mittaten in den großen Organisationen und ihnen den Stempel unseres Geistes aufzudrücken versuchen. Wir brauchen uns nicht zu genieren, wir kommen als Gebende, wir bringen mit eine festgegründete Weltanschauung, wir bringen mit altbewährte Grundsätze, wir bringen mit eine große soziale Organisation, den Volksverein, der hinter uns steht mit seinem großen sozialen Programm, und aus dem auch Dr. Sonnenschein hervorgegangen ist, der im Hochschulleben unserer Tage eine allgemein anerkannte Führerrolle spielt. Wir besitzen eine Fülle potentieller Energie, nun, wohlan denn, setzen wir sie um in wirkliche Energie, in Tatkraft, seien wir nicht nur Bausteine, sondern Baumeister an dem Gebäude deutscher Kultur, das wir aus dem Trümmerhaufen dieses Krieges neu aufrichten müssen. Es ist einmal an der Zeit, daß die deutsche katholische Intelligenz heraustritt aus ihrer Reserve und sich als wertvolle Minorität zeigt, die wie der Sauerteig wirkt, der alles durchsäuert. Kommilitonen, die Stunde ruft Euch, es gilt die befreiende Tat!

Ein Künder der Völkerversöhnung.

Wenn die Stimme eines Einzigen geeignet ist, die Mißklänge des Hasses zu übertönen, die aus *Frankreich* zu uns herüberklingen, so ist es die versöhnende Stimme *Romain Rollands*. In zahlreichen Büchern über deutsche Musik und Musiker, von denen das über Beethoven jetzt auch in deutscher Uebersetzung vorliegt, hat er das Wesen unserer Musik zu ergründen versucht und seinen Landsleuten nahe gebracht. Ein deutscher Komponist steht auch im Mittelpunkt von Rollands großem zwölfbändigen Roman *Johann Christof*. Das Werk gehört aber keineswegs zur Gattung der landläufigen Künstlerromane. Er ist weit mehr, ist seit Frau von Staëls Buch „Ueber Deutschland" der *erste Versuch eines Franzosen*, ein ganzes, vorurteilsfrei geschautes *Bild der deutschen Kultur zu entwerfen*. Rollands gründliche Kenntnis der deutschen Musikgeschichte ist auch in seinem Roman erkennbar. In die Seele seines Helden münden die Feuerströme der heißen Herzen Glucks, Händels, Wagners und Beethovens. Während aber die Charakterzüge der drei ersten großen Meister kaum mehr als nebengeordnete Zutaten sind, wird die Verwandtschaft mit Beethoven bis in die tiefsten Falten der Seele durchgeführt. Johann Christof gehört, wie unser großer Meister, zu den Männern, denen „Kraft die Moral des Menschen" ist. Die Zustandsschilderung ist am stärksten im ersten Teil, in dem das Leben in der kleinen rheinischen Residenz stark an das geschichtliche Vorbild gebunden bleibt. Muffiger historischer Geist jedoch steckt nicht darin. Ich glaube den Genius Gottfried Kellers nicht zu beleidigen, wenn ich die Jugendjahre Johann Christofs in unmittelbare Nähe des grünen Heinrich stelle. An die Jugendjahre Johann Christofs schließt sich der Pariser Aufenthalt an, die Schilderung des dekadenten Frankreich. Hier tritt das für Frankreich gänzlich Neue in Rollands Buch zu Tage, daß der Dichter die Kultur seines Landes sich in der Seele des Deutschen Johann Christof wiederspiegeln läßt. Dadurch ist es ihm möglich, die Fäulnis und Unkultur des alten, absterbenden Frankreich mit größter Deutlichkeit zu schildern. Er erspart seinen Landsleuten keine bittere Wahrheit, wenn er den Kunstsnobismus angreift, das geschwätzige, schöpferige Unvermögen einer Künstlerschar, deren Schlagwort L'art pour l'art ein bloßer Schemen geworden ist. Nicht minder scharf fällt der Dichter gegen die Auswüchse des gesellschaftlichen Lebens aus und besonders gegen die tiefe Frivolität der Pariser großen Welt. Aber Deutschland kommt auch nicht zu kurz in diesem Strafkapitel, vor allem nicht „die kaiserliche Kaserne und der brutale deutsche Militarismus mit seinen Kraftprotzereien". Gleichzeitig brandmarkt Rolland den „Größenwahn des siegestrunkenen Imperialismus und die völlige Unfähigkeit seiner Staatsmänner, andere Rassen zu begreifen,

an die sie den allgemeinen Maßstab legen, der für sie Gesetz ist: das Recht des Stärkern". Rolland wird jedoch nicht so ungerecht, den Einzelnen für die Schuld des Systems verantwortlich zu machen. Auch das Register unserer künstlerischen Kultursünden wird uns vorgehalten. Die Geschmacklosigkeit unserer Bierkonzerte, unser wahllos alles durcheinander verzehrender Musikhunger, der ungesunde Modekultus der Klassiker, die „Vererbungsbesessenheit", die Sentimentalität, die „mystische Kindlichkeit" unserer Literatur. Wie früher Frau von Staël, möchte auch Rolland die Axt an das Grundübel legen, das er für alle Sünden Hamlet-Deutschlands verantwortlich macht, den Mangel an Willenskraft. Das Dunkel, die Nachtseiten überwiegen im ersten Teil des Werkes bis zu der Freundschaft Johann Christofs mit Olivier Jeannin, dem idealen Vertreter des jungen, aufstrebenden Frankreich. In ihr verbindet sich die „weitgespannte Kultur und das psychologische Talent Frankreichs und die innere Musik Deutschlands und dessen unmittelbare Naturanschauung" zu einer höhern Wertung des Lebens. Johann Christof sieht nun nicht mehr, wie der deutsche Durchschnittsbummler auf den Pariser Boulevards, nur die Oberfläche der französischen Kultur... Er dringt tief in sie ein und schaut die tausend fleißigen namenlosen Arbeiter in den Winkeln und Mansarden der Weltstadt und in der französischen Provinz, und lernt ihren, dem deutschen verwandten, Idealismus schätzen. Der germanisch kraftvolle, oft ungebändigte Christof erkennt den Wert der Formenstrenge der romanischen Kunst und ihren süßen Duft, den odor di belezza, der sich nicht schildern, nur genießen läßt. Und Olivier-Frankreich „würdigt den hohen schöpferischen Geist der deutschen Rasse, deren mächtiges Denken als der breiteste Strom von Musik und Dichtung dahinrollt, aus dem Europa trinkt". Die Freundschaft Oliviers und Johann Christofs bedeutet die Morgenröte einer neuen Zeit, die anbricht, nachdem dieser „tapfere kleine gallische Hahn" für immer seinen Freund verlassen hat. Christof thront nun allein, vereinsamt über Europa, ein arbiter artium, ein Schiedsrichter im freien Reiche der Kunst. Der alternde Künstler durchwandert die Welt, trinkt sich gesund an der reinen Luft der Schweizer Berge und lenkt zu langer Rast seine Schritte nach Italien. Hier, unter einer Rosenlaube in der Campagna, an der Seite seiner geliebten Grazia, träumt, sinnt und spricht er von den Kämpfen seines schweren Lebens. Und die Hand dieser liebenden Frau, die niemals die Seine wurde, legt sich auf das Herz des müden Streiters besänftigend und milde, wie der Abendwind der Campagna, der seine Schläfe kühlt. Nun enthüllt sich uns der letzte Sinn der Symbolik, die das Werk durchzieht. Der Deutsche Johann Christof, dem Frankreich zur zweiten geistigen Heimat wurde, kommt in Italien, dem echten Lande der Kunst, zur letzten Klarheit seines Menschentums und Schaffens. Des Dichters Lieblingsgedanke der Versöhnung und Verbrüderung aller Völker klingt hier an. Die wahren Grenzen der Kunst sind weniger Rassen- als Klassenunterschiede für Rolland, der von der Unsinnigkeit seelischer Grenzen zwischen guten Menschen aus verschiedenen Rassen spricht. Mit herrlichem Mute hat er den Chauvinisten in Deutschland und Frankreich Worte entgegengeschleudert, die ewig unvergessen bleiben werden: „Wer ahnt in Frankreich die Kraft der Sympathie, die so viele große Herzen des Nachbarvolkes nach Frankreich drängt. So viel treue Hände strecken sich aus, die für die Verbrechen der Politik nicht verantwortlich sind. Und auch ihr, deutsche Brüder, seht uns nicht, die wir euch sagen: „Hier unsere Hände." Trotz allen Lügen und allem Haß wird man uns nicht von einander trennen. Wir haben euch, ihr habt uns zur Größe unseres Geistes und unserer Rasse nötig. Wir sind die beiden Schwingen des Okzidents. Wenn die eine zerbricht, ist auch der Flug der anderen zerstört; möge der Krieg kommen! Er wird unsere verschlungenen Hände nicht lösen, wird den Aufschwung unserer Bruderseelen nicht hemmen."

Jeder, dessen Herz jetzt einem Bund der freien Völker entgegenschlägt, wird aus vollster Seele wünschen, daß diese Worte sich erfüllen. Dazu aber wird es nötig sein, das Rollands Vaterland sich seiner anderen Worte erinnert, daß der Sieger der Schuldner des Besiegten geworden ist und daß nicht das Blitzen der Bajonette das Frühröt einer neuen Zeit sein darf.

Dr. Ernst Bücken.

Katholische Kunst.

Ein offenes Wort an alle, die es angeht.

Von Architekt A. M. Schwindt, Darmstadt.

Franz Xaver Münch berührt in seinem Aufsatz „Was wir wollen" im Jahrbuch 1918 des „Verbandes der Vereine katholischer Akademiker zur Pflege der katholischen Weltanschauung" einen wunden Punkt im katholischen Kulturleben der Gegenwart. Er schreibt dort: „Wir beklagen uns mit Recht, um nur ein Gebiet leise zu berühren, über den Mangel an religiös-kirchlicher Empfindung in den Kunstwerken der Gegenwart auch der katholischen Künstler."

Man gestatte einem katholischen Künstler, der bereits seit Jahren auf dem Gebiet der Graphik tätig ist, der Exlibris, Signete, Plakate, Buchschmuck usw. in großer Anzahl fertigte, der ferner als Redakteur einer der ersten Kunstzeitschriften Deutschlands längere Zeit tätig war und der weiter auch auf dem Gebiet der Architektur, und zwar Außen- wie Innenarchitektur, arbeitet, hierzu ein paar prinzipielle Worte.

Vorausschicken möchte ich, daß ich mich naturgemäß nur auf eigene Erfahrungen und Erlebnisse stützen kann, daß mir aber katholische Kollegen diese meine persönlichen Erfahrungen ebenfalls bestätigen.

Zwei Haupthindernisse treten dem Erzeuger katholischer Kunst stets wieder entgegen. Das erste ist der Konservativismus strenggläubiger Kreise, denen gewisse Symbole, bloß weil sie alt sind, heilig geworden sind; die jeder neuen Fassung von vornherein ablehnend gegenüberstehen. Das zweite aber ist die Geldfrage.

Ein paar Beispiele zu dem ersten Punkt: Ein katholischer Verlag wünscht ein Reklamezeichen zum Einlegen in Bücher, „aber bitte nicht zu modern". Ein Verein tätiger Männer wünscht eine Mitgliedskarte „möglichst an die bisherige sich anlehnend". Die bisherige zeigt ein Heiligenbildchen, viel Gold, Rosenblümchen usw., dazu eine gotische Schrift, natürlich rot, also künstlerisch miserabel.

Diese Aufzählung könnte beliebig fortgesetzt werden, mögen diese Beispiele genügen. Ein einziges Gegenbeispiel muß ich der Ehrlichkeit halber anführen. Vor ein paar Wochen schrieb mir ein Geistlicher, für dessen Buch ich einen Umschlag zeichnen sollte: „... Wenn Sie aber andere Farben nehmen wollen, soll es mir recht sein. Ich überlasse es vollständig Ihnen ... Ich bin überzeugt, daß Sie Ihre Idee mit der des Titels in Einklang bringen, und wie ich mir selber keine Vorschriften machen lasse, so möchte ich auch keine einem Künstler machen." — Dann aber der zweite Punkt: die leidige Geldfrage.

Was arbeitet nicht Dr. C. Sonnenschein, um in der katholischen Akademikerbewegung auch das künstlerische Moment zur Geltung zu bringen, wie gibt er sich Mühe, für den Volksverein und die Drucksachen des „Sekretariats sozialer Studentenarbeit" auch künstlerisch einwandfreie Lösungen zu erhalten. Vor ein paar Jahren bot ihm ein talentvoller junger Kunstgewerbler seine ständige Mitarbeit bei den Druckwerken des S.S.S. und V.V. an. Sonnenschein mußte ablehnen aus Geldmangel. Jener Kunstgewerbler erhält heute an leitender Stelle eines nicht katholischen Verlages genau das Vierfache seiner damaligen Forderung.

Besonders ungünstig liegen die Verhältnisse, wenn Pfarrer als Vermittler von Aufträgen der Kirche kommen. Die vermögensrechtliche Lage der Kirche, die die freie Verwendung des Kirchenvermögens ausschließt und Anschaffungen, Bauten usw. von der Genehmigung des Staates abhängig macht, bedingt, daß ein Auftrag niemals von vornherein definitiv einem Künstler übertragen werden kann. Man verlangt fast stets kostenlose Pläne zur Vorlage bei Behörden usw. Da der anderweitig gut beschäftigte Architekt natürlich nicht daran denkt, kostenlos seine Zeit, und oft recht beträchtliche Zeit, an Pläne zu verwenden, aus denen möglicherweise doch nichts wird, sind für diese Aufgaben vielfach nur junge, noch unreife Geister zu haben, oder aber die wenigen Spezialisten, meist auf einen „Stil" eingeschworen, bauen nach ihrer Schablone ihre romanischen oder gotischen Kirchen.

Wer verlangt vom katholischen Juristen, Arzt oder Beamten kostenlose Arbeit? — und warum soll der katholische Künstler sie leisten? Er hat für Frau und Kinder ebenso zu sorgen wie jene.

Die Entwicklung wird bei jedem so gehen wie bei mir auch. Man arbeitet dort und nach der Richtung, die entsprechende künstlerische Freiheit achtet und auch bezahlt. Das umfaßt bei mir etwa 90 Prozent meiner Tätigkeit; die übrigen 10 Prozent, leider, bleiben für katholische Aufgaben übrig. Die andere Möglichkeit ist die, daß einer von den konservativen Tendenzen sich künstlerisch unterkriegen läßt und eben goldene Heiligenbildchen mit bunten Blümelein malt, im Dutzend meist, die gekauft werden nicht wegen ihres künstlerischen Wertes, sondern wegen des dargestellten Gegenstandes.

Man schaffe den katholischen Künstlern die Möglichkeit, großzügige Aufgaben zu lösen. Man stelle diese Aufgaben, und halte auch eine anständige Bezahlung bereit, die es dem Künstler ermöglicht, seine ganze Zeit und Arbeitskraft in den Dienst der Aufgabe zu stellen, und man wird Künstler genug finden. Dann wird auch eine katholische Kunst erblühen können. Hier hilft allein die Tat!

Vom Büchertisch.

Abraham a Santa Clara: Der geflügelte Merkurius. Ein neuentdecktes Werk, herausgegeben von Prof. Dr. Karl Bertsche. Saarlouis, Hausen Verlagsgesellschaft (Hausens Bücherei Nr. 69, herausgegeben von Johannes Mumbauer). 8° XXVII u. 89 S., geb. 80 Pf. — Man denke, ein neuentdecktes Werk des großen Sittenpredigers! Wer nur die drei Einführungskapitel des glücklichen Entdeckers gelesen hat: „Wie der Verschollene wieder ans Tageslicht kam"; „Was der Titel besagt"; „Was uns der Inhalt verspricht und wie das Werk zustande kam", ist weit über das kleine materielle Opfer hinaus bezahlt. Nun aber der Haupttext selbst, dem der berühmte Verfasser diesen kennzeichnenden Untertitel mitgegeben hat: „Worinnen zwar Etwelche kurtzweilige Sachen zu lesen seynd; jedoch mit untermengter sittlichen Lehr; dem geneigten Leser, sowohl zu einer beliebiger, als auch nützlicher Zeitvertreibung zusammen getragen"! Die dann folgende gewohnte Einleitung an den „Günstigen Leser" gibt noch weiteres Orientierungslicht: nicht bloß „der Weiber Frommkeit und Bosheit, ihre zumalige (besondere) Ungebärden" finden in dem Büchlein Beleuchtung, sondern auch „etlicher Männer großer Unverstand und Grobheit". Da aber der Menschen Wesen und Unwesen sich bekanntermaßen nur weniges zu wandeln pflegt — was könnte es Zeitgemäßeres geben als diese sozusagen niegelnagelneue Uebermittlung aus dem Sprachrohr des gewaltigen „Augustiner Barfüssers, Kayserl. Predigern ꝛc." aus dem Jahre des Heils 1778 — für ganze 80 Pfennige!

G. M. Hamann.

Geo Mönius: Mein Madonnenbüchlein, Gedichte. Paderborn, Junfermannsche Buchhandlung. 8° 44 S., geb. 2.50 *M*. — Ich habe dieses in zwei Hauptteile: „Marienleben" und „Marienminne", gegliederte Bändchen gleich herzlich liebgewonnen, denn es fesselte mich so recht innig, von Anfang bis Ende, durch seine köstliche künstlerische Gehaltenheit einer anschaulich gemachten, lautersten Gefühlstiefe, die an sich sieghaft ist. Die Sprache eines R. M. Rilke, aber der selbsteigene Geist eines Ursprünglichen, der sich ganz aufs Seelische einstellt: so dachte und denke ich. Mehr möchte ich nicht darüber sagen — es hieße den Staub von Schmetterlingsflügeln streifen. E. M. Hamann.

Christliche Demokratie. Sozialpolitische und staatspolitische Predigten und Reden Von A. Meyenberg. 1. Folge. 16°. 95 S. Frk. 1.50. Luzern, Räber, 1919. Der im homiletischen Amt eifrig tätige Verfasser gewahrt gegenwärtig einen wahren Hunger weitester Kreise nach staatspolitischer und sozialer Aufklärung im Lichte der religiösen Grundsätze. Dem will diese Sammlung von Predigten und Reden entgegenkommen. Das erste Heft entwickelt einläßlich in zwei Predigten den Begriff „christliche Demokratie" in enger Anlehnung an das Rundschreiben Leo XIII. über die christliche Demokratie „Graves de communi" vom 18. Januar 1901. Die christliche Demokratie wird hier zunächst gekennzeichnet als volle Entfaltung des christlichen Volksstaates, dann nach den Worten des großen Papstes dargestellt als „mächtige, prächtige, gütige Bewegung und Betätigung zugunsten der breiten Massen in Zusammenarbeit mit den übrigen Klassen." In scharf geprägten, klaren Ausführungen werden diese Richtlinien dargelegt, durch die Offenbarungsbücher gestützt, an der Hand der Geschichte erläutert. Die weiteren Hefte, die in rascher Folge erscheinen sollen, dürfen guter Aufnahme sicher sein. O. Heinz.

Warum Zölibat unserer Priester? Von Dr. Joh. Gspann, Dogmatikprofessor in St. Florian. 8°. 84 S. *M* 2.—. Innsbruck und München, Tyrolia. 1918. Eine zeitgemäße Erörterung einer vielfach mißverstandenen und häufig völlig verkannten Einrichtung. Zunächst wird in kurzen Strichen die Geschichte des Zölibates geboten bis zu seiner endgültigen Festlegung durch das Konzil von Trient. Die priesterliche Ehelosigkeit wird dann begründend hineingestellt in das Gefüge der Glaubens- und Sittenlehren der katholischen Kirche, ihre tiefgreifende Bedeutung gezeigt für das kostbare Gut der Freiheit der Kirche, der Zölibat weiterhin behandelt als Grundlage einer ungeteilten Hingabe an das opfervolle Priesteramt als anspornender Höhenweg im Sinne jenes Wortes des göttlichen Heilandes: „Wer es fassen kann, der fasse es!" (Matth. 19, 12.) Zugleich finden sich in dem Werkchen eine Reihe Einwände gegen den Priesterzölibat, insbesondere die vom volkswirtschaftlichen Standpunkt entsprechend zurückgewiesen unter Hervorhebung des weitreichenden sozialen und erziehlichen Einflusses dieser von der Kirche streng festgehaltenen Einrichtung. Obsorge der Kirche für die fruchtbare Verwaltung des verantwortungsvollen Priesteramtes, völlig frei gewählte Uebernahme dieses Berufes, das bleiben die festen Stützen des Priesterzölibates, dessen Vorzüge um so deutlicher hervorleuchten, je mehr er umstritten wird.
O. Heinz.

Dr. philos. **Johannes Jäger,** Professor in Nürnberg, **Ist Jesus Christus ein Suggestionstherapeut gewesen?** Eine medizinisch-apologetische Studie. Verlagsbuchhandlung Karl Ohlinger, Mergentheim a. d. T. VI und 78 S. *M* 1.60. Jesus soll — man mag es kaum schreiben — ein Hypnotiseur gewesen sein. Wenn ja, dann sollten es die heutigen Aerzte nachmachen und die Aussätzigen und Blinden usw. ebenso heilen wie Christus. Wenn sie das aber nicht können, dann war eben der Heiland kein Suggestionstherapeut. So wird jeder vernünftige Mensch urteilen. Demgegenüber behaupten Fachleute das Gegenteil. „Christus war ein wandernder Suggestivtherapeut von reinstem Wasser". Jäger weist eingehend nach, daß zwischen den Krankenheilungen Jesu und denen der Hypnotiseure ein wesentlicher Unterschied vorhanden ist. Abgesehen von der Art und Weise wie Jesus heilt, heilt er Krankheiten, die jeder Suggestion spotten. Jäger stützt sich besonders auf den Lütticher Arzt Delboeuf als seinen Gewährsmann. So bleibt als Resultat der schönen Studie nichts anders übrig als die Ueberzeugung: Christus war kein gewöhnlicher Arzt, er war Gott. Das interessante Schriftlein sei lebhaft empfohlen. Dr. theol. A. Beck.

Was leisten die bayerischen Klöster für das bayerische Volk? 8° 27 S., —.30 *M* (Partiepreise!). Augsburg, Mühlberger. 4. Aufl., Januar 1919. Klosterstürme waren öfter eine Begleiterscheinung tiefgreifender Umwälzungen, und so erscheinen sie auch jetzt nicht Wenigen etwas Selbstverständliches. Neben ausgesprochenen grundsätzlichen Feinden unserer kirchlichen Orden gibt es viele, die sich mangels genügender Sachkenntnis gegen die Klöster wenden, meist geleitet von dem vielverbreiteten Vorurteil über die fabelhaften Reichtümer, die sich dort angesammelt hätten. Eine ruhige, verläßige Antwort auf die gegen die Klöster vorgebrachten Anwürfe bedeutet diese rasch in vierter Auflage notwendig gewordene Broschüre. Das Hauptgewicht wird hier auf die Darlegung des unersetzlichen Kulturwertes der Klöster gelegt in der Erörterung der von ihnen geübten Caritas in Krankenpflege, Fürsorge und Wohltätigkeit. In kurzen Strichen werden die auch für die Klostergegner unbestreitbaren weitreichenden Verdienste der Orden um Schule und Erziehung, Kunst und Wissenschaft, sowie ihre weitverzweigte Seelsorgstätigkeit gekennzeichnet. In dankenswerter Weise wird auch der Blick geschärft für wichtige, mit dem Ordensleben wesentlich verbundene Aufgaben, die freilich mit irdischen Maßstäben nicht gemessen werden können: die fortwährende Verkörperung der vom Heiland verkündeten evangelischen Räte und die unermüdliche, tiefer Erfassung ihrer Notwendigkeit und ihres Segens erwachsende Uebung des Gebetes in reicher sozialer Auswirkung. Ein kurzer Blick auf früher durchgeführte Klosteraufhebungen zeigt uns die dabei wirksamen Beweggründe und ihren kläglichen Ausgang. Ein Schlußabschnitt tut dar, wie innig verwachsen die Klostergründungen mit dem Volke sind, das in ihnen daher nur kostbare Besitztümer schützt und verteidigt. O. Heinz.

Bühnen- und Musikrundschau.

Kammerspiele. Nicht von seinen Komödien her ist Macchiavelli, der Florentiner Staatssekretär, unsterblich geworden, sprichwörtlich wurde sein Name als Theoretker einer Regierungskunst, die auch die schlechtesten Mittel zur Festigung absoluter Fürstenmacht billigt und anrät. Sollte dieser Verfechter unzeitgemäßer Renaissancegedanken wirklich als Komödiendichter uns noch etwas zu sagen haben? Seine „Mandragola" gehört zu den übel beleumundetsten Büchern der Weltliteratur und eine öffentliche Aufführung wäre bis vor kurzem undenkbar gewesen. Vor zwei Dezennien hat hier einmal „vor Geladenen" der „Akademisch-Dramatische Verein", der bald darauf infolge einer anderen Tat des Uebermutes der Auflösung verfiel, durch eine Aufführung seine moralische Vorurteilslosigkeit zu dokumentieren versucht, später hat P. Eger in einer Bearbeitung durch Beimischung von Wasser und Syrup die Bedenken der Zensur mit Erfolg beschwichtigt. Wir haben seinerzeit die in niedliche Verslein gegossenen Zoten, die einem gewissen Großstadtpublikum sehr gefielen, mit guten Gründen bekämpft. Gegen diese Bearbeitung wandte sich auch Paul Heyse, weil sie das Stück nicht nur „von den schlimmsten Unanständigkeiten gereinigt", sondern den ganzen Renaissancecharakter verdorben. Der alte Dichter, für Italiens Kultur immer mit ewig-jugendlichem Feuer erglühend, hat uns damals eine künstlerisch entsprechende Uebertragung des Lustspieles geschenkt. Daß sie einmal aufgeführt werde, hat sich Heyse wohl kaum träumen lassen. Daß Heyse nicht wünschte, daß die Kunst die Schicklichkeitsbegriffe der Allgemeinheit vor den Kopf stoße, ist durch manche Aeußerung verbürgt. Man las hiervon einiges unlängst in den Erinnungen der Isolde Kurz und ich selbst entsinne mich, ähnliches aus dem Munde des Dichters gehört zu haben. — Die Zeiten sind inzwischen andere geworden und die Kammerspiele scheinen es für richtig zu halten, uns an den dreisten Derbheiten des großen Staatsmannes von Florenz zu ergötzen. Der Widerspruch, der laut wurde, war mehr als zahm. Ich kann es nicht ohne Betrübnis konstatieren, daß das Publikum mit einem vergnügten Behagen aufgenommen hat, was vor nicht langer Zeit wenigstens bei einem Teil noch helle Entrüstung hervorgerufen hätte. Wir haben es „herrlich weit gebracht". Unverhüllter lassen sich die Ursachen der kinderlosen Ehe wirklich nicht darlegen. Das Wundermittel der Alraunwurzel, Mandragola officinarium, welches der als Arzt vermummte Liebhaber der schönen Lukrezia verschreibt, ist natürlich nur Vorwand, um Zutritt zu ihr zu bekommen. „Der alte Gatte", sagt Heyse, „willigt so freudig und mit soviel Herzensroheit in die Schmach seiner Frau, obwohl er das Werkzeug seiner Schmach einem sicheren Tode überliefert glaubt, daß er als betrogener Betrüger erscheint, dem nur zuteil wird, was er verdient." Welch sittlichen Tiefstand verraten die Helfershelfer, der geistvoll-zynische „Ligorio, der auch den Prolog spricht", die frivole, den Ehebruch durch Zureden unterstützende Mutter Lukrezias und der für Geld zu allem bereite Fra Timoteo, nach Heyses seltsamem Urteil „kein ganz gewöhnlicher Pfaffe, wie seine Brüder in Boccacios Novellen". Von der Schlechtigkeit der Menschen war der Politiker Macchiavelli aus tiefstem Herzen überzeugt; wie hätte außer beißendem Witz der Komödiendichter Humor haben können, zu dem Liebe gehört? Die Kammerspiele boten das Stück in grotesker Stilisierung und einer originellen Aufmachung, die alles betonte, was diesen Renaissancemenschen von einem gewöhnlichen Zotenreißer unterscheidet; aber was nützt die schöne Schale, wenn das, was auf ihr geboten wird, vergiftend wirken muß? — Den Schluß des Abends bildete „der tapfere Cassian". Man hatte in München schon Gelegenheit gehabt, das Schnitzlersche Puppenspiel durch Marionetten dargestellt zu sehen, aber auch von Menschen gespielt, verfehlte es nicht seine Wirkung.

Neues Theater. Die Leitung der Bühne ist an Professor Dr. Gustav Freytag übergegangen. Wiewohl Augenarzt und Universitätslehrer, steht der Sohn des gleichnamigen Dichters den Künsten seit langem mit freundlichem Anteil gegenüber, er ist auch gelegentlich in Stücken seines Vaters selbst auf den Brettern gestanden. Freytag verfolgt nur künstlerische Ziele, zu deren Erreichung er einen Verein zu gründen beabsichtigt. Dr. Schinbler, der im Neuen Theater ein gutes Ensemble geschaffen, kehrt zu seinem Nürnberger Unternehmen zurück. Bis in die letzte Zeit wußte er trotz meist unzureichendem Theaterbesuch ein gutes literarisches Niveau zu wahren. Bei neuen Bühnen pflegt meist erst der zweite Direktor die Früchte der künstlerischen Arbeit ernten zu können. So wird man hoffen dürfen, daß das Publikum jetzt schon den Weg nach dem „Neuen Theater" finden wird. Da Professor Freytag alle Verträge übernommen hat, wird man in der Aufführung der „Lady Frederick" von Maugham kein „Programm" der neuen Leitung erblicken dürfen. Auch Oskar Wilde schrieb manch mittelmäßiges Lustspiel dieser Art, das er mit den ungewöhnlichen Paradoxien seines Geistes verzierte; bei Maugham ist auch der Geist nicht gerade funkelnd. Wie die schöne Lady einen

jugendlichen Freier verscheucht, indem sie ihn in die Geheimnisse ihrer Schminketöpfe und falschen Zöpfe blicken läßt, ist ganz lustig, im übrigen ist viel von Schulden die Rede und die von der „Gesellschaft" verlästerte „Lady" zeigt sich sehr selbstlos und großmütig, was man in England gerne auf der Bühne sieht. Annie Reiter und Staufen spielten mit den eleganten Manieren der großen Welt; die Temperatur der Aufnahme war lauwarm.

München. L. G. Oberlaender.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Deutsche Auslandswerte gegen Entente-Lebensmittel — Wirtschaftsfolgen der Waffenstillstands-Erneuerung — Bei uns neue Preistreibereien, am Weltmarkt Preisabbau — Bayerns Wirtschaftsnot.

Neben den schweren Ausschreitungen in Rheinland-Westfalen, namentlich den grossen Umfang annehmenden Spartakusbewegungen im Ruhrgebiet verursachten begreiflicherweise die Vorgänge in Bayern, vor allem die blutigen Ereignisse in München grosse Beunruhigung. Unabsehbar sind die Folgen der politischen Unsicherheit für das Inland, vornehmlich was die Rückwirkung auf die Entente betrifft! Ein Beweis dafür ist die Weigerung der Entente, für die geplante Lebensmittelzufuhr irgendwelchen Kredit einzuräumen und die Bedingung, deren Gegenwert in bar, Gold, Devisen und namentlich Auslandswertpapieren zu erlegen. Wie Reichsminister Erzberger in der Nationalversammlung mitteilte, wird zwecks Zuführung solcher Auslandspapiere zunächst eine Regierungsaufforderung an die Besitzer zur freiwilligen Abgabe solcher Wertpapiere ergehen und — was ja heute schon anzunehmen ist — erst in zweiter Linie an eine zwangsweise Enteignung gegangen werden. An den heimischen Effektenmärkten, an welchen bereits seit geraumer Zeit in diesen Papieren eine regelrechte Haussebewegung inszeniert wurde, erfolgte daraufhin eine neue starke Kurserhöhung, um so mehr, als gerade diese Papiere aus den verschiedensten, nicht zuletzt steuertechnischen Gründen einen grossen Interessentenkreis aufweisen. Der Betrag der zunächst notwendigen Rimessen für einzuführende Lebensmittel wird auf annähernd 1 Milliarde Mark geschätzt, wovon ein gut Teil durch Warenausfuhr beglichen werden kann.

Unsere Gesamtwirtschaft steht noch vollkommen unter dem Eindruck der drückenden Waffenstillstandsbedingungen, welche eine erhebliche Verschlechterung des bisherigen Zustandes bedeuten, nachdem, wenigstens vorläufig, der Waffenstillstand auf kurze unbestimmte, innerhalb dreier Tage aufzuhebende Frist abgeschlossen wurde. Diese Unsicherheit wirkt naturgemäss lähmend auf unsere gesamte wirtschaftliche Unternehmungslust, ganz besonders in den an das Besatzungsgebiet angrenzenden Landesteilen. Auch die fortgesetzten Erörterungen über die Kolonial- und Kriegsentschädigungsfragen, Gerüchte über harte Vorfriedensbedingungen tragen ein Uebriges bei zur Vergrösserung der Unsicherheit. Auch die Rede des Reichsfinanzministers über die stark gefährdete Finanzlage des Reiches und über die Art der Schuldenabwicklung ergibt ein Bild unserer wirklichen Wirtschaftslage. Diese spiegelt sich auch in den Auslassungen über die neuerliche Verschlechterung der badischen Staatseisenbahnen und in den anlässlich des badischen Rechnungsabschlusses gemachten Ausführungen über die noch weit schlimmeren Aussichten im laufenden Jahr. Eine Folge der ununterbrochenen Lohnsteigerungen, der Verringerung der Arbeitsstunden, der hohen Beihilfen für die Erwerbslosen und namentlich der Kohlenkrise ist die gewaltige Preiserhöhung beim Stahlwerksverband und die Preistreiberei auf vielen anderen Fabrikationsgebieten. Während so bei uns eine förmliche Ueberstürzung in der allgemeinen Verteuerung zu verzeichnen ist, hat am Weltmarkt eine Ermässigung der wichtigsten Rohstoffe, namentlich Baumwolle und Kupfer eingesetzt. Dadurch und vor allem, weil diese hochwichtigen Produkte uns vollkommen verschlossen bleiben, gewinnt die Entente einen neuerlichen, von uns wohl kaum mehr einzuholenden Vorsprung im Weltmarktbewerb! — Von der wirtschaftlichen Notlage in Bayern gibt eine von Vertretern der verschiedensten Verbrauchergruppen — Industrie, Handel, Landwirtschaft — als einhellige Meinung zum Ausdruck gebrachte Kundgebung Zeugnis. Vor allem wird betont, wie sehr die Versorgung mit Rohstoffen und Kohle durch die unverhältnismässig hohe Abgabe von Lokomotiven und Wägen fast unmöglich gemacht worden ist. Es gelingt nicht einmal mehr, die an und für sich stark geminderte Kohlenproduktion in die wichtigsten Verbrauchergebiete abzuführen. Die bayerische Industrie steht nun fast vollständig still, die bayerischen Gaswerke sind zumeist nur noch auf wenige Tage eingedeckt. Es ist kaum mehr möglich, die Nahrungsmittelbetriebe einigermassen über Wasser zu halten. Die von der staatlichen Vermittlungsstelle in Bayern in Angriff genommene Industrie-Umstellung auf die Friedenswirtschaft und der zu diesem Zweck gebildete „Ausschuss zur Beschaffung von Gegenständen des täglichen Bedarfes", die bisher in Bayern noch nicht fabriziert wurden, ist angesichts der vielen Wirtschaftsschwierigkeiten und der grossen politischen Unsicherheit doppelt hoch einzuschätzen.

München. M. Weber.

Vom Büchermarkt.

(Unter dieser Rubrik werden die bei der Redaktion eingelaufenen Bücher jeweils aufgeführt. Durch diese Veröffentlichung übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung für den Inhalt. Die Besprechung einzelner Werke bleibt vorbehalten.)

Lehrbuch der Philosophie. Von Alfons Lehmen S. J. 4. Bd.: Moralphilosophie. 3. Aufl. ℳ 9.—, geb. ℳ 11.60 — **Unsere Evangelien.** Akademische Vorträge von Hermann J. Cladder S. J. Erste Reihe: Zur Literaturgeschichte der Evangelien 8°, (VIII u. 262 S.) ℳ 7.60, kart. ℳ 9.—. — **Das Gebet des Herrn und der Englische Gruß.** Betrachtungspunkte von Stephan Beissel S. J. 3. Aufl., herausgegeben von Joseph Braun S. J. (Betrachtungspunkte für alle Tage des Kirchenjahres.) 1. Bändchen). 8° (X u. 166 S.) ℳ 3.20.—, kart. ℳ 4.20. — **Ethik und Volkswirtschaft.** Von Heinrich Pesch S. J. (Das Völkerrecht. Beiträge zum Wiederaufbau der Rechts- und Friedensordnung der Völker. Im Auftrage der Kommission für christliches Völkerrecht, herausgegeben von Professor Dr. Godehard Jos. Ebers, 4. u. 5. Heft) 8° (VIII. u. 164 S.) ℳ 4.—. (Freiburg, Herder.)

Grundriß des Eherechts nach dem Codex juris Canonici. Von Prof. Dr. Johs. Linneborn. ℳ 12.—. **Soldatentod und Märtyrertod.** Von Prälat Prof. Dr. Jos. Pohle. ℳ 4.20. — **Lebensbeherrschung und Lebensdienst.** Von Dr. J. Klug. 1. Band: Der Mensch und die Ideale. ℳ 7.60. — (Paderborn, Ferd. Schöningh)

Wenn Irland dich ruft. Der Roman eines Fliegers. Von Karl Finding. Brosch. ℳ 6.—, geb. ℳ 7.50. — **Auf Kreuzfahrt mit Möwe und Geier.** Von Erich Reddingius. (Aus allen Zeiten und Ländern Bd. 27.) Brosch. ℳ 3.75, geb. ℳ 4.50. — **Grundriß einer Geschichte des katholischen Kirchenrechts.** Von Prof. Dr. A. M. Koeniger. Brosch. ℳ 3.20, geb. ℳ 4.20. (Köln, J. P. Bachem.)

Ueber die Brücke. Roman von Jos. Weingartner. Brosch. ℳ 5.—, geb. ℳ 6.—. **Die Weltliteratur im Lichte der Weltkirche.** Von Richard v. Kralik. Brosch. ℳ 4.40. — **Die nationale Entwicklung Tirols in den letzten Jahrzehnten — Deutschtum im Kampfe gegen italienische Ausbreitungsbestreben.** Von Montanus. Brosch. ℳ 3.20. (München, Verlagsanstalt Tyrolia.)

Die Frage der Trennung von Kirche und Staat nach ihrem gegenwärtigen Stande. Von Dr. Karl Neundörfer. (Mergentheim, Karl Ohlinger.)

Das wandernde Lied. Gedichte von Franz Lehner. 8°, 160 S. ℳ 3.60. — **Willst Du Dich nicht auch Gesundbeten!** Eine Aufklärung über die „christliche Wissenschaft" und die „Scientisten". Von Geistl. Rat Prof. Dr. Max Heimbucher. Gr. 8° (IV, 88 S.) ℳ 2.—. — **Die Volksschule.** Schulzucht, Lehrpersonen, Schulaufsicht und Schulunterricht. Von Eugen Leipold, K. Kreisschulrat a. D. 3. u. 4. Auflage, gr. 8° (VIII, 296 S.), Brosch. ℳ 6.—, geb. ℳ 8.—. (Regensburg, Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz.)

Der schönste Tag des Lebens. Ein Erbauungsbüchlein für Erstkommunikanten. Von P. Joh. Nep. Buchmann. Neu bearbeitet von Pfr. P. Ambros Zürcher. Mit farbigem Titelbild, 3 Kopfleisten und 19 Vollbildern im Text. 14. Aufl. 306 S. Hochformatig. 100:169. Geb. ℳ 3.50. (Waldshut, Köln, Verlagsanstalt Benziger & Co., A.-G.)

Schluß des redaktionellen Teiles.

Literarische Notiz.

Es dürfte die Leser interessieren, zu hören, daß das große historische Romanwerk Felix Nabors: „Mysterium crucis", Roman aus der Zeit des Kaisers Nero, nunmehr seine dritte Auflage erreicht hat. Mit Stolz darf sich der Verfasser rühmen, daß seine Schöpfung ein Weltbuch geworden ist, nachdem es in nicht weniger als sechs fremde Sprachen übersetzt wurde. Der steirische Dichter Otto Kernstock sagte mit Recht: „Wenn Felix Nabor dieselben Mittel zu Gebote stünden, mit denen Sienkiewicz zu Felde zieht, würde „Mysterium crucis" einen ähnlichen Siegeszug durch die Welt machen wie „Quo vadis?", denn von den beiden Romanen ist der erstere unbedingt der wertvollere". Demzufolge wäre es die Pflicht vor allem der gebildeten Katholiken, diesem gewaltigen Evangelium des Kreuzes, das gerade unter der Literatur unserer Richtung in plastischer Wucht hervorragt, ebenfalls zu einem Siegeszug durch alle deutschen Gaue zu verhelfen, damit es in erster Linie Gemeingut des deutschen Volkes werde. Die herrliche Mission, die das Buch verkündet, wird ihm alle Herzen erobern und nicht zuletzt ein Weniges zum Völkerfrieden im Geiste des Kreuzes beitragen. Das wäre der schönste Dank an Felix Nabor, der seine ganze tiefe Dichterseele in dieses Werk hinüberströmen ließ und seinen großen, heiligen Christusglauben. — Der Verleger (Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Regensburg) hat diesem bevorzugten Musenkind auch diesmal wieder ein schmuckes Kleid verliehen, jedoch ist das Werk jetzt der Handlichkeit halber in zwei Bände verteilt. Preis gebunden 10 Mark.

Bezieher in nichtbesetzten Gebieten,

welche zurzeit über eine unregelmässige und unpünktliche Zustellung der „Allgemeinen Rundschau" zu klagen haben, sind freundlichst gebeten, dieses der Geschäftsstelle in München, Galeriestrasse 35a Gh., stets möglichst bald mitzuteilen, damit für sofortige Abhilfe Sorge getragen werden kann.

Bayerische Handelsbank.

Pfandbrief- und Kommunal-Schuldverschreibungen-Verlosung.

I. In Gegenwart des Notars Herrn Justizrats **Wäckerle** wurde heute die 46. Pfandbrief-Verlosung, sowie die 2. Verlosung von Kommunal-Schuldverschreibungen vorgenommen. Es wurden gezogen:

A. 4%ige Pfandbriefe. (Zinstermin April—Oktober.)

Von den Pfandbriefen:				**alle Stücke, welche die Endnummer 6 tragen;** also beispielsweise die Stücke
Litera N	zu M. 5000.—	von Nr.	1006—1286	Litera N 1006, 1016 usw.
Litera O	„ 2000.—	„	14306—14496	„ O 14306, 14316 „
Litera P	„ 1000.—	„	56006—59916	„ P 56006, 56016 „
Litera Q	„ 500.—	„	38806—44896	„ Q 38806, 38816 „
Litera R	„ 200.—	„	43206—43996	„ R 43206, 43216 „
		„	51006—51946	
Litera S	„ 100.—	„	43006—43996	„ S 43006, 43016 „
		„	50006—52816	

B. 4%ige Kommunal-Schuldverschreibungen (Zinstermin Januar—Juli).

Von den Kommunal-Schuldverschreibungen:				**alle Stücke, welche die Endnummer 7 tragen;** also beispielsweise die Stücke
Litera G	zu M. 5000.—	von Nr.	7—147	Litera G 7, 17 usw.
Litera H	„ 2000.—	„	7—697	„ H 7, 17 „
Litera I	„ 1000.—	„	7—1837	„ I 7, 17 „
Litera K	„ 500.—	„	7—1377	„ K 7, 17 „
Litera L	„ 200.—	„	7—1567	„ L 7, 17 „
Litera M	„ 100.—	„	7—1117	„ M 7, 17 „

II. Die zinsscheinmäßige Verzinsung der heute gezogenen Pfandbriefe endet mit dem **1. Juli l. Js.**, diejenige der Kommunal-Schuldverschreibungen mit dem **15. April l. Js.**

Dagegen werden auf die heute verlosten Pfandbriefe und Kommunal-Schuldverschreibungen wie auf alle früher verlosten und auf die für den 19. Januar 1896 gekündigten Pfandbriefe von dem Tage an, mit welchem die zinsscheinmäßige Verzinsung abgelaufen ist, bis auf weiteres 1% Hinterlegungszinsen vergütet.

III. Die heute verlosten Pfandbriefe und Kommunal-Schuldverschreibungen, sowie die früher verlosten und die für den 19. Januar 1896 gekündigten Pfandbriefe werden, unter Vergütung der entsprechenden Stück- und Hinterlegungszinsen, gegen Rückgabe der Pfandbriefmäntel, der nicht verfallenen Zinsscheine und der Erneuerungsscheine kostenfrei eingelöst: in **München** an unserem Effektenschalter, Maffeistraße 5, sowie bei unseren Zweigstellen „Max Weberplatz" und **„Haus der Landwirte"**, Bayerstraße 43, ferner bei unseren auswärtigen Zweigstellen in **Alt- und Neuötting, Amberg, Ansbach, Arnstein, Aschaffenburg, Augsburg, Bad Aibling, Bad Reichenhall, Bamberg, Bayreuth, Berchtesgaden, Cham, Deggendorf, Dinkelsbühl, Donauwörth, Ebersberg, Freising, Günzburg, Gunzenhausen, Höchstädt a. D., Hof, Ichenhausen, Immenstadt, Ingolstadt, Kaufbeuren, Kempten, Kronach, Krumbach, Kulmbach, Lichtenfels, Lindau, Lindenberg i/Allg., Markt Oberdorf, Marktredwitz, Memmingen, Mindelheim, Mühldorf, Münchberg, Nabburg, Neuburg a. D., Neu-Ulm, Nördlingen, Obergünzburg, Ottobeuren, Pfarrkirchen, Rain a. L., Regensburg, Rosenheim, Schweinfurt, Selb, Straubing, Thannhausen, Traunstein, Treuchtlingen, Würzburg** und **Zusmarshausen**, in **Augsburg** bei Herrn **S. Rosenbusch**, in **Nürnberg** bei Herrn **Anton Kohn**, ferner bei der **Bayerischen Staatsbank** in **Nürnberg** und bei deren Filialen in **Amberg, Ansbach, Aschaffenburg, Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Erlangen, Fürth, Hof, Ingolstadt, a. D., Kaiserslautern, Kempten, Landshut, Ludwigshafen a. Rh., München, Passau, Pirmasens, Regensburg, Rosenheim, Schweinfurt, Straubing** und **Würzburg**, alsdann bei der **Deutschen Bank** in **Berlin** und deren deutschen **Filialen** sowie bei der **Bank für Handel und Industrie** in **Berlin**, bei der **Direktion der Discontogesellschaft in Frankfurt a. M.**, bei der **Filiale der Bank für Handel und Industrie** in **Frankfurt a. M.**, und bei Herrn **J. H. Stein** in **Köln.**

Auf Namen umgeschriebene (vinkulierte) Pfandbriefe und Kommunal-Schuldverschreibungen können nur an unserem Effektenschalter und nur auf ordnungsmäßigen Löschungsantrag eingelöst werden.

IV. Die heute gezogenen 4%igen Pfandbriefe und 4%igen Kommunal-Schuldverschreibungen können sofort gegen 4%ige unverlosbare und vor 1928/1929 unkündbare Pfandbriefe oder gegen 4%ige verlosbare Pfandbriefe, ferner gegen 4%ige verlosbare Kommunal-Schuldverschreibungen unserer Bank umgetauscht werden. Der Umtausch wird bei der unterfertigten Bank, bei ihren Filialen und bei sämtlichen Pfandbriefverkaufsstellen vorgenommen. Die verlosten Stücke werden selbstverständlich zum Nennwert, die von uns in den Tausch gegebenen Stücke zum jeweiligen Abgabekurs provisionsfrei berechnet; letztere Stücke werden auf unsere Kosten versandt.

Kommen auf Namen lautende (vinkulierte) Stücke zum Umtausch, so werden, wenn nicht anderes beantragt wird, die dagegen gegebenen Stücke kostenlos auf den gleichen Namen umgeschrieben.

V. Verlosungs- und Rückständelisten stehen in unserem Effektenbureau sowie bei unseren hiesigen und auswärtigen Zweigstellen zur Verfügung und werden auf Verlangen portofrei zugesendet.

München, den 15. Februar 1919.

Bayerische Handelsbank.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Ferdinand Abel, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gb. Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich M 3.50.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis: Die 5 X gespaltene Grundzeile 75 Pfg., Anzeigen auf Textseite die 95 mm breite Zeile 375 Pfg. Beilagen einschl. Postgebühren M 15 d. Tausend. Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit. Rabatt nach Tarif. Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig. Erfüllungsort ist München. Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt. Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 10. München, 8. März 1919. XVI. Jahrgang.

Die „Allgemeine Rundschau" steht, wie die übrige bürgerliche Presse Münchens, zurzeit unter Vorzensur des Zentral-Rates.

Reichsgesetzliche Organisation der Kriegswohlfahrtspflege.
Aufbringung der Mittel.

Von Rechtsanwalt Dr. Jos. Kausen, München.

Die den Lesern der „Allgemeinen Rundschau" bekannte vom Verfasser formulierte Eingabe vom 15. September 1915 an den Reichstag (abgedruckt in Nr. 40 der „A. R." vom 2. Okt. 1915) betr. Einführung einer einmaligen Abgabe vom Vermögen nach dem Muster des Wehrbeitrags zugunsten der Kriegswohlfahrtspflege („Kriegsfürsorgebeitrag") enthielt in ihrem vorletzten Absatz folgende Worte:

„Aus Gründen vaterländischer Gerechtigkeit erscheint es ferner angezeigt, daß die so gewonnenen Mittel gleichmäßig verteilt werden, daß überhaupt die nichtrentenmäßige Kriegswohlfahrtspflege soweit nur irgend möglich für das ganze Reich nach einheitlichen Grundsätzen durchgeführt wird, damit nicht die einen sehr reich, die anderen allzuspärlich bedacht und damit nicht einzelne Gemeinden ungleich belastet werden. Dieses Ziel läßt sich am besten auf dem Wege der Errichtung eines mit gesetzlich festgelegten Statuten versehenen Zentralinstituts, einer Reichsanstalt für Kriegswohlfahrtspflege erreichen, welche mit den entsprechenden Rechten ausgestattet sein und in deren Händen der überwiegende Teil der für diese Zwecke bestimmten Geldmittel zusammenfließen muß."

Dieser Gedanke, daß das Reich, welches den Krieg führte, damit auch die sittliche Pflicht übernommen hatte, den Kriegsbeschädigten und den Kriegshinterbliebenen nicht nur Renten zu gewähren, sondern auch der Ermöglichung ihrer Wiederbeteiligung am Wirtschaftsleben die ganze Sorgfalt zuzuwenden, wurde Gemeingut einer breiten Volksmasse. Allein aus dem Leserkreis der „A. R." fand die Eingabe 4500 Einzelunterschriften aus allen Parteien und Berufsständen und die Unterzeichnung von 250 Vereinen und Verbänden mit einer Mitgliederzahl von weit mehr als einer Million.

Der Reichstag hatte sodann in seiner 31. Sitzung vom 17. Januar 1916 auf Grund eines Antrags der Reichstagskommission für den Reichshaushaltsetat vom 18. Dezember 1915 beschlossen, die obengenannte Petition betr. Kriegswohlfahrtspflege (Journal II, Nr. 770) dem Reichskanzler als Material zu überweisen (vgl. Nr. 195 der Reichstagsdrucksachen, 13. Legislaturperiode, II. Session 1914/15).

Bei den zuständigen Stellen des Reiches und der Einzelstaaten angelangt, traf die Anregung auf geradezu unüberwindbare Widerstände. Daß einer Zersplitterung in der Organisation dieser sozialen Fürsorge entgegengearbeitet werden müsse, sah man wohl ein und errichtete in den meisten Bundesstaaten besondere Fürsorgestellen. Die Bemühungen, eine Vereinigung derselben herbeizuführen oder gar eine gemeinsame Deckung der notwendigen Mittel für das ganze Reich gleichheitlich zu erzielen, scheiterten an der Besorgnis einzelner Bundesstaaten, es möchte damit etwas von ihrer Staatshoheit geschmälert werden.

Einzelheiten können heute unberührt bleiben angesichts der vom Staatssekretär des Reichsarbeitsamtes Bauer gegengezeichneten und von der Reichsregierung Ebert-Scheidemann zu Weimar erlassenen Verordnung vom 8. Februar 1919 (Reichsgesetzblatt Nr. 37), welche die soziale Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene von Reichs wegen mit Gesetzeskraft regelt und mit all den unzeitgemäßen Engherzigkeiten von vornherein reinen Tisch gemacht hat.

Die soziale Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und die Kriegshinterbliebenen ist durch die genannte Verordnung als Aufgabe des Reiches erklärt worden. Die Bundesstaaten und Selbstverwaltungskörperschaften sind zur Mitwirkung verpflichtet. Die Mitarbeit der freien Wohlfahrtspflege soll damit nicht eingeschränkt werden. Zur Durchführung der notwendigen Arbeiten wird beim Reichsarbeitsamt ein „Reichsausschuß der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge" errichtet. Der Reichsausschuß besteht aus den beiden Abteilungen „Kriegsbeschädigtenfürsorge" und „Kriegshinterbliebenenfürsorge."

Die Abteilung „Kriegsbeschädigtenfürsorge" setzt sich zusammen aus je einem Vertreter der Hauptfürsorgestellen, einem Vertreter der Volksspende für Kriegsbeschädigte (Ludendorffspende) und mindestens je einem Vertreter solcher Vereinigungen der Kriegsbeschädigten, die ihre Wirksamkeit auf das Reich erstrecken und eine entsprechende Mitgliederzahl haben.

Die Abteilung „Kriegshinterbliebenenfürsorge" setzt sich zusammen aus je einem Vertreter der Hauptfürsorgestellen, einem Vertreter der „Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen", deren Selbständigkeit und Befugnis, frei über ihre Mittel zu verfügen, unberührt bleibt, und mindestens je einem Vertreter solcher Vereinigungen der Hinterbliebenen, die ihre Wirksamkeit auf das Reich erstrecken und eine entsprechende Mitgliederzahl haben.

Der Staatssekretär des Reichsarbeitsamts entscheidet darüber, bei welchen Vereinigungen die vorstehenden Voraussetzungen zutreffen und welche Vereinigungen mehr als einen Vertreter zu entsenden haben. Er ist ferner befugt, auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge erfahrene Personen — jedoch nicht mehr als 5 — in den Reichsausschuß zu berufen.

Die Mitglieder des Reichsausschusses sind ehrenamtlich tätig; sie erhalten vom Reiche Tagegelder und Ersatz der Reisekosten.

Die Hauptfürsorgeorganisationen Deutschlands hatten allerdings schon vorher einen Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge gebildet. Die Beschlüsse dieses Reichsausschusses gingen jedoch nicht über eine gutachtliche Bedeutung hinaus. Ein organischer Zusammenhang mit der Kriegshinterbliebenenfürsorge bestand überhaupt nicht.

Die Beschlüsse des neugeschaffenen „Reichsausschusses der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge" besitzen rechtsverbindliche Kraft für die Hauptfürsorgestellen und Fürsorgestellen, wenn diese Beschlüsse mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen gefaßt sind und die Zustimmung des Reichsarbeitsamtes erlangt haben.

Der Reichsausschuß hat gemäß § 4 der VO. die Aufgabe:

1. Die Grundsätze für die Durchführung der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge aufzustellen,
2. dem Reichsarbeitsamte Gutachten zu erstatten,
3. bei den Streitigkeiten zwischen den Hauptfürsorgestellen über die Zuständigkeit zu entscheiden,

4. die ihnen für die Fürsorge zur Verfügung gestellten Mittel zu verwalten und zu verwenden.

In Fragen, die nur die Kriegsbeschädigtenfürsorge oder nur die Hinterbliebenenfürsorge betreffen, entscheidet jede Abteilung selbständig und endgültig; in Fragen, die beide Fürsorgegebiete berühren, entscheiden beide Abteilungen in gemeinsamer Sitzung.

Die Regierungen der Bundesstaaten sind verpflichtet, eine entsprechende Anzahl von „Hauptfürsorgestellen der Kriegsbeschädigten und der Kriegshinterbliebenen" zu errichten.

Jeder Hauptfürsorgestelle steht ein Beirat zur Seite. Als Mitglieder des Beirates sind von der Hauptfürsorgestelle Vertreter der Kriegsbeschädigten, der Kriegshinterbliebenen, der Unternehmer und der Arbeitnehmer, sowie auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge erfahrene Persönlichkeiten zu berufen. Die Zahl der Kriegsbeschädigten, der Kriegshinterbliebenen und Arbeitnehmer muß gleich der Zahl der übrigen Mitglieder des Beirats, die Zahl der Unternehmervertreter gleich der Zahl der Arbeitnehmervertreter sein.

Der Beirat der Hauptfürsorgestelle beschließt in allen grundsätzlichen Fragen, stellt Richtlinien für die Verwaltung und Verwendung der Mittel auf und entscheidet endgültig in einzelnen Fürsorgefällen über Beschwerden gegen Verfügungen der Hauptfürsorgestellen.

Bestehen in einem Bundesstaat mehrere Hauptfürsorgestellen, so kann zur Wahrung der Einheitlichkeit der Fürsorgetätigkeit eine amtliche „Landesstelle der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge" errichtet werden.

Für den Bezirk jeder unteren Verwaltungsbehörde ist in der Regel eine amtliche Fürsorgestelle zu errichten. Auch diesen Fürsorgestellen steht je ein Beirat zur Seite. Gegen die Entscheidungen des Beirats ist die Beschwerde an die Hauptfürsorgestelle zulässig, die, falls sie selbst nicht abhilft, die endgültige Entscheidung ihres Beirats herbeiführt.

* * *

So haben wir nun endlich die reichsgesetzliche Anerkennung der Kriegswohlfahrtspflege als Reichsaufgabe. Damit ist aber erst der erste Schritt getan. Nicht nur der weitere Ausbau und die Verwaltung der Kriegsfürsorge erfordert einen neuen großen Kostenaufwand, sondern die Fürsorge selbst bedarf noch ganz erheblicher Mittel, um wirklich segensreich wirken zu können und allen billigen Anforderungen gerecht zu werden.

Wir sind aber bei der Aufbringung der Mittel über die freiwillige Mildtätigkeit noch nicht hinaus. Der Satz der Petition vom 15. September 1915, daß unsere heimkehrenden Truppen nicht durch öffentliche Sammlungen an Almosen erinnert werden sollen, sondern fühlen mögen, daß die Nation sich der Dankespflicht bewußt sei, fand wohl ungeteilte Anerkennung. Statt daß aber das Reich seiner Ehrenpflicht nachkam und rechtzeitig durch die vorgeschlagene einmalige Abgabe vom Vermögen die Mittel für die genannten Zwecke bereitstellte, gesellte sich 1918 zu der Nationalstiftung noch die Ludendorffspende. Und dabei ist es bis heute geblieben.

Darüber, daß ein großer Teil des gegenwärtigen außerordentlichen Geldbedarfs des Reiches durch Reichs-Vermögensabgaben wird gedeckt werden müssen, wird wohl in keinem Bundesstaat mehr ein Zweifel bestehen. Es kann diesbezüglich auch auf den im September 1917 erschienenen Aufsatz des jetzigen Finanzministers des Volksstaates Bayern Prof. Dr. Edgar Jaffé: „Grundsätzliches zur Frage der Kriegskostendeckung und Steuerreform" (in der von Herkner herausgegebenen „Neuordnung der deutschen Finanzwirtschaft") verwiesen werden.[1]

Warum sollen wir dann nicht schon jetzt ausschließlich für die Zwecke der Kriegsfürsorge eine einmalige Vermögensabgabe vorweg einführen? Soll es von der Höhe des jetzt noch nicht übersehbaren Gesamtbedarfs des Reiches abhängen, ob wir unserer Ehrenschuld gegenüber den Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen im vollen Umfange nachkommen werden oder nicht? Sollen wir warten, bis die durch die lange Kriegführung mancherorts hervorgerufene Arbeitsunlust in Verbindung mit wirtschaftlichem Rückschritt und erdrückenden Friedensbedingungen den Staatsbankerott herbeigeführt haben, um dann die Forderungen der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen in die Konkursmasse zu werfen und sie mit der Vergleichsquote abzufinden?

Nein, Ehrenschulden schiebt man nicht auf die lange Bank! Wir Deutsche sind schon wieder das Land der Dichter und Denker und vertreiben die Zeit mit theoretischen Feldzügen über das Thema, welche Art von Revolution wohl die beste sei, nicht ohne ein Schielen nach dem Ausland, ob man uns nicht etwa bald lobt ob unserer Revolution und Selbstverleugnung, ob man nicht bald dem Beispiele Deutschlands folgen werde. „Deutschland in der Welt voran!" Wenn nicht mit Siegen, dann mit Revolution.

O über den deutschen Michel!

Gehen wir statt dessen mit gemeinsamen Kräften an den sozialen Neubau unserer Heimat! Wir sind doch alle ohne Ausnahme guten Willens! Da können wir uns doch auch zu vertrauensvoller Arbeit zusammenfinden. Und das Erste müßte da doch die Fürsorge für die Aermsten der Armen, für die Kriegsverstümmelten und für die armen Witwen und Waisen unserer gefallenen Helden sein!

Das vielgeschmähte Bürgertum hat durch seine besonnene Zurückhaltung selbst bei den ungerechtesten Verdächtigungen den Bürgerkrieg verhütet und bewiesen, daß es die soziale Forderung der Zeit anerkennt und zu positiver Mitarbeit bereit ist.

Wenn auch der nationale Schwung von 1914/15 dahin ist, warum sollen wir uns nicht wieder die Hand reichen, Bürger und Bauern, Arbeiter und Kaufleute, Frauen aller Stände, zu einem großen nationalen Opfer, zu einer sozial gerecht abgestuften einmaligen Abgabe vom Vermögen zugunsten der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen (Kriegsfürsorgebeitrag)?

Gerade jetzt, bevor noch die Werte, die wir in Händen haben, in nichts zerronnen sind, gilt es, die Mittel für die Kriegswohlfahrtspflege bereit- und vor dem Staatsbankrott und dem Zugriff der Feinde sicherzustellen! Wenn wir noch rechtzeitig einen solchen Beitrag erheben und — sei es in Gold, sei es in Grundstücken, ausländischen Werten oder Edelsteinen — einer für die genannten Zwecke dienenden Stiftung einverleiben, so würde es der Feind vor der Geschichte kaum wagen können, seine Hand auf diese der sozialen Fürsorge dienende Einrichtung zu legen.

Das fünfte Kriegsjahr.

Wochenschau von Fritz Nienkemper, Berlin.

Der Aufruf der Reichsregierung.

Zur Monatswende haben die Minister von Weimar aus eine programmatische Kundgebung erlassen, die einem Notschrei sehr ähnlich sieht. Sie appellieren an den gesunden Menschenverstand und an den Gemeinsinn der Bevölkerung zur Abwehr der wirtschaftlichen und politischen Anarchie, die das Reich zu zerstören droht, und suchen insbesondere die Stimmung in der bisher regierungstreuen Arbeiterschaft aufzufrischen, indem sie die Durchführung der wirtschaftlichen Demokratie, das „einheitliche sozialistische Arbeiterrecht auf freiheitliche Grundlage" versprechen.

Den Anlaß zu dieser außerordentlichen Kundgebung gaben die Tumulte in den thüringischen Städten um Weimar herum, die traurigen Vorgänge in München und die Ansätze zum politischen Generalstreik in Berlin, der eine gefährliche Begrüßung der (inzwischen vertagten) preußischen Landesversammlung bilden sollte. Wenn die Wasserkante wieder beruhigt ist und in dem rheinisch-westfälischen Revier die Hauptnester der Spartakisten ausgeräumt sind, so bricht der überrevolutionäre Brand gemäß seinem Flugfeuer-Charakter immer wieder an anderen Stellen aus. Deutschland kann und soll nicht zu der Ruhe kommen, die es zur Genesung unbedingt braucht.

Ueber die Wirkung des Aufrufes der Reichsregierung wird man sich leider wohl keine großen Illusionen machen dürfen. Man will die Gewaltanwendung auf ein Minimum beschränken und greift deshalb immer wieder zu dem Hilfsmittel der Verhandlung mit den Aufsässigen und des guten Zuredens, obschon man bisher dabei bittere Enttäuschungen geerntet hat. Die Spartakisten und erklärten Kommunisten pfeifen auf alle Abmachungen; auch die Mehrzahl der „Unabhängigen" will sich nicht eher beruhigen, als bis sie die verlorene Macht wieder in

[1] Die wegen ihrer Gründlichkeit und logischen Klarheit und wegen ihrer gesunden praktischen Vorschläge äußerst lesenswerte Schrift ist als Separatabdruck unter dem Titel „Die Finanz- und Steueraufgaben im neuen Deutschland" im Verlag von Duncker & Humboldt, München und Leipzig 1919, zum Preise von ℳ 1.50 erschienen.

ihre eigene Hand gebracht haben. Die nächste Aufgabe ist, die Mehrheitssozialisten zu schützen vor der Vergewaltigung und vor der Verführung durch die radikale Minderheit. Den Terror wird man schließlich doch nur durch die stramme Anwendung der gesetzlichen Gewalt brechen können. Ob die Verführung sich durch amtliche Belehrungen und Verheißungen hemmen läßt, muß sich nun zeigen. Tatsächlich ist, wie sich sowohl bei den späteren Wahlhandlungen als auch in verschiedenen örtlichen Vorgängen gezeigt hat, die Unzufriedenheit in die Reihen der Mehrheitssozialisten eingedrungen. Die meiste Widerstandskraft gegen die Hetzerei fand sich im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, wozu offenbar der starke Einschlag von christlichen Gewerkschaften wesentlich beigetragen hat. In Thüringen war von der Selbsthilfe der vernünftigen Arbeiter viel weniger zu bemerken, und in Berlin haben die Kommunisten dank der Unterstützung durch die Unabhängigen am Montag in der Sitzung der Arbeiterräte die Erklärung des Generalstreiks durchgesetzt.

Uebrigens sind Enttäuschung und Unzufriedenheit die natürlichen Folgen einer solchen Revolution, wie wir sie erlebt haben. Den Massen war vorher immer wieder eingeredet worden, daß alles Uebel von der alten Regierung und von der ausbeutenden Bourgeoisie herrühre. Als nun die Regierung gestürzt und die sozialistische oder gar die proletarische Republik ausgerufen war und die Führer der Sozialdemokratie die volle Herrschaft übernommen hatten, da dachten sehr viele Sozialisten, jetzt werde sofort das goldene Zeitalter anbrechen mit riesigem Verdienst bei wenig Arbeit. Herrschsucht und Eigennutz schossen ins Kraut. Die Gelüste nach Klassenherrschaft wurden enttäuscht durch den Ausfall der Wahl, die keine sozialistische Mehrheit ergab und durch die Bildung einer Koalitionsregierung. Der Goldregen für die Arbeiter ließ auch auf sich warten, da durch Lohnstreiks kaum mehr zu erringen war, als der Ausgleich für die gesunkene Kaufkraft des Arbeitslohnes. Wo blieben die Hoffnungen auf den reichen Beuteanteil bei der Aufteilung des vielbeschrienen Kapitalgewinnes? Die Hetzer fanden Anklang mit ihrer Behauptung, daß die sozialistischen Minister das Proletariat „verraten" hätten in ihrem Pakt mit der Bourgeoisie. Es müsse sofort gründlich „sozialisiert" werden, dann werde das Glück kommen.

Der ermordete Abgeordnete Osel hat in seinem letzten Beitrag für die „Allgemeine Rundschau" schlagend nachgewiesen, daß die Sozialisierung nicht die erhofften goldenen Eier bringen, wohl aber die legende Henne, die deutsche Industrie töten kann, woraus sich dann die Armut und die Hungersnot ergeben müssen, nicht nur für die Bourgeois, sondern für die Arbeiterschaft selbst.

Zur Beruhigung kündigt nun die Reichsregierung an, daß sie auf dem Wege der Sozialisierung fortschreiten will, aber sie muß natürlich dabei die gebotenen Einschränkungen machen. Es heißt da: „Sozialisierung der Wirtschaftszweige, die sich, wie vor allem Bergwerke und Erzeugung von Energie, zur Uebernahme in öffentliche oder gemischt-wirtschaftliche Bewirtschaftung eignen oder der öffentlichen Kontrolle unterstellt werden können." Weitere überstürzte Experimente auf diesem Gebiete wären in der Tat wirtschaftlicher Selbstmord. Aber die Hetzer werden die unvermeidlichen Vorbehalte ausnützen zur weiteren Aufwiegelung.

Dazu kommen die Machtansprüche der Arbeiterräte auf politischem Gebiete, die von ihren Befürwortern auch gegen die regelrecht gewählten Volksvertretungen geltend gemacht werden. In München ist freilich der radikale Antrag auf Ausrufung der „Räterepublik" mit großer Mehrheit abgelehnt und die Aussicht auf Wiedereinberufung des gesprengten Landtags gelassen worden; vorläufig besteht aber auch da noch eine Räte-Regierung, von deren Einsicht das weitere abhängt. In Berlin ist auf dem Rätekongreß der Plan aufgetaucht, neben alle allgemeinen Volkskammern (große und kleine) überall eine vollberechtigte, kontrollierende Arbeitskammer zu stellen, was erstens eine arge Verschleppung der Geschäfte und zweitens ein Herrschaftsprivilegium für eine einzelne Klasse bedeuten würde. Der Aufruf der Reichsregierung will in diesem Punkt keine Halbheit und keine Unklarheit zulassen. „Hier gibt es für uns kein Paktieren. Die politische Macht gehört allein der frei gewählten Vertretung des Volkes und der von ihrem Vertrauen getragenen Regierung. Das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes nach innen muß so gut wie das nach außen gegen jede Gewalt gesichert werden." Dieses rückhaltslose Bekenntnis zu den Grundsätzen der Demokratie ist löblich, aber die Räte werden sich gegen die politische Kaltstellung wehren.

Zum Ersatz wird ihnen die wirtschaftliche Demokratie versprochen: die Betriebsräte, die aus den freiesten Wahlen der Arbeiter hervorgehen, sollen die berufenen Vertreter aller Arbeiter sein und die „konstitutionelle Fabrik" begründen, wo die Sozialisierung sich noch nicht durchführen läßt. Wenn in der konstitutionellen Fabrik auch die Angestellten, die Techniker und die Unternehmer zu ihrem gebührenden Recht kommen, so kann man ja den Versuch machen. Es wird aber nur gehen, wenn bei den Arbeitern die Vernunft herrscht, d. h. die Rücksicht auf die wirtschaftliche Möglichkeit und die entsprechende Selbstbescheidung.

Der Aufruf ist gut gemeint, wir wünschen ihm reichen Erfolg, aber im Hoffen bleiben wir vorsichtig. Das deutsche Volk befindet sich nach wie vor am schroffen Rande des Abgrundes.

Wirksamer als alle Aufrufe und Versprechungen würde zur Dämpfung der wachsenden Unzufriedenheit die Verbesserung der Ernährung beitragen. Die Entente hält jedoch grausamer Weise an der Blockade und an ihrer Hungertaktik fest und will für den endgültigen Waffenstillstand neue unerhörte Bedingungen stellen.

Die Nationalversammlung in Weimar setzt trotz aller Wirren rings umher ihre Arbeiten für die neue Rechtsordnung und auch für die erforderliche Wehrmacht ruhig und rüstig fort.

Zum Ueberfluß ist von Berlin her noch ein neuer Zankapfel in die verworrene Volksseele geworfen worden. Nachdem im Reiche sich die Koalitionsregierung mit opferwilliger Hilfe des Zentrums gebildet und den Verhältnissen nach gut bewährt hat, tauchen Kulturkämpfer von gelber und roter Färbung auf, die für die Gesetzgebung und Regierung in Preußen einen Linksblock bilden möchten unter Kaltstellung des Zentrums, um so die kirchen- und religionsfeindliche Politik des ausgeschifften Kultusministers Adolf Hoffmann wieder aufzunehmen. Wenn dieser Plan der Kulturkämpfer gelingen sollte, so würde die gegenwärtige Ordnung im Reiche in Scherben gehen und der innere Friede eine weitere heillose Erschütterung erfahren. Der freventliche Versuch wird hoffentlich schon im Keime scheitern. Er muß aber das ganze christliche Volk zu erhöhter Wachsamkeit und verschärfter Organisation antreiben.

Die zweite Revolution in München.

Von Dr. Ferdinand Abel, München.

Die erste, von Kurt Eisner in der Nacht vom 7. zum 8. November 1918 durchgeführte Revolution stürzte die konstitutionelle Monarchie in Bayern und brachte an deren Stelle in dem revolutionären Ministerium und den Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten provisorische Gewalten, welche die auf den Willen des Volkes zu gründende staatliche Neuordnung in die Wege zu leiten hatten. Durch die allgemeinen Wahlen vom 12. Januar und 2. Februar 1919 hat das bayerische Volk mit überwältigender Mehrheit seinen Willen dahin zu erkennen gegeben, daß die neue Staatsform die der demokratischen Republik sein solle, in welcher das Volk die ihm zustehende höchste Staatsgewalt durch den von ihm gewählten Landtag als alleinigen und ausschließlichen Träger der gesetzgebenden Gewalt ausüben sollte. Wie die Verhältnisse am Morgen des 21. Februar lagen, konnte man hoffen, daß die verfassungsmäßige Verankerung dieser Staatsform in der beginnenden Landtagstagung würde vollzogen werden können. Zu den Opfern des blutigen 21. Februar gehörte auch diese Hoffnung. Es begann die zweite Revolution, die in dem Beschlusse des Rätekongresses vom 28. Februar ihren einstweiligen Abschluß fand.

Die wichtigste Folge der Ereignisse des 21. Februar war, daß die Frage der Gestaltung und Zuständigkeit der A.-, S.- u. B.-Räte aus dem Stadium der Möglichkeit gesetzlicher Regelung herausgerissen und zu einer Machtfrage wurde. Die Landeskonferenz der sozialdemokratischen Partei Bayerns (Mehrheitssozialisten) hatte sich am 19. und 20. Februar auf den Boden des Einkammersystems gestellt und die Regierung aufgefordert, alle Maßnahmen zu treffen, damit der Landtag seine parlamentarischen Arbeiten ungestört erledigen könne. Entsprechend dem grundsätzlichen Bekenntnis der Sozialdemokratie zum Einkammersystem sei das Rätewesen organisch zu gestalten und sein Tätigkeitsgebiet durch Gesetz festzulegen. In dieser Hinsicht ersuchte die Konferenz

die sozialdemokratische Landtagsfraktion, nach Möglichkeit nach folgenden Grundsätzen zu wirken:

Die Arbeiter- und Bauernräte wahren die gesamten Interessen des arbeitenden Volkes. Sie haben keine gesetzgebende oder vollziehende Gewalt. Sie entsenden nach Bedarf Vertrauensmänner in die öffentlichen Körperschaften und Behörden, um dort Wünsche und Beschwerden des arbeitenden Volkes zu vertreten. Die Zentralräte der Arbeiter- und Bauernräte haben das Recht, Erhebungen zu veranlassen und in besonders gelagerten Fällen selbst durchzuführen, dem Landtag Gesetzentwürfe zu unterbreiten und sie im Landtag durch einen Vertreter zu begründen. Die Mitglieder der Zentralräte genießen, abgesehen von ehrlosen Handlungen, bei Ausübung ihres Amtes Immunität.

Damit schien für Verhandlungen unter den Parteien des Landtags eine Basis gegeben, auf der sich eine Einigung wohl hätte ermöglichen lassen. Im Verfolg der Vorgänge des 21. Februar aber wurde diese Frage ein integrierender Bestandteil der Bestrebungen auf Herstellung der sozialistischen Einheitsfront zwecks Aufrichtung der sozialistischen Republik. Am 22. Februar stellte ein Einigungsvorschlag der Vorstände der beiden sozialistischen Parteien, der Gewerkschaften und der A.-, S.- und B.-Räte folgende Richtpunkte für ein Aktionsprogramm auf:

1. Die A.-, S.- und B.-Räte sind die berufsgemäße Vertretung der Arbeiter, Soldaten und Bauern und werden durch die Verfassung des Volksstaates Bayern anerkannt und verankert. Die Mitglieder der Räte genießen in Ausübung ihres Amtes Immunität. Dem Ministerrat wird je ein Abgeordneter der A.-, S.- und B.-Räte mit beratender Stimme beigegeben.

2. Die Vertreter der unterfertigten Körperschaften erklären sich bereit, unter Beibehaltung der im Amte verbliebenen Minister gemeinsam ein sozialistisches Ministerium zu bilden, dem ein Landwirtschaftsministerium aus den Kreisen des Bauernbundes angegliedert wird. Dieses Ministerium wird bis zur Verabschiedung der Verfassung durch die Volksvertretung die Regierungsgeschäfte auf der Grundlage des Staatsgrundgesetzes ausüben.

3. Der am 12. Januar rechtmäßig gewählte Landtag wird, sowie es die Verhältnisse gestatten, wieder einberufen werden.

4. Das jetzt noch stehende Heer wird unverzüglich entlassen und an dessen Stelle die republikanische Schutzwehr ausgebaut, und zwar aus Mitgliedern der freien Gewerkschaften, des Bauernbundes und der freiorganisierten Landarbeiter.

5. Die Freiheit der Presse wird grundsätzlich wiederhergestellt. Die Presse hat jedoch bis zur Rückkehr geordneter Verhältnisse alles zu unterlassen, was geeignet ist, die Einheit des Volkes zu stören und dadurch den Bruderkrieg zu fördern. Dem Kultusministerium wird eine Aufklärungsabteilung beigegeben, die dafür zu sorgen hat, daß die Bevölkerung über alle Fragen ihrer Lebensinteressen die volle Wahrheit erfährt.

Indessen hat der Räte-Kongreß, der seit der Sprengung des Landtages am 21. Februar sich als gesetzgebendes Organ gerierte, während die Exekutive in den Händen eines Aktionsausschusses und eines unter Hinzuziehung der drei sozialistischen Parteien gewählten Elfmännerausschusses (Zentralrats) lag, sich dem Vorschlag der Führer nicht angeschlossen, sondern am 28. Februar gegen 14 Stimmen folgendem Antrag seine Zustimmung erteilt:

Der Rätekongreß erklärt:

1. Der Landtag bleibt vorerst vertagt.

2. Die Tagung des provisorischen Nationalrates wird für geschlossen erklärt.

3. Ueber den Termin der Wiedereinberufung des Landtages entscheidet das provisorische Ministerium in Gemeinschaft mit dem Aktionsausschuß.

4. Die jetzige Tagung der A.-, S.- und B.-Räte stellt den provisorischen Nationalrat des freien Volksstaates Bayern dar. Doch soll von der nächsten Tagung ab der provisorische Nationalrat aus höchstens 250 Mitgliedern bestehen, die von den bestehenden A.-, S.- und B.-Räten der acht Kreise nach den von der provisorischen Regierung in Gemeinschaft mit dem Aktionsausschuß herauszugebenden Richtlinien zu wählen sind.

5. Der zur Wahrnehmung der Geschäfte zu wählende Aktionsausschuß besteht aus 33 Mitgliedern. Diese setzen sich zusammen aus den je 7 Mitgliedern der Vollzugsausschüsse der A.-, S.- und B.-Räte, je 3 Vertretern der sozialdemokratischen Partei, der U. S. P., des revolutionären Arbeiterrates und des parlamentarischen Bauernrates. Die Mitglieder des Aktionsausschusses können jederzeit vom provisorischen Nationalrat abberufen werden. Der Aktionsausschuß wählt aus seiner Mitte einen siebengliederigen Zentralrat, dessen Mitglieder wiederum dem Aktionsausschuß verantwortlich sind und von ihm abberufen werden können.

6. Sobald es die Verhältnisse gestatten, wird dem gesamten Volk das am 4. Januar 1919 vom Gesamtministerium proklamierte Staatsgrundgesetz zur Abstimmung vorgelegt mit Abänderungen auf folgender Grundlage:

a) Dem Landes-Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat steht das Recht zu, Gesetzentwürfe vorzulegen und durch Veto gegen Parlamentsbeschlüsse die Entscheidung des gesamten Volkes anzurufen.

b) Die Räte wirken in der Verwaltung mit.

7. Die künftige Verfassung des freien Volksstaates Bayern wird von der provisorischen Regierung in Gemeinschaft mit dem Aktionsausschuß ausgearbeitet und dem gesamten Volk zur Entscheidung vorgelegt.

8. Der Kongreß der A.-, S.- und B.-Räte wählt ein neues Ministerium unter Hinzuziehung eines Bauernbündlers als Landwirtschaftsminister. Dem Ministerium für Kultus und Unterricht wird eine Abteilung für Volksaufklärung angegliedert. Der Aktionsausschuß hat mit dem Ministerrat die Frage der Ernennung von Staatssekretären zu entscheiden.

9. Das Gesamtministerium ist dem Zentralrat beziehungsweise dem provisorischen Nationalrat verantwortlich.

Ein Antrag des Kommunisten Mühsam, dahin lautend: „Bayern wird zur sozialistischen Räte-Republik ausgerufen, die gesamte Gesetzgebungs- und Vollzugsgewalt wird dem von den A.-, B.- und S.-Räten repräsentierten arbeitenden Volke zugewiesen", wurde zwar mit 234 gegen 70 Stimmen abgelehnt, worauf die Kommunistenführer ihren Austritt aus dem Zentralrat erklärten, allein ein Vergleich zwischen dem Vorschlag vom 22. und dem „Kompromißbeschluß" vom 28. Februar zeigt deutlich, welchen Fortschritt der Gedanke der Räte-Republik tatsächlich gemacht hat. Die Kompetenzen von Landtag und Räten erscheinen fast vollständig ausgewechselt. Der Landtag wird ganz in den Hintergrund gedrängt, sein Wiederzusammentritt hängt von dem Ermessen der Räte ab. Der Kongreß der Räte tritt vorläufig an die Stelle des Landtags mit einem Maß von Machtbefugnissen, die ihm auch gegenüber einem später zugelassenen Landtag ein Uebergewicht sichern, das den Landtag zur Bedeutungslosigkeit verurteilt, zumal wenn ihm durch ein ohne seine Mitwirkung zustande gekommenes, auf die Herrschaft der Räte zugeschnittenes „Staatsgrundgesetz" und eine entsprechende Verfassung von vornherein der Boden für eine fruchtbringende Tätigkeit entzogen oder wenigstens erheblich beengt ist.

In dieser Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen Landtag und Räteorganisation liegt zugleich eine mit den Grundsätzen der Demokratie nicht mehr zu vereinbarende Verschiebung des Gleichgewichts der Rechte weitester Volkskreise, nämlich der hinter jenen beiden Organisationen stehenden Wähler. Selbst aus sozialdemokratischen Kreisen erheben sich ernst warnende Stimmen. In Nr. 49 der mehrheitssozialistischen „Münchener Post" betont Paul Kampffmeyer, daß der berufsständische Gedanke der Arbeiterräte nicht die Idee der unverfälschten Demokratie verwirklichen könne', da das berufsständische System nicht alle Menschen, sondern nur die Berufstätigen umfasse, aber selbst große Gruppen der Berufstätigen von dem Genuß des berufsständischen Wahlrechts ausgeschlossen seien. Jene Verwirklichung strebe der Sozialismus als die höhere Form rein menschlicher Vergesellschaftung an. „Wollen wir nun", so schließt Kampffmeyer, „in Bayern den Aufstieg zu diesem Sozialismus damit beginnen, daß wir den ersten Versuch der Begründung einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft durch die diktatorische Herrschaft ganz kleiner und durch ein undemokratisches Wahlsystem sorgfältig durchgesiebter Machtgruppen zerschlagen lassen? Wir können als demokratische Sozialisten unsere Arbeit nicht damit eröffnen, daß wir dem Willen des Volkes, der sich am 12. Januar ausgesprochen hat, einen niederschmetternden Faustschlag versetzen."

In der Debatte des Räte-Kongresses wurde der Abschluß des „Kompromisses" begründet mit der Notwendigkeit geordneter Zustände, einer zielbewußten, klarsehenden Regierung und der Rettung der gefährdeten Errungenschaften der Revolution. Es erscheint immerhin zweifelhaft und würde sich erst erweisen müssen, ob der jetzt eingeschlagene, erst auszubauende Weg schneller, sicherer und reibungsloser zum Ziele führt, als der bereits vorhanden gewesene, durch den Gesamtwillen des Volkes geschaffene Weg über den Landtag. Auch dürfte kein Zweifel bestehen, daß der durch den Beschluß des Räte-Kongresses vom 28. Februar geschaffene staatsrechtliche Zustand keineswegs die Vorbedingungen erfüllt, welche die neue Reichsverfassung in Art. 16 für die Anerkennung Bayerns als Gliedstaat des Reiches stellt: „Jeder Gliedstaat muß eine freistaatliche Landesverfassung haben, nach der die Volksvertretung in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl von

Männern und Frauen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt wird, und nach der die Landesregierung des Vertrauens der Volksvertretung bedarf." Weder der Räte-Kongreß noch das am 1. März von ihm eingesetzte sozialdemokratisch-bauernbündlerische Ministerium entsprechen den Anforderungen des Art. 16. Die innen- und außenpolitischen Folgen dieses Zustandes können folgenschwer sein, worauf auch die Protestkundgebung der bayerischen Mitglieder der deutschen Nationalversammlung hinweist. Deshalb sollte man den gewaltsam gesprengten legitimen Landtag schleunigst wieder einberufen. Das fordert auch die sozialdemokratische „M. Post" (Nr. 50), indem sie schreibt: „Sind die neue provisorische Regierung und der Aktionsausschuß nämlich richtig beraten, so bieten beide selbst die Hand zu einer möglichst baldigen Einberufung des Landtages und zu einer sofortigen Wiederherstellung der staatsbürgerlichen Freiheiten (Unverletzlichkeit der Person, Freiheit der Meinung in Rede und Schrift). Der Landtag allein kann einer revolutionären Regierung die notwendige Autorität verleihen, deren sie zur ordnungsgemäßen Fortführung der Geschäfte bedarf."

Was das Volk an seinen religiösen Orden hat.

Einige Rechnungen von P. Erhard Schlund, O. F. M.

Für Zahlen haben die heutigen Menschen einen guten Sinn, namentlich, wenn diese Zahlen Gewinn und Verlust bedeuten. Das Leben so vieler Zeitgenossen ist ja bloß auf die beiden Richtpunkte Gewinn und Genuß eingestellt, die so nahe beieinander liegen, und was nicht in dieser Richtung liegt, das hat für sie keinen Wert, ja das können sie nicht einmal verstehen. Und wenn es gar diametral entgegengesetzt liegt, wie Verzicht und Abtötung, dann ist es in ihren Augen direkt ein Verlust am Leben, ein negativer Wert. Als solche negative Werte schätzen viele die religiösen Orden und ihre Arbeit ein, weil sie selber manchmal wenig spüren von der Arbeit der Orden und weil der bloße Anblick der Ordenspersonen sie schon daran erinnert, daß es außer Genuß und Gewinn doch noch etwas anderes gibt im Leben und besonders nach dem Leben.

Solchen Leuten sei heute in ihrer Sprache, in Zahlen, dargelegt, daß die religiösen Orden und ihre Tätigkeit, daß Verzicht und Abtötung doch auch für sie einen Wert, einen wirtschaftlichen Wert haben.

Für die Orden freilich ist es eigentlich eine Beleidigung, ihre Bedeutung und den Wert ihrer Arbeit in Zahlen darstellen zu wollen. Sie wollen ja nur arbeiten für die Ewigkeit, und für Ewigkeitswerte gibt es nur ein irdisches Zahlenzeichen, und das heißt ∞ (unendlich). Doch es soll ja auch nicht der Wert ihrer Arbeit und ihres Verzichtes in Zahlen ausgedrückt werden, sondern es soll nur an einigen Beispielen gezeigt werden, was die Allgemeinheit durch die Tätigkeit der Orden gewinnt und was sie verlieren würde, wenn die religiösen Orden vertrieben würden.

Daß es nun sehr schwer ist, caritative Arbeit in Zahlen zu fassen, weiß jeder, der sich einmal damit beschäftigt hat, bloß den Jahresbericht eines Wohltätigkeitsvereins zusammen zu stellen. Fast unmöglich ist es aber, den wirtschaftlichen Wert der katholischen Orden in Zahlen auszudrücken. Es läßt sich im höchsten Falle feststellen, was sie an finanziellen Opfern gebracht haben und was sie gegenüber der Laienarbeit auf dem entsprechenden Gebiete an Lohn erspart haben. Allein damit ist noch nichts gesagt über die Länge der Arbeitszeit, über freiwillige Leistungen, über die Qualität der Arbeit, über die Einsparungen durch freiwilligen Verzicht und Aszese, durch Verzicht auf Alters- und Krankenversorgung und dergleichen. Aber auch die finanziellen Opfer und Ersparungen sind sehr schwer feststellbar. Denn die Orden handeln, wie es ja ganz in ihrem Wesen liegt, nach dem Grundsatze des Herrn, der da sagt: Du aber, wenn du Almosen gibst, so soll deine Linke nicht wissen, was deine Rechte tut, damit dein Almosen im Verborgenen bleibe; und dein Vater, der es sieht, wird dir's im Verborgenen vergelten. (Mt. 6, 3). Das ist das christliche Ideal. Der Statistiker aber möchte gern „leider" dazu sagen. Denn dadurch bekommt er für seine Arbeit keine Zahlen. Schwer verstehen sich namentlich die Oberinnen der religiösen Orden dazu, von ihrem Grundsatz abzuweichen und Zahlen zu geben. Das, was man aber in den statistischen Sammelwerken findet und sonst, ist — aus dem gleichen Grunde zum Teil — sehr unzuverlässig.

Ich habe mich im folgenden bemüht, möglichst genau zu arbeiten. Trotzdem werden viele Zahlen nicht ganz stimmen, wenigstens nicht in den letzten Ziffern, weil sich eben nicht alles erfassen ließ. Um die unvermeidlichen Fehler in etwas auszugleichen, habe ich von dem, was für die Orden sprach, immer die geringste Zahl genommen, was aber gegen die Orden, zugunsten der Vergleichsgegner, der weltlichen Schule usw. sprach, die höchste Vergleichsziffer. Der Zweck ist ja nicht, ganz genaue Zahlen zu liefern, sondern zu zeigen, was das Volk an den Orden hat und was es sich durch die Ordenstätigkeit erspart. Es werden derartig überraschend hohe Zahlen herauskommen, daß die Fehler dagegen verschwinden. Außerdem sei bemerkt, daß überall die Zahlen vom letzten Friedensjahr 1913 in Rechnung gezogen sind, soweit es möglich war, weil die Kriegsjahre ja doch Ausnahmsjahre sind. Es gilt also, wo nichts gesagt ist, immer das Jahr 1913.

Zunächst einiges über die soviel angefeindeten Klosterschulen, also über die Tätigkeit der katholischen Ordensfrauen in der Volksbildung.

Im Jahre 1913 gab es in Bayern 1390 weibliche Ordensniederlassungen mit 15 550 Mitgliedern. Das ist im Verhältnis nicht zuviel. Das kleinere Elsaß-Lothringen hat viel mehr. Von diesen widmeten sich 6740 der Erziehung und dem Unterricht. Sie arbeiteten in höheren Mädchenschulen, Mädchenmittelschulen, Mädchenvolksschulen, dann Erziehungsanstalten, Waisenhäusern und ähnlichen Anstalten. Von weiblichen katholischen Orden wurden in Bayern im Schuljahr 1917/18 54 höhere Töchterschulen und 44 Mädchenmittelschulen, zusammen 98 höhere Mädchenschulen geführt mit 7448 + 2786 = 10 234 Schülerinnen. Da das ganze Land bloß 153 höhere Mädchenschulen hat, so werden also 64,05 Prozent der höheren Mädchenschulen Bayerns von Ordensfrauen versorgt. Die gesamten höheren Mädchenschulen Bayerns hatten 21 129 Schülerinnen. Es gingen also 48,45 Prozent aller „höheren Töchter", das ist beinahe die Hälfte bei den Klosterfrauen in die Schule. Für die den Ordensfrauen nicht gehörigen Schulen wurden aus Staats-, Kreis- und Gemeindemitteln im ganzen 857,330 M aufgewendet, von welchen 29,430 M der Staat bezahlte. Von dieser Summe erhielten die klösterlichen Mädchenschulen nichts. Man darf nun wohl annehmen, daß die Orden für ihre Schulen im Verhältnis ebensoviel aufgewendet haben als Staat und öffentliche Körperschaften; wer die Verhältnisse einigermaßen kennt, wird sagen müssen, daß die Klosterfrauen viel mehr für ihre Schulen tun als ihre Konkurrenz. Umsonst sind die klösterlichen Töchterschulen nicht überfüllt. Man vergesse auch nicht, daß die Schwestern ohne Gehalt, ohne Altersversorgung, ohne Krankenversorgung arbeiten, daß sie die Schulhäuser und Lehrmittel aus ihrem ins Kloster mitgebrachten Vermögen gestellen. Nehmen wir aber bloß den relativ gleichen Aufwand an. Dann leisten die Ordenslehrerinnen aus ihren Mitteln und aus ihrer Kraft und ihrem einfachen klösterlichen Leben dem bayerischen Volk jährlich die Summe von 1'700,000 M, ohne dafür eine Gegenleistung vom Volke zu erhalten. Um die Summe recht würdigen zu können, bedenke man, daß die beiden Kreise Mittelfranken und Unterfranken mit 1 642 634 Einwohnern bloß 1'724,771 M Einkommensteuern bezahlt haben (1911). Die bayerischen Frauenorden schenken also allein durch die höheren Mädchenschulen dem bayerischen Volk soviel, als diese beiden Kreise mit der Industriestadt Nürnberg dem Staat an Einkommensteuer zahlen.

Doch die Tätigkeit für die höhere Mädchenbildung ist nur ein Bruchteil dessen, was die weiblichen Orden für Erziehung leisten. Es läßt sich aber nur noch die Arbeit und die Opfer für die Volksschule finanzstatistisch erfassen. Was in Kinderbewahrschulen, Waisenhäusern usw. geleistet wird, kann man nicht auf Mark und Pfennig ausrechnen. Im Schuljahr 1913/14 waren von den bayerischen Volksschulen 441 den Ordensschwestern anvertraut, das ist 8,2 Prozent der katholischen Volksschulen und 5,85 Prozent aller bayerischen Volksschulen. Ein verhältnismäßig geringer Prozentsatz, wobei allerdings zu bedenken ist, daß von den 7534 bayerischen Volksschulen 3656 bloß mit einer männlichen Lehrkraft besetzt waren, also keine Ordensschwestern haben konnten. An den klösterlichen Schulen wirken 1506 geistliche Lehrerinnen, sogenannte deutsche Lehrerinnen, ohne Handarbeits-, Turn- usw. Lehrerinnen. Das sind von allen bayerischen Volksschullehrkräften 7,6 Prozent, von den katholischen Lehrkräften

11 Prozent, von den weiblichen Lehrkräften 28 Prozent. Sie unterrichten über 90000 Schulkinder (die Zahl ließ sich nicht ganz genau ermitteln, weil eine Kongregation keine Zahl gab), das sind 11,5 Prozent der katholischen Schulkinder und 8,3 Prozent aller Schulkinder Bayerns. Diese Tätigkeit der Ordensfrauen erspart dem bayerischen Volke und vor allem den Gemeinden, die Ordensfrauen angestellt haben, eine große Menge Geldes. Eine größere bayerische Stadt hat nach Berechnung der Stadtkämmerei von 1904—1918 die Summe von 308,000 Mark durch die Schulschwestern eingespart. Ganz genau kann man das gar nicht mehr feststellen, was sie bis vor einigen Jahren ersparten. Denn es gab bis vor einigen Jahren Ordensfrauen, welche als Volksschullehrerinnen jährlich 16 (sechzehn!) M bekamen. Im Jahre 1917 erschien eine Ministerialverordnung, welche bestimmte, daß klösterliche Lehrerinnen nicht unter 800 M und nicht über 1200 M einschließlich aller Zulagen bekommen sollten. Eine weltliche Lehrerin fängt mit 1200, resp. 1600 M ohne Zulagen an. Tatsächlich beziehen die klösterlichen Lehrerinnen in Bayern, soweit sich feststellen ließ, zurzeit ein jährliches Durchschnittsgehalt von 720 M. Von allen persönlichen Ausgaben für die Volksschulen in Staat, Kreis und Gemeinde treffen nun auf eine ordentliche Lehrperson jährlich 2196 Mark. Wenn nun eine klösterliche Lehrerin im Durchschnitt jährlich bloß 720 Mark Auslagen aus öffentlichen Mitteln verursacht, so spart das bayerische Volk durch die Anstellung der 1506 Klosterfrauen im Volksschuldienste jährlich 2'222,956 M. Zum Vergleiche sei angeführt, daß die drei fränkischen Kreise Oberfranken, Mittelfranken und Unterfranken mit 2304496 Einwohnern im Jahre 1911 bloß 2'181,160 M Einkommensteuer bezahlten. Es spart also das bayerische Volk die ganze Einkommensteuer der drei fränkischen Kreise durch die Arbeit, durch die Entsagung und den klösterlichen Verzicht der Ordensfrauen. Dabei sind außer acht gelassen die eingesparten Pensionen für alte und kranke Lehrerinnen. Denn Klosterfrauen bekommen keine Pension. Außer acht gelassen ist ferner die Arbeitsschule und endlich die Mehrarbeit, die Schwestern in der Schule leisten. Denn das dürfte doch im allgemeinen auch heute noch stimmen — ohne daß ich den weltlichen Lehrerinnen zunahe treten wollte, — was ein hoher bayerischer Regierungsbeamter vor Jahren einmal gesagt hat: „Sie sind die besten Lehrerinnen. Das disputiert man ihnen nicht. Aber sie sollen ihre schwarzen Kittel zum Teufel schicken." (Imp. apol., München 1874, p. 26). Der schwarze Kittel ist auch vielfach heute noch der einzige Grund, warum man die Klosterfrauen aus den Schulen entfernen möchte. Aber das bayerische Volk hätte schon rein wirtschaftlich einen großen Schaden, wenn man bloß ihres schwarzen Kittels wegen die Schulen der Klosterfrauen aufheben würde. Denn das bayerische Volk erspart durch die Tätigkeit der Klosterfrauen in Höheren Mädchenschulen und Volksschulen jährlich 3 Millionen neunmal hunderttausend Mark, und das ist namentlich in der Zeit nach einem verlorenen Kriege doch wohl eine beachtenswerte Summe.

Ich setze noch her, was kürzlich die liberale „München-Augsburger Abendzeitung" (Sammler Nr. 146 vom 7. 12. 18) geschrieben hat: „Auch die vielen klösterlichen Lehrerinnen würden sich nicht so leicht ersetzen lassen. Ganz gewiß gibt es auch unter den weltlichen Lehrerinnen sehr viele gediegene Lehrkräfte und herrliche Charaktere, die sich ganz für ihren Beruf einsetzen, aber es ist vielleicht doch kein bloßer Zufall, daß trotz des freien Zuges der Zeit und trotz der großen Konkurrenz die klösterlichen Bildungsanstalten immer noch überfüllt sind. Hier wirkt eine Jahrhunderte alte Tradition, von der die Mitglieder des Ordens unbewußt zehren. Auch der Verzicht auf alle Lebensgenüsse ist geeignet, die Kräfte auf das eine Ziel, die treue Berufserfüllung, zu konzentrieren und für ideelle Aufgaben möglichst auszuwerten. Daß Männer mit freierer Geistesrichtung mit Vorliebe ihre Kinder klösterlichen Anstalten anvertrauen, dürfte auch kein Zufall sein, und ebenso muß es seinen Grund haben, wenn Männer, die aus klösterlichen Anstalten hervorgegangen und später eine ganz andere Weltanschauung gewonnen, dennoch mit ganzem Herzen an der Stätte hängen, wo sie ihre sorglosen Jugendjahre verlebt und ihren Lehrern zeitlebens ein gutes Andenken bewahren." Der letzte Satz gilt sicher auch von den Frauen und den klösterlichen Schulen der Ordensschwestern.

Die wirtschaftliche Bedeutung der katholischen Krankenpflege.

Die schönste Blüte der Tätigkeit der katholischen religiösen Orden war immer noch die christliche Caritas. Auf ihre Leistungen in der christlichen Nächstenliebe und Barmherzigkeit konnten und können auch Orden und Kirche stolz sein. Das erkennt auch die unreligiöse Welt heute an, daß die Orden auf diesem Gebiete Großes leisten, wenn sie freilich auch sagen, daß „die Barmherzigkeit denjenigen entwürdige und erniedrige, dem sie erwiesen wird" (Montalembert, Die Mönche des Abendlandes, I, 69) oder daß die christliche Barmherzigkeit eigentlich ein Vorwurf und eine Beleidigung für den modernen Staat sei.

Was das Volk wirtschaftlich und finanziell an der Tätigkeit der religiösen Orden auf dem Gebiete der christlichen Caritas hat, das läßt sich statistisch noch weniger fassen als ihre Tätigkeit auf dem Gebiete der Schule. Doch seien im folgenden einige Zahlen aufgeschrieben, an welchen das Volk sehen kann, was es durch die freiwillige Tätigkeit der Orden jährlich profitiert und was man ihm rauben würde, wenn man die Orden aus dem Lande jagte. Die Zahlen beziehen sich wiederum auf das letzte Friedensjahr 1913, soweit nicht anderes bemerkt ist.

Bekanntlich arbeiten die Ordensfrauen, von denen hier allein die Rede sein soll, auf den verschiedensten Gebieten der christlichen Caritas, man darf wohl sagen auf allen Gebieten. Im Jahre 1913 wurden in Bayern von katholischen Ordensschwestern (nicht eingerechnet sind organisierte weltliche Pflegerinnen, z. B. Drittordensschwestern und dergleichen, die nicht die drei religiösen Gelübde haben) geleitet und versorgt: 20 Krippen, 479 Kleinkinderbewahranstalten, 98 Waisenhäuser, 3 Kinderkrankenhäuser, 48 Rettungshäuser, 21 Mädchenheime, 9 Arbeiterinnenheime, 6 Damenheime, 288 Krankenhäuser, 1 Blindenanstalt, 11 Kretinenanstalten, 7 Taubstummenanstalten, 8 Asyle für Unheilbare, 1 Irrenanstalt, 72 Spitäler für Alte, 82 Pfründnerhäuser, 68 Armenhäuser, 312 ambulante Krankenpflegen, 7 Haushaltungsschulen, 18 Erholungsheime, 115 Arbeitsschulen. Dabei sind nicht gezählt die Seminarien, bischöflichen Residenzen, Gesellenhäuser und ähnliche Anstalten, in welchen Ordensschwestern den Haushalt führen. Ebenso sind nicht beigezählt die Altersheime und Erholungsheime, in welchen nur Schwestern Aufnahme finden. Was diese Häuser zum Besten des bayerischen Volkes leisten und was das bayerische Volk durch diese Tätigkeit der Ordensschwestern erspart, das läßt sich auch nicht annähernd feststellen. Es sind nur ganz unvollständige Zahlen zu bekommen. Doch daß auch diese Leistungen in die Millionen gehen, das kann man schließen aus den paar Zahlen, die ich erreichen konnte.

Ich führe näher aus die Krankenpflege; denn diese ist ja der Hauptzweig der Tätigkeit der Orden. Im Jahre 1909 hat das kaiserliche Gesundheitsamt festgestellt, daß sich im ganzen Gebiet des Deutschen Reiches 68818 Personen (12831 männliche, 55989 weibliche) berufsmäßig mit Krankenpflege befaßten. Davon arbeiteten in der Hauspflege 20026 Personen, darunter 7299 katholische Ordensleute. In der Anstaltspflege, also in Krankenhäusern, 48792 Personen, davon 36808 weibliche. Von diesen gehörten über 34000 Orden und ordensähnlichen Genossenschaften an, und zwar waren 21552 katholische Ordensschwestern. Um die Größe dieser recht würdigen zu können, muß man bedenken, daß ja der größte Teil Preußens protestantisch ist und daß auch in katholischen Gegenden namentlich des Ostens verhältnismäßig wenig Orden sind (Polenpolitik!). Im Jahre 1913 ließen sich feststellen für ganz Deutschland 160 männliche Ordensniederlassungen mit 2190 krankenpflegenden Brüdern und 33699 Kranken; und 5250 weibliche Niederlassungen mit 34000 Schwestern und 1200000 Kranken.

In Bayern beschäftigen sich von 15550 Schwestern 7391 im Hauptberuf mit Krankenpflege. Diese Schwestern beziehen nun zum Teil für ihre Arbeit überhaupt keine Bezahlung; zum Teil 42 M jährlich (!) bis zu einem Höchstsatze von 144 M. (Die Häuser, in welchen 200 M bezahlt werden, fallen wegen der geringen Zahl der Schwestern nicht ins Gewicht.) In München bezahlte die Stadt bis vor dem Krieg in den städtischen Krankenhäusern pro Schwester jährlich 72 M, wobei die Schwestern noch für Kleidung und Wäsche selber aufkommen mußten. Rechnen wir nun aber doch den Höchstsatz, den Ordensfrauen in Bayern für die Krankenpflege bekommen — der Durchschnittssatz ist etwa die Hälfte, ließ sich aber nicht genau ermitteln —, so kosten die 7391 Schwestern dem bayerischen Volk jährlich 1'064,204 M. Weltliche Pflegerinnen, nicht die Kriegspflegerinnen und Helferinnen, sondern berufsmäßige weltliche Krankenpflegerinnen beziehen zurzeit ein Jahresgehalt ohne Kriegszulage, aber mit Verpflegung, von jährlich 600 M bei freier Station. Wenn statt der Ordensfrauen nun weltliche Pflegerinnen angestellt werden müßten, so würden diese bei gleichem Gehalt, aber ohne Altersversorgung, Krankenversor-

gung und Kriegszulagen — denn das alles bekommen die Ordensschwestern nicht — dem bayerischen Volk jährlich 4'434,600 M kosten. Es sparen also die Schwestern dem bayerischen Volke jährlich die Summe von 3'369,936 M, bloß durch die geringe Bezahlung, die sie bekommen. Dabei ist nun zu bedenken, daß man nach Sachverständigenurteil für die Schwestern 50 Prozent mehr weltliche Pflegerinnen anstellen müßte, weil letztere die Arbeit der Schwestern nicht leisten könnten und auch wegen der sozialen Gesetzgebung nicht leisten dürften, daß man außerdem eine größere Anzahl männlicher Pfleger anstellen müßte, die zurzeit durchschnittlich 100—120 M monatlich bekommen, daß natürlich dann auch die Zulagen von durchschnittlich 60 Prozent des Gehalts bezahlt werden müßten, daß endlich auch die Alters- und Krankenversorgung, die man durch die Schwestern einspart, geleistet werden müßte. Man kann so ruhig behaupten, daß das bayerische Volk durch die Tätigkeit der weiblichen krankenpflegenden Orden allein an Gehalt, Pensionen usw. jährlich gut 5 Millionen Mark einspart. Man vergleiche: der *ganze Kreis Niederbayern* mit 724 331 Einwohnern hat im Jahre 1911 an direkten Steuern, also Grund-, Haus-, Einkommen-, Kapitalrenten- und Gewerbesteuern dem bayerischen Gesamtvolke nur 3'776,244 M gegeben, die 7391 Ordensschwestern in der Krankenpflege allein aber 3'369,396 M!

Um im einzelnen zu zeigen, was man durch Ordensschwestern spart, sei das Beispiel eines Münchener Krankenhauses angeführt. An diesem wirken 116 Schwestern in der Krankenpflege und beziehen einen Gehalt von jährlich 144 M bei freier Kost und Wohnung. (Vor dem Kriege 72 M!) An dem gleichen Hause sind 2 weltliche Berufspflegerinnen angestellt, die zurzeit monatlich 80 M, also im Jahre 960 M bekommen. Die 116 Schwestern haben bis zum Kriege 8352 M gekostet und kosten nun 16,704 M. Wären statt der Schwestern weltliche Pflegerinnen angestellt, so müßte die Stadt 111,360 M bezahlen. Nun wären aber nach maßgebendem Urteil statt der 116 Schwestern 150 Pflegerinnen notwendig, da die Schwestern Tag- und Nachtpflege ohne Ablösung machen. Das würde der Stadt jährlich 144,000 M kosten, also rund 128,000 M oder 862 Prozent mehr als die Schwestern kosten, ohne Alters- und Invalidenversorgung. Und gar erst, wenn männliche Pfleger angestellt werden müßten.

Ich füge hier noch an, was die schon zitierte liberale „München-Augsburger Abendzeitung" im Sammler Nr. 146 vom 7. 12. 1918 schreibt: „... das sei hier kurz angedeutet, daß sie auf allen Gebieten ihre soziale segensreiche Tätigkeit entfalten, namentlich im Unterricht und in der Pflege der Kranken und Hilflosen und daß sie besonders in letzterer Beziehung geradezu unersetzlich sind. Ich weise nur hin auf die Krankenpflege der Barmherzigen Schwestern. Bei aller Achtung vor der Tätigkeit der Laienschwestern kann ich persönlich mich nicht überzeugen, daß sie je die Barmherzigen Schwestern ganz ersetzen und entbehrlich machen. „Mütterlichkeit" ist gewiß ein schönes Wort, aber für die opferreiche Tätigkeit einer Krankenschwester reicht diese herrliche Eigenschaft der Frau nicht aus. Ich erinnere nur an Krankensäle mit Menschen in halbtierischem und verblödetem Zustand, wie wir sie in der Anstalt von Ursberg haben, wo über tausend unglückliche Menschen untergebracht sind. Hier würde gar manche Kraft versagen, die sich noch gut bewährt in der Wundpflege eines jugendlichen Kriegers."

Das bayerische Volk hat also ohne jede Gegenleistung an der Tätigkeit seiner katholischen Ordensfrauen nur in höherer Mädchenschule, Mädchenvolksschule und Krankenpflege bloß durch die Einsparungen an Lohn und Gehalt einen jährlichen Gewinn von 1'700,000 plus 2'222,856 plus 3'369,396 M, zusammen 7'292,252 M, knapp gerechnet und überall die kleinste Summe angenommen. Das verdankt das bayerische Volk nur der klösterlichen Aszese und dem katholischen Ordensideal. Wollten wir, bloß um die Größe der Leistung anschaulicher zu machen, diese Summe zu 5 Prozent kapitalisieren, so stellt die *Arbeit und der aszetische Verzicht der bayerischen Klosterfrauen in Schule und Krankenpflege für das bayerische Volk ein Vermögen von 145'800,000 M dar.* Gilt nach der Revolution das sogenannte ökonomische Prinzip der Nationalökonomie, daß man mit einem Minimum des Aufwands ein Maximum der Leistung erzielen müsse nicht mehr? Hat das bayerische Volk gerade in der jetzigen Zeit nach einem verlorenen Kriege das Geld zum Hinauswerfen? Aber hinausgeworfen wäre es, dieses Riesenkapital von 150 Millionen, und noch ein viel größeres Gesamtkapital, wenn sich das bayerische Volk seine religiösen Orden nehmen ließe.

Der Pflüger.

Ich sah einen Pflüger im Frühlenzschein
Den dornigen Acker durchschreiten,
Durch wuchernde Disteln und wüstes Gestein
Dem Saatkorn die Wiege bereiten.

So schritt er die Furchen hinab und hinauf
In zähem, erbittertem Ringen
Und wühlte die Tiefen der Erde auf,
Hell hörte das Eisen man klingen.

Der Wind blies ihm rauh in das heisse Gesicht,
Der Schweiss rann in Perlen hernieder,
Er lenkte die Pflugschar und achtete nicht
Der Lerche süss trillernder Lieder. —

Es war, als wollte mit Siegesgewalt
Den Schatz aus der Tiefe er heben. —
Ich sah auf die sehnige Bauerngestalt
Und dachte: So zwingt man das Leben!

Josefine Moos.

Die Lehren der Wahlen in Deutsch-Oesterreich.

Von Dr. Max Joseph Metzger, Hauptleiter der Volksheilzentrale, Graz.

Die ersten Wahlen des jungen Freistaates sind vorüber. Ueberall sind sie wider Erwarten *ruhig*, voll Ernst und ohne Zwischenfall durchgeführt worden. Es war allenthalben wie ein Gefühl der Befreiung nach dem zwar kurzen, aber mit unerhörter Leidenschaftlichkeit geführten Wahlkampf, was die bösen Geister bannte; von größtem Einfluß war wohl auch, wie alle Blätter hervorheben, das dieses Mal zum Unterschied von den Revolutionstagen streng durchgeführte Alkoholverbot, das die Ueberhitzung der Gemüter verhinderte.

Der *Aufmarsch der Parteien* war kein einheitlicher durch ganz Deutsch-Oesterreich. Durch das ganze Staatsgebiet *geschlossen* waren die *Sozialdemokraten*, im allgemeinen auch die *Christlich-sozialen*, während die übrigen Bürgerlichen, besonders in Wien, in ungezählte Gruppen und Grüppchen zerfielen mit dem natürlichen Endresultat, daß sich über den Streit der — habe ich recht gezählt — 11 bürgerlichen oder demokratischen Parteien („Bindestrich-Demokraten" hieß sie das Volk) die Sozialdemokraten freuten. Dies um so mehr, als sich die bürgerlichen Parteien zu der so naheliegenden *Koppelung* der Listen aller bürgerlichen Parteien gegenüber den Sozialdemokraten unbegreiflicherweise nur in Kärnten entschließen konnten, teils wegen allzu starker persönlicher Eifersüchtelei, teils weil die Kulturkampfinteressen gewisser bürgerlicher Parteien die Koppelung mit den Christlich-sozialen nicht gestatteten. Das Ergebnis dieses Mangels an taktischem Verständnis tritt insbesondere in Wien in erschreckender Weise zutage. Nur in ganz geringem Umfang wurde die in der Koppelung gelegene Möglichkeit der *Differenzierung einer Partei* durch Aufstellung besonderer Interessenlisten und Koppelung derselben durchgeführt, so z. B. in Nieder- und Ober-Oesterreich von der Christlich-sozialen Partei, die als solche eine Städteliste und eine Bauernliste aufstellte, die dann miteinander gekoppelt wurden. Ein anderer Versuch wurde in Graz gemacht, wo zuerst durch den der Christlich-sozialen Partei nahestehenden „Christlich-demokratischen Frauenrat" eine eigene christliche Frauenliste aufgestellt werden sollte, deren Koppelung mit der Christlich-sozialen Liste beabsichtigt war; es kam aber schließlich nur dazu, einen eigenen Frauenstimmzettel herauszugeben, der nur den Namen der christlich-sozialen Kandidatin enthielt, was eine große Zahl von sonst mehr indifferenten Frauen veranlaßte, durch Abgabe dieses Stimmzettels der Christlich-sozialen Partei ihre Stimme zu geben. Die Wahl stand im übrigen durchaus im Zeichen des *Frauenstimmrechtes*. Ungezählte Wählerinnenversammlungen wurden von allen Parteien abgehalten, bei denen zumeist freilich die Männer das Wort hatten, da es allen Parteien — leider besonders auch der Christlich-sozialen Partei! — an geschulten Frauenrednerinnen fehlte. Der Eifer der Frauen bei der Wahlhilfe

und ihre Beteiligung an der Wahl war außerordentlich groß, so daß die Frauen zweifellos das Wahlresultat entscheidend beeinflußt haben.

Als Voraussetzung für die richtige Bewertung des Wahlausganges sei das Resultat der letzten Wahl vom Jahre 1911 angeführt und zwar für das Gebiet der jetzt betätigten Wahlen. Bemerkt sei, daß bei dieser Wahl Teile von zwei Wahlkreisen an der Wahl verhindert waren, so die von den Italienern in Südtirol und die von den Slowenen in Süd-Steiermark besetzten Gebiete.

Wahl im Jahre 1911 in den deutsch-österreichischen Wahlkreisen:

	Stimmenzahl	Prozentsatz der Stimmen	Mandate
Christlich-soziale	515 274	45,2 %	70
Sozialdemokraten	308 072	27,1 %	33
Deutschnat. u. Freiheitliche	166 008	14,5 %	43
Bauernbund	48 796	4,3 %	—

Die bei der vorigen Wahl aufgetretenen Parteien der deutschen Volkspartei, deutsch-fortschrittlichen Partei, deutschnationalen Partei, deutsch-radikalen Partei, deutschen Arbeiterpartei, Alldeutschen, deutschen Wirtschaftspartei und verschiedener kleinerer Gruppen haben sich diesmal anders gruppiert oder tragen andere Namen; keine Sphinx wird imstande sein, den sachlichen Unterschied ihrer Parteiprogramme herauszudestillieren. Sie werden im folgenden der Uebersichtlichkeit halber unter Deutsch-nationale und freisinnige Demokraten zusammengefaßt. Daneben unterscheiden wir noch die Partei der freiheitlichen Bauern, die in Ober-Oesterreich, Steiermark und Kärnten aufgetreten ist.

Wahl im Jahre 1919

	Stimmenzahl	Prozentsatz der Stimmen	Mandate
Christlich-soziale	1 057 748	36,4 %	70
Sozialdemokraten	1 180 456	40,6 %	71
Deutschnationale	398 511	13,7 %	15
Freiheitl. Bauernbündler	134 618	4,6 %	10
Freisinnige Demokraten	71 496	2,4 %	1
Tschechen	67 520	—	1
Zionisten	7 770	—	1

Die Verteilung der Mandate steht noch nicht ganz fest. Die drei Mandate, die in dem slowenisch besetzten Gebiet von Unter-Steiermark durch Ernennung besetzt werden sollen, werden gemäß einer Vereinbarung auf die Christlich-sozialen, Sozialdemokraten und Demokraten verteilt, für Deutsch-Südtirol soll das Wahlresultat von Lienz zugrunde gelegt werden für die Verteilung der acht Mandate der Gebiete, in denen die Wahl nicht vorgenommen werden konnte; nach diesem Schlüssel hätten die Christlich-sozialen sieben, die Sozialdemokraten ein Mandat zu erhalten, doch wird wahrscheinlich den Freiheitlichen ein Mandat der Christlich-sozialen zugebilligt, so daß man vorläufig als feststehend ansehen darf 71 Sozialdemokraten, 70 Christlich-soziale, 15 Deutschnationale, 10 freiheitliche Bauernbündler, 1 freisinnigen Demokraten, 1 Tschechen und 1 Zionisten, das letzte der 170 Mandate ist also noch zweifelhaft.

Unter Zugrundelegung dieser Mandatsverteilung partizipieren die Sozialdemokraten mit 41,8 Prozent, die Christlich-sozialen mit 41,2 Prozent, die Deutschnationalen mit 8,8 Prozent, die Bauernbündler mit 6 Prozent an den zur Verteilung gelangten Mandaten. Die verhältnismäßig zu geringe Beteiligung der Deutschnationalen mit Mandaten ist hauptsächlich auf deren Zersplitterung zurückzuführen, die verhältnismäßig zu große der Christlich-sozialen auf den Umstand, daß den sechs Mandaten von Südtirol keine abgegebenen Stimmen gegenüberstehen. Im übrigen zeigt sich, daß das Verhältniswahlrecht eine sehr gerechte Verteilung der Mandate mit sich gebracht hat.

Zur Würdigung des Wahlresultates muß festgehalten werden, daß bei der gegenwärtigen Wahl infolge der Frauenbeteiligung die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen mit 2 905 482 schier dreimal so groß war als die im Jahre 1911 (1 038 150). Auch wenn man dies berücksichtigt, fällt sofort im Wahlergebnis auf das geradezu ungeheuerliche Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen, das in der Hauptsache auf Unkosten der Christlich-sozialen Stimmen gegangen ist, die von 45,2 Prozent auf 36,4 Prozent zurückgegangen sind, während die freiheitlichen Parteien (Deutschnationale, freisinnige Demokraten, freiheitliche Bauernbündler) ihre Prozentziffer von 18,8 auf 20,7 Prozent erhöhen konnten. Dies muß, um die volle Wahrheit festzustellen, ausgesprochen werden; das Verhältniswahlrecht und die Zersplitterung der freiheitlichen Parteien, die sich nicht einmal zur Koppelung entschließen konnten, haben den freiheitlichen Parteien die geringe Zahl von Mandaten eingebracht, die geradezu den Zusammenbruch ihrer politischen Macht bedeutet.

Die prozentuale Abnahme der Christlich-sozialen Stimmen ist in der Hauptsache auf das Wahlergebnis in Wien und Nieder-Oesterreich zurückzuführen, während sich auf dem Land die Christlich-soziale Partei bezüglich des Anteiles an der Gesamtstimmenzahl ziemlich behauptet hat.

Geradezu katastrophal ist das Wahlergebnis in Wien. Die Christlich-soziale Partei stand bereits 1911 mit ihren 124 652 Stimmen nicht mehr an der Spitze der Parteien, die Sozialdemokraten hatten damals bereits 146 212 Stimmen erhalten. Immerhin war die Prozentziffer der christlich-sozialen Stimmen 34,7 gegenüber 40,6 der sozialdemokratischen, während heute in Wien die Christlich-soziale Partei nur noch 22,2 Prozent der abgegebenen Stimmen für sich erobern konnte, indes die freiheitlichen Parteien 13,5 Prozent und die Sozialdemokraten 55,3 Prozent der abgegebenen Stimmen erhielten.

Im höchsten Maße betrüblich ist das Ergebnis der gegenwärtigen Wahl, wenn man die Einwirkung des Frauenwahlrechtes dabei in Rechnung stellt, um annähernd festzustellen, wie das Wahlergebnis gewesen wäre nach dem früheren Wahlrecht. Die Frauen-Wählerinnen stellten ungefähr 60 Prozent der Gesamtwähler dar, in diesem Fall wären 1 743 149 Stimmen von Frauen, 1 162 333 Stimmen von Männern abgegeben worden. Rechnet man nun, was der Wirklichkeit nahekommen, jedenfalls nicht von ihr übertroffen werden dürfte, daß insgesamt 20 Prozent der Frauen (348 630) einen sozialdemokratischen Stimmzettel abgegeben haben, so kommt man zu dem Resultat, daß die Gesamtzahl der männlichen sozialdemokratischen Wähler 831 826 betrug, was einem Verhältnis von 71,6 auf das Hundert gleichkommen würde. Unter Voraussetzung der Richtigkeit dieser Rechnung müßte man also annehmen, daß 71,6 vom Hundert der Männer in Deutsch-Oesterreich bereits sozialdemokratisch wählen. Für Wien beträgt die Zahl der Frauenstimmen, mit 60 Prozent veranschlagt, 566 826. Rechnet man, daß in Wien 35 Prozent der Frauen sozialdemokratisch gestimmt haben, was gewiß eine Höchstzahl ist, so sind in Wien 324 756 sozialdemokratische Männerstimmen abgegeben worden, das heißt, von 100 Männern haben 86 sozialdemokratisch gewählt. Nur die Anteilnahme der in der überwiegenden Mehrzahl noch christlichen Frauen vermag die schwere Niederlage einigermaßen zu verhüllen, welche die christlich-soziale Partei tatsächlich erlitten hat. Das ist keine angenehme und erfreuliche, aber eine um so lehrreichere Feststellung, die natürlich auch für das Deutsche Reich nicht ohne Nutzanwendung ist.

Durch welche Gründe ist die so beklagenswerte Ueberraschung des deutsch-österreichischen Wahlergebnisses herbeigeführt worden?

Kenner der Verhältnisse hat das Ergebnis der Wahl nicht überrascht, es war nichts anderes als der sichtbare Ausdruck der Verhältnisse, wie sie tatsächlich sind und wie sie in rückhaltloser Offenheit eingestanden werden müssen, soll es in der Zukunft anders werden.

Die Intelligenz und die Männerwelt sind in Deutsch-Oesterreich bereits zum größeren Teil, in Wien speziell zum weitaus größten Teil für ein bekenntnistreues katholisches Christentum verloren. Das klingt hart, aber es ist leider wahr. Wohl sind die Kirchen in Wien und anderswo nicht leer — voll sind sie auch nicht, ob sie gleich nur einen kleinen Prozentsatz der Katholiken zu fassen vermögen —, allein der tatsächliche Anteil der Katholiken, besonders der Männer, die regelmäßig ihre Sonntagspflicht erfüllen, ist geradezu erschreckend klein. Genußsucht, sittliche Leichtfertigkeit, religiöse Gleichgültigkeit sind, speziell in Wien, Trumpf. Die Möglichkeiten einer gründlichen sittlich-religiösen Erneuerung der Katholiken sind in ungenügendem Maß ausgenützt. Die katholischen Organisationen arbeiten fleißig, aber die Zielstrebigkeit, das notwendige harmonische Zusammenarbeiten, die Disziplin, mangeln noch vielfach. Die katholische Presse, das Barometer der inneren Anteilnahme der Katholiken am öffentlich-kirchlichen Leben, spielt speziell in Wien eine sehr untergeordnete Rolle. Die „katholische" Zweimillionenstadt hat 27 politische Tageszeitungen mit vielen Hunderttausenden von Abonnenten, darunter eine einzige katholische Tageszeitung, die „Reichspost", mit einigen Zehntausend

Beziehern. Ein katholisches Volksblatt für die Hunderttausende von Katholiken, die keine 78 Kronen jährlich für eine Zeitung zu bezahlen vermögen und auch nicht das Interesse für eine so umfangreiche Zeitung aufbringen, fehlt leider ganz; neben der „Reichspost" existiert nur, und dies erst seit Monaten, ein christliches Montagsblatt, das natürlich auch mehrere jüdische Konkurrenten hat. Wüßte man keine andere Tatsache als diese, so müßte man sich schon wundern, daß das Wahlergebnis in Wien nicht noch schlechter ausgefallen ist.

Eine Hauptschuld an dem Verlust von Stimmen in ganz Deutsch-Oesterreich, besonders aber in Wien, trug die Kriegspolitik der christlich-sozialen Partei. Es soll kein Wort der Entschuldigung gesagt werden für die geradezu schamlose Art, mit der mit diesem Moment vonseiten der Sozialdemokraten gearbeitet wurde, aber auf der anderen Seite muß festgestellt werden, daß die Kriegsbegeisterung bis zum letzten Moment ebenso wie das wirklichkeitsfremde starre Festhalten an Gewalten, denen das Volk die Schuld am Krieg und an der unerhörten Ausbeutung der großen Masse zuschrieb, der Partei die Massen entfremdete. Ohne ein naheliegendes Gefühl persönlicher Genugtuung aufkommen zu lassen, muß mit lebhaftem Bedauern darauf hingewiesen werden, daß alle Versuche während der letzten zwei Jahre, den leitenden Kreisen die Bedeutung der katholischen Friedensbewegung klar zu machen, vollständig gescheitert sind. So mußte kommen, was Einsichtige längst kommen sahen . . .

Doch jetzt ist nicht Zeit zu Klagen und Anklagen. Die unerbittliche Feststellung der Gründe der Niederlage war nötig. Aber wichtiger und nötiger ist die Frage, wie für eine bessere Zukunft gesorgt werden kann.

Die Christlich-soziale Partei hat ihre Wurzeln und kann sie nur haben in einem herzhaft christlichen Volk. Hier muß der Hebel vor allem ansetzen. Verjüngung des christlichen Gedankens, vor allem durch modernen Ausbau der Großstadt-Seelsorge unter weitgehendster Heranziehung der Laien zum Laiendiakonat, durch entsprechende Seelsorge für die Gebildeten, durch Missionen und Standesexerzitien, durch Predigt und Pflege urchristlichen Geistes tut not!

Ein großzügiger Ausbau des katholischen Organisationswesens, vor allem umfassende und moderne Organisation der katholischen Jugendpflege, zusammenfassende Zentralisierung der katholischen Organisationstätigkeit muß durchgeführt werden unter Hintansetzung engherziger persönlicher Rücksichten.

Eine ganz andere Aufmerksamkeit als in der Vergangenheit muß der katholischen Presse geschenkt werden. Vor allem in Wien wäre dringend nötig ein entschieden katholisches, populär geschriebenes, billiges Volksblatt, das in jedes katholische Haus gebracht werden könnte. Die Propaganda für die katholische Presse müßte durch Hausagitation durchs ganze Land organisiert werden.

Die Christlich-soziale Partei selbst wird den neuen Verhältnissen entsprechend sich mehr demokratisieren müssen, sowohl in ihrem Programm als vor allem in ihrem organisatorischen Aufbau. Mehr gesunder Fortschritt, mehr Initiative im Programm, mehr Offensive statt der schwächlichen Defensive bezüglich der Forderungen der neuen Zeit, das möchte man der Partei wünschen in ihrem eigenen Interesse. Die vergangenen Wahlen haben gezeigt, daß nur energisch zugreifende Programme das Volk hinzureißen vermögen. Ein gesunder, christlicher Radikalismus, der nicht durch ewige Kompromisse verwässert ist, wird auch wieder frische Begeisterung unter der christlichen Jugend wecken und neue Kreise anzuziehen vermögen.

Vor allem aber ist von äußerster Wichtigkeit, daß alles darangesetzt wird, um die Kreise, in denen heute die christlich-soziale Partei noch fest wurzelt, unbedingt festzuhalten: die christliche Frauenwelt. Die Frauenwelt muß in umfassender Weise politisch geschult und selbständig politisch organisiert werden. Die selbständige Mitarbeit der Frauen, die durch die Politik der Vergangenheit noch nicht betätigt und einseitig festgelegt sind, vermag mehr wie alles andere zur inneren Verjüngung und Erneuerung der Partei beizutragen. Dabei ist es aber nötig, der Frau weitgehendste Selbständigkeit einzuräumen und sie nicht in der Art zu bevormunden, wie dies leider in der Vergangenheit vielfach geschehen ist. Schon sind in Deutsch-Oesterreich gute Ansätze zu politischer Frauenorganisation auf christlicher Seite gegeben, so durch den Verein „Frauenrecht" der christlich-sozialen Nationalrätin Dr. Burjan, durch den christlich-demokratischen Frauenrat in Graz und durch manche gute Ansätze der arbeitslustigen katholischen Frauenorganisation.

Die offene Darstellung der Verhältnisse in Deutsch-Oesterreich soll vor allem den Gesinnungsgenossen jenseits der heute noch stehenden Grenzpfähle ein klares Bild der tatsächlichen Lage geben. Denn, darüber haben die Wahlen auch klar entschieden, morgen werden die deutschen Katholiken jenseits der deutsch-österreichischen Grenze in höherem Maße als bisher Mitarbeiter sein. Dann wird die gemeinsame Zusammenarbeit aller guten Kräfte im alten und im neuen Deutschland das schaffen, was heute als Sehnsucht an die Tore der Zukunft pocht: die Erneuerung des christlichen Gedankens und seine öffentliche Durchsetzung im deutschen Vaterland.

Die Schule im neuen kirchlichen Gesetzbuche.

Von Hochschulprofessor Dr. A. Scharnagl, Freising.

Das neue kirchliche Gesetzbuch, das an Pfingsten 1918 in Kraft getreten ist, behandelt im 22. Titel des 3. Buches die Schulfrage. Es sind im ganzen nur acht Kanones (c. 1372—1375, 1379—1382), die in aller Kürze aber in lichtvoller Klarheit die Grundsätze des katholischen Schulprogramms enthalten. Die Notwendigkeit, sich auf eine Festlegung der Grundsätze zu beschränken, ergab sich daraus, daß das Recht des kirchlichen Gesetzbuches ein Weltrecht ist: es gilt für alle Katholiken des lateinischen Ritus auf dem ganzen Erdkreis und muß deshalb unter sehr verschiedenen Verhältnissen durchgeführt werden. Das macht sich vielleicht auf keinem Gebiete so sehr bemerkbar als auf dem der Schule; es kommen Länder in Betracht, in denen das Schulwesen noch in seinen ersten Anfängen steht und solche, in denen es bei allgemeiner Schulpflicht reich entwickelt ist; neben Missionsgebieten, in denen die Schulen ganz oder überwiegend kirchliche Anstalten sind, stehen Länder, in denen der Kirche auch in der Staatsschule noch ein Einfluß gewahrt ist und solche, in denen sie von den öffentlichen Schulen ganz ausgeschlossen ist. Bei der großen Verschiedenheit der Verhältnisse müssen die allgemein gültigen Bestimmungen des kirchlichen Gesetzbuches sich auf das notwendigste, grundsätzliche beschränken. Dieser Umstand läßt es von vorneherein begreiflich erscheinen, daß das neue Gesetzbuch vom bisher geltenden Recht nicht wesentlich abweicht.

Da die Schule, insbesondere die Volksschule nach allgemeiner Uebereinstimmung nicht bloß Unterrichts- sondern auch Erziehungsanstalt ist und der ganze Unterricht ihrer Erziehungsaufgabe dienstbar sein soll, so ist für ihre Einrichtung in erster Linie maßgebend das Erziehungsziel. Hier scheiden sich bereits die Geister. Die Sozialdemokratie vertritt ein rein diesseitiges Erziehungsziel: „Nicht für die Zwecke des Himmels und für übernatürliche Dinge, sondern für ihre irdischen Aufgaben und als Mitglieder der menschlichen Gesellschaft sollen die Kinder erzogen werden." So der pädagogische Fachmann der Sozialdemokratie, Heinrich Schulz, in seiner Programmschrift: „Die Schulreform der Sozialdemokratie".[1]) Von diesem Standpunkte aus ist natürlich die Forderung der weltlichen Schule, des Ausschlusses alles Religiösen aus Schule und Erziehung, ganz konsequent. Aber nur von diesem Standpunkte aus. Wer umgekehrt noch am positiven Christentum festhält und ein übernatürliches Ziel des Menschen anerkennt, der muß ohne Unterschied des Bekenntnisses ebenso folgerichtig die weltliche Schule ablehnen. Nicht daß die christlich gesinnten Eltern ihre Kinder nicht auch zu tüchtigen Gliedern der menschlichen Gesellschaft erziehen wollen. Aber sie lassen über dem irdischen nicht das wichtigere überirdische, über dem zeitlichen nicht das ewige Ziel des Kindes aus dem Auge, sie wollen es auch und in erster Linie für den Himmel und für übernatürliche Dinge erziehen. Von diesem Erziehungsziel geht auch das Schulprogramm des kirchlichen Gesetzbuches aus. Seine erste Bestimmung in c. 1372 § 1 lautet: „Die Gläubigen sind von Kindheit auf so zu unterrichten und zu erziehen, daß ihnen nicht nur nichts beigebracht wird, was der katholischen Religion und Sittenlehre widerspricht, sondern daß die religiöse und sittliche Bildung und Erziehung darin die erste Stelle einnimmt." Daß neben der religiös-sittlichen Erziehung aber auch die Erziehung

[1]) Dresden 1911, S. 91.

für das irdische Ziel nicht vernachlässigt werden darf, besagt ausdrücklich c. 1113 über die Pflicht der Eheleute: „Die Eltern haben die ernste Verpflichtung, nicht bloß für die religiöse und sittliche, sondern auch für die leibliche und bürgerliche Erziehung ihrer Kinder nach Kräften zu sorgen und auch ihr zeitliches Fortkommen sicherzustellen".

Die zweite wichtige Frage ist die nach dem Erziehungsrecht. Das erste und ursprünglichste Recht auf die Erziehung ihrer Kinder, das ebenso in den Forderungen der Natur wie in den Anordnungen Gottes begründet ist, haben die Eltern. Dem Erziehungsrecht der Eltern entspricht ihre Erziehungspflicht; beides, Recht und Pflicht, sind ihnen unveräußerlich und unverlierbar. Deshalb kann und soll der moderne Kulturstaat die Eltern in der Ausübung ihres Erziehungsrechtes und in der Erfüllung ihrer Erziehungspflicht zwar durch Bereitstellung entsprechender öffentlicher Schulen fördern und unterstützen, aber er kann sie niemals ihrer Pflicht ganz entbinden und darf ihnen deshalb auch ihr Recht, soweit nicht ein Verschulden der Eltern vorliegt, nicht entziehen oder dessen Ausübung unmöglich machen. Aus der Erziehungspflicht der Eltern ergibt sich ferner, daß ihr Erziehungsrecht kein unbeschränktes, ihrer Willkür überlassenes ist: sie sind Gott verantwortlich, das Kind so zu erziehen, wie es seiner doppelten Bestimmung entspricht, und sind dabei hinsichtlich der Erziehung für die überirdische Bestimmung als katholische Eltern an die Vorschriften gebunden, welche die Kirche für die religiös-sittliche Erziehung aufstellte. Deshalb betont die zweite Bestimmung des kirchlichen Gesetzbuches das Erziehungsrecht und die Erziehungspflicht der Eltern und deren Stellvertreter: „Eltern und deren Stellvertreter haben das Recht und die strengste Gewissenspflicht, für eine christliche Erziehung der Kinder zu sorgen." (c. 1372 § 2.)

Das kirchliche Gesetzbuch handelt hier wie in den folgenden Bestimmungen nur von der Erziehung katholischer Kinder und wendet sich nur an Eltern und Erziehungsberechtigte, die der katholischen Kirche angehören, weil es sich grundsätzlich auf das innere Kirchenrecht beschränkt, d. h. auf die Beziehungen, welche zwischen der Kirche und ihren Mitgliedern bzw. zwischen den Mitgliedern der Kirche untereinander bestehen. Es befaßt sich infolgedessen auch nicht unmittelbar mit der Zuständigkeit und den Rechten des Staates hinsichtlich des Schulwesens. Das bedeutet aber nicht, daß die Kirche etwa die begründeten Rechte des Staates negiert oder die Staatsschule als solche ablehnt. Sie hat vielmehr, wie sich aus dem folgenden ergibt, gegen die staatliche Schulpflicht und den Besuch der staatlichen Schulen durch katholische Kinder solange nichts einzuwenden, als die notwendigsten Voraussetzungen für eine entsprechende religiös-sittliche Erziehung der Kinder erfüllt sind. Diese Forderungen stellt sie wiederum an die Eltern, die nur unter den angegebenen Voraussetzungen ihre Kinder in die öffentlichen Schulen schicken dürfen.

Die weiteren Bestimmungen des kirchlichen Gesetzbuches verfolgen den Zweck, durch eine entsprechende Einrichtung der Schulen die religiös-sittliche Erziehung der katholischen Kinder sicher zu stellen. Nur von diesem Gesichtspunkte aus befaßt sich das kirchliche Gesetzbuch mit der Schulfrage, hierfür ist aber auch die Zuständigkeit der Kirche nicht zu bestreiten. Sie ergibt sich aus der ihr von Christus übertragenen Aufgabe, die Menschen zum Heile zu führen, insbesondere aus dem Lehrauftrag Christi an die Apostel: „Gehet hin und lehret alle Völker" (Matth. 28, 19 f.). Darauf gründet sich einerseits das Recht und die Pflicht der Kirche, alle Menschen, sobald sie zum Gebrauche der Vernunft gelangt sind, über alles zu belehren, was sie zu glauben und zu tun haben, um ihr übernatürliches Ziel zu erreichen (c. 1322), sowie die Verantwortung, die sie für alle hat, die ihr entweder als Kinder von den Eltern durch die Taufe anvertraut wurden oder die sich ihr als Mündige auf Grund eigener Entscheidung anvertraut haben. Anderseits ergibt sich daraus die Pflicht der Gläubigen, selbst auf die Kirche zu hören (c. 1323) und auch ihre Kinder der Kirche zuzuführen (c. 1113, 1372). Die Forderungen, welche die Kirche hinsichtlich der religiös-sittlichen Erziehung der Kinder erhebt, stellt sie deshalb sowohl im eigenen Namen auf Grund des ihr von Christus gegebenen Auftrages, wie im Namen der Eltern, welche ihr die Kinder anvertraut haben, und im Namen der Kinder, die ihr anvertraut sind.

Die erste Forderung ist, daß in allen Elementar- und höheren Schulen ein entsprechender Religionsunterricht erteilt werde (c. 1373); die Eltern und sonstigen Erziehungsberechtigten, aber auch die Dienstherren, die Tauf- und Firmpaten sind verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die ihnen Untergebenen oder Anvertrauten den notwendigen Religionsunterricht erhalten (c. 1335). Die damit ausgesprochene Pflichtmäßigkeit des Religionsunterrichtes ist nicht nur für jeden Katholiken, sondern auch für jeden gläubigen Christen, ja für jeden, der ein übernatürliches Ziel des Menschen anerkennt, eine selbstverständliche Forderung. Die weitere Forderung, diesen Religionsunterricht mit der Schule zu verbinden, ergibt sich aus der Erziehungsaufgabe der letzteren. Die Erziehung muß nach allgemeiner Uebereinstimmung der Pädagogen eine einheitliche sein und den ganzen Menschen erfassen. Beides wäre nicht mehr der Fall, wenn nach dem Schulprogramm der Sozialdemokratie der Religionsunterricht und die religiös-sittliche Erziehung aus der Schule ganz ausgeschaltet würde, die Erziehungsarbeit der Schule wäre dann nur noch ein Bruchstück und zur Unfruchtbarkeit verurteilt — ganz abgesehen von der weiteren und, wie die Erfahrung in Frankreich zeigt, gar nicht zu vermeidenden Gefahr, daß Unterricht und Erziehung in der weltlichen Schule nicht religiös-neutral blieben, sondern religionsfeindlich würden, also die pädagogisch notwendige Einheitlichkeit der Erziehung in ihr gerades Gegenteil verkehren würden.

Ueber die Art des Religionsunterrichtes, der katholischen Kindern zu erteilen ist, kann ebenfalls kein Zweifel sein. Die Glaubensregel des Katholiken geht dahin, daß er alles glaubt, was Gott geoffenbart hat und durch seine unfehlbare Kirche zu glauben vorstellt (c. 1323). Es gibt deshalb für katholische Kinder nur eine Art der religiösen Unterweisung, nämlich jene, welche genau nach den Lehren und Vorschriften der Kirche erteilt wird. Die Forderung, jedem einzelnen zu überlassen, welche Glaubenswahrheiten er annehmen will und welche nicht und welche er seinen Kindern vorlegen lassen will, entspringt dem individualistischen Geiste des Protestantismus, ist aber nicht katholisch. Daraus ergibt sich die zweite Forderung des kirchlichen Gesetzbuches, daß die religiöse Unterweisung der katholischen Kinder in Schulen jeder Art der Aufsicht und Leitung der Kirche unterstellt sein muß und die Bischöfe das Recht haben, die Lehrer und Bücher für den Religionsunterricht zu approbieren (c. 1381 § 1 und 3). Das Aufsichtsrecht über den Religionsunterricht ist seiner Natur nach positiver Art: es schließt das Recht der Anordnung in sich, so daß über Inhalt und Methode desselben die Kirche zu bestimmen hat. Außerdem steht den Bischöfen ein Aufsichtsrecht über die ganze religiös-sittliche Erziehung in den Schulen zu: sie haben darüber zu wachen, daß nichts gegen den Glauben oder die guten Sitten gelehrt werde oder geschehe, und das Recht, im Interesse von Religion und Sitten allenfalls zu verlangen, daß Lehrer oder Bücher entfernt werden (c. 1381 § 2 und 3). Dieses zweite Aufsichtsrecht ist mehr negativer Art, es bezweckt Fernhaltung von Schädigungen und Entfernung ihrer Ursachen durch Beschwerde. Näheres über die Art und Weise, wie beide Aufsichtsrechte ausgeübt werden sollen, ist im Gesetzbuch nicht gesagt, die Regelung ist unter Berücksichtigung der verschiedenen Einzelverhältnisse zu treffen. Es kommt der Kirche dabei auch weniger auf die Form an als darauf, daß sie den notwendigen Einfluß wirksam geltend machen kann. Ein derartiger Einfluß konnte bisher der Kirche in staatlichen Schulen unbeschadet der staatlichen Schulhoheit eingeräumt werden und es wäre das auch in Zukunft möglich — den guten Willen auf seiten des Staates vorausgesetzt.

Eine dritte Vorschrift verlangt, daß katholische Kinder in der Regel nur katholische, also konfessionelle Schulen besuchen. Der Besuch akatholischer, neutraler (d. h. religionsloser und gemischter (Simultan-)Schulen kann nur ausnahmsweise in Notfällen und unter Erfüllung besonderer Vorsichtsmaßregeln geduldet werden; ob dies möglich ist, hat der Ortsbischof unter Würdigung der tatsächlichen Verhältnisse und nach Maßgabe der Anweisungen zu entscheiden, welche vom Apostolischen Stuhl hierüber (z. B. am 24. November 1875 für die Vereinigten Staaten von Nordamerika) ergangen sind. Die Gründe, warum die katholische Kirche für die konfessionelle Schule eintritt, sind bekannt und auch von nicht katholischen Pädagogen als durchschlagend anerkannt. Es handelt sich in erster Linie wieder um die Einheitlichkeit der Erziehung, von der nach Wilhelm Rein der Grundsatz gilt: Je einheitlicher sie in ihrem Geiste ist, desto nachhaltiger die Wirkung. Je weniger einheitlich, desto minderwertiger.[1])

Die letzte Forderung ist die der Unterrichtsfreiheit. Im 19. Jahrhundert haben die Katholiken in Frankreich und in

[1]) Pädagogik II² (1911), S. 241.

Deutschland im Schulkampf auf verschiedene Weise die religiös-sittliche Erziehung der katholischen Kinder zu sichern versucht. Die französischen Katholiken haben seit Lamennais in erster Linie um die Unterrichtsfreiheit gekämpft, um Privatschulen, die ihrem Ideale entsprachen, errichten zu können, und haben 1850 in der Loi Falloux dieses Ziel erreicht; sie haben daraufhin ein umfassendes Privatschulwesen geschaffen, die öffentlichen Schulen aber sich selbst überlassen. Im Gegensatz dazu ging das Bestreben der deutschen Katholiken dahin, in den öffentlichen Schulen die religiös-sittliche Erziehung auf konfessioneller Grundlage zu sichern; es war insbesondere der weitschauende Bischof Ketteler, der ihnen diesen Weg gewiesen hat[3]). Sie haben die wichtige Frage der Unterrichtsfreiheit niemals ganz aus dem Auge gelassen, am allerwenigsten in der Kulturkampfzeit, wo man die Bedürfnisklausel dazu benützte, um keine katholischen Privatschulen aufkommen zu lassen; ihr Hauptaugenmerk aber haben sie mit Recht darauf gerichtet, daß die öffentlichen Schulen, die ja auch aus den Steuern und Umlagen der Katholiken erhalten werden, in der Regel als konfessionelle Schulen eingerichtet werden, so daß die katholischen Eltern ihnen ihre Kinder anvertrauen konnten. Das kirchliche Gesetzbuch fordert grundsätzlich die Unterrichtsfreiheit auch für die Kirche und zwar für alle Arten von Schulen, von den Volksschulen bis zu den Hochschulen (c. 1375). Sie verlangt dabei keine absolute Unterrichtsfreiheit, sie hat nichts dagegen, wenn eine staatliche Genehmigung der Privatschulen gefordert und ihre staatliche Anerkennung von der Erfüllung bestimmter Voraussetzungen, z. B. hinsichtlich des Lehrplanes abhängig gemacht wird; sie muß aber dabei verlangen, daß sie hinsichtlich der Möglichkeit, Schulen zu errichten, nicht schlechter gestellt wird als eine Privatperson oder eine andere vielleicht religionslose Vereinigung, und daß die staatlichen Auflagen die grundsätzlich gewährte Unterrichtsfreiheit nicht praktisch illusorisch machen. Das kirchliche Gesetzbuch verlangt ferner nicht, daß die Katholiken durchweg von der grundsätzlich in Anspruch genommenen Unterrichtsfreiheit Gebrauch machen sollen: wo katholische Schulen mit katholischem Religionsunterricht fehlen, sagt c. 1379, d. h. wo die vorhandenen öffentlichen Schulen diese Voraussetzungen nicht erfüllen, da sollen die Bischöfe katholische Privatschulen errichten und das Volk soll sie nach Kräften dabei unterstützen. Die Gerechtigkeit gegenüber den katholischen Steuerzahlern verlangt aber dann, wie auch Kerschensteiner in seiner Kieler Rede 1914 ausgeführt hat[4]), daß entweder die katholischen Schulen aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden, wie es in Belgien und Holland der Fall ist, oder daß die Katholiken, die aus eigenen Mitteln solche Schulen unterhalten, dafür in entsprechendem Ausmaße von den Staatssteuern bezw. Schulumlagen befreit werden, wie es nach der bayerischen Verordnung vom 28. August 1883 der Fall ist. Es wird von der weiteren Entwicklung der Dinge abhängen, welchen Weg die deutschen Katholiken in Zukunft einzuschlagen haben.

Die Vorschriften des kirchlichen Gesetzbuches verpflichten alle Katholiken im Gewissen und die Kirche kann — gleichviel, welches die staatlichen Bestimmungen sind — ihre Uebertretung mit kirchlichen Strafen, z. B. Ausschluß von den Sakramenten, Entzug des kirchlichen Begräbnisses, belegen. Alle treuen Katholiken aber erblicken in den Vorschriften des kirchlichen Gesetzbuches hinsichtlich der Schule einen Wegweiser, der ihnen auch in stürmischen Zeiten einen sicheren Weg zeigt.

[3]) Vgl. besonders Ketteler, „Freiheit, Autorität und Kirche²" (1862), S. 201/217; ders. „Deutschland nach dem Kriege von 1866" (1867), S. 122/131; ders. „Die Katholiken im Deutschen Reiche" (1873), S. 34/44.

[4]) Pädagogische Zeitung 1914, S. 526.

Güte im Streit.

Von K. Rat und Direktor Otto Hartmann, Regensburg.

Gerade die jüngsten Ereignisse haben den Beweis erbracht, daß nur versöhnende Auseinandersetzungen die Welt vor dem Menschen und Werte vernichtenden Chaos zu retten vermögen, vor dem heute Sieger und Besiegte stehen. Keine verblüffende Verbrüderung zu rohen Taten, sondern versöhnendes Wirken auf allen Gebieten muß auf die Tagesordnung gesetzt werden. Der Geist und die Nächstenliebe müssen bei allen Streitigkeiten mehr mitsprechen. Aus Sehnsucht, Wunsch und Forderung nach dem inneren Rechtsfrieden müssen endlich Wirklichkeiten werden. Nur vorwärts muß der Blick gerichtet sein, denn aufwärts müssen wir aus tiefster Schmach! Damit unsere besten Kräfte sich wirklich frei entfalten können, müssen Würde und Selbstgefühl unser Rechtsempfinden regieren.

Das Schönste und Tiefste, was von unparteiischen Historikern, Philosophen, Volkswirtschaftlern und Politikern gedacht, geschrieben und geredet wird, soll sich mehr mit dem inneren Rechtsfrieden befassen. Die großen kapitalistischen und wirtschaftlichen Organisationen haben in rücksichtsloser Interessenvertretung seit Jahrzehnten die öffentliche Meinung in den wichtigsten Fragen so einseitig beeinflußt und die allgemeinen Ansichten so verbildet, daß wir allen Grund haben, wieder einmal solchen Geistern zu lauschen, die von höchster Warte aus uneigennützig über die Beglückung der Menschen und Völker wirklich nachdenken und nicht mit leeren Phrasen, wie so-manche Revolutionsminister, arbeiten. Ist es nicht zum Erbarmen, wie die Seele des tüchtigen und fleißigen Teiles unseres Volkes in diesen Wochen unter dem Eindruck der öffentlichen Geschehnisse, der vielen Zwistigkeiten, Ehescheidungen, der Rachsucht, Plünderei und Händelsucht von Zweifeln und Sorgen bis ins Innerste erschüttert ist. Viele wissen nicht, ob sie sich über den Zusammenbruch anscheinend überlebter Institutionen freuen oder über die Gefährdung höchster Güter ängstigen sollen. Und doch kann uns nichts mehr nützen als der Weg der Verständigung, der auch zur Güte führt. Darum keine Vergeudung der Volkskraft durch unnötigen Hader, der den erstrebenswerten inneren Rechtsfrieden hindert. Auch der einzelne wird den Hausfrieden nur dann haben, wenn er ihn täglich durch Güte zu erkämpfen weiß.

Das allgemeine Ziel aller Kreise sollte in unseren Tagen die möglichste Förderung des von verschiedenen Seiten angestrebten Rechtsfriedens sein. Jeder patriotische, friedliebende Bürger mag sich zu dem festen Grundsatz verpflichten, keine unnützen Streitigkeiten zu führen und unnötige, erbitternde Strafanzeigen, wenn nur immer tunlich, zu unterlassen. Durch gütliche Regelung aller streitigen Verhältnisse wird oft mehr erreicht, als durch kostspielige, langwierige, Ruhe und Frieden raubende Prozesse oder Gewaltangriffe. Würden sich alle Kreise und Stände, alle Alters- und Geschlechtsklassen in dem Bestreben nach einem allgemeinen Rechtsfrieden zusammenfinden und nichts unterlassen, um einer durch Rechts- und Familienstreitigkeiten entstehenden Uneinigkeit und dauernden Feindschaft entgegenzuwirken, um die Hydra des Hasses zu bannen und das Band gegenseitigen, verträglichen Zusammenlebens in diesen Zeiten der trostlosen Auflösung mehr zu festigen, dann könnten wir mit Zuversicht der künftigen Entwicklung der Dinge entgegensehen und uns der Hoffnung hingeben, daß das deutsche Volk aus dem ihm zurzeit beschiedenen Jammertal tiefster Erniedrigung in einem idealen Aufschwung sich wieder zu den Höhen irdischer Macht und Größe emporschwingen und die ihm so notwendige sittliche Kraft und Stärke wieder erlangen könnte; denn Friede im Völkerleben setzt Friede und Einigkeit in allen Kreisen des Staats- und Familienlebens voraus, festigt den Charakter und gewährt unüberwindliche Standhaftigkeit in den wandelbaren menschlichen Zeitläuften. Darum, deutsche Bürger, seid nicht nur Förderer des Welt-, sondern auch des Staats-, Familien- und Rechtsfriedens durch Abwendung aller unnützen Streitigkeiten und durch möglichste gütliche Ausgleichung aller streitigen Beziehungen und Verhältnisse auch im bürgerlichen Leben. Seid einig, einig, einig; denn nur in der Einigkeit wird die Stärke wieder erwachsen, die zu unserer Existenz notwendig ist; achtet die von berufener Seite schon so oft ergangenen, gutgemeinten Mahnrufe und verschließt ihnen euere Ohren nicht. Dem Ruf nach Einigkeit im Innern, den der bekannte Vorkämpfer für den inneren Rechtsfrieden, Rechtsanwalt Felix Joseph Klein in Bonn, schon seit mehreren Jahren immer wieder ertönen läßt, müssen wir endlich mehr Gehör schenken. Die Einführung eines Güteverfahrens tut auch in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten dringend not. So bringen wir die bürgerlichen Kreise immer näher zusammen, was auch dem deutschen Zentrum und der Bayerischen Volkspartei von großem Nutzen sein wird. Was hilft unserem Volk der schönste Tugendmantel der Menschheit, wenn er nicht vom inneren Rechtsfrieden durch weitgehendste Bekämpfung von Neid und Haß geschützt wird. Es hilft nichts, wenn auf den Klubsesseln einer internationalen Geheimgesellschaft humane Entrüstungsphrasen geschwungen werden, während sich sogar die Leidträger des Trommelfeuers im Innern um Lappalien abstreiten und so das Volk immer mehr entzweien.

Vom Büchertisch.

Jón Svensson (Nonni): Aus Island. Erlebnisse und Erinnerungen. Herder-Freiburg. Kl. 8° IV u. 84 S. kart. 1.50 M. — Wenn „Nonni" von Island erzählt, da horcht eine weite Gemeinde, jung und alt, gespannt auf, denn sie weiß: Hier spricht ein Sohn der altberühmten Sagainsel, den nicht nur die sehnende Liebe zum fernen Eiland, den auch Begabung zum Dichter machte. Das vorliegende Bändchen ist wiederum eines der köstlichen Nonnibücher, aus denen so viel klarer, liebenswürdiger Geist wie reines, tiefes Gemüt spricht und die zugleich ein außerordentlich gewinnendes, anmutiges Erzähltalent bekunden. Das schmucke Büchlein scheidet sich in zwei Teile. Der erste schildert einen eindrucksreichen Ritt zu zweit durch die Insel; der zweite gibt ein Jugenderlebnis des Verfassers mit allem Reiz seiner Vortragsweise wieder. Das Ganze sei besonders zur gemeinsamen Familienlektüre herzlich empfohlen.

E. M. Hamann.

Maria Gerstner J. B. M. V.: **Für kleine und große Leute!** Verlag Aurora, Dresden-Weinböhla. gr. 8°. 95 S. geb. 3 M. — Das mit lustig feinem Einband und vielen, zumeist aufs humorvoll Künstlerische deutenden Silhouetten-Tuschbildern geschmückte Buch spricht von

außen und von innen sofort an, so daß man schon gewonnen ist, ehe man das traulich liebe Vorwort liest, und das hat einen dann gleich ganz. Mit wohligem Aufatmen gibt man sich darauf dem Genuß des Gesamtinhaltes hin, den die Verfasserin unter den Nebentitel „Reime" gestellt hat. Auch sie weisen, obwohl durchaus anspruchslos, auf jene Gewandtheit, die allemal ein Künstlerisches umschließt, besonders wenn sie sich, wie hier, dem Sonnigen rückhaltlos zu eigen gibt. Adressaten des Buches sind „Klein und Groß", Kinder und Kinderfreunde. Nicht alles paßt sich glatt dem kindlichen Begriffsvermögen an, soll es auch, nach Absicht der Verfasserin, nicht. So sind die Kleinen wenigstens zum Teil auf Auswahl und Uebermittlung der Großen angewiesen — eher ein Vorzug als das Gegenteil. Die Erwachsenen aber können an allem und jedem Freude haben. Aus dem Kindesleben stammt das Ganze, und aufgefaßt ist es mit dem raschen, hellen Sinn, Blick und Gemüt fürs echt, d. h. liebenswürdig Schelmische im Stoff, Gegensatz, „Pointe" und Vortrag. Man spürt alsbald die sonnige Lauterkeit eines kindlich lieben, kinderlieben Frauenherzens, das in dem allem pocht. Besondere Vertieftheit wird man nicht suchen dürfen, aber vertrauter Umgang mit Kindern vertieft stets, und just das ist es ja, das einem hier blüht. — Also viel Glück zur frohen Aufnahme!
E. M. Hamann.

Und ihr seid traurig? Den Leidtragern des Weltkrieges zum Troste. Mit einem Vorwort von Dr. J. Klug. Paderborn, Ferdinand Schöningh. Preis geb. 2.20 ℳ. — Ein Mosaikwerkchen von einem Ungenannten, der mit dem Zauberstabe unmittelbar anteilnehmender Liebe hier den ungezählten Trauernden und Traurigen unseres Volkes einen Born heilenden Trostes erschloß. Wir können nicht genug dafür danken. Denn eine denkbarst zarte, „wissende" Hand berührt hier die geschlagenen Wunden, nur um ihnen das segnende Licht zuzuführen, unter dessen Einwirkung sich jedes Weh zu mildern, jeder klaffende Riß zu schließen vermag. Eine Reihe von Heilsbotschaften, die niemals verletzen, immer nur wohltun können. So sorge man für die entsprechende Verbreitung!
E. M. Hamann.

Der Prediger. Mit Erläuterungen für das christliche Volk. Herausgegeben von Joseph Rebholz, Pfarrer und Kammerer. Lucas-Verlag, G. m. b. H., München. 1917. 127 S., geb. 1.20 ℳ. **Der Brief des hl. Apostels Jakobus.** Mit Erläuterungen für das christliche Volk. Von demselben im gleichen Verlag. 1917. 128 S., geb. 1.20 ℳ. Der Verfasser wurde durch eine These für die Pastoral-Konferenzen der Diözese Augsburg: Wie ist das Lesen der Hl. Schrift beim gewöhnlichen Volke zu fördern? angeregt, einzelne Bücher der Hl. Schrift populär zu erklären und in billigen, gut ausgestatteten Bändchen zu verbreiten. Er hat das Richtige getroffen, so daß die gefälligen Bändchen, die sich zu weitester Verbreitung gut eignen, eine wohlwollende Aufnahme verdienen. Die Erklärung ist praktisch gehalten und gibt den geistlichen Sinn mit vielen Parallelstellen und Winken für das aszetische Leben. Jos. Funk.

Dr. **Ottokar Prohászka**, Bischof von Stuhlweißenburg: **Auferstehung.** Ein Hirtenbrief. Kempten, Kösel. 16° 77 S., geb. 1.50 ℳ. — Ein katholisches Friedensprogramm für den Krieg der Geister nach dem Krieg der äußeren Waffen: so etwa kennzeichnet die Verlagsanzeige richtig das vorliegende Werkchen. „Eine neue Welt, in der Gerechtigkeit wohnt." Mit diesem Apostelwort eröffnet der Verfasser uns den Ausblick. Er tut es in ausgezeichnet klarer, durchsichtiger, reicher Weise. Reich nicht gerade an „neuer" Anregung, aber an Vertiefung, Heraushebung und Befestigung des Wichtigen, an Tröstung, Ermutigung, Wegführung zum göttlichen Feuer, das nach des Höchsten Absicht uns allen leuchten, uns alle wärmen und läutern soll.
E. M. Hamann.

Zwei Bücher von Bodo Ebhardt. Die Wissenschaft der Burgenforschung und die Praxis des Burgenbaues ist in ein neues Stadium getreten, seitdem sich der Berliner Architekt Professor Bodo Ebhardt beider angenommen hat. Unbefangenes Urteil muß dahin kommen, daß es Ebhardts Verdienst ist, die Burgenkunde wissenschaftlich außerordentlich bereichert zu haben. Man muß ihm ferner dankbar dafür sein, daß er schönsten Landschaftsbildern unserer deutschen Heimat durch die Schönheit und unanfechtbare Stilechtheit der von ihm hergestellten Burgen (Marksburg, Hohkönigsburg und viele andere) noch höheren Charakter verliehen hat. Die Tätigkeit und die Erfolge Ebhardts hatten die Aufmerksamkeit Kaiser Wilhelms II. auf ihn gelenkt. Er betraute ihn mit einer Aufgabe von größter Schwierigkeit und wissenschaftlicher Tragweite: mit der Erforschung und Aufnahme der in überwiegender Mehrzahl so gut wie unbekannten Burgen Italiens. Die Ergebnisse der gewaltigen Arbeit werden in einem Monumentalwerke festgelegt, von dem bis jetzt drei Bände erschienen sind. Neben dieser Arbeit her, aufs engste mit ihr verbunden, geht eine zweite. Sie bezweckt, einzelne besonders interessante, auch für die deutsche Geschichte besonders wichtige Burgen Italiens durch Einzelschriften bekanntzumachen. Die erste dieser Schriften ist das uns vorliegende Buch: **Wehrbauten Veronas** (Burgverlag, Grunewald bei Berlin, 110 S. 8°, mit 27 Tafeln; Preis geb. 10 ℳ). Auch in jetziger Zeit muß Verona, die Stadt Theoderichs, nicht geringeres Interesse erregen, als sie es im Frieden getan hat. Ist doch sie die erste Stätte, die den Italienfahrer mit aller Eigenart italienischer Kunst und Kultur empfängt und ihn wie kaum eine andere auf Rom vorbereitet, während sie ihm gleichzeitig großartigste Erinnerungen an deutsche Vergangenheit wachruft. Ebhardts Buch lenkt die Aufmerksamkeit auf die uralten Wehrbauten dieser Stadt, jene mittelalterlichen Denkmäler, welche neben den Resten der Antike und der Renaissance fast gänzlich übersehen zu werden pflegen. Drei Burgen besitzt Verona: das Kastell San Pietro auf der Höhe über der Etsch, wo „Dietrich von Bern" vermutlich seinen Palast gehabt hat; die „Alte Burg" an der Etsch, ein Bauwerk des berühmten Cangrande; endlich die Burg San Felice auf den Höhenzügen. Alle drei werden auf Grund eingehendster Erforschung beschrieben, ihre Geschichte samt den ihr zu Grunde liegenden Urkunden mitgeteilt; vorzügliche Abbildungen geben Anschauung vom alten und neuen Zustande der drei Bauten. Das wertvolle Buch ist auch infolge seiner äußeren Ausstattung eine Zierde jeder Büchersammlung. — Das zweite hier zu erwähnende Werk Ebhardts behandelt **„Krieg und Baukunst in Frankreich und Belgien"** (Burgverlag, Grunewald bei Berlin, 154 S. 8°, mit 134 Abb. nach Zeichnungen und Aufnahmen des Verfassers, Preis 3 ℳ). Auch diese Arbeit verdankt ihre Entstehung dem kaiserlichen Entgegenkommen, das dem Verfasser zu Streifzügen und Forschungen in den westlichen Kriegsgebieten Möglichkeit gab. Es ist klar, daß eine Reise unter solchen äußeren Verhältnissen bei der Darstellung das persönliche Element lebhaft zur Geltung bringen muß. Um so anerkennenswerter ist dabei die Objektivität, Klarheit und Eindringlichkeit der wissenschaftlichen Durchdringung. Eine ganze Anzahl wichtigster Burgen, Schlösser und Ortschaften werden geschildert, bildlich und zeichnerisch dargestellt. Die begeisterte Sprache macht das Buch noch besonders anziehend.
Dr. O. Doering.

Bühnen- und Musikrundschau.

Theater. Die anfänglich nur auf einige Monate geplante Verpflichtung der bekannten Heroine Tilla Durieux ist bereits nach wenigen Wochen auf mehrere Jahre verlängert worden. Das neue Mitglied des Nationaltheaters begann mit Hebbels „Judith", in welcher Rolle sie bereits eingehend an dieser Stelle gewürdigt wurde. Hier und in Strindbergs „Totentanz" erscheint sie als die der Steinrückschen Künstlerpersönlichkeit adäquate Partnerin. Kurze Erwähnung soll auch finden, daß Hauptmanns „Biberpelz" im Nationaltheater als „Erstaufführung" erschien. Die Diebskomödie ist ja immer das frischeste Stück des Dichters geblieben und es bewährte auch an der neuen Stelle seinen Reiz. Daß Frau Conrad-Ramlo die Waschfrau Wolff vollendet geben würde, hatte man erwarten können, sie gab sie jedenfalls durchaus im Sinne Hauptmanns, aus vielen scharf beobachteten Einzelzügen baut sich hier ein Bild naturalistischer Wahrheit auf, lediglich gemildert durch eine leise Untermalung des Humors. In anderen Rollen trat mehr das Bestreben nach dem Unterstreichen politischer Satire hervor. Die Biberpelzvorstellungen gehörten einst zu dem besten, was man im Schauspielhaus der Herren Stollberg und Schmederer sehen konnte. Das war in den Blütenzeiten dieser Theaterleitung, die in diesen Tagen zu Ende geht. Das erst im Vorjahre gefeierte Jubiläum der Gründer des Schauspielhauses hat uns Anlaß geboten, darzulegen, was wir an Gutem ihnen verdanken und was wir uns anders gewünscht haben. Stollbergs Spielleitung bot ihr bestens in der „Milieudichtung"; heute kämpfen sich andere Stilprinzipe zur Geltung; jüngere Bühnenleiter haben sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Die letzte Erstaufführung war der Schwank „Sündenbock". Die scheidende Direktion hatte sich ein belangvolleres Finale gewünscht, allein die durch die politischen Ereignisse veranlaßte theaterlose Woche hat diese Absichten verhindert. Während die Truppe des Schauspielhauses jetzt im „Deutschen Theater", woselbst vor einem Vierteljahrhundert seine Anfänge lagen, einen Monat lang gastiert, ist das Schauspielhaus zu Erneuerungsarbeiten geschlossen. Im April beginnt dann die Theaterleitung der Schauspielerin Hermine Körner. Dieselbe hat auch das seit Kriegsbeginn geschlossene Künstlertheater im Münchener Ausstellungspark gepachtet, doch soll die künstlerische Arbeit auf dieser Reformbühne erst im nächsten Jahre wieder aufgenommen werden. Das „Neue Theater" hat „Die Macht der Finsternis" neu einstudiert, das Volkstheater Gorkis „Nachtasyl", das vor Jahren Max Reinhardt erstmalig in diesem Hause gespielt hat; im übrigen sehe ich in der Bevorzugung alles Russischen, die sich seit kurzem da und dort breit macht, durchaus kein Anzeichen einer kraftvollen Entwicklung.

Konzerte. Friedrich Schunk besitzt einen feingebildeten Bariton von vollem, warmem Ton und geschmackvollem Vortrag. „An die ferne Geliebte", Beethovens Liederkreis und Schubertgesänge hörte man von ihm in einer stilsicheren Wiedergabe, die angenehme Eindrücke hinterließ. Ein gutes Material besitzt auch Elisabeth Wachsmut-Harlan; ihr Vortrag zeigt Stärke des Empfindens, doch bedarf die Stimme noch der letzten Ausfeilung. Das Publikum bereitete der aussichtvollen Künstlerin eine herzliche Aufnahme.

Verschiedenes aus aller Welt. In Berlin starb der durch die Revolution abgesetzte Intendant des Wiesbadener Hoftheaters Dr. von Mutzenbecher. Er hat in Oper und Schauspiel ein sehr fein abgestimmtes Ensemble geschaffen. Er pflegte die Klassiker, ohne sich wertvollem Neuen zu verschließen. — Felix von Weingartner hat dem künstlerisch so unfruchtbaren Umsturz durch die Komposition einer Revolutionshymne aufzuhelfen gesucht. 1915 schenkte er uns eine Ouvertüre, in der sich die feindlichen Hymnen in Kakaphonien auflösten, während „Heil dir im Siegerkranz" und „Gott erhalte Franz den Kaiser" in harmonischem Zwiegesange das Werk krönten. — Fast achtzigjährig ist in Berlin Paul Lindau gestorben. Seine Dramatik, die an den Franzosen geschult, war von 1869, in der sein Erstling erschien, bis zur Zeit des Aufkommens des Naturalimus tonangebend für die deutsche Bühne. Mit der französischen Technik verband er auch die liberalisierende Ethik der Pariser Dramatiker. Geschick,

In der englischen und amerikanischen Besatzungszone

ist der Zeitschriftenverkehr wieder zugelassen. Soweit wir die früheren direkten Postabonnenten in den genannten Gebieten auf diesem Wege erreichen können, bitten wir, die Bestellung unverzüglich erneuern zu wollen. Sämtliche fehlenden Nummern können nachgeliefert werden.

Esprit und Eleganz des Ausdruckes überwiegen das reindichterische. Die Stücke wirken heute verstaubt, auch seine Berliner Romane sind nur als Zeitdokumente zu werten. Er gründete die Zeitschriften „Gegenwart“ und „Nord und Süd“. Als Kritiker, geistreich, ohne tieferes Gefühl, schrieb er „Nüchterne Briefe aus Bayreuth“, die die Größe der Wagnerschen Kulturtat übersahen. Als Bühnenleiter in Meiningen und Berlin hatte er Verdienste; seine Erinnerungen sind lesenswert. — Von Kranewitter, dessen Schaffen unlängst von Dr. Hechenblaikner in Nr. 4 dieses Jahrganges gewürdigt wurde, hat die Uraufführung eines neuen Werkes „Bruder Ubaldus“ in Innsbruck starken Erfolg gehabt. Es ist die Tragödie eines Mannes, in dessen Seele Aszese und Fanatismus sich bekämpfen. Die psychologische Kraft der Gestaltung wird von der Kritik als bedeutsam gepriesen. — Die Weimarer Bühne, die das schöne Theatergebäude der Nationalversammlung überlassen hat, hat in dem Saale der Armbrustgesellschaft eine Zufluchtsstätte gefunden. Sie bot zur Begrüßung der Abgeordneten Goethes Iphigenie und einen von E. Hardt gedichteten szenischen Prolog die „Quelle“, dessen tiefere Bedeutung als Jungbrunnen deutscher Kultur alsbald sichtbar wird. — „Tabula rasa“, eine Komödie von C. Sternheim, hatte in Berlin Erfolg. Das Stück zeigt einen heraufgekommenen Arbeiter als Egoisten, der seine Partei nur benutzt, um sein Schäfchen ins Trockene zu bringen; als er eine Pension hat, macht er reinen Tisch und pfeift auf den Sozialismus. Sternheim ist, so meint ein Kritiker, kein Aristophanes, eher im besten Sinne Kotzebue. Auch Sternheims Schauspiel „1913“, das in Frankfurt a. M. gegeben wurde, behandelt satirisch zwei Sozialisten, die er einem Industriekönig gegenüberstellt. Manche Gedanken dieses früher verbotenen Stückes wirken heute schon fast überholt. Ein festliches Spiel „Die Insel“ von H. Eulenberg will der Macht des Friedensgedankens ein Denkmal setzen. Die bläßliche Romantik der allegorischen Dichtung fand in Dresden keinen starken Erfolg. — Der 100. Geburtstag Wilh. Jordans wurde in Frankfurt durch Rezitationen aus seinen Nibelungen und durch die Aufführung seines liebenswürdigen Verslustspieles „Durchs Ohr“ begangen. An Jordans ehemaligem Parlamentssitz in der Paulskirche wurde eine silberne Gedächtnistafel angebracht. — In Wien hatte Wildgans' Tragödie „Dies irae“ Erfolg. Ein junger Mensch erschießt sich am Tage seiner Reifeprüfung, weil er aus dem Munde der Eltern erfährt, daß seine Geburt eine ungewollte gewesen war. An seiner Bahre erkennen die Eltern ihre Schuld und zittern vor dem hereinbrechenden Weltgericht. Der Lyriker in Wildgans ist wieder stärker als der Dramatiker. — Wenig günstig beurteilt wird Schönherrs in Berlin gegebenes „Narrenspiel des Lebens“. Die Charakteristik eines berühmten Arztes, Hagestolzen und Menschenverächters, der sich aus Ueberdruß an seinem liebelosen Leben vergiftet, überzeugte wenig. Klinische Einzelheiten, wie das Auspumpen eines Magens, stießen ab. — In Mannheim hatte die Oper „Der Goldschmied von Toledo“, Erfolg. Offenbachs Oper: „Der schwarze Korsar“, die unvollendet blieb, ist die Musik entnommen und entsprechend bearbeitet. Der Tondichter erweist sich in dieser ernsten Musik tiefer und deutscher, als in seinen Parodien. Sie ist freilich mit dem aus E. T. A. Hoffmanns „Fräulein von Scuderi“ geschöpften neuen Textbuch nur äußerlich verbunden. — Das Theater in Hanau feierte unlängst sein 150jähriges Jubiläum. Es ist eines der ältesten Bühnengebäude, die heute noch ihrer Bestimmung dienen. — St. Zweig verwahrt sich dagegen, in der „Legende eines Lebens“ ein Schlüsselstück geschrieben zu haben, doch sind nach Hamburger Berichten Vergleiche mit den Urbildern des Wagnerschen Familienkreises unabweisbar.

München. L. G. Oberlaender.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Tiefstand unserer Markwährung — Bayerns Wirtschaftsversorgung — Ueberall Gewitterschwüle — Banken und Geldmarkt.

In Holland, den nordischen Staaten und namentlich in der Schweiz erlitt die Bewertung der Reichsmark gegen Ende Februar einen gewaltigen Kurssturz. Besonders an den Schweizer Plätzen erreichte die deutsche Währung mit 47 Cent — in Friedenszeiten zirka 125 Cent — den bisher tiefsten Stand. Dabei lässt sich nicht voraussehen, ob diese Abwärtsbewegung bereits zum Stillstand gekommen ist oder, wie dies namentlich bei der Entente signalisiert wird, weitere Tiefkurse erwartet werden. Angesichts des bekannten Ausspruches: „Valuten lügen nicht“ ist demnach unmittelbar nach der zweiten Münchener Revolution eine bedeutende Wirtschaftsverschlechterung im Deutschen Reich eingetreten. Naturgemäss zieht solche Valuta-Entwertung neue unabsehbare Preissteigerungen aller notwendigen Lebensmittel und Bedarfsgegenstände mit sich, besonders solcher, bei denen wir lediglich auf die Einfuhr und den guten Willen der Neutralen und der Ententestaaten angewiesen sind. Eine direkte Folge der innerpolitischen Lage und Wirren, vor allem in München, in Mannheim, im Ruhrrevier und neuerdings im mitteldeutschen Braunkohlengebiet, um Weimar herum, ist die bedeutenden Umfang annehmende Markvaluta-Abwanderung nach den neutralen Staaten seitens der verschiedensten, vor allem russischen Kapitalisten, denen trotz des Gesetzes gegen Kapitalflucht sowohl die Ausreiseerlaubnis als auch die freie Disposition über Vermögensbestandteile jeder Art zusteht. Auch die Ententeversuche, deutsche Privatguthaben bei den Neutralen zu sperren, blieben bei all diesen Devisenvorkommnissen nicht ohne Eindruck. Grosses und dabei zweifellos unnötiges Aufsehen erregte ausserdem die scharfe Polemik des früheren Schatzsekretärs Dr. Helfferich gegenüber der vom Reichsfinanzminister Dr. Schiffer in der Nationalversammlung an den verfehlten Methoden der deutschen Kriegsfinanzierung geübten Kritik. Deutlich wurden dadurch bewiesen die grosse Kopflosigkeit und die zahlreichen Unregelmässigkeiten bei der Beschaffung von Heeresgerät in der ersten Mobilmachungszeit, ferner die ungeheuren Schäden, die das Hindenburgprogramm, vor allem durch das geradezu ungesunde Indiehöhetreiben der Arbeitslöhne für unsere Gesamtrüstungsindustrie trotz deren ursprünglichen Millionenverdienste mit sich gebracht hat.

Wie sehr Bayern und die anderen Bundesstaaten von einander abhängig sind und namentlich mit den Einfuhrmöglichkeiten durch die Angrenzer unbedingt zu rechnen haben, beweist der fortgesetzte Ruf nach Lieferung von Lebensmitteln und Rohstoffen als Grundbedingung für die Erhaltung unserer Existenz. Die weitere Zuspitzung in den Versorgungsfragen legte in schonungsloser Deutlichkeit Geheimrat Dr. Heim in einem mit statistischen Ziffern belegten Aufsatz der „Bayerischen Volkszeitung“ klar. Bei Innehaltung unserer gegenwärtigen Tagesration von 240 Gramm sind demnach die in Bayern zurzeit fassbaren Brotgetreidevorräte am 22. Mai erschöpft, so dass wir vor einer vollständigen brot- und mehllosen Zeit während eines Vierteljahres stehen. Solche Hinweise kennzeichnen am deutlichsten die durch die politischen Wirren und Wirtschaftskämpfe erschwerte Zeit, welche, wie der Berliner „Vorwärts“ ausführt, „Gewitterschwüle und überall vorhandene Hochspannung auslöst“.

An unseren Effektenmärkten herrscht zwar eine begreiflich grössere Zurückhaltung, jedoch immerhin bemerkenswerte Festigkeit bei ziemlichem Geschäft. Auch die Ausdehnung der Eisenbahn- und sonstigen Verkehrsunterbrechungen und namentlich die durch Kohlenmangel und politische Unsicherheit verursachte Stillegung von industriellen Betrieben war von geringerem Einfluss. Man beginnt bereits wieder, den günstigeren Wirtschaftshinweisen Beachtung zuzuwenden. So wurden viel bemerkt die belangreichen Staatsaufträge in Eisenbahnmaterial, die erheblichen Ordres der Reichsregierung auf den Neubau von 60 Schiffsdampfern bei den Reichswerften. In München beispielsweise wird bei den Artilleriewerkstätten, welche gleichfalls für die Friedenswirtschaft umgestellt worden sind, jetzt die auch in Friedenszeiten höchste Zahl von Arbeitern — zirka 1500, vor Kriegsausbruch 800 — beschäftigt. Bei gesteigerter Zufuhr von Kohle, Eisen und sonstigen Rohstoffen ist angesichts der starken Arbeitsmöglichkeit eine weitere Erhöhung der Arbeitsbetätigung gegeben. Zufriedenstellende Betrachtungen lösten ausserdem die stattlichen Gewinn- und Umsatzziffern der jetzt herauskommenden Bilanzen unserer führenden Bankinstitute aus. So übersteigt der Bruttogewinn der Berliner Handelsgesellschaft von 17,6 Millionen Mark den des Vorjahres um rund $1^1/_2$ Millionen Mark, wobei dieser Mehrgewinn naturgemäss durch die gleichfalls gewaltig gesteigerten Verwaltungskosten aufgezehrt wird. Auch bei der Reichsbank sind zufriedenstellende Daten der Entwicklung bekannt. Infolge des flotten Absatzes in unverzinslichen Reichsschatzanweisungen sind die Anlagen dieses Noteninstitutes trotz starker Neuinanspruchnahme des Kredites durch das Reich um 870 Millionen Mark in der jüngsten Woche zurückgegangen. Der Zahlungsmittelumlauf hat allerdings, wohl hauptsächlich infolge der auf Grund des Waffenstillstandsabkommens nach Belgien notwendigen Reichsbanknotenausfuhr, neuerdings eine beträchtliche Steigerung erfahren. Auch die durch die Ausserkurssetzung von städtischem Notgeld erforderlichen bedeutenden Banknotenmittel spielen hierbei mit.

München. M. Weber.

Vom Büchermarkt.

Der Kreuzweg des Magnus Segnewald und andere Novellen. Von Anna Richli. Mit dem Bildnis der Verfasserin. 12°. 265 S. Geb. ℳ 4.80. — **„Da war auch ich dabei!“** Ein Denkmal für das deutsche Kind im großen Kriege. Eine Bilderreihe von A. Untersberger, Text von Laurenz Kiesgen. Querquart, geb. ℳ 3.80. — **So beten brave Kinder gern.** Gebetbuch für die ersten Schuljahre. Von Rupert Beck. Mit vielen Bildern von A. Untersberger. 32°. 36 S. Geb. ℳ. 1.—. **Kurzgefaßtes Handbuch der katholischen Religion.** Von W. Wilmers S. J. 5. Aufl., neu herausgegeben von J. Hontheim S. J. IV. und 634 S. Kl. 8°. Brosch. ℳ 7.—, geb. ℳ 10.—. (Regensburg, Friedr. Pustet.)

Die Friedenskönigin. Andachtsbüchlein mit allen Gebeten. Von Dr. Jos. Oberhauser. (München, Kunstanstalten Jos. Müller.)

Kleine Buben und der große Krieg. Von Helene Pagés. 2. Aufl., geb. ℳ 1.80. (J. Schnell, Warendorf.)

Das Heim und sein Schmuck. Von Dr. Saedler. Zeichnungen von Karl Köster. ℳ 1.— u. ℳ. 2.—. (Volksvereinsverlag G. m. b. H., M. Gladbach.)

Mysterium Crucis. Roman aus der Zeit des Kaisers Nero. Von Felix Nabor. 2 Bände. 3. Aufl., kl. 8°. (XII, 744 S.) Brosch. ℳ 7.50, geb. ℳ 10.— (Regensburg, Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz A.-G.)

Des Reiches Sonnenwende. Ein Mahnruf schwäbischer Dichter. ℳ 2.—. (Stuttgart, J. Engelhorns Nachf.)

Herzbluttropfen. Gedichte von Helene Troost-Bösken. (München, Schwabinger Eigenverlag.)

Die „Leiber“ im Weltkrieg. Erinnerungen aus den Kämpfen des Bayer. Inf.-Leibregiments seit Anfang des Krieges bis Sommer 1918. Von Angehörigen des Leibregiments, ℳ. 4.—. (München, Max Kellerer.)

Eigen Land. Von G. A. Küppers. ℳ 1.50. (Dresden, Verlag Oskar Laube.)

Dies irae. Eine Tragödie in fünf Akten. Von Anton Wildgans. — **Gesichte.** Ein Zyklus von A. De Nora. (Leipzig, L. Staackmann.)

Sonnengrund. Roman von Wilhelm Wirbitzky. Geb. ℳ 7. — Umschlagzeichnung von Erich J. Gottschlich. (Konservatoriumverlag, Th. Cieplik, Beuthen O.-S.)

Trennung von Kirche und Staat. Von Pfr. Dr. Hermann Steinlein. 55 Pf. (Ansbach, Karl Junges Buchhandlung.)

Deutsche Demokratie. Von Dr. Fick, Zürich. ℳ 2.—. (J. F. Lehmanns Verlag, München.)

Demokratie oder Sozialdemokratie. Von Dr. Walter Pinner. ℳ. 1.—. (Demokratischer Verlag Berlin-Zehlendorf-West.)

Das bayerische Vermögenssteuergesetz vom 17. August 1918. ℳ 1.20. (München, C. H. Beck.

Lose Blätter aus unserer Missionsmappe. Skizzen und Bilder zusammengestellt von Schwester Maria Paula. ℳ. 1.35. — **Cajuta, die Indianerin** und andere Erzählungen. — **Priester und Mission.** I. Folge. Jahrbuch 1918 der Missionsvereinigung für Priester der Erzdiözese Köln. Von Dr. L. Mergentheim und Dr. P. J. Louis. ℳ 2.50. — **Euntes Docete.** Predigten, Vorträge und Reden über das Werk der Glaubensverbreitung Von Dr. P. J. Louis. ℳ 6.60. — **Abhandlungen aus Missionskunde und Missionsgeschichte.** Herausgegeben vom Franziskus-Xaveriusverein. 1. Heft: Die Mission und die Apologie der Kirche. 75 Pf., 2. Heft: Zur Geschichte des Missionstheaters. ℳ. 1.20, 3. Heft: Koptische Klöster der Gegenwart. ℳ. 1.—, 4. Heft: Der hl. Tomas, der Apostel Indiens. ℳ 1.20, 5. Heft: Das kath. Zeitungswesen in Ostasien und Ozeanien. ℳ 1.20, 6. Heft: Georgien und die kath. Kirche. ℳ. 2.50, 7. Heft: Bilder aus der deutschen Jesuitenmission Puna. ℳ. 1.50. — **Pauline Maria Jaricot.** Stifterin des Vereins der Glaubensverbreitung und des lebendigen Rosenkranzes 1799—1862. ℳ 1.—. **Des Meisters Wort und Wille.** Missionspredigten. ℳ 1.—. (Aachen, Xaveriusverlag.)

Schluß des redaktionellen Teiles.

☛ **Auf den dieser Nummer beiliegenden Prospekt des „Hochlandverbandes“ in Hamm i. W. sei besonders aufmerksam gemacht.**

Für die hl. Fastenzeit!

Jesus Christus. Sein Leben, sein Leiden, seine Verherrlichung von P. R. P. Berthe C. Ss. R. Ins Deutsche übersetzt von Dr. W. Scherer. 8° 576 Seiten. Gebunden Mk. 11.25.

Das Leben unseres Herrn und Heilandes Jesu Christi. Nach den Gesichten der gottseligen Anna Katharina Emmerich. Im Auszuge bearbeitet von dem Herausgeber der Tagebücher des Klemens Brentano. Besorgt von P. Alois Uhl C. Ss. R. 6. Aufl. 8°. 544 Seiten. Gebunden Mk. 7.50.

Die Leidenswacht beim göttlichen Heilande. Betrachtungen von P. Peter Gallwey S. J. Ins Deutsche übersetzt von Antonie Freifrau von Hertling. 2 Bände. 8°. In 2 Bänden gebunden Mk. 19.80.

Geschichte des heiligen Leidens unseres Herrn Jesus Christus. Nach den vier Evangelisten für Betrachtungen zusammengestellt von P. L. de la Palma S. J. 2., nach dem spanischen Original ins Deutsche übersetzte und verbesserte Auflage. Von R. Handmann S. J. 8°. 524 Seiten. Gebunden Mk. 7.80.

Jesus von Nazareth. Von Dr. Matthias Höhler. Mit Lichtdruck-Titelbild. 152 Seiten in Taschenformat. Gebunden in Leinen mit Rotschnitt Mk. 1.20.

Mein Lichtlein vor dem Tabernakel in Gebeten, Betrachtungen und Gesungen auf die sieben Sakraments-Donnerstage vor Grünem Donnerstag und nach Fronleichnam von Prälat Dr. A. de Waal. 16°. 240 S. In Leinwandbd. Mk. 2.40.

Die 14 Stationen des hl. Kreuzweges.

In Vierfarbendruck. Nach Originalen von Fr. Max Schmalzl C. Ss. R. Bildgröße jed. Station 15½×21 cm; Papiergröße 23×30 cm. In Mappe Mk. 4.40.

Verlag von Friedrich Pustet, Regensburg.
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Herders Konversations-Lexikon

Teil eines II. Ergänzungsbandes (Aachen bis Hypothek). Zeitlich reichend bis Sommer 1914. M 7.— Der Band enthält einen so reichen, sonst nirgend erreichbaren Wissensstoff (wovon in den neu zu schaffenden II. Ergänzungsband wegen der übergroßen Stoffülle nur wenig mehr wird übernommen werden können), daß namentlich die Besitzer des Hauptwerkes sich durch den Erwerb dieses Teilbandes einen kaum genug zu schätzenden Vorteil sichern. — Durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

Weingroßhandlung
August Müller, Hoflieferant, Fulda
beeidigter Messwein-Lieferant
Messweine, Tischweine
in allen Preislagen. Preisliste gratis.

Prima Nähgarn

Holzr. Auslandsware. 100 m schwarz u. weiss, 50 Rl. 90.— Mk. Probe 1 Rl. schwarz, 1 Rl weiss gegen Voreinsendg. von 3 95 Mk. od. Nachn. 4.10 incl. Porto.
Friedr. Janssen, Elberfeld, Aue 60.

Hadern und Knochen

sortiert und unsortiert.
Strumpfwolle, Neutuch, Zeitungen
kauft zu reellen Preisen von Privaten und Händlern, Anstalten, Klöstern usw.
Adolf von der Heiden, München, Baumstr. 4.
Telephon Nr. 22285. — Bahnsendung. München-Süd. Bahnlagernd.

Wer **hilft**
einem stud. med., durch Krieg in größter Not, durch Gewährung klinischer Bücher und Apparate? Gefl. Mitt. u. 19183 an die Geschäftsstelle d. Allgemeinen Rundschau, München

---

Bauers Antidiabeticum für Zuckerkranke
Bauers Lithosanol gegen Gallen-, Nieren- und Blasensteine
(auch gegen Gicht und Harnsäure-Diathese). — Prospekte durch die Sanin Ges. m. b. H., Kötzschenbroda-Dresden 39/79
Fabrik chem.-pharmazeut. Präparate.

Zuckerkranke erhalten Gratis-Broschüre über diätlose Kur (nach Dr. med. Stein-Callenfels) Bonn 10, Postfach 125.

Sitz-Auflagen aus Filz
Filztuche

Cölner Filzwarenfabrik
Ferd. Müller, Köln a. Rh.
Friesenwall 67.

Bemerkenswerte Neuerscheinung!
Vornehme Belletristik fortschrittl. Richtung!

Die goldene Brücke

Hansen-Almanach auf das Jahr 1919

136 Seiten 8° — elegant kartoniert mit künstlerischer Umschlagzeichnung und Kalendarium sowie zwei Porträts. Preis: Mk. 2.00.

Enthält Beiträge der bedeutendsten katholischen Dichter der Gegenwart und bietet in typischen Proben eine Uebersicht über die modernen Strömungen im katholischen Literaturleben.

Hansen Verlagsgesellschaft m. b. H., Saarlouis (Rhld.)

Ein wiedererstandenes Werk!

In unserem Verlage ist soeben neu erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen

Die deutsche Nation und das Preußentum

Von einem Staatsmann.
Preis steif broschiert Mk. 2,50.

Ursprünglich verboten, feiert das Werk zur rechten Stunde Auferstehung und predigt die alte, bitter ernste Wahrheit mit der alten, unwiderstehlichen Ueberzeugungskraft. Es erweckt den Eindruck einer Prophezeiung; zwingende Beweisführung läßt vorausahnen, was in unsern Tagen zur Wirklichkeit geworden ist. In beredter Sprache beleuchtet das Buch die Rolle des Preußentums gegenüber der deutschen Einheit und dem deutschen Nationalbewußtsein. Fehler, die vor nahezu zwei Jahrhunderten Deutschlands Schwächung anbahnten, werden schonungslos aufgedeckt. Nicht minder klar betont der Verfasser, daß eine Wendung der Dinge in Deutschland zum Besseren im Plane der göttlichen Vorsehung begründet sei.

Paderborn. Bonifacius-Druckerei.

Soeben erschien:

Das Heim und sein Schmuck

Von Dr. Heinrich Sädler
Mit Zeichnungen von Karl Köster

Einfache Ausgabe postfrei . . . . M 1.15
Geschenkausgabe gebunden . . . . M 2.15

Wer sich sein Heim gemütlich und künstlerisch schön gestalten will, findet hier eine Fülle von Anregungen in Wort und Bild

Volksvereins-Verlag, G. m. b. H., M.-Gladbach.

Geschäfts-gründung.

Strebsamer, erfahrener Handlungsgehilfe der Konfektionsbranche, kriegsbeschädigt, will sich selbständig machen.

Wer könnte ihm ein größeres mietbares Geschäftslokal oder -haus oder sonstige Gelegenheit dazu (Einheirat, Uebernahme eines Betriebes der ohne Nachfolger) nachweisen.

Erstklassige Auskünfte stehen zur Verfügung.

Frdl. Angebote an die Geschäftsstelle der Allgem. Rundschau, München, unter W 19190.

Todes-Anzeige.

Am 21. Februar verschied als Opfer der fluchwürdigen Attentate im Bayerischen Landtage unser hochgeschätzter Mitdirektor

Hofrat Heinrich Osel

K. Zollinspektor a. D. und Mitglied des Landtages.

Die Landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft Regensburg und der Bayerische Bauernverein verlieren in dem edlen Verstorbenen einen langjährigen, arbeitsfreudigen und erfolgreichen Mitarbeiter, das Vaterland einen seiner besten Söhne.

27. Februar 1919.

Für die Zentralgenossenschaft:
Heinrich Dhom, Vorsitzender des Aufsichtsrates,
Dr. G. Heim,
Dr. S. Schlittenbauer,
Steger,
Dörr.

Für den Bauernverein:
Burger,
Dr. Schlittenbauer.

NUR AUF DIESEM WEGE.

Anlässlich des entsetzlichen Schicksalsschlages, der mich durch den Tod meines von ruchloser Hand gemordeten heissgeliebten Gatten und Vaters meiner Kinder

Herrn Heinrich Osel

Hofrat und Landtagsabgeordneter

getroffen hat, sind mir aus nah und fern, aus seinem Freundes- und Bekanntenkreise, ja aus dem ganzen Lande unendlich viele herzliche Beileidsschreiben und herrliche Kranzspenden zugegangen. Seelisch und körperlich gebrochen, bin ich ausserstande, jedem der lieben Freunde einzeln zu danken, so wie ich es möchte. Es sei mir gestattet, hiemit auf diesem Wege Allen, Allen meinen tiefstgefühlten Dank auszusprechen. Möge der liebe Gott sie alle vor solchem Herzeleid bewahren.

PASING-MÜNCHEN, den 25. Februar 1919.

Im tiefsten Schmerze:
Frau Josefine Osel, geb. Oettl
Heinrich Osel, med.
Hedwig Osel — Viktor Neubrand
Hans und Charitas Osel
Kunigunde Osel, Mutter.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Ferdinand Abel, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gh.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich M 3.90.

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 11. München, 15. März 1919. XVI. Jahrgang.

Zur Verfassungsfrage.

Von Geh. Hofrat Professor Dr. K. Beyerle, Mitglied der Nationalversammlung.

Der Entwurf der Reichsverfassung hat die erste Lesung durchlaufen und befindet sich jetzt in der Kommissionsberatung. Seit dem Jahre 1848 ist keiner deutschen Gesetzgebungskommission mehr eine Aufgabe gleich groß wie diese zugefallen. Gilt sie doch einer Reformation des staatsrechtlichen Gebäudes, in dem wir wohnen, und zwar einer Reformation an Haupt und Gliedern. Der Ernst der Stunde und das Drängen der Zeit erhöhen die Bedeutung dieser Kommissionsarbeit. Die Durchführung der Demokratie in der Form des Freistaates einerseits, die Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Reich und Gliedstaaten anderseits, sie bilden die Angelpunkte. Ueber die Art und Weise der Verwirklichung einer demokratischen Republik herrscht weithin Uebereinstimmung. Auf der Rechten unterläßt man es, die Monarchie zu fordern, da eine solche Forderung den Ausschluß von der Mitarbeit an der verantwortungsvollen Aufgabe bedeuten würde. Im Reiche wird sich anderseits auch der Sozialismus niemals bereitfinden, die berufenen Volksvertreter heimzujagen und mittels eines Zentralrates die Herrschaft einer Klasse aufzurichten. Die Verfassung wird darum so werden, wie sie aus dem Ausgleich der in der Nationalversammlung vereinigten politischen Kräfte auf Grund der gesetzlich unbeschränkten Vollmacht dieses verfassunggebenden Parlaments von Weimar hervorgehen wird.

Außer der Nationalversammlung selbst wirken dabei noch mit: die Reichsregierung einerseits, der Staatenausschuß anderseits. Der Letztere freilich nur in beratender Weise. Er verkörpert den Willen der Gliedstaaten, bei den vielfach unfertigen politischen Zuständen der letzteren allerdings in verschiedenartiger und in mehr oder weniger unvollkommener Weise. Wo die gliedstaatlichen Ministerien noch den Aufbau zeigen, den ihnen die Revolution gegeben, gehören die Staatenausschußvertreter dieser Gliedstaaten vielfach ausschließlich der Linken an, wo, wie in Baden oder Hessen, bereits konsolidiertere, demokratische Zustände zurückgekehrt sind, zeigt sich die Einwirkung der guten Tradition dieser Staaten durch Entsendung berufener, in der Reichspolitik erfahrener Ressortvertreter. Bayern befindet sich zurzeit in einer eigenartigen Rolle. Trotz der schwankenden und landtagsfeindlichen Politik Eisners nach Innen hatte das Haupt der bayerischen Revolution doch Verständnis genug für die durch innerpolitische Rücksichten gebotene Notwendigkeit, die Rechte Bayerns in Berlin und Weimar sachkundig vertreten zu lassen. Die Folge davon war, daß Bayern schon im Januar dieses Jahres, alsbald nach Bekanntgabe des Verfassungsentwurfs des Reichsamts des Innern, energisch auftrat und auf bessere Beachtung der gliedstaatlichen Rechte hinarbeitete. Bekanntlich steuerte der von dem damaligen Staatssekretär, heutigen Reichsminister des Innern Dr. Preuß verfaßte Entwurf einem folgerichtig durchgeführten Unitarismus mit vollen Segeln zu. Die Einzelstaaten waren vor Bekanntgabe jenes Entwurfs nicht einmal gehört worden. Bayern setzte mit Hilfe anderer Bundesregierungen durch, daß neben dem Reichskabinett als Vertretung der Gliedstaaten der seither tätige und durch das Gesetz betreffend die vorläufige Reichsgewalt bestätigte Staatenausschuß einberufen wurde. Derselbe hat inzwischen manchen Unitaristen belehrt, daß man über den Bestand der deutschen Gliedstaaten nicht einfach zur Tagesordnung übergehen kann, und hat mit greifbarem Erfolge in seinen Beratungen mit der Reichsregierung einer vermittelnden Politik das Wort geredet. Nicht um einem wilden Partikularismus zu frönen, wie das bequeme Schlagwort heißt, sondern im Interesse einer jetzt doppelt notwendigen ruhigen Weiterentwicklung des Verhältnisses zwischen Reich und Gliedstaaten, mit Rücksicht auch auf die öffentliche Meinung Süddeutschlands, strebte der Staatenausschuß seinem Ziele zu. Man war im Staatenausschuß bereit, dem Reiche in vielen grundsätzlichen Fragen die durch den neuen Zustand geforderten Zugeständnisse zu machen, nicht etwa nur, um widerwillig zu geben, sondern um nach Kräften das Reich in dieser Zeit seiner schwersten Not zu stärken.

Während das Reichskabinett mehr und mehr zu einem Hort des Unitarismus geworden ist, wurde so der Staatenausschuß zum Vertreter eines gesunden Föderalismus. Das Ergebnis der zwischen beiden Instanzen geführten Verhandlungen ist der jetzt der Kommissionsberatung vorliegende Verfassungsentwurf. Er unterscheidet sich von dem ersten Entwurf durch eine ungleich stärkere Betonung des bundesstaatlichen Charakters auch für das neue freistaatliche Reich. So hat die Vorlage manche Besorgnisse, die der erste Entwurf geweckt hatte, zerstreut und vielfach als verständiger Kompromiß angenehm berührt. Den Bundesstaatsgedanken verfolgt diese Vorlage namentlich nach 3 Richtungen. Sie gibt in ihrem „Reichsrat" statt des verwaschenen „Staatenhauses" im Preußischen Entwurf den Gliedstaaten wieder weitergehende Befugnisse bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Reiches, allerdings ohne damit zu dem alten Bundesrat zurückzukehren. Der letztere war seinerseits der eigentliche formale Träger der Staatsgewalt im bisherigen Reiche, was zu mancherlei Reibungen mit den Zentralinstanzen führte. Diese sollen jetzt beseitigt, die Souveränität des Reichs nach jeder Richtung einheitlich ausgebaut werden. Die Vorlage respektiert sodann in höherem Maße die gliedstaatlichen Befugnisse bei der materiellen Verteilung der Zuständigkeiten zwischen Reich und Einzelstaat, sowohl in der Gesetzgebung, wie in der Exekutive. Der erste Entwurf hatte hierin die Gliedstaaten zu sehr mit Mißtrauen behandelt, etwa wie gefährliche Tiere, die man an die Kette nehmen muß. Die Vorlage zeigt endlich in der Behandlung der einzelstaatlichen Reservatrechte, besonders Bayerns, mehr Verständnis und Achtung für die verfassungsmäßigen Garantien der bisherigen Reichsverfassung. Daher setzt er hinsichtlich ihrer überall den Gedanken der Verständigung und des Vertrags an die Stelle der Majorisierung der Gliedstaaten durch den souveränen Machtwillen der Nationalversammlung.

Die Reden, die in der letzteren aus Anlaß der ersten Beratung der Verfassung gehalten wurden, zeigten deutlich das Auseinandertreten des Hauses in ein föderalistisches und unitarisches Lager. Die Befürchtung besteht, daß in echtdeutscher begrifflicher Ueberspannung der Theorie die Nationalversammlung die Verfassungsvorlage wieder nach rückwärts, d. h. hin zu dem Entwurf Preuß und damit im unitarischen Geiste umgestalten werde. In fast allen Parteien ist der Zug zur Einheit auffallend stark vertreten. Demgegenüber haben die Anhänger des echten Bundesstaates keinen leichten Stand. Sie werden, fußend auf dem Boden notwendiger Kontinuität der verfassungsmäßigen Entwicklung, nachdrücklich auf die schlimmen Folgen überspannter Gleichmacherei hinweisen und zur Ver-

ständigung mahnen müssen. Die Vertretung ihres Standpunktes ist durch die Haltung des Reichskabinetts und des Ressortministers Dr. Preuß erschwert. Denn beide zeigen sich unverhohlen bereit, über die Wünsche des Staatenausschusses, soweit sie in der Vorlage angenommen waren, wiederum hinwegzugehen. Die Begründung, die Minister Dr. Preuß der Regierungsvorlage im Hause mitgab, war alles andere, als eine standfeste Vertretung der Regierungsvorlage; sie klang nicht selten wie eine Ermutigung der Nationalversammlung, sich über die Forderungen des Partikularismus hinwegzusetzen.

Aehnlich liegen die Dinge jetzt in der Verfassungskommission. Auch hier zeigen uns schon die ersten Kommissionssitzungen das Uebergewicht der unitarischen Bestrebungen. Die Zusammensetzung der Kommission, die in 28 Mitgliedern tagt, verrät dies deutlich genug. Das Zentrum delegierte in die Kommission, außer seinem Vorsitzenden Gröber, die Herren Dr. Spahn, Trimborn, Dr. Mausbach, Stegerwald und den Verfasser; die Deutsche Demokratische Partei: Dr. Ablaß, Haußmann, Koch, D. Naumann, Dr. Zöphel; die Deutschnationale Volkspartei: Dr. von Delbrück, Dr. Düringer und Schultz (Bromberg); die Deutsche Volkspartei: Dr. Heinze und D. Dr. Kahl; die Sozialdemokraten ihre Mitglieder Bader, Fischer (Berlin), Hildenbrand, Frau Juchacz, Kahmann, Katzenstein, Meerfeld, Dr. Quarck, Riedmiller, Vogel, Wels; die unabhängigen Sozialdemokraten sind durch Dr. Cohn vertreten.

In einer Woche werden wir besser wissen, wohin die Reise geht. Einstweilen obliegt es auch hier den Anhängern des Bundesstaates, mit Aufbietung aller brauchbaren Erwägungen für das einzelstaatliche Leben zu retten, was zu retten ist. Dem Schreiber dieser Zeilen ist das verantwortungsvolle erste Referat in der Frage der Gliedstaaten zugefallen; das zweite liegt in der Hand des demokratischen Abgeordneten Oberbürgermeister Koch (Cassel). Unter den Kommissionsmitgliedern aus dem Zentrum herrschen hinsichtlich des Ausmaßes, das den gliedstaatlichen Rechten zuzubilligen ist, nicht ganz einheitliche Auffassungen. Ein besonders beachtliches Moment, über das in unseren Reihen ernstlich nachgedacht werden muß, betrifft die Zuständigkeiten von Reich oder Gliedstaat auf dem Gebiete der Kirche und Schule. Es kann nicht bestritten werden, daß die bisherige Aufrechterhaltung der einzelstaatlichen Hoheitsrechte hierin neben unbestreitbaren Vorteilen doch leicht auch Nachteile nach sich zu ziehen droht. Man denke an die Stellung der christlichen Kirchen, insbesondere der katholischen Kirche, in etwaigen roten Republiken Mittel- und Norddeutschlands! Daraus erwächst die Frage, ob nicht die Leitsätze über Kultus und Unterricht, die der Abschnitt von den Grundrechten des deutschen Volkes enthält, mehr ins einzelne ausgestaltet werden sollte, um ebensoviele reichsgesetzliche Garantien gegen landesgesetzliche Willkür zu setzen. Man sieht hieraus, Unitarismus und Föderalismus haben ihre zwei Seiten und äußern sich in ihrer Wirkung auf den verschiedenen Gebieten des Verfassungswerks durchaus nicht gleichmäßig.

Im ganzen darf man gleichwohl der Zukunft dieses wichtigen Staatsgrundgesetzentwurfs mit gewissem Vertrauen entgegentreten. Alle Parteien haben sich sichtlich bemüht, erfahrene und sachkundige Persönlichkeiten in die Verfassungskommission zu entsenden. So ist zu hoffen, daß bei ruhiger Prüfung der Argumente für und wider ein Werk zustande kommt, das für die schwere Zukunft, die uns in Deutschland bevorsteht, den sicheren Boden des Rechts und der Gerechtigkeit an Stelle von Gewalt und Revolution setzen wird.

Das fünfte Schicksalsjahr.

Wochenschau von Fritz Nienkemper, Berlin.

Der Kampf um die Macht in Berlin.

Der überrevolutionäre Wechselbalg trat unter dem Namen „Generalstreik" ins Leben. Angeblich sollte das „friedliche" Druckmittel der Arbeitseinstellung die Regierung zur Anerkennung der Arbeiterräte und zur Beschleunigung der Sozialisierung veranlassen. Bald aber zeigte sich des Pudels Kern: der Streik war das Signal zur aktiven Rebellion; nicht um diese oder jene Reformen wurde gerungen, sondern um die Macht in Stadt und Reich; die Regierung und die Nationalversammlung sollten gestürzt, die Kommune in Berlin aufgerichtet und Deutschland als Sowjet-Republik ausgerufen werden.

In den Straßenkämpfen fiel die Entscheidung glücklicherweise zugunsten der Regierung, d. h. der Ordnung. Als sich in der Schlacht am Alexanderplatze gezeigt hatte, daß die Spartakisten trotz des Verrates der Volksmarinedivision und eines Teiles der Republikanischen Soldatenwehr das Feld nicht zu behaupten vermochten, da gaben auch die kommunistischen und „unabhängigen" Drahtzieher das Spiel verloren, verkündigten unter gegenseitigen Beschuldigungen das Ende des Streiks, ohne sich weiter um die angebotenen Reformen zu kümmern.

Somit verdanken wir den glimpflichen Ausgang der schlimmen Woche in erster Linie der Treue und der Tapferkeit der Regierungstruppen, namentlich dem neugebildeten Freiwilligenkorps. Sie hatten einen schweren Stand. Es war wieder durch schwere Versäumnisse gesündigt worden. Die Volksmarinedivision hatte man immer noch nicht beseitigt, obschon sich in den früheren Kämpfen ihre Heimtücke deutlich gezeigt hatte. In der Republikanischen Soldatenwehr hatte man die spartakistische Wühlerei sich entwickeln lassen. Dazu fanden die Aufständischen die Unterstützung der unbewaffneten Volksmassen aus dem Norden und Osten von Berlin. Bei jedem Vorgehen treffen die Regierungstruppen auf eine fanatisierte Menschenmenge, die nicht weichen will. Mit den Aufforderungen zum Auseinandergehen und den warnenden Schreckschüssen vergeht kostbare Zeit; wird dann endlich scharf geschossen, so zerstiebt die Menge zwar, aber in den nächsten Straßen beginnt das Spiel von neuem. Unter diesen Umständen ist es wirklich aller Ehren wert, daß die Freiwilligenkorps so wacker ausgehalten und Schritt für Schritt gesiegt haben.

Weniger imposant ist die Rolle, welche die Berliner Führer der Mehrheitssozialisten spielten. Da der Streik auf den Sturz der Regierung hinausging, hätten sie als berufene Leibgarde der sozialistischen Minister sich von vornherein mit aller Kraft dem Unternehmen entgegensetzen müssen. Aber als sie sahen, daß die „unabhängigen" Treibereien auch in ihren Reihen Anklang fanden, wagten sie nicht, in die Speichen des Rades zu greifen, sondern suchten einen Platz auf dem Kutschbock. So kam es zu zwei „Streikleitungen" mit drei Parteien; in dem einen Komitee saßen die Regierungssozialisten und die Unabhängigen zusammen, in dem anderen die Unabhängigen mit den Kommunisten. Die vierte Gruppe, die erklärten Spartakisten, beteiligten sich überhaupt nicht an dem Streikspiel, sondern besorgten die Hauptsache, den Waffenkampf auf den Straßen. Bezeichnend ist, daß der Beschluß auf Generalstreik zuerst gefaßt wurde und erst nachträglich die sogenannten Streikforderungen improvisiert wurden. Darum hatte es auch durchaus keine eingreifende Wirkung, als die nach Weimar abgesandten Deputationen von dort zurückkamen mit einem Bündel von Zusicherungen über die wirtschaftspolitische Tätigkeit der Arbeiterräte, über die schleunige Sozialisierung usw. Im Gegenteil: nach diesen Zugeständnissen der Regierung sollte das Streikfeuer erst recht angefacht werden. Die Gewerkschaftskommission wurde zum Anschluß an den Streik genötigt; die Kommunisten und Unabhängigen setzten den Beschluß durch, daß auch die Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke stillzulegen seien. Hier und da gelangte auch dieser mörderische Beschluß zur Ausführung. Der Zweck war offenbar, die Massen nun vollends auf die Straßen zu treiben, in der Dunkelheit die Gewalttaten zu steigern und die Kraft der Ordnungstruppen zu brechen. Da endlich erkannten nun die Führer der Mehrheitssozialisten, daß sie in dieser bolschewistischen Gesellschaft nicht mehr mittun könnten. Sie traten aus der Streikleitung aus und verkündeten in flammenden Worten, die leider etwas spät kamen, ihrerseits den Schluß des „geschändeten und verpfuschten" Streikes. Nun fiel auch die Gewerkschaftskommission wieder auf die vernünftige Seite. Die radikalen Streikführer mußten schließlich auch einpacken, da trotz der Versuche zur Streikverschärfung die Straßenkämpfe sich nicht zu ihren Gunsten entwickeln wollten. Wenn nun auch die Führung der Mehrheitssozialisten sich als schwankendes Rohr erwiesen hat, so muß man doch anerkennen, daß die sozialdemokratischen Arbeiter in ihrer Mehrzahl arbeitswillig und ordnungsfreundlich geblieben sind und so dazu beigetragen haben, daß der Streik niemals „allgemein" wurde und die Aufständischen nicht die Oberhand gewannen.

In einigen Außenvierteln von Berlin wird noch gekämpft, und die Spartakisten zeigen in den Rückzugsgefechten ihre ganze Bestialität, indem sie nach russischem Vorbild Massenmord verüben an den Gefangenen, die sie hier oder da machen; so wurden in Lichtenberg über 150 Kriminalbeamte und überwältigte Sol-

Die „Allgemeine Rundschau" steht, wie die übrige bürgerliche Presse Münchens, zurzeit unter der Vorzensur des Zentral-Rates.

baten, sogar Frauen und Kinder, hingemordet. Gegen solche Teufel in Menschengestalt hilft nur die rücksichtslose Gewalt. Wenn die Regierung sich selbst, die Nationalversammlung und die größte Stadt des Reichs retten will, so muß sie für eine starke Truppenmacht sorgen.

Den beiden Gesetzentwürfen, die jetzt in Weimar beraten werden, kann man ja die besten Wünsche widmen. Ueber die allgemeinen Grundsätze des sogenannten Sozialisierungsgesetzes läßt sich wohl eine Verständigung erzielen und wenn das Privatmonopol des Kohlensyndikates in eine Reichskohlenwirtschaft übergeleitet wird, so ist das keine erschütternde Neuerung. Doch darf man nicht erwarten, daß mit solchen Reformen die radikalen Elemente zur Ruhe zu bringen sind. Die Umsturzbestrebungen drohen immer noch. Neuerdings ist Oberschlesien bedroht durch Streiks, die mit einem geplanten polnischen Vorstoß in Verbindung zu stehen scheinen. Während Mitteldeutschland sich beruhigen will, kommen aus dem nordwestlichen Industriegebiet wieder beunruhigende Nachrichten. Immer neue Schwierigkeiten und Gefahren. Die Regierung muß für Truppen sorgen und auch den Mut haben, sie rechtzeitig und entschlossen zu gebrauchen. Daneben sollten Ebert, Scheidemann und Genossen für die Reorganisation ihrer eigenen Partei etwas mehr tun, sonst wird von der rastlosen Agitation der Radikalen der Ast durchsägt, auf dem die sozialistischen Minister sitzen.

Die Verhandlungen in Spa.

Welch ein schändliches Verbrechen am Vaterlande der Berliner Krawall war, zeigte sich in dem Zusammentreffen dieser inneren Gefahr mit der Krisis in unseren außenpolitischen Verhandlungen. Die Entente machte den dreisten Versuch, uns den ganzen Rest unserer Handelsflotte abzupressen, ohne uns die entsprechende Gewähr für die Brotversorgung bis zur nächsten Ernte zu geben. Die Verhandlungen wurden nicht abgebrochen, aber unterbrochen. Unsere Regierung hält mit Recht an dem Standpunkt fest, daß wir nur so viel Schiffsraum zur Verfügung der Feinde stellen, wie dem zugesagten Quantum an Lebensmitteln entspricht. Es scheint, daß auf der Gegenseite sich allmählich doch etwas Menschlichkeit und Vernunft durchsetzt. Sollte die Erwartung täuschen, so ergibt sich hier vielleicht die Notwendigkeit, den Grundsatz des Reichspräsidenten durchzuführen: Lieber Entbehrung, als Entehrung! Wollen die Franzosen und Engländer das deutsche Volk dem Hungertode überliefern? Will der wieder sehr redselige Wilson das zulassen? Wenn ja, so wollen wir lieber den Untergang in stoischer Ruhe erwarten, statt uns erst noch die Finger mit Unterschriften unter einen mörderischen Vertrag zu beflecken.

Indessen scheint bei der Entente doch die bessere Einsicht zu siegen. Nach einer Reutermeldung aus Paris hat der Oberste Kriegsrat Vorschläge angenommen, die man für annehmbar für die Deutschen hält, um die in Spa unterbrochenen Verhandlungen in Brüssel wieder aufzunehmen. Es soll vorgesehen werden, daß zugleich mit der Auslieferung der deutschen Schiffe die Versorgung Deutschlands bis zur nächsten Ernte mit Lebensmitteln erfolgt. Der Beginn der neuen Verhandlungen ist auf den 13. März angesetzt.

Entspannung der politischen Lage in Bayern.

Von M. Geßner, München.

Das vom Rätekongreß am 1. März gewählte Ministerium war eine Eintagsfliege. Eigentlich ist es gar nicht zustandegekommen, da die zu Ministern gewählten Mehrheitssozialisten sich nicht zur Annahme der Aemter verstehen konnten. Einige aus den Kreisen aller Parteien des gewählten Landtags in den ersten Tagen nach dessen Sprengung unternommene Versuche, diesen unmöglichen Züstand durch Wiedereinberufung des Landtags zu ändern, blieb erfolglos. Auch das einmütige Eintreten aller bayerischen Abgeordneten zur Nationalversammlung in Weimar — mit Ausnahme der Unabhängigen — für die Rechte des Landtags hatte keine nach außen sichtbare Wirkung. Als auch der für den 3. März in Bamberg geplante Zusammentritt des Landtags — von diesem Plan erfährt man beispielsweise durch die Süddeutsche demokratische Korrespondenz — nicht zustandegekommen war, begannen wieder Verhandlungen mit dem Ziel, den Landtag in München wieder flott zu machen. An diesen Verhandlungen waren nach der gleichen Quelle alle Fraktionen des Landtages beteiligt. Es wurde eine Verständigung darüber erzielt, daß ein rein sozialistisches Ministerium gebildet werden sollte, daß aber die Räte sich aufzulösen hätten. Auch das führte zu keinem praktischen Ergebnis. Ebenso negativ war der Erfolg eines Schrittes, der von den Mehrheitssozialisten und einem Teil der Unabhängigen ausging und eine Einigung mit den Räten auf folgender Grundlage erzielen sollte: Einberufung des Landtags, Bildung eines sozialistischen Ministeriums, dessen Anerkennung und Ausstattung mit weitgehenden Vollmachten durch den Landtag, Schaffung einer Notverfassung, Uebergang der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt während des Provisoriums ausschließlich an diese Regierung, Teilnahme der Räte am Ministerrat durch Delegierte, Auflösung des stehenden Heeres und Schaffung einer Volkswehr aus gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, beratende Mitarbeit der Räte in Gemeinde, Bezirk und Kreis, ferner Berechtigung der Räte, bei Landtag und Regierung Beschwerden, Eingaben und Gesetzentwürfe einzureichen und letztere durch Beauftragte vertreten zu lassen, sofortige Neuwahl der Räte. Dieses sozialistische Programm, das nachträglich auch Vertreter des Bauernbundes unterzeichneten, wurde auch den übrigen Parteien bekannt, die einzelne Punkte anerkannten, andere aber als unannehmbar bezeichneten. Nach dem schon genannten Organ der demokratischen Fraktion des Landtags wurde kein Zweifel darüber gelassen, daß der Landtag einem Ministerium, das das Zugeständnis machte, daß die Räte Vertreter in den Ministerrat entsenden könnten und die Minister so unter die Kontrolle der Räte gestellt würden, keine Vollmacht erteilen würde. Das sei von den Vertretern der beiden sozialistischen Parteien auch widerspruchslos anerkannt worden. Die Erörterung dieses in Nürnberg vereinbarten sozialistischen Programms im Rätekongreß am 5. März hatte lediglich das Ergebnis, daß neue Verhandlungen mit Sozialisten und Bauernbund beschlossen wurden, die am 7. März in München stattfanden und zu folgender vom Rätekongreß dann mit großer Mehrheit gegen die radikalste Linke angenommenen Vereinbarung führten:

1. Sofortige Einberufung des Landtages zu einer kurzen Tagung, Bildung eines sozialistischen Ministeriums einschließlich eines Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft (Ernährungswesen mit inbegriffen; dieses Ministerium ist durch den Bayerischen Bauernbund zu besetzen) durch die beiden sozialdemokratischen Parteien nach Beratung mit dem Aktionsausschuß der A., B. und S.-Räte. Anerkennung dieses Ministeriums durch den gewählten Landtag. Schaffung einer Notverfassung.

2. Uebertragung weitgehender Vollmachten durch den Landtag zur Leitung der Regierungsgeschäfte an das Ministerium.

3. Zusammenfassung und Ausbau der Propagandaabteilung für Volksaufklärung.

4. Gesetzgebende und vollziehende Gewalt liegt während der Zeit des Provisoriums allein in den Händen des Ministeriums. Je ein Vertreter der A.-, B.- und S.-Räte kann mit beratender Stimme an den Sitzungen des Ministerrates teilnehmen.

5. Sofortige Schaffung einer freiwilligen Volkswehr aus gewerkschaftlich organisierten Arbeitern. Sofortige Auflösung des stehenden Heeres.

6. In den Vertretungen der Gemeinden, Bezirke, Kreise und staatlichen Behörden steht den Räten das Recht der praktischen Mitarbeit durch Abordnung in diese Körperschaften zu.

7. Im Ministerium des Innern ist ein Referat für die Räteorganisation zu errichten. Den Referenten stellt der Landesvollzugsausschuß. Den A.-, S.- und B.-Räten steht ferner das Recht zu, beim Landtag und bei den Regierungen Beschwerden, Eingaben und Gesetzentwürfe einzureichen und letztere jeweils durch einen Beauftragten vertreten zu lassen. Den neugewählten Räten steht eine Berufung gegen die Beschlüsse des Landtags an die Volksgesamtheit (Referendum) zu.

8. Die Neuwahlen der Arbeiter- und Bauernräte sind im ganzen Lande nach den Grundsätzen der Verhältniswahl alsbald anzuordnen. Ueber aktives und passives Wahlrecht sind vom Gesamtministerium unter Einvernahme des Aktionsausschusses besondere Bestimmungen zu treffen.

9. Die Rechte der A.-, B.- und S.-Räte sind unter Berücksichtigung von Punkt 6 und 7 durch ein besonderes Gesetz umgehend festzulegen.

Diese Punkte stellen eine Ineinanderarbeitung des Nürnberger Programms und des Rätebeschlusses vom 28. Februar in der Weise dar, daß den Räten sehr weit entgegengekommen wurde. Die Räte finden sich ab mit der Einberufung des Landtags und damit daß die Regierung während des Provisoriums allein über die gesetzgebende und vollziehende Gewalt verfügt, erhalten aber selbst bedeutsame Rechte in Regierung und Verwaltung und durch das Referendum auch dem Landtag gegenüber. Dadurch, daß die Räte nach der Ver-

hältniswahl neu zu wählen sind, wird vielleicht sachlich manches geändert, aber nicht grundsätzlich. Im Rätekongreß hat am 8. März ein Redner gemeint, durch diese Vereinbarung sei der Landtag erledigt; wenn er noch etwas Ehrgefühl habe, werde er sich nicht als politischer Idiot hinstellen. Der Redner sprach für die Annahme der Beschlüsse. Man braucht dieser Auffassung nicht völlig zuzustimmen, aber des Eindrucks, daß ein so gestellter Landtag nicht gerade nach einer „souveränen" Volksvertretung aussähe, kann man sich doch nicht erwehren. Auch in der „Bayerischen Staatszeitung" wird die Ansicht ausgesprochen, daß diese Zugeständnisse den Landtag zur Ohnmacht verurteilen und daß man abwarten müsse, ob er sich entschließt, unter diesen Umständen das ihm vom Volk übertragene Mandat auszuüben: „Wollen wir hoffen, daß es einen Weg gibt, um es zu ermöglichen." Dem können wir uns nur anschließen. Wir sind auch der Meinung, daß jeder Weg gegangen werden muß, auf dem wir mit einiger Wahrscheinlichkeit den Anschluß an eine normale friedliche Entwicklung wieder finden können.

Und man sollte meinen, gerade jetzt könnte unter all denen, die eine solche Entwicklung wirklich wollen, die Verständigung nicht so schwer sein. Einerseits ist unsere Lage in jeder Hinsicht so schwierig, daß wir mehr als je Grund haben, in größter Einigkeit nach einem Ausweg zu suchen. Anderseits dürfte sich gezeigt haben, daß gewisse Zwangsvorstellungen von einer Gegenrevolution von rechts ohne realen Hintergrund sind. Keine Partei denkt an Reaktion, alle bekennen sich zur Demokratie auf republikanischer Grundlage. Auch kleinere Verschwörerzirkel gibt es allem Anschein nach nicht. Bemerkenswert sind in dieser Hinsicht die Feststellungen des von der Presseabteilung des Zentralrats veröffentlichten, von Staatsanwalt Hahn und Oberlandesgerichtsrat Dr. Kühlewein verfaßten Berichts über die Attentate auf Eisner und im Landtag. Danach haben sich bis jetzt keinerlei Anhaltspunkte dafür ergeben, daß der Mörder Eisners, der, wie der Bericht gegenüber gegenteiligen Gerüchten hervorhebt, als der Leutnant Anton Graf Arco-Valley unzweifelhaft festgestellt ist, die Tat im Einverständnis mit anderen oder unter Beeinflussung durch sie begangen hat. So sind denn auch die zum Schutz gegen vermeintliche gegenrevolutionäre Bestrebungen festgesetzten Geiseln wieder aus der Haft entlassen worden. Die so zum Ausdruck gekommene tatsächliche Entspannung der Lage sollte doch auch auf die Entwirrung der äußerlichen Verwicklungen nicht ohne Einfluß bleiben. Ist eine Gefahr für die freiheitliche Entwicklung von rechts her, von woher sie in erster Linie vermutet wurde, nicht vorhanden, an die vorübergehend auch ehrliche Anhänger der Demokratie glauben mochten, deren Vorhandensein sie wenigstens in den Tagen größter Verwirrung nicht ohne weiteres glaubten bestreiten zu können, so gilt es jetzt zu zeigen, daß Demokratie und Freiheit auch überall ehrlich gemeint sind. Gerade die Gefährdung dieser Ideale in dem Durcheinander der letzten Wochen dürfte nicht nur ihre Wertschätzung auf allen Seiten vermehrt, sondern auch das Verantwortungsgefühl bei jedem einzelnen gestärkt und ihn überzeugt haben, daß es jetzt mehr als je gilt, nur an die gemeinsame Wohlfahrt zu denken, das Vaterland tatsächlich über die Partei zu stellen, die zu gegebener Zeit schon wieder in ihre Rechte treten wird. Nur im aufrichtigen Dienste der Gesamtheit kann heute der Einzelne auch sein eigenes Wohl wahrnehmen.

Aber die Arbeit in diesem Dienste muß frei sein, der Charakter muß ihr durch Gewissen und Verantwortungsgefühl des Einzelnen aufgeprägt sein. Durch Bevormundung und Zwang wird man uns nicht in das gelobte Land der Freiheit und der Demokratie führen. Der Gesundungsprozeß, den wir zweifellos durchzumachen haben, wird auch nicht gefördert durch die Beschränkung der Preßfreiheit, durch eine Zensur, die wir plötzlich wieder auftauchen sahen, als wir schon dachten, die Zeiten dieser Einrichtung seien für immer vorbei. Von den ganz besonderen Schönheitsfehlern gerade dieser neuesten Zensur wollen wir gar nicht einmal reden, um ihre Unmöglichkeit zu beweisen. Wir geben Eisner und seinen Testamentsvollstreckern auch ohne weiteres zu, daß an der unerfreulichen Entwicklung der letzten Jahrzehnte die Presse einen nicht geringen Teil der Schuld hat. Nur werden wir uns über das Maß und die Art der Schuld im einzelnen mit ihnen kaum einigen. Sicher ist aber, daß die notwendige Besserung nur die Frucht eigener Erkenntnis und freier Entschließung sein kann. Wir halten es nicht in allem grundsätzlich mit der bekannten Pilatusfrage, aber wer will denn leugnen, daß es in den irdischen Dingen im allgemeinen und in den politischen im besonderen für gewöhnlich keine fertigen Wahrheiten gibt? Die Wahrheit wird erst im Kampf der Meinungen an den Tag kommen, wenn Leitstern der Auseinandersetzung die Wahrhaftigkeit ist. Die Wahrhaftigkeit aber ist eine Frage der Moral, der man den Schutz des Rechtes auf Wahrheit, den die Zensur besorgen will, überlassen muß, wenn man nicht fertige Wahrheiten zur Hand hat.

Wahrhaftigkeit und Konsequenz lösen leicht manchen Konflikt, der sonst unentwirrbar scheint. Vielleicht auch den Gegensatz, der in unserer Politik noch klafft zwischen Landtag und Rätesystem. Durch die neueste Vereinbarung ist das Einkammersystem praktisch zweifellos durchbrochen. Das ist ja an sich kein Unglück, nur müßte man sich auch grundsätzlich zu diesem Bruch bekennen und klare Verhältnisse zu schaffen suchen. Zwei Regierungen können wir nicht nebeneinander brauchen, wohl aber zwei Parlamente. Bei zwei Regierungen werden Konflikte an der Tagesordnung sein. Das Nebeneinander von zwei Parlamenten dagegen kann sich als sehr nützlich erweisen. Dr. Heim hat jüngst den Vorschlag gemacht, die Räte zu einem Ständeparlament als eine Art Oberhaus auszubauen. Selbstverständlich dürfte man sich dann nicht auf Arbeiter und Bauern beschränken — Soldaten gibt es künftig ja vielleicht überhaupt nicht mehr —, sondern müßte alle Stände und Berufe heranziehen, so ähnlich wie man es im alten bayerischen Reichsrat tun wollte, wenn auch etwas sachgemäßer noch. Damit wäre der Bedeutung des Wirtschaftslebens und dem sozialen Zuge unserer Zeit Rechnung getragen und zugleich dafür gesorgt, daß die Interessenpolitik die Politik an sich und die Demokratie nicht vergiftet und tötet, wenn neben dieser Ständekammer das allgemeine Parlament existiert, das Volksparlament, in dem das, was im andern nach Ständen geschieden erscheint, nach politischen Gesichtspunkten zusammengefaßt aufmarschiert. Zwischen diesen beiden „Häusern" könnte es gewiß auch Reibungen geben, aber als Widerstände gegen Vergallopierungen der einen oder anderen Seite wären sie sogar nützlich und würden kaum je zu Staatskonflikten führen, wie es nur zu leicht der Fall sein könnte, wenn neben Regierung und Parlament noch ein Drittes existierte, das halb Regierung, halb Parlament wäre, ohne sich im einzelnen Falle auf das eine oder andere festlegen zu lassen.

So etwa müßte man es machen, wenn man demokratisch bleiben und dem Räteprinzip Rechnung tragen will. Das ständische Prinzip kann klar und ausgesprochen zur Geltung kommen nur in einem Ständeparlament, aber weder in der Regierung noch im einzigen Parlament, das zugleich auch allgemeine Politik zu treiben hat, nicht in einer Demokratie, denn es ist wie jeder Klassenstandpunkt eigentlich weder politisch noch demokratisch. Das Volksparlament aber müßte an „Niveau" nur gewinnen, wenn man bei seiner Zusammensetzung nicht mehr so sehr vom Interessenstandpunkt als davon ausgehen könnte, daß sich an dieser Stätte die geistigen Führer der Nation zusammenzufinden haben, um die Staatsführung nach innen wie nach außen nach höheren Gesichtspunkten und weiteren Horizonten zu beeinflussen, als sie den Abgesandten von Interessentengruppen, auch wenn sie sich als Vertreter des ganzen Volkes betrachten, vielfach erreichbar sind.

Mißtrauen und Vertrauen.

Von Lehrer u. Landtagsabg. Franz Weigl, München-Harlaching.

Wenn man von den unpolitischen Köpfen absieht, die nur mit Leidenschaften und niederen Trieben in das Geschehen der Gegenwart eingreifen und die Diktatur der Handgranate und des Revolvers aufrichten wollen, so verbleibt unter den übrigen jetzt in der Oeffentlichkeit wirkenden Kräften noch ein großer Teil, der trotz guten Willens doch nicht zu tatkräftigem Schaffen für die soliden Grundlagen der nächsten Entwicklung: Ordnung, Arbeit, Brot kommt. Der Grund für diese Erfolglosigkeit trotz nervöser Geschäftigkeit liegt in der Hauptsache in dem Mißtrauen, das zwischen der Rechten und Linken bezüglich des ehrlichen Willens zum Neubau auf den real gegebenen Verhältnissen besteht.

Jeder besonnene Schritt, der dieses Mißtrauen beheben helfen und zu einem ehrlichen Vertrauensverhältnis mit hinführen kann, wird deshalb von allen wahren Freunden des Vaterlandes in der Stunde seiner größten Not dankbar begrüßt werden. Wohlüberlegte Schritte solcher Art hat die Bayerische Volkspartei in der letzten Zeit versucht. Ihre Führer und Ab-

geordneten sind nicht nur vor dem 21. Februar, sondern auch sofort nach diesem Unglückstag tätig gewesen, die Saat des Mißtrauens zu beseitigen oder doch sie nicht noch stärker sich entfalten zu lassen.

In diesem Sinne wurde an maßgebender Stelle darauf hingewirkt, daß bei der Untersuchung der Mordtat an Eisner mit strengster Gewissenhaftigkeit allen etwaigen Beziehungen des Täters zu anderen Personen, besonders zu dem für viele unserer Mitbürger jetzt bestehenden Schreckgespenst der „konterrevolutionären Reaktion" nachgegangen wird. Die staatsanwaltlichen ernsten Bemühungen haben die Haltlosigkeit jener Vermutung bewiesen.

Der Behebung des Mißtrauens dienten die ehrlichen, Verständigung suchenden Verhandlungen der Bayerischen Volkspartei mit allen übrigen politischen Parteien des Landtages, wobei hart an die Grenze dessen gegangen wurde, was grundsätzlich noch zugestanden werden kann zur Bewahrung des Vaterlandes vor dem Bürgerkrieg.

Aus diesem Grunde haben die Vertreter der Bayerischen Volkspartei beschlossen, unter gewissen Bedingungen der Bildung eines rein sozialistischen Ministeriums gemäß der im Rätekongreß am 8. März zustandegekommenen Vereinbarung zuzustimmen.

Dem gleichen Ziel ordnet sich die Erklärung unter, mit der sich am 3. März die Landtagsfraktion der Bayerischen Volkspartei offen auf den Boden der republikanischen Staatsverfassung stellt.

Vertrauen muß es erringen, daß wir eintreten für Beteiligung der Räte der schaffenden Stände nicht nur an der obersten gesetzgebenden Stelle in einer eigenen Kammer, wie das Dr. Heim vertreten hat, sondern auch in der Verwaltung der Gemeinden, Bezirke und Kreise.

Wenn man auf der Gegenseite diese Haltung der Bayerischen Volkspartei ebenso ehrlich würdigt, wie wir auf unserer Seite verstehen und leidenschaftslos anerkennen wollen, daß auch innerhalb der Linken der Mittelpunkt des Strebens ist, eine glückliche Zukunft des Vaterlandes aus dem Chaos zusammengebrochener Ideale aufzubauen, dann muß es gelingen, die Heimat vor neuen Bluttaten und dem rohen Krieg im Innern zu bewahren.

Dreißig Jahre Arbeitsräte in Belgien.

Von Dr. E. Ver Hees, Generalsekretär des flämischen Ministeriums für Industrie und soziale Arbeit in Brüssel.

Eine der Ursachen, warum Menschen, Gruppen oder Klassen und auch Völker einander feindlich gegenüberstehen, liegt anerkanntermaßen darin, daß sie wechselseitig nicht in die Denkungsart des andern eindringen können, daß sie keine rechte Fühlung haben, und daß sie daher für Meinungs- und Haltungsverschiedenheiten, welche sachliche Gründe haben, bedenkliche Triebfedern und Absichten annehmen und sich mißtrauisch dagegen zur Wehr stellen. So sahen auf dem Gebiete der industriellen Arbeit viele „Herren im Hause" nur Hetzereien, Empörungssucht, Trägheit und Neid, wo begründete Forderungen vorlagen. Anderseits leuchtete es vielen Arbeitern nicht ein, wie schwierig es oft war, Rohstoffe und Aufträge zu finden und überhaupt große Unternehmen zu leiten. Für kleine Staaten wie Belgien, zwischen Zollschutzmauern und Handelsmonopolen großer Mächte eingeklemmt, war die Lage besonders heikel.

In dem jetzigen Menschenalter hat überall die Arbeiterfrage und die Weltwirtschaft eine Wendung bekommen, welche die Notwendigkeit der Annäherung und der Verständigung mit jedem Tage erhöht. Sind wir nicht in Gefahr, in Europa und in Amerika, nicht nur die Versorgung der übrigen Weltteile mit Industrieerzeugnissen zu verlieren, sondern auch die eigenen Märkte und die Arbeitsgelegenheit und Brotgewinnung der weißen Menschen gegen die billige gelbe und schwarze Arbeit nicht genügend verteidigen zu können? Die Möglichkeit liegt nicht mehr so fern und wird durch unsere Entzweiungen und Verfehlungen erhöht, daß wir die Führung verlieren und daß die bisher steigende Kurve der Entwicklung unserer industriellen Bevölkerung sich wieder neigt. Schon 1910 wagte es Gerhard Hildebrand, ein Buch zu schreiben: „Die Erschütterung der Industrieherrschaft und des Industriesozialismus". „Was wird aus den Industriearbeitern"? war seine bange Frage. Es wird nicht genügen, die Bedingungen der Erzeugung und unsere Industrieeinrichtungen zu ändern, um die Lage zu retten. Gegenseitige Aufklärung und Hand in Handarbeiten ist notwendig zur Verteidigung wie zur Wiederaufrichtung.

Schon 1887 hatten das sehr verschiedene Kreise in Belgien eingesehen. Die katholische Regierung hatte schon Arbeiterausschüsse oder Betriebsräte im Schoße der großen Unternehmen oder kleiner Gruppen von Industrieanstalten vorgeschlagen. Der Führer der gemäßigt-liberalen Opposition, der ehemalige Ministerpräsident Frère-Orban, ging wesentlich soweit als der sozialistische Theoretiker Prof. Hector Denis: er wollte nicht nur Einigungsämter, Arbeitskammern, sondern eine Art kleiner industrieller Parlamente, wie offizielle belgische Veröffentlichungen schon vor langen Jahren die neuen Einrichtungen bezeichnen, mit dem Hauptziele, beide Parteien aufzuklären, bei Streitigkeiten versöhnend zu wirken und die gemeinsamen Interessen der Unternehmer und der Arbeiter zu studieren und zu vertreten. Die Regierung und die Mehrheitspartei der Rechten gingen auf diese Vorschläge ein; so entstand das Gesetz vom 16. August 1887 betreffend die Einrichtung von Industrie- und Arbeitsräten.

Die seit 1810 bestehenden paritätischen Gewerbegerichte beschränken ihre nur richterliche Tätigkeit auf die Lösung von Zwistigkeiten, welche zwischen einem einzelnen Unternehmer und einem einzelnen Arbeiter über Arbeitsbedingungen entstehen. Die neue Schöpfung, die Arbeitsräte, wie man sie kurz nennt, sind im Gegenteil Verwaltungskörper und üben eine wirtschaftliche und soziale Tätigkeit aus. Sie sind paritätische Arbeitskammern, Einigungsämter und Bezirksparlamente der Arbeit. Sie entstehen kraft des Gesetzes durch königliche Verordnung, auf direkte Veranlassung des zuständigen Ministers oder auf Antrag der Gemeinderäte, wie auch der Beteiligten, Unternehmer oder Arbeiter. Es bestehen etwa 78 Räte in Belgien: freilich führen einige ein so beschauliches Dasein, daß man nicht recht weiß, ob sie wohl leben. Die königliche Verordnung bestimmt den Bezirk eines jeden Rates und teilt ihn in so viele Abteilungen, als es in der Gegend unterschiedliche Industrien gibt, welche die Elemente umfassen, die zu einer ersprießlichen Vertretung nötig sind. Es gibt etwa 320 solcher Abteilungen, welche auch nicht alle sehr lebendig sind. Jede Abteilung besteht aus sechs bis zwölf Mitgliedern, wovon die Hälfte Unternehmer und die andere Hälfte Arbeiter sind. Jede Hälfte wird für drei Jahre gewählt, bei geheimer Wahl je durch

die Industriellen und die eingesessenen Arbeiter des Bezirkes. Jede Abteilung wählt unter ihren Mitgliedern einen Vorsitzenden und einen Schriftführer. Sie hält jährlich wenigstens eine Sitzung. Auf Antrag der Unternehmer- oder der Arbeitermitglieder können zu jeder Zeit außerordentliche Tagungen stattfinden. Leider sind einige Abteilungen unvollständig, weil keine Unternehmer sich in Verhandlungen mit den Arbeitern einlassen wollten, oder auch weil keine Arbeiter mit den Betriebsführern um einen Tisch zusammensitzen wollten. Diese beiderseitigen Unentwegten sind aber Ausnahmen.

Wenn ein Streik entsteht oder wahrscheinlich wird, dann veranlaßt der Gouverneur der Provinz, der Bürgermeister oder der Vorsitzende eine Tagung der zuständigen Abteilung, auch auf Antrag der Unternehmer oder der Arbeiter. Jede Abteilung arbeitet allein. Der König kann aber Plenarsitzungen aller Abteilungen eines Rates einberufen, sowie auch von Abteilungen verwandter Industriezweige verschiedener Bezirke bzw. verschiedener Räte, um über Fragen oder Entwürfe von allgemeiner Bedeutung für Industrie und Arbeit zu beraten. In diesen Fällen bekommen die Mitglieder eine tägliche Vergütung. Die Regierung kann einen Vertreter auf diese allgemeinen Versammlungen entsenden. Einigen sich die Mitglieder nicht, so werden zwei oder mehr Berichte der Tagung bzw. Denkschriften eingereicht.

Mehrfach hat die Regierung die Räte veranlaßt, ihre Meinung über Fragen von allgemeinem Belang zu äußern. So über den Schutz der arbeitenden Frauen und Kinder, die Fabrikordnungen, die Sonntagsruhe, die Entlohnung, die Messung der Arbeit, über gewisse gesundheitliche Maßnahmen (z. B. gegen den sog. Wurm der Bergleute), über Unterkunft von Saisonarbeitern, über Unfallverhütung und über die Einrichtung der Arbeitsräte selbst und ihre Entwicklung oder gesetzliche Regelung. Ferner über Handelsverträge, was ungemein bildungsfördernd für die Arbeiter ist, sowie über das Verhältnis von Löhnen und Nahrungsmitteln und über die Kosten des Haushaltes der Arbeiter; dies kann für andere Klassen lehrreich sein. Auch kamen zur Beratung die Unterstützungskassen, Versicherungsfragen und Anstalten, die Feststellung von Mindestlöhnen in den staatlichen und sonstigen öffentlichen Unternehmen, die Beschränkung der täglichen Arbeitszeit, die Vorkehrung gegen gesundheitsschädliche Zustände auf den Werkstätten, der Schutz der Erfindungen, des Gewerbeunterrichts usw. Bei diesen Gelegenheiten haben die Räte selbstverständlich indirekt eine gesetzgeberische Initiative ausgeübt bzw. angeregt.

Mehrere Gesetze geben den Arbeitsräten bestimmte Befugnisse wegen der Durchführung des Arbeiterschutzes. So sind sie berufen, in den Fragen des Frauen- und Kinderschutzes Berichte einzureichen, welche für die Ausarbeitung der Verordnungen in Erwägung genommen werden. Ebenso wegen Ausnahmen von der Gesetzgebung betreffend den Lohnschutz. Die Abteilungen der Räte wurden berufen, Musterverordnungen auszuarbeiten für jede Industrie, welche in ihrem Bezirke vertreten ist. Die zuständigen Abteilungen besitzen ein Vorschlagsrecht für die Besetzung der Stellen von Arbeitervertretern in der Aufsicht der Bergwerke. Sie sammeln das Gewohnheitsrecht des Arbeitsvertrages. Auch wurde ihre Mitarbeit benutzt zur Feststellung von Tatsachen und Zuständen, zur Ausarbeitung von Denkschriften und Material für Gesetzgebung und Verwaltung, ohne daß ein ausdrückliches Untersuchungs- oder Enqueterecht ihnen eingeräumt wurde.

Wie sonst in anderen Ländern die Einigungsämter und Arbeitskammern, leiden die belgischen Arbeitsräte daran, daß sie in Arbeitsstreitigkeiten ihre Vermittlung bzw. ihren Schiedsspruch nicht aufzwingen können. Die australischen Experimente der Zwangseinigung sind noch neu. Tatsächlich haben die belgischen Räte in Arbeitsstreitigkeiten manchmal zur Versöhnung beigetragen. Die vertretenen Parteien haben gelernt, den gegenseitigen Standpunkt richtiger einzuschätzen, und können in einem gewissen Maße, jede in ihren Kreisen, die Einseitigkeit der eigenen Auffassung gemildert haben. Parteigegensätze haben wohl auch, wie bei anderen wählbaren Körperschaften, eine Rolle gespielt. Der Geist der Anstalt hat sie dennoch nicht begünstigt. Wer daran teilnimmt, stellt sich von vornherein auf den Standpunkt, daß Andersdenkende nicht nur gehört werden müssen, sondern auch Sitz und Stimme haben dürfen. Selbstbeherrschung und Mäßigung kann oft aus dieser Einsicht entstehen.

Ein anerkannter Mangel der Einrichtung ist, daß sie nicht im ganzen Lande besteht. Die örtliche Begrenzung der Tätigkeit der Räte ist sehr verschieden. Einige erstrecken sich nur auf eine Stadt, andere auf einen ausgedehnten Bezirk, je nach den Umständen, welche zur Schaffung des betreffenden Rates führten. Diese Verschiedenheit hat auch zu Beschwerden Anlaß gegeben. Es machte sich das Bedürfnis geltend, eine Einrichtung ins Leben zu rufen, welche ihre Tätigkeit für das ganze Land zusammenfassen und neben der Verwaltung und dem Parlament eine Vertretung der industriellen Arbeit bilden könnte. Ein „höherer Industrie- und Handelsrat" bestand schon lange und wurde 1896 wiederbelebt: nebst einigen höheren Beamten sind seine Mitglieder Großindustrielle oder Kaufleute, wovon die große Mehrheit nach Wahl ihrer Berufsgenossen in diese Körperschaft entsandt wird. Es lag nahe, diesen Rat mit Arbeitervertretern zu ergänzen oder daneben einen Landesarbeitsrat zu schaffen, in den nur Arbeiter gewählt werden sollten. Man entschied sich durch die königliche Verordnung vom 7. April 1892 für eine neue, aber gemischte Körperschaft, zu der 16 Sozialpolitiker, 16 Industrielle und 16 Arbeiter ernannt wurden, neben ein paar höheren Beamten. Seit 1896 war ich im Nebenamte einer der Schriftführer dieses „höheren Arbeitsrats". „Das Ziel ist", schrieb der damals zuständige Minister im offiziellen Vortrag an den König, „den (örtlichen) Industrie- und Arbeitsräten ein Tätigkeitszentrum zu geben durch die Einrichtung eines ständigen Rats; er wird beauftragt, die Fragen vorzubereiten, welche den verschiedenen Arbeitsräten vorgelegt werden müssen, und der Regierung Vorschläge zu unterbreiten, welche ihre Wünsche zusammenfassen". Die überwiegende Mehrheit der Mitglieder dieses höheren Arbeitsrats wurde aus Mitgliedern der örtlichen Räte ernannt.

„Ernannt": als vorläufige Maßnahme und in Erwartung der Einrichtung eines Wahlverfahrens, das aber seit mehr als 25 Jahren unterblieben ist. Die Ernennungen wurden aber sorgfältig vorbereitet durch Unterhandlungen mit allen Parteien und Gruppen, so daß keine wirtschaftliche oder politische Richtung sich so zurückgesetzt fühlte, daß sie ihre Mitwirkung abgelehnt hat. Hervorragende Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens und der Politik wurden berufen, und die Aufmerksamkeit der Presse hat bewiesen, daß der Anstalt einige Bedeutung zugemessen wurde. Sie ist das Landesparlament der Arbeit, sie hat aber nicht gesetzgebende, sondern nur beratende Befugnis, wohl auch kraft verschiedener Gesetze einige bestimmte Verwaltungsrechte. Alle Arbeiterschutzvorlagen werden zuerst dem Landesarbeitsrat unterbreitet. Er hat keine bestimmte Initiative, kann aber, und gewöhnlich mit Erfolg, den Wunsch ausdrücken, daß eine Frage angeschnitten und ihm vorgelegt wird.

Die Vorentwürfe der Gesetze werden ihm durch den Arbeitsminister zur Behandlung eingereicht. Zuerst werden sie in Kommissionen beraten, in denen die verschiedenen Elemente und Richtungen des Rates immer vertreten sind. Eine eigentliche Vorlage wird ausgearbeitet mit Begründung und eventuell mit Gegenvorlage und Gegenbegründung vonseiten der Minorität. Im Plenum wird diese Arbeit geprüft, neue Vorschläge entstehen und eine zweite Kommissionsbehandlung wird oft erforderlich. Die fertigen Vorlagen werden mit den Plenarbesprechungen veröffentlicht: sie binden weder Regierung noch Parlament, haben aber doch einen großen Einfluß. Nur in der Frage der Arbeiterunfallversicherung ist man von den Vorschlägen des Rates sehr wesentlich abgewichen, leider genug.

Das Material, durch die örtlichen Räte, durch die Gewerbeaufsichtsbeamte und durch das Ministerium zusammengebracht, dient als Unterlage für die Verhandlungen. Ein direktes Untersuchungs- und Vernehmungsrecht besitzen in Belgien nur die Gerichte; nach der Verfassung können auch die Kammern nur durch ein besonderes Gesetz und zu einem beschränkten Zwecke eigene Enqueten veranstalten. Nur im Einverständnis mit den Unternehmern könnten industrielle Anlagen von den Mitgliedern des höheren Arbeitsrats besucht werden. Die Staatsverwaltung kann übrigens dem Rate schicklicherweise Nachrichten und Tatsachen nicht vorenthalten, welche sie kennt oder durch ihre Organe ausfindig machen kann.

Praktisch waren die Beziehungen, wie mit der Verwaltung, so auch mit den Kammern gut. Der Fall ist eingetreten, daß das Abgeordnetenhaus ausdrücklich die Meinung des Rates eingeholt hat. Durch verschiedene Gesetze hat das Parlament dem Rate bestimmte Befugnisse in der Durchführung der Sozialgesetzgebung eingeräumt. Nicht nur, daß keine Ausführungsverordnungen durch die Regierung erlassen werden, ohne dem Rate vorgelegt gewesen zu sein: ausdrücklich fordern die Gesetze,

daß die Meinung des Rats eingeholt wird, was auf eine eingehende Ausarbeitung der Bestimmungen durch seine Mitglieder hinauskommt. So § 2 des Gesetzes vom 2. Juli 1899 über Unfallverhütung und Gesundheit in den industriellen und Handelsunternehmungen: die örtlichen Räte bzw. ihre zuständigen Abteilungen und der höhere Arbeitsrat müssen gehört werden. Desgleichen § 8 des Gesetzes vom 10. August 1911 gegen die Nachtarbeit der Frauen; auch § 12 des Gesetzes vom 17. Juli 1905 über die Sonntagsruhe und § 17 des Gesetzes vom 31. Dez. 1909 über Arbeitsdauer in den Bergwerken. Die sozialen Gesetze erlauben bekanntlich der Verwaltung, in Deutschland dem Bundesrat, Ausnahmen in gewissen Grenzen zu gestatten. Diese Kleinarbeit kann selbstverständlich das Parlament nicht machen. Die örtlichen Räte und zusammenfassend der höhere Arbeitsrat verstehen es aber gut: sie sind eben zusammengestellt aus erfahrenen Sachverständigen und Vertretern aller in Frage kommenden Belange und bieten den Arbeitern und Industriellen die Gewähr, durch ihre Beauftragten zu Worte zu kommen und nach jeder Hinsicht aufklärend wirken zu können. Der Abbau dieser Ausnahmen, welche meistens als Uebergangsbestimmungen gedacht sind, verschafft den örtlichen Räten und dem höheren Arbeitsrate eine fast ununterbrochene anregende und fruchtbare Tätigkeit: so wird die Bahn für weitere soziale Verbesserungen freigemacht.

Auch wählt der höhere Arbeitsrat kraft gewisser Gesetze seine Vertreter in verschiedene Kommissionen von sozialer Bedeutung. Seine Verhandlungen wurden grundlegend für die Vorbereitung der Arbeitsstatistik und für die Einrichtung des Arbeitsamts, das 1895 zustande kam.

Wie man sieht, ist eine Arbeitsteilung zwischen Parlament, Verwaltung und Arbeitsräten eingetreten. Die Kammern vertreten das ganze Volk durch geheime, unmittelbare Wahlen und behalten die politische und formell gesetzgeberische Tätigkeit; die Verwaltung die Exekutive; die Räte sind die Organisation der öffentlichen Meinung, der Sachverständigen und der Interessierten; ihre gesetzlich verbürgten Rechte und ihr Einfluß können die Wirkung der Parteirücksichten und der Verwaltungsschablonen beschränken, Sachlichkeit, Detailkenntnis, Anregungen beibringen. Sie sind lebendige und tätige Gegengewichte gegen politische und bureaukratische Einseitigkeit. Sie bringen Leben in die Bude, wenn man will, in parlamentarische und bureaukratische Stagnation. Sie sind aber ein wertvolles Organ der Bildung für die Mitglieder selber und liefern diesen manche Gelegenheit, aufklärend auf ihre Umgebung, auf ihre Auftraggeber zu wirken. Kontradiktorische Besprechungen, Erfahrungen und Verantwortlichkeit zerstören eben Voreingenommenheit, dämpfen Leidenschaften und bringen Vernunft und praktischen Sinn bei.

Man hat oft und nicht ohne Recht über die soziale Rückständigkeit Belgiens Beschwerde geführt, wobei man bisweilen übersah, mit welchen Schwierigkeiten dieses Land auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet zu kämpfen hatte. „Belgische Experimente" und sogar kühne Griffe zeigen aber, daß dies Land auch anders kann. Unvollständigkeit in den Einrichtungen, allzu geringe Leistungen in den Wohltaten mancher gutgemeinter Gesetze, schlappe Durchführung derselben, zu breite Maschen, um aus ihren Netzen zu entschlüpfen, zu weitgehende Nachsicht der Verwaltungen und der Gerichte kann man ihm ja vorwerfen, kommen aber auch in anderen Staaten vor. Praktische Arbeit und dauernde Erfolge erfordern Geduld, Umsicht und Sinn für das Erreichbare. Bei allen Mängeln haben die belgischen Räte dies erzielt, daß auch diejenigen, welche anfangs mit dem größten Mißtrauen einander gegenüberstanden, doch weiter zusammengeblieben und zusammengearbeitet haben und sich bisweilen vertragen und persönlich näher gestanden haben. Auch wo Erfolge noch nicht viel bedeuten, können sie eine Grundlage bilden, worauf weitergebaut werden kann. Und angesichts der gegenwärtigen Strömungen in Deutschland möchte es nützlich sein, auf die belgische Einrichtung hinzuweisen.

Fr. W. Foersters Stellung zum Religionsunterricht in der Schule.

Von Geistl. Rat Prof. Dr. Hoffmann, München.

In der Zeit der Bedrängnis schaut man sich nach denjenigen um, die sich bisher als Freunde ausgegeben haben. So lag es nahe, daß bei dem Versuche des bayerischen Unterrichtsministeriums, nach und nach den Religionsunterricht aus den Schulen zu entfernen, die Augen der Gläubigen sich auf den eben politisch einflußreichen Münchener Pädagogen Fr. W. Foerster wandten. Dieser hat ja in seinen Schriften und öffentlichen Vorträgen so schön und überzeugend von der Macht und Unentbehrlichkeit der Religion in der Erziehung gesprochen, daß er gerade dadurch sich die Verehrung, ja Begeisterung vieler Katholiken gewann. Es erhoben sich in neuester Zeit Zweifel, ob die Liebe Foersters zur Religion nicht eine platonische sei. Darauf gibt er in der „Augsburger Postzeitung" Nr. 92 vom 1. März eine Erklärung. In dieser bekennt er sich zu seinen bisherigen Aussprüchen über die fundamentale Bedeutung der Religion in der Erziehung; indes bemerkt er auch:

„Ich habe stets hervorgehoben, daß bei dem neueren Abfall weiter Kreise vom Christentum die Frage der Erhaltung des Religionsunterrichtes in der Schule nicht lediglich von pädagogischen, sondern auch von politisch-staatsbürgerlichen Gesichtspunkten beurteilt werden müsse. Das heißt also, es muß die Frage gestellt werden: Was folgt aus der bürgerlichen Gleichberechtigung aller Weltanschauungen in einem demokratischen Gemeinwesen für die Stellungnahme der staatlichen Schulverwaltung zum staatlichen Religionsunterricht? Die Antwort kann wohl auf die Dauer kaum zugunsten der konfessionellen Staatsschule ausfallen. Ich bin gewiß für den christlichen Staat — aber nur, wenn der Staat der überwältigenden Mehrheit nach aus Christen besteht. Ich bin gewiß für die christliche Staatsschule — aber nur, wenn die Steuerzahler, die diese Schule unterhalten, zum weitaus größten Teil auf dem Boden des christlichen Bekenntnisses stehen."

Diese Antwort ist kühl, staatsmännisch. Doch, wäre die Bedingung nicht eigentlich gegeben, unter welcher Foerster für die christliche Staatsschule einzutreten bereit ist? Sicherlich stehen die Einwohner Bayerns „zum weitaus größten Teil auf dem Boden des christlichen Bekenntnisses", wenigstens nehmen sie nicht prinzipiell eine gegnerische Stellung ein. Der Beweis ist öffentlich erbracht; als nach ministerieller Verfügung die Zimmer des Religionsunterrichtes nach außen geöffnet wurden, hat selbst in München von je 1000 Zöglingen höherer Lehranstalten kaum einer dasselbe verlassen. Diese Tatsache dürfte Foerster zur endgültigen Bestimmung seines Urteils nicht übersehen. In seinem neuesten Buche „Politische Ethik und politische Erziehung" spricht er mit unüberbietbarer Wärme und Energie von dem Einflusse und der Notwendigkeit der Religion für die staatsbürgerliche Erziehung der Jugend und dementsprechend für den Bestand und das Wohl des Staatswesens. Nur wenige Sätze sollen dieses beleuchten:

„Diese Befestigung des persönlichen Gewissens gegenüber der heidnischen Allmacht des bloßen Staatswillens aber ist von jeher die größte Kulturleistung der christlichen Religion gewesen, ja, auch ihre größte Leistung für die tiefere sittliche Fundamentierung des Staates selber; die christliche Religion erst hat den Menschen zur unerschütterlichen Treue gegenüber seiner geistigen Bestimmung erzogen, ihn vom Staate unabhängig gemacht und gerade dadurch auch seine Charakterkraft für die Aufgaben und Gefahren des Staatslebens selber aufs höchste verstärkt und befestigt ... Erst aus „der religiösen Verklärung des Staates" werden die tiefsten Kräfte der Persönlichkeit für den Staat gewonnen, erst von da werden sie in ihrer eigensten Sprache angeredet, erst von da aus wird Individuum und Gemeinschaft zuverlässig verbunden. Und zugleich wird das Individuum dem Staate gegenüber auf einen festen Boden persönlichster Lebensbestimmung gestellt" (S. 523 f).

Wenn nach Foerster die Verdrängung des Religionsunterrichtes aus den öffentlichen Schulen zu deren sittlich-religiöser Verarmung führt, wenn die christliche Religion das unersetzliche Mittel der Charakter- und Persönlichkeitsbildung ist und wenn ferner die christliche Religion einzig die Erziehung verlässiger und idealer Staatsbürger gewährleistet, dann ist der leichte Sinn, mit dem der nunmehrige Staatsmann Foerster den Religionsunterricht fallen läßt, nicht gut zu begreifen. Man hätte wohl erwarten dürfen, daß er sich mit einem feuerigen Appell an das öffentliche Gewissen wende und auf die Massen aufklärend wirke. Er bräuchte keineswegs der Anwendung von Zwang das Wort zu reden, obgleich in einer

so wichtigen Sache das commune bonum dem commune singulare vorgezogen werden dürfte. Der Umstand, daß nicht alle Steuerzahler auf dem Boden der christlichen Weltanschauung stehen, genügt Foerster, die christliche Staatsschule, dieses nach seiner eigenen Einschätzung für den Einzelmenschen und die Gemeinschaft so hohe Gut preiszugeben. Dafür empfiehlt er nun völlige Unterrichtsfreiheit und erklärt sich gegen das „pädagogisch durchaus kurzsichtige Monopol der Staatsschule"; denn „die bloße Entchristlichung der Staatsschule ohne Gewährung der Unterrichtsfreiheit im amerikanischen Sinne würde von der Kirche jedenfalls mit Recht als Vergewaltigung und Verkümmerung religiösen Lebens empfunden werden". Auch die begeistertsten katholischen Anhänger Foersters werden nach den Erfahrungen, die sie machen mußten, kaum mehr mit Vertrauen erwarten, daß er im Ernstfalle mit Energie für diese Forderung eintreten würde; jedenfalls müßten sie zweifeln, ob er nach seiner bisherigen Stellungnahme noch imstande wäre, dem rollenden Rade in die Speichen zu fallen.

Der Zwiespalt, der in der Frage des positiven Religionsunterrichts in der Schule zwischen dem Theoretiker Foerster und dem Praktiker Foerster zu bestehen scheint, löst sich nicht unschwer für denjenigen, welcher die Entwicklung und die religionsphilosophischen Grundsätze dieses Mannes genauer beobachtet. Schon längst haben Tieferschauende auf diesen Widerspruch hingewiesen. Von Bossuet, dem Verfasser der gallikanischen Artikel, wurde ehedem gesagt, er habe dem Papste den Fuß geküßt und während dessen ihm die Hände gefesselt. Dieses Wort dürfte auch auf Foerster in seinem Verhalten zum Religionsunterrichte Anwendung finden. Er hat für diesen die höchsten Lobsprüche und zugleich tritt er für seine Entfernung aus den Staatsschulen ein. In seiner bereits erwähnten Zuschrift an die „Augsburger Postzeitung" gibt Foerster staatsbürgerliche Rücksichten an. Es liegt uns ferne, sein Wort im geringsten anzweifeln zu wollen, indes dürfte es sicher sein, daß diese nicht allein sein Verhalten bestimmen; es hat gewiß nicht weniger die Auswirkung seiner Weltanschauung einen hervorragenden Einfluß.

In einer Reihe von Artikeln im „Pharus", die als Sonderausgabe erschienen sind unter den Titeln „Foersters Religionsphilosophie und der Katholizismus" und „Foersters Stellung zum Christentum", Donauwörth hat Domdekan Kiefl der Stellung Foersters zum Christentum und zur katholischen Kirche eine umfassende und überzeugende Behandlung gewidmet. Sie rückte die auch sonst nicht zweifelhafte Tatsache ins hellste Licht, daß Foerster der positiven Religion gegenüber sich völlig ablehnend verhält. Wohl verwendet er die Ausdrücke, die für deren Dogmen und Einrichtungen im Gebrauche sind, doch er verbindet damit zumeist einen anderen Sinn. Insbesondere antwortet er auf die Frage des Herrn: „Für wen haltet ihr den Menschensohn?" nicht mit den Worten des heiligen Petrus: „Du bist Christus, der Sohn des lebendigen Gottes!" Kurz können wir sagen: Für Foerster ist die Religion ein Produkt, das selbst in ihren höchsten Gestaltungen aus den sittlichen Erlebnissen und Bedürfnissen des Menschen entstanden ist. Davon nimmt er auch die christliche Religion nicht aus. Intuition und Inspiration spielen bei ihm eine wichtige Rolle. Die religiöse Erkenntnis wird gewonnen durch ein inneres Schauen der inneren Tatsachen des Lebens; die Religion geht somit über das Wesen des Menschen nicht hinaus. Diese Intuition der Seele bedarf zur Motivierung des Handelns, das ist zur Verwirklichung der geschauten Lebenswahrheiten, der Inspiration. Letztere besteht in der Einwirkung aus den tiefsten Erlebnissen ganz hervorragender Geister der Menschen.

Für den Pädagogen Foerster ist naturgemäß die Ethik der Zentralpunkt, dem er seine Aufmerksamkeit zuwendet. Er hält sich hier von einer materialistischen Auffassung fern, will vielmehr die Moral geistig orientieren und mit unvergänglichen Wahrheiten verbinden. Da er aber keine metaphysischen Tatsachen kennt, so gewinnt er diese Orientierung nicht aus der geoffenbarten Religion, sondern aus religiösen Gefühlen, die im Urgrunde der Seele erzeugt und auf die innerste Erfahrung großer Persönlichkeiten aufgebaut sind. Es ist darum bei Foerster die Ethik nicht religiös im herkömmlichen Sinne begründet; immer wieder betont er, es sei diese nicht aus der Religion hervorgegangen, vielmehr stelle sich die Religion als ein Geschenk des unabhängigen ethischen Bewußtseins der Menschen dar. Dieses habe erst den Himmel mit seinem Herrscher geschaffen und ihm sein charakteristisches Wesen verliehen. „Es liegt im höchsten Interesse der Gesellschaft, daß man die Mächte des Gewissens nicht auf die Religion zurückführt, sondern sie vielmehr als selbständige höhere Instanz den religiösen Vorstellungen überordnet" („Ethische Kultur", 5, S. 150) Anderseits führt dann Foerster auch wieder aus, daß eine wissenschaftliche Laienmoral ohne religiöse Sanktion eine lebensfremde Illusion sei; er ist der Anschauung, daß weder nach den Prinzipien Kants, noch Spinozas, noch Paulsens, noch vom modernen biologischen oder soziologischen Standpunkt aus eine unabhängige Sittlichkeit konstruiert werden könne.

Seine Forderung und sein Bestreben gehen dahin, die positive Religion möglichst von der Schule fernzuhalten. Diesem Zwecke hat er unentwegt seine Tätigkeit gewidmet, angefangen von seinen Arbeiten als Generalsekretär der „Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur" bis zu seinem Auftreten als Berater der revolutionären Regierung. Verdrängung der Kirche aus Schule und Staat ist ein Ziel seiner Tätigkeit. Dem blieb Foerster auch treu in den neuesten seiner Werke, so in der letzten Auflage seiner Jugendlehre. Darum sein fortgesetzter Ruf: Heraus mit der Religion aus der Schule! Anfänglich hatte der offizielle französische Moralunterricht auch ein Kapitel „Pflichten gegen Gott". Damit war Foerster unzufrieden und tadelte es, daß diese neue Ethik Gott und die Unsterblichkeit aus der alten Weltanschauung herübernähme. Die einzige Veränderung, die wir in dieser Sache bei Foerster finden, liegt darin, daß er anfangs in der „Zeitschrift für ethische Kultur" schroff auftrat, später jedoch entgegenkommender und konzilianter wurde. Er folgte hierbei den von amerikanischen Religionspsychologen anerkannten Grundsätzen: Toleranz gegen die kirchliche Tradition bis zum äußersten und Vorsicht mit der Aufstellung des neuen Programms, welches die kirchliche Seelsorge ersetzen sollte, bis aus den tausendjährigen Traditionen der Kirche, welcher die tiefsten und reichsten Geister ihrer Zeit angehört hätten, die allgemein menschlichen Bedürfnisse ausgeschält und losgelöst von den konfessionellen Formen und namentlich den Hüllen der Jenseitsvorstellungen in das neue Kulturprogramm herübergenommen seien. In diesem Geiste sagt auch Foerster in der Zuschrift an die „Augsb. Postztg.": „Natürlich sollte bei jedem Versuch der Trennung von Staat und Kirche sehr schonend und langsam und im engsten Zusammenwirken mit der ehrwürdigen Institution vorgegangen werden, welche die Trägerin der bisherigen Formen der Schulseelsorge gewesen ist — —".

Foerster hat in den Kreisen katholischer Pädagogen, bei Praktikern und Theoretikern, höchste Anerkennung gefunden, seine Vorträge haben regelmäßig Begeisterung ausgelöst. Fernerstehende möchten sich wohl hierüber wundern. Das Rätsel enthüllt sich indes nicht allzuschwer. Foerster spricht faszinierend von der Schönheit und der Unentbehrlichkeit der Religion, d. h. der positiven, namentlich katholischen, für die Erziehung. Dabei ist er ein gottbegnadeter praktischer Pädagog; er besitzt tiefe Kenntnis des jugendlichen Herzens, hat eine ausnehmend umfassende Bekanntschaft mit den psychologischen und pädagogischen Arbeiten und Erfahrungen alter und neuer Zeit. Dabei versteht er es, sich in alle Regungen und Empfindungen der Seele einzufühlen und sie für das Gute zu gewinnen und zu begeistern. Demgegenüber scheint die traditionelle kirchliche Katechese, die sich von außen mit einem gegebenen Lehrgute an den Menschen wendet, als trocken, wenig anregend und den modernen Verhältnissen nicht mehr genügend. So hat die große Mehrzahl der katholischen Anhänger Foersters in ihrer Sympathie und in der Hoffnung auf den verheißenen Nutzen dessen prinzipielle Haltung nicht beachtet oder hat nachsichtig darüber hinweggesehen, weil er ja „noch nicht" der Kirche angehörte. Nur solche Männer, die Foersters Pädagogik als System sich zurechtlegten — dieser selbst hat es bis zur Stunde nicht ausgebaut —, wiesen hin auf die Widersprüche zwischen der Anerkennung der christlichen Religion als höchster erzieherischer Macht und auf das Bestreben, sie aus der Erziehung zu verdrängen, ebenso auf die Gefahr, die in einer ausschließlich natürlichen Fundamentierung der christlichen Moral besteht, auch dann, wenn später gleichwie ein höheres Stockwerk die Beziehung zu dem Uebernatürlichen hinzugefügt werde.

In seiner Erklärung in der „Augsburger Postzeitung" hat Foerster seinen christlichen Freunden, die von ihm ein Eintreten für die positive religiöse Erziehung der Jugend in den öffentlichen Schulen erwarteten, den Abschiedsbrief geschickt.

Wo ich daheim ....

Wo ich daheim sei? hast du mich gefragt.
Da, wo auf stein'ger Höh' der Felsen ragt,
Der starre, graue Fels, vom Sturm umbraust,
Wo fern auf schroffem Pfad der Geier haust;
Wo überm Abgrund stumm die Wildnis sinnt,
Aus wirren Nebeln düst're Schleier spinnt;
Wo wilde Wetter toben um den Grat,
Zu dem kein Weg hinauf, hinab kein Pfad;
Wo nie der Lenz, nie frohes Leben grüsst, —
Da steht mein Heim — mich hat der Schmerz geküsst!

Im Maien war's; am sonnbeglänzten Hang,
Ein leuchtend Blühen zog das Tal entlang,
Ein jauchzend Werden ging durch die Natur;
Im Herzen Wonne, wie in Hain und Flur. —
Das war die Stunde, da der Schmerz mich fand
Und mich für immer an sein Heim gebannt.
Hier wohn' ich einsam nun und weltenweit,
Tief unten rauscht und wogt der Strom der Zeit;
Und singt die Freude, — wenn ein Echo grüsst,
Verhallt es fern — mich hat der Schmerz geküsst!

M. Benedicta von Spiegel O. S. B.

Vergesellschaftung der Produktionsmittel.

Von Dr. F. Habersbrunner, Berlin.

Das Privateigentum hat sich auch in Deutschland erst unter dem Druck der Bevölkerungszunahme und Konzentration und der Verfeinerung unserer Lebensbedürfnisse aus dem Gemeineigentum entwickelt. Reste der früheren Gemeinwirtschaft ragen z. B. noch in gemeinsamen Nutzungsrechten an Wald und Weide (Allmende) in unsere Zeit herein, und die noch herrschende Gemengelage des Ackerbodens ist Zeugnis der früheren Verhältnisse.

Auch in unseren Tagen haben Staat und Gemeinde die verschiedensten wirtschaftlichen Unternehmungen inne, so daß eine hinreichende Grundlage für die Vergleichung ihrer Wirtschaft mit der privatkapitalistischen gegeben ist. Der Staat und die Gemeinde haben sich insbesondere solchen Unternehmungen zugewandt, an deren Betätigung die Gesamtheit ihrer Bevölkerung ein ziemlich einheitliches Interesse nimmt. Es sei an Post und Telegraph, Eisenbahn, Gasanstalten, Wasserleitungen, Straßenbahnen usw. erinnert. All diese Unternehmungen können wir uns mehr oder weniger in Händen des Privatkapitals gar nicht mehr vorstellen. Der Staat hat sich schließlich zu Zwecken der Erziehung und der Einflußnahme auf Qualität und Preisstellung in Konkurrenz mit dem Privatkapital der Bewirtschaftung von Mustergütern, Brauereien, Theatern usw. und dem Bergbau gewidmet. Die Befruchtung war hier vielfach gegenseitig. Im übrigen hat der Staat das Betätigungsfeld des Privatkapitals nicht weiter beschnitten und sich insbesondere von allen Unternehmungen ferngehalten, welche infolge schwieriger Absatzverhältnisse einer komplizierten kaufmännischen Organisation bedürfen, abgesehen etwa vom Bankwesen.

Das Charakteristische des privatkapitalistischen Unternehmens ist die Hochhaltung des Prinzips der Wirtschaftlichkeit, d. i. des Bestrebens, mit denkbar geringstem Mittelaufwand den denkbar größten Erfolg herbeizuführen. Bestimmend hierfür ist der rein individuelle Trieb des wirtschaftlichen Selbstinteresses. Das Prinzip ist natürlich Modifikationen zugänglich. Zweckmäßig wird es daher auf die Formel gebracht: Erzielung der denkbar günstigsten Beziehung zwischen aufgewandten Mitteln und angestrebtem Erfolg. Natürlich kann Staat oder Gemeinde über mehr Mittel verfügen als der privatkapitalistische Unternehmer, aber ihnen fehlt umgekehrt der individuelle Trieb des wirtschaftlichen Selbstinteresses. Dem bewährten privatkapitalistischen Unternehmer steht übrigens gerne Kredit zur Verfügung. Staat und Gemeinde sind im Gegensatz zum privatkapitalistischen Unternehmer, der fast durchweg über Fachkenntnisse gebietet, auf das Sachverständnis und das Pflichtgefühl ihrer leitenden Beamten angewiesen. Es liegt im Wesen des Beamten begründet, daß ihm um der schuldigen Rücksicht auf Bureaukratismus und Parlamentarismus die Ursprünglichkeit, Freiheit und Selbständigkeit der Entschließung fehlt oder wenigstens beschränkt ist. Er ist nicht sich, sondern einem oft des Sachverständnisses entratenden Dritten verantwortlich. Der privatkapitalistische Unternehmer, fast durchwegs Spezialist, mag um des in seinem Unternehmen investierten Kapitals willen einmal die Modernisierung seines Betriebes hinausziehen, in der Mehrzahl der Fälle ist gerade er der Erfinder von Neuerungen und Verbesserungen, und sein Sachverständnis bürgt mehr dafür, daß Fehlanschaffungen vermieden werden. Der mächtigste Antrieb für eine gesunde Wirtschaftsführung und der wirksamste Regulator gegen Selbstsucht ist aber die Konkurrenz, die bei der Vergesellschaftung in Fortfall käme.

So ist in Uebereinstimmung mit der Erfahrung zu folgern, daß der Staat als wirtschaftlicher Unternehmer weniger rationell arbeitet, als der privatkapitalistische Unternehmer. Unter einer allgemeinen Vergesellschaftung würden also das Nationaleinkommen und Vermögen Schaden nehmen und hierunter die breiten Arbeiterschichten als die größten Verbraucher in erster Linie leiden, zumal wenn der Feind mangels Zahlung auch auf die deutsche Arbeitskraft seine Hand legt. Diese Vergesellschaftung wäre gleichbedeutend mit Verknöcherung der Wirtschaft und Rückgang der Produktion. Wir brauchen aber zur Abtragung unserer Schuld Fortschritt und Mehrproduktion.

Die wirtschaftliche Unternehmung erschöpft sich aber nicht in der Erzeugung von Gütern, sondern hat auch noch deren Verteilung zur Aufgabe. Es gilt, Absatz zu sichern. Die Sozialisierungskommission hat mit vollem Rechte alle exportierenden Industrien für untauglich zur Vergesellschaftung erklärt. Der Staat wäre dem Absatz seiner Produkte ins Ausland nicht gewachsen, diese würden überdies vielfach boykottiert oder bemängelt, und es würde wohl einen schlechten Ersatz bilden, wenn der Feind, um sich bezahlt zu machen, auf unsere Ausfuhrgüter Beschlag legte und sich ihren Vertrieb angelegen sein ließe. Der Staat wäre auch nicht in der Lage, das Fabrikationsgeheimnis zu wahren. Aber auch der Inlandsabsatz würde sich notwendig verringern, denn er müßte sich unter dem Ausfall des Exportes und wegen der teueren staatlichen Produktion verteuern. Da aber die Vergesellschaftung überdies im Interesse der arbeitenden Klasse verlangt wird, um ihr den Mehrwert ihrer Arbeit zuzuführen, müßte sich der Staat für den Produktionsausfall und für den verminderten Produktionsgewinn am Verkaufspreis schadlos halten, dies um so mehr, als seine ergiebigste und ausbaufähigste Steuerquelle versiegen würde. Hierunter würde die größte Verbraucherklasse, die der Arbeiter, am schwersten leiden.

Es liegt aber auch in der Natur der Sache, daß der rationellere Betrieb die höheren Löhne zahlen kann und zahlt. Entgegen dem angestrebten Zweck würde also die Vergesellschaftung nicht zu einer Erhöhung, sondern mindestens zu einer relativen Ermäßigung der Lohnrate führen. Die heutigen Arbeiterforderungen kann sicher der Staat als Eigentümer der vergesellschafteten Produktionsmittel so wenig und noch weniger als der privatkapitalistische Unternehmer bestreiten, weil sie nur im Falle einer gewaltigen, Konsum und Produktion hemmenden Ueberteuerung der Verkaufspreise herausgewirtschaftet werden könnten, im übrigen aber aus Reserven bestritten werden müssen, über die der verarmte Staat überhaupt nicht, die privatkapitalistischen Unternehmungen freilich auch nur noch kurze Zeit verfügen.

Die Forderung nach Vergesellschaftung der „hierfür besonders reifen“ Produktionsmittel wird im Namen des Sozialismus, d. i. der politischen und wirtschaftlichen Gleichheit aller Volksgenossen erhoben. Dies gestatte, auf die Marx'sche Lehre von der Vergesellschaftung zurückzugreifen.

Nach Marx führt die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse naturnotwendig und automatisch zur Vergesellschaftung, so daß es eines konstitutiven Eingreifens nicht bedarf, sondern lediglich eines deklaratorischen Aktes. Der Zeitpunkt hierfür ist gekommen, wenn mit der Akkumulation des Reichtums in immer weniger Händen die Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Bestialisierung und moralischer Degradation und mit der Konstituierung des Proletariats als der den Staat beherrschenden Klasse die Unfähigkeit der wenigen Großkapitalisten zur Leitung ihrer Riesenbetriebe und damit ihre Entbehrlichkeit zusammentrifft. Wenn demnächst Elend, Arbeitsqual und Sklaverei ihren Einzug halten, ist das keine Folge der Akkumulation des Reichtums in wenigen Händen, sondern unserer Niederlage und der Zerstörung unseres Wirtschaftslebens durch deren Folgeerscheinungen und durch die überspannten Arbeiterforderungen der Gegenwart. Das Bekenntnis zur Unwissenheit,

Bestialisierung und moralischen Degradation ist ebenfalls noch nicht abgelegt worden. Von der Akkumulation des Reichtums in wenigen Händen wird aber angesichts der bevorstehenden großen Vermögensabgabe nicht viel mehr übrig bleiben. Und der ins Riesenhafte gestiegene Steuerbedarf des Reiches läßt die eingesessene, über Sachkenntnis, Tatkraft und Unternehmungsgeist verfügende Unternehmerklasse so wenig überflüssig erscheinen, wie der der jüngsten Vergangenheit angehörende erfolgreiche Wettbewerb Deutschlands auf dem Weltmarkt gegenüber Ländern mit reicheren eigenen Rohstoffen und niedrigerem Stand der Lebensführung ihrer Arbeiter und demgemäß billigeren Gestehungskosten die Unfähigkeit der deutschen privatkapitalistischen Unternehmerschaft irgendeiner Industrie erweist.

Von allen Voraussetzungen eines Marx bleibt also nur die Tatsache bestehen, daß das Proletariat am 9. November die Herrschaft an sich gerissen hat. Diese Tatsache ist inzwischen durch die Wahlen zur Nationalversammlung zu reichlich 50 Prozent entwertet worden.

Marx hat sein Werk über das Kapital nicht etwa nur für Deutschland geschrieben. Seine Theorie muß, wenn überhaupt richtig, internationale Geltung haben. Warum läßt man nicht Amerika mit seinen Riesenbetrieben den Vortritt, warum greift man Deutschland heraus und wählt als Zeitpunkt die Verarmung Deutschlands? Der utopistische Sozialismus eines Thomas Morus und seiner Nachfolger schafft sich ein ideales Operationsfeld, eine Insel, die alles birgt, was die Bewohner benötigen, so daß noch den Armen des Auslandes etwas zugewandt werden kann und Export stattfindet, aus dessen Erträgnissen im Kriegsfall ein Söldnerheer angeworben und unterhalten werden kann. Im Gegensatz hierzu kann Deutschland nur etwa die Hälfte seiner Bewohner aus eigenen Bodenerzeugnissen ernähren, den Rest des Nahrungsgutes muß es aus dem Auslande beziehen und mit seinen Industrieerzeugnissen bezahlen, zu deren Herstellung es selbst wieder die Rohstoffe vielfach aus dem Auslande heranholen muß.

Aber nach Marx löst auch die Verstaatlichung noch nicht den Konflikt. Sie beseitigt ja nicht den Kapitalismus, sondern treibt ihn erst auf die Spitze. Erst die Beseitigung des Staates als Staat schafft die durch ihn vorbereitete Vergesellschaftung der Betriebsmittel und erfüllt damit das Drängen der Produktivkräfte nach ihrer Erlösung von ihrer Eigenschaft als Kapital und nach tatsächlicher Anerkennung ihres Charakters als gesellschaftlicher Produktionskräfte. Wir verzichten darauf, den Flug in das Reich des potenzierten Sozialismus mitzumachen, kehren vielmehr zu greifbaren realen Erscheinungen zurück. Die deutsche Industrie wird in der Zukunft mit fremdem Kapital arbeiten müssen. Sie wird dank der anerkannten Tüchtigkeit ihrer Leiter den notwendigen Kredit finden können, das verschuldete Deutschland würde ihn um so weniger finden, wenn es seine besten Werte um eines Experimentes willen vernichtet hätte.

Will man auch nur einzelne besonders reife Betriebe herausgreifen, sie sind der Natur der Sache nach die wertvollsten Bestände des deutschen Nationalvermögens. Die Theorie eines Marx kennt keine Teilreife. Anderseits treiben die für eine Vergesellschaftung als am meisten reif erklärten Bergwerksunternehmen einen sehr erheblichen Export, für den der Staat sich selbst nicht für geeigenschaftet erachtet. Was soll aber das deutsche Bürgertum dazu sagen, wenn der Staat ihm nur die schwieriger zu führenden Geschäfte überläßt, die einfacheren sich aber selbst zu übernehmen getraut. Eine Hebung der Staatsautorität kann hieraus nicht erblühen.

Hinter der Forderung des Sozialismus nach Vergesellschaftung der Produktionsmittel stehen über 13 Millionen Deutsche. Nahezu die Hälfte des wahlfähigen deutschen Volkes hat sich ja am 19. Januar gelegentlich der Wahl zur Nationalversammlung für den Sozialismus und damit auch für seine Forderungen erklärt. Oder sind sich vielleicht manche Protestlustige dieser Konsequenz nicht bewußt gewesen? Hält vielleicht selbst die sozialdemokratische Mehrheitspartei die Forderung nach der Vergesellschaftung der Produktionsmittel für verfrüht, weil sie nur mit einer gewissen Scheu und Zaghaftigkeit an sie herangeht, wie aus ihrer Beschränkung auf die „hierfür besonders reifen" Betriebe zutage tritt?

Wir halten im Gegensatz hierzu die Forderung für veraltet, durch die Geschehnisse überholt. Die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse hat nicht den von Marx vorausgesagten Gang genommen, insoweit sie aber Ansätze hierzu zeigte, sind diese durch den unglücklichen Ausgang des Krieges mit der Wurzel ausgemerzt worden. Das deutsche Volk hat die wirtschaftliche Gleichstellung der Volksgenossen durch die am 9. November durch Auflösung unserer Heeresmacht vorgenommene Liquidierung des Krieges nahezu restlos verwirklicht, alle Volksgenossen sind heute nahezu gleich — arm. Soweit noch eine Verschiedenheit besteht, wird sie durch die Tatsache ausgeglichen, daß alle Volksgenossen für die Riesenschuld Deutschlands solidarisch haftbar sind. Bei einer Liquidation des deutschen Volksvermögens würden voraussichtlich selbst die bevorrechteten, weil unter dem Schutze der Waffengewalt der Entente stehenden Forderungen unserer Feinde teilweise ausfallen, da hat es keinen Zweck mehr, die Forderung der deutschen Arbeiter auf den Mehrwert ihrer Arbeit anzumelden und zu prüfen. Die deutsche Unternehmerklasse hat durch ihre erfolgreiche Wirtschaftsführung selbst den Neid der geschäftstüchtigsten Nationen erweckt, sie allein kann die Hoffnung in uns aufkommen lassen, es werde ihr vielleicht gelingen, trotz der Ungunst der Verhältnisse bei äußerster Sparsamkeit und höchster Kraftanspannung aller Volksgenossen unsere Wirtschaft rentabel zu erhalten. Den Unternehmergewinn wird der Staat zur Genüge beschneiden, nicht zugunsten der Arbeiter, sondern zugunsten unserer Feinde. So sieht in Wahrheit die Vergesellschaftung der Betriebe aus. Der Staat wird der Nutznießer aller Erträge, um sie zur Entschuldung Deutschlands größtenteils an die Feinde abzuführen, welche die soziale Revolution vom 9. November zu vollen Siegern gestempelt hat.

Zweifellos müssen und werden auch staatliche Eingriffe in die Freiheit der Wirtschaftsführung erfolgen und in das Reichswirtschaftsamt sind bereits Männer eingezogen, deren Name ein Programm bedeutet.

Die Reichsregierung hat nun der Nationalversammlung bereits die Entwürfe eines Sozialisierungsgesetzes und eines Gesetzes über die Regelung der Kohlenwirtschaft vorgelegt. Nach dem ersteren ist es Sache der Reichsgesetzgebung, für die Vergesellschaftung geeignete wirtschaftliche Unternehmungen, insbesondere die Gewinnung von Bodenschätzen und die Ausnutzung von Naturkräften in die Gemeinwirtschaft zu überführen, sowie die Herstellung und Verteilung wirtschaftlicher Güter für die Gemeinwirtschaft zugunsten des Reiches, der Gliedstaaten, Gemeinden oder Gemeindeverbände zu regeln. Die Aufgaben der durch Reichsgesetz geregelten Gemeinwirtschaft werden wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern übertragen. Zunächst soll ungesäumt die Ausnutzung von Brennstoffen, Wasserkräften und sonstigen natürlichen Energiequellen und von der aus ihnen stammenden Energie (Energiewirtschaft) nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten geregelt werden; für das Teilgebiet der Kohlenwirtschaft erfolgt die Regelung durch das zweitgenannte Gesetz. Das Kohlensyndikat soll vom Reich übernommen werden und durch dieses die Regelung der Kohlenpreise erfolgen. Die einzelnen Bergreviere werden zu Kohlenbezirksverbänden und diese zu einem Gesamtverband vereinigt. Die leitenden Befugnisse werden einem paritätisch aus Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Regierungsvertretern zusammengesetzten Reichskohlenrat übertragen. Die erste Lesung der Entwürfe offenbarte die Bereitwilligkeit der Mehrheit der Nationalversammlung, den in den Vorlagen zum Ausdruck kommenden Gedanken einer Neuordnung unseres Wirtschaftslebens nach sozialen Gesichtspunkten auf die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit seiner Verwirklichung zu prüfen und zu fördern.

Theater und Revolution.

Von W. Thamerus.

Im verflossenen bayerischen provisorischen Nationalrat wurde einmal über das Theater und die anderen Künste geredet. „Die Tatsache, daß zum ersten Male in einem deutschen Parlament über Kunst und Künstler gesprochen wurde, sei ein Ehrenzeugnis für diese Nationalversammlung", sagte Kurt Eisner. Zum ersten Male? Nun so rückständig waren die Parlamente des Obrigkeitsstaates denn doch nicht, daß sie, wenn auch nicht oft, so doch zuweilen über Kunst sprachen. Es gab sogar erste Kammern, in denen Künstler von Bedeutung saßen, und oft kam sogar mehr heraus als ein angeregtes Plauderstündchen. Wir waren sogar im Reichstage nahe an einem Theatergesetz, als der Krieg ausbrach. Der Antrag Florath und Genossen (Unabh. Soz.) in besagtem Nationalrat betraf die Sicherung der Lage aller künstlerischen Berufe. Daß ein solcher Antrag nicht zum ersten Male kam, soll natürlich seinen Wert nicht herabsetzen. Er forderte die Verstaatlichung und Verstadtlichung der Theater, was ohne viel Kosten geschehen könne. Ueber diese Forderung besteht eine sehr

stattliche Literatur, nur daß dies keine sonderlichen Kosten verursache, das ist uns neu gewesen, und wenn man zusammenstellt, was die Höfe und großen Städte für ihre Bühnen ausgegeben haben, kommt man zu einer ganz anderen Meinung. Auch aus dem, was Kurt Eisner zu diesem Thema äußerte, hat man nicht so recht einen Weg ersehen, der irgendwie zur Besserung führen könnte. Er meinte, die Kunst müsse in ganz anderem Maße von den Organen der öffentlichen Meinung unterstützt und gefördert werden. Die Griechen hätten das Theater als Gottesdienst aufgefaßt. Zu einem solchen Theater gehörte, daß es vom Kapitalismus befreit und eine Kunstgemeinde werde mit Befähigungsnachweis statt des Steuerzettels. Mit der Sozialisierung durch Staat und Stadt würde das Theater seinen Charakter als Stätte der gegenseitigen Schaulust, als Vergnügungsinstitut verlieren. Die Konkurrenz der Privattheater soll noch einstweilen bestehen. Aber sie sollen nicht nach kapitalistischen, sondern künstlerischen Gesichtspunkten geführt werden; das könne durch die Konzessionserteilung angestrebt werden. Die Losung werde dann lauten: Durch Schönheit zur Freiheit. Heute laute sie: Durch Freiheit zur Schönheit.

Nun das klang ja soweit ganz poetisch. Im übrigen erfuhren wir, daß bis zur Regelung des Theaterwesens durch Reichsgesetz dieses in Bayern auf dem Verordnungswege geordnet werden solle. Hierüber hätte man gerne etwas positives gehört; nun wir können ja warten. Vorgeschlagen wurde vom Interpellanten, der Schauspielerberuf müsse vom Befähigungsnachweis abhängig gemacht werden, das Agententum sei abzuschaffen und eine Hochschule für Schauspieler zu gründen. Von diesen Vorschlägen hielt Eisner mit Recht nicht viel. Man hat es ja schon oft versucht, das Agentenwesen zu beschneiden und ist dabei stets gerade bei dem Künstler auf Widerstand gestoßen, der in dem Agenten seinen Helfer sieht, der dem meist Geschäftsunkundigen zur Seite steht. Auch die Bühnen sind meist nicht gut gefahren, wenn sie diese, die verschiedenen Theater und ihre Bedürfnisse überblickenden Vermittler ausschließen wollten. Die Hauptsache ist freilich, daß der Agent nicht die Uebermacht gewinnt. Man hat es oft erlebt durch völlig nutzlose Gastspiele auf Engagement, daß gelegentlich geschäftsgewandte Agenten zu mehr Einfluß auf die Bühnenleiter kamen, als für die Kunst und die Künstler gut war. Auch mit dem Befähigungsnachweis ist es ein eigen Ding. Es gibt genug große Künstler, denen „Autoritäten" am Beginn ihrer Laufbahn jedes Talent absprachen. Auch von Musikern, Schriftstellern und Artisten ist flüchtig die Rede gewesen. Der Künstler kann als solcher nach Kurt Eisner nur Anarchist, als Bürger nur Sozialist sein. Ich habe vergebens in meinem Gedächtnis nach Künstlern gesucht, die jenen Anforderungen genügen.

Die Freiheit der Kunst ist ja jetzt in den Münchener Nationaltheatern proklamiert. Die Künstler, Beamte und Arbeiter haben sich ihren Chef wählen dürfen. Bei aller Vorliebe, die Herr Schwanneke als Künstler genießt, hat diese Maßnahme der Regierung in den weitesten Kreisen schwere Bedenken erregt. Der Landtag, der die in diesen schweren Zeiten überaus hohen Mittel für die Theater bewilligen muß, wird so vor eine vollendete Tatsache gestellt. Es war keine zwingende Not, das Provisorium nicht noch einige Monate bestehen zu lassen. Man hat übrigens anfänglich einen Bühnenleiter auswärts gesucht, fand aber keinen. (So wurde wenigstens der Presse mitgeteilt, die man hierzu sich eingeladen hatte.) Hieraus geht hervor, daß man anfangs nicht daran gedacht hatte, den Intendanten vom Personal wählen zu lassen. Wie man hört, war im Hoftheater bereits eine Palastrevolution im Gange, als die Revolution ausbrach. Nun können die Künstler wieder in Freiheit atmen, so sagt man. Unter den Männern, die von dem „Künstlerrat" ihrer Aemter enthoben wurden, waren auch solche von großem künstlerischem Verdienst. Wo das Anklagematerial kaum, die Verteidigung gar nicht bekannt ist, sollen keine Urteile abgegeben werden. Nur das eine sei gesagt, je größere künstlerische Anforderungen ein Regisseur oder Kapellmeister an seine Arbeit stellt, desto mehr wird er „proben", kurz: bequemen Künstlern als unangenehmer Kerl erscheinen. Wir hoffen, daß die jetzigen Leiter die Macht haben, Disziplin zu wahren, die die Vorbedingung aller künstlerischen Arbeit ist. Aus Dresden wurde unlängst gemeldet, daß ein großer Sänger sich weigerte, unter einem ihm mißliebigen Kapellmeister zu singen, und nach langem her und hin hat man die Oper abgesetzt. „Der Künstler als solcher ist Anarchist" (siehe oben!). In Zeiten, da kein Mensch daran dachte, daß Anarchismus ein Kriterium der Künstlerschaft sein könnte, hat man schon Schwierigkeiten erlebt, wenn der Intendant aus dem Kreise der Kollegen hervorgegangen war und das an sich löbliche Bestreben hatte, allen angenehm zu sein. Eine gewisse Souveränität muß der Leiter einer Bühne wahren. Viele künstlerische Dinge lassen sich nicht einer Abstimmung unterwerfen. Es besteht am Nationaltheater ein Künstlerrat zur Wahrung der Interessen der gesamten Künstler-, Arbeiter- und Beamtenschaft. Die Angehörigen dieser Gruppen haben ein Recht auf Mitwirkung bei der Besetzung der leitenden Stellen. Der Intendant erhält einen fünfjährigen Dienstvertrag, dessen Erneuerung von der Zustimmung des Künstlerrates abhängig ist. Bei Neuengagements und bei der Spielplanfestsetzung ist der Intendant selbständig, bei Vertragserneuerungen und in wirtschaftlichen Angelegenheiten hat der Künstlerrat Stimme und wirkt vermittelnd. Der Opern-, Schauspiel-, Verwaltungs- und technische Direktor wird vom Intendanten vorgeschlagen und kann durch den Künstlerrat nur bei einer Stimmenmehrheit von drei Viertel gewählt werden. Dem technischen Personal wurde der Achtstundentag bewilligt,

was nur durch ein Arbeiten in Schichten möglich ist. Die Kosten erfahren hierdurch eine ansehnliche Mehrung. Die Mehreinnahmen durch den Verkauf der früher der Hofverwaltung vorbehaltenen Plätze werden meist überschätzt. Die Opernvorstellungen sollen noch teurer werden, was ja nicht gerade dem demokratischen Ideal entspricht. Das Schauspiel soll durch ständigen Betrieb des Prinzregententheaters mehr ausgenützt werden. Aber das alles kostet Geld. Es wird sich an der Million, die seither die Kgl. Zivilliste leistete, nichts sparen lassen, und wenn man die Forderungen liest, die anläßlich einer Lohnbewegung in den Berliner Staatstheatern gestellt wurden, wird man nicht optimistischer gestimmt.

Optimistisch ist man auch in Berlin. Dort strebt der mit großen Vollmachten ausgestattete Richard Strauß (mit Zustimmung der preußischen Regierung) den Bau zweier neuer Opernhäuser an, durch welchen sowohl den Wünschen nach größerer Zugänglichkeit breitester Schichten Rechnung getragen, wie auch das künstlerische Ziel verwirklicht werden soll, für jede Gattung — „große Oper", Musikdrama, Spieloper — ein eigenes Haus zu schaffen. In München ist dieses Ideal ja bereits erreicht, wenn man auch nur zeitweise es verwirklicht, nur daß sich der Opernbetrieb mit dem Schauspiel teilen muß. Der Optimismus dieser Bühnenleiter ist jedenfalls erfreulicher, als pessimistische Stimmen, die man aus Wien und Stuttgart vernimmt. Es wäre sehr traurig, wenn unsere Armut es nicht gestattete, unser Bühnenwesen auf der Höhe zu halten. Wir haben in ihm trotz aller Auswüchse eine große künstlerische Tradition zu verteidigen und große Kulturgüter stehen auf dem Spiele. Daß unsere Bühnen nicht ganz Geschäftstheater geworden, amerikanisiert sind, danken wir nur den großen und kleinen Hoftheatern. Es wird Sache der Staatstheater sein, ihr Erbe würdig zu verwalten.

Die eminente Steigerung der Gagen und Löhne hat in Berlin und Wien die Ausgaben so erhöht, daß der Fortbestand der Bühnen ernstlich in Frage steht. Aus Berliner Zeitungen erfährt man, daß das Opern- und Schauspielhaus schon längst hätte schließen müssen, wenn Wilhelm II. sich nicht bereit erklärt hätte, das Defizit der beiden Theater wie früher bis zum 1. April zu decken. Schon hört man da und dort von der bereits eingetretenen Amtsmüdigkeit neuer Leiter. Das von der Stadt geführte (Titular-) Hof- und Nationaltheater in Mannheim, das eine sehr ansehnliche Oper besitzt, sieht sich genötigt, den Opernbetrieb langsam abzubauen und sich späterhin auf die Pflege des Schauspieles zu beschränken.

Welche Einflüsse hatte nun die „neue Zeit" auf den Spielplan? Ueberall betonte man mit besonderem Eifer, daß wir nun in Freiheit leben. Was nur immer die tote Zensur einmal verboten haben mag, erscheint und bringt meist Enttäuschung. In München hatte man nichts eiligeres zu tun, als den „Weibsteufel" hervorzuholen, den man seinerzeit infolge der Einsprache des Erzbischofs abgesetzt hatte. Auch Stücke, wie Hasenclevers „Sohn", deren ersichtliche Tendenz das Untergraben der elterlichen Autorität ist, werden viel gespielt, obwohl der Erfolg beim Publikum gar nicht so groß ist. Auch die erotischen Phantastereien Wedekinds schlagen aus der Zensurfreiheit Kapital. Besonders kultiviert man die Fäulnis Strindbergscher Ehen. Tilla Durieux, die in München engagiert wurde, um mit Steinrück als „star" zu wirken, brachte die Neueinstudierung des qualvollen Totentanzes. Sie dient der Kunst Steinrücks als wirksame Folie. Im allgemeinen dominiert überall die neueste Kunst und man ist geneigt, alt und veraltet gleich zu setzen. Ein gewisser ethischer Radikalismus, der nicht sich bewußt ist, daß mit Abschaffung der Zensur die Verantwortung der Bühnenleiter gestiegen ist, zeigt sich allerorts und ist nicht die geringste der Gefahren, die heute die Zukunft unserer Schaubühne als Stätte wahrer, erhebender Kunst umdüstern.

Soll man da tatenlos zusehen? Gewiß nicht. Deshalb ist der von christlich gerichteten führenden Mitgliedern des Verbandes zur Förderung deutscher Theaterkultur gegründete Christliche Volksbund für Bühnenkunst und Lichtspiele (Sitz Frankfurt a. M., Katharinenpforte 6) zu begrüßen. Der Bund ruft das christliche Volk zur Selbsthilfe auf mit dem Hinweis, daß „durch die neuen Verhältnisse mehr als früher ein Zusammenschluß der christlichen Kreise zur Pflege der christlichen Kulturwerte im Kunstleben der Nation zu einer unabweisbaren Forderung geworden ist. Es handelt sich dabei um die Verwirklichung eines umfassenden, aus der Fülle der christlichen Weltanschauung erwachsenden Kulturprogramms. Das christliche Volk muß verlangen und durchsetzen, daß seiner künstlerischen und sittlich-religiösen Ueberzeugung mindestens überall dort im Bühnenkunstleben Rechnung getragen wird, wo es sich am Kunstleben beteiligt." Der Bund hat sich daher zum Ziel gesetzt, nicht allein Pflege der Kunstkritik, Einflußnahme auf Dilettantenaufführungen und Förderung der religiösen Festspiele und Heimatspiele, sondern auch Sammlung und Zusammenfassung der christlichen Theaterbesucher zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung und aller mit dem Bühnen- und Lichtspielwesen befaßten Stellen, zur Veranstaltung von besonderen Vorstellungen, Vorstellungsreihen, Wanderkammerspielen, Konzerten und Lichtspielen.

Vom Büchertisch.

Maria Köchling: Dichters Werden. Bekenntnisse unserer Schriftsteller. Freiburg i. Br., Herder. 316 S. geb. 8 M. — Ich meine, die tapfere Herausgeberin verdient Dank. So viele Köpfe unter einen Hut, d. i. in einen Band zu bringen, noch dazu zu einer gewissen Einheitlichkeit: das ist wahrlich kein leichtes Unternehmen. Selbstverständlich bedeutet dieses einen „Anfang", dem zum mindesten der „Schluß": ein zweiter Band, zu folgen hat. In diesem ersten steckt eine Reihe von 14 Persönlichkeiten, 6 männlichen und 8 weiblichen: v. Buol, Eschelbach, Fabri de Fabris, Franke-Oehl, Hamann, Herbert, Kaiser, Kümmel, Mayrhofer, Schrott-Fiechtl, v. Stach, Jassy Torrund, Br. Willram. Zum Inhalt wäre zu sagen: Ein Werdegang innerlicher, geistiger Art ist allemal interessant, wie er sich auch gestalten möge, denn nichts kann, an sich, anregender sein als der Mensch im Menschen. Und eben der bildet sich auf dem Entwicklungsweg, dem Werdegang. — Man wird begreifen, daß ich Einzelnes nicht aus dem Ganzen herausheben mag, so sehr das eine oder andere Kapitel dazu verlocken könnte. Bemerkt sei: Aus jeder der selbstbiographischen Abschnitte spricht tatsächlich lebendiges Leben. Also etwas fraglos Wertvolles. — Der Verlag, der jedem literarischen Lebensbild zwei äußere mitgab: ein Jugend- und ein Jetztbildnis, hat den Wunsch ausgesprochen, daß der (technisch vornehme) Band das Buch des Volkes werden möge. Nun, wenn er nur zu sämtlichen Lesern und Freunden der Einzelbeiträger durchdringt, dann gibt es schon „einen guten Klang": eine große „Gemeinde" nämlich. Stellt man das Sammelwerk in alle öffentlichen Büchereien (wohin es gehört), dann vollzieht sich wiederum ein umgekehrter „Prozeß": Neue Leser werden gewonnen für die Werke jener, die hier für ihr eigenes Schaffen eigenständig einstehen und zeugen.

M. Lund.

Sodalenbücher. 4 Bände. 16° VIII u. 174 S. VIII u. 192 S. XVI u. 288 S. VIII u. 197 S. 1. und 2. je M 2.90, 3. M 3.70, 4. M 3.—. **Sodalenklänge.** Von M. Waldhart. 16° 205 u. 232 S., je M 1.70. (10 Prozent Teuerungszuschlag.) München, Tyrolia. Eine kleine aber inhaltsreiche Bücherei für unsere marianischen Kongregationen. P. Hafasser gibt im ersten Bändchen „Geist und Leben der marianischen Kongregationen" eine tiefer greifende Erklärung der neuen allgemeinen Satzungen, wie sie vom Jesuitengeneral Franz Xaver Wernz am 8. Dezember 1910 in einer den Zeitverhältnissen angepaßten Form festgelegt wurden. Der ganze Bereich des Kongregationslebens kommt hier zur Behandlung, wie das umfassende Namens- und Sachverzeichnis ausweist. Das zweite Bändchen „Sonnenblicke" von Maria Müller und das vierte „Höhenwege" von E. Frohgemut zeichnen in lebensvollen Bildern die Arbeitsweise des Kongregationswirkens und seine Früchte. Im dritten Bändchen gibt P. Wilhelm Kratz einen ziemlich einläßlichen Ueberblick über die Geschichte der marianischen Kongregationen in den Ländern deutscher Zunge, über ihr Werden und Wirken von 1575 bis 1650. Die zwei Bändchen „Sodalenklänge" wollen ein Deklamationsbuch für marianische Kongregationen sein und bieten demgemäß eine reiche Auslese marianischer Dichtungen, zugleich eine Anleitung zur Veranstaltung von Festakademien mit skizzierten Vortragsfolgen. Ein empfehlenswerter Grundstock zu einer für alle Kongregationen geeigneten Sodalenbücherei.

O. Heinz.

Auguste Prestion: Aus Herzensgrund. Neue Lieder. Graz, Styria. 8° 175 S. 2.— M. — Gottinnige, gemütsweiche Lyrik, durch ihre schlichte Eindringlichkeit für einfache, fromme Seelen besonders geeignet. Unter den das Ganze bildenden Hauptreihen: Gotteslob und Gottesliebe; Passionsbilder; Das Leiden Jesu Christi und das Heiligste Altarsakrament; Ave Maria; Am Lebensweg; In schwerer Zeit, sprachen mich die vierte und fünfte am meisten an.

E. M. Hamann.

Bühnen- und Musikrundschau.

Neues Theater. Nach einer schauspielerisch recht ansehnlichen Neueinstudierung der „Macht der Finsternis" trat die neue Leitung nun mit ihrer ersten Neuheit hervor, indem sie Fritz v. Unruhs Tragödie „Ein Geschlecht" aufführte. Diese Dichtung gehört wie Hasenclevers „Antigone" zu den Werken, in deren Phantasiewelt sich bereits die Gewitter entluden, die in den Novemberstürmen später Geschichte wurden. Es liegt in der Natur der Sache, daß das meiste, was dem Stücke an überschwenglichem Lobe gespendet wird, nicht seinen ästhetischen Werten gilt. Die allermeisten, die den Dichter priesen, meinten doch den Mann, der dem Kriege den Krieg erklärte, und daß es sogar ein solcher war, der zur Kriegerkaste gehörte aus Beruf und Jahrhunderte langer Tradition. Die Uraufführung von „Ein Geschlecht" hätte im Winter 1917/18 im Darmstadt erfolgen sollen, wohin man den verwundeten Dichter, wenn ich richtig unterrichtet bin, zum Prinzenerzieher berufen hatte. Eine auswärtige Truppe sollte zur Darstellung bestellt werden, vermutlich hielt man doch ein offizielles Eintreten der dortigen Hofbühne für inopportun. Eine Opposition wurde laut, sie ließ das Stück an sich beiseite und betonte lediglich, daß solch ein Thespiskarrentransport sich bei der Kohlennot nicht rechtfertigen lasse. Die Aufführung unterblieb. Das Frankfurter Stadttheater hat dann vor Geladenen vorigen Sommer die Premiere herausgebracht. Noch vor der Revolution folgte Nürnberg; später Berlin. Das Publikum war mehr erschreckt als ergriffen; die Begeisterung blieb meist bei Wortführern der Kritik. Ich lege dies alles sine ira et studio dar. Heute braucht man keine Schwächung

der inneren Front von dem Stücke zu befürchten und sentimentale Erörterungen kann ich unterdrücken. Von dem aeschyleischen Geist, den manche in dieser Tragödie finden, spüre ich nicht viel. Vielleicht hat die Respektierung der aristotelischen „Einheiten“ zu diesen antiken Vergleichen verführt. Ich habe die Dichtung nun vor einem halben Jahre gelesen, am Samstag auf der Bühne gesehen und dann nochmals gelesen; die Erschütterung ist ausgeblieben. Gerne bekenne ich, daß aus Unruhs Strophen eine echte Leidenschaft spricht, daß seine Sprache diejenige eines Dichters ist, wiewohl manche barbarische Derbheit mich nicht gerade angenehm berührt. — Die Handlung ist an kein Zeitkostüm gebunden, sie „spielt vor und in einem Kirchhof auf Bergesgipfel“. Die „Mutter“ hat gerade den schlachtgefallenen Liebling beerdigt, da „steigt aus dem Tal, gefesselt und bespuckt ein Zwillingspaar, auch ihr entboren, auf, das besser sie im ersten Bad ersäuft“ (!). Der eine hat geschändet, der andere den Gehorsam verweigert und „sich der Feigheit Ekel aufgeladen“. Die nun an die Mauer gekettet stehen, wie Verbrecher, waren nicht schlecht; der jüngste Bruder, der gezwungen werden soll, sie zu richten, fühlt es schaudernd, wie „die Leidenschaft den Edlen selbst zum Schwindelabgrund reißt“. Zwar prallt sein Seufzer von den Rippen der Soldatenführer ab, „die ehern, wie der Bau des Vaterlandes nur opfermütige Seelen in sich dulden“, doch verzichtet man darauf, den Jüngling zum Brudermord zu zwingen, sondern schleppt ihn mit sich fort, „er werde in der Schlacht zum würdigen Glied des großen Volks gehämmert“. Die Mutter, die Tochter und die beiden Verbrecher bleiben. Geradezu abstoßend wirkt auf mich die verbrecherische Sinnenbrunst zwischen Bruder und Schwester und dann der lodernde Haß, mit dem sich die Kinder gegen die Mutter wenden, die an aller Qual die Schuld trage, da sie sie in die Welt gesetzt. Die Gedankengänge der Mutter logisch darzulegen, ist nicht leicht. Der Nachdruck liegt wohl auf der Strophe: „Jetzt bricht aus allen Tiefen Euere Schuld — ein Rausch von Leben auf mich ein — daß meine Glieder neuen Blutlauf fühlen — in mir fließt jeder Brunnen Eurer Sinne — auch mich trieb Angst in Arme eines Mannes, auch mir versagten Knie oft vor Angst! Nun schäumt es auf in Euren lieben Leibern — . . . daß ich vor Schauder selbst mich nicht erkannte . . . .“ Und weiter: „Erwartend, feierlich kniet meine Seele — dem Herzschlag ungezählter Herzen lauschend — der sich in meinem Busen sammeln will.“ Dem siegreich zurückkehrenden Führer der Soldaten entreißt sie den Stab: „Eh' Du das Volk mit deinem Stabe zwingst, Unmenschliches zu tun, reiß ich ihn fort — — bei mir, bei mir die Macht der Welt, o heiliger Träger ungezählter Samen!“ Die Führer ringen mit ihr um den Stab: „Ich schwing Dich über dieser Erde Leib — schon . . . bricht aus leichensatten Feldern Sturm . . . es naht der Tag, voll Lachen steigt er auf, da wir . . . wie Adler hoch im Flug der Qualgebirge selig streifen . . .“ Die Soldaten haben Helm und Waffen fortgeworfen. Dies wirkt durchaus nicht überzeugend, sondern als dürftige Allegorie, bei der Aufführung sogar ein wenig komisch. „O Mutterhauch, von dir geschmolzen rolle die Lawine auf die Kasernen der Gewalt hinab, und was sich je zu frech ins Blau gebauet, fall hin!“ Die Tragödie ist der erste Teil einer Trilogie, die noch nicht vollendet ist. Es wird sich zeigen, was Unruh an Stelle von des Staates „Wuchtgefüge“ zu setzen weiß. Auf manch garstige Einzelheit mag ich nicht eingehen, so wenn die hysterische Tochter hinter Gräbern der „Gebärung Werkzeug“ einstößt oder der Feige schreit, „wie das Schwein vom Metzger abgestochen.“ Das Drama erreicht schon in den ersten Szenen eine Stärke der Leidenschaft, die keiner Steigerung mehr fähig ist und somit abstumpft. Die unter Freytags tüchtiger Leitung stehende Aufführung konnte dieser Gefahr nicht voll begegnen. Anna Feldhammer (Berlin) a. G. gab die Mutter. Sie besitzt die Tonfülle der Tragödin großen Stiles, die andern bewegten sich auf dem ungewohnten Kothurn nicht ohne Einfühlung. Gesprochen wurde sehr laut, doch nicht immer deutlich. Die Szene zeigt Stilbühne, einfach und stimmungskräftig. Der Sonnenaufgang ist leuchtender gedacht. Er ist ja zugleich Sinnbild. Nicht wenige liefen während des Spieles aus dem Zuschauerraum. Manche sogar mit unangemessenem Türenzuschlagen. Am Schlusse siegte der Beifall über Zischen, während andere sichtlich ermüdet, sich zu keinem Urteil aufraffien. Der Dichter erschien mit den Spielern, doch schien mir Applaus und Widerspruch sich mehr aus politischen als aus künstlerischen Gefühlen auszulösen.

L. G. Oberlaender, München.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Erdrosselungspolitik der Entente — Unsere Wirtschaftslage — Mehr Ruhe und Besonnenheit — Sozialisierungsprobleme.

Die angeblichen Einzelheiten der vom Obersten Kriegsrat der Allierten ausgearbeiteten Bedingungen für einen dauernden Waffenstillstand würden, ganz abgesehen von den militärischen Forderungen, namentlich in dem auf dreissig bis fünfzig Jahre berechneten Zahlungszwang von jährlich zehn bis fünfzehn Milliarden Mark für Deutschland unerschwingliche Lasten bedeuten. Die hierin von neuem ausgedrückte Tendenz, ferner die jüngsten Ententeforderungen hinsichtlich Auslieferung des Restes unserer Handelsflotte ohne Rücksicht auf die Lebensmittelversorgung Deutschlands, das Schicksal der uns verbliebenen Kriegsflotte, die schroffe französische Ablehnung jeder Lebensmittelbeischaffung für Deutschland, dies alles zeigt, dass es der Entente nicht nur darum zu tun ist, uns wirtschaftlich und politisch zu schwächen, sondern letzten Endes uns auf Menschenalter hinaus zu versklaven. Dass angesichts solcher Erdrosselungspolitik unserer Feinde und des Abbruchs der Verhandlungen in Spa in der Beurteilung unserer Wirtschaftsverhältnisse ein verschärfter pessimistischer Zug zum Ausdruck kam, war selbstverständlich; er zeigte sich vor allem in der namhaften Kursentwertung unserer Währung und unserer Renten, vor allem der Kriegsanleihen. Der von den vier grossen Bergarbeiterverbänden an die Waffenstillstandskommission gerichtete Notschrei zur Aufhebung der Blockade wird wohl wirkungslos bleiben. In dem unter Vorsitz des Abgeordneten Dr. Mayer (Kaufbeuren) tagenden Wirtschaftsausschuss der deutschen Nationalversammlung schilderte Reichswirtschaftsminister Wissel die augenblickliche Lage des deutschen Wirtschaftslebens. Grosse wirtschaftliche Selbstverwaltungs-

körper, paritätisch zusammengesetzt aus Arbeitgebern und -nehmern, sollen für eine zweckmässige Verteilung von Rohstoffen sorgen. „An die Stelle der im Krieg bestehenden Handelsblockade werde im gewissen Masse künftig die innere Verarmung Deutschlands treten und uns zur Konzentration und Höchstleistung zwingen.“ Auch die hierbei vom Reichsminister des Demobilmachungsamtes Dr. Koeth gegebenen Ueberblicke über dessen seitherige Tätigkeit unterstreichen unsere trostlose Wirtschaftslage. Durch die furchtbare Kohlennot sind die geplanten grossen Notstandsarbeiten fast ganz verhindert, sowie auch die Kaliwerke und die chemische Industrie stillgelegt worden. Vorräte an Erz, Metallen aller Art, Leder sind aufs Aeusserste beschränkt. Die Erwerbslosenstatistik zeigt erschreckende Zahlen, namentlich in den norddeutschen Grosstädten und Industriezentralen. Transport- und Kohlenfragen, Steuerlasten, Auslandskonkurrenz und immer wieder die Arbeiterbewegungen sind die Hemmnisse, welche, wie übereinstimmend aus den Generalversammlungsauslassungen und Geschäftsberichten hervorgeht, den Ausblick in die Zukunft unserer Wirtschaftsgestaltung so betrübend gestalten.

Unter dem Eindruck der spartakistischen Unruhen in Berlin und der wiederholten Unterbrechung des Verkehrs musste zur zeitweisen Schliessung der Berliner Börse geschritten werden. Die drohende Stillegung weiterer Industriebetriebe, die scharfe Zuspitzung in den Versorgungsfragen, der Generalstreik an den verschiedensten Plätzen zeitigten an den Effektenmärkten verschärfte Zurückhaltung. **Trotzdem** konnte, namentlich in Süddeutschland, **Ruhe und Besonnenheit** in Bank- und Finanzkreisen vorherrschen. Eine Rundfrage bei den Sparkassen bestätigt, dass dortselbst trotz der politischen Wirren keinerlei nennenswerter Abgang in den Rekordeinlagen zu verzeichnen ist. Der Kurs der bayerischen Pfandbriefe hat in den jüngsten Wochen sogar eine starke Erhöhung erfahren; die Notiz der 4% igen Pfandbriefe ist vielfach zirka 102%, die der 3½% igen Titel zirka 95%. Die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank in München beschloss auch für das abgelaufene Jahr die Vorjahrsdividende von 14% der Generalversammlung vorzuschlagen. — Die Einzelheiten des Sozialisierungsgesetzes und des Gesetzentwurfes über die Regelung der Kohlenwirtschaft standen naturgemäss in Handels- und Industriekreisen im Mittelpunkt der allgemeinen Besprechungen. Hoffentlich wird bei Bildung eines Reichs-Kohlenhandelsmonopols den berechtigten Forderungen der bayerischen Interessen auf hinreichende Berücksichtigung entgegengekommen! Mit der Schaffung eines eigentlichen bayerischen Ministeriums für Handel, Industrie und Gewerbe, der in der neuen Reichsverfassung geplanten Stellung von Handel, Bank- und Börsenwesen unter die oberste Kompetenz des Reiches werden vielfache Wünsche dieser Kreise erfüllt.

München. M. Weber.

Schluß des redaktionellen Teiles.

In der englischen u. amerikanischen Besatzungszone

ist der Zeitschriftenverkehr wieder zugelassen. Soweit wir die früheren direkten Postabonnenten in den genannten Gebieten auf diesem Wege erreichen können, bitten wir, die Bestellung unverzüglich erneuern zu wollen. Sämtliche fehlenden Nummern können nachgeliefert werden.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Ferdinand Abel, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München

Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gb.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich M 3.90.

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 12. München, 22. März 1919. XVI. Jahrgang.

Tat und Gesinnung.

Von Dr. Ferdinand Abel, München.

Ein außerordentliches Maß von Starkmut, Zuversicht und Gottvertrauen ist erforderlich, um nicht die Hoffnung zu verlieren, daß Deutschland aus dem unermeßlichen physischen und moralischen Elend, in das es durch den verlorenen Krieg und die revolutionären Erschütterungen gestürzt worden ist, durch eigene Kraft sich wieder herausarbeiten und zu einem neuen, menschenwürdigen Dasein emporringen wird. Und doch dürfen wir diese Hoffnung uns nicht entreißen, dieses Ziel nicht entrücken lassen, wollen wir uns nicht selbst aufgeben, uns selbst vernichten als Volk wie als Einzelwesen. Aber nur äußerste Anspannung aller Kräfte kann uns noch retten, nur Arbeit, schnellste, härteste, allgemeinste Arbeit, nur die entschlossene Tat des gesamten arbeitsfähigen Volkes kann den in Unordnung und Stillstand gekommenen wirtschaftlichen Organismus wieder in Funktion setzen und die unerläßlichen Vorbedingungen für den Wiederaufbau schaffen. Das von der Deutschen Nationalversammlung soeben verabschiedete Sozialisierungsgesetz stellt mit gutem Recht die allgemeine Arbeitspflicht an die Spitze, indem es sagt: „Jeder Deutsche hat, unbeschadet seiner persönlichen Freiheit, die sittliche Pflicht, seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert.“ Diese unzweideutige Proklamierung des Prinzips der öffentlichen Arbeitspflicht, der als notwendiges Korrelat der öffentliche Schutz der Arbeitskraft — „Die Arbeitskraft als höchstes wirtschaftliches Gut steht unter dem besonderen Schutz des Reiches“ — unmittelbar folgt, ist darauf berechnet, unser ganzes Wirtschaftsleben auf eine völlig neue Grundlage zu stellen, die Sozialisierung desselben einzuleiten.

Angesichts dessen und im Hinblick auf die Ereignisse und Erfahrungen der letzten vier Monate kann über die Richtung, in welcher sich die Neuordnung bewegen wird, ein ernstlicher Zweifel nicht mehr bestehen und es wäre ein Zeichen verhängnisvoller Selbsttäuschung und Kurzsichtigkeit, wollte man sich der Einsicht in den Ernst und die Folgen der neuen Lage verschließen. Es muß aber anderseits auch anerkannt werden, daß die Erklärung der Arbeitskraft zum höchsten wirtschaftlichen Gut, also die Wiedereinsetzung des Menschen in seine Würde als Mittelpunkt und ausschlaggebender Faktor des Wirtschaftsprozesses ein durchaus gesunder Gedanke, ja eine Notwendigkeit ist, die einzig mögliche und, wenn im richtigen Geleise weiter geführt, die einzig erfolgverheißende erste Voraussetzung für den wirtschaftlichen und sozialen Gesundungsprozeß, auf welche daher auch alle einsichtigen Wirtschafts- und Sozialpolitiker, und vor allem auch die auf christlichem Standpunkt stehenden, stets hingewiesen haben. Die Wurzel unserer sozialen Krankheit liegt ja eben in der Verkennung der Stellung des Menschen im Wirtschaftsorganismus, in seiner Degradation zu einem Produktionselement neben Natur und Kapital, in der Erniedrigung der menschlichen Arbeitskraft zur Ware, deren Wert lediglich durch Angebot und Nachfrage bestimmt wird, kurz in der Entseelung und Materialisierung des Wirtschaftsprozesses. Es sind die Prinzipien des ökonomischen Liberalismus, denen die Schuld an dieser Entwicklung beizumessen ist.

Wenn nun jetzt die vom politischen und wirtschaftlichen Sozialismus eingeleitete und bestimmend beeinflußte neue wirtschaftspolitische Aera das Recht und die Achtung der Persönlichkeit des Arbeiters (im weiteren Sinne des Wortes) an die Spitze ihres Programms stellt, so darf sie in dieser Hinsicht der allgemeinen Zustimmung sicher sein. Es wird sich nur zu zeigen haben, in welcher Weise der Gedanke in seinen Konsequenzen zur Auswirkung gebracht wird. Mit dem Urteil darüber wird man um so mehr zurückhalten müssen, als die künftige Entwickelung sich noch gar nicht übersehen läßt und auch der bisherige Gang der Ereignisse noch keine genügenden Anhaltspunkte für eine Prognose bietet. Die Tatsache steht allerdings fest, daß dort, wo die Revolution gewalttätige Folgeerscheinungen hatte, der Wiedergesundungsprozeß noch am weitesten zurück ist, daß anderseits dort, wo, wie im Reich, in Württemberg, Baden und Hessen, von vorneherein der mitschaffenden Arbeit bürgerlicher Parteien, insbesondere auch der Vertreter christlicher Weltanschauung Raum gegeben wurde, der Wiederaufbau am weitesten fortgeschritten ist und sich in Formen vollzieht, welche die Gewähr der Dauer und der Berücksichtigung der Rechte und Bedürfnisse aller Volksschichten bieten, zugleich aber auch allen Erfordernissen des neuzeitlichen, auf dem Boden der Freiheit und sozialen Gerechtigkeit aufgebauten Gemeinwesens gerecht werden. Es braucht aus dieser Tatsache keine Kritik an parteipolitischer Taktik abgeleitet zu werden, aber es kann nicht bestritten werden, daß hier bereits in sinnfälligem Maße die Fähigkeit zur Bewältigung der neuen Aufgaben in die Erscheinung tritt, während anderorts der Nachweis dieser Fähigkeit noch zu erbringen ist, und weiter folgt aus jener Tatsache die Gewißheit, daß es bei der Neuordnung unseres Staats- und Wirtschaftslebens nicht allein auf die Tat, sondern auch auf die Gesinnung, auf den Geist ankommt.

Die staatliche Gemeinschaft und vor allem der Mensch selbst, der ja der Ausgang, der Zweck und das Ziel, die Seele jener ist und der durch die neue soziale Ordnung erst in seine vollen Rechte wieder eingesetzt werden soll, ist ein so komplizierter Organismus, daß ihm durch eine von ausschließlich materialistischen Gesichtspunkten ausgehende Regelung seiner Lebensbedingungen nicht gedient ist. Auch wer sich über die Niederung monistisch-pantheistischer Denkweise nicht zu erheben vermag, wird durch das eigene Bewußtsein wie durch die Beobachtung der Umwelt täglich und stündlich daran erinnert, daß es neben diesem körperlichen Dasein noch ein höheres, ein geistiges Leben gibt, dessen Funktionen auf materiellem Wege sich nicht restlos erklären lassen. Aber von dieser rein kulturellen Seite des Menschendaseins soll in diesem Zusammenhange ganz abgesehen werden, wir beschränken uns auf die wirtschaftspolitischen Probleme, wie sie jetzt von der Sozialdemokratie der Lösung entgegengeführt werden wollen. Auch hierbei wird man des Einflusses jener Imponderabilien, die aus der Welt des Geistes in die der Materie hereinwirken, nicht entraten können. So manche Erscheinungen unserer Tage sind gewiß nicht dazu angetan, den ernsten Zweifel zu beheben, ob auch die sozialistische Wirtschaftsordnung den menschlichen Egoismus wird beseitigen oder wenigstens in ungefährlichen Schranken halten können. Wer leistet die Garantie für die nötige intellektuelle und moralische Reife der dann zu entscheidendem Einfluß gelangenden Faktoren, wenn man keine übernatürliche Bindung der Gewissen anerkennen will? Die Arbeiterschaft müsse, so sagt das Münchener Organ der Mehrheitssozialisten, an der ganzen Entwicklung der Produktion innerlich interessiert werden; damit entwickle sich in ihr ein soziales Verantwortungsgefühl, das von einer wirklichen sozialistischen Wirtschaft untrennbar sei. Aus diesen Worten klingt das Eingeständnis, daß diese untrennbaren Voraussetzungen einer sozialistischen Wirtschaft heute noch nicht vorhanden sind, daß die sozialistische Arbeiterschaft noch dazu erzogen werden

muß. Ob die von der „M. Post" als Erziehungsfaktoren genannten wirtschaftlichen Verbände, die Arbeiterräte und ein soziales Arbeiterrecht ausreichen werden zur Anerziehung jener wesentlich ethischen Eigenschaften, wird sich erst zu zeigen haben. Sicherlich werden sie die erzieherische Kraft nicht erreichen, welche von den in die wirtschaftlichen Verhältnisse einschlägigen Lehren und Vorschriften der christlichen Moral ausgeht, wenn man sie nur ungehemmt wirken läßt.

Die Sozialdemokratie sollte daher, wenn sie selbst schon vermöge ihrer einseitigen materialistischen Orientierung das positive Christentum ablehnt, wenigstens die heilsamen Einflüsse dieses Weltkulturfaktors auch auf die Gestaltung und Veredelung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse dankbar annehmen und jeden Versuch unterlassen, Vertreter dieser Weltanschauung von der Mitarbeit grundsätzlich auszuschließen. Diese werden sich ihr Recht auf Mitbeteiligung am Wiederaufbau des gemeinsamen Vaterlandes nicht nehmen lassen, denn es steht ihnen zu als gleichberechtigten Bürgern des demokratischen Freistaates sowie kraft der göttlichen Fundierung ihrer Weltauffassung. In diesem übernatürlichen Boden entspringt jener Segensquell, der in den christlichen Moralgesetzen sich auch über das materielle Leben ergießt und auch für die soziale Neuordnung sich fruchtbar erweisen wird. Man greife aus dem System der christlichen Sittenlehre nur einiges heraus, wie die Lehre vom Eigentum, von den Pflichten gegenüber Person und Gut des Nächsten, um zu erkennen, daß dieses System bei ehrlicher, williger Befolgung im Sinne des Stifters wie kein anderes geeignet ist, jene Voraussetzungen für eine wahrhaft soziale Gestaltung der menschlichen Gemeinschaft herzustellen: die innerliche Interessierung an der Produktion, das soziale Verantwortungsgefühl, die notwendige Unterstellung des Eigeninteresses unter die Forderungen der Allgemeinheit, kurz, das Solidaritätsbewußtsein aller schaffenden Stände und Kräfte. Und gibt es eine erhabenere, vollkommenere Verwirklichung des Persönlichkeitsgedankens, als durch jene Lehre, nach welcher der Mensch von Gott erschaffen ist nach seinem Ebenbilde, ausgestattet mit einer unsterblichen Seele und mit Kräften, die ihn befähigen, sich die Materie zu unterwerfen und nach treuer Erfüllung seiner irdischen Aufgabe zur ewigen Vereinigung mit seinem Schöpfer zu gelangen?

Diese christliche Welt- und Lebensauffassung, allgemein und folgerichtig durchgeführt, dieser christliche Solidarismus, im Bewußtsein aller Schaffenden verankert, würde die soziale Ordnung herbeiführen, soweit sie auf dieser mit dem Fluch der Erbsünde belasteten Erde möglich ist.

Deutschland steht vor der Riesenaufgabe, aus einem Trümmerhaufen sich ein neues Haus bauen zu müssen. Da kann es keinen Kopf und keine Hand missen, am wenigsten die alles erneuernde Kraft des Christentums. Sie überall zu wecken, zu sammeln und für die Allgemeinheit fruchtbar zu machen, muß unsere ernsteste Sorge sein. In ihrem Geiste wird sich die rechte Sozialisierung verwirklichen lassen, der Ausgleich zwischen den Ansprüchen der Gesellschaft und Gemeinwirtschaft auf der einen und den Rechten des Individuums und der Einzelwirtschaft auf der anderen Seite — ein Sozialismus der Tat und der Gesinnung.

* * *

Gemäß der am 11. März zwischen den Parteien getroffenen Vereinbarung ist der bayerische Landtag am 17. März in München wieder zusammengetreten, um in zwei Plänarsitzungen die unumgänglichsten Staatsnotwendigkeiten, vor allem die Einsetzung einer gesetzmäßigen Regierung und die Verabschiedung eines vorläufigen Staatsgrundgesetzes zu erledigen. Das unter dem Vorsitz des Kultusministers Hoffmann gebildete sozialistisch-bauernbündlerische Ministerium ist vom Landtag mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet worden. Durch diese Vereinbarung hat der Landtag ein außergewöhnlich hohes Maß von Selbstbeschränkung und Selbstverleugnung bewiesen, das nur zu erklären und zu rechtfertigen ist mit der ebenso außergewöhnlich schwierigen und ernsten politischen Gesamtlage. Nur wer Einblick in die Einzelheiten dieser Situation hat, kann die Größe und Bedeutung des von den bürgerlichen Fraktionen bewiesenen politischen Weitblicks und Verantwortungsbewußtseins würdigen, indem sie unter dem Drucke der bestehenden Zwangs- und Notlage auf die zeitweilige Ausübung verfassungsmäßiger Rechte verzichten, um das am Rande des Abgrunds stehende Vaterland vor dem völligen Untergang zu bewahren und endlich einmal den Beginn aufbauender Arbeit zu ermöglichen.

Was speziell die Bayerische Volkspartei angeht, so bleibt durch die Betrauung des sozialistischen Ministeriums mit den im Ermächtigungsgesetz genau umschriebenen Machtvollkommenheiten die grundsätzliche Stellung der Partei zum Sozialismus unberührt und auch einzelne Punkte der Vereinbarung zwischen den sozialistischen Gruppen und dem Bauernbund werden von ihr abgelehnt, so die Inanspruchnahme öffentlicher Mittel für die Propaganda-Abteilung, die eine einseitige parteipolitische Einrichtung wäre, ferner die Teilnahme eines Vertreters der A.-, B.- und S.-Räte an den Sitzungen des Ministerrates und das Recht dieser Räte auf Veranstaltung eines Referendums über den Kopf des Landtags und des Ministeriums hinweg. Bei allem Entgegenkommen bis an die Grenzen des Möglichen aus Gründen des Gemeinwohles hält die Partei unverrückbar fest an den Grenzen ihres Parteiprogramms und fordert die Wiederherstellung des normalen parlamentarischen Zustandes sofort nach Behebung der jetzigen außerordentlichen Verhältnisse.

Mit den weitgehenden Vollmachten ist natürlich auch das ganze Schwergewicht der Verantwortung auf das sozialistisch-bauernbündlerische Ministerium übergegangen und es wird zu zeigen haben, ob es dieser Aufgabe gewachsen und ob das von der Mehrheit des Landtags gebrachte Opfer nicht vergeblich gewesen ist. Einen Einblick in die Verworrenheit und Gefährlichkeit der Lage, zugleich aber auch in die politische Reife und Zuverlässigkeit gewisser Kreise auf der anderen Vertragsseite mag die Tatsache gewähren, daß unmittelbar, nachdem die Landesorganisationen der beiden sozialistischen Richtungen und der Rätekongreß unter Ausschluß der kommunistischen Gruppe die dann von den bürgerlichen Parteien angenommene Vereinbarung vom 8. März getroffen hatten, die Münchener Unabhängige Sozialdemokratische Partei eine Entschließung faßte, welche jene Vereinbarung verwirft und sich grundsätzlich auf den Boden der Diktatur des gesamten Proletariats stellt, sich für die Idee der Räte-Republik erklärt und in der kommunistischen Partei eine Bruderorganisation erblickt, mit der sich eine gemeinsame Arbeitsbasis finden lasse. Während diese „unabhängige" Disziplinlosigkeit den Widerstand und die Unternehmungslust der ausgeschalteten Radikalen stärken und die politische Aktion der Regierung gefährden oder wenigstens erschweren muß, schien eine andere Gruppe der Paziszenten vom 8. März durch einen rollenwidrigen Seitensprung das wirtschaftspolitische Gleichgewicht der sozialistischen Regierungsfront stören zu wollen. Den Heißspornen des Zentralrats geht die Sozialisierung anscheinend nicht schnell genug. Mit der Begründung, „die Sozialisierungsmaßnahmen des Reichs sind nicht das, was eine entschlossene revolutionäre Gewalt durchführen muß", taten sie am 13. März „einen entscheidenden Schritt", indem sie ihren Willen auf Errichtung eines sozialistischen Zentralwirtschaftsamts mit weitgehenden Vollmachten für die „Vollsozialisierung Bayerns" kundgaben und zugleich den bereits unter einer sozialistischen Regierung stehenden Volksstaat Sachsen zum gemeinsamen Handeln und gleich für den 16. März zur Beschickung einer gemeinschaftlichen Konferenz einluden. Von den mehrheitssozialistischen Brüdern auf das Bedenkliche des Schrittes aufmerksam gemacht, der weder dem verfassungsrechtlichen noch dem ökonomischen Verständnis seiner Urheber besondere Ehre macht, hat man sich dann hinterher mit der Ausrede salviert, daß der Zentralrat lediglich dem kommenden Ministerium eine Anregung hätte geben wollen. Der Vorgang zeigt jedenfalls, daß es noch überall gärt und brodelt, ebenso wie der erstgenannte ein Beleg dafür ist, wieviel Zündstoff noch angesammelt ist, der durch einen unvorsichtigen Funken leicht zur Explosion gebracht werden kann. Daher muß alles vermieden werden, was den Beginn der Arbeit stören oder Unruhe und Mißstimmung ins Volk tragen kann.

Ein solches Hemmnis der Beruhigung ist am Samstag noch ausgeräumt worden durch die Aufhebung der angemaßten Pressezensur des Zentralrats. Sie übertraf diejenige der entschwundenen Militärdiktatur weit an Rücksichtslosigkeit, weil sie nicht allein, wie jene, als Prohibitivzensur durch Unterdrückung mißliebiger Aeußerungen die Meinungsfreiheit beschränkte, sondern auch dadurch, daß sie die Tagesblätter gegen den Willen und die Ueberzeugung der Redaktionen zur Aufnahme im Sinne des Zentralrats geschriebener Artikel im Namen des „Staatsbürgerrechts auf Wahrheit" zwang, eine nie dagewesene moralische Vergewaltigung sich zuschulden kommen ließ. Ein solches Institut mußte den Todeskeim von Anfang an in sich tragen, es starb am inneren Widerspruch, an der eigenen Unwahrhaftigkeit.

Das fünfte Kriegsjahr.

Wochenschau von Fritz Nienkemper, Berlin.

Unser monatliches Brot.

Das Abkommen von Brüssel ist unterzeichnet worden. Ohnmächtig, wie wir sind, haben wir wieder schwere Opfer bringen müssen, um wenigstens den notwendigsten Zuschuß an Lebensmitteln zu retten. Wir stellen 150 Schiffe zur Verfügung der Verbündeten (auf Wiedersehen?) und geben ein Sicherheitsdepot von 220 Millionen Mark in Gold. Dagegen bekommen wir von den Verbündeten alsbald 270000 Tonnen Lebensmittel geliefert. Nach diesem Tropfen auf den heißen Stein übernehmen die gegnerischen Regierungen keine Versorgungspflicht mehr; sie geben uns nur in Gnade die Erlaubnis, weiteres zu kaufen, so daß wir auf den guten Willen und auf die Preise in den neutralen Ländern im wesentlichen angewiesen sind. Diese Kauf- und Einfuhrfreiheit ist aber keineswegs unbeschränkt; im Gegenteil: es soll genau kontrolliert werden, daß das hungernde Deutschland nicht mehr als 370000 Tonnen monatlich bekommt.

Es hieß zuerst, daß die finanzielle Blockade aufgehoben, d. h. den neutralen Geschäftsleuten der Verkehr mit Deutschland ohne Verwehrung durch die schwarzen Listen gestattet werden solle. Doch werden nur einige Erleichterungen dieser Sperre gestattet. Alles bleibt unter der scharfen Kontrolle der Sieger; die Blokade selbst, sowohl die amtliche wie die halbamtliche, bleibt wirksam. Zu den Erleichterungen gehört auch, daß wir in der Ostsee wieder fischen dürfen und daß überhaupt die selbstgefangenen oder eingeführten Fische auf die Monatsration nicht angerechnet werden sollen, auch das Gemüse aus Neutralien soll angeblich frei bleiben.

Wenn die erste Zufuhr von 270000 Tonnen recht bald eintrifft, so ist das sehr erfreulich für die Kinder und die Kranken, da sie einen Posten kondensierte Milch enthält. Was die allgemeine Volksversorgung angeht, darf man sich von den sechsstelligen Zahlen nicht blenden lassen. 370000 Tonnen monatlich — das macht auf den Kopf der Bevölkerung von zirka 70 Millionen etwa 11 Pfund für 30 Tage, also kaum ein drittel Pfund auf den Tag. Als Zuschuß zu den bisherigen Hungerrationen ist das schon etwas; doch wenn unsere eigenen Vorräte aufgebraucht sind, so reicht es nicht hin und nicht her.

Die Sachlage zwingt uns also, nach wie vor äußerst sparsam mit den Lebensmitteln umzugehen, die kommende Ernte sorgsam zu behandeln und immer im Auge zu behalten, daß die Erwachsenen Opfer bringen müssen, um die Kinder zu retten und so die Zukunft der wankenden Nation möglichst sicherzustellen.

Die scharfe Kontrolle, die sich die verbündeten Mächte vorbehalten, ist für uns demütigend und in gewisser Hinsicht hinderlich. Anderseits hat sie angesichts der Verwirrungen in gewissen deutschen Kreisen auch gute Seiten. Zunächst schon der Vorbehalt, daß die Tagediebe, die ohne Grund die Arbeit verweigern, nicht bedacht werden sollen. Ferner wollen die Verbündeten erzwingen, daß Deutschland die Lebensmittel nicht mit barem Gelde, sondern mit Ausfuhrwaren bezahlt. Das fordern sie nicht aus Liebe zu uns, sondern in ihrem eigenen Interesse, damit wir zahlungsfähig bleiben für die große Kriegsabrechnung. Es liegt jedoch auch in unserem Interesse, die Ausfuhr wieder zu beleben, um unsere wirtschaftliche Zukunft zu retten. Die Moral ist also: in den deutschen Gruben und Werkstätten muß gearbeitet werden, regelmäßig und stramm, damit wir die erforderlichen Gegenwerte für die Lebensmittel erzeugen. Wer Streiks oder Tumulte anzettelt, bringt sein Volk und auch sich selbst in Hungersnot. Die tägliche Arbeit und das tägliche Brot bedingen sich gegenseitig; das muß jetzt jedem, der noch Verstand und guten Willen hat, handgreiflich klar werden.

Werden die Unabhängigen noch weiter die Arbeit und die Ernährung stören?

Das ist eine wahre Schicksalsfrage, auf welche die Verhandlungen in den Parlamenten von Weimar und Berlin grelle Streiflichter geworfen haben.

Von den eingeschworenen Kommunisten und Spartakisten ist keine Besserung zu erwarten. Diese Desperados wären aber wohl niederzudrücken, wenn nur nicht die U. S. P. D. das Schadenfeuer der Streiks und der Putsche schürte, um in dieser verderblichen Glut ihre Machtkartoffel zu braten.

Bei der Erörterung der Berliner Unruhen und ihres Zubehörs wurden sowohl in der deutschen Nationalversammlung als auch in der preußischen Landesversammlung die heimtückischen Unabhängigen gebührend gebrandmarkt. Schlagend wurde ihnen nachgewiesen, daß gerade sie, die über das Blutvergießen so krampfhafte Entrüstung äußern, aus dem Hinterhalt die Räubereien und Mordtaten in Gang bringen. Der sozialdemokratische Ministerpräsident von Preußen schleuderte gegen sie sogar den Vergleich mit dem Zuhälter, der seines Vorteils halber die Dirne auf die Straße schickt zum Verkauf ihres Leibes. Wird diese rhetorische Züchtigung zur Erziehung ausreichen?

Die akute Gefahr für die bestehende Ordnung ist augenblicklich beschworen, da die Regierungstruppen in Berlin die Ordnung wiederhergestellt und die Dinge in Oberschlesien und im Ruhrgebiet sich nicht so zugespitzt haben, wie man noch vorige Woche befürchtete. Aber das chronische Leiden ist nicht überwunden, solange die Unabhängigen durch Streiks und Tumulte auf eine Ueberrevolution hinarbeiten und hintenherum mit den Spartakisten gemeinsame Sache machen. Auch in Berlin wird trotz der Niederlage wieder für einen Generalstreik agitiert, der selbstverständlich wieder in Plünderungen und Straßenkämpfen auslaufen würde.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Unabhängigen und ihre Bravi frischen Mut geschöpft haben seit dem Zusammentritt der preußischen Landesversammlung in Berlin.

Soll man das dem vielgehaßten „Berlin" auf sein langes Schuldregister schreiben? Die Ursache liegt nicht in dem kommunalen Milieu, sondern vielmehr in der Politik, welche die preußischen Sozialdemokraten und Demokraten zu treiben suchen.

Der Kulturkampf gefährdet die Ordnung und die Ernährung.

In Weimar haben die Reichsleitung und die großen Linksparteien sich resolut auf den Standpunkt der Arbeitsgemeinschaft mit dem Zentrum gestellt nach dem Muster des alten Reichstags. In Berlin haben die preußische Regierung und ihre Linksparteien diesen vernünftigen Schritt noch nicht getan, weil sie auf dem Gebiete der Schul- und Kirchenpolitik religionsfeindliche Tendenzen verfolgen, denen das Zentrum natürlich entschieden entgegentreten muß. In das Präsidium der preußischen Landesversammlung hat man freilich neben einem Sozialisten und einem Demokraten auch den altbewährten Vizepräsidenten Dr. Porsch vom Zentrum gewählt; aber mit diesem billigen Zugeständnis hörte es bisher auf. Nach Weimarer Vorbild hätte man auch der Rechten, um ihre Mitarbeit zu fördern, einen vierten Posten im Präsidium einräumen sollen; aber das wurde von der Regierungspartei und der Demokratie verweigert, obschon das Zentrum sich dafür einsetzte. Man ließ es zu einer Kraftprobe kommen und erzielte dabei eine Mehrheit von 180 gegen 165 Stimmen. Ein Pyrrhussieg! Denn einerseits kann auf einer so knappen Zufallsmehrheit keine starke Regierung beruhen, am wenigsten in dieser schlimmen Zeit, und anderseits gab man durch diese Abstimmung den Unabhängigen Gelegenheit, sich als Anwälte der Gerechtigkeit aufzuspielen. Ein weiterer taktischer Mißgriff war es, daß man die Fortsetzung der Aussprache über die Berliner Unruhen, die recht hübsch begonnen hatte, um einen Tag verschieben wollte, wodurch Adolf Hoffmann, der Sturmbock der Unabhängigen, die Möglichkeit erlangte, die Mehrheitssozialisten auf seine Seite zu bringen und dem Parlamente seinen Willen aufzuzwingen. Die Stellung der Unabhängigen wird noch weiter gehoben werden, wenn die Regierung und die beiden anderen Linksparteien ihre kulturkämpferischen Bestrebungen fortsetzen; denn da arbeiten sie mit den Ideen, die derselbe Adolf Hoffmann im preußischen Kultusministerium zurückgelassen hat. Er und seine Partei werden von der radikalen Uebertrumpfung der Regierungsvorschläge zu profitieren wissen und den inneren Zwist, der durch den Kulturkampf hervorgerufen wird, für ihre Umsturzzwecke ausnützen.

Entweder — oder! Wenn die preußische Regierung die sittlich-religiösen Interessen des Volkes nicht schonen will, dann kann sie nur sofort abdanken zugunsten der Unabhängigen, denn sie würde doch dem Adolf Hoffmann und Genossen auf Gnade oder Ungnade ausgeliefert sein. Diese Erschütterung des inneren Friedens würde nicht allein die schlimmen Folgen des Kulturkampfes der siebziger Jahre erneuern, sondern sie würde unter den gegenwärtigen kritischen Umständen die ganze Reichs- und Staatsordnung gefährden. Die neue Reichsregierung ginge wieder in die Brüche; der preußische Staat würde zerfallen; es gäbe neue Arbeits- und Ruhestörungen an allen Ecken und Enden; die bolschewistische Welle würde über uns hereinschlagen; wir hätten keine Ware, um uns Lebensmittel zu erkaufen. Der Kulturkampf wäre in der Tat die Besiegelung des deutschen Unterganges.

Die Grundzüge des Völkerbundes.

Von Dr. E. Ver Hees, Generalsekretär des flämischen Ministeriums für Industrie und soziale Arbeit.

Der Gedanke des Völkerbundes ist nicht neu. Es wäre zu wünschen, daß die breitesten Schichten und die entferntesten Völker eingehend vernehmen, was die Kirche Jahrhunderte hindurch für die Verwirklichung dieser Idee getan hat. Die Christenheit, wie der mittelalterliche Völkerbund hieß, bezweckte den inneren Frieden, den Gottesfrieden und zugleich die Befreiung der Länder und Stämme, welche unter der Macht- und Schwertpolitik des Korans schmachteten. Das Reich, wie die Leitung des Zentralorganismus in Anlehnung an die Erinnerungen der römischen Weltbeherrschung genannt wurde, hatte der Hl. Stuhl den Deutschen übertragen (translulit ad Germanos). Der innere Hader und die Ausdehnungspolitik Frankreichs, das sich jahrhundertelang mit den Osmanen und mit jedem Angreifer Deutschlands verband, hinderten die Verwirklichung der erhabenen Aufgabe. Die moderne Balance of powers, die englische Erfindung des Gleichgewichts, hat noch ärger versagt.

In der Neuzeit wurde eine neue Methode gewählt: die bewußten Pazifisten und Internationalisten suchten das Ziel zu erreichen weniger durch sofortige ganze Arbeit, als durch eine Reihe von Einzelverträgen, welche die Staaten und die Völker aneinander binden und zugleich auf manchen Gebieten eine Weltordnung einführten. Auf sicheren Grundlagen sollte sich also Stein auf Stein reihen und festigen, bis schließlich das Dach das Gebäude krönen könnte.

Soweit diese Bestrebungen, wie der Weltpostverein, materielle Güter im Auge hatten, könnte ihre Tragweite zweifelhaft erscheinen und ihr überzeugender Einfluß auf die Denkungsart der Völker gering bleiben. Anders, wenn das Gedeihen und das Los der Menschen selbst in wesentlichen Zügen durch internationale Abmachungen berührt wird. Das Seerecht, die Arbeitergesetzgebung und die Schiedsgerichtsbarkeit in politischen Zwistigkeiten greifen so sehr in die überlieferte Souveränität der Staaten und haben solche Nachwirkungen auf die Persönlichkeit der Menschen, daß die Versuche, diese Gebiete international zu regeln, vor aller Augen den Gedanken der Gesellschaft der Staaten und Völker in eine nähere Wirklichkeit oder Möglichkeit rücken könnten.

Die von allen Mächten außer den Vereinigten Staaten angenommene Deklaration von Paris vom 15. April 1856 hatte die Kaperei abgeschafft; sie wurde leider einseitig während des Weltkriegs durch England als nicht mehr bindend erklärt. Wenn Wilson jetzt jede Aenderung des Völkerrechts während eines Krieges untersagen will, so kann das als eine Antwort auf das englische Verfahren gelten.

Die Deklaration von London von 1909 hatte ganz besonders den Schutz der neutralen Schiffe, ihrer Ladungen und ihrer Passagiere gewährleistet und zwar gegen Seebeute- und Durchsuchungsrecht. Sie war zustande gekommen unter lebhafter Beteiligung der englischen Regierung und Mitwirkung des Herrn Lloyd George selbst. Vor dem Unterhause hatte sich die Regierung für diese Erweiterung des Rechtsschutzes eingesetzt und die Annahme erreicht. Leider versagte sie vor dem Widerstande der Mehrheit der Lords, im selben Jahre 1910, wo sie nicht zögerte, das Parlament zweimal aufzulösen, um den Widerstand derselben Lords gegen die Steuerreform mit Erfolg zu brechen. Beim Ausbruch des Weltkriegs versuchte Deutschland vergeblich, die Londoner Deklaration von 1909 wieder aufleben zu lassen. England wollte keine Beschränkung seiner Machtpolitik zulassen. Die Folgen wurden 1915 durch den amerikanischen Austauschprofessor George Stuart Fullerton in seinem Buche: The truth about the German nation (R. Oldenbourg, München, S. 114—115) wie folgt bezeichnet:

„Die gegenwärtige Lage ist unerträglich, so unerträglich, daß sie gewiß ihre Heilmittel (remedy) mit sich bringen wird. Der Welthandel sowohl von neutralen als von kriegführenden Völkern ist behandelt worden als das Privateigentum eines Staates allein; die öffentlichen Straßen der Welt sind versperrt worden. Wer sich zur See zu Schiff begibt, scheint keinen Rechtsschutz zu haben. Die Völker müssen sich verständigen, um die Wiederkehr solcher unerträglicher Zustände in der Zukunft zu verhüten."

Der Gedanke des praktischen Völkerbundes auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes nahm greifbare Gestalt durch die Berliner Konferenz vom März 1890. Nach den Züricher und Brüsseler Kongressen von 1897 gelang es 1900 auf dem Kongresse von Paris, wo ich offizieller Vertreter Belgiens war, einen Weltverein zu diesem Zwecke zu gründen und die finanzielle Unterstützung mancher Staaten für seine Tätigkeit zu sichern. Bei dieser Gelegenheit sagte der spätere italienische Ministerpräsident Luzzatti, indem er den Zollschutz bekämpfte: „Man versteht, daß die Gesellschaft die Waren nicht schützt; man versteht nicht, daß sie die Arbeit und die Arbeiter nicht schützt. Aus dieser Eingebung hat der Kanzler des Deutschen Reichs, der eiserne Kanzler, den sehr menschenfreundlichen Plan der internationalen Arbeitsgesetzgebung vorbereitet. Unsere italienischen Schutzzöllner haben diesen gesetzgeberischen Plan sehr heftig angegriffen. Sie sagten, er sei das Erzeugnis einer teuflischen Erfindung der Engländer. Man darf zugeben, daß Völker egoistische Gefühle hegen, es sei Frankreich oder Italien, und selbst England (Heiterkeit). Es ist ganz natürlich, daß ein Volk, das eine sehr strenge Arbeiterschutzgesetzgebung hat, wünscht, daß diese Gesetzgebung in die Nachbarländer Eingang findet. Was schadet's? Meinetwegen sage ich: Gesegnet sei das nationale Interesse, wenn es mit dem menschlichen Interesse übereinstimmt!" Soweit Luzzatti (S. 487—488 des Berichts des Kongresses, Paris, Rousseau, 1901). Und tags vorher hatte schon der damalige französische Handelsminister Millerand ausgesprochen: „Wenn ich neben mir Männer sitzen sehe, wie die Herren von Berlepsch und Luzzatti, um keinen anderen zu nennen, dann habe ich das Recht zu sagen, daß von heute ab in diesem Kongresse die internationale Verständigung ist geschlossen zwischen den Anhängern des gesetzlichen Schutzes der Arbeiter." (Ebenda S. 460.)

Als Staatssekretär des Innern ging 1902 und 1904 Graf Posadowsky einen Schritt weiter: er ließ im Reichstag durchblicken, das Deutsche Reich würde solchen Staaten Zollerleichterungen verleihen, welche ihren eigenen Arbeitern wirksame gesetzliche Schutzmaßnahmen angedeihen lassen würden. Solche Gefühle internationaler menschlicher Solidarität bewegen sich übrigens in den Bahnen der deutschen sozialen Versicherung; diese vergönnt nämlich den Ausländern in Deutschland, auch ohne Reziprozität, weitgehende Wohltaten und selbst im Falle ihrer Rückwanderung in ihre Heimat nicht unbedeutende Abfindungen. In Frankreich, im Gegenteil, blieben die Ausländer von allen sozialen Zuwendungen ausgeschlossen, und darüber hinaus allerlei Plackereien und Taxen unterworfen, trotz der Leutenot! Einige „Arbeitsverträge" hatten bis zum Weltkriege Ansätze einer internationalen Regelung der Arbeitsverhältnisse angebahnt.

Auf dem Gebiete der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit kann jedermann amerikanische Verdienste anerkennen: sie kontrastieren wohltuend mit den häufigen Lieferungen von Waffen und Geld an lateinisch-amerikanische Empörer; die leider nur anfangs zurückhaltende Haltung Wilsons gegenüber Mexiko im Jahre 1913 wurde beleuchtet durch die Witwe seines Gesandten O'Shaughneßy, sie wird aber vielleicht nach dem Kriege eine bessere Erklärung finden.

Das Deutsche Reich ging bekanntlich im Haag in den Gedankenkreis der allgemeinen Festlegung durch Schiedsgerichtsverträge nicht ein. Das hat selbstverständlich später seine diplomatische Lage verschlechtert. Doch blieben kleine, neutrale und unbewaffnete Staaten ebenso mißtrauisch: sie fürchteten eine verhängnisvolle Beschränkung ihrer Souveränität und eine regelrechte Bevormundung durch Großstaaten, wo die Menschlichkeit nicht immer die alleinige Triebfeder der politischen Unternehmungen gewesen sein kann.

Erwähnt kann hier werden, daß am 8. Mai 1871, zwei Tage vor dem Frankfurter Frieden, und am selben Tage, wo der Alabamastreit dem Urteil einer Genfer Kommission anvertraut wurde, England und die Vereinigten Staaten den Deutschen Kaiser als Schiedsrichter einsetzten in Sachen ihres Streites wegen des San Juan-Archipels, zwischen Vancouver und dem amerikanischen Festlande. Sie fürchteten augenscheinlich, am Vorabend der offiziellen Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens durch das Deutsche Reich, vom Oberhaupte dieses Reichs kein Unrecht, das später wieder gutgemacht werden müßte. Am 21. Oktober 1872 entschied Wilhelm I. den Streit zugunsten der Vereinigten Staaten; England fügte sich seinem Schiedsspruche.

„Ich weiß nicht, ob wir bei unserem Unternehmen Erfolg haben werden, aber es bedeutet schon einen Erfolg, daß wir es unternommen haben." So Lloyd George am 25. Januar 1919, nach der ersten einleitenden Rede Wilsons über den Völkerbund in Paris. Wenn ein leitender Minister eines der führenden

Staaten sich so skeptisch ausdrückt, so wird er sich wohl bewußt sein, daß dem Unternehmen Mängel anhaften oder Schwierigkeiten auf dem Wege entgegenstehen. Es ist das aber das Los auch des ehrlichsten menschlichen Beginnens. Die Voreingenommenheiten, die Fehler der Urheber des Plans, die Unzulänglichkeiten und Nachteile desselben müssen nicht verkennen lassen, daß er auch seine guten Seiten haben kann. Wenigstens muß untersucht werden, ob die Stimmung, woraus er entstanden, eine Grundlage bietet für eine wirkliche Verbesserung der internationalen Beziehungen in der Zukunft.

Freilich darf man mit einigem Recht sagen: der Völkerbund ist vorläufig ein neuer Rheinbund. Die Konstellation, der er entsprießt, kann sich aber ebenso rasch verwandeln, wie die Lage Europas nach Jena und Wagram. Ohne ins Umgekehrte umzuschlagen, kann sie sich derart entwickeln, daß die jetzt vorgeschlagenen Verpflichtungen zur wahren Gleichheit und zur Wiedergutmachung von Urteilen führen können, welche man heute als endgültig verkündigen will. Ein Gewaltfrieden, die Vergewaltigung nicht nur der Besiegten, sondern auch der Neutralen, ein Rattenkönig von Inkonsequenzen, Ungereimtheiten und Ungerechtigkeiten, welche nun als die ewige Weltordnung dargestellt werden, könnten wahrscheinlich zu so ganz unvorhergesehenen Folgen, Gegensätzen und Neubildungen unter den Siegern führen, wie die napoleonische Herrschaft in Spanien, Italien, Deutschland, Schweden, Polen, Illyrien und in den Niederlanden. Wer hätte z. B. 1810 vorausgesehen, daß aus Bernadotte ein Gegner des Kaisers erwachsen würde? In dem Hause selbst läßt sich möglicherweise leichter bessern und umgestalten, als in schmollender Feindseligkeit in einer Einöde draußen. Was so einseitig gebaut wird, kann nicht so bleiben. Die Frage ist nun, ob es bekämpft, wenigstens ignoriert werden muß, oder ob die Umstände die Einrichtung so gebieterisch aufdrängen, daß die Nachteile des Beiseitestehens größer werden können, als die peinlichsten Nebenerscheinungen des Mittuns. Die Entwicklung des Seerechtes, der Arbeitsgesetzgebung und des Schiedsgerichtsverfahrens vor dem Kriege ist ein wesentlicher Bestandteil der Prüfung der Frage.

Die Kritik der vorgeschlagenen Einrichtung gibt sich merkwürdigerweise selbst in einem Teile der französischen Presse kund. Einerseits zeigen sich die chauvinistischen Blätter kalt: Das „Echo de Paris" bemängelt die „Eile", mit der der Wilsonsche Vorschlag fertiggestellt wurde. Wenn man sich erinnert, wie seit drei Jahren der Präsident der Vereinigten Staaten dieses Problem bearbeitet, wird man eben diesen Vorwurf befremdend finden. Andere Blätter dieser Richtung fordern Garantien und Sicherheiten für Frankreich. Wer einen gegebenen Zustand mißbraucht, fühlt sich freilich nie sicher genug.

Die Enttäuschung der linksstehenden französischen Presse kann vielleicht einige Aufmerksamkeit verdienen. Es ist nicht der Bund der Völker, schreibt der „Rappel", sondern nur ein Bund von gewissen Völkern. Keine kühne Neuerung, sagt die „Humanité", nur eine neue Auflage der Haager Konferenzen. Fast die gesamte schweizerische Presse verhält sich ablehnend. Daß zwei so verschiedenartige Zeitungen, wie das „Journal de Genève" und die „Züricher Post" einmütig von einer neuen „Heiligen Allianz" gegen Deutschland reden und diese Entartung des Gedankens bedauern, hat wohl Bedeutung. Nach dem „Neuyork Herald" hätte Wilson die Selbstverständlichkeit geäußert: Sobald alle neutralen Staaten in den Völkerbund eintreten, wird es keine Neutralen mehr geben. Beim Eintritt Amerikas in den Krieg hatte Wilson an sämtliche Neutrale die Zumutung gerichtet, seinem Beispiel zu folgen; nur Brasilien und China, als gefügige Schuldner, gehorchten dem Winke; auch einige mittel- und südamerikanische Republiken oder sie begnügten sich damit, die Beziehungen zu den Mittelmächten abzubrechen.

Hier liegt wohl der springende Punkt und wohl auch die Neuerung: nach § 16 sollen nicht nur die Mitglieder des Bundes mit einem widerspenstigen oder vertragsbrüchigen Staate jede Verbindung abbrechen, sondern jeder Zahlungs-, Handels- und Personenverkehr zwischen seinen Angehörigen und Bürgern anderer Staaten soll verhindert werden, seien letztere Mitglieder des Bundes oder nicht.

Das ist das direkte Eingreifen in das Recht der Neutralen, an einem Konflikt keinen Teil zu nehmen. Das setzt voraus, daß die Entscheidungen der Leitung oder der Mehrheit des Völkerbundes immer so geartet sein werden, daß kein Staat ihnen seine Zustimmung und Mitwirkung verweigern darf. Das setzt auch voraus, daß diese Leitung oder Mehrheit von den menschlichen Schwächen, Irrtümern und Leidenschaften in der Hauptsache befreit sein wird, daß sie sich unfehlbar erklärt, was in politischen Angelegenheiten die Päpste sich niemals angemaßt haben. Kann selbst die öffentliche Meinung des größten Teils der Welt nicht irren, sich beeinflussen lassen, besonders wenn sie nur einseitige Nachrichten bekommen kann? Der jetzige Papst hat sich ja am 6. Dezember 1915 beschwert, daß die Unmöglichkeit des mündlichen Vortrags der Botschafter der Mittelmächte ihn selbst in die Gefahr versetzt, gewisse Ereignisse einseitig zu beurteilen.

Daß vieles unbewußt oder nicht bedacht durch das Labyrinth der menschlichen Brust auch am hellen Tage wandelt, wird übrigens mancher zugeben wollen und sich hüten, selbst allen Urhebern der Nachrichtensperre während des Kriegs in Bausch und Bogen den guten Glauben abzusprechen, oder ihnen allen den Vorwurf der absichtlichen Irreführung der öffentlichen Meinung ihrer Völker zu machen. Die Folgen aber soll kein Psycholog übersehen. In den Ländern der Entente haben die meisten Leute während vier Jahren den Standpunkt der Mittelmächte aus eigenen Aeußerungen derselben oder ihrer Angehörigen nicht oder nur ganz verstümmelt vernehmen können. Die erste Sorge der Franzosen im besetzten Elsaß-Lothringen ist, noch zu verhüten, daß Zeitungen und Drucksachen aus dem übrigen Deutschland die „befreiten" Einwohner erreichen. Das setzt wohl wenig Vertrauen voraus in die Beweiskraft der eigenen Ausführungen und Beteuerungen; die deutschen Druckschriften müssen wohl schrecklich überzeugend wirken, wenn man sie so ängstlich fernhält. Im Gegenteil ließ man in Deutschland während des Krieges, wie auch jetzt zu, daß englische, französische, italienische Blätter öffentlich feilgeboten wurden, ja, man braucht sie oft nicht zu kaufen: sie sind aufgeschlagen, sogar in den Staatsbahnhöfen, und die Titel in Riesenbuchstaben sagen den zahlreichen Deutschen, die eine fremde Sprache verstehen, wie die Ententepresse ihre Leser beeinflussen, ja hypnotisieren will. Vielleicht war dieser Unterschied in der Behandlung der gegnerischen Presse nicht ohne Folgen für die Stimmungen hinter der Front.

Wenn die öffentliche Meinung so gemacht wird, wie kann man sich wundern, daß der eigene Standpunkt als selbstverständlich und widerspruchslos angesehen wird? Die Staatsmänner, welche unabhängige oder kontradiktorische Nachrichten und Anschauungen gesperrt haben, stützen sich nachher auf die so gemachte Volksmeinung und auf den daraus entstandenen Volkswillen und sagen, übrigens nach altem Rezept, sie müssen sich der öffentlichen Meinung ihres Landes fügen. Und so entsteht in den meisten Ländern eine Stimmung, welche die communis opinio der Welt heißt, der consensus omnium, das Weltgewissen selbst. Begründet oder nicht.

Es kann überhaupt angenommen werden, daß manche Staatsmänner selbst von vornherein von der Gerechtigkeit ihrer Sache oder von der Notwendigkeit ihrer Haltung überzeugt sind und daß das Bedenkliche in den gebrauchten Mitteln, um ihre Ueberzeugung allgemein zu machen, ihnen kaum einleuchtet. Soll das aber die Unterlage bilden für den **Bund des Rechts**?

Die einzelnen Einwände, welche man gegen verschiedene Aeußerungen und Vorschläge Wilsons machen kann, haben weniger Bedeutung als der **Grundfehler**. **Eine unaufgeklärte Partei will das Gebäude allein aufrichten.** Weder die Gegenpartei, noch die Unbeteiligten, die Unparteiischen, die Neutralen, werden dabei gehört. Ja, man wiederholt ihnen, sie hätten eigentlich kein Recht, neutral zu sein, und sollten sich der Mehrheit fügen. Ob Mehrheit doch bisweilen der Unsinn ist, spielt keine Rolle. Ob der Bettler, der von den Brosamen des reichen Tisches des Vetters Jonathan leben muß, eine freie Stimme hat und eine Wahl, bleibt unberücksichtigt.

Die Hauptfrage bleibt, ob es sich in dem **Gebäude besser leben läßt, als draußen**. Der größte Vorteil liegt vielleicht in der erhöhten Möglichkeit, die öffentliche Meinung der anderen Völker aufzuklären.

Doch verdienen manche Einzelheiten des Wilsonschen Vorschlags eine nähere Beleuchtung, wobei nicht einmal vergessen sein darf, daß der Urheber des Entwurfs in seiner angelsächsischen Erziehung und in den entsprechenden Vorurteilen lebt und daß er also noch mehr als der Papst an dem Mangel direkter Information leiden kann. Der Unterschied ist, daß er nicht so gut wie der Papst die Gefahr und die Folgen sieht. Er meint, „Mißtrauen und Intrige" seien durch seine Vorschläge gebannt, und übersieht, daß eben ein jahrelanges Mißtrauen und Nichtsehenwollen oder -können, daß die großartigste Presseintrige der Geschichte die ehrlichsten Absichten durchkreuzen oder verwirren muß.

In einem folgenden Aufsatze werden einzelne Gedanken und Vorschläge Wilsons näher beleuchtet, namentlich was die Behandlung des Problems der Selbstbestimmungspflicht oder des entsprechenden Rechts der Völker, die Kolonialfragen, die Leitung des Bundes, das Durchzugsrecht und die Revision seiner Entscheidungen betrifft.

Revolution und Recht.

Von Rechtsanwalt Aug. Nuß.

Manche Leute scheinen der Meinung zu sein, daß Revolutionen alles Recht aufheben, daß Revolution gleichbedeutend mit Rechtlosigkeit ist. Diese Meinung ist falsch. Wohl sind derartige Umwälzungen nicht nur politische und wirtschaftliche Krisen, sondern in gewissem Sinne auch **Rechtskrisen**. Denn sie enthalten und stellen das Problem der Wiederaufrichtung des zertrümmerten oder wenigstens vielfach durchlöcherten Gesetzes. Die **tatsächlichen Folgen** der jetzigen Revolution in Deutschland auf rechtlichem, gesetzmäßigem Gebiete sind allerdings erschütternd. Wenn die Staatsumwälzung auf sozial-wirtschaftlichem Boden immer mehr zu einer wüsten und brutal-egoistischen Lohnbewegung ausgeartet ist, so hat sie leider in weiten Kreisen der Bevölkerung und nicht bloß bei den „unteren Zehntausend" eine erschreckende Rechtsanarchie ausgelöst, in der jeglicher Unterschied von Mein und Dein, jegliche Achtung vor Privat- und Staatseigentum und öffentlichem Gemeinbesitz, jede Unterscheidung von Gesetz und Gesetzlosigkeit, von Recht und Unrecht, von Rechtstitel und Willkür, von Gesetzlichkeit und Gewalt, von rechtmäßiger Unterordnung und gewaltsamer Diktatur, von Gut und Böse geschwunden zu sein scheint. „Diebstahl ist erlaubt". „Erlaubt ist, was gefällt und was nützt"! „Privateigentum ist Diebstahl, deshalb weg damit!" „Alle Gesetze sind durch die Revolution abgeschafft!" „Es gilt das Recht des Stärkeren." Das sind die neuen Paragraphen der extremen „revolutionären Rechtsordnung."

Es ist eine von allen einsichtigen Juristen Deutschlands mit großer Besorgnis beobachtete Tatsache, daß die Revolution unserer Rechtsprechung schwere Gewissenskonflikte bereitet hat. So richteten vor kurzem namhafte deutsche Juristen an den Rat der Volksbeauftragten in Berlin folgenden bezeichnenden Warnungsruf:

> Das Vertrauen des deutschen Volkes zur Rechtssicherheit darf durch die eingetretene politische Umwälzung nicht erschüttert werden. Wir deutschen Juristen, die der Rechtspflege und Rechtslehre dienen, müssen fordern, daß über alle Erschütterungen der Gegenwart hinaus das **heilige Volksgut des Rechtes unverletzt** bleibt. Darum erheben wir aus Gewissenspflicht warnend die Stimme, daß nicht Gesetzgebung, Richtergewalt und Rechtseinheit willkürlichen Eingriffen irgendwelcher Art preisgegeben werden. Wir erkennen an, daß, wo immer **öffentlicher Notstand eine unaufschiebbare Aenderung des Rechts** im wohlverstandenen Interesse des Ganzen **erheischt**, auch einer nur tatsächlich bestehenden Staatsgewalt die Befugnis zum gesetzlichen Einschreiten nicht verwehrt werden kann. Wir bestreiten aber eine solche Berechtigung überall da, wo **ohne eine wirtschaftliche oder sonstige Notlage nur zur Sicherung parteipolitischer Ziele** die gegenwärtige Gesetzgebungsgewalt in Tätigkeit tritt und damit in die Rechte der zukünftigen deutschen Nationalversammlung oder der von ihr zu schaffenden ordentlichen Organe der Gesetzgebung übergreift.

Die sogenannte gesetzgebende Gewalt ruht sekundär nur beim Volk und seinen ordnungsmäßig bestellten Organen, primär bei Gott, als dem Urheber, Träger und Spender aller Gewalt. Das **öffentliche Notstandsrecht der Revolution** „im wohlverstandenen Interesse des Ganzen", das in obiger Erklärung „auch einer nur tatsächlich bestehenden Staatsgewalt" für „eine unaufschiebbare Aenderung des Rechtes" zugestanden wird, ist neuerdings in einer rechtskritischen Studie von Alfred Friters [1]) in lehrreicher Weise behandelt worden. Wenn Alfred Friters die Erklärung der Juristen für zu eng findet und nicht nur einen äußeren, sondern auch einen „inneren" Notstand „aus der Logik der Revolution" konstruiert, so können wir ihm nicht folgen, weil uns diese allzu weitherzige Auslegung den festen Boden zu verlassen scheint, auf dem doch schließlich jedes Recht und jede Gesetzmäßigkeit ruhen müssen. Die Grenzen, die Friters zieht, sind zu flüssig und dehnbar, als daß sie eine feste Rechtsnorm dauerhaft umschließen könnten.

Wir leben aber nicht nur in einer akuten, sondern auch in einer **chronischen Rechtskrisis**. Das „Dogma" von der Allmacht des Staates als des letzten Selbstzwecks hat die Majestät des Rechtes entthront. Der Staat war der Herr, das Recht sein Vasall. Wir müssen den Gedanken Professor Gierkes wieder zu Ehren bringen, daß **Recht und Staat zwei selbständige, einander ebenbürtige Lebensmächte** sind, und müssen diesen Gedanken mit der **christlichen Idee** verbinden, daß diese beiden Lebensmächte „von Gottes Gnaden" und deshalb ihrem Schöpfer und Erhalter verantwortlich sind. Dabei müssen wir in der zukünftigen Rechtspraxis von der strengen Bindung des Richters an den Wortlaut des Gesetzes abgehen und uns mehr in den aus der Entwicklung fließenden Wandel des Gesetzesinhaltes vertiefen. [2])

Hieraus ergeben sich für die konstituierende **Nationalversammlung** ernste und bedeutungsvolle Aufgaben. Sie hat die durch die Revolution geschaffene **Rechtsnot** zu beseitigen. Sie hat eine neue **Gesetzmäßigkeit** aufzurichten und dadurch die Wunden, die die Revolution der alten Rechtsordnung schlug, wieder zu heilen. Ein Rechts- und Verfassungsstaat ist mit allen Rechtssicherheiten und gesetzlichen Bürgschaften wiederherzustellen. Je lückenloser und vollkommener diese Rechtsgarantien für den einzelnen Bürger wie für die Gesamtheit sind, desto fester ist dieser Rechtsstaat begründet. Mit Friters gehen wir dahin einig, daß die neue Verfassung und Rechtsordnung nun aber nicht das Werk von Geheimräten und Geheimausschüssen werden darf, sondern daß über sie in voller **Oeffentlichkeit und unter voller Anteilnahme des Volkes** verhandelt werden muß, wie es sich für einen demokratisch geleiteten Volksstaat gebührt. Gierke schrieb einst, als das Bürgerliche Gesetzbuch von Gelehrten-

---

[1]) **Revolutionsgewalt und Notstandsrecht.** Rechtsstaatliches und Naturrechtliches. Nebst einigen Vorschlägen zu der neuen Verfassung. Berlin, Verlag von J. Guttentag.

[2]) „Frankfurter Zeitung" Nr. 139, I. Morgenblatt v. 21. Februar lf. J. „Die Wiedergeburt des Rechtes."

kommissionen unter Ausschluß der Oeffentlichkeit entworfen wurde: ein Gesetzbuch, das zum Volke sprechen wolle, müsse auch vom Volke erarbeitet sein; es sei keine Weihnachtsgabe, mit der man ein artiges Kind überrasche. Gerade heute ist die Popularisierung der neuen Verfassung und Gesetzgebung, welche die leider herrschende starke Rechtsunsicherheit endgültig beseitigen sollen, nicht nur ein Gebot der Staatsklugheit, sondern auch eine moralische Pflicht der gesetzgebenden Gewalten dem Volksganzen gegenüber. „Gegenwärtig ist", sagt Friters, „das Recht, das in der Idee der Gerechtigkeit wurzelt, aus der allgemeinen Vorstellungswelt fast verschwunden; das aber ist keine Rechtsentwicklung, sondern Krankheitsbild." Es muß u. E. eine organisierte Aufklärung unseres Volkes in allen seinen Schichten über die Bedeutung, den Inhalt, die Beweggründe und Ziele des neuen Verfassungs- und Gesetzgebungswerkes durchgeführt werden. Das Volk, nicht mehr Objekt, sondern Subjekt der Gesetzgebung, sollte wissen, warum Recht und Ordnung herrschen müssen und wie notwendig und nützlich die freiwillige Ein- und Unterordnung unter die gesetzmäßigen Autoritäten ist; welche Rechte es hat, welche Pflichten aber auch diesen Rechten gegenüberstehen. Das Volk muß wieder zum Glauben an die Rechtssicherheit im deutschen Vaterlande erzogen werden.

Die Macht hat nur dann Daseinsrecht und Lebenswert, wenn sie auf Recht beruht. Dieser Geist ist nicht nur für unsere Beziehungen im Innern, sondern ebensosehr auch für die internationalen Verhältnisse und Auseinandersetzungen von hoher Bedeutung. Wir brauchen den klaren, fest umrissenen, auf sittlich-geistigen Grundlagen ruhenden Rechtsgeist beim Aufbau Europas und der Welt. Justitia est fundamentum regnorum. Dieser alterprobte Satz gilt auch noch nach der Revolution, und da erst recht. Seine Verwirklichung ist das Palladium unserer nationalen Zukunft und die Grundlage für den aus einem Rechtsfrieden geborenen Bund der Völker.

Leuchten in der Stadt.

Der Tag entgraut: es schrillen die Betriebe,
Die Trambahn rast; dumpf wächst des Markts Geschiebe;
Viel Fuhren poltern; dürre Schlote qualmen,
Die Grossstadt brüllt mit tausend kreischen Psalmen
Ihr Missionslied von Arbeit und Genuss,
Von Schwelgerei, Entsagung und Verdruss.
Und über ihr in leicht bewegter Schwebe
Flirrt Staub gleich einem Riesenspinngewebe.

Da geht, von allem Hasten unbeachtet,
Ein stilles Leuchten, wenn die Dämmerung nachtet.
Es glänzet mild durchs Wutgeschrei der Menge,
Im Streit der Meinungen, im Volksgedränge,
Im Dunste irrt's verräucherter Lokale
Und um das Klingen silberner Pokale.
Es zittert durch die Zimmerflüchte Reicher,
Umflammt den Bettler auf dem wind'gen Speicher.

Und bebend zuckt's in vollbesetzten Sälen,
Wo eitle Schwätzer frevlen Tand erzählen.
Es strahlet in des Forschers fernen Stuben,
Dem Rätsel Furchen in die Stirne gruben.
Entlang an Fenstern huscht es und an Wänden,
Wenn gross und feierlich aus Künstlerhänden
Die Seele in das Bildnis fliesst. Es gleisst,
Wenn Dichter sagen, was uns Sehnsucht heisst.

Du heilig Leuchten, das du unerkannt
Die Stadt durchglühest: wie bist du genannt?
Du Licht, das keiner schaut, das allwo scheint?
Das hell hier funkelt, dort wie schmerzverweint?
Vom Wunderhaupt seh' ich dein Feuer gleiten
Im tiefen Strom der Menschen und der Zeiten,
Im steten Drang der Tage und der Stunden:
Du göttlich Licht vom Haupt voll Blut und Wunden . . . .

Heinz Götti.

Kirchliche Organisationsfragen.

Von Kirchenrat Stadtpfarrer Schiller, Nürnberg.

„Getrennt marschieren, vereint schlagen" — dies war die Losung, welche schon vor langer Zeit angesichts der sich steigernden freidenkerischen oder anderer Angriffe auf das Christentum beiden Kirchen, der protestantischen und der katholischen, ans Herz gelegt worden war. Aber nicht viele kümmerten sich darum. Verständnislosigkeit und Abneigung verhinderten, sich näher zu treten. Dies ist heute anders geworden. Die gemeinsamen Gefahren, welchen beide Kirchen jetzt ausgesetzt sind, ändern von vornherein die Lage und weisen beide aufeinander an. Zwar hat es auch früher nicht an Versuchen gefehlt, Mißverständnisse zu beseitigen, Irrtümer auszuschalten und so ein besseres Verhältnis zwischen beiden Gruppen anzubahnen. Gelehrte wie Harnack, Kirchenobere wie Dryander und Bezzel, Zeitschriften wie „Die christliche Welt", Zeitungen wie die „Preußische Kreuzzeitung" haben auf protestantischer Seite ohne Voreingenommenheit Aufklärungen über katholisches Wesen gegeben, wenn sich Gelegenheit dazu bot. Aber es wollte niemals gelingen, weitere Kreise dafür zu interessieren und die frühere mangelhafte Kenntnis über katholische Lehranschauungen, Bräuche und Einrichtungen schien nicht weichen zu wollen.

Eine neue Zeit ist angebrochen. Schwere Leidenstage liegen hinter uns. Niemand kann sagen, ob nicht noch heißere folgen. Einen Kreuzesgang sondergleichen muß das deutsche Volk gehen. Was in der langen Friedenszeit vergeblich erstrebt ward, ein gegenseitiges Sichverstehen und Sichergänzen der zwei kirchlichen Gemeinschaften, wechselseitige Schätzung und Achtung, welche bereits die Not des Krieges hervorgerufen hat, beginnt langsam sich durchzusetzen und immer weiter sich zu verbreiten und es ist nur zu wünschen, daß diese Bewegung bei allem Festhalten an der eigenen religiösen Ueberzeugung, an dem unterschiedlichen Bekenntnisstand sich immer mehr vertieft. Beide Gruppen würden davon Vorteil und Gewinn haben. Sind doch beide in der gleichen Not, stehen sie doch beide vor den gleichen Fragen: Wie überwinden wir am besten die unserer Kirche drohenden Gefahren, welchen Kurs haben wir einzuschlagen, wie haben wir das Steuer zu lenken, damit das Schiff Klippen und Sandbänke vermeidet und zuletzt glücklich ans Land kommt?

In vorbildlicher Entschiedenheit und Weisheit haben Bischöfe und protestantische Kirchenregierungen Stellung zu den neuesten Ereignissen genommen. In einer peinlicheren Lage als die katholische Kirche stehen die einzelnen protestantischen Landeskirchen, weil ihnen mit dem Sturz der Fürsten, ihrer summepiscopi (obersten Bischöfe), der Boden unter den Füßen weggezogen ist und ihre Konsistorien und Synoden damit in der Luft schweben. Darum tut gerade für sie Eile not und wir verstehen es, daß die Vorschläge, wie das neue Kirchensystem am besten einzurichten ist, wie Pilze aus der Erde wachsen. Rade wünscht für die „Freie Evangelische Volkskirche" Volkskirchenräte; in der neuen Kirche soll für konfessionelle, geschichtliche und völkische Mannigfaltigkeit weitester Spielraum sein. Horst Stephan in Marburg empfiehlt, daß der Religionsunterricht von einer Gesamtorganisation des deutschen Protestantismus getragen werde und daß die gesamte Vereinstätigkeit von einer Vereinigung der deutsch-protestantischen Kirchen zu übernehmen sei. v. d. Goltz verspricht sich das meiste von einem „Deutschen Kirchenbund" als Beratungsstelle für die Kirchenregierungen und von einer Zusammenfassung des deutschen evangelischen Kirchenvolkes. Zwei Professoren aus Münster werben für eine „Freie evangelische Volkskirche". Allein, so schön ihr Bekenntnis lautet, unter welchem sie die einzelnen Richtungen zusammenfassen wollen: „Jesus Christus der Herr", so sind es doch im letzten Grund die alten Allianz- und Unionsgedanken, welche hier wieder aufleben und mit denen wir nicht viel anfangen können. Am häufigsten hört man den Ausdruck „Deutsche evangelische Reichskirche"; aber abgesehen davon, daß die Landeseigenart auch in kirchlichen Dingen mitzusprechen hat, wäre eine Kirche, die als Kirche „positiv nichts Einheitliches zu sagen hat", von vornherein zur Bedeutungslosigkeit verurteilt. Wenn endlich Kahl für eine deutsche Reichssynode warm eintritt, so läßt sich dagegen kaum etwas Stichhaltiges einwenden. Wird der Gedanke weiter verfolgt, so bestehen seit Jahren bereits segensreiche Einrichtungen als Vorbilder, wie die Eisenacher Kirchenkonferenz (seit 1854) und der Deutsch-evangelische Kirchenausschuß (1903). Solche Vereinigungen könnten die Grundlage bilden.

Was nun den kirchlichen Neubau selbst betrifft, welcher kommen wird, ob wir ihn wünschen oder nicht, und zu welchem sich beide Kirchen auf Grund der neuen Verhältnisse anschicken müssen, so hat es die katholische Kirche wesentlich leichter und müheloser als die protestantische. Zwar fällt auch in der katholischen Kirche in Zukunft voraussichtlich die bisherige staatliche Unterstützung weg; allein die zu erwartende mehrjährige Uebergangszeit (Moratorium) wird es ihr ermöglichen, auf Mittel und Wege zu sinnen, wie hier der notwendige Ausgleich zu schaffen sei und der Opferbegriff, der ihren Mitgliedern von alters her bis zum kleinsten Taglöhner bekannt ist, samt den Leistungen, welche fast ein jeder gerne und willig für seine Kirche darzubringen pflegt — dies alles wird jetzt der katholischen Kirche besonders zugute kommen. Unseres Wissens ist die Kartothek (das genaue Verzeichnis aller Gemeindeglieder) dort schon längst eingeführt, sie wird die idealen, seelsorgerlichen Zwecke mit den praktischen verbinden und die neue Arbeit ganz wesentlich unterstützen. Nur ein Neues wird auch in dieser Kirche nicht zu umgehen sein: eine stärkere Heranziehung der Laienwelt im Dienste der Kirche. Aber auch hierin hat die vielverzweigte Vereinstätigkeit seit langer Zeit schon gute Vorarbeit geleistet und es wird sich jetzt meist nur um eine Herübernahme, um eine Neubetätigung der alten Einrichtung in breiterem Rahmen handeln. Austritte aus der Kirchengemeinschaft infolge größerer Steuerlasten werden kaum zu befürchten sein. Ist doch auch die Austrittsbewegung kurz vor dem Kriege an der katholischen Kirche fast spurlos vorübergegangen. Nachdem das starke Gefüge und die festgehaltene Tradition der katholischen Kirche in Verbindung mit dem hierarchischen System alle Gefahren, welche jemals der Kirche drohten, siegreich überwinden ließen, wird auch die neu auftauchende Wolke vorüberziehen, ohne nennenswerten Schaden anzurichten.

Das gleiche hoffen wir ja auch für die Neueinrichtung, welche die protestantischen Landeskirchen auf sich zu nehmen haben, nur mit dem Unterschied, daß sie es dabei viel mühevoller haben. Schon die Aufbringung der finanziellen Mittel wird gewissen Schwierigkeiten begegnen. Die Rentämter stehen künftig nicht mehr zur Verfügung. Aber das Selbstbesteuerungsrecht, das der Kirche zugestanden werden muß, wird einen Ersatz dafür zu finden wissen. Ob nicht aber die stärkere finanzielle Inanspruchnahme ihrer Mitglieder so manche, namentlich in größeren Städten, veranlassen wird, ihrer Kirche den Rücken zu kehren, läßt sich heute gar nicht sagen. Wir werden gut tun, diese Gefahr recht genau im Auge zu behalten. Als Vorbeugung wird ein möglichst starkes Heranziehen der Laien für kirchliche Betätigung gelten dürfen. Werden diesen größere Rechte übertragen, so werden sie auch gewillt sein, größere Pflichten zu erfüllen. Während nun aber in der katholischen Kirche das hierarchische System eine Veränderung nicht erfahren wird, wird die protestantische Landeskirche, welche als eine Art Staatskirche in den staatlichen Zusammenbruch mit hineingerissen worden ist, bei ihrem Neubau ein ganz anderes Verfahren als bisher einzuschlagen haben. Die demokratische Welle, welche an dem Mauerwerk der katholischen Kirche sich brechen wird, hat heute schon die Dämme der protestantischen Kirche durchbrochen. Dies bedeutet noch keinen Untergang. Vielmehr gilt es, die heranströmende Flut in die richtigen Kanäle zu leiten und das Strombett zu verbreitern. Waren wir seit Jahrhunderten gewohnt, daß die Kirchenleitung die ganze Direktion mit allen ihren Verzweigungen allein in die Hand nahm, so wird wohl künftig die Entwicklung der kirchlichen Organisation umgekehrt sein, nicht mehr von oben nach unten, sondern von unten nach oben. Man spricht bereits von Presbyterial- und ähnlichen Verfassungen. Setzt das neue System ein, so steht den Gemeinden das Recht zu, ihre Geistlichen sich selbst zu wählen. Die Pfarrer ihrerseits haben dann zu bestimmen, wer die Würde des Dekans erhalten soll. Die Dekane haben wiederum in Verbindung mit dem Presbyterium den Landesbischof und dessen geistliche und weltliche Räte zu wählen. So fremd uns, namentlich die Aelteren, dies alles auch anmuten mag, so wird der Neubau sich nicht bloß glatt vollziehen, sondern auch gegenüber früherem bureaukratischem Wesen mancherlei Vorteile mit sich bringen.

Der Ortsverband der evangelischen Vereine in Nürnberg hat bereits im Dezember folgende acht Sätze aufgestellt: 1. Es wird volle Freiheit der Religionsübung gewährleistet. 2. Es ist der evangelischen Kirche für die Neuordnung ihrer Verhältnisse eine Uebergangszeit von einer Reihe von Jahren zu bewilligen, während derer der Staat die bisher der Kirche geleisteten Beiträge als Pauschalbetrag der Kirchenleitung zuwendet. 3. Der evangelischen Kirche wird Freiheit der Schule und den Kirchengliedern Befreiung von doppelten Schulabgaben gewährt. 4. Zur Erteilung eines planmäßigen Religionsunterrichts sind der Kirche ausreichend Zeit und genügend Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. 5. Es ist der evangelischen Kirche das Recht der Selbstbesteuerung und Selbstverwaltung zu gewähren. 6. Der Unterhalt der theologischen Fakultät obliegt auch fernerhin dem Staate. 7. Pfarr- und Kirchenvermögen bleibt unangetastet. 8. Der Staat hat die ihm aus besonderen rechtlichen Verpflichtungen obliegenden Leistungen auch ferner der Kirche zu gewähren bzw. abzulösen.

Laible, der Redakteur der „Allgemeinen evangelisch-lutherischen Kirchenzeitung", hat unlängst in dem Vorwort der Januarnummer treffliche Winke gegeben, welche Pfarrer und Priester gleicherweise beachten dürfen. Jeder Seelsorger erinnere von der Kanzel aus, um was es sich handelt und dann besuche er alle seine Gemeindeglieder ohne Unterschied des Standes. Allüberall stelle er vor und frage an: Wollt ihr denn nicht auch weiterhin noch euere Kirche? Sollen noch euere Glocken zum Sonntag läuten? Sollen euere Kinder noch getauft und konfirmiert (gefirmt) werden? Soll noch Abendmahl bei euch gehalten werden? Und all dies trage man kurz, schlagend, volkstümlich vor, daß auch der einfache Mann es versteht. Bei größeren Gemeinden nehme man Helfer und Helferinnen zur Hilfe. Auf diese Weise gewinnt man nicht bloß ein Kirchenvolk, über welches auch die Machthaber nicht mit einem Federstrich hinweggehen können; denn es werden Massen sein, mit denen schon zu rechnen ist.

Die Hauptsache dabei muß freilich der Geist aus der Höhe wirken, ohne welchen kein religiöses Werk auf Erden etwas ausrichten kann. Wir brauchen des Geistes Kraft heute mehr als je. Sturmvögel mit heiserem Gekreische kreisen über unseren Häuptern. Auch die Mutigsten überkommt zuweilen Bangen und Grausen. Die deutsche Revolution hat die Totenglocken geläutet nicht bloß für Schales, Morsches, Faules, nein, auch für viel Schönes und Erhabenes. Sorgen wir dafür, daß nicht auch unsere Kirchen in den allgemeinen Weltstrudel hineingezogen werden. Noch steht der Herr der Kirche auf der Wacht. Wir hoffen von seiner Gnade, daß die Zeit des Gerichtes zum Besten seiner Kirche ausschlage.

Vorschläge für die Ergänzung der Offiziere des neuen deutschen Heeres.

Von Generalleutnant z. D. Frhrn. von Steinaecker, Boppard.

Die deutsche Nationalversammlung in Weimar ist an der Arbeit, dem neuen Deutschen Reich ein neues Heer zu schaffen. Die Reichswehr ist nur ein Notbehelf, das hat die Regierung selbst ausgesprochen. Jene Arbeit ist, wie jeder neue Tag es dem blödesten Auge mehr klar macht, die dringendste Aufgabe, die in Weimar zu lösen ist. Sie ist aber die allerschwierigste, zumal angesichts des Trümmerfeldes, das auf dem Gebiete der Landesverteidigung die Revolution des 9. November des Unglücksjahres 1918 geschaffen hat. In dem aufzurichtenden Neubau unseres Heeres sind nun die Offiziere das wichtigste Element, sie sind die Stützen, das Gerippe des ganzen Baues, daher ist für sie das beste Material gerade gut genug. Ihre Ergänzung geschah in den untergegangenen dynastischen Heeren auf Grund einer Vorschrift, die jetzt darauf zu prüfen wäre, ob sie in den neuen Verhältnissen noch brauchbar, was in ihr verbesserungsbedürftig, was für die Zukunft abzulehnen wäre.

Die Offiziere des stehenden Heeres (von den Offizieren des Beurlaubtenstandes sehe ich hier zunächst ab) ergänzten sich auf verschiedene Weise. Erstens durch Uebertritt von Zöglingen der Kadettenkorps in Preußen, Bayern und Sachsen. Auf die Einzelheiten gehe ich hier nicht ein. Im besonderen spreche ich hier von der Einrichtung in Preußen. Wenn man das Kadettenkorps seinem Wesen und Wert nach kennzeichnen will, so tut man ihm kein Unrecht, wenn man sagt, als Erziehungsanstalt stand es über dem Durchschnitt, als Bildungsanstalt aber unter demselben. Woher kam das? Es kam daher, daß die Wissenschaften im ganzen Lehrplan und in der Bewertung durch die Leitung der Anstalt vor der Ertüchtigung der körperlichen Fähigkeiten ganz unverhältnismäßig in den Hintergrund gedrückt

wurden, an zweiter Stelle rangierten. So wurde der erreichte Grad körperlicher Fertigkeiten durchgängig der Beurteilung des Kadetten über Gebühr zugrunde gelegt. Ich habe gerade als Regimentskommandeur recht häufig Gelegenheit gehabt, mich hiervon zu überzeugen. Wie die Lehrer, so allemal die Schüler! Es war bei den jungen aus dem Kadettenkorps überwiesenen Leuten in den seltensten Fällen eine Freude, ein wirkliches Interesse an den nicht militärischen Unterrichtszweigen geweckt worden, die allgemeine Bildung war verkümmert, der Religionsunterricht, die katholischen Zöglinge nicht ausgeschlossen, war äußerst unzureichend, auch ging, ich kann mir nicht helfen, ein protestantischer Hauch durch das ganze Wesen des Unterrichts, wie das die Art, wie Geschichte vorgetragen wurde, bewies.

Die ganze Ausbildung und Erziehung krankte ferner daran, daß die Zöglinge ausschließlich nur für den einen, den Soldatenberuf vorgebildet, auf ihn geradezu gedrillt wurden, auf ihn als das einzige „standesgemäße Ziel“ hingewiesen wurden. Und doch, wie mancher arme Junge hätte gern einen anderen Beruf ergriffen, wenn mit den Jahren der Ueberblick kam. Wie kam denn die Mehrzahl der Jungen ins Korps? Ursprünglich nur zur Aufnahme der Söhne des armen Adels sowie gefallener Offiziere bestimmt, wurde es im Laufe der Jahre Zuflucht für die Söhne der Offiziere, die die Mittel nicht hatten, ihre Söhne eine andere Laufbahn ergreifen zu lassen oder hochmütig auf andere Stände herabsahen, sie als nicht für einen adeligen Offizierssohn passend ansahen. Viele Familien taten auch, da häufige Versetzungen einen ebenso häufigen Garnisons- und damit Anstaltswechsel für ihre Söhne mit sich brachten, wodurch den Knaben das Mitkommen in den Wissenschaften natürlich sehr erschwert wurde, deshalb diese ins Korps, noch andere aber — Minderreiche — fanden es leider sehr bequem, die Jungen vielleicht schon mit 10 Jahren ins Korps abzuschieben — der Junge wird doch Soldat! So wurde das Korps mit der Zeit immer mehr den Zwecken, die sein Stifter mit seiner Begründung verbunden hatte, entzogen.

Das Korps wurde auch besonders durch das Vorwiegen der militärischen Personen im Lehrer- und Erzieherkollegium eine Schule des Kastengeistes, dieses Geistes, der soviel dazu beigetragen hat, den jungen Leutnant zu einer lächerlichen Person, zur stehenden Figur und Karikatur in den Witzblättern zu machen und der Armee allgemein zu schaden. Jeder andere Stand als der des Offiziers wurde, man könnte sagen anerzogener Maßen, über die Achsel angesehen, besonders der „Koofmich“ war ein Gegenstand des Abscheues für den Jünger des Mars, man suchte schon im Aeußern, in Benehmen und Tracht sich als etwas besonderes aufzuspielen. Militärisch dagegen — das muß auch hervorgehoben werden — waren die aus dem Kadettenkorps in die Regimenter kommenden jungen Leute sofort sehr gut, besser wie die jungen Leute zu gebrauchen, die einen anderen Bildungsgang gehabt hatten, was diese aber unschwer bald einholten. Ich fasse daher mein Urteil dahin zusammen, da das Kadettenkorps eine Pflanzstätte des Kastengeistes war, auch viele junge Leute, die keinen Beruf zum Soldaten hatten, auf diesem Wege, gewissermaßen ohne gefragt zu sein, in die Armee kamen und sich dort nicht am richtigen Ort fühlten, so bin ich für Abschaffung der Kadettenkorps als militärische Bildungsanstalten. Man wandle sie einfach um in Knabenerziehungsanstalten für Söhne gefallener oder gestorbener mittelloser Offiziere. Die Berufswahl hat dann später nach den Fähigkeiten und den verfügbaren Mitteln zu erfolgen.

Wir kommen zur zweiten Kategorie des Nachersatzes. Es sind junge Leute, die als „Freiwillige mit Aussicht auf Beförderung“, früher Avantageure, jetzt Fahnenjunker genannt, nach Annahme durch den Regimentskommandeur in den Truppenteil aufgenommen wurden. Sie müssen das Fähnrichs- oder das Abiturientenexamen bestanden haben. Erstere haben die notwendige Reife zu der vor der Obermilitärprüfungskommission in Berlin abzulegenden Fähnrichsprüfung entweder auf einer öffentlichen Bildungsanstalt oder auf einer Militärvorbereitungsanstalt, vulgo „Presse“ genannt, erworben. Abiturienten brauchen die Fähnrichsprüfung nicht mehr abzulegen. Letztere sind unbedingt der beste Ersatz, sie haben schon die Reife, die bei der Berufswahl nötig ist, sie bringen eine jeder anderen überlegene allgemeine Bildung mit, sie wissen vor allem, daß mit der Ablegung der Abiturientenprüfung das Lernen, das Sichweiterbilden noch lange keinen Abschluß gefunden, erst begonnen hat, sie haben einen weiteren Gesichtskreis wie Kadetten und „Pressiers“, sind reifer und den an sie herantretenden Versuchungen widerstandsfähiger. Die „Pressiers“ bilden den am wenigsten guten und daher auch am wenigsten begehrten Nachwuchs. Ihre allgemeine Bildung ist meist sehr lückenhaft, oberflächlich, vielfach rekrutieren sie sich aus Jünglingen, die auf der Schule nicht gut taten, oder auch nicht mitkonnten, oft aus Mangel an Begabung. Sie erpreßten dann oft den hartgeprüften Vätern den von Friedrich dem Großen schon gebrandmarkten Ausdruck, „meinen Sohn lasse ich Offizier werden, zu etwas anderem ist er zu dumm“. Da die „Pressen“ zumeist in großen Städten sich aufgetan haben, so sind viele ihrer Besucher schon den Verführungen der Großstadt erlegen, wenn sie in die Armee kommen und verderben dann sehr oft junge Kameraden, die bis dahin unter elterlicher Obhut und Vorsorge gestanden hatten. Auch diese jungen Leute zeichnen sich durch einen lächerlichen Hochmut vielfach aus. Dafür aber bewahren sie in den Nachweisungen der um die Ecke gegangenen oder wegen Unfähigkeit ausgeschiedenen jungen Leute hartnäckig die erste Stelle. Also meine ich, muß für die Offizierlaufbahn das Abiturientenexamen gefordert werden, genau wie für alle anderen höheren Berufe; damit wird auch die soziale Stellung der Offiziere auf sicheren Boden gestellt.

Es muß nach wie vor alleiniges Recht des Regimentskommandeurs sein und bleiben, junge Leute als Fahnenjunker anzunehmen. Ein Mann muß die Verantwortung dafür vor dem Gesetz tragen, daß nur geeignete junge Leute in die Armee als angehende Offiziere aufgenommen werden. Das kann aber nur der Regimentskommandeur sein. Wer sollte ihm auch diese Aufgabe abnehmen können? Ja, höre ich da, dann werden wir also wieder die Erfahrung machen, daß es Regimenter gibt, deren Offiziere sich nur aus Adeligen ergänzen, und das werden Brutherde der Reaktion! Das verneine ich, wenn die Personalabteilung des Kriegsministeriums (das frühere Militärkabinett) auf dem Posten in der Beziehung ist. Wie kamen denn eigentlich die rein adeligen Offizierkorps zustande, die, das wissen viele außerhalb der Armee vielleicht nicht, gerade in weitesten Kreisen der Armee selbst durchaus nicht gern gesehen waren?

Den meisten Zulauf hatten immer die Regimenter, die in guten Garnisonen standen. Die beste war zweifellos Berlin, wo die Garderegimenter standen. Zu diesen war ein solcher Zudrang von adeligen Anwärtern, daß deren Kommandeure gar nicht auf andere Avantageure zurück zu greifen brauchten, um ihren Etat voll zu machen. Daß ein Kommandeur, wenn er die Auswahl bei sonst gleichen Vorbedingungen hat, natürlich die Söhne oder Verwandten von Offizieren bevorzugt, die früher schon im Regiment gedient haben, ist klar und ihm kein Vorwurf daraus zu machen. Es ist erinnerlich, daß auch im Reichstag bei manchen Gelegenheiten über diese rein adeligen Offizierkorps gesprochen und der sehr berechtigten Empfindung Ausdruck gegeben wurde, daß sich in der Armee dadurch eine Mißstimmung, der Gedanke, daß es zwei verschiedene, auch verschieden behandelte Sorten von Offizierkorps gebe, ausbilde. Es wurde damit die Aufforderung an das Militärkabinett verbunden, doch bürgerliche Offiziere hineinzuversetzen. Das geschah denn auch endlich dem Drängen des Reichstags gegenüber und zu seiner Beruhigung, das heißt aber nur in sehr bescheidenem Umfange, jedes „exklusive“ Regiment bekam einen Bürgerlichen oder deren auch zwei, die unter dem Namen „Konzessionsschulzen“ in der Armee bekannt waren und sich nicht immer in dem neuen Verband wohlgefühlt haben sollen. Es wurde von maßgebender Stelle dabei darauf hingewiesen, daß, wenn man zuviel Leute aus den Garderegimentern — sie kamen zumeist in Frage — herausversetze, um für Bürgerliche Platz zu machen, der Andrang zu diesen Truppenteilen überhaupt nachlassen werde und damit eine Menge junger Leute der Armee verloren ginge. Was in der Armee am meisten verstimmte, und mit Recht, war der Umstand, daß vielfach, wenn ein junger Herr mit den drei Buchstaben in einem der bevorzugten Regimenter etwas ausgefressen hatte, was sein Verbleiben in der Armee unmöglich zu machen schien, der Betreffende schleunigst in irgend ein „unadeliges“ Regiment versetzt wurde. Wurde er dann dennoch „gegangen“, dann war der Fall wenigstens in der Oeffentlichkeit nicht auf das Konto des adligen Truppenteils zu setzen. Ich folgere daher, wenn die Personalabteilung rücksichtslos durch Versetzungen eingreift, ist die Bildung rein adliger Offizierkorps unmöglich. Mögen sich dann manche junge Leute vom Militärdienst dadurch abschrecken lassen, so schadet dies um so weniger, als ja doch unser Heer gewaltig unter allen Umständen verringert werden wird.

Was die Gestaltung der wirtschaftlichen Lage der Offiziere betrifft, um dies kurz zu erwähnen, so muß auch auf

diese besonders geachtet werden. Es darf keinen Regimentskommandeur mehr geben, der zu hohe Anforderungen an die Privatmittel der Familie der Aspiranten stellt, bloß um den Zustrom junger Leute zu verringern; es muß dem Luxus mehr wie bisher entgegengetreten werden. Er zeigte sich gerade in den letzten Jahren hauptsächlich darin, daß jeder, auch der unbemittelste Offizier darnach strebte, sich sehr prunkvoll einzurichten und sich womöglich ein Pferd zu halten, das Zufußgehen wurde immer unbeliebter; das erzeugte dann Neid bei den einfacher lebenden Kameraden und verführte manchen zu Ausgaben, die ihn allmählich in Schulden stürzten. Das arme Preußen, das sich durchgehungert hat, war die festeste Stütze gegen jeden Feind, das reiche Preußen-Deutschland ist vermorscht zusammengebrochen.

Vom Werden der amerikanischen Verfassung.

Von Philipp Kester, München.

Im Verfassungsausschuß der Weimarer Nationalversammlung ist dieser Tage von einem Vertreter der Mehrheitssozialisten darauf hingewiesen worden, daß es Amerikas Wunsch sei, unsere Verfassung möge sich der amerikanischen möglichst nahe anpassen. Der Hinweis forderte eine ironische Entgegnung heraus. Es wäre — fand man — unter diesem Gesichtspunkt am besten, die Ausarbeitung der deutschen Reichsverfassung einfach dem amerikanischen Kongreß zu überlassen.

Woher der Ratgeber der Sozialdemokratie seine Informationen bezogen hat, bleibe dahingestellt und ist auch gleichgültig. Daß der Wunsch, Deutschland möge sich in seinem Verfassungswerk vom amerikanischen Vorbild leiten lassen, irgendwie in der amerikanischen Presse oder sonst inoffiziell zum Ausdruck gekommen ist, darf aber als wahrscheinlich angenommen werden, denn kein Volk ist mehr von der Vortrefflichkeit seiner staatlichen Einrichtungen überzeugt, als es heute das Volk der Vereinigten Staaten ist. Haben doch auch die südamerikanischen Republiken nach ihrer Losreißung von Spanien die amerikanische Verfassung fast sklavisch nachgeahmt, und man darf annehmen, daß der Amerikaner in gutem Glauben an seine Weltbeglückermission handelt, wenn er auch dem deutschen Volk diesen Weg zu seiner dauernden Gesundung empfiehlt.

Niemand in Deutschland wird ernstlich an die Nachahmung der amerikanischen oder irgendeiner anderen fremdstaatlichen Verfassung denken, aber man wird gern zugeben, daß eine Staatsverfassung wie die amerikanische, die sich seit nunmehr 132 Jahren in fast unveränderter Form erhalten und selbst einen blutigen Bürgerkrieg von 4 Jahren überdauert hat, im wesentlichen die Probleme einer neuen Staatsgründung doch richtig gelöst haben muß. Man übersieht bei uns vielfach den bundesstaatlichen Charakter des großen amerikanischen Staatswesens, und die Schwierigkeiten, die sich der Formulierung der amerikanischen Verfassung entgegenstellten, waren in der Hauptsache dieselben, wie sie jetzt in Weimar zutage treten: galt es doch auch damals, die kulturelle Eigenart und die wirtschaftlichen Interessen schon bestehender Staatsgebilde mit den notwendigen Forderungen einer gemeinsamen Bundesregierung in Einklang zu bringen.

Nicht immer war das amerikanische Volk in seiner Gesamtheit so sehr von der Vortrefflichkeit seiner Verfassung durchdrungen wie heute, und es wäre verfehlt, anzunehmen, daß diese Verfassung — das Werk der denkwürdigen Konvention von Philadelphia im Jahre 1787 — auch sofort nach ihrer Bekanntgabe von sämtlichen Staaten anerkannt und als bindend hingenommen worden wäre. Schon bei den Beratungen in Philadelphia, die vier Monate währten, war es zu weitgehenden Meinungsverschiedenheiten, oft auch zu heftigen Zusammenstößen gekommen und es war kein Leichtes gewesen, die Delegierten schließlich auf einen Entwurf zu einigen, der allseits zu befriedigen schien. Aber heftige Kämpfe spannen sich zum Teil noch an die Ratifizierung der Verfassung durch die Einzelstaaten. Im Staate Neuyork zum Beispiel, der seine einträgliche Rolle als Zolleinnehmer der Neuen Welt auf dem Spiele sah, zog sich ein erbitterter Kampf um die Annahme der Verfassung fast ein Jahr lang hin. Nordkarolina beugte sich der Verfassung erst im November 1789, Rhode Island, der kleinste aller amerikanischen Staaten und als solcher am meisten auf die Wahrung seiner Selbständigkeit bedacht, erst im Mai 1790. Die Bundesregierung mit George Washington als erstem Präsidenten war unterdessen (März 1789) schon in Funktion getreten.

Die Anfänge dieses Staatswesens, dem ein so märchenhaftes Wachstum und eine so ungeahnte Zukunft beschieden sein sollte, bieten manche Vergleichspunkte mit Deutschlands Not in der gegenwärtigen Stunde. Freilich, die Rolle des Siegers war damals den amerikanischen Revolutionären zugefallen, aber alles in allem war die Lage der Sieger eine verzweifelte. Ein siebenjähriger Krieg im eigenen Lande hatte große Werte zerstört, den Handel lahmgelegt und die Bewirtschaftung des Bodens gehemmt, hatte die Geldmittel der Staaten erschöpft, die Sitten verwildert und jeden Rest von Ordnung hinweggefegt. Die 13 Kolonialstaaten, die nach jener denkwürdigen Unabhängigkeitserklärung des 4. Juli 1776 in den Kampf gegen das Mutterland eingetreten waren, hatten sich in den sogenannten „Konföderationsartikeln" eine Art provisorischer Verfassung gegeben, die — unter dem Druck der gemeinsamen Not entstanden — das Schicksal des Bundes in die Hand eines gemeinsamen Kongresses legte. Es war ein lose gefügter Bund unabhängiger und sich „souverän" dünkender Staaten, von gegenseitiger Eifersucht erfüllt, ohne gemeinsames Oberhaupt, vertreten durch Delegierte in einem Kongreß, der keinerlei gesetzgeberische Gewalt hatte, der weder Steuern noch Zölle zu erheben, noch sonst in die inneren Angelegenheiten der Einzelstaaten einzugreifen befugt war. Dagegen hatte man diesen Kongreß großmütig mit der Entscheidung über Krieg und Frieden, mit dem Unterhalt des Heeres, mit dem Recht der Münzprägung betraut — in Wirklichkeit ganz illusorische Vollmachten, denn der Bund als solcher hatte keinerlei Einkunftsquelle und konnte nicht einmal den Sold der Truppen bezahlen, die für die gemeinsame Sache kämpften und ihr Blut vergossen. Das Ausland — Frankreich namentlich, auch Holland und Spanien — kam mit Geldmitteln zu Hilfe, was noch fehlte, wurde durch Schuldverschreibungen im Inland aufgetrieben. Zur Deckung der Zinsen wurden wieder neue Anleihen aufgenommen und so wuchs allmählich eine große nationale Schuld heran, der ein nationales Einkommen nicht gegenüberstand. Im Heer gab es wegen des rückständigen Soldes (selbst an Kleidung und Verpflegung mangelte es für die Truppen) Unzufriedenheit und Meuterei; mehr als einmal standen die amerikanischen Streitkräfte vor der völligen Auflösung und nur Washingtons persönlichem Einfluß war es zu danken, daß das Heer nicht auseinanderfiel. Große militärische Erfolge hatte es auf keiner der beiden Seiten gegeben. Französische Hilfe unter Lafayette und Rochambeau rettete schließlich die Lage für die Amerikaner. Die Früchte dieses Sieges aber drohten durch selbstsüchtige Ziele der Einzelstaaten, durch den Mangel einer gemeinsamen Regierung, durch Geldnot und zunehmende Anarchie verloren zu gehen. Die nationale Schuld war am Ende des Krieges auf 45 Millionen Dollars angewachsen. Das Bargeld war ins Ausland gewandert, allenthalben fehlte es an Zahlungsmitteln und ein Staat nach dem andern griff in dieser Not zum „bewährten" Mittel: zur unbeschränkten Ausgabe von Papiergeld.

Es ist schwer zu sagen, wohin das amerikanische Staatsschiff getrieben wäre, hätten nicht einsichtsvolle Männer dauernd die Notwendigkeit eines strafferen Zusammenschlusses gepredigt, denn ein Staatswesen von so lockerer Fügung konnte — ganz abgesehen von den unhaltbaren inneren Zuständen — auch dem Ausland keine Achtung abringen. So kam nach einer Vorberatung in Annapolis, 4 Jahre nach dem Pariser Frieden, die Verfassunggebende Versammlung in Philadelphia zustande, auf der sämtliche Staaten mit Ausnahme des eigenbrötlerischen Rhode Island vertreten waren. Es muß hier darauf hingewiesen werden, daß die einzelnen Staaten — in der Kolonialzeit nebeneinander und unabhängig voneinander entstanden — immerhin schon eine gewisse geschichtliche Ueberlieferung besaßen und auf diese Ueberlieferung stolz waren, daß sich unter dem milden englischen Kolonialregime eine starke Selbständigkeit und ein starkes Selbstgefühl herausgebildet hatte, daß die Staaten überdies auf wirtschaftlich ganz verschiedenen Grundlagen aufgebaut und daher von ganz verschiedenen Interessen beherrscht waren. Im Süden saß eine Bevölkerung von Pflanzern, vielfach Großgrundbesitzern und Sklavenhaltern, auf die Ausfuhr ihrer Erzeugnisse (Tabak und Baumwolle) angewiesen und naturgemäß freihändlerisch gesinnt, der Norden war teilweise schon auf dem Weg zur industriellen Entwicklung, hatte hier wie auch im ländlichen Kleinbetrieb die Sklavenarbeit als unzweckmäßig

verworfen und bekannte sich notwendigerweise zum Schutzzoll. Zwei Kernfragen, die das öffentliche Leben noch von Grund aus aufrühren sollten, schlummerten bereits im Werden des neuen Staatswesens: die Sklavenfrage und der Streit um den Zolltarif. Der Gegensatz zwischen Nord und Süd, wie er seltsamerweise in fast allen Staatsgebilden der Welt zutage tritt (man hat den Potomac, den Grenzfluß zwischen Maryland und Virginia, die amerikanische Mainlinie genannt), trennte die Union von Anbeginn an in zwei verschiedenartige Interessensphären, wobei außer den wirtschaftlichen Gegensätzen noch solche religiöser und kultureller Art mitsprachen. Die einzelnen Staaten wiederum benutzten jede Gelegenheit, ihre Souveränität zu betonen, bestanden zäh auf ihren Eigenrechten und brachten dem Versuch, eine starke Bundesregierung zu schaffen, äußerste Unlust und das größte Mißtrauen entgegen. Unitarismus oder Föderalismus, Einheitsstaat oder Bundesstaat, — das war auch damals die große Frage, die die Gemüter bewegte und die auf der Verfassunggebenden Versammlung ihrer Lösung harrte. Von Anfang an standen sich denn auch in den „Föderalisten" (nach amerikanischem Sprachgebrauch die Verfechter der Einheitsidee) und den „Anti-Föderalisten" zwei politisch scharf getrennte Parteien gegenüber, die Vorgänger der beiden großen Parteien, die heute das politische Leben der Vereinigten Staaten beherrschen. Alexander Hamilton auf der einen, Thomas Jefferson auf der anderen Seite waren ihre geistigen Führer. Aus der Partei der „Anti-Föderalisten" ist in unmittelbarer Folge die heutige demokratische Partei hervorgegangen; die „Föderalisten", die bald von der politischen Bühne wieder verschwanden, erlebten ihre Wiedergeburt ein Vierteljahrhundert später in den „Whigs" und diese wiederum können in ihren politischen Grundsätzen als die Vorläufer der heutigen republikanischen Partei betrachtet werden. In der Tat drehen sich die ganzen innerpolitischen Kämpfe der folgenden 80 Jahre — was immer auch die besondere Veranlassung sein mochte (die Sklavenfrage nicht ausgenommen, denn das humanitäre Moment, das schließlich so sehr betont wurde, hatte anfangs nur eine geringe Rolle gespielt) — im Grunde immer nur um die Rechte der Einzelstaaten, wobei der Süden mit seinen Sonderinteressen immer mehr in Opposition zu den Bundesgewalten trat. Die Kompetenzen der Bundesregierung waren zwar in der Verfassung mit peinlicher Genauigkeit festgelegt, aber die feindselige Haltung des Nordens gegen das Institut der Sklaverei veranlaßte den Süden (der in der Sklaverei eine Lebensfrage erblickte), seine Auffassung von den Souveränitätsrechten der Einzelstaaten immer wieder hervorzukehren und jeden Eingriff der Bundesgewalten in innerstaatliche Einrichtungen von der Hand zu weisen. So zog sich der Streit um die Souveränität der Einzelstaaten 8 Jahrzehnte hin. Erst mit dem Ende des Bürgerkrieges kann die Entwicklung der Vereinigten Staaten vom Staatenbund zum Bundesstaat als abgeschlossen gelten.

Im rechten Licht betrachtet kam der Einheitsgedanke zweifelsfrei schon im Wortlaut der Verfassung zum Ausdruck, denn die Verfassung spricht im Namen des „Volkes der Vereinigten Staaten" und an keiner Stelle im Namen der Einzelstaaten. „Wir, das Volk der Vereinigten Staaten, erlassen und errichten diese Verfassung für die Vereinigten Staaten von Amerika zu dem Zweck, eine vollkommenere Verbindung zu bilden, Recht einzusetzen, die innere Ruhe zu sichern, Maßregeln für die gemeinsame Verteidigung zu treffen, die allgemeine Wohlfahrt zu fördern und den Segen der Freiheit uns und unseren Nachkommen zu sichern." Also hebt das denkwürdige Dokument an, das — ein bezeichnendes Beispiel für die politische Erziehung des Volkes — in jeder amerikanischen Geschichtsfibel zu finden ist. Immerhin hielt sich — und das verdient hervorgehoben zu werden — der Einheitsgedanke in den Grenzen einer weisen Mäßigung. Die Verfassung der Vereinigten Staaten ist — nach den Worten eines amerikanischen Geschichtschreibers — mehr als ein reiner Vertrag zwischen selbständigen Mächten und weniger als die Verfassung eines ungeteilten Staatswesens, sie muß vielmehr als ein Ganzes betrachtet werden mit den verschiedenen Verfassungen der Einzelstaaten, die die meisten ihrer Souveränitätsrechte an die gemeinsame Bundesregierung abgegeben haben. Tatsächlich läßt auch die Verfassung den Einzelstaaten in ihrer inneren Einrichtung den weitesten Spielraum, wobei nur als Bedingung gilt, daß die Staatsform republikanisch ist.

Die Beratungen in Philadelphia waren geheim. Dokumente aus Sitzungen, erst viel später veröffentlicht, geben einen interessanten Einblick in die Entstehungsgeschichte der Verfassung und in die Entwürfe, aus denen die Verfassung in ihrer endgültigen Form hervorgegangen ist. Der zentralistische Gedanke wurde am radikalsten von Alexander Hamilton verfochten, Washingtons vertrautestem Freund und Berater, der später auch den Kampf für die Verfassung in Neuyork ausgefochten hat. Ein weitblickender Geschäftsmann, Soldat, Rechtsgelehrter und begehrter Anwalt, gleich glänzend als Redner wie als politischer Schriftsteller, später Finanzsekretär in Washingtons Kabinett, wo es ihm gelang, das mittellose und verschuldete Staatswesen finanziell aufzurichten, darf Hamilton fraglos als die genialste Erscheinung dieses Zeitabschnittes betrachtet werden. Der von ihm eingebrachte Verfassungsentwurf sah u. a. einen Präsidenten der Vereinigten Staaten auf Lebenszeit vor, desgleichen sollten die Mitglieder des Senats ihr Amt auf Lebensdauer bekleiden. Die Gouverneure der Einzelstaaten sollten von der Bundesregierung ernannt werden und den Legislaturen ihrer Staaten gegenüber ein unbedingtes Vetorecht haben. Dies waren allerdings Forderungen, die bei dem Selbstgefühl und dem ohnehin starken Mißtrauen der Einzelstaaten von vornherein zum Scheitern verurteilt waren.

Weitere Entwürfe, von verschiedenen Staaten eingebracht, bewegten sich in der Hauptsache zwischen dem Einkammer- und Zweikammersystem, forderten abwechselnd die Wahl des Präsidenten durch das Volk oder durch den Kongreß und unterschieden sich wesentlich auch in der Frage, auf welcher Basis die Volksvertretung aufgebaut werden sollte, ob gleichmäßig für alle Staaten oder unter Berücksichtigung der Bevölkerungszahl. Vom Mai bis September zogen sich die Beratungen hin, und oft schien es, als müßte an der Verschiedenheit der Meinungen das Beginnen zerschellen. Trotzdem kam schließlich eine Einigung zustande auf einen Entwurf, der den Namen des Staates Connecticut trug: er sah ein Abgeordnetenhaus und einen Senat vor, im Senat sollte jeder Staat ohne Unterschied der Größe und Bevölkerung gleichmäßig, im Abgeordnetenhaus proportional der Bevölkerungsziffer vertreten sein. Der Präsident sollte — und zwar durch die Mitglieder beider Häuser — auf die Dauer von sieben Jahren gewählt werden. In der endgültigen Formulierung der Verfassung wurde dann die Amtsdauer des Präsidenten auf vier Jahre beschränkt, seine Wahl sollte nicht durch den Kongreß, sondern durch das Volk und zwar mittelbar durch Wahlmänner erfolgen. Dieses System, das bei der Präsidentenwahl für jeden Staat eine seiner Volksvertretung entsprechende Zahl von Wahlmännern (Elektoralstimmen) vorsah, verband in geschickter Weise den nationalen mit dem föderativen Gedanken und ist auch aus wahltechnischen Gründen bis heute beibehalten worden. Die lange Dauer, die zur Ratifizierung der Verfassung durch die 13 Einzelstaaten nötig war, beweist zur Genüge, mit welch gemischten Gefühlen die Verfassung in manchen Staaten aufgenommen wurde, aber sie war — das erkannte man schließlich überall — die einzige Rettung vor dem drohenden Zerfall. John Quincy Adams, Amerikas sechster Präsident, sagte 50 Jahre später einmal, nur die „zermalmende Notwendigkeit sei es gewesen, die die Verfassung einem widerstrebenden Volke abgerungen habe".

Das Widerstreben lag, wie schon angedeutet, in der Hauptsache darin begründet, daß die Einzelstaaten ungern auf Rechte verzichteten, die sie als souveräne Staaten bisher für sich beansprucht und ausgeübt hatten. Hierher gehörten vor allem die verschiedenen und fast unerschöpflichen Arten der indirekten Besteuerung, die mit dem Inkrafttreten der Verfassung ohne weiteres auf die Bundesregierung übergingen (die Erhebung direkter Steuern jedoch blieb den Einzelstaaten ausdrücklich vorbehalten), die Errichtung von Zollschranken gegenüber den Nachbarstaaten, die Freiheit in der Abschließung von Verträgen und Handelsabkommen, kurz die allgemeine Bewegungsfreiheit, in der sich die Einzelstaaten plötzlich gehemmt sahen. Die Beschränkung der früheren Selbständigkeit war zweifellos fühlbar, und die Furcht, in dieser Selbständigkeit noch weiter beschnitten zu werden, ließ — zuerst ohne besonderen Anlaß und rein theoretisch — die Erörterung über die „Rechte der Einzelstaaten" entstehen. Im Grunde handelte es sich immer nur um die einzige Frage: Ist der Einzelstaat noch souverän oder ist er es nicht mehr? Ist er noch souverän, so ist er auch nicht bedingungslos den Akten der Bundesgewalten unterworfen und nicht verpflichtet, Gesetzen, die seine Existenz gefährden, Folge zu leisten. Kein geringerer als Thomas Jefferson hatte schon den Gedanken geäußert, daß die Staaten selbst als Richter darüber zu entscheiden hätten, ob in dem einen oder andern Fall die Bundesregierung ihre Vollmachten über.

schritte. Daraus ergab sich ganz logisch die Folgerung, daß Bundesgesetze von den Einzelstaaten „nullifiziert", also für nichtig erklärt werden könnten, sofern ein Gesetz über die dem Kongreß verfassungsgemäß erteilten Vollmachten hinausgehe. Am wärmsten nahmen sich dieser Auslegung natürlich die Südstaaten an und in John Calhoun aus Süd-Karolina fanden sie einen zähen Verfechter ihrer Souveränitätsrechte. Ueber ein Menschenalter im öffentlichen Leben stehend, hat Calhoun die Nullifikationstheorie bis zur letzten Konsequenz ausgebaut und verkündet. „Die Vereinigten Staaten sind nicht eine Vereinigung des Volkes, sondern eine Liga oder ein Vertrag zwischen souveränen Staaten, von denen jeder einzelne für den Fall eines Vertragsbruches richterliche Befugnis besitzt und somit auch das Recht, ein Gesetz für null und nichtig zu erklären, wenn es den Bedingungen dieses Vertrages zuwiderläuft." Diese Theorien, für die sich übrigens auch in den Nordstaaten Anhänger fanden, mußten letzten Endes die Autorität der Bundesgesetzgebung untergraben und zum Zerfall der Union führen. Die 11 Staaten, die sich im Februar 1861 von der Union lossagten und sich zu den „Konföderierten Staaten von Amerika" zusammenschlossen, handelten nur in Uebereinstimmung mit dem Calhounschen Gedanken und waren zweifellos von ihrem Recht durchdrungen. Der Bundesregierung freilich, die sich mit ebensogutem Recht auf die Verfassung stützen konnte, mußten die abtrünnigen Staaten, nachdem einmal das erste Blut geflossen war, als „Rebellen" gelten. Anfänglich hatte im Norden kein Mensch an einen kriegerischen Austrag des Zwistes gedacht, man wollte die abtrünnigen Schwesterstaaten einfach ziehen lassen, und der Gedanke, Gewalt anzuwenden, war allgemein, vom Volk wie von der Presse, zuerst zurückgewiesen worden. Lincoln traf einen Entschluß von vielleicht weltgeschichtlicher Bedeutung, als er den Norden zu den Waffen rief. Er erkannte, daß es sich hier für die Union um Größeres als um den Verlust einiger Gebietsteile, daß es sich um die nationale Zukunft des Volkes handle. Wäre statt Lincoln ein Schwächerer, ein Zögernder an der Spitze der Nation gestanden, so würde die Karte des nordamerikanischen Festlandes heute wahrscheinlich einen ganz anderen Anblick darbieten, und jenseits des Ozeans wäre kaum die Weltmacht erstanden, die heute ein entscheidendes Wort in den Geschicken der Völker spricht.

Elternausschüsse zum Schutze der religiösen Erziehung.

Von Dr. *Timmen*, Eutin (Holstein).

Sie alle haben ihr Anrecht in den letzten Wochen an der Jugend geltend gemacht, Staat, Lehrerschaft und auch die Schüler selbst. Der Staat hat die Jugend für sich beansprucht, seit den Tagen der Revolution sucht er durch Erlasse zu regeln, ob und in welcher Form der religiöse Unterricht weitergeführt werden soll; auch die Lehrerschaft will ihr Recht auf die Jugend, sie will entscheiden, ob und in welche höheren Schulen die Einheitsschüler aufsteigen sollen, und endlich auch die Schüler haben Schülerräte gebildet, um ihre Rechte gegen Staat und Lehrerschaft und auch — gegen die Eltern zu schützen.

Und doch sind und bleiben *die Eltern die ersten*, welche die ältesten Rechtsbriefe auf die Kinder besitzen. Lange sind sie ruhig geblieben, als die Freunde der Einheitsschule mehr und mehr von den Seelen der Kinder verlangten; erst *die bekannten Religionserlasse der Revolutionsregierungen haben nunmehr auch die Eltern kraftvoll auf den Plan gerufen*, damit sie ihre Kinder für sich selber reklamierten.

Köln war der Ausgangspunkt dieser neuen machtvollen Betonung der Elternrechte für den religiösen Unterricht der Kinder, und allüberall in katholischen Landen taten sich *die Eltern zum gemeinsamen Proteste zusammen*, daß sie *die Konfessionsschule*, das *Schulgebet*, *die konfessionell religiöse Erziehung der Kinder behalten wollten.*

Köln gab der Bewegung zuerst feste Formen, da man dort die *Anstaltsausschüsse zu einem Zentralausschuß* erweiterte. Die Aufgaben beider Ausschüsse sind:

A) *Zentralausschuß.* 1. Er hat die Aufgabe, die Gründung von Elternausschüssen zum Schutze des Religionsunterrichtes an allen höheren Lehranstalten der Stadt in die Wege zu leiten. 2. Er ist das Bindeglied dieser Anstaltsausschüsse und deren Vertretung, soweit allgemeine Ziele für den Schutz des Religionsunterrichtes in Betracht kommen. 3. Er besteht aus 17 Mitgliedern. Ausscheidende Mitglieder werden in öffentlichen Versammlungen oder von seiten des Zentralausschusses ersetzt. 4. Er beruft nach Bedarf die Eltern der katholischen Schüler und Schülerinnen von den höheren Lehranstalten der ganzen Stadt zu größeren Versammlungen, erläßt in deren Namen Aufrufe und macht die gegebenenfalls notwendig werdenden Eingaben an die Behörden. Auch zieht er in den Kreis seiner Erwägung die Bekämpfung öffentlicher Gefahren für die Sittlichkeit der Schüler und Schülerinnen.

B) *Der Anstalts-Elternausschuß.* 1. Er besteht aus den katholischen Religionslehrern der katholischen Schüler und Schülerinnen der Anstalt und deren Eltern. Der Direktor und die katholischen Mitglieder des Lehrerkollegiums, soweit sie nicht zu den Eltern gehören, sind Ehrengäste seiner Versammlungen. 2. Er wählt aus seiner Mitte einen geschäftsführenden Vorstand von neun Mitgliedern. 3. In allen den Religionsunterricht und das religiös-sittliche Leben der Schüler betreffenden Fragen tritt er als Schutz und beratende Stütze dem Religionslehrer zur Seite und beruft zu dem Zwecke die Eltern der katholischen Schüler und Schülerinnen der Anstalt zur gemeinsamen Beratung („Köln. Volksztg." Nr. 10 v. 4. Jan. 19).

Diese Leitsätze rufen zunächst nur zur Bildung von Elternausschüssen an den Gymnasien und Lyzeen auf, die bekannten Kulturerlasse der neuen Regierungen greifen aber auch ebenso tief oder noch tiefer in das religiöse Leben der *Volksschulen* und der Vorschulen ein, in denen die Grundlagen für Religion, Gebet und religiöse Uebung gelegt werden, und deshalb müssen sich auch die Eltern der Kinder dieser Schulen gegen die Vergewaltigung ihrer Elternrechte wehren. Auch die Eltern unserer Volksschüler müssen sich zu Elternausschüssen zusammenschließen und mit den Ausschüssen der mittleren Schulen zusammenwirken.

Um ihren Forderungen aber mehr Stoßkraft zu verleihen, müssen die *einzelnen Ausschüsse in Stadt und Land* — auch auf dem Lande müssen die Eltern ihre Stimmen erheben — *miteinander verbunden werden*, sie müssen sich zu einem mächtigen Verbande zusammentun, um geschlossen dazustehen, wenn man wirklich Ernst machen wollte mit der Trennung von Staat und Schule. Der erste Ansturm ist zwar abgeschlagen, aber der Versuch wird sicherlich wiederholt werden, vielleicht mit klügeren Mitteln, aber unfehlbar zu demselben Zwecke.

Wir dürfen den Einfluß der organisierten Elternschaft, die Konfessionsschule und den konfessionellen Religionsunterricht der Schule zu erhalten, nicht unterschätzen. Schon vor drei Jahrzehnten hat einmal der Sturm der „öffentlichen Meinung" ein Schulgesetz weggefegt.

Im Jahre 1892 legte der preußische Kultusminister Graf Zedlitz dem Landtage ein Schulgesetz vor, das die Konfessionalität der Volksschule festlegte und der Kirche auch verschiedene Rechte auf die religiöse Erziehung einräumte. Wie Müller in seinem Büchlein „Die liberale Schulpolitik in Preußen und unsere Aufgaben" (Volksverein M.-Gladbach) ausführt, legte der Entwurf im wesentlichen gesetzlich nur fest, was auf dem Volksschulgebiet in Preußen damals tatsächlich rechtens war, und doch entfesselte er im Lande eine Agitation von ungeahnter Heftigkeit, deren treibende Kraft der damalige Ministerpräsident Graf Caprivi in dem ihm böse angekreideten Worte zeichnete: „Es handelt sich in letzter Instanz nicht um evangelisch und katholisch, sondern es handelt sich um Christentum oder Atheismus."

„Dieser Kampf wurde damals leider nicht ausgefochten. Trotzdem für den Graf Zedlitzschen Entwurf im Abgeordnetenhaus eine große Mehrheit bereitstand, teilten Graf Zedlitz und sein Entwurf kaum nach Jahresfrist das Schicksal des Ministers von Goßler. Ein neuer Ministerpräsident, Graf Eulenburg, erklärte, daß die Staatsregierung auf die Fortsetzung der Beratung verzichte mit Rücksicht auf die scharfen Gegensätze, die im Abgeordnetenhaus wie im Lande hervorgetreten seien und sich unvermittelt gegenüberständen. Offenbar befürchtete man, daß durch gesetzliche Festlegung der im Mittelpunkt des Streites stehenden Bestimmungen die unvermittelten Gegensätze verschärft und dauernd festgelegt würden, und das glaubte man aus verschiedenen Rücksichten der Staatsweisheit vermeiden zu müssen." (Aus der Rede Dr. Porschs auf der Katholikenversammlung in Essen 1906).

Eine große machtvolle Organisation, die alle deutschen Stämme umfaßt — die Einheitsschule verlangt ja auch die Reichsschule —, *muß alle Eltern aufnehmen, die auf dem Boden der Konfessionsschule und des konfessionellen Religionsunterrichtes stehen*; auf katholischer Seite brauchen wir dazu keine neue Organisation zu schaffen, wir haben sie bereits in der *Vereinigung der Katholiken Deutschlands zur Verteidigung und Förderung der christlichen Schule und Erziehung.* Ihre Ortsgruppen brauchen nur die Eltern zusammenzurufen, und sofort ist die Reihe geschlossen, und zwar nicht getrennt nach mittleren und niederen Schulen, sondern *allgemein* vereint zum Schutze der religiösen Erziehung ihrer Kinder. Die Vereinigung hat bislang noch nicht überall die Verbreitung gefunden, die sie verdiente. Nach dem Sturme der letzten Wochen müssen wir sagen, daß *eine Ortsgruppe sich in jeder Gemeinde gründet.* Nur Zahlen beweisen augenblicklich — und Proteste, die dartun, daß man sich nicht willenlos den Anordnungen der neuen Gewalthaber fügt. —

Die Elternausschüsse haben auch die wichtige Aufgabe, die *Verbindung zwischen Elternhaus und Schule näher zu knüpfen.* Schon immer hat man sich in den letzten Jahren um diese Einigung bemüht, aber diese ging doch mehr von der Lehrerschaft, als von der Elternschaft aus. Jetzt aber *müssen die Eltern zu den Lehrern kommen* und ihnen sagen, in welchem Sinne und in

welchem Geiste sie ihre Kinder erzogen haben wollen. Die Kinder sind nicht wegen der Lehrer da, sondern die Lehrer wegen der Kinder. Die berühmten Schülerräte sollten die Lehrer in Fragen des Unterrichts und der Erziehung beraten, die Vertreter der Kinder sind die Eltern. Elternräte sind die besten Schülerräte.

Ueberhaupt gibt es so viele Interessen, welche die Eltern an dem Wirken der Schule haben. An Elternabenden können Lehrer und Eltern, Geistliche und Laien, Aerzte und Juristen diese verschiedenen Seiten des Schullebens, des Unterrichts und der Erziehung besprechen. Welche nahe Anregung und Belehrung bieten z. B. folgende Themen: Wert und Bedeutung der religiösen Erziehung, Verbindung zwischen der Grundschule und der Mittelschule, Elternrecht und Lehrerrecht, Neuzeitliche Aufgaben des Schulwesens.

So sind Elternausschüsse nicht nur zeitgemäß zum Schutze der konfessionellen Erziehung, sondern auch zur Förderung des gesamten Schulwesens. Möge deshalb auch allseits das segensreiche Wirken der Düsseldorfer Schulorganisation verstanden, gefördert und bis in die letzte Pfarrgemeinde verpflanzt werden.

Vom Büchertisch.

M. Marnet: Zwischen Tal und Firn. Erzählung aus dem Hochlande. Essen/Ruhr, Fredebeul & Koenen. Eine gediegene, tüchtige Volkserzählung, von nicht zu hohen Ansprüchen, aber von trefflicher Wertbarkeit. Frisch und überzeugend vorgetragen, gut aufgebaut, durchsichtig, aber fesselnd, und zwar von Anfang bis Ende. Nur selten unterläuft mal seitens des Autors eine „Reflexion", die nicht organisch in die kernig bewegte Handlung eingewebt wäre. Diese spielt in bayerischer Gebirgsbevölkerung und zeigt ihre Gestalten als von Fleisch und Blut, voll lebendigen Lebens. Gesunde, unaufdringliche, also gut ausgelöste Tendenzrichtung. In der Verfasserin dürfte ein „Mehr" zu künstlerischer Gestaltung stecken. Das Buch gehört zweifellos in viele Familien- und alle Volksbüchereien. E. M. Hamann.

Knecht Dr. August: Grundriß des Eherechts. Bearbeitet auf Grund des Codex iuris canonici. 8° VII u. 207 S. Herder, Freiburg 1918. Preis kart. M 3.40. Die vorliegende kurzgefaßte Darstellung des Eherechts des neuen kirchlichen Gesetzbuches soll ein vorläufiger Ersatz für die noch ausstehende Neubearbeitung des Schnitzerschen Eherechtes sein, die ebenfalls durch Professor Knecht erfolgen wird. Der Grundriß soll sowohl der kirchlichen Verwaltung und Rechtspflege wie Hochschullehrzwecken dienen. Die Darstellung ist bei aller Kürze übersichtlich und vollständig. In der Gliederung des Stoffes geht der Verfasser zum Teil eigene Wege, die nicht immer ganz glücklich erscheinen. Gerade bei einer Darstellung des Eherechtes ist ein Anschluß an die Gliederung des Kodex am leichtesten möglich und aus praktischen Gründen am meisten zu empfehlen. Für Lehrzwecke wäre eine etwas ausführlichere Berücksichtigung der Rechtsgeschichte erwünscht gewesen. Das Buch wird namentlich dem Seelsorgsklerus sehr willkommen sein und wertvolle Dienste leisten. Dr. A. Scharnagl.

Monismus und Pädagogik von Friedr. Klimke S. J. 2. Aufl. 8° 228 S. Verlag Natur und Kultur, Dr. Frz. Jos. Völler, München. 1918. 4.20 M. Die Aufsätze, die bei ihrem ersten Erscheinen im VII. und VIII. Jahrgang des Donauwörther „Pharus" schon außerordentlich viel Beachtung fanden, sind nun mit wertvollen Ergänzungen und in einheitlicher Durcharbeitung als leicht zugängliches Buch erschienen. In dem großen Weltanschauungsringen, in dem besonders auch die Pädagogik steht, ist dem Werk weiteste Verbreitung zu wünschen. Nicht nur Lehrer und Lehrerinnen, Geistliche, überhaupt Berufserzieher, gehören zu seinen Interessenten. Es wäre zu wünschen, daß auch gebildete Laien darnach greifen, um sich darin über die schwebenden Erziehungsfragen zu orientieren, daß namentlich auch Parlamentarier und andere Führer des öffentlichen Lebens an ihm nicht ohne Beachtung vorübergehen, um ihre politische Stellungnahme in wichtigen Schul- und Erziehungsfragen daran zu orientieren. In den zu erwartenden Schulkämpfen wird das Buch besonders wertvoll sein. Franz Weigl.

Robert Saitschick: Franziskus von Assisi. München, C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung. 8° 79 S. geb. M 2.50. Eine selten tiefe und schöne Würdigung des großen Heiligen durch einen Nichtkatholiken von — wie man bald sieht — unmittelbarer Kraft und Zartheit der Empfänglichkeit. Kein eigentliches Lebensbild, sondern die Widerspiegelung einer Persönlichkeit, die sich in genialer Erkenntnis und freier Willenshingabe an das in ihr lebendig gewordene göttliche Gebot zu unvergleichlicher Einheitlichkeit und Macht vorbildlicher Einwirkung entwickelte. Saitschicks Darstellung hat einen Zauber, der das Buch für viele zum Erlebnis machen kann. Und was uns Katholiken besonders freuen muß: der Verfasser ist der katholischen Wahrheit wiederholt überraschend nahe gekommen. Ueberraschend? Besser sollte es heißen: auf dem Wege logischer Schlußfolgerung. — Die 2. Auflage des vornehm ausgestatteten Bändchens ist bereits erschienen; voraussichtlich dürfte das Interesse des Leserkreises damit noch lange nicht erschöpft sein. E. M. Hamann.

Gebhard Fugels Stuttgarter Kreuzweg.

Für die St. Elisabethkirche in Stuttgart hat der Altmeister christlicher Malerei, Prof. Gebhard Fugel, soeben einen hl. Kreuzweg vollendet, der in dem Schaffen des Künstlers als eine seiner bedeutendsten und bewunderungswürdigsten Leistungen dasteht. Die in der Größe von 1,10 : 0,90 m ausgeführten Bilder besitzen eine Kraft der äußeren Wirkung, die das Auge unwiderstehlich gefangen nimmt und zweifellos den Eindruck des Kirchenraumes aufs erheblichste und günstigste beeinflussen wird. Die äußere Wirkung stammt von der Kraft und Wucht der Farben, die, zu prächtigen und durch interessante Gegensätze belebten Harmonien vereinigt, bei allem feurigen Leben voll edler Ruhe sind. Sie kommt auch von der Schlichtheit der aufs Unentbehrlichste vereinfachten Kompositionen. Die Auffassung unterscheidet sich grundsätzlich von jener beim Fugelschen Kreuzwege in der St. Josephskirche in München. Was dort ausführlich, mit Aufgebot vieler Figuren, mit naturalistischer Schilderung ethnologischer und archäologischer Einzelheiten vorgeführt wurde, das wird bei dem Stuttgarter Werke unter fast völligem Verzicht auf jene Dinge und mit allereinfachster Behandlung insbesondere der landschaftlichen Elemente nur angedeutet. So kommt das Wichtigere, das seelische Moment, um so klarer zu seinem Rechte. Meisterlich wie immer ist die Zeichnung, die insbesondere in kühnen Verkürzungen Außerordentliches leistet. Beispiele letzterer Art bietet u. a. die Szene des ersten Falles unter dem Kreuze, vor allem auch die Kreuzanheftung mit dem schräg über den Boden, die Füße dem Hintergrunde zugewandt, daliegenden Körper Christi. Die Körperzeichnung, auch bei den bekleideten Figuren, ist überhaupt von größter Sicherheit und Schönheit. Die Vorgänge sind überaus lebendig bei aller Vereinfachung und ohne in Naturalismus zu verfallen (nur wenige Einzelheiten, wie z. B. das herabfließende oder in den hohlen Händen Jesu sich sammelnde Blut bilden Ausnahmen). Wir glauben das alles selbst mitzuerleben, den Zug an uns vorüberschreiten zu sehen. Alle Szenen bewegen sich in gleicher Richtung (von links nach rechts), die Hauptpersonen sind von Antlitz und Kleidung stets die gleichen, während die Nebenpersonen (zuschauende Juden u. dgl.) absichtlich wechseln, wie ja auch der Schauplatz in Wirklichkeit sich beständig ändert. Die Charakterisierung Jesu, seiner Mutter, des Johannes, der Magdalena ist tief und ergreifend, voll wahrer Empfindung, frei von jeglicher Sentimentalität. Die naturalistische Schule, aus der Fugel hervorgegangen ist, übt auch bei dem reifen Meister ihre Wirkung noch immer; in sein ganzes Wesen, dessen deutscher Aufrichtigkeit sie entspricht, übergegangen, hat sie ihn befähigt, sich von dem Schematismus modern hieratischer Auffassungen freizuhalten, während die fortschreitende Abklärung seiner künstlerischen und geistigen Entwicklung gleichzeitig ein Aufsteigen zu immer höherer Feierlichkeit bewirkt. Es ist erfreulich, daß auch der Stuttgarter Kreuzweg Fugels durch eine farbige Herausgabe Eigentum weitester Oeffentlichkeit werden wird.

Dr. O. Doering.

Bühnen- und Musikrundschau.

Kammerspiele. Indem man die Uraufführung des Lustspieles „Der blinde Gott" von Viktor Georgen mit der Neueinstudierung von Strindbergs „Paria" zu einem Theaterabend verband, wurde der Anschein erweckt, daß es sich um ein Werk von höheren literarischen Zielen handelte. Erwartungen zu enttäuschen, ist gefährlich. Hätten die Leute gewußt, daß sie lediglich wieder einmal ein Schwänklein vom weltfremden Bücherwurm aufgetischt bekamen, sie hätten das mäßig originelle Stück mit Gleichmut aufgenommen, so aber ließen die Enttäuschten die Höflichkeit beiseite und pfiffen. Da widersprachen nun wieder diejenigen, die dem Autor gewogen sind oder für bessere Umgangsformen eintraten und der Lärm war fertig. Kommt nun der Dichtersmann auch noch aus den Kulissen hervor, so reizt er beide Teile zu verstärkten Kraftanstrengungen. Welch eine Verschwendung von Energie für eine belanglose, unverbesserliche Sache! Die junge Frau eines in seine Bücherwelt versunkenen Professors hat auf einem Faschingsball einen Unbekannten kennen gelernt und ist erst nach dem Aufenthalt in einem Hotel nach Hause zurückgekehrt. Der Bücherwurm ist von der Erkenntnis der Wahrheit gar nicht weit entfernt und mit Hilfe eines Detektivs ist er gerade dabei, die Ehebrecherin zu entlarven. Da läßt sich ein eleganter Herr melden, der durch Einhacken in die philosophischen Gedankengänge des Professors diesen zu bestimmen weiß, daß die Enthüllung der Wahrheit nicht immer ratsam sei und man alles besser dem „blinden Gott", dem Zufall überlasse. Der von dieser Weisheit entflammte Professor wirft die Beweisstücke von seiner Frau Schuld ins Feuer. Der elegante Philosoph im Zylinder ist natürlich der Verehrer. Er verliert von seinem romantischen Schimmer, als er sich als Versicherungsagent entpuppt, der nur, um den Professor zu einem Geschäftsabschluß zu bewegen, gewandt die Maske des Philosophen vorgelegt hat. Herr Marlé holte das Möglichste an Komik heraus.

Volkstheater. „Der heilige Florian", von Max Real und Phil. Weichand, wurde mit großer Heiterkeit aufgenommen. Diese ländliche Komödie ist recht geschickt gemacht und sehr viele Typen sind sehr dankbar zu spielen. Zur Einweihung der neuen Feuerspritze hat der Herr Pfarrer ein Festspiel gedichtet, in dem der Nepomuk Bacherer den heiligen Florian spielt auf einem Maskenball, der alle Dorfbewohner und Gäste vereinigt. Just in dieser Nacht brennt Bacherers Anwesen nieder. Er hat sich nämlich verleiten lassen, zur Hebung seiner pekuniären Notlage selbst den Brand zu legen. Obwohl der unter dem Kanapee versteckte Liebhaber seiner Frau dies mit eigenen Augen gesehen, wird der Bacherer doch von den Geschworenen mit Hilfe einiger Meineide und dramaturgischen Gewaltsamkeiten freigesprochen. Was einst die Zensur — ich meine diejenige des alten Staates — gegen das Stück einzuwenden gehabt hatte, vermag der Leser aus der kurzen Inhaltsangabe zu ersehen. Die Autoren suchen den Vorwürfen zu entgehen, dadurch, daß sie das Stück „Satire" nennen, aber in einer Satire muß der Zorn des Autors fühlbar werden. Die Verfasser dieses Dorfschwankes plätschern ganz vergnügt in den sumpfigen Gewässern. Sind Brandstiftung und Meineid Verbrechen, die eine scherzhafte Behandlung vertragen? Wird hierdurch nicht noch der sittliche Niedergang gefördert, den wir als Begleiterscheinung unseres nationalen Unglückes tagtäglich mit Entsetzen gewahr werden? Die Vorgänge im Spritzenhaus und andere erotische Zweideutigkeiten sind besonders scharf unterstrichen. Nicht zuletzt wäre zu beanstanden, mit welcher Geflissenheit die äußere Frömmigkeit der sittlich so wenig einwandfreien Persönlichkeiten betont wird, die bei allen Schlechtigkeiten ihren Glauben im Munde führen. Daß gerade auf das Bildnis des hl. Florian und auf das Weihwasserkesselchen die Pfändungssiegel geklebt werden, gehört zu den Fragen des Taktes und hat wohl auch mit sogen. „Satire" wenig oder nichts zu tun. Rein technisch genommen, sind die beiden ersten Aufzüge sehr flott geführt, die Schwurgerichtsszenen dehnen sich, zu schwankhafter Kontrastwirkung amtiert ein preußischer Staatsanwalt an dem bayerischen Tribunal und fordert wegen seiner Unkenntnis der Mundart die Einsetzung eines Dolmetschers. Unter der Leitung und dem wirksamen Mitspiel des Mitautors Weichand gaben besonders Neubert als Brandstifter, Kampers als Schwerer Reiter und Frl. Almer als bäuerliche Dienstmagd farbensatte Figuren.

Konzerte und Vorträge. Im 8. Abonnementskonzert des Konzertvereins begrüßte man Ferd. Löwe. Man freute sich an den ausgezeichneten Leistungen des Dirigenten und man genoß in der Erinnerung die künstlerisch so ergiebigen Jahre, in denen er in holden Friedenstagen unter uns gewirkt hat. Für Brahms ist Löwe immer ein genialer Vermittler gewesen, und so erklang dessen Erste Symphonie auch diesmal wieder in werbender Wiedergabe. Der 50. Todestag von Berlioz legte es nahe, dieses französischen Meisters zu gedenken, dessen historische Bedeutung in Deutschland ja einst früher erkannt wurde, als in seiner Heimat. Die Liebesszene aus „Romeo und Julia" fand nicht minder gute Wiedergabe wie Pfitzners Ouvertüre zu „Käthchen von Heilbronn". R. Strauß' „Till Eulenspiegel" gab dem Abend einen reizvollen Ausklang. Das 7. Konzert, in dem Walter die Eroica dirigierte, habe ich leider versäumt. Es war einer der unruhigen Nachmittage, der Fernsprecher versagte und man konnte im Zweifel sein, ob nicht auch den Musen Schweigen geboten war. — Paula Menari gab einen Liederabend. Es ist schön, wenn auch Operettensängerinnen nach sanglicher Kultur streben und hierin weiterarbeiten. Ob die Künstlerin bei der Wahl ernster Lieder gerade einem inneren Muß folgt, bleibe unentschieden. Herr Stieler vom Nationaltheater gab einen Strindbergabend und bewährte seine eindringliche, plastische Gestaltungskraft. Die „Friedensnovelle" habe ich mir geschenkt. Dieses jüngst aufgetauchte Büchlein (aus dem Nachlaß ?) las ich mit Verdruß. Ueber alle Völker weiß Strindberg etwas Artiges zu sagen, nur alles Deutsche wird verzerrt und entstellt, und der alte Heldenkaiser wird verleumdet, er habe Krieg erklärt, um einen Verwandten auf den Thron Spaniens zu setzen.

L. G. Oberlaender, München.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Dem Frieden entgegen — Das Brüsseler Abkommen — Lebensmittelversorgung und Geldentwertung — Unverminderter Wirtschaftskampf der Entente — Gebesserte Wirtschaftsaussichten.

Unsere Wirtschaftslage und die Diktatur des Bolschewismus, hier wiederum die Vorgänge in Berlin, beeinflussten die Entente zur Beschleunigung der Friedensverhandlungen und Sicherung der Lebensmittelversorgung. Nach den am 14. März zum Abschluss gelangten Vereinbarungen in Brüssel über Deutschlands Lebensmittelversorgung, die Schiffsraumabgabe und die zugehörigen Finanzfragen soll Deutschland, sobald die Schiffe bereit sind, in See zu gehen und sobald die Bezahlung geregelt ist, die ersten Lebensmittel in Höhe von 270,000 Tonnen sofort geliefert erhalten. Deutschland hat weiter das Recht, monatlich bis zu 70,000 Tonnen Fett und 300,000 Tonnen Brotgetreide oder ihren Gegenwert in anderen menschlichen Nahrungsmitteln zu kaufen und einzuführen, und zwar nicht nur aus Amerika und den Ländern der Entente, sondern auch aus neutralen Staaten, da die Entente über 270,000 Tonnen hinaus keine Lieferungsverpflichtungen übernimmt, wohl aber eine Einfuhrerlaubnis von je 370,000 Tonnen monatlich erteilt. Die Gegenleistungen, namentlich die Uebergabe der deutschen Handelsflotte, Bezahlung in bar, Deponierung von deutschem Gold (11 Mill. Pfd. Sterling) in Brüssel, die Gegenregulierung in Ausfuhrwaren und die Kontrolle des deutschen Exports- und Finanzverkehrs mit den Neutralen überraschen nicht. In Rotterdam wurde ein Abkommen über die Lieferung von Kali nach England abgeschlossen. Angesichts der ursprünglich in Paris festgesetzten Bestimmungen des Präliminarfriedens und der in Handelskreisen als ungenügend angesehenen deutschen Vertretung bei den Pariser Friedensverhandlungen erwartet man von dem **Friedensvertrag** für unsere Wirtschaftszukunft keineswegs hoffnungsvolle Ausblicke, wenngleich englische Bankkreise sich ausdrücklich gegen eine „Verkrüppelung Deutschlands" ausgesprochen haben. Seit das **Wort vom Frieden** auch von unseren Feinden ernstlich behandelt wird, schreiten die Beratungen der deutschen „Geschäftsstelle für die Vorbereitung der Friedensverhandlungen" mit befriedigenden Ergebnissen vorwärts. Namentlich die Festhaltung an den Wilsonschen vierzehn Punkten und hier wiederum der geforderte Schutz eines freien Ueberseehandels als wesentliche Voraussetzung für die Wiederherstellung der deutschen Volkswirtschaft, ausserdem die Klärung der Wirtschaftsfragen bezüglich der Zukunft des linken Rheingebietes sind im Sinne der Mehrheit aller Wirtschaftsfaktoren.

Schwerwiegend bleibt die neuerliche Verschlechterung der deutschen Wechselkurse für die Auslandsdevisen: Holland 407 (Friedenskurs 170), Schweden 285 (120), Schweiz 210 (81), Spanien 160 (68)! Ob die Einführung von um 30% höheren Zwangsdevisenkursen für unsere Reichsmarkwährung im Zusammenhang mit der finanziellen Regulierung der Lebensmittelversorgung zur Durchführung gelangt, bleibt abzuwarten. Jedenfalls verbindert die deutsche Geldentwertung vorerst jedweden kräftigen Preisabbau bei uns. Um so wichtiger bleiben die in Industriekreisen gemachten Wahrnehmungen, dass an unseren Grenzen seitens Amerika, England und Italien grosse Stapellager einzuführender Rohstoffe, Ganz- und Halbfabrikate des Absatzes in Deutschland harren und ferner, dass namentlich in der Textilindustrie Offerten mit auffallend niedrigen Preisangeboten bei deutschen Grossisten vorliegen. Von nicht minderer Bedeutung sind die von den britischen und amerikanischen Grosskapitalisten unternommenen Beteiligungsversuche bei deutschen Industriegesellschaften, wie sie in der Generalversammlung der Augsburger Mechanischen Baumwollspinnerei und Weberei mitgeteilt wurden. Solche Bevormundungsabsichten unseres Wirtschaftslebens stehen im Zusammenhang mit der im besetzten Gebiet, vor allem in der Kohlenteerindustrie und der Farbstoff- und Chemikalien-Erzeugung ausgeübten Handelsspionage, welche für unseren

künftigen Auslandsverkehr empfindliche Wirkungen auslösen muss. Verschärfter Konkurrenzkampf und durch die überragende Finanzkraft unserer Feinde bedingte Verdrängung Deutschlands von grossen Wirtschaftsgebieten sind die Folgen, wenn nicht Einigkeit und restlose Arbeitsbetätigung bei uns diesen Gefahren einigermassen begegnen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen wohl oder übel Zusammenschluss und Einigkeit finden, um nicht der sonst unausbleiblichen Versklavung gegenüber dem Auslande zu verfallen. Die Folgen des nunmehr zum Beschluss erhobenen Sozialisierungsgesetzes verschärfen ohnehin gegenüber den Ententemächten unseren Wirtschaftsstillstand, der noch deutlicher zum Ausdruck kommen würde, wenn die von den Zentralräten Bayerns und Sachsens geäusserten Pläne der „Vollsozialisierung" zur Wirklichkeit werden sollten. — Zu alledem kommt die durchaus ungünstige Finanzlage des Reiches und die Unklarheit über die Möglichkeit der Sanierung der einzelstaatlichen Finanzmisswirtschaft. Zur Minderung des etwa 1½ Milliarden Mark betragenden Fehlbetrages der preussischen Staatsbahn soll zum 1. April — auch in Süddeutschland — eine neuerliche scharfe Tariferhöhung im Personen- und Güterverkehr vorgenommen werden. Einigermassen befriedigend lautet der bayerische Staatsfinanzausweis per Februar-Ende, der weder schwebende Schuld, noch Inanspruchnahme der bayerischen Staatsbank ausweist, jedoch eine Anleiheaufnahme oder Schatzscheinausgabe für den laufenden Märzmonat notwendig macht. Für die Besserung der deutschen Kohlenversorgung hat der Wirtschaftsausschuss der deutschen Nationalversammlung sachgemässe und grosses Verständnis zeigende Organisationen in die Wege geleitet. Dies und die, wie man wohl hoffen darf, von Dauer bleibende Arbeitswiederaufnahme der Kohlenarbeiter in den einzelnen Revieren wird in letzter Stunde hoffentlich die notwendige Wiederbelebung unserer Industrie und damit unserer Exportmöglichkeit bringen. Die Zahl der Erwerbslosen weist bereits eine beträchtliche Minderung aus. Die Festigkeit der inzwischen wieder eröffneten Berliner Börse, vor allem die erfreuliche Kurserstarkung unserer Inlandsrenten — Bayerische, Preussische und Kriegsanleihen bei beträchtlichen Umsätzen — dürfte dadurch veranlasst sein.

München. M. Weber.

Die Süddeutsche Bodencreditbank in München wird der am 25. März stattfindenden Generalversammlung die gleiche Dividende von 8% wie im Vorjahre vorschlagen und auch die Reserven des Institutes wiederum reichlich dotieren. Bezüglich der Sozialisierung von Hypothekenbanken erwähnt der uns vorliegende Geschäftsbericht, „dass dieses Experiment, wenn solches wirklich zur Ausführung gelangen sollte, weder für die Allgemeinheit, noch für die Hypothekschuldner und Darlehenssucher, noch für die Bankangestellten von irgendwelchem Nutzen sein würde, im Gegenteil alle an dem Hypothekenbankwesen beteiligten Kreise, einschliesslich des Staates, hierbei erheblichen Nachteil erleiden". M. W.

Schluß des redaktionellen Teiles.

An die deutschen Zeitungsleser!

Wiederum ist die Herstellung der Zeitungen stark verteuert worden, nicht nur durch die Erhöhung der Teuerungszulagen, sondern auch durch eine weitere große Preissteigerung der Rohmaterialien. Dies zwingt erneut der Frage näherzutreten, wie das durchaus gestörte Verhältnis zwischen Ausgaben und Einnahmen der Zeitungen wieder ausgeglichen werden kann. Nach eingehenden Beratungen ist der Vorstand zu der Ueberzeugung gekommen, daß durchgängig eine Erhöhung der Bezugs- und Anzeigenpreise nicht zu umgehen ist, um die verteuerten Herstellungskosten wenigstens teilweise auszugleichen.

Magdeburg, den 6. März 1919.

Der Vorstand des Vereins Deutscher Zeitungs-Verleger E. V.

Der neue Vierteljahrswechsel

veranlasst vielleicht manchen Freund und Leser unseres Blattes, der schon öfter ausgesprochenen Bitte zu willfahren und uns eine Anzahl **guter Probenummer-Adressen** einzuschicken. Für den einzelnen ist hiermit eine kleine Mühe verbunden, während der gemeinsamen Sache ein grosser Dienst erwiesen wird.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Ferdinand Abel, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gh. Ruf-Nummer 20520. Postscheck-Konto München Nr. 7261. Bezugspreis vierteljährlich M 3.90.

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 13. München, 29. März 1919. XVI. Jahrgang.

Der Völkerbund Wilsons.

Von Dr. E. Ver Hees, Generalsekretär des flämischen Ministeriums für Industrie und soziale Arbeit.

Die Enttäuschung, welche der Wilsonsche Entwurf eines Völkerbundes in manchen Kreisen, z. B. in den meisten schweizerischen, französisch-pazifistischen und beim belgischen Sozialistenführer Huysmans hervorgerufen hat, mußte bei einer sachlichen, eingehenden Untersuchung seines Werks zutage treten. Wilsons Vorschlag steht einigermaßen in Widerspruch mit seiner viel besseren Rede vom 25. Januar, wo er sagte: „Wir sind nicht Vertreter der Regierungen, sondern Vertreter der Völker", und weiter: „Ich verbürge, daß Gerechtigkeit geschieht, und daß der Friede gesichert wird." Von seiner Rede vom 27. September ist er noch weiter abgerückt. Jedes Vertrauen in seine gute Absicht und auf die Zukunft soll man aber nicht aufgeben.

Die erste und größte Einwendung gegen Wilsons Plan muß sein, daß sein Bund eben bis jetzt kein Bund der Völker ist, selbst nicht ein Bund von Völkern, sondern nur ein Bund von Regierungen, von bestimmten Staaten, die sich sämtlich im Kriegszustand mit Deutschland befinden. Warum gewisse amerikanische Republiken bisher ausgeschlossen sind, obgleich sie, auf dem Papier wenigstens, Deutschland offiziell Fehde angesagt haben, ist nicht ersichtlich. Werden diese Staaten, wie Guatemala und Nicaragua, oder ihre Kriegserklärungen nicht ernst genommen? Wissen die Alliierten und insbesondere Amerika zu gut, wie diese Kriegserklärungen zustande gekommen sind?

Ohne die Neutralen und ohne die bisherigen Gegner läßt sich kein Völkerbund errichten, der dieses Namens würdig sei, sondern nur eine einseitige Bekräftigung und Konsolidierung der Entente. „Will man Diener der Menschheit sein, oder anderen Interessen dienen?" sagt Wilson nach einer Nachricht des 4. März: „In diesem Falle werden wir uns der größten Schande in der Weltgeschichte aussetzen".

Es fällt auf, daß in seiner Rede vom 14. Februar Wilson zwei Staaten aufnimmt, welche sich aus ihrem österreichisch-ungarischen oder russischen Verband losgemacht haben: die Tschechoslowakei und Polen, aber nicht das zum mindesten ebenso interessante Finnland, das sehr korrekt aufgetreten ist und das, zum Unterschied von jenen, keine Waffen geführt hat gegen seine früheren Herrscher und sich nur gegen die Angriffe der Bolschewiki verteidigt hat. Daß die Ukraine nicht aufgenommen wird, kann seine wenig ruhmreiche Begründung finden in französisch-belgischen Geschäftsinteressen, welche sich der Souveränität und der Entschluß- und Verfügungsfreiheit der Ukrainer über ihre eigenen Bodenschätze und Industrieunternehmungen entgegenstemmen. Es ist eben die Rede von scharfen Bedingungen in dieser Frage. Und wie ist das so gesinnungstüchtige Luxemberg ausgeschlossen? Frankreich und Belgien wünschen es lieber gegen seinen Willen einzuverleiben!

Warum sind auch nicht die der Entente jetzt unter Karolyi auch so ergebenen Ungarn genannt? All das entspricht nicht der Rede Wilsons vom 27. September.

Daß die ententefreundlichen Gruppen des ehemaligen russischen Reiches jenseits der Grenzen der Herrschaft der Bolschewiki nicht aufgenommen sind, ist geradezu besorgniserregend. Sollten die weiten Strecken Sibiriens, Turkestans, Kaukasiens und Ostrußlands sich, nach den Plänen der Entente, nicht eines unabhängigen Lebens erfreuen, sondern nur Kolonien oder Protektorate Japans, Englands und Amerikas werden? Oder ist die Lage dieser Gegenden noch zu ungewiß, unbestimmt? In diesem Falle wäre eben ihre Aufnahme in den Völkerbund eine Rückendeckung, eine Bürgschaft ihrer gedeihlichen Entwickelung.

Aber das befremdendste an dem ganzen Gebäude ist, daß in demselben zwei Klassen von Staaten aufgerichtet sind: in der Beletage wohnen die Großmächte, fünf an der Zahl, welche aus eigenem Rechte und auf ewige Zeiten eine Vorzugsstellung bekommen: sie haben in jedem Falle Sitz und Stimme in dem ausführenden Rat des Bundes und genießen dadurch eine Bevorrechtung, einen entscheidenden Einfluß, auch, nach § 15 und folgenden, in gewissen Schiedsgerichtsentscheidungen. Diese fünf Mächte, die Vereinigten Staaten, das britische Reich, Frankreich, Italien und Japan würden zusammen die Mehrheit in diesem ausführenden Rate bilden. Nur vier andere dem Völkerbunde angehörende Staaten bekommen Eingang in diese einflußreichste Exekutivbehörde: sie werden gewählt durch die Vertreterversammlung, wo die fünf vorerwähnten ersten Violinen des Weltkonzerts natürlich unter den neun anderen gegenwärtigen Mitgliedern des Orchesters nur zwei gefügige Schuldner brauchen, um auch ihren Willen für die Besetzung der übrigen vier Mandate des ausführenden Rats durchzusetzen.

Wilson erklärte am 25. Januar feierlich: „Die auserwählten Klassen sind nicht mehr die Herrscher der Menschheit: das Schicksal der Menschheit liegt jetzt in der ganzen Welt in der Hand des einfachen Mannes." Das war wohl mehr ein frommer Wunsch als die Feststellung eines Tatbestands. Gibt es keine auserwählten Klassen, gibt es doch auserwählte Völker, wie Cecil Rhodes das angelsächsische bezeichnete. In derselben Rede hatte Wilson schon mit einer Offenherzigkeit, welche ihm zur Ehre gereicht, gesagt: „Es sind viele verwickelte Fragen mit den augenblicklichen Regelungen verbunden, die vielleicht durch die Beschlüsse, zu denen wir kommen werden, nicht erfolgreich zu einem Endergebnis ausgearbeitet werden können. Ich begreife gut, daß viele dieser Entscheidungen mehrfach in Erwägung gezogen werden sollen, daß viele Beschlüsse, die wir fassen, gewissermaßen mehrfach geändert werden müssen. Denn wenn ich nach der eigenen Beschäftigung mit einigen dieser Fragen urteilen darf, kann man sich zurzeit nicht darauf verlassen, daß das bezüglich dieser Fragen gefaßte Urteil das rechte ist. Daher ist es notwendig, daß wir eine Maschinerie errichten, durch die das Werk der Konferenz zu Ende gebracht werden soll."

Diese eindringliche Klage Wilsons über die unvermeidlichen Fehler der gegenwärtigen Friedenskonferenz wird er vielleicht auch als die eigene Maschinerie treffend wiederholen. Sie wird also auch den Zweck haben können, die ungerechten und unerträglichen Friedensbedingungen, welche man augenblicklich mit in den Kauf wird nehmen müssen, nachträglich zu revidieren, vielleicht wenn eine neue weltpolitische Konstellation eintritt. § 24 sieht übrigens die Nachprüfung der unanwendbar oder gefährlich werdenden Verträge ausdrücklich vor: also auch des gegenwärtigen Friedensvertrags und seiner einseitigen und unmöglichen Bedingungen. Der Grundgedanke, wie er ihn auszusprechen gewagt hat, geht nicht weiter, als notwendig ist, um die Mitarbeit der Ententestaaten zu ermöglichen. Wenn man aber mit diesem unzulänglichen und fehlerhaften Entwurf die Worte in Verbindung setzt, welche Wilson wegen der jetzigen oder künftigen Herrschaft des einfachen Mannes äußerte, so läßt sich denken, daß er augenblicklich nur bezweckt, wie Lloyd George sagte, das Werk unternommen zu haben, und daß er hofft, daß die Macht der Völker und der Regierungen, die aus den nächsten Wahlen überall hervorgehen werden, den einseitigen

Ententebund besser ausgestalten wird." Heben wir nur den Völkerbund in den Sattel! meint er vielleicht, reiten wird er schon können.

Die Kraft der Ideen ist nicht zu verkennen, besonders wenn sie ein Organ der Propaganda und der Wirkung gefunden haben, wie unvollkommen auch dieses Werkzeug sei. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß ein Teil der bevorzugten Großmächte, wenn er einmal im Besitz der Bundesgewalt ist und die Verpflichtungen der übrigen fest in der Hand hält, sich ganz anders gebärden wird als jetzt, wo es gilt, die widerstrebenden, blinden, chauvinistischen Staaten, wie Frankreich einer ist, zu gewinnen und miteinzuspannen.

Es kommt dann aber die neue Schwierigkeit, daß für die Zulassung neuer Mitglieder die Zustimmung von mindestens zwei Dritteln der Staaten erforderlich ist, die in die Vertreterversammlung ihre Vertrauensmänner entsenden. Und jedenfalls ist unannehmbar, daß auf ewige Zeiten als Bestandteil des Vertrages, als Bedingung der Zustimmung eine bevorzugte Stellung an die fünf Großmächte der Entente eingeräumt wird. Eine Aenderung dieser Bevorrechtung kann dann später auf einen ewigen Widerstand Frankreichs und vielleicht anderer Staaten rechnen: sie könnten mit dem Bruche drohen, wenn man ihnen die Grundlage, die wesentliche Bedingung des Vertrages, den Vorteil, worauf sie gebaut haben, einmal entziehen will. Im bürgerlichen Rechtsleben würde eine solche Aenderung vor Gericht kaum zu vertreten sein. Da gilt es vorzubauen und die Gleichheit von Anfang an zu sichern, wenn die Strömung der öffentlichen Meinung schon stark genug wird, um den Beitritt der Einseitigen auch ohne Bevorzugung zu erzwingen.

Vorläufig ist es wenig ermunternd, daß nach § 15 die Mehrheit eines solchen beständigen, vielleicht unveränderlichen ausführenden Rates die Möglichkeit hat, über alle Streitigkeiten zu beschließen und die „notwendigen" Maßnahmen zu treffen, wann die Meinungsverschiedenheiten dem Schiedsgerichte nicht unterbreitet werden können. Nach § 17 wohl auch bei Streitigkeiten zwischen Staaten, welche keine Mitglieder des Bundes sind. Diese Mehrheit, also jetzt die Leitung der Entente, kann wahrscheinlich darüber verfügen, ob ein Schiedsgericht urteilen kann oder nicht, und sie kann sich also jede Entscheidung vorbehalten.

Auch dieser ausführende Rat allein wird nach § 8 den „Plan für die Verringerung der Rüstungen" ausarbeiten: „die angenommenen Grenzen dürfen ohne Bewilligung des ausführenden Rates nicht überschritten werden." Immer derselbe ausführende Rat erwägt die Maßnahmen bezüglich der privaten Herstellung von Munition und Kriegsgerät.

Und nach § 18 wird dem Völkerbund, also praktisch wohl auch dem ausführenden Rate, die allgemeine Kontrolle der Waffen und Munition der Länder anvertraut, wo diese Kontrolle im gemeinsamen Interesse des Völkerbundes nötig ist. Dies gilt wahrscheinlich auch gegenüber Staaten, welche keine Mitglieder des Bundes werden!

Kann man, aufrichtig gesagt, der Menschheit als eine unabänderliche Tatsache bieten, daß große Völker wie das deutsche, wie die slawische oder die spanisch sprechende Gruppe von Stämmen auf ewige Zeiten und durch die Verfassung des Bundes Bildungen zweiten Ranges bleiben sollten? Und das gegenüber der Begünstigung Italiens und Japans!

Und dennoch, die durch Wilson selbst in seiner Rede vom 25. Januar als so notwendig betonten Aenderungen der jetzigen Abmachungen werden der Verfassung des Völkerbundes gegenüber fast unmöglich gemacht: § 26 fordert die Bestätigung von Aenderungen des gegenwärtigen Vertrages durch diejenigen Staaten, deren Vertreter den ausführenden Rat bilden. Also nicht durch die Mehrheit dieser Staaten, nicht durch die Mehrheit des Rates, sondern durch jeden einzelnen! Das ist ein neues liberum veto der fünf Bevorzugten und der vier wechselnden Beisitzer. So kann die Eitelkeit, der Neid oder der schlechte Wille Frankreichs z. B. jede Verbesserung unmöglich machen, und das auf ewig! Eine solche Bedingung richtet sich selbst.

Daß dabei die Bestätigung noch durch drei Viertel aller verbündeten Staaten erforderlich ist, spielt eine geringere Rolle. Es ist doch eben eine neue Bejahung des Klassenunterschieds: es wird Staaten geben, deren alleiniger Widerspruch genügt, um eine Aenderung zu verhindern; es gibt aber andere, welche überstimmt werden können, wenn sie nicht über ein Viertel der Mitglieder vertreten. Und unter diesen Majorisierten können große Völkerfamilien unwiderruflich sich befinden!

Das ist, noch einmal, nicht der Völkerbund, sondern nur die Alleinherrschaft, die Diktatur der Entente, vielleicht der Angelsachsen über die Welt.

Es muß mit Dankbarkeit anerkannt werden, daß Wilson die Unzulänglichkeit der jetzigen Konferenz so feierlich proklamiert und die Notwendigkeit oder Möglichkeit der Revision ihrer Beschlüsse in Aussicht stellt. Wäre seine Maschinerie dazu nur besser geeignet!

Daß kein Plebiszit, daß selbst keine freien Wahlen den Elsaß-Lothringern, den Deutsch-Böhmen, den deutschen Südtirolern usw. zugestanden werden, ist eben der Ausgangspunkt von Einwendungen gegen Entscheidungen, die ohne die freie Meinungsäußerung dieser Stämme vorgenommen wären. Wilson rühmt sich: „Einer der größten und befriedigendsten Fortschritte, die meiner Ansicht nach erzielt wurden, ist der, daß wir die Annexion hilfloser Völker unmöglich gemacht haben!" Da hat wohl Wilson an jene hilflosen Deutschen nicht genug gedacht! Die „barbarischen" Deutschen haben 1871 den Elsaß-Lothringern wenigstens gestattet, Vertreter für die französische Nationalversammlung zu wählen und nach Bordeaux zu entsenden. Jetzt erklärt die Entente es genügend, daß viele Leute auf der Straße dem Einzug der Franzosen zugejubelt haben. Diese Art der Volkswahl ist sehr anfechtbar, und zwar mehr wie die Ernennung der Mitglieder gewisser Körperschaften, Kommissionen oder Räte in geschlossenen Kreisen, wo vielleicht doch eine ehrliche Kontrolle und das freie Abstimmungsrecht aller Beteiligten sich erreichen läßt. Der Herr Pichon will die unparteiischen Zuschauer mit dem Hinweis vertrösten, daß es im Elsaß Wahlen für die französische Deputiertenkammer geben wird und daß keiner der ehemaligen Reichstagsmitglieder gewählt werden wird (also auch nicht Wetterle, Wetterfähnle, wie sein Kollege Delsor ihn bezeichnete). Das ist ein Wink für die Unterpräfekten. Man weiß, wie die Wahlen unter der französischen Verwaltung stattfinden: es ist eines der abscheulichsten Kapitel des verrotteten Regimes, das der Abgeordnete Gielen in der Belgischen Kammer im Februar 1913 brandmarkte und das der ehemalige Minister Millerand ein „régime object", eine niederträchtige Verwaltungsweise hieß. Das System der „mares stagnantes", der stinkenden, stehenden Pfühle, der französischen Einmännerwahlkreise ist seit langem vor aller Welt gerichtet. Schon jetzt warnt ein anderer ehemaliger Minister Frankreichs, Herr Messimy, vor einer „furchtbaren moralischen Katastrophe", der Frankreich im Elsaß entgegenläuft. Das Zeugnis dieses ehemaligen Offiziers, Kriegsministers und während des Krieges wieder Offizier und sogar General gewordenen Parlamentariers hat einige Bedeutung: er war vor dem Kriege als Abgeordneter Berichterstatter für den Kolonialetat und hat die Mißstände und Verbrechen der französischen Verwaltung in Indochina mit einer Offenheit und einer Fülle von Tatsachen enthüllt, die ihm alle Ehre macht.

Uebrigens wird in Elsaß-Lothringen die französische Verwaltung wohl auch das vernichtende Urteil verdienen, das der damalige Professor Wilson in seinem Buche vom Staate gegen sie äußerte; im Gegenteil pries er zugleich ebenda die nach unserem Dafürhalten oft ungeschickte, allzu bureaukratische, schwerfällige und kalte deutsche Verwaltung als die beste und ehrlichste der Welt. Die Franzosen machen im Elsaß die sozialen Fortschritte wieder rückgängig und bereiten unter Leitung von erprobten Kirchenfeinden und Führern ihrer Freimaurerei, wie Debierre und Mirman, einen frischfröhlichen Kulturkampf vor. Es kommt vielleicht bald die Zeit, wo H. Heine voraussah, daß die Elsässer sich wieder nach Deutschland sehnen würden, nämlich wenn Deutschland demokratischer sein wird als Frankreich. Es war wohl schon der Fall, aber mit gewöhnlichem Ungeschick konnte Deutschland sich den Vorteil des Scheines nicht aneignen, wogegen die Franzosen so phrasenhaft zu imponieren verstehen.

So können jetzige oder baldige Entscheidungen der Friedenskonferenz und des Weltbundes einmal in Frage gestellt werden durch Völker, Volksteile oder Volksgruppen z. B. weil sie zum Gedanken einer anderen, neuen Stammeszugehörigkeit erwachen, wie im Laufe des 19. Jahrhunderts viele bis dahin erzösterreichische Kroaten und Tschechen, wie die Jahrhunderte lang so gefügigen Italiener, die früher ohne Murren spanische, französische und österreichische Herrschaft ertrugen. Vor Jahrhunderten haben sich die Schweizer und die Niederländer vom deutschen Volke losgerissen, nicht ohne deutsche Schuld und aus manchen guten Gründen; die Flamen wie die Nordniederländer sind zu einem vom deutschen Volke bestimmt verschiedenen Stamme entwachsen,

wie früher die Galloromanen und die Hispanier vom römischen Volksverband, wie heute viele Katalonier sich von Spanien losringen wollen.

Kann sich dieselbe Geschichte nicht wiederholen? Ist es wohl der Wunsch der überwiegenden Mehrheit der Iren, daß ihr Vaterland ein Teil des britischen Reichs bleibt? Es erregt Unzufriedenheit in manchen Kreisen Amerikas, daß Wilson erklärt hat, die Bestrebungen der Iren müßten nur innerhalb des britischen Reiches behandelt werden. Welche Haltung wird der Weltbund gegenüber dem Selbstbestimmungsrecht dieser Kelten einnehmen? Ist Indien, Aegypten, Transvaal für ewige Zeiten britisch? Vielleicht besinnen sich einmal die Einwohner von Nizza und von Korsika, daß sie eigentlich keine Franzosen, sondern Italiener sind. Und die Araber von Nordafrika? die friedlichen Hovas von Madagaskar, die Indochinesen? Im Dodekanesos wird wohl die Besinnung auf die hellenische Zusammengehörigkeit mehr wiegen, als die Macht der gewaltsamen italienischen Besetzung. Die Bulgaren von West-Mazedonien werden wenig erbaut sein, wieder unter die Zwangsherrschaft der Serben und unter das serbische Gesetz vom 23. September/6. Oktober 1913 zu fallen, das durch seine Schärfe sich selbst und die serbischen Ansprüche auf eine Weise richtet, wogegen die preußische und russische Behandlung der Polen eine reine Liebedienerei war. Ja, vielleicht kommen die Filippinos und die Portorikaner einmal auf den sonderbaren Einfall, ihre Geschäfte ohne Einmischung von Vetter Jonathan machen zu wollen. Und was geschieht, wenn Boxer oder Bolschewiki die Mehrheit im Weltbund erreichen? Wird die angelsächsische Führung sich beugen?

Es ist ferner denkbar, daß Chinesen, Japaner, Russen vielleicht als Auswanderer weite Gebiete Australiens oder Amerikas überfluten, die Mehrheit daselbst bekommen und dann kraft des Selbstbestimmungsrechts der dann herrschenden Bevölkerung die Losreißung vom britischen Reiche, von den Vereinigten Staaten, von Mexiko usw. fordern. Schon jetzt will Japan, daß „die vertragschließenden Mächte verpflichtet seien, innerhalb ihrer Grenze allen Fremden, die Untertanen der zum Völkerbunde gehörigen Staaten sind, eine gleiche und gerechte Behandlung angedeihen zu lassen.“ Das wäre die gelbe Ueberschwemmung aller Uferländer des stillen Ozeans! Ist durch Naturrecht Korea auf ewig mit Japan verbunden?

Im § 24 sind ja vorgesehen Nachprüfungen der unanwendbar gewordenen Verträge und der internationalen Verhältnisse, deren Aufrechterhaltung den Frieden gefährden könnte. Verträge, geschworene Eide binden also nicht auf ewig. Nach diesem Kriege ist dies Geständnis nicht ohne Wert. § 25 bricht übrigens schon alle unvereinbaren früheren Verträge. Ist dieser formelle Wortbruch in jedem Falle rechtmäßig?

Nach § 10 verpflichten sich die vertragschließenden Teile, die Unversehrtheit des Gebietes aller Mitglieder des Völkerbundes zu achten und gegen jeden Angriff von außen zu schützen. Also ein Bund von beati possidentes! Wenn z. B. unbestreitbar slawische Gebietsteile der Adriaküste Italien zugesprochen werden, wird Serbokroatien die Unterjochung seiner Stammesgenossen nicht nur achten, sondern auch schützen müssen, z. B. gegen einen Befreiungskrieg von russischen Panslawisten? Ungarn wird an Rumänien den Besitz des kernmagyarischen Landes und Volkes der Szekler mitten in Siebenbürgen verbürgen, ebenso Deutschland gegenüber den dortigen „Sachsen“. Dasselbe Deutschland soll in die Bresche springen, um die Elsässer unter französischem, die Deutschböhmen unter tschechischem, andere Deutsche unter polnischem oder südslawischem, die Südtiroler unter italienischem Joche zu halten!

Im bürgerlichen Rechte aller Völker ist in bestimmten Fällen die Revision der Verträge vorgesehen, wenn Abschlüsse durch Irrtum, Zwang, Betrug, leoninische Bedingungen usw. zustande gekommen sind. Die Gerechtigkeit fordert dasselbe Recht der Berufung oder der Revision im internationalen Leben.

Neue, tiefgreifende Bewegungen können die Völker hinreißen, wie vor fast sechzig Jahren die Antisklavereibewegung zum Sezessionskriege in Amerika führte. Nach einer Hungerzeit kann der Hang zum Freihandel die Erregung der Cobdenzeit in manchen Ländern überflügeln und Maßnahmen der Mehrheit des Weltbundes über den Haufen werfen oder die öffentliche Meinung so sehr gegen die Leitung aufreizen, daß im äußersten Falle die Soldaten, welche mit der Durchführung der Beschlüsse des Schiedsgerichts oder des ausführenden Rates beauftragt sind, den Dienst verweigern oder sich der Minderheit anschließen.

In sozialen Fragen erst recht können berechtigte Forderungen der Völker gegen vielleicht allzuweise, zurückhaltende Maßnahmen des Weltbundes einen Sturm entfesseln.

Schon sind nach einer Reutermeldung der englische Arbeitsminister Horne und die britische Regierung der Ansicht, schädliche Streiks sollten verhindert und Mindestlöhne und Höchstarbeitszeit international geregelt werden. Eine internationale Arbeitervertretung soll für jedes Land aus zwei Abgeordneten der Regierung, einem der Unternehmer und einem der Arbeiter entstehen. Das nennt man eine Arbeitervertretung. Deren Beschlüsse mit Zweidrittelmehrheit sollen von allen vertretenen Ländern angenommen werden müssen. Ob die Arbeiter sich fügen werden?

Unter den mehr oder weniger bewußten Ursachen und Erscheinungen des Weltkriegs tritt auch ein gewisser Neid, eine Abgeneigtheit gegen den sozialen Fortschritt Deutschlands zutage. Der Sieg der Entente ist ein Sieg eines Kapitalismus, der sich in Frankreich, in Belgien, in Italien, im alten Rußland, in Rumänien gegen den verhältnismäßig rascheren Fortgang und die gewissenhafte, wirksamere Durchführung der deutschen Sozialgesetzgebung richtete: man fürchtete sich fast unverhohlen in gewissen Kreisen der Finanz- und Industriewelt vor der Notwendigkeit, auch in jenen Staaten das deutsche Beispiel nachahmen zu müssen und die Dividenden dadurch zu beschränken. Eben aus den Kreisen, wo solche Befürchtungen herrschten und ausgesprochen wurden, ging seit Jahren die heftigste Hetze gegen Deutschland aus. Freilich erschwerte die Verschiedenheit der Lage bisweilen die Nachahmung empfindlich: die Zollpolitik Deutschlands und die Preispolitik seiner Kartelle verschärften diese Schwierigkeiten und zeitigten nicht ganz unberechtigte Beschwerden. Daß aber ein vollständiger Sieg der Entente eine soziale Gefahr mit sich ziehen könnte, wurde von einem großen Teile der Arbeiterkreise Frankreichs, Englands, Italiens und Rußlands gefühlt und gab eben im Zarenreiche Anlaß zur Revolution und zu ihren Folgen.

Sehr richtig schätzt Wilson in dieser Hinsicht die Zukunft ein und warnt eindringlich seine Assoziierten vor der Fortsetzung des Widerstandes gewisser Kreise ihrer Länder. Die besten und besonnensten Elemente der Arbeiterschaft empfinden es bitter, daß tausend Milliarden zum Massenmorden und zu Zerstörungen verbraucht wurden; sie können sich ein klares Bild davon machen, was für soziale Fortschritte mit winzigen Teilen dieser Geldmassen hätten erreicht werden können; in Deutschland und noch mehr in anderen Staaten wurden früher empfehlenswerte Maßnahmen wegen angeblichen Geldmangels abgelehnt oder zurückgestellt. Dagegen stellt sich natürlich nach den Verlusten, Schmerzen und Entbehrungen des Krieges das Knirschen des inneren Menschen ein. Wilson hat recht daran, eine Aufgabe des Weltbundes in der Durchführung und Verallgemeinerung von Maßnahmen auf dem Gebiete zu empfehlen, wo Deutschland bahnbrechend gewesen ist. Vielleicht können eben auf diesem Gebiete Zustände entstehen, die zu wahren Verbesserungen des Weltbundes zu führen vermögen. Dazu gehört eine zweckmäßige Bearbeitung der öffentlichen Meinung und eine weise Taktik der Arbeiterorganisationen selbst. Im Zusammenhang mit der Zollpolitik, mit der Rohstoffgewinnung, mit dem Wiederaufbau im allgemeinen muß auf sehr vorsichtiger und schonender Weise die sogenannte ganze Arbeit gemacht werden. Nur im Völkerbund lassen sich in diesen Fragen zufriedenstellende Erfolge erreichen, nicht abseits. Es ist aber denkbar, daß eben die Einmischung des Völkerbundes den kapitalistischen Siegern mißfällt, und zwar auch in Amerika! (Schluß folgt.)

Das fünfte Kriegsjahr.

Wochenschau von Fritz Nienkemper, Berlin.

Ungarn ist bolschewistisch geworden. Unsere Verhandlungen in der Ostmark sind in die Brüche gegangen. Das Schicksal der deutschen Westländer steht noch immer auf der Klippe. Beinahe wäre auch die angebahnte Brotzufuhr ins Stocken geraten. Während diese Schicksalsfragen schweben, wird in Weimar und in Berlin heiß und breit debattiert über die Auflösung des preußischen Staates und die Bildung von neuen Gliedstaaten. Das Haus ist bedroht von außen und erschüttert in seinen Fundamenten; unterdessen streiten wir um die Verschiebung der Innenwände!

Die bolschewistische Welle.

England, Frankreich und Amerika verkünden den Kampf gegen die Bolschewisten mit großen Worten; aber durch ihre Handlungen fördern sie die Pläne dieser Weltrevolutionäre. Die Ueberspannung ihrer Machtpolitik, die Verschleppung des Friedensschlusses und der Volksversorgung, die rücksichtslosen Diktate, die sie den unterlegenen Ländern aufhalsen, leiten in Deutschland fortwährend neues Wasser auf die Mühle der Kommunisten und ihrer unabhängigen Förderer, und in Ungarn haben sie sogar den Zusammenbruch der bisherigen Regierung, eine richtige Diktatur des Proletariats mit erklärtem Anschluß an die russische Sowjettyrannei herbeigeführt. Allzu scharf macht schartig.

Unsere Verhandlungen in der Ostmark kamen zum Bruch, weil die Entente ihren polnischen Schützlingen alles geben wollte, was diese heißblütigen Emporkömmlinge verlangten, ohne jede Rücksicht auf die Lebensinteressen und die berechtigtsten Gefühle der deutschen Bevölkerung. In Ungarn wurde dem Fasse der Boden ausgestoßen durch die maßlose Begünstigung der Rumänen, um deren Habgier willen man die Demarkationslinie 60 Kilometer weit nach Westen vorschieben wollte, so daß von der alten ungarischen Herrlichkeit nur ein Krüppelstück an der Theiß zurückbleiben sollte. Karolyi, der bisherige Regent von Ungarn, hatte wahrlich durch seine Haltung während des Krieges eine bessere Behandlung seitens der Entente verdient. Man kann begreifen, daß er nicht als Totengräber des Stefansreiches fungieren wollte, sondern in der verzweifelten Lage dem bolschewistischen Teufel die Auseinandersetzung mit dem westmächtlichen Lucifer überließ. Es ist ein Jammer, daß dieses Land und sein Volk in eine solche Zwickmühle des Verderbens geraten, und zugleich ist es eine schwere Gefahr für Europa und die ganze Welt, daß die kommunistische Revolution, die in Rußland allmählich zu ersticken schien, durch diesen Zuwachs neue Kraft erlangt. Die Schuld daran fällt voll und ganz auf die Haß- und Habgierpolitik unserer Gegner, die nicht allein die Schranken der Menschlichkeit, sondern auch der Klugheit überschreitet. Die Fülle der Macht, die ihnen durch Amerikas Hilfe in den Schoß gefallen ist, hat sie grausam und blind zugleich gemacht. Der zurückgekehrte Wilson wird inzwischen schon erkannt haben, welche bedenklichen Leute er zu Despoten in Europa gemacht hat. Wird er die Geister, die er rief, wieder bändigen und bannen können?

Die Gefahr von Hamburg.

Mit knapper Not haben wir verhüten können, daß unsere Lebensmittelversorgung durch einen Streik der Hamburger Seeleute vereitelt wurde. Auch diese Krisis entstand durch die Ueberspannung der Bedingungen, von denen die Entente ihre Brotzufuhr abhängig gemacht hatte. Die Unsicherheit über das Schicksal der deutschen Schiffe und ihrer Bemannung wurde von den radikalen Quertreibern ausgenutzt, um die Seeleute aufzuhetzen. Dem Seemannsbund, der unter dem Einfluß der Kommunisten und Unabhängigen steht, gelang es, in einer ersten Massenversammlung den Streikbeschluß durchzudrücken. Wunderlicher Weise konnte dieser Beschluß, der das brennendste nationale Interesse der Brotversorgung in Frage stellte, sogar mit einem nationalen Mäntelchen drapiert werden, da man die Rettung der deutschen Handelsflotte vorschieben konnte. Leider ist auf diesem Wege nichts zu retten, da die mächtigen Feinde schließlich alles nehmen können, was sie haben wollen. Das Ende wäre nur neuer Krieg und Hungersnot gewesen. Es war aber schwer, den erregten Seeleuten, die nicht ohne Grund für die Schiffe und ihre eigene Zukunft besorgt waren, die Sachlage und deren Gebot klar zu machen. In der zweiten Versammlung gelang es wenigstens, die eine Hälfte der Teilnehmer zur Stimmenthaltung zu bringen und von der anderen Hälfte eine Zweidrittelmehrheit für den Verzicht auf den Streik zu erlangen. Wenn in anderen Seestädten noch Hemmungen versucht werden sollten, so werden die wohl keine durchschlagende Bedeutung erlangen können. Die Schiffe fahren aus; die Gegner haben keinen Vorwand, um uns die versprochene Zufuhr zu versagen. Bei gewissenhafter Ueberlegung würden sie sogar die Nutzanwendung ziehen müssen, daß die bisher übliche Ueberspannung ihrer Bedingungen denselben Kommunisten Vorschub leistet, deren Bekämpfung sie sich zum Ziel gesetzt haben.

Dieselbe Nutzanwendung gilt für die

Verhandlungen im Osten.

Unsere Abwehr gegen die bolschewistischen Russenheere, die recht gut eingesetzt hatte, wird behindert durch die Zwistigkeiten mit den eroberungssüchtigen Polen. Nachdem die Entente dort eine Demarkationslinie gezogen hatte (sehr zu unseren Ungunsten), hätte sie wenigstens dafür sorgen müssen, daß auch die Polen sich in diesen Grenzen hielten und die betroffenen Deutschen schonten, bis der Friedensvertrag die endgültige Regelung herbeigeführt. Statt dessen wurde dem Uebermut der Polen immer neuer Spielraum gelassen. Für die Oberkommission, die in den auftauchenden Streitfragen Recht sprechen sollte, verlangte man eine Zusammensetzung, die Deutschland ohne weiteres einer Mehrheit von Gegnern auslieferte. Der vernünftige Vorschlag von unserer Seite, einen unparteiischen Obmann durch den Hl. Stuhl oder durch die schweizerische Eidgenossenschaft ernennen zu lassen, wurde abgelehnt; auch die Polen, die sich sonst mit ihrem Katholizismus brüsten, hatten keinen Sinn für die Autorität des obersten Friedensfürsten. Dazu kam die Bedrohung Danzigs. Diese alte und echtdeutsche Stadt sollte als Verkehrsstation zwischen den Polen und ihren Gönnern in Beschlag genommen werden. Entrüstung und Entsetzen in Westpreußen und im ganzen Reiche! Denn das wäre die Einleitung gewesen zur polnischen Okkupation dieses Hafens, zur Herstellung des breiten Korridors nach der Ostsee, den die Polen wünschen, und zur Abschnürung des deutschen Ostpreußens vom Mutterlande. Das können wir uns nicht gefallen lassen, wenn wir auch dem neuen Polenstaat den Handelsweg nach der Ostsee sonst gerne gönnen. Der Abbruch der Verhandlungen war unvermeidlich — durch die Schuld der Entente und ihrer Schützlinge, die auf unsere Lebensinteressen gar keine Rücksicht nehmen.

Die Verhandlungen in Weimar, Berlin und München.

In Weimar hat der Verfassungsausschuß vorläufig einen Paragraphen angenommen, der die Auflösung und Neuschaffung von Gliedstaaten durch Reichsgesetzgebung in bedenklicher Weise erleichtern würde. Die preußische Regierung setzt sich zur Wehr und es wird auch sonst wohl noch Wasser in diesen unitarischen Wein gegossen werden.

In dieser Richtung wird hoffentlich auch die ausgiebige Debatte wirken, die in der preußischen Landesversammlung zu Berlin gepflogen worden ist und sich hauptsächlich um den Plan der westdeutschen Republik drehte. Die Aussprache führte am Montag zu Beschlüssen. Vorher konnte man als Ergebnis schon buchen, daß die Angelegenheit mit mehr Sachlichkeit und Ruhe behandelt wurde und die persönlichen oder parteipolitischen Verdächtigungen wegen „Landesverrates" oder wegen „kulturkämpferischen Widerstandes" aus der Mode kamen. Die Landesversammlung hat dann mit einer Mehrheit von links und rechts sich gegen die Auflösung des preußischen Staates erklärt, und damit können auch unsere westdeutschen Brüder sich abfinden in der Erkenntnis, daß unter den obwaltenden Umständen die Aufteilung zu schweren Gefahren führen würde, auch in der Hinsicht, daß dadurch die Entwicklung des Reiches zum Einheitsstaate bedenklich gefördert würde. Ferner hat die Landesversammlung einmütig einen energischen Protest beschlossen gegen die französischen Ansprüche auf das Saargebiet und gegen die Pläne eines westlichen Pufferstaates. Das wird den Beifall aller Deutschen finden und hoffentlich Wilson stärken in dem Widerspruch gegen solche Eingriffe, die seinem Friedensprogramm geradezu Hohn sprechen und eine deutsche Irredenta schaffen würden.

Die Weimarer Beschlüsse haben begreiflicherweise vor allem in Bayern weitgehende Erregung hervorgerufen. Im Ausschuß des Landtags für auswärtige Angelegenheiten wurde am Montag schärfster Widerspruch gegen die unitaristische und zentralistische Machtpolitik der Nationalversammlung erhoben. Auf Grund des föderativen Prinzips, wonach das Reich ein auf völkerrechtlichen Verträgen der Einzelstaaten beruhender Bundesstaat ist, bestreitet man dem Reich und der Nationalversammlung das Recht, von sich aus souverän und ohne Beiziehung der Gliedstaaten die Reichsverfassung in der geplanten Weise neu zu gestalten. Die Einzelstaaten müßten wie bei der Reichsgründung 1871 um ihre Zustimmung gefragt werden. Diesen Standpunkt vertrat mit Entschiedenheit der Abg. Speck von der Bayer. Volkspartei, der betonte, daß die Einzelstaaten nicht zu Provinzen des Reiches herabgedrückt werden dürften; wenn Bayern lediglich Objekt der Reichsgesetzgebung werden solle, dann wollten wir lieber nicht in das Reich eintreten. Der Widerspruch gegen die unitaristischen Bestrebungen ging bis weit in die Reihen der Linken und der sozialistische Ministerpräsident Hoffmann erklärte, daß die Staatsregierung bereit und entschlossen sei, die wirklich lebens-

notwendigen Grundlagen des bayerischen Staatswesens durch Vereinbarung mit der Reichsregierung und der Nationalversammlung zu erhalten. Ein diktatorisches Verfahren seitens des Reiches könne man nicht hinnehmen. Eine gemeinsame Erklärung des Landtags wurde am Dienstag einstimmig beschlossen. (Zu der Materie wird in der nächsten Nummer von autoritativer Seite noch Stellung genommen werden. D. Red.)

Eine Mission des Kardinals Bourne.

Von Friedrich Ritter von Lama.

Wenn ich jetzt aufmerksam den Tagesereignissen nachgehe und bestimmte von ihnen in ihren Einzelheiten und Zielen verfolge, so kommt mir vor, als ob die Zeitungskorrespondenten zwar sich ihre Aufgabe sehr leicht, dem lesenden Publikum aber um so komplizierter machen. Da reist z. B. der Erzbischof von Westminster, Kardinal Bourne in irgendeiner Mission im Orient umher; ich schlage Blatt um Blatt nach, mustere insbesondere die mir zugänglichen zahlreichen italienischen Blätter Woche um Woche durch, glaube endlich in einer Information des im allgemeinen nicht übel unterrichteten vatikanischen Korrespondenten des Extrustblattes „Momento" eine zuverlässige Aufklärung zu finden, nämlich, daß der Kardinal im Auftrage der englischen Regierung (!) unterwegs sei, und muß nun bei eingehender Prüfung des während des Suchens angesammelten Materiales die Entdeckung machen, daß auch dieser Lichtblick getrogen hat, daß der gute Mann, auf den ich meine Hoffnung setzte, rein geflunkert hat. So habe ich mich entschlossen, selbst der Sache auf den Grund zu gehen, und obschon ich mir nicht einbilde, den Nagel gerade direkt auf den Kopf getroffen zu haben, so weiß ich heute doch, daß ich ihm um einige Handbreit näher gekommen bin, als jene, die so nahe der Urquelle derartiger Nachrichten sitzen.

In wessen Auftrag reist der englische Kirchenfürst? Msgr. Cerretti wurde Ende November mit jener Mission beauftragt, über deren Einleitung ich bereits[1]) berichtete. Er begab sich damals direkt nach London und Irland und hat sicheren Blättermeldungen zufolge Aussprachen mit den Kardinälen Bourne und Logue gehabt. Von London kehrte er nach Wilsons Ankunft in Europa nach Paris zurück, um unmittelbar nach seiner Unterredung mit dem Präsidenten (am 18. Dezember) von neuem London und Armagh aufzusuchen und erst dann seine Fahrt über den Ozean anzutreten. In London sprach er noch den Kardinal, doch schon am 23. Dezember wird dieser in Rom vom Heiligen Vater empfangen und reist trotz des hl. Weihnachtsfestes am 25. Dezember nach Tarent weiter, angeblich zur Inspektion der englischen Marineseelsorge bei der Mittelmeerflotte. Dann finde ich um Mitte Februar eine erste Meldung über diese Reise, sowie über ihr näheres Ziel: dieses sei Palästina und Konstantinopel, der Zweck jener seien „Missionsangelegenheiten". Es mußten nun jedenfalls sehr dringliche Missionsangelegenheiten gewesen sein, die den Erzbischof von London bewogen, gerade auf das Weihnachtsfest, da kein Oberhirte sich der Funktion in seiner Kathedrale zu entziehen pflegt, eine solche Reise Hals über Kopf nach dem Orient zu unternehmen. Vor allem aber liegt die Vermutung außerordentlich nahe, daß die Abreise von London von dem Ergebnisse der Aussprache Msgr. Cerrettis mit Wilson abhing. In seinem dem „Matin" gewährten Interview nun hat sich der römische Prälat sehr befriedigt über den Erfolg seiner Verhandlungen ausgesprochen und bereits damals lauteten mehrfache Informationen Pariser und amerikanischer Blätter, Palästina sei mindestens einer der Gegenstände der Aussprache mit Wilson gewesen. Weiter dürfen wir annehmen, daß der Kardinal dem Heiligen Vater ausführlich über das berichtete, was ihm zweifelsohne der apostolische Delegat anvertraut hatte, und daß er dann, mit den eigentlichen und letzten Instruktionen versehen, an die Durchführung der auch ihm übertragenen Mission ging. Denn da ein Kardinal im Range nur noch den Papst über sich hat, kann er eben auch nur von diesem mit einem Auftrage ausgestattet werden. Ueber den Aufenthalt in Jerusalem wissen wir bis heute nichts; über den in Konstantinopel nur, daß Kardinal Bourne am 20. Februar dort ankam, in jenen Tagen das neue „armenische Waisenhaus Benedikt XV." besuchte und am 23. Februar über Saloniki und Belgrad auf dem Landwege nach Rom zurückgekehrt ist. Ueber den eigentlichen Zweck dieser ungewöhnlichen Reise müssen wir daher wohl in Rom Nachschau halten.

Daß Benedikt XV. bezüglich des christlichen Orients ganz besondere Pläne hegt, steht außer Zweifel. Er hat dafür vor bald zwei Jahren eine eigene Kardinals-Kongregation ins Leben gerufen, ihr ein Studieninstitut angegliedert, das seinen Betrieb bereits aufgenommen hat und insbesondere auch Nichtkatholiken offen stehen soll, kurz, er erweist dem Orient eine ganz besondere Aufmerksamkeit. Seine bisherigen Kundgebungen in dieser Hinsicht beweisen auch, daß er nicht von jener einseitigen Bevorzugung alles Lateinischen angekränkelt ist, die Kennern zufolge eines der großen Hindernisse für die Union der schismatischen Kirchen ist. Als Hauptzweck der Errichtung wurde angegeben, die christliche Kirche des Orients in ihrem alten Glanze wieder erstehen zu lassen. „Wir haben nicht nötig", betonte Benedikt XV. im vergangenen Juli in seiner Ansprache an die armenischen Mechitaristen von San Lazzaro, „nochmals zu sagen, daß eine Flamme der Liebe zu allen orientalischen Kirchen in Unserem Herzen glüht und brennt..." Mit diesem Urgrunde hängt also wohl das Geschehnis zusammen, mit dem ich mich hier beschäftige. Damit beginnt uns auch der Zweck jener Verfügung zu dämmern, welche die Kongregation der Propaganda gemeinsam mit der für orientalische Angelegenheiten Ende Dezember erließ und durch die der Zufluß von Mitgliedern lateinischer Orden und Kongregationen nach den Wirkungsgebieten der apostolischen Delegaturen des näheren Orients jeweils an besondere Genehmigungen gebunden ist.

Die Tatsache, daß sich die Katholiken Jerusalems noch im September über das Vorgehen der britischen Militärbehörden und der Hand in Hand mit ihnen arbeitenden anglikanischen Kirche wegen ungebührlicher Bevorzugung der Muhammedaner und Juden und vollständiger Zurücksetzung der Katholiken in Verteilung der Lebensmittel und jeder anderen Art von Hilfe gerade an Kardinal Logue von Armagh wandten (der dann auch bei der britischen Regierung wegen ihres ungerechten und unliberalen Vorgehens Vorstellungen erhob), dürfte vielleicht mit ein Fingerzeig sein für die besondere Aufgabe Kardinal Bournes, denn er als Engländer und Kardinal kann an Ort und Stelle wohl ganz anders auftreten, als der lateinische Patriarch und Italiener Msgr. Camassei.

Daß der Papst bezüglich Konstantinopels besondere Pläne hegt, erscheint gleichfalls außer Zweifel. Es steht heute fest, daß die Entente nach ihrem Siege über die Türkei entschlossen ist, diese endgültig aus Europa auf asiatischen Boden zu verdrängen und die Arbeiten dafür bereits im Gange sind. Damit entscheidet sich das Schicksal Konstantinopels, des Roms des Ostens. Dies ist auch die Schicksalsstunde der katholischen Kirche im Orient. Nun wissen wir, daß bereits im Winter 1915, als es den russischen Millionenheeren gelingen zu sollen schien, die beiden Mittelmächte zu überschwemmen und zu ersticken, der Heilige Stuhl im Hinblick auf die Vereinbarungen der Ententemächte, Konstantinopel an Rußland auszuliefern, durch den französischen Schriftsteller René Bazin Schritte bei den Verbandsmächten tat, um wenigstens die Sophienbasilika für die katholische Kirche zu retten und sie nicht zum Symbole des endgültigen Sieges der russischen Orthodoxie im Orient werden zu lassen. Das Symbol hat an Bedeutung auch bis zum heutigen Tage nichts verloren. Die Annahme, daß der Besuch des englischen Kardinals mit dieser Angelegenheit zusammenhängt, vermittelt uns die Tatsache, daß gleichzeitig eine große Kundgebung in London, die die Rückgabe jenes Heiligtumes an die christliche Kirche fordern wollte, von der englischen Regierung verboten wurde. Grund: Rücksichtnahme auf die Muhammedaner, die festeste Stütze der britischen Herrschaft in Indien. Auch berichtet „Daily Chronicle" über die beiden Ereignisse in einem Atem. Nicht ohne Bedeutung mag auch sein, daß der Heilige Stuhl das Titular-Patriarchat von Konstantinopel seit dem Tode des letzten Inhabers, des Msgr. Cepetelli, nicht mehr vergeben hat.

Die Mission Kardinal Bournes hat, wie den Beruhigungsversuchen der Trustpresse zu entnehmen ist, in den Kreisen der italienischen Franziskaner lebhafte Beunruhigung erzeugt; sie scheinen für die aus der ihnen übertragenen Kustodie vom Heiligen Lande abgeleitete Vertretung der dortigen katholischen Interessen Befürchtungen zu hegen. Ich enthalte mich eines Urteiles, wenngleich mir das eine erwiesen zu sein scheint, daß wir von einer „päpstlichen Mission Bourne" sprechen dürfen; alles weitere bleibt der Zukunft überlassen.

[1]) „Allgemeine Rundschau" 1919, Nr. 2.

Der Kaiserglocke Trauerklage.

Sechshundert Jahre häng' ich schon da oben
Und hab' der Zeiten Wechsel viel erfahren,
Doch sollt' ich ein Jahrtausend auch erleben,
Vergessen werd' ich nicht die Schmerzensstunde,
Wo ich Gewalt erlitt wie kaum zuvor. —
Was tat ich Euch, feldgraue Brüder [1]), denn,
Dass gerade Ihr lieht Euren Arm dem Frevel? —
Wie oft hab' ich in langen Kriegesjahren
Die Kriegsbetstunden für Euch eingeläutet
Und die Gemeinde zum Gebet gerufen? —
Wie oft hab' Eure Siegestaten ich
Weithin verkündet bis zur Jurahöhe,
Mit frohem Stolz die Eurigen erfüllt? —
Wie oft gefallner Helden Trauerklage
Mit ehrner Stimme wehmutsvoll bekundet? —
Und trotzdem habt Gewalt Ihr mir erwiesen! —
Das war kein Heldenstück, feldgraue Brüder!
Ihr wähntet frei zu sein und seid im Banne
Unsel'ger Leidenschaft unfrei gewesen. —
Was tat ich Euch? — Was sollt nun Ihr mir tun?
So oft fortan mein Läuten Ihr vernehmet,
Macht's wie Sankt Petrus, der beim Hahnenschrei
Stets neue Trauer fühlt' ob der Verleugnung.

Bamberg. Dr. A. Senger.

1) Die Kaiserglocke (St. Heinrichsglocke) im Dom zu Bamberg wurde am 26. Februar, nachdem die Kirche gewaltsam erbrochen worden, ausgerechnet nur von Feldgrauen geläutet, die nach der ungewohnten Arbeit schweissbedeckt und lautlos aus dem Gotteshaus sich fortmachten. Nach der Aufschrift ist die Glocke im Jahre 1311 gegossen worden, sie hat ein Gewicht von 90 Zentnern, einen Durchmesser von 179 und eine Höhe von 140 cm.

Deutschböhmens Bluttag.

Von Ottokar Krok.

Tschechowien hat sich mit Blut befleckt und mit blutigen Lettern bleibt der 4. März verzeichnet in der Geschichte Deutschböhmens. Mehr als 40 Tote decken den Plan, meist junges Blut, auch Frauen und Mädchen: 20 in Kaaden, 15 in Sternberg, 3 in Karlsbad, 2 in Eger, 2 in Arnau, 1 Mädchen in Mies. Das ganze deutschböhmische Volk hatte sich am Tag der Eröffnung der deutschösterreichischen Nationalversammlung zu einem Demonstrationszug für ein selbständiges Deutschböhmen geeint, unübersehbare Massen folgten dem Rufe zu Protestversammlungen gegen die nationale Vergewaltigung unseres Volkes, in Reichenberg z. B. weit über 20000. Die Versammlungen verliefen in Ruhe und Ordnung, mag sein, daß da und dort ein junger Heißsporn seiner nationalen Begeisterung in nicht gerade schmeichelhaften Worten für die Tschechen Luft machte. Sicher ist das eine: Von einer Provokation der tschechischen Soldateska war nie und nirgends die Rede, es sei denn, daß man das Eintreten für unser vielverheißenes Selbstbestimmungsrecht als Provokation betrachtet. Die Tschechen freilich, deren Staat durch Hochverrat zustande kam — Kramar, Klofac und Genossen rühmen sich heute dessen —, wittern auch auf deutscher Seite überall Hochverrat. Sie empfingen in hochgradiger Erregung und Gereiztheit die deutschen Demonstranten mit Dumdumgeschossen und Maschinengewehren. Ehe man sich's versah, glaubten die Tschechen ihre nationale Ehre verletzt: mehr als 40 Tote, ungezählte Verwundete wälzen sich in ihrem Blute, Opfer ihrer Liebe zu Freiheit und Heimat, zur deutschen Erde.

Wir haben früher („A. R." Nr. 1/1919) die Hoffnung ausgesprochen, die Tschechen würden uns Deutschböhmen freie nationale und kulturelle Entwicklung gewährleisten. Diese Erwartung scheint sich leider nicht zu erfüllen. Die Tschechen erweisen sich als Gewaltpolitiker von reinstem Wasser. Obwohl das Schicksal Deutschböhmens noch lange nicht endgültig festgelegt ist, haben sie auch uns ihre tiefeinschneidenden Finanzmaßnahmen (Abstempelung der Noten mit 50% Zurückbehaltung; weitgehendste Vermögensaufnahme; Verbot des Verkehrs mit der Wiener Postsparkasse; Ankündigung der Nichtübernahme von Kriegsanleihen) aufgezwungen; bestrafen sie Wahlen und Wahlvorbereitung als Aufruhr und Hochverrat; zwingen sie deutsche Gagisten sich zur tschechoslowakischen Armee zu melden u. a. Es grenzt ans Pathologische, wie sie alles, was ans Deutsche, wie überhaupt an das alte Oesterreich erinnert, ausmerzen. An allen deutschen Bahnhöfen erscheinen an erster Stelle tschechische Inschriften; die deutschen Zeitungen unterliegen strengster Zensur; das Wort „Soldateska" ist eine Beleidigung der Tschechen; in einem Gasthaus hatte man 8 Tage nach dem Geburtstag Masaryks die Ehrentafel entfernt, die die Soldaten, die heute jedes Dorf besetzen, aus diesem Anlaß errichtet hatten — es erfolgte gegen die Wirtin Anzeige wegen Hochverrats; ein Oberlehrer hatte seinen Sängerinnen verboten, sich an die Tschechen hinzugeben, Resultat: Anzeige wegen Hochverrats; in allen Reklametafeln, auf allen Gedenksteinen, an allen Briefkästen wird der kaiserliche Adler ausgetilgt. Die leitenden tschechischen Kreise haben heute vergessen, was einer ihrer Führer, Dr. Smeral, wiederholt erklärte — damals war freilich noch das alte Oesterreich —: „Durch die Herzen werden wir auch zur Gemeinsamkeit in der Politik, zur Eintracht im nationalen Leben und zur österreichischen Staatsidee gelangen"; und an anderer Stelle: „Seit Jahren habe ich auf das gewissenhafteste den Zusammenhang des nationalen Problems der Tschechen mit der Idee eines national gemischten, großen, föderativen Donaustaatenbundes durchgedacht und zugleich auch den Zusammenhang des nationalen Problems der Tschechen mit der Regelung unseres gegenseitigen Verhältnisses zur deutschen Nation, mit der wir auf ewige Zeiten verbunden sind, über die wir und die über uns nie zur Tagesordnung übergehen können, mit der wir zu einem Einvernehmen gelangen müssen, wenn auch nicht anders als auf einem durch bittere Fehler und Enttäuschungen erkauften Wege, aber endlich doch auf dem Wege eines unabweislichen Ausgleichs und Einvernehmens." Nun, Herr Dr. Smeral, mit Maschinengewehren, mit gemeinem Mord, bahnt man sich nicht den Weg zum Herzen. Die Aussichten auf „Ausgleich und Verständigung" werden immer geringer, damit auch die Aussichten auf den Bestand des tschechischen Staates. Man möchte heute, wenn überhaupt nach den letzten Ereignissen noch ein Zusammenleben zwischen Deutschen und Tschechen möglich ist, den Tschechen das Wort Foersters zu bedenken geben: „Die beste Sicherung der eigenen Rechte ist die Liebe für die fremden Rechte und für die fremden Interessen. Sich fremder Rechte aufrichtig anzunehmen, ist das größte Imperium."

Und die Deutschen? Deutschböhmen trauert nach den letzten Ereignissen. Doch die Trauer geht nicht tief, ist Phrase. In derselben Nummer der „Reichenberger Zeitung", die den Märzgefallenen einen Leitartikel widmet, zahllose Ankündigungen von Bällen, Tanzunterhaltungen — Maskenbälle deutschnationaler(!) Vereine. Difficile est satiram non scribere. Wir haben getanzt über den Massengräbern des Krieges, Unterernährung und Hungerödem mit Tanz überwunden, Revolution und nationale Niederlage mit Tanz gefeiert, die Tschechen veranstalten eigene gutbesuchte Tanzkränzchen im deutschen Gebiet, warum sollten wir nicht tanzend trotz Not und Blut und Fastenzeit den Totentag der Opfer unseres Volkes — feiern?! Gott sei's geklagt, der Freisinn hat unser Volk um Glaube, um Zucht und Sitte, um das Gefühl für nationale Ehre gebracht, hat den Tschechen wacker vorgearbeitet. Und das Volk, das gute, arbeitsfrohe, hochbegabte Volk begreift die Lage nicht.

Heute will die Sozialdemokratie, nachdem der deutsche Freisinn offenbar versagt hat, die nationale Führung an sich reißen. Die Begeisterung der internationalen Partei für das Deutschtum ist einerseits kluge Berechnung, da hierzulande nur der gilt, der sich das nationale Mäntelchen umhängt; anderseits ein Mittel, um das Volk desto sicherer für den Anschluß an Deutschland zu gewinnen, von dem die Sozialdemokratie heute die Erreichung ihrer radikalsten Ziele erwartet. „Wir sind heute so wenig nationale Chauvinisten, als wir es je waren", meint der „Vorwärts" (Nr. 57, 1919). „Aber wir können als Klasse niemals an unser großes sozialistisches Ziel gelangen, wenn unser ganzes Volk national unterdrückt ist. Daher ist die Sache unseres Volkes vor allem auch unsere Sache, darum führen wir den Kampf um Deutschböhmens Freiheit und Selbstbestimmungsrecht und darum müssen und werden wir bereit sein, in diesem Kampfe jedes Opfer zu bringen". Wer die Güter seines Volkes nur unter dem Gesichtswinkel augenblicklicher Parteivorteile betrachtet, hat nicht die Qualitäten zum nationalen Führer, dessen erste Eigenschaften Selbstlosigkeit, Liebe und Treue zum angestammten Volkstum, Charakterstärke bleiben.

Der sozialdemokratische Redakteur Baumheier und andere erklärten wiederholt unter dem Beifall ihrer Genossen in öffentlicher Versammlung: „Gott sei Dank, daß wir den Krieg verloren haben!" Das also ist die sozialistische Liebe zum deutschen Volke! Sie jubeln über den verlorenen Krieg und damit — über die Besetzung Deutschböhmens durch die Tschechen.

Was die Märzereignisse uns lehren sollten? Nicht Haß gegen die Tschechen. Im Haß gegen das Fremde erstirbt die Liebe zum eigenen Volk. Die Liebe, wahre, echte, kernhafte, opferfähige, tatbereite Liebe soll uns einen. „Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr!" mahnt's aus den Gräbern der Märzgefallenen. Ob sich diese Hoffnung erfüllen wird? Die Aussichten sind trübe. Die Kulturkampfhetze blüht weiter. Mit Genugtuung konstatieren unsere Freisinnigen alle katholikenfeindlichen Maßnahmen der Tschechen (Kanzelparagraph, Kündigung an katholische Ordensschwestern im Skrophulosenheim in Zwickau usw.). Unsere Lehrerschaft überstürzt sich mit radikalen Forderungen. Die bürgerlichen Parteien treiben weiterhin Selbstzerfleischung. Sie gründen neue Parteien, die von Anfang an Katholiken die Mitarbeit verekeln, ja sie geradezu ausschließen. Die nationale Verdächtigung der Katholiken treibt weiter ihre giftigen Blüten. Des deutschen Volkes ganzer Jammer faßt uns an. Wann kommt der starke Mann, der dem Wirrwarr ein Ende macht, der die einigende Formel findet? Wann reichen sich die Besten unseres Volkes die Hand zu einigem Handeln? Wann werden sie, Parteihader und Parteigezänk vergessend, die wahren Güter des Volkes, Religion, Sittlichkeit, Einigkeit, Recht und Freiheit pflegen? Dann kommt das Morgenrot der neuen Zeit für uns, dann sind wir wert unserer toten Helden, dann sind wir wert der besten Söhne draußen im Reich, denen wir brüderlich die Hände reichen.

Religionslose Ethik in der Schule.

Von Geistl. Rat Prof. Dr. Hoffmann, München.

Erlasse der provisorischen Kultusministerien in einigen deutschen Staaten haben den Religionsunterricht zu einem Wahlfache herabgewürdigt, also den Besuch durch die Schüler freigestellt. In Preußen führte der Widerstand des gläubigen Volkes zu einer vorläufigen Zurücknahme der Verordnung. Da hält nun der Unglaube die Zeit für gekommen, an die Stelle des Religionsunterrichtes die religionslose Moral zu setzen. Der Jugend soll ein Sittenunterricht erteilt werden, der von jeglicher dogmatischen und konfessionellen Orientierung und Begründung absieht, sich einzig auf die menschliche Natur stützt und aus ihr abgeleitet wird. Diese Ethik regelt nur die Pflichten des Menschen gegen sich selbst, gegen Familie, Berufsgenossenschaft, Gemeinde und Staat. Die Rücksicht auf Gott ist völlig ausgeschaltet. Eine solche Belehrung preist man als wahrhaft pädagogisch-psychologisch.

Seinen natürlichen und geschichtlichen Ausgangspunkt hat die religionslose oder freireligiöse Sittenlehre in der Abwendung von der positiven Religion, wie sie sich in dem Deismus, Rationalismus und der Aufklärung vom Ende des 16. Jahrhunderts an anbahnte. Mit der Verwerfung des Dogmas mußte von selbst auch die in ihm wurzelnde christliche Moral fallen. Zwar geschah dieses nicht sofort; Nietzsche richtete noch an D. Fr. Strauß den Vorwurf der Inkonsequenz, da er nur die christliche Wissenschaft und Lehre verwerfe, die christliche Moral aber festhalten wolle. Die Entwicklung mußte aber notwendigerweise auch zur Preisgabe dieser führen. Die wachsende Abneigung gegen die Offenbarungswahrheiten und das Streben nach einem rein irdischen Kulturideale steigerten auch den Kampf gegen religiös gegründete Moral und zeitigten Bestrebungen in den Schulen, eine freireligiöse Sittenlehre einzuführen.

Die Freidenkerkreise Frankreichs, welche in der dritten Republik bald die Herrschaft in die Hand bekamen, gingen in der Sache mit größter Energie und Konsequenz voraus. Durch Gesetz vom 28. März 1882 wurde bestimmt, daß in der Volksschule Belehrung in der Moral und Bürgerkunde gegeben werde, sowie daß der bisher übliche Religionsunterricht nur außerhalb des Schulgebäudes stattfinden dürfe (Vgl. L. Heilmaier, Der Moralunterricht in der französischen Laienschule. Kösel 1918). Auch andere europäische Länder machten Versuche, so Portugal, Italien, die Schweiz und England. Einen wichtigen Faktor im Erziehungswesen bildet der religionslose Moralunterricht in den freien Schulen Nordamerikas; in die Staatsschulen erhielt er bisher keinen Einlaß; allerdings wird in ihnen auch kein religiös orientierter gegeben. Das ist bei der großen konfessionellen Zerklüftung, wie sie gerade in den Vereinigten Staaten herrscht, begreiflich.

In Deutschland setzte die Bewegung für einen freireligiösen Sittenunterricht mit dem Beginn der 80er Jahre des verflossenen Jahrhunderts ein. 1881 wurde der „Deutsche Freidenkerbund" gegründet; die „Gesellschaft für ethische Kultur" fand Verpflanzung von Amerika nach Deutschland; es traten ins Leben „Deutscher Bund für weltliche Schule und Moralunterricht", später „Deutscher Bund für Reform des Religionsunterrichtes", 1911. Diese und alle Vereinigungen, die „freiheitliche" Ziele verfolgen, sind Gegner des religiösen Moralunterrichtes. Solches gilt nicht zuletzt vom Monistenbund. Eine starke Macht in diesem Kampfe bilden die fortschrittlichen Lehrerverbände, so der große „Deutsche Lehrerverein". Von da gingen die Anregungen an die Staatsbehörden zur Aufhebung des positiven Religionsunterrichtes und damit auch der christlichen Morallehre aus.

Wo man überhaupt den Versuch unternommen hat, den religionslosen Moralunterricht gegenüber der christlichen Sittenlehre aus der Sache heraus zu begründen, wies man auf folgende Momente hin: die mit der Religion verknüpfte Sittenlehre gebe keine ausreichende Auskunft über die ethischen Verpflichtungen selbst, auch erziele sie nicht die erwünschte Wirkung in bezug auf die verpflichtende Kraft und die Verbindlichkeit. Man will weiter die moralischen Vorschriften des Alten und teilweise auch des Neuen Testamentes als nicht naturgemäß, als verwirrend, irreführend und unzulänglich finden. Die Widersprüche zwischen den einzelnen Konfessionen raubten zudem den sittlichen Lehren alle Kraft. Darum sei die Forderung zu erheben, ein anderes ethisches Gesetz für die Menschheit zu gewinnen, das sich auf eine natürliche und jedem sofort einleuchtende Vorstellung des Rechten und Geziemenden gründe. Damit werde es gelingen, die Menschen auf ein höheres, das gesamte Tun und Leben umfassendes Verhalten zu bringen. Die erhobenen Einwände sind nicht zutreffend. Der Unterricht in der christlichen Sittenlehre stellt die Verpflichtungen sehr bestimmt und eindeutig heraus, stützt sie mit dem Motive, das den menschlichen Willen am stärksten faßt, mit dem Hinweise auf die Anordnung unseres höchsten Herrn, der ohne Ansehen der Person in Heiligkeit und Gerechtigkeit über die Erfüllung seiner Gebote wacht. Die ethischen Vorschriften der Bibel enthalten gewiß vielfach nur allgemeine Grundsätze. Diese erhalten aber durch die Unterweisung Anwendung auf die einzelnen Fälle des praktischen Lebens und finden im Herzen des Menschen, auch bei der Jugend im höchsten Grade Anklang. In der Verwirklichung durch die Heiligen rufen sie Begeisterung hervor.

Dagegen ist die religionslose Moral unfruchtbar und ungenügend. Nur wenige Hinweise sollen gegeben werden. Mit Avenarius können ihre Vertreter sagen: „Wir brauchen ein Ziel und wissen nicht, welches." Es fehlt jegliche klare Zielsetzung, die doch bei der Erziehung eine Fundamentalforderung ist. Die weitgehendste Verschiedenheit herrscht hier. Die einen nehmen mit Comte, dem Begründer des Positivismus, die Menschheitsverehrung, den Dienst des Grand-Être (des Menschen) an; auf dieses soll unser ganzes persönliches und gesellschaftliches Leben bezogen werden; die Anhänger der ethischen Kultur wollen eine Moral bieten, die den Menschen zu einem guten, ehrenvollen Handeln führt; Wundt mit seinen Schülern strebt als Zweck der Sittlichkeit die kulturgeschichtliche Aufwärtsbewegung an in der Hervorbringung allgemeiner geistiger Schöpfungen, also Staatenbildung, Kunst und Wissenschaft; die Apostel der Entwicklungslehre stellen die Arbeit zur Züchtung des Uebermenschen als höchste Aufgabe hin; die Prediger der Klassenmoral preisen als oberstes sittliches Ideal die Förderung der Berufsgenossenschaft und der Interessentengruppe, der man angehört. Zu diesen mehr großen Richtungen der Zielsetzung bringen einzelne Männer und Frauen noch besondere ethische Lizenzen oder auch Forderungen, die für die Gesellschaft auflösend wirken müssen, so die extremen Vertreter des Naturalismus hinsichtlich des geschlechtlichen Lebens. Was Düring in seinem „Handbuch der menschlich-natürlichen Sittenlehre für Eltern und Erzieher" 1899 sagt: „Die wissenschaftliche Grundlage für die religionslose Ethik muß erst festgestellt werden; die ethische Wissenschaft hat dieses noch nicht fertig gebracht" (Einleitung), gilt auch jetzt noch. In Rücksicht

auf diese Zerfahrenheit sprechen Anhänger der religionslosen Ethik selbst von den „zahlreichen Konfessionen der konfessionslosen Moral", andere reden von einer „Anarchie". Einigkeit besteht nur in der Ablehnung eines persönlichen Gottes und deshalb in der Verwerfung einer transzendenten Begründung der Sittenlehre und namentlich seit Entstehung des Monistenbundes (1906) im Kampfe gegen jede Form der Offenbarungsreligion.

Darum hat die religionslose Ethik keine genügenden Motive, die gegen die innere Leidenschaft im eigenen Herzen und gegen äußere Einflüsse das sittliche Handeln gewährleisteten. Man mag die rein natürlichen Beweggründe noch so sehr preisen, in der Stunde schwerer Entscheidungen zwischen Neigung und Pflicht werden sie versagen, man rede dem Menschen in höchster Begeisterung von einem fernen Ziele der Kulturentwicklung, von dem kommenden Uebermenschen u. ä., dadurch werden sich nur wenige bestimmen lassen, auf persönliches gegenwärtiges Glück und eigenes Wohlergehen Verzicht zu leisten. Zu einem opferbereiten, gar heroischen Verhalten reicht der religionslose Impressionismus mit der Verschwommenheit der Moralbegriffe nicht aus, dazu sind unerschütterliche, über dem Menschen stehende Wahrheiten und Grundsätze erforderlich, die ihre oberste Sanktion erhalten in dem unveränderlichen heiligen Willen Gottes. Sein absolutes: „Du sollst!" „Du sollst nicht!" hat Allgewalt über den Niederungen sich zuwendenden menschlichen Willen. Welche Macht besitzt schließlich die Gottes- und christliche Nächstenliebe auf den menschlichen Willen! Wie vermag sie Schwaches stark und widerstandsfähig zu machen!

Den Mangel der Motive für das sittliche Handeln, an dem die religionslose Ethik leidet, bekundet auch der Sittenunterricht der französischen Staatsschulen. Man zeigt sich hier geradezu erfinderisch in dem Suchen nach Aneiferung und Antrieb durch äußerliche Mittel von Illustrationen und sonstige sinnfälligen Darstellungen der Lehren. Dadurch wird der Wille wohl momentan exaltiert, aber nicht bleibend beeinflußt.

Der Unglaube hat sich jederzeit auch mit den schönsten Mahnungen und Unterweisungen unfruchtbar gezeigt, die im Glauben verankerte Sittenlehre dagegen hat allein das Große und Erhabene in der Menschheitsgeschichte geschaffen. Dieser Erkenntnis geben selbst Männer Ausdruck, deren Autorität auch der Freidenker nicht bestreiten kann. Kant z. B. sagt: „Ohne Gott und eine für uns jetzt nicht sichtbare, aber gehoffte Welt sind die herrlichen Ideen der Sittlichkeit zwar Gegenstände des Beifalls und der Bewunderung, aber nicht Triebfedern des Vorsatzes und der Ausführung" (Werke, Hartenstein, III, 536). Bekannt ist die diesbezügliche Ueberzeugung Goethes; an Schlosser schreibt er: „Ich muß gestehen, selbstlose Charaktere, Charaktere, die man wahrhaft hochachten kann, nur da gefunden zu haben, wo ich ein festgegründetes religiöses Leben fand, ein Glaubensbekenntnis, das einen unwandelbaren Grund hatte, gleichsam auf sich selbst ruhte, nicht abhing von der Zeit, ihrem Geiste, ihrer Wissenschaft". In gleicher Weise erkennen Gelehrte, denen die Schattenseiten des menschlichen Lebens nicht fremd bleiben, den geringen Einfluß der religionslosen Sittenlehre auf den einzelnen. Der Berliner Nervenarzt Placzek z. B. schreibt: „Wenn wir einen Kampf gegen den Selbstmord aufnehmen, so müssen wir auch eine Wiedergeburt im Menschen anstreben". „Niemals wird es gelingen, den (religionslosen) Moralunterricht gleich eindrucksvoll zu gestalten, da gerade das mystische Gewand der Religionslehre, der Glaube an eine allwaltende, gütige Vorsehung eine ganz andere Wirkung übt und üben muß. Ein Moralunterricht kann das Kindergemüt nicht in gleicher Weise erheben und gleich vertieft seine Lehren in dasselbe eingraben und sie für das Handeln wirksam machen" (Selbstmordverdacht und Selbstmordverhütung 1915, S. 216 f.).

Gewiß besitzen auch die Anhänger der „ethischen Kultur" eine bestimmte Sittlichkeit. Doch können diese selbst sich nicht der Einsicht verschließen, daß die christliche Sittenlehre auch bei jenen noch nachwirkt, die sich von ihr abwenden wollen. Arthur Drews, ein Schüler Ed. v. Hartmanns, spricht dieses in aller Deutlichkeit aus: „Was in unserer Zeit sich zu einer derartigen religionslosen Moral bekennt, das schöpft seinen sittlichen Enthusiasmus zumeist auch gar nicht aus den vorgeblichen allgemeinen Vernunftprinzipien, sondern ganz einfach aus der anererbten und anerzogenen sittlichen Gesinnung, die ihren wahren Ursprung im religiösen Verhältnisse der Vorfahren hat, nur daß dies den Verfechtern jener Art von Sittlichkeit in der Regel nicht bewußt ist" (Die Religion als Selbstbewußtsein Gottes, 1906, S. 46.) Ja, Nietzsche hat recht, wenn er einmal sagt, der Himmel glühe und leuchte noch von Christus; in diesem Abendrot leben noch die religionslosen Ethiker. Wie dann, wenn davon einmal die letzten Strahlen verschwunden sind?

Schon lange macht man kein Hehl mehr daraus, daß in dem klassischen Lande des religionslosen Sittenunterrichtes, in Frankreich, dieser zu einem tiefbedauerlichen Niedergange von Sitte und Ordnung führe. (Belege in dem bereits angegebenen schönen Buche von L. Heilmaier). Nur ein Wort: Der Determinist Payot erklärt: „Die Laienschule ist dem Gesetz der moralischen Krisis ausgesetzt, die seit einem Vierteljahrhundert das französische Geistesleben verwirrt. Diese Menschen, die den Weg aufhellen sollten, versagen, sie sind selbst hilflos, — sie haben dem Katholizismus den Rücken gekehrt, aber man sieht, daß sie keinen Ersatz dafür gefunden haben, — es ist kein Kutscher mehr da, so lenken denn die Pferde den Wagen."

Schauen wir noch auf unser Vaterland. Während Preußen und Sachsen sich weigerten, den freireligiösen Sittenunterricht als Ersatz des pflichtmäßigen Religionsunterrichtes für die Dissidentenkinder in den Schulen zuzulassen, waren die süddeutschen Staaten entgegenkommender. In Bayern zum Beispiel wurde schon vor ungefähr 30 Jahren der freireligiösen Gemeinde München die Genehmigung zu einem „religionslosen Sittenunterricht" erteilt. Vor einigen Jahren wurden Klagen über die Art der Ausdehnung dieser „Unterrichtsanstalten" und die Weise, wie die Belehrung gegeben wurde, vor das Ministerium gebracht. Dieses beauftragte Professoren der philosophischen Fakultäten der drei Landesuniversitäten, nach den Lehrbüchern und sonstigen in Betracht kommenden Schriften Gutachten abzugeben. Aus diesen führt das Ministerium in einem Erlaß eine Zahl von höchst bedenklichen Aeußerungen an und charakterisiert nach dem ihm vorgelegten Material den fraglichen Unterricht also:

„Aus diesen wenigen Beispielen, die unschwer bedeutend vermehrt werden könnten, ergibt sich, daß beim freireligiösen Unterricht die moralischen Forderungen nicht auf den Glauben an einen gerechten Gott und auf eine künftige Vergeltung begründet werden und daß deshalb auch die von der Gottesauffassung des Christentums und des Judentums ausgehenden starken sittlichen Antriebe durch diesen Unterricht nicht ersetzt werden können. Die angeführten Stellen lassen aber, was von einzelnen Gutachtern noch eingehender nachgewiesen wurde, weiter ersehen, daß in der freireligiösen Literatur neben einer Art von unklarem Pantheismus streng atheistische und materialistische Anschauungen weit verbreitet sind, daß es in dieser Literatur nicht an Aeußerungen fehlt, in denen sich leidenschaftlicher Haß gegen das Christentum oder wenigstens gegen die Kirche und ihre Anhänger bekundet, daß diese Literatur den Glauben an einen persönlichen Gott bekämpft, zum Atheismus erzieht und unsichere wissenschaftliche Hypothesen als sichere Ergebnisse ausgibt, daß auch der sogenannte konfessionslose Moralunterricht atheistisch, offenbarungsfeindlich, antichristlich ist und reichlich Hypothesen als angeblich feststehende Tatsachen verwendet" (Kgl. Bayerischer Staatsanzeiger, Nr. 165 vom 18. Juli 1914).

Auf Grund dieser Feststellungen glaubte das bayerische Staatsministerium die Frage, ob jener Unterricht weiter mit staatlicher Genehmigung für Schüler an öffentlichen Schulen eingerichtet und betrieben werden dürfe, verneinen zu müssen. Die Revolutionsregierung dachte anders. Noch bevor der Religionsunterricht als Wahlfach erklärt wurde, verfügte der Minister unterm 10. Januar 1919, daß künftig bei Genehmigung von Unterrichtsanstalten, welche die Erteilung von Religions-, Sitten- und Ethikunterricht bezwecken, eine Prüfung des Lehrinhaltes und der politischen und religiösen Anschauung zu unterbleiben hat („Bayer. Staatszeitung" Nr. 17, 2. Bl.). Damit ist dem religionslosen Sittenunterrichte die Bahn freigemacht. Sofort wandte sich denn auch das Kartell der Freidenkervereine Münchens an die Eltern, die ihre Kinder in freigeistigem Sinne erziehen zu lassen bereit seien, diese in den freireligiösen Sittenunterricht zu schicken. Seine Organisation leitet der vor einigen Jahren von Berlin-Teplitz nach München ausgewanderte Prof. Dr. L. Gurlitt. Auch die Jugendgruppe Sonne des Deutschen Monistenbundes, Ortsgruppe München, ist bestrebt, die Heranwachsenden zu gewinnen und geht die Rektorate der höheren Lehranstalten an, daß auch diese die Einladungen an die Schüler vermitteln sollen.

Klug ist, wer die Erfahrungen anderer ausnützt; diese aber sind hinsichtlich der religionslosen Ethik höchst ungünstig. Wenn nun dennoch in Deutschland der Versuch gemacht wird, ihn einzuführen, so bekundet diese Tatsache, daß die Konsequenzen der Weltanschauung stärker sind als die Rücksicht auf das Wohl der Gemeinschaft.

Die Entartung des Judentums.

Von Dr. Hans Rost, Westheim bei Augsburg.

In den beiden bisherigen Artikeln haben wir die bedeutsamsten Zerfallserscheinungen innerhalb des modernen Judentums kennen gelernt, die auf dem Gebiete des sexuellen Lebens zu suchen sind. Wenn der jüdische Arzt Dr. Theilhaber ein Buch mit dem Titel: „Der Untergang der deutschen Juden“ schreiben konnte, so müssen sich noch weitere Symptome feststellen lassen, die diese Behauptung rechtfertigen. Wir zeigen daher noch an sonstigen pathologischen Merkmalen und Krankheitserscheinungen, in welchem Maße das Judentum einer degenerativen Entwicklung verfallen ist.

Um mit dem Alkoholgenuß zu beginnen, so kann man in Anbetracht der sprichwörtlichen Nüchternheit der Juden aus diesem Uebel-Degenerationserscheinungen nicht herleiten. Der Alkoholismus spielt im Leben der Juden keine einschneidende Rolle, obwohl sie auch nicht der Abstinenz huldigen. Die Mäßigkeit war bis zur Stunde eine charakteristische Eigenschaft der Juden. Allein auch mit diesem günstigen Merkmal geht es nach dem Urteile der beiden jüdischen Autoren Fishberg und Dr. Hoppe bei den heutigen Juden, wenn auch nur sehr langsam, abwärts. Der starke Zugang von Juden in die preußischen Irrenanstalten wegen Delirium tremens, sowie das Steigen der Personendelikte wird von diesen beiden Schriftstellern auf den verstärkten Alkoholmißbrauch der Juden zurückgeführt.

Nach dem Urteile französischer Aerzte sind die Juden der rheumatischen und gichtischen Veranlagung, sowie den Stoffwechselstörungen viel stärker unterworfen, als die Nichtjuden. Die Zuckerkrankheit, Diabetes, hat man eine Judenkrankheit genannt. Dr. Maurice Fishberg, der in seinem Buche über die Rassenmerkmale der Juden diese von allem rein zu waschen versucht, was wie eine spezifische Rasseneigentümlichkeit ansehen könnte, schreibt daselbst, daß „die Juden Deutschlands in der Tat diesem Leiden ziemlich arg unterworfen sind; auch in Ungarn sterben auffallend viele Juden an der Zuckerkrankheit.“ In Frankfurt a. M. starben in den Jahren 1872—1890 die Juden sechsmal so häufig wie die Christen an der Zuckerkrankheit; in Preußen war sie nach Singer $6^1/_2$ mal größer bei den Juden als in der übrigen Bevölkerung. Auch in Newyork leiden die Juden mehr als doppelt so viel an Diabetes als die übrigen Bewohner. Die Zuckerkrankheit steht in engem Zusammenhang mit einem üppigen Leben, sie ist eine Krankheit der wohlhabenden Klassen. Gemütserregungen, Geschäftsverluste ziehen leicht Diabetes nach sich. Ein geflügeltes Wort eines Arztes, Dr. Kleen, lautet nach Fishberg: „Wenn die Aktien in Wallstreet fallen, steigt Diabetes“. Diese Krankheitsform ist mit dem Erwerbsleben der Juden in engen Zusammenhang zu bringen. Ferner sind bei Juden häufig anzutreffen die Krankheiten der Arterienverkalkung, Krampfadern, Hämorrhoiden und Hämophilie. Fishberg erklärt das damit, daß der Jude oft geistig und noch öfter physisch frühreif ist. „Früher körperlicher Verfall ist eine der Strafen des Juden für seinen raschen Schritt im Leben — insbesondere für seine ungeheure Betriebsamkeit, seine Kümmernis und sein ängstliches Haschen im Verfolge seiner Geschäftsziele“. Krampfadern sind namentlich unter den Jüdinnen sehr häufig; von Hämorrhoiden sind die Juden nach Fishberg „wahrscheinlich mehr als andere“ heimgesucht. Dagegen zeigen die Juden eine sehr günstige Kindersterblichkeit, weil die jüdischen Mütter infolge des jüdischen Reichtums und der Seltenheit der Schwangerschaft den Säuglingen eine ganz andere Pflege wie andere vielbeschäftigte und arme Mütter angedeihen lassen können. Ein häufiges Leiden ist unter den Juden ferner nervöse Dyspepsie, Verdauungsschwäche und saurer Magen, „weil sie zum Essen während der Geschäftszeit sich nicht genügend Zeit gönnen“.

Weitere Merkmale der Juden, durch welche sie von ihrer Umgebung abweichen, sind Blindheit und Farbenblindheit. Die Zahl der blindgeborenen Judenkinder ist abnorm groß, obwohl die Geschlechtskrankheit als Ursache dieser Erscheinung bei den Jüdinnen sehr selten ist. „Als Ursache der übermäßig hohen jüdischen Blindenrate in Deutschland wird die Häufigkeit der Verwandtschaftsheirat, die große Zahl jüdischer Nervenleidender und namentlich die erhebliche Anzahl jüdischer Augenleidender bezeichnet“, schreibt Fishberg. Trotz der oft ungünstigen Lebensbedingungen und des häufig vorkommenden Schwindsuchtshabitus hat sich erfahrungsgemäß herausgestellt, daß die Juden seltener als die Christen von der Tuberkulose heimgesucht werden. Dagegen stimmen alle Aerzte darin überein, daß Störungen des Nervensystems unter den Juden zu den häufigsten Krankheitserscheinungen gehören. Das eine ist sicher, schreibt Fishberg: „Die Juden werden von den sogenannten funktionellen nervösen Affekten, besonders Neurasthenie und Hysterie, mehr berührt; die meisten der unter Juden stark praktizierenden Aerzte bezeugen, daß Hysterie ein charakteristisches Privilegium der männlichen Kinder Israels ist“. Die aufreibende Beschäftigung der Juden namentlich im Handel, im Bankwesen und in den liberalen Berufsarten macht es erklärlich, daß sie in unserem nervösen Zeitalter am nervösesten sind.

Noch manche andere menschliche Gebrechen zeigen eine starke Anteilnahme der Juden. Die Geistesschwachheit findet sich in Deutschland bei den Juden zwei- bis dreimal so oft wie bei den Christen. Bei Beurteilung dieser Ziffern muß man allerdings in Betracht ziehen, daß die Juden als Stadtbewohner und reiche Leute leichter dazu kommen, ihre geistesschwachen Angehörigen in Anstalten zu schicken als Christen. Sehr stark ist ferner die Beteiligung der Juden an der Taubstummheit, ebenso die Verbreitung des Irrsinns, der etwa dreimal so häufig ist wie bei den Christen. Die Paralyse macht mit 12 bis 25 Prozent den Hauptanteil der Geisteskrankheiten aus und kommt beim jüdischen Manne zehnmal so häufig vor wie bei der jüdischen Frau.

Unter den Entartungserscheinungen des Judentums ist noch den Geschlechtskrankheiten und der sexuellen Impotenz ein Augenmerk zu schenken. Die Juden früherer Zeiten waren durch ihre strengen Religionsgesetze, durch ihre Ghettoabgeschlossenheit, ihr frühes Heiraten und durch ihre Achtung vor dem Weibe vor geschlechtlichen Erkrankungen stark geschützt. Die heutige Lage schildert Dr. Theilhaber also: „Die große Zahl der Paralytiker, die in Preußen ein Zehntel aller Geisteskranken ausmacht, weist schon auf eine starke Durchseuchung der Juden durch die Syphilis hin, da die Gehirnerweichung bekanntlich eine Folgeerscheinung der Syphilis ist... Außerdem geben alle Spezialärzte, die eine jüdische Klientel haben, an, daß sie eine erstaunliche Menge jüdischer junger Leute zu behandeln Gelegenheit haben. Ein gut Teil der sterilen Ehen der Juden ist auf eine bekannte Form geschlechtlicher Infektion zurückzuführen.“

Wenn man all die zahlreichen Gesichtspunkte zusammenhält, aus denen sich ohne Zweifel eine fortschreitende Degeneration ergibt, so kann es nicht weiter überraschen, daß in Anbetracht des starken Schwindens des religiösen Sinnes bei den Juden auch der Selbstmord eine starke Zunahme erfahren haben muß. Fishberg spricht denn auch von einer „schauerlichen Steigerung" im Hinblick auf die Entwicklung der Selbstmordziffern in Bayern. In den Jahren 1844—56 gingen daselbst von 1 Million Katholiken 49.1, von 1 Million Protestanten 135.4, und von 1 Million Juden 105.9 freiwillig in den Tod. In den Jahren 1890—99 lauten diese Ziffern 92.7, 210.2, und 212.4. Die katholische Ziffer ist also um 189 Prozent, die protestantische um 156 Prozent, die jüdische um 200 Prozent innerhalb 55 Jahren gewachsen. Noch stärker ist das Wachstum der jüdischen Selbstmordziffer in Preußen, wo auf 1 Million Juden 1849—55 46, 1900—1907 dagegen 294 Selbstmorde entfielen. „Die fortschreitende Konzentration", sagt Dr. Theilhaber, „die berufliche Tätigkeit, die sinkende Macht des religiösen jüdischen Gedankens gibt den Massen die Freiheit zum Selbstmord."

Diese bevölkerungsstatistischen und biologischen Nachweisungen über das Judentum waren notwendig zum Verständnis des Einflusses, den das Judentum im geistigen, politischen und wirtschaftlichen Leben unseres Volkes ausübt. Es ist gut, sich stets der biologischen und moralischen Beschaffenheit der Juden zu erinnern. Dieser Entartung würde in Anbetracht der kaum 600 000 Angehörige zählenden Judenheit in Deutschland keine allzu große Bedeutung beizulegen sein, wenn nicht der Zerfall des Judentums mannigfachen Verfallserscheinungen des deutschen Volkes mit Meilenstiefeln vorausginge und zum großen Teil selbst den Niedergang unserer deutschen Kultur mitverursachen würde. Es stünde um unsere religiöse und sittliche deutsche Volkskultur erheblich besser, wenn nicht das moderne freigeistige Judentum mit seiner Zersetzung, seinem Zweifel, seiner Kritik- und Schmähsucht, seinem Materialismus und Rationalismus einen so tiefbohrenden Einfluß auf nahezu alle Verhältnisse unseres öffentlichen und privaten Lebens hätte.

Feind im Land.

Das Gespenst der Geschlechtskrankheit.

Von Universitätsprofessor Dr. v. Notthafft, München.

Beunruhigende, unheimliche Gerüchte durchschwirren die Luft, füllen die Spalten der Tagespresse und hallen wider in den Versammlungen hygienischer und sozialpolitischer Körperschaften: die Geschlechtskrankheiten sind im Wachsen. Das ist zu erwarten gewesen. Noch in jedem Kriege war dies der Fall. Die zügellose Soldateska des Krieges ist immer in höherem Maße eine Beute der Ausschweifungen geworden als das sittlich und hygienisch besser überwachte Friedensheer. Sie bringt die Krankheiten mit ins feindliche Land und schleppt sie aus dem Felde zurück an den häuslichen Herd. Nach einem vierjährigen Kriege muß diese beklagenswerte Erscheinung wieder zu beobachten sein. Schon hört man, daß sich in den ärztlichen Sprechzimmern die Geschlechtskrankheiten häufen, daß die Krankenhäuser zu eng werden für die vielen weiblichen und männlichen Insassen, und daß die Militärbehörde neue große Lazarette habe errichten müssen. Das ist nun glücklicherweise nicht richtig. Beim Militär ist die Zahl der Geschlechtskranken sogar zurückgegangen und zwar ganz beträchtlich. Wohl hat man neue Lazarette errichtet; dafür sind aber große, alte Abteilungen eingezogen, beziehungsweise verlegt worden, und die bestehenden Geschlechtskrankenabteilungen sind mäßig belegt. Die Steigerung des Besuches ist in den Privatsprechstunden ganz gering und fällt vor allem auf alte Fälle, die im Felde behandelt worden sind und jetzt Nachkontrollen und Nachbehandlungen durchmachen. In den Krankenhäusern müssen sich natürlich die Geschlechtskrankheiten etwas häufen. Das ist aber die Folge von Wohnungs- und Arbeitsnot oder -unlust. Viele, die früher gar nicht daran gedacht haben, ein Krankenhaus aufzusuchen, verschaffen sich jetzt in der kalten Zeit ein warmes Unterkommen. Auch darf man nicht vergessen, daß seit einigen Jahren eine äußerst rührige Aufklärungstätigkeit eingesetzt hat. Den Erfolg sehen wir jetzt. Viele, die sich früher gar nicht oder mit Hilfe des Pfuschers — welchem die Generalkommandos zum Teil das Handwerk gelegt haben — oder auch des Apothekers, guten Freundes oder selbst behandelt haben, suchen jetzt ärztliche Hilfe auf. Auch an jenen Punkten, von welchen seit Jahren eine intensive Aufklärungsarbeit und Propaganda zum Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten ausgeht, muß selbstverständlich der Zufluß besonders stark sein. Dahin strömen die vielen Unbemittelten und zahlreiche Kassenpatienten. Daher die eigentümliche Erscheinung, daß bei den Spezialärzten zwar eine mäßige Steigerung der zahlenden Frischangesteckten, dagegen ein Rückgang der Kassenpatienten beobachtet wird, während die öffentlichen Sprechstunden der Ambulatorien überfüllt sind. Es ist also ein Wechsel der Behandlungsstätten zu konstatieren.

Trotzdem droht aber von seiten der Geschlechtskrankheiten eine keineswegs zu unterschätzende Gefahr. Das ist die Folge der geschlechtlichen Verwilderung, welche schon seit einigen Jahren bei der Truppe (Etappe, Heimatheer!), wie bei der Weiblichkeit in erschreckendem Maße Platz gegriffen hat, der überstürzten Demobilisierung und vor allem der heillosen, verbrecherischen Revolution. Die geschlechtskranken Soldaten haben vielfach, sowohl draußen im besetzten Gebiet wie in der Heimat, die Lazarette verlassen und übertragen nun ihr Leiden auf andere Menschen. Die Zuchtlosigkeit, von welcher das gesamte Militär erfüllt war, machte sich auch auf den Geschlechtskrankenabteilungen geltend. Die Kranken „stiegen aus" und blieben stunden- und nächtelang außerhalb des Lazarettes. In kluger Würdigung der tatsächlichen Verhältnisse hat man bei Militär den Geschlechtskranken keinen Ausgang gegeben; denn tausendfache Erfahrung hatte gelehrt, daß diese unbelehrbaren Leute vielfach den Ausgang benützen, um ihre Geschlechtskrankheit zu verbreiten. Diesen Elementen ist natürlich die „Freiheit" recht gekommen. Glücklicherweise haben jedoch die Sanitätsbehörden einschließlich Soldatenvertretungen kraftvoll zugegriffen, und an den meisten Orten sind die Kranken heute ebenso von der Außenwelt wieder getrennt wie vor dem unsinnigen Donnerstag. Die Folgen der Demoralisierung und Zügellosigkeit lassen sich aber nur beim Militär teilweise wieder wettmachen. Die Zivilbevölkerung wird von diesen Gegenmaßregeln gar nicht betroffen. Hier ist es besonders ein Teil der Weiblichkeit, welcher ein wüstes Leben führt. Unter den schweren Schädigungen, welche der lange Krieg dem deutschen Volke zugefügt hat, werden wir nicht den Sturz der alten monarchischen Ordnung, nicht die Vernichtung unseres starken und ruhmreichen Heeres, nicht den Verlust von Millionen kräftiger Männer, nicht die Zerstörung des Handels, der Wohlfahrt und unzähliger Existenzen an erster Stelle zu nennen haben, sondern den Moralbankerott eines ungeheueren Teiles unseres Volkes. Dieser Moralbankerott macht sich auf allen Gebieten breit. Er zeigt sich als schamlose Ausbeutung und Bewucherung des Staates und der einzelnen, als Schleichhandel, Diebstahl und Raub, er zeigt sich speziell auch auf dem geschlechtlichen Gebiete. Im Kriege ist eine Jugend reif geworden, welche glaubt, sich ausleben zu dürfen. In hunderttausenden von Familien sind die Väter gefallen oder waren wenigstens jahrelang von zu Hause entfernt. Die Mütter waren oft nicht imstande, ihren Kindern zu wehren. Vielfach sind sie selbst „lustige Kriegersfrauen" geworden. Der heimkehrende Mann trifft die Kinder sittlich verroht und an seinem Herd die Geschlechtskrankheiten. Der Hilfsdienst und die Verwendung weiblicher Arbeitskräfte statt der fehlenden männlichen hat nicht selten Kindern hohe Einkommen verschafft, für deren richtige Verwendung sie noch nicht die Reife hatten. Mit Entsetzen mußte der Volksfreund schon in den letzten Jahren die zunehmende geschlechtliche Verwilderung dieser männlichen und weiblichen Jugend gewahren. Die Revolution hat dieses Treiben noch ins Riesengroße und Fratzenhafte gesteigert. So war es bei jeder Revolution. Die Ausschweifung der französischen Tiger und Blutweiber sind ja bekannt.

Es frägt sich, was man gegenüber diesem Uebel zu tun hat. Hebung des religiösen und sittlichen Sinnes des Volkes verlangen die Moralisten, Aufklärung über die Gefahren und die Bedeutung der Geschlechtskrankheiten die Hygieniker. Das sind treffliche Vorschläge. Aber sie verkennen, daß sofort Abhilfe geschaffen werden muß. Weder die Hebung des sittlichen und religiösen Empfindens, noch die Aufklärung kann sofort Früchte zeitigen. Der Durchführung der erstgenannten Forderung begegnen dazu in der Zeit des Umsturzes Hindernisse. Erst muß eine Reaktion der Anschauungen kommen, dann kann man auch da wieder einen Aufschwung erhoffen. Von der Aufklärung wird man sich nicht viel versprechen dürfen. Seit etwa 15 Jahren wird diese reichlichst, ja zu reichlichst getrieben. Trotz dieser Aufklärung ist es aber zu den gegenwärtigen Zuständen gekommen. Höherzüchtung des Wissens ohne Höherzüchtung von Willen und Schamhaftigkeit ist ganz wertlos. Fertigen Menschen kann man auch Willen und Schamhaftigkeit nicht mehr aufpfropfen. Der Hebel hätte da schon in der Kindheit und in der Erziehung einzusetzen. Man mag den Leuten die Gefahren noch so greulich an die Wand malen, ihnen noch so schreckliche Bilder vorführen, man wird damit doch nur höchst flüchtige Eindrücke hervorrufen. Diejenigen, die sich immer von der Aufklärung Berge versprechen, sollten sich doch nach den normalen geschlechtlichen Dingen umschauen. Hier würden sie ohne weiteres sehen, daß trotz Kenntnis der geschlechtlichen Vorgänge die große Mehrzahl der weiblichen Angehörigen der dienenden Klassen im Kampfe zwischen Verliebtheit und Klugheit nicht die letztere siegen läßt. Von den Männern gar nicht zu reden. Es ist ein starkes Stück Vertrauensseligkeit, wenn man annimmt, daß den Belehrungen über Geschlechtskrankheiten ein besseres Los zuteil werden wird. Der Wert der Belehrungen besteht lediglich darin, daß die Erkrankten heute früher den Arzt aufsuchen und sich ausheilen lassen. So mag es allmählich zur Verminderung der Geschlechtskrankheiten kommen. Aber nicht durch die an sich ganz richtige Aufforderung zur Enthaltsamkeit, die doch nicht allgemein geübt wird, oder gar bloß durch die Empfehlung von Vorsichtsmaßregeln.

Da man die „freie Liebe" nicht sofort eindämmen kann, hat man daran gedacht, die käufliche besser überwachen zu sollen. Es ist bekannt, daß in vielen Städten dieses bisher in der Form geschehen ist,

daß man die sich prostituierende Weiblichkeit in eine polizeiliche Liste eintrug und sie gesundheitlichen Untersuchungen und Zwangsbehandlungen unterwarf. Ich will auf das Für und Wider dieses Systems an dieser Stelle nicht eingehen. Neben entschiedenen Anhängern hat es geradezu fanatische Gegner, diese besonders in den Kreisen der Frauenrechtlerinnen. Nun könnte man die von diesen gebrachten, meist recht oberflächlichen Argumente noch unberücksichtigt lassen, wenn nur Inskription und Zwangskontrolle Erfolg mit sich brächten. Das mag in kleineren Orten der Fall sein, und ist es sicher, wenn es da gelingt, die Hauptmasse der Prostituierten zu kasernieren. Das scheitert in Großstädten aber allein schon an der Platzfrage. Eine Stadt wie München besitzt nach polizeilichen Berechnungen mindestens ihre 3000 käuflichen Weiber. Wie soll man diese überwachen, wie sie kontrollieren und untersuchen? Woher soll man die Betten nehmen, um die Erkrankten immer wieder Wochen und Monate lang in die Krankenhäuser sperren zu können? Natürlich hat jede Kontrolle einen gewissen Wert. Denn es ist nicht gleichgültig, ob in einer Stadt einige Hundert oder auch nur einige Dutzend Weiber sich trotz schwerster Erkrankung ungehindert ihrem Schandgewerbe hingeben können, oder ob sie wenigstens in der Zeit ihrer stärksten Ansteckungsfähigkeit an der Verbreitung ihres Leidens gehindert werden. So wertlos, wie die Gegner dieses Systems behaupten, ist also auch eine ungenügende Kontrolle, welche nur einen Teil der Frauenspersonen überwacht, sicher nicht. Nun fordert aber die Not der Zeit *durchgreifende und weitumfassende Maßnahmen*. Es sollten womöglich alle kranken Dirnen überwacht werden. Dieses ist technisch-räumlich nicht möglich, und aus moralischen Gründen, um die angeblich noch Besserungsfähigen durch eine Kontrolle nicht ganz zu verderben, auch gar nicht wünschenswert. Selbst eine beträchtliche Mehrung der heute unter sittenpolizeiliche Aufsicht gestellten Frauen würde noch immer im lächerlichen Verhältnisse zu dem ungeheueren Troß unkontrolliert bleibender Geheimdirnen und der noch viel größeren Anzahl nicht käuflicher, aber leichtsinniger Frauen, die in gesundheitlicher Beziehung nicht weniger gefährlich sind, stehen. Die ganze Zeitrichtung steht einer Ausdehnung des Kontrollwesens feindlich gegenüber. Und wenn diese Feindseligkeit noch hätte gesteigert werden können, dann wäre es durch die Revolution entstanden. Man mag lachen, aber auch dieser Volksteil will seine Freiheit. Vor allem aber wollen diese Freiheit ihre theoretisierenden Freunde, die Herren von heute, die Sozialdemokratie und die femininen Schrittmacher der Frauenrechtlerinnen. Die alte Kontrolle fällt ganz sicher. Niemand kann sich dem Rad der Zeit entgegenstemmen. Es ist auch nicht viel schade darum. Denn die Abneigung der maßgebenden Persönlichkeiten gegen die immerwährenden Angriffe aus diesen Kreisen hat schließlich von dem alten System nur noch so wenig stehen lassen, daß es auf den Rest auch nicht mehr ankommt. Noch unmöglicher als die Kontrolle der freiwohnenden Dirnen ist natürlich eine Bordellierung derselben. Sie wäre in einer größeren Stadt wirklich nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Auch findet sie so entschiedene Gegner aus sittlichen, humanitären und hygienischen Gründen, und ist außerdem gegen den klaren Wortlaut des Gesetzes, daß an ihre Einführung gar nicht zu denken ist.

Nachdem nun die käufliche Weiblichkeit auf die bisherige Weise nicht zu assanieren ist, könnte man den Versuch machen, die *Gesamtheit der Geschlechtskranken unter Kontrolle zu stellen* und dadurch eine Assanierung des *Volkes* herbeizuführen. Tatsächlich sind solche Vorschläge gemacht worden. Danach wäre jeder Geschlechtskranke vom Arzt der Behörde zu melden und diese hätte dafür zu sorgen, daß der Kranke bis zu seiner Heilung unter Behandlung bliebe. Den Befürwortern dieses Gedankens schwebt dabei die Erinnerung an das Reichsseuchengesetz vor, welches die Isolierung einer Reihe von an ansteckenden Krankheiten Leidenden vorschreibt. So bestechend diese Idee auf den ersten Blick sich zeigt, so unmöglich ist ihre Realisierung. Die Krankheiten, welche heute nach dem Reichsseuchengesetz isoliert werden müssen, sind derart ansteckend, daß die größte Sorgfalt des Kranken und seiner Umgebung die Weiterverbreitung nicht verhindern kann. Hier müssen besondere Vorsichtsmaßregeln von Amts wegen getroffen werden. Die Geschlechtskrankheiten sind aber nicht so ansteckend wie etwa Blattern, Cholera und Pest. Sie bedingen bei einiger Vorsicht und gutem Willen des Kranken keine Gefährdung für dessen Umgebung. Eine Isolierung läßt sich hier schon wegen der großen Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten und wegen der langen Dauer derselben nicht durchführen. Gerade die Isolierungsmöglichkeit wäre aber das Wichtigste und ist am Reichsseuchengesetz das Wertvollste. Auch hängen die Nürnberger keinen, bevor sie ihn haben. Und da die Geschlechtskrankheiten im Geheimen erworben und weiterverbreitet werden, würde alle polizeiliche Meldung nichts helfen. Sie würden künftig ebenso erworben und weitergegeben werden wie bisher. Auf die *Verhinderung der Ansteckung* käme es aber gerade an. Der geheime Charakter dieser Leiden, ob deren Besitzes der größte Teil des Volkes, soweit er nicht durch Aufklärung und Reformierfanatismus abgebrüht ist, noch Schamgefühl empfindet, steht einer allgemeinen Meldepflicht ebenfalls entgegen. Auch könnte das Bekanntwerden des Krankseins für manche geradezu katastrophal wirken. Man denke nur, welches Unglück eine täppige Behörde in Ehen bringen könnte! Das Amtsgeheimnis würde zur Not in größeren Städten funktionieren, obwohl auch hier Mißbrauch des Meldematerials nicht auszuschließen wäre; in kleineren Orten stünde es auf dem Papier. Diesen enormen Gefahren steht nicht nur kein gesundheitlicher Gewinn ausgleichend gegenüber, sondern sogar gesundheitliche Schäden: die Geschlechtskrankheiten würden steigen. Man kann ja dem Arzt befehlen, den Geschlechtskranken zu melden, aber nicht dem Patienten, zum Arzt zu gehen. Ein geschlechtskranker Mensch, vielleicht noch dazu einer, der im Alkoholdusel gegen seine sonst hochgehaltenen Grundsätze gehandelt hat, und moralisch hoch über vielen anderen steht, die ausschweifend leben, aber wissen was sie zu tun haben, um nicht krank zu werden, hat wohl die Pflicht, sich heilen zu lassen, damit muß die Sache aber auch abgemacht sein. Eine Anzeigepflicht würde diese Leute unmittelbar in die Hände der Kurpfuscher und anrüchigen Arzt-Elemente treiben oder zur Selbstbehandlung und Nichtbehandlung verleiten. Nun steht allerdings ein dem Reichstag vom Deutschen Bundesrat am 16. Februar 1918 zugegangener Gesetzesvorschlag ein Kurpfuschereiverbot vor, im Kriege haben einige Generalkommandos aus eigener Machtvollkommenheit die Kurpfuscherei unterdrückt und bei der jetzt regierenden Partei ist in anerkennenswerter Weise ein solches Bestreben wenigstens teilweise hervorgetreten, aber der Vorschlag ist noch nicht Gesetz. Es ist sehr fraglich, ob man die Pfuscher wirksam packen kann. Auf keinen Fall ist dieses bei den standesunwürdigen Aerzten möglich, welche sich bekanntlich gerade auf dieses Gebiet zu werfen pflegen. Wer kann ihnen nachweisen, daß sie wider besseres Wissen handeln, wenn sie mit Augurenlächeln den verständnisvollen Patienten erklären, daß sie nur eine harmlose Harnröhrenentzündung oder eine Hautkrankheit besitzen, wer kann sie hindern, die von anderer Seite gemeldeten Patienten gesund zu schreiben und so aus der Liste zu bringen? Daß die von diesen Leuten geübte Behandlung minderwertig wäre, bedarf keines Beweises. Wir wären glücklich wieder von der Behandlungsweise, welche die Vernichtung der Krankheitskeime anstrebt, zu einer Zudeckung der Symptome gekommen. Das Verhältnis des Arztes zum Patienten ist nun einmal nicht bloß ein geschäftliches und das eines staatlich angestellten Hygienikers, sondern auch das des Vertrauens. Möge das nie anders werden!

Nun gibt es aber Leute, die dieses ärztlichen Vertrauens unwürdig sind. Weniger Gewissenlosigkeit, als Unbelehrbarkeit veranlaßt sie, ungeheilt aus den ärztlichen Behandlungen zu treten und während einer Krankheit die Enthaltsamkeitsgebote der Aerzte zu mißachten. Diesen Leuten gegenüber muß der *Zwang* eintreten. Diese können und sollen gemeldet werden. Das ist dann aber nur eine *bedingte Meldepflicht*, kein allgemeiner Meldezwang mehr. Wer ungeheilt die Behandlung eines Arztes verläßt, ohne diesem Arzt einen Ausweis zu bringen, daß er sich in andere Behandlung begeben hat, wer entgegen dem ärztlichen Gebot bei noch bestehender Krankheit heiratet oder ein Liebesverhältnis eingeht, versündigt sich so schwer an seinen Mitbürgern, daß er keinen Anspruch auf Wahrung des ärztlichen Geheimnisses hat. Dieser kann daher von einer Behörde nach Meldung durch den Arzt einer Zwangsuntersuchung und Zwangsbehandlung zugeführt werden. Wenn nötig, könnte auf Einlieferung in eine Heilanstalt erkannt werden. Erwachsen dem Kranken daraus soziale Schädigungen, so hat er sich dieselben selbst zuzuschreiben. So wertlos und verwerflich eine allgemeine Meldung der Geschlechtskranken wäre, so segensreich könnte eine bedingte wirken. Sie muß kommen und wird kommen. Auch in Schweden hat man vor kurzem die bedingte Meldepflicht eingeführt.

Dieses Gesetz würde gleichzeitig ermöglichen, *wirksam gegen die Prostitution vorzugehen*. Denn durch Bundesratsverordnung vom 11. 3. 18 haben inzwischen einige Bestimmungen des schon vom früheren Reichstag ausgearbeiteten Gesetzentwurfes über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten Gesetzeskraft erhalten. Danach können Personen, die geschlechtskrank und die verdächtig sind, die Geschlechtskrankheit weiterzuverbreiten, zwangsweise einem Heilverfahren unterworfen, insbesondere auch in ein Krankenhaus überführt werden, wenn dies zur wirksamen Verhütung der Geschlechtskrankheit erforderlich ist. Es ist klar, daß dieser Paragraph die Kontrolle, Zwangsuntersuchung und Zwangsbehandlung der Dirnen wieder einführt. Nur ist jetzt alles *gesetzlich* stipuliert und nicht mehr ungesetzliche Polizeimaßregel, es ist eine rein *ärztliche Maßnahme* und den Frauenrechtlerinnen ist das bequeme Argument der Zweigeschlechterjustiz genommen. Praktische Folgen wird das Gesetz gerade für die Halbwelt haben. Aber noch mehr: Ein weiterer Paragraph stellt den Geschlechtsverkehr dann unter Strafe (Gefängnis), wenn der Betreffende weiß oder den Umständen nach annehmen muß, daß er an einer ansteckenden Geschlechtskrankheit leidet. Diese Bestimmung war gegen die Männerwelt gemünzt. Hier wird sie wirkungslos bleiben. Denn im Einzelfalle wird der Nachweis des Wissens in der Regel nicht zu führen sein. Sie ist hier sogar gefährlich. Denn Erpressungsversuche, Racheakte usw. von Abenteuerinnen und „Verlassenen" werden nicht ausbleiben. Ganz anders ist dieses bei den Dirnen. Diese sind immer krank. Sie können gar nicht bis zur vollendeten Heilung in den Krankenhäusern bleiben. Sie müssen also ambulant behandelt werden. Ihrem Charakter entsprechend werden sie trotz ärztlichem Verbot dann ihr Gewerbe weiter treiben. So werden sie künftig statt in die Lazarette in die Gefängnisse wandern.

Die Zahl der Geschlechtskranken ist in der Armee während des Krieges wider Erwarten nicht erschreckend hoch gestiegen, nämlich von 2 auf 3—4 Prozent, im letzten Jahre vielleicht noch etwas mehr. Dabei ist zu bedenken, daß dieses Ansteigen dadurch mit veranlaßt war, daß ein ganzes Volk unter den Waffen war. Die Geschlechtskrankheiten haben aber vor dem Kriege bei der Zivilbevölkerung immer eine bedeutendere Höhe erreicht als bei der Truppe. Erwägt man, daß diese Kranken sonst auch erkrankt wären und daß sie beim Militär besser und gründlicher ausgeheilt worden sind, als sie sonst ausgeheilt worden

wären, wenn sie sich nicht hätten behandeln lassen müssen, so ist wirklich kein Grund zu Schwarzseherei gegeben. Gleichwohl hat die Heeresverwaltung sich bereit erklärt, die Behandlung der geschlechtskranken Kriegsteilnehmer vier volle Monate unentgeltlich durchzuführen und sämtliche Leute, die im Kriege geschlechtskrank waren und möglicherweise noch von Folgen ihrer Krankheiten bedroht sein können, den Beratungsstellen zu melden.

Weniger Wert dürften die geplanten Fortbildungskurse für praktische Aerzte haben. Daß von diesen Schnellsohlereien gutes Schuhwerk geliefert werden sollte, das erscheint doch recht unglaubwürdig.

Wir sehen: Ueberall der Wechsel auf die Zukunft. Nun sollte aber sofort geholfen werden. Da gibt es nur ein Mittel: das heißt Ordnung und Arbeit. Davon sind wir leider noch weit entfernt. Ja, die neuen Verordnungen, welche den im Wirtsgewerbe Angestellten größere Rechte auf freie Zeit geben, werden nach den Erfahrungen jedes mit den tatsächlichen Verhältnissen Vertrauten das Uebel steigern. Denn die gewonnene freie Zeit werden die wenigsten jugendlichen, besonders die weiblichen Angestellten in der geplanten hygienisch einwandfreien Weise verwenden. Man kann auch vom roten Tisch aus dasselbe verordnen wie vom grünen. Rot und grün sind Komplementärfarben. Dazu droht gegenwärtig eine gewisse Gefahr von seiten derjenigen, die die Revolution zu ihren Gunsten ausnützen. Ich denke da nicht an die Revolutionsgewinnler und Revolutionsstreber, sondern an die vielen, welche Lieblingsideen und Reformwünsche, deren Erfüllung auf dem „Dienstweg" eines geordneten Staatslebens nicht wahrscheinlich ist, nun im Durcheinander eines Umsturzes durchzusetzen wissen. Neue Besen kehren — gut? nein, das kann man nicht sagen —, aber sie machen Staub. Staub aber verringert das Gesicht. Werfen wir rasch noch etwas dazu! Der Besen merkt es nicht. Uebers Jahr holen wir uns einen anderen Besen. Wir haben mit dem wissenschaftlichen Besen gekehrt, wir haben den Militärbesen geschwungen. Heute kehren wir mit dem roten.

Der Isenheimer Altar.

Der zurzeit noch in der Münchener Alten Pinakothek ausgestellte, geschnitzte und gemalte, doppelflügelige Wandelaltar, dessen Ruhm jetzt in aller Munde ist, befindet sich nicht mehr im ursprünglichen Zustande: seine Teile sind seit langer Zeit auseinander genommen, etliche, zum Glück weniger erhebliche, abhanden gekommen. Der Altar wurde 1510—12 für die Kirche des bei Gebweiler im Elsaß gelegenen Klosters Isenheim geschaffen, das gegen Ende des 13. Jahrhunderts für Hospitaliten vom hl. Antonius dem Einsiedler gegründet war, später aber einer der Pflege von ansteckenden Kranken sich widmenden Kongregation von Augustiner-Chorherren gehörte. Das im Bauernkriege unverletzt gelassene Werk wurde 1793—94 zerstückelt in die Bibliothek des Collège in Colmar übertragen. Noch heute ist es Eigentum des dortigen Unterlinden-Museums.

Nicht von den Klosterinsassen ist der Auftrag zur Anfertigung des Altarwerkes ausgegangen, sondern von einem französischen und einem italienischen Edelmanne, Jean d'Orliac und Guido Gerst. Keiner von beiden dachte daran, einen Vertreter der herrlich blühenden Kunst seines eigenen Landes heranzuziehen, sondern sie waren einig in der Wahl eines deutschen Meisters. Man sieht den Beweis, daß das Schaffen und die Eigenart dieses Mannes damals bereits Aufsehen erregt hat; als der Bedeutendsten einer muß er jenen beiden Ausländern gegolten haben.

Daß er mit dem Maler Matthias Grünewald identisch gewesen, ist eine durch schriftliche Urkunden bisher nicht belegte Annahme, gegen die sich aber nichts Stichhaltiges einwenden läßt. Auch was sonst von Malereien unter seinem Namen geht, trägt diesen, wenigstens ausgenommen, nur auf Grund kunstwissenschaftlicher Zuschreibung. Denn der Maler, den jene Fremden bewunderten und ehrten, fand bei seinen eigenen deutschen Landsleuten so wenig Würdigung und Verständnis, daß sie uns keine schriftliche Nachricht von ihm hinterlassen haben; hatte doch schon der Kunstschriftsteller Sandrart im 17. Jahrhundert keine mehr und mußte sich deshalb mit wenigen Worten über ihn, dessen Bedeutung er zu ermessen verstand, begnügen. Wir vermuten also nur, daß Grünewald von etwa 1470—1530 gelebt habe; wir schließen nur aus Stilmerkmalen seiner Werke, daß er der alemannischen Schule angehört und auch bei Martin Schongauer gelernt habe. Einzelne Züge scheinen mir darauf zu deuten, daß ihm auch die Klarheit italienischer Kunst nicht unbekannt geblieben sei, daß er Werke von Mantegna, vielleicht von Domenico Ghirlandajo, ja auch von Lionardo gesehen habe. Empfing er solche Eindrücke, so konnten sie auch seine selbständige Natur nicht unberührt lassen. Sie äußern sich aber nicht etwa in jener kleinlichen, äußerlichen Uebernahme nebensächlicher Zierelemente, welche die deutsche Renaissance von der italienischen übernahm, um genügsam jener nachzueifern. Was Grünewald mit den Italienern gemeinsam hat, rein aus sich selbst und seinem deutschen Wesen heraus, und ohne daß er je einen Versuch gemacht hätte, sein Wesen als Gotiker zu verleugnen, das war die Klarheit, die Größe, der Reichtum der Komposition, die Einfachheit der Linie. Ihnen gegenüber waren seine Unterscheidungsmerkmale äußerlich der treu und bewußt festgehaltene Stil der späten Gotik, innerlich die Schwere und Tiefe jenes grübelnden Nachdenkens, das im Wesen jener Zeit lag. Es bezeugt nicht nur die Begeisterung, sondern auch die Schärfe dieses Nachdenkens, daß es den Meister nicht dem neuen Glauben auslieferte; auch ehrt es seine Mannhaftigkeit, daß er es verschmähte, aus geschäftlichen Rücksichten mit der alten und neuen Richtung gleichzeitig zu paktieren, wie etwa Cranach es machte. Matthias Grünewald stand ganz auf sich allein mit seinem katholischen Glauben, mit der Meerestiefe seines Empfindens, wie mit der unter den deutschen Künstlern seiner Zeit unvergleichlichen Größe und zugleich staunenswerten Vielseitigkeit seines technischen Könnens. Robust, ruhig, sachlich ist die Farbe der gleichzeitigen deutschen Malerei; vielfach auch die seinige. Aber er hat Augenblicke gehabt, in denen der schlummernde Genius erwachte, Augenblicke, in denen ihm nicht nur von den Geheimnissen des Himmels, sondern auch von den Pfaden, auf denen eine neue, große deutsche Kunst zu wandeln hätte, eine Offenbarung kam. So wurde er ein Farbenkünstler, den kein anderer wieder erreicht, geschweige übertroffen hat. So ward Grünewald der erste Freilichtmaler Deutschlands. Alles andere in seiner Technik tritt hiergegen zurück, sogar die edle Größe seiner Gewandzeichnung, der Reichtum seiner kunstgewerblichen Elemente, dabei u. a. die überirdische, der Phantasie eines an der Goldschmiedekunst geschulten Mannes entsprossene Pracht jener Halle, in der die Engel jubilieren.

Dr. Wurm hat an dieser Stelle (A. R. Nr. 51/1918) die Bedeutung des Vorganges erklärt, der sich in jener Halle zuträgt. Er hat auch auseinandergesetzt, daß den Darstellungen des Isenheimer Altares ein ausgebildetes theologisches Programm zugrunde liegt. An sich ist diese Tatsache weder vereinzelt noch überraschend; sie muß ja sein und wiederholt sich deshalb in den alten Zeiten bei allen größten Kunstwerkgruppen geistlichen Inhaltes. Man denke an Raffaels „Bibel", an Michelangelos sixtinische Decke, an den Genter Altar der van Eycks, an Michael Pachers Altar zu St. Wolfgang. Ueber den Leitgedanken in Grünewalds Hauptwerk ist viel vermutet worden, und doch ist er, obwohl der höchste, doch auch zugleich der einfachste, am nächsten liegende, den es für den Christen gibt: die Verherrlichung der heiligen Geheimnisse der Erlösung.

Die Ausführung dieses Gedankens vollzieht sich in drei Abschnitten. Der erste ruft zur Buße. Wir sehen, wenn der Altar ganz geschlossen ist, das überwältigende Bild des am Kreuze in bitterer Qual für uns gestorbenen Heilandes. Dem Schmerze der klagenden Menschheit stellt sich die Mahnung an die Unabänderlichkeit des ewigen Ratschlusses gegenüber: in Jesu Tod erfüllen sich die Weissagungen des Alten Bundes. Mit einer gebieterischen, die Seelen zwingenden Handbewegung weist der letzte der Propheten, der Täufer, auf Jesus hin und bekennt: Illum oportet crescere, me autem minui — Jener muß wachsen, ich aber gemindert werden. Schwarz, unabsehbar im Hintergrunde liegt die Erde, umhüllt von der Nacht des Leides. Aber Hoffnung auf Erlösung gibt Gebärde und Wort des gewaltigen Zeugen Johannes des Täufers. Die Predella zeigt das düstere Bild der Grablegung. Auf den festen Altarflügeln zu beiden Seiten weilen die beiden Schutzheiligen der Isenheimer Kirche, St. Antonius der Einsiedler und der Pestpatron St. Sebastian. (Die Annahme, Grünewald habe in dem Bilde des letzteren sich selbst porträtiert, ist durch nichts zu beweisen.) Auf Sockeln stehen sie statuenhaft, wie auch sonst gemalte Figuren bisweilen in Werken jener Zeit — so am Genter Altar, aber dennoch nicht wie dort Nachahmungen gemeißelter Gestalten, sondern lebendig, menschlich in Fleisch und Blut. Ihre Leiden bringen sie dem Heilande zum Opfer dar und sind getrost in Zuversicht der ewigen Belohnung. Nun öffnen sich die Flügel, der zweite Teil beginnt. Es jauchzt die Feier himmlischer Freude, die allem Leid ein Ende macht: wir sehen (von links nach rechts) die Verkündigung, die Erwartung der Geburt des göttlichen Kindes und die Himmelfahrt des Erlösers, der als Ueberwinder des Todes heimkehrt in das Reich des ewigen Lichtes. Alles ist in jubelnde Farbe gekleidet, von überirdischem Glanze der freudenreichen Geheimnisse verklärt, durch Schönheit, Tiefsinn, dichterische und gläubige Kraft unvergeßlich jedem, der diese Bilder einmal schauend, denkend, fühlend in sich aufgenommen hat. Wiederum öffnet sich das innere Flügelpaar. Im letzten Teile der Darstellungen gibt der hl. Antonius Zeugnis von der erhabenen Wahrheit der Lehre, die uns zuvor gepredigt worden. In einem wildphantastischen und einem mildfreundlichen Bilde spricht er von seiner Versuchung und seinem Frieden. Mächtig erglänzt in dem Mittelteile — ein bisher leider noch unbekannter Meister von höchster Begabung hat ihn geschnitzt — des hl. Antonius gewaltige thronende Gestalt. Mild blickt er auf uns hernieder. Ihm zu den Seiten stehen lehrend die heiligen Kirchenväter Augustinus und Hieronymus. Im Tabernakel der Predella aber weilt Jesus, der Herr der Welt, seitwärts harren seine Apostel, die er segnet, des Wortes, das sie hinaussenden wird, allen Völkern das Heil zu verkünden.

Wundervoll mischt sich in den Bildern des Malers Realismus mit dem Tiefsinne des Mystizismus. Er, der Sprosse der Reformationszeit, ist ein treuer Sohn der alten Kirche geblieben, die sich seiner als des größten aller Maler in deutschen Landen erfreut. Das Höchste, was sie zu lehren berufen ist, verkündet sein Werk. Nicht akademische, nicht alltägliche äußere Schönheit zeigen seine Gestalten, aber jene innere, vom Natürlichen abgelöste der mit Ewigkeitsgeist durchflammten Seele. Solche Schönheit wird auch durch herbsten, abschreckendsten Naturalismus nicht verneint, vielmehr gehoben. Ausdrucksformen aus uralter Zeit tauchen wieder auf: verschiedener Größenmaßstab der Haupt- und

Nebenpersonen beim Gekreuzigten wie in der Schnitzerei. Daneben Motive von ganz neuer Durchbildung, so die wunderbar ergreifende Sprache der Hände, der Augen, der Haltungen, der symbolischen Farbengebung, der gewaltigen Gegensätze der Charakterschilderung. Das ist die Art, wie Grünewalds Genie den Realismus überwand und höchste Monumentalität schuf. Nie hat ein Meister in solcher Sprache zu uns geredet. Was er schildert, sind Träume eines Sehers, dessen Geist nicht mehr auf den Bahnen normaler Empfindungsweise wandelt, aber doch noch diesseits des Möglichen bleibt, auf jenem, dem gewöhnlichen Geiste verschlossenen Gebiete, das nur der Genius betreten darf. Und all diese Leidenschaft, diese Glut des Herzens, diese Kraft heiliger Ueberzeugung, die Zartheit dieser Lyrik, die überwältigende Wahrheit dieser Dramatik, dieser Schwung überweltlicher Phantasie, dieses nach Erkenntnis ringende Naturempfinden (man sehe seine Alpenlandschaft!), diese Erhebung des Geistes, der in allem Vergänglichen nur ein Gleichnis erkennt — das ist urdeutsches Erbe, Gefühl von zahllosen Geschlechtern, im Fühlen eines begnadeten deutschen Künstlers zur Bewußtheit des Willens gelangt, in seinem Schaffen zur Tat geworden. In der Kunstepoche der späten Gotik wirkend, wächst er über die Grenzen dieser hinaus. Matthias Grünewald hätte ein Führer der deutschen Kunst auf dem Wege geradliniger Entwicklung werden können, werden müssen. Daß er es nicht ward, daß es uns versagt blieb, in diesem Manne der „Reformationszeit" einen bahnbrechenden Reformator der deutschen Malerei zur Abklärung und gleichzeitig Befestigung unserer Kunst im katholischen Sinne zu erlangen, das verhinderte die Verständnislosigkeit, mit der die in Tradition erstarrten Zeitgenossen seiner Erscheinung gegenüberstanden; das hinderte das Eindringen der Renaissance, die das deutsche Empfinden störte und verweltlichte — erst das Barock hat es wieder auf festen Boden zurückzuführen gesucht, aber als es zu spät, als durch die Glaubensspaltung die Kulturgemeinschaft des ganzen Deutschland zerrissen war —; das hinderte endlich die Reformation, die für kirchliche Kunst kein Verständnis mehr zu nähren vermochte. Und doch kommt vielleicht noch die Zeit, wo die deutsche Kunst wieder an Grünewald anknüpfen, an ihm sich aufrichten kann. In der Bewunderung, die sein Deutschtum, sein Mystizismus findet, in der Herzenserregung, die er bei Zahllosen entfacht, liegt wohl tiefe Bedeutung, die unserer schlimmen Zeit zur Ehre gereicht, Hoffnungen erweckt. Und wir träumen vom Aufschwunge deutscher Kunst, von ihrer Rückkehr zu sich selbst, wenn nach diesen Prüfungen katholisches Wesen so wieder erstarkt sein wird, daß es einen Ebenbürtigen aus sich zu erzeugen vermag.

Dr. O. Doering.

Vom Büchertisch.

Katharina Hofmann: Pfalzgraf Hugo von Tübingen. Freiburg, Herder. 374 S., geb. 5.25 M. — Die vorliegende preisgekrönte historische Erzählung aus dem 12. Jahrhundert hat sich rasch durchgesetzt und soeben ihre zweite Auflage erfahren. Sie verdient diese: kraft ihrer Anschaulichkeit einer lebhaft bewegten, gut aufgebauten Handlung, die ein reiches Kulturleben mit trefflich gezeichneten Gestalten als Trägern überzeugend widerspiegelt. Das Buch sei nochmals für Haus- und Volksbibliotheken bestens empfohlen. E. M. Hamann.

Im religiösen Buchverlag J. Pfeiffer-München ist in 16. bis 18. Auflage erschienen **Seelenfriede.** Anleitung zur Lösung von Gewissenszweifeln von P. Franz Joseph Grüner, Kapuziner. 16° 222 S. M 1.85. Eine durch ihre weite Verbreitung als notwendig und willkommen bewährte Darstellung des Wesens der Gewissensängstlichkeit und ihrer Abarten, dann ihrer Gründe und namentlich der Mittel zu ihrer Abhilfe. Zugleich ist ein passendes Gebetbüchlein beigegeben. — **Tugendschule Mariens.** Aszetischer Kurs für Jungfrauen von P. Heinrich, Kapuziner. 16° 156 S. M 1.35 ebenda. Eine Reihe von Aufsätzen aus dem neunzehnten Jahrgang der Monatsschrift „Die christliche Jungfrau", die sich durch ihre volkstümliche Darstellungsweise auszeichnen und eine kernige Frömmigkeit fördern, sind hier zu einem recht inhaltsreichen Tugendspiegel für Jungfrauen vereinigt. Die klaren, alle wichtigen Fragen umfassenden Unterweisungen verdienen warme Empfehlung. O. Heinz.

Bei Jesus in der hl. Messe. Meß- und Kommunionbüchlein für Kinder. Von Albert Binsteiner, Kooperator. 16° 196 S. M 2.—, geb. M 2.80. Auer, Donauwörth. Der kindlichen Fassungsgabe angepaßt wird hier das hl. Meßopfer in praktischer Weise erklärt. Einfache Lehrstücke wechseln mit trefflichen Gebetstexten. Der Meßerklärung reiht sich eine das Wesentliche hervorkehrende gut erläuternde Einführung in das Verständnis des Bußsakramentes an, wie sie Kindern geboten werden kann, sowie eine Anleitung zum Empfang der hl. Kommunion. Das Büchlein ist ganz seinem Inhalt entsprechend mit schlichten Bildern geschmückt, ein wirkliches Kinderbuch. O. Heinz.

P. **Caspar Heinrich Schmitz** O. P.: **Das allerheiligste Altarsakrament im Rosenkranz.** Köln, J. P. Bachem, 16° 168 S., geb. 2.— M. — Der heilige Rosenkranz als Kommunion-Andacht: Das ist das erhabene Thema dieses echten Betrachtungsbuches in schöner, warmherziger Sprache, getragen von Andachtsglut und Liebe zu den Menschen, die Gott suchen in seinen heiligen Sakramenten. E. M. Hamann.

Bühnen- und Musikrundschau.

Neues Theater. Wie kein anderes Jugendwerk Goethes fußt „Stella", ein Schauspiel für Liebende, in dem Geist der Entstehungszeit des Sturmes und Dranges. Das Erzeugnis einer Literatur, in der sich ahnungsvoll die Gewitterwolken einer Umwälzung ankündigen. Man hat sehr eifrig nach den Quellen zu Stella geforscht, da und dort Urbilder entdecken wollen, die dann freilich zum Ganzen nicht recht paßten und nur das eine beweisen, daß der zwischen zwei Frauen schwankende Mann in der Hochspannung der Gefühle dieser Epoche keine seltene Erscheinung gewesen ist. Immer noch beschäftigte der Treuebruch gegen Friederike den Dichter; wie „Weislingen" hat auch dieser „Fernando" Züge Goethes. Er sucht sich poetisch zu rechtfertigen: „Empfinde hier, wie mit allmächt'gem Triebe — ein Herz das andere zieht und daß vergebens Liebe — vor Liebe flieht". Der Schluß, in dem die beiden Frauen übereinkommen, gemeinsam mit Fernando zu leben, der Anstoß erregte und ernstlich niemals verteidigt werden kann, wirkt auch, rein künstlerisch genommen, gewaltsam. Die drei Menschen formte ein Genie, den Schluß ersann der sehr sterbliche Zeitgeist von 1775. Die Münchener Nationalbühne war eines der ersten Theater, die „Stella" spielten. Wie wir von Westenrieder wissen, erfand man zwar in der zweiten Aufführung den Ausweg, anknüpfend an ein Wort Fernandos, Stella den Entschluß fassen zu lassen, ins Kloster zu gehen; doch scheint hier die Gegnerschaft nicht so heftig gewesen zu sein, als im Norden. Goethes Beschäftigung als Theaterleiter war der Anlaß, daß er 30 Jahre später wieder „Stella" zur Hand nahm. Dem Sturm und Drange längst entwachsen, empfand er die Unmöglichkeit des sittlich bedenklichen Schlusses und aus dem Schauspiel ward ein Trauerspiel, in dem Stella und Fernando durch Selbstmord enden. Diese Form blieb die für die Aufführungen übliche. In letzter Zeit hat man gelegentlich auf die Urform zurückgegriffen. Wenn das „Neue Theater" sich auch für das „Schauspiel für Liebende" entschied, so folgte es einem vor einigen Jahren vom Residenztheater gegebenen Beispiel. Die Aufführung, die in ihrer Wirkung ja doch mehr auf literarische Feinschmecker beschränkt bleiben muß, übertraf meine Erwartungen. Die Darbietung hatte Stil, in den Gefühlsausbrüchen Stellas ward der Ueberschwang der Periode der Empfindsamkeit fühlbar. Anna Ernst (von den Kammerspielen a. G.) gab der wohl blendender gedachten Gestalt viel echten Herzensklang; sehr gut trafen Annie Reiter die Resignation der leidensgewohnten Frau, Ruth Nuesch den ungebeugten Frohsinn der Tochter. Sanden gab den Fernando ansehnlich. Diese Figur ist heute schwer zu spielen; er erscheint uns als Schwächling, aber nach dem Sinne der Dichtung folgt seine Schuld aus einer Ueberfülle des Gefühles. — In einer Morgenaufführung bot der experimentierfreudige Leiter des „Neuen Theaters" eine Gabe, die auch vom Theateralltag weit entfernt liegt: „Der Gelehrte", Trauerspiel von Gustav Freytag. In einer Einleitung, die dieser Uraufführung vorausging, wurde uns dargelegt, daß das ursprünglich auf drei Akte angelegte Stück den Uebergang vom Gelehrtenberufe zum Journalismus behandelt, den Freytag in der Stimmung der sich schon ankündigenden Revolution der vierziger Jahre vollzog. Sein Held tut den Schritt nicht wie der Dichter direkt, sondern er beschließt zuerst unter das Volk zu gehen, um mit ihm arbeitend dessen Gefühle kennen zu lernen. Eine enttäuschte Liebe gibt den äußeren Anstoß zu dem Entschlusse. Er hat seither seine Gaben in den Dienst der einen gestellt, statt in den Dienst seines ganzen Volkes. Es fällt manch kluges Wort und manches mutet ganz zeitgemäß an. Dennoch klingen die in flüssigen Jamben geschriebenen Wechselreden akademisch und ihre Sprecher wollen nicht völlig die Farben des Lebens gewinnen. Davon abgesehen nahm man die 75 Jahre alte „Neuheit" mit Interesse entgegen, zumal da des Dichters Sohn durch eine sorgfältige Regie und eine verinnerlichte Gestaltung der Hauptfigur der Freytagschen Dichtung ein guter Werber war. — Sehr starken Beifall fand auch der Tanzabend, den Frances Metz mit vier Schülerinnen im Neuen Theater bot. Die reizvollen Leistungen der Tänzerin haben wir schon öfters gewürdigt. Von ihren sehr begabten Schülerinnen ist Frl. Schlieben die fortgeschrittenste. Der Abend verlief, von Mueller-Melborns kleinem Orchester geschmackvoll begleitet, durchaus anmutend und reizvoll.

Theater am Gärtnerplatz. Man hat „Orpheus in der Unterwelt" neueinstudiert und damit noch größeren Erfolg erzielt als mit den neuen Operetten, die Offenbach an musikalischer Kultur so weit nachstehen, freilich auch kritiklos beklatscht werden. Das Stück ist unter den Erzeugnissen von Offenbachs kecker Muse eines der minder anzüglichen. Es bietet musikalische und künstlerische Aufgaben, die weit höher sind, als sie die Operetten von heute erfordern; so konnte man sich eigentlich wundern, daß es der Truppe gelang, den Anforderungen zu genügen, insbesondere Frl. Menari sang sehr hübsch. Ob es möglich ist, das Niveau zu wahren, wenn man Abend für Abend die gleiche Rolle singt, das ist freilich eine andere Frage. Wer kann gegen diese Gebräuche der Operettenbühnen ankämpfen?

München. L. G. Oberlaender.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Durchführung des Brüsseler Abkommens — Britische Arbeiterbewegungen — Deutschlands Goldminderung und Ausfuhrhandel — Bei der Entente Preisabbau, bei uns Preissteuerung ohne Unterlass — Kommunalisierung der Wirtschaftsbetriebe.

„Ordnung, Ruhe und Wiederkehr geregelter Zeiten!" Der Erfüllung dieses Wunsches dient auch **die Durchführung des Brüsseler Abkommens.** Doppelt störend wirkte daher die Episode des drohenden Seemannsstreikes und soweit tunlich fanden deshalb auch die Forderungen des „Deutschen Seemannsbundes" Erfüllung, um die furchtbare Gefahr des sonst in die Brüche gehenden Lebensmittelabkommens mit der Entente abzuwenden. Dass auch im Alliiertenlager seit kurzem ein Umschwung zur Anbahnung von Friedenszuständen zu verzeichnen ist, bleibt unverkennbar. Die bolschewistischen blutigen Umtriebe bei uns, das Uebergreifen derselben auf Ungarn, Rumänien und Italien, vor allem die bedenklichen Arbeiterbewegungen in England — Verschärfung der Streiklage von Bergarbeitern, Eisenbahnern und Transportorganisierten — drängen zur rascheren Lösung der Streitfragen in der unheimlich-heimlichen Pariser Konferenz. Die Bekanntgabe der hierzu aufgestellten deutschen Friedens-Unterhändler, namentlich die starke Vertretung von Finanz, Handel, Gewerbe und Industrie befriedigten bei uns in gleichem Masse, wie die begonnene Exporttätigkeit im Sinne der Regulierung unserer Lebensmittelversorgung. Die ernste und starke Nachfrage der Franzosen auf Glas, Holz, Kohle, der Italiener und Engländer auf Kohle und Farbstoffe, der Amerikaner auf unsere überschiessende Kali-Erzeugung lässt die Hoffnung unserer Finanzkreise einigermassen gerechtfertigt erscheinen, dass die beschlossene deutsche Deponierung von ca. 250 Millionen Mark in Gold zwecks Kreditsicherung für Lebensmittelbezüge doch die einzige dieser Art bleiben soll. Rastlose Arbeit und intensive Betätigung zur Hebung unseres Ausfuhrhandels wird grundlegend hierbei bleiben. Zur Herbeiführung des künftigen Rohstoff-Kreditbedarfes wird ohnehin eine erhebliche Goldentziehung vonnöten sein, ganz abgesehen von dem Metallentgang unserer Reichsbank auf Konto der Kriegsentschädigungen aller Art. Dabei verliert unsere Wirtschaftsbilanz durch die zur Lebensmittelbezahlung jetzt in die Wege geleitete Beschlagnahme des deutschen Besitzes an Auslandseffekten ein nicht zu unterschätzendes Aktivum, das uns noch des Oefteren fehlen wird!

Zeigen die Einzelheiten und die Vorgeschichte des Brüsseler Abkommens, wie auch die Art und Weise der Friedensvorverhandlungen und der Waffenstillstandskonferenzen den Geist und die Gefühle der Entente gegenüber Deutschland, so bekunden die jüngsten Wirtschaftsmassnahmen der Alliierten, wessen wir uns — **trotz Wilson und Völkerbund** — auch weiterhin zu versehen haben. Der Druck Frankreichs auf das linke Rheingebiet, die dortige völlige Absperrung gegen das deutsche Mutterland, die verstärkte Bedrohung der schlesischen Industriegebiete, Monopolpläne für einen europäischen Luftverkehr unter Ausschluss Deutschlands, aber unter Benützung deutscher Einrichtungen und Landungsplätze, vor allem jedoch die Bildung eines kontinentalen Stahlkartells mit der Spitze gegen Deutschland sind solche ungünstige Momente. Namentlich Frankreich will durch letzteres Projekt unter Angliederung der Deutsch-Lothringer Werke, der Luxemburger- und Saarbecken als tonangebender Faktor Deutschlands Erbschaft antreten. Solch trübe Aussichten verschärfen sich angesichts unserer unverändert traurigen Wirtschaftslage. Der bayerische Staatskommissar für Demobilmachung kann immer noch keinerlei Anzeichen einer Belebung von Handel und Industrie oder gar einer Hebung des regulären Exportes erblicken. Die trostlosen Wirkungen der schlechten Verkehrslage und der Kohlenknappheit hemmen Bezug und Absatz von Ware. Und während in Amerika Eisen, Stahlplatten, Bleche und andere Fertigfabrikate Neigung zu weiteren Preisrückgängen erkennen lassen, erfolgt bei uns für die wichtigsten Rohstoffe und Waren, namentlich Erzeugnisse der Schwerindustrie in beträchtlichem Masse und in rascher Folge **Steigerung um Steigerung der Preise.** Ueberall weitere Geldentwertung, Verteuerungen — ein Keil treibt den anderen in rascher Folge der masslosen Preispolitik! Die Forderung der Leipziger Handelskammer nach sofortigem Abbau von Kriegsgesellschaften, Beseitigung von Zwangswirtschaft und Selbstverwaltung von Handel und Industrie wird trotzdem vergebens verhallen. Neben den gleichfalls unaufhörlichen und sich überstürzenden Lohnbewegungen und Forderungen fast aller Arbeitnehmer — schon bedingt durch die fast erdrückende Lebensverteuerung — bleibt die Materie des Sozialisierungsbegriffes das Hauptthema unserer Wirtschaft. Dem Sozialisierungsprogramm der Sozialdemokratie fehlt zwar jegliches finanzielle Fundament, doch scheint die anfängliche „Sozialisierungswut" etwas abzukühlen. Inzwischen wird der Reichsgesetzentwurf über die Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben bekannt. Namentlich Verkehrs-, Nahrungsmittel- und Wohnungswesen sind hierbei zu nennen. Nicht zu unterschätzen bleiben ausserdem die noch vorhandenen Gegensätze zwischen Nord- und Süddeutschland in der Frage der Eisenbahn- und Verkehrs-Politik, ob nur Betriebs- oder auch Verwaltungsgemeinschaft. Der zumeist günstig disponierten **Effektenbörse** gaben all diese gewichtigten Momente auch nicht den mindesten Abbruch in ihrer Aufwärtsbewegung. Namentlich die Rentenwerte zogen im Kurse kräftig an, unbehindert auch durch das bekanntgegebene „reichhaltige" Steuerprogramm der Reichsregierung und durch die unfehlbar im Zusammenhang damit folgende durchgreifende Verschiebung der Vermögenswerte fast der meisten Kapitalisten. Wenigstens eine Art von Vertrauen und Hoffnung auf Besserung — oder von Gleichmut und Schickung ins Unabänderliche?

München. M. Weber.

Schluß des redaktionellen Teiles.

„Sonnenland." Ein Mädchenblatt. Erscheint am 1. und 15. jedes Monats. Leitung: Maria Domanig, Klosterneuburg bei Wien. Verlagsanstalt Tyrolia, G. m. b. H., Innsbruck-München. Preis jährlich Kr. 10.— (M 8.—). Mannigfaltigkeit und Reichtum unter einheitlichem Gesichtspunkte, goldener Frohsinn und echter Ernst, edle Dichtung und treffende Lebenswahrheit, Tiefe des geistigen Inhaltes, Vollgesundheit der Anschauungen, reinste Frömmigkeit treukatholischen Sinnes, dabei kein Wort, das Andersgläubige verletzen könnte, Liebe zu allem Hohen und Schönen, ein herzliches Verhältnis zwischen der Zeitschrift und ihren Leserinnen — das sind die Eigenschaften, die dieses in beständiger Aufwärtsentwicklung begriffene Blatt auszeichnen. Schriftsteller und Dichter ersten Ranges, zu denen zuvorderst auch die Herausgeberin selbst gehört, sorgen durch Beiträge hohen Wertes für Unterhaltung, Belehrung, Veredlung, Abklärung der jugendlichen Gemüter. Mit gedankenreichen ethischen Betrachtungen wechseln prächtige Erzählungen, Gedichte, Naturschilderungen, Charakterbilder aus Literatur und Kunst, Buchbesprechungen und anderes mehr. Trefflich ist der Bilderschmuck, der nur Gesündestes und Hochkünstlerisches aus alter und neuer Zeit darbietet. Dr. O. Doering.

Das Ende der Zeiten. In neuerer Zeit mehren sich die Erscheinungen auf dem Büchermarkt, die in den Vorgängen des Weltkrieges und der allgemeinen Unruhen eines jener Vorzeichen erblicken wollen, welche nach Bibel und Prophezeiung dem Weltuntergang vorangehen sollen. Das Interesse für diese Literatur ist überall sehr groß, es dürfte daher auch für die Leser der „Allgemeinen Rundschau" von Wert sein, Bücher dieser Art kennen zu lernen. Die Herdersche Buchhandlung in München bringt auf Seite 196 dieser Nummer eine Zusammenstellung der Wichtigsten, auf die Interessenten besonders hingewiesen seien.

Sendet der „Allgem. Rdsch." Probenummer-Adressen!

✝

Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschluss gefallen, am 10. März nachmittags um 3 Uhr unsere heissgeliebte Mutter, Schwester und Tante

Frau

Wwe. Dr. Winand Virnich

geb. Maria Christina Haan

nach sechstägiger Krankheit im Alter von 72 Jahren zu sich zu rufen. Sie starb, wohlvorbereitet durch einen echt christlichen Lebenswandel, zeitig versehen mit den Heilsmitteln der röm.-kath. Kirche und wiederholt gestärkt durch den andächtigen Empfang der hl. Kommunion.

Wir empfehlen die Seele der teuren Verstorbenen inständig dem Gebete der Gläubigen, besonders dem hl. Messopfer der Priester.

Mère Marie Xavier, geb. **Gertrud Virnich**
Dr. Therese Virnich
Wilhelm Virnich, Privatgeistlicher
Franz Virnich, Referendar
Dr. Maria Virnich
P. Franz Xaver Haan S. J.

Bonn, Lennéstrasse 5, März 1919.

Unter allen Revuen gleicher Richtung weist die Allgemeine Rundschau die höchste Abonnentenzahl auf.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Ferdinand Abel, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München. Galeriestraße 35a, Gb.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich M 8.90.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis: Die 5 X gespaltene Grundzeile 75 Pfg., Anzeigen auf Textseite die 95 mm breite Zeile 375 Pfg.
Beilagen einschl. Postgebühren M 15 d. Tausend.
Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.
Rabatt nach Tarif.
Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig.
Erfüllungsort ist München.
Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt.
Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer.

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 14. München, 5. April 1919. XVI. Jahrgang.

Finis Bavariae.

Von Regierungsdirektor Speck, Mitglied des Landtags, München.

Das bayerische Volk ist sich offenbar in seinen weiten Schichten der Schwere der Gefahr noch nicht voll bewußt geworden, die ihm von Weimar her droht. Die langen harten Kriegsjahre mit ihren Opfern und Entbehrungen haben seine Kraft zermürbt und die dunkle Ahnung von weiteren schrecklichen Geschehnissen nimmt seine Sinne vollständig gefangen. So nur ist es erklärlich, daß die Masse des Volkes, das früher eifersüchtig wachte über die Aufrechterhaltung der ihm in feierlichen Verträgen und Verfassungsbestimmungen zugestandenen Rechte, jetzt scheinbar mit stoischem Gleichmut die schlimmen Botschaften hinnimmt, die tagtäglich aus dem Verfassungsausschuß in Weimar kommen. Ist aber einmal dieser Druck der schwierigen innerpolitischen Lage gewichen, dann wird *ein einziger Schrei der Entrüstung vom Fuße der Alpen bis zu den Tälern des Mains* Kunde geben von den Gefühlen, die das entrechtete und vergewaltigte Bayernvolk beseelen. Bereits haben in einer von ungefähr 3000 Münchener Bürgern besuchten Versammlung die sämtlichen Teilnehmer ohne Unterschied der Parteirichtung feierlichen Protest erhoben und bei dieser ersten Kundgebung wird es wohl nicht verbleiben.

Eine schwere Verantwortung tragen deshalb die Männer, die jetzt in der Nationalversammlung durch ihre unseligen Beschlüsse die Freude am Reich, soweit sie überhaupt noch vorhanden war, gewaltsam aus den Herzen der Bayern reißen, anstatt ihre Hauptaufgabe darin zu erblicken, die vielgeprüften deutschen Stämme zu gemeinsamer freudiger Mitarbeit am Wiederaufbau des Reiches zu sammeln. Wohl gibt es ja auch in Bayern Leute, die nach dem Grundsatze ubi bene ibi patria ihre ganze politische Denkrichtung ausschließlich nach dem finanziellen Gewinn einstellen, der ihnen hier oder dort winkt, diese Leute haben aber mit dem Denken und Fühlen des *Volkes* nichts gemein. In keinem süddeutschen Staate ist die Erinnerung an das Jahr 1866 noch so lebhaft wie in Bayern, in keinem ist man aber deshalb auch so empfindlich gegen jeden vom Norden kommenden gewaltsamen Eingriff in bestehende Rechte wie gerade in Bayern.

Die *Bayerische Volkspartei* hat schon vor Wochen gegen die drohende Gefahr Stellung genommen und ihre Vertreter haben sowohl in der Nationalversammlung wie auch im Bayerischen Landtag eine entschieden ablehnende Haltung gegenüber allen diesen Eingriffen des Reichs eingenommen. Daß wir auch bei diesem Anlaß, wie schon bei früheren Gelegenheiten, eines einseitigen kurzsichtigen *Partikularismus* beschuldigt wurden, haben wir erwartet, nimmt uns deshalb auch nicht wunder. Wir trösten uns aber damit, daß der weitaus *größte Teil des bayerischen Volkes* in dieser Frage *hinter uns steht*. Und das ist ja doch schließlich für eine „Volkspartei" mehr wert als der Umstand, ob die „Frankfurter Zeitung" und ihre Hintermänner mit unserer Haltung einverstanden sind oder nicht. Wenn dieses Blatt (in Nr. 233 „Bayern und das Reich") meine Stellungnahme im Landtagsausschuß abfällig beurteilt und meint, „mit dem Grundsatz *hie Preußen — hie Bayern!* wird das Problem, um das es sich beim Wiederaufbau des Reiches handelt, keineswegs richtig und zutreffend formuliert", so sei demgegenüber hier nur festgestellt, daß ich das Problem auch tatsächlich nicht so formuliert habe. Meine Formel lautete vielmehr: *hie Recht — hie Unrecht!* Und das Recht scheint mir hier ausschließlich auf bayerischer Seite zu liegen, das Reich aber im Begriffe zu sein, *schweres Unrecht an den Einzelstaaten* zu begehen.

Nur wer die *Rechte Anderer achtet*, kann aber erwarten und beanspruchen, daß seine *eigenen Rechte* ebenfalls nicht mit Füßen getreten werden. Man beschwert sich im Reiche mit gutem Grunde dagegen, daß die Alliierten unter Mißachtung des *Selbstbestimmungsrechtes der Völker* die Reichslande gewaltsam Frankreich einverleiben wollen. Dem bayerischen Volke will man aber gleichzeitig, ohne vorher das Volk selbst oder seine berufene Vertretung zu fragen, eine Verfassung aufzwingen, die tatsächlich eine *vollständige Entrechtung Bayerns* und seine *Einverleibung in das Reich* bedeutet. Dieses inneren Widerspruches ist man sich offenbar in Weimar und Berlin noch gar nicht bewußt geworden, man hätte sonst doch wohl den Feinden ein so schlechtes Beispiel *rücksichtsloser Gewaltpolitik* nicht geben dürfen. Wie sagte doch kürzlich der französische Oberst *Marchal* mit Bezug auf den gewaltsamen Einmarsch seiner Truppen nach Danzig: Eine Erlaubnis seitens Deutschlands ist vollkommen unnötig; die Deutschen werden es nicht wagen, uns irgendwelche Schwierigkeiten zu machen. Von ähnlichen Gedankengängen mag wohl auch mancher der Herren in Weimar ausgehen: die „*guten Bayern*" — man drückt das hie und da auch etwas kräftiger aus — werden ja wohl zu Anfang etwas schimpfen, sie werden aber nicht den Mut finden, ernsthaft gegen ihre Unitarisierung sich zur Wehr zu setzen, mit der Zeit werden sie sich schon in die neuen Verhältnisse finden. Die guten Bayern! Wie oft schon ist auf *ihre Gutmütigkeit mit Erfolg gesündigt worden!* Aber es gibt auch für die „guten Bayern" eine Grenze des Erträglichen. Man täusche sich im deutschen Norden nicht über die Stimmung in den weitesten Kreisen des bayerischen Volkes und man glaube ja nicht, daß sich die deutschen Bundesstaaten von den wenigen Drahtziehern in Weimar wie Schachfiguren willenlos hin- und herschieben lassen. In Bayern ist man jedenfalls nicht gewillt, ein solches Schicksal ruhig über sich ergehen zu lassen.

Die Revolution hat ja den *Einfluß der bayerischen Regierung* in Berlin erheblich geschwächt. Die Unsicherheit der inneren politischen Lage lähmt auch im jetzigen entscheidenden Augenblick die Stoßkraft des bayerischen Widerstandes gegen die weitgehenden Weimaraner-Pläne. Deshalb wird auch dieser Widerstand vorerst erfolglos bleiben müssen, wenn es nicht alsbald gelingt, *geordnete Verhältnisse in Bayern* zu schaffen und Arbeitsgelegenheit zu bieten. Gelingt dies nicht, dann wird das Schicksal seinen Lauf nehmen und das, was von unserem schönen Bayernlande schließlich noch übrig bleibt, wird im preußischen Schnappsack verschwinden. Denn daß es sich im neuen Reiche nur um ein *neues Großpreußen* handeln wird, darüber ist sich alles einig.

Aber auch wenn es der Reichsgewalt dank der trostlosen Verhältnisse in Bayern gelingen sollte, jetzt ihre Pläne durchzusetzen, glaubt man denn wirklich bei ruhiger Ueberlegung, das Reich würde in der Lage sein, all' die gewaltigen Aufgaben zu lösen, die es jetzt den Einzelstaaten wegnehmen will, und glaubt man ferner, daß die letzteren *auf die Dauer* sich willig dem Joche beugen werden, das man ihnen jetzt unter Ausnutzung der augenblicklichen Lage vielleicht auferlegen kann? Beide Fragen müssen mit einem entschiedenen „Nein" beantwortet werden. Man denke nur an den ungeheuren Apparat, den allein die *Uebernahme der Verkehrsverwaltung* auf

das Reich erfordern würde. Woher will man im jetzigen Augenblick Zeit und Menschen nehmen, eine solche Riesenaufgabe zu bewältigen? Und glaubt man mit dem Zentralisierungsgedanken, unter dessen hypnotischer Wirkung die Gesetzgeber in Weimar zu stehen scheinen, wirklich dem Reiche eine Wohltat zu erweisen? Das Reich wird gar nicht in der Lage sein, die weitgesteckten Aufgaben richtig erfüllen zu können.

Und wie wenig das Reich in der Lage ist, sich bei seiner innerpolitischen Betätigung moralische Sympathien bei den nichtpreußischen Stämmen zu erwerben, dafür ist ja das Verhalten der elsässischen Bevölkerung während des Krieges und nach dem Zusammenbruch Deutschlands ein klassisches Beispiel. Man wende nicht ein, diese tieftraurigen und für jeden Deutschen beschämenden Erscheinungen seien allein mit dem früheren persönlichen Regiment im Reiche im ursächlichen Zusammenhang gestanden. Zum Teil mag dies ja der Fall sein, in der Hauptsache ist es aber der herrschende Berliner Geist, der das Reich überall, auch in Deutschland selbst, so unbeliebt gemacht hat. Dieser Geist wird auch in Zukunft im Reiche maßgebend sein, diesen Geist erträgt man aber nicht bei uns in Bayern. Deshalb werden die schwersten Konflikte nicht ausbleiben. Liebe läßt sich nun einmal nicht erzwingen, versucht man es doch, so schlägt der Versuch gar leicht in das Gegenteil um. Drum: Hände weg von Bayern und seiner Selbständigkeit! Mag Württemberg immerhin seine kostspieligen Bahnen dem Reiche überlassen und sein Biersteuerreservat um ein Linsengericht preisgeben. Wir Bayern verzichten gerne auf ein „gutes Geschäft" mit dem Reiche, mit äußerster Zähigkeit halten wir an unseren überlieferten Einrichtungen fest.

Das was jetzt in Weimar geschieht und noch weiter geschehen soll, bedeutet aber nichts mehr und nichts weniger als eine vollständige Aufhebung der Selbständigkeit Bayerns, vor allem bezüglich der sogen. Sonderrechte, die bisher auf dem Gebiete des Verkehrswesens (Eisenbahn und Post), der Militärverwaltung, der auswärtigen Vertretung und der Bier- und Branntweinbesteuerung bestanden. Uebrigens ist im Landtagsausschuß von keiner Seite ein starres Festhalten an „nicht lebensnotwendigen" Sonderrechten verlangt worden, vielmehr wurde von allen Seiten zugegeben, daß in gewissen minderwichtigen Dingen ein Nachgeben auf dem Wege der Vereinbarung schon möglich wäre. Als „lebensnotwendig" wurde aber nicht nur von uns, sondern auch von liberaler und sozialdemokratischer Seite eine selbständige Verkehrsverwaltung bezeichnet. Wenn der „Freistaat" Bayern überhaupt noch den Anspruch auf den Namen „Staat" soll erheben dürfen — in Weimar ist ihm dieses Recht ja bereits ausdrücklich aberkannt worden —, dann wird er unter keinen Umständen dulden dürfen, daß ein Fremder, und sei es auch das Reich, über diese Verwaltung selbständig verfügen darf. Und wenn, wie in Aussicht genommen ist, $^7/_8$ sämtlicher Beamten in Bayern künftig vom Reich ernannt werden sollen, ohne daß dabei irgendwelche Sicherheit der Berücksichtigung der eigenen Landeskinder besteht, so ist dies doch ein Ansinnen, das den schärfsten Widerspruch herausfordert. Man möge also davon die Finger lassen, zumal da wirklich nicht abzusehen ist, daß auf der andern Seite das Reich ohne vollständige Vereinheitlichung des Verkehrswesens nicht existenzfähig sein sollte, oder von dem Rechte der Anstellung der Beamten in den Bundesstaaten die Zukunft des Reiches irgendwie beeinflußt werden könnte.

Das Reich soll künftig nicht nur auf fast allen Gebieten unseres Wirtschafts- und Kulturlebens gesetzgeberisch eingreifen dürfen, es soll auch das Recht haben, verpflichtende Anweisungen (auch in einzelnen Fällen) an die Landesbehörden zu erlassen, ferner Beauftragte in die „Länder" zu entsenden (nicht nur zu den Landeszentralstellen, sondern auch zu den äußeren Behörden!), denen die Akten vorzulegen sind und die Zeugen und Sachverständige vernehmen dürfen. Daß bei solchen schweren Eingriffen in die einzelstaatlichen Hoheitsrechte künftig nur noch von einer Scheinexistenz dieser Staaten gesprochen werden kann, liegt auf der Hand. Aber auch das Wenige, das den Einzelstaaten noch verbleibt, ist stark gefährdet durch den Beschluß des Verfassungsausschusses, daß das Reich in der Lage sein soll, durch einfaches Reichsgesetz seine Zuständigkeit noch beliebig zu erweitern, ohne daß die Bundesstaaten irgendwie Einspruch dagegen erheben können. Diese Bestimmung ist aber für die Einzelstaaten geradezu vernichtend.

Eine solche Ausdehnung der eigenen Kompetenz stand ja allerdings auch bisher schon der Reichsgesetzgebung zu, an dieser Gesetzgebung wirkte aber der Bundesrat als entscheidender Faktor mit, ohne dessen Zustimmung kein Gesetz zustande kommen konnte. Die im Bundesrat vertretenen Einzelstaaten sorgten aber schon im Interesse der Selbsterhaltung dafür, daß auf dem Gebiete der Reichszuständigkeit bestimmte Grenzen nicht überschritten wurden. Dies wird aber künftig anders sein. Der als Nachfolger des Bundesrats in Aussicht genommene „Reichsrat" hat so weitgehende Befugnisse nicht, die entscheidende Reichsgesetzgebung liegt vielmehr einzig und allein in den Händen der Nationalversammlung. Und wessen man sich von dorther zu versehen hat, beweisen ja deutlich die bis jetzt vorliegenden Ausschußbeschlüsse.

So stehen wir vor der betrübenden Tatsache, daß der Unitarismus auf der ganzen Linie marschiert und daß Bayerns letzte Stunde bald geschlagen haben wird. War der Preuß'sche Verfassungsentwurf, den ich bereits in diesen Blättern besprochen habe (Nr. 5, 1919), in dieser Richtung schon sehr weit gegangen, so ist er noch weit übertroffen worden durch die jetzigen Beschlüsse des Verfassungsausschusses. Die letzte Hoffnung, die ich damals noch auf die Nationalversammlung setzen zu dürfen glaubte, ist durch diese Beschlüsse enttäuscht worden.

Der bayerischen Regierung kann aber der schwere Vorwurf nicht erspart bleiben, daß sie nichts getan hat, diese Dinge zu verhüten, wozu sie wohl in der Lage war. Hätte sie von Anfang an den von mir vertretenen Standpunkt eingenommen, daß die Zuständigkeit der Nationalversammlung nur eine beschränkte ist gegenüber den Einzelstaaten, hätte sie insbesondere die Notwendigkeit der Zustimmung der einzelstaatlichen Landtage zur neuen Reichsverfassung gleich in dem ersten Stadium der Verhandlungen betont, sie wäre mit diesem Verlangen auch durchgedrungen. So aber hat sie durch ihre Zustimmung zu dem provisorischen Grundgesetz selbst den Grundstein gelegt zu dem Verderben, das jetzt über Bayern hereinbricht. Nicht umsonst hat die Bayerische Volkspartei sofort nach Ausbruch der Revolution die Neuwahl der Volksvertretung verlangt mit der ausdrücklichen Begründung, daß diese Gelegenheit haben müsse, rechtzeitig, also noch vor Beginn der Beratungen der Nationalversammlung ihre Stimme zu erheben. Aber die damaligen Machthaber in Bayern hatten ja Wichtigeres zu tun. Sie mußten ja gegen das Phantom der „Reaktion" und der „Gegenrevolution" zu Felde ziehen, das in Wirklichkeit gar nicht vorhanden war. Vielleicht auch war es die Furcht vor dem Ausgang der Wahlen, die sie bestimmte, dem immer wiederkehrenden Rufe nach Neuwahlen kein Gehör zu schenken. Und noch wäre es Zeit gewesen, das Schlimmste zu verhüten, wenn wenigstens der neugewählte Landtag, wie die Bayerische Volkspartei mit Nachdruck verlangte, alsbald nach der Wahl zusammenberufen worden wäre. Aber auch hier ließ die Regierung kostbare Tage und Wochen untätig verstreichen, bis sie endlich die Einberufung der Volksvertretung verfügte. Dann war es aber zu spät. Und dieses „zu spät", das in den letzten Jahren und Monaten deutscher Geschichte wiederholt eine so unheilvolle Rolle gespielt hat, es hat hier den Untergang Bayerns mitverschuldet. So wurde es dem bayerischen Volke unmöglich gemacht, durch seine Vertreter in der Schicksalsstunde Bayerns seine Stimme zu erheben und von vornherein seinen Einfluß gegen die unitaristischen Bestrebungen im Reiche geltend zu machen.

Nun müssen wir schweren Herzens zuschauen, wie unser schönes Bayerland zertreten wird, das künftig nur mehr als eine Provinz des Reiches angesehen und behandelt werden wird. Der „souveräne" Landtag und die bayerische Regierung werden binnen kurzem gewesen sein. Das bayerische Volk wird tatsächlich **von Berlin aus regiert** werden. Aber wenn wir auch nicht in der Lage sind, an den Dingen noch etwas zu ändern, so wollen wir wenigstens flammenden Protest erheben gegen die uns widerfahrene Vergewaltigung, die auf das schwerste gegen Treue und Glauben verstößt und die einen schlechten Dank darstellt für alles, was das Bayernvolk im Kriege des Reiches wegen geopfert und gelitten hat. Für das Reich wird aus dieser Behandlung der Bundesstaaten kein Segen kommen.

„Die Weltgeschichte ist das Weltgericht" las ich oft während der Arbeit in einem der Sitzungszimmer des Reichstagsgebäudes. Der schreckliche Zusammenbruch des Reiches erinnerte mich oft an diesen Satz. Er sollte auch den Gesetzgebern im Verfassungsausschuß zu Weimar als Mene Tekel zur täglichen Beherzigung an die Wand geschrieben

werden. Unrecht Gut gedeiht nicht, und es ist unrecht Gut, das man sich jetzt mit frevler Hand aneignen will. Darum: Laßt ab von Eurem törichten Beginnen, das die Einzelstaaten zugrunde richtet, dem Reiche selbst aber ebenfalls zum Verderben gereichen muß!

Das fünfte Kriegsjahr.

Wochenschau von Fritz Nienkemper, Berlin.

Die Danziger Krisis.

Die Forderung des französischen Generals Nudant, daß wir die polnische Armee Haller in Danzig und Westpreußen einmarschieren lassen sollen, hat zu einer Spannung geführt, die den Waffenstillstand und das ganze Friedenswerk in Gefahr bringt. Die in drohendem Tone verlangte Mitwirkung zur Ueberflutung von Danzig und Westpreußen durch Streitkräfte der eroberungssüchtigen Polen können wir unmöglich leisten. Der Gang durch dieses kaudinische Joch würde nicht nur eine Selbsterniedrigung Deutschlands bedeuten und nicht nur ein Präjudiz schaffen für weitere Forderungen über den Rahmen des Waffenstillstands hinaus, sondern es wäre ein Verrat an der kerndeutschen Stadt Danzig und an Millionen von deutschen Volksgenossen, die zunächst in verheerenden Bürgerkrieg und dann in die Knechtschaft einer feindseligen Nation gestürzt würden.

Die ablehnende Haltung unserer Regierung ist rechtlich und politisch so klar und geradezu zwingend begründet, daß alle Parteien in der Nationalversammlung, sogar die sonst stets verneinenden Unabhängigen, ihre Zustimmung bekundeten.

Etwas Hoffnung wurde wieder erweckt durch die Aufforderung des Generalissimus Foch, Deutschland solle einen Bevollmächtigten nach Spa schicken zur beschleunigten Erledigung dieser Angelegenheit. Wenn Foch guten Willen mitbringt oder durch die Einwirkung von Wilson und anderen besonnenen Staatsmännern zum Einlenken veranlaßt wird, so kann sich wohl ein Ausgleich erzielen lassen. Denn die deutsche Note will durchaus nicht den Truppen der Entente den vereinbarten Weg über Danzig verwehren, sondern protestiert nur gegen den Einmarsch der Polen und macht überdies den akzeptablen Vorschlag zur Güte, daß diese Armee Haller den Weg über Königsberg, Memel, Tilsit oder Libau nehmen möge, der in verkehrstechnischer Hinsicht sogar besser ist, als der Weg über Danzig. Sollte diese Lösung abgelehnt werden, so hätten wir den durchschlagenden Beweis von der Böswilligkeit unserer Gegner. Hält die Entente an der Absicht fest, über den klaren Inhalt des Waffenstillstandsvertrags sich hinwegzusetzen und Danzig nebst Westgau mit rücksichtsloser Gewalt den Polen auszuliefern, dann haben die bestehenden Verträge keinen reellen Wert mehr für uns und dann können wir auf annehmbare Friedensbedingungen überhaupt nicht mehr rechnen.

Wenn die Gegner mit Gewalt in Danzig eindringen wollen, so sind wir freilich wehrlos, aber wenigstens nicht ehrlos. Sie können ja auch, wenn sie den Waffenstillstand für erloschen erklären wollen, über den Rhein vordringen. Dem rabiaten Clemenceau könnte das gefallen. Ob Wilson und die englische Regierung ebenso denken, bleibt freilich abzuwarten. Die Verantwortlichkeit für die Wiederaufnahme des Krieges wiegt doch schwer, nicht nur auf der weltgeschichtlichen Wage, sondern auch auf der innerpolitischen gegenüber der kriegsmüden Bevölkerung. Sollen die Truppen und ihre Angehörigen sich weiter opfern zu Ehren der habgierigen Polen? Dazu kommt die Erwägung, daß Deutschland nicht mehr den Schutzwall gegen den Bolschewismus bilden und daß zugleich Deutschland als Schuldner zahlungsunfähig werden würde. Kommt es zum Bruch, so werden wir nicht die einzigen Leidtragenden sein.

Bei dieser Gelegenheit wird es sich auch entscheiden, ob die Entente auf einen Gewalt- und Diktatfrieden oder auf einen Rechts- und Verständigungsfrieden hinausgeht. In dieser Hinsicht hatte Reichsminister Erzberger, der auch jetzt als Bevollmächtigter nach Spa gegangen ist, eine Anfrage an Foch gerichtet wegen angeblicher Aeußerungen von Lloyd George und Pichon über den geplanten Diktatfrieden. Foch hat geantwortet, daß die berichteten Aeußerungen nicht gefallen seien. Diese Negation war insofern ausweichend, als Foch keine Auskunft gab über die wirklichen Absichten dieser oder der anderen Minister. Der Ringkampf zwischen den gemäßigten und den tollwütigen Staatsmännern auf der Gegenseite ist bekanntlich noch nicht abgeschlossen. Die Danziger Krisis kann insoferne ihr Gutes haben, als sie den Herren zum Bewußtsein bringt, daß die deutsche Nachgiebigkeit schließlich auch eine Grenze hat. Sie müssen mit der Möglichkeit rechnen, daß bei übertriebener Mißhandlung sich in Deutschland die ungarische Schicksalstragödie wiederholt.

Sonderbarerweise hat nun in demselben Augenblick, wo für Deutschland die Gefahr einer bolschewistischen Zersetzung drohender winkt, der erste Reichsminister Philipp Scheidemann eine leidenschaftliche Rede gegen das Gespenst einer monarchistischen Gegenrevolution gehalten. Aus dem kleinlichen Anlaß, weil bei einer Berliner Protestdemonstration wegen Danzig sich auch einige konservative Heißsporne beteiligt und auf der Straße das „Heil Dir im Siegerkranz" angestimmt, sowie den zufällig vorübergehenden General Ludendorff begrüßt hatten. Die sporadischen Töne sind spurlos verhallt. Bei ruhiger Betrachtung ersieht jeder, daß es sich da nur um zufällige Temperamentsausbrüche einzelner Teilnehmer gehandelt hat. Gegen diese paar Sperlinge, die sofort wieder verschwunden sind, wurde aber nachträglich eine große rhetorische Kanone abgefeuert. Ja, es soll damit sogar der Gesetzvorschlag begründet werden auf Einsetzung eines Staatsgerichtshofes, vor dem Ludendorff, Bethmann Hollweg und andere Sündenböcke zur Rechenschaft gezogen werden sollen. Die zweifelhafte Justiz wegen der Vergangenheit hilft uns keinen Schritt vorwärts. Wie froh könnten wir sein, wenn uns keine andere Sorge bedrückte, als die vor einer Gegenrevolution von rechts! Die Ueberrevolution von links ist die wirkliche, bitterernste Gefahr, wie die neuerlichen reinpolitischen Streikbewegungen im Ruhrrevier und in Stuttgart klar beweisen, und wenn die Regierung dagegen nicht all ihre Kraft konzentriert, so hat sie ihren Beruf verfehlt und würde selbst vor einen Staatsgerichtshof gehören.

Das neue preußische Ministerium.

Nun haben wir auch im Staate Preußen ein Koalitionskabinett nach dem Muster des Reichsministeriums: fünf Sozialdemokraten, 2 Demokraten, 2 Zentrumsmänner, 1 parteiloser Kriegsminister. Ideal ist das nicht, aber der beste Behelf, der möglich war unter den gegenwärtigen Verhältnissen. Der Zerfall des preußischen Staates würde eine heillose Erschütterung der halbfertigen Reichsordnung herbeigeführt haben. Aus dieser Erwägung und zur Eindämmung der kulturkämpferischen Gelüste hat die preußische Zentrumsfraktion das Opfer des Anschlusses gebracht. Damit ist erreicht, daß die Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche auf den Weg der schonenden Vereinbarung und die letzten Ziele der Schulpolitik auf den Weg der regelrechten Gesetzgebung geschoben werden. Um den schulplanmäßigen Religionsunterricht zu retten, haben unsere Freunde freilich zugestehen müssen, daß dieser Unterricht wahlfrei wird für die Eltern oder für die Schüler über 14 Jahre. Der wahlfreie Religionsunterricht ist offenbar das kleinere Uebel im Vergleich zu der religionslosen Staatsschule nach französischem Muster. Jetzt müssen die Geistlichen und die wohlmeinenden Bürger alle Kraft und Kunst daransetzen, daß die Eltern und die Kinder den gesicherten Religionsunterricht sich zu Nutzen machen. Der Eifer muß in die Bresche des Zwanges treten.

Die neue Rentensteuer.

Zur Deckung des Milliarden-Defizits hat die Reichsregierung jetzt den ersten Steuerentwurf eingebracht. Von allen Kapitalerträgen soll eine Abgabe von 10 Prozent erhoben oder einbehalten werden. Ein einfaches Verfahren, aber leider auch einschneidend und rücksichtslos. Der Ertrag, der auf 1 1/3 Milliarden geschätzt wird, ist sehr verlockend. Er ist aber nur zu erreichen, wenn auch die Renten der Waisen, der Witwen, der Greise und der Kranken um ein Zehntel beschnitten werden. Und das in den Zeiten der Teuerung, die sowieso den Arbeitsunfähigen das Auskommen kaum gestatten. Zugunsten der Sparkassen, Bankgeschäfte, Hypothekenbanken usw., die zur Vermittlung von Geldgeschäften dienen, sind Ausnahmen für den inneren Betrieb vorgesehen; aber die Kunden dieser Anstalten werden ihre Zinsbezüge sich kürzen lassen müssen. Ganz vergessen scheint man die Versicherungsanstalten zu haben, die bei einer zehnprozentigen Abgabe ihre ganzen Berechnungsgrundlagen ändern müßten. Ferner ist die Gefahr ins Auge zu fassen, daß diese Rentensteuer zur Erhöhung des Zinsfußes für Anleihen, zweite Hypotheken usw. führt, woraus sich dann noch Kursverluste ergeben würden, besonders für die zahlreichen kleinen Zeichner von Kriegsanleihen. Der Steuerplan ist nicht so einfach und glatt durchzuführen, wie der Finanzminister ihn in zwei Dutzend Paragraphen aufgestellt hat.

Bayerische Neuheiten.

Von M. Geßner, München.

Bayern führt zurzeit einen schweren Kampf um alte Rechte. Rechte, die selbst Bismarck, der Mann von Blut und Eisen, ihm gelassen, wollen die „demokratischen" Baumeister eines „freien" Deutschland von heute nicht mehr anerkennen. Der Widerstand Bayerns gegen die Vergewaltigung nicht nur seiner Sonderrechte, sondern auch von Rechten, die es mit den anderen Bundesstaaten gemeinsam hatte, entspringt nicht abstraktem Partikularismus, sondern dem Gedanken an die notwendigen Voraussetzungen wirtschaftlichen und kulturellen Eigenlebens, das man den zu „Gliedstaaten" degradierten bisherigen Bundesstaaten ja noch lassen will. Wie sich die bayerische Regierung und die bayerischen Abgeordneten, namentlich von der Bayerischen Volkspartei, in Weimar wehren, so hat auch der Landtagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten wenigstens gegen die ärgsten Uebertreibungen des Zentralismus Widerspruch erhoben, wenn er sich auch zu der von der Bayerischen Volkspartei vorgeschlagenen kräftigen Form nicht bekennen wollte. Dadurch, daß man in Bayern mit der Einberufung des Landtags unnötig lange zögerte, ein Umstand, dem die Ereignisse vom 21. Februar nicht zuletzt zu verdanken sind, daß man um mehrere Wochen hinter dem Weimarer Parlament herhinkte, ist hier manches versäumt worden, was nicht mehr gut zu machen sein dürfte. Die Selbständigkeit Bayerns hat schweren Schaden genommen.

Um so seltsamer berühren gewisse Versuche, in der bayerischen Politik eigene Wege zu gehen, Versuche, deren praktische Ergebnisse nicht von Dauer sein können, wenn das Reich sich nicht anschließt. Soweit man in Bayern vernünftige Gedanken hat, soweit man Wege weiß, auf denen man zu guten Zielen kommen kann, könnten wir es natürlich nur begrüßen, wenn man das Reich mit Erfolg dafür zu gewinnen sich bemüht. Vor Lufthieben aber sollte man sich hüten, sie nützen nicht nur nichts, sondern schmälern nur das Ansehen Bayerns, das ohnehin schon durch mancherlei Taten und Unterlassungen gelitten hat. Und ein solcher Lufthieb war beispielsweise die Aufhebung des Adels durch Annahme eines von der sozialistischen Regierung vorgelegten dahingehenden Gesetzes. Gegen die Beseitigung der Vorrechte der Geburt ist im demokratischen Staate nichts zu sagen, wenn die Sache konsequent durchgeführt wird, wenn nicht Vorzüge in einer dem alten Brauch entgegengesetzten Richtung konstruiert werden. Daß man aber mit den Vorrechten des Adels auch den adligen Namen „aufhob", muß gerade vom demokratischen Standpunkt aus als Geschmacklosigkeit empfunden werden. Dies ist beispielsweise auch die Ansicht des gewiß demokratischen Dr. Quidde. Von der Regierung schon ist die Sache ziemlich unverständlich. Hätte sie sich dazu etwa von außen her raten lassen, so wäre sie schlecht beraten worden. Wäre sie aber selbst auf die Idee gekommen, etwa um eine Konzession an die Herren „von der Straße" — die Vertreter des Neuadels — zu machen, so möge sie bedenken, daß man durch Schwächlichkeiten schwache Positionen nicht stärkt. Was die anwesenden Abgeordneten bewogen hat, bis auf wenige Ausnahmen dem Gesetz wortlos zuzustimmen, wird man vielleicht später einmal genauer erfahren. Die Kommunisten verkünden ja, der Landtag habe überhaupt vor einem „Vogel friß oder stirb!" gestanden. Nun sind sich die Gelehrten noch nicht einig darüber, ob dieses Gesetz die Sache endgültig erledigt oder ob vom Reiche her der Ruhm Bayerns als eines modernen Abdera angefochten werden kann. In Preußen wird man eher einen umgekehrten Weg gehen. Justizminister Heine trägt sich mit dem Plan, die Strafbestimmungen für unbefugte Führung des Adelstitels zu beseitigen, so daß sich, wie er sagte, Herr Rosenfeld „von Rosenfeld" nennen kann. Und das wird dann sicher mancher Lederhändler und sonstige Kriegsgewinnler tun. Auch im Namen der Demokratie!

Sehr viel ernster und wichtiger ist ein anderes Gebiet, auf dem man in Bayern eigene Wege zu gehen und dem Reiche ein Beispiel zu geben sucht — wenn man in Bayern nicht etwa doch der Geschobene ist. Das Reich hat die Sozialisierung in Angriff genommen, Bayern soll seine „Vollsozialisierung" haben. Den Anstoß dazu hatte noch der Zentralrat vor Einsetzung der jetzigen Regierung gegeben, indem er am 14. März zur Ermöglichung der Vollsozialisierung die Errichtung eines Zentralwirtschaftsamtes im Sinne eines Triumvirats Kranold-Neurath-Schumann beschloß. Der Zentralrat selbst handelte dabei wohl auf Anregung des in Wien geborenen Privatdozenten Dr. Neurath aus Heidelberg, früheren Direktors des Deutschen Wirtschaftsmuseums in Dresden, der am 25. Januar im Münchener Arbeiterrat einen Vortrag über die Sache gehalten hatte. Neurath hat auch über Wesen und Weg der Sozialisierung eine Broschüre geschrieben. Er will Produktion und Güterverteilung planmäßig und nach sozialen Gesichtspunkten gestalten und an die Stelle der freien Verkehrswirtschaft die Verwaltungswirtschaft setzen. Die Träger der Vollsozialisierung sollen die mancherlei Verbände sein, die unter Leitung der Gesellschaft stehen: Kartelle, Trusts, Handwerkervereinigungen, landwirtschaftliche Genossenschaften usw. Im einzelnen Betrieb soll der einzelne die Verantwortung tragen, nur soll er in seinen Entschließungen dem Verbande und der besonderen Kontrolle der Betriebsräte, Bauernräte usw. unterworfen sein. Ein besonderer Vorschlag betrifft eine Kommunistensiedlung in Bayern, für die ein bestimmtes Gebiet enteignet werden soll, auf dem die Herren die Probe aufs Exempel in vollster Freiheit machen könnten.

Diese und andere Ideen hat Dr. Neurath auch im Sozialisierungsausschuß des Landtags (während das Plenum vertagt ist, sind die Ausschüsse mit der weiteren Vorbereitung der gesetzgeberischen Arbeiten beschäftigt) vorgetragen, worauf die „Korrespondenz Hoffmann" den Beschluß auf Errichtung eines Zentralwirtschaftsamtes zur „Vorbereitung und Verwirklichung des Sozialismus, Kommunismus und Solidarismus" meldete. Das sah so aus, als hätte der Ausschuß alle Pläne Neuraths gebilligt, und zunächst schien auch mancher nicht zu wissen, was eigentlich vor sich gegangen war. Die offiziöse Korrespondenz mußte sich dann aber berichtigen und feststellen, daß der Ausschuß nicht alle diese Pläne gebilligt, sondern lediglich einen Antrag Schlittenbauer-Simon angenommen hatte. Dieser Antrag erforderte die Errichtung eines Zentralwirtschaftsamtes, das vor allem die Betriebe sofort in gemeinnütziger Arbeit zu vereinigen habe, die der Schaffung von Wohnung und Kleidung dienen, und das außerdem die Erzeugung der Ernährung planmäßig gestalten solle. Schließlich sollten noch der Reichsregierung Anregungen für die Regelung der Ein- und Ausfuhr gegeben werden. Nach sozialistischem Kommunismus sieht das nun nicht ohne weiteres aus, wenn auch nicht genau zu übersehen ist, was das Zentralwirtschaftsamt, zu dessen Leiter inzwischen Neurath berufen wurde, daraus machen wird.

Neurath ist, wie viele Reformatoren, am stärksten in der Kritik. Gewiß hat er auch positive Ziele, die man sich aber genau ansehen muß. Dazu gehört auch die bereits in Angriff genommene Sozialisierung der Presse, die vielleicht zu einer Art konstitutioneller Fabrik führen soll. Neurath ist auch hier wie in anderem nicht Erfinder, sondern Vertreter mehr oder minder populärer Ideen. Wir waren nie Anhänger des absoluten freien Spiels der Kräfte, aber wir sind auch der Ueberzeugung, daß an dem Wirtschaftssystem, das wir bis zum Kriege und bis in den Krieg hinein hatten, so bald noch nicht viel geändert worden wäre, wenn der Mammonismus in diesem Kriege sein goldenes Kalb nicht selbst zum Teil zerstört hätte. Das Schlagwort Sozialisierung hat den starken Widerhall doch erst gefunden, seit fast alles fühlt, daß wir Sozialisierung nötig haben, um über die Zerstörung unseres Wirtschaftslebens hinwegzukommen. Aber es wird keine Sozialisierung geben, die der großen Masse der Deutschen in absehbarer Zeit in rein materieller Hinsicht das bieten kann, was sie bis zum Kriege hatte. Was ist nun Sozialisierung? Neurath hält mit Recht nicht viel von einzelnen Verstaatlichungsaktionen im Reiche. Es sei dem Arbeiter und Bauern gleichgültig, ob Staatskohle oder Privatkohle verheizt werde. Vielleicht ist das nicht einmal gleichgültig, denn es könnte dadurch die Kohle teurer werden, es könnte ein Ausfall an Steuern, an Einnahmen für den Staat entstehen und so die Sozialisierung gerade beeinträchtigt werden. Sozialisieren heißt u. a. rationalisieren, es heißt noch viel mehr, aber gewiß nicht — darin hat Neurath recht — bureaukratisieren. An einem etwaigen gemischtwirtschaftlichen System sollten wir nach den Erfahrungen mit den Kriegsgesellschaften genug haben. Die Sozialisierung nach russischem Muster durch Uebernahme der Betriebe durch die Arbeiter muß für jeden, der nicht das Elend für die anderen vergesellschaften, selbst aber im Trüben fischen will, undiskutierbar sein.

Nun ist allerdings selbstverständlich, daß in unserer heutigen Lage Produktion und Verteilung nicht nach freier Willkür der einzelnen erfolgen können. Hier muß das gemeinsame Interesse, müssen soziale Rücksichten maßgebend sein, Interessen, deren sich der Staat annehmen, Rücksichten, die er schlimmstenfalls er-

zwingen müßte. Aber der Staat kann nur die oberste Instanz, die Aufsicht sein, das Gelingen der Aufgabe, vor der wir stehen, kann nur durch freiwillige gesellschaftliche Organisationen verbürgt werden, mögen diese Organisationen Kammern, Räte oder wie immer heißen. Eine Zwangsorganisation müßte versagen, und derartige Experimente können wir gerade jetzt nicht brauchen, wo es heißt, allmählich wieder in normale Verhältnisse überzuleiten. Der Zweckverband der landwirtschaften Körperschaften Bayerns warnt denn auch vor Verstiegenheiten, indem er sich gleichzeitig bereit erklärt, alle Maßnahmen zur Förderung landwirtschaftlicher Produktion zu unterstützen. Dr. Neurath will einzelnen zwar die Verantwortung aufladen, ihnen aber keinen freien Willen und keine Selbständigkeit lassen, mit anderen Worten, er sucht Sündenböcke. Die wären ja vielleicht zu finden, aber was hat von ihnen die Gemeinschaft, wenn sie zugleich Stümper sind?

Wenn gewisse Experimente lediglich an den paar Theoretikern hinausgingen, so könnte man dazu schweigen. Da es sich aber um Sein oder Nichtsein der Gesamtheit handelt, muß vor Halsbrechereien gewarnt werden. Im Rahmen dieser Einschränkung aber mag mancher es vielleicht begrüßen, daß nun Gelegenheit gegeben werden soll, eine gewisse Stubenweisheit praktisch auf ihren inneren Wert zu erproben. Wir hätten nichts dagegen, wenn der Versuch so günstig wie möglich ausfiele, wenn sich herausstellen sollte, daß der Mensch mit dreizehn Arbeitsjahren wirklich seine Schuld an die Gemeinschaft gezahlt hat, daß eine Arbeitszeit von vier bis sechs Stunden auch ausreicht. Die Kommunistensiedlung wäre als besonders drastische Probe aufs Exempel an sich vielleicht sogar wünschenswert. Man möchte doch sehen, ob die Herrschaften das Paradies auf Erden herstellen können, wenn sie ganz unter sich sind und von minder vollkommenen Menschen nicht gehindert werden. Wir fürchten, daß es ganz anders kommen wird, daß auch noch andere Pläne Dr. Neuraths sich als Seifenblasen erweisen werden. Manche Herren verwechseln sozial mit sozialistisch. Was ihnen vorschwebt, ist — bei aller Geistreichigkeit — geistlose materialistische Technik. Sie träumen von der Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Das ist sozialistisch. Sozial aber ist die Vergesellschaftung der Menschen, ihre Erfüllung mit sozialer Gesinnung und Erziehung zur Arbeit. Das mag auch Neurath wollen, die Frage ist aber: Wie will er's machen? Nicht kommunistischer Solidarismus, sondern christlich-soziales Gemeinschaftsleben kann den Aufstieg der Menschheit aus ihrem jetzigen Zusammenbruch, wenn ihr ein Aufstieg noch einmal gegönnt sein sollte, allein sichern. Christlich-soziale Gesinnung wird die beste Garantie sein für Ruhe und Ordnung und die stärkste Triebfeder zu der unablässigen fleißigen Arbeit, die allein die Güter erst schaffen kann, die andere schon „sozialisieren" möchten, ehe sie noch da sind. Wer der Menschheit die Notwendigkeit unermüdlicher Arbeit predigt, ist ihr Freund, nicht wer ihr vom Tagewerk des Faulenzertums ein Paradies verspricht. Ist durch das Bekenntnis zu christlicher Weltauffassung die Anerkennung der Pflicht zur Arbeit und die Liebe zur Arbeit fest begründet, so läßt sich über die Organisation reden. Was an Neuraths Theorie überhaupt Wirklichkeitsgehalt hat, ist nur realisierbar, wenn er über die materialistische Technik hinaus bis zur christlichen Menschenseele vordringt.

Der Flieger.

Am Himmel zieht er einsam seine Bahn
In golddurchwogter, lichter Abendhelle,
Perlmutterfarben glänzt der Aeroplan,
Mattsilbern, wie die Flügel der Libelle.

Und immer höher schwingt er sich empor,
Bis zu der Wolken fernstem Goldgefieder,
Ein Punkt, der sich im Aetermeer verlor,
Und senkt sich pfeilschnell dann im Gleitflug nieder.

Das Auge folgt dem wechselvollen Spiel
Des kühnen Seglers im Bereich der Lüfte,
Bald ist der Himmel seiner Sehnsucht Ziel,
Bald locken ihn der Erde dunkle Grüfte.

So schwebt er hin in der Unendlichkeit
Und muss doch wieder in der Tiefe landen,
Wie meine Seele, höhenflugbereit,
Sich noch gefesselt fühlt von Erdenbanden.

Josefine Moos.

Der Völkerbund Wilsons.

Von Dr. E. Ver Hees, Generalsekretär des flämischen Ministeriums für Industrie und soziale Arbeit.

(Schluß.)

Mit Rücksicht vielleicht auf kapitalistische Kreise wird nichts gesagt über die Gleichberechtigung der Völker, bzw. der Mitglieder auf dem Gebiete des internationalen Handels, der Durchfuhr, außer im § 19 und einzig und allein für zentralafrikanische Kolonien, welche unter Zwangsverwaltung gebracht werden sollen. Wird es sonst in der Zollpolitik wieder Staaten erster und zweiter Klasse geben? Wird die Meistbegünstigungsklausel beschränkt oder mißbraucht werden? Es wäre die wirtschaftliche Ausschließung, welche Wilson am 30. August 1917 in seiner Antwort an den Papst verwarf, wie jede Begünstigung und jede Rache.

Auch von der Freiheit der Meere ist keine Rede. Wo bleibt die Beseitigung der einseitigen Behauptung der Verkehrswege durch eine Macht, wo die unbedingte Freiheit des Privateigentums auf hoher See für jede Nation, starke wie schwache? Und gegenüber der Vernachlässigung der Regelung dieser großen Reform, welche England 1909 leider nur vorübergehend vertreten hat, gegenüber dem unbestraften systematischen englischen Seeraub, auch zum Schaden der Neutralen, ist man sehr scharf in der Forderung der Wiederherstellung der Schäden zu Lande, welche nicht aus Beutegier entstanden sind, sondern durch regelmäßige militärische Maßnahmen und oft durch die Waffen des beschädigten Staates selbst! Immer zwei Maße und zwei Gewichte, im Widerspruche mit der Erklärung Wilsons vom 27. September 1918.

Hat übrigens Wilson jemals die Gesetzlichkeit, die Effektivität und Menschlichkeit der Hungerblockade erkannt, gegen welche er Ende 1914 besonders im Namen der amerikanischen Interessen einen wirkungslosen Protest an England gerichtet hatte? Ausdrücklich wohl nicht. Sein § 16 mit der vorgesehenen Hinderung des Zahlungs-, Handels- und Personenverkehrs mit den Unbotmäßigen bringt doch neue frauen- und kindermörderische Greuel dieser Art in der Zukunft mit sich? Es bleibt dabei, daß er jene Maßnahme als ungesetzlich, uneffektiv und unmenschlich bezeichnet hat, und daß Genugtuung und Wiederherstellung ebensogut für ihre Folgen geboten ist als für andere unheimliche Erscheinungen dieses Krieges. Aber davon ist in den lange geheim gehaltenen Abmachungen von Paris keine Rede. Wohltuend ist doch, daß Wilson im § 23 die Oeffentlichkeit aller zukünftigen Verträge fordert. Das ist nicht eben angenehm für die Entente.

Ein schwacher Punkt des Programms Wilsons ist die Kolonialfrage. Vielleicht gibt er nur aus Taktik den Alliierten soviel nach und begründet seine Vorschläge mit einer so wenig überzeugenden Beweisführung, daß die Antwort nicht verfehlen kann, auf die öffentliche Meinung der Welt Eindruck zu machen.

Er wirft Deutschland vor, in der Behandlung der Eingeborenen seiner Kolonien „kein Gewissen gehabt zu haben, ihnen unerträgliche Lasten auferlegt zu haben, deren Ausrottung mehr in seinem Interesse als deren Entwicklung gewünscht zu haben." „Es werden andere Staaten ausgesucht werden, die bereits gezeigt haben, daß sie imstande sind, in dieser Sache gewissenhaft vorzugehen." Wahrscheinlich die Nachfolger derjenigen, welche die Rothäute und die Australier fast ganz, die Tasmanier ganz ausgerottet haben. Ihrer Wohnsitze beraubt, werden noch heute diese Ureinwohner mehr und mehr bedrängt, von den Reservationen, wohin man sie zwangsweise übergeführt hat, nach ferner und schlechter gelegenen Reservationen verbannt. In Indien starben nach dem „Lancet", dem Hauptorgan der britischen Aerztewelt, in zehn Jahren neunzehn Millionen Menschen, zu unserer Zeit, um die Wende des zwanzigsten Jahrhunderts, an der Pest und an Hunger, durch die Schuld oder die Nachlässigkeit der britischen Behörden. Freilich könnte man, will man ganz gerecht sein, beifügen, daß unter einheimischen ganz unabhängigen Herrschern vielleicht ebensoviel und gar mehr gestorben wären. Aber die Tatsache der mörderischen Ausbeutung der Einwohner durch die Briten wird dadurch wenig entschuldigt. Der Opiumkrieg in China ist auch kein glänzendes Beispiel der Gewissenhaftigkeit. Wie England zehntausenden von stammverwandten südafrikanischen Buren ihre Frauen und Kinder wissenschaftlich hat verkommen lassen, wurde durch die französische Presse vor 15—20 Jahren dargestellt. Wie England die heiligsten Be-

teuerungen seiner Staatsmänner gegenüber der Unabhängigkeit Aegyptens gehalten hat, ist noch zu frisch in der Erinnerung.

Da dabei das fromme und gewissenhafte Albion die sogenannten belgischen Greuel im Kongo doch ein wenig übertrieben hat, wird es vielleicht zur Sühne einige der ehemals beschuldigten Belgier zur Hebung der Eingeborenen in Ostafrika gebrauchen, wo die Politik eines Frhrn. von Rechenberg und die Leitung Lettow-Vorbecks aber unter diesen Schwarzen eine bewunderungswürdige Hingabe an Deutschland gezeitigt hat. Daß sonst deutsche Behörden und Pflanzer sich gröblich vergriffen haben, kann in der Heimat Warren Hastings nicht wundernehmen. Das gab's überall in kolonialen Unternehmungen.

Was die unerträglichen Lasten betrifft, so hat es eben in Amerika einen gewissen George Washington gegeben, der mit einigen Freunden manche nicht ganz unbegründete Beschwerden gegen England erhoben hatte. Und für Indien schätzt William Digby („Prosperous" British India, a revelation from official records, London, bei Fisher Unwin, 1901) das tägliche Einkommen eines jeden Einwohners in 1850 auf zwei Pence (16 Pfennig), in 1882 nach offizieller englischer Berechnung auf nur anderthalb Penny (12 Pf) und in 1900 noch einer „analytical Examination of all Sources of Income" auf weniger als dreiviertel Penny, also kaum auf sechs Pfennig pro Tag! Dabei zitiert er den recht ehrenwerten Lord George Hamilton, Staatssekretär für Indien, in dessen Rede im House of Commons, 16. August 1901: „I admit at once that if it could be shown that India has retrograded in material prosperity under our rule, we stand self-condemned, and we ought no longer to be trusted with the control of that country." Das heißt: „Ich nehme gleich an, daß, wenn es bewiesen werden könnte, daß Indien unter unserer Herrschaft in materieller Wohlfahrt Rückschritte gemacht hat, wir selbstverurteilt dastehen würden, und wir dürften nicht länger betraut werden mit der Aufsicht über jenes Land."

Die Ausbeutung (the drain) von Indien durch England steht durch manche andere britische Zeugnisse ziemlich wohlbegründet. Und die britischen Kaufleute haben auch in anderen Kolonien Anlaß zu einigen Kritiken gegeben. Wilberforce, Gladstone und andere Engländer haben sich wohl Verdienste erworben gegenüber den unglücklichen, unterdrückten Völkern; sie haben dennoch nicht vermocht, das ganze Sündenregister ihrer Mitbürger auszulöschen, und dem englischen Pharisäer geziemt etwas weniger Ueberhebung gegenüber dem deutschen Zöllner.

Dabei wirkt noch einmal befremdend, daß wieder laut § 19 nur der ausführende Rat über Südwestafrika und die Südseeinseln verfügen wird!

Die gewalttätigen Eroberungen und die rauhe Behandlung der Eingeborenen und sogar der christlichen Missionen durch die Franzosen in Afrika, auf Madagaskar und in Indochina enthalten auch manche unrühmliche Blätter.

Das alles und manches andere kann Wilson in der Hauptsache nicht entgangen sein. Daß in seiner Haltung neben einigen angelsächsischen Geneigtheiten, Vorurteilen und Illusionen doch Taktik, Klugheit und vielleicht ebensogut berechnete als gerechte Ironie gegenüber seinen Assoziierten liegen kann, zeigt der Passus in § 19, wo er vorschlägt: „Die Eingeborenen dürfen keinerlei militärische Unterweisungen erhalten, es sei denn für Polizeizwecke und zur Verteidigung ihres Gebietes." Nach dem Mißbrauche, den Engländer und Franzosen massenhaft von ihren farbigen Truppen in diesem Kriege an den gefährlichsten Stellen gemacht haben, kann dieser Vorschlag als kalter Wasserstrahl gelten. Dem Manne, der seinen Assoziierten so was bietet, verdient geholfen zu werden. Es wird möglich sein, ihm und mit ihm der öffentlichen Meinung der Welt noch manches andere in ein günstigeres Licht zu bringen, als es bisher der Fall war. Wie sehr die Entente das Licht fürchtet, erhellt nicht nur aus dem fortwährenden Verbot deutscher Schriften, sondern auch daraus, daß die unterseeischen Kabel Deutschlands nicht zurückgegeben werden sollen und daß die drahtlosen Stationen von Nauen, Hannover, Wien und Budapest keine politischen, nur Handelsnachrichten in Zukunft bringen dürfen! Schlechtes Gewissen! Furcht vor der Aufklärung der eigenen Ententevölker!

Uebrigens scheint Wilson, nach gewissen Wendungen seiner Reden und Vorschläge zu schließen, in der Kolonialpolitik weiter zu schauen als diejenigen, welche in Götterselbstgefühl nur des Tages genießen wollen. Er scheint einzusehen, daß ihre Vergangenheit sie vor dem Ende des kolonialpolitischen Zeitalters nicht bewahren wird: die von der Natur begünstigten Länder werden bald neue Geschlechter von Eingeborenen erzeugen, welchen man den Gebrauch der Technik und die Einrichtung einer heimischen Industrie nicht länger mehr wird vorenthalten können. Wenn die Rohstoffe und Wasserkräfte oder Steinkohlen durch „skilled labor", durch gelernte Arbeiter indischer, chinesischer und afrikanischer Stämme in ihren Heimatgegenden verwertet werden, dann dreht sich sozusagen die Erde um eine andere Achse und die angelsächsische Herrschaft wird gefährdet sein, zum Teil durch Arbeitslosigkeit der eigentlich britischen Kräfte.

Liegt das im Interesse anderer weißer Völker? Ist es nicht ratsam, den Uebergang wenigstens zu mildern durch Zusammenschluß der jetzigen Hüter dessen, was wir Kultur nennen, und durch allgemeinen Beitritt zum Völkerbund zu retten, was für Europa zu retten ist? „Völker Europas, wahret eure heiligsten Güter!" Vom Urheber dieses Wortes hat soeben der sozialdemokratische Minister Landsberg gesagt, er hätte lautere und gute Absichten gehabt. Mitunter hatte er wirklich Einsicht, oder war gut beraten, wie durch den Freiherrn von Berlepsch zugunsten der Arbeiterschutzkonferenz von 1890.

Mögen auch die weißen Arbeiter erwägen, was für sie selber an einer zweckmäßigen Behandlung der Farbigen gelegen ist. Wenn es nicht zu erreichen wäre, den Arbeiterschutz und eine vorsichtige, allgemein menschliche Organisation allmählich auf Asiens und Afrikas Massen auszudehnen, dann könnten einmal die jetzigen Kriegszeiten mit ihrer bittern Not noch als eine goldene Zeit dem nächsten Geschlecht erscheinen, im Vergleich mit dem Lohnsturz und mit der Arbeitslosigkeit, die fast unvermeidlich sonst unser wartet. Unterdessen kann man vom Standpunkt der Entente sich nur wundern über die Kurzsichtigkeit, mit welcher sie die Entwaffnung Deutschlands fordert: dadurch zerstört sie das Bollwerk Westeuropas gegen Rußland und vielleicht später gegen die gelbe Gefahr, die ebenso wie zur Zeit der Hunnen entstehen kann, wenn die chinesischen Massen einmal durch einen Organisator in Bewegung gebracht werden.

Was die Durchführung der Beschlüsse des Völkerbundes, bzw. seiner Schiedsgerichte oder seines ausführenden Rates betrifft, da muß noch Kritik einsetzen. Ein allgemeines Durchzugsrecht wird eingeführt, unter einseitiger Aufhebung aller Verträge, welche sich ihm widersetzen. Hier sollte man vielleicht vorsichtiger sein, um denen keine Waffen zu liefern, welche den Durchmarsch über Belgien noch rechtfertigen möchten. Man hat schon hingewiesen auf die gewaltsame Aufhebung jeder Neutralität, welche entsteht durch den auch den Nichtmitgliedern des Bundes untersagten Handels-, Zahlungs- und Personenverkehr mit den Unbotmäßigen oder mit den Gegnern der „Maschinerie". Der Beschluß kann irrig, ungerecht sein; Prätorianer werden ihn zu Wasser und zu Lande durchsetzen, auch gegen die öffentliche Meinung der Neutralen und der Minorität der Staaten, welche vielleicht die Mehrheit der Völker sein kann.

Man sollte sich auch nicht zu rasch einbilden, ein Beschluß, ein Widerspruch könnte gegen die „großen Herren" durchgeführt werden. England behält und verstärkt seine Flotte und seine Burgen an den Meerengen, wie die Raubritter des Mittelalters, trotz Gottesfrieden, an den Handelsstraßen von damals. In den Vereinigten Staaten selbst wird durch das Parlament ein verstärkter Etat angenommen und Marinebauten mit Fieberhast unternommen.

Hier fürchtet man eben im Völkerbund eine Gefährdung der Monroelehre und eine europäische Einmischung in rein amerikanische Angelegenheiten.

Japan . . . ach! hier höret jede Gemütlichkeit auf, man weiß aber nicht, gegen wen! Frankreich beansprucht die bewaffnete Vollzugsmacht zu Lande, das heißt, die Verwirklichung seines ewigen, bösen Traumes der Vorherrschaft auf dem Festlande, wo es nach Carlyle gegenüber Deutschland vierhundert Jahre lang der schlechteste Nachbar gewesen ist, den ein Volk je gehabt hat. Die Italiener und die Südslawen sind noch nicht vor einen Schiedsrichter zu bringen; über die Bedingungen und Voraussetzungen ist noch keine Einigung zu erzielen. Die Tschechen und Polen scheinen sich um Abgrenzungslinien und Waffenstillstand nicht übermäßig zu kümmern. Die russischen Machthaber und ihre Gegner verbleiben in bitterer Fehde untereinander und sind nur einmütig in dem Punkte, daß sie nicht zu Unterhandlungen zusammenzubringen sind.

Wenn man alle diese Schwierigkeiten und einige andere zusammenfassend ansieht, dann begreift man, wie schwierig die Aufgabe ist, welche Wilson sich auferlegt hat, und seine grimmigsten Gegner werden dazu kommen, ihn milder zu beur-

teilen. Wir sehen ihn, der früher Europa nie besucht hatte, viermal im Winter den grimmen Ozean durchkreuzen. Wenn es erlaubt ist, den Präsidenten mit dem Organisator und Schirmherrn des christlichen und friedlichen Europas, Karl dem Großen, zu vergleichen, obgleich die Lage und die Mittel so verschieden sind, dann möchte er wohl mit Karl, nach dem Worte der Chanson de Roland, ausrufen: »Deus! dist li reis, si penuse est ma vie!« „Gott! sagt der König, wie peinvoll ist mein Leben!" Und die deutschen Lande bereiten ihm vielleicht noch einige Sorgen hinzu!

Wird seine Voraussicht und seine Einsicht den Sieg über die eigene Erziehung und die Stammesvorurteile davontragen? In jedem Angelsachsen, auch in dem organisierten Arbeiter, gestand einmal Vandervelde, steckt eine Denkungsart, welche von den anderen absticht. Ich möchte sagen, Cecil Rhodes und sein einziger Glaube, der Glaube an die gottgewollte, naturnotwendige Ueberlegenheit und Vorherrschaft der Angelsachsen, findet in gewissem Maße sein Ebenbild in seinen meisten Stammesgenossen. Die anderen Völker sollten froh sein, ihnen dienen zu dürfen.

Wird der so angelsächsisch gefärbte Staatenbund es Deutschland ermöglichen, die Lebensmittel, die Rohstoffe, die Absatzgebiete, die koloniale Arbeit, die Weltschiffahrt, die Weltwirtschaft, wenn auch nur allmählich wiederzufinden, ohne welche dieses Land von siebzig Millionen dem Untergange geweiht wäre? Oder müssen die Franzosen Recht behalten, die in 1913 schrieben und druckten: „Es gibt zwanzig Millionen Deutsche zu viel, sie müssen beseitigt werden!" Will man den Deutschen in ihrer Heimat das Leben, die Brotgewinnung unmöglich machen und sie von den anderen Gegenden als unerwünscht fernhalten? Das wäre ja der massenhafte, der millionenhafte Hungertod, oder wahrscheinlich der furchtbarste Verzweiflungs- und Wutausbruch, den die Geschichte je gesehen hätte, den sehr viele Franzosen und manche Engländer zugleich wünschen und befürchten, und der vielleicht wirklich die Weltrevolution erzeugen und die Großgewinnler des Weltkrieges von ihrer Höhe stürzen würde! Kann der Gebrauch der wirtschaftlichen Waffe, die Hungerblockade, in Zukunft nicht auch andere Völker bedrohen und so aus dem Völkerbund selbst eine Quelle von neuen Gefahren machen.

Die „Daily News" Gardiners nennt die Fortsetzung der Blockade eine infame Politik der englischen Regierung, und der anglikanische Bischof von Oxford schreibt an die „Times": „Ich bin der Ansicht, daß wir und unsere Bundesgenossen ein Verbrechen auf uns laden, welches die Geschichte noch nach Jahrhunderten rächen wird."

Lord Robert Cecil sagt übrigens, man müsse zugeben, daß der Entwurf unvollständig sei; er spricht von Zweideutigkeiten, welche nicht durch weitere jetzige Beratungen zu beseitigen seien; „in der Kolonialfrage dürfte gerade nicht die Ungerechtigkeit und die Vergewaltigung zum Richter bestellt werden". Aber doch: „je eher der Bund im Tätigkeit trete, desto besser sei es."

Möge die Hoffnung sich doch auch in dieser Pandorabüchse finden. Mögen Haß und Leidenschaften der redlichen Vernunft und der Menschlichkeit weichen! Der Wagnisse hat die Welt genug! Mag es auch eine Selbsttäuschung sein, zu meinen, die Einzelnen, die Gruppen, die Völker und das Menschengeschlecht überhaupt könnten einmal von ihren Fehlern und Erbsünden vollständig genesen, am wenigsten zu einer Zeit, wo die bewährten religiösen Selbstbeherrschungskräfte blinde und systematische Bekämpfung finden, so muß doch der Versuch gemacht werden. Nur im Weltbund können besonders die leidenden Völker die Elemente ihrer wirtschaftlichen Neubelebung finden wie auch den sittlichen Halt und die Bedingung des Lebens: die Hoffnung auf Ruhe und auf bessere Zeiten.

Der größte amerikanische Dichter, Longfellow, hat diese Vierzeile gedichtet:

All are architekts of Fate,
Working in these walls of Time,
Some with massive deeds and great,
Some with ornaments of rhyme.

„Baumeister des Schicksals sind alle, arbeitend zwischen diesem Wallen der Zeit, einige mit erschütternden Großtaten, einige mit Verzierungen des Reimes."

Wird Wilson dem Worte die Tat folgen lassen und die Assoziierten zum Einlenken zwingen können, oder ist er nur ein Dichter und Träumer, oder wird die Macht dem edelsten Streben nicht gleichkommen?

Der letzte Vers, den Longfellow kurz vor seinem Tode 1882 dichtete, heißt:

It is daybreak everywhere!

„Ueberall ist Morgenrot"! Wenn es Wilson glückt, die sachlichen Schwierigkeiten, seine Verbündeten und sich selbst zu überwinden, dann kann ja sein Entwurf zu einem wahren Bund aller Völker erblühen, und vom Morgenrot einer besseren Zeit könnte jetzt das erste schwache Leuchten sich zeigen.

Anders würde der christliche Friede aussehen, wie der Vorschlag der „condonatio" des Papstes zeigte. Es wäre das „herzlichste Erbarmen, Güte, Demut, Sanftmut, Langmut, indem ihr einander ertraget und einander verzeihet, wenn jemand wider den anderen eine Klage hat: so wie der Herr euch vergeben hat, also auch ihr!... Und der Friede Christi herrsche in eurem Herzen!" (St. Paulus an die Kolosser, III, 12—15).

Dieser Friede ist vielleicht aber nicht von dieser Welt. Ein zu Unrecht vergessener Dichter, Matthison, sagte ja:

Fruchtlos hinieden
Ringst du nach Frieden!
Täuschende Schimmer
Winken dir immer;
Doch wie die Furchen des gleitenden Kahns,
Schwinden die Zaubergebilde des Wahns.
Auf zu der Sterne
Leuchtender Ferne
Blicke vom Staube
Mutig der Glaube:
Dort nur verknüpft ein unsterbliches Band
Wahrheit und Frieden, Verein und Bestand.

Und dennoch! Sei unser unsträflicher Wille männlicher und von näherer Zuversicht beseelt! Deutschlands Lebensbaum ist beraubt, erschüttert, vielleicht verseucht: wir müssen aber mit Goethe sagen:

Laß, o laß mich nicht ermatten.
Nein, es sind nicht leere Träume:
Jetzt nur Stangen, diese Bäume
Geben einst noch Frucht und Schatten.

Die Schulfrage in den Trennungsländern.

Von Hochschulprofessor Dr. Anton Scharnagl, Freising.

In denjenigen Ländern, in welchen die rechtliche Trennung von Staat und Kirche konsequent durchgeführt ist, ist damit auch die Schulfrage in einer Richtung entschieden: Trennung von Staat und Kirche bedeutet Ausschaltung der Kirche aus dem Leben und den Einrichtungen des Staates, also auch aus den öffentlichen Schulen, sie bedeutet die Einrichtung der öffentlichen Schulen als weltliche religionslose Schulen. Dennoch haben auch diese Länder eine Schulfrage, die Frage der Unterrichtsfreiheit, ob und wie weit es den Religionsgesellschaften möglich ist, durch Errichtung von konfessionellen Privatschulen eine Erziehung im Sinne des betreffenden Bekenntnisses zu sichern. Keines von allen Trennungsländern geht so weit wie das Schulprogramm der deutschen Sozialdemokratie, das die öffentliche religionslose Schule als Zwangsschule für alle Schulpflichtigen ohne Ausnahme fordert, also die Unterrichtsfreiheit regiert, damit, wie Wilhelm Liebknecht (Vater) 1891 diesen Punkt des Erfurter Programms begründete, „die Geistlichkeit keine Handhabe besitze, vermittels deren sie in die Schulen hereinkommen kann". Jedoch ist das Maß der Unterrichtsfreiheit, das in den einzelnen Trennungsländern gewährt wird, verschieden je nach dem Charakter, den die Trennung in dem betreffenden Lande besitzt, ob einen unparteiisch-freiheitlichen, wie z. B. in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, oder einen ausgesprochen kirchenfeindlichen wie in Frankreich.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist das öffentliche Schulwesen nicht Sache der Union, sondern der Einzelstaaten. Der Staat führt die Oberaufsicht über die öffentlichen Elementarschulen und bezahlt einen Zuschuß zu ihrem Unterhalt, im übrigen stehen sie unter der Selbstverwaltung der Grafschaften und Städte. Schulzwang besteht nicht in allen Staaten und immer nur mit der Beschränkung, daß Besuch einer Privatschule vom Besuch der öffentlichen Elementarschule befreit. Der Unterricht in den öffentlichen Schulen läßt die Religion grundsätzlich unberücksichtigt. In mehreren östlichen Staaten wurde früher ein „allgemein-christlicher" Bibelunterricht erteilt, der aber tatsächlich in ganz protestantischem Geiste gegeben wurde

und deshalb den Widerspruch der Katholiken hervorrief[1]); er ist jetzt fast überall beseitigt oder auf bloßes Lesen ausgewählter Bibelstellen beschränkt[2]). Die Gründung von Privatschulen ist vollständig freigegeben, insbesondere haben die mit Rechtsfähigkeit ausgestatteten kirchlichen Organisationen das Recht, nicht nur für gottesdienstliche sondern auch für Schulzwecke (Schulhäuser, Lehrerwohnungen, Lehrerbesoldungen) zu sorgen. Die Katholiken haben hievon im weitesten Umfange Gebrauch gemacht; in fast allen Pfarreien bestehen auf Grund der Beschlüsse der Provinzial- und Plenarkonzilien katholische Pfarrschulen, die unter ausschließlich kirchlicher Aufsicht nnd Leitung stehen[3]); die Lehrkräfte sind zumeist den religiösen Genossenschaften (Schulbrüdern und Schulschwestern) entnommen, darunter Schwestern im großem Umfange auch für Knabenschulen. Nach der Volkszählung von 1910 gab es in den Vereinigten Staaten 15 015 569 Katholiken (die Zahl ist wohl zu niedrig gegriffen); für diese bestanden 5119 Pfarrschulen, die von 1 333 786 Kindern besucht wurden. Nach dem allgemeinen Durchschnitt würden auf die 15 Millionen Katholiken etwa $1^{1}/_{2}$ Millionen schulpflichtiger Kinder treffen, was aber bei dem größeren Kinderreichtum der katholischen Familien wieder zu niedrig geschätzt ist; dazu kommt, daß nicht alle Kinder, welche die katholischen Pfarrschulen besuchen, katholisch sind, so daß sich mehrere hunderttausend katholischer Kinder ergeben, welche die öffentlichen Schulen besuchen[4]). Die Kinder, welche die öffentlichen Schulen besuchen, erhalten einen Religionsunterricht — meist Sonntags — in der Kirche oder Pfarrschule. Eine eigenartige Regelung erfolgte hinsichtlich zweier Schulen im Staate Minnesota: durch Vereinbarung des Erzbischofs Ireland von St. Paul mit diesem Staate wurden zwei katholische Pfarrschulen unter Wahrung ihres konfessionellen Charakters in öffentliche Schulen umgewandelt; Ausbildung und Anstellung der Lehrkräfte erfolgt durch den Erzbischof, Aufsicht und Aufbringung des Schulbedarfs obliegt dem Staat.

Hinsichtlich der höheren Schulen (High Schools) ist die Lage der Katholiken weniger günstig: die Zahl der katholischen Schulen dieser Art entspricht keineswegs dem Bedarf, da den Katholiken die finanziellen Mittel fehlen, von der Unterrichtsfreiheit ausgiebigeren Gebrauch zu machen. Die bestehenden Schulen werden zum geringeren Teil von einzelnen Diözesen mit Hilfe der Geistlichen und Gläubigen unterhalten, zumeist sind sie Unternehmungen religiöser Orden oder einzelner von Ordenslehrern unterstützter Pfarrer. Sie stehen unter kirchlicher Aufsicht, ihre Lehrpläne müssen von der staatlichen Prüfungskommission begutachtet sein, damit die Schüler ohne Prüfung an ein staatliches Gymnasium oder eine Universität übertreten können. Auf den vierjährigen Kurs der High School baut sich für Knaben das ebenfalls vierkursige Gymnasium auf; solche besitzen die Katholiken 229, daneben für Mädchen 701 Akademien zum Teil mit Gymnasialkursen. Alle diese Anstalten sind mit Hilfe der Gläubigen von geistlichen Orden und Kongregationen errichtet, die Knaben-Gymnasien sind alle staatlich anerkannt, die Mädchen-Gymnasien zum Teil. Die katholischen Universitäten (zum Teil Gymnasien mit angeschlossenen Fakultäten) sind ebenfalls von den betreffenden Staaten oder von der Bundesregierung privilegiert.

Es fehlt jedoch wie in den kirchenpolitischen Zuständen der Vereinigten Staaten im allgemeinen so auch auf dem Gebiete der Schule nicht an Schattenseiten. Es ist eine bekannte Tatsache, daß die katholische Kirche in den Vereinigten Staaten, wenn man die durchschnittliche Bevölkerungsmehrung und den Zuwachs durch die Einwanderung berechnet, um Millionen mehr Mitglieder zählen müßte, als es wirklich der Fall ist. Dieser Verlust ist durch die Schulverhältnisse mit herbeigeführt: es konnten nicht überall rasch genug katholische Pfarrschulen errichtet werden und sodann bieten die öffentlichen Schulen manche materielle Vorteile, die auf religiös nicht besonders gefestigte Eltern ihren Eindruck nicht verfehlen. In letzterer Beziehung wird ja auch in den katholischen Pfarrschulen in der Regel kein oder doch nur ein sehr geringes Schulgeld erhoben und auch die Lehrbücher werden in vielen Pfarrschulen wie in den öffentlichen den Kindern unentgeltlich geliefert. Wenn aber die Staatsschulen jetzt auch Frühstück und zum Teil die ganze Verpflegung, dazu ärztliche und zahnärztliche Behandlung unentgeltlich stellen, so sind die katholischen Schulen nicht in der Lage, dies nachzuahmen und besteht die Gefahr, daß sie dadurch Kinder verlieren. Eine zweite Schattenseite ist die Doppelbelastung der Katholiken. Die Staatsschulen werden aus den allgemeinen Steuern unterhalten, zu denen die Katholiken ihren vollen Anteil beizutragen haben. Außerdem müssen aber die Katholiken ihre Schulen ganz aus eigenen Mitteln erhalten, ohne daß sie irgendwelche öffentliche Unterstützung bekommen. Um welche Summen es sich dabei handelt, ergibt sich aus einer Berechnung des Kardinals Gibbons vom Jahre 1909: jedes Kind, das die öffentliche Volksschule besucht, kostet dem Staate Neuyork durchschnittlich 39 Dollars jährlich und da die Katholiken in der ganzen Union 1 300 000 Schulkinder auf eigene Kosten erziehen, ersparen sie dem Staate jedes Jahr über 50 Millionen Dollars; ferner beträgt der Wert der Schulhäuser und ihrer Einrichtungen durchschnittlich 117 Dollars für jedes Schulkind, so daß die Katholiken den Staaten an einmaligen Ausgaben für Schulzwecke ungefähr weitere 150 Millionen Dollars erspart haben.[5]) Das sind für die lange Reihe von Jahren an sich schon gewaltige Summen und zieht man in Betracht, daß die katholische Kirche auch in den Vereinigten Staaten keineswegs die Kirche der Reichen ist, so erscheint die Doppelbesteuerung um so drückender und ungerechter, allerdings auch der Opfermut der Katholiken um so glänzender.

Unter diesen Umständen ist die Zufriedenheit der amerikanischen Katholiken mit den dortigen Schulverhältnissen nicht so groß, wie der jetzige Kultusminister Bayerns seinerzeit am 9. Juli 1910 im Landtage unter Berufung auf den unkontrollierbaren Ausspruch eines ungenannten amerikanischen Kirchenfürsten behauptet hat.[6]) Außerdem will aber Hoffmann den bayerischen Katholiken gar nicht so viel Freiheit einräumen, als ihre amerikanischen Glaubensgenossen besitzen. Der Abgeordnete Landesschulrat Wörle hat damals an Hoffmann die ausdrückliche Frage gerichtet, ob er, wenn er das amerikanische System befürworte, neben der religionslosen Staatsschule auch noch Privatschulen zulassen wolle, wie sie eben in den Vereinigten Staaten im weitesten Umfange bestehen.[7]) Hoffmann hat sich auf diese Anfrage ausgeschwiegen; er steht eben auf dem Boden seines Parteiprogramms, das obligatorischen Besuch der religionslosen Schule verlangt, wie es auch der Abg. Segitz in der Sitzung des bayerischen Landtages vom 13. März 1912 gefordert hat.[8])

In den Vereinigten Staaten war die Trennung von Kirche und Schule gleichzeitig mit der Trennung von Kirche und Staat als Erfordernis der dortigen Verhältnisse gegeben. In Frankreich wurde erstere vor der letzteren durchgeführt als der erste Akt des Kampfes gegen die Kirche und in dem gleichen kirchenfeindlichen Charakter wie der zweite Akt, die Trennung von Staat und Kirche. Das Schulgesetz vom 15. März 1850 (Gesetz „Falloux") hatte die Unterrichtsfreiheit im weitesten Umfange verwirklicht, die religiösen Genossenschaften waren in der Errichtung von freien Schulen keinen Beschränkungen unterworfen, die Geistlichen der anerkannten Religionsgesellschaften ohne weiteres zur Unterrichtserteilung befähigt erklärt (Art. 17, 25). Die öffentlichen Volksschulen waren regelmäßig konfessionelle Schulen (Art. 36 Abs. V, Art. 15 Abs. III), der Religionsunterricht Pflichtfach (Art. 23), der ganze Unterricht an ihnen konnte von der Gemeinde an Mitglieder eines Ordens oder einer Kongregation übertragen werden (Art. 31), dem Ortsschulausschuß gehörte der Pfarrer von Amtswegen an, der zugleich den Religionsunterricht zu überwachen hatte (Art. 18). Endlich war keine Gemeinde verpflichtet, eine öffentliche Volksschule zu errichten, wenn sie mit einer am Orte befindlichen freien Schule ein Abkommen traf (Art. 36 Abs. IV). 1881 setzten bei den Wahlen und den darauffolgenden Kammerverhandlungen die Bestrebungen nach Trennung von Staat und Kirche ein, die zunächst noch keinen Erfolg hatten. Dafür wurde die Trennung auf einem Teilgebiete begonnen, dem der Schule. Das Schulgesetz vom 28. März 1882 überließ es zwar dem Erziehungsberechtigten, ob er den Schulpflichtigen in einer öffentlichen oder einer freien Schule oder durch Privatunterricht unterrichten lassen wollte (Art. 4 u. 7); es entkleidete aber die öffentlichen Primär-

[1]) Stimmen aus Maria Laach Bd. 15 (1878), S. 514 f.
[2]) Rothenbücher K., Trennung von Staat und Kirche (1908), S. 141.
[3]) Nur in zwei Staaten mußten die katholischen Pfarrschulen um die Zulassung ihrer Schüler zu den staatlichen Prüfungen zu erreichen, die staatliche Genehmigung erhalten und sind sie einer beschränkten staatlichen Aufsicht unterstellt. V. Macksey, Katholische Schulverhältnisse in den Vereinigten Staaten bei Zeis, Das katholische Erziehungs- und Bildungswesen der Gegenwart, Kempten 1913, S. 375, 584.
[4]) Macksey a. a. O. 373 ff., 581 ff.
[5]) Mack Fr., Trennung von Kirche und Staat, Trier 1910, S. 188 f.
[6]) Kammer d. Abg., 347. Sitzung, Stenogr. Ber. S. 243.
[7]) Kammer d. Abg., 351. Sitzung v. 14. Juli 1910, Stenogr. Ber. S. 378.
[8]) Stenogr. Ber. S. 197.

schulen ihres konfessionellen Charakters, strich den Religionsunterricht aus ihrem Lehrplan und ersetzte ihn durch einen Unterricht in Moral und Bürgerkunde (Art. 1); zugleich wurden die Geistlichen aus dem Ortsschulausschuß entfernt (Art. 3). Den Schülern der öffentlichen Schulen durfte ein Religionsunterricht nur außerhalb der Schulzeit und des Schullokales erteilt werden (Art. 2). Einen weiteren Schritt bedeutete das Schulgesetz vom 30. Oktober 1886, das es jeder Gemeinde zur unbedingten Pflicht machte, eine öffentliche Schule zu errichten und zu unterhalten und die Angehörigen religiöser Genossenschaften von der Unterrichtserteilung in den öffentlichen Schulen ausschloß (Art. 11 u. 17). Damit waren die öffentlichen Schulen durchweg religionslose Laienschulen geworden: Unterricht und Erziehung an ihnen hielten sich keineswegs, wie versprochen worden war, religiös neutral, sondern waren direkt religionsfeindlich und atheistisch. Jedoch die Katholiken besaßen noch ihre von Ordensleuten geleiteten freien Schulen: im Jahre 1898 waren annähernd 50000 Schulbrüder und Schulschwestern in diesen Schulen tätig. Hier setzte nun die Ordensgesetzgebung ein. Durch das Vereinsgesetz vom 1. Juli 1901 wurde bestimmt, daß in Frankreich nur solche Orden bestehen dürfen, die durch ein eigenes Gesetz anerkannt (ermächtigt) sind (Art. 13 u. 16) und daß Angehörige eines nicht ermächtigten Ordens keinen Unterricht erteilen dürfen (Art. 14). Von den Schulorden wurde kein einziger ermächtigt, was ohne weiteres zur Folge hatte, daß Tausende von katholischen Privatschulen geschlossen werden mußten: 1902 wurden allein 5800 Schulen dieser Art geschlossen, 1903 wurden wieder 25 Lehrorden mit 11763 Mitgliedern aufgelöst, bis 1904 waren fast 16000 freie katholische Schulen unterdrückt. Den Schlußstein dieser Ausnahmegesetzgebung bildete das Gesetz vom 7. Juli 1904, das auch den ermächtigten Orden jede Art von Unterricht verbot. Die Katholiken suchten sich dadurch zu helfen, daß die Mitglieder der nicht ermächtigten Orden sich laisieren ließen und dann ihre Schulen als private Laienschulen wieder eröffneten, aber auch hier wurden ihnen seitens der Behörden möglichst viele Schwierigkeiten gemacht; nur ein geringer Teil der bisherigen katholischen Freischulen konnte auf diese Weise gerettet werden. So war durch die Schul- und Ordensgesetzgebung die Schulfrage bereits in kirchenfeindlichem Sinne gelöst, als durch das Gesetz vom 9. Dezember 1905 die Trennung von Staat und Kirche verfügt wurde. Darin sind in Art. 38 die Ausnahmegesetze gegen die religiösen Orden ausdrücklich aufrecht erhalten, obwohl solche Ausnahmegesetze dem Grundgedanken der Trennung widersprechen, nach dem der Staat die religiösen Vereine nicht anders als die übrigen Vereine zu behandeln hätte. Zu beachten ist ferner, daß das französische Trennungsgesetz im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten die vorgesehenen (aber nicht ins Leben getretenen) Kultusvereine auf die Aufbringung der Kosten für den Kultus beschränkt, ihnen also nicht die Errichtung von Pfarrschulen ermöglicht (Art. 4 und 18) und daß diejenigen Kirchengüter, die nicht rein kirchlichen sondern wohltätigen oder Schulzwecken dienen, öffentlichen Anstalten überwiesen werden mußten (Art. 7). Durch diese Bestimmungen wird verhindert, daß die Zukunft katholischer Privatschulen durch Festlegung eines bestimmten Vermögens gesichert werde. Im ganzen ist die französische Gesetzgebung ein Musterbeispiel dafür, wie durch lästige Ausnahmebestimmungen die an sich bestehende Unterrichtsfreiheit für die Katholiken illusorisch gemacht werden kann, sodaß für sie das Gegenteil von Freiheit und Gleichheit festgelegt ist.

In einer Gruppe von Trennungsländern ist die rechtliche Trennung von Staat und Kirche nur teilweise durchgeführt, so daß noch bestimmte öffentlich-rechtliche Beziehungen zwischen beiden bestehen. Zu diesen Ländern gehören u. a. Belgien und Holland, die auch in der Regelung der Schulfrage Besonderheiten aufweisen. In Belgien ist durch Artikel 17 der Verfassung vom 25. Februar 1831 volle Unterrichtsfreiheit garantiert. Die Durchführung dieses Grundsatzes war aber eine wechselnde, das Schulgesetz vom 10. Juli 1879 trug einen stark kirchenfeindlichen Charakter, jenes vom 20. September 1884 brachte eine wesentliche Besserung, gegenwärtig gilt das Schulgesetz vom 15. September 1895. Darnach hat jede Gemeinde entweder eine öffentliche Volksschule zu errichten oder sie kann mit königlicher Genehmigung eine am Ort befindliche Privatschule „adoptieren"; letzteres ist aber ausgeschlossen, wenn zwanzig Väter schulpflichtiger Kinder eine öffentliche Volksschule verlangen (Art. 1). Voraussetzung, daß eine Privatschule adoptiert werden kann ist, daß sie ein geeignetes Schullokal besitzt, die nötige Zahl staatlich geprüfter Lehrkräfte aufweist und in ihren Lehrplan alle Pflichtfächer aufgenommen hat (Art. 19). Trotz der Adoption bleibt aber diese Schule unter der Verwaltung des Komitees, das sie gegründet hat und auch nach der Adoption die Lehrkräfte ernennt. Den Bedarf für die öffentlichen und die adoptierten Schulen hat die Gemeinde mit Unterstützung der Provinz aufzubringen (Art. 7); außerdem erhalten öffentliche, adoptierte und adoptierbare Schulen die gleichen Staatszuschüsse (Art. 8). In den öffentlichen Schulen ist der Religionsunterricht ein notwendiges Unterrichtsfach, die Erteilung erfolgt unter kirchlicher Aufsicht entweder durch die Geistlichen oder durch von ihnen beauftragte und von der Gemeinde genehmigte Personen. Vom Besuche des Religionsunterrichtes an den öffentlichen Schulen werden aber alle Kinder befreit, deren Eltern dies durch eine schriftliche, gesetzlich formulierte Erklärung beantragen (Art. 4 u. 5). Dort, wo alle Kinder den Religionsunterricht besuchen, ist die öffentliche Volksschule in ihrem ganzen Unterrichte eine konfessionelle; dort, wo eine Anzahl Kinder dem Religionsunterrichte fernbleibt, darf der Lehrer auch im übrigen Unterricht nicht auf religiöse Wahrheiten Bezug nehmen, die Schule ist im wesentlichen religionslos. Tatsächlich sind die meisten öffentlichen Schulen konfessionell. Die Katholiken besitzen in Belgien auf Grund dieser Bestimmungen eine sehr große Anzahl adoptierter oder wenigstens adoptierbarer katholischer Schulen; sie werden von einem Ausschuß geleitet, in dem der Pfarrer stets Mitglied und zumeist Vorstand ist; sie stehen nicht nur hinsichtlich des Religionsunterrichts, sondern in allen Fächern unter kirchlicher Aufsicht, die durch Diözesaninspektoren ausgeübt wird, daneben auch unter staatlicher Aufsicht, die prüft, ob die gesetzlichen Bedingungen der Adoption erfüllt werden[9]).

Die Regelung in Belgien bedeutet einen Anfang dazu, mit der Unterrichtsfreiheit auch nach der finanziellen Seite Ernst zu machen. Es ist aber nur ein Anfang: während die neutralen öffentlichen Schulen ganz aus öffentlichen Mitteln unterhalten werden, haben die Katholiken für die adoptierten Schulen das Lokal zu stellen, für die adoptierbaren erhalten sie lediglich einen Staatszuschuß, den größeren Teil der Kosten haben sie selbst zu den allgemeinen Steuern und Umlagen hinzuzutragen. Dazu kommen noch die Lasten für die höheren katholischen Schulen und für die katholische Universität Löwen, so daß auch in diesem Lande eine empfindliche Doppelbesteuerung der Katholiken besteht.

Aehnlich wie in Belgien liegen die Verhältnisse in Holland. Nach der Verfassung von 1848 ist der Unterricht frei, die Staatsschulen sind durchwegs religionslos, die konfessionellen Privatschulen sind seit 1889 den staatlichen gleichberechtigt, wenn sie gewisse Voraussetzungen hinsichtlich des Lehrplanes usw. erfüllen, und erhalten seit 1905 unter der gleichen Voraussetzung auch Unterstützung aus staatlichen Mitteln; so werden z. B. die Mindestgehälter der Lehrpersonen an den privaten Volksschulen und deren Pensionen vom Staate getragen und zu den Bauausgaben für private Volksschulen werden staatliche Zuschüsse gegeben[10]). Die Forderung der Katholiken auf volle Gleichberechtigung ihrer Schulen, d. h. auf gänzliche finanzielle Bestreitung derselben aus Staatsmitteln, ist aber auch hier noch nicht erfüllt und doch kann man nur unter dieser Voraussetzung von einer vollen Unterrichtsfreiheit reden.

[9]) Roegiers A., Die Lage des Unterrichts in Belgien bei Zeif a. a. O. S. 617/636.
[10]) Knaapen J., Das Bildungs- und Erziehungswesen in den Niederlanden a. a. O. S. 431—457.

Kreuz und quer-Gedanken.

Von Friedrich Koch-Breuberg, München.

Und Friede den Menschen auf Erden, die eines guten Willens sind! Wann wurde es gesungen?

Vor bald 2000 Jahren, als es nur Herren und Sklaven gab, als man die Verbrecher wilden Bestien überlieferte, als man den Göttern Menschenleben opferte, als auch die Germanen Gefangene in stillen Waldseen ertränkten, als die Kultur-Römer mit Menschenfleisch gemästete Muränen verspeisten, als Roma den durch Prätorianer gestützten Weltzepter noch lachend in die Erde stieß, da wurde einer angemeldet, der für alle Zeiten Menschenrechte geben würde. Ein Fürst, in dessen Reich Wahrheit, Brüderlichkeit, Gleichheit vor Gott Raum hätten.

Freilich, das Reich des Königs war nicht von dieser Welt. Gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist! Das hieß wohl: Bringet die Welt nicht unvorbereitet durcheinander

werdet zuerst Menschen, echte Gotteskinder, und zwar der Reiche genau wie der Arme oder Enterbte — — dann — ja dann erst könnt ihr das Reich Gottes auf Erden erleben.

Als der Gottmensch das irdische Leben auf Golgatha für den angeborenen, aus der ersten Sünde stammenden Egoismus der Menschen opferte, öffneten sich wohl die Gräber bei Jerusalem, aber weder in Rom, noch in Indien, noch im Gebiete der Königin von Saba, noch in Peru barsten die Sklavenketten. Die irdische Freiheit konnte nur aus der Freiheit der Seelen erblühen.

War denn die vom Egoismus durchtränkte Menschheit reif, plötzliche irdische Glückseligkeit zu ertragen? Hätte der reiche Jüngling seine Schätze verteilt, so müßte das genau berechnend geschehen sein, damit nicht anderen Tages ein Armer zehn und der weniger Arme zwanzig Silberlinge besessen hätte. Wäre auf Capreä Tiberius Christ geworden, für den Augenblick hätte er nicht einmal Gesetze erlassen können. Als vorzüglicher Jurist und Staatsmann würde der „Christ Tiberius" nur Kommissionen berufen haben und man darf mit Bestimmtheit annehmen, daß man ehestens in Rom Caligula zum Cäsar ausgerufen und Tiberius eben früher ermordet hätte. Denn — jede Frucht muß reifen!

Es gibt weder in der Religion noch in der Geschichte einen Konjunktiv! Beide erfordern klare, unumstößliche Wahrheiten. Der Weg in das Reich Jesu führt auf dem schmalen Wege der Läuterung.

Als 1914 der entsetzlichste Krieg der Neuzeit ausbrach, wähnte ich, es habe sich plötzlich der Weg der Läuterung verbreitert. Man hoffte auf eine Massenrückkehr zu Gott, man war sich nicht bewußt, wie schauerlich der Egoismus schon die Ueberhand über die Menschen wieder gewonnen hatte. Die äußere Kultur der Menschheit zwar war großartig erweitert, bis zur Erfindung der scheußlichsten Todeswaffen sogar, aber das Individuum war zurückgeschritten. Wie zur Endzeit der Imperatoren gab es wieder Herren und Sklaven, gab es ein Prätorianertum, gleichviel ob militaristisch, ob imperialistisch.

Das klägliche Schuldbekennen der besiegten Deutschen ist nur Zeichen der Demoralisation. Die Schuld an dem entsetzlichen Kriege lastet gemeinsam auf den Kulturvölkern. Es handelte sich um den Platz an der Sonne — ein Wort, das nur ein gewinnsüchtiges Händlergehirn ursprünglich geprägt haben konnte. Impulsiv wurde das Wort in das Lexikon des Chauvinismus aufgenommen. Undiplomatisch brüllten es die Preußendeutschen der Welt zu, während die anderen es sich vertraulich ins Ohr flüsterten.

So entstand dieser Mammons-Krieg.

Und da streitet man um die Schuld am Kriege! Kolossale Werte waren am Spieltische der Völker eingesetzt worden und der Schicksalscroupier zahlte aus und raffte wechselweise ein. Milliarden in Gold, in Papier, ja die Zukunft und Arbeitskraft ganzer Völker wurden oft auf eine Karte gesetzt. Als das kleine Bulgarien zuerst endgültig verlor, hätte das Spiel sofort beendigt werden müssen. Ein Vabanque konnte jetzt der Ruin sein.

Und er war es — denn die Spieleinsätze Deutschlands hatten ihren Wert eingebüßt. Die Hauptmünze „Volkskraft und Volkswille" waren entwertet. In ähnlichen Fällen verläßt man schleunigst den Spieltisch, schießt sich tot oder sucht die Spielschuld mit fremder Hilfe zu begleichen. Leider erwählte Deutschland den Selbstmord. Es sah sich nicht einmal nach Rettung um. Nicht grinsende Hungersnot, nicht verkohlte Dächer ließen das Volk rasen, nur der wie eine Flamme emporschießende Haß leitete es. Haß gegen sein bisheriges Herrentum!

Schon vor Jahren sagte ich mir: Wenn einmal das Volk seine eigene Kraft erkennt, dann müssen sich wohl die Staatsformen von selbst ändern. Sozialistische Schriften las ich nicht, aber ich befragte, wo es nur ging, Arbeiter nach ihren Löhnen, Häuslichkeiten usw. Dazu gesellten sich meine Abneigung gegen Industriegebiete aus ästhetischen Gründen und meine Grübeleien über Religiöses. Was ist Wahrheit, was ist Gerechtigkeit? so frug's in mir fortwährend. Durch Erziehung, durch persönlichen Geschmack, durch jahrelange Gunst eines fürstlichen Freundes war ich überzeugter Monarchist, aber gerade während des Krieges zog ich nach Möglichkeit die Lage des Volkes in Betracht. Ich verglich meine eigenen Lebensumstände mit denen eines Mannes aus dem Volke und bemerkte die sonderbare Aehnlichkeit, die ich mit Not des Mittelstandes bezeichnen möchte. Von Kriegsjahr zu Kriegsjahr wuchs diese Aehnlichkeit.

„Aushalten", „durchhalten" wurde immer lauter und dringender gepredigt und gefordert. Leider von Leuten, denen ich kein Darben vom Gesicht las. Gut — durchhalten! sagte auch ich mir, fügte aber bei: Einer wie der Andere!

Aehnlicher Ansicht war mein fürstlicher Freund, denn er sagte mir beim letzten Zusammensein: Sie sehen, wie ich alles vereinfacht habe, denn ich betrachte das egoistische Hamstern der reichen Menschen als Gemeinheit.

Während der Rückreise gab es allerdings im Hotel bei der Tafel um sündteures Geld sogenannte Delikatessen, aber kein Brot, und mein kleiner ärmlicher Haushalt mußte einspringen. Dergleichen erfuhr das Volk nicht. Es las, wie ich selbst, nur immer vom Praffen der Reichen, es las von Frühstückstafeln der Diplomaten, der Magistrate, der Minister. Eine Tafel, die nur aus Delikatessen besteht, ist höchstens einem Leutnantsmagen angepaßt, und mit Recht fragte sich das Volk: Woher nehmen sie Brot, Eier, Mehl, Fett? Woher das Obst, wenn der Arbeiter sich keinen Apfel mehr kaufen kann?

Gerade hieraus wird ersichtlich, daß sich der Explosivstoff im Volke bis zur Entladung ansammeln mußte. Die Massen sind nicht ethisch geschult, wie allenfalls irgendein Führer. Vernunftworte waren höchstens mehr Oel ins Feuer! Es war eben zu spät geworden und die Vogelstraußpolitik im Innern, das chauvinistische Appellieren an leere Mägen, das diktatorische Erinnern an Vaterlandsliebe, die in Berlin mit Wucherfüßen zertreten wurde, bildeten die Zündschnüre in die Mine des Unerträglichen.

Als die Mine sich entzündet hatte, mußte jeder denkende Deutsche sich sagen: Mein Haus ist in die Luft geflogen, aber was beginne ich, um auf der Schuttstätte ein neues Haus zu errichten?

Vor allem war nötig, daß unter den Bewohnern des Hauses Einigkeit herrschte. Zuerst hätte der Schutt weggeschafft werden sollen und für die Bewohner aller Stockwerke war Mitarbeiten heilige Pflicht geworden. Statt dessen setzte der Kampf der Hauseinwohner unter sich ein und man streitet fort, ohne sich zu einigen. Daran haben die bösen Nachbarn allein ihre Freude und lauern auf den vollkommenen Bankerott der Unglückseligen.

Seht einmal, da hängt an einer Wand noch ein Kruzifix, sagt der Nachbar Franzose: Da streiten sie nun herum, ob es den Platz behält oder ob es verbrannt werden müsse, aber gearbeitet wird nichts!

Da ist ein Koffer mit Silbergeschirr, um den balgen sie sich und möchten ihn gleichmäßig verteilen, aber das Dach ihres Hauses vollenden sie vorerst nicht, meint der englische Nachbar.

Und alle die bösen Nachbarn rufen gemeinsam: Sind diese Deutschen nicht unsere Schuldner? Wie wollen sie denn bezahlen, wenn sie ihr zerstörtes Haus nicht wieder herstellen?

Und während die Nachbarn ähnlich reden, brüllen sich die Hausbesitzer an: Du bist ein Reaktionär! Du bist ein Dieb! Du bist ein Pfaffenknecht! Du bist nur Halbrot! Du bist ein Tollroter!

Es war aber da ein Hausbewohner, der in seinen Taschen fast das ganze Vermögen aller Uebrigen zusammengescharrt hatte, und er hieß „Kriegsgewinnler". Dem war der Hauseinsturz gerade gelegen gekommen. Während des blöden Streites raffte er zusammen, was noch herumlag, versetzte seiner Heimat einen Fußtritt und floh zu den bösen Nachbarn.

Was soll nun ein denkender Mensch den irrsinnig gewordenen Hausbewohnern für einen Rat erteilen?

Friede auf Erden den Menschen, die sich ein neues Haus bauen wollen! müßte er beginnen und fortfahren: Arbeitet! Errichtet ein Haus, in dem ihr alle gut wohnen könnt, das euch vor Nässe und Wind schützt! Wenn ihr es unter Dach habt, dann beratet den Anstrich der Mauern. Ob er rot oder blau ausfalle, das beratet ihr doch leichter und einiger, wenn ihr wieder ruhiger in euren Räumen hausen werdet. Und dann könnt ihr auch darangehen, den Hausrat in vernünftiger Weise mehr nach Gerechtigkeit zu verteilen. So werdet ihr später den Neubau segnen. Das alte Kruzifix aber laßt für jene hängen, die es als Haussegen betrachten. Bringt es denen Segen, so schadet es sicher jenen nicht, für die es nur ein Holzgebilde bedeutet. Seid einig, seid redlich, seid fleißig — dann wird auch wieder der Rauch aus den Kaminen eurer Herde gen Himmel steigen und eure Nachbarn werden das Hohngelächter einstellen.

Volk der Denker — nimm deine Gedanken zusammen!

Ein Demokrat unter den Pädagogen.

Zur Zweijahrhundertfeier des Todes des hl. de la Salle.

Von Friedrich Brug, C. Fr. Sc.

Es sei uns heute gestattet, die Persönlichkeit und das Werk eines Mannes vor Augen zu führen, der wie kein anderer vor und nach ihm sein geniales pädagogisches Talent, eine glänzende Lebensstellung, ein bedeutendes väterliches Erbe, jede Annehmlichkeit des Daseins geopfert, in bitterer Armut gelebt, Verfolgungen und Widersprüche ohne Maß und Zahl erduldet — alles, um der verkannten breiten Masse des Volkes, besonders den Kindern des sogenannten vierten Standes, den ihnen vorenthaltenen Unterricht und so eine geachtete Lebensstellung zu verschaffen. Dieser Mann war der hl. Johannes de la Salle.

De la Salle war am 30. April 1651 zu Reims einem alten Patriziergeschlecht entsprossen, wurde früh Kanonikus an der Metropolitankirche seiner Vaterstadt, studierte an der berühmten Sorbonne in Paris und empfing 1678 die Priesterweihe. Vom Mitleid gerührt ob der Unwissenheit und Verwahrlosung der Kinder des niederen Volkes, stiftete er die Lehrergenossenschaft der „Brüder der christlichen Schulen", rief zahlreiche Freischulen für arme Kinder ins Leben und machte mit seinen ersten Jüngern das Gelübde, eher nur von erbetteltem Brote zu leben, als den Unterricht der Armen aufzugeben. Er starb am Karfreitag, den 7. April 1719 zu Rouen. Heuer ist also die Zweijahrhundertfeier seines Todes. Seine Heiligsprechung erfolgte am Christi Himmelfahrtstage 1900, die Kirche begeht sein Fest am 15. Mai.

De la Salle brach als erster der Ansicht Bahn, daß auch die Kinder des Volkes einer guten Erziehung und eines gediegenen Unterrichts bedürfen und würdig sind. Er hinterließ den Lehrern das

denkwürdige Wort: „Betrachte die dir anvertrauten Kinder als wahre Kinder Gottes! Habe viel mehr Sorge für ihre Erziehung und ihren Unterricht als du haben würdest, wenn sie die Kinder eines Königs wären!" — Mit Geringschätzung sah man zu de la Salles Zeiten auf den Lehrer des gewöhnlichen Volkes. Hier schuf er gründlich Wandel. Die Würde des Volkslehrers brachte er zu Ehren. Bis zu de la Salles Zeiten war es gebräuchlich, jeden Schüler einzeln zu unterrichten, so daß die übrigen mehr oder weniger sich selbst überlassen blieben. Der praktisch veranlagte Schulmann führte den Massenunterricht ein, d. h. er gruppierte die Schüler, ihrer Fähigkeit entsprechend, in Abteilungen und unterrichtete sie klassenweise. Die ersten Leseübungen wurden nach einer seit langem befolgten Methode an lateinischen Texten vorgenommen; de la Salle begann allen Widersprüchen zum Trotz das Lesen gleich in der Muttersprache. Als neue Unterrichtsgegenstände führte er in seinen Schulen ein: Geometrie, Zeichnen, Gesang, Höflichkeitslehre und vor allem das Schreiben. Schreibunterricht wurde in keiner Schule gegeben, denn nur die Zunft der sogenannten „Schreiblehrer" hatte das Recht, in dieser „noblen Kunst" zu unterrichten. De la Salle nahm die langwierigen Prozesse, endlosen Auseinandersetzungen und die Gewalttätigkeiten der Schreiblehrer in Kauf, er blieb Sieger, und die armen Kinder lernten schreiben. Zur Uebung der Willensbildung führte der große Schulmann die sogenannte „Reflexion" ein, d. h. den Willen anregende religiöse Ermahnung, die täglich während der Dauer von 3—4 Minuten erfolgte, ein Erziehungsmittel, durch welches die Schulbrüder große Erfolge erzielten.

Auch besondere Arten von Schulen rief de la Salle ins Leben, Schulen, die der modernen Pädagogik selbstverständlich und schier unentbehrlich erscheinen. Er gründete zu Reims und Paris Lehrerseminarien, die ersten dieser Art, wovon die Geschichte der Pädagogik zu berichten weiß. Um Handwerkerlehrlinge und andere junge Arbeiter fortzubilden, richtete er Gewerbeschulen und technische Sonntagsschulen ein, Anstalten, die bisher unbekannt waren. Um den mittleren Gesellschaftsklassen, Kleinbürgern, Gutsbesitzern, Handel- und Gewerbetreibenden der Städte, eine Bildung zu verschaffen, die ihrem Stande nützlich oder gar notwendig war — das Studium der alten Sprachen an den Gymnasien schien ihnen zweckloser Luxus —, gründete de la Salle Realschulen, die in jener Zeit noch nicht bestanden, auch in Deutschland nicht, ebensowenig wie die Lehrerseminarien. Er rief die erste Besserungsanstalt für entartete Knaben und Jünglinge ins Leben; die Zöglinge derselben stammten meist aus angesehenen Familien. Auch mit dieser Anstalt ist de la Salle allen anderen Besserungshäusern um hundert Jahre voraus.

Als man dem heiligmäßigen Pädagogen junge Leute anvertraute, die zu Gefängnisstrafen verurteilt waren, erreichte er auch bei ihnen dank seiner alles besiegenden Liebe geradezu Erstaunliches: das war die erste Besserungsanstalt für junge Sträflinge. Das erste deutsche Jugendgefängnis wurde am 1. August 1912 — also 200 Jahre später — in Wittlich an der Mosel eröffnet. Die ganze Organisation, die der hl. Ordensstifter der Lehrergenossenschaft der christlichen Schulbrüder gegeben hat, verrät sein bewunderungswürdiges Organisationstalent auf dem Gebiete der Pädagogik. Die pädagogischen Schriften, die er hinterließ, zeugen von hoher Weisheit, er ist der Verfasser der ersten Volksschulkunde.

Die geistlichen Söhne des hl. de la Salle, die Brüder der christlichen Schulen, haben das Erbe ihres großen Vaters treu bewahrt. Ihre Zahl betrug vor dem Weltkrieg gegen 13000; es gibt unter ihnen keine Priester, auch der Generalsuperior ist es nicht. Durch die straffe Organisation hat der klarschauende Stifter seine Kongregation vor dem Verfalle bewahrt, die sich sonst in zahlreiche Diözesangenossenschaften aufgelöst hätte. Papst Pius X. hat 1903 durch ein eigenes Dekret den Brüdern der christlichen Schulen — übrigens nicht zu verwechseln mit den Maristenbrüdern — den Titel „Apostel des Katechismus" zuerkannt. Das ganze weite Feld der Erziehung und des Unterrichts — ausgenommen Lateinschulen — wird von den Schulbrüdern bebaut. Nach Tausenden zählen die Volksschulen der Brüder in Belgien, Oesterreich, Spanien, Italien, Frankreich und in allen amerikanischen Staaten. Eine außerordentlich große Menge von Mittelschulen und Realschulen werden von ihnen geleitet. Berühmt sind ihre Handelsschulen zu Malonne in Belgien, Kadi-Köi bei Konstantinopel, Quebec in Kanada u. a., ferner die Oberrealschulen in Brüssel, Gent, Lüttich, Malonne, Madrid, Barcelona, Turin, Rom, Neuyork, Chicago, San-Francisco, Quebec, Montreal, Buenos-Aires, Kairo, Calcutta, Colombo, Sidney, Melbourne, Hongkong usw. Lehrerbildungsanstalten leiten die Söhne de la Salles zu Wien, Prag und Feldkirch in Oesterreich, zu Waterford in Irland, zu Löwen, Carlsbourg und Malonne in Belgien, sowie in verschiedenen Städten Nord-, Zentral- und Südamerikas. Besondere Erwähnung verdienen die Kunstakademien der Schulbrüder, vor allem die für das Kunsthandwerk so berühmt gewordenen Lukasschulen in Belgien, darunter die vorzüglichsten zu Gent, Brüssel, Lüttich und Tournay. Unter den von Schulbrüdern geleiteten Waisenhäusern und Fürsorgeanstalten seien nur die in Oberginingen, Wien, Manchester und Neuyork genannt. Auch Ackerbauschulen zogen sie in den Bereich ihrer Tätigkeit: Beauvais in Frankreich, Carlsbourg in Belgien, Figuéras in Spanien und das Catholic Protectory bei Neuyork sind in landwirtschaftlichen Kreisen hochgeschätzt. Missionsschulen der Brüder sind auf dem ganzen weiten Missionsfelde überhaupt zu finden, besonders zahlreich aber im Orient, in Nordafrika, im Kongostaat, in Amerika und Australien. Kurz vor dem Weltkrieg gründeten die deutschen Schulbrüder die Missionsschule zu Vunapope auf Neupommern. Zur deutschen Ordensprovinz gehörten außer dieser Missionsschule bis zum Abschluß des Waffenstillstandes eine blühende deutsche Realschule zu Grand-Halleux bei Spa (Fortsetzung der im Kulturkampf vernichteten Schule zu Koblenz), eine große Fürsorge-Erziehungsanstalt zu Oberginingen in Lothringen, eine deutsche Auslandschule zu Verviers in Belgien, gegründet auf Wunsch der deutschen Besatzungsbehörde während des Weltkrieges: jetzt alle für die deutsche Ordensprovinz verloren, gegründet im Interesse des Vaterlandes, dessen Regierung den Schulbrüdern im Kulturkampf jede Tätigkeit untersagte. Das Mutterhaus für die deutsche Provinz befindet sich zurzeit zu Waldernbach in Nassau. — —

Zwei Jahrhunderte sind seit dem Tode des hl. de la Salle verflossen, seine Söhne unterrichten heute eine halbe Million Schüler; sein Werk umspannt die Welt. Er war ein Stern erster Größe am pädagogischen Himmel. Seine Person, seine großen Talente, sein Lebenswerk, seine Opfer, alles gehörte dem Volke, der breiten Masse des armen Volkes, für das er litt und starb, er, der Demokrat unter den Pädagogen. Wer unter den vielen gefeierten Schulmännern hat je solches getan und erreicht — für das Volk? Und de la Salle war der treueste Sohn der katholischen Kirche, der engste Anschluß gerade an sie hat ihn zu einem Helden der christlichen Liebe gemacht. Ist es Unwissenheit oder Bosheit, dieser Kirche vorzuwerfen, sie sei kulturfeindlich oder rückständig?

Erinnerungen an Hedwig Kiesekamp †.

Von M. Herbert.

Ich sah sie zuerst, eine blonde, noch junge Frau, zart, in hellen Gesellschaftsgewändern. Das war auf einem Wohltätigkeitskonzert in Münster i. W. Damals rezitierte auch der junge Wüllner, dessen Stern eben im Aufgehen war. Hedwig Kiesekamp aber sang mit einem schönen, geschulten Mezzosopran:

Ich hatte einst ein schönes Vaterland,
Der Eichenbaum wuchs dort so hoch,
Die Veilchen blühten sanft.
Es war ein Traum.

Sie ahnte nicht, daß nach einigen Jahrzehnten das „schöne Vaterland" wirklich ein Traum werden sollte. Gott sei's geklagt. Später schrieb mir Hedwig Kiesekamp zuweilen ein gutes, freundliches Wort über irgend eine Veröffentlichung, ein Gedicht, ein Stück Prosa. Sie war großer Anteilnahme fähig. Sie konnte das in sehr lieben Wendungen tun, mit der Grazie des Geistes, die eine Zierde des gepflegten Briefstils einer vergangenen Generation ist. Wir hatten auch Meinungsverschiedenheiten. Wer hätte sie nicht?

Bei einer Anwesenheit in Münster besuchte ich sie. Sie lebte in einem wundervollen Heime, wie wenige es besitzen, ihr Leben verfloß reich mit Glücksgütern gesegnet. Von Wassern umrauscht, von schönen breitkronigen Bäumen beschattet, war das Haus mit künstlerischem Geiste ausgestattet. Schon die hohe Diele mit ihrem Dekor bunt- und grellfarbiger Matten belebte und erfrischte das Auge.

In den Zimmern dufteten Blumen, schöne Gemälde an den Wänden — meistens moderne. Hedwig Kiesekamp liebte Kunst und ermutigte Künstler. Detlev von Liliencron genoß ihre Hilfe in seinen Anfängen. Sie konnte davon sehr drollig erzählen. Tony Jüngst wurde von ihr hoch verehrt. Das Stille, Abgeklärte tat Frau Kiesekamp, die unruhig und leidenschaftlich suchend veranlagt war, herzlich wohl. Im reichen Rahmen ihres Hauses war Hedwig Kiesekamp eine schlichte und stille Erscheinung. Sie gab sich traulich und mütterlich. Sie hat die Jugend der Erscheinung sehr lange bewahrt. Daran trug ihre außerordentlich schmale Gestalt bei. „Sie ist ja ein Jüngferchen!" sagte Prälat Hülskamp, als er ihr zuerst begegnete. Da war sie weit über die Vierzig.

Später lud mich Hedwig Kiesekamp einmal in ihr reizendes Landhaus in Großhesselohe bei München ein. Ich fuhr von München aus dorthin. Sie hatte Kinder und Enkel um sich, patriarchalisch war die Familie unter ernsten, alten Bäumen im Verein um den Teetisch versammelt, ein Bild edelen Lebensgenusses. Hedwig Kiesekamp war älter und ernster geworden. Aber noch immer die Geschmeidigkeit der Glieder, die schöne Kopfform, der gleitende Gang. Sie machte einen vornehmen Eindruck. Sie hatte damals einen neuen Band Gedichte herausgegeben. Davon sprach sie mit mir, er lag ihr sehr am Herzen. Und sie hatte darin Recht. Der Vers ist und bleibt die gottgegebene Sprache der dichterischen Seele. Der Vers vermittelt weit mehr Unmittelbarkeit als die erzählende Prosa. Wem daran liegt, eine dichterische Persönlichkeit wirklich kennen zu lernen, soll ihre Werke in gebundener Rede studieren, dann kommt er ihr wohl so nahe, wie überhaupt ein Mensch dem andern zu kommen vermag in diesem Leben, das voller Blindheit und voller Schranken ist. Hedwig Kiesekamp hat sich gerade in ihren Versen in glutvoller Innigkeit und begeisterter Naturliebe dokumentiert — als Gottsucherin, als Pilgerin zu hohen Zielen — auch als Eine, vor der die Schmerzen des Lebens nicht halt machten und die ihren guten Kampf gekämpft hat. Requiescat in pace!

Vom Büchertisch.

Marie Elisabeth v. Brandt-Horneck: Einer jungen Mutter Geisteskinder. Skizzen, herausgegeben von Frhr. v. Sturmfeder-Horneck. Bamberg, Schmidt'sche Buchhandlung (Rich. Burger). gr. 8° 62 S. geb. 2 ℳ. — Man wird selten ein Buch von so keuschem Seelenreiz, so zarter persönlicher Aussprache, so leisem, innerlichem Schleierheben finden, lesen, erleben wie dieses. Das „Vorwort" ist Einführung. Zunächst in ein Vorleben: das einer Ahnin der Verfasserin, dann die Geschichte des kurzen, licht- und leidreichen Lebens dieser selbst. Deren Bruder schrieb diesen ergreifenden Ueberblick, desgleichen das „Nachwort: Totenklage", das uns zeigt, wie innig er die reine, kostbare Schwesterseele verstand, was sie ihm, den Ihren allen an unermeßlichem Werte bedeutete. Einen Begriff davon übermitteln uns auch die „Skizzen: Die Kinder. Menschen und Blumen. Wald, Wiese und Sonne. Märchen. Letzte Blätter." Scheinbar Augenblicksbilder von vorwiegend knappster Fassung. In Wirklichkeit reiche Verinnerlichungen verschiedenster Eindrücke, Wertumschaffungen von so eindringendem Gehalt, von so herzerschütternder Bewegung, von so glühendem Schmerz: dem der jungen Mutter, die bald ihre heißgeliebten Kleinen verlassen muß, daß man sich bis in die Seele hinein gepackt fühlt, zugleich aber auch gehoben angesichts der Größe heroischer, in Gott beschlossener Selbstüberwindung, die das ganze Buch, die ganze Art der Darstellung adelt und trägt. Die Sprache denkbarst einfach, Satz neben Satz knapp und fest gestellt, die Diktion bisweilen noch ringend mit Sprödigkeit, die dennoch nicht weh tut, weil auch sie auf das leuchtende Versprechen deutet, das hier als gegeben vor uns steht, das aber nicht erfüllt werden konnte, weil der dunkle Freund, der Geleiter in die Ewigkeit lichter Erfüllung, dazwischen trat.

E. M. Hamann.

Sozialdemokratie und Christentum. Von Viktor Cathrein S. J. 8° 34 S. 90 Pf. 6.—16. Tausend. Freiburg, Herder, 1919. Auf die hier gestellte Frage: „Darf ein Katholik Sozialdemokrat sein?" haben die Bischöfe Westdeutschlands in einem gemeinsamen Hirtenschreiben vom 8. Januar ds. Js. eine zwar kurzgefaßte, aber wohlbegründete ablehnende Antwort erteilt. P. Cathrein führt die dort berührten Punkte weiter aus, indem er die Forderungen einer restlosen Sozialisierung in ihren letzten Folgerungen zeigt, die darin liegende Ungerechtigkeit erweist und zugleich ihre Undurchführbarkeit und den dadurch drohenden Schaden dartut. So werden die Grenzlinien zwischen Christentum und Sozialdemokratie offensichtlich. Die volkstümlich gehaltenen Ausführungen dieses Werkchens können fruchtbare Aufklärungsarbeit leisten.

O. Heinz.

De usu Matrimonii. Ein Ehe-Ideal und sein Segen für Mutter und Kinder. Ein Beitrag zum Brautunterricht von A. Hessenbach, Pfarrer. Als Manuskript gedruckt. Selbstverlag Augsburg, Fach 145/II. ℳ 1.20. 1918. Im Einklang mit den Ausführungen Professor Radermachers im Rahmen des Gesamtwerkes „Des deutschen Volkes Wille zum Leben" sucht hier Pfarrer Hessenbach unentwegt einen Weg zur Gesundung der Ehe zu bahnen. Ernste Forderungen sind es, die erhoben werden in der Festlegung der dem ehelichen Gemeinschaftsleben zu ziehenden Schranken. Die hier gebotenen Richtlinien bauen auf dem Natur- und Sittengesetz auf, dazu kommen die Ergebnisse ärztlicher Erfahrung und namentlich ein umfassendes Zeugnismaterial, die Antworten auf Pfarrer Hessenbachs Flugblatt „Eine diskrete Frage an denkende Mütter". Was hier an Forderungen aufgestellt ist, wird zugleich auf seine Durchführbarkeit geprüft und der reiche Segen solcher Ehegemeinschaft gezeigt. Dem Seelsorger zumal ist das Werkchen ein gewissenhafter Berater in verantwortungsvollen Entscheiden.

O. Heinz.

Bühnen- und Musikrundschau.

Neues Theater. Goethes „Bürgergeneral" gehört zu den Stücken, die nicht nur ihre Zeit, sondern auch die Literaturgeschichte nicht ohne Vorurteil aufgenommen hat. Man nahm dem Werkchen übel, daß es ein Lustspiel, ja eine kleine Posse ist und kein Drama, denn ein großer Dichter hat sich — so meinte man — gewaltigen Zeitereignissen gegenüber sogleich höchst würdig „einzustellen". Nun stand aber Goethe der französischen Revolution innerlich ablehnend gegenüber. Später hat er versucht, in der nie vollendeten „Natürlichen Tochter" in seiner Weise zu den treibenden Ursachen der Umwälzung dichterisch Stellung zu nehmen; im „Bürgergeneral" zeigt er mit leisem Spott, wie die Sturmflut einer erregten Zeit ihre Wellen bis in die abgelegensten Gestade wirft, wie harmlose kleine Geister von Ideen verwirrt, aus dem sicheren Geleise ihrer bescheidenen Tätigkeit geworfen werden. Man hat erst vor wenigen Jahren den „Bürgergeneral" am 28. August als Geburtstagsgabe des Residenztheaters gesehen. Die Verspottung eines revolutionären Maulheldentums will uns heute in frischeren Farben erscheinen. Die Erwartungen, die Prof. Freytag in die Einstudierung des alten Spieles gesetzt haben mochte, zeigten sich erfüllt. Die Wiedergabe war recht gut, die Komik tat ihre Wirkung, zumal da man die Uebertreibungen eines modernen Groteskstiles vermied. Der Dialog war von jener Schlagfertigkeit, wie sie Goethe für das Stück forderte. Die Figuren des „Märten" und des „Schnaps" waren mit Schreiner und Fuchs-Liska vorzüglich besetzt. Die Rollen sind sehr dankbar und „im einzelnen der dramatischen Entwicklung ist darin kein Zug, der nicht für die Bühne gedacht wäre". Diese Ansicht des braven Eckermann fand man in der herzlich aufgenommenen Aufführung bestätigt.

Konzerte und Vorträge. Die Kammermusikabende von Berber Hegar, Zilcher sind in bester Erinnerung. Nun hat das pianistische Mitglied der Vereinigung gewechselt. An Zilchers Stelle ist Lampe getreten. Der erste Abend, an welchem die Künstler Brahms, Reger und Schubert interpretierten, zeigte, daß durch diesen Tausch die Fühlung, Vertiefung und Spielfreudigkeit die gleiche geblieben ist. Bedeutende Eindrücke hinterließ der Klavierabend G. Galstons, eines Künstlers, der für die verschiedensten Werke in kongenialer Anpassung den zwingenden Ausdruck findet und dank einer hervorragenden Technik und eines poesiereichen Anschlages uns schlackenlos zu übermitteln weiß. Pauline Frieß bewies an ihrem Klavierabend, wie mein Vertreter berichtet, von neuem das hohe Stilgefühl, welches ihr beseeltes und technisch hochstehendes Spiel auszeichnet. — Der Baritonist O Consée besitzt Fülle und Schönheit des Materials, die nie ohne Eindruck bleiben. Möge der starke Beifall ihn nicht abhalten, an der rhythmischen und sprachlichen Vervollkommnung weiter zu arbeiten. — Die vierzehnjährige Tänzerin Niddy Impekoven hat auch diejenigen überrascht, die sich von dem Geschrei, das sich in München alljährlich ob einer noch nie dagewesenen Tanzkunst erhebt, nicht verblüffen lassen. Die kleine Künstlerin kann technisch viel, aber niemals bemerken wir die Pose

des Wunderkindes. Sie kümmert sich nicht ums Publikum. Ihre Darbietungen wirken wie unbelauschtes Spiel. Besonders schön sind ihre Puppentänze. Erstaunlich ist ihr Humor und die Plastik, mit der sie die Ergebnisse einer minutiösen Beobachtungsgabe wiederzugeben weiß.

Verschiedenes aus aller Welt. In Berlin und Mannheim hatte „Hölderlin, neun Szenen aus einem Schicksal" von W. Eidlitz, einem jungen Wiener Dichter, einen künstlerischen Achtungserfolg Der Autor hat die Ereignisse von Hölderlins Leben bis zum Ausbruche des Wahnsinnes dramatisch zu beleben versucht. Die Kritik rühmt den traumhaft zarten Duft lyrischer Stimmung, der über den Szenen liegt, denen jedoch dramatische Kraft versagt sei. — Geteilt war auch die Aufnahme bei R. Lauckners Drama: „Der Sturz des Apostels Paulus" in den Berliner Kammerspielen. Es ist die Geschichte eines schwärmerischen Friseurgehilfen, der auch im Gefängnis und Irrenhaus den Glauben an die Kraft, durch sein Gebet Kranke heilen zu können, nicht verliert. Das Stück ist nach Berichten nicht ohne künstlerische Ziele, doch ist die Mittelpunktsgestalt an Geist und Seele zu unbedeutend. — „Johannes A. Pro", mit dem sich der bekannte Schweizer Novellist Ernst Zahn auf der Bühne versuchte, hatte in Zürich äußeren Erfolg; ein Drama romantischer Ritterlichkeit, das an Wirkung die epischen Dichtungen Zahns nicht voll erreicht. — Mit seiner Spieloper „Gaudeamus", in welcher Humperdinck alte und eigene Weisen verwebt, hatte der greise Tondichter in Darmstadt einen sehr herzlichen Erfolg. Das den Liebeskonflikt eines Studenten um 1820 behandelnde Textbuch von Robert Misch wird als recht dürftig bezeichnet.

L. G. Oberlaender, München.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Bayerns Sozialisierungsplan — „Unsere Wirtschaftslage verträgt kein Herumdoktern" — Deutschland braucht Frieden, Brot und Arbeit — Industrieaufbau und Arbeitsnotwendigkeit.

Während man in Berliner Finanz- und Regierungskreisen seit kurzer Zeit hinsichtlich der kommenden Versailler Friedensabmachungen erheblich zuversichtlicher gestimmt ist und vielfach sogar auf eine Durchführung der 14 Punkte Wilsons zu hoffen wagt — Frankreichs grenzenloser Deutschenhass und Annexionswut sind zwar noch nicht gebrochen! — scheinen die innerpolitischen Unsicherheiten im schwererschütterten deutschen Wirtschaftskörper verschärft aufzuleben. Spartakistische Wühlarbeit im Ruhrrevier lässt grössere Ausschreitungen und Arbeitshinderung befürchten. Neuerliche Forderungen — 25%ige Lohnerhöhungen nebst Gewährung einer besonderen Teuerungszulage bei sechsstündiger (!) Arbeitszeit — zielen letzten Endes nicht auf die soziale Arbeiterbesserung, sondern auf den völligen Wirtschaftszusammenbruch hin. Eine starke Förderungsminderung — jetzt kaum 230000 Tonnen täglich gegen 350000 Tonnen vor den Revolutionstagen — ist ebenso unausbleiblich, wie in Bayern seit der Schaffung des Zentralwirtschaftsamtes und der dabei eingeschlagenen Neurathschen Theorie der Vollsozialisierung erhöhte Unsicherheit bei allen Faktoren Platz greift. Der in München geprägte Satz: „Unruhe ist des Bürgers erste Pflicht" lässt gerade Bayern, das anscheinend in dem Sozialisierungschaos das Probierobjekt zu sein scheint, in unverändert misslicher Wirtschaftslage. Beglückungsversuche, wie die ungarische Sowjetregierung mit Einführung des Kommunismus können bei uns keine Verwirklichung und Lösung finden! Die baldige Zukunft wird ferner bekunden, wie restlos das dortselbst geübte sozialisierte Finanzwesen zusammenbricht, ebenso, wie eine Monopolisierung des deutschen Inseraten- und dadurch bewirkte Verödung des Zeitungswesens auch bei uns das Wirtschaftselend lediglich verschärfen würde. Der neuerdings in München von der U. S. P. geforderte Wirtschaftskommunismus steht jedenfalls im Widerspruch mit den Aeusserungen aus massgebenden Reichs- und fachmännischen Stellen.

Die Teilnehmer des Bayerischen Handelkammertags fassten nach dem vorzüglichen Referat des Augsburger Handelskammersyndikus Dr. Clairmont einhelligen Beschluss, dass die Erhaltung der Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie „kein herumdoktern unkundiger Hände" verträgt. „Jede Wirtschaftsordnung, die der menschlichen Natur und ihren Entwicklungsgesetzen nicht gerecht wird, ist unmöglich und muss zum Untergang führen ...... Eng verwoben mit der Industrieleistungsfähigkeit ist die Arbeitszeit und die Lohnfrage." Auch die Entschliessung der Weimarer sozialdemokratischen Tagung betont, dass „die Sozialisierung in unserem durch mehr als vier Kriegsjahre verarmten Lande nur schrittweise erfolgen kann, dieselbe aber in den dafür reifen Betriebszweigen, wie z. B. Bergbau, Energieerzeugung, Stickstoffproduktion, Verkehrsgewerbe unverzüglich in Angriff genommen werden muss." Auch hier wurde erklärt: „Friede, Brot und Arbeit in Deutschland sind der Damm, über den der Bolschewismus nicht hinwegkommt!" In diesem Sinne bekräftigte der preussische Finanzminister Dr. Südekum die grundsätzliche Anerkennung des privaten Eigentums einschliesslich der Garantien für die

☞ Man beachte auch das Herder-Inserat auf der nächsten Seite.

deutschen Kriegsanleihen um so mehr, als sich unser Wirtschaftswesen mehr denn je auf Kredit, auf Vertrauenswürdigkeit und auf den internationalen Verkehr aufbauen muss.

Gebesserte Aussichten auf baldige Aufhebung, zum mindesten erhebliche Milderung der Ententeblokade, die Einleitung der Lebensmittelzufuhr und beschleunigte Friedensvorbereitungen liessen Ruhe und Vertrauen trotz der bestehenden Unsicherheiten einigermassen entstehen. Die Aufstandsnachrichten in den galizischen Rohölgebieten, der Streit um Danzig und um unsere Westgrenze, die Nachwirkungen der ungarischen Katastrophe beliessen naturgemäss unsere Wirtschaftskreise in unvermindertem Bangen über die nahe Zukunft. Effektenmärkte und Industrielle sehen in der Aeusserung des preussischen Ministerpräsidenten: „Der Wiederaufbau unserer Industrie ist nicht denkbar, ohne dass die Kohlenschätze Oberschlesiens und des Saargebietes bei Preussen verbleiben und die Saar und ihre Bevölkerung gehören zu uns", die Entschlossenheit der deutschen Friedenshändler in diesen Fragen. Die Berichte in der Hauptversammlung des deutschen Roheisenverbandes über die stark anhaltende Nachfrage nach Roheisen, namentlich Giessereifabrikaten, die grossen Schiffsbestellungen an deutschen Reichs- und Privatwerften und die sich auf 3300 Lokomotiven und 71 000 Wagen, insgesamt 1,6 Milliarden Mark beziffernde Vergebung von Eisenbahnmaterial in Preussen, der greifbare Gestalt annehmende Ausbau der bayerischen Wasserkräfte und der Elektrisierung der Bahnen bilden nicht zu unterschätzende Ausblicke auf Arbeitsmöglichkeit. Die — hoffentlich masshaltende, weil sonst jeden Fortschritt tötende — Notwendigkeit in der Herstellung von Einheitstypen in der Industrie zwecks Durchführung äusserster Sparsamkeit in allen Zweigen unserer Volkswirtschaft besagt ebenso deutlich, wie die Unmöglichkeit, alle uns zur Einfuhr angebotenen Lebensmittel mangels Erfüllung der Zahlungsbedingungen der deutschen Bevölkerung zugängig zu machen —, wie gross unsere **Verarmung** ist! Wie soll denn unser Land aufnahmefähig sein für Experimente aller Art, wenn **Arbeit und Friede** in Nord und Süd unverändert gestört bleiben? Wegen mangelnder Kohlenförderung erreichen uns nicht die so sehr notwendigen neutralen Rohstoffmengen; wie sollen wir dann — trotz des neuen Arbeitsrechtes — Möglichkeit zur Arbeitsmehrung finden?

München. M. Weber.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Zum Schutze der persönlichen Freiheit und des Lebens des ehemaligen deutschen Kaisers wurde vor wenigen Wochen in Görlitz ein Bund deutscher Männer und Frauen gebildet, dessen Ehrenvorsitz Generalfeldmarschall von Hindenburg übernommen hat. Der Bund, der im Anzeigenteil der „A. R." auf S. 214 einen Aufruf zum Beitritt veröffentlicht, betont ausdrücklich und verwahrt sich gegen die Unterschiebung anderer Absichten, daß es ihm ferne liegt, durch irgendwelche Bestrebungen die früheren Regierungsverhältnisse wieder einführen zu wollen, daß vielmehr die Erhaltung der persönlichen Freiheit und des Lebens des Kaisers sein einzigstes Ziel darstellt. Trotz der kurzen Zeit des Bestehens gehören dem Bund bereits über 680 000 Mitglieder an.

Dr. Adolf Donders in Münster i. W. schreibt in der „Kölnischen Volkszeitung" vom 15. März 1919:
Die Seele der Naturwelt hat eine westfälische Dichterin gesucht und belauscht, und was sie gefunden und gehört hat, das hat sie auf einigen köstlichen Blättern festgehalten: Margarethe Windthorst, Die Seele des Jahres (8° [239] M.Gladbach 1919, Volksvereins-Verlag GmbH. Preis geb. M. 5.50. — Die prachtvolle Ausstattung ist besonders hervorzuheben). Da redet und schreibt eine echte Dichterin. Das alles ist lauterste Naturpoesie. „Die Seele des Jahres", die Seele der Gotteswelt ist aufgedeckt, die Hülle ist gefallen, die Beseelung gefunden. Auf diesen Blättern und Bildern liegt ein geheimnisvolles Etwas, wie der Duft Adalbert Stifterscher Waldpoesie, die herbe Schönheit Annette Drostescher Heidesträusse . . . . Dieses Buch wird Menschen beglücken in finsterer, trüber Zeit.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Ferdinand Abel, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gb.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich M. 3.90.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis: Die 5 X gespaltene Grundzeile 75 Pfg., Anzeigen auf Textseite die 95 mm breite Zeile 375 Pfg.
Beilagen einschl. Postgebühren M 15 d. Tausend.
Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.
Rabatt nach Tarif.
Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig.
Erfüllungsort ist München.
Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt.
Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer.

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 15. München, 12. April 1919. XVI. Jahrgang.

Der beginnende Entscheidungskampf.

Von Dr. Ferdinand Abel, München.

Bekanntlich ist von dem bisherigen Rechtszustand, wonach das Gebiet von Kirche und Schule der Zuständigkeit der Einzelstaaten unterstand, der neue Entwurf einer Reichsverfassung abgewichen, indem er in dem von den Grundrechten des deutschen Volkes handelnden Abschnitt II eine Reihe von Richtlinien aufstellte, die für die Kulturpolitik und -gesetzgebung der Gliedstaaten hinfort maßgebend sein sollen. Auf die Doppelnatur dieser Maßnahme hat das Mitglied der Nationalversammlung und der Verfassungskommission Geh. Hofrat Dr. Beyerle in diesen Blättern (Nr. 11/1919 „Zur Verfassungsfrage") bereits hingewiesen, indem er sagte, es könne nicht bestritten werden, daß die bisherige Aufrechterhaltung der einzelstaatlichen Hoheitsrechte auf dem Gebiete der Kirche und Schule neben unbestreitbaren Vorteilen doch leicht auch Nachteile nach sich zu ziehen drohe. Man denke an die Stellung der christlichen Kirchen, insbesondere der katholischen Kirche, in etwaigen roten Republiken Mittel- und Norddeutschlands. Daraus erwachse die Frage, ob nicht die Leitsätze über Kultus und Unterricht mehr ins einzelne ausgestaltet werden sollten, um ebensoviele reichsgesetzliche Garantien gegen landesgesetzliche Willkür zu setzen. Diese Ausgestaltung ist jetzt vom Verfassungsausschuß vorgenommen worden, aber nicht in dem von Beyerle gemeinten und erhofften Sinne eines Schutzes des christlichen Kulturgutes gegen die atheistisch-materialistische Sturmflut, sondern dank des einträchtigen Zusammenwirkens der Demokraten und der Sozialdemokraten beider Schattierungen in einer Weise, wie es auch die gedachten roten Republiken nicht viel anders würden gemacht haben. Es ist übrigens eine eigenartige Ironie, daß sich in die Vaterschaft der neuen radikalen Fassung der Bestimmungen über Staat und Kirche ein ehemaliger protestantischer Geistlicher, der Abg. Naumann, mit einem Sozialdemokraten teilt.

Der Artikel 30 proklamiert für alle Bewohner des Reichs volle Glaubens-, Gesinnungs- und (außerdem noch, damits ja gründlich wird) Gedankenfreiheit und staatlichen Schutz für ungestörte Religionsübung. Dieser Schutz wird aber lediglich negativ garantiert, dadurch, daß niemand verpflichtet ist, seine religiöse Ueberzeugung zu offenbaren (von einigen Ausnahmen abgesehen), daß niemand zu einer kirchlichen Handlung oder Feierlichkeit oder zur Teilnahme an religiösen Uebungen oder zur Benutzung einer religiösen Eidesformel gezwungen werden kann. Einen besonders drastischen Ausdruck findet jener staatliche Schutz in Artikel 30a durch die Bestimmung: „Soweit das Bedürfnis nach Gottesdienst und Seelsorge in Krankenhäusern, Straf- oder sonstigen öffentlichen Anstalten besteht, sind die Religionsgesellschaften zur Vornahme religiöser Handlungen zuzulassen, wobei jeder Zwang fernzuhalten ist". Wer sich erinnert, wie in Krankenhäusern die religiöse Versorgung der Kranken unter dem Vorwand der Fernhaltung des Zwangs bisher schon manchmal erschwert war, wird sich ausmalen können, wie unter der neuen Bestimmung diese Versorgung und die ungestörte Religionsübung bei entsprechender Gesinnung und Haltung von Anstaltsleitern oder Aerzten sich gestalten kann, zumal wenn man erwägt, welche Schwierigkeiten die Religionsgesellschaften an sich schon bei völlig ungehinderter Ausübung ihrer Aufgabe zu überwinden haben, wie beispielsweise in einem großen Krankenhause, in dem, wie in München der Fall, im Jahre über 1000 Versehfälle vorkommen. Es war offenbar auch die Sorge für ungestörte Religionsübung, welche die Ablehnung der vom Zentrum beantragten Seelsorge auch für die Wehrmacht veranlaßte.

Die radikalste Aenderung des bisherigen Zustandes bringt Artikel 30a, er verfügt die Trennung von Staat und Kirche mit den Worten: „Es besteht keine Staatskirche. Die Freiheit der Vereinigung zu Religionsgesellschaften wird gewährleistet. Der Zusammenschluß von Religionsgesellschaften innerhalb des Reichsgebietes unterliegt keinen Beschränkungen. Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes; insbesondere verleiht sie ihre Aemter ohne Mitwirkung des Staates oder der bürgerlichen Gemeinde ... Den Religionsgesellschaften stehen die Rechte einer öffentlichen Körperschaft zu, sofern sie solche bisher besessen haben. Anderen Religionsgesellschaften sind gleiche Rechte zu gewähren, wenn sie durch die Zeit ihres Bestehens und die Zahl ihrer Mitglieder eine Gewähr für Dauer bieten ... Die auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtstiteln beruhenden Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften werden durch die Landesgesetzgebung abgelöst. Die Grundsätze hierfür stellt das Reich auf. Das Eigentum der Religionsgesellschaften und der religiösen Vereine in den für Kultus- und Wohltätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Leistungen und Fonds bleibt bestehen."

Der Ausschuß hat sich aber nicht darauf beschränkt, die Rechte einer öffentlichen Körperschaft auf alle damit noch nicht versehenen Religionsgesellschaften auszudehnen, sondern er hat auch den Religionsgesellschaften gleichgestellt alle diejenigen Vereinigungen, „die sich die gemeinschaftliche Pflege einer Weltanschauung zur Auffassung machen", womit also der ganze Kreis der Freidenkervereine, des Monistenbundes und ähnlicher Gebilde auf die gleiche Stufe mit den christlichen Kirchen gestellt wird. In dieser Gleichstellung dokumentiert sich eine für den Christen überaus schmerzliche Unterschätzung und Zurücksetzung seiner Religion und eine Ueberschätzung und Förderung aller Weltanschauungstendenzen, welche an ethischem Gehalt und psychologischer Wirksamkeit sich nicht entfernt mit der transzendentalen Wesenheit des Christentums zu messen vermögen, zumal wenn in Betracht gezogen wird, was alles bei der Vagheit und Dehnbarkeit der Bestimmung des Art. 30a sich als Weltanschauungs-Vereinigung wird gerieren können. Praktisch bedeutet diese Bestimmung die Entfesselung und Legalisierung aller bisher noch irgendwie gebundenen antichristlichen Instinkte und Strebungen.

Durch die Artikel 30 und 30a ist der Trennungsstrich zwischen Staat und Kirche gezogen, die Laisierung, die Entchristlichung des Staatslebens, der Bruch mit einer zweitausendjährigen Kultur untersiegelt. Welchen Verlust an Kulturgütern, welche Gefahren moralischer und intellektueller Natur dieser Zustand bringen wird, kann erst die Zukunft erweisen.

Es war zu erwarten, daß auch die Leitsätze über die Schule im wesentlichen von denselben Grundzügen beherrscht sein würden. Das Prinzip der staatlichen Zwangsschule wird im Art. 31 streng durchgeführt, jede kirchliche Beteiligung an der Schulaufsicht ausgeschaltet, die Errichtung von Privatschulen an die Genehmigung des Staates geknüpft, die Zulassung privater Volksschulen nur dann gestattet, wenn sie in ihrem inneren Aufbau nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen. Die vom Zentrum angestrebte Möglichkeit der Gründung von Privatschulen als eines im Interesse der religiösen Freiheit notwendigen Korrektivs der Zwangsstaats-

schule wird in der Praxis gleich Null sein, und doch verkündet der Einleitungssatz des Artikels 31 stolz: „Die Kunst, die Wissenschaft und ihre Lehre ... sind frei!"

Die einzige Konzession an die christliche Auffassung liegt in der Belassung des Religionsunterrichtes als ordentlicher Lehrgegenstand der Schule. Er soll erteilt werden „in Uebereinstimmung mit den Lehren und Satzungen der betreffenden Religionsgemeinschaft" und im Rahmen der Schulgesetzgebung geregelt werden. Aber er bleibt Wahlfach, kein Lehrer darf zur Erteilung und kein Schüler gegen den Willen des Erziehungsberechtigten zum Besuche des Religionsunterrichts und zur Teilnahme an kirchlichen Feiern und Handlungen gezwungen werden. Immerhin zeigt sich bei den Bestimmungen über die Schule auch einmal der Vorteil der reichsgesetzlichen Regelung, insofern als sie der Durchführung des Beschlusses der sächsischen Kammer, den Religionsunterricht aus der Volksschule zu entfernen und durch einen konfessionslosen Moralunterricht zu ersetzen, einen Riegel vorzuschieben geeignet ist.

Soviel an vorläufiger Orientierung und Kritik über die Beschlüsse des Verfassungsausschusses, die im Plenum der Nationalversammlung wesentliche Aenderungen wohl nicht mehr erfahren dürften; eingehendere Würdigung bleibt fachmännischen Federn vorbehalten. Die Neuordnung geht unter der Flagge der Freiheit. Aber nach Lage der Sache ist der Gewinn auf der antichristlichen, der Verlust auf der christlichen Seite; insbesondere sind die christlichen Kirchen auf dem allerwichtigsten Gebiete, dem der Jugenderziehung, empfindlichen Hemmungen unterworfen. Ihre Stellung im kommenden Kampf der Geister ist daher wesentlich erschwert. Denn darüber wird sich kein tiefer und weiter Blickender im Unklaren sein: Der Entscheidungskampf über unsere geistige Kultur bereitet sich vor und die in der Reichsverfassung festgelegte Regelung des Verhältnisses von Staat, Kirche und Schule bildet die Plattform, auf der er ausgefochten wird.

* * *

Die dritte Revolution in München.

Ein Entscheidungskampf ist auch das, was sich jetzt in verschiedenen Städten und Industriezentren Deutschlands abspielt: ein Ringen um die materielle Kultur, um die Gestaltung der politischen und wirtschaftlichen Struktur unseres Vaterlandes. Daß die alten Zustände einer durchgreifenden Neuordnung bedürfen, darüber kann heute nirgends mehr ein Zweifel herrschen. Auch über das Ziel dürfte weitgehende Uebereinstimmung bestehen insofern es dahin geht, Ordnung und soziale Gerechtigkeit ins Wirtschaftsleben zu bringen, d. h. die Gütererzeugung im Hinblick auf den Bedarf zu regeln und der schaffenden menschlichen Arbeit den ihr zukommenden Einfluß auf die Produktion und den gebührenden Anteil am Ertrag derselben zu sichern. Meinungsverschiedenheiten dagegen herrschen über die Mittel und Wege zur Erreichung jenes Ziels und über Maß und Tempo des Vorgehens. Sie kommen zum Ausdruck in dem Gegensatz zwischen Demokratie und Diktatur des Proletariats, zwischen parlamentarischer Republik und Rätesystem.

In München hat die letztere Richtung jetzt die Oberhand gewonnen und eine dritte Revolution zur Aufrichtung der Räterepublik auf sozialistisch-kommunistischer Grundlage veranlaßt. „Der revolutionäre Zentralrat Baierns" erklärte in einer Proklamation vom 6. April den Landtag für aufgelöst; an die Stelle des von jenem eingesetzten Ministeriums sollen Volksbeauftragte treten. Die Presse soll sozialisiert, eine rote Armee und ein Revolutionsgericht zum Schutz der Räterepublik gebildet, gleichzeitig die Verbindung mit der russischen und der ungarischen Republik aufgenommen werden. Die bayerische Räterepublik „lehnt jedes Zusammenarbeiten mit der verächtlichen Regierung Ebert, Scheidemann, Noske, Erzberger ab, weil diese unter der Flagge einer sozialistischen Republik das imperialistisch-kapitalistisch-militaristische Geschäft des in Schmach zusammengebrochenen deutschen Kaiserreichs fortsetzt. Sie ruft alle deutschen Brudervölker auf, den gleichen Weg zu gehen."

Diese Entwicklung konnte keineswegs überraschen. Wenn auch der unmittelbare Anstoß von Augsburg kam, so war doch in München die Situation reif geworden, nachdem sich gezeigt hatte, daß das Abkommen vom 11. März dem weiteren Abgleiten des politischen Schwergewichts nach links und dem ungestümen Drängen des radikalen sozialistischen Flügels nach Vollsozialisierung keinen Einhalt tun konnte. Das Opfer der nichtsozialistischen Parteien des Landtags war vergebens. Nachdem auch der südbayerische Gautag der Mehrheitssozialisten zum Programm der Räterepublik abgeschwenkt war (der Nürnberger Verein und die bayerische Landeskonferenz der Mehrheitssozialisten lehnten dagegen die Räterepublik ab) und nachdem sich herausgestellt hatte, daß die Brachialgewalt (die Münchener Garnison) auf derselben Seite stand und den Schutz der für den 8. April geplanten Landtagstagung ablehnte, war die Sache entschieden.

Trotzdem läßt sich ein sicheres Urteil über die Zusammensetzung des neuen Regiments und die hinter ihm stehenden Kräfte noch nicht gewinnen. Es scheinen unter den beteiligten drei Gruppen noch starke Meinungsverschiedenheiten zu herrschen. Die U. S. P. hat sich, wie aus einer Erklärung hervorgeht, den Rücktritt von der Regierung vorbehalten, wenn ihre Bedingungen nicht erfüllt werden. Nach der mehrheitssozialistischen „M. Post" (Nr. 82) hatten sich neben Mehrheitssozialisten und Unabhängigen auch Kommunisten an der provisorischen Ernennung von Volksbeauftragten beteiligt, während eine andere Liste von Mehrheitssozialisten und Unabhängigen aufgestellt worden war. Die Kommunisten unter Leviens Führung ständen nach wie vor abseits und erwarteten die „natürliche Revolution" des Proletariats von unten herauf und als deren Krönung die „wirkliche kommunistische Räterepublik". Die gegenwärtige Liste der Volksbeauftragten besteht nur aus Unabhängigen und Bauernräten.

Ueber die Haltung des Landes liegen abschließende Nachrichten zur Stunde nicht vor. Vermutungen über die Zukunft erübrigen sich einstweilen. Nur auf den ungeheuren Ernst der Situation sei hingewiesen, der sich für das ganze Land wie auch für die Räteherrschaft selbst ergibt in politischer Beziehung durch die Kampfansage an die Reichsregierung und durch die Verbindung mit Rußland und Ungarn, in wirtschaftlicher Hinsicht durch die Gefährdung der Lebensmittellieferungen seitens der Entente. Was von dem innerwirtschaftlichen Segen, den ihre Befürworter sich von der Vollsozialisierung versprechen, Wirklichkeit werden kann, wird sich zeigen. Abgesehen von unseren ökonomischen Bedenken bleibt nach wie vor unsere Ueberzeugung bestehen, daß eine wirkliche Gesundung nur erfolgen kann, wenn sie Hand in Hand geht mit einer Erneuerung der Gesinnung. Und diese kann sich nur läutern im Geiste des Dekalogs und der Bergpredigt.

Das fünfte Kriegsjahr.

Wochenschau von Fritz Nienkemper, Berlin.

An der Scylla von Danzig sind wir glücklich vorbeigekommen; aber die Charybdis der Streiks und Putsche bedroht noch immer das Reichsschiff. Man kann die Bilanz der Woche so ziehen, daß das Konto unserer Außenpolitik einen Gewinn, das Konto der inneren Politik einen weiteren Verlust aufweist.

Wenn es auch in unserer eigenen Häuslichkeit noch sehr wirr und wild aussieht, so dürfen wir doch die Lösung der Danziger Frage als einen Lichtblick aus der dunklen Wolkenbank begrüßen. Sie hat über den Rahmen des Einzelfalls eine allgemeine Bedeutung, denn sie ist

die erste Nachgiebigkeit der Entente.

Das rücksichtslose Verfahren des „Diktates" hat sich hier als schartig erwiesen und mußte aufgegeben werden. General Nudant hatte es zunächst mit der alten Methode versucht, indem er den deutschen Rechtseinwand unbeachtet ließ und unter Drohung mit dem Abbruch des Waffenstillstandes Gewalt ansagte. Aller Wahrscheinlichkeit nach hatte er dabei nicht ohne Vorwissen des Generalissimus Foch gehandelt. Als Deutschland durch die Drohung sich nicht beugen ließ, sondern unbedingt jede Mitwirkung an dem Attentat auf Danzig und Westpreußen verweigerte, wurde Foch zum Einlenken angewiesen. Es war schon viel, daß man sich nachträglich auf Verhandlungen einließ, und gewiß ist es den Franzosen sehr schwer geworden, auf Danzig zu verzichten, das sie ihren polnischen Freunden versprochen hatten und als Probestück für ihre eigene Raubpolitik betrachteten. Bei den Verhandlungen in Spa hat Foch den Anspruch auf den Danziger Weg gemäß der überspannten Auslegung des Waffenstillstandsvertrages „im Prinzip" aufrechterhalten; er hat aber tatsächlich nachgegeben, indem er die anderen, von Deutschland vorgeschlagenen Transportwege annahm. Dazu gehört neben dem Wege über

Stettin, Pillau-Königsberg und Memel auch der Eisenbahnstrang von Koblenz oder Frankfurt über Eilenburg nach Kalisch. Die Durchquerung Deutschlands zu Lande ist ja für uns etwas lästig (sie kann zwei Monate dauern), doch bleibt sie ungefährlich, vorausgesetzt, daß die Polen und die französischen Begleitoffiziere sich keine Ausschreitungen erlauben. Auf den vereinbarten Wegen lassen sich keinesfalls Eroberungen machen. Danzig und Westpreußen sind gerettet.

Die Pessimisten sagen, nur vorläufig, da der Friedensvertrag die polnischen Ansprüche doch noch wieder zur Geltung bringen könnte. Demgegenüber kann man aber geltend machen, daß die Nachgiebigkeit in diesem Punkte eine Ernüchterung im hohen Rate der Gegner, das Uebergewicht der gemäßigten Staatsmänner erkennen läßt.

Aus allen bisherigen Nachrichten vom Viererrat und aus den sonstigen Konferenzen der Gegner konnte man deutlich erkennen, daß Clemenceau als Führer der rachsüchtigen und beutegierigen Franzosen schuld sei an der Verzögerung des Friedens und der grausamen Behandlung Deutschlands, während Wilson für Mäßigung eintrat und Lloyd George sich mehr und mehr dem amerikanischen Standpunkt anschloß. Der diplomatische Rückzug in der Danziger Frage ist nun offenbar eine Niederlage der französischen Politik. Hoffentlich nicht die letzte. Denn was die Entente jetzt zum Einlenken gebracht hat, wirkt noch fort. Es ist einerseits die Erwägung, daß man Deutschland nicht lebensunfähig machen darf, wenn man die ersehnten Milliarden von ihm eintreiben will; andrerseits die Furcht, daß Deutschland schließlich die Unterzeichnung des Friedensvertrages verweigert, wenn er zu harte Bedingungen enthält.

Die Möglichkeit eines passiven Widerstandes von unserer Seite hatte man allem Anschein nach bisher nicht recht ernst ins Auge gefaßt, obschon sie mehrfach angekündigt war, sogar in der Antrittsrede des Reichspräsidenten Ebert. In dem Danziger Falle zeigte nun die gleichmäßige Haltung von Regierung, Nationalversammlung und Volksbewegung, daß wir wirklich zum äußersten entschlossen sind, wenn man uns an den Lebensnerv rührt. Wir sind wehrlos in dem Sinne, daß wir den vordringenden Feinden keinen militärischen Widerstand entgegensetzen können. Aber die Größe des Reiches und die Masse der Bevölkerung bilden doch eine natürliche Widerstandskraft, indem die Feinde bei Wiederaufnahme des Krieges und bei Besetzung Deutschlands zu einem ungeheueren Aufwand von Truppen und Kampfmitteln genötigt würden. Das scheuen die besonneneren Staatsmänner aus guten Gründen. Ihre Völker sind nahezu ebenso erschöpft und ebenso kriegsmüde wie wir. Immer dringender wird das Verlangen nach Demobilisation und Frieden. Diejenige Partei, die zurzeit noch in Frankreich herrscht, hat freilich eine große Gier, auch noch über den Rhein zu gehen und im Ruhrgebiet, namentlich bei Krupp, ihre Rache zu betätigen. Aber wenn in der Tat die Verlängerung des Krieges beschlossen würde, so könnte doch die latente Kriegsmüdigkeit auch in Frankreich zum Durchbruch kommen. In England und Amerika ist offenbar die Volksstimmung so, daß weder Lloyd George noch Wilson eine Okkupation Deutschlands riskieren dürften, selbst wenn sie sonst zu Liebesdiensten gegenüber Clemenceau geneigt wären.

Wir dürfen uns ja nicht verhehlen, daß es eine Taktik der Verzweiflung ist, wenn wir uns zum passiven Widerstand oder genauer gesagt zur passiven Duldung entschließen. Die furchtbaren Gefahren für Deutschland, namentlich die drohende Ueberflutung mit der bolschewistischen Welle liegen auf der Hand. Aber in der Not haben wir keine andere Wahl. Will man uns durchaus zugrunde richten, dann müssen wir wenigstens die Ehre retten und uns auf den Standpunkt stellen: Lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende.

Wie sehr man auf der Gegenseite die Passivität Deutschlands scheut, ließ sich u. a. auch erkennen aus dem Versuchsballon in der Presse, die uns in Aussicht stellte, wir würden in den Völkerbund aufgenommen werden, wenn wir den Friedensvertrag unterzeichneten, aber sonst nicht. Die Zugkraft des Völkerbundes hat im Winter die Schwindsucht bekommen. Wir sehen immer deutlicher, daß der sog. Völkerbund nichts anderes werden soll, als die Verewigung der Entente, und daß die angekündigte Friedensliga nur auf die Vergewaltigung der Neutralen und die Versklavung Deutschlands hinauslaufen würde. Der Eintritt in einen solchen Bund würde uns keine wirksamen Rechte, sondern vielmehr Lasten und Gefahren bringen. Da warten wir lieber, bis der Völkerbund eine vernünftige Gestalt und einen friedlichen Geist angenommen hat; dann wird der Bund uns ebenso nötig haben, wie wir ihn.

Inzwischen betrachten wir den Ausgang der Danziger Krise als gutes Vorzeichen für den Abschluß der Friedensberatungen. Der Plan des rücksichtslosen Diktatfriedens hat ein Loch bekommen. Man hat gelernt, daß die deutsche Willensmeinung doch beachtet werden muß.

Die innere Krisis

fällt freilich wie ein Reif auf diese Frühlingsblumen. Im Ruhrgebiet macht die Hälfte der Bergleute (teils in Verblendung, teils im Zwang) den umstürzlerischen „Generalstreik" mit; in Frankfurt gibt es Plünderungskrawalle, in Stuttgart Aufruhr; in Berlin und Magdeburg muß sich die Regierung mit der Entwaffnung unzuverlässiger Regimenter bemühen; in Berlin wird obendrein der zweite „Rätekongreß" mit bolschewistischer Agitation vorbereitet. Und dazu kommt die Nachricht aus dem Süden, daß in Bayern die dritte Revolution die Erklärung zur Räterepublik gebracht habe unter Beseitigung des Landtags und unter Anschluß an Ungarn und Rußland! Wenn so der Bestand des Reiches und der innere Frieden von Grund aus bedroht ist, so kann all' die fleißige Arbeit, die von der Nationalversammlung in Weimar und auch von den preußischen Staatsorganen geleistet wird, bei dem geängstigten Volke nicht die gebührende Beachtung finden. Die Grundrechte für die Reichsverfassung, namentlich die Garantien für die religiös-sittlichen Güter, sowie die Abgrenzung der Kompetenzen von Reich und Gliedstaaten würden unter normalen Verhältnissen unser ganzes Sinnen und Trachten ausfüllen. Jetzt aber frägt man weniger, wie das künftige Deutschland aussehen soll, sondern vielmehr: ob es überhaupt noch eine deutsche Zukunft geben werde. Sein oder Nichtsein, das ist hier die Frage. Und wenn Deutschland zugrunde gehen sollte, so darf man nicht alle Schuld auf die auswärtigen Feinde schieben. Von deren Schlägen könnten wir uns immer noch erholen, wenn nur die breiten Massen unseres Volkes sich halbwegs reif zeigen wollten für die Selbstregierung. Die Vernichtung droht uns von dem Unverstand der Leute, die sich durch die bolschewistischen Verführer zu den verhängnisvollen Streiks und Unruhen verleiten lassen. Möchte es endlich gelingen, die Massen davon zu überzeugen, daß nur Ruhe, Ordnung und Arbeit uns noch retten können.

Simon Petrus.

„Und sollten alle Andern von dir gehen,
Ich weiche nimmer, Herr, ich bleib' dir treu!" —
O Simon, Simon, sag, was wird geschehen
In dieser Nacht, noch vor dem Hahnenschrei?

Noch eh' im Ost der neue Morgen tagte,
Hast du verleugnet deinen Herrn und Gott. —
Der gleiche Simon, der beteuernd sagte:
„Ich folge dir, und wär' es in den Tod!"

So sind wir Menschen, — schnell und heiss zum Lieben,
Dem Herrn zu folgen gern im Wort bereit.
Wo ist die oft gelobte Treu' geblieben,
Wenn Er den Kelch uns reichte, Kreuz und Leid?

Wir möchten den Apostel kühn verklagen,
Der treulos einmal seinen Herrn verriet,
Statt reuig an das eig'ne Herz zu schlagen,
Das sich so oft, so oft vom Meister schied.

O möchten uns'rer Reue Tränen fliessen,
Wie unversieglich Petri Träne rann,
Die gleiche Schuld mit gleichem Schmerz wir büssen,
Wie Simon bis zum Kreuzestod getan!

Du hast „ich betete für dich" gesprochen
Zum Jünger einst, „dass fest dein Glaube steht." —
Und hätt' ich tausendmal die Treu gebrochen,
Du schliesst mich dennoch ein in dein Gebet!

M. Benedicta v. Spiegel, O. S. B.

Das Zentrum in der preußischen Regierung.

Von Studienrat Rudhoff, Mitglied der preußischen Nationalversammlung.

Es gibt eigentlich für unsere ganze Politik in Deutschland nur noch eine Frage. Die lautet: kann das äußerste Elend, das Chaos des Bolschewismus, noch von uns und damit von Europa ferngehalten werden? Wir fühlen, wie sich lawinengleich das Grauen den Behausungen europäischer Kultur nähert. Wird es uns erdrücken?

Unter solchem Zwang steht all unser politisches Denken, und nur die unverbesserlichsten Optimisten können behaupten, daß es Wahnvorstellungen sind. Jedoch gibt es weite Kreise, die noch an die Kraft des guten Kerns des deutschen Volkes glauben und hoffen, daß die Krankheit des Bolschewismus in uns noch geheilt werden könne. Es ist allerdings nicht zu verkennen, daß ein neuer nationaler Ton in den Herzen weitester Kreise erklingt. Die Drohungen unserer Feinde, Deutschland zu zerstückeln, von Preußen große Teile abzureißen, haben diese vaterländische Regung in Norddeutschland unverkennbar geweckt. Vielleicht beginnt hier der Weg, der wieder emporführt. Viel Hoffnung ist allerdings nicht vorhanden, daß Deutschland und wahrscheinlich ganz Europa vor der Hölle des Chaos bewahrt werden wird. Aber es ist doch noch Hoffnung. Wer will es verantworten, sie zunichte zu machen, so daß man sich später, wenn das Chaos kommt, sagen muß: Du bist mitschuldig, du hättest vielleicht noch helfen können, wenn du den Weg der gemeinsamen Mitte gegangen wärest.

Das war die Lage des Zentrums in der preußischen Nationalversammlung, als es vor die Frage gestellt wurde, ob es mit Sozialdemokraten und Demokraten gemeinsam die Regierung bilden wollte. Ohne das Zentrum konnte überhaupt keine Regierung in Preußen zustande kommen, weil die Demokraten sich entschieden weigerten, mit den Sozialdemokraten gemeinsam eine Regierung zu bilden, die dann ja auch nur eine Mehrheit von 10 Stimmen im Parlament gehabt hätte. Das mußte dann notwendig zur Auflösung der preußischen Nationalversammlung, zu einer vorübergehenden sozialistischen und dann natürlich kommunistischen Regierung führen. Daß solche Zustände auf das Reich zurückwirken mußten, daß auch die deutsche Regierung stürzen mußte in dem Augenblick, wo der Friedensschluß vor der Türe steht, liegt auf der Hand.

In dieser Zwangslage hat sich das Zentrum in Preußen zur Teilnahme an der Regierung entschlossen. Die Gründe, die gegen eine Teilnahme sprechen, sind in Preußen ungleich gewichtiger, als wie in Deutschland. Denn in Preußen stehen die Fragen von Schule und Kirche unmittelbar im Vordergrunde. Man weiß aber, mit welcher Kraft Demokratie und Sozialismus gegen die Bollwerke des Christentums im Staate und in der Gesellschaft anrennen. Es ist auch bekannt, daß in Preußen der Wahlkampf von der Sozialdemokratie sowohl wie auch vom Zentrum unter der Devise: Für und wider die christliche Schule! geführt worden ist. Darum können und wollen sowohl Demokraten wie auch Sozialisten in Preußen niemals und in keinem Augenblicke darauf verzichten, die Trennung von Kirche und Staat und die Simultanisierung der Volksschule herbeizuführen. Darüber aber wird nicht in Weimar, sondern in Berlin entschieden.

Das Programm der preußischen Regierung, zu der also jetzt auch zwei Minister aus den Reihen der Zentrumspartei gehören, hat der Ministerpräsident Hirsch am 25. März in der Landesversammlung verkündet. Dieses Programm verläßt den Standpunkt der Konfessionsschule. Es verkündet: „Bis zur endgültigen Regelung durch ein Schulgesetz ist den Gemeinden das uneingeschränkte Recht zu gewähren, Simultanschulen mit wahlfreiem konfessionellem Religionsunterricht einzuführen." Ueber die Teilnahme am Religionsunterricht sollen die Eltern entscheiden, und den Lehrern soll es freistehen, den Religionsunterricht zu erteilen oder nicht. Die Ortsschulaufsicht, die in Preußen im allgemeinen den Ortspfarrern zustand, soll sofort beseitigt werden.

Wenn auch hier vom Grundsatze der allgemeinen simultanen Staatsschule abgegangen wird — eine bedeutsame Konzession der Sozialdemokratie —, so schlägt doch diese Programmforderung allem, was bisher das Zentrum und die Katholiken in Preußen vertreten haben, direkt ins Gesicht. Die Durchführung solcher gesetzlicher Maßnahmen kann das Zentrum niemals dulden, es kann sie niemals durchführen helfen, sondern muß sie mit allen Mitteln bekämpfen. So haben wir denn bei der Regierungsbildung in Preußen die merkwürdige Tatsache, daß von den drei Parteien, die die Mehrheit und die Regierung bilden, die zweitstärkste einen wesentlichen Teil des Regierungsprogramms nicht nur ablehnt, sondern sogar zu bekämpfen sich freie Hand behält. Freilich werden die Zentrumsmitglieder in der Regierung, die Minister sowohl, wie die Unterstaatssekretäre, wenn eine Verordnung des Kultusministeriums im Rahmen des Regierungsprogramms erfolgt, oder ein entsprechendes Gesetz eingebracht wird, aus ihrer und ihrer Fraktion ablehnender Haltung nicht die Kabinettsfrage machen dürfen, so daß bei einer entsprechenden Abstimmung, die ja sehr leicht durch die Oppositionsparteien herbeigeführt werden kann, die Regierung gestürzt wird. Unter keinen Umständen aber hat sich das Zentrum in Preußen irgendwie verpflichtet, etwas mitzumachen oder stillschweigend zu dulden, was gegen das Gewissen der Mitglieder wäre und wofür das katholische Volk kein Verständnis hätte.

Das Ministerium in Preußen soll ein Ordnungs- und Arbeitsministerium sein. Eine andere Gemeinschaft gibt es, so lange der Sozialismus seine Religionsfeindschaft nicht aufgibt, für das Zentrum nicht. Sie wird sofort aufzulösen sein, sobald die Ordnung im Reiche und in Preußen gesichert ist. Man könnte ja allerdings sagen — und derartige Erwägungen sind nicht ohne Berechtigung —, daß das Zentrum durch Teilnahme an der Regierung manches Unerträgliche verhüten könne, daß es ihm möglich sein wird, zu verhindern, daß die Kirche ganz aus der Schule verdrängt wird, daß ihm ferner ein bedeutsamer Einfluß gesichert sein wird, wenn die unvermeidliche Auseinandersetzung zwischen Kirche und Staat zu einer Trennung beider Gewalten führt. Aber es dürfte schwer sein, für derartige Erwägungen im katholischen Volke Verständnis zu finden. Jedenfalls konnten sie nicht durchschlagend sein für die Entschließungen des Zentrums, durchschlagend waren vielmehr nur die eingangs erörterten Gründe dafür, daß schließlich dem Drängen der Sozialdemokraten nachgegeben wurde. Es muß festgehalten werden, daß in keinem Stadium der Verhandlungen von seiten des Zentrums irgendwelche Annäherungen an die Linke versucht wurden. Von hervorragender Bedeutung ist ferner der Umstand, daß das Zentrumsmitglied, das als Unterstaatssekretär in das Kultusministerium eingetreten ist, Prof. Wildermann, ein katholischer Geistlicher ist. Es besteht auch kein Zweifel, daß die preußischen Bischöfe den Schritt der katholischen Abgeordneten als minus malum auch öffentlich billigen werden.

Bezüglich des übrigen Teiles des Regierungsprogramms bestehen bedeutsamere Schwierigkeiten für ein Zusammenarbeiten des Zentrums mit den beiden anderen Parteien nicht. Das Zentrum steht auf dem Boden der Tatsachen, es will mithelfen, etwas Neues aus den Ruinen erstehen zu lassen. Viel Zeit und Gelegenheit zu großen Reformen ist freilich nicht vorhanden, schon deshalb, weil das Geld dazu fehlt. Wir sind arm geworden. Und das erste, was geschafft werden muß, ist Arbeit und Brot.

Frankreich auf dem Wege nach Rom.

Von Friedrich Ritter von Lama.

I.

Seit ein paar Jahren erleben wir das Schauspiel, daß, wo immer in der französischen Presse die Frage der Wiederanknüpfung der Beziehungen zum Heiligen Stuhle in Erörterung gezogen wird oder eine Persönlichkeit der politischen Welt an der Seine sich nach Rom aufmachte, sofort jene Versöhnung als in unmittelbare Nähe gerückt hingestellt oder wenigstens als näherer oder weiterer Zweck erklärt wird. Es sieht ganz so aus, als sei das allein Maßgebende, wer zuerst das Ereignis vorausgesehen und diesen dem Zufalle mehr als dem Erkennen verdankten Beweis größerer Urteilskraft erbracht hat. Freilich, die Sprache der Tatsachen wirken zu lassen und die Phantasie möglichst auszuschalten, läßt man meist außer Acht, obwohl dies allein Vertrauen und Ansehen zu vermitteln vermöchte.

Augenblicklich sind die Aktien der Anknüpfungspolitiker wieder stark in die Höhe geschnellt. Man bedenke doch nur:

Clemenceau beauftragt in einer Depesche (!) Kardinal Amette, dem Papste den Dank für die Beglückwünschung zum vereitelten Attentate Cottin auszusprechen. Der Rektor des französischen Seminars in Rom, P. Le Floch erörtert im „Correspondant“ die versöhnliche Politik Benedikt XV. gegenüber Frankreich, das „Journal des Débats“ streift in einer Artikelserie das Problem der Wiederanknüpfung und dann — last not least — Kardinal Amette hat am Morgen des 13. März eine längere Unterredung mit Clemenceau und reist darauf stante pede mit dem nächsten Zuge nach Rom ab. Da kann doch gar kein Zweifel mehr bestehen, daß dies nichts anderes ist, als der längst erwartete und längst prophezeite „Gang nach Canossa“. Gemach! Lassen wir uns von keinem Scheine bestechen, mag auch der Anreiz noch so stark sein. Unterziehen wir einmal jeden dieser Umstände einer näheren Prüfung. Die Depesche Clemenceaus ist die gemessene, höfliche Erwiderung auf einen Glückwunsch, dessen Initiative beim Papste lag. Kardinal Amette hat Clemenceau persönlich die Depesche Kardinal Gasparris im Originale zur Kenntnis gebracht; Clemenceau hat in gleicher Form diesen persönlichen Akt erwidert. Wenn sie dennoch weitere Bedeutung besitzt, so wird sich diese im Verlaufe unserer Darlegungen von selbst erklären. Der Artikel P. Le Flochs ist hervorgerufen durch einen äußerst scharfen Angriff auf die Politik des Papstes in der „Revue de Paris“ und ist im Grunde nur dessen Zurückweisung. Wie jeder Katholik muß auch P. Le Floch die Aussöhnung seines Landes mit dem Oberhaupte der Kirche wünschen. Symptomatische Bedeutung kommt ihm daher nicht zu, da es der vatikanische Standpunkt, die Partei des Heiligen Stuhles ist, die im befürwortenden Sinne sich äußert. Wie die Artikel des „Journal des Débats“ einzustellen sind, muß bis zu deren Eintreffen der Beurteilung vorbehalten werden. Bis zu diesem Augenblicke kennen wir weder Verfasser, noch Tendenz. Am bestechendsten aber ist die beglaubigte Tatsache der Besprechung Amette-Clemenceau und der Romreise des Kardinals.

Welche zahlreichen Umstände übereinstimmend darauf hinweisen, daß nicht die Aussöhnungsfrage Gegenstand und Ursache dieser auffallenden Geschehnisse ist, mögen die folgenden Darlegungen selbst ergeben. Ich glaube jedenfalls, nach reiflicher Prüfung sagen zu dürfen, daß wir es nur mit dem Orientprobleme zu tun haben.

Wer weiß, mit welcher Eifersucht Frankreich auf seine Vormachtstellung in Palästina und Syrien wie auf sein Schutzrecht über die Katholiken des Orients bedacht ist, der mußte sich sofort, als die Mission Kardinal Bournes im Orient auftauchte, fragen: was wird Frankreich dazu sagen? Es ist für einen Franzosen etwas direkt Unerhörtes, Unfaßbares, daß der Papst in ein Land, in dem nur Frankreich allein das Recht hat, etwas zu sagen, in dem „seine Missionäre sich so große Verdienste um den Heiligen Stuhl“ erworben haben und Frankreich allein ein ihm durch einen internationalen Vertrag zuerkanntes Recht alleiniger Wahrnehmung der katholischen Interessen besitzt, als Bevollmächtigten und Vertrauensmann nicht einen Franzosen, sondern einen Engländer geschickt hat. Kardinal Bourne ist, wie wir neulich sahen,[1] als Vertreter des Papstes erschienen, ja, er ist von der englischen Besatzungsbehörde überall als solcher aufgenommen worden und hat allenthalben englische, katholische Missionszentren ins Leben gerufen. Nicht genug mit dieser Versündigung an dem „unverjährbaren Rechte“ Frankreichs, hat Rom wenige Tage nach der Abreise Kardinal Bournes nach dem Orient durch die Kongregationen für orientalische Angelegenheiten und der Propaganda jene Bestimmungen erlassen, die jede Einreise lateinischer geistlicher Personen, d. h. Nichtorientalen, an besondere Ermächtigung knüpfen, wodurch eine Durchkreuzung des Werkes des englischen Kirchenfürsten hintangehalten war. Wo blieb da das französische Vorrecht? Wohl hat es Frankreich seit Jahren nicht mehr ausgeübt, und es hat in einer Zeit wie dieser, wo seine Ausübung nicht nur durch die Menschlichkeit geboten war, sondern sogar Frankreichs politische Pflicht gewesen wäre, vollkommen versagt. Man lese doch die Allokution Benedikt XV. im jüngsten Konsistorium, aber im vollen Wortlaute; die Schilderung der furchtbaren Zustände in Palästina und die entsetzliche Verlassenheit und Hilflosigkeit unserer dortigen Glaubensbrüder ist gleichzeitig eine erbarmungslose Anklage französischer Pflichtvergessenheit und erneuten Vertragsbruches. Frankreich pocht nur immer auf seine Rechte, die anderer Leute, die zu schützen es durch den Vertrag, an den es sich klammert, verpflichtet ist, lassen es kalt.

[1]) Siehe „Allgemeine Rundschau“ 1919, Nr. 13.

Schon das Schreiben Kardinal Gasparris an Ribot vom Juni 1917[2]) stellte eine Warnung dar. „Die Grundlage, auf der das Schutzrecht beruht, verschwindet durch die Gewalt der Kriegsereignisse. Würde die türkische Herrschaft ... verschwinden, so würde das Schutzrecht über die Untertanen der anderen Nationen durch die Natur der Dinge selbst zu bestehen aufhören.... In der Praxis wäre es ein toter Buchstabe.... Ich verstehe, Frankreich kann nicht, ohne auf den Ruhm seiner geschichtlichen Vergangenheit zu verzichten, seinem Interesse an der Erhaltung seines Ansehens im Oriente entsagen, aber gegenüber dem kraftvollen Wettbewerbe der anderen Nationen könnte es schwerlich seinen Ehrenplatz im Oriente aufrechterhalten, ohne die Stütze des Heiligen Stuhles.... An Stelle des verschwundenen Schutzrechtes müßte daher etwas anderes treten und ich beeile mich, hinzuzufügen, daß der Heilige Stuhl gegebenenfalls nicht verfehlen würde, dem seine ganze wohlwollende Aufmerksamkeit zuzuwenden.“

Diesem Hinweise hat Frankreich, wie man weiß, in keiner Weise entsprochen, ja, es hat seitdem unter Berufung auf das aus dem Tientsiner Vertrage von ihm beanspruchte gleichartige Schutzrecht in China nicht nur die bereits angeknüpften chinesisch-vatikanischen Beziehungen hintertrieben, sondern von China die Ausweisung der Steyler Missionäre gefordert. Was Wunder, wenn da dem Vatikan die Geduld reißt?

Bisher nun hatte es geschienen, als bedürfe Frankreich des Heiligen Stuhles nicht; daher nahm es sich auch jede Mißachtung der Verträge heraus.

Sicher würde man der Mission des Kardinals Bourne keine weitere Bedeutung beigelegt haben, obwohl sie den Tatsachenbeweis liefert, daß der Papst nunmehr behufs Schutzes der katholischen Interessen im Heiligen Lande eines neuen Mittels sich zu bedienen entschlossen ist und das französische Protektorat auf sich beruhen läßt. Doch hat sich allmählich die politische Lage Frankreichs in Palästina derart zu dessen Nachteil verschoben, daß ihm die ihm obliegende Ausübung seines Schutzrechtes durchaus nicht mehr gleichgültig sein kann und daß es allen Grund hat, dem Einschwenken des Vatikans in das englische Fahrwasser nicht untätig zuzusehen. Freilich hat sich die Lage heute auch insoferne verschoben, als die Schutzmaßnahmen Frankreichs sich nicht mehr gegen die ohnmächtigen türkischen Behörden, sondern gegen das dort herrschende England und die rücksichtslose amerikanisch-protestantische Propaganda richten müßten. Da ist nun nicht nur fraglich, ob ein Einschreiten Frankreichs wirksam wäre, sondern auch, ob der Heilige Stuhl noch geneigt ist, sich auf Frankreich zu stützen und eine fremde Macht, die in jenen Gebieten als Konkurrent der englischen Politik auftritt, gegen England auszuspielen. Das müßte das Verhältnis zu diesem sehr gefährden und trüben und es mag wohl aus diesen Erwägungen heraus die Wahl des Heiligen Stuhles auf den Erzbischof von London bzw. Westminster gefallen sein, der (im Gegensatze zu Kardinal Amette) Gewähr bietet, daß ihm die Interessen der katholischen Kirche über den politischen Interessen seines Landes stehen.

II.

Im Verfolge der Verhandlungen, die im Frühjahr 1916 in London und Petersburg stattfanden, sind die verbündeten Regierungen Englands, Frankreichs und Rußlands zu einem Abkommen bezüglich der zukünftigen Verteilung ihrer Einflußsphären und territorialen Erwerbungen in der asiatischen Türkei gelangt, ferner auch bezüglich der Bildung eines unabhängigen arabischen Reiches oder einer Konföderation arabischer Staaten in den Grenzen des jetzigen Arabiens. Dieses Abkommen besteht in allgemeinen Grundzügen aus folgendem: Frankreich erhält den Küstenstrich Syriens, das Wilajet Adana und ein Gebiet, das im Süden durch die Linie Aintab-Mardin bis zur zukünftigen russischen Grenze und im Norden durch die Linie Ala-Dag, Cäsarea, Ak-Dag, Ildys-Dag, Sara, Ogin, Charput begrenzt wird. England erhält den südlichen Teil Mesopotamiens mit Bagdad und behält sich in Syrien die Häfen Haifa und Akka vor. Nach einem Abkommen zwischen Frankreich und England wird die Zone zwischen dem französischen und dem englischen Bezirk eine Konföderation arabischer Staaten oder ein unabhängiges arabisches Reich bilden, dessen Einflußsphäre bei der Gründung näher bestimmt werden wird. Alexandrette wird zum Freihafen erklärt werden. Um die religiösen Interessen der verbündeten Länder sicherzustellen, wird

[2]) Siehe „Allgemeine Rundschau“ 1918, Nr. 17.

Palästina mit den Heiligen Stätten aus dem Bestand des türkischen Reiches ausgeschieden und einem besonderen Regime, entsprechend einem Abkommen zwischen Rußland, Frankreich und England unterworfen.

In diesem von der „Iswestija“ vom 24. November 1917 veröffentlichten Abkommen fällt die große Bescheidenheit der englischen Ansprüche auf, durch die Frankreich sich gleichfalls bestimmen ließ, die seinigen auf dieses geringe Maß zu beschränken. Kaum hatte England Frankreichs Unterschrift in der Tasche, da machte es sich an die Aufrichtung des „unabhängigen arabischen Reiches“, des Königreiches Hedschas. Seine Unabhängigkeit ist eine rein nominelle, denn es ist ein ausschließlich englischer Vasallenstaat. Der zum König eingesetzte Scheik Hussein erhielt für sich und seinen Sohn Emir Faisal eine monatliche Subvention von fünfeinhalb Millionen Franken zu gleichen Teilen und auch die übrigen Araberstämme wurden mit englischem Geld für diesen Staat und den Krieg gegen die türkische Herrschaft, der bekanntlich unter englischem Oberbefehl geführt wurde, angeworben. In einer kritischen Stunde z. B. da diese Hilfstruppen die Annahme des englischen Soldes in englischen Banknoten verweigerten und ihr Abfall auf Messers Schneide stand, erhielt der ägyptische Staatsschatz von der englischen Regierung den Befehl, seinen gesamten Goldbestand auszuliefern, und ein zweitesmal rettete lediglich das Eintreten einer großen italienischen Bank die Lage. Mit gleicher Zähigkeit verfolgte auch England den Plan, das Kalifat, also die religiöse Oberhoheit über den Islam, seinem Kandidaten Hussein zu verschaffen. Durch geschickte Ausnützung der Rivalität zwischen den beiden Hauptprätendenten, dem von Muhammed abstammenden Sultan von Marokko und dem nicht minder erbberechtigten vom Fezzan, gelangte es an sein Ziel. Hussein wollte erst nicht recht, doch England hob plötzlich nicht nur das Verbot der Pilgerfahrten nach Mekka während des Krieges auf, sondern begünstigte solche sogar, so daß aus der ganzen muhammedanischen Welt, aus Indien und China ein Pilgerstrom nach Mekka sich ergoß, wie ihn dieses nie gesehen. Da vermochte Hussein nicht mehr zu widerstehen; aus Dankbarkeit gegen die Engländer, die sein Ansehen so ungeahnt gehoben hatten, nahm er an.

Das Hauptwerkzeug dieser Politik Englands ist der Agent Oberst Lawrence. Dieser Engländer vertritt heute auf der Pariser Konferenz neben Emir Faisal die Ansprüche des „unabhängigen“ Königreiches Hedschas, indem er auf der Einverleibung sämtlicher Gebiete mit arabischer Bevölkerung, also ganz Mesopotamiens, Arabiens, Syriens und Palästinas mit Ausnahme der Heiligen Stätten und — der bereits englischen Besitzungen besteht. Lawrence verließ im Alter von 25 Jahren Oxford, begab sich zu angeblichen Ausgrabungen nach Mesopotamien, trat zum Islam über, wurde sogar Doktor in islamitischer Theologie und erlangte Zutritt nach Mekka. Ungehindert betrieb er seine politische Werbetätigkeit und erreichte sein Ziel der vollständigen Verdrängung des französischen Einflusses zum Vorteile des englischen. Bekanntlich steht heute bereits Palästina und Syrien unter englischer Militärverwaltung. Frankreich sitzt also mit seiner ganzen Orientpolitik auf dem Trocknen. Daß es sich unter diesen Umständen mehr als je an sein Schutzrecht über die Katholiken klammert, an dieses letzte Mittel zur Erhaltung bzw. Ausübung seines Einflusses und seiner Stellung, bedarf keines Beweises.

Die sich in der Wahl Kardinal Bournes kundgebende neue Richtung des Vatikans mußte daher wie ein Donnerschlag in Paris wirken. Daß die Romfahrt Kardinal Amettes Frankreichs aufs allerhöchste gefährdeten Interessen im Orient gilt, hat „ein französischer Prälat aus der Umgebung des Kardinals Amette“ in der römischen „Epoca“ so gut wie zugegeben. „Sie erwähnen die Orientfrage...“ äußerte er, „ich kann Ihnen nichts Bestimmtes sagen, aber wenn sie der Grund wäre (was der Prälat zu leugnen sich enthält, D. V.), so würde Se. Eminenz nicht verfehlt haben, an die Verdienste zu erinnern, welche Frankreich (!) durch seine Missionäre seit so langer Zeit dem Heiligen Stuhle erwiesen hat, an den Schutz, den es stets (!) gegenüber allen christlichen Nationen (vgl. die Allokution. D. V.), die sich verfolgt sahen, ausgeübt hat. Und er wird den Wunsch ausgedrückt haben, der Heilige Stuhl möge Frankreich gestatten, in seiner edlen Mission fortzufahren.“

Ich möchte die Frage aufwerfen, ob die „Ausübung dieser edlen Mission“ d. h. des Protektorates nicht durch die veränderten Verhältnisse an sich schon hinfällig wurde, denn der Vertrag sieht meines Wissens das Schutzrecht nur gegenüber der Türkei vor. Mit dem Ende der türkischen Herrschaft aber fällt die Hauptvoraussetzung der Erfüllung des Vertrages.

So ist nun, wie voriges Jahr Denys Cochin, diesmal Kardinal Amette als Beauftragter der französischen Regierung erschienen, dem sicherlich die Interessen Frankreichs nicht minder am Herzen liegen wie Clemenceau selbst. Und wenn wir schon nicht behaupten wollen, daß sie ihm über denen der Gesamtkirche stehen, so wissen wir dennoch, daß seiner Ueberzeugung nach die einen mit den anderen identisch sind. Dutzendmal schon haben Leute wie der Radikale De Monzie darauf hingewiesen, daß Frankreichs Interessen es erfordern, jederzeit ein Instrument bereit zu haben, dessen es sich gegenüber dem Vatikan im Bedarfsfalle bedienen könnte, also eine diplomatische Vertretung dort zu besitzen. Heute wäre ein solcher Fall eingetreten, da kein Vernünftiger zweifeln könnte, daß Frankreichs Not das Mittel dringend erfordert, das man sich in der Verbissenheit des Kirchenhasses eigensinnig versagt hat. Mit Amettes Romreise ist Frankreich auf dem Wege nach Rom. Durch eine Hintertüre sich einzuschleichen wagt es, offen durch die Bronzepforte einzuziehen findet es nicht den Mut. Vielleicht werden einsichtigere Männer bald von der Regierung fordern, was zu tun sie heute selbst nicht den Mut findet. Derjenige aber, der dann den entscheidenden Schritt tun würde, wird nicht mehr Clemenceau heißen. Mit seinem Geiste wird auch er verschwinden.

Sozialisierung der Kaliindustrie.

Von Dr. H. Giebel, Berlin.

Die Kaliindustrie hat von jeher als besonders geeignetes Objekt der Verstaatlichung bzw. Sozialisierung gegolten. Zum Teil ist dies darauf zurückzuführen, daß in den Verhandlungen über das Kaligesetz und die Kaligesetznovellen an den Wirtschaftsformen dieses Industriezweigs lebhaft Kritik geübt und staatliche Bewirtschaftung verlangt wurde, wobei man große Gewinne errechnete und in Aussicht stellte. Die frühere Regierung hat sich indessen stets geweigert, eine Ueberführung der Kaliindustrie in Staatsbesitz oder -Betrieb vorzunehmen. Es war hauptsächlich die Furcht vor einer möglichen ausländischen Konkurrenz, die eine ablehnende Stellungnahme gebot.

Diese Gefahr besteht noch heute oder besser gesagt, der gefürchtete ausländische Wettbewerb ist schon vorhanden. Unser Kalimonopol ist verloren, mit ihm alle daran geknüpften Gewinnaussichten. Es kann als sicher angenommen werden, daß die elsässischen Kaliwerke in Zukunft nicht mehr zum Zollinlande rechnen werden. Zu den dort vorhandenen 17 Werken will das französisch-amerikanische Kapital noch die doppelte Anzahl hinzubauen und außerdem die Anlagen auf den höchsten Stand der Leistungsfähigkeit bringen. Die Werke im Elsaß werden daher einen lebhaften Wettbewerb entfalten und imstande sein, einen großen Teil des Weltbedarfs zu decken, zumal sie über sehr gute, hochprozentige Salze verfügen. Es ist außerdem in Betracht zu ziehen, daß in Spanien gute abbauwürdige Kalisalzlager erbohrt worden sind. Französisch-belgische Kapitalgruppen haben dort größere Konzessionen erworben und bereiten den Schachtbau vor. Ebenso sind in Erythrea Kalilager entdeckt worden. Die Entente hat während des Krieges von dort bereits größere Mengen Kali bezogen. Leider muß damit gerechnet werden, daß auch noch in anderen Ländern Kali vorhanden ist. Die fremde Konkurrenz ist also vorhanden und wird sich von Jahr zu Jahr vergrößern. Das Reich — oder wer der zukünftige Besitzer der Werke sein sollte — würde demnach ein sehr bedeutendes Risiko übernehmen müssen, insofern die Anlagen infolge mangelnden Absatzes eine starke Entwertung erfahren könnten, wobei gleichzeitig die Erträgnisse dahinschwinden würden. Was dies bedeutet, kann man daran ermessen, daß fast alle Kaliwerke im letzten Halbjahr mit großen Verlusten gearbeitet haben. Jeder Schacht erfordert Hunderttausende an Zuschuß. An eine Aenderung der Verhältnisse ist unter den gegenwärtigen Umständen nicht zu denken.

Das Risiko, das im Kalibesitz liegt, wird noch dadurch erheblich vergrößert, daß die Kaliindustrie durch die vorhandene Wassergefahr erheblich gefährdet ist. Es sind bereits 18 Werke im Anlagenwert von etwa 45 Millionen Mark ersoffen. Dabei sind die Bergschäden, die in einem Falle rund 10 Millionen be-

trugen, nicht eingerechnet. Die Wassergefahr wird sich in Zukunft noch sehr vergrößern entsprechend der vermehrten Werksanzahl. Der Wassereinbruch bei einem Werk gefährdet sofort sämtliche in der Nachbarschaft liegenden. Dies hat sich in evidender Weise bei allen Wassereinbrüchen gezeigt. Leider hat man in der Bekämpfung der Wassergefahr keine erheblichen Fortschritte gemacht. Ernste Sachverständige rechnen daher mit der Möglichkeit, daß die meisten Werke innerhalb 4—5 Jahrzehnten ersoffen sein werden. Das Risiko des Kalibergbaus ist daher seiner Natur nach viel größer als im Kohlenbergbau. Mit Rücksicht auf diese Sachlage wird man bezweifeln müssen, ob der Staat oder eine andere gemeinwirtschaftliche Organisation überhaupt einen solchen risikoreichen Industriezweig in Besitz und Betrieb nehmen soll. Dies würde einer Spekulation mit öffentlichen Geldern — die nicht einmal Aussicht auf Erfolg böte — verzweifelt ähnlich sehen.

Die Sozialisierungsfreunde — wenigstens soweit sie ernste Wirtschaftspolitiker sind — verschließen sich diesen Bedenken nicht, erklären aber, daß bei staatlichem Besitz und Betrieb eine höhere Produktivität erreicht werden könne, die einen Ausgleich für das Risiko biete. Der Alleinbesitz ermögliche eine bedeutende Ermäßigung der Selbstkosten, und zwar dadurch, daß man nur von den Werken fördern lasse, die am billigsten arbeiten und so die Produktion an wenigen Stellen zusammenlege. Die Produktivität ist indessen nicht allein von der Erzeugung, sondern auch von dem Absatz abhängig. Die Kaliindustrie ist in hohem Maße Exportindustrie. Im Jahre 1913 wurden dem Werte nach für 118 Millionen Mark Kalisalze ausgeführt. Der Inlandsabsatz betrug 84 Millionen. Der ausländische Absatz brachte wegen seiner hohen Preise den hauptsächlichsten Gewinn und ermöglichte die billige Lieferung an die inländische Landwirtschaft. Er ist daher von entscheidendem Einfluß für die Rentabilität der Industrie und dürfte in Zukunft noch größere Bedeutung gewinnen, weil das Inland die stark gestiegene Erzeugung nicht aufnehmen kann. Es wird also hauptsächlich darauf ankommen, den ausländischen Absatz zu erhalten und möglichst zu steigern. Hierzu ist der Staat mit seiner bureaukratischen Organisation nicht imstande. Hierüber dürfte kaum eine Meinungsverschiedenheit bestehen, zumal sogar überzeugte Sozialisten die Ungeeignetheit des Staates, den Auslandshandel zu übernehmen, zugeben. Wie sollte auch der Staat mit dem ausländischen Wettbewerb fertig werden? Die Privatindustrie kann durch Beteiligungen und dergleichen (wie in Spanien bereits geschehen) einen Ausgleich oder ein Bündnis mit den ausausländischen Werken herstellen — der Staat niemals. Politische Einflüsse aller Art können und werden ihn an dem Absatz der staatlich erzeugten Produkte hindern, besonders wenn die ausländische Kundschaft nicht darauf angewiesen ist. Beim Abschluß von Handelsverträgen können ihm Konzessionen im Preise der Salze abgerungen werden usw. Es gehört schon viel Optimismus dazu, wenn man dem Staate zutraut, daß er den Auslandsabsatz auf der Höhe des Jahres 1913 erhalten könnte — bei welchem Stande übrigens die Kaliindustrie ruiniert wäre —, aber es muß als ausgeschlossen gelten, daß er ihn im notwendigen Maße zu erhöhen in der Lage wäre.

Angesichts dessen wird eine bessere Organisation der Produktion einen Ausgleich kaum schaffen, geschweige denn die Ueberschüsse steigern können. Durch die schon weit durchgeführte Konzentration in der Kaliindustrie sind die Vorteile der Quotenübertragung bereits in hohem Maße nutzbar gemacht. Der Zusammenlegung der Erzeugung stehen auch erhebliche technische Schwierigkeiten im Wege. Die Endlaugenmengen können nicht an wenigen Stellen in die Flüsse geleitet werden, auf den für die erhöhte Förderung und Verarbeitung bestimmten Werken werden Neuanlagen und Vergrößerungen notwendig, was wieder eine Kapitalsaufwendung bedingen würde, die im Interesse unseres Kapitalmarktes unbedingt vermieden werden muß. Auch Arbeiterverpflanzungen müßten in starkem Maße vorgenommen werden. Anderseits würden erhebliche Entwertungen der stillgelegten Anlagen, kommunalen Bauten (Schulen, Wohnhäuser, Gaststätten usw.) eintreten. Schließlich bedingt der Charakter der Saisonindustrie (starker Bedarf im Frühjahr und Herbst) die zeitweise volle Ausnutzung aller Betriebe. Stillegungen in erheblichem Umfange müßten schon aus diesem Grunde unterbleiben. Ferner ist der gegenwärtige Zeitpunkt für eine derartige Maßnahme nicht geeignet. Der Weltbedarf ist 4½ Jahre lang hinausgeschoben worden. Gleichzeitig ist die Industrie mit ihren Lieferungen an die inländische Landwirtschaft mit mehreren hunderttausend Waggons im Rückstand. Auch in Zukunft wird man im Inlande mit größeren Lieferungsansprüchen der Landwirtschaft rechnen müssen. Daher müssen für eine beschränkte Zeit (bis der ausländische Wettbewerb voll zur Wirkung kommt, was noch einige Jahre dauern wird) ziemlich sämtliche Werke herangezogen werden, um den Bedarf zu decken. Man wird demnach die Entwicklung der Absatzverhältnisse nach dem Kriege abwarten müssen, bevor die Frage, wie viel Werke gegebenenfalls stillgelegt werden können, zu entscheiden ist. Auf jeden Fall kann durch Stillegungen und Quotenübertragungen, womit natürlich auch Raubbau verbunden ist, keine Ertragssteigerung erzielt werden, die einen Minderabsatz ausgleichen könnte, der infolge der Einführung des Staats- oder sozialisierten Betriebs hervorgerufen würde. Außerdem wären noch die Nachteile des staatlichen Betriebs, die stets in der Richtung einer Produktionsverteuerung wirken, in Rechnung zu stellen.

Aus der Darstellung dürfte sich ergeben, daß die Sozialisierungsmaßnahmen lediglich in einer besseren Regelung der Erzeugung bestehen können. Es wird vor allem ein Verbot, weitere Schächte abzuteufen, für die Zeit nach dem Kriege erlassen werden müssen. Ferner könnte ein Organ geschaffen werden, das auf Grund des tatsächlich vorliegenden oder mit Sicherheit zu erwartenden Bedarfs darüber entscheidet, wo und wie die Erzeugung vorgenommen werden soll, welche Werke gegebenenfalls stillzulegen sind usw. Uebertriebene Erwartungen wird man aber auch hieran nicht knüpfen dürfen. Eingriffe in die Absatz- und Preisregelung, die über die Befugnisse, die der Regierung schon jetzt zustehen (bekanntlich werden auf Grund des Kaligesetzes die Preise gesetzlich bestimmt), hinausgehen, verbieten sich nach dem Gesagten von selbst. Ebensowenig kann von einer grundsätzlichen Aenderung der Eigentums-, Besitz- und Betriebsverhältnisse die Rede sein. Die dadurch hervorgerufenen Nachteile würden mit Sicherheit großen Schaden bringen. Dagegen dürfte nichts einzuwenden sein, wenn durch Einführung einer Kalisteuer, etwa auf den Doppelzentner K_2O eine neue Finanzquelle erschlossen würde.

Eine erschütternde Zahlenfastenpredigt.

Von Rechtsanwalt August Nuß.

Entsetzliche Zahlen, blutigrot, erschütternd, von tragischem Ernst, brennen in dieser notvollen Zeit dem deutschen Volke in die Seele.

161 Milliarden Mark kostete uns der verlorene Krieg. Noch im Januar ds. Js. hatten wir einen laufenden Verbrauch von 3,5 Milliarden gegen 4,2 Milliarden Mark im Juli 1918.

Gegenüber den Jahren vor dem Kriege hat Deutschland einen ungeheuren Verlust an Menschen- und Arbeitskräften aller Berufe und Volkskreise: 1,7 Millionen Gefallene, ungefähr 600000 Schwerkriegsbeschädigte, zurzeit noch etwa 800000 Kriegsgefangene und über 1 Million ausländische Arbeiter, also vier Millionen Menschen weniger als im Frieden! Gleichzeitig haben wir annähernd 1 Million Arbeitslose im Lande!

In den vier Kriegsjahren starben bei uns in den Städten etwa 70000 Menschen mehr als im Frieden. Zurzeit sterben in Deutschland täglich zirka 800 Menschen an Hunger und Unterernährung.

Eine neuerdings vom Reichsgesundheitsamt in Berlin herausgegebene Denkschrift, betitelt: „Schädigung der deutschen Volkskraft durch die feindliche Blockade" bringt folgende Ziffern, eine überwältigende moralische Anklage gegen die Kriegführung der Entente!: Das deutsche Volk mußte statt der notwendigen täglichen 3300 seit Herbst 1916 mit 1300 bis 1000 Wärmeeinheiten (Kalorien) auskommen. Folge: Zunahme der Sterbefälle in der Zivilbevölkerung um 37 Prozent gegen das Friedensjahr 1913. Genau festgestellte Ziffer der Blockadetodesopfer während des Krieges 762796! Bei den Kindern beträgt die Zunahme der Sterblichkeit für solche von 1 bis 5 Jahren 49,3 Prozent, für solche von 5 bis 15 Jahren 55 v. Hundert. Die sehr lesenswerte Denkschrift erörtert auch die Folgen des Mangels an Heilmitteln und Verbandstoffen, der Verringerung der menschlichen Arbeitskraft usw. Rechnen wir die Schädigungen der Blockade um in Schädigung des deutschen Volksvermögens, so haben wir einen Gesamtschaden von über 54 Milliarden 600 Millionen Mark!

Wahrlich eine erschütternde Fastenpredigt durch Zahlen!

Und Deutschland tanzt!!

Eine geistig-sittliche Hungerkrankheit wütet im ganzen Reiche.

Das deutsche Volk schreit nach Erlösung. Nur der Weg durch die Bußzeit über Golgatha führt zur Erlösung des Ostermorgens.

Der Sozialismus kann uns die Erlösung nicht bringen. Das Christentum allein ist hierzu imstande. Unsere Zeit und unser Volk sind krank. Der Sozialismus ist Materialismus, lebt von Stoff und Kraft, läßt mit dem Tode alles zu Ende sein und leugnet das Geistige und Ewige, also auch Gott, das unendlich geistige und sittliche Wesen. Der Sozialismus doktort an den Krankheitserscheinungen herum, ohne dem Krankheitsherd, den Krankheitskeimen, den tiefsten Ursachen alles Uebels, auf den Grund zu gehen. Seine Heilmittel und Heilmethoden bleiben am Aeußeren, an den Symptomen haften, statt in die Tiefe zu gehen und im innersten Zustande des Menschen durch innere Erneuerung die Menschheit zu veredeln und die Innenwelt von der Allmacht des Aeußeren zu erlösen. Dr. Karl Sonnenschein führte in dieser Hinsicht auf einer Studentenversammlung in Leipzig zutreffend aus: „Das Fiasko des Sozialismus, das jeden Tag stärker in die Erscheinung treten wird, liegt darin begründet, daß derselbe in der äußeren Reform alles Heil der Welt sieht, ohne daran mitzuarbeiten, daß der innere Mensch erneuert wird. Wer der Welt nicht hilft, den alten Adam durch den neuen Christus zu ersetzen, der kann sie nicht endgültig erlösen. Er wechselt nur den Träger der Schwächen und der Laster. Gestern war es die korrumpierte kapitalistische Bourgeoisie, heute wird es, wenn die Welt des Christentums ausgeschaltet wird, die egoistische Diktatur des Proletariats sein."

Die Selbstsucht kann nur durch Selbstzucht überwunden werden. Hier setzt das Christentum mit seinen im Gewissen verankerten Trieb- und Lebenskräften ein. Eine wirkliche Welterneuerung ist nur durch das System der christlichen Gedanken- und Motivwelt möglich.

Die Religion steht als heiliger Torwächter bereits an den Uranfängen der Menschheit. Der Baseler Professor Dr. Hauser, der einen interessanten Ausgrabungsfund aus der Altsteinzeit (eine urweltliche Opferstätte) gemacht hat, schreibt in seinem während des Weltkrieges erschienenen Werke „Der Mensch vor 100 000 Jahren" in bezug auf diesen Fund: „Urzeit und Gottesglauben reichen sich in diesem großen, noch nicht völlig abgeklärten Dokument früher Menschheitstage die Hände. Die Akten für diese erste, bis jetzt bekannte Opferstätte der Altsteinzeit sind noch nicht abgeschlossen. Wenn Europas Menschen von heute zurückkehren zum Friedensgewerbe, dann wird auch der Stimme des Urweltpriesters wieder zu lauschen sein."

Mit Schlagworten kann man die Menschheit weder sättigen noch erlösen. Der Wiederaufbau unseres Volkes ist nicht möglich auf dem Flugsand menschlicher Parteimeinungen und Irrungen, sondern nur auf dem granitnen Fundament der höheren sittlichen Weltordnung, wie sie in der Religion ihren Ausdruck findet. Wir können unser Volk nur durch den Geist der Bergpredigt und des christlichen Sozialismus, niemals aber durch Maschinengewehre und Handgranaten aus der Not dieser Zeit befreien. Nur durch die sittlichen Mächte von Treu und Glauben, wie sie in den zehn Geboten für alle Zeiten und Zonen niedergelegt sind, kann unser Volk geläutert und wieder zur reinen Menschlichkeit zurückgeführt werden. Alle menschlichen Macht- und Zwangsmittel sind nur Kriegsersatz, der mithelfen, aber nicht erziehen und bilden kann.

In den letzten Jahren erlebten wir eine gigantische Organisationskunst auf dem Gebiete der Technik, aber keine auf dem Gebiete der Seelen und Herzen. Die religiös-sittliche Verinnerlichung und Vertiefung muß organisiert werden, sonst werden wir bei allem Triumphe äußerer „Heil"-Mittel nur eine Zivilisation ohne Kultur, eine Technik ohne Liebe haben.

Und wie nötig brauchen wir die Liebe! Die menschenerneuernde, weltüberwindende Liebe, die den furchtbaren Haß überwindet, der das deutsche Volk und Europa in einen Trümmerhaufen verwandelt hat.

Der einzig durchgreifende Weltorganisator ist Christus. Er ist die Liebe. Auf Golgatha hat er sie besiegelt. Durch Haß haben wir Menschen uns zugrunde gerichtet, durch Liebe wollen wir uns wieder emporrichten zum Licht der ewigen Sterne. So nur werden wir die Weltbedeutung des christlichen Evangeliums und seines unsterblichen Meisters verstanden haben.

Die geschichtliche und kulturelle Entwicklung des Wendenvolkes.

Von M. Raab, Breslau.

Neben den anderen durch den Novembersturm aufgeregten Nationalitätenfragen hat sich auch die Wendenfrage in der sächsischen und preußischen Lausitz überraschend schnell zu einem die Oeffentlichkeit beschäftigenden Problem erhoben. Anfangs wurde sie von den maßgebenden Kreisen als ein Kuriosum angesehen, doch erfolgte bald eine Ernüchterung, als man wahrnahm, daß die Bewegung im wendischen Volke weite Kreise erfaßt habe und es den Wenden gelungen sei, mit der Friedenskonferenz in Fühlung zu treten und Abgesandte nach Paris zu senden. Wie konnte es geschehen, daß die ehemals so königstreuen, stockkonservativen Wenden plötzlich Loslösungsbestrebungen von Sachsen und Preußen huldigten? Um die Frage klar beantworten zu können, ist es notwendig, die ganze geschichtliche und kulturelle Entwicklung des wendischen Volkes zu überblicken, um daraus ein Verständnis für die Anklagen und Forderungen der Wenden zu gewinnen.

Man schätzt heute die Wenden in den beiden Lausitzen auf 140—160,000, die in dem Viereck wohnen, dessen Eckpfeiler die Städte Bischofswerda und Löbau in Sachsen und Guben und Lübbenau in Preußen bilden. Diese Städte, sowie die Peripherie dieses Landstriches sind heute zum größten Teil germanisiert; der Kern aber ist durchgehends wendisch mit Ausnahme der darin liegenden Städte und Städtchen, die meistens eine deutsche Mehrheit aufweisen. Diese Wenden sind der Rest des einst so großen slavischen Volkes, das sich zur Zeit Karls des Großen über Thüringen hinaus bis an die Werra, nach Braunschweig, Lüneburg erstreckte, das die Ufer der Ostsee in Mecklenburg und die Insel Rügen beherrschte, dessen Fischer die Oder und deren linksseitigen Nebenflüsse befuhren und dessen Jäger in den Wäldern der Lausitzer Berge und des Erzgebirges der Jagd oblagen. In mehrere Jahrhunderte währenden Kämpfen wurden die Sorbenwenden von den deutschen Kaisern, den brandenburgischen und sächsischen (meißenschen) Markgrafen trotz tapferer Gegenwehr unterworfen.[1]) In das Land brachten die deutschen Herrscher deutsche Kolonisten und deutsche Mönche, und mit ihrer Hilfe wurden Land und Volk germanisiert.[2]) Besonders war es der Adel, der zuerst deutsche Sitten und deutsche Sprache annahm — soweit er nicht in den hartnäckigen Kämpfen vernichtet worden war. Ihm folgten die besseren Schichten des Volkes nach, um den fortwährenden Verdemütigungen durch die neuen Herren zu entgehen.[3]) Am längsten hielt das Volk auf dem platten Lande an den ererbten Sitten fest. Nicht kampflos ließ es sich sein Volkstum nehmen und wehrte sich, wie es nur konnte. Welch eine Kluft zwischen den neuen Herren des Landes und den alteingesessenen unterjochten Landesbewohnern herrschte, kann man aus der Bestimmung des Sachsenspiegels (XIII. Jahrhundert) folgern, der anordnete, „daß der Wende vor Gericht nicht gegen den Deutschen zeugen dürfe und umgekehrt, da es ja bekannt sei, daß jede Partei zum Schaden der anderen schwören würde." Daher die vielen Aufstände, oft hervorgerufen durch die Grausamkeit der neuen Herren.[4])

Bis ins 12. Jahrhundert war im Thüringischen bei den Gerichten ein wendischer Dolmetscher zugelassen. Ende desselben wies Bernhard II. von Anhalt die wendische Sprache aus dem Gerichtssaal. Gegen 1327 verbot Graf Friedrich von Altenburg das Wendische in seinem Gebiet. Dasselbe geschah um dieselbe Zeit in der Leipziger Pflege. Immer weiter schritt die Germanisation nach Osten: 1427 verlor das Sorbische sein Recht vor den Meißner Gerichten. Nach Nottrott haben sich besonders die Askanier in der Mark Brandenburg im Kampfe gegen das Wendentum energisch betätigt, die den ferneren Gebrauch der wendischen Sprache unter schweren Strafen verboten.[5]) Nach dem dreißigjährigen Kriege sind auch die letzten Spuren des wendischen Volkes zwischen Saale und Elbe verwischt.

Auch östlich der Elbe machte die Entnationalisierung immer größere Fortschritte, besonders in den Städten. Hier wurden

[1]) Chronik des Bischofs Diethmar von Merseburg († 30. 4. 1002).
[2]) Bartels „Der Bauer in der deutschen Vergangenheit" (1900).
[3]) Diethmar von Merseburg. Bartels — S. 80.
[4]) Nottrott „Aus der Wendenmission" (1897) — S. 540.
[5]) Nottrott „Aus der Wendenmission" (1897) — S. 496.

die Wenden ebenso wie anderswo entrechtet: so war ihnen der Eintritt in die Innungen und die Erwerbung der Bürgerrechte verboten[6]). In den Lehrbriefen mußte bezeugt werden, daß der Lehrling „guten deutschen Geblüts und nicht wendischer Nation" sei. In Kottbus wurde 1525 vom Kurfürsten angeordnet, daß wenigstens die Söhne aus der Ehe eines Deutschen mit einer Wendin in die Innungen aufgenommen werden. In Bitterfeld mußte noch im 18. Jahrhundert der Lehrling nachweisen, daß er nicht wendischen Herkommens sei. Ein Mittel allerdings gab es, wodurch der Wende seine Herkunft wettmachen konnte: viel Geld. So mußte ein Blasius Wuj aus Schmölln 1568 für das Stadtrecht in Bischofswerda 100 Taler zahlen, weil er Wende war — für jene Zeiten eine ansehnliche Summe.

Auch die Kirche betätigte sich in der Germanisierung der Sorbenwenden: waren doch die Stifte und Abteien zugleich deutsche Herrschaften. Die Wenden für das Christentum zu gewinnen war ihr Ziel, aber zugleich auch für das Deutschtum. Es gab allerdings einzelne Prälaten, welche besonders auf den Gebrauch der wendischen Sprache in der Seelsorge drängten. So verordnete der Bischof Bruno II. von Meißen um 1213, daß „der Priester sich die sorbische Sprache aneigne und dem Volke in der ihm verständlichen Sprache predige". 1496 bestimmte Johann von Salhausen, daß „jeder Pfarrer, in dessen Sprengel sich Wenden befinden, falls er nicht selbst wendisch verstehe, für einen des Wendischen kundigen Kaplan zu sorgen habe, der dem Volke in seiner Muttersprache predige."

Bei Ausbruch der Reformation hielten die Wenden anfangs am katholischen Glauben fest; erst als die neue Lehre in ihrer Muttersprache verkündigt wurde, gingen sie zu ihr über, sehr oft allerdings nur unter dem Drucke der deutschen Herrschaft. Die Reformation brachte, wie es scheint, nun die erste, wenn auch kümmerliche literarische Tätigkeit: 1548 erschien die erste Uebersetzung des Neuen Testamentes nach Luther. Auf diese von Zeit zu Zeit neu erscheinenden Uebersetzungen der Hl. Schrift blieb sie aber auch lange Zeit beschränkt. Im 17. und 18. Jahrhundert erschienen auch einige andere religiöse Schriften. Einzelne Geistliche beschäftigten sich sogar wissenschaftlich mit der wendischen Sprache und legten ihre Forschungen in lateinischen, später in deutschen, ja sogar wendischen Schriften nieder. Aber trotz und hauptsächlich infolge der Reformation ging die Germanisierung rüstig weiter: wird doch auch heute vielfach protestantisch gleich deutsch gesetzt.

In diese Zeit nun fällt der erste Beginn eines leisen nationalen Erwachens, besonders bei den Geistlichen, die aus Erbarmen mit dem geistigen Elend ihres Volkes ihm verschiedene religiöse Schriften in der Muttersprache schenkten. Die regere Beschäftigung mit der Muttersprache erweckte auch größere Liebe zum Volkstum. 1706 wurde für die katholischen Wenden in Prag — die Lausitz stand in kirchlicher Beziehung unter Böhmen — ein eigenes wendisches (Priester-)Seminar gegründet, das noch heute höchst segensreich wirkt. 1716 vereinigten sich in Leipzig die dort studierenden Predigtamtskandidaten zu einer wendischen Predigervereinigung, die noch heute besteht, wohl die älteste Studentenvereinigung an den deutschen Universitäten. 1740 wurden vom Grafen von Gersdorf 2 wendische Lehrerseminare gegründet, die aber nach seinem Tode bald der Germanisation anheimfielen. So war der Versuch, dem wendischen Volke gebildete wendische Lehrer zu geben, wieder im Keime erstickt. Seine Lehrer mußten in deutschen Anstalten ausgebildet werden, wo oft ein dem Wendentum feindlicher Geist herrschte.

So war das wendische Volk in einer geistigen Apathie und allem Anschein nach in Bälde dem nationalen Untergang geweiht, so daß 1782 ein wendischer Geistlicher in seiner Schrift „Gedanken eines Oberlausitzer Wenden über das Schicksal seiner Nation" klagt, „daß es noch gar nicht so lange her sei, daß viele Gemeinden vollständig dem Deutschtum anheimgefallen seien. Nicht lange werde es dauern und der kleine Rest werde ganz im deutschen Volksmeer verschwunden sein." Vielmals ist dieser Gedanke noch später von deutschen Statistikern ausgeführt worden, so von Dr. Rich. Andree in seinem Buche: „Das Sprachgebiet der Lausitzer Wenden" (1873) und in seinen „Wendischen Wanderstudien" (1874), die allerdings voll von Unrichtigkeiten und Ungenauigkeiten sind. Fahlisch hat 1883 statistisch ausgerechnet, daß es nach 30, höchstens 50 Jahren keine Wenden mehr geben werde. Und heute? Sie sind nicht nur noch da, ja sie denken sogar daran, sich ein eigenes Staatswesen zu gründen.

[6]) Simon „Moderner Geschichtsunterricht" (1912) — S. 139.

Fürsorge für Großstadt- und Industriekinder.

Von Maria Köchling, Hamm (Westf.).

Es sind zwei Hauptursachen, die den überraschenden Unterschied zwischen der Ferienkinderentsendung von 1916 und 1918 erklären. Das Ferienkinderproblem, das zuerst durch unsere Bischöfe gelöst und durch die verschiedenen caritativen Vereinigungen (Caritasverbände usw.) in unermüdlicher Arbeit so glänzend durchgeführt wurde, hatte im Jahre 1916 einen ungeahnt großen Erfolg. Im Jahre 1916 waren unsere Landbewohner trotz mancher schon drückender Gesetzesvorschriften noch begeisterungsfähig für die edle Sache, hungrige Stadtkinder bei sich aufzunehmen, wenn auch da schon manche Landpfarrer harte Nüsse zu knacken hatten bei ihren Dorfbewohnern[1]). Im Jahre 1917 mußten wir erleben, daß die Landleute weit zurückhaltender waren. Man hat wohl impulsiv als Grund dafür angenommen die Nachwirkung der im Jahre 1916 dem System anhaftenden Fehler, die nicht ausbleiben konnten bei der überhasteten Vorbereitungs- und Organisationsarbeit für die Aussendung der Ferienkinder. In einigen Wochen mußte, der nah bevorstehenden Ferien wegen, eine Arbeit geleistet werden, die bei normaler Weise fast ein Jahr in Anspruch nehmen konnte.

Ich erinnere an zwei Hauptsünden, die ganze Spalten in den Zeitungen damals gefüllt haben: Falsche Auswahl der Kinder, und dann das Ueberlaufen der Dörfer seitens der Eltern und Verwandten der Ferienkinder.

Mögen diese und andere Anhängsel des Systems der guten Sache an sich nicht zuträglich gewesen sein — Tatsache ist, daß sie dem Faß nicht den Boden ausgeschlagen haben! Tatsache ist, daß die allzu scharfe und alles Maß überschreitende Kontrolle des Staates bei den Landwirten bewirkt hat, daß unser herrliche Erfolge zeitigendes Ferienkindersystem im Jahre 1918 fast elendig zugrunde gehen mußte. Was in den Jahren 1916 und 1917 in Blüte stand, dank der unermüdlichen Arbeiten der verschiedenen sozialen Vereinigungen und der Landpfarrer, ist 1918 durch einen krassen Bureaukratismus zerstört worden. In keinem Menschen ist der freie Wille so urkräftig ausgeprägt wie beim Bauern. Der Krieg hat aber diesen Willen mit tausend Verordnungen bombardiert, und wenn der Bauer in den ersten Jahren mit der allgemeinen Begeisterung manche Verordnung tapfer heruntergeschluckt hat, so ist einmal doch die Stunde gekommen, wo ihm die Galle übergelaufen ist. Dann aber wird ein echter Bauer starrköpfig, und was das bedeutet, das haben unsere unermüdlichen Landpfarrer erfahren, als sie im Jahre 1918 die Bauern wieder für die Ferienkinder begeistern wollten.

Der Wurm der Unzufriedenheit im Volke ist genährt durch die verschiedensten Ursachen. Eine Ursache ist auch die: Das Volk muß seine Kinder buchstäblich hungern sehen, muß sie des Hungertodes sterben sehen! Besonders unser Volk in den Großstädten muß zu tausenden seine Kinder der Erde zurückgeben. Die Großstadt- und Industriestadtfriedhöfe erzählen traurigste Tatsachen. Und tausenden von Kindern hat die Unterernährung den Keim des Todes in das junge Blut gesenkt.

Wie es z. B. in der rheinischen Großstadt Düsseldorf mit der Not der Kinder aussieht, erzählt folgender Bericht eines Augenzeugen: „Ein herzzerreißendes Bild, das die in Düsseldorf bestehende Milchnot ungemein charakteristisch beleuchtet, ist seit einigen Tagen an der Rheinbrücke zu beobachten. Angeblich ist es einigen Kindern gelungen, über die Brücke nach Oberkassel zu gelangen, um dort Milch trinken zu können. Die Nachricht verbreitete sich wie ein Lauffeuer und hunderte von armen, ausgehungerten Großstadtkindern machten sich deshalb auf den Weg, um auch einmal wieder zu dem so lange entbehrten Genuß von Milch zu kommen. Die Mühe war aber vergeblich, denn die belgischen Posten durften die Kinderschar nicht passieren lassen. Darauf standen dann die Kinder an den Brückenbogen und warteten, oft stundenlang. Nur schwer war es möglich, die blassen, ausgehungerten Kleinen von der Aussichtslosigkeit ihres Vorhabens zu überzeugen, und wenn es gelungen, dann gingen viele von ihnen tränenden Auges heimwärts."

So weit ist es gekommen. Müssen wir uns nicht sagen, daß Hunger sogar Kinderseelen für immer verbittern kann? Wenn Deutschland keine Kinder, oder nur Ruinen an Kindern hat, geht es ohne Zweifel seinem Untergang entgegen. Wir aber brauchen gerade für die nächste Generation ein kraftvolles Volk. Die nächste Generation wird diejenige sein, die wohl von allen Generationen des deutschen Volkes die schwersten Lasten zu tragen hat. Darum — Deutschland kann nicht aufatmen, solange seine Kinder als welke Blumen zu tausenden täglich dahinsinken!

Sorge für deine Kinder, deutsches Volk! Sieh die Hungergestalten jener Großstadt- und Industriekinder durch die Straßen wanken. Sie haben keine Jugend gehabt, sie kennen keine sonnige Sorglosigkeit. Fast fünf Jahre haben sie mit dem Hungergespenst gekämpft, tagaus, tagein. Geh in die Schulen, sieh dort die Lücken in den Bänken. Wo sind Deutschlands Kinder? Ein Hungerkrieg hat sie hinweggerafft. Sieh dir die Kinder auf den Gassen an —

[1]) Vergleiche meine im Sekretariat Sozialer Studentenarbeit erschienene Werbebroschüre „Stadtkinder aufs Land".

so manche schon hat der Tod geküßt. Geh in die vielfensterigen Mietkasernen. Fast täglich kannst du die kleinen weißen Särge hinaustragen sehen.

Wir dürfen nicht ratlos zusehen! Jeder Einfluß muß geltend gemacht werden. Die neue Regierung muß an erster Stelle die kleinlichen bureaukratischen Verordnungen auf dem Lande bis auf ein erträgliches Maß zurückziehen. Und dann — erbarmet euch der Großstadt- und Industriekinder, ihr alle, die ihr 1916 voll Tatkraft euch der hohen Aufgabe gewidmet habt. An die praktische Kleinarbeit: Caritasverbände, Frauenvereinigungen, Fürsorgevereine usw.! Die Not ist groß. Sie wächst mit jedem Tag. Geht aufs Land, in die Dörfer und Landgemeinden, wendet euch an die Landpfarrer um Vermittlung zwischen den Landleuten, bittet um der großen Sache willen persönlich um Aufnahme der hungernden Stadtkinder. Die Not von 1916 war groß. Heute ist sie größer! Nur unser Landvolk kann uns retten. Und es wird wieder seine Tore öffnen, wenn der Staat es von den unerträglichen Kontrollen und Verordnungen entlastet. Und zwar so bald wie möglich. Wir dürfen unsere Kinder nicht mehr bis zum Sommer in den Städten hungern lassen. Schulfragen dürfen jetzt in dieser äußersten Not nicht mehr hemmend sein. Es gilt, eine ausgehungerte Kinderschar wieder lebensfähig zu machen!

Eine neue Antwort auf eine alte Frage.

Von P. Luchesius Semler O. F. M., Waterslende-Sittard (Holland).

Eine alte Frage, die immer wieder von neuem gestellt wird, ist die Kalenderfrage. Gegenwärtig lautet sie: Wie läßt sich der Kalender vereinfachen? Jetzt, da alle Dinge sich neugestalten und vieles sich vereinfacht, sei auch der Vereinfachung unserer Zeitrechnung das Wort geredet.

In drei Punkten läßt sich der Kalender vereinfachen.

Zunächst können die 365 (bzw. 366) Tage des Jahres sich gleichmäßiger auf die zwölf Monate verteilen. Daß der Februar nur 28 (bzw. 29) Tage hat, indes sieben andere Monate stets 31 zählen, dafür besteht kein sachlicher Grund; trotzdem „schleppen wir diese vom modernen Standpunkt aus unsinnige Berechnung weiter," wie Dr. P. Fischer sagt[1]). Januar, März, Mai, Juli, September, November (und Dezember) können 30 Tage, die übrigen Monate 31 haben, im Schaltjahre müßte auch der zwölfte Monat 31 Tage zählen.

Da der Schalttag zu keinem Monate innere Beziehung hat, vielmehr als Ergänzung zu vier Jahren dient, so gehört er ans Ende des vierten Jahres. Bei den Römern begann früher das neue Jahr mit dem ersten März; daher waren Schalttag und Schaltmonat am Ausgang des Jahres an ihrem Platz. Erst Cäsar ließ 45 v. Chr. mit seiner Kalenderreform das neue Jahr am ersten Januar beginnen, weil an diesem Tage die neuen Konsuln (seit 153) ihr Amt antraten[2]). Leider blieb der Februar auch ferner Schaltmonat. Vielen wird es einerlei sein, wo der Schalttag unterkommt; wer jedoch lange praktisch mit Kalender oder Direktorium sich befaßt hat, weiß, welche Erleichterung in solcher Arbeit die Verlegung dieses Tages bedeutet. Am Ende des Jahres stört er unsere Kreise nicht; da würde er sich vielmehr als Buß- und Sühnetag recht gut ausnehmen. Hatten doch schon die alten Römer nach Verlauf von mehreren Jahren („lustrum") einen solchen Tag („dies lustralis") angesetzt. So wechselten die Monate mit 30 Tagen gleichmäßig ab mit den andern. Das erste Halbjahr enthält dann 183 Tage, das zweite 182, im Schaltjahre ebenfalls 183, während jetzt das Verhältnis 181 : 184 (bzw. 182 : 184) ist. Die kirchlichen Feste könnten in derselben Ordnung wie bisher aufeinander folgen, ohne daß eine Neuausgabe von Brevier und Meßbuch dadurch erfordert würde.

Der wichtigste Punkt für die Vereinfachung des Festkalenders ist die Festlegung des Osterfestes. Fast in allen Jahrhunderten ist dieselbe von vielen Kreisen gewünscht worden; namentlich wurde der Wunsch laut, als Papst Gregor XIII. seine Kalenderreform in Angriff nahm. In unsrer Zeit haben sich politische und industrielle Kreise, Schulmänner und Schriftsteller um die Fixierung des Osterfestes bemüht; so vor allem Prof. W. Förster, Direktor der Berliner Sternwarte[3]), ferner von Hesse-Wartegg (in der K. V.), der Deutsche Handelstag[4]). Die gemachten Vorschläge sind verschieden. Die einen wünschen die Festlegung auf ein bestimmtes Monatsdatum, z. B. der Deutsche Handelstag; andere wünschen nur, daß der Spielraum des Osterfestes auf sieben Tagen beschränkt werde und schlagen den ersten Sonntag im Frühling oder im April vor, andere verlangen den 5.—11. April oder den 3. Sonntag nach Frühlingsanfang. Verlangt man von der Kirche, daß sie von einer so alten, seit 325 allgemein verpflichtenden Praxis abgeht, dann muß man ihr in der Wahl des Tages oder Termins Freiheit gewähren und dem religiösen Empfinden an erster Stelle Rechnung tragen; denn es handelt sich um das Hauptfest des Christentums. Für die Wahl des Tages oder Spielraumes, an dem Ostern zu feiern ist, kann nur die heilige Geschichte maßgebend sein.

Die bei weitem überwiegende Mehrheit der Fachgelehrten kommt bei ihren wissenschaftlichen Untersuchungen zu dem Schlusse, daß Christi Tod auf den 15. Nisan des Jahres 30 anzusetzen ist[5]); nach astronomischer Berechnung[6]) fiel im Jahre 30 der 15. Nisan auf den 97. Tag des Jahres; die Auferstehung erfolgte somit am 99. Die obige Verteilung der 365 Tage vorausgesetzt, würde dies also der 8. April sein. Dieses Datum liegt in der Mitte des Spielraumes, in dem sich das Osterfest jetzt bewegt, nämlich zwischen dem 22. März und 25. April. Für die Festlegung des Festes sollte dieses Datum allein in Frage kommen.

Ostern soll immer an einem Sonntag gefeiert werden. An dieser Regel wollen alle Vorschläge festhalten. Wie ist das möglich, wenn man einen bestimmten Monatstag vorschlägt? Um keine Sprünge im Kalender zu machen, muß man zunächst ein Jahr abwarten, in dem jenes Datum auf einen Sonntag trifft. Der 99. Tag ist ein „Tag des Herrn", wenn Neujahr ein Sonntag ist wie 1922. Soll dieses Datum jedes Jahr wieder ein Sonntag sein, so darf man einen Tag des Jahres als Wochentag nicht mitzählen, so daß jedes Jahr mit einem Sonntag anfangen und der 99. Tag ebenfalls ein Sonntag sein kann. Für diesen „neutralen" Tag eignete sich der 183. Tag („Mitteljahr") am besten. Es würde dann jedes Quartal (Januar, April, Juli, Oktober) mit einem Sonntag beginnen. Aus demselben Grunde darf auch der Schalttag am Ende des Jahres als Wochentag nicht mitzählen.

Wenn unter den Gelehrten eine Einigung erzielt werden kann bezüglich der Frage, wie weit wir in der christlichen Zeitrechnung zurück sind, so läßt sich bei einer etwaigen Kalenderreform der Fehler beseitigen. Die Meinungen schwanken noch zwischen fünf bis sieben Jahren. Sollte auch hier für immer das Wort gelten: disceptatum est, disceptatur, disceptabitur? (Man kommt aus dem Streiten nicht heraus.) —

Wenn so viele Kreise an der Vereinfachung des Kalenders interessiert sind, warum hat man sie bisher noch nicht eingeführt? Die Sache muß doch wohl ihre Schwierigkeiten und Nachteile haben?

Wer bedenkt, daß zu einer kleinen Aenderung im Kalender zwei große Gewalten auf dem weiten Weltenrunde, Kirche und Staat, zusammenwirken müssen, begreift auch, daß wir im Zeitalter der Luftschiffe und Funksprüche und 120-Kilometer-Geschütze uns noch immer nach den Allüren des Mondes richten. Und wer die Geschichte von der Einführung des Gregorianischen Kalenders kennt[7]), die sich noch in

[1]) Illustr. Weltgesch in 4 Bd. Herausg. v. S. Widmann, P. Fischer u. Felten. München-Berlin. 3. Aufl. I 436.

[2]) Vgl. Beloch in Einleitung in die Altertumswissenschaft. Herausg. v. Gercke und Norden. Leipzig 1914, III 201.

[3]) In der Zeitschrift „Lotse" 1901, Heft 23, rät er, das Kirchenjahr nicht mehr vom Monde, sondern einzig nur von der Sonne abhängig zu machen und eine andere Osterregel aufzustellen. Dann würden wohl auch die Orientalen sich dem Gregorianischen Kalender anschließen. Sie würden, meint er, weniger von dem Gregorianischen Kalender, als vielmehr von der „westlichen" Osterregel abgeschreckt. Schon 1897 hat sich Förster (im Auftrag der Preußischen Regierung?) betreffs der Festlegung des Osterfestes nach Rom gewandt. Darauf hat Kardinal Rampolla am 6. Mai 1897 geantwortet: „Wenn die Forderung allgemein" (d. h. nicht bloß von einzelnen Kreisen) „gestellt würde, so dürfte der Hl. Stuhl die Frage in Erwägung ziehen." So berichtet die Zeitschrift „La Quinzaine" vom Januar 1901. Vgl. Joh. Praxmarer in „Theol.-prakt. Quartalschrift". Linz 1906, S. 760 und 763; und H. A. Kiel in Herders K.-Lex. 1901, XII 1935.

[4]) Schon am 20. März 1908 hat der Deutsche Handelstag in einer Vollversammlung beschlossen, dahinzuwirken, daß Ostern auf Sonntag, den 4. April, festgelegt werde; und neuerdings trat er für eine internationale Vereinigung in dieser Angelegenheit ein, die nach Friedensschluß alsbald für die glückliche Lösung der Frage tätig sein soll. K. V. Nr. 139, 1919.

[5]) Vgl. Jos. Bach, „Monatstag u. Jahr des Todes Jesu", Freiburg 1912; van Bebber, „Zur Chronologie des Lebens Jesu", Münster 1898; Belser in „Bibl. Zeitsch.", I 55—63; 160—174; Ders. „Das Evang. des hl. Joh.", Freiburg 1905, und „Abriß des Lebens Jesu v. d. Taufe bis zum Tode", ebd. 1916; Cornelius a Lapide, „Evang. S. Joan.", XIII 1; Cornely, „Historica et critica introductio", III 269; Edersheim, „The life and Times of Jesus the Messiah", I 5, London 1890; Grimm-Zahn, „Das Leben Jesu", Regensburg 1909, II 88; Hontheim, „Das Todesjahr Christi und die Danielsche Wochenprophetie" in „Katholik", Mainz 1905 (34) 12, 96, 161, 254; Ladeuze, „La date de la mort du Christ", „Revue d'hist. eccl.". V 893 sq.; Schneid, „Der Monatstag des Abendmahles und Todes U. H. Jes. Chr.", Regensburg 1905; Schuster-Holzhammer-Schäfer, „Handbuch der bibl. Gesch.", Freiburg 1910, II 151 u. 448 ff. — Tausch neigt zur Ansicht, daß der 14. Nisan 33 (= 3. April 33) der Todestag Jesu sei (vgl. „Theol. Revue" 1918 7/8. Heft, S. 156/7); dann wäre der göttliche Heiland, der bei Herodes' I. Tod (Ende März oder Anfang April d. J. 4 vor Chr.) ein bis zwei Jahre zählte, beim Beginn seiner öffentlichen Lehrtätigkeit bereits 35 oder 36 Jahre alt gewesen und hätte ein Alter von 38 bis 39 Jahren erreicht. Ob sich diese Ansicht mit Lukas 3, 23 wohl noch vereinen läßt?

[6]) Ueber die astronomische Berechnung vgl. Handmann in „Natur und Offenbarung", Münster 1904, 286—295; u. Bach, a. a. O.

[7]) Vgl. z. B. Janssen, „Gesch. d. deutschen Volkes", V. Bd., 2. Bch. III. — China und Rußland haben sich erst im Weltkrieg zur Annahme des Gregorianischen Kalenders verstanden.

den Weltkrieg hinein erstreckt, weiß, daß sie in maßgebenden Kreisen dem Reformbazillus den Boden schlecht bereitet, vielmehr stark antiseptisch gewirkt hat. Daher verstehen wir, daß wir heute noch auf demselben Standpunkt uns befinden wie 1582 bzw. 45 v. Chr.

Für die konservativ gerichtete Kirche ist es immerhin schwer, eine Praxis aufzugeben, die bis zu den ersten christlichen Jahrhunderten hinaufreicht. Trotzdem wird sie den Schritt tun, wenn allgemein der Wunsch nach der Vereinfachung geäußert und eine Form gefunden wird, die allgemein Beifall findet[8]). Nachteile stehen für die Kirche nicht auf dem Spiele. Unüberwindliche Schwierigkeiten sind gegenwärtig nicht zu befürchten.

Es erübrigt noch, kurz auf die Vorteile des so vereinfachten Kalenders hinzuweisen.

Zunächst dürften die Einfachheit und Konsequenz der vorgeschlagenen Form für sich sprechen. Das zweite Halbjahr entspricht in seinem Aufbau ganz harmonisch dem ersten. Jedes Vierteljahr beginnt mit einem Sonntag, die Monate mit 30 Tagen wechseln (bis Dezember) ab mit den anderen, die 31 Tage zählen. Der Kalender bleibt sich Jahr für Jahr gleich, braucht nicht jedes Jahr neu gedruckt zu werden. Wer sich für die Mondphasen und Planetenbewegung interessiert, findet genügend Aufschluß in wissenschaftlichen Zeitschriften und in vielen Tagesblättern. Ferner bietet die Stetigkeit und Gleichmäßigkeit des Festkalenders im bürgerlichen und politischen Leben, in Handel und Gewerbe große Vorteile und ermöglicht besonders in Kanzleien und Bureaus größere Einheit und Vereinfachung in den Arbeitsplänen und im ganzen Betrieb. Nicht umsonst bemüht sich der Deutsche Handelstag so eifrig um die Festlegung des Osterfestes. (Vgl. Anm. 4.)

Namentlich wäre die Umgestaltung von großer Bedeutung für die Schule. Die einzelnen Schuljahre sind, sofern sie Ostern beginnen, jetzt immer ungleich lang. Manchmal beträgt der Unterschied über fünf Wochen. So umfaßt das Schuljahr 1918/19 55 Wochen (vom 31. März 1918 bis 19. April 1919), das nächste Jahr 1919/20 (ein Schaltjahr) nur 49 Wochen und fünf Tage (vom 20. April 1919 bis 3. April 1920). Freilich könnte man einwenden: Wem diese Ungleichheit nicht behagt, beginne das Schuljahr im Herbst, wie das schon vielfach geschieht. Aber diese Aenderung liegt nicht in jedermanns Hand. Ueberdies hat es viel für sich, das Osterfest zum Anfangs- und Endpunkt zu machen, die neuen Schüler aufzunehmen und die alten nach Erreichung ihres Zieles zu entlassen. Für unsere Jüngsten, die neu in die Schule kommen und über Feld weite und schlechte Wege zu machen haben, ist die Aufnahme im Frühjahr vorzuziehen. Auch ist es angenehm, wenn die beiden Halbjahre sich an Größe entsprechen und wenn die Osterferien sich jedes Jahr über den Weißen Sonntag erstrecken. Schon wegen der Erstkommunion der Kinder ist das sehr wünschenswert. Für die Schulleiter und Lehrkräfte bietet die neue Kalenderform die Möglichkeit eines Jahr für Jahr sich gleichbleibenden Arbeitsplanes, einer festen Ferienordnung und eines bestimmten Prüfungstermins.

Noch größere Vorteile können für die Kirche daraus erwachsen, ohne daß sie etwas preisgibt. An Poesie und schöner Abwechslung, an Andacht und Innerlichkeit würde das Kirchenjahr nichts einbüßen, im Gegenteil viel gewinnen, besonders für die Kar- und Osterwoche. Der 25. Dezember ist als Geburtstag des Herrn durchaus nicht geschichtlich beglaubigt; dennoch würde Weihnachten viel verlieren an Zauber und religiöser Begeisterung, wenn es die Schwankungen des Osterfestes mitmachen sollte. Ferner welch große Vereinfachung erfolgte für Direktorium (Ordo), Brevier und Meßbuch, ohne daß die schöne Mannigfaltigkeit litte. Auch fielen die jährlichen Arbeiten und Auslagen für die Direktorien weg. Brevier und Meßbuch könnten einfacher, bequemer, handlicher eingerichtet werden, so daß man nicht so viel herumzuschlagen braucht und nicht das ganze Jahr soviel mit herumschleppt. (Im vierbändigen Brevier sind z. B. die Heiligenfeste von einem Vierteljahr, d. h. von 13 bis 14 Wochen, doppelt enthalten, dazu von fünf Sonntagen nach Pfingsten Homilie und Oration.)

Wenn man dieses alles und manches andere erwägt, wird man jenem Gelehrten beistimmen, der mir vor einiger Zeit sagte: „Der ganzen Welt wäre ein großer Dienst erwiesen durch Festlegung des Osterfestes."

Sollte indes die Fixierung des Festes auf ein bestimmtes Datum nicht den gewünschten Beifall finden, so würde schon viel gewonnen werden, wenn das Osterfest wenigstens auf einen Spielraum von sieben Tagen beschränkt wird und der Schalttag an das Ende des Jahres rückt. Dem Gedanken, „die große Beweglichkeit des Ostertermines einzuschränken, steht die römische Kurie nicht abgeneigt gegenüber," sagt Dr. H. A. Kiel (Herders K.-Lex. 1901, XII. Spalte 1939).

[8]) Siehe oben, Anm. 3.

Zum goldenen Jubiläum der „Schlesischen Volkszeitung".

Am 1. April rundete sich das fünfte Jahrzehnt, seitdem die „Schlesische Volkszeitung" als täglich erscheinendes Organ ins Leben getreten war. Es ist ein wechselvoller, an Leid und Freud, Mühe, Arbeit und Erfolgen reicher Weg, dessen Schilderung wir in dem Festartikel des verdienten Direktors der Verlagsgesellschaft, Jos. Boenigk, genießen. Ein fesselnder Abschnitt deutscher politischer und Kulturgeschichte zieht an unserem geistigen Auge vorbei, über ein Jahrhundert schweift der Blick in die Vergangenheit zurück, denn die Vorläufer des Jubelblattes reichen bis zum Jahre 1803 hinauf. Die markantesten Meilensteine setzten natürlich die Jahre des Kulturkampfes, an dem auch die „Schlesische Volkszeitung" ihr redlich Teil trug, lag doch die Hauptlast der publizistischen Vertretung der katholischen Interessen des gesamten Ostens auf ihren Schultern. Ihre Geschicke sind daher mit den Vorgängen jener Zeit aufs engste verknüpft und Ereignisse und Persönlichkeiten von welthistorischer Bedeutung treten im Rahmen dieser Monographie in unseren Gesichtskreis.

Auf dem im Glühofen des Kulturkampfes geschweißten Fundament bauten in den folgenden Friedensjahren journalistische und geschäftliche Tüchtigkeit und Tatkraft im Verein mit der Treue der Katholiken des Verbreitungsgebietes das Gebäude zu der stolzen Höhe aus, auf der es heute als das führende Zentrumsorgan des Ostens steht und von der aus es mit Zuversicht und Gottvertrauen den kommenden schweren Zeiten entgegensehen kann.

Der verehrten Kollegin und allen, welche in ihren Diensten stehen, mit unseren aufrichtigen Glückwünschen zum Jubiläum ein herzliches Glückauf für die Zukunft! Dr. Abel.

Vom Büchertisch.

Die Lehrerinnen-Ehe, von P. Dr. Hieronymus Spettmann O. F. M. 8° 56 S. 1.— ℳ und 10 Proz. Teuerungszuschlag. Münster 1918 Borgmeyer & Co. Ein erfahrener Pädagoge und feiner Kenner der Psyche unserer katholischen Lehrerin behandelt hier in sachlicher Weise mit beredter Sprache das Für und Wider der infolge des Krieges wieder so viel erörterten Frage der Lehrerinnen-Ehe. Auf katholischer Seite fehlte uns bisher eine zusammenfassende und grundsätzliche Würdigung dieses Problems, darum ist diese Behandlung der Frage vom nationalökonomischen, pädagogischen und individualethischen Standpunkte aus freudig zu begrüßen, zumal sie jeder Lehrerin eine Grundlage für eine selbständige Stellungnahme bietet. Der Verfasser entwickelt eingehend die gegen die Lehrerinnen-Ehe sprechenden Gründe. Mit Recht bezeichnet er es als „eine Verirrung unserer sexuell verseuchten Zeit", als „ein Zeichen jämmerlich primitiver Auffassung, wenn die Entwicklung mütterlicher Instinkte nur bei dem Vorhandensein der physischen Mutterschaft für möglich gehalten wird." Bemerkenswert ist da die Hervorhebung des biologischen Gesichtspunktes, daß die physiologisch bedingte Mutterschaft etwas Ausschließendes an sich hat. Freilich bleibt die Ehe die natürlichste Erfüllung der Mutterschaft, wenn aber die Lehrerin in voller jungfräulicher Auswertung ihrer mütterlichen Anlage sich ganz ihrem hohen Berufe widmet, dann wird das Ziel der Erziehung am vollkommensten erreicht. Und darum können wir dem Verfasser nicht genug danken, daß er unserer Zeit mit ihrem beschämenden Kult des Erotischen frank und frei das hohe Ideal der christlichen Jungfräulichkeit vorhält und zeigt, daß „nicht in der Liebe und ihrer Auswertung, sondern in der Hingabe des Menschen an die höchsten Güter unser Wert und die Vollentfaltung der Persönlichkeit", vor allem der Lehrerinnenpersönlichkeit liegt. P. E. Papenheim.

Sebastian von Oer: Unsere Schwächen. 13. und 14. Aufl. Mit Bildnis des Verfassers; **Des Herzens Garten.** Briefe an junge Mädchen. 5. und 6. Auflage. Freiburg, Herder. — Hier sei nochmals hingewiesen auf die von großer Lebenskenntnis zeugenden Werke des bekannten Benediktinerpaters, der mit soviel Einsicht, Feinsinn und liebenswürdiger Herzenswärme seinen zahlreichen Lesern immer das Eine, das not tut, in den verschiedensten Spiegelungen der Lebenslagen, Lebenserfahrungen, Lebensauswertungen zeigt. Seb. v. Oers sämtliche Bücher erfreuen sich darum so vieler Neuauflagen, weil sie weitesten gebildeten Kreisen eine verhältnismäßig unschwere und dabei immer angenehme Entgegennahme unvergänglichen inneren Gewinnes ermöglichen. E. M. Hamann.

Brevier und Messe. Geschichtlich-liturgischer Grundriß von Klemens Blume, S. J. 16° 112 S. ℳ 2.—. Regensburg, Pustet. 1919. Dem vom gleichen Verfasser veröffentlichten Text des neugewählten Offiziums für Messe und Brevier der Schutzfrau Bayerns wurde schon ein kurzer, erklärender Anhang über diese im Mittelpunkt des liturgischen Lebens der Kirche stehenden Kulthandlungen beigegeben. Da diese Erklärung sehr gute Aufnahme fand, wird hier eine erweiterte Sonderausgabe vorgelegt, die neben der Schilderung des altchristlichen Gebetsgottesdienstes einen Einblick gewährt in das Werden der liturgischen Tagzeiten, ihre Aufgabe, ihren Inhalt, namentlich aber ein tieferes Verständnis des Meßopferritus anbahnt. Die einzelnen Teile werden in ihrer Eigenart und allmählichen Entwicklung gezeigt; eine Einführung in die wichtige Stellung der Meßgesänge im Gefüge der Gesamtliturgie schärft den Blick für die Bedeutung des liturgischen Gesanges. Das Büchlein wird gewiß von sehr vielen willkommen geheißen in einer Zeit steigender Liebe zur unmittelbaren Teilnahme an den liturgischen Handlungen, die „das deutsche Meßbuch" in immer mehr Hände bringt. O. Heinz.

Des Kindes Sonntagsbuch. Die Evangelien der Sonntage und höchsten Festtage, für die Schuljugend erklärt von Alphons Rathgeber. 16° 341 S. ℳ 4.—, geb. ℳ 6.—. Auer, Donauwörth. Die „Hauspostille", der Goffine ist leider recht außer Gebrauch gekommen; hier wird der Jugend der Weg gewiesen zur Erneuerung dieses altehrwürdigen fruchtbaren Brauches, die sonn- und festtäglichen Evangelienabschnitte für sich auch durchzulesen und ihre reichen Schätze durch Anwendung auf das praktische Leben flüssig zu machen. Ausgehend von einer gründlich und dabei volkstümlich gefaßten Erklärung der Evangelienabschnitte wird jeweils gezeigt, wie die dort verkündeten Wahrheiten unser Leben in seinen vielgestaltigen Verhältnissen befruchten sollen. In genau umschriebener Anwendung wird dann dargetan, welch besonderen Nutzen die Jugend aus den einzelnen Evangelienperikopen ziehen soll. O. Heinz.

Bühnen- und Musikrundschau.

Nationaltheater. Exotische Stoffe haben den Frankfurter Tonsetzer Bernh. Sekles immer angezogen; nicht nur, daß er sich die prunkende Farbenfülle der morgenländischen Welt dienstbar gemacht hat; es ist auch die Eigenart einer exotischen Melodik, die er in einer ihre Einförmigkeit stilisierenden Umbildung in unsere Tonsprache einfügt. Versuche, die ja in unserer Musik nicht ohne Vorbilder sind, nur daß ein Komponist in seinem ganzen Schaffen diese Wege wandelt, ist das Neue bei Sekles. In den „Gärten der Semiramis", in den Liedern des chinesischen Schi-King und dem Hafis hat Sekles diese westöstliche Richtung eingeschlagen. In der Oper „Schahrazade", die unser Nationaltheater uns in Anwesenheit des Komponisten mit sehr gutem Erfolg bot, hat Sekles zum ersten Male sich auf die Bretter begeben. Der Stoff der von G. v. Bassewitz verfaßten Textdichtung ist der Märchenerzählerin von „Tausend und eine Nacht" entnommen. Hören wir vorerst, was geschieht: Der Kalif hatte ein Weib, schön, wie der Mond und jung, wie der Morgen, aber als er sie treulos fand, ließ er sie enthaupten und nun schickte er seine Diener aus nach schönen Jungfrauen, daß sie seine Gemahlin werden, doch am Morgen übergibt er sie dem Henker, daß er ungeschändet ruhe, seiner Ehre sicher. Dieser „Ehrenkodex" ist für unser westliches Empfinden allzu blutig und scheußlich und so wird bei der Schilderung solch orientalischer Despoten für uns die Einfühlung immer schwierig bleiben, ob man sie mit Hebbelscher Psychologie oder durch das Medium der Töne uns näher zu bringen sucht. Schon 1000 Frauen sind dem schauderhaften Schwur zum Opfer gefallen. Die 1001. sucht ihm Omar, des Wesirs Sohn, streitig zu machen. Dieser zieht den Dolch gegen seinen Fürsten. Der Kalif schenkt ihm zwar das Leben, versagt ihm jedoch das Mädchen, an sein eigenes Schicksal denkend, denn er will des Knaben Glück (!). Als am nächsten Morgen die schöne Saad dem Henker ausgeliefert werden soll, springt Omar dazwischen und ersticht sie und sich selbst. Betrübt durch den Tod des Sohnes kehrt der Großwesir in sein Haus zurück. Er will die aufgeblühte Tochter rasch verheiraten, bevor sie Beute seines Fürsten wird. Allein Schahrazade will den braven Freier nicht, nur einem ganzen Manne will sie angehören, einem Manne den Frieden wiedergeben, dem Kalifen. Er dünkt ihr der einzige Mann im Lande, denn die anderen hatten nicht den Mut, den Tod ihrer tausend Töchter und Schwestern zu rächen. Als später der Kalif sie fragt, ob sie ihr Schicksal kenne, erklärt sie, Mitleid erst, dann Liebe trieb sie vor das Angesicht des Königs, der Frauen liebe, wie noch kein Mann vor ihm, da seine Liebe so gewaltig sei, so haßerfüllt, daß sie nicht stirbt am Jammer eines ganzen Volkes. „Das Opfer aber dieser Liebe werden — ist Wonne". — Eine Verwandlung führt uns ins Schlafgemach des Kalifen. Er schläft. Schahrazade steht am Fensterbogen. Die Totgeweihte sieht das Leben schon in Verklärung. Der Vater und die Schwester erscheinen, um Abschied von ihr zu nehmen. Der erwachte Kalif will der Schwester eine Freude machen, sie erbittet sich ein Märchen von Schahrazade. Der Kalif wendet sich zu Schahrazade: „Komm, setze dich zu meinen Füßen und gib ein Märchen ihr und mir". Der König winkt dem Henker zu gehen, er legt seine Hand zart auf ihr Haupt: „Gib mir von deiner Schönheit, Schahrazade, ich träume einen neuen Traum mit dir. Erzähl dein Märchen und ich will dir lauschen" . . . Ist es dem Kunstwerk gelungen, diese unserem Ethos fremde Gefühlswelt uns auf der Bühne näher zu bringen? Die starke Betonung der östlichen Umwelt ist hierfür eine Hilfe, vielleicht wäre dies noch verstärkt worden, wenn sich hier der Orient mehr märchenhaft als realistisch und schauerlich darstellen würde. Der Charakter des Kalifen mit seinem melancholischen Grundton eines verwundeten Herzens, das hart geworden ist, ist psychologisch und musikalisch fesselnd gestaltet. Schipper gab ihm neben dem Melos seines herrlichen Organs viel natürliche Majestät in der äußeren Haltung. Seine Wandlung zu Milde und Zärtlichkeit, musikalisch von feinem Reize, will zu plötzlich erscheinen, um uns von einer dauernden Wandlung des Despoten im Sinne der Dichtung voll zu überzeugen. Das orientalische Kolorit des Vorspieles führt zwingend in die Umwelt ein. Die kalte Pracht des Kalifenschlosses, hinter der Leidenschaft und Grausamkeit lauert. Ich erwähne, um nur eine Einzelheit hervorzuheben, die unheimlichen Akkorde des plötzlich auftauchenden Henkers. Dadurch, daß Schahrazade im zweiten Akte erst in die Handlung eintritt, ist eine zweite Exposition nötig. Wieder findet die Umwelt eine ansprechende musikalische Untermalung, diesmal anfangs lichtere Seiten zeigend. Packend ist die Szene, in der der Wesir seiner Tochter von des Kalifen grausem Schwur erzählt, eine Musik, über der eine schwüle Treibhausluft brütet. Schahrazadens Entschluß hat einen Stich von Hysterie, ja Perversität, wiewohl mir fraglich erscheint, ob dies in der Absicht des Komponisten liegt. Die Rolle hat ihren musikalischen Höhepunkt in dem Thema: „Herr, ich liebe dich" und in den transzendentalen Klängen der nahen Todeserwartung vor dem Erwachen des Kalifen. Emmy Krüger sang die Partie sehr schön und wußte auch in der psychologischen Ausdeutung der Gestalt zu fesseln. Brodersens Wesir, Gruber in der Figur des jugendlich kraftvollen Omar, die Damen Jerabeck und Fernau sind noch besonders zu nennen. Heß' musikalische und Wirks szenische Leitung gaben der Schahrazade starkes Bühnenleben. Die Szenenbilder wirkten unter Vermeidung alles Zuvielen suggestiv. Die Aufnahme war herzlich. — „Die Spielereien einer Kaiserin" haben wir vor Jahren mit der Durieux im Schauspielhaus gesehen. Erinnern wir uns recht, so war es die erste Rolle, in der wir die Tragödin kennen lernten. Das Nationaltheater veranstaltete vormittags eine Gedächtnisfeier für Dauthendey, den Dichter, dem britische Grausamkeit die Heimkehr in die Heimat versagte und der auf Java gestorben ist. Abends folgte dann das Werk, das bis jetzt als einziges von ihm Bühnenglück hatte. Die virtuose Kunst der Durieux feierte wieder Triumphe. Dieses Dragonerweib, das die Männer betört, zur Freundin des Fürsten Menschikoff, zur Geliebten Peter I., zur Zarin selbst aufsteigt, zügellos, wild, leidenschaftlich, Dirne und doch wieder höherer Regungen fähig, sinnlich und eiskalt, egoistisch und hingebend, derb in den Manieren und doch wieder Kaiserin, früh elend sterbend auf fürstlichem Prunkbett, daneben Menschikoff und die Schnapsflasche als treue Gefährten. Welch eine Rolle. Der Tod ist bei Tilla Durieux ein Meisterstück der Schauspielkunst und der Dichter schrieb diese Rolle mit viel Sinn für das Theater. Er, der als Lyriker die bunten, leuchtenden Farben so liebte, setzte hier Farbenflecken an Farbenflecken als Aesthet mehr wie als mitfühlender Dichter, den das Ungewöhnliche, Absonderliche reizt; so stellt er diese Katharina hin jenseits von Gut und Böse; aber unserem Herzen bleibt das alles doch ziemlich fremd, oft durch Zynismus abstoßend, wie der Dichter den Geschehnissen ethisch indifferent gegenübersteht und selbst das Brutale nicht vermeidet. Neben der Durieux boten Steinrück und Ulmer Gestaltung von großer Plastik.

Uraufführung in den Kammerspielen. Offiziere sahen den „Sculpteur de Masques" auf einer fliegenden belgischen Bühne, wobei der Dichter mit seiner Frau die Hauptrollen spielte. Sie gewannen einen so starken Eindruck, daß sie sich näher nach P. Crommelynck erkundigten, dessen Name bei uns ganz unbekannt war. Auch in Belgien sollen ihn erst wenige kennen und das Manuskript ist den Kammerspielen lediglich durch einen Zufall in die Hände gespielt worden, das nun, von E. Bachrach verdeutscht, in Szene ging. Das alte Thema: Der Mann im Liebeskonflikt mit zwei Frauen. Die Nachbarn merken das Verhängnis eher, als die drei Beteiligten, greifen mit plumpen Fingern in die Regungen der Herzen. Erst durch das Aussprechen wird das Geheimnis greifbare Wirklichkeit, Schicksal, dem die Drei erliegen. Die Frau welkt dahin, Reue und Angst drücken die anderen nieder. Sie sprechen nicht von dem Leide, aber wie ein Gespenst steht es zwischen ihnen unverscheuchbar. Zum inneren Unfrieden gesellt sich die äußere Anfeindung der Gasse, die nur Schmutz sieht. Der Bildschnitzer hat in schlaflosen Nächten selbstquälerisch Masken mit den Zügen seiner Frau geschaffen, duldend, anklagend, angsterfüllt, sterbend. Ein satanischer Faschingsscherz böser Nachbarn läßt vor dem überreizten Manne seine Frau in vierfacher Spukgestalt auftauchen. Er wird darüber wahnsinnig und faßt die Nachricht vom Tode Louisons nicht mehr. Daß dies Ende nicht als brutale Theaterei wirkte, beweist des Flamen Poetentum. Er baut seine Umwelt mit realistischer Kunst, aber das Zufällige erlangt besondere Bedeutung. Der Mikrokosmos wird zum pessimistischen Sinnbild des Menschenschicksals. Ein Zug zu Maeterlinckschem Mystizismus ist unverkennbar. Die Aufführung war auf einen feinen Kammerspielton der Innerlichkeit gestimmt, wie ihn Spielleiter Falckenberg anzuschlagen und durchzuhalten vermag.

Neues Theater. Die Uraufführung der „Fassade" von R. Faesi hatte einen schönen Erfolg. Man lernte hier ein sehr liebenswürdiges Werk kennen, das den Namen Lustspiel, den so manches Erzeugnis üblen Possengeschmackes sich anmaßt, wirklich zu Recht führt. Im Mittelpunkte steht eine von Annie Reiter sehr fein und liebenswert verkörperte Frauengestalt, die durch die Klugheit ihres Herzens die Konflikte zu lösen weiß und aus den Menschen ihr Bestes, das unter dem Schutt von Eitelkeit, Selbstsucht, Verbitterung und verblendeter Leidenschaft verborgen liegt, herauszulocken vermag. Freilich fängt sie sich schließlich selbst in den Schlingen des eigenen Herzens. Daß die „Fassade" ein Baumeisterstück, läßt sich denken; aber die Fassade hat noch einen tieferen Sinn. Die gewinnende „Fassade" des äußeren Menschen weckt Sympathie, führt zu leichten Erfolgen, die zum Sichselbstbegnügen führen; die rauhe äußere Schale stößt ab; keiner glaubt an das Können eines ungelenken, gesellschaftsfremden Menschen und die Erfolglosigkeit führt zur Verbitterung. Es ist ein feines, geistiges Stück von Lebensklugheit und Humor. Nesselträger und Schreiner haben besonders wirksame Rollen, die sie mit viel Innerlichkeit gestalteten. Ein einzelner im ganzen Hause votierte gegen den Dichter durch ein Pfeifkonzert, dessen grelle Töne uns aus der angenehmen Kulturwelt des Spieles rasch in die Gegenwart zurückversetzten.

Aus den Konzertsälen. Die Abonnementskonzerte des Konzertvereins sind dauernd sehr gut besucht, was in früheren Jahren bekanntlich oft nicht der Fall gewesen ist. Fiedler dirigierte das 8., Löwe das 9. Konzert. Ersterer bot Brahms 2. und Beethovens 5. Symphonie in schöner plastischer Klarheit und rhythmischer Befeuerung. Scheinpflugs etwas der graziösen Leichtigkeit entbehrende „Lustspielouvertüre" ward freundlich aufgenommen. Löwe bot Bruckners „Achte". Man weiß, daß dieser Meister keinen werbenderen Interpreten besitzt als Löwe; das wundervolle Adagio und der wuchtige Aufbau des Schlußsatzes hinterließen einen gewaltigen Eindruck. Löwe ward stürmisch gefeiert. Er ließ der Symphonie eine umgemein farbensprühende Wiedergabe des Meistersingervorspiels — sie steht zu Walters gedehnten Tempi in gewissem Gegensatz — mit stärkster Wirkung folgen. Ein Orchester-

konzert und Tänze erinnerten an den auf unseren Opernbühnen verschollenen in Frankreich noch gespielten Grétry (1751—1813). In ästhetischen Forderungen den Vorläufern Wagners zuzurechnen, ist er entwicklungsgeschichtlich als Bindeglied zwischen Gluck und der Spieloper Boieldieus und Aubers bedeutsam gewesen. Ein ad hoc zusammengestelltes Orchester brachte eine Anzahl der Ouvertüren und Intermezzi unter der Leitung Dr. Rohrs vom Nationaltheater in gewinnender, anmutiger Wiedergabe. Die Musik zu den Tänzen war zehn der bedeutendsten Opern und Balletts Grétrys entnommen. 14 hiesige Tänzerinnen, 2 Tänzer und die Tanzchöre der Schulen Mariagraete und Metz teilten sich in die Wiedergabe. Zur Wiederholung verlangt wurde die mit liebenswürdigem Humor gebotene Harlekinade der Damen Kratina und v. Schrenck; die große Anmut der Damen Mariagraete, J. v. Collande, die erst unlängst gewürdigte Frances Metz, die Damen Bauroff, Bössenroth, Mentelberg, Müllerbrunn und Herr Schmidt-Dittfurth kamen gut zur Geltung. Daß gewisse Eigentümlichkeiten der modernen Tanzmanier leicht etwas gleichförmig wirken, ist nicht abzuleugnen. Die Gesamtleitung hatte A. P. Scheller. Mit einfachen Mitteln wurde manch hübscher dekorativer und kostümlicher Eindruck erzielt. — Die Berliner Altistin Emmi Leisner gab von Straube, dem Leipziger Thomaskantor, der übrigens das Klavier mit nicht minderer Meisterschaft spielt, als die Orgel, begleitet, einen Liederabend. Ist die Schönheit und vollendete Ausbildung der Stimme zu bewundern, so ist noch die wertvolle seelische Einstellung als Urheber des ungewöhnlichen Eindruckes festzustellen. Auch der Baritonist Helge Lindberg ist ein Sänger von Rang; das Stilgefühl, dessen es für eine eindringliche Wiedergabe der Arien von Bach und Händel bedarf, ist fast seltener als die schönen Stimmmittel. Daß Dr. Schipper, der treffliche Sänger unseres Nationaltheaters, auch im Konzertsaale starken Erfolg hat und seine lyrischen Gaben zu großer Plastik zu gestalten weiß, bedarf keiner besonderen Betonung. Eva Bernstein ist eine Geigerin von schönem, edlem Ton, deren beseeltes Spiel sich in den letzten Jahren noch aufwärts entwickelt hat. — Hermine Körner las aus Bibel, Homer, Goethe, Hölderlin. Wir haben die Tragödin öfters gewürdigt; wenn sie in kurzer Zeit über ein eigenes Theater verfügen wird, wird öfters Anlaß sein, sich mit dieser starken Begabung auseinanderzusetzen. Bei ihrer besonderen Eignung für das Dramatische darf ihre prächtige Wiedergabe der Lyrik besonders betont werden.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Kohlen- und Kali-Ausbeuteminderung, unser Wirtschaftsruin — Aussichten unserer Grossindustrien — Finanzielle Krisen innerhalb der Entente? — Unsere Wirtschaftsgestaltung von Amerikas Gnaden abhängig!

Deutlicher als seither kennzeichnet der jüngste Bericht des Staatskommissars für Demobilmachung **die Wirtschaftslage in Bayern**: „Aus Industriekreisen wiederholen sich die Notschreie nach Kohlen und Rohstoffen, Besserung der Transportverhältnisse, Aufhebung der Blockade und Klarheit über die zukünftige Entwicklung der Wirtschaftspolitik des eigenen Landes, wie der für unseren Handel in Betracht kommenden fremden Staaten.“ Wachsende Streikmeldungen im Innern, namentlich die Haltung der Bergarbeiter im Ruhrrevier, Unruhen in Mittel- und Süddeutschland und naturgemäss die hochpolitischen Ereignisse in Bayern machten das — hauptsächlich durch die auf Hunderte von Millionen Mark sich beziffernden Notstandsarbeiten bedingte — Sinken der Erwerbslosenstatistik illusorisch. Durch die vielfach gewaltsame Behinderung der Arbeitsaufnahme wurden ganze Hüttenanlagen zum Erliegen gebracht und zahlreiche Zechen für Wochen und Monate, sogar teilweise gänzlich ausser Betrieb gesetzt. Die infolge solcher Einschränkung der Kohlenförderung bedingte verminderte Exporttätigkeit bedeutet zunächst die geringere Gegenbelieferung von Auslands-Lebensmitteln und sodann die Vergrösserung der ohnehin schon katastrophalen Notlage unserer Kali-Industrie. Laut Mitteilungen in der jüngsten Gesellschafterversammlung des Kalisyndikates beträgt der Reinkaliabsatz im 1. Quartal 1919 knapp 1,2 Mill. Dztr. gegen 3 Mill. Dztr. in der gleichen Vorjahrszeit. Kohlenmangel verursachte inzwischen den Stillstand weiterer Werke und dadurch den Ausfall jeder Ausfuhrware. Unzureichende Wagengestellung macht die Versorgung der heimischen Landwirtschaft für die Frühjahrsbestellung nur in knappen Rationen möglich. Also wiederum eine vermehrte Gefahr für die zukünftige Lebensmittel-Versorgung! Der Geschäftsbericht der Essener Steinkohlen-Aktiengesellschaft äussert sich über die Zukunft: „Die Aussichten sind trostlos, ja vernichtend.“ Beim Eisen- und Stahlwerk Hoesch ist infolge Arbeitseinstellungen einer der grössten Hochöfen dieser Gesellschaft vollständig zu Bruch gegangen und dasselbe Schicksal wird weiteren Hochöfen und sonstigen Anlagen zugesprochen; deren Wiederherstellung erfordert ein knappes Jahr. Infolge Mangels an Kohle und Rohstoffen mussten eine Reihe von führenden oberschlesischen Hüttenwerken, Eisenbahnbedarf- und Chamotte-Fabriken ihre Betriebe völlig einstellen. Namhafte Auslandsordres sind dadurch verloren. Der Generalversammlungsvorsitzende der Essener Kreditanstalt betonte, dass unsere Grossindustrie reissend bergab sich bewegt, die Werke mit den grössten Verlusten arbeiten, ihre Rücklagen aufzehren und manche zur Aufnahme erheblicher Schuldenlasten gezwungen sind. Dies im Zusammenhang mit den anhaltenden Lohnbewegungen, der verkürzten Arbeitszeit, den fortgesetzten Preisverteuerungen aller Produkte — neuerdings wieder Zement, Chemikalien, Eisenstein; die Kohlenpreiserhöhung wurde inzwischen regierungsseits untersagt — bedeutet die **Verdrängung Deutschlands vom Weltmarkt.**

Hoffentlich bringen die nächsten Wochen, sowohl auf vorstehenden Gebieten, wie auch in der Innenpolitik und nicht zuletzt in der Klärung der verworrenen Nachrichten über die Entente-Vorfriedenskonferenzen jenes Mindestmass von Hoffnung, welches wir zum Lebenserhalt der heimischen Wirtschaft benötigen. Auffallend ist die unveränderte Festigkeit unserer Effektenbörse und die Zuversicht der Berliner Finanzkreise, namentlich in der Auswirkung der massvollen amerikanischen Friedenshaltung und der Einigung in dem Danziger Streit. Der „Kampf zwischen Wilson und Clemenceau“ wurde von deutschen Bank- und Börsenfaktoren umso eifriger verfolgt, als der auffallende Kurssturz der französischen und namentlich italienischen Devisennotizen im Zusammenhang mit einer Kündigung des amerikanischen Stützungs- und Währungskartells besprochen wird. Ein Wilson-Friede würde die Lösung des seitherigen Valutabündnisses der Entente von Amerikas Gnaden bedeuten. Besonders Frankreich sieht dieser Möglichkeit mit Besorgnis entgegen und schon deshalb ist dessen fortgesetzt deutschfeindliche Haltung erklärlich. Nicht minder wichtig erscheinen unseren Wirtschaftsinteressenten die anscheinend baldigen Erfolg versprechen

den Verhandlungen und Besprechungen zur **Wiederaufnahme der deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen**, vornehmlich zum Wiederbeginn eines tunlichst raschen freien Verkehrs mit deutschen Käuferschichten. Die grundlegende Lösung der **Kreditfrage** wird zwar noch geraume Zeit beanspruchen. Bedeutsam ist in dieser Hinsicht die Gewährung von einer Milliarde Dollars Regierungsmitteln zur Förderung des amerikanischen Aussenhandels und das Gerücht von Newyorker Bankfilialen-Gründungen in Deutschland. Ob anderseits die Pariser Pläne **einer fast völligen Ausrottung der deutschen Handelsbeziehungen** nach dem Kriege — Aufhebung sämtlicher deutschen Handelsverträge, Annullierung ausländischer Lieferungsabmachungen nach Deutschland und des deutschen Schutzmarkenrechtes, Einbehaltung des an die Entente ausgelieferten grössten Teiles unserer Handelsflotte — jemals zur Durchführung gelangen, bleibt dahingestellt. Die von Marschall Foch verfügte **bedingte Aufhebung der „schwarzen Liste“** zwecks Warenkredit-Einräumung beim Lebensmittelbezug zugunsten Deutschlands wurde im Zusammenhang mit den amerikanischen Ueberseehandelsabsichten ebenfalls debattiert.

M. Weber, München.

Der uns vorliegende Jahresbericht der **Bayerischen Landwirtschaftsbank in München** — aus ℳ 258134 (i. V. ℳ 388665) Reingewinn wird 3% (i. V. 4%) Dividende verteilt — bestätigt neuerdings die Schwierigkeit der **Sozialisierung namentlich von Hypothekenbanken.** Dieses Institut, das auf gemeinnütziger Grundlage aufgebaut und geführt ist, sieht nunmehr die gangbarste Lösung für seine Umbildung in einer Interessengemeinschaft mit einer Aktienbank, der Süddeutschen Bodenkreditbank, München. Also Uebergang von der Genossenschaft zur Kapitalgesellschaft und dies trotz des Zuges nach Sozialisierung! Eine dem Geschäftsbericht beigegebene Denkschrift behandelt die bisherige Entwicklung der Bank und gibt wertvolle Aufschlüsse über viele Wirtschaftsfragen. M. W.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Kirchenheizungen.

Die Anspruchslosigkeit unserer Vorfahren ließ diese nicht daran denken, die Kirchen mit Heizungsanlagen zu versehen. Der moderne Mensch ist empfindlicher geworden. Um im Gotteshause sich seiner Andacht rückhaltlos hingeben zu können, verlangt er, daß ihm diese nicht durch Kälte gestört werde. So dient also eine Kirchenheizung dazu, den Besuch des Gotteshauses zu sichern und damit natürlich zur Erhaltung und Hebung des religiösen und kirchlichen Sinnes. Zumal jetzt, wo die verderbliche Grippe durch die Länder geht, sind dergleichen Wünsche gerechtfertigter denn je. Aber auch im Interesse der genügenden Austrocknung der Kirchengebäude ist Beheizung durchaus nötig. Sie trägt aufs wesentlichste zur Erhaltung der neuen und zumal auch der alten Kirchen bei und ist ein maßgebender Faktor der Denkmalpflege, der, rechtzeitig angewandt, die Gemeinden vor Schaden und großen Kosten schützt. Eine Firma, die auf dem Gebiete der Kirchenheizungen Ausgezeichnetes leistet — zugleich die **älteste** auf diesem schwierigen Gebiete! — ist **Theodor Mahr Söhne, Fabrik für Zentralheizungsanlagen in Aachen.** Eine sehr große Zahl von Kirchen in den verschiedensten Gegenden Deutschlands zeugt von der Leistungsfähigkeit dieser in ihrer Art unübertroffenen Firma, der man mit dem gleichen Vertrauen kleine wie auch allergrößte Aufgaben übergeben kann. Gerade gegenwärtig ist die Gelegenheit zur Ausführung solcher Dinge darum günstiger als sonst und als vermutlich in etwas späterer Zeit, weil eine große Zahl von Arbeitern, die aus dem Felde heimgekehrt sind, jetzt zur Verfügung stehen. Ihnen Beschäftigung zu geben, ist eine der vordringlichsten sozialen Pflichten. Noch ein anderer Gesichtspunkt sollte nicht vergessen werden: Die Herstellung einer Kirchenheizung gibt die Möglichkeit dazu, Teile des Kirchenvermögens in einer, wie wir soeben dargetan haben, vielseitig nutzbringenden und dabei sicheren Art anzulegen. Die Vorteile, die ein solches Unternehmen gerade in jetzigen Zeiten und Verhältnissen haben muß, leuchten ohne weiteres ein. Alle einschlägigen Fragen beantwortet die Firma Theodor Mahr Söhne in Aachen aufs zuvorkommendste.

✝

Am 28. März morgens gegen 3 Uhr entschlief sanft im Herrn, nach längerem, mit Geduld ertragenen Leiden, gestärkt durch täglichen Empfang der hl. Kommunion und wohlvorbereitet, unser geliebter Mitbruder

R. Fr. Hilarius Trzęczak

im 67. Jahre seines Lebens.

Mitbegründer des Erholungsheimes Lilienthal hat er sich mit regstem Eifer um den Ausbau dieser Niederlassung betätigt und darauf als Prior sich grosse Verdienste um dieses Heim erworben.

Möge der liebe Heiland ihm für seine Mühen und Sorgen, wie überhaupt für jede Betätigung zum Wohle des Ordens mit den ewigen Gütern lohnen.

Alle Freunde und Gönner bitten wir seiner Seele im Gebete gedenken zu wollen.

R. i. p.

Neustadt OS., März 1919.

Der Konvent der Barmherzigen Brüder.

Fr. **Wolfgang Wiench,**
Prior.

Requiem fand in der Klosterkirche am Dienstag, den 1. April cr., darnach Beisetzung in der Klostergruft statt.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Ferdinand Abel, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann,
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gh.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich M 3.90.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis: Die 5 X gespaltene Grundzeile 75 Pfg., Anzeigen auf Textseite die 95 mm breite Zeile 575 Pfg.
Beilagen einschl. Postgebühren M 15 d. Tausend.
Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.
Rabatt nach Tarif.
Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig.
Erfüllungsort ist München.
Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt.
Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer.

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 16/17 München, 19./26. April 1919. XVI. Jahrgang.

Wegen des vom 14. bis einschliesslich 22. April währenden Generalstreiks in München war es leider nicht möglich, die Nummer 16 (Osterheft) rechtzeitig fertigzustellen. Sie musste mit der in dieser Woche fälligen Nr. 17 verbunden werden. Wir bitten unsere Leser, diesem aussergewöhnlichen Zustand Rechnung tragen zu wollen, in der Hoffnung, dass er auf dieses eine Mal beschränkt bleiben wird.

Ostergedanken.

Von Domkapitular Dr. Eberle, Augsburg.

Alleluja, lobet Jehova, lobet den Herrn!

Die Erstlinge unter den Blumen stehen am Siegerwege des Erstandenen, doch keine schönere blüht, soweit die Sonne glüht, als jene Saronsblume, die nun zu ewigem Ruhme in Josephs stillem Haine entsproßt im Morgenscheine. Des Todes Kreuz hat sich verklärt zum blütenvollen Lebensbaum. Das Blut, das die Sünde in den Gethsemanistunden des Herrn aus dessen Poren gepreßt, bis daß es ebbte und flutete mit den Pulsen des brechenden Herzens, hat sich mit Christi Seele geeint.

Wie am Erstlingstage der Schöpfung das ewige Wort das belebende Licht aus dem Chaos rief, so hat das inkarnierte Wort selbst aufsteigend als übernatürliche Sonne an Ostern einen neuen Schöpfungs- und Sonntagsmorgen voll Leben aus dem Grabe geführt. Ja, Jesus lebt, der als ein wahres Osterlamm für uns den Tod zu leiden kam, und mit den Psalmen preisen wir: „Der Herr ist König, mit dem Schmuck ist er angetan; angetan ist der Herr mit Macht und gegürtet hat er sich". Und wie die Blume ihren Kelch der Morgensonne erschließt, um den befruchtenden goldenen Strahl einzusaugen, so zwingt es heute Auge und Herz aller Christen auf dem Erdenrund zur Morgensonne „Jesus", zum neuen Leben, zum neuen Feuer, zum neuen Licht, das die Kirche der ganzen Erde kündet: „lumen Christi, Licht des Gesalbten!" Vorüber die düstere Passion mit ihrem Strom von Blut, vorüber der Judasverrat und die Petrusverleugnung und die Pilatus-Ungerechtigkeit; sie fallen, den Wächtern am Grabe gleich, nieder, besiegt von den Purpurfluten des auferstandenen Lichtkönigs. Die Sonne sagt es und der Sturm braust es, die Wellen rauschen's und die Orgel klingt es in vollen, heiligen Akkorden: Alleluja, Jesus lebt!

Und doch stehen so viele fernab von dem wärmenden Strahl der gottmenschlichen Größe. Es läuten ihnen die Glocken ins Ohr, aber nimmer ins Herz, sie freuen sich vielleicht des Natur-Ostern, aber im Reiche der Seele ist es ihnen Winter geblieben und der beglückende Heilsborn der Kirche hat keinen Reiz für sie. Sie denken höchstens zurück an längst vergangene Tage und wie seliger Kindertraum zieht es ihnen durch die Brust, wie sie einstens mit der Kirche ihr Ostern gefeiert, wie sie in ehrlich treuer Hingabe an den erstandenen Meister den Frieden gesucht und gefunden. Aber das Leben mit seiner rauhen Wirklichkeit, die Versuchung mit ihrer bezwingenden Kraft, die Gefahr mit ihrer lockenden Stimme, sie haben ihnen das Osterglück geraubt.

Aller Orten gärt es wie in Eruptivgestein, in alle Schichten der Menschheit ist der Geist der Unzufriedenheit und der Geist des Widerspruches gezogen und es brandet wie schäumende Meereswogen. Schau nur in den Krater der Menschheit, Strom um Strom glühender Lava ergießt sich über sonst friedliche, heilige Zeiten. Im Grunde aller auftauchenden Fragen und Probleme fitzt die eine große, größte Frage, das Problem der Probleme. Ehe die nicht gelöst, ist kein Osterfriede. Diese Frage ist die religiöse Frage. Zwar begegnen wir viel religiöser Strömung, aber darunter ist reichlich Schleiermachersches Gefühlschristentum, ästhetische Religiosität, Eklektizismus.

Es gibt Fragen im menschlichen Leben, bei denen wir uns mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit begnügen können. Wo aber unser ganzes Glaubenskapital auf dem Spiele steht, wo es sich auf dem Gebiete der religiösen Wahrheit um Sein oder Nichtsein handelt, tut's nur die Gewißheit. In unseren Tagen mehr denn je. Wo man von so vielen Seiten mit kecker Zuversicht das Erlöschen des christlichen Bekenntnisses erhofft, wo so viele Hände schon das Seil halten, um der Kirche zu Grabe zu läuten und tausend Kehlen singen: „Laßt uns zerreißen die Bande und von uns werfen die Seile", da müssen wir mit froher Zuversicht sagen können wie Paulus: „Gott sei Dank, der uns den Sieg gab durch unseren Herrn Jesus Christus." Unser Glaube ist nach Johannes „der Sieg, der die Welt überwindet". Der Fels, darauf er gründet, ist die Ostertat Jesu. Schrift und Tradition bezeugen sie zur Genüge. Christus ist der Auferstandene, der Erstling der Entschlafenen, seine Ostertat das flammende Licht am Osterhimmel, der Volltag im Leben Jesu.

Ostertat fordert Osterglaube. Ohne ihn ist das Leben nur ein Spiel endlicher Kräfte, ein Erzeugnis irdischer Verhältnisse, ein „sich freuen" und „sich quälen" ohne Sinn, bis endlich das Herz still steht, und es hat nicht einmal gewußt, warum es schlug und wozu es brach. In dem Osterglauben ist das Leben lebenswert und sonnenhell.

Darin liegt es wohl, daß unsere gegenwärtige aufgeregte Zeit so innerlich zerklüftet, so arm, so kalt, so liebeleer ist. Es fehlt ihr das Zentralfeuer des Glaubens an den auferstandenen Gottessohn, an jenen, der sagt: „Ich lebe und auch ihr sollt leben!"

Unsere revolutionär gewordene Zeit redet immer von „Neuorientierung" auf allen Lebensgebieten. Aber sie meint damit leider nur eine Revision der Methoden und vergißt darüber, daß durch all die Gewaltkur, die sie vornimmt, das Karzinom, das Krebsgeschwür, das im Innern weiterarbeitet, nicht beseitigt wird. Ehe die Menschheit nicht anfängt, wieder zum leidenden und getöteten Lamme, zum siegreich erstandenen, hölle- und weltbesiegenden Christus zurückzukehren, wird sie in vielen ihrer Organe und Organismen amputiert werden können, aber nicht erneuert, nicht neuorientiert sein. Soferne kapitalistischer Geist eine maßlose Gewinnsucht unter Hintansetzung aller moralischen Prinzipien ist und der rein erdhafte und rechenhafte „spirit", muß er ausgetilgt werden. Aber es hieße den Teufel mit Beelzebub austreiben, wollte man glauben, das könne auf dem Wege der Vergesellschaftung geschehen. Nicht Sozialismus wird das Heilmittel sein, das Bestand hat, sondern Solidarismus. Der auf dem Prinzipe der Gerechtigkeit fußende Solidarismus aber wird nur geboren aus der inneren Umkehr und Erneuerung, aus dem Begrabenwerden mit Christus und mit ihm auferstehen, aus dem Osterglauben, den die Ostertat fordert. Während sich in der Revolution nur zu leicht an die Stelle der Idealisten, die für ihre Sache der Freiheit in den Tod zu gehen bereit sind, die Leute aus der Spukzeit der Nacht setzen, die, um mit einem Geschichtsschreiber der französischen Revolution zu reden, selbst „die Tugend für aristokratisch ausgeben, um sie mit Füßen treten zu können und das Verbrechen für demokratisch halten, um sich daran zu sättigen", macht der solidaristische Geist des Christen-

tums, des Osterglaubens, alle zu Erlösten, zu marterbereiten Brüdern Christi und verkündet den Weltsatz: „omnia instaurare in Christo.“

Wollen wir wirklich jubeln können: „Jesus lebt“, dann müssen wir auch herzhaft sagen können: „und ich mit ihm“. Wollen wir religiös, politisch, national Auferstehung halten können, Auferstehung trotz all der Leichentücher von Hemmungen, die uns außenpolitisch und innerstaatlich gefangen halten, trotz all der Lieblosigkeit und Ungerechtigkeit, die uns unter dem Namen von Völkerbund und Rechtsfriede begegnen, trotz all des Neides und Hasses und des wild aufschäumenden Meeres aufgeregter Volksleidenschaften, dann gibt es für uns keine andere Losung als: Jesus, ans Kreuz geheftet, von den Toten erstanden; alleluja, lobet den Herrn!

Die Lage in München

ist im Augenblicke der Fertigstellung dieser Nummer noch ungeklärt. Der Landtag hat durch seinen Aeltesten-Ausschuß gleich am 7. April gegen seine „Auflösung“ und das Ministerium Hoffmann gegen seine „Absetzung“ durch den „revolutionären Zentralrat Baierns“ Protest eingelegt und sich als die einzigen legitimen Gewalten in Bayern erklärt. Sie haben ihren Sitz nach Bamberg verlegt, bis, wie es in einer Bekanntmachung Hoffmanns hieß, in München die Vernunft wieder eingekehrt ist. Die Hauptstadt stand in der Woche vor Palmsonntag unter der Diktatur des „revolutionären Zentralrats“, der sich hauptsächlich auf die Unabhängigen stützte, während Levien und sein Anhang beiseite stand, da er die Stunde der kommunistischen Räterepublik noch nicht für gekommen erachtete. Die Mehrheitssozialisten sind geteilt; eine von der sozialdemokratischen Partei Münchens am 11. April veranstaltete geheime Urabstimmung gab 3479 Stimmen für und 3507 Stimmen gegen die Räterepublik bei etwa 20000 Mitgliedern, woraus die „M. Post“ (Nr. 86), das Organ der Mehrheitssozialisten, den Schluß zog, „daß nur eine Minderheit in der Partei überhaupt ein Interesse für die jetzt scheinbar weltbewegende Frage der Räterepublik zeigt“.

Im Lande hat letztere nicht festen Fuß fassen können, auch in Augsburg und Würzburg nicht, wo sich Anfänge zeigten. Die Regierung Hoffmann ist dort im Besitze der Macht. In der Hauptstadt dagegen begann der „revolutionäre Zentralrat“ von seiner Diktatur Gebrauch zu machen im Sinne der sozialistisch-kommunistischen „Vollsozialisierung“. Die bürgerliche Tagespresse wurde von ihm unter Aufsicht gestellt, was beispielsweise bei unserm Parteiorgan, dem „Bayerischen Kurier“ so weit ging, daß er den gesamten Raum dem „revolutionären Zentralrat“ zur Verfügung stellen mußte; ferner wurde ein radikaler Sozialisierungsplan für die Presse veröffentlicht, der u. a. Uebergang sämtlicher Zeitungen in die Verfügungsgewalt der Stadt, Enteignung der bisherigen Besitzer ohne Entschädigung und Ablieferung aller Abonnements- und Insertions-Gebühren an einen gemeinsamen Verwaltungsrat vorsieht. Auch die Sozialisierung der Universität wurde in Angriff genommen durch deren Unterstellung unter einen „revolutionären Hochschulrat“, ferner ein Revolutionstribunal eingesetzt, das alle gegen den Bestand der Räterepublik gerichteten Bestrebungen, insbesondere auch alle derartigen öffentlichen Aeußerungen in Wort und Schrift ahnden soll.

Am Palmsonntag, 13. April, vollzog sich dann eine abermalige Verschiebung der Gewaltverhältnisse. Schon am 9. April abends hatte der „Rat revolutionärer Betriebsobleute und revolutionärer Soldatenvertreter“ beschlossen, vom Zentralrat die sofortige Abdankung zu verlangen und sich selbst als Träger der gesamten Gewalt zu erklären. Gleichzeitig warf das Organ der Kommunisten, die „Münchener Rote Fahne“, der „Regierung der sogenannten Räterepublik“ vor, daß sie versagt und die Bewaffnung der Arbeiterschaft gegen die von der weißen Garde drohende Gefahr nicht durchgeführt habe. Am Palmsonntag früh erschienen Plakate des Inhalts, daß die Münchener Garnison hinter der Regierung Hoffmann als der einzig gesetzmäßigen stehe und der Zentralrat abgesetzt sei. Tatsächlich ist in der Nacht zum Sonntag von der republikanischen Schutzwache, die sich auf die Seite Hoffmanns geschlagen hatte, die Räteregierung gestürzt und ein Teil der Mitglieder des Zentralrats, darunter Mühsam und einige andere Kommunistenführer, dingfest gemacht und über die Donau gebracht worden. Hinter diesem Putsch stand aber, wie sich zeigte, nur eine Minderheit der Münchener Garnison. Ein Teil derselben vereinigte sich mit der roten Armee, während anscheinend die Mehrheit neutral blieb. Der Konflikt kam am Abend in einem blutigen Waffengang um den Hauptbahnhof, der von regierungsseitigen Truppen besetzt war, zum Austrag; der Bahnhof wurde gestürmt. Am Montag erfolgte die Bewaffnung der Arbeiter und der Generalstreik. Das Regiment führte jetzt ein „Vollzugsrat der revolutionären Betriebs- und Soldatenräte“, an dem nun auch die Kommunisten sich beteiligten und, wie aus den Kundgebungen ersichtlich, den maßgebenden Einfluß besaßen. Es wurde darin betont, daß durch den Sieg des Münchener klassenbewußten Proletariats der „widerlichen Komödie einer Scheinräterepublik“ ein Ende gemacht und der „feste Grund zur wirklichen Diktatur des Proletariats“ gelegt sei. Aufgabe dieser Diktatur sei „die vollkommene Niederwerfung der Kapitalistenklasse und der Ausbau des Sozialismus“. Die Uebernahme der Kontrolle der gesamten Leitung der Betriebe durch die Betriebsräte sei die Voraussetzung für die Sozialisierung der ganzen Industrie und ihre planmäßige Organisation. „Sofort wird zur Vergesellschaftung der Krongüter, der Bischofssitze(!) und der großen Güter geschritten werden, die in die Hände der Landarbeiter gelegt werden sollen“. Als weitere Aufgabe wird die Bekämpfung der Wohnungsnot genannt. „Unser Grundsatz ist, jedem Arbeiter ein würdiges Heim zu geben und den Wohnungsluxus der Reichen zu beseitigen. Heraus aus euren finsteren, engen Winkeln. Die Wohnungen sind da. Greift zu“. Der am 14. April proklamierte Generalstreik dauerte bis zum Osterdienstag. Am 23. April wurde die Arbeit wieder aufgenommen; jetzt konnte daher auch erst an die Fertigstellung dieser Nummer der „A. R.“ gegangen werden.

Gleichzeitig mit der Umwälzung begann von außen her der Abschluß Münchens durch die Regierung Hoffmann. So lebten wir die ganze Karwoche hindurch und über die Ostertage bis zur Stunde (Donnerstag) auf unserer Insel Utopia, abgeschlossen von aller Welt und ohne Kunde von dem, was draußen vorgeht, da die Blockade auch in verkehrstechnischer und postalischer Hinsicht „effektiv“ wurde. So konnte auch die „Wochenschau“ Nienkempers nicht hereinkommen und wir sind außerstande, den Weltereignissen in dieser Nummer Rechnung zu tragen. Wir glauben aber, daß unsere Leser sich den Genuß dieses Ostereis durch die von uns nicht verschuldete verspätete Darreichung nicht beeinträchtigen lassen und auch das notgedrungene Fehlen des Weltspiegels mit derselben verstehenden Gelassenheit hinnehmen werden, mit der wir hier, wenn auch nicht gerade in Thomas Morus-Stimmung, unsere unfreiwillige Muße und Verbannung über uns ergehen lassen.

Ostermorgen.

Wer bist du, o Held, der von Edom kommt
Im schimmernden Bosragewebe?
Und warum ist dein Gewand so rot,
Wie des Winzers vom Blute der Rebe? —
Die Kelter des Sühnweins trat ich allein,
Kein Helfer stand mir zur Seite,
Da schaffte der eigene Arm mir Recht:
Dem Tode entriss ich die Beute.

— — — — — — — — — — — — — — — —

Im Osten steigt strahlend der Tag empor,
Die Palme lispelt im Winde —
Maria kniet weinend am leeren Grab:
„Wer kündet mir, wo ich ihn finde?
„Sie haben den Leichnam des Meisters geraubt!“ . . .
Nicht lauscht sie den himmlischen Boten.
Sie reden vom Leben — ihr lebt nur der Schmerz, —
Sie liebt und beweint einen Toten. . . .
Erkennt sie die sonnenverklärte Gestalt? —
— Goldfunkelnder Glanz auf den Halmen —
„Maria!“ — „Rabboni!“ — Die Liebe erjauchzt,
Und siegesfroh rauschen die Palmen.

M. Benedicta v. Spiegel, O. S. B.

Der Ausbau der badischen Republik.

Von Staatsrat H. Köhler, Mitglied der badischen Nationalversammlung.

Die Festigung der badischen Republik macht weitere Fortschritte. Der Frühlingsanfang, der 21. März, brachte dem Lande die neue Verfassung. Einmütig war die Zustimmung der ganzen Nationalversammlung zu dem neuen Staatsgrundgesetz; Sozialdemokratie, Demokratie, Zentrum und deutsch-nationale Partei traten geschlossen für das Gesetzeswerk ein. Wer will es den Badenern verübeln, wenn sie in dieser Zeit, da mancherorts noch lediglich Zusammenbruch und Zerstörung zu regieren scheinen, stolz darauf sind, daß ihr Land als erstes im großen deutschen Vaterlande ein Beispiel aufbauender Arbeit gegeben und die Fundamente für den Neubau des gesamten Staatslebens geschaffen hat. Um so mehr, als neben der neuen Staatsverfassung auch bereits das Gesetz über die Aenderung der Gemeinde- und Städteordnung erledigt ist, das mit der Abschaffung der Dreiklassenwahl und der Einführung des Wahlrechtes für alle mindestens 20 Jahre alten Stadt- und Gemeindebürger ohne Unterschied des Geschlechtes sowohl in den Städten wie in den Gemeinden eine weitgehende Demokratisierung der Kommunalverwaltung bringt, und auch für die Selbstverwaltungskörper der Kreise dieses weitgehende Wahlrecht eingeführt ist. Die grundlegenden politischen Reformen in Baden sind geschaffen.

Der Weg, der zurückzulegen war vom 10. Nov. 1918, da die Wogen der Revolution auch über Baden zusammenschlugen, bis zu diesen Tagen, war hart und schwer und voller Schwierigkeiten. Wer wie der Verfasser dieses Aufsatzes von der ersten Minute der Umwälzung an bis zum heutigen Tage mitten drinnen gestanden ist in dem ganzen Gewoge der Arbeiten und Schwierigkeiten, der inneren und äußeren Hemmungen, die sich dem Wiederaufbau entgegenstellten, der vermag voll zu ermessen, welch gewaltiges Wollen unser badisches Volk durchdringt, das große Werk der Neuordnung durch alle Stürme und um alle Klippen zu bringen. Doch die mittlere Linie der Verständigung und des Ausgleichs wurde in den meisten Fällen gefunden, und wo größere Gegensätze bestehen blieben, da hinderten diese doch nicht, daß bei den Schlußabstimmungen über all die ebengenannten Gesetzeswerke die Zustimmung doch jedesmal eine einstimmige war. In unserm niedergetretenen Volke erwacht langsam wieder das Gemeinschaftsgefühl, das allein uns noch über die Fährnisse der nächsten Zeit hinwegführen und in eine bessere Zukunft bringen kann.

Den politischen Leitsatz des badischen Staatslebens gibt der § 1 der neuen Verfassung kund, der markant und knapp sagt: „Baden ist eine demokratische Republik und bildet als selbständiger Bundesstaat einen Bestandteil des Deutschen Reiches." Klar und fest ist der Reichsgedanke, der entschlossene Wille beim Reiche zu bleiben, zum Ausdruck gebracht. Aber ebenso bestimmt ist gesagt, daß wir in diesem deutschen Reiche nicht leben wollen als Provinz, sondern als selbständiger Bundesstaat, der wohl bereit ist, dem Reiche zu geben, was es notwenig hat, um stark zu sein, der aber auch sein staatliches Eigenleben nicht aufgeben will. Der Fundamentalsatz der ganzen Verfassung aber liegt im § 2, der in packendem Lapidarstile also lautet: „Träger der Staatsgewalt ist das badische Volk". Dem Volke und nur ihm allein ist die Macht im neuen Staate gegeben; Landtag und Staatsministerium sind lediglich seine Beauftragten, die es jederzeit, wenn es mit ihrer Geschäftsführung nicht mehr zufrieden ist, abberufen kann. Volksbegehren (Volksinitiative) und Volksabstimmung (Volksreferendum) sind neben den Wahlen zum Landtag die Mittel, die ihm zur Ausübung seiner Macht und Gewalt in die Hand gegeben sind.

Ein neues, das sogenannte automatische Wahlverfahren, kommt dem noch mehr entgegen. Darnach werden die Abgeordneten zum Landtag nach den Grundsätzen der Verhältniswahl in mindestens vier Wahlkreisen gewählt. Jede Partei oder Wählergruppe erhält auf je 10000 der für ihren Vorschlag abgegebenen Stimmen einen Abgeordneten. Die hiernach in den Wahlkreisen unberücksichtigt gebliebenen Stimmen werden durch das ganze Land zusammengezählt und nach dem vorhergehenden Satz ebenfalls bewertet. Jeder am Schluß noch zur Verteilung verbleibende Stimmrest von mehr als 7500 Stimmen erhält einen weiteren Abgeordneten. Die Zahl der Abgeordneten ist also beweglich und richtet sich vollständig nach der Wahlbeteiligung der einzelnen Parteien.

Neue soziale Gedanken bringt die Verfassung zunächst durch den Grundsatz, daß Vorrechte des Standes und der Geburt nicht mehr anerkannt werden. Sodann aber auch auf dem Gebiete der Besetzung der öffentlichen Aemter, die jetzt für alle dazu Befähigten ohne Unterschied des Geschlechtes gleich zugänglich sind. Der Grundsatz „Freie Bahn dem Tüchtigen" hat in der Bestimmung seine Auswirkung gefunden, daß mit Ausnahme der Richterstellen zu jeder Beamtenstelle ohne Rücksicht auf Lebens- und Dienstalter und Vorbildung derjenige berufen werden soll, der hierzu der Befähigteste und Würdigste ist. Durch die weitere Festsetzung, daß die Befähigung in der Regel durch die gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen nachgewiesen wird, sind die Bedenken wohl auch derjenigen zerstreut, die da glaubten, eine unerträgliche Protektions- und Vetterleswirtschaft werde nunmehr in der Staatsverwaltung einreißen. Die Oeffentlichkeit der ganzen Staatsverwaltung und die Möglichkeit der Kontrolle durch die Oeffentlichkeit werden sicherlich auch etwaigen dahingehenden Gelüsten wirkungsvoll entgegentreten.

Das Koalitionsrecht, dieser stete Streitgegenstand im alten Obrigkeitsstaat, ist nunmehr für jedermann, insbesondere auch für die Beamten, Staatsarbeiter, landwirtschaftlichen Arbeiter und Dienstboten anerkannt und unter den Schutz der Verfassung gestellt.

Mit dem Denken und Empfinden des Volkes in Uebereinstimmung gebracht sind die Bestimmungen über das Eigentum. Das Privateigentum ist gewährleistet; es steht unter dem Schutze der Verfassung. Es ist aber beschränkt durch die Rücksicht auf die gemeinwirtschaftlichen Interessen. Der christliche Eigentumsbegriff geht mit dieser Feststellung vollständig einig; er stellt den Solidarismus in den Mittelpunkt und steht deshalb auch der Vergesellschaftung dafür geeigneter Unternehmungen im Interesse der Gesamtheit nicht im Wege. Im Zusammenhang damit ist auch die Lösung der Stammgutfrage zu erwähnen. Neue Stammgüter dürfen darnach nicht mehr errichtet werden, das Sonderrecht der bestehenden Familien- und Stammgüter ist aufgehoben.

Außerordentlich durchgreifend sind die Veränderungen, die die Verfassung auf dem kulturellen Gebiete bringt. Hier ist es vor allem das Verhältnis des Staates zu Kirche und Schule, das teilweise auf vollständig neue Grundlage gestellt worden ist. Die Lösung des schwierigen Problems Staat und Kirche brachte die vollständige Abschaffung des Staatskirchentums. Baden hat nun tatsächlich die freie Kirche im freien Staat. Die Kirchen ordnen und verwalten ihre Angelegenheiten frei und selbständig im Rahmen der allgemeinen Staatsgesetze. Die Kirchenämter werden durch die Kirchen selbst verliehen; die ehemals landesherrlichen Patronate sind aufgehoben, ebenso die standes- und grundherrlichen Patronate, soweit diese nicht nachweislich Privatpatronate sind. Die bisherige Mitwirkung des Staates bei der Besetzung des erzbischöflichen Stuhles, der Stellen im Domkapitel usw. und der Pfarreien ist damit gefallen. Die Trennung von Kirche und Staat ist durchgeführt, aber in durchaus wohlwollendem Sinn, denn die Kirchen sind wie bisher Körperschaften des öffentlichen Rechts und haben auch fernerhin das Recht der Selbstbesteuerung nach den Landesgesetzen. Das Kirchengut und die Güter und Einkünfte der kirchlichen Stiftungen, Unterrichts- und Wohltätigkeitsanstalten dürfen ihren Zwecken und ihren bisherigen Verfügungsberechtigten nicht entzogen werden. Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken sind auch fernerhin zulässig, auch soweit es sich nicht um rechtsgültige Verpflichtungen handelt.

Weniger erfreulich ist die Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Schule, trotz einiger Verbesserungen gegenüber dem gegenwärtigen Zustand. So können künftig die Ordensleute nicht mehr von dem Amte eines Lehrers oder einer Lehrerin lediglich deshalb ausgeschlossen werden, weil sie ihrem Gott in einer religiösen Vereinigung dienen. Auch sie haben jetzt bei gleichen Leistungen die gleichen Ansprüche. Sodann ist die Gründung von privaten Lehranstalten durch kirchliche Personen und Körperschaften nicht mehr an ein besonderes Gesetz geknüpft; sie sind jetzt den übrigen physischen und juristischen Personen in dieser Beziehung gleichgestellt. Dagegen hat es sich entgegen den Aussichten der 1. Lesung der Verfassungskommission nicht erreichen lassen, die Erteilung des Religionsunterrichtes als Pflichtfach unserer Schulen in der Verfassung zu verankern. Die Demokratie hat hier ver-

sagt. Es bleibt beim bisherigen Zustand, wonach hierüber die gewöhnlichen Gesetze entscheiden.

Ebenso gelang es nicht, die Einführung der Staatszwangsvolksschule hintan zu halten. Zum Besuche der öffentlichen Volksschule sind alle Kinder verpflichtet, soweit sie nicht eine höhere öffentliche Bildungsanstalt oder eine die Lehrziele solcher Anstalten verfolgende nichtstaatliche Lehranstalt besuchen. Privatanstalten für Volksschulunterricht werden nicht mehr zugelassen und die bestehenden sind bis spätestens Ostern 1925 aufzulösen, sofern sie nicht in Gemeindeanstalten umgewandelt werden. Das Zentrum, die deutschnationale Partei und ein einziger Vertreter der Demokratie konnten dieser Lösung ihre Zustimmung nicht geben, weil sie in ihr eine Verletzung des ersten und heiligsten Rechtes, des Elternrechts sahen, eine Freiheitsbeschränkung, die in diesem Umfange nirgends in der Welt durchgeführt ist.

Es ist tief bedauerlich, daß die sonst vielfach von wirklich demokratischem Geiste getragene Verfassung hier sich nicht zu dem Standpunkte wahrer Freiheit aufschwingen konnte. Wenn das Zentrum ihr gleichwohl zugestimmt hat, so geschah es aus dem Gefühl der Verantwortung, um das ganze Werk nicht scheitern zu lassen. Volksinitiative und Volksreferendum stehen ja schließlich jederzeit zur Verfügung, um in ruhigeren Tagen hier eine Aenderung zu veranlassen. Für die jetzigen Tage handelt es sich in allererster Linie darum, den Geist der Zusammengehörigkeit zu wecken und zu pflegen. Darnach hat das Zentrum gehandelt und von ihm wird es sich auch künftig führen lassen.

Religionsgeschichte als Ersatz des Religionsunterrichtes.

Von Geistl. Rat Prof. Dr. Hoffmann, München.

Neben der religionslosen Ethik soll als Ersatzmittel für den Religionsunterricht in den Schulen die Religionsgeschichte, auch religionskundlicher Unterricht genannt, dienen. Es ist eine alte Lebenserfahrung: wenn man etwas verloren hat, redet man recht häufig davon und gibt sich Rechenschaft über die Geschichte seines Besitzes und über seinen Wert. So hat denn auch die Religionsgeschichte ihre Anfänge ebenso wie die religionslose Moral in den religionsphilosophischen Anschauungen, die seit dem 17. Jahrhundert von England ausgingen und welche das Christentum heftig erschütterten, sowohl nach der Seite seiner Geschichte als wie nach der des metaphysischen Glaubensinhaltes. In Deutschland haben insbesondere Herder und Hegel die Grundgedanken der Religionsgeschichte stark begünstigt. Ihre jetzige Gestalt aber gewann diese in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts; ihr eigentlicher Begründer ist F. Max Müller, dessen Hauptwerk „Introduction to the Science of Religion" 1870 in London erschienen ist. Seitdem wuchs die wissenschaftliche und Lehrbuchliteratur über diese Sache ins Ungemessene.

Welche Aufgabe setzt sich die Religionsgeschichte? Sie will die religiösen Phänomene der Menschheit sammeln und vergleichen, soweit sie sich dem Historiker erschließen. Unter diesen aber versteht sie Aeußerungen des Geistes in Worten, Handlungen und Gebräuchen, die von dem Glauben an etwas Ueberweltliches zeugen und welche dazu dienen möchten, den Menschen mit diesem in Beziehung zu setzen. Die Religionsgeschichte bleibt aber naturgemäß nicht beim bloßen Zusammentragen jener Dokumente stehen, sie übt vielmehr an den einzelnen konkreten Tatsachen Kritik. Die eine Religionsform wird mit der des Nachbarvolkes, auch mit nicht verwandten religiösen Erscheinungen verglichen; dabei werden parallel laufende Reihen miteinander in Beziehung gesetzt; das aus der Wirklichkeit gewonnene Material wird durch Schlußfolgerungen ergänzt, bestimmte Vorgänge fügt man an entsprechenden Stellen in das Ganze ein. Aus einer derartigen Darstellung möglichst vieler Religionen sollen wir Aufschluß erhalten über Ursprung und allgemeines Wesen der Religion überhaupt sowie über die Bedeutung einer jeden ihrer Erscheinungsformen. Auch soll für dieselbe ein neues, antisupranaturalistisches Fundament gelegt werden.

Die Religionsgeschichte ist seit ihrem Auftreten schon infolge der Ursachen und Umstände, aus denen sie hervorging, dem Uebernatürlichen abgeneigt und einzig auf das Psychologische gerichtet. Darum will sie auch das Christentum als eine natürliche menschliche Erscheinung dartun. Von Anfang an verband sie sich zudem mit dem Entwicklungsgedanken und geriet so in den Bann des evolutionistischen Dogmatismus. Die Mehrzahl ihrer Vertreter steht bereits beim Sammeln und Vergleichen der Dokumente unter diesem Einflusse. Im allgemeinen nimmt man für die Ausbildung des religiösen Gedankens folgende Stadien an: Naturvergötterung, Animismus, Manismus, Totemismus, Fetischismus, monotheistische Religionen; der Monismus stelle das Endziel der Entwicklung dar. Dieser Evolutionismus findet eine Ergänzung in Analogien. Die alt- und neutestamentliche Religion sucht man als Entlehnungen aus dem Heidnischen zu erweisen; namentlich werden die Person Christi und seine Hauptlehren aus diesem abgeleitet. Die Mythologien der alten Aegypter, Perser, Babylonier, Assyrier, Indier, Griechen und Römer usw. werden dazu herangezogen. Besonders bekannt sind die Erörterungen von Delitzsch, „Babel und Bibel". Auch weit in protestantische Kreise hinein erregten Aergernis die Phantasien A. Drews' über die Existenz Christi, die vor einigen Jahren verbreitet wurden.

Es setzte ein Kampf ein, um die Religionsgeschichte aus den Fesseln der evolutionistischen Vorurteile zu befreien. Keinen Erfolg vermag die rationalistische protestantische Theologie hierin zu erzielen, die selbst die übernatürlichen Tatsachen des Christentums preisgegeben und durch Hyperkritik an der Bibel die historischen Fundamente desselben erschüttert und so jener Art der Religionsgeschichte vorgearbeitet hat. Auf katholischer Seite ist für eine rein sachgemäße, keinem bestimmten Zwecke dienende Behandlung der religiösen Tatsachen eifrigst tätig der Gelehrte und Missionär P. Dr. Wilh. Schmidt, S.V.D. Sein Werk „Der Ursprung der Gottesidee", sodann die Zeitschrift „Anthropos" und die „Internationalen Wochen für christliche Ethnologie" dienen dieser Aufgabe.

Für die Kultur- und Religionswissenschaft haben die beschriebenen Forschungen sicherlich hohen Wert. Man möchte diese aber in die Volksschulen und die höheren Lehranstalten tragen. Auch in ihnen können Resultate der Religionsgeschichte mit Nutzen verwendet werden, wenn sie dem Verständnisse der Schüler konform gehalten werden. Selbst der Religionsunterricht erhält durch sie Förderung und Belebung. Wird ja u. a. dargetan, daß die Religion im tiefsten Innern des Menschen begründet ist und zu den unverlierbaren Erbgütern unseres Geschlechtes gehört.

Nun aber will man die Religionsgeschichte an die Stelle des Religionsunterrichtes selbst setzen und als Ersatz dieses gelten lassen. Dafür tritt namentlich der unter der Leitung von Professor W. Rein am 6. August 1911 gegründete „Deutsche Bund für Reform des Religionsunterrichtes" ein. Von seinen Grundforderungen lauten die drei ersten: Der Lehrer darf unter keinem dogmatischen Zwange leiden. Die Schule muß vom Katechismusunterricht befreit werden. Der Religionsunterricht soll historisch gegeben werden. Auf seiner Versammlung in Dresden an Ostern 1912 verlangte der Bund u. a., daß der Religionsunterricht im Lehrerseminar eine Reform erhalte im Sinne einer vertieften religionswissenschaftlichen Ausbildung der Lehrer. Da 1917 eine „Reformationstagung" nur schwer hätte zustande kommen können, erließ die Bundesleitung eine Verlautbarung, in welcher u. a. gefordert wird: „Recht der Schule auf die geschichtliche Betrachtung der Religion, auf die Ergebnisse der Religionswissenschaft und Religionspsychologie und die Betrachtung auch außerchristlicher Religionen." Daneben wird proklamiert: „Ablehnung des kirchlichen Dogmas in seiner Allgemeingültigkeit." „Ablehnung der geistlichen Schulaufsicht überhaupt wie auch über den Religionsunterricht im besonderen."

Auf diesem Boden stehen auch der große „Deutsche Lehrerverein" und die ihm verwandten Landeslehrerverbände. Ihre Angehörigen werben eifrigst und machen auch für die Praxis Vorschläge. Der Leipziger Lehrerverein wünscht in den beiden Heftchen „Der neue Lehrplan", Leipzig 1913, für den Religionsunterricht: „Als Bildungsstoffe dienen Bilder aus dem religiösen und sittlichen Leben der vorchristlichen Zeit, das Leben Jesu, das Leben und Wirken der Apostel und Bilder aus dem religiösen und sittlichen Leben unseres Volkes mit besonderer Berücksichtigung der Neuzeit." Dieser planmäßige Unterricht soll vom 5. bis 8. Schuljahre stattfinden. Auch Vorlagen

hierzu für die Lehrer werden geschaffen. Der Hamburger Lehrer A. C. Krohe und Oberlehrer U. Peters wollen in „Bausteine für den Religionsunterricht" den Weg zeigen. Der Religionsunterricht soll im 6. Schuljahre beginnen; in diesem werden religiöse Typen aus der vorchristlichen Zeit den Schülern vorgestellt; im 7. Jesus und Bilder aus dem Urchristentum behandelt, im 8. solche aus der Geschichte des Christentums und der Weltreligionen. Die Freireligiösen aller Schattierungen ziehen die Religionsgeschichte gleichfalls heran. Nach Wolfsdorf („Monistische Pädagogik", 1912) werden bereits im 4. Schuljahre die Kinder unterrichtet über den Ahnenkult bei verschiedenen Völkern, über Familien-, Stammes- und Volksgötter, über Traum- und Sternenkultus, das Berechtigte der Sonnenanbetung, über gute und böse Götter, Gott und den aus Persien stammenden Teufel.

Die Erlasse der neuen Regierungen über den Religionsunterricht haben auch in der breiten Oeffentlichkeit die Frage zur Erörterung geführt, ob nicht doch die Religionsgeschichte in den Schulen an Stelle des konfessionellen Religionsunterrichtes eingeführt werden könnte. Auch freiheitlich gesinnte Kreise wären einem solchen „Religionsunterrichte" nicht abgeneigt; man meint ja auch damit eine gewisse religionsfreundliche Gesinnung bekunden und Konzessionen machen zu können. Selbst das „Berliner Tageblatt" und die „Frankf. Zeitung" erwärmen sich für eine derartige „religiöse" Belehrung der Schüler. In Uebereinstimmung damit fordern die Ortsgruppe München und der Kreisverband Oberbayern des Verbandes sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen Bayerns Beseitigung des Bibelunterrichtes, Verbot jeden Religionsunterrichtes als wesentlichen Bestandteils des Schullebens, wünschen aber Einführung in die Geschichte aller Religionssysteme in der Oberklasse (der Volksschule), anschließend an den Geschichtsunterricht („M. N. N." 167, 12. 4. 19).

Welche Stellung müssen wir zu diesem Unterrichte einnehmen? Der gläubige Katholik und Protestant wird denselben, wenn er als Ersatz für den konfessionellen Religionsunterricht gelten soll, a limine abweisen. Dieser hat ja die Aufgabe, die Dogmen, Gebote und Heilsmittel der übernatürlichen Offenbarung, wie sie die einzelne Kirche anerkennt, den Kindern vorzulegen, die Ueberzeugung von ihrer Wahrheit zu begründen und durch Aufmunterung und Gewöhnung zu einem Leben und Empfinden nach dem Geiste der Konfession zu erziehen. Die Religionsgeschichte aber will den Schüler bekannt machen mit einzelnen Phänomenen, in denen sich religiöses Fühlen des Menschenherzens in verschiedenen Zeiten und unter bestimmten Voraussetzungen kundgegeben hat. Heute wird sie einen Buddha oder einen seiner Anhänger mit seinem Hoffen auf das Versinken in das Nirwana vorstellen, morgen einen Jünger des Konfuzius mit seinem strengen Festhalten an den hergebrachten Gebräuchen, dann einen Moslem in fanatischem Eifer, die Religion des Propheten auszubreiten, weiter einen Eingeborenen von einer Insel der Südsee in abergläubischer Verehrung eines Fetisch. Auch der Vertreter des Christentums wird nicht fehlen.

Das Ziel, die Kinder die Religion sachlich betrachten zu lehren und ihnen ein auf geschichtliches Wissen begründetes Verständnis derselben zu vermitteln, ist überhaupt zu hoch gesteckt. Es kann wohl auch nicht ohne psychologische Deutung der religiösen Urkunden und namentlich der Kulte abgehen; damit wird eine Wertung der einzelnen Religionen dem Schüler aufgedrängt. Diese psychologische Deutung und Wertung aber ist eine schwierige Sache, die ohne einen wahrhaft religiösen Sinn nicht richtig vollzogen werden kann. Da ist es nun eine betrübende Tatsache, daß viele Religionsgeschichtler, sei es aus falsch verstandener Toleranz oder aus Vorliebe für das Fremde, auch die apartesten Erscheinungen der heidnischen Religionen mit größter Liebe behandeln, für das Christentum aber Gleichgültigkeit, nicht selten Abneigung und Spott haben. In der Religionskunde kann deshalb der Christ die durch seinen Glauben geforderte religiöse Erziehung nicht erkennen.

Die Religionsgeschichte ist selbst nicht für eine sittliche Bildung hinreichend, sie ist unpädagogisch. Man will den Schüler durch alle Zeiten und an alle Orte führen; damit wird gleichsam kinomatographisch reichliches Material von religiösen Erscheinungen und Typen vermittelt; dieses erzeugt indes einen großen Wirrwar in den Köpfen der Jugend, einander widersprechende Phänomene stellen sich nebeneinander. Das Kind kann keine Einheit in diesem Chaos schaffen; auch wohl der Lehrer nicht. Denn zu einer hinreichenden psychologischen Deutung und inneren Verknüpfung fehlt ihm schon die Zeit, auch wird dieser Unterricht in verschiedenen Klassen von verschiedenen Lehrern gegeben, die vielleicht über die gleichen Erscheinungen entgegengesetzt urteilen. Wie sollte nun der junge Mensch hier zu festen Grundsätzen und zu einem sicheren Gewissen kommen, die zu einem sittlichen Handeln nicht entbehrt werden können? Wie Fremdkörper, für die keinerlei Verständnis da ist, unassimilierbar, ohne Apperzeptionshilfen werden diese Mitteilungen im Geiste liegen. Sie stiften Verwirrung und tragen bei zum Niedergang im religiösen und sittlichen Leben. Welchen Ballast man den Schülern aufbürden möchte, bekunden z. B. die bereits erwähnten Arbeiten von Krohe und Peters. Es wurde dem bisherigen Religionsunterrichte vielfach der Vorwurf des Intellektualismus und Verbalismus gemacht. Die Religionsgeschichte treibt diese Ausartung auf die Spitze und führt die ganze Bewegung ad absurdum. Nur einheitliche, klar erfaßte und geistig zueigen gewordene Ideen vermögen sittlich zu erziehen. Es ist dieses eine Binsenweisheit der Pädagogik. Darum muß die Religionsgeschichte ohne jeden bildenden Einfluß auf den jungen Menschen bleiben.

Auch aus Rücksichten der Erziehung werden somit christliche Eltern den religionskundlichen Unterricht als einen Ersatz für den wirklichen Religionsunterricht strikte ablehnen; sie werden nicht das wirksamste Bildungsmittel, die lebendige Religion, aus der Hand geben. Indes auch das Wohl der Allgemeinheit muß ein gewichtiges Wort gegen den beabsichtigten Tausch sprechen. Wir hören ja auch von Männern, die außerhalb des positiven Christentums stehen, wie z. B. von Fr. W. Foerster, daß einzig die christliche Religion die staatsbürgerliche Erziehung auf ein verläßiges Fundament stelle. Darum möge man nicht aus Abneigung gegen den Offenbarungsglauben das heranwachsende Geschlecht und damit den Staat so schwer schädigen.

Die Grundzüge der amerikanischen Verfassung.

Von Philipp Kester, München.

Die amerikanische Verfassung ist schon früh, namentlich von französischen und englischen Staatsmännern, zum Gegenstand eingehender Studien gemacht, und ihre Vorzüge sind immer rückhaltlos, manchmal begeistert anerkannt worden. Gladstone, der nicht nur ein großer Staatsmann, sondern auch ein ernst zu nehmender Altertumsforscher war, hat die Verfassung der Vereinigten Staaten einmal das wunderbarste Werk genannt, das menschlichen Gehirnen und menschlichem Zielbewußtsein je entsprungen sei. Man braucht sich dieser überschwänglichen Bewunderung nicht anzuschließen, aber wunderbar muß man es immerhin finden, daß diese Verfassung dem Wechsel der Zeiten und Verhältnisse fast unverändert standgehalten hat. Die Union ist unter ihr zu einer Weltmacht geworden. Worin liegt das Geheimnis dieses Erfolges? Es mag sich daher bei den gegenwärtigen Zeiten lohnen, die Grundzüge, nach denen dieses Staatswesen sich formt, herauszugreifen und vergleichend zu betrachten.

Die Verfassung der Vereinigten Staaten trennt in ihren einzelnen Artikeln scharf zwischen gesetzgeberischer, vollziehender und richterlicher Gewalt, die als koordinierte Gewalten nebeneinanderstehen. „Alle gesetzgeberische Gewalt ruht in einem Kongreß der Vereinigten Staaten, der aus einem Senat und einem Abgeordnetenhaus bestehen soll." So beginnt Artikel I der Verfassung, der sich in der Hauptsache mit dem Kongreß und dessen Rechten befaßt. Das Abgeordnetenhaus setzt sich zusammen aus Mitgliedern, die auf Grund der Bevölkerungsziffer alle 2 Jahre neu gewählt werden. Das Verhältnis betrug zu Washingtons Zeiten 1 Abgeordneten auf je 30000 Einwohner, es wurde bei dem riesenhaften Bevölkerungszuwachs immer ungleicher, und 1910 z. B. traf nur 1 Abgeordneter auf etwa 235000 Einwohner. Zur Ermittlung der jeweiligen Bevölkerungszahl schreibt die Verfassung alle 10 Jahre eine Volkszählung (census) vor, nach deren Ergebnis die Zahl der Abgeordneten jedesmal neu geregelt wird. Merkwürdig mag es erscheinen, daß die Union kein unbedingt gleiches Wahlrecht kennt, für die Berechtigung zu den Bundeswahlen gelten vielmehr die von einander abweichenden Bestimmungen der Einzelstaaten. Wer wahlberechtigt bei den Unterhauswahlen seiner Staatslegislatur ist, ist es auch für die Bundeswahlen. Diese Einschränkung entspringt einer klugen Rücksichtnahme auf die innere Struktur der Einzelstaaten und zeugt von dem grundsätzlichen Bestreben, den Einzelstaaten

in der Ordnung ihrer inneren Angelegenheiten freie Hand zu lassen. Welche Verschiedenheiten sich bei den Bundeswahlen daraus ergeben, geht z. B. schon daraus hervor, daß in einigen Staaten die Frauen das allgemeine Stimmrecht haben, in anderen nicht, — daß in einigen Staaten (abgesehen natürlich von dem allgemein geforderten Bürgerrecht) das Wahlrecht von der Beherrschung der englischen Sprache abhängig gemacht ist, während andere Staaten eine solche Beschränkung nicht kennen, daß in manchen Staaten eine vorherige Ansässigkeit von 2 Jahren, in anderen nur eine solche von einem oder einem halben Jahre Bedingung ist. Ueberall aber werden die Abgeordneten unmittelbar vom Volk gewählt, das Abgeordnetenhaus trägt also in seiner Zusammensetzung ein rein nationales Gepräge.

Anders mit dem Senat. In ihm ist jeder der Einzelstaaten ohne Rücksicht auf Größe und Bevölkerungszahl mit 2 Mitgliedern vertreten, in ihm kommt also deutlich das föderative Moment zum Ausdruck. Die Senatoren werden von ihren Staatslegislaturen auf die Dauer von 6 Jahren gewählt, jedes zweite Jahr scheidet ein Drittel des Senats aus und wird durch Neuwahlen ersetzt, so daß der Senat eine dauernde und sich stets verjüngende Einrichtung darstellt, — nicht unwesentlich bei einem Umschwung der Stimmung im Lande und unter Umständen ein schweres Hemmnis für den Präsidenten, denn dieser kann hierdurch plötzlich auf die Mitarbeit eines Senats angewiesen sein, der in der Mehrheit von der politischen Gegenpartei beherrscht ist. Diese Bestimmung bildet eine gleichsam automatische Regulierung in Zeiten, wo der Präsident in seiner persönlichen Politik Wege einschlägt, die sich von der Auffassung der Allgemeinheit entfernen. Präsident Hayes, Chester Arthur und auch Grover Cleveland bei seinem zweiten Termin sahen sich gegen das Ende ihrer Amtstätigkeit einem oppositionell gesinnten Senat gegenüber. Das bezeichnendste Beispiel aus der Jetztzeit aber bietet Präsident Wilson, der Demokrat, der — ein Ergebnis der letzten Kongreßwahlen im Herbst des vergangenen Jahres — bei seiner Rückkehr aus Europa auf einen von den Republikanern beherrschten Senat gestoßen ist. Wie man den jüngsten Zeitungsmeldungen entnehmen kann, hat dieser Senat auch bereits begonnen, dem Präsidenten durch eine bewußte Obstruktionspolitik vorderhand einmal Steine in den Weg zu legen. Wenn auch der Präsident in seiner verfassungsmäßigen Stellung vom Kongreß ziemlich unabhängig ist und für seine Person ganz bedeutende Machtbefugnisse besitzt, so ist er doch in manchen Dingen stark auf die Unterstützung des Senats angewiesen. Die Verfassung bestimmt, daß zur Abschließung von Verträgen, zur Ernennung von Gesandten, Konsuln und anderen Bundesbeamten die Zustimmung des Senats notwendig ist. Hier greift der Senat doch stark in die vollziehende Gewalt ein, und der Machtstellung des Präsidenten sind dadurch gewisse heilsame Schranken gezogen.

Anderseits ist der Präsident durch das ihm von der Verfassung eingeräumte Vetorecht gegen Akte des Kongresses nicht ohne Einfluß auf die Gesetzgebung. Kongreßbeschlüsse erhalten Gesetzeskraft erst nach erfolgter Unterzeichnung durch den Präsidenten. Ist ein Gesetz dem Präsidenten nicht genehm, so ist er befugt, Einspruch zu erheben und den Akt zur nochmaligen Beratung an den Kongreß zurückzugeben. Es bedarf einer Zweidrittel-Mehrheit in beiden Häusern, um einem mit dem Veto des Präsidenten belegten Kongreßbeschluß Geltung zu verschaffen.

Die dem Kongreß zustehenden Rechte sind in der Verfassung genau niedergelegt und namentlich aufgeführt. „Der Kongreß soll ermächtigt sein, Steuern, Zölle, Verbrauchs- und Gewerbsabgaben aufzuerlegen und einzuziehen, Staatsschulden zu bezahlen, Maßregeln für die gemeinsame Verteidigung und die allgemeine Wohlfahrt der Vereinigten Staaten zu treffen, Anleihen auf den Namen der Vereinigten Staaten aufzunehmen, die Handelsbeziehungen mit fremden Nationen, wie der Staaten unter sich zu regeln, ..." Hieran schließt sich noch eine Reihe anderer, namentlich aufgezählter Rechte, worunter das Münzregal, das Recht über Krieg und Frieden, die Aufstellung und Erhaltung eines Heeres und einer Marine, die Einberufung der staatlichen Miliztruppen zur Landesverteidigung und Niederwerfung von Aufständen als die wesentlichsten herausgegriffen werden mögen. Auch das gesamte Postwesen ist durch die Verfassung in die Hände des Kongresses gelegt, während die Verkehrseinrichtungen (Eisenbahnen) dem privaten Unternehmungsgeist überlassen wurden. (Die Wasserwege stehen mit Ausnahme einiger Privatunternehmungen unter der Kontrolle der Einzelstaaten). Ein weiterer Paragraph der Verfassung behandelt die Kompetenzfrage — im Hinblick auf die Einzelstaaten — von der negativen Seite. „Kein Staat soll einen Vertrag, ein Bündnis oder einen Bund irgendwelcher Art eingehen, kein Staat soll Kaperbriefe ausstellen, Geld prägen, Kassenscheine ausgeben, für Tilgung von Schulden andere Zahlungsmittel festsetzen, als Gold- und Silbermünze, . . ." An Deutlichkeit ließ die Verfassung in ihrem Wortlaut nichts zu wünschen übrig, und trotzdem haben die Verhältnisse, die zum Bürgerkrieg führten, gezeigt, daß für eine willkürliche Auslegung immer noch Raum genug war. Alle Rechte aber, die in der Verfassung dem Kongreß nicht ausdrücklich übertragen oder den Einzelstaaten nicht ausdrücklich entzogen waren, sollten der Gesetzgebung der Einzelstaaten vorbehalten sein. Diese Bestimmung ist der Verfassung — unter dem Druck der Einzelstaaten — nachträglich noch angefügt worden.

Die vollziehende Gewalt liegt — wie Artikel II der Verfassung sagt — in einem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika. Er wird zusammen mit dem Vizepräsidenten, der zugleich Präsident des Senats ist, vom Volke jeweils auf die Dauer von 4 Jahren gewählt. Wiederwahl ist statthaft, doch gilt es, seitdem George Washington eine dritte Kandidatur ablehnte, als ungeschriebenes Gesetz, daß kein Präsident das Amt mehr als zweimal inne haben solle. Der Präsident kann aus seinem Amt nur entfernt werden, wenn das Abgeordnetenhaus auf Grund von Amtsverfehlungen oder sonst strafbaren Handlungen förmliche Anklage gegen ihn erhebt. Dieses Vorgehen (impeachment) ist das ausschließliche Recht des Abgeordnetenhauses, Gerichtshof ist in einem solchen Falle der Senat unter Vorsitz des obersten Bundesrichters. Das Urteil kann sich nur auf Entfernung aus dem Amt erstrecken, die weitere Verfolgung bleibt gegebenenfalls den gewöhnlichen Gerichten überlassen. Der Senat ist also sehr wohl in der Lage, einen Präsidenten gegen den Willen des Abgeordnetenhauses zu halten, sollte der außergewöhnliche Fall sich je ereignen. In der bisherigen Geschichte der Vereinigten Staaten ist der Fall nur einmal dagewesen. Andrew Johnson, der Nachfolger Lincolns, wurde 1868 vom Abgeordnetenhaus, bei dem er sich mißliebig gemacht hatte, angeklagt, daß er die Verfassung verletzt und Aeußerungen getan habe, die „das hohe Amt des Präsidenten der Verachtung, der Lächerlichkeit und der Schande preisgeben". Er wurde vom Senat mit knapper Mehrheit freigesprochen und blieb bis zum Ende seines Termines im Amte.

Die Stellung des Präsidenten ist also vom Kongreß ziemlich losgelöst und wird es noch mehr dadurch, daß der Präsident die wichtigsten Staatsämter nach Gutdünken selbst besetzt. Die Vereinigten Staaten kennen kein parlamentarisches Regime, der Präsident umgibt sich in seinem „Kabinett" nach eigener Wahl mit Beratern, die ihm für die einzelnen Verwaltungszweige als die richtigen Männer erscheinen. Im Zusammenarbeiten mit diesen — oft auch ohne sie — trifft er seine Entschließungen, unabhängig vom Kongreß und nur gehemmt in manchen Dingen durch die vorgeschriebene Zustimmung des Senats. Die Gefahr, daß eine so weitgehende Selbständigkeit zu parteipolitischen Zwecken mißbraucht wird, liegt nahe. Es läßt sich verstehen, daß sich ein Präsident lieber mit Parteigängern umgibt, als mit Männern der gegnerischen Richtung. Aber die amerikanische Auffassung, daß der jeweils herrschenden Partei ganz natürlich auch alle höheren Aemter zufallen müssen, ist so sehr Gemeingut des Volkes, daß irgendwelche Störungen aus dieser Einrichtung nie entstanden sind. Im übrigen sind die Fälle nicht selten, daß ein Präsident auch Männer der Gegenpartei auf Grund ihrer besonderen Eignung in sein Kabinett berief. Nebenbei mag erwähnt werden, daß sich in den letzten zwei Jahrzehnten — namentlich seit Roosevelts Kreuzzug gegen die Aemterkorruption — eine mehr lautere Gesinnung im ganzen amerikanischen Leben Bahn gebrochen hat und die fast sprichwörtliche Korruption im öffentlichen Leben — wie sie namentlich nach dem Ende des Bürgerkriegs von Grant bis Cleveland blühte — zu schwinden beginnt.

Reicht die Macht des Präsidenten schon zu normalen Zeiten sehr weit (nach dem Wortlaut der Verfassung soll der Präsident auch „dafür sorgen, daß die Gesetze getreulich ausgeführt werden", — eine Amtspflicht, die seiner persönlichen Initiative fast unbegrenzten Spielraum läßt), so erhält er fast diktatorische Gewalt zu Kriegszeiten, denn kraft der Verfassung ist der Präsident auch Oberbefehlshaber über die Streitkräfte der Vereinigten Staaten zu Land und zu Wasser. Die Verfassung bietet dem Kongreß keine Handhabe, auf die Politik des Präsidenten, sobald es sich um die Beziehungen zum Ausland handelt, mitredend einzuwirken (nur zur Abschließung von Ver-

trägen mit anderen Ländern ist, wie bereits erwähnt, die Zustimmung des Senats erforderlich), und so liegt die ganze auswärtige Politik der Vereinigten Staaten schließlich in der Hand des Präsidenten. Nur unter solchen Verhältnissen ist es erklärlich, daß ein Woodrow Wilson der Mann wurde, dessen Name heute die Welt erfüllt.

Die richterliche Gewalt der Vereinigten Staaten ruht in einem Obersten Bundesgerichtshof, mit einem ihm unterstellten System von niederen Gerichtshöfen (Bundesgerichten), die nach Bedarf vom Kongreß eingesetzt werden. Die Richter werden vom Präsidenten ernannt und bekleiden ihr Amt „auf die Dauer guten Verhaltens", mit anderen Worten auf Lebenszeit. Die Fälle, die der Rechtsprechung der Bundesgerichte unterliegen, sind wiederum in der Verfassung genau aufgezählt, der Oberste Bundesgerichtshof ist für sie letzte und höchste Instanz. Er entscheidet vor allem über Streitfragen, die aus der Verfassung selbst, aus Gesetzen und Verträgen der Vereinigten Staaten entspringen, über Streitfälle, in denen die Vereinigten Staaten Partei sind, über Streitigkeiten zwischen zwei oder mehreren Staaten, zwischen einem Staat und Bürgern eines anderen Staates, zwischen Bürgern verschiedener Staaten usw. Es braucht kaum erwähnt zu werden, daß namentlich die Grenzregulierung zwischen den einzelnen Staaten ein Gegenstand der Schlichtung war, der vor dem Obersten Bundesgericht immer wiederkehrte. Einzigartig aber ist die Stellung, die der Oberste Bundesgerichtshof als Interpretator der Verfassung einnimmt. Er ist gewissermaßen der Wächter der Verfassung, er legt sie in Streitfällen aus: damit liegt es ohne weiteres in seiner Macht, einen Akt des Kongresses für verfassungswidrig und für nichtig zu erklären, umgekehrt natürlich auch Gesetze und Verordnungen der Einzelstaaten. Seit der Zeit seines Bestehens sind so vom Obersten Bundesgerichtshof der Vereinigten Staaten 21 Kongreßakte und mehr als 200 Gesetze und Verordnungen von Einzelstaaten als gegen die Verfassung verstoßend und daher ungültig erklärt worden. Ebenso zahlreich aber sind die Fälle, in denen einzelstaatliche Gesetze gegen den Einwand der Verfassungswidrigkeit gestützt und zu Recht bestehend erklärt worden sind. Der französische Staatsmann Alexis de Tocqueville, der im Auftrag seiner Regierung die Vereinigten Staaten im Jahre 1831 bereiste und seine Eindrücke später in einem von der Akademie preisgekrönten Buch „La Démocratie en Amérique" niederlegte, zollt der Einrichtung des Obersten Gerichtshofes die höchste Bewunderung. „In den europäischen Staaten", sagt Tocqueville, „sind die Gerichte nur dazu berufen, über Streitigkeiten privater Individuen zu verhandeln; der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten aber fordert souveräne Mächte vor seine Schranken". Und John Stuart Mill nennt den Obersten Bundesgerichtshof „das erste Beispiel einer Einrichtung, die jetzt das vordringlichste Bedürfnis der gesitteten Welt ist, nämlich das Beispiel eines internationalen Schiedsgerichts."

Eine Reihe Amendments sind der Verfassung im Laufe der Zeit angefügt worden, davon die Mehrzahl (12) in den allerersten Jahren der Union, die übrigen nach dem Ende des Bürgerkriegs im Zusammenhang mit der Abschaffung der Sklaverei. Die Verfassung selbst hat in besonderen Bestimmungen dafür gesorgt, daß solche Abänderungen oder Erweiterungen nur schwierig durchzusetzen sind: sie müssen von einer Zweidrittel-Mehrheit des Kongresses beantragt und von Dreivierteln sämtlicher Einzelstaaten ratifiziert sein, um Geltung zu erlangen. Für das innerpolitische Leben am wichtigsten ist das 15. Amendement, das — 1870 in Kraft getreten — den Negern im großen ganzen das Wahlrecht gab.

Die Union setzt sich heute — von den auswärtigen Besitzungen ganz abgesehen — aus 48 Staaten zusammen, von denen der Staat Texas allein größer ist, als das gesamte Deutsche Reich vor dem Kriege, — Staaten, die sich wirtschaftlich und kulturell höchst augenfällig von einander unterscheiden und die heute trotzdem durch ein starkes Nationalgefühl geeint sind, das — in seinen Aeußerungen manchmal recht übertrieben — nicht angezweifelt werden kann. Niemand wird das große amerikanische Staatswesen einen Einheitsstaat nennen wollen, es wäre auch nicht zutreffend. Den Einzelstaaten ist in ihren inneren Angelegenheiten eine ganz beträchtliche Selbständigkeit gelassen, und auch ein gewisser partikularistischer Stolz unter den Einzelstaaten ist nicht zu verkennen. Der Bürger von Newyork oder Kentucky oder irgend einem der anderen 48 Staaten rühmt sich, bei allem gemeinsamen Nationalgefühl, ebensogern seiner besonderen Staatsangehörigkeit, wie es der Bayer oder Preuße tut. Amerika ist ein Bundesstaat in vielleicht vorbildlicher Formung, „a Federal Republic" (wie die Vereinigten Staaten sich offiziell selbst bezeichnen), „ein Staatswesen aus Staatswesen" (wie der englische Politiker und Geschichtsschreiber James Bryce einmal sagte), und die Entwicklung des amerikanischen Volkes zu einer Weltmacht hat gezeigt, daß innerer Aufschwung und äußere Erfolge nicht unbedingt an die Form des Einheitsstaates gebunden sind.

Abt Gregor Danner von St. Bonifaz †.

Nicht unerwartet, aber deshalb nicht weniger schmerzlich hat uns die Todesnachricht aus der stillen Klosterzelle von St. Bonifaz berührt. Abt Gregor Danner ist in der Nacht des Schmerzensfreitags seinem schweren fast 2 jährigen Leiden erlegen und durch einen sanften Tod in die ewige Heimat abberufen worden. Zu frühe für ein segensreiches Wirken, das wir unserm menschlichen Ermessen nach dem verdienten Manne noch weiter hätten beschieden sehen mögen, wohl aber nicht zu frühe, um all dem Jammer und Elend unserer Zeit enthoben zu sein, an dem wir noch weiter zu tragen haben. R. I. P.

Abt Gregor Danner war ein Sohn des Volkes, aber einer von jenen, die die jetzt viel mißachtete „gute Kinderstube" gehabt haben. Wie oft und gerne erzählte er in seiner schlichten Weise selbst davon, daß er aus einfachen Verhältnissen herausgeboren, einer kinderreichen Bauernfamilie entstammte — einer jener Familiengemeinschaften, die die jetzige Welt bald nicht mehr kennt, da es noch Väter und Mütter gab, die trotz Mühe und Schweiß bei einfachster Lebenshaltung den Segen Gottes in ihrer zahlreichen Kinderschar erblickten, und wo eine fromme brave Mutter insbesondere ihnen ein Beispiel war fürs ganze fernere Leben. Man konnte sich daran erbauen, mit welcher Verehrung der verewigte Abt von seiner Mutter sprach — eine Beobachtung, die wir gerade bei tüchtigen Männern am häufigsten machen, und die meist ihrer Wertschätzung für das Frauengeschlecht den bestimmenden Grundton gibt.

Fünfzehn Jahre lang hat Gregor Danner als Abt in St. Bonifaz und Andechs regiert, nachdem er 6 Jahre vorher in den Benediktinerorden eingetreten war und im Kloster Scheyern seine Profeß abgelegt hatte. Seine frühere Tätigkeit als Weltpriester umfaßte zehn Jahre, von 1887—1897, wobei er als Präfekt und Subregens im Klerikalseminar zu Freising wirkte. So finden wir ihn stets in verantwortungsvollen Stellen, ihn, dessen Tüchtigkeit und Amtswürde gleichwohl von einem Wesen schlichter Einfachheit getragen war. Was Abt Danner in seinem geistlichen, in seinem klösterlichen Berufe gewirkt und organisiert hat, entzieht sich unserer auf diesem Gebiete nicht ins einzelne gehenden Betrachtung und muß den hierzu Berufenen überlassen bleiben. Wir wollen hierbei nur der Gründung von Rothenfeld gedenken, jener männlichen Fürsorgeerziehungsanstalt, die des Verewigten ureigenstes Werk war und zu deren Einweihung — eine unvergeßliche Erinnerung! — auch je eine Vertreterin des Katholischen Frauenbundes, sowie des Katholischen Fürsorgevereins für Frauen, Mädchen und Kinder geladen waren. Lebhaft steht er uns noch vor Augen, dieser goldene Herbsttag von 1910, an welchem uns benediktinische Gastfreundschaft im neugegründeten Hause erwartete und umgab. Noch leben sie in der Erinnerung jene heiteren Stunden, die wir dem Gastgeber bei der Einweihung von Rothenfeld zu verdanken hatten, vereint mit vielen anderen Teilnehmern, behördlichen Vertretern und Notabilitäten aus der Stadt, die gleichfalls seiner Einladung gefolgt waren. Am Vormittag beim Hochamt in der neugeweihten Kapelle hatte der Abt eine Ansprache gehalten, wobei er unter anderem der Worte gedachte, die bei der Grundsteinlegung seinerzeit niedergelegt worden waren: „Gott zur Ehre, den Jugendfreunden zur Lehr und den Jugendfeinden zur Wehr." Dieses grundlegende Programm verdankt demnach die Anstalt ihrem Begründer.

Aber nicht nur auf dem Gebiete der Jugendfürsorge, der Seelsorge und der klösterlichen Organisation lag der Wirkungskreis des Verewigten — wir vom Katholischen Frauenbund wir wissen es, was wir dem hochwürdigsten Abt von St. Bonifaz als geistlichen Beirat und väterlichen Freund und stets ebenso wohlwollenden als zielbewußten Berater zu verdanken

haben. Dieser Dank und diese Erinnerung seien ihm hier an dieser Stelle besonders geweiht, nachdem die Gruft sich über seiner sterblichen Hülle geschlossen. Man kann es ruhig behaupten, ohne die Stütze, ohne die weise, beratende Hilfe unseres unvergeßlichen Beirates wäre der Kathol. Münchener Frauenbund, wäre der Bayerische Landesverband des Katholischen Frauenbundes nicht das geworden, was er ist. In gar manchen kritischen Lagen, in mancher prekären Situation, wie sie die Entwicklung großzügiger Organisationen mit sich bringt, wußte der kluge Berater, der einsichtige Freund des Frauenbundes, wie der katholischen Frauenbewegung das Gleichgewicht aufrecht zu erhalten und mit feinem Griff einen gefährlichen Wellenschlag zu parieren. In fester Stetigkeit und stetigem Festhalten an den Zielen des Katholischen Frauenbundes hat Abt Danner den Ausschlag gegeben, wenn es sich darum handelte, etwas durchzusetzen, das vielleicht manchem als ferner liegend oder als nicht durchsetzbar erschien — immer mit dem gleichen Takt, ohne zu verletzen, und immer von jener inneren Harmonie getragen, die ihm eigen war. Wahrhaftig, ein Segen Gottes für das Vereinsleben im allgemeinen wie für einen komplizierten Organisationsapparat im besonderen. Wer wie wir in traulicher Gemeinschaft mit dem hochwürdigen Herrn beraten durfte, der lernte seine Persönlichkeit erst so voll und ganz schätzen; lag doch auch der Humor seiner Art nicht ferne, den er gerade in Momenten zu äußern wußte, wo eine Entspannung der Gemüter willkommen war.

Groß und unvergessen bleiben deshalb die Verdienste des Verstorbenen um unseren Katholischen Frauenbund. Wie sich auch der angeborne Mutterwitz bewährte bei allen Gelegenheiten, davon könnten die Annalen unserer Vertrauensfrauenversammlungen erzählen. Wie verstand es der Verstorbene die Volksseele zu erfassen, und wie sprach er stets am rechten Ort das rechte Wort! Vierzehn Jahre lang, von der Gründung des Katholischen Frauenbundes im Jahre 1904 angefangen, widmete er sich mit Rat und Tat unserer Organisation und hat zuerst als Beirat des Zweigvereins München und vom Jahre 1910 an als solcher des von ihm mitbegründeten bayerischen Landesverbandes eingehend mitgewirkt am Aufbau und der Weiterentwicklung unseres Bundes. Unermüdlich war Abt Danner bei fast allen unsern Versammlungen und Veranstaltungen zugegen, da und dort ein förderndes Wort sprechend; unzertrennlich bleibt deshalb seine ehrwürdige Gestalt in unserer Erinnerung damit verbunden, unvergessen sein Wirken im Katholischen Frauenbund und sein Eintreten für die katholische Frauenbewegung.

Natalie Baronin Dorth.

Im Dom.

Ich liebe dieses festliche Gepränge,
Das feierliche Amt im hohen Dom,
Den Weihrauchduft, die alten Chorgesänge,
Der frommen Beter dichtgedrängten Strom.
Von Blumenzier und frischem Grün umgeben
Lieb' ich den Hochaltar im Kerzenglanz,
Des Opfers tiefgeheimnisvolles Leben,
Das lichte Goldgefunkel der Monstranz.
Der Ministranten silberhelles Läuten,
Die Geistlichkeit im hehren Festornat.
O, wer vermag das Wunder auszudeuten,
Wenn unterm Baldachin der Heiland naht? —
Und gerne knie ich an geweihter Stelle,
Wenn Orgelklang von der Empore fliesst,
Des Tantum ergo segenschwere Welle
In jubelnden Akkorden sich ergiesst. —

Doch mehr noch lieb' ich jene heil'ge Stille,
Die durch den Dom auf weichen Schwingen geht,
Da vor dem Höchsten ird'scher Wunsch und Wille
In unbewusstem Seufzerhauch verweht.
Und nur ein grenzenloses Gottverlangen
Gleich Opferdüften aus der Seele steigt,
Dass sie voll Liebesglut und heil'gem Bangen
Anbetend sich vor ihrem Schöpfer neigt.

Josefine Moos.

Stillosigkeit.

Von Hans Grundei, Berlin.

Unstet und ruhelos ist der moderne Mensch geworden, insbesondere der Großstadtmensch unserer Tage. Sein Sinn hängt an dem Lauten, an dem Brüllen der Brandung, wie sie das moderne Leben schafft. Sein Auge ist eingestellt auf schreiendes, die Sehnerven aufpeitschendes Bogenlampenlicht und auf das unwürdige, begehrliche Flimmern von Diamanten, auf Rampenlicht und grelle Theaterfarben. Seine Kunst ist eine Kunst der unaufgelösten Gegensätze. Sein Drama zeigt den sieglosen Kampf zwischen den widerstreitenden Mächten des Herzens, seine Musik die rhythmenlosen Schwingungen seiner gequälten Seele, das mit den ausgesuchtesten und fast schon an das Unmögliche grenzenden Mitteln raffiniertester Technik erzielte Herumirren von einem Thema, von einer angeschlagenen Melodie zur andern, seine Biographien das Exzentrische, das qualvoll Ringende, das Unerlöste, Titanische in der Menschennatur. Richard Strauß, Ibsen, Strindberg, Oskar Wilde, Frank Wedekind, Nietzsche, Schopenhauer sind moderne Menschen in diesem Sinne. Was dem in der Hast der Arbeit und in der Jagd nach Vergnügungen sich verzehrenden Großstadtmenschen fehlt, das sind die Stunden der Einsamkeit, in denen er seine Seele wiederfinden kann, wo er abgekehrt von all dem bunten Treiben hinauf zu den Sternen schaut und hinein in die Tiefen jener Seelen, in denen sich die unendliche Tonfülle, wie sie das Leben bietet, aufgelöst hat in Harmonien. Was wir brauchen, das ist Kunst für stille Stunden.

In dem Wunsche, einmal solche stille Stunden edlen Kunstgenusses zu durchleben, ging ich eines Abends ins Berliner Palasttheater, um mir das neue, viel besprochene, erst durch Aufhebung der Zensur möglich gewordene Passionsspiel „Christus", nach den Evangelien von Georg Fuchs, anzusehen. „Christus" stand mit fetten, schwarzen Lettern in der Mitte des Theaterzettels zu lesen. Und daneben, auf dem gleichen Blatt, in derselben großen Mittelspalte, mit fast ebenso fett gedruckten Lettern ein Inserat: „Nach Schluß der Vorstellung nach Colibri Bar. Intimster Tanzsalon und Bar des Westens. Beste Musik. Vorzügliche warme Küche". Stillosigkeit! gings mir beim Lesen dieser Zeilen blitzartig durch den Kopf.

Der Vorhang teilte sich, das Spiel begann. Szenerie: Offenbar das Innere des jüdischen Tempels in Jerusalem, im gotischen Stil, mit mittelalterlichen, klösterlichen Wandelgängen und mit bunten, mit Heiligenbildern bemalten Kirchenfenstern! Stillosigkeit! fuhr mir's wieder durch den Sinn. Das Spiel selbst: stillos. Ein völlig frei und bar jeglichen historischen Sinns, bar jeglichen Empfindens für die Ehrfurcht auch vor der Form der uns überlieferten Heilswahrheiten zusammengetragenes Nebeneinander von zeitlich weit auseinanderliegenden Szenen aus Jesu Leben und Wirken. Im gleichen Aufzug, auf der gleichen Felskulisse wird Jesus verklärt, erlebt er die Versuchung des Teufels; und der gleiche Felsen dient im gleichen Aufzug dem Lazarus als Gruft, aus der heraus ihn der Heiland zum Leben erweckt. Alles in allem: Eine Reihe zum Teil gut nach alten Meistern gestellter Bilder, in die der Christusdarsteller Wüllner durch sein zweifellos stark innerliches Spiel Leben zu hauchen sucht, freilich meist vergeblich! Wüllner ist der Einzige, der uns erwärmen könnte durch sein seelenvolles Spiel, durch den schönen, an Modulationen so überaus reichen, metallenen Klang seiner Worte, wenn nicht diese ganze, autoritäts- und seelenlos zusammengestoppelte Passion mit ihrer ganzen inneren Stillosigkeit, mit ihrem unnatürlichen, grellen, oft zu spät einsetzenden Rampenlicht seine an und für sich schon ungeheuer schwierige Aufgabe gleich von vornherein zur Unfruchtbarkeit verurteilte. Selten bin ich innerlich so unberührt und kalt geblieben wie durch dieses Spiel.

Daß aus dieser Kritik nicht etwa konfessionelle Einseitigkeit, mangelndes Verständnis für die moderne Kunst, wie man es gern dem Katholizismus vorwirft, spricht, zeigt eine Besprechung des Passionsspiels in der „Täglichen Rundschau", in welcher der Kritiker krampfhafte, leider mißlungene Versuche anstellt, Parallelen mit dem Ammergauer Passionsspiel zugunsten des Fuchsschen Stückes zu ziehen, die natürlich getragen sind, wie so vieles, was die „Tägliche Rundschau" an geistiger Kost ihren Lesern vorsetzt, von Gehässigkeit gegen alles Katholische. So schreibt der Rezensent über den Ammergauer Passionsspieler Anton Lang: „. . . Dieser Wunsch war besonders durch die Wahrnehmung geweckt worden, daß der vortreffliche Jesusdarsteller im Ammertal, Anton Lang, so eindrucksvoll auch seine Heilandsgestalt in Haltung und Geste wirkte, doch, sobald er den Mund auftat, mit seinem süßlichen „Kaplandeutsch" unliebsam an die Herren, die hinter den Kulissen von Oberammergau standen, erinnerte, eine dogmatische Puppe, ausgestopft mit den konfessionellen Lehrmeinungen des Erzpaters von Ettal." Aber selbst dieser Herr muß bei der Besprechung des Berliner Christusspiels zugeben: „Nur hätte Georg Fuchs es sich versagen sollen, die bekanntesten Jesusworte in Jamben zu kleiden: die dadurch notwendig gewordenen Kürzungen und Veränderungen wirkten mitunter schmerzhaft. . . . . Auch sonst ließe sich mancherlei gegen die vorliegende Fassung des Spiels einwenden. Der Verfasser hat für mein Gefühl zu viel „drum herum" gedichtet, den Judas Ischariot zu stark in den Vordergrund gerückt." . . .

So saß ich denn teilnahmslos im Zuschauerraum und wartete vergeblich auf ein seelisches Ergriffenwerden, auf die Funken innerer Glut, die überspringen würden von den Darstellern auf die Zuhörer,

auf die erhoffte Harmonie, den inneren Einklang zwischen Bühne und Zuschauerraum. Und ich dachte an die griechischen Tragödien und die tiefe innere Teilnahme weiter griechischer Volksmassen am Spiel, dachte an die geistlichen Spiele des Mittelalters, die, aus der kirchlichen Liturgie hervorgesprossen, trotz ihrer Anspruchslosigkeit auf äußere Technik doch Geist und Herz der Zuhörer mächtig ergriffen und zweifellos in Zeiten religiöser Reformen, wie es sie das 11. und 12. Jahrhundert darstellten, viel zur Verinnerlichung des religiösen Lebens beigetragen haben, allerdings nur so lange, wie sie sich von den zersetzenden weltlichen Einflüssen satirischer und possenhafter Art freihielten. Schon damals wurden starke und eindringliche Stimmen laut, die energisch Verwahrung einlegten gegen die durch die Spiele immer mehr zunehmende Profanierung der kirchlichen Handlungen und des gesamten liturgischen Lebens. Erinnert sei an den literarischen Kampf, den Propst Gerhoh von Reichersperg (gest. 1169) und die Aebtissin zu Hohenburg, Herrard von Landsperg führten gegen die Aufführungen von Schauspielen in der Kirche. Der Kampf ernsthafter, von hohem Kunstsinn erfüllter christlich gesinnter Kreise gegen das Herabziehen der uns Christen heiligen religiösen Handlungen und Geschehnisse auf die Bühne ist Jahrhunderte alt und gleicherweise das Bestreben, das tiefere Verständnis weiter Volkskreise für die Schönheiten, für die im höchsten Maße künstlerischen Schönheiten des liturgischen Lebens in der Kirche.

Auf der Heimfahrt von jener Vorstellung kam in meiner Seele ein Kampf zur Entscheidung, der seit Wochen schon mich beschäftigte. Mich bewegten tief die Loslösungsbestrebungen einzelner deutscher Volksteile, ich konnte vom Standpunkt der Reichseinheit kein inneres Verhältnis zu ihnen finden. Aber nach jenem „Kunstgenuß“ wurde mir die tiefe, innere Berechtigung des tausendfachen Schreis: „Los von Berlin“ so recht bewußt. Ich erkannte, daß diese völkischen Loslösungsbestrebungen letzten Endes eine tief wurzelnde Kulturbewegung sind und daß sie es überall dort werden müssen, wo sie es noch nicht sind, ja, daß es vaterländische Kulturarbeit ersten Ranges ist, was diese Bestrebungen zu leisten haben. Das deutsche Volk muß endlich einmal aufhören, sich weiter von den Berliner dekadenten Kulturtendenzen vergiften zu lassen. Der Strom echter, gesunder deutscher Kultur muß wieder vom Westen und vom Süden des Reiches fließen, von dort her muß ein wirksamer und erfolgreicher Kampf einsetzen gegen die ungeheure Stillosigkeit unseres gesamten Volkslebens, wie sie seit Jahrzehnten von Berlin propagiert worden ist. Oder steckt in all den zahllosen Ehebruchsdramen, in den schamlosen Kinofilmen, die von Berlin aus ihren Siegeszug durch ganz Deutschland nehmen, steckt darin auch nur eine Spur von Stil, von produktiver Kunst, von Lebenswerten für unser Volk, ein Strahl von Höhensonne, der unser frierendes, hungerndes Volk erwärmen könnte? Es ist eine Schmach unseres deutschen Bürgertums, daß es sich jahrzehntelang von dieser Kulturtyrannei hat knechten lassen, und die Vergnügungstollwut, diese neue Lustseuche, die heute weite, vor allem auch die niederen Kreise ergriffen hat, ist die Rache der Verführten.

Aber — wird man einwerfen — die Reinhardtbühne in Berlin? Sie ist doch Mittelpunkt einer ernsten, hochstrebenden Kunst! Ich zweifle nicht an dem Ernst dieses Bühnenunternehmens, aber ich zweifle berechtigterweise an der schöpferischen Kraft der Kulturideen, welche jene Kreise durch die von ihnen vertretene Kunst propagieren. Ich habe großen Respekt vor dem technischen Können der Reinhardtbühne, vor der außerordentlich starken Fähigkeit der Reproduktion, vor dem Instinkt, mit dem man, zum großen Teil dank des starken jüdischen Einschlages jener Kreise, das Wetterleuchten neuer Ideen verspürt, vor der Fähigkeit des Sicheinfühlens in fremde Volksseelen, vor der großen Kunst des Darstellens all der seelischen Zerrissenheit, all der tiefen Sehnsucht nach neuen Zielen, aber auch all der inneren Halt- und Kraftlosigkeit, der Unausgeglichenheit des modernen Menschen. Aber die Reinhardtbühne ist für mich eine Bestätigung alles dessen, was ich zu Beginn dieser Ausführungen sagte. Reproduktiv, das Neue fördernd, das Große, was in neuen Ideen steckt, mit psychologischem Scharfsinn ahnend, das ist die Reinhardtbühne, und das verdankt sie den Eigenarten der jüdischen Rasse, aber sie ist nicht schöpferisch, sie zeigt uns keinen Weg heraus aus all dem Chaos der Ideen, sie gibt keine Entscheidung in dem Kampf zwischen den widerstreitenden Mächten des Herzens. Sie zeigt uns russische Kultur und in ihr das Wetterleuchten einer neuen Kulturepoche, aber sie zeigt uns nicht die Ewigkeitswerte dieser Kultur, sie gibt nicht Wege an, die hinüberführen von der germanischen Kultur zur slawischen. Sie stellt mit ergreifender Realistik die religiöse und soziale Not des modernen Menschen dar, aber nur immer zaudernde Hamletnaturen, zweifelnde Faustgestalten, Menschen voll innerer Halt- und Kraftlosigkeit wie Fedja im „Lebenden Leichnam“ von Tolstoi, oder Menschen wie Nikolaj Iwanowitsch im Tolstoischen Drama „Und das Licht scheinet in der Finsternis“, die zwar voll innerer Glut von den reinen und (nach ihrer Ansicht) unverfälschten Ideen des Christentums reden, die aber zerbrechen, wenn's an die Erfüllung und Verwirklichung geht. So ist auch letzten Endes die Kultur der Reinhardtfreunde eine dekadente, eine zersetzende, eine vom Zweifel angefressene, aber keine Kultur, die in großer, echter, christlicher Lebensbejahung neue Werte schafft für unser Volk.

Vor allem aber dort, wo sie religiös einzuwirken versucht, wirkt sie verwirrend, verwässernd, einseitig auf das Gefühl, nicht aber auf den Willen. Und was sie vielleicht mit ästhetischem Sinn an innerer Flachheit, Unausgeglichenheit und Unwahrhaftigkeit verdeckt, das vergröbern andere Bühnen bis zur Geschmacklosigkeit. Unser Volk aber benötigt mehr als alles das. Frank Wedekind und Strindberg, Ibsen und Tolstoi mögen wohl Dichter und Kulturpropheten nach dem Herzen Berliner Kunst- und Kulturdiktatoren sein, sie mögen auch sicher interessantes Material liefern zur Psychologie des modernen Menschen, aber die Hände weg von unserer Volksseele, die Hände weg von religiösem Erbgut, die Hände weg von allem, was weiten Kreisen unseres Volkes noch heilig und teuer ist, die Hände weg von Passionsspielen und Christusdarstellungen mit Moschusduft und daran sich anschließendem Tanz! Und darum „Los von Berlin“, Selbstbesinnung auf alles Wertvolle, Bleibende, was in dem völkischen Eigenleben unserer Nation ruht und seit Jahrzehnten dank der Diktatur einer dekadenten Kulturzunft einen schweren, wenn auch zähen Kampf um seine Daseinsberechtigung gekämpft hat.

Wenn so die Sonderbestrebungen west- und süddeutscher Kreise zu einer mächtigen, von Innen herausquellenden Kulturbewegung werden, wenn sie zum Kulturstrom werden, der deutsches Land neu befruchtet, dann wird sie trotz aller Parlamentsdebatten, Verfügungen, Proteste und Anfeindungen in ihrem Laufe nicht mehr aufgehalten werden. Das aber muß sie werden, und dazu muß Deutschlands junger, mit Idealen erfüllter Katholizismus in erster Linie uns verhelfen. Es gilt einer dekadenten Kultur die Ewigkeitswerte christlicher Kultur, wie sie im Katholizismus verborgen sind, entgegenzusetzen und dadurch unser Vaterland wieder zur Gesundung gelangen zu lassen.

Freilich, schwer ist der Weg, und namentlich in der Kunst gilt es viele Hemmungen zu beseitigen: Geschmacklosigkeit, Mißachtung vom Werte des Technischen in der Kunst und mangelnden Opfersinn, wenn es gilt, alle die großen Pläne, die in uns leben, Gestalt werden zu lassen. Bestrebungen, wie sie von den Benediktinern ausgehen, um ein größeres Verständnis für die hohe Kunst und Schönheit des liturgischen Lebens, für einen stilvollen Gottesdienst und ein stilvolles Gotteshaus in weiten Kreisen zu wecken, finden immer noch nicht die notwendige Beachtung. Wenn wir heute die Stillosigkeit weiter Volkskreise in ihrem religiösen Leben und Empfinden beklagen, dann dürfen wir dabei auch nicht vergessen, daß ein gut Teil dieser Stillosigkeit auch auf die noch gläubigen Christenseelen übergegangen ist. Die Schwungkraft des Gebetes mancher Gebildeten wird gelähmt durch Zweifel, und die himmelstürmende Inbrunst der Bitten der Volksmassen wird abgeschwächt durch gedankenlos arbeitende Gewohnheit, durch Mangel an Willenskraft, sich hinein zu versenken in die gewaltigen Mysterien des Gemeinschaftslebens mit Gott, wie es in der kirchlichen Liturgie in der ergreifendsten Weise zum Ausdruck kommt. Vielen Katholiken ist heute der Sinn für die Schönheiten der liturgischen Gebete abhanden gekommen, und ein Versenken in die Mysterien des eucharistischen Opfers geschieht nur selten an Hand der kirchlichen Gebräuche und Gebete. Man erlebt heute kaum mehr mit der Kirche die ungeheure Tragik der Karwoche, und doch gibt es nichts Ergreifenderes, keine Tragödie der Weltlitteratur, keine Passionsspiele und keine Passionsmusik, die so erschütternd auf die Herzen der Menschen wirkt wie die Liturgie des Gründonnerstags und des Karfreitags.

Und ähnliches gilt von der christlichen Kunst.

Aber ich meine, das alles wird anders und besser werden, wenn wir erst einmal zu einem Gesinnungswechsel und zu einem klaren und starken Bewußtsein von der Größe unserer Kulturaufgabe kommen, wenn in den Zentren katholischen Lebens und katholischer Kultur die Jugend aus der Lethargie erwacht und sich erinnert, wie Dr. Sonnenschein in einem Aufruf sagt, „an die Linie der eigenen kulturellen Art, an die Konsequenz der eigenen sozialen Grundsätze, die Richtung des eigenen universalen Christentums. Wir wollen tiefer, bewußter, umfassender katholische Christen sein: zum Aufbau einer neuen, innerlichen, geistigen, brüderlichen, allen gemeinsamen Kultur. Wir waren allzu sehr eingestellt auf die Parität und den Wunsch, uns anzugleichen, darauf, im preußisch-deutschen Reich Tempo und Maß der Gesamtkultur, wie sie vorlag, auf uns zu übertragen“. Wir müssen uns wieder darauf besinnen, daß wir selbst im Besitze großer Kulturwerte sind, die es gilt, unserem Volke zu übermitteln, daß wir zwar eine Minderheit in der deutschen Kultureinheit darstellen, aber eine wertvolle, eine gebende. Kommilitonen aus allen Fakultäten, aus allen Verbindungen und Vereinen, laßt uns bewußte Tatkatholiken werden, laßt uns mit großer, echter, deutscher Kultur durchdringen unser Volk, laßt uns unseren Katholizismus nicht bloß Bekenntnis sein, nein, laßt ihn uns in unseren Seelen wieder zur Kulturmacht werden! Wie sagt Dr. Sonnenschein in dem bereits genannten Aufsatze: „Dieses Stück Erde will und wird befruchtet sein von unserem Blut und von unserer Idee. Deutschland soll wieder groß werden, auch durch uns. Andere werden ihm ihre Kultur geben, wir die unsere. Am Bilde der Zukunft hämmern sie alle: süddeutsche Art, hanseatischer Geist, sozialistische Demokratie. Es hämmert an ihm auch junger deutscher Katholizismus!“

Die symphonische Dichtung.

Von Martin Mayr, München.

> Liszt: „Meine symphonischen Dichtungen ... bleiben für mich die notwendige Entwicklungsstufe meiner Erlebnisse, welche mich zur Ueberzeugung geführt haben, daß Erfinden und Empfinden nicht sogar vom Uebel sind. Am Ende kommt es doch hauptsächlich auf das Was der Ideen und das Wie der Ausführung an."

Im vergangenen 8. März vor 50 Jahren starb zu Paris Hektor Berlioz, der bedeutende französische Komponist.

Dieser Berlioz warf in die Reihen der komponierenden, reproduzierenden, hörenden und philosophierenden Musiker einen großen Streitapfel: der heißt Programmusik. In einigen Vertretern ging die Musikästhetik so weit, der Programmusik und ihrer bedeutendsten Form, der symphonischen Dichtung, die künstlerische Berechtigung abzusprechen.

Nach dem bekannten Wagnerwort ist die Musik die Sprache der Gefühle. Die Domäne der Musik in der Menschenseele bleibt also das Gemüt, die Empfindung. Dieses Empfinden aber ist nichts Leeres, nichts Wurzelloses. Es zeigt sich vielmehr als Antwort auf einen Reiz, als Reaktion auf irgendein inneres oder äußeres Erlebnis. Je tiefer und stärker der Eindruck auf die Nerven wirkt und sich in die Seele gräbt, desto spontaner, impulsiver und mächtiger durchrieselt der Affekt das Innere. Diese Aufnahme- und Empfindungsfähigkeit ist nicht bei allen Menschen gleich. Der geborene Künstler besitzt eine „nervöse Sensibilität", die den meisten Menschen unverständlich ist, aber als Träger und Vermittler äußerer Eindrücke für das Empfinden und den Ausdruck des Empfindens eine wichtige Rolle spielt.

Das Verhältnis der Musik zu diesem psychologischen Gesetz gestaltet sich zu einem doppelten. Will sie bloß irgendeine Stimmung, eine Gefühlskette schildern ohne Rücksicht auf die Quelle, der sie entstammt, oder ist's ihr überhaupt nur um das Spiel schöner Töne, leuchtender, düsterer Harmonien zu tun, dann heißt sie absolute Musik. (Fuge, Sonate, Mozart- und Haydn-Symphonie u. a.) Faßt sie aber auch den bestimmten äußeren Anlaß ins Auge, der ihr die Zunge und Töne löst, und tritt sie diesem Anlaß, dem Programm, an dem sie sich entzündet, auch schildernd, erläuternd, untermalend näher, dann wird sie zur Programmusik bzw. symphonischen Dichtung.

Absolute und Programmusik nun sind nicht etwa Zwillinge, gleich alt und in aller Augen gleich legitim.

Im Anfang war die absolute Musik. Die Kindheitsgeschichte jeder Kunst ist die Geschichte ihres Ringens nach der Form, bei der Instrumentalmusik nach melodischer, harmonischer und instrumentaltechnischer Ausdrucksfähigkeit. In dieser Zeit, wo die Harmonielehre wurde und man die Holz- und Blechblasinstrumente erst erfinden mußte, war die Aufmerksamkeit der Musik vom äußeren Streben, Wachsen und Werden fast absorbiert. Für restlose Verinnerlichung blieb wenig Zeit und Fähigkeit; oder die Beherrschung der Form wurde zwar erreicht (Fuge, Sonate, Symphonie vor Beethoven), aber in der ersten Freude an der Meisterschaft ging der Inhalt noch vielfach unter.

Dessen wurde sich die Musik selbst bewußt. Sie besann sich auf ihre Mission, ihren Beruf: nicht Dienst der Form, sondern der Idee, Darstellung psychischen Erlebens. Der bisherige Zweck mußte Mittel werden. Sie durfte nicht mehr bloß Mathematik, kunstvoll gebautes, abgezähltes, abgezirkeltes, kühles Gebilde, nicht nur tönende Geometrie, nicht bloß ästhetisch schönes, theoretisch einwandfreies, geistreiches Spiel von Themen- und Tonartenkombinationen bleiben gleich dem Linienrausch einer Barockfassade; die Idee, die Seele, das Erleben mußte ihr Antlitz färben. Die Empfindung siegte über Reflexion und Verstand. Dabei erwiesen sich allgemeine Stimmungen der Freude, des Schmerzes für die Dauer zu leer, zu vag, zu monoton, sogar als seelisch unecht und unmöglich. Jede Freude, jede Trauer muß wissen, warum sie lacht und weint. Beethovens Seele empfand diese Leere. Sein Genie füllte sie mit Wundern. Er war des konventionellen, wenigsagenden ewigen Lächelns in den Allegrosätzen, des Tänzelns und obligaten Drehens in den Menuetts, der pflichtgemäß düstern, aus finstern Zügen oft noch kokettierenden Miene des Adagios müde. Er, dem der grausame Ernst des Lebens alle Tändelei und Etikette verleidete und einen Ekel vor aller Schablone wie heilendes Gift in die Adern goß, er schaute von der Perücke weg in die Seele, frug sie, was ihr wohl und wehe tat. Sein Verzweifeln und Jauchzen in Tönen bekam einen Namen: Bitterkeit des Lebens und Glaube an ein großes, endloses Glück. Er schrieb seine unsterbliche „Fünfte". Er, der Echte, der Titane im Empfinden, im Fühlen, im musikalischen Ausdruck dieser Empfindungsskala zerbrach dabei oft die alte Form. Man kann seiner C-Moll-Symphonie und ihren folgenden Schwestern ruhig die Marke „Absolute Musik" aufkleben, absolute Musik im bisherigen Sinne aber war sie nicht mehr. Seine Musik war von da an Manifestation bestimmten inneren Erlebens. Durch solche kam in die klassisch vollendete Form eine ebenbürtige Seele; die Musik verlor dadurch nichts; gewann alles; wurde Kunst! Geradesowenig, als z. B. das unvergleichliche Adagio in Bruckners Achte Symphonie etwas dadurch verliert, daß ich nicht bloß die „blinde Gewalt der Töne" auf mich wirken lasse, sondern an das aus der Inbrunst der Themen und der Glut, dem Glanz der Harmoniefolgen motivierte Bild denke, wie ein Beter zu seinem Gotte blickt, um Erlösung ins Reich der Herrlichkeit fleht und nach vielem Bangen am Schlusse mit der grandiosen harmonischen Wendung zum Ces-Dur-Akkord auf einen Augenblick geblendet vom Himmelszauber in Gottes Antlitz schaut. Dadurch, und nur durch eine solche Idee wächst dieser Wundersatz in die Sphäre „unendlicher Erhabenheit".

Auf diesem Standpunkt der Idee in Tönen, welche die Form zu ihrem Sklaven macht, steht auch die Programmusik. Nur geht sie noch einen Schritt weiter; „weiter" nicht gerade im Sinne künstlerischen Fortschrittes, nicht also qualitativ, sondern modal, in logischer, konsequenter Fortbildung.

Sie anerkennt für ein echtes, gesundes Empfinden die Notwendigkeit einer Idee, eines Erlebens, eines Objektes. Aber der Komponist läßt irgendeine Idee nicht mehr ganz frei, ungezwungen auf sich wirken, er bindet sich an eine bereits fixierte künstlerische Formulierung der darzustellenden Idee und Empfindungsreihe, die natürlich seiner inneren Welt nahesteht, er hält sich an ein „Programm". Dieses Programm kann sein ein Gemälde, z. B. Liszt „Hunnenschlacht" nach W. v. Kaulbachs Bild in Berlin; eine mythologische oder geschichtliche Gestalt, z. B. Berlioz „Harold in Italien", Richard Strauß „Makbeth", Liszt „Mazeppa", „Tasso", „Hamlet"; eine Dichtung, z. B. Liszt „Faust" und „Dante"-Symphonien.

Daß hierdurch für die Musik mit einem Zauberschlag eine neue Welt, ein Paradies neuer Darstellungsobjekte aus dem Boden wuchs, ist klar. Aber das Prinzip ist nicht neu; nur die Art der Anwendung, die in der „phantastischen Symphonie" der „Episode aus dem Leben eines Künstlers" die letzten Konsequenzen zieht, ist die Tat des Franzosen Berlioz. Keime finden wir bei keinem Geringeren als bei Beethoven, der in seiner Sechsten (Pastoral-)Symphonie das „Erwachen heiterer Empfindungen bei Ankunft auf dem Lande", eine „Szene am Bache", ein „Vogelkonzert", „Lustiges Zusammensein der Landleute", einen „Gewittersturm" und endlich einen „Hirtengesang", „Frohe und dankbare Gefühle nach dem Sturme" schildert.

Ein solches Programm als Grundlage musikalischer Kunstwerke leitet seine Berechtigung aus einem doppelten Gesetze ab, aus dem psychologischen, daß jede Empfindung eines kausalen Reizes, einer Anregung bedarf, und dem ästhetischen, daß die Musik diese äußere Ursache, z. B. ein konkretes Bild, einen Gedankeninhalt nicht darstellen kann, wie die Malerei dies vermag, die einen Ecce-Homo-Kopf malt und in diese Linien und Farben, welche das Bild selbst ausmachen, auch die Welt ihrer Empfindungen bannt. Infolge dieses Unvermögens suchte die Musik von jeher den Objekten, den Erregern ihrer Seele, näherzutreten, dem Worte im Lied, der Handlung in der Oper, dem Programm in der Programmusik. Freilich ist die künstlerische Einheit in Lied und Musikdrama, wo sich Text und Erleben und Musik schon äußerlich zu einer Größe amalgamieren, eine theoretisch viel höhere als bei der Programmusik, wo man nur die Musik hört und das Programm zuvor oder gleichzeitig mitlesen muß. Aber seien wir aufrichtig! Praktisch haftet diese Schwäche auch dem Lied und der Oper an, wo der Text durch die Tonwogen eines modernen Orchesters von den Lippen des vorbildlichst artikulierenden Sängers weggeschwemmt und unverstanden verschlungen wird! Ein wirkliches Verständnis und ein nur halbwegs leidlicher Genuß setzt die Kenntnis des Textes und der Handlung voraus; man muß zuerst gelesen haben. Und das gleiche Medikament kuriert die gekennzeichnete Schwäche der Programmusik. Wer den Inhalt des Programms zur „Phantastischen Symphonie" aus der Feder von Berlioz selbst auf sich wirken läßt, diese Tragödie des Künstlers Lelio, der aus verschmähter Liebe Opium nimmt und in diesem narkotischen Rausche wirre Bilder sieht, eine „Szene am Land", einen „Ballsaal", ein „Hochgericht", einen „Hexentanz", in welchem immer wieder das Bild seiner Geliebten erscheint (ausgedrückt durch das Hauptthema, die „idée fixe", eine Art Leitmotiv), der glaubt diese Klangmystik von zartester Schwärmerei bis zum tollsten Höllenspuk unter dem zwingenden Eindruck, selbst das Glück, das Hoffen, das Sehnen, die Enttäuschung, die Verzweiflung, den Wahnsinn des Schwärmers mitzuerleben.

Hüten wir uns in diesem Punkte vor einem zu strengen Urteil über die Programmusik: Sonst brechen wir den Stab über unsere Lieblingskinder der Tonkunst, sonst verurteilen wir auch Perlen der modernen Literatur, wie die Holländer- und Tannhäuser-Ouvertüren, die Vorspiele zu Lohengrin, Meistersinger und Tristan, deren Verständnis und Bedeutung sich uns erst voll auftut durch die von Wagner selbst geschriebenen Kommentare oder Programme. (Holländer-Ouvertüre „Gesammelte Schriften und Dichtungen", Rich. Wagner, Band V, Seite 228.)

Um nun den notwendigen organischen Konnex zwischen dem vorgedruckten Programm und ihrer Sprache herzustellen, ließ sich die Musik dazu herbei, dem Programm schildernd und untermalend näherzutreten, d. h. charakteristische, der Musik assimilierbare Momente herauszugreifen, sie rhythmisch, harmonisch oder melodisch auszudrücken, Tanz, Choral, Schlachtfanfaren, Sturm, Totenuhr und bestimmte deutbare Motive immer wiederkehren zu lassen.

Dieses Stadium nun bezeichnet den kritischen Punkt, wo die Programmusik die größte Angriffsfläche bietet. Dieses Schildern und Malen und Symbolisieren darf nie das Primäre sein. Es muß sich der dichterischen Idee völlig unterordnen und hat seine unverrückbaren Grenzen in der äußersten Notwendigkeit und musikalisch künstlerischen Möglichkeit. Sonst degradiert sich die Kunst selbst zur Kopie, zur Photographie, zum Grammophon, zum Handwerker. In Liszts „Mazeppa" kann der genial geschilderte, immer rasendere Galopp des zur tollsten Wildheit aufgepeitschten Rosses nur das Mittel bilden

die Grauen des zu Tode geschleiften Helden der Ukraine, Mazeppa (nach Viktor Hugos gleichnamigem Gedichte) darzustellen. In der „Hunnenschlacht“ von Liszt kommt kein Schlachtengemälde im Sinne der nicht sterben könnenden Schlachtenbilder der Bierhallenkonzerte in Betracht, sondern im Mittelpunkt steht eine Idee, der Kampf und Sieg des Christentums über das Heidentum. Welch einsame Höhe die Programmusik zu erklimmen vermag, beweist „Tod und Verklärung“ von Rich. Strauß, wo der Künstler die tiefsten Lebensfragen, die große und alte Antithese von Erdenleid und Himmelsverklärung erschütternd und berauschend behandelt, beweist vor allem auch Liszts „Heldenklage“, wo der Meister auf Grund einer selbstverfaßten, philosophisch wie dichterisch sprachlich überragenden Abhandlung über den Schmerz unter dem Eindruck der Schreckensszenen der französischen Julirevolution 1830 die „Herrschaft des Schmerzes“, des „unerbittlichen Ebners aller Geschicke“ zum Vorwurf eines grandiosen Nachtliedes macht.

Freilich in dieser Verbindung von Stoff und Geist, von Programm und Ton blieb der Geist nicht immer der Stärkere, der Sieger. Hier ist die Stelle, wo die Programmusik sterblich ist. Das, was die Programmusik ihrem neuen Beruf zuführte und dazu qualifizierte, wurde ihre Szylla und Charybdis, Gefahr und teilweise auch Verhängnis, nämlich das moderne Orchester mit seiner kaleidoskopartigen Unerschöpflichkeit, seiner seelischen Differenzierungsmöglichkeit, der charakteristischen Farbe der einzelnen Instrumente, den Klangwirkungen und dem Klangzauber der Instrumente zusammen. All diese äußeren Reichtümer wirkten dezentralisierend, führten teilweise zur Materialisierung der Kunst, zur Entthronung der Idee, zur Betonung der Form nicht zwar mehr im Sinne früheren bloßen, inhaltsleeren Spiels von Tönen, sondern im Sinne bewußter, übertriebener, einseitiger onomatopoetischer, alles kopierender, nachahmender, manchmal nachäffender, wenn auch technisch raffinierter Tonmalerei. Vielleicht ist es gerade Richard Strauß, der, wie in seinen Tondramen, so auch in seinen symphonischen Dichtungen, dieser Demarkationslinie zwischen musikalischer Kunst und musikalischem Können am bedenklichsten nahekommt. Aber es gibt liebenswürdige Fehler, Unvollkommenheiten, denen man nicht böse sein kann. So gehts uns hier. Strauß ist ein solcher Tausendkünstler in leuchtenden, tönenden Bildern, im Erzählen, ein solcher Hexenmeister im Kreise des modernen Orchesters, ein so spannender Schilderer und Zeichner, ein so einzigartiger Kenner und Farbenmischer auf der Palette der Orchesterklangfarben, daß man augenblicklich die ästhetisch künstlerisch zweite Qualität seines Schaffens ganz vergißt, wenn in der vielleicht kompliziertesten Partitur der Musikliteratur, in „Till Eulenspiegels lustige Streiche“ der Held durch die kreischenden Marktweiber reitet, die zerbrochenen Töpfe klirren; wenn Till einen koboldartigen Sprung macht mit spöttischer Grimasse, die Hand an der Nase; wenn die Moritat in Tönen sich am Schluß vollzieht, wo mit einem Orchesterschlag der Büttel den Menschenspötter beim Genick packt und der letzte scheinbar atemlose Flötentriller das Ausgehen der Luft des am Galgen baumelnden und sterbenden Till dem Ohre und der Seele des Hörers näher bringen soll.

In diesem Sinne ist Strauß wohl der letzte Punkt der die Entwicklung der Programmusik vorstellenden Linie: Berlioz, Liszt, Strauß. Ein Darüberhinaus gibt es nicht mehr. Straußens Stärke liegt eben nicht in der Erfindung von Themen, nicht in der Empfindung, er schafft mehr mit dem Verstand; er ist Rationalist; das Malerische ist seine Welt. Er ist weniger symphonischer Dichter als symphonischer Maler.

Diese tatsächlichen Erscheinungen von starker Veräußerlichung in einigen Partituren der Programmusik ändern nicht wesentlich das Gesamtwerturteil über die symphonische Dichtung, als eine im Reich der Töne berechtigte Musikart. Schließlich läßt sich dieses Recht auf den Platz im Tempel der Musen schon deraus belegen, daß selbst größte Musiker sie nicht entbehren konnten (Wagners Vorspiele). Wenn auch noch ungetauft und namenlos, lebte die Programmusik dem Sinne und Wesen nach doch schon lange in bedeutenden Werken. Uebrigens wird die Aesthetik und selbst der Komponist mit klingendem Namen einem Künstler vorschreiben, was er schaffen kann und darf und muß? Die Beckmesserzeiten sind tot. Wie sagt Liszt? „Am Ende kommt es doch auf das Was der Idee und das Wie der Ausführung und Bearbeitung derselben an“. Das „Was“ sind die größten Gedanken, welche die Menschenbrust bewegen: Freude, Schmerz, Faustische Verzweiflung, Hölle, Himmel (Dante-Symphonie), das „Wie“ war jene Tonkunst, die ihr selbst einen Richard Wagner zum Freunde gemacht.

Vom Büchertisch.

Richard Knies: Sonderlinge von der Gasse, Erzählungen. Innsbruck-München, Tyrolia, 160 S., kart. 3.50 M. — Wer den hell lachenden Humor liebt, auch den bisweilen breit lachenden, der aber dennoch keineswegs auf der Oberfläche treibt, sondern vielmehr scharf in Gründe und Untergründe schaut, auch die feinen Gefühlsfäden in die letzten Seelenwinkel zu senken versteht, dorthin, wo der Menschen Absonderlichkeiten zu wurzeln pflegen: ja, wer diesen Humor liebt, wird bei dem vorliegenden Büchlein auf seine Rechnung kommen. In dreien der fünf Erzählungen stehen regelrechte Gassenoriginale vor uns auf: solche, denen die Leute auf der Straße tagtäglich so ungefähr mit den gleichen „Gefühlen“ nachschauen, denen auch die liebe Jugend immer in gleicher Weise nachläuft und nachruft. Die Gipfelhöhe in der Nachschaffung derartiger Lebensoriginale erreichen die drei ersten Erzählungen: die vorzüglich kontrastierende „Narrenwoche“, die zunächst etwas breit und stark realistisch anmutende, dann um so ergreifendere „Wie Molli Hopphopp-hopp an der Ordnung starb“ und die für manche gewiß wirkungsvollste: „Susannas letzte Beichte“. In den beiden übrigen Geschichten: „Tüschat“ und „Die Einbrecher“, herrscht mehr die behagliche Schelmerei vor, obwohl auch sie in Tiefen leuchten. Die drei zuerst genannten zeigen ausgesprochener, packender dieses Dichters Art, verborgenes Menschentum liebevoll aufzuspüren und anschaulich-eindringlich darzustellen. Ein zielfest sich durchsetzendes Talent, das auf selbsteigene Weise auch in nächtige Dunkelheiten Sonne zu bringen weiß: das ist Richard Knies, der eine Zukunft bedeuten dürfte. E. M. Hamann.

Katholisch-sozialistische Mittelstandsbewegung. Eine neue Gefahr im deutschen Katholizismus. Von Karl Jünger. 8° 61 S. Verlag von Albert Falkenroth, Bonn 1918. Referendar Karl Jünger in Köln wendet sich gegen eine Art Wiedererweckung des urchristlichen Kommunismus durch die von dem Kaufmann Theodor Oehmen in Koblenz und dem Pfarrer Franz Kirchesch in der Eifel begründete „Vereinigung der göttlichen Liebe“ mit der deutschen Monatsschrift „Katholische Friedensblätter“ und der österreichischen Halbmonatsschrift „Die Saat“. Diese rührige Organisation will in Anlehnung an die Enzyklika des Papstes Benedikt XV. bei seiner Thronbesteigung gegen die Grundübel der heutigen menschlichen Gesellschaft das göttliche Hauptgebot der Liebe im wirtschaftlichen Leben konsequent durchführen gegenüber dem rücksichtslosen Egoismus des Kapitals und der staatlichen Zwangswohlfahrtsgesetzgebung, welche das praktische Christentum erdrossele und das ganze Land zu einer Kaserne mache, in der Absicht, den Einfluß der Kirche auszuschalten. Dabei versteigt sie sich zu idealistischen Forderungen. Sie bekämpft vor allem die Gewerbefreiheit, die Gütertrennung, den gesamten Versicherungszwang und die Zwangsschiedsgerichte, den Schulzwang, den Impfzwang, in gewisser Beziehung auch den Steuer- und Zollzwang, sowie den Wehrzwang (19). Dieses überspannte Programm führt der Verfasser (29 ff.) dadurch ad absurdum, daß er sich auf dessen eigenen bibelgläubigen Standpunkt stellt und aus der wörtlichen Auffassung der hl. Schrift noch viel weitergehende, offenbar sinnlose Forderungen als Folgerungen ableitet. Schon hier (21) zeigt er sich indes beherrscht von modernistischen Ideen, wie der einseitig eschatologischen Auffassung der Lehrverkündigung Jesu (Vgl. hierzu näher Anton Seitz, Modernistische Grundprobleme, Köln [Bachem] 1912, S. 1—16.), und im folgenden beschränkt er sich nicht auf seine eigentliche Aufgabe: Zurückweisung utopistischer Uebertreibungen und daher unschwer zu widerlegender Programmpunkte jenes christlichen Sozialismus (26 ff.), sondern erweckt den Anschein, als ob er die Ueberschrift seiner Broschüre nur als Aushängeschild benützte, um damit auf den Markt zu werfen die wiederaufgewärmten Ideen des Reformkatholizismus im Sinne des wiederholt zitierten Professors Joseph Schnitzer. Entgegen seiner Versicherung im Vorwort: „Die Schrift soll lediglich der sachlichen Erörterung dienen und verfolgt keinerlei parteipolitische Zwecke“, läßt er sich vom Temperament eines jugendlichen Stürmers fortreißen (34 ff.) zu nichts weniger als sachlichen und unparteiischen Ausfällen gegen das Staatskirchentum des Zentrums, den Kirchenstaat, die Hierarchie und Inquisition, das Papsttum und von ihm empfohlene Andachtsmittel, die von Reformern auch innerhalb der Kirche mit rhetorischer Uebertreibung geprägten Kirchenschäden (vgl. 57/8), vereinzelte Ungeschicklichkeiten strengkatholischer Theologen — meist ohne Belegstellen —, Lourdeswallfahrten, Indergesetzgebung, kirchliches Lehramt, katholische Moral und manches andere. Durch Infiltrationen mit solchem Reformkatholizismus des 20. Jahrhunderts würde nicht minder wie nach des Verfassers Ueberzeugung (66) durch die entgegengesetzten hyperkatholischen Extravaganzen der „katholisch-sozialistischen Mittelstandsbewegung — der völlige Bankerott des deutschen Katholizismus“ unabwendbar. Univ.-Prof. Dr. Anton Seitz.

Dr. **Hans Rost, Die katholische Kirche nach Zeugnissen von Nichtkatholiken.** Regensburg und Wien, Pustet, 213 S. Brosch. M 4.—, geb. M 5.50. Den Katholiken wird unaufhörlich die Minderwertigkeit ihrer Kirche, namentlich in der Schaffung von Kultur, vorgesagt, und nicht wenige nehmen dieses als eine Selbstverständlichkeit hin. Vorliegendes Buch, dessen Abfassung wir schon seit Jahren wünschten, gibt nun Stimmen von einwandfreien Gegnern an, welche die Vorzüge und die Schönheit der katholischen Kirche in ihrer Verfassung, ihren Einrichtungen und ihrer Tätigkeit bekunden. In 13 Kapiteln ist das Vordringlichste herausgegriffen: Kirche und Papsttum, die Kulturkraft, der Gottesdienst, Verwertung von Ideen und Gebräuchen durch die Klassiker, Sakramente, Zölibat, Priestertum und Orden, günstiger Einfluß auf Geburtenrückgang, Selbstmord, weiter Soziale Frage, Caritas, die Kirche im Weltkrieg, die Missionen, Toleranz. Auswahl und Benützung der Zeugnisse, die meistens der neuen Zeit angehören, ist recht geschickt. Die Schrift kann als ein nachträglicher Beitrag zum Reformationsjubiläum von 1917 gelten; wir wünschten sie in allen gebildeten katholischen Familien, insbesondere auf dem Studiertische jedes Religionslehrers und Predigers, sowie der Männer des öffentlichen Lebens. Nichtkatholiken würden durch ihre Lektüre von manchen Vorurteilen gegen den Katholizismus befreit werden. Dr. Jak. Hoffmann.

Johannes Mayrhofer: Unter uns Barbaren. Briefe aus dem Weltkrieg. Mit einer Einführung von Matthias Erzberger, M. d. R. Leutkirch, Joseph Bernklau. Gr. 8° VI u. 107 S. 1.20 M. In seinem kurzen Geleitwort schildert Erzberger die Entstehung des unter seiner Anregung gewordenen Buches, dessen Inhalt: von Mayrhofer selbst verfaßte katholische „Wochenbriefe“ über „Das religiöse, geistige, sittliche, caritative usw. Leben in Deutschland“, für die katholische Presse zur „Aufklärung“ des neutralen Auslandes bestimmt wurden und auch tatsächlich eine „weite Verbreitung“ in deutscher, holländischer, französischer, polnischer und italienischer Sprache fanden. Da diese Briefe „als ein kleiner Ausschnitt aus der großen Zeit des großen Krieges und als eine Art von Chronik und Kulturdokument gelten können“, erscheinen sie, auf verschiedentlich geäußerten Wunsch, in Broschürenform. Der bekannte Verfasser hat seine Briefe, die von echtem Aktualitätsbegriff und vertieftem Patriotismus zeugen, unter 31 gewinnend überschriebene Kapitel gebracht, die manches gute Samenkorn enthalten dürften. E. M. Hamann.

Bühnen- und Musikrundschau.

Aus den Konzertsälen. Furtwängler, der begabte Dirigent der Mannheimer Oper, den wir vor einigen Wochen im Konzertverein begrüßten, hat auch das elfte Abonnementskonzert geleitet. Wies der diesmal schwächere Besuch auf die Umstände ernster Tage hin, so war doch die glanzvolle, befeuernde Interpretation des jungen Dirigenten wohl geeignet, uns eine Spanne Zeit über die Wirklichkeit hinauszuheben. Strauß' „Don Juan" und die fast zu wuchtig genommene C-Dur-Symphonie Schuberts fanden eine plastisch klare und klangschöne Wiedergabe. Ganz prächtig klang auch die Freischütz-Ouvertüre. Als weitere Dirigenten des Konzertvereinsorchesters sah man unlängst Dr. W. Bülau und Fr. Gleitsmann. Ersterer bot uns Berlioz' zweite Symphonie „Harald in Italien" in einer sehr eindringlichen Wiedergabe. Etwas weniger liegt ihm die Begleitmusik des Es-Dur-Konzertes von Beethoven, das Anna Langenhan-Hirzel in bekannter Meisterschaft spielte. Gleitsmann, der aus unserer Akademie der Tonkunst hervorgewachsen, erwies sich bei seinem ersten öffentlichen Auftreten als ein Orchesterleiter von Sicherheit, Geschmack und Sinn für dramatische Steigerung. Die Ouvertüre zu „Benvenuto Cellini" und die Orchester-Suite „L'Arlesienne" kamen sehr schön zur Geltung. Die Solistin des Abends spielte Dvorak. Armella Bauer ist eine Geigerin von großer Technik und ihr Ehrgeiz ist auf rein virtuose Wirkungen gerichtet. — Gerne hörte man Löwe, den gefeierten Orchester-Dirigenten, wieder einmal am Flügel. Er hatte sich mit Ad. Schiering und Elisabeth Bokmayer zu einem Kammermusikabend verbunden, an dem u. a. Pfitzners Trio in F-Dur op. 8 eine klangschöne Wiedergabe von starker Innerlichkeit fand. Vollendet im Zusammenspiel war der Schubertabend der Herren K. Klingler, R. Heber, F. Ruckvard, M. Baldner und E. Simon. Die Gefühlsinnigkeit und dynamische Schattierung ihres Musizierens fanden wieder eine hingebende und begeisterte Gemeinde. Ansorge, als Beethoveninterpret berühmt, spielte diesmal Chopin. Stärker wirkte seine vornehme Kunst bei dem tiefsten Gefühlsausdruck, als bei dem graziösen. An Klavierabenden war kein Mangel. Neu war uns Hedwig Schöll, die viel gelernt hat, Geschmack und Verständnis besitzt, aber einstweilen nicht viel Empfinden zu zeigen weiß. Anders Frieda Stahl, sie hat Gefühl und Temperament. Verbunden mit einer ausgezeichneten Technik ist ihre Kunst zur Interpretation Schumanns und Brahms voll berufen. Maria Kahl-Deckers Temperament weiß hinzureißen. Prächtig ist ihr weicher, klangreicher Anschlag. Auch Riemanns pianistische Kunst verdient stets herzliche Würdigung. Er konzertierte mit Emmy Krüger, der ausgezeichneten „Schahrazade" unseres Nationaltheaters und Rolf Bertram, einem bis jetzt unbekannt gewesenen Bassisten von sehr schönen, noch nicht voll erschlossenen Mitteln; daß die ungewöhnliche, starke Begabung der Sängerin auf der Bühne ungleich eindringlicher zur Geltung kommt, ist nicht zu bestreiten. Konnten die Herrschaften wirklich nicht darauf verzichten, durch eine Ehrung Saint-Saëns', des gehässigsten unserer Feinde ihre sogen Vorurteilslosigkeit zu erweisen? Es fällt schwer, sehr schmerzliche Empfindungen zu unterdrücken .... Neu war uns Berta Gerten, eine Sängerin von gutem Vortragstalent. Ihr Sopran klingt angenehm, technisch bleibt noch manches zu regeln. Ruoff, ihr Begleiter, spielte mit Disclez eine Sonate von Rachmaninoff ausgezeichnet. Lisa Brechters Sopran bedarf auch noch weiterer Schulung. Lieder von zartem Klangreiz gelangen ihr gut. — Auch Hartwig v. Wersebe erscheint technisch nicht völlig fertig. Sein Bariton ist aber von schönem, weichem Klang; der Vortrag ist noch unpersönlich. Eine Sopranistin mit schöner Höhe ist Marha Lüscher. Nicht alles, was sie sang, lag ihrer Stimme; sonst war ihre Leistung angenehm und die Vortragsweise stilsicher. Sehr schöne Mittel, die gut geschult sind und von einem ausdrucksvollen Vortragstalent unterstützt werden, besitzt Tiny Debuser-Anders. Es war einer der eindruckvollsten Liederabende, übertroffen freilich von Johanna Dietz verinnerlichter Kunst. Daß ihr Organ an Klangreiz vormals mehr zu geben hatte, wird man kaum gewahr, weil die ausgezeichnete Schulung, die Eindringlichkeit des Vortrages, ihr Ausschöpfen des geistigen Gehaltes des Liedes restlos ist. Zilcher war ihr ein idealer Begleiter. Sie sang Lieder von ihm, von Reger und Hugo Wolf.

Verschiedenes aus aller Welt. Gut aufgenommen wurde in Würzburg Joh. Pfeifers komische Oper „Der Fehltritt", deren reizvolle Melodik gerühmt wird. — Wilhelm Speyer, der unlängst in dem von russischen Vorbildern beeinflußten, in München gegebenen „Revolutionäre" starkes Talent gezeigt hatte, scheint in einem historischen Drama versagt zu haben. Sein „Karl V" wurde in Darmstadt abgelehnt. Das die Zeit von 1519—1556 behandelnde Werk ist nach Berichten kein Drama, sondern nur eine Flucht von Bildern, ein historisches Kaleidoskop. Die Menschen sind nach Ideen konstruiert. — Das schon früher angekündigte Passionsdrama von Gg. Fuchs ist nun im Berliner Palasttheater in Szene gegangen. Da Ludwig Wüllner den Christus gestaltete, mag die zu befürchtende Gefahr einer Profanierung vermieden worden sein. Immerhin liest man, daß die seelische Wirkung nicht stark gewesen sei; dies spricht allerdings gegen die Unternehmung. Ueber die Musik zu dem Passionsspiel hat sich ein Streit erhoben. Die von dem Kirchenmusiker Grabert auf Veranlassung des Dichters geschaffene Komposition wurde von dem Syndikat zur „geschäftlichen Ausnützung" des Passionsspieles abgelehnt, da sie zu protestantisch sei, und durch eine Komposition des jungen Cellisten Felix Robert Mendelssohn ersetzt. Dieses Vorgehen soll nach Behauptung verschiedener Blätter unsachlichen Motiven entsprungen sein. Mag man den Herren Unrecht tun, daß Mendelssohn und ein Syndikus Löwy über den konfessionellen Charakter einer Musik entscheiden, ruft Scherze hervor, die einen in der Verquickung mit einem Passionsspiel peinlich berühren. — Das in Köln gebotene Trauerspiel „Kaiser Pauls Tod" des Russen Mereschkowski wird als ein auf rein äußerliche Wirkungen abzielendes Stück bezeichnet. Nur die Figur des Zaren hat nach Berichten einige psychologische Vertiefung erfahren. — Die erste norwegische Aufführung des „Tannhäuser" wird mit einem besonderen Aufwand von Mitteln, die ein Kunstfreund stiftete, in Christiania vorbereitet. — In Paris soll im nächsten Herbste eine Normalschule für Musik eröffnet werden, die sich vor allem die Ausbildung von Nichtfranzosen zur Aufgabe stellt, um den bisher beherrschenden Einfluß des deutschen Musikunterrichtes zu brechen und nach Frankreich abzulenken. Die Verleihung der Doktorwürde soll als besonderes Anreizmittel dienen. — In Hannover wurde eine Aufführung des „Robespierre" von Robert Griepenkerl (1810—1868) geplant. Die Schauspieler erklärten, daß es ihren vaterländischen Gefühlen widerspreche, in dieser Zeit auf einer deutschen Bühne die französische Trikolore zu entrollen und die Marseillaise erklingen zu lassen, worauf die Proben abgebrochen wurden. — Im Wiener Burgtheater wurde ein neuer Pariser Schwank gespielt. Das Publikum ärgerte sich über diesen Anbiederungsversuch und zischte. Ebendaselbst hatte Beer-Hofmanns biblisches Drama „Jakobs Himmelsleiter" einen Achtungserfolg. Das dramatisch dürftige Werk wird als ein Tendenzstück bezeichnet, das die „Weltmission" des Judentums zu verherrlichen sucht. — Ein Berliner Komitee hält die Errichtung eines Denkmals für Heinrich Heine für ein Bedürfnis der „neuen Zeit". — „Don Juans Mission", ein Drama von Ch. Leyst, fand in Nürnberg kühle Aufnahme. Die Herzen der Frauen fliegen dem Andalusier zu, der jedoch von seiner Macht einen von ihnen unerwarteten Gebrauch macht. Als Seelenarzt der Enttäuschten und Verzweifelten lehrt er ihnen einen neuen Glauben an die Ehe. Er selbst findet freilich nicht das Glück, das er anderen bereitet und stirbt ziemlich romanhaft durch den Dolch eines Briganten. — Auch als eine Art Don Juandrama stellt sich Th. Rittners „Unterwegs" dar, das in Berlin einen mittleren Erfolg hatte, weil der Dichter nach Berichten zu viel sprechen, zu indiskret, ja zu unappetitlich (!) werden läßt. Das Neue ist, daß Don Juans Leporello hier zugleich Rigoletto ist. — Ed. Stuckens „Tristan und Ysolt" interessierte in Düsseldorf, obwohl die dreizehn Bilder die Zuschauer ermüdeten. Wie in den anderen balladenhaften Stücken des Dichters, denen dauerhafte Bühnenerfolge seither versagt waren, strebt Stucken nach traumentrückter Kunst, in der der Vers zur Musik wird. — Othegravens Oratorium „Marienleben", in das uralte Weisen kirchlicher Kunst neu verwoben sind, hinterließ in Köln sehr starken Eindruck.

L. G. Oberlaender, München.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Reichsbank-Bilanzabschluss — Steuerkurszettel — „Das Verbrechen am Volke“ — Entente-Rufe nach dem deutschen Kaufmann?

Mehr als früher erregten in diesem Jahre die Einzelheiten des Geschäftsberichtes der deutschen Reichsbank das allgemeine Interesse der Finanz- und Handelskreise. Aus dem von 97 auf 110 Millionen Mark gesteigerten Reingewinn entfallen auf die Reichskasse als Gewinnanteil 32,6 Millionen Mark, als Kriegsgewinnsteuer 57,8 Millionen Mark; für den Wegfall der Notensteuer ausserdem 300 Millionen Mark. Der Gesamtumsatz erreichte die Rekordziffer von beinahe 3½ Billionen, also 3½ Millionen-Millionen Mark! Solche Riesenziffern werden der Vergangenheit angehören. Die Entwicklung unseres Wirtschaftslebens und des Geldmarktes in den wenigen Monaten des neuen Jahres zeigt dies. Ein weiteres Wirtschaftsspiegelbild für das Jahr 1918 erbringt der zum Zwecke der spätestens zum 31. Mai erfolgenden Vermögensabgabe nunmehr veröffentlichte Steuerkurszettel, dem die Kurse vom 31. Dezember 1918 zugrunde liegen. Der Zusammenbruch unserer Hoffnungen auf einen glücklichen Kriegsausgang zeigt sich in dem Kriegsanleihekurs mit 90½ %, gegenüber 98 % des ersten Kriegssteuerzettels für Ende 1916. Abgesehen von den begreiflicherweise starken Kursrückgängen für österreichische Anleihen, russische Fonds und den vielfach mehrhundertprozentigen Abschlägen in den Rüstungswerten bringt der neue Steuerkurszettel auf den Gebieten der sogenannten Friedenswerte vielfach erhöhte Notizen, so dass im grossen Ganzen das Kursgebäude an den deutschen Börsen trotz der Katastrophen in der Innenpolitik und des Kriegsausganges als ein noch festgefügtes bezeichnet werden kann. Das laufende Jahr hat sogar im allgemeinen angesichts der festeren Börsenstimmung vielfach weitere Kurserhöhungen erbracht und behauptet. In Handels- und Börsenkreisen hofft man sogar, dass bei Wiederherstellung von Ruhe, Ordnung und durchgreifender Regelung der Lebensmittelversorgung unsere Wirtschaftsmaschine rascher, als vielfach angenommen, mit voller Kraft wird wieder arbeiten können.

Wie weit wir jedoch im derzeitigen Augenblick hiervon entfernt sind, bekunden die unaufhörlichen Wühlereien in den Arbeitsbezirken des gesamten Deutschlands. Streiks der kaufmännischen Angestellten in der Metallindustrie, im Versicherungswesen und namentlich bei den Berliner Grossbanken — der reguläre Bankbetrieb und Börsenverkehr wurde dadurch unterbunden — beherrschen die Tagesordnung ebenso sehr, wie die Arbeitsbehinderung in den Kohlenzechen und die politischen Vorgänge in Nord- und Südbayern. Der Berliner „Vorwärts“ wendet sich unter der Ueberschrift „Das Verbrechen am Volke“ gegen die Streiks im Ruhrrevier, durch welche unser für das Ausland verbleibendes einziges Zahlungsmittel, Kohle, nicht mehr produziert wird, so dass die Entente-Lebensmittel unbezahlt bleiben und wir dem Hunger entgegengehen. Die Folgen dieser Streiks sind die weitere Wertverminderung der deutschen Markwährung im neutralen Ausland auf rund 25 % der ursprünglichen Währung. „Was wir vor 10 Tagen in der Schweiz an Lebensmitteln für hundert Mark bekommen haben, müssen wir heute mit ℳ 145.75 bezahlen. Gemessen an dem Stand unseres Geldes in der Schweiz haben wir durch die furchtbaren Wirtschaftsbeunruhigungen, durch das Generalstreikfieber, in das unsere Arbeiterschaft jeden Tag von neuem gehetzt wird, in wenigen Tagen über 15,9 Milliarden Mark verloren. Wer will die Verantwortung dafür übernehmen? Das muss zum Zusammenbruch führen!“ Die über ganz Deutschland verbreitete „Einfuhrgesellschaft für Getreide und Futtermittel m. b. H.“, Zentrale Berlin, Filialen in allen grösseren Städten, auch München, aufgebaut auf gemeinnütziger Basis und zum Zwecke der Wiedereinschaltung des Handels im Einkauf der wichtigsten Zerealien, kann begreiflicherweise durch diese Vorgänge nicht im gedachten Sinne wirksam arbeiten. Kohlenmangel bedingte, dass die ersten in Deutschland eingetroffenen Lebensmittelschiffe der Entente mit Leerballast wieder ausfahren mussten, nachdem in Deutschland die erforderliche Exportwaren-Menge nicht aufgebracht werden konnte und diese Schiffe nicht einmal genügende Kohle zum Wiederauffüllen der Bunker erhielten!

Aus den von Dr. Schacht, dem Direktor der Berliner Nationalbank für Deutschland und deutschen Leiter der Rotterdamer und Kölner Wirtschaftsverhandlungen mit der Entente, Berliner Pressevertretern gegebenen Auslassungen über den Gesamteindruck dieser Wirtschaftsberatungen ergibt sich deutlich das offene und starke Verlangen der Entente, namentlich amerikanischer und italienischer Geschäftskreise, nach einem sofortigen Warenaustausch von Kaufmann zu Kaufmann. Bemerkenswert ist hierbei die Wahrnehmung der trostlosen Wirtschaftlage in Frankreich und dass Amerika, wie sich aus den Verhandlungen ergab, das einzige Land aller Kriegführenden ist, welches sich noch in einer wirtschaftlich guten Situation befindet. Es beweist dies ausserdem die Neuyorker Bestimmung, wonach aus Regierungsmitteln über 5 Milliarden Mark für die amerikanische Aussenhandelsförderung bereitgestellt werden. Solche Wirtschaftsabsichten unserer Welthandelskonkurrenten müssen bei uns ohne jede Wirkung bleiben, wenn Massnahmen, wie sie die (inzwischen durch die kommunistische ersetzte) Münchner Räte-Regierung in einer Unmenge von Verordnungen und Erlassen traf, wirklich zur Geltung gelangen sollten: Rascheste Vollsozialisierung, Ummodelung unserer Finanzpolitik in die „Freigeldwirtschaft“, Eingriff in den Betrieb der landwirtschaftlichen Genossenschaften und Darlehenskassen — wogegen Dr. Heim im Namen von 4 Millionen Bauern energischen Einspruch erhebt. Der in der Weimarer Nationalversammlung gegebene Bericht über Deutschlands Finanzlage — der Fehlbetrag beziffert sich allein schon auf 7½ Milliarden Mark — zeigt unseren wahren Wirtschaftsniedergang. (Auch diese Rundschau konnte die letzte Woche noch nicht berücksichtigen. D. Red.)

München. M. Weber.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Bilanz der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank
per 31. Dezember 1918.

Aktiva	M.	Passiva	M.
Hypotheken-Darlehen, darunter Register-Hypotheken M. 1,164'012,248.97	1,170'465,703.46	Aktien-Kapital	68'000,000.—
Hypotheken-Zinsen	15'829,851.28	Reserve-Fonds	73'008,199.58
Kasse, Kupons und Guthaben bei Noten- und Abrechnungs-Banken	12'282,031.51	Pfandbrief-Agio-Rückstellung nach § 26 des H.-B.-G.	50,566.86
Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen	264'524,787.80	Hypotheken-Pfandbriefe in Umlauf	1'158'488,800.—
Lombard-Darlehen	1'416,288.65	Pfandbrief-Zinsen	12'077,895.88
Lombard-Zinsen	13,424.45	Unerhobene Dividenden	90,880.—
Dauernde Beteiligungen	25'292,716.—	Geldeinlagen	74'890,748.59
Wertpapiere und Konsortial-Beteiligungen, darunter M. 1'874,900.— eigene Pfandbriefe und Obligationen	36'990,174.81	Konto-Korrent-Kreditoren	298'385,065.75
Konto-Korrent-Debitoren, darunter M. 22'557,466.03 Bank-Guthaben	159'413,559.43	Akzepte	8'138,282.40
Immobilien	8'646.301.55	Reingewinn	11'294,900.58
	1,694'374.838.44		1,694'874,838.44

Gewinn- und Verlust-Rechnung

Soll	M.	Haben	M.
Unkosten und Steuern	7'865,739.93	Uebertrag vom Jahre 1917	1'334,657.—
Zinsen der umlaufenden Pfandbriefe	43'739,153.43	Hypotheken-Erträgnisse	50'218,533.30
Statuten:emäßer Beitrag z. Pfandbrief-Spezial-Reservefonds	289,290.19	Disagio-Gewinn aus Pfandbriefkäufen	149,200.—
Statutenmäßige Beiträge zur Pensions-Kasse	361,098.90	Freigewordene Quoten aus Pfandbrief-Agio-Rückstellungen	80,736.83
Zinsen auf Geldeinlagen	2'016,754.58	Verdiente Abschlußprovisionen und Prolongationsprovisionen im Hypotheken-Geschäfte	259,136.40
	54'272,036.98	Erträgnisse aus Dauernden Beteiligungen	2'245,805.—
Reingewinn	11'294,900.58	Erträgnisse aus Wertpapieren und Konsortial-Beteiligungen	862,409 96
		Wechsel-Diskonto-Erträgnisse	6'684,964.99
		Lombard-Geschäfts-Erträgnisse	90,111.17
		Konto-Korrent- und Depositen-Erträgnisse. Zinsen und Provisionen	3'691,382 91
	65'566,937.56		65'566,987.56

München, 31. Dezember 1918.

Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank.
Die Direktion.

BILLIGE BÜCHER

Ostergeschenke, Kommunion- und Konfirmationsgaben

Restauflagen :: Unbenützte antiquarische Werke.

Osterbilderbücher
in reicher Auswahl.

Knaben- und Mädchenschriften. Mit Bildern. Gebd. Jed. Bd. 3.25
Augusti, Br., Jugendfreunde. Mdch. 12—14 J. — Clement, B., Im Glückshafen. Mdch. 12—14 J. — Eschenbach, Fern von der Heimat. Mdch. 12-14 J. — Felseneck Försters Töchterlein. Mdch. 10—15 J. — Dieselbe, Frau Majors Töchterchen. Mdch 10—15 J. — Dieselbe, Pensionsmädel. Mdch. 10—14 J. — Dieselbe Im Stieglitznest. Mdch. 10—14 J. — Glass L., Der Stift u das Lenerl. 10—14 J. — Hofmann, E., Aus goldener Mädchenzeit. 9—12 J — Dieselbe, Wenn Du noch eine Mutter hast. 10—12 J. — Robinson Crusoe nach Gampe. — Schanz, Fr., Aus dem Jugendland. Mdch. 12—15 J. — Dieselbe, Hand in Hand. Mdch. 12—15 J. — Schmid, Chr. v., Rosa von Tannenburg und die Ostereier. — Swift, Gullivers Reisen.

Cl. Nast beliebte Mädchenschriften
Jed. Band illustriert u. gebd. 4.25
Lottchens Kinderzeit. — Lottchens Jugendzeit. — Lottchens Lehr- und Wanderjahre. — Hummelchen. — Wie es unserem Aennchen erging. — Unseres Aennchens Schuljahre. — Was unserm Aennchen erblühte. — Tanzstundengeschichten. — Pension Lustig. — Von der Pension ins Leben.

Felseneck, M. v., Landwehrmanns Einzige. Illustriert. Gbd. . 1.95
—, Landwehrmanns Einzige an der Schwelle des Lebens. Illustr. Gebunden 1.95
—, Landwehrmanns Einzige im Dienste des Vaterlandes. Illustr. Gebunden 1.95
Nast, Cl., Mit Waffen d. Nächstenliebe. Illustriert. Gebd. . 1.95

Phönix-Ausgabe Vornehme Leinenbände. Feines holzfreies Papier. Klarer Druck von sorgsam gewählten Texten. Gefälliges Format. Jeder Band . . 3.50
Bodenstedt, Liebe und Leben. — Briefwechsel zwischen Schiller und Goethe. — Bulwer, Die letzten Tage von Pompeii. — Goethes Faust I. u. II. Teil in einem Bande. — Hoffmann, E. T. A., Dunkle Mächte. — Jacobsen, Frau Marie Grubbe. — Kügelgen, Jugenderinnerungen eines alten Mannes. — Rückert, Liebesfrühling. — Scott, Ivanhoe. — Wilde, Das Bildnis des Dorian Gray. — Wilde, Erzählungen und Märchen.

Feuchtersleben, E., Frhr. v., Ausgewählte Werke. 584 S. Eleg. in Leinen geb. . 1.95
Goethes Werke in Auswahl. 12 Teile in 3 Leinenbdn. 6.75
Goethes Meisterwerke. Neue illustr. Ausg in 2 Bdn. In einem Bde. gebd. 839 S 4.50
Grillparzer, Meisterdramen. 453 S. Gebunden . . 2.25
Hauffs Werke. Neue illustr. Ausgabe in 2 Bdn. Hrsg. von Zoozmann. Gebunden . 5.70
Lenaus Werke. Neue illustr. Ausgabe. Gebunden . 2.05
Reuters Werke. 12 Teile in 3 Leinenbdn. . . . 6.75
Reuters Werke. Neue illustr Ausg. in 2 Bdn. Hrsg. v. Prof. Dr. K Macke u. A. Junkermann. Gebunden . . 5.70
Scheffel, Ekkehard. Hübsch gebunden 2.35
Scheffel, Der Trompeter von Säkkingen Auf holzfreiem Papier gedruckt u. in Ballonleinen gebunden . . . 1.95
Schillers Gedichte. Illustriert von ersten deutschen Künstlern. Gebunden . . . 3.95
Scherer, Wilh., Geschichte der deutschen Literatur. Volksausgabe. Elegant gebunden 7.50

Amundsen, R., Die Eroberung des Südpols. Die norwegische Südpolfahrt 1910—1912. Einzig berechtigte Uebersetzung aus dem Norwegischen ins Deutsche. Mit 300 Abbild., 8 Vierfarbentafeln nach Oelgemälden v. Prof. W. L. Lehmann u. 15 Karten und Plänen. 2 Bände. Orig. gebd . . . . früher 22.—, jetzt 12.50
—, Die Nordwest-Passage. Meine Polarfahrt auf der Gjöa. 1903—1907. Mit 140 Bildern u. 3 Karten. Einzig berechtigte Uebersetzung aus dem Norwegischen 544 S. Orig. gebunden . . . . früher 10.— jetzt 6.50

Englische und japanische Kunst. Mit 6 Vierfarbentafeln. 145 Mattkunstdrucken, 68 Tondruckbildern u. 5 Gravüren. Folioformat. Luxusausgabe Elegant gebunden mit breitem Lederrücken, statt 40.— jetzt 21.—
Moderne französische Maler. Mit 78 Mattkunstdruckbild., 145 Tondruckbildern, 5 Vierfarbentafeln und 3 Gravüren. Folioformat. Luxusausgabe. Elegant gebund. mit breitem Lederrücken, statt 40.— jetzt 21.—
Theod. Storm, Erzählungen und Dichtungen. Herausgegeben von F. v. Zobeltitz. Orig. gebd. Neu . . . . 11.—

Interessante Romane
In modern. gefäll. Einbänd. Jed. Bd. 3.—

Daudet, A., Die Stütze der Familie. 420 S.
Hoffmann, H., Iwan der Schreckliche u. s. Hund. **Byr, R.,** Lydia 451 S.
Junghans, S., Geschieden. 440 S.
Kissling, R., Das Licht erlosch. **Lie, J.,** Niobe. 446 S.
Maupassant, G. de, Stark wie der Tod. Unser Herz. 453 S.
Niemann, A., Voll Dampf voraus. 465 S.
Ohnet, G., Der Weg zum Ruhme. 454 S.
Ortmann, R., Vaterland 416 S.
Rosenthal-Bonin, H., Der Diamantschleifer. **Reichenbach, M. v.,** Der älteste Sohn. 462 S.
Schulze-Smidt, B., So wachsen deiner Seele Flügel. 410 S.
Streckfuss, A., Der Obertörster von Magrabowo. Krim.-Rom. 487 S.
Zobeltitz, H. v., Der Bildhauer. 439 S.

Hauffs Märchen. Mit zahlreichen Illustrat. v. W. Friedrich, R. Leinweber u. a. Orig. gebd. 3.85
Beecher-Stowe, H., Onkel Toms Hütte. M. 112 Ill. 624 S. Orig. gebd. . . . . 5.—
Ohorn, A., Der Eisenkönig. Histor. Erzählg. aus der Zeit der Kreuzzüge. Mit 71 Bildern. 320 S. Gebd. 3.50
—, Die Helden der Küste. Eine Geschichte v. deutschen Nordseegestade. Illustr. 249 S. Gebd 3.50
Otto, Fr., Wohltäter der Menschheit. Hochsinnige Bekenner der Duldung, Barmherzigkeit und Menschenliebe. Mit 108 Textbildern u 1 Titelbilde. 324 S. Eleg. Leinenband. . . . 3.50
Wallace, L., Ben Hur. Eine Erzählg. a. d. Zeit Christi. Illustr. 317 S. Orig. gebd. . . . 5.50

Prompter Versand nach auswärts.

HERMANN TIETZ, MÜNCHEN

Besuchen Sie die **Gemälde-Ausstellung** im 1. Stock unseres Hauses. Geöffnet von 1/2 9—6 Uhr. Eintritt 20 Pfg.

Die Buch- u. Kunstdruckerei der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, München, Hofstatt 5 und 6
übernimmt die Herstellung von Werken jed. Art, Dissertationen, Festschriften, Diplomen usw. und hält sich zur Uebernahme sämtlicher Buchdruckaufträge auf das beste empfohlen.

Suchen Sie einen
literar. Berater,
so bestellen Sie bei Ihrer Postanstalt oder Buchhandlung das altbekannte Literaturblatt „Liter. Handweiser" (viertelj. M 2.50). Dieser kleine Aufwand entschädigt bei Bücheranschaffungen vielfach und bringt Anregung u. Belehrung in reichstem Maße.

Weingroßhandlung
August Müller, Hoflieferant, Fulda
beeidigter Messwein-Lieferant
Messweine, Tischweine
in allen Preislagen. Preisliste gratis.

Sendet der „Allgemeinen Rundschau" gute Probenummer-Adressen.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Ferdinand Abel, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann. Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gh.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich ℳ 3.90.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis: Die 5 X gespaltene Grundzeile 75 Pfg., Anzeigen auf Textseite die 95 mm breite Zeile 375 Pfg.
Beilagen einschl. Postgebühren ℳ 15 d. Tausend.
Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.
Rabatt nach Tarif.
Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig.
Erfüllungsort ist München.
Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt.
Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer.

Wochenschrift für Politik und Kultur. ✱ Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 18/19. München, 3./10. Mai 1919. XVI. Jahrgang.

Zur Niederkämpfung des Bolschewismus in München.

Von M. Geßner, München.

Am 24. April hatte sich vor dem Münchener Revolutionstribunal der russische Sozialdemokrat und Mitarbeiter der „Münchener Post“ Michael Smilg-Benario unter der Beschuldigung „reaktionärer Umtriebe und antibolschewistischer Propaganda“ zu verantworten. In seiner Verteidigungsrede unterschied der Angeklagte zwischen der deutschen Auffassung des Bolschewismus und der russischen Praxis. Den russischen Bolschewismus kennzeichnete er als eine „Despotenherrschaft einzelner Kommissare und Mitglieder von Sowjets, die in ihrem größten Teile aus Menschen bestehen, denen das Wohl des Ganzen nicht am Herzen liegt, sondern die sich nur deswegen Kommunisten nennen, weil sie ein materielles Interesse an der jetzigen Regierung haben.“ Weiter stellte der Angeklagte fest, daß er von Anfang an mit den Bolschewiki zusammenarbeitete, und erklärte dann: „Erst als ich später Mitglied und dann Vorsitzender der Zentralkommission für die Arbeitspflicht in Petersburg wurde und das Unglück, das Elend und die Tränen mit eigenen Augen gesehen habe, die der Bolschewismus mit sich brachte, da habe ich verstanden, daß der Bolschewismus eine sittliche Entartung des Volkes und wirtschaftlichen Ruin des Landes bedeutet.“

Dieser als Augenzeuge wie als ehemaliger Anhänger wohl einigermaßen kompetente Beurteiler des Bolschewismus hat hier eine Definition gegeben, die ebenso umfassend wie kurz und verständlich ist. Seine Unterscheidung zwischen deutscher Auffassung und russischer Praxis war für ihn zweifellos mehr taktisch von Wert als sachlich bedeutungsvoll. Das, was sich in München etwa vier Wochen lang abgespielt hat, war dem russischen Vorbild nur zu ähnlich, wenn auch das „reine“ russische System nicht ganz unbestritten blieb. Die ununterbrochenen Kämpfe zwischen mehrheitssozialistisch-unabhängiger, unabhängig-kommunistischer, rein kommunistischer, interparteilich-radikaler Rätediktatur und zuletzt roter Militärdiktatur hatten mehr persönliche als sachliche Gründe. Die scheinbar sachlichen Gründe waren in Wirklichkeit wohl nur taktische. Sie wurden jedenfalls erst gegen Schluß sichtbar, als die Unhaltbarkeit der Lage der Räterepublik immer offenbarer wurde und als es sich darum handeln konnte, durch den Schein der Mäßigung mit der Regierung Hoffmann zu einem Kompromiß zu kommen, um nach besserer Vorbereitung das alte Spiel wieder zu beginnen. All diese Zwischenspiele haben aber die konsequente Entwicklung zur sittlichen Entartung und zum wirtschaftlichen Ruin nicht beeinträchtigen können. Die sittliche Entartung konnte sich kaum abschreckender offenbaren als in dem furchtbaren Verbrechen, in dem am Nachmittag des 30. April die Räterepublik eigentlich schon unterging, wenn der entscheidende Kampf um die Befreiung Münchens auch später erst begann: in der Mißhandlung und Erschießung von acht Geiseln und 2 Soldaten im Luitpoldgymnasium, die selbst der Vollzugsrat der Betriebs- und Soldatenräte als „bestialische Handlung“ bezeichnen mußte. Mit dieser Schreckenstat hat sich der Münchener Bolschewismus dem russischen als völlig ebenbürtig erwiesen, sich zugleich aber auch moralisch den Rest gegeben. Dieses Verbrechen hat in den weitesten Kreisen der sonst nur zu geduldigen Münchener ein Urteil provoziert, das in seiner Einmütigkeit geradezu vernichtend ist und durch keinerlei Ausreden mehr geändert werden kann. Daß den leitenden Männern dieser Fall just in dem Augenblick, wo es sich für sie um Sein oder Nichtsein handelte, recht unbequem kam, wird niemand bezweifeln. Manche mögen etwas Derartiges auch an sich nicht gewollt haben, aber die Tat ist eine konsequente Frucht des Geistes, den die Führer und Agitatoren der Bewegung großgezogen und in leidenschaftlichen Hetzreden immer wieder aufgepeitscht haben, was auch in ihrer Nummer vom 2. Mai die „Münchener Post“ an Reden Egelhofers, Leviens und anderer nachweist. Abgesehen davon gilt aber, was wir aus einer erregten Gruppe einem Manne, der die Schuld von den Führern abwälzen wollte, antworten hörten: Verantwortlich für das Schicksal von Geiseln sind diejenigen, die sie festnehmen lassen!

Die ruinösen Folgen des Münchener Treibens in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht waren so offensichtlich, daß man schon nach den ersten acht Tagen auch von minder kritisch gestimmten Leuten immer wieder hören konnte: So kann es nicht weitergehen! Die Entbehrungen während des Krieges waren fast nichts im Vergleich zu dem, was München in diesen Wochen in täglich steigendem Maße zu ertragen hatte. Bald hieß es: Keine Kartoffeln mehr, keine Milch, keine Butter oder Fett, keine Eier, kein Kunsthonig, keine Marmelade. Da zuletzt auch das bißchen Fleisch alle war, blieb nur das trockene Stücklein Brot. Wer noch etwas mehr hatte, lief stündlich Gefahr, von legitimierten oder nicht legitimierten Rotgardisten ausgeraubt zu werden. Die Erbitterung über dieses Ergebnis kommunistischer Volksbeglückung wurde niedergehalten durch die rücksichtslose Unterdrückung der Presse und durch den Terror, der jeden mit Verhaftung bedrohte, der ein Wort der Kritik über die elende Lage fallen ließ. In den Mitteilungen des Vollzugsrates las man zwar Verherrlichungen des Bolschewismus und Spartakismus, aber natürlich nichts über die wirklichen Folgen dieser „Systeme“. Die mehrheitssozialistische „Münchener Post“, die gegen Ende April einige Male erscheinen konnte, schrieb in Nr. 99 vom 29. April über diese Vertuschungspolitik u. a.: „Die Bevölkerung der bayerischen Hauptstadt tappte im Dunkel, allerdings nicht völlig, denn der knurrende Magen der Massen, vor allem aber das Siechtum der Säuglinge, Kinder und Greise, die der nährenden Milch entbehren mußten, trug etwas Licht, und zwar augenschmerzendes, grausames Licht in die Finsternis hinein, die durch die Stillegung der Presse und der öffentlichen Meinung entstanden war. Einer der ersten Akte der zweiten kommunistischen Regierung war die Maßnahme, daß jeder, der in Wort und Schrift gegen die Verordnungen des Vollzugsausschusses aufzutreten wagte, sofort vor das Revolutionstribunal gestellt werden sollte. Jede freimütige Konstatierung der wirklichen Zustände Münchens bedeutete aber eine scharfe Kritik der Anordnungen des Vollzugsrates.“

Nun hätten für diese Zustände die Münchener Gewalthaber gar zu gern die Regierung Hoffmann und die „Abschnürung“ Münchens verantwortlich gemacht. Man kann diesen Vorwurf auf sich beruhen lassen. Hätte der Bolschewismus ganz Bayern zur Verfügung gehabt, so hätte er natürlich etwas länger Zeit gebraucht, um es ebenso wie München an den äußersten Rand des Abgrundes zu bringen, aber gelungen wäre es ihm auch. Seine Methode war unfehlbar: Immer wieder Demonstration und Generalstreik unter Fortzahlung hoher Löhne und Zulagen, dabei ein Schlemmen und Prassen der bevorzugten Kaste auf Regimentskosten, immer wieder Raub und Plünderung, Veruntreuung und willkürliche Beschlagnahmung, ein ewiger Personenwechsel in allen Aemtern, wobei wohl nicht nur gerade die Tage

und Stunden bezahlt wurden, die der einzelne wirklich im Amte war, überdies in den Aemtern genau dieselbe „Arbeitsruhe“ wie in den gewerblichen Betrieben! Welches Land sollte das lange aushalten? Der 22jährige „Finanzminister“ Maenner hat sich durch die Tatsachen schließlich davon überzeugen lassen, daß auf solches Treiben der Dalles folgen müsse, aber es ist schlimm genug, wenn Minister solcher Lektionen erst bedürfen. Wie sollen sie da begreifen, daß eine „Sozialisierung“, wie sie in München geübt wurde, notwendig zum Ruin führen muß? Müssen auf Wochen hoher und höchster Löhne und ebensolcher Zulagen, auch dann, wenn wirklich noch etwas gearbeitet wird, nicht Monate und Jahre der Arbeits- und Brotlosigkeit folgen, weil sich unter derartigen Umständen Betriebe nicht rentieren und also auf die Dauer nicht aufrecht erhalten lassen? So können nur Industrieritter handeln, die schnell ein Geschäft machen wollen, sich aber nicht darum kümmern, ob die breiten Massen auch später noch für sich Existenzmöglichkeiten finden, Menschen, die, wenn die Unternehmen ruiniert sind, zwecks Geldbeschaffung einfach zum Diebstahl schreiten, wie es in München der Russe Axelrod vorschlug mit der Wegnahme der Safes in den Banken, Menschen, die auch dieses Kapital seelenruhig verwirtschaftet und beim Hereinbrechen des absoluten allgemeinen Elends sich in Sicherheit gebracht hätten, vermutlich nicht ohne so viel Kapital und Wertsachen, daß für sie die soziale Frage unter allen Umständen gelöst war. Sozialisierung ist etwas ganz anderes, sie ist die dauernde Fruchtbarmachung der Betriebe und des Kapitals für eine möglichst gute Bezahlung und Versorgung des Arbeiters und seiner Angehörigen, wobei auch der Unternehmer noch auf seine Rechnung kommen muß, ohne daß von Ausbeutung noch die Rede sein kann. Dieser Sozialisierung aber wird durch das Münchener System nicht gedient, es wird ihr vielmehr der Boden entzogen durch Verschleuderung des Kapitals und Ruinierung der Betriebe, eine Methode, durch die man ja zwar in vielen Fällen auch Unternehmer zu Bettlern machen kann, in den meisten aber sicher Arbeiter und Angestellte zu Bettlern machen wird.

Betrachtet man die ganze Entwicklung, so muß man fragen: Was ist aus der Revolution eigentlich geworden? Sie wurde gepredigt im Namen der politischen Freiheit, der sozialen Gerechtigkeit, des wirtschaftlichen und kulturellen Aufstiegs und schließlich der über die nationale Gemeinschaft hinaus auf die ganze Menschheit auszudehnenden brüderlichen Versöhnung. Und was sahen wir? Freiheit und Gerechtigkeit wurden nicht nur praktisch mit Füßen getreten, sondern auch in der Theorie hohnvoll abgelehnt im Vertrauen auf die rohe Gewalt. Zur Brüderlichkeit, die das viehische Verbrechen im Luitpoldgymnasium schon so grausig beleuchtet hatte, hat der Donner der mehrtägigen Schlacht vor und in München die rechte Melodie gespielt. Der besondere Einschlag der Brüderlichkeit in Form von Klosterstürmerei und Pfaffenhetzerei, wobei auch nach dem Erzbischof von München und Freising mehrfach gefahndet wurde, kann bei der Herkunft des neuen Idealismus kaum überraschen. Der wirtschaftliche „Aufstieg“ ist bereits charakterisiert. Und der kulturelle Aufstieg? Kommt er vielleicht darin zum Ausdruck, daß man die Münchener Universität für einseitigste und ödeste Parteitendenz beschlagnahmen wollte? Allerdings konnten daran wie an manchem anderen die Verfechter einer gewissen Kultur und Wissenschaft erkennen, wem sie, vielleicht nicht immer zielbewußt, aber doch sehr konsequent gedient hatten. Das vermeintlich Erhabenste, was von ihren Lehrstühlen und Tribünen ausging, mußte dazu dienen, uns wie jenseits von gut und bös, so auch jenseits von aller Kultur und Zivilisation zu führen.

Weil die Bewegung mehr ein Gemisch aus Verbrechen und Narrheit als eine geistige Bewegung geworden war, mußte sie mit Waffengewalt niedergeworfen werden. Die Bevölkerung Münchens hatte darauf lange gewartet. So bedauerlich eine kriegerische Aktion war, sie mußte kommen, wenn nicht die ganze friedliche Bevölkerung Hunger und Verbrechen zum Opfer fallen sollte. Als am Morgen des ersten Mai die Kunde von dem furchtbaren Verbrechen der Spartakisten von Mund zu Mund ging, brach sich neben allgemeiner Empörung auch die Ueberzeugung Bahn: Nun muß es mit dieser Gesellschaft zu Ende sein! Mutig und erfolgreich rührte sich die einheimische „weiße Garde“, um der Hilfe von auswärts vorzuarbeiten. Und als um 11 Uhr die weißblaue Fahne über der Residenz hoch ging, begrüßte sie ein tausendfaches freudiges Hoch. Man fühlte, daß die Feier des ersten Mai von nun ab für München einen allgemeineren Inhalt hatte als eine Parteidemonstration. Es wurde der Wunsch laut, daß die bayerische Fahne von keiner anderen mehr verdrängt werde. Das wird der Fall sein, wenn der militärischen Ueberwindung des Bolschewismus die geistige folgt. Berechtigte Ideale der in den Bann von landfremden Verführern geratenen Massen müssen nach Möglichkeit verwirklicht werden. Die politische Freiheit darf in keiner Reaktion untergehen, aber für das nackte Verbrechen und für gemeingefährlichen Irrsinn darf es keine Freiheit geben. Soziale Gerechtigkeit wird mehr als in der Vergangenheit zu pflegen sein. Das wird aber nur möglich sein, wenn unser Wirtschaftsleben statt zerstört wieder aufgebaut wird im Anschluß an die wirtschaftliche Entwicklung im Reiche und in der Welt. Politische Freiheit und soziale Gerechtigkeit werden in hohem Maße zum kulturellen wie zum wirtschaftlichen Aufstieg beitragen, wenn sie, begründet auf eine sittliche Erneuerung und Erhebung, davor bewahrt bleiben, entweder als leere Worte zu verhallen oder zu Unsinn und Verbrechen aller Art mißbraucht zu werden. Der erwähnte Russe Smilg glaubt anscheinend an einen Zusammenhang zwischen sittlicher Entartung und wirtschaftlichem Ruin. Der gleiche Zusammenhang besteht naturgemäß zwischen sittlicher Erneuerung und wirtschaftlicher Aufwärtsbewegung. Das ist wohl zu bedenken. Man kann nicht die geistigen Triebkräfte des Bolschewismus pflegen, seine wirtschaftlichen Konsequenzen aber ablehnen wollen. Und doch hat ein gut Teil unserer Kultur- und Parteipolitik bis in unsere Tage hinein den Eindruck gemacht, als sähe man diesen Widerspruch nicht oder als bilde man sich noch immer ein, ihn in Harmonie auflösen zu können. Bricht hier nicht endlich eine auch zu entsprechenden Entschlüssen und Taten führende bessere Erkenntnis durch, so werden uns auch die letzten Möglichkeiten einer Aufwärtsentwicklung zuschanden werden, ja, wir werden nicht einmal dazu kommen, über diese Möglichkeiten und die sich daraus ergebenden Notwendigkeiten richtig nachzudenken. Für die vor uns liegende gewaltige Aufgabe brauchen wir eine ideale, keine Mühe und Arbeit scheuende Menschheit, und deren geistiger Nährboden kann nur ein wirklicher, über die Erde hinausreichender Idealismus sein. Der Früchte des Materialismus haben wir nun wohl hinreichend gesehen und genossen.

* * *

Den Ausführungen unseres Herrn Mitarbeiters ist im Anschluß an das in den letzten Heften bereits Berichtete nur Weniges noch nachzutragen über die Vorgänge dieser Schicksalstage. Der völlige Bankerott der am 14. April etablierten Kommunistenherrschaft wurde schon bald so offensichtlich, daß es kaum noch des Mißtrauensvotums der Versammlungen der Betriebsräte vom 26. und 27. April bedurft hätte, um den „Aktionsausschuß“ zum Rücktritt zu veranlassen. Der am 28. April aus der Mitte der Betriebsräte gewählte neue 20gliedrige Ausschuß konnte den totalen Zusammenbruch nicht mehr aufhalten, zumal er nur ein Werkzeug des Terrors der roten Armee gewesen wäre, nachdem die Haupträdelsführer und Verführer, die Levien und Leviné sich aus dem Staube gemacht hatten. Der Niederbruch der roten Außenfront veranlaßte am 30. April die Betriebsräte zur Aufgabe des Kampfes unter bedingungsloser Uebergabe (zu dieser ist, wie soeben gemeldet wird, auch die ungarische Räterepublik gezwungen worden), allein infolge des Widerstands der roten Armee in der Stadt konnte die Befreiung Münchens erst nach stellenweise erbitterten Kämpfen am 1., 2. und 3. Mai erfolgen.

Für die äußere Ruhe und Ordnung sorgen jetzt die unter den Generalen Möhl und v. Oven stehenden bayerischen und Reichstruppen, die später durch eine zuverlässige, disziplinierte bayerische Reichswehr unter General Möhl abgelöst werden, nachdem die Münchener Garnison so kläglich versagt hat. Viel wichtiger aber und entscheidend für die ganze Zukunft ist die Haltung und Tätigkeit von Regierung und Landtag. Bereits haben die bürgerlichen Parteien in Verbindung mit dem Bürgerrat München der Regierung Hoffmann die dringlichsten Forderungen zur Wiederherstellung gesetzlicher Zustände unterbreitet. Darüber hinaus obliegt der Regierung Hoffmann die gewaltige Aufgabe der Ingangbringung und Sanierung des Wirtschaftslebens. Daß sie durch den Kommunismus nicht zu lösen ist, das haben die letzten vier Wochen aller Welt bewiesen. Auf welchem Wege aber die Gesundung zu erreichen ist, das muß die Regierung Hoffmann jetzt zeigen. Dafür hat sie am 11. März die Verantwortung übernommen.

Da infolge der Ereignisse der vergangenen Woche die Fertigstellung der Nr. 18 nicht möglich war, muss noch einmal eine Verbindung zweier Nummern Platz greifen. Auch die Wochenschau konnte noch nicht hereinkommen und der Nachrichtendienst funktionierte bei Abschluss des Heftes noch nicht. Für die nächste Nummer werden diese Hindernisse voraussichtlich behoben sein, nachdem München jetzt vom bolschewistischen Terror befreit ist.

Der russisch-orthodoxen Kirche Hilferuf an den Papst.

Von Friedrich Ritter von Lama.

„Hochbefriedigt" von seinem Erfolge hat Kardinal Amette Rom wieder verlassen, so hat er wenigstens am Abende des 30. März auf dem Terminibahnhofe den sich von ihm verabschiedenden Geistlichen versichert. Worauf sich die Befriedigung bezieht, werden wir ja recht bald sehen; ein Zweifaches jedoch scheint dabei sicher zu stehen, nämlich, daß, falls der Kardinal geglaubt haben sollte, als Unterhändler der französischen Regierung, also als Ersatz für einen amtlich bestellten und beglaubigten Vertreter gelten zu dürfen, er sich ebenso getäuscht hat, wie in der möglichen Annahme, die Frage der Besetzung der bischöflichen Stühle von Straßburg und Metz im Sinne der Pariser Wünsche zur Lösung bringen zu können. Denn kaum hat der Pariser Erzbischof den römischen Staub von den Füßen geschüttelt, da äußert sich über die beiden Angelegenheiten in höchst beachtenswerter Weise der Kardinal Staatssekretär Gasparri in einer einem Vertreter des „Petit parisien" gewährten Unterredung. Nach dem mir vorliegenden Auszuge gab der Kardinal dem dringenden Wunsch der Wiederannäherung Frankreichs Ausdruck. „Wenn Frankreich diese Wiederannäherung wünscht, so möge es direkt und ohne sich irgendwelcher Vermittler zu bedienen, handeln." Das ist ebenso deutlich für Clemenceau wie für Kardinal Amette, der, nachdem bereits Denys Cochin die Zumutung, neuerdings als inoffizieller Vermittler der Regierung beim Vatikan zu erscheinen, abgelehnt und geraten hatte, den Weg über die Hintertreppe aufzugeben, der Versuchung nicht widerstehen konnte, Clemenceau aus der Verlegenheit zu helfen. Und bezüglich einer möglichen Ersetzung der beiden Bischöfe von Elsaß und Lothringen sagte der Kardinal, daß diese Länder unter dem Konkordatsregime stehen und es daher an der französischen Regierung sei, Kandidaten zu bezeichnen. Nun hat diese das Wort. Entweder die deutschen Bischöfe Fritzen und Benzler bleiben oder Frankreich geht nach Rom. Und Frankreich braucht Rom, wie ich bei Darlegung des Orientproblems zeigte (vgl. „A. R." Nr. 15). Rom ist eine Macht, eine Großmacht sogar, aber französischer Eigensinn und Kirchenhaß weigern sich, dies zuzugeben. Als ob an der Tatsache dessen, was der Papst nun einmal ist, die Haltung Frankreichs irgend etwas zu ändern vermöchte!

Da kommt nun wieder einmal ein Ereignis, so groß und erschütternd, Jahrhunderte währende Ueberlieferungen hinwegfegend und Vorurteile, die unausrottbar festgewurzelt schienen, beseitigend. Die russisch-orthodoxe Kirche, die erbitterte Feindin Roms, gestern noch herrschend und mit allen Machtmitteln der staatlichen Gewalt ausgestattet, wendet sich Schutz und Hilfe suchend an den Papst! Heute büßt sie die große Schuld, die sie vor Jahrhunderten sich aufgeladen, als sie, ihrer Pflicht und ihres hohen Berufes vergessend, sich zur Dienerin und Sklavin des autokratischen Staates herabwürdigte. Wohl fand sie Schutz und reichliche Unterstützung, große Vorteile genoß sie, ruhigen und gesicherten Genuß ihres Besitzes, die Knute und der Galgen öffneten ihr die Wege, wo sich ihr Widerstand entgegenstellte. Ein Menschenalter ist es eben, daß sie im Cholmer Lande mit ausgesucht grausamen Mitteln die Anhänger der römischen Kirche verfolgte, mit Mitteln, die heute eine neue Macht, der Bolschewismus, aufgriff und nun gegen sie kehrte. Der Staat, dessen Ketten sie freiwillig trug, brach zusammen und riß nun auch sie mit. Hätte Rußland gesiegt, dann hätte uns fast bangen mögen. Jedenfalls wäre der Orient der katholischen Kirche verloren gegangen. Die Hagia Sophia sollte das Wahrzeichen der orthodoxen Herrschaft für den ganzen Osten werden; so war es geplant. Aber Gott wollte es anders. Der Traum ist ein für allemal ausgeträumt. Aus Byzanz ist der Türke abgezogen, zurückkehrend nach Asien, woher er gekommen war, und wenn nicht Englands politische Rücksichten auf den Islam sich allzu stark erweisen, besteht Hoffnung, daß der entschlossene Wille des Papstes, die Sophienkathedrale wieder der wahren Kirche Christi (wenn auch des orientalischen Ritus) zurückzugewinnen, sich erfüllt.

Mordend, plündernd und sengend wütet heute der Bolschewismus in der russischen Kirche und seine Greueltaten zeichnet am besten das Dokument selbst, die Adresse, die namens der obersten Leitung der russischen Orthodoxie Erzbischof Sylvester von Omsk an Papst Benedikt XV. richtete und die wir nach dem „Osservatore Romano" hier wiedergeben.

„Die oberste Verwaltung der orthodoxen Kirchen in den von der Macht der Bolschewiken befreiten Teilen Rußlands wendet sich an Sie, verehrter Vater, mit der demütigen Bitte, zu geruhen, Ihre Aufmerksamkeit Nachfolgendem zu leihen. Nachdem sich im Jahre 1917 die Maximalisten in Rußland der obersten Gewalt bemächtigt hatten, machten sie sich daran, nicht nur die gebildeten Gesellschaftsklassen und die Kunstgegenstände, sondern auch alle Religionen, ihre Vertreter und ihre von allen verehrten religiösen Kultusdenkmäler zu vernichten. Die Kirchen des Kreml in Moskau, der Städte Jaroslau und Simpheropol sind ausgeraubt, mehrere Tempel geschändet, die historischen Sakristeien und Bibliotheken der Patriarchen von Moskau und Petersburg ausgeplündert. Der Metropolit Wladimir von Kiew, an zwanzig Bischöfe, Hunderte von Priestern ermordet. Ehe die Bolschewiken ihren Opfern den Todesstoß versetzen, schneiden sie ihnen Arme und Beine ab; manche wurden lebend begraben. Die von zahlreichen Volksmassen gefolgten religiösen Prozessionen in Petersburg, Tula, Charkoff und Soligalitsch wurden durch Gewehrfeuer auseinander getrieben. Wo die Bolschewiken herrschen, wird die christliche Kirche mit größerer Grausamkeit verfolgt, als in den ersten drei Jahrhunderten des Christentums. Die Klosterfrauen werden geschändet. Man verkündet die Sozialisierung der Frau, die Ungebundenheit der ungeordnetsten Leidenschaften. Ringsum Tod, Kälte und Hungersnot. Die Bevölkerung ist bedrückt und den härtesten Prüfungen ausgesetzt. Die einen gehen geläutert hervor, die anderen unterliegen. Nur Sibirien, der Süden und die Gebiete des Ural, wo die Bolschewiken vertrieben sind, fahren fort, ihre bürgerliche und religiöse Existenz unter dem Schutze des Gesetzes zu ordnen. Mit dem Gefühle tiefen Schmerzes benachrichtigen wir Sie, verehrter Vater, von dem Unglücke, unter dem Millionen von Russen des wahren Rußland schmachten. Kraft menschlicher Solidarität, aus christlichem Brudergeiste hoffen wir, verehrter Vater, auf Sie zählen zu können, auf Ihr Mitleid in Ihrer Eigenschaft als Vertreter der christlichen Kirche, auf daß Ihre Schafe davon unterrichtet werden, was vorgeht, und mit Ihnen an den, der in seinen Händen Leben und Tod hält, ihre inständigen Gebete für diejenigen richten, die im Nordosten Europas um der Liebe Christi willen im zwanzigsten Jahrhunderte Blutzeugen ihres Glaubens werden."

In seiner Antwort versicherte der Heilige Vater den Erzbischof aller Teilnahme, sowie seines Gebetes, „auf daß Friede und Ruhe so bald als möglich wieder in Rußland einkehren und allen die erflehten Tröstungen und des Himmels Hilfe zuteil werden". Doch begnügte sich Benedikt XV. nicht damit; in einer drahtlosen Depesche wandte er sich an Lenin und beschwor ihn, Befehl zu geben, daß dieser Verfolgung der Diener jedweder Religion Einhalt getan werde. Freilich, der Erfolg blieb ihm wieder einmal versagt, denn der Volksbeauftragte für auswärtige Angelegenheiten antwortete in derart ungezogener und niedrig höhnischer Weise, wie es die bekannte Gesittung des Bolschewismus erwarten ließ. Der Ernst dieses Dokumentes geht schon aus der Einleitung hervor, in der es heißt, „die Trennung von Kirche und Staat ist in Rußland durchgeführt, ... es ist daher vollkommen falsch, von Verfolgung der Diener der Religion zu sprechen". Durch diese „Logik" sucht er der Anklage zu begegnen. Im übrigen bestreitet er die Verfolgungen nicht, ja, er gibt sogar die Schändung der Gräber der russischen Heiligen zu, in denen sich nur in Staub zerfallende Knochenreste, Lumpen, Kissen usw. befunden hätten. Er macht schließlich den Papst für die an den gefangenen Bolschewiken begangene Rache verantwortlich, weil er dagegen seine Stimme nicht erhoben habe (!). Die Polen, zu deren Regierung auch Erzbischof Kakowski gehöre (was seit November nicht mehr zutrifft), hätten sogar die bolschewistische „Rote-Kreuz-Mission" ermordet (die bekanntlich unter Mißbrauch des Genfer Kreuzes bolschewistische Propaganda trieb). Uebrigens habe die katholische Kirche die orthodoxe Geistlichkeit stets mit derselben Grausamkeit verfolgt, wo sie die Macht dazu habe (!!). Der „Osservatore Romano" begnügt sich, kommentarlos dieses Dokument bolschewistischer Erziehung der Oeffentlichkeit preiszugeben. Der Papst aber hat wieder einmal bewiesen, daß er vom Geiste Jesu Christi erfüllt ist; er hat mit Liebe vergolten, was die russische Kirche an seinen Kindern in so reichem Maße verübt. Und die Früchte werden, so hoffen wir, nicht ausbleiben

Die Parteiverhältnisse und die parlamentarische Arbeit in Württemberg.

Von Redakteur Grießer, Stuttgart.

Wie in den beiden Nachbarländern Baden und Bayern wurde auch in Württemberg bei den Wahlen zur Landesversammlung dem sozialistischem Ansturme von dem Bürgertum kräftig entgegengetreten. Zwar haben sich — das war bei der allgemeinen Linksentwicklung, die durch die Revolution geschaffen wurde, unausbleiblich — die sozialistischen Stimmen stark vermehrt (von 29,29 Prozent bei der Wahl 1912 auf 37,8 Prozent). Aber eine Mehrheit hat die Sozialdemokratie in Württemberg nicht erhalten; den rund 493000 sozialistischen Stimmen stehen rund 820000 bürgerliche gegenüber. Als besonderes Merkmal kommt noch hinzu, daß innerhalb der sozialistischen Partei die Unabhängigen eine vollkommene Niederlage erlitten haben. Die gewaltsame und plötzliche Ueberführung des geschichtlich gewordenen Staates in den sozialistischen ist nach dem obigen Ergebnis unterbunden.

Der Wahlausfall mit seinem „Ruck nach links" konnte nicht überraschen, da ja von vornherein anzunehmen war, daß er zum mindesten eine absolute Mehrheit der seither linksstehenden Parteien bringen werde. In dem im Jahre 1912 gewählten Landtag besaß das Zentrum als stärkste Partei zuletzt noch 25 Sitze, der Bauernbund mit den Konservativen 20, die Nationalliberale Partei 10, die Volkspartei 20, die Sozialdemokratie 17. Es standen also den beiden früher die Rechte bildenden Parteien 45 Sitze zur Verfügung, während die Linke mit Einschluß der Nationalliberalen 47 Sitze hatte. Rechts und links hielt sich beinahe das Gleichgewicht. Die neue Landesversammlung mit ihren 150 Abgeordneten zeigt ein anderes Gesicht. Das Zentrum ist mit 31 Sitzen an die dritte Stelle gerückt. Die aus den protestantischen Konservativen, einem Teil der Rechtsnationalliberalen und dem Bauernbund hervorgegangenen drei Parteien: Bürgerpartei (11 Sitze), Bauernbund (10), Weingärtnerbund (4) haben es auf 25 Sitze gebracht, so daß die früheren Rechtsparteien jetzt 56 Sitze haben. In der Mitte steht als „Zünglein an der Wage", wie sie sich selbst nennt, die Deutsche demokratische Partei mit 38 Sitzen. Den Sozialdemokraten (Mehrheitssozialisten mit 52 und Unabhängigen mit 4 Sitzen) fehlen mit ihren 56 Sitzen zur absoluten Mehrheit immer noch 20 Sitze. Sozialdemokratie und Demokratische Partei verfügen zusammen über 94 Sitze, die gleiche Zahl haben auch die bürgerlichen Parteien: 31 + 25 + 38 = 94. Es läge jederzeit in der Macht der bürgerlichen Parteien, die Sozialdemokratie niederzustimmen und ihren Einfluß völlig auszuschalten. Zum Mindesten wird sich die demokratische Partei darauf besinnen müssen, daß in ihrer Fraktion bzw. unter ihren Wählern Leute sind, die von einem Mitgehen mit der Sozialdemokratie durch dick und dünn, das gewissen Demokraten vorschwebt, nichts wissen wollen. Die demokratische Partei wird vor allem sich mit den anderen bürgerlichen Parteien zusammenfinden müssen, „um überstürzte sozialdemokratische Experimente zu verhindern"; diese Ansicht drückte das volksparteiliche Landesorgan, der „Beobachter", offen aus und auch der nationalliberale „Schwäbische Merkur" betonte, „die Sozialdemokratie würde in ihren spezifisch sozialen Forderungen eine beträchtliche Mehrheit gegen sich haben, die sie hindern werde, radikalen Gelüsten die Zügel schießen zu lassen". Bei alledem darf jedoch nicht übersehen werden, daß der Demokratenführer Konrad Haußmann gleich erklärt hat, daß „die Möglichkeit eines Zusammengehens von Sozialdemokratie und Volkspartei in Zukunft häufiger eintreten werde, als bisher, so daß Württemberg künftig in der Hauptsache in streng demokratischem Sinne regiert werde."

Den großen Zuwachs ihrer Stimmen verdankt die sozialdemokratische Partei nicht zuletzt dem neuen Wahlgesetz. Viel weniger rührt er von der Beiziehung der Frauen zur Wahl her, als von der Bestimmung, daß alle jugendlichen Personen vom 20. Lebensjahre ab wählen dürfen. Diese Leute sind am meisten empfänglich für die sozialistischen Versprechungen und Ideen; sie haben nicht nur in den großen Städten, sondern besonders auf dem Lande das Hauptkontingent für die Versammlungen der Mehrheitssozialisten und Unabhängigen gestellt. Dann kamen zu den Jugendlichen noch die vielen Tausende von Nichtwürttembergern, die bei den Landesversammlungswahlen ebenfalls mitwählen durften; es waren beinahe durchweg Arbeiter oder Angestellte in den großen Rüstungsbetrieben und Fabriken, bei denen lediglich Privatinteressen maßgebend waren und die den Lockrufen der Sozialdemokratie willig nachgaben.

Es widerspricht völlig den Tatsachen, wenn die demokratische Presse von einer „Niederlage" des Zentrums spricht, weil sein Stimmenprozentsatz von 22,3 auf 20,8 gesunken ist. Der alte Stand der Zentrumswähler ist der Partei treu geblieben. Und was die katholischen Frauen betrifft, so haben sie allen übrigen Wählern durch stramme Ausübung ihres neuen Rechtes ein glänzendes Beispiel gegeben. Nur viele jugendliche Stimmen und solche der Unzufriedenen gingen dem Zentrum verloren. Trotzdem hat sich das Zentrum als der beste Hort gegenüber der sozialistischen Hochflut bewiesen. Das Zentrum erhielt 6 Sitze mehr als 1912. Frauen entsendet es 3 in die Landesversammlung, die übrigen Parteien zusammen 10. Der Prozentsatz der Abstimmenden in den Hochburgen des Zentrums wurde durch die übrigen Parteien nicht erreicht. Es traten bis zu 97 % der Wähler an die Wahlurne.

Die demokratische Partei hat keinen Anlaß, zu jubeln. Bei den Wahlen im Jahre 1912 hatten Volkspartei und Nationalliberale zusammen nahezu 32 Prozent aller abgegebenen Stimmen erhalten, am 12. Januar ds. Js. dagegen nur noch 25 Prozent. Die demokratische Partei möchte ihre Anhänger über ihre eigene Stimmenabwanderung ins sozialdemokratische Lager mit der Feststellung täuschen, daß sie es sein werde, die nach Belieben die Richtung der Politik in Württemberg bestimmen könne. Wie schlimm diese Abwanderung ausfiel, zeigt der Wahlausfall im bisherigen „bombensicheren" Wahlbezirk des volksparteilichen Führers Konrad Haußmann, in Balingen; dort haben die Sozialdemokraten die absolute Stimmenmehrheit erhalten, so daß Haußmann, falls noch das alte Wahlverfahren gelten würde, glatt durchgefallen wäre. Die Entwicklung in Württemberg zeigt, wie in den übrigen süddeutschen Staaten, das vollkommene Verschwinden der nationalliberalen Partei; die den Demokraten durch die Nationalliberalen gewährte Unterstützung hat aber die ersteren keineswegs in den Sattel gehoben.

Während so die bürgerliche Demokratie an Macht und Zahl verloren hat, haben sich außer dem Zentrum die von dem protestantisch konservativen Teil der Bevölkerung gebildeten Parteien: die Bürgerpartei, der Bauern- und der Weingärtnerbund auf der früheren Höhe gehalten. Sie können sich mit ihren insgesamt 25 Sitzen wohl sehen lassen; auch erhielten sie 16,1 % aller abgegebenen Stimmen, gegen 15,6 % bei der Wahl im Jahre 1912. Der frühere Rechtsblock hat sich um 11 Sitze auf 56 vermehrt; ihn wird die Linke nicht mißachten können.

Bei der Wahl zur Deutschen Nationalversammlung am 19. Januar waren Württemberg und Hohenzollern zu einem gemeinsamen Wahlkreis vereinigt. In Hohenzollern entfielen von 36660 abgegebenen Stimmen (= 90,3 % der Wahlberechtigten) auf das Zentrum 25623 Stimmen, die Sozialdemokraten 6318, die Demokratische Partei 4417, die Bürgerpartei 564, die Unabhängigen 152. Der auf dem Zentrumswahlzettel an 5. Stelle stehende hohenzollerische Kandidat kam bedauerlicherweise nicht mehr zum Zuge, da das Zentrum für Württemberg und Hohenzollern zusammen nur 4 Sitze erhalten hat.

In Württemberg zeigte sich der Rückgang der Stimmen (es haben nur 88 % aller Wähler abgestimmt gegen 90 % am 12. Januar) vor allem bei den konservativen Parteien, während das Zentrum und insbesondere die Sozialdemokratie einen starken Zuwachs buchen konnten. Ferner hat aus dem Umstand, daß unter den bürgerlichen Parteien eine Einigung über die Verbindung der Wahlvorschläge für die Austeilung der Mandate nicht zustande gekommen ist, die Sozialdemokratie direkten Nutzen gezogen und statt den ihr nach den Abstimmungsziffern bei der Wahl am 12. Januar zustehenden 6 Sitzen auch noch einen 7. erhalten. Es wären dann auf die bürgerlichen Parteien 11 statt 10 Sitze gekommen. Dabei hätte — eine Ironie des Schicksals — diesen weiteren (bürgerlichen) Sitz gerade die Partei erhalten, die von Anfang an sich „prinzipiell" gegen eine Wahlvorschlagsverbindung erklärt hatte, nämlich die Deutsche Demokratische Partei. Das Zentrum hat mit ganz wenigen und geringfügigen Ausnahmen den Stand vom 12. Januar nicht nur behauptet, sondern sogar noch erheblich vermehrt. Diesen Zuwachs holte es gerade aus seinen Hochburgen im katholischen Oberschwaben (es hat ein Mehr von 4827 Stimmen erhalten), teilweise auf Kosten der Sozialdemokraten und Demokraten.

bezüglich der Stimmenzahl nahm es gegenüber den Reichstagswahlen im Jahre 1912 auch relativ zu; den Besitzstand von 4 Mandaten wahrte es.

Die drei rechtsstehenden Parteien, die Bürgerpartei, der Bauern- und der Weingärtnerbund, die mit einem gemeinsamen Wahlzettel in den Kampf zogen, verloren 33031 Stimmen und erhielten nur 2 Sitze (wie bei den Reichstagswahlen im Jahre 1912), der erhoffte dritte fiel der Sozialdemokratie zu.

Obwohl die zweitstärkste Partei, hat sich die Demokratische Partei doch mit der gleichen Anzahl Sitze begnügen müssen wie das Zentrum; denn während Volkspartei und Nationalliberale in den alten Reichstag mittels der bekannten Wahlbündniskünste noch 8 Abgeordnete entsenden konnten, haben sie jetzt nur 4 Sitze erhalten, ihr Stimmenrückgang um rund 1100 kam wie derjenige der Rechtsparteien der Sozialdemokratie zugute, die einen Zuwachs von rund 11300 Stimmen erhielt und ihre Mandate von 3 (im Jahre 1912) auf 7 erhöhte.

* * *

Das Präsidium der Landesversammlung wurde entsprechend der Stärke der Parteien gebildet: 1. Präsident Abg. Redakteur Keil, Stuttgart (Soz.); 1. Vizepräsident Abg. Oberbürgermeister Dr. Keck in Göppingen (D.-Dem.), 2. Vizepräsident Abg. Landgerichtsdirektor Walter in Ellwangen (Zentr.). Dann gab die Landesversammlung dem Volksstaat Württemberg in der Person des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Blos ein Oberhaupt, den Staatspräsidenten, der seinerseits das Ministerium berief, bzw. die alte provisorische Regierung in ihren Aemtern bestätigte. (Blos ist Badenser von Geburt und soweit es der Spartakusschrecken zuläßt, als ältestes Mitglied des Parlaments von „großväterlicher Jovialität".) Der provisorischen Regierung gehören 4 weitere Sozialdemokraten, (die Minister des Innern, des Kultus, der Arbeitsminister und der Kriegsminister) — ferner je ein Mitglied der D.-Demokratischen Partei (Finanzminister), des Zentrums (Justizminister) und der Nationalliberalen Partei (Ernährungsminister) an.

Es war nicht von allem Anfang an selbstverständlich, daß die provisorische Regierung unverändert blieb: Für das Zentrum handelte es sich ernstlich darum, ob es nicht seinen Vertreter aus der Regierung abberufen solle. Württemberg besitzt nämlich als Minister des Kirchen- und Schulwesens einen sozialdemokratischen Abgeordneten, der früher dem israelitischen Bekenntnis angehörte, sich jetzt aber als religionslos bezeichnet. Dieser Minister (B. Heymann) ist wohl politisch klüger als sein preußischer Exkollege Hoffmann, unterscheidet sich aber in seinen Endzielen nicht viel von ihm. Aus allen seinen Reden ging deutlich hervor, daß sein Ideal die Entchristlichung der Volksschule ist, die er mit Hilfe der Sozialdemokraten und der Demokratischen Partei durchzuführen hoffte. Das Zentrum machte daher die weitere Beteiligung an der Regierung davon abhängig, daß von der jetzigen Landesversammlung auf dem Gebiete der Staatsverwaltung, insbesondere auf dem Gebiete des Kirchen- und Schulwesens grundlegende Neuerungen (Sozialisierung, Trennung von Staat und Kirche, Entchristlichung der Volksschule) nicht in Angriff genommen werden. Diese grundsätzliche Haltung des Zentrums lohnte sich. Sowohl die Deutsche Demokratische, als auch die sozialdemokratische Partei mußten auf eine Mitwirkung des Zentrums an der Regierung das größte Gewicht legen. Es war keine Frage, daß die Mehrheit dieser beiden Parteien allein für das Zusammenarbeiten in der Landesversammlung sowohl als insbesondere in Rücksicht auf die noch keineswegs konsolidierten Verhältnisse im Land nicht tragfähig genug war. Die Regierung hat sich daher zu einer programmatischen Erklärung verstanden, worin sie versicherte, daß sie über die in ihrer Botschaft vorgesehenen Arbeiten hinaus grundlegende Neuerungen auf dem Gebiete des Kirchen- und Schulwesens nicht in Angriff nehmen werde. Nun konnte sich das Zentrum seinerseits bereitfinden lassen, sich auch ferner an der Regierung zu beteiligen, womit nicht gesagt ist, daß die Zentrumspartei nun in allen Fragen mit der Regierung durch dick und dünn gehen müßte, bzw. zu gehen gewillt wäre.

In der Landesversammlung bilden die Unabhängigen Sozialdemokraten und die Bürgerpartei (einschließlich Bauernbund) die sog. Oppositionsparteien; doch während die Unabhängigen grundsätzliche Opposition machen wegen der „bürgerlich gewordenen" Mehrheitssozialisten, befindet sich die Bürgerpartei zwar auch in Oppositionsstellung, aber sie ist bereit mitzuarbeiten, soweit sich dies mit ihrem Programm vereinbaren läßt. Aus der Haltung der Deutschen Demokratischen Partei, vor allem im Verfassungsausschuß, geht immer deutlicher hervor, daß diese Partei mit der Sozialdemokratie gemeinsame Sache machen will; sie hat ihren Wählern gegenüber einen außerordentlich schweren Standpunkt, den einen geht sie zu weit, den anderen nicht weit genug.

Die Tätigkeit der württembergischen Landesversammlung spielte sich bis jetzt in der Hauptsache in den Ausschüssen ab, während das Plenum nur zweimal ganz kurz tagte. Nur zwei Gesetzentwürfe wurden im Plenum bisher wirklich erledigt. Das Gemeindenotgesetz betreffend die Abänderung des Gemeindewahlrechts und der Gemeindevertretung beseitigt das bisherige Zweikollegialsystem des Gemeinderats und des Bürgerausschusses; ersterer bleibt allein noch bestehen und übernimmt die Befugnisse des letzteren; ferner wird die Verhältniswahl für alle Gemeinden über 500 Seelen eingeführt und das Wahlalter auf das 20. Lebensjahr festgesetzt. In dem neuen Gemeindesteuergesetz wurde die stärkere Heranziehung des Einkommens zur Gemeindesteuer vorgeschrieben. Die Haupttätigkeit der Landesversammlung bestand bis jetzt in der Beratung des neuen Verfassungsgesetzes im Ausschuß, der jetzt das Gesetz in dritter Lesung beendigt hat. An dieser Stelle interessieren vor allem die Bestimmungen über das Verhältnis von Staat und Kirche und über das Schulwesen. Die Aussichten sind nicht gerade verheißungsvoll. Gewährleistet wird der staatliche Schutz für ungestörte Religionsübung (und zwar für öffentliche und häusliche) und die ungestörte Gewissensfreiheit: niemand darf von Staats wegen zu einer kirchlichen Handlung gezwungen werden. Gegen die Stimmen der Unabhängigen wurde der Antrag, die Religion zur Privatsache zu erklären, abgelehnt. Den Kirchen wurde das Besteuerungsrecht eingeräumt. In finanzieller Beziehung wurde beiden Kirchen eine unveränderliche Geldrente unter Berücksichtigung der Mitgliederzahl und der Bedürfnisse zuerkannt. Die kirchlichen Gebäude und Grundstücke, die bisher dem Staat gehörten, gehen ins Eigentum der Kirchen über. Die theologischen Fakultäten in Tübingen bleiben erhalten. Das Schulwesen soll nur dem Staate unterstehen; auch der Religionsunterricht soll vom Staate beaufsichtigt werden. Die sozialdemokratischen Anträge, die Religion überhaupt aus der Schule zu entfernen, wurden von den bürgerlichen Parteien zu Fall gebracht. Die Religion wird nur ordentliches Lehrfach, nicht Pflichtfach. Die Gründung und Leitung freier Schulen ist unter Wahrung des staatlichen Oberaufsichtsrechts unverwehrt.

Die unruhigen Zeiten bringen es mit sich, daß man über den lauten Ereignissen der Straße Vorgänge übersieht, die sich mehr im Hintergrunde abspielen, die aber zu anderen Zeiten das Interesse weitester Kreise in Anspruch genommen hätten. Schon die alte Regierung vor der Revolution hatte für Württemberg Ordensniederlassungen im Prinzip genehmigt. Nur die Ausführungsbestimmungen zu erlassen, blieb der provisorischen Regierung des Volksstaates überlassen. Sie sind nun erschienen; aber wer auf eine von konfessioneller Engherzigkeit freie Regelung gehofft hatte, sieht sich schwer enttäuscht. Es sind zwar für Weggental (bei Rottenburg), für den Schönenberg (bei Ellwangen) und für Weingarten (bei Ravensburg) je 6 Patres mit der erforderlichen Anzahl Laienbrüder zugelassen; aber man hat um sie herum Schranken gezogen, die von wenig freiheitlicher Voreingenommenheit, von Mißtrauen und Bevormundung zeugen und in Wirklichkeit eine Genehmigung auf Vorbehalt darstellen. Sie unterliegen den Erwerbsbeschränkungen der toten Hand. Die Ordensoberen haben sich zu verpflichten, einen Ordensgeistlichen, der sich „wegen Störung des konfessionellen Friedens mißfällig machen sollte", auf Verlangen des Kultusministeriums aus Württemberg abzuberufen. Das Almosenbegehren der Franziskaner ist nicht gestattet u. ä. Viel ärger hätte wahrlich auch in einem Polizeistaat der Geist kleinlicher und engherziger Aufsicht nicht zum Ausdruck kommen können, als in diesem Mustererlaß der Regierung eines freien Volksstaates (der zudem in Widerspruch steht mit den Grundzügen der Reichsverfassung über die Freiheit der Religionsgesellschaften. Vgl. oben S. 248).

Im ersten Quartal des Jahres 1919 kam es in Württemberg, abgesehen von verschiedenen Fällen, in denen die Preßfreiheit beschränkt wurde, nur ein einzigesmal zu neuen Umsturzversuchen. Am 10. Januar wollten die Spartakusleute nach dem Beispiele Berlins auch in Stuttgart die ihnen mißliebige provisorische Regierung stürzen. Doch gelang es ihnen nicht, die Arbeiterschaft auf ihre Seite zu bringen, und die

Regierung konnte mit Hilfe der ihr ergebenen Truppen den Aufstand schon im Keime ersticken, nachdem die Haupträdelsführer verhaftet worden waren. Diese wurden auch bisher trotz der immer wiederholten Forderung der Spartakisten und Unabhängigen auf Freilassung in Haft behalten. Noch einmal flammte der Aufstand am letzten Tag des ersten Vierteljahrs, am 31. März, auf. Diesem durch den Terrorismus der Spartakisten den Arbeitern in ihrer großen Mehrzahl aufgenötigten Generalstreik aus politischen Gründen setzte die Bürgerschaft Stuttgarts sofort einen Bürgerlichen Abwehrstreik gegenüber, der zugleich ein uneingeschränktes Bekenntnis zum Volksstaat und eine Vertrauenskundgebung für die Regierung sein sollte. Nach kurzer Zeit war die Regierung Herrin der Lage und der Generalstreik zusammengebrochen. Der für den 23. April angekündigte Generalstreik, der sich gegen die Entsendung von württembergischen Truppen nach Bayern richten sollte, ist nicht zur Ausführung gelangt.

Gewaltpakt oder freier Friede?

Von Ministerialdirektor Dr. E. Ver Hees, Leiter des flämischen Ministeriums für Industrie und soziale Arbeit.

Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe. Mit größerer Berechtigung könnte man dieses Sprichwort auf die Aussagen als auf die Taten anwenden, besonders wenn Sprachverschiedenheit das Einverständnis erschwert. Sie ist oft der Ausdruck tiefliegender Unterschiede der Volkscharaktere. Wenn traduttore traditore, ein Uebersetzer ein Verräter heißt, so hat das seine Ursache nicht nur darin, daß die Ausdrücke verschiedener Sprachen sich nicht ganz decken, obgleich sie in den Wörterbüchern sich als gleichbedeutend gegenüberstehen, sondern auch weil Denkungsart, Gemüt und Gefühl sich in den verschiedenen Völkern gegenüber Gedanken und Tatsachen nicht gleich verhalten.

Was verstehen die Völker unter „Friede?" Ist es genau dasselbe? Ist der Friede des deutschen Michels identisch mit der pax romana, oder mit den Zwecken des angelsächsischen peace maker?

Pax bedeutete ursprünglich Vertrag, dann Friede, weiter auch Erlaubnis. Das Wort steht in etymologischer Verbindung mit pangere, einfügen und, in übertragenem Sinne, festsetzen, feststellen[1]); mit pacisci, einen Vertrag oder ein Geschäft schließen, woher pactum eigentlich Vertrag heißt. Die formelle, äußerliche Peinlichkeit des altrömischen Rechts kommt in dieser Sinnentwickelung zum Vorschein. Was gemeint wird, steht bisweilen wörtlich auf einem anderen Blatte. So bei Tacitus: „ubi solitudinem faciunt, pacem appellant." In neuester Zeit haben auch Franzosen und Angelsachsen, welche die lateinische Bezeichnung und vielleicht den romanischen Begriff angenommen haben, gegenüber Rothäuten, Iren, Buren und anderen unterjochten Völkern diese römische pax zur Geltung gebracht.

Bei der germanischen Bezeichnung kommt es weniger auf die Form, auf das Instrument, als auf die Gesinnung an. „Friede" steht in Verwandtschaft und Verbindung mit Freude, Freundschaft und Freiheit; Umfriedung bringt Schutz und Ruhe; Befriedigung ist die Folge, und auch Zufriedenheit. Schon im Gotischen heißt gafrithôn versöhnen; friathva Liebe und freidjan schonen. Eigentlich heißt „Friede" Schonung, Befreiung, Freundschafts- und Liebeszustand (vgl. das Kosewort: Friedel). „Seid umschlungen, Millionen" hat bei Schiller und Beethoven ganz gewiß eine andere Tragweite als bei den Kapitalisten, welche die Entente beherrschen. Der deutsche Friedensbegriff hat einen Beigeschmack von Befreiung, von Verzicht auf Macht, von Entsagung, von Liebesdienst im Sinne der alten Ritter. Das russische mir bedeutet nicht nur Friede, sondern, mit einer nur für das Auge berechneten orthographischen Abweichung, auch Welt und Dorfgemeinschaft, die Welt des Bauern. Die Grundbedeutung eines tieferen Zusammenschlusses und eines innigen Einvernehmens scheint auch abzuweichen vom formellstrengen Sinne des äußerlichen römischen Vertrags. Das griechische ειρήνη soll aus ειρω (sagen) entstanden sein und also mehr den ausgesprochenen als den innigen Frieden bedeuten, wie das lateinische dictum (Befehl) von dicere einen Diktatfrieden bezeichnen kann. Das keltische hellu soll das Einvernehmen, die Einhelligkeit, betonen. Man könnte auch bemerken, daß der Sinn der germanischen Treue, bei Entlehnung dieses Wortes durch romanische Sprachen, abgeschwächt wurde zu tregua und trêve und nur mehr Unterbrechung der Feindseligkeit bedeutet.

Der germanische Friedensgedanke beschränkt sich nicht auf Worte oder auf Fetzen Papier, was auch Jahrhunderte hindurch die Fehler der Staatsmänner und der Rechtsgelehrten gewesen seien, die durch die Rezeption der römischen Rechtsbegriffe der Volksauffassung widersprachen. Nach innerlichen Kämpfen hatte der Deutsche, wie Prometheus, im sozialen, versöhnenden, friedlich-liebenden Gedanken Wohltaten gespendet und darin Ernst gemacht und Treue gehalten; so mußte er auch im internationalen Wettbewerb Neigung verspüren zu weitergehender Nachgiebigkeit. Er hatte die Gelegenheiten zum Kriege vorübergehen lassen, wo seine Nebenbuhler anderswo beschäftigt waren; mit derselben Innigkeit und Naivität, welche einem Angelsachsen oder Romanen niemals einfallen würde, hatte er auch ein Unrecht zugestanden, Friedensangebote wiederholt und dadurch die innere Front geschwächt, in dem psychologischen Irrtum, den Gegnern zu imponieren und bei ihnen dieselben Gemütserregungen zu erwecken, die er in eigner Seele empfand. Die Scheindemokratien der westlichen Kapitalisten lachten ihn aus.

Mit dieser ehrlichen, wirklich friedlichen Gesinnung steht vor den sogenannten Friedensverhandlungen der Deutsche in Armesündergestalt gegenüber den Vertretern der jahrelang vorbereiteten Einkreisung und Erdrosselung, wie Wetterle sie seit 1911 jedermann für 1916 oder 1917 versprach, der angebliche Pangermanismus gegenüber den Magnaten, von denen Stead schon 1901 bezeugte, daß sie „the americanisation of the world" erstrebten; der Senator Lodge beanspruchte in demselben Jahre „die kommerzielle und ökonomische Suprematie über die ganze Welt." Und Deutschland muß sich verantworten vor Wilson, dem es innerlich zuwider sein muß, der Gewählte von Tammany zu sein, und der 1913 gestand: „Wir haben bis jetzt den Menschenwert nicht genug geschätzt."

Die Machtansprüche und Uebergriffe des Deutschen Reiches kommen zugleich vor den Richterstuhl Englands, das ein Viertel der Welt beherrscht oder knechtet und das sich die Gefährdung seines week-end durch den deutschen Fleiß nicht mehr gefallen ließ. Könnten vielleicht Inder, Iren, Buren und Aegypter als Entlastungszeugen angerufen werden?

Frankreich ist das Land der neuen Barone, Unterpräfekten und Regierungsabgeordneten genannt. Ihre Oligarchie stützt sich auf ein Volk von kleinen Rentnern und kleinen Bodenbesitzern, welche wenig, oder bis zum Alter von 40–50 Jahren, oder gar nicht arbeiten. Nach Kropotkin arbeitet nur jeder vierte Franzose. Er lebt von Renten auf das Ausland und von der Ausbeutung unterworfener Rassen, teilweise indirekt durch das oreiller de paresse du 3% (das Faulheitskopfkissen der Staatsrente). Unter seinen sogenannten sozialistischen Abgeordneten gab es einen, der einem belgischen Minister sagte: „Wissen Sie, ich bin unifizierter Sozialist, aber nur für den Schein: im Grunde bin ich Bonapartist." Es empört dennoch das Blatt dieser Partei, die „Humanité", daß die Saarkohlengruben endgültig in das Eigentum und das Saargebiet für 15 Jahre unter die Fuchtel Frankreichs übergehen sollten: „Wir erwarten mit einem Gefühl von Grauen und Ekel die Veröffentlichung der definitiven Klausel, die dieses historische Verbrechen gutheißen soll, falls Wilson nicht doch noch im letzten Augenblick in einer Aufwallung von Empörung fortgerissen wird." Der Allgemeine Arbeiterverband Frankreichs, der fast 2 Millionen Mitglieder zählt, protestiert durch Maueranschläge gegen die „Sabotage am Frieden", gegen jede Blockadepolitik, jeden politischen Druck oder jede bewaffnete Intervention. Er wirft den französischen Diplomaten vor, die feierlich gemachten Zusagen gebrochen zu haben und den Plan eines Völkerbundes vorgelegt zu haben, der nicht eine Gesellschaft von Nationen ist. Er nennt sie Feinde der Menschheit und fordert „einen wahren Frieden, den alle Völker unterschreiben können."

Der „Vorwärts" nennt den aufgezwungenen Vertrag, der 125 Milliarden Frank und 4 Milliarden jährlich hinzu für französische Militärpensionen, die Besetzung der Rheinbrücken und eines 50 Kilometer breiten Abschnittes rechts des Rheines während 15 Jahre fordert, lediglich einen Fetzen Papier, der innerlich zu nichts verpflichtet. Es ist klar, daß ein Gewaltakt,

[1]) Es ist merkwürdig, daß der vulgäre französische Ausdruck: ficher la paix, wieder an die Grundbedeutung von pangere anzuknüpfen scheint; ficher hat materiell denselben Sinn.

daß ein Zwangsvertrag im Gewissen nicht bindet. Da die Saarkohlengruben dem preußischen Staate angehören, kann man sich vorstellen, was die Kapitalistenstaaten der Entente mit sozialisierten deutschen Industrien machen würden, wo sie sie erreichen könnten! Eben dieser Gedanke spielt vielleicht mit bei der Empörung sozialistischer Kreise.

Wilson hatte in seiner Rede vom 27. September 1918 ausgeführt, es sollten nicht zwei Maße und zwei Gewichte walten, es sollte die Auseinandersetzung unparteiisch stattfinden, sowohl für diejenigen, gegen welche man nicht wünscht gerecht oder wohlwollend zu sein, als für diejenigen, denen gegenüber man wünscht es zu sein. Die jetzigen Forderungen der Entente gelten als Sicherungen gegen Deutschland, als ob die Sicherungen der Entwaffnung und erst recht des Völkerbundes mit seiner bleibenden Koalition und seinem Zwang- und Durchzugsrecht, selbst für die Neutralen, nicht genügten. Wo bleiben aber die Sicherungen zugunsten Deutschlands? Meint man, die Rheingelüste Frankreichs würden jemals aufhören? In seiner Geschichte Frankreichs seit 1814 schrieb der katholische französische Historiker Poujoulat, erster Band, S. 143: „Es gibt Politiker, welche über die natürlichen Grenzen spotten: man könnte ebenso den Lauf der Ströme oder die Natur selbst auslachen. Wenn wir aus Frankreich nach Belgien gehen, dann fühlen wir, daß wir unseren Boden wiederfinden jenseits dieser Grenzen, welche durch Verträge gezeichnet wurden; an Hand der Geschichte wissen wir gut, daß wir da im Lande der alten Franken stehen, und wir fühlen uns dahingezogen, wie der Mensch nach dem Ort seiner Wiege hingezogen wird. Das siegreiche Europa tat Unrecht, wenn es uns die belgischen Provinzen nahm: es zwang uns, ihnen immer nachzutrauern, sie immer wieder ergreifen zu wollen; es schuf die Quelle tiefliegender und immerwährender Unruhe. Der Besitz der belgischen Provinzen vollendete unser großes Alles ... Europa hätte sowohl im eigenen als in unserem Interesse wohl daran getan, uns unsere Rheinlinie zu lassen."

Frankreich hatte vergessen, daß die „alten Franken" eben die Preußen, die Eroberer jener Zeit, Germanen und Boches waren. Es hätte mit ähnlicher Begründung Würzburg und Bamberg fordern können, wie Napoleon Erfurt und die ganze Nordseeküste nahm. Es hat wenigstens seit 1830, entgegen dem Buchstaben und dem Geiste der Verträge, welche Poujoulat sich gezwungen fühlte wie Papierfetzen zu behandeln, die führenden Kreise Belgiens moralisch (oder auch unmoralisch) und finanziell angegliedert. Es hat seit drei Viertel Jahrhundert vom belgischen Staate die Konzession für zwei in Paris unter französischer staatlicher und militärischer Aufsicht bestehende Gesellschaften für die wichtigsten strategischen Eisenbahnen der Sambre- und Maastäler, welche von Frankreich bis über Lüttich nahe an die deutsche Grenze führen. Es hat diese Eisenbahnen, selbstverständlich mit leitendem französischem Personal auf belgischem Boden, auch dann behalten, als der belgische Staat sämtliche anderen Eisenbahnen verstaatlichte. „Das ist mir neu", rief mir gegenüber ein inzwischen verstorbener Ministerialdirektor im Berliner Auswärtigen Amte aus ...

Wo bleibt eine Sicherung für Deutschland gegen die kriegsmäßige Benutzung dieser französischen Bahnen durch Frankreich auf dem belgischen Boden, welchen ernsthafte Franzosen sich gezwungen fühlen immer wieder zurückzufordern?

Auch hatte 1906 der belgische Staat die neuaufgefundenen Kohlenschätze Limburgs, unweit der deutschen Grenze, großenteils an französische Kriegswaffenunternehmen geschenkt und ihnen erleichtert, bei der Kohlenknappheit Frankreichs und der günstigen chemischen Beschaffenheit der neuen Kohlen für die Stahlgewinnung, weite Ländereien in dieser Gegend zu erwerben, so daß es ihnen ein Leichtes werden kann, dort Geschützfabriken und eine militärische Basis zu errichten und dieses flämische, germanische Land zu französieren. Daß belgische Minister, welche für die Vergebung der Bergwerke verantwortlich waren, Mitglieder der Verwaltungsräte dieser Unternehmen wurden oder der Finanzinstitute, welche diese Anstalten begünstigten und zugleich die russische Kriegswaffenindustrie und die strategischen Eisenbahnen Rußlands bis zu zwei Milliarden Frank aus belgischen Geldern unterstützten, beleuchtet noch etwa den Geist der Neutralität, der dabei herrschte. Die belgischen Besitzer der Anteile dieser Kriegsunternehmen sind die „anständigen Leute", welche Genosse Haase im Juli 1918 im Reichstag gegen die flämische Bewegung lobend ausspielte.

Wo bleibt die Sicherung Deutschlands gegen diese Bedrohung an seinem wunden Punkte und gegen diese langjährige, tatkräftige Gegnerschaft belgischer Kreise, welche sich neutral nannten?

Der Geist, der, unbewußt für die meisten, die belgischen Staatslenker beseelte, wird in einem andern Zusammenhange weiter beleuchtet werden. Hier genügt es darauf hinzuweisen, daß auch gegenüber dem belgisch-französischen Expansionismus keine Garantie für das entwaffnete Deutschland vorgesehen wird. Die Politik von zwei Maßen und zwei Gewichten zeigt sich auch in dem Bestreben, Polen und Tschechien Ausgänge nach dem Meere zu sichern, indem man in gleichem Zuge den einzigen Zugang Oesterreichs an die See abschnürt. Wenn auch Sprache und Nationalität für eins erklärt werden zugunsten der Dänen, der Polen, der Tschechen, der Italiener, der Rumänen usw., scheint diese Gleichstellung wegzufallen, wenn es deutsche, auch größere Volksteile gilt, welche unter französischer, polnischer, tschechischer, italienischer und anderer Herrschaft sind, vorläufig in besetzten Gebieten.

Gerechtigkeit und Schonung, Gleichheitsgefühl und Folgerichtigkeit liegen aber nicht im Wesen der pax romana, auch nicht in der französischen Eitelkeit, die immer eine Vorzugsbehandlung des eigenen Volkes als ein Recht beansprucht hat. In 1814—15, nachdem während eines Vierteljahrhunderts die französische ungeschminkte, eingestandene Eroberungssucht und Kriegsfurie ganz Europa verwüstet hatte, erhob noch Talleyrand auf dem Wiener Kongreß die Stimme, um zugunsten Frankreichs eine glimpfliche, ja wohlwollende Behandlung zu fordern. „Il faut que la France soit heureuse!" sagte er. Frankreich mußte glücklich sein, das heißt unbestraft, und sich seiner Missetaten freuen können. Die damaligen Verbündeten gingen in weitgehendem Maße darauf ein. Schon am 4. Juni 1814 konnte der König Ludwig XVIII. bei der feierlichen Ausrufung der neuen Verfassung im Palais Bourbon mit Selbstbewußtsein betonen: „Was Frankreich von seinen Eroberungen nicht behält, muß also nicht angesehen werden als von seiner wirklichen Macht abgezogen." Und weiter: „Die Meisterwerke der Kunst gehören uns fürderhin durch dauerhaftere und geheiligtere Rechte als durch die Rechte des Sieges." Bekanntlich wurden die von den Franzosen geraubten Kunstschätze nur nach Waterloo und dann nur noch teilweise zurückgegeben. Der vorgenannte Historiker Poujoulat ist empört gegen die Ansprüche der Beraubten: „Der übermütige Ausländer stürzte sich auf die Galerien des Louvre; man ließ ihn sich gebärden, wie man einen Missetäter sich gebärden läßt, gegen den man nichts kann, außer vor Gericht zu klagen. Die Geschichte hat vor der Nachkommenschaft Klage geführt, und das Räubertum der Engländer und Preußen wurde verdammt!" Solche Worte bekommt man sogar von gewissenhaften Franzosen, wenn man sein von ihnen geraubtes Gut zurückverlangt. Die deutschen Unterhändler, gutmütig wie so oft, verweigerten dem französischen Konservator Denon, dem Vertreter der Räuber und Hehler, nicht ihre Sympathien angesichts seiner Bestrebungen, soviel wie möglich des Geraubten zu behalten. Wenn heute die Deutschen nichtgeraubte, nur in Sicherheit vor den französischen Geschossen gebrachte Kunstwerke mit der größten Bereitwilligkeit zurückerstatten, dann bekommen sie von den französischen Blättern nur Schimpfworte, und es erheben sich in den Reihen der Entente erneute Forderungen auf Raub deutschen rechtmäßigen Kunstbesitzes. Die Italiener sind zur Tat übergegangen, unter Androhung der Aushungerung Wiens! Und das nennt sich täglich Vertreter der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit.

Wenn es in Deutschland einige Kreise gegeben hat, welche in Siegeszuversicht und im Siegestaumel übertriebene, ungerechtfertigte Forderungen erhoben haben, so hat diese Gesinnung keine weiten Wellen geschlagen. Bei den Galliern dagegen ist sie sehr verbreitet. Nicht nur aus ihrem reichen Boden schöpfen sie ihren Reichtum und ihr leichtes Leben, das sie eben durch den Krieg gegen den Wettbewerb des deutschen Fleißes verteidigen wollten. Kein Volk hat so oft und so unberechtigterweise sich Wohlstand aus Angriffen und aus Beraubung seiner Nachbarn verschafft, besonders auf Kosten Deutschlands, Belgiens und Italiens. Diese Politik der Ausbeutung des Besitzes und der Arbeit von unterlegenen Nachbarn war nicht nur die Politik der Könige und der Napoleonen, sie ist ein anempfundener Naturtrieb der Rasse geworden und zeigt sich schon im Rolandslied. Damals war es, daß die romanisierten Gallier sich auf den Einfall versteiften, das Erbe ihrer germanischen, fränkischen ehemaligen Eroberer zu beanspruchen, und anfingen, sich Franzosen zu nennen, erst dann, wo von Franken im Westlichen Reiche

nicht mehr die Rede war. Die deutschen Könige der beiden sogenannten „ersten“ Dynastien wurden galloromanische Helden im Volksbewußtsein, auch spätere ostfränkische Gestalten; so erklärt Chateaubriand die Asche des Gottfried von Bouillon, des Vertreters und Fahnenträgers des deutschen Kaisers beim ersten Kreuzzuge, als französische Asche. „Welcher Ehrentitel für mein Vaterland!“ ruft er aus in seinem Itinéraire de Paris à Jérusalem. So muß alles, was den „alten Franken“ angehört hat, auch ihr Ruhm, von den Galliern einmal „wieder“ erobert werden, und vor fünfundzwanzig Jahren sagte noch Barthélémy-Saint-Hilaire, der Minister des Auswärtigen Frankreichs gewesen ist: „Europa wird keinen Frieden haben, solange wir die Rheingrenze nicht zurückbekommen haben“.

Man hat gesehen, was sie aus der Rheingrenze gemacht haben: ein Sprungbrett, nicht nur zur Beherrschung Deutschlands durch einen Rheinbund, sondern zur Einverleibung weiterer ausgedehnter deutscher Landstriche. Frankreich ist eben unersättlich, weil diese Politik eines seiner Lebenselemente bildet. Die oft wirklich liebenswürdigen Eigenschaften des französischen Volkes bringen es mit sich, daß es diese räuberischen Forderungen mit den schönsten Phrasen zu umkleiden weiß. Da ist aber kein Geist des Friedens, ebensowenig wie bei den britischen Ansprüchen auf Beherrschung der Meere. Es ist der Geist der pax romana, welcher wiederauftauchte in den sogenannten Frieden, welche England den Iren, den Buren, den Indern und Aegyptern aufzwang, so auch Frankreich durch Ludwig XIV. und Napoleon und später gegen Araber, Indochinesen und Madakassen, Amerika gegen die Rothäute, Spanien gegen Mauren und südamerikanische Eingeborene. Das geflügelte Wort: parcere subjectis et debellare superbos, war selbst oft nicht wahrheitsgetreu. Auch nach Streckung der Waffen mußten noch manche sagen: nos patriae fines et dulcia linquimus arva. Irland verlor nicht nur den Grundbesitz zugunsten fremder Eroberer und Eindringlinge; es sah auch in den siebzig Jahren der größten wirtschaftlichen Entwicklung seine Bevölkerung auf weniger als die Hälfte sinken, trotz seiner Fruchtbarkeit und seiner günstigen Lage am atlantischen Ozean, wo es als mögliches, vor England vorgelagertes Durchfuhrland mit guten Häfen liegt. Im britischen Inselbereich sank selbst das Verhältnis seiner Bevölkerung von 30 auf 10 Prozent in demselben Zeitraume.

Der Geist des jetzigen Friedens ist ebenso grausam gegen Deutschland als derjenige des westfälischen Friedens von 1648 und der napoleonischen Frieden; sie waren auch vom französischen Hasse durchglüht. Bei den teilweisen deutschen Frieden von 1713 und 1815 konnte im Gegenteil das geschlagene Frankreich glimpflich durchkommen. Auch hat die Erfahrung bewiesen, durch die wirtschaftliche Wiederbelebung und den durch Deutschland anfangs begünstigten kolonialen Aufschwung Frankreichs, daß der Friede von 1871 im Wesentlichen Merkmale der Mäßigung an sich trug.

Jetzt will man Deutschland nicht nur politisch, militärisch und moralisch für allemal abtun, sondern selbst seinen wirtschaftlichen Wiederaufbau unterbinden oder beschränken, in jedem Falle unter Aufsicht legen. Das ist eine blinde Rache, denn das heißt einen Ring aus der Kette der wirtschaftlich hochstehenden Nationen ausschalten und den Siegern selbst durch den Ausfall eines Marktes Schaden zufügen. Jede Monopolstellung trägt übrigens ein Element künftiger Schwäche in sich. Dieselbe blinde Wut ist zu erkennen in der Forderung, das linke Rheinufer auf ewig wehrlos zu lassen, eine solche Maßnahme kann natürlich eine Gefahr hervorrufen, wie die erzwungene Räumung der Ukraine dieses Land des deutschen Schutzes beraubt hat zum größten Schaden eben für die Werte, die Frankreich und Belgien dort milliardenweise angelegt haben.

Es genügt nicht, einen sogenannten Frieden zu dekretieren, ein pactum nach allen formellen Rechtsschnörkeln in schönen Sätzen und mit schweren Ketten des römischen nexus festzustellen, wie ehemals die Bürgschaften oder Fesseln hießen, die auf den Schuldnern lasteten. Der Vertrag, das instrumentum, macht es nicht allein, sogar nur am wenigsten, wenn es auch mit angeblich tausend Artikeln zu einer Art Codex der Welt erhoben werden soll. Die Friedensgesinnung muß mit dabei sein. Sie erschöpft sich aber nicht in Worten und Formeln. Ein wahrer, inniger Einklang der Herzen sollte entstehen, um noch einmal Matthison zu zitieren, und er sollte derart sein, daß er Bestand haben könnte. Wenn die Schranken bald verschwinden, welche die kontradiktorische Beleuchtung der Tatsachen in den Ententeländern unmöglich machten, im Gegensatz zu Deutschland, dann soll der Friede derart sein, daß er vor der besseren Einsicht besteht. Die Aengstlichkeit, mit welcher deutsche Geisteserzeugnisse in besetzten Gebieten wie in Ententeländern bisher abgewehrt wurden, ist ein schlechtes Zeichen für die Ruhe der Gewissen, welche die Verantwortung der Friedensformulierung tragen. Von Versöhnung, Schonung und Liebe ist da jedenfalls keine Rede. Der Deutsche denkt sich augenscheinlich unter Frieden etwas anderes als seine Gegner, und seine Enttäuschung wird Folgen haben. Der deutsche Prometheus wird nicht ewig gefesselt bleiben.

Das fällt alles noch mehr ins Gewicht, wenn ein Friede den Anspruch macht, tiefgreifende Aenderungen in dem Verhältnis der Staaten, ja in dem Charakter der Menschen und der Völker zu verwirklichen oder anzubahnen. Ein goldenes Zeitalter der Annäherung und der innigen Versöhnung der Nationen läßt sich nicht einleiten durch geheime Verabredung unter den Siegern, durch gewaltsame Eroberungen, durch finanzielle Ausbeutungsmaßnahmen, durch Absperrung und Ungleichheit. Je ungerechter der Vertrag, je unerträglicher er sich zeigt, desto gewisser und schneller wird seine Revision sich aufzwingen. Und das De profundis über Deutschland wird eben dadurch einmal in einem Sursum corda ausklingen können.

Der Volksverein für das katholische Deutschland und die neue Zeit.

Von Rechtsrat Dr. Hipp, Regensburg.

Das deutsche Volk ist am Neuaufbau seines Schicksals. Die Grundlagen unseres ganzen Staats- und Wirtschaftslebens müssen neu geschaffen werden. An Stelle des alten Staatsgebildes trat der freie Volksstaat. Volksstaat ist Volksverantwortlichkeit. Die Gesamtheit des Volkes kann aber keine Verantwortlichkeit haben und tragen, wenn sie nicht genügend Wissen hat vom Staat, seinen Aufgaben, seinen Zielen; sie kann ferner keine Verantwortlichkeit haben, wenn zum genügenden Wissen vom Staat nicht noch ein hinreichendes sittliches Gefühl der Verantwortlichkeit hinzutritt. Daß es an beiden in weiten Kreisen unseres Volkes noch gewaltig fehlt, wird kein Einsichtiger bestreiten können; sowohl die Kenntnisse vom modernen Staat und seinem Wesen wie auch das allgemeine Bewußtsein der moralischen Mitverantwortlichkeit als Staatsbürger für die Schicksale des Staates, des Volkes liegen noch sehr im argen. Hier kann nur eines Abhilfe bringen: Volksaufklärung im weitesten Umfang und im edelsten Sinne des Wortes. Unendlich viel gibt es da zu leisten. Es gilt die Massen des Volkes zu unterrichten über das Wesen des Staates überhaupt; über Demokratie und modernes Verfassungswesen; über staatsbürgerliche Freiheit und staatsbürgerliche Pflicht. Es gilt aufzuklären über das Verhältnis des Staates zur Kirche, über das große Problem der Trennung der Kirche vom Staat; es gilt rechtzeitig zu warnen und zu mahnen, der Schulfrage die gebührende Aufmerksamkeit zuzuwenden und die Bedeutung und Wichtigkeit der christlichen Schule hervorzuheben; es gilt zu belehren über das gesamte Wirtschaftsleben, das Verhältnis der einzelnen Stände zu einander, über Bauernstand und Arbeiterbewegung, über Sozialisierung und staatliche Finanzpolitik, über Handwerker-, Beamten- und Gewerbefragen; endlich noch über das große Gebiet der eigentlichen sozialen Fürsorge für Kinder, Mütter, Kranke, Arme, Kriegsbeschädigte usw.

Die Notwendigkeit, über all diese Fragen das Volk zu unterrichten und zwar in christlich orientiertem Sinn, kann niemand bestreiten. Aber wie diese Arbeit leisten? Das ist nur möglich im Wege einer allumfassenden Organisation. Eine Million gläubiger Katholiken, die nicht organisiert sind, scheiden heutzutage im Staatsleben praktisch vollständig aus; hunderttausend, straff organisiert, unter einheitlicher Leitung und Führung sind schon eine Macht. Diese Tatsache kann allen gläubigen katholischen Kreisen Deutschlands nicht eindringlich genug immer wieder vor Augen geführt werden.

Eine solche umfassende Organisation ist schon vorhanden als Erbe des genialsten Praktikers unter den deutschen Katholikenführern, Ludwig Windthorsts. Wir haben diese Organisation, wenn wir nur wollen, im Volksverein für das katholische Deutschland. Eine Organisation, wie sie in keinem Staate

der ganzen Welt in ihrer Eigenart und ihren glänzenden Leistungen auch nur annähernd ebenbürtig vorhanden ist. Leider stehen aber viele, allzuviele noch ferne! „Halt, schon wieder ein Verein!" Damit gehen viele mit einem Achselzucken der Gleichgültigkeit über die Sache hinweg. Nein, *der* Verein! *Im Vergleich mit dem Volksverein für das katholische Deutschland gibt es für andere Vereine* im Rahmen der gleich zu erwähnenden selbstverständlichen Einschränkungen *keine Gleichstellung, keine Parität!* Augen auf für die Not der Zeit! Der Wahrheit ruhig ins Auge geblickt, selbst wenn sie für manche Eigenbrödeleien, lokale Eigenheiten und vielleicht auch hie und da Vereinsmeierei nicht angenehm und bequem ist. Der seiner Pflichten als Staatsbürger und Mitglied seiner Kirche bewußte Katholik gehört heutzutage *ausnahmslos und unbedingt in eine Reihe von Organisationen:* Als Staatsbürger in die Organisation der politischen Partei und somit in den örtlichen Parteiverein; als Katholik in erster Linie in den Volksverein; als Angehöriger eines bestimmten Berufes in seine Standesorganisation und als Mensch in irgendeine caritative Vereinigung. *Als Katholik gehört er unerbittlich und in erster Linie in den Volksverein.* Alle örtlichen Vereine, Kasinos, Männervereine u. dgl. haben nur in der Voraussetzung noch ihre volle Berechtigung, daß ihre Mitglieder einzeln oder der Verein als geschlossenes Ganzes dem Volksverein angehören. Die Ziele und Aufgaben der katholischen Bewegung richtig eingeschätzt, dann wird man sich auch nicht in den Mitteln vergreifen! *Nicht nur Gleichwertiges, nein, Besseres und Stärkeres muß den Gegnern unserer Weltanschauung entgegengesetzt werden können.* Wer sich dagegen stemmt, schädigt die Interessen des katholischen Volkes, der katholischen Kirche; wir brauchen *den Verein für die Hunderttausende,* wir brauchen die *Volkshochschule* für das gesamte katholische Deutschland, eine *geistige Gewerkschaft* der deutschen Katholiken! Man lasse ja das ungeheuer bedeutungsvolle *ethische* Moment nicht außer acht, das darin liegt, daß in dem Verein der Hunderttausende *alle ohne Ausnahme* zusammengeschlossen werden vom einfachsten, schlichtesten Bauern und Arbeiter bis zum hochgestellten Beamten und zum geistvollsten Gelehrten.

Aber werden durch den Volksverein nicht andere, ebenso berechtigte Interessen geschädigt oder gehemmt? Nicht im mindesten! Der Volksverein ist in erster Linie eine *notwendige Ergänzung der parteipolitischen Organisation.* Diese kann und soll nicht durch den Volksverein ersetzt werden. Wir dürfen aber das *religiöse,* das *konfessionelle Moment* in der Organisation nicht übersehen. Die politische Partei ist paritätisch; soll und muß es sein; daran ist nicht zu rütteln. Aber diese bloße Organisation in der politischen Partei genügt keineswegs für den gläubigen Katholiken. Das Sentire cum ecclesia, das tiefinnige Fühlen mit der Kirche muß gerade in den Kämpfen der Gegenwart noch mehr und stärker gepflegt werden als bisher; dazu gehört aber unbedingt eine *reinkonfessionelle Organisation.* An die Spitze des Volksvereins ist neuerdings berufen Geheimrat *Marx,* der Laienführer in der reinreligiösen eucharistischen Bewegung, der Vertrauensmann des preußischen Episkopates; gewiß ein gutes Anzeichen für die künftige Entwicklung des Volksvereins. Die politische Parteiorganisation erleidet also gewiß keinen Nachteil durch die Werbetätigkeit für den Volksverein. Der Volksverein kann und wird ihr wichtige *Teile der Arbeit abnehmen,* vor allem auf dem Gebiet der Aufklärung der breitesten Volksmassen im christlichen Sinne. Die Parteiorganisation ihrerseits besorgt mehr die *technische* Seite, die Vorbereitung auf die Wahlkämpfe, Stärkung und Ergänzung der Parteiorganisation durch Ausbau des Vertrauensmännerwesens; sie trifft die Vorbereitung, daß der ganze parteipolitische Apparat klappt, wenn er zu irgendwelchen Wahlen in Bewegung gesetzt werden muß. Für solche Hauptkampfzeiten ist dann sicher auch der Volksverein am Platz; er wird mit all seinen Kräften auf seinem Gebiet dann die örtlichen Parteiorganisationen *unterstützen.*

Ein weiteres Bedenken gegen den Volksverein dürfte aus der *modernen katholischen Frauenbewegung* sich ergeben, allein vollständig zu unrecht. Die Frauen gehören nun einmal hinein in den Volksverein, sonst ist er kein „*Volks*"-verein. Das wäre die gefährlichste Entwicklung, die der Volksverein nehmen könnte, wenn wir zu einer Zweiteilung kämen in dem Sinne, daß der Volksverein zum *Männerverein* für das katholische Deutschland würde, dem auf der anderen Seite irgendeine katholische Frauenorganisation gegenüberstände. Nein, Mann und Frau gehören heutzutage in unserem ganzen öffentlichen Leben untrennbar zusammen und daher auch in dieselbe Organisation! *Wir brauchen auch die Frauen zur Mitarbeit im Volksverein!* Die Frauen sind vielfach nicht so angespannt durch Berufsarbeit wie die Männer. Diese sind durch die Intensität derselben meist so in Anspruch genommen, daß sie beim besten Willen die so dringend erforderliche Agitation nicht mehr leisten können; da müssen diejenigen Frauen eintreten, die noch über mehr freie Zeit verfügen, um einen Teil der Agitationsarbeit zu übernehmen. Sie müssen die Tausende und Abertausende von Männern ersetzen, die dem Volksverein angehört haben und draußen geblieben sind auf dem blutigen Feld der Ehre. Ein heiliges Erbe! Sie können die noch abseits stehenden Männer, ihre Gatten und Söhne, ihre Väter und Brüder hereinbringen in den Volksverein und sie begeistern und erwärmen für dessen Aufgaben.

Ebensowenig wie die Parteiorganisationen werden die eigentlichen Frauenorganisationen durch den Volksverein geschädigt werden. Der Volksverein ist viel weiter und in viel kleineren Orten verbreitet als wie die Frauenvereine. Da können diese nun an die bereits bestehenden Ortsgruppen des Volksvereins anknüpfen in ihrer Werbetätigkeit für ihre eigenen besonderen Organisationen und Bestrebungen. Insbesondere die *weiblichen Standesvereine* sollen natürlich durch den Volksverein nicht verdrängt oder gehemmt, sondern nur gefördert werden. Der Volksverein ist eine *Vorstufe für eine vertiefte Frauenbewegung,* die auf ihrem ureigensten Gebiet bleibt und da ihre Stärke sucht und findet. Die Fürsorge für Mütter und Kinder in jeder Form und Art, die Unterweisung und Führung der heranwachsenden Mädchenwelt und ihre Ausbildung in den spezifisch weiblichen Pflichten und Betätigungsgebieten, die caritativen Bestrebungen, all das werden immer Gebiete bleiben, wo die *Frauenvereine* ganz besonders segensreich werden wirken können, nicht im Gegensatz zum Volksverein und durch ihn beeinträchtigt, sondern mit ihm und durch ihn unterstützt.

Endlich fördert und *ersetzt* zum Teil der Volksverein noch eine andere Organisation, die *unbedingt notwendig* ist und der anzugehören Gewissenspflicht eines jeden Katholiken ist: *die Schulorganisation.* Durch Beschluß des Zentralvorstandes des Volksvereins in Hagen i. W. vom 31. Januar 1919 wurde die notwendige Verbindung *des Volksvereins mit der Schulorganisation der deutschen Katholiken* hergestellt. (Vergl. „Allgemeine Rundschau" 1919, Nr. 9.) Ueber die einzigartige Wichtigkeit der Schulfrage noch viel Worte zu verlieren, wäre wohl nahezu eine Beleidigung für alle vernünftigen und klar denkenden Katholiken. Nur an den geradezu prophetischen Ausspruch *Windthorst's* sei erinnert, der am 14. Oktober 1888 sagte, er habe schon auf früheren Katholikentagen darauf aufmerksam gemacht, daß diese Seite des Kulturkampfes noch besonders behandelt werden müsse und wahrscheinlich einen Kampf herbeiführen werde, der akuter, nachhaltiger und vielleicht auch länger dauernd sein werde, als der, den wir durchgemacht haben.

Die Schlußfolgerung ist nun ebenso einfach wie unerbittlich. *Pflicht* eines jeden Katholiken ist es, für die christliche Schule mit allen Kräften einzutreten; *möglich* ist das nur auf dem Wege der machtvollen Schulorganisation. Diese Seite der *Schulorganisation* der deutschen Katholiken aber ist *der Volksverein* für das katholische Deutschland.

Bedauerlicherweise hat gerade in *Bayern* der Volksverein bisher noch nicht die Beachtung und Bedeutung gewonnen, die ihm gebührt und die er nach der inneren Ueberzeugung weiter Kreise des bayerischen Volkes haben könnte und müßte. Also an die Arbeit! Als nächstes muß allenthalben bis in die kleinsten Orte *aufgeklärt* werden über die Ziele und Aufgaben des Volksvereins, insbesondere über seine Bedeutung in der Schulfrage; es muß aufgeklärt werden über seine ganz hervorragenden, so überaus billigen literarischen Leistungen auf allen Gebieten des gesamten religiösen, staatlichen und gesellschaftlichen Lebens. Man beklagt vielfach etwas den Mangel an besonderer Berücksichtigung der *bayerischen Verhältnisse* in den bisherigen Erscheinungen des Volksvereins; gewiß, etwas Wahres mag daran sein; aber täuschen wir uns nicht: nostra maxima culpa! Bei *stärkerer Verbreitung* in Bayern könnte der Volksverein auch *andere Ansprüche* an die Zentrale bezüglich der stärkeren Berücksichtigung der bayerischen Verhältnisse stellen und solche Anregungen und Wünsche würden dort gewiß auch gerne

berücksichtigt werden. Aber zuerst Mitarbeiter her und dann Wünsche und Forderungen stellen, nicht umgekehrt! Das zweite wäre der sorgfältigste Ausbau der Vertrauensmännerorganisation und das dritte, aber augenblicklich Vordringlichste, die Bearbeitung der schon bestehenden Vereine. Es müßte mit aller Schärfe und ich möchte fast sagen mit der Gewalttätigkeit eines jeden neuen, großzügigen Gedankens zur Durchführung gebracht werden, daß womöglich alle Mitglieder katholischer Vereinigungen, die dann ruhig weiter bestehen bleiben würden, grundsätzlich auch Mitglieder des Volksvereins werden; sollte das für den Anfang zuviel verlangt sein, so wäre zum mindesten zu fordern, daß alle derartigen katholischen Vereinigungen — abgesehen von den Standes- und rein caritativen Vereinen, sondern die typischen, mehr oder weniger geselligen „Vereine" im gewöhnlichen Sinne des Wortes — als solche mit Jahresbeiträgen von etwa 10—50 Mark dem Volksverein beitreten, sich regelmäßig eine Anzahl der Drucksachen desselben besorgen, diese unter ihre Mitglieder verteilen und diese verpflichten, bei besonders wichtigen Anlässen geschlossen an örtlichen Veranstaltungen des Volksvereins sich zu beteiligen. Damit käme eine gewisse Einheitlichkeit in das gesamte katholische Vereinsleben. Vor allem wäre das eine große Ziel damit seiner Verwirklichung wenigstens zum Teil näher gebracht: Vereinigung aller deutschen Katholiken zu einer unüberwindlichen, straffen Organisation! Wer deren unbedingte Notwendigkeit noch nicht erkannt haben sollte, der wäre wahrhaftig blind für die gar nicht ernst genug zu nehmenden ungeheuren Gefahren für die christliche Weltanschauung in den kommenden Zeiten. Um keinen Preis eine Zersplitterung der Kräfte, das muß die Losung sein für alle! Dann, aber auch nur dann können wir ohne Bangen uns wagen zur Fahrt ins neue Glück des deutschen Volkes. Und in der Tat, groß genug sind die Aufgaben der christlichen Idee! Die Geburtswehen einer neuen Zeit gehen über die alte Erde und das Volk, dem am ersten glücklich die Verschmelzung der guten alten Gedanken und Einrichtungen mit dem Guten, was die neue Zeit bringt, gelingt, wird die Führerrolle erringen in der Welt, die Führerrolle beim Werk der Völkerversöhnung. Dieses Volk soll das deutsche sein, trotz allem, was augenblicklich noch so schwer auf uns lastet. Der Idealismus ist da, er braucht nur zur Arbeit zu kommen. Das katholische Volk aber hat um seiner selbst und seiner Kirche willen die heilige Pflicht, nichts zu versäumen, was ihm seinen gebührenden Anteil gibt an Arbeit, aber auch an Erfolg im Ringen um ein neues Werden.

Adventistenvorträge.

Von Dr. J. B. Roetzer, München.

In letzter Zeit wurden wiederholt im Bayerischen Hof in München „öffentliche Vorträge" von einem „Missionsdirektor" Schubert gehalten. Große Anschläge haben zum Besuche derselben aufgefordert. Mit keinem Worte aber wird verraten, von welcher Mission Schubert Direktor ist. Brennende religiöse Fragen, die geeignet sind, die Allgemeinheit anzulocken, werden zur Behandlung aufgeworfen, wie z. B. „Gott und unsere Zeit", „Amerika und der Völkerbund im Lichte der Prophetie"; — „Fortleben nach dem Tode"? 1. Spiritismus — Wiederverkörperung. 2. Geisterwelt — Dämonen — Engel. 3. Kräfte — Zeichen — Wunder. 4. Das Geheimnis enthüllt. „Christus, Kirche, Staat im Lichte der Geschichte und Prophetie."

So gespannt der Wahrheit-Suchende zu diesen Vorträgen kommt, ebenso enttäuscht verläßt er den Saal. Denn das tatsächlich Gebotene steht im umgekehrten Verhältnis zu dem Angekündigten. Man muß sich geradezu wundern über die Geduld, mit der die Zuhörer diese „Erbauungsstunden" absitzen. Wohl sind die meisten Besucher in das Geheimnis der Veranstaltung eingeweiht, aber ein gut Teil derselben ist, wie man aus den fragenden Gesichtern lesen kann, das Opfer der „dunklen Reklame" geworden. Zur Aufklärung muß darum gesagt werden, daß diese öffentlichen Vorträge des Missionsdirektors Schubert nicht von katholischer und nicht von protestantischer Seite, sondern von der Sekte der Siebententags-Adventisten veranstaltet werden lediglich zu dem Zwecke, Seelen zu fangen. Harmlos, aber sehr zweckdienlich ergeht darum zu Beginn des Vortrages die Aufforderung an die Besucher, ihre Namen in eine Liste einzutragen, die unter irgend einem Vorwand aufgelegt ist (z. B. Aufruf des Reichsverbandes der Kolonial-Deutschen!)

Die Siebententags-Adventisten-Sekte (Seventhday-Adventisten = S.T.A.) ist um 1845 von einem ehemaligen Schiffskapitän Joseph Bates in Amerika gegründet worden. Sie ist eigentlich nur eine Abzweigung der von dem Farmer und Baptisten William Miller um 1840 ins Leben gerufenen Adventgemeinde. Seit den 80er Jahren arbeitet sie auch in Deutschland. Mit den Adventisten lehrt auch sie, daß der Advent (= Ankunft) des Herrn baldigst bevorstehe. Die mathematische Berechnung des Zeitpunktes der Wiederkunft Christi, die den Advent-Rechnungskünstlern viel Enttäuschung und Hohn eingetragen hatte, haben die S.T.A. aufgegeben. Als Adventisten vom siebenten Tag feiern sie den jüdischen Sabbat statt des christlichen Sonntags. Ellen White, welche bei ihnen den Ruf einer Prophetin genießt, sagt von der Sonntagsfeier, „das muß eine schreckliche Sünde sein, welche den Zorn Gottes ohne Gnade herabruft".

Die Taufe spenden die S.T.A. mit den Baptisten nur Erwachsenen. Dem Abendmahl, das sie in „kalvinischer" Auffassung mit „alkoholfreiem" Wein feiern, geht die Fußwaschung voraus. Auch eine „Krankenölung" kennen sie. Im Jahre 1868 führte der Adventismus, der die rituellen Speiseverbote für seine Anhänger als bindend erachtet, auf Grund einer Vision E. Whites eine Gesundheitsreform ein (Enthaltung von Alkohol- und Tabakgenuß neben vegetarischer Lebenshaltung). Die Lehren der Adventisten wurzeln in der ausschließlichen Anerkennung der Bibel als einziger Glaubensquelle. Dabei sehen sie das Alte und das Neue Testament dem Range nach gleichwertig an, nehmen also nicht wie die christlichen Kirchen mit Christus das Neue Testament als die Erfüllung des Alten Bundes. Die Erblehre wird selbstverständlich verworfen.

Interessant ist die adventistische Bibelforschungsmethode: Man zerstückelt das Alte und das Neue Testament in seine Verse, wirft diese in einen Sack, entnimmt diesem Vers um Vers und setzt sie so aneinander, wie es der Zweck der Beweisführung gerade erheischt. Der evangelische Pfarrer Ehlert[1]) sagt ihnen „eine wahre Kunst in der Schriftverdrehung" nach, und unbewußt haben die S. T. A. in ihrem Gemeindeblatt[2]) ihre eigene Methode also gegeißelt: „Kein Buch in der Welt wird wohl so viel und so verschiedenfach gelesen und verstanden wie die Bibel." Und wiederum[3]): „Jemand hat oder bekommt eine besondere Ansicht über diese oder jene Frage; flugs greift er zur Bibel und sucht nach einer Stelle, welche seine Gedanken unterstützen könnte. Er findet sie auch und ist ganz begeistert darüber. Niemand ist nunmehr imstande, diesen „Forscher" zu überzeugen, daß er nicht recht habe; denn in der Bibel steht's ja geschrieben."

Auch die adventistische Geschichtsforschung, die in den Dienst der Bibel gestellt wird, reiht sich würdig der Bibelerklärung an. Man läßt nicht objektive Geschichtsquellen sprechen, sondern arbeitet lediglich mit Ausschnitten aus Tendenzwerken glaubens- und kirchenfeindlicher Geschichtsdeuter. Ein wahres Musterbeispiel hierfür war der Vortrag: „Das Geheimnis enthüllt", der, nebenbei bemerkt, zum Generalthema „Fortleben nach dem Tode" wie die Faust aufs Auge paßte. Der eigentliche Titel hätte nämlich lauten müssen: „Der Sabbat der Juden oder der Sonntag der Christen, das Lieblingsthema der judaisierenden Christensekte." Daß bei dieser adventistischen Forschungsarbeit die katholische Kirche mit ihrem Oberhaupt schwer unter die Räder kommt, ist nicht zu verwundern.

Die Adventisten suchen ihr Evangelium heute nicht nur in die Städte, sondern auch in das entlegenste Dorf und ins letzte Haus zu tragen. Diesem Zwecke dient ihre großzügige Kolportage. Hamburg ist der Sitz der Internationalen Traktatgesellschaft. In ihren Schriftchen, die die adventistischen Kolporteure geschickt als „gut christliche" auch in die Hände gläubiger Katholiken und Protestanten zu spielen verstehen, wird der eigentliche Adventgedanke vorsichtig verschwiegen. Die in Bayern kolportierte Zeitschrift nennt sich „Herold der Wahrheit". (Durchschnittsauflage 125 000 Exemplare.) Diese Kolportage sichert den Adventboten reiche Geldmittel, die durch die Verpflichtung der Mitglieder, den „Zehent des jährlichen Einkommens" abzuliefern, in Millionen sich steigern. Beschränkten die Adventisten ihre Mission auf ihren Kreis, der allerdings verhältnismäßig klein gezogen ist, so könnte ihr Werk den Anhängern der christlichen Kirchen völlig gleichgültig sein. Dadurch aber, daß sie unter „christlicher Fahne" segeln und an Katholiken und Protestanten in Wort und Schrift besonders gerne herantreten und hier Verwirrung stiften, müssen auch die christlichen Kirchen durch Aufklärung ihre Mitglieder mit dem Treiben der Adventisten vertraut machen, um sie vor Schaden zu bewahren. Schon allein vom menschlichen Standpunkt aus sollten doch Leute, die stets die Worte „Wahrheit, Licht, Liebe" im Munde führen, so viel Liebe zu den Seelen besitzen, daß sie auf ihren Einladungszetteln und Schriften wie in ihren Vorträgen die Wahrheit sagen und das wahre Licht leuchten lassen darüber, daß ihre Veranstaltungen und Schriften im „Dunkel der Siebententags-Adventisten" stehen.

[1]) Ein aufklärendes Wort über die S.T.A. Berlin.
[2]) „Zionswächter" 1915 Nr. 14, S. 216.
[3]) „Zionswächter" 1916 Nr. 6, S. 96.

Allgemeine Kunstrundschau.

Die Ereignisse des Münchener Kunstlebens (auf dieses muß unsere Betrachtung diesmal in der Hauptsache eingeschränkt bleiben) gewährten in dem notgedrungen langen Zeitraume, der seit dem Erscheinen unserer letzten Kunstrundschau vergehen mußte, den Eindruck eines mit recht ungleichen Kräften vor einem schönen Hintergrunde aufgeführten Schauspiels. Die Tageskritik schenkte im allgemeinen gerade den besten Leistungen die geringste Beachtung, ohne mit diesem Schweigen Zustimmung ausdrücken zu wollen; voll gerecht wurde sie nur dem Hintergrunde, über dessen Bedeutung es freilich Verschiedenheit der Meinungen kaum noch geben kann.

Ihn bildeten Darbietungen der Kunst aus den Zeiten des 19. bis zurück zum 15. Jahrhundert. Die Herrlichkeit des Isenheimer Altares stellte alles übrige in den Schatten. Ein Meister ohnegleichen schuf ihn, ein Begnadeter, der an Tiefe der Empfindung den edelsten Geistern christlichen Glaubens zur Seite zu stellen, als Beherrscher künstlerischer Mittel unerreicht ist. In der Werkstatt eines bescheidenen Handwerksmannes entstand ein paar Jahrzehnte zuvor der geschnitzte und gemalte Klappaltar des fränkischen Dorfes Unterschlauersbach. Das kleine Werk, das infolge seiner beim Bayerischen Landesamte für Denkmalpflege vorbildlich ausgeführten Wiederherstellung kurze Zeit beim Kunstverein ausgestellt war, gab in seiner einfachen ländlichen Sprache Zeugnis davon, mit welcher Glut heiliger Begeisterung und welcher Kraft uralt gefestigten Könnens die Kunst jener Vorzeit durchdrungen war; auch in ihren schlichten, unbefangenen, herzensreinen Erzeugnissen übt sie Wirkungen, klärt, regt an, belebt und erhebt, wie es gar manches umfangreiche und anspruchsvolle Werk heutiger Zeit nimmer fertig bringt. Zu unseren vornehmsten Kulturpflichten wird auch in Zukunft die Pflege unserer alten Kunstdenkmäler gehören. Staat und Kirche sind ihre berufenen Hüter, aber allen gemeinsam gehört dieser kostbare Hort, und wir haben uns seines Besitzes durch eifernd besorgte, jederzeit opferwillige Tatbereitschaft würdig zu zeigen. Die Arbeit der Denkmalpflege hat mit Recht auch der im Dezember in München entstandene „Rat der bildenden Künstler“ unter seine Pläne aufgenommen; er will — und ist damit durchaus auf dem richtigen Wege — dauernd Wertvolles und Unersetzliches sorgfältig erhalten, ohne das brauchbare Neue in seiner Entwicklung zu hindern und ohne durch zu weitgehendes Herstellen die Echtheit des Alten zu verschleiern und zu fälschen. Bayern hat, was Denkmalpflege betrifft, nur nötig, weiter zu arbeiten wie bisher; es steht hiermit ohnehin ganz vornan. Lebhaft anzuerkennen ist auch der Eifer, den man in dieser Beziehung jetzt in Tirol entwickelt. Die dort ausgegebenen (leider nur noch zu seltenen) Heimatsschutzberichte zeugen von zielbewußter, fein verständnisvoller Arbeit, die nicht verfehlt, allmählich ihre guten Wirkungen beim Volke geltend zu machen. Kirchliche und weltliche Kunst, zumal die Architektur, finden hierbei gleichmäßige Berücksichtigung. Uebrigens gibt auch die Entwicklung der politischen Verhältnisse mit der zu vermutenden Abtrennung von Teilen des deutschen Südtirols betreffs des Schicksals der aus diesem Gebiete während des Krieges in Sicherheit gebrachten Kunstwerke, deren Auslieferung sicher verlangt werden würde, zu Besorgnissen keinen Anlaß, da auch die italienische Denkmalpflege, wenn gleich der deutschen und österreichischen nicht ebenbürtig, doch immerhin nicht tatenlos ist.

Was bei uns die Behandlung der aus fürstlichem in Volksbesitz übergehenden Schätze alter Malerei, Bildnerei, Goldschmiedekunst usf. betrifft, so ist sie — Ruhe der Entwicklung vorausgesetzt — keinem Zweifel unterworfen. Nicht wenigen dieser Kunstdenkmäler wird der Wechsel ihrer Besitzer dazu verhelfen, weiteren Kreisen überhaupt erst bekannt zu werden. Ueber dem allen freilich schwebt als Damoklesschwert die bei den Gegnern unter Aufgebot unwissenschaftlicher und unmoralischer Gründe eifrig erörterte gewaltsame Entführung bedeutendster Kostbarkeiten aus den Galerien von Berlin, Dresden, Kassel, München, Köln, Wien usw. Im Rheinlande erscheint außer dem Besitze an alter Malerei auch der an Kostbarkeiten der Edelschmiedekunst bedroht — man denke an den Schatz herrlichster rheinischer Reliquienschreine! Ob es mehr als etwaige Gelegenheitsdiebstähle hindern kann, wenn man diese Sache ins Innere Deutschlands überführt (wie man es mit den besten altkölnischen Bildern schon getan hat), ist billig zu bezweifeln. Wie sehr der Gedanke an diese schmutzige Art sich zu bereichern allen einleuchtet, die es bei moralischem Tiefstande schlecht mit uns meinen und denen auch Dinge, wie z. B. die Verwirrung der Wissenschaft, die Störung der Geisteskultur und dergleichen keinerlei Kopfzerbrechen verursachen, das zeigt der Beifall, den jene Anregung außer in Frankreich auch in Ungarn, Polen, Italien und anderswo gefunden hat. Dezentralisation ist der Erziehung der Völker zur Kunst förderlich, aber diese ihr zugedachte Form muß den Widerspruch nicht nur jedes anständigen, sondern auch jedes vernünftig überlegenden Menschen herausfordern. Und darum möchten wir vielleicht noch nicht alles verloren geben.

Aeltere Kunst, denn unsere Zeit lebt schnell, war es auch, die uns in mehreren Münchener Ausstellungen anregende und erfreuliche Rückblicke auf Leistungen der letzten 60 Jahre gewährte. Einer der ausgezeichnetsten Vertreter der alten ruhmreichen Münchener Landschaftsmalerei, Joseph Wenglein, ist uns Ende Januar durch den Tod hinweggenommen worden. Er war 1845 in München geboren. Als Schüler des vortrefflichen Lier hielt er, bis zu seinem Ende jugendfrisch, feurig und selbständig, von inniger Liebe zur ernsten, hoheitsvollen Natur seiner oberbayerischen Heimat erfüllt, an den Grundsätzen der Ehrlichkeit, Wahrheit und Schönheit fest, denen sein Lehrer und dessen Mitstrebende die Dauer ihrer Erfolge verdankten. Die Bedeutung dieser alten Münchener Landschaftsmalerei, der die neue nicht ebenbürtig ist, wurde gerade um die Wende des Jahres durch drei überaus beachtenswerte Ausstellungen in der Graphischen Sammlung der Münchener Neuen Pinakothek nach allen Richtungen klar gestellt. (Die zweite bot ausschließlich Schöpfungen des großen Stilisten Karl Rottmann, † 1850.) Gleichzeitig brachte die Münchener Verlagsanstalt Braun & Schneider mehrere höchst anziehende Ausstellungen von Originalzeichnungen, deren Nachbildungen Jahrzehnte hindurch in den „Fliegenden Blättern“ erschienen sind. Berühmteste waren unter der großen Schar: Franz Pocci, M. v. Schwind, W. Busch, W. v. Diez, A. Oberländer, F. v. Stuck, C. Becker-Gundahl. Viele verdanken den „Fliegenden“, daß ihr Talent überhaupt entdeckt und zur Geltung gebracht wurde.

So sah der Hintergrund aus, vor dem neue Kunst ungleichartige Leistungen darbot. Von den erziehlichen Kräften der älteren Schulen sucht nur ein Teil des neuen Geschlechtes, der sich der Bedeutung der Tradition bewußt hält, Nutzen zu ziehen. Die übrigen erhoffen Fortschritt und Gedeihen von der Einbildung, Nichtdarstellbares, Uebersinnliches mit sinnlichen Mitteln darstellen zu können, ohne zu begreifen und am Aussehen ihrer Leistungen sich zu überzeugen, daß dergleichen notwendig zur Unvernunft führt. Andere, die sich mit tiefsinnigen Erwägungen nicht abgeben, begnügen sich und finden Anhang bei den Snobs mit den Werken ihrer Zuchtlosigkeit, ihres Nichtkönnens. Die Aussichten der im Juli im Münchener Glaspalast stattfindenden Ausstellung, bei der keine Jury walten soll, sind daher trübe genug. Sie wird kaum dazu dienen, den Ruf der Münchener Kunst im alten Ansehen zu erhalten und damit die Verkäuflichkeit ihrer Erzeugnisse zu fördern. Und doch wäre dies unter den jetzigen Verhältnissen dringender denn je zu wünschen als eine der wenigen Möglichkeiten, mit der übrigen Welt in alter ersprießlicher Art weiter zu verkehren. Gerade die Werke der Tafelmalerei, der Graphik, der Bildnerei haben hier eine Aufgabe zu erfüllen; ihre volkswirtschaftliche und soziale Wichtigkeit ist gar nicht hoch genug anzuschlagen. Diese Erkenntnis spricht sich auch in der Gründung neuer Künstlervereinigungen aus, die, wie der „Feldgraue Bund“ (der eine nicht ausgeglichene, aber in Einzelheiten tüchtige Ausstellung veranstaltete), darauf ausgehen, den vom Kriege heimgekehrten Künstlern neue Daseinsmöglichkeiten zu sichern. Unsere Kunst wird in der neuen Zeit ganz wesentlich auf das Interesse der Privatpersonen angewiesen bleiben, große, wohl gar monumentale Aufgaben nach dem Ausscheiden fürstlicher Aufträge aber nur von der Kirche erhoffen können in den Fällen, wo dieser die nötigen Mittel aus privatem Antriebe zur Verfügung gestellt werden.

Daß jene Kunst, die sich der Gestaltung christlicher Gegenstände widmet, nicht ungeteiltes Vertrauen genießt, das liegt zum Teil daran, daß die Anhänger der neuesten Richtungen gerade sie sich zum Opfer ihrer Ueberspanntheiten, bei denen Form und Inhalt nicht zusammenpassen, auserwählen, Werken, die mit dem christlichen Volksempfinden wie mit den Anforderungen der kirchlichen Möglichkeit nichts zu tun haben, ja zum Teil geradezu blasphemisch sind. Die Ehrlichen unter diesen übermodernen Künstlern suchen nach neuen Wegen der christlichen Kunst. Gefühl und Vernunft sagen aber, daß die jetzt eingeschlagenen verkehrt sind. Ich denke u. a. an die technisch, wie namentlich auch inhaltlich abzulehnenden Malereien des Expressionisten Joseph Eberz. Sie rechtfertigen die ihm zuteil gewordenen harten Urteile.

Dem gegenüber bietet die auf der rechten Ueberlieferung begründete, vom echten christlichen und volkstümlichen Geiste durchdrungene christliche Kunst Leistungen, die schon darum erfreuen, weil in ihnen ersichtlich zukunftfördernde Fähigkeiten sich entwickeln. Die starke Bewegung aufwärts kann kein Sehender und Gutwilliger mehr leugnen wollen. Die Kürze oder das Schweigen einer Tageskritik ändern daran nichts.

Deswegen bleiben doch die Ergebnisse des Wettbewerbes für die Kriegsgedächtniskirche in Nürnberg oder für die Martinskirche in Moosach, oder desjenigen, mit dem die „Deutsche Gesellschaft für christliche Kunst“ zu Entwürfen für eine Amtskette der Bonner Fleischerinnung anregte, bedeutsam und erfreulich. Zur Ehre gereicht es der Münchener christlichen Kunst auch, daß einer der Ihrigen, der Architekt L. Welzenbacher, beim Wettbewerbe für die Friedenskirche zu Innsbruck Sieger blieb. Groß war die Zahl ausgezeichneter Werke der christlichen Malerei und Bildhauerei. Dabei zeigte sich in erfreulicher Weise die Wirkung des Aufschwunges der Herz Jesu-Verehrung. Einen solchen Altar für Bonn schuf G. Busch; Gemälde dieses Inhaltes waren von G. Kau und K. Schleibner. Einen hl. Kreuzweg von hervorragendsten Eigenschaften malte G. Fugel für Stuttgart. Einen zweiten hochmonumentalen hat X. Dietrich für die Hofkirche zu Dresden begonnen. Schnitzereien von K. Kuolt, Altarmalereien von Becker-Gundahl und von Schleibner, prachtvolle Goldschmiedewerke (Monstranzen) von J. Seitz, freundliche Weihnachtskrippen voll echt deutscher Empfindung von J. Bachlechner im tirolischen Hall reihten sich würdig an. Vieles andere muß hier übergangen werden. Jawohl, trotz allem: Unsere christliche Kunst kann viel und wird noch mehr können. Nur nicht von der Luft leben. Aufträge braucht und verdient sie!

Dr. O. Doering.

Ergebung.

Auf seiner Stirne Furchen tief und krumm,
Ein Dulder ruht im Schlafe still und stumm.
Gleich einer bleichen Hand, wie zugegossen,
Die Wimper hält das Auge festverschlossen,
Als will die Nöten sie der Nacht verhüllen,
Die bis zum Rand bei Tag die Seele füllen.
Nur eine Trän' im Augenwinkel wacht,
Kühlt sich den Gram, den drin sie mitgemacht;
Ist an der Wange dann herabgeronnen
Ganz langsam, hin und her, in sich versonnen,
Zu schauen, ob da drinnen noch nicht heilt
Das Bluten, während sie heroben weilt.
Beim müden Munde schauert sie und steht;
Ein Zucken durch die herben Lippen geht;
Ein Seufzer hebt aus tiefem Seelenschacht
Das Wort, das lange schon da drunten wacht:
„Wie du es willst, soll alles bei mir werden,
Dein Wille sei im Himmel und auf Erden!"

Die Träne küsst den Mund vor Rührung trunken
Und ist aufs weisse Kissen hingesunken.

Martin Mayr.

Ein Vorkämpfer für Volkswohl und Volksgesundheit.

In seinem neuesten, tiefernsten Werke „Geburtenrückgang und Sozialreform" schreibt Prof. Dr. Hitze (Münster i. W.): „Wer es vermöchte, unser Volk zur Nüchternheit zu erziehen, würde ihm einen gewaltigen Zuwachs an Lebenskraft, Wohlstand, Zufriedenheit und Familienglück bringen und eine neue, auch kinderreichere Zukunft unseres Volkes begründen". (S. 14.) Mit allem Nachdruck wird unter den Ursachen, welche in erster Linie zum Niedergang des deutschen Familienlebens beigetragen haben, der Alkoholismus genannt. Bei den Mitteln zur Besserung wird an allererster Stelle auf die „Beschränkung des Alkoholgenusses" (S. 40) hingewiesen.

Aus ähnlichen Erwägungen heraus arbeitet in Süddeutschland seit 10 Jahren Anton Hessenbach unermüdlich in Wort und Schrift für die Verbreitung des Nüchternheitsgedankens. Als Kemptener Kaplan schrieb er ums Jahr 1912 die Broschüre: „Um der Kinder willen — Vätern und Müttern zu Herz und Gewissen". Kreuzbündnisverlag, Heidhausen, 50. Tausend (10 Pfg.). Das trefflich ausgestattete Schriftchen war als Einführung der Eltern in die Bestrebungen des Schutzengelbundes gedacht. Einleitend weist der Verfasser auf die tieferuste Tatsache hin, daß in Bayern von den 221 000 Kindern, welche in einem Jahre (1910) geboren wurden, über 44 000 an Lebensschwäche oder angeborenen Bildungsfehlern wieder sterben. Von den überlebenden bleiben viele kränklich, so daß bis zu 15 Jahren noch fast 14 000 Kinder sterben müssen. Dieses angeborene Kinderelend sei meistens ein entsetzliches Erbstück vom Vater, wenn er bis zur Eheschließung regelmäßig viel oder öfters zu viel getrunken hat. Oder es ist ein Erbteil von der Mutter, die gerne Bier oder Wein getrunken, besonders in der verantwortungsvollen Zeit, da sie auf ihr liebes Kindchen gehofft und in dem Jahre, da sie es freudevoll selbst genährt hat. So geht seine eindringliche Forderung dahin: die Eltern selber mögen nüchtern sein und möchten auf absolut alkoholfreie Jugenderziehung bedacht sein.

Dabei dachte Hessenbach nicht bloß an die Volksschuljugend, sondern auch an die Jünglinge an den höheren Schulen, die einst Führer des Volkes werden sollen und deshalb (ganz abgesehen von den gesundheitlichen Gründen) aus sozialen Rücksichten den sinnlosen Alkoholgenuß vermeiden sollen. Für diese Mittelschüler also schrieb Hessenbach die flammende Broschüre: „Was fordert die Zeit vom Studenten?" (15 Pfg.). Die Auflageziffer von 50 Tausend besagt uns genug.

Bald darauf trat der Leiter des Sekretariats sozialer Studentenarbeit, Dr. Karl Sonnenschein, an ihn heran mit der Bitte, für die Studierenden an der Hochschule und für die Gebildeten überhaupt eine Broschüre zur Förderung der Nüchternheit zu schreiben. So erschien 1914 Heft 10 der Flugschriften des Sekretariats sozialer Studentenarbeit, „Anton Hessenbach: Vom Trinken" (15 Pfg.). Des Verfassers Ausführungen gehen dahin: „Es bleibt eine Torheit, sich das Joch des unsinnigen Trinkens aufzuzwingen, sich dadurch seinen Organismus vergiften zu lassen. Und die Folgen? Nervosität, Arbeitsunlust, Arbeitsunfähigkeit, wo Gesunde in der Vollkraft des Mannesalters stehen! Und vielfach welche Nachkommenschaft! ... Unsere Pflicht ist das: Wir müssen darin unsere Ehre suchen, daß keine Korporation mehr irgend jemand zwinge, Alkohol zu trinken."

Auch an die breiten Schichten des Volkes wußte Hessenbach mit seinen werbenden Gedanken, welche lediglich auf allseitige gesteigerte leibliche wie seelische Wohlfahrt gerichtet waren, heranzukommen. So schrieb er eindrucksvolle, volkstümliche Artikel über die Schäden des Alkohols in dem vielgelesenen „Regensburger Marienkalender". Daneben behandelte er die Alkoholfrage vom pädagogischen Standpunkt aus im „Pharus" (Donauwörth).

Eben im Verlag der Auerschen Buchhandlung (Cassianeum) zu Donauwörth erschien auch 1918 die sehr beachtenswerte Schrift: „Bayerns Stolz und Bayerns Elend. Ein Aufruf an unsere Aerzte, Juristen, Lehrer, Priester und Volksvertreter" (60 Pfg.). Bayerns meistgerühmte Industrie verschulde sein größtes Elend. Unter den Abschnitten „Menschenopfer", „Die armen Kinder" und „Der Frauen heiße Tränen" führt er uns an der Hand der Statistik und der Fürsorgehäuserberichte ein geradezu erschütterndes Tatsachenmaterial vor Augen. In zwei weiteren Abschnitten beantwortet er die Fragen: „Sind die Alkoholgegner Feinde des Vaterlandes?" — „Vernichtet man so die bayerische Landwirtschaft?" — Er bittet die Volksvertreter, auf dem Wege der Gesetzgebung u. a. dahin zu wirken, daß erstens das Volk und namentlich die Jugend über die volksvernichtenden Schäden des Alkoholmißbrauches belehrt werde, zweitens, daß das Schankkonzessionswesen neu geordnet und daß die auf konfessioneller Grundlage errichteten Trinkerheilstätten staatlich unterstützt werden. Auf alle diese Vorschläge ist neuerdings wieder Prof. Dr. Hitze (Geburtenrückgang und Sozialreform) zurückgekommen. In einer Zeit, da auch die Frauen, welche oft (unverschuldet!) am meisten unter den Folgen des Alkoholismus zu leiden haben, an der Gesetzgebung teilnehmen dürfen, möge die genannte Schrift Hessenbachs besonders empfohlen sein!

Im Herbst 1914 wurde dem Kemptener Stadtkaplan ein Benefizium zu Langerringen bei Augsburg übertragen. Gerade von dieser Zeit an leistete er mit seiner fleißigen Feder besonders wertvolle Arbeit. Er schrieb Artikel für den „Quickborn", das Organ der abstinenten Mittelschüler, sowie die vornehm ausgestattete Broschüre „Goldene Freiheit, sei mir gegrüßt! Eine Aussprache mit unseren Akademikern". Verlag von Natur und Kultur, München (40 Pfg.). Bald darauf folgte „Die Front", zwanglose Blätter für die Lehrer und Lehrerinnen des Kreuzbündnisses, Vereins abstinenter Katholiken, Kreuzbündnisverlag, Heidhausen (jährlich 1 M.). — Unterdessen war der Krieg ausgebrochen. Mit seiner weitreichenden Fürsorge und mit seinem Verantwortlichkeitsbewußtsein dachte Hessenbach an die vielen Tausend Burschen und Männer, welche in den Garnisonen und in der Etappe großen Gefahren bezüglich ihrer Ehre, ihrer Gesundheit und ihrer Familien (Geschlechtskrankheiten!) entgegengingen. Für sie schrieb er den ergreifenden Feldbrief „Siegreich und doch geschlagen", Selbstverlag (25 Pfg.) 11. Aufl., 56 Tausend, der mit seinem vornehmen Takt wie mit seiner ernsten Eindringlichkeit vom seelsorgerischen wie vom volkserzieherischen Standpunkt aus als ein Meisterstück anzusprechen ist. Trotz aller Betonung der Nüchternheit tritt uns Hessenbach hier nicht so fast als Abstinenzapostel, denn vielmehr als zielbewußter Förderer des Familienwohles entgegen.

Seine Beschäftigung mit der Alkoholfrage hatte ihm in steigendem Maße wertvolle Fähigkeiten gegeben, im Sinne einer positiven Familienpflege zu arbeiten. Es sei hingewiesen auf seine weitere Schrift: „Sind wir machtlos gegen diesen Völkermord?" Eine nationale Frage an die Völker deutscher Sprache, eine Gewissensfrage an die Brautleute und Eheleute! Huttler, Augsburg (40 Pfg.). In der ev. „Dorfkirche" (Berlin SW 11, Landbuchhandlung) fragt ein Rezensent: „Gibt es wohl eine ähnliche Schrift (gegen den Mißbrauch der Ehe!) aus der Feder eines Protestanten? Wenn nicht, dann muß sie geschrieben werden!"

Einige Zeit darauf wurde A. Hessenbach durch das bischöfliche Ordinariat zum Jugendfürsorgesekretär für die Diözese Augsburg berufen. Bei den vielen Bureauarbeiten und Dienstreisen blieb ihm in dieser Stellung leider nur wenig Zeit für schriftstellerische Arbeiten übrig. Und doch konnte er gerade jetzt das dunkle Geheimnis noch näher kennen lernen, das mit seinen unseligen Auswirkungen wie ein schrecklicher Fluch über so vielen Familien lastet: Den Alkoholismus und die damit verbundene Entfesselung der sinnlichen Triebe. Er erkannte, daß auf diese Weise schon Tausende von Ehen verwüstet wurden und daß so die riesengroße Geheimbruderschaft der kranken und um ihr Familienglück betrogenen Frauen entstanden sei. So legte sich ihm der Gedanke einer zeitgemäßen Ehereform und eines Mutterschutzes im Sinne des Christentums nahe. Kürzlich gab er auf vielseitiges Drängen — der um die Mütterseelsorge und Familienpflege hochverdiente P. Sädler, Leiter des Erzbischöfl. Missionsinstituts Freiburg, erklärte sich mit den Bestrebungen freudig einverstanden — das Werkchen heraus: „De usu matrimonii". Ein Eheideal und sein Segen für Mutter und Kinder" (1.20 M.), Selbstverlag, Augsburg F. 145. Die Schrift, welche auch von positiven christlichen Aerzten, z. B. von Dr. med. Hermann Paull (Karlsruhe) freudig begrüßt wurde, stellt mit ihrem tiefernsten Tatsachenmaterial und ihren hohen idealen Forderungen ohne Zweifel den Höhepunkt der von A. Hessenbach bis jetzt geleisteten Arbeiten dar und enthält sehr beachtenswerte Gedanken

zur Hebung und Neubelebung der deutschen Familie. Hirscher schrieb einmal: „Die Kultur eines Volkes ist genau so wie sein Begriff von der Ehe."

Möge es dem sozialfühlenden Manne möglich sein, in vorbeugender Arbeit Tausende von Menschenkindern vor Sünde und Krankheit, vor Tränen und Jammer zu bewahren! Für den guten Arzt ist es sogar eine größere Kunst, einer Krankheit vorzubeugen, als dieselbe in mühsamer Operation nachträglich langsam wieder zu beseitigen! J. Illerfeld.

Vom Büchertisch.

Paz, Prinzessin Ludwig Ferdinand von Bayern, Infantin von Spanien: **Aus meinem Leben,** Eindrücke. München, Georg Müller. Pr. geb. 4.50 M, Luxusausgabe mit handschriftlichen Namenszügen 60 M. Der Hinterbliebenenfürsorge des bayer. Reserve-Infanterie-Regiments Nr. 1 gewidmet. — Die hohe Autorin ist als solche in ihrem Vaterlande längst weit bekannt und beliebt. Auch in Deutschland bot sich mehrfach Gelegenheit, den Reiz dieser offenklaren, gemüt- und einsichtsreichen Darstellung voll Beobachtungssicherheit, unbefangener Wahrhaftigkeit und zielfester Herzenswärme kennen zu lernen. Das vorliegende Buch gewinnt nicht zuletzt durch seine vornehme Anspruchslosigkeit, durch seine schlichte Unmittelbarkeit. Besonders die Bayern werden sich des mitten aus persönlichem Leben gegriffenen Inhaltes, der schon die Spanier durch die Glut der darin bekundeten Vaterlandsliebe entzückte, aufrichtig freuen, gewährt er doch auch tiefe Einblicke in der Prinzessin Familienglück, in ihre innigen Beziehungen zur bayerischen, zur deutschen Heimat. So möge denn auch dieses liebe Buch, dem das Bildnis der Verfasserin und eine Reihe anderer Illustrationen beigegeben wurde, die Wahrheit dartun, daß auch auf und ganz nahe dem Throne edle Herzen in vollbewußter Zugehörigkeit zur großen Volkseinheit schlagen. E. M. Hamann.

Karl Bienenstein: Seelen, die heimgefunden. Innsbruck-München, Tyrolia. 217 S., kart. 3 M. — Bienensteins eigene Seele hat „heimgefunden". Ein tüchtiger Erzähler war er immer, aber ihm fehlte die Tiefe christlicher Anschauung. Zu der ist er nun — vielleicht, wie so manche, infolge des Krieges — vorgedrungen, und seine Darstellung zeigt eine Gepräqswandlung zu psychologischem Feinsinn, die wir warm begrüßen dürfen. Das Büchlein selbst, von lyrischem Anhauch, gibt sich als verschiedenwertig, immer aber, in den vier Erzählungen: „Heimkehr", „Blühender Lorbeer", „Feldzug der Seele", „Vor dem Christbaum", als dichterisch und ethisch wertvoll. Es leuchtet in Tiefen ewiger Wahrheit wie in Untiefen und Abgründe der „Welt" genannten tyrannischen Unwahrheit. Es zeigt Wege zum Licht, Abwege zur Finsternis. Es ist reich an rückhaltlosem Sich-Versenken in die Größe und Schönheit der Natur- und Menschenseele. Es hat den Gefühlsechten, den wirklich Empfänglichen etwas zu sagen, manchem gewiß viel oder sogar sehr viel. Ich persönlich schaue nun doppelt gespannt aus nach dem „gewandelten" kraftvoll epischen Gestalter Karl Bienenstein. E. M. Hamann.

Joseph Winckler: Ozean. Des deutschen Volkes Meeresgesang. Jena, Eugen Diederichs. Gr. 8° 150 S. 5 M. — Ein in dieser Art noch nie dagewesener Sang des elementaren, gewaltigen Aeußerlichen, das auch elementar-gewaltig wirkt unter der zügelnden, zielbestimmenden Hand des erfindenden und nun um Sein oder Nichtsein kämpfenden Menschen: des Deutschen, des deutschen Volkes, in seinen Söhnen auf dem sturm-, dem krieggepeitschten Meere. Hinter dem seltsamen Sang steht der seltsame Sänger: in seiner glühenden, wie die Wellen des Meeres hochaufbrandenden Vaterlandsliebe. Nicht alle werden diese Schöpfung lieben können, aber den Eindruck verfehlen wird sie nie, ob so, ob anders — sie steht und lebt —, niemand wird an dem „leben" zweifeln wollen. E. M. Hamann.

Der apostolische Stuhl und der Wiederaufbau des Völkerrechts und Völkerfriedens. Von Dr. Johann Sägmüller, Prof. des Kirchenrechts. 8° VIII u. 120 S. M 3.80. Freiburg, Herder 1919. Im Rahmen der im Auftrag der Kommission für christliches Völkerrecht herausgegebenen Beiträge zum Wiederaufbau der Rechts- und Friedensordnung der Völker muß auch eine Darlegung Platz finden, welche die Stellungnahme des apostolischen Stuhles zur Riesenaufgabe der Erneuerung dieser Grundlage wahrer Völkerwohlfahrt zeigt. Dies um so mehr, als zumal die Friedensbestrebungen Benedikt XV. nicht nur falsche Deutungen, sondern offene gehässige Angriffe auslösten. Sägmüller erweist ihnen gegenüber die juristische Stichhaltigkeit, die völkerrechtliche Bedeutung des Friedensprogramms Benedikt XV. An der Hand zahlreicher wichtiger Belege wird der durch den Weltkrieg heraufbeschworene Zusammenbruch des Völkerrechts beleuchtet, dann zurückgreifend die stets erneuerten Bemühungen der letzten Päpste um eine tragkräftige Grundlage für Völkerrecht und Völkerfrieden dargelegt und endlich in umfassender Weise das Friedensprogramm des apostolischen Stuhles im Zusammenhalt mit anderen Friedensbestrebungen erörtert. Ein ausführliches Verzeichnis zeugt für den reichen Inhalt des Bändchens und erleichtert die Verwertung des dort gebotenen weitschichtigen Stoffes. O. Heinz.

Hirtenbriefe des deutschen Episkopates 1918. 8° VIII u. 257 S. M 3.60. Paderborn, Junfermann. Als achter Band der Sammlung von Hirtenbriefen des deutschen Episkopates liegen die anläßlich der Fastenzeit 1918 erlassenen Hirtenschreiben vor. Erneut sind darin die wichtigsten, das religiöse Leben und seine Grenzgebiete betreffenden Gegenwartsfragen von hoher Warte und mit dem ganzen Gewicht des bischöflichen Amtes behandelt. Einen starken Einschlag bildet der Hinweis auf den jetzt so mannigfach erschütterten Jenseitsglauben; nachdrücklich ist die Erneuerung der christlichen Familie betont, ebenso unsere Pflichten im Kampfe um die Schule, die Gegenwartslage des apostolischen Stuhles; eine willkommene kurze Einführung in das Verständnis des neuen kirchlichen Gesetzbuches ist geboten. Auch der Gesamthirtenbrief der Erzbischöfe und Bischöfe Deutschlands vom Allerheiligenfeste 1917 mit seinen Richtlinien für die Friedensarbeit ist aufgenommen. Wiederum faßt ein ziemlich einläßliches Sachregister den reichen Inhalt dieser oberhirtlichen Kundgebungen zusammen und erleichtert ihre Verwertung. O. Heinz.

Bühnen- und Musikrundschau.

Neues Theater. Mancherlei geplante Neuheiten, die uns angekündigt waren, sind durch die von den allgemeinen Zuständen verursachten theaterlosen Abende zurückgestellt worden. Dafür brachte die Bühne eine gute Aufführung von „Maria Magdalena", die einen starken Eindruck hinterließ. Vielleicht war es die Tragik Meister Antons, der „die Welt nicht mehr versteht", welche den äußeren Anlaß zur Wahl dieses Stückes gegeben hat. Professor Freytag liebt es ja, uns schon eine Reihe von dramatischen Werken aus neue Ideen formenden Zeiten darzubieten. Das bürgerliche Trauerspiel Friedrich Hebbels trägt übrigens die gleiche Jahreszahl, wie der jüngst uraufgeführte „Gelehrte" Gustav Freytags, des älteren, 1844. Was „Maria Magdalena" aber so lebendig erhalten hat, ist, daß es sich, um mit Hebbel selbst zu sprechen, des Scheltens enthält. Der Dichter bleibt der Fabel gegenüber, zu der die Geschehnisse in einem Münchener Handwerkerhause dem literarisch sein Leben mühsam fristenden Studenten „das grobe Garn" geliefert haben, durchaus gestaltender Künstler, ohne mit billigen Tiraden gegen einen starren, väterlichen Autoritätsbegriff, der sich in dem alten Tischlermeister verkörpert, loszuziehen. Man vergleiche das Stück mit ähnlichen, die ihre Tendenz auf der Stirne tragen und die gerade in den Stellen hohl und veraltet klingen, bei denen der Resonanzboden des „Aktuellen" einst ihre Wirkung verstärkt hatte. An guten, ja vortrefflichen Aufführungen dieses Trauerspieles hat es hier nie gefehlt. Die älteren Theaterbesucher erinnern sich noch einer Vorstellung im Schauspielhause, die einst den großen Ruf der gerade „entdeckten" Irene Triesch mitbegründete. Unser Hoftheater hatte zu vielen Zeiten sehr schöne und stilgemäße Aufführungen der „Maria Magdalena"; vor allem ist mir da Schneider und seine Tochter, die beiden früh verstorbenen, als „Anton" und „Klara" in Erinnerung. Das „Neue Theater" unter Schreiners tüchtiger Spielleitung hat auch den durch Vergleiche verwöhnteren Zuschauer befriedigen können. Nesselträger, wohl die umfassendste Begabung dieser Bühne, wußte als Meister Anton zu ergreifen und Frl. Holsten verlieh der Titelrolle Züge unmittelbaren Empfindens. Auch die Gestalt des rücksichtslosen, treulos-selbstischen Liebhabers trug Farbe des Lebens, während die Figur des braven, biederen etwas matt blieb. Daß Hebbels Drama kein Kinderstück ist, solche Binsenwahrheiten zu betonen, sollte überflüssig sein. Der aufmerksame Theaterbesucher gewinnt aber den Eindruck, daß beim Publikum der richtige Maßstab immer mehr abhanden kommt.

Uraufführung in den Kammerspielen. „Eifersucht", Drama von M. Artzibaschew, deutsch von E. Schiemann, hatte eine geteilte Aufnahme. Einige zischten, da ihnen der Beifall zu laut war, und dann wieder gab es Applaus, der sichtlich lediglich eine Korrektur gegen das Zischen darstellen sollte. Schriftsteller sind in ihren Büchern viel interessanter als im Leben. Sie sitzen zu viel am Schreibtisch und überlassen ihre Frauen der Langweile. So ungefähr äußert sich die schöne Jelena N. Kalajewna, die deshalb mit allen möglichen Männern flirtet. Während eine andere Dame ihrer Bekanntschaft ihrem Manne fortgesetzt die Treue bricht, spielt sie nur mit ihren Verehrern und peitscht deren Leidenschaften zu hellen Flammen an. Langsam wächst der Argwohn, steigert sich die Eifersucht ihres Mannes, der sich immer wieder beruhigen läßt, weil er wünscht, daß sie unschuldig sei. Am Ende freilich spricht der Augenschein zu deutlich und er erwürgt sie. Wir sind nicht gewohnt, unser Mitleid zu verschenken, sagt Lessing. In der Tat, dieses frivole Spiel mit der Liebe mag unser Mitleid nicht zu wecken, was eine Leidenschaft kann, auch wenn wir sie ethisch mißbilligen. Ida Roland, die als Jelena gastierte, ist eine interessante Schauspielerin, die alle Schwankungen dieses tragisch endenden Flirts mit Meisterschaft zur Erscheinung brachte. Das erschien uns als das Positive dieses Theaterabends. Die Handlung verläuft episch, statt dramatisch. Man raucht, trinkt, philosophiert und lächelt, erst im Kaukasus und dann in Rußland, und wenn man im Publikum über das weibische Heulen unglücklicher Liebhaber lacht, so mag dies „Aestheten" ärgern. Uns freut, daß noch nicht alle Grenzpfähle des Empfindens eingerissen sind.

Theater am Gärtnerplatz. Scribe, der Theaterbeherrscher langer Jahrzehnte, bietet heute noch eine Fundgrube für Textdichter. In der „Frauenlist", der hübschen Oper unseres Münchener Kapellmeisters Röhr, hat sein „Damenkrieg" die textliche Anregung gegeben. Auch in der Operette „Inkognito" ist die Fabel verwendet, in der ein Edelmann, als Kammerdiener verkleidet, durch Frauenlist vor den Verfolgungen der bonapartistischen Häscher geschützt wird. Natürlich fehlt dem Textbuch der Herren K. Kraatz und R. Keßler nicht der derbere Ausputz der Operettenscherze, aber die Handlung ist für dieses Genre doch ganz vernünftig und geschickt geführt. Rud. Nelson schrieb die Musik, besonders Walzer und Märsche, die angenehm klingen, ohne sonderlich originell zu sein; geschickt und wirksam ist die Instrumentierung. Mit Geschmack einstudiert, wird man das Stück mehrere Wochen lang spielen können.

Eröffnung des Schauspielhauses. Fast einen Monat später als geplant, wurde das Schauspielhaus, das nun Hermine Körner, die hervorragende Schauspielerin, leitet, neueröffnet. Die Ungunst der Zeiten ließ die Erneuerungsarbeiten nur langsam gedeihen. Der Charakter der Riemerschmiedschen Innenarchitektur ist gewahrt geblieben, nur hat man ihre herbe Strenge durch wärmere Farben zu mindern

versucht. Wichtiger ist der Einbau des Rundhorizontes, der für das Bühnenbild reichere Möglichkeiten bietet. Als Eröffnungsvorstellung hatte Frau Körner — von Mozarts Zwischenmusik umrahmt — ein Märchenspiel Raimunds, „Die gefesselte Phantasie" gewählt. Diese Wahl bewies, daß Frau Körner ihre Bühne nicht lediglich der modernen Dichtung dienstbar machen, sondern auch an die Traditionen guter volkstümlicher Kunst anknüpfen will. Die Bühnenbilder, entworfen von L. Henry, besonders diejenigen mit dem Blick ins Weite, waren von hohem malerischem Reiz und vermieden sowohl die verwirrende Fülle von Einzelheiten als anderseits die Nüchternheit der Stilbühne. Auch die Regie Frau Körners trug in der Anordnung der Gruppen diesen malerischen Wirkungen Rechnung. Neben der Eurhythmie des Griechentums, das Frau Körner (Hermione) glanzvoll verkörperte, und der Komik der volkstümlichen Figuren blieb das Märchenhafte vielleicht minder betont. Die Vorstellung stand in diesem Sinne Reinhardt näher, als altwiener Volkskunst. Die Darstellung war dennoch stark genug, das anfänglich von politischen Gerüchten etwas abgelenkte Publikum völlig in das Reich der Phantasie hinüberzuziehen. Neben bewährten Kräften sah man auch verschiedene neue Schauspieler, auf die bei anderen Anlässen noch eingegangen werden soll. Das ausverkaufte Haus feierte Frau Körner durch endlose Hervorrufe. Mögen ihrem künstlerischen Unternehmen günstige Sterne leuchten! L. G. Oberlaender, München.

Requiem von Markus Koch. Der Münchener Bezirkslehrerverein ließ in christlicher Pietät für seine gefallenen Kollegen einen feierlichen Trauergottesdienst abhalten. Der Charakter des Außergewöhnlichen, der dieser Feier an und für sich schon zukam, wurde noch gehoben durch die prächtige Uraufführung eines Werkes des Münchener Lehrerkomponisten M. Koch. Die Zeiten und Kreise, die Rheinberger als unkirchlich ablehnen zu müssen glaubten, sind wohl endgültig dahin. Rheinbergerstil im besten Sinne des Wortes, jedoch die Schritte eines durchaus Selbständigen und Fortschreitenden. Namentlich was Orgelbehandlung betrifft, die mit den Stimmen selbständig einhergeht und in den blühendsten Melodien sich aussingt. Ihr hat der Meister besondere Sorgfalt angedeihen lassen und sie ist seine stärkste Seite, während ihm den Chören gegenüber die gleiche Gestaltungskraft, Bildschönheit und Ausdrucksfähigkeit versagt ist, namentlich in den Bässen und wo Orgel und Chor im höchsten Affekt sich finden und verbinden sollten. Vielleicht fühlt der Künstler das selbst am besten und es wäre ihm nur ein Männerchor zu wünschen. Zudem wünschte ich noch mehr Straffheit und Konzentration in Auswertung und Fortführung der Motive. Das Gewaltigste und wie mit dem Herzblut des Künstlers bedacht, ist das Dies irae; Ingemisco und Benedictus sind Prachtstellen. Sehr schön finde ich die Idee des Schauerlichen und der Gerichtsschrecken ausgedrückt durch Piano, jedoch hat mich gerade diese Stelle am wenigsten ergriffen, es fehlt ihr die Ueberzeugungskraft und das Packende in Melodie und Rhythmus. Markus Koch ist uns längst bekannt als einer, der Beachtung und Wertschätzung verdient. Dieses Werk hat den Ruf des Meisters nur gerechtfertigt und gefestigt und bestärkt in uns die Hoffnung, er habe uns die reifsten Früchte seines Schaffens noch nicht geschenkt. Möchten wir ihm noch oft begegnen. Es ist nur zu bedauern, daß die Komposition als Männerchorwerk nur wenigen zugänglich sein kann. Jedoch der Meister hat es für einen besonderen Zweck geschrieben und damit auf reicheren Lorbeer verzichtet, das ehrt um so mehr seinen schlichten, pietätvollen Sinn. Guten Männerchören jedoch, die auch über gute Solisten, ein gutes Orgelwerk und einen tüchtigen Organisten verfügen, kann es nur empfohlen werden. Im Konzertsaal sähe es wohl der Komponist selbst am wenigsten gern.

Jos. Straßer, Kaplan, München-Oberföhring.

Da bei Fertigstellung der Nummer der Nachrichtenverkehr noch nicht funktionierte, mußte die Finanz- und Handelsrundschau leider ausfallen.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Die gegenwärtige Zeit

veranlasst manchen Freund und Leser unseres Blattes vielleicht umso eher, der schon öfter ausgesprochenen Bitte zu willfahren und uns eine Anzahl

gute Probenummer-Adressen

einzuschicken. Für den einzelnen ist hiermit eine kleine Mühe verbunden, während der gemeinsamen Sache ein grosser Dienst erwiesen wird.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Ferdinand Abel, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann. Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann). Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gb.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich M 3.60.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis: Die 5 X gespaltene Grundzeile 75 Pfg., Anzeigen auf Textseite die 96 mm breite Zeile 375 Pfg.
Beilagen einschl. Postgebühren M 15 d. Tausend.
Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.
Rabatt nach Tarif.
Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig.
Erfüllungsort ist München.
Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt.
Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer.

Wochenschrift für Politik und Kultur. ✱ Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 20 — München, 17. Mai 1919. — XVI. Jahrgang.

Gibt es noch eine Rettung aus dieser Not?

Von Dr. Ferdinand *Abel*, München.

Noch niemals in der Weltgeschichte ist eine Katastrophe von der Größe und Tiefe der jetzt über Deutschland hereingebrochenen zu verzeichnen gewesen, noch niemals ist ein Kulturvolk von der Höhe geistiger und materieller Glanzentfaltung so tief in den Abgrund seelischer und wirtschaftlicher Not hinabgeschleudert worden, wie jetzt das 70 Millionenvolk der Deutschen. Auch der Fall Karthagos, den man als Parallele herangezogen sieht, vermag den Vergleich nicht auszuhalten, weder in der Zahl noch in der moralischen Größe des Unglückes. Die Punier unterlagen und gingen unter im offenen Kampfe, Deutschland soll, nachdem es im Verteidigungskampfe gegen eine ganze Welt ehrenvoll bis zuletzt bestanden, vernichtet werden durch Hinterlist und schmählichsten Mißbrauch seines Vertrauens in die Ehrlichkeit und Gerechtigkeit seiner Gegner.

Daneben aber fällt als seelisch besonders drückend für uns die Tatsache ins Gewicht, daß wir an unserem Unglück zu einem guten Teil *selbst Schuld tragen* durch die aus dem eigenen Lager erfolgte Schwächung und schließlich völlige Lahmlegung unserer militärischen, wirtschaftlichen und sittlichen Widerstandskraft. Was der Krieg mit seinen Verlusten, Fehlern und Mißbräuchen noch nicht erreicht hatte, das vollendete die *Revolution*, indem sie die Reste von Ordnung, Autorität, physischer und moralischer Kraft einriß. Man braucht die der Umsturzbewegung zugrunde liegenden *berechtigten* Ursachen und Ziele keineswegs zu leugnen, um zu der Ueberzeugung zu kommen, daß in ihrem tatsächlichen Verlauf und ihren Wirkungen auf allen Gebieten des Gemeinschaftslebens die Summe des Schlimmen und Verderblichen diejenige des Guten und Nützlichen bei weitem übersteigt, daß die Revolution als Ganzes genommen nach Zeit, Art und Folgen ihrer Durchführung, wenigstens bis heute, sich als ein namenloses *Unglück* für die Nation erwiesen hat. Aber bei der Abmessung der Verantwortlichkeiten wird man, ohne dem Schuldkonto der einzelnen treibenden oder führenden Persönlichkeiten Abbruch zu tun, die *systematische Vorbereitungsarbeit* nicht außer acht lassen dürfen, durch welche in langen Jahren vor dem Kriege bereits die *geistige Grundlage* für den Umsturz geschaffen worden ist, jenen planmäßigen Kampf gegen alles Bestehende, gegen jegliche natürliche und übernatürliche Autorität, aus dessen Folgen allein sich der in den Exzessen der Revolution zu schrecklichem Ausdruck gekommene totale Niederbruch der moralischen Kultur, die vollkommene Verwilderung aller Rechts- und Sittlichkeitsbegriffe erklären läßt. Ohne jene geistige Disposition würde München sicher von dem Terror der letzten Wochen verschont geblieben sein, jedenfalls aber von solch entsetzlichen Ausschreitungen, wie dem schmählichen Geiselmord durch die rote Garde und der Verhaftung und grauenvollen Erschießung von 21 als Spartakisten denunzierten harmlosen, unschuldigen Mitgliedern des katholischen Gesellenvereins St. Joseph durch sinnlose Regierungstruppen. Speziell dieser letztere Fall von Revolutionspsychose sollte nicht nur, wie bereits geschehen, den Militärbehörden Anlaß geben zu durchgreifenden Maßnahmen bezüglich der Festnahme und Behandlung etwaiger Verdächtiger, sondern auch Grund zum Nachdenken über die Folgen klassenkämpferischer oder konfessioneller Verhetzung; denn es will scheinen, als ob auch das letztere Moment hier eine gewisse Rolle gespielt habe. Auf jeden Fall muß festgestellt werden, daß bei der erwähnten geistigen Vorbereitung der Revolution nicht nur aktiv, sondern auch durch Unterlassung gesündigt worden ist, und darin liegt der Anteil der Schuld des alten Regimes, zugleich der Hinweis auf ein Hauptmittel der Gesundung.

Damit soll das Schuldkonto der Revolutionsmänner keineswegs entlastet werden, vor allem nicht die Verantwortung für die ungeheuren *wirtschaftlichen Schäden*, welche die rücksichtslosen Maßnahmen der Kommunistenherrschaft und die zahlreichen, endlosen Lohnforderungen und Arbeitseinstellungen verursacht haben. Es würde zu weit führen, der zahlenmäßigen Aufstellung dieser Schäden nachzugehen, aber es wird nicht zu hoch gegriffen sein, wenn man die direkten und indirekten Verluste der deutschen Volkswirtschaft während der letzten Monate auf eine Summe schätzt, mit der man die jetzige vorläufige Entschädigungsforderung der Entente hätte begleichen können. In diesem Hinweis mag auch die *politische* Bedeutung des Umsturzes zum Ausdruck kommen.

Ueberblickt man den bisherigen Verlauf der Revolution, so kann man sich des Empfindens nicht erwehren, daß die sozialistische Arbeiterschaft, wenigstens zu einem sehr großen Teile, den Erwartungen, die ihre Führer auf sie setzten, *nicht entsprochen*, daß sie bei der ersten Gelegenheit, bei der sie ihre *politische Reife* hätte zeigen sollen, *versagt hat*. Das führt, soweit die Lage in Bayern in Betracht kommt, zu der Frage, ob man diesen Kreisen allein oder doch in ausschlaggebendem Maße die Weitergestaltung der Verhältnisse, ob man dem ausschließlich *sozialdemokratischen Ministerium* die Führung der Politik überlassen soll. Vergegenwärtigt man sich die unbestreitbare Tatsache, daß im Gegensatz zu weiten Kreisen des „Proletariats" das Bürgertum trotz größter Bedrängnis sich musterhaft gehalten, daß, wenn Mittelstand und Beamtenschaft in diesen schweren Zeiten nicht durchgehalten und gearbeitet hätten, während andere streikten, wohl alles drunter und drüber gegangen wäre, berücksichtigt man ferner das zahlenmäßige Verhältnis der Parteien und Berufsstände und weiter den Anteil, den das Bürgertum an der Wiederherstellung der Ordnung in München und an der Garantie künftiger geordneter Verhältnisse durch Beteiligung an der in Bildung begriffenen neuen Wehr- und Sicherheitsmacht hat, so wird man die Forderung nach aktiver Beteiligung des Bürgertums auch an der Führung der politischen Geschäfte, nach Bildung einer *Koalitionsregierung* für berechtigt, eigentlich selbstverständlich erachten müssen, zumal nachdem die Voraussetzung und der Zweck der seinerzeitigen Berufung eines reinsozialistischen Ministeriums durch den Landtag, die Vermeidung des Bürgerkrieges, sich als trügerisch und hinfällig erwiesen hat. Anderseits aber wird man auch einen Standpunkt für diskutabel halten können, der es im Augenblick ablehnt, durch Beteiligung an der Regierung die Mitverantwortung für die Liquidation der Kommunistenherrschaft zu übernehmen, und es der roten Regierung, die ja ohnehin auf ihrem Schein bestehen zu wollen scheint, überläßt, den von ihren knallroten Genossen verfahrenen Karren wieder ins Geleise zu bringen, wobei ihr selbstverständlich jede mögliche Unterstützung gewährt werden soll. Diese Unterstützung wird auch von der Bayerischen Volkspartei in ihrer Proklamation vom 19. April gewährt, allerdings mit der Maßgabe, daß, nachdem die Volkspartei bei der Ausstattung des Ministeriums mit sehr weitgehenden Vollmachten so weit gegangen, wie ihr christliches Gewissen mit Rücksicht auf das Volksganze es nur zuließ, „weitere Opfer von ihr unter keinen Umständen verlangt und gebracht werden können, insbesondere müssen die Grundsätze und christ-

lichen Gedanken ihres Programms über den Aufbau des Staates unangetastet bleiben..... Die Bayerische Volkspartei sieht in der Durchführung des praktischen Christentums die einzige Möglichkeit zur Ueberwindung der Schrecken und Verwirrungen dieser Zeit." Das eine steht jedenfalls sicher: nur durch intensivste Arbeit aller Volkskreise kann Bayern aus seiner Not Rettung werden, und für parteipolitische Extratouren und wirtschaftspolitische Experimente ist jetzt kein Raum. Den berechtigten politischen und wirtschaftlichen Forderungen der Zeit muß und soll in vollstem Maße Rechnung getragen werden, aber unter dem Gesichtspunkt, daß das Wohl Aller oberstes Gesetz sei.

Das gleiche gilt für die Lage im ganzen Reiche. Sie ist ja durch die Forderungen der Entente im Vorfriedensvertrag vor die Entscheidung über Sein oder Nichtsein gerückt. Die Vertragsbedingungen haben die schlimmsten Erwartungen der größten Pessimisten übertroffen. Ihre unveränderte Annahme wäre das politische und wirtschaftliche Todesurteil für Deutschland. Unser nationales Lebensinteresse verbietet die Annahme. Sie widersprechen auch den Abmachungen der Vorverhandlungen zwischen Deutschland und der Entente vom November vorigen Jahres, wonach auch die Alliierten die 14 Punkte Wilsons als Grundlage für einen Frieden des Rechtes angenommen haben. Unser Rechtsgefühl verbietet daher die Annahme der jetzigen Bedingungen, die einen Vertragsbruch der Entente bedeuten gegenüber der Zusage vom 5. November. Auch unsere Ehre verbietet die Annahme der Ententeforderungen, denn sie fußen auf der Unterstellung, daß Deutschland der allein Schuldige am Kriege und auch allein verantwortlich für alles begangene Unrecht sei. Graf Brockdorff-Rantzau hat bei der Uebergabe der Bedingungen diese Unterstellung bereits zurückgewiesen und die Schuldfrage ins Gleichgewicht zu rücken versucht. Man entziehe dem Entente-Dokument jene unwahre Prämisse, und das ganze Gebäude fällt in sich zusammen, enthüllt in seiner ganzen Nacktheit und Häßlichkeit als der aus französischer Rachsucht und angelsächsischer Habgier geborene Versuch, die 70 Millionen Deutschen als Sklaven und die ganze übrige Welt als Hörige dem kapitalistischen Imperialismus der Entente dienstbar zu machen. Ein Hohn auf die Grundsätze Wilsons nicht nur und auf Recht und Menschlichkeit, sondern auch eine Erniedrigung für die gesamte Menschheit, wie das Amsterdamer „Algemeen Handelsblad" zutreffend sagt. Wenn die deutsche Regierung jetzt in Verhandlungen eingetreten ist, um nach dem Aufrufe des Reichspräsidenten „den Friedensvorschlag der Vergewaltigung mit dem Vorschlag des Friedens des Rechtes auf der Grundlage eines dauernden Völkerfriedens zu beantworten", so wendet sie sich damit gleichzeitig an das Weltgewissen zur Abwehr eines Weltunrechts. Nur vom Boden des Rechts aus wird dieses Unrecht verhütet werden können, nur durch eine Weltbewegung, eine Weltrevolution, aber nicht durch die Weltrevolution des Bolschewismus, sondern durch die Weltrevolution der Gesinnung und die Aufrüttelung der Gewissen, durch die Mobilmachung der Kräfte der Gerechtigkeit und Liebe auf der Grundlage des christlichen Solidarismus gegen die finsteren Mächte der Unterdrückung und des Egoismus.

Welcher Erfolg unseren Unterhändlern beschieden sein wird, müssen wir in Geduld abwarten. Aber auch im günstigsten Falle bleibt auf Deutschland eine so drückende Last liegen, daß sie nur von den vereinten Kräften aller wird getragen werden können. Nur rastloseste Arbeit und zwar produktive Arbeit, die Werte für den heimischen Bedarf und die Ausfuhr schafft, wird uns zu retten vermögen. Wenn die Reichsregierung in ihrem Sozialisierungsgesetz die Arbeit für das Wohl der Gesamtheit jedem Deutschen als sittliche Pflicht auferlegt, so wird sie nicht umhin können, die Erfüllung dieser Pflicht auch durch entsprechende Vorschriften zu sichern und in die richtigen Bahnen zu lenken. Dieses Problem wird aber nicht einseitig gelöst werden können, sondern nur unter Mitwirkung und im Einvernehmen mit den Vertretern aller Volks- und Berufsschichten. Für diese Sozialisierung ist die Entwicklung reif, sie ist das nächste und unumgänglichste Mittel zur Errettung aus unserer furchtbaren Not.

Diese Not umfaßt alle Volksgenossen in gleicher Schärfe, niemand wird sich ihr und ihren Folgen entziehen können. Möge diese Erkenntnis alle Klassen und Schichten durchdringen und einigen in dem Entschlusse, unter Beiseitestellung jeglicher trennenden privaten oder Standesinteressen alle Kraft und alle Mittel zu konzentrieren auf das eine Ziel, die Errettung vor dem Untergang.

Das fünfte Kriegsjahr.

Wochenschau von Fritz Nienkemper, Berlin.

Unerträglich und unerfüllbar.

Angesichts der entsetzlichen Friedensbedingungen von Versailles ist es kaum möglich, einen Rückblick zu werfen auf den Monat, der die Presse in München lahmlegte. Alle vorgängigen Ereignisse verblassen vor der diabolischen Erscheinung, die aus dem Hexenkessel von Paris aufgestiegen ist.

Was uns da zugemutet wird, übertrifft die allergrößten Befürchtungen und vernichtet auch die allerkleinsten Hoffnungen. Das ist ärger wie Knechtung, schlimmer wie Ausraubung: Deutschland soll ermordet werden durch ein raffiniert ausgeklügeltes Henkersystem von Zerstückelung, Blutabzapfung und Erdrosselung.

Gerade vor diesem Schicksalsschlag glaubten wir ein wenig aufatmen zu können. Die nächste Gefahr für Danzig und Westpreußen, die aus dem geforderten Durchzug der polnischen Armee Haller drohte, wurde abgewendet durch den Eisenbahntransport, den die Entente trotz dem vorgängigen Ultimatum akzeptierte. Der lähmende Streik im Ruhrrevier war erloschen. Die Schreckensherrschaft in München war nach langer Geduldsprobe endlich gebrochen. Auch in Oberschlesien und dem übrigen Reich ging es verhältnismäßig ruhig und vernünftig zu. Auf die erste Einladung nach Versailles errang unsere Regierung sogar einen taktisch diplomatischen Erfolg, indem sie aus der Karfreitags-Depesche Clemenceaus, die nur von „Empfangnahme" eines Diktatfriedens sprach, die Folgerung zog, daß nur ein Trifolium von besseren Briefträgern abgeschickt zu werden brauche, und dadurch Herrn Clemenceau nötigte, die Behandlung der Vorlage förmlich anzukündigen. Hoffnungsselige Gemüter glaubten auch in dem Zwist zwischen Orlando und Wilson wegen Fiume etwas Ankergrund zu finden, als ob die Phalanx unserer Gegner gebrochen werden könnte.

Auf all diese dürftigen Frühlingsblümchen fiel ein grausiger Reif, als die schrecklichen Friedensbedingungen bekannt wurden. Orlando war wieder auf dem Schaffott, und Präsident Wilson, der einstige Prophet der Gerechtigkeit und Völkerversöhnung, saß neben dem Henker Clemenceau, der das Todesurteil der deutschen Abordnung aushändigte.

Ein halbes Jahr haben die Gegner gebraucht zur Aufstellung dieses Vernichtungsfriedens. Wir haben geklagt über diese Verschleppung, während der man die Blockade fortbestehen ließ. Die Herren sind aber nicht träge gewesen, und sie wußten, was sie tun wollten. Die 440 Artikel mit ihren vielen und umfangreichen Anhängen bilden ein großes und mühsames Stück Arbeit. In all den Artikeln spürt man das ausgeklügelte Bestreben, das besiegte Deutschland nicht nur wehrlos und arm, sondern auch rechtlos, ehrlos und geradezu unfähig zur Erholung und zum Weiterleben zu machen. Ein so kunstvoller Apparat zur sicheren Vernichtung eines Volkes von 70 Millionen ist in der ganzen Weltgeschichte noch niemals errichtet worden und wird schwerlich auch in Zukunft jemals seinesgleichen finden. Entsetzlich sind die Annexionen, entsetzlich sind die Kontributionen; doch das Allertollste ist die berechnete Lähmung des Wirtschaftslebens. Man fordert von den Deutschen Sklavenarbeit und entzieht zugleich diesem fronenden Volk das Arbeitsgerät und die Nahrung.

Was soll Deutschland verlieren? Zunächst an Land und Bevölkerung Elsaß-Lothringen, das Saarbecken, Oberschlesien, Posen, einen großen Teil von Westpreußen, von Ostpreußen und von Schleswig, auch noch die Kreise Malmedy und Eupen zugunsten von Belgien. Damit würden wenigstens 5 Millionen deutscher Sprach- und Stammesgenossen unter fremde Herrschaft kommen; die Arbeitskraft des überlasteten Deutschland würde wesentlich beschnitten; vorwiegend agrarische Bezirke, die wir zur Volksernährung brauchen, würden uns entzogen. Und geradezu verhängnisvoll wäre die Kohlennot. Wenn die Saarkohle und die oberschlesische Kohle uns geraubt wird, bleibt nur das Ruhrgebiet, das allein für unsern Bedarf nicht ausreichen kann. Nun fordert obendrein noch dieser „Friedensplan", daß wir den Gegnern noch Kohle liefern sollen, nicht weniger als 40 Millionen Tonnen für die ersten Jahre. Wenn das durchginge, so würden im Winter nicht nur zahllose Familien erfrieren, sondern ein großer Teil unserer großen und kleinen Werkstätten würden wegen Mangels an Kohle, Gas und elektrischer Betriebskraft stilliegen müssen.

Wir sollen Arbeit leisten, um die Schuldenlast abzutragen. Zur Arbeit brauchen wir auch Rohstoffe; aber deren

Einfuhr aus dem Auslande wird uns aufs äußerste erschwert und beschnitten. Wir brauchen Transportmittel; aber nachdem die Eisenbahnen schon durch den Waffenstillstand arg gelähmt und die große Handelsflotte uns entzogen ist, will man auch noch die mittleren und kleineren Schiffe bis in die Fischereifahrzeuge hinein teils ganz, teils halb, teils zu einem Viertel uns rauben. An Häfen entzieht man uns Danzig und Memel. Unsere Kolonien, die uns einige Rohstoffe liefern könnten, sollen gänzlich verloren gehen. Die deutschen Kaufleute im Auslande werden in berechneter Weise rechtlos und schutzlos gemacht.

Nicht einmal der binnenländische Verkehr soll die Freiheit der Bewegung und Entwicklung haben. Alle bedeutenden Flußwege werden internationalisiert und die deutschen Eisenbahnen werden unter die allmächtige Kontrolle der feindlichen Mächte gestellt.

Das raffinierte System der „Kontrolle" macht keineswegs auf dem Gebiete des Verkehrs Halt. Die ganze Finanzpolitik vom Reich bis zu den Gemeinden herunter wird unter Zwangsaufsicht gestellt; jeder Steuerzettel unterliegt der Kontrolle ebenso wie der gesamte Handel und Wandel. Deutschland soll kein selbständiges Staatswesen bleiben, sondern auf den Stand einer Kolonie unter Zwangsverwaltung herabgedrückt werden.

Sogar im Auslande, wo man uns sonst nicht gewogen ist, hat man die Anmerkung gemacht, eigentlich dürfe man doch dem Huhn, das die goldenen Eier legen soll, den Hals nicht umdrehen. Die Friedenskünstler der Entente sind über solche hausbackene Weisheit erhaben. Sie wollen systematisch Deutschland lebensunfähig machen und verlangen doch von der ausgeplünderten und gelähmten Nation riesige Kontributionen in Geld oder Waren. Wieviel sollen wir an Entschädigungen zahlen? Man nennt uns keine bestimmte Endsumme, auf die wir uns einrichten könnten. Abschlagszahlungen ins Blaue hinein werden uns vorgeschrieben. In diesem und dem folgenden Jahre 20 Milliarden; für die nächsten Jahre 40 Milliarden, dann noch weitere 40 Milliarden mit „Fortsetzung folgt". 100 Milliarden, das macht nach dem jetzigen Valutastand gegen 300 Milliarden. Ist das menschenmöglich? Sicherlich ist es eine blanke Unmöglichkeit, wenn man uns die erforderlichen Rohstoffe, Verkehrsmittel und Nahrungsstoffe vorenthält und nebenbei auch noch die genügende Anzahl von Ordnungstruppen, so daß die geregelte und ungestörte Arbeit unterbunden wird.

Mit Recht sagte der Ministerpräsident Scheidemann, die vorgelegten Bedingungen seien ein befristetes Todesurteil.

Die Psychologie der Gegner

ist nicht leicht zu ergründen. Haß, Rachsucht, Neid und Raubgier sind Triebe, die auch auf der von Menschen bewohnten Oberwelt in Kraft sind. Aber hier liegt eine Ausartung in das Unvernünftige vor, weil der wertvolle Sklave zu Tode gequält, also wertlos gemacht wird. Die aufgepeitschten Volksleidenschaften genügen nicht zur Erklärung; denn die Staatsmänner und Fachmänner, die den Winter hindurch diese 440 Artikel ausbrüteten, haben nicht in aufschäumender Wut gehandelt, sondern in raffinierter Berechnung und zäher Henkersarbeit.

Zur Lösung des Rätsels muß man auf die Furcht zurückgreifen.

Die Franzosen haben bei allen Ausbrüchen ihres Größenwahns doch sichtlich Angst vor einem Angriff des mißhandelten Deutschland. Deshalb konnten sie schon beim Waffenstillstand sich nicht genug tun in militärischen Sicherungen und haben seitdem immer weiter nach Maßregeln geschrien, die Deutschland ganz ohnmächtig machen sollten. Die sicherste Ohnmacht ist der Tod.

Die Engländer fürchten keinen militärischen Angriff, aber den Wettbewerb der Deutschen in der Industrie und im Handel. Sie wollen diesen alten Nebenbuhler auf dem Weltmarkt endgültig beseitigen; um so mehr, da die aufsteigende Konkurrenz Amerikas ihnen Sorge macht. Daher der Raub an den deutschen Handelsschiffen, die Abschnürung Deutschlands vom Weltverkehr und die Lähmung der deutschen Produktion. Wichtiger und wertvoller als die geforderten Milliarden erscheint den Engländern die Beseitigung des deutschen Konkurrenten. Daher die ausgeklügelten Bestimmungen, die uns in den Staatsbankrott und den Zerfall unseres Wirtschaftslebens führen sollen.

Und die Amerikaner? Ja, wo sind die geblieben? Auf dem Schlachtfelde haben sie den Ausschlag gegeben, sie waren die wirklichen Sieger. Aber als der Waffenerfolg errungen war, sind sie in den Hintergrund gedrängt worden. Zu dem Waffenstillstand durfte Wilson noch den Grund legen mit der trügerischen Versicherung, daß seine 14 Punkte bis auf zwei Vorbehalte als Basis beiderseits angenommen seien. Das Weitere besorgte zunächst Foch nach seinem Belieben, und dann ließen Clemenceau und Lloyd George das Monstrum von Friedensbedingungen nach ihrem Rezepte ausarbeiten, ohne sich um Wilsons Programm zu kümmern. Wilson kam erst wieder an die Rampe in dem Zwischenspiel von Fiume, das eine kleinliche Nebensächlichkeit in dem Schicksalsdrama der Welt bildete. Und auch in dieser Einzelheit scheint Wilson nachgeben zu müssen. Derselbe Wilson, der einst der arbiter mundi war und jetzt zum gefügigen Assistenten von Clemenceau und Lloyd George geworden ist.

Was haben wir zu hoffen und zu tun?

Die Person Wilsons hat unser Hoffen bitter enttäuscht. Es bleibt aber noch das Programm Wilsons, das uns einen Rechtstitel gibt, weil es durch die Waffenstillstandsnoten von Anfang November den Charakter eines bindenden Vertrags erhalten hat. Von diesem letzten Rettungsanker hat Graf Brockdorff, der Führer unserer Abordnung, in Versailles sofort Gebrauch gemacht, als er in einer würdigen und klugen Rede (in Vorahnung des überreichten, aber noch nicht gelesenen Dokuments) gegen Vorurteil und Vergewaltigung protestierte und den versprochenen Rechtsfrieden mit Völkerversöhnung forderte.

Die Taktik unserer Diplomaten in Versailles muß offenbar dahin gerichtet sein, daß sie bei den kritischen Bedingungen sowohl die Unmöglichkeit als die Unvereinbarkeit mit den allseitig anerkannten Grundsätzen nachweisen und Gegenvorschläge im Geiste Wilsons aufstellen. Ob sie dabei eine wirksame Hilfe an dem Wilson der bisherigen Selbstverleugnung finden, und ob sie die Gegner zu wesentlichen Milderungen bewegen werden, bleibt freilich zweifelhaft. Die Gegner suchen die Verhandlungen, die sie widerwillig zugestehen mußten, möglichst zu beschränken und insbesondere die mündliche Aussprache zu vermeiden. Trotzdem wird es uns wenigstens möglich sein, den Vertragsbruch in seiner ganzen Häßlichkeit und die geplanten Gewalttaten in ihrer ganzen Verderblichkeit vor aller Welt zu beleuchten. Die Aufklärung und Aufrüttelung der öffentlichen Meinung hat doch vielleicht noch praktische Wirkungen, ehe das Vernichtungswerk vollendet ist.

Der Reichspräsident und die Regierung haben einen Aufruf zur Festigkeit, Ruhe und Eintracht erlassen. In der preußischen Landesversammlung und im Friedensausschusse der Nationalversammlung wurden entsprechende Erklärungen gegen die „unerträglichen und unerfüllbaren" Friedensbedingungen erlassen, und zwar unter Zustimmung aller Parteien, auch der unabhängigen Fraktion. Die Nationalversammlung ist alsbald einberufen worden, und zwar nach Berlin, da sich das unmittelbare Zusammenarbeiten mit der Reichsregierung jetzt als notwendig erweist, und hat am Montag in einer machtvollen Kundgebung gegen den Gewaltfrieden feierlichst protestiert.

Aus allen Landesteilen, besonders den bedrohten, treffen flammende Proteste ein, die vielfach ein rückhaltloses Unannehmbar aussprechen. In den amtlichen Kundgebungen hat man das letzte Wort von der Verweigerung der Unterschrift vorläufig vermieden und sich auf die Betonung der Unerträglichkeit und Unerfüllbarkeit beschränkt, um erst die diplomatische Aktion in Versailles sich ungestört entwickeln zu lassen. Darauf sollte auch die öffentliche Meinung trotz aller berechtigten Erregung Rücksicht nehmen. Erst warten wir das Endergebnis von Versailles ab, dann wird nach Abwägung aller Umstände gewissenhaft zu entscheiden sein, ob wir das Joch auf uns nehmen können oder in Passivität die Henker über uns kommen lassen.

Die Unabhängigen hoffen auf die Weltrevolution; die Mehrheitssozialisten erwarten Hilfe von den Sozialisten in Frankreich und England. Letztere protestieren freilich auch gegen Härten in den Friedensbedingungen, aber der Ton ist matter, wie er sein sollte, und die Macht der Arbeiterschaft gegenüber den dortigen Diktatoren ist jetzt nicht stärker wie im Kriege. Trotz der schwachen Aussichten müssen wir freilich alles tun, um den menschlich fühlenden und friedfertig denkenden Elementen in den andern Ländern die Klärung, Sammlung und Geltendmachung zu erleichtern.

Unsere Regierung hat eine Trauerwoche in Deutschland angeordnet. Wie richtig haben diejenigen Volksgenossen gehandelt, die schon den ersten Mai als Buß- und Bettag betrachteten! Die Trauerwoche hilft uns auch nicht vorwärts, wenn nicht im ganzen Volk sich die Erkenntnis durchsetzt, daß jetzt aller Eigennutz, aller Eigensinn, alle Quertreiberei aufhören muß, da nichts Geringeres auf dem Spiele steht, als Sein oder Nichtsein der deutschen Nation.

Die Trennung von Staat und Kirche in der Reichsverfassung.

Von Hochschulprofessor Dr. Anton Scharnagl, Freising.

Der Verfassungsausschuß der deutschen Nationalversammlung zu Weimar hat in Beratung der Grundrechte des deutschen Volkes die Artikel 30, 30a, 31 und 31a erledigt, welche von *Kirche* und *Schule* handeln, und dabei für das ganze Gebiet des Deutschen Reiches die *Trennung von Staat und Kirche* ausgesprochen.

Wie bei der Ausdehnung der Zuständigkeit des Reiches standen auch bei der Regelung der Grundrechte hinsichtlich Kirche und Schule die Demokraten mit den Sozialdemokraten beider Richtungen zusammen, so daß die Beschlüsse in allen wesentlichen Punkten ihr Werk sind. Artikel 30 setzt für jeden Bewohner des Reiches „*volle Glaubens-, Gesinnungs- und Gedankenfreiheit*" fest. Der Staat läßt es also wie bisher jedem Einwohner frei, ob er etwas glauben und was er glauben will, ob er einer Glaubensgesellschaft und welcher er angehören will, und schließt auch für solche, die einer Religionsgesellschaft angehören, jeden äußeren Zwang zur Durchführung ihrer Glaubensgesetze aus. Nach dem Entwurfe sollte wie in den meisten bisherigen Verfassungen volle Glaubens- und *Gewissensfreiheit* zugesichert werden; der Begriff der Gewissensfreiheit wurde in der Literatur und Rechtsprechung allerdings verschieden ausgelegt, jedoch ist es zum mindesten sehr fraglich, ob die jetzt gewählte Formulierung „Gesinnungs- und Gedankenfreiheit" alle Zweifel ausschließt. Jedenfalls soll sie weiter gehen als die bisherige „Gewissensfreiheit", sie soll, wie es in der neueren Literatur mehrfach vertreten wurde, jede Beeinflussung der Gesinnung und Geistesrichtung der Einwohner in religiösen Dingen seitens des Staates ausschließen. Eine Folge dieses Grundsatzes ist die Bestimmung in Artikel 31a, wonach kein Schüler gegen den Willen des Erziehungsberechtigten zum Besuche des Religionsunterrichtes gezwungen werden kann; eine weitere Folge ist, daß auch in den übrigen Unterrichtsgegenständen eine religiöse Beeinflussung dieser Kinder nicht erfolgen darf, d. h. wir bekommen eine, abgesehen vom fakultativen Religionsunterricht, religionslose Schule. Allerdings dürfte bei „voller Gesinnungsfreiheit" auch keine *religionsfeindliche* Beeinflussung der Kinder in diesen Schulen erfolgen; ob dies der Fall sein wird, ist nach dem Beispiele von Frankreich sehr zu bezweifeln. Eine weitere Frage ist: soll die festgesetzte volle Gesinnungs- und Gedankenfreiheit *nur* für das religiöse Gebiet gelten, oder auch für das sittliche, das politische usw., und wenn ja, wie läßt es sich erklären und rechtfertigen, daß nur der Religionsunterricht für Lehrer und Schüler von jeder Verpflichtung losgelöst wird, nicht aber der übrige Gesinnungsunterricht?

Artikel 30 garantiert ferner allen Einwohnern den *staatlichen Schutz für ungestörte Religionsübung*. Da nach Artikel 30a die Vereinigung zu Religionsgesellschaften völlig freigegeben ist, ist damit volle Freiheit der Religionsübung im Rahmen der allgemeinen Staatsgesetze gewährleistet. Es entfallen deshalb die Beschränkungen auf bloße Hausandacht oder bloßen Privatgottesdienst, die in verschiedenen deutschen Bundesstaaten bisher bestanden und bereits durch § 1 des sogenannten Toleranzantrages vom 23. November 1900 beseitigt werden sollten. Der staatliche Schutz der Religionsübung bemißt sich nach den besonderen hierfür geltenden oder erfolgenden Bestimmungen, z. B. des Reichsstrafgesetzbuches. Eine Folge der Glaubens- und Gesinnungsfreiheit ist, daß im allgemeinen niemand gezwungen ist, seine religiöse Ueberzeugung zu offenbaren; eine Ausnahme von dieser Regel besteht aber insofern, als die Behörden das Recht haben, nach der Konfessionszugehörigkeit zu fragen, wenn davon die Erfüllung von Rechten oder die Leistung von Pflichten abhängt oder es sich um eine gesetzlich angeordnete statistische Erhebung handelt. In der weiteren Bestimmung, daß niemand zu einer religiösen Handlung gezwungen werden darf, ist als solche ausdrücklich noch die Benützung einer „religiösen Eidesformel" genannt; gemeint ist also wohl, daß den Atheisten, wie es bereits 1876 und seitdem öfter beantragt war, die Ablegung eines Eides mit der bloßen Formel „Ich schwöre" gestattet sein soll. Aber schwören heißt Gott zum Zeugen anrufen, deshalb ist jeder Schwur eine religiöse Handlung, ein Akt der Gottesverehrung, und wenn dabei auf die Atheisten Rücksicht genommen werden soll, so müßte ihnen konsequenterweise der Eid ganz erlassen und durch eine bloße Beteuerung ersetzt werden. Wie frühere Versuche, so kommt auch diese Bestimmung der neuen Reichsverfassung nicht aus dem inneren Widerspruche heraus, der darin besteht, daß der Staat einerseits die Religion als für das bürgerliche Gemeinwesen entbehrlich betrachtet, anderseits aber den Eid als für die bürgerliche Rechtsordnung notwendig anerkennen muß. Dem negativen Satz, daß niemand zu einer religiösen Handlung gezwungen werden darf, hat die neue *badische* Verfassung (§ 18 Abs. II) zum Schutze der religiös Gesinnten die Bestimmung hinzugefügt, daß auch *niemand an der Erfüllung seiner religiösen Pflichten verhindert werden darf.* Beides sind an sich selbstverständliche Folgerungen aus dem Grundsatze der Glaubens- und Gesinnungsfreiheit. Wenn man es trotzdem für notwendig erachtet, die erste Folgerung ausdrücklich und bis ins einzelnste festzulegen, so erscheint es bei deu heutigen Verhältnissen durchaus nicht überflüssig, auch die den gläubigen Teil der Bevölkerung schützende Folgerung verfassungsmäßig auszusprechen; ein dahingehender Antrag fand aber im Verfassungsausschuß keine Mehrheit.

Im ganzen zielt Artikel 30 auf eine möglichst genaue Festsetzung und restlose Durchführung der Glaubens-, Gewissens- und Religionsfreiheit. Die Formulierung der einzelnen Bestimmungen läßt dabei erkennen, daß die Mehrheit des Verfassungsausschusses eine Sicherung dieser Freiheiten hauptsächlich zugunsten der *Dissidenten* für notwendig hielt. Dabei wird aber gern übersehen, daß in verschiedenen kleineren Bundesstaaten die weit zahlreicheren Katholiken ebenfalls erheblichen Einschränkungen unterworfen waren. Nunmehr wird die volle Glaubens- und Religionsfreiheit *auch diesen* zugute kommen.

Die Bestimmungen des Artikels 30 bedeuten noch keine Trennung von Staat und Kirche. Diese ist erst in dem folgenden Artikel 30a ausgesprochen, der von dem Verfassungsausschuß ganz neu eingefügt wurde. Seine grundlegenden Bestimmungen sind: 1. Es *besteht keine Staatskirche.* 2. *Die Freiheit der Vereinigung zu Religionsgesellschaften wird gewährleistet.* 3. *Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes, insbesondere verleiht sie ihre Aemter ohne Mitwirkung des Staates oder der bürgerlichen Gemeinde.* Der erste Satz dieses Trennungsgesetzes, „es besteht keine Staatskirche", ist aus der Verfassung der Vereinigten Staaten von Nordamerika (Zusatz vom 15. Dezember 1791) herübergenommen, wird aber in der deutschen Verfassung nicht so konsequent durchgeführt wie dort. Er besagt fürs erste, daß keine Religionsgesellschaft aus Staatsmitteln unterhalten werden soll, d. h. daß an keine Religionsgesellschaft *freiwillige* Zuwendungen aus Staatsmitteln erfolgen sollen. Die staatlichen Kultusbudgets enthielten für die katholische Kirche bisher nur zum geringeren Teile freiwillige Zuwendungen. Zum weitaus größeren Teile handelte es sich um Leistungen, zu denen der Staat *verpflichtet* war, sei es auf Grund des öffentlichen Rechts, z. B. infolge der Säkularisation durch § 35 des Reichsdeputationshauptschlusses von 1803 (Dotierung der Bistümer und Domkapitel) oder durch Vereinbarungen mit dem päpstlichen Stuhle (Bayerisches Konkordat, Zirkumskriptionsbullen für Preußen, Hannover und oberrheinische Kirchenprovinz), sei es auf Grund des Privatrechts, z. B. hinsichtlich der Baulast an den ehemals inkorporierten Kirchen und der Dotation der sogenannten organisierten Pfarreien, welche Verpflichtungen auf dem Vermögen der säkularisierten Klöster ruhten und nunmehr dem Staat als dem Inhaber dieses Vermögens obliegen. Im Absatz V des Artikels 30a ist deshalb ausgesprochen, daß die auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtstiteln beruhenden Staatsleistungen durch die Landesgesetzgebung *abgelöst* werden sollen. Bei der derzeitigen Finanzlage des Staates wird das eine schwierige Frage sein; eine Ablösung durch ein entsprechendes *Kapital* wird kaum möglich sein, man hat deshalb in Württemberg in § 14 der neuen Verfassung eine Abfindung der evangelischen und katholischen Kirche durch eine *unveränderliche Geldrente* vorgesehen, die unter Berücksichtigung der Mitgliederzahl beider Kirchen nach ihren bestehenden Bedürfnissen zu bemessen ist; zugleich werden hier die bisher im Eigentum des Staates befindlichen kirchlichen Gebäude und Grundstücke in das Eigentum der Kirchen übertragen. Die in Württemberg gefundene Lösung ist zweifellos ebenso gerecht wie zweckmäßig, und wenn die Grundsätze für die Ablösung, wie es die Verfassung vorsieht, vom Reich aufgestellt werden, sollte das Vorbild von Württemberg

zur allgemeinen Richtschnur genommen werden. Wenn freiwillige Aufwendungen aus staatlichen Mitteln zu religiösen Zwecken ausgeschlossen sind, so sind damit doch nicht, wie in Frankreich solche Leistungen aus anderen öffentlichen Mitteln, z. B. der politischen Gemeinden, verboten; ein derartiges Verbot war im neuen badischen Verfassungsentwurf vorgesehen, wurde aber abgelehnt mit der Begründung, man dürfe doch die Religionsgesellschaften nicht schlechter stellen als Vergnügungs- oder Sportvereine, die aus Kreis- oder Gemeindemitteln Zuschüsse erhalten können.

Daß keine Staatskirche bestehen soll, bedeutet ferner, daß die bisherige Kirchenhoheit des Staates in Wegfall kommt. Es entfällt das jus reformandi des Staates, d. h. sein Recht, zu bestimmen, welche Religionsgesellschaften er zulassen will und unter welchen Voraussetzungen er sie zuläßt. Es wird deshalb die Freiheit der Vereinigung zu Religionsgesellschaften ausdrücklich gewährleistet, ebenso unterliegt der Zusammenschluß von Religionsgesellschaften innerhalb des Reichsgebietes keinen Beschränkungen. Ferner kommt in Wegfall die bisher vom Staate geübte Aufsicht über die Religionsgesellschaften: es entfällt das landesherrliche oder staatliche Plazet für die Verkündigung kirchlicher Erlasse, es gibt gegen Entscheidungen der kirchlichen Behörden in kirchlichen Angelegenheiten keine Anrufung der Staatsgewalt (recursus ab abusu) mehr. Es entfällt die staatliche Mitwirkung bei Errichtung oder Veränderung von Kirchenämtern, ebenso bei deren Besetzung, so daß hierfür ausschließlich die Bestimmungen des kirchlichen Rechtes gelten: Wahl der Bischöfe durch die Domkapitel ohne Einreichung einer Liste an die Staatsregierung, freie Besetzung der Pfarreien durch den Bischof, soweit nicht Patronatsrechte dritter Personen bestehen usw. Ferner sind beseitigt die staatlichen Bestimmungen über die Ausbildung der Geistlichen, die staatlichen Einschränkungen der Ordensgesellschaften sowie die staatliche Aufsicht über die Verwaltung des kirchlichen Stiftungsvermögens. Die Religionsgesellschaften genießen somit volle Freiheit und Selbständigkeit in der Ordnung und Verwaltung ihrer Angelegenheiten; sie sind dabei nur an die für alle geltenden Gesetze gebunden. Mit der staatlichen Aufsicht kommen aber auch verschiedene Vorrechte in Wegfall, die der Staat bisher den anerkannten Religionsgesellschaften oder einem Teile derselben gewährt hat: es entfällt der besondere Schutz ihres Vermögens, die Hilfe des weltlichen Armes (z. B. in Sachen der religiösen Erziehung der Kinder aus gemischten Ehen) wird nicht mehr gewährt, ihre Geistlichen gelten nicht mehr als öffentliche Beamte usw.

Eine dritte Wirkung der Trennung pflegt darin zu bestehen, daß die Religionsgesellschaften von den öffentlichen Einrichtungen und dem öffentlichen Leben ganz oder fast ganz ausgeschlossen werden. Auf dem Gebiete der Ehe und des Begräbniswesens war die Trennung bei uns bisher schon durchgeführt. Welche Wirkungen sie nunmehr auf dem Gebiete der Schule äußern wird, soll in einem eigenen Artikel gezeigt werden; hier sei nur soviel erwähnt, daß die geistliche Schulaufsicht beseitigt wird, daß der Religionsunterricht zwar ordentlicher Lehrgegenstand der öffentlichen Schulen, aber nicht mehr Pflichtfach ist und daß er „in Uebereinstimmung mit den Lehren und Satzungen der betreffenden Religionsgemeinschaft" erteilt werden soll; wer über die Einhaltung dieser letzteren Vorschrift zu wachen hat und wer den Religionsunterricht erteilen soll, darüber ist nichts gesagt. Im Gegensatz zu dem Grundsatze der Trennung sollen sodann die theologischen Fakultäten an den Universitäten erhalten bleiben (Artikel 31). Die Seelsorge in den öffentlichen Anstalten soll dadurch ermöglicht werden, daß, „soweit das Bedürfnis nach Gottesdienst besteht", die Religionsgesellschaften zur Vornahme religiöser Handlungen zuzulassen sind; daß dabei jeder Zwang ausgeschlossen sein soll, hat bisher schon gegolten und es war nach der Lage der Dinge kaum notwendig, das eigens zu bemerken. Soweit es sich um gemeindliche Anstalten (Krankenhäuser) handelt, besteht übrigens kein Hindernis, daß die Seelsorge wie bisher durch gemeindlich besoldete Geistliche ausgeübt wird. Der Antrag, die Seelsorge auch in Heer und Marine zuzulassen, wurde im Verfassungsausschusse leider mit Stimmengleichheit abgelehnt. Hoffentlich läßt sich hinsichtlich der Anstalts- und Militärseelsorge in der zweiten Lesung noch eine Verbesserung erzielen. Daß dies unbeschadet der Trennung von Staat und Kirche möglich ist, zeigt das Beispiel der Vereinigten Staaten von Nordamerika: wir haben hier in Heer und Marine von der Union besoldete Geistliche, in den meisten Staaten auch in den öffentlichen Anstalten staatlich besoldete Geistliche. Ein Einfluß, weniger der Kirchengesellschaften als vielmehr der Religion, zeigt sich sodann in der öffentlichen Beobachtung der Sonntage und christlichen Feiertage: diese sollen, soweit sie bisher staatlich anerkannt waren, auch ferner bestehen bleiben.

Die Trennung von Staat und Kirche kann niemals restlos durchgeführt werden, solange noch ein beträchtlicher Teil der Staatsbürger einer Religionsgesellschaft angehört; ein Mindestmaß von nicht nur tatsächlichen, sondern auch rechtlichen Beziehungen zwischen Staat und Religionsgesellschaften wird immer bestehen. In der Beschränkung auf dieses Mindestmaß liegt letzten Endes das Wesen der Trennung, und die Art und Weise, wie dieses Mindestmaß geregelt wird, pflegt in der Hauptform der Trennung darin zu bestehen, daß alle Religionsgesellschaften gleichmäßig wie beliebige Privatvereine behandelt werden. Dieser Grundsatz ist, wenn auch nicht ganz ausnahmslos, so doch in der Hauptsache in den Vereinigten Staaten von Nordamerika durchgeführt. In Deutschland hat man mit gutem Grund sich für eine andere Form entschieden. Man hat sich dem Gedanken nicht verschließen können, daß die Religion im Leben des einzelnen und damit im Leben des Volkes immer noch eine so große Rolle spielt, daß es doch nicht angängig ist, die Religionsgesellschaften unterschiedslos irgendeinem Vergnügungs- oder Sportverein gleichzustellen. Im allgemeinen sollen ja nach den Beschlüssen des Verfassungsausschusses Religionsgesellschaften und geistliche Gesellschaften (Orden) die Rechtsfähigkeit nach den allgemeinen Vorschriften des bürgerlichen Rechtes erwerben. Aber die großen Religionsgesellschaften, die bisher schon die Rechte einer öffentlichen Körperschaft besaßen, behalten sie ohne weiteres auch in Zukunft, und anderen Religionsgesellschaften sind die gleichen Rechte zu gewähren, wenn sie durch die Zeit ihres Bestandes und die Zahl ihrer Mitglieder eine Gewähr für Dauer bieten. Der Hauptvorteil der öffentlichen Körperschaften besteht darin, daß sie des Besteuerungsrechtes fähig sind, und es ist diesen Religionsgesellschaften auch ausdrücklich zugesprochen worden. Das für jedes Steuerrecht notwendige Zwangsmoment wird wie bisher vom Staate geleistet: die Kirchensteuern oder Umlagen sind pflichtgemäß von allen Angehörigen der betreffenden Religionsgesellschaft zu entrichten und werden allenfalls durch die staatlichen Organe eingetrieben. Die näheren Bestimmungen darüber hat die Landesgesetzgebung zu treffen. Die Religionsgesellschaften waren bisher schon in stets wachsendem Umfange auf die Besteuerung ihrer Mitglieder angewiesen; wenn nunmehr die staatlichen Verpflichtungen abgelöst werden und den Religionsgesellschaften und kirchlichen Stiftungen ihr Eigentum ausdrücklich gewährleistet wird, könnten sie doch für die Zukunft ohne Besteuerungsrecht ihre Aufgaben sowenig erfüllen wie bisher. Diese Erkenntnis herrschte nicht nur im Verfassungsausschuß zu Weimar, sondern auch in den Verfassungsausschüssen in Württemberg und Baden, die vorher schon den größeren Religionsgesellschaften die Eigenschaft einer öffentlichen Korporation und das Besteuerungsrecht zugesprochen hatten. Wir haben auf diese Weise in Deutschland noch öffentlich-rechtliche Beziehungen zwischen Staat und Kirche, also keine vollständige Trennung wie in den Vereinigten Staaten, sondern eine nur teilweise, wie sie z. B. 1910 in Basel für die reformierte und altkatholische Kirche durchgeführt worden ist.

Nach dem Grundgedanken der Trennung ist die christliche Religion ohne Unterschied des Bekenntnisses für den Staat nur eine Weltanschauung wie die anderen auch. In denjenigen Ländern, in welchen die Religionsgesellschaften sich nur auf Grund des Privatrechtes organisieren können, sind sie an sich schon wie allen anderen Vereinen so auch den anderen Weltanschauungsvereinen gleichgestellt. In Deutschland sollen die größeren Religionsgesellschaften Körperschaften des öffentlichen Rechtes sein; damit dies aber nicht als eine Bevorzugung der Religion oder des christlich gesinnten Volksteiles erscheint, hat der Verfassungsausschuß beschlossen, daß den Religionsgesellschaften diejenigen Vereinigungen gleichzustellen sind, welche sich die gemeinschaftliche Pflege einer Weltanschauung zur Aufgabe machen (z. B. Monistenbund, Gesellschaft für ethische Kultur, Freidenkervereine usw.). Anscheinend ist die Gleichstellung der Weltanschauungsvereine mit den Religionsgesellschaften der Preis, um den für letztere die Eigenschaft einer öffentlichen Korporation erkauft werden mußte.

Bei einer Würdigung des deutschen Trennungsrechtes ist zunächst festzustellen, daß es sich von der gehässigen Kirchenfeind-

lichkeit des französischen fernhält und dem unparteiisch-freiheitlichen Geiste des amerikanischen folgt. Es gibt den Kirchen- und Religionsgesellschaften volle Freiheit und Selbständigkeit in ihren Angelegenheiten und befreit sie damit von längst veralteten Fesseln des Staatskirchentums. Es garantiert den Religionsgesellschaften den Fortbestand ihres bisherigen Eigentums sowie eine Ablösung der bisherigen staatlichen Verpflichtungen und sichert außerdem ihre Leistungsfähigkeit durch die Beibehaltung der Eigenschaft als öffentliche Körperschaft und des Besteuerungsrechtes. Die Frage der Ablösung enthält zweifellos noch manche Schwierigkeiten, aber bei beiderseitigem guten Willen werden diese, wie das Beispiel Württembergs zeigt, zu überwinden sein. Diesen Vorteilen stehen die allgemeinen Nachteile gegenüber, die sich aus jeder Form der Trennung für das religiöse Leben des Volkes ergeben und die auch bei der deutschen Regelung sich zeigen. Alles in allem wird durch die Reichsverfassung eine Rechtslage geschaffen, auf die sich das Urteil anwenden läßt, das Papst Pius X. in seiner Enzyklika „Gravissimi" vom 10. August 1906 ausgesprochen hat: „Wenn irgendein Staat sich von der Kirche getrennt hat, indem er ihr die Hilfsquelle der allen gemeinsamen Freiheit und die freie Verfügung über ihre Güter gelassen hat, so hat er ohne Zweifel und aus mehr denn einem Grunde ungerecht gehandelt, aber man kann doch nicht behaupten, daß er für die Kirche eine absolut unerträgliche Lage geschaffen hat". Viel wird nun darauf ankommen, wie die in den Grundrechten aufgestellten Grundsätze im einzelnen durch die Reichs- und namentlich durch die Landesgesetzgebung durchgeführt werden. Die neuen Verfassungen von Baden und Württemberg zeigen ja im wesentlichen den gleichen Geist wie die Reichsverfassung und weisen gegenüber letzterer sogar einige Vorzüge auf; in anderen Bundesstaaten aber herrscht ein viel radikalerer Geist, der anscheinend nicht ohne weiteres gewillt ist, die Bestimmungen der Reichsverfassung anzunehmen. Zu der Trennung von Staat und Kirche kommt als deren Folge die Neuregelung der Schulfrage, und die hierfür vorgesehene Lösung schließt noch größere Nachteile und Gefahren für die religiöse Zukunft unseres Volkes in sich als die Trennung von Staat und Kirche.

Der Bolschewismus und seine psychologischen Voraussetzungen.

Von Dr. W. Zapadnik.

Gespannten Blickes sah das deutsche Volk auf das atemraubende Schauspiel des gewaltigen Eindringens an der Westfront und achtete nicht des dunklen Gewölkes, das im Osten vor der eben aufgegangenen Friedenssonne heraufzog. Die dumpfen Donner der russischen Revolution schienen in weiter Ferne zu verhallen; um so sicherer fühlte man sich geborgen in unserem dem Siege entgegenschreitenden Vaterlande. Da kam das furchtbare Erwachen des Herbstes 1918. Jeder neue Tag riß ein neues Stück der Binde von den Augen des Volkes. Es suchte Zuflucht in den Armen der Revolution; aber hinter ihr erhob sich riesengroß und drohend der Geist des Bolschewismus. Den einen erschien er als grinsendes Gespenst, das Tod und Verderben vor sich herbreitete, den anderen als Engel der Befreiung aus aller Not des Völkermordens und der Klassenherrschaft.

Das tragische Verhängnis des deutschen Volkes ist es, daß alle seine Teile, gleichviel in welchen politischen Lagern sie stehen, in gleicher Weise von der russischen Fata Morgana genarrt worden sind: denn auf beiden Seiten fehlte und fehlt es unter dem Einfluß des nervenzerstörenden Krieges an der kühlsicheren Beurteilung des Rätsels, das Rußland ist. Aber mehr und mehr tritt das Bedürfnis hervor, den Bolschewismus wissenschaftlich, psychologisch zu erfassen und zu ergründen. Das ist Gewissenspflicht aller Volksgenossen, ob sie nun das neue Evangelium anerkennen oder verwerfen. Auch wir müssen dem russischen Problem ins Weiße des Auges schauen, damit wir dessen wirkliche und vermeintliche Gefahren erkennen. Nur auf der Grundlage gesicherter Erkenntnis unsererseits haben wir das Recht, von den bedingungs- und voraussetzungslosen Anhängern des Bolschewismus gleichfalls ernste Selbstkritik zu verlangen, bevor wir mit ihnen in die Schranken treten.

Was ist Bolschewismus? Bolschewismus ist der mit russischem Geiste und mit russischen Methoden durchgeführte Versuch, den Sozialismus auf dem Wege der Diktatur des Proletariats, also genau nach dem Rezepte des kommunistischen Manifests, zu verwirklichen. Noch niemals im Verlauf der Weltgeschichte ist die Menschheit Zeuge eines in solchen Ausmaßen unternommenen sozialistischen Versuches gewesen. Wir Zeitgenossen, die wir zum ersten Male dieses Schauspiel staunend, hoffend, zweifelnd, ablehnend erleben, besitzen in diesem Fach noch keinerlei Erfahrung und sind infolgedessen leicht der Gefahr ausgesetzt, in der Weise, wie die Verwirklichung des Versuches in Rußland erfolgte, die einzig und allein mögliche Art der Lösung zu erblicken, eine Gefahr, die für gemäßigte und radikale Politiker in gleichem Maße besteht. Will man vom Besonderen zum Allgemeingültigen, von der Schale zum Kern vordringen, so wird es notwendig sein, den marxistischen Kern aus der russischen Schale zu lösen, d. h. an der Hand der gegebenen psychologischen Voraussetzungen den spezifisch russischen, den bolschewistischen Einschlag an dem Unternehmen der Sowjet-Republik festzustellen, wie er sich bei der Masse des Volkes und bei den Führern zeigt.

Das russische Volk stellt sich im Verlauf seiner geschichtlichen Entwicklung als eine ungeheure, ungegliederte Masse von Einzelwesen dar, in welcher der Staatsgedanke sehr wenig und nur so weit entwickelt war, als er in Verbindung stand mit der geheiligten Person des Zaren. Am „Väterchen" Zar hing der russische Bauer mit halb göttlicher, halb kindlicher Verehrung, die durch nichts erschüttert werden konnte, auch nicht durch die ärgsten Bedrückungen von seiten des Grundherrn und des Beamten. Diesen und nur diesen und nicht dem guten Zaren gaben die Bauern Schuld an ihrem Elend. Wäre der Zar nicht von den bösen Beamten in Unkenntnis gehalten über das traurige Los des Volkes, so würde er seinen Kindern sicherlich zu Hilfe eilen, so trösteten sich die leidensgewohnten Muschiks in den Dörfern. Die demokratisch-sozialistische Republik des März 1917 räumte mit dem Zaren auf, zog vor dem einfachen Volke die Kulisse des Staates hinweg und stellte es unvermittelt vor das Antlitz seiner Peiniger und Ausbeuter. Neben den emporlodernden Klassenhaß trat der immer latent vorhanden gewesene Partikularismus der Regionen und Provinzen, der dem Zentralismus der neuen sozialistischen Machthaber in Petersburg und Moskau schnurstracks zuwiderlief und in den örtlichen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten seine üppigsten Blüten trieb. Gerade in einem so zentrifugalen Gefüge, wie das revolutionäre Rußland es darstellt, bedeutete die Schöpfung der lokalen Räte eine ungeheure Erschwerung für die sozialistische Arbeit der bolschewikischen Staatslenker. Dies zeigte sich mit erschreckender Deutlichkeit in dem Augenblick, als die Lenin und Trotzki die Losung „Nicht mehr niederreißen, sondern aufbauen!" ausgaben. Aufbauen erfordert Arbeit, und Arbeit, beständige disziplinierte Anstrengung, ist dem Russen fremd. Ja, er hat sie hassen gelernt in der jahrhundertelangen Knechtschaft des Frondienstes für den Grundherrn, den Besitzer von so und so viel „Seelen", über die er mit unumschränkter Gewalt gebot. Daher auch die wilden Ausbrüche des Hasses gegenüber den Arbeitsprodukten, den Häusern, Maschinen, Geräten, Pflanzungen; alles fiel der sinnlosen Zerstörungswut der revolutionären Bauern zum Opfer. Die bolschewistische Lehre vom Niederreißen der alten Ordnung und ihrer äußeren Kennzeichen fand im russischen Volk, das den ethischen Wert der Arbeit nicht kennt, eine bereitwillige Aufnahme. Als es aber ans Aufbauen gehen sollte, da versagten die Ortssowjets den Führern die Gefolgschaft, weil sie nicht arbeiten wollten.

Tolstoj hatte mit tiefem Schmerze das Grundübel seines Volkes, die Arbeitsunlust, erkannt und es sich zur Lebensaufgabe gesetzt, durch Lehre und Beispiel die Bauern davon zu überzeugen, daß die körperliche Arbeit etwas Heiliges, den Menschen Adelndes sei, ja daß sie allen sogenannten Kulturgütern und Errungenschaften der Zivilisation überlegen sei. Aber seine Lehre machte auf die Bauern keinen Eindruck und brachte bei den Intellektuellen nur die Wirkung hervor, daß auch sie ihrerseits sich von der Verpflichtung zum geistigen Vorwärtsstreben entbunden fühlten, nachdem sie sich von Tolstoj gerne von der relativen Wertlosigkeit der Kultur hatten überzeugen lassen.

Worin aber Tolstoj mit der allgemeinen Anschauung zusammentraf, das war die im Volk lebendige Ueberzeugung von der geheimnisvollen Macht des einfachen russischen Menschen und der in ihm schlummernden Kräfte; eine Anschauung, die schon in der Mitte des 19. Jahrhunderts bei den Slawophilen und den Narodniki („Volkstümlern") ihre wissenschaftliche Aus-

prägung gefunden hatte. Auch die altrussische Ueberlieferung der Chroniken läßt diesen Zug zum Volke erkennen: nicht Ritter und Könige stellt das Heldenlied dar, sondern den freien Bauern Ilija von Murom, der für das bedrückte Volk Werke der Befreiung vom Tatarenjoch vollbringt. Diese Grundstimmung findet nun im bolschewistischen Gedankenkreis einen überraschenden Widerhall. Der Aufbau der Räte als der Träger der Gewalt von unten herauf, aus dem Schoße des Volkes, die marxistische Forderung der Diktatur der Massen — zunächst allerdings der Arbeitermassen — wird auf das Bauernproletariat ausgedehnt, das ja in Rußland als Gesamtheit der ländlichen Lohnarbeiter und der „ärmsten Bauern" tatsächlich besteht. So fügte sich die Herrschaft des Volkes, die Demokratie, dem Volksempfinden zwanglos ein. Die Aufgabe der Führer schien sich nur mehr darauf zu beschränken, die aus der geheimnisvollen Tiefe der Massen kommende Stimmung richtig zu deuten und ihr politischen Ausdruck zu verleihen.

Wenden wir uns nun den Führern zu, so finden wir, daß ihr Verhalten gegenüber dem Volke in Wirklichkeit ein ganz anderes ist. Sie sind nicht die Ausleger, sondern die Beherrscher des Volkswillens. Wie ist diese Tatsache zu erklären? Der Bolschewismus ist die Umkehrung des Zarismus. Das russische Volk hat jahrhundertelang unter dem furchtbaren Druck der zarischen Despoten geseufzt; der russische Herr, der „barin", konnte sein Amt des Beherrschers nicht anders denn als Despot ausüben. Die bolschewistischen Führer sind dieser ehrwürdigen Ueberlieferung treu geblieben. Sie bringen die Freiheit im Gewande der Unterdrückung, auch sie fühlen sich noch als „Seelenbesitzer", denen eine unumschränkte Gewalt über die Geister zusteht. Und das Volk der weiten russischen Ebenen fügt sich dem altgewohnten Druck ohne Murren, ja es würde erstaunt und mißtrauisch aufblicken, wenn dem nicht so wäre.

Diese Gewaltsamkeit bei der Verbreitung ihrer Lehre wenden die Verkünder des Bolschewismus nicht nur ihren eigenen Volksgenossen gegenüber an, sondern sie beanspruchen das Recht dazu auch, wenn sie ihre Sendboten über die Grenzen ihres politischen Machtbereichs nach Europa schicken. Hier tritt wieder ein der Psychologie des russischen Geisteslebens eigentümlicher Zug zutage, der Messianismus, die tiefinnere Ueberzeugung von dem Beruf des russischen Volkes, die Welt vom Uebel zu erlösen und ihr das Heil zu bringen. Hatten die Slawophilen unter Chomjakoffs Führung und die Anarchisten um Herzen und Bakunin ihre Sendung als eine europäische betrachtet, so rufen auch Lenin und Trotzki auf der III. Internationale in Moskau dem Weltproletariat zu: „Im Zeichen des Bolschewismus wirst du siegen!" War es vorher die gotterfüllte, im Dulden und Leiden des Uebels beschlossene Religiosität des russischen Bauern gewesen, in deren Nachahmung das Geheimnis der Welterlösung lag, so sollte jetzt der alleinseligmachende sozialistische Kommunismus des Arbeiter- und Bauernproletariers die Menschheit von ihrer Qual befreien. Auch das Christentum war nicht überall ohne Zwang verbreitet worden, der Islam war nicht zurückgeschreckt vor Feuer und Schwert, sollte man da auf die Anwendung von Gewalt verzichten, wenn es galt die neue Religion des Bolschewismus zu verkünden?

Denn nicht bloße Lehrmeinung ist der Bolschewismus seinen russischen Anhängern, sondern ein Glaube, wie denn der Russe leicht geneigt ist, dem religiösen Denken, d. h. dem Glauben, vor dem philosophischen den Vorzug zu geben. So ist ihnen der Marxismus eine Sammlung von Dogmen geworden, um deren richtige Auslegung und unverfälschte Reinhaltung die einzelnen sozialistischen Sekten in Rußland mit mehr aus dem Herzen kommender Leidenschaft als der Denkkraft entstammender Ueberlegung streiten. Daher auch die Heftigkeit der Verfolgung, mit der sich die Bolschewiki gegen ihre Brüder in Marx im Verlaufe der Revolution gewendet haben.

Wo aber das urplötzlich emporlodernde Feuer des Glaubens zu erlöschen, die revolutionäre Energie des Tatwillens zu erliegen drohte — eine Gefahr, welche bei dem kühn anlaufenden aber rasch ermattenden Naturell des Nationalrussen sehr oft eintrat —, da sprang die Zielbewußtheit des jüdischen Denkens und die Zähigkeit des jüdischen Wollens in die Bresche. Dazu wußte der Instinkt der unterdrückten Rasse mit wunderbarem Geschick die verwandten Saiten im Gemüte des zwar rassefremden, aber im Ertragen langer Leiden gleichgestimmten russischen Bruders anzuschlagen und zum revolutionären Kampfe zu stählen. Als furchtbare Waffen in diesem unaufhörlichen unterirdischen Krieg gegen den Staat und seine Organe hatte die jüdische Intelligenz ihre aushöhlende Kritik, ihre immer wieder über sich selbst hinaustreibende Dialektik und ihren über alle Hindernisse hinwegschreitenden Fanatismus einzusetzen.

Wie aber stellte sich die jüdisch-russische Arbeitsgemeinschaft der Bolschewikiführer gegenüber der herrschenden Klasse und ihrer Kultur? Darauf gibt uns der Anarchist Tolstoj die Antwort, dessen verhängnisvollen Einfluß auf die geistigen Schichten Rußlands wir bereits kurz berührten. Er hatte mit seiner Lehre von der Unterwertigkeit der Kultur in ihren Kreisen nur zu willige Schüler gefunden, die jetzt darangingen, die Spitzhacke an den Bau der russischen Kultur zu legen und ihn zu zertrümmern. Und es lag ganz in der Entwicklungsrichtung der Tolstojschen Lehre, wenn die Bolschewiki kein Bedenken trugen, den Wert der geistigen Arbeit demjenigen der körperlichen Betätigung vollständig gleichzusetzen. Die Gleichheit der Klassen sollte herbeigeführt werden nicht durch den Aufstieg des Proletariats, sondern durch das Herabsinken und Herunterzerren des geistigen Arbeiters, dessen kulturschaffende Tätigkeit nach Tolstoj überflüssig und wertlos war. Der Zug ging also auch hier von oben nach unten, genau so wie im wirtschaftlichen Leben das bäuerliche Gemeinwirtschaftssystem des Mir die Leistungen des Tüchtigen und Fleißigen allmählich auf die Ertragsstufe des trägen Gemeindegliedes herabdrückte.

Entfiel aber — schon vor der Revolution — auf geistigem Gebiet der Zwang zu eindringlichem und nachdrücklichem Schaffen, so war jetzt jegliche Hemmung gegen das Phantastentum aufgehoben, so erhob sich der von strenger Selbstkritik ungehinderte Flug der Einbildungskraft in wirklichkeitsferne Höhen und verlor den Zusammenhang mit dem festen Boden der Tatsächlichkeit. Gar mancher der sozialistischen Führer hatte lange Jahre im Gefängnis oder in der Verbannung verbracht und sich in seiner Abgeschiedenheit immer mehr in sein System eingesponnen, ohne die Möglichkeit zu besitzen, an einer lebendigen, praktisch-realen Umwelt sich und seine Gedankengänge orientieren zu können. Wie mächtig mußten auf solche Geister die Theorien des Marxismus wirken, der kühn und gewaltig Forderungen über Forderungen, Folgerungen über Folgerungen türmte, es den Praktikern überlassend, den Weg zur Verwirklichung des Sozialismus zu suchen. Daß Rußland nicht solche praktische Köpfe, sondern reine Doktrinäre hervorbringen mußte, liegt bei der Eigenart seiner psychologischen Struktur klar zutage.

Gotische Fenster.

Des Münsters Schiffe liegen kühl im Mittagstraum;
Es stämmen rings sich hochgereckt Spitzbogenfenster,
Die Wache stehen um den friedesamen Raum
Und fernehalten, flammenspeerbewehrte Ritter,
Des Himmels Grellheit und der Sonne Goldgeflitter.

Ein weicher Abglanz nur vom blinken Leuchtetag
Wogt durch die farbenlohen Scheiben in die Hallen
Wie müdes Abendrot zu stillem Rosenhag.
Die Lettner, Marmorplatten, zierratreichen Rahmen
Beglänzt ein Blütenhauch von Flieder und Zyklamen.

Das Zwielicht, funkentriefend, rauscht zum Dach empor,
Verströmt auf Streben amethystne Lichtreflexe,
Verblutet sich vor'm herben Vesperbild im Chor.
Und einer alten Doppelfuge Braus und Klingen
Schwebt unter'm Netzgewölb mit weitgedehnten Schwingen.

So hab' um meine Seelenburg ich aufgestellt,
Gleich einem gotisch-feuertrunknen Fensterreigen,
Mir meiner Jdeale schmerzbetaute Welt:
Des Alltags Blendwerk und sein heiter lächelnd Winken
Muss vor der Glut des Geistes in das Nichts versinken.

Jn bunten Tupfen nur des Lebens Widerschein
Verzittert an den Pfeilern ragender Gedanken,
Verlöscht im Gotterleben und im Gottessein.
Jm Münster heil'ger Minne sing' ich meine Weisen,
Die mit den Sternen um die ew'ge Schönheit kreisen.

Heinz Göll.

Ein Ausschnitt aus der jüngsten Erziehungsgeschichte in Bayern.

Von Geistl. Rat Prof. Dr. Hoffmann, München.

„Wer die Jugend hat, hat die Zukunft". Kaum hat man jemals in unserem Vaterlande mit solcher Entschiedenheit und Rücksichtslosigkeit sich diesen Besitz und diese Aussicht zu sichern gesucht als in diesen letzten Monaten. Ganz besonders haben die im Dienste der Revolution stehenden Männer es auf die Studierenden abgesehen; sie sollen zum Führertum herangezogen werden. Namentlich hält man für diese Bestrebungen in Bayern die Situation für günstig. Der Sozialdemokratie wurde hier die volle politische Macht abgetreten.

Das höhere Schulwesen wurde in den Strudel des politischen Umsturzes hineingezogen. Ein starker Kampf entstand namentlich zur Zeit der Räterepublik um die Universität. Ein revolutionärer Senat, bestehend zumeist aus einer dem Ganzen gegenüber verschwindenden Gruppe revolutionärer Studenten, erklärte den bisherigen Senat, die Beamten und Professoren für abgesetzt und schloß die Universität. Grundlinien bezeichnen die Richtung, nach welcher die Hochschulen zu revolutionieren seien, damit aus den Klassenhochschulen wirkliche Volkshochschulen würden. „Der politischen Revolution muß eine revolutionäre Umgestaltung des Erziehungs- und Bildungswesens folgen, wenn die Revolution wirklich kulturell fruchtbar werden soll.[1]) Die Gymnasien und ähnlichen Anstalten wollte man, wie es scheint, durch das Rätewesen ersticken. Bisher war an diesen Schulen dem Vorstande der Lehrerrat an die Seite gegeben. Nun wurden eingeführt: 1. Lehrerbeirat (eine Art Betriebsrat), 2. Elternbeirat, 3. eine Lehrervertretung für den Elternbeirat, 4. Schülerrat (genannt Schülerausschuß), 5. Schülervertrauensrat (von deu Schülern bestimmte Vertrauensmänner aus dem Lehrerkollegium), 6. Schülerversammlung (Schulgemeinde), 7. der revolutionäre Zentralschülerrat, schließlich 8. tut sich noch auf der „Revolutionäre Lehrerrat".

Die neueste Pädagogik trägt als einen ihrer charakteristischen Züge Verkennung und Mißachtung der bisherigen Bildungs- und Erziehungswerte. In einem Artikel der „Münchener Post" (Nr. 97) aus der Zeit der Zensur des Zentralrates wird „das geistige Niveau der Abiturienten der höheren Lehranstalten als im großen und ganzen erschreckend niedrig" hingestellt. Der Verfasser jener Darlegungen ist der Meinung, daß gute Volksschüler, die noch dazu eine Berufsbildung durchgemacht und eine Fortbildungsschule besucht haben, ein viel geeigneterer Boden für wirklich wissenschaftliche Vorlesungen sein werden, als die bisherigen Universitätsstudenten.

Aufdringlich ist sodann das Bestreben, die religiösen Ideen zu verdrängen und die monistische Weltanschauung zur Herrschaft zu führen, worüber unten weiteres zu sagen ist.

Besonders eifrig treten unter den Reformern hervor Prof. Dr. L. Gurlitt und Dr. Gustav Wyneken. Gurlitt kam vor wenigen Jahren von Berlin-Teplitz nach München. Er ist bekannt als ein entschiedener Vertreter des Naturalismus in der Erziehung, als ein Lehrer der Emanzipation des Fleisches, in dessen Pädagogik die Verherrlichung des Geschlechtstriebes eine wichtige Rolle spielt. Diese Tatsache findet bei ihm allem Anscheine nach in einem übernormalen persönlichen sexuellen Erleben ihre Erklärung. Gurlitt zeigte sich stetig als ein Kampfpädagoge, der überall, wo er tätig war, gegen alle bestehenden Schulgattungen und deren Vertreter im Streite stand. Nach dem Ausbruche der Revolution stellte er sich, wie er dieses ja „in der Jetztzeit für Pflicht jedermanns" hielt, dem Ministerium für Unterricht und Kultus zur Verfügung und bot zugleich dem Lehrerbeirate für das höhere Schulwesen in Bayern sowie der Vorstandschaft der Standesvereine an den höheren Lehranstalten seine Mitarbeit an. Von den beiden letzten Stellen wurde sein Angebot mit Dank zurückgewiesen. Sogar von dem revolutionären Lehrerrat, der auf sein Betreiben am 11. April ins Leben trat, erhielt er eine einmütige Ablehnung als 1. Vorsitzender. In welcher Beziehung er aber zum genannten Ministerium steht, hat die Oeffentlichkeit nicht sicher erfahren; in einem Aufrufe des Verlags Gesellschaft und Erziehung G. m. b. H., Berlin, für die sozialistische pädagogische Zweiwochenschrift „Die Neue Erziehung" ist Gurlitt unterzeichnet „Bayerischer Ministerialdirektor, München". Mit Bestimmtheit kann angenommen werden, daß dieser Mann auf die Neugestaltung der höheren Schulen und der Erziehung ihrer Angehörigen in Bayern keinen geringen Einfluß ausüben möchte. So sind denn auch die „Grundlinien der geplanten Revolutionierung der Hochschnlen" von Gurlitt als Vorsitzenden der Gesellschaft für neue Erziehung, Kommission für Hochschulen unterzeichnet. („Bayer. Kurier" Nr. 100).

Noch ein anderer Mann arbeitet als Führer von ihm ergebenen Jüngern am Umsturz des Unterrichtes und der Erziehung in Bayern. Von der Thüringenschen Regierung von der freien Schulgemeinde Wickersdorf verdrängt, kam Wyneken kurz vor dem Kriege gleichfalls nach München; er ist wie Gurlitt der bisherigen Schulerziehung und der Schule, die nicht nach Wickersdorfer Art arbeitet, selbst höchst feindselig gesinnt. Bekannt ist sein Bestreben, die jungen Leute von Elternhaus und Lehrern zu trennen, um sie dann gänzlich unter seinen Einfluß zu bekommen und für seine Ideen zu gewinnen. Das Zerstörungswerk übte er insbesondere durch die Zeitschrift „Der Anfang". Die Entrüstung und dann auch der Krieg fegten diesen weg. Im „Neuen Anfang" lebte er aber aufs neue auf. (Vergl. Hoffmann, Christliche Jugendkultur oder die freideutsche Wynekens? Donauwörth).

Wyneken ist der Hauptprophet der Theorie von der Selbstbestimmung der Jugend vor eigener Verantwortung mit innerer Wahrhaftigkeit. Ganz anders gestaltet sich sein praktisches Vorgehen. Ellen Key sagte von ihm, er sei ein begabter Despot, er wolle Jünger, nicht Menschen erziehen. Darum kam er noch mit all seinen Freunden in Konflikt. Mit dem Wandervogel führte er einen heftigen Kampf, die freideutsche Jugend zwang ihn, aus ihrer Mitte auszuscheiden; eine nicht geringe Zahl von Pädagogen, die ähnliche Ziele in der Erziehung verfolgten, stehen in Fehde mit ihm, wir nennen Dr. Reisinger und Fr. W. Foerster („Politische Ethik und politische Pädagogik" S. 426 f.). Während des Krieges war auch Wyneken aus der Oeffentlichkeit entwichen, mit der Revolution trat er sofort hervor. Jetzt offenbarte er auch in aller Schärfe seine eigentliche pädagogische Methode: Selbstbestimmung für die Jugend, aber diese Selbstbestimmung muß sich vollziehen in seinem Geiste und Sinne. Schon am 16. November 1918 verkündigte er, man müsse der Jugend auch einmal die Freiheit aufoktroyieren, selbst wenn in ihr gar kein ausgesprochenes Bedürfnis nach dieser Freiheit vorhanden sei. Nach Wynekenschen Grundsätzen mußten an den höheren Lehranstalten Schülerausschüsse gegründet werden, denen die Selbstregierung in vielen Dingen der Schule zugesprochen wurde. („A. R." Nr. 4). Oeffentliche Schülerversammlungen wurden rasch nacheinander in großer Zahl gehalten, in welchen den Jugendlichen die Freiheit in glänzenden Reden dargestellt wurde, die sie nun in Zukunft haben sollten. Wyneken mochte staunen: in München lehnte die größte Zahl der Schüler, teilweise in sehr energischer Weise dieses Wynekensche Geschenk ab. Selbst Mitglieder vom Soldaten- und Arbeiterrat, die in einigen dieser Versammlungen erschienen, konnten es nicht ändern. Unterdessen wurde Wyneken als pädagogischer Berater von Adolf Hoffmann ins Unterrichtsministerium nach Berlin berufen, um auch in Preußen pädagogische Reformen durchzuführen. Er rühmt sich, der Verfasser der bekannten Religionserlasse zu sein; nur hätte er sie gern schärfer gestaltet. Doch bald meldeten die Zeitungen, daß eine anderweitige Verwendung seiner Kraft im Dienste des Staates und der Allgemeinheit vereinbart sei, weil sich gegen seine Wirksamkeit im Unterrichtsministerium eine besonders heftige Opposition geltend mache und man die gegenwärtige gespannte Lage nicht durch öffentliche Kämpfe einer weiteren Belastungsprobe aussetzen wolle. Es war wohl nicht schön von dem preußischen Ministerium, dieses urbi et orbi zu verkündigen. Wyneken wandte sich nun wieder Bayern zu, wo die Menschen nicht so undankbar und unzugänglich sind als im Norden.

In dieser Zeit hatten sich hier mit Billigung des Ministeriums neben den Schülerausschüssen auch Elternräte gebildet. Manche Eltern sind nämlich der allerdings unmodernen Ueberzeugung, für die Erziehung ihrer Kinder nicht nur das Geld beischaffen zu müssen, sondern auch noch ein Wort mitreden zu dürfen. Einzelne Schüler haben indes den Wynekenschen Geist bereits so sehr in sich aufgenommen, daß sie gegen diese Auffassung der Eltern und gegen die Elternwünsche „schärfste

[1]) Sozialistische Vorträge, die im Auditorium Maximum der Universität München von einem Genossen gehalten wurden, bezeichnet man als einen ganz besonderen Erfolg der Revolution.

Opposition“ ankündigen. Da mag es ja in der Schule bald traurig aussehen, wenn sie das Kampfsfeld zwischen Eltern und Söhnen werden wird.

Nun kam in München die zweite Revolution (21. Februar). *Unter dem Zwange des Presseausschusses des Zentralrates mußten die bürgerlichen Zeitungen Münchens eine geharnischte Epistel Wynekens an die Studierenden der höheren Lehranstalten bringen,* die für die Zukunft ein interessantes Dokument einer „freiheitlichen“ Pädagogik sein wird und die zeigt, wie ihr Verfasser die Selbstbestimmung der Jugend versteht. Wyneken klagt die Schüler an, daß sie kein Verständnis für die Revolution und keinen Sinn für die heilige Sache des Volkes hätten, daß sie die ungewöhnlich große Freiheit, welche die Revolution gelassen habe, benutzten, „um dreist, gehässig und höhnisch über die Revolution und ihre führenden Männer abzusprechen — — —.“ Er fügt die Drohung bei: „Was erreicht ihr damit anders, als daß ihr *euch selbst aus der Entwickelung ausschaltet*, daß ihr weithin sichtbar euere Unbrauchbarkeit für führende Stellen im Volksleben beweist, und daß ihr das Volk (will heißen: Wyneken und seinen Anhang) geradezu dazu zwingt, schleunigst dafür Sorge zu tragen, daß ihr, der Nachwuchs des Bürgertums, der jetzt die höheren Bildungsanstalten bevölkert, ersetzt werdet durch eine Schülerschaft aus seinen eigenen Reihen, eine Schülerschaft, von der es erwarten kann, daß sie, wenn sie herangewachsen ist, die neue Ordnung der Dinge verstehen, bejahen und in seinem Sinne verwalten wird.“ Doch der Mann aus Wickersdorf hat die Hoffnung, daß noch eine „Auslese“ der Münchener Studierenden sich bekehren wird; im übrigen erwartet er, daß dem Zustande ein Ende gemacht werde durch Einführung eines Unterrichts über Lehre und Geschichte des Sozialismus.[2])

Damit führt Wyneken eine neue Art Pädagogik in Bayern ein, der man den Namen Erpressungspädagogik geben kann. Sie hat von Charakter, Wert und Heiligkeit innerer Ueberzeugung und Wahrhaftigkeit eigenartige Begriffe! Wenn Wyneken diese Erpressungspädagogik mit der „heiligen Sache des Volkes“ rechtfertigen will, so müßte man darin eine gründliche Bekehrung dieses Mannes sehen; denn bisher hatten seine Lehren und sein Wirken durchaus keine soziale Richtung und sie standen nur im Dienste seiner Weltanschauung.

Doch hierin erschöpft sich die pädagogische Weisheit Wynekens noch keineswegs. *Schon vor der Revolution benützte er in seinem Kampfe gegen Elternhaus und Schule die Denunziation.* In dem „Klassenspiegel“ des „Anfang“ konnten unzufriedene Schüler ihre Lehrer an den Pranger stellen und in Artikeln ihre Eltern dem Gespötte der Kameraden ausliefern. „Der Neue Anfang“ setzt diese pädagogische Methode fort. So brachte Wyneken neben der Erpressungspädagogik auch eine *Denunziationspädagogik*.

Ganz im Geiste dieser Pädagogik liegt es, wenn noch vor Aufrichtung der Räterepublik ein gewisser Theobald Wegele, stud. jur. et rer. pol., München, an die ersten Schriftführer der Schülerausschüsse der bayerischen Lehranstalten einen Fragebogen schickte, der u. a. über folgendes Antwort wünscht: Wie stellen sich die Lehrer zur Revolution? Wie viele Lehrer unterstützen die Bestrebungen der Schüler? Hat sich sonst das Verhältnis zwischen Lehrer und Schüler geändert? Wie nahmen die Schüler die Nachricht auf von der Revolution? Von der Wahl von Ausschüssen? Von dem Attentat auf Eisner? Von der Sprengung des Landtags? Gewann unter den Schülern die Ueberzeugung Raum, daß die Lehrer ihren Einfluß zu gegenrevolutionären Zwecken benützen?

Die Angabe, das Material zu einer Geschichte der Revolution zu benötigen, ist doch nur ein Vorwand und wahrlich das würde eine objektive Geschichte werden, zu der die Unterlage durch Berichterstattung von Schülern über ihre Kameraden und Lehrer gewonnen werden wollte. Eine Gesinnungsschnüffelei in häßlichster Form liegt hier vor. Bisher galt es als höchste Aufgabe der Schule, charaktervolle Männer zu erziehen, da auf solchen die Ehre und die Zukunft des Volkes beruhe. Man hat gesagt, die Schülerausschüsse sollten das Vertrauen zwischen Lehrern und Schülern wiederherstellen und erhalten. Dieses könnte aber nicht mehr vergiftet werden, als wenn der Lehrer das Bewußtsein haben müßte, unter seinen Schülern Denunzianten vor sich zu haben, die seine Worte an irgendeine der Schule feindliche Stelle berichten. Denn es ist männiglich bekannt, wie unzuverlässig die Aussagen junger Leute sind, namentlich dann, wenn sie sich selbst interessiert wähnen. Der Schüler erblicke in dem Lehrer, wurde vielfach erklärt, seinen geborenen Feind. Die Voraussetzung zu einer solchen Annahme war nur in ganz verschwindenden Fällen richtig, in Zukunft aber würde es nicht unberechtigt sein, wenn der Lehrer in dem Schüler seinen aufgehetzten Feind sähe. Wie kann da noch ein Verkehr statthaben, wie er zwischen beiden sein soll? Der Lehrer wird in seinem eigenen Lebensinteresse sich darauf beschränken, die vorgeschriebenen Kenntnisse zu vermitteln. Damit entfällt jede Erziehung, die allerdings auch nach den Anschauungen von Pädagogen wie Gurlitt und Wyneken nicht notwendig ist, wenn nur die jungen Leute in religiöser und sonstiger Hinsicht möglichst radikal werden.

Die dritte Revolution brachte den „Revolutionären Zentralschülerrat“, der sicherlich unter Wynekens Einfluß ins Leben trat. Die engere Arbeitsgemeinschaft desselben „erstrebt die Diktatur der Minderheit der Schüler mit revolutionärer sozialistischer Ueberzeugung in den Schulen, entgegen dem im Dünkel oder verwässerten Sozialismus befangenen großen Mehrzahl der Mittelschüler (Zöglingen von höheren Lehranstalten)“. Für ihre Aufgaben „setzt sie sich unter Heranziehung des kleinen Kreises revolutionär-sozialistischer Schüler zur Mitarbeit in bewußten Gegensatz zu fast allen Lehrern und Schülern der heutigen Mittelschulen, denen sie offen den Kampf erklärt“. (Mitteilungen des Vollzugsrats der Betriebs- und Soldatenräte Nr. 11.)

Diese modernste Pädagogik sucht naturgemäß den *positiven religiösen Unterricht in der Schule zu beseitigen und an seine Stelle die Lehre des Monismus zu setzen.* Dem Uneingeweihten mag es auffallen, daß diese Bestrebungen gerade in Bayern, zumeist München, so ungeniert hervortreten. Ein Grund liegt darin, daß die Führer des bayerischen Bauernbundes in die engste Beziehung zu denen der Revolution getreten sind. Damit war der Gegenbewegung viel an Kraft genommen. Einige Momente seien hervorgehoben.

Eine ministerielle Verordnung vom 10. Januar 1919 stellte den freireligiösen Sittenunterricht als „Unterrichtsanstalt“ wieder her; ein Erlaß vom 25. des nämlichen Monats befreite die Schüler mit Zustimmung der Erziehungsberechtigten vom Besuche des Religionsunterrichtes und von der Teilnahme am Schulgottesdienste sowie den übrigen religiösen Betätigungen, zu denen die Schule bisher angeleitet hatte. Diese Lage benützen nun die Freidenkervereine, um mit ihrer Propaganda zur Verdrängung der Religion aus der Jugenderziehung in der Schule einzusetzen. *Der Monistenbund insbesondere tritt rührig hervor.* So groß auch die Gegensätze bei seinen Angehörigen im einzelnen sind, so besitzt er doch gemeinsame Grundprinzipien, die sich ausschließlich gegen die Offenbarungsreligion richten. Gefordert wird vor allem Verwerfung jeglicher übernatürlicher „Voraussetzung“, d. h. Ablehnung der durch das logische Denken verlangten Annahme des persönlichen Gottes und seiner Wirksamkeit; an die Stelle soll treten die „wissenschaftliche Denkweise, daß alles, was ist und geschieht, auf natürliche, diesseitige und erforschbare Ursachen zurückgeführt werden muß“, eine „einheitlich wissenschaftlich begründete Weltanschauung und eine auf den Erfahrungen der organischen und sozialen Entwicklung aufzubauende Lebensgestaltung“.

Der Monismus verspricht Beseitigung des Dogmas und stellt seinerseits für jedes, das er in der Offenbarungsreligion leugnet, mindestens *ein anderes* auf. *„Die wissenschaftlich begründete Denkweise“, welche er in seinen Kundgebungen so aufdringlich in den Vordergrund rückt, ist in Wahrheit nichts weniger als eine solche.* Die exakte Wissenschaft vermag ihrer Natur nach gar nicht an die ersten Anfänge der Dinge heranzukommen. Der Substanzbegriff des Monismus, auf dem seine ganze Weltanschauung beruht, setzt voraus, daß die Materie mit Vernunft begabt und von Ewigkeit bewegt sei. Gegen solche Annahmen aber erheben sicher erkannte Naturgesetze Widerspruch. Ehrliche Monisten nehmen deshalb zur Erklärung alles Geschehens Welträtsel an, von denen

[2]) Die Schülerschaften von einer Reihe Münchener höherer Lehranstalten antworteten in einem Offenen Brief an Dr. Wyneken, erklärten in einer Reihe von Punkten dessen Behauptungen als unwahr und bedauerliche Entstellungen und sagten ihm, daß er die bayerischen Verhältnisse gar nicht kenne und daß seine Schlüsse von außerbayerischen Zuständen auf bayerische unzutreffend seien. Die Abschüttelung von dieser Seite in solch' energischer Weise müßte für Dr. Wyneken bitter sein, wenn er nicht an dergleichen Dinge gewöhnt wäre. Nur Wortklauberei ist es, was er hierauf erwiderte.

sie nicht nur das Ignoramus gelten lassen, sondern auch das Ignorabimus hinzufügen, weil sie der Erfahrung, dem vernünftigen Denken und den Resultaten des Experimentes widersprechen. Von dem Bekenntnis zur monistischen Weltanschauung gilt das Wort Paskals: Es ist unglaublich, was man glauben muß, um ungläubig zu sein. Der Monismus enthält bewußt oder unbewußt eine weitgehende Irreführung, namentlich der nicht philosophisch gebildeten Volkskreise.

Der Monistenbund erstrebt nun die Jugenderziehung. Diese aber wird auf jenen Voraussetzungen und daher dem schwankenden Fundamente seiner „wissenschaftlichen Denkweise" aufgebaut. Nach einem in München von Haus zu Haus verteilten Flugblatte will er an der Erhaltung und Ertüchtigung, an der allseitigen Vervollkommnung und geistig-sittlichen Veredlung des Volkes und der Menschheit nach Kräften arbeiten; durch eine solche zielbewußte Erziehung glaubt er, gleiche Hingabe und Begeisterung erwecken zu können, wie „einstens der Ausblick auf Himmelslohn und Höllenstrafen" es tat.

Gurlitt ist es auch, der die Organisation des freireligiösen Sittenunterrichtes in München in die Hand genommen hat, in den alle Eltern ihre Kinder zu schicken eingeladen werden, welche sie im freigeistigen Sinne erziehen lassen wollen. In München besitzt der deutsche Monistenbund die Jugendgruppe „Sonne". Auch diese wendet sich an die Schüler höherer Lehranstalten, um sie für ihre atheistischen Anschauungen zu gewinnen. Zu Vorträgen sollen sie herangezogen werden, und man verspricht, sie in die Entwicklungslehre einzuführen. Nach monistischer Aufmachung aber sucht diese nicht nur den Schöpfer als überflüssig erscheinen zu lassen, sondern sie führt einen direkten Kampf gegen ihn. Der Glaube an die Häckelschen Moneren und den Darwinschen Zufall sind Grunddogmen. Die Rektorate der Schulen werden angegangen, die Ankündigungen und Einladungen des Monistenbundes den Schülern bekannt zu machen. Auch hier kann Gurlitt nicht müßig sein; ein zahlreicher Stab von Gesinnungsgenossen steht ihm zur Seite. So wird zurzeit in Bayerns Hauptstadt ein rücksichtsloser Kampf geführt um die Seelen der Jugend; auch der Ministerpräsident wird als Mitarbeiter bei der ganz radikalen Jugendzeitschrift „Der Föhn" genannt. Unglaube und Freidenkertum suchen den Heranwachsenden ihre Ideen aufzuzwingen. Die Früchte werden sich, wie wir fürchten, bald in der sittlichen Haltung der jungen Generation und weiterhin des Volkes zeigen.

Das Unheil, welches das bisher rühmlichst anerkannte bayerische Unterrichts- und Erziehungswesen erleidet, wird bis an die Wurzel gehen, und wenn nicht bald Hilfe geboten wird, kann die nächste Zukunft den Land und Volk drohenden Schaden kaum mehr wieder gut machen.

Das Judentum im öffentlichen Leben.

Von Dr. Hans Rost, Westheim bei Augsburg.

Aus unseren bisherigen Darstellungen hat sich in voller Klarheit ergeben, daß ein Teil des modernen Judentums infolge seines sittlichen und physiologischen Niedergangs Eigenschaften für seine Anteilnahme im öffentlichen Leben mitbringt, die auf seine Wirtsvölker erheblich nachteilig wirken. Der moralisch-religiöse und bevölkerungspolitische Niedergang der deutschen Juden, von dem Dr. Theilhaber spricht, im Zusammenhang mit der übergroßen Nervosität und der rastlosen Geschäftigkeit hat dazu beigetragen, einen Radikalismus zu erzeugen, den wir in den Monaten der Revolution am eigenen Leibe mehr als deutlich zu spüren bekamen. Unser gesamtes öffentliches Leben in Wirtschaft — man denke an die judenübersäten Kriegswirtschaften —, in Politik, Presse, Literatur, Kultur ist von modern-jüdischem Geiste durchdrungen und dieser Geist ist für unser deutsches Empfinden, für unsere deutschen seelischen und gemütlichen Eigenschaften kein guter. Auch nicht für unser Wirtschaftsleben. Die Juden haben das kapitalistische Wirtschaftssystem bis auf die Spitze getrieben. Das Prinzip des höchstmöglichen Gewinns war echt jüdischer Grundsatz; deshalb war ihnen der Freihandel ein Dogma und die solidarische Wirtschaftsverfassung ein Greuel. Höchste Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ohne gleichzeitige seelische und kulturelle Vertiefung des Volkes in seiner Arbeit und in seinen Bedürfnissen war den Juden ein Hauptziel, das sie um so eher erreichten, als sie ja die Beherrscher der lukrativsten Wirtschaftszweige sind. Wenn der schrankenlose Erwerbsgeist die tiefere Ursache des Weltkrieges gewesen ist — und wer könnte sich dieser Erkenntnis verschließen —, dann kann der Anteil der Juden hieran nicht geleugnet werden. Man hat davon gesprochen, daß wir den riesigen wirtschaftlichen Aufschwung der letzten Jahrzehnte zum großen Teile der jüdischen Tatkraft verdanken. Dies muß zugegeben werden. Aber es muß dann auch der Neid, die Eifersucht und der Zorn der anderen Völker, die den Krieg entfachten, auf dasselbe Konto gesetzt werden. Wenn es dem Juden Ballin z. B., einem der ersten Ratgeber des Kaisers, gelang, einen großen Teil der englischen Frachten des Welthandels auf deutsche Schiffe herüberzuziehen, so hat diese Geschäftstätigkeit, die sich noch in tausend anderen Fällen zeigt, mit zur Entzündung des Weltkriegs beigetragen.

Unser ganzes Wirtschaftsleben wäre viel gesünder und solider, wenn nicht jüdische Geschäftsgrundsätze einen so großen Einfluß hätten. Die Skrupellosigkeit ist vielfach leitender Grundsatz. Wie die Kriminalstatistik zeigt, überragen die Juden die Christen in den Delikten des Wuchers, Betruges, der Sonntagsschändung, der Uebertretung gewerbegesetzlicher Bestimmungen, der Nahrungsmittelfälschung usw. Man macht sich keiner unbegründeten Anklage schuldig, wenn man die zahlreichen unreellen Geschäftsmanöver während des Krieges, die Schiebungen, Zurückhaltung der Nahrungsmittel, die Preissteigerung bis ins Aschgraue zum großen Teil der jüdischen Geschäftspraxis zur Last legt. Daß auch christliche Kaufleute ein leichtes Gewissen hatten, ändert nichts an diesen Tatsachen. Die Kriegswirtschaftsgeschichte, wenn eine geschrieben werden sollte, wird ohne Zweifel die fieberhafte Tätigkeit der Juden klar ans Tageslicht fördern, die in der Ausnützung der Konjunkturen und der enormen Bereicherung bestand, während die weniger raffinierten Christen ihre Köpfe vorwiegend draußen auf den Schlachtfeldern hinhalten mußten. Der Tanz ums goldene Kalb, die Sucht nach materiellen Erfolgen um jeden Preis beherrscht das heutige Judentum stärker denn je. Der Erfolg ist vielfach der Anwendung nicht einwandfreier Geschäftsgebarung zuzuschreiben. Ein Beweis für viele. In den pfälzischen Weinstädten haben bekanntlich Dutzende von jüdischen Weinhandlungen ihren Betrieb glatt eingestellt, als seinerzeit das neue Weingesetz mit seinen scharfen Bestimmungen ins Leben trat. Der unreelle Geist im Wirtschaftsleben findet bei den Juden seine Hauptvertreter, jene verderbliche Auffassung, deren Kern darin besteht, daß moralische Grundsätze im Wirtschaftsleben vor der Macht des Erfolges zurücktreten müssen. Das bekannte Buch von Werner Sombart über die Juden im Wirtschaftsleben, das die jüdische Presse totgeschwiegen hat, hat über diesen jüdischen Einfluß ziemlich klaren Wein eingeschenkt.

Die innere Unruhe der modernen Juden, ihr steter Drang nach Neuem, nach Reformen, nach Reklame, nach Umwertung aller Werte, nachdem sie ihre alte Religion und deren strenge Bestimmungen verlassen und keine neue Weltanschauung gefunden haben, dieser Skeptizismus und Kritizismus hat die radikalen Juden auch zu den schlimmsten Feinden des konservativen Staatsgedankens und der positiv christlichen Weltanschauung gemacht. So schrieb das „Berliner Tageblatt" am 8. August 1907: „Wie heute der Gedanke des christlichen Staates, auch in seiner verfeinerten Gestalt, als überwunden zu gelten hat, so ist auch eine Versöhnung der Stände und Parteien um so eher möglich, je mehr die konservativen Rücksichten aus der praktischen Politik ausgeschaltet werden." In ihrer instinktiven Abneigung gegen das Christentum wendet sich namentlich die von Juden geleitete oder beeinflußte Presse bei allen möglichen Anlässen gegen die christlichen Dogmen und die sonstigen Einrichtungen der Kirche. An den hohen Festtagen Weihnachten, Ostern, Pfingsten wird in den Leitartikeln vom Weihnachtsmann, von der winterlichen Schönheit, von der Göttin Ostara, von Mythen und Symbolen geschrieben und das Christentum als überwunden erklärt. Bei der Ueberspannung der Hochschätzung der Wissenschaft und der Anbetung des Erfolges in materieller und wissenschaftlicher Beziehung als dem einzig schätzenswerten Inhalte des Lebens trägt jene Presse sehr oft einen schier unerträglichen Zynismus und Hochmut zur Schau. Der Geschichtsschreiber Treitschke sagt einmal in den „Preußischen Jahrbüchern" (November 1879): „Was jüdische Journalisten in Schmähungen und Witzeleien gegen das Christentum leisten, ist schlechthin empörend und solche Leistungen werden unserem Volke in seiner Sprache als neueste Errungenschaften deutscher Aufklärung feilgeboten." Dabei beansprucht der jüdische Journalismus das Recht der

Zügellosigkeit, namentlich in erotischer Beziehung. Wem diese Behauptung zu kühn erscheint, der möge lesen, wie sich die „Frankfurter Zeitung" den Geist der Freiheit in der deutschen Literatur und auf der Bühne in der gegenwärtigen Neuordnung der Verhältnisse denkt. Als der unter anderem vom Staatsanwalt wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften vernommene Dramaturg des Düsseldorfer Schauspielhauses, Hans Franck durch unzüchtige Verse starken Widerspruch fand, so daß er infolge der Erregung sogar seitens der Direktion entlassen wurde,[1]) da schrieb die „Frankfurter Zeitung", die sich als berufenen Anwalt unserer in hohem Maße verjudeten Schauspielerwelt fühlt, in Nr. 297 vom 26. Oktober 1918: „In der Geburtsstadt Heines scheint man noch nicht gehört zu haben, was die Glocke geschlagen hat. Wir wollen es den Herren sagen: Im demokratischen Deutschland wird kein Raum sein für Sittlichkeitsfexe, für Schnüffler, für Denunzianten, für Knebler und Muckermänner! Unser mündig gewordenes Volk will für die Schaffenden freie Bahn und für jeden ihrer ernsthaften Wegbereiter das Recht, künstlerische Absichten respektiert zu sehen! Herrn Francks Sache ist die aller, die für ein neues Deutschland arbeiten."

Wir wußten schon vor der Revolution, daß das freigeistige Judentum unser Bühnenwesen beherrscht, und mit tiefem Schmerz sah der christlich und deutsch gesinnte Staatsbürger, wie der freche sinnlich-jüdische Geist sich in unheimlicher Weise auf den Brettern des Theaters breit machte. Nun wittert dieses Judentum erst recht Morgenluft; jüdische „Kunst" soll vollends unsere Bühnen beherrschen; moralische Schranken gehörten ja ohnedies schon in die Rumpelkammer veralteter Anschauungen. Der ungeheure Einfluß, den das Judentum durch seine Presse und seinen Anteil am politischen Leben besitzt, wird leider auch die oben von der „Frankfurter Zeitung" angedrohten Absichten einer uneingeschränkten Kunstfreiheit verwirklichen lassen, auch wenn sie von Bordelluft durchweht ist. Unter dem Deckmantel der Kunst werden künftig jüdische Literatur und jüdische Theaterstücke sich noch viel größere Freiheiten erlauben als bisher.

[1]) Vgl. „A. R." Nr. 46/1918: „Zum Fall „Masken" am Düsseldorfer Schauspielhaus".

Vom Büchertisch.

Klara Pölt-Nordheim: Tiroler Nagelen, Erzählungen. Innsbruck, Verlagsanstalt Tyrolia. — Pr. kart. 3,20 M. — „Nagelen" (Nelken) sind die Volksblumen Tirols. Aus dem Herzen des Tiroler Volkslebens sind diese sehr realistischen G'schichteln herausgewachsen: in urwüchsiger Anschauung, Auffassung, Darstellung, Sprache (Dialekt). — Ob die „Auffassung" vom lieben Herrgott im Einführungsgedicht der Landessitte, einer hier zweifellos frei-humorvoll zu nehmenden, entspricht, vermag ich nicht zu sagen. Freier Humor durchdringt das Ganze, nicht zügelloser, was ja auch völlig untirolisch wäre. Die Darstellung wirkt durchaus als echt, darum als überzeugend, kraftvoll. Die Sammlung umschließt 28 Einzelstücke. E. M. Hamann.

Beati. Predigten über die acht Seligkeiten. Von J. Kaim, Stadtpfarrer. 8° 106 S. M 2.20. Rottenburg, Bader 1919. Mit herzlichem Freundesgruß lädt Stadtpfarrer Kaim durch vorliegende Gabe die mit ihm 1894 in Rottenburg geweihten Arbeiter im Weinberg des Herrn zur silbernen Jubelfeier ihres Priestertums ein. In sinniger Weise ist diesem Festesgruß eine Reihe Predigten über die acht Seligkeiten angefügt. Der Priester ist ja ganz besonders berufen, dieses Lebensprogramm Jesu in engerer Nachfolge des göttlichen Meisters an sich wahr zu machen; er muß dann unverzagt die Seligkeiten des Herrn predigen auch einer Welt, die vom Geiste Christi weit abgeirrt ist und ihr Glück auf ganz anderen Pfaden sucht. In dem die homiletischen Gaben Kaims auszeichnenden klaren Aufbau und seiner edlen Sprache wird jeweils eine genauere Erklärung der Seligpreisungen des Heilands gegeben, dann wird an praktischen Beispielen ihre Verwirklichung gezeigt. Da die Predigten in den Monaten Juli und August gehalten wurden, wurde das Leben von Heiligen zugrunde gelegt, deren Feste die hl. Kirche in dieser Zeit feiert (Elisabeth von Portugal, Johannes Gualbert, Kaiser Heinrich, Vinzenz von Paula, Maria Magdalena, Ignatius von Loyola, Laurentius und Klara). Diese Predigten sind wie den Priesterjubilaren so allen Mitbrüdern im hl. Priestertum eine willkommene treffliche Gabe. O. Heinz.

Orgelbegleitung zur missa pro defunctis (editio vaticana). Nach den Grundsätzen von Prof. Jos. Renner, ausgearbeitet von seinem Schüler R. Hartmann. Regensburg und Rom 1919, Friedr. Pustet. Der von dem Orgelspiel des bekannten Regensburger Musikers begeisterte Schüler hat diese Begleitung nach den Grundsätzen und unter Billigung seines Lehrers Jos. Renner ausgearbeitet und glaubt dadurch mit vollem Rechte der musica sacra einen kleinen Dienst zu erweisen. Die Arbeit ist in der Tat geeignet, zur Veredelung der Kirchenmusik beizutragen und ein Hinausstreben über routinische Tüchtigkeit zu fördern. O.

Bühnen- und Musikrundschau.

Nationaltheater. Die Nationaltheater gingen am 30. April auf einen Monat in Ferien. Diese Mitteilung, die in zwölfter Stunde erfolgte, hat das Publikum, das eher an eine Eröffnung des Prinzregententheaters gedacht hätte, überrascht. Der Näherstehende war schon länger von Sorge erfüllt. Der Besuch beider Häuser war zwar immer sehr gut und an rastloser künstlerischer Arbeit hat es nicht gefehlt; durch Sondervorstellungen, umsonst für „Räte" und billig für „das werktätige Volk", hat man die Künstler sogar überlastet, aber für das Defizit hat man eben keine Zivilliste mehr . . . Ein Kino soll, wie Intendant Schwanneke in einer Vollversammlung der Theatermitglieder mitteilte, dem künstlerischen Unternehmen angegliedert werden, durch dessen Ergebnis das Defizit völlig beseitigt werde. Nach den ausgegebenen Berichten scheinen gegen dieses Projekt vonseiten der Künstlerschaft keinerlei Einwendungen erhoben worden zu sein. Um so schwerere Bedenken hegen die Kunstfreunde. Der Plan stammt aus Wien, dort will Direktor Heine, der als Hofschauspieler in München Steinrücks Vorgänger war, durch Kino und Restauration das ehrwürdige Burgtheater über Wasser halten. Auch dort sind kräftige Proteststimmen laut geworden. Wenn sie in München noch schwach klingen, so liegt das daran, daß es nach dem Sturz der Schreckensherrschaft erst die vitalsten Interessen wahrzunehmen gilt. Durch Verfügung des Finanzministeriums vom 24. April ist bereits genehmigt, daß das Marstallgebäude in ein Lichtspieltheater mit 2160 Plätzen umgewandelt werde. Diese Anordnung des damals amtierenden Banknotenkünstlers bedarf jetzt einer Bestätigung der rechtmäßigen Regierung. Dieselbe hat dadurch Gelegenheit, nachzuprüfen, ob die Verquickung von Kunst und Kintopp einer Kulturstätte würdig ist, die auf anderthalb Jahrhunderte ruhmreicher Traditionen zurückblickt. Gegen die bauliche Veränderung des Marstalles wenden sich auch viele, denen die architektonischen Zeugen einer großen Vergangenheit am Herzen liegen. Es wird Aufgabe der staatlichen Denkmalpflege sein, den klassischen Meisterbau Leo von Klenzes vor „Verschandelung" zu schützen. In der oben erwähnten Versammlung teilte Herr Schwanneke u. a. mit, daß die Einnahmen des Nationaltheaters sich um 950 000 Mk. vermehrt hätten. Im März seien sogar die höchsten Einnahmen gewesen, die je in einem Monat erreicht worden seien; freilich seien die Ausgaben auch bedeutend gewachsen. 5 Monate gemeinsamen Schaffens hätten bewiesen, daß das Nationaltheater auf genossenschaftlicher Grundlage wohl bestehen könne und in weiter ausbauender Arbeit Besseres denn je leisten werde. Hoffen wir, daß diese optimistischen Anschauungen recht behalten. Wegen Vermehrung des Opernbetriebes werden neue Orchestermitglieder angeworben. Die regelmäßigen Vorstellungen im Prinzregententheater beginnen im Juni. Daß die Lösung der Probleme riesengroß, darüber können und wollen wir uns durch tönende Worte nicht hinwegtäuschen.

Uraufführung in den Kammerspielen. „Der tote Bellmann", eine wahre Geschichte von Qualle, wurde ohne sonderliche Heftigkeit, aber nachdrücklich abgelehnt. Dieses Stück soll erweisen, daß beim Theater vieles andere mehr Ausschlag gibt, als die Kunst. Das mag als das „wahre" an der Geschichte gelten. Daß ein sensationell ums Leben gekommener Dichter bessere Aussichten hat, aufgeführt zu werden, als ein lebender unbekannter, mag unter Umständen auch wahr sein. Verleger, die nur auf Gewinn aus sind, Frauen und Maitressen, die dank der Macht jener im Theater die ersten Rollen spielen, das sind alles nicht neue, aber nicht unbrauchbare Bühnenfiguren; allein der satirische Schriftsteller, der unter dem Decknamen Qualle sich dramatisch versuchte, vermochte nur blutlose Menschen auf die Bühne zu stellen; eine Charakteristik, die mehr boshaft als humoristisch ist, allein genügt eben nicht. Das Stück beginnt nicht übel als Komödie, wird eine derbe Posse und endigt mit einer Grabbe-Pointe, Scherz, Ironie und tiefere Bedeutung, nur irrt sich der Autor im Ausmaß der „Tiefe". Die Darstellung hatte manch hübsche Einzelheiten.

Neues Theater. Freytag ist der erste Münchener Bühnenleiter, der des vor Jahresfrist verstorbenen Richard Voß durch die Wiederaufführung eines seiner Stücke gedenkt. Das Drama „Schuldig" wirkt freilich längst nicht mehr, wie im Jahre 1890. Die Verkettung der Umstände, die zu dem Justizmord führt, erscheint uns heute allzu konstruiert, die Milieukunst durch die Hauptmannschule längst übertroffen und wenn am Ende der schuldlose Zuchthäusler, der seine Frau in schmachvoller Erniedrigung wiederfindet, zum Mörder wird, so empfinden wir diese rasche Tat mehr theatralisch wirksam, als tragisch erschütternd; immerhin zeigt das Werk auch dichterische Züge in dem Wiedererwachen des durch zwanzig Jahre Kerker stumpf Gewordenen, in der Zeichnung des jungen Sohnes, der seine bittere Lebenserfahrung in politischem Radikalismus austobt, in der Tochter, die die Liebe vom Abgrund rettet. Die in den Hauptrollen gut besetzte Aufführung brachte auch diese zarteren Töne zum Erklingen.

Verschiedenes aus aller Welt. Im Berliner Opernhaus wird von manchen — geraucht. Es scheint an energischen Maßnahmen zu

fehlen, um diesen Unfug zu bekämpfen. — Maeterlincks neues Stück „Die Verlobung“ hat bei der Uraufführung in Neuyork Anerkennung, aber auch Befremden hervorgerufen. Wie im „blauen Vogel“ tritt der Held, ein die Liebe suchender Jüngl'ng, eine Fahrt durch Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft an, ohne die Erfüllung seiner Jedale zu finden. — Gemäß einer Anordnung des bayerischen Ministeriums des Innern sollen vom 13—20. Mai in den Theatern nur Darstellungen zur Aufführung gelangen, die dem Ernst dieser schwersten Zeit entsprechen. Auch die anderen deutschen Staaten haben ähnliche Bestimmungen erlassen, welche die bittere Enttäuschung und die Trauer über den uns zugemuteten demütigenden Frieden dokumentieren sollen. — Hans Pfitzner beging seinen 50. Geburtstag. Geringere Künstler wurden in friedlichen Zeiten an diesem Lebensabschnitt laut und prunkvoll gefeiert. Jetzt muß ein kurzes Gedenken genügen an den Tondichter, der als Künstler zu den ersten der zeitgenössischen Meister gehört, als Bannerträger des deutschen Idealismus aber an erster Stelle steht.

L. G. Oberlaender, München.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Versailler Friedensvertrags-Entwurf — Die Versklavung des deutschen Volkes — Münchens Schreckenstage, die Wirtschaftsvernichtung — Notstand unserer Industrie.

Die Wucht des niederschmetternden Eindrucks und der Sturm der ungeheuren Entrüstung über den Versailler Entwurf des Friedensvertrages hält bei uns auch nach der deutschen Ablehnung an. Dem Wirtschaftschronisten fällt es schwer, das hierin ausgesprochene Todesurteil einer geordneten Volkswirtschaft durch Zerstörung deutscher Arbeit und deutscher Kultur des Näheren zu erläutern. Der Aufruf der deutschen Reichsregierung betont mit Recht die Ententeabsicht „der Zerstückelung und Zerreissung des deutschen Volkes, der Auslieferung der deutschen Arbeiterschaft an den fremden Kapitalismus zu menschenunwürdiger Sklaverei, der dauernden Fesselung unserer jungen deutschen Republik durch den Imperialismus der Entente“ — ein Gewaltfriede, welcher die Unterbindung der Lebensfähigkeit unseres Volkes mit sich bringen müsste. Scheidemanns Wort: Dieser Friedensvertrag bedeutet die Versklavung des deutschen Volkes, das befristete Todesurteil, wird in jeder der zahllosen Friedensbedingungen betätigt. Das Ungeheuerliche in diesen durchaus einseitigen Vorschlägen, diktiert trotz Wilsons Völkerbundsideen vom namenlosen franko-britischen Konkurrenzhass, spiegelt sich vornehmlich wieder in den Wirtschaftsforderungen. Die territorialen und finanziellen Klauseln gehen auf die völlige Verfügungsfreiheit der Entente über die deutsche Finanzwirtschaft. Unsere Wirtschaftskreise erwarten bei der vollständigen Aussichtslosigkeit der Erfüllung dieser Hunderte von Einzelheiten, von denen jede für sich den Ruin und die Erdrosselung unserer Wirtschaft bedeutet, einen in seiner Tendenz von Grund auf geänderten Friedensabschluss!

Eine allgemeine Nationaltrauer, Börsenschluss für eine Woche kennzeichnen die Welle der Volkserregung. Grosse Schwankungen und Preisabschläge in den Kriegsanleihen und am Devisenmarkt waren naturgemäss die Folgen, ganz abgesehen von den Nachwirkungen der Unsicherheit unserer innerpolitischen Lage und deren weiteren Entwicklung. Der skandalöse Raubbau an den wirtschaftlichen und finanziellen Kräften Bayerns, namentlich Münchens seitens der landfremden Vollzugsräte während der nunmehr glücklicherweise weggefegten Räterepublik, die Folgen der zahlreichen Generalstreiks und Angestelltenbewegungen im ganzen Reiche hatten im übrigen Deutschlands Wirtschaftskraft ohnehin lahmgelegt. Nervosität über die Schreckensherrschaft, welche Spartakus und Kommunismus in München ausgeübt haben, vollendet das Bild der wirtschaftlichen Verwüstung der bayerischen Räteregierung, wie dies auch in der Münchener Handelskammer ausführlich dargelegt werden musste. Raub, Plünderung, Produktionsausfall, sinnloses Arbeitsverbot, völlige Lähmung des Wirtschaftslebens durch Postsperre, Stillegung des gesamten Bahnverkehrs, Stornierung von Auftragsbestellung, Unmöglichkeit der Rohstoffbeschaffung und nicht zuletzt die geschäftliche Diskreditierung Münchens sind die Hauptkennzeichen des Vernichtungswerkes der Spartakusregierung, von der verschärften Lebensmittelnot ganz abgesehen. Rührigkeit und vermehrte Arbeitsbetätigung in Handel und Gewerbe werden es hoffentlich zuwege bringen, wenigstens einen Teil von alledem in kurzer Zeit wett zu machen. Dringend nötig ist namentlich die Stärkung der deutschen Devisenkurse durch endliche Wiederaufnahme von Warenausfuhr und Arbeitsmehrung auf allen Gebieten! Arbeitnehmer und Arbeitgeber haben hierbei gleiches Ziel und die gleiche Pflicht: es geht um die Lebenserhaltung unseres Volkes, das bei der Undurchsichtigkeit der Entente-Friedensverhandlungen ohnehin geknebelt bleibt. Nach Ueberwindung der dem deutschen Volke aufgezwungenen Arbeitsunlust wird sich auch seine Finanzlage heben. Ob die einstmals blühende deutsche Volkswirtschaft jedoch jemals wieder ein für die Weltwirtschaft entscheidender Produktionsfaktor werden wird, muss dahingestellt bleiben. Unsere Industrie, einst die blühendste am Erdball, ist aufs schwerste erschüttert. Bestätigt wird dies durch die hohe Zahl von Betrieben, welche mit dauerndem Verlust arbeiten und vor die Frage der Stillegung oder Liquidation, wenn nicht des Konkurses gestellt werden. Die Sozialisierungsfrage ist schon dadurch allein ins Hintertreffen gestellt, denn Staat und Gesellschaft haben keinerlei Interesse an der Ueberleitung mit Verlust arbeitender Betriebe in die Gemeinwirtschaft. Bilanzergebnisse unserer führenden Grossbanken und Montanunternehmungen, sowie anderer Industriesparten mit durchweg erheblich verminderten Dividendenausschüttungen geben das Exempel auf diese Rechnung.

München. M. Weber.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Geschäftsjubiläum.

Infolge der Absperrung Münchens erhielten wir leider verspätet Nachricht von dem Jubiläum, welches der Geschäftsteilhaber und Leiter der Herderschen Verlagshandlung, Herr Philipp Dornreich, Freiburg, am 23. April cr. begehen konnte. Herr Dornreich sah an diesem Tage auf eine 40jährige Wirksamkeit in dem Welthause Herder zurück. Er wurde am 14. Sept. 1866 zu Unteraurach (bay. Oberfr.) geboren und ging aus bescheidenen Verhältnissen hervor. Unter Benjamin Herder trat er im April 1879 in die Firma ein. Er machte die übliche 6jährige Lehre mit gründlicher Unterweisung in sämtlichen Zweigen des Verlags- und Sortimentsbuchhandels durch. Hieran schloß sich im Herbst 1885 die gutbestandene Einjähr.-Freiw.-Prüfung an. Der Gesichtskreis des Gehilfen wurde erweitert durch Vertretungen in der Leitung der Karlsruher Tochterniederlassung und bei den Inventurarbeiten in Leipzig, durch einen Aufenthalt in Paris und London bei den Firmen Lethielleux und Kegan Paul, wo er einen genauen Einblick in den Betrieb des französischen und des englischen Buchhandels gewann, und namentlich auch durch wiederholte Reisen nach Italien. Im Jahre 1895 wurde er zum Kollektiv-, 1903 zum Einzelprokuristen bestellt und 1913 Teilhaber der Firma. Die Werdejahre des Herderschen Konversations-Lexikons sahen ihn als Leiter und Organisator von dessen technischer Abteilung. Als Präsident des Kath. Kaufm. Vereins „Lätitia“, Freiburg, machte er sich in den Jahren 1889/1892 besonders um das kath. Vereinswesen verdient. In seinen Mußestunden beschäftigte er sich gern mit poetischen Gelegenheitsarbeiten. An äußeren Ehrungen ist ihm 1917 vom Kaiser der Rote Adlerorden IV. Kl., vom Großherzog Friedrich II. von Baden das Kriegsverdienstkreuz verliehen worden. Zahlreiche Glückwünsche von Nah und Fern wurden dem Jubilar entboten. Das Haupt des Hauses, Herr Herder, hob bei der Hausfeier insbesondere des Jubilars eisernen Arbeitswillen, seine unversiegliche Arbeitskraft und das selbstlose Interesse, mit dem er seine ungewöhnlichen Gaben in den Dienst des Hauses gestellt und namentlich während der Kriegszeit an dessen Spitze die ganze Last der Verantwortung auf sich genommen, hervor. Ad multos annos!

Wach-Regiment München.

Mit Genehmigung der Regierung wird hier ein Wachregiment zu 5 Bataillonen mit Maschinengewehren, Minenwerfern, Geschützen und Panzerwagen errichtet zur dauernden Gewährleistung der Ordnung in unserer Hauptstadt.

Zum Führer dieses Regiments ernannt, rufe ich Freiwillige aller Dienstgrade und aller Waffen zum Eintritt auf.

Wer unwandelbar zur Volksregierung steht, wer ein Herz hat für die Not unseres Landes, wer unter vollem Einsatz seiner Person ehrlich mithelfen will, dass die hinter uns liegenden trostlosen Zustände niemals wiederkehren, der melde sich.

Gesinnungslaue, Hetzer, Verräter, warne ich, sich einzuschleichen; bei uns ist kein Boden für volksfeindliche Umtriebe.

Wir wollen eine durch Manneszucht, Ehrgefühl, Kameradschaft und gegenseitiges Vertrauen festgekittete Truppe bilden, unter deren zuverlässigen Schutz unsere Volksregierung ihre schwierigen Aufgaben ungehemmt lösen und jeder Einwohner seinem Tagwerk ruhig nachgehen und nachts sicher ruhen kann.

Wenn später gesicherte Zustände unsere Auflösung oder Ueberführung in die Reichswehr zulassen, dann soll jeder Münchner mit Achtung und Dankbarkeit von uns und unseren Taten sprechen können.

Abzeichen: Münchner Wappen am linken Oberarm.

Bedingungen: Aktive Dienstzeit, körperliche Rüstigkeit, guter Leumund, 14 Tage Probedienstzeit, vierwöchige Kündigung, Gehorsam gegen die militärischen Führer, Anerkennung der Kriegsgesetze, soweit sie noch in Kraft sind.

Gebührnisse: Mobile Löhnung nach dem Dienstgrad, eine Zulage von täglich 3 Mk, Gefahrszulage (bei Kampf), weitere 2 Mk., Zulage für Verheiratete ohne Kinder täglich 1.65 Mk., für jedes weitere Kind 1 Mk., freie Verpflegung (bei Verzicht auf Verpflegung in Natur für Verheiratete ein Verpflegungsgeld von 2.70 Mk, freie Bekleidung und Unterkunft (bei Verheirateten bei Verzicht Mietentschädigung).

Meldungen bei den Polizeiämtern.

Zur Anmeldung geordnete Militärpapiere und neuerstelltes Leumundszeugnis mitbringen.

Färber,
Major z. D. u. Kommandeur des Wach-Regiments.

Deutsche Hypothekenbank in Meiningen.

Bilanz vom 31. Dezember 1918.

Vermögen	M. ₰
Kassenbestand	1 395 633.86
Guthaben bei Bankhäusern	15 719 926.42
Darlehen gegen Wertpapiere	908 896.57
Wertpapiere	13 748 842.84
Wechsel	5 254 111.37
Verschiedene Debitoren	697 065.20
Hypotheken	582 428 883.61
Hypothekarische Kriegs-Darlehen	51 800.—
Hypotheken-Zinsen und -Annuitäten	8 070 514.91
Grundstücke	2 180 000.—
	630 354 532.82

Verbindlichkeiten	M. ₰
Aktienkapital	31 500 000.—
Reserven	11 000 000.—
Prämien-Reserve	2 608 944.39
Rückstellung für Talonsteuer	368 826.74
Rückstellung für Zinsentschädigungen	645 282.86
Verschiedene Kreditoren	5 124 338.04
Pfandbriefe	563 591 500.—
Pfandbrief-Zinsen	7 111 141.09
Noch nicht erhobene Dividende	54 465.—
Ueberschuß	8 855 084.21
	630 354 532.82

Meiningen, den 1. März 1919.

Deutsche Hypothekenbank.

Paulsen. Hartmann. Dr. Rebe.

Bayerische Handelsbank.

Bilanz für den 31. Dezember 1918.

Aktiva.

		M ₰
Barbestand, fremde Geldsorten, Zins- und Gewinnanteilscheine sowie Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken, Barbestand der Lagerhausabteilung		17,192,528.95
Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen		354,931,580.44
Eigene Guthaben bei Banken und Bankfirmen		8,133,528.18
Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere		515.032.49
Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen		4,225.34
Vorschüsse der Lagerhausabteilung		221,440.39
Eigene Wertpapiere		16,266,414.78
Gemeinschaftsbeteiligungen		2.627.383.18
Debitoren in laufender Rechnung		87,652,914.77
Bürgschaftsdebitoren	M 19,511,479.78	
Hypotheken- und Kommunaldarlehen:		
Hypothekarische Darlehen } sämtlich in die		443.649.053.89
Kommunaldarlehen } Register eingetragen		20.243 237.17
Bankgebäude		5,243,930.94
Anwesen „Börsenbasar" München		2,676,455.42
Grundstücke und Gebäude der Lagerhausabteilung		567,236.48
Sonstiger Grundstücksbesitz		523,261.01
Rückstände der Hypothekenabteilung		1,001,800.32
Wertpapiere der Hypothekenabteilung		1,807,062.10
Reichsstempel, von der Hypothekenabteilung vorausbezahlt		14 875.—
Vortragskonto der Hypothekenabteilung		1.679.095.96
		964,951,056.81

Passiva.

		M ₰
Aktienkapital		44,500,000.—
Reservefonds	M 11,413,505.80	
Rücklagen der Hypothekenabteilung	„ 2.385.873.19	13,799,378.99
Rücklage für Zinsbogensteuer		491,720.30
Rücklage für besondere Wohlfahrtszwecke		160 000.—
Kreditoren		430.902,921.19
Akzepte und Schecks		7,229,984.—
Bürgschaftsverpflichtungen	M 19,511,479.78	
Hypothekenpfandbriefe im Umlauf		443,406,300.—
Verloste, noch nicht eingelöste Pfandbriefe		68,700.—
Kommunalschuldverschreibungen im Umlauf		17,088,900.—
Verloste, noch nicht eingelöste Kommunalschuldverschreibungen		3,500.—
Unerhobene Gewinnanteilscheine		25,409.50
Unerhobene Zinsscheine		2,617,550.75
Reingewinn		4,656,692.08
		964,951,056.81

Gewinn- und Verlustrechnung für den 31. Dezember 1918.

Soll.

	M ₰
Unkosten	5,623,268.06
Reingewinn	4,656,692.08
	10,279,960.14

Haben.

	M ₰
Gewinnvortrag aus dem Jahre 1917	353,621.25
Wechsel und Zinsen	5,060,271.73
Wertpapier- und Gemeinschaftsgeschäfte	1,417,508 40
Provisionen	1,367,601.05
Gewinne aus Sorten und Zins- und Gewinnanteilscheinen	114,037.36
Erträgnis der Hypothekenabteilung	1,861,016.60
Erträgnis der Lagerhausabteilung	105,903.75
	10.279,960.14

München, den 24. April 1919.

Die Direktion.

Providentia, Frankfurter Versicherungs-Gesellschaft in Frankfurt a. M.

Bilanz am 31. Dezember 1918.

A. Aktiva.	M	₰
1. Einlageverpflichtung der Aktionäre	15,428,571	43
2. Grundbesitz	1,939,000	—
3. Hypotheken	43,696,650	—
4. Wertpapiere	14,892,033	—
5. Vorauszahlungen und Darlehen auf Policen	6,189,796	50
6. Guthaben bei Bankhäusern und Versicherungsunternehmungen	222,897	55
7. Gestundete Prämien	1,704,471	89
8. Rückständige Zinsen und Mieten	156,479	13
9. Ausstände bei Generalagenten und Agenten	1,016,611	35
10. Barer Kassenbestand	376,058	70
11. Sonstige Aktiva	615,050	—
Gesamtbetrag	86,237,619	55

B. Passiva.	M	₰
1. Aktien- oder Garantiekapital	17,142,857	14
2. Reservefonds	1,714,285	71
3. Prämienreserven und Prämienüberträge	51,057,556	06
4. Reserven für schwebende Versicherungsfälle	2,294,704	22
5. Gewinnreserven der mit Gewinnanteil Versicherten der Lebensversicherung	3,976,286	70
6. Sonstige Reserven	4,851,352	69
7. Guthaben anderer Versicherungsunternehmungen	1,311,868	23
8. Barkautionen	85,031	78
9. Sonstige Passiva	2,782,123	82
10. Gewinn	1,021,553	20
Gesamtbetrag	86,237,619	55

Die **Garantiemittel** der Gesellschaft stellen sich wie folgt:

Grundkapital	M. **17,142,857.14**
Kapital- und ausserordentliche Reserven	„ **4,964,285.71**
Prämien-Reserven und Ueberträge	„ **51,057,556.06**
Sonstige Reserven	„ **5,577,639.39**
Vortrag auf neue Rechnung	„ **289,657.33**
Garantiemittel zusammen	M. **79,031,995.63**

Bilanz per 31. Dezember 1918

Aktiva.

	ℳ	₰
Gebäude-, Maschinen- und Grundstück-Konto (München Dachauer Anlagen)	1 969 302	11
Gebäude-, Maschinen- und Grundstück-Konto (Olchinger Anlagen)	704 628	14
Gebäude-, Maschinen- und Grundstück-Konto (Pasinger Anlagen)	885 273	37
Haus-Konto (Residenzstrasse)	753 139	04
Kommandit-Kapitalkonto	400 000	—
Debitoren-Konto	3 725 025	81
Aval Debitoren	15 000	—
Inventuren	1 798 049	66
Wechsel-Konto	143 118	58
Kassa-Konto	15 064	11
	10 408 600	82

Passiva.

		ℳ	₰
Aktienkapital-Konto		1 200 000	—
Reserve-Konto		1 200 000	—
Spezial-Reserve-Konto A		272 374	48
„ „ „ B		300 000	—
Hypotheken-Konto		3 264 113	82
Hypotheken-Stückzinsen-Konto		28 740	36
Kreditoren-Konto		2 971 209	95
Guthaben der Wohlfahrtseinrichtungen		102 126	32
Delkredere-Konto		62 065	67
Aval-Verpflichtung		15 000	—
Dividenden-Kupon-Konto		1 150	—
Gewinn- und Verlust-Konto	ℳ 936 546.12		
Gewinn-Vortrag	„ 55 274 10	991 820	22
		10 408 600	82

Gewinn- und Verlust-Konto per 31. Dezember 1918

Soll.

	ℳ	₰
An Zinsen-Konto	95 617	04
„ Steuern- und Abgabenkonto	122 110	68
„ Assekuranz-Konto	101 271	69
„ Beiträgen zur Berufsgenossenschaft	40 783	42
„ Beiträgen zugunsten der Arbeiter und deren Kassen	34 920	74
„ Beiträgen zum Beamtenpensionsverein	3 837	67
„ Lasten- u. Zinsen-Konto (Haus Residenzstrasse)	32 465	65
„ Abschreibungen	290 370	18
„ Bilanz-Konto	991 820	22
	1 713 197	29

Haben.

	ℳ	₰
Per Vortrag vom Vorjahre	55 274	10
„ Mieterträgnis-Konto	76 760	24
„ Konto pro Dubiosa	5 109	55
„ Betriebs-Konto	1 576 053	40
	1 713 197	29

In der heutigen Generalversammlung wurde die Dividende aus dem Jahre 1918 für unsere 1200 Aktien auf Mk. 210.— für eine Aktie genehmigt, wonach die beiden Dividendenabschnitte 102 und 103 bei den Herren **Merck, Finck & Co.** erhoben werden können.

München, 24. April 1919.

München Dachauer Aktiengesellschaft für Maschinenpapierfabrikation.

Statt jeder besonderen Mitteilung.

✝

Heute am Abend ihres 52. Geburtstages verschied nach kurzem, sehr schwerem Leiden, versehen mit den heiligen Sterbsakramenten meine innniggeliebte Frau, die treue Gefährtin meines Lebens, unsere liebe Tochter und Schwester

Frau Lili Porsch,

geb. **Müller-Netscher.**

In tiefstem Schmerze

Dr. Felix Porsch,

Geheimer Justizrat.

Breslau, den 4. Mai 1919.

Soeben erschien unter dem Motto: „Damit sie alle **eins** seien . . .“

Hervorragende Neuheit

für den Herz-Jesu-Monat!

Herz Jesu, unsere Hoffnung

oder

Schatzkammer des heiligsten Herzens Jesu.

Herz-Jesu-Gebet- u. Gesangbuch

enthaltend:

33 Betrachtungen nebst allen Andachtsübungen u. 33 Liedern zu Ehren des heiligsten Herzens Jesu, 5 Meßandachten, 1 Schulmesse, Beichtandacht mit ausführlichem Beichtspiegel. 5 Kommunionandachten, Gebeten, Andachten und Litaneien für das ganze Kirchenjahr.

Mit kirchlicher Druckerlaubnis herausgegeben von **Pfr. Ad. Pitynek.**

Druck u. Verlag: **R. Meyer, Ratibor** i. Schles., 1919.

632 Seiten, von **3.50 M** an (Goldschnitt von **4.20 M** an), je nach Ausführung.

Das Vorwort schrieb H. H. P. Lohmeyer S. J.

Aus der Kritik: H. H. Prof. Dr. B. urteilt: „Das Buch ist Ihnen sehr gut geglückt.“

H. H. Pfr. G. K. schreibt: . . . Das vollständigste Herz Jesu-Gebet- und Gesangbuch . . . mit schönen Belehrungen und herrlichen, praktischen 33 ausführlichen Betrachtungen, z. B. über Ursprung, Geschichte, Gegenstand, Bild, Segen der Herz-Jesu-Verehrung oder über Herz-Jesu-Liebe, unsere Gegenliebe, Sühne, Familie, Familienweihe, Kirchenjahr, Deutschland, Protestantismus, Revolution . . . passend für das ganze Kirchenjahr, besonders als Geschenk für Erstkommunikanten, Braut-, Eheleute u. s. w. sehr empfehlenswert.

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank.

Dienstag, den 20. Mai 1919,

vormittags 8 Uhr, findet im Bankgebäude, Promenadestraße Nr. 10, Zimmer 37, in Gegenwart des Notars, Herrn Justizrats Oskar Schmidt in München, die

109. öffentliche Verlosung

unserer Pfandbriefe statt.

Die Verlosungsliste wird im Deutschen Reichsanzeiger veröffentlicht.

Die Zahlung der verlosten und gekündigten Summen wird kosten- und spesenfrei geleistet bei unseren Kassen in München, unseren sämtlichen auswärtigen Niederlassungen, den sämtlichen Niederlassungen der Bayerischen Disconto- und Wechsel-Bank A.-G., unseren Kommanditen: Karl Schmidt in Hof a. S. mit Niederlassungen und Nikolaus Stark in Abensberg, ferner bei der Bayerischen Staatsbank in Nürnberg und ihren sämtlichen Niederlassungen, den Filialen der Bayerischen Notenbank und ihrer Agentur in Lindau, bei den Bankhäusern, Doertenbach & Cie. G. m. b. H. in Stuttgart und Anton Kohn in Nürnberg der Dresdner Bank in Dresden, der Direktion der Disconto-Gesellschaft in Berlin und Frankfurt a. M. und der Deutschen Bank Filiale Leipzig.

Verlosungslisten sind bei allen vorbenannten Zahlstellen unentgeltlich zu haben.

München, im Mai 1919

Die Bank-Direktion.

Deutsche Lebensversicherungs-Bank

Aktien-Gesellschaft Berlin.

Lebens-, Kinderlebens-, Alters- und Aussteuerversicherung

Billige Prämien! Hohe Dividenden!

Mitarbeiter stets gesucht.

Auskunft durch **Subdirektor Karl Reinecke**

München, Herzogstr. 61/62, Telefon-Ruf 33490.

Dresdner Bank Filiale München

München, Promenadeplatz 6.

Hauptsitze: Dresden-Berlin.

Aktienkapital und Reserven 340 Millionen Mark.

Entgegennahme und Verwaltung offener Depots.

Aufbewahrung geschlossener Depots.

Vermietung von Schrankfächern.

Entgegennahme von Bareinlagen,

— täglich abhebbar, auf feste Verfallzeiten oder gegen Kündigung — zur Verzinsung.

Scheck- und Konto-Korrent-Verkehr.

Gedruckte Bestimmungen über den Geschäftsverkehr werden auf Wunsch zugesandt oder an unseren Schaltern abgegeben. Auch stehen wir zu sonstigen Auskünften jederzeit zur Verfügung.

Die Bank beobachtet über alle zu ihrer Kenntnis gelangenden Vermögensangelegenheiten ihrer Kunden strengstes Stillschweigen, auch gegenüber den Rentämtern und anderen Behörden.

Weingroßhandlung August Müller, Hoflieferant, Fulda beeidigter Messwein-Lieferant

Messweine, Tischweine

in allen Preislagen. Preisliste gratis.

Suchen Sie einen

literar. Berater,

so bestellen Sie bei Ihrer Postanstalt oder Buchhandlung das altbekannte Literaturblatt „Liter. Handweiser“ (viertelj. M 2.50). Dieser kleine Aufwand entschädigt bei Bücheranschaffungen vielfach und bringt Anregung u. Belehrung in reichstem Maße.

Viele vermögende Damen wollen sich schnellstens glücklich **verheiraten.** Herren, auch ohne Vermög., erhalten sof. Ausk. durch **Concordia, Berlin O 34.**

Geld gegen monatliche Rückzhlg. verleiht **R. Calderarow, Hamburg 5.** **Tüchtige Vermittler gesucht.**

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Ferdinand Abel, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gb.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich ℳ 3.90.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis: Die 5 X gespaltene Grundzeile 75 Pfg., Anzeigen auf Textseite die 95 mm breite Zeile 375 Pfg.
Beilagen einschl. Postgebühren ℳ 15 d. Tausend.
Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.
Rabatt nach Tarif.
Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig.
Erfüllungsort ist München.
Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt.
Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer.

Wochenschrift für Politik und Kultur. ✱ Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 21. München, 24. Mai 1919. XVI. Jahrgang.

Die Pflicht im Wirtschaftsleben.

Von Universitätsprofessor, Unterstaatssekretär z. D.
Dr. Georg Mayr, Tutzing.

I.

Die Volkswirtschaft ist ein gesellschaftlicher Organismus, der durch den im Strom der Zeit fortdauernd sich erneuenden Zugang verhältnismäßig kurzfristig wirksamer physischer Personen und daneben durch die Mitwirkung einer verhältnismäßig kleinen Zahl nichtphysischer zumeist langlebiger Personen privater oder öffentlicher Natur fortdauernd sich erneuert und die Befriedigung der wirtschaftlichen Bedürfnisse der ihm angehörigen physischen und nichtphysischen Personen in mehr oder minder zutreffender Weise besorgt. Dabei ist die Beteiligung der in die Volkswirtschaft einbezogenen Personen einerseits negativer Art, soweit es sich um den Verbrauch der zur Bedürfnisbefriedigung erforderlichen Güter handelt, und anderseits positiver Art, soweit die Beschaffung der in Frage stehenden Güter in Betracht kommt. Die negative wirtschaftliche Seite des Verbrauchs tritt bei den nichtphysischen Personen des öffentlichen Rechts, so insbesondere bei dem Staatsverbrauch in voller Verselbständigung in die Erscheinung, während die nichtphysischen Personen privaten Charakters überwiegend Individualbedürfnisse des Zuschusses zum Verbrauch physischer Personen in kollektiver Wirtschaftsform befriedigen. Wirtschaftlich aktiv, d. i. mit Güterbeschaffung, sind alle nichtphysischen Personen zur Gewährleistung der ihnen obliegenden Bedürfnisbefriedigung veranlaßt; bei den öffentlichen Wirtschaften ist der Rückhalt an dem haftenden wirtschaftlichen Privaterfolg gegeben, der bei der jetzt zur Erörterung stehenden Vollsozialisierung sogar bis zur Inanspruchnahme aller privaten Wirtschaftserfolge für die Gesamtheit und die darnach einsetzende gleichmäßige Verbrauchsverteilung sich steigern würde. Von den physischen Personen ist allezeit die Gesamtheit in der negativen Rolle des Verbrauchers, und zwar von der Geburt bis zum Tode — wenn man es genau nimmt, ein wenig schon vor der Geburt und auch noch nach dem Tode — beteiligt, während nur ein Bruchteil — und zwar ein erheblicher — von Leistungsfähigen und Leistungswilligen auch aktiv als Güter beschaffend hervortritt. Zu den wirtschaftlich Aktiven in diesem Sinne gehören nicht die Jüngsten und einigermaßen, wenn auch an Zahl viel geringer, die Aeltesten des Volkes, außerdem waltet in der Beteiligung des weiblichen Geschlechts an der wirtschaftlichen Aktivität ein erheblicher Unterschied. So grenzt sich die zur wirtschaftlichen Aktivität berufene Menschenmasse nach Alter und Geschlecht ab und außerdem ergibt sich als pathologische Erscheinung der Nichtaktivität auch in den an sich leistungsfähigen Altersklassen die rein passive Stellung der Verarmten oder der heutigen „Erwerbslosen“ in erkennbarer Weise. Auf dem Bruchteil der Aktiven beruht außer dem individuellen, privaten, wirtschaftlichen Erfolg für die Volkswirtschaft auch der für diese weiter in Betracht kommende kollektive Wirtschaftserfolg der nichtphysischen öffentlichen wie privaten Wirtschaften. Dieser Wirtschaftserfolg wird für die Gesamtheit der Volkswirtschaft in der Bereitstellung der für diese erforderlichen Gütermassen aller Art bewirkt, sei es durch eigene Gütererzeugung im territorialen Gebiet der Volkswirtschaft selbst, sei es durch Herbeischaffung aus anderen wirtschaftlichen Gebieten, wozu aber die Eigenerzeugung der auf die Dauer nicht zu entbehrenden Darbietungen der Gegenwerte an das Ausland erforderlich ist. Gütererzeugung in der Volkswirtschaft, und zwar nützliche, mannigfaltige und geschickt gehandhabte Gütererzeugung, ist hiernach die Grundbedingung des gesamten Wirtschaftslebens.

Damit eine die kulturelle Weiterentwicklung des Gesellschaftslebens, insbesondere auch Ueberschüsse der Werteerzeugung über den Verbrauch sichernde Gestaltung von Erzeugung und Verbrauch von Gütern gewährleistet sei, bedarf der Drang zum Verbrauch wie die Neigung zur Erzeugung der Güter einer gewissen vorschauenden Regelung. Diese Regelung wird, wie nun einmal die menschliche Natur beschaffen ist, namentlich nach der Richtung einsetzen müssen, daß nicht Uebermaß des Verbrauchs und Untermaß der Erzeugung der Güter eintritt. Dabei ist die Sicherstellung der Gütererzeugung von grundlegender Bedeutung, denn auf die Dauer ist Güterbeschaffung für den Verbrauch in jeder Volkswirtschaft nur durch eigene Gütererzeugung, sei es direkt, sei es vermittelt durch Austausch eigenerzeugter Güterwerte gegen fremderzeugte Güter möglich. Bei individueller ungezügelter Menschenwillkür allein kann eine befriedigende Regelung dieser Art automatisch nicht entstehen. Auch bei weitester Verbrauchs- und Erzeugungsfreiheit muß eine Staatsgewalt vorhanden sein, die dafür Normen des öffentlichen wie des privaten Rechtes setzt. In der Friedenszeit überwiegen dabei weitaus die allgemeinen Normen eines gegen rechtswidrigen Eingriff gesicherten Waltens von Verbrauch und Erzeugung; in der Kriegszeit haben wir eine starke Weiterausbildung durch Rechtsnormen geregelter Erzeugungs- und namentlich Verbrauchsgestaltung kennen gelernt.

Sind es aber nur staatlich formulierte Normen des Rechts, die das Wirtschaftsleben der Menschen im Kulturstaat maßgebend beeinflussen; gibt es nicht noch einen anderen bedeutungsvollen Faktor, der neben dem Recht die individuelle Willkür des einzelnen maßgebend, sei es hemmend, sei es fördernd beeinflußt? Neben der formellen äußerlichen Norm, welche das Recht für das gesamte Gesellschaftsleben der Menschen und damit auch für deren Wirtschaftsleben bildet, waltet, teils der rechtlichen Bindung entsprechend, teils über dieselbe noch hinausgreifend, materiell und innerlich das Gebot der sittlichen Pflicht. Nicht alles, was rechtlich nicht verboten ist, darf ohne weiteres auch als sittlich erlaubt angesprochen werden. Ich habe über dieses wichtige Problem vor nahezu zwei Jahrzehnten eine kleine Schrift „Die Pflicht im Wirtschaftsleben“, Tübingen 1900, H. Laupp, veröffentlicht. In neuester Zeit ist eine, namentlich auch die einschlagende christliche Moral eingehend behandelnde überaus lesenswerte Schrift des hervorragenden Nationalökonomen Heinrich Pesch S J. erschienen, die in der Einleitung an die von mir eingeflochtene Bemerkung anknüpft, daß die Frage vielleicht töricht erscheine, ob es im Wirtschaftsleben neben den rechtlichen Verpflichtungen auch sittliche Pflichten gebe. Es sei, bemerkte ich in meiner Schrift, doch nicht abzusehen, warum gerade dieses wichtige Stück des Gesellschaftslebens, das wir Wirtschaftsleben nennen, den Geboten der Sitte nicht unterliegen sollte. Und doch, fuhr ich fort, sei die Frage nicht überflüssig; wir sähen, wie die Anhänger materialistischer Auffassung und die Bewunderer namentlich der neuzeitlichen wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen in rücksichtslosem Bestreben, jedes Hindernis einer möglichsten Beschleunigung dieser Entwicklung beiseite zu schieben, nicht davor zurückschrecken, den Erwägungen der Sittlichkeit im Rahmen des Wirtschaftslebens keinen Raum zuzugestehen; konnte ich doch zum Beleg den Ausspruch eines damaligen Breslauer Kollegen (Sombart) anführen, der dahin lautete, daß Sittlichkeit auf Kosten des ökonomischen Fortschrittes seines Erachtens der Anfang vom Ende sei. Bei der Abfassung meiner Schrift hatte ich, wie ich

ausdrücklich hervorhob, nicht die Absicht, das ganze Gebiet des Wirtschaftslebens mit der Leuchte der Pflicht zu erhellen. Ich habe damals nur versucht, solches in kurzen Zügen für einige wichtige Fragen des Güterverbrauchs, weiter namentlich der Gütererzeugung und endlich auch der Güterverteilung zu tun. Im allgemeinen haben meine damaligen Anregungen zunächst bei den nationalökonomischen Kollegen wenig Sympathie gefunden. Zwar hat noch in der Zeit des „Obrigkeitsstaates“ die Kollektivpflicht des Staates gegenüber den schutzbedürftigen Schichten der Gesellschaft eine fortschreitend vermehrte Betätigung gefunden, wie mit der Entwicklung der sozialpolitischen Gesetzgebung, insbesondere auf dem Gebiet der Arbeiterversicherung auch in Deutschland ersichtlich geworden ist. Weniger Anerkennung aber hat die wirtschaftliche Individualpflicht der im Wirtschaftsleben Tätigen sowohl in der Theorie wie auch in der Praxis der Gesetzgebung und Verwaltung bis in die neueste Zeit gefunden. Schon die Kriegszeit hat hier verschiedene Verwirklichungen besonderer, nicht bloß gesetzlich formulierter, sondern darüber hinaus auch als sittlich anerkannter wirtschaftlicher Verpflichtungen gebracht. In besonders ausgesprochener Weise tritt die gleiche Erscheinung jetzt zutage, da es sich darum handelt, in Anpassung an die durch den Kriegsausgang bedingten Verhältnisse eine neue durch die Revolution wesentlich beeinflußte Ordnung der deutschen Volkswirtschaft einzurichten. Nun macht sich in einer von den mich ehemals bekämpfenden nationalökonomischen Kollegen wohl niemals erwarteten Weise das Bedürfnis der grundsätzlichen Anerkennung auch der wirtschaftlichen Individualpflicht geltend. Wie eine Fanfare solcher Kundgebung ertönt der erste Absatz des § 1 des von der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung beschlossenen Sozialisierungsgesetzes, der da lautet: „Jeder Deutsche hat unbeschadet seiner persönlichen Freiheit die sittliche Pflicht, seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert.“ Hier haben wir in der neuesten deutschen Reichsgesetzgebung die feierliche Anerkennung der individuellen sittlichen Pflicht im Wirtschaftsleben für den im übrigen der persönlichen Freiheit sich erfreuenden Deutschen.

Aus dem großen Gesamtgebiet des Wirtschaftslebens möchte ich für diesen Aufsatz jene für die Neuordnung des deutschen Wirtschaftslebens besonders bedeutsame aktive Wirtschaftsleistung herausgreifen, die in der Gütererzeugung gegeben ist. Wie steht es bei dieser mit der wirtschaftlichen Pflicht der daran Beteiligten? Dabei ist zunächst die Vorfrage zu beantworten: Wie steht es überhaupt mit der Beteiligung an der Gütererzeugung? Wer ist dabei beteiligt? Daß zu jeder Gütererzeugung Arbeit notwendig ist, liegt auf der Hand. Aber Arbeit allein tut es nicht; neben der Arbeit ist für den, der Gütererzeugung bewirken soll, auch noch Verfügung über die Gütererzeugung ermöglichenden und fördernden Besitz in Gestalt der Naturgabe Boden und des Menschenwerks Kapital als des durch Vorerzeugung gewonnenen Förderungsmittels der Gütererzeugung notwendig. Und schließlich ist noch die wirtschaftende Persönlichkeit des Unternehmers erforderlich, die zielbewußt die Vereinigung dieser drei Produktionsfaktoren oder Produktionselemente, soweit sie nicht über dieselben — was in kleinen Verhältnissen, z. B. beim kleinen Bauern vorkommt — selbst verfügt, durch Heranziehung von Boden-Kapital und Arbeitsnutzung für den in Frage kommenden konkreten Erzeugungsvorgang bewirkt. In der freien Wirtschaft, die neben mäßiger Einschaltung öffentlichrechtlich geregelter Gütererzeugung heute noch die Grundlage der gesamten Gütererzeugung ist, kommen neben den in mäßiger Zahl vertretenen Gemeinwesen die Tausende der privaten nichtphysischen Personen und die Millionen der physischen als Unternehmer auftretenden Personen in Betracht. Auch bei der äußersten Vollsozialisierung, wie sie am Horizont der gegenwärtigen Revolutionszeit in Gestalt der Ueberführung alles der Gütererzeugung dienenden Besitzes in das Eigentum der Gesellschaft als Gemeineigentum erscheint, verbliebe für die Durchführung jeglicher Produktion im einzelnen immer noch die Notwendigkeit in gewissem Maße abgegrenzter Verfügung eines die Gütererzeugung bewirkenden physischen oder nichtphysischen Unternehmers — und sei dies auch in weitester Erstreckung der Staatsgesamtheit selbst — über konkrete Boden- und Kapitalstücke und über Arbeit gewisser Menge und Art. An eine absolut zentralisierte Einrichtung der Gütererzeugung auch im meistsozialisierten Zukunftsstaat ist wohl nicht zu denken. Alle Bauern, Handwerker und Kleinhändler, sowie alle Darbieter persönlicher Dienstleistungen körperlicher und geistiger Art der Unternehmereigenschaft ganz zu entkleiden und sie zu Staatsbeauftragten der Gütererzeugung umzuwandeln, davon kann wohl niemals die Rede sein. Gewiß wird die Zukunft nach der revolutionären Umgestaltung, die — soweit wirtschaftliche Besonderheiten in Frage kommen — einigermaßen schon durch weitgehende Bindungen der freien Wirtschaft in der Kriegswirtschaft vorbereitet worden ist, gegenüber der durch privatkapitalistische Machtentfaltung gerade in der dem Krieg vorangegangenen Friedenszeit stark beeinflußten Volkswirtschaft wesentliche Verschiebungen in der gesamten Unternehmungsgestaltung der Gütererzeugung aufweisen. Aber neben verstärkter gebundener Wirtschaftsführung von öffentlichen Unternehmungen wird auch in der Zukunft die private Unternehmung im Wirtschaftsleben nach wie vor eine bedeutende Rolle spielen. Dabei wird neben der Verfügung über Bodenstücke auch der Kapitalbesitz als wesentliches Förderungsmittel der Gütererzeugung in Betracht kommen; ein gesunder Kapitalismus, insbesondere auch die Gewährleistung fortlaufender Kapitalkräftigung der nationalen Volkswirtschaft in Verbindung mit sozialpolitisch wohlbehüteter, nationaler Arbeitskraft ist eine wesentliche Voraussetzung unserer erfolgreichen volkswirtschaftlichen in die weltwirtschaftlichen Beziehungen wohl eingefügten Zukunftsentwicklung.

Wir werden es also auch weiterhin mit zahlreichen selbstständigen Unternehmern und mit selbständigen Bodenbesitzern, Kapitalisten und Arbeitern zu tun haben. Als Arbeiter kommen nur physische Personen in Betracht; die Ausstrahlung in das nichtphysische Moment findet sich hier in der Heranziehung der kapitalistisch orientierten Arbeitsbeihilfe, die von alters her im Arbeitsgerät aller Art und neuzeitlich besonders in der Maschine gegeben ist. Als Kapitalbesitzer finden wir neben der physischen Unternehmung sehr stark die nichtphysische private Persönlichkeit neben öffentlichen Gemeinwesen beteiligt. Beim Bodenbesitz, dessen ungleiche tatsächliche Verteilung der Oberflächenzuweisung an die einzelnen Besitzer wohl dazu angetan ist, kommunistische Regungen bei solchen zu erwecken, die im übrigen vom Kommunismus weit entfernt sind, wie das schon in der Friedenszeit bei den speziellen Bodenreformern der Fall war, ist namentlich in Deutschland der öffentliche Besitz nicht unerheblich besonders bei Bergwerks- und Forstbesitz vertreten. Und was endlich das Unternehmertum anlangt, so finden wir solches im kleinen vielfach in Personalunion mit Boden-Kapitalbesitz und selbst mit Arbeit, so beim kleinen Bauern, im großen namentlich mit Boden und Kapital, so beim Großgrundbesitz und der Großindustrie. Der reine „Unternehmer“ im engsten Sinn, der nur mit fremdem Boden-Kapital und mit Lohnarbeit Güter erzeugt, ist tatsächlich eine Ausnahme; am meisten tritt er in den modernen privatrechtlichen Unternehmungen nichtphysischer Art, so namentlich z. B. in den Aktiengesellschaften zutage.

Bei allen diesen Trägern der Produktionsfaktoren, Boden, Kapital und Arbeit, und allen diesen Unternehmern physischer und nichtphysischer Art — gerade auch bei den letzteren in Gestalt der Verpflichtung ihrer in der Gütererzeugung wirksamen Organe — waltet neben den formellen Bindungen des Rechts für die tatsächliche Ausgestaltung der von ihnen bewirkten Gütererzeugung auch noch die sittliche Pflicht. Erschöpfend dies darzulegen, fehlt hier der Raum. Wohl aber kann an einzelnen Stichproben dies gezeigt werden, sowohl für den Bodenbesitzer, den Kapitalbesitzer und den Arbeiter, als für den Unternehmer, in deren Zusammenwirken die wirtschaftliche Kraft der Volkswirtschaft zum Ausdruck gelangt. Dies soll in aller Kürze im folgenden geschehen.

Der Bodenbesitzer als Eigentümer eines Stückes der Oberfläche der Mutter Erde oder auch von unter der Oberfläche gelagerten mineralischen Schätzen hat nicht bloß im allgemeinen persönliches wirtschaftliches Interesse daran, daß dieser Boden, soweit er nicht unmittelbar der Befriedigung eigener wirtschaftlicher Gebrauchsbedürfnisse dient, zur Gütererzeugung, sei es durch ihn selbst, sei es durch Ueberlassung an andere, verwendet wird. Er hat — und das ist das Korrelat des durch Rechtsordnung ihm gewährten Sondereigentums — weiter auch im Interesse der gesamten nationalen Volkswirtschaft die sittliche Pflicht, daß der zu seiner Verfügung stehende Boden, abgesehen von gerechtfertigtem eigenem Genußverbrauch, der nationalen Gütererzeugung, und zwar möglichst erfolgreich nach Menge und Art der erzeugten Güter gewidmet wird. Diesen Anspruch an den Boden hat im geordneten Staat das Volk in seiner Gesamtheit; denn aus Volk und Boden besteht der Staat.

Die Erfahrung mit einem wenn auch nicht in staatlicher Konzentration so doch kommunal nach slawischer Sitte vergesellschafteten Boden hatte in Rußland noch vor der Erfindung des Bolschewismus gezeigt, daß das in der Kulturwelt bisher weit verbreitete und immer mehr durchgedrungene Prinzip des Sondereigentums in ganz anderer wirksamer Weise die möglichste Nutzbarmachung des Bodens für die Gütererzeugung insbesondere beim Landwirtschaftsbetrieb gewährleistet. Auch kommt gerade bei der bäuerlichen Bodenbenutzung die durch das Sondereigentum am Boden verstärkte Erhaltung der seßhaften Berufstradition wohl in Betracht. Die später wirtschaftlich tätig werdenden Personen kommen ja nicht plötzlich in eine gewissermaßen amorphisch zusammengesetzte Wirtschaftsgesellschaft, sondern zunächst findet ihr Eintritt in das Leben normalerweise in der Familie statt, in der dann auch in ausgiebigem Maße gerade bei der Bodenbebauung die Umstände, unter denen der Bauernsohn zur Welt gekommen ist, häufig selbstverständlich und ganz zweckmäßig seinen eigenen späteren bäuerlichen Beruf bestimmen.

Das Sondereigentum am Boden, das vom kollektiven Gesichtspunkt der gesamten Volkswirtschaft deren Interessen entspricht, ist und bleibt gleichwohl ein individuelles Vorrecht des Bodenbesitzers, das gerade, weil es ein Vorrecht ist, demselben besondere sittliche Pflichten in seinem Verhalten zu seinem Bodenbesitz auferlegt. Dies gilt vor allem von dem Ausmaß derjenigen Bodenflächen, die überhaupt aus dem für weitere Gütererzeugung in Betracht kommenden Boden ganz ausscheiden, also von jenem Boden, der lediglich als Gebrauchsvermögen des Eigentümers nicht zur Produktion, sondern zum eigenen, der Seinigen und gegebenenfalls auch seiner Freunde Genuß bestimmt ist. Für solche Beschlagnahmen von Bodenflächen — von vielleicht an sich sogar sehr fruchtbaren Bodenflächen — für eigene ausgedehnte Wohnbauten mit anschließenden, weithin sich erstreckenden Ziergärten und Parkanlagen gibt es sittliche Grenzen des darin zum Ausdruck gelangenden Luxus, die selbst durch eine hier eingreifende Luxusbesteuerung nicht ganz aus der Welt geschafft werden können. Auch bei der Bodenverwendung zur Gütererzeugung für die Volkswirtschaft kann das, was der Bodenbesitzer dieser schuldet, unerfüllt bleiben. Dieser Fall ist dann gegeben, wenn bei Latifundien große Flächen, die zu intensiver Bodenkultur wohl geeignet wären, der extensiven Wald- und Jagdwirtschaft gewidmet werden. Schon in meiner oben erwähnten kleinen Schrift habe ich es als die schlimmste Verfehlung gegen die wirtschaftliche Pflicht des Bodenbesitzers bezeichnet, wenn er in einer über das Maß eines berechtigten Luxus hinausgehenden Weise Boden, der zu intensiver Produktion geeignet ist, nur extensiv oder fast gar nicht wirtschaftlich nützt, wie es bei dem Ueberwuchern einer irrationellen Latifundienwirtschaft oder bei Umwandlung fruchtbaren Bodens in Jagdgründe gelegentlich als pathologische Erscheinung einer gegebenen Volkswirtschaft beobachtet werden kann. Man wird überhaupt noch weiter gehen und fragen dürfen, ob nicht bei aller Anerkennung der wirtschaftlichen Bedeutsamkeit des Sondereigentums am Boden, einerseits wegen der Förderung des Eigeninteresses der Besitzer an bester Nutzbarmachung für die Gütererzeugung, anderseits sozialpolitisch wegen der sozialen Verankerung des Besitzes im Boden, sei es in einem Schloß, einem Bauernsitz oder einer einfachen Heimstätte, überhaupt zumal im Hinblick auf zunehmende Bevölkerung und das Besiedelungsproblem doch überhaupt eine gewisse Grenze des Besitzes — etwa 2000 oder vielleicht sogar nur 1000 Hektar — nicht überschritten werden sollte. Jedenfalls ist man wohl heute in nationalökonomischen und sozialpolitischen Kreisen wohl darüber einig, daß das sogen. Bauernlegen zur Entwicklung neuen Großgrundbesitzes unbedingt als sittlich verwerflich anzusprechen ist.

Gewaltige wirtschaftliche Verschiebungen und Umwälzungen wie sie Krieg und Revolution gebracht haben, sind Anlaß für verstärktes Empfinden der weitgehenden sittlichen Verpflichtungen der Bodenbesitzer gegenüber der nationalen Volkswirtschaft geworden. Vorab kommt hier die durch die Ernährungsbedürfnisse bedingte Pflicht nicht nur der Produktion, sondern auch der Ablieferung der erzeugten Güter seitens der Landwirte in Betracht, eine bedeutungsvolle Pflicht, die in verschiedener Art, zum Teil selbst mit Anwendung indirekten Produktionszwanges in der Kriegswirtschaft verwirklicht worden ist. Und nach dem Krieg tritt im Zusammenhang mit den allerdings sehr vielgliederigen und vieldeutigen Sozialisierungstendenzen gerade auch dem Bodenbesitz gegenüber und zwar nicht bloß soweit es sich um Bodenschätze im Inneren der Erde handelt, sondern auch gegenüber dem Flächengroßgrundbesitz der Gedanke einer Ueberführung dieses Besitzes sei es in öffentlichen Staats- oder Gemeindebesitz, sei es in privaten Mittel- und Kleinbesitz, als ein neuzeitliches Gesetzgebungsziel stark hervor. Auf die sehr verwickelten Einzelheiten dieses Problems hier einzugehen, muß ich mir versagen; ich muß aber dasselbe wenigstens erwähnen, denn im Untergrund der Strömungen, welche auf Sozialisierung des Großgrundbesitzes abzielen, waltet die mehr und mehr auch in die Gesetzgebungspolitik eindringende Vorstellung von den wirtschaftlichen Sonderpflichten nicht nur des Bodenbesitzers überhaupt, sondern von den weiteren besonderen Pflichten dieser Art, die auf dem Großgrundbesitz lasten und bis zur Hinnahme der Enteignung aus Anlaß der Sozialisierung solchen Grundbesitzes sich steigern können. Sowohl die sozialrevolutionäre Bewegung der Gegenwart wie die vor dem Krieg wirksame sozialreformatorische Bestrebung der Bodenreformer will nichts anderes als was nach Ansicht der Befürworter der Ausschaltung des Sondereigentums von Grund und Boden überhaupt oder — worüber größere Einhelligkeit von Revolution und Reform besteht — doch von übermäßig ausgedehntem Sondereigentum dieser Art, die Herbeiführung eines befriedigenden Zustandes der Bodenbesitzverhältnisse wäre, die als sittlich geboten erscheint, von der freien Willensbetätigung der Beteiligten aber nicht zu erwarten ist.

Wenn das Problem Bodenbesitz und sittliche Pflicht vollständig erörtert werden soll, muß auch die besondere Gestaltung dieser Pflicht für den städtischen Grund- und Hausbesitz behandelt werden. An dieser Stelle bitte ich mit Rücksicht darauf, daß ich aus räumlichen Rücksichten auf Stichproben des Waltens der sittlichen Pflicht im Wirtschaftsleben mich beschränken muß, davon absehen zu dürfen, obwohl gerade auch hier bei dem Ausblick auf die Versuche, der materiellen sittlichen Pflicht gelegentlich auch noch die Stütze der formellen rechtlichen Norm zu geben, manche bedeutungsvolle Verwachsung wirtschafts- und sozialpolitischer Bestrebungen aufzuzeigen wäre.

Endlich sei abschließend über die sittliche Pflicht der Bodenbesitzer noch hervorgehoben, daß sie nicht nur den Boden mit den vorbezeichneten Ausnahmen für die gesamte volkswirtschaftliche Gütererzeugung zur Verfügung zu stellen und dabei gegebenenfalls zugleich als Unternehmer aktiv einzugreifen haben, sondern daß sie auch, soweit ihr eigenes Eingreifen dabei in Betracht kommt, verpflichtet sind dafür zu sorgen, daß die erzeugten Güter nach Menge und Art den günstigsten Produktionserfolg darstellen. Damit aber wird die Aufmerksamkeit auf denjenigen Bodenbesitz gelenkt, der vom Besitzer in eigener wirtschaftlicher Unternehmung genutzt wird; von den Pflichten des Unternehmers aber wird unten noch besonders die Rede sein. Nur da, wo es sich um Hingabe der Bodennutzung an einen andern handelt, könnte allenfalls die Prüfung des in Aussicht genommenen Benutzungszwecks unter dem Gesichtspunkt seiner wirtschaftlichen Berechtigung auch noch unter ein weit größeres Maß sittlicher Pflicht des Bodeneigentums einbezogen werden. Ein solcher Fall liegt z. B. vor, wenn Verpachtung von Ackerland an einen Großgrundbesitzer zur Ausgestaltung weiter Forst- und Jagdgründe in Frage steht. Ueberwiegend stärker als des Verpächters wird aber in diesem Falle des Pächters sittliche Pflicht des Verzichts auf solches Tun sein. Auch der Gesetzgeber wird wohl in solchem Falle besser durch Gleichstellung der Zupachtung mit dem Eigentumserwerb als mit Verbot gegen den Verpächter vorgehen.

Das fünfte Kriegsjahr.

Wochenschau von Fritz Nienkemper, Berlin.

Die Volksbewegung.

Eine Trauerwoche war angesagt; es wurde eine Woche der Entrüstung, des Zornes, des flammenden Protestes. Wenn die deutsche Volkskraft sich im vorigen Herbst so kräftig und geschlossen aufgebäumt hätte, so wäre vielleicht noch die Front bis in den Winter hinein haltbar geblieben. Jetzt, nachdem die Hoffnung auf anständige Behandlung des nachgiebigen Teiles so grausam getäuscht worden ist, kommt der stürmische Ausbruch des nationalen Fühlens

und Wollens leider sehr spät. Ob *zu* spät, das wird sich erst beim Abschluß dieses unblutigen Ringens zeigen.

Tröstlich ist die *Einmütigkeit*, die sich bei den Protesten gegen den Vernichtungsfrieden im ganzen Volk bekundet hat. Ueber die besondere Taktik der „Unabhängigen“ wird nachher noch ein Wort zu sagen sein; dieser Mißklang wird aber übertönt von der gewaltigen Symphonie, die aus der Gesamtheit des Volkes ohne Unterschied der Stämme, Stände und aller übrigen Parteien erschallt. Sie erinnert an den Aufschwung des deutschen Geistes beim Anfang unseres Verteidigungskrieges. Die begeisterte *Entschlossenheit*, die sich jetzt überall bekundet, sowohl in den unmittelbar mit Fremdherrschaft bedrohten Landesteilen wie in dem mittelbar bedrohten Rumpf der Nation, ist umso höher zu bewerten, je bitterer die außen- und innerpolitischen Enttäuschungen der letzten Monate waren und je klarer die schweren Opfer hervortreten, die der Widerspruch uns abfordert. Es frägt sich nur, ob es Strohfeuer ist oder nachhaltige Glut auf dem nationalen Herde. Wird der gesunde Sinn des Volkes nicht bloß die *Feigheit* dauernd überwinden können, sondern auch die *Faulheit*, die neuerdings sich als Nationallaster einfressen wollte? Wir müssen die Proteste begleiten mit dem festen Entschluß, geduldig zu *ertragen*, was sich nicht abwenden läßt und pflichtgetreu zu *arbeiten*, weil uns die Arbeit allein über das Elend hinweghelfen kann.

Das amtliche Rettungswerk.

Wer sonst skeptisch den gegenwärtigen Organen der Reichs- und Staatsgewalt gegenübersteht, wird doch anerkennen müssen, daß die Führer und Vertreter des deutschen Volkes in dieser fatalen Zeit wacker und geschickt alles tun, was zur Beschränkung des Unheils möglich ist. Das gilt von den Volksvertretungen im Reich und in den Einzelstaaten; das gilt auch von den Ministern, die zur Klärung der öffentlichen Meinung und zur Hebung des Volksgeistes trefflich mitgewirkt haben, und es gilt besonders unserer Friedensdelegation in Versailles, die unter der Führung des Außenministers Graf Brockdorff-Rantzau durch Fleiß und Gewandtheit sich auszeichnet.

Die feindlichen Diktatoren haben zunächst den *schriftlichen* Meinungsaustausch vorgeschoben. Da standen unsere Vertreter vor der Wahl, entweder den dickleibigen Entwurf der Gegner mit einem ebenso umfangreichen Folianten zu beantworten oder die Kritik und die Gegenvorschläge abschubweise in mehreren Noten geltend zu machen. Sie haben diesen Weg der Stoffverteilung gewählt und damit offenbar das Richtige getroffen. Dadurch wird nicht nur die Erledigung beschleunigt, sondern es wird auch der *öffentlichen Meinung* die Kenntnisnahme und die Beurteilung wesentlich erleichtert. Die Zusammenfassung in eine Schlußnote ist natürlich vorbehalten. Außer dem grundsätzlichen Hinweis auf den Rechtsanspruch aus den 14 Punkten, den Graf Brockdorff schon in seiner Eröffnungsrede eindrucksvoll betont hatte, ist dann der Reihe nach vorgebracht worden: unser Entwurf für einen ehrlichen Völkerbund, — unser Antrag auf eine durchgreifende internationale Arbeiterschutzgesetzgebung, — unser Einspruch gegen die Behauptung, daß Deutschland allein die Schuld am Krieg trage, unter Einforderung des angeblichen Beweismaterials, — unsere Kritik des geplanten Länderraubes und unsere Beleuchtung der geradezu vernichtenden wirtschaftlichen Bedingungen.

Für die öffentliche Meinung in der zivilisierten Welt ist besonders die zuletzt erwähnte Note von der größten Bedeutung. Sie liefert kurz und klar den Nachweis, daß diese sog. Friedensbedingungen viele Millionen von Menschen in Deutschland vom Leben zum Tode befördern würden, und klingt aus in die ergreifende Wahrheit: „Wer diesen Friedensvertrag unterzeichnet, spricht damit das Todesurteil über viele Millionen deutscher Männer, Frauen und Kinder aus.“

Damit war schon ausgesprochen, daß der feindliche Entwurf in seiner jetzigen Gestalt für uns *unannehmbar* sei. Die Regierung in Berlin hat ihrerseits in mehreren Kundgebungen dieses Unannehmbar ebenfalls öffentlich festgestellt. Auch die *Parlamente der Einzelstaaten*, darunter der *Bayerische Landtag* in Bamberg, haben eindrucksvolle Kundgebungen gegen den Gewaltfrieden erlassen. Die Gegner wissen also, daß sie mit der Ablehnung und dem Abbruch der Verhandlungen zu rechnen haben, wenn sie nicht die notwendigen Aenderungen zugestehen.

Die Quertreiberei der Unabhängigen.

Bei dieser Sachlage ist es unverantwortlich, daß die kleine, aber unersättlich machthungrige Partei der Unabhängigen das Rettungswerk erschwert durch die frivole Parole: Deutschland muß unbedingt unterzeichnen, auch wenn die Bedingungen nicht abgeändert werden. In der Nationalversammlung drückte sich der Abg. Haase, der Führer dieser Partei, noch etwas reservierter aus, indem er an die scharfe Kritik der Bedingungen nur den Versuch knüpfte, der gegenwärtigen Regierung die Verantwortlichkeit zuzuschieben. In der preußischen Landesversammlung gingen Adolf Hoffmann und seine Genossen viel rücksichtsloser vor, indem sie in einer förmlichen Parteierklärung die unbedingte Unterzeichnung verkündeten, die sie in ihrer Presse schon hatten propagieren lassen. Das ist offenbar eine Einladung an die feindlichen Machthaber, sich jeder Nachgiebigkeit zu enthalten und die Erdrosselung des wehr- und willenlosen Deutschlands vollständig durchzuführen. Die Unabhängigen scheuen vor diesem Verrat am Vaterlande nicht zurück, weil sie um jeden Preis die Macht an sich reißen wollen. Sie erklären die Unterzeichnung für notwendig, aber sie selbst wollen die Unterzeichnung nicht vollziehen. Sie sagen, die gegenwärtige Regierung solle abtreten, aber sie fordern, daß gerade die gegenwärtige Regierung noch unterzeichnen soll. So hofft man die Regierung auf jeden Fall unmöglich zu machen. Unterzeichnet sie, so werden alle Lasten aus dem Friedensvertrag ihr zum Vorwurf gemacht, und unterzeichnet sie nicht, so wird man sagen: Die Ebert-Scheidemann und Genossen haben freventlich die Okkupation mit all ihren Folgen herbeigeführt. So arbeiten diese gewissenlosen Radikalen auf eine neue Revolution des Elends und der Verzweiflung hin, weil sie aus dem Unglück ihre Parteivorteile zu ziehen gedenken.

Dabei wollen sie ihre Anhänger beduseln mit der Ankündigung der „*Weltrevolution*“, die allen Jammer in Glückseligkeit wenden soll. In den feindlichen Ländern zeigen sich aber noch keine Ansätze zur Weltrevolution, und wenn schließlich die sozialpolitische Entwicklung dahin führen sollte, so werden vom deutschen Volk nur armselige Reste übrig sein, da unter den grausigen Friedensbedingungen fast alles verderben und sterben müßte.

Die Taktik der feindlichen Machthaber.

Diese wissen die Seitensprünge der Unabhängigen geschickt auszunützen. In ihrer Presse wird Tag für Tag verkündet: Die Deutschen gestehen selbst, daß die Bedingungen annehmen müssen und werden; also sind die Abänderungsanträge nur Bluff.

Wenn einer in Deutschland eine Dummheit macht, erfährt es die ganze Welt. Aber die Note des Grafen Brockdorff und die sonstigen amtlichen Kundgebungen werden nur verstümmelt oder gefälscht, oder mit irreführenden Glossen veröffentlicht. Die Vergiftung der öffentlichen Meinung wird am ärgsten in Frankreich betrieben, wo nicht allein dem gewöhnlichen Volk, sondern auch den Abgeordneten der volle Inhalt der Friedensbedingungen vorenthalten bleibt. In pädagogisch berechneten Auszügen wird aufgetischt, was der französischen Eitelkeit und Habgier schmeichelt. Dabei wird in zahllosen Presseartikeln den Leuten eingepaukt, die Bedingungen seien eigentlich noch zu milde. So wird auch im sozialdemokratischen Lager die Kritik erstickt; dort ist die Zerfahrenheit zusehends größer, die Opposition schwächer geworden. Auf einen baldigen Sturz von Clemenceau und Lloyd George ist nicht zu rechnen. Die Engländer sagen sich ebenso wie die Franzosen: Die Bedingungen bringen uns Gebietszuwachs und Geld und Aussichten auf Verdienst; wenn die Deutschen sie annehmen müssen, so brauchen wir uns ja den Vorteil nicht entgehen zu lassen.

Gegenüber seinen Amerikanern läßt Wilson erklären, der Völkerbund werde alles schon ausgleichen, was an dem Friedensvertrage etwa verfehlt sei. So läßt man die Brandstiftung passieren, weil nächstens eine Löschspritze fabriziert werden könnte.

Die menschlichen Regungen und vernünftigen Erwägungen werden erstickt in dem Siegesrausch und der kurzsichtigen Erwartung von materiellen Vorteilen.

Die eigenen Landsleute werden mit Zuckerbrot verlockt, und Deutschland soll mit der *Peitsche* gefügig gemacht werden. Man meldet uns Truppenkonzentrationen im besetzten Westgebiet und eine Flottenparade bei Memel; zugleich macht Foch eine demonstrative Rheinfahrt. Als ob wir die Möglichkeit einer weiteren Okkupation nicht schon in unser Kalkul gestellt hätten!

Bange machen gilt nicht. Es kommt nur darauf an, ob *wir fest geschlossen und bis zum äußersten entschlossen bleiben*. Die schlimmste Gefahr für unseren letzten Selbstrettungsversuch kommt von innen her: aus den freventlichen Hetzereien und der Verblendung ihrer Gefolgschaft.

Frühlingsnacht.

An meinem Fenster lehnt die Frühlingsnacht
Und schaut mich an mit ihren Sternenblicken,
Der Garten prangt in voller Blütenpracht
Und träumeschwer die Fliederdolden nicken.

Berauschend quillt ihr Duft zu mir herein,
Mein müdes Auge kann den Schlaf nicht finden, —
In meine Kammer schlüpft der Mondenschein
Und leise rauscht der Nachtwind in den Linden.

Rings tiefe Ruh. — Nur eine Geige klingt
Und singt ein Lied aus fernen Jugendzeiten,
Das mir wie Feuer in die Seele dringt,
Verhall'ne Sehnsucht schluchzt aus ihren Saiten.

Und zittert leis wie Mondduft durch den Raum,
Wie eines längstentschwund'nen Glückes Grüssen.
Der Schlummer spinnt mich ein — und noch im Traum
Hör' ich den Geigenklang, den seltsam süssen. . . .

Josephine Moos.

Die Lehre der Geschichte.

(Lehrreiches von der sozialen Revolution des 16. Jahrhunderts.)

Von Rechtsanwalt August Nuß.

Im Jahre 1525 erschütterte die große soziale Revolution fast alle Gebiete des damaligen Deutschen Reiches von der Ostsee bis an die Alpen. Es war zwar kein verlorener Krieg vorausgegangen wie in unseren Tagen, aber in verblüffender Uebereinstimmung mit dem Erlebnis von heute war es der damals herrschende Materialismus, der 1525 wie 1918 die geistige Disposition zum gewaltsamen Umsturz und die „sittliche" Revolutionsatmosphäre schuf. Vor mir liegt Johannes Janssens monumentales Werk über die Geschichte des deutschen Volkes, dem ich in dieser Betrachtung folge.[1])

Als „allen Ständen, hoch und niedrig, gemeinstes, mit jedem Jahr böseres Uebel, aus dem Unzufriedenheit mit dem Stand, worin man geboren, Uebervorteilung des Nebenmenschen, Neid, Haß, Ungehorsamkeit, Aufruhr und Empörung" hervorgehen müsse, betrachteten alle ernsten Beobachter der Zeit den wachsenden Luxus, die Genußsucht, die „in offenen Tabernen und auf Festen und Banketten oft wahrhaft viehische Trunkenheit und Schwelgerei". Der Luxus wurde „das fressend Gift in Stadt und Land, unter Edlen, Handwerkern und Bauern". Von den Häuptern ging das Uebel aus. (Seite 413.) Die niederen Stände nahmen sich die höheren zum Muster. „Hantwerker und Bauern, Knecht und Viehmägd wenden ihr Geld an köstlich Kleidung und Geschmuck und wollen als Edelherren und Edelfrauen stolzieren und was sie übrig hant, geet in den Wirtshüsern durch den Hals." „Ich kenne Bauern," schrieb Wimpheling, „die bei der Hochzeit von Söhnen oder Töchtern, oder bei Kindtaufen so viel Aufwand machen, daß man dafür ein Haus und ein Ackergütchen nebst einem kleinen Weinberg kaufen könnte." „Saufen, fressen, geistlich und weltlich Obrigkeit schumphiren ist," wie ein Satiriker des Mittelalters schrieb, „jetzund Sache eines rechten jungen Buren worden . . ."

Die lautesten Klagen über die Verwilderung des Volkes, insbesondere der heranwachsenden Jugend (!) erhob Luther (S. 415). Auch Erasmus klagte 1523 einem Freunde, daß das „neue freche, unbändige Geschlecht" niemand liebe als sich, weder „Gott noch den Bischöfen noch den Fürsten und Obrigkeiten gehorche" und „dem Mammon (!), dem Bauche und der schnöden Lust (!) fröhne".

Aktuell muten folgende Ausführungen Janssens (S. 418) an, da, wo er die allgemeinen Ursachen der sozialen Revolution schildert: „Infolge des in allen Ständen zunehmenden Luxus in Kleidung . . . hatte sich in den Städten immer mehr der Großwucher (!) ausgebildet, den insbesondere die Handelsgesellschaften (!) betrieben. Sie vorzugsweise zogen Nutzen aus dem Grundübel der Zeit, indem sie den Handel . . . fast allein in Händen hatten, die Preise dieser Waren nach Willkür festsetzten und binnen wenigen Jahren auf das Doppelte und noch höher hinauftrieben." Ein von den Ständen auf dem Nürnberger Reichstag vom Jahre 1523 gewählter Ausschuß erklärte: „Wegen der unleidlichen und bösen Beschwerung, so aus den großen Gesellschaften komme, seien in etlichen Städten Empörungen des gemeinen Mannes entstanden und noch größere seien zu besorgen, wenn nicht Abwendung geschehe." Durch die Handels- und Aufkaufsgesellschaften, sagten die Grafen, Herren und Ritter in einer dem Reichstag im Jahre 1523 übergebenen Beschwerdeschrift, gerate das deutsche Volk in Unrat und Verderben. „Es ist offenbar," klagten sie, „wie die großen Kaufmannsgesellschaften in deutscher Nation des heiligen Reiches Unterthanen schier aus allen Ständen bisher hoch und übermäßig beschwert haben mit ihren Monopolien, Verbündnissen, einhelligem Aufsetzen, wie hoch eine jede Ware verkauft werden soll, Niederdrückung der armen, gemeinen Kaufleute, . . . merklichen überschwenglichen Wucher . . ." Luther klagte, in den Kaufmannsgesellschaften sei „Alles grundlos und bodenlos mit eitel Geiz und Unrecht . . . Sie haben alle Waar unter ihren Händen, und machen's damit, wie sie wollen, steigern oder niedrigen sie nach ihrem Gefallen . . ." Die Aufkaufs- und Preissteigerungsgesellschaften drückten (S. 422) durch ihren „Fürkauf" dem „armen Mann" auf dem Lande die Bodenerzeugnisse zu den niedrigsten Preisen ab, häuften die Nahrungsbedürfnisse in großen Massen auf und erhielten eine künstliche Teuerung, während das Geld von Jahr zu Jahr im Werte sank . . . Das Großkapital drückte zugleich auf die kleinen Fabrikanten; „denen, so hiervor mit ihrem Gewerb sich ernährt, wurde Gewerb und Nahrung durch die Gesellschaften entzogen." Vgl. die heutige Klage und Lage unseres Mittelstandes!

Gleichwohl wollten, wie Janssen (S. 423) nachweist, nicht die Ausbeuter der arbeitenden Menschen Schuld tragen an deren Notlage, sondern, wo es anging, gab man — ist es heute anders? — „den Pfaffen" die Schuld.

Was aber „die reichen Kaufleute im Großen, das trieben die geringen Verkäufer im Kleinen durch Fälschung aller Waar, also daß alle Welt darüber" sich beschwerte. Mehrere Flugschriften gaben diesen Beschwerden Ausdruck.

Für die materialistische Verflachung der damaligen — wie der heutigen — Zeit und für die Entgeistigung der führend sein sollenden Intelligenz führe ich aus Janssen (S. 425) an: Je mehr die materialistische, auf Geldgewinn gerichtete Gesinnung zunahm und in Folge davon die höherenStudien in Verfall gerieten, desto größer wurde die Zahl der jungen Leute, welche sich der Kaufmannschaft und einträglichen Gewerben widmeten. „Man will jetzund nur lernen, was Geld einbringt und werden Kaufhäuser, Krämereyen und Tabernen übermäßig an Zahl, nicht allein in Städten, sondern gar in Dörffern . . ."

Am 26. Mai 1524 ging von der fränkischen Stadt Forchheim die erste soziale Erhebung aus. Dort bemächtigte sich die „Gemeine" der Stadtschlüssel, nahm den Rat in Pflicht und stellte gemeinsam mit den Bauern der Umgegend „Artikel" auf über Zinsen und Zehnten und Freiheit von Wasser, Wald und Wild (S. 429). Auch damals gab es schon eine — Kommunistenpartei. „Es gab in Nürnberg Viele, die die Bauern aufwegten und mit den Reichen theilen wollten, denn die Zeit der christlichen Freiheit und Bruderschaft sei gekommen, und mußten die Einen als reich sein, als die Anderen." Die damalige Partei der „gottlosen Maler" verwarf alle weltliche Obrigkeit und verlangte Güterteilung. Diese Bolschewisten des 16. Jahrhunderts proklamierten den Satz: jeder Bürger sei Oberer und Strafvollstrecker.

Nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Lande gab es genug Gründe zur Unzufriedenheit. Das fremde römische Recht, das das christlich-germanische immer mehr verdrängte, gab den Landes- und Gutsherren „rechtliche" Mittel an die Hand, um „die übermüthigen Bauern zu zähmen, damit sie nicht allzu stark ins Kraut schössen". Es waren Mittel zur Einziehung des Gemeinbesitzes der Colonen, sowie zur Erhöhung der Steuern, Abgaben und Fronen.

Vom Juli 1524 an lief dann die soziale Revolution „wie ein Brandfeuer von Stadt zu Stadt, von Dorf zu Dorf". Merkwürdig zeitgemäß mutet die Feststellung von Clemens Endres an, der am 18. April 1525 schrieb: es sei eine Zeit gekommen, wo man in deutschen Landen glauben mußte, „alles Oberst ging zu Unterst und wäre keine Rettung mehr aus der Herrschaft des Pöbels" (Janssen S. 432).

[1]) Geschichte des deutschen Volkes seit dem Ausgang des Mittelalters, Zweiter Band, Zustände des deutschen Volkes seit dem Beginn der politisch-kirchlichen Revolution bis zum Ausgang der sozialen Revolution von 1525, sechster verbesserter Abdruck, Herdersche Verlagshandlung, Freiburg i. Br. 1880.

Die Lehre von der christlichen Bruderliebe wurde verfälscht und in egoistischer Weise ausgelegt. Während die ersten Christen als christliche Kommunisten sagten: „Alles, was mein ist, ist auch dein", sagten die pseudochristlichen Kommunisten um 1525 genau so wie unsere „modernen" Kommunisten um 1919: „Alles, was dein ist, ist auch mein!" —

Ihren gefährlichen Charakter erhielt die damalige Revolution aus der gemeinsamen Erhebung des städtischen, bäuerlichen und adeligen Proletariates. (Janssen gebraucht S. 437 ausdrücklich die Bezeichnung „Proletariat".) Den Proletariern von 1525 legte man (S. 443) die Worte in den Mund:

„Das Evangelium frone
Kam zu uns Armen her,
Freit uns mit reichem Lone
Von tglicher Beschwer.
Lehrt Rich und Arm sich lieben
Und theilen, was sie hant,
Wir wollen drumb gern es üben
Mit Wollust und Verstand . . ."

Hand in Hand mit der wirtschaftlichen Revolution sollte auch die Umgestaltung der staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse gehen. Zwei Entwürfe waren hierfür von besonderer Bedeutung: Die von den fränkischen Bauern geforderte „Ordnung und Reformation zu Nutz, Frommen und Wohlfahrt aller Christenbrüder", wonach — wieder ein aktueller Anklang — ein Volksparlament in Heilbronn eine neue Reichsverfassung ins Leben rufen sollte, und die von Michael Geismayr für Tirol entworfene „Landesordnung". Erstere Ordnung erstrebte — wie aktuell! — die Aufrichtung einer „demokratisch-sozialistischen Republik" mit einem den Namen Kaiser tragenden Oberhaupt. Geismayr forderte die Aufhebung aller Unterschiede der Stände und „eine ganze Gleichheit." (S. 452.)

In der auf den Umsturz aller bestehenden weltlichen Rechtsordnung gerichteten Revolution des Jahres 1525 treten bereits dieselben oder fast dieselben sozialistischen und kommunistischen Tendenzen deutlich hervor, wie sie jetzt im Jahr 1919 von bestimmten linksradikalen Gruppen in so leidenschaftlicher Weise geltend gemacht werden. „Alles schon dagewesen" kann man auch hier mit Ben Akiba sagen.

„Der tolle, unsinnige, wüthig gemachte Pöbel aus Dörfern und Städten konnte in deutschen Landen mit Beraubung, Ausbrennung, Zerstörung, Verunweihung und Schändung des Heiligsten die unmenschlichsten Dinge verüben . . . Das machte die große Zwietracht in Sachen des christlichen Glaubens . . . Die einen sahen es gern, daß die Geistlichkeit vertilget wurde . . . Viele wollten Theil haben an den Gütern der Geistlichkeit und gedachten, wenn das Spiel gelinge, es fiele ein gut Stück ab für sie; Viele waren so erschrocken, daß sie gar nicht wußten, was zu thun; Viele waren so zagherzig, weil sie fühlten wol, daß sie dem armen Mann Beschwernisse genug auferlegt und die Strafung Gottes jetzo über sie käm".

Nicht bloß interessant, sondern auch höchst lehrreich sind die Feststellungen des Geschichtsforschers über die Folgen, oder wie es heutzutage heißt, die „Errungenschaften" der sozialen Revolution. „Die geglaubt hatten, es würd ihnen besser werden durch den Aufruhr und nit zufrieden waren mit irem Stand, und Steuer, Diensten, Zinsen, und wollten Herren sein, dieselbigen wurden nunmehr härter geplagt und arm und elendig". Die Bauern klagten:

„Das mügent ir wol spüren
Und lugen eben zu,
Daß ir nit werden verlieren
Das Kalb mit der Ku,
Kern, Haber, Hausrath alle,
Das Vich auß ewerm Stalle,
Euch Freud und Mut empfalle,
Weichen von aller Hab
Bis an den Bettelstab". (S. 567.)

Die Bauern selbst wurden jetzt Klagesänger der Bauernnot. In dem Bauernkriege hätte man ihnen Reichtum und Ehren vorgespiegelt, aber sie seien arm geworden durch den Krieg.

„Reich sollten wir wer'n
Und stehn in Ehr'n,
Hielt süß man uns für,
Womit man uns verfür.
Reich wär'n wir wor'n?
O Gott erbarm,
Was wir hatten, das han wirverlor'n,
Nun sint wir arm". (S. 573.)

Damals „pries" Sebastian Franck, übrigens ein Gegner der alten Kirche, die „Errungenschaften" der damaligen Revolution wie folgt: „Sunst im Papstthum ist man viel freier gewesen, die Laster auch der Fürsten und Herren zu strafen, jetzt muß alles gehoffirt sein, oder es ist aufrührisch, so zart ist die lezt Welt worden. Gott erbarms . . . So fällt der gemeine Pöbel ohne allen Grund hin und her; und auch die, welche seine Vorgänger und Bischöfe sein wollen: wes Losung ist, des haben sie Münz." (S. 580.)

Der Kampf um die bayerischen Verkehrsanstalten.

Von Dompropst Dr. v. Pichler in Passau.[1])

Der Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei, Regierungsdirektor Speck, hat in Nr. 14 der „Allgemeinen Rundschau" einen flammenden Protest erlassen gegen die Vergewaltigung der bayerischen Selbständigkeit, wie sie durch die Beschlüsse des Verfassungsausschusses der Nationalversammlung in Weimar droht. Mit Recht schreibt er, daß mit Durchführung dieser Beschlüsse die letzte Stunde Bayerns als eines selbständigen Staatswesens geschlagen haben werde. Die nachfolgenden Zeilen sollen der „Verreichlichung" des Verkehrswesen, um dieses neugebildete Wort auch hier zu gebrauchen, gewidmet sein.

Artikel 89 des neuen deutschen Verfassungsentwurfes enthielt die Bestimmung: „Aufgabe des Reiches ist es, die dem allgemeinen Verkehr dienenden Eisenbahnen in seine Verwaltung zu übernehmen. Die Uebernahme kann nur im Wege des Vertrages gegen Entschädigung erfolgen."

Zur Beurteilung der Tragweite dieses Artikels sind noch folgende Bestimmungen besonders zu beachten. Artikel 90: „Hat das Reich innerhalb eines bestimmten Gebiets die dem allgemeinen Verkehr dienenden Eisenbahnen in seine Verwaltung übernommen, so steht ihm innerhalb dieses Gebiets die Enteignungsbefugnis und die Ausübung der auf das Eisenbahnwesen sich beziehenden Hoheitsrechte zu." Artikel 90c bestimmt im letzten Satz: „Die Beamten und die Arbeiter der Reichseisenbahnverwaltung sind auf ihren Wunsch im Gebiete ihres Heimatstaates zu beschäftigen, soweit dazu eine Verwendungsmöglichkeit vorliegt und nicht zwingende Rücksichten des Eisenbahnbetriebs dem entgegenstehen." Artikel 90d: „Hat das Reich innerhalb eines bestimmten Gebietes die dem allgemeinen Verkehr dienenden Eisenbahnen in seine Verwaltung übernommen, so können innerhalb dieser Gebiete neue dem allgemeinen Verkehr dienende Eisenbahnen nur vom Reiche oder mit seiner Zustimmung gebaut werden."

Die bayerische Regierung war bereit, diese Verfassungsbestimmungen anzunehmen. Die genaue Beachtung des Wortlautes zeigt, daß sie bereit war, damit ein sehr weitgehendes Entgegenkommen gegenüber den Forderungen des Reiches zu gewähren. Schon in diesen Bestimmungen lag meines Erachtens eine große Gefahr für die Selbständigkeit der bayerischen Eisenbahnen und der übrigen bayerischen Verkehrsanstalten, zumal unter dem wachsenden Einfluß der sozialdemokratischen Partei, welche seit langem die Vereinheitlichung des Verkehrswesens auf ihre rote Fahne geschrieben hat. Der Verfassungsausschuß in Weimar ist aber über diese Regierungsvorlage weit hinausgegangen. Nach seinen Beschlüssen soll die Ueberführung aller Eisenbahnen auf das Reich bis zum Jahre 1921 kraft Reichsgesetzes erfolgen, also auch gegen den Willen der Regierung und der Volksvertretung des betreffenden Staates. Der Ausschuß des bayerischen Landtags für auswärtige Angelegenheiten hat am 25. März nach längerer Debatte in einer sehr ernsten Entschließung gegen diese Gewaltpolitik der deutschen Nationalversammlung Verwahrung eingelegt. Abg. Speck hat dabei mit allem Nachdruck betont, daß der ablehnende Standpunkt Bayerns staatsrechtlich unanfechtbar sei. Der Bayerische Landeseisenbahnrat hat in seiner Sitzung vom 31. März mit allen gegen 4 Stimmen sich auf den gleichen Standpunkt gestellt. Leider haben die bayerischen Handelskammern in ihrer überwiegenden Mehrheit eine andere Haltung eingenommen, während der Landesverband des Hansabundes in seiner Hauptversammlung vom 6. April wieder verlangt hat, „daß das durch besondere Verträge Bayern 1871 ein-

[1]) Der Artikel war schon vor Ostern geschrieben, konnte aber wegen der Zustände in München erst jetzt an die Redaktion eingesandt werden.

geräumte Reservatrecht für das Eisenbahnwesen *nur mit Zustimmung Bayerns* geändert werden darf."

Zur Klarstellung der Sache möchte ich folgende Fragen kurz behandeln:

1. Wie ist die Angelegenheit rechtlich zu beurteilen?
2. Besteht für Bayern eine finanzielle oder wirtschaftliche Notwendigkeit, die Selbständigkeit seiner Verkehrsanstalten aufzugeben?
3. Ist die Vereinheitlichung des ganzen Verkehrswesens eine Lebensnotwendigkeit für die gedeihliche Entwicklung des Reiches?
4. Ist die sofortige Uebernahme dieser Verkehrsanstalten auf das Reich überhaupt möglich und wünschenswert?

1. *Zur rechtlichen Seite* der Frage sei folgendes bemerkt: Das Deutsche Reich wurde 1870 gegründet durch *Verträge* zwischen dem Norddeutschen Bund und den süddeutschen Staaten Bayern, Württemberg, Baden und Hessen. Die Einleitung zur Reichsverfassung sagt: „Seine Majestät der König von Preußen im Namen des Norddeutschen Bundes, Seine Majestät der König von Bayern ..... schließen einen ewigen Bund zum Schutze des Bundesgebietes und des innerhalb desselben gültigen Rechtes sowie zur Pflege der Wohlfahrt des deutschen Volkes. Dieser Bund wird den Namen Deutsches Reich führen und wird nachstehende Verfassung haben ..." Artikel 1 der Verfassung sagt: „Das Bundesgebiet besteht aus den *Staaten* Preußen mit Lauenburg, Bayern, Sachsen ..." Nach Artikel 11 steht „das *Präsidium des Bundes* dem König von Preußen zu, welcher den Namen Deutscher Kaiser führt." Die Rechte des Kaisers als des Bundesvorsitzenden sind im einzelnen festgelegt. Durch die Novemberrevolution sind die vertragschließenden Fürsten entfernt, die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesvorsitzenden erloschen. Ist damit auch der von den Fürsten durch Verträge geschlossene Bund aufgelöst oder bestehen diese Versailler Verträge noch fort? Wenn die Bundesverträge nicht mehr fortbestehen, so wäre die weitere Frage: Auf wen ist die Souveränität in den deutschen Gebieten jetzt übergegangen? Durch die im November 1870 zu Versailles geschlossenen Verträge haben Bayern, Württemberg, Baden und Hessen einen wesentlichen Teil ihrer Souveränität zugunsten des Deutschen Reiches aufgegeben, ihre Souveränität ist auf die in der Reichsverfassung festgelegten Gebiete beschränkt, für Bayern für einzelne weitere Gebiete durch ausdrückliche Reservatrechte gesichert. Wenn diese Verträge und die hierauf beruhenden bayerischen Reservatrechte nicht mehr gelten, so gibt es nur ein Doppeltes: Entweder ist die *volle* Souveränität auf das *ganze* deutsche Volk übergegangen oder die *einzelnen Bundesstaaten* haben ihre *volle* und *unbeschränkte* Souveränität wieder zurückgewonnen. Ein Drittes gibt es nicht. Im wechselvollen Gang der letzten Ereignisse hat bekanntlich das Reich Souveränität für sich in Anspruch genommen in der Nationalversammlung, die verschiedenen deutschen Staaten haben die Souveränität ihres Volkes hochgehalten und auf Grund derselben Landtage gewählt, Regierungen ernannt und sind an der Arbeit, ihre Landesangelegenheiten durch eigene Verfassungen zu regeln. Dieses von keiner Seite beanstandete Vorgehen des Reiches und der Einzelstaaten war nur möglich unter der Voraussetzung, daß weder das Reich noch die Bundesstaaten die ausschließliche Souveränität für sich haben, sondern daß dem Reiche sowohl als auch den einzelnen Staaten souveräne Rechte zustehen, deren gegenseitige Abgrenzung nur durch die alten Verträge gegeben sein kann. Freilich hat die revolutionäre Regierung Bayerns unter Kurt Eisner diesen staatsrechtlichen Standpunkt nicht von Anfang an klar und entschlossen betont und durch ihre Zustimmung zum provisorischen Grundgesetz des Reiches selbst den Boden geebnet, auf dem jetzt in Weimar lustig weitergebaut wird. Die mahnenden und warnenden Stimmen der Bayerischen Volkspartei wurden im Taumel der ersten Revolutionswochen nicht beachtet; jetzt wird von mancher Seite das verhängnisvolle „Zu spät" gesprochen. Meines Erachtens kann aus dem provisorischen Grundgesetz die Konsequenz der vollen und ausschließlichen Souveränität des Reiches und speziell die Konsequenz der Aufgabe von vertragsmäßigen Reservatrechten nicht gezogen werden. Das provisorische Grundgesetz sollte nur den staatsrechtlichen Boden für die Vertretung des Reiches den Feinden gegenüber und für die einstweilige Fortführung der allgemeinen Aufgaben der Reichsverwaltung schaffen, die dauernde Beseitigung von vertragsmäßig festgelegten Rechten der Einzelstaaten hätte ausdrücklich ausgesprochen werden müssen und nur mit Zustimmung der jetzt souveränen Volksvertretung der betreffenden Staaten erfolgen können.

2. *Besteht für Bayern eine finanzielle oder wirtschaftliche Notwendigkeit, die Selbständigkeit seiner Verkehrsanstalten aufzugeben?*

Von liberaler Seite wird seit Jahren die Preisgabe der Selbständigkeit der bayerischen Eisenbahnen und Posten unter Anschluß an eine deutsche Verkehrsgemeinschaft verlangt, aus politisch-nationalen und aus finanziellen Gründen. Zum ersten Punkt wird später ein Wort zu sagen sein. Das Hauptargument bilden immer finanzielle Betrachtungen. Der glänzenden Rente der preußischen Staatseisenbahnen wird der angeblich recht unbefriedigende finanzielle Stand der bayerischen Eisenbahnen gegenübergestellt. Es ist ohne weiteres zuzugeben, daß das finanzielle Erträgnis der bayerischen Eisenbahnen weit zurückbleibt hinter den Ergebnissen der preußisch-hessischen Gemeinschaft. In Bayern sind die Anlagekosten der Eisenbahnen infolge des mehr gebirgigen Terrains erheblich höher als in den norddeutschen Ebenen, die Verkehrseinnahmen sind weit geringer infolge des Mangels an großen Kohlen- und Erzlagern und der infolgedessen viel weniger entwickelten Industrie, ferner infolge der weiten Entfernung von den großen Seehäfen. Die Ausgaben für Kohle und andere notwendige Betriebsstoffe sind bei uns entsprechend höher. Diese Momente würden selbstverständlich auch beim Eintritt in eine Gemeinschaft zuungunsten der bayerischen Finanzen in Rechnung gestellt, Bayern würde einen verhältnismäßig geringeren Anteil an den Ueberschüssen der Gemeinschaftsbahnen erhalten. Ein genau zutreffendes Urteil über die Finanzlage des staatlichen Eisenbahnnetzes darf nicht bloß auf Grund des Rechnungsabschlusses eines oder auch mehrerer einzelner Jahre gefällt werden; es muß dabei eine ganze Reihe von einzelnen Posten in genaue Erwägung gezogen werden. Es kommt z. B. sehr viel darauf an, ob die Ausgaben für Stationserweiterungen, für Schienenverstärkung, für Verbesserung der Signal- und Sicherungseinrichtungen, für Beschaffung von neuen Lokomotiven und Wagen aus laufenden Mitteln bestritten oder auf Anleihe genommen werden. Im ersteren Fall erscheint der einzelne Jahresabschluß als weniger günstig, in Wirklichkeit ist die finanzielle Lage des Unternehmens aber innerlich gesünder und mehr gefestigt.

Die Geschäftsberichte der bayerischen Staatseisenbahnen haben in früheren Jahrzehnten öfter mit Fehlbeträgen abgeschlossen, so daß im betreffenden Jahre ein Teil der Verzinsung der Eisenbahnschuld auf allgemeine Staatsmittel genommen werden mußte. Seit der Konvertierung der Eisenbahnanleihen und seit Durchführung der Neuorganisation, welche eine weittragende Vereinfachung der Dienstgeschäfte und Einsparung von Personal brachte, haben sich stetig steigende Ueberschüsse ergeben, nur die Jahre 1908 und 1909 und das erste Kriegsjahr 1914 haben mit Fehlbeträgen abgeschlossen. Im Jahre 1910 wurde ein Ausgleich- und Tilgungsfonds gebildet, der sich sehr gut entwickelt und die Mittel geboten hat, um ohne Inanspruchnahme von allgemeinen Staatsmitteln und ohne Aufnahme von neuen Anleihen die Kriegsjahre durchzuhalten. Bei Eintritt der November-Revolution war im Ausgleichsfonds ein Betrag von 53 Millionen vorhanden, womit wenigstens ein Teil der Mittel zur allmählichen Deckung der Kriegsschäden gegeben war. Finanziell noch günstiger stand die bayerische Postverwaltung, welche einen Schatz von 86 Millionen in den 4 Kriegsjahren angesammelt hatte, während die große Reichspostverwaltung Jahr für Jahr mit steigenden Fehlbeträgen abschloß — ein Beweis, daß unter Umständen eine kleinere Verwaltung besser zu wirtschaften in der Lage ist als ein großes Unternehmen, das sich plötzlichen Verschiebungen der Verhältnisse nicht so rasch und durchgreifend anschließen kann. Sehr bedauerlich ist, daß in früheren Jahrzehnten der planmäßigen Schuldentilgung bei den bayerischen Verkehrsanstalten zu geringe Aufmerksamkeit zugewendet wurde und daß manche Bauten üppiger ausgeführt wurden als den Zwecken des Verkehrs angemessen war. Es ist ferner den bayerischen Verkehrsanstalten viel zu spät gelungen, sich die finanzielle Selbständigkeit gegenüber der Finanzverwaltung zu erringen. Von großstädtischer Seite wird in der Regel als eine Hauptursache der geringen Rentabilität der bayerischen Eisenbahnen das Lokalbahnsystem angegeben; von den recht beträchtlichen Fehlbeträgen des Vorortsverkehrs der Großstädte wird von dieser Seite nicht gesprochen. Die Lokalbahnen bringen durchschnittlich die Verzinsung der für sie aufgewendeten Staats-

mittel auf, wobei im Geschäftsbericht immer recht erhebliche Beträge für Abschreibung und für Mitbenützung der Einrichtungen der Hauptbahnen angesetzt sind. Für die allgemeine Staatskasse bringen die Lokalbahnen indirekt recht erhebliche Mehreinnahmen durch die Steigerung der Einnahmen aus den staatlichen Forsten und aus den direkten Steuern infolge der wirtschaftlichen Hebung der betreffenden Bezirke.

Freilich infolge der Nachwirkungen der Revolution sind die Finanzen der bayerischen Verkehrsanstalten vollständig zerrüttet. Für die Eisenbahnen hat Minister v. Frauendorfer in der Eisenbahnratssitzung vom 6. Februar einen für das laufende Jahr zu erwartenden Fehlbetrag von 170 Millionen Mark konstatiert, abgesehen von den Hunderten von Millionen, welche auf Wiederherstellung der Kriegsschäden, auf Ausbesserung und Vermehrung der Betriebsmittel verwendet werden müssen. Aber Bayern steht damit nicht allein. Der preußische Finanzminister Dr. Südekum hat am 25. März den Fehlbetrag der preußischen Eisenbahnen für das laufende Rechnungsjahr auf 2222 Millionen Mark veranschlagt, wovon durch die mit 1. April eingetretenen Tariferhöhungen — teilweise bis zu 100 % — nur 1438 Millionen gedeckt werden. Er hat den Satz ausgesprochen: „Das preußische Eisenbahnwesen ist beinahe vollständig zerrüttet" — durch die Revolution! Ob unter solchen Umständen eine günstige Ablösung der Eisenbahnen durch das Reich zu erwarten wäre? Und wenn dies der Fall wäre, so müßten die Einzelstaaten auf der anderen Seite wieder mehr herangezogen werden zur Deckung des größeren Fehlbetrages des Reiches. Württemberg drängt auf Uebernahme seiner Bahnen durch das Reich, weil es Jahr für Jahr Millionen für Deckung der Fehlbeträge aus allgemeinen Staatsmitteln aufzuwenden hat.

Die **wirtschaftlichen Erwägungen** sprechen entschieden gegen Aufgabe der selbständigen Verkehrseinrichtungen in Eisenbahn und Post. Diese Behauptung kann nicht widerlegt werden durch die Berufung auf die fachkundigen Autoritäten der Handelskammern und des Industriellenverbandes, welche den gegenteiligen Standpunkt einnehmen. Diese Körperschaften gehen zu sehr vom Standpunkte des Großhandels und der Großindustrie aus, deren speziellen Interessen allerdings durch einheitliche deutsche Verkehrseinrichtungen mehr entsprochen wäre. Wenn bei der letzten Sitzung der Handelskammer München der Referent Dr. Jodlbauer nach Bericht der Presse davon gesprochen hat, daß das bayerische Postreservat nur mehr ein Dekorationsstück sei, so muß ich eine solche Aeußerung nur im Interesse des Ansehens einer so bedeutsamen Handelskammer bedauern. Der Referent scheint dabei die allgemein anerkannten Fortschritte der bayerischen Postverwaltung im Automobilverkehr, im automatischen Fernsprechwesen, in der Barfrankierung, die alle anderen Länder übertreffenden weitgehenden Verbindungen für das flache Land ganz vergessen und vom günstigen finanziellen Stand der bayerischen Post am Schluß des Krieges keine Ahnung gehabt zu haben, abgesehen von manchen Tarifvergünstigungen, welche für bayerische Kleinindustrien von hoher Bedeutung sind.

Die Entwicklung des Wirtschaftslebens eines Gebietes ist wesentlich durch die Möglichkeit eines günstigen, sicheren und billigen Verkehrs bedingt. Der Staat hat in den Verkehrseinrichtungen eines der besten und ausschlaggebendsten Mittel, um die wirtschaftlichen Interessen seines Gebietes zu fördern; er kann dieses ausschlaggebende Mittel nicht einer anderen Regierung überlassen, welcher vielleicht gegenteilige Interessen viel näher stehen. Diese Frage hat gerade jetzt für Bayern eine große Bedeutung, wo das Land vor dem Ausbau seiner Wasserkräfte steht, die für Förderung von Industrie und Landwirtschaft und in weiterer Entwicklung auch für den elektrischen Betrieb der Eisenbahnen in Betracht kommen. In manchen Fällen wird damit eine unliebsame Konkurrenz gegen die norddeutschen Industrien gegeben sein. Was Bayern in dieser Richtung zu erwarten hätte, zeigt ein kleiner Vorfall, der sich bei den Verhandlungen gelegentlich abgespielt hat.

Geheimrat von Völcker hat den Vertretern der Münchener Presse hierüber mitgeteilt, es sei bei den Besprechungen darauf hingewiesen worden, daß Bayern infolge des Ausbaues der Wasserkräfte eine bessere Entwicklung seiner Industrie hoffe. Von norddeutscher Seite wurde darauf erwidert: Die Industrialisierung Deutschlands dürfe keine weiteren Fortschritte machen, wir haben Industrie genug in Deutschland. Sollen Vertretern einer solchen Auffassung die bayerischen Verkehrsmittel ausgeliefert werden?

3. **Ist die Vereinheitlichung des Verkehrs eine Lebensnotwendigkeit für die gedeihliche Entwicklung des Reiches?**

Dieser Umstand wird jetzt ganz besonders betont. Ich kann in dieser Beziehung verweisen auf mehrere Artikel, welche in den letzten Wochen hierüber in der „Kölnischen Volkszeitung" erschienen sind. In Nr. 260 des rheinischen Blattes wird „von fachmännischer Seite" ausgeführt, das Reich befinde sich infolge elementarer Gewalt in einer Notlage und appelliere deshalb an seine Gliedstaaten, ihm beizustehen und die zu deren Beseitigung erforderlichen Notstandsmaßnahmen zu treffen. Bei Bayern stehe es also, für die wirtschaftliche Notwendigkeit „Verständnis zu zeigen". Der Fachmann geht von der Meinung aus, daß das Reich aus dieser außerordentlichen Notlage sich nur durch Vereinheitlichung des Verkehrs retten könne; der Beweis für diese Annahme wird mit keinem Satz versucht. Wenn es sich bloß um Beseitigung einer augenblicklichen Notlage handelt, so ist zu sagen, daß solche „Notstandsmaßnahmen" nicht als dauernde Einrichtungen getroffen werden. Bayern anerkennt übrigens die Notlage des Reiches und der deutschen Eisenbahnen insbesondere im vollen Umfang; wir fühlen alle den ganzen Jammer der Tage und sind bereit, auch die Kräfte unseres Volkes wieder in den Dienst des gemeinsamen Vaterlandes zu stellen. Aber wir müssen uns entschieden dagegen verwahren, daß die auf allen Schlachtfeldern so glänzend bewährte Tapferkeit und Hingebung der Bayern nun mit dem Attentat auf unsere Selbständigkeit und unsere liebgewonnenen Einrichtungen gelohnt werde. Die wirtschaftliche Notlage des Deutschen Reiches wird am leichtesten und schnellsten dadurch wieder gehoben, daß alle Stämme und alle Kräfte des Volkes einträchtig zusammenwirken, daß jeder an seinem Platz in edlem Wetteifer das Seine leistet, nicht aber dadurch, daß man mit Gewalt Stammeseigentümlichkeiten und Volksrechte zu unterdrücken sucht; das einigt nicht, das ermuntert nicht zur nationalen Arbeit, das entzweit und verärgert. Die deutschen Eisenbahnen sind jetzt schon in allen wichtigen Punkten nach gemeinsamen Grundsätzen verwaltet, die durch Vereinbarungen zwischen den verschiedenen Verwaltungen festgesetzt sind und nach Bedarf auf Grund fast ständig laufender Verhandlungen abgeändert oder ergänzt werden. Dasselbe geschieht in bezug auf die Tarife für den Personen- und Güterverkehr, in bezug auf die Führung der internationalen Schnellzüge und Güterzüge. Man kann sagen: Was im Interesse der Förderung des Verkehrs notwendig ist, ist jetzt schon einheitlich geregelt. Außerdem hat auch Bayern zu weiteren Verhandlungen sich vollständig bereit erklärt, es ist auch bereit, einer verschärften Reichsaufsicht zuzustimmen, durch welche alle gegenseitigen Beschwerden tunlichst rasch beigelegt werden können.

Es ist bekannt, daß während des Krieges von militärischer Seite, besonders von Ludendorff, der stärkste Druck versucht wurde, um die Eisenbahneinheit zu erzwingen. Man hat sich dabei auf die Erfahrungen des Krieges und auf die militärischen Notwendigkeiten gestützt. Die bayerische Verwaltung konnte sich nie im Zweifel sein, daß mit diesem Druck die stärkste Belastungsprobe für ihre bisher ablehnende Haltung gegeben war. Das hat sich gründlich geändert und wenn der „Völkerbund" nicht eine reine Farce zum Betrug der Völker sein soll, so müssen in Zukunft diese Argumente schweigen. Die deutschen Eisenbahnen haben ihre Aufgaben im Kriege voll erfüllt, das ist auch von den verantwortlichen militärischen Stellen dankbar anerkannt worden. Und wo sich Mängel gezeigt haben, so konnten diese in wichtigeren Dingen niemals auf den föderativen Charakter der Verwaltungen zurückgeführt werden. Die Hauptfehler lagen in den militärischen Einrichtungen selbst, namentlich darin, daß die verantwortliche Leitung des Betriebes nicht ausschließlich den praktischen, erfahrenen Verkehrsbeamten übergeben war.

Von fortschrittlicher und sozialdemokratischer Seite wird Vereinheitlichung der Verkehrsanstalten aus politisch-nationalen Gründen gefordert. Diese Parteien wollen den deutschen Einheitsstaat herbeiführen und sie haben von diesem Standpunkt aus vollkommen recht, wenn sie die Vereinheitlichung des Verkehrswesens fordern, denn damit ist der beste Weg zum Einheitsstaat gegeben. Wenn den Einzelstaaten die wichtigsten Mittel zur Förderung der wirtschaftlichen Interessen ihres Volkes genommen sind, so ist damit, wie Minister von Frauendorfer mit vollem Recht sagt, die Axt an die Wurzel ihrer Selbständigkeit gelegt. Alle Gründe, welche für Aufrechterhaltung des auf der deutschen Stammesart begründeten föderativen Charakters des Reiches gelten, können in analoger Weise auch für den föderativen Charakter des Verkehrswesens geltend gemacht werden.

4. Ist die sofortige Uebernahme der Verkehrsanstalten auf das Reich überhaupt möglich und wünschenswert?

Vom Verfassungsausschuß in Weimar ist eine Frist von 2 Jahren gesetzt; die angesehensten leitenden bayerischen Verkehrsbeamten erklären die Durchführung dieser Forderung als unmöglich; namentlich Geheimrat von Völcker hat diese wiederholt mit allem Nachdruck ausgesprochen. In einer Besprechung mit Vertretern der Presse führte Völcker am 22. März aus, daß auch Preußen noch im Februar den Standpunkt vertreten habe, die sofortige Uebernahme der Bahnen auf das Reich sei aus persönlichen und finanziellen Gründen unmöglich. Der preußische Eisenbahnminister habe damals darauf hingewiesen, daß es bei der jetzigen hochgradigen Erregung des Personals ganz ausgeschlossen sei, die 800000 Beamten und Arbeiter der deutschen Eisenbahnen unter einen Hut zu bringen; es würde auch bei großen finanziellen Opfern keine Ruhe unterm Personal aufkommen, es sei zweifelhaft, ob es überhaupt möglich wäre, nur den Betrieb ordnungsmäßig aufrechtzuerhalten. Die Anstellungs- und Beförderungsverhältnisse sind bei den einzelnen Verwaltungen sehr verschieden, die unteren Beamten waren vor dem Krieg in Bayern, die mittleren und höheren Beamten in Preußen besser bezahlt, in Bayern haben wiederum die mittleren Beamten zum Teil bessere Beförderungsaussichten (Oberverwalter in Klasse 13), die Lokomotivführer gehören in Bayern dem unteren, in Sachsen dem mittleren Dienst an, in Bayern stehen alle etatmäßig Angestellten als „Beamte" unterm gleichen Recht, im übrigen Deutschland sind die Angehörigen des niederen Dienstes als „Unterbeamte" von den Beamten geschieden. In Bayern sind im niederen Dienst viel mehr etatmäßige Stellen, die Dienstalterszulagen betragen in Bayern auch in den letzten Klassen der Gehaltsordnung mindestens 100 ℳ, in Preußen teilweise 30, 40 und 60 ℳ; die Beförderungsmöglichkeiten sind bei den einzelnen Sparten recht verschieden, ebenso sind die Pensionsverhältnisse, die Wohlfahrtseinrichtungen, die Wohnungsfürsorge verschieden gestaltet; dazu kommen die Vereine und Verbände des Personals mit ihren verschiedenen Richtungen und Einrichtungen — damit sind nur einzelne Punkte angedeutet, um die Schwierigkeiten eines Ausgleiches zu zeigen. Eine Vereinheitlichung der Bahnen müßte selbstverständlich eine einheitliche Stellung, gleiche Besoldungs- und Beförderungsverhältnisse für das ganze Personal zur Folge haben; jeder erfahrene Parlamentarier wird zugeben, daß damit eine starke Beunruhigung des Personals und scharfe Kämpfe zwischen den verschiedenen Sparten desselben gegeben wären, zumal jede Organisation mit allen Mitteln für ihre Leute eintreten würde. Wie erst dann, wenn auch die Eisenbahnen von Deutsch-Oesterreich noch dazu kommen sollten? Und das alles, ich wiederhole dies, in einer Zeit höchster politischer Erregung des ganzen Volkes einschließlich aller Beamten und Angestellten? Ein solcher Wirrwarr soll geschaffen werden in einer Zeit, wo die wirtschaftliche und finanzielle Not die einträchtige Zusammenfassung aller körperlichen und geistigen Kräfte erfordert! Dazu kommt noch ein weiteres psychologisches Moment: Infolge vielfältiger schlimmer Erfahrungen beim Feldeisenbahndienst besteht im bayerischen Personal fast ausnahmslos eine sehr starke Mißstimmung gegen Preußen, hervorgerufen durch die bekannte Berliner Art. Dutzende von Beamten haben mir selbst erklärt, sie wollten von einer Vereinheitlichung nichts mehr wissen, sie hätten die Preußen genügend kennen gelernt.

Minister v. Frauendorfer und Geheimrat v. Völcker haben ebenso entschieden wiederholt betont, daß jetzt eine Vereinheitlichung der Eisenbahnen auch aus finanziellen Gründen unmöglich sei, insbesondere ein so rascher Abschluß, wie er in Weimar verlangt werde, sei gänzlich ausgeschlossen. Die Uebernahme der Bahnen auf das Reich soll durch Ablösung erfolgen. Es ist klar, daß dafür ein einheitlicher Schlüssel gefunden werden muß. Die Ablösungssumme kann dabei berechnet werden nach dem Ertragswert oder nach den Anlagekosten, vielleicht nach einer Kombination von beiden. Die deutschen Eisenbahnen haben ein gleiches Rechnungsschema, aber die Aufstellung der Rechnung zeigt im einzelnen doch wieder die größten Verschiedenheiten: Bei der einen Verwaltung werden die Ausgaben für Bahnhofserweiterungen, für Beschaffung von neuen Betriebsmitteln und Sicherungseinrichtungen u. a. mehr auf den ordentlichen Etat genommen, also als Ausgaben in die Jahresrechnung gestellt, bei einer anderen mehr durch Anleihe aufgebracht, um nur diesen einen Punkt zu erwähnen. Dazu kommt ein weiteres. Die preußischen Eisenbahnen haben in den letzten Jahrzehnten infolge der außerordentlichen Entwicklung der Großindustrie, durch den intensiven Erz- und Kohlenverkehr, durch die Transporte nach den Seehäfen für den stetig steigenden auswärtigen Handel eine glänzende Entwicklung genommen; es steht zu befürchten, daß hierin durch die Abtrennung der lothringischen Erz- und Kohlenlager, auch durch die Gebietsänderungen gegen Polen, durch den Rückgang im überseeischen Handel ein starker Rückgang eintreten wird. Anderseits steht in Süddeutschland, besonders auch in Bayern der Ausbau der großen Wasserkräfte bevor und ist damit Hoffnung auf Entwicklung einer neuen Industrie und die Möglichkeit der seinerzeitigen Elektrisierung der Bahnen gegeben. Wie sollen diese Momente beiderseits bezüglich der Schätzung der künftig zu erwartenden Bahnrente und damit des Wertes der Bahnen in Rechnung gestellt werden? Wenn die bayerische Verwaltung hier ein kategorisches „Unmöglich" spricht, so wird ein objektiv urteilender Kaufmann nicht widersprechen können. „Bisher ist Bayern wirtschaftlich zurückgeblieben. Jetzt wo wir Bayern uns einen Platz an der Sonne erobern könnten, will man das verhindern dadurch, daß man uns die Eisenbahnen nimmt" (Völcker).

In der letzten Sitzung des Eisenbahnrats am 31. März wurden alle diese Momente eingehend erörtert. Vier Vertreter des Großhandels nahmen eine abweichende Stellung ein, ihr Wortführer mußte aber selbst offen zugeben, daß er nicht in der Lage sei, die vorgebrachten schweren Bedenken zu entkräften. Ein angesehenes Mitglied der Münchener Handelskammer sprach sich dabei mit ganz besonders warmen Worten für die Aufrechterhaltung der Selbständigkeit der bayerischen Eisenbahnen aus. Die Aussichten müssen leider für Bayern ungünstig beurteilt werden angesichts der Haltung der verschiedenen Parteien in Weimar. Sozialdemokraten und Fortschrittler sind geschlossen für Vereinheitlichung, auch vom Zentrum nimmt ein Teil, speziell die Württemberger unter Führung Erzbergers, diese Stellung ein, und damit wird eine große Mehrheit für den „Gewaltfrieden" gegen Bayern gegeben sein. Leider hat auch die preußische Eisenbahnverwaltung unter der neuen Leitung ihren früher durch die Minister Breitenbach, Rheinbaben und Lentze so scharf betonten Widerstand aufgegeben. In letzter Stunde soll aber nochmals der ernste Appell an die Nationalversammlung gerichtet sein, den Weg der Vergewaltigung zu vermeiden und nationale Ziele nur durch friedliche Vereinbarung anzustreben.

Das Erstarken des nationalen Bewußtseins unter den Wenden.

Von M. Raab, Breslau.

Als Anfang des 19. Jahrhunderts die slawischen Völker überall sich zu regen begannen, da ging auch ein Erwachen durch das wendische Volk. Einzelne seiner genialen Söhne sahen ihr Lebenswerk darin, ihr Volk aus dem jahrhundertelangen Dornröschenschlaf aufzuerwecken, es zur Bildung und Kultur emporzuführen. Handrij Zeyler, ein gottbegnadeter Dichter, brachte durch seine einfachen aber innigen Lieder, die bald, meistens von dem Komponisten Kocor vertont, von jung und alt gesungen wurden, einen frischen Zug in das wendische Volksleben. Der eigentliche Erwecker und Organisator des Wendentums ist Johann Ernst Smoler 1816—1884. Er studierte in Breslau evangelische Theologie; dann aber wurde die Slawistik sein Hauptfach. Bald entfaltete er eine seltene rege wissenschaftliche und literarische Tätigkeit, begründete in Bautzen eine wendische Buchdruckerei und einen Verlag. Um die wissenschaftliche und literarische Tätigkeit der wendischen Geistlichen, Lehrer usw. in eine geordnete und für das Volk fruchtbringende Bahn zu lenken, gründete er 1847 mit gleichgesinnten gebildeten Wenden die Macica Serbska, die für das Wendentum gleichsam eine Akademie der Wissenschaften sein und in ihren Abteilungen die verschiedensten Wissensgebiete pflegen sollte. Vor allem setzte sie sich zum Ziele, das Volk mit wissenschaftlicher und unterhaltender Literatur zu versorgen.

Das Wirken Smolers und seiner Zeitgenossen fiel beim Volke nicht auf unfruchtbaren Boden. Ueberall hob sich das na-

[1]) Vgl. Nr. 15: „Die geschichtliche und kulturelle Entwicklung des Wendenvolkes."

tionale Bewußtsein und schon 1835 erlangten die Wenden in Sachsen, besonders durch die Bemühungen des Rechtsanwalts Dr. Klin in Bautzen, daß das sächsische Schulgesetz ausdrücklich erlaubte, das Wendische beim Lese- und Religionsunterricht zu gebrauchen.

Da kamen die Stürme von 1848 und 1849. Doch die Führer hatten einen festen Plan und mit ihrem weitschauenden Blick erkannten sie, daß auf dem legalen Wege das Meiste zu erreichen ist. Eine Deputation der sächsischen Wenden forderte für die wendische Sprache gleiches Recht mit der deutschen in Schule und Kirche, vor Gericht und Verwaltung. Als 1849 in Dresden unter Beteiligung des Militärs ein Aufstand erfolgte, blieb nur das Regiment dem Königshause treu, in welchem meistens Wenden dienten. Die Treue zum angestammten Herrscherhause ist ja ein herrlicher Charakterzug am wendischen Volke; die Königstreue leuchtet glänzend aus ihren Sprichwörtern und Volksliedern hervor. Aber trotzdem erreichten sie nur Geringes: 1849 wurde ihnen der wendische Lese- und Religionsunterricht neu zugestanden, für die wendischen Schüler auf dem Gymnasium, dem evangelischen und katholischen Lehrerseminar in Bautzen wendischer Unterricht (1—2 Stunden wöchentlich) eingeführt; bei den Gerichten durften Dolmetscher gebraucht werden; aber in die Verwaltung kamen keine Wenden.

Allerorts erblühten gesellige und berufliche Vereine, welche die Stützen des immer mehr erstarkenden Nationalbewußtseins wurden. 1863 entstanden zwei Büchereivereine, ein katholischer und ein evangelischer, die nun die Macica Serbska vielfach entlasteten. Besonders der erstere hat bis jetzt höchst segensreich gewirkt. Es wird am Platze sein, den katholischen Wenden ein besonderes Wort zu widmen. Obwohl sie der weitaus kleinere Teil des Volkes sind — etwa 15000 —, so wurzelt doch gerade bei ihnen das Nationalbewußtsein am tiefsten und haben sie in der Erwachungs- und Erstarkungsperiode die tüchtigsten Gelehrten und Führer gestellt. Aus ihren Reihen gingen hervor die Bischöfe Woski von Bärenstamm und Lok, der als Slawist rühmlich bekannte Bautzener Domherr und Scholastikus Michael Hornik und der vorletzte apostolische Vikar von Sachsen, Bischof Wuschanski. Hornik (1833—1894) war neben Smoler die Seele der Macica und der wissenschaftlichen Bestrebungen unter den Wenden. In den katholischen Schulen und Kirchen wird nicht germanisiert, die katholischen Priester und Lehrer stehen treu zu ihrem Volke. Diese Liebe zum eigenen Volke ist ja ganz nach dem Sinne der katholischen Kirche, die will, daß jedem die frohe Botschaft in seiner Muttersprache verkündigt werde. Erst in neuerer Zeit, in einem Schreiben an die polnischen Bischöfe, wo er das polnische Volk zur erlangten Freiheit beglückwünscht, betonte Papst Benedikt XV. das Recht aller, auch der kleinsten Völker auf ihre Muttersprache und völkische Eigenart. Die katholischen Wenden stehen treu und fest zur hl. Kirche und ein reges religiöses Leben pulsiert in ihren Gemeinden; man ersieht dies aus den so zahlreichen hl. Kommunionen und den vielen Ordens- und Priesterberufen; so z. B. leben jetzt an die 40 wendischen Priester. Für die katholischen Wenden gründete Hornik 1863 den Verein vom hl. Cyrill und Method mit dem Organ „Katholski Posol", zur Pflege der religiösen Interessen. Die allgemeinen nationalen Interessen vertraten die von Smoler redigierten und herausgegebenen „Serbske Nowiny".

1835 und 1849 war den Wenden in Sachsen — Preußen hat nie daran gedacht — der beschränkte Gebrauch der wendischen Sprache in Schule und Kirche zugestanden worden. Aber nur ungern sahen viele Beamte diese geringen Vorrechte. Bald stärkere, bald schwächere Versuche wurden gemacht, sie zu beseitigen oder doch wenigstens illusorisch zu machen. Das neue Schulgesetz von 1873 beschränkte den wendischen Unterricht noch mehr; in vielen Gemeinden wurde er gänzlich beseitigt. Das Gesetz sagt: „Den Kindern wendischer Nation ist sowohl das deutsche als wendische Lesen zu lehren. Es ist darauf zu halten, daß sie Sicherheit und Gewandtheit im schriftlichen wie im mündlichen Gebrauche der deutschen Sprache erlangen. In den oberen Klassen ist in allen Fächern in deutscher Sprache zu unterrichten. Nur der Religionsunterricht ist unter Mitanwendung ihrer Muttersprache zu erteilen, solange regelmäßiger wendischer Gottesdienst für die Gemeinde abgehalten wird." In neuerer Zeit ist es noch schlechter geworden: das Wendische ist zum Wahlfach erniedrigt worden und wird nach dem regulären Unterricht erteilt. Die wendische Sprache hat in der Schule kein Recht mehr, sie wird nur noch aus Gnade geduldet.

Das Gebiet der Kirche und Schule ist es, auf welchem die Wenden fast täglich Klage führen über stets neue Unterdrückung. In vielen, oft noch fast rein wendischen Gemeinden wird nur deutsch oder doch größtenteils deutsch gepredigt, weil der Prediger entweder gar nicht oder sehr schlecht wendisch kann, oder getrennten Gottesdienst für seine zweisprachige Gemeinde nicht halten mag. Bei Bewerbungen um Pfarrstellen werden wendische Kandidaten entweder von der Behörde gar nicht zugelassen oder vom Patronat und den deutschen und deutschgesinnten Kirchenvorstandsmitgliedern deutsche Geistliche gewählt. Ebenso traurig sieht es in den Schulen aus. So wird in überwiegend, ja ganz wendischen Gemeinden in der Schule kein Wort wendisch gelehrt trotz gesetzlicher Erlaubnis und Duldung; in anderen Schulen bedient sich der Lehrer älterer zweisprachiger Kinder als Dolmetscher. Anderswo wieder werden Kinder bestraft, weil sie in der Pause und auf dem Schulwege wendisch sprachen.

Solches ist im „hellen" Sachsen vorgekommen; wie muß es da erst in Preußen aussehen, das ja wegen seiner Behandlung der fremdsprachigen Landeskinder weltbekannt ist. Eine Rücksicht auf die wendische Sprache existiert überhaupt nicht. Schon Friedrich Wilhelm I. drang in verschiedenen Verordnungen auf beschleunigte Verdeutschung. Seit 50 Jahren schon hat man in den wendischen Gemeinden in der Niederlausitz kein wendisches Schulbuch mehr; in der preußischen Oberlausitz wurden 1883 durch einen Erlaß der Regierung in Liegnitz alle wendischen Schulbücher aus den wendischen Schulen entfernt und den Lehrern wurde verboten, mit den Kindern wendisch zu sprechen. Die wendischen Lehrer wurden meistens in deutsche Gegenden versetzt und Deutsche in die Wendei. 1880 hatten sich die wendischen Prediger zu einer alljährlich zu wiederholenden Konferenz zusammengefunden; sie wurde als „inopportun" verboten. Ein Erlaß des Königlichen Konsistoriums in Breslau vom 23. 4. 1885 verbot den wendischen Konfirmanden-Unterricht. 1884 hatten in der Niederlausitz 58 wendische Gemeinden vollkommen deutsche Schulen, in denen die wendische Sprache gar nicht geduldet wurde, und nur in 14 Schulen wurde das Wendische zeitweise zur Hilfe genommen. Die Lehrer entstammen wohl wendischen Familien, doch ihre Ausbildung erfolgt vom zarten Kindesalter an in deutschem Sinne; die Seminare ersehen ihre Aufgabe darin, gut deutsch und preußisch bzw. sächsisch gesinnte Lehrer heranzuziehen. Fast alle Schulräte und Schulinspektoren haben bis jetzt ihre Hauptaufgabe darin gesehen, die wendischen Gemeinden möglichst bald zu verdeutschen.

Das sind die Hauptanklagen der Wenden in einigen Zügen dargestellt: Fortwährende Unterdrückung und Entnationalisierung in Kirche und Schule; daneben gehen mannigfache Beschwerden über Beeinträchtigung und Zurücksetzung in der Verwaltung. Wo ist ein Wende in seiner Heimat in irgendeinem höheren Amt? Nicht einmal in die niederen wird er hereingelassen. Und doch haben die Wenden genügend anerkannt tüchtige Juristen und Schulmänner. Trotz aller offenen und heimlichen Germanisierung hat sich aber bei ihnen das Nationalbewußtsein nicht unterdrücken lassen. Als die Fesseln durch die Revolution gesprengt waren, da loderte es in hellen Flammen auf und kräftigt sich von Tag zu Tag.

Das Studium der fremden Volksseele.

Von Rechtsanwalt Dr. Bartmann, Dortmund.

Wie aus Rußland berichtet wurde, hat Maxim Gorki im vorigen Jahre im Auftrage des Volkskommissars für Volksaufklärung, des kunstbegeisterten Lunatscharski, die Herausgabe eines großen Sammelwerkes „Die Weltliteratur" unternommen. Dieses ist berechnet auf die Riesenzahl von 8000 Bänden mit Zeichnungen bedeutender Künstler und soll in Uebersetzungen die beste Literatur aller Völker aus dem 18. und 19. Jahrhundert bringen. Besonderer Wert wird darauf gelegt, jedes Volk in seiner Eigenart und seinen Gewohnheiten zu Wort kommen zu lassen.

Mag dieser Plan auch allzu phantastisch erscheinen, zeigt er doch, daß die Erkenntnis immer weiter um sich greift, wie wichtig es für jeden Staat ist, die Psyche der anderen Völker — befreundeter, feindlicher und neutraler — ungeschminkt kennen zu lernen. Dabei ist Gorki trotz seiner international-sozialistischen Gesinnung im russischen Volke verwurzelt wie wenige. Man lese nur seine eigene Lebensbeschreibung, von der bislang zwei Bände in deutscher Uebersetzung erschienen.[1])

[1]) „Aus meiner Kindheit" und „Unter fremden Menschen" (Ullstein).

Wir Deutsche haben es stets als einen Ruhmestitel betrachtet, auch fremdes Wesen zu verstehen, selbst seitdem das durch die Reichseinheit gestärkte nationale Gefühl ein gesundes Gegengewicht gegen allzu starkes Hinneigen zu ausländischer Kultur bildete. Es gibt wohl kein Volk auf der Welt, das so viel fremde Werke übersetzt und dadurch manchmal erst für die eigenen Landsleute des Autors in ihrer ganzen Tiefe entdeckt hat — de Coster als Beispiel — wie das deutsche. Und doch ist noch viel zu schaffen, wenn wir die fremden Völker durch ihre Literatur so gut wie möglich kennen lernen wollen.[2]) Denn es sind nicht immer die größten und besten Werke, welche die Volksseele am getreuesten widerspiegeln. Manche Schichten, wie die der Arbeiter und Kleinbauern, haben erst in letzter Zeit begonnen, sich literarisch zu betätigen.

Da ist es denn gewiß ein reizvolles Unternehmen, wie es der Verlag E. Diederichs unter dem Titel „Der Bauernspiegel" versucht, die literarische Darstellung eines einzelnen Standes durch die verschiedenen Nationen hindurch zu verfolgen. Zu dem ersten Werk der Sammlung, der zweibändigen Epopoe „Die polnischen Bauern" von W. S. Reymont, sind während des Krieges zwei weitere getreten: „Ein Dorfwinkel" von dem französisch schreibenden Vlamen Camille Lemonnier und „Ein Kampf um die Scholle" von Emile Guillaumin. Der Titel des letzteren Buches ist vielleicht nicht ganz zutreffend gewählt. Es führt uns in die Welt der nordfranzösischen Kleinpächter und landwirtschaftlichen Tagelöhner, die Welt von Millets „Aehrenleserinnen", die der deutsche Soldat im Kriege zur Genüge kennen gelernt hat. Denn wem wären nicht in jedem französischen Dorf die kleinen Gassen mit den zusammengedrängten Häuschen aufgefallen, die in so schreiendem Gegensatz stehen zu den breit an der Hauptstraße hingelagerten großen Höfen? Wie der Uebersetzer, J. P. v. Ardeschah, in seiner Einleitung mitteilt, gehört zu den Großbetrieben über 40 ha, welche nur 2½ Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Betriebe ausmachen, fast ebensoviel Land wie zu den gesamten Kleinbetrieben. Dabei sind letztere so zahlreich, daß sie 85 Prozent der Gesamtzahl ausmachen, und häufig so zwerghaft, daß fast die Hälfte von ihnen weniger als 1 ha Land umfaßt. Diesen schroffen Gegensatz schildert uns der Verfasser, der selbst zu den Kleinpächtern gehört. Er ist Sozialist, studiert und beschreibt das Leben der Bauern im Laufe der Jahrhunderte, ihre Unterdrückung durch die Machthaber und kommt am Ende zu dem Schluß, daß „die große Revolution, die die Bourgeoisie zu ungunsten des Adels bevorzugte, die Volkslage gar nicht gebessert habe", daß es immer noch zu viel „Sklaven" gebe, d. h. nach einer Definition des P. Lacordaire solche „Wesen, die weder eigenen Grund und Boden noch Arbeit haben, die sie ihr eigen nennen können." Vom Studium zur Tat war für den Verfasser nur ein Schritt. Er versucht, durch Gründung eines Syndikats der Kleinpächter und Tagelöhner bessere wirtschaftliche Bedingungen zu ertrotzen, doch sein Vorhaben zerbricht daran, daß auch diese, die bisweilen in Abhängigkeit von einander stehen, sich gegenseitig mißtrauen, daß die Großbauern und seine eigene Familie wie auch die Verständnislosigkeit der Genossen seine Pläne zuschanden machen. Still resignierend schließt das Buch, das um so weniger erhebend wirkt, als auch die religiöse Gleichgültigkeit keine seelische Befreiung gestattet.

Gegenüber diesen matten Herbstfarben wirken doppelt erquickend die kräftigen Tinten des Buches von Lemonnier. Frisch wie die belgischen Weiden sind seine Menschen, voll Lebenskraft, Humor, Freude an gutem Essen und Trinken und blitzsauberer Wohnung. Hierzu kontrastiert nicht so sehr die Armut als vielmehr der Geiz, die Bauernschlauheit, die Neigung zum Gruseligen. Wohl nichts ist für den Gegensatz zu Guillaumin bezeichnender als der Schluß, der mit einer fröhlichen, echt Brabanter Doppelhochzeit endet. — Ein Gegenstück zu Reymonts Werk bildet Stejn Strenvels' Buch „Der Flachsacker",[3]) indem es uns wie jenes im breiten Zuge bäuerlichen Lebens durch die Jahreszeiten begleitet.

Schwieriger, aber vielleicht auch fruchtbringender als durch die Dichtung ist es, auf dem Wege der Analyse der fremden Volksseele beizukommen. E. Diederichs hat deshalb eine Schriftenreihe „Zum Verständnis der Völker" herausgegeben, aus der wir besonders erwähnen möchten die Hefte von Stan. Przybyszewski, „Von Polens Seele", Alex. Barwinsky, „Das ukrainische Volk in seiner Dichtung", Willy Haas, „Die Seele des Orients", Karl Nötzel, „Der französische und der deutsche Geist". Letzterer schrieb auch die „Einführung in das heutige Rußland"[4]) und als deren Fortsetzung „Tolstojs Meisterjahre"; den „russischen Menschen" analysiert Maria Maresch, „Die Seele Spaniens" R. Lothar.[4]) In einer besonderen „Polnischen Bibliothek"[4]) sind bislang zwei Bände erschienen: W. Łoziński, „Polnisches Leben in vergangenen Zeiten" und Viktor Gomulicki, „Warschau". Mitten in die Höhle des Löwen, d. h. in die politische Welt unserer erbittertsten Gegner und in ihre Auffassung vom Volksstaate führen uns einige Bände der „Politischen Bibliothek" des Diederichschen Verlages, die bereits vor dem Kriege erschienen sind. Es seien hier nur genannt: Lloyd George, „Bessere Zeiten", Gustav F. Steffen, „Die Demokratie in England", J. Ramsay Mac Donald, „Sozialismus und Regierung".

Das Studium fremder Eigenart wird uns immer wieder zur eigenen Volksseele als dem Quell aller nationalen Kraft zurückführen, besonders in den jetzigen und den kommenden schweren Zeiten. „Wenn alles zu stürzen droht, worauf das Vertrauen der Menschen sich erbaut, dann ist es Zeit, an die innere Wiedergeburt und Erneuerung des Geisteslebens zu denken" (Martin Deutinger).[5]) Dabei werden uns die deutschen Dichter und Denker aus Deutschlands schwerster Zeit willkommene Führer sein. Wie ein Hölderlin[6]) unter äußerst ungünstigen materiellen Verhältnissen seine Seele immer mehr zum Charakter formte, wie er uns dabei die herrlichsten und reifsten Früchte seines Dichtergenius schenkte, so wird auch die deutsche Volksseele selbst unter ungünstigen äußeren Bedingungen nicht verkümmern, sondern, wenn auch eng gefaßt, doch hoch und herrlich emporsprudeln.

[2]) Wer amerikanische politische Phrasenhaftigkeit kurzweilig karrikiert lesen will, der greife zu Dickens „Martin Chuzzlewit". (Reclam.)

[3]) Inselverlag.

[4]) Verlag G. Müller, München.

[5]) „Ueber das Verhältnis der Poesie zur Religion", Samml. Kösel, Bd. 80, S. 35.

[6]) Sehr gut ist „Hölderlins Leben in seinen Dichtungen und Briefen" (Deutsche Bibliothek, Berlin), eine fünfbändige Ausgabe erscheint im Inselverlag.

Vom Büchertisch.

R. Fabri de Fabris: Zerstörtes Glück, Erzählung. Saarlouis, Hausens Bücherei. Pr. geb. 1 M. — Ein warm und gut geschriebenes, sittlich eindrücklich gehaltenes Buch für das Volk, die Geschichte einer jähen Liebe, einer zerstörten Ehe, eines vernichteten Glücks infolge Kurzsichtigkeit und innerer Wurzellosigkeit, wie sie der Leidenschaft zum Trunk gewöhnlich eignet. E. M. Hamann.

„Benzigers Brachzeit-Bücher. Ins Feld und für Daheim" setzen sich mit Erfolg weiter durch. Kraft ihrer Billigkeit (je kart. 20—45 Pf.), ihrer guten, dauerhaften Ausstattung und des von bewährten Autoren gestellten Inhaltes ernster und heiterer Art. Mir liegen eben vier neue Bändchen vor: **Hanns Gisbert: Auf der Winterrauh** und andere Kriegserzählungen; **Der Hasenfuß.** Eine Episode aus dem Osten und andere Kriegserzählungen; **Elise Miller: Die geheimnisvolle Stimme.** Ein seltsames Erlebnis und andere Kriegserzählungen; **Richard Rieß: Die Huberin.** Irrfahrten einer Braven und andere Kriegserzählungen. E. M. Hamann.

Wilhelm Müller-Rudersdorff: Schmied' uns, Leben! Spruchgedichte. München, Fr. Seybold. Pr. geb. 1,80 M. — Der Verfasser der von mir hier früher angezeigten Spruchreihe „Des Glückes Brücke" bietet abermals eine vollgewichtige Sammlung, die viel tief Durchdachtes gewiß als Lebensergebnis umschließt und daher den Eindruck einer ungewöhnlich lauteren Beispielskraft macht. Das Buch, nicht immer leicht zu lesen, aber stets dem ernsten Denken reichen Aufschluß gewährend, verdient weite Verbreitung. E. M. Hamann.

Friedrich Klimke S. J., Schule und Religion. Was ist von der religionslosen Schule zu halten? Innsbruck, Tyrolia. 84 S. Das Schriftchen behandelt die durch die kirchenpolitischen Verhältnisse in den Vordergrund des allgemeinen Interesses gerückte Sache für weite Volkskreise in populärer Form. Alles Notwendige ist gesagt und mit autoritativen Zeugnissen, namentlich über die religionslose Laienschule Frankreichs, belegt. Darum findet der Leser eine gedrängte, verlässige Orientierung. Die Abhandlung ist in die fünf Kapitel eingeteilt: Worin besteht die religionslose Schule? Was bezweckt die religionslose Schule? Woher kommt die religionslose Schule? Wohin führt die religionslose Schule? Warum ist die religionslose Schule zu verwerfen? Dr. Jak. Hoffmann.

Vom Frieden Gottes. 8° 110 S. M 2. M.Gladbach, Sekretariat sozialer Studentenarbeit. „Ein Buch für alle, die nach Gott und seinem Frieden suchen", will vorliegende Sammlung kurzer Friedensmahnungen sein. Kernige Weckrufe muntern auf zum Streben nach Frieden mit und in Gott, durch Läuterung und zähen Kampf mit den der eigenen Seele drohenden Feinden, im rechten Einklang mit den Mitmenschen und Auseinandersetzung mit den unser Leben tief berührenden Geschehnissen. Im Auftakt werden die Grundtöne angegeben fürs ganze Werkchen in den prächtigen Skizzen über die deutschen Mystiker, Meister Eckhart, Heinrich Seuse und Tauler. Gebührende Würdigung erfahren die Geheimnisse der Erlösung als Friedensquellen, zumal in ihrer steten Wiederkehr in den Festfeiern des Kirchenjahres, die ewigen Wahrheiten, wie sie der hl. Glaube lehrt als feste Stützen eines unerschütterten Friedens und nicht zuletzt das Beispiel der Friedenshelden, der Heiligen Gottes, die ja auch nach dem Frieden hart ringen mußten. Ein inhaltstiefes Büchlein, das den Frieden nicht nur als kostbare Gottesgabe wertet, sondern gebührend zum rechten Friedensstreite aufruft.

O. Heinz.

Bühnen- und Musikrundschau.

Neues Theater. Der liebevollen Beschäftigung mit der stammverwandten Literatur der Flamen, zu der der Krieg den äußeren Anstoß gegeben hatte, ist u. a. die Verdeutschung des Mirakelspieles

„Mariechen von Nymwegen“ von Friedr. Markus Huebner zu danken, durch die die altflämische Dichtung aus dem Jahre 1518, von der nur ein einziges, der Münchener Staatsbibliothek gehörendes Exemplar vorhanden ist, der Allgemeinheit zugängig wurde. Man hat das Stück irgendwo draußen in einem Fronttheater gespielt. Die Uraufführung auf deutschem Boden verdanken wir Prof. Freytag. Es war eine sehr schöne Vorstellung, nicht nur relativ in Berücksichtigung der schmalen Bühne, die Volksszenen ganz außerordentliche Schwierigkeiten bereitet, als auch durch stilistische Sicherheit, mit der Ton und Umriß der primitiven Dichtung getroffen wurden. Man hat eine dreiteilige Bühne gewählt, die abgesehen von dem technischen Vorteil des raschen Szenenwechsels durch ihre sich auf Andeutungen beschränkende Szenerie alle stilfremden Naturalismen ausschloß. An der einen Seite im Vordergrunde stand ein Lesepult; hier saß ein würdiger Mönch, der uns aus einer alten Chronik die Geschichte Mariechens las, bis das Spiel anhebt; dann erlosch die Lampe und die Gestalt tauchte in der Dämmerung unter, um später neue Szenen in ähnlicher Weise einzuleiten. Aehnlichkeiten der Motive mit der Faustsage sind nicht zu verkennen, auch hier ist es der Drang nach Wissen, der zu dem Bunde mit dem Teufel führt. (Man verlange freilich keine psychologische Ausdeutung von der Höhe der Goetheschen Weltdichtung!) Auch dieser Teufel ist „ein Kavalier“ und in der Wirtshausszene, die in der Anordnung der Gruppen und in der Beleuchtung ein Bild von großer Schönheit bot, mag man eine Parallele zu Auerbachs Keller erblicken. Manches Jahr wandelt „Mariechen“ die Bahn des Schlechten, bis sich leise die Sehnsucht nach Heimat und Familie in ihr meldet. Ungern willigt der Teufel in die Reise; ist doch ihr Oheim ein Pfarrer, und nichts fürchtet der Böse mehr als die Macht der Kirche. Da treffen sie zufällig auf ihrer Fahrt einen Theaterkarren. Man bietet ein geistlich Spiel. Maskeron, ein Anwalt des Höllenfürsten, streitet wider Gott, wird aber von Christi und Marias Worten besiegt. Mariechen ist erschüttert; sie findet den Weg zur Buße und wandert nach Rom zum Papste. Vergebung ihrer Sünden kann sie nur erlangen, wenn drei eiserne Ringe, die er um ihren Körper legt, zerspringen. So scheint sie verdammt, aber im Kloster geschieht dies Wunder himmlischer Gnade. Am Schlusse erhebt sich der Mönch; aus dem Chronikerzähler wird der Priester, der mahnende Worte an die Zuschauer richtet. Man sieht, der kirchliche Ursprung der Schaubühne ist hier noch deutlich. Harmoniummusik nach alten Motiven untermalte die mystischen Stellen der Dichtung. Ruth Rüesch gab die Titelrolle mit schlichter Empfindung, der Teufel Günther Starks, Neßelträgers Mönch und selbst die kleineren Partien zeigten einprägsame Gestalten. Die Vorstellung hinterließ beim gutbesetzten Hause starke Eindrücke.

Schauspielhaus. „Und das Licht scheinet in der Finsternis“, Leos Tolstojs nachgelassenes Drama haben wir an gleicher Stelle vor sieben Jahren gesehen. In leicht durchsichtiger Umhüllung zeigt der Dichter die Konflikte, in die er bei dem Versuche, seine Lehre in die Wirklichkeit umzusetzen, mit seiner Umwelt und der herrschenden russischen Kirche geriet. Er, der die Welt neuen Zielen zuführen möchte, vermag selbst seiner Familie nur Schmerz und Kummer zu bereiten. Man muß die Gerechtigkeit bewundern, mit der dieser Kämpfer seine eigenen Widersacher zu schildern weiß, wie dieser Fanatiker der Idee doch sich eine schöne Menschlichkeit bewahrte, die einsieht, daß eine seelische Umformung sich nicht dekretieren läßt. Wilhelm Dieterle verzichtete auf die Tolstoj-Maske, die vormals Kayßler angelegt hatte, er formte den starken Geist, den reinen Willen und die weltfremde Kindlichkeit des Schwärmers zu einer überzeugenden Einheit. Die Gattin gab Elisabeth Huch fesselnd, aber ihre Leistung war mehr „Theater“, als diejenige Dieterles. Die Regie Frau Körners hatte alle Stimmungswerte des Stückes fein herausgearbeitet und zeigte ein intimeres Zusammenspiel, als man unter der alten Leitung im Schauspielhause in der letzten Zeit gewohnt gewesen.

Volkstheater. „Paul und Pauline“ von A. Möller und M. Paulik ist ein munterer Schwank, der dank seiner hübschen Rollen gefiel und sehr belacht wurde. Paulinchen will nicht den Mann, den man ihr aufdrängt, sie rennt davon und lernt dann im Magdkleide einen Paul kennen, der sich um ihretwillen als Knecht verdingt hat. So kommen die Leutchen doch zu einander. Frl. Meingast und Koutensky spielen die Beiden sehr hübsch und mehr bedarf es nicht für ein paar heitere Stunden.

München. L. G. Oberlaender.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Brest-Litowsk, gegen Versailles ein Kinderspiel — „Wiedergutmachungen“ — Kriegsanleihe und Devisenkurse — Zukunft unseres Handels.

Eindrucksvollste Massenkundgebungen im ganzen Reich, Demonstrationsproteste der politischen und wirtschaftlichen Organisationen Deutschlands, Vermittlungsversuche der Arbeiter-Internationale, Entrüstungsworte der neutralen Presse und selbst einzelne Ententestimmen unterstreichen gleichlautend die von unseren Regierungskreisen ausgesprochenen Worte über die Versailler Friedensbedingungen: „Unannehmbar, weil unerfüllbar“. Der Aufruf der deutschen Gewerkschaften an die organisierten Arbeiter aller Länder bezeichnet dieses Friedensmachwerk als „eine Verhöhnung aller Arbeiter-Organisationen und als ein Trutzbündnis gegen den internationalen Arbeiterschutz“. In einem russischen Funkspruch wird „Brest-Litowsk“ ein Kinderspiel gegen „Versailles“ genannt, vornehmlich weil „Deutschland einen Blankowechsel unterzeichnen soll, welchen die Verbündeten dann nach ihrem Belieben ausfüllen werden. Solch einen brutalen, imperialistischen Raub hat die Geschichte noch nicht gekannt“. Die deutsche Eisenindustrie hat in ihrer Kundgebung besonders betont, dass, „nachdem Elsass-Lothringen, das alte deutsche Land mit seinen reichen Eisenerzschätzen und gewaltigen Eisenwerken, das Saarkohlengebiet, der Versorger Süddeutschlands, Oberschlesiens wertvolle Kohle und Industrie uns entrissen werden sollen, das rege, werktätige Volk des linksrheinischen Gebietes auf lange Jahre, wenn nicht für ganz in feindliche Fronarbeit gehen soll — die deutsche Eisenindustrie die Hälfte der Werksanlagen, Dreiviertel der Eisenerzvorkommen und Zwei-Drittel seines Kohlenbesitzes verlieren würde. Das hiesse ein neuerliches, schnelles Umsichgreifen der Arbeitslosigkeit und des Elendes“. Reichsfinanzminister Dernburg hat in der Sitzung des Staatenausschusses die vielen Einzelpunkte, welche auf finanziellen und wirtschaftlichen Gebieten die vollkommene Abdrosselung und Hinschlachtung unseres Volkes bedeuten, gekennzeichnet und deutlich bewiesen, dass durch all die ungeheuerlichen Forderungen die Entente die erste Hypothek auf die Gesamteinnahmen des Reiches und der Bundesstaaten, sowie auf alle unsere natürlichen Hilfsquellen erhält. Deutschlands Finanzgebahren und Steuerpolitik wird der Kontrolle der Alliierten unterstellt. Durch Aufrechnung unserer Auslandsforderungen, durch unser Gold, durch Naturalleistungen in unerhörtem Umfang — landwirtschaftliche Wiedergutmachungen, Lieferungen von Arbeitsmaschinen und Kohlen — Ausfolgung unserer Handelsflotte, der Kabel und der Überseehilfsmittel, durch Wegnahme deutscher Urheberrechte, Patente, Annullierung internationaler Abkommen und Verträge ist die ganze Brutalität des Hasses und der Vernichtungswut unserer Feinde ausgedrückt. Französischer Chauvinismus und angelsächsischer Imperialismus lockt mit Zuckerbrot und droht mit der Peitsche im Falle der Nichtunterzeichnung: Vermehrte Lieferung von Lebensmitteln und Zuführung deutscher Waren über Holland und die Schweiz an die Quelle des Weltmarktes werden bejahenden Falles versprochen; Ausfuhrverbot für Rohstoffe und Industrie-Erzeugnisse, verschärfte Blockade mit militärischen Massnahmen andernfalls in Aussicht gestellt!

Unsere Bank- und Industriekreise stehen naturgemäss nach wie vor unter dem Eindruck der alles beherrschenden Friedensbedingungen, die neben der wirtschaftlichen Lahmlegung und dem territorialen Verlust an den Ost- und Westgrenzen, der Kolonien und des gesamten Ueberseehandels, die Abwanderung von Millionen werktätiger Deutschen zur Folge haben müssen, ganz abgesehen von den heute noch ganz unabsehbaren Wirkungen der finanziellen Versklavung. Die in den vielen Einzelheiten gar nicht restlos zu benennenden Vergewaltigungen veranlassten selbstverständlich eine grosse Verstimmung unserer Börsen. Ausgesprochene Paniken sind zwar angesichts der grossen Geschäftseinschränkung nicht zu verzeichnen, immerhin bilden empfindsame Kursabschläge, namentlich der hochnotierten Industriepapiere, die Regel. Vor allem verstimmt der fortgesetzte Tiefstand der heimischen Staatsrenten, namentlich der Kriegsanleihen, welche zeitweise 25% unter Ausgabekurs in grossen Posten an den Markt geworfen wurden. Auch die scharfen Schwankungen der Devisenkurse mit einer neuerlichen Entwertung der Reichsmarkvaluta im neutralen Auslande blieben begreiflicherweise der Hauptgesprächsstoff, umsomehr als verschiedentliche Ansätze des Warenaustausches unverkennbar sind. Die Regulierung der Nahrungsmittel

und Rohstoff-Einfuhr konnte in befriedigender Weise — in gewissem Masse — durch deutsche Industrie-Erzeugnisse betätigt werden. Langsam, wenn überhaupt möglich, verflachen sich die ungeheuren volkswirtschaftlichen Verluste aus den Spartakus- und Streikwochen! Durch einen Reichskommissar zur Beschaffung von Zahlungsmitteln soll die weitere Finanzierung der Lebensmittelversorgung in die Wege geleitet werden. Reichswirtschaftsminister Wissel hat auch über die Zukunft unseres Handels in der Hamburger Handelskammer gesprochen. Eine Aussenhandelskontrolle wird auch fernerhin die Einsparung im Konsum, Hebung der Ersatzstoffwirtschaft, Kontrolle des freien Handels bedingen. Die nunmehr beruhigtere Auffassung der deutschen Regierungskreise hinsichtlich der Sozialisierungspläne spielen ebenfalls mit.

München. M. Weber.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Todes- Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unser langjähriges Zentralratsmitglied und unsern hochverdienten Direktor

den Hochwürdigsten Herrn Domkapitular

Sebastian Kirchberger

Päpstlicher Hausprälat,

Diözesan- und Zentralpräses der kath. Gesellenvereine Bayerns,

Inhaber des k. b. Verdienstordens vom hl. Michael IV. Klasse, des Ordenskreuzes pro Ecclesia et Pontifice, Komtur des Ordens vom hl. Grabe mit Stern usw.

gestern, den 16. Mai, abends 1/212 Uhr nach längerem, schwerem, geduldig ertragenem Leiden und wiederholtem Empfange der hl. Sterbsakramente zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Indem wir diese schmerzliche Trauerkunde allen Missionsfreunden und Bekannten des Verstorbenen zur Kenntnis bringen, empfehlen wir den lieben Mitbruder und Mitarbeiter dem Gebete und Gedenken beim hl. Messopfer.

München, 17. Mai 1919.

Der Zentralrat des Ludwig-Missionsvereins in Bayern.

Marie von

Ebner-Eschenbach

und Enrica von

Handel-Mazzetti:

Der Dichterinnen stiller Garten. Marie von Ebner-Eschenbach und Enrica von Handel-Mazzetti. Bilder aus ihrem Leben und ihrer Freundschaft dargestellt v. Joh. Mumbauer. Mit 2 Bildern. Geb. M 1.60.

Johannes Mumbauer bietet uns in diesem schlichten Büchlein eine literarisch wertvolle Gabe in reizender künstlerischer Eigenart, voll tiefer, erhebender Seelenwerte. Das Vorwort des Verfassers allein schon bedeutet nahezu ein Zukunftsprogramm literarischer Betätigung. Und nun erst dieses ideale, anziehende Freundschaftsverhältnis der beiden berühmten österreichisch. Dichterinnen, wie es aus ihren Briefen zu uns spricht! Kurz und gut: Das Büchlein ist wirklich ein „stiller Garten", voll Liebreiz u. Schönheit. In ihm fließt jene „Heilquelle", aus der unser Volk gerade jetzt trinken soll zur Stärkung des Geistigen in ihm.

Verlag Herder, Freiburg i. Br.

Aus Island

Erlebnisse und Erinnerungen von Jón Svensson (Nonni). Geb. M 1.50.

„Wenn ‚Nonni' von Island erzählt, da horcht eine weite Gemeinde, jung und alt, gespannt auf, denn sie weiß: Hier spricht ein Sohn der altberühmten Sagainsel, den nicht nur die sehnende Liebe zum fernen Eiland, den auch Begabung zum Dichter machte. Dies Bändchen ist wiederum eines der köstlichen Nonnibücher, aus denen so viel klarer, liebenswürdiger Geist wie reines, tiefes Gemüt spricht und die zugleich ein außerordentlich gewinnendes, anmutiges Erzähltalent bekunden. Es sei besonders zur gemeinsamen Familienlektüre herzl. empf." E. M. Hamann.

Vom gleichen Verfasser:

Nonni. Erlebnisse eines jungen Isländers, von ihm selbst erzählt. 5. u. 6. Aufl. Geb. M 5.60.

Sonnentage. Nonni's Jugenderlebnisse auf Island. 3. u. 4. Aufl. Geb M 5.40.

Verlag Herder, Freiburg i. B.

Für jeden Politiker.

Der Katholizismus und die neue Zeit

von P. Sigismund Brettle, O. M. C.

Mit kirchlicher Druckerlaubnis. — Preis mit Teuerungszuschlag 50 Pfg. — Nach auswärts mit Porto 55 Pfg.

Sozialdemokratie und Religion

Verteidigung und Widerklage

von Dr. Josef Schofer Mitglied der badischen Nationalversammlung.

In Umschlag geheftet mit T.-Z. Mk. 1.10. Nach auswärts m. Porto Mk. 1.20.

Die großen Fragen der Zeit finden in den beiden Erscheinungen eine eingehende u. hochinteressante Behandlung vom Standpunkt des Katholizismus aus. Sie sind für Katholiken, wie Nichtkatholiken v. größt. Interesse.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen sowie direkt von

Badenia Verlag und Druckerei Karlsruhe.

Stottern jetzt radikal zu beseitigen. Aber wie? Auskunft gibt **Hausdörfer, Breslau I. 094**

Neuheit!

Katholische Missionslehre im Grundriß.

Von Prof. Dr. J. Schmidlin. Gr. 8° XII u. 468 S. 12.50; gebd. 14.— Mk.

Zum erstenmal erscheint hiermit auf katholischer Seite eine systematische und wissenschaftliche Missionstheorie, wie sie protestantischerseits schon seit vielen Jahren in der fünfbändigen Warneckschen Missionslehre vorliegt. Damit wird ein geradezu schreiendes, schon oft und dringend ausgesprochenes Bedürfnis von der denkbar berufensten Stelle, dem Inhaber des einzigen ordentlichen missionswissenschaftlichen Lehrstuhls, erfüllt. Das neue Werk ist unentbehrlich sowohl für den wirklichen und angehenden Missionspraktiker draußen, als auch für den Missionsfreund und Missionswissenschaftler in der Heimat. 1917 erschien von demselben Verfasser:

Einführung in die Missionswissenschaft.
Gr. 8° VI u. 208 S. 4.50 Mk.

Aschendorffsche Verlagsbuchhandlung Münster i. W.

Jede Buchhandlung liefert.

Briefmarken.
Preisliste 1918 kostenfrei.
Gebrüder Michel, Apolda.

Soeben neu erschienen:

Religiöse Bibliothek für Gebildete

von Dr. **Karl Will.**

1. Band: St. Franziskus ein moderner Heiliger

140 S. Preis gebunden Mk. 2.—

Modern sein heißt, in lebendiger, fruchtbarer Beziehung zur Gegenwart stehen. Deutschland ist durch den Krieg arm geworden. Von selbst wird wieder franziskanischer Geist erwachen, der Geist jenes Mannes aus Assisi, der die Einfachheit und Genügsamkeit zu seiner Braut erwählt, dabei aber nicht zum Pessimisten, sondern zum Verkündiger der wahren Lebensfreude geworden ist.

2. Band: Liturgie und Kunst

160 S. Preis gebunden Mk. 2.—.

Auch die Kunst muß wieder demokratisch werden. Sie muß aus ihrem Zauberreich hinaus unter das Volk gehen, um es liebevoll zu sich hinaufzuziehen. Das hat die kirchliche Kunst von jeher getan, in ihrer Baukunst, Plastik und Malerei und vor allem in ihrer Liturgie. Die Liturgie der Kirche ist die Urstätte der Kunst, und alle Künste, die bildenden wie die redenden, haben sich freiwillig in ihren Dienst gestellt, weil sie hier wie aus ihrer Herzwurzel die beste Lebenskraft schöpfen. Die Liturgie selbst ist ein Kunstwerk. Aufgebaut auf der Grundlage des Dogmas, wirkt die Feier des katholischen Gottesdienstes ästhetisch und stimmt zur Andacht und erhebt Herz und Gemüt. Wieviel Lebenswerte zudem in Liturgie und Kunst enthalten sind, hat der Verfasser seinen Lesern bald ausdrücklich gesagt, bald zwischen den Zeilen zu erkennen gegeben.

Zu beziehen durch

Fredebeul & Koenen, Verlag, Essen-Ruhr, Ribbelstraße

sowie durch alle Buchhandlungen.

Hochschule für kommunale Verwaltung in Düsseldorf.

Vorbereitung für den höhern Kommunaldienst

Prüfung unter staatlicher Leitung

Diplom (Dipl. H. K. V. D.)

Studiendauer 1 1/2, bei Vorbildung 1 Jahr.

Drucksachen kostenlos vom Sekretariat, Kunstpalast ([illegible]).

Paramenten - Stickerei Max Altschäffl,

München, Karlstrasse 52,

empfiehlt sich der hochwürdigen Geistlichkeit bei Bedarf von

Caseln, Pluvialen, Dalmatiken, Velen, Baldachinen, Kirchenwäsche, Kirchen- und Kongregationsfahnen usw.

Solide, dauerhafte Stoffe, möglichst billige Preise bei gediegener, künstlerischer und stilgerechter Ausführung.

Aufruf des Wachregiments!

1) Soldaten!

Trotz starken Zudranges genügen die Anmeldungen noch nicht. Insbesondere sind an Minenwerfern und Maschinengewehren ausgebildete Leute benötigt.

Erwägt nicht zu lange! Ihr findet beim Regiment einen ehrenvollen Beruf und gesicherte Zukunft.

2) Einwohner Münchens!

Ich will für meine Soldaten wohnliche Quartiere schaffen. Es fehlt aber in den Schulhäusern, Kasernen und Kellern an den nötigen Einrichtungsstücken. Darum gebt mir überflüssigen Hausrat, wie Tische, Stühle, Bänke, Gartenmöbel, Kästen, Bilder, Aschenbecher usw. Sammelstelle und Anmeldestelle St. Annaschule.

Um Bedürftige meines Regiments unterstützen, besondere Leistungen belohnen zu können, benötige ich Geldmittel; gebt reichlich und rasch für die Leute, die sich für Eure Sicherheit zur Verfügung stellen. Einzahlung auf Postscheckkonto Nr. 16410. Ueber diese Geldmittel verfüge ich nur im Einverständnis mit den gewählten Vertrauensleuten des Regiments.

Faerber,
Major z. D. und Kommandeur
des Wachregiments.

DEUTSCHE BANK.

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden hierdurch zu der am **4. Juni 1919 11 Uhr vormittags** in unserem Bankgebäude, Eingang Kanonierstr. 22, stattfindenden

ordentlichen Generalversammlung

eingeladen. Aktionäre, welche ihr Stimmrecht nach Massgabe § 23 der Satzungen ausüben wollen, müssen ihre Aktien (oder die darüber lautenden Hinterlegungsscheine der Reichsbank) mit einem der Zahlenreihe nach geordneten doppelten Nummernverzeichnis **spätestens am 31. Mai d. J.**

in **Berlin** bei der **Effektenkasse der Deutschen Bank, Behrenstr. 11** (für die Mitglieder des Giro-Effekten-Depots auch bei der Bank des Berliner Kassen-Vereins),
„ **Breslau** „ dem **Schlesischen Bankverein Filiale der Deutschen Bank,**
„ **Elberfeld** „ der **Bergisch-Märkischen Bank Filiale der Deutschen Bank,**
„ **Aachen, Augsburg, Barmen, Bremen, Chemnitz, Crefeld, Danzig, Darmstadt, Dresden, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Görlitz, Hamburg, Köln a. Rh., Königsberg i. Pr., Leipzig, München, Nürnberg, Posen, Saarbrücken, Stettin, Trier, Wiesbaden**
bei den Filialen und Zweigstellen der Deutschen Bank,

ausserdem:

in **Düsseldorf** bei dem Bankhause **C. G. Trinkaus,**
„ **Essen a. d. Ruhr** „ der **Essener Credit-Anstalt,**
„ **Frankfurt a. M.** „ „ **Deutschen Vereinsbank,**
„ dem Bankhause **L. Speyer Ellissen,**
„ „ „ **Jacob S. H. Stern,**
„ „ „ **Gebrüder Sulzbach,**
„ **Hannover** „ der **Hannoverschen Bank,**
„ **Ludwigshafen a. Rh.** „ „ **Pfälzischen Bank,**
„ **Mannheim** „ „ **Rheinischen Creditbank,**
„ „ **Süddeutschen Bank Abteilung der Pfälzischen Bank,**
„ **Stuttgart** „ „ **Württembergischen Vereinsbank**
„ dem Bankhause **G. H. Keller's Söhne**

oder bei einem deutschen Notar hinterlegen und bis nach der Generalversammlung belassen. Stimmkarten werden bei den Hinterlegungsstellen ausgehändigt.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht über die Geschäfte der Gesellschaft.
2. Die Rechnungsablage mit dem Bericht des Aufsichtsrats.
3. Beschlussfassung über die Genehmigung der Jahresbilanz, die Gewinnverteilung, sowie über die Entlastung des Vorstands und des Aufsichtsrats.
4. Wahlen zum Aufsichtsrat unter Festsetzung der Zahl seiner Mitglieder.

Berlin, den 12. Mai 1919.

DEUTSCHE BANK

Mankiewitz. Heinemann.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Ferdinand Abel, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gh.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich M 3.90.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis: Die 5 X gespaltene Grundzeile 75 Pfg., Anzeigen auf Textseite die 95 mm breite Zeile 375 Pfg.
Beilagen einschl. Postgebühren M 15 d. Tausend.
Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.
Rabatt nach Tarif.
Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig.
Erfüllungsort ist München.
Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt.
Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer.

Wochenschrift für Politik und Kultur. ✱ Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 22. München, 31. Mai 1919. XVI. Jahrgang.

Die Religion als soziale Tatsache und der Sozialismus.

Von Benefiziat Ludwig Heilmaier, München.

Die „Münchener Post" klagte am 1. Mai 1919 darüber, daß während doch „die Menschenliebe der seelische Atem des Sozialismus" sei, der Haß seit der Revolution sich gesteigert habe. „Die Sonne der Menschen- und Bruderliebe ist verdunkelt, die Epoche des maienhaften Sozialismus, den wir in früheren Tagen erhofften heraufsteigen zu sehen, geht blutig rot auf... Seien wir ernst und nachdenklich. Wir haben allen Grund, in diesen Maientagen alle in uns zu gehen, uns zu prüfen, ob wir noch Sozialisten sind... Denn der Sozialismus ist nicht das Evangelium der Gewalt, sondern der Gerechtigkeit." In der gleichen Nummer 100 wies Wissell im Epilog zum Rätekongreß, von der allgemeinen Sozialisierung des Bankrotts sprechend, an der Hand von Kautskys Referat „besonders darauf hin, daß eine Klasse, die sicher und dauernd ihre Herrschaft in den breiten Massen des Volkes fundieren will, nicht nur an die eigenen Interessen, sondern auch an die Interessen der Gesamtheit denken muß". Dies sei vielfach übersehen worden und schaffe die großen Schwierigkeiten, die einer Sozialisierung entgegenstehen.

Hat die „Münchener Post" Grund zu klagen über den Mangel an Menschenliebe, Gerechtigkeit und Gemeingefühl, über den Klassenindividualismus unter den Genossen? Nein. Ohne ein höheres Sittengesetz, das sie ablehnt, gelangen wir heute nicht mehr zum gemeinschaftlichen Wiederaufbau des Gesellschafts- und Wirtschaftslebens, sondern von einem Bruderkampf und Chaos zum andern. Nur die Religion, das Christentum, indem es zuerst Geist und Herz reformiert, kann die wahre Reform bringen in den gegenwärtigen Fragen und die Arbeitermasse zu einem gerechten und erfolgreichen Kampf befähigen gegen jenen entchristlichten, gemeingefährlichen Kapitalismus, dessen Symbol die Nilpferdpeitsche und abgehauene Hände armer Kongoneger sind und der, unersättlich, aus dem Todesröcheln von Millionen die Macht seiner Ringe und Trusts ins Unermeßliche steigern wollte. Hätte man die ethischen Grundsätze des Christentums befolgt in Familie, Staat und Wirtschaftsleben, dann wäre uns der Weltkrieg erspart geblieben samt seinen grauenvollen Nachwirkungen und es gäbe keinen Krieg mehr. Seit vielen Jahrzehnten aber haben die sozialistischen Organe und Vereine die Massen belehrt, daß „Christentum und Sozialismus sich gegenüberstehen wie Wasser und Feuer", immer unbekannter wurde es dem organisierten Arbeiter, welch unermeßlichen, aus der Tiefe des Herzens heraus reformierenden Einfluß das Christentum ausübt auf alle sozialen Verhältnisse, wie es Sklaven zu freien Männern machte, das erniedrigte Weib erhob, der Menschheit den Geist wahrer Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit vermittelte.

„Wir müssen uns prüfen, ob wir noch Sozialisten sind!" Prüfet euch, ob ihr jemals wahre Sozialisten waret! Ob das, was ihr Sozialismus nennet, überhaupt Menschlichkeit und uneigennütziges Gefühl für das Gesamtwohl in den Massen zu verankern vermag. Jetzt ist die Zeit der Selbstbesinnung gekommen. Muß es nicht einen ernsten Sozialisten zu aufmerksamstem Studium der Urkunden und Wirkungen des Christentums reizen, wenn ein Mann, wie Schmoller, für den es kein göttliches Sittengesetz gibt, zu folgendem Urteil gezwungen ist: „Es entstand mit der christlichen Hingabe an Gott eine Selbstbeherrschung, die bis zum moralischen Heroismus ging, eine Seelenreinheit und Selbstlosigkeit, ein sich opfern für ideale Zwecke wurde möglich, wie man es früher nie gekannt hat, die Idee der Bruderliebe, der Nächsten- und Menschenliebe begann alle Lebensverhältnisse zu durchdringen und erzeugte eine Erweichung des harten Eigentumsbegriffes, den Sieg der gesellschaftlichen und Gattungsinteressen über die egoistischen Individual-, Klassen- und nationalen Interessen, eine Sorge für die Armen und Schwachen, die man im Altertum vergeblich suchte. Die Idee der Gleichheit vor Gott trat den bestehenden harten Gesellschaftsunterschieden versöhnend und mildernd zur Seite. In jedem, selbst dem Niedrigsten, wurde die Würde des Menschen anerkannt" (Grundriß der allg. Wirtschaftslehre 1, 1908, S. 79, siehe Pesch S. J., Ethik und Volkswirtschaft, Herder 1918). „Wir müssen uns prüfen!" — „Das einzige Schutz- und Heilmittel gegen zerstörenden Sozialismus ist jener aufbauende Sozialismus, der alle Menschen als Brüder, als Kinder des himmlischen Vaters betrachtet.. Wie eine echte und allgemein verbreitete Religiosität uns vor jeder unerträglichen Ausartung der bestehenden Wirtschaftsverhältnisse bewahrt hätte, so ist auch unter allen bisher vorgeschlagenen Reformen keine einzige, die zu ihrer überhaupt nur haltbaren Durchführung nicht eine wesentliche Steigerung und Verallgemeinerung echter Religiosität voraussetzte" (Roscher, Geschichte der Nationalökonomie 1874, 1024). Auch die internationale Volkskirche vermag den Unterschied zwischen Reich und Arm nie zu verwischen, wohl aber, in Verbindung mit der materiellen Kultur, zu innerlicher Vereinigung und aufrichtiger allgemeiner Verbrüderung zu führen. „Wo jedermann das Erdenleben als eine Vorstufe der Ewigkeit betrachtet, da verlieren die Vermögensunterschiede ihre aufreizende, demoralisierende Kraft. Dagegen wird der Atheist und Materialist nur zu leicht Mammonist und der arme Mammonist gerät nur zu leicht in jene Verzweiflung, welche die Welt in Brand stecken möchte, um dabei entweder zu plündern oder unterzugehen, während der reiche Mammonist gar oft durch die Unsittlichkeit seines Erwerbs und Genusses allen Reichtum überhaupt verdächtig macht" (Roscher). Oder hören wir noch, was der Nationalökonom Baudrillart vom Christentum schreibt: „Es führte die Großen dieser Welt zur Demut durch das Gefühl der Gleichheit in der Sünde und die Niedrigen zum Bewußtsein ihrer Würde durch Gleichheit in der Erlösung. Der Atheismus aber autorisiert den Starken zur Unterdrückung des Schwachen ohne jeden Skrupel, führt jeden dazu, nur Rücksicht auf seinen eigenen Genuß zu nehmen, allein sich selbst anzubeten. Nehmen wir an, der Ruf des irreligiösen Fanatismus sei verwirklicht: Gott, ziehe dich zurück! In diesem großen Schiffbruch würde die Ordnung in der Volkswirtschaft, die Gerechtigkeit in den Verträgen, die Liebe, welche alle Beziehungen verklärt, die Tugenden, die zu Wohlstand führen oder den Mißerfolg mit Geduld ertragen lehren, tiefe und unheilbare Wunden empfangen. Wahrhaft große Toren sind es also, die nach so vielen Erfahrungen meinen, mit Negationen den Völkern die Freiheit, der Gesellschaft den Fortschritt verleihen zu können." (Des rapports de la morale et de l'économie politique 1883, 148).

Ist es nicht traurig, daß wir mit dem Schicksal Münchens erst wiederum diese Erfahrungen am eigenen Leibe verspüren mußten? Gewiß wirkt auch in den vernünftigen, organisierten Massen der Sozialdemokratie, denen die Religion als eine im sozialen Leben entbehrliche Privatsache gilt, der Geist des Christen-

tums noch fort. Wie stark jedoch dieser Geist in ihren Reihen geschwunden ist infolge der bereits durch Generationen gepflegten religiösen Irreführung,[1]) zeigt gerade im Fall München die Tatsache, daß sich Zehntausende sonst vernünftiger Männer ohne weiteres durch fanatische Führer zu einem Wirtschaftssystem des allgemeinen Bankrotts und der brutalen Vergewaltigung aller anderen Gesellschaftsklassen begeistern ließen. Mit Schrecken überschaut u. a. die „Metallarbeiterzeitung", Stuttgart, 5. April, „Terror und Maßregelung im deutschen Metallarbeiterverband", die Erfolge der „Diktatur des Proletariats": „Auflösung jeder Ordnung und Selbstzucht innerhalb der Organisation, eine Gesinnungsverfolgung, wie sie schlimmer auch nicht vom Kapitalismus verübt wurde, radikale Zertrümmerung des Bestehenden mit Verleumdung, Haß und nackte Gewalt, Anarchismus, Vernichtung der deutschen Arbeiterbewegung, nicht Fortschritt und Freiheit, sondern Demoralisation, Verwilderung der Sitten und der Rechtsbegriffe, grenzenloses Elend". Die wahrhaft kannibalische Ermordung und Verstümmelung der gefangenen bürgerlichen Geiseln bildete zu all diesem den würdigen Abschluß. Sind die, welche zu solcher Ernte die Saat bestellten, etwa nur auf seiten des Kapitalismus zu suchen? Wir sind durch einen Beweis reicher geworden für die Tatsache, daß dem Sozialismus die so oft verheißene Völkerverbrüderung ohne die Kräfte aus einer höheren Welt, ohne die übernatürliche Bindung der Gewissen nicht gelingen kann.

„Seien wir nachdenklich, wir haben allen Grund in diesen Maientagen alle in uns zu gehen, uns zu prüfen, ob wir noch Sozialisten sind!" Möchte in dieser Selbsteinkehr die Betrachtung über das Christentum nicht fehlen, ohne welches noch kein Volk bis heute den niederen Klassen Gerechtigkeit und Liebe verwiesen hat, das in seiner kirchlichen Organisation erst die Einheit und Zusammengehörigkeit des Menschengeschlechtes zur Geltung brachte. Durch Anleitung zu wirksamer Regelung der niederen Triebe machte es erst den Menschen zum Menschen, veredelte den gemeinsamen Kulturfortschritt als allgemeine Teilnahme an der göttlichen Herrschaft über die äußere Welt. Es heiligt und festigt die Familie, diese Urzelle und Urquelle allen Opfersinns und Gemeingeistes. Erst aus seinem Hauptgebote, Gott über alles zu lieben, schöpfen wir die Kraft, das Ganze mehr zu lieben als uns selbst, sonst zerfallen Volk und Staat in die Summe der einzelnen, denn „warum soll der einzelne sein Selbst für das Wohlergehen vieler anderer opfern, die doch nichts anderes sind als er selbst?" (Pesch). Stets bekämpfte das Christentum die Unkultur im Genuß, den prunkhaften Egoismus, forderte eine der jeweiligen Kulturhöhe entsprechende menschenwürdige Existenz aller, es versagt und verargt in keiner Weise den Arbeitern eine Hebung des Selbstbewußtseins und Kräftigung durch soziale Verbindung der Arbeitsgenossen, gibt nur zu bedenken, daß eine Besserstellung des Arbeiters, eine Blüte der Volkswirtschaft nur resultieren kann aus einer wirklich konstitutionellen Gestaltung des Arbeitsverhältnisses, nicht aus grundsätzlicher Feindschaft gegen das Unternehmertum. Das Christentum hat erst der Menschheit die allgemeine Pflicht der Arbeit gelehrt, die Arbeit zu Ehren gebracht, sie frei gemacht; es hat zuerst in seiner Organisation das „Freie Bahn dem Tüchtigen" längst verwirklicht usw. Die Erwägung solcher Tatsachen müßte dazu führen, den christlichen Kern im Sozialismus von dem Wuste irriger Vorstellungen zu befreien.

[1]) Man vergleiche die beiden Artikel der „Münchener Post" „Christentum und anderes" (Nr. 104, 105, 5. u. 6. Mai 1919). Nach dem ersten ist „seine (des Christentums) Geschichte ein einziger grauenvoller Strom von Blut und Trauer" und „eine neue Kirche ist im Entstehen, die abermals Liebe predigt." Nach dem 2. Artikel brauchen wir „nicht bis auf die Zeit des Mittelalters zurückzugehen, um den gewaltigen geistigen Einfluß des Christentums auf die sozialen Ideenrichtungen der Zeit nachzuweisen." Am Schluß heißt es: „Wir verstehen wohl, daß viele unserer ethisch gerichteten Volksgenossen an dem Christentum irre geworden sind, die mit tiefem Schmerz die Stellung großer Gruppen der Geistlichen zu den Problemen des Weltkrieges verfolgten; aber diese ganz unchristliche Stellungnahme darf uns nicht zu ungerechten Urteilen über das geschichtliche, kulturelle und sozial-ethische Wirken des Christentums überhaupt verleiten." Das ist es ja, was so viele Genossen irre werden ließ, daß die sozialistische Presse nie klar unterschied zwischen dem Christentum als Institution und seinen menschlichen Trägern, von denen manche freilich bisweilen die Zeichen der Zeit nicht zu deuten verstanden. Vielmehr hat sie jegliche Gebrechlichkeit, die sie ausfindig machte, dem Christentum und der Kirche an sich aufgehalst. Wie wäre aber solches objektive klare Urteilen möglich bei ihrem Doppelgesicht, wenn sie meint, zwei Herren dienen zu können, wenn sie heute gegen das Christentum in einer Art schreibt, die sich an Unwahrheit und Gehässigkeit nicht mehr überbieten läßt, und morgen wieder meint, daß diese Ausführungen „nach Berichtigung schreien".

Zu diesen gehört vorzüglich die Erklärung der Sozialisten, daß sie die Religion als soziale Tatsache vollauf anerkennen; im Sozialismus sei erst das wahre Christentum erschienen; so kann ein Mann, der mit dem Christentum in unserem Sinn völlig gebrochen hat, Joh. Bacmeister, ausrufen: „Christlich kann niemand sein, ohne auch sozial zu sein!" (Soziale Wiedergeburt, Stuttgart, Kohlstadt, 1913.) Wir müssen dabei an den Einfluß von Comte und Spencer denken und ihrer Soziologie. Ueberall stieß diese Sozialphilosophie im Leben der Völker auf den mächtigen Einfluß der Religion, trat deren sozialer Charakter so zutage, daß man schließlich im sozialen Element den Träger des Göttlichen sah. Typisch für solche in sozialistischen Kreisen kursierende Literatur ist z. B. das Buch des Freisinnigen Kalthoff „Das Christusproblem, Grundlinien zu einer Sozialtheologie," Diederichs, 1903. Man übersah völlig, daß das zentrale Moment der Religion die Gottesidee ist, daß der religiöse Mensch aufgeht in der Verherrlichung des göttlichen Wesens, ihm, so er sich schuldig weiß, das Beste, was er hat, zum Opfer bringt; bei keinem Volk läßt sich eine Spur finden, daß seine Religion sozialen Ursprungs sei. Wohl aber zeigt sich, daß die Religion einen starken gemeinschaftsbildenden Charakter in sich verborgen trägt, daß sie, wie der Katholizismus bewies, eine internationale Massenorganisation zu bilden und im sozialen Leben der Völker wahre Umwälzungen hervorzubringen vermag. Doch den Antrieb empfing die Religion nicht von sozialen Mächten, sie ging eben nicht aus der Gesellschaft hervor. Jene Ueberschätzung des Sozialen in der Religion führte also zur Verkennung der religiösen Tatsache in ihrem Ursprung und Wesen. Die Religion ist kein sozialer Typus, immerhin eine soziale Tatsache. Ihr Urgrund liegt darin, daß durch unsern Ursprung aus Gott eine durchgehende Gemeinschaft besteht zwischen Gott und dem einigen Menschengeschlecht. Darum, weil alles, was Mensch heißt, eins ist in Ursprung, Aufgabe und Ziel, strömt aus der Gottesidee das Streben nach all umfassender Gemeinschaft, der Trieb zur Solidarität, gipfelt in der Gottesidee alle Kultur und geht mit ihr zugrunde. Ohne diese soziale, gemeinschaftsbildende Macht der Religion hätte sich die Menschheit längst im Kampf aller gegen alle vernichtet, Ansätze zu solcher Selbstzerfleischung brachte in der Geschichte immer wieder der Ruf: Gott, ziehe dich zurück! Vor allem in unserm komplizierten Gesellschaftsleben mit seiner unaufhaltsam fortschreitenden Sozialisierung vermag nur die Religion der Solidarität den unerläßlichen ethischen Charakter zu geben. Wie das Christentum, die einzig wahre Religion, als die Lebenssonne, Licht und Wärme über das einzelne Individuum ausgießt, so faßt es die vielen Individuen in wahrer Solidarität zusammen, so daß sich die Sonderinteressen mit denen der Gemeinschaft harmonisch verbinden. Mit der innerlichen Entfremdung gegen Gott, den gemeinsamen Vater, büßt die Solidarität ihren ethischen Charakter ein, artet aus, die Sozialisten werden irre an sich selbst: wir müssen uns prüfen, ob wir noch Sozialisten sind, ob wir es je waren. Die Religion gehört nun einmal zur menschlichen Natur; unsere Seele ist von Natur aus eine anima christiana, durch die gewaltsame Zurückdrängung des Einflusses des religiösen Elementes mußte deshalb unser soziales Leben, mußte der Sozialismus der unheilbaren Erkrankung verfallen. Das Christentum allein trägt in sich die Gerechtigkeit als Gegengewicht gegen die Gefahr des Individualismus, es verbürgt auch die gesunde Entfaltung des neuesten sozialen Typus, der Sozialisierung, wie bisher gerade unter seinem Einfluß hohe soziale Typen entstanden.

Zu jener Verkennung der menschlichen Natur und der Menschen, wie sie sind, konnte der jetzige Sozialismus nur kommen durch Ableugnung der Tatsache des Sündenfalles, der Sünde, die zwar nicht zu unserer Natur gehört, aber den gemäß dem ursprünglichen Wesen des Menschen zwischen der Gottheit und Menschheit bestehenden Gleichklang zerriß, eine tiefe Kluft schuf zwischen Ideal und Wirklichkeit. Je komplizierter die ökonomischen Interessen werden, desto verhängnisvoller gärt der Sauerteig der Sünde in den Tiefen der Herzen als Egoismus, Klassenhaß. Um so schneller würde sich bei uns der Rückfall in die Barbarei vollziehen, falls das Christentum mit brutaler Gewalt vernichtet würde. Der Zustand der sogenannten Naturvölker zeigt, wie furchtbar die Menschen gerade im sozialen Leben degenerieren können, wenn sie nach dem Wort des hl. Paulus das Bild des unvergänglichen Gottes mit dem Bilde des Menschen vertauschen (H. Visscher, Utrecht, Religion und soziales Leben bei den Naturvölkern, 1, Bonn 1911). Nach den Aussprüchen

der Nationalökonomen zeigt die ganze Entwicklung der europäischen Völker starken degenerativen Charakter, die Gründe sind uns Christen nur zu bekannt. Wenn die Völker rettungslos dem Untergang zusteuern, trifft die Großmacht des entchristlichten Sozialismus eine sehr große Schuld. Jetzt ist der Augenblick der Selbstbesinnung gekommen, wo er sich losreißen soll aus dem unheimlichen Bannkreis eines Häckel und der Soziologen, um wieder zu verstehen, daß der Mensch nicht ausschließlich ein soziales Wesen, sondern auch ein geistiges, einer höheren Ordnung dienendes Wesen ist. Der Mensch wurde letzteres im edelsten Sinn des Wortes aber erst, als der göttliche Logos in der Fülle der Zeit im Weltprozeß aufflammte, durch Sammlung aller noch vorhandenen Wahrheitselemente die Menschheit zurückführte zur Einheit mit Gott, so daß im Christentum die Menschheit die höchstdenkbare Entfaltung des Geistes und der Persönlichkeit erlebte.

Kein Geringerer als Eucken, der übrigens dem kirchlichen Leben ganz fern steht, zeigt in unseren Tagen dem Sozialismus, wohin die von ihm angestrebte einseitige Sozialkultur führt. Ausführlich legt er dar, wie durch den Versuch die Hoffnung zu verwirklichen, daß die gesellschaftliche Lebensführung das menschliche Dasein ganz ausfüllt und alle irdischen Wünsche möglichst befriedigt werden, die einzige Stelle, wo das Leben letzthin ursprünglich quillt, nämlich das Individuum, schwer geschädigt wird in seiner Selbständigkeit. Im Rahmen der sozialen Lebensführung, die sich wesentlich mit der Besserung der äußeren Verhältnisse befaßt, gilt alle geistige Tätigkeit nicht mehr als Selbstzweck, sondern lediglich noch als Mittel zur Förderung des allgemeinen Wohlbefindens. Dieser Utilitarismus bringt in seinem Widerspruch zu aller echten Geisteskultur nichts Neues mehr hervor, bringt dem Menschen auch keine innere Erlösung, macht ihn vielmehr zum Sklaven seiner selbst. Eine solche bloße Menschenkultur, die sich ganz an das unmittelbare Dasein hält, nur das Diesseits schmückt und ziert und als Himmel einrichtet, da ja der Glaube an den jenseitigen Himmel längst aufgegeben ist, wird nach den Ausführungen Euckens in ihrer Leere und Unzulänglichkeit scheitern müssen. Denn sie macht unvermeidlich die Masse zum Hauptträger des Lebens, das Individuum zum bloßen Werkzeug der Gesellschaft, strebt nach möglichster Gleichheit. „Auf solchem Wege der Gleichmacherei muß die Kultur immer tiefer sinken, sie wird alle kräftige Art und ausgeprägte Individualität zu einem Uebel und Unrecht stempeln." Wenn man dem Menschen alles Wertvolle nehme, vor allem sein Verhältnis zu Gott zerstöre, dann bleibe „nur mehr eine zoologische Größe. Aber wie man von der Verbindung derartiger Wesen Großes erwarten könnte, das läßt sich in keiner Weise erfahren". Gegenüber der schablonenhaften Kultur des sozialistischen Staates, welcher das Individuum zu einem bloßen Stück in seinem Räderwerk mache und den Untergang der Kultur überhaupt bedeute, stellt nun Eucken die Religion als soziale Tatsache. Ein gesundes Verhältnis zwischen Individuum und Gemeinschaftsleben sei einzig zu erreichen durch die für unsere Zeit unbedingt erforderliche gründliche Erneuerung des Christentums, dessen Stärke in der Ueberwindung der Widerstände und Hemmungen liege. Der Aufbau einer neuen Welt sei seine weltgeschichtliche Leistung. Diese Kraft habe sich keineswegs ausgelebt, es schlummern in ihm noch unermeßliche Kräfte, die imstande sind, die Menschheit in neue Bahnen zu lenken. (Geistesprobleme und Lebensfragen, Reclam. 5993—5995, S. 145 u. 184)

Der heutige Wendepunkt im Menschheitsprozeß stellt den Sozialismus vor die folgenschwerste Entscheidung. Das in der Kirche international organisierte Christentum ist nach seinem Wesen und Beruf und dem Beispiel seines göttlichen Stifters von Anfang an auf die Seite der Enterbten, Bedrängten getreten. Es will und darf nicht Partei sein im Wirtschaftskampf, es kann weder eine Stütze sein für den entarteten Kapitalismus, noch die rote Fahne des Umsturzes vorantragen. Aber es reicht den vernünftigen Massen des organisierten Sozialismus aufrichtig die Hand. Vom Geiste Christi getragen, wäre nach dem fluchwürdigen Verbrechen des Weltkrieges die solidarische Erhebung der gesamten Arbeiterschaft zweifellos eine der segensreichsten Reformationen der Weltgeschichte geworden.

Das fünfte Kriegsjahr.

Wochenschau von Fritz Nienkemper, Berlin.

Wie steht es um das Friedenswerk?

Als günstige Zeichen kann man betrachten: 1. die Verlängerung der Notenfrist um 8 Tage, 2. die in der feindlichen Presse immer deutlicher zutage tretende Furcht vor dem deutschen Unannehmbar, 3. die Auflehnung von neun amerikanischen Delegierten gegen den Gewaltfrieden.

Auf der Gegenseite ist zu buchen, daß sich in den bisherigen Antwortnoten der Entente außer dem formalen Zugeständnis der Fristverlängerung kein faßbares Entgegenkommen bekundet und das grundlegende Prinzip der Gegenseitigkeit ausdrücklich abgelehnt wird, sogar hinsichtlich der Behandlung der Gefangenen.

Für die Fristverlängerung brauchen wir kein Danklied anzustimmen, denn die Gegner hätten sich vor aller Welt in das offensichtliche Unrecht gesetzt, wenn sie mit dem Glockenschlage des 15. Tags jede Beleuchtung ihres Elaborats von 6 Monaten hätten abschneiden wollen. Da Graf Brockdorff noch sechs Noten mit praktischen Vorschlägen über die wichtigsten Punkte und außerdem eine Zusammenfassung der gesamten deutschen Gegenvorschläge in Aussicht gestellt hatte, lag es auf der Hand daß die wenigen Tage auch bei rastloser Arbeit zur Aufstellung, Uebersetzung und Vervielfältigung dieser Schriftstücke unmöglich ausreichen konnten. Das Fallbeil des ersten Termins hätte Deutschland zum sofortigen Rückzug in die passive Resistenz genötigt.

Trotz aller Prahlereien in ihrer Presse fürchten die feindlichen Machthaber das deutsche Nein. Nicht aus Mitleid oder aus Rücksicht auf die sog. Internationale, sondern aus der Erkenntnis, daß die weitere Okkupation und die sonstigen Zwangsmaßregeln ihren Völkern neue persönliche und materielle Kriegslasten auferlegen würden, die sie nicht mehr tragen wollen. In dieser Verlegenheit sucht man sonderbare Auswege. So erörtert der „Temps", das Pariser Regierungsblatt, sehr ausführlich, daß man bei der Widerspenstigkeit der Berliner Regierung mit den einzelnen Gliedstaaten Deutschlands Frieden schließen könnte, und zwar nicht nur mit den schon bestehenden Gliedstaaten, sondern auch mit neuen, die sich aus den Trümmern des gefürchteten „Preußen" bilden ließen. Bezeichnend ist die Bemerkung, daß man den gefügigen Teilen „ökonomische Vorteile" bieten könnte. Diese Spekulation auf die Uneinigkeit und den Eigennutz hat weder im Verfassungsrecht noch in der Volksstimmung eine Stütze. Sie lehrt uns aber, daß in der gegenwärtigen Lage alle separatistischen Bestrebungen aufgegeben oder wenigstens zurückgestellt werden müssen, weil man damit den Feinden in die Hand arbeitet und die Lebensbedingungen der ganzen Nation aufs Spiel setzt. Das gilt nicht allein für die Landesverräter in der Pfalz, die glücklicherweise nur eine winzige Gruppe bilden. Auch die Welfen in Hannover sollten in dieser Schicksalsstunde sich zurückhalten. Bei der „unabhängigen" Partei wird freilich ein Appell an das nationale Gewissen wohl versagen. Deren bedauerliche Quertreiberei muß durch den gesunden Sinn der überwältigenden Mehrheit des Volkes ausgeglichen werden.

Wenn wir den ungemilderten Gewaltfrieden unterzeichnen wollten, so würde der Vertrag von dem englischen und dem französischen Parlament gewiß sanktioniert werden. Ob auch vom Kongreß der Vereinigten Staaten, das ist nach den Berichten aus Amerika noch zweifelhaft. Doch könnte auch dort trotz aller persönlichen und parteipolitischen Gegensätze schließlich die Erwägung ausschlaggebend sein: Wenn Deutschland den Frieden angenommen hat, warum sollen wir die Beruhigung der Welt stören? Viel bessere Aussichten hat Deutschland, wenn es die Ablehnung riskiert, falls nicht den Wilsonschen Punkten im wesentlichen Rechnung getragen wird. Bleiben wir fest, so finden wir eine starke Stütze in dem Protest, der sich aus der Mitte der amerikanischen Friedensdelegation heraus erhoben hat. 9 Mitglieder wollen nicht mehr mittun an dem Werk des Hasses und der Beutegier. Drei sind schon zurückgetreten, die andern warten auf die Milderungen der Bedingungen. Bullitts, einer der zurückgetreten, hat einen Absagebrief an Wilson gerichtet, der die verfehlte Politik des Präsidenten an den Pranger stellt. Kurz, klar und kräftig setzt er auseinander, daß statt des versprochenen Dauerfriedens der Welt jetzt ein neues Jahrhundert des Krieges beschert werden soll. „Ungerechte Entschlüsse, wie die über Shantung, Tirol, Ungarn, Ostpreußen, Danzig, das Saarbecken, und die Preisgabe wichtiger Freiheiten führen un-

vermeidlich zu neuen Konflikten.“ Dann hält er Wilson vor: „Wenn Sie den Kampf (mit Clemenceau und Genossen), anstatt ihn hinter verschlossenen Türen zu führen, offen ausgefochten hätten, wäre die öffentliche Meinung der Welt auf Ihrer Seite gewesen und hätte Sie in die Lage versetzt, allen Ansinnen zu widerstehen, mit denen Sie nicht einverstanden gewesen, und eine neue Weltordnung auf der breiten Grundlage allgemein gültiger Grundsätze von Recht und Gerechtigkeit, von denen Sie stets zu sprechen pflegten, zu erreichen.“ Diese wuchtige Kritik aus dem Munde des amerikanischen Staatsmannes kommt etwas spät, aber noch nicht zu spät, so lange wir den Nacken noch nicht unter das geplante Joch gebeugt haben.

Von den allgemein gültigen Grundsätzen von Recht und Gerechtigkeit, die der Amerikaner anruft, ist leider in den bisherigen Antwortnoten der verbündeten Regierungen nichts zu spüren. Die von uns beanspruchte Gegenseitigkeit lehnt Herr Clemenceau im Namen seiner Kampfgenossen ab. Nicht nur in der Praxis, da er die Erlösung der deutschen Kriegsgefangenen verweigert, obschon wir sofort nach Abschluß des Waffenstillstands der Entente sämtliche Kriegsgefangenen, auch die strafrechtlich verurteilten, haben zurückgeben müssen. Auch grundsätzlich wird die Gegenseitigkeit verweigert unter dem hohlen Vorwande, es sei „keinerlei Vergleich möglich“ zwischen der Behandlung der Kriegsgefangenen auf beiden Seiten. Der Vergleich ist nicht bloß möglich, sondern in zahlreichen beeidigten Zeugenaussagen schon angebahnt, wobei sich die bessere Behandlung der Gefangenen in Deutschland klar ergeben hat. Die Sache hat aber eine **allgemeine** Bedeutung. Der ganze unerträgliche Friedensvertrag basiert auf der Verleugnung der Gegenseitigkeit. Daher stellt Graf Brockdorff jetzt mit Recht diese Frage sowie die Klärung der **Schuld- und Schadenersatzfrage** in den Vordergrund.

Im übrigen geht aus der Note Clemenceaus deutlich hervor, daß die Entente unsere Kriegsgefangenen als Pressionsmittel benutzen will, um uns zur Unterzeichnung zu bewegen. Es werden Erleichterungen in Aussicht gestellt und auch die Bildung von Kommissionen zur Heimbeförderung, aber immer erst von dem Zeitpunkt ab, wo der Friede unterzeichnet oder wenigstens die Absicht der Unterzeichnung angekündigt ist. Die offensichtliche Furcht vor der Nichtunterzeichnung läßt noch eine gewisse Hoffnung auf Milderungen zu.

Die Geheimdiplomatie.

Der oben erwähnte Protest des amerikanischen Delegierten Bullitts weist auf den schreienden Widerspruch hin, der sich zwischen den Worten und den Taten des ehemaligen arbiter mundi ergibt. Er wollte angeblich die Geheimdiplomatie abschaffen und hat doch den Winter hindurch sich an den entscheidenden Friedensberatungen beteiligt, die in einer Heimlichkeit betrieben wurden, wie sie seit Jahrhunderten nicht mehr erhört worden war. Der Rat der Vier (oder zeitweilig der Drei) schloß sich krampfhaft von der Oeffentlichkeit ab. Diese Scheu vor Licht und Luft trat schließlich in geradezu krankhafter Weise hervor; denn die angeblich „demokratischen“ Staatsmänner wollen sogar das Ergebnis ihrer Geheimdiplomatie, den Friedensvertrag selbst, ihren Völkern nach Möglichkeit vorenthalten. Die Mitteilung an die deutschen Gegner ließ sich zu ihrem Bedauern nicht vermeiden; aber man stellte eine unhaltbar kurze Frist für die Gegenerklärungen und verwies sie auf den schriftlichen Weg, da bei mündlicher Aussprache zu leicht ein Wort zuviel dem Gehege der Zähne entfliehen kann. So ergab sich das groteske Schauspiel, daß die öffentliche Meinung in Frankreich, England und Amerika auf die Brosamen angewiesen war, die vom deutschen Pressetisch fielen. Sogar dem Budgetausschuß der französischen Kammer, der den Friedensvertrag als Grundlage zu seinen Etatsbeschlüssen verlangte, hat Clemenceau die Bekanntgabe verweigert. Die sozialistisch-radikale Kammergruppe hat sich dem Verlangen nach Information jetzt angeschlossen, aber mit der charakteristischen Bescheidenheit, daß man wenigstens **offiziöse** Bekanntgabe verlangt. Das deutsche Volk dagegen ist so schnell und so gründlich aufgeklärt worden, wie es überhaupt möglich war. Das war gut und klug; denn daraus ergab sich die imposante Bekundung des Volkswillens, die zu unserer Diplomatie in Versailles den kräftigsten Rückhalt bildet.

Der bayerische Landtag

ist in **Bamberg** am 21. Mai endlich wieder zu **Plenarsitzungen** zusammengetreten. Zunächst wurden Anfragen aus dem Hause verhandelt, unter denen die Interpellation **Funke** (Bayer. Volkspartei) über den Schutz der **Koalitionsfreiheit** von größerem Interesse für die Oeffentlichkeit ist, da sie ein gewaltiges Material zutage förderte für den brutalen Terror, mit dem die sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen die christlichen Gewerkschaften zu vergewaltigen und zu unterdrücken suchen. Es bleibt abzuwarten, wieweit die Regierung ihr Versprechen, die Koalitionsfreiheit schützen und jeden Terror anders Organisierter verhindern zu wollen, in die Tat umsetzen und ihre bisherige schwächliche Haltung gegenüber der roten Gewaltherrschaft korrigieren wird. Die Interpellation Schrepfer (Dem.) über die Lebensmittelversorgung enthüllte die Größe des durch die revolutionäre Wirtschaft geschaffenen Ernährungselends. Der bauernbündlerische Landwirtschaftsminister **Steiner** fand zustimmenden Widerhall mit der Betonung, daß alle Strafen gegen den Schleichhandel versagen, wenn nicht die **bessere Einsicht** einkehrt und die durch die **Uebergriffe der A.-Räte beschnittene Autorität in vollem Umfange wieder hergestellt wird**, desgleichen mit der Erklärung, daß, wenn die **Zustände in München** nicht besser würden, es dahin kommen könnte, daß die Bauern sich zusammenscharen und selbst für Abhilfe sorgen.

Unter den wichtigen Aufgaben, die den Landtag in der nächsten Zeit beschäftigen werden, nimmt der Entwurf der **bayerischen Verfassung** einen hervorragenden Platz ein. Aus den bis jetzt bekannt gewordenen Bestimmungen interessieren vor allem die ziemlich weitgehende Ausgestaltung des Volksvorschlagsrechts (Initiative) und der Volksabstimmung (Referendum) sowie die Festlegung der **Souveränität des Landtags** als Träger der Staatsgewalt im unmittelbaren Auftrag des Volkes. Demgemäß wird das **Rätesystem** in der Form einer berufsständischen parallelen Kammer abgelehnt und bestimmt: „Zur Wahrnehmung wirtschaftlicher und sozialpolitischer Aufgaben werden durch Gesetz **Vertretungen der schaffenden Kreise des Volkes auf berufsständischer Grundlage** geschaffen, denen auf den ihnen zugewiesenen Gebieten auch **Ueberwachungs- und Verwaltungsbefugnisse** übertragen werden können. Sie sind berechtigt, in Gegenständen der Gesetzgebung an den Landtag, in den übrigen Angelegenheiten ihres Wirkungskreises **Anträge** an die staatlichen und gemeindlichen Behörden zu stellen. Ueber die Anträge muß Entscheidung getroffen und den Antragstellern Mitteilung gemacht werden.“ Dagegen wird in der **Sozialisierungsfrage** dem sozialistischen Standpunkt eine weitgehende Konzession gemacht, indem die „Vergesellschaftung der Wirtschaft nach dem Stand ihrer Entwicklung“ als Aufgabe des Volksstaates erklärt wird. Zu dieser, wie manchen anderen Bestimmungen, auch aus dem Gebiete der Kirche und Schule, die zu ernsten Debatten im Landtag und zu Aenderungen und Ergänzungen führen werden, wird noch Stellung zu nehmen sein, sobald der Wortlaut des Entwurfs vorliegt.

Eine spontane Kundgebung des Landtags rief am 23. Mai die Mitteilung des Ministerpräsidenten von dem **Putschversuch in der Pfalz** hervor. Nach der Darstellung des Regierungsorgans „Der Freistaat“ hatte sich dort aus 21 Kriegsgewinnlern und ähnlichen Leuten unter heimlicher Beteiligung französischer Offiziere eine Bewegung gebildet, welche die Bildung eines **selbständigen neutralen Staates** unter wirtschaftlichem Anschluß an das Saargebiet anstrebte. Am 17. Mai erschien eine Abordnung beim Regierungspräsidenten in Speyer und verlangte von ihm die Proklamierung dieses neuen Staates. Der Regierungspräsident erklärte, daß er die eigentlichen Vertreter des pfälzischen Volkes auf den folgenden Tag eingeladen habe, um aus deren Munde die Wünsche des Volkes zu vernehmen. Diese, die Vertreter der verschiedenen Parteien und wirtschaftlichen Organisationen betonten in einer einhelligen Entschließung die **unlösliche Zugehörigkeit der Pfalz zu Deutschland** und die Hoffnung, daß die Friedensbedingungen grundsätzlich geändert, wesentlich gemildert werden und besonders die Bildung eines neutralen, das Saargebiet und lebenswichtige Teile der Pfalz umfassenden Staates vermieden wird; die Frage, ob die Pfalz mit Bayern vereinigt sein solle oder nicht, sei eine rein innerdeutsche Angelegenheit, die erst nach **Abschluß des Friedensvertrags** und auf Grund der künftigen Reichs- und Landesverfassung entschieden werden könne. Damit wäre die Angelegenheit politisch erledigt gewesen, wenn nicht die **französische Militärgewalt** eingegriffen und nicht nur die Freilassung der verhafteten vier Rädelsführer (bei dem Führer, Chemiker Dr. Haas war der Wortlaut einer Proklamation der pfälzischen Republik gefunden worden) erzwungen, sondern nun ihrerseits die Festnahme der Gerichtsbeamten verfügt hätte, die jene Verhaftung vorgenommen hatten. Gegen diesen Gewaltakt

legte der Ministerpräsident unter einmütiger Zustimmung des Landtages schärfsten Protest ein und sprach der wackeren pfälzischen Bevölkerung und den treuen Beamten Dank, den Verrätern an Volk und Land Verachtung aus. Die Franzosen lassen sich allerdings durch die Entrüstungskundgebungen, die durch das bayerische Land gehen, in ihren geheimen und offenen Bestrebungen, die Pfalz zum Abfall zu bringen, nicht stören. Der französische Oberbefehlshaber Gerard versichert in einem Erlaß die Hochverräter seines Schutzes und seiner Förderung und nennt ihre Verfolgung durch die pflichttreuen Beamten „einen Mißbrauch der Amtsbefugnis, einen Verstoß gegen die Befehle des Marschalls Foch und eine Inkorrektheit dem siegreichen und wohlwollenden Frankreich gegenüber". Der Regierungspräsident v. Winterstein ist zwangsweise über den Rhein abgeschoben worden und die Beamten sollen zum Treueid gegenüber der geplanten neuen Regierung der selbständigen Republik Pfalz gezwungen werden. Die würdige Praxis des Geistes von Versailles. Reichsminister Erzberger hat sofort im Namen der deutschen Regierung eine Protestnote überreichen lassen, in der die Abberufung Gerards und die Rückgängigmachung seiner Anordnungen erwartet wird.

Zu diesen hochpolitischen Sorgen kommt für die bayerische Regierung der lastende Druck der innerpolitischen Lage. Der Erkenntnis, daß das einseitig sozialistische Ministerium auf die Dauer dieser Last nicht gewachsen ist, konnte man sich auch in dessen eigenen Reihen nicht mehr verschließen und man sah sich nach Hilfe von bürgerlicher Seite um. Doch wollte man zunächst das Ergebnis des Parteitages der Mehrheitssozialisten abwarten, der am 25. Mai in Nürnberg tagte. Er hat mit 217 gegen 41 Stimmen der Bildung eines Koalitionsministeriums zugestimmt, in welchem die Sozialdemokraten die Hälfte der Portefeuilles (fünf einschließlich des Ministerpräsidenten), die Bayerische Volkspartei und die Demokraten je zwei Posten erhalten und das Verkehrsministerium Frauendorfer verbleiben soll. Nach Bildung des Kabinetts wird in der nächsten Nummer eine eingehende Würdigung erfolgen.

Christentum und Friedensgedanke.

Von Domkapitular Dr. Eberle, Augsburg.

Bentham sagt in seinen Grundsätzen des internationalen Rechtes: „Krieg ist Unheil im größten Maßstabe."

Von dieser empirischen Wahrheit ausgehend, hat es während des Krieges und besonders nach dem für uns tragischen Schluß des Waffenganges nicht an Stimmen gefehlt, welche behauptet haben, das Christentum habe versagt, weil es den Krieg gepredigt habe. Aber dieser Vorwurf geht von völlig falschen Prämissen aus. Das Christentum lehrt mit keinem Worte den Krieg; es verteidigt nur den Notwehrkrieg.

Christi Lehre vom Krieg kann nicht atomistisch betrachtet werden unter Loslösung aller Schrifttexte vom nährenden Mutterboden der Liebesgesinnung. Wo mit und nach Jesus die Nächstenachtung und die Nächstenliebe als die lex regalis (Jac. 2, 8), als die Zusammenfassung christlich sittlicher Forderungen (Röm. 13, 8) gesehen wird, da ist das Urteil über den Krieg schon gesprochen. Er ist ein Uebel, eine Abirrung vom Königsgesetz. Es hieße aber Christus zu einem weltfernen Schwärmer machen, wollte man verkennen, daß er überall zwar die menschlichen Schwächen verwirft, aber damit rechnet.

Das Problem der sittlichen Erlaubtheit des Krieges zeigt sich in der altchristlichen Kirche.[1])

Wo die Herrschsucht und die Eroberungslust die Dominante sind, auf welche das Kriegslied gestimmt ist, kann man nach Augustinus nur mehr von Raubmord reden (de civ. Dei lib. 4 cap. 6. M. 41, 116). Damit steht der Bischof von Hippo auf einer Linie mit Ambrosius (lib. 1 Off. cap. 29) und Johannes Chrysostomus (hom. 2 sup. 2 ad Cor. in Morali). Nicht anders die Scholastik (Thom. v. Aqu. S. th. II. II. qu. 40 op. omn. Rom. 1895 VIII p. 312. Bes. Antonin von Florenz, Summa p. II tit. I cap. 12 und andere).

Der katholischen Moral ist der Krieg naturrechtlich, wie positivrechtlich nur mit seiner absoluten Notwendigkeit zu decken (c. 3 C. XXIII qu. I). Dabei ist zu betonen, daß die Notwendigkeit nicht etwa utilitaristisch gefaßt werden darf, sondern ausschließlich im Sinne der Rechtskränkung.

Aus der Lehre vom Kriege ergibt sich die christliche Lehre vom Frieden.

Es gibt in der Friedensfrage viele Utopien. Aber es ist keine Utopie, zu verlangen, daß der christliche Geist wieder mehr die Völker durchdringe; dieser christliche Geist ist der Geist des Friedens. Wären die Völker wahrhaft christlich, dann gäbe es keine Kriege. Es ist wahr, es ist überall Kampf im Leben. Aber es ist irreführend, daraus ein Recht ableiten zu wollen. Es ist ebenso wahr, daß überall die Sünde ihre Macht behauptet, und dennoch wird kein verständiger Christ sagen, daraus sei ein Recht für sie herzuleiten. Der christliche Gedanke muß unter der Devise des betlehemitischen Wortes stehen: „Friede den Menschen auf Erden." Freilich nur denen, die eines guten Willens sind. Und daran mangelt es unserer Zeit. Der Satz aus Eccl. 38,8: „Friede Gottes über das Angesicht der Erde", heißt in der Sprache des neuen Testamentes: „Laßt uns dem nachtrachten, was den Frieden fördert" (Röm. 14,19). Das Wort Christi: „Ich bin nicht gekommen, den Frieden zu bringen, sondern das Schwert" (Mt. 10,34) steht damit nicht in Widerspruch, da es sich ja zusammenhanggemäß und nach der verbürgten Auffassung der Exegese auf den Widerspruch bezieht, den die Lehre Christi in allen Kreisen finden wird. Wer die ganze Lehre Jesu Christi in ihren großen und tiefen inneren Gedankengängen und in ihrer nachhaltigen Bedeutung für die Menschheitsgeschichte betrachtet, kann sich des Gedankens nicht entschlagen, daß sie Liebe und Friede zur Grundlage hat und zur Wirkung. Sie will nicht einen faulen Frieden, der das Gerechtigkeitsmoment ausschaltet. Zugleich aber wirkt sie darauf hin, daß die Liebesgesinnung unter den Völkern ihres Zepters wachse, bis der Friede wird. „Habt Salz in euch und Friede unter euch!" (Mc 9,49). Durch das Salz der Weisheit und Heiligkeit wird Friede, denn diese schließen die Menschen enger aneinander. Das Salz ist ja in der Schrift öfter das Bild der Verbindung (3. Mos. 2,13; 4. Mos. 18,19 usw.). Die Weisheit ist nach Jacobus (3,17) friedsam, liebt und gibt Frieden.

Bei aller vernünftigen Würdigung des erlaubten gerechten Krieges, bei aller Abweisung weltferner Schwärmereien muß das Christentum, will es sich seiner Tragweite bewußt bleiben, auf die friedliche Gestaltung der Dinge dringen, denn wo Friede, da ist Christus (Ambr. lib. 10 op. 82 ad Vercellens. eccl.). Uns ist und bleibt im Gegensatze zu der alten an Hobbes sich anschließenden Naturrechtslehre nicht der Krieg, sondern der Friede der Normalzustand, wie der natura integra, so der natura lapsa. Friede ist Basis, Grund, Anfang und Ende der Menschheitsgeschichte.

Die Friedensidee ist so alt wie das Christentum. Besonders Augustinus hat den Frieden im Staatsganzen zu verwirklichen gesucht. Alle Staaten, betont er, sollen erkennen, daß ihr Glück nicht gleichbedeutend sei mit Ausdehnung und Eroberung. Er hat gegenüber der Glorifizierung staatlichen Machthungers und skrupelloser Erfolgspolitik die notwendig präponderierende Stellung der Gerechtigkeit im Staatsganzen nachgewiesen und „das christliche Ideal des Völkerfriedens" gezeichnet (lib. 3 de civ. Dei c. 9 und 4 c. 4 M 41,84). Das ist auch die Auffassung eines Gregor des Großen (p. 3 Past. cap. 1. ad mon. 23. — ep. 31 ad Felic. episc. Sicil.), eines Gregor von Nazianz (or. 20. — ep. 2 ad Clidon.) und vieler anderer. Eine vernünftige Friedensidee durchläuft auch die ganze Scholastik von Bonaventura und Thomas von Aquin bis Gabriel Biel.

Auch müßte hier die mittelalterliche „treuga Dei" erwähnt werden, wie sie Reginbald von Arles, die Bischöfe von Avignon und Nizza und Odilo von Cluny empfohlen hatten. War damit auch nicht viel erreicht, so leuchtet doch der Gedanke durch, daß der Unfriede, die Fehde, etwas dem christlich-sittlichen Ideal Peripheres ist.

Kräftige Ansätze einer Friedensidee im weiteren Sinne finden sich bei Suarez, dem „Doctor eximius" aus der Gesellschaft Jesu (op. Paris 1858 XII tr. 3 disp. 13 praeamb. — XII tr. 3 disp. 13 sect. 1 und 3).

Wir müssen uns immer mehr bewußt sein, daß das Christentum nicht nur für den privaten Gebrauch vorhanden ist, sondern daß es sich betätigen muß im großen Völkerleben, in den Verhältnissen der Völker untereinander (siehe: Görres, die hl. Allianz und die Völker . . . pol. Schr. V p. 47). Darum hat auch Leo XIII. dem 7. Friedenskongreß zu Budapest 1896 sein volles Einver-

---

[1]) Siehe meine Schrift: Frz. Xav. Eberle „Krieg und Frieden im Urteile christlicher Moral". Stuttgart (Kohlhammer) 1914 (in den Veröffentlichungen des Verbandes für internationale Verständigung: Heft 15).

ständnis mit der Friedensidee bekunden lassen. Wie sehr Benedikt XV. sich um den Frieden bemüht hat, ist in aller Erinnerung und wurde widerspruchslos auch von antikirchlicher Seite anerkannt. Der um den Frieden und die Völkerbundsidee verdiente Abgeordnete, Reichsminister Erzberger hat am 2. November 1916 im Deutschen Reichstag eine Zusammenstellung der Bemühungen Benedikts XV. um den Weltfrieden bekanntgegeben. Diese, wie die ganze Geschichte des fürchterlichen Krieges 1914—1918 zeigt, daß der Versöhnungsgedanke keinen konsequenteren Träger hatte, als den Papst. Wie man aber den römischen Stuhl zur Haager Konferenz von 1899 nicht zugelassen hat, was schon damals als eine Beiseitestellung der katholischen Weltanschauung beklagt wurde, so wurden auch die Friedensrufe Benedikts XV. überhört.

Träte an die Stelle der politisch-nationalen Gleichgewichtssysteme, die im Grunde doch nur Egoismussysteme sind, eine christlich-religiöse Unterlage, träte an die Stelle eines völkerverhetzenden Chauvinismus jener wahre Patriotismus, der sein Auge fest auf die Hebung der inneren Wohlfahrt, auf die echten Kulturwerte gerichtet hat, dann stünde zu hoffen, daß bald der Bogen zerbrochen und das Schwert in eine Pflugschar verwandelt wird (Is. 2, 4, Mich. 4, 3).

Aber, wieweit unser Auge reicht, nirgends zeigen sich auch nur Ansätze einer inneren geistigen Umkehr, einer Vertiefung des Christentums, einer Verankerung desselben in das Rechtsleben der Völker, in das Ganglienystem völkischen Daseins. Ja, wir gewahren vielmehr, daß man Papst und Kirche immer noch auszuschalten bemüht ist, daß in unserem eigenen weiteren und engeren Vaterland dem religiösen Leben immer mehr Boden entzogen werden will. Fassen wir die Friedensbedingungen ins Auge, welche die Entente uns auferlegen will, so können wir nur mit tiefem Schmerze gestehen, daß die Aussichten für eine wahre Völkerverständigung, eine Völkerversöhnung, eine Völkerverbrüderung betrübend gering sind.

Obwohl Deutschland im Vertrauen auf die Idee der 14 Punkte Wilsons einen Völkerbund anzustreben bemüht ist und in diesem Sinne den Alliierten einen Völkerbundsentwurf unterbreitet, welcher ehrliche Abrüstung (§§ 40—42 des Entwurfes) und obligatorisches Schiedsgerichtsverfahren (§§ 30—33) vorsieht, hat der sogenannte „Ausschuß der Gesellschaft der Nationen" diesen Friedensanträgen eine negative Antwort zuteil werden lassen. Wo der Geist des Christentums nicht lebendig ist und wirksam, da wird das Wort vom Weltfrieden und vom Völkerbund immer eine Ideologie darstellen. Die Stimme eines englischen Warners gegen den von der Entente diktierten Gewaltfrieden, des Feldmarschalls Sir Haig, scheint den rechten Ton zu finden, wenn Haig bei Uebernahme des Rektorats der St. Andrews-Universität dieser Tage sagte, „nur die helfende Aktion von Religion und Kirche" könne eine Beseitigung der Konfliktstoffe zeitigen und „nur auf dem Boden des praktischen Christentums könne die Lösung des so schwierigen Weltfriedensproblems gefunden werden". Darum erfreut es die katholische Welt Deutschlands zu hören, daß Papst Benedikt XV. laut Bericht der „Tribuna" auf eine diesbezügliche Bitte der Bischöfe in Deutschland bereits geantwortet hat, „er werde Gott bitten, die Staatsleiter, die in diesem Augenblicke die Geschicke Europas in der Hand haben, zu erleuchten". Die „Tribuna" berichtet auch, daß der Papst bereits auf diplomatischem Wege mit den führenden alliierten Regierungskreisen verhandeln lasse.

Losgelöst vom christlichen Gedanken, wird der Welt Anteil immer Krieg und Zerfleischung sein. Die alte Zeit hat wirklich Bankerott gemacht. Der alte Geist war vielerorten der Geist des Materialismus, der immer letzten Endes zur Völkerentzweiung und zur Volkszersetzung führt. Der neue Geist ist in der Hülle des Idealismus und des Freiheitsdranges wiederum doch der Materialismus. Auch in der neuen Gestalt wird er flügellahm im Elend landen und wird die Enttäuschten mit wunden Händen, mit wirrem Kopf, mit kaltem Herzen zurücklassen.

Die Menschen sind Kinder Gottes, nur in ihm können sie Brüder werden. Starke Seelen sind immer verankert in einer großen Idee. Und diese Idee heißt in der Sprache des Christentums: Liebe. Christus und seine Kirche: das ist das Weltumspannende, das ist das Völkerverbindende, das ist der Friede. Gott ist, wie Paulus sagt (2. Cor. 13, 11), der Gott des Friedens.

Zurück zu Gott, zurück zu Christus, zurück zur Kirche! Darin liegen die fruchtbarsten Antriebe zum Völkerbund, zum Frieden. „Die Frucht der Gerechtigkeit wird in Friede gesäet denen, die Frieden halten" (Jac. 3, 18).

Die Pflicht im Wirtschaftsleben.

Von Universitätsprofessor, Unterstaatssekretär z. D.
Dr. Georg Mayr, Tutzing.

II.

Wenn wir des Kapitalbesitzers wirtschaftliche Pflicht untersuchen wollen, müssen wir vor allem das Wesen des Kapitals uns vergegenwärtigen, was um so mehr veranlaßt ist, als gerade in der Gegenwart der Gegensatz zwischen „Kapital" und „Arbeit" besonders zugespitzt wird und bei der Bekämpfung des „Kapitalismus" ganz allgemein ohne Unterscheidung von Gebrauch und Mißbrauch des Kapitals die hohe Bedeutung der Kapitalausrüstung der Volkswirtschaft vielfach ganz übersehen wird. Alles Kapital — Naturalkapital wie Geldkapital — ist überkommener, mehr oder minder dauerbar erhaltener Bestand an Werterfolgen vorangegangener menschlicher Gütererzeugung, der nun selbst zur Förderung weiterer Gütererzeugung dienlich ist. Es stellt recht eigentlich — wie ich in meiner mehrfach erwähnten kleinen Schrift bemerkt habe — die Kristallisation der Kulturentwicklung der ganzen vorhergegangenen Zeit in ihrem Nutzeffekt für die Wirtschaftslage der Gegenwart dar. Ohne Kapital und zwar ohne reichlich gestaltetes und ausgegliedertes Kapital ist ein erfolgreiches Wirtschaftsleben überhaupt nicht möglich. Dabei ist im besonderen, was die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit anlangt, wohl zu beachten, daß ebenso wie die Arbeit das Kapital, so anderseits auch das Kapital die Arbeit befruchtet und deren Gesamtleistungserfolg wesentlich steigert. An sich sind — abgesehen von besonderen wirtschaftspathologischen Zuständen — Kapital und Arbeit durchaus befreundet, nicht verfeindet. Auch ist — was gewöhnlich ganz übersehen wird — wohl zu beachten, daß beim Mittelstand, insbesondere beim Bauern und Handwerker, wie auch bei den Mittelstandsschichten der freien Berufe in weiter Verbreitung die Personalunion eigenen bescheidenen Kapitals mit eigener wirtschaftlicher Kopf- und Handarbeit vorhanden. Man erfaßt den Begriff der Arbeit zu eng, wenn man nur die Lohnarbeit im Sinn einer für fremde Gütererzeugung wirksamen Arbeitsbetätigung erfaßt. Ein wichtiger — auch wenig beachteter — Unterschied im Wesen der Darbietung von Kapital einerseits und von Arbeit anderseits liegt auch darin, daß im allgemeinen — abgesehen von anders geregelten förmlichen Dienstverhältnissen, namentlich der Beamten — die Widmung von Kapital zu fremder Gütererzeugung, sei dabei ein Natural- oder ein Geldkapital verliehen, mehr oder minder als Dauerwidmung für kürzere oder längere Zeitstrecken sich darstellt, während die Widmung von Arbeit für fremde Gütererzeugung, insbesondere soweit die Betätigung der Arbeiterschaft im engeren Sinn in Frage kommt, eine volle nicht weiter verbindliche, aber doch nur auf kurze Kündigungsfrist hin erfolgende Augenblickswidmung ist. Schon darum sind — abgesehen von anderen maßgebenden Einflüssen — die Bedingungen für einen Streik der Arbeiter weit günstiger gelagert, als für einen Streik der Kapitalisten.

Ein Kampf allgemein gegen das „Kapital" ist hiernach ein wirtschaftlicher Unsinn. Was als speziell umgrenzter „Kapitalismus" im Sinn gemeinschädlicher Auswüchse konzentrierter Anhäufung von Privatkapital, die zum Staat im Staat werden kann, als bekämpfenswert sich darstellt, das ist nicht das Kapital an sich, sondern dessen gemeingefährlich gesteigerte Ueberaneignung von Wirtschaftserfolgen der Produktion mit Schädigung insbesondere der Beteiligung des Produktionsfaktors Arbeit an diesen Erfolgen. Solche pathologische Zustände entwickeln sich namentlich dann, wenn beim Vordringen einer anderen Art von neuzeitlichem „Kapitalismus" das gewinnreiche Verwendung suchende Kapital nicht einem schon bestehenden Unternehmer sich zur Verfügung stellt, sondern selbst ein wirksamer Erreger für das Reifen eines bestimmten neuen Unternehmungsentschlusses, namentlich auf dem Gebiet der Industrie und des Handels wird, eine kapitalistische Unternehmungszeugung, die — wie ich an mehrfach erwähntem Ort hervorgehoben habe — ebenso fördernd wie schädigend auf eine gegebene Volkswirtschaft wirken kann. Werden dadurch neue wirtschaftliche Kräfte, die bisher latent waren, entwickelt, dann ist dieser Kapitalismus von segensreicher Wirkung. Fährt er aber wie ein schädigendes Elementarereignis zerstörend in eine friedliche Gruppe wirtschaftlicher Organisationen, die bisher den Zwecken der nationalen Gütererzeugung in sachgemäßer Weise gedient haben, dann kann er zum Schaden werden, und zwar nicht bloß vorübergehend,

sondern dauernd. Darum gibt es auch hier Grenzen des sittlich Zulässigen, deren Ueberschreitung in schweren Fällen die wirtschafts- und sozialpolitische Gesetzgebung durch Schaffung öffentlichrechtlich formulierter Hindernisse zu verhüten veranlaßt sein kann.

Zu der Gestaltung der sittlichen Pflicht der einzelnen Kapitalbesitzer sei in Kürze noch folgendes bemerkt. Erhaltung und Mehrung der nationalen Kapitalkraft ist ein Grundgebot des Wirtschaftslebens. Dabei ist auch Neuzugang von Kapitalbesitzern durch erfolgreiche Ausgestaltung von Boden- und Arbeitsertrag erwünscht, in der Hauptsache aber fällt diese volkswirtschaftliche Aufgabe den schon vorhandenen Kapitalbesitzern zu. Dabei handelt es sich nun im normalen Fall nicht um eine dem Kapitalbesitzer auferlegte Last, sondern um etwas, was ihm so sehr Lust ist, daß man fast zögern möchte, es noch ausdrücklich zum Ausdruck zu bringen, daß die nutzbare Verwendung des Kapitals vom Standpunkt der Interessen der Volkswirtschaft auch eine sittliche Pflicht des Kapitalbesitzers sei. Und doch muß auch dieses Wirtschaftsgebot ausgesprochen werden. Dabei aber ergibt sich für den Produktionsfaktor Kapital noch eine in der nationalen Wirtschaft sehr bedeutungsvolle Verschiedenheit von den beiden anderen Produktionsfaktoren Boden und Arbeit. Das Kapital leistet nämlich in weitem Umfang, zumal in Zeiten der höchsten Anspannung der staatlichen Finanzkraft, wie wir sie jetzt leider erleben müssen, wirtschaftliche Dienste nicht bloß als Förderer der Gütererzeugung, sondern auch in Gestalt der Ermöglichung eines gewaltig gesteigerten wirtschaftlichen Verbrauches als Leihkapital für solche Zwecke, deren Haupttyp die Milliarden der neuzeitlichen Kriegsanleihen sind. Daraus folgt, daß in solchen Zeiten neben den Friedenspflichten des Kapitalisten als Förderer der nationalen Gütererzeugung auch noch die besonderen wirtschaftspatriotischen Pflichten des Darleihers bei staatlichen Schuldaufnahmen in verstärktem Maße treten, während auch schon in der Friedenszeit neben den Darlehen an öffentliche Gemeinwesen zu gütererzeugenden Zwecken, wie z. B. für Eisenbahnbau oder -Kauf auch solche zur Schaffung des Gutes zweiten Grades, das in der nationalen Sicherung durch Heer und Flotte gegeben ist, eine nicht unerhebliche Rolle spielten. Es möge mir gestattet sein, hier von den Pflichten des Kapitalisten, an nationalen Anleihen, welche die Existenz des Staates erheischt, und die allen übrigen Pflichten desselben vorangehen, sich zu beteiligen, nicht weiter zu handeln unter Beifügung nur des kurzen Hinweises darauf, daß in solchen Zeiten der Begehr der normalen Friedensproduktion an Kapitalgewährung erheblich zurückgeht, so daß dem Kapitalisten auch vom Sonderstandpunkt seiner persönlichen Erwerbsinteressen die Beteiligung an der konsumtiven öffentlichen Anleihe wesentlich erleichtert wird.

Hier haben wir uns nun abschließend nur mit den sittlichen Pflichten des Kapitalisten zu beschäftigen, wie ihm solche als Darbieter von Kapital an einen gütererzeugenden Unternehmer erwachsen. Bei der Verwendung von eigenem Kapital in der eigenen Unternehmung kommen soziale Pflichten speziell dieser Kapitalverwendung nicht in Frage; hier bildet die Kapitaldarbietung nur einen Bestandteil der gesamten rationellen und dem Sittengebote entsprechenden Ausgestaltung der Unternehmertätigkeit.

Hiernach haben wir noch kurz zu betrachten, was an sittlicher Pflicht in der Richtung besteht, daß, wie und wo der Kapitalbesitzer sein Kapital als Element der Gütererzeugung gegen Entgelt darbietet.

Daß der Gütererzeugung reichlich Kapital und zwar sowohl eigenes des Unternehmers selbst wie auch fremdes ihm Dargeliehenes zur Verfügung steht, ist ein objektives Erfordernis günstig gestalteter Volkswirtschaft. Damit stimmt aber das subjektive Verlangen des Kapitalbesitzers überein, dessen Eigeninteresse dahin geht, Kapital, dessen Nutzung er nicht auf dem Wege des Darlehens zu Verbrauchszwecken insbesondere mittelst Beteiligung an den Anleihen öffentlicher Gemeinwesen erstrebt, der Gütererzeugung unmittelbar oder mittelbar in Erwartung reichlicher Verzinsung zur Verfügung zu stellen. In typisch bedeutsamer Weise tritt dabei der Kapitalbesitzer namentlich als Aktionär auf. Nur selten wird man Anlaß haben, über Verletzung dieser elementaren Pflicht des Kapitalbesitzers wegen Vernachlässigung angemessener Kapitalwidmung für die Gütererzeugung zu klagen.

Anders steht die Sache, wenn man danach aussieht, wie die Kapitalwidmung erfolgt. Hier kommen nach alter und neuer Erfahrung zwei Arten bedeutungsvoller Grenzen des berechtigten Eigeninteresses des Kapitalbesitzers in Betracht. Wenn der Kapitalbesitzer offen oder versteckt einen Entgelt für die Kapitalgewährung durchsetzt, der unter den Begriff sei es voll der strafbaren oder doch der nach positivem Recht gegebenenfalls noch nicht strafbaren, aber an sie heranreichenden Bewucherung fällt, so liegt die Verletzung einer sittlichen Pflicht des Kapitalbesitzers vor. In diesem Fall ist der Unternehmer, dem Kapital zu Wucherzinsen geliehen worden ist, der Geschädigte. Es kann aber auch die Kapitalanlage in großkapitalistisch organisierter Unternehmung zur Schädigung breiter Massen, sei es von Güterverbrauchern, sei es von den in der Gütererzeugung tätigen Arbeitern, werden, wenn die Macht des Großkapitals, namentlich des koalierten Großkapitals, ungerechtfertigte, einen tatsächlichen Wucherzins enthaltende Verteuerung der erzeugten Güter für den Verbraucher durchsetzt, oder wenn die Kapitalkraft zum Schaden der Arbeiter unter Lohndruck dazu führt, daß ein übermäßiger Betrag des Produktionserfolges dem Kapital und ein untermäßiger Betrag der Arbeit zufällt. In dem einen wie in dem andern Fall liegt eine Verletzung sittlicher Pflicht vor, deren ernstlich formelle Ahndung nur teilweise gelingt, am meisten noch bei der vorerwähnten Wuchererscheinung, die man namentlich in der Kriegswirtschaft, wenn auch nicht mit durchgreifendem Erfolg mit erweiterten Normen strafrechtlich zu erfassen versucht hat. Die zweite vorerwähnte Art der Verletzung sittlicher Pflicht durch die andere Kreise schädigende Erwerbsvordringlichkeit des Großkapitalismus — wie man diese besondere großkapitalistische Erscheinung wohl nennen darf — bereitet der Bekämpfung durch Rechtsnormen erhebliche Schwierigkeiten. Gleichwohl wird die Gesetzgebung gerade der nächsten Zeit nicht umhin können, sich ernstlich mit diesem Problem zu beschäftigen. Wenn man der Ansicht ist, daß der Bodenbesitz in der besonderen Erscheinung als Latifundienbesitz wirtschafts- und sozialpolitisch besonders zu behandeln sei, wird man geneigt sein, gleiches auch für eine gewisse große Kapitalkonzentration zu befürworten. Allerdings ist hier nicht so leicht die Grenze zu ziehen, bei der die freie Wirtschaft in eine mehr oder minder gebundene übergehen sollte, wie bei den Latifundien, für die eine bestimmte Hektarenzahl zu Grunde gelegt werden könnte. Das Kapital liegt auch nicht so offen erkennbar da, wie der Grundbesitz. Eine besondere Großkapitalpolitik ist darum sehr viel schwieriger als eine besondere Großgrundbesitzpolitik. Man wird deshalb nicht umhin können, auf eine besondere selbständige Großkapitalpolitik zu verzichten und den Ersatz dafür durch eine angemessene Unternehmungspolitik, welche die großkapitalistische Ausrüstung der Unternehmer in Behandlung nimmt, zu suchen.

Was den Kapitalbesitz anlangt, so erübrigt nur mehr die Frage, wo der Kapitalbesitzer zur Förderung der Gütererzeugung Kapital widmen soll. Diese Frage hat keine Bedeutung für das fixe, nicht räumlich verschiebbare Kapital, wohl aber für das flüssige, insbesondere das Geldkapital. Für dieses war meines Erachtens zu der Zeit, als ich meine mehrfach erwähnte kleine Schrift schrieb, die Antwort sehr einfach, wenn auch dem ausgesprochenen Freihändler oder — wie man ihn auch nennen kann — dem reinen Weltwirtschaftler wenig sympathisch. Die Antwort lautete: in erster Linie ist die heimische Gütererzeugung zu berücksichtigen, direkt sittlich tadelnswert ist Kapitaldarbietung an einen ausländischen Erwerbszweig, der einen Zweig der nationalen Produktion bekämpft. Weiter konnte ich als positive Ehrenpflicht es bezeichnen, das flüssige Kapital in den Dienst der heimischen Produktion in Landwirtschaft, Industrie, Handel und Verkehr zu stellen, mit besonderer Berücksichtigung auch unserer Kolonialgebiete. Heute ist diese Sonderfrage im Zusammenhang mit den Kriegsereignissen, dem Kriegsausgang und den dadurch eingetretenen, wie namentlich auch infolge der Friedensbedingungen noch eintretenden gewaltigen Kapitalverschiebungen ein Sonderproblem der schwersten Art geworden, das augenblicklich, da die endgültigen Friedensbedingungen und die Art ihrer Erfüllung noch nicht feststehen, vollständig noch gar nicht erörtert werden kann. So viel aber kann heute für den Zweck der hier dem Leser unterbreiteten Untersuchung über die Wirkung flüssigen Kapitals in der deutschen Volkswirtschaft wohl unbedingt hervorgehoben werden, daß diese Volkswirtschaft nach den Schlägen, die sie getroffen haben, zum Wiederaufbau unbedingt die Wirkung des uns noch zur Verfügung bleibenden Kapitals zugunsten der heimischen Gütererzeugung dringend bedarf; denn nur durch reichgestaltete Produktion mit nutzbringender Verwertung der drei Produktionselemente Boden, Kapital und — last not least — der Arbeit, dem wir jetzt uns zuwenden, können die Schläge überwunden werden, die das deutsche Wirtschaftsleben seit dem Kriegsausgang erlitten hat und noch jetzt fortdauernd erleidet.

Strasse am Abend.

Wie den Strom aus tiefen Bergesgründen,
Der, befreit von dunkler Mächte Drang,
Aufjauchzt in umschäumtem Donnergang,
Seh' ich nun die Strasse sich entzünden.

Alles rennt, des Abends Lust zu künden.
Lichtglanz rauscht und sorglos lacht Gesang.
Aus den Kinos lockt der Walzerklang.
Es erwachen Millionen Sünden . . .

Oben droht in wilden Wolkenrissen
Schwarzer Himmel. Was bringt wohl die Nacht?
Wird das All aus seinen Bahnen fliegen?

Da ruft einsam aus dem Ungewissen
Hoch das Goldkreuz auf des Domes Pracht:
„Nur in meinem Zeichen wirst du siegen!"

Theodor Seidenfaden.

Frankreichs Annäherung an den Hl. Stuhl.

Von Friedrich Ritter von Lama.

Seit durch die Beendigung des Krieges für den Hl. Stuhl die Voraussetzung zu der auf Kriegsdauer eingenommenen Neutralität gefallen ist, hat der Vatikan den Schwerpunkt der eigenen Politik mit allem Nachdrucke nach der französischen Seite hin verschoben. Er setzt augenblicklich alles daran, um die französische Regierung zur Wiederaufnahme der Beziehungen zu bewegen und die letzten Hindernisse hinwegzuräumen. Und es sind wirklich letzte Hindernisse, denn das, worauf es tatsächlich ankommt, das Prinzip, ist bereits gefallen. Dieses überraschende Ereignis reicht jedoch bis in das Jahr 1914 zurück; nur hat die Oeffentlichkeit erst in diesen Tagen davon Kenntnis erhalten. Gleichzeitig sind auch von der Gegenseite her starke Kräfte emsig am Werke des Abbaues, während das Uebrige die Macht der weltgeschichtlichen Tatsachen selbst besorgt. Wir haben jüngst gezeigt[1]), wie die Wandlungen der politischen Verhältnisse im Oriente Frankreich mehr und mehr gegen den Hl. Stuhl hindrängen; inzwischen ist noch die Frage der Besetzung der bischöflichen Stühle von Straßburg und Metz, auf die noch näher einzugehen sein wird, dazu gekommen und hat einen weiteren Sieg über die antiklerikale Verbohrtheit Clemenceaus davongetragen.

De Monzie, der Verfasser des Buches „Rome sans Canossa", mit dem ich mich in der Allg. Rundschau Nr. 45 des vergangenen Jahres beschäftigt habe, hat in diesen Tagen vor einer zahlreichen Zuhörerschaft im Saale der Sociétés Savantes die in jenem Buche gemachten Andeutungen in höchst beachtenswerter Weise erweitert und ergänzt und man kann mit Recht von sensationellen Enthüllungen sprechen. Während er früher nur vermuten ließ, die Errichtung der britischen Gesandtschaft beim Heiligen Stuhle stütze sich möglicherweise auf mehr als nur auf die Zustimmung der französischen Regierung und die Gesandtschaft sei möglicherweise auch mehr als nur die Vertreterin der britischen Interessen, gibt er nunmehr offen zu, daß die Initiative direkt von Frankreich ausging. Der Ausbruch des Krieges, so führte er aus, habe dazu beigetragen, Leute, die dem Vatikan vollkommen ferne standen, von der Notwendigkeit zu überzeugen, diesem von neuem die Hand darzubieten. Ermächtigt von Viviani erklärte er, daß dieser in seiner damaligen Eigenschaft als Ministerpräsident und Minister des Aeußeren am 29. Dezember 1914 nicht anstand, England nahezulegen, einen offiziellen Vertreter zum Hl. Stuhle nach Rom zu entsenden, um dort die Interessen der Verbündeten wahrzunehmen. Gleichzeitig und unter dem Zwange der inner- und parteipolitischen Verhältnisse ernannte Frankreich in der Person Charles Loiseaus einen geheimen, offiziösen Vertreter beim Hl. Stuhle. Die Tätigkeit dieses Agenten konnte natürlich auf die Dauer nicht ganz verborgen bleiben und so hat man vor einigen Monaten, da man die wahre Bedeutung nicht einzugestehen wagte, ihn als den künftigen diplomatischen Vertreter Griechenlands beim Vatikan bezeichnet. Clemenceau selbst hat Loiseau für seine Verdienste zum Ritter der Ehrenlegion ernannt. Worin diese Verdienste während einer Zeit, die ganz von dem Gegensatze zwischen Entente und Mittelmächten beherrscht wurde, bestanden, ist heute noch nicht bekannt.

Die bisher zutage getretenen Bemühungen des Hl. Stuhles aus jüngster Zeit seien hier in Kürze zusammengestellt. Das Attentat Cottins auf Clemenceau veranlaßte den Papst, durch Vermittlung Kardinal Amettes in auffallend herzlicher und zuvorkommender Weise seine Glückwünsche auszusprechen. In der elsaß-lothringischen Bischofsfrage war es Kardinal Gasparri, der der französischen Regierung nahelegte, dem Papste seine Kandidaten zu benennen und nach dem Konkordate die Ernennung vorzunehmen. In den ersten Apriltagen äußerte der Kardinalstaatssekretär in der dem „Petit Parisien" gewährten Unterredung, es sei Sache der französischen Regierung, darüber zu befinden, was ihres Interesses sei. Was den Vatikan anlange, habe er es nicht nötig, seine Wünsche zu äußern; jedes Wort in dieser Hinsicht wäre unnütz. Frankreich sei es sich selbst schuldig, direkt und nicht auf der Dienstbotentreppe seinen Einzug zu halten. Am 9. März ist es Benedikt XV. selbst, der bei einer Seligsprechungsfeierlichkeit ausspricht: „Weshalb sollten Wir nicht beifügen, daß Wir Gott danken, daß er Uns eine weitere Gelegenheit geboten hat, Frankreich die Versicherungen Unseres wohlwollenden Interesses zu geben, was sein Glück und seinen Ruhm betrifft?"[2]) Und am 6. April unterstrich er diese Worte noch, indem er sagte, er bedauere es, nur dem Herzen nach Franzose zu sein. Mit dem Franzosen von Geburt harmoniere derjenige, der Franzose dem Herzen nach sei, um Frankreich noch mehr Ruhm und Glück zu wünschen. Man begreift daher, wenn unsere Tagespresse von einer Schwenkung der vatikanischen Politik, von einer Neuorientierung spricht.

Daß Frankreich sich auf dem Wege nach Canossa befindet — trotz De Monzies Theorie —, läßt sich heute nicht mehr leugnen. Ich habe früher einmal warnend ausgesprochen, daß es nicht angeht, in der Wiederanknüpfung der Beziehungen zu Frankreich oder umgekehrt allein schon einen sich gegen uns richtenden Akt zu erblicken, denn der normale Zustand wäre doch jedenfalls, wenn die ganze Welt, d. h. jeder Staat seine eigene Vertretung beim Papste besäße. Erst die Art ihrer Verwendung wäre das Entscheidende.

Nachdem es durch das soeben veröffentlichte Schreiben des Papstes an den Reichspräsidenten Ebert feststeht, daß auch Deutschland im Begriffe steht, in eigene direkte Beziehung zum Hl. Stuhle zu treten, fordert die Lage gebieterisch ein Doppeltes. Erstens, daß nur ein in catholicis, mit der Organisation der Kirche, ihrem Rechtsgebäude wie ihrer Lehre durchaus und gründlichst vertrauter Vertreter bestellt werde, und das kann nur ein Katholik sein. Und zweitens, daß er von Anfang an mit dem vollen Gewichte der Würde aufzutreten vermöge und entsprechend ausgestattet werde, daß es ein Botschafter sei.

[1]) „Allgemeine Rundschau" 1919, Nr. 15, S. 218.

[2]) „Osservatore Romano" vom 10. März 1919.

Rückwärts — aufwärts!

Gedanken zum VII. Kath. Frauentag in Bayern (1. Juni 1919)
Von Ina Neundörfer.

Das Erleben der Gegenwart ist so furchtbar schwer, der Ausblick in die Zukunft dicht verhangen mit grauen Schleiern, daß man versucht ist, die Sinne abzustumpfen gegen das Schicksal und die Augen geschlossen zu halten. Aber das wäre nicht deutsche Art, die offen die Gefahr anblickt und ihr entgegentritt. Das wäre nicht Frauenart, die mit Liebeskraft und der ganzen verfeinerten Empfindungsstärke edler Seelen auch unter allerschwerstem Kreuze zu gehen bereit ist.

Vorwärts schreiten müssen wir; das ist das Naturgesetz allen Lebens und aller Hoffnung. Wir müssen mitschreiten mit der Zeit, selbst wenn ihr Schritt allen Zeichen nach vorwärts-niederwärts geht; wir können sie nicht wie einen Fremden an uns vorübergleiten lassen, ohne daß sie uns, wenigstens äußerlich, berührt. Aber innerlich unserer persönlichen Entwicklung eine aufwärtige Richtung geben, das ist möglich.

Es ist ein Segen des Lenkers der Geschicke, daß das äußerliche Abwärtsschreiten eines Volkes doch nicht letzten Endes sein

Ziel und sein Schicksal unrettbar bestimmt. Dahin, wohin es sich mit den Kräften seiner Seele wendet, dahin wird es gelangen durch die Kraft des Opfers und der Hoffnung.

Ein solcher geistig-innerlicher Schritt soll Deutschland — und in erster Vorkampflinie Deutschlands, Bayerns Frauen — rückwärts-aufwärts führen. Die Negation, die in dieser Zielrichtung liegt, ist nur eine scheinbare. Es darf allerdings kein Rückwärts im Sinne sittlicher und kultureller Verzichte sein, vielmehr ein Rückwärtsschauen auf Zeiten und Vorbilder der Vergangenheit, die, auch unter Prüfungen gebeugt, all jene Kräfte in sich aufgebracht haben, die aus dem Dunkel wieder zum Licht, aus der Tiefe wieder zur Höhe, die aufwärts geführt haben. Ein solcher Blick tut uns heute not; er gibt uns das, was wir jetzt am notwendigsten brauchen: Kraft und Hoffnung.

Kraft und Hoffnung braucht vor allem das Frauengeschlecht. Ihm ist durch die natürlichen Mutter- und Erziehungspflichten von jeher ein wesentlicher Teil der inneren Aufbauarbeit der Völker zugewiesen, — allerstillste, allerverborgenste Aufbauarbeit, aber zugleich auch eine sichere und solide, eine unendlich hoffnungsreiche.

Aus solchen Erwägungen heraus bestimmte der Kath. Frauenbund in Bayern den Leitgedanken seines diesjährigen Frauentages. Ein Ideal, tausendfach gelebt von dem Heer katholischer Frauen, soll zur Erneuerung und zum Wiederaufbau der verlorenen und bedrohten Heimatgüter Baustein an Baustein setzen. „Frauenleben im Geist der ersten Christen". Eine Reihe heldenhafter, tugendstarker Frauengestalten zeigt dieser rückwärtige Blick. Alles was groß und kraftvoll, was an Heroismus und aufbauenden positiven Kräften im Leben dieser ersten Christinnen war, müssen wir Frauen der Gegenwart in unsere Zeit hereinholen. Solchen Besitz zu erwerben kann kein Feind verbieten, kann keine Diktatur unterbinden. Geistige und sittliche Werte stehen außerhalb des Bereiches von Rachedurst und brutaler Gewalt. Hierin bleibt selbst ein besiegtes, tief gedemütigtes Volk noch frei und unabhängig. Gerade hier sind auch die Keime des Wiederaufrichtens aus Knechtung und Korruption.

Wir deutsche Frauen als gleichberechtigte Bürger des neu sich bildenden Staatswesens sind mitverantwortlich für jede Form der Aufbauarbeit. Gemäß der Eigenart unserer Psyche und unserer Kraft tragen wir mit herzu an den Bausteinen unseres staatlichen und wirtschaftlichen Lebens, unserer nationalen Existenz. An die Quader der Fundamente jedoch wollen wir selbst uns mit hinein in die Tiefe stellen. Auf der Kraft unserer Schultern, der Treue unserer Herzen, der Dienstbarkeit unserer Hände und der Reinheit und Opferstärke unseres Frauentums sollen Heimat und Vaterland, Kirche und Familie geistig neu erstehen.

Zu diesem aufwärtigen Ziele schauen wir rückwärts auf leuchtende und auf schlichte Vorbilder unseres Geschlechtes: auf die Seelengröße und Leidensstärke Mariä, der Mutter unseres Herrn, auf Seelen voll Liebesglut und heiligender Reue wie Magdalena, auf Gattinnen wie Claudia Procula und Schmerzensmütter wie Monika; wir sehen Ideale der Witwenschaft in Thabita, Heldinnen des Glaubens und der Reinheit in Agnes und Cäcilia; wir bewundern in Priszilla eine Freundin voll Großmut und Treue, demütige Dienerinnen des Heiligtums in Lydia und Phöbe, in Katharina von Alexandrien die Meisterin der Wissenschaft, in Pudentia, Praxedis, Domitilla Vorkämpferinnen des sozialen Ausgleichs u. a.

Indem wir mit diesem rückwärtigen Blick unsere Ideale und Vorbilder für die Aufgaben der Gegenwart suchen, finden wir Gelegenheit, urchristliches Leben kennen zu lernen und uns eingehender mit ihm zu beschäftigen. Und dies Vertrautwerden mit den Persönlichkeiten und dem Geist des christlichen Altertums soll mit eine Anregung und eine Frucht des diesjährigen Frauentages sein. Jene Frauen konnten als die Ersten unseres durch Christus erlösten Geschlechtes die bis dahin gefesselten Kräfte regen, ihre Talente entfalten und alle Schätze von Frauengüte weiter ausstrahlen. Die freie und gleichgeachtete Christin hatte andere Lebensziele und Möglichkeiten als die Sklavin, als die niedrig gewertete Knechtin des Mannes.

Wir Frauen der Gegenwart haben um dieser unserer besonderen Erlösung durch Christus willen gerade in der Jetztzeit eine schwerverpflichtende Dankesschuld abzutragen. Unsere Glaubensinnigkeit, unsere Sittenstärke und unser Apostelgeist sollen als ein machtvolles Bollwerk sich dem Neu-Heidentum entgegenstemmen, in das die Welt mehr und mehr versinkt. Wir müssen mit den Zinsen jenes Talentes wuchern, das der Herr uns geschenkt.

Ein Leben im Geist der ersten Christen würde die Frauenwelt zurückführen zu Schlichtheit der äußeren Lebensformen, zu bescheidenen Ansprüchen an Lebensgenuß und Sinnesfreude, zu Pflichttreue und christlichem Gemeinschaftssinn, zu Nächstenliebe und Glaubensmut. Und dies bedeutete Rettung und Aufstieg für unsere Zeit der Schwäche und des Niedergangs. Der Blick nach rückwärts würde aufwärts führen.

Eine Zentenarerinnerung der deutschen Missionsgeschichte.

Von Universitätsprofessor Dr. Aufhauser.

Iroschottische Mönche waren seit dem 7. Jahrhundert nach dem europäischen Festlande gekommen zur Missionierung der heidnischen germanischen Völker. Größerer Erfolg als ihnen war ihren angelsächsischen Mitbrüdern beschieden, die den größten Missionar unter den germanischen Völkern als den ihrigen rühmen dürfen, Wynfreth, den edlen Angelsachsen aus Kirton im südwestlichen Wessex, zwischen 672 und 680 geboren, in den Benediktinerklöstern Adescancastre (Exeter) und Nhutscelle (Nhutshalling) erzogen. Von heiligem Glaubenseifer beseelt, vertauscht er, ein echter Sohn der angelsächsischen Rasse, seine Tätigkeit als Vorsteher der dortigen wissenschaftlichen Klosterschule (unter dem gelehrten Abt Wynberth) mit der Missionsarbeit. Im Frühjahr 716, also in der Vollkraft seines Mannesalters, beginnt er das Werk bei den Friesen; doch deren Fürst Radbod zeigte wenig Liebe; Herbst 716 oder im folgenden Jahre kehrt Wynfreth nach Nhutscelle zurück, doch nicht um von dem Missionswerk für immer Abschied zu nehmen, dies vielmehr auf tiefere, stärkere Grundlage zu bauen. Mit einem Empfehlungsschreiben des Bischofs Daniel von Winchester begibt er sich Spätherbst 718 nach Rom. In seinem Glaubens- und Sittenleben wohlbewährt und einer hohen Aufgabe für würdig befunden, bestellt ihn Papst Gregor II. mit Sendschreiben vom 15. Mai 719 zum Glaubensprediger bei den Heiden. Die Urkunde lautet:

„Gregor, Knecht der Knechte Gottes an den frommen Priester Bonifatius.[1])

Der uns wohlbekannte Eifer deines frommen Vorhabens, das mit Christus heilig in dir lodert, und die erprobte und zuverlässig verbürgte Kunde von deinem reinen Glauben bestimmt uns, dich in der Ausspendung des Wortes Gottes, deren Fürsorge uns durch Gottes Gnade obliegt, zum Gehilfen anzunehmen. Wir haben ja in Erfahrung gebracht, daß du von Kindheit an für den geistlichen Stand erzogen wurdest[2]) und heranreifend deine gute Anlage in Vermehrung des dir vom Himmel anvertrauten Talents[3]) in stetem Aufblick zur Liebe Gottes dahin ausweitest, die Gnade der Erkenntnis des Wortes Gottes zur Uebung heilbringender Predigt in eifrigem Wagen zu nützen, ungläubigen Völkern das Geheimnis unseres Glaubens zu verkünden. So freuen wir uns denn deiner Glaubensstärke und wünschen, Förderer der dir verliehenen Gnade zu werden.

Du hast den frommen Drang deines Vorhabens in vorsichtigem Bescheiden dem Ratschlusse des Apostolischen Stuhls unterbreitet, um als Glied vom Gliede[4]) deine gute Gesinnung zu bewähren, während du das Haupt des eigenen Körpers suchst und in demütiger Unterwerfung unter das Urteil dieses Hauptes und treuer Befolgung seiner Weisung die festgefügte Zusammengehörigkeit zu ihm zu erhärten. Deshalb haben wir im Namen der unteilbaren Dreieinigkeit und kraft unverbrüchlicher Vollmacht des heiligen Apostelfürsten Petrus, dessen Lehre wir hüten und verwalten und dessen heiligen Sitz wir einnehmen, deine bescheidene Ergebenheit berufen und beauftragen dich: Wohin du immer mit dem Worte der Gnade Gottes und dem heilbringenden Feuer, das in dir lodert, das zu spenden der Herr auf Erden gewandelt ist[5]), in Gottes Geleit kommen magst, zu Völkern, die noch im Banne des Unglaubens festgehalten sind, dort den Dienst des Reiches Gottes in Anrufung des Namens unseres Herrn Jesus Christus durch Verkündigung der Wahrheit auszuüben und im Geiste der Tugend, Liebe und Mäßigung die Heilslehre des alten und neuen Testamentes in einer den unbelehrten Gemütern angepaßten Weise zu verkünden.

Es ist unser Wille, daß du darauf bedacht seiest, die Spendung des Sakraments zur Aufnahme derer, die mit Gottes Hilfe sich belehren

[1]) Vgl. S. Bonifatii et Lulli epistolae, ed. M. Tangl, Berlin 1916, S. 17; die Briefe des hl. Bonifatius in Auswahl übersetzt und erläutert von M. Tangl, Leipzig 1912, S. 6. — Der Name Bonifatius begegnet uns in diesem Sendschreiben zum ersten Male, vielleicht in Anlehnung an den Heiligen des vorhergehenden Tages (14. Mai Bonifatius M.)

[2]) Vgl. 2. Tim. 3, 15. Vgl. die Lebensbeschreibung des Heiligen, verfaßt von Willibald.

[3]) Vgl. Mt 25, 15.

[4]) Vgl. 1. Cor. 12, 27.

[5]) Vgl. Lc. 12, 49.

sollten, genau nach Vorschrift und Uebung des heiligen apostolischen Stuhles, in der du schon unterwiesen bist, vorzunehmen. Wenn du sehen solltest, daß dir an deinem begonnenen Werke irgend etwas gebricht, wirst du Sorge tragen, es nach bestem Vermögen uns zu melden. Lebe wohl!

Gegeben an den Iden des Mai im dritten Jahre der Herrschaft Leos[1], des frommen, erhabenen, von Gott gekrönten, großen Kaisers, im dritten Jahr nach seinem Konsulat, in der zweiten Indiktion."

Was Bonifatius klar erkannt, daß nur ein mit der römischen Mutterkirche eng verknüpftes Missionswerk dauernden Erfolg bringen kann, bleibt jetzt das Ziel seines Lebenswerkes. In Thüringen, bei den Friesen, Ober- und Niederhessen arbeitet er nun, das Christentum teils zu vertiefen, teils erst zu begründen (719—32), mutig fällt er bei Geismar die Donarseiche, um aus ihrem Holz ein Kirchlein zu Ehren des hl. Petrus zu zimmern. Am 30. November 722 in Rom zum Missionsbischof (mit Ablegung des Gehorsamseides gegen den römischen Stuhl) geweiht, wird er 732 zum Missionserzbischof, gleichfalls ohne festen Sitz, 739 zum Legaten des römischen Stuhls für Deutschland ernannt, erhält er 747 einen festen Sitz in Mainz.

Die Periode seines Lebens von 732—47 widmet er im Auftrage des Papstes der Organisation der bayerischen (Bistümer Passau, Regensburg, Salzburg, Freising), thüringisch-hessischen (Büraburg, Würzburg, Erfurt) und fränkischen Kirche, und der Reformation des Kirchenwesens von den Fehlern der iroschottischen Mission (zu starke Betonung des klosterhaft-asketischen Charakters ohne größere Organisation einer geordneten bischöflichen Verfassung und den der Kirchenvorschrift widersprechenden Mißständen des fränkischen Kirchentums (Duldung der Priesterehe, Verweltlichung der Kirchengüter) (742 das concilium germanicum, 743 Synode zu Estiennes für Austrien (Karlmann), 744 zu Soissons für Neustrien (Pippin), 745 und 747 Synoden für beide Reichshälften.)

Trübe Erfahrungen, mehr noch wohl innere wahrste Berufserfassung bestimmte den 80jährigen Greis, Pippin und Stefan um Enthebung vom bischöflichen Amte in Mainz zu bitten. Hatte 717 sein Missionseifer die Wahl zum Abt als Nachfolger Wynberths, später die Nachfolgeschaft Willibrords auf dem bischöflichen Stuhle zu Utrecht ausgeschlagen, so führte ihn dieser heilige Missionseifer nochmals zum Friesenland, wo er am 5. Juni 754 mit 52 seiner Gefährten den Missionsmartyrertod erleiden sollte.

Als wahrer Missionär und großer Organisator hatte Bonifatius seinem Missionswerk in den Klöstern Amöneburg, Ohrdruff, Fritzlar, Tauberbischofsheim, Kissingen, Ochsenfurt, Fulda (12. 3. 744 gegründet), Heidenheim, in Bayern Altaich und Benediktbeuern dauernde Stützpunkte, in seinen angelsächsischen Mönchen und Nonnen (Lul, Deneharb, Burchard, Wigbert, Sola, Witta, Wunibald, Willibald, Eobean, Lioba, Chunihild, Chunitrud, Berthgit, Walpurgis, Thekla), dem Franken Gregor, dem Bayern Sturm treueste Mitarbeiter gegeben. Sein eigenes Lebensbild tritt uns als ausgereifte christliche Persönlichkeit, beseelt von heiligem Glaubenseifer und glühender Heimatsliebe, von treuester Fürsorge für sein Missionswerk aus seinen Briefen entgegen.

Möge diese Zentenarerinnerung aus dem Leben des größten angelsächsisch-deutschen Missionars aller Zeiten die Glaubensfreude und Liebe derer stärken, die sein Lebenswerk, das Christentum Deutschlands, heute in den Stürmen der Revolution einer Neuordnung seiner äußeren Lebensbedingungen entgegengehen schauen.

[1]) Leo der Isaurier, 25. März 717 bis 18. Juni 741 (üblicher formelhafter Kanzleistil bei der Datierung päpstlicher Urkunden).

Kreuz und quer-Gedanken.

Von Friedrich Koch-Breuberg.

Um Mitternacht saßen die Wahrheit, der gesunde Menschenverstand, die Freiheit, die Gerechtigkeit und andere Schemen bei Sumego und veranlaßten ihn, die Beobachtungen in München während der letzten Wochen zu erzählen.

Ehe er begann, drückte er sein Beileid aus, denn die Astralleiber der Fragenden befanden sich in einem schauerlichen Zustand. Besonders die Freiheit und die Menschlichkeit waren böse zugerichtet, denn, wie es schien, hatten sie fortwährend Peitschenhiebe ins Antlitz erhalten. Der Gerechtigkeit waren die Arme verstümmelt und dem gesunden Menschenverstand fehlte der Kopf.

Du hast also gar nicht vorausgesehen, daß eine vierte Revolution, die in Isar-Athen die Kommune errichten wollte, ausbrechen würde? fragte die alte, bis zur Unkenntlichkeit zerschundene Moral.

O, doch! Zwar nicht politisch berechnend, aber als ein entsetzter Zeuge, erwiderte Sumego und teilte mit: Als ich acht Tage vor Ausbruch dieser letzten Revolution vormittags aus der Herzogspitalkirche trat, gingen zwei Bürschlein in Uniform vorüber und der eine rief gegen das den Münchenern so teuere Heiligtum gewendet im frechsten Ton: Die nächst' Woch' machen wir da draus a —![1]) Das Lachen des anderen ungefähr 18jährigen Bengels war unbeschreibbar zynisch. — Warum gerade in der nächsten Woche? fragte ich mich und dachte weiter: Sollte in der sich etwas ereignen, was ähnlich vertierte Menschen ersehnten? Trotz der unglaublichen Roheit klang dennoch eine wilde Energie aus diesen Stimmen. Viele Menschen hatten neben mir die Kirche verlassen und sie hatten anscheinend nichts gehört. Waren sie vielleicht in dem ehemals so kunststolzen Isar-Athen an dergleichen Roheiten schon gewöhnt? Ich betrachtete die Mienen und brummte „Stumpfsinn" vor mich hin.

Nun warf der gesunde Menschenverstand ein: Daß dich solches doch wundert? Erinnere dich, daß die Gattin eines sehr berühmten Deutschen, wenn sie Freitags Abstinenz üben sollte, vor ihren Dienstboten ärgerlich sagte: Ach — wegen eines Juden! — Der Jude war aber Christus! Erinnere dich, daß ein früher bekannter Maler sich einst vergaß, als du meintest, es sei morgen Feiertag, und er dich fragte: Feiertag? Ach ja — wegen einer alten Jüdin! Die alte Jüdin war aber die Mutter Gottes! Und du wunderst dich über die Roheit eines Spartakistenjünglings und hast doch Jahre hindurch die Blasphemien von Gebildeten anhören müssen! Sollte man nicht an Sittenvergiftung von oben nach unten glauben?

In der Geschichte sind umgehende Bestrafungen der Blasphemien verzeichnet. Man rechnet sie jetzt zu den Sagen, nahm Sumego das Wort und erzählte: Ein auf dem Fuße folgendes Strafgericht trat einst in Salzburg ein, das mir Augenzeugen noch vor wenigen Jahren bestätigt haben. Als das Dogma der unbefleckten Empfängnis verkündet worden war, erging sich beim Wein in den „Alliierten"[2]) ein verärgerter reicher sogenannter Gebildeter in unerhörten Schmähungen. Darauf bestieg er sein Pferd und ritt im Schritt nach dem Nonntal. Dort steht eine Säule, die nach Janusart zwei Pietas trägt. Ohne jeden Anlaß machte das sonst fromme Pferd plötzlich einen Satz und warf seinen Reiter so gegen das Steingebilde, daß er an ihm mit dem Kopfe anschlug und einen tödlichen Schädelbruch erlitt. Stände das im Plutarch, die Leute würden es vielleicht glauben, allem aber, was nur im geringsten zur Religion Beziehung hat, versagen sie den Glauben.

Nun warf die Wahrheit ein: Und hast du nicht früher mitangehört, was Spiritisten, was Okkultisten für glaubwürdig erklären? Hast du nicht Augenzeugen, Mitanwesende gesprochen, die dir unerklärbare Vorkommnisse mitteilten? Die Wunder Jesu deuteln sie aber in ärztliche Kenntnisse um und einen Antonius verkleistern sie mit dem Sarkasmus kirchenfeindlicher Spötter. Weil der Latinismus der heißblütigen Italiener beim Anrufen unserer Heiligen Fetischbitten für irdische Wohltaten lallt, wird absichtlich das Kind mit dem Bade ausgeschüttet und Spott und Unglaube feiern Orgien. Niemand denkt an die Lästerworte des Schächers zur Linken. Als Lausbuben vornehmer Eltern in einem Institut eine geweihte Hostie verunehrten, sprach man verächtlich von einer Oblate und ersah den Beweis, daß Mehl eben Mehl sei und Mehl sich nicht zu rächen verstehe. Dennoch hat sich das göttliche Mehl gerächt, nur sprach man nicht darüber, weil die Indifferenten die Schandtat längst vergessen hatten. Gott ist eben ein langsamer Zahler. Jetzt — da der Großteil der Fürsten Land und Thron verloren hat, tauchen die Erinnerungen an das Fluchbelastete in der Geschichte der Dynastien auf. Nicht an Rasputin, an andere Wahrsager sollte man denken, man müßte den Tatsachen nachgehen, die in sich selbst den Fluch enthielten.

Ehre Vater und Mutter! rief nun die Gerechtigkeit und nahm das Wort: Hat nicht Schiller in den „Räubern" das Beispiel eines verworfenen Sohnes gezeichnet? Es gab auch Giftmischer und Meineidige. Hat nicht ein Hohenzoller dem sterbenden Vater geschworen, daß er dem alten Glauben treu bleiben wolle, und wie hat er kurz darauf gehandelt? Mußte sich nicht der Segen des sterbenden Vaters in Fluch verwandeln — in einen Fluch, der erst im Jenseits sich gebar? Und betrachtet die Geschichte der englischen Könige. In der Familie der Tetrarchen findet man kaum so viele Mörder am eigenen Blute! Und wie das Raubtier im Menschen zur Zeit der Zäsaren Orgien feierte, wütete es später im mildscheinenden Mantel fortschreitender Kultur fort. Mensch bleibt eben Mensch und Kultur allein ist höchstens äußerer Lack. Was haben die Erfinder, die Techniker, die Künstler seit der Schreckensherrschaft von 1789 nicht alles geleistet und blieb sich das Volk im einzelnen Individuum nicht gleich? Sehet nach Rußland, nach Ungarn, sehet in den letzten Tagen nach München! Die gleiche Raubgier, die gleiche grausame Mordlust! Sind das die Errungenschaften, die uns der von der Loge verheißene Fortschritt brachte? Die Politur des Materiellen schreitet fort, der Mensch bleibt stets der gleiche Egoist, wenn ihn nicht ein höheres Ziel veredelt. Es ist wahr, daß seit Jahrhunderten eine psychische Schlackenkruste die ganze Menschheit zu begraben schien. Wenige waren und sind auserwählt und, wenn sie von Zeit zu Zeit ihr „Zurück zu Gott!" erschallen ließen, wurden sie und sind sie verspottet! Gott ist eine abgetane Sache, riefen jetzt sogar pflügende Landleute, die doch Gott

[1]) Bordell mit der gemeinsten Bezeichnung war gemeint.
[2]) Damals erstes Hotel in Salzburg.

aus jeder fruchtbringenden Scholle, aus jedem segnenden Sonnenstrahl, aus jedem Hagelsturm erkennen könnten.

Es trat eine Pause ein und nun fragte Sumego: Was haltet ihr dafür: kann Deutschland je wieder gehoben werden?

Betet und arbeitet! gab der gesunde Menschenverstand barsch zurück.

Da erhob sich die verstümmelte Gerechtigkeit, trat an ein Fenster und öffnete es. Am Dache des Hauses, in dem Sumego wohnt, ist eine Telegraphenleitung angebracht und soeben wurden der Schriftleitung einer Tageszeitung die in Versailles festgesetzten Friedensbedingungen depeschiert. Die Schemen lasen die Funken ab und verstanden sie, was natürlich Sumego versagt blieb. Besorgt blickte er auf seine nächtlichen Gäste, die Entsetzliches zu vernehmen schienen.

Wehe dir — ein Deutscher zu sein! rief der gesunde Menschenverstand und vor den Augen Sumegos zerstob er in Milliarden von Nullen, die wie Seifenblasen barsten.

Ward je ein Volk so bestraft? Ward je ein Volk so versklavt? Wehe mir — im Munde Wilsons zu sein! schrie die Freiheit und zerfloß wie Eis an der Sonne.

Während die Gerechtigkeit in sich selbst versank, ächzte sie: Wehe dem Nachwuchs jetzt tanzender Deutschen! Imperialisten und russische Peitschen hat er zur Wahl — hat er zur Qual!

Wahnsinn — wo bist du? Irrsinn — wo bleibst du? rief Sumego, der sich nun allein sah.

Der? — Er hat in Versailles wichtige Geschäfte, kreischte eine am Fenster vorübersurrende feurige Fledermaus und Sumego erkannte in ihr den Satan der Rachsucht und des Hasses.

Doch am nächtlichen Himmel glitzerte in der Ferne ein Stern. Aus seinen feinen Strahlen wob sich ein goldenes Band mit der Inschrift Zurück zu Gott! Dann kehrt auch Sankt Michael wieder!

Vom Büchertisch.

Dr. Friedrich Wichtl, Nationalrat, Freimaurerei, Weltrevolution, Weltrepublik. Eine Untersuchung über Ursprung und Endziele des Weltkrieges. J. F. Lehmanns Verlag, München 1919, 204 S., geh. 5 ℳ und 10 Proz. Teuerungszuschlag. „Die Klerikalen haben wahrlich genug getan auf diesem Gebiete, um die Bevölkerung (über die Freimaurerei) aufzuklären: wenn ihnen nicht geglaubt wurde, ist es zum großen Teil unsere eigene Schuld“ (S. 188). Nun mußte ein Buch geschrieben werden „von einem deutschbewußten Politiker, nicht von einer Seite, die man als „klerikal“, „ultramontan“ oder „jesuitisch angehaucht“ verdächtigen kann“, sagt W. zur Begründung der Veröffentlichung seiner Arbeit. Wir begrüßen diese Schrift, indem wir hoffen, daß sie auch dort gelesen wird, wohin Bücher von katholischen Autoren und Verlegern keinen Zutritt haben. Der Verfasser, der sich allerdings erst seit kurzem mit diesem Thema beschäftigt, auch die Literatur nicht streng systematisch verarbeiten konnte, gibt dennoch eine verläßige Einführung in die Verbreitung, Ziele und Tätigkeit der Logen der gesamten Welt. Die Darlegung hat zu ihrem Mittelpunkte den Nachweis, daß die Freimaurerei, die ja den Sturz von Monarchie und Religion und die Aufrichtung einer atheistischen Weltrepublik erstrebe, schon lange gegen die monarchischen und im allgemeinen konservativen Mittelmächte zum Kriege hinarbeitete, und als dieser da war, immer mehr Feinde gegen uns geführt hat. Als besonders interessante Punkte seien herausgegriffen: Einfluß des Judentums in der Loge, die weltumspannende politische Betätigung des Geheimbundes, Charakteristik der englischen Maurerei, welche nach echt angelsächsischem Geiste die Welt ihrem Vaterlande dienstbar zu machen bestrebt ist, ausschlaggebende Bedeutung der Loge in Nordamerika, das Streben, die Sozialdemokratie als Hilfstruppe zu gebrauchen, die schwankende, zweifelnde und unsichere Haltung der deutschen Maurerei. Wir halten die Ausführungen und Schlußfolgerungen des Buches für beweisend, auch die Annahme als gesichert, daß der unter Mitwirkung oder auf Anstiftung des Großorients in Paris vollzogene Mord des Erzherzogs Franz Ferdinand vor der Ausführung Kohn, dem jüdischen Großmeister der Eklektiker und Geschäftsführer aller deutschen Maurer, bekannt gewesen ist. Unbedacht ist wohl die Bemerkung auf S. 47, die gewissermaßen eine Erklärung für den Satansdienst italienischer Logen darin sieht, „wenn die Vernunft, wenn die Ergebnisse freier Forschung und Wissenschaft als Teufelswerk verschrien werden.“ Sollte hier die nach dem Texte naheliegende Beziehung auf die katholische Kirche gemacht werden wollen, so ist zu sagen, daß diese niemals, auch nicht im entferntesten, auf diesem Standpunkt gestanden ist. Das ganze Buch legt Zeugnis dafür ab, wie die Loge gerade die katholische Kirche, insbesondere das Papsttum, bekämpfte, wie aber auch diese die übernatürliche Religion schützten, während die Maurerei „in ihren Reihen eine große Zahl protestantischer Geistlicher besitzt, die in führender Stellung, als Stuhlmeister usw., tätig sind“ (S. 41). Wir empfehlen die Schrift gerade für die Jetztzeit, wo auch Deutsche sich gleichsam überbieten, die ganze Schuld am Weltkriege dem eigenen Volke und seinen früheren Fürsten aufzubürden.

Dr. J. Hoffmann.

Beiträge zur Philosophie und Paedagogia perennis. Festgabe zum 80. Geburtstage von Otto Willmann. Gewidmet von seinen Freunden und Verehrern J. Albrecht, Th. Czermak, J. Donat, J. A. Endres, M. Grabmann, G. Grunwald, C. Hohenlohe, R. Hornich, W. Kammel, F. Krus, A. Pichler, E. Rolfes, F. Schindler, J. B. Seidenberger, E. Seydl, J Stiglmayr, W. Toischer, Chr. Willems, J. J. Wolff. Herausgegeben von Dr. Wenzel Pohl. 8° 304 S. Mit einem Bildnis O. Willmanns. ℳ 24, geb. ℳ 26. Freiburg, Herder 1919. Im Geleitwort zu dieser Festgabe erinnert Bischof Groß von Leitmeritz an die Worte Graf Hertlings: „Ein wissenschaftlich gebildeter Mann, der seinen Glauben kennt und bekennt, wirkt mehr als viele Bände Apologetik.“ Willmanns Leben und Schaffen bestätigt es. Eine kurzgefaßte Uebersicht samt gründlicher Zusammenstellung seiner Werke bietet der Aufsatz des Herausgebers S. 299 ff. In den Rahmen der Zeitgeschichte wird Willmanns Tätigkeit eingefügt durch die prächtigen Ausführungen Professor Pohles über „Drei Jubiläen“: Vierzig Jahre seit dem Erscheinen der Enzyklika „Aeterni Patris“. Fünfundzwanzig Jahre seit dem Erscheinen des grundlegenden Bandes von Willmanns „Geschichte des Idealismus“. Achtzigster Geburtstag Willmanns. Die weiteren Beiträge über Einzelfragen der philosophia und paedagogia perennis beleuchten die Bedeutung der von Willmann mit seltenem Eifer gepflegten Wissensgebiete und würdigen zugleich die hohen Verdienste des im begnadeten Alter noch immer rastlos tätigen Forschers.

O. Heinz.

Herz Jesu, unsere Hoffnung. Herz-Jesu-Gebet- und Gesangbuch. Herausgegeben von Pfr. Adolf Pitynek. Mit kirchl. Druckerlaubnis. Ratibor 1919. Reinhard Meyer, Katholische Verlagsanstalt. Mehr als je erfordern die heutigen zerfahrenen und traurigen Zeitverhältnisse die Einigkeit aller jener, die guten Willens sind. Diese Einigkeit vermag aber gewiß Jener herbeizuführen, der einst zum Vater aller Menschen so innig gebetet hat, daß „alle eins seien“ — Christus unser Herr. Dieser Gedanke bewog den Verfasser zur Herausgabe seines Herz-Jesu-Gebet- und Gesangbuches. Ich kann unbedenklich erklären, daß dies das vollständigste Herz-Jesu-Gebet- und Gesangbuch ist von allen, die mir je zu Gesicht gekommen. Es enthält 33 gehaltvolle, belehrende und erbauende Betrachtungen über die Herz-Jesu-Verehrung (ebenso geeignet zu Lesungen für den Monat Juni als verwendbar zu gediegenen Herz-Jesu-Predigten), viele innige und kernige Gebete, teils alte aus den Schriften der Heiligen, teils neue, wohl die Früchte eigener Betrachtungsstunden; es sind ferner darin zu finden die Familienweihe ans heiligste Herz Jesu, die Ehrenwache des heiligsten Herzens, Herz-Jesu-Bruderschafts-Andachten samt Belehrungen, Novenen, 33 Herz-Jesu-Lieder usw., kurz alle Andachten, die ein Verehrer des göttlichen Herzens Jesu sich nur wünschen kann. Trotzdem ist „Herz-Jesu, unsere Hoffnung“ kein Spezial-Buch bloß für Herz-Jesu-Verehrer, im Gegenteil: da dieses Buch eine reiche und praktische Auswahl von Gebeten, Andachten, Liedern usw. für das ganze Kirchenjahr bringt, wird es zu einem überaus praktischen Gebetbuch für jeden Stand und jedes Alter und eignet sich darum sehr gut zu Geschenkzwecken, z. B. für Erstkommunikanten, Firmlinge, Brautleute usw

Pfr. Kirchner.

Bühnen- und Musikrundschau.

Schauspielhaus. Die Direktorin folgt dem Rate ihres Kollegen im Vorspiel des Faust. Wer vieles bringt, wird manchem etwas bringen. Nach Raimund und Tolstoi nun Molière und ein zeitgenössischer Italiener. (Gegen den klassischen Lustspieldichter Frankreichs wird niemand etwas einwenden wollen, dagegen erscheint es, um dies nebenbei zu erwähnen, als ein beschämender Mangel an nationalem Taktgefühl, wenn man just in diesem Augenblicke auf einer Varietébühne, auf der man aus unbekannten Gründen in letzter Zeit Komödie spielt, einen verwegenen französischen Schwank gibt und, nach den zahlreichen Wiederholungen zu schließen, damit den Geschmack vieler trifft!) Wie in seinen ersten Gaben zeigte auch bei Molière das Theater der Körner eine szenische Ausstattung, die künstlerisch befriedigen durfte und sympathisch berührende Einfachheit des Bühnenbildes mit farbigem Reiz verband. Man gab „Die Allzufeinen“ in einer auf eine strengere sprachliche Formung verzichtenden Verdeutschung von L. Wolde. Das Publikum unterhielt sich vortrefflich, schien sich jedoch mehr an die äußere Komik des als galanten Marquis verkleideten Dieners zu halten, als daß es sich mit den historischen Voraussetzungen der Satire in allen Einzelheiten vertraut gezeigt hätte. Herr Koch erwies sich als eine komische Begabung. Die preziösen Damen hielten sich auf mittlerer Linie; die Art und

Weise aber, wie die eine die Röcke hebt, um dem Publikum ihre — Beine zu zeigen, ist man selbst in der Operette nicht gewohnt. Das „Haus Molières" und die Kabaretts des Montmartre liegen weit auseinander. Man sollte die Grenzen nicht verwischen! Ein Beispiel, wie man selbst Pikantes in den Formen guten Geschmackes spielt, gab Frau Körner in der Hauptrolle von Roberto Braccos Komödie „Untreu". Sie spielte mit viel Anmut und „mondänem" Reiz und holte aus dieser Partie alle Möglichkeiten ihrer nüancenreichen Kunst heraus. Das Stück des Italieners hat man schon vor fünfzehn Jahren etwa hier gegeben. Die schöne Gräfin spielt mit dem Ehebruch, wie man derlei auf der Bühne oftmals gesehen. Die Pointe ist, daß nicht der Ehemann, sondern der Hausfreund der gefoppte ist. Wie enge und klein ist doch trotz des Aufwands feuilletonistischen Geistes diese Bretterwelt. Frau Körners schauspielerische Begabung weist auf die Aufgaben wahrhaft großer Kunst. Sollte die Direktorin gerade diese meiden wollen?

Theater am Gärtnerplatz. „Der fidele Bauer" gehört zu den erfolgreichsten Operetten Leo Falls. Seine reizvolle, gefällige Musik dient hier einem Textbuch (von Viktor Léon), das gute Ansätze zum Volksstück hat, die in der jetzigen Wiedergabe stärker hervorgehoben wurden. Gespielt wird gut, da und dort ließe sich ein dicker Farbenauftrag mildern, ohne daß die Wirkung geschmälert würde, im Gegenteil. Es hat sich gelohnt, diese Operette wieder hervorgesucht zu haben.

Aus den Konzertsälen. C. F. Adler, der im Odeon als Orchesterleiter mit dem Tonkörper des Konzertvereins an die Oeffentlichkeit trat, zeigte Temperament und Können. Er bot Bruckners „Siebte" und „Macbeth" von Strauß in tüchtiger, ansprechender Wiedergabe. Als Solist des Abends bewährte sich W. Ruoff als ausgezeichneter Lisztspieler. Er wirkte auch als Begleiter auf dem Liederabend einer jungen Sängerin, die erstmalig vor unser Münchener Publikum trat. Klara Iblagger besitzt einen stattlichen, wohlgebildeten Sopran von edlem Klang und einem bemerkenswert schönen Piano von Weichheit und Tonfülle. Ein sehr liebenswürdiges Vortragstalent unterstützte ihre gutgewählten Liedergaben von Rob. Franz, Schubert, Trunk und Strauß. Die junge Künstlerin fand sehr starken, herzlichen Beifall. Auch einige Klavierabende sollen Erwähnung finden. W. Backhaus glänzendes Können ist bekannt. Sein rhythmisch reich nuanciertes Spiel hinterließ wieder starken Eindruck. Martha Dillenius besitzt eine schöne Technik und reizvollen Anschlag. Ihr Spiel bekundet starkes Gefühl und Gestaltungskraft. — W. Renner hatte ausschließlich Werke von Zeitgenossen ausgewählt; vieles reichte über die Grenze des lediglich interessanten nicht hinaus. Renner ist ein Künstler von feinem Gefühl, Geschmack und Können, der nicht zu blenden sucht. J. Hegar bot ihm seine hervorragende Mitwirkung in einer eigenen Sonate für Violoncello und Klavier, die sehr sympathische Aufnahme fand.

München. L. G. Oberlaender.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Trotz Versailles Zuversicht unserer Börsen — Denkschrift: Die Neuordnung der deutschen Wirtschaft — Bayerns Finanz- und Industrielage.

Dass die deutschen Effektenmärkte ihre frühere Eigenschaft als getreues Spiegelbild unseres Wirtschaftslebens völlig eingebüsst haben, bekundet der plötzliche und durchaus unbegründete Stimmungswechsel, der bei grossen Kurssteigerungen namhafte Rück- und Meinungskäufe am Industrieaktienmarkt erbringen konnte. Selbst wenn die Friedensbedingungen im Wege der Verhandlungen eine, und hoffentlich starke Abminderung erfahren sollten, ist für geraume Zeit kein Platz für Haussestimmungen und Spekulationsbetätigung an unseren Börsen. Auch in **Kriegsanleihen**, deren Aufnahmekurs seitens der Reichsbank von 87½% auf 80% herabgesetzt wurde, erfolgten umfangreiche Deckungskäufe, dies vornehmlich auf die von der Zentrumsfraktion der preussischen Landesversammlung eingebrachte Anfrage: welche schleunige Massnahmen die Regierung zu ergreifen gedenke, um eine weitere Entwertung der Kriegsanleihen und damit eine Erschütterung der Grundlagen der deutschen Volkswirtschaft zu verhüten? Die Besserung der deutschen Marknotierungen im neutralen Auslande war zurückzuführen auf die Meldung von Bestrebungen hinsichtlich einer Stabilisierung dieser Notizen, namentlich durch Stützung der deutschen Valuta seitens Amerika. Auch die fortgesetzten Bemühungen einer vermehrten Exporttätigkeit machen sich bemerkbar. Erwähnt sei im Zusammenhang damit die unter Leitung des bayerischen Handelsministeriums in Angriff genommene Anbahnung des deutsch-italienischen Güteraustausches, für welche Zwecke in München die „Itala" als Vermittlungsstelle für Bayern ins Leben gerufen wurde. Der Zuführung von Lebensmitteln und Rohstoffen zur Beschaffung von Arbeitsmöglichkeit gilt nach wie vor das Hauptaugenmerk unserer Wirtschaftskreise. Die vom deutschen Reichswirtschaftsamt dem Gesamtkabinett eingereichte Denkschrift über die **Neuordnung der deutschen Wirtschaft** bietet auch nach dieser Richtung hin wichtige Richtlinien. Den Wert der Mengen an **Nahrungsmitteln und Rohstoffen, welche Deutschland in den ersten zwei Jahren nach Friedensschluss unbedingt wird einführen müssen, schätzt der Reichswirtschaftsminister in dieser hochbedeutsamen Denkschrift auf 40 bis 50 Milliarden Mark.** Leitsätze werden ausserdem aufgestellt hinsichtlich der aktiven Wirtschaftspolitik der Räteorganisation, der Bildung von fachlichen Selbstverwaltungskörpern, der gemeinwirtschaftlichen Regelung in der Kohlen-, Kali-, Elektrosparte und der Getreidemühlen, des Arbeitsfriedens, der Lohnbewegung, der zweckmässigen Ausgestaltung der Vermögensbesteuerung und Bildung einer besonderen Reichsvermögensbank zwecks Verwaltung aller auf die gemeinwirtschaftliche Beteiligung des Reiches bezüglichen Faktoren.

Begreiflicherweise wurden unsere Wirtschaftsgebiete in unvermindertem Masse beherrscht von den Einzelheiten der Versailler Friedenstagung. Ueber das Schicksal des deutschen Verlangens nach der Versailler Arbeiterkonferenz und des entschiedenen Einspruches gegen die beabsichtigte Beschlagnahme des deutschen Privateigentums im Auslande, sowie der Aufforderung zur Beendigung des Wirtschaftskrieges wird man nach den seitherigen Ententetendenzen kaum mehr im Unklaren sein. **„Rechtlos, arbeitslos, brotlos,"** mit diesen Worten kennzeichnet die Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und -nehmer Deutschlands die Wirkung der Versailler Friedensbedingungen für uns. „Vor uns liegt das Todesurteil für das deutsche Wirtschafts- und Volksleben." Der bekannte Grossindustrielle Thyssen, fachwissenschaftlicher Beirat der deutschen Friedensdelegation in Versailles, hat u. a. die Friedensbedingungen der Entente charakterisiert, „dass dieselben, abgesehen von den politischen Folgen schlimmster Art, die Lage auf dem Arbeitsmarkt geradezu verzweifelt werden lassen. Die Durchführung der geplanten Massnahmen würde eine Einschränkung unseres Handels und unserer Industrie bis zu einem Drittel des Friedensstandes bedeuten, wodurch naturgemäss die Zahl der Arbeiter und Angestellten auch auf ein Drittel herabgemindert werden müsste. Der Rest hätte die Auswanderung, wenn die Entente eine solche überhaupt gestattet, oder den Hunger zu erwarten." — Keineswegs eine Stütze für die derzeitige Börsenstimmung sind ausserdem die in der Bamberger Landtagssitzung amtlicherseits gebrachten Einzelheiten des äusserst trüben Bildes der Finanzlage Bayerns. An Stelle der seit Jahrzehnten aufgespeicherten Ausgleich- und Tilgungsfonds der bayerischen Staatsbahnen mit ihren Millionen von Jahresüberschüssen rechnet man jetzt schon mit Fehlbeträgen von 330 Millionen Mark bei den Staatsbahnen und mit einer in Aussicht stehenden Gesamtverschuldung für das Jahr 1919 von rund 800 Millionen Mark. Dass ein Steuerprogramm in der doppelten und mehrfachen Höhe der seitherigen Steuerziffern hier, wie auch anderwärts die Folge ist, erscheint um so klarer, als auch die Lage der bayerischen Industrie, laut Bamberger Landtagsauslassungen schon im Hinblick auf die durch die Räterepublik angerichteten schwersten Schäden fast ausnahmslos trostlos bleibt. Die Münchener Gemeindeumlagen für das Jahr 1919 benötigen beispielsweise eine Steuerumlage-Erhöhung von 178% auf 260%.

München. M. Weber.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Deutsche Bank.

Geschäftsbericht für das Jahr 1918.

Das neunundvierzigste Geschäftsjahr der Deutschen Bank, über das wir berichten, brachte das für unser Vaterland überaus traurige Ende des Weltkrieges.

Es ist hier nicht am Platze, die Gründe für diesen unglücklichen Ausgang zu erörtern. Das deutsche Volk hat es jedenfalls nicht verdient, daß ihm Friedensbedingungen auferlegt werden, die die innersten Wurzeln seines nationalen und materiellen Daseins vernichten. Während politische Neugruppierungen und Neubildungen von Staaten vor sich gehen, denen von vornherein wirtschaftliche Möglichkeiten gesichert werden, sollen uns unter Lostrennung von Gebietsteilen, die wichtige Bodenschätze unserer Industrie bergen und für die Volksernährung unentbehrlich sind, unsere wirtschaftlichen Notwendigkeiten genommen werden. Deutschland ist durch die lange Dauer des Krieges und durch die Blockade von allen Vorräten entblößt und der Kräfte beraubt, die zum Wiederaufbau seiner Volkswirtschaft und zur Ordnung seines Staatshaushaltes notwendig sind. Wir können nur mit unserer Arbeit zahlen. Um aber diese Arbeit zu beginnen und ertragsfähig zu machen, brauchen wir ausländischen Kredit, Rohstoffe und Lebensmittel. Die Forderungen unserer Gegner sind unerfüllbar. Möge es der Umsicht unserer Unterhändler gelingen, einen Frieden zu erreichen, dessen Grundlagen für uns erträglich sind.

Die Gegner behaupten, die deutschen Finanzleute hätten von dem bevorstehenden Kriegsausbruch gewußt. Wie unbegründet dieser Vorwurf ist, beweisen die in London veröffentlichten Berichte des von den britischen Behörden eingesetzten Comptrollers der Londoner Filialen deutscher Banken. Wir zitieren daraus wörtlich:

„**Thus it is shown that whilst England on the 27th July prepared to attract gold, Germany and Austria at the same time, and at least up to the 31st July 1914 made shipments of gold to London and Paris.**"

Auch die Vorbereitung für die Ausgabe der Darlehnskassenscheine, die uns vorgeworfen wird, war eine Maßregel ganz allgemeiner Natur für den Kriegsfall. Die englische Regierung hatte in ganz gleicher Weise die Ausgabe der kleinen Currency Notes von langer Hand sorgfältig vorbereitet, denn die Herstellung vieler Millionen kleiner Wertzeichen innerhalb weniger Tage war eine Unmöglichkeit. Durch Verwendung besonderen Papiers und besseren Drucks war die Anfertigung der englischen Currency Notes sogar zeitraubender als die der deutschen Wertzeichen.

An der Hoffnung, daß der Weltfrieden trotz der drohenden Haltung Rußlands erhalten bleiben möge, haben wir bis zum letzten Augenblick festgehalten und noch Ende Juli unmittelbar vor Verkündung der russischen Mobilmachung größere, an Kündigung geknüpfte Guthaben der Russischen Staatsbank auf deren Ansuchen ausbezahlt.

Die Zunahme der Umsätze unserer Bank von 188 Milliarden Mk. im Vorjahre auf 243 Milliarden spiegelt die Geldentwertung einerseits und die Steigerung aller Löhne und Preise anderseits deutlich genug wider.

Der katastrophale Rückgang der meisten Börsenkurse hat uns wenig getroffen, da wir andere Wertpapiere als kurzbefristete Schatzscheine, wie unseren Jahresberichten zu entnehmen war, nur in bescheidenem Maße besitzen. Um diesen unvermeidbaren Rückgang im allgemeinen Interesse in geordneten Bahnen zu halten, hat sich, als das Waffenstillstands-Angebot erfolgte, eine Aufnahmegemeinschaft der Banken und großen Bankfirmen des Platzes gebildet. Unser Anteil ist auf Effekten-Konto verbucht; er wird demnächst von der neugegründeten Bank für industrielle Börsenwerte übernommen werden.

Die Bilanzzahlen unserer ausländischen, durch die Kriegsereignisse von uns abgetrennten Filialen haben wir nach deren letzten vorhandenen Ausweisen in unseren Abschluß unter vorsichtiger Bewertung der Aktiven eingestellt.

Die Zahl der bei der Deutschen Bank geführten Kundenrechnungen ist von 530,767 im Vorjahr auf 573,367 gestiegen.

Die uns anvertrauten Gelder, Kreditoren und Depositeneinlagen, haben sich neuerdings um 1071 Millionen vermehrt. Dementsprechend sind unsere flüssigen Anlagen, die naturgemäß zum bei weitem größten Teil aus Reichsschatzanweisungen bestehen, von 5033 Millionen auf 6290 Millionen gestiegen; unsere Liquidität beträgt 91,68 % gegen 86,98 %.

Unsere eigenen Verpflichtungen zeigen einen großen Rückgang, da wir für eigene Rechnung keine Kredite in Anspruch genommen haben. Dagegen erscheint, nachdem das Ende des Krieges den Ausweis gestattet, auf beiden Seiten unserer Bilanz gesondert und erkennbar ein Betrag von ℳ 432,320,233.60, Verpflichtungen, die wir für Rechnung des Deutschen Reichs und der Reichsbank im Auslande eingegangen sind. Namentlich durch die Steigerung der Wechselkurse hat sich dieser Betrag während des Berichtsjahres stark vermehrt.

Ein Gleiches ist der Fall bei dem an Stelle des Akzeptenkontos von unserer Kundschaft stark in Anspruch genommenen Avalkonto, das ebenfalls infolge der Steigerung der Wechselkurse sich erheblich vergrößert hat.

Unsere Zweiganstalten haben sich, unter zeitweise sehr schwierigen Verhältnissen, ohne Ausnahme bewährt.

Mehr als jemals haben wir für nötig erachtet, alle Ausgaben für Neueinrichtungen, Abnutzung und bauliche Anpassung unserer Bankgebäude vollständig abzuschreiben.

Die Zahl der Beamten der Deutschen Bank einschließlich der Vorstandsmitglieder betrug am Jahresschluß 13 529 gegen 13 322 Ende 1917. Wiederum geben wir als Anlage zu diesem Bericht ein Verzeichnis der Tapferen aus unserem Kreise, die ihr Leben für das Vaterland lassen mußten.

Der Bau des im vorigen Bericht unseres Aufsichtsrats erwähnten Arthur von Gwinner Erholungsheims für die Beamten konnte bei der jetzigen Lage des Baumarktes noch nicht in Angriff genommen werden. Um so willkommener ergriffen wir eine sich bietende Gelegenheit, ein fertiges Kurhaus „Johannaberg" bei Detmold im Teutoburgerwald als Erholungsheim für unsere Beamten zu erwerben. Die Inbetriebnahme verzögert sich leider durch die Unmöglichkeit, die nötigen Lebensmittel zu beschaffen.

Als außerordentliche Wirtschaftsbeihilfen haben wir unserer Beamtenschaft ℳ 9,000,000 bewilligt, von welchen
ℳ 6,000,000 dem Vortrag aus 1917 entnommen sind und
ℳ 3,000,000 dem diesjährigen Reingewinn entnommen werden sollen. Hierzu erbitten wir die Genehmigung der Generalversammlung. Die Austeilung der ℳ 6,000,000 ist zu Beginn 1919 erfolgt, während die ℳ 3,000,000 nach ihrer Bewilligung verteilt werden sollen.

Wir verkennen nicht, daß die andauernde Steigerung der Ansprüche der Beamtenschaft in gewissem Umfange durch die allgemeine Teuerung der Lebensverhältnisse begründet ist, müssen aber unter Bedauern feststellen, daß die Forderungen übertrieben sind und daß auf ihre dauernde Einwirkung auf das Geschäftsergebnis keine Rücksicht genommen wird. Wir haben uns stets zur Pflicht gemacht, ohne Druck und Anregung von seiten der Beamtenschaft aus eigener freier Entschließung die Einkommensbezüge den Lebensverhältnissen anzupassen, und demgemäß insbesondere auch während der Kriegszeit nicht nur Gehaltssteigerungen eintreten zu lassen, sondern auch durch Schaffung der Teuerungszulage zu den Gehältern bis ℳ 12,000 eine laufende prozentuale, außerdem mehrfach besondere Beihilfen, so im Jahre 1918 ℳ 2,500,000 und letzthin die oben erwähnten ℳ 9,000,000, zu gewähren. Außerdem ist den Beamten mit Gehältern bis zu ℳ 8000 mit Wirkung vom 1. Januar 1919 ab eine allgemeine außerordentliche Gehaltserhöhung, für die unteren Sätze in Höhe von 25 % bewilligt, die sich für die größeren Gehälter bis zu 5 % abstuft. Unter Berücksichtigung der oben erwähnten 9 Millionen hat die Deutsche Bank für ihre Beamten, über die festen Gehälter und Weihnachtszuwendungen hinaus, eine Summe von nicht weniger als ℳ 34,471,983 getragen. Es beziffern sich die gesamten persönlichen Aufwendungen für die Beamtenschaft auf 60,7 Millionen gegen 41,9 Millionen im Vorjahre. Für 1919 kommt noch eine außerordentliche Gehaltszulage hinzu, die erst nach Abschluß des Geschäftsjahres in Kraft getreten ist.

All dieses hat die Deutsche Bank nicht vor einem Streik ihrer Beamtenschaft bewahren können. Zwar können wir mit Genugtuung feststellen, daß die Beamten der Deutschen Bank bei der Abstimmung in ihrer Mehrheit sich gegen den Streik ausgesprochen haben; trotzdem mußten wir angesichts der von den Streikenden getroffenen Maßnahmen aus Rücksicht auf die persönliche Sicherheit der Arbeitswilligen diesen Fernbleiben von ihrer Arbeit anheimgeben. Der Streik fand für die sieben mit Streik überzogenen Großbanken Berlins seinen Abschluß durch einen Schiedsspruch, der sich im wesentlichen auf die Schaffung des Mitbestimmungsrechts der Angestellten bei Beginn und Beendigung des Arbeitsverhältnisses beschränkte, im übrigen aber die Erledigung der materiellen Ansprüche Tarifverhandlungen vorbehielt. Von diesen haben die Banken trotz der Unsicherheit der wirtschaftlichen Zukunft eine weitere Belastung zu erwarten.

Unsere gesamten Handlungsunkosten erreichen, ohne die Steuern und Abgaben, den ungeheuren Betrag von ℳ 69,068,648.77, gegenüber einer Vergleichszahl im letzten Friedensjahr 1913 von ℳ 27,227,217.74 und gegenüber einem Bruttogewinn von ℳ 68,307,136.53 vor dem Kriege. Auf das seit Ende 1913 hinzugezogene westliche und östliche Filialnetz entfallen von der Gesamtsumme rund 21 %, während anderseits die sehr bedeutenden Unkosten der Londoner Filiale in der diesjährigen Gesamtzahl nicht enthalten sind. Wohl ist das unheimliche Anwachsen der Handlungsunkosten veranlaßt durch die Entwertung der Währung und die allgemeine Teuerung, im wesentlichen aber auch durch die Ansprüche des Personals bei verringerter Arbeitsleistung und kürzerer Arbeitszeit.

Für Steuern und Abgaben hatten wir einschließlich der Rücklage für verdoppelte Zinsbogensteuer und der Geldumsatzsteuer (erstmalig vom 1. Juli bis 31. Dezember 1918) ℳ 14,203,502.69 zu erlegen, gegen ℳ 7,133,648.97 im Vorjahr.

Der Ertrag aus „Dauernden Beteiligungen" und Kommanditen enthält die für 1917 vereinnahmten Dividenden auf unseren Besitz an Aktien

der Deutschen Vereinsbank (6½ %)	(für 1918	6 %)
der Essener Credit-Anstalt (9 %)	(„	9 %)
der Hannoverschen Bank (8 %)	(„	8 %)
der Mecklenburgischen Hypotheken- und Wechselbank (15 %)	(„	15 %)
der Niederlausitzer Bank A.-G. (8 %)	(„	8 %)
der Oldenburgischen Spar- u. Leih-Bank 12½ %)	(„	10 %)
der Pfälzischen Bank (7 %)	(„	6 %)
der Privatbank zu Gotha (7 %)	(„	6½ %)
der Rheinischen Creditbank (7 %)	(„	5 %)
der Württembergischen Vereinsbank (7 %)	(„	7 %)
und der Deutschen Treuhandgesellschaft (15 %)	(„	15 %)

Alle diese Institute haben sich auch im fünften Kriegsjahr bewährt. Die Deutsche Ueberseeische Bank konnte die Abschlußpapiere ihrer überseeischen Niederlassungen bis jetzt nicht erhalten und war dadurch verhindert, eine Bilanz aufzustellen. In der gleichen Lage befand sich die Deutsch-Ueberseeische Elektricitäts-Gesellschaft.

Die Anatolischen Eisenbahnen und die Bagdadbahn befinden sich in Feindeshand; ebenso die Steaua Romana A.-G. für Petroleum-Industrie in Bukarest. Die Deutsche Petroleum A.-G. verteilte wiederum 8 % Dividende. Die Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen in Berlin konnte ihre Dividende auf 5½ % erhöhen: eine Tariferhöhung brachte dem Unternehmen die Rettung vor völliger Erträgnislosigkeit, nachdem die Steigerung der Löhne und Materialkosten alle Einnahmen aus dem kaum zu bewältigenden Verkehr aufzehrte.

Die Bayerische Stickstoff-Werke A.-G. hatte unter niedrigem Wasserstand und Mangel an Zufuhr von Rohstoffen zu leiden, konnte aber 11 % Dividende verteilen. Bei Ausbruch des Krieges verfügte Deutschland über Salpeter und andere Stickstoffvorräte nur für wenige Wochen. Auch darin liegt einer der zahlreichen Beweise, daß Deutschland den Krieg weder vorbereitet noch gewollt hat. Erst durch die Not sind die gewaltigen Anlagen zur Gewinnung von Stickstoff aus der Luft entstanden, deren Erzeugnis die Kriegführung möglich gemacht hat. Es war nicht die Schuld der Bayerischen Stickstoff-Werke, daß die von ihnen im ersten Kriegsjahr erbauten großen Reichswerke zur Gewinnung von Kalkstickstoff nicht genügend mit Kohle, Kalk und elektrischer Energie versorgt wurden; wäre dies geschehen, so war die Not an Nahrungsmitteln jedenfalls teilweise zu vermeiden.

Von Gemeinschaftsgeschäften erwähnen wir:

Gründung
der Universum-Film A.-G.,

Kapitalerhöhungen
der Rheinischen A.-G. für Braunkohlenbergbau und Brikettfabrikation,
der Anhaltischen Kohlenwerke,
der Elektricitäts A.-G. vorm. W. Lahmeyer & Co.,

Einführung von Aktien der
„Vaterländischen" und „Rhenania" Vereinigten Versicherungs-Gesellschaften, der Königsberger Walzmühle A.-G., der Wickingschen Portland-Cement- und Wasserkalk-Werke, der Bergisch-Märkischen Industrie-Gesellschaft, der Bedburger Wollindustrie-A.-G., der Eisenhüttenwerk Thale A.-G., der Deutschen Babcock & Wilcox-Dampfkessel-Werke A.-G. und der Sächsischen Gußstahlfabrik in Döhlen.

Von abgewickelten Geschäften erwähnen wir: Obligationen des Georgs-Marien-Bergwerks- und Hütten-Verein A.-G., Aktien der Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer & Co., der Badischen Anilin- & Sodafabrik, der A.-G. für Anilinfabrikation, der R. Stock & Co., Spiralbohrer-, Werkzeug, und Maschinenfabrik A.-G., der Breslauer Spritfabrik A.-G., der Maschinenfabrik Schieß A.-G., der Hirsch, Kupfer- und Messingwerke A.-G., der Mannesmannröhren-Werke, der Deutschen Jute-Spinnerei und Weberei in Meißen, der Kattowitzer A.-G. für Bergbau und Eisenhüttenbetrieb, der Rheinisch-Westfälischen Elektricitäts-Werke A.-G., der Niederlausitzer Kohlenwerke, der Braunkohlen- und Brikett-Industrie A.-G., der Ascherslebener Maschinenfabrik A.-G., der Vereinigten Fränkischen Schuhfabriken, der Kostheimer Cellulose- und Papierfabrik A.-G., der Deutschen Maschinenfabrik A.-G., und Kuxe der Gewerkschaft „Glückauf" Sondershausen; ferner von Aktien der Farbwerke vormals Meister Lucius & Brüning, der Chemischen Fabrik Rhenania, der Rütgerswerke A.-G., der Hansa Lloyd Werke A.-G., der Deutschen Continentalen Gas-Gesellschaft, der Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft, des Bochumer Vereins für Bergbau und Gußstahlfabrikation, der Rombacher Hüttenwerke, der Linke-Hofmann Werke A.-G., der Vereinigten Faßfabriken A.-G. in Cassel und der Görlitzer A.-G. für Fabrikation von Eisenbahnmaterial.

Unsere **Konsortial-Rechnung** enthielt am Jahresschlusse

Beteiligungen an festverzinslichen Werten	ℳ 1,994,719.99
„ an Aktien von Banken, sowie Eisenbahnen und anderen Transport-Unternehmungen	„ 4,829,626.70
„ an Grundstücks-Geschäften	„ 2,966,054.99
„ an industriellen und verschiedenen anderen Unternehmungen	„ 13,480,317.71
„ an Kriegskreditbanken und Kriegsgesellschaften	„ 574,928.70
im Buchwerte von	ℳ 23,845,648.09

Den über 4 Prozent Geldzinsen (welche in die Zinsenrechnung geflossen sind) erzielten Gewinn auf Gemeinschafts-Unternehmungen haben wir, wie in den Vorjahren, zu Abschreibungen verwendet.

Der **Bestand eigener Wertpapiere** gliedert sich wie folgt:

Staats- und Kommunal-Papiere, sowie deutsche Pfandbriefe	ℳ 18,835,520.98
Eisenbahn- und Industrie-Obligationen	„ 10,197,537.34
Eisenbahn-, Bank- und Industrie-Aktien	„ 14,787,464.30
Verschiedene kleine Bestände	„ 1,763,118.30
zusammen	ℳ 45,583,640.92

Wir haben alle Vermögensteile der Bank sorgfältig geprüft und unter Berücksichtigung der Gefahren bewertet, die der Ausgang des Krieges geschaffen oder verschärft hat. Unsere gesamten Bestände an Wertpapieren und Unternehmungen und Beteiligungen in der Türkei stehen mit weniger als 5 Millionen Mark zu Buch.

Am 31. März d. Js. ist Herr Arthur v. Gwinner aus dem Vorstande der Deutschen Bank ausgeschieden, nachdem er am Beginn dieses Jahres den Tag seines fünfundzwanzigjährigen Wirkens in der Leitung unserer Bank begangen hatte. Als hervorragender Kenner der internationalen Finanzverhältnisse und der wirtschaftlichen Grundlagen der Länder, nach denen sich unsere geschäftlichen Beziehungen erstrecken, und als ein Mann von eindringendem Urteil, das sich auf reiche Erfahrungen und Kenntnisse sowohl auf seinem eigenen beruflichen als auch auf anderen Gebieten stützt, ist er der Schöpfer vieler Unternehmungen gewesen, deren Ausbau und Entwicklung zu den Erfolgen unserer Bank in hohem Grade beigetragen haben. Wir bedauern sehr, daß uns künftig in unserem Vorstande seine Kraft und Mitwirkung fehlen. Seine Wahl in den Aufsichtsrat unserer Bank, die wir zum nächstzulässigen Termin vorschlagen werden, gibt die Möglichkeit, uns seinen Rat auch weiter zu erhalten. Mit dem Dank, den die Bank dem Wirken des Herrn v. Gwinner schuldet, verbinden wir den Ausdruck der Freude darüber, daß er in der Verwaltung einer Reihe von Unternehmungen die Interessen unserer Bank nach wie vor vertreten wird, und den Wunsch, daß die in fünfundzwanzigjähriger Mitarbeit geknüpften persönlichen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen ihm und uns noch recht lange andauern mögen.

In den Aufsichtsrat wurden in der letzten ordentlichen Generalversammlung neu gewählt:

Herr Aron Hirsch, Direktor der Hirsch, Kupfer- und Messingwerke A.-G. in Berlin.

Herr Dr. Franz Oppenheimer, Mitinhaber der Firma Emanuel Friedlaender & Co. in Berlin.

Durch den Tod verloren wir zu unserem schmerzlichen Bedauern die Herren:

Senator Otto E. Westphal, Hamburg, Mitglied unseres Aufsichtsrats seit 1899 und Mitarbeiter unserer Hamburger Filiale in deren Lokalausschuß.

Senator Emil Possehl, Lübeck, der unserem Aufsichtsrat seit 1911 angehört hatte.

Unsere Ortsausschüsse verloren durch den Tod die nachstehenden Mitglieder:

der Ausschuß für unsere rheinisch-westfälischen Filialen Herrn Paul the Losen,

der Ortsausschuß in Stettin Herrn Kommerzienrat Otto Tetzlaff,

der Ortsausschuß in Kattowitz Herrn Wilhelm Heyer

und der Beirat unserer Filiale in Posen Herrn Joseph Kantorowicz.

Allen diesen aus dem Leben geschiedenen Freunden und Mitarbeitern bleibt in unserem Kreise ein dankbares und ehrendes Andenken gesichert.

Neu gewählt wurden in den Ausschuß für die rheinisch-westfälischen Filialen die Herren Fabrikbesitzer Luitwin von Boch in Mettlach a. d. Saar, Oberbürgermeister Albert von Bruchhausen in Trier, Oberforstmeister Franz Ewers, Präsident der Herzoglich Arenbergischen Hof- und Rentkammer in Düsseldorf, Fabrikbesitzer, Stadtverordneter und Mitglied des Finanzausschusses Karl Niemann in Bielefeld.

In den Ortsausschuß in Stettin wurde neu gewählt Herr Carl Wenzel, Mitinhaber der Firma Tetzlaff & Wenzel in Stettin.

Herrn Maximilian von Rapp, langjährigem Direktor unserer Londoner Filiale, wurde im Berichtsjahr die Ausreise aus England gestattet. Er hat in seinem Heimatlande den ebenso wichtigen wie schwierigen Posten des Generalsekretärs der Oesterreichisch-

Ungarischen Bank in Wien übernommen und bleibt nach so vielen Jahren gemeinsamen Arbeitens mit uns in Freundschaft verbunden.

Herr Dr. iur. Alfred Wolff, dessen Ernennung zum Direktor der Brüsseler Filiale wir in unserem vorjährigen Bericht anzeigten, hat vorgezogen, in Deutschland zu bleiben; er vertritt uns im Aufsichtsrat verschiedener Gesellschaften.

Neu ernannt, und zwar durchweg durch Beförderung, wurden die folgenden Mitarbeiter:

in Berlin: Herr Otto Sperber zum stellvertretenden Direktor, die Herren Julius Borchardt, August Eikmann, Alfred Fuhrmeister, Hans Igen, Johannes Koenig, Carl Neumann, Emil Scheid, Gustav Schmidt, Georg Schmidt, Fritz Wintermantel zu Abteilungsdirektoren;
in Augsburg: Herr Theodor Heymann (München) zum Direktor der Filiale, Herr Arnold Maser zum stellvertretenden Direktor;
in Aachen: Herr Rechtsanwalt Max Warlimont zum Direktor;
in Bremen: Herr Wilhelm Meyer zum stellvertretenden Direktor;
in Brüssel: Herr Max Uhlenhaut zum Direktor, Herr Felix Aschert zum stellvertretenden Direktor — die Genannten sind, ebenso wie andere durch die Kriegsverhältnisse vertriebene Herren aus Konstantinopel, Sofia und Bukarest, gegenwärtig unsere Mitarbeiter in Berlin —;
in München: Herr Max Böttiger und Herr Dr. Adolf von Grafenstein zu stellvertretenden Direktoren;
in Paderborn: Herr Dr. Friedrich Buchbinder zum stellvertretenden Direktor;
in Remscheid: Herr Hans Schilling zum Direktor;
in Solingen: Herr Albert Lüdecke, vordem Prokurist in Elberfeld, zum Direktor der Zweigstelle Solingen.

Ausgeschieden sind:

in Berlin: Herr Abteilungsdirektor Otto Reichhard durch Eintritt in den verdienten Ruhestand nach 38jähriger Tätigkeit im Dienst der Deutschen Bank;
in Bromberg verlor unsere Filiale ihren Direktor, Herrn Franz Brandstädter, der auf dem Felde der Ehre gefallen ist;
in Elberfeld verstarb der Syndikus unserer Filiale Herr Richard Rohland;
in Köln ist der stellvertretende Direktor Herr Max Zimmermann, nach 32jähriger Arbeit in den Ruhestand getreten;
in Trier hat sich mit Ende des Berichtjahres Herr Justizrat Dr. Lorenz Hey, früher Mitinhaber der von uns übernommenen, altangesehenen Firma Reverchon & Co., aus dem aktiven Geschäftsleben zurückgezogen; seine Zuwahl in den Ausschuß der rheinisch-westfälischen Filialen wird beantragt.

Zu dem Reingewinn des Jahres von	ℳ 43,152,564.12
tritt der Vortrag aus 1917 mit	„ 6,423,569.74
zusammen	ℳ 49,576,133.86

Wir beantragen:

1. die aus dem Vortrag zugunsten der Beamtenschaft vorgenommene Entnahme von ... zu genehmigen,	ℳ 6,000,000.—
2. für Abschluß-Zuwendungen an die Angestellten zu bewilligen	„ 4,500,000.—
3. eine Dividende von 12 Prozent auf ℳ 275,000,000 Grundkapital an die Aktionäre zu verteilen	„ 33,000,000.—
4. dem Aufsichtsrat den satzungsgemäßen Gewinnanteil (7 vom Hundert nach 6½ Prozent Dividende und allen Rücklagen und Zuwendungen) zu überweisen	„ 1,138,440.86
5. statt einer Zuwendung an die freie Rücklage vielmehr als weitere besondere Beihilfe für die Beamten zu gewähren	„ 3,000,000.—
6. und den Rest von ... auf neue Rechnung vorzutragen.	„ 1,937,693.—
zusammen	ℳ 49,576,133.86

Das Vermögen der Deutschen Bank an Kapital und Rücklagen beträgt somit unverändert ℳ 505,000,000.

Berlin, im Mai 1919.

Der Vorstand der Deutschen Bank.

C. Heinemann P. M. Herrmann P. Mankiewitz C. Michalowsky O. Schlitter G. Schröter E. G. v. Stauß O. Wassermann.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Ferdinand Abel, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann. Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gb.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich ℳ 3.90.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis:
Die 5 X gespaltene Grundzeile 75 Pfg., Anzeigen auf Textseite die 95 mm breite Zeile 575 Pfg.
Beilagen einschl. Postgebühren ℳ 15 d. Tausend.
Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.
Rabatt nach Tarif.
Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig.
Erfüllungsort ist München.
Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt.
Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer.

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 23. München, 7. Juni 1919. XVI. Jahrgang.

Revolution der Seele.

Pfingstgedanken von Dr. Friedrich Zoepfl, Mindelheim.

Als ein Revolutionär trat Simon Petrus in der Morgenfrühe des Pfingsttages vor das staunende Judenvolk. „Die letzten Tage sind gekommen", das war der siegessichere Grundton seiner ersten großen Rede an das Volk (Apg. 2, 14—36), der Grundton aller seiner folgenden Reden, „der alte sinaitische Bund mit seinen Gesetzen, Opfern, Riten hat sein Recht verloren; durch Christus, den Gekreuzigten und Erhöhten, ist die Menschheit in ein neues Verhältnis zu Gott getreten. Der Messias ist in seine Königsrechte eingesetzt". Doch nicht wie andere Revolutionäre rief Simon Petrus nun die Menschen zu den Waffen, nicht führte er sie gegen das altehrwürdige Tempelhaus, nicht hieß er sie das Synedrium stürzen. Nein, die ihn erschüttert nach dem Wege zu diesem neuen Segensreiche fragten, die mahnte er mit herbem Tadel zur Umkehr, zu einer Abwendung „von diesem verkehrten Geschlechte", zu entsagungsbereiter Unterwerfung unter das Sittengesetz Jesu Christi. „Wer den Namen des Herrn anruft", sagte er, „wer seine Seele löst aus den Fesseln der Weltlichkeit und sie an Gott hingibt, der wird gerettet werden und hilft so das neue Reich bauen" (vgl. Apg. 2, 37—41). Eine Revolution der einzelnen Seele oder christlich ausgedrückt eine Umschaffung, eine Neugeburt aus dem Geiste Gottes, das bezeichnete Petrus als Grundlage für das werdende Friedensreich auf Erden. „Von Gott handelte seine erste Predigt", bemerkt treffend der Jesuit Heinrich Benedien (um 1730) in einer Pfingstansprache[1], „nicht von den Dingen und Angelegenheiten der Welt". Und so wie Petrus dachten und handelten alle, die gleich ihm damals als Sendlinge des neuen Zeitalters in die Welt zogen, Matthäus, Johannes, Paulus. In der Kraft der Gedanken, in der Form des Ausdruckes verschieden, aber im Geiste eins, lautete ihre Grundforderung: Umschaffung des inneren Menschen, Wiedergeburt aus Gott, Revolution der Seele; dann wird Gottes Friedensreich kommen, ja dann ist es schon da. Die Welt staunte über diese neue Weisheit, jedes neue Reich hatte sich bisher nur durch die Gewalt der Waffen oder des Mammons in die Welt gesetzt. Woher hatten die unbekannten galiläischen Handwerker und Fischer diese neue Idee? In der Schule ihres Meisters Jesus hatten sie solche Weisheit gelernt. Von Sozialisten wird Jesus gerne als Anwalt ihrer Ideen, als sozialer Revolutionär in Anspruch genommen. Gewiß, Jesus verwarf eine Gesellschaftsordnung des Unrechtes und des Kapitalismus. Gewiß, Jesus war ein Revolutionär, ja der größte Revolutionär, der je in diese Welt eintrat. Aber er rief nicht zum bewaffneten Kampfe gegen Zäsaren und Hierarchen. „Stecke dein Schwert in die Scheide", gebot er in entscheidender Stunde, „wer das Schwert anruft, kommt durch das Schwert um". „Gebet dem Kaiser, was ihr dem Kaiser schuldig seid", hatte er den Versuchern geantwortet. Sein Weg zum Reiche der Gerechtigkeit und des Friedens war ein anderer als der der Sozialisten; er predigte und verlangte eine Revolution der einzelnen Seele.[2] Ein Bußprediger in härenem Gewande ward darum als sein Vorläufer gesandt. Jesu erstes und letztes Wort war das: Ihr müßt wiedergeboren werden. Ihr müßt Gotteskinder werden. Den Reinen, den Selbstlosen, den Barmherzigen, den Friedfertigen — den innerlich Umgewandelten nur kann Seligkeit und Glück zuteil werden.

Ganz entgegengesetzt haben die Revolutionäre unserer Tage gehandelt. Ausgehend von der kraß materialistischen Auffassung des kommunistischen Manifestes, daß der Mensch nur das Produkt der äußeren Verhältnisse sei, zerbrachen sie die äußere Form des Staates und glaubten damit das Reich des Friedens und der Gerechtigkeit gegründet. Was hatten sie dem armen, erschöpften Volke alles verheißen in jenen schicksalsschweren Novembertagen 1918! Der Kriegszustand wird, nachdem der Kaiser und mit ihm der Militarismus gestürzt ist, ein rasches Ende haben; freudig werden die bisherigen Feinde das deutsche Volk in ihren Kreis aufnehmen; Brot werden sie uns senden und Rohstoffe; kein Krieg wird mehr sein und kein Blutvergießen; jeder wird Gelegenheit zur Arbeit und Zeit zur Freude haben; das Zeitalter der Freiheit, der Gerechtigkeit, der Brüderlichkeit, nach dem die Menschheit so lange harrend ausgeschaut — siehe, es ist gekommen! — Monate sind seitdem dahingegangen; doch was sie uns mit lockendem Worte verkündet, es hat sich nicht erfüllt. Friede — kampfbereit, rachegierig stehen die alten Feinde an des Reiches Grenzen, ja auf des Reiches Boden. Völkerverbrüderung — die Feinde wollen mit uns keine Gemeinschaft. Selbstbestimmung — Sklavenketten, drückend, erdrückend werden uns angelegt. Freiheit — das Gespenst einer blutigen Diktatur des Proletariates ist da und dort aufgetaucht und Bruderblut ist geflossen. Brot, Arbeit, Freude — wohin man schaut, unerfüllte Prophezeiungen. Schwerer denn an anderen Tagen lastet heute am Pfingsttage, am Hochfeste der Liebe, der Geistesfreiheit, des Tröstergeistes das Leid unseres Landes, das Leid der ganzen Welt auf unserer Seele und glühender denn sonst sehnt sich jedes Herz nach Friede, Freiheit, Recht und Ordnung.

Vielen, die anfänglich hoffnungsvoll das Haupt erhoben und ehrlich an die Kraft der Revolution, eine Besserung der Verhältnisse herbeizuführen, geglaubt, dämmert bereits die Erkenntnis auf, daß diese Revolution uns eigentlich tiefer in das Elend hineingeführt hat, ja daß sie eigentlich das Gegenteil von dem erreicht hat, was sie erstrebte: der Mammonismus herrscht wilder denn je; an die Seite der hundert alten Kapitalisten sind tausend neue getreten. Mit einem Gefühle des Ekels stellen sie fest, daß die große Bewegung der Novembertage in einen jämmerlichen Streit um Fideikommisse und Lohnerhöhungen, um Arbeitseinschränkung und fettere Weideplätze, in einen glatten, selbstsüchtigen Wettlauf um den Mammon ausgeartet sei; ja vielleicht niemals etwas anderes gewesen ist.[3] Irre geworden an ihrem Glauben beginnen sie zu erkennen, daß keine Revolution ihr Ziel, das Glück der Menschen, erreichen kann, wenn ihr nicht vorausgeht eine „Revolution der Gedanken" (Hegel). Sehnsuchtslaut erhebt sich darum bereits da und dort der Schrei nach einer Revolution der Seelen.[4]

Revolution der Seelen! Ja, wir nehmen den Ruf auf und stimmen begeistert ein. Möchte er doch anschwellen zu einem gewaltigen Pfingstorkan und alle, alle Herzen erfassen! Revolution der Seelen! Nicht das alte System, das an sich tote System war schuld an den Schäden der Vergangenheit, sondern

[1]) J. Kehrein, Geschichte der Katholischen Kanzelberedsamkeit der Deutschen I (Regensburg 1843), 119.

[2]) Vgl. hierzu die trefflichen Ausführungen von F. Gerlich, Der Bolschewismus als Konsequenz des Marxismus; in: „Süddeutsche Monatshefte" 1919, Januarheft, S. 235—253.

[3]) Vgl. „Die christliche Welt" XXXIII (1919), 288.

[4]) Vgl. z. B. die Ausführungen von Konrad Haenisch im „Vorwärts" vom 20. April 1919. Auch Rosa Luxemburg wußte, daß nur Arbeiter mit geistiger Reife und sittlichem Ernst, Proletarier, die eine ganze innere Wiedergeburt durchgemacht haben, im kommunistischen Staate brauchbar sind; vgl. „M. Neueste Nachrichten" vom 12. April 1919.

die Menschen, die Seelen. Soll die Zukunft besser werden, dann müssen wir die Seelen lösen aus den Fesseln des Mammonismus, die Seelen alle; die Seelen müssen erfüllt werden mit Ehrfurcht vor einem jeden, der Menschenantlitz trägt, mit Ehrfurcht vor jedem Rechte und jeder Freiheit; müssen erfüllt werden mit dem Gefühle der Verantwortlichkeit und der Nächstenliebe — mit Gottes heiligem Geiste. Erst wenn die Seelen aller erfüllt sind mit Reinheit, Gerechtigkeit, Liebe, erst dann werden sie fähig und stark sein, die Ideale zu verwirklichen, die da heißen: Völkerfriede, Sozialismus, Kommunismus. Es sind Ideale, ohne Zweifel, aber ihre Verwirklichung steht am Ende einer Entwicklung, und zwar einer ethischen Entwicklung, nicht am Anfange. Erst als die Jünger durch Jesu Schule gegangen waren, erst als sie erfüllt waren mit dem Heiligen Geiste, hatten sie alle Erdengüter gemeinsam und nun ohne Zwang und Gewalt, freiwillig. Doch wehe, wenn man unreinen Händen den heiligen Gral anvertrauen will! Wehe, wenn man Unheiligen des Lichtes Himmelsfackel leiht!

Zagend steht wohl mancher still und sagt: Ja, wenn das der einzige Weg zu Frieden und Glück ist, dann werden wir wohl vergeblich darauf hoffen. Das Auge schaut hin auf das erschreckend große geistige Elend unseres Volkes, auf die Gleichgültigkeit und Müdigkeit, auf die Sittenlosigkeit und Gewissensroheit, die nicht nur in Halle, Dresden, München, nein auch im fernsten Dörflein die scheußlichsten Taten vollbringt. Dem gegenüber, meinen viele verzagt, sei Menschentun machtlos; da müßte schon noch einmal ein Pfingststurm durchs Land brausen, da müßte schon noch einmal der Geist Gottes in Feuerflammen durch die Seelen wehen. Christen, kein Zagen, kein Verzagen an dem Tage, da die Jünger des Herrn so lebensmutig und tatenfroh in die Welt traten! Nein, der Geist Gottes braucht nicht von neuem in die Welt einzutreten; wir brauchen ihm nur die Herzen zu öffnen. Wir brauchen nur Menschen, die froh und mutig in den Dienst des Gottesgeistes sich stellen und von seinem Flammenlicht ihr Herz entflammen lassen. Brennende Herzen, glühend in Lauterkeit, Rechtlichkeit und Liebe! Ein einziger solcher Mensch in einem Hause, in einer Straße, in einem Dorfe, er wird unvermerkt zum Apostel, zum Lebenwecker; eine einzige solche Mutter, sie wird zur Erneuerin eines ganzen Geschlechtes. Was der alte fast vergessene Prediger Johann Thomas Vogt (geb. 1766) in starkem Glauben gesagt, es muß auch unser Glaube sein: „Reines Christentum findet immer Herzen, welche dasselbe, eben weil es so rein und gut ist, voll bereitwilliger Freude aufnehmen und dadurch besser und ruhiger oder zufriedener werden".[5])

Brennende Herzen braucht die arme, kranke Welt. Brüder, Christen! Laßt uns am Pfingstfeste der Mahnung unseres Meisters gedenken: „Ihr seid das Licht der Welt! Lasset euer Licht leuchten!" Lasset uns glühen in Gerechtigkeit und Liebe! An unserem Feuer sollen sich die Herzen der anderen wieder entzünden. Von uns soll die Revolution der Seelen ausgehen und diese Revolution wird uns das bringen, was wir heute trauernd nur in weiter Ferne sehen: Friede, Ruhe, Seligkeit.

[5]) Vgl. Kehrein I, 253.

Das fünfte Kriegsjahr.

Wochenschau von Fritz Nienkemper, Berlin.

Unsere Gegenvorschläge.

Pünktlich zum angesetzten Termin hat unsere Delegation die umfangreiche Denkschrift überreicht, die genau angibt, was wir von den Friedensbedingungen der Feinde annehmen können, was wir ablehnen müssen und auf welchem Wege wir einen erträglichen Frieden für möglich halten.

Das war ein Stück Arbeit, das Dank und Hochschätzung verdient, — wegen des Fleißes und der Klugheit, besonders aber auch wegen des Mutes, der in den Angeboten bewiesen ist. In der neutralen Presse ist sogar das Wort „Opfermut" der Deutschen geprägt worden. Mit Recht, denn wir bieten Opfer an, die bis an die äußerste Grenze unserer Leistungsfähigkeit gehen und deren Höhe sogar bei manchen Deutschen Erschrecken und Zweifel hervorgerufen hat. Das weiteste Entgegenkommen war aber offenbar taktisch richtig und zur Verhütung von neuen Gewalttaten notwendig. Das sieht man jetzt schon bestätigt durch die Sprache der meisten englischen und französischen Blätter. Ueber die 14 Punkte Wilsons und die sonstigen Grundsätze der Gerechtigkeit, die unsere Denkschrift anruft, springt man dort mit souveräner Geringschätzung hinweg. Nur die positiven Gegenvorschläge Deutschlands werden als eindrucksfähig betrachtet. Jetzt müssen die Chauvinisten doch wenigstens sich bemühen, um die öffentliche Meinung weiter auf ihrer Seite zu behalten, und in einem Teile der französischen und englischen Presse kommt schon deutlich zum Ausdruck, daß das Entgegenkommen Deutschlands doch von gutem Willen zeuge und eine ernstliche Prüfung verdiene. Insbesondere hat unser „Opfermut" in Amerika sichtlich eine klärende Wirkung. Die dort schon hervorgetretene Unzufriedenheit über die harten Bedingungen des Gewaltfriedens gewinnt allem Anschein nach an Umfang und Kraft. Aus der jüngsten Gelegenheitsrede Wilsons kann man sogar heraushören, daß ihm bei den Versailler Bedingungen nicht wohl zumute ist.

Unsere ausführlichen Gegenvorschläge sind von einer kurzen und kräftigen „Mantelnote" begleitet, die alle Kernpunkte von der Ja- und von der Nein-Seite zusammenfaßt und in der Forderung von mündlichen Verhandlungen, von offenem, rückhaltlosem Gedankenaustausch gipfelt. (Wilson hat auch soeben wieder gegen die Geheimdiplomatie gesprochen, aber nur in foro externo.)

Was wir verweigern als undurchführbar und unerträglich, ist kurz folgendes: 1. Die Abtretung von Danzig und den deutschen Teilen von Westpreußen, 2. die Abtretung und Beschneidung von Ostpreußen, 3. die Abtretung von Oberschlesien, 4. den Verlust des Saargebiets, 5. die andauernde Besetzung des rheinischen Gebiets; 6. die unbegrenzte Ausdehnung der Entschädigungspflicht nach einseitiger Willkür der Alliierten; 7. die Auslieferung der Handelsflotte und aller Auslandwerte sowie der sämtlichen Kolonien; 8. die Aufgabe unseres Selbstbestimmungsrechtes auf dem Verkehrsgebiete, dem Wirtschafts- und Finanzgebiete bis in das Kulturleben hinein.

Demgegenüber bieten wir an: 1. Entwaffnung bis auf 100000 Mann Ordnungstruppen und sogar Auslieferung des Restes der Schlachtschiffe unter Belassung der Handelsflotte und unter sofortiger Aufnahme in den Völkerbund; 2. Verzicht auf Elsaß-Lothringen und die unbestreitbar polnischen Teile von Posen, dazu Freihäfen für die Polen in Danzig, Königsberg und Memel; 3. Zahlungen bis zur Höchstsumme von 100 Milliarden Goldmark, davon 20 Milliarden bis 1926, den Rest in Jahresraten ohne Zinsaufschlag; 4. Mitarbeit bei den Wiederherstellungen in Belgien und Nordfrankreich, Lieferungen von Kohlen, Benzol, Farbstoffen und Arzneimitteln; 5. Einbringung des deutschen Handelsschiffraumes in einen Weltpool; 6. Ersatz für vernichtete Flußschiffe aus dem deutschen Bestand; 7. Ueberlassung von industriellen Beteiligungen an Kohlengruben; 8. Internationales Arbeiterrecht im Friedensvertrage; 9. Neutrale Untersuchung über die Verantwortlichkeit für den Ausbruch und die Führung des Krieges.

Unter den Angeboten erregt die Summe von 100 Milliarden die größte Aufmerksamkeit und auf unserer Seite auch vielfaches Bedenken. Diese Sache wird nicht überall richtig verstanden. Wir wollen uns nicht etwa verpflichten, diese Summe unbedingt und in barem Golde (nach dem jetzigen Valutastand etwa 300 Milliarden) auszuzahlen, sondern die 100 Milliarden sind als Höchstgrenze der gesamten Entschädigungslast zu betrachten. Die Friedensbedingungen der Alliierten wollten keine Grenze nach oben ziehen, sondern die Aufrechnung vollständig einer Kommission aus ihrer Mitte freigeben. Demgegenüber fordern wir, daß die Aufrechnung der Schäden unter Beteiligung von deutschen Kommissionen erfolgt, wobei in Streitfällen ein neutraler Schiedsspruch entscheidet, und daß im ungünstigsten Falle nicht mehr als 100 Milliarden uns auferlegt werden können. Von der Gesamtsumme gehen nun zunächst alle Werte ab, die wir den Gegnern schon geliefert haben oder noch in Natura liefern werden, also die Lokomotiven, Wagen, Schiffe, Maschinen, Arbeitskräfte usw., der Rest ist in bar zu leisten. Eine bedeutende Erleichterung ist der Wegfall der Zinsen für die späteren Jahresleistungen. Von entscheidender Bedeutung ist die Bedingung, an die sich unser Zahlungsangebot knüpft, nämlich die Erhaltung unseres territorialen Besitzstandes, die Ermöglichung der schaffenden Arbeit durch Zulassung von Rohstoffen und Schonung unserer Kohlengruben sowie die Freiheit für den deutschen Welthandel. Wenn das erfüllt wird, dürfte die deutsche Valuta bald wieder steigen. Dann darf man die Schuldenlasten, angemessen verteilt auf zwei Menschenalter, wohl für erträglich halten. Natürlich unter der Voraussetzung, daß unser Volk von der ge-

retteten Arbeitsfreiheit wirklich Gebrauch macht. Würden die Streiks und Tumulte fortdauern, so wären wir allerdings verloren. Dieses Lösegeld ist das letzte Mittel, um unsere Selbständigkeit und die nationale Zukunft zu retten.

Die Abtrennungsbestrebungen im Westen mit dem Ziele der Bildung einer selbständigen rheinischen bzw. westdeutschen Republik waren der Gegenstand eingehender Debatten in der preußischen Landesversammlung. Die Träger der Bewegung, die in mißlungenen Versuchen zur Ausrufung dieser Republik und in der Fahrt der Abgeordneten Kastert und Kuckhoff sowie des Redakteurs Froberger zum General Mangin nach Mainz ihren Höhepunkt erreicht hatte, machen eine Reihe außen- und innerpolitischer Gründe geltend, deren Gewichtigkeit auch der sich nicht zu entziehen vermag, der das Ziel der Bewegung mißbilligt. Näheres darüber war in diesen Blättern in Nr. 8/1919 und Nr. 50 und 51/1918 zu lesen und die Ausführungen der Abgg. Herold und Heß in der preußischen Landesversammlung vom 28. Mai brachten besonders wertvolle Ergänzungen nach der inner- und kulturpolitischen Seite durch die Hinweise auf die schweren Versündigungen der Berliner Regierung gegenüber den Rheinländern. Die Loyalität der genannten drei Zentrumsmitglieder erscheint außer Zweifel, nachdem sie nachgewiesen haben, daß sie über ihre Informationsreise nach Mainz vorher und nachher die Regierung auf amtlichem Wege über alles in Kenntnis gesetzt und insbesondere ausdrücklich betont haben, daß von einer Errichtung einer rheinischen Republik nur im Einverständnis und unter Mitwirkung der Reichsregierung und der gewählten Vertreter des Volkes die Rede sein könne. Darin deckt sich ihr Standpunkt mit der Erklärung der preußischen Zentrumsfraktion, die allerdings aus der Erwägung, daß die endgültige Gestaltung des Reiches und der Gliedstaaten den allein zuständigen verfassunggebenden Instanzen im Einverständnis mit den Regierungen vorbehalten bleiben müsse, sowie daß angesichts der Friedensbedingungen des Feindes uns nur noch vollste Entschlossenheit und Einmütigkeit nach innen und außen retten kann, zu einer Mißbilligung des Vorgehens einzelner Persönlichkeiten oder Gruppen gelangte. Im Interesse der Einigkeit und Geschlossenheit der Partei brachten die beiden Abgeordneten das Opfer ihrer Mandatsniederlegung, abermals ein Beweis ihrer Loyalität. Darf jetzt erwartet werden, daß die Frage damit geklärt und in das richtige Geleise gebracht ist, so kann man sich andererseits des Eindrucks nicht erwehren, daß manche Aufregung und Verwirrung vermieden worden wäre, wenn die Berliner Stellen von Anfang an korrekt gehandelt hätten, daß also, wenn von Schuldigen die Rede ist, diese zunächst dort zu suchen sind; womit natürlich die Putsche in Wiesbaden, Speyer u. dergl. keineswegs entschuldigt werden.

Pfingstsonne.

Es stirbt die Kriegsnacht mit dem schwarzen Jammern.
An Erkern und in Gassen sich verklammern
Die letzten Schleier noch von Blut und Sorgen.
Im Osten goldet auf ein fremder Morgen,
Und frohe Scheitel, Giebel, Gipfel tauchen
Aus dem versunk'nen Spuk von rotem Rauchen.
Doch vollberauscht die Augen erst sich laben
Am Schimmer und am Zauber dort des Knaben
In prangendweissen Falten, milden Locken.
Wo sie ihn seh'n, da wachen auf die Glocken.
„Der Friede! Seht!" raunt es von Mund zu Mund.
Die Falten glätten sich im Erdenrund.

Da schüttet aus dem glühen Himmelstor
Die Pfingstensonne ihre Pracht hervor,
Dies Licht der Liebe, wenn's die Erde küsst,
Aus jeder Pore neues Leben grüsst,
Dies Licht der Wahrheit, das aus scheuer Schlucht
Und dünnstem Spalt das Dunkel zerrt und sucht,
Das mit dem Morgenglüh'n die Berge alle
Durchleuchtet wie die gläsernen Krystalle,
Das ganz zum Meeresgrund hinuntersteigt,
Der ewigen Nacht die tiefste Welle zeigt.

— — — — — — — — — — — — — — —

Das schöne Kind starrt rot zur Erde nieder.
Es zieht umsonst den Mantel um die Glieder,
Sein gold'nes Wams ums Herz, das steinernkalte,
Und um den Mordstahl in der weissen Falte.

Martin Mayr.

Von der Diktatur zur Demokratie?

Von M. Geßner, München.

Die bayerischen Regierungen seit der Revolution haben Freiheit und Demokratie, in deren Namen die Revolution gemacht wurde und die in der ersten Freude über das Gelingen der Umwälzung noch einmal — unvorsichtigerweise, wird mancher später gedacht haben — versprochen worden waren, teils überhaupt nicht gewollt, teils recht subjektiv und relativ aufgefaßt, sicher aber ihre Verwirklichung sehr lässig und wenig zweckmäßig betrieben. Namentlich haben sie es an Sorge für eine entsprechende Autorität fehlen lassen. Die Träger der Autorität im „Freistaat" sind andere als in der Monarchie, aber ohne Autorität ist der „Freistaat" so wenig fest zu begründen wie die Monarchie. Eigentlich braucht der Freistaat den Schutz der Autorität in höherem Maße, denn Freiheit und Autorität müssen sich die Wage halten. Weil das entweder nicht begriffen wurde oder weil die Entwicklung seit der Revolution vielfach entscheidend durch Faktoren bestimmt wurde, die die Freiheit nur für sich selbst in Anspruch nahmen, die Autorität, wie sie sie verstanden, aber nur den anderen gegenüber aufrichteten, kam es zu den mancherlei Wirren, angesichts deren man es schließlich noch als eine Errungenschaft glaubte ansehen zu müssen, daß wir die, wie sie sich selbst nannte, sozialistische Regierung Hoffmann bekamen. Ueber Sinn und Zweck dieser Regierung waren die Auffassungen allerdings keineswegs einheitlich. Die einen stellten sich vor, nach Eintritt einer gewissen Beruhigung werde die Demokratie in Gestalt einer parlamentarischen Regierung in ihr Recht treten. Andere dagegen schienen zu glauben, die Hauptsache sei, daß sie zur Macht gelangt waren, das übrige werde sich mit der Zeit schon finden. Ob die Regierung Hoffmann selbst der letzteren Ansicht war, ist schwer zu sagen, denn man weiß nicht recht, „an wen der glaubt", daß aber weite Kreise der Partei, auf die sie sich vor allem stützte, so dachten, ging aus Auslassungen maßgebender Blätter dieser Partei deutlich genug hervor. Jedenfalls aber tat die Regierung nichts oder mindestens nicht genug, um wenigstens diesen möglichen Keim einer Demokratie mit der nötigen Autorität und dem unerläßlichen militärischen Schutz zu umgeben. Die Hauptschuld daran wird dem Militärminister Schneppenhorst zugeschrieben, der, von jeher auf dem linken Flügel der Partei stehend, eigene Stimmungen zu überwinden und erst recht auf die Stimmungen von Freunden und Anhängern Rücksicht zu nehmen hatte. Es mag aber zugegeben sein, daß nach all' dem, was unter Eisner versäumt und verdorben worden war, seine Aufgabe in der Zeit, in der es notwendig gewesen wäre, vielleicht überhaupt nicht mehr zu lösen war.

Nicht in gleichem Maße kann die Regierung Hoffmann sich auf mildernde Umstände berufen dafür, daß, nachdem sie die Hoffnung, die allein die Anerkennung der nichtsozialdemokratischen Parteien rechtfertigen konnte, die Hoffnung, sie werde den Ausbruch der Anarchie verhindern, enttäuscht hatte, auch die Befreiung Münchens so spät erfolgte. Sie wollte die Sache mit der Sozialdemokratie allein machen. Und doch bedurfte man zur Befreiung der Hauptstadt aller Bayern, die dafür auf die Beine zu bringen waren, und obendrein noch ansehnlicher Reichshilfe. Um diese Kraftentfaltung in der Stunde höchster Not noch halbwegs rechtzeitig durchzusetzen, mußten die nichtsozialdemokratischen Parteien die Entschlüsse der Regierung ebenso entscheidend beeinflussen, wie bürgerliche Kreise dann die militärische Tat. Diejenigen, die an sich ein Recht auf Gleichberechtigung im demokratischen Staate hatten, haben sich durch diese Leistungen dieses Recht auf's neue erkauft. Sie haben zugleich bewiesen, daß es ohne sie nicht nur nicht besser ging, sondern daß es überhaupt nicht ging, und das bedeutete natürlich auch eine bedeutsame Veränderung der politischen Lage. Daß man das auf sozialdemokratischer Seite anscheinend gar nicht begriff, ist einigermaßen auffallend. Mannigfache Erörterungen in bürgerlichen Blättern im Sinne eines Koalitionsministeriums wurden in sozialdemokratischen Zeitungen zunächst verständnislos zurückgewiesen. Und als dann der sozialdemokratische Parteitag in Nürnberg doch der Umbildung der Regierung zu einer Art Koalitionsregierung zustimmte, begründeten die führenden Parteiorgane das nicht etwa mit dem demokratischen Prinzip, von dem man doch einmal ausgegangen war, sondern mit dem harten Frieden und der schweren Verantwortung und taten obendrein so, als hätten sich die übrigen Parteien

einfach auf ein sozialdemokratisches Mindestprogramm zu verpflichten. Für die bürgerlichen Parteien kann es sich in diesem Augenblick weniger als je um Herrschsucht, Personalienwahrung u. dgl. handeln, wenn sie in die Regierung eintreten. Aus guten Gründen konnte man der Meinung sein, der Sozialdemokratie müsse möglichst viel Zeit und Gelegenheit geboten werden, zu zeigen, was sie aus sich allein kann und nicht kann. Aber das ist ja nun ziemlich ausreichend der Fall gewesen und das Ergebnis der Probezeit läßt es verständlich erscheinen, daß die nichtsozialdemokratischen Elemente im Lande nicht länger Lust haben, im „freien Volksstaat" lediglich Objekt der Regierungskunst einer Minderheit zu sein. Denn so stellten sich manche Leute die Sache vor. Anscheinend auch die „Frankfurter Zeitung", als sie in Nr. 383 vom 25. Mai meinte, durch ein Koalitionsministerium, an dem auch das „Zentrum" beteiligt wäre, würde dieses „wieder zu einem Machtfaktor im Staate werden". Was natürlich nicht angängig sei, war der Sinn. Das ist eine „Demokratie", die immer nur gegen etwas ist, sie ist also eine negative Sache, von der positive Früchte kaum zu erwarten sind.

Die am 31. Mai erfolgte Neubildung der Regierung war denn doch etwas mehr durch die Rücksicht auf die Wirklichkeit beeinflußt. Von den 10 Ministerposten behält die Sozialdemokratie fünf (Präsidium und Kultus, Inneres, Militär und soziale Fürsorge) mit den bisherigen Vertretern, wobei nur zwischen dem bisherigen Inhaber des Innern, Segitz, und dem Minister für soziale Fürsorge, Endres, ein anscheinend zweckmäßiger Tausch stattfindet. Die Bayerische Volkspartei stellt in Regierungsdirektor Speck den Finanzminister und in Baron Freyberg den Landwirtschaftsminister. Die Demokraten besetzen das Justizministerium mit Dr. Müller-Meiningen und das Handelsministerium mit dem bisherigen Regierungsrat Hamm. Das Verkehrsministerium bleibt bei Frauendorfer. Die vier neuen Minister, von denen Speck und Dr. Müller in den letzten Tagen vor der Revolution die gleichen Ämter erhalten sollten, gelten alle als gediegene Fachleute für ihre Posten, ihre Berufung bedeutet daher in sachlicher Beziehung einen ebenso erfreulichen Fortschritt wie in politischer Hinsicht einen Schritt auf dem Wege demokratischer Entwicklung. Zu den neuen Ministern kommen noch zehn Staatsräte. Davon werden von der Bayerischen Volkspartei vier gestellt in den Abgeordneten Giehrl (Handel) Oswald (Soziales), Dauer (Verkehr) und Münsterer (Inneres). Von einem Staatsrat für das Kultusministerium hört man befremdlicherweise nichts, und doch wäre die Berufung eines solchen um so mehr angebracht gewesen, als die Präponderanz der Sozialdemokratie im Gesamtministerium dadurch besonders unangenehm verstärkt wird, daß einer der ihren gerade das Gebiet zu verwalten hat, auf dem ihr Gegensatz zur christlich gesinnten Bevölkerung, der Mehrheit, am deutlichsten hervortritt.

Wichtiger fast als die bloße Umbildung der Regierung ist vom demokratischen Standpunkt aus etwas anderes: Bei Einsetzung der Regierung Hoffmann wurde das Recht des Landtags zwiefach beschränkt: Einmal durch Uebertragung weitgehender Vollmachten an die Regierung, dann aber auch durch den Druck, unter dem der Landtag die über seinen Kopf hinweg eingesetzte Regierung anerkannte. Ministerpräsident Hoffmann hat, als er am 31. Mai sein Mandat zurückgab, um es von dem in sein volles Recht wieder eingesetzten Landtag von neuem zu erhalten, von diesem Druck nicht gesprochen, aber vielleicht daran gedacht. Mit diesem Schritt, der den Auftakt zu einer bisher nicht sensationell verlaufenen Debatte bildete, war der Rätezauber endgültig gelöst, und das war der tiefere Sinn dieser Szene. In dem zwischen den Parteien vereinbarten gemeinsamen Programm berührt am angenehmsten das allerdings selbstverständliche Bekenntnis zu der Aufgabe, Ordnung in die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu bringen, namentlich in die Staatsfinanzen, und dieser Aufgabe muß man von Herzen die bestmögliche Lösung wünschen. Die Einzelpunkte des Programms bringen wenig Neues und bedeuten gerade im wesentlichsten eine Festlegung auf Einzelheiten des doch erst noch zu beratenden Verfassungsentwurfes, von dem weiter unten die Rede ist. Neben manchem, dem man zustimmen muß, enthält die Vereinbarung auch bedenklichere Punkte, die von unserem Standpunkt aus nur eine Mitarbeit ermöglichen in der Erwägung, daß es Schlimmeres zu verhüten gilt. Im ganzen mutet das Programm nüchtern an wie ein Kompromiß. Es erhebt sich nicht über das Technische hinaus zu einer großzügigen, fortreißenden einheitlichen Idee.

Die Schwierigkeiten, wie sie in Bayern zu überwinden waren, ehe wir zu einer der parlamentarischen Lage auch nur einigermaßen entsprechenden Regierung kommen konnten, waren nur möglich, weil wir immer noch ohne Staatsverfassung sind. Jetzt liegt wenigstens einmal ein definitiver Entwurf einer solchen vor. Grundlage des Entwurfes ist, wie einer seiner Autoren, Geheimrat Dr. Graßmann, in der „Bayer. Staatsztg." es ausdrückt, die repräsentative Demokratie, die das Schwergewicht in den Landtag verlegt, dessen Macht durch Einführung des parlamentarischen Regierungssystems „fast ins Ungemessene" verstärkt wird. Graßmann sagt auch: „Der Mahnung Montesquieus, „um einen Mißbrauch der Machtbefugnisse zu verhüten, muß dafür gesorgt werden, daß eine Gewalt die andere hemmt", hat der Entwurf nicht durch Sicherung der vollziehenden Gewalt Rechnung getragen, nur die Unabhängigkeit der Rechtspflege ist aus dem alten Recht übernommen worden." Die Gefahren dieser Freiheit könne nur ein politisch reifes Volk überwinden. Das hieße also, daß wir noch allerlei zu lernen haben, denn die Geschichte der letzten sieben Monate haben Bayern nicht gerade auf der Höhe politischer Reife gezeigt, und zwar gerade in Kreisen, die sich diesen Schatz sonst gern allein zuzuschreiben pflegten. Mit diesen allgemeinen Andeutungen und Bemerkungen kann dieser Teil hier zunächst um so mehr als erledigt gelten, als wir ähnliche Verfassungsbestimmungen ja auch im Reich und in anderen Staaten haben. Zwei besondere Fragen, die gerade in Bayern außergewöhnliche Bedeutung erlangt und zu den Wirren der letzten Zeit so viel beigetragen haben, betreffen die „Räte" und die „Sozialisierung". Das, was bisher Rätewesen hieß, sucht der Entwurf, der die russische Bezeichnung fallen läßt, in einer Weise zu regeln, von der man sagen kann, daß sie dem Problem die politische Schärfe in der Hauptsache genommen hat. Ueber die „Sozialisierung" sagt Paragraph 24 Abs. III: „Die Vergesellschaftung der Wirtschaft nach dem Stande ihrer Entwicklung ist Aufgabe des Freistaates. Zur Ueberführung eines Zweiges der Gütererzeugung in die Gemeinwirtschaft ist ein Gesetz erforderlich". Was im ersten dieser beiden Sätze behauptet wird, wäre eigentlich erst einmal zu beweisen. Da aber gesetzliche Regelung für jedes Einzelgebiet verlangt wird, ist immerhin den phantastischen Unsinnigkeiten und den Gewalttaten eingebildeter Größe nach Art des Treibens des verflossenen Präsidenten des Zentralwirtschaftsamtes, des Herrn Dr. Neurath aus Wien, ein Riegel vorgeschoben. Mit „Sozialisierung" hat das, was der Entwurf sagt, wohl kaum etwas zu tun. Die erwähnte Vereinbarung der Parteien spricht im einzelnen von der Ueberführung der Bergwerke und der Wasserkräfte und außerdem der Apotheken in die Gemeinwirtschaft. Die Hereinziehung der Apotheken in diesen Zusammenhang mutet etwas gezwungen an. Im übrigen liest man da von manchen schönen Einzelaufgaben, von der Sorge für die Ernährung, für Kleidung und Wohnung, Bekämpfung der Bodenspekulation, Förderung der Landessiedelung, aber all das wird nur dann etwas bedeuten, wenn das ganze Gebiet von einem belebenden und erwärmenden Gedanken durchdrungen, von einem einheitlichen sozialen Zug beherrscht wird, der deshalb nicht sozialistisch im Parteisinne zu sein braucht. Die „Vergesellschaftung" allein tuts nicht. Ob durch sie der Stand der sozialen Frage überhaupt günstig zu beeinflussen ist, ist nicht einmal wahrscheinlich. So ruinös die Vergesellschaftung auch wirken kann, derjenige, der an eine wirkliche Sozialisierung des Lebens gedacht hat, muß schon sagen: Wenn das alles sein soll, ist wieder einmal aus einer großen Wolke wenig Regen gekommen.

Vom katholischen Standpunkt aus interessiert an dem Verfassungsentwurf besonders die Regelung der Kapitel Staat und Kirche, und Staat, Kirche und Schule. Es werden in dieser Hinsicht „volle Glaubens- und Gewissensfreiheit" und allen Glaubensgesellschaften „gleiche Rechte und gleicher Schutz" zugesichert, aber die „Durchführung bleibt der Gesetzgebung vorbehalten". Die Volksschule soll an den Staat übergehen, der die ganze öffentliche Erziehung für sich beansprucht. Die Sorge für den Religionsunterricht ist Sache der Glaubensgesellschaften, aber: „Die Erteilung und Ueberwachung des Religionsunterrichts an staatlichen und staatlich beaufsichtigten Schulen erfolgt nach verordnungsmäßigen Anordnungen des Staates".

Das Programm der neuen Regierung enthält einige Festlegungen, die teils als Ergänzung, teils als Milderung des kulturpolitischen Teils des Verfassungsentwurfs anzusehen sind. So, daß Abmeldungen vom Religionsunterricht auch bei dem Pfarrer zu erfolgen haben, daß Eigentumsrechte der

Glaubensgesellschaften und Verpflichtungen des Staates ihnen gegenüber nur durch Gesetz gelöst werden können, daß konfessionelle Schulen gegen den Willen der Mehrheit der Erziehungsberechtigten nicht in Simultanschulen umgewandelt werden können. Derartige Milderungen und Ergänzungen, denen man den Kompromißcharakter deutlich anmerkt, sollen wohl auch in die Verfassung aufgenommen werden. Es sind das jedoch nicht nur Zugeständnisse, zugleich wird dadurch auch die Hauptrichtung angezeigt, die gegangen werden soll, werden Ziele verraten, denen zugesteuert werden soll: Trennung von Kirche und Staat, Degradierung der Religion in der Oeffentlichkeit, Entfremdung zwischen Volk und Kirche. Wenngleich die Rücksichtslosigkeit nicht bis zum äußersten getrieben werden soll. Bedeuten die Bestimmungen im Ganzen doch, daß über die Rechte der Kirche ohne Verhandlung mit ihr zur Tagesordnung geschritten werden soll. Der Staat stellt sich auf den Standpunkt der Allmacht, der von sich aus alles Recht bestimmt. Das ist der Ausfluß einer durch und durch antichristlichen Staatsauffassung, die auch bisher schon zahlreiche Vertreter hatte und jetzt zum herrschenden Grundsatz gemacht werden soll. Die Art, wie in den erwähnten Bestimmungen des Verfassungsentwurfs die Kirche degradiert und ihr Einfluß auf die Schule weiter beschränkt werden soll, ist ein schweres Unrecht gegen Gott und die Kirche, ist, soweit es auf den Staat ankommt, eine bewußte Benachteiligung der religiösen Erziehung der Jugend und überhaupt der ganzen Erziehung, eine Schädigung aber auch des Staates selbst, der sich durch die eigenmächtige Aenderung seiner Beziehungen zur Kirche und seiner Stellung zur Religion — auch wenn hier einstweilen noch der Ausdruck äußerster Feindseligkeit vermieden werden soll — selbst seiner festesten sittlichen Grundlage beraubt. Der Staat hat eine sittliche Aufgabe am Menschen zu erfüllen, eine wesentlich verschiedene und höhere sittliche Aufgabe am Menschen fällt der Kirche zu. Nur in einträchtigem Zusammenwirken von Kirche und Staat ist eine gedeihliche Lösung der doppelten Aufgabe und eine harmonische Einwirkung auf den ganzen Menschen möglich, denn die Arbeit der einen Macht beeinflußt die Arbeit der anderen. Ein Gegeneinander der beiden Mächte gefährdet daher die Wirksamkeit beider, und schon ein bloßes Aneinandervorbeigehen wird oft genug zu einem Gegeneinander führen. Es ist ja richtig, daß die bisherige Verbindung zwischen Kirche und Staat in deutschen Landen wie auch anderswo manches zu wünschen übrig ließ, aber das beweist höchstens, daß man die Mängel der Verbindung beseitigen muß, nicht aber die Verbindung selbst.

Von dieser großen Streitfrage ist in letzter Zeit in der „Allgemeinen Rundschau“ so oft die Rede gewesen, daß hier auf weitere Erörterungen darüber zunächst verzichtet werden kann. Es steht ja eigentlich auch nicht die einzelne Frage an sich zur Debatte, sondern es handelt sich um den ganzen Gegensatz zwischen der christlichen und der nicht- und antichristlichen Staatsauffassung. Dabei verschlägt es wenig, ob die antichristliche Auffassung sich etwas mehr oder weniger radikal und gewaltsam durchzusetzen sucht. Das Ziel bleibt dasselbe, wie auch das katholische Prinzip in dem einen wie in dem anderen Falle klar betont werden muß. Ueber das Prinzipielle unterrichtet vorzüglich ein bei Herder erschienenes ausgezeichnetes Buch: „Katholische Staatsauffassung, Kirche und Staat, nach den prinzipiellen Grundlagen dargestellt“ von Dr. Heinrich Schrörs, Professor der katholischen Theologie in Bonn. Dieser Schrift ist um so mehr weiteste Verbreitung und gründlichstes Studium zu wünschen, als darin leider mit Recht festgestellt werden muß, daß auch in katholischen Kreisen, in wissenschaftlichen wie in politischen, die Gesichtspunkte und Grundsätze katholischer Staatsauffassung zu wenig gekannt und bewußt und durch einen gewissen Opportunismus verdunkelt sind. Nicht die Freude am Gegensatz, sondern der welthistorische Augenblick fordert, daß hier Versäumtes nachgeholt wird. Wir durchleben jetzt eine Katastrophe, die durch die Irrtümer von Jahrhunderten verursacht ist. Eine aufwärts führende Entwicklung kann nur angebahnt werden, wenn gründlich aufgeräumt und über Ziel und Weg vollste Klarheit hergestellt ist. Auch dann ist gewiß nicht im Handumdrehen die Welt zu beglücken, wie es Leute versprechen und glauben, die über Sümpfen Irrlichtern nachlaufen, aber es wird wenigstens nicht mehr weiter abwärts gehen, wir werden wieder einen Halt finden, und das übrige ist Sache christlicher Weisheit und Klugheit und vor allem christlicher Liebe, Treue und Beharrlichkeit in der Arbeit für den ganzen Menschen, für seine leiblichen wie geistigen Interessen.

Die Pflicht im Wirtschaftsleben.

Von Universitätsprofessor, Unterstaatssekretär z. D.
Dr. Georg Mayr, Tutzing.

III.

Außer der Verfügung über Boden und Kapital ist für jede Gütererzeugung die Verfügung über Arbeitsleistung notwendig. Die Arbeit ist nicht das einzige Wert gebende Element der Produktion, denn ohne die Möglichkeit ihrer Verbindung mit Boden- und Kapitalnutzung wäre sie in der Hauptsache eine erfolglose menschliche Anstrengung. Wohl aber ist sie dasjenige Element der Produktion, das bei jeder Gütererzeugung gewissermaßen endgültig erst die Schöpfung des neuen volkswirtschaftlichen Wertes des erzeugten Gutes auslöst. Die ganze Untersuchung über Wesen und Gestaltung der menschlichen Arbeit wie auch über die dabei eingreifende Stellungnahme der öffentlichen Gewalt zum Arbeitsproblem wird mehr und mehr Aufgabe der sich neu bildenden besonderen Arbeitswissenschaft mit ihren zwei Hauptbestandteilen, der Arbeitslehre und der Arbeitspolitik, worüber ich mich kürzlich in einem knappen Aufsatz „Der Ausbau der Arbeitswissenschaft“ in Nr. 40 von „Der Sammler“, Beilage der München-Augsburger Abendzeitung vom 8. April 1919, ausgesprochen habe.

Hier in diesem Aufsatz, da ich mich mit der Pflicht zur Arbeit zu beschäftigen habe, muß ich mir versagen, auch das Problem des Rechtes zur Arbeit zu erörtern. Ich muß auch weiter darauf verzichten, jene wirtschaftlichen gerade bei dem Bauern- und Handwerkerstand, einigermaßen auch bei freien Berufsarten weit verbreiteten Mischgebilde in Sonderbetrachtung zu nehmen, bei denen Arbeitsleistung nicht für eine fremde, sondern für die eigene Unternehmung geleistet wird, also gewissermassen Personalunion von Arbeiter und Unternehmer vorliegt. Des weiteren soll hier nur der andere in der neuzeitlichen Entwicklung des Wirtschaftslebens immer stärker hervortretende Fall in Betracht gezogen werden, daß der Arbeiter seine Arbeit für fremde Unternehmung gegen Lohn zur Verfügung stellt, also der Fall der Lohnarbeit. Hier bringt der Arbeiter zur Gütererzeugung nur eines von den dazu erforderlichen Faktoren oder Elementen bei; er ist nicht Unternehmer dieser Gütererzeugung, überhaupt nicht Unternehmer, sowenig der Kapitaldarleiher oder Bodendarbieter für fremde Gütererzeugung in dieser selbst als Unternehmer anzusprechen ist. Die Arbeit ist nicht eine vom Arbeiter als Unternehmer erzeugte „Ware“, sondern sie ist eine aus der um des Fortlebens willen aufrechterhaltenen Lebenskraft erfließende Leistungsmöglichkeit, die in den Dienst der Volkswirtschaft als ein dem Unternehmer unentbehrliches Element gestellt wird. (Auf den darüber bestehenden Schulstreit der Meinungen, den ich in meiner Schrift, die Pflicht im Wirtschaftsleben eingehend behandelt habe, will ich hier nicht eingehen; ich möchte nur darauf hinweisen, daß auch unser hervorragender bayerischer Nationalökonom F. B. W. von Hermann in seinen Staatswirtschaftlichen Untersuchungen ausdrücklich betont, daß die Arbeit nur Mittel zur Bedürfnisbefriedigung, nicht Zweck des Lebens, nur Mittel zum Leben ist.)

Was hier, da es sich um die Untersuchung der Pflicht der Arbeit handelt, vor allem zu betonen ist, das ist die Tatsache, daß es sich hier um dasjenige Element der Produktion handelt, das zwar auch nur ein Stück zum Produktionserfolg und Produktionswert zu liefern vermag — gleich dem Boden und dem Kapital —, das aber doch ob der Eigenart seines Wesens als Widmung lebendiger Menschenkraft für den Produktionsprozeß hervorragende Bedeutung gerade vom Standpunkt sittlicher Erwägungen gewinnt.

Nicht das gesamte Gebiet des hiernach für das Walten der Arbeit im menschlichen Wirtschaftsleben sich ergebenden Probleme, die ein großes Stück der gesamten Sozialpolitik ausmachen, steht hier zur Erörterung. Hier handelt es sich um die eine große Frage: Ist Arbeit sittliche Pflicht? Diese Frage ist mit Ja zu beantworten, wenn auch in der Art und der Dringlichkeit dieser Pflicht noch mancherlei Unterschied besteht, wenn das auch nur stichprobeweise angedeutet werden kann. Was die Art der Arbeitspflicht anlangt, so verbietet die persönliche Freiheit, deren Hochhaltung gerade jetzt in allen politischen Programmen ganz besonders betont wird, jede dauernde Zwangsverpflichtung zu bestimmter Arbeit für den freien Menschen. Auch die Entscheidung, ob der Arbeiter im einzelnen Fall seine Arbeit einem

gegebenen Produktionsprozeß widmen will oder nicht, muß — wenigstens grundsätzlich — seiner freien Entscheidung anheimgestellt bleiben und die öffentliche Gewalt empfindet in fortdauernd steigendem Maße ihrerseits die sittliche Pflicht, durch Ausgestaltung des öffentlichen Arbeitsnachweises dem Arbeiter die möglichste Auswahl unter den verschiedenen sich ihm darbietenden Arbeitsgelegenheiten zu eröffnen. Aber die Freiheit des Entschlusses geht für den Arbeiter, der nach seiner wirtschaftlichen Lage nicht selbst als Unternehmer aufzutreten vermag und der hiernach als Arbeiter bei einem anderen Unternehmer volkswirtschaftlich mitwirken muß, nicht so weit, daß er trotz Arbeitsgelegenheit befugt wäre, nicht zu arbeiten und zu Lasten der Gesamtheit einer genußreichen Arbeitslosigkeit sich zu erfreuen, wozu bekanntlich gerade in jüngster Zeit manche bedenkliche Ansätze sich ergeben haben, obwohl auch hier gewiß manche ungerechtfertigte Uebertreibung in Verkennung der wirklichen Notlage weit verbreiteter wirklicher, unabweisbarer Arbeitslosigkeit sich ergeben haben mag. Alle Leistungsfähigen im Volke sind berufen, bei dem Weitergang der Volkswirtschaft nach Maßgabe ihrer körperlichen und — wohlverstanden — auch geistigen Kräfte, wie auch im Sozialisierungsgesetze und zwar sogar an erster Stelle, zu lesen ist! — mitzuwirken. Das zu tun, ist ihre sittliche Pflicht. Wer also nach der Lage, in die ihn Abstammung und weiteres eigenes Geschick gebracht haben, nur durch körperliche — oder richtig gesagt „überwiegend körperliche" — Arbeit seinen Lebensunterhalt zu gewinnen vermag, ist in dringlichster Weise sittlich zu solcher Arbeit verpflichtet, ebenso der geistige Arbeiter zu geistiger Arbeit. Für den Unternehmer stellt sich die vorwiegend geistige Anstrengung der vollen oder auch der durch bezahlte Arbeit ihm teilweise abgenommenen Unternehmungsleitung als Zuschlag von Unternehmerarbeit zur Unternehmungsverantwortung und Gefahr dar. Ob die reinen Bodenbesitzer und Kapitalisten, die nicht selbst gleichzeitig Unternehmer sind, der allgemeinen Arbeitspflicht durch die bloße Mühe der richtigen Auswahl von Unternehmungen, denen sie ihre wirtschaftliche Kraft zuwenden, ganz genügen, ist wohl am zweifelhaftesten. Sie werden sittlich richtig und zugleich vorsichtig handeln, wenn sie ihre persönliche, geistige und körperliche Arbeitskraft in angemessener Weise, so namentlich zur Entfaltung gemeinnütziger Tätigkeit auf dem Gebiete der mannigfaltig öffentlich wie privat geregelten Fürsorgetätigkeit verwerten, womit zugleich auch ein volkswirtschaftlich bedeutsamer Effekt erzielt wird.

Auf die der Arbeitspflicht des Arbeiters gegenüberstehenden Pflichten des Arbeitgebers und weiter der öffentlichen Gewalt im einzelnen einzugehen, muß ich mir versagen. Nur kurz sei, abgesehen von dem, was unten bei der Unternehmerpflicht zur Sprache kommt, bemerkt, daß es des Arbeitgebers sittliche Pflicht ist, den Arbeiter als eine ihm gleichberechtigte Persönlichkeit anzuerkennen zu der er in einem Vertragsverhältnisse, aber nicht in einem Herrschaftsverhältnisse steht. Die treue Pflichterfüllung des Arbeiters bei seiner Arbeitsleistung, an der ja der Arbeitgeber im höchsten Maße persönlich interessiert ist, hat er anzuerkennen, und in jeder Hinsicht den Arbeiter sozial zu behandeln. Sein Recht auf beruflichen Zusammenschluß ist gleichfalls vom Arbeitgeber wie von der öffentlichen Gewalt voll anzuerkennen, mit grundsätzlicher Anerkennung auch des Streikrechts. Bei der Handhabung dieser Kriegswaffe des Wirtschaftslebens aber sind gerade auch wie bei der Handhabung der Aussperrung durch die Unternehmer in vollem Maße sittliche Pflichten zu erfüllen. Zumal für eine darniederliegende Volkswirtschaft, die des Aufbaues durch vollste Anspannung aller produktiven Kräfte bedarf, wird da sorgsamste Prüfung der Berechtigung des Eintretens in Streik wie in Aussperrung schwerste sittliche Pflicht. Wenn nur Arbeit uns retten kann — und daß dem so ist, kann ein ernsthaft Denkender nicht bezweifeln — dann ist über jedes beabsichtigte Nichtarbeiten, namentlich der breiten Arbeiterschichten, sei es aus rein wirtschaftlichen, sei es aus allgemeinen politischen Demonstrationsabsichten mit Hinarbeiten auf möglichste Vermeidung des Ausfalles an volkswirtschaftlicher Errungenschaft sorgsamste Erwägung anzustellen, als eine der bedeutsamsten wirtschaftlichen Pflichten.

Was schließlich die bereits gestreifte Ausgestaltung der sittlichen Pflicht der öffentlichen Gewalt gegenüber der Anerkennung der sittlichen Pflicht zur Arbeit anlangt, so sei nur noch aus dem Gebiet der hier einschlagenden Sozialpolitik speziell die Ausgestaltung der öffentlich-rechtlich geregelten Arbeitslosenversicherung besonders erwähnt. Wird die Pflicht zur Arbeit anerkannt, so muß dem, der dieser Pflicht entsprechend arbeiten will, aber trotz seiner Arbeitswilligkeit in nachweisbarer Weise Arbeit nicht finden kann, auch aus öffentlich-rechtlich geregelter Mittelbeschaffung Ersatz für seinen Lohnentgang gewährt werden.

Die konzentrierte Verantwortung für den Fortgang der in der Volkswirtschaft gebotenen Gütererzeugung liegt bei dem Unternehmer, der, sei es als physische oder als nichtphysische Person öffentlichen oder privaten Rechts die zur Erreichung des Produktionserfolges erforderliche Vereinigung der Produktionselemente unter Uebernahme des Wagnisses eines Mißerfolges bewerkstelligt. Die tatsächliche Gestaltung der fortlaufend in der Volkswirtschaft einsetzenden Entschlüsse zur Uebernahme der Unternehmerrolle ist sehr wesentlich durch die fortlaufende geschichtliche Entwicklung der Berufsverhältnisse und die vielfach durch Abstammung bedingte, gewissermaßen automatisch sich vollziehende Berufswahl bedingt. Es ist nicht so, daß die Gesamtheit der zur Uebernahme der Unternehmerrolle Berufenen oder auch nur ein erheblicher Bruchteil derselben alltäglich neu zu überlegen hätte, welcher Art von Produktion man sich etwa nach rein spekulativen Erwägungen zuzuwenden hätte. Die beruflich nach früherer freier Wahl oder überkommener Tradition geregelte Unternehmertätigkeit überwiegt. Daneben ist allerdings auch die Minorität der Fälle, zumal insoweit es sich dabei um großkapitalistische Unternehmungen handelt, in denen ein gewisses Unternehmen spekulativ eingerichtet wird, volkswirtschaftlich von erheblicher Bedeutung, und gerade solche Unternehmungen sind es, bei denen zumal bei frei entwickeltem Produktionsrecht auch sittliche Ausgestaltungen der Produktionspflicht sich ergeben in der Richtung, daß überhaupt und in welcher Art die für die Volkswirtschaft bedeutsame Produktion durchgeführt wird.

Vom Standpunkt der besonderen Betrachtungen, die uns in der gegenwärtigen Studie interessieren, werden wir gut tun, dabei die zwei grundverschiedenen Systeme, der freien und der öffentlich-rechtlich gebundenen Wirtschaft zu unterscheiden, von denen das erstere in der Hauptsache bis zum Kriegsbeginn in der Kulturwelt waltete, während die gebundene Wirtschaft in der Kriegszeit allmählich Fortschritte gemacht hat und in der am Horizont der Zukunft erscheinenden Vollsozialisierung ihre grundsätzliche Vollverwirklichung finden würde, wie schon in den einleitenden Darlegungen dieser Studie hervorzuheben war.

Wenden wir uns zunächst zur Erwägung der Lage, wie es bei der freien Wirtschaft gegenüber dem freien Produktionsrecht mit der Gestaltung der Produktionspflichten bei dem Unternehmer steht, so müssen wir dreierlei unterscheiden. Erstens: Was bürgt dafür, daß überhaupt gütererzeugende Unternehmer (Produzenten im engeren Sinne) in der erforderlichen Menge und Art freiwillig in der Volkswirtschaft sich zusammenfinden? Zweitens: Was bürgt dafür, daß diese die begonnene Produktion weiterführen, oder falls sie solche aufgeben, soweit es geboten ist, Ersatz finden? Drittens: Wie gestalten sich dabei die sittlichen Rücksichten auf die Gesamtheit der an der Produktion Beteiligten und weiter auch auf die Abnehmer der Produkte?

Daß überhaupt fortdauernd Unternehmer in großer Zahl freiwillig in die Volkswirtschaft eintreten, ist nach der geschichtlichen Entwicklung unserer vor der Revolution bestandenen Rechts- und Gesellschaftsordnung namentlich dadurch bedingt, daß die im Laufe der Zeit entstandene und beispielsweise in unseren großen Aktiengesellschaften verwirklichte Großunternehmung, die als „verselbständigte" Unternehmung nur mit fremdem Kapital, fremder Arbeit und fremdem Boden wirtschaftet, der Zahl nach sehr zurücksteht gegen die Massen der nicht voll verselbständigten, sondern mit eigenem Boden, Kapital und auch eigener Arbeit, die fertiges Genußgut ist, wirtschaftenden Unternehmungen. Der Bauer, der Handwerker, der Darbieter genußbereiter persönlicher Dienstleistungen körperlicher oder geistiger Art ist zur Uebernahme der Unternehmerrolle, in der er zugleich nutzbringende Verwertung eigenen Bodens, eigenen Kapitals und eigener Arbeit erzielt, durch sein unmittelbares Eigeninteresse veranlaßt. Es bedarf dazu in normalen Zeiten — in der Kriegszeit war es zum Teil anders — keines besonderen Zwanges; die freie Wirtschaft paßt sich automatisch — wenn auch mit gewissen Regelungen des internationalen Verkehrs der einzelnen Volkswirtschaften — den volkswirtschaftlichen und weltwirtschaftlichen Bedürfnissen an. Und in die noch verbleibenden Lücken schiebt sich in neuzeitlich steigender Entwicklung die verselbständigte Unternehmung als Großindustrie und Großhandel ein, bei der eine nichtphysische Person mit fremdem Boden, Kapital und Arbeit wirtschaftet und dabei namentlich für das solche Unternehmungen ermöglichende

Kapital ein auch für die engere und weitere Unternehmungsleitung gewinnreicheres Entgelt erstrebt. Auch solche für die Gesamtentwicklung der Volkswirtschaft bedeutsame Unternehmungen werden nicht befohlen, sie sind freie Neubildungen und zwar solche, bei denen, wie schon im bisherigen gelegentlich gestreift worden ist und wie unten noch zusammenfassend hervorzuheben sein wird, der Kreis der sittlichen Erwägungen über die Art der in Frage kommenden Wirtschaftsführung sich wesentlich erweitert.

Daß fortlaufend neue Unternehmerentschlüsse gefaßt werden, ist zur Aufrechterhaltung der Gütererzeugung in der Volkswirtschaft nötig; aber das genügt nicht. Es ist weiter geboten, daß die begonnene Unternehmung auch in normaler Weise weitergeführt werde. Auch dafür sorgt in der freien Wirtschaft in erster Linie das Eigeninteresse des Unternehmers, des verselbständigten wie des nicht verselbständigten. Auf der normalen Weiterführung der Unternehmungen, die übrigens durch Rechtsnormen verschiedener Art, für die Unternehmungen physischer Personen namentlich auch durch das Erbrecht gesichert ist, beruht die Stabilität der gesamten volkswirtschaftlichen Entwicklung. Ausscheidende Unternehmungen werden, soweit deren Ersatz als rationell und aussichtsreich sich darstellt und hiernach volkswirtschaftlich geboten ist, durch neu eintretende Unternehmer ersetzt. Wenn eine sittliche Pflicht zur Fassung eines Unternehmungsentschlusses wohl im allgemeinen nur selten als gegeben zu erachten sein wird, muß wohl für die Fortsetzung der normalen Unternehmungstätigkeit, die volkswirtschaftlich sich lohnt, neben dem maßgebenden Eigeninteresse des Unternehmers auch dessen sittliche Verpflichtung gegenüber der Gesamtheit der an der Fortsetzung des Unternehmens Interessierten und insbesondere der unmittelbar dabei in Mitleidenschaft gezogenen Arbeiterschaft anerkannt werden. Dies führt zu der abschließenden, oben bereits bezeichneten dritten Betrachtung über die Unternehmungsgestaltung und die sittliche Pflicht im Rahmen der freien Wirtschaft.

Welche sittlichen Rücksichten auf die Gesamtheit der bei der Gütererzeugung Beteiligten ergeben sich für den Unternehmer? Soweit es sich um die einfachste Art der unverselbständigten Unternehmung, nämlich der physischen Unternehmer der Darbietung eigener körperlicher oder geistiger genußbereiter Dienstleistungen handelt, kommen andere Beteiligte als der Unternehmer selbst überhaupt nicht in Frage. Hier kann nur etwa von dem Sittengebote der Selbsterhaltung und Selbstschonung die Rede sein, das zugleich auch dem wohlverstandenen Eigeninteresse solcher Unternehmer entspricht. Bei der Leistung des Kapitalbesitzers, der lediglich Kapital gegen Zins ausleiht, kommt eine sittliche Pflicht gegen die Darlehensempfänger insoweit in Frage, als — wie bereits an anderer Stelle hervorgehoben worden ist — wucherische Ausbeutung jeglicher Art als sittlich verwerflich anzusprechen ist; doch liegt in diesem Fall, wenn der einzelne Kapitalbesitzer nur zu fremder Unternehmung Kapital leiht, eine Unternehmung in volkswirtschaftlichem Sinn bei demselben überhaupt nicht vor. Bei großindustrieller Ausgestaltung des Darleihegeschäftes zu verselbständigter Unternehmung insbesondere auch im Bankbetrieb, wird auch die sittliche Pflicht der Zuweisung entsprechenden Entgeltes an geistige und körperliche Hilfsarbeit in Frage kommen. Weitverbreitet ist auch bei dem unverselbständigten Unternehmertum des Bodenbesitzers — abgesehen von dem ohne bezahlte Hilfskraft wirtschaftenden Kleinbauern — die Inanspruchnahme von Lohnarbeitern; hier erwächst die sittliche Pflicht des deren Leistung angemessenen Lohnes, insbesondere eines steigenden Lohnes bei steigendem Produktionserfolg. Ganz besonders steigert sich die sittliche Verpflichtung des vollkommen verselbständigten Unternehmers bei den nichtphysischen Unternehmungen auf großkapitalistischer Unterlage, bei denen ein gerechter Ausgleich des Anteils der Produktionsleistung des Kapitals und insbesondere auch der Arbeiterschaft am Produktionserfolg eines der bedeutendsten sittlichen Postulate der Gütererzeugung ist; unverkennbar war schon der Obrigkeitsstaat ehrlich und mit Erfolg bemüht, durch eine reich entfaltete Sozialpolitik, deren weitere Entwicklung nach dem Krieg sowohl national wie international in Sicht stand, diesem Sittengebote zu entsprechen. Nach den revolutionären Anschauungen aber muß es als zweifelhaft bezeichnet werden, ob von der großkapitalistischen Unternehmung in deren freier Entwicklung die volle Erfüllung der sittlichen Anforderungen erwartet werden darf. Die Mißerfolge der gesetzgeberischen Versuche verschiedener Länder gegen die gemeinschädlichen Folgen des Trust- und Kartellwesens zeigen, daß der Versuch, unter voller Belassung der freien Wirtschaft mit sozialpolitischem staatlichem Eingreifen die Benachteiligungen des Produktionselements Arbeit zu verhüten, großen Schwierigkeiten begegnet. Eine solche gemeinschädliche Machtentfaltung großkapitalistischer Industrie- und Handelsunternehmungen ist weiter geeignet, auch weite Kreise der Verbraucher in ihrer Warenversorgung zu schädigen. Darum greifen mehr und mehr auch bei solchen Wirtschafts- und Sozialpolitikern, die im übrigen für ferneres Walten der Unternehmertätigkeit jeder Art grundsätzlich gestimmt sind, gegen die freie wirtschaftliche Betätigung solcher großkapitalistischer Industrie- und Handelsunternehmungen die nämlichen Bedenken platz, wie die bereits früher erwähnten Bedenken gegen die übermäßige Konzentration von Großgrundbesitz, als der Grundlage eines die freie wirtschaftliche Benützung des Bodens in wirtschaftlich unerwünschter Weise beschränkenden Machtgebotes.

Zweifellos leben wir jetzt — und darauf muß zum Abschluß dieser Studie hingewiesen werden — in dem gewaltigsten wirtschaftlichen Gärungsprozeß, der durch das Aufeinanderstoßen zweier grundverschiedener Weltanschauungen über Pflicht im Wirtschaftsleben entstanden ist. Die ältere liberalistische Auffassung, welche die Ethik aus dem Gesamtgebiet der Volkswirtschaft überhaupt ausweisen wollte, kann als heute überwunden angesehen werden. Auch die konservative Anschauung, die grundsätzlich der freien Unternehmerbetätigung weitesten Spielraum gestatten will, erkennt das dabei gebotene Walten sittlicher Pflicht namentlich gegenüber den bei der Gütererzeugung mitwirkenden Arbeitern an und befürwortet einen weitgehenden Ausbau der staatlichen Politik zur Sicherstellung dieser Pflichterfüllung, insbesondere auch soweit das Verhalten übermächtiger Großunternehmungen in Betracht kommt; sie steht deshalb auch dem event. Ausschalten solcher Großunternehmungen aus der ungebundenen freien Privatwirtschaft und deren Ueberführung in vollverstaatlichte oder doch staatlich beschränkte und kontrollierte Unternehmungen, also dem, was man eine partielle Sozialisierung von Unternehmungen nennen kann, sympathisch gegenüber. Die radikale fortgeschrittenste Weltanschauung verzweifelt grundsätzlich — trotz gelegentlicher opportunistischer Konzessionen, z. B. an den kleinen und mittelbäuerlichen Betrieb — an der erfolgreichen Verwirklichung der sittlichen Pflichten, namentlich gegenüber dem Arbeiterstand bei Fortdauer der freien Wirtschaft und befürwortet die sogenannte Vollsozialisierung, die grundsätzliche Beseitigung der freien Unternehmer-Initiative und die zentralisierte, staatlich geleitete und organisierte Gütererzeugung und Güterverteilung in der Hoffnung, daß in diesem neuen die bisherigen Ansprüche des Besitzes im wesentlichen beseitigenden Zukunftsgebilde einer neuen Volkswirtschaft alle Beteiligten unter Beiseitesetzung alter egoistischer Strebungen ihre sittliche Pflicht im Wirtschaftsleben durch bereitwillige Anwendung ihrer körperlichen und geistigen Kräfte auf dem ihnen von der zentralen Leitung und deren Unterorganen angewiesenen Gebieten betätigen werden.

Die Leser werden in der allernächsten Zeit Gelegenheit haben, der Weiterentwicklung dieses Kampfes zwischen einem außerordentlichen Optimismus der Beurteilung der durch die Revolution geläuterten Menschennatur und der nüchternen Auffassung zu verfolgen, die der gewiß sehr beachtenswerten Ansicht Rechnung trägt, daß das Ziel der weiteren volkswirtschaftlichen Entwicklung unseres Vaterlandes nicht im Extrem der Beseitigung aller seiner wirtschaftlichen Initiativen, sondern in deren möglichst ausgedehntem erfolgreichen Wirken besteht, soweit nicht, wie im Vorstehenden kurz angedeutet, zur Wahrung der Pflichterfüllung im Wirtschaftsleben eine Aenderung des bisherigen Systems und dabei im besondern neben ausgiebiger Sorge für sozialpolitische Kontrolle des freien Unternehmerbetriebs auch partielle Ueberführung insbesondere gewisser Großunternehmungen in staatlich geleiteten oder eingehend beschränkten und kontrollierten Privatbetrieb veranlaßt ist. Auf die Einzelheiten der großen Frage der Sozialisierung, unter welchem Begriff sich sehr verschiedene Arten der öffentlichen und selbst privaten und gleichzeitig auch öffentlich kontrollierten Vergesellschaftungen von Unternehmungen zusammenfinden, mich hier zu äußern, muß ich unterlassen. Das müßte den Gegenstand einer eingehenden selbständigen Untersuchung bilden. Hier aber beim Abschluß der Studie über die Pflicht im Wirtschaftsleben durfte ich doch die „Sozialisierung" nicht totschweigen; denn sie ist ein und zwar das neueste und gewaltigste wirtschaftliche Gebilde, dessen Entstehung im Zusammenhang mit Vorstellungen über die Pflicht im Wirtschaftsleben steht.

Religionsfreier Moralunterricht und Gewissensfreiheit.

Von Universitätsprofessor Dr. Göttler, München.

So sehr das rein pädagogische Denken, zumal das christlich-pädagogische Denken es schmerzlich empfindet, das schulpolitische Denken muß bei der gegenwärtigen politischen bzw. kulturellen, religiösen Lage sich darein finden, daß in der öffentlichen Schule der Religionsunterricht einstweilen d. h. auf zunächst unabsehbare Zeit der freien Entscheidung der Eltern anheimgestellt bleibt. Wenn es gut geht, wird der Staat die Freiheit der Schulorganisation nach dem Prinzip der Gewissenseinigkeit, also freie Konfessionsschulen, aber auch freireligiöse Schulen zugestehen, mit Vorbehalt einer gewissen Staatsaufsicht. Für den in der Oeffentlichkeit bis jetzt fast ausschließlich ins Auge gefaßten erstgenannten Fall wird von verschiedenen Seiten die Forderung erhoben, daß alle Kinder, welche nicht mehr einen Religionsunterricht besuchen, in einen konfessionslosen (recte religionslosen) Moralunterricht genommen (gezwungen?) werden. In diesem Sinne soll sich schon vor längerer Zeit der preußische Kultusminister geäußert haben (vergl. „Zeit und Schule" 1919, S. 39). In diesem Sinne hat jüngst der Münchener Bezirkslehrerverein bzw. ein unentwegter Rest desselben („Bayer. Kurier" 1919, Nr. 79) sich resolviert. In dieser Richtung läuft eine Verfügung der Münchener Schulbehörde (vergl. „Oberbayer. Schulzeitung" Nr. 15/16). In diesem Sinne arbeitet auch die „Gesellschaft für neue Erziehung". Das Gleiche fordert jetzt ein „Provisorischer Rat bayer. Mittelschullehrer" (vergl. „Münchener Post" 1919, Nr. 100, S. 4). Dieser Forderung liegt die Auffassung zugrunde, daß solche Kinder sonst ohne ethische Belehrung aufwachsen und sittlich verwahrlosen würden. Der bisherige Gesinnungsunterricht in den sog. Gesinnungsfächern scheint also diesen Pädagogen nichts zu bedeuten.

Wie soll man sich stellen zu der Alternative: Pflichtmäßiger Moralunterricht für alle Kinder, die vom Religionsunterricht befreit sind, oder Freigabe der Stunden, während welcher für die übrigen Religionsunterricht trifft? Die Frage soll hier nicht rein theoretisch, sondern auch in ihren ganz konkreten Konsequenzen zur Ueberlegung gegeben werden.

Theoretisch wäre die Antwort verhältnismäßig noch einfach, wenn man nur einmal wüßte, was unter der Etikette freireligiöser Moralunterricht geboten werden soll. Sieht man sich die bisherigen einschlägigen Schriften (z. B. von Förster [Jugendlehre,] Horneffer, Georg Schneider, Wolfsdorf, Wille) durch, so findet man, daß es sich durchaus nicht bei allen um bloßen Moralunterricht, sondern bei den meisten auch um einen Weltanschauungsunterricht, bei manchen um einen ganz systematisch angelegten monistischen, entwicklungstheoretisch-atheistischen Weltanschauungsunterricht handelt. Jedenfalls werden die Verantwortlichen hier nicht, wie es in der bayerischen Kultusministerialentschließung vom 10. Januar 1919 (den freireligiösen Unterricht betreffend) geboten ist, „auf Prüfung des Lehrinhaltes" verzichten können, müssen vielmehr ganz entschieden sich denselben genau ansehen. Stellt sich heraus, daß das Angebotene nicht bloß sittliche Unterweisung ist, sondern direkter oder indirekter, etwa geschichtlich referierender Weltanschauungsunterricht, also Stellungnahme zu religiösen Fragen in positivem oder negativem Sinne, so schließt das Grundgesetz der Gewissensfreiheit unter allen Umständen jeglichen Zwang zum Besuch eines solchen Unterrichtes aus. Mir scheint aber auch ein reiner Moralunterricht, der ja doch die Gewissen beeinflussen will, mit der „Gewissensfreiheit" in Beziehung zu stehen. In den älteren Verfassungen, so auch in der bayerischen, war dieser Begriff freilich wesentlich im religiösen Sinn verstanden, nämlich im Sinne von Freiheit der religiösen Ueberzeugung und privater Betätigung derselben, sowie Freiheit von Zwang zu Betätigungen, die mit jener Ueberzeugung unvereinbar sind. Aber wenn man an die neuesten Errungenschaften der modernen Ethik im Gebiete der Familienmoral (Verhältnis der Kinder zu den Eltern), wie sie etwa in der freideutschen und sozialistischen Jugendbewegung propagiert werden, im Gebiet der sexuellen Moral, der Eigentumsmoral denkt, dann wird man im Namen der Gewissensfreiheit auch die Forderung stellen dürfen, daß der Geist der Schulerziehung mit dem der Familie nicht in Widerspruch liegen darf. Ich bin mir, wenn ich das sage, durchaus klar, daß hiervon sofort auch der Gesinnungsunterricht betroffen wird, und daß dies letzlich zur Forderung der Gewissenseinigkeit (Konfessionalität) fast des ganzen Schulunterrichtes führt. Aber jedenfalls liegt die Sache offen bezüglich eines eigentlichen und reinen Moralunterrichtes. So wird man sagen müssen, ein Zwang zum Besuch eines Moralunterrichtes kann nicht gesetzlich werden, wo immer das Prinzip der Gewissensfreiheit hochgehalten werden will. Dessen Besuch muß ebenso der freien Entscheidung der Eltern anheimgegeben werden wie der Besuch des Religionsunterrichtes.

Wie wird sich die eingangs gestellte Alternative praktisch auswirken? Lassen wir den Fall unberücksichtigt, daß nur eine verschwindende Minderzahl von religionsbefreiten Kindern (die Abbreviatur sei gestattet) in Betracht kommt und nehmen wir einmal an, es steigt die Zahl solcher Kinder in einer Klasse an bis zur Hälfte oder auch nur zu einem Drittel der Gesamtzahl. Es besteht kein Zwang zum Besuche eines freireligiösen Moralunterrichtes. Wohin mit diesen Kindern, wenn der Religionsunterricht auf eine innere Schulstunde fällt, nicht auf eine Anfangs- oder Schlußstunde? Ich besorge, man wird sehr geneigt sein, den Religionsunterricht auf äußere Stunden zu verlegen. Das bringt in Großstädten kaum zu bewältigende Schwierigkeiten mit sich bezüglich der Besetzung der Stunden mit Katecheten, auch wenn man da und dort Klassen zusammenlegen kann; denn die Berufskatecheten waren bisher, wo nur Katechismusunterricht durch sie zu erteilen war, häufig den ganzen Tag, d. h. durch alle Schulstunden tätig. Aber noch bedenklicher erscheint mir eine andere Folge zu sein. Kinder sind Kinder, noch nicht reife Menschen, sie werden von Ideen gewiß rasch begeistert, aber noch nicht so nachhaltig, daß sie lange Zeit hindurch dafür Opfer zu bringen vermögen; jedenfalls gilt dies für den Durchschnitt. Sie müssen nun wöchentlich wenigstens zweimal, wenn der Bibelunterricht im gleichen Umfang wie bisher festgehalten wird, sogar viermal eine Stunde früher kommen oder eine Stunde länger bleiben als die religionsfreien. Das wird in Familien, die religiös nicht fest sind und schwach gegen schwache, wankelmütige Kinder, sicherlich zu immer weiteren Absplitterungen führen, insbesondere wenn es bei der pädagogisch einfach unerhörten Praxis bleibt, daß bezüglich des Religionsunterrichts gestattet sein soll, was für kein anderes fakultatives Gebiet je zugestanden wurde, daß nämlich einfache Abmeldung zu jeder Zeit des Schuljahres erlaubt sein soll. Man entgegne nicht: Das ist ein gesunder Läuterungsprozeß. Jedenfalls Kinder dürfen wir nicht mit dem bekannten Wort von den dürren Aesten leichthin ziehen lassen. Aber auch bezüglich der Erwachsenen muß uns das Heilandswort vom glimmenden Docht zur Bedachtsamkeit mahnen. Die hiermit angedeuteten Schwierigkeiten entfallen, wenn die religionsbefreiten Kinder gleichzeitig in einen Ersatzunterricht genommen werden. Das könnte dann natürlich nach dem vorher Ausgeführten höchstens ein wirklicher Moralunterricht sein, über dessen Inhalt die Schulbehörde bzw. die dieser Neuorganisation zustimmende Volksvertretung durchaus sich gewisse Sicherungen verschaffen müßte. Daß hiermit alle Bedenken ausgeräumt wären, behaupte ich nun freilich keineswegs. Religiöse bzw. weltanschauliche Neutralität in einem erziehlichen Unterricht, gar in einem etwas tiefer gehenden Gesinnungs- und Sittenunterricht ist so schwer, ist fast — ist wohl ganz unmöglich. „Wer nicht für mich ist, der ist wider mich", ich fürchte, dieses Wort des Herrn gilt auch für dieses Gebiet. Die Tieferen auf der Gegenseite gestehen dies ganz unumwunden zu. Ernst Horneffer hat es längst mit wünschenswerter Deutlichkeit bekannt: „Nur aus der Schätzung und Wertung des gesamten Lebens, nur aus einem unerschütterlichen Glauben an den Sinn und die Bedeutung des Daseins kann der Wille seine Kraft schöpfen, unter den stärksten Anstürmen des Schicksals und der Versuchungen auszuharren und standzuhalten in der Bewährung des Ideals. Auch in diesem Punkte muß ich den reformatorischen Eiferern der jüngeren Zeit widersprechen, daß Sittlichkeit völlig losgelöst von der Religion bestehen könne, daß auch ohne das Fundament einer gefestigten Weltanschauung die Sittlichkeit lediglich aus sich selbst den Menschen beherrschen und zur Erfüllung aller seiner Aufgaben bestimmen könnte." (Konfessionsloser Moralunterricht der freireligiösen Gemeinde in München. Leipzig, Verlag: Die Tat, 1918, S. 21.) F. W. Försters Bekenntnisse dieser Art in fast all seinen Schriften von der „Jugendlehre" an sind bekannt.

Ein befreiender Ausweg aus diesem Für und Wider scheint mir, ich komme nicht darüber weg, nur die wirklich gewissensfreie, auf dem Prinzip der Gewissenseinigkeit gegründete Freischule an Stelle der Staatszwangsschule zu sein.

Der Boykott der deutschen Missionsgesellschaften durch die Entente.

Von Universitätsprofessor Dr. Aufhauser.

Das schwere Los, das die blühenden deutschen Missionen beider Konfessionen in unseren überseeischen Besitzungen während des unseligen Weltkrieges getroffen, hat sich von Tag zu Tag verschlimmert. In fast allen deutschen Schutzgebieten mußten unsere Missionäre bald nach der „Eroberung" des Landes durch unsere übermächtigen Feinde ihre Stationen verlassen, um in Gefangenenlager konzentriert, im günstigsten Falle über England oder Frankreich in die Heimat abtransportiert zu werden. Es sei nur erinnert an die Steyler und Bremer (norddeutsche M. G.) in Togo, die Pallottiner und Baseler in Kamerun, die Sittarder und die Väter vom hl. Geist in Neu-Kamerun, die Benediktiner von St. Ottilien, manche der Väter vom hl. Geist und der Weißen Väter in Ostafrika, die Hiltruper Missionäre vom hl. Herzen Jesu auf den Marschallinseln, die rheinisch-westfälischen Kapuziner und die Liebenzeller auf den Karolinen und Marianen (seit 1916) usw. Die einst blühenden Stationen sind großenteils verwaist, soweit nicht französische Glaubensboten (wie in Togo, Kamerun, Ostafrika) oder Missionäre aus neutralen Ländern das Erbe antraten, die sich bildenden Gemeinden ohne Hirten zerstreut, die Außenstationen, viele Schulen und Waisenhäuser geschlossen, zum Teil sogar der Plünderung durch unsere Feinde zum Opfer gefallen (wie bei den Pallottinern in Kamerun). Das Missionswerk, einst reich an berechtigten Hoffnungen, gleicht heute traurigen Ruinen. Zeigten auch viele eingeborene Christen große Anhänglichkeit und Treue an ihre vertriebenen deutschen Väter, so lebte doch auch der Fetischdienst in verschiedenen Bezirken wieder auf, begann vor allem der Islam eine bedrohliche Werbetätigkeit (wie in Fumban, wo der König Ndschoja zum Islam übertrat und die kleine Christenschar hat bedrängte).

Ahmednagar, Sihdi Bishr, Golkonda[1]) und andere Konzentrationslager sind nur allzuberedte Zeugen der entbehrungsreichen Internierung unserer Missionäre.

In nur wenigen einst deutschen Missionsgebieten durften die deutschen Glaubensboten auch seit der feindlichen Okkupation ihre Arbeit weiterführen, so die Oblaten vom hl. Franz v. Sales und von der unbefleckten Jungfrau wie die Barmer (rheinischen) Missionäre in Südwestafrika (seit Uebergabe unserer Kolonie Sommer 1915), die Steyler, die rheinischen und Neudettelsauer in Neuguinea, die Maristen auf den Nordsalomonen und Samoa, die Hiltruper in Neupommern, die Steyler und Berliner in Tsingtau und Kiautschou. In stillem bescheidenem Wirken haben sie den dortigen Eingeborenen ihre Dienste geweiht, ohne der besetzenden Macht Schwierigkeiten zu bereiten.

All die blühenden Stationen, all der Erfolg jahrzehntelanger mühsamer Arbeit, all die zum größten Teil mit deutschem Gelde dort geschaffenen Missionsbauten (Kirchen, Schulen, Waisenhäuser mit ihren wirtschaftlichen Unternehmungen) sollen nun unseren Missionsgesellschaften verloren gehen.

Der 4. Teil des Friedensvertrages[2]) (Deutsche Rechte und Interessen außerhalb Deutschlands) bestimmt in Art. 118: „Außerhalb seiner europäischen Grenzen, wie sie durch den gegenwärtigen Vertrag festgesetzt werden, verzichtet Deutschland auf alle Rechte, Titel oder jedwede Privilegien über oder in Bezug auf alle Gebiete, die ihm oder seinen Verbündeten gehörten und auf alle wie auch immer gearteten Rechte, Titel oder Privilegien, die ihm gegenüber den verbündeten und associierten Mächten zustanden.

Deutschland verpflichtet sich, die Maßnahmen, welche von den verbündeten und associierten Handelsmächten, wenn nötig im Benehmen mit dritten Mächten, jetzt oder in Zukunft zum Zwecke der Regelung der Folgen der vorausgehenden Bestimmung getroffen sind oder werden, sofort anzuerkennen und anzunehmen.

Insbesondere erklärt Deutschland die Annahme der Bestimmungen der folgenden Artikel, die sich auf bestimmte einzelne Gegenstände beziehen:

1. Abschnitt, Deutsche Kolonien, Art. 119: Deutschland verzichtet zugunsten der verbündeten und associierten Hauptmächte auf alle seine Rechte und Titel in bezug auf seine überseeischen Besitzungen.

Art. 120. Alles bewegliche und unbewegliche Eigentum des Deutschen Reiches oder irgendeines deutschen Staates in diesen Gebieten geht unter den in Art. 257 des Teiles IX (finanzielle Klauseln) des gegenwärtigen Vertrages festgesetzten Bedingungen auf die Regierung über, die die Verwaltung in diesen Gebieten ausübt. Wenn Meinungsverschiedenheiten über die Natur dieser Rechte entstehen, so entscheiden darüber die örtlichen Gerichte endgültig.

Art. 122. Die Regierung, die die Verwaltung in diesen Gebieten ausübt, kann die ihr notwendig scheinenden Verfügungen treffen hinsichtlich der Heimschaffung der dort befindlichen deutschen Staatsangehörigen und der Bedingungen, unter denen die deutschen Staatsangehörigen europäischer Abstammung dort sich niederlassen, Eigentum erwerben, Handel treiben oder ein Gewerbe ausüben dürfen oder nicht."

Mit der Annahme dieser Bedingungen würden die deutschen Missionsgesellschaften nicht bloß des größten Teiles ihres Arbeitsfeldes beraubt, würden sie gewaltige finanzielle Verluste erleiden noch dazu zu einer Zeit, in der ihre heimatlichen Besitzungen infolge der Entwertung des deutschen Geldes im Auslande bei der finanziellen Erschütterung des Reiches und der drohenden Trennung von Staat und Kirche mit großen Sorgen belastet sind.

Doch nicht genug der Vergewaltigung! Auch aus nichtdeutschen, britischen und französischen Kolonialgebieten wurden die deutschen Missionäre vielfach ausgewiesen, wie die Sudan-Pionier-Missionäre, die Marianhiller aus Natal, die Steyler aus Mozambik, die Jesuiten aus Bombay-Poona, die Milhiller aus Madras, die Salvatorianer aus Assam, die Tiroler Kapuziner aus Bettiah-Nepal, die Baseler von der Goldküste, die Leipziger aus brit. Ostafrika usw.

In anderen Gebieten hingegen konnten sie ihre Arbeiten, wenn auch unter Kontrolle usw. fortführen, so die Jesuiten in Rhodesia, die Serviten in Swasiland, die deutschen Mitglieder der Väter vom hl. Geiste in Westafrika, die Milhiller auf brit. Borneo, die Berliner, Baseler und Barmer in Südchina, die Steyler im südlichen, die sächsischen Franziskaner im nördlichen Schantung, die Dominikaner in Fukien, die Jesuiten in Tokio, die Steyler in Njigata, die thüringischen Franziskaner auf Hokkaido, die Weimarer evang. prot. Missionäre in Japan, die Benediktiner in Korea, die Steyler auf den Philippinen, die Pallottiner in Australien, die Oblaten und Steyler in Nordamerika u. a.

Doch auch diese Vergünstigung soll nunmehr endgültig entzogen werden. Nachdem die Steyler — erst nach Abschluß des Waffenstillstandes — aus den Philippinen und aus China ausgewiesen wurden, verlangt der 15. Teil (Verschiedene Bestimmungen [Klauseln]) der Friedensbedingungen[3]) in Art. 438:

„Die alliierten und associierten Mächte kommen überein, daß, wo christliche religiöse Missionen von deutschen Gesellschaften oder Personen in Gebieten unterhalten werden, die, gemäß dem gegenwärtigen Vertrage, ihnen gehören oder ihrer Regierung anvertraut sind, das Eigentum dieser Missionen oder Missionsgesellschaften einschließlich des Eigentums der Handelsgesellschaften, deren Gewinn zum Unterhalt der Missionen bestimmt ist, ihre Bestimmung als Missionen beibehalten sollen. Um die richtige Ausführung dieser Bestimmung zu gewährleisten, werden die alliierten und associierten Regierungen das genannte Eigentum Verwaltungsbehörden überweisen, welche von den Regierungen ernannt oder anerkannt werden und sich aus Personen zusammensetzen, welche der christlichen Religion angehören. Diese Verwaltungsräte werden damit beauftragt, darüber zu wachen, daß das Eigentum dauernd seine Missionsbestimmung beibehält.

Diese Verpflichtungen, welche in der gegenwärtigen Verfügung durch die alliierten und associierten Regierungen getroffen wurden, werden in keiner Weise das Kontrollrecht oder die Autorität der genannten Regierungen gegenüber den Personen berühren, von denen diese Missionen geleitet werden.

Indem Deutschland von den obenstehenden Bestimmungen Kenntnis nimmt, erklärt es alle bisherigen und künftigen Maßnahmen der verbündeten und vereinigten Regierungen für die Weiterführung des Werkes der genannten Missionen oder Handelsgesellchaften zu billigen und enthält sich aller Beschwerden zu ihren Gunsten."

Gegen diese Vergewaltigung der deutschen Missionsgesellschaften erhebt die deutsche Christenheit auch im Namen der christlichen wie nichtchristlichen Eingeborenen feierlichen Einspruch nicht bloß als unvereinbar mit dem Rechtsfrieden, den wir auf Grund der 14 Wilsonschen Punkte erwarten konnten, vor allem vom Gesichtspunkte der internationalen Abmachungen und des übervölkischen Charakters der christlichen Weltmission, wie der christlichen Zivilisation überhaupt. In der Entscheidungsstunde der Weltmission kann diese der Mitarbeit von Missionsgesellschaften, hinter denen 50 Millionen evangelischer und 25 Millionen katholischer Christen stehen, unmöglich entbehren. In einer Zeit, in der einerseits China und Japan ihre nationalen Kulte staatlich aufs neue wieder zu beleben und zu stärken versuchen, eine japanische Verordnung seit 1915 für Korea die Religion aus der Schule ver-

[1]) Vgl. A. Oepke, Ahmednagar und Golkonda. Ein Beitrag zur Erörterung der Missionsprobleme des Weltkrieges. Leipzig 1918.

[2]) Die Friedensbedingungen der alliierten und associierten Regierungen mit Einleitung, Antrag und Sachregister, Berlin 1919, S. 277 f.

[3]) Die Friedensbedingungen a. a. O. S. 237 f.

bannt, die Missionspropaganda unter scharfe Kontrolle stellt, der Islam gewaltige Fortschritte anstrebt, die Independentenbewegung in Südindien und anderwärts weite Kreise zieht, anderseits aus Westafrika von den Lyoner, aus dem Kongo und der Mongolei von den Scheutvelder Missionären, aus Peking von den Lazaristen, aus Indien von protestantischen Glaubenspredigern eine mächtige Bewegung zum Christentum gemeldet wird, bleibt dieser Boykott der deutschen Missionsgesellschaften vom allgemein christlichen Standpunkt aus um so bedauerlicher, als sich die feindlichen Missionsgesellschaften und -Ausschüsse mit der Vergewaltigung ihrer deutschen Amtsbrüder ruhig abfinden. Wo bleibt da das allgemein christliche Rechtsempfinden, die Anerkennung des Herrenwortes an seine Glaubensboten aus allen Nationen: „Gehet hinaus in alle Welt...“

In erfreulicher Weise ist die deutsche Gegennote über die Missionen vom Geiste wahrster Versöhnlichkeit und Wertschätzung christlicher Missionsarbeit überhaupt, aber auch vom Gedanken berechtigter wirkungsvoller Ablehnung einer unerhörten Vergewaltigung beseelt. Sie lautet:

„Seit mehr als zweihundert Jahren haben deutsche Missionare beider christlichen Konfessionen in allen Erdteilen sich der religiösen, sittlichen und wirtschaftlichen Hebung der Bevölkerung gewidmet. Ihre Tätigkeit ist mit reicherem Erfolg gekrönt worden, als sie sich auf ihre erzieherische Aufgabe beschränkten und so, neben dem Vertrauen der Regierungen, die Dankbarkeit der Bevölkerung ihrer Arbeitsgebiete erworben haben. Diese vielversprechende Entwicklung will man jäh abbrechen. In der Tat, wenn der Artikel 438 zur Ausführung gelangen sollte, so würden die deutschen Missionen aus allen ihren Arbeitsfeldern mit Ausnahme des niederländischen Kolonialreichs gewaltsam verdrängt. Sie würden ihrer wohlerworbenen Rechte beraubt, indem ihnen das Eigentum entzogen würde, das durch Missionsalmosen der heimatlichen Christenheit erworben und ihnen zur Verwaltung anvertraut ist. Die Missionare würden aus ihrer Wirksamkeit gestoßen, für die sie sich besonders vorbereitet und ausgebildet haben.

Aber es steht mehr auf dem Spiel, als das Eigentum und die Berufstätigkeit der deutschen Missionare. Mehr als anderthalb Millionen Taufbewerber und Schüler aller Rassen würden ihre geistigen Führer verlieren und in die Gefahr des Rückfalls geraten. Die Persönlichkeiten, die etwa durch Missionsgesellschaften anderer Nationalitäten als Ersatz in die verwaisten Arbeitsstellen gesandt würden, würden dem Zwecke schon deshalb nicht entsprechen, weil sie der Zahl nach nicht genügen könnten. Ueberdies würden sie weder der Sprache und des Landes kundig sein, noch das Vertrauen der Bevölkerung besitzen. Diese Vorteile werden nur durch eine hingebende, viele Jahre fortgesetzte Arbeit erworben, wie sie die deutschen Missionare geleistet haben.

Der Ausschluß der deutschen Mission würde als letzte Maßregel des Weltkrieges einen besonders gehässigen Charakter haben. In dieser Zeit, die von berufener Seite als die Entscheidungsstunde der Weltmission bezeichnet worden ist, würde das Heer der christlichen Mission einer unentbehrlichen Hilfskraft beraubt, die Christenheit würde in der Erfüllung ihrer hohen Aufgabe behindert und der Aufstieg der Völker gehemmt werden. Vergleicht man den Artikel 438 des Friedensentwurfs mit den Bestimmungen der Kongoakte, die den Schutz und die Freiheit der Missionen gewährleisten, so erkennt man mit Bestürzung, in welchem Grade die Rechtslage der christlichen Mission verschlechtert und das Vertrauen in ihre Tätigkeit vermindert wird, wenn man aus politischen Gründen ihren supranationalen Charakter antastet. Auf dem hier eingeschlagenen Wege würde man nicht nur die deutsche, sondern die christliche Mission überhaupt in eine Abhängigkeit von der politischen Macht bringen, die ihrem Wesen und ihren Methoden widerspricht.

Die Missionen der Völker, die von den alliierten und associierten Regierungen vertreten werden, haben, wie die deutsche Delegation gern anerkennt, Hervorragendes und Vorbildliches geleistet. Die deutsche Delegation vermag daher nicht zu glauben, daß diese Regierungen sich der depravierenden Folgen bewußt sind, die der Artikel 438 nach sich ziehen müßte. Jedenfalls findet die deutsche Regierung die Zumutung, den Artikel ihrerseits anzunehmen, mit ihrer Würde nicht vereinbar. Wenn sie ihm zustimmte, käme sie in Widerstreit zu den freiheitlichen Grundsätzen, mit deren Wahrung sie das deutsche Volk beauftragt hat. Sie würde aber auch die heiligsten Ueberzeugungen aller christlichen Volkskreise empfindlich kränken.

In dem Friedensentwurf gibt es eine Anzahl Bedingungen, die den Eindruck machen könnten, als seien sie dazu bestimmt, die Wiederaussöhnung der Völker viel mehr zu verhindern als anzubahnen. Zu diesen gehört der Artikel 438, dessen unheilvolle Folgen noch viele Jahre zu spüren sein würden. Um dies zu verhüten, empfiehlt die deutsche Delegation, einen gemischten Ausschuß von Sachverständigen einzusetzen, der den Auftrag hätte, mündlich zu erörtern, in welcher Weise die Wirkungen des Weltkrieges auf die christliche Mission am zweckmäßigsten geregelt würden.“

Die bestimmte Bitte und Erwartung der deutschen Katholiken, durch Vermittlung des Apostolischen Stuhles, der ja durch die Propaganda die Verteilung der einzelnen Missionsfelder als ureigenstes Recht sich stets vorbehalten, eine Milderung der Friedensbestimmungen zu erwirken, darf vielleicht auf Erfüllung hoffen; nach Blättermeldungen ist der Substitut des Kardinal-Staatssekretärs, Msgr. Ceretti, in dieser Angelegenheit nach Paris abgereist. Möchten auch die Vorstellungen der evangelischen deutschen Christenheit bei dem die Edinburger Weltmissionskonferenz fortsetzenden Komitee von Erfolg sein zur Beeinflussung der angelsächsisch-amerikanischen Staatsmänner.

Die Deutschen Westungarns.

Von Stephan Eisenstadt, Kismarton (Ungarn).

Einer der wenigen Lichtblicke in der tieftraurigen Waffenstillstandszeit war das Wiedererwachen deutschen Selbstbewußtseins in Ungarn. Kaum hätte jemand mehr gehofft, daß es viele Germanen im Lande gäbe, die sich noch als solche fühlten. Jedes Jahr fielen eine große Anzahl Abtrünniger ab, änderten sogar gegen Erlag von einer Krone den alten Familiennamen und legten hilfreiche Hand an, wenn es galt, die Stammesgenossen zu bedrücken. Außer in Siebenbürgen gab es nirgends mehr deutsche Schulen, während sich Serben und Rumänen einer verhältnismäßig noch erheblichen Anzahl von Lehranstalten erfreuen konnten. Die Knebelung der Deutschen trieb oft köstliche Blüten. So bat zum Beispiel ein Bauer, Briefe an ihn nicht mit Johann Mayer, sondern mit „Mayer János“ zu adressieren, da ihm sonst die Post die Briefe nicht zustelle, mit der Begründung, es gäbe im Orte niemanden, der den Familiennamen Johann und den Taufnamen Mayer trage. Die Ungarn setzen den Taufnamen nach.

Seit dem Ausbruche der Revolution rührten sich die ungarischen Deutschen selbst in solchen abgelegenen Winkeln, in denen man kaum mehr einen sich zum Germanentum bekennenden Mann vermutet hätte. Leider bilden nur die westungarischen Deutschen eine geschlossene Masse, in der nur wenige kroatische Ansiedlungen eingesprengt sind. Der nördlichste Punkt dieses Gebietes ist die Stadt Preßburg, die aber den Tschechen von der Entente entgegen den Grundsätzen der Selbstbestimmung zugesprochen wurde.

Die Deutschen Westungarns gliedern sich in die Stämme der Heanzen und Heidbauern. Die ersteren bewohnen die Bezirke Oedenburg, Eisenstadt, Eisenburg, Güns, St. Gotthard und Riedling und zählen fast eine Viertelmillion Seelen, die ihr Ländchen auch die Heanzerei zu nennen pflegen, welche schon in uralten Zeiten dicht besiedelt war, was aufgefundene Kulturstätten beweisen. Bei Oedenburg auf dem Burgstall-Berge deckte man eine der größten Ansiedlungen aus der sogenannten Hallstätter Zeitepoche auf. Wenige Jahrzehnte vor Christi drangen die Römer ein, fünf Jahrhunderte später die Hunnen, die aber nach wenigen Jahren den Ostgoten weichen mußten, worauf hundert Jahre später die Longobarden erschienen, aber schon im Jahre 568 von den Avaren verdrängt wurden. Als diese Ende des achten Jahrhunderts von den Franken besiegt wurden, begann eine neue Aera für das Land, das nun samt dem Gebiete des heutigen Niederösterreichs zur Ostmark wurde. Karl der Große verpflanzte zahlreiche Familien aus Franken und Bayern hierher, die in dem reichen Lande bald zu Wohlstand gelangten. Alte Urkunden haben uns so manchen Namen der damaligen deutschen Kulturträger erhalten, darunter Wellehelm, Erimbert, Allbgar, Deotpald, Gunther, Amalrich, Odolrich, Megingoz, Arfried, Helmwin, Berchtold u. a. Zu den ältesten Ortschaften zählen Oedenburg, Güns, Kobersdorf, Pinkafeld, Gaas, deren alte Namen Odinburch, Guntio, Kumpoldesdorf, Peinikaha und Kais lauteten. In den letzten Jahrzehnten war es nicht gestattet, die deutschen Namen zu gebrauchen, und die gebildeten Deutschen selbst benützen sie nicht einmal mehr untereinander, ja nach und nach gewöhnten sich selbst die Deutschen Oesterreichs nur mehr von Sopron, Köszeg, Kismarton, d. i. Oedenburg, Güns, Eisenstadt, zu sprechen.

Die Herrschaft der Franken machte sich in ihren Nachwirkungen bis auf die Gegenwart bemerkbar, z. B. in der Art der Pflege der obsttragenden Sträucher und Bäume, die noch nach uralten Gesetzen behandelt werden.

Als die Ungarn ins Land einbrachen, zogen sich die Heanzen aus den Ebenen ins Bergland zurück, das sowohl die berittenen Scharen der asiatischen Horden mieden, als auch die öfter in Ungarn einrückenden kaiserlichen Heere. Aus dem benachbarten Deutschen Reiche blieben Einwanderer nie aus und vor allem kamen solche zu Anfang des elften und Mitte des zwölften Jahrhunderts während der Regierungszeit der Könige Stephan und Geysa und unter Béla ins Land, als die Mongolen im Jahre 1241 das Reich arg verwüstet hatten. Der gewaltige Zustrom von Deutschen in der Zeit von 1740 bis 1790 unter der Regierung Maria Theresias und Josephs II. richtete sich fast gänzlich nach Südostungarn. Während des Zeitraumes von 1074 bis 1655 gehorchten die Lande sechsmal der Oberherrschaft Niederösterreichs und Steiermarks. Die Türkennot schlug der Heimat unserer Heanzen wohl schwere Wunden, aber als echte Deutsche hielten sie durch bis auf unsere Tage, die ihnen nach tausendjährigem schweren Druck ein Wiedererwachen in geistiger Beziehung bringen dürfte. Materiell waren sie

nie schlecht gestellt; der fette Boden und das milde Klima gestatteten reiche Ernten. Seit den Einfällen der Osmanen, die sich namentlich an den Mauern von Güns derart die Schädel einrannten, daß sie die geplante Belagerung Wiens aufgaben, hatten die Heanzen an Feinden nur im Jahre 1809 die Franzosen im Lande gesehen und 1849 rauften dort ein wenig Bruder Ungar und Schwoob.[1]) Bei Sankt Gotthard ward 1664 jener berühmte Sieg über die Osmanen erfochten, an den das Gebet des schneidigen Generals Spork erinnert: „Herr, wenn du uns Christen nicht helfen willst, so hilf wenigstens den Türkenhunden nicht und du sollst deine Freud' haben."

Ueber die Herkunft des Namens Heanzen sind die Ansichten der Historiker geteilt. Die einen glauben, daß er nach dem mächtigen Grafen Heinrich (Heinz) von Güssing so lautet, der lange Zeit die Gegend beherrschte, oder nach Henzo dem Herrn von Schladming, nach welchem der Bezirk Henconia geheißen haben soll. Geschichtsforscher Schwicker meint, daß der Name von Kaiser Heinrich III. stammt, der von 1042—1045 dreimal gegen die Ungarn kämpfte. Andere wieder versichern, Heanz mahne an „jetzt", das hier hiazat oder hiaz heißt. Es existiert eine scherzhafte Sage, daß die aufgebotenen Landstürmler des Kreises Oedenburg und Eisenburg ihren Abmarsch zur Schlacht von St. Gotthard absichtlich verzögerten und erst als die Sache schon glücklich verlaufen war, ankamen und ihr Anführer meldete „hianz sei me do".

Hinz soll angeblich im Mittelalter „Grenzbewohner" bedeutet haben, aber Johannes Ebenspanger will beweisen, daß „Hanse", als damalige Bezeichnung für ein Trutz- und Schutzbündnis, mit Heanz zu vergleichen sei, da die Bewohner gezwungen waren, zur gegenseitigen Unterstützung einen Bund zu schließen. Bei der Aufnahme in eine solche Vereinigung wurden die Neuaufgenommenen bei fröhlichem Gelage gehänselt, also gehanzt, weshalb solche Neulinge Hanser, Hänzer oder Hinzer hießen. In einem Nestroyschen Stücke kommt der Ausdruck aushienzen vor in der Bedeutung necken, verspotten. Heinz heißt auch der Aufzug in Bergwerken und Heinzlbank eine Vorrichtung für den Böttcher, ebenso werden Waldbienen Heinzen genannt, endlich wären noch die Heinzlmännchen zu nennen. Am richtigsten dürfte die Ableitung von dem erwähnten Henzo von Güssing sein, der Westungarn Mitte des dreizehnten Jahrhunderts fast wie ein souveräner Herrscher regierte und auch die Stadt Güns gründete; da mag man alle seine Untertanen Henzos, d. h. Heinzens Leute genannt haben. Die Umwohner von Güns nennt man scherzweise Pummheanzen und sie sollen die unverfälschten wahren Heanzen sein. Zwischen Oedenburg und dem Neusiedler See sitzen die Spiegelheanzen, weil sie angeblich die Aermel anstatt des Sacktuches gebrauchen, wovon das Kleidungsstück einen verdächtigen Glanz erhält. In der Umgebung des Pinkaflusses findet man die Geduldheanzen, die angeblich gute Kerle sein sollen, dagegen die kotzengroben St. Gotthardter und Güssinger als Kotzenheanzen bekannt. sind. Westlich von Oedenburg hausen die Repetierheanzen, weil sie während des Sprechens akzentuierte Worte gern wiederholen.

Die Heanzen haben manchen berühmten Mann hervorgebracht, darunter den Komponisten Josef Haydn, der an der Grenze im niederösterreichischen Dorfe Rohrau zur Welt kam und im heanzischen Eisenstadt als Hofmusiker des Fürsten Eszterházy einen großen Teil seines Lebens verbrachte und auch dort begraben ist. Franz Liszt, der weltbekannte Komponist, stammt aus dem Dorfe Raiding bei Oedenburg. Der Historien- und Porträtmaler Heinrich von Angeli aus Oedenburg durfte den Kaiser Wilhelm und die Königin Viktoria von England abkonterfeien. Die medizinische Koryphäe Josef Hyrtl wurde 1811 Am Berg, einer Nachbargemeinde von Eisenstadt, geboren und gilt als der bedeutendste deutsche Anatom. Die Autoren Wilhelm Fischer und Leopold Petz, der Maler Dorfmeister, der Naturforscher Kitaibel, der Jurist Paul Hoffmann, die Prediger Johann Michael Schwarz und Weinhofer sind Heanzen. Der tapfere Feldzeugmeister Benedek, der durch sein Schlachtenunglück bei Königgrätz zu trauriger Berühmtheit gelangte, ist ein Oedenburger Kind. Im dortigen Museum werden auch seine 1866 an seine Frau gesendeten, seine verzweifelte Stimmung widerspiegelnden Feldpostbriefe verwahrt.

Die Heanzen geben einen derben Menschenschlag ab, der sich durch körperliche Vorzüge gerade nicht auszeichnet, was man am meisten an den Frauen beobachten kann. Blonder und brünetter Typus dürften sich bei den Heanzen die Wage halten. Die Frauen arbeiten schwer und altern rasch. Die Männer huldigen viel zu eifrig dem Weingenusse, den leider auch die Frauen nicht verschmähen. Während des Krieges hörte man immer wieder den Trost: „Ein Glück noch, daß wir genug Wein haben," doch fehlte es den Bauern an nichts; die Grenzbewohner wurden zu waghalsigen Schmugglern, um ihre Lebensmittel in Wien im Schleichhandel zu verwerten. Eine gute Eigenschaft hatten sie aber doch, sie pantschten die Milch nicht und verfälschten nicht die Lebensmittel. In Oedenburg waren die Auslagefenster der Wursthändler stets gespickt voll, wie es überhaupt in Ungarn keinen Mangel, wohl aber grenzenlose Teuerung gab und der Handel in Judenhänden vereinigt ist.

(Schluß folgt.)

[1]) Spottende Bezeichnung für den Deutschen in Ungarn.

Vom Büchertisch.

Heinrich Federers sechs letzten Herderbändchen: Der Fürchtemacher, Das Wunder in Holzschuhen, Patria!, Eine Nacht in den Abruzzen, In Franzens Poetenstube, Gebt mir meine Wildnis wieder!, hat der Verlag eine neue vornehme Aufmachung zuteil werden lassen, indem er die schmuck in Leinwand gebundenen Büchelchen einem starken Kartonkasten mit dem Bildnis des Verfassers (Plakette) einordnete — gewiß für viele eine gern zu Geschenkzwecken auszuwertende willkommene Gabe. E. M. Hamann.

M. Herbert. Skizze von E. M. Hamann, Scheinfeld in Mittelfranken. Druck und Verlag von Joseph Habbel in Regensburg. Preis 20 Pf. In der Einleitung sagt die Verfasserin, über M. Herbert schreiben, sei schwer, weil man mit dieser Reichbegnadeten wenigstens in etwa wesensverwandt sein müßte, um sie einigermaßen zureichend würdigen zu können. Nachdem aber bei der Verfasserin diese Voraussetzung nicht nur „in etwa" vorliegt, sondern in einem Maße, die sie befähigte, den künstlerischen Entwicklungsgang der Dichterin als persönliche Freundin miterleben, so wird man dieser Führerin um so williger und mit um so größerem geistigen Gewinn folgen. Auch die zahlreichen Mitglieder der Herbert-Gemeinde, denen die Skizze rückerinnernd die Schönheit und Größe der Herbertschen Dichtungen erneut zum Bewußtsein und Genuß und vielleicht zu tieferem Verstehen bringt. Namentlich aber die vielen, noch allzuvielen, welchen durch diese eindringliche, überzeugende Würdigung des Lebensganges und des Gesamtschaffens M. Herberts der Eintritt in ihre Gemeinde vermittelt werden soll. Ihnen allen sei das Schriftchen empfohlen; denn M. Herbert hat uns so vieles geschenkt, ja, sie hat uns mehr gegeben, als die meisten wissen und ahnen. Dieser Feststellung der Verfasserin mögen die deutschen Katholiken tatbereit eingedenk sein, wenn sie der Dichterin zur Vollendung des 60. Lebensjahres am 20. Juni ihre Glückwünsche darbringen. Dr. L. Ernst.

Oskar Döring: Das Tagebuch des Königs. Universal-Verlag München. geb 8.20 ℳ. — Der „König" ist Ludwig II. von Bayern, in dessen Seele und ganzes inneres Leben der Verfasser sich, selbstverständlich gestützt auf geschichtliche und biographische Tatsächlichkeit, mit feinster psychologischer Kunst versenkte. Warum das Buch, das nun innerhalb sehr kurzer Zeit die 12. Auflage erreichte, von der Presse-Zensur während des Krieges beschlagnahmt wurde, ist schwer verständlich, denn es zeugt ganz und gar von edlem Takt umsichtiger Zurückhaltung. Kein Wunder wahrlich, daß gerade jetzt Tausende von Händen verlangend darnach greifen, spricht doch aus der Darstellung ein echter Versteher, ein zartsinniger Dichter und Menschenliebhaber, ein Lebenskenner und darum Lebenbejaher, dem es vorbehalten war, in die letzten Tiefen eines hochbegabten, aber kranken und durch ungezählte Vorbedingungen mählich einem erschütternden Schicksal ausgelieferten Geistes zu bringen. Die Widmung: „In Verehrung für ihn geschrieben, seinem Gedächtnis geweiht!" gibt dem Buche von vornherein jenen schwingenden Ton, den es bis ans Ende festzuhalten weiß und dem kein Mitfühlender wird widerstehen mögen. E. M. Hamann.

Meine Werke dem König. Opera mea Regi. Ps. 44. Betrachtungspunkte zur Heiligung des Tagewerkes im Schimmer des ewigen Lichtes. I. Band. Tag um Tag. In Verbindung mit einer Anzahl Welt- und Ordensgeistlichen herausgegeben von Oskar Gageur. 12 Hefte. Preis des Einzelheftes 30 Pf. mit übl. Teuerungszuschlag. In eleg. Karton 5.50 ℳ. Verlagsbuchhandlung Karl Ohlinger, Mergentheim. Durch die Herausgabe dieses trefflichen Werkes hat Gageur, Stadtpfarrer in Mergentheim, eine Lücke in der aszetischen Literatur ausgefüllt. Schon längst vermißte man ein Betrachtungsbuch, das in übersichtlicher Anordnung kernige Betrachtungspunkte mit kurzen Erläuterungen herausstellt. Der vorliegende erste Band besteht aus 12 Einzelheften mit je etwa 30/40 Seiten. Für die einzelnen Wochentage finden sich 4—5 Seiten Betrachtungsstoff in jedem Heft. Die Wahl der Themata steht in engster Beziehung zu den Forderungen und Bedürfnissen des religiös-sittlichen Lebens der Gegenwart. Die einzelnen Abschnitte des Werkes behandeln folgende Stoffe: Beten und Arbeiten — Du und die anderen — Wind und Wetter — Ruhen und Rasten — Freud und Leid. Durch ihr bequemes Format eignen sich die Hefte gut zum Einlegen ins Gebetbuch. Auf Filialgängen, Reisen, Spaziergängen geben sie manche Anregung. Für Geistliche empfehlen sich die Hefte als kurze Predigtskizzen, zum Verschenken bei bestimmten Anlässen und zu bestimmten Zwecken: z. B. als „Besuchungsbüchlein" Heft 1, für zarte Gemüter Heft 7 und 8, für die Ferien- und Reisezeit Heft 9 und 10, für Trauerfälle Heft 12. Heft 2 redet in prächtiger Weise vom Gebetsleben, Heft 3 und 4 stellen die Berufsarbeit in das Licht der Ewigkeit, Heft 6 singt das Hohelied der duldenden Liebe, Heft 11 das der Freude. Heft 5 und 10 mögen den Jüngling oder die Jungfrau auf dem Gang in die Fremde begleiten. Wie der Verlag ankündigt, soll das Werk fortgesetzt werden und in der gleichen Weise in kurzer bündiger Form das Kirchenjahr behandeln. „Glück auf!" Es wird viel Segen stiften bei Geistlichen und Laien, denn jedes Einzelheft ist ein lauter Aufruf zur Tat. Stadtpf. Schmid.

Der Katholizismus und die neue Zeit. Von P. Sigismund Brettle O. M. C. 8°. 24 S. ℳ —.50. Karlsruhe, Badenia 1919. Dem Broschürchen liegen zwei Vorträge zugrunde, die der Verfasser in Karlsruhe und Mannheim gehalten hat. In skizzenhafter Form wird eine Beantwortung brennender Zeitfragen geboten, wie z. B. die Stellung der Kirche zur jeweiligen Staatsform; die Aufgaben der Kirche in der Stütze der Autorität, des Gehorsams, der Disziplin; einläßlich wird die Stellungnahme der Kirche zum Sozialismus beleuchtet — unter Hervorhebung der in Baden obwaltenden Verhältnisse. Die Bedeutung der Kirche für unser gesamtes Leben erörtert der Verfasser, indem er sie zeigt als Lehrerin der Wahrheit, als Verkünderin festgefügter Normen des sittlichen Handelns, als Trägerin eines tiefinnerlichen Gemeinschaftsbewußtseins und Erweckerin eines gesunden Lebensidealismus. O. Heinz.

Bühnen- und Musikrundschau.

Nationaltheater. Die Ferien, deren Verlegung durch die politischen Zustände in der ehemaligen Räterepublik notwendig geworden, sind vorüber und mit dem „Freischütz" hat das Nationaltheater seine künstlerische Tätigkeit wieder aufgenommen. Das auch von uns bekämpfte Projekt eines Riesenkinos als geldschaffenden Nebenbetriebs hat so viele Gegner gefunden, daß seine Verwirklichung nicht sehr wahrscheinlich erscheint. Daß Erfrischungsräume und Garten des Prinzregententheaters zu einem ständigen Restaurationsbetrieb ausgestaltet wurden, braucht der Kunst keinen Eintrag zu tun. Nun hat sich auch der Landtag mit der Zukunft der ehemaligen Hofbühnen beschäftigt und dem Antrag der Regierung zugestimmt, den Betrieb durch Pachtung des Prinzregententheaters auf das ganze Jahr zu erweitern unter der Voraussetzung, daß die Stadt München außer dem schon zugesicherten Zuschuß von 61 000 Mark zur Pachtsumme und den Kosten der Feuerwache noch die Haftung für einen etwaigen Fehlbetrag von 100 000 Mark übernimmt. Der Antrag fand einstimmige Annahme. In der Aussprache hoben die Sprecher der verschiedenen Parteien hervor, daß mehr als früher den breitesten Schichten des Volkes die wertvolle Theaterkunst zu billigen Preisen geboten werden müsse. Die Regierung habe die Pflege der Bühne, die eine alte Tradition der Wittelsbacher gewesen, zu übernehmen. Eindringlich wurde betont, daß hier mitzuwirken eine besondere Pflicht der Stadt München sei, die durch die hohen Leistungen der früheren Zivilliste seither von den Theaterlasten anderer Großstädte befreit gewesen. Klassische Kunst müsse zu Worte kommen, ohne daß die Modernen ausgeschaltet werden sollen. Dem Landtage müsse der Einfluß gewahrt bleiben, forderte der Abg. Stang (Bayer. Volksp.), während hierin Abg. Roßhaupter (Mehrh.-Soz.) die Wiedereinführung einer Zensur sah und dies als in die Zuständigkeit des Künstlerrates fallend betrachtete. Hierzu wäre zu bemerken, daß es sich wohl nur um Feststellung von allgemeinen Richtlinien handeln dürfte. Im großen Haus (ehem. Hoftheater) sollen täglich Opern gegeben werden, im kleinen (Residenztheater) wöchentlich fünfmal modernes Drama und Lustspiel, zweimal Spieloper (Mozart u. a.), im Prinzregententheater soll das große Drama (etwa 200 Vorstellungen für Minderbemittelte) gepflegt werden und aus Gründen der Rentabilität (?) sommerliche Festspiele für Oper und Schauspiel stattfinden. Gegen Festspiele sprechen die Fremdenverkehrsverhältnisse, deren Besserung noch nicht abzusehen ist. Es steht zu hoffen, daß die akustischen Schwierigkeiten, die sich beim Wortdrama auf der Wagnerbühne des Prinzregententheaters früher ergaben, behoben sind. Jedenfalls sind jetzt die Grundlagen gesichert. Der Eintritt ruhigerer Verhältnisse und eine kraftvolle Leitung können uns den Ausblick in eine gesunde Fortentwicklung eröffnen.

Kammerspiele. Ein etwas stilloser Abend: eine japanisch herausgeputzte Harlekinade eines deutschen Aestheten, eine französische Satire in Simplizissimusmanier und Nestroyscher Ulk in vormärzlicher Harmlosigkeit. Man denkt fast an die Zeiten, da Direktor Falckenberg mit den anderen „Elfscharfrichtern" das Brettl „veredelte". Das ist längst vorbei, glücklicherweise! „Die Buße" von Medardus (aus dem Zaubertheater des Herrn Frz. Blei) ist ein ganz netter Situationsscherz, man trippelte recht komisch und der japanische Rahmen gab hübsche Bilder. Die tragische Posse von Courteline hat man vor Jahren im Schauspielhaus gesehen. Marlé, Forster-Larrinaga, Martini fanden die gallische Leichtigkeit, die der Pariser Gerichtsszene früher fehlte. Ein Verteidiger wird mitten im Prozeß zum Staatsanwalt ernannt und in aalglatter Verwandlungsfähigkeit verdammt er, was er früher verteidigt. Eine bitterböse Satire auf das hohle Pathos einer gesinnungslosen Advokatenrabulistik, auf eine Rechtspflege, die teils verrostet in einem erstarrten Formalismus, teils beeinflußt ist von dem augenblicklichen Stand der politischen Wetterfahne. Gegen diese ätzende Schärfe wirkt wie zahmes Geplänkel Nestroys Satire „Die schlimmen Buben", die zeigt, wie ein Schulmeister aus Angst vor dem Brotherrn den unfähigsten Schüler mit einem Preise bedenkt; und der Rest ist biedermeierliche „Posse mit Gesang".

Verschiedenes aus aller Welt. Der in München verstorbene Stiftspropst von Hecher hat auch als Dichter eine erfolgreiche Tätigkeit entfaltet. Durch die Neudichtung der „Kreuzesschule" hat er ein Werk geschaffen, das auf der Passionsbühne von Oberammergau Eindrücke hinterließ, die an Stärke hinter denjenigen des eigentlichen altehrwürdigen Passionsspieles kaum zurückstanden. Ein Weihnachtsspiel „Die ägyptischen Königstöchter", ein Krippenspiel „Hirten und Könige", sowie Sonette, geistliche Lieder und Erzählungen zeigen ihn als Meister der Form und Dichter von Gefühlstiefe. — Die Gemeinde Erl in Tirol hat mit den Vorbereitungen zu ihren 1922 stattfindenden Passionsspielen bereits begonnen, ein besonderes Übungstheater und eine Musikschule eingerichtet. — Die deutsch-österreichische Regierung hat die Betriebskosten für das Wiener Burgtheater und die Oper übernommen. — Die Stadt Stuttgart trägt ein Drittel, der Staat zwei Drittel des 750,000 ℳ betragenden Durchschnittsdefizits des Landestheaters. — Zu Frankfurt a. M. wurde ein Volksbühnenbund gegründet. Er bezweckt die Förderung der Bühnenkunst und Dichtung im Sinne volkstümlich deutscher Kultur und christlicher Weltauffassung. Als seine nächsten Aufgaben betrachtet er die Organisation der christlichen Theaterbesucher, die Erziehung weiter Volkskreise zum Verständnis der dramatischen Kunst und die Förderung aller schöpferischen Kräfte, die in der christlichen Weltanschauung wurzeln. Dem Theaterkulturverband trat der neue Bund als korporatives Mitglied bei. — In Aachen schlossen sich Kreise der Bürgerschaft zusammen, die mit dem bestehenden Zustande der dortigen Bühne und des Publikums unzufrieden waren. Die Vereinigung erstrebt die Erziehung eines für ein künstlerisches Theater aufnahmefähigen Publikums sowie die Bereitung einer würdigen Kunststätte durch Verstadtlichung der Aachener Bühne. Ein uns vorliegendes Heft der von dem Verbande herausgegebenen Halbmonatsschrift zeugt von dem künstlerischen Ernste der dortigen Kunstfreunde. — In Essen wurde neben dem Stadttheater eine Volksbühne eröffnet. Ein gleiches Unternehmen wird in Köln geplant. — Im ehemaligen Wiesbadener Hoftheater, dessen Maifestspiele einst so glanzvoll verliefen, gastiert die Truppe der Sarah Bernhard mit der „Kameliendame". — Opernfestspiele unter Nikischs Leitung finden im Juni in Cassel statt. — Geplant wird die Übernahme der Truppe des Posener Stadttheaters für den Fall der Polonisierung durch Frankfurt a. O. — „Der Himmelsschneider", ein Märchenspiel von M. Jungnickel, wurde in Leipzig gegeben. Die zarte, weiche Lyrik und die Dürftigkeit der liebenswürdigen Idee versagten. — In Leipzig hatte die Tragikomödie „Kleine Sklavin" von Dietzenschmidt mittleren Erfolg. Namhafte Kritiker beurteilen das Werk, das in einer „Dramatischen Bibliothek unserer Jüngsten" erschienen ist, vorwiegend ungünstig. In naturalistischer Schilderung sehen wir, wie ein junges Mädchen von 14 Jahren von einer Kupplerin in ein schlechtes Haus verschleppt wird, an die „jüngste" Dichtung erinnern lediglich die kraftlosen Versuche, welche ein ekstatischer Jüngling mit Hilfe einer ungeschickten Polizei zur Rettung unternimmt.

München. L. G. Oberlaender.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Unsere Gegenvorschläge in Versailles — Das Programm der neuen bayerischen Regierung — Gestaltung der heimischen Grossindustrie.

Die schweren Besorgnisse und Bedenken der deutschen Finanz- und Wirtschaftskreise gegenüber den deutschen Gegenvorschlägen auf den Friedensvertragsentwurf bleiben unvermindert gross, namentlich die Befürchtung, dass hierbei die Grenzen der Möglichkeiten, vornehmlich in finanzieller Hinsicht überschritten sind. Das Zugeständnis von **100 Milliarden Mark in Gold** bedeutet sicherlich eine Ueberraschung, wenn wir uns klar sind, dass dieser Betrag, gemessen nach dem jetzigen Kursstand der deutschen Markwährung, den Gegenwert von 400—500 Milliarden Mark Papiergeld darstellt. Dabei bleibt ungeklärt, ob und wie weit die Entente ihre tausendfachen Wirtschaftsforderungen Deutschland gegenüber ermässigen wird. Unser Verlangen, das Meistbegünstigungssystem auf die Basis der Gegenseitigkeit zu stellen, ferner die versuchten Aktionen gegen unsere binnenländischen Verkehrswege, die Rechte des deutschen Privateigentums im feindlichen Auslande, besonders im Ueberseeverkehr, die Gültigkeitsdauer der Patente, die Naturallieferungen von Kohle, Chemikalien, die vollständige Auslieferung des Luft- und Kabelwesens, um nur einzelne der zahllosen „Todesurteile des deutschen Wirtschaftslebens" herauszugreifen — dieses alles bleibt ungeklärt. Clemenceaus Antwort auf die bezüglich der Wirtschaftsbedingungen deutscherseits eingereichten Noten übertrifft an Zynismus

alles, was seither einem Kulturvolk geboten wurde. Ohne Widerhall blieb bis jetzt das ziffernmässig belegte Wort des deutschen Finanzkommissars und Friedensbevollmächtigten, Grossindustriellen Arnhold: „Lässt man uns arbeiten, versorgt man uns mit Geldmitteln und Rohstoffen, so werden wir in ungefähr fünfzig Jahren unsere Schuld auf Heller und Pfennig abtragen“. Vielleicht bringen doch noch in zwölfter Stunde die mündlichen Verhandlungen das zuwege, was der Notenwechsel nicht erreichte. Die Ententedemonstrationen zur weiteren Besetzung des deutschen Gebietes wurden an den Börsen weniger beachtet, als die neuerlichen Blokade-Einschränkungen. Zu diesen zählt die Aufhebung der bisher von der Entente, sogar von Frankreich begünstigten Einfuhr französischer und elsässischer Waren; neben Lebensmitteln auch Textil- und Fabrikationsprodukte der verschiedenen Sparten.

Neben den schweren Bedenken gegen das 100 Milliarden-Goldangebot und den Zweifeln über Verständigungsmöglichkeit in der Friedensfrage überhaupt beeinflussten unsere Effektenmärkte die weiteren Rückgänge des Markkurses im Auslande und die Loslösungsbestrebungen in Hannover, der Pfalz und im Rheinlande. Immerhin konnte sich der stark abgeschwächte Kurs für Kriegsanleihe prozentweise erhöhen, namentlich nachdem es der Reichsbank gelungen ist, durch natürliche Massnahmen über Stückelieferung, Aufnahmekonsortium und dergleichen dem Markt der Kriegsanleihen die schon längst notwendige erhöhte Beachtung zu schenken. Auch die inländischen Werte, so die bayerischen Anleihen erfuhren gegenüber dem Vormonat empfindsame Rückgänge, vornehmlich unter der Nachwirkung der jetzt ziffernmässig belegten grossen finanziellen Schäden aus der Zeit der Räterepublik und der Spartakusherrschaft. Besteht auch nach Auslassungen des offiziellen Bamberger Organes der Staatsregierung kein Anlass, die bayerischen Finanzverhältnisse ungünstiger als die der anderen Bundesstaaten zu beurteilen, so wird man die scharfen Massnahmen verstehen, welche notwendig bleiben, um durch ernstliche und intensive Wiederaufnahme der werktätigen Arbeit, bei ununterbrochener Ruhe und Ordnung einigermassen aus diesem Wirtschaftszerfall herauszukommen. Aus diesem Grunde verfolgt man das von der neuen bayerischen Regierung aufgestellte Programm der Wirtschafts- und Sozialpolitik mit besonderem Interesse. Namentlich die Pläne der Inangriffnahme der Gemeinwirtschaft für die im bayerischen Staatsgebiet gelegenen Bergwerke und zur Herstellung von elektrischer Energie dienenden Wasserkräfte — zum Ausbau des Walchensee-Kraftwerkes und des Bayernwerkes wurde bereits ein Kredit von 250 Millionen Mark bewilligt — verdienen hierbei Erwähnung. Das allseitige Vertrauen in die neuen Leiter der hierbei in Betracht kommenden Ministerien: für Finanzen, der namentlich den Lesern der „A. R.“ wohlbekannte seitherige Regierungsdirektor Speck, für Handel und Industrie der vorzügliche Organisator Regierungsrat Hamm, berechtigt auch zu guten Erwartungen.

Dass jedoch zu keinerlei Optimismus in diesen Tagen Anlass besteht, bekundet ausser dem charakteristischen Verlauf der Ententeverhandlungen mit den seitherigen österreich-ungarischen Staaten vor allem die Gestaltung unserer Gesamtindustrie, welche infolge der Rohstoffnot und Arbeiterschwierigkeiten zu fortgesetzten Stilllegungen oder zu ruinösem, verlustbringendem Weitervegetieren verurteilt ist: Daimler Motoren, Friedrich Krupp, Deutsch-Luxemburger Bergwerk, Donnersmarckhütte sind einzelne solcher Beispiele.

München. M. Weber.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Der russische Terror darf nicht wiederkehren!

Auf in das Wehrregiment München!

Reichswehrgebührnisse. Spätere Uebernahme in die Reichswehr.

Werbestellen bei jedem Polizeiamt.

Das Geschäfts-Tagebuch „Glück auf"

mit Jahresabschluß bildet eine höchst einfache und doch übersichtliche Buchführung für den kleinen Handwerker, Bauern, Kaufmann, Händler usw.

Das Einkommensteuergesetz, die Warenumsatzsteuer, beide setzen eine Buchführung voraus. Auch für den kleinen Mann ist es wichtig, wenn er am Schluß des Jahres weiß, was er verdient und wie er steht.

Mit Anleitung und Mustervorlagen. In einer halben Stunde ist jeder sein eigener Buchhalter.

Preise: Größe I Kanzlei-Quart, steif broschiert, 100 Seiten . . . M. 2.50
Größe II. Kanzlei-Folio, halbleinwand gebunden, 120 Seiten . . . . M. 5.—
Muster, weich broschiert 50 ₰

Landsberger Verlags-Anstalt
M. Neumeyer, Landsberg a. L.

Wiederverkäufer gesucht!

Aus Island

Erlebnisse und Erinnerungen von Jón Svensson (Nonni). Geb. M 1.50.

„Wenn ‚Nonni' von Island erzählt, da horcht eine weite Gemeinde, jung und alt, gespannt auf, denn sie weiß: Hier spricht ein Sohn der altberühmten Sagainsel, den nicht nur die sehnende Liebe zum fernen Eiland, den auch Begabung zum Dichter machte. Dies Bändchen ist wiederum eines der köstlichen Nonnibücher, aus denen so viel klarer, liebenswürdiger Geist wie reines, tiefes Gemüt spricht und die zugleich ein außerordentlich gewinnendes, anmutiges Erzähltalent bekunden. Es sei besonders zur gemeinsamen Familienlektüre herzl. empf." E. M. Hamann.

Vom gleichen Verfasser:

Nonni. Erlebnisse eines jungen Isländers, von ihm selbst erzählt. 5. u. 6. Aufl. Geb. M 5.60.

Sonnentage. Nonni's Jugenderlebnisse auf Island. 3. u. 4. Aufl. Geb M 5.40.

Verlag Herder, Freiburg i. B.

Der Sozialismus

Eine Untersuchung s. Grundlagen u. s. Durchführbark. von **Viktor Cathrein S. J.** 24. u. 25. Tauf. Kart. M 10.40.

„Unter den zahlreichen Werken über den Sozialismus nimmt das von Cathrein unstreitig den ersten Rang ein ..." (Kreis- u. Gemeindeverwltg., Berlin 1911, Nr. 2.)

Vom gleichen Verfasser: Sozialdemokratie u. Christentum oder Darf ein Katholik Sozialdemokrat sein? 6.—16. Tausend. 90 Pf.

Verlag v. Herder, Freiburg i. B.

Kaufe Schreibmaschinen

und erbitte System- und Preisangabe mit Schriftproben: Ludwig, Neisse, Breslauerstrasse 24.

Chorrock u. Talar,

auch getrag., ev. v. Gefallenen, wird von **zwei bedürftigen, jg. Theologen, Kriegsteilnehmern,** d. unmittelbar vor d. niederen hl. Weihen stehen um mäßigen Preis zu **kaufen gesucht.** Angeb. erb. unt. A. M. 19401 a. d. Geschäftsstelle der Allgem. Rundschau, München.

Bilanz vom 31. Dezember 1918.

Aktiva.

Inventar		M. 100.—
Kasse, Reichs und Notenbank		„ 795,395 21
Wechsel		„ 5,662,861.10
Wertpapiere und Schuldbuch-Eintragungen		„ 16,113,475.27
Schuldner		
Guthaben bei Banken	M. 19,442,551.59	
Zins- und Annuitätenrückstände	„ 685,792.67	
Zinsen und Annuitäten fällig am 1. Januar 1919	„ 5,059,034.04	„ 25,187,378.30
Hypotheken-Darlehen		„ 474,433,006.26
Hiervon im Hypotheken-Register eingetragen M. 473,300,968.91		
Kommunal-Darlehen, sämtlich im Kommunal-Darlehensregister eingetragen		„ 8,846,127.78
Hierzu M 50000.— Ersatzdeckung.		
Bankgebäude		„ 500,000.—
Wertpapiere und Schuldbuchforderungen des Beamten-Fürsorgefonds		„ 1,540,527.88
der Erben von Clemm-Stiftung		„ 40,625.—
der Reiss-Stiftung		„ 27,062 50
Reichsstempel auf erstmalig noch nicht ausgegebene Hypothekenpfandbriefe		„ 29,675.—
Zinsen aus Darlehen, berechnet bis 31. Dez. 1918		„ 1,556,046.76
		M. 534,781,781.06

Passiva.

Aktien-Kapital			M. 19,000,000.—
Hypothekenpfandbriefe zu $3^1/_2$%			
M. 209,677,100.—			
verloste M. 17,100.—	M. 209,694,200.—		
zu 4%			
M. 261,296,800.—			
verloste M. 3,700.—	M. 261,300,500.—		„ 470,994,700.—
Kommunal-Obligationen zu 4%			„ 8,854,300.—
Kapital-Reservefonds			„ 7,920,000.—
Reservefonds II			„ 6,300,000.—
Ausserordentliche Reserve			„ 2,500,000.—
Bau Reserve			„ 200,000.—
Rückstellungs-Konto			„ 315,635.34
Talons-Steuer-Reserve			„ 327,558.40
Provisions- und Zinsen-Reserve			„ 1,502,959.36
Disagio-Reserve			
a) Agiovorträge	M. 25,713.55		
b) Disagiovorträge	„ 3,641,815.35		„ 3,667,528.90
Konto für gemeinnützige Zwecke			„ 154,330.46
Beamten-Fürsorgefonds			„ 1,594,283.48
Erben von Clemm-Stiftung			„ 47,251.80
Reiss-Stiftung			„ 82,197.70
Gläubiger			„ 1,805,973.69
Unerhobene Gewinnanteilscheine			„ 11,070.—
Unerhobene Zinsscheine			„ 4,039,840.—
Hypothekenpfandbrief- u. Komm.-Oblig.-Zinsen, berechnet bis 31. Dezember 1918			„ 1,683,486.27
Gewinn:			
Vortrag von 1917	M. 398,072.34		
Gewinn in 1918	„ 3,382,593.32		„ 3,780,665.66
			M. 534,781,781.06

Gewinn- und Verlust-Rechnung.

Soll.

Geschäftskosten		
Allgemeine Unkosten		M. 683,561 63
Steuern und Umlagen		„ 677,591.44
Kosten des Pfandbrief-Geschäfts		
a) Reichsstempelabgaben	M. 48,706.20	
b) Sonstige	„ 77,027.97	„ 125,734.17
Abschreibung auf Wertpapiere		„ 534,080 21
Hypothekenpfandbrief-Zinsen		„ 17,778,371.12
Kommunal-Obligationen-Zinsen		„ 327,143.90
Gewinn		„ 3,780,665.66
		M. 23,907,148.18

Haben.

Vortrag aus dem Jahre 1917	M. 398,072.34
Wechsel- u. Wertpapiere-Zinsen	„ 1,222,194.42
Zinsen aus laufender Rechnung	„ 533,046.06
Hypotheken-Darlehens-Zinsen	„ 21,198,010.40
Kommunal-Darlehens-Zinsen	„ 375,158.73
Provisionen (Beiträge zu den Geldbeschaffungskosten)	„ 180,666.23
	M. 23,907,148 18

Ludwigshafen a. Rh., den 12. April 1919. **Pfälzische Hypothekenbank.**

In der heutigen Generalversammlung wurde die **Dividende** für das Jahr 1918 auf 9% = M. 90.— **für jede Aktie** festgesetzt, welche sofort ausbezahlt werden.

Ludwigshafen a. Rh., den 28. April 1919. **Die Direktion.**

Wer Kirchenheizungen

rasch und gut einrichten will, verlange heute schon Vorschläge von der durch ihr Spezialsystem bekannten

ältesten deutschen Heizungsfirma

Theod. Mahr Söhne Aachen 7.

Hotel Strohhöfer

Zweigstr. 9 :: MÜNCHEN :: Tel. 53686

Feines Familienhotel; dem H. H. Klerus bestens empf. K. Kirche in direkter Nähe. Aller Komfort. Eleg. Zimmer von M. 1.50 an. Ia Ref.

Besitzer: **F. Schmidbauer.**

Wer brieflichen Verkehr, Gedankenaustausch usw. wünscht oder Korrespondenz zur Anbahnung einer christlichen Ehe anstrebt, kann in der „Allgemeinen Rundschau" nach den bisherigen Erfahrungen auf zahlreiche Briefe rechnen.

Sendet der „Allgemeinen Rundschau" gute Probenummer-Adressen.

Bitte des Wehrregiments

Ausser Einrichtungsgegenständen zur Wohnlichmachung der verwüsteten Quartiere benötige ich noch: Schachspiele, Dominospiele, Halma, Tischkegelbahnen, Kartenspiele, überhaupt Unterhaltungsspiele jeder Art für 25 Kompagnien und Batterien; ferner für Bewegungsspiele: Faustbälle, Fußbälle, Schleuderbälle, Taburins usw. Ich beabsichtige, mich mit Mannschaften des Regiments an Leichtathletik-Wettkämpfen zu beteiligen.

Ich bitte jeden Einwohner, Firmen u. Vereine, mich durch Gaben zu unterstützen in dem Bestreben, den Mannschaften die Bereitschaftsstunden durch Spiele zu verkürzen.

Schließlich wäre ich für Schenkung von Rauchwaren und Unterhaltungslektüre (Bücher, illustr. Zeitschriften) besonders dankbar.

Anmelde- und Sammelstelle: St. Annaschule.

Faerber
Major z. D., Kommandeur.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Ferdinand Abel, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gh.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich M 4.50.

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 24. München, 14. Juni 1919. XVI. Jahrgang.

Die katholische Studentenschaft der Gegenwart.

Von Univ.-Prof. Dr. M. Meinertz, Münster i. W.

Große Bewegungen, die durch das Volk gehen, lassen auch die Studentenschaft naturgemäß nicht unberührt; ja man kann fast sagen, daß die Stärke des Pendelausschlags in der Studentenschaft einen Gradmesser für die Gesamtbewegung darstellt. Es ist bekannt, wie gewaltig die nationale Begeisterung 1813 die deutschen Studenten entflammte. Ebenso machten sich die Bestrebungen des Jahres 1848 bei ihnen geltend, und es ist höchst lehrreich in der Rektoratsrede v. Grauerts (Schwarz-rot-goldene und schwarz-weiß-rote Gedanken an deutschen Universitäten, München 1917) zu lesen, welche Wellen das unruhige Jahr in diesen Kreisen geschlagen hat. Die gewaltige patriotische Hochflut von 1914 und die über alle Maßen heldenhafte Verteidigung des Vaterlandes im großen Trauerspiel der letzten Jahre erinnerten an 1813. Und was sich seit den Novembertagen des vorigen Jahres ereignet hat, läßt den Vergleich mit 1848 zu, wenn ja auch in vielem die psychische Einstellung jetzt und damals ganz verschieden ist.

Seit einigen Jahrzehnten ist die katholische Studentenschaft in ihrer Eigenart und Geschlossenheit mehr und mehr erstarkt — ein Gutteil des Verdienstes, den Anstoß dazu gegeben zu haben, fällt übrigens dem unvergeßlichen Grafen von Hertling zu. Es versteht sich von selbst, daß die moderne Studentenbewegung sich auch in der katholischen Studentenschaft bemerkbar macht. Zum Teil — vor allem, was die Entschlossenheit zum Schutz von Vaterland und Heimat sowie die Hilfsbereitschaft in allen ihren Bedürfnissen betrifft — deckt sie sich mit den edlen Regungen innerhalb der Gesamtstudentenschaft; zum Teil kommt in ihr der ganze Idealismus des für das erhabene katholische Glaubensgut begeisterten reifenden Mannes und Mädchens zum Ausdruck. Natürlich ist in einer so aufgeregten und grundstürzenden Zeit, wie wir sie durchleben, noch manches ungeklärt; durch die lange Kriegszeit mit ihren mannigfaltigen Eindrücken und Einflüssen sind manche Köpfe etwas verwirrt oder gar nach einer abwegigen Richtung gewendet. Aber man hat doch den guten Willen, man will zur Klarheit durchdringen, man sucht darnach, wie die kristallklaren und ewigen katholischen Grundsätze ihre beste Anwendung in der Gegenwart finden. Gerade in dem Wirrwarr, der allenthalben herrscht, und bei der Notwendigkeit, aus dem Chaos wieder zum Kosmos zu gelangen, tut der Hinblick auf die katholische Welt- und Lebensanschauung not. Das liegt im höchsten seelischen Interesse des einzelnen, das kommt dem Vaterland zugute, das solche aufbauenden und im edelsten Sinne des Wortes fortschrittlichen Kräfte braucht, das befördert die Lebensinteressen des deutschen Katholizismus und damit der katholischen Kirche als solcher. Die katholische Studentenschaft empfindet das fast instinktiv, und da sie zum Geschlechte derer gehört, die einst die geistigen Führer des Volkes werden sollen, ist es doppelt notwendig, daß ihr die ganze Größe dieser Wahrheit zum Bewußtsein kommt und sich auch praktisch auswirkt.

Einen ganz neuen Gedanken für die deutsche Studentenschaft bedeutete der Eintritt ins politische Leben. Die Mehrzahl der männlichen wie der weiblichen Studierenden besitzt jetzt das Wahlrecht, und der Rest steht jedenfalls an der Schwelle des Lebensalters, das zur Ausübung dieses wichtigen Rechtes befähigt. Das Geschenk kam über Nacht und in zwei bedeutungsvollen Wahlen sollte gleich davon Gebrauch gemacht werden. An politischer Vorbildung fehlte es, vor allem war von parteipolitischer Schulung keine Rede. Und doch kann praktische Politik nur im Anschluß an eine Partei getrieben werden. Politische Aufklärung begann nun sofort in mannigfachster Form. Um den katholischen Studierenden behilflich zu sein, nahm z. B. in Münster sehr bald nach der Revolution der Neunerausschuß der Philisterien der drei großen Studentenverbände die Sache in die Hand und begründete einen Ausschuß zur politischen Schulung der katholischen Studentenschaft. Damit war er als erster an der Universität auf dem Plan. Von eigentlicher Parteipolitik wurde dabei abgesehen, es sollten durch Vorträge die Grundsätze herausgestellt werden, die für einen gläubigen katholischen Studenten maßgebend sein müßten und nach denen er sich dann die Partei aussuchen sollte, in der er die Verwirklichung dieser Grundsätze am besten fände. (Die vom Ausschuß veranstalteten Vorträge bilden übrigens die Grundlage der Sammlung „Politische Bildung", die bei Aschendorff in Münster ins Leben gerufen wurde und in zwanglosen Heften erscheint). Der Ausschuß hat für die Wahlen zur Nationalversammlung arbeiten wollen. Dann konnte er sich auflösen, zumal sich allmählich eigentliche Parteigruppen unter der Studentenschaft bildeten. Es ist ja zweifellos, daß die Ideale der katholischen Studenten am besten in der Zentrumspartei vertreten werden, und darum ist die Förderung der studentischen Zentrumsgruppen eine dringende Notwendigkeit. Gleichwohl wird es sich nicht empfehlen, daß die Korporationen als solche sich parteipolitisch festlegen. Der einzelne Korporationsstudent mag und soll sich in den Zentrumsgeist hineinleben und für die Partei wirken; aber die Korporation bleibe politisch neutral, wenn ja auch negativ Grenzlinien sich von selbst verstehen.

Dagegen steht nichts im Wege, daß die soziale Frage von Korporationsseite gepflegt wird. Das soziale Studententum breitete sich schon vor dem Kriege immer weiter aus, und daß der Boden dafür jetzt wie nie bereitet ist, unterliegt keinem Zweifel. Den Bestrebungen des unermüdlichen Dr. Sonnenschein ist ganz gewiß eine weitere Blüte sicher.

Aber die soziale Interessierung ist doch nur eine Seite aus dem reichen Programm, das sich der katholischen Studentenschaft darbietet. Vor allem gehört die Vertiefung, Erweiterung und Befestigung der Welt- und Lebensanschauung nach allen Richtungen dazu in theoretischer Hinsicht sowohl wie in ihrer praktischen Betätigung. Es sei nur an folgendes erinnert: Akademischer Bonifatiusverein, Missionsverein, Marianische Kongregation, apologetische Vorträge, Studentengottesdienst. Der eigentlichen Studentenseelsorge wird auch immer mehr Aufmerksamkeit zugewandt, und die Anstellung eigener Studentenseelsorger wird nach Möglichkeit durchgeführt. Daneben besteht an fast allen Universitäten, namentlich dort, wo theologische Fakultäten vorhanden sind, ein ganzer Kranz von Veranstaltungen, die dem genannten Zwecke dienen. Wie auf allen anderen Gebieten gilt aber auch hier das Wort: Organisation. Ein irgendwie gearteter Zusammenschluß ist unbedingt notwendig, wenn nicht Zersplitterung, Kraftvergeudung, Auseinander- oder gar Gegeneinanderarbeiten entstehen soll. Freilich ist hier ein Extrem zu vermeiden, dessen Gefährlichkeit sich auf vielen Gebieten im deutschen Vaterlande klar erwiesen hat: Man hüte sich vor Ueberorganisation und allzu straffer Zentralisierung. Es läßt sich aber in der Tat ein gesunder Mittelweg finden, und die beste Form liegt in der Richtung der katholischen Akademikerausschüsse, wie sie Privatdozent Dr. Benz (München) in dem

Aufsatz „Das Studentenwesen" unseres großen Werkes „Deutschland und der Katholizismus" (Bd. I, Freiburg 1918, S. 313—332) eindrucksvoll geschildert hat. In München wirkt ein solcher Ausschuß schon längst, auch in Münster hat er seine Arbeiten bereits aufgenommen. Nach und nach entstehen an den übrigen Universitäten diese Ausschüsse, und es wird hoffentlich bald die Zeit kommen, da sie sich zu einem Gesamtverbande zusammentun und in einer Zeitschrift für ihre Ideale werben können. Es braucht nicht erst betont zu werden, daß diese Ausschüsse dem allgemeinen Studentenausschuß natürlich in keiner Weise ins Gehege kommen werden. An letzterem arbeiten die katholischen Studenten ebenso mit wie jeder andere Akademiker; so weit es an ihnen liegt, wird die Einheit der gesamten Studentenschaft ganz gewiß nicht gestört. Das hindert aber nicht, daß in einer gesonderten Organisation die spezifisch katholischen Interessen wahrgenommen werden. Es wird in Zukunft vielleicht häufiger von Wichtigkeit sein, daß die gläubige katholische Studentenschaft öffentlich zu Lebensfragen des deutschen Katholizismus Stellung nimmt — man denke augenblicklich an die christliche Schule —, um so ihre Einheit mit dem gesamten katholischen Volke zu bekunden und notwendigen Forderungen zur Durchführung zu verhelfen. Für solche Kundgebungen ist der Akademikerausschuß das gegebene aber auch notwendige Organ. Von ihm können Vorträge veranlaßt und so die akademische Jugend mit führenden Persönlichkeiten im katholischen Leben bekanntgemacht werden. Auch ist durch ihn Förderung von Veranstaltungen einzelner Vereine möglich. Zu diesem Zwecke ist es sehr erwünscht, wenn von ihm eine Zentrale (womöglich mit eigenem schwarzen Brett in der Universität) geschaffen wird, bei der alle Vorträge und sonstigen Einrichtungen für die katholischen Studierenden gemeldet werden, die auch für einen Ausgleich im Fall irgendwelcher Kollision sorgt und einen gedruckten „Führer" herausgibt, der am Anfang des Semesters jedem katholischen Studenten und jeder Studentin zugestellt wird.

Die schwierigste Aufgabe liegt darin, die Nichtinkorporierten für die Zwecke des Akademikerausschusses zu interessieren. Ihre Zahl ist sehr groß, und eben darum sind sie mit besonderem Eifer heranzuziehen; aber der einzelne ist viel schwerer zu erreichen als der Korporationsstudent. Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Korporationen von der Bedeutung des Ausschusses sofort zu überzeugen sind und ihm geschlossen beitreten. Damit ist auch die erfreuliche Tatsache gegeben, daß hier endlich einmal ein neutraler Boden gefunden ist, auf dem sämtliche katholische Gruppen einträchtig zusammenarbeiten können. Dieser neutrale Boden ist übrigens auch völlig ausreichend. Ich würde davor warnen, noch weiter gehen zu wollen und etwa den vollen Zusammenschluß der großen Studentenverbände zu versuchen. Solche Vorschläge sind zweifellos gut gemeint, aber ihre Begründung ist nicht stichhaltig, und die Gefahr wird heraufbeschworen, daß Gegensätze aufgetan werden, die bei einem Schiedlich-Friedlich bedeutungslos sind. —

Das Studententum der heutigen Zeit hat ein stark verändertes Angesicht gegenüber vergangenen Tagen. Nicht nur, daß die Studentin als ebenbürtig mit dem akademischen Bürgerrecht bedacht worden ist; auch das Studentenleben ist vielfach ein anderes geworden. Die romantische Studentenzeit der alten Form ist wohl für immer begraben; der Ernst des Lebens ist größer geworden. Aber auch der Interessenkreis des modernen Studenten ist größer geworden; die Studentenschaft fühlt sich, namentlich seitdem sie am aktiven politischen Leben teil hat, als eine selbständige Macht. Gleichwohl wird jeder, der es mit den Studenten gut meint, zweierlei betont wissen wollen: Einmal, daß unter dem Ernst des Lebens der studentische Frohsinn nicht leiden möge. Wohl wird man gerne manche **Formen** des früheren Studentenlebens in der Versenkung verschwinden sehen; aber Gott behüte uns davor, daß unsere Studenten Kopfhänger werden und das fröhliche Lied verlernen! Das andere — es klingt fast sonderbar, daß man darauf hinweisen muß — ist dieses: Der Name „Student" kommt von dem Zeitworte „Studieren". Die erste und wichtigste Aufgabe des Studenten ist und bleibt nun einmal das **Studium**. Gerade die politische Betätigung kann leicht jugendliche Gemüter so stark in ihren Bann ziehen, daß das Berufsstudium darunter leidet. Das darf und soll aber nicht sein. Vielseitigkeit ist gut, aber nicht, wenn sie in Oberflächlichkeit ausartet. Eine gründliche Ausbildung in seinem Berufe wird auch in Zukunft — trotz mancher Erfahrungen der Gegenwart! — auf die Dauer niemand entbehren können. Wer seinem Berufsstudium mit Eifer nachgeht, der mag dann seine Allgemeinbildung soweit ausdehnen, als es ihm möglich ist.

Und für den gläubigen katholischen Studenten gehört dazu eben vor allem die **Vertiefung seiner Welt- und Lebensanschauung**. Theoretisch und praktisch im Christentum Fortschritte zu machen, ist seine Ehrenpflicht. **Aber alle diejenigen, die es angeht, haben ihrerseits eine heilige Verpflichtung, der studierenden Jugend dazu behilflich zu sein.** Das Ideal des katholischen Studenten hat der ausgezeichnete Dominikanerpater Bonaventura, der unvergeßliche Seelsorger der Berliner Studenten, in einer seiner glänzenden Predigten u. a. mit den Worten gezeichnet (bei **Donders**, P. Bonaventura, Freiburg 1918, 254): „Katholische Studenten sollen ‚Persönlichkeiten', d. h. Männer sein, die anstatt die akademische Freiheit zügellos zu genießen, in ernster, anstrengender Arbeit vorwärts und aufwärts streben, um den großen Aufgaben, die Kirche und Vaterland an sie stellen werden, gewachsen zu sein, die aber auch an der Ausbildung der sittlichen Freiheit arbeiten, die wahren Geistesadel und sittliche Größe verleiht. Solch ein Student sein, heißt nicht zur Finsternis und Freudlosigkeit verurteilt sein, sondern der wahren, aus dem inneren Frieden dank der höheren Weltanschauung fließenden Freude zu leben, jener Freude, die ‚ein unerschöpflicher Schatz von Heiligkeit' ist."

Das fünfte Kriegsjahr.

Wochenschau von Fritz Nienkemper, Berlin.

Das Possenspiel im Schicksalsdrama.

Wirkt die Lächerlichkeit tötlich? Dann dürfen wir wohl die Gefahr des Landesverrats im Westen für erledigt halten. Die „Gründung" einer Rheinischen Republik auf dem Wege eines anonymen Plakates in Mainz und Wiesbaden, die verspätete und gescheiterte Visite des „Präsidenten" Dorten und zweier Zukunftsminister im Wiesbadener Regierungspräsidium, die Prügelstrafe als Lynchjustiz und der Abtransport der neuen Regierung im schnellfahrenden Auto, — das ist alles sehr komisch, wenn es auch tragisch sein sollte. Der Putsch war eine politische Hochstapelei, die sich nur erklären läßt aus einer krankhaften Selbstüberschätzung der Handvoll Abenteurer und aus einer erstaunlichen Verkennung der Volksstimmung vonseiten der französischen Okkupationsbehörden.

Der Hochverrat bleibt abscheulich, wenn auch seine groteske Inszenierung und sein klägliches Scheitern Gelächter auslöst. Hoffen wir, daß diese Posse ernüchternd und abschreckend genug wirkt, um ernsteren Versuchen der Ruhestörung vorzubeugen.

Zwei günstige Folgen haben sich schon gezeigt. Einerseits das kräftige Bekenntnis der Bevölkerung zum nationalen Gedanken, andererseits die nachträgliche Neutralitäts-Erklärung der französischen Okkupanten.

An der lebhaften Entrüstung der rheinischen Bevölkerung gefällt uns freilich weniger die Form des Streiks, die vielfach von den Arbeiterkreisen in der leider jetzt landesüblichen Weise der Demonstration gewählt wurde. In der Sache selbst war die Protestbewegung sehr erfreulich. Darum wollen wir auch nachsichtig urteilen über die Mißgriffe, die sich einzelne Zentrumsfeinde gestatteten, indem sie von „Pfaffenrepublik" oder Zentrumstreibereien redeten, obschon doch klar zutage lag, daß der „Präsident" Dr. Dorten aus Berlin und seine wenigen Mitläufer mit den „Pfaffen" und der Zentrumspartei gar keinen Zusammenhang hatten. Die Zentrumshetzer am Rhein sind vermutlich verführt worden durch das schlechte Beispiel jener Abgeordneten in Berlin, die ungerecht und unklug genug waren, für die ganze Bewegung am Rhein die große Zentrumspartei verantwortlich zu machen und so den Mißgriffen einzelner Persönlichkeiten eine Bedeutung zu geben, die ihnen gar nicht zukam. Zur vollen Klärung hat die Zentrumsfraktion der deutschen Nationalversammlung alsbald eine Kundgebung beschlossen und zwar einstimmig, in der es heißt: „Es gibt zurzeit kein größeres Verbrechen am deutschen Volk, als durch Unterstützung und unter Mitwirkung des Feindes auf die Trennung von Landesteilen vom Ganzen hinzuarbeiten." Es wird dann programmatisch ausgeführt, daß das Zentrum den begründeten Bestrebungen auf Anerkennung der **landsmännischen Eigenart** volle Rechnung tragen und auf den Schadenersatz für das besetzte Gebiet hinarbeiten wird. Dann heißt es zum Schluß mit vollster Deutlichkeit: „Die Anerkennung

der landsmännischen Eigenart der Verwirklichung entgegenzuführen, ist eine reine innerpolitische deutsche Aufgabe, die unter keinen Umständen in Verbindung mit dem Gegner angestrebt oder durchgeführt werden darf. Die Zentrumspartei sieht daher jeden, der sich an solchen Bestrebungen beteiligt, als außerhalb der Partei stehend an." Das ist nicht nur die entschiedenste Verurteilung aller Putschisten von Mainz, Wiesbaden oder Speyer, sondern schließt auch in sich eine neue Mißbilligung des Besuches von Froberger und Genossen beim General Mangin, der gewiß in guter Absicht unternommen, aber doch nach Lage der Außen- und Innenpolitik nicht angebracht war.

Auf den rechten Weg ist die Angelegenheit dadurch gebracht, daß berufene Kenner und Vertrauensmänner der rheinischen Bevölkerung nach Versailles zu unserer Friedensdeputation gereist sind und die letztere mit den geistlichen und weltlichen Autoritäten in Köln gehörige Fühlung genommen hat. Der Zwischenfall von Wiesbaden wird warnend und mäßigend wirken nach der rheinischen Seite und anspornend zur Reformarbeit auf der Berliner Seite, wo man durch Berufung von volkstümlichen Regierungspräsidenten schon den Anfang gemacht hat zu einer vernünftigen Behandlung der Rheinlande.

Sehr beachtenswert ist der Rückzug der französischen Machthaber. Die ganze Plakatrepublik des Dr. Dorten war französische Machenschaft. Unter französischem Geleit kamen er und seine Zukunftsminister nach Wiesbaden. General Mangin hatte amtlich erklärt, daß die Mehrheit der Bevölkerung hinter seinen Schützlingen stehe. Als nun das lächerliche Fiasko zutage trat, ließ er seine Mohren fallen und verkündete die Neutralität, die von Anfang an seine Pflicht gewesen wäre. Vermutlich ist die Anweisung zu diesem Rückzug von Paris aus erfolgt. Um so mehr Bedeutung hat sie. Durch einiges und kräftiges Auftreten können wir auch unter den gegenwärtigen Verhältnissen noch etwas erreichen. Durch Liebedienerei nur verlieren!

Die Friedensaussichten.

Sie blieben noch im Dunkeln während der Fertigstellung dieser Nummer. Aber gerade die Verzögerung weist auf einen gewissen Erfolg unserer Taktik hin. In dem hohen Rat der Gegner hat sich die Absicht, den deutschen Einspruch mit einem schroffen Ultimatum abzutun, nicht durchzusetzen vermocht. Die vermeintlichen Herren der Welt müssen prüfen und verhandeln, um ihre Eintracht zu flicken und statt des absoluten Nein einige Zugeständnisse zu formulieren.

Leider werden die letzteren wohl ungenügend sein. Auch die erbetene mündliche Verhandlung ist noch keineswegs in Sicht. Doch ist immerhin eine Bresche gelegt in das System des unantastbaren Diktatfriedens. Wenn wir schließlich doch die Unterschrift verweigern müssen, so haben wir immerhin eine wesentlich verbesserte Position. Den Gegnern ist die neue Anwendung von Gewalt erschwert worden, seitdem ihre Völker wissen, zu welch großen und wertvollen Zugeständnissen Deutschland sich erboten hat.

In Frankreich ist eine beträchtliche Streikbewegung ausgebrochen. Wir dürfen sie mit Aufmerksamkeit verfolgen, wenn wir uns vor Ueberschätzung und voreiligen Hoffnungen hüten. Die französische Arbeiterschaft hat bisher weder Klarheit noch Kraft bewiesen. Die jetzige Streikbewegung, sowie die Meuterei in einem Toulouser Regiment darf man höchstens als Zeichen betrachten, daß die Erkenntnis und der Widerspruch gegenüber den Lasten und Leiden der Clemenceau'schen Politik zu dämmern beginnen. Sollte es zum neuen Krieg kommen, so würde vermutlich das jetzt glimmende Feuer bald in hellen Flammen schlagen.

Die Gesamtlage berechtigt uns zu der Ansicht, daß wir im Falle der Ablehnung eines unerträglichen Friedensvertrages eine zwar schwere, aber nur kurze Leidenszeit durchzumachen hätten. Wenn wir aber irgend etwas unterzeichnen, so helfen uns alle Vorbehalte und alle Versprechungen garnichts; dann werden schonungslos alle wirklichen oder angeblichen Verpflichtungen, die wir übernommen hätten, von uns eingetrieben werden. Auch die 200 Milliarden, die man uns in der feindlichen Presse jetzt als Entschädigungslast ankündigen läßt. Dabei würden wir in ewiger Lohnsklaverei verbleiben müssen.

Die Verweigerung der Unterschrift ist die letzte Waffe der Abwehr, die wir haben. Es gilt fest zu bleiben, sowohl den Leiden gegenüber, wie den Drohungen.

Der Proteststreik wegen der Hinrichtung Levinés.

Die bayerische Rechtspflege geht die Berliner und die Hamburger eigentlich garnichts an. In dem vorliegenden Falle erst recht nicht, da die Reichsleitung für die schnelle Vollstreckung des Todesurteils auch nicht mittelbar verantwortlich gemacht werden kann, da sie sogar in einem persönlichen Telegramm des Ministerpräsidenten Scheidemann Aufschub angeraten hatte. Trotzdem haben die Unabhängigen und die Kommunisten in Berlin und Hamburg eine Demonstration durchgesetzt, deren Spitze sich gegen die Regierung Ebert-Scheidemann richtete. In Berlin ein eintägiger Proteststreik mit Verkehrsstörung, aber ohne Ruhestörung; in Hamburg ein dort nicht mehr ungewöhnlicher Krawall. In München selbst, wo man die Taten des Verurteilten empfunden hat, wurde bezeichnenderweise nicht gestreikt.

Der Mißbrauch des Streiks zu politischen Zwecken war um so bedenklicher, als es auch im Ruhrgebiet wieder gährt wegen des Belagerungszustandes. Zum Glück scheint auch dort die Ruhe wiederhergestellt zu sein. Wenn nur die feindlichen Machthaber aus diesen Zwischenfällen nicht neue Hoffnungen schöpfen! Die nächste Nutzanwendung ist, daß die Regierungen und die Parlamente alles vorläufig vermeiden müssen, was den radikalen Volksverhetzern Wasser auf die Mühlen führen kann. Bis zur Erledigung der Schicksalsfrage von Versailles muß alles andere zurücktreten, so berechtigt es an sich sein mag.

Der dynamische Verlauf der russischen Revolution 1917.

Von Dr. W. Zapadnik.

In der Revolution von 1905 war der Zar noch einmal Sieger geblieben über seine beiden Gegner, den Bourgeois und den Proletarier; beide sahen sich in ihren gemeinsam genährten Hoffnungen, deren Endziele freilich himmelweit auseinanderlagen, aufs grausamste getäuscht. Aber jene revolutionäre Bewegung hatte doch im Spiel der einstweilen noch ungeordneten Kräfte Möglichkeiten ahnen lassen, die den Arbeitsmann mit Vertrauen, den Bürger mit einer geheimen Scheu vor der Macht des vierten Standes erfüllen mußten. Die Hauptprobe des Herbstes 1905 hatte diesem sehr zu seinem Mißvergnügen gezeigt, was für unheimlich kräftige Fäuste der Bundesgenosse im Arbeitskittel besaß, dem er zum Kampf gegen die Autokratie aufgerufen hatte. Er sah den Augenblick kommen, wo nicht bloß der Zar, sondern auch er selbst mit diesen Fäusten Bekanntschaft machen würde, und schloß unter Preisgebung des proletarischen Helfers mit dem Zaren Frieden, der ihm diesen Schritt durch ein demokratisches Butterbrot erleichterte. Die Revolution der Straße brach unter den Maschinengewehren der Gardetruppen und den Peitschen der Kosaken zusammen. Das aus dem revolutionären Rausch längst ernüchterte Bürgertum atmete erleichtert auf und gelobte, so bald keine Revolution mehr zu machen; denn man fühlte wohl, und Miljukoff, der Führer der Kadetten, sprach es damals offen aus: „Die nächste Revolution geht gegen den guten Rock".

Die liberalen Kreise Rußlands hatten denn auch während des folgenden Jahrzehntes an ganz andere Dinge zu denken, an die Entwicklung der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Kräfte des Vaterlandes, die dann im heiligen Kriege gegen das verhaßte Deutschland zusammengefaßt werden und der Verwirklichung der imperialistischen Ziele des zaristisch-bürgerlichen Rußlands dienen sollten. Hindenburgs gutes Schwert räumte mit diesen hochfliegenden Plänen einigermaßen auf und erweckte sogar in Nikolaus und seinen Ministern Stürmer und Protopopoff gewisse Friedensneigungen. Davon wollten aber die russischen Liberalen und ihre Ententefreunde nichts wissen. So gingen sie denn in die Opposition und riefen nach einem Ministerium des allgemeinen Vertrauens. Als der Zar hartnäckig taub blieb und seine Minister beibehielt, da suchten die Bürgerlichen, denen sich diesmal auch starke Teile des Adels anschlossen, ihre alten Revolutionsrequisiten wieder hervor; aber diesmal ging es nicht bloß um konstitutionelle Freiheiten, sondern um die Person des Zaren selbst, der mit seinen deutschfreundlichen Anhängern einem anderen, gefügigeren Sprossen des Hauses Romanoff und einem jusquauboutistischen Ministerium Platz machen sollte. Aber indem die Bourgeoisie auf dieses Ziel starrte, vergaß sie der Lehre von 1905 und der starken Fäuste des Proletariats. Dieses hatte in der Hauptprobe von 1905 mehr gelernt: es hatte seine Kraft gespürt und harrte mit grimmiger Entschlossenheit dem Tage entgegen, wo es seine Revolution machen würde, ohne vom Bürgertum dazu herangepfiffen worden zu sein.

Der Tag kam im Spätwinter 1917, als Autokratie und Bourgeoisie zum entscheidenden Endkampf antraten. In den Kreisen des Bürgertums war man wohl gerüstet; man hatte in zahlreichen Zusammenkünften Heerschau gehalten über die liberalen Organisationen, die Zemstwos, die Kommunalvereinigungen, die Kriegskomitees, die mit Geldern reichlich versehen waren. In der Armee waren die Offiziere für den Gedanken der liberalen Umwälzung gewonnen. Auch die Entente hatte, wenn auch schweren Herzens, durch ihren Wortführer, den englischen Gesandten Buchanan, ihren Segen dazugegeben, nachdem auch Lord Milner, den das aus dynastischen Bedenken immer noch zögernde England zu einer letzten energischen Vorstellung zum Zaren entsandt hatte, unverrichteter Dinge zurückgekehrt war.

Die Heimsendung der vierten Duma durch kaiserlichen Befehl brachte die Lawine in Bewegung. Die Duma protestierte, beschwor und drohte; ihr Präsident Rodsjanko schickte eine Drahtung um die andere ins Hauptquartier, aber zu einer entscheidenden Tat schwang man sich doch nicht auf. Da handelte das Volk, weil es hungerte. Durch den krisenhaften Brotmangel aufs äußerste erbittert, ging es auf die Straße. Die Armee in Petersburg trat nach einigem Schwanken zu ihm über und entschied dadurch das Schicksal der Revolution. Am 12. März war die Hauptstadt in den Händen des Proletariats; am gleichen Tag schuf es sich in dem Arbeiter- und Soldatenrat die Organprojektion seines revolutionären Willens. Die bürgerlichen Parteien erkannten jetzt, wohin die Reise ging, und trachteten danach, den Anschluß nicht zu versäumen. Die Fäden nach rechts, zum Zartum, hatten sie selbst durchschnitten, also blieb nur der Ruck nach links übrig, der Exekutivausschuß der Duma — auch die Bürgerlichen hatten sich im Verein mit dem fortschrittlich gesinnten Teil des Adels ihr revolutionäres Organ gebildet — suchte und fand Fühlung mit dem Petrograder A.- u. S.-Rat.

So zeichnen sich dem schärfer Zusehenden auf dem Hintergrunde der russischen Umwälzung von 1917 zwei Revolutionen ab, eine bourgeois-politische und eine proletarisch-soziale, wobei die erstere die allerdings unfreiwillige Schrittmacherin für die zweite abgibt, obwohl sie ganz andere Ziele verfolgt. Sie wollte auf dem Wege eines unblutigen Umsturzes die Einführung der konstitutionell-parlamentarischen Monarchie nach englischem Muster unter Beibehaltung der alten Duma, die Reorganisation der Armee und des Hinterlandes und die siegreiche Beendigung des Krieges; die zweite Revolution dagegen erstrebte, wenn nötig auch durch blutigen Klassenkampf, die „demokratische" Republik mit einer aus allgemeinen, direkten, gleichen und geheimen Wahlen hervorgegangenen Konstituante, als Ersatz der auf Grund eines beschränkten, parteiischen Wahlrechtes berufenen Duma. Die republikanische Regierung sollte „Brot und Frieden" schaffen, d. h. die Ernährung des hungernden Volkes sicherstellen und dem Krieg durch einen allgemeinen Frieden „ohne Entschädigungen und ohne Annexionen" schnellstens ein Ziel setzen; sie sollte auch, und zwar sofort und aufrichtig, die großen sozialen Reformen durchführen, vor allem den Achtstundentag und die Agrarreform.

So standen sich die beiden Lager mit ihren Forderungen und Zielen mißtrauisch gegenüber, in ihrer Kraftanspannung nur solange gleichgerichtet, als es gegen den gemeinsamen Feind, die Autokratie und die reaktionäre Regierung ging. Zur Durchführung dieses Kampfes hatten sich die Proletarier in den Revolutionswagen der Bourgeoisie gesetzt und sich bis zu diesem Ziele fahren lassen; dort angelangt, wollten sie aber die vom bürgerlichen Block der Duma gewünschte Fahrtrichtung nicht mehr einhalten, jedoch auch nicht aussteigen, sondern sie streckten selbst die Hand nach der Steuerung aus, wobei ihre bürgerlichen Reisegefährten natürlich nicht ruhig zusahen. Dieser Kampf um das Lenkrad, das nach der wechselnden Kraft der Lenker bald nach rechts bald nach links gedreht wurde, füllt den größeren Teil des Jahres 1917 aus, bis dann der unterwegs zugestiegene Lenin im November Bürger und „Sozialverräter" hinauswirft und den Staatswagen in den bolschewistischen Schuppen steuert.

Lehrreich und lockend wäre ein vergleichender Seitenblick auf die Entwicklung der deutschen Revolution, die sich, bis jetzt wenigstens, in ähnlichen Abschnitten, aber in umgekehrtem Sinne vollzogen hat. Sie begann am radikalen Flügel und schickte die Unabhängigen als Schrittmacher vor, während die Mehrheitssozialisten als die Nutznießer der Revolution — dieser Vorwurf stammt von der U. S. P. — sich auf die Ministerstühle setzten, welche die Radikalen von den Vertretern der alten Herrschaftsordnung reingefegt hatten. Und eine weitere Parallelbewegung, mit umgekehrtem Vorzeichen: wie in Rußland der bürgerliche Block den Anschluß nach rechts, an die Autokratie aufgegeben hat und bei Gefahr der Vereinsamung nach links sondieren muß, so geht in Deutschland und in Bayern den Mehrheitssozialisten die Fühlung nach links zu den Unabhängigen verloren, so daß sie gezwungen sind, sich nach rechts an die bürgerlichen Parteien anzulehnen. Gerade die jüngste politische Entwicklung in Bayern hat hier diesen Annäherungsprozeß zum Abschluß gebracht. Ob nicht auch hier ein Lenin den Steuerhebel schließlich in die Hand nimmt, hängt lediglich von der Widerstandskraft des deutschen Bürgertums ab, die auf Grund von dessen politischer und kultureller Vergangenheit doch ungleich höher einzuschätzen ist als diejenige der russischen Bourgeoisie.

Allerdings zunächst schien es, als ob diese das Heft in der Hand hätte. So durfte man wenigstens nach der Zusammensetzung der ersten vorläufigen Regierung annehmen, die am 14. März von dem Fürsten Lwoff, dem fortschrittlichen Organisator der großen ländlichen Selbstverwaltungskörper, der Zemstwos, gebildet wurde und außer dem als Bindestrich zu der Linken dienenden sozialistisch-revolutionären Trudowiki[1]-Führer Kerenski lauter Bürgerliche umfaßte. Sämtliche Parteien des fortschrittlich-oppositionellen Dumablocks waren in den neuen Ministern vertreten, die linksliberalen Kadetten — die Bezeichnung ist gebildet aus den Anfangsbuchstaben der Worte „Konstitutionelle Demokraten" — mit Miljukoff, dem Minister des Aeußern, an der Spitze; die rechtsliberalen Oktobristen — sie bekennen sich zum kaiserlichen Konstitutionsmanifest vom Oktober 1905 — unter der Führung des Kriegsministers Gutschkoff; die politisch zwischen Oktobristen und Kadetten stehenden Progressisten waren durch den Ministerpräsidenten Fürsten Lwoff vertreten. Diese glänzende Phalanx der besten Männer, welche die russische Bourgeoisie aufzuweisen hatte, sollte schon einen Tag nach der Kabinettsbildung, am 15. März, in der Frage des Zarenersatzes ihre erste Kraftprobe gegenüber dem radikalen Petrograder A.- und S.-R. bestehen — und unterlag. Der von den Bürgerlichen als Nachfolger seines Bruders in Aussicht genommene Großfürst Michael mußte unter dem Druck der Linken am 16. März erklären, daß er nur aus den Händen der schnellstens einzuberufenden Konstituante, die über die endgültige Staatsform zu bestimmen habe, sein Amt entgegennehmen werde. Dieselbe Anschauung machte sich der Aufruf zu eigen, mit welchem sich die neue Regierung am gleichen Tage, am 16. März, dem Volke vorstellte; damit gaben die Liberalen ihre alte Forderung einer parlamentarischen Monarchie ohne weiteres preis. Auch die meisten übrigen Programmpunkte der Regierungserklärung waren sozusagen nach dem Diktat des A.- u. S.-Rates geschrieben, so z. B. die allgemeine Amnestie für terroristische Handlungen, für Militärrevolten und „Agrarverbrechen", d. h. durch die Bauern eigenmächtig vorgenommene Enteignungen des Großgrundbesitzes.

Der bürgerliche Block hatte also einen Pyrrhussieg errungen, dessen Bedeutung noch dadurch unterstrichen wurde, daß die Proletarier sich nur in der Friedensfrage zu einem Zugeständnis bereitfanden und zunächst in die Fortsetzung des Krieges einwilligten. Bald zeigte es sich jedoch, daß die Linke diese Abmachung, welche die viel umstrittene Frage der Kriegsziele aufs engste berührte, äußerst ungern einhielt. Kein Wunder, daß sie zum Ausgangs- und Mittelpunkt der politischen Kämpfe wurde, die im April und Mai zwischen den beiden Lagern entbrannten und an Heftigkeit immer mehr zunahmen, nicht zuletzt unter dem Einfluß der aus dem Ausland und aus der Verbannung zurückströmenden Revolutionäre von Klasse und Fach, unter ihnen Nikolaj Iljitsch Uljanoff-Lenin, der am 16. April in Petrograd eintraf. Auch hatte sich das Proletariat nach innen immer mehr gefestigt und sich am 11. April auf dem 1. allrussischen Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte — die Provinz hatte inzwischen ebenfalls ihre Räte gewählt und so der Revolution auch im Lande zum Durchbruch verholfen — ein oberstes Machtorgan durch Wahl des Zentralexekutivausschusses geschaffen.

Anfangs Mai kam der Streit offen zum Austrag, als Miljukoff seine imperialistische Erklärung über die Fortsetzung des Krieges bis zum Siegfrieden abgab, dessen Preis die Gewinnung der Dardanellen sein sollte. Er platzte damit mitten

[1]) „Arbeitspartei".

in die sozialistische Maifeier hinein; die Folge waren gewaltige Friedensdemonstrationen der Arbeitermassen und geharnischte Gegenerklärungen der Sowjets.

Der *zweite Abschnitt* der Revolution beginnt mit dem Rücktritt Miljukoffs, der am 15. Mai dem Druck der erbitterten Volksstimmung weichen mußte. Fürst Lwoff schritt am 17. Mai zur Neubildung der Regierung; Kerenski übernahm das Kriegsministerium, der Sozialist-Revolutionär *Tschernoff*, einer der besten Kenner der Agrarfrage, den Ackerbau; außerdem traten noch vier gemäßigte Sozialdemokraten in diese „*erste Koalitionsregierung*“ ein, zu deren Beschickung sich das Exekutivkomitee der Sowjets erst nach vielen Redekämpfen und wechselnden Abstimmungen entschlossen hatte. Damit war die einstweilige Einigung zwischen Bourgeoisie und proletarischer Demokratie vollzogen, während sie vorher in der Regierung einerseits und in den Sowjets andererseits als selbständige Kräfte neben- und gegeneinander gewirkt hatten. Der Ruck nach links gab sich auch in der Regierungserklärung vom 19. Mai kund, die nunmehr für einen allgemeinen Frieden ohne Entschädigungen und ohne Annexionen, also unter Aufgabe des Miljukoff-Programms, eintrat. Doch war man auch jetzt noch für die Fortsetzung des Krieges und bezeichnete die Verstärkung der Offensiv- und Defensivkraft des Heeres (das im übrigen weitgehend demokratisiert werden sollte!) als die Hauptaufgabe der Regierung. Die Frage einer neuen großen *Offensive* war damit in den Vordergrund der politischen Bühne getreten, auf der jetzt *Kerenski*, der neue Kriegsminister und redegewaltige Reorganisator der Front, als Hauptschauspieler vor dem Ententeparkett erschien.

Hatten sich Bourgeoisie und die Mehrheit des Proletariats (der „Demokratie“ nach russischer Ausdrucksweise) in dieser Frage zusammengefunden, so verschärften sich im Streit um die Offensive die ohnehin schon bestehenden Gegensätze innerhalb der radikalen Parteien nur um so mehr. Im Petrograder Sowjet waren die *Sozialdemokraten*, hinter denen zumeist die Arbeiter der großen Industriemittelpunkte standen, schon über der Frage des Eintritts in die Koalitionsregierung aneinandergeraten. Der gemäßigte Flügel, die *Menschewiki*, die besonders in den Räten der Provinz und im Zentralrat einen starken Rückhalt hatten, glaubten bei dem augenblicklichen Stand der russischen Arbeiterbewegung auf die Mitwirkung der Bourgeoisie noch nicht verzichten zu können und wollten mit ihr in einer bürgerlich-demokratischen Republik zusammenarbeiten. Der radikale Flügel dagegen, der sich vor allem auf die Arbeiter der Petrograder und Moskauer Großbetriebe stützte, die Gruppe der *Bolschewiki* unter *Lenins* Führung, glaubte die Stunde für die Diktatur der klassenbewußten Arbeiter und Bauern gekommen und lehnte das „sozialverräterische“ Zusammengehen mit der Bourgeoisie, der Trägerin des Kapitalismus, für immer ab. „*Die ganze Macht den Räten!*“ so predigten die Bolschewiki, denen sich jetzt in der Stellungnahme zur Offensive, d. h. in der bedingungslosen Ablehnung derselben, auch die *Internationalisten*, der linke Flügel der Menschewiki, anschlossen. Den Bolschewiki hatten sich in den Sowjets noch die Linksstehenden der *Sozialisten-Revolutionäre* zugesellt, jener zweiten großen „demokratischen“ Partei, die vorwiegend in den breiten Volksmassen des flachen Landes, den Bauern und Kleinbürgern, wurzelt, aber auch aus den Kreisen der Intellektuellen starken Zulauf hat.

Die Offensive brach am 1. Juli unter Brussiloffs Oberbefehl „planmäßig“ los und endete nach anfänglichen Erfolgen mit einer schweren Niederlage. Die inneren Schwierigkeiten wuchsen, die Stellung der Regierung war erschüttert. Die bürgerlichen Minister drohten mit Rücktritt, die sozialistischen Kollegen suchten sie durch weitere Zugeständnisse zu halten. Die Bolschewiken gingen in der Hoffnung, aus dem allgemeinen Wirrwarr Nutzen ziehen zu können, zu bewaffneten Straßenkundgebungen über, um den Sowjet zu schärferem Vorgehen gegen die Bourgeoisie zu zwingen. Der Vollzugsrat ließ den Aufstand durch die Kosaken niederknütteln. Proletarier hatten das Blut von Proletariern vergossen, die Bolschewiki hatten ihre Kraft überschätzt und sahen das Proletariat geschwächt und gedemütigt, die Bourgeoisie triumphierend.

Gestärkt hielt diese ihren Einzug in die *zweite Koalitionsregierung*, an deren Spitze an Stelle des Fürsten Lwoff der nunmehrige Ministerpräsident *Kerenski* trat. Mit dem 23. Juli, dem Geburtstag des ersten Kerenski-Kabinetts, beginnt die *dritte Phase der Revolution*, die im Zeichen der Bolschewikenverfolgung steht. Kerenski, durchaus nicht der gewaltige Diktator, als den ihn damals die Ententepresse verherrlichte, sondern ein schaukelnder Opportunist, folgte willig dem Zuge nach rechts, trat scharf gegen die Bolschewiken auf, sperrte ihre Führer ein, unterdrückte ihre Presse, führte an der Front wieder die Todesstrafe ein und wollte vom Frieden nichts wissen.

Aber schon Mitte August erholt sich das Proletariat wieder von seiner Juliniederlage. Die Lenin-Leute fassen wieder Mut, besonders da sie sehen, daß die Massen, wenn nicht ihnen, so doch ihren Freunden, den Internationalisten, immer mehr zuströmen. Der Zug nach links ist unverkennbar, und sofort wechselt Kerenski von rechts herüber. Eine vom 25.—29. August zur Besprechung der Lage von ihm nach Moskau einberufene Tagung aller maßgebenden Kreise des Reiches, die Sowjets inbegriffen, endet in Unzufriedenheit und allgemeinem Mißtrauen. Ein Bolschewikenblatt kennzeichnete damals die Lage treffend folgendermaßen: „Die Kadetten haben einen günstigen Eindruck gemacht mit ihrem reichen Bestand an guten Talenten und Köpfen, aber es fehlt ihnen das Wichtigste, das Vertrauen der Massen. Es sind Führer ohne Truppen. Das Gegenteil ist bei den Sowjets der Fall: sie haben die Massen hinter sich, aber keine Führer.“

In diese allgemeine Unentschlossenheit fiel der Staatsstreich des Generalissimus *Korniloff* wie eine Bombe. Aber sein Versuch, durch den Marsch auf Petrograd eine Diktatur zu errichten, mißlang infolge der Gehorsamsverweigerung seiner vom Petrograder Sowjet bearbeiteten Soldaten. Das war der Anfang vom Ende; die Regierung verfiel einer schleichenden Krisis.

Die Mitte September einsetzende *vierte Entwicklungsstufe der Revolution* ist gekennzeichnet durch das stetige Anwachsen des Einflusses der radikalsten Linken. Der Schwerpunkt der politischen Aktion wurde mehr und mehr von der Regierung in den Zentralrat der Sowjets verlegt; aber schon mußte sich dieser seinerseits gegen den unter Lenins Führung immer bolschewistischer sich gebärdenden Petrograder Sowjet wehren. Anfangs Oktober hatte sich die Lage so zugespitzt, daß es der Zentralrat für notwendig hielt, an das Land zu appellieren; eine Tagung aller demokratischen Organisationen Rußlands (der Sowjets, Kooperativen, Gewerkschaften usw.) sollte über die Frage entscheiden,

ob die zukünftige Regierung mit oder ohne die Bourgeoisie arbeiten solle. Die Mehrheit des Kongresses entschied sich nach einigen verworrenen Vorabstimmungen für eine Koalition, worauf die bolschewistische Fraktion unter Protest die Versammlung verließ. Diesen letzten Sieg hatte die Bourgeoisie dem Kleinbürgertum zu verdanken, das in seiner Angst vor Lenin für die Koalition stimmte. Das am 7. Oktober von dem Verlegenheitsnothelfer Kerenski aus einer bürgerlichen Mehrheit und den rechtsstehenden Radikalen gebildete 3. Koalitionsministerium erhielt ein Kontrollorgan in Gestalt eines aus der demokratischen Konferenz herausgewählten Vorparlaments, des „Provisorischen Rates der russischen Republik" mit 305 Sitzen, von denen 120 den nichtdemokratischen Parteien und 66 den Bolschewiki zugedacht waren.

Auf dem Regierungsprogramm stand an allererster Stelle die Schaffung einer starken und disziplinierten Armee. Aber zu spät! Die immer unverhüllter betriebene bolschewistische Propaganda hatte den ganzen Heeresbau ausgehöhlt; auf die Soldaten und selbst die Kosaken war kein Verlaß mehr. Die Zeichen mehrten sich, daß das „unterirdische Rußland" sich anschickte, auf dem Kraftfeld dynamisch aufzutreten. Trotzki übernahm am 7. Oktober den Vorsitz im Petrograder A.- und S.-Rat; da und dort flackerten Streiks auf, Ende Oktober verteilten die Bolschewiken Waffen an die großen Fabriken in der Hauptstadt und beraumten unter den Augen Kerenskis, des ewig Unschlüssigen, den 2. allrussischen Rätekongreß auf Anfang November an. Am 25. Oktober bildete der Petrograder Sowjet einen revolutionären Kriegsausschuß, der am 5. November die Kontrolle über die Befehlsgewalt des Generalstabes beanspruchte. Die Regierung schlug in letzter Stunde einen Kompromiß vor, unterdrückte aber gleichzeitig die bolschewistische Presse. Am folgenden Tage rief der revolutionäre Kriegsausschuß die hauptstädtische Garnison zu den Waffen, am Abend besetzten Matrosen das Haupttelegraphenamt. Am 7. November trat der Rätekongreß zusammen, der am 8. den „Rat der Volksbeauftragten" einsetzte und ihm die Regierungsgewalt übertrug. Lenin hielt mit der Armee die tatsächliche Macht in den Händen, er hatte das Spiel der Kräfte gewonnen. Bourgeoisie und „Demokratie", die beiden gemäßigten Komponenten, wurden von der bolschewistischen Resultante endgültig ausgeschaltet.

Deutschlands Zukunft.

Betrachtungen bei der Rückkehr aus der englischen Kriegsgefangenschaft. Von Dr. Hans Traugott Schorn.

„Revolution und deutsche Jugend" lautete das Thema eines Vortrages, den Professor Alfred Weber Ende März im neuen Kollegienhause zu Heidelberg hielt. Es war der erste Vortrag, dem ich bei meiner Rückkehr aus der englischen Kriegsgefangenschaft in Deutschland beiwohnte. „We shall shut you out from this world for a little while,"[1]) hatten mir am 17. Dez. 1914, dem Tage meiner Internierung, die Polizisten der Homesroadpolizeistation von Kentishtown im Nordwesten Londons zugerufen. Was dieser Ausschluß aus der Welt für meinen politischen Denkprozeß bedeutete, belehrten mich die Ausführungen des Redners über so manche Dinge, die mir begrifflich vollständig fremd waren, wie Spartakismus, Einheitsschule, Arbeiter- und sonstige Räte. In einem Punkte aber verstand ich ihn aus innerster Ueberzeugung wie vielleicht Niemand in der Versammlung, nämlich in der Darlegung des furchtbaren Ernstes der Zeit, bei dem es sich um Sein oder Nichtsein deutschen Wesens, um wirtschaftliche und nationale Freiheit oder Sklaverei, ja, um den Untergang des größten und edelsten Kulturvolks der Weltgeschichte handelt. Mit Recht durfte Redner ausführen, daß die zu Sklaven gewordenen Trojer und Agrigenter ein wirtschaftlich angenehmeres Leben führen konnten, als dasjenige sein wird, das uns die Entente beim bevorstehenden Friedensschluß gestatten wird.

Drei Jahre vor Ausbruch des Krieges wohnte ich einem englischen Vortrag des Münchener Professors Sieper in der Westminsterhall zu London bei, dem der Lordkanzler Lord Loreburn präsidierte. Es war ein überzeugender Beweis von Ehrlichkeit, Biedersinn und weltdurchdringender Liebe für ein fremdes Volk, der alle Zuhörer ergriff, die in Zwischenrufen die eigene Presse unehrlicher Handlungsweise beschuldigten. Fast beschämt gestand Lord Loreburn in seinem Schlußwort: „Wer von uns könnte in Deutschland so reden, wie hier Professor Sieper?"

Zu gleicher Zeit wurde in der Zeitschrift „Vortrupp" in der Januarnummer ausgeführt, daß das wahre Mannesideal in der Kulturgeschichte nur die Griechen und Engländer erreicht hätten. Hätte je ein Engländer, Franzose oder Amerikaner die eigene Mißachtung soweit getrieben? Professor Dr. Ludwig Stein aber schrieb unter Berufung auf Stimmen führender englischer Politiker über politische Legendenbildung, durch die man in Deutschland geflissentlich die ehrliche englische Friedenspolitik zu stören und zu hemmen suchte. So dachte und sann idealer, friedlicher Weltbürgersinn, während England immer fester die Zügel der Weltregierung in die Hand nahm, mit Frankreich, Rußland und Japan Abkommen traf, in Belgien und Italien konspirierte und zu gleicher Zeit deutsche Journalisten, Studenten, Arbeiterverbände, Bürgermeister, Juristen usw. nach seiner Hauptstadt lud, um in ihren Augen so meisterhaft die Friedensrolle zu spielen wie Rom im Kampfe mit Ariovist, der mit Geschenken überhäuft und römischer Bürger wurde, nachdem man sich längst auf dem Kapitol über den bevorstehenden Krieg schlüssig geworden war. Ich riet damals schriftlich und mündlich dem liberalen Abgeordneten J. G. Gooch, eine Austauschreise von Parlamentariern beider Länder zwecks Aussprache und Verständigung zu arrangieren. Er meinte jedoch gelegentlich einer Besprechung mit mir im House of Commons: „That would only do harm!"[2]) Allerdings würde ein derartiges Zusammenkommen nicht die Friedensidee, sondern die englische Intrigenpolitik empfindlich gestört haben, wenn man deutscherseits auf praktischen Garantien und nicht auf der Erzeugung eines sinnwirrenden Nebeldunstes bestanden hätte. Ließ doch England damals für einen Augenblick die Maske fallen, als man dem Reichskanzler Bethmann Hollweg erklärte, man könne nicht das Versprechen abgeben, an einem Angriffskriege gegen Deutschland sich nicht zu beteiligen.

Wohl am ehrlichsten aber sprach sich noch in meiner Gegenwart über die bestehende Lage der verstorbene Sir Herbert Tree aus, der zur Zeit des Agadirvorfalles nach einer Aufführung der „Lustigen Weiber von Windsor" im His Majesty-Theater in einer in seinem Ankleideraum stattgefundenen Unterredung mit Dr. K. Peters und mir bezüglich der politischen Lage bemerkte: „They are all great blackguards!"[3]) Ironie und Zufall wollten es, daß er in seiner Falstaffmaske diese Aeußerung machte.

Inzwischen hat die Weltgeschichte selbst gesprochen. Sie hat auch dem begeistertsten Englandfreunde die Augen geöffnet und ihm gezeigt, daß die geistige und politische Geschichte mit dem zeitenüberlebenden Grundbestande eines Volkes zu eng verknüpft ist, um die übliche Spießbürgerbemerkung: „Ja, das war einmal früher so!" als völlig sinn- und haltlos abzufertigen. England ist sich in der Neuzeit in Geistesleben und Politik völlig treu geblieben. Wer Englands Weltbetrachtung richtig verstehen will, der lese nur die Gesellschafts- und Wirtschaftslehren Lockes (1632—1704) und Adam Smiths (1723—1790), worin der Erstere neben das göttliche und bürgerliche Gesetz die Macht der öffentlichen Meinung stellt, die nach seinen Worten der Tugend am nächsten kommt. Wer die durch die Tätigkeit der Jingopresse künstlich erzeugte öffentliche Meinung in England im Verlaufe des Weltkrieges sich vergegenwärtigt, erkennt hier leicht den sklavischen Zwang der gesellschaftlichen Bindung, der in einer solchen Lebensbetrachtung enthalten ist. Ebenso kennt Adam Smith nur eine äußere, keine innere, d. h. eine moralische und intellektuelle Freiheit. Ein inneres Sichfreuen über die Arbeit, ein inneres Wachsen und Sichvollenden durch ihr Gelingen ist seiner Auffassung unbekannt. Alles wird unter den Gesichtspunkt des äußeren Vorwärtskommens und Erwerbs gestellt. Religion, Wissenschaft und Erziehung sind keine selbstständigen Kräfte, sondern dienende Werkzeuge einer rein äußeren Weltbetrachtung.

Locke und Smith überbietet jedoch in der Auffassung vom äußeren Erfolg und seiner öffentlichen Rechtfertigung ein Timeskorrespondent, der im Juli 1918 in einer Zuschrift über christlichen Imperialismus ausführte, daß der Erfolg der englischen Politik die Wahrheit des Satzes der Bergpredigt bestätige: „Selig sind die Sanftmütigen, denn sie werden das Erdreich besitzen!" So wagt ein Angehöriger eines Volkes zu sprechen,

[1]) Wir werden euch für einige Zeit von dieser Welt ausschließen.

[2]) Das würde nur Unheil (Schaden) anrichten.

[3]) Sie sind alle große Lumpen!

das nach Ruskins Worten in blinder Anbetung des Mammons seinem Gott das Evangelium geradezu ins Angesicht geworfen hat.

Wer aber die großbritannische Politik aus Englands Geschichte nach Gebühr würdigen will, der mache sich mit der harten Normannenpolitik Wilhelms des Eroberers vertraut, der Politik jener Normannen, die auf dem Boden der einstigen römischen Provinzen altrömische Politik so erfolgreich gelernt wie die im alten Gallien seßhaft gewordenen Franken. Der harten, grausamen Staatskunst der in England angesiedelten französischen Normannen hat sich das alteingesessene Britentum und die in Kirche und Schule tätige Sachsenart bei jeder großen politischen Entscheidung willenlos gefügt. Ihr hat nie Moral in der äußeren und inneren Politik etwas gegolten. Sie benutzte die Rachsucht eines ehebrecherischen irischen Großen, der sich dem Schiedsspruch seines Landtags fügen mußte, dazu, Irland im Jahre 1171 zu erobern, wo noch heute die von Robert Fitzstephen erbaute Ferrycarryruine an der Mündung des Slaney in der Nähe von Wexford die „Sanftmut" der großbritannischen Weltbesitzer verkündet. 300 Jahre später finden wir dieselbe Politik wieder bei dem Kronprätendenten der weißen Rose, Richard III., dem Shakespeare die Worte in den Mund legt:

„Gewissen ist ein Wort, das Memmen brauchen,
Ersonnen nur als Zügel für den Starken.
Uns heiß' allein die blanke Wehr Gewissen,
Das Schwert Gesetz!"

Sie offenbart sich in der Heiratspolitik des Tudorkönigs Heinrich VIII, in seinem Bruch mit Rom, in der gewaltsamen Unterdrückung der Katholiken bis zur Zeit Pitts sowie in den Blockadebestimmungen zur Zeit der napoleonischen Kriege, worüber Henrik Ibsen in seiner Dichtung „Terje Wigen" sich also äußert:

„Der Engländer, will das Schicksal, darf
Frei plündern Norwegens Meer.
Für seine Tränen ein Lächeln nur,
Statt Erhörung eisiger Hohn.
Es weht von Ost, nach Westen fuhr
Des stolzen Albion Sohn."

Sie offenbart sich in dem Banditeneinfall des Dr. Jameson in Transvaal, in dem gewalttätigen Burenkriege, wovon noch den kommenden Zeiten das den unglücklichen Frauen und Kindern gesetzte Denkmal in Bloemfontein zeugt, sowie in der Einkreisungspolitik des lasterhaften Königs Eduard VII.

Das englische Gedankenleben wie die englische Politik hätten wir damit berührt. Man weiß jetzt wohl allgemein, daß England, das vielgepriesene Bollwerk der Freiheit, sich in diesem Kriege innerlich und äußerlich als eine Trutzburg schlimmster Tyrannei bewiesen hat. „J am ashamed of beeing British"[4]) konnten die Polizeiinspektoren tagtäglich an den einzelnen Distrikthöfen seitens englischer Frauen von internierten Deutschen hören, die entrüstet über die Vorgänge daheim in vielen Fällen nach dem ausgehungerten Deutschland in die Fremde sich begaben.

Schon Friedrich der Große hat die Briten richtig erkannt, wie seine Worte bekunden: „Die Engländer kommen immer mit ihrem ewigen Kehrreim, daß man Frankreichs Ehrgeiz brechen müsse und seine Sucht, überall zu herrschen. Aber ich bitte Sie, wer will das mehr und hochmütiger als die Engländer selbst."

Wir aber sollen heute aus unserer eigenen Geschichte etwas lernen im Sinne der Mahnung von Professor Dahlmann, dem Freunde Kleists: „Die glücklichen Zeiten bedeuten etwas für sich selbst, die unglücklichen etwas im Zusammenhang mit der Geschichte." Unsere Lage ist bedrängter und kritischer als die der Deutschen zur Zeit vor der Schlacht im Teutoburger Walde oder dem Ringen bei Leipzig. Besinnen wir uns vor allem auf unsere eigene Art, auf das, worin wir gefehlt, auf unseren Mangel eines lebenbeherrschenden Erziehungsideals, unsere Loslösung von dem jahrtausendalten Grundgefüge unseres Volkstums, auf unsere Preisgabe des lebenerhöhenden und vertiefenden Ewigen im Dienste des flüchtigen Augenblicks. Der Besitz seelischer Güter zeigt uns auch im Unglück groß und erhaben. Erfolgt eine innere Gesundung des ganzen Volkskörpers, eine geistige und moralische Wiedergeburt, stellen sich die breiten Massen wieder in den Dienst der Gesamtheit und bringt die Empfindung durch, daß nach den Worten Eichendorffs auch die Masse nur eine Idee ist, die, wenn sie wie das Königtum oder die Freiheit wirklich ins Leben treten soll, individuell und persönlich werden muß, — dann wird auch einmal wieder ein äußerer politischer Sieg, eine äußere politische Befreiung die innere Entknechtung bestätigen, — dann werden wir nie „das Arbeitsvolk des syndizierten Weltimperiums werden, dessen Exekutivausschuß der Völkerbund darstellt" (Alfred Weber), — dann werden wir klar und deutlich unsere Stellung im Weltganzen verstehen und im welterlösenden Aufgehen in unserer eigenen Natur unser deutsches Mannesideal erkennen, — dann wird ein Sozialismus der Gesinnung innere Einheit und Einmütigkeit schaffen. Wir sind mehr als ein gleichgültiges Stück eines seelenlosen Naturmechanismus. Wir sind Träger und Mitarbeiter einer neuen Welt, die sich selbst ihr Schicksal und ihre Zukunft formen. Wenn die Einzelseele wieder mit der Volksseele sich vereint, wenn die Kraft des Gemüts uns wieder für Ideen und ideale Güter begeistert, dann werden wir auch politisch weiter leben. Bleiben wir uns selbst treu, dann werden nicht nur die Anschläge unserer Feinde zu Schanden werden, sondern wir werden vielleicht noch die Stunde erleben, wo das am 18. November 1777 vom Earl of Chatam, dem älteren Pitt im Hause der Lords gesprochene Wort aufs neue zur Wahrheit wird:

„But yesterday . .
And England might have stood against the world,
Now none so poor to do her reverence."[5])

[4]) Ich schäme mich ein Brite zu sein.

[5]) Aber gestern . .
Und England könnte gegen eine ganze Welt gestanden haben.
Jetzt keiner ist so arm ihm Ehrerbietung zu zeigen.

Die Besetzung der Bischofsstühle von Metz und Straßburg.

Von Friedrich Ritter von Lama.

Die Besetzung der Bischofsstühle von Metz und Straßburg mit französischen Prälaten hat in der deutschen Tagespresse zu Erörterungen geführt, die nicht in einem einheitlichen Urteile abschließen. Umstritten ist die Frage, ob, falls die Ernennung wirklich erfolgt ist, eine Verletzung der zurzeit dort gültigen Hoheitsrechte vorliegt und wem diese Verletzung gegebenenfalls zur Last fällt. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" glaubt eine solche feststellen zu können und schreibt, die Ernennung der beiden neuen Bischöfe stelle einen Akt der französischen Staatsoberhoheit über Elsaß-Lothringen und ihre Anerkennung durch die Kurie dar. Dem gegenüber vermeint die „Germania" dafür eintreten zu können, daß nach dem Kirchenrecht die Ernennung nur durch den Papst vollzogen werde und werden könne, daß aber im vorliegenden Falle die vollzogene Ernennung noch nicht genügend beglaubigt sei, da nur eine Havasmeldung vorliege. Eine möglichst getreue Rekonstruktion der gesamten Vorgänge nach vorliegenden und unwidersprochenen Meldungen dürfte von selbst ergeben, welche Auffassung die zutreffende ist.

Am 5. März berichtete die Wiener „Reichspost" (Nr. 111) aus Lausanne, ein regierungsfreundliches Pariser Blatt habe darauf hingewiesen, „daß die Bischöfe von Metz und Straßburg deutscher Abkunft seien und daß der Vatikan durch ihre Abberufung Gelegenheit hätte, zu zeigen, daß er volles Verständnis für die Gefühle Frankreichs besitze". Was man sich in Paris von diesem sehr eindeutigen Winke erwartete, ist klar; trotzdem scheint er aber in Rom nicht die erwartete Wirkung getan zu haben. Man stand im Vatikan auf dem Standpunkte, den ja jüngst noch Bischof Touchet von Orleans im „Corriere d'Italia" ausgeplaudert hat: „Frankreich braucht den Papst", also möge es selbst zum Papste kommen und den letzten Schritt tun, aus seiner offiziösen Vertretung durch Mr. Charles Loiseau[1]) eine offizielle Vertretung zu machen. „Da die Gesinnung der Elsaß-Lothringer — schreibt eine Pariser Korrespondenz des „Momento" vom 4. Mai — es nicht ratsam erscheinen ließ, durch einen einfachen Regierungsukas einfach die beiden deutschen Bischöfe zu beseitigen" und da außerdem durch das Trennungsgesetz die Ernennung der Bischöfe wieder ausschließlich in die Hände des Papstes gelegt war, dieser aber, wie gesagt, keine Miene machte, dem Pariser Winke ohne weiteres zu entsprechen, anderseits aber die französische Regierung die beiden deutschen Bischöfe um jeden Preis los sein wollte, schien eben doch kein anderer Ausweg übrig zu bleiben, als der nach Rom-Canossa.

Um jedoch sich möglichst aus der Schlinge zu ziehen, versuchte man es noch einmal mit einer offiziösen Mission und da

[1]) S. „Allgemeine Rundschau" Nr. 22 vom 31. Mai 1919.

sich Denys Cochin schon vergangenes Jahr zu einer solchen Sendung hergegeben hatte, ließ Clemenceau diesem Politiker nahelegen, er möge dem Papste die Abberufung der beiden Bischöfe empfehlen. Wohl durch die damalige Aufnahme im Vatikan gewitzigt, wo man sich verwundert haben mag, daß ein sich katholisch nennender Politiker zu einer solchen Durchkreuzung der Anknüpfungsbestrebungen des Hl. Stuhles und einer Knebelung seiner Rechte sich hergab, erwiderte Cochin dem Lyoner „Nouvelliste“ zufolge, die Regierung solle ehrlicherweise einen solchen Schritt selbst ausführen, wobei sie die beste Gelegenheit hätte, die offiziellen Beziehungen Frankreichs mit dem Vatikan wieder aufzunehmen, worauf Clemenceau entgegnete: Niemals! Die Regierung, ob dieses Korbes verschnupft, pürschte sich nun an Kardinal Amette heran und dürfte dabei wohl auf dessen Eitelkeit gezählt haben; möglicherweise dürfte der Kardinal bezüglich des Kommenden auch „privat“ unterrichtet worden sein, denn es ist allzu auffallend, wie alles Weitere förmlich nach dem Schnürchen ging. Als nämlich der Kardinal vor seiner Abreise nach Rom am 12. März Clemenceau besuchte, äußerte dieser der erwähnten Pariser Korrespondenz zufolge, er sei erfreut, den Kardinal zu sehen. Der Klerus habe sich während des Krieges wahrhaft bewundernswert benommen. Er, Clemenceau, sei sogar bereit, seine Gefühle der Bewunderung durch irgendeinen positiven Akt auszudrücken, vorausgesetzt daß man nicht zu viel von ihm verlange. Darauf sprach Kardinal Amette (wohl instruktionsgemäß) den Wunsch aus, ermächtigt zu werden, in Rom über die Ernennung französischer Bischöfe für Metz und Straßburg zu verhandeln. Clemenceau war (natürlich) einverstanden.

Der Bericht fährt dann fort: Nun bestand aber noch eine Schwierigkeit. Die beiden Provinzen stehen noch unter dem Konkordate. Clemenceau widerstrebte es, sich direkt an Benedikt XV. zu wenden, um die Abberufung der beiden deutschen Bischöfe zu verlangen, worauf der Papst selbst den Weg ebnete, indem er offiziell der französischen Regierung die ihm von den beiden Bischöfen zugekommene Demission mitteilte. Daraufhin wurden die Namen der beiden Kandidaten der französischen Regierung amtlich dem Vatikan bekannt gegeben, und Kardinal Amette brachte sodann die Zustimmung des Vatikans mit nach Paris, so daß am 25. April eine Havasmeldung, die sich jedoch ausdrücklich als „amtlich“ bezeichnete, mitteilen konnte, daß die Ernennung der Bischöfe Ruch und Pelt durch den Präsidenten vollzogen sei, gemäß dem immer noch auf Elsaß-Lothringen anzuwendenden Konkordate vom Jahre 1801, das die Ernennung der Bischöfe der Zivilgewalt in Uebereinstimmung mit dem Hl. Stuhle überträgt.

Bekanntlich hat auch Kardinal Gasparri in seinem dem „Petit Parisien“ gewährten Interview sich auf den Standpunkt gestellt, daß für den Fall, daß die deutschen Bischöfe ihre Entlassung gäben, Elsaß-Lothringen provisorisch unter dem Regime des Konkordates stehe. Zugegeben; aber die Uebertragung der Hoheitsrechte an die französische Regierung, wie sie das Konkordat vorsieht, hat zur Voraussetzung, daß Frankreich in Elsaß-Lothringen überhaupt Hoheitsrechte besitzen kann, daß Elsaß-Lothringen Frankreich einverleibt ist und also der okkupationsrechtliche Zustand ein Ende gefunden hat. Das hat er aber de facto nicht.

Was nun die Demission der beiden deutschen Bischöfe betrifft, so erwähnen alle diesbezüglichen Meldungen ausdrücklich, daß es sich nicht um die Demission selbst dabei handle, sondern nur um das Angebot einer solchen; die Bischöfe haben dem Hl. Stuhle ihr Amt zur Verfügung gestellt und dieser kann nun Gebrauch machen, wenn er will. In diesem Falle trägt er allerdings allein die Verantwortung für die Abberufung. Es wird daher an der Darstellung nichts zu ändern sein, daß tatsächlich die französische Regierung im vollkommenen Einverständnisse mit dem Hl. Stuhle „so vorgeht, als ob das Land bereits der französischen Republik einverleibt sei, während es doch tatsächlich nur okkupiert ist und erst der Friedensvertrag die staatsrechtliche Entscheidung bringen kann“. Die französische Regierung hat auch den Bischofswechsel in einer rechtlich unzulässigen Weise erzwungen, soweit allerdings überhaupt von einem Zwange gesprochen werden kann, während die deutsche Regierung im Jahre 1871 die beiden französischen Bischöfe ruhig weiter amtieren ließ.

Die Neutralität des Hl. Stuhles während des Weltkrieges mit dieser Frage in Verbindung zu bringen, geht nicht an. Mit dem Ende des Krieges fällt auch die Voraussetzung für die Neutralität weg, denn sie war nur für die Dauer des Weltkrieges und nur diesem selbst gegenüber ausgesprochen. Der Vatikan hat nunmehr wieder freie Hand und macht sichtlich davon Gebrauch.

Die Schwalbe.

Du kleine Schwalbe, die du an dem First
Des Hauses aufbaust deiner Zukunft Leben,
Ob du auch meinem Heim und Schicksal wirst
Ein trautes Zeichen deiner Freundschaft geben?

Der Sommer kommt und öffnet deiner Brut
Ins freie Meer der Luft die höchsten Wege.
Sie ahnt noch nicht Gefahr, nichts von der Glut
Der Sonne und den Schlingen falscher Stege.

Trägt auch der Herbst dich fort in schnellem Flug,
Weil dir der Winter nicht vergönnt zu bleiben,
Wir hoffen: Wenn die erste Lerche schlug,
Wird dich die Sehnsucht nach der Heimat treiben.

Denn alle, die dein Kommen froh begrüsst,
Wie sie voll Trauer nur dein Scheiden sahen,
Sie wissen all', dass aus den Knospen spriesst
Ein neuer Frühling stets mit deinem Nahen.

Heribert Schneider.

M. Herbert: Frau Therese Keiter.

Zum 20. Juni 1919.

Von E. M. Hamann, Scheinfeld in Mittelfranken.

„Ehre, dem Ehre gebühret!“ Es ist eine Freude und ein Stolz, das biblische Wort an ihr erfüllt zu sehen, die am 20. Juni d. J. auf eine 60jährige Lebensstrecke und auf die mehr als 40jährige Ausübung ihres hohen Berufes zurückblicken kann. Eine Freude, weil es ein Köstliches bedeutet, die Arbeit und Mühe eines auf den Leuchter gestellten Lebens durch äußere Anerkennung und, mehr noch, durch inneren Glanz persönlicher und künstlerischer Würde gekrönt zu sehen. Ein Stolz, weil diese große und gute Frau, deren Künstler- und Menschentum wir seit lange zu Tausenden ehren, zu uns gehört und sich immer als „Bekennerin“ zu uns gesellt hat. Immer erachtete sie es als beglückende Auszeichnung, den Trägern der katholischen Dichtung zugerechnet zu werden. Und immer galt ihr die Kunst selbst in erster Linie als Mission. Welcher Art, sagt uns u. a. eine bemerkenswerte Stelle ihres Romans „Prinz Spiro Maria“. Etwas Herrliches, Schöpferisches, Gottverwandtes, heißt es dort, sei es um jedes wirkliche Können. Namenlose Feinheiten der Seele, des Herzens, der fünf Sinne, rückhaltlose Hingabe eines starken Menschen an seine besondere Aufgabe seien die notwendigen Bedingungen wahrer Künstlerschaft. Nie aber dürften wir vergessen: Gottes Kunsttheorie sei nicht die gemeinhin menschliche. Er fordere auch im Künstler vor allem die große Seele — den großen Heiligen. Heilige seien Menschen, die über ihr kleines Leben hinaus in das Leben Gottes hineinwachsen, die Gottes Eigenschaften sichtbar machen auf Erden. Daher das göttliche Gebot an den Künstler, in erster Linie das eigene Leben zum möglichst vollkommenen Kunstwerk zu gestalten. Die Liebe aber sei es (im Heilandssinne), die den Menschen, also auch den Künstler, auf die letzte Stufe emporhebe.

Es bereitet eine tiefe Genugtuung, von diesem Gesichtspunkte M. Herberts aus deren eigenes Leben und Schaffen zu betrachten, sehen wir doch darin Theorie und Praxis dieser Erkenntnislehre zu schöner Einheit verschmolzen, verkörpert. In M. Herbert lebt der Künstler den Menschen, der Mensch den Künstler. Eben deshalb wirken bei ihr jene Werke gebundener und ungebundener Rede — es sind selbstverständlich ihre besten —, in denen die Tendenz durchaus künstlerisch ausgelöst erscheint, dichterisch so packend überzeugend, ethisch so eindringlich vorbildlich. Zwar bedarf es einer sehr genauen persönlichen Kenntnis M. Herberts, um solch schwerwiegendes Zeugnis der Wahrheit ablegen zu können. Gerade darum stehe ich ein für das meine.

Nicht immer fand M. Herberts Kunst die Würdigung, die sie verdiente, auch nicht auf katholischer Seite; es gab eine Zeit, da die Neigung, an ihr schärfste Kritik zu üben, fast als Sport auftrat. M. Herbert hat dies überlebt, überwunden — niedergelebt, niedergerungen. Aber die eigentliche Zeit für ihre Dichtung soll doch erst kommen, wird kommen in jenen hoffentlich nicht mehr allzu fernen Tagen, da das christliche Kunstideal

wieder anfängt, sich allgemeiner durchzusetzen, von neuem volle, reife Wirklichkeit zu werden.

Die „Allgemeine Rundschau" hat immer zu M. Herbert gestanden, bis zur heutigen Stunde. Der hochverdiente Begründer brach mehr als eine Lanze für diese reine, edle Kunst, deren stolze Herbe er liebte, ohne für sie die Möglichkeit einer wünschenswerten Weiterentwicklung ablehnen zu wollen. Im Gegenteil, wußte er doch, daß Stillstand Rückschritt bedeutet. So begrüßte er denn mit Freuden jeden ersichtlichen Fortschritt in dem tatsächlich ständig sich fortsetzenden Aufstieg der Dichterin, nicht zuletzt in der Lyrik, die — wir wissen es nachgerade alle — das Gewichtigste, Tiefste, Vollendetste ihrer Kunst ausmacht.

Schauen wir auf Umfang und Gehalt des bisher von M. Herbert Geleisteten, so faßt uns ein Staunen, denn bekanntlich war auch der äußere Lebensweg dieser künstlerischen Kraft kein leichter, hemmungsloser. Schon in der Jugend, die sie vorwiegend in dem hessischen Heimatstädtchen Melsungen verlebte, trat — bei vieler günstiger Anregung zum auffällig frühen Erwachen ihres eigenartig ernsten Talents durch Natur und sonstige Umgebung — der schwere Ernst des Lebens, das Leid an sie heran, um ihr von da an treu zu bleiben. Seit der Kindheit floß ihr der lyrische Quell leicht und ständig, ohne daß sie des daraus Geschöpften sonderlich geachtet hätte; nur ein kleiner Bruchteil der zahlreich hingekritzelten Gedichte wurde von zweiter Hand aufbewahrt, und erst seit 1899 erfolgte, auf Veranlassung anderer, die bisher zu einem Dutzend Bände gediehene Veröffentlichung der Gedichtsammlungen M. Herberts. Das Jahr 1883 brachte die erste Novelle, 1884 den ersten Roman der Dichterin in Buchform. Heute liegen über 50 Erzählbände von ihr vor. Die meisten entstanden in ihrer zweiten Heimat Regensburg, wohin sie 1888 als Gattin des bereits 1898 verstorbenen Literarhistorikers und Hausschatz-Schriftleiters Heinrich Keiter übergesiedelt war.

Der allzu frühe Tod des Gatten legte ihr die Sorge und die alles und jedes umfassende Fürsorge für die Ihren auf: Sohn und Tochter und die ebenfalls verwitwete Mutter, die jetzt noch ihr Heim teilt. So lernte sie den Zwang des Lebens kennen, der aber für Begnadete Segen zur Freiheit umschließt: zur inneren Freiheit jener in vollkommener Hingabe geübten Selbstüberwindung, die immer mehr Liebe zeitigt und verliehene Gaben immer reicher entfaltet. Derart wurde die ein oft schwerlastendes Arbeits- und Sorgenerz in lauteres Gold der Güte umsetzende Mutter der Ihren eine Mutter der Armen, eine Freundin und unermüdliche Helferin der Hilfsbedürftigen aller Art, eine wundervolle Versteherin der Kreuz- und Dornenkronträger, nicht zuletzt derer im Reiche des Talents, des Genies. Das beweist ihr häufiges schützendes und förderndes persönliches Einstehen für aufstrebende Begabte, das beweist ihre von genialer Einfühlung zeugende Dichtung über Großes und Größen in Literatur und Kunst (die Droste, Michelangelo, Vittoria Colonna, Lionardo da Vinci usw.).

Hier ist nicht Raum, um näher auf M. Herberts Lebenswerk im einzelnen einzugehen. Uns allen ist wohl auch ziemlich bewußt, was wir an ihr haben: einen echten Menschen von zarter, hochsinniger Fraulichkeit und edelster christkatholischer Gesinnung; einen echten Dichter von außerordentlich umfassender und tiefdringender Menschenkenntnis; von einer Gottinnigkeit, der, gerade in ihrer Unaufdringlichkeit, starke Werbekraft für den Weinberg des Herrn innewohnt; von einer Glut der Menschenliebe, die Tausenden lösend und führend ins Innerste gedrungen ist; von einer Wahrhaftigkeit, einer Kühnheit und konzessionslosen Gerechtigkeit, die erschütternd ans Gewissen der Gesellschaft und des Einzelnen zu pochen vermag und ganz geeignet ist, sogar in verzweifelten Fällen den Reue- und Sühnegeist zu wecken; von einem hohen Ernst, den ein goldener Humor aufs sonnigste zu mildern versteht.

Das alles gilt von der geist- und gemütvollen Erzählerin, die das von ihr Geschaute, Erfahrene anschaulich vor uns hinstellt mit wachen, mannigfachen Einblicken in Menschen und Menschentum, in Leben und Weben des Alltags und der Zeit, in die Zusammenhänge von Jetzt und Einst, von Künftigem und Ewigem. Und die Lyrikerin mit den einfachen großen Mitteln des Ausdrucks und der unmittelbaren Wiedergabe von eigenem verborgenstem Leben, von seiner Berührung mit der Seele des Bruders in der gottzugewiesenen engeren und weiteren Umgebung, mit der Seele des Volkes, der Natur, der Geschichte, der Kunst und alles Göttlichen? Hier kann ich nur raten: Geh hin und lies! Nimm von dem überströmend Dargebotenen — und vergiß nicht des Dankes gegen die so groß und gütig Gebende — und gegen Ihn, der uns sie selber gegeben hat.

Die Deutschen Westungarns.

Von Stephan Eisenstadt, Kismarton (Ungarn).

(Schluß.)

Der bäuerische Heanze hält fest am deutschen Wesen, obwohl ihm schon seit Jahrzehnten selbst die Volksschulen vorenthalten wurden. Die Heanzen in den Städten sind aber zum großen Teile vom Deutschtum abgefallen, was nicht zu verwundern ist, da jene Kinder, die auch die Mittelschulen besuchen, kaum mehr in die Lage kommen, richtig deutsch zu sprechen.

Ein gastfreundlich liebenswürdiges Benehmen zeigt der Heanze nicht, selbst ein Gastwirt überfließt nicht in Höflichkeit gegen seine Gäste. Er ist mißtrauisch gegen Fremde, aber sagt recht offen die Wahrheit ins Gesicht. Auf luxuriöse oder nette Ausstattung seines Wohnhauses und Hofes hält er nicht viel, darin wird er von den benachbarten Kroaten übertroffen. Auch die Intensität der Bearbeitung des vorzüglichen Ackerbodens läßt zu wünschen, edles Obst gibt es wenig. Eine Volkstracht gibt es längst nicht mehr, dunkle Farbe herrscht bei den Kleidern vor. Bunter Flitter gilt bei den Bauern als Leichtfertigkeit. Frommer Sinn hat auch im kleinsten Dorfe Kirchen entstehen lassen und für zahlreiche Kapellen, Bildstöcke und Wegkreuze gesorgt, deren Jahreszahlen an längst vergangene Zeiten mahnen. Verbrechen kommen nach den Aussagen der Gerichtspersonen selten vor. Auch als Handeltreibende und Handwerker genossen die Heanzen stets einen guten Ruf. Als Soldaten zeichneten sie sich in allen Kriegen aus, doch schwer genug war es ihnen, bei der ungarischen Honvéd zu dienen, da die Offiziere, meist Stockungarn, bestrebt waren, magyarisierend zu wirken.

Die Kunst fand bei den Heanzen seit jeher Pflege, was sich schon an vielen uralten, recht kunstvoll verzierten Steinsäulen zeigt. Die Ziegenkirche in Oedenburg, dann die Gotteshäuser in Pinkafeld, Mariasdorf, Hannersdorf und Eisenstadt sind anerkennenswerte Bauten; die Wallfahrtskirche in Eisenstadt ein ganz origineller Rundbau. Gefördert durch das reiche Fürstengeschlecht der Eszterházy entstanden großartige Schloßbauten, und auch andere adelige Familien sorgten für Belebung der Kunst. Das Steinmetzgewerbe hat seine Tätigkeit auf dem protestantischen Friedhofe zu Oedenburg verewigt, der zu einer Sehenswürdigkeit geworden ist. Unter dem früheren deutschen Adel errichteten vor allem die Familien Lichtenburg, Paumkirchner, Stubenberg, Stotzingen, Elderbach, Weißpriach, Zinsendorf, Puchheim, Grafeneck u. v. a. schöne Burgen, so daß man sich in den lieblichen Gegenden nach irgendeinem bayerischen oder württembergischen Gau versetzt fühlen könnte, würden uns nicht überall die ungarischen — aber nur ungarischen — Straßen-, Warnungs- und Ankündigungstafeln gar so fremd anmuten. Da wird z. B. in ein kerndeutsches Dorf ein stockungarischer Notar versetzt. Diese, förmlich berüchtigten, Leute haben in Ungarn einen großen Einfluß und es ist für einen solchen Machthaber eine leichte Sache, die Bauern zu überreden, in dem weltabgeschiedenen Dorfe rein ungarische Gassenaufschriften anzubringen, die nach den Namen irgendwelcher berühmter Ungarn und Deutschenfresser, die den Dörflern gänzlich unbekannt sind, benannt werden.

Oedenburg war nach Preßburg die nächste Stadt, die bereits vor 130 Jahren ein ständiges Theatergebäude als Steinbau erbauen ließ, und besitzt auch die älteste Turnhalle Ungarns. Nach den napoleonischen Kriegen gründete der Oedenburger Frauenverein eine noch heute segensreich wirkende Erziehungsstätte für Töchter von gefallenen Offizieren. (In Oesterreich hatten Offizierswitwen erst seit 1886 Anspruch auf eine Pension.)

Der Dialekt der Heanzen ist kein wohlklingender und die Sprachforscher sind sich noch im unklaren, ob er fränkischer oder österreichisch-bayerischer Abstammung ist. Es mag den Leser interessieren, daß der Heanze statt mit „Sie" oder „Ihnen" mit „Sei" anredet, auch anstatt der dritten Einzahlperson „ihr" oder „ihm" dieses „sei" gebraucht. Statt „dann" wird das steirische „aft" gesprochen. Als Beispiel heanzerischer Mundart mag hier ein ungarisches, vom Lehrer Ebenspanger übersetztes Gedicht folgen.

s'Aonschmülzn.	(Das Anrauchen.)
Mei Pfeifn aonschmülzn	Meine Pfeife anrauchen
Pin i in di Kuchl gaongan.	Bin ich in die Küche gegangen.
Na jo, wonn s nit preinnt had,	Nun ja, wenn's nicht gebrannt hat,
Häds hold hianz aongfaongan.	Hätt's halt jetzt angefangen.
Mei Pfeifn hot eh gschmülzt,	Meine Pfeife hat ja schon geraucht,
Mia kaon si vareidn.	Man kann es vereiden.
Wißts, wos mi hod hinzaogn?	Wißt's, wohin es mich hat hingezogen?
A scheins Diandl is s gwein.	Ein schönes Mädchen ist es gewesen.
s Diandl hod aonghoazt.	Das Mädchen hat eingeheizt.
Wia weid d Flaomman reicht!	Wie weit die Flamme reichet!
Owa hold iahre Aigln!	Aber halt ihre Aeuglein!
Dei hobm cascht gleicht.	Die haben erst geleuchtet.
Wiari eini pin gaongan,	Wie ich hinein bin gegangen,
Hods mi vaherzt, deis lia Kind.	Hat es mich verherzt, dies liebe Kind.
Mei Pfeifn is ausgaongan,	Meine Pfeife ist ausgegangen,
Owa mei Herz, nao das prinnt.	Aber mein Herz, nun das brennt.

Das Heanzenland könnte bei richtiger Bewirtschaftung ein Garten Gottes werden und da es für die Verproviantierung Wiens große Wichtigkeit besitzt, so würde sich der Wohlstand seiner kernigen Bevölkerung, die trotz tausendjährigem Kampfe gegen allerlei Drangsale deutsch blieb, vervielfachen, obwohl die Judenschaft am Marke des Landes zehrt.

Der zweite deutsche Volksstamm in Westungarn, eng verwandt mit den Heanzen, sind die sogenannten Heidebauern, die südwärts von Preßburg und zu beiden Seiten des Neusiedler-Sees wohnen; doch kann man auch die genannte Stadt samt nächster Umgebung hinzurechnen und dieses deutsche Völkchen auf die Stärke von 110 000 Seelen schätzen. Hier hatten Goten, Heruler, Turogen, Rugier, Longobarden und andere Völker für kürzere oder längere Zeiten ihre Wohnsitze aufgeschlagen und aufgefundene Antiquitäten mit eingeritzten altgermanischen Namen sind sichere Beweise, daß diese Gegenden seit uralten Zeiten von unseren Vorfahren besiedelt sind. Die keltischen Bojer wurden in diesen Gegenden von römischen Truppen unter dem späteren Kaiser Augustus zu Anfang unserer Zeitrechnung angegriffen. Da Bojer auch Peien genannt wurden, so mag der damalige Name des Neusiedler Sees „Peiso“ von ihnen stammen, der wohl auch Pei-See lautete, auch gaben uns im Jahre 1855 viele bei Deutsch-Jarndorf ausgegrabene Silbermünzen mit den Namen von nicht weniger als acht Bojerfürsten sicheres Zeugnis, daß jener Germanenstamm dort hauste. Wie überall, so bewährte sich auch hier das Kolonialsystem der Römer; nach ihnen scheinen auch die Goten nicht schlecht gewirtschaftet zu haben. Unweit des Westufers des Sees wurde eine Mithrasgrotte aufgedeckt, deren Skulpturen vor etwa 2000 Jahren gemeißelt wurden.

Ueber die Heidebauern wurden öfter recht falsche Berichte veröffentlicht, unter anderem auch, daß sie bei ihren Tanzunterhaltungen den ungarischen Csardas tanzen. Dies mögen wohl die Städter tun, der echte Heidebauer aber nie. Auch sind die Meinungen über ihre Herkunft und Abstammung so verschieden. Man weiß eben nicht genau, woher ihre Urväter kamen. Der Heidebauerndialekt unterscheidet sich von dem der Heanzen in so manchem und ist wohlklingender. Als nach den Goten die Longobarden ins Land kamen, war dies kein Vorteil für dasselbe und noch größeres Unheil brachten die Avaren, die aber bald von Karl dem Großen zurückgejagt wurden. Man nannte jene Gegenden Avaria, besiedelte sie mit Franken, und als sie den Salzburger Erzbischöfen unterstellt wurden, sandten diese aus ihrer Diözese gleichfalls Ansiedler, auch aus dem Passauer Bistum trafen zahlreiche Familien ein, denn die Donau und der Inn erleichterten die Reise. Während des dreißigjährigen Krieges erfuhr die Bewohnerzahl durch protestantische Flüchtlinge aus der Gegend des Bodensees eine Vermehrung. Die Ankömmlinge erhielten Wohnsitze am Südufer des Neusiedler-Sees zugewiesen, wo die Gegend der Seewinkel heißt und von den ungezählten Tümpeln des Hanság-(Hanschaag) Sumpfes bedeckt ist. Vornehmlich in Apetlon, Ilmitz, Pamhagen und Walla ließen sich die Eingewanderten nieder und man kann nachweisen, daß sie zum größten Teile aus Isny, Wangen, Ravensburg und Lindau gekommen waren. Im Laufe der Zeit erhielten sie von den altgesessenen Heidebauern den Spitznamen Graonschla, wegen der etwas abweichenden Aussprache des dortigen Dialekts. Von späteren Einwanderern sind nur noch die Ende des achtzehnten Jahrhunderts am linken Donauufer angesiedelter Waldarbeiter aus Steiermark zu erwähnen. Auch die Heidebauern bemühen sich, die einstige Kaiserstadt mit Lebensmitteln zu versorgen und des Heidebodens wird immer weniger. Das Ende des stehenden Heeres wird auch das Ende der Parndorfer und Zurndorfer Heide bringen, man braucht keine Manöverfelder mehr. Das Aeußere des Heidbauers ähnelt jenem der Heanzen, man findet den blonden Typus aber seltener als bei letzteren. Die Bauern sind stolz auf ihren Besitz und achten den Beamten nicht sehr hoch. Sie sind fleißig und eines ihrer Sprichwörter lautet: „Friah auf und spat niedar, iß gschwind und geh wiedar.“ Vom Beamtendienst sagt er: „Herrendienst und ein Fäßchen Wein, rinnen über Nacht aus.“ Einer ungarischen höheren Gerichtsperson sagte ein Dorfrichter: „Auch wenn ich nicht mehr Dorfrichter, bin ich auch dann noch immer ein Herr, aber Er ist ohne Amt nichts.“ Dem Heidebauer wird die üble Eigenschaft vorgeworfen, mehr scheinen zu wollen als er ist und die Frauen sollen putzsüchtig sein, doch dürfte letzteres ein zu strenges Urteil sein, aber die Sucht, mit seinem Vermögen zu protzen und der Tochter die reichste Mitgift zu geben, soll schon manchen Grundbesitzer ruiniert haben. Der Heidebauer hält zähe an alten Gewohnheiten und verfügt über eine Menge von Sprüchen, Erzählungen und Liedern. Auch die Heidebauern haben manch tüchtigen Mann der Welt geschenkt. Da ist z. B. der Maler Adam Oeser, der Wolfgang v. Goethe das Zeichnen lehrte. Der Bildhauer Tilgner, Schauspieler Kainz, Musikdirigent Hans Richter, der Violinvirtuose Josef Joachim, der Komponist Johann Hummel, Kanzelredner Josef Albach, Chemiker Alexander Bauer, der Goetheforscher Julius Schröer, Geschichtsforscher Tobias Schröer, die Schriftsteller Feszler und Lübeck.

Obwohl die Stadt Preßburg politisch zum tschechischen Staate gehören wird, ist sie doch ein Teil des Heidebauerngebietes und soll hier mit einigen Worten erwähnt werden. Ihre Bewohner werden scherzweise Kraxlhuber genannt und sprechen einen Dialekt, der die Urwiener Mundart an oft drolliger Eigentümlichkeit noch übertrifft. Preßburg, eine schöne Stadt von fast 100 000 Einwohnern, liegt am Fuße des Ausläufers der waldreichen Karpathen, überhöht vom ruinengekrönten Schloßberg, um dessen Lehnen sich eines der malerischsten Judenviertel Europas gruppiert hat. Hoch ragt über das Häusermeer der gotische Turm der Domkirche empor, dessen Abschluß ein goldenes Kissen mit darauf ruhender Krone bildet. Ein sehr interessantes Landschaftsbild bietet der Neusiedler See, der sich am Ostufer der Leithaberge als seichtes, zum Teile schilfbewachsenes Gewässer in 35 Kilometer Länge ausbreitet und höchstens 4 Meter Tiefe erreicht. An seinen Ufern liegen zahlreiche Ortschaften, darunter der Markt Neusiedel und die ehemalige königliche Freistadt Ruszt. Seit man den See abzuleiten begonnen hat, sind die Ufer bedeutend zurückgetreten und eine fette, doch noch für lange Jahre als Ackerland ungeeignete Fläche blieb zurück, deren stark salzhaltiger Boden „Zick“ genannt wird. Der See ist nicht nur fischreich, sondern bietet ebenso reiche Geflügeljagd wie die ostwärts sich ausbreitenden Hanság-Sümpfe, die von den Deutschen „Der Waasen“ genannt werden. Der See ist schon wiederholt, zuletzt in den sechziger Jahren, zum größeren Teile ausgetrocknet, so daß man das zutage getretene Land in Wiesen zu verwandeln trachtete und Wirtschaftsgebäude erbaute, doch begann sich der See neuerdings zu füllen. Den Heidebauern ist die Austrocknung des Sees nicht erwünscht.

Ob die neue Epoche den Deutschen Westungarns dauernde Vorteile in kultureller Beziehung bringen wird, ist noch nicht abzusehen. Hoffen wir, daß die ihnen von den Ungarn gemachten Zusagen auch gehalten werden. Vielleicht ist der Zeitpunkt gar nicht zu ferne, daß sie wieder in den Bereich des Deutschen Reiches gelangen, zu dem sie früher gehört hatten.

Vom Büchertisch.

Hans Schrott-Fiechtl: Wettertannen. Tiroler Roman aus der Gegenwart. Köln, J. P. Bachem, Pr. geb. 5 ℳ. — Ein köstlich spannendes, packendes und dabei reich vertieftes Buch im echten und rechten Kling-Klangschritt eines überaus lebhaften und doch in sich kernhaften Vortrags. Im Mittelpunkt der Handlung steht eine Frau, Sproß eines uralten tirolischen Bauerngeschlechts, Gattin eines auch seelisch vornehmen gelehrten Adeligen, Mutter eines Sohnes und einer Tochter mit eigengeprägten Charakteren, die vor allem sie wundervoll für das Leben erzieht. Alles lebt an der Darstellung, lebt befruchtend, weckend, anregend, Tief- und Weitschau gebend für den von Anfang bis Ende gefesselten Leser, vor dessen Augen die Saat schlimmer Zeit, in Oesterreich wie im gegenwärtigen Leben überhaupt, erschreckend aufgeht, während zugleich führendes Sonnenlicht fällt auf Mittel und Wege zu besserer einzelpersönlicher und allgemeiner Kulturernte. Das sind die rechten Träger der Heilsbotschaft für jede gefährdete menschliche Gemeinschaft, die den Abgrund zeigen und die sichere Art, ihn zu meiden oder doch aus ihm herauszukommen. Schrott-Fiechtl gehört zu ihnen, ein glaubens- und kunstfester Bewährter, der nur das Gute will und diesem in seiner eigenen Weise die rechte Gestaltung zu geben versteht. E. M. Hamann.

Sozialismus und Religion. Von Dr. F. X. Kiefl. 8° 134 S. ℳ 3.20. Regensburg, Manz 1919. Ein überaus zeitgemäßes Buch! Einläßlich wird vor allem die Grundlage des über uns hereingebrochenen Umsturzes erörtert und nachdrücklich darauf hingewiesen, wie die Rettung der Menschheit nur möglich ist, wenn mit dem Kapitalismus zugleich seine atheistische Weltanschauungsgrundlage aufgegeben wird. Dann werden im einzelnen die Aufstellungen des Sozialismus geprüft, seine allgemeine Stellungnahme zur Religion, die angebliche Erklärung der Religion zur Privatsache. Wir finden weiterhin die ewigen Wahrheiten des Christentums im Lichte der Marxistischen Geschichtsauffassung beleuchtet und die religiös-sittliche Gedankenwelt unserer Industriearbeiter genauer untersucht. Die Gegenüberstellung des urchristlichen und des sozialistischen Kommunismus zeigt die tiefgreifenden hier obwaltenden Unterschiede. Wertvoll ist zumal die gründliche Behandlung der Frage „Christentum und kapitalistische Gesellschaftsordnung“. Den Abschluß des Buches bildet ein warmer Aufruf zu einmütiger opferfreudiger Lösung der Zukunftsaufgaben, die durch die Erkenntnis der S. 134 betonten Tatsachen bedingt ist: die erschütterndste Lehre des heutigen nationalen Zusammenbruches ist diese, daß mit der Religion alle höheren geistigen Kulturideale stehen und fallen. Nur entschlossene Rückkehr zu einem lebendigen, tatkräftigen Christentum kann unser Volk retten. O. Heinz.

Erzbischof Dr. **Michael von Faulhaber: Das Schwert des Geistes.** Diese in Verbindung mit Bischof Dr. Paul Wilhelm von Keppler und Domprediger Dr. Adolf Donders herausgegebene bedeutende Sammlung von Feldpredigten der drei genannten und anderer Autoren hat bereits ihre dritte und vierte, unveränderte Auflage erfahren, des Herausgebers schnell beliebt gewordene „Gesammelte Kriegsreden“ **Waffen des Lichts** die fünfte, vermehrte Auflage (beide bei Herder, jenes geb. 8.20 ℳ, dieses kart. 3.— ℳ). Die zwei Werke eignen sich vorzüglich, als hervorragende literarische Zeitdokumente in unsere Friedensbüchereien hinübergenommen zu werden. E. M. Hamann.

Wilhelm Weitzel: „Herz-Jesu-Lieder“ für ein-, zwei- und dreistimmigen Frauenchor mit Orgel. Opus 6. Karlsruhe 1918, Badenia-Verlag. Lieder von einer Zartheit und Innigkeit der Empfindung zu sinnig gewählten Texten, leicht im Ohre haftend und doch gewählt im Ausdruck. O.

Georg Schächtl: XIV „Adjuva nos“ für 1—5 Singstimmen, nebst IV „Tantum ergo“ für 1—4 Singstimmen mit Orgel. Opus 8. Regensburg, Rom, Wien, Friedrich Pustet. Durch seine klangschöne Melodik, die klare Gliederung seines Aufbaues weiß der Komponist starke Wirkungen zu erzielen. Er schreibt schlicht, warm, sanglich dankbar und meidet größere Schwierigkeiten. O.

Christliche Kunstblätter. Wichtiger denn je ist jetzt und bleibt für die Zukunft die eifrigste, hingebendste Pflege des christlichen Gefühles und Gedankens, und höher denn je ist die Pflicht, beides bei unserer so schwer bedrohten Jugend aufrechtzuerhalten. Mit noch größerem Danke, noch lebhafterer Anerkennung ist daher alles zu begrüßen, was in jener Rich-

tung Erfolge verspricht. Hierzu gehören in besonderem Maße die Bemühungen der bekannten Kunst- und Verlagsanstalt B. Kühlen in M.-Gladbach. Der von ihr herausgegebene Osterkatalog 1919 bringt wieder Anzeigen und Abbildungen einer großen Anzahl außerordentlich billiger, dabei künstlerisch wertvoller, von tiefster Religiosität erfüllter Kommunionandenken. Man sieht darunter Nachbildungen von Werken erster moderner Meister; ich nenne nur Namen wie H. Nüttgens, v. Felsburg, J. Wahl, H. Commans, Deger, Emonds-Alt. Von letzterem bringt der Kühlensche Verlag neuestens ein in reichen Farben ausgeführtes Blatt heraus, das zugleich als Kommunion- und Herz-Jesubild dient und sicher allseitig begrüßt werden wird. Eine Tiefe der göttlichen Liebe spricht besonders aus dem Blicke des Heilandes, wie sie nur wenigen Werken des trefflichen Künstlers eigen ist. Ein zweites Kommunionandenken zeigt die farbenschöne Nachbildung eines von Perugino stammenden Kreuzigungsbildes (mit einem Sockelbilde, das die Einsetzung der hl. Eucharistie darstellt). In dem alten wie in jenem modernen Blatte verkündet sich der Geist des wahren Gottesfriedens, nach dem unsere schwer geprüfte Zeit sich sehnt.

Dr. O. Doering.

Bühnen- und Musikrundschau.

Neues Theater. Professor Freytag nimmt sich gerne der Stiefkinder der Musen an und sucht durch eine wohldurchdachte und abgewogene Spielleitung die Vorurteile zu zerstreuen, die sich gegen manches Stück turmhoch angehäuft haben. „Die beiden Veroneser" sind ein Jugendwerk Shakespeares. Manche halten es für apokryph, andere möchten wenigstens die spielerische Psychologie des Schlusses einer verstümmelten Textüberlieferung zuschreiben. Beweise hierfür fehlen durchaus. Shakespeare trat gar nicht wie unsere Saisongenies mit dem Anspruch auf, noch nicht Dagewesenes zu bieten, er begann durchaus in den Konventionen des Zeitgeschmackes, die er später überwand, eben weil er ein Genie war. In dem selten gespielten Lustspiele sehen wir schon manches Motiv auftauchen, das er später zur Vollendung führte; noch ist der Humor ein wenig breit für die Oekonomie des Ganzen; es fehlt noch jene spielerische Grazie, die uns an die Frage der Wahrscheinlichkeit nicht denken läßt. Die anmutigen Mädchengestalten der Shakespeareschen Komödienwelt, eine Viola, eine Porzia finden hier ihr bescheidenes Urbild. Vielleicht wollte das Neue Theater bei dem ersten Schritt in die Bühnenwelt des großen Briten Vergleiche vermeiden und wählte deshalb die verschollenen Veroneser. Nun, der Versuch ist gelungen; das Theater darf sich jetzt schon an eine der Komödien von tieferer unverblaßter Poesie wagen; zwar ist keine schauspielerische Leistung von überragender Bedeutung zu nennen, aber die geschmackvolle und feinabgestimmte Regie Freytags sicherte einen sehr angenehmen Gesamteindruck. Auf einer schmucklosen Shakespearebühne, die sich in der Hauptsache mit den Hintergründen neutraler Vorhänge begnügte und doch manches farbige Bild von internem Reiz bot, spielten sich die fünf Akte leichtflüssig ab, von dem gutbesetzten Hause mit herzlicher Dankbarkeit aufgenommen.

Kammerspiele. In der Erstaufführung von R. Goerings Schauspiel „Der Erste" soll es für den Dichter lebhaften Beifall und einigen Widerspruch gegeben haben, die zweite Aufführung, die ich besuchte, bot ein völlig verändertes Bild. Man ließ das Stück apathisch über sich ergehen und ging dann stumm, ohne das leiseste Dankeszeichen von dannen. Ich kann nicht sagen, daß die Leute am Premièrenabend die höhere Einsicht gezeigt hätten. Goering ist durch die „Seeschlacht" bekannt geworden, jene kraße U-boottragödie, in der Matrosen mit dem Gedanken an Meutern spielen, aber durch die eiserne Notwendigkeit als Helden sterben. Es wurden in dem Stücke Stimmungen laut, die man damals noch zu den Unmöglichkeiten rechnete. Man kann heute sagen, „poeta vates" oder Aesthetentum ohne Verantwortungsgefühl, je nachdem! Im „Ersten" hat sich Goering ganz dem „Aktuellen" abgewendet und zeigt uns in den Formen oder Unformen des Expressionismus mit Kinowirkungen und spitzfindigen Sentenzen Liebeskraserei, Mord, Meineid und Selbstmord eines Priesters. Warum der Mann ein Priester sein muß, ist nicht zu erklären. Er leistet in der Bewältigung eines Stieres, im Düngerfahren und dergleichen kraftvollen Betätigungen Nützliches, aber Priesterliches ist vor und nach seinem Falle nichts an ihm. Was er in einer kurzen Belehrung der Kinder, die durch Geistererscheinungen gestört wird, vorbringt, kann man etwa religionslosen Moralunterricht nennen, auch wird uns berichtet, daß er alle paar Wochen eine neue Bibel brauche, weil er Seiten, deren Inhalt ihm nicht paßt, einfach herausreißt. Also dieser Antonio zieht ein Mädchen aus dem Wasser, das sich aus unbekannten Gründen ertränken wollte, da wird der starke Mann schwach und gerät ganz in den Bann dieser Dirne. Szenen jeder geistigen Beziehungen baren brutalen Erotik ziehen an uns vorüber, bis schließlich diese wilde Leidenschaft in Haß umschlägt und Antonio das Mädchen erwürgt. Eine subtile psychologische Begründung solcher ungewöhnlicher Vorgänge war das Problem einer Kunst, die der Expressionist „überwunden" hat und verachtet. Just in dem Augenblicke, als das Mädchen tot ist, kommt ein Fährmann, der auf den Priester eifersüchtig ist, mit geschwungenem Beil hereingestürzt und spaltet Paulas Schädel. Der Priester läßt ihn kalten Herzens festnehmen; Antonios Mord bliebe unentdeckt und der andere stürbe am Galgen, wenn er stark bleiben könnte, aber das Gewissen rührt sich sehr gegen seinen Willen doch, besonders bei der Todesangst des Delinquenten. Der Priester spricht dem Verurteilten Mut zu, aber es nützt nichts. Entkleiden wir die priesterlichen Worte ihrer Pathetik, so lautet der Trost etwa so: Das Hängen tut nicht sehr wehe und ist bald vorüber. Angesichts des Galgens entringt sich dem Priester doch das Geständnis seiner Schuld und er hängt sich dann selbst auf. Diese Geschehnisse können uns nicht erschüttern, der Tod kann auch nicht als Sühne gelten; daß Antonio nicht „stark" bleiben konnte, soll wohl als „Schwäche" empfunden werden. Das Stück ist ebenso künstlerisch anfechtbar, wie es ethisch problematisch und abstoßend ist. Eine lose, psychologisch mangelhaft verknüpfte Bilderreihe, eine hohle Pathetik. Momber, Faber und Frl. Binder taten außerordentlich viel für das Stück, in dem „hysterische Schwäche" sich als kraftvolle Höhenkunst drapieren möchte. Die Regie ließ die Szenen wie Schattenbilder einer oft reizvoll japonisierender Flächenkunst an uns vorüberziehen. Sie konnte das müde Aesthetenspiel nicht retten.

Theater am Gärtnerplatz. Franz Lehárs neue Operette „Wo die Lerche singt" ist ernster gehalten, als es sonst dieses Genres Art ist; am Ende stehen Tränen. So war der äußere Erfolg nach dem zweiten Akte weit lauter, da gab es die zahlreichen Hervorrufe und die immer bombastischer werdenden Blumenkörbe, die noch kein untrügliches Zeichen dafür bieten, ob man eine Operette eine Woche, einen Monat, ein Vierteljahr lang spielt. Ich glaube, daß ungefähr einen Monat lang die Lerche singt. Lehár hat einige sentimentale Lieder geschrieben, die wirksam sind und dem Ohre schmeicheln, besonders das mehrmals auftauchende Lied des alten Großvaters und ein paar glutvolle Liebeszwiegesänge; natürlich fehlen nicht fesche Tanzszenen, wie sie nun einmal die Operettenkonvention „fordert". Die Textdichtung von Willner und Reichert nach einem Entwurfe von Martos zeigt uns gelegentlich etwas breit die Liebesgeschichte eines Malers und einer Dorfschönen, beide vergessen über ihre Leidenschaft frühere Herzensbeziehungen; aber in der Stadt weiß die Dame das auf unsicherem Boden tastende Bauernkind nach und nach wieder auszustechen, nach Mißverständnissen, Zögern und Scheiden gesellt sich wieder gleich zu gleich. Die Damen Weißmann und Hellina, Graf und vor allem die köstliche Bauernfigur, die Seibold mit feinem Humor schuf, unterhielten das sehr zahlreich erschienene Publikum aufs beste.

Münchener Schauspielhaus. Seit 1893 besitzen wir „Hanneles Himmelfahrt". Erst sahen wir Hauptmanns Dichtung im Hoftheater, dann im Künstlertheater, wo Fritz v. Uhde seine moderne religiöse Malerei in den Dienst der Traumwelt stellte, und jetzt im Schauspielhaus in einer liebevollen Ausfeilung, die die Regiekunst Hermine Körners so sympathisch macht. Die Wirkung war nicht geringer als früher. Nur hier ist es dem Naturalisten gelungen, über die Welt des Greif- und Meßbaren hinauszufassen. Grau in grau malt der Dichter die Szenen im Armenhause. Dorthin wird das aus dem Wasser gezogene Hannele gebracht, das mißhandelte Kind eines Trunkenboldes, das aus Angst und Verzweiflung in den Teich gesprungen. Fieberphantasien umgaukeln das Hannele. Man sehe, wie auch hier Hauptmann durchaus Realist bleibt. Die Gestalt des Vaters, vor dem Hannele davongelaufen, taucht erschreckend auf; sie weckt von neuem die Sehnsucht nach der Mutter, die ihr die Tote in verklärten Zügen malt, und nun hebt sich ihre Phantasie immer freier von dem Elend, die Züge des geliebten Lehrers gehen in die Gestalt Christi über, all die unterdrückten Regungen ihres kindlichfrommen Gemütes werden wach, Märchenmotive klingen in ihre naive Vorstellung des Himmels, und was immer in dem armen verschlossenen Kinderherzen an Sehnsucht nach Glück und Schimmer verborgen lag, wird traumhafte Erfüllung. Der gläserne Sarg, die komische Figur des Dorfschneiders, der Todesengel, alles bleibt durchaus in der Gefühlswelt des armen Proletarierkindes. Nur in den letzten Augenblicken der Sterbenden wächst die Christusgestalt über das Fassungsvermögen der Kleinen hinaus; die Phantasmagorien einer Fieberkranken werden zum Symbol; das traurige Schicksal der armen Maurerstochter wird zum Gleichnis tieferer Erkenntnisse. „Nun du tot bist, blühst du erst so lieblich auf", sagt Gottwald, der Lehrer. — Es ist nicht leicht, diese in den Träumen zu Christus werdende Gestalt zu geben. Herr Dieterle fand die richtige Mischung von Schlichtheit und Würde. Frl. Thiedemanns „Hannele" hatte echte Herzenstöne, die kaum vermissen ließen, was etwa andere Darstellerinnen an Kindlichkeit im Aussehen voraus haben. Die Traumbilder bieten schwierige Probleme. Die Wiedergabe war im ganzen recht ansprechend. Man sollte jedoch wie früher auf eine die Träume zerschneidende Pause verzichten und Traum und Wirklichkeit noch schärfer voneinander abstufen. Der Beifall war ungemein herzlich.

Verschiedenes aus aller Welt. In Coburg starb Professor Brückner, der langjährige Bühnenmaler des Bayreuther Festspielhauses. — F. Eisenlohrs Legende der Marquise de Croisset hatte in Frankfurt a. Main geteilte Aufnahme. Sie ist nach Berichten ein Werk unklaren Expressionismus, trotz der Gebärde souveräner Mondänität blieb alles kalt und unverständlich. — In Wien wird „Das Palasthotel", das Lustspiel einer bis jetzt unbekannten Dichterin Baronin Hatvanij gegeben. Die Dame soll der besten Budapester Gesellschaft angehören; um so mehr wundert man sich, wenn als durchaus maßvoll bekannte Kritiker behaupten, viele Unflätigkeiten wirkten geradezu widerlich und alle Frauen gingen in dem Stücke halbnackt herum. Wir befinden uns in dem Lustspiele in einem Schweizer Hotel, in dem sich die mondäne Welt während des Krieges vergnügt und politische Fäden spinnt, deren Gewebe dem Zuschauer nicht recht klar wird.

München. L. G. Oberlaender.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Wirtschaftsabkommen zwischen Deutschland und der Schweiz — Mehrung der Kohlenförderung — Wirtschaftslage der österreichisch-ungarischen Staaten — Bankgewerbe und Schwerindustrie im Zeichen der Entente-Willkür.

Zur Stärkung der an unseren Börsen überwiegend vorherrschenden zuversichtlichen Grundstimmung trug vor allem die Ueberzeugung bei, dass nach dem Eindruck der deutschen Gegenvorschläge in Versailles, vermehrt durch deren günstigen Widerhall bei den Neutralen und selbst bei der Entente, der heimischen Wirtschaft in erster Linie die Freiheit der Weiterentwicklung nicht unterbunden wird. Die Ansicht, dass diese Grundlage politisch und materiell allzu teuer erkauft werden muss, ist natürlich in diesen Kreisen fast allgemein. Auch die Nachwirkung der grossen Streikbewegungen in Italien, vor allem in Frankreich, hält an. Von den verschiedenen günstigen Wirtschaftsmeldungen, welchen unsere Finanz- und Handelskreise grosse Bedeutung beilegten, verdient vor allem Erwähnung das abgeschlossene neue Wirtschaftsabkommen zwischen Deutschland und der Schweiz, gültig auf die Dauer von sechs Monaten. Demzufolge sichert Deutschland der Schweiz unter anderem monatlich 50 000 bis 60 000 Tonnen Ruhrkohle, 230 Waggons Kalisalze und nur 25 Waggons Thomas-Salz zu; die Gegenlieferungen bestehen in der Hauptsache in Lebensmitteln. Auch die Wiederaufnahme der seit dem Beginn des Waffenstillstands unterbrochenen schwedischen Erzeinfuhr bedeutet für unsere Industrie eine neue Grundlage in ihrem Wiederaufbau und eine Neuanregung für die Belebung des Valutenaustausches. Namentlich der Rückgang der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Industriegebieten, auch in Bayern, die Besserung der Verkehrslage im Ruhrrevier durch eine erhöhte Wagengestellung, wodurch namentlich eine sichtbare Mehrung in der Kohlenförderung zu verzeichnen ist, weisen auf eine Hebung unserer Industrielage hin. Die Regelung der zum Zwecke der Einfuhr von Rohstoffen oder Nahrungsmitteln vom Auslande erforderlichen Zahlungsmittel beginnt dadurch vor allem geordnete Bahnen einzuschlagen, wenn auch die noch unklar bleibende Entwicklung der Arbeiter- und Betriebsausgaben-Fragen bei den einzelnen Industrien durchaus schwierig und unverändert ernst bleibt. Zur Regelung der Devisenfragen sind seit kurzem seitens des Reichswirtschaftsministeriums ausser in Berlin, Hamburg, Frankfurt a. M. nunmehr auch in Bremen, Köln, Leipzig, Mannheim und München, hier bei den Mitgliedern der Bankenvereinigung, neue Devisenstellen errichtet.

Trotz der Fesselung unseres Erwerbslebens ist die unvermindert rege Erfindertätigkeit im Industrie- und Handelsgebiet ein Zeichen des deutschen Unternehmungsgeistes. So betragen laut „Vossische Zeitung" die Patentanmeldungen beim zuständigen Reichsamt in den ersten vier Monaten 12 290 gegen 10 160 in der gleichen Vorjahrszeit und 17 700 in der Parallelzeit des letzten Friedensjahres 1914. Aehnlich verhält es sich mit der Anmeldung von Gebrauchsmustern.

Dass trotz solcher Lichtblicke unsere Zukunftslage im ganzen ungünstig bleibt, beweist u. a. die Gesamtgestaltung in den Gebietsteilen des früheren österreich-ungarischen Doppelstaates. Zu den Wirtschaftsschwierigkeiten der ungarischen Regierung, den einschneidenden Nachwirkungen der dortselbst vorgenommenen Gesamtsozialisierung gewisser Kreise gesellen sich die von der Entente beabsichtigten Entschädigungsforderungen an Deutsch-Österreich. Dieser schwergeprüfte Staat, der die Teilnahme der übrigen Nationalstaaten am Zahlungsdienst der seitherigen österreich-ungarischen Staatsschuld nicht herbeiführen konnte, hat die Einlösung der sogenannten alten Staatsschuld — Anleihen vor dem Kriege — abgelehnt und beschränkt sich vorerst auf eine begrenzte Honorierung solcher Fälligkeiten. Die Mitteilungen des preussischen Verkehrsministers über die trübe Lage der preussischen Staatsbahnen, sowie die polnischen Vorbereitungen in Oberschlesien und Posen hinderten zeitweise das Börsengeschäft ebenfalls an grösserem Geschäftsumfang Auch die Auslassungen führender Wirtschaftskreise über die unerfreuliche Gestaltung namentlich der Schwerindustrie fanden gebührende Aufmerksamkeit. Das Anwachsen der Löhne und Gehälter, die Zerrütung des Kohlenbergbaues unter den jetzigen Arbeitsverhältnissen und die Ansammlung von Bankkrediten und anderen Schuldenlasten an Stelle der aufgezehrten grossen Bankguthaben bezeugen den Ernst der Lage. Auch die Ungewissheit über das Schicksal des Saarkohlengebietes und der wertvolle Bodenschätze enthaltenden oberschlesischen Bezirke wirkt lähmend. Betriebsstillegungen in der Kali-Industrie und anderen Sparten sind neuerdings bekannt. Von der Lage des Bankgewerbes gab die Aussprache bei der Generalversammlung der Deutschen Bank deutlich Zeugnis: „Die Verwaltung dieses Unternehmens wisse angesichts der immer mehr steigenden Ausgaben, der verminderten Tätigkeit im internationalen Geschäft heute noch nicht, ob für das laufende Jahr die bekanntlich von 14% auf 12% ermässigte Dividende weiter wird beibehalten werden können, ja ob sie in der Lage sei, hierfür überhaupt eine Dividende zu bezahlen." Auch die fortgesetzte Schraube ohne Ende in der Verteuerung aller Bedarfsartikel und die hierdurch klar gekennzeichnete ungeheure Entwertung unseres Geldes behindert dauernd Wirtschaftsleben und Arbeitszunahme.

München. M. Weber.

In der Generalversammlung der **Kommerz- und Diskontobank, Berlin-Hamburg** wurde die auch im Vorjahre zur Verteilung gelangte Dividende von 7% genehmigt. Neu in den Aufsichtsrat wurden u. a. gewählt: Kommerzienrat Stinnes, Kommerzienrat Klöckner, beide in Duisburg, Rittergutsbesitzer Bischoff, Gelsenkirchen, Kommerzienrat Weihenmeyer, Mülheim. Der uns vorliegende Geschäftsbericht für 1918 erbringt das auch bei den übrigen deutschen Grossbanken charakteristische Bild bedeutender Mehrung der Gewinne aus Zinsen und Provisionen und anderseits die ebenfalls erhebliche Steigerung des Unkostenkontos. Der Reingewinn beträgt einschliesslich des Vortrages 9,38 Millionen Mark.

Die Generalversammlung der **Bayerischen Versicherungs-A.-G. vorm. Versicherungsanstalten der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank München** genehmigte die Gewinnverteilung aus dem Reingewinn von ℳ 1,425 Millionen gegen ℳ 1,733 Millionen. Die Dividende von ℳ 800 000 (im Vorjahre ℳ 1 Million) fällt der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank als einziger Aktionärin zu.

M. Weber.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Bekanntmachung.

Die **Zwischenscheine** der **IX. Kriegsanleihe**

für die **4½% Schatzanweisungen** können vom **4. Juni ab,**

für die **5% Schuldverschreibungen** vom **23. Juni d. Js. ab**

in die endgültigen Stücke mit Zinsscheinen umgetauscht werden.

Der Umtausch findet bei der **„Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22,** statt. Außerdem übernehmen sämtliche Reichsbankanstalten mit Kasseneinrichtung bis zum **5. Dezember 1919** die kostenfreie Vermittlung des Umtausches. Nach diesem Zeitpunkt können die Zwischenscheine nur noch unmittelbar bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“ in Berlin umgetauscht werden.

Die Zwischenscheine sind mit Verzeichnissen, in die sie nach den Beträgen und innerhalb dieser nach der Nummernfolge geordnet einzutragen sind, während der Vormittagsdienststunden bei den genannten Stellen einzureichen; Formulare zu den Verzeichnissen sind bei allen Reichsbankanstalten erhältlich.

Firmen und Kassen haben die von ihnen eingereichten Zwischenscheine rechts **oberhalb** der Stücknummer mit ihrem Firmenstempel zu versehen.

Von den Zwischenscheinen **der früheren Kriegsanleihen** ist eine größere Anzahl noch immer nicht in die endgültigen Stücke umgetauscht worden. Die Inhaber werden aufgefordert, diese Zwischenscheine in ihrem eigenen Interesse möglichst bald bei der **„Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22,** zum Umtausch einzureichen.

Berlin, im Juni 1919.

Reichsbank-Direktorium.

Havenstein. v. Grimm.

DRESDNER BANK

Bilanz per 31. Dezember 1918.

Aktiva.

	M.	M. ₰
Kasse, fremde Geldsorten, Zinsscheine u. Guthaben bei Noten- u. Abrechnungsbanken		891 588 164 70
Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen		2 871 830 415 —
a) Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten	M. 2 871 839 415 —	
b) eigene Akzepte	M. —	
c) eigene Ziehungen	M. —	
d) Solawechsel der Kunden an die Order der Bank	M. —	
Nostroguthaben bei Banken und Bankfirmen		104 414 427 55
Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere		320 176 391 50
Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen		13 399 722 85
davon am Bilanztage gedeckt		
a) durch Waren, Fracht- oder Lagerscheine	M. 8 196 270 85	
b) durch andere Sicherheiten	M. 258 759 45	
Eigene Wertpapiere		148 724 325 40
a) Anleihen u. verzinsliche Schatzanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten	M. 112 050 320 95	
(davon M 86 876 809.65 verzinsliche Schatzanweisungen)		
b) sonstige bei der Reichsbank u. anderen Zentralnotenbanken beleihbare Wertpapiere	M. 2 650 796 90	
c) sonstig. börsengängige Wertpapiere	M. 27 776 452 60	
d) sonstige Wertpapiere	M. 6 246 754 95	
Konsortialbeteiligungen		56 532 421 80
Dauernde Beteiligungen bei andern Banken und Bankfirmen		67 387 914 55
Schuldner in laufender Rechnung		1 048 128 661 30
a) gedeckte	M. 686 963 454 05	
b) ungedeckte	M. 361 165 207 25	
ausserdem Aval- und Bürgschaftsschuldner	M. 456 516 390 55	
hierunter Aval-Forderungen an Reich und Reichsbank	M. 152 926 762.50	
Bankgebäude		42 997 817 65
Sonstige Immobilien		8 923 136 95
Mobilien-Konto		1 019 409 85
Pensions-Fonds-Effekten-Konto		5 534 386 10
Effekten-Konto d. König Friedrich-Aug.-Stiftung		95 205 —
Effekten-Konto der Georg Arnstaedt-Stiftung		122 250 —
Saldo d. Zentrale u. auswärtigen Abteilungen mit unserer Niederlassung in London		20 126 165 80
		4 596 000 815 —

Passiva.

	M.	M. ₰
Aktien-Kapital-Konto		260 000 000 —
Rücklage A		51 000 000 —
Rücklage B		29 000 000 —
Talonsteuer-Rücklage-Konto		684 536 —
Gläubiger		
a) Nostroverpflichtungen (einschl. der für Reich und Reichsbank übernommenen)		39 096 650 25
b) seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite		1 797 981 05
c) Guthaben deutscher Banken und Bankfirmen		218 330 504 25
d) Einlagen auf provisionsfreier Rechnung		1 884 823 741 30
1. innerhalb 7 Tagen fällig	M. 622 656 716 70	
2. darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig	M. 433 659 239 65	
3. nach 3 Monaten fällig	M. 828 507 784 95	
e) sonstige Gläubiger		2 506 767 499 05
1. innerhalb 7 Tagen fällig	M. 1 465 497 329 85	
2. darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig	M. 919 386 269 95	
3. nach 3 Monaten fällig	M. 121 883 899 25	
Akzepte und Schecks		63 699 907 75
a) Akzepte	M. 50 587 060 15	
b) noch nicht eingelöste Schecks	M. 13 112 847 60	
Ausserdem Aval u. Bürgschaftsverpflichtungen (einschl. d. f. Reich und Reichsbank übernommenen)	M. 456 516 390 55	
Eigene Ziehungen	„ —	
dav. f. Rechn. Dritter	„ —	
Weiterbegebene Solawechsel d. Kunden an die Order der Bank	„ —	
Dividenden-Konto		426 360 —
Pensions-Fonds-Konto		5 528 170 25
König-Friedrich-August-Stiftung		118 908 50
Georg Arnstaedt-Stiftung		152 272 85
Uebergangsposten der Zentrale u. Filialen untereinander		371 405 05
Reingewinn		34 202 879 20
		4 596 000 815 —

Dresden, den 31. Dezember 1918. **DRESDNER BANK.**

E. Gutmann. Nathan. Jüdell. Herbert M. Gutmann. Hrdina. Kleemann.

DEUTSCHE BANK.

Abschluss am 31. Dezember 1918.

Besitz.

Besitz		
Bargeld, Sorten, Zinsscheine und Guthaben bei Abrechnungsbanken		468,432,112 —
Guthaben bei Banken und Bankfirmen		282,706,977 96
Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen		4,616,847,660 47
Verzinsl. Deutsche Schatzanweisungen		196,818,813 11
Report- und Lombard-Vorschüsse gegen börsengängige Wertpapiere (darunter 515 Millionen an Städte und sonstige Körperschaften)		624,101,552 38
Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen (dav. am Abschlusstage durch Waren, Verschiffungs-Papiere usw. gedeckt 54 Millionen)		56,000,451 64
Eigene Wertpapiere Gesamtbestand M 45,583,640.92 Anleihen des Reichs und der Bundesstaaten		18,835,520 98
		6,263,743,088 54
sonstige bei der Reichsbank beleihbare Wertpapiere	10,197,537 34	
sonstige börsengängige Wertpapiere	14,787,464 30	
nicht notierte Wertpapiere	1,763,118 30	26,748,119 94
Beteiligung an Gemeinschafts-Unternehmungen		23,845,648 09
Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Firmen		39,676,414 30
Schuldner in laufender Rechnung gedeckte	825,876,250 67	
ungedeckte	180,830,269 07	1,006,706,519 74
(ausserdem: Schuldner aus geleisteten Bürgschaften 482 Millionen)		
Forderungen an das Reich und die Reichsbank aus für Rechnung derselben übernommenen Verbindlichkeiten		432,320,233 60
Bankgebäude		40,000,000 —
Sonstiger Grundbesitz		1 —
Verschiedenes		1 —
	Mark	7,833,040,026 21

Verbindlichkeiten.

Verbindlichkeiten		
Grundvermögen		275,000,000 —
Rücklagen gesetzlich vorgeschriebene	173,388,031 30	
freie	56,611,968 70	230,000,000 —
		505,000,000 —
Gläubiger in laufender Rechnung Verpflichtungen für eig. Rechnung (darunter M. 3,311,991.66 noch nicht ablösbare Hypotheken auf unsern Grundbesitz)	3,835,441 26	
seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite	22,583,007 75	
Guthaben deutscher Banken und Bankfirmen	320,211,955 32	
Einlag. a. gebührenfreier Rechnung innerhalb 7 Tagen fällig . M 2,490,325,382.09 darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig . M 1,227,540,810.58 nach 3 Monaten fällig . . M 531,808,405 38	4,249,674,598 05	
sonstige Gläubiger innerhalb 7 Tagen fällig . M 1,599,010,838.82 darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig M 24,209,282.59 nach 3 Monaten fällig . . M 520,671,571.23	2,143,891,692 64	6,740,196,695 02
Akzepte eigentliche	38,912,387 64	
noch nicht eingelöste Schecks	32,495,335 20	71,407,722 84
(ausserdem: geleistete Bürgschaften 482 Millionen)		
Für Rechnung des Reichs und der Reichsbank übernommene Verbindlichkeiten		432,320,233 60
Sonstige Verbindlichkeiten Unerhobene Dividende	2,076,857 —	
Dr. Georg von Siemens-Fond für die Beamten	9,523,106 02	
Rückstellung für Zinsbogensteuer	2,600,000 —	
Uebergangsposten der eigenen Stellen untereinander	20,339,277 87	34,539,240 89
Zur Verteilung verbleibender Ueberschuss		49,576,133 86
	Mark	7,833,040,026 21

Gewinn- und Verlust-Rechnung.

Ausgaben.

Ausgaben		
Gehälter an Vorstand und Beamte, Bezüge der Filialdirektionen, Weihnacht-Zuwendungen an die Beamten und allgemeine Unkosten	46,414,447 94	
Kriegsfürsorge für die Beamten . . . . M 16,129,805.53; Wohlfahrtseinrichtung für d. Beamten (Klub, Kantinen, Erholungsheim) . . . . „ 1,734,137.25; Beiträge der Bank zum Beamtenfürsorge-Verein . . . . „ 2,497.464.40	20,361,407 18	
Steuern und Abgaben	12,628,502 69	
Zinsbogensteuer	1,575,000 —	
Gewinnbeteiligung an den Vorstand, Stellvertreter und andere Tantièmeberechtigte in Berlin (48 Personen)	2,292,793 65	83,272,151 46
Abschreibungen auf Einrichtung	1,332,684 90	
„ „ Bankgebäude	2,815,179 01	4,147,863 91
Zur Verteilung verbleibender Ueberschuss		49,576,133 86
	Mark	136,996,149 23

Einnahmen.

Einnahmen		
Vortrag aus 1917		6,423,569 74
Gewinn auf Zinsen und Wechsel	88,411,624 51	
„ „ Sorten, Zinsscheine usw.	1,463,544 38	
„ „ Wertpapiere	— —	
„ „ Gebühren	37,659,903 —	
„ „ Dauernde Beteiligung	3,037,507 60	130,572,579 49
	Mark	136,996,149 23

Bayerische Versicherungsbank, Aktiengesellschaft, vormals Versicherungsanstalten der Bayer. Hypotheken- und Wechselbank.

Bilanz per 31. Dezember 1918.

A. Aktiva.	M.	Pf.
I. Forderung auf nicht eingezahltes Aktienkapital	7'500,000	—
II. Grundbesitz und Hypotheken	68'038,999	10
III. Wertpapiere	20'706,846	44
IV. Vorauszahlungen und Darlehen auf Policen sowie Kautionsdarlehen an versicherte Beamte	4'591,846	43
V. Guthaben bei Bankhäusern u. bei anderen Versicherungsunternehmungen	13'980,032	35
VI. Gestundete Prämien, rückständige Zinsen und Mieten	3'036,202	40
VII. Ausstände bei Generalagenten bzw. Agenten und Rückstände der Versicherten	1'616,373	82
VIII. Barer Kassenbestand	155,700	63
IX. Inventar und Drucksachen	1	—
X. Sonstige Aktiva	43'169,986	85
Gesamtbetrag	162'795,989	02

B. Passiva.	M.	Pf.	M.	Pf.
I. Aktienkapital			10'000,000	—
II. Gesetzl. Rücklage (§ 37 V.A.G., § 262 H.G.B.)			1'000,000	—
III. Prämienrücklagen u. Prämienüberträge für:				
1. Feuer- u. Einbruchdiebstahlversicherungen	6'051,335	81		
2. Lebensversicherungen	116'407,707	72		
3. Unfall- und Haftpflichtversicherungen	502,710	23	122'961,753	76
IV. Rücklage f. schwebende Versicherungsfälle für:				
1. Feuer- u. Einbruchdiebstahlversicherungen	3'390,158	46		
2. Lebensversicherungen	951,350	55		
3. Unfall- und Haftpflichtversicherungen	309,415	20	4'650,924	21
V. Gewinnrücklage der mit Gewinnanteil Versicherten der Lebensversicherung			7'894,280	62
VI. Rücklage f. Kriegsschäden			500,000	—
VII. Sonstige Rücklagen und zwar:				
1. Feuer- und Einbruchdiebstahlversicherung	3'890,000	—		
2. Lebensversicherung	515,184	79		
3. Unfall- und Haftpflichtversicherung	762,000	—		
4. Fond für Wohlfahrtszwecke	483,671	89	5'650,856	68
VIII. Sonstige Passiva			8'712,467	86
IX. Gewinn			1'425,705	89
Gesamtbetrag			162'795,989	02

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Ferdinand Abel, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gh.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich M. 4.50.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis:
Die 5 X gespaltene Grundzeile 75 Pfg., Anzeigen auf Textseite die 95 mm breite Zeile 575 Pfg.
Beilagen einschl. Postgebühren M 15 d. Tausend.
Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.
Rabatt nach Tarif.
Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig.
Erfüllungsort ist München.
Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt.
Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer.

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 25. München, 21. Juni 1919. XVI. Jahrgang.

Die Stunde der Entscheidung.

Von Dr. Ferdinand Abel, München.

In Versailles, in Berlin und in Weimar werden in diesen Tagen Entscheidungen getroffen, die das Schicksal Deutschlands, Europas, der ganzen Welt auf unabsehbare Zeit hinaus bestimmen. Ein Wendepunkt in der Weltgeschichte, wie er noch niemals zu verzeichnen gewesen ist. Aber auch eine Verantwortung, wie sie noch niemals auf den Schultern und den Gewissen von Staatsmännern und Parlamentariern gelastet hat. Mit höchster Spannung verfolgt die ganze Welt seit Wochen das gewaltige Ringen in Versailles, je nach dem Stande der Verhandlungen wechselt die Stimmung in den nächstbeteiligten Ländern und Völkern. Wenn wir als die Unterlegenen im Weltkriege über den Ernst der Lage und die Schwere unseres Schicksals uns von vornherein nicht den geringsten Illusionen hingegeben haben — von gewissen Ausnahmeerscheinungen wird noch die Rede sein —, so hatten wir doch von vorneherein die stärkende und tröstliche Gewißheit, daß unsere Sache bei unseren Unterhändlern in Versailles in guten Händen lag; und wenn der Ausgang der Verhandlungen nicht den Erwartungen entsprechen sollte, die man nach dem Gang der Entwicklung unsererseits glaubte hegen zu dürfen, so liegt die Schuld gewiß nicht bei unseren wackeren Delegierten, die das Menschenmögliche geleistet haben, um einen einigermaßen erträglichen Frieden zu erreichen.

Die Entscheidung liegt im Augenblick, wo diese Zeilen in die Presse gehen, in Weimar. Sie wird bekannt sein, wenn dieses Heft den Lesern zu Gesicht kommt. Allein sie mag ausfallen wie immer sie will, angenommen, der Friedensvertrag sei so beschaffen, daß er von uns unterzeichnet werden kann und muß, angenommen sogar die relativ günstigste Gestaltung der Vertragsbestimmungen — die Tatsache bleibt bestehen, daß *unsere Lage auch in Zukunft die allerschwierigste bleiben wird*, daß wir auf Jahrzehnte hinaus zu einem Leben härtester Arbeit und größter Opfer verurteilt sein werden. Nicht allein deshalb, weil wir dem *Auslande* gegenüber Lasten zu tragen haben, die bis an die Grenze des Erträglichen gehen, sondern auch deshalb, weil das politische, wirtschaftliche und geistige Niveau unserer *inneren Zustände* so beklagenswert tief gesunken ist, daß es der gewaltigen Belastung kaum mehr gewachsen ist. Wir haben durch den Krieg und mehr noch durch den revolutionären Umsturz den festen Boden unter den Füßen verloren, wir haben den Felsengrund der Autorität, der Arbeit und der guten Sitte verlassen und sind in den Abgrund, den Sand und den Sumpf der Zügellosigkeit, der Arbeitsunlust und der moralischen Verwilderung hinabgeglitten.

Es ist durch die Weltgeschichte klar erwiesen, daß selbst die wirtschaftlich tüchtigsten und körperlich gesündesten Völker nur dann ihre Selbständigkeit und nationale Geltung bewahren konnten, wenn sie zugleich ihre *geistige und moralische Gesundheit* zu erhalten wußten. War das schon in normalen Zeitläufen der Fall, um so mehr in Zeiten schwerster Krisen. Betrachtet man aber unter diesem Gesichtspunkt die augenblickliche Gesamtlage Deutschlands, so kann man sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß jenes Haupterfordernis für die Erhaltung bzw. Wiedererneuerung unseres Volks- und Staatslebens, nämlich die gesunde *geistig-sittliche Grundlage* in weiten Kreisen fehlt. Was sind denn alle die schlimmen politischen und wirtschaftlichen Erscheinungen, die fortgesetzten Unterwühlungen und Bedrohungen der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung, die ununterbrochenen Arbeitsstörungen und wilden Streikbewegungen anders als Zeichen fehlenden politischen Verantwortlichkeitsgefühles, mangelnder wirtschaftspolitischer Einsicht und Reife, was sind die während des Krieges wie auch heute noch in so ärgerniserregender Weise auftretenden Aeußerungen schamloser Gewinnsucht und rücksichtslosen Egoismusses anders als wirtschaftliche und sittliche Verfallserscheinungen? Und wenn Deutschland in den Tagen tiefster nationaler Erniedrigung tanzt und ein großer Teil der Weiblichkeit in Kostümen dahergeht, die jedes Anstandsgefühl beleidigen, wenn zu einer Zeit, da das wirtschaftliche Leben auf den Tod darniederliegt, in Berlin und zahlreichen anderen Städten Spielhöllen wie Pilze emporschießen, in denen an einem Tage Millionen im Glücksspiel verpulvert werden, so offenbart das eine moralische Fäulnis, die den Zweifel nahelegt, ob unser Vaterland noch die sittliche Kraft zur Wiedererholung besitzt.

Jedenfalls erhellt aus diesen Andeutungen, daß die Wiedergeburt Deutschlands nicht allein eine Frage der Politik und der Volkswirtschaft, sondern auch, und zwar in der Hauptsache eine Frage der *Kultur*, der *Ethik* ist. Politische Umwälzungen und wirtschaftliche Neuerungen allein werden uns nicht retten, wenn sie nicht vom rechten *Geiste* getragen, durchdrungen und veredelt sind. Deshalb wird der Sozialismus ebensowenig das Heil bringen, wie der ökonomische Liberalismus es vermocht hat, weil sie beide im Materialismus fußen und übersinnliche, ethische Kräfte und Bindungen ablehnen. Und da andererseits die Ethik ihren Quellgrund und ihre verpflichtende Kraft nur in der Religion hat, so ist unsere Zukunfts- und Schicksalsfrage letzten Endes eine Frage der *Weltanschauung* und demgemäß das Mühen und Arbeiten am Auf- und Neubau unserer Staats- und Gesellschaftsordnung ein Ringen, eine Konkurrenz der Weltanschauungen, die hier ihren Eigenwert und ihre Bedeutung für das Volksganze zu erweisen haben.

Auf diese Zusammenhänge kann gerade in diesen Tagen der furchtbar schwersten Entscheidung nicht oft und eindringlich genug hingewiesen werden. Die „*Allgemeine Rundschau*“ hat vom ersten Tage ihres Bestehens an in der Aufklärung über diese Dinge und in der Uebertragung dieser Erkenntnisse auf das politische und kulturelle Leben eine ihrer Hauptaufgaben erblickt. Daher ihre unentwegte Verteidigung der Rechte und Interessen der Kirche und der christlichen Schule, daher ihr freimütiger Kampf gegen die Auswüchse und Schädlinge auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, vor allem auf dem der öffentlichen Moral, daher ihre positive Arbeit an der Hebung und Veredlung der Kultur- und Wirtschaftslage unseres Volkes. Sie konnte sich bei diesem mühevollen aber auch erfolgreichen Werk auf ihre große Mitarbeiter- und Lesergemeinde stützen, die ihr in guten und bösen Tagen die Treue hielt. Möge es auch in den gegenwärtigen und den kommenden schweren Zeiten immer so bleiben!

Die Scheidung der Geister nach rechts und links, die mit der Novemberrevolution einsetzte, ist seitdem rapide vorwärtsgeschritten. Ein Vergleich der Wahlen aus der ersten Revolutionsepoche mit den bayerischen Kommunalwahlen vom letzten Sonntag, die ein Bild der augenblicklichen Parteikonstellation bieten, zeigt deutlich Linie und Ziel der Entwicklung. Ein Trost, daß gegenüber dem Abwärtsgleiten großer Massen nach links der Block der auf *positiver, christlicher Weltanschauung* stehenden Volkskreise *unerschüttert* steht. Sorgen wir alle dafür, daß er an Festigkeit, Breite und Höhe zunehme, damit an seinem Granit sich die Wogen des Umsturzes brechen!

Das fünfte Kriegsjahr.

Wochenschau von Fritz Nienkemper, Berlin.

Immer noch warten!

Ehemals, als es noch wirkliche Monarchen gab, sagte man, die Pünktlichkeit sei die Höflichkeit der Könige. Die feindlichen Machthaber sind nicht gekrönt, aber sie wollen noch mehr sein, als einzelstaatliche Monarchen, nämlich die Herren der Welt. Die Pünktlichkeit haben sie jedoch nicht übernommen. Zu Anfang Mai, als das erste Friedensdiktat angesagt war, mußten unsere dringlich eingeladenen Vertreter warten, weil die Herren mit ihrem Elaborat noch nicht fertig waren. Jetzt wiederholte sich dieselbe Geduldprobe bei der Antwort auf unsere Gegenvorschläge. Es wurde immer noch ein Tag zugelegt, und aus den Tagen wurden Wochen. Präsident Fehrenbach glaubte nun wenigstens für Mitte der letzten Woche die Nationalversammlung mobil machen zu müssen; aber der Hohe Rat war immer noch nicht fertig. Es kam sogar die Nachricht, daß sich die Tetrarchie der Welt in eine Pentarchie ausgestaltet habe, da Japans Vertreter nachträglich in den Viererrat eingetreten sei, was eine neue Durchsicht der ganzen Aktenstücke notwendig mache. Diese Erweiterung gehört auch zu den verschleierten Dingen der modernen Geheimdiplomatie. Warum und wozu ist Japan bisher abseits geblieben und jetzt vor Toresschluß noch in Reih und Glied gesprungen? Hängt das bloß mit den russischen Spezialfragen zusammen, vielleicht mit der Anerkennung des vom Japan protegierten Generals Koltschak, oder wollte eine Partei im Viererrat Japan in der Hauptfrage mitsprechen lassen? Ist der nachträgliche Eintritt die Ursache der weiteren Verzögerung oder nur die Bemäntelung? Wir wissen es nicht, und die Völker da drüben, die sich für siegreich halten, wissen es auch nicht.

Dabei hatte der Hohe Rat alle Veranlassung, die Sache zu beschleunigen. Nicht etwa aus Höflichkeit, was nicht modern wäre, aber aus Rücksicht auf die wachsende Ungeduld in seinen eigenen Kreisen, die sich vom amerikanischen Senat herunter bis in die Streikausschüsse in Frankreich und Italien bemerkbar machte. Wenn trotzdem die Sache sich verschleppte, so ist das ein Zeichen von Uneinigkeit und Unsicherheit.

Am Montag, 16. Juni abends, ist endlich die Antwort der Entente der deutschen Friedensdelegation übergeben worden mit siebentägiger Aeußerungsfrist. Nach dem, was bis jetzt verlautet, enthält sie keine bedeutenden Erleichterungen und soll in einem außerordentlich groben und überhebenden Tone gehalten sein. Nun haben Regierung und Parlament in Weimar das Wort.

Deutsch-Oesterreich als Schicksalsgenosse.

Die Vereinigung der Deutsch-Oesterreicher mit dem deutschen Reiche zu verhindern, war die Absicht der Gegner, vor allem der Franzosen. Als taktisches Mittel hätte eine differenzielle Behandlung der beiden Teile nahegelegen. Wenn man das Berliner Reich grausam behandeln wollte, so konnte man dem Wiener Staatswesen soviel Gnade erweisen, daß es die Lust zum Eintritt in das Sklavenreich verlor. Aber nein. Was der Wiener Abordnung nach der üblichen Wartezeit in St. Germain vorgelegt wurde, ist das ebenbürtige Seitenstück zu dem Diktat, das uns im Mai beschert worden ist: dieselbe rücksichtslose Vergewaltigung mit grausamen Amputationen, mit finanzieller Auspressung, mit volkswirtschaftlicher Lähmung, ein wahrer Vernichtungsfrieden. Die Mißhandlung wirkt dort sogar noch ärger. Denn wenn z. B. das deutsche Vermögen im Auslande beschlagnahmt und liquidiert werden soll, so ist das noch nicht ganz so schlimm, als wenn die Deutsch-Oesterreicher das Vermögen verlieren, das sie als die wirtschaftlich führende Nation investiert haben in den ehemals mit ihnen verbundenen Kronländern und zwar zum Vorteil der Tschechen, Polen, Südslaven und Rumänen, die jetzt die deutschen Aktiven beschlagnahmen und vor den gemeinsamen Passiven, der Reichsschuld, sich vorbeidrücken wollen.

Ein solcher „Friede“ hat nur dann einen vernünftigen Sinn, wenn man es auf die Vernichtung des anderen Teils abgesehen hat. Gerade wie bei den uns zugemuteten Bedingungen. Wird aber Deutsch-Oesterreich erdrosselt, so ist der Staatsbankerott für das ganze ehemals habsburgische Gebiet unvermeidlich. Die dortigen Schützlinge der Entente würden in den Strudel mitgezogen, ebenso wie die Entente den erhofften Vorteil verliert, wenn sie Deutschland erwerbslos und zahlungsunfähig macht. Wenn Deutsch-Oesterreich ebenso wie das deutsche Reich die unerträglichen Forderungen ablehnen muß, so sind die Gegner zu einem neuen Kriegszuge genötigt, und zwar nicht allein in Richtung Berlin, sondern auch in Richtung Wien. Können die vermeintlichen Herren der Welt diese neue Belastung ihren Völkern auch zumuten?

Die staatsrechtliche Gemeinschaft mit Deutsch-Oesterreich steht noch aus, aber die Schicksalsgemeinschaft ist schon da. Den Verzweiflungskampf der deutschen Nation auf Tod und Leben müssen wir zusammen bestehen und wir schöpfen aus dem Gang der Dinge immer noch die Hoffnung, daß wir doch noch unser Leben retten. Denn schließlich wird die Vernunft den Gegnern sagen, daß sie mit der bisherigen Vernichtungspolitik sich in das eigene Fleisch schneiden.

Der sozialistische Parteitag.

Diese Veranstaltung hat eine besondere Bedeutung, da die Mehrheitssozialisten zum ersten Male zusammentrafen nach der Revolution, die sie zur eigentlichen Regierungspartei gemacht hat, und weil die Tagung in die Zeit der schärfsten politischen Krisis fiel.

In das Kapitel der Krisis rechnen wir nicht allein die hochpolitische Spannung wegen des Friedens, sondern auch die Gefahr eines inneren Umsturzes im Zusammenhang mit jener Spannung. Es hatte sich schon bisher nur zu deutlich gezeigt, daß die Unabhängigen mit ihrem kommunistischen Anhang Terrain gewinnen auf Kosten der erschlafften Mehrheitspartei. Die Not und Verwirrung, die sich aus der Friedensfrage ergeben, wollen die Radikalen benutzen, um die Macht an sich zu reißen. Wer das noch nicht gemerkt hat, konnte es jetzt erfahren durch die Enthüllung des Reichswehrministers Noske, daß Führer der Unabhängigen an die Freiwilligenkorps herangetreten sind, um sie zum Uebertritt an die Seite der neuen Regierung zu bewegen. Die Verführer scheinen dort freilich noch keinen Anklang gefunden zu haben; aber die Propaganda der Radikalen in den verblendeten Massen ist und bleibt bedenklich.

Nun hat der Ministerpräsident Scheidemann als Genosse auf dem Parteitage eine treffliche Rede gehalten, die eindringlich feststellte, daß die Durchführung der Demokratie und nicht die einseitige Klassenherrschaft zum Parteiprogramm gehöre, und ebenso die Sozialisierung von innen heraus ohne verderbliche Ueberstürzung. Stürmischer Beifall wird berichtet. Es muß sich aber erst noch zeigen bei den weiteren Verhandlungen über die Organisation der Partei, ob der rhetorische Erfolg ausreichen wird, um die Zerfahrenheit und Schlaffheit in der Mehrheitspartei zu überwinden.

Anerkennung verdient der angeblich „einstimmige“ Beschluß zur äußeren Politik, der den Gewaltfrieden entschieden verwirft. In der Diskussion gab es freilich eine Entgleisung, aber das Ganze wird doch zur Rückenstärkung der Regierung in der Friedensfrage dienen.

Auch zur inneren Politik wurde den regierenden Genossen volles Vertrauen ausgesprochen, freilich mit dem Zusatz, daß Mißgriffe und Versäumnisse vorlägen infolge der ungünstigen Verhältnisse. Dabei darf nicht außer Acht gelassen werden, daß in der Partei eine oppositionelle Linke besteht, die nicht zahlenmäßig groß, aber rührig ist und offenbar zum Anschluß an eine neue Regierung der Unabhängigen bereitsteht. Dem weiteren Abfall nach links hin muß vorgebeugt werden durch die Neubelebung des Parteigeistes und eine energische Belehrung der Genossen.

Welche praktischen Folgen die in einem Beschlusse des Weimarer Parteitages zum Ausdruck gelangende Einigungsbereitschaft der Mehrheitssozialisten mit den Unabhängigen zeitigen wird, muß sich bald zeigen, insbesondere auch, ob die am letzten Sonntag getätigten

bayerischen Kommunalwahlen

einen Einfluß in Richtung einer „sozialistischen Einheitsfront“ ausüben werden. Das hervorstechendste Merkmal dieser Stadtrats-, Bezirks- und Kreisratswahlen, wozu noch die Wahl der ersten bürgerlichen Bürgermeister kam, ist nämlich die stellenweise geradezu katastrophale Niederlage der Mehrheitssozialisten, deren Erbschaft die Unabhängigen angetreten haben. Am krassesten tritt dieser Umschwung in München in die Erscheinung. Hier sind die Mehrheitssozialisten gegenüber der Landtagswahl im Januar von 117 363 (43 Prozent) auf 45 559 (19 Prozent) Stimmen gesunken und die Unabhängigen von 18 331 (5 Prozent) auf 77 284 (32 Prozent) Stimmen und damit zur stärksten Partei im Stadtrat (16 Sitze) emporgeschnellt, während die Mehrheitspartei, bisher die stärkste Fraktion, mit 10 Sitzen an die dritte Stelle gerückt ist. Die mehrheits-

sozialistische „M. Post“ tröstet sich mit der Vorstellung, daß die Unabhängigen ihren „Sieg“ den Jugendlichen, den Frauen, der skrupellosen Demagogie und den Begleiterscheinungen der Befreiung Münchens von der Spartakistenherrschaft zu danken hätten und die 116000 Nichtwähler verärgerte Genossen seien, die durch Nichtgebrauch des Stimmzettels gegen die Selbstzerfleischung der Arbeiterschaft hätten demonstrieren wollen. Bisher ist es aber nicht Genossenart gewesen, durch Passivität zu demonstrieren; das überließen sie den gutmütigen Bürgerlichen, auf deren Konto auch diesmal das Gros der Nichtwähler zu setzen sein wird. Es mag aber dem sozialdemokratischen Blatt schwer werden, die in dem Wahlergebnis zum Ausdruck kommende, durch das Wesen und die Agitation der Sozialdemokratie bedingte und geförderte logische Entwicklung der Tatsachen anzuerkennen, die mit Naturnotwendigkeit zur Radikalisierung und zur Scheidung nach links und nach rechts führt. Daher auch der Rückgang der Demokraten, die nur die Hälfte ihrer Landtagswahlstimmen und nur 7 Stadtratssitze erhielten. Daher andererseits die erfreuliche Stärkung der rechtsstehenden Parteien, insbesondere der Bayerischen Volkspartei, die überall im Lande sehr gut abgeschnitten hat und in München mit ihren 67522 Stimmen und 15 Sitzen die zweitstärkste Fraktion im Stadtrat ist, ihren Stimmenprozentsatz von 26 auf 28 erhöht und auf ihren Bürgermeisterkandidaten, den früheren Kultusminister Dr. Knilling sogar die relative höchste Stimmenzahl (78469) vereinigt hat. Trotzdem ist das Gesamtergebnis beklagenswert, da es den beiden sozialdemokratischen Gruppen zusammen die Mehrheit im Stadtrat (26 gegen 24 Sitze) verschaffte, was auch auf die von dem Stadtrat vorzunehmende endgültige Bürgermeisterwahl, da keiner der Kandidaten bei der Urwahl die absolute Mehrheit erhalten hat, von Einfluß sein wird. München wird in den nächsten 5 Jahren unter roter Herrschaft stehen; was das vor allem in kultureller Hinsicht bedeutet, wird jedermann klar sein.

Die Kirche und der moderne Staat. Eine Gegenüberstellung.

Von Institutslehrer Joh. Westermayr, München.

Papst Pius X. hat am 2. November 1913 an den Kardinal Dubillard in Chambery, den Gründer und Direktor der Priestervereinigung „Für Papst und Kirche“, ein Schreiben gerichtet mit der folgenden bedeutsamen Mahnung: „Bei der großen Unwissenheit, in der heutzutage zahlreiche, sonst selbst gebildete Gläubige über das sich befinden, was das Wesen, die Würde und die Rechte der Kirche betrifft, und bei den sehr groben Irrtümern und Vorurteilen, die tagtäglich über diesen Gegenstand durch Zeitungen und durch andere Schriften verbreitet und in Versammlungen, Schulen nnd Universitäten offen angepriesen werden, besonders hinsichtlich politischer Fragen, ist es unbedingt zu wünschen, daß alle Mitglieder der Liga „Für Papst und Kirche“ ihre Bemühungen auf folgendes richten: Sie mögen dafür Sorge tragen, die Gläubigen bei passender Gelegenheit eingehend über das Wesen der katholischen Kirche als einer vollkommenen, von unserm Herrn Jesus Christus eingesetzten Gesellschaft, über ihre übernatürliche Würde, ihre absolute Notwendigkeit und ihre Rechte zu belehren. Ferner mögen sie auf Kongressen, in Zeitungen oder durch sonstige, durch Wissenschaft und Gelehrsamkeit ausgezeichnete Werke so eindringlich sprechen, daß alle hauptsächlich den einen Punkt fassen, daß die katholische Kirche vom Staat gänzlich unabhängig sein muß, da sie so sehr erhaben dasteht, weit über jeder bürgerlichen, auch noch so vollkommenen Gesellschaft, wie die übernatürliche Ordnung die natürliche endlos überragt.“ Diese Aufforderung von höchster kirchlicher Stelle verdient besondere Beherzigung in unseren Tagen, wo die Freiheit und Unabhängigkeit der Kirche auch in Deutschland wohl mehr wie je aufs äußerste gefährdet ist, und zwar vor allem durch die drohende Trennung von Kirche und Staat, die nach den Erfahrungen in Frankreich nicht etwa eine Befreiung der Kirche aus staatlicher Bevormundung, sondern im Gegenteil eine noch ärgere Knechtung und Entrechtung befürchten läßt, ferner durch den Sozialismus, wie er als die Weltanschauung des gottlosen Materialismus von seinen Begründern und maßgebenden Vertretern zur Durchführung gebracht werden will. Von zeitgemäßer Bedeutung mag daher folgende Gegenüberstellung sein, die einerseits die Rechte, die die Kirche für ihre ungehemmte Wirksamkeit innerhalb der einzelnen Staaten für sich in Anspruch nimmt und im neuen Kirchenrecht fixiert hat, anderseits die Gefahren, die diesen Rechten der Kirche von seiten der neuen, besonders sozialistischen Staatstheorie und -entwicklung drohen, zu würdigen sucht.

I. Kanon 100, § 1 des neuen Kirchenrechtes: „Die katholische Kirche und der Apostolische Stuhl haben den Charakter einer juristischen Person (moralis personae rationem) auf Grund unmittelbarer göttlicher Einsetzung.“ Aus diesem und verwandten Kanones ergibt sich, daß die Kirche, weil ihren Ursprung nicht auf Menschen oder auf den Staat, sondern unmittelbar auf Gott zurückführend, auch gegenüber dem Staate selbständig, eine vollkommene, unabhängige Gesellschaft ist mit dem Recht der „Selbstbestimmung“ gegenüber irdischen Gewalten; der Papst als gottbestelltes Oberhaupt dieser selbständigen, unabhängigen Kirche und Inhaber ihrer gesamten Gewalt (vergl. Kan. 218!) souverän ist und volle politische Unabhängigkeit beanspruchen muß.

Diesem Anspruch der Kirche auf volle Unabhängigkeit und deren Anerkennung steht gegenüber das Rechtsmonopol des modernen Staates, womit man bezeichnen kann seinen Anspruch, alleinige Quelle aller Rechte zu sein und somit keine außerstaatliche unabhängige Gesellschaft dulden oder auch nur z. B. durch eigene Verträge (Konkordate) als ihm koordiniert anerkennen zu müssen; dieses Rechtsmonopol des Staates läßt die Kirche nur als eine Privatgesellschaft neben anderen im Staate gelten, den Papst nur als Vorsteher dieses internationalen Vereins, nicht als souverän, ja bedroht überhaupt das Existenzrecht von Vereinigungen mit über- und außerstaatlichen Zwecken.

II. Kanon 1322 § 2: „Die Kirche hat, unabhängig von jeglicher staatlichen Gewalt, das Recht und die Pflicht, alle Völker in der evangelischen Lehre zu unterweisen; diese aber anzuerkennen und in die Kirche Gottes einzutreten, sind alle durch göttliches Gesetz verpflichtet.“ Aus diesem Kanon ergibt sich der Anspruch der Kirche auf die Lehr- und Preßfreiheit im Umfang ihrer Aufgabe, ferner auf ihre Freiheit und Unabhängigkeit vom Staate bezüglich der Erfüllung ihrer Bestimmung, die Menschen zur ewigen Seligkeit zu führen, bezüglich der Anwendung der hiezu notwendigen Mittel und bezüglich der Verpflichtung der Menschen zum Eintritt in ihre Gemeinschaft.

Diesem Recht und Anspruch der Kirche auf ungehemmte Erfüllung ihrer christlichen Kulturaufgabe steht gegenüber das Kulturmonopol des modernen „Kultur“-Staates, womit man bezeichnen kann seinen Anspruch, allein und ausschließlich oberster Träger sowohl der Kulturarbeit und -organisation als auch alleinige Instanz in der Frage nach dem wahren Kulturideal zu sein unter Ausschluß anderer selbständiger Kulturmächte und -ideale. Unter Berufung auf dieses staatliche Kulturmonopol maßt sich speziell der sozialistische Staat das Recht an, den Untertanen sein antichristliches und antiindividualistisches Kulturideal aufzunötigen (das Volk zu „sozialisieren“) unter Abweisung einer jenseitigen Kulturauffassung; dadurch wird nicht nur die persönliche Freiheit und das unveräußerliche Recht des einzelnen, sein ewiges Ziel durch die entsprechenden Mittel zu erstreben, z. B. durch Empfang der hl. Sakramente, Gottesdienst, religiöse Belehrung, sondern vor allem die Freiheit der Kirche in Erfüllung ihrer Kulturmission gefährdet, speziell insoferne ihr Kulturideal nicht nur bloß geduldet, sondern, weil dem des (sozialistischen) Staates entgegengesetzt, künstlich niedergehalten wird (z. B. in der religionslosen Staatsschule, siehe unten) und ihre Kulturorganisation und -arbeit gehindert oder ganz unmöglich gemacht wird (z. B. durch Verbot eigener Schulen, der Klöster usw. Siehe die folgenden Nummern).

III. Kanon 1372 § 1: „Alle Gläubigen sind von Kindheit auf so zu unterrichten, daß nicht nur nichts gelehrt wird, was der katholischen Religion und den guten Sitten zuwiderläuft, sondern die religiöse und sittliche Unterweisung den ersten Platz einnimmt.“ K. 1374: „Die katholischen Kinder dürfen akatholische, neutrale, gemischte (Simultan-)Schulen, die nämlich auch Nichtkatholiken offen stehen, nicht besuchen“ (Ausnahmen kann nur der Bischof gestatten). K. 1375: „Die Kirche hat das Recht, für jedes beliebige Fach eigene Schulen und zwar nicht nur Volks-, sondern auch Mittel- und höhere Schulen zu gründen.“ K. 1381 § 1: „Die religiöse Unterweisung der Jugend untersteht in allen Schulen der Autorität und Aufsicht der Kirche“; § 2: „Der Bischof hat das Recht und die Pflicht darüber zu wachen, daß in sämtlichen Schulen des Sprengels nichts gegen den

Glauben und die guten Sitten gelehrt werde oder geschehe." § 3: „Ihm kommt auch das Recht zu, die Religionslehrer und -bücher zu approbieren, ebenso im Interesse der Religion und der guten Sitten die Entfernung von Lehrern und Büchern zu fordern." K. 1382: „Der Bischof kann sämtliche Schulen in bezug auf die religiöse und sittliche Unterweisung visitieren." Aus diesen Kanones ergibt sich das vom Staate unabhängige Selbstbestimmungsrecht der Kirche hinsichtlich der religiös-sittlichen Unterweisung und das Recht ihres Einflusses auf die Schulen, speziell ihr Recht auf die von ihr selbst geregelte, vorgenommene und beaufsichtigte religiös-sittliche Unterweisung der Jugend, auf die Forderung eines nicht religions- und sittengefährdenden Geistes im gesamten Schulunterricht, auf selbständige Errichtung eigener (konfessioneller Privat-)Schulen als gleichberechtigten Ersatzes für die Staatsschulen, auf die der Visitation auch der nichtkirchlichen Schulen (also auch der Staatsschulen) bezüglich der religiös-sittlichen Unterweisung.

Diesem Recht und Anspruch der Kirche steht gegenüber das Bildungs- und Schulmonopol des modernen Staates, insoferne dieser nicht nur den Lern- und Schulzwang, sondern auch den Zwang zum allgemeinen Besuch seiner Staatsschulen unter Verbot von Privatschulen (staatliches Schulmonopol) einführt, dem konfessionellen Unterricht in Religion und Sittenlehre durch ungünstige Ansetzung der Religionsstunde oder gar durch Ausschluß aus den Schulräumen große äußere Hindernisse bereitet, in seinen Schulen entweder überhaupt keinen oder nur einen gottlosen Moralunterricht, den Unterricht in den weltlichen Fächern ebenfalls im unchristlichen Geiste erteilt, der Kirche jeglichen Einfluß auf seine Schule unterbindet, z. B. auf die Sicherstellung eines entsprechenden religiös-sittlichen Unterrichtes und Geistes der Lehrpersonen und Lehrmittel.

IV. K. 684: „Es ist lobenswert, wenn die Gläubigen in von der Kirche errichtete oder empfohlene Vereinigungen (III. Orden, Bruderschaften, fromme Vereinigungen) eintreten; sie sollen sich aber hüten vor geheimen, verurteilten, revolutionären Vereinigungen oder solchen, die sich der kirchlichen Aufsicht entziehen wollen." K. 1489: § 1: „Hospitäler, Waisenhäuser und andere ähnliche für Zwecke der Religion oder der geistigen oder leiblichen Caritas bestimmte Institute können vom Bischof errichtet werden." K. 487: „Der Ordensstand oder die festgeregelte gemeinschaftliche Lebensweise, worin die Gläubigen außer den allgemeinen Geboten auch noch die Beobachtung der evangelischen Räte durch die Gelübde des Gehorsams, der Keuschheit und Armut auf sich nehmen, ist von allen in Ehren zu halten." Aus diesen und verwandten Kanones ergibt sich das Selbstbestimmungsrecht der Kirche hinsichtlich der Organisationstätigkeit und Vereinsgründung für kirchliche, aszetische und karitative Zwecke, speziell hinsichtlich der Gründung und Erhaltung von Orden, Klöstern und Kongregationen.

Diesem Recht und Anspruch der Kirche steht gegenüber das Vereinsmonopol des modernen Staates, insoferne er die Bildung von Vereinen namentlich mit dem Rechte E. V. von seiner Zustimmung abhängig macht, das Recht des Verbotes von selbständigen Vereinen religiöser und caritativer Art (z. B. der Orden und Klöster, marianischen Kongregationen) sich anmaßt und die Wohlfahrtspflege, Jugendpflege usw. monopolisieren will.

V. Kanon 1495, § 1: „Die katholische Kirche und der Apostolische Stuhl haben das ursprüngliche Recht, frei und unabhängig von der staatlichen Gewalt, zur Erfüllung ihrer Aufgaben zeitliche Güter zu erwerben und zu verwalten"; § 2: „Auch die einzelnen Kirchen und anderen moralischen Personen, die von der kirchlichen Behörde zu juristischen Personen erhoben worden sind, haben das Recht, zeitliche Güter zu erwerben und zu verwerten." K. 1496: „Die Kirche hat das Recht, unabhängig von der staatlichen Gewalt, von den Gläubigen zu verlangen, was notwendig ist zum Gottesdienst, zum würdigen Unterhalt der Priester und anderen Kirchendiener und für ihre sonstigen Aufgaben." K. 1497; § 1: „Die zeitlichen Güter, bewegliche und unbewegliche, die der Kirche oder dem Apostolischen Stuhl oder einer anderen moralischen Person in der Kirche gehören, sind kirchliche Güter." Aus diesen Kanones ergibt sich das Recht und der Anspruch der Kirche auf zeitlichen Besitz an beweglichen und unbeweglichen Gütern, auf selbständige Verwaltung ihres Vermögens und auf Sammlung von Geldmitteln (z. B. Besteuerung der Gläubigen).

Diesem ihrem Recht und Anspruch steht gegenüber das Besitz- und Finanzmonopol des modernen, besonders sozialistischen Staates, insoferne dieser, das Privateigentum an Produktionsmitteln (also auch das kirchliche Eigentum an kirchlichen Gebäuden, Grund und Boden usw.) aufheben will und der Kirche und den religiösen Vereinigungen das Erwerbs- und Erbrecht, das Recht der Selbstbesteuerung oder auch der Geldsammlung absprechen will.

VI. Aus den Kanones, die die kirchliche Hierarchie, die Kleriker und Ordensleute betreffen, speziell aus dem K. 121 („Alle Kleriker sind vom Militärdienst und von staatlichen Aemtern und Diensten, die sich für ihren Stand nicht ziemen, frei") ergibt sich das Recht und der Anspruch der Kirche, aus den Gläubigen d. h. aus den Untertanen der einzelnen Staaten geeignete Personen dem ausschließlichen hauptberuflichen Dienste ihrer überstaatlichen Aufgaben zu weihen und zu verpflichten und so dem unmittelbaren Dienst des Staates zu entziehen.

Diesem Recht und Anspruch der Kirche steht entgegen das Arbeitsmonopol des modernen, besonders sozialistischen Staates, insoferne dieser als die große Produktivgesellschaft sämtliche Untertanen, unter Aufhebung des individuellen Rechtes auf berufliche Selbstbestimmung, seinem hauptberuflichen Dienste, dem unmittelbaren Dienste der Gesellschaft, der „produktiven" Arbeit verpflichten, für außerstaatliche Aufgaben aber nur im Nebenamte (während der freien Zeit) freigeben will und unter Berufung auf dieses sein Arbeitsmonopol und sein utilitaristisches, materialistisches nationalökonomisches Prinzip das der Welt und irdischen Kultur abgekehrte Leben im Ordensstand und die hauptberufliche Tätigkeit im Priesterstand unmöglich zu machen droht. (Bebel in seinem Buch: Die Frau S. 320: „Um zu leben, muß der Priester in der Gesellschaft arbeiten, und da er auch dabei lernt, so kommt auch für ihn die Zeit, wo er einsieht, daß das Höchste zu sein ist: Ein Mensch zu sein.") — —

Die in den vorstehenden grundsätzlichen Ausführungen zum Ausdruck kommenden Besorgnisse wegen der Ansprüche des sozialistischen Staatsgedankens sind durch die Ereignisse der letzten Zeit nicht widerlegt, sondern wenigstens zum Teil bestätigt worden, leider gerade durch den bayerischen Verfassungsentwurf. Es mag vorerst genügen, nur einzelne, besonders bedenkliche Bestimmungen herauszuheben und mit den sechs Punkten der Gegenüberstellung in Parallele zu setzen.

I. Der bayerische Verfassungsentwurf kennt keinen öffentlich-rechtlichen Charakter der beiden christlichen Glaubensgesellschaften und stellt sie, ohne Rücksicht selbst auf den Mehrheitswillen des zum allergrößten Teil christgläubigen und denkenden Volkes den sonstigen Glaubensgesellschaften vollständig gleich (§ 13 II); zugleich gefährdet er das elementarste Selbstbestimmungsrecht der Kirche durch die außerordentlich mißbräuchliche Bestimmung: „Verfügungen von Glaubensgesellschaften, die staatlichen Vorschriften (NB. Nicht nur Gesetzen!) widerstreiten, sind für den Staatsbereich nichtig" (§ 13 III); wer leistet dagegen Gewähr, daß nicht Vorschriften erlassen werden gerade in der Absicht, unter Berufung auf diesen Paragraphen Kompetenzkonflikte mit der Kirche herbeizuführen?

II. Der bayerische Verfassungsentwurf gewährleistet zwar die „Freiheit der Kunst und der Wissenschaften" (§ 15 II), die „volle Glaubens- und Gewissensfreiheit" (§ 12 I), bekennt sich aber ausgesprochen zu einem die kirchlichen Rechte gefährdenden staatlichen Kulturmonopol in der ebenfalls überaus mißbräuchlichen Bestimmung, daß das Volksschulwesen, öffentliche Erziehungs- und Bildungswesen „Angelegenheiten (nicht wenigstens auch der Familien, Gemeinden, des Volkes, sondern nur) des Staates" sind (§ 15 I).

III. Der bayerische Verfassungsentwurf bietet nicht nur keine positive Gewähr gegen antichristliche Beeinflussung der Jugend in der Schule, sondern bekennt sich vorbehaltlos zum staatlichen Volksschulmonopol (§ 15 IV) und faktisch zum staatlichen Monopol über das ganze Erziehungswesen („Genehmigung und Ueberwachung des privaten Unterrichts usw. sind Angelegenheiten des Staates" § 15 I); ja selbst die „Erteilung und Ueberwachung des Religionsunterrichtes" macht er abhängig von „verordnungsmäßigen Anordnungen des Staates" (§ 15 III).

IV. Der bayerische Verfassungsentwurf gewährleistet zwar die „Freigabe der Vereinigung von Glaubensgenossen zu öffentlichen Kulthandlungen, . . geistlichen Gesellschaften", sichert sich aber doch wieder maßgebenden Einfluß durch die ungemein bedenkliche Bestimmung: „Es bleibt vorbehalten, ein besonderes Gesetz über das Stiftungswesen zu erlassen. Hierin sind auch Grundsätze über die Abänderung des Zweckes von Stiftungen auf-

zustellen" (§ 28 II). Besonders schmerzlich und eigentümlich muß auch die vollständige Ignorierung der Interessen der kirchlichen und privaten Wohlfahrtspflege (Jugendfürsorge usw.) berühren; geradezu auffallend ist, daß im schon erwähnten Abs. I des § 13 die Vereinigung von Glaubensgenossen zwar zu Kulthandlungen, aber nicht zu organisierter Ausübung der Caritas „freigegeben" ist.

V. Der bayerische Verfassungsentwurf kennt kein Selbstbesteuerungsrecht der Glaubensgesellschaften, ja maßt sich selbst eine finanzielle Bevormundung der Kirche an in dem schon angeführten § 28 II, der inhaltlich dem Staate das Recht der vollen Säkularisation des Kirchengutes ausliefert.

VI. Der bayerische Verfassungsentwurf gibt auch hinsichtlich der hauptberuflichen Ausübung der seelsorglichen und sonstigen geistlichen Aemter zu Befürchtungen Anlaß durch den schon zitierten § 13 III und die Möglichkeit einer übelwollenden Auslegung des § 17 I, zumal da die Anerkennung der seelsorgerlichen und geistlichen Arbeit als einer gemeinnützigen Leistung im Verfassungsentwurf keinerlei Stütze findet.

So sind denn tatsächlich die in der Gegenüberstellung ausgesprochenen Besorgnisse durch die innerpolitische Entwicklung namentlich in Bayern gerechtfertigt worden. Wenn sich auch nicht alle Befürchtungen verwirklicht haben, so ist das nicht grundsätzlicher Auffassung des Sozialismus, sondern Rücksichten politischer Klugheit zu danken. Die immanente Tendenz des sozialistischen Staatsbegriffes wollte und will sich jedenfalls in der besagten Richtung auswirken; gewisse Vorgänge (Uebergriffe in die Rechtssphäre der Münchener Universität, amtliche Volksaufklärung im sozialistischen Sinne, die neueste sächsische Schulgesetzgebung usw.) sprechen eine zu deutliche Sprache. Es ist daher geradezu providentiell, daß die Kirche eben vor dem Eintritt in die „neue Zeit" in ihrem neuen Gesetzbuch ihre Rechte und Ansprüche abermals geltend gemacht und präzisiert hat. Wenn sie aber auch in der neuen Zeit und gegenüber den neuen Staaten an ihren traditionellen Ansprüchen festhält, so tut sie das keineswegs aus „klerikaler Herrschsucht", sondern aus Pflicht und Liebe, nämlich im Auftrag ihres göttlichen Stifters, d. h. in pflichtmäßiger Wahrung des Charakters, der Verfassung und der Freiheiten, die schon von Christus für seine Kirche grundgelegt wurden, aber ebenso sehr aus Liebe zu den unsterblichen Seelen, zu deren ihr anvertrauten Sorge sie die ungehinderte Ausübung ihres Lehr-, Priester- und Hirtenamtes eben durch ihre unveräußerlichen Rechtsansprüche sicherstellen will. Ja durch Betonung und Verteidigung der unveräußerlichen Rechte des zur persönlichen ewigen Seligkeit bestimmten Einzelmenschen, durch Schutz des religiös geadelten Familienlebens, durch Pflege überzeitlicher und immaterieller Ideale und Güter, durch Zurückweisung unberechtigter Ansprüche des Staates und ihren Widerstand gegen die Ueberspannung des modernen Staatsbegriffes mit seinen alle außerstaatliche Bewegungsfreiheit bedrohenden Monopolen wird gerade die Kirche zum Hort der wahren Freiheit und jener idealen Kultur, die sie, wie einst gegenüber der Barbarei und dem Islam, so auch heute gegenüber einer aller überirdischen Ideale entkleideten Welt- und Staatsauffassung zu retten hat. Eine weltgeschichtliche Mission also ist es, zu deren Erfüllung die Kirche auch heute ihre Selbständigkeit und ihr Eigenleben sich sichern will und muß, zu deren Erfüllung aber auch die politischen Vertreter der christlichen Weltanschauung im Reiche und Lande vor wichtige und verantwortungsvolle Aufgaben gestellt sind und zugleich Gelegenheit haben, das vom christlichen Volke auf ihr Verantwortlichkeitsgefühl, ihre Weisheit, Intelligenz und Festigkeit gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen und zu belohnen. Speziell die katholischen Eltern Bayerns, die nach dem Gesagten nur zuviel Grund haben, um ihre heiligsten Rechte, um ihre Rechte auf die eigenen Kinder zu bangen, werden dem bayerischen Episkopat nicht genug danken können, daß er, in Erfüllung seiner hohen Mission und im Sinne der kirchenrechtlichen Bestimmungen, in diesen Tagen mit Freimut seine Stimme erhoben hat gegen die durch den bayerischen Verfassungsentwurf drohende Entchristlichung der Schule und Entrechtung der Eltern, daß er mit rückhaltloser Entschiedenheit für die unveräußerlichen Grundsätze der Kirche und Christenheit im Kulturstaat eingetreten ist, für Konfessionalität der Schulen, Beibehaltung des pflichtmäßigen Religionsunterrichtes und das Mitaufsichtsrecht der Kirche über die „gesamte religiös-sittliche Erziehung in der Schule."

„Kommet alle . . . !"

(Matth. 11, 28.)

Im Menschenstrom, der die Strassen durchrinnt,
Ein finsterer Grübler steht und sinnt:
Wie die bittere Not, Verzweiflung und Hass
Sie doch alle peitscht, an den Kehlen fasst!
Nur manchmal unter Hunderten schreitet
Ein Froher, den nicht die Unrast begleitet.

Er bohrt den Finger ins Hirn mit den Rissen;
„Woher die Frohen?"
Er will es wissen.
Drückt den Schlapphut tief in die fragenden Falten,
Folgt hart den Fersen der stillen Gestalten
Vorbei am Genuss, der aus Ecken lockt,
Hinter dunklen Fenstern, in Buden hockt,
Durch die schillernden Strassen und Gassen und Wege,
Ueber rauschende Plätze und schmutzige Stege.
Wie aus den Katakomben hervor
Die Glücklichen kommen bei Maria Maggior,
Und lächeln durchs Tor, begrüsst vom Glanz
Der vorne glitzernden goldnen Monstranz.

Am Speisegitter, beim hellen Altar
Sinkt hin die selige Beterschaar,
Bis in Haar und Gewänder die Silberbirken
Und der Weihrauch den zaubrischen Atem wirken,
Bis die bleichen Lippen vom Weine rot,
Und die Wangen prangen vom weissen Brot,
Bis das Gold an dem Kelche, an Leuchtern und Wänden,
An Gesimsen und Säulen und Engelshänden,
Und der Gott hinterm spiegelnden Glas und die Kerzen
Ihre Wunder schütten in die Augen und Herzen.

Wo der Menschenstrom durch die Strassen geht,
Mit dem Schlapphut der Grübler rufend steht:
„Tragt die Schwermut, den Hunger, den Hass, das Gebreste
Nach Santa Maggior zum Fronleichnamsfeste!"

Martin Mayr.

Nichtzensiertes aus Belgien.

Von Franz Tippel, Brüssel.

Wer da glauben würde, daß in den Ententeländern und namentlich in dem kleinen Belgien alles rosig wäre, seitdem die „Zivilisation" über die „Barbarei" gesiegt hat, wäre arg im Irrtum. Darauf, daß sie vermeintlich gesiegt haben, tun sich die Belgier selbstverständlich etwas zugute und ein weiteres Mal bewahrheitet sich die Fabel von dem Frosch, der sich aufbläht, um so groß zu werden wie der Ochse.

Noch hatten am 18. November die deutschen Truppen die Mauern Brüssels nicht verlassen, als auch die Jagd auf alles Deutsche in einer geradezu unerhörten Weise losging. Schmähbilder gegen Deutschland wurden an den Mauern der Stadt angeschlagen. Die wieder erscheinenden früheren Zeitungen zeigten eine nie gesehene Gehässigkeit, und hier hat sich leider neben dem parteilosen „Soir" auch die katholische Presse durch eine bedauerlich traurige Rolle ausgezeichnet. Alle, auch die harmlosesten Deutschen wurden „interniert", d. i., da Internierungslager nicht vorhanden waren, mit gemeinen Verbrechern in die Gefängnisse gestopft. Belgier, die mit Deutschen irgendwie in Verbindung getreten waren, seien es nun Großindustrielle oder gewöhnliche Arbeiter, wurden eingesperrt. Ein anonymer Brief an den Staatsanwalt genügte, um den Angegebenen den Gendarmen auszuliefern. Die Räume der großen Zeitung „La Belgique" wurden als staatsgefährlich geschlossen und die Leiter und belgischen Redakteure des Blattes sitzen immer noch in Untersuchungshaft wegen „Untergrabung des Vertrauens des Volkes in die Nation und den König". Die Flamenführer, welche nicht zeitig genug ins Ausland geflüchtet waren, wurden zu schweren Gefängnisstrafen, einer sogar zum Tode verurteilt, in

Ausführung der Thronrede, in der es hieß, daß es für die Aktivisten keinen Pardon gäbe. Daß die deutschen Soldaten, die als zersprengt zurückgeblieben waren, in der Brüsseler Kavallerie-Kaserne mitten im Winter auf dem Sande der Reitbahn ohne jegliche Decke bei sechs Zwieback und kaltem Wasser ihr Leben fristen mußten, gehört ebenso zu der Entente-Zivilisation wie das Einsperren kleiner Kinder ins Gefängnis. Weil seine Mutter eine Deutsche war, wurde ein fünfjähriges Bübchen von zwei Gendarmen im Zellenwagen in seiner Wohnung abgeholt und blieb mehrere Wochen im Gefängnis zu Vorst bei Brüssel. Ein 18jähriger Pariser wurde von der Polizei als verdächtig verhaftet, weil er einen „deutschen" (!) Schlapphut trug. Im Internierungslager in Adinkerke, das unterdessen eingerichtet wurde, steckte man unbescholtene mit Deutschen verheiratete belgische Frauen, die nicht wünschten, ihre Ehe scheiden zu lassen, einfach zusammen mit französischen Prostituierten, welche sich nicht schämten, ihr trauriges Handwerk mit belgischen Soldaten vor den Augen unschuldiger Kinder zu betreiben. In der Vagabundenanstalt Merxplat wurden deutsche Männer, Frauen und Kinder genau so wie die beherbergten Landstreicher und Zuhälter behandelt.

Das alles geschah mit Duldung des sozialistischen Führers Vandervelde, der als Justizminister das Internierungswesen in Händen hat. Daß ein so demokratischer Minister und zudem Vorsitzender der Internationale sich zu solchen Verfolgungen der Deutschen hergeben konnte, erklärt sich nur dadurch, daß man durch den Kampf gegen das Deutschtum und die Aufhetzung des Nationalismus glaubt sich über die bestehenden Schwierigkeiten hinwegsetzen zu können. Unverantwortliche Elemente hatten nämlich seit Jahr und Tag dem Volke eine glänzende Zukunft vorgemalt für den Augenblick, wo die verhaßten Boches weg wären. Leider war es weit von den Lippen zum Kelchesrand. Obschon die Deutschen weg waren, blieb noch monatelang alles ebenso teuer und unerschwinglich wie unter der Besatzung und auch heute, sechs Monate nach dem Waffenstillstand, ist inländische Butter noch nirgends zu haben. Als aber die Ententetauben den Belgiern nicht sofort gebraten in den Mund flogen, war des Murrens kein Ende mehr. Gleichzeitig steckten sämtliche belgische Gefängnisse voller fahnenflüchtiger und anderer belgischer Soldaten — Offiziere nicht ausgeschlossen —, die auf die Demobilisation warteten und deren Familien nicht genügend unterstützt wurden, und wenn man uns heute glauben machen möchte, die belgischen Legionen wären bereit, über den Rhein zu kommen, so ist das eitel Bluff, genau wie die amerikanischen Automobilfahrten durch Koblenz.

Der feierliche Einzug des Königs Albert und seiner deutsch-bayerischen Gemahlin in Brüssel war also eher offizielle Mache als wirkliche Begeisterung und in der richtigen Ueberzeugung, daß die Beruhigung des Volkes mit der Stillung des Magens beginnt, sorgte der Verpflegungsminister dafür, daß Nahrungsmittel ins Land kamen, um die Menge zu beschwichtigen. Das Kartensystem wurde abgeschafft und die Lebensmittel wurden billiger. Hier einige Preise am 10. Mai 1919: Weizenbrot 40 Centimes das Pfund, Weizenmehl 90, Kartoffeln 15, Margarine 3 Franken, Kaffee 3 Franken, Schmalz 3.25 Franken, Speck 5 Franken, Nudeln 1.20 Franken, Bohnen 75 Centimes, Erbsen 80. Schuhe werden auch zu annehmbaren Preisen angeboten; französische und englische Stoffe stehen zu sehr hohen Preisen in den Schaufenstern und Herrenhüte sind ebenso teuer wie im unbesetzten Deutschland. Selbstverständlich wurden diese Waren sehr teuer an England und Amerika bezahlt mit für Belgien sehr ungünstigem Wechselkurs: 118 Franken für 4 Pfund Sterling und 126.50 Franken für 20 Dollars. Die Angelsachsen übervorteilen Belgien auch noch auf andere Weise. Sie liefern Nahrungsmittel aber keine Rohstoffe und Maschinen und obwohl in den Städten der Siegestaumel fortdauert, liegt die Industrie brach und 700000 Arbeiter leben immer noch von den öffentlichen Wohlfahrtsausschüssen. Was Belgien noch an eigenem Gewerbe blieb, wird von den Alliierten unterdrückt, wie z. B. die Tabakfabrikation; sie wird von englischen Zigaretten und amerikanischem Tabak kaltgestellt; es gehört eben zum guten Ton, aus reinem Patriotismus ausländischen Tabak zu rauchen und belgisches „Kraut" zu verschmähen. Wie mit dem Tabak geht es mit einer Reihe anderer Landeserzeugnisse.

Vernünftige Belgier beginnen denn auch dieser Bevormundung und Ausbeutung durch die Angelsachsen überdrüssig zu werden und einem Brüsseler Finanzblatt schreibt man aus London: „Lord Northcliffe sieht sehr gut, was in dem Ruine Belgiens die Interessen der britischen Fabrikanten und Kaufleute fördern kann." Diese Stimme steht keineswegs vereinzelt da. Ein Sturm der Entrüstung bemächtigte sich übrigens aller Belgier, als die Friedensbedingungen bekannt wurden, die da weit entfernt sind, den gehegten Hoffnungen entgegenzukommen. Die Wut war nachgerade so groß, daß sich das bedeutende katholische Blatt „Vingtième Siècle" folgendermaßen ausdrückt: „Das Aergerlichste ist, daß, wenn die Defaitisten uns vorhalten, wir hätten 1914 die Preußen durchziehen lassen sollen, wir ihnen antworten müssen: Wenn's nochmals zu tun wäre, würden wir es machen." Soweit ist die Liebe für die Entente schon gediehen und man versteht deshalb auch, daß die sozialistische Presse in Belgien energisch gegen die Deutschland zugemuteten Friedensbedingungen Protest erhebt. Ernste Zeitungen aller Parteien verlangen denn auch schon, daß Belgien, da es von seinen Verbündeten übervorteilt wird, sobald wie möglich die Geschäftsverbindungen mit Deutschland wieder aufnehme.

So steht es momentan mit Belgiens äußeren Beziehungen. Innerpolitisch hat sich Belgien unter einem außerparlamentarischen Vorsitzenden ein Koalitionsministerium der drei Parteien: katholisch, liberal und sozialistisch gegeben und auch die Parteipolitik beansprucht wieder ihre Rechte. Die Parteien der Linken verlangen das allgemeine gleiche Wahlrecht. Die Katholiken, die noch die parlamentarische Mehrheit haben, sind nicht abgeneigt, diesbezüglich Zugeständnisse zu machen, falls endlich die freien katholischen Schulen mit der öffentlichen Schule gleichgestellt werden. Ueber diese beiden großen politischen Fragen dürften die kommenden Wahlen entscheiden.

Klarheit über die Sozialisierungsfrage!

Von Benefiziat L. Heilmaier, München.

Der Aktionsausschuß der nichtsozialistischen Parteien und des Bürgerrates München hat auf Grund von Vorstellungen aus Kreisen der Münchener Industrie in einer Entschließung erklärt: Die „allgemeine Unklarheit in der Sozialisierung lähmt die Unternehmungslust". Niemand wisse, welche Gewerbe, wann und unter welchen Umständen sie sozialisiert werden sollen. Man könne es keinem Unternehmer zumuten, z. B. Fabrikbauten aufzuführen, wenn diese dann durch Sozialisierung enteignet werden könnten ohne Entschädigung. „Wir sind der Meinung, daß die Frage der Sozialisierung mit größter Beschleunigung einer Klärung zuzuführen ist, . . und daß unter allen Umständen vor Erlaß einschlägiger Gesetze sowohl Arbeitnehmer als Arbeitgeber gehört werden müssen." Jene andauernde Unklarheit ist in der Tat geeignet, der darniederliegenden Industrie den letzten Rest ihres Mutes zu nehmen und sie zum Zusammenbruch zu führen. Mit tiefer Trauer liest jeder deutsche Mann die Nachrichten über die Lage der Bochumer Bergwerks A.-G., der Krupp A.-G., der Gerresheimer Glashüttenwerke, die rasch wachsende Zahl der Betriebe, die bereits mit dauernden Verlusten arbeiten, nicht zuletzt infolge der maßlosen Forderungen der Arbeiterschaft und der Angestellten. Es ist erklärlich, wenn die Regierung den Arbeitern der vor der Liquidation stehenden Reinecker A.-G. Chemnitz zu verstehen gab: Von der Sozialisierung eines Betriebes, der nicht mehr lukrativ sei, könne keine Rede sein. Von Bedeutung war auch die Zusicherung, welche Minister Segitz am 11. Mai den führenden Männern der bayerischen Industrie geben konnte: Die bayerische Regierung lehne jedes partikularistische Vorgehen in der Sozialisierung und utopische Sozialisierungspläne entschieden ab. Jene Gruppe von Industriellen machte u. a. auch geltend, daß die als notwendig anerkannten Betriebsräte die verantwortlich individuelle Leitung des Unternehmers nicht erschweren sollen, daß der Stand der Lohnbewegung ohne schweren Schaden für die nationale Wirtschaft nicht mehr überstiegen werden könne.

Die Frage nach der Sozialisierung ist eigentlich für die nächste Zukunft sehr klar. Bei einer großen Zahl von Betrieben, die der Stillegung, der Liquidation, wenn nicht dem Konkurs nahestehen, ist eine Ueberführung in die Gemeinwirtschaft ausgeschlossen, von unseren Industrien, einst die blühendsten auf dem Erdball und heute aufs schwerste erschüttert, erscheint kaum eine für die Sozialisierung „reif". Fürs zweite hätte die Sozialdemokratie die Verpflichtung, mit aller Schärfe

ihren Anhängern beizubringen, daß selbst bei blühendem Stand unserer Industrien jetzt nichts sozialisiert werden dürfte, da wir nur willkommene Faustpfänder für den Feind schaffen würden. Wir wissen ja garnicht, was uns eventuell die Entente noch läßt von unseren Betrieben. Fürs dritte hat das Bürgertum angesichts des Versagens eines so gewaltigen Teils der sozialistischen Arbeiterschaft alles Recht, in der Sozialisierungsfrage dem sozialistischen Ministerium mit einmütiger Festigkeit gegenüberzutreten und vor allem die Arbeit als sittliche Pflicht zu betonen, da doch nach dem Wort des Reichspräsidenten Ebert „die Arbeit die Religion des Sozialismus ist“.

Wenn wir über die sozialistische Forderung Klarheit gewinnen wollen, müssen wir uns zunächst den Satz des Erfurter Programms vergegenwärtigen: „Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Bergwerken, Rohstoffen, Werkzeugen, Maschinen und Verkehrsmitteln — in gesellschaftliches Eigentum, nur die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß die großen Betriebe und die stets wachsende Ertragfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde“. Wir können da zwei Randbemerkungen nicht unterdrücken: einmal betreff des „Elendes“ marschierte Deutschland bisher in der Hebung des Arbeiterstandes durch mustergültige Gesetze und Versicherungen weitaus an der Spitze aller Völker. Und wegen der Ausbeutung, auf welche als auf eine allumfassenden Tatsache bekanntlich die Saint-Simonisten ihr geistig-philosophisches System aufbauten, wissen die Sozialisten sehr gut, daß sie mit Erstarkung ihrer Organisation wiederum die Ausbeuter der Kapitalisten wurden, indem sie jede Hebung der Industrie mit höheren Lohnansprüchen beantworteten und damit dem Volk die Ware verteuerten. Bei dieser gegenseitigen Ausbeutung ist es ein natürliches Verlangen, daß die für die öffentliche Wohlfahrt unentbehrlichen Betriebe durch kluge Vergesellschaftung den Arbeitskämpfen wie der ungerechten Steigerung der Lohn- und Gehaltsansprüche entzogen werden.

Die Sozialisten und Kommunisten aller Jahrtausende haben sich berauscht an dem großen Gedanken der Sozialisierung, der sich in der Theorie so schön ausnahm, aber, wie die Geschichte zeigt, stets mit einem jammervollen Zusammenbruch endete, weil man immer die durch die Natur gezogenen Grenzen überschritt. Eine Sozialisierung der Landwirtschaft wie des Handwerks z. B. wäre, wenn denkbar, doch unsinnig, weil einem gesunden Sozialismus nur darum zu tun sein kann, die schroffsten Gegensätze zwischen arm und reich und damit die eigentliche Armut zu beseitigen. Darum wollte auch Rousseau die kleinen Betriebe und mäßiges Privateigentum beibehalten wissen. Freilich, die Idee der Zusammensetzung eines Volkes aus lauter gleichen kleinen Besitzern mußte, nachdem er noch dem contract civil 1762 vorschwebte, erblassen infolge der einsetzenden Industrialisierung mit ihren großen Kapitalien, ohne welche wir die wirtschaftlichen Fortschritte eines Jahrhunderts preisgeben müßten. Da vernünftige Sozialisten dies nicht wünschen können, bleibt für sie nur das eine: die Produktion eines Volkes der Gesamtheit zu übertragen.

Es ist unnötig, auf vorchristliche Versuche zurückzugreifen, wir haben ja aus den letzten Tagen die anschaulichsten Beispiele. Aus dem Experiment des russischen Bolschewismus hören wir u. a. von sieben ehedem blühenden, nun verstaatlichten Großbetrieben. Für Waren, die der Regierung selbst vier Millionen Rubel gekostet hatten aus diesen Betrieben, nahm sie eineinhalb Millionen ein. (Amtliche Meldung der „Prawda“). Zu welch rapider und enormer Verschuldung die Schwerfälligkeit vergesellschafteter Betriebe gegenüber dem Privatbetrieb führt, zeigt glänzend der Munizipalsozialismus, der schon den Römern bekannt war und in vielen englischen Städten verwirklicht wurde (M. A. Cilleuls, Le socialisme municipal à travers les siècles, Paris, 1905). Jede Sozialisierung erfordert eben gerade deshalb die äußerste Klugheit, weil die Gefahr der Bürokratisierung im Zusammenhang mit dem Wegfall des Anreizes, reich zu werden, der persönlichen Initiative den Todesstoß versetzt. Bei Schiffahrt und Fischerei z. B., überhaupt bei Betrieben, in welchen es auf Wagemut ankommt, wäre Vergesellschaftung gleichbedeutend mit schwerer Schädigung der Volkswirtschaft. Minderertrag und Rückgang der Produktion ist zu fürchten, mag in der Theorie noch so schön das Gegenteil behauptet sein.

Seit 1903 wandte die Staatsregierung ihr Interesse den Kartellen zu, diesen in ihrem Gebiete den Markt immer mehr beherrschenden Organisationen. 1905 wurden 385 Verbände für 20 Industrien festgestellt: Kohlen 19, Eisen 62, Elektrizität 2, chemische Ind. 46. Doch das bloße Verstaatlichen ist nicht nach marxistischem Sinn, Staatssozialismus wird nur begrüßt als vorbereitende Uebergangsform. Sollen nun die Arbeiter, die Angestellten selbst den Gemeinbesitz übernehmen? Der klardenkende Sozialist sagt sich, daß dann das Volk, die Konsumenten, von hundert Unternehmern statt von einem ausgenützt werden. Also bestmögliche Bewirtschaftung im Interesse der Allgemeinheit, Ausschaltung der Ausbeutung von Arbeitern wie Konsumenten. Die Entwickelung fügte es in unseren Tagen, daß es ein sozialistisches Reichsministerium war, von welchem in der steigenden revolutionären Gährung die Arbeiter- und Soldatenräte, die Wirtschaftsreformer der Unabhängigen mit Ungestüm die sofortige, restlose Einlösung des seit Jahrzehnten gegebenen Sozialisierungsversprechens heischten. Der Sozialisierung, diesem echten „Kind der Sozialdemokratie“, sollte nun von deren Führern befehlsmäßig zum Leben verholfen werden. Wahrhaft eine tragische Situation, wenn man bedenkt, daß bei diesem gefährlichen Experiment unsere ohnehin erschütterte und erschöpfte Volkswirtschaft klaftertief im Sumpf versinken, die ganze Sache zum Verhängnis für den Sozialismus und seine Partei werden konnte. „Ob dieser Sturm (dieser sozialistischen Idee) die weiten Lande befruchten und den Boden für schöneres und reicheres Wachstum vorbereiten oder ob er unsere Heimat in ein Trümmerfeld verwandeln wird, in dessen Chaos jedwedes menschenwürdige Leben unmöglich ist, das wissen wir nicht“ (Reichsminister Wissel, Weimar 7. März). Wer will überhaupt entscheiden können, ob ein Betrieb, ein ganzer Industriezweig „reif“ ist für Sozialisierung? Und wenn nur wir sozialisieren, während die ganze Welt die Nachfolge verweigert, muß das nicht zu einer unabsehbaren Niederlage führen? Doch es war nicht Zeit zum Ueberlegen. Der mit unheimlicher Gewalt ihr soziales Recht fordernden Demagogie nachgebend unterbreitete man der National-

versammlung am 4. März die beiden Vorlagen über die Sozialisierung im allgemeinen und die Kohlenwirtschaft im besonderen. Die sozialistische Regierung folgte hierbei keineswegs der Mehrheitskommission, welche die Verstaatlichung verwarf, vielmehr Ausschaltung des Kapitals als gebietender Macht, durchgreifende Demokratisierung, eigene Anteilnahme auch des letzten Arbeiters am Erfolg des gemeinsamen Werkes verlangte, sie hielt sich, auf eine Erwerbung der Kohlenbergwerke verzichtend, mit der Minderheitskommission an die konkrete Lage. Die Schilderung der Umwandlung ist sehr bestechend: es gibt keine Beamten mehr, sondern nur einen hundertköpfigen Kohlenrat, die Entlohnung aller geschieht nach der individuellen Leistung, eine Beteiligung am Ertrag findet statt in gewissen das Gesamtinteresse wahrenden Grenzen. Wesentliches Kennzeichen ist die Mitwirkung des Staates, dem die Ueberschüsse zufallen.

Wir wollen abwarten. Vorsichtig tasten wir uns in eine neue Phase unserer Kulturgeschichte hinein, für die vielleicht die Sozialisierung ein wichtiges Moment darstellt. Eine ungeheure Verantwortung übernimmt der Sozialismus. Von Herzen wünschen wir der Arbeiterschaft volles Lebensglück; wir behalten uns aber das Recht vor, die aufsteigenden Bedenken gegen die Sozialisierung zu prüfen, um Klarheit zu gewinnen.

Wenn wir von höherem Standpunkt den Beginn der Sozialisierung betrachten, können wir ein großes Bedenken nicht los werden: stehen wir nicht vor einem unermeßlichen Prozeß der Mechanisierung, welche den Anfang der Erstarrung unserer Geisteskultur bedeutet, in Jahrhunderten vielleicht, doch umso sicherer? „Die abendländische Kultur ist in ihr Greisenalter eingetreten, eine skeptische, altkluge, energischkalte Welt, ... in diesem Zusammenhang gesehen ist auch die Sozialdemokratie eine Alterserscheinung, sie ist ein hervorragender Träger der Mechanisierung" (Lensch, Am Ausgang der deutschen Sozialdemokratie, „Die neue Rundschau", April 1919). Wenn wir unser armes Vaterland lieben, müssen wir uns fragen: besitzen wir gegenüber dieser Riesengefahr auch die nötigen Gegengewichte? Weisen insbesondere die sozialdemokratischen Massen, die sich so gewaltige äußere Umwälzungen zutrauen, auch die zur Lösung solcher Fragen unentbehrlichen innerlichen Bedingungen auf? „Jene Ahnung von praktischem Idealismus, wie sie im demokratischen Gemeinwesen auch die Massen brauchen, wird man ohne Christentum nicht erzeugen" („Die Grenzboten", Voraussetzungen der Demokratie, Dr. Buchheim, N. 14 1919). Also nicht allein die Bayerische Volkspartei sieht in der Durchführung des praktischen Christentums die einzige Möglichkeit zur Ueberwindung der Schrecken und Verwirrung dieser Zeit. Keine Gruppe der Bevölkerung gewinnt durch die Rückkehr zu den Grundsätzen der christlichen Moral mehr als gerade die Arbeiterschaft. Nur unter dm Einfluß des Christentums läßt sich jene unmoralische Verirrung überwinden, nach welcher lange genug der Arbeiter und seine Kraft eine auf dem Arbeitsmarkt möglichst billig einzukaufende Ware gewesen ist, während doch seine Arbeit als bedeutsame Leistung gelten soll wie die des Unternehmers innerhalb einer solidarischen Vertretung beider. Nur wenn der Arbeiterstand selbst auch die entsprechenden ethischen Werte mitbringt, wird er sich leicht als gesellschaftlich wertvoller, geachteter, gleichberechtigter Stand der Gesellschaftsordnung einfügen. Darüber möge sich der Arbeiter klar sein, daß unsere Gesellschaftsordnung an der durch natürliches und göttliches Gesetz errichteten Privateigentumsinstitution festhalten, daß im Volksganzen die Sozialisierung immer eine Teilerscheinung bleiben wird. Wenn die Arbeiterschaft jene Ideologie der revolutionären Klassendiktatur völlig abgestreift haben wird, die unter möglichst geringer Leistung, unter Umständen durch Arbeitseinstellung möglichst hohen Lohn erpressen will, wenn sie sich der Pflege der eigenen Persönlichkeit widmet, wie sie durch das Christentum gewährleistet ist, wird sie sicherer zum erstrebten Ziel gelangen. Der Arbeiter „trägt nicht die Gefahr des Unternehmens, ist aber an den Erfolgen desselben interessiert und wird um so freudiger und kraftvoller zu diesen Erfolgen beitragen, wenn er im Lohn, unter Umständen vielleicht noch in Verbindung mit einer Beteiligung am Unternehmergewinn, die volle Wiedervergeltung seiner Leistung und darin zugleich den Ersatz für alle Aufwendungen findet, die ihn für solche Leistungen befähigen. Gewerbliche Solidarität, Interesse des Arbeiters an der Blüte des Geschäftes ist nur unter dieser Voraussetzung zu erreichen" (H. Pesch S. J. Ethik und Volkswirtschaft, 1918, 68).

Zu M. Herberts 60. Geburtstag

(20. Juni 1919).

Einsam, aber nicht vereinsamt
Schreitest du durchs wirre Leben,
Fest in deinem Gott verankert,
In dein Schicksal fromm ergeben.

Deine Seheraugen schweiften
Gern ins Hohe, Grosse, Weite,
Wo Vittoria Colonna
Stand an Michelangelos Seite.

Die du liebtest schlugen scheidend
Deinem Herzen tiefe Wunden —
In dem Reich der Kunst, der heitern,
Hast du linden Trost gefunden.

Gerne liessest du dich nieder
Zu den Kleinen, zu den Armen;
Den Verlassnen, den Enterbten
Galt dein Mitleid, dein Erbarmen.

Und so sah'n wir lieblich spriessen
An den Quellen deiner Güte
Einen Flor, der voll und voller
Stets und herrlicher erblühte.

Kluge Sappho, Rosen streuen
Wir dir an des Alters Schwelle,
Kränze winden um dein Haupt wir:
Lorbeer, Palm und Immortelle.

Mögst im Herbst, im wolkenlosen,
Du der Früchte Fülle pflücken,
Bis der Herr sein „Euge, Euge"
Spricht, dich endlos zu beglücken!

Leo van Heemstede.

Hindurch!

Von E. M. Hamann, Scheinfeld in Mittelfranken.

„Hindurch"? Der zweifelnden Frage ein eisernes Ja! Denn auch jetzt, in aller Not und Gefahr, hält Gott selbst für uns ein leuchtendes Erfüllungs-Ja in Bereitschaft. Nur müssen wir es uns verdienen, nur müssen wir beschließen und durchführen: Hinweg jetzt, gerade jetzt, mit der erschlaffenden Bedrückung, die seit Monaten alle Schichten unseres Volkes überschlich, bis plötzlich dieses Volk, trotz allem gesund noch im Kern, aufstand in jähem, einstimmigem „Nein!" gegen den Vernichtungsspruch brutaler Vergewaltigung.

So bewahrheitete sich wieder einmal das alte Wort: „Wenn die Not am größten, ist Gott am nächsten." Denn Göttliches war es, das da aus dem flammenden Protest zum Feinde sprach. — Nun aber gilt es, das andere Wort wahr zu machen: „Hilf dir selbst, so hilft dir Gott!" Wie die Selbsthilfe heißt? Standhalten, arbeiten, vertrauen.

Standhalten! Sollen wir uns wegschwemmen lassen wie loses Geröll vom Wildwasser des Wahnwitzes, der Niedertracht, der Tyrannei, der — Feigheit? Wenn es denn schicksalsbestimmt ist, daß der trübe Strom über uns hinweggehe — möge er! Aber bleiben wir nur selber fest, blutsgeeint als beseeltes Ganzes, das sich nicht vernichten läßt. Was immer von dem über uns hintosenden Wirbel haften bleiben möge: vergessen wir nicht, auch im Schlamm lebt Befruchtungskeim, wenn man ihn sichtend auswertet. Das für später. — Einstweilen aber: standhalten! Wie sagt Strobl im Vorwort des soeben erschienenen Schlußbandes seiner Bismarck-Romantrilogie? „Nur das Volk, das sich selbst aufgibt, ist verloren". Und unmittelbar zuvor, hinsichtlich der Schicksalsbestimmung Deutschlands: „Mag dieses Schicksalssinnes Deutung jetzt durch Not und Unglück verdunkelt sein — Krankheit, Trunkenheit und Wahnwitz ändern nur die Aeußerungen des Wesens, nicht das Wesen selbst, dessen

Charakter im Urgrund aller Erscheinungen verwurzelt ist". Eben darum muß es weiter heißen:

Arbeiten! Arbeiten zunächst an sich selber, ein jeder für sich, dann gemeinsam mit anderen für andere und für alle, daß der Krankheitsstoff hinausgeschafft werde aus dem Volkskörper, damit dieser neue Kraft sammle für ein neues Sein und Werden im einzelnen und im ganzen. Arbeiten! Gar viele haben es verlernt in seiner rechten, tiefen, umfassenden Voll- und Zielbedeutung während der fünf Kriegsjahre „draußen" wie auch „drinnen" und mehr noch während des hinter dem Kriege daherbrausenden verfehlten Revolutionssturmes: verfehlt in Geburt und Wesensart. Nun aber kommt die Zeit, da sie wiederum, und besser denn je, erkennen können, was echtes Arbeiten wirkt: heiligenden Segen für das neu zu bestellende Erntefeld unseres Volkes und, so Gott will, aller Völker. Wie weit eben dieses Ziel noch in der Ferne liege: erreichen sollen und können wir es daher auch. Nicht zuletzt durch das Arbeiten im Sinne göttlichen Pflichtgebotes, als sicherstes Heilverfahren zur gemeinsamen Erstarkung, zum gemeinsamen Wiederaufbau für die gemeinsame Zukunft. „An seine Stelle jeder Mann!" Auf seinen Posten ein jeder, der seine Seele bewußt in sich trägt! Entbehrlich ist da keiner für Deutschlands Bestimmung, die sich der Menschheit Bestimmung einbeschließt: in Sein und Werden des großen Reiches, in dem nicht Mammon, noch äußere Macht mehr die Herrschaft üben wird, sondern Gewalt der Seele — das Wesentliche des Göttlichen, das der Mensch aus der Hand des Schöpfers empfing. Empfing, um es nur zu oft zu verkennen, zu verzerren und dadurch sich selbst zu erniedrigen, nicht selten hinab bis unter das Tier.

Doch in all' den Wirren, dem Aufruhr der letzten Jahre und der letzten Tage erhob sich ein stilles Wehen des Geistes, eine zarte Stimme aus oberen Höhen, ein geheimer Zug von Mensch zu Mensch, von Seele zu Seele. Das war der leise Ruf aus Seelenland, jener Oase in der Wüste, auf der die Pilger zueinander verlangen und auch zueinander kommen: die Wenigen unter den Vielen, jene, welche die Notwendigkeit einer allgemeinen Wandlung von innen heraus erkannten und nun in währender Treue sich bereit halten und andere bereit machen möchten für die große Gemeinschaft des Reiches der Kinder Gottes. Nur wenige unter ihnen wissen sich auserwählt zur Führerschaft, aber alle fühlen sich berufen zur Zugehörigkeit dieses Reiches, in dem ein nie vergehendes Leben sprosst: das Leben der alles verstehenden, alles ausgleichenden, befreienden, erlösenden Liebe. Eben deshalb und einzig deshalb, weil diese Verbindung der Herde des göttlichen Hirten unter uns besteht und stetig zunimmt, gilt auch das Dritte für uns:

Vertrauen! Vertrauen auf das Gute, das, ob noch so verborgen, da ist unter uns, Vertrauen auf den reinen, erglühenden Willen so vieler Seelen zum tatkräftigen Schaffen, zum Verwirklichen des Ideals nach der Lehre Jesu. Vertrauen auf unser Volk, das sich bewährte, das auch irrte — was am schlimmsten, am schmählichsten irrte, war nicht „unser" Volk — und dem Gott es vorbehielt, sich aufzuraffen, aufzuerstehen aus tiefem Falle. Vertrauen auch auf das eigene Wollen zum Guten und Besten, Vertrauen auf den deutschen Bruder, dessen Auge uns klar und ehrlich anschauen kann und dessen Hand sich ballt angesichts fremder Unbill, schnöden Unrechtes — und der dennoch nie seiner Gefolgschaft des großen Friedenbringers vergessen möchte. Vertrauen auf den Herrgott, der unser heißgeliebtes Vaterland unter das Zeichen des Kalvarienberges stellte; der unser teures deutsches Volk wert erachtet, seinen Weg durch die große adelnde Schule des Leidens zu finden: vom Kreuz zur Krone; der uns allen, da wir uns zu verlieren drohten, sein göttliches „Was schlafet ihr? Stehet auf und wachet!" in die Seele rief; der die tröstliche Verheißung seines Propheten auch für uns bestehen läßt: „Der Herr Zebaoth wird die Hülle zerreißen, mit der alle Völker verhüllt sind. Er wird den Tod verschlingen. Und der Herr wird die Tränen von allen Gesichtern abwischen und wird aufheben die Schmach seines Volkes in allen Landen; denn der Herr hat's gesagt."

So wird wieder ein lichter Morgen für uns tagen und die Sonne der Erfüllung wird für uns aufgehen, wenn wir jetzt unsere heilige Pflicht tun, uns auf uns selbst, auf das Beste in uns besinnen, dieses Beste einsetzen und umsetzen in Kraft und Tat, ein jeder aus sich und in Gemeinschaft jener, die, wie er, Gottes sein und bleiben wollen. Jetzt, von dieser Stunde ab und hinfort für alle Zeiten, im Vertrauen auf den ewigen Schicksalslenker, unter dessen Hand wir geloben und leben: „Standhalten, arbeiten, vertrauen!"

Das Wachstum der Klöster.

Von P. Erhard Schlund, O. F. M.

Viele unserer Mitbürger glauben ein ständiges Zunehmen der Orden wahrzunehmen und sind deswegen dem Ordensstand und den Klöstern ungünstig gesinnt. Sie setzen an den katholischen Orden aus, daß sie, einmal zugelassen, sich viel zu schnell vermehren, ja daß sie überwuchern.

Dieser Vorwurf wurde schon erhoben im Jahre 1828 im bayerischen Landtag, als die Orden nach den Stürmen der Säkularisation eben erst aufzuwachen begannen. Von da ab kam er regelmäßig wieder bei der Beratung des Kultusetats. Besonders die liberale Partei wiederholte ihn immer wieder.

Auch in katholischen Kreisen warf man den Orden ein übermäßiges Wachstum vor und leitete Schäden für das religiöse Leben daraus ab. So brachte Dr. Joseph Müllers „Renaissance" im Oktober 1902 einen viel beachteten Artikel, der das Wachstum der Orden angriff und ganz falsche Schlüsse daraus zog. Die Orden sollten die Zunahme der katholischen Bevölkerung verhindern, der Beschaffung von Seelsorgspriestern im Wege stehen, weder für die einheimischen noch für die auswärtigen Missionen von Bedeutung sein, und überhaupt nicht in unsere Zeit passen, da die Beschaulichkeit, „für die doch das Kloster da sei", unserer Zeit ferner liege als früheren Perioden. Die Anwürfe wurden glänzend widerlegt durch die „Hist.-politischen Blätter" 131 (1903), 180 ff. (Vgl. auch den Aufsehen erregenden Artikel in der „Germania" 1894, Nr. 260 vom 11. November.)

Für die Feinde der katholischen Kirche ist es freilich ebenso beängstigend wie es für ihre Freunde erfreulich ist von dem stetigen Wachstum der Orden zu lesen. Wer es mit der Religion überhaupt gut meint, der kann sich nur darüber freuen. Die Orden waren immer noch die Blüte der Religion und ein Beweis dafür, daß wirklich noch Religion im Volke ist. Wenn immer mehr junge Leute der Welt entsagen und ihrem Gott und dem Volke im Kloster dienen wollen, so zeigt das, daß noch wahrer Idealismus im Volke steckt, namentlich heutzutage, wo die äußeren Versorgungsgründe wegen der Armut der Orden wegfallen. Denn heute ist das Ordensleben wirklich ein Opferleben. Und man sollte doch froh sein, wenn es in unserer so materialistisch gesinnten Zeit noch so viel Idealismus gibt.

Wie anderwärts, so wird sich auch auf dem Gebiete des Ordenslebens Angebot und Nachfrage von selber regeln. Wenn mehr katholische Jünglinge und Jungfrauen ins Kloster gehen, so ist das eben ein Zeichen, daß das religiöse Bedürfnis im Volke quantitativ und qualitativ wächst. Und warum soll man gerade diese hindern, ihre Lebenswünsche zu erfüllen? Läßt man doch einen jeden werden, was er will. Und wenn nach freidenkerischen Grundsätzen jeder nach seiner Fasson selig werden soll, warum gerade bei den katholischen Ordensleuten eine Ausnahme machen? Auch wenn die Klöster selber mehr Leute aufnehmen als früher, so ist das ein Zeichen, daß auch bei ihnen die Nachfrage, der Bedarf gewachsen ist und sie mehr Kräfte im Interesse des Volkes beschäftigen können. Uebrigens ist der Bedarf der Klöster und an Klöstern trotz der großen Zahl immer noch nicht gedeckt, weil, je mehr Kandidaten aufgenommen werden, immer auch die Verpflichtungen und das Angebot wachsen. Die Ordensleute sind in ihrer caritativen Tätigkeit immer noch überanstrengt und könnten noch viel mehr Leute brauchen, wenn sie allen Angeboten für Niederlassungen nachkommen wollten. Mit der fortschreitenden äußeren Kultur werden eben auch die Kulturschäden größer und damit wachsen auch die sozialen und caritativen Aufgaben. Am besten werden aber caritative Aufgaben (Krankenpflege!) immer noch von Ordensleuten gelöst. Uebrigens sind auch die staatlichen und kirchlichen Behörden da, die ein übermäßiges Wachstum schon zu verhindern wüßten. Namentlich die staatlichen Behörden prüfen sehr lange und mit bureaukratischer Genauigkeit die Bedürfnisfrage. Hier eine kleine Frage: Warum ist man gerade bei den katholischen Orden so peinlich? In Preußen brauchen nur katholische Schwestern staatliche Genehmigung, protestantische Diakonissen aber nicht. Warum sagt man nichts von der Zunahme der Diakonissen, die sich seit 1888 gut verdreifacht haben?

Doch schauen wir uns die Zahlen an! Zahlen belehren am besten. Im Jahre 1918 gab es in ganz Deutschland 338 Männerklöster mit 7183 Mitgliedern und 6655 Frauenklöster mit 65 898 Mitgliedern. Es treffen also auf ein Männerkloster

71 706,82 Katholiken, resp. 192 088,79 Einwohner; auf einen Mönch 3374,20 resp. 9038,83; auf eine weibliche Niederlassung 3641,91 resp. 9756,98; auf eine Schwester 367,79 resp. 985,25 Katholiken bezw. Einwohner. In Bayern liegen die Verhältnisse günstiger: Bayern zählt 119 Männerklöster mit 2267 Mitgliedern und 1598 Frauenniederlassungen mit 16 280 Mitgliedern. Es treffen auf ein Männerkloster 50 755,08 Katholiken und 57 876,38 Einwohner, auf einen Ordensmann 2143,74 resp. 3038,06; auf ein Frauenkloster 3034,32 resp. 4309,94, auf eine Schwester 297,90 resp. 423,05 Katholiken bzw. Einwohner. Es ist aber nicht richtig, wenn man so oft sagt, in Bayern seien die Orden am dichtesten; nicht einmal innerhalb des Deutschen Reiches hat Bayern die größte Dichtigkeit. Verhältnismäßig am meisten Ordensleute hat das protestantische Württemberg. Dort gibt es zwar keine Männerorden, aber schon auf 1833,36 Katholiken trifft eine weibliche Niederlassung und auf 237,98 Katholiken eine Schwester. Am günstigsten liegen die Verhältnisse, abgesehen von Hohenzollern-Sigmaringen, wo ganz eigenartige Umstände obwalten, in Elsaß-Lothringen. In der Beurteilung der großen Zahl weiblicher Ordensniederlassungen darf man nicht übersehen, daß in Deutschland die „Klöster" meistens nur aus zwei oder drei Schwestern bestehen, die in einem Krankenhause, einer Waisenanstalt usw. Dienste tun.

Um festzustellen, ob in Bayern und Deutschland die Klöster wirklich zu dicht sind, muß man die Verhältnisse in den anderen Ländern zum Vergleiche heranziehen. Dabei kann natürlich die Zahl der Ordensleute nur in Beziehung gesetzt werden zur Zahl der Katholiken; denn die Ordensleute gehören doch zur katholischen Religion und dienen, selbstverständlich nicht ausschließlich, aber doch in erster Linie den Katholiken. Im Anfang des 20. Jahrhunderts trafen auf 10 000 Katholiken in Holland 95 Ordensleute, in England 69, in den Vereinigten Staaten 56, in Frankreich 54, in Belgien 47, erst an 6. Stelle in Bayern 28, in der Schweiz 20, im Deutschen Reich 19, in Oesterreich 12, in Ungarn 8. Für Spanien und Italien konnte der Verfasser keine genaue Statistik aufstellen; beide Länder sind aber sicherlich vor Bayern einzureihen. Der Durchschnitt für Europa ist 20 auf 10 000 Katholiken. Daß in Bayern im Verhältnis mehr Ordensleute sich befinden als im Reichsdurchschnitt, ist darauf zurückzuführen, daß Bayern neben Elsaß-Lothringen der einzige Bundesstaat ist, in welchem Ordensfrauen an staatlichen Volksschulen lehren dürfen und mit Bezahlung angestellt sind (in Bayern 1506 Lehrerinnen ohne die Hilfsschwestern). Die Zahl der katholischen Ordensleute im Deutschen Reich entspricht also im Verhältnisse dem europäischen Durchschnitt und steht sehr weit zurück hinter den protestantischen Ländern Holland, England, Nordamerika, in welchen die katholische Kirche frei ist und nicht gesetzlich so beschränkt wie in unserem „paritätischen" Vaterland.

Interessieren wird auch noch die geschichtliche Entwicklung. Hier ist freilich festzustellen, daß sich die Orden im Laufe des Jahrhunderts stark vermehrt haben. Allein das ist eine Folge der Säkularisation. Wenn die Säkularisation alle Klöster in Deutschland aufgehoben hat, so war das ein unnatürlicher Zustand, der eben behoben werden mußte. Die deutschen Katholiken kranken ja heute noch wirtschaftlich und kulturell an den Folgen der Säkularisation. Es darf also die rasche Vermehrung in Deutschland nicht verglichen werden mit dem Wachstum in anderen Ländern, in welchen eine Säkularisation nicht stattgefunden hat. In Bayern treffen auf 10 000 Katholiken im Jahre 1840: 3,08 Ordensleute; 1860: 14,57; 1884: 18,66; 1899: 27,95; 1912: 38,66. In Preußen (der Reichsdurchschnitt würde wegen des Kulturkampfes kein richtiges Bild geben; zudem fehlt für Elsaß-Lothringen in den ersten 10 Jahren jede Möglichkeit zur Aufstellung einer Statistik) treffen auf 10 000 Katholiken 1872: 10,94; 1886: 7,44 (Kulturkampf!); 1890: 10,94; 1899: 17,25; 1912: 24,54. Daß in Preußen verhältnismäßig weniger Ordensleute sind als in Bayern, ist zum Teil zurückzuführen auf die Ostmarkenpolitik der preußischen Regierung, die mit allen Mitteln das Erstarken des Katholizismus im Osten, in den polnischen Provinzen, zu verhindern suchte. Man vergleiche nur das preußische Gesetz, betr. das Diensteinkommen der katholischen Pfarrer vom 26. Mai 1909. In den überwiegend katholischen Gegenden, in Rheinland und Westfalen, entspricht das Verhältnis der Ordensleute zu den Katholiken ungefähr dem in Bayern.

Wir Katholiken freuen uns über diese Entwicklung, weil sie uns zeigt, daß unsere katholische Religion wirklich noch lebendig ist im Volke, weil sie uns zeigt, daß der Baum der katholischen Religion noch reichliche Blüten und Früchte bringt, und „an ihren Früchten werdet Ihr sie erkennen!" Allein auch jene, die zwar kein unmittelbares Interesse haben an der Religion, denen aber am Wohle des Volkes und an der sozialen Förderung gelegen ist, sollten sich freuen. Denn der Hauptteil des Zuwachses trifft auf Orden mit vorwiegend sozialer Tätigkeit. Im Jahre 1840 waren in Bayern 45,34 % der Ordensfrauen sozial-caritativ tätig, 45,78 % in Unterricht und 8,84 % widmeten sich dem beschaulichen Leben, 1880 waren die Zahlen 38,52 %, 57,33 %, 4,15 %. (Die Zunahme der Schulorden erklärt sich aus der Gründung verschiedener größerer Töchterinstitute und der Uebernahme vieler Landschulen durch Ordensfrauen in den siebziger Jahren.) 1915 aber waren die Zahlen: 63,43 %, 31,54 %, 5,93 %. Auch in den letzten Jahren weist die erste Gruppe, die der sozial-caritativ tätigen Ordensfrauen ein größeres Wachstum auf zum Besten der Armen im Volke.

Das Wachstum der Orden bildet keine Gefahr für unser Volk. Im Gegenteil! Das Volk wird nur Nutzen ziehen aus einem blühenden Ordensstande im Land, namentlich die untersten Schichten des Volkes, diejenigen, die der Fürsorge am meisten bedürfen. Möchten doch alle Volksgenossen einsehen, daß wir Ordensleute nichts anderes suchen, als neben Gottes Ehre und unserem Seelenheil das Wohl unserer Mitmenschen! Möchten sie uns doch arbeiten lassen ohne Beschränkung und ohne Hindernis! Wir werden, wie wir bisher getan, auch in Zukunft erst recht unsere ganze Kraft schenken unserem armen lieben Volke.

Das Ueberwuchern der materiellen Belange und die Geburtenverhütung.[1)]

Von Geh. Medizinalrat Dr. J. Borntraeger, Düsseldorf.

Der Wunsch nach tunlichst ungehindertem Geschlechtsverkehr innerhalb und außerhalb der Ehe bemächtigte sich der verschiedenen empfängnisverhütenden oder -wieder beseitigenden Methoden natürlich mit größter Begeisterung; denn was konnte der Betätigung dieses Wunsches förderlicher sein als Mittel, jenem Verkehr seine natürlichen Folgen zu nehmen?

In gleicher Richtung wirkte sodann ganz besonders der geradezu ins Maßlose gesteigerte wirtschaftliche Sinn. Einerseits erklärten immer mehr Leute, nicht genug Geld zu haben, um eine größere Kinderschar aufzuziehen; andere begnügten sich mit der Behauptung, sie dürften ihre Kinder nicht unter schlechteren wirtschaftlichen Verhältnissen zurücklassen, als in welchen sie selbst gelebt hatten; dann aber: Wie viel Geld ließe sich nicht sparen, wenn die Kinderzahl ganz klein blieb! Gehalt, Lohn und sonstiger Arbeitsverdienst würde nicht so stark geteilt, auch nicht das Erbe; je weniger Kinder da wären, desto mehr könnte für jedes aufgewandt werden, desto reicher würde es. Dabei fielen die Kosten für Geburten weg und die Ausfälle am Verdienen der Frau gelegentlich der Schwangerschaft. Dadurch steigerten sich die Möglichkeiten der besseren Ausbildung der wenigen Kinder, des sozialen Höherkommens und die Heiratsaussichten, zumal der Mädchen. Gleichzeitig stiegen auch die Möglichkeiten eines besseren Wohnens, eines behaglicheren Lebens, einer günstigeren und verfeinerten Ernährung und sonstiger Lebensgenüsse und -vorteile. Damit haben wir schon das Gebiet der Gesundheitlichkeit und der übrigen materiellen Vorteile erreicht, insoweit diese durch kräftigere Ernährung, besseres Wohnen und gehobene Lebenshaltung gefördert wird. Doch noch weitere gesundheitliche Vorteile wurden der Kleinhaltung der Familie nachgerühmt: eine Verminderung von Schwächung, Krankheit und Sterben der Frauen durch Verseltenerung der Schwangerschaften und Wochenbette, desgleichen eine Kräftigung und Herabsetzung von Kränklichkeit und Sterblichkeit bei den Kindern; „Qualität, nicht Quantität" — das wurde das Schlagwort, um die Kinderzahlbeschränkung zu rechtfertigen.

Auch hier leistete die Wissenschaft den Wünschen der Allgemeinheit Vorspanndienste. Medizin und Statistik „bewiesen", daß Schwangerschaft und Wochenbett die Tuberkulose höchst ungünstig beeinflussen, desgleichen Blutarmut, und daß zumal häufigere Schwangerschaften derartige Krankheitszustände, ebenso auch Nervosität, Unterernährung, Schwäche, Frauenleiden, ja, den Tod herbeizuführen geeignet seien, also vermieden werden müßten; immer größer wurde die Zahl der Krankheitszustände, die angeblich die Mutterschaft ausschließen. Ebenso sollte die Säuglingssterblichkeit im direkten Verhältnis zum

[1)] Vgl. „A. R." 1918 Nr. 39, S. 550, Nr. 42, S. 600, Nr. 45, S. 650, 1919 Nr. 1, S. 6.

Kinderreichtum stehen, mithin am größten sein in kinderreichen Gegenden und Familien; tabellarisch glaubte man ermittelt zu haben, daß die Aussicht, am Leben zu bleiben, mit der Reihenfolge der Kinder mehr und mehr schwinde. Immer häufiger hielten sich daher Aerzte für berechtigt, eine Schwangerschaft zu verhüten oder auch zu beseitigen. Wo nichts Krankhaftes nachgewiesen werden konnte, da mußte schließlich die sogenannte „soziale Indikation" herhalten, d. h. die Meinung der Eltern bzw. des Arztes, daß unter den gegebenen sozialen Verhältnissen die Vergrößerung der Familie nicht geduldet werden dürfe, weil sie den bestehenden Nahrungszustand beeinträchtigen würde.

So erklärte z. B. der schon erwähnte Arzt Dr. Rohleder auf dem Kongreß für Neumalthusianismus 1911 frank und frei: „Jeder Armenrechtler, also jeder, der nicht genügend für sich bzw. seine schon bestehende Familie, Subsidien, Nahrungsmittel schaffen kann, hat — keine Berechtigung, noch weitere Kinder in die Welt zu setzen. Mit dem Momente, wo er Armenunterstützung empfängt, hat der Betreffende das Recht zur Zeugung (wohlgemerkt nicht das Recht auf Sexualgenuß) verloren. Auch diesbezüglich hätte der Staat dafür zu sorgen, — Neomalthusianismus ärztlich zu verordnen. Denn in solchen Fällen dafür zu sorgen, daß bei diesen Leuten das soziale Elend nicht vergrößert wird und damit die soziale staatliche Unterstützung weiterer Kinder, das zu verhüten ist Pflicht des Staates." Also: Der Staat soll hiernach Armenhäuslern empfängnisverhütende Mittel ärztlich liefern lassen und sie zwingen, nur mit deren Anwendung ihren Eheverkehr zu unterhalten, damit keine neuen Kinder entstehen, für die der Staat zu sorgen hat! Und der Frauenarzt Max Hirsch will bei wirtschaftlicher Not sogar die Abtreibung angewandt wissen. „Es ist unlogisch und ungerecht, die überall sonst geduldete und geübte soziale Indikation beim therapeutischen Abort zu verleugnen; sie kann — auch für sich allein dastehen. Der wirtschaftliche Notstand kann die einzige Anzeige sein." „Durch übermäßigen Zuwachs wird der Bestand der Familie gefährdet: Nahrungsmangel, Wohnungselend, Kleidungsnot, körperliche und sittliche Verelendung sind die Folgen." „Das sind die sittlichen Fundamente der absoluten sittlichen Indikation" („Deutsche medizinische Wochenschrift" Nr. 5, 1918, S. 127). Also Abtötung des keimenden Menschen zugunsten der besseren Gestaltung der wirtschaftlichen Lage der Eltern und Geschwister!

Aehnlich dachten und handelten bzw. handeln auch andere Aerzte, wobei der Begriff des wirtschaftlichen wie auch des gesundheitlichen Bedürfnisses naturgemäß verschieden weit gefaßt wurde. Aeltere Aerzte waren demgemäß oft geradezu entsetzt, wie häufig sie z. B. ganz kräftige Frauen des Arbeiterstandes operativ entweibt oder mit empfängnisverhütenden Apparaten versehen oder auch zur Abtreibung gebracht sahen.

Doch die ärztliche Wissenschaft blieb keineswegs allein in dieser Anschauung; auch die Rassenhygiene, die Soziologie, die Volkswirtschaft und die Rechtswissenschaft hatten Reichliches für diese Grundsätze übrig. So erklärte z. B. der Volkswirtschaftler Reinhold („Die bewegenden Kräfte der Volkswirtschaft"): „daß eine kleine, aber glückliche und vor Lebensnot gesicherte, individuell entwickelte Volksmenge wünschenswerter ist als eine große, unermeßlich wachsende, in der Konkurrenz um das Dasein der Lebensfreude und Ruhe beraubte und nach Köpfen gezählte Masse." Und der bekannte Schmoller hat einmal gemeint, es sei „vor Gott und den Menschen verdienstvoller, wohlgefälliger und richtiger, weniger Nachkommen zu zeugen und auf deren Erhaltung und Erziehung größere Sorgfalt und materielle Opfer zu verwenden, als eine große Anzahl einem baldigen Eingehen in erhöhtem Maße auszusetzen."

Ebenso erklärte der Staatsanwalt Dr. Bechmann („Zentralblatt für Gynäkologie" Nr. 50 von 1910, S. 1625/28), die dauernde Unfruchtbarmachung einer Frau aus sozialen Gründen trage nicht den Charakter des Unsittlichen, wenn die betreffende Person das selbst wolle. Und der Jurist Binding meint (Lehrbuch des gem. deutschen Strafrechts 1902, S. 217), empfängnisverhütende Gummiartikel dürften nicht als zum unsittlichen Gebrauch bestimmt angesehen werden, „denn sie finden auch zur Verminderung des Familienelendes durch eine Ueberzahl der Kinder Verwendung". Schickelé (Strafrecht und Frauenheilkunde, Wiesbaden, bei Bergmann, 1909) spricht vom „Kinderüberfluß" bei offenbarer Armut und der hierdurch beeinflußten Abtreibung, und der Amtsgerichtsrat B. Wilhelm meint, in solchem Falle brauche der Arzt durch die Vornahme der Abtreibung nicht unmoralisch zu handeln („Deutsche medizinische Wochenschrift" Nr. 7, 1918, S. 186/87). Daß dieser Autor seine Hoffnung gleichzeitig auf eine „Aera des allgemeinen Völkerbundes, des Schiedsgerichts und der Abrüstung" setzt, läßt sein Urteil allerdings nicht wertvoller erscheinen. Alle aber vergessen sie in ihrer Sucht nach „Wirtschaftlichkeit", daß sie ihre Menschenfreundlichkeit durch Vernichtung eines keimenden Menschen betätigen wollen.

So groß ist bereits die Begriffsverwirrung.

Dabei wird nicht nur der angeblichen Vorteile des Geburtenverhütens für den Einzelnen gedacht, sondern oft auch für die Allgemeinheit: Durch die Kinderzahlbeschränkung sollte sich die Zahl der Insassen von Armenhäusern, Krankenhäusern, Irrenanstalten, Gefängnissen, auch der Schulkinder, vermindern, demgemäß auch die Kosten für den Bau und den Betrieb aller dieser Anstalten, desgleichen für Heer und Flotte erniedrigen lassen; daher sei die künstliche Beschränkung zu fördern. So konzentrierte sich die allgemeine Anschauung immer mehr dahin, Kinder in erster Linie als wirtschaftliche Last — sowohl für das einzelne Ehepaar als auch für das Volksganze — zu werten.

Die Sucht nach materiellen Vorteilen unter völliger Beiseitesetzung sittlicher und ideeller Gesichtspunkte hatte die Köpfe der Menschheit tatsächlich bereits so verwirrt, daß die Kritik nahezu ausgeschaltet erschien und man mit der künstlichen Kinderbeschränkung so etwa den Stein der Weisen oder das Allheilmittel auf wirtschaftlichem, gesundheitlichem und „sozialem" Gebiete gefunden zu haben glaubte. Daß in dieses seichte Fahrwasser der materialistisch geleiteten Kritikarmut die heutzutage so einflußreichen Kräfte der Kurpfuscherei und der „Naturheilkunde", desgleichen der sozialen Demokratie und des doktrinären Liberalismus, weiter ein gut Teil offizieller Frauenbewegung und demgemäß der Presse und Literatur und infolge davon schließlich der öffentlichen Meinung einbogen, darf nicht weiter Wunder nehmen.

So war man denn in weiten Kreisen unseres Volkes immer mehr dahin gekommen, die Frage des Geburtenbeschränkens lediglich vom Standpunkte des materiell Vorteilhaften, dem Geschäftlichen ähnlich, zu betrachten, und da diese Frage unbedingt bejahenswert erschien, so gelangte man, da eben kräftige sittliche Hemmungen fehlten, ganz naturgemäß dazu, dieses künstliche Geburtenverhüten selbst ausgiebig zu üben, den Nachkommen und anderen eindringlich zu empfehlen und diejenigen, die es nicht taten, für dumm, minderwertig, zurückgeblieben und rückständig zu betrachten und zu behandeln, sich selbst aber als höherstehend, aufgeklärt, weitblickend zu verherrlichen. So ist eine tatsächliche Verdrehung der Wertschätzung entstanden. In einer Zeit, in der man sich so gern mit Perversem beschäftigt, sind die Ansichten selbst pervers geworden.

Es gehört nicht zur eigentlichen Aufgabe dieser Arbeit, zu prüfen, inwieweit die Anschauungen und Behauptungen über die Vorteilhaftigkeit des Geburtenbeschränkens wirklich zutreffen, denn was unsittlich ist, das ist eben niemals erlaubt, und wenn es noch so nutzbringend erscheint; der Vollständigkeit halber mag aber doch gesagt werden: Tatsächlich sind die Behauptungen über die Zweckmäßigkeit des Geburtenverhütens teils unzutreffend, teils übertrieben, teils nur scheinbar richtig.

Wenn gesagt wird, wirtschaftliche Not sei die Quelle des Geburtenverhütens, so ist zu fragen: Wo hat denn das moderne allgemeine Kinderbeschränken begonnen? In dem reichen Lande Frankreich, dem „Bankier der Welt". Wo hat es bei uns zuerst Fuß gefaßt? In den wohlhabenden Klassen. Und wann ist es auf die Volksmassen übergesprungen? Als es diesen Menschen so gut erging wie wohl noch nie in der Weltgeschichte. Deutschland war ein schwer reiches Land geworden. Auch in den unteren Kreisen mangelte es wahrlich nicht an Geld und wirtschaftlicher Sicherheit (Sozialversicherung) zur Kinderaufziehung. Und die glücklicherweise immer noch zahlreichen Familien mit vielen Kindern, die auch heute durchkommen, sind ein schlagender Beweis dafür, daß das eben ganz gut möglich ist.

Auch die Behauptung, daß es wirtschaftlich vorteilhafter sei, weniger Kinder zu haben, ist von recht zweifelhafter Gültigkeit. Natürlich kosten Kinder zunächst Geld, um so mehr, je zahlreicher sie sind. Sie bringen aber auch später, wenn sie in Stellungen sind, mehr ein, je mehr sie sind, die Kinder sind eben „wandelnde Sparpfennige". Dazu kommt, daß die Anwesenheit von Kindern die Eltern weit mehr antreibt, alle ihre Kräfte zum Verdienen und Sparen einzusetzen, unnötige Ausgaben für allerhand zweifelhafte Genüsse aber zu unterlassen, als das bei kinderlosen oder kinderarmen Ehegatten der Fall ist. Würde man hierüber einmal Statistiken aufmachen, so würde man, wie das kleine bearbeitete Gebiete bereits vermuten lassen, wohl sicher deutlich erkennen, daß kinderreiche Eltern es im Durchschnitt tatsächlich wirtschaftlich und geldlich weiter bringen als andere. Dasselbe wird vom sozialen Hochkommen gelten, durch das sich durchaus nicht kinderlose und kinderarme Eltern auszuzeichnen pflegen, sondern oft gerade kinderreiche und Abkömmlinge aus solchen — wie auch nur kinderreiche Völker vorwärts kommen — nicht aber Völker mit abnehmender Kinderzahl.

Gleiches gilt vom Erziehen. Natürlich kostet das Erziehen von Kindern Mühen und Sorgen. Daß die Mühen des Erziehens aber proportional mit der Zahl der Kinder steigen, ist ein Trugschluß. Grade Einzelkinder erfordern besonders viele Mühen beim Erziehen und gedeihen, wie Erfahrung und Statistik zeigen, keineswegs besonders gut, während mehr Kinder sich gegenseitig erziehen; die älteren Geschwister geben das von den Eltern Anerzogene unbewußt weiter, alle schleifen sich aneinander ab, lernen sich schicken wie durchsetzen und vor allen Dingen gewöhnen sich die beiden Geschlechter aneinander; es wird bei ihnen die Lüsternheit nicht so leicht aufkommen wie zum Beispiel bei Einzelsöhnen.

Und nicht anders ist es schließlich mit der Gesundheit. Schwangerschaft und Gebären sind nicht, wie es gewisse Sozialpolitiker und Hygieniker gern hinstellen möchten, etwas Krankhaftes, sondern etwas durchaus Natürliches, völlig natürliche Zustände für das erwachsene Weib, das doch gewiß nicht dafür während 30 Jahre fruchtbar geschaffen ist, um einem, höchstens zwei Kindern das Leben zu geben, im übrigen aber den Geschlechtstrieb lediglich zu seinem eigenen und anderer Vergnügen auszunutzen. Das Unnatürliche ist durchaus die Kinderlosigkeit und Kinderarmut. Demgemäß haften der Schwangerschaft und dem Wochenbett auch gar nicht die Benachteiligungen und Schädigungen an, die eine allgemeine wehleidige

Gemütsverfassung heute ihnen nachsagt. Freilich stirbt alljährlich eine gewisse Zahl von Frauen an der Entbindung, in Deutschland sind es vielleicht 7000. Das ist traurig genug. Aber was will das besagen gegen die vielleicht 20000 Männer (gegen vielleicht 5300 Frauen), die jährlich infolge von — meist gewerblichen — Unglücksfällen und Gewalteinwirkungen das Leben einbüßen? Verlangt man deswegen Einstellung der Arbeit? Und wie kommt es doch, daß die Todesfälle im Kindbett bei weitem am meisten dort vorkommen, wo die wenigsten Kinder geboren werden? Im allgemeinen ist die Kindbettsterblichkeit in den letzten Jahren in Deutschland zurückgegangen; gestiegen und hoch ist sie aber im kinderarmen Berlin (1,82 ‰ im Jahrsechst 1910/15), im kinderarmen Regierungsbezirk Potsdam (1,04 ‰), dagegen gering in den kinderreicheren Bezirken Gumbinnen (0,53 ‰), Münster (0,76 ‰).

Also grade dort macht sich die Kindbettsterblichkeit besonders geltend, wo die Geburten durch allerlei üble Machenschaften absichtlich hintertrieben werden. Sehr erklärlich! Sagte doch ein erfahrener Essener Frauenarzt, Dr. Gammert, mit vollem Rechte: „Die Frauen erkranken weit mehr an den Kindern, die sie nicht haben, als an denen, die sie haben." Und verschiedene Umfragen haben das bestätigt. Ließ sich doch zum Beispiel nachweisen, daß im rheinisch-westfälischen Industriegebiet binnen 5 Jahren allein in der Praxis einer begrenzten Zahl von Aerzten etwa 125 Frauen an den Folgen der kinderverhütenden Machenschaften zugrunde gegangen waren! Wieviele mögen es wohl im ganzen gewesen sein? Und dazu die zahllosen, oft lange und selbst lebenslänglich währenden schweren Frauenleiden! Wie manche Fälle sind nicht schon bekannt geworden, in denen der Ehemann die Frau, die er am Morgen kerngesund verlassen hatte, am Mittag tot wiederfand, die unselige Spritze neben sich! Nein, das Kinderverhüten wirkt keineswegs lebensverlängernd und krankheitsverhütend.

Und wie mit den Müttern, so ist es mit den Kindern. Es ist einfach nicht wahr, daß Kinderreichtum naturgemäß zur größeren Säuglingssterblichkeit führe, daß die späteren Kinder leichter zugrunde gehen als die früheren, schwächlicher seien und weniger taugten, daß die Kinder sich gegenseitig „erdrückten", wie eine gewisse Tendenzwissenschaft uns glauben machen möchte. Wir wissen längst, daß die Säuglingssterblichkeit davon abhängt, wieviele Mütter selbst stillen, und wie hoch die Säuglingsfürsorge entwickelt ist. Köppe zu Gießen hat in langen, genauen Untersuchungen ermittelt, daß zum mindesten bis zum 8. Kinde Kräftigkeit und Tüchtigkeit der Kinder nicht abnimmt, und daß kein Grund vorliegt, solches bei späteren Kindern anzunehmen. „Sie werden immer besser", wie er sich ausdrückt.

Und welche Qualitätsmenschen stammen nicht aus kinderreichen Familien! Fichte war das älteste Kind unter 8 eines armen Leinenwebers, Fraunhofer das letzte unter 10 eines unbemittelten Glasermeisters, Werner von Siemens war der älteste unter 14 Geschwistern, Hans Memmling das 6. unter 18, Albrecht Dürer und Peter Cornelius die 2. unter 6 bzw. 7 Brüdern, Haendel das letzte unter 10 Kindern, Overbeck das 5. unter 6, Haydn eines unter 12, Mozart unter 7, der erste Napoleon das 2. unter 14, Geibel das 7., Franklin das 17. einer armen Handwerkerfamilie, Katharina von Siena das 20. unter 24, Ignaz von Loyola das 10. von 11, Cervantes das 4., Gellert eines unter 13, Lessing das 13., Freiherr von Stein das 3., Bismarck das 4. unter 6, Blücher das 7, der erfolgreiche Fliegerleutnant Baldamus (18 Siege) das 8. und Hindenburgs Vater das 13. unter 14 Kindern. Wie sähe die Welt, wie sähe insbesondere Deutschland aus ohne diese Söhne kinderfroher Eltern!

Nun wird gesagt werden können: Das mag alles wahr sein; es läßt sich aber nicht leugnen, daß eine größere Kinderschar viele Schwierigkeiten und Mühen schafft, die kinderarme Eltern nicht haben, so in bezug auf Geldbeschaffung, Ernährung, Kleidung, Wohnung, Stellung, Abhängigkeit vom Arbeitgeber und Hauswirt und manches andere; wer sich Kinder fernhält, handelt deswegen nicht besonders materiell oder gar unsittlich, er paßt sich eben nur den Zeitumständen an; das Zusammendrängen der Menschen in die Städte, die Industrialisierung, die Teuerheit von Grund und Boden in solchen Gegenden, die immer höheren Ansprüche an die Vorbildung Heranwachsender usw. haben eben kinderfeindliche Verhältnisse geschaffen, und Staat und Gesellschaft haben nicht das Nötige getan, um diese Folgen zu mildern und zu verhüten; man hat die kinderreichen Leute eben so schlecht behandelt, daß die Menschen nun nicht mehr viele Kinder haben wollen. Es kann nicht geleugnet werden, daß in solchen Worten manches Wahre liegt. Aber sind es denn nicht immer wieder nur gewinnsüchtige Motive, welche diesem Gebaren zugrunde liegen? welche den Kinderreichen vom Wohnungsmarkt geradezu ausschließen, in den Mietverträgen den Familienzuwachs tatsächlich verbieten, die angestellten Gärtner, Pförtner, Diener ausschalten oder zur Entlassung bringen, sobald sie Kinder haben oder bekommen u. dgl. m.? Ob der Materialismus lediglich bei den Kinderbeschränkern selbst ausgeprägt ist oder den Zeitgeist beherrscht, das ist schließlich einerlei; das Maßgebliche ist, daß der Materialismus und Nationalismus in der Richtung der Kinderbeschränkung wirkt. Und es bleibt ferner immer die Tatsache bestehen: mag der Kinderreichtum noch so manche Unannehmlichkeiten und Nachteile und das Kinderbeschränken noch so viele Augenblicksvorteile bringen — als ausgesprochen unsittliche Handlung ist diese Maßnahme nie erlaubt. Und daß das Leben auch auf dem Boden des Festhaltens an Sittlichkeit erfolgreich durchgeführt werden kann, das lehren eben immer wieder jene zahlreichen kinderreichen Familien, die es noch in Deutschland gibt.

Joseph Seeber †.

Ein kleines Gedenkblatt.

Am Karsamstag ist Joseph Seeber, Akademiepfarrer i. R. in Enns (Oberösterreich) gestorben. Sein erstes — und wohl auch sein bedeutendstes Werk ist das wuchtige, farbenglühende tiefe Jamben-Epos „Der ewige Jude". Formvollendet und mit wundervoller Plastik behandelt er darin die Sage Ahasvers. Und sein letztes Werk, das er erst während des Weltkrieges der Oeffentlichkeit übergab, ist wieder ein Epos: „Christus". Eine neue Messiade, die unwillkürlich an die Klopstocks erinnert, nur ist Seebers Werk von tieferer religiöser Wirkung. Auch hier zeigt sich der Dichter als ein Meister der Sprache und Gestaltung. Zwischen diesen beiden Monumentalwerken erschienen die poesievolle Legende „St. Elisabeth von Thüringen" und eine hübsche Anzahl kleinerer Erzählungen. Einzelnes (z. B. „Saulus", „Antoinette") blieb leider unvollendet oder wurde vom Dichter selbst vernichtet. Auch auf dramatischem Gebiet versuchte sich Seeber mit Erfolg. „Spinges", 1897 anläßlich der 100 Jahrfeier in Tirol gedichtet, mehr noch aber die fünfaktige kraftvolle Tragödie „Judas" (1887) zeugen von großem Können und feiner Gestaltungskraft. Selbst ein Bändchen lyrischer Gedichte „Ein fliegend Blatt" schenkte er uns, die aber hinter den anderen Dichtungen weit zurückstehen. Als Literarhistoriker erwarb sich Seeber besonders durch die Neubearbeitung und Fortsetzung von Lindemanns Literaturgeschichte ebenfalls einen klangvollen Namen.

Wenn nun auch all seine Werke im Wandel der Zeiten trotz ihrer Größe in Vergessenheit geraten sollten, so wird sich eines seiner Lieder doch ewig erhalten. Wie das Weihnachtslied „Stille Nacht, heilige Nacht" am Weihnachtsabend überall, wo Deutsche leben, gesungen wird, so wird, gilt es eine katholische Feier — zumal im Monat Juni — auch stets das Lied „Auf zum Schwure Volk und Land, heb' zum Himmel Herz und Hand", das Herz Jesu-Bundeslied gesungen werden, dessen Verse von Joseph Seeber gedichtet und von Propst Mitterer vertont wurden. Es ist das schönste, aber auch unvergänglichste Denkmal, das sich der Tirolerpoet in den Herzen der deutschen Katholiken setzte. Den Anlaß zu diesem Lied gab die hundertjährige Gedenkfeier des religiösen Bundes der Tiroler im Jahre 1897. Von da nahm es seinen Siegeslauf um den Erdball. Der ursprüngliche Text dieses ebenso erhebenden wie kraftvollen Kirchenliedes, das eigentlich nur für Tirol bestimmt war, lautete: „Auf zum Schwur Tirolerland . . . . .", wurde aber bald so volkstümlich, daß der Wortlaut der ersten Verszeile in die jetzige Form umgewandelt wurde.

Nun noch einige biographische Daten. Joseph Seeber wurde am 4. März 1856 zu Bruneck in Tirol geboren, studierte in Brixen und Innsbruck und erhielt 1878 die Priesterweihe. Nach einigen Jahren Seelsorge wurde er Gymnasialprofessor, 1881 in Brixen, 1887 an der Militär-Oberrealschule in Mähr.-Weißkirchen und 1903 an der militärtechnischen Akademie in Mödling, von wo er 1915 als Akademiepfarrer in den Ruhestand trat. Seit fast 25 Jahren schwer leidend — er war halb erblindet — übte er dennoch sein ihm so lieb gewordenes Amt stets mit unermüdlichem Eifer aus.

Nun ist sein Auge gebrochen, ein edles Tirolerherz steht still; sein Andenken aber wird fortleben in seinen Werken, besonders im Herz-Jesu-Bundesliede, dessen Verse wir gerade in unseren Tagen stets eingedenk sein sollen.

Fest und stark zu unserem Gott,
Stehen wir trotz Hohn und Spott;
Fest am Glauben halten wir,
Unseres Volkes schönster Zier.

Hans Wogme, Wien.

Vom Büchertisch.

Im hohen Norden. Reiseskizzen aus Schottland, Island, Skandinavien und St. Petersburg. Von Alexander Baumgartner S. J. Freiburg 1919, Herdersche Verlagshandlung. VIII u. 240 S. 8°. Preis geb. ℳ 6.—. Das mit zehn interessanten Abbildungen geschmückte Buch gehört zu der vom Herderschen Verlage herausgegebenen Reihe „Aus aller Welt. Eine neue Bücherei der Länder- und Völkerkunde". Als verkürzte Volksausgabe des von dem als Literarhistoriker und Reiseschilderer berühmten Verfasser stammenden dreibändigen Werkes „Nordische Fahrten" (1884—90) stellt es eine Anzahl der fesselndsten Abschnitte jener mehr für den Gelehrten bestimmten Arbeit, entlastet von weitschichtigen Untersuchungen, für einen größeren Leserkreis zusammen. Den wichtigsten Teil bilden Schilderungen aus dem fernen, sagenumkränzten Island. Einige Beschreibungen aus Schottland, Schweden, Norwegen und St. Petersburg steigern den Reichtum des Inhaltes. In der Malerei prächtiger Sprache ziehen die Bilder der nordischen Landschaft, des Kultur- und Volkslebens vorüber, erklingen Sagen und Mären, schimmert der stille Glanz einer echt germanischen, ursprünglich und schlicht verbliebenen Kunst. Zu den schönsten Abschnitten gehören die über einen Besuch im Arbeiterviertel zu Glasgow, die Schilderung des Geysir, des Hardangerfjordes; über das katholische Island des Mittelalters. Alles ist mit Begeisterung für die Herrlichkeit der Natur, mit scharfem, hellem Blicke gesehen, mit warmem Herzen empfunden und verkündet die rege, verständnistiefe Anteilnahme des Verfassers an jenen sozialen Fragen, die gerade heute jedermann in Anspruch nehmen. Was dem Buche besonderen Wert verleiht, sind seine

Nachrichten über das katholische Glaubensleben im Norden. Trotz der kraftvoll persönlichen Auffassung, die sich überall kundgibt, ist das Buch ruhig, objektiv; gerade auf dieser Eigenschaft beruht die ihm innewohnende Stimmung; mit tiefstem Ernste mischt sich oft ein wohltuender Humor. So bietet diese Volksausgabe des berühmten großen Werkes nicht nur wahre Belehrung, sondern auch eine Fülle des Unterhaltsamen und eignet sich daher ganz besonders für Familien, Volks- und Jugendbüchereien. Dr. O. Doering.

Empor zum Licht. Gedichte von Stella Maris. Regensburg, Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz. 72 S. *M* 2.40.

„Was ich wage hier zu bieten —
Nehmt es auf als Erstlingswerk!
Prüft die Worte nicht und Verse
Mit zu klüglichem Verstand!
Nur zum Herzen wollt' ich sprechen,
Wie im Herzen ich's empfand. —“

Mit dieser Bitte um ein nachsichtiges Urteil entwindet die fromme Sängerin dem Kritiker das scharfe Instrument. Es sei drum. Das Büchlein enthält viele gute Gedanken und schlägt Töne an, die bei gleichgestimmten frommen Seelen Anklang finden werden. Es spricht ein Herz daraus, das sich durch bangen Zweifel und bitteres Leid zum beseligenden Glauben, zur Ergebung in Gottes Willen, ja zum freudigen Danke für die erlösende Gnadengabe des Leides emporgerungen hat. Nur hätte der Strauß ein besseres Gefäß verdient. Wer ein feinfühliges Ohr hat, wird sich vielfach an den rhythmischen Unebenheiten und der Vernachlässigung des Reimes stoßen. Das Dithyrambische, das nicht an Reim und Maß gebunden ist, liegt der Dichterin am besten. Es sei ihr aber doch ans Herz gelegt, mehr auf die Form zu achten und sich Goethes Wort „Ein Gedicht soll entweder vortrefflich sein oder gar nicht existieren“ zu merken. Leo van Heemstede.

Biblische Erziehungsbilder. Ein Büchlein für christliche Eltern. Von Anton David, S. J. 8° 120 S. *M* 2.80. Regensburg, Pustet. 1919. Das Buch der Bücher erweist sich immer wieder als bester Ratgeber für den Gesamtumfang unserer Lebensfragen. Im vorliegenden Büchlein wird in enger Anlehnung an die Hl. Schrift ein dort oft berührtes Thema ausführlicher und im Zusammenhang behandelt, die Erziehungsfrage, zumal nach der praktischen Seite. An wirksamen Beispielen aus dem Alten Bund von Erziehern und Zöglingen, Erziehungsfrüchten und -mißerfolgen wird das Amt der Erziehung in seiner Gewichtigkeit dargetan, die dabei unterlaufenden Fehler finden sich beleuchtet und damit sind zugleich praktische Fingerzeige zur fruchtbaren Ausübung des verantwortungsvollen Erzieherberufes gegeben. In einer Zeit eifriger Erörterung der Jugendbildungsfrage, die so tiefgehende Gegensätze zeigt, ist eine Darlegung der altbewährten Erziehungsgrundsätze im Lichte der Hl. Schrift ganz besonders am Platze. O. Heinz.

Dr. theol. Joh. Albani, Pfarrer in Bad Lausick, **Du bist Petrus!** Zur Begründung der hochkirchlichen Vereinigung. Siegen 1919, Verlag der Buchhandlung der Evang. Missions-Gesellschaft. 24 S. *M* 1.—. Auch in deutschen protestantischen Kirchen haben sich in der „Hochkirchlichen Vereinigung“ Männer zusammengetan, die nach dem Vorbilde der Anglikanischen Hochkirche das bischöfliche Amt und eine reichere Gliederung und Ausstattung des Gottesdienstes wünschen. Die vorliegende Schrift führt in einem Vortrage die Grundsätze dieser Vereinigung näher aus. Gewiß ein auch für den Katholiken interessantes Thema! Die Verhältnisse der Neuzeit, die zu einer Lösung der protestantischen Kirche Deutschlands von den Landesobrigkeiten geführt haben, lassen die Hoffnung zu, daß auf dem eingeschlagenen Wege ein großer Schritt vorwärts getan werden kann. Die Ausführungen Albanis muten uns Katholiken wie ein Gruß an, den ein Wanderer aus noch ziemlicher Ferne an das gesuchte, jedoch nur erst unklar gesehene Ziel seiner Wanderschaft richtet. Dieses Ziel ist die katholische Kirche; sie schwebt dem Vortragenden stets vor, wird indes namentlich in ihrem Innern noch nicht mit sicherem Blick geschaut. Der Grundgedanke des Vortrages ist: die von Gott gewollte Vollständigkeit und Katholizität der kirchlichen Organisation fordert für einzelne Bezirke ein vom Staate unabhängiges bischöfliches Amt und für die ganze Kirche einen obersten Hirten. Es herrschen aber Gegenständlichkeit, Selbständigkeit und Vollständigkeit zumeist in der katholischen Kirche. Der Wanderer ist indes vom Ziel noch weitab: Von Christus wird in Worten gesprochen, die erkennen lassen, daß der Glaube an seine Gottheit fehlt, die kirchlichen Aemter werden nur hergeleitet aus dem kurz angegebenen Begriff von der Kirche, nicht aus einer übernatürlichen Ausstattung der Apostel und ihrer Nachfolger. Die Macht, das Bußsakrament zu spenden, wird auch dem Laien zuerkannt, dem Papst möchte man Jerusalem zur Residenz zuweisen, Kirchensprache solle das Englische werden, das Gebot des Zölibats soll wegfallen usw. Die Ausführungen verdienen volle Beachtung. Geistl. Rat Dr. Hoffmann.

Bühnen- und Musikrundschau.

Nationaltheater. Mit einer geschlossenen Vorstellung des „Parsifal“ für das werktätige Volk wurde das Prinzregententheater wieder eröffnet, tags darauf begannen die Schauspielvorstellungen, mit denen das Festspielhaus nunmehr in den regelmäßigen Betrieb tritt. Man begann mit „Torquato Tasso“ in der vor kürzerer Zeit im großen Haus des Nationaltheaters gebotenen, hier besprochenen Besetzung. Der Besuch dieses ersten Schauspielabends war ziemlich schwach, die Wahl der Goetheschen Dichtung war keine sehr glückliche. So sehr wir uns auch damals über eine Neueinstudierung dieses Werkes freuten, so wenig eignet es sich für ein volkstümliches Publikum, das an die Geistesschätze unserer Nationalliteratur erst herangeführt werden soll. Ist doch gerade der Tasso von seinem Erscheinen an mehr mißverstanden als verstanden worden. Der Mangel an einer äußeren Handlung hat vielen den Blick doch nicht auf die innere gelenkt. Man lese die Meinungen der Zeitgenossen, der beiden Schlegel u. a. und man wird es nicht als Bildungshochmut auslegen, wenn man zweifelt, ob diese persönlichste Auseinandersetzung des dichterischen Genius mit der Umwelt im Rahmen einer vollendeten Kultur der Form und des Geistes gerade zu Fernerstehenden deutlich sprechen wird, hat doch noch ein Hettner aus Tasso einen (heute noch suspekter gewordenen) Sieg der höfischen Etikette über die Menschenrechte herausgelesen. Die Neueinstudierung der „Räuber“ wird uns Gelegenheit geben, uns eingehender mit der Eignung der Wagnerbühne zum gesprochenen Wort zu beschäftigen. — „Der Revisor“ von Nik. Gogol (1809—1852) ist über das spezifisch Russische der Satire hinaus ein Lustspiel von köstlichem Humor, der ihm stets ein Daseinsrecht auch auf unseren Brettern sichert. Es erscheint fast unglaublich, daß der gleiche Schriftsteller die Posse „Heirat“, die sich eine ganz unglaubliche Geschichte nennt, geschrieben hat. Jedenfalls ist die Einstudierung im „Kleinen Hause“ lediglich eine Folge der unbegreiflichen und unzeitgemäßen russischen Mode, die nicht nur hier an unseren Bühnen herrscht. Der Witz ist sehr dürftig und die Drastik der schlechten Manieren entspricht besser dem Geschmack eines Vorstadttheaters. Das Publikum, das schon lachte, als sein Liebling Waldau spuckte, gurgelte und die Stube kehrte, war mit dem vom Intendanten grotesk inszenierten Schwank recht zufrieden. Der besagte von Waldau dargestellte Junggeselle dünkt uns ein Hausknecht, bis wir erfahren, daß er ein Hofrat mit Oberstenrang sei. Also dieser Herr wird durch eine Heiratsvermittlerin einem jungen Fräulein, das ein Haus besitzt, zugeführt. Es treffen gleichzeitig noch andere Bewerber ein, ein merkwürdiges Sammelsurium von Idioten und Flegeln; das erschwert die Situation. Schließlich heiratet das Mädchen den Hofrat, der durchs Fenster geflohen und zwangsweise in Agafias Arme zurückgebracht wird. Waldau tut an Humor das Möglichste und Frln. Pricken ist sehr niedlich. Es bedarf bei diesen Russen keines Kratzens, daß der Tatare herausschaut.

Neues Theater. Mit „Hedda Gabler“ hatte das Neue Theater wieder einen sehr schönen Darstellungserfolg. Dieses einst viel umstrittene Ibsendrama ist in 29 Jahren lebendiger geblieben, als viele spätere, die uns moralisch ungehemmte Hysterie in viel grelleren Farben malten. Hedda Gabler ist der Typus der Egoistin, die nur zu fordern, nichts zu geben vermag. Innerlich ist ihr die aufopfernde Liebe der Tante des Gatten so unverständlich, wie die geistigen Werte des Löwborgschen Manuskriptes, das sie zerstört, lediglich um niederzureißen, was eine andere aufgebaut hat. Dieser Löwborg war der einzige, den sie geliebt hat; aber diesen Gefühlen zu folgen, verbot ihr ihre Klugheit. Der genialische Mann mit dem schwachen Willen versank in seiner Trinkerleidenschaft, bis es der helfenden Liebe der Frau Elwsted gelingt, ihn aus den Klauen des Alkoholismus zu retten und seinen geistigen Aufgaben zuzuführen. Hedda hat unterdessen einen harmlosen Gelehrten geheiratet, an dessen Seite sie gelangweilt und durch finanzielle Beengung unbefriedigt lebt. Die ungewollte Aussicht auf Mutterschaft steigert ihre Reizbarkeit. Aus Eifersucht auf Frau Elwsted lockt Hedda Löwborg auf die abschüssige Bahn, die ihn dem Trunk wieder zuführt; dem durch seinen Fall und den Verlust des Manuskriptes Verzweifelten drückt sie die Waffe in die Hand. Es ist Heddas Pistole, die man bei dem Toten findet. Diese hat nun die Wahl zwischen einem Skandal oder der Abhängigkeit von der Diskretion eines eigennützigen Hausfreundes. Ihr Stolz läßt sie einen dritten Weg wählen, sie erschießt sich. Frau Rahe-Rohwolt als Gast gab die Titelrolle packend; das Pathologische nur maßvoll streifend, gab sie diese durch Erscheinung und Geist schillernde, aber an Gefühlswerten leere Frau mit viel fesselnden Einzelzügen, die durch ihre hemmungslosen Instinkte gleichsam spielerisch immer mehr dem Bösen zutreibt. Sehr fein zeichnet Ibsen, als Gegenstück zu Hedda, die spießbürgerliche Tante, die durch die Aufopferungsfähigkeit ihres großen Herzens die blendende Außenkultur Heddas mit ihrem Ästhetenspiel vom Sterben in Schönheit so hell überstrahlt. Die meisten Darsteller hielten sich sehr genau in ihrem Äußern an die ziemlich eingehenden Ibsenschen Vorschriften und trafen auch im Ton ihre Gestalten sehr überzeugend; ganz besonders Staufen, auch Kulisch, die Damen Wendt und Hoffmann. Die Figur des Löwborg glich einem mittleren Hofschauspieler in Zivil, die Dämonie des genialen Säufers ward nicht fühlbar. Das Publikum schien gefesselt und spendete nach allen Aktschlüssen lebhaften Beifall.

Kammerspiele. Gg. Kaiser schreibt Stück um Stück. Daß die psychologischen Merkwürdigkeiten seiner Gestalten mehr ersonnen als plastisch gesehen sind, daß auch in Szenen der Leidenschaft nicht der heiße Atem des Gefühles uns anweht, sondern die geistreichelnde Sprache eines „Intellektuellen“ uns ernüchtert, tritt jetzt vielleicht stärker hervor; zum mindesten wird jetzt mehr und öfter betont, was uns von allem Anfang an diesem Dichter gegenüber bedenklich gestimmt hat. Ziegel und Mirjam Horwitz, die man immer wieder gerne an der Stätte begrüßt, wo sie in schöneren Tagen erfolgreich gewirkt haben, begannen ihr Gastspiel mit Kaisers Nachtstück „Der Brand im Opernhaus.“ Ein Kavalier aus den Tagen Ludwigs XV. wurde vom Ekel erfaßt ob seines liederlichen Lebens und er hat sich in einem Waisenhaus ein hübsches, reines Mädchen aussuchen lassen und dieses kurz entschlossen geheiratet. Die junge Frau lebt nun in Glanz und Fülle, aber abgeschlossen von der äußeren Welt. Wenn der Vorhang aufgeht, sehen wir „Herrn von . . .“ Anstalten treffen, die un-

sauberen Geister der Vergangenheit, die in dem Schlosse spuken, noch besser zu bannen, wobei uns dann gleich recht breit Rokoko-Anekdötchen erzählt werden, natürlich nur damit wir von der Notwendigkeit des sittlichen Reinemachens überzeugt werden. Dem Palais gegenüber in der Pariser Oper, in der gerade einer der Bälle abgehalten wird, deren Ruf nicht gerade gut ist, entsteht ein Brand, bei dem viele umkommen. Durch einen glücklichen Zufall wird die junge Frau gerettet, die ihr Gatte schlafend glaubte. Sie hat ihn also belogen, mehr als dies; in der wilden Freude, daß sie ihr schon verloren geglaubtes Leben gleichsam wiedergewonnen, bekennt sie sich zur Lebensfreude, was leider in der Literatur unserer Tage so viel bedeutet, als recht dirnenhaft sich ausgelebt zu haben. Das Experiment mit dem Waisenmädchen ist also mißglückt. Der Gatte tut als sähe er sie nicht; eilt hinüber nach dem brennenden Hause, stürzt in die Flammen und kehrt mit einer verkohlten Leiche zurück, von der er behauptet, daß sie seine Frau sei und die er trauernd aufbahrt. Diese Tat erschüttert den Tenor der großen Oper so, daß er kommt, um den Gatten seiner toten Geliebten um Verzeihung zu bitten. Er trifft mit der lebenden zusammen, die nun, um ihren Mann durch Eifersucht zurückzugewinnen, sich dem Sänger an den Hals wirft und erotische Erinnerungen mit einer Brutalität ausspricht, die abstößt. Daß das Ehepaar sich gegenseitig tief liebt, das wird den beiden allmählich klar, und während die Oper drüben weiterbrennt, brennt hüben die Liebe. Erst stößt er sie fort, später sie ihn und am Schlusse wirft sie sich in die Flammen. An der verkohlten Leiche, die ihr Gatte geborgen, hat sie einen Ring entdeckt, der die Sängerin als Maitresse des Königs dokumentiert. Diesen Ring hat sie sich an den Finger gesteckt. Während die wirkliche Favoritin als die tote Gattin des Kavaliers eingesegnet wird, wird Yvettes Leiche als angebliche Maitresse geborgen. Nun, die moralische Qualität ist nicht sehr verschieden. Diese erklügelten Vorgänge wirken nur theatralisch. Die Gäste spielten gut, ohne ihre besondere Eigenart entwickeln zu können. Der Beifall wurde erst stark, als sich etwas Widerspruch zeigte.

München. L. G. Oberlaender.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Im Zeichen der Versailler Bedingungen — Wirtschaftsausblicke — Anfänge im deutschen Handelsverkehr — Unklarheiten unseres Finanzwesens.

Deutschlands Finanz- und Handelskreise erwarten atemanhaltend die **Entschliessungen der Entente** und sind im voraus auf alles gefasst. Ob die vielfach ausgedrückte Hoffnung des ausgleichenden und eindämmenden Einflusses der politischen Streiks in Italien und vor allem in Frankreich, der vielseitigen Uneinigkeit zwischen den einzelnen Führern unserer Feinde und neuerdings der auftauchenden „japanischen Gefahr“ sich schliesslich doch in einer Zersetzung des drakonischen Tenors des Clemenceau-Friedens bemerkbar machen muss, bleibt im derzeitigen Augenblick mehr als fraglich. Unsere Industriefaktoren rechnen in der Mehrheit mit dem anhaltenden Stillstand der Wirtschaftsmaschine, wie er namentlich unter den Zuckungen der Spartakustage hier und dort unheimliche Formen zeigt. Sind auch vielfach einige Ansätze von beruhigenderen Berichten über Arbeitsbestand, Verdienstmöglichkeit und Ausdehnungsfähigkeit gemeldet, so fehlt doch allenthalben der Elan einer beginnenden neuen Epoche des Wiederauflebens. Unsicherheit in der Versorgung mit den unbedingt notwendigen Rohstoffen, vor allem die unaufhörliche Entwertung unserer Reichsmarkvaluta im neutralen Ausland kennzeichnen allein schon die schwierige Wirtschaftsgestaltung. Dazu kommt die ungelöste Frage des Schicksals der im Saargebiet und in Oberschlesien befindlichen deutschen Industriezentralen, vor allem der ausschlaggebenden Schwerindustrie dortselbst und dadurch im gesamten Deutschland. Dass britisch-amerikanische Finanzgruppen grosszügige Vorbereitungen getroffen haben, im erheblichen Masse Einfluss auf unsere lukrativsten Handels- und Bankgruppen zu gewinnen — eine französische Bank hat in Mainz eine Filiale eröffnet —, bedeutet für unser Wirtschaftsleben eine schwere Hemmung der selbsttätigen Entwicklung. Dazu die Schraube ohne Ende der durch die Lebensverteuerung immer wieder emporgetriebenen Preissteuerungen auf allen Gebieten. Lohnforderungen, Streiks, Arbeitseinschränkungen bedingen naturgemäss neuerliche Schwächung des deutschen Wirtschaftslebens, verhindern jedwede durchgreifende Festigkeit der deutschen Handelskonkurrenz. Die neuerliche, diesmal besonders empfindliche Preiserhöhung des reinisch-westfälischen Kohlensyndikates hat im neutralen Ausland schon im Hinblick auf die dadurch schwieriger denn je gewordene Exportmöglichkeit der deutschen Kohle offensichtlich verstimmt.

Zum guten Teil ist auf solche Taktik auch jene Art von Gleichgültigkeit der heimischen Wirtschaftsinteressenten zurückzuführen, die den sichtbaren **Anfängen des Handelsverkehres** der neutralen Angrenzer mit unseren Importkreisen entgegengebracht wird. Man spricht zwar hierbei von den gewaltigen, an den Grenzen aufgestapelten Waren für Deutschlands Versorgung, aber man erwartet doch keinerlei Preisabbau — wenigstens für die nächsten Monate — in den Artikeln des täglichen Bedarfes. Und doch bedeuteten Sensation: sowohl die Nachricht von dem Eintreffen des seit Kriegsdauer erstmaligen Chigagoer Kabeltelegramms, das eine Offerte auf beträchtliche Mengen von Getreide enthielt, als auch das Einlaufen des ersten Baumwolldampfers in den Hamburger Hafen aus New-Orleans. Solche Schwalben machen zwar noch keinen Sommer; auf Hoffnungen baut sich jedoch jeder kaufmännischer Anfang auf und wir wollen, werden und — müssen eben wieder von vorne beginnen! Dazu bedarf es naturgemäss in erster Linie der Ordnung und Ruhe „im eigenen Hause“, auch eine Ordnung im Steuerprogramm. Dieses ist wieder abhängig von der Grösse der Ententeforderungen, dann auch von der heute noch vollkommen unklaren Entwicklung unseres Wirtschaftsaufbaues. Schon die Zweifel an der ernsten Durchführung der nunmehr bis 30. Juni hinausgeschobenen „Aufstellung eines Vermögensverzeichnisses“ kennzeichnen die mangelnde Einheitsfront in Wirtschaftsfragen. Versuche, Reformen im Notenumlaufwesen, in der Hebung des Staatskredites z. B. heute anzuregen, wären wohl, wenigstens solange die Entente jede Freiheit unseres Handels und Wandels nach Willkür zu korrigieren vermag, zur Unfruchtbarkeit verurteilt, bald abgetan. Und doch sollten wir heute, gerade heute, Klarheit im deutschen Finanzwesen erkennen, zum mindesten aber vorzubereiten versuchen. Vielleicht bringt die von verschiedenen politischen Parteien bei der Nationalversammlung in Weimar eingebrachte Interpellation über die Abwanderung des deutschen Vermögens in das Ausland — Steuerflucht! — einige Grundlagen hierzu.

München. M. Weber.

Schluß des redaktionellen Teiles.

CONCORDIA Cölnische Lebensversicherungs-Gesellschaft.

Rechnungsabschluss für das Geschäftsjahr 1918.

Vermögenswerte.	M	₰
Einlageverpflichtungen der Aktionäre	24 000 000	—
Grundbesitz	2 700 345	13
Hypotheken und Darlehen gegen Schuldverschreibungen juristischer Personen	149 740 897	55
Wertpapiere	26 858 522	50
Darlehen auf Versicherungsscheine	13 658 665	75
Guthaben bei Bankhäusern, Versicherungsgesellschaften und Vertretern	2 770 511	42
Gestundete Beitragsteile	3 574 612	21
Stückzinsen	2 122 164	41
Rückständige Zinsen	464 437	52
Barer Kassenbestand	81 354	86
Sonstige Vermögenswerte	1 761 149	—
	227 782 660	85

Verbindlichkeiten.	M	₰
Aktienkapital	30 000 000	—
Gesetzliche Kapitalrücklage	3 000 000	—
Deckungskapital und Beitragsüberträge	151 757 808	65
Rücklage für schwebende Versicherungsfälle	2 874 946	91
Gewinnrücklage der Versicherten	15 608 050	35
Besondere Rücklagen	2 887 614	54
Guthaben der Sparkasse der Gesellschaft	1 503 119	10
Darlehen gegen Hinterlage	8 750 000	—
Sonstige Verbindlichkeiten	7 594 752	25
Gewinn	4 806 873	55
	227 782 660	85

Versandhaus HELBING Breslau X, Kohlenstrasse 13 versendet Schönheitsmittel zur Haut- und Haarpflege von 12 bis 20 Mk. Nur erstklassig. Fabrikate. Diskreter Versand.

Der russische Terror darf nicht wiederkehren!

Auf in das Wehrregiment München!

Reichswehrgebührnisse. Spätere Uebernahme in die Reichswehr.

Werbestellen bei jedem Polizeiamt.

Höhere Mädchenschule und Frauenschule der Engl. Fräulein München-Nymphenburg.

Internat und Externat.

Aufnahmsprüfung in die I. Klasse:
Montag, den 7. Juli 1919, vorm. 8 Uhr
Vorzulegen sind: Geburtsschein, Taufzeugnis, Impfschein, Schulzeugnis des letzten Jahres. — Die Aufnahmsprüfung erstreckt sich auf den Lehrstoff der vier unteren Volksschulklassen. Eine zweite Aufnahmsprüfung findet statt zu Beginn des Schuljahres 1919/20.

Erziehungs- u. Erholungsheim

Geiselgasteig i. Isartal b. München
für schonungsbedürftige, schwächliche, nervöse oder anderweit. in der körperl. oder geistig. Entwicklung behind. Knaben und Mädchen. — Keine Bildungsunfähig. — Kindergarten, Hilfs-, Volksschule, fr. Sprach., kaufm. Fächer usf. — Schulwerkstätte, Garten- und Landarbeit, Hauswirtschaft. Berufsvorbereitung — Familienleb.; herrl., gesunde Lage. Ferienheim. — Auskunft durch Dr. phil. Engelsperger.

„Sonntag ist's" ist unsere beste katholische Familienzeitschrift." Erfleiner Bote 14. Nov. 1917

„Sonntag ist's"

Eine Zeitschrift mit Bildern.
Herausgeber Dr. Alfons Heilmann.

Vornehme, glänzend illustrierte Familienzeitschrift.
Alle 14 Tage erscheint auf den Sonntag ein Heft.

Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post frei ins Haus M 3.31, im Halbjahr M 6.62, der ganze Jahrgang M 13.24.

Ziel und Zweck von „Sonntag ist's":
Schaffung einer volkstümlichen katholischen Familienzeitschrift größten Stils. — Sorgfältige Auslese und Darbietung des Besten und Schönsten aus Schrifttum und Kunstschaffen der Gegenwart in buchtechnisch vollendeter Form. — Geistiger Zusammenschluß aller Stände des Erwerbslebens und der Bildung auf dem Boden der katholischen Weltanschauung.

Was bietet „Sonntag ist's"?
Spannende Originalromane und klassische Erzählungen der größten Meistersonntagsgedanken über Lebensführung und Wege zum Glück. — Prachtvoll illustrierte Aufsätze über Länder und Völker, schöne Landschaften und Städte, Sitten, Gebräuche und Trachten, alte und neue Volkskunst religiösen und weltlichen Inhalts, geschmackvolle Wohnungseinrichtungen und Hausgeräte, Tier- und Pflanzenwelt, besondere Berücksichtigung der mühsamen, segenschaffenden Arbeit des Volkes aller Berufe. — Wertvolle kleinere Erzählungen. — Humoristische Beiträge. — Kindersachen. — Hauswirtschaftliches: Küche, Wäsche, Handarbeit usw. — Zahlreiche ein- und mehrfarbige Kunstbeilagen.
Verlangen Sie durch Postkarte Gratis-Probeheft vom Verlag von „Sonntag ist's", Werbeabteilung München, Hofmannstraße 1.

Presse-Urteile über „Sonntag ist's":

St. Francisci-Glöcklein. Jan. 1918: „Weitaus die schönste Familienzeitschrift."

Rheinisches Sonntagsblatt. Febr. 13. 1916: „Sonntag ist's" bedeutet für unsere katholische Literaturbewegung eine hervorragende Tat, insofern erstmals für die breitesten Schichten des Volkes eine auf der Höhe der heutigen Illustrationstechnik stehende Zeitschrift geschaffen ward, die in dieser Preislage überhaupt nicht ihresgleichen hat. Der Inhalt der einzelnen Hefte stammt von besten katholischen Schriftstellern und Schriftstellerinnen. Die bildliche Ausstattung ist geradezu verschwenderisch, alles in feinstem Kunstdruck ausgeführt."

Pastoralblatt für den katholischen Klerus Oesterreichs. 1917, Nr. 2: „Jeder Priester, der diese Zeitschrift kennen lernt, wird sie nicht bloß selbst abonnieren, sondern sie mit Begeisterung den katholischen Familien seiner Pfarrgemeinde bestens empfehlen."

Oberschlesische Volkszeitung. 19. Mai 1918: „Diese im besten Sinn moderne und wahrhaft volkstümliche katholische Zeitschrift unterscheidet sich wohltuend von dem vielen neueren Kitsch, auch dem süßlich erbaulichen Familienblattgestöber, wie man's so oft findet."

Würzburger katholisches Sonntagsblatt. 27. Jan. 1918: „Im Herbste 1915 wurde eine neue illustrierte katholische Familienzeitschrift gegründet, die sich trotz ungünstigster Zeitverhältnisse sofort zur führenden Rolle aufgeschwungen hat ... ungewöhnlich glänzende Ausstattung und reicher, echt volkstümlicher Bilderschmuck."

Missionsblätter von St. Ottilien. 2. Nov. 1917: „Wissen Sie, wenn Sie halt uns Soldaten „Sonntag ist's" schicken könnten! Das wäre eine feine Zeitschrift und sie hat so schöne Bilder. So sprach der Artillerist zu mir, der eigentlich ein Philosophie-Student war. Und auch sonst habe ich schon viel rühmen hören, diese junge Zeitschrift, die der katholischen Sache wirklich Ehre macht. Sie hat den rechten Volkston gefunden in ihrer gemütvollen Art.

Verlag von Hermann Rauch, Wiesbaden

Von P. Epiphanius Böschen,
Volksmissionar aus dem Franziskanerorden:

Stations-Andacht zu Ehren der sieben Schmerzen der seligsten Jungfrau Maria, nebst einigen anderen Gebeten zur schmerzhaften Mutter. 85 S. Geh. 60 ₰, geb. 90 ₰.

Zum Herz-Jesu-Fest am 7. Juni: **Herz-Jesu-Freitag** (5 Andachten zum göttlichen Herzen Jesu). 48 S. Geh. 40 ₰, karton. 60 ₰.

Litanei zum Heiligsten Herzen Jesu in Noten. Exemplar 10 ₰, bei 100 Exemplaren 8 ₰.

Die neun Dienstage zu Ehren des hl. Antonius von Padua (13. Juni). 172 S. Karton. 1.25 M, geb. 1.90 M.

Von P. Raphael Hüfner,
Volksmissionar aus dem Franziskanerorden:

Drei Tage bei Jesus im Altarsakrament oder: Das Eucharistische Triduum. Erster Teil: Betrachtungen über das heiligste Altarsakrament. Zweiter Teil: Andachtsübungen vor dem heiligsten Sakrament des Altares. Gebetbuch, 2. Aufl., 297 S. Karton. 2.— M, geb. 3.— M.

Zum Portiunkulafest am 2. August:

Der große Portiunkula-Ablaß nach den neuesten Bestimmungen, nebst 25 Andachten zur Gewinnung des vollkommenen Ablasses. 54 S. Geh. 40 ₰, geb. 75 ₰.

Die Buch- u. Kunstdruckerei der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, München, Hofstatt 5 und 6

übernimmt die Herstellung von Werken jed. Art, Dissertationen, Festschriften, Diplomen usw. und hält sich zur Uebernahme sämtlicher Buchdruckaufträge auf das beste empfohlen.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Ferdinand Abel, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gh.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich M 4.50.

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 26. München, 28. Juni 1919. XVI. Jahrgang.

Unterhandelt Deutschland mit den gegnerischen Völkern oder mit unverantwortlichen Ententeregierungen?

Gedanken zum Friedensschluß.

Von Ministerialdirektor Dr. E. Ver Hees, Leiter des flämischen Ministeriums für Industrie und soziale Arbeit.

Die Entente hat bekanntlich im Oktober 1918 als Vorbedingung des Waffenstillstandes und des Eintritts in die Friedensunterhandlungen gefordert, daß die Mittelmächte eine in aller Augen verantwortliche Regierung besitzen sollten. Diese Forderung ist nicht ohne Einfluß auf die inneren Verhältnisse Deutschlands und Oesterreich-Ungarns gewesen. Die Entente fordert auch, anscheinend in demselben Sinne, im Artikel 1 des Friedensvorschlages, daß nur die sich selbst verwaltenden Staaten, Dominien oder Kolonien, außer den schon teilnehmenden oder eingeladenen Nationen, unter gewissen weiteren Voraussetzungen Mitglieder des Völkerbundes werden können. Die Frage ist nun, ob die Ententemächte selbst, in betreff ihrer eigenen Friedensvorschläge, bisher eine verantwortliche Regierung gehabt haben, ob sie, in dieser grundlegenden Angelegenheit des Lebens ihrer Völker diesen die Mitentscheidung und die gepriesene Selbstverwaltung überließen, oder ob sie die eigenen Bürger bzw. Untertanen nicht vielmehr in die Zwangslage versetzen wollten, den von einer internationalen Kapitalistengruppe diktierten Vorschlag anzunehmen oder den Krieg weiter zu führen?

Um zu diesem Vorschlag zu kommen, haben die alliierten und assoziierten Mächte anerkanntermaßen eine Vereinbarung unter sich getroffen. Diese Vereinbarung und der Vertragsentwurf selbst wurden vorläufig aber den Völkern der Entente nicht mitgeteilt, selbst nicht ihren parlamentarischen Vertretern. Der amerikanische Senat hat sich den Vorschlag „im Schleichhandel" oder durch Schmuggel verschaffen müssen. Der Präsident Wilson hat ja mit Verfolgungen gegen den Vermittler gedroht. Doch hat der Senat durch Zweidrittelmehrheitsbeschluß das weltgeschichtliche Dokument seinen Mitgliedern ausgehändigt. Während der ganzen entscheidenden Zeit haben die französischen und englischen Parlamente und die Presse, trotz aller Proteste, kaum mehr erfahren oder mitteilen können, als sie in deutschen oder neutralen Zeitungen gefunden haben.

Dieses Verfahren hat offenbar gegen die Grundlagen der Friedensverhandlungen und gegen die Grundsätze des Vertragsentwurfs selbst verstoßen und gibt Deutschland einen neuen Anlaß, auch nachträglich zu protestieren, die irregeführte öffentliche Meinung der Völker der Entente aufzuklären und von ihnen die Revision des Werkes ihrer Machthaber zu fordern. In der Einleitung „Teil I, Völkerbundvertrag", vor dem Artikel 1, wird ausgeführt, „daß es zur Förderung der gemeinsamen Arbeit unter den Nationen und zur Gewährleistung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit wesentlich ist, bestimmte Verpflichtungen zu übernehmen, nicht zum Kriege zu schreiten, auf Gerechtigkeit und Ehre gegründete internationale Beziehungen in aller Oeffentlichkeit zu unterhalten." Wo blieb diese Oeffentlichkeit bei den Alliierten, wo die Verantwortlichkeit gegenüber ihren Parlamenten? Man wollte sie augenscheinlich vor eine vollzogene Tatsache stellen. Oder meinte vielleicht ein Teil der vertragschließenden Staatsmänner, die internationalen Beziehungen, welche man eingehen wollte, beruhten nicht auf Gerechtigkeit und Ehre und unterständen daher nicht der Bedingung der Oeffentlichkeit?

Art. 18 sagt auch: „Jeder Vertrag oder jede internationale Verpflichtung, die ein Bundesmitglied künftig eingeht, soll unverzüglich beim Sekretariat eingetragen und sobald wie möglich von ihm veröffentlicht werden. Keiner dieser Verträge und keine dieser internationalen Verpflichtungen sind vor dieser Eintragung rechtsverbindlich." Sind demnach die Alliierten gegenseitig an ihre geheimen Abmachungen gebunden, oder sollen nur die künftigen Verträge, um rechtsverbindlich zu sein, unverzüglich veröffentlicht werden? Es ist das ein trauriges Zeugnis für die grundlegende Vereinbarung, auf der die gegenseitigen Verpflichtungen der Alliierten und Assoziierten beruhen. Was würde man von einer Gesetzgebung denken, deren Verfassung heimlich von einigen Vertretern der Mehrheitsparteien festgesetzt und aufgezwungen wäre, ohne daß die Mitglieder dieser Parteien im Parlamente und die breite Oeffentlichkeit, ihre Anhänger, vor der Annahme über die Einzelheiten unterrichtet würden, wenn sie vielmehr auf Aussagen oder Veröffentlichungen ihrer Gegner angewiesen wären? Welchen Wert würde solch ein Grundgesetz, welchen Wert würden die künftigen Gesetze haben, wenn sie sich auf eine Verfassung stützen müßten, die bei ihrem Entstehen die Gewährleistung der Oeffentlichkeit nicht geboten hätte, die ausdrücklich als wesentlich für eine gedeihliche Mitarbeit und Rechtssicherheit erklärt wurde! Wo blieben bei einem solchen geheimen Techtelmechtel die Bürgschaften der Gerechtigkeit und Ehre?

Es hat den Anschein, als seien die Alliierten nur durch die Empörung und den Eingriff des amerikanischen Senats von ihrer Geheimniskrämerei abgebracht und gezwungen worden, einen zum Scheine wenigstens abgeänderten und diesmal begründeten Vorschlag zu veröffentlichen.

Es ist übrigens merkwürdig, daß die Bedingung der verantwortlichen Regierung, der Selbstverwaltung im Artikel 1 des Vorschlages für den Eintritt in den Völkerbund nur solchen Staaten oder Bildungen auferlegt ist, welche nicht schon von vornherein als Mitglieder angegeben oder eingeladen sind. Nicht aufgefordert zum Eintritt in den Völkerbund wurden der Heilige Stuhl, Deutschland, Deutsch-Oesterreich, Bulgarien, die Türkei, Ungarn, Finnland, Georgien und auch nicht außer Polen die anderen auf ehemaligem russischem Gebiete entstandenen Neubildungen; auch merkwürdigerweise nicht Luxemburg; Montenegro gilt wohl als abgetan; das von seinen Nachbarn in jeder Hinsicht so verschiedene Albanien bleibt dennoch unbeachtet und wird wohl, trotz angeblichem Selbstbestimmungsrecht, wie Luxemburg und Montenegro, sich der Entscheidung der Entente fügen müssen. Die Miniaturstaaten Liechtenstein, San Marino, Andorra und Monako werden auch übergangen, doch verlautet, daß der letztere Spielhöllestaat doch berücksichtigt werden soll. Außer Europa bleiben Mexiko, Costa-Rica und San Domingo übergangen oder übersehen wie auch Afghanistan und Abessinien.

Unter den britischen Dominions wird Indien aufgeführt als von rechtswegen Mitglied des Bundes und ist vertreten durch „Seine Hoheit den Generalmajor Maharaja Sir Ganga Singh Bahadur, Maharaja von Bikaner" usw. Dieser Maharaja oder „Großfürst" ist ein sogenannter regierender Herrscher; er gilt aber in Großbritannien nur als „Sir", das heißt: „Baronet". Dies redet Bände. Ob aber Indien ernstlich als sich selbst verwaltendes Land angesehen werden kann?

Irland wird natürlich nicht aufgeführt. Der amerikanische Senat soll neuerdings, mit allen Stimmen gegen eine, sich für seine Selbständigkeit und Anerkennung ausgesprochen und sogar den Wunsch ausgedrückt haben, es durch Herrn de Valera, den

Führer der Sinn-Feiner, vertreten zu sehen! Sind aber China, Hedschas, Siam und sogar Japan und Rumänien sich selbstverwaltende Völker? Es gibt amerikanische Republiken, welchen man viel Ehre antut, wenn man sie ohne Bedingungen oder Vorbehalt aufnimmt: Bolivien, Brasilien (sogar Mitglied des Rats des Bundes!), Ecuador, Guatemala, Honduras, Nicaragua, Peru, Uruguay; ebenso die Neger-Republiken Haiti und Liberia, welche schwerlich etwas voraus gegenüber ihrer Schwester San Domingo haben. Cuba und Panama stehen in dem Rufe, besondere Beziehungen zur amerikanischen Union zu haben.

Nur eingeladen sind die Neutralen Argentinien, Chile, Kolumbien, Dänemark, Spanien, Norwegen, Paraguay, Niederlande, Persien, Salvador, Schweden, Schweiz und ... Venezuela. Es bleibt dahingestellt, ob jeder dieser Staaten wirklich mehr Berücksichtigung verdient, als alle die oben aufgeführten, bisher beiseite gelassenen Nationen. Die spanischen Oppositionsparteien z. B. bestreiten regelmäßig, daß die Wahlen dort frei sind. Der „Caciquismus" ist eben eine der „cosas de España".

Bernard Shaw hat übrigens Unrecht, wenn er alle lateinisch-amerikanischen Staaten in einen Topf wirft. Die ausschließlich weißen Staaten des Südens stehen gewiß den europäischen Völkern viel näher als die Mischlingsnationen der Tropen. Wenn er weiter mehr Vertrauen hat in die Folgerichtigkeit und die Vertragstreue von Republiken und parlamentarischen Königreichen als von absoluten Monarchien, dann kann ihm mit einem Schreiben des belgischen Ministeriums des Aeußeren vom 12. Januar 1901 geantwortet werden: „Man verbündet sich nicht mit England, dessen auswärtige Politik Veränderungen bloßgestellt ist, wie die Mehrheit des Parlaments, und nichts bleibendes hat!"

Seine Auffassung der Selbstverwaltung der Vereinigten Staaten selbst verdient in diesem Zusammenhange wiedergegeben zu werden: „Es hat sich gezeigt, daß es selbst in Kriegszeiten sicherer war, unter den Hohenzollern ein offener Hochverräter (wie Liebknecht) zu sein, als in den Vereinigten Staaten von Amerika ein konservativer Interventionsgegner. Und Mr. Wilson weiß sehr wohl, daß, wenn es auf der Friedenskonferenz zu Auseinandersetzungen käme über die Lage der Massen, die Gerechtigkeit der nationalen Einkommensverteilung, die Ausbeutung der Kinderarbeit, über Lynchgewohnheiten, über Toleranz gegen oppositionelle und regierungsfeindliche Ansichten (selbst unter Mr. Wilsons eignem Regime), über den allgemeinen Kulturzustand, die Grausamkeit der Strafgesetze, die Sicherung der Rechtspflege, die Ehrlichkeit der Polizei, die Unbestechlichkeit der kommunalen und der Landespolitik, daß dann Amerika den konstitutionellen Monarchien gegenüber sehr schlecht abschneiden würde. So ungünstig fiele der Vergleich aus, daß es Mr. Wilson verdammt schwer fiele, die Rolle des moralischen Diktators zu spielen, der der Welt die höheren politischen Formen Amerikas aufzwingen will. Junker sind nicht so viel schlechter als Fleischmagnaten, und Könige aus dem Hause Hohenzollern oder Habsburg sind nicht so viel übler als Eisenbahn- und Petroleumkönige, daß es als ein Beitrag zur Befreiung des Menschengeschlechts gelten könnte, wenn man die einen durch die andern ersetzte. Das überzeugendste demokratische Argument, das er vorzuweisen hat, ist er selbst; doch wird es ihm wohl peinlich sein, das hervorzuheben". Erst recht jetzt nach seiner schlappen Haltung, wird mancher hinzufügen!

Von Frankreich ist bekannt, daß seine Selbstverwaltung von Millerand mitunter als régime abject bezeichnet wurde. Es nimmt nicht das ganze Unrecht gegenüber Belgien weg, wenn man daran erinnert, wie dieses sich selbstverwaltende und neutrale Land seine strategischen Eisenbahnen französischen Gesellschaften überließ, während es sein übriges Netz verstaatlichte. Es schenkte neue Kohlenschätze französischen Kriegsvorbereitungsgesellschaften. Eine zu große Anzahl seiner Minister und Parlamentarier wurden, nachdem sie dieses System geschaffen oder gutgeheißen, Mitglieder der Verwaltungsräte solcher finanziellen und industriellen Unternehmen, welche das neutrale Volk veranlaßten, einen so großen Anteil an der Erbauung der russischen strategischen Bahnen und an der Entwicklung der russischen Kriegsindustrie zu nehmen. Durch Brief vom 20. September 1901 hatte das vorgenannte belgische Ministerium des Aeußeren seinem Gesandten in Berlin ausdrücklich bestätigt, daß der deutschfeindliche Angriffszweck der russischen Anleihen ihm vollkommen klar war und ihm von Paris aus bejaht wurde.

Unter einer solchen Selbstverwaltung drohen gewisse Elemente der Ententevölker lieber mit Revolution, anstatt Verbesserung durch allmähliche Aufklärung zu erstreben. Im Gesamtinteresse der Weltwirtschaft, des Wiederaufbaues und der Erholung der Völker ist aber eine gewaltsame Lösung nicht wünschenswert. Wohl schrieb am 6. November 1840 schon der französische König Louis Philippe seinem Schwiegersohne Leopold, König der Belgier, merkwürdigerweise auf englisch, daß ein Weltkrieg schrecklich sein würde: „Die Sieger werden so schwierig zu behandeln sein als die Besiegten; der Zustand aller menschlichen Köpfe wird sich mit nichts zufrieden geben, und wird alles umstürzen, und die Welt wird entkönigt sein (the world shall be unkinged): dem Kriege würde ein vervollkommnetes 93 folgen." Der französische Ministerpräsident Guizot sagte aber am 13. März 1846 in der Kammer anläßlich einer Interpellation über Bauernunruhen in Polen: „Einen sozialen Umsturz herbeiführen, um sich gegen eine politische Gefahr zu verteidigen, wäre verbrecherisch. Die Revolutionären tun ja so; regelmäßige Regierungen können es sich nicht erlauben." Und er erinnerte an die durch Preußen in Posen und durch Oesterreich in Galizien getroffenen Maßnahmen, um die Lage der polnischen Bauern zu verbessern.

Auch jetzt wird ein allgemeiner Umsturz von denjenigen nicht gewünscht, welche Verschleuderungen, Verteuerung, Aushungerung, neue Kriege, allgemeinen Ruin und Kulturniedergang als Folgen solcher Wagnisse vorausgesehen oder kennen gelernt haben. Die wechselseitigen wirtschaftlichen Bedürfnisse und die allgemeine Zusammengehörigkeit bringen hoffentlich mit der Zeit und der Wiedereinführung des Weltverkehrs das notwendige Einsehen. Zwar hatte Norman Angell vor dem Weltbrand die Macht dieser Verhältnisse in seinem „großen Wahn" überschätzt und darum den Krieg als unmöglich bezeichnet. Die Ereignisse haben ihm leider Unrecht gegeben. Aber eine freigegebene Aufklärung der öffentlichen Meinung der Welt kann vielleicht, nach den Erfahrungen der letzten fünf Jahre, doch etwas erreichen. Voraussetzung ist jedenfalls die allgemeine Flucht in die Oeffentlichkeit. Zur Schuldfrage z. B. wäre der Rede die größte Verbreitung zu wünschen, welche der jetzige sozialdemokratische belgische Justiz- und Kultusminister Vandervelde am 5. Juli 1913 im Grand Orient zu Paris hielt: Nach dem offiziellen Freimaurerblatt „L'Acacia" vom Oktober desselben Jahres ließ er dort wissen, daß im Kriegsfalle England den Einmarsch der Deutschen in Belgien nicht abwarten würde: „L'Angleterre prendra les devants." (England wird zuerst einmarschieren.) Die gleichlautenden Erklärungen des britischen Militärattachés an den belgischen General Jungbluth (L'Angleterre entrera en Belgique en tout état de cause) waren also schon Mitte 1913 einem damaligen Führer der Opposition bekannt.

Insbesondere ist es nötig, daß den Völkern der Entente die Einwendungen der Mittelstaaten zugänglich gemacht werden. Während mehr als fünf Monaten haben diese Nationen die Bedingungen ihrer eigenen Regierungen nur mangelhaft erfahren und würdigen können, weil man die Verantwortlichkeit vor dem Volke auf unbestimmte Zeit hat zurückstellen wollen, obgleich man eine verantwortliche Regierung von Deutschland gefordert hatte. Deutschland hat Wort gehalten und seinen Bürgern die Vorschläge und Aeußerungen seiner Feinde leicht zugänglich gemacht, welche diese den eigenen Völkern vorenthielten. Ihnen obliegt eine Wiedergutmachung auf diesem Gebiete zugunsten der eigenen friedensdurstigen Bevölkerung, wollen sie den Ausbruch der Volkswut vermeiden, welche dann sicher die Staatsmänner für die Folgen der Geheimtuerei und der Irreführung verantwortlich machen wird. Vorläufig muß das deutsche Volk, übrigens vorläufig nur, mit geheimen Kabinettsregierungen unterhandeln, nicht mit gleichwertig unterrichteten und frei entscheidenden Nationen. Immerhin hängt die Aufnahme in den Völkerbund nicht von der einmütigen Zustimmung aller Mitglieder ab: die Zulassung muß nur von zwei Dritteln der Versammlung angenommen werden. Eine merkwürdigerweise von Versailles am 17. Juni datierte Mitteilung ist also unrichtig, wenn sie ausführt: „Nun schreibt aber das Statut des Völkerbundes, daß die Aufnahme der Staaten, die nicht zu den Gründerstaaten des Bundes gehören, nur dann erfolgen könne, wenn sich kein Widerspruch dagegen erhebt." Das liberum veto Frankreichs oder einer der anderen bevorzugten, im Rate des Bundes vertretenen Mächte wird nur durch Art. 26 für die Aenderungen der Satzungen des Völkerbundes vorgesehen, wie ich schon in meinem Artikel in Nr. 13 vom 29. März dieser Wochenschrift dargelegt habe.

Das fünfte Kriegsjahr.

Wochenschau von Fritz Nienkemper, Berlin.

Die Woche der Entsagung.

Am Montag (16. Juni) wurde uns das Ultimatum der Sieger überreicht. Die folgenden Tage (zum Teil auch die Nächte) waren den eifrigsten Beratungen der Volksvertreter und der Minister gewidmet. Am Schluß der Woche hatten wir ein neues Ministerium, und zwar mit dem Programm der Unterzeichnung. Die Sitzung der Nationalversammlung, die auf Sonntag mittag anberaumt war, hatte die Vollmacht zur Unterzeichnung auszustellen und die Form der Verwahrung gegenüber dem Schuldbekenntnis und der Auslieferung von Angeschuldigten, die man uns zumutet, zu finden.

Diese Entwicklung wird viele, die mit dem passiven Widerstand gegen die grausamen Bedingungen gerechnet hatten, sehr enttäuscht haben. Sie werden vielleicht sagen, jetzt sei Deutschland gewogen und zu leicht befunden worden. Das stimmt insofern, als wir nicht mehr über so viel Gewicht verfügten, um die Schale der Schicksalswage zu unseren Gunsten weiter sinken zu lassen.

Die Zugeständnisse, die uns die Gegner schließlich gemacht hatten, waren verhältnismäßig gering und zumeist unsicher. Wir hätten also zur Verweigerung der Unterschrift das volle Recht gehabt. Es stellte sich aber heraus, daß uns die Fähigkeit zum Durchhalten dieser äußersten Kraftprobe abging.

Die unbedingt notwendige Voraussetzung wäre gewesen, daß die Masse des Volkes einmütig und in opferwilliger Entschlossenheit festgehalten hätte an der Parole, die sich beim Bekanntwerden des ersten „Friedensvertrages“ mit elementarer Kraft geltend machte: Lieber das Aeußerste dulden, als so etwas unterschreiben! Als nun in der letzten Woche die Frage brennend wurde, stellte sich mehr und mehr heraus, daß die frische Farbe der kühnen Entschließung von des Gedankens Blässe angekränkelt wurde. Sowohl bei den Ministern, wie bei den Volksvertretern und in den Volkskreisen auch. Das soll kein Vorwurf sein, denn es gebührt sich, daß man vor einem folgenschweren Entschluß noch einmal gründlich und unbefangen abwägt, was dafür und was dagegen spricht und was in dem einen oder dem anderen Fall zu erwarten ist. Nach genauerer Prüfung seine erste Ansicht zu revidieren, erfordert oft mehr Mut, als das zähe Beharren.

In mancher Zeit- und Streitfrage hat sich schon der alte Rat bewährt, man soll von zwei Uebeln das kleinere wählen. Im vorliegenden Falle waren aber die beiden Uebel so groß, die schlimmen Folgen der Unterzeichnung und die schlimmen Folgen der Nichtunterzeichnung so erschreckend, daß man beim Abwägen leicht in Verwirrung und Zweifel geraten konnte. Es hat ja keinen praktischen Zweck mehr, nach getroffener Entscheidung nachträglich zwei lange Register der Gründe aufzustellen, die für und gegen die Unterschreibung sprechen. Es sei nur darauf hingewiesen, daß in den kritischen Tagen der Zwang zur Nachgiebigkeit sich immer stärker geltend machte. Aus einer doppelten Wahrnehmung: die feindliche Front erwies sich überraschend fest, und die deutsche Front ließ von Tag zu Tag mehr Risse und Breschen erkennen.

Im Schlußakt dieses Krieges machen wir noch einmal die Erfahrung, daß die feindlichen Machthaber, so divergierend auch sonst ihre Ansichten und Interessen sein mögen, doch in den entscheidenden Augenblicken ihre ganze Kraft und Kunst restlos konzentrieren gegenüber Deutschland. So haben sie auch die Gegensätze, die sich in den letzten Wochen zeigten, zu überwinden vermocht, um sich in dem schroffen Ultimatum zu einigen. Auch die Streiks und die sonstigen Demonstrationen in den Volkskreisen haben zumeist die Machthaber nicht schlaffer gestimmt. Im Gegenteil, allem Anschein nach sie angetrieben, recht rücksichtslos eine kurze Frist zu setzen, um alsbald mit der vollendeten Tatsache ihren Völkern imponieren zu können. Soweit man bisher sehen kann, haben sie die Psyche ihrer Leute richtig eingeschätzt; die sozialistische und pazifistische Bewegung in England und Frankreich (Italien ist Nebensache) bringt dem gequälten Deutschland keine Hilfe.

Man möchte hinzufügen, daß die feindlichen Machthaber bei ihrer Taktik der kleinen Zugeständnisse und der großen Schärfe auch den Stimmungen und Verhältnissen in Deutschland in schlauer Weise Rechnung getragen haben. Vielleicht hat dabei das Heer der Spione wesentlich mitgewirkt. Jedenfalls ist es den Feinden nicht verborgen geblieben, daß sich in Deutschland gegenüber der Taktik der Nichtunterzeichnung immer mehr Zweifel und Bedenken geltend machten. Die vorlaute Agitation der Unabhängigen für die unbedingte Unterzeichnung mußte ja geradezu die Beobachtung dieser Strömung herausfordern. Es kam nun hiezu, daß die Bedenken sich nicht in den parteipolitischen Rahmen hielten, sondern daß auch unter den Staaten und Stämmen sich Meinungsverschiedenheiten zeigten. Im preußischen Osten, im bayerischen Süden und im rheinischen Westen waren und sind die Ansichten und Wünsche nicht gleich, da auch die Ueberlieferungen, die Temperamente und die zu erwartenden Schicksale nicht gleich sind. Zu der Furcht vor revolutionären Putschen und Verzweiflungstumulten bei Kohlen- und Hungersnot gesellt sich die Sorge um den Zerfall der Reichseinheit.

Beim Auftauchen von soviel Zweifel und Bedenken schien die Widerstandskraft des Volkes gegen das Ultimatum immer unzuverlässiger. Die vorläufige Unterwerfung, die weniger Heroismus erfordert, empfahl sich als Notbehelf. Es wurde eine Woche der Entsagung.

Wie man nun auch den seelischen Prozeß beurteilen mag, es blieb nach der Entscheidung nichts anderes übrig, als die Pflicht, die eingeschlagene Taktik zu unterstützen. Denn wir können auf dem einen oder anderen Wege überhaupt nur etwas retten, wenn wir in gemeinsamer Arbeit verharren.

Keine Zerfahrenheit!

Das wäre die Vollendung des Unheils.

Den Unabhängigen, die durch ihre Parole der unbedingten Annahme so viel verdorben haben, braucht man keine Moralpredigt zu halten, da sie an dem bösen Willen abprallt. Der „Demokratischen Fraktion“ aber gebührt ein moralischer Rippenstoß. Sie hatte sich in die eigensinnige Schwärmerei für die heroische Nichtunterzeichnung so verbissen, daß sie die Koalition mit Zentrum und Sozialdemokratie, die Grundlage der bisherigen Regierung, dadurch sprengte. Ihre Minister wurden abberufen und auch denjenigen Mitgliedern der Fraktion, die dazu bereit und befähigt waren, wurde der Eintritt in das neue Kabinett durch Fraktionsbeschluß verboten. Das war nicht schön und nicht heilsam. Denn man hätte nicht vergessen dürfen, daß auf jeden Fall Deutschland eine feste Regierung notwendig haben wird. Jede Meinungsverschiedenheit muß schließlich in der gemeinsamen Arbeit für die Zukunft des Reiches und des Volkes ihre Ausgleichung finden. Bei der Obstruktion der demokratischen Partei blieb der Sozialdemokratie und dem Zentrum die schwere Aufgabe, aus sich allein die Regierung zu bilden.

Die neue Regierung.

Der Ministerpräsident Scheidemann glaubte zurücktreten zu müssen, weil er sich für das Unannehmbar sehr scharf und laut eingesetzt hatte. An seine Stelle ist der Sozialist Hermann Bauer, der bisherige Arbeitsminister, getreten. Das Auswärtige hat für den enttäuschten Brockdorff der Sozialist Hermann Müller übernommen. Vom Zentrum sind Erzberger, Giesberts und Bell im Kabinett verblieben, und Mayer (Kaufbeuren), der in Finanz- und Wirtschaftsfragen sich vielfach schon bewährt hat, übernahm das Reichsschatzamt. Das neue Ministerium macht in persönlicher Hinsicht einen guten Eindruck. Die parlamentarische Basis ist freilich schmäler geworden, aber sie reicht doch immer noch aus, da 163 Sozialdemokraten und 90 Zentrumsleute die sichere Mehrheit in der Nationalversammlung darstellen.

Die Tage der Entscheidung.

Die neue Regierung hat noch einmal den Versuch unternommen, wenigstens für die unsere nationale Ehre und Würde verletzenden Bedingungen eine Aenderung zu erreichen. Sie hat in einer am 22. Juni der Entente übermittelten Note ihre Bereitwilligkeit zur Unterzeichnung der Forderungen der Alliierten ausgedrückt unter nachstehenden Vorbehalten: Rückgabe sämtlicher Gefangenen vom 1. Juli ab; Ablehnung jeder Verantwortung gegenüber den Folgen, die über Deutschland verhängt werden könnten, wenn die Undurchführbarkeit der Bedingungen auch bei schärfster Anspannung der deutschen Leistungsfähigkeit in die Erscheinung treten würde; Nachprüfung des Vertrages innerhalb zwei Jahren durch einen „Hohen Rat der Mächte“, wie er vom Völkerbund nach Art. 4 eingesetzt werden soll; dieser Rat, vor dem die deutschen Bevollmächtigten gleiche Rechte und Vorrechte wie die der Alliierten genießen sollen, soll über die Bedingungen des gegenwärtigen Vertrags entscheiden, die die Rechte der Selbstbestimmung des deutschen Volkes beeinträchtigen, ebenso wie über die Bestimmungen, durch welche die freie gleichberechtigte und wirtschaftliche Entfaltung

Deutschlands behindert wird; endlich wird das alleinige Schuldbekenntnis und die Auslieferung der „Schuldigen“ abgelehnt mit der Formel: „Die Regierung der deutschen Republik ist bereit, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ohne jedoch damit anzuerkennen, daß das deutsche Volk der Urheber des Krieges sei, und ohne eine Verpflichtung nach Art. 227 bis 230 des Friedensvertrages zu übernehmen.“

Die Nationalversammlung hatte am gleichen Tage unter Billigung dieses Standpunktes mit 237 gegen 138 Stimmen sich mit der Unterzeichnung einverstanden erklärt und mit 235 gegen 89 Stimmen bei 69 Enthaltungen dem Kabinett ein Vertrauensvotum ausgestellt. Aber alle Mühe war umsonst. Die Alliierten erklärten in ihrer Antwort, „daß die Zeit der Verhandlungen vorbei ist. Sie können keine Modifikation oder Vorbehalt annehmen, oder anerkennen und sehen sich gezwungen, von den Vertretern Deutschlands eine unzweideutige Erklärung zu fordern über ihren Willen, den Vertrag in seiner endgültigen Form zu unterzeichnen und ihn im ganzen Umfang anzunehmen, oder die Unterzeichnung und Annahme zu verweigern. Nach der Unterzeichnung werden die alliierten und assoziierten Mächte Deutschland für die Ausführung des Vertrages in allen seinen Bestimmungen verantwortlich machen.“

Die Schnelligkeit der Antwort zeigt, daß der Entschluß der Alliierten von vornherein feststand, wenn auch ihre Stimmung nicht unbeeinflußt geblieben sein mag durch die Versenkung der deutschen Kriegsschiffe in der Scapabucht seitens ihrer deutschen Mannschaft, eine Tat, die vom Standpunkt der deutschen Seeleute verständlich, politisch eine Torheit war. Der Regierung und dem Parlament blieb nichts übrig als die bedingungslose Annahme des Gewalt- und Schmachfriedens.

Die Niederlage der Sozialdemokratie in Bayern.

Von Wolfgang Aschenbrenner.

Seit dem 7. November ist Bayern Republik. In der Nacht vom 7. auf den 8. November 1918 erfolgte bekanntlich der Umsturz. Es war ein tiefer Fall aus der Höhe staatlicher Wohlfahrt in einen dunklen Abgrund, in dem das Land nun herumirrt, ohne daß es bis jetzt den sicheren Pfad zum Aufstieg gefunden hätte. Bayern ist der Sozialdemokratie überantwortet, welche weder persönlich noch sachlich geeignet ist, die Staatsleitung zu führen. Die Folge sind fortgesetzte Erschütterungen, in deren Strudel zuletzt die sogenannte „Mehrheitssozialdemokratie“, die politisch, kulturell und selbst wirtschaftlich in den ausgefahrenen Geleisen des Liberalismus fortgewandelt ist, gerissen ward. Denn die bayerischen Gemeindewahlen vom 15. Juni haben für die Mehrheitssozialdemokratie einen katastrophalen Ausgang genommen. Rücksichtslos in der Kritik, überschwänglich im Versprechen, unfähig zu positivem staatlichem Schaffen und zur Staatsleitung — so steht die Sozialdemokratie in Bayern da.

Als in München die Räterepublik zusammengebrochen und die Regierungstruppen einmarschiert waren, da konnte man bei den allenthalben in den Straßen sich bildenden Gruppen nicht selten geschäftige Semiten auftauchen sehen, die den Volkskreisen zuredeten, jetzt gebe es keine Parteien mehr, alle müßten den Mehrheitssozialisten beitreten. Nach all den Erfahrungen, die man gerade mit der Partei der Mehrheitssozialisten gemacht hat, ist just dieser Lehrsatz, daß man sich auf den Boden der Mehrheitssozialisten stellen müsse, um zu geordneten, sicheren innerstaatlichen Verhältnissen zu gelangen, eine doch eigentlich jedem in die Augen springende — Ungereimtheit.

Die bayerische Sozialdemokratie ist zu scheiden in den nordbayerischen und südbayerischen Teil. Der nordbayerische Teil ist anders geartet und nicht so obenhin dem Meinungswechsel unterworfen wie die Sozialdemokratie in Südbayern, namentlich jene in München-Capua. Der altbayerische Volksstamm ist von Haus aus dem politischen Widerstreit leichter zugänglich. Der Unterschied in der politischen Veranlagung zwischen den Pfälzern-Franken und den in Kunst und Wissenschaft so tüchtigen Altbayern ist ungefähr ebenso groß wie der zwischen Engländern und Deutschen. Es wird der Altbayer eher geneigt sein, den Empfindungen Spielraum in seinen politischen Erwägungen zu geben. Das kann ein Vorzug, aber auch ein Nachteil sein. Daneben spielen die Verhältnisse in München eine besondere Rolle. Man spricht von einer „Hungerpsychose“ der Bevölkerung. In München herrscht sie sicherlich, in der Stadt des Fremdenverkehrs mit seiner Leichtlebigkeit, seiner ausgeprägten Genußsucht und dem müheloseren und dem sichereren Erwerb aller arbeitenden Stände. Im Kriege ist das alles anders geworden. An Stelle des Wohllebens ist die Not getreten und die Genüsse im Essen und Trinken und die Vergnügungen sind nur wenigen zugänglich, die aber dann allen anderen ein schlechtes Beispiel geben. All dem ist auch die Sozialdemokratie unterworfen; Bebel selbst hat ja zur Kennzeichnung der ihm nicht zusagenden Politik der südbayerischen Sozialdemokratie die Stadt München als Capua bezeichnet und gesagt, er fürchte, wenn er dort sein müßte, würde er geradeso werden. Die sozialdemokratischen Preßverhältnisse sind dementsprechend. Die nordbayerischen Sozialdemokraten sind grundsätzlich und tatsächlich in den politischen Fragen besser unterrichtet als die südbayerischen. Jene haben in der „Fränkischen Tagespost“ (Nürnberg) ein sachlich gehaltenes, ernstes, allseitig belehrendes, ganz vortrefflich geleitetes Organ, während die „Münchener Post“ mehr dem genius loci Rechnung trägt, der tieferen Betrachtung der Tagesfragen die leichtere Art der politischen Behandlung vorzieht und im Kampfe gerne die persönliche Seite hervorkehrt. Noch am 14. Juni hat dies Organ die Münchener Kandidaten der Unabhängigen Sozialdemokratie für die Gemeindewahl in persönlicher Weise bekämpft, welche am 15. Juni den Sieg davontrugen, mit denen die eine Minderheit gewordene „Mehrheitssozialdemokratie“ jetzt paktieren muß. Der Uebermut und die Großmannssucht haben hier eine noch nicht leicht dagewesene Entblößung erfahren. Die südbayerische Sozialdemokratie hat außer Vollmar nicht einen einzigen Sozialdemokraten hervorgebracht von den Qualitäten dieses leider von Siechtum heimgesuchten hervorragenden Mannes. Die in Südbayern führend hervorgetretenen sozialdemokratischen Persönlichkeiten sind Franken, Süddeutsche aus Nachbarstaaten und Norddeutsche.

Gleichwohl hat auch die bayerische Sozialdemokratie als Ganzes einen empfindlichen Mangel an regierungsfähigen Politikern und führenden Männern. Wenn der norddeutsche Einschlag nicht wäre, dann würde das Niveau in dieser Hinsicht noch tiefer sein. Die bayerische Sozialdemokratie hatte früher in Vollmar, Grillenberger und Erhart ein Trifolium von Führern bodenständiger Art, die imstande gewesen wären, den Staat Bayern mit der Hilfe von Führern zweiter Garnitur und bei sorgfältigem Zusammenwirken mit dem Beamtentum in normalen Zeiten anständig und vielleicht in ihrem Sinne zuträglich zu führen — vom Grundsätzlichen abgesehen. Die Nachfolger dieser Männer haben die Befähigung zum Regieren nicht erbringen können. Adolf Müller ist deutscher Gesandter in Bern, er kommt nicht mehr in Betracht; Müller galt als staatspolitisch veranlagt, allein er war nichtbayerischer Herkunft. Dr. Frhr. v. Haller ist als Finanzpolitiker mehr einseitiger Spezialist und als protestantischer Franke ohne Einfluß auf altbayerisches Wesen. Als Fachminister würde er vermutlich seinen Mann stellen, jedoch ist er in eine Zeit hineingeraten, in der er in Blitzesschnelle schwer verbraucht in das Alltagdasein zurücksinken würde, wenn er als Minister die Leitung der bayerischen Finanzen übernähme, welche seine Partei zugrunde gerichtet hat. Bleiben noch Dr. Süßheim und Dr. Sänger als sozialdemokratische Politiker und Intellektuelle, welche die Sozialdemokratie hinausstellen könnte. Auch der Minister Endres kann ihnen zugezählt werden. Dann hat die kleine Reihe keine Fortsetzung mehr. Die roten Minister Segitz und Schneppenhorst sind durch zeugeneidliche Aussagen bei Standgerichten als der Räterepublik zugeneigt bezeichnet worden, deren Rädelsführer jetzt wegen Hochverrats verfolgt werden, und haben als Politiker und Regierungsmänner so stark eingebüßt, daß sie ohne gründliche Reinigungsprozesse nicht mehr aufrecht stehen können. Die Minister Auer, Roßhaupter und Timm sind, zurzeit wenigstens, verbraucht und werden nach grundsätzlicher Umgestaltung der bayerischen Sozialdemokratie in ein linkssozialistisches, kommunistisches Parteiwesen erst dann wieder in die Höhe kommen, wenn sie sich ohne Vorbehalt unterwerfen.

In der Demokratie geht alles ins Breite und nicht in die Tiefe. Alle Parteien tragen mehr oder minder die Spuren dieser demokratischen Entwicklung an sich. In Bayern aber tritt bei der Sozialdemokratie der Mangel an Intellektuellen besonders scharf hervor. Darum die sonderbare Erscheinung, daß unter der bayerischen Sozialdemokratie das Juden- und Ausländertum sich so breit machen konnte. Der Berliner Jude Eisner,

welcher in Bayern, nicht ohne schwere Versäumnisse der Regierenden, die Revolution gemacht hat, brachte einen ganzen Schwarm von Juden und Ausländern nach München. Die Levien, Leviné, Axelrod, Toller und wie sie alle hießen, welche die wüste Zeit der Räterepublik in München herbeigeführt haben, waren ausnahmslos Juden und Fremdlinge, die sich anmaßten, Bayern zu regieren. Das war nur möglich, weil die bayerische Sozialdemokratie in ihren Reihen keine Intellektuelle in nennenswerter Anzahl besitzt. Die heutigen Führer der bayerischen Sozialdemokratie sind die Juden Dr. Süßheim und Dr. Sänger. Auch der Staatskommissär für Südbayern Dr. Ewinger ist ein Jude, der erst 1913 die juristische Staatsprüfung gemacht hat. So ist es denn auch gekommen, daß es Minister gab wie Unterleitner und Simon, deren Sachwissen und politische Erfahrung in umgekehrtem Verhältnis zu den wichtigen Aufgaben ihres Amtes (Sozialfürsorge und Wirtschaftspolitik) stand.

Es hat sich an der Sozialdemokratie schwer gerächt, daß sie durch die Ereignisse zur Regierung gedrängt wurde, die sie nicht führen konnte, weil ihr die Fähigkeit und Kraft dazu fehlte. Eisner hatte, wie früher dargestellt, keine Ahnung von dem Aussehen Bayerns, von seinen Gesetzen und seiner Staatsverwaltung. Aber er war geistig allen seinen sozialdemokratischen Ministerkollegen überlegen. Er, der Anhänger der roten Internationale, dem die deutsche Einheitsrepublik das Sprungbrett zum sozialdemokratischen Weltstaat sein mußte, hat sich in Bayern als wütender Partikularist gebärdet und es ganz vortrefflich verstanden, die bayerische Sozialdemokratie zu zermürben. „Durch die kluge Lavierungstaktik Eisners konnten in München die Kommunisten ihre aufrüttelnde Tätigkeit gegen die ihrem Wesen nach kontrerevolutionären S.P.D. und U.S.P. entfalten, ohne durch Provokation von seiten der mehrheitssozialistischen Führer zu vorzeitigem Losschlagen gezwungen zu sein", schrieb die linkssozialistische „Neue Zeitung" in München (Nr. 98 vom 28. April 1919). Darin liegt das ganze Geheimnis des Abwirtschaftens der Mehrheitssozialdemokratie, die bei den Januarwahlen die zweitstärkste Partei geworden war und jetzt nach den Gemeindewahlen sich in München und Hof von den U.S.P. weit überflügelt und sonst im ganzen Land von dieser nahezu eingeholt sieht, obwohl im Januar die Unabhängige Sozialdemokratie in Bayern eine vollendete Niederlage erlitten hatte und von der mehrheitssozialistischen Presse mit Spott und Hohn übergossen wurde. Auf dem letzten Rätekongreß in Berlin (7.—15. April) haben die zwei mehrheitssozialistischen Führer Kaliski und Cohen ihr den Spiegel vorgehalten. Kaliski machte den roten Reichsministern den Vorwurf, daß sie die Armee hätten „verludern" lassen, ohne daß sie eine Volkswehr gegründet hätten, und daß die Sozialdemokratie aller Richtungen und ihre führenden Persönlichkeiten lediglich durch die Angst voreinander geleitet würden. Einer hat Angst vor dem anderen, keiner traut dem anderen. Infolgedessen ist nichts vorwärts gekommen, alles ist stecken geblieben; die schöpferische Kraft fehlt überall. Der Mehrheitssozialist Cohen warf der Sozialdemokratie vor, die deutsche Sozialdemokratie habe in ihrer 50jährigen Geschichte viele Fehler gemacht, sie sei in der öffentlichen Kritik viel weiter gegangen, als sie in kleinem Kreise als berechtigt zugestanden habe. Sie habe übertrieben, kein gutes Haar an den anderen gelassen, die Menschen für ein System verantwortlich gemacht, ohne die sachlichen Schwierigkeiten zu berücksichtigen. Sie habe ihren Anhängern das Paradies versprochen, ihnen einen Wechsel auf die Zukunft ausgestellt, den sie jetzt nicht einlösen könne. Diese Skizzierung der sozialdemokratischen Regierungs- und Parteipolitik entspricht den gemachten Erfahrungen. An den Folgen dieser schweren politischen Sünden leidet die Sozialdemokratie. Hierin ist die Ursache zu erblicken, daß die Sozialdemokratie als Regierungspartei sich so außerordentlich hart tut. Das Hinüberwechseln von der Stellung der absoluten Oppositionspartei, wie auf dem Rätekongreß die Sozialdemokratie geschildert worden ist, zur Regierungspartei ist ihr außerordentlich schlecht bekommen. Die sozialdemokratischen Wähler präsentieren jetzt die auf die Zukunft ausgestellten Wechsel, die nicht honoriert werden können. So ist alles nach links hinübergegangen bei den bayerischen Gemeindewahlen; aber nicht das allein, die Wähler haben in Massen die Sozialdemokratie überhaupt verlassen, sodaß die beiden sich streitenden roten Parteigruppen zusammen viele Tausende von Wählern weniger zählen, als sie bei den Januarwahlen hatten.

Die Dinge sind für die Sozialdemokratie so ungünstig geworden, daß der Stand der mehrheitssozialistischen Minister in der bayerischen Koalitionsregierung tief erschüttert ist. Die Sozialdemokratie wird über kurz oder lang genötigt sein, einige ihrer Regierungsmänner gegen U.S.P.-Leute auszuwechseln. Außerdem ist die ziffernmäßige Verteilung der Ministerposten (5 Sozialdemokraten und 4 Bürgerliche nebst 1 Fachminister), welche schon auf Grund der Januarwahlen ganz falsch war, durch die bei den Gemeindewahlen erfolgte starke Schwächung der Sozialdemokratie nicht mehr haltbar. Neuerdings hört man, Verkehrsminister Frauendorfer trete zurück und werde durch den Eisenbahnpräsidenten Frank in München ersetzt, welcher der Bayerischen Volkspartei angehört, sodaß die bürgerlichen Parteien 5 Ministerposten besäßen.

Namentlich der sozialdemokratische Ministerpräsident Hoffmann wird gut daran tun, die Regierungssorgen auf einen Nachfolger zu übertragen. Hoffmann hat sich selber am 2. Juni im Landtag zu Bamberg als „Staatsmann" bezeichnet. Ist er einer? Die geistig hochstehenden Bureaukraten, welche als Minister den Staat regierten, wurden ebenfalls Staatsmänner genannt. Schon das war bei den meisten von ihnen die verkehrte Anwendung des Begriffs. Denn auch der tüchtigste und hervorragendste Verwaltungsbeamte, selbst wenn er sich noch so gut auskennt auf dem Boden des Parlamentarismus, wird über Nacht nicht darum ein Staatsmann, weil er Minister geworden ist. Staatsmann ist nur, wer eine Macht der Persönlichkeit ist und die Staatskunst zu üben versteht. Staatskunst und Staatsklugheit erzeugen erst die Staatspolitik, welche die Auswahl der Mittel trifft, durch welche der Staatszweck erreicht

wird. Wer im Besitze dieser hohen Gaben sich befindet, ist ein Staatsmann. Niemand wird behaupten wollen, daß der bayerische Ministerpräsident ein Staatsmann, oder daß die Sozialdemokratie in ihrer jetzigen Verfassung fähig sei, Staatspolitik zu treiben. Was wir vor uns sehen, ist ein hilfloses Dahintreiben der sozialdemokratischen Parteimänner in ministerieller Aufmachung, die Vermengung sozialdemokratischer Parteibestrebungen mit dem Staatszweck. Staatspolitik und Staatskunst sind da ausgeschaltet.

Der Kampf der beiden sozialdemokratischen Richtungen bestimmte bisher den ganzen Inhalt Hoffmannscher Regierungsweisheit. Schwankenden Rohren gleich lassen Hoffmann und seine roten Ministerkollegen jedwede feste Haltung, jede sichere Zielrichtung, jeden gebundenen Willen vermissen, welche allein aus dem Wirrsaal dieser traurigen Zeiten herausführen könnten.

„Deutschland braucht eine Regierung, die regieren kann, mit einer auf dem demokratischen Vertrauen des Volkes begründeten Autorität," ließ sich die republikanische „Frankfurter Zeitung" im Dezember vernehmen, welche glückselig war, als die alte Ordnung niedergerissen wurde. Natürlich braucht Deutschland wie jedes Land eine Regierung, die regieren kann. Das ist eine Binsenwahrheit. Bayern merkt es im eigenen Hause; es hat eine rote Regierungsmehrheit, die unfähig ist, zu regieren. Die Befähigung zum Regieren ist die allererste Voraussetzung. Auch das „demokratische Vertrauen des Volkes" gehört dazu. Es ist die Grundlage des Regierens bei jeder Staatsform. Daß Bayern unter König Max II., unter König Ludwig II. und dann während der Regentschaft des Prinzregenten Luitpold von Regierungen geleitet wurde, die gegen das Volk regierten oder doch das Volksvertrauen nicht besaßen, hat schwere Folgen gezeitigt. Allein Fähigkeit und Volksvertrauen, die notwendigen Voraussetzungen jedweder Regierungsweise, sind ohnmächtig, wenn nicht die innere Gesinnung des Volkes geschlossen und fest ist und wenn die Regierungsgewalt fehlt, welche die erforderlichen Machtmittel besitzt, die Kundgebungen des Volkswillens und die darauf begründeten Gesetze und ihren Vollzug durchzusetzen gegenüber den unfügsamen und umstürzlerischen Elementen, die im modernen Staate eine so drohende Rolle spielen.

Dafür müssen die bürgerlichen Parteien sorgen durch Einsetzen ihrer ganzen Kraft, durch eine zielbewußte und entschiedene Politik im Landtag, die noch nicht in allem sichtbar geworden ist. Bei den Gemeindewahlen ist auch der Liberalismus der Deutschdemokraten zusammengebrochen und in seinen früheren Hochburgen zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken. Der ziellose Radikalismus des Bayerischen Bauernbundes ist zurückgetreten, der bei den Januarwahlen in die Halme geschossen war. Die Bayerische Volkspartei hat sich als fester Hort in der Erscheinungen Flucht erwiesen. Ihre Aufgabe wird es sein, den Bauernbund und alle jene an sich zu ziehen, welche dem Liberalismus und der Sozialdemokratie den Rücken kehrten.

Johannes der Täufer.

Johannes, heilig und gerecht, Prophet
Der Tiefe, stark in Gottes Geist wie keiner,
Der, eine Insel, leuchtend vor uns steht
Im Strom der Menschenwogen, Hoher, Reiner . . .

Vor dessen Hauch der Seele Spreu verweht,
Der mit der Axt das Lustgezweige kleiner
Und kleiner schlägt: Durch deine Rufe geht
Ein Wunderhall, du Büsser, Menscheneiner!

Lass ehern deine Worte wieder klingen.
Wir sind so krank. Die Welt ist morsch. So rollt'
Noch nie der Zeit gespenstisch Flammenrad.

Hilf du uns den Erlöser wiederbringen,
Uns kann nur retten seiner Liebe Gold.
Du zeigst allein den Weg der neuen Saat.

Theodor Seidenfaden.

Zur Abwehr in Sachen des Rheinischen Gliedstaates.

Von Studienrat Kuckhoff, Köln.

Es scheint allmählich, nachdem der erste Sturm vorüber ist, in der öffentlichen Meinung der Wille aufzukommen, sich über die Vorgänge im Rheinlande objektiv unterrichten zu lassen. Es sei mir gestattet, auch an dieser Stelle, an der ich in guten und bösen Tagen seit so vielen Jahren meine Ansichten habe sagen dürfen, zur Abwehr der gegen meinen Freund Kastert und mich erhobenen Anklage in aller Ruhe und wahrheitsgemäß einige Worte zu sagen.

Seit den Tagen der Revolution ist in ganz Deutschland der Gedanke nicht zur Ruhe gekommen, daß nur durch eine territoriale Neuordnung unseres Vaterlandes und insbesondere Preußens der Neubau des Reiches möglich sei. Der Gedanke ist gerade am Rhein besonders gefördert worden, weil hier die durchaus begründete Besorgnis obwaltete, daß durch Annexion oder durch langjährige feindliche Besetzung das Deutschtum dieser Landesteile gefährdet sei. Man glaubte dieser Gefahr durch einen selbständigen Rheinischen Bundesstaat begegnen zu können, weil so die Franzosen vor allem zu der Ueberzeugung kommen müßten, daß eine Gefahr seitens eines Deutschland beherrschenden Großpreußen in Zukunft beseitigt sei. Alle Bemühungen in dieser Sache blieben erfolglos, und die preußische Regierung mit dem preußischen Parlament sprachen sich in ihrer Mehrheit entschieden gegen eine Zerstückelung Preußens aus. Die besonnenen rheinischen Kreise haben deshalb die Angelegenheit ruhen lassen, indem sie den maßgebenden Stellen die Verantwortung für das, was kommen müsse, überließen. Da kamen die Friedensbedingungen mit ihrer vernichtenden Wirkung, in denen das Rheinland einer ganz unsicheren Zukunft überantwortet werden sollte. Zugleich aber wurde klar, daß auf dieser Grundlage gar kein gesicherter Friede zustande kommen könne. Dann aber mußte in jedem Falle das Rheinland der leidende Teil sein. Einen Ausweg gab es offenbar nicht. Da wurde Herrn Kastert und mir mitgeteilt, und zwar in der zuverlässigsten Form, daß es doch vielleicht noch einen Wege gebe, und zwar über die Bildung eines Rheinischen Bundesstaates, oder in französischer Mentalität ausgesprochen durch Aufhören der erdrückenden Vormachtstellung Preußens im Reiche. Gegen dieses Opfer Preußens sei Frankreich bereit, auf eine vollständige Revision der Friedensbedingungen im Verbande hinzuwirken. Zur Klärung dieser Angelegenheit sei eine Aussprache mit General Mangin in Mainz notwendig. Entgegen unseren Bedenken wurde erklärt, daß es sich keinesfalls um Verhandlungen handele, sondern daß lediglich durch eine Besprechung Klarheit über die Möglichkeiten geschaffen werden müsse.

Berlin, Spa und Versailles waren unterdessen am 13. Mai bereits über die geplante Besprechung, die erst am 17. stattfand, verständigt worden. Denn wir mußten uns ja unbedingt gegen den Vorwurf schützen, daß wir ohne Wissen der Reichsregierung zu solchen Besprechungen gefahren seien. Heute leugnet ja auch die Regierung in Berlin — seitens der Delegation in Versailles ist immer zugestanden worden, daß sie rechtzeitig die Berichte bekommen habe — nicht mehr, daß sie stets rechtzeitig Nachricht bekommen hat. Sie hat das in einer Besprechung aller beteiligten Kreise in Berlin am 31. Mai zugegeben. Man hätte von ihrer Loyalität erwarten dürfen, daß sie das Zugeständnis auch öffentlich gemacht hätte, nachdem sie uns zuerst „frechen Schwindel" vorgeworfen hatte. Im übrigen hätte man in Berlin Zeit genug gehabt, zwischen dem 13. und 17. Mai nach Köln Nachricht zu geben, wenn man die Besprechung in Mainz nicht wünschte. Wir aber mußten im Gegenteil annehmen, daß sie gegen die Reise zum mindesten keine Bedenken habe. Wir erklärten uns also als Abgeordnete bereit, nach Mainz zu fahren, um dann gegebenenfalls persönlich sofort in Berlin zu berichten, nämlich in dem Falle, daß seitens der Alliierten die verbindliche Zusage gegeben würde, in eine vollständige Revision der Friedensbedingungen einzutreten, wenn die deutsche und preußische Regierung in die Errichtung eines Rheinischen Gliedstaates ganz konform den anderen deutschen Bundesstaaten einwillige.

In Mainz zeigte sich aber, daß wir nicht genau unterrichtet waren. Die Franzosen ließen vielmehr erkennen, daß ihr Ziel die Errichtung eines in ziemlich losem Zusammenhang

stehenden Rheinischen Staates anstrebte. Wir überzeugten den General Mangin davon, daß eine solche Lösung ganz unmöglich sei. Er bekam ein klares Bild von dem Willen der überwiegenden Mehrheit des rheinischen Volkes. Ich hoffe, daß auf diese Weise für immer die Pläne der Franzosen erledigt sind, vielleicht auch für den Fall, daß der Friede nicht unterzeichnet wird. Jedoch wurde die Möglichkeit, durch Verhandlungen zu einem guten Ende zu gelangen, durchaus offen gelassen. Ein Bericht über die Besprechung ging sofort wieder an die drei oben genannten Stellen, eine persönliche Rücksprache mit der Regierung war freilich vor der Hand nicht dringend. Der Gebrauch aber, den die Regierung mit den ihr zugegangenen Berichten machte, war der, daß sie davon ihrem parteigenössischen Organ Mitteilung machte, der „Rheinischen Ztg.", die sofort das Aktenstück veröffentlichte, allerdings in ganz unzureichender Form. Das ist die Diplomatie der deutschen Regierung. Da wurde nun sofort die Meute auf die „Hochverräter" losgelassen, man erklärte: Kastert und Kuckhoff haben mit Hilfe der Franzosen die Rheinische Republik ausrufen wollen. Und die Regierung ließ die Oeffentlichkeit ruhig in dem Glauben, obwohl sie wohl wußte, daß wir ihr nur einen Weg halten zeigen wollen, um Deutschland aus der Not zu retten. Die eigene Fraktion attestierte uns allerdings den guten Glauben, mißbilligte aber unser Vorgehen aufs entschiedenste. Dabei ist zu merken, daß die Mehrheit der Fraktion niemals den Gedanken der Rheinischen Republik gebilligt hatte. Wohl aber stehen die rheinischen Zentrumsabgeordneten bis auf wenige heute noch zu der Sache. Zur Zeit der Wahlen im Januar hat niemand im Zentrum dagegen zu reden unternommen. Die rheinischen Zentrumsanhänger haben für die Stellungnahme der Fraktion kein rechtes Verständnis, wie denn ja die rheinische Zentrumspresse fast ohne Ausnahme nicht nur den Gedanken der Rheinischen Republik im Verbande des Reiches vertritt, sondern mit wenigen Ausnahmen auch weit davon entfernt ist, Kastert und Kuckhoff zu verurteilen. Auf eine Gewaltprobe innerhalb der Partei durfte man es freilich in diesen Zeiten nicht ankommen lassen und deshalb legten wir, von niemandem gezwungen oder aufgefordert, unsere Mandate nieder, um die Einigkeit in der Partei, so viel an uns lag, nicht zu stören.

An dem, was nachher noch von Dr. Dorten und seinen Anhängern in Wiesbaden geschehen ist, haben wir keinen Anteil, im Gegenteil, wir haben, so weit wir Kenntnis davon erhielten, Unheil zu verhindern gesucht. Für das, was wir getan haben, dafür tragen wir allein die Verantwortung, wir können das Urteil über uns ruhig einer späteren Zukunft überlassen. Sie wird klar beweisen, daß die sozialistische Parteiregierung in Preußen den Interessen des Reiches in keiner Weise gerecht worden ist. Deutschland wird zu einem Großpreußen werden, wenn der Gedanke eines wirklichen Föderativstaates nicht energischer von Süddeutschland aus vertreten wird. Man sollte dort die Hilfe des Rheinlandes warm begrüßen.

Kommilitonen, die Augen auf!

Von Rechtsanwalt Aug. Ruß[1]).

Dieser Artikel soll Alarm schlagen. Kein Reaktionär hat ihn geschrieben, sondern einer, der mit beiden Füßen auf dem Boden der gegebenen Verhältnisse steht.

Seuchengefahr an den Hochschulen Deutschlands! Die geistige Epidemie des zügellosen, destruktiven Radikalismus greift unter der deutschen Studentenschaft bedenklich um sich. Die Periode des geistigen Kritizismus und „wissenschaftlich" begründeten Materialismus ging voraus und bereitete den Boden. Heute, im Zeitalter der Revolution, erhebt der wohlorganisierte politische Radikalismus an Deutschlands hohen Schulen kühn sein Haupt. Demgegenüber mutet der alte Statutensatz: „Politische Bestrebungen liegen uns fern" furchtbar naiv und hausbacken an.

Abgesehen von der Gründung mehrheitssozialistischer studentischer Ortsgruppen an vielen deutschen Hochschulen, werden in letzter Zeit auch von der U.S.P. (den Unabhängigen), ja sogar von den Kommunisten Versuche gemacht, ihren Ideen bei den Studenten eine organisatorisch feste Form zu geben. Und diese Versuche haben vielfach Erfolg. So weiß ich, daß der Kommunist Bezirkssekretär Schnellbacher aus Hanau deutsche (insbesondere süddeutsche) Universitätsstädte bereiste und dort — kommunistische Ortsgruppen gründete. Bis jetzt sollen nahezu dreißig solche Ortsgruppen bestehen! Besonders stolz scheint Schnellbacher auf das badische Musterländle zu sein. In Heidelberg zählt nach meinen Informationen die kommunistische Ortsgruppe etwa 280 Mitglieder. Schnellbacher ist gelernter Buchdrucker, war früher Parteisekretär der Unabhängigen und ist seit kurzem zu den Kommunisten gegangen. Seine Erfolge sind um so auffallender, als bekanntlich die junge akademische Welt gegenüber Beeinflussungs- und Belehrungsversuchen durch außenstehende Nichtakademiker ziemlich mißtrauisch und unzugänglich ist. Wie mir mitgeteilt wird, sind hauptsächlich jüdische Studenten die willfährigsten Schüler der kommunistischen Lehre.

Der geistige Vater dieser neuzeitlichen anarcho-revolutionären Strömungen ist die religions- und morallose, auf Stoff und Kraft aufgebaute „Kultur"-Anschauung der Modernen. Der Idealismus der Kommunisten und Spartakisten ist, so sehr er auch im rein Materiellen und Wirtschaftlichen verstrickt ist, eine Seite der großen geistigen Bewegung, die jetzt in Zentraleuropa um die Herrschaft ringt, allerdings nur eine negative Seite. Mit Faustrecht und Waffengewalt, mit Handgranaten und Maschinengewehren läßt sich diese Bewegung nicht an der Wurzel packen und unschädlich machen. Nur mit den Waffen des Geistes und einer absolut überlegenen Moral können diese radikalen Zeitströmungen langsam, aber sicher überwunden werden.

Die Gefahr erkennen und ihr ins Auge sehen! Das ist das erste, was die positiv gerichtete Studentenschaft Deutschlands tun muß, um der Krankheit des politischen und sozialen Radikalismus Herr zu werden. Mit Halbheiten und Glacéhandschuhen kann man solchen mit rücksichtslosem Fanatismus zu Werke gehenden Bewegungen nicht zu Leibe rücken. Da muß ganze und mutige politisch-soziale Aufklärungsarbeit geleistet werden. Mit rein theoretischen oder „informierenden" Vorträgen, die auf das Leitmotiv gestimmt sind: „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß" ist der gebieterischen Forderung der Stunde nicht gedient. Diese Forderung aber lautet: Klarheit und entschiedene Stellungnahme auch in der Politik! So gut der zwanzigjährige Fabrikarbeiter und Bauer oder das zwanzigjährige Dienstmädchen sich politisch für eine bestimmte Partei entscheiden muß und entscheidet, ebenso gut, ja noch besser, kann und muß ein zwanzigjähriger Student oder eine gleichalterige Studentin wissen, wo politisch in diesen „aufgeklärten" demokratischen Zeiten ihr Platz sich befindet. Politische Neutralität ist heutzutage ein Zeichen mangelnder Logik und mangelnden Mutes.

Das zweite ist: Weltanschauung gegen Weltanschauung! Die studentischen Gruppen, die auf unserer Seite stehen, also auf dem Standpunkt der katholischen Weltanschauung, sind vor allen anderen dazu berufen und befähigt, dem hemmungslosen Radikalismus einen Damm entgegenzusetzen. Die katholischen Studentenverbindungen und Studentenvereine, die Angehörigen des Unitasverbandes, die „Hochländer", die Mitglieder der weiblichen katholischen Studentenkorporationen, die Anhänger des Sekretariates sozialer Studentenarbeit, die katholischen Freistudenten und alle anderen bewußt katholischen Kommilitonen, sie alle bilden die Sturm- und Kerntruppen im geistig-sittlichen Kampfe gegen die Offensive des entfesselten politisch-sozialen Radikalismus von links. Nicht im Sinne eines einseitigen reaktionären, gegenrevolutionären Beginnens von rechts, aber im Sinne einer vernünftigen, der ausgleichenden Gerechtigkeit dienenden Demokratie auf der bewährten mittleren Linie! Unser Kompaß ist und bleibt unser katholischer Glaube mit seiner Sittenlehre. Er wird uns in allen Stürmen durch die wildesten Wogen in den sicheren Hafen führen. Wir müssen aber auch alle Heils- und Kraftquellen gebrauchen, die uns der Katholizismus zur Verfügung stellt. Darum mehr Studentenseelsorge! Größere Vertiefung des religiösen und sittlichen Gedankens, der den hehren Idealen der katholischen Studentenschaft zugrunde liegt. Jeder fange damit bei sich selber an!

Es ist ein Grundirrtum des politisch-sozialen Radikalismus, daß er die Verhältnisse von Grund aus ändern will, ohne daran zu denken, daß erst einmal die Menschen geändert werden müssen. Wir rufen den revolutionären Welt-

[1]) Abdruck dieses Artikels mit genauer Quellenangabe in den katholischen Studentenzeitschriften erwünscht. D. Verf.

verbesserern zu: Bessert erst einmal die *Menschen*, dann werden sich die *Verhältnisse* schon von selbst bessern! — Darum wird die Ueberlegenheit für die katholische Studentenwelt gegenüber der anderen darin bestehen, daß sie gemäß ihrer Weltanschauung infolge übernatürlicher Gewissensbindungen wahre Seelen-, Herzens-, Charakterkultur, also *echte Menschheitskultur* zu treiben verpflichtet ist. *Von Mensch zu Mensch, von Persönlichkeit zu Persönlichkeit!* Das ist der allein richtige Weg, der zur Besserung der Menschheit und damit der Zeitverhältnisse führt. Nach dieser Erkenntnis sollten alle katholischen Kommilitonen handeln.

Und dann sich *mit Gleichgesinnten zusammenschließen*. Und mit allen *Positiven*, ob katholisch oder nicht, eine fruchtbare *Arbeitsgemeinschaft* bilden, die schöpferisch wirkt für den akademischen Stand wie für die Gesamtheit. In der Tatsache, daß die junge Studentenschaft nicht nur für sich leben und arbeiten will, sondern für das ganze Volk und Vaterland, daß sie also dem akademischen Egoismus entsagt und positiv altruistisch wird, liegt die Existenzberechtigung für sie in einer Zeit, die den demokratischen Gedanken zum Führer erkoren hat. Hierin liegt aber auch eine Hauptwaffe gegen den politischen und sozialen Radikalismus, der jetzt an den Toren der alma mater ungestüm um Einlaß rüttelt und der trotz aller Phrase von der freien „Selbstlosigkeit im Dienste des Ganzen" dem Egoismus des Proletariates in Kadavergehorsam ergeben ist. Wenn sich die katholische studentische Jungmannschaft zu positiver Arbeit mit allen Kommilitonen zusammenfindet, die ähnlichen Ideen huldigen, dann wird die neuzeitliche Welle der Radikalen, insbesondere der Unabhängigen und Kommunisten, trotz ihrer kühn entfesselten Kraft nicht das ganze Gebiet der civitas academica überschwemmen können, sondern sich auf ihre Ausgangspunkte im großen und ganzen beschränken.

Aber: Kommilitonen, die Augen auf!

„Religion ist Privatsache" in der sozialdemokratischen Jugenderziehung.

Von Geistl. Rat Prof. Dr. *Hoffmann*, München.

Schwer ist für unser Vaterland die Not der Zeit. Ungezählte, tiefe Wunden, welche der Krieg und die Revolution verursacht haben, klaffen am Volkskörper. Ein, wie es scheinen möchte, unheilbarer Riß geht durch denselben. Wahrlich, es bedürfte einer ungewöhnlichen Klugheit und Energie seitens derjenigen, die an der Spitze des Gemeinwesens stehen, wenn es gelingen soll, das Staatsschiff durch die Fluten und Klippen hindurchzusteuern, ohne daß es völlig zerschellt. Die Sozialdemokratie hat im Reiche und in den Gliedstaaten die Macht in der Hand; auf ihr lastet darum der Hauptteil der Verantwortung.

Da möchte es fast befremden, daß die *sozialdemokratischen Regierungen es als eine ihrer eiligsten Aufgaben betrachten, gegen die bisherige religiöse Erziehung der Jugend Sturm zu laufen und die Schule zu verweltlichen*; dieses erscheint noch vordringlicher als die Durchführung ihres wirtschaftlichen Programms, nämlich die Sozialisierung des Privatbesitzes. Der Weltanschauungskampf wird dem wirtschaftlichen vorausgesetzt. Solche Eile hatte man, daß prinzipielle Verordnungen überhastet wurden, und man, wie es in Preußen geschah, sie zurücknehmen mußte. *Mit diesen Maßnahmen soll*, so wird wenigstens versichert, *der alte sozialdemokratische Grundsatz: „Religion ist Privatsache", verwirklicht werden*. Wir wollen hier nicht über die Berechtigung dieses Axioms diskutieren; es sei nur dargetan, daß die Sozialdemokratie in der Jugenderziehung nur wenig darnach handelt.

Auf dem Erfurter Parteitag 1891 wurde unter den als Satz 7 bis heute im offiziellen sozialdemokratischen Programm stehenden Punkten auch folgendes zum Beschlusse erhoben: „Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen". Wilhelm Liebknecht gab eine Erläuterung und führte aus: „Der Besuch der öffentlichen Volksschulen ist obligatorisch. In diese weltlichen Schulen, in denen keine Religion gelehrt wird, muß von den Eltern oder Verwandten jedes Kind geschickt werden; aber den Eltern bleibt es kraft des Grundsatzes: Die Religion ist Privatsache, unbenommen, ihre Kinder in der Religion, die sie haben, selbst zu unterrichten oder unterrichten zu lassen". Liebknecht war scheinbar überzeugt, mit der Erlaubnis, daß die Eltern außerhalb der Schule ihre Kinder in der Religion unterrichten dürften, ein großes Zugeständnis gemacht zu haben. Doch hebt er eigens hervor: „Wir dürfen der Geistlichkeit keine Handhabe bieten, vermittels derer sie in die Schulen hereinkommen kann". Der Religionsunterricht ist demnach aus dem ordentlichen Lehrplan der öffentlichen Schulen, neben denen überhaupt keine anderen zugelassen werden, ausgeschieden. Der Anordnung Liebknechts entsprechend dürfte er auch privat nicht in den Räumen der Schule erteilt werden. Aber „die Sozialdemokratie als solche hat mit der Religion absolut nichts zu tun. Jeder Mensch hat das Recht, zu denken, zu glauben, was er will, und niemand hat das Recht, jemanden in seinem Denken und Glauben zu behelligen, einzuschränken, ihm sein Denken und Glauben zu einem Nachteile irgendwelcher Art gereichen zu lassen", sagt der nämliche sozialdemokratische Führer. *Die innere Gesinnung gegenüber dem Religionsunterricht, die in der Sozialdemokratie herrscht*, gibt einer ihrer anerkanntesten Parteipädagogen, Schulz, an; er sagt u. a.: „Es ist eine schnöde Vergewaltigung des Kindes, wenn es von früh an in religiöse Fesseln geschlagen wird, aus denen es sich Zeit seines Lebens gar nicht oder nur mit Mühe zu befreien vermag. Und die Vergewaltigung wird um so grausamer dadurch, daß man sich nicht mit allgemeinen religiösen Normen und Formen begnügt, in die das Kind gezwungen wird, sondern daß man es in die noch viel engeren und härteren Fesseln irgendeiner besonderen Konfession schlägt" (Die Schulreform der Sozialdemokratie, 1911, S. 92). Bei dieser Einschätzung der Religion liegt es an sich schon nahe, daß man keine Neutralität wahrt, sondern die Fesseln nach Möglichkeit von dem Kinde fernhält, mindestens sie sobald als möglich wieder löst oder doch lockert. Die staatliche Schule, welche religionslos sein muß, ist nach entschiedenem sozialdemokratischen Grundsatze obligatorisch, d. h. alle Erziehungsberechtigten sind verpflichtet, die Kinder in dieselbe zu schicken. Privatschulen werden nicht zugelassen.

So war es bisher Theorie. Nun hat die Sozialdemokratie mit Unterstützung anderer gleichgesinnter Parteien es in der Hand, sie in die Praxis umzusetzen. Die Regierungsvorlage an die Nationalversammlung in Weimar versucht dieses Ziel zu erreichen; ein großer Teil der Gliedstaaten ist daran, die Situation noch zu verschärfen.

Nun ist es aber eine Tatsache, daß namentlich in der Neuzeit *die Erziehung der Jugend im Elternhause nicht abgeschlossen wird, daß die Schule sie fortsetzen und vollenden muß*. Die religiöse Erziehung erschöpft sich auch nicht darin, daß wöchentlich 1—2 Stunden Religionsunterricht stattfinden. Dieser bleibt wirkungslos, wenn der übrige Unterricht nicht darauf Bezug nimmt und in demselben Geiste erteilt wird; dieses ist um so mehr der Fall, wenn in diesem Unterricht die Religion bekämpft, wenn der religiös-sittlichen Einwirkung eine materialistische entgegengestellt würde, wenn die Anleitung zur Betätigung der Religion Widerstreben, vielleicht sogar Verhöhnung durch die Schule fände. Den Eltern, die eine positiv gerichtete religiöse Erziehung nicht wünschen, ist die Möglichkeit geboten, den Grundsatz, daß Religion Privatsache sei, zu verwirklichen. Wenn nun aber andere es als eine Gewissenspflicht ansehen, ihren Kindern eine volle religiöse Erziehung zu bieten, dann müßte es auch in ihre Entscheidung gegeben sein, diese Gewissenspflicht in der von ihnen als richtig erkannten Weise zu betätigen. *Ihnen aber ist diese Möglichkeit genommen, sie müssen handeln, wie es der Staat anordnet, und ihre Kinder gegen ihre religiöse Ueberzeugung in eine religionslose Schule schicken*. Wie sonst im sozialdemokratischen Staate wird auch hier die Freiheit zu denken und handeln nur denen gewährt, die sozialdemokratisch denken und handeln. *Religion ist keine Privatsache mehr*. In der Denkschrift der Erzbischöfe und Bischöfe Bayerns über das Schulwesen wird auch für christliche Eltern die Freiheit in der Erziehung ihrer Kinder nach diesem Grundsatze handeln zu dürfen gefordert. „Eine unerträgliche Gewissenstyrannei, der sich kein Katholik freiwillig unterwerfen könnte," wird ihre Verweigerung genannt.

In einem Vortrag, den der preußische Kultusminister Konrad Haenisch am 3. Februar 1919 in der Handelshochschule zu Berlin hielt, sagte er u. a.: „Solange wir also eine solche sozial fundierte und sozial betonte neue Ethik noch nicht haben, solange sind auch die starken sittlichen und religiösen Antriebe

der Vergangenheit nicht zu entbehren bei der sittlichen Erziehung unseres Volkes. Und da komme ich wieder auf das, was ich eingangs sagte: es ist nicht die Aufgabe und kann nicht die Aufgabe des Sozialismus sein, diese Antriebe zu zerschlagen. Sie zu negieren, es muß seine Aufgabe sein, diese sittlichen Antriebe nutzbar zu machen, einzuspannen in den Dienst des gesamten Volkes, der großen einheitlichen Nation." Wir vermögen nicht zu beurteilen, wie weit in dieser Rede der Diplomat spricht; sicher ist, daß auch schon andere Sozialdemokraten sehr schön von der Religion gesprochen haben; doch ihre Stellungnahme zu dieser ist nach dem amerikanischen Pragmatismus bestimmt, gemäß dem Nutzen für die äußere und innere Lebensführung des Menschen. Wenn übrigens Haenisch die Religion in der Jugenderziehung dulden will, bis eine von ihr losgelöste soziale Ethik ihre Stelle auch nur nach der günstigen gesellschaftlichen Wirkung einnehmen kann, dann brauchen wir für die Zukunft nicht zu bangen, die Ereignisse der letzten Tage geben uns da Vertrauen.

Die Sozialdemokratie verhindert in der Schule den Parteigrundsatz: „Religion ist Privatsache" durchzuführen, sie trägt vielmehr kein Bedenken, ihn nach der negativen Seite hin direkt zu verletzen. Sie ist ja in ihrem Wesen religionslos, atheistisch. Sie hat den absterbenden theoretischen Materialismus übernommen und durch eine ihm entsprechende Entwickelungslehre zu galvanisieren versucht. Darum ist es ganz psychologisch und konsequent, wenn sie ihre religionslose Parteiweltanschauung auch der Jugend zu vermitteln trachtet. „Sammelt man vielleicht Trauben von den Dornen oder Feigen von den Disteln?" Deshalb trachtet die Sozialdemokratie darnach, durch Verdrängung des Religionsunterrichtes den Kindern die Möglichkeit zu nehmen, wenigstens doch zu schmälern, dem angeborenen Zuge entsprechend sich vielleicht eine positive religiöse Ueberzeugung zu verschaffen. Soll an dessen Stelle überhaupt etwas Positives treten, dann will man religionslose Ethik oder Religionskunde gewähren. Es liegt nun aber einmal in der Natur des Un- und Irrglaubens, viel intoleranter als die Wahrheit zu sein; dieses zeigt sich auch hier; so nimmt dieser Unterricht eine feindselige Haltung an gegen die christliche Religion (vergl. „A. R." Nr. 13 und 16/17) und damit gegen die religiöse Ueberzeugung, welche das Kind vom Elternhause mitgebracht hat und welche in den meisten Fällen auch die Eltern nicht zerstört haben möchten. Die weltliche Schule in Frankreich liefert krasse Beispiele; wird die deutsche besser werden?

Abgesehen von dem Unterrichte in der Schule findet die Religion der Jugend eine starke Förderung oder schlimme Schädigung durch die Lektüre. Da entfaltet die Sozialdemokratie eine eifrige, aber zerstörende Tätigkeit. Der Hauptvorkämpfer für die Einheitsschule, Tews, der gewiß für die positive Religion nicht viel übrig hat, gibt in seiner Schrift „Sozialdemokratie und öffentliches Bildungswesen" (Langensalza 1919) Proben dieser Jugendliteratur und kann nicht umhin, seinen Unmut zum Ausdruck zu bringen. Diese Jugendliteratur hält sich in religiöser Hinsicht ebenfalls nicht neutral, sondern bekämpft Religion und Christentum aufs entschiedenste. Auf dem bereits genannten Erfurter Parteitage wurde zur Schaffung eines solchen Schrifttums die Anregung gegeben; so erschien ein „Lesebuch für Kinder aufgeklärter Eltern". Dieses bezeichnet in der Vorrede als Plan, „zunächst jeden Keim zu religiösem Fanatismus und religiöser Unduldsamkeit in den Kinderherzen auszumerzen — —. Sind die einseitigen religiösen Anschauungen im Kinde beseitigt, dann schreiten wir allmählich zur festeren Begründung von Lebens- und Weltanschauungen empor — —. Der alte Geist, der Geist der Herrschsucht und Vergewaltigung soll auf das Kind zuerst in seinen abschreckenden Zügen wirken, es soll mit Entsetzen gegen allen Fanatismus erfüllt werden — —". Mit Recht sagt Tews: „Das Bedenkliche des Buches liegt in seiner atheistischen Tendenz, die zwar nicht so plump hervortritt, wie in mehreren anderen Schriften dieser Art, aber doch dahin führen muß, daß der jugendliche Leser mißtrauisch wird gegen die Lehren der Religion in der Schule und damit des Segens beraubt wird, den ein mit Wärme erteilter und unbefangen aufgenommener Religionsunterricht unter allen Umständen hat" (S. 30). Aehnlich steht es mit den übrigen sozialdemokratischen Jugendbüchern. Es sei noch hingewiesen auf das „Lehrbuch für den Jugendunterricht freier Gemeinden" von Dr. Bruno Wille, der einige Zeit als der Generalschulmeister der Berliner Sozialdemokratie galt. Von dem ersten Teile, der Gedichte, Lieder und Sprüche umfaßt, fällt Tews das Urteil, daß er „auch Stoffe enthalte, die darauf ausgehen, in dem Kinde Haß und Verachtung gegen die Kirche und ihre Vertreter zu erzeugen" (S. 32). „Fast ebenso widerwärtig wie die sittlichen Roheiten, berühren die dichterischen Barbareien und künstlerischen Geschmacklosigkeiten" (S. 34). Nur eine Probe (Der Freidenker):

„Er regt sich emsig, um mit Mut ein neues Haus zu schaffen,
Ein Haus, befreit vom Geistesdruck, befreit vom Druck der Pfaffen.

— —

Kein Pfaffe darf mit Glaubenszwang die Kinder ihm verziehen;
Er pflegt die Herzen, daß sie einst für Edles nur erglühen."

Dieser zerstörende Einfluß auf den religiösen Sinn wird fortgesetzt in der Jugendpflege der Heranwachsenden. Die Jugendzeitschrift „Arbeiter-Jugend", die vor Beginn des Weltkrieges viel mehr als 100,000 Bezieher hatte, strotzt in jeder ihrer Nummern von Gehässigkeiten und Anwürfen gegen die Religion. Sie gibt den Geist wieder, in dem die sozialdemokratische Jugendbewegung sich bewegt; Jauch sagt von ihr, daß sie antireligiös, antichristlich und antikirchlich bis auf die Knochen gewesen sei (Moderne Jugendpflege, 1915, S. 247). Auch die Turn-, Sport-, Wander- und Geselligkeitsvereine mit sozialdemokratischer Tendenz machen im allgemeinen von ihrer Religions- und Kirchenfeindlichkeit und ihrem klerikalen Haß kein Hehl. An christlichen Festen, wie Weihnachten, nimmt er besonderen Anlaß, hervorzutreten.

Würde die Sozialdemokratie wirklich den Grundsatz befolgen wollen, nach dem Religion Privatsache ist, dann dürfte sie den religiösen Zug der Jugend nicht so schroff verletzen und vernichten lassen, sie müßte sogar die Gelegenheit schaffen, daß auch diejenigen, die eine positiv religiöse Erziehung suchen, sie erhalten können, sie müßte christliche Ueberzeugung mit atheistischer gleich behandeln: dieses wäre objektive Anerkennung, daß Religion Privatsache sei, wenn jeder die Möglichkeit erhielte, sie ungehindert sich anzueignen und zu betätigen oder nicht. Der unglückliche Ausgang des Krieges und die Revolution haben der Sozialdemokratie in Deutschland auch in den kulturellen Fragen die Vormacht in die Hand gegeben. Sie hat bereits mit aller Deutlichkeit zu erkennen gegeben, daß sie diese auszunützen entschlossen ist zur Verdrängung jeglicher positiven Religion aus der Jugenderziehung. Sie tut dieses in Rücksicht auf die Weltanschauung und aus natürlichem Instinkte, daß auf der Religionslosigkeit der Massen ihre Herrschaft beruht. Bezeichnend ist der Ausspruch, den der spätere sozialdemokratische Kultusminister Ad. Hoffmann am Revolutionstage auf dem Schloßplatze zu Berlin tat: „Jetzt haben wir die Gewalt. Wir brauchen keinen Vater, keinen Sohn und keinen heiligen Geist mehr" („Schule und Erziehung" März 1919, S. 6).

Zur Neuordnung der Jugendkräfte.

Erwägungen anläßlich des bayer. Jugendsonntages, 29. Juni 1919.

Von Jugendsekretär Dr. Ludwig Schiela, München.

„Es ist das Charakteristische unserer Zeit, daß ihr Geist bestimmt wird von denen, die bisher gegängelt wurden: von den Arbeitern, von den Frauen und von den Jugendlichen." Dieses Wort eines geistigen Arbeiters der Münchener Hochschule mag als übertrieben und darum unzutreffend angesehen werden, im letzten Teil dürfte es der Wahrheit immerhin am nächsten kommen. Vielleicht hat überhaupt nur die Jugend, wenn auch im weitesten Sinne, Revolution gemacht und steht dabei heute vor einem schrecklichen Trümmerhaufen, den nur wieder sie wegzuräumen berufen ist. Sie hat noch das Leben vor sich, sie muß sich jetzt den Staat bauen, das Volk organisieren, die Wirtschaft beleben, das eigene Glück sich schmieden und damit auch das Glück des schwer geprüften Vaterlandes. Hat die Jugend dazu den Willen und die Kraft?

Was hat eigentlich die Jugend in den letzten Jahren so in Erregung gebracht? Warum so viel Auflehnung und Trotz, Widerspenstigkeit und Gegenarbeit? War es wirklich immer nur einfältige Bosheit, dummdreister Stolz? Bislang glaubten doch meist nur (und zwar mit einer gewissen Steifnackigkeit) die Erwachsenen, sie hätten den Ton anzugeben, sie müßten von ihrem abgeklärten und ernüchterten Standpunkt auch der Jugend

die Lebensart und die Arbeitsform geben und eine Diskussion über diese Fragen sei überhaupt nicht möglich. Nun wollte aber der Gegenpart der heutigen Kultur mit der gleichen Hartnäckigkeit seine Art und Form, den Jugendstil ausdrücken, und das Jugendproblem in seinem innersten Kern wurde nichts anderes als der Kampf der Alten mit den Jungen um die Vorherrschaft. Ein stiller Krieg ging da durch so manche Familie, so oft durchs ganze deutsche Haus, nicht zum Segen des Volkes, nicht zum Wohle der Jugend. — Soll nicht auch auf dieser Walstatt jetzt endlich ein Friede der Verständigung geschlossen werden? Kein Machtfriede, sondern ein Friede der Gerechtigkeit, ja der Liebe des erwachsenen Volkes zum jungen Volke? Soll nicht endlich auch hier eine Brücke geschlagen werden zwischen den gealterten, lebensmüden Seelen und den jungen, stürmischen, lebensfrohen? Eine Brücke von Mutter zu Tochter, vom Vater zu Sohn, vom Lehrer zu den Kindern, von jedem Staatsbürger zum jungen Standesgenossen im ganzen Volke?

Was ist Jugend? Glauben wir denn wirklich, daß ein Mann von 50 Jahren, von welchen man 30 Jahre wegnimmt, Jugend wäre? Ist Jugend überhaupt an Jahre gebunden? Und kann selbst eine bejahrte Frau, die an ihre „Jugend" sich zurückerinnert, das jugendtümliche Element der Jugend von heute erfassen, nicht nur wissenschaftlich, nicht nur psychologisch — nein unmittelbar, impulsiv, naturwüchsig, mit allem Drum und Dran, wie nun einmal die Jugend ist? Das aber ist Jugend. Nicht darum aber handelt es sich heute bei der Indienststellung der Jugendkräfte im Leben der Gegenwart, technisch und mathematisch das Kräfteparallelogramm zwischen Alter und Jugend zu konstruieren; vielmehr muß das Leben der Jugend organisch dem Volkskörper eingegliedert werden und diesem das neue, frische, warme, dampfende Blut einströmen lassen, Jugendideen in ihrer Eigenart der Kultur, dem gesellschaftlichen Leben zuführen, Jugendtaten gelten lassen, wenn sie wertvoll ebenso wie Männer- oder Frauenerfolge, und nicht sie verachten, nur weil sie eben von der Jugend stammen. Das verächtliche Lächeln über alles Jugendliche, das Achselzucken über Jugendstreben und Jugendleben soll verschwinden: die Jugend soll fest zur Mitarbeit in allem herangezogen werden, in ihrer Eigenart soll sie die schwersten Aufgaben mitzulösen versuchen, es soll ihr Verantwortlichkeit, Pflichtbewußtsein in die Seele gesenkt werden, sie soll wissen, was Großes man von ihr erwartet, welche Hoffnungen das deutsche Volk, das ganze Vaterland auf sie setzt.

Werden wir Kräfte aus der Jugend gewinnen, zum Aufbau, zur positiven Arbeit? Oder werden wir enttäuscht werden? Die katholische Münchener Jugend hat mehr als einmal die Zweifelnden und an ihr Verzweifelnden gründlich Lügen gestraft. Kurt Eisner hat für die Münchener Jugend nicht immer gerade Lobsprüche gefunden; er wurde von ihr mehr als einmal enttäuscht. Noch in diesem Monat hat sich die katholische Jugend im Festsaale des Hofbräuhauses — wo die Räte so oft und so stürmisch getagt — ein Stelldichein gegeben; die Jugend selbst hatte das Arrangement getroffen und zwar bis aufs letzte — ein Präses glaubte an der Protestresolution gegen den Schmachfrieden eine Kleinigkeit korrigieren zu müssen, es wurde ihm nicht zugestanden „aus Gründen der inneren Wahrhaftigkeit". — Aber wie waren die drei Referate der Jugendlichen über die „Jugendbewegung", die „Religion" und die „Freiheit" — jugendtümlich, ursprünglich, kräftig und begeistert. Nichts Gemachtes, nichts Affektiertes, nichts stilistisch Aufgeputztes, klar und bestimmt, aber so tapfer und so treu, so fest im Grundsätzlichen und so freiheitlich in Nebensächlichem und so liebenswürdig in der Aufmachung — im Felde sagte einst ein Ueberschwenglicher: „Die Jugend ist zum Küssen."

Könnten wir doch diese Jugendkräfte so sprudelnd und so froh wie ein kristallheller Bergquell fassen und organisieren, zusammenlegen und auf ihnen den deutschen Bau im neuen Stil aufrichten! In Dorf und Stadt, Land- und Industriejugend, für Staat und Kirche, jede Kraft muß einorganisiert werden ins Ganze, jedes Jugendherz, jede Jugendseele mit ihrem Feuer, mit ihren Idealen einorganisiert in die Jugendpflege, in den sozialen und wirtschaftlichen Organismus, ins Vereinsleben der Gegenwart, in die politische Organisation, in den Volksstaat — was würde an aufbauender Arbeit geleistet von diesen frischen, unverbrauchten Kräften für jedes Land und für das ganze Reich!

Wer hilft mit? Der bayerische Jugendsonntag ruft das katholische Volk zu dieser Arbeit auf; möchte dieses heute mehr als je im Interesse der Kirche, des katholischen Glaubens, der christlichen Schule und Erziehung das Seinige tun: Unterstützung geben an Jugendpflege und Jugendverein, zur Mitarbeit sich anbieten und den Jugendschutz und die Jugendhilfe an seinem Platz und für seinen Kreis betätigen. Doch müssen alle Freunde der Jugend an des Volkes Zukunft denken und auch ihrerseits als Testament den eigenen vaterländischen Geist, wirtschaftlichen Sinn, soziales Bewußtsein in die Jugendseele einhauchen und in friedlicher und freudiger Jugendarbeit alle Kräfte zusammenlegen, alte und junge, vom Alter die Besinnlichkeit, von der Jugend die stürmische Kraft, damit es auch in den deutschen Landen bald wieder einen guten Klang gebe,

Wenn das Harte mit dem Weichen
Sich vereint zum guten Zeichen!

Sommerausstellung der Neuen Sezession.

Im äußeren Umfange ist die heurige Ausstellung der Neuen Sezession ihren Vorgängerinnen gleich, in ihrer Beschaffenheit tritt sie fühlbar hinter jenen zurück, was immer etwas bedeuten will, nachdem es schon ehemals von diesen Ausstellungen nichts Erfreuliches zu melden gab. Ob die auffallende äußere und innere Aermlichkeit davon stammt, daß nicht-münchnerische Teilnehmer sich wegen der mancherlei Schwierigkeiten der gegenwärtigen Verkehrsverhältnisse fern halten mußten, ist billig zu bezweifeln. Man möchte es ja auch schließlich den Münchnern nicht antun, einer solchen Auffassung Raum zu geben. Und doch erfordert die Wahrheit das Eingeständnis, daß die Münchener Kunst im allgemeinen in bedenklichem Rückgange begriffen und die Zahl der wirklich bedeutenden Künstler, solcher, die fähig sind, wahrhaft Großes zu leisten, beklagenswert gering ist. Um bei den Persönlichkeiten zu bleiben, die ihre Werke in der hier zu würdigenden Ausstellung darbieten, so fehlt eine solche überragende, mit irgend welcher wirklichen Originalität begabte Erscheinung unter ihnen völlig. Dementsprechend mangelt es an jeglichem Merkzeichen einer Entwicklung, außer der mehrfach zu beobachtenden rückläufigen. Man sieht sie, um nur ein paar Beispiele herauszugreifen, bei den Malereien und Radierungen von A. Schinnerer, bei den Bildnissen von G. Jagerspacher, die an Kraft der Charakteristik wie an der früheren Fülle und Leuchtkraft der Farbe verloren haben. Auch unter den Landschaften von R. Sieck befindet sich eine, die Krankheitszeichen aufweist. Es wäre schade, wenn auch die beiden letzteren Künstler sich auf verkehrte Bahn begeben wollten. Was die übrigen fast ausnahmslos betrifft, so verharren sie dabei, auf dem Wege fortzutrotten, den nicht sie entdeckt haben. Denn so große Scheu sie tragen, der älteren Ueberlieferung zu folgen, viele unbewußt, wohl auch bewußt, so lassen sie es, trotz ihrer stark beteuerten Selbständigkeit doch geschehen, daß sich bei ihnen selbst, und zwar mit bedeutsamer Schnelligkeit, eine Ueberlieferung herausgebildet hat, die man, zur Vermeidung unfreundlicher deutscher Worte, Schematismus nennen darf. Am meisten Ueberlieferung steckt noch in der Graphik. Man spürt Rembrandt in ihr, stark auch, zumal im Holzschnitte, die Gotik, gelegentlich spätes Barock. Gegenständlichkeit macht sich geltend, ist freilich oft bis fast zur Unkenntlichkeit stilisiert, geht aber nur ausnahmsweise über die Grenzen des gesunden Menschenverstandes. Anders die Malerei und Bildnerei. Ihre künstlerische Anarchie sucht ihren Ausdruck in ermüdender Wiederkehr farbiger Grellheiten, Verschwommenheiten und Mißklänge, in Linienführungen, deren Wirrsal durch angebliche geheime Gesetze regiert werden soll, in Formen, die der Natur und aller Vernunft zuwider laufen, überdies jeder sachlichen Begründung entbehren. Gruppenweise ahmen diese Maler und Bildhauer fortwährend einander gegenseitig nach — sehr viele von ihnen sind längst nichts anderes mehr, als Bilderfabrikanten —, von den gewöhnlichen Kitschmalern oder Selbstkopisten unterscheiden sie sich nur dadurch, daß sie die innere Leere ihrer Erzeugnisse unter unerhörten, widerwärtigen, gesucht unmöglichen Außenseiten zu verbergen suchen.

Doch ist es mit dieser modernsten Erscheinung, die sich für ihre Zwecke einiger äußerer Mittel der Kunst bedient, wie mit anderen revolutionären Dingen: sie besitzt Eigenschaften, die beachtet und nicht verachtet werden dürfen. Nur eine Anzahl von Mitläufern sind übler Meinung. Andere sind schwärmerische Theoretiker, Leute, die Hohes, ja Höchstes wollen, Idealisten, die wir als unerschrockene Streiter gegen Oberflächlichkeit, Aeußerlichkeit und den Materialismus der heutigen Kultur begrüßen müßten, wenn sie nicht durch Ueberspanntheit und Unklarheit, wie durch die Verkehrtheit ihrer Mittel den Sieg ihrer hohen Absichten selbst vereiteln würden. Das darf man dieser neuesten Kunst vorweg hoch anrechnen, daß sie sich von Libertinismus fern

hält, daß Unsittlichkeit und Niedrigkeit ihr fremd sind. Sie sucht nicht das Ding, sondern dessen Begriff, dessen Seele, auch beim toten Gegenstande, sowie bei Pflanze und Tier. Sie sucht sich der Wirklichkeit durch Flucht in das Reich der Träume zu entziehen. Sie haßt das Vielfältige und gräbt nach den Wurzeln der Einfachheit. Carl Caspar hat diesmal ein Bild ausgestellt, das die nächtliche Unterredung zwischen Jesus und Nikodemus andeutet. Darin liegt ein Grundgedanke dieser Richtung ausgesprochen: die Rückkehr zur Kindschaft, zur Ursprünglichkeit in Schlichtheit und Wahrheit. Kein Zweifel, daß diese Künstler im Grunde nach Idealen echt christlicher Art streben. Und doch erreichen sie ihr Ziel nicht, weil der christliche Geist fehlt, auch bei solchen, die sich geradezu mit christlichen Thematen beschäftigen, jener Geist der Klarheit, der die Kunst der Vergangenheit erleuchtete und in ihren Werken die Überzeugung zur Tatsache werden ließ, daß nicht Eigenwille, Trotz und Auflehnung, sondern Strenge der Selbstzucht allem Streben, also auch dem der Kunst, zur Voraussetzung des wahren, bleibenden, vorbildlichen Erfolges dient.

Der Geist der Klarheit, dessen Fehlen in den Ereignissen der Gegenwart sich so vielfach verhängnisvoll geltend macht, müßte den Künstlern auch die Lehre geben, daß gänzliche Loslösung vom Realen eine Unmöglichkeit ist, daß Versuche solcher Art nur zur Selbsttäuschung und Selbstwiderlegung führen. Durchmustert man diese Ausstellungen, so lehren sie, nicht nur die heurige, daß es doch schließlich immer wieder der Gegenstand ist, an den man sich hält und dessen man als Grundlage, auch für verzerrte Darstellungen, bedarf. Selbst der abstrakteste von allen, Paul Klee, hat bei seinen Kritzeleien und Klecksen gewisse reale Vorstellungen und gibt ihnen durch Bildunterschriften Ausdruck. Diesen Stilisten gegenüber stehen diejenigen, die mit gegenständlicher Absicht Erzählungen, Lebensausschnitte, Bildnisse, Landschaften, Stillleben und dergleichen malen und sich, wie etwa W. Püttner oder R. Sieck, kaum in einzelnen Aeußerlichkeiten von den Naturalisten alten Schlages unterscheiden.

Sie kommen daher auch nicht in Betracht, wenn es die Frage zu beantworten gilt: Was sagt und gibt jene allermodernste Kunst dem Volke? Oder, um zeitgemäß politisch zu reden: Welches ist an ihr das demokratische Element? Diese Frage wäre am besten durch das Volk selbst zu beantworten. Es hat auch bereits darauf geantwortet. Nicht aus Anlaß einer Ausstellung der Neuen Sezession, denn dergleichen bekommt der einfache Mann oder gar seine Frau nicht zu sehen, aber als die Räteregierung die Zeitungen nötigte, Bilder allerneuester Art zu bringen. Die Idee war an sich klug, die Kunst hätte zur furchtbaren Waffe werden können. Aber angesichts dieser Erzeugnisse lief der Erfolg dem von den Unternehmern erwarteten geradewegs zuwider und mag bei den Vernünftigen stark dazu beigetragen haben, jener Regierung Abbruch zu tun. Dem gesunden Verstande des Volkes widerstrebt alles Unnatürliche, Gesuchte, Gemachte, die Unmöglichkeit der sinnlichen Erscheinung verhindert die Wirkung des übersinnlichen Gehaltes. Wie anders stehen die Werke eines Fra Angelico, eines Botticelli, eines Van Eyck, eines Grünewald und anderer geistesverwandter Meister da, die ihre unergründliche geistige Tiefe in das Gewand wahrer Schönheit kleideten. Niemals werden sie aufhören zu wirken und Seelen dem Ziele ewiger Wahrheit und Herrlichkeit näher zu führen.

Dr. O. Doering.

Vom Büchertisch.

Robert Hugh Benson: Der Herr der Welt, Roman. Autorisierte Uebersetzung aus dem Englischen von H. M. von Lama. Mit dem Bilde des Verfassers und einer Einleitung. Regensburg, Friedrich Pustet. 8° 516 S. Preis geb. 8 M. — In dritter Auflage geht nun dies hochinteressante, wuchtige und in seiner Art auch tiefe Werk des berühmten Konvertiten, Sohnes des verstorbenen anglikanischen Erzbischofs Primas von Canterbury, hinaus in die deutsche Leserwelt. Wer es vor einem Jahrzehnt las, sollte es wieder lesen, um zu erfahren, mit welchem Scharfblick der (inzwischen ebenfalls dahingeschiedene) Verfasser viele der kommenden Dinge vorausgeschaut hat, von denen sich nicht wenige bereits erfüllten, andere zu erfüllen beginnen. Kein bloßes Ereignis phantastischer Einbildungskraft, sondern ein Ergebnis schärfster Durchdringung von Vergangenem und Gegenwärtigem auf vom Heiland selbst verkündetes Zukünftiges hin: das ist „Der Herr der Welt", zugleich ein erschütternder Weck- und Mahnruf in unsere gegenwärtigen Wirren hinein.

E. M. Hamann.

Prof. Dr. Aem. Schoepfer: „Monarchie oder Republik? Freimaurerei und Kirche über die Staatsform. Ein Wort zeitgemäßer Aufklärung zum Umsturz in Mittel-Europa. Mit einem Anhang: Die Wühlarbeit der Freimaurerei gegen die habsburgische Monarchie." Innsbruck-München, Verlagsanstalt Tyrolia. 6.—10. Tausend. 8° 77 S. Pr. 1.70 M. — „Klein aber sein!" gilt von diesem inhaltlich schwerwiegenden Bändchen. Wer es liest und in sich aufnimmt, hat Entscheidendes an Klarheit neubestätigter oder neuerworbener Ueberzeugung gewonnen. Die Aufführung der Themen möge zeigen, um wie Hochwichtiges es sich handelt: „Die Freimaurerei ist gegen die monarchische Staatsform. — Die Kirche ist nicht gegen die Republik. — Grund dieser verschiedenen Stellungnahme: Warum die Kirche für keine bestimmte Staatsform ist; Warum die Freimaurerei nur für die Republik ist; Unterschied zwischen der christlichen und der Freimaurer-Republik. — Aufgaben der christlichen Staatsbürger in der Gegenwart." An Schärfe der Denkkraft, der auf den Grund greifenden Logik läßt das Büchlein nichts zu wünschen übrig. Auch nicht an Mut. Und just das ist es, was wir heute notwendiger denn je brauchen: Klarheit, Tapferkeit, Tiefe. — Wer sich selbst und andere zum Licht führen möchte, greife zu dem Büchlein.

E. M. Hamann.

Der hl. Kolumban, sein Leben und seine Schriften. Von Johann Joseph Laux. Mit 7 Bildern. Freiburg 1919, Herdersche Verlagshandlung. XVI und 219 S. 8°. Preis kart 7.80 M. Zu den bedeutendsten der irischen Glaubensboten aus dem frühen Mittelalter gehörte der hl. Kolumbanus. Er stammte aus Leinster, machte sich gegen Ende des 6. Jahrhunderts mit 12 Gefährten vom Kloster Benchuir aus auf den Weg ins Frankenreich und predigte allenthalben mit solcher Kraft und Begeisterung, daß er das Staunen des Volkes und die Bewunderung der Könige erregte. In den Vogesen gründete er das Kloster Luxeuil. Wegen der Unabhängigkeit seiner geistlichen Anschauungen und der Kühnheit seines Auftretens erregte er jedoch das Mißfallen der herrschenden Klassen und wurde 610 durch die Königin Brunhilde vertrieben. Er wandte sich dann nach Alamannien, blieb drei Jahre lang in Bregenz und ging schließlich, um die Reste des Arianismus auszurotten, in das Reich der Langobarden. Dort stiftete er das Kloster Bobio und starb daselbst am 21. November, wahrscheinlich 615. Seine Lebensbeschreibung, trotz ihres italienisch-schwülstigen Tones eine der geschichtlich wichtigsten und einflußreichsten Schriften jener frühen Zeiten, verfaßte der bald darnach aus Susa nach Bobio gekommene dortige Abt Jonas. — An einer brauchbaren, kritisch verfaßten Schrift über den Heiligen hat es in der neueren Literatur gefehlt. Um so verdienstlicher ist das vorliegende Buch. Es beruht auf sorgfältigem Quellenstudium, ist objektiv und unparteiisch und schafft so ein klares, höchst fesselndes Bild von den Ereignissen und Kulturzuständen, zumal des im Verfalle befindlichen Merowingerreiches. Die Uebersichtlichkeit hätte vielleicht noch gewonnen, wenn die zahlreichen Legenden, vom übrigen abgesondert, in einem eigenen Kapitel gesammelt worden wären. Dankenswert sind die literarischen Beigaben: Die Mönchsregel des hl. Kolumban (man vergleiche über sie auch die „Ztschrft. f. hist. Theol." 1875, III, 396 ff.), Das Bußbuch, Kolumbans Briefe und Gedichte; ferner die Erläuterungen und Quellenangaben des Anhanges. Willkommen sind auch die sieben Bilderbeilagen nach zeitgenössischen Kunstwerken.

Dr O. Doering.

Bühnen- und Musikrundschau.

Nationaltheater. Das Gastspiel einer Heroine, das nicht sonderlich erfolgreich verlief, könnte unerwähnt bleiben, wenn nicht dabei eine „Anstellung" beabsichtigt gewesen wäre. Da fragt es sich, ob wir für eine weitere Heroine Verwendung haben. Zwei Künstlerinnen von Rang Emma Berndl und Magda Lena haben bis vor kurzem sehr, sehr wenig zu tun gehabt, bis Frau Durieux sich entschloß, nicht mehr aufzutreten, bevor ihre politischen Angelegenheiten klargestellt sind. Ich habe es seither vermieden, von diesen mit der Räterepublik zusammenhängenden Dingen zu reden, denn die Wahrheit hier zu suchen, ist keine kunstrichterliche Aufgabe und ich unterlasse es auch heute. Das Gastspiel veranlaßt nur zu der Frage, gedenkt Frau Durieux zurückzutreten oder ist an den „Ersatz" für eine andere im Fach der Heroinen tätige Künstlerin gedacht? Im letzteren Falle wäre die Dringlichkeits- und Notwendigkeitsfrage sehr zu erwägen. Man versucht jetzt im Prinzregententheater auch Stückchen, wie die „Medaille" und „Die Lokalbahn" L. Thomas zu geben. Das mag praktisch sein, aber es widerstrebt dem einst so sorgsam gepflegten Stilgefühl, Kleinigkeiten auf die die große Linie erfordernde Festspielbühne zu versetzen; spielt man doch andererseits auch nicht Wagner im kleinen Rokokohaus. — Mit tiefem Bedauern, ja mit Schmerz verzeichnet der Chronist: Festsaal des Prinzregententheaters „Sommernachtsball". Im Augenblick, da sich die Weltschicksalsfrage entscheidet, ob wir uns unseren Feinden unterwerfen, tanzt man und noch dazu in diesem Festspielhause, das der deutschen Kunst geweiht ist. Man sage nicht, das tat der Wirt, nicht die Leitung; dann hätte man eben die Rechte des Cafetiers enger begrenzen sollen. Es wird mir auch versichert, daß neulich im „Parsifal" einige bei offener Szene Bier tranken und schwätzten, und heute: „Sommernachtsball". Wirtschaft, Horatio, Wirtschaft!!

Schauspielhaus. Hermine Körner hat uns eine Enttäuschung bereitet. Sie war tastend auf dem Wege, einen gepflegten Spielplan aufzubauen, und nun hatte sie den fatalen Ehrgeiz, uns die erste öffentliche Aufführung von Wedekinds Tragödie „Die Büchse der Pandora" zu bieten. Die Zensur ist tot, da kann man es sich ja leisten. Er hat die Tage der „Freiheit" nicht mehr erlebt dieser — Dichter. Ich zweifle, ob die Aufhebung der Zensur ihn im innersten Herzen gefreut hätte, denn außer seinen erotomanischen Problemen war es doch der Kampf mit der Zensur, der seinen halbweltumspannenden Geist ausfüllte. Ein Kritiker, der für die angeblichen Qualitäten der Wedekindschen Dramatik immer mit Überzeugung eintrat, wünscht doch, daß wenigstens nicht über das Alltagspublikum der „ekle Inhalt dieser infernalischen Büchse entleert" werde, und meint, die Theaterleiter müßten durch eine Art stillschweigender Übereinkunft endlich selbst so weit sein, daß sie auf die öffentliche Aufführung solcher absoluter Unmöglichkeiten verzichten. Wir nehmen von diesem Bekenntnis mit gewisser Befriedigung Notiz. Da es aus dem Lager der Wedekindfreunde kommt, ist es doppelt wertvoll. Die „Büchse der Pandora" ist vor Geladenen mehrmals gegeben worden und war aus diesem Grunde zu verschiedenen Zeiten an dieser Stelle Gegenstand der Besprechung, die immer eine Verdammung sein mußte, da wir in dieser perversen Dramatik stets eine Gefahr für die Volksgesundheit sehen mußten. Das Stück, daran sei kurz erinnert, ist eine Fortsetzung des „Erdgeistes"; wir sehen darin, wie es Lulu weiter erging, wie sie in immer rascherem Tempo die Männer wechselt, immer tiefer in den Rinnstein der Moral hinabsinkt, vom Gefängnis in die Choleraбaracke,

in immer ekelerregendere Gesellschaft ihrer Zuhälter, Erpresser und der schon in der Tragödie erstem Teil in sie verliebten Nymphomanien. So sinkt Lulu bis zur untersten Stufe des Dirnentums, bis sie durch einen Lustmord ums Leben kommt. Die üble Phantasie von Kolportageromanen letzter Geltung breitet sich ethisch verantwortungslos in den drei Akten aus, eine durchaus verluderte Welt von Dirnen, Abenteurern, Betrügern und Psychopathen, von denen selbst der relativ beste noch nicht so viel innere Kraft besitzt, die auch nur für eine einzige Stunde Arbeit nötig wäre. Bei der ersten Aufführung kam es zwischen Klatschern und Zischern zu ziemlich heftigen Auseinandersetzungen, bei der zweiten fand sich niemand veranlaßt, dieses Niedergangsprodukt zu besubeln. Frau **Körner** hatte sich mit der Regie wieder viel Mühe gegeben und die ganze Rolle der Entgleisten kam plastisch greifbar zur Anschauung.

Kammerspiele. **Shaws** Komödie „**Der Arzt am Scheidewege**" hat man vor manchem Jahre schon im Schauspielhause gesehen, das Stück fesselte auch in den Kammerspielen, die ihm die Unterstützung einer Aufführung zu teil werden ließen, die durch Stilisierung den ironisch skeptischen Grundton festhielt, ohne in Uebertreibung der grotesken Ansätze zu verfallen. **Ziegel** und Frau **Horwitz**, die Gäste, machten sich hier besonders verdient. Das Stück selbst ist eine Satire auf die Aerzte, die in verschiedenen modernen Typen nicht mit Humor, sondern mit überspitztem Witz geschildert werden. Die Haupthandlung zeigt einen berühmten Arzt, der die Frau seines Patienten liebt. Er überträgt die Behandlung einer anderen ärztlichen Autorität, von der er überzeugt ist, daß sie den Kranken sterben läßt, was auch prompt eintrifft. Diese Todesszene in ironischer Beleuchtung ist Geschmacksache. Man kann rein verstandesgemäß erkennen, daß die Satire zeigen soll, wie der englische Arzt durch äußeres korrektes Handeln sein Gewissen völlig beruhigt, und das Ganze doch recht unsympathisch finden. Als der Arzt dann um die Witwe Gewordene freien will, hat sie bereits einen anderen. Die idealistischen Vorkämpfer der „neogälischen Renaissance" wollen von ihrem lediglich spottenden Landsmann nicht viel wissen und die Engländer sind zu sehr Zielscheibe seines Spottes, um den Iren leiden zu können. Es sind wieder einmal Deutsche, die das fremde Verdienst schätzen und — überschätzen.

München L. G. **Oberlaender.**

Finanz- und Handels-Rundschau.

Nochmals Gesetzergänzung gegen die Steuerflucht — Kapitalzuwachssteuer — Alles im Zeichen des Friedensvertrages — Was wird noch kommen?

Ein der Nationalversammlung zugegangener Gesetzentwurf zur **Ergänzung des Gesetzes gegen die Steuerflucht** bringt — spät aber doch — endlich die schon längst angekündigten verschärften Maßnahmen gegen die Kapitalabwanderung des deutschen Vermögens in das Ausland. Die Oeffentlichkeit, namentlich die Fachpresse hat schon seit Monaten auf die Unzulänglichkeiten der bisherigen Bestimmungen, welche auch die neuerlichen Ergänzungen nur in ganz geringem Umfange und so überaus spät beseitigen oder verringern, hingewiesen. Die Sicherheitsleistung des nach dem Auslande abwandernden Steuerpflichtigen wird von 20% auf 50% erhöht. Mit den auswärtigen Regierungen sollen ausserdem Uebereinkommen wegen gegenseitiger Rechtshilfe bei der Festellung der im Ausland befindlichen Kapitalien von im Inland wohnenden Personen abgeschlossen werden. Erstere Bestimmung wird — wie die Praxis lehrt — nur in den wenigeren Fällen nutzbringend sein; auch über Besserung der mangelhaften Grenzkontrolle und der einschlägigen Devisen-Abwanderungs-Verordnungen ist nichts bekannt. Was die zweite vorgeschlagene Massnahme betrifft, so kennt man in Bankkreisen den gewaltigen Unterschied der in die Milliarden gehenden deutschen Gelder in den neutralen Ländern und anderseits der verhältnismässig nur geringfügigen Auslandsguthaben bei uns. Viel Besserung werden auch aus anderen Gründen diese Gesetzesvorschläge nicht bringen. Ebenso reichlich spät, in der Wirkung daher schon aus diesem Grunde gering ist die Verfügung, dass beim Erwerb von Heeresgut oder Teilen der Kriegsgesellschaften **Zahlungen in Kriegsanleihen zum Nennwert** nur von solchen Käufern angenommen werden, welche diese Titel seinerzeit im Zeichnungswege erworben haben. Welch ungeheuren Schaden und betrügerische Manipulationen die seitherige laxe Kontrolle verursacht hatte, ist nur zu bekannt!

Die nunmehr erschienenen Einzelheiten, namentlich die **Steuerabstufungen bei der Kapitalzuwachs-Abgabe** — ist dies die kleine, oder die ganz kleine Vermögensabgabe? — bringen keine sonderlichen Ueberraschungen. Hängt doch auch hierbei vieles, ja alles von den wirtschaftlichen, namentlich den finanziellen Folgen des Entente-Gewaltfriedens ab. Die Börsen stehen dabei in ruhiger, abwartender Haltung den unausbleiblichen Wirtschaftsfolgen gegenüber. Es bleibt unseren Finanz- und Handels-Kreisen einstweilen nichts anderes übrig, als die Zukunftsaussichten auf heute noch nicht bekannte Zufälligkeiten oder uns etwa günstig gelagerte Ereignisse potitischer Natur einzustellen. Auch der überall vorherrschende Vergnügungstaumel und das übermässige „Geldausgeben um jeden Preis" sind die **ungesunden Aeusserungen** solcher Anschauungen. Ein grelles Licht auf die Wirtschaftsgestaltung bei uns wirft die Mitteilung der Betriebsverwaltung der Bayerischen Geschützwerke Friedrich Krupp München, von einer Wiedereröffnung dieses einst mit gewaltigen Mitteln ausgestatteten, die Kriegsindustrie stolz repräsentierenden Unternehmens abzusehen und zu liquidieren.

Begreiflicherweise hielt die Frage der **Friedensunterzeichnung**, über die in Weimar jetzt eine **Verständigung** erzielt ist, alles in Atem. Jedes andere, auch sonst wichtig erscheinende Wirtschaftsereignis blieb unbetrachtet. Die Antwort der Reichsregierung auf die **Preiserhöhung des Kohlensyndikates** — durch Erlass neuer Höchstpreise wird nur die Hälfte der geplanten Preiserhöhungen bestätigt — wurde ebensowenig kommentiert, wie die gewiss bedeutsamen Details des **Rahmengesetzes für die Kommunalisierung**, wodurch den Gemeinden eine Reihe von hochwichtigen Befugnissen eingeräumt wird. Auch die Veröffentlichung des inzwischen ratifizierten Abkommens über den **Warenaustausch zwischen Deutschland und der Schweiz** wurde trotz der darin erfreulicherweise für die heimische Wirtschaft erzielten Erfolge nur nebensächlich behandelt.

Und doch — es wird, es muss doch **bald neues Leben aus den Ruinen wiedererblühen!** Schaffensfreude, Unternehmungslust, **rastlose Betätigung** bleibt naturgemäss **unbedingte Voraussetzung.** Dann werden wir es schon wieder schaffen! **M. Weber, München.**

An die deutschen Zeitungsleser!

Das deutsche Zeitungsgewerbe hat in den letzten Monaten weiter die schwersten Belastungen erfahren. Zu der Erhöhung der Buchdruckerlöhne, der Angestelltengehälter u. s. f. sind weitere sehr wesentliche Verteuerungen der Materialien getreten. Unter solchen Verhältnissen kann die deutsche Presse ihre Aufgaben fernerhin nur dann erfüllen, wenn ein auch nur teilweiser Ausgleich für die verteuerten Herstellungskosten gefunden wird. Nach eingehenden Beratungen ist der Vorstand zu der Ueberzeugung gekommen, daß eine allgemeine weitere Erhöhung der Bezugs- und Anzeigenpreise zu diesem Zwecke nicht zu umgehen ist.

Magdeburg, 16. Juni 1919 **Der Vorstand des Vereins Deutscher Zeitungs-Verleger e. V.**

Vom Büchermarkt.

Die goldene Brücke. Hausen-Almanach auf das Jahr 1919. M 2.—. (Saarlouis, Hausen.)

Politik und Geschichte der Zentrumspartei. Von Dr. Karl Bachem. Kart. M 6.—. (Köln, J. P. Bachem.)

Christentum und soziales Leben. Von Dr. Albert Franz. Kleine Staatskunde. Gemeinverständliche Schriften zur Einführung in die Politik. Herausgeg. von Dr. Franz Wetzel. 2. Bändchen 64 S. 75 Pf. (Regensburg u. Wien, Jos. Habbel.)

Auferstehung. Ein Wegweiser durch den Weltumsturz zur deutschen Menschwerdung. Von F. Schrönghamer-Heimdal. M 1.—. (Augsburg, Haas & Grabherr.)

Trennung von Staat und Kirche. Von Univ.-Prof. Dr. Karl Lux. (Politische Bildung, Heft 4.) Geh. M 1.20. (Münster i. W., Aschendorff.)

Präsident Wilson: Der Krieg. — Der Friede. Sammlung der Erklärungen des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika über Krieg und Frieden. Vom 20. Dezember 1916 bis zum 27. September 1918. 112 S. 8°. M 4.50. — **Die Leistungen der deutschen Flotte im Weltkrieg.** Von Dr. Ernst Bischoff. M 4.—. — **Der Weltkrieg und die Schweizer.** Von S. Zurlinden. Brosch. M 3.—, geb. M 4.—. — **Deutschland sein eigener Richter.** Antwort eines kosmopoliten Schweizers auf die deutsche Propaganda zum Weltkrieg 1914. Von H. J. Suter-Lerch. Frcs. 1.50. — **Deutsche Schuld am Kriege.** Ein Mahnwort an das deutsche Volk, ein Versuch, zum Frieden zu helfen. Von Hartwig Schubart, k. preuß. Hauptmann a. D. 42 S. 8°. M 1.20 — **Die Verheerung Europas.** Aufzeichnungen aus den ersten Kriegsmonaten. Von Wilhelm Muehlon. 144 S. 8°. Frcs. 3.50. (Zürich, Verlag Art Institut Orell Füßli.)

Ein neues Völkerrechtsprinzip. Von Rechtsanwalt Dr. A. M. M. Montijn. (Haag, Gebr. Belinfante.)

Das bolschewistische Rußland. Von Hans Vorst. Geh. M 5.—. — **Einige Gedanken zur Soziologie der Revolutionen.** Von Prof. Emil Lederer. Geh. M 1.20.—. **Nationalismus.** Von Rabindranath Tagorn. Geh. M 3.—, gebd. M 5.—. (Leipzig, Der Neue Geist-Verlag.)

Der gute Christ. Ein Lehr- und Andachtsbuch für alle katholische Christen. Von P. Ambros Zürcher. IX u. 576 S. 77 : 129 mm. In Einbänden zu M 3.75 und höher. (Köln, Waldshut, Verlagsanstalt Benziger & Co. A.-G.)

Wilhelm II. und die Schwarzseher. 9. Aufl. (Nachdruck von „Unser Kaiser und sein Volk. Deutsche Sorgen. Von einem Schwarzseher.") (Freiburg, Paul Waetzel.)

Im Gefolge Jesu. Erwägungen für Lehrerinnen. Von Otto Cohausz S. J. (Warendorf i. W., J. Schnell.)

Die religiöse Krise und die Lehren der Geschichte. Von P. Maumus. Uebersetzt von Prof. Val. Holzer. 2. Aufl. (Augsburg, Hieron. Mühlberger.)

Schluß des redaktionellen Teiles.

Commerz- und Disconto-Bank.

Bilanz per 31. Dezember 1918.

Aktiva.	M	Pf	M	Pf
Kasse, fremde Geldsorten, Zinsscheine und Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken			26 744 752	81
Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen			742 265 724	93
Nostroguthaben bei Banken und Bankfirmen			63 605 600	20
Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere			160 399 603	44
Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen			2 719 467	77
davon am Bilanztage gedeckt:				
a) durch Waren, Fracht- oder Lagerscheine . . . M. 2 409 585.82				
b) durch andere Sicherheiten . . . „ 309 710.85				
Eigene Wertpapiere:				
a) Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten	48 470 879	97		
b) Sonstige bei der Reichsbank und anderen Zentralnotenbanken beleihbare Wertpapiere	2 131 219	41		
c) Sonstige börsengängige Wertpapiere	20 844 309	02		
d) Sonstige Wertpapiere	2 832 940	01	74 279 348	41
Konsortialbeteiligungen			20 833 486	99
Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen			12 332 040	—
Debitoren in laufender Rechnung:				
a) gedeckte	224 394 655	34		
b) ungedeckte	142 322 273	63	366 716 928	97
Ausserdem: Aval- und Bürgschaftsdebitoren . . . M. 78 349 322.27				
Bankgebäude und Inventar in Hamburg, Berlin, Kiel, Hannover, Altona, Leipzig, Altenburg, Gelsenkirchen, Wattenscheid u. Guben			6 828 829	25
Sonstige Immobilien	8 856 635	95		
abzüglich Hypotheken	4 146 414	28	4 710 221	67
			1481 436 004	44

Passiva.	M	Pf	M	Pf
Aktienkapital			85 000 000	—
Reservefonds I			8 500 000	—
Reservefonds II			8 500 000	—
Beamten-Pensions- und Unterstützungs-Fonds			1 528 513	50
Kreditoren:				
a) Nostroverpflichtungen	59 106 002	02		
b) seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite	2 946 693	11		
c) Guthaben deutscher Banken und Bankfirmen	62 696 489	10		
d) Einlagen auf provisionsfreier Rechnung				
1. innerhalb 7 Tagen fällig . . . M. 303 876 161.82				
2. darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig . . M. 226 445 996.90				
3. nach 3 Monaten fällig . . . M. 34 395 373.52	564 717 532	24		
e) sonstige Kreditoren				
1. innerhalb 7 Tagen fällig . . . M. 441 021 138.71				
2. darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig . . . M. 149 087 216.90				
3. nach 3 Monaten fällig . . . M. 38 289 380.95	628 397 736	56	1317 864 458	03
Akzepte und Schecks:				
a) Akzepte	44 816 062	96		
b) noch nicht eingelöste Schecks	5 792 414	69	50 608 477	65
Ausserdem: Aval- und Bürgschaftsverpflichtungen M. 78 349 322.27				
Dividenden-Rückstände			106 178	50
Reingewinn			9 328 386	76
			1481 436 004	44

Gewinn- und Verlust-Rechnung für das Geschäftsjahr 1918.

Ausgabe.	M	Pf	Einnahme.	M	Pf
Unkosten	11 082 207	76	Gewinnvortrag von 1917	550 492	38
Steuern einschl. Rückstellung f. Habenzinsensteuer 1918	1 409 917	—	Zinsen	16 132 352	62
Verlust auf Wertpapiere	1 976 914	53	Provision	7 327 131	01
Abschreibung auf Bankgebäude und Inventar	430 022	61	Gewinn auf Sorten und Zinsscheine	217 472	65
Reingewinn	9 328 386	76			
	24 227 448	66		24 227 448	66

Die Dividendenscheine für das Geschäftsjahr 1918 werden vom 5. d. Mts. an und zwar
Nr. 47 mit M. 21.— per Stück von Aktien über M. 300.—
Nr. 21 mit M. 70.— per Stück von Aktien über M. 1000.—
in **Berlin** an unseren Kassen und bei den Herren **S. Kaufmann & Co.**,
in **Hamburg** an unseren Kassen,
in **Altenburg** (S.-A.), **Altona, Brandenburg a. H., Cottbus, Dortmund, Forst i. L., Fürth, Gelsenkirchen, Guben, Hannover, Kiel, Leipzig, Lübeck, Mülheim a. R., Nürnberg, Oberhausen i. Rhld., Recklinghausen, Sterkrade, Stettin, Wanne, Wattenscheid** an den Kassen unserer Filialen,
in **Barmen** beim **Barmer Bankverein, Hinsberg, Fischer & Comp.**,
in **Chemnitz** beim **Chemnitzer Bankverein**,
in **Dresden** beim **Chemnitzer Bankverein**, bei der **Mitteldeutschen Privatbank A.-G.**,
in **Falkenstein** bei der **Vogtländischen Credit-Anstalt**,
in **Frankfurt a. M.** bei den Herren **J. Dreyfus & Co.**,
in **Köln** bei Herrn **J. H. Stein**,
in **Löbau** bei der **Löbauer Bank**,
in **Magdeburg** bei der **Mitteldeutschen Privatbank A.-G.**,
in **München** bei Herrn **Alfred Lerchenthal**,
bei der **Bayerischen Vereinsbank**
bezahlt.

Hamburg, den 4. Juni 1919.

Der Vorstand.

Billige Bücher

Restauflagen und unbenützte antiquarische Werke.
Druck und Papier in Friedensausstattung.

Heinrich Heine Briefe. 4 Teile in 2 Bdn. 1599 S. Hamburg. Hoffmann & Campe. Hübsch geb. **12.—**

Geschichte der Deutschen Literatur v. O. v. Leixner. Neu bearb. u. bis zur Gegenwart fortgeführt v. Dr. E. Friedländer. Mit 486 Textabbild. u 56 teils mehrfarb. Beilagen. 1098 S. Leipzig 1916. Eleg. gebd. . . . statt 27.50 **21.50**

Geschichte der Fremden Literaturen v. O. v. Leixner. 2. Aufl. Mit 375 Textabbildg. u. 20 teils mehrfarb. Beilagen. 1070 S. Eleg. gebd. . . statt 29.80 jetzt **24.—**

Weltgeschichte der Literatur v. O. Hauser. 2 Bde. in 1 Bd. gebd. Mit 32 teils farb. Tafeln. 1007 S. Leipzig 1910. Hübsch gebunden statt 24.— jetzt **19.50**

Geschichte der italienischen Literatur bis zur Gegenwart v. Dr. B. Wiese u. Prof. Dr. E. Percopo. Mit 158 Textabbildungen u. 39 teils farb. Taf. 639 S. Lpz. 1910. Hübsch gbd. statt 18.— jetzt **15.—**

Das Deutsche Volkstum. Unter Mitarbeit v. Dr. H Helmolt, Prof. Dr. A. Kirchhoff, Prof. Dr. H. A. Köstlin, Prof. Dr. H. Thode u. and. hrsg. v. Prof. Dr. H. Meyer. 2. vermehrte Aufl. Mit 1 Karte u. 43 teils farb. Tafeln. 840 S. Hübsch geb. statt 21.— **15.50**

Deutsche Geschichte bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts. 3. Aufl. 2 Bde. Mit 494 Textbildern und 6 Karten. 1648 S. Leipzig 1911. Hübsch geb. . statt 29.80 **24.—**

Das Deutsche Kolonialreich. Eine Länderkunde d. deutschen Schutzgebiete. Unter Mitarbeit v. Prof. Dr. S. Passarge, Prof. Dr. L. Schultze, Prof. Dr. W. Sievers u. Dr. G. Wegener, herausg. v. Prof. Dr. H. Meyer. 2 Bde. Mit 12 farb. Tafeln, 66 Doppeltafeln, 55 farb. Kartenbeil. u. 159 Textkarten etc. 1176 S. Leipzig 1914. Hübsch geb. statt 30.— **22.50**

Die Entstehung des modernen Frankreich von H. Taine. Autor. deutsche Ausgabe. 3. Aufl in 6 Bdn. gebd. früher 65.— **55.—**

Amundsen, R., Die Eroberung des Südpoles. Einzig berechtigte Uebersetzung. Mit 300 Abbild., 8 Vierfarbendrucken und 15 Karten und Plänen. Schweizer Ausgabe auf besonders gutem Papier gedruckt. 2 Bde geb. . . statt 22.— **12.50**

Amundsen, Die Nordwest-Passage. Mit 140 Karten u. 3 Bildern. Einzig berechtigte Uebersetzung. Hübsch gebd. . . . . statt 11.— **6.—**

Das Leben Mariae. Mit sehr vielen farbigen künstlerischen Bildern von Ph. Schumacher und Text von V. Kolb. S. J. Querfolio. Eleg. gebunden . . früher 20.— **9.50**

Illustrierte Kunstgeschichte von Dr. Jos. Neuwirth. 2 Bände mit 1367 Textabbild. und 61 teils farb. Tafeln. 1072 S. Hübsch geb. statt 40.— jetzt **33.—**

Seydlitz, W. v., Monumentalmalerei. Mit 64 Abbildungen, früher 3.— jetzt **1.95**

Chodowiecki et Lichtenberg. Les tailles-douces des mois de Daniel Chodowiecki dans l'almanac de Goettingue avec les explications de G. Chr. Lichtenberg. Publiées par R. Focke 1778—1783, früher 4.50 jetzt **3.—**

Ausgewählte Ornament-Schnitzwerke des XV. bis XVIII. Jahrhunderts von A. Roepér und H. Bösch. 50 Tafeln in Lichtdruck in Foliomappe, früher 24.— **19.50**

Kunstgewerbe-Entwürfe von Bruno v. Wahl, Lehrer a. d. städtischen Gewerbeschule in München. 72 Tafeln mit Text. Folioformat. Eleg. Leinenmappe **3.50**

Hirths Formenschatz. Sammelbände. Jeder Band zirka 95 Tafeln enthaltend . . . **4.25**

Die Grundlagen der Zeichnung von W. Crane. Mit zahlreichen Abbildungen. 399 S. Hübsch. geb. früher 14.— **6.75**

Linie und Form von W. Crane. Mit zahlreichen Abbildungen. 296 S. Hübsch gebunden, früher 12.— **6.75**

Ars nova. Reproduction par l'héliogravure des tableaux et sculptures les plus remarquables de l'année 1901. Avec 45 héliogravures. In eleg. Tuchtenledermappe mit Schutzkarton . . . . **185.—**
Das Gleiche, 1902. Deutsche Ausgabe. Mit 45 Heliogravüren. In eleg. Leinenmappe . . . . **75.—**

Moderne französische Maler. Mit 78 Mattkunstdruckbildern, 145 Tondruckbildern, 5 Vierfarbentafeln und 3 Gravüren. Luxusausgabe. Eleg. gebunden mit breitem Lederrücken und Künstlerleinendecken. In Schutzkarton . . . . **21.—**

Englische und Japanische Kunst. Mit 6 Vierfarbentafeln, 145 Mattkunstdruck-, 68 Tondruckbildern und 5 Gravüren. Luxusausgabe. Eleg. geb. m. breitem Lederrücken u. Leinendecken **21.—**

Die Reden des Buddha aus der „Angereihten Sammlung" — Anguthara Nikayo — des Pali Kanon. Uebersetzt u. erläutert von Bhikku Nyanatiloka: Das Viererbuch (Catukka-Nipato) früher 16.— **8.50**

Das Wort und das Kreuz im alten Indien. Von Svami Abhedananda. **—.20 Pf.**

Die Uttara Gîtâ oder die Initiative Arjunas durch Sri Krishna in Yoga und Jnâna. Aus dem Sanskrit. Deutsche Ausgabe v. E. A. Kernwart . . . . **— 20 Pf.**

Einleitung in das Studium der Anthropologie und Civilisation von Dr. E. B. Tylor. Deutsche autor. Ausgabe früher 10.— **8.75**

Die Kunstschätze Italiens geschildert v. C. v. Lützow. Mit 50 Radierungen von Böttcher, Groh, L. H. Fischer, Halm, Hoch, Krauskopf, L. Kühn, D. Raab, K. v. Siegl, W. Unger und W. Woernle und zahlreiche Textillustrationen, Autotypien und Holzschnitten. 2. vermehrte Aufl. Eleg. Folioprachtband mit Goldschnitt . . . . . . früher 60.— jetzt **50.—**

Nordamerika. 3. Aufl. von Prof. Dr. E. Deckert. Mit 86 Abbild. 13 Kartenbeilag., 27 Doppeltafeln u. 10 farb. Tafeln. 612 Seiten. Leipzig 1913. Hübsch gebunden, statt 20.— **15.50**

Europa. 2. Aufl., bearbeitet von Prof. Dr. A. Philippson. Mit 144 Abbild., 14 Karten und 22 teils farbigen Tafeln. 761 Seiten. Leipzig 1906. Hübsch gebunden, statt 20.— **15.50**

Süd- und Mittelamerika. 3. Aufl. von Prof. Dr. W. Sievers. Mit 54 Abb., 9 Kartenbeilagen, 20 Doppeltafeln u. 6 farb. Tafeln. 567 S. Leipzig 1914 Hübsch geb., statt 20.— **15.50**

Australien, Ozeanien und Polarländer. 2. Aufl. von Prof. Dr. W. Sievers u. Prof. Dr. W. Kückenthal. Mit 198 Textabb., 14 Karten u. 24 teils farb. Tafeln 640 S. Leipzig 1910 Hübsch gebund., statt 20.— **15.50**

Die moderne Erzeugung und Verwendung der elektrisch. Energie von J. Spennrath. Mit 113 Abbildungen früher 4.50 jetzt **2.85**

Die Elektrizität, ihre Erzeugung und ihre Anwendung in Industrie und Gewerbe von A. Wilke. 6. Aufl. Mit 2 Tafeln u. 629 Textabbild. Leipzig 1914. Orig. gebd. früher 17.60 jetzt **13.75**

Des Handwerks goldener Boden. Zeitgemäss. Selbstbelehrungs-, Fortbildungs- und Nachschlagewerk zur Einführung in den modernen Geschäfts- u. Verkehrsgeist v. Handelsschuldirekt. J. Mertig. 3 Leinenbde. mit vielen Illustr. statt 24.— **9.75**

Der Weltverkehr und seine Mittel. Mit einer Uebersicht üb. Welthandel und Weltwirtschaft. Bearbeitet von Ing. C. Merckel, Geh. Oberpostrat Münch, Marine-Oberbaurat Schwarz, Eisenbahnbauinspektor Prof. L. Troske u. and. 10. Aufl. Mit 859 Textabbild., 14 teils farb. Tafeln u. e. Verkehrskarte. 981 S. Leipzig 1913 statt 19.80 . **15.50**

Die Wunder der Sternenwelt. Ein Ausflug in den Himmelsraum v. Dr. O. Ule. 4. Aufl. hrsg. v. Prof. Dr. H. J. Klein. Mit 121 Textabbildgn. u. 4 Tafeln. Orig. gebdn früher 8.50 jetzt **4.85**

Semiotik oder die Lehre von den Krankheitszeichen. Eine gemeinverständliche Diagnostik und Prognostik v. A. A. Michaelis. 792 S. früher 12.— jetzt **7.—**

Dr. Lampes Bienenzucht enth.: Anatomie, Zucht, Pflege u. sämtl. Krankheit. d. Bienen. Mit 69 Illustr. u. 2 zerlegbaren Modellen. Orig. geb. früher 7.20 jetzt **2.95**

Dr. Lampes Fischzucht enth.: Anatomie, Zucht, Arten Pflege u sämtl. Krankheiten der Fische. Mit 336 Illustr. u. e. zerlegbaren Modell. Orig geb. . . . . statt 7.20 **2.95**

Die Fischzucht u. Fischhaltung in Gewässern aller Art und Grösse, besonders in Teichen. Mit einem Kapitel über Krebszucht v. Fritz Taucke . . . . Geb. **3.50**

Illustriertes Muster-Enten-Buch enth. das Gesamte der Zucht und Pflege der domestizierten Entenschläge und der zur Domestikation geeigneten Wildenten-Arten und Zierenten v. Dr. A. Maas. Mit 40 naturgetreuen Abbild. in Farbendruck u. vielen Textabbild. von Chr. Förster. Eleg. Leinenquartbd. früher 28.— jetzt **12.—**

Der Obstbau für Landwirte, Obstzüchter, Gartenbesitzer u. Volksschullehrer v. Jul. Jablanzy. 3. vermehrte Aufl. mit 148 Abb. geb. **3.50**

Prompter Versand nach auswärts. Verkauf 2. Stock.

HERMANN TIETZ :: MUENCHEN

Besuchen Sie die Gemälde-Ausstellung im 1. Stock unseres Hauses. Geöffnet von 1/29–6 Uhr. Eintritt 20 Pf.

Vermögensaufstellung

für den 31. Dezember 1918.

Vermögen	
1. Forderungen an die Aktionäre	1 500 000.—
2. Guthaben bei Banken, anderen Versicherungsunternehmungen und anderen	1 186 842.53
3. Kassenbestand	15 509.20
4. Wertpapiere	72 128 50
5. Beitragsüberträge in Händen der übertragenden Gesellschaften	536 023 05
6. Mobiliar	15 900.—
	3 326 403.28

Verbindlichkeiten		
1. Aktienkapital		2 000 000.—
2. Beitragsüberträge für eigene Rechnung		432 867.54
3. Rücklagen für schwebende Versicherungsfälle für eigene Rechnung		281 190.54
4. Beitragsrückstellungen		3 550 10
5. Guthaben anderer Versicherungsunternehmungen und verschiedener		356 827.34
6. Organisationsfonds		220 555.89
7. Gewinn und dessen Verwendung:		
a) an die gesetzliche Rücklage	1 600.—	
b) für Zinsscheinsteuer-Rücklage	1 000.—	
c) Gewinnanteil der Aktionäre	27 500.—	
d) Uebertrag auf neue Rechnung	1 811 87	31 911.87
		3 326 403.28

Berlin, den 10. Mai 1919.

„Adler“

Transport- und Rückversicherungs-Akt.-Ges.

Vermögensaufstellung

für den 31. Dezember 1918.

Vermögen.	
1. Forderungen an die Aktionäre	3 000 000.—
2. Guthaben bei Banken, anderen Versicherungsunternehmungen und anderen	4 359 076.62
3. Kassenbestand	1 500.27
4. Wertpapiere	164 710.—
5. Beitragsüberträge in Händen der übertragenden Gesellschaften	2 655 884.58
6. Mobiliar	32 200.—
7. Grundstück	1 106 148.55
	11 319 520.02

Verbindlichkeiten.		
1. Aktienkapital		4 000 000.—
2. Gesetzliche Rücklage		9 000.—
3. Zinsscheinsteuer-Rücklage		1 500.—
4. Beitragsüberträge für eigene Rechnung		1 054 157.88
5. Beitragsrückstellungen für eigene Rechnung		7 100.23
6. Guthaben für schwebende Versicherungsfälle für eigene Rechnung		559 009 79
7. Guthaben anderer Versicherungsunternehmungen und verschiedener		2 025 473.09
8. Guthaben der eigenen Rückversicherer für einbehaltene Beitragsüberträge		2 269 565.26
9. Organisationsfonds		351 861.99
10. Hypotheken		970 000.—
11. Gewinn und dessen Verwendung:		
a) an die gesetzliche Rücklage	4 000.—	
b) für Zinsscheinsteuer-Rücklage	1 000.—	
c) Gewinnanteil der Aktionäre	55 000.—	
d) Uebertrag auf neue Rechnung	11 851.78	71 851.78
		11 319 520.02

BERLIN, den 10. Mai 1919.

„Vaterland“

Rückversicherungs-Aktiengesellschaft.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Ferdinand Abel, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gh.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich M 4.50.

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 27. München, 5. Juli 1919. XVI. Jahrgang.

Das bittere Ende.

Von Universitätsprofessor Dr. K. Beyerle, Mitglied der Nationalversammlung.

Es ist gekommen, wie es kommen mußte. Das wehrlose Deutschland hatte keinen Ausweg, vor der Unerbittlichkeit seiner Feinde blieb ihm nichts übrig als nachgeben. Den letzten Hoffnungsschimmer hatte die Entente mit ihrer Antwort vom Sonntag abend zerstört. Die Vertretung des deutschen Volkes mußte am 23. Juni dem Schicksal kühlen Kopfes entgegensehen und aus dem allein verantwortlichen Gewissen heraus zum Wohle des schwergeprüften Vaterlandes das Beste tun. Wer sich in der historischen Montagssitzung zu Weimar für das Ja entschied, tat es nicht aus Eigennutz, sondern um der Not des Vaterlandes zu steuern. Er nahm Schlimmes an, um noch Schlimmeres zu verhüten. Er stimmte für Ja, durchdrungen von der Ueberzeugung, daß sittliche Güter durch äußere Gewaltsprüche nicht vernichtet werden können und daß die Ehre eines Volkes in dem sittlichen Werte seiner Gesamtpersönlichkeit und nicht in dem Diktat haßerfüllter Feinde liegt.

Wer die Fraktionssitzungen des Zentrums in den vorhergehenden Tagen mitgemacht hat, wird dieser christlichen Volkspartei das Zeugnis nicht vorenthalten, daß sie in diesen schwersten Stürmen ihre Ideale nicht verlassen und ihre Entschließungen aus vaterländischer Gesinnung mit tiefstem sittlichem Ernste und reiflichster Ueberlegung sich selbst abgerungen hat. Nicht territoriale Fragen, nicht der Geldpunkt und die schwere Last der feindlichen Wirtschaftsbedingungen konnten für sie ausschlaggebend sein; alles konzentrierte sich für sie in dem einen Punkte, die Ehre und sittliche Selbstachtung zu retten. Es gab auch dramatische Momente. Gegenüber der Forderung, lieber mit Ehren unterzugehen als einen schmachvollen Frieden zu unterzeichnen, mußte die kühle Ueberlegung die Oberhand gewinnen, daß sich wohl der einzelne als Opfer dahingeben könne, daß aber ein 60 Millionenvolk nicht untergeht und daß die brennende Sorge für die Zukunft dieses Volkes in dem Augenblick der höchsten Not vor der persönlichen Einstellung zurücktreten müsse. Es war ergreifend zu hören, wie eines der angesehensten Mitglieder des Zentrums erklärte, freudig mit seiner Person bereit zu sein, sich als Ersatzgeisel für einen der von uns auszuliefernden Offiziere in die Hände der Feinde geben zu wollen. Ueberhaupt war diese ganze Auslieferungsfrage dafür entscheidend, daß noch in der Fraktionssitzung vom Montag vormittag über Dreiviertel der Zentrumsmitglieder sich gegen die Annahme des Friedens erklärten. Aber soviel haben Krieg und Revolution uns alle gelehrt, daß auch in dieser letzten Entscheidung die Rücksicht auf das Volk, die man früher so sträflich vernachlässigte, ausschlaggebend sein mußte. Wer es mit dem Begriffe eines Volksstaates ernst meint, konnte zu keiner anderen Entschließung gelangen.

Es wäre verhängnisvoll gewesen, wenn auch diesmal, deutscher Gemütsart entsprechend, Gefühle und Stimmungen die Oberhand behalten hätten. Weil sie wechseln, durften sie nicht entscheiden. Ein jeder mußte ihren Drang niederhalten, um gegenüber einer politisch äußerst verwickelten, von Stunde zu Stunde wechselnden Lage den Kopf klar und den Willen frei zu bewahren. Die möglichst restlose Klarstellung der Folgen der Unterzeichnung wie der Nichtunterzeichnung des Friedens durfte allein die verstandesmäßig zu erfassende Grundlage des Verhaltens bilden. Schlagworte mußten verblassen. Es klingt wohl gut zu sagen: „Besser ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende!" Aber weder ist dieses Ende eines Volkes möglich, noch stand es fest, daß die Annahme des Friedens Schrecken ohne Ende bedeutet. Im Gegenteil: klar übersehbar waren trotz aller Maschenweite des feindlichen Friedensinstrumentes nur die Folgen der Unterzeichnung. Die Folgen der Nichtunterzeichnung auszudenken, dazu reicht die grausamste Phantasie kaum aus. Bei Nichtunterzeichnung: die Erwürgung eines wehrlosen Volkes durch frevelhafte Wiederaufnahme des Kriegszustandes, die Besetzung Deutschlands, die Stillegung aller Betriebe, die Ertötung jeden Verkehrs, erneute Verschärfung der Blockade, Hungersnot und Aufstände allerorten, der beste Boden für die endgültigen Zerstückelungspläne Frankreichs, die trotz allen Sträubens erfolgende Wegführung der von der Entente erspähten deutschen Offiziere und Politiker und schließlich doch nach wenigen Wochen die Eingehung eines sogenannten Friedens, der, nachdem inzwischen unübersehbare Werte an Leben und Gut nutzlos geopfert, mit Bestimmtheit viel schlimmer ausfallen mußte, als das Gewaltinstrument von heute. Die Annahme des Friedens ein völliges anderes Bild. Sie war für uns nicht eine Tat der Verzweiflung, sondern des Vertrauens auf die immanenten sittlichen Kräfte unseres Volkes, so sehr dieselben auch unter den Krankheitserscheinungen der augenblicklichen Demoralisation verhüllt sein mögen. Der Glaube an die Organisationskraft und Leistungsfähigkeit der Nation beseelte uns, als wir am 23. Juni mit Ja stimmten. Die Unterzeichnung des Friedens gestattet der Hoffnung Raum, daß es gelingen müsse, bei Anspannung aller Kräfte durch Erfüllung der feindlichen Friedensbedingungen die politische Selbstbehauptung zu bewahren, bei den Feinden die Durchführung von Unmöglichem abzuwenden, für die Gesundung unseres Volkstums Zeit zu gewinnen, unser Wirtschaftsleben und unsere Volksernährung einer allmählichen Erholung entgegenzuführen, unseren Kriegsgefangenen die Heimkehr zu sichern, bestimmt zu erwartende schwere Unruhen zu vermeiden und vor allem die Einheit des Vaterlandes sowie die Möglichkeit des Zusammenschlußes mit Deutsch-Oesterreich zu retten. Nur bei Annahme des Friedens konnte die deutsche Demokratie aber auch die gewaltigen Aufgaben zu lösen hoffen, die ihr durch die November-Umwälzung gestellt sind, durfte die Nationalversammlung hoffen, daß ihr sorgsam vorbereitetes Verfassungswerk Leben gewinne und nicht wieder, wie vor 70 Jahren die Verfassung der Paulskirche, auf dem Papier stehen bleibe.

Kein Zweifel, wenn auch die erdrückende Masse unseres Volkes unbedingt für Unterzeichnung des Friedens war, angesichts der Haltung der deutschen Intelligenz gehörte am 23. Juni zum Aussprechen des Ja ungleich mehr Mut als zu der eindrucksvollen Handlung der Ablehnung des feindlichen Gewaltfriedens. Die Lage der Opposition, der sich in letzter Stunde ein großer Teil der Demokraten angeschlossen hatte, war ungleich leichter, als die der Regierungsparteien. Sie mußte das selbst, über die Größe ihrer eigenen Verantwortlichkeit erschauernd, in der letzten Minute gewahr werden, nachdem es infolge der Abstimmung in der Fraktionssitzung des Zentrums am Montag vormittag wieder unsicher geworden war, ob im Hause eine Mehrheit für die Unterzeichnung des Friedens vorhanden sei, und nachdem auch die Zentrumsminister wegen der Ablehnung der Ehrenvorbehalte ihre Portefeuilles zur Verfügung stellen wollten. Jetzt erkannte die Opposition mit Schrecken, daß sie mit ihrer Haltung dem Chaos zutrieb und daß diesem gegenüber der Wert einer vornehmen Geste verblaßte. Hier sollen keine Urteile gefällt werden. Aber für alle

Ewigkeit gilt es, an der unverrückbaren Tatsache festzuhalten, daß nicht aus den Reihen des Zentrums heraus der Plan reifte, in der entscheidenden Montagssitzung sei eine Abstimmung zu vermeiden, um nicht durch dieselbe den Fortbestand der Regierung und die Annahme des Friedens in Frage zu stellen. Es waren angesehene Führer der Demokraten und der Deutschen Volkspartei, die in dieser entscheidenden Stunde dem Vaterlande das Opfer der Ueberzeugung brachten und aus freien Stücken ihrerseits in einer parlamentarisch unerhörten Weise den Regierungsparteien gegenüber zu jenen Loyalitätserklärungen bereit waren, die es gestatteten, in dem Endziele die große Mehrheit der Nationalversammlung für den Abschluß des Friedens zu vereinigen. Dies geschah bekanntlich dadurch, daß das Haus entschied, die am Sonntag dem Reichskabinett übertragene Vollmacht zum Friedensschluß, die mit jenen Ehrenvorbehalten belastet war, solle nach der veränderten Sachlage am Montag als unbedingte Vollmacht gelten.

Es ist ein verwerfliches Beginnen, wenn jetzt nachträglich deutschnationale Kreise den inneren Frieden stören und auf die Unterzeichner des Friedens Steine werfen. Nichts tut uns im Augenblicke mehr not, als Einigkeit auf allen Seiten. Nur eine geschlossene innere Front kann uns durch die schweren Zeiten hindurchführen, die uns bevorstehen. Was aber die Mehrheit der Nationalversammlung im Nationaltheater zu Weimar am 23. Juni beschloß, war eine geschichtliche Tat verantwortungsbewußter Politik. Sie war noch mehr: ein befreiender Akt für ein gequältes, großes Volk und ein diplomatischer Sieg über seine Feinde. Denn nichts ist sicherer als das: Clemenceau hatte mit seinen harten Bedingungen auf die Ablehnung spekuliert, um in gallischer Rachsucht uns vollends zu erwürgen. Wir haben ihm die Instrumente dieser Rache aus den Händen geschlagen.

Weltrundschau.

Von Fritz Nienkemper, Berlin.

Die Woche der Unterzeichnung.

Der sogenannte Friedensvertrag ist mit Namen und Siegel der Bevollmächtigten vollzogen und bedeutet den Kriegsschluß in den amtlichen Akten. Nur China hat wegen der Schantungfrage nicht unterzeichnet. Um jeden unnötigen Mißklang zu vermeiden, werden wir diesem Artikel nicht mehr die Kriegsjahr-Ziffer voranstellen, sondern zur alten Ueberschrift zurückgreifen. Aber damit soll durchaus nicht zugestanden sein, daß in Versailles der wirkliche und dauerhafte Frieden begründet worden sei. Was da geschaffen wurde, ist die Fortsetzung des Haß- und Neidkampfes gegen Deutschland mit unblutigen und doch sehr wirksamen Mitteln. Ein Zustand, der im günstigsten Fall als Uebergang vom offenen Krieg zum ehrlichen Frieden angesprochen werden kann.

Uebersichtshalber sei sofort hinzugefügt, daß diese Kennzeichnung durchaus nicht von der Absicht beeinflußt ist, von den übernommenen Verpflichtungen uns zu drücken. Nein, das Geforderte soll redlich geleistet werden, soweit es nicht ultra posse geht. Wir wollen den Vertrag nicht brechen, aber man kann uns nicht die Hoffnung verwehren, daß diese abscheuliche Raupe sich bald zu einem freundlichen Falter entpuppen werde. Das Machwerk der drei Gewalthaber des Augenblicks muß und wird revidiert werden von den Völkern, wenn sie aus dem Rausch erwachen und erkennen, daß sie mit dieser Henkerarbeit an dem unterlegenen Volke sich selber nicht bloß entwürdigen, sondern auch schädigen. Wenn Wilson auch seine angeblichen Ideale der Gerechtigkeit und Brüderlichkeit verleugnet hat, die Interessengemeinschaft der Kulturvölker wird sich doch geltendmachen, und zwar um so sicherer, als die sozialen Fragen in Zukunft ausschlaggebend sein werden, während der gegenwärtige „Friedensvertrag" ein Erzeugnis von imperialistischen Technikern der alten Schule und kapitalistischen Hintermännern ist.

Wir haben unseren Nacken unter das kaudinische Joch gebeugt, weil wir auf diesem Wege der Entsagung und Duldung unser nationales Leben so lange zu fristen hoffen, bis die Vernunft in der Welt wieder zum Durchbruch gelangt. Diese Taktik des Abwartens hat wahrlich nichts Unfriedliches an sich, sondern muß uns geradezu antreiben, alles zu vermeiden, was irgendwie die ruhige Entwicklung stören oder auch nur den gewalttätigen Elementen einen Vorwand zu neuer Aufpeitschung der Leidenschaften geben könnte. Demonstrationen, wie die Verbrennung alter französischer Fahnen oder die Versenkung von Kriegsschiffen usw. können keinen Segen bringen. Deutschland kann seine moralische Stärke nur bewähren im zähen Dulden und seine physische Stärke nur wiedergewinnen im rastlosen Arbeiten. Dann wird dieser Gewaltfrieden den Durchgang zu einem echten und rechten Weltfrieden bilden.

Die Unterzeichnung hat gerade am Jahrestage des Meuchelmordes von Sarajewo stattgefunden. Ob die feindlichen Machthaber mit Absicht oder aus Zufall den 28. Juni angesetzt haben, kann uns gleich sein; wir haben nichts dagegen, wenn dieser „Friedensschluß" im Kalender neben der scheußlichen Bluttat von 1914 steht. Die Entente hat zum Schutze der Mörder und ihrer serbischen Auftraggeber die Waffen ergriffen. Die schlechte Sache hat gesiegt durch die rohe Uebermacht. Oesterreich-Ungarn ist in der Abwehr der Frevler zusammengebrochen. Wir sind in das Verderben hineingerissen worden, weil wir in Bundestreue dem angegegriffenen Nachbarn zur Seite sprangen. Und an diesem fünften Jahrestage des Frevels gegen Menschlichkeit und Frieden legte man in Versailles ein Aktenstück zur Unterschrift auf, das uns Deutschen die alleinige Schuld am Kriege und die ganze Strafe für das Weltunheil zuschieben will.

Unsere Verwahrungen gegen diese Beschuldigung und gegen die Auslieferung der angefeindeten Staatsmänner und Heerführer haben keinen greifbaren Erfolg gehabt. Wir sind trotzdem von dem Entschlusse zur Unterzeichnung nicht zurückgetreten. Die Schuldfrage wird nicht durch eine erpreßte Unterschrift auf dem Aktenpapier von Versailles entschieden, und den Schutz der angeschuldigten Volksgenossen hätten wir auch durch Verweigerung der Unterschrift nicht erreichen können, da die Feinde bei einer Okkupation sie mit eigener Hand ergriffen haben würden.

Die Person des Kaisers Wilhelm II., auf die es von den Feinden besonders abgesehen ist, steht bekanntlich zurzeit außerhalb des Macht- und Schutzbereiches der deutschen Regierung. Uebrigens hat der frühere Reichskanzler v. Bethmann Hollweg in einem würdigen Schreiben an Clemenceau ersucht, das beabsichtigte Verfahren gegen ihn selbst als den Träger der Verantwortlichkeit für die politischen Handlungen des Kaisers zu richten und stellt sich zu diesem Zwecke zur Verfügung der alliierten und assoziierten Mächte.

Der notgedrungene Verzicht auf diese Punkte führte nun insofern zu einer Komplikation, als unter den Militärs das Ehr- und Treuegefühl in begreifliche Wallung geriet und die Entrüstung sich hier und da zu Abschiedsgesuchen verdichtete. Die Gefahr, daß die letzten Stützen der Ordnung und Sicherheit wanken und brechen könnten, erregte bei den Abgeordneten und der Regierung nachträglich ernste Besorgnisse, so daß am Montag der vorigen Woche die Schicksalsfrage noch einmal auf die Tagesordnung der Nationalversammlung kam. Inzwischen waren beruhigende Nachrichten über die patriotische Selbstverleugnung der Militärs eingegangen, und es wurde ohne neue meritorische Beschlußfassung einfach festgestellt, daß die Reichsregierung durch den Sonntagsbeschluß der Nationalversammlung, der sich für Unterzeichnung ausgesprochen, nach wie vor gedeckt sei. Feldmarschall von Hindenburg hat freilich seinen Abschied genommen, aber sein Rücktritt in den wohlverdienten Ruhestand war schon vor 6 Wochen vereinbart worden für den Termin des Friedensschlusses. Ergreifend und wahrhaft zeitgemäß ist das Abschiedswort des ruhmgekrönten, treu bewährten Feldmarschalls. Die feste Sicherung der inneren Ruhe und der fruchtbringenden Arbeit hat er als die erste Pflicht von heute erklärt, wobei die persönlichen Anschauungen, so schwer es auch sein mag, zurückgestellt werden müssen. Auch der erste Gehilfe Hindenburgs, General Gröner, trägt dem Rechnung, indem er zwar seinen Abschiedswunsch kundgibt, aber „im Interesse der Sache und auf Grund des Appells der Nationalversammlung bis zur endgültigen Regelung der militärischen Verhältnisse im Osten auf seinem Posten verharren will." Eine Ausnahme machte nur General Hoffmann, der eine selbstherrliche Kampf-

politik verkündete und für diese verfehlte Nachahmung des Grafen York v. Wartenberg zur Disposition gestellt wurde.

Das Gerede von einem militärischen Streik oder gar einer Gegenrevolution erwies sich also als unbegründet. Leider kamen aber in dieser bittern Woche von links her wiederum

Streiks und Tumulte.

Im Hamburg wuchsen sich Aufläufe wegen Mißständen im Lebensmittelvertrieb zu großen Plünderungen und darauf zu einem zeitweiligen Umsturz der Staatsordnung aus. Das Eingreifen der Reichstruppen erfolgte leider zunächst mit unzulänglichen Kräften, so daß ein Rückzug stattfinden mußte. Inzwischen stehen aber die Truppen in der erforderlichen Stärke bereit, und es finden Verhandlungen statt, die hoffentlich die wiederhergestellte Ruhe ohne weiteres Blutvergießen sichern.

In Berlin kam es auch auf verschiedenen Marktstätten zu Aufläufen und dann zu Plünderungen, doch ergab sich kein ernster Ansatz zur Revolution. Viel gefährlicher erschien dort der Streik der Eisenbahner, der sich gegen die berufenen Organisationen „wild" entwickelte, auf Schlesien übergriff und den ganzen Verkehr lahmzulegen drohte. Ein Erlaß Noskes, der auf Grund des Belagerungsgesetzes die Arbeitseinstellung der Eisenbahner verbot, goß statt Wasser Oel in das Streikfeuer. Es gelang aber den verhandelnden Ministern, mit Hilfe der besonnenen Verbandsführer das Unheil zu beschwören.

Dabei wurde ein Zugeständnis gemacht, das eine allgemein bahnbrechende Bedeutung hat. Statt der Steigerung der Gehälter und Löhne, die immer wieder zur Verschärfung der Teuerung führt, will die preußische Regierung durch große Geldopfer (vorläufig 1½ Milliarden) eine Senkung der Preise für die notwendigen Lebensmittel herbeiführen. Hoffentlich bewährt sich das.

Hinter den Streiks und Tumulten steckt offenbar eine politische Hetze. Die Unabhängigen und Kommunisten spielen freilich die harmlosen Zuschauer; doch in Berlin scheint man Maulwurfsgänge der Umstürzler entdeckt zu haben. Vorläufig kann man nur sagen: Wenn nach der Unterzeichnung des Friedens solche schweren Unruhen vorkommen, was hätten wir dann erst erleben müssen, wenn wir den Widerstand bis zum äußersten aufgenommen hätten und damit die Ernährungsnot, die Teuerung und die Unzufriedenheit auf den Gipfel gestiegen wären! Die Masse des Volkes war in der Tat körperlich und seelisch nicht mehr reif für eine solche heroische Politik. Auch jetzt noch fehlt es an der Tatkraft und an der richtigen Organisation in den besseren Schichten des Volkes. Die Plünderer und die Hetzer dürfen nicht weiter den Ton angeben, sonst kommen wir nicht aus dem schlechten Frieden zum guten Frieden.

Hoffnung.

Der Lenzmond wob der maienschönen Welt
Als Brautgeschmeid' den duft'gen Silberschleier.
Sie schmiegte sich hinein zu sel'ger Feier;
Ein süss' Geheimnis träumt' um Wald und Feld.

Jch schritt der Heimat zu durch all die Pracht,
Das Herze schwer von nächtlichen Gedanken:
Mein armes Volk, dem alle Sterne sanken,
Ob je wohl wieder dir die Sonne lacht? —

Ein Dörflein tauchte aus dem Tal empor;
So weltverloren lag's am Waldessaume.
Da weckten Stimmen mich aus trübem Traume:
Ein altes Volkslied traf mein lauschend Ohr.

So schlicht und fromm ein Lied von Lieb und Treu —
Es stieg empor aus jugendfrischen Kehlen.
Jch spürt's am Klang, hier schwangen auch die Seelen;
Mein zager Mut belebte sich aufs neu'.

Ein Zukunftshoffen durch die Brust mir zog:
Mein Volk, hier lebt noch rein dein wahres Wesen,
Daran du wirst aus Nacht und Not genesen
Zur einst'gen Kraft, um die man dich betrog!

Heinrich Winter.

Unser Kampf um's Recht und Weltgewissen.

Von Rechtsanwalt Aug. Ruß.

Der „Friede" ist geschlossen. Das Drama ist zu Ende. Nun beginnen die wirklichen Friedensverhandlungen. Was vorher war, war lediglich ein einseitiger Vergewaltigungsakt. Die ganze zivilisierte Welt ist darüber einig.

Die Aufgabe Deutschlands besteht von nun an darin, unablässig mit zäher Ausdauer und mit der ganzen Leidenschaft, mit der man für Ideale kämpft, um das hehre Ziel des wahren Weltfriedens zu ringen, um aus der Versailler Friedenskarikatur ein annehmbares Vertragswerk zu machen. Mit den reinen Waffen des Geistes, der Gerechtigkeit und der Moral, mit den friedlichen Waffen großer Menschheitsgedanken und des ethischen Weltgewissens wollen wir Deutsche von nun an unermüdlich und zielbewußt in dem jetzt beginnenden Weltprozeß um den dauernden Völkerfrieden an die Arbeit gehen. Dem Imperialismus und Kapitalismus der Entente-Autokraten setzen wir die Idee der echten Demokratie, der militaristischen Sieges- und Machtromantik einer rückständigen, sterbenden Zeit, dem brutalen Materialismus der Gewalt stellen wir das Geistige und den sittlichen Schwung des idealen Völkerversöhnungsgedankens entgegen. Auf die Ausgeburt einer haßerfüllten Unterjochungspolitik antworten wir mit dem weithin schallenden Ruf nach der unsterblichen Idee des Rechts und eines echten Völkerbundes, auf den „Erfolg" einer verderblichen, selbstherrlichen Geheimdiplomatie alten, berüchtigten Schlages „unter vier oder acht Augen" mit der demokratischen Forderung nach offenen Verhandlungen von Volk zu Volk. Auch wir Deutsche waren seit 1870/71, seit Bismarck, in den Zauber der Machtromantik eingesponnen. Der Weltkrieg 1914—1919 brachte uns jähe Ernüchterung. Und heute sind wir die moralischen Sieger, weil wir uns selbst bezwungen und auf dem Dornenweg der Leiden uns aus den Fesseln des Machtgedankens befreit haben. Die anderen aber, die Clemenceau und Foch, sind die moralisch Besiegten, weil sie der Versuchung ihrer militärischen und materiellen Siege unterlagen und zu Gefangenen ihrer eigenen Erfolge wurden.

Während unsere ehemaligen Feinde in ihrem Siegerrausch die kalte Hand nicht fühlten, die die Völkermoral würgte und ihnen selbst eine sittliche Niederlage bereitete, trägt unser gutes deutsches Volk eine Krone so rein und hehr, daß von ihrem Glanze eine unüberwindliche sittliche Kraft ausgeht für Deutschland und die ganze Welt. Es ist die Märtyrerkrone! Um des großen Rechtsideales, um der Idee des Weltgewissens, um des Geistigen und Sittlichen willen, das im eisernen Würfelspiel des Völkerkrieges kaum sichtbar um Achtung und Anerkennung rang, mußte und muß unser deutsches Vaterland den bitteren Kelch bis zur Neige leeren, mußte es zum Märtyrer werden.

Deutschland, der Märtyrer einer großen, heiligen Idee, Deutschland leidend um aller willen, die Menschenantlitz tragen, damit die Welt aus diesen Leiden eines vergewaltigten Sechzigmillionen-Volkes lerne und Nutzen ziehe, damit aus diesem Martyrium eine neue Zeit erstehe, die Ära der Völkerversöhnung und Menschheitserlösung aus den Fallstricken des Hasses und den Schlingen des Mißtrauens und Neides.

Die Zeit wird unser Bundesgenosse sein. Sie wird diesen sog. Friedensvertrag zerreißen. Oder richtiger: dieses sog. Friedensdokument wird logischerweise, sozusagen mechanisch, an seiner eigenen Unwahrhaftigkeit und Unmöglichkeit, an seiner Ungeheuerlichkeit zugrunde gehen. Wir wollen bis an die Grenzen unserer Leistungsfähigkeit den „Vertrag" erfüllen und wollen demjenigen getreu, was wir aus diesem Weltkriege gelernt haben, den Haß von Paris nicht mit Haß beantworten. Wir sind so ethisch, zu glauben, daß nur die Liebe den Haß überwindet. Deshalb wollen und werden wir dem „Friedens"-Instrument des Hasses die zielklare Arbeit unserer Liebe entgegensetzen. Die Unmoral des gegnerischen Diktats werde durch die Moral unserer Auffassung vom wahren Völkerbund entwaffnet, der tragische Unsinn dieser Friedensbedingungen werde durch den von uns in gründlicher Beharrlichkeit und mit Überzeugung verfochtenen Sinn des wahren Weltfriedens und durch die realen Möglichkeiten widerlegt, die grausame „Taktik" der Gegner werde durch die deutscherseits mit Wärme vertretene Achtung vor dem Prinzip überwunden!

Möge die Entspannung feindlicher Haß- und Rachegefühle unter der milden Herrschaft der nunmehr anbrechenden Friedens-

zeit sobald als möglich eintreten! Wir brauchen mehr als je die Liebe wieder, die, so schien es, seit fünf Jahren aus einer waffenstarrenden Welt geflohen war. Dann wird es möglich sein, den wahren Friedensvertrag abzuschließen, der das Tor zu einer besseren, helleren Zukunft für uns und die betrogenen Völker der Gegner öffnet. Bis dahin gilt es, nationale Disziplin zu wahren. Friede im Innern! Das Beispiel der Deutschen Nationalversammlung in ihrer denkwürdigen Sitzung vom 23. Juni 1919, in der sich die Parteien gegenseitig die Achtung vor der vaterländischen Gesinnung jedes einzelnen Abgeordneten bezeugten, muß nacheifernd für das ganze deutsche Volk sein. Seien wir einig als gute Deutsche und gehen wir in Selbstzucht an die Arbeit, damit endlich Ordnung und Ruhe einkehren! Der Kampf um den Rechtsfrieden hat jetzt erst begonnen. Wir glauben an unsere Kraft, ihn mit den friedlichen Waffen des Geistes und der Moral zu unserm Heile und zu dem der gesamten Menschheit siegreich zu Ende zu führen.

Italiens „diplomatisches Karfreit".

Von Friedrich Ritter von Lama.

Selten noch hat sich das Sprichwort, „wer anderen eine Grube gräbt, fällt selbst hinein" so rasch bewährt, wie bei Italien mit seinem Londoner Abkommen. Kapitän zur See Boy-Ed hat neulich im roten „Tag" sich mit diesem Vertrage beschäftigt. Er ist von der Annahme ausgegangen, daß wir das Abkommen noch nicht vollständig kennen und es sei auch möglich, ja sogar wahrscheinlich, daß Wilson, als er an der Seite der Entente in den Krieg eintrat, von dieser geheimen Abmachung gar keine Kenntnis hatte.

Ich muß dem Verfasser beipflichten, wenn er davon spricht, daß uns Deutschen jenes Abkommen vom 26. April 1915, das Italien als Mitglied des Dreibunds mit England, Frankreich und Rußland abschloß, dem weiteren Inhalte nach noch heute unbekannt sei. Es ist höchst bedauerlich, daß dieses hochwichtige Dokument von unserer Presse, soweit mir bekannt, niemals in extenso wiedergegeben wurde. Nur ein sehr gekürzter und noch dazu sehr unzuverlässig übersetzter Auszug ist der Oeffentlichkeit geboten worden, obwohl das Abkommen im Auslande längst bekannt, wiederholt in seinem vollen Wortlaute abgedruckt wurde und in den Monaten Dezember 1917 bis März 1918 insbesondere im italienischen Parlamente Gegenstand sehr ernster Verhandlungen gewesen ist. Ich habe auch, weil es uns den Schlüssel zum Versagen des päpstlichen Friedensschrittes vom 1. August 1917 bietet und geeignet ist, eine zuverlässige Erklärung für das Verhalten des Vatikans gegenüber dem deutschen Friedensangebote vom Dezember 1916 zu bieten, den Artikel 15 hiervon in einer kleinen Schrift ausführlich behandelt[1]) und nachgewiesen, daß es nicht nur in jenem Artikel eine nachträgliche Abänderung erfahren hat, sondern auch durch einen Zusatz erweitert wurde, durch den alle Nichtkriegführenden von der Teilnahme an der Friedenskonferenz ausgeschlossen wurden. Durch diese Zusatzklausel sollte jeder Neutrale, der sich durch Deutschland irgendwie geschädigt fühlte — man denke nur an Spanien, Argentinien und die Vereinigten Staaten —, gezwungen werden, sich der Entente anzuschließen.

In der Sitzung der italienischen Kammer vom 13. Febr. 1918 hat der nationalistische Abg. Bevione den ganzen Text des Abkommens, dessen Verbreitung die italienische Zensur bis dahin unnachsichtlich verhindert hatte, verlesen und damit „immunisiert" und schon am nächsten Tage war er über die ganze Halbinsel hin verbreitet und bekannt.[2]) Es möchte vielleicht scheinen, daß dieser Text, dessen Artikel 16 zu vollkommener Geheimhaltung des ganzen Vertrages verpflichtete — die Veröffentlichung verdanken wir ja bekanntlich überhaupt nur den Maximalisten —, doch nicht die Gesamtheit aller Abmachungen zwischen Italien und seinen Verbündeten darstelle, sondern nur das Gerüste des Vertrages. Zu dieser Annahme möchte man sich ganz besonders verleiten lassen, wenn man in ihm nach jenen Abmachungen sucht, durch die Italien sich gegen die ihm nachteiligen Wirkungen einer Besiegung und daher Ausschaltung Deutschlands im voraus zu schützen trachtete, denn zu diesem Zwecke hat es sich ja doch auf die Seite unserer Feinde geschlagen. Nun findet sich aber dort keine Spur derartiger Maßnahmen. Lediglich von den territorialen Veränderungen zugunsten jener Macht ist die Rede, von der der ganze Vertrag ausging und die die Anerkennung der dort aufgezählten Ansprüche als Preis für ihren Verrat an den Bundesgenossen forderte. Und dennoch haben wir in ihm die Summe aller Abmachungen mit Italien vor uns, die heute von einem großen Teile der italienischen Presse als die einzige Ursache der diplomatischen Niederlage, des „diplomatischen Karfreit" anerkannt ist. Denn im Mittelpunkte des schweren Ringens der italienischen Delegation in Paris mit den übrigen Verbündeten steht eben das Londoner Abkommen. Einerseits kämpft man um dessen Anerkennung, anderseits besteht man auf dessen Verneinung sowohl wie auf der Anerkennung seiner Unvollständigkeit, um daraus die Berechtigung zu weiteren Forderungen abzuleiten. Italien lehnt jedes territoriale Zugeständnis ab, hat in diesem Abkommen selbst Fiume Kroatien zugesprochen und beansprucht es heute gegen den Wortlaut seines eigenen Vertrages, beruft sich dabei auf Nationalitätenprinzip und Selbstbestimmungsrecht, dessen Berechtigung es für Südtirol, Istrien und Dalmatien bestreitet. Es besteht fortgesetzt auf seinem Abkommen, aber sobald Lloyd George und Clemenceau Miene machen, sich für dessen glatte Durchführung auszusprechen und demgemäß Fiume den Südslawen zu überlassen, werden die Italiener aufsässig. Ist es da zu verwundern, wenn Wilson die Geduld reißt und die Verbündeten schließlich eine Haltung einnehmen, daß selbst das Organ Sonninos, das „Giornale d'Italia" zugibt, „Clemenceau ist kein Freund Italiens" und Wilson und Lloyd George hätten aus ihrer Abneigung niemals ein Hehl gemacht? Und zu diesen Unstimmigkeiten im Auslande gesellt sich der gleichen Ursachen entspringende rapide Stimmungsumschwung im Inlande. Sonninos Politik hat das Gegengewicht des ehemaligen Dreiverbandes zerstört und Italien kann nun nicht mehr nach Belieben sein Gewicht hin- und herschieben und damit Geschäfte mit links und rechts machen; es hat selbst die Lage, in der allein es sich zur Geltung zu bringen vermochte, beseitigt. Das heute im Lande bekannte Londoner Abkommen, das Italien weder Kohle noch Getreide, weder Schiffsraum noch Rohstoffe zusichert, ermöglicht nunmehr jede Erpressung an ihm: Hunger oder Uebergabe, das ist die Wahl, die ihm bleibt. Daher die Erkenntnis und die Bestürzung, daß das Londoner Abkommen „alles" ist, was man in Händen hat. Der Tag der Verantwortung rückt immer näher und da den bisherigen Kriegsparteien vor dieser graut, glauben sie, durch einen raschen Uebertritt zur Opposition und möglichst lärmvolle Beschuldigung des Kabinetts sich beim Volke noch ein Alibi besorgen zu können. Heute steht es fest, daß die Abreise der italienischen Delegation von Paris zwar die dortigen Verbündeten nachgiebiger zu machen bezweckte, in der Hauptsache aber ein verzweifelter innerpolitischer Schachzug war, um die einer Explosion nahe Volksstimmung nochmals zu beeinflussen. Sonninos „Triumphzug" bei seiner Ankunft in Rom vom Bahnhofe bis zur Konsulta war eingestandenermaßen bestellte Regierungsmache, doch konnte das ganze Programm nicht abgewickelt werden, weil die schreckliche Erkenntnis, daß man in Paris, der italienischen Kontrolle entbunden, nun sans gêne rein antiitalienische Politik machte, nicht die Rückkehr, nein, die Flucht dorthin nötig machte. „Stampa" schrieb am 25. Mai, es sei keine Uebertreibung, zu behaupten, daß, wenn die Italiener noch 48 Stunden ferngeblieben wären, „unsere Verbündeten freudig den Vorwand ergriffen hätten, um jedes Band, das noch zwischen ihnen und uns bestand, als verfallen zu erklären und unbekümmert jenen Weg weiter zu verfolgen, der sich bisher schon so unheilvoll erwiesen hat". Und wie vor vier Jahren die italienische Freimaurerei ihren Hauptketzer D'Annunzio vorschickte, um die Regierung zum letzten Schritte zu zwingen und die Kammer einzuschüchtern, um durch die Feststellung, daß seit dem 26. April 1915 Italien unterschriftlich sich zum Kriege verpflichtet hatte, das letzte Zögern zu überwinden, so schickte sie heute denselben D'Annunzio vor, um Sturm zu laufen gegen dieselbe Regierung wegen desselben Vertrages, und seine für den Jahrestag geplante Rede, die an Heftigkeit alles bisherige überboten haben soll und um derentwillen ein Ministerrat einberufen wurde, soll gegen die Ver-

[1]) „Papst und Vierverband". Aktenstücke zum Artikel 15 des Londoner geheimen Abkommens. Augsburg 1918.

[2]) Ein vollständiger Abdruck findet sich im Anhange des eben erschienenen Schriftchens Dr. Ph. Dengels „Vom Irredentismus über den Nationalismus zum Imperialismus". Innsbruck 1919. M 1.20.

bündeten derartige Beschuldigungen enthalten haben, daß, wäre sie gehalten worden, man den Bruch mit diesen befürchten mußte.

Die Ursache dieser auffallenden Bekehrung bespricht die „Stampa" in einem glänzenden Artikel, betitelt „Alles fliehet". Die öffentliche Meinung ist erwacht und lehnt sich gegen den kläglichen Versuch auf, die Rollen zu vertauschen, die Menschen und die Dinge gegeneinander auszuwechseln... Faites votre jeu, messieurs! Und siehe da, mit allen Arten von Mittelchen und Ränken werfen sie sich nochmals in die letzte Runde, um zu retten, was noch zu retten ist. Der eine sucht unbemerkt zu verschwinden und die gesetzte Karte mitgehen zu lassen (Salandra! D. V.), andere suchen die bereits auf dem Tische liegenden Karten noch auszutauschen, man setzt nochmals auf „Salandra", um auf „Orlando" zu gewinnen oder man setzt verzweifelt nochmals auf „Orlando", um auf „Sonnino" zu gewinnen; der eine spielt noch auf das Londoner Abkommen und der andere auf den kapitolinischen Pakt... Aber o wehe! Rien ne va plus! „Was gesetzt ist, ist gesetzt und schon rollt die Kugel und steht still, die Partie ist verloren."

Die Entente ist schon gesprengt. „Wilson wiederholt unnachgiebig," schreibt der „Momento", „daß Amerika mit der ausdrücklichen Erklärung in den Krieg eingetreten ist, keinerlei unter den Verbündeten geschlossenen Geheimvertrag anzuerkennen, und daß eben aus diesem Grunde Amerika niemals als Bundesgenosse sondern nur als Teilhaber in den Krieg eingetreten ist. Wilson betont mit allem Nachdrucke, daß er vom Londoner Abkommen erst Kenntnis erhielt, als er den Boden Europas betrat, und daß er dieses sofort als unausführbar erklärte, weil er es mit imperialistischem Geiste durchtränkt erachtet. Können unter solchen Umständen die Firmatarmächte Amerika zur Annahme des Abkommens zwingen? Und da nun einmal vereinbart ist, daß zum Frieden die Unterschrift aller vier Mächte notwendig ist, wie kann da noch ein Friede zustandekommen, der Italien das gibt, was ihm das Londoner Abkommen zuerkennt?" Wilson ist unnachgiebig und Italien in jeder Weise von Amerika abhängig; es ist der Schwächere. Und selbst wenn, was heute als ausgeschlossen gilt, Wilson noch nachgäbe, so würde dies bereits belanglos sein. Der amerikanische Senat hat mit dreiviertel Mehrheit beschlossen, daß er unbedingt an dem verfassungsmäßigen Rechte festhalte, im Namen des amerikanischen Volkes selbst den Frieden zu schließen. Wilson hatte sich ehrenwörtlich gegenüber den Verbündeten verpflichtet, den Friedensvertrag geheimzuhalten; der Senat, in den Besitz des Vertrages gelangt, beschloß mit dreiviertel Mehrheit, denselben zu veröffentlichen und die Veröffentlichung auf Staatskosten zu besorgen. Wilsons Mandat ist damit so gut wie erloschen. Und da Italien selbst wiederholt zugeben mußte, daß seine Forderungen, die ja im Londoner Abkommen kodifiziert sind, gerade in den Vereinigten Staaten als unberechtigt abgelehnt werden und als imperialistisch verschrien sind, schwindet auch diese Hoffnung noch. Aber was dann? Dann ist Italien um den Preis seines „Sieges" und seines Krieges betrogen, sein Vertrag ist ein wertloser Fetzen Papier, er wird ihm zum Verhängnisse. Und dann wird das italienische Volk von seinen Regierungen dieser Kriegsjahre Rechenschaft fordern. Das Kabinett Orlando ist bereits gefallen.

Die nächsten Aufgaben unserer Kirchen.

Von Kirchenrat J. Schiller, Nürnberg.

Zu retten, was in dem allgemeinen Zusammenbruch noch zu retten ist, dahin muß unser Streben gehen. Die Neuordnung des Verhältnisses der Kirche zur Schule bewegt und erregt mit Recht gar viele Gemüter. Schon ist die geistliche Schulaufsicht in vielen Ländern gefallen. Wir wollen abwarten, ob die Veränderung wirklich besondere Vorteile bieten wird. Wenn weiter der neue Volksstaat es ablehnt, sich um den Religionsunterricht zu kümmern und diesen den einzelnen Religionsgesellschaften überläßt, so heißt dies doch so viel als mit gewaltsamer Hand das Herzstück aus dem Organismus der Schule herausreißen und im besten Fall als Ersatz mit dem Moralunterricht etwas recht Zweifelhaftes an die Stelle des Früheren setzen. Für die weitesten Kreise unseres Volkes sind eben doch Schule und Religion untrennbar miteinander verbunden. In einer Zeit schrankenloser Freiheit jungen Menschenseelen den einzigen festen Halt zu rauben, ist doch recht bedenklich. Seit Jahrhunderten hat sich die christliche Schule bei uns eingebürgert. Eine Schule ohne öffentlichen lehrplanmäßigen Unterricht in der Religion wäre ein Frevel gegen den Geist der deutschen Kultur und wird sich bald gar bitter rächen.

Angesichts solcher Gefahren werden unsere Kirchen gut tun, bei Zeiten auf das Neue sich einzustellen und die notwendigsten Maßnahmen zu treffen. Dahin gehört die kirchliche Fürsorge, welche bereits bei den Kindern einzusetzen hat. Die Sitte der frühen Kommunionen in der katholischen Kirche wird es nicht zu schwer werden lassen, ihre ganze Kinderwelt, soweit nicht elterliche Gewalt und Opposition hindernd dazwischen tritt, kirchlich zusammenzufassen und zu behüten. In der protestantischen Kirche ist es die Einrichtung der Kindergottesdienste, welche zugrunde gelegt und weiter ausgebaut werden kann, damit von früh an die Kinder kirchlich versorgt werden. Mit großen Schwierigkeiten wird die Fortführung des kirchlichen Religionsunterrichtes in Volks- und Mittelschulen zu rechnen haben, wenn der Staat seine Mitwirkung verweigert und auch die Stadtverwaltungen ihre Beihilfe versagen. Hier wird es sich darum handeln, daß zunächst sämtliche Geistliche, junge und alte, all ihre Kräfte anstrengen, um der Jugend zu dienen und sie kirchlich zu versorgen. Aber fraglich erscheint, ob dies ausreichend ist. Hierbei müssen auch alle Lehrkräfte herangezogen werden, welche ein Herz für die Kirche haben und bereit sind, freiwillig ihre Kräfte in kirchlichem Interesse zur Verfügung zu stellen. Der Mangel an Wohlwollen seitens jener Behörden, welche über Unterrichtslokale zu bestimmen haben, wird ja nicht soweit gehen, daß man Schulräume prinzipiell versagen wird. Sonst müßten Kirchen und Kapellen, Sakristeien oder fremde Säle benützt werden, in denen man die Jugend zu vereinigen hätte.

Aber auch für die Gemeinde der Erwachsenen werden angesichts der immer weiter um sich greifenden kirchlichen Notstände die bisherigen Einrichtungen und Maßnahmen nicht mehr genügen. Wir dürfen uns keiner Täuschung darüber hingeben, daß wir in Bälde zumal in größeren Städten inmitten einer heidnischen Bevölkerung leben. Darum gilt es, in einer Art missionierender Tätigkeit vorzugehen, welche ihr Augenmerk ebensosehr auf die getauften kirchlich Entfremdeten zu richten hat wie auf die modernen Heiden in unserer Umgebung. Die katholische Kirche hat ja ohnedies ihre „Mission" schon seit langer Zeit und die protestantische Kirche darf es jetzt nicht mehr bei den tastenden Versuchen ihrer Evangelisationen bewenden lassen, sondern muß diese Einrichtung ihrerseits weiter ausbauen.

Nichts darf heute unversucht bleiben. Rührigkeit und Tätigkeit ist heute Gewissenssache und Gewissenspflicht. Nicht in der Form einer Vielgeschäftigkeit, welche mehr verdirbt als nützt, sondern als Frucht reiflicher Ueberlegung und tiefer Einblicke in das, was notwendig ist. Was wir brauchen, um diese so schwere Zeit zu überwinden, ist etwas von dem Geist der ersten Zeugen vor zweitausend Jahren. Auch wir müssen uns darauf gefaßt machen, daß wieder eine Verfolgungszeit naht, in welcher die Spreu vom Weizen geschieden werden soll. Es ist Sichtungszeit in der Kirche und für die Kirche. Der Herr sagt: „Wer nicht für mich ist, ist wider mich. Wer nicht mit mir sammelt, der zerstreut." In solchen Tagen müssen Geistliche und Laien, Kirchliche und Weltliche sich die Hände reichen und zusammengreifen, um die Interessen ihrer Kirche zu wahren und ihr Wohl auf alle Weise zu fördern. Ein Bekenntnis aus Laienmund richtet oft viel mehr aus als das aus dem Mund des Geistlichen. Darum begrüße man es freudig und dankbar, wenn in öffentlichen oder kirchlichen Versammlungen auch einmal Nichtgeistliche an das Rednerpult herantreten, um in apologetischen oder belehrenden Vorträgen für ihren Herrn Zeugnis abzulegen. Der Laienarbeit wird in der kirchlichen Zukunft eine viel bedeutungsvollere Rolle zufallen als bisher; es wird ihr ein viel größerer Spielraum eingeräumt werden müssen als vordem. Vielleicht daß das Gericht, welches sich jetzt über unser Volk hinzieht, doch dazu dient, daß eine reife Frucht für die Ewigkeit daraus erwächst. Vielleicht daß doch der Herr der Kirche heute sein Angesicht darum eine Weile vor uns verbirgt, um seine Gnade und Barmherzigkeit darnach um so reichlicher zu erweisen.

Mögen die Wirren der Gegenwart bis zur Unerträglichkeit sich steigern, mag das Schiff der Kirche gleich einer Nußschale im wilden Ozean hin und her geworfen werden — des Herrn Kirche wird und kann nicht untergehen. Sie hat noch immer die heftigsten Stürme überstanden; ja gerade diese sollten dazu

dienen, die Kirche zu stärken und zu befestigen. Es wird auch diesmal nicht anders gehen. „Die Pforten der Hölle werden meine Kirche nicht überwältigen" — die alte Verheißung besteht bis heute zu Recht und hat noch immer ihre Erfüllung gefunden. Dies muß auch für uns Trost und Beruhigung sein. Nur darf es für uns nicht zum Ruhepolster werden. Wie der Steuermann bei großer Gefahr alles tut, was in seinen Kräften steht, um sein Schiff durch die brausenden Wogen hindurchzulenken, wie der Kapitän seine Befehle hinausgibt, damit jeder auf seinem Posten seine Pflicht bis zum äußersten erfüllt, so heißt es heute auch für uns: Alle Mann an Deck! Was wir dabei am dringendsten benötigen sind geisterfüllte, geistdurchglühte Persönlichkeiten, opfer- und entsagungsbereit, sie mögen Geistliche oder Laien sein, Wahrheitszeugen, die nicht rechts noch links schauen, die die Zeichen und Schäden der Zeit verstehen, Männer ohne Menschenfurcht und Menschengefälligkeit, „nicht Machthaber und Würdenträger, sondern demütige Vorbilder, nicht wetterwendische Diener des Zeitgeistes, sondern treue Werkzeuge des heiligen Geistes, nicht Schönredner und Tüncher, sondern Herolde wider Sünde, Tod und Teufel, nicht Eiferer, sondern barmherzige Friedensboten." Wohin würde auch unser armes, gemartertes Volk kommen, wenn nicht in seiner Mitte zu finden wären christliche Hausväter und Hausmütter, welche ihrer himmlischen Berufung warten, Frauen und Jungfrauen, die unsere Kranken leiblich und seelisch versorgen, Staatsmänner, welchen das Reich Gottes obenan steht, Rechtslehrer, welche der Gerechtigkeit nachjagen, Naturforscher, welche die Herrlichkeit des Schöpfers anbeten, christliche Künstler, in welchen eine heilige Flamme brennt. Wann wird die Zeit kommen, da eben diese nicht vereinzelt von der großen Masse sich abheben, sondern einen ganzen Chor, eine „Wolke" von Zeugen bilden, sich selbst zur Ehre, ihrer Umgebung zum Segen! Omnia instaurare in Christo — diese päpstliche Devise besagt am besten, wie der Schaden der Zeit geheilt werden kann. „Alles erneuern in Christo." Christus soll in dem Menschen, der Mensch in Christus leben. Wir sollen Christus in uns aufnehmen. Dies ist das schönste und fruchtbarste Lebensideal. Nur mit ihm können wir Eindruck auf die Massen machen und sie zurückgewinnen. Wie sehr haben sich seit 1878, da mit dem Sozialistengesetz der Kampf zwischen Staat und Sozialdemokratie auf dem Höhepunkt anlangte, Erbitterung und Feindschaft gegen die Kirche gesteigert. Wäre man mehr den Spuren eines Ketteler und eines Stoecker gefolgt, so würde nie eine solche kirchliche Entfremdung eingerissen sein. Aber mit dem Klagen ist nichts geholfen. Die Trennung von Kirche und Staat weist uns auf neue Wege. Wir haben uns in die Zeit zu schicken und jene Kirche wird am meisten erreichen, in welcher der Geist Jesu am stärksten lebendig ist.

Vergesellschaftung des Bodens.

Von Benefiziat Ludwig Heilmaier, München.

Das Kostbarste, worüber der Staat verfügt, ist neben den Menschen der Boden. Auf ihn richteten sich im englischen Aushungerungskrieg unsere Blicke, wir dachten an Heimstätten für unsere Krieger, die Lust haben würden zur Scholle und zum Leben auf ihr und mit ihr; das ganze Volk lernte das Land wieder erkennen in seiner völkerhaltenden, volkserneuernden Wirkung, sah die Tatsache der ungleichen Verteilung des Bodenbesitzes sowie die Notwendigkeit, letzteren zu möglichst erfolgreicher Erzeugung einheimischer Lebensmittel zu verwenden. Probleme tauchten auf, die schon vor Jahrtausenden die Völker beschäftigten.

Ein flüchtiger Blick auf die römische Geschichte! Im Jahre 82 versuchte Sulla 120 000 Veteranen mit Landgütern zu dotieren, um einen Grund zu einem kräftigen, gesunden Bauerntum zu legen; doch in wenigen Jahren waren die meisten Güter so verschuldet, daß sie wieder zurückfielen in die Hände der Optimaten, — die Krieger waren dem ländlich-häuslichen Leben entfremdet. Bei Gründung der Kaiserzeit befand sich fast alles Land in der Hand der Reichen, um in Parks, künstliche Seen u. dergl. verwandelt zu werden. Das Getreide kam aus Sizilien und Afrika, beim Ausbleiben der Getreideflotten war Rom mehr als einmal vom Hunger bedroht, die Landwirtschaft wurde in den zwei ersten christlichen Jahrhunderten größtenteils von den Sklaven besorgt. In unbegreiflicher Verblendung taten die Kaiser nichts zur Festigung eines bodenständigen, arbeitsfreudigen Bauernstandes, der einzigen Quelle der Volksverjüngung. Folge: Entvölkerung des Landes durch Ueberschuß der Todesfälle über die Geburten, Verdrängung des Kleinbauernstandes in die wachsenden Großstädte, um dort zu schreien: panem et circenses, Brot und Spiele!, zunehmende Proletarisierung, immer riesigere Latifundien mit Sklavenbedienung. Wohl verteilten Nerva, Trajan, Hadrian, Antoninus Pius Domänen und freies Land zur Siedlung, — in Campanien lagen allein 523 000 Jugera brach, — aber es war zu spät, die römische Kraft löste sich in Sittenlosigkeit auf, besonders seit dem Sieg über Karthago hatte der mühelos erworbene Reichtum, die weichliche Ruhe Rom dem Untergang zugeführt.

Im wesentlichen wiederholen sich die Vorgänge immer wieder. Sehen wir doch auch heute abermals in Italien[1]) ungewöhnlich große Grundbesitzungen in den Händen weniger; in Irland sind 9/10 des Bodens in den Besitz einer kleinen Zahl von Personen übergegangen und ein Teil des Volkes ausgewandert. Auch nichtsozialdemokratische Kreise sahen längst ein, daß man in der Gewährung der freien Verfügung über den Boden an Privatpersonen zu weit gegangen sei. Wir stehen an der Seite des Sozialismus in der Forderung eines neuen sozialen Systems, einer solidarischen Interessengemeinschaft gegen den kapitalistischen Individualismus, doch wie überall, sind die Forderungen des Sozialismus auch in der Bodenreform zu extrem; eine wahre Volksgemeinschaft hat weder mit kapitalistischer noch sozialistischer Zwangswirtschaft etwas zu tun.

Schon in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts machte die Sozialdemokratie Propaganda für den Uebergang des gesamten Grund und Bodens in den Besitz des Staates oder der Gemeinden; diese Verpachtung des ganzen Bodens wäre gleichbedeutend mit Einführung des sozialistischen Staates. Ein Riesenheer von Beamten wäre zur Ausführung und Aufrechterhaltung eines solchen utopistischen Bodenkommunismus notwendig. Doch heute noch steht im Erfurter Programm an der Spitze der Sozialisierungen die von Grund und Boden ohne Einschränkung und Kautsky-Schönlank erklären dies als „Verwandlung des Staates in eine einzige Wirtschaftsgenossenschaft" (Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie, 26). Sozialisierter Boden — so kann man noch immer lesen — sei ertragreicher, während doch gerade heute wieder der russische Bodenkommunismus zeigt, „daß das in der Kulturwelt bisher weitverbreitete und immer mehr durchgedrungene Prinzip des Sondereigentums in ganz anders wirksamer Weise die möglichste Nutzbarmachung des Bodens für Gütererzeugung insbesondere im landwirtschaftlichen Betrieb gewährleistet" (Univ.-Prof. Gg. Mayr, „Die Pflicht im Wirtschaftsleben", „A. R." Nr. 21). Es ist im Interesse der Gesamtheit gelegen, daß der weitaus überwiegende Teil der landwirtschaftlich benützten Bodenfläche im Privateigentum bleibt. Selbständigkeit und Freiheit der Einzelwirtschaft dürfen auch hier nicht angetastet werden, wenn für Sozialisierung keine Notwendigkeit besteht, nur bei gemeinschädlicher Wirkung darf Privatwirtschaft ausgeschaltet werden; dieser Grundsatz muß festgehalten werden, wenn man an die Herbeiführung eines befriedigenden Zustandes der Bodenbesitzverhältnisse geht.

Auch unter Sozialisten hat Herr Neurath, „der landfremde Zauberkünstler", der in der unverständlichsten Weise alles zu Tod sozialisieren wollte, nicht befriedigt.[2]) „Unsere Wortführer", so lesen wir u. a., „wollen alles von der einen Arbeiterfrage aus lösen. Wohl reden sie auch von der Aufteilung des Großgrundbesitzes, was aber darunter zu verstehen sei, das wissen sie nicht. So sind sie fremd geworden dem wichtigsten Teil unseres Volkes, zu dem sie selbst vor nicht allzuferner Zeit gehörten, dem Bauern, dem Land, das sie oder ihre Eltern verlassen mußten als Opfer des Bodenmonopols, der

[1]) Siehe die Meldung aus Bologna: Der Kongreß der italienischen Landarbeiter (400 000 Mitglieder) beschloß sofortige Sozialisierung des Bodens. In Venetien wurde bereits begonnen. „Sie wollen aber keine Aufteilung des Bodens, weil dadurch die Produktion herabgesetzt würde, sondern einen erprobten und produktionssteigernden Genossenschaftsbetrieb." Bern, 19. Juni.

[2]) Siehe die Schrift: Wider das Sozialisierungsexperiment von Kranold, Dr. Neurath und Schuhmann von A. Sußmann. 2. Aufl. Chemnitz. S. 20: „Aus diesen Gesichtspunkten heraus fordere ich alle Männer und Frauen auf, zu helfen im Kampf gegen den verderblichen Plan der Herren Dr. Neurath . . ., der schon jetzt Unheil angerichtet hat, dessen Verwirklichung aber Not und Elend für das ganze Volk bedeuten würde."

ungleichen Verteilung des Grundes und Bodens . . ." („Die Republik", 18. Mai 1919, Der grüne Tisch). Durch gründliche Reform in der Frage des Landbesitzes, diesem Angelpunkt des wirtschaftlichen Lebens und der kommenden sozialen Gerechtigkeit, hofft man mit Hilfe der Regierung „das städtische Kapital an der verwundbarsten Stelle zu treffen." (Ebendort.)

Wer möchte leugnen, daß der Boden im Brennpunkt aller sozialen Fragen steht und daß hier Mißbräuche und Schäden vorhanden sind, die längst nach Behebung schreien! Vielerorts regte sich das unsittliche Streben, Güter fleißiger Bauern in Weide oder Jagdgebiete zu verwandeln, auf der einen Seite wachsende Landanhäufung in den Händen Weniger, anderseits ungesunde Uebervölkerung der Großstädte, unheimliche Mietskasernen, in denen Hunderte ein menschenunwürdiges Dasein führen. Ohne einen Finger zu rühren, konnten beim bisherigen Recht Bodenbesitzer infolge der fleißigen Arbeit anderer, die das Emporblühen eines Ortes verursachte, steinreiche Leute werden durch Steigerung der Grundrente bis zu 7000 Prozent; in Wirklichkeit hatte die Allgemeinheit das Recht auf solchen Wertzuwachs. Alle Schuld für die hohen Bodenpreise der Terrainspekulation zuzuschreiben, wäre natürlich ungerecht.

Solche Mißbräuche, solche Ausbeutung lassen sich heben ohne Störung des Wirtschaftsprozesses. Eine Sozialisierung ist wie bei den Monopolen überhaupt, so auch beim wichtigsten, dem des Bodens, durchaus möglich innerhalb vernünftiger Grenzen. Die neue Reichsregierung sieht eine bessere Grundbesitzverteilung vor, indem, so weit möglich, unwirtschaftliche Großgüter zur Gewinnung von Wirtschaften und Heimstätten nutzbar gemacht werden, ferner Befestigung des mittleren und kleinen Grundbesitzes gegen Aufsaugung und Bewucherung. Es ließe sich etwa ein Gesetz denken, daß ca. 1000 ha Besitz nicht überschritten werden dürfen. Die sächsische Regierung bereitet einen Antrag an die Reichsregierung vor, noch vor der Sozialisierung von Grund und Boden der privaten Spekulation mit bebautem und unbebautem Boden ein Ende zu machen. Die Reichsregierung hat zugesagt, in diesem Sinn wirken zu wollen („Börsenzeitung" 24. Mai 1919, Dresden). Anderen, und zwar nichtsozialdemokratischen Kreisen schwebt noch ein höheres Ideal vor: der Boden überhaupt solle mit allen seinen Schätzen unter ein Recht gestellt werden, welches alle Grundrenten für die Kulturaufgaben der Gesamtheit nutzbar macht, jeden Mißbrauch ausschließt, jeder deutschen Familie ein Heim, eine wirtschaftliche Heimstätte sichert. Wer von uns würde dies nicht von ganzem Herzen wünschen, wie viel berechtigte Verbitterung und Unzufriedenheit würde damit unter unserer Arbeiterschaft ein Ende haben. Es sei nur erinnert an jenes bezeichnende Wort Lagardes: „Die Sozialdemokratie umzubringen, gibt es nur ein einziges Mittel: daß man jeden Sozialdemokraten zum Grundbesitzer mache". Es wäre nun freilich utopistisch, zu glauben, man bräuchte nur die Gesetzgebung in Bewegung zu bringen, um mit einem Schlag die Mietskaserne verdrängen zu können durch das Einfamilienhaus, eine Heimstätte auf eigenem Grund und Boden für jeden deutschen Staatsbürger (siehe: Die Arbeiterwohnungsfrage in Deutschland. München, Leohaus, 6 M, von Gemeindebevollmächtigten M. Gasteiger, München). Vorläufig wollen wir zufrieden sein, wenn durch energisches Vorgehen gegen die Bodenspekulation die große Lüge des kapitalistischen Systems von dem freien Wettbewerb zuschanden wird.

Immer aber muß betont werden, daß die besten Gesetze die Uebel nicht heilen können, wenn der Geist der Selbstsucht, aus welchem die obengenannten Mißbräuche geboren wurden, in der Nationalökonomie der Zukunft nur mechanisch unterbunden weiterlebt. Ohne ein höheres ethisches Prinzip werden uns die weisesten Gesetze aus den alten in neue Einseitigkeiten fallen lassen. Bei Betrachtung der Probleme unserer Zeit, nicht zuletzt auch des hier berührten, gilt das Wort unseres großen Theologen und Nationalökonomen Pesch: „Es wäre töricht, eine neue Wirtschaftsverfassung und von einer solchen das Heil zu erwarten, wenn nicht Volk und Völker moralisch besser werden, wenn nicht der materialistische, egoistische Geist bei den einzelnen, den Korporationen, den Staaten und Völkern wieder durch eine echt christliche Gesinnung ersetzt wird, wenn man nicht Verständnis dafür gewinnt, daß es keine bessere Grundlage auch für die materielle Wohlfahrt der Völker gibt als praktisch geübtes Christentum". (Ethik und Volkswirtschaft, S. 164).

Eine evangelische Gruppe zum Studium der katholischen Kirche.

Von P. Hartmann Eberl O. S. B., St. Ottilien (Oberbayern).

Kaum war die „katholische Abteilung" im preußischen Kultusministerium beseitigt, da gerieten an die zartesten Angelegenheiten der katholischen Untertanen Personen, die katholisches Leben offensichtlich nicht nur nicht dulden wollten, sondern es von vornherein weder äußerlich kannten, noch innerlich verstanden. Mit der Bekanntmachung, den Jesuiten sei verboten „das Beichthören und das Absolvieren und das Spenden der Sakramente" gab man zum Essig der Feindschaft noch den Pfeffer des Unverstandes.

Viel lieber ertragen wir schon freundliche Nichtkatholiken; aber wenn sie uns immer wieder überflüssigerweise zureden, werden uns schließlich doch auch sie eine Last. So z. B. belehrt uns einer: „Allzumal Sünder, ermangelnd des von Gott geforderten Ruhmes, können wir auch im besten Leben die eigene Schuld nicht bezahlen, geschweige denn Verdienste für andere erübrigen. Christi Schuldopfer allein gilt vor Gott, und wir verkleinern dies, wenn wir das Werk sündiger Menschen — und wäre es ein Paulus oder eine Maria — für uns sprechen lassen wollen. Es ist unerläßlich, daß die Wahrheitsmenschen unter den Katholiken das ganz allein unter Gottes prüfendem Auge erwägen, so schwer es ihnen auch sein mag, die sie allenthalben umgebende Luft einmal nicht zu atmen". (P. Union 1913, S. 41.) „Guter Freund", möchten wir darauf antworten, „wir Katholiken haben diese Luftveränderung gar nicht nötig; sehen Sie doch erst einmal in einen katholischen Katechismus hinein. Sie marschieren ja immer noch nur hinter dem Schatten her, der in der nichtkatholischen Literatur unser Bild verzerrt." Aus sich selbst kommt natürlich einem seit Jahrzehnten gutmeinenden Mann ein Zweifel an bisherigen falschen Ansichten nicht; es bedarf dazu schon einer kräftigen Nötigung von außen oder einer außerordentlichen Wissenschaftlichkeit im Innern. Handelt es sich gar um die Verbesserung alter Urteile über einen Feind, so ist auch noch ein gut Teil Selbstüberwindungssinn und Wahrheitsmut Voraussetzung. Freilich hätte jedes Vordringen in neue Erkenntnisse auch seinen eigenen Reiz.

All das spiegelt sich schon deutlich in den Aufsätzen, die Prof. Dr. Fr. Niebergall (vgl. „A. R." 1917 Nr. 2) und Pfarrer Liz. Dr. Diettrich-Berlin veröffentlicht haben. Prof. Niebergall schrieb in der „Christl. Welt" 1918 Nr. 22—26 seine Eindrücke nieder, die ihm „zwei Wochen im Kloster" vermittelt, und Dr. Diettrich kam zu Katholiken um ihre Seelsorge, vor allem ihre Exerzitien zu studieren, und frägt nun in P. Füllkrugs „Handbuch der Volksmission": „Was können wir von der Volksmission der katholischen Kirche lernen?" (Seite 34—49.)

Unter den Augen des Bundesvorstandes für friedliche Erörterung religiöser Fragen unter Evangelischen in Golzow hat sich nun außerdem eine eigene „Gruppe" gebildet, die sich das wissenschaftliche Studium der katholischen Kirche zu ihrem Ziele setzt. („Treuga Dei" 1918 Nr. 45/46.) Diese Gründung wird um so gediegener arbeiten, je mehr sie sich dem Willen des Bundesvorstandes anpaßt, das heißt: jeder Gefahr zu Neulingsübereifer standhaft widersteht. Ein Fingerzeig für die Auswahl ihrer nächsten Arbeitsgebiete mag für die Gruppe in den Worten liegen, die Pastor Früh in der „Christl. Freiheit" (vom 30. Sept. 1917) schrieb: „Ueber die katholische Frömmigkeit wären mir folgende Schriften wichtig: Der Rosenkranz in seiner Bedeutung für den Katholiken. Verlauf einer Wallfahrt. Die Sakramente der katholischen Kirche in ihrer gegenwärtigen Anwendung. Seelenmessen. Die Tätigkeit der heutigen katholischen Mönchs- und Nonnenorden. Die Ausbildung eines katholischen Priesters. Die Laienbruderschaften". Es wäre leicht, dem Nichtkatholiken für alle diese Besonderheiten der katholischen Frömmigkeit ausreichende Unterrichtsmittel zu nennen, aber es ist gewiß besser, wenn nun einmal theologisch vorgebildete Männer selbst an die Forschung gehen.

Während Staaten sich vor Kundschaftern aus fremden Ländern recht zurückhaltend geben, bietet die katholische Kirche Freund und Feind ihre Geheimnisse an. Denn ein doppelter Optimismus lebt in ihr: sie ist überzeugt von der versöhnlichen Natur der katholischen Religion und glaubt an die friedenswillige Gesinnung vieler ihrer Gegner. Mögen die Mitarbeiter der neuen Gruppe ihre Kundschafterdienste so gründlich tun, daß wirkliches Wissen ist, was sie heim bringen.

Unter dem Schutze des roten Kreuzes in belgischer Gefangenschaft.

Von Universitätsprofessor Dr. Aufhauser, ehemaligem Feld- und Lazarettgeistlichen.

Die militärischen Operationen auf dem westlichen Kriegsschauplatze mit der ständigen Rückwärtsverlegung der deutschen Front besonders seit Mitte Juli 1918, einem der folgenschweren Wendepunkte des Krieges, hatten zumal seit der Einleitung von Friedensverhandlungen durch Bulgarien mit ihren katastrophalen Folgen für den südöstlichen Kriegsschauplatz dem Kriegsverlauf rasch eine entscheidende Wendung gegeben. Die Ereignisse im Westen hatten den dortigen Stillstand fast an der gesamten Front ins Wanken gebracht, alle Formationen in rückwärtige Bewegung versetzt und damit dem Bereich des Generalgouvernements in Belgien immer engere Grenzen gegeben, sodaß schließlich die Stadt Brüssel allein, rings bereits vom Operationsgebiet umschlossen, zum Generalgouvernement gehörte, dessen eigentlicher Bereich sich auf geringe Gebiete an der Ostgrenze Belgiens beschränkte. Es war ein unglücklich zähes Kleben an Brüssel, ob der dortigen angenehmen Lebens- und Verpflegungsverhältnisse oder der Tagegelder halber, vermag ich nicht zu entscheiden. Doch war dies klettenartige Hängen an dieser Stadt von seiten der Behörden mit eine Hauptschuld, daß dann bei Eintritt der Katastrophe, bei Auflösung aller Zucht und Ordnung seit dem alles Ansehen deutscher Waffenmacht und alle deutsche Ehre urplötzlich mit einem Schlag stürzenden Soldatenratssonntag (10. November) mit seinen im Feindesland umso beschämender wirkenden roten Umzügen — Brüssel allein soll als Eldorado der Westfront mehr als 30 000 Deserteure in seinen Mauern beherbergt haben, die an jenem Unglückstage noch von den befreiten Gefangenen verstärkt wurden — Millionenwerte zurückgelassen werden mußten. Tiefbetrübende Bilder aus jenen letzten Tagen einstiger deutscher Herrlichkeit auf den von deutschen Soldaten geplünderten Güterbahnhöfen Brüssel-Süd, -Thurn und Taxis, und Schaerbeck. Wie Kriegsgeräte, selbst Maschinengewehre, Pferde, Autos, diverse Motor- und Fahrräder, wurden auch diese geplünderten Gegenstände an die Belgier um Spottpreise verkauft, das Geld dann meist auf dem Altar der Venus geopfert.

Der letzte Akt der wechselreichen, für tiefere Beobachter leider an Unerfreulichen reicheren Geschichte der deutschen Okkupation als ihr äußerer Glanz bisweilen vermuten ließ.

Das Versagen der Eisenbahnorganisation, das einzige Streben aller, mit irgend einem Zuge nach Deutschland zu kommen, nahm dem Kriegslazarett I in Brüssel mit seinen vielen Hunderten von schwer Grippekranken und Verwundeten alle Möglichkeit und bald auch die letzte Hoffnung des Abtransportes. Wohl versicherte der Soldatenrat Dr. Einstein und Tröder, sie würden Brüssel nicht verlassen, bevor nicht der letzte kranke deutsche Soldat abtransportiert wäre; wer seine Truppe verläßt, ob Arzt und Kranker, ist ein Lump. Leere Worte, kaum waren sie verhallt, waren die Herren alle von Brüssel fort, sie hatten sich wenigstens noch selbst richtig vor uns gekennzeichnet. Wer sich irgendwie stark genug fühlte, verließ das Lazarett, um auf eigene Verantwortung hin sich noch eine Heimkehrmöglichkeit mit der Bahn oder im Anschluß an die letzten durchziehenden Divisionen zu suchen.

Am Samstag abend (16. November) — mittags war die deutsche Zeit abgeschafft worden — besetzt das belgische rote Kreuz die Lazarettzugänge und nahm diese in Aufsicht und Schutz. Von jetzt ab wird uns allen ohne Ausnahme das Verlassen des Hauses streng verboten. Sonntags früh verließen die letzten deutschen Truppen (A. K. 55) 2. Garde Res.-Division und 6. bayer. Res.-Division, darunter auch bayerische Ulanen mit ihren blau-weißen Wimpeln durch die Rue royale die Stadt. Sie war frei vom haßverfolgten Feinde, der sie mehr denn vier Jahre besetzt gehalten, vielfach ihr hartes Leid gebracht hatte. Am Sonntag nachmittag bis in den Abend hinein richteten Munitions-Explosionen auf dem Südbahnhof und dem Bahnhof Schaerbeck gewaltigen Schaden an. Die belgischen Zeitungen vermuteten natürlich deutsche Höllenmaschinen u. ä., ohne indes Beweise hierfür erbringen zu können.

Waren schon drei Tage vorher einzelne Entente-Soldaten unter ungeheurem Jubel der sie auf den Schultern tragenden Mitbürger von Scheut her in die Stadt gekommen, so folgte von Dienstag (19. Nov.) ab der siegreich umjubelte Einzug der geschlossenen Truppenkörper. Auch unser Lazarett sah ständig wechselnde belgische Sanitätsformationen in seinen Mauern. In Verpflegung und Versorgung unserer Kranken wurden wir nicht behindert. Doch mußten alle, auch die Sanitätsoffiziere, sofort Waffen, Degen und Seitengewehr abgeben, die Aerzte sogar ihre Bestecke. Die Hoffnung, dies persönliche Eigentum beim Abtransport wieder zurück zu erhalten, erwies sich als trügerisch. Mit besonderem Vergnügen gab der Lazarettkommandant Fivé die Erlaubnis, belgische Zeitungen zu kaufen, zumal sich manche wie „Le soir“, „La nation“ usw. nicht genug der Verhöhnung der „boches“ tun konnten.

Bald wurde uns eröffnet, die Räume des Lazarettes, das auch in Friedenszeiten Garnisonslazarett gewesen, würden von den belgischen Truppen benötigt, wir müßten es verlassen. In der Tat wurden wir vom 25.—27. November mit Krankenautos nach dem Hospital communal in Schaerbeck, dem früheren deutschen Kriegslazarett III, gebracht. Bei dieser Ueberführung wurde das ohnehin sehr dürftige Eigentum der Kranken, wie das Gepäck des Personals von der rachegierigen belgischen Soldateska wie dem aufsichtsführenden Tagsoffizier beim Eingang ins neue Lazarett gründlich „revidiert,“ photographische Apparate, Feldstecher, Messer, Lebensmittel, Schuhwerk usw. einfach weggenommen. All unsere Proteste mit Hinweis auf den Schutz der Genfer Konvention [1]) waren wirkungslos. Immer ward uns die gleiche Antwort: Was wollt Ihr? „Ihr boches habt unsere Gefangenen ebenso, ja noch schlimmer behandelt.“ Wir waren nunmehr interniert, in Wirklichkeit gefangen oder eingesperrt als wären wir an der Front, im Kampfe gefangen geworden. Von 4 Uhr abends bis 8 Uhr früh war Kranken wie Personal der Aufenthalt im Garten verboten, das Licht mußte 9 Uhr abends überall gelöscht sein, nur die Offiziere und Beamten des Sanitätspersonals hatten die jederzeit widerrufliche, bisweilen aus Unkenntnis uns auch wirklich entzogene Erlaubnis, in der Messe und auf dem Zimmer bis 12 Uhr nachts Licht zu brennen, vorausgesetzt, daß es welches gab. Denn die beiden elektrischen Maschinen, von denen eine bereits bei Belegung des Lazarettes gebrauchsunfähig war, versagten schon in den ersten Tagen. Gas war nur in sehr beschränkter Leitung vorhanden, mußte erst auf persönliche Kosten hingelegt werden, Kerzen waren sehr teuer, wir behalfen uns mit selbst fabrizierten „Hindenburg“-Lichtern, die wir aus dem freilich nur seltenen Fettüberfluß unserer Suppen bereiteten. Die Verpflegung war zu Mittag Bohnen- oder Erbsensuppe mit verkochtem amerikanischem Gefrierfleisch meist genügend, als Frühstück erhielten wir schwarzen Kaffee, abends meist nur Tee oder das zu Mittag nicht verabreichte Fleisch. Vorzüglich war das weiße Brot, das uns bald nach Einmarsch der Ententetruppe verabreicht wurde (600 gr. pro Tag). Kranke, soweit ihr Zustand dies erlaubte, wie sämtliches Pflegepersonal erhielten die gleiche Kost.

Auch uns Geistlichen war ein Verlassen des Lazarettes verboten. Selbst unsere Toten (gegen 61 im Verlauf der Gefangenschaft) durften wir nicht selbst beerdigen. Wir konnten nur im Leichenraum eine Trauerfeier veranstalten. Leider ist es uns so unmöglich, den hl. Wunsch der Hinterbliebenen der Toten, die alle auf dem deutschen Soldatenfriedhof in Evère bei Brüssel beerdigt wurden, nach Nachrichten über das Grab ihrer Liebsten zu befriedigen.

Sofort am ersten Tage der Internierung und später noch einige Male trugen wir katholische Geistliche schriftlich dem Herrn Kardinal Mercier unsere Bitte vor, uns die Erlaubnis zum seelsorglichen Besuch der in Belgien gefangenen deutschen Soldaten und internierten Zivilpersonen zu erwirken. Erstere waren in Brüssel in der berüchtigten Reitbahn der Kavalleriekaserne (Etterbeck), die später neu hieher verlegten Arbeitskommandos am Bahnhof Schaerbeck, in Gronendaal und Harem-Süd (hier in kalten Zelten), letztere in der Reitbahn, im deutschen Gesellenhaus und der deutschen Schule untergebracht. Da die deutschen Patres Brüssel verlassen hatten, waren sie ohne Seelsorger. Außer dem Hauptgefangenenlager Wulveringhem (bei Furnes) waren an vielen anderen Orten Belgiens deutsche Soldaten und Zivilisten gefangen bezw. interniert. Unsere Bittschreiben gelangten sicher nach Mecheln und in die Hände des Herrn Kardinals. Sie blieben indes ohne Antwort und Erfolg. Auch an das „Departement de guerre“ wandten wir uns mit unserer Bitte, ebenso an den Militäroberpfarrer Marinis — mit gleicher Erfolglosigkeit. Mag auch letzterer mit seiner Aeußerung, er könne für uns nichts tun, es gebe auch für einen katholischen Priester Zeiten, wo das Gesetz der christlichen Nächstenliebe aufhören müsse, alles Maß überbieten, der belgische und französische Klerus erwies während des ganzen Krieges in seiner weit überwiegenden Mehrzahl, daß ihm Patriotismus und Nationalismus höher stehe als Religion, katholische Kirche, priesterliches Amtsgefühl und christliche Solidarität. Unsere Gefangenen in der kalten, zugigen, lichtlosen Reitbahn, mit nur spärlichem Stroh auf dem Steinfließ oder Sand, meist ohne Decke, die bis Weihnachten nur Schiffszwieback und Wasser als Nahrung erhielten[2]), soweit sie nicht vielleicht an ihrer Arbeitsstelle wie am Cinquantenère-Park sich mittags selbst Verpflegung bereiten konnten, sahen, von den sie bewachenden Polizisten oft geschlagen, bis anfangs April

[1]) Artikel 9 des Genfer Abkommens vom 6. Juli 1906. Das ausschließlich zur Bergung, zur Beförderung und zur Behandlung von Verwundeten und Kranken sowie zur Verwaltung von Sanitätsformationen und -anstalten bestimmte Personal und die den Heeren beigegebenen Feldprediger sollen unter allen Umständen geachtet und geschützt werden; wenn sie in die Hände des Feindes fallen, dürfen sie nicht als Kriegsgefangene behandelt werden.

Artikel 12. Wenn die in den Artikeln 9, 10, 11 bezeichneten Personen in die Hände des Feindes gefallen sind, sollen sie ihre Verrichtungen unter dessen Leitung fortsetzen. Sobald ihre Mitwirkung nicht mehr unentbehrlich ist, sollen sie zu ihrem Heere oder in ihre Heimat zu solcher Zeit und auf solchem Wege, wie sich mit den militärischen Erfordernissen vereinbaren läßt, zurückgeschickt werden. Sie dürfen in diesem Falle die Habseligkeiten, Instrumente, Waffen und Pferde mit sich nehmen, die ihr Privateigentum sind.

Artikel 13. Der Feind sichert dem in Artikel 9 bezeichneten Personal, solange es sich in seinen Händen befindet, dieselben Bezüge und dieselbe Löhnung zu, wie dem Personal gleichen Dienstgrades des eigenen Heeres. (Während der ganzen Zeit der Internierung bis heute wurde uns nicht ein Centimes bezahlt.)

[2]) Nach übereinstimmenden Berichten sehr vieler Gefangener über die dortige unwürdige gegen alles Völkerrecht verstoßende Behandlung. Im allgemeinen empfiehlt sich Aussagen Gefangener gegenüber bei der Uebertreibungssucht der Gefangenenpsyche Vorsicht und Zurückhaltung.

keinen Geistlichen, waren stets ohne Gottesdienst, mußten selbst Sonntags, sogar an Weihnachten, zur Arbeit gehen, obwohl wir des öfteren unsere Dienste angeboten, für sie Fürsprache eingelegt hatten. Auch die Truppe am Bahnhof Schaerbeck war stets ohne Gottesdienst geblieben, während in Harem-Süd und Gronendaal ab Mitte Februar von belgischen Geistlichen Sonntags wenigstens die hl. Messe gelesen wurde.

Wie mir der Hochwürdigste Herr Erzbischof v. Faulhaber bei meiner Rückkehr aus der Internierung erzählte, hatte der Hochwürdigste Herr auf Grund meines Bittbriefes — Kranke wie Personal durften seit 17. Dezember wöchentlich zweimal schreiben[3]) — durch den Herrn Nuntius von München unsere Bitte in Rom vortragen lassen. Bis zu unserer Freigabe (anfangs April) war indes keine Verbesserung eingetreten. Was inzwischen geschehen, entzieht sich meiner Kenntnis. Tatsache bleibt, daß sich die Seelsorge der belgischen Militär- und Zivilgeistlichen zugunsten der deutschen Gefangenen **nicht im mindesten vergleichen kann mit dem, was deutscherseits für die in Deutschland gefangenen Feinde geschah.**[4]) Es fehlte, wie überall in Belgien, nicht bloß an Organisationsgabe, es fehlte an gutem Willen, denn der Militär- wie Zivilgeistlichen hätte es in Brüssel mehr als genug gegeben.

Ich will schweigen von mancher kleinlicher Bevormundung und Vorschrift, welche Wege wir gehen, wie viele Personen mitsammen gehen (ja nicht stehen bleiben) durften, von der unwürdigen Abführung des überflüssigen Aerzte- und Sanitätspersonals — wir mußten unser Gepäck an jenem regnerischen 15. Januar selbst 2 Stunden von Schaerbeck zur Reitbahn schleppen — nach Wulveringhem, von der unsere edelsten heimatlichen Gefühle verletzenden Handlungsweise des Tagesoffiziers vom hl. Abend, der die ohnehin ärmlich genug geschmückten Tannenbäumchen unmittelbar vor der Feier brüske sofort zu entfernen befahl und selbst die Mitternachtsmesse im Pavillon unserer katholischen deutschen Ordensschwestern verbot, von der völlig ungerechten Bestrafung auch des Sanitätspersonals, wenn bisweilen — zum Glück meist mit Erfolg — einige Kranke „türmten" durch Entziehung der Aufenthaltserlaubnis im Garten, in einem Falle waren vier Tage lang sogar auch die Verbindungswege der Pavillone gesperrt —, von dem absolut verwerflichen Verhalten einiger Wachoffiziere, die selbst mit ihren Maitressen sich innerhalb des Lazarettes zeigten usw.

Völlig gegen jedes Völkerrecht und die Genfer Konvention verstieß die lange Zurückhaltung des meist überflüssigen Sanitätspersonals; waren in Brüssel allein zirka 60 Schwestern freiwillig zur Pflege der Kranken zurückgeblieben, so kamen dazu am 15. Januar weitere 90 Schwestern, außerdem 3 Geistliche, 1 Delegierter und viele freiwillige Pfleger, die bereits auf dem Wege nach Deutschland waren, statt nach der Heimat, aber nach Schaerbeck gebracht wurden. Von diesen 160 Schwestern waren nur 30 bayerische katholische Ordensschwestern vom allerheiligsten Erlöser aus Würzburg mit Krankenpflege wirklich beschäftigt, deren Wirken aber seit der ständigen Besserung des Gesundheitszustandes der Kranken auch mehr und mehr entbehrlich wurde. Das gleiche galt von den Geistlichen (seit 15. Januar 1919 je vier katholische und evangelische), Aerzten und freiwilligen Pflegern. All unsere Bitten, Eingaben, Vorstellungen, Vorschläge bezüglich unseres Abtransportes blieben erfolglos.

Auch unsere Hoffnung auf die uns die Tage vor der Internierung in Aussicht gestellte spanische und holländische Vermittlung war völlig nichtig. Weder uns, noch unseren Gefangenen in Brüssel war je die Ehre eines Besuches von seiten des Vertreters einer neutralen Macht zuteil. Ein einmaliger Besuch eines Geistlichen der Brüsseler Nuntiatur war gleichfalls ohne jede Nachwirkung für unsere Lage. Ja in der Nuntiatur herrschte sogar die Auffassung, wir Geistliche wären „prisonniers de guerre; il n'y a rien à faire pour eux", wie Feunden, die sich für uns bemühten, erklärt wurde.

Auch dort für uns abgegebener Meßwein wurde uns nie überbracht. So lebten wir denn in stumpfer Resignation dahin, oftmals in unseren Hoffnungen auf baldige Heimkehr enttäuscht, gerade in den kältesten Winterwochen, mit Kohlen sehr wenig versorgt. Frierend saßen wir in unserem Keller — ein Souterrainraum war fast fünf Monate lang für mich Wohn- und Schlafzimmer zugleich. Die Kälte und der völlige Mangel an stärkenden Mitteln, wie Wein, Eier usw. brachte für manchen unserer Kameraden den Tod, bevor seiner und seiner Liebsten zu Hause Wunsch, ein Wiedersehen, erfüllt ward.

Endlich, wir wolltens nach den vielen Enttäuschungen kaum glauben, schlug uns die Stunde der Heimkehr. Kranken-Autos brachten uns mit dem Gepäck — da strenge Revision in Aussicht gestellt war, wagten leider nur wenige sich mit mehr als den erlaubten Lebensmitteln zu versorgen — unter dem johlenden Geschrei der Schaerbecker Menge, „à Paris, à Paris" zum Bahnhof Schaerbeck, von wo uns in anerkennenswerter Weise eine D-Zugsgarnitur nach Köln—Deutz führte.

Acht Tage später folgten unsere Kranken, wiederum verdient das Entgegenkommen der Belgier volle Würdigung; wer von den deutschen Aerzten als d. u. befunden war, durfte nach Hause, von 300 Kranken wurden nur zwanzig zurückbehalten, die zudem an der Front gefangen genommen, erst später in unser Lazarett gekommen waren.

[3]) Die für uns reichlich abgesandte und meist in Wulvringhem angekommene Post aus der Heimat erreichte uns nur in sehr seltenen Ausnahmsfällen.

[4]) Vgl. E. Krebs, Die Behandlung der Kriegsgefangenen in Deutschland, Freiburg 1917.

Die Türme.

Die Sonne flieht. Im West auf fernem Hange
Verglüht des schwindenden Gestirns Kalotte,
Dem Purpurkäppchen gleich des Kardinals,
Der in Sankt Peter zur Apostelgrotte
Hinuntersteigt mit würdeschwerem Gange.

Die Schatten werden müde und erblassen
Und knicken hin wie welke, dürre Greise ...
Das Dämmern gähnt mit aufgeklemmtem Rachen
Und schlündet voll Gelüst in sich zur Speise
Die ganze Stadt samt Gärten und samt Gassen.

Im Meer der Nacht ertrinkt des Tags Gewimmel:
Die schwarze Flut erstickt sein letztes Röcheln.
Doch — recken sich nicht Arme aus dem Graus?
Wächst nicht empor aus suchebangen Knöcheln
Der Umriss einer Hand zum Sternenhimmel?

Die Türme sind es, die milchstrassentrunken
Und morgensüchtig allem Dunkel trotzen
Wie ewige Werte in dem Drang der Zeiten,
Die noch von innrer Kraft und Fülle strotzen,
Wenn Erdenideale längst versunken. Heinz Göttl.

Moderne pantheistische Kultur und Christentum.

Von Pfarrer Dr. **Doergens**, Traar-Krefeld.

In zwei tiefsinnigen Büchern „Der Genius des Krieges und der deutsche Krieg" (Leipzig 1915, Verlag der weißen Bücher) und „Krieg und Aufbau" (Leipzig 1916, ebenda) hat der Berliner Philosoph Dr. Max Scheler mit überzeugender Kraft dargetan, daß nicht das Christentum in den Flammen des Weltkrieges zugrunde gegangen ist, sondern die gottfeindliche materialistisch-pantheistische Kultur des 20. Jahrhunderts. In seinem neuesten dreibändigen Werke „Vom Ewigen im Menschen", dessen erster Band betitelt „Religiöse Erneuerung" im Verlag „Neuer Geist", Leipzig, erscheint und aus dem „Hochland" (Okt. 1918/19) die Einleitung wiedergab, heißt es wiederum (S. 17): „**Herrschte wirklich** das Christentum in der Zeit, in den Völkern, inmitten ihrer Einrichtungen und Sitten, die diesen Krieg gebaren, oder war es doch in den Völkern noch die führende Lebensmacht, dann ist — so weit Vernunft zu sehen vermag — auch das Christentum als positive Religion verurteilt. Wahr und göttlich kann das echte Christentum nur sein und soweit sein, als es in dieser Zeit **nicht** herrschte, sondern **verborgen** war und zurückgedrängt. **Seine Wahrheit und Göttlichkeit** vor dem Einsturz Europas zu retten, das schließt also auch den Mitbeweis ein, daß die verborgenen Ursachen des Weltbrandes ihren Sitz eben da haben, wo das Christentum zurückgedrängt oder ausgeschaltet war — kurz nicht im christlichen, sondern im unchristlichen, im widerchristlichen Europa".

In Berlin lebt neben Max Scheler Gerhart Hauptmann, nach dem Urteile der zünftigen Literaten der berühmteste Dramatiker unserer Zeit, dessen neuestes Werk „Der Ketzer von Soana" als treffendster Ausdruck jener die lärmende Oeffentlichkeit beherrschenden **atheistisch-monistischen Geistesrichtung** betrachtet werden darf, die die Gemeinschuld am Kriege trägt.

In Soana im Tessin — so schreibt gelegentlich einer Rezension der Novelle in der „Christlichen Welt" (Marburg, 1918, Nr. 27/28 vom 5. Juli) Gerhard Heine — „in Soana im Tessin waltet ein junger eifriger katholischer Priester seines Amtes; oben auf der Alp wohnt ein Geschwisterpaar in sündiger Ehe, der zahlreiche Kinder entsprossen sind. Seelsorgerische Pflicht treibt den jungen Kleriker hinauf in die Alpenwelt, und nun beginnen die gewaltigen Harmonien der erwachenden Frühlingsnatur und der Majestät der Berge in die Dichtung hineinzuspielen. Indem der Dichter diesen drängenden Frühlingskräften eine Sprache leiht, entfaltet er seine höchste Kunst: Alles lebt im heiligen Maienrausch, alles wird Sinnbild und Stimme des Eros, der natürlichen Zeugungskraft, die in den Nahrungssäften des Kastanienbaumes, im üppigen Blühen der Wiesenblumen, im jubelnden Vogelgesang lebt, dieser urewigen Kraft, die wie die Urmacht der Berge oder das immergleiche Rauschen des Wasserfalls die erkünstelte Welt der Menschengedanken und -ordnungen überragt und übertönt. Aus der kleinen gemachten Welt schreitet der Priester heraus in die Urwelt des Naturhaften — oder vielmehr, er versinkt in die allgemeine Betäubung dieser mystischen Kräfte. Die Tochter jenes Paares wird ihm die Eva; er ist der neue Adam, der sich in Paradiesesseligkeit dem Eros ergibt. Nicht ohne Kampf —; aber es ist nur der Kampf der Ohnmacht: ein fallender Stein, ein fallender Tropfen, ein vom Sturme getriebenes Blatt! „In Wahrheit tat er eigentlich nichts. Es geschah nur etwas mit ihm". Aber dann sagt er Ja zu dem gewaltigen Schicksal: vom

Dienste der Jungfrau und des Sakramentes wendet er sich zu dem des erotischen Mysteriums, und die einsamen Heiligtümer der Alpenhöhen, die der eifrige Priester in Pflege nehmen wollte, werden zu Stätten dieses neuen und doch uralten Kultus".

Ja, uralt ist der Kultus, so alt, daß er das innerste Wesen des Heidentums ausmacht und eben deshalb durch einen protestantischen Theologen wie Heine, wenngleich er das „Kunstwerk" einen „Ruf zum sittlichen Bolschewismus" nennt, immerhin eine noch schärfere Zurückweisung hätte erfahren können mit Rücksicht darauf, daß das Schöne mit dem Guten und Wahren letzthin identisch ist. (Aug. c. Acad. II, 3; Retract. I, 1., 3.)

Wer kennt nicht die Istar-Astarte-Baalat-Figur, die die vorderasiatischen Ausgrabungen aus dem Schutt der Jahrtausende zutage gefördert? Sie symbolisiert die Mutter des Lebens, die empfangende und gebärende Naturkraft, und hat zu ihrem Gegenpart als Symbol des männlichen und erzeugenden Prinzips den Baal, den Gatten des Landes, der es befruchtet. Feste wurden zu Ehren dieser Mächte gefeiert, denen Unmäßigkeit und Unzucht das Gepräge gaben (2. Kön. 10, 22) und denen das Donnerwort der Propheten den Glauben an den einen wahren und höchsten Gott, als eine über aller Natur und Geschichte stehende geistige, sittlich-heilige Persönlichkeit gegenüberstellte (Hos. 4, 14; Amos 5, 21; Jes. 1, 14). Herodot (I, 199) berichtet von einer Prostitution der Frauen zu Ehren eben derselben babylonischen Göttin Mylitta. Der Phallus-, der Tammuz-Osiris-Adonis- und Dionysuskult, die Mythologie und Dramaturgie des römisch-griechischen Paganismus stehen im Dienste einer Religionsauffassung, die den Stempel der Naturvergötterung an der Stirne trägt und eben deshalb auch im Dienste jenes sittlichen Libertinismus, den erst Konstantin d. G. mit Feuer und Schwert auszurotten vermochte (Eus. vita Const. III, 55 u. 5 V, IV, 39) und der durch Gerhart Hauptmann von neuem auf den Altar erhoben werden soll. Wissenschaftlich und als Ideensystem angesprochen ist es das Problem der Immanenz Gottes im Weltgeschehen und seiner gleichzeitigen Transzendenz über aller Wirklichkeit und dessen Auffassung in der Philosophie der Gegenwart, das uns in der Hauptmannschen Dichtung in seiner ganzen Schärfe, aber auch in seiner vollen Richtigkeit entgegentritt. Die moderne Welt steht unter dem Einfluß des Entwicklungsgedankens und der Spekulation seit Spinoza im Banne der bezaubernden Idee des Himmel und Erde mit Millionen unsichtbarer Fäden umschließenden und durchdringenden Naturlebens als des tiefsten und gemeinsamen Weltgrundes. Der Gedanke an sich, d. h. die Auffassung des Universums als eines von einer einzigen göttlichen Kraft durchfluteten sinnvoll geordneten Ganzen ist nicht neu. Plato redet schon von dem „lebendigen Organismus des Alls" (Tim. 40) und von ihm führen die geschichtlichen Verbindungslinien über Augustin durch die Gebiete der mittelalterlichen Spekulation und Kontemplation bei Bernhard von Chartres, Albertus Magnus, Thomas von Aquin, Bonaventura, Roger Bacon, Hugo von St. Viktor (s. Cl. Baeumler, „Der Platonismus im Mittelalter", München 1916, K. B. Akademie der Wissenschaften) zu Schells Versuch „diese Idee (sc. eines den Kosmos durchwaltenden rein pantheistischen Zusammenklanges) zu überstrahlen durch den Hinweis auf das trinitarische, transzendente wie ein ruheloses Meer in den drei Personen ewig pulsierende Gottesleben" (Kiefl, Hermann Schell, Kirchheim-Mainz o. J., S. 24). In der Tat: die katholische Theologie der Neuzeit steht in der Durchdringung und Neuausgestaltung der Lehre von der Allgegenwart Gottes als auf der Grenzscheide von Theismus und Pantheismus liegend vor wichtigen Zukunftsaufgaben. Wie sehr hat hier der Würzburger Apologet das Richtige gesehen! Wenn die Welt Gottes ist, dann ist des Einen Unendlichen Geist und Wille auch in allem Seienden tätig und wirksam. Und wenn es sich in der Frage nach dem Wie letzthin auch um unlösbare Rätsel handelt: die Wissenschaft darf nicht stille stehen. Sicher ist, daß jede pantheistisch-monistische Gleichsetzung von Gott und Welt unfruchtbar ist zur Lösung der kulturellen Menschheitsaufgaben, daß sie die sittliche Ordnung in Scherben schlägt, sie geht verständnislos vorbei an dem unsterblichen Werte der individuellen Einzelseele und am schwersten Rätsel dieses Lebens: an Sünde, Not und Tod und an jenem Problem des Leidens und der Schuld, das seit den Tagen Altägyptens und Altbabylons (Job) bis zu Paul Bourgets Kriegsroman „Der Sinn des Todes" immer wieder die Einsichtigen unter uns gefangen genommen hat. Von welch gewaltigem Einfluß auf eine wahrhaft religiöse Lebensführung die Lehre von der Allgegenwart Gottes als des persönlichen Weltgrundes ist, zeigt die Lebensbeschreibung der seligen Margareta Maria Alacoque (Herder, Freiburg 1918) — der Herr war ihr stets gegenwärtig, sie fühlte ihn in ihrer Nähe und „zwar so, wie jemand, den man nur wegen der Dunkelheit der Nacht nicht mit leiblichen Augen sehen kann" (S. 35), und er zeigte ihr „die Häßlichkeit der Sünde" (S. 3) — oder die kleine Schrift von K. Hock „Die Uebung der Vergegenwärtigung Gottes" (B. Bauch, Würzburg 1918), eine Perle der zeitgenössischen aszetischen Literatur, die, genau wie G. Hauptmann, die Größe Gottes empfindet im sonnigen Leuchten des Maientages (S. 14), im sprossenden und keimenden Aufwuchs der Natur (S. 14 f.) (Vgl. Job, die Psalmen). Solchem in der Verborgenheit kleiner Kreise sich regenden religiösen Leben gegenüber — 1000 Exemplare in drei Auflagen zählt das Büchlein — ist die Tatsache, daß G. Hauptmanns „Ketzer von Soana" bis August 1918 schon 100 000 Käufer und vielleicht noch mehr Leser innerhalb der gesellschaftlichen Oberschicht unseres Volkes gefunden hat, ein weithin rauchendes Flammenzeichen des Niederganges unserer lärmenden Oeffentlichkeit.

Spanien dem Herzen Jesu geweiht.

Außerhalb der Stadt Madrid befindet sich ein Hügel, Engelhügel genannt. (Cerro de los Angeles). Er soll der Mittelpunkt von Spanien sein. Dort war Jahrhunderte lang nur ein bescheidenes Kirchlein zu sehen. Jetzt aber sieht man dort weithin eine riesige Herz-Jesu-Statue, mit ausgebreiteten Armen das Land segnend. Zu ihren Füßen Gruppen von steinernen Figuren, die in künstlerischer Ausführung alle Stände des Landes darstellen. Der Architekt Maura und der Bildhauer Marinas haben in Meisterwerken die Gefühle des spanischen Volkes ausgedrückt.

Am 30. Mai bei der Einweihung des Denkmals waren alle Stände, vom König bis zum einfachsten Manne, versammelt. Der Apostolische Nuntius nahm die Weihe der Statue vor, darnach wurde vom Bischof von Madrid die heilige Messe gelesen und der päpstliche Segen gespendet, dann stieg der König, der mit der ganzen königlichen Familie auf der Tribüne sich befand, die Stufen zur Statue empor und verlas vor dem gesamten Episkopate, vor 28 Bischöfen, vor den religiösen Orden, vor dem gesamten Ministerium und den Vertretern aller Stände mit lauter Stimme die Weiheformel:

„Herz Jesu im heiligsten Sakrament, Herz des Gottmenschen, Erlöser der Welt, König der Könige und Herr der Herrscher! Spanien, Dein Erbteil und Dein Lieblingsvolk, beugt sich heute in Ehrfurcht vor dem Throne Deiner Güte, der für Dich im Mittelpunkt der Halbinsel sich erhebt. Alle Stämme, die da wohnen, alle Gaue, die sie bilden, haben im Laufe der Jahrhunderte in gemeinsamen Schicksalen und gegenseitiger Treue dieses große spanische Vaterland geschaffen, fest und beharrlich in der Liebe zur Religion und in ihrer Treue zur Monarchie. Wir fühlen die katholische Tradition des spanischen Königtums und folgen freudig der Geschichte seines Glaubens und seiner Andacht zu Deiner göttlichen Person und bekennen, daß Du auf die Erde kamst, um das Reich Gottes zu begründen im Frieden der Seelen, die mit Deinem Blute erlöst sind, und im Glücke der Völker, die durch Deine heiligen Gesetze sich regieren. Wir erkennen an, daß Du kraft Deiner Gottheit den Fürsten der Erde Anteil an Deiner Macht gewährest und daß von Dir alle gerechten Gesetze, durch deren Erfüllung das Reich der Ordnung und des Friedens ersteht, ihre Kraft und ihre Sanktion erhalten. Du bist der sichere Weg, der zum Besitze des ewigen Lebens führt. Du bist das ewige Licht, das die Geister erleuchtet, um die Wahrheit zu erkennen, und die Quelle, aus der alles Leben und aller rechtmäßiger sozialer Fortschritt kommt. Auf Dich und Deine Macht und Lieblichkeit Deiner Gnade gründen sich alle Tugenden und aller Heroismus, der die Seele erhebt und verklärt. Zu uns komme Dein heiliges Reich, das Reich der Gerechtigkeit und der Liebe! Sei Du Herrscher in den Herzen der Menschen, in ihren Wohnungen, in der Geistesarbeit der Gelehrten, in der Aula der Wissenschaft und Literatur und in unseren Gesetzen und vaterländischen Werken. Dank sei Dir, o Herr, daß Du uns barmherzig von dem allgemeinen Unglück des Krieges verschont hast, in dem so viele Völker sich verblutet haben! Laß uns auch weiterhin Deine liebevolle Vorsehung zuteil werden! Von dieser Höhe aus, die wir für Dich ausgesucht haben als Sinnbild unseres Wunsches, daß Du alle unsere Unternehmungen leiten wollest, segne die Armen, die Arbeiter, die Proletarier alle, damit durch Frieden und Eintracht zwischen allen sozialen Schichten Gerechtigkeit und Liebe herrschen, die ihnen ihr Leben schöner und ihre Arbeit reicher machen! Segne das Heer und die Marine, die bewaffneten Arme des Vaterlandes, damit sie in treuer Disziplin und mit tapferen Waffen der Schutz des Volkes und die Verteidigung des Rechtes seien! Segne uns alle, die wir hier versammelt sind in der Eintracht heiliger Liebe zu Religion und Vaterland, die wir unser Leben Dir weihen wollen und als Lohn das Eine uns erbitten, zu sterben in der Liebe Deines anbetungswürdigen Herzens. So sei es!"

Vom Büchertisch.

Neu-Deutschland und der Vatikan. Von F. Ehrle S. J. 8° 18 S. 60 ₰. **Der Bolschewismus.** Von B. Duhr S. J. 32 S. 60 ₰. Freiburg, Herder 1919. Diese als Flugschriften der Stimmen der Zeit ausgegebenen Heftchen behandeln in bündiger Form zuverlässig wichtige Gegenwartsfragen. P. Ehrle erörtert in den Grundzügen zwei sozusagen elementare Forderungen der deutschen Katholiken: zunächst eine solche Gestaltung der Lage des Hl. Vaters, wie sie die seinem erhabenen Amt zukommende Würde erheischt und die zur Ausübung seiner Hirtenpflicht unerläßliche Unabhängigkeit fordert. Eine Darlegung der Vertretung anderer Länder beim Hl. Stuhl zeigt, wie angemessen eine weitere Forderung ist, nämlich die der Bestellung eines deutschen Botschafters beim Vatikan und die Errichtung einer Nuntiatur am Sitze der Regierung des neuen Deutschen Reiches. — P. Duhr beleuchtet die alle Länder bedrohende Sturmflut des Bolschewismus in seinem Ursprung, seinen Leitsätzen, seinen Leistungen, den ihn führenden Geistern und seine die ganze Welt umspannende Werbearbeit. Den Darlegungen sind amtlich-bolschewistische Verlautbarungen und Programme zugrunde gelegt, sowie die Berichte von Augen- und Ohrenzeugen. Das Werichen ist jedoch nicht auf Abwehr allein eingestellt; es sucht den Boden zu bereiten für die einzig wirksame Bekämpfung des Bolschewismus in praktischer Ueberwindung der Schäden, die ihn heraufbeschworen haben. O. Heinz.

Univ.-Prof. Dr. phil. et theol. **Georg Wunderle: Grundzüge der Religionsphilosophie.** Paderborn, Ferdinand Schöningh. 8° X und 221 S. Das hervorragend klar und übersichtlich sowie ansprechend-tiefschürfend gehaltene Buch soll nach des Verfassers Absicht zunächst als „Handreichung" bei akademischen Vorlesungen dienen, zugleich aber „über die Theologenkreise hinaus einigen Nutzen stiften". In diesem Sinne habe ich es gelesen und zur Anzeige übernommen. Das Vorwort verweist auf eine künftige Erweiterung der „Grundzüge" zu einem „umfassenden Lehrbuch der Religionsphilosophie", dem dann auch Laien, auf Grund des bereits im Vorläufer Gebotenen, mit Spannung entgegensehen dürfen. Denn nicht zuletzt sie geht das Thema sehr nahe an. Religionsphilosophie ist ja nicht in erster Linie als eine die Eigenart und Wahrheit der Offenbarungsreligion aufzuweisende Apologetik schlechthin zu deuten, sondern als deren Grundlage: die Untersuchung hauptsächlich der natürlichen Religion als des „gemeinsamen Elementes aller menschlichen Kultur". Auf eben diesem Boden können sich unzählige Träger neuzeitlicher geistiger und seelischer Interessen zusammenfinden, und insofern gibt sich ein Werk wie die „Grundzüge" als von höchster Wichtigkeit, da es den Orientierung anstrebenden Gottsucher gleich auf die richtigen Wege zu leiten vermag. Und zwar ohne Aufdringlichkeit, vielmehr in vornehm gewinnender Sachlichkeit und Taktik, die selbstverständlich auf umfassendem Wissen gründen, alles Einschlägige beleuchten und dabei dem Leser das angenehme Gefühl eigener unabhängiger Urteilsfeststellung lassen. Die drei Hauptteile des reich und organisch aufgebauten Buches erörtern die Erscheinung der Religion in Geschichte und seelischer Erfahrung (Religionsgeschichte und Religionspsychologie); die Theorie der Religion (Religionsphilosophie); das Wesen der religiösen Beziehung des Menschen zu Gott. Hier fehlt der Raum zu näherem Eingehen. Gesagt sei nur, daß jeder intellektuelle Gottsucher in den „Grundzügen" Licht, Anregung und Mittel zur weiteren Vertiefung finden kann, jeder, der „das Streben nach der Gemeinschaft mit Gott einmal in seiner Seele geweckt" und erst recht jeder, der daraufhin „die möglichst vollkommene Erfüllung dieses Strebens als wichtigsten Zweck seines Lebens erkannt" hat. E. M. Hamann.

Hartmann, Dr. **Franz Xaver,** Domprediger in Augsburg, Die zeitliche, örtliche und soziale Herkunft der Geistlichen der Diözese Augsburg von der Säkularisation bis zur Gegenwart 1804—1917. Beitrag zu einer Sozialstatistik des geistl. Standes. Augsburg, Kommissionsverlag: Literar. Institut von Dr. M. Huttler (M. Seitz), 1918. gr. 8° 119 S. M 3.50. Eine sehr verdienstliche und im ganzen vorbildliche Untersuchung! Die Sozial- und Berufsstatistik des Klerus sollte weiter gepflegt und ausgebaut werden. Mühsam zwar ist die Arbeit, weil die Quellen vielfach fehlen oder in manchen Punkten versagen und nicht einheitlich angelegt sind. Nach der letzteren Richtung verdient die Schrift besondere Beachtung. Den Konvikten, Seminarien, Registraturen und Personalakten der Bistümer und Klöster ergeben sich feste Richtlinien für die Anlegung der Personalverzeichnisse in der Zukunft. Es ließe sich wohl eine einheitliche Form unter den in Betracht kommenden Anstalten für die Folgezeit vereinbaren. Nach einer lehrreichen Einleitung über die Sozialstatistik des geistlichen Standes, über die Quellen der Untersuchung, über deren Methode und Zwecke (S. 7—13) werden in drei Teilen nacheinander behandelt: die zeitliche Herkunft der Geistlichen (S. 20—36), die örtliche (S. 37—52) und die soziale (S. 53—64). Der Schluß (S. 65—68) enthält treffende Bemerkungen über Theologenmangel, Theologenbedarf und Theologenberuf. Angehängt sind sorgfältig ausgearbeitete Tabellen über das theologische „Angebot" (S. 71—74), über den Anteil der einzelnen Dekanate, Pfarreien, Kuratien und Exposituren an dem Klerus (S. 75 bis 100), über die absolute und prozentuale Berechnung der Geistlichen nach Dekanaten und über Fehlgemeinden (S. 101), über die Berufe der Väter, geordnet nach Berufsabteilungen (S. 102—116). Eine kurze Zusammenstellung der Herkunft der Benediktiner von St. Stephan in Augsburg in den Jahren 1840—1917 (S. 117) und ein für ähnliche Arbeiten verwendbarer Fragebogen (S. 118 f.) bilden das Ende der Schrift. Wenn im einzelnen bezüglich der wissenschaftlichen Methode und der Stoffverteilung sowie hinsichtlich der äußeren Form auch kleine Aenderungen und Ergänzungen sich anbringen ließen, so ist die Untersuchung im gesamten als ein Werk tief- und weitblickenden Forschergeistes, klaren Wirklichkeitssinnes, emsiger Arbeit, gründlicher Sachkenntnis und gesunden Urteils anzusprechen. Die Sprache ist gewandt und der Fluß der Rede bringt in den trockenen Stoff Leben und Bewegung. Mit aufrichtigem Dank und geistigem Gewinn wird die Schrift auch außerhalb ihrer Heimat aufgenommen werden. Dr. August Knecht, Univ.-Prof.

Gügel bei Scheßlitz (Oberfranken) einst und jetzt. Ein Stück Heimat- und Kunstgeschichte mit 10 Bildern. Von Dr. Georg Hofmann, Kaplan bei St. Martin in Bamberg. Bamberg. Kommissionsverlag der Schmidtschen Buchhandlung (Burger). Preis 70 Pf. Die Arbeit beruht auf einem vom Verfasser früher im Historischen Verein zu Bamberg gehaltenen Vortrage. Auf umfassende Kenntnisse gestützt, entwirft sie ein interessantes Bild von der Geschichte der Burg Gügel. Nur spärlich sind die erhaltenen Reste des alten Wehrbaues, der urkundlich zum erstenmal im Jahre 1274 erwähnt wird. Die Schrift weist die ehemaligen Herren der Burg Gügel nach, deren Reihe mit den Grafen von Truhendingen beginnt. 1308 kam Gügel an das Bamberger Hochstift und verlor seit der Zeit die Bedeutung des Wehrbaues, während nunmehr die der dortigen Kapelle hervortrat. An die Geschichte der Burg schließt sich also die der alten, seit 1439 die der neuen Kapelle des hl. Pankratius an. Mit ihren Schmuckteilen und Ausstattungsstücken aus der Zeit der Gotik und des Barock, zumal mit ihren von dem bekannten, am Anfange des 17. Jahrhunderts wirksamen Bildhauer Michael Kern stammenden Alabasterfiguren der hl. 14 Nothelfer ist sie ein bemerkenswertes Denkmal deutscher Kunst. Die Schrift hat das Verdienst, die Aufmerksamkeit auf eine wenig bekannte Burg zu lenken, die z. B. in dem großen Verzeichnis der Piperschen „Burgenkunde" unerwähnt geblieben ist. Dr. O. Doering.

Bühnen- und Musikrundschau.

Uraufführung im Volkstheater. Lisa Weise, der immer zugkräftige Sommergast, hat nach ungezählten Aufführungen der „tollen Komteß" jetzt einer neuen Rolle bedurft. Frz. Arnold und E. Bach, der Mitdirektor des Volkstheaters, haben das besorgt. „Fräulein Puck" heißt der Operettenschwank. Die Ideen sind ja nicht neu, aber sie sind geschickt verwertet. Weil der junge Graf durch eine unebenbürtige Ehe um seinen Besitz käme, soll die nette Filmschauspielerin zuerst zum Schein einen anderen Adeligen heiraten. Die Geschiedene darf dann als standesgemäße Partie gelten; aber es kommt anders. Der junge Graf verliert sein Herz anderweitig, und würde das Scheinehepaar nicht am Ende sich gegenseitig verlieben, die Konflikte wären derart, wie sie in der lustigen Operettenwelt keinen Platz haben. Was an geschickten Wirkungen aus dem Stoffe herauszuholen ist, ist geschehen. Lisa Weise singt, spielt und tanzt allerliebst, dafür führt sie ihre gewinnende Persönlichkeit in gar manchem Kostüm vor, das bei dem weiblichen Teil der Zuschauer die lebhafteste Bewunderung erregt. Die Musik von W. Kollo ist von Temperament und Schmiß. Das Komische liegt immer in der betreffenden Situation, nicht im rein Musikalischen. Kollo schreibt so viel, daß, was er schreibt, nicht gerade durch Neuartigkeit verblüfft, aber seine Töne illustrieren gut. Ein weiterer Gast Löscher ist in München kein Fremder. Seine Spezialität ist der alte Trottel. Er weiß dieser Operettenschablone persönlichen Humor zu geben, so daß sogar die nicht eben geschmackvolle Idee der Autoren, die Arterienverkalkung als komischen Effekt auszunützen, erträglich wirkt. Der flotte, liebenswürdige Koutenski ist der Weise ein ausgezeichneter Partner; zwei neue Künstler vereinigten sich mit den alten zu einem ausgeglichenen Ensemble. Die sehr geschmackvolle Ausstattung zeigt, daß man mit zahlreichen Wiederholungen rechnet, und man hat sich in dieser Voraussicht nicht getäuscht.

Neues Theater. „Am Teetisch", Lustspiel von R. Sloboda. Thea hatte zwei Verehrer. Sie wählte den Langweiligen, der besseren Aussichten wegen, der andere sitzt jede Woche einmal bei dem jungen Paare harmlos und zufrieden am Teetisch. Gefährlich wird es erst, als der Gatte grundlos eifersüchtig wird, mit dem Ergebnis eines amerikanischen Duells. Anderentages rührt sich bei dem Gatten das Gewissen und wie glücklich ist er, als er den schon Totgeglaubten bitten kann, doch ja am Leben zu bleiben und wieder „am Teetisch" Platz zu nehmen. Ein unterhaltsames Plauderstück, geistreich und liebenswürdig, dessen leichtbeschwingtes Tempo von Staufen, Annie Reiter und Kubisch besser getroffen wurde, als seinerzeit von den Darstellern im Schauspielhaus.

München. L. G. Oberlaender.

Hermann Zilcher-Woche. Wie im vorigen Jahre Klose, dem in diesen Tagen aus seinem Lehramt in der Akademie der Tonkunst leider zurückgetretenen Tonsetzer, so hat man heuer einem anderen in München schaffenden Komponisten, Zilcher, einige Abende gewidmet, welche eine Ueberschau über einige Hauptpunkte seines künstlerischen Strebens bieten. Hermann Zilcher, geboren 1881 in Frankfurt a. M., Pianist, Dirigent, Lehrer unserer Akademie, ist ein Tondichter von großer Vielseitigkeit, einem leichten, raschen Schaffen. Entgegen den modernen Impressionisten der Farbe zeigt sich bei Zilcher eine erfreuliche Neigung zur Melodik. Von Schumann — Brahms führt die Entwicklungslinie zu ihm, ohne daß deshalb Zilcher die Wirkungen einer reichen Koloristik verschmäht. Ein Schaffen also, das mit demjenigen Hans Pfitzners einige Berührungspunkte hat, und so erklärt es sich wohl leicht, daß gerade dieser Musiker sich für ein Werk eingesetzt und ihm zu dem ersten Erfolg verholfen hat, das in dieser „Zilcherwoche" im Mittelpunkt des Interesses stand. 1918 hat Pfitzner in Straßburg das gewaltige Chorwerk „Die Liebesmesse" zum Erklingen gebracht; von den großen Musikzentren ist München das erste, welches dem im Elsaß gegebenen Beispiele folgt. Die Aufnahme war eine geradezu jubelnde. Zieht man ab, was etwa als Superlative persönlicher Verehrung anzusprechen wäre, so bleibt dennoch ein Erfolg von ungewöhnlicher Stärke übrig. Es ist eine eigentümliche Neigung in unserer neuzeitigen Kunst, Titel zu wählen, die irreführen oder geradezu widersinnig sind, und so war es natürlich, daß schon bei der Straßburger Aufführung der Name „Liebesmesse" als ein Mißbrauch Anstoß erregen mußte, der leicht zu vermeiden gewesen wäre. Merkwürdig, daß einem Dichter von dem Geschmacke des besonders durch seine Ernte aus 8 Jahrhunderten deutscher Lyrik bekannt gewordenen Will Vesper dies entgehen konnte. Die Dichtung ist auch da, wo sie philosophische Ideen in allegorische Handlungsvorgänge umsetzt, in ganz besonderen Maße geeignet, den Musiker anzuregen und durch die Macht der Töne eine Steigerung und letzte Ausdeutung zu erhalten. Sie ist mehr als nur ein „Textbuch". Sätze aus dem paulinischen Korintherbrief leiten die drei Teile ein und betonen den geistigen Zusammenhang. „Wenn ich mit Menschen- und mit Engelszungen redete und hätte der Liebe nicht . . . . " beginnt der I. Teil „Mann und Weib". Jugendsehnsucht — ein Liebeszwiegesang — Ehe —

Kind — mütterliche Zärtlichkeit, kindlich Spiel — früher Tod, während die anderen ins Leben wild hinausstürmen und suchen nach einem fernen Glück, von den zurückbleibenden Müttern dem göttlichen Schutze empfohlen. Diese Augenblicksbilder ziehen an uns vorüber; in zarten Idyllen findet Zilcher gar manchen herzlichen Ton, der das Schlichte, Einfache in das Reich der Poesie emporhebt. Aus dem Idyllischen führt der zweite Teil ins Erhabene: Gott. Wieder hat der Apostel Paulus das Wort: „Und wenn ich weissagen könnte . . . . . . und hätte der Liebe nicht, so wäre ich nichts." Es folgt eine an poetischen Stellen reiche, wissenschaftlich oft anfechtbare Religionsgeschichte. Grauen und Finsternis der ersten Menschheit führen zum Sonnenhymnus. Poetisch und musikalisch hervorragend schön. Ueber die grausamen Blutopfer der Molochpriester werden wir zu den Göttern Griechenlands geführt, deren schöne Menschlichkeit in einem Soloquartett besungen wird, das ich zu den schönsten Teilen der Zilcherschen Musik rechne, aber erst das Christentum bringt Erlösung. Knabenchöre künden die Geburt Christi in schlichtinnigen Tönen, wechseln mit Chören der Gläubigen, der Büßer. Liturgische Klänge weiß der Komponist seinen Zwecken dienstbar zu machen, denen protestantischer Choralgesang folgt. Ein Seher kündet: ich hörte von Zeichen sagen, daß einst all die Götter vergehen, er redet „von künftigen Dingen nur dunkel". Es ließe sich etwa als Spinozismus bezeichnen, was Besper als der Weisheit letzter Schluß vorschwebt, und es liegt die innere Tragik darin, daß in dieser entgötterten Welt die Kunst nicht mehr mit Engelszungen redet. Der dritte Teil: „Die Erde". Vom Leben enttäuscht, hat der Mensch die Einsamkeit gesucht, doch eine innere Stimme führt ihn zur Tätigkeit zurück. Säemann und Schnitterinnen symbolisieren diese. Etwas unvermittelt erleben wir eine Revolutionsszene, in der die Marseillaise von ferne anklingt. Jeder muß erkennen an seinem Teil „Mein Heil ruht in des Ganzen Heil", und so tragen alle ihre Steine zum neuen Baue herbei. Fortschritt und Erfindung geben der Menschheit Trost, wittern neue Liebe, neue Seligkeit. Mit einem gewaltigen Preischor auf die Mutter Erde schließt das Werk. „O Liebesglanz! O Freudenschein! und brausend tönt dein Lobgesang vom Aufgang bis zum Niedergang, in seligem, seligem Ueberschwang tönt Liebe, Liebe, Liebe." — Gerade der letzte Teil mit seinen aktuellen Beziehungen zur Umwälzung und neuem Bauen wirkt so gegenwärtig, daß man sich wundert, daß diese Verse vor dem Kriege geschrieben wurden. Das Ganze ist ein leidenschaftlicher Ausdruck von Gefühlen, Glaubenssätzen und Sehnsuchtszielen, die aus unserer Zeit entsprungen, nicht mit dem Anspruch hervortreten können, Ewigkeitswerte darzustellen, aber der Tondichter, von ihnen hingerissen, hat ihnen eine Sprache in Tönen verliehen, in der Empfindung, melodische Erfindung und eine gewaltige Summe technischen Könnens uns auf das stärkste packen. Man vergleicht gerne die „Liebesmesse" mit Mahlers 8. Symphonie, was stilistisch falsch ist. Das Aehnliche ist lediglich, sie blendet als Zeitdokument. Lehrergesangverein, Orchester des Nationaltheaters, als Solisten Kraus, Hußler, Wolf, die Damen Merz und Willer boten fast durchgängig Bedeutendes unter des Komponisten Leitung, der seinem Werke ein werbender Interpret war, möglich, daß ein anderer aus den monumentalen Steigerungen des Schlusses noch mehr herausgeholt hätte. Ueber die anderen Abende muß ich mich aus Raumgründen kurz fassen. Das deutsche Volksliederspiel ist vielleicht die liebenswürdigste, anmutigste Gabe Zilcherschen Schaffens. Sie wurde früher an dieser Stelle bereits gewürdigt. Den ‚Dehmel'zyklus sangen Frau Kämpfert und Römer mit gutem Gelingen. Ein reizvolles Werk, das durch Kombinationen des Verschiedenartigsten ungewöhnliche Wirkungen erzielt, ist das Klavierquintett Cis-Moll op. 42. Bei der Wiedergabe kamen die außerordentlichen pianistischen Fähigkeiten Zilchers zu glücklichster Geltung. Famos spielte auch das Münchener Streichquartett. Die Kammerspiele boten als Abschluß der ‚Zilcherwoche' „Wie es Euch gefällt" mit der Begleitmusik von Zilcher. Diese duftigen, zarten Weisen sprechen von einer so glücklichen Einfühlung in die Komödienwelt Shakespeares, daß sie sich wohl allmählich überall durchsetzen werden. Die Aufführung des Lustspieles gehört zu den erfreulichsten Leistungen, die uns die Kammerspiele in den letzten Jahren geboten. Man erneuerte gerne die schönen Eindrücke.

München. W. Krause.

Es wird dringend gebeten,
alle Zuschriften, welche den redaktionellen Teil betreffen, an die Redaktion der „Allgemeinen Rundschau" und nicht an eine persönliche Adresse zu richten.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Deutschlands Sonnenwende 1919 — Friede, Deutschlands Schicksal — Finanzielle Strömungen — Aufhebung des Bankgeheimnisses.

Mit der bedingungslosen Annahme des Gewalt- und Revanchefriedens der Entente ist der Weltkrieg nominell zum Abschluss gebracht. Für unser beispiellos geprüftes Vaterland hat der **Beginn eines neuen Lebens** und zwar nach jeder Richtung hin einzusetzen. Wer schliesslich und zuletzt die Zeche bei alledem zu zahlen hat, vermag heute wohl noch niemand vorherzusehen! Für uns heisst es jedenfalls: **Arbeit und Arbeit** bis zum Weissbluten, wenn es uns jemals gelingen sollte, unter den masslosen und mit allen Schikanen durchsetzten Bedingungen einigermassen wieder hochzukommen. Hoffentlich folgen Deutschlands schicksalschwerer Sonnenwende 1919 bald bessere Zeiten! Namentlich im Innenleben, speziell in der Gestaltung unserer Wirtschaftspolitik sind derart grosse und beherrschende Probleme zu lösen, dass alle Kreise damit bis zum letzten Atemzuge beschäftigt bleiben. Und nach dieser Richtung hin muss die bemerkenswerte Kundgebung der Reichsregierung an das deutsche Volk und die Regierungstruppen beherzigt werden: Ruhe, Ordnung und Selbstbesinnung im Lande zu wahren zur Vermeidung einer völligen Katastrophe. Die unvermindert anhaltende Streikbewegung im Reiche, die schweren blutigen Putsche und Unruhen in den verschiedenen Grossstädten, die unerfreulichen Begleiterscheinungen im Schiebertum grossen und kleinen Stils, lassen allerdings nach dieser Richtung hin noch alles zu wünschen übrig. Wenn trotz all dieser Ereignisse unsere Börsen in überraschend guter Verfassung bleiben, sogar überwiegend in ausgesprochen fester Haussetendenz verharren, so geschieht dies wohl lediglich deshalb, weil unseren Wirtschaftsfaktoren endlich — wenn auch unter den erdrückendsten Voraussetzungen — der Alb der Ungewissheit und Unsicherheit hinsichtlich der Zukunftsgestaltung genommen wurde. Gegenüber einem politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch durch neues militärisches Vordringen der Ententeheere auf deutschen Boden hat die Börse die Friedensunterzeichnung als das kleinere Übel angesehen. Jedenfalls bedeutet das nunmehrige Stadium die Möglichkeit einer selbständigen Sicherung des heimischen Schuldendienstes durch Deutschland allein. Diesem Grund ist die günstige Verfassung des Kursstandes der Kriegsanleihen und der übrigen deutschen Renten zuzuschreiben. Auch die verschiedensten Anregungen in der deutschen Fachpresse über die zukünftige Gestaltung des Kriegsanleihedienstes spielen hierbei mit. Namentlich die seit Friedensbeginn merklich einsetzende und nicht unbedeutend höhere Bewertung der Markvaluta im neutralen Auslande befriedigte allgemein, um so mehr, als dadurch die Grundlage zur Hebung der Warenausfuhr gegeben ist. Die Erörterungen der neutralen Presse bestätigen dies. Fühlbare Annäherungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern angesichts solcher gemeinsamen Aufgaben sind ebenso zu registrieren, wie die Neuorganisationen eines engeren Zusammenschlusses gleichartiger Betriebe zu neuen Zweckverbänden in der Absicht, Deutschlands Wirtschaftsleben nach aussenhin kräftigend aufleben zu lassen. Die Meldungen über baldige Eröffnung von Milliarden-Auslandskrediten, vor allem aus den amerikanischen Grossfinanzkreisen stimmulieren hierbei, wenn auch nicht ausser Acht zu lassen ist, dass solche Geschäftseröffnungen mit sehr grossen Wirtschaftsopfern auf Kosten Deutschlands verbunden bleiben.

Die bekannt gewordenen Einzelheiten über die finanzielle Notlage der deutschen Staatsbahnen, die, wenn auch — wie an dieser Stelle wiederholt betont — als verspätet zu bezeichnenden neuerlichen Massnahmen gegen die Steuerflucht — Aufhebung des Bankgeheimnisses —, die fortgesetzten Preissteigerungen, wie sie am deutschen Eisenmarkt zu verzeichnen sind, erfuhren aus den obenerwähnten Betrachtungen ungerechtfertigter Weise nur nebensächliche Beachtung. Auch die Folgen der Versenkung unserer Flotte in der Scarpa-Bucht und die sonstigen spontanen deutschen Kundgebungen blieben von unseren Wirtschaftskreisen nur wenig kommentiert. Grössere Kritik erfuhr dagegen die stete, wenn auch langsame Abflauung der Erwerbslosenzahl, trotz der völlig unzureichenden Kohlen- und Rohstoffbelieferung. Anderseits verfolgte man die fortgesetzte Hingabe von Gold für fast ausschliesslich Lebensmittel mit gewisser Besorgnis, um so mehr, als die Rohstoffbeschaffung dadurch gesteigerte Schwierigkeiten erfahren dürfte. Der Verkauf von

Auslandseffekten durch das Reich im Gesamtbetrag von ungefähr 40 Millionen holländische Gulden ebenfalls für Lebensmittel und die dabei gezeitigten Einzelheiten geben das ungefähre Spiegelbild für die künftige Finanzierung unserer Bedürfnisse.

München. M. Weber.

Vom Büchermarkt.

(Unter dieser Rubrik werden die bei der Redaktion eingelaufenen Bücher jeweils aufgeführt. Durch diese Veröffentlichung übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung für den Inhalt. Die Besprechung einzelner Werke bleibt vorbehalten.)

Ave Jesu. Ein bilderreiches Betrachtungs- und Gebetbüchlein fur Erstkommunikanten und Firmlinge. Von Joseph Minichthaler, Dechant und Pfarrer. 140 S. Geb. ℳ 1.80. — **„Worauf es bei der Kunst ankommt.“** Eine leichtfaßliche Einführung in die moderne Malerei, Plastik und Architektur für Laien, insbesondere Ausstellungsbesucher. Von Dr. Alois Wurm. 112 Seiten ℳ 2.40. (Verlag und Kunstwerkstäten „Ars sacra“ Joseph Müller, München.)

Der Weg zum Leben. Katholisches Religionsbuch mit Beispielen und Bildern. Von Pfarrer i. R. Joh. Ev. Pichler. 460 S. mit 133 Illustr. Gebd. ℳ 9.50. (Wien III, Seidlgasse 8, „St. Norbertus“-Verlagshandlung.)

Hochland! Eine Feldgabe von Mitgliedern des Verbandes der Katholischen Neustudentischen Verbindungen „Hochland“. Herausgeg. von Anton Klövekorn. — **Vom Geist der deutschen Demokratie**, 2. Aufl. von „Demokratische Forderungen und deutsche Freiheit“. Von Dr. August Pieper. 64 S. ℳ 1.60. M.Gladbach, Volksvereinsverlag.

„Kinder in Not!“ Ein Büchlein für Eltern und Erzieher. Von Emil Hammelrath. 60 Pf., in Partien von 100 Exempl. und mehr à 50 Pf. (Düsseldorf, L. Schwann.)

Mein Herz dem Himmelskönig! Kurze Lesungen am Vorabend der hl. Kommunion. Von Karl Fischer. (Karlsruhe, Verlag der Akt.-Ges. Badenia.)

S. J. Jesuitenroman aus der Gegenwart. Von Johs. Mayrhofer. 11. u. 12. Tausend. Brosch. ℳ 3.50, gebd. ℳ 4.50. (Regensburg, Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz.)

Erst-Kommunion-Unterricht. Von Pfr. Jos. Schwarz. 4. Aufl. Brosch. ℳ 3.20, gebd. ℳ 4 50. (Rottenburg a. N, Wilh. Bader.)

Lisardo. Ein verschollener Roman. Von Hermann Kurz. Geh. ℳ 3.50, geb. ℳ 5.50. (Stuttgart, Strecker & Schröder.)

Gefährdetenfürsorge und Sittlichkeitsgesetzgebung. Bericht über die Tagung am 10. u. 11. Oktober 1918 in Frankfurt a. M. ℳ 5.50. (Frankfurt a M., Reitz & Köhler.)

Die Geschichte von der Stadt Affenheim. Von Arthur von Storm. (Mittel-Schreiberhau, Siebenhäuser-Verlag.)

Menschen im Krieg. Von Andreas Latzko. — **Frauen im Krieg.** Geleitworte zur Internationalen Frauenkonferenz für Völkerverständigung in Bern. Von Andreas Latzko. ℳ 1.—. — **Den hingeschlachteten Völkern!** Von Romain Rolland. ℳ 1.—. — **Die Last.** Von Annette Kolb. ℳ 1.40. (Zürich, Max Rascher.)

Narrenspiel des Lebens. Drama in 5 Akten. Von Karl Schönherr. Brosch. ℳ 3 50, gebd. ℳ 5.—. (Leipzig, L. Staackmann.)

Gewissensfragen an die deutsche Frau. Von Elisabeth Freifrau von Kramer. 8⁰ 75 S. ℳ 1.50. (München, Weinstr. 2, Volksverlag.)

Das Deutsche Reich auf dem Wege zur geschichtlichen Episode. Von Junius Alter. Geh. ℳ 3.—. (München, J. F. Lehmanns Verlag.)

„Ersonnenes, Gewonnenes“. Geschichten von Joh. Gg. Seeger. 2 Bändchen je 216 u. VIII S., kart. je ℳ 4.—, gebd. ℳ 5.—. (Augsburg, Verlag von J. P. Himmer.)

Lehrbuch der Kirchengeschichte. Von Prof. Dr. J. Marx 7. und 8. Aufl. Lex.-Format, XVI. u. 936 S. ℳ 15.—, geb. ℳ 21.50. — **Der Bildungswert des Religionsunterrichtes als Lehrfach der höheren Schulen.** Von Religions- und Oberlehrer Dr. Wickert. Brosch. ℳ 1.—. — **„Hoffe!“** Bilder des Trostes. Den Kranken besonders in Krankenhäusern und Lazaretten gewidmet von Fr. X. Cremer S. J. 256 S., Karton. ℳ 1. (Paulinus-Druckerei, Trier.)

Kampf dem Kapitalismus, dem Völkerfeinde. Ein volkswirtschaftlicher Versuch von Josef Rüther. ℳ 1.65. (Limburg a. L., Gebr. Steffen.)

Mit Gott voran! Modernes Lehr- und Gebetbüchlein gegen die Genußsucht. Von P. Cölestin Muff, O. S. B. 300 S. VII n. 75 : 124 mm. ℳ 2.10 und höher. (Einsiedeln, Köln, Verlagsanstalt Benziger u. Co.)

Schluß des redaktionellen Teiles.

BAD KISSINGEN

als Heilbad hat vollen Kurbetrieb

Ueber Zugsverkehr telegraphische Auskunft kostenlos, auch sonstige Auskünfte und Badewerbeschriften durch den **Kurverein.**

Volksbibliothek

500 Bände gebd., bestempfohlene Romane, Erzählungen u. Humoresken von Achleitner, Artbauer, Brackel, Coloma, Driggeberger, Stensteen, Herbert, Hennig, Schmidt, Schott, Shehan usw. billig auch zur Auswahl und gegen Teilzahlung.

Jos. Habbel, Regensburg.

Niederrheinische Frauen-Akademie

Ausbildungsstätte für soziale Berufsarbeit und Wohlfahrtspflege,

Düsseldorf, Königsplatz 15/16

Berufsausbildung für besoldete und ehrenamtliche Arbeit.

Dauer der theoretischen Ausbildung: 2 Jahre.
Beginn: Oktober.
Abschlussprüfung: Unter statlicher Leitung.
Aufnahmebedingungen: 21. Lebensjar; Abschlusszeugnis einer 10klassigen höheren Mädchenschule; Nachweis beruflicher Vorbildung als: Kranken- oder Säuglingspflegerin — als wissenschaftliche, technische oder hauswirtschaftliche Lehrerin — als Jugend- oder Hortleiterin — als Absolventin einer anerkannten kaufmännischen Lehranstalt.

Die Schule vermittelt jederzeit die Aufnahme in geeignete Anstalten zur Erlangung der erforderlichen Vorbildung.

Auskunft und Lehrplan durch die Leitung der Niederrheinischen Frauenakademie.

Düsseldorf, Königsplatz 15/16. **Dr. Marie Elisabeth Lüders.**

Ketteler-Heim

Bad Nauheim

Kathol. Schwesternhaus, nächst den Bädern gelegen. — Hauskapelle, Personenaufzug, Elektr. Licht, Zentralheizung, Grosser Garten. — Prospekte durch die Oberin.

Badenweiler

Thermalbad — Luftkurort (Schwarzwald). 450 m überm Meer. Kurkapelle — Theater. Kurzeit von April bis Ende Oktober. Auskunft durch den staatlichen Kurkommissar.

Der russische Terror darf nicht wiederkehren!

Auf in das Wehrregiment München!

Reichswehrgebührnisse. Spätere Uebernahme in die Reichswehr.

Werbestellen bei jedem Polizeiamt.

Nervöse

hat unsere überkultivierte Zeit und erst recht der nervenerschütternde Weltkrieg legionenweise gezüchtet. Viele dieser Unglücklichen zweifeln an der Heilbarkeit ihres Leidens. Die medizinische Wissenschaft hat aber die Nervosität als heilbar festgestellt. Die Heilung liegt indes der Hauptsache nach in der Hand des Kranken selbst. Den Weg der Heilung zeigt belehrend und ermutigend Dr. med. Bergmann in seinem Buch „Selbstbefreiung aus nervösen Leiden" (Verlag von Herder zu Freiburg i. Br.; Preis M. 6.50). Es ist davon soeben das 11.—14. Tausend erschienen. Durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

Wohlfahrts-Geld-Lotterie

für Journalisten und Schriftsteller.

Sofortige Auszahlung der Gewinne in Bar!

17455 Bar-Geldgewinne M.

60000

Prämienziehung 22. Juli 1919

Losbriefe à Mk. 1.10

Porto und Liste 30 Pf. extra bei der General-Agentur

Heinrich & Hugo Marx,
München, Maffeistraße 4/I
und allen Losverkaufsstellen.

Das Geschäfts-Tagebuch „Glück auf"

mit Jahresabschluß bildet eine höchst einfache und doch übersichtliche Buchführung für den kleinen Handwerker, Bauern, Kaufmann, Händler usw.

Das Einkommensteuergesetz, die Warenumsatzsteuer, beide setzen eine Buchführung voraus. Auch für den kleinen Mann ist es wichtig, wenn er am Schluß des Jahres weiß, was er verdient und wie er steht.

Mit Anleitung und Mustervorlagen. In einer halben Stunde ist jeder sein eigener Buchhalter.

Preise: Größe I Kanzlei-Quart, steif broschiert, 100 Seiten . . . M. 2.50
Größe II, Kanzlei-Folio, halbleinwand gebunden, 120 Seiten . . . . M. 5.—
Muster, weich broschiert 50 ₰

Landsberger Verlags-Anstalt

M. Neumeyer, Landsberg a. L.

Wiederverkäufer gesucht!

In dieser ernsten Zeit kommt das Harmonium-Spiel ganz besonders zur Geltung. Es ist in der häuslichen Musik Tröster und Erbauer zugleich

HARMONIUM d. König d. Hausinstumente
HARMONIUM sollte i. jed. Haus. z. find. sein
HARMONIUM m. edl. Orgelton v. 66-2400 M
HARMONIUM auch von Jederm. ohne Notenk. 4stimmig spielbar.

Prachtkatalog umsonst.

Alois Maier, Hoflief., Fulda.

„Neuland für die Individualfrömmigkeit der Gebildeten"

P. Hildebrand Bihlmeyer O. S. B.

Wahre Gottsucher

Worte und Winke der Heiligen

Erstes Bändchen. 11. bis 16. Tausd. 12° (VIII u. 100 S.) (Im Druck.)

Dem rasch beliebt gewordenen ersten Bändchen ist auf vielfaches Verlangen ein zweites Bändchen gefolgt: zielbewußt straff gefaßte

Zweites Bändchen 12° (VIII u. 100 S.) Gebunden . . . Mk. 3.20

Skizzen aus dem Heiligenleben der Weltkirche. Ein Buch, das seelenstärkend und richtunggebend wirken will.

Klein-Nelli „vom heiligen Gott"

das Veilchen des allerheiligsten Sakramentes

Frei nach dem Englischen bearbeitet

56.—69. Tausend. kl. 12° (XVI u. 96 S.; 3 Bilder.) Kart. Mk. 1.40

„Das Büchlein ist ein wahres Kleinod echter, moderner Erbauungsliteratur."
(Theologische Revue, Münster 1913, Nr. 18.)

Herdersche Verlagshandlung zu Freiburg im Breisgau

Kölner Dom-Weihrauch

Rauchfass-Kohlen la Fabrikat
Beste Bezugsquelle für Grossisten.
M. & J. Kirschbaum, Cöln a. Rh.
Richard Wagnerstrasse 33.

Briefmarken.

Preisliste 1918 kostenfrei.
Gebrüder Michel, Apolda.

Atemgymnastik Stimmbildung

für allgemeine Kräftigung :: und für Berufszwecke ::

Berlin S 14, Sebastianstr. 44/45 I
A. Orthey, med. Privatgelehrter
Diplom von J. van Oldenbarnevelt.

Musik instrumente.

Preisliste Nr. 594 umsonst.
Edmund Paulus
Markneukirchen No. 594.
Welches Instrument interessiert?

Freude an edler Lektüre

ist nicht rauschende Lust und seichte oberflächliche Unterhaltung, sondern

Erhebung der Seele.

Die Bücher der Freude sind ernst-schöne Werke, welche gerade in unserer Zeit geben können, was ihr am meisten fehlt, nämlich echte, wahre Lebensfreude:

Augustin Wibbelt:

Das Buch von den vier Quellen. 18. bis 20. Tausend. Elegant gebunden Mk. 4.50.
Wibbelts erstes Freudenbuch führt zu den vier Quellen, aus denen Gesundheit, Kraft und Leben fließen: Natur — Spiel — Arbeit — Religion.

Ein Trostbüchlein vom Tode. 14. Tausend. Elegant gebunden Mk. 4.50.
Das Büchlein vom Tode predigt Freude vom Leben und Mut zum Leben.

Ein Sonnenbuch. 15. bis 17. Tausend. Elegant gebunden Mk. 5.—.
Hier hat der Verfasser dichterisches und theologisches Können in wirkungsvoller Harmonie vereinigt.

Was die Freude singt. Elegant gebunden Mk. 3.—.
Eine selten schöne Blütenlese aus alten und neuen Dichtern, lauter Sonnenlieder, Freudengedichte und Heimatklänge.

Ein Herbstbuch. Illustriert. — Elegant gebunden Mk. 4.50.
Essais, deren Formvollendung sich mit Emmersons Griffel messen kann, die aber kristallklare Wahrheiten enthalten, in deren Tiefe sich die Sterne des Himmels spiegeln.

Ein Heimatbuch. 1. bis 6. Tausend. Elegant gebunden Mk. 5.—.
Diese kleinen, feinen, abgerundeten Aufsätze bilden für den sinnenden Menschen ein erfrischendes Seelenbad. Der Inhalt ist der neuen Zeit angepaßt.

Ein Spruchbuch. I. Auflage. — Elegant gebunden Mk. 3.40.
Aussprüche, Gedanken und Lebenswahrheiten, kostbare Kleinode stiller Stunden, funkelnde Wahrheiten aus gütiger u. verstehender Lebensbeobachtung.

Ein Skizzenbuch. I. Auflage. — Elegant gebunden Mk. 1.80.
Eine Reinheit, Vertrautheit mit der schönen Gotteswelt spricht aus den Zeilen zu uns, wie wir sie an Eichendorff und Mörike gewohnt sind.

Georg Timpe:

Von Verwundeten und Toten. . Auflage. Illustriert. — Elegant gebunden Mk. 4.—.
Seine eigenen, ja, seine innersten Erlebnisse sind wie ein zartes Saitenspiel in die einzelnen Kapitel hinübergeklungen und werden im Herzen des Lesers gleichfalls die verwandten Töne der Ehrfurcht vor wahrer Heldengröße inmitten allen Unheils wecken.

... die Sehnsucht haben. I. Auflage. Gebunden Mk. 3.25.
An der Hand eines solchen Führers durch den Graus dieser Zeit zu schreiten, ist auch ein Stück des Wiederaufbaues, der seine Kraftquellen im deutschen Gemüte sucht.

Auf alle Bücher kommt ein Kriegsaufschlag von 50 %

Verlag der J. Schnellschen Buchhandlung C. Leopold, Warendorf i. W.

Albertinum
in München,
Erziehungsinstitut für Gymnasialschüler.

Für bayerische Staatsangehörige Preis für volle Verpflegung jährlich 800 Mk. nebst einem Teuerungszuschlag von jährlich 80 Mk. Für Ausländer erhöhte Preise. Für Zöglinge bayerischer Staatsangehörigkeit auch Freiplätze, soweit Mittel hiezu verfügbar. Gesuche um Aufnahme u. bezw. um Freiplätze bis 1. Juli lfd. Js. an das Institutsdirektorat einzusenden. Prospekt und nähere Auskunft auf Wunsch durch das Direktorat.

Griessmayr.

Hochschule
für kommunale Verwaltung in Düsseldorf.

Vorbereitung für den höhern Kommunaldienst. Prüfung unter staatlicher Leitung. Diplom (Dipl. H. K. V. D.) Studiendauer 1½, bei Vorbildung 1 Jahr.

= Drucksachen kostenlos vom Sekretariat, Kunstpalast a. Rhein. =

Montjoie
bei Aachen.

Opferfr. Pflege, gesundh., erzieher., unterr. Förder. einz. schwach. u. zurückgebl. Schüler, die einstw. keine Schule besuch. soll. Haus I. Ordn. i. herrl. Gebirgsl., hoh. Ansprüchen genüg. Ausk. nach näh. Angaben. **Pastor Basten.**

Soziale u. caritative Frauenschule des Kath. Frauenbundes in Bayern.

Ausbildung zu sozialer und caritativer Berufsarbeit u. ehrenamtlicher Tätigkeit.
— Oktober 1919 bis April 1921. —

Nähere Auskunft über Aufnahmebedingungen, Berufsgebiete usw. durch die Leitung der Soz. u. car. Frauenschule München, Theresienstr. 25/I.

Prospekte gegen Einsendung des Portos. Bericht der Schule über die Jahre 1909/18 (M. 1.—).

Erziehungs- u. Erholungsheim
Geiselgasteig i. Isartal b. München

für schonungsbedürftige, schwächliche, nervöse oder anderweit. in der körperl. oder geistig. Entwicklung behind. Knaben und Mädchen. — Keine Bildungsunfähig. — Kindergarten, Hilfs-, Volksschule, fr. Sprach., kaufm. Fächer usf. — Schulwerkstätte, Garten- und Landarbeit, Hauswirtschaft. Berufsvorbereitung. — Familienleb.; herrl., gesunde Lage. Ferienheim. — Auskunft durch Dr. phil. Engelsperger.

Höhere Mädchenschule mit Frauenschule
von Emma Küfpert

München, Bürkleinstr. 13-15, Straßenbahn 2, 4, 12, 30

Aufgenommen werden kath. Schülerinnen, welche sich zur Beteiligung am Religionsunterricht verpflichten. Eintritt in die I. Klasse der Höhern Mädchenschule nach der IV. Volksschulklasse; in die Frauenschule mit dem Reifezeugnis der VI. Klasse einer Höh. Mädchenschule.

Prospekt und nähere Auskunft durch das

Rufnummer 27203. **Direktorat.**

Haselmayer's
Einjährig-Freiwill.-Institut
in Würzburg

(staatlich genehmigt).

Gewissenhafteste Vorbereitung für die Einj.-Freiw.-Prüfungen, bes. auch für junge Leute, welche in der Schule zurückgeblieben sind oder solche, die bereits in einem Beruf stehen. Vorzügl. Pensionat.

Eintritt jederzeit.

Näheres durch die Direktion.

J. Pfeiffer's

religiöse Kunst-, Buch- und Verlagshandlung [D. Hafner] in München
Herzogspitalstrasse 5 u. 6
empfiehlt ihr grosses Lager in

Statuen, Kruzifixen Kreuzwegen

[in Hartgussmasse und in Holz geschnitzt.]

Alle Devotionalien als:
Rosenkränze, Medaillen, Sterbekreuze, Skapuliere usw. Heiligenbilder mit und ohne Rahmen. Andenkenbilder für Verstorbene. Alle guten Bücher u. Zeitschriften.

Bess. Frl. sucht Stelle zu Kindern

in gut kath. Hause. Einige Kenntnisse in franz. Unterricht, in Klavier. Hilft auch sonst et. bei. Sieht weniger auf hohe Vergütung. Angebote an die Geschäftsstelle der Allgemeinen Rundschau, München, unt. M. H. 19468.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Ferdinand Abel, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann. Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann). Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gb.
Ruf-Nummer 205 20.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich M. 4.50.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis: Die 5 X gespaltene Grundzeile 75 Pfg., Anzeigen auf Textseite die 95 mm breite Zeile 375 Pfg. Beilagen einschl. Postgebühren M 20 d. Tausend. Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit. Rabatt nach Tarif. Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig. Erfüllungsort ist München. Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt. Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer.

Wochenschrift für Politik und Kultur. ✱ Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 28. München, 12. Juli 1919. XVI. Jahrgang.

Die zehn Gebote und die besitzende Klasse.

Von Bernhard Duhr S. J.

Ueber dieses Thema hat vor mehr als zehn Jahren der verflossene preußische Kultusminister Adolf Hoffmann einen Vortrag gehalten, den er dann als Broschüre in seinem Verlag erschienen ließ. Vor mir liegt die 16. Auflage (160. Tausend). Hoffmann hält hier an der Hand der zehn Gebote den Reichen einen Spiegel vor, der ein sehr häßliches, aber vielfach der Wahrheit entsprechendes Bild wiedergibt. Seiner Predigt nimmt aber der Zehn-Gebote-Mann Berechtigung und Wirksamkeit, da er selbst als erklärter Atheist das erste Gebot: „Ich bin der Herr dein Gott“ mit Füßen tritt. Wenn der Reiche sein eigener Herr und Gott ist, wer will ihm dann verwehren, seinen Reichtum nach seinem Gutdünken zu benützen, das Leben zu genießen, zu schwelgen, zu prassen, en gros zu betrügen und zu stehlen, seine Arbeiter als Sklaven zu behandeln usw., alles nach den alten heidnischen Mustern? Die „allgemeine Liebe“, die kein Fundament unter sich und keinen Herrn über sich hat, kann weder für den Reichen noch für den Armen eine autoritative und verpflichtende Kraft ausüben.

Ganz anders aber liegt die Sache für alle diejenigen, die auch das erste Gebot anerkennen. Für diese ist der Dekalog wirklich ein Spiegel, in den sie nicht oft genug schauen können. Das ist besonders notwendig in der jetzigen Zeit der Umkehr, der Grundlegung einer neuen Ordnung auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete. Da müßte unbarmherzig alles fallen, was im Widerstreit zu den zehn Geboten steht. Und mit dem Dekalog wäre auch die Plattform gefunden, auf der alle Deutschen ohne Unterschied der Konfession zum gemeinsamen Aufbau sich zusammenfinden und zusammenarbeiten könnten.

Nur einige Fragen. Ist nicht im dritten Gebote die Arbeitspflicht für alle, reich und arm, festgelegt? Ist es nötig, auf die Bolschewisten zu warten, bis damit endlich Ernst gemacht wird? Arbeitendes und hungerndes Volk auf der Straße, faulenzende und prassende Reiche in den Restaurants! In den Delikatessenläden und Konditoreien die feinsten Eßwaren und Näschereien; die arme Frau hat nicht Milch und Brot für ihre hungernden Kinder. Muß man warten auf eine Räteregierung, die alles Ausstellen von Leckerbissen und Torten verbietet, um das hungernde Volk nicht zur Hungerrevolte und Plünderung noch geradezu aufzustacheln?

Das dritte Gebot gebietet die Sonntagsruhe für alle, auch für den Armen, auch für den Pferdeknecht bei der Post. Christliche Männer haben sich jahraus jahrein bemüht um Aufhebung der Paketzustellung an Sonntagen, speziell in München. Da hieß es immer: unmöglich; es kamen die Roten, und es war sofort möglich.

In den meisten Fällen wurde und wird zuviel Rücksicht auf den Kapitalismus und den übertriebenen Industrialismus genommen, und doch sind gerade diese Mitursachen unserer moralischen Niederlage. Der Kapitalismus, diese Gier, sich in freiem Spiel der Kräfte ohne Rücksicht auf andere zu bereichern, ist ein Hohn auf das 7. und 10. Gebot, er ist geradezu auf das Begehren von Hab und Gut des Nächsten aufgebaut; er treibt ungescheut Diebstahl und Wucher an Menschengut und Menschenblut im großen. Der Industrialismus hat das flache Land entvölkert, die Massen proletarisiert und demoralisiert, Volkswohlfahrt und Volksgesundheit in himmelschreiender Weise geschädigt. Das ganze Wirtschaftsleben schreit nach Besserung, statt dessen verwenden Minister Hoff-

mann und Andere die kostbare Zeit für die Durchsetzung ihrer atheistischen Hirngespinste; in Berlin bauen die Sozialisten Krematorien anstatt Wohnungen, wie die Sozialisten in München zurzeit der größten Kohlennot Kohlen für die Leichenverbrennungen bereitstellten, während arme Mütter mit ihren Säuglingen froren. Indes alles nach Abgleichung ruft, werden Riesengehälter für sozialistische Minister, Bürgermeister und Rechtsräte bewilligt. Wo sind die christlichen Männer, die einmal entschieden und nachhaltig eintreten für volle Beachtung des siebenten und zehnten Gebotes? Wann werden die ersten Großwucherer gehängt? Oder glaubt man auch weiter diese Verbrecher und Mörder mit Honigseim behandeln zu müssen?

Und erst das sechste Gebot! Im Kino, im Theater, in der Literatur, öffentlich und privatim fortgesetzte Mißachtung und Verhöhnung des sechsten Gebotes. Wie hat sich der verdiente Begründer dieser Zeitschrift bemüht, die gröbsten Ausschreitungen zu bekämpfen, und wer hat ihm geholfen? Behörden und Gerichte haben versagt. Schwabinger Kunstverständige galten weit mehr als der Dekalog. Und hat nicht gerade die Mißachtung des sechsten Gebotes nach dem Zeugnis der kompetentesten Militärs und Zivilisten zum Zusammenbruch von Front und Heimat wesentlich mitgewirkt? Und was geschieht jetzt, wo es sich um Neubau handelt? Wer erinnert an die Beobachtung des sechsten Gebotes? Ist das nicht viel dringender als lange Debatten über die Anstellung von jüdischen Lehrern an christlichen Schulen?

Zum Schluß: Wo sind die wahren Volksfreunde, die bei unserer unbedingt notwendigen gründlichen Neuorientierung — das Wohl des ganzen deutschen Volkes steht auf dem Spiele — bei sich und anderen, privatim und öffentlich, im wirtschaftlichen und politischen Leben, einmal entschieden Ernst machen wollen mit der Beobachtung des Dekalogs? Nur auf der Grundlage des Dekalogs kann unser neuer Staatenbau gedeihen. Also zurück, zurück zum Dekalog!

Parteien und Friedensfrage.

Von Arbeitersekretär Andre, Stuttgart, Mitglied der Nationalversammlung.

Am 14. Juni trat die Zentrumsfraktion der Nationalversammlung in Weimar erneut zur Beratung der Friedensfrage zusammen. Die Fraktion blieb bei einander, bis Präsident Fehrenbach in der Nationalversammlung nach der Annahme des Friedensvertrags das Wort sprechen konnte: „Nun empfehle ich das deutsche Volk der Barmherzigkeit Gottes."

Es ist selbstverständlich, daß die Stellungnahme zum Friedensvertrag innerhalb der Zentrumsfraktion keine einheitliche sein konnte. Einmütig war jedoch die Fraktion in der Auffassung, daß es keine Majorisierung geben kann und darf und daß es jeder Abgeordnete mit Gott und seinem Gewissen auszumachen habe, wie er stimmen wolle. Parteipolitische und parteitaktische Erwägungen schieden aus. Ja, es konnte sogar ein angesehenes Fraktionsmitglied den Satz aussprechen: „Es handelt sich nicht darum, ob das Zentrum zugrunde geht oder nicht, sondern einzig und allein darum, ob und wie das deutsche Volk gerettet und der Bestand des Deutschen Reiches gesichert werden kann."

Während es anfänglich schien, als ob die Mehrheit der Fraktion für unbedingte Ablehnung des Friedensvertrages stimmen werde, veränderte sich die Situation, als das feindliche Ultimatum eintraf. Für die Annahme des Friedensvertrages sprachen vor allem folgende Gesichtspunkte:

1. Die Ablehnung bedeutet den Ausbruch einer neuen blutigen Revolution im Deutschen Reiche. Reichswehrminister Noske teilte mit, daß er hoffe, die innere Ordnung mit der Reichswehr aufrechterhalten zu können, wenn der Friedensvertrag angenommen werde. Im Falle der Ablehnung könne er für nichts garantieren.

2. Die Ablehnung des Friedens bedeutete den Einmarsch der Feinde bezw. die Fortführung des Krieges. Als sicher wurde angenommen, daß der Feind das Ruhrrevier besetzen und Süddeutschland von Norddeutschland abschnüren werde. Die Besetzung des Ruhrgebietes hätte in kurzer Zeit eine Lahmlegung des gesamten Eisenbahnverkehrs, eine Stillegung vieler Gas-, Elektrizitäts- und Wasserversorgungswerke bedeutet. Die Industrie hätte wegen Kohlenmangel die Fabriktore schließen müssen. Die Folge wäre der Krieg Aller gegen Alle im Innern Deutschlands gewesen. Der Auseinanderfall Deutschlands hätte wohl kaum hintangehalten werden können. Durch den Friedensvertrag wird noch menschlichem Ermessen der Bestand Deutschlands gesichert; Süddeutschland bleibt beim Reiche. Die Erhaltung des Reiches zu sichern, war wohl der stärkste Gesichtspunkt, der für die Unterzeichnung geltend gemacht wurde. Wäre der Feind einmarschiert, so hätten die Regierungen der einzelnen Bundesstaaten (oder die sich neu bildenden Regierungen) bei dem großen Friedensbedürfnis der Bevölkerung eben Sonderfriedensverträge abgeschlossen.

3. Die Ablehnung des Friedensvertrages hätte die sofortige Aufnahme der Feindseligkeiten im Osten im Gefolge gehabt. Die Gewehre wären von selbst losgegangen. Nach den Mitteilungen der Heeresleitung hätten wir vielleicht Anfangserfolge zu verzeichnen gehabt; der Enderfolg aber wäre bestimmt auf seiten der Feinde gewesen. Diese wären von allen Seiten her den Polen zu Hilfe gekommen. Wir im Zentrum konnten es nicht verantworten, daß weitere Zehntausende erneut nutzlos verbluten. Wer noch nicht genug „Krieg" gehabt hat, melde sich zur Reichswehr; er wird immer noch ein Betätigungsfeld finden.

4. Von dem Appell ans Weltgewissen konnte sich das Gros der Fraktion nichts versprechen. Dreiviertel der Menschheit stand direkt oder indirekt gegen uns im Kriege. Hilfe kann nur der Friedensschluß bringen, der es uns ermöglicht, die Beziehungen zu anderen Völkern wieder aufzunehmen.

5. Selbst wenn jetzt der Feind noch in unser Land kommen sollte, kommt er nicht als Feind, als kriegführende Macht. Unsere Frauen und Kinder können nicht geschändet, das Privateigentum kann nicht zerstört werden.

Die Gegner der Unterzeichnung stellten sich in der Hauptsache auf den Standpunkt: Lassen wir nur die Feinde herein! Das Weltgewissen wird sich schon regen. Die Weltrevolution kommt uns zu Hilfe. Die feindlichen Regierungen haben auch mit großen Schwierigkeiten zu rechnen.

Bei dieser Sachlage trat der Fraktionsvorstand mit einem Vermittlungsvorschlag hervor. Dieser ging dahin, dem Friedensvertrag zuzustimmen, sofern die unsere nationale Ehre schwer verletzenden Bestimmungen aus dem Friedensvertrage herauskommen (Schuldanerkenntnis, Auslieferung des Kaisers und sonstiger Deutscher). Auf dieses Kompromiß ließ sich der größte Teil der Fraktion ein.

Inzwischen hatten wir eine Regierungskrise bekommen. Das Kabinett Scheidemann war in zwei Gruppen auseinandergefallen, als das Ultimatum der Feinde bekannt geworden war. Am Samstagmorgen, den 21. Juni, hatten wir noch keine Regierung; am 23. Juni lief abends 7 Uhr das Ultimatum ab. Die Opposition (Rechte) erwies sich unfähig, eine Regierung zu bilden. Die Demokraten beschlossen, jeden ihrer Anhänger aus der Fraktion und Partei auszuschließen, der in eine Regierung eintreten wolle, die den Friedensvertrag zu unterzeichnen bereit sei. Diese Haltung der deutsch-demokratischen Partei in des Vaterlandes größter Not und Gefahr war und ist einer großen Partei unwürdig. Das Zentrum versuchte, die Demokratie und Mehrheitssozialdemokratie auf der in der Fraktion gewonnenen Basis zu vereinigen. Das wäre auch gelungen, wenn nicht die Demokraten von Besprechung zu Besprechung, von Sitzung zu Sitzung mit neuen Forderungen gekommen wären, die im Verein mit den beiden die deutsche Ehre berührenden Punkten den Feinden vorgelegt werden sollten. Die Mehrheitssozialisten stellten sich zuletzt auf den Standpunkt, daß die Ehrenangelegenheit nicht mit anderen Fragen, die den sachlichen Inhalt des Friedensvertrages berühren, belastet werden dürfe. Damit war der Schnitt mit der Demokratie fertig.

Die Mehrheitssozialisten lehnten es ab, mit den Unabhängigen eine Regierung zu bilden; dasselbe taten die Demokraten, die mit der Rechten nicht zusammengehen wollten. Das Volk mußte aber doch eine Regierung haben. Da sprach Gröber in der Zentrumsfraktion:

„Wir haben die sittliche Pflicht, die Verantwortung vor Gott und dem deutschen Volke, dessen Geschicke uns anvertraut sind, zu diesem Volke in den Tagen seiner tiefsten Erniedrigung zu stehen und zu retten, was noch zu retten ist. Deshalb

müssen wir, wenn andere versagen, mit der Mehrheitssozialdemokratie allein die Regierung bilden."

So geschah es! Das Ministerium Bauer kam zustande; 7 Mehrheitssozialisten und 4 Zentrumsleute bilden die neue Regierung. Der viel verlästerte Abg. Erzberger ist Reichsfinanzminister und Stellvertreter des Reichskanzlers.

Die Vorgänge im Parlament sind bekannt. Ministerpräsident Bauer schloß seine in der Nationalversammlung abgegebene Erklärung am Sonntag, den 22. Juni, mit den Worten:

„Die Regierung der deutschen Republik ist bereit, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ohne jedoch dabei anzuerkennen, daß das deutsche Volk der Urheber des Krieges ist und ohne eine Verpflichtung nach Artikel 227—230 des Friedensvertrages anzuerkennen."

Diese Note ging nach Paris ab. Während in derselben Sitzung Gröber namens des Zentrums aussprach, daß der feindliche Siegeswille an der nationalen Ehre des deutschen Volkes seine Grenzen finden müsse, sprach der neue Vorsitzende der deutsch-demokratischen Partei, Abg. Schiffer, von der Planwirtschaft und anderen mit dem Friedensvertrag nicht zusammenhängenden Dingen mehr, damit beweisend, daß für die Demokratie noch andere Gründe für den Regierungsaustritt vorhanden waren.

Die Feinde lehnten in der Nacht vom Sonntag, den 22. auf Montag, den 23. Juni eine Berücksichtigung der Ehrenpunkte ab; die Zeit der Verhandlungen sei vorbei.

So hatten wir nun zu entscheiden, ob wir den Vertrag bedingungslos annehmen oder ablehnen sollten. General Märker erschien beim Zentrum, um Mitteilungen über die Stimmung im Offizierkorps zu machen. Noske hielt einen Vortrag in der Zentrumsfraktion. Mit allen gegen 14 Stimmen beschloß die Fraktion am 23. Juni, mittags gegen 12 Uhr, wegen der Nichtberücksichtigung der Ehrenpunkte den Friedensvertrag abzulehnen.

Dieser Beschluß rief nicht nur Ueberraschung, sondern Bestürzung hervor. Jetzt mußten die einzelnen Parteien Farbe bekennen, denn um 2 Uhr sollte die Sitzung der Nationalversammlung beginnen. Die Parteiführer begaben sich ins Schloß. Die Zentrumsführer verhandelten dortselbst allein mit ihren der Regierung angehörigen Fraktionsmitgliedern (Erzberger, Mayer-Kaufbeuern, Dr. Bell und Giesberts). In einem anderen Zimmer des Schlosses besprachen die übrigen Parteien die Lage. Ein Vertreter der Oppositionsparteien (Deutsch-demokratische Partei, Deutsche Volkspartei, Deutsch-nationale Volkspartei), begab sich nun zum Zentrum, um diesem mitzuteilen, sie seien bereit, eine entgegenkommende Erklärung im Plenum abzugeben. Hierauf wurde über den Inhalt der Erklärung verhandelt und angeregt, daß Schiffer für alle drei Parteien eine gemeinsame Erklärung abgeben soll. Da verschiedene Abgeordnete der Deutschnationalen Volkspartei hiermit nicht einverstanden waren, so gab jede der Oppositionsparteien eine Erklärung für sich ab. Dabei war jene der Deutschnationalen reservierter wie die der beiden anderen Oppositionsparteien. Solange die Deutschnationalen befürchten mußten, es falle die Regierung Bauer auseinander, waren sie recht zahm, als sie merkten, daß das nicht der Fall sei, fühlten sie wieder „Heldenhaftes" in sich! Die Erklärungen selbst gingen dahin, daß die Opposition die vaterländischen Beweggründe anerkenne, die zur Annahme des feindlichen Diktatfriedens führen. Die Besprechungen im Schloß erbrachten den Beweis, daß auch die Opposition von der Ablehnung des Friedens die bedenklichsten Entwicklungen befürchtete. Ja die Herren gingen sogar soweit, dem Zentrum nahezulegen, es möchten mehr wie 14 Abgeordnete für die Annahme des Friedensvertrags sich aussprechen. Die Opposition wollte es also nicht auf die Ablehnung des Vertrages ankommen lassen, sie hat durch ihr Verhalten, wenn auch nur indirekt, zugegeben, daß nach Lage der Gesamtverhältnisse nichts anderes als die Vertragsannahme übrig bleibt.

Festzustellen ist nur noch, daß die Mehrheit in der Montagssitzung sich anders zusammensetzte, wie jene in der Sonntagssitzung. Am Sonntag stimmten für den Antrag:

„Die Nationalversammlung ist mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages einverstanden".

237 Abgeordnete, dagegen 138, bei 5 Enthaltungen.

Die Mehrheit bestand aus dem Gros der Mehrheitssozialisten, den meisten Zentrumsabgeordneten, den Unabhängigen und 6 Demokraten.

Am Montag aber ließ Fehrenbach über die Frage abstimmen, „ob es die Ansicht der Nationalversammlung sei, daß die Regierung nach wie vor ermächtigt bleibe, den Friedensvertrag zu unterzeichnen."

Für diese Ermächtigung sprachen sich aus: die Mehrheitssozialisten, die Unabhängigen, sicher die Hälfte der Deutschen Demokraten, über die Hälfte der Deutschen Volkspartei, etwa die Hälfte des Zentrums und einige Deutschnationale. Es war also eine ganz anders zusammengesetzte und zugleich größere Mehrheit. Von den Oppositionsparteien stimmten nicht zuletzt soviele Abgeordnete mit den Mehrheitssozialisten, weil die Frage, wie das Zentrum stimmte, nicht geklärt war. Wer das alles mitgemacht und selbst mitangesehen hat, empfindet es als eine bodenlose Heuchelei, wenn jetzt gegen das Zentrum wegen seiner Haltung in der Friedensfrage Sturm gelaufen wird. Notwendig ist aber, daß gerade über diese internen Vorgänge das Volk aufgeklärt wird. Sie bieten den Schlüssel für die Beurteilung der Gesamtsituation. Die Opposition wollte den Friedensvertrag auch angenommen wissen, sie hat aber aus Gründen verschiedenster Art die Verantwortung einzig und allein auf das Zentrum und die Sozialdemokratie abladen wollen. Der Beschluß der Zentrumsfraktion vom 23. Juni hat den Herren dann einen dicken Strich durch ihre parteipolitische Rechnung gemacht.

Trotz vieler siegreichen Schlachten haben wir den Krieg verloren, werden ein armes Volk werden. Nicht diejenigen, welche für die Unterzeichnung stimmten, sind für das verantwortlich, was nun kommen wird. Sie haben nur den Schlußstrich darunter gemacht, was Kriegsverlust und Revolution aus dem deutschen Vaterlande und Volk gemacht haben. Der Konkursverwalter ist nicht verantwortlich für den Konkurs als solchen!

Wir wollen nicht verzweifeln. Ein Volk von 60 Millionen geht, wenn es den Willen zum Leben hat, nicht unter. Selbstvertrauen und Gottvertrauen, Pflichtbewußtsein und Arbeitsfreudigkeit gehören aber zur Rettung von Staat und Volk. Gehen wir alle an die Arbeit! Das Zentrum hat geholfen, unser Volkstum und das Deutsche Reich zu retten. Es hat sich damit als christliche Volkspartei erneut erwiesen. Dafür verdient die Partei Anerkennung und nicht Tadel!

Weltrundschau.

Von Fritz Nienkemper, Berlin.

Immer wieder Streiks, Unruhen, Krisen!

Es ist zum verzweifeln. Wir kommen nicht zur Ruhe. Wenn an der einen Stelle der Brand gelöscht ist, schlagen an anderen Stellen die Flammen wieder auf. Hamburg war mit Mühe und Not beruhigt, in Berlin und in Schlesien war der bedrohliche Eisenbahnerstreik endlich beigelegt; da fängt in Frankfurt a. M. derselbe Unfug von vorne an und arbeitet sich von dort wie ein Flugfeuer über Kassel bis nach Hannover. Das schlechte Beispiel der Berliner Eisenbahnarbeiter wird noch übertrumpft. In Frankfurt wird der Eisenbahndirektion die ganze Macht aus den Händen gerissen; der sog. Zentralausschuß terrorisiert ungehemmt die Behörden, die Polizei und die vernünftige Mehrheit. Die letztere hat sich noch zu einer Demonstration auf den Straßen aufgeschwungen, aber damit war der Rest verpufft. Ein trauriges Zeichen ist ferner, daß vielfach bereits Sabotage verübt wird. Ein positives, gewerkschaftliches Ziel ist kaum zu erkennen; daher haben auch die Ausgleichsverhandlungen weder Anknüpfungs- noch Zielpunkt. Die politischen Forderungen (Rätesystem, Freilassung der Verhafteten usw.) werden in den Vordergrund geschoben. Die verheißene Diktatur des Proletariats reizt den Größenwahn und die blinde Begehrlichkeit. Die Drahtzieher hinter den Kulissen nützen diese entfesselten Instinkte raffiniert aus, um Kanonenfutter für die längst geplante Ueberrevolution auf die Beine zu bringen.

Der politische Charakter der Unruhen und ihr Zusammenhang mit dem Umsturz, welcher im Anschluß an die Friedensfrage die Regierung und die Nationalversammlung hinwegfegen sollte, liegt klar zutage. Die Entwickelung in Berlin warf da-

rauf noch ein grelles Streiflicht. Als der Eisenbahnerstreik in Berlin an dem festen und zugleich klugen Verhalten der Regierung abflaute, ließen die verschworenen Radikalen ihre Reserven vorrücken. Zunächst wurden die Straßenbahner aufgeputscht zu einem neuen Streik, sogar unter offenbarem Vertragsbruch. Dann sollten die Bankangestellten zur Wiederholung ihres Streiks veranlaßt werden. Der Geschäftsführer des kriegslustigen Verbandes wurde aber plötzlich verhaftet. Das wurde sofort als eine Gewalttat der Regierung gegen das Koalitionsrecht ausgeschrieen. Doch gleich darauf folgte die Feststellung, daß die böse Regierung mit der Sache nichts zu schaffen hatte, sondern die Staatsanwaltschaft den Mann hatte festnehmen lassen, weil sie den urkundlichen Beweis besaß für die landesverräterische Agitation, die dieser besoldete Geschäftsführer der Bankbeamten in seinem Hauptberuf als Aufwiegler im Dienste der Unabhängigen entfaltet hatte. Die Staatsanwaltschaft war gemütlich genug, um dem Verhafteten die Teilnahme an den Verhandlungen zwischen Bankleitungen und Bankbeamten zu gestatten. Er benutzte aber die Vergünstigung zur Flucht. Angeblich wegen der Bedrohung und Auslieferung an die Engländer, wegen der Agitation unter den feindlichen Besatzungstruppen. In Wirklichkeit war eine solche Auslieferung keineswegs geplant. Aber der Mann und seine Gönner sahen wohl voraus, daß der Strafprozeß nicht so gnädig verlaufen würde, wie die Gerichtsverhandlung gegen Ledebour, der wegen Mangels an altenmäßigen Belegen freigesprochen wurde. Es laufen noch viele Streikschürer umher, die im Solde der radikalen Umsturzpolitik stehen, aber sich als die biederen Genossen der Arbeiter aufspielen.

Die neuesten Störungen der Arbeit und des Verkehrs sind um so frevelhafter, da sie von der Grenze des Okkupationsgebiets aus gehend den Verkehr gefährden, von dem wir uns gerade jetzt die Besserung der Ernährung und die Milderung der Teuerung versprechen durften. Die Entente hat erklären lassen, daß nach Ratifikation des Friedensvertrages die Blockade aufgehoben werden soll. Das kann wie eine Erlösung für das darbende Volk wirken, wenn wir genug Waren haben, um die Zufuhr aus dem Auslande zu bezahlen, und genug Verkehrsmittel, um die Zufuhr rechtzeitig überall zu verteilen. Wer durch Arbeits- und Verkehrsstörungen das unmöglich macht, der setzt das grausame Werk fort, das die äußeren Feinde durch ihre Blockade jahrelang betrieben haben, nämlich die Untergrabung der Gesundheit des Lebens von Millionen von Kindern, Frauen, Kranken und Greisen. Die Blockade war unmenschlich; die Verlängerung dieser Leiden durch die eigenen Volksgenossen ist geradezu teuflisch.

Bei der gespannten Lage im inneren und nach außen dürfen wir uns den Luxus von ministeriellen und parteipolitischen Krisen wahrlich nicht gestatten. Aber leider erhebt sich doch immer wieder ein Krisenlüftchen. Ueber das Ausscheiden einiger Minister wegen der Unterwerfung unter den Friedensvertrag waren wir ja glimpflich hinweggekommen. Auch die Erregung in den militärischen Kreisen hatte sich gelegt, sogar einschließlich des temperamentvollen Generals Hoffmann.

Der gefährliche Kampf um die Schule.

Der unabhängige Raufbold Adolf Hoffmann hat das Berliner Kultusministerium bald verlassen, aber von seinem Geist ist doch noch zu viel zurückgeblieben. Er wollte mit einem Schlage die religionslose Zwangsschule einführen; sein Nachfolger steuert auf Umwegen demselben Ziel zu. Das Gesetz, das die vorschnell dekretierte Aufhebung der örtlichen Schulaufsicht durchführen soll, gefährdet den inneren Frieden, da es auf die Beseitigung der geistlichen Mitwirkung im Schulwesen hinausgeht und damit den christlichen Eltern die Gewähr für die religiöse Erziehung ihrer Kinder entzieht. Die Zentrumsfraktion der preußischen Landesversammlung hat in einer feierlichen, kraftvollen Erklärung vor dieser verhängnisvollen Schulpolitik gewarnt, das göttliche und geschichtliche Recht der Kirche betont und insbesondere auf das gleichlaufende Volksrecht der gläubigen Eltern hingewiesen. Die Warnung an den Folgen eines solchen kulturkämpferischen Vorstoßes wird noch verschärft, durch den Hinweis auf die Volksstimmung in den Landesteilen, die uns die Feinde entreißen möchten, wie Oberschlesien und im Rheinlande. Discite moniti! Wenn die „aufgeklärten" Minister in Berlin auf diese Warnung nicht hören, wird die weitere Mitarbeit des Zentrums an den schweren Aufgaben der Reichs- und Staatsregierung unmöglich werden. In Weimar scheint man den Ernst der Lage begriffen zu haben. Wenigstens sollen die schwebenden Verhandlungen nach dem letzten Bericht die Aussicht auf eine Verständigung bieten in der Richtung, daß als reichsverfassungsmäßige Norm festgestellt werde: Landesrechtliche Regelung des Verhältnisses der Schulen zu den Religionsgesellschaften unter möglichster Berücksichtigung des Willens der Erziehungsberechtigten und gemäß einem bald zu erlassenden Reichsgesetz; bis dahin Erhaltung des bestehenden Rechts; Zulassung von Privatschulen, wenn ihr innerer Aufbau nicht hinter dem der öffentlichen Schule zurückbleibt. Ob diese Kautelen gegen die Zwangsschule und gegen die Entchristlichung der Schule ausreichen, muß sich erst bei Ausgestaltung dieses Paragraphen zeigen.

Der angebliche Vorschlag der preußischen Regierung, die streitigen Schulfragen dem Provinziallandtage zuzuweisen, könnte die Freunde der „Autonomie" auf den ersten Blick bestechen. Aber wer schützt dann die christlichen Eltern in den Landesteilen, wo die „Aufgeklärten" die Mehrheit haben. Auch in den mitteldeutschen Gliedstaaten, wo der antikatholische Kulturkampf ein Erbübel ist, braucht unsere Diaspora den Schulschutz von Reichswegen. Vergleiche die jüngsten Beschlüsse in Sachsen.

Das Zentrum hat große Opfer gebracht in seiner Mitarbeit an der Geschäftsführung seit dem Umsturze. Will man aber einen Kulturkampf heraufbeschwören, so müssen die Herren sich schon selber zu helfen suchen. Das weitere werden dann schon die Unabhängigen und Kommunisten besorgen.

Die belastete Nationalversammlung.

Sie soll recht schnell den Friedensvertrag ratifizieren. Sie soll auch die Verfassung und ihre zahlreichen strittigen Punkte bald fertigstellen. Obendrein noch zehn Steuergesetze von großer finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Bedeutung erledigen.

Durch eine vereinbarte Beschränkung der Redezeit dachte man die Verfassungsdebatte wesentlich abzukürzen; aber man kommt doch nur sehr langsam vorwärts, da sich bei diesem staatsrechtlichen Neubau an allen Ecken und Enden Zweifel und Schwierigkeiten erheben, namentlich in der Abgrenzung der Kompetenzen des Reiches und der Gliedstaaten, wobei die Bestrebungen zur Auflösung von Preußen und zur Vereinigung von mitteldeutschen Kleinstaaten noch besondere Schwierigkeiten machen.

Von den bisherigen Beschlüssen ist hervorzuheben, daß die Beibehaltung der fünfjährigen Wahlperiode einen konservativen Zug an sich hat, während in der Farbefrage das Schwarz-Rot-Gold der demokratisch-großdeutschen Ueberlieferung gesiegt hat. Letzteres freilich mit der Einschränkung, daß auf der Handelsflotte die bisherigen Farben mit einem Gösch in schwarz-rot-gold den Platz behaupten, weil Schwarz-Weiß-Rot leichter zu unterscheiden ist. Unsere Stellung im Weltverkehr können wir unter der alten, bekannten Flagge besser wiedergewinnen, als unter einer neuen Etikette. Allerdings nur dann, wenn wir Ruhe und Friede und Arbeitsfreude in Deutschland haben.

Föhrenhain.

Der heilgen Schauer unberührte Stätte,
Im tiefen Forst du dunkler Föhrenhain,
Hoch über dir der Berge stolze Kette,
Zu Füssen dir der Lichtung grüner Rain —

Hier ruht die Seele nach des Tages Mühen,
Ein Vogel, der der Bande sich entrafft.
Aus deinem Boden mag sie reichlich ziehen
Zu neuem Kampf die neue Lebenskraft.

Der Abendsonne rosenglühnde Hände
Streifen die Aeste dunkelgrünumlaubt;
Die Stämme hüllen sie in Purpurbrände,
In lichte Glut dein himmelstrebend Haupt.

Es kommt die Nacht und segnet deine Hallen
Darin das scheue Reh die Schonung sucht
Und wenn der letzte Sternenschein zerfallen,
Dann schlägt in weltentrückter Waldesschlucht

Der Morgen auf die taubenetzten Lider —
Sein erster Blick um deine Wipfel minnt —
Und schenkt der Lerchenkehle goldne Lieder,
Draus perlengleich und klar dein Lobpreis rinnt.

Heribert Schneider.

Die Bestimmungen des bayerischen Verfassungsentwurfs über die religiösen Grundrechte und die Rechte der Glaubensgesellschaften (§ 12—14, 16).

Von Universitätsprofessor Dr. Eduard Eichmann, München.

I. Die kirchenpolitische Entwicklung der letzten Jahrzehnte ist charakterisiert einerseits durch eine fortschreitende Verweltlichung des Staates, das heißt eine Loslösung des Staates von religiösen Gesichtspunkten, anderseits durch eine fortschreitende Befreiung der Religionsgesellschaften von staatlicher Bevormundung, das heißt durch eine Abwendung vom Staatskirchentum. Das noch aus der Aufklärungszeit stammende bayer. Staatskirchenrecht ist veraltet und in dieser Erkenntnis ist die Praxis vielfach ihren eigenen Weg gegangen. Placet, recursus ab abusu und ähnliche Ueberreste des Staatskirchentums sind schon in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts von dem bayer. Kultusminister Lutz als „veraltete, stumpf gewordene Waffen" bezeichnet worden, die man ehestens beseitigen solle, da der Staat sich mit ihnen nur Niederlagen holen könne. In der vollen Unabhängigkeit der beiden Gewalten, sagte damals der Minister Lutz, beruhe allein die Hoffnung auf Frieden. Diese staatsmännische Erkenntnis wird für die künftige Gestaltung des Verhältnisses von Staat und Kirche richtunggebend sein müssen. Damit ist jedoch nicht gesagt, daß alle und jede Beziehung zwischen Kirche und Staat abgebrochen werden müßte, es sollen nur beide Teile auf eigene Füße gestellt und so ein friedliches Nebeneinander verbürgt werden. Der Staat wird die Religionsgesellschaften nicht als gewöhnliche Privatvereine behandeln können; die Religionsgesellschaften stellen eine öffentliche Macht dar, welche einen großen moralischen Einfluß auf weite Bevölkerungskreise üben und das öffentliche Leben bestimmen. Es wäre daher unklug, die Religionsgesellschaften durch eine sie beengende oder chikanierende staatliche Gesetzgebung in einen feindlichen Gegensatz zum Volksstaate zu bringen, der allen seinen Genossen ein behagliches Heim bieten soll. Die Staatsklugheit verlangt es, daß alle Reibungsflächen zwischen dem Staat und den Religionsgesellschaften durch Gewährung der Autonomie beseitigt werden. Diese Staatsklugheit läßt aber der bayer. Entwurf vermissen, der in § 13 III sogar einen Recursus ab abusu vorsieht und überhaupt seine antikirchliche Tendenz deutlich erkennen läßt. Das bisherige Verhältnis von Staat und Kirche in Bayern beruht für die katholische Kirche auf dem Konkordat und dem Religionsedikt, für die Protestanten auf dem Protestantenedikt und dem Religionsedikt. Das Konkordat ist Staatsgrundgesetz und zugleich ein völkerrechtlicher Vertrag. Durch diesen vorkonstitutionellen Vertrag wurde der bayerische Staat als solcher gebunden, also auch in seiner jetzigen Staatsform der Volkssouveränität. Art. 18 desselben enthält das feierliche Versprechen: „Seine Kgl. Majestät versprechen für sich und ihre Nachfolger, nie aus irgendwelchem Grunde an den Artikeln der Uebereinkunft etwas abzuändern ohne Dazwischenkunft und Mitwirkung des apostolischen Stuhles." Der kath. Volksteil müßte daher entschieden gegen jeden Versuch protestieren, diesen völkerrechtlichen Vertrag als „Fetzen Papier" zu behandeln und einseitig zu lösen. Der internationale Anstand muß auch gegenüber dem apostolischen Stuhle gewahrt werden. Die bisherige Behandlung der römischen Kurie durch die bayer. Regierung ist unerhört und muß öffentlich gerügt werden.

II. Das Verhältnis der bayerischen zur Reichsverfassung. Die Reichskompetenz soll nach dem Entwurf der Reichsverfassung auch auf das Verhältnis von Kirche und Staat erweitert werden. Nach dem Entwurf einer Verfassung des Deutschen Reiches Art. 9 b kann das Reich im Wege der Gesetzgebung Grundsätze aufstellen für die Rechte und Pflichten der Religionsgesellschaften. Von dieser Befugnis gedenkt das Reich Gebrauch zu machen, wie sich aus Art. 30, 30 a bis e des Entwurfes ergibt. Da nach Art. 10 desselben Entwurfes Landesrecht durch Reichsrecht gebrochen wird, so muß das bayerische Recht hinsichtlich der Rechte und Pflichten der Religionsgesellschaften sich in den Rahmen der Reichsverfassung einordnen. Da das künftige Reichsrecht auch für Bayern Geltung haben wird, so ist es nicht notwendig, vermutlich auch unzulässig, solche Bestimmungen in die bayerische Verfassung aufzunehmen, welche bereits in der Reichsverfassung Aufnahme gefunden haben. Wenn es auch auf der einen Seite zu beklagen ist, daß Bayern auch auf diesem Gebiete seine Selbständigkeit einbüßen wird, so ist anderseits nicht zu verkennen, daß die Nationalversammlung den hier zu regelnden Dingen um vieles wohlwollender und objektiver gegenüber steht, als die Verfasser des bayer. Entwurfes.

III. Die Einzelbestimmungen des bayer. Entwurfes.

A. Die religiösen Grundrechte der Einzelpersonen.

§ 12 I „Jedermann ist die volle Glaubens- und Gewissensfreiheit gewährleistet. Niemand darf hinsichtlich seines religiösen Lebens irgend einem äußeren Zwang unterworfen werden."

Der 1. Satz (vergl. R. E. § 1) scheint überholt durch Art. 30 des Entwurfes der Reichsverfassung nach den Beschlüssen des 8. Ausschusses in erster Beratung: „Alle Bewohner des Reiches genießen volle Glaubens-, Gewissens- und Gedankenfreiheit." Der zweite Satz (vergl. R. E. § 2 sowie § 12 Abs. II) findet sich im Entwurfe der R. V. Art. 30 a Abs. 4 in folgender Form: „Niemand darf zu einer kirchlichen Handlung oder Feierlichkeit oder zur Teilnahme an religiösen Uebungen oder zur Benutzung einer religiösen Eidesform gezwungen werden". Es ist nicht ganz klar, gegen wen die Bestimmung des bayerischen Entwurfs bezüglich des „äußeren Zwanges" sich richten soll. Will sie lediglich besagen, daß von Staats wegen kein äußerer Zwang hinsichtlich des religiösen Lebens geltendgemacht werden soll, so ist sie nach § 12 I Satz 1 überflüssig. Das Verbot der Ausübung eines äußeren Zwanges hinsichtlich des religiösen Lebens (bayer. Entwurf) könnte sich ferner gegen die Eltern richten, welche ihre Kinder unter Anwendung oder Androhung von körperlichen Strafen oder Einsperrung und dergleichen zum Beten, Besuch des Gottesdienstes, Empfang der Sakramente nötigen; in dieser Auslegung würde sie aber mit dem bürgerlichen Reichsrecht (§ 1631 BGB.) nicht im Einklang stehen. Endlich könnte jene Bestimmung auch die Glaubensgesellschaften im Auge haben. Seitens der Kirche wird aber ein „äußerer" Zwang überhaupt nicht geübt. Die Religionsgesellschaften besitzen nur moralische Zwangsmittel, welche in die bürgerliche Sphäre in keiner Weise eingreifen, und deren Anwendung den Kirchen nicht verwehrt werden kann und soll, wie sich aus der Klausel in § 12 III („unbeschadet der Kirchenzucht") ergibt. Da die Religionsgesellschaften den äußeren wie jeglichen Zwang hinsichtlich des religiösen Lebens also des Glaubens, Betens, der Teilnahme am Gottesdienst, am Sakramentenempfang usw. verpönen (vergl. z. B. cod. jur. can. c. 1351: ad amplexandam fidem catholicam nemo invitus cogatur; codex jur. can. c. 103: actus, quos persona physica sive moralis ponit ex vi extrinseca, cui resisti non possit, pro infectis habentur), weil erzwungenen Handlungen der innere sittliche Wert abgeht, so ist die praktische Tragweite der obigen Bestimmung nicht abzusehen. Viel größer ist in Zukunft die Gefahr, daß jemand an der Betätigung seines religiösen Lebens zwangsweise gehindert werde. Vgl. die neue badische Verfassung § 18 Abs. 2: „Niemand . . . darf zu einer kirchlichen Handlung oder Feierlichkeit gezwungen oder an der Erfüllung seiner religiösen Pflichten gehindert werden." Wenn man demnach glaubt, einer Bestimmung hinsichtlich der religiösen Betätigung nicht entraten zu können, so sollte man dieselbe nicht einseitig, sondern so fassen, daß sie den Zwang für wie gegen die Betätigung des religiösen Lebens verbietet, also etwa so: „Niemand darf zur Betätigung religiösen Lebens gezwungen oder an derselben gehindert werden". Eventuell könnte der Art. 30 Satz 2 der Reichsverfassung genügen: „Die ungestörte Religionsausübung wird durch die Verfassung gewährleistet und steht unter staatlichem Schutze."

§ 12 II: „Niemand kann durch staatlichen Zwang zur Mitgliedschaft in einer Glaubensgesellschaft oder zum Austritt hieraus oder zur Teilnahme am religiösen Unterricht oder zur Vornahme einer religiösen Handlung oder Beteiligung hieran angehalten werden". Die Worte „zur Teilnahme am religiösen Unterricht" sind zu beseitigen, weil diese Materie der religiösen Rechtsverhältnisse der Erziehungsbedürftigen erschöpfend in der lex specialis des Abs. IV geregelt sein soll und ist. Ferner wäre bei den folgenden Worten: „oder zur Vornahme einer religiösen Handlung oder Beteiligung hieran angehalten werden" einzuschalten: „unbeschadet des Abs. IV". Denn ein nicht 16jähriges Kind kann nach § 1631 Abs. 2 S. 2 BGB. auch durch staatlichen Zwang genötigt werden, der Erziehungsverfügung des Vaters zu folgen. Streng genommen sollte dieselbe Einschränkung im § 12 I S. 2 gemacht werden. Wenn jedoch die ganze Materie über die unmündigen

Kinder in Abs. III zusammengedrängt ist, wird sie als lex specialis allen anderen Bestimmungen vorgehen.

Was den staatlichen Zwang zur Vornahme einer religiösen Handlung (z. B. Sakramentenempfang, Besuch von Gottesdiensten, kirchlichen Trauung) oder Beteiligung hieran betrifft, so ist schon durch den vorhin erwähnten Artikel 30a Absatz 4 des Entwurfs der Reichsverfassung Vorsorge getroffen. Ein staatlicher Zwang hinsichtlich der Zugehörigkeit zu Religionsgesellschaften stünde im Widerspruch mit dem Prinzip der Glaubens- und Gewissensfreiheit und hat bisher nur insofern bestanden, als nach R. E. §§ 12—23 Kinder aus gemischter Ehe von Staats wegen einem bestimmten Bekenntnis zugewiesen waren und als den Minderjährigen vor Erreichung des Unterscheidungsjahres, das ist vor Vollendung des 21. Lebensjahres ein Glaubenswechsel staatlich unmöglich war. Vielleicht würde sich folgende einfache Formulierung empfehlen: „von Staatswegen ist niemand verpflichtet, einer Religionsgesellschaft anzugehören". Damit wäre zugleich der Aus- und Uebertritt staatlicherseits für jedermann freigegeben. Ueber die Form des Aus- und Uebertritts fehlt übrigens eine Bestimmung im Verfassungsentwurf. Ein Formalakt ist jedoch beim Glaubenswechsel aus verschiedenen Gründen unentbehrlich. Insbesondere muß bei der Besteuerung jederzeit eindeutig feststehen, ob jemand und welcher Religionsgesellschaft er angehört. Das Gleiche gilt auch für Austritt ohne Uebertritt. Die Aufnahme muß natürlich interne Angelegenheit der neuen Religionsgesellschaft bleiben.

§ 12 III: „Niemand darf, unbeschadet der Kirchenzucht, wegen seines Glaubens mit irgendwelchen Strafen oder sonstigen Nachteilen belegt werden." Dies ergibt sich wiederum als Selbstverständlichkeit aus dem in § 12 I 1. Satz aufgestellten Prinzip. Er sollte aber deutlicher zum Ausdruck gebracht werden, daß niemand *von Staats wegen* wegen seines Glaubens oder Unglaubens mit Strafen belegt werden darf. Der Ausdruck „sonstige Nachteile" ist verschwommen und daher zu beseitigen. Es wäre z. B. der Fall denkbar, daß einer Person, welche von der einen zu einer anderen Religionsgesellschaft übergetreten ist, gewisse Zuwendungen entzogen würden, die ihr als Mitglied der früheren Religionsgesellschaft zukamen, und daß dieselbe, um sich den Vorteil zu erhalten, sich auf obige Bestimmung berufen würde. Auch könnte z. B. ein Präfekt einer katholischen Erziehungsanstalt, der zum Protestantismus übertritt, verlangen, weiter auf der Stelle zu bleiben.

Die Klausel „unbeschadet der Kirchenzucht" ist bedeutungsvoll, weil sie — mehr noch als die Worte „Ordnung ihrer Verhältnisse" in § 13 I — die volle Autonomie der Kirchen auf ihrem Gebiete ausdrücklich betont.

§ 12 IV: „Die Entscheidung über die religiöse Erziehung der Kinder bis zum vollendeten 16. Lebensjahre steht den Erziehungsberechtigten zu." Die Eltern haben also zu bestimmen, ob ein Kind einer Religionsgesellschaft angehören soll und welcher. Diesen dem bisherigen Recht entsprechenden Grundsatze ist zuzustimmen,[1]) allerdings in der eben angegebenen Beschränkung, daß die Erziehungsberechtigten über die *Glaubenszugehörigkeit* der Kinder zu bestimmen haben. Daher wäre im Gesetze auch der Ausdruck „Glaubenszugehörigkeit" statt Erziehung zu gebrauchen. Daneben muß aber an dem weiteren Grundsatze strenge festgehalten werden: Steht nach der Verfügung der Erziehungsberechtigten aber einmal fest, daß das Kind einer bestimmten Religionsgesellschaft angehört, so soll der Staat dem Erziehungsberechtigten nicht die Befugnis einräumen, entgegen den Satzungen dieser Religionsgesellschaften das Kind der religiösen Erziehung, wozu wenigstens in der katholischen Kirche begrifflich auch die Teilnahme an gewissen religiösen Uebungen gehört, zu entziehen. Denn das wäre Einmischung des Staates in den Bereich der innerkirchlichen Verfügungen. Uebrigens kommt noch eine weitere Erwägung hinzu. Solange der Staat die Erziehungsbedürftigkeit überhaupt anerkennt, also mindestens im gesamten volks- und fortbildungsschulpflichtigen Alter, muß er die Erziehung als *ganze* verlangen, also auch insoweit, als sie eine Konsequenz der Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft ist. Die Bamberger Vereinbarungen Ziff. II b können also (abgesehen vom 1. Satz) nicht aufrecht erhalten werden; sie dürfen insbesondere auch nicht zum Gegenstande einer Verordnung nach § 14 III Satz 2 gemacht werden.

Der Entwurf fährt fort: „Ist ein Kind mit Zustimmung des Erziehungsberechtigten vor Vollendung des 16. Lebensjahres durch einen Kultakt seiner Glaubensgesellschaft endgültig in diese aufgenommen worden, so kann hieran durch Bestimmung des Erziehungsberechtigten nichts mehr geändert werden. Das Kind selbst hat von diesem Zeitpunkt an die Freiheit der Entschließung über sein Verbleiben in der Glaubensgesellschaft." Wenn also ein Kind durch die Kommunion oder Konfirmation in eine bestimmte Religionsgesellschaft aufgenommen worden ist, so hat es dabei solange sein Bewenden, als das Kind noch nicht das 16. Lebensjahr vollendet hat. Weder das Kind selbst noch die Eltern, bezw. Vormünder desselben können hieran etwas ändern, an einem eventuellen Konfessionswechsel der Eltern nimmt das Kind selbst auch nicht teil, es bleibt in der Religionsgesellschaft, welcher es durch die Kommunion bezw. Konfirmation angehört. Die Regelung entspricht dem bisherigen Rechtszustande. Entscheidungen des VGH., 13. Band, S. 526, Seydel III, 502.

Nach Vollendung des 16. Lebensjahres endlich soll das Kind in der Bestimmung seiner Glaubenszugehörigkeit selbständig sein. Nach den Bamberger Vereinbarungen soll der 16 Jährige sogar nicht bloß bezüglich des Verbleibens in der Glaubensgesellschaft, sondern auch bei fortdauernder Zugehörigkeit bezüglich der Teilnahme am religiösen Unterricht soll der 16 Jährige sein eigener Herr werden. Denn das Bamberger Programm sagt sub V b: Vom vollendeten 16. Lebensjahre an haben die Schüler das Recht der Selbstbestimmung über die Teilnahme am Religionsunterricht und an kirchlichen Handlungen. Daraus erhellt das Bedenkliche dieser Altersgrenze. Mittelschüler werden sich diese Bestimmung zunutze machen, um gegen den Willen der Eltern, aus Bequemlichkeit oder um den Religionslehrer zu boykottieren, sich dem Religionsunterricht zu entziehen. Die Zeit der Flegeljahre ist am wenigsten geeignet, als Unterscheidungsjahr in religiöser Hinsicht zu dienen. Die Grenze müßte also hinaufgerückt werden, etwa auf das 18. Lebensjahr. Die RV Art. 31c sieht die allgemeine Schulpflicht bis zum 18. Lebensjahre vor, also auch die Erziehungsbedürftigkeit. Also kann vorher auch nicht Mündigkeit in Bezug auf Glaubenswahl zugestanden werden, ebensowenig Befreiung vom Religionsunterricht bei fortdauernder Glaubenszugehörigkeit. Ein Wegbleiben aus dem Religionsunterricht *während* des Schuljahres muß jedenfalls auch ausgeschlossen werden.

Ueber die *Kinder aus gemischten Ehen* enthält der Entwurf keine Bestimmungen. Nach Absatz IV steht die Entscheidung „den Erziehungsberechtigten" zu. Nach § 1634 BGB sind das Vater und Mutter nebeneinander, bei Meinungsverschiedenheit entscheidet der Vater. Wenn die getroffene Verfügung hierin jederzeit vom Vater geändert werden kann, so gefährdet dies in hohem Maße die Stetigkeit der Erziehung überhaupt. Ein wiederholter Meinungswechsel ist umso eher möglich, als die Geistlichen beider Konfessionen pflichtgemäß die Eltern immer wieder zu bestimmen suchen werden. Eine Bindung des Vaters an einen formalen Akt entweder bei der Eheschließung für alle zu erwartenden Kinder oder im einzelnen Falle bei der Anmeldung zur Taufe wäre deshalb vom erzieherischen Standpunkt zu fordern.

§ 12 V: „Weder das Bekenntnis noch die Zugehörigkeit zu einer Glaubensgesellschaft entbindet von der Erfüllung der staatsbürgerlichen oder bürgerlichen Verpflichtungen".

Die Verfasser des Entwurfes rechnen mit der Möglichkeit eines Konfliktes zwischen religiös-kirchlichen und bürgerlich-politischen Pflichten. Solche Konflikte sind möglich, in Zukunft vielleicht noch mehr als bisher. Der Christ weiß, daß er in solchen Fällen, in welchen ein unzweifelhaft *göttliches* Gesetz in Frage steht, Gott mehr zu gehorchen hat, als den Menschen, er muß in solchen Fällen die Nachteile in christlicher Weise tragen. Ein nur kirchliches Gesetz im Gegensatz zum göttlichen verpflichtet dagegen in der Regel nicht unter eigenem schweren Nachteil. Die Bestimmung des § 12 V hat übrigens ihr Analogon in der projektierten Reichsverfassung Art. 30a Abs. 1: „Die bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten werden durch die Ausübung der Religionsfreiheit weder bedingt noch beschränkt." Wird RV. Art. 30a angenommen, so erscheint § 12 V des bayerischen Verfassungsentwurfes überflüssig.

§ 12 VI: „Niemand ist verpflichtet, Abgaben irgendwelcher Art zu leisten, die für Zwecke einer Glaubensgesellschaft, der er nicht angehört, auferlegt werden." Dieser Satz entspricht der

[1]) Ich bemerke, daß es sich hier um Fragen des interkonfessionellen Rechts, d. h. um *staatliche* Normen handelt, welche Reibungen unter den im Staate bestehenden Glaubensgesellschaften nach Möglichkeit vorbeugen wollen. Diese Fragen wollen politisch, d. h. nach den Staatsnotwendigkeiten und nach der Erreichbarkeit des hier Möglichen, nicht nach kanonischem Rechte betrachtet werden, dessen reine Durchführung in einem paritätischen Staate doch nicht erwartet werden kann.

Billigkeit und kann beibehalten werden. Hinzuzufügen ist jedoch: „Hievon werden nicht berührt die Fälle, in welchen das Mitglied einer bürgerlich-rechtlichen Gemeinschaft Abgaben für ein anderes Mitglied dieser Gemeinschaft, das jener Glaubensgesellschaft angehört, zu entrichten hat". Vergl. hieher die einschlägigen Fälle in der bayerischen Kirchengemeindeordnung Art. 22 Z. 2, 3 und Art. 20 III. (Der Ehemann entrichtet z. B. selbst und kraft eigener Pflicht die Staatssteuern seiner Frau, soll also für seine andersgläubige Frau auch Kirchenumlagen zu ihrer Kirchengemeinde entrichten müssen.) (Schluß folgt.)

Bemerkungen zum neuen bayerischen Volksschullehrergesetz.

Von Domprobst Dr. von Pichler, Passau.

Der Bayerische Landtag ist gegenwärtig mit der Beratung des Entwurfes eines neuen Volksschullehrergesetzes und des dazu gehörigen Gesetzes über Deckung des Schulbedarfes beschäftigt. Die beiden Entwürfe entsprechen in den meisten Artikeln wörtlich den von der früheren Regierung im Sommer 1918 an den Landtag gebrachten Vorschlägen, deren Verabschiedung durch die Revolution unmöglich gemacht wurde. Der Geist der neuen Regierung ist allerdings in einigen wichtigen Bestimmungen sehr deutlich ausgeprägt.

Durch die neuen Gesetze sollen die Gehalts- und Rechtsverhältnisse des Lehrpersonals an den Volksschulen grundsätzlich neu geregelt werden, die Rechtsverhältnisse in Anlehnung ans Beamtenrecht, während die Gehaltsvorschläge weit über die derzeit geltende Beamtenbesoldung hinausgehen. Art. 3 des Lehrergesetzes bringt nach 10jähriger Dienstzeit die Unwiderruflichkeit der Anstellung in Anschluß an Art. 6 Abs. 3 des Beamtengesetzes; durch Art. 183 werden die Bestimmungen des Beamtengesetzes über Errichtung einer Disziplinarkammer und eines Disziplinarhofes auch aufs Lehrerpersonal an den Volksschulen ausgedehnt. Der genannte Art. 3 kann zu Schwierigkeiten führen, welche aus dem Charakter und dem ganzen Wesen der konfessionellen Schule sich ergeben, wenn ein Lehrer durch seine Lebensführung in Konflikt mit seiner Kirchenbehörde kommt oder aus dem Verbande seiner Kirche überhaupt ausscheidet. Kann derselbe dann noch weiter Lehrer an der konfessionellen Schule sein, kann er noch das Vertrauen kirchlich gesinnter, katholischer oder protestantischer Eltern in der Erziehung ihrer Kinder genießen? Ist die konfessionelle Schule dann noch vorhanden, wenn ein mit seiner Konfession zerfallener, aus derselben ausgeschiedener und ihr feindselig gegenüberstehender Lehrer als Leiter der Schule wirkt, dem eine örtliche Aufsichtsstelle in keiner Weise mehr gegenübersteht?

Eine alte Klage der Lehrervereine war bisher die Führung des Mesnerdienstes. In Art. 14 des Entwurfes wird dem Lehrer die Führung des Mesnerdienstes für die Zukunft verboten. Abs. II lautet: „Die Verrichtung des Mesnerdienstes ist dem Volksschullehrer untersagt." Diese Bestimmung entspricht durchaus einem Wunsch, der im Laufe der Jahre bei den Geistlichen immer stärker hervorgetreten ist, vielfach entschiedener als bei einem Teil der Lehrer selbst, welche einer wirklichen Trennung nicht selten Widerstand entgegensetzten. Durch denselben Art. 14 wird die bisherige organische Verbindung des Chordienstes mit dem Schuldienste aufgehoben; der Chordienst kann in Zukunft vom Lehrer im Nebendienst versehen werden, ohne daß die Bezüge in den Lehrergehalt eingerechnet werden. Der Lehrer ist also künftig zur Uebernahme des Chordienstes nicht mehr verpflichtet, er kann denselben gegen vertragsmäßige Vereinbarung mit der Kirchenverwaltung übernehmen. Ohne Zweifel würden manche Gründe seitens der Kirchenverwaltung ebenso wie seitens des Lehrers für Beibehaltung der organischen Verbindung sprechen. Die gute Leitung des Kirchenchores trägt ohne Zweifel viel dazu bei, das Ansehen und die Beliebtheit des Lehrers in einer Gemeinde zu fördern; er hat die beste Gelegenheit seine Liebe für Musik und Gesang in der idealsten Weise zu betätigen. Anderseits wird es für die Kirchenverwaltungen unter Umständen recht schwer werden, andere geeignete und wirklich tüchtige Kräfte für die Leitung des Kirchenchores und damit für die würdige Feier des Gottesdienstes zu gewinnen. Eine große Schwierigkeit kann und wird aus der neuen Bestimmung bei Erledigung einer Lehrstelle sich ergeben, wenn bezüglich der vertraglichen Regelung wegen Uebernahme des Chordienstes Meinungsverschiedenheiten sich ergeben zwischen dem neuen Lehrer und der Kirchenverwaltung. Es wird notwendig sein, eine Bestimmung dahin zu treffen, daß der neue Lehrer verpflichtet ist, einstweilen den Chordienst unter den nämlichen Bedingungen wie sein Vorgänger weiterzuführen, bis eine neue Vereinbarung getroffen oder Entscheidung der vorgesetzten Stelle erfolgt ist. Es würde schweres Aergernis in der Gemeinde geben, das Ansehen des neuen Lehrers von anfang aufs schwerste geschädigt werden, wenn wochenlang Gesang und Orgel verstummen würden.

Wenn der Lehrer vollständig freigemacht werden soll für seine hohe Aufgabe in der Schule, so müßte vor allem die Uebernahme der Gemeindeschreiberei untersagt werden, welche mehr als jeder andere Nebenverdienst Zeit und Kraft des Lehrers in Anspruch nimmt und infolge der erhöhten Anforderungen seine Aufmerksamkeit vom Schuldienst abzuziehen geeignet ist. Ein bezüglicher befristeter Antrag ist vom Landtagsausschuß angenommen.

Während der Lehrer vom Nebendienst entlastet wird, soll dagegen der bisher von jeder anderen Verpflichtung ledigen Lehrerin ein neues Amt eröffnet werden — als Hausfrau und Mutter! Bisher ist in Bayern die Lehrerin mit dem Eintritt in den Ehestand aus dem Schuldienst ausgeschieden, künftig soll auch die verheiratete Lehrerin den Schuldienst fortführen können. Damit wird eine alte Forderung der Frauenrechtlerinnen erfüllt; wie aber ein sozialdemokratischer Minister dazu kommt, gerade diese Forderung zu erfüllen, ist mir allerdings nach einer Hinsicht geradezu unverständlich. Die Phrase ist wieder einmal stärker als das soziale Empfinden. Es ist eine alte soziale Forderung, daß die Frau und Mutter ganz für ihre Familie, für Mann und Kinder frei sein und deshalb nicht zur Fabrikarbeit gehen soll. In besseren Arbeiterkreisen gilt als Ehrensache, daß die Frau nicht in die Fabrik geht. „Drinnen waltet die züchtige Hausfrau!" Ich darf wohl behaupten, daß die meisten Arbeiten, zu welchen in ordentlich geleiteten Fabrikbetrieben Frauen herangezogen werden, leichter sind und die körperlichen Kräfte nicht so sehr in Anspruch nehmen wie der Schuldienst. Es ist ja Tatsache, daß ein sehr großer Teil der Lehrerinnen diesen Anstrengungen auf längere Jahre nicht gewachsen ist, daß sehr viele vorzeitig dauernd dienstunfähig werden oder wenigstens längere Zeit den Dienst unterbrechen müssen, um ihre körperlichen Kräfte wiederherzustellen. Und nun sollen dieselben Personen noch die nicht minder wichtige und nicht minder anstrengende Aufgabe als Gattin und Mutter übernehmen! Vielleicht wird Herr Minister Hoffmann sich einmal mit seinem ehemaligen Ministerkollegen Unterleitner auseinandersetzen darüber, wie der Haushalt einer verheirateten Lehrerin mit Kindern nach dessen berühmter Dienstbotenordnung gestaltet werden soll, wer die Kinder in der Zeit besorgen soll, in welcher die Mutter in der Schule ist, das Dienstmädchen zu Hause der ihm vorschriftsmäßig zustehenden Ruhe pflegt. Da wird es wohl dahin kommen, daß Kinder entweder nicht geboren oder zur Erziehung ins Findelhaus gebracht werden. Ich habe mit Absicht hier nur die sozialen Bedenken gegen die Verehelichung einer aktiven Lehrerin berührt, weil ich meine, daß diese von niemand ignoriert werden können. Der Landtagsausschuß hat sich inzwischen erfreulicher Weise gegen diese Neuerung erklärt.

Noch viel bedenklicher, vom sittlichen Standpunkt geradezu ungeheuerlich erscheint die Bestimmung in Art. 149 des Lehrergesetzes: „Sterbegehalt nach den Art. 64 und 66 erhalten auch uneheliche Kinder einer Volksschullehrerin." Dazu die weitere Bestimmung in Art. 150 Abs. II „Waisengelder erhalten ferner uneheliche Kinder einer Volksschullehrerin." Art. 64 sagt: „Stirbt der ständige Volksschullehrer im Dienst, so erhalten die Witwe und die ehelichen oder legitimierten Kinder für das auf den Sterbemonat folgende Vierteljahr noch das volle Diensteinkommen des Volksschullehrers als Sterbegehalt." Daraus ergibt sich deutlich für jedermann, daß eine ledige Volksschullehrerin künftig ungestört im Dienste verbleiben kann und darf, auch wenn sie ein oder mehrere uneheliche Kinder erzeugt hat, und daß ihre unehelichen Kinder noch ein Vierteljahr nach ihrem Ableben den vollen Gehalt der Mutter beziehen und die derselben zugewiesene Dienstwohnung behalten dürfen. Die Gemeinde muß also in diesem Falle nicht bloß das ärgernisgebende Leben und Treiben einer solchen Lehrerin und Erzieherin dulden, sondern auch für deren uneheliche Kinder nach ihrem Tode noch

3 Monate lang den von ihr zu leistenden Gehaltsanteil zahlen und Entschädigung für Dienstwohnung gewähren. Diese Bestimmung ist ja den sozialdemokratischen Grundsätzen von freier Liebe durchaus entsprechend; Herr Hoffmann ist brutal genug, auch diese Konsequenz aus seinen sozialdemokratischen Anschauungen zu ziehen. Für christlich denkende Kreise freilich ist ein Gesetz mit diesen Bestimmungen unannehmbar.

Eine weitere unerträgliche Neuerung gegenüber dem früheren Entwurf bringt Art. 147 im Abschn. XIV über die israelitischen Volksschullehrer. Nach Art. 39 des Schulbedarfsgesetzes können unter bestimmten Voraussetzungen Lehrer an Schulen, welche von Judengemeinden aus eigenen Mitteln freiwillig unterhalten werden als „Volksschullehrer" angestellt werden d. h. dieselben Gehaltszuschüsse und Gehaltsvorrückungen aus Staatsmitteln erhalten wie Lehrer an öffentlichen Schulen. Diese Voraussetzungen sind: daß die der Gemeinde obliegenden finanziellen Leistungen sichergestellt sind, die Schule wenigstens 20 Kinder zählt und ihre Einrichtungen den gewöhnlichen Anforderungen entsprechen. Fallen diese Vorraussetzungen weg, so wird nach Art. 147 der israelitische Lehrer „in den Ruhestand versetzt, wenn und solange er nicht an einer anderen israelitischen Volksschule oder an einer öffentlichen Volksschule verwendet werden kann." Damit ist also die gesetzliche Möglichkeit gegeben, daß ein jüdischer Lehrer an einer christlichen Konfessionsschule angestellt werden kann. Dagegen muß entschieden Protest eingelegt werden; eine solche Bestimmung ist ebenfalls unannehmbar. Der Landtagsausschuß hat diese Bestimmung des Entwurfes mit knapper Mehrheit abgelehnt. Bemerkenswert ist, daß auch die Demokraten mit aller Wärme sich für diese Vernichtung des konfessionellen Charakters der christlichen Volksschule eingelegt haben. Nach dem Entwurf dürfen an israelitischen Schulen nur israelitische Lehrer angestellt werden (Art. 146 des Lehrergesetzes und Art. 39 des Schulbedarfsgesetzes). Ob die Demokraten auch dagegen sich wehren werden?

Durch die beiden neuen Gesetze werden, wie gesagt, auch die Gehälter des Lehrpersonals an den Volksschulen neu und einheitlich geregelt durch Aufstellung einer Gehaltsordnung. Nach Art. 22 des Lehrergesetzes ist der Grundgehalt für den Lehrer und für die Lehrerin ℳ 2100, für den Hauptlehrer ℳ 2700, für die Hauptlehrerin ℳ 2400. Dazu kommen Dienstalterszulagen für den Lehrer von je ℳ 300, für die Lehrerin zu ℳ 225. Der Landtagsausschuß hat in erster Lesung beschlossen, den „Hauptlehrer" zu streichen und die Gehaltsvorrückungen auch für die Lehrerin mit 300 ℳ festzusetzen. Der Gehalt des Hilfslehrers beträgt unverändert ℳ 1500. Von diesem Gehalt soll die Schulgemeinde für jede Lehrperson ℳ 1400 aufbringen; alles Uebrige wird nach der Vorlage vom Staat bestritten. Diese Gehaltsregelung kann angesichts der Unsicherheit der gegenwärtigen Verhältnisse natürlich nur provisorischen Charakter haben, insbesondere ist damit kein angemessener Ausgleich gegenüber der durch das Gesetz vom 16. August 1908 geregelten Beamtenbesoldung geschaffen. Wenn jetzt ein Taglöhner an manchen Orten ℳ 12 Taglohn, also ein Jahreseinkommen von über ℳ 3000 bezieht und wenn ein Kontorfräulein von 28 Jahren unter Umständen bis zu ℳ 4000 Jahresbezug erhält, so kann für einen Volksschullehrer ein Anfangsgehalt von ℳ 2100 nicht als zeitgemäß angesehen werden. Andrerseits wenn der Volksschullehrer im Alter von 24 Jahren mit ℳ 2100 Gehalt und vollständig freier Wohnung angestellt wird, so kann ein mittlerer Beamter von 27 Jahren nicht mit ℳ 1800 und ein Bezirksamtsassessor oder Amtsrichter im Alter von 35 und mehr Jahren nicht mit ℳ 3000 ohne Wohnung abgefunden werden. Im Landtag ist deshalb auch von Beamtenabgeordneten ausdrücklich eine neue Gehaltsordnung für die Beamten verlangt worden. Meines Erachtens ist jetzt an eine abschließende Regelung dieser Fragen überhaupt nicht zu denken. Durch die von den Sozialdemokraten mit allen Mitteln geförderte Zentralisierungswut werden die bayer. Eisenbahnen und Posten auf das Reich übergehen. Mehr als die Hälfte unserer bisherigen bayerischen Beamten werden dann Reichsbeamte sein und nach den vom Reich aufgestellten Normen besoldet werden. Es ist selbstverständlich, daß dann die Gehälter der noch im bayerischen Staatsdienst verbleibenden Beamten den im Reich geltenden Bestimmungen möglichst angeglichen werden müssen. Die allgemeine Not wird auch alle Löhne und Gehälter drücken. Die jetzige Gehaltsregelung für die Lehrer ist aber insoweit von Bedeutung für die Beamtenbesoldung, als die aus den verschiedenen Bestimmungen sich ergebenden Konsequenzen z. B. in bezug auf freie Wohnung und Wohnungsentschädigung, Anstellungsalter usw. nicht abgewiesen werden können.

Der Mehrbedarf aus dem neuen Lehrergesetz ist in der Vorlage selbst auf ℳ 26'273,750 berechnet. Der Mehraufwand der Kreise und der kleineren Gemeinden berechnet sich dabei auf ℳ 2 964,880, während die größeren Städte mit mehr als 10 000 Einwohner um ℳ 2'643,700 weniger als bisher aufzubringen haben werden. Die kleineren Gemeinden und Kreise werden also durch das neue Gesetz erheblich belastet, die großen Städte dagegen stark entlastet.

Eine für die Katholiken sehr bemerkenswerte Neuerung gegenüber den bisher geltenden Normen bringt Artikel 25 des Schulbedarfsgesetzes. Darnach müssen künftig die Gemeinden für klösterliche Volksschullehrerinnen den vollen Bedarf aus eigenen Mitteln aufbringen, während sie bisher im Falle der Bedürftigkeit auch Zuschüsse vom Kreis erhalten konnten. Art. 25 Abs. II besagt nämlich: „Die Vergütungen an geistliche Gesellschaften und religiöse Vereine, denen der Volksschulunterricht übertragen ist, sind von der Gemeinde zu leisten."

In einem eigenartigen Gegensatz hiezu steht die Bestimmung in Art. 41 desselben Gesetzentwurfes: „Den israelitischen Glaubensgemeinden können zur Aufbringung des Bedarfs für das Diensteinkommen der israelitischen Volksschullehrer Zuschüsse aus Mitteln der Kreise gewährt werden." Also die Juden können für ihre Privatschulen Kreisunterstützungen erhalten, die Katholiken für ihre Klosterschulen dagegen nicht! Was den Juden recht ist, muß den Katholiken und den katholischen Klosterfrauen billig sein. Wenn die vorgeschlagene Bestimmung in Art. 25 Gesetz werden sollte, so wird es für viele bedürftige Gemeinden unmöglich werden, klösterliche Lehrkräfte zu erhalten und zu behalten, während gutsituierte Gemeinden immer noch einen finanziellen Vorteil darin finden, weil sie an Gehalt und Wohnung für Klosterfrauen nicht so viel aufzuwenden brauchen, als sie aus eigenen Mitteln für weltliche Lehrkräfte aufbringen müßten. Nach Art. 13 des Schulbedarfsgesetzes haben, wie erwähnt, die Gemeinden zum Gehalt einer jeden Lehrkraft ℳ 1400 zu leisten, wozu nach Art. 31 Abs. I bedürftige Gemeinden vom Kreis die notwendigen Zuschüsse erhalten. Wenn klösterliche Lehrerinnen einen Gehalt von etwa ℳ 1200 erhalten, so hätten nach dem erwähnten Art. 25 auch bedürftige Gemeinden diesen Betrag voll aufzubringen. Es könnte auch für die weltlichen Lehrerinnen nicht ganz angenehm sein, wenn gerade die Stellen in den wohlhabenderen und größeren Gemeinden an klösterliche Lehrerinnen übergehen würden. Meines Erachtens haben darum auch die weltlichen Lehrerinnen ein Interesse daran, wenn in Art. 25 des Schulbedarfsgesetzes die Fassung des früheren Regierungsentwurfes wiederhergestellt wird mit einem Zusatz betr. Kreiszuschuß.

Der Artikel würde dann lauten:

„Die Vergütungen an geistliche Gesellschaften und religiöse Vereine, denen der Volksschulunterricht übertragen wird, werden durch Vereinbarung zwischen der Vorstandschaft der Gesellschaft oder des Vereines und der Gemeindeverwaltung oder der verstärkten Gemeindeverwaltung festgesetzt. Die Vereinbarung bedarf der Genehmigung der Regierung, Kammer des Innern. Die Bestimmung in Art. 31 Abs. I findet entsprechend Anwendung."

Die Frage der Klosterschulen ist am 25. Juni im Ausschuß des Landtages gestreift worden. Minister Hoffmann erklärte nach Zeitungsbericht, diese Frage würde erst beim Schulgesetz zum Austrag gebracht, da würde es allerdings zu scharfen Auseinandersetzungen kommen. Wenn diese Frage ohne Parteivorurteile und mit sachlicher Objektivität behandelt wird, so brauchen die Klosterfrauen eine Auseinandersetzung nicht zu scheuen. Seit Jahrhunderten haben die Klöster um die Heranbildung und Erziehung der weiblichen Jugend auch in Bayern die allergrößten Verdienste sich erworben. Ihre Schulen halten auch gegenwärtig jeden Vergleich mit den übrigen aus. Gerade mit Rücksicht auf die Erziehung werden die klösterlichen Lehrkräfte von den Gemeinden gesucht; und wenn man jetzt so viel von der freien Selbstverwaltung der Gemeinden spricht, so soll man die freie Entscheidung derselben nicht gerade in dem Punkt beschränken wollen, auf welchen gute Eltern das meiste Gewicht legen, in der Erziehung der Kinder. Auch liberale Eltern vertrauen ihre Mädchen gerne Klosterfrauen zur Erziehung an. Der neue Staat darf und wird den Einfluß und die Kraft der auf positivem Gottesglauben gegründeten Religion auch nicht übersehen können. Dazu kommen noch die finanziellen Erwägungen.

Finanzminister Speck hat im Landtag mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß der Staat die ihm jetzt für die Lehrer und in Konsequenz hieraus für die Beamten angesonnene Belastung nicht tragen könne. Wir stehen vor Zeiten der schlimmsten Not, welche auch einen Minister Hoffmann zwingen werden, an erster Stelle wieder zu fragen, wie die von ihm geforderten Ausgaben gedeckt werden können.

Die 1300 klösterlichen Lehrerinnen, welche z. Zt. an bayerischen Volksschulen tätig sind, haben vor dem Krieg einen Gehalt von ℳ 778,856 (also durchschnittlich für die Lehrerin ℳ 600) bezogen. Im laufenden Schuljahr berechnet sich der Gehalt einschließlich der Kriegsteuerungszulagen auf ℳ 1'163,862 (durchschnittlich ℳ 900). Weltliche Lehrerinnen im gleichen Dienstalter würden in diesem Schuljahre ℳ 4'177,000 — also ℳ 3'013,138 mehr — an Gehalt und Zulagen beziehen. Dazu würde nach dem neuen Gesetzentwurf eine weitere Mehrausgabe von mindestens 1½ Millionen jährlich kommen. Dabei sind die höheren Gehälter der Hauptlehrerinnen, die Wohnungsentschädigungen, Pensionen usw. gar nicht eingerechnet. Schon jetzt berechnen sich für die Gemeinden die Ersparnisse auf viele Zehntausende, namentlich unter den besonderen Verhältnissen an einzelnen Orten. Die Salesianerinnen in Oberronning z. B. halten seit 1841 die Schule in zwei Abteilungen völlig unentgeltlich; das Kloster stellt auch die Lokale und die Beheizung. Die Ursulinen in Würzburg führen seit 1808 eine Schule (z. Zt. in 4 Abteilungen mit 189 Schülerinnen) ohne Entgelt; sie stellen auch die Lokale. Die Dominikanerinnen von Wörishofen erhalten für die Schulen in Wörishofen und Türkheim einen Bauschbetrag von ℳ 4800; an Zinsen für die neuerrichteten Schulgebäude — in Wörishofen ist darin auch die Haushaltungsschule untergebracht — zahlen sie über ℳ 7000. Die Franziskanerinnen von Au am Inn erhalten für 7 Lehrkräfte ℳ 2300 ℳ, für weltliche Lehrerinnen im gleichen Alter müßten ℳ 23,800, also mehr als das zehnfache, aufgebracht werden. Am besten besoldet sind nach meiner Kenntnis die klösterlichen Lehrerinnen in Aschaffenburg; 1918 bezogen 25 Lehrerinnen des dortigen Englischen Fräuleininstitutes ℳ 31,240, 12 weltliche Lehrerinnen an anderen Schulen der Stadt ℳ 28,503.

Ich habe an anderer Stelle vorgeschlagen, daß mit Inkrafttreten des neuen Lehrergesetzes der Gehalt der klösterlichen Elementarlehrerinnen auf ℳ 1200 festgesetzt werde, bei Wohnung im eigenen Kloster auf ℳ 1400 mit entsprechenden Zulagen an besonders teueren Orten. Wenn jetzt Lehrer und Lehrerinnen einen Anfangsgehalt von ℳ 2100 erhalten und ihnen dabei die Teuerungszulage mit ℳ 1800 verbleiben soll, so wird man diese Forderung nicht als unbescheiden bezeichnen können, zumal bei den Klosterfrauen Alterszulagen und Pensionen wegfallen. Es ist selbstverständlich, daß bedürftige Gemeinden für klösterliche Lehrerinnen die gleichen Zulagen aus Kreis- und Staatsmitteln erhalten, wie sie ihnen für weltliche Lehrkräfte gesetzlich zugesichert sind.

Wenn es dem neuen demokratischen Staat mit der so laut verkündeten Freiheit und Gerechtigkeit ernst ist, wenn der moderne Ruf: „Freie Bahn dem Tüchtigen" nicht bloß auf die Gesinnungstüchtigkeit roter Gesinnungsgenossen angewendet wird, so bleibt das segensreiche Wirken unserer klösterlichen Lehrerinnen an den bayerischen Schulen auch für die Zukunft gesichert.

Nochmals: Ein Ausschnitt aus der jüngsten Erziehungsgeschichte in Bayern.

Herr Prof. Ludwig Gurlitt sendet der Redaktion der „Allg. Rundschau" eine Zuschrift, die sich mit den seine Person betreffenden Ausführungen des Herrn Geistl. Rat Prof. Dr. Hoffmann in Nr. 20 der „A. R." befaßt. Obwohl die Zuschrift nicht den Anforderungen des angezogenen § 11 des Preßgesetzes entspricht, veröffentlichen wir sie doch, um gleichzeitig und abschließend zwecks Klärung der Sache dem Herrn Verfasser des genannten Aufsatzes das Wort zu erteilen. Herr Prof. Gurlitt schreibt:

„Sehr geehrte Schriftleitung!

In Nr. 20 Ihrer geschätzten Wochenschrift vom 7. Mai 1919 beschäftigt sich der Geistliche Rat Prof. Dr. Hoffmann, München, innerhalb seines Aufsatzes: „Ein Ausschnitt aus der jüngsten Erziehungsgeschichte in Bayern" (S. 250 ff.) kritisch auch mit meiner Person und meiner pädagogischen Tätigkeit. Unter Berufung auf § 11 des Preßgesetzes bitte ich Sie um den Abdruck nachstehender sachlicher Berichtigungen. Hoffmann schreibt:

„Gurlitt kam vor wenigen Jahren von Berlin-Teplitz nach München."

Es muß heißen Berlin-Steglitz.

„Er ist bekannt als ein entschiedener Vertreter des Naturalismus in der Erziehung, als ein Lehrer der Emanzipation des Fleisches, in dessen Pädagogik die Verherrlichung des Geschlechtstriebes eine wichtige Rolle spielt."

Ich bin Vertreter des Goetheschen Idealismus in der Erziehung, und fordere mit ihm Ehrfurcht vor dem Unerforschlichen. Ein Lehrer der Emanzipation des Fleisches bin ich nie gewesen, habe im Gegenteil Erziehung des Willens auch auf dem Gebiete des Sexuellen stets als erstes Erziehungsgebot aufgestellt. Weiter schreibt Hoffmann:

„Diese Tatsache findet bei ihm allem Anschein nach in seinem übernormalen sexuellen Erleben ihre Erklärung."

Ich frage, auf welche Beobachtung sich diese Vermutung begründet, die den Erfolg haben könnte, mich bei meinen Söhnen, Schülern und deren Eltern in üblen Ruf zu bringen und mich wirtschaftlich zu schädigen; weise zudem Hoffmann als öffentlichen Richter über die Art meines sexuellen Erlebens so lange ab, als dieses nicht in Widerspruch mit der öffentlichen Zucht und Ordnung geraten ist.

„Gurlitt zeigt sich stetig als Kampfpädagoge, der überall, wo er tätig war, gegen alle bestehenden Schulgattungen und deren Vertreter in Streit lag."

Das entspricht der Wahrheit nicht. Ich habe 3 Jahre lang im Dienste der Gelehrtenschule des Johanneums in Hamburg, 3 Jahre lang im Dienste des Falk-Realgymnasiums in Berlin gestanden, ohne diese Schulen und ihre Vertreter mit einem Worte anzufeinden, habe 1886—1905 auch in tiefstem Frieden mit dem Progymnasium und Gymnasium in Steglitz und deren Vertretern gelebt und erst seit 1905 den Kampf gegen Rückständigkeit unserer öffentlichen Schulen aufgenommen. Hoffmann schreibt, ich hätte in Preußen „mein Amt aufgeben müssen." Das stimmt nicht. Ich bin laut amtlichen Bescheides auf eigenes Ansuchen aus Gesundheitsrücksichten aus dem Amte geschieden und beziehe bis heute die mir gesetzlich zustehende Pension.

„Nach dem Ausbruch der Revolution stellte sich Gurlitt, wie er dieses ja „in der Jetztzeit für Pflicht jedermanns hielt", dem Ministerium für Unterricht und Kultus zur Verfügung".

Das ist sachlich entstellt. Ich habe mich auch vor Ausbruch der Revolution den Unterrichtsministerien des alten Reiches in Preußen und Bayern zur Verfügung gestellt. Die von Hoffmann in Anführungszeichen gegebenen Worte stammen nicht aus meiner Feder: Das Wort „Jetztzeit" gehört nicht in mein Vokabular und die Bemerkung daß „jedermann", also auch Bäcker und Fleischer, die Pflicht hätten, sich dem Ministerium für Kultus dienstbar zu erweisen, nicht in meinen Gedankenkreis.

„Gurlitt bot zugleich dem Lehrerbeirat des höheren Schulwesens Bayerns und der Vorstandschaft der Standesvereine an den höheren Lehranstalten seine Mitarbeit an."

Ich habe keiner der beiden Körperschaften meine Mitarbeit angeboten, wohl aber auf den öffentlichen Aufruf hin, der an pensionierte Lehrer erging, mich dem kgl. bayer. Staatsministerium des Inneren für Kirchen- und Schulangelegenheiten und dem Magistrat von München zum Aushilfsunterricht erboten.

Wenn also Hoffmann schreibt:

„Von den beiden letzten Stellen wurde sein Angebot (zur Mitarbeit) mit Dank zurückgewiesen", so will er damit den Anschein erwecken, als ob meine Person dort mißliebig gewesen wäre, und setzt sich damit in Widerspruch zu dem Wortlaut der amtlichen, von beiden Stellen mir zugegangenen Urkunden.

„Sogar von dem revolutionären Lehrerrat, der auf sein Betreiben am 11. April ins Leben trat, erhielt er eine einmütige Ablehnung als 1. Vorsitzender".

Es ist nicht wahr, daß dieser Lehrerrat von mir ins Leben gerufen wurde. Ich wurde dazu ohne mein Vorwissen und Zutun geladen. Sämtliche Mitglieder werden auch bezeugen können, daß ich den Vorsitz nicht erstrebt habe, und daß meine

Ablehnung nicht einmütig erfolgte, da ein Mitglied mich ohne mein Zutun selbst vorgeschlagen hatte, während ich Gründe angab, die meiner Wahl entgegenständen.

„So sind die Grundlinien der geplanten Revolutionierung der Hochschulen von Gurlitt als Vorsitzenden der Gesellschaft für neue Erziehung, Kommission für Hochschulen unterzeichnet." („Bayer. Kurier" Nr. 100.)"

An der Ausarbeitung des Aktionsprogrammes zur Revolutionierung der Hochschule, das die Gruppe sozialistischer Akademiker Münchens entworfen hat (der ich nicht angehöre), und das ein mir unbekannter Unberufener auch mit meiner Unterschrift in die Oeffentlichkeit gebracht hat, bin ich unbeteiligt.

Wenn mich andere Leute ohne mein Zutun zu einem Amte im Ministerium vorschlugen und ich — wie Hoffmann anführt — auch einmal in einer Berliner Zeitschrift „bayerischer Ministerialdirektor" genannt wurde, so bin ich dafür nicht verantwortlich.

Hochachtungsvoll

München 46. Prof. Ludwig Gurlitt."

Die Erwiderung des Herrn Geistl. Rat Prof. Dr. Hoffmann lautet:

„Richtig ist, daß Professor Gurlitt von Berlin-Steglitz nach München kam und nicht von Berlin-Teplitz, das überhaupt nicht existiert. Wen an der weltumstürzenden falschen Angabe die Schuld trifft, den Verfasser des Artikels in der „A. R." oder den Setzer, kann leider nicht mehr festgestellt werden.

G. bezeichnet sich als „Vertreter des Goetheschen Idealismus in der Erziehung". Die gesamte pädagogische Welt nennt seine Richtung jedoch Naturalismus. Nur ein Urteil. Der bekannte Schulrat in Stuttgart Dr. Hermann Mosapp schreibt: „Mit demselben leidenschaftlichen Pathos stürmerischer Kritik geht der Naturalismus Ludwig Gurlitts vor — — —. Dieser Naturalismus (wie ihn G. vertritt), der die allgemein gültigen ethischen Wahrheiten ausschaltet und an die Stelle eines objektiven Maßstabes subjektive, stets wandelbare Wertgefühle setzt, muß die Pädagogik aus dem Kreis der Geisteswissenschaften loslösen und in den der Naturwissenschaften eingliedern, ja sie völlig zur Naturwissenschaft machen, sie von der Stellung einer normativen zu der einer bloß beschreibenden Wissenschaft herabdrücken — —. Wir müssen eine Pädagogik ablehnen, die alles, was das Kind tut, als nach Naturgesetzen geschehend, also als notwendig und darum gut betrachtet." Von der zu befürchtenden Wirkung eines derartigen Naturalismus sagt Mosapp: „Wehe unserem künftigen Deutschland, wenn solch ein Standpunkt in ihm die Oberhand gewänne; sein Grab wäre bald gegraben!" („Die Neuorientierung unserer Pädagogik nach dem Kriege", Langensalza 1917, S. 6 f.)

Da nun die Worte „Goethescher Idealismus" und „Naturalismus" einander gegenüberstehen, ist an die Sache selbst heranzutreten. Deshalb möchten wir auf das Buch G.s „Erziehungslehre", Steglitz b. Berlin 1909, besonders S. 329 ff. hinweisen. Es seien einige Sätze ausgehoben. Sie bekunden zugleich seine Anschauung im sexuellen Leben: „Man lasse alle sittliche Entrüstung beiseite. Es gibt geborene Dirnen, die das Gejammer ihrer sittlichen Schwestern einfach nicht verstehen. Sie suchen den Geschlechtsverkehr und vergehen vor innerer Glut, wenn sie ihn nicht finden." „Im Volk versteht man gar nicht, weshalb ein Mensch seiner Natur so harten Zwang antun soll." „Die ganze christliche sogenannte Sittlichkeit ist nur zum Schein da." „Unsere öffentliche Moral fordert, daß diese Mädchen (die nicht zur Verheiratung kommen) nicht nur auf Eheglück und Kindersegen verzichten. Sie sollen sich nicht einmal in eine Liebschaft einlassen, und man rechnet es ihnen wohl gar zum Verdienst an, wenn sie ein Greisenalter erreichen, ohne auch nur ein einziges Mal einen sinnlich heißen Kuß genossen zu haben. Ich finde das ebenso brutal wie unmoralisch. Ob ein Mensch das Bedürfnis nach Liebe empfindet oder nicht, das geht doch wohl nur diesen Menschen selbst an." „Eine große Zahl lieber, braver und gerade deshalb fallender Mädchen, weil sie so gesund und so normal sind, erleiden ein Gretchenschicksal." „Man lasse sich doch von den Moralisten nicht den gesunden Verstand und die Natur verderben!" „Wir haben das Leben zu ehren, wo wir es finden: es gibt keine sündhaft geborenen Menschen. Und die Mutter ist für ihr geborenes Kind stets Madonna." Wir brechen hiermit ab.

G. behauptet, „Erziehung des Willens auch auf dem Gebiete des Sexuellen stets als erstes Erziehungsgebot aufgestellt" zu haben. Wir gestehen, in den Schriften G.s hiervon nichts gefunden zu haben, und meinen vielmehr, daß sein Kampf gegen objektive ethische Normen und das christliche Moralgesetz das Gegenteil von einer derartigen Anleitung zur Willensbildung bietet. „Die Askese wirkt den Gesetzen der Natur entgegen" ist ein Fundamentalsatz seiner Anschauung. G. weist den Schreiber des Artikels in der „A. R." als öffentlichen Richter über die Art seines sexuellen Erlebens ab. Wir haben G. als Persönlichkeit nur insoweit dargestellt, als es notwendig erschien, um ihn als einen Hauptvertreter der jüngsten Erziehungsgeschichte in Bayern zu charakterisieren. Und da gibt uns kein anderer das Recht zu der betreffenden Bemerkung als G. selbst. Wer sein persönliches Leben in einer wissenschaftlichen Arbeit als Beleg für seine Theorie vorführt, kann doch nicht wünschen oder gar verlangen, daß Leute, die sich mit derselben Materie beschäftigen, darüber mit Stillschweigen hinweggehen. So mußte auch G. entweder über seine Interna nicht reden oder, nachdem dieses geschehen ist, muß er es sich gefallen lassen, daß seine Mitteilungen im Rahmen ernster, sachlicher Erörterungen herangezogen werden. In seiner erwähnten „Erziehungslehre" aber sagt er: „Wir Männer glauben uns den Dank des weiblichen Geschlechtes nicht zu verdienen, wenn wir nur das eine Weib wählen und lieben wollen, das wir zu unserer Gattin bestimmt haben. Ich habe in meiner Studienzeit und später noch Liebschaften mit jungen Mädchen verschiedener Stände gehabt und erinnere mich ihrer als der schönsten Blüten meines Lebens" (S. 334). Diese Selbstdarstellung gibt Gurlitt im Rahmen seiner Erörterungen über die Freiheit des geschlechtlichen Lebens. Angesichts dieser Tatsachen glauben wir, daß unsere von G. gerügte Bemerkung ebenso berechtigt wie maßvoll ist.

G. nennt als Zeit, von der an er die Rückständigkeit unserer öffentlichen Schulen erkannte und zu bekämpfen begonnen habe, 1905. Wir können diese Angabe im Augenblick nicht nachprüfen. Der Umstand ist auch nicht wesentlich. Sollte tatsächlich jener Widerstreit erst mit dem genannten Jahre eingesetzt haben, dann hat G. unterdessen soviel gearbeitet, daß er den Namen „Kampfpädagoge" vollauf verdient. „Es geht dabei fast auf Leben und Tod", sagt sein wohl von ihm entworfenes Curriculum vitae in „Wer ist's?" Wie man aber außerhalb der Kreise der Schule über seine Kampfesweise denkt, mag uns der Berliner Nervenarzt Placzek sagen: „Das ist nicht mehr einseitig verzerrte Kritik, sondern sinnloser Haß und um so bedauerlicher, als solche Extravaganzen und Auswüchse persönlicher Verbitterung den berechtigten Kern Gurlittscher Kritik verdunkeln, wenn nicht gar unwirksam machen mußten" (Selbstmordverdacht und Selbstmordverhütung, Leipzig 1915, S. 129).

Rätselhaft ist die „Berichtigung", welche G. einer angeblichen Aeußerung in der „A. R." widmet, er hätte in Preußen sein Amt aufgeben müssen. Diese Worte setzt er in Anführungszeichen. Nun ist aber diese Sache in unserem Artikel nicht einmal angedeutet, geschweige daß die zitierten Worte gebraucht wären.

Was G. über unsere Mitteilung sagt, daß er sich dem Ministerium für Unterricht und Kultus in Bayern zur Verfügung gestellt habe, sind Aeußerlichkeiten und in dem Hinweise auf „Bäcker und Fleischer" kindliche Mätzchen; die Sache selbst wird dadurch in keiner Weise berührt. Der Wortlaut unserer Ausführung in der „A. R." ist an der fraglichen Stelle genau entnommen dem Artikel „Auf nach München" in den „M. N. N." Nr. 46. Dort heißt es ausdrücklich: „Prof. Ludwig Gurlitt schreibt u. a." Sollten die „M. N. N." einen fehlerhaften Auszug aus seinem Schreiben gemacht haben, warum hat er die ungenauen Wendungen — denn nur um solche könnte es sich handeln — nicht richtiggestellt?

G. erklärt, er habe weder dem Lehrerbeirat des höheren Schulwesens Bayerns noch den beiden Standesvereinen an den höheren Schulen daselbst (Bayer. Gymnasiallehrerverein und Bayer. Realschulmännerverein) seine Mitarbeit angeboten; mit unserer gegenteiligen Behauptung stünde in Widerspruch der Wortlaut der amtlichen, von beiden Stellen ihm zugegangenen Urkunden. Dieses klingt widerspruchsvoll; denn wenn sich G. nicht an diese beiden Stellen gewandt hat, sind ihm auch kaum von da in der Sache amtliche Urkunden zugegangen. Doch das Rätsel löst sich durch eine öffentliche Notiz: „Wie aus einem Privatbrief an die ersten Vorsitzenden des B.G.L.V. und B.R.M.V. hervorgeht, strebt der bekannte Prof. Dr. Ludwig Gurlitt, zurzeit in München-Milbertshofen, eine Einberufung in das Bayerische Kultusministerium als Mit-

arbeiter für das Schulwesen an. Die Vorstandschaft lehnt ihn einstimmig aus gewichtigen Gründen ab, wie dies der 1. Vorsitzende bereits in seinem Schreiben an den Hintermann des Herrn Dr. Gurlitt ausgesprochen hat" („Mitteilungen des Bayerischen Gymnasiallehrervereins" 1919, Nr. 1 vom 4. März, S. 3): Also Gurlitt hat sich nicht persönlich beworben, sondern ein „Hintermann" hat es besorgt; an diesen ist von den beiden Vereinen auch die Urkunde gegangen und von ihm hat sie wohl Gurlitt erhalten. Mit wessen Behauptung ihr Wortlaut in Widerspruch steht, mit der unsrigen oder der Gurlitts, kann der Leser aus dem Texte des oben abgedruckten Schriftstückes ersehen. Wenn dieser „Hintermann" Gurlitt die Urkunde, welche die einstimmige Ablehnung enthielt, gegeben hat, sollte er nun seinem Freunde von der Absicht des Angebotes nichts mitgeteilt haben?

Die Sache betreffend „Provisorischer Rat bayerischer Mittelschullehrer" — so ist besser zu sagen als „Revolutionärer Lehrerrat" — dürfte folgendermassen stehen: Hier war für nicht eingeweihte Kreise G.s Stellungnahme anfangs nicht klar, man mußte glauben, daß er die treibende Kraft sei, nach späteren Nachrichten scheint es ein anderer Herr gewesen zu sein; G. behauptet nun, ohne sein Vorwissen und Zutun eingeladen worden zu sein und sich dann beteiligt zu haben.

Daß G. in der Ausarbeitung des Aktionsprogrammes zur Revolutionierung der Hochschulen mitgewirkt habe, haben wir nicht behauptet, sondern nur, daß die Grundlinien desselben von ihm als Vorsitzenden der „Gesellschaft für neue Erziehung, Kommission für Hochschulen" unterzeichnet seien. Doch, da sagt G., dieses Aktionsprogramm habe ein ihm unbekannter Unberufener auch mit seiner Unterschrift in die Oeffentlichkeit gebracht. Will damit behauptet sein, daß seine Namensunterschrift — und gerade als Vorsitzender — eine Fälschung sei? Wenn ja, warum hat in diesem Falle G. nicht berichtigt?

Nochmals treten hilfsbereite Leute auf; diese schlugen G., natürlich ohne sein Zutun, zu einem Amt im Ministerium vor, für deren Vorgehen er aber ebenfalls nicht verantwortlich sei. Der Titel des ihm zugedachten Amtes wird in der Berliner Zeitschrift „Die Neue Erziehung" nicht nur so im Vorbeigehen genannt, sondern in dem redaktionellen Verzeichnis der Mitarbeiter als Charakterisierung G.s gebraucht. Auch hier hat es G. unterlassen, sich gegen die Aufdringlichkeit seiner Freunde öffentlich zu verwahren und in der genannten Zeitschrift zu erklären, daß ihm weder Amt noch Titel eines bayerischen Ministerialdirektors zukomme.

Zum Schlusse sei ausdrücklich bemerkt, daß wir keinen persönlichen Kampf gegen Professor Gurlitt führen; auch möchten wir ihm nach keiner Richtung schaden. Andererseits wünschen wir aber ebenso entschieden auch die Erziehungsgrundsätze G.s aus der Erziehung wenigstens unserer katholischen Jugend ferngehalten. Dazu ist notwendig, daß man seine Ideen und seine Bestrebungen, die er persönlich verfolgt, oder die Freunde, Bekannte und Unbekannte, an den Tag legen, kennt. Daß seine Person nicht gänzlich ausgeschaltet werden kann, liegt daran, daß er sie selbst einsetzt.

Prof. Dr. Hoffmann."

Die Aktion zugunsten der deutschen Missionsgesellschaften.

Von Universitätsprofessor Dr. Aufhauser.

Zum Schutze der durch den feindlichen Vorfriedensvertrag in ihrem gottbefohlenen freien Wirken, wie wohlerworbenem Eigentum schwer gefährdeten deutschen Missionsgesellschaften[1] war sofort eine energische zielbewußte Aktion eingeleitet worden.

In feierlicher Denkschrift hatte sich der deutsche Episkopat an den Papst, die Missionsobern an die Congregatio de propaganda fide um Hilfe gewandt, in einmütigem Proteste gegen die geplante Vergewaltigung waren eine Menge katholischer Organisationen bei der deutschen Reichsregierung als berufener Hüterin deutscher Interessen[2] wie beim Apostolischen Stuhle als der über allen Nationen stehenden katholischen Missionszentrale vorstellig geworden um Abwendung des drohenden katastrophalen Unheils.

Christliches Gerechtigkeitsgefühl wie allgemein christliche Zivilisationsgedanken hatten diesen feierlichen Kundgebungen eine erhöhte Bedeutung vor dem Forum des Weltgewissens gegeben. Handelte es sich doch um ein unpolitisches, religiöses, übernationales Kulturwerk, das den Christen aller Nationen gleich stark am Herzen liegen müßte, zudem durch völkerrechtliche Staatsverträge (Kongokonferenz von 1884, die Chinaverträge von Tientsin (26. und 27. Juni 1858) und Peking (24. und 25. Okt. 1860) in seiner freien Entfaltung auch im Falle eines Krieges, weil neutral, geschützt war.

So konnten der Hochwürdigste Herr Bischof von Fulda wie der Vorsitzende der Konferenz der Oberen der deutschen katholischen Missionsgesellschaften sich mit gutem Gewissen in ihrem Aufruf auch an die Katholiken der neutralen und selbst feindlichen Länder wenden. In der Tat fand ihr Wort: „Wir bitten die einflußreichen Katholiken der alliierten und neutralen Länder, einmütig dafür einzutreten, daß die deutschen Missionen vor dem Untergang bewahrt bleiben, daß die Freiheit der Missionen, ähnlich wie früher in den Kongoakten, so jetzt im Vertrag des Völkerbundes festgelegt und von allen Seiten verbürgt werde" ein getreues Echo, so im Aufruf des niederländischen Priesterbundes zu Utrecht (im Namen von 2000 katholischen Priestern) vom 23. Mai, des niederländischen Missionskomitees (vgl. „Maasbode" vom 28. Mai), der katholischen organisierten Arbeiter der Schweiz u. ä.

Mit besonderer Freude und Genugtuung dürfen wir deutsche Katholiken die Bemühungen des Apostolischen Stuhles in dieser Frage begrüßen. Folgendes Schreiben des Herrn Kardinalstaatssekretärs Gasparri an den Herrn Kardinal Hartmann gibt davon aller Welt Kunde:

Aus dem Vatikan, den 20. Mai 1919.

Eminenz, Hochwürdigster Herr Kardinal!

Der Heilige Vater hat mit liebevollstem Interesse von dem Briefe, den Ew. Eminenz am 25. März d. J. an ihn gerichtet haben, Kenntnis genommen und nimmt innigsten Anteil an dem Schmerze Ew. Eminenz und aller Katholiken Deutschlands über den schweren Schaden, der ihre Missionare bedroht.

Es ist in der Tat überaus schmerzlich, zu sehen, wie diese armen Ordensmänner gezwungen werden, die Orte zu verlassen, wo sie ihre edelsten Kräfte geopfert und unter Anstrengungen aller Art ihre besten Jahre verbraucht haben. Sie, die beseelt vom erhabensten christlichen Ideale ihrem Geburtslande Lebewohl gesagt und auf die heiligsten Gefühle der Anhänglichkeit an ihre Familien verzichtet haben, um rohen und wilden Völkerschaften den Weg zur Zivilisation zu bahnen, hätten doch mit Recht erwarten dürfen, ihre Augen schließen zu können in den Ländern, die sie sich zur zweiten Heimat gewählt, und inmitten der Christengemeinden, die sie um den Preis so großer Opfer gegründet haben.

Der Heilige Vater begreift sehr wohl die tiefe Betrübnis dieser Missionare sowie der deutschen Katholiken, sich ausgeschlossen zu sehen von einem weiten Felde des Apostolates unter Völkern, die noch in die Finsternisse des Aberglaubens und der Abgötterei versenkt sind, und von dem Augenblicke, wo sich diese Gefahr zeigte, hat er tatkräftig sich bemüht, sie zu beschwören.

Wie Ew. Eminenz von Msgr. Pacelli, dem Apostolischen Nuntius zu München, werden erfahren haben, hat der Heilige Stuhl seinerzeit dringende Vorstellungen gerichtet an Ihre Eminenzen die Erzbischöfe von Paris und Westminster, an den englischen Geschäftsträger beim Heiligen Stuhl, an den Geschäftsträger der chinesischen Republik in Rom, an den japanischen Marineattaché Yamamoto und an Admiral Benson, Befehlshaber der amerikanischen Flotte.

Aus Anlaß des Briefes Ew. Eminenz hat Seine Heiligkeit angeordnet, daß ein erneuter eindringlicher Appell an die Kardinäle Amette und Bourn und an den englischen Geschäftsträger beim Heiligen Stuhle gerichtet würden, mit einer klaren Darlegung der Gründe der Menschlichkeit und Gerechtigkeit, die Ew. Eminenz in Ihrem Schreiben auseinandergesetzt haben.

Der Heilige Stuhl erwartet jetzt eine Antwort auf seine Bemühungen, und, falls dieselben unglückseligerweise ohne Erfolg bleiben sollten, behält er sich vor zu prüfen, wie am besten für das Los so vieler ihres Arbeitsfeldes beraubter Missionare gesorgt werden könne.

Indem ich mir vorbehalte, Ew. Eminenz seinerzeit hiervon zu benachrichtigen, benutze ich diese Gelegenheit usw. gez. P. Card. Gasparri.

Auch den weiteren Vorstellungen des Sekretärs für die außerordentlichen kirchlichen Angelegenheiten, des Erzbischofes Ceretti, in Versailles[3] war trotz des anfänglichen Widerstandes von seiten Frankreichs voller Erfolg beschieden. Die alliierten Regierungen willigen in eine Abänderung des Art. 438.[4]

..... Was die Missionen angeht, so haben die alliierten und assoziierten Regierungen beschlossen, daß in dem Abkommen, worin von der Ausübung der Mandate die Rede ist, seitens der beauftragten Mächte die weitgehendste Auslegung des Art. 22 des Vertrages des Völkerbundes gehandhabt werden soll, damit Gewissens- und Religionsfreiheit garantiert werden. Zu diesem Zwecke werden jene Verordnungen Vorkehrungen enthalten, die

[1]) Vgl. „Allgemeine Rundschau" 1919, Nr. 23, S. 319 f.

[2]) Der Friedensdelegation in Versailles (Abt. Kolonialfragen) war der evangelische Missionsdirektor Dr. Axenfeld als Sachverständiger in der Frage der Eingeborenenbehandlung angegliedert.

[3]) Vgl. „Osservatore Romano" vom 1. Juni 1919, Nr. 143; „Corriere della Sera" vom 1. Juni, Nr. 151.

[4]) Siehe „Allgemeine Rundschau" 1919, S. 319.

den Missionaren aller Bekenntnisse gestatten, frei ihr Apostolat auszuüben, indem sie ihre Schulen, sowie all die anderen Einrichtungen beibehalten und aller Art Eigentum erwerben und behalten können. In all den Fällen, worin es auf Grund des Friedensvertrags mit Deutschland nötig erscheint, daß das Eigentum der deutschen Missionen auf Vorschlag des Verwaltungsrates anderweitig übertragen wird, sollen die Güter der vom Hl. Stuhl abhängigen Missionen zur Verfügung derjenigen Personen katholischen Glaubens gehalten werden, die vom Hl. Stuhl regelrecht dazu autorisiert sind. In allen Fällen, wo es nach den Bestimmungen des Friedensvertrags mit Deutschland nötig sein wird, irgendwelche Kontrolle auf solche Personen auszuüben, die als Leiter der Missionen fungieren, soll zuerst die kirchliche Behörde, von der sie abhängen, befragt werden.[5]) Besondere Bedeutung hat dieser Ergänzungsartikel deshalb, weil damit der Papst zum ersten Male in einem völkerrechtlichen Dokument als höchste kirchliche Autorität der Katholiken vertreten ist.

Durch diese neuen Bestimmungen werden die Befugnisse der deutschen Missionsgesellschaften wie die dem Hl. Stuhle als oberster katholischer Missionszentrale zustehenden Rechte[6]) in gebührender Weise gewahrt.

Nach den jüngsten Pressemeldungen[7]) ist Erzbischof Ceretti nach Rom zurückgekehrt und hat dem Papste sofort über das Ergebnis seiner Mission Bericht erstattet. Die englische Regierung wird dem Hl. Stuhl die Beschlüsse der Friedenskonferenz durch eine besondere Note mitteilen, die, im Auftrag des Viererrates vom englischen Außenminister Balfour ausgearbeitet, dem Papste durch den englischen Gesandten Grafen Salis zugestellt wird. Laut neuester Meldung der „Agenzia Stefani" führte der Papst anläßlich des Geheimen Konsistoriums aus, er sei „glücklich, verkünden zu können, daß die maßgebenden Persönlichkeiten der Konferenz unser Gesuch der Billigkeit entsprechend geprüft haben und zum größten Teil gut aufnahmen."

Vertreter protestantischer Missionskreise aus Dänemark, Holland, Schweden und Norwegen ließen nach Versailles den Vorschlag leiten, es möchte durch mündliche Aussprache von Sachverständigen der interessierten Mächte mit Beiziehung von Missionären aus neutralen Ländern, die Missionsfrage in gerechter Weise gelöst werden, ein Vorschlag, dessen Annahme im Hinblick auf den internationalen Charakter der Mission lebhaft zu begrüßen wäre.

So dürfen wir mit Fug und Recht hoffen, daß sich unseren deutschen katholischen Missionären bald wieder die Welt öffnen wird zur freudigen selbstlosen Ausübung ihres gottgewordenen Missionsauftrages, daß die deutschen Pioniere des christlichen Missionsgedankens bald wieder zurückkehren dürfen zu ihren trotz Lockung und Verhetzung ihnen treu gebliebenen heidenchristlichen Gemeinden.

[5]) „Kölnische Volkszeitung" Nr. 497 vom 28. Juni 1919, Nr. 485 vom 24. Juni und 488 vom 25. Juni 1919 (auf Grund Baseler Meldungen aus der „Italia" und „Agency Central"; „Corriere della Sera", Nr. 165).

[6]) Cod. iur. can 1350 § 2; In aliis tenitoriis universa missionum cura apud acatholicos Sedi apostolicae unice reservatur.

[7]) „Kölnische Volkszeitung" Nr. 505 und 506 vom 1. Juli 1919.

Zum 50. Geburtstage des Prinzen Johann Georg von Sachsen.

Der Zeitpunkt mag nicht sonderlich geeignet erscheinen, fürstlicher Geburtstage zu gedenken. Aber für treue Dankbarkeit paßt ein jeder. Mit Gefühlen gerechtfertigter Verehrung bringen wir darum an dieser Stelle Sr. Kgl. Hoheit dem Prinzen Johann Georg, Herzog zu Sachsen, unsere Glückwünsche zu seinem 50. Geburtstag dar! Der Prinz, ein Enkel des zumal wegen seiner Dante-Uebersetzung berühmten Königs Johann von Sachsen (Philalethes), wurde als zweiter Sohn des Königs Georg von Sachsen am 10. Juli 1869 zu Dresden geboren. Eine sorgfältige Erziehung legte den dauerhaft festen Grund zu des Prinzen treukatholisch religiösen Ueberzeugungen und zu seiner Begeisterung für die Wissenschaft und Künste. Beides ward vertieft durch das Studium auf den Universitäten zu Freiburg i. Br. und zu Leipzig. Prinz Johann Georg war in erster Ehe seit 1894 vermählt mit der württembergischen Prinzessin Maria Isabella. Sie starb schon 1904, und der Prinz vermählte sich zum zweiten Male 1906 mit Maria Immaculata, Prinzessin von Bourbon-Sizilien. Der Hochzeit, die in Cannes stattfand, folgte eine Reise nach Rom. Sie dürfte wesentlich der Förderung der kunstwissenschaftlichen Studien des Prinzen zustatten gekommen sein.

Den letzteren gilt dauernd sein lebhaftestes, tatkräftiges Interesse. Weite Reisen stellt er in den Dienst dieser Bestrebungen. Vom Oktober bis Ende Dezember 1910 unternahm er eine erste Studienfahrt nach dem Orient, wobei Aegypten, der Sinai, Palästina und Syrien besucht wurden. Eine zweite, 1912, galt namentlich dem Studium der frühchristlichen Kunst in den ägyptischen Mönchsklöstern und dem Palästinas. Sorgfältigst geführte Tagebücher und ein sehr reichliches, selbst aufgenommenes photographisches Material wurden die Grundlage für mehrere überaus wertvolle Bücher. Zugleich mit der Kunst des früheren Christentums gilt des Prinzen lebhafteste Teilnahme der neuen, ebenfalls vor allem der christlichen Kunst. Unermüdlich ist er, dieses Interesse zu beweisen durch emsige Sammeltätigkeit (namentlich liebt er Handzeichnungen), durch Besuche von Ateliers, Ausstellungen u. dgl., auch durch eigene kunstschriftstellerische Arbeit. Zu allen bedeutenderen Künstlern Deutschlands und des Auslandes steht er in Beziehungen. Seiner Beihilfe ist es zu verdanken, daß in der Dresdener Hofkirche ein herrlicher, vom Münchner Maler Xaver Dietrich ausgeführter hl. Kreuzweg aufgestellt wird. Der Prinz hat selbst die 4. Station gestiftet.

Dem künstlerischen Interesse steht das wissenschaftliche zur Seite, zumal das für Literatur und Geschichte. Um die sächsische Landesgeschichte erwarb er sich große Verdienste. Nahes Verhältnis verknüpft den Prinzen mit zahlreichen Gelehrten und Instituten, auch mit der Görres-Gesellschaft. So gilt die Tätigkeit des überaus Kenntnisreichen auch jetzt, da er in Breslau lebt, der wissenschaftlichen, produktiven Arbeit. Schon an seinem 40. Geburtstag wurde er zum Dr. jur. hon. c. ernannt. Jetzt zur würdigen Feier des 50. überreicht ihm eine Schar von Gelehrten ganz Deutschlands, zu denen er in näherer Beziehung stand und steht, ein Sammelwerk von Einzelforschungen, ein Buch, das mit hoher wissenschaftlicher Bedeutung nicht minder treffliche künstlerische vereinigen wird. Möchten dem Prinzen noch lange Jahrzehnte eines, wie bisher, an häuslichem Glücke reichen, durch die Erfüllung seiner Ideale für ihn und die Welt gesegneten Lebens beschieden sein.

Dr. O. Doering.

Vom Büchertisch.

Mehr Lebensmittel für Stadt und Land. Von Dr. Joh. Bumüller. 22 S. 8°. Verlag von Haas & Grabherr, Augsburg. Preis 0.60 M. Die vorliegende Schrift Dr. Bumüllers, des Vorstandes des Ackerbauverbandes Aichach, also eines Fachmannes ersten Ranges, stellt die Ergebnisse einer im März d. J. unter außerordentlich starker Beteiligung in Aichach stattgehabten Besprechung fest. Es wurde damals unumwunden zugegeben, daß der tatsächliche Bestand an Lebensmitteln erheblich größer ist als jener, der auf Grund falscher Schätzungen auf bureaukratischem Wege dem Volke angegeben wird. Hamsterei und Schleichhandel verhindern überdies die gerechte und auskömmliche Lebensmittelverteilung. Ihnen den Garaus zu machen, ist nur möglich durch Gewährung einer wesentlich höheren Lebensmittelration für den Städter wie für den Selbstversorger. Daß diese Erhöhung tatsächlich um die Hälfte, ja bei einiger Zufuhr sogar um das Doppelte möglich ist, wird dann in der Schrift im einzelnen geradezu überraschend bewiesen an Getreide und Mehl, an Butter und anderm Fett, an Eiern, Milch, auch an Fleisch, wofern eine vernünftige Steigerung der Schweinezucht ins Auge gefaßt würde. Weiter beschäftigt sich die Schrift eingehend mit der Frage nach der kommunistischen Sozialisierung der Landwirtschaft und verteidigt mit Schärfe und Lebhaftigkeit den freilich einzig richtigen Standpunkt, daß der Bauer seine eigene Scholle behalten soll. Zum Aufbau wie zur Abwehr wird am Schlusse die Gründung eines großen Wirtschaftsbundes der bayerischen Bauern angeregt.

Dr. O. Doering.

Alex. Schnütgen, Kölner Erinnerungen. Köln, J. P. Bachem 1919. Mit einem Bilde des Verfassers. 175 S. 8°. Preis geb. M 6. Dem Andenken des am 23. November 1918 aus dem Leben geschiedenen, um die Pflege und Erhaltung zumal durch seine staunenswert erfolgreiche Sammeltätigkeit und um die Erhaltung kirchlicher Kunstdenkmäler im höchsten Grade verdienten Kölner Domkapitulars galt ein von seinem Neffen verfaßter Aufsatz in Nr. 5 lfd. Jahrganges der „Allgemeinen Rundschau". Es war schon dort auf das Buch hingewiesen, das nunmehr der Oeffentlichkeit vorliegt. Das kirchliche wie das künstlerische Leben Kölns während eines halben Jahrhunderts (Schnütgen gehörte dem Kölner Domkapitel seit Ostern 1866 an) zieht, zu neuem Leben erwacht, an uns vorüber. Ernste und erfreuliche viele heitere Bilder erstehen vor unseren Augen und fügen sich zu einem bedeutsamen Stück Kölnischer Geschichte zusammen. Ueberaus fesselnd sind die Erinnerungen an Geistliche und Laien, Künstler und Gelehrte. Stand doch Schnütgen mit diesen Kreisen allzeit in engster Fühlung, war doch sein Haus ein Sammelplatz unzähliger geistig hochstehender Persönlichkeiten. Mögen manche ihrer Namen auch schon halb verklungen sein, so sind doch auch sehr zahlreiche dabei, deren Ruhm nicht so bald vergehen wird. Und gerade auf jene bereits weniger bekannten macht das Schnütgensche Buch erneut aufmerksam, rettet ihre Namen für die Kunstgeschichte. So z. B. den des Dombildhauers Prof. Chr. Mohr, oder des eigenartigen Bildhauers Nikolaus Elscheidt. Von größtem Interesse sind die Nachrichten über den Kölner Altertumsverein (seit 1874), die kunstgeschichtliche Ausstellung (1876), das Kölner Kunstgewerbemuseum (seit 1888). Seinen eigenen, überall durchgreifend wichtigen Anteil an den verschiedensten Bestrebungen zugunsten der kirchlichen Kunst läßt der Verfasser in seiner Bescheidenheit kaum zwischen den Zeilen durchblicken. Ereignisse, wie die Gründung seiner „Zeitschrift für christliche Kunst" (1887) und besonders des Schnütgen-Museums (1910) konnten natürlich nicht unerwähnt bleiben. — Das in kräftiger Sprache gehaltene warmherzige, wissenschaftlich vielseitig wertvolle Buch verdient Empfehlung.

Dr. O. Doering.

Die Liebesmesse.

Nachklang zur Zilcherwoche in München.

Von Martin Mayr, München.

Den Höhepunkt der Zilcherwoche bedeutete wohl der 27. Juni mit seiner „Liebesmesse", einem dreistündigen Oratorium nach der Dichtung Will Vespers[1]). Ohne Zweifel bestätigte der Glanz dieses Abends Zilchers Ruf eines bedeutenden Musikers. Seine tönende Kunst hat ein modernes Gesicht, in Partitur- und Instrumentierungskünsten geschultes Hirn, ein stark empfindendes Herz und gesunde Backen. Auf der Basis einer Harmonik und Instrumentierung, welche die entwickelungsfähigen Neuerungen seit Wagner nicht verschmäht, baut er ein Werk auf, in dessen markigen, oft massigen Knochen die Oekonomie und das Ebenmaß beschränkender Meisterschaft spielt. Besonders warm und froh grüßt und lacht uns daraus das verstoßene musikalische Stiefkind des 20. Jahrhunderts an, die Melodie.

Die größte Stärke der „Liebesmesse"-Musik liegt in den Chören. Das brünstige, in seiner verzweifelnden, anschwellenden Dramatik packende Gebet der Väter und Mütter, der peitschende, stürmische Abenteuerhunger der Knaben, die trunkenen Harmonien des strahlenden Sonnenhymnus, der breitkuppelige Chor der zelotischen Juden, vor allem das hellenisch schlanke, ätherblaue Soloquartett der Griechen sind die Riesenquadern auf welchen die übrigen Einzelheiten ruhen. Das ästhetische Gewichtsverhältnis zwischen diesen Säulen und dem Architrav ist dabei nicht immer gewahrt. Einzelne lyrische Momente sind ja von glühender Schönheit. Das Wiegenlied der Jungfrauen, das Schlaflied der Mütter umfließt pures Gold von Melodie und ein wahrer Elfenzauber der Instrumentierung.

Am Halse dieser musikalischen Kunst hängt aber ein Mühlstein, der das Herz des Hörers am Fluge zu packendem Genießen mehr als einmal hemmt, die Dichtung Will Vespers.

Die Dichtung ist nicht immer glücklich, geradesowenig wie ihr Name. Der Titel „Liebesmesse" ist eine neue Nummer zum abgeschmackten Kapitel der profanierenden Anleihen moderner Literatur aus den herrlichsten katholischen Ideen und liturgischen Reichtümern, wo eigener Mattigkeit ein fremdes Glänzchen aufgeputzt werden soll. Will Vesper, der konfessionelle Unterschiede nicht kennt und den römischen Ritus der Messe nicht etwa in einen Gegensatz zu etwas anderem bringen will, wie Brahms im „deutschen Requiem", hätte sein Werkchen das alle Spielarten der Liebe, angefangen von alltäglichen beziehungsweise allnächtlichen triebhaften Nöten bis zur allgemeinen Menschheitsliebe skizziert, geradeso Eros oder ähnlich taufen können.

Der religiöse Kern steckt im zweiten, „Gott" betitelten Teil des Werks. Der Gott, der hier besungen werden will, muß sich erst eine Tortur auf dem Prokrustesbett des Vesperschen Gottesbegriffes gefallen lassen. Diese vier Buchstaben „Gott" stellten sich bei Vesper geradeso wie das Wort „Messe" just da ein, wo die Begriffe fehlten. Einen bestimmten, persönlichen Gott kennt er nicht. Die Sätze klingen wie ein Leitfaden der Lehre von der „pantheistischen Immanenz". Evolutionistische Uebungen in Versen. Manchmal arg Ungereimtes in Reimen.

Den breiteren Raum dieser Gotteslehre nimmt eine religionsgeschichtliche Weltschau ein; Molochpriester, „anderer" bluthungriger Priester, engherzig kreischende Juden, rachsüchtige, wutschnaubende, kannibalische Götter. Ein Chor von Protestanten unter Posaunenklängen begrüßt das „Morgenrot der Ewigkeit" mit einem artigen Kompliment an den heiligen Geist:

„Des heiligen Geistes wahre Art
Ist uns aufs neue offenbart.
Er wohnt bei uns, durchdringt uns ganz
Wir sind das Glas, er ist der Glanz."

Vespers Gott stellt sich übrigens in dithyrambischen Reimen vor als Sonne. Die erscheint den „ersten Menschen" in der Finsternis, wo vier Pferde: Hunger, Krieg, Pest und Tod alles zerstampfen. „Gott geht auf und segnet uns". Hier steigert sich die Doppelzüngigkeit der Sonne Vespers, die nach ägyptisch-mythologischem Muster bald als Weltkörper, bald als Schöpfergeist auftritt und scheint, zur Unerträglichkeit. Der Chor der ersten Menschen schildert das urweltliche Chaos in folgender Resignation:

„Hilflos ist alles und ohne Sinn."

Wirklich!

Dieser Theologie der „Liebesmesse" entsprechen auch ihre eschatologischen Studien, ihre Prophezeihungen vom letzten Glück der Menschheit.

Ein Seher, der seine Mission sehr originell auffaßt:

„Ich rede von künftigen Dingen
Nur dunkel, drum schweige mein Mund."

rät seinen deprimierten andächtigen Zuhörern, nicht traurig zu sein, wie er es anfangs war, wenn die Götter einst vergehen, sondern an den unsterblichen Gott, an die Liebe zu glauben, die Liebe selbst zu verinnerlichen. Die wird dann die Menschheit ewig trösten, wenn sie, auf künftigen Lohn verzichtend, werktätig von Mensch zu Mensch fließen wird. Der Dichter Vesper, der alle Schwierigkeit seines Seheramtes wie der Seher großartig bei Seite schiebt, läßt sich im dritten Teil des Werkes von einem deus ex machina die Unfehlbarkeit seiner Prophezeihungen sichern und ihre prompte Erfüllung besorgen. Dieser deus ist diesmal ein Mensch, sind die „Arbeiter", „die Geknechteten".

Die inszenieren zwar vorerst ein regelrechtes Revolutiönchen mit allen Aspirationen des Kommunismus. Aber von diesen Spartakisten kann unser böses München lernen. Eine „Stimme" ruft halt! und belehrt die unter Trommeln, Glockenläuten, Böllerschüssen und Marseillaise-Klängen schwadronierende Menge:

„Dein Heil ruht in des Ganzen Heil!
Dein Glück steht fest im Glück der Welt."

Die Bekehrung vollzieht sich fix und prompt, rasch wie ein Kulissenwechsel. Die Bauherren und die Arbeiter tragen in friedlich-feierlicher Harmonie „die Steine zusammen", bis die gerührten Frauen konstatieren können:

„Die Liebe hat das Haus gebaut,
Die Liebe hat hindurchgeschaut."

Man hat allen Ernstes dem Dichter und Komponisten ihre seherischen Qualitäten laut nachgepriesen, welche im Jahre 1913, der Geburtsstunde der „Liebesmesse", die Revolution so plastisch vorhergeschaut und geschildert haben. Diese Lobredner übersehen vor lauter Begeisterung, daß die Lösung der sozialen Konflikte durch diese Liebe ein Märchen ist und offenbar um des Buchtitels willen erfunden wurde. Angesichts der blutigen, haßroten Wirklichkeit brennt sich die Weisheit Vespers wie Hohn in unser Empfinden. Die Sozialphilosophie und Ethik Vespers ist Utopie wie seine Theologie; an ihr kann die Menschheit nie gesunden, wenn sie auch in Zilchers schillernden Tongewand um Gunst und Gegenliebe buhlt.

Die pazifistische Idee der Dichtung und ihr irenischer Zug ist Täuschung oder wenigstens Selbstbetrug. Ein prophetischer Dichter und Musiker, der mit der rechten Hand den Gottesglauben aushöhlt, ihn zu nichtssagenden spinozistischen Spekulationen verdünnt und damit das Gewissen, den Glauben an Verantwortung in der Ewigkeit, diese Basis aller Heilighaltung des Dekalogs, des Einzeln- und Völkerlebens, des Eigentums, des persönlichen Eides, der Treue der Nationen tötet, kann nie mit der linken „die Liebe" bringen! Diese pantheistisch-monistische Kultur, die hier wieder Dichter und Sänger fand, ist verantwortlich für den Zusammenbruch Europas, für den unsterblichen Haß und den katastrophalen Egoismus der sozialen Parteien.

Wenn wenigstens eine immer edle, schöne Form die inneren Schwächen verdeckte und den Leser entschädigte! Manchmal sinkt auch diese tief herab, daß die Gedanken schier den erdigen Boden streifen und die Verse an Wilhelm Busch's gemütliche, unschädliche Ofenbeschaulichkeit erinnern:

„Gottes Welt ist groß und rund,
Und der Sturm weht uns gesund."

. . . .

„Du bist schon da, du klopfst am Tor,
Und lockst der keuschen Bräute Chor."

. . . .

„Von Liebesglück wir brennen sehr
Nach dir und deiner Lieb Begehr."

Das Schönste des Textes sind die drei Vorsprüche zu den drei Hauptteilen. Diese aber stammen nicht von Will Vesper, sondern aus dem Griffel und der Seele Sankt Pauli. Durch sie allein wäre dessen erster Korintherbrief unsterblich geworden, dieses wirkliche hohe Lied der Liebe: „Wenn ich mit Engelzungen redete . . . hätte aber die Liebe nicht . . ." diese erhabene Stelle aller Weltliteratur kann sich ihre völlig mißverstandene Verdingung an ihre phantastische Schwester in Vespers Buch immer noch gefallen lassen, weil tatsächlich jeder innere Zusamenhang zwischen Motto und Dichtung fehlt.

Auf jeden Fall hat Will Vespers bisher wenig beachtete Liebesmesse durch Zilchers bedeutende Vertonung wirksame Reklame gefunden.

[1]) Vgl. auch „A. R." Nr. 27, S. 385.

Bühnen- und Musikrundschau.

Neues Theater. Als Uraufführung wurde „Wirtschaft, Horatio", eine Satire von Paul Nikolaus gegeben. Der Schilderung der verderbten Beamtenwelt Rußlands verdanken wir Gogols Meisterlustspiel „Der Revisor". Es wäre an und für sich nicht künstlerisch unergiebig, diesen Stoff aus der Zeit Nikolaus I. auch einmal in den letzten Zeiten Nikolaus II. zu behandeln, allein Weltkrieg und gährende Umwälzung bleiben ganz äußerliche Momente und wir erleben nichts, als eine unwahrscheinliche Häufung von Bestechungen, Unterschlagungen und Diebstählen ausgeführt von verbrecherischen Beamten und liederlichen Weibern. Da alle so schwer belastet sind, müssen sie sich gegenseitig durch die Finger sehen. Das wird alles ohne sonderlichen Humor oder sittliche Entrüstung uns vorgeführt, Spannung oder sonstiger Theaterchik sind gerade nicht belangreich und die Darstellung konnte auch nicht die mittleren Eindrücke verstärken. Der Beifall war ziemlich kräftig, doch vermochte er nicht, einen der literarischen Tat hinreichend verdächtigen verdienten Schriftleiter aus der

Pseudonymität herauszulocken. Die folgenden Tänze boten den wertvolleren Teil des Abends. Die sehr anmutigen Leistungen Clara Bauroffs und die technisch noch reiferen der Jutta von Collande, die das Kammerorchester Paul Müller-Melborns mit Geschmack unterstützte, fußen auf den Reformbestrebungen, die von Isidora Duncan eingeleitet wurden. Sie schöpfen ihre glücklichsten Anregungen aus der Vasenkunst der Antike. Daß es neben sehr glücklichen Momenten auch manche gewaltsame musikalische Ausdeutung, selbst hin und wieder leere Stellen gibt, wird man heute, da man diese Bewegung ruhiger betrachtet, nicht übersehen können. — Als einst Talma, der berühmte französische Schauspieler, in seinen großen tragischen Rollen die Arme ohne Trikots zeigte, so empfanden die Zeitgenossen dies geradezu als eine Revolutionirung der Sitten, wir haben uns mittlerweile selbst an die Barfüßerei so ziemlich gewöhnt, allein gewisse Grenzen müssen immerhin bleiben, wenn wir z. B. das „Kostüm“ sehen in dem uns heute ein „Hermes“ vorgetanzt wurde, so läßt sich allerdings nicht sagen, welches Stoffrestchen noch entbehrt werden könnte. Die englischen Tanzmädchen, die seiner Zeit Max Reinhardt in unserem Künstlertheater zur Schau stellte und damit in vielen ernsthaften Kreisen lebhafteste Bedenken erregte, sind dagegen immerhin noch etwas angezogen gewesen. Wir können in dieser Entwicklung nach wie vor kein erfreuliches Zeichen sehen. Gerade weil es keine polizeiliche Bevormundung mehr gibt muß sich das Verantwortungsgefühl der Künstlerschaft verschärfen.

Schauspielhaus. Während Hermine Körner in ihren Glanzrollen in Dresden Triumphe feierte, ließ sie auf ihrer hiesigen Bühne tagtäglich den üblen Inhalt der Wedekindschen Pandorabüchse ausschütten; nun beginnt die Zurückgekehrte einige der Rollen zu spielen, mit denen sie in den Sommern 1917 und 1918 in München sich künstlerischen Ruf gewann, aber immer noch wird im größten Teil der Woche die Sensation des einst verbotenen Stückes ausgenützt und die Hoffnungen, die man gerade auf die darstellerische Begabung der neuen Bühnenleiterin setzte, erfüllen sich noch nicht.

Kammerspiele. Ida Roland hat ihr im Frühjahr begonnenes Gastspiel nach einer längeren Pause wieder aufgenommen. Sie gibt wiederum die Heldin in Artzibaschews Drama „Eifersucht“, das durch ihr virtuoses Spiel stärker wirkt, als es seiner literarischen Bedeutung zukäme. Die Aufnahme des Gastes ist wieder sehr herzlich.

Verschiedenes aus aller Welt. Die Oper in Cassel veranstaltete zum ersten Male Festspiele, die trotz der Ungunst der Zeiten unter Mitwirkung bedeutender Gäste sehr günstig verliefen. Man gab Tristan, Meistersinger, Fidelio, Rosenkavalier. — Ein modernes Musikfest in Gera bot die Uraufführung einer Symphonie des Münchener Komponisten Thomassin, die nach Berichten von überwältigender Wirkung war; auch drei Kammerstücke F. v. Hößlins fanden ihre erfolgreiche Uraufführung. Dem Liederkomponisten Smigalski wird Zukunft vorausgesagt. Reger, Pfitzner, Klose, Kleemann, Braunfels und Schönberger bot noch das reichhaltige Programm. — In Frankfurt a. M. hatte die deutsche Uraufführung von Shaws „großer Katharina“ großen Erfolg. Eine Groteske der von manchen Seiten Perspektiven als allgemein menschliche zugebilligt werden; vieles kann immerhin abstoßen. — „Kleinselige Zeiten oder in Duodezien“, ein Schwank von H. Eulenberg zeigte sich in Düsseldorf als eine ziemliche witzarme Serenissimusverspottung von einseitigster Karikatur. — Gottfried Kellers 100. Geburtstag wird am 19. Juli in der ganzen Schweiz durch Festvorträge, Universitäts- und Schulfeiern und dergl. begangen. Einen Bühnenversuch mit Kellers einziger Theaterdichtung „Therese“ wurde unlängst respektsvoll aufgenommen. — Die in Budapest uraufgeführte Oper „Marika“ von Mich. Krauß entbehrt nach Berichten des eigenen Profils und steht unter Einflüssen verschiedenster musikalischer Richtungen. — In Paris erinnert man sich Mozarts, in Mailand Beethovens; hieraus Schlüsse irgendwelcher Art zu ziehen, wie dies da und dort bei uns geschieht, wäre voreilig. — „Summa summarum“, ein Drama, von H. Kessen fesselte in Mannheim: das Stück ist 1917 geschrieben und nimmt Ereignisse von 1918 vorweg; es ist ein politisches Zeitstück, das einen alten Diplomaten, der in seinen Anschauungen erstarrt ist, gegen einen idealistischen Politiker der neuen Zeit ausspielt. — Politische Töne schlägt auch das Drama „die Wupper“ von Else Lasker-Schüler an, das in Berlin trotz anfänglichen Widerspruches Erfolg hatte. Konflikte zwischen Proletariern und dem Bürgertum werden in einer phantastischen Beleuchtung gezeigt; es mutet einem, nach Berichten gelegentlich an, als seien Hauptmanns „Weber“ romantisch geworden. L. G. Oberlaender, München.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Auslandskäufe in deutschen Rentenwerten — Entente-Geschäftsanbahnung mit Deutschland — Wirtschaftsverkehr — Nun Schluß mit den Streiks.

Es hat den begründeten Anschein, als ob seit der Versailler Friedensvertragsunterzeichnung der überwiegend grösste Teil des deutschen Volkes das begreifliche Bestreben hat, durch werktätige Arbeitsleistung unser schwer geprüftes Vaterland aus dem Chaos der Summe des Elends herauszuziehen. Namentlich die Wirtschaftschronik der jüngsten Wochen bestätigt solches Vorhaben, dem nicht zu unterschätzende Schwierigkeiten wohl noch auf lange Zeit hinaus entgegenstehen werden. Die allseitige Mahnung und Forderung der unbedingten Unterordnung jedes Einzelnen unter den Staat und seine Bedürfnisse gilt mehr als bei anderen Faktoren naturgemäss vor allem in der Wirtschaftspolitik. Aus den Auslassungen der neutralen Finanzpresse können wir unter Berücksichtigung dieser Devise überwiegend günstige Zukunftsaussichten für unser heimisches Wirtschaftsleben entnehmen. Eine Bekräftigung solcher Auslandsanschauungen ergibt sich in der bemerkenswerten Wahrnehmung, dass trotz der unverblümten Bekanntgabe von Einzelheiten der trostlosen Finanzlage der deutschen Eisenbahnen und der einzelnen Bundesstaaten — Finanzminister Speck kündigte bei der Beratung des neuen Lehrergesetzes an, dass Bayern am Ende dieses Jahres eine schwebende Schuld von 800 Millionen Mark ausweisen dürfte — umfangreiche Käufe seitens des Auslandes in den deutschen Renten an unseren Börsen registriert werden. Dadurch und vermehrt durch die grosse Geldflüssigkeit zum Julikuponstermin ist eine ruckweise Kurserhöhung auf diesem Gebiet, vor allem der Kriegsanleihen erfolgt, welch letztere die seit langem nicht aufgewiesene Notiz von über 80% erzielte. Solch erfreuliche Interessenannahme an den deutschen Fonds wurde gefördert durch die nunmehr verlautbarte gross angelegte Stützungsaktion der deutschen Bankinstitute unter Leitung der Reichsbank, sowie auf die Meldung der bevorstehenden offiziellen Wiedernotierung der festverzinslichen Werte und auf die Bestätigung, dass, wenn auch in gewissen Grenzen, bei den Vermögensabgaben Kriegsanleihe mit in Zahlung genommen werden.

Dass „allzuscharf kantig macht“ und dass unsere Finanz- und Wirtschaftskreise recht behielten, wenn die berüchtigte „Knock-outh-Politik“ der Entente sich nicht auf dem internationalen Handelsverkehr behaupten kann, bekräftigen die jetzt schon bekannt werdenden Hinweise auf die Bestrebungen der seither feindlich gesinnten Länder, mit uns, wenn auch widerwillig, Geschäftsbeziehungen neu aufzunehmen. Abgesehen von der Tatsache der durch die politischen Ereignisse und namentlich aus Folgen der Friedensbedingungen erzwungenen Geschäftsablehnung der elsass-lothringischen Geschäftskunden und Abwanderung derselben an französische Grossfirmen — damit wurde bei uns ja gerechnet — zeigt sich überall eine gegenseitige Fühlungnahme und Anbahnung der früheren wertvollen direkten Geschäftsbeziehungen. Die englische Regierung gestattet die Wiedereröffnung der in England befindlichen Filialhäuser von deutschen Firmen und deren ungehinderten Privattelegramm- und sonstigen Geschäftsverkehr derselben mit diesen britischen Niederlassungen. Nachdem England und Frankreich den Handel im besetzten Gebiet Deutschlands überwiegend an sich ziehen, versucht Amerika mit allen Kräften eine möglichst rasche Herbeiführung von Handelsbeziehungen zu Deutschland zu erreichen. Das Neuyorker Handelsamt errichtet verschiedene europäische Vertretungen zwecks Förderung des Austausches amerikanischer Erzeugnisse gegen europäische Ausfuhr und bereitet die Entsendung von Handelskonsulen nach Deutschland vor. Sogar das in seiner Rachsucht so sehr betörte Frankreich geht an die Anbahnung der Handelsbeziehungen zu Deutschland, allerdings mit der charakteristischen Einschränkung, dass zu dem Zwecke der Verhinderung eines übergrossen Eindringens unserer Erzeugnisse in Mainz eine Handelsstelle errichtet wird mit der Aufgabe, solche Einfuhr auf das Mindeste zu beschränken, unbeschadet einer möglichst grossen Exportbetätigung Frankreichs nach Deutschland. Ueberall zeigt sich die alte Tatsache, dass der internationale Handel keine politischen Grenzen auf die Dauer einzuhalten vermag. „Handelsschaft kennt keine Freundschaft“, aber auch auf die Dauer keine ewige Fehde! Wir werden in Bälde auch die Wiederaufnahme der finanziellen Beziehungen des Auslandes zu uns wahrnehmen können. Auslandskredit ist uns ja dringend vonnöten, und dieser wird nicht ausbleiben, wenn es uns gelingt, den heimischen Hauptfeind zu bannen. Und das ist die spartakistische Gefahr und die Summe von jenen Arbeitsunruhen und Streiks, welche unser geprüftes Vaterland immer noch durchzucken. Schon die geringste Störung in der jetzigen, ohnehin viel zu geringen Kohlenförderung würde eine Wirtschaftskatastrophe bedeuten, um so mehr, als heute schon die Winterversorgung angesichts der vorhandenen geringen Reserven ausserordentlich erschwert ist.

München. M. Weber.

Schluß des redaktionellen Teiles.

„Hohenzollern" Versicherungs-Aktiengesellschaft, Berlin. Die trotz der ungünstigen Zeitverhältnisse aufsteigende Entwicklung der Gesellschaft zeigt sich vorteilhaft auch im Rechenschaftsabschluß 1918 (5. Geschäftsjahr), der nunmehr vorliegt. Die Bruttobeträge betragen ℳ 3,770,201 64 gegenüber ℳ 2,233,598.28 im Vorjahre, mithin mehr ℳ 1,536,603.41. Die Garantiemittel beziffern sich Ende 1918 auf ℳ 6,086,259.43 gegenüber ℳ 5,846,603.—, konnten mithin um ℳ 239,656.43 verstärkt werden. Als Geschäftsgewinn werden ℳ 87,090 01 ausgewiesen.

„Vaterland" Rückversicherungs-Aktiengesellschaft, Berlin. Die Entwicklung der Gesellschaft ist eine recht gute. Die Bruttobeträge betrugen im Jahre 1918 (3. Geschäftsjahr) ℳ 8,057,345 28 gegenüber ℳ 4,805,020.— im Vorjahre, mithin mehr ℳ 3,252,325.28. Der günstige Geschäftsverlauf gestattete es, die Garantiemittel der Gesellschaft von ℳ 5,605,823.— im Jahre 1917 auf ℳ 5,982,629.89, also um ℳ 377,806.89 zu erhöhen. Der ausgewiesene Gewinn beträgt ℳ 71,851.78.

„Adler" Transport- und Rückversicherungs-Aktiengesellschaft, Berlin. Die Gesellschaft tritt nunmehr mit ihrem ersten Rechenschaftsbericht an die Oeffentlichkeit. Er zeigt ein recht gutes Ergebnis. Als besonders vorteilhaft hat sich die Interessengemeinschaft mit den Gesellschaften „Hohenzollern" und „Vaterland" erwiesen, sodaß eine Prämieneinnahme von ℳ 2,115,970.41 und ein Reingewinn von ℳ 81,911.87 erzielt werden konnten, der die Verteilung einer Dividende von 5½% gestattet. Die Garantiemittel der Gesellschaft stellen sich Ende 1918 auf ℳ 2,937,664.07.

Unter allen Revuen gleicher Richtung weist die Allgemeine Rundschau die höchste Abonnentenzahl auf.

Die „A. R." das Anzeigenorgan des Buchhandels.

Für die Redaktion verantwortlich: i. V. Dr. Jos. Kausen, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München. Galeriestraße 35a, Gh.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich M. 4.50.

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 29. München, 19. Juli 1919. XVI. Jahrgang.

Der verlorene Krieg.

Von Generalleutnant z. D. Frhr. von Steinaecker, Boppard.

Als Rußland und Rumänien unter unsren Schlägen zusammengebrochen waren, da war man bei uns allgemein der Ansicht, daß nun auch der Krieg gegen Frankreich und England gewonnen sei, daß der Sieg uns militärisch nicht mehr zu entreißen sein werde. Man sagte sich: nun haben wir die Ostfront ganz frei, nichts hindert unsere Oberste Heeresleitung jetzt daran, die Mehrzahl der Divisionen, die bisher im Osten gekämpft haben, nach dem Westen zu werfen und dort aus der Verteidigung zum Angriff und zwar zum entscheidenden Angriff überzugehen und den Feinden hier dasselbe Los zu bereiten wie denen im Osten. Die bange Sorge, daß es so kommen werde, spiegelte sich in den Zeitungen unserer Gegner wieder. Und doch ist es ganz anders gekommen. Wir sind allerdings zum Angriff tatsächlich am 21. März 1918 übergegangen, allein nach erfolgreichem Beginn desselben sahen wir uns bald vor einem übermächtigen Gegner zum Stehen gebracht, der im Juli seinerseits zur Offensive überging und uns immer weiter und immer schneller zurückdrängte. Die militärische Lage gestaltete sich so verzweifelt, daß wir auf Anregung der Obersten Heeresleitung Anfang Oktober gezwungen waren, um Einstellung der Feindseligkeiten zu bitten. Der Krieg war unwiederbringlich verloren.

Um die militärischen Gründe richtig einzuschätzen, die zu dieser Katastrophe geführt haben, müssen wir zum Teil auf den Anfang des Krieges zurückgehen — die Ursachen des inneren Zusammenbruchs der Armee brauchen, als genügend bekannt, hier nicht mehr hervorgehoben zu werden.

Wenn man den Gesamtverlauf des nun beendigten Krieges übersieht, so darf man wohl sagen: die Schlacht an der Marne in der ersten Septemberwoche 1914 trug schon gewissermaßen die Entscheidung für den ganzen Krieg in sich. Der Plan der deutschen Heeresleitung war seinem Wesen nach der, zwischen zwei Feinden stehend, mit einem gewaltigen Schlage möglichst schnell den nächsten als den gefährlichsten, und das war der im Westen, so zu zerschlagen, daß er für längere Zeit in die Verteidigung geworfen war; diese Zeit dann zu benützen, überlegene Kräfte mit der Bahn nach Osten zu verschieben, um dem dortigen Gegner, den bis dahin Oesterreich-Ungarn in Schach halten sollte, dann das nämliche Los zu bereiten. Dieser Plan wurde durch die Führung geradezu glänzend ins Werk gesetzt, das ganze Unternehmen war in jeder Beziehung vorzüglich vorbereitet, eine an Zahl überlegene Armee konnte auf den Feind angesetzt werden. Alles schien vorzüglich zu gehen; wir erinnern uns alle noch, wie die sieben deutschen Armeen die Gegner wie mit eisernem Besen von den Grenzen wegfegten. Da kam die Schlacht an der Marne vom 5. bis 9. September. Schon schien auch sie gewonnen, da befahl die Oberste Heeresleitung das Abbrechen der Kampfhandlung und den Rückzug auf die Aisne. Wuchsen sich die in der Schlacht tatsächlich schon errungenen Erfolge zu einem vollen Sieg aus, wurde die französisch-englische Armee gründlich geschlagen, so war deren Angriffskraft zweifellos auf so lange Zeit hinaus lahm gelegt, daß der zweite Akt der Tragödie, Besiegung der Russen, unter günstigsten Bedingungen, begonnen werden konnte. Das war mißlungen. Der ganze Feldzugsplan wurde mit einem Schlage umgeworfen. Alle Vorbereitungen bei uns waren auf einen kurzen Kriegsverlauf zugeschnitten. Einer, der es wissen konnte, versicherte mir im November 1914, mit einer Kriegsdauer von allerhöchstens 1½ Jahren habe das Kriegsministerium bei den Friedensvorbereitungen zur Erfüllung seiner Aufgabe, Erhaltung der Schlagfertigkeit des Heeres, gerechnet.

Nach der Marneschlacht hatte sich die Armee an der Westfront unausgesetzter, immer heftiger und stärker werdender Angriffe zu erwehren — sie konnte sich nur unwesentlich schwächen. Anstatt, daß die Hauptkräfte von der Westfront nach der Ostfront herübergeworfen werden konnten, waren dazu nur bescheidene Teile verfügbar. Es mußten daher zur Aushilfe ganz gewaltige unvorhergesehene große Neuformationen aufgestellt werden; die ganze Ergänzung des Heeres wurde mit einem Schlage ungemein erschwert. Vor allem auch hatte der Ausgang der Marneschlacht das Ergebnis, daß unsere Feinde an der Westfront neuen Mut faßten und vor allen Dingen Zeit gewannen, da sie auf uns die Verteidigung geworfen hatten, neue überlegene Kräfte an Personal und Material zu sammeln. England konnte seine Kolonialtruppen noch zeitig auf den Kriegsschauplatz werfen.

Die Oberste deutsche Heeresleitung entschloß sich, nachdem ihr erster Plan mißlungen, zunächst die Rollen zu vertauschen zwischen Ost und West; hier einen Schild aufzurichten, unter deren Schutz sie nun gegen den Gegner im Osten eine endgültige Entscheidung zu erkämpfen versuchte. Sie hoffte, wenn dies gelänge, den östlichen Gegner zu einem Sonderfrieden zu bewegen und dadurch in die Lage zu kommen, dann alle Kräfte gegen den Feind im Westen zu vereinigen.

Es wird nun zunächst die Frage zu beantworten sein: warum gelang es an der Marne nicht, die Schlacht, die glücklich begonnen, glücklich durchzuführen. Die Antwort lautet: dadurch, daß die drei deutschen linken Flügelarmeen, die 5., 6. und 7. nicht in ihr mitwirken konnten, da sie vor den Grenzfestungen zum Halten gekommen waren, da ferner Korps zum Schutz gegen die Belgier in Antwerpen hatten abgezweigt werden müssen. Da auch schon Truppen nach dem Osten in Folge der dort mittlerweile eingetretenen gespannten Lage abgegeben worden waren, war man in die Minderzahl dem Feinde gegenüber ganz erheblich geraten. Frankreich hingegen hatte seine italienische Grenze auf den Bericht seines Botschafters aus Rom, daß von Italien nichts zu befürchten, vielmehr alles zu hoffen sei, von Besatzungen entblößt; zahlreiche Kolonialtruppen waren anfangs September in den Mittelmeerhäfen eingetroffen, und dann war doch eine englische Armee, stärker und vielleicht auch zeitiger, wie man geglaubt, auf dem Festland erschienen. Der deutsche Feldzugsplan hatte nicht damit gerechnet. Kein Mensch hatte in Berlin an eine sofortige Teilnahme Englands am Kriege geglaubt, die allgemeine Ansicht — die ja sehr viel für sich hatte — war die, England werde mobil machen, aber zunächst die Gegner sich schwächen lassen und dann als der dritte Lachende sich melden. Man erinnert sich der Enttäuschung, die über die englische Kriegserklärung in der Unterredung des Reichskanzers Bethmann mit dem englischen Gesandten Goschen bei dessen Abberufung zutage trat.

Man hatte den Wert der Familienbeziehungen mit dem englischen Herrscherhause zu hoch eingeschätzt, auch übersehen, daß keine günstigere Gelegenheit mehr für England kommen konnte, den unbequemen Mitbewerber auf dem Weltmarkt zu vernichten. Man redete einem immer vor dem Kriege in Berlin vor, England sei ein viel zu guter Kaufmann, als daß es mit seinem besten Kunden Krieg führen würde. Ich hatte Gelegenheit aus dem Munde des Prinzen Heinrich, der Chef meines Regiments war seiner Zeit, den Ausspruch zu hören, „alles ist möglich, nur kein Krieg zwischen dem deutschen Reich und Eng-

land, das gibt's niemals!" Daher befand sich die Oberste Heeresleitung im entscheidendsten Augenblick des Krieges vor einer zum Teil veränderten Lage. Ich möchte aber ferner noch zum Kapitel Marneschlacht, die in Frankreich nachträglich fälschlich zu einem großen Sieg Joffres umgedeutet worden ist, bemerken, daß ein weiterer Umstand zu dem — den Truppen zunächst unverständlichen — Befehl zurückzugehen beigetragen hat, nämlich der allen Teilnehmern an der Schlacht bekannte Umstand, daß die Versorgung mit Artilleriemunition bei ihrem Beginn völlig unzulänglich war. Ich habe selbst einen Divisionskommandeur gesprochen, der mir sagte: Sie können sich meinen Zustand denken, als ich ins Feuer kam hatte ich durchschnittlich noch 5 Schuß für das Geschütz.

Eine neue Aussicht auf einen entscheidenden Sieg an der Westfront schien sich nach dem Niederbruch der russischen Macht im Herbst bzw. Winter 1915/16 zu bieten. Die russische Offensive wurde eingestellt — zur großen Befriedigung der Engländer. Die „Times" sprach es aus, daß die Befürchtung doch sehr gerechtfertigt gewesen sei, daß die Deutschen sich 1916 der eingefrorenen russischen Flotte in Kronstadt und auch Petersburgs sich bemächtigt hätten, das wäre das Signal zum Abspringen Rußlands vom Londoner Vertrag vom 2. 9. 1914 gewesen.

Die Offensive wurde gegen die Westfront, und zwar gegen Verdun, mit der Absicht unternommen, hier die Front zu durchbrechen und dann die gegnerische Stellung aufzurollen. Das Scheitern des Versuches wollen unsere Feinde vorausgesehen haben, sie nannten in ihren Zeitungen den Chef des Generalstabes General von Falkenhayn, der den Angriff auf Verdun vorbereitet hatte, schadenfroh den für Deutschland „unheilvollsten Mann." Da, wie Kenner behaupten, der Angriff auf Verdun nicht genügend vorbereitet gewesen ist, ist er so langsam vorgeschritten, daß die Engländer und Franzosen Zeit gewannen, eine große, wie wir wissen, mit Erfolg gekrönte Entlastungsoffensive an der Somme zu unternehmen. Man war wieder auf die Verteidigung im Westen zurückgeworfen. Das Hindenburgprogramm wurde ausgeführt, schon allein aus der Empfindung heraus, daß nur dann den sich im Jahre 1917 zweifellos erneuernden Angriffen standgehalten werden könne. Der Herbst brachte im Osten die Waffenruhe. Es wurden sofort starke Truppen von dem Osten nach dem Westen verschoben. Alles, Freund und Feind, erwartete mit dem Frühjahr 1918 die entscheidende deutsche Offensive. Sie schien auch einen guten Ausgang zu versprechen, da nach allgemeiner Ansicht, die in vielen amtlichen Äußerungen Stütze fand, niemals soviel Amerikaner herübergeschafft werden könnten, daß sie den Ausfall der Russen für die Entente hätten ausgleichen können. Die große Offensive begann am 21. März tatsächlich mit einem glänzenden Auftakt, der siegreichen „großen Schlacht" zwischen St. Quentin und La Fère. Wie jedoch die sehr bald eintretende Pause in der Angriffsbewegung klar erkennen ließ, waren die Kräfte nicht hinreichend, den geplanten Angriff bis zur Erschöpfung des Gegners durchzuführen, ihn in Atem zu halten. Der ersten folgten noch mehrere Pausen in der nacheinander an verschiedenen Stellen ansetzenden Angriffshandlung. Diese gaben dem Gegner immer wieder Gelegenheit sich zu erholen und immer mehr Truppen zum Gegenstoß gegen einen Gegner zu versammeln, der, wie man bemerken konnte, im Begriff war sich tot zu siegen. Es fehlte an Ersatz. Wie war das aber möglich? Die Erklärung liegt darin, daß die Oberste Heeresleitung nicht glaubte den Osten ganz an kampfkräftigen Divisionen entblößen zu können, aus politischen Gründen und mit Rücksicht auf die militärischen Leistungen der Bundesgenossen. Ueber eine Million Streiter sind im Osten dem Entscheidungskampf im Westen fern gehalten worden. Wie General Ludendorff selbst erklärt hat, — so stand es wenigstens in den Zeitungen — hatte er nach der Lossagung Bulgariens Ende September keine Reserven mehr hinter der Westfront. Auf unserer Seite also fortwährende Abnahme, beim Gegner fortwährende Zunahme der Kräfte. Da der U-Bootkrieg nicht seinen Zweck erreicht hatte, mußte es bergab gehen. Im übrigen bin ich überzeugt, daß wenn man den Osten hätte sein lassen und das letzte Gewehr und das letzte Geschütz von dort nach der Westfront gezogen hätte, man vielleicht auch dann nicht die Offensive glatt hätte durchführen können, wohl aber hätten die deutschen Heere, und das ist die Meinung vieler, die bei der Armee waren, noch die Linie Antwerpen—Lüttich—Metz mit Erfolg halten können, allerdings wenn nicht die „glorreiche Revolution" auch hierdurch einen Strich gemacht hätte. So ging der Krieg im Westen und damit der ganze Krieg, der so herrlich und glückverheißend hier begonnen hatte, so elend hier verloren.

Deutschlands Hoffnung.

Von Dr. Leo Schwering, Köln.

In seinen vierzehn Reden an die deutsche Nation, die Fichte in ereignisschwerer Zeit gehalten hat, wendet er sich in der letzten in der ihm eigenen eindringlichen Beredsamkeit zuerst und vornehmlich an die deutsche Jugend. Von ihr, der frischen Trägerin aller Ideale, erregbarer als die Aelteren für das Gute und Tüchtige, müsse die große Wandlung ausgehen, die aus Nacht zum Licht hinausführe. In der jugendlichen Einbildungskraft, in ihrem Feuer für den Glauben an etwas Besseres, an eine idealere Welt- und Menschheitsordnung liege ein Schatz, aus dem der Gesamtheit immer neue Kräfte zuströmen würden! Auch Deutschland schaut heute mit ähnlichen Empfindungen auf seine Jugend, es vertraut bestimmt, daß, wie des Berliner Philosophen feste Zuversicht auf sie nicht getrogen habe, so auch die deutsche Jugend der Gegenwart und der nächsten Zukunft den frischen Keim in sich berge, aus dem unser Volk zu neuer Größe, Bedeutung und Kulturkraft emporblühen werde. Freilich, schon hören wir die Unkenrufe der Pessimisten, die uns versichern, daß die deutsche Jugend keineswegs mehr hoffnungserweckend sei, daß die Klagen über ihre Verrohung, ihren Mangel an Erziehung, ihre Unbotmäßigkeit die Jugendbildner schon längst mit ernster Sorge erfüllten. Niemand wird leugnen, daß in dem allgemeinen Unglück, das die Nation als solche betroffen, auch unsere Jugend hart mitgenommen sei. Vergessen wir nicht, daß die Kriegserscheinungen auch bei ihr materiell und geistig Spuren hinterlassen mußten, die in der Tat recht ungünstig gewirkt haben. Doch mit dem Verschwinden dieser Ursachen werden auch die ungünstigen Folgen weichen und die eindrucksfähige jugendliche Psyche wird bei richtiger Behandlung über den neuen edleren Eindrücken einer wiederhergestellten normalen Häuslichkeit und Erziehung die schädigenden Einwirkungen von früher wieder vergessen und zwar glücklicherweise um so schneller, um je Jugendlichere es sich handelt.

Niemand im deutschen Volke wird uns heute zu bestreiten wagen, daß unsere Jugend im Mittelpunkte all unserer Sorge stehen müsse. Wir haben ihr wohl unvergleichliche Heldentaten als Andenken an die weltbewegenden Jahre hinterlassen können, aber der schließliche Sieg blieb dem heutigen Geschlechte versagt. Sie wird die Gründe besser wie wir begreifen und aus ihnen lernen, sie wird aus den großen Taten ersehen, daß auch einem Heldenvolke trotzdem der Sieg versagt bleiben kann, wenn die sittlichen Güter, die der Urbronnen aller großen Taten sind, nicht mehr Gemeingut einer Nation sind, sondern in weiten Schichten durch mammonistisches Empfinden überwuchert sind.

Was Deutschland von der deutschen Jugend eben erwartet, das ist ein neuer völkischer Geist!

Das wilhelminische Deutschland hat ihn in der Pflege des Scheins, der großen Geste, des äußeren Glanzes gesucht. Das waren Idole, aber keine Ideale. Und wir wollen die deutsche Vergangenheit, die doch ihre Größe hatte, nicht einmal schelten; denn sind die anderen Völker besser gewesen? Ein neuer Weltengeist, das ist es, was die Menschheit benötigt. Er muß aus dem Schoße der Völker kommen. Eine neue Zeit beginnt ihre Tore zu öffnen! Wird Deutschlands idealistische Jugend es sein, die mit stürmischer Hand als erste die neuen Tore weit öffnet? So kann es sein, wenn Deutschland will!

Kein Kulturvolk der Erde wendet auf die Erziehung der Nation von Staatswegen so viel Geld auf wie Deutschland. Diese Erbschaft des alten kaiserlichen Reiches haben wir übernommen, wir haben sie weiter ausgestaltet, nirgendwo findet weder bei Siegern noch Besiegten gerade die Frage der Erziehungsprobleme so weite Beachtung, wie bei uns! Die Jugend steht trotz aller materiellen Nöte im Mittelpunkte unseres Interesses, das dürfen wir heute stolz feststellen. Aber wir verschließen uns auch banger Sorge nicht, aus Liebe zu unserem Volke, aus Liebe zum deutschen Vaterlande, dessen inneren und äußeren Wiederaufbau wir mit ganzer Seele ersehnen und vorbereiten wollen. Wenn wir die Jugend Deutschlands Hoffnung nannten, so fassen wir unser Problem enger und bestimmter, wenn wir sagen, Deutschlands Hoffnung auf eine bessere Zukunft ist eine Frage der religiösen Erziehung unserer Jugend! Die Geschichte bestätigt es an Dutzenden von Beispielen, daß die Nationen, die aus tiefem Fall wieder in die Höhe kamen, diesen Aufstieg lediglich auf den Fundamenten einer religiösen Wiedergeburt zu vollziehen vermochten. Die große Frage, die an

unsere Nation herantritt, ist die, ob wir, geläutert durch das Unglück, in Bälde stark genug sein werden, die offenbaren völkischen Verfallserscheinungen, die wir schon mit uns schleppen, abzustoßen oder nicht. Daß im Augenblick die gerade jetzt führenden Kreise der Nation dies vielfach noch verkennen, entmutigt uns dabei keineswegs. So rasch können nach solch beispiellosen inneren und äußeren Erschütterungen des ganzen Volkskörpers, nach Jahren des Hungers und der Entbehrungen, der Sorge und Not die normalen sittlichen Eigenschaften einer Nation sich nicht wieder zurechtfinden, namentlich dann, wenn es wie bei uns so absolut an führenden Köpfen fehlt und gefehlt hat!

Lord Hardinge hat Mai 1918 in einer Denkschrift bewundernd auf die deutsche Volkserziehung hingewiesen und seine Landsleute darauf aufmerksam gemacht, daß die Nachahmung des deutschen Systems auch für Großbritannien dringend zu empfehlen sei, es werde die Leistungen der Nation verdoppeln! Diese anerkennenden Worte des britischen Staatsmannes galten vor allem der deutschen Volksschule, die damals auf streng konfessioneller Grundlage ruhte! Als Pflichtfach hat die Religion bis vor wenigen Monaten auch in den höheren Schulen bestanden. Aber hier haben bereits herostratische Hände begonnen, die eigentliche Kraftquelle unseres Volkes zu schädigen! Mit Schaudern haben Politiker, Staatsmänner, Erzieher und Volkswirte, die es ernst mit der Jugend wegen ihrer ausschlaggebenden Bedeutung für unsere nationale Zukunft meinen, es gewahrt. Hier steht eben alles auf dem Spiele!

Unerhörte Anstrengungen, Entbehrungen, Selbstverleugnung, steht unserer Jugend bevor. Lasten wird sie zu tragen haben, wie kein Kulturvolk zuvor. Stählerne Kräfte werden nötig sein, um nicht nur nicht zu verzagen, sondern mehr zu tuen: aufzubauen. Keine Weltanschauung wird in solchem Gange standhalten außer dem Christentum. Wir werden ein Geschlecht nötig haben, das gleichzeitig zu dulden und zu kämpfen versteht. Die sittliche Spannkraft dazu wächst weder auf dem Boden des Uebermenschentums, noch der Anschauung des Pantheismus. Oder sollen wir die Jugend mit den Wahnideen des Kommunismus und der Weltrevolution erfüllen, die Nation und Volk, wo immer sie erschienen, an der Wurzel verdorben und vergiftet haben?

Deutschlands Jugend wird christlich erzogen, oder die Tage des deutschen Volkes sind gezählt. Es gibt auch Völker, die verworfen worden sind!

Und wer nahe Beziehungen zur Jugend hat, insbesondere auf den höheren und Hochschulen, der weiß, daß wir nicht zu verzagen brauchen. Deutschlands Jugend ist auf dem Marsche. Der Zug nach geistiger Verinnerlichung, der die Edelsten ergriffen, ist uns eine Gewähr dafür, daß ein neues Geschlecht heranwächst, das sich nicht scheuen wird, manche Idole unserer Zeit rücksichtslos zu zertrümmern! Deutschland vertraut auf seine Jugend! Sie wird uns den Glauben an die Zukunft wiedergeben, sie wird Deutschlands Mission in der Welt erfüllen!

Auslieferung Hindenburgs.

Wie tief senkst du das heil'ge Schwert,
Germania!
Dein Blick wie schamvoll abgekehrt —
der Gloria!
Den hehrsten Mann aus Deinem Blut —
den Retter gross
Verlangt der Feinde Hass und Wut,
o Sklavenlos!
Zerreiß' dein Kleid und schlag' die Brust!
Wie bist du bleich!
Nie ward so bittrer Schmach bewusst
das Deutsche Reich!

M. Herbert.

Weltrundschau.

Von Fritz Nienkemper, Berlin.

Die Ratifizierung des Friedensvertrages.

Auf unserer Seite war das nur eine Formalität. Schon vor der Unterzeichnung hatte die Nationalversammlung ihr Votum abgegeben. Es war inzwischen nichts passiert, was die Abgeordneten zu anderer Meinung bringen oder die Möglichkeit eines Widerstandes hätte begründen können. So wurde denn die Vollziehung mit 208 gegen 115 Stimmen beschlossen. Daß 100 Mitglieder bei der Abstimmung fehlten, ist auch nicht wunderbar; denn zu den physisch Verhinderten kam offenbar eine Anzahl von psychisch verstimmten Mitgliedern, die das Ja nicht über ihre Lippen bringen, aber die Verantwortung für die Wiederaufnahme des Kampfes auch nicht auf sich nehmen konnten.

Der würdige Verlauf dieses traurigen Aktes wurde leider beeinträchtigt durch eine sehr unzeitgemäße Demonstration der Deutsch-Nationalen. Die Extremen auf der Rechten brachten wieder den Antrag ein, die Genehmigung an Vorbehalte zu knüpfen, obschon doch unsere Vorbehalts-Taktik an der Unerbittlichkeit der übermächtigen Gegner schon endgültig gescheitert war. Die nachträglichen Bedingungen, daß die angedrohte Verfolgung der „Schuldigen" von einem Votum der Völkerrechtslehrer abhängig gemacht und von einem neutralen Gerichtshof erledigt werden sollte, wäre auf der Gegenseite als Verweigerung der Ratifikation aufgefaßt und ausgenützt worden. Es blieb jetzt in der Tat nichts anderes übrig, als klipp und klar Ja oder Nein zu sagen. Das ist natürlich auch den Erben der konservativen Staatskunst nicht verborgen geblieben. Ihr Antrag war nur ein krampfhafter Versuch, für die parteipolitische Agitation etwas herauszuschlagen, indem der Anschein erweckt werden sollte, als ob nur die Deutsch-Nationalen bis zum letzten Atemzuge zum Schutze des Kaisers Wilhelm und seiner Generäle eingetreten wären. Agitatorische Kunstgriffe läßt man sich bei innerpolitischen Verhandlungen allenfalls gefallen; aber bei einer weltpolitischen Entscheidung, wie sie hier getroffen werden mußte, darf man nicht durch solche Mätzchen den Spott der Feinde herausfordern.

Die prompte Ratifizierung hat nun schon den Vorteil gebracht, daß vom 12. Juli ab die Blockade aufgehoben worden ist. Sollen wir den feindlichen Machthabern dafür Dank sagen? Oder sollen wir nicht vielmehr feststellen, daß es eine Grausamkeit war, die Blockade den ganzen Winter und Frühling hindurch bis in den Hochsommer noch aufrechtzuerhalten, obschon Deutschland doch schon ganz wehrlos war und die Todesernte infolge der Unterernährung fortwährend stieg. Der Frevel an den Kindern, Frauen, Greisen und Kranken darf nicht vergessen werden.

Die Aufhebung der Blockade ist ein Rosenstrauch mit Dornen. Wir bekommen viel wertvolle und heilsame Einfuhr, aber wir sind auch der Gefahr ausgesetzt, daß das Ausland uns mit Fertigwaren überschwemmt, die uns eigentlich die einheimische Industrie liefern sollte, und daß wir für Luxussachen uns mit Zahlungsverpflichtungen belasten, die unsere Valuta weiter drücken. Es hängt das zusammen mit dem großen Problem der Gegenwart:

Abbau der Preise und der Zwangswirtschaft?

Die Regierung ist (leider etwas spät) zu dem vernünftigen Entschluß gekommen, die Erleichterung der Lebenshaltung nicht mehr der endlosen Schraube der Lohnerhöhungen zu überlassen, sondern durch Senkung der Preise für den Volksbedarf zu versuchen. Diese gemeinnützige Wirtschaftspolitik soll, wie aus einer Rede des preußischen Eisenbahnministers hervorgeht, weiter gefördert werden durch die Veräußerung der sehr beträchtlichen Militärvorräte (u. a. 41 Millionen Meter Kleiderstoff). Was aus öffentlichen Mitteln zur Verbilligung der wichtigsten Lebensmittel aufgewendet wird, bringt dem Volk außer dem unmittelbaren Vorteil auch noch den mittelbaren, daß die Preise im Schleichhandel ebenfalls sinken müssen. Dazu wird auch die verstärkte Einfuhr noch weiter beitragen.

Sinkende Preise sind gleichbedeutend mit steigender Kaufkraft des Geldes. Soll aber das deutsche Geld im Auslande mehr Kaufkraft haben, so muß entsprechend der wachsenden Einfuhr auch die Ausfuhr von deutschen Waren zunehmen. Die unbedingt notwendige Hebung unserer Valuta hängt also schließlich von dem Umfange und dem Wert unserer Gütererzeugung ab. Daher laufen alle Reden von Ministern und wirtschaftlichen Führern immer wieder auf die Mahnung hinaus: Arbeitet, denn nur die schaffende Arbeit kann uns retten!

Wie kann die Produktion gefördert werden? Dort, wo der Handel im Vordergrunde steht, schwärmt man für volle Freiheit in den Werkstätten und im Verkehr. Auf der Gegenseite wird mehr Wert auf die amtlich geregelte Ordnung gelegt, und in diesem Sinne hatte der Reichswirtschaftsminister Wissel ein System der Planwirtschaft ausgearbeitet; das fand aber lebhaften Widerspruch sowohl im Kabinett als unter den parlamentarischen Parteien, weil es der sozialistischen Doktrin gemäß zuviel von der Zwangswirtschaft der Kriegszeit in die Friedenszeit übertragen wollte. Wissel hat gehen müssen; doch damit ist keineswegs gesagt, daß nun das freie Spiel der Kräfte ohne alle Kontrolle oder Hemmung einsetzen könnte. Der richtige Weg ist offenbar der mittlere. Die amtliche Leitung von den zahllosen Klubsesseln aus läßt sich auf die Dauer nicht halten. Der Initiative des Unternehmens muß mehr Spielraum gegönnt werden, damit jede günstige Gelegenheit schnell und geschickt wahrgenommen werden kann. Anderseits muß dafür gesorgt werden, daß die Rohstoffe zweckmäßig verteilt und ausgenützt werden, daß die Betriebe nicht gegeneinander, sondern Hand in Hand zum allgemeinen Besten arbeiten, daß der Handel uns nicht mit unnützen Waren überschwemmt, daß die Verkehrsmittel zunächst für den wirklichen Bedarf verfügbar bleiben. Wenigstens für die nächste Uebergangszeit bleibt eine vorbeugende und anregende Kontrolle von sachverständigen Organen notwendig; also kann die sogenannte Zwangswirtschaft nicht mit einem Schlage vollständig beseitigt, sondern nur allmählich abgebaut werden. Keine graue Theorie, weder nach der einen noch nach der anderen Richtung hin! Nur verständige Praxis, die sich an jeweilige Verhältnisse anschmiegt! Das gilt auch für die

Steuerfragen.

Erzberger, dessen Fleiß und Wagemut unerschöpflich sind, hat den Ruf an die Spitze des Reichsfinanzministeriums angenommen, obschon es zurzeit kaum eine schwierigere und undankbarere Aufgabe gibt. Kaum ein paar Wochen im Amte, mußte er schon das Steuerprogramm entwickeln, und es hatte Hand und Fuß, so daß es in der Nationalversammlung lebhaften Beifall fand. Die Empfehlung der 10 vorliegenden Steuerentwürfe, die noch von seinen Vorgängern herrühren, war Nebensache. Die Hauptsache soll noch kommen. Zunächst die große Vermögensabgabe (von 10 bis 65% der Vermögen über 5000 Mk.) und die große Umsatzsteuer, beide noch in diesem Sommer. Für den Herbst kündigt der Finanzminister weitere Vorlagen an, die zur Deckung unserer Zahlungspflicht gegenüber der Entente bestimmt sind. Der ungeheuere Bedarf ist, wie Erzberger gesteht, entsetzlich; aber er verzweifelt nicht, wenn nur das deutsche Volk arbeitsfleißig wird und bleibt. Beruhigend wird die bestimmte Erklärung wirken, daß ein Staatsbankrott ausgeschlossen und namentlich die Kriegsanleihe gesichert ist. Weniger angenehm, aber unvermeidlich ist die Einführung der Reichseinkommensteuer und die Uebernahme der einzelstaatlichen Finanzverwaltungen auf das Reich. Erzberger betont sehr scharf den Sozialisierungsgedanken in der Steuergesetzgebung, d. h. die stärkere Heranziehung der größeren Vermögen und Einkommen, die nach den bisherigen Umlageverfahren zu sehr geschont seien. Anerkennung verdient es, daß der neue Herr auf Beschleunigung drängt, um nach Möglichkeit wieder einzuholen, was während der Kriegszeit durch Halbheiten und während der Revolutionszeit durch planlose Wirtschaft und Unentschlossenheit verfehlt ist.

Die Krisis wegen der Schulfrage.

Bei den ungeheuren Schwierigkeiten im Innern und nach außen ist es geradezu unbegreiflich, wie man mit gutem Gewissen einen Kulturkampf heraufbeschwören kann. Das Zentrum als christliche Volkspartei mußte solchen Versuchen im Schulwesen natürlich entgegentreten. Des lieben Friedens halber machte es das Zugeständnis der Wahlfreiheit in Sachen des Religionsunterrichts, aber es forderte die vorläufige Sicherung des status quo für die konfessionelle Schule und für den lehrplanmäßigen Religionsunterricht unter kirchlicher Leitung. Darüber wurde ein Kompromiß unter den Regierungsparteien erzielt in dem Sinne, daß diese Schulgarantie in dem Abschnitt der Reichsverfassung über die Grundrechte festgelegt werden sollte. Aber siehe da, als die Grundrechte im Plenum der Nationalversammlung beraten werden sollten, machten die Kulturkämpfer den hinterhältigen Versuch, dieses Kapitel auf die lange Bank zu schieben. Am 14. Juli wurde von den Fraktionen der Sozialdemokratie und des Zentrums abermals ein Kompromiß beraten und genehmigt. Hoffentlich bleibt es nun dabei.

Die einmalige Vermögensabgabe und der Friedensvertrag.

Von Dr. Paul Beusch, Berlin.

Ein zäher und entschlossener Wille erwacht allmählich in unserem schwergeprüften Volke, sich endlich aus der ungeheuren Finanznot und der verhängnisvollen Papiergeldwirtschaft herauszuarbeiten. Auch die minderbegüterten Volksschichten haben begriffen, daß die Papiergeldwirtschaft der letzten Zeit zu einem ständigen Steigen der Preise, zu einer weiteren Umstürzung aller Werte und zu immer neuen sozialen Kämpfen führen muß. Darum auch bei ihnen der Wille, aus diesen Zuständen herauszukommen. Das Volk ist auf große Opfer gefaßt, auf größere vielleicht als Regierung und Parteien ihm heute zuzumuten wagen. Es verlangt aber einmütig und einstimmig, daß nicht nur die Kriegsgewinnler erfaßt werden, sondern der Neuaufbau unserer Finanzen auf einer breiten großen Basis anhebt, auf der Basis einer allgemeinen Vermögensabgabe. Der Gedanke eines großen Vermögensopfers an der Schwelle zwischen der alten und neuen Zeit ist so populär geworden, daß er ähnlich der Kriegsgewinnbesteuerung mit psychologischer Notwendigkeit zur Verwirklichung drängt.

Die Kapitalistenkreise haben eine solche Maßnahme als eine Selbstverständlichkeit angenommen schon in einer Zeit, wo wir noch Aussicht hatten auf eine günstigere Beendigung des Krieges. Deswegen sind schon im Jahre 1916 mehr als 2 Milliarden Kapital ins Ausland gewandert.

Nun aber, da die neue Regierung Ernst machen will mit dieser so wichtigen Steuer, die wohl den Ausgangspunkt einer ganz großen und organischen Neuordnung des gesamten Steuerwesens bilden wird, werden in der Presse Bedenken dagegen laut. Man sucht die Vermögensabgabe als undurchführbar hinzustellen, weil die Gegner Deutschlands sich im Friedensvertrag gewissermaßen eine Hypothek auf das Vermögen des Reiches und der Einzelstaaten genommen hätten und darum den Ertrag einer solchen Vermögensabgabe für sich in Anspruch nehmen würden. Sie würden nicht gestatten, daß Deutschland eine innere Schuldentilgung vornehmen würde, ohne seinen Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag nachgekommen zu sein. Die Schlußfolgerung dieser Behauptung liegt für jeden auf der Hand, sie heißt dann: keine Vermögensabgabe.

Gewiß steht hier eine Schwierigkeit vor uns, die wir nicht mißachten dürfen. Aber anderseits dürfte dieser Einwand doch gar zu leicht zur Bildung einer verkehrten öffentlichen Meinung dienen. Es wird in den betreffenden Artikeln die Sache so hingestellt, als ob wir nur Dauersteuern einführen sollten. Der Leser meint dann, daß auf diese Steuern die Gegner keinen Zugriff machen dürften. Das ist jedoch nicht der Fall. Es ist ausdrücklich im Friedensvertrag bestimmt, daß die Gegner sich ein Vorrecht auf alles Vermögen und alle Einkünfte des Reiches und der Einzelstaaten vorbehalten. Wird der Gegner tatsächlich von diesem Rechte Gebrauch machen, so ist es vollkommen gleichgültig, ob wir große Dauersteuern einführen oder eine einmalige Vermögensabgabe. In beiden Fällen kann der Gegner zugreifen, soweit er nicht durch den Artikel 251 des Friedensvertrages gebunden ist, bezw. in seiner Antwort auf unsere Vorschläge sich Beschränkungen bezüglich der praktischen Ausführung seines Belastungsrechtes auferlegt hat.

In dem Artikel 251 wird ausdrücklich bestimmt, daß die Kosten der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln und Rohstoffen und alle von Deutschland zu leistenden Zahlungen, soweit sie von den alliierten und assoziierten Regierungen für notwendig erachtet werden, um Deutschland die Erfüllung seiner Wiedergutmachungspflichten zu ermöglichen, ein Vorrecht genießen sollen in dem von den Gegnern bestimmten Umfang. Es ist damit anerkannt, daß die Gegner nicht jede Staatseinnahme und jeden staatlichen Vermögensteil als Sicherung ihrer Forderung betrachten. Die lebensnotwendigen Ausgaben für Ernährung und Rohstoffversorgung sollen nicht angegriffen, bezw. nicht absolut als Sicherung in Anspruch genommen werden. Ebenso soll Deutschland überhaupt in einen Zustand versetzt oder belassen werden, der es ihm ermöglicht, seinen Verpflichtungen nachzukommen. In der Antwort auf die deutschen Gegenvorschläge ist ausdrücklich hervorgehoben, daß der Wiederherstellungskommission empfohlen ist, der Notwendigkeit Rechnung zu tragen,

die gesellschaftliche, wirtschaftliche und finanzielle Organisation Deutschlands aufrecht zu erhalten, wenn es sich aufrichtig bemüht, seine volle Tatkraft der Wiedergutmachung zu widmen. Auch ist in diesen Erläuterungen ausdrücklich gesagt, daß die Bestimmungen des Friedensvertrags nicht so aufgefaßt werden dürfen, als ob dadurch die Kommission das Recht bekäme, Deutschlands innere Gesetzgebung zu diktieren. Die Wiederherstellungskommission hat zwar das Recht, das Budget nach einer doppelten Hinsicht zu prüfen, einmal nach der Seite, ob die Steuerbelastung bei uns verhältnismäßig mindestens ebenso hoch ist, wie in dem höchstbelasteten Lande unserer Gegner; sodann aber soll die Kommission prüfen, ob Deutschland zur Bezahlung seiner Verpflichtungen fähig ist. Endlich hat sie zu berichten, wenn Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. In der Antwort wird mit aller Schärfe abgelehnt, daß die Kommission ein Werkzeug der Bedrückung oder der Einmischung in deutsche Hoheitsrechte darstellen könne. Auch ist für Deutschland die Möglichkeit gegeben, in weitestem Umfange selbst zu bestimmen, auf welche Weise es die Wiedergutmachung vollziehen will. Vor allem ist in weitem Umfange eine Wiedergutmachung in natura als möglich bezeichnet.

Gerade diese letzteren Bestimmungen zeigen, daß die Gegner nicht ohne weiteres auf deutsche Steuererträge zurückgreifen dürfen, sonst hätte die Wahl der Naturalleistung keinen Sinn. Es ist logisch richtig geschlossen, wenn man aus diesem zugestandenen Wahlrechte den Schluß zieht, daß die Gegner einen Rückgriff auf deutsches Vermögen und deutsche Steuereinnahmen vertragsgemäß bloß dann vornehmen dürfen, wenn Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Daraus ergibt sich dann, daß ein Zugriff auf die Erträgnisse einer Vermögenssteuer nur unter denselben Bedingungen erfolgen dürfte, unter welchen auch ein Zugriff auf allen anderen Einnahmequellen erlaubt wäre.

Im übrigen setzt die in der Presse lautgewordene Annahme voraus, daß die ganze Vermögensabgabe in einer sehr kurzen Zeit durchgeführt und bezahlt werden könnte. So einfach aber dürfte das Abgabeproblem nicht behandelt werden können. Es wird sich im Gegenteil auch bei der einmaligen Vermögensabgabe eine gewisse Periodizität der Leistungen ergeben müssen, so daß die finanzielle Wirkung in mancher Hinsicht ähnlich werden wird, wie bei einer Dauersteuer. Indem aber das wirkliche Vermögen die Grundlage für die Belastung abgibt, wird die Steuer gerechter und kann leichter getragen werden als andere.

Der Einwand, daß die Gegner Deutschlands einen Zugriff auf den Ertrag dieser Steuer machen würden, könnte leicht geeignet sein, als Schutzmantel zu dienen für das Kapital gegenüber der bestehenden Besteuerungsabsicht. Der Einwand ist zu bestechend und geeignet, auch weite Volkskreise in ihrer Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Vermögensabgabe wankend zu machen.

Man muß jedoch bedenken, daß Deutschland seinen Verpflichtungen nachkommen muß. Es hat erklärt, dies mit ehrlichem Willen tun zu wollen. Leisten wir, was wir können, so ist noch am ehesten Aussicht, daß nach Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund eine entsprechende Revision der zu harten Bedingungen vorgenommen wird. Würden wir dagegen unseren Verpflichtungen, die wir in der nächsten Zeit haben, einfach nicht nachkommen, so würde erst recht ein Zugriff der Gegner auf unsere Finanzen, ja evtl. eine Auferlegung von schweren Steuern durch die Gegner selbst die Folge sein. Diese Steuern würden dann jedenfalls nicht so sozial gestaltet sein wie die, welche das deutsche Volk für sich selbst zu schaffen imstande ist.

Im Uebrigen ist es sehr die Frage, ob die Gegner überhaupt von den Wertstücken, welche bei einer einmaligen Vermögensabgabe evtl. ans Reich gegeben werden, etwas als Abschlagszahlung annehmen wollen. Denn soweit überhaupt bei uns eine sofortige Deckung der Steuerschuld, d. h. eine sofortige Bezahlung der Vermögensabgabe erfolgt, kann dies bloß geschehen durch Hingabe von Papiergeld oder Kriegsanleihe. Nach beiden deutschen Werten aber haben die Gegner kein besonderes Verlangen. Sie wollen Sachgüter haben. Würden sie Kriegsanleihen in Zahlung nehmen, so wäre dies volkswirtschaftlich gerade so, als ob wir während des Krieges einen Teil unserer Kriegsanleihen dort in Feindesland untergebracht hätten. Die gegnerischen Länder würden dann unsere Gläubiger in anderer Weise, als sie es heute sind und hätten ein Interesse am Hochstand des Kurses der deutschen Anleihen. Aber schon aus dieser Betrachtung dürfte sich ergeben, daß mit einem Zugriff auf den Ertrag einer Vermögensabgabe nicht so leicht zu rechnen ist. Anderseits ist eine gut veranlagte Vermögensabgabe die gerechteste Basis, auf der wir versuchen müßten, ein Abgabensystem aufzubauen, das uns gestattet, unseren Pflichten gegen das Inland und gegen das Ausland nach Möglichkeit nachzukommen. Ohne Vermögensabgabe erscheint die Lösung der verworrenen Finanzlage unmöglich, und die Gefahr eines Bankerottes würde näher und näher rücken. Dieser ist aber ebensowenig im Interesse unserer Gegner wie im Interesse des Inlandes.

Neue Aufgaben.

Von Th. Wüst, ehemaliger Divisionspfarrer, Bühl (Baden).

Nach fünfjährigem langem Harren und Bangen kehrt die in wilder Kriegswut sich zerfleischende Menschheit zum Frieden zurück. Das deutsche Volk mußte einen Frieden unterzeichnen, auf den es lange warten mußte, einen Frieden von solcher Schwere und Grausamkeit, wie ihn die Welt noch nie gesehen! Das Urteil darüber überlassen wir Gott und der Geschichte, die Verantwortung den Urhebern des Krieges und den Diktatoren des Friedens.

Wohl niemand hat den Frieden sehnlicher herbeigewünscht als unsere Kriegsgefangenen. Endlich, endlich soll auch ihnen die große Stunde der Erlösung und Befreiung aus ihrem namenlosen Elend schlagen! Die Straßburger Blätter berichten, daß die Rückbeförderung gleich nach der Ratifizierung des Friedensvertrages in der deutschen Nationalversammlung beginnen und bis Ende September beendet sein soll. Die Kriegsgefangenen aus der Pfalz sind schon zurückgeführt. Die französische Regierung werde an die deutsche Regierung sofort nach der Beendigung des Heimtransportes der deutschen Gefangenen das Ersuchen richten, große Massen von deutschen Arbeitern zur freiwilligen Hilfeleistung beim Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs zu entsenden. Auch die französischen Arbeitsämter suchen Arbeiter in Massen zum Wiederaufbau in der zerstörten Kriegszone. Es wurde zuerst davon gesprochen, daß Frankreich unsere Gefangenen nur gegen Austausch anderer Arbeitskräfte, denen aber eine bessere Behandlung, Pflege und Unterkunft zuteil werden solle, herausgeben werde; das scheint aber der Wahrheit nicht zu entsprechen.

Aber das eine ist jedem, der das zerstörte Gebiet kennt, ohne weiteres klar und selbstverständlich, daß Millionen von Arbeitskräften benötigt werden, und daß Deutschland solche abgeben kann und muß schon aus dem einfachen Grunde, weil es nicht alle Einwohner mehr beschäftigen und unterhalten kann. Unsere Industrie liegt darnieder, nur teilweise wird sie wieder in die Höhe kommen, eine Unmenge Maschinen müssen ausgeliefert werden; außerdem vergehen sicherlich viele Monate, bis hinreichend Rohmaterialien eintreffen, zumal wir nach dem Raub unserer Handelsflotte ganz und gar auf fremde Transportmittel angewiesen sind. Ich glaube, wenn unsere Feinde den deutschen Arbeitern dieselbe Behandlung wie den ihrigen und anderen fremdländischen zusichern, werden sich Viele melden, um in Frankreich und Belgien beim Wiederaufbau ihr Brot zu verdienen.

Vor kurzem erzählte mir ein Mitglied der deutschen Friedensdelegation, daß noch weite Strecken des zerstörten Gebietes vollständig unberührt so daliegen, wie die Deutschen sie verlassen haben, selbst die Geschütze und anderes Kriegsmaterial liegen noch herum. Mir leuchtet das wohl ein. Denn es sind Millionen Arbeitskräfte auf Jahre hinaus erforderlich, um zunächst aufzuräumen, und dann erst um aufzubauen. Die deutschen Kriegsgefangenen und chinesische Erdarbeiter wollen da wenig bedeuten. Nehmen wir doch Städte wie Ypern, Arras, St. Quentin, Reims und andere mit zwanzig- und dreißigtausend und noch mehr Einwohnern — ja da können allein Hunderttausende von Arbeitskräften beschäftigt werden. Nun sind aber viele Städte und Hunderte von Dörfern, ungezählte Industrieanlagen und viele Hundert Quadratkilometer Ackerbodens, Wiesen und Wälder, sämtliche Brücken, Straßen und Eisenbahnen zerstört. Ich glaube deshalb, daß von Deutschland aus eine wahre Völkerwanderung einsetzen wird und drüben viele deutsche Männer und Jünglinge ihr Verdienst und Brot suchen werden — eine anständige Behandlung vorrausgesetzt.

Für diese erwachsen uns neue Aufgaben. Denn der Mensch hat nicht bloß körperliche Bedürfnisse und lebt nicht nur von der Arbeit, er hat auch eine Seele. Wir dürfen darum unsere deutschen Brüder drüben nicht seelisch, religiös und sittlich verwildern lassen, wir müssen besonders für ihre religiösen Bedürfnisse sorgen und ihnen ausreichende Seelsorgskräfte aus der Heimat zur Verfügung stellen. Ob die Organisation von der Regierung in Verbindung mit den einzelnen Religionsgesellschaften oder von letzteren allein durchgeführt wird, ändert an der Sache nichts, wenngleich das erstere wohl vorzuziehen ist. Ehemalige Feldgeistliche, die längere Zeit im Felde waren und in dieser außergewöhnlichen Seelsorge Erfahrung haben, werden dazu in allererster Linie berufen sein. Es muß aber auch den Zivilarbeitern, denen das traute Familienleben fehlt, nach der Arbeit und an den Sonn- und Feiertagen Zerstreuung, Unterhaltung und Erholung geboten werden. Es muß dem Lesebedürfnis in reichstem Maße Rechnung getragen werden, Zeitungen und Zeitschriften müssen beschafft und Bibliotheken errichtet werden, Organisationen wie der Borromäusverein in Bonn, das Generalsekretariat der kath. Jünglingsvereine in Düsseldorf, der Caritasausschuß zur Verteilung von Lesestoff in Feld und Heimat in Berlin, der Volksverein für das katholische Deutschland in M.-Gladbach, der bayrische Preßverein in München, einige Ordinariate wie z. B. die in München und Freiburg, und andere Organisationen, die sich im Kriege so glänzend bewährt haben, werden auf katholischer Seite vor allem wieder berufen sein, hier helfend und orientierend Hand anzulegen. Vielleicht sind auch da und dort noch Reste von ehemaligen Feldbibliotheken aufzufinden. Auch sonst muß für Unterhaltung durch Vorträge, Theater, Konzerte, Lichtbilder, Spiele und Sport gesorgt werden. Vieles, was darin während des Krieges geboten worden ist, muß in irgendwelcher Form hier von neuem aufleben.

So stehen wir also ohne Zweifel vor gewaltigen neuen Aufgaben. Ob und inwieweit sich dieselben als notwendig erweisen, läßt sich natürlich jetzt noch nicht sagen, da ja noch alles ungeklärt ist. Immerhin wollte ich sie einstweilen auf diesem Wege der Oeffentlichkeit unterbreiten und darauf aufmerksam machen. Sollten wirklich deutsche Arbeitskräfte nach Belgien und Nordfrankreich kommen, — und daran ist kaum zu zweifeln — dann obliegt auf jeden Fall uns Katholiken alsbald die dringendste Aufgabe, unsere Glaubensbrüder religiös und sittlich zu befestigen. Und ich glaube, es wird im gegebenen Fall an der altbewährten Opferfreudigkeit und allbekannten Tatkraft nicht fehlen, mögen die Lasten auch noch so schwer sein, die durch den Friedensvertrag auf unsere Schultern gelegt worden sind.

„Ich hatte einst ein schönes Vaterland — Es war ein Traum . . . . .“

So sang auch ich, wie Viele es gesungen,
Und wusste, ahnte nicht, wie reich ich war.
Nun sind der Harfe Saiten jäh zersprungen,
Die einst so klangvoll, nun der Töne bar.
Ich hatte einst ein schönes Vaterland . . . .

Jetzt rast der Sturmwind über öde Auen,
Singt schaurig der Vernichtung wehes Lied,
Ein wilder Sang, voll Todesangst und Grauen,
Der gleich Sirenenton die Nacht durchzieht.
Es war ein Traum . . . .

Vielleicht mag einst die Harfe wieder rauschen,
Wenn längst zu Moder mein Gebein zerfällt;
Und späte Enkel mögen sinnend lauschen,
Wenn sie von neuerblühtem Ruhm erzählt.
Ich hatte einst ein schönes Vaterland . . . .

Nach jedem Winter hat der Lenz erschlossen
An dürren Hängen frischen Blütenflaum,
Und hoffnungsfroh ersteht in jungen Sprossen
Der sturmgefällte, stolze Eichenbaum —
Es war ein Traum . . . .

M. Benedicta von Spiegel O. S. B.

Die Schulfrage in der neuen Reichsverfassung und in Bayern.

Von Hochschulprofessor Dr. Anton Scharnagl, Freising.

In dem zweiten Entwurf einer Verfassung für das Deutsche Reich, der der Nationalversammlung am 24. Februar 1919 vorgelegt wurde, war die Schulfrage nur mit vier Sätzen des Artikels 31 berührt, die absichtlich sehr allgemein gehalten waren, um die Zuständigkeit der Einzelstaaten auf diesem Gebiete möglichst wenig einzuschränken. Gefordert war darin nur Unentgeltlichkeit des Unterrichtes in den öffentlichen Volksschulen, genügende Fürsorge für die Bildung der Jugend und des ganzen Volkes durch öffentliche Anstalten, Aufbau des Unterrichts in mittleren und höheren Bildungsanstalten auf die Volksschulbildung, staatliche Aufsicht über das gesamte Unterrichtswesen.

Inzwischen hat aber der Verfassungsausschuß die gesetzgeberische Zuständigkeit des Reiches in Artikel 9b auch dahin erweitert, daß das Reich Grundsätze aufstellen kann für das Schulwesen einschließlich der Hochschulen, und auf Grund der so geschaffenen Zuständigkeit in den Artikeln 31a und b viel eingehendere Bestimmungen über das Schulwesen getroffen, die den Einzelstaaten in allen wesentlichen Punkten eine gebundene Marschroute geben und gegenüber den bisher bestehenden Verhältnissen tief einschneidende Aenderungen mit sich bringen.

So ist im 1. Absatz des Artikels 31a die Dauer der Schulpflicht für das ganze Reich einheitlich festgelegt worden: „Die allgemeine Schulpflicht umfaßt die Volksschule mit mindestens acht Schuljahren und die an diese anschließende Fortbildungsschule bis zum vollendeten 18. Lebensjahr.“ Es bedeutet ohne Zweifel einen großen Fortschritt, daß nunmehr die Dauer der Schulpflicht im ganzen Reiche einheitlich geregelt ist; die bisher zwischen den einzelnen Bundesstaaten bestehenden nicht geringen Verschiedenheiten haben sich bei der heutigen Fluktuation der Bevölkerung oft in recht unliebsamer Weise bemerkbar gemacht. Es ist ferner nur zu begrüßen, daß die Fortbildungsschulpflicht allgemein durchgeführt wird. Dagegen wird die Ausdehnung der Schulpflicht manchen Widerspruch hervorrufen. In den Beratungen des Verfassungsausschusses sind Bedenken finanzieller Art gegen sie geltendgemacht worden und ist insbesondere darauf hingewiesen worden, daß die Einzelstaaten gerade im jetzigen Augenblick, in dem das Reich darangeht, die Einnahmequellen der Einzelstaaten zu beschneiden, kaum in der Lage sein werden, diese Forderung zu erfüllen. Weitere Bedenken werden in den Kreisen der ländlichen Bevölkerung bestehen, die bei dem großen Mangel an Arbeitskräften namentlich das achte Werktagschuljahr schwer empfinden wird. Grundsätzlich ist insbesondere daran festzuhalten, daß der Entgang an erzieherischen Werten, der durch Ausschaltung oder Zurückdrängung der religiös-sittlichen Erziehung in der Schule herbeigeführt wird, durch keine noch so große Verlängerung der Schulpflicht ausgeglichen werden kann.

Die Bestimmungen über den Aufbau des Schulwesens sind wie im Entwurf so auch nach den Beschlüssen des Verfassungsausschusses ein grundsätzliches Bekenntnis zu dem Gedanken der Einheitsschule: „Das öffentliche Schulwesen ist organisch aufzubauen; auf einer für alle gemeinsamen Grundschule baut sich das mittlere und höhere Schulwesen auf. Für diesen Aufbau ist die Mannigfaltigkeit der Lebensberufe für die Aufnahme eines Kindes in eine bestimmte Schule, dessen Anlage und Neigung, nicht die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung seiner Eltern maßgebend“ (4. Abs.). Bei der 2. Lesung wurde im Verfassungsausschuß noch folgende Bestimmung hinsichtlich der konfessionellen Gliederung hinzugefügt: „Ob und inwieweit bei der Gliederung der Volksschule Kinder des gleichen Bekenntnisses auf Antrag von Erziehungsberechtigten vereinigt werden können, bestimmt die Gesetzgebung“. Die Festlegung einer für alle gemeinsamen Grundschule bedeutet die Beseitigung der in Norddeutschland verhältnismäßig zahlreichen, in Baden nur bei einzelnen höheren Mädchenschulen vorhandenen Vorschulen; für uns in Bayern ist die von allen Kindern ohne Unterschied des Standes besuchte Volksschule keine Neuerung und die Erfahrungen, die wir mit ihr gemacht haben, lassen ihre allgemeine Durchführung durchaus als Fortschritt erscheinen. Eine weitere Frage ist, wie der Aufbau der mittleren und höheren

Schulen auf der allgemeinen Volksschule gedacht ist: ob, wie von manchen befürwortet wird, die Kinder erst nach Vollendung der Volksschule, also mit dem 14. Lebensjahr, an eine mittlere oder höhere Bildungsanstalt übertreten können, oder ob der Uebertritt, wie es bisher üblich war, wesentlich früher, nach dem 3. oder 4. Volksschuljahr, erfolgen kann. Diese Frage ist, wie Minister Preuß ausdrücklich erklärte, durch die Reichsverfassung offen gelassen und durch die Landesschulgesetzgebung zu regeln. In dem ursprünglichen Antrag Seyfert, der im Verfassungsausschuß der Beratung zugrunde gelegt wurde, war vorgesehen, daß die Grundschule für alle Klassen und Bekenntnisse gemeinsam sein solle, es wäre dadurch die Simultanschule einheitlich für das ganze Reich festgelegt worden. Da der entgegengesetzte Antrag des Zentrums, der die konfessionelle Schule durch die Reichsverfassung sichern wollte, leider keine Mehrheit fand, muß es immerhin als ein Vorteil betrachtet werden, daß auch die Festlegung der Simultanschule abgelehnt wurde; es hat demnach über diese wichtige Frage die Landesschulgesetzgebung zu entscheiden. Für Bayern ist ein Anfang zu einer Neuregelung dieser Frage gemacht in dem Bamberger Abkommen von 31. Mai 1919, auf Grund dessen das Koalitionsministerium gebildet worden ist. In dem Abschnitt über Kulturpolitik besagt Absatz h, daß die „Umwandlung bestehender Konfessionsschulen in Simultanschulen oder die Neuerrichtung von Simultanschulen nicht gegen den ausdrücklich festzustellenden Mehrheitswillen der Erziehungsberechtigten erfolgen darf, deren Kinder zur Zeit der Abstimmung schulpflichtig sind; in Städten mit über 20000 Einwohnern, in denen geschlossene Schulkörper vorhanden sind, gibt das Abstimmungsergebnis die Grundlage für die verhältnismäßige Verteilung der Konfessions- und Simultanschulen". Unser bisheriges Recht hinsichtlich der Konfessionsschulen beruhte auf drei Grundsätzen: 1. die konfessionelle Schule bildet die gesetzliche Regel, 2. ein Zwang zum Besuche einer Simultanschule darf nicht geübt werden, 3. unter bestimmten gesetzlichen Voraussetzungen können die Gemeinden angehalten werden, für eine konfessionelle Minderheit eine eigene Konfessionsschule zu errichten. Der schwerwiegendste Nachteil, den nun das Bamberger Abkommen gegenüber der bisherigen Regelung bringt, liegt meines Erachtens nicht darin, daß die Simultanschulen häufiger werden, — die konfessionelle Schule wird auch in Zukunft weit überwiegen —, sondern darin, daß nunmehr ein Zwang zum Besuche der Simultanschule möglich ist. Nur in Städten mit mehr als 20 000 Einwohnern ist nach dem Bamberger Abkommen die Freiheit gewahrt. In Gemeinden mit einer geringeren Einwohnerzahl sind aber, je nachdem die Mehrheit der Erziehungsberechtigten sich entscheidet, alle Schulen entweder konfessionell oder simultan, so daß, wenn die Entscheidung für letzteres fällt, eine unter Umständen sehr große Minderheit gegen ihren Willen gezwungen ist, ihre Kinder in die Simultanschule zu schicken. Zur Vermeidung eines solchen Zwanges ist bei der endgültigen Regelung unbedingt dafür zu sorgen, daß auch in Gemeinden mit weniger als 20000 Einwohnern einer entsprechend großen Minderheit Rechnung getragen werden muß. Auf jeden Fall aber macht es der Umstand, daß die Entscheidung in die Hände der Erziehungsberechtigten gelegt ist, dringend notwendig, die christlichen Eltern entsprechend aufzuklären und zu sammeln, wie es Schulorganisation und Volksverein in gemeinsamer Arbeit tun.

Die Bestimmung, daß das gesamte Schulwesen unter der Aufsicht des Staates stehen soll, wurde im Weimarer Verfassungsausschuß noch ergänzt durch den Zusatz: „er führt diese durch hauptamtlich tätige, fachmännisch vorgebildete Beamte aus." Durch die erste Bestimmung des Zusatzes wird die Ortsschulaufsicht in jeder Form, durch die zweite Bestimmung die geistliche Schulaufsicht mindestens in der bisherigen Form beseitigt, wenn es auch nach der Erklärung des Antragstellers, des demokratischen Abg. Seyfert, nicht ausgeschlossen sein soll, daß Geistliche, wenn sie die Fachprüfungen bestanden und sich unterrichtlich betätigt haben, zu Schulinspektoren ernannt werden. Soll nun diese staatliche Schulaufsicht eine ausschließliche sein, so daß der Kirche keine irgendwie geartete Mitaufsicht hinsichtlich des religiös-sittlichen Lebens in der Schule und hinsichtlich des Religionsunterrichtes zustehen soll? Die Lösung, welche diese wichtige Frage durch den Verfassungsausschuß gefunden hat, kann keineswegs als eine annehmbare bezeichnet werden. Von irgend einem Recht der Religionsgesellschaften hinsichtlich des religiös-sittlichen Lebens, hinsichtlich des Geistes der Schule und ihrer Erziehungsarbeit ist keine Rede, es wird ja auch bei Bestimmung der Aufgabe der Schule nicht mehr von religiös-sittlicher Erziehung, sondern nur noch davon gesprochen, daß „persönliche und staatsbürgerliche Tüchtigkeit und sittliche Bildung auf volkstümlicher Grundlage" zu erstreben ist. Hinsichtlich des Religionsunterrichtes hat der Abg. Gröber sich dahin ausgesprochen: „Die Leitung des Religionsunterrichtes ist Sache der Religionsgesellschaften, weil diese den Inhalt dieses Unterrichtes zu bestimmen haben. Dagegen wird aus der allgemeinen Aufsicht des Staates über alle Schulen zu folgern sein, daß die äußeren Verhältnisse und die Methode des Religionsunterrichtes der staatlichen Regelung unterstehen." Aehnlich hat der demokratische Abg. Schulinspektor Weiß davon gesprochen, daß die staatliche Aufsicht sich auf die äußeren Verhältnisse und die unterrichtliche Erteilung des Religionsunterrichtes erstrecke. Abg. Traub und Adolf von Harnack wollten die Leitung desselben den Religionsgesellschaften überlassen „unbeschadet des technischen und didaktischen Aufsichtsrechtes des Staates." In diesem Sinne wurde dann in der zweiten Lesung beschlossen: „Der Religionsunterricht wird in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgesellschaften erteilt, unbeschadet des Aufsichtsrechtes des Staates." So sehr es zu begrüßen ist, daß durch diese Bestimmung der konfessionelle Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach in den Schulen erhalten bleibt, muß doch anderseits mit allem Nachdruck betont werden, daß es nicht genügt, wenn die Religionsgesellschaften nur den Inhalt dieses Unterrichtes zu bestimmen und zu beaufsichtigen haben. Mehr als bei jedem anderen Unterrichtsgegenstand muß im Religionsunterricht der Inhalt auch die Methode bestimmen; wir haben in der neueren hauptsächlich protestantischen Literatur über den Religionsunterricht übergenug Beispiele dafür, wie durch eine ungeeignete Methode der ganze Inhalt des Religionsunterrichtes verwässert werden kann. Der Religionsunterricht darf nun einmal nicht mit dem ganz gleichen Maßstab gemessen werden wie die anderen Unterrichtsgegenstände, insbesondere ist der katholische Religionsunterricht eine autoritative Verkündigung der Heilswahrheiten im Namen und Auftrag der Kirche, die freilich in einer dem Verständnisse der jeweiligen Hörer angepaßten Form zu erfolgen hat. Darum muß die Kirche nicht nur den Inhalt sondern auch Methode und Lehrplan des Religionsunterrichtes bestimmen und die Aufsicht hierüber ausüben können. So war es in Bayern bisher festgelegt und wenn es nicht mehr möglich sein sollte, dies in der Reichsverfassung auszusprechen, müßte es durch die Landesgesetzgebung geschehen.

Für Bayern besagt das Bamberger Abkommen hinsichtlich der Schulaufsicht: „Die Regelung der Schulaufsichtsfrage erfolgt alsbald endgültig durch eine Verordnung des Kultusministeriums im Sinne des früher vorläufig erfolgten Erlasses", d. h. im Sinne einer endgültigen Beseitigung der geistlichen Schulaufsicht. In den Richtlinien für ein Schul- und Erziehungsprogramm hatte seinerzeit der Arbeitsausschuß der Vorstandschaft der Bayerischen Volkspartei die fachliche Leitung der Schulen nur mit dem ausdrücklichen Vorbehalt gefordert, daß die Rechte der Hauptinteressenten: Familie und Gemeinde, Staat und Kirche bei gesetzlicher Festlegung gewahrt werden. Ist der Bayerischen Volspartei beim Abschluß des Bamberger Abkommens genügende Sicherheit gegeben worden, daß bei der endgültigen Beseitigung der geistlichen Schulaufsicht auf dem Verordnungswege die Rechte aller Hauptinteressenten, darunter auch die der Kirche, gewahrt und daß sie gesetzlich festgelegt werden? Der Entwurf der bayerischen Verfassung bietet in dieser Hinsicht keine Sicherheit. In § 15 Abs. I heißt es, daß Errichtung und Betrieb der Volksschule, die öffentliche Erziehung und der öffentliche Unterricht „Angelegenheiten des Staates" sind. Der Staat ist ein Hauptinteressent daran, aber wie steht es mit der Familie und der Kirche, deren Rechte jedenfalls ursprünglicher sind als die des Staates, sollen die etwa ganz ausgeschlossen sein? Hinsichtlich des Religionsunterrichtes bestimmt sodann § 15 Abs. III: „Die Sorge für Erteilung des Religionsunterrichtes an ihre Glaubensangehörigen und die Beaufsichtigung dieses Unterrichtes ist Sache der Glaubensgesellschaften." Das entspricht dem bisherigen § 38 lit. d der 2. Verfassungsbeilage. Wenn es aber weiter heißt: „Die Erteilung und Ueberwachung des Religionsunterrichtes an staatlichen und staatlich beaufsichtigten Schulen erfolgt nach verordnungsmäßigen Anordnungen des Staates" so ist diese Bestimmung zum mindesten sehr unklar, namentlich

darüber, wie die im ersten Satz garantierte Beaufsichtigung des Religionsunterrichtes durch die Religionsgesellschaften mit der im zweiten Satz verlangten Ueberwachung nach staatlichen Anordnungen vereinbar sein soll, ferner darüber, ob hinsichtlich der Erteilung nur die äußeren Verhältnisse (z. B. Stundenzahl) oder auch innere Fragen (Methode, Lehrplan) unter die staatlichen Anordnungen fallen sollen.

In der weiteren sehr umstrittenen Frage, wie weit der Religionsunterricht Pflichtfach sein soll, stehen sich bekanntlich zwei Meinungen gegenüber. Nach der einen, vom katholischen Standpunkte aus allein richtigen, soll er Pflichtfach sein für alle Kinder, welche der betreffenden Religionsgesellschaft angehören; wegen der verschiedenen dogmatisch weit auseinandergehenden Richtungen im Protestantismus pflegt man die Bestimmung so zu formulieren, daß kein Schüler gegen die religiöse Ueberzeugung des Erziehungsberechtigten zum Besuch des Religionsunterrichtes oder zur Teilnahme an kirchlichen Handlungen gezwungen werden darf. So der Toleranzantrag von 1905, die neue badische Verfassung in § 19 Abs. III und neuestens das Bamberger Uebereinkommen in lit. b der Kulturpolitik. Die zweite Meinung läßt es lediglich vom Willen des Erziehungsberechtigten abhängen, ob das Kind den Religionsunterricht besuchen soll oder nicht. So die neue württembergische Verfassung in § 15 Abs. II, die Reichsverfassung in Art. 31 b Abs. I und der bekannte Erlaß des bayerischen Kultusministers Hoffmann. Der Entwurf der bayerischen Verfassung geht, wie es scheint, noch weiter. § 12 Abs. II besagt: „Niemand kann durch staatlichen Zwang zur Teilnahme am religiösen Unterricht oder zur Vornahme einer religiösen Handlung oder Beteiligung hieran angehalten werden." So wie der Satz lautet, schließt er einen staatlichen Zwang zum Besuche des Religionsunterrichtes ganz allgemein aus, also selbst gegenüber Kindern, die nach dem Willen der Erziehungsberechtigten den Religionsunterricht besuchen sollen. Vielleicht liegt aber auch hier nur eine Unklarheit der Formulierung vor, durch die sich der bayerische Entwurf unvorteilhaft von den anderen Verfassungsentwürfen unterscheidet. Da sich nach einer neueren Mitteilung des Abg. Dr. Dirr[1]) eine Kommission der demokratischen Fraktion des Bayerischen Landtages dafür entschieden hat, daß der Religionsunterricht Pflichtfach sein soll „für alle Kinder, deren Eltern einer Kirche oder religiösen Gemeinschaft angehören", so wäre hierfür eine sichere Mehrheit im bayerischen Landtage vorhanden, es müßte aber das Hindernis beseitigt werden, das die entgegengesetzte Bestimmung der Reichsverfassung nach den Beschlüssen des Verfassungsausschusses bildet.

Neben der Frage des Religionsunterrichtes war es insbesondere die der Unterrichtsfreiheit bezw. der Privatschulen, welche bei den Beratungen des Verfassungsausschusses die größten Meinungsverschiedenheiten hervorrief. Für die Katholiken ist die Frage der Unterrichtsfreiheit, wie Abg. Gröber mit Recht betonte, im Augenblicke mehr von grundsätzlicher als von praktischer Bedeutung, denn die Katholiken müssen in erster Linie verlangen, daß die öffentlichen Schulen so eingerichtet und gestaltet werden, daß ihnen auch die katholischen Eltern ihre Kinder ohne Besorgnis anvertrauen können; in einzelnen Gebieten, namentlich Diasporagegenden, und hinsichtlich bestimmter Schularten, insbesondere für die Erziehung der weiblichen Jugend, hat die Frage aber auch praktische Bedeutung. Die Sozialdemokraten befürworteten für die Volksschule den absoluten Schulzwang, wie er in § 19 Abs. V der neuen badischen Verfassung normiert ist; für diesen Ausschluß jeder Unterrichtsfreiheit gerade auf dem allgemeinsten, das ganze Volk berührenden Schulgebiete fand sich glücklicherweise keine Mehrheit. Abgelehnt wurde aber auch der Antrag Gröber, wonach Privatschulen Unterstützungen aus öffentlichen Mitteln erhalten sollen. Sollte es für die Katholiken Deutschlands einmal so weit kommen, daß sie aus Gewissensbedenken ihre Kinder nicht mehr in die öffentlichen Schulen schicken können, sondern für sie Privatschulen errichten müssen, so würde die Verweigerung einer Unterstützung aus öffentlichen Mitteln für sie eine Doppelbelastung bedeuten, ja in sehr vielen Fällen die Errichtung von Privatschulen unmöglich und damit die Unterrichtsfreiheit illusorisch machen. In der zweiten Lesung erhielt die Bestimmung über die Privatschulen sodann folgende Fassung: „Die Errichtung von Privatschulen ist zulässig. Sie bedarf der Genehmigung des Staates. Privatschulen unterstehen den Landesgesetzen. Private Volksschulen sind nur zuzulassen, wenn sie in ihrem inneren Aufbau nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen." Daß zur Errichtung von Privatschulen staatliche Genehmigung gefordert wird, ist an sich nicht zu beanstanden; unzulässig wäre es aber, wenn die Genehmigung willkürlich verweigert oder nur so selten erteilt würde, daß die Unterrichtsfreiheit lediglich auf dem Papier bestünde. Ein Antrag Gröber, festzusetzen, daß die Errichtung von Privatschulen denjenigen Personen freistünde, welche die allgemeinen gesetzlichen Anforderungen in sittlicher, wissenschaftlicher und technischer Hinsicht erfüllen, fand keine Annahme, obwohl er nur dem Artikel 22 der preußischen Verfassung von 1850 entsprochen hätte. Sehr bedenklich ist die Bestimmung, daß Privat-Volksschulen nur dann zugelassen werden sollen, wenn sie in ihrem inneren Aufbau nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen. Diese Einschränkung entspricht einem Antrage des demokratischen Abgeordneten Seyfert. Sie soll nach dessen Ausführungen in der Allgemeinen Deutschen Lehrerzeitung (Nr. 17, 1919, S. 251) bewirken, daß die Kinder in den Privatschulen nicht „unterrichtlich schlechter gestellt werden als die in den öffentlichen Pflichtschulen. Es ist nicht zuzugeben, daß etwa neben einer gutentwickelten (öffentlichen) Volksschule eine dürftig ausgebaute konfessionelle Schule entsteht, wie es jetzt an manchen Orten der Fall ist, wo neben einer achtklassigen allgemeinen Volksschule eine zweiklassige Schule der Bekenntnisminderheit besteht." Diese Bestimmung richtet sich also ausgesprochenermaßen gegen konfessionelle Privatschulen: sie sollen gerade da unmöglich gemacht werden, wo sie am notwendigsten sind, in der Diaspora für konfessionelle Minderheiten und auch an anderen Orten für strenggläubige Minderheiten, die ihre Kinder nicht in Simultanschulen schicken wollen. Die Privatschulen werden ja an sich schon, um gegenüber den voll ausgebauten und in jeder Beziehung gut ausgestatteten öffentlichen Volksschulen wenigstens einigermaßen konkurrenzfähig zu sein, darnach trachten müssen, in ihrer Gliederung nicht allzuweit hinter jenen zurückzustehen; sie nur unter der Bedingung zuzulassen, daß sie in dieser Hinsicht gar nicht hinter den öffentlichen Volksschulen zurückbleiben, ist eine sehr bedeutende, aber unnötige und auch vom unterrichtlichen Standpunkte aus nicht gerechtfertigte Einschränkung der Freiheit auf diesem Gebiete.

Mehr als auf allen anderen Gebieten ist auf dem der Schule mit Meinungsverschiedenheiten zu rechnen; sie zu überbrücken ist um so schwerer, als sie zumeist in ihrem tiefsten Grunde auf die Verschiedenheit der Weltanschauung zurückgehen. Es läßt sich nicht leugnen, daß man in den Verhandlungen des Verfassungsausschusses vielfach bemüht war, wenigstens die allerextremsten Forderungen zu vermeiden, aber es muß ebenso nachdrücklich gesagt werden, daß die Regelung der Schulfrage nach den bis jetzt vorliegenden Beschlüssen vom Standpunkte christlicher Erziehung viel zu wünschen übrig läßt. Der christlich gesinnte Teil des deutschen Volkes stellt sich mit allem Ernst auf den Boden staatsbürgerlicher Freiheit und nimmt für sich kein Recht in Anspruch, das er nicht auch anderen gewährt; umsomehr aber ist es zu bedauern, daß die Beschlüsse des Verfassungsausschusses dem christlichen Erziehungsideal auch vom Standpunkte der Freiheit aus nicht genügen.

In den letzten Tagen ist eine neue Wendung in der Behandlung der Schulfrage dadurch eingetreten, daß zwischen den beiden Parteien, welche jetzt allein die Reichsregierung bilden, der Mehrheitssozialdemokratie und dem Zentrum, ein Kompromiß in der Schulfrage versucht wurde. Der wesentlichste Punkt desselben wäre der, daß der Absatz über die allgemeine Gliederung der Volksschule wegfiele und durch die Bestimmung ersetzt würde, daß die gegenwärtigen Verhältnisse hinsichtlich der konfessionellen Schule vorläufig nicht geändert werden sollen. Die spätere endgültige Regelung soll auf Grund eines Reichsschulgesetzes im wesentlichen durch die einzelnen Länder unter Berücksichtigung der Wünsche der Erziehungsberechtigten erfolgen. Privatschulen sollen zulässig sein, wenn sie in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung der Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen. Ob dieses Kompromiß zur Durchführung gelangt, muß abgewartet werden. Die Sozialdemokratie schien sich wieder eines anderen besonnen zu haben und hatte in der Sitzung der Nationalversammlung vom 11. Juli den Antrag gestellt, die Grundrechte zunächst zurückzustellen, was ebenfalls dazu führen würde, daß sie aus der Verfassung ganz ausgeschieden werden. Am 14. Juli wurde dann neuerdings ein Kompromiß abgeschlossen, welches übrigens auch das Bestehenbleiben der theologischen Fakultäten an den Hochschulen festlegt.

[1]) Augsburger Abendzeitung Nr. 240 vom 24. Juni 1919.

Die Bestimmungen des bayerischen Verfassungsentwurfs über die religiösen Grundrechte und die Rechte der Glaubensgesellschaften (§ 12—14, 16).

Von Universitätsprofessor Dr. Eduard Eichmann, München.

(Schluß.)

B. Die Rechte der Glaubensgesellschaften.

§ 13 I. „Die Vereinigung von Glaubensgenossen zu gemeinsamer Hausandacht oder zu öffentlichen Kulthandlungen, zu Glaubensgesellschaften, Glaubensgemeinden oder geistlichen Gesellschaften und die Ordnung ihrer Verhältnisse sind freigegeben. Die Durchführung dieses Grundsatzes bleibt der Gesetzgebung vorbehalten." Die Tragweite dieser Bestimmung besteht in folgendem. Während bisher nur die anerkannten Religionsgesellschaften, in Bayern die katholische und die beiden evangelischen Kirchen, das Recht der öffentlichen Religionsübung, d. h. Religionsübung mit den Zeichen der Oeffentlichkeit (Kirchtürme, Glocken, Prozessionsrecht, Amtstracht ihrer Religionsdiener) besaßen, soll dieses Recht in Zukunft allen Glaubensgesellschaften eingeräumt werden. Die Anerkennung des Grundsatzes der Autonomie, d. h. des Rechtes der Glaubensgesellschaften, ihre Angelegenheiten selbständig durch ihre eigene Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung zu regeln, beseitigt das bisherige Staatskirchentum, welches den Kirchen bisher nur beschränkte Autonomie, nämlich nur in sog. inneren Angelegenheiten und auch insoweit nur unter staatlicher Oberaufsicht gewährte. Nach Art. 30 b des Entwurfes der Reichsverfassung wird den Religionsgesellschaften Autonomie eingeräumt „innerhalb der Schranken des für alle geltenden Rechts." Auf die richtige Interpretation dieser Klausel wird sehr viel ankommen. Sie kann keine Einschränkung der kirchlichen Autonomie bedeuten, sondern nur besagen, daß die kirchlichen Behörden gleichwohl an die Staatsgesetze gebunden und für Verletzung derselben verantwortlich bleiben.

Durch Art. 30 b des Reichsverfassungsentwurfes wird außerdem den Religionsgesellschaften der Erwerb der Rechtsfähigkeit (juristischen Persönlichkeit) „nach den allgemeinen Vorschriften des bürgerlichen Rechts" und die Rechte einer öffentlichen Körperschaft mit Finanzgewalt (Besteuerungsrecht) eingeräumt. Die Durchführung dieser Bestimmung wird der Landesgesetzgebung überlassen.

Wenn aber etwa die Bestimmungen des bayerischen Verfassungsentwurfes diese Durchführung bedeuten sollen, so müssen sie als ganz unzulänglich betrachtet werden. Auch die Verweisung auf ein zu erlassendes bayerisches „Gesetz" kann nicht hingenommen werden, denn Grundrechte müssen in der Verfassung selbst geregelt und unter die Garantie von Verfassungsgesetzen gestellt werden. Vgl. § 97 Verfassungsentwurf (2/3 Majorität). Eine Durchführung insbesondere der Bestimmung, daß die christlichen Kirchen Körperschaften des öffentlichen Rechtes sind, läßt der bayerische Entwurf völlig vermissen, er stellt sie jedem religiösen Verein gleich. Vgl. dagegen die neue württembergische Verfassung § 20 Abs. 1 und die neue badische Verfassung § 18 Abs. 3, welche diese Anerkennung ausdrücklich enthalten. Verlangt muß werden, daß den großen christlichen Kirchen ihre wohlerworbenen Rechte, die ihnen bisher als Vorrechte zustanden und ihrer großen geistigen Macht im Staate entsprechen, nicht verkürzt werden. Aufrecht erhalten muß insbesondere bleiben der Rechtsbegriff der Kirchengemeinden mit Pflichtzugehörigkeit der in ihrem Bezirke wohnenden Bekenntnisgenossen, Verleihung eines staatlichen Zwanges zur Einziehung der Kirchenumlagen, Anknüpfung des kirchlichen Besteuerungswesens an die staatliche Steuereinschätzung, Mitwirkung des Laienelements bei der Beschließung der Kirchenumlagen, jedoch als begriffliches Korrelat daneben die unabwendbare Verpflichtung der Kirchengemeinde zu gewissen Leistungen der Kirchengemeinde an die Kirche (vgl. Art. 12 mit 74 Ziff. 3 KGO), Anerkennung nicht nur des Kirchenstiftungs-, sondern auch des Kirchengemeindevermögens im Rahmen des Art. 1 KGO., Ausdehnung des Umfanges des Stiftungsbegriffes wie in Art. 5 KGO., Anerkennung des Pfründevermögens und des Vermögens der geistlichen Gesellschaften, Anerkennung des Rechts, neue Kirchen- und Pfründestiftungen als öffentliche Stiftungen und Stiftungen des öffentlichen Rechts zu bilden, des Rechts der Kirchen auf die bestehenden Kirchenreichnisse, auch soweit sie öffentlichrechtlicher Natur sind (mit Ablösungsrecht nach Art. 36 KGO.) und der Kirchengemeindedienste (Hand- und Spanndienste).

Soweit diese Einzelheiten nicht in der Verfassung untergebracht werden können, wären wenigstens die Grundzüge in der Verfassung festzulegen, etwa in folgender Weise:

„Der von örtlichen Kirchengemeinschaften beschlossenen Steuer unterliegen alle im Bezirk dieser Gemeinschaft wohnenden Bekenntnisgenossen. Die Beschlußfassung über die Steuererhebung steht einer gewählten Vertretung der Bekenntnisgenossen unter Mitwirkung der geistlichen Behörden zu. Die zum Fortbestand der bestehenden und zur Gründung der notwendigen neuen kirchlichen Anstalten benötigten Mittel können bei dieser Beschlußfassung nicht verweigert werden. Die Kirchenbehörde kann hierwegen die maßgebende Beschlußfassung der Kirchengemeindeversammlung anrufen. Die bestehenden Verpflichtungen zu anderen als Geldleistungen bleiben aufrecht erhalten. Im Einzelnen werden diese Grundsätze durch ein besonderes Gesetz durchgeführt."

Hinzuzufügen wäre ferner: „Der Denkmälerbesitz der Kirchen darf nicht zerstört und nur an andere Kirchen oder an öffentliche Verbände, die unter staatlicher Aufsicht stehen, veräußert werden. Streitigkeiten, die sich hier ergeben, sind durch ein Schiedsgericht, das sich aus der gleichen Zahl von kirchlichen und staatlichen Vertretern zusammensetzt, zu entscheiden." Weiter: „Simultanstreitigkeiten über die Ausübung von Simultanrechten werden durch ein Schiedsgericht entschieden, dem die gleiche Anzahl von Vertretern der beteiligten kirchlichen Oberbehörden angehört. Das Schiedsgericht entscheidet in diesem wie im vorigen Falle unter Vorsitz und Mitwirkung eines Beamten der Verwaltungsrechtspflege, der hierbei mit richterlicher Unabhängigkeit tätig wird. Ihn ernennt der Regierungspräsident." (Streitigkeiten über den Bestand von Simultanrechten entscheiden nach wie vor die Zivilgerichte.)

§ 13 II: „Die sämtlichen Glaubensgesellschaften nebst ihren Einrichtungen und Anstalten, ihren Dienern und Mitgliedern, einschließlich der geistlichen Gesellschaften, genießen gleiche Rechte nnd gleichen Schutz. Die Durchführung dieses Grundsatzes bleibt der Gesetzgebung vorbehalten." Hierzu ist zu bemerken: Es muß schon in der Verfassung festgelegt werden, worin der staatliche Schutz bestehen soll und inwieweit sich der Staat unter diesem Rechtstitel in kirchliche Dinge einmischen darf. § 13 II entspricht dem bisherigen Recht, d. h. dem Grundsatz der Parität und des Staatsschutzes, aber ausgedehnt auf alle, nicht bloß die bisher privilegierten Glaubensgesellschaften. Vgl. Reichsverfassungsentwurf Art. 30 b: „Es besteht keine Staatskirche ... Anderen Religionsgesellschaften, (welche bisher nicht die Rechte einer öffentlichen Körperschaft besessen haben), sind gleiche Rechte zu gewähren (d. h. die Rechte einer öffentlichen Körperschaft mit Besteuerungsrecht), wenn sie durch die Zeit ihres Bestehens und die Zahl ihrer Mitglieder die Gewähr der Dauer bieten. Den Religionsgesellschaften werden diejenigen Vereinigungen gleichgestellt, die sich die gemeinschaftliche Pflege einer Weltanschauung zur Aufgabe machen", also z. B. der Monistenbund.

§ 13 III. „Verfügungen von Glaubensgesellschaften, die staatlichen Vorschriften widerstreiten, sind für den Staatsbereich nichtig. Die Ausübung bürgerlicher Amts- oder Dienstpflichten oder staatsbürgerlicher Rechte darf durch Vorschriften der Glaubensgesellschaften nicht beeinträchtigt werden". Wenn dieser letzte Satz mehr besagen will als das, was schon im vorhergehenden Satz und in § 12 V bestimmt ist, so kann er nur eine Beschränkung der Kirchenzucht wollen und ist daher abzulehnen; will er nicht mehr besagen, dann ist er überflüssig und daher wegzulassen. Die Androhung oder Verhängung kirchlicher Strafen für die in Cod. jur. Can. c. 2319 aufgeführten Delikte würde nämlich nach diesem Satze verboten.

Der Entwurf fährt fort: „Den Beteiligten steht gegen solche Akte ihrer Glaubensgesellschaften die Anrufung des staatlichen Schutzes nach besonderer gesetzlicher Vorschrift zu."

Dieser § 13 III stellt also ein besonderes Gesetz über den Mißbrauch der geistlichen Amtsgewalt und das Rechtsmittel des Recursus ab abusu in Aussicht.

Gegen jeden Versuch einer Wiedereinführung des recursus ab abusu muß die schärfste Einsprache erhoben werden. Dieses Rechtsmittel (vgl. R. E. §§ 52—54) war schon bisher praktisch völlig bedeutungslos und wo es, wie in den 70er Jahren, angerufen wurde, hat es für den Staat völlig versagt. Tatsächlich hindert die Kirche weder den katholischen Standesbeamten, bei dem Abschluß einer Zivilehe mitzuwirken, noch den katholischen

Richter eine Ehescheidung auszusprechen, noch den katholischen Rechtsanwalt, einen Ehescheidungsprozeß zu übernehmen, noch den Staatsbürger, sein Wahl- und Stimmrecht nach freier Ueberzeugung auszuüben, noch den Polizeibeamten, zur Festnahme eines Verbrechers das kirchliche Asylrecht zu verletzen. Der Codex juris canonci, welcher das kirchliche Strafrecht erschöpfend regelt, enthält keine Strafbestimmungen für derartige Handlungen, welche als politische Handlungen im Sinne des kirchlichen Strafrechts schon deshalb nicht in Betracht kommen können, weil das Schuldmoment (c. 2195) fehlt: der Beamte ist durch Gesetz und Diensteid zur Vornahme dieser Handlungen verpflichtet. Kirchenstrafen haben ohnedies keine Wirkung auf bürgerlichem Gebiet (Absatz III Satz I). Sie entziehen nur geistliche Güter. Der Staat ist nicht berufen und wäre nicht in der Lage, dem Mitgliede der Religionsgesellschaft das etwa entzogene geistliche Gut wieder zu verschaffen; das ginge nicht ohne schweren Gewissenszwang und Verletzung der Kirchenautonomie, ohne Eingriff in das innere Leben der Kirche. Daher bezeichnete seinerzeit Minister Lutz den recursus ab abusu als eine stumpfe Waffe, welcher noch dazu im Hinblick auf den Grundsatz der Gewissensfreiheit der Mangel innerer Prinzipienwidrigkeit anklebe. Denn eine einfache **Bestrafung** des geistlichen Amtsmißbrauchs, durch welchen ein Staatsgesetz verletzt worden ist, als Kriminalunrecht, würde keinen befriedigenden Zustand für die Staatsgewalt schaffen. Der recursus ab abusu hat von jeher den Zweck gehabt, die **Aufhebung** der kirchlichen Strafverfügung zu erzwingen. Welche Mittel will aber der Staat anwenden, um einen Bischof zu zwingen, die von ihm nach kirchlichem Recht verhängte Kirchenstrafe wieder aufzuheben? Und selbst wenn der Bischof gezwungen werden könnte oder gezwungen würde, die Strafverfügung wieder aufzuheben, so weiß jedermann, was von erzwungenen Erklärungen oder Handlungen zu halten ist. Eine solche provokatorische Bestimmung, wie die in § 13 III, die wie eine Kampfansage wirkt, von einem unberechtigten, verletzenden Mißtrauen und lächerlicher Angst Zeugnis gibt, würde Konflikte zwischen Staat und Kirche geradezu heraufbeschwören und verewigen. Sie läßt erkennen, von welchem Geist der Verfassungsentwurf beseelt ist und wohin die Reise in Zukunft gehen soll. Weder der Entwurf der Reichsverfassung, noch die neue badische und württembergische Verfassung haben es für nötig gefunden, eine derartige Bestimmung aufzunehmen, die an die schlimmsten Zeiten des Kulturkampfes erinnert.

Mit der Gewährung der Autonomie begibt sich der Staat seines Einflusses auf die Besetzung der Kirchenämter, der ihm durch Konkordat Art. 9—11 eingeräumt war. Diese Folgerung wird in dem Entwurfe der Reichsverfassung Art. 30b Abs. 3 Satz 2 ausdrücklich gezogen: „Sie (die Religionsgesellschaft) verleiht ihre Aemter ohne Mitwirkung des Staates oder der bürgerlichen Gemeinde". Vgl. die neue badische Verfassung § 18 Abs. 3: „Insbesondere werden die Kirchenämter durch die Kirchen selbst verliehen." Keine Bestimmungen enthält der bayerische Entwurf über die vermögensrechtlichen Fragen. Der für die Vermögensauseinandersetzung maßgebende Grundsatz ist niedergelegt in Art. 30c des Entwurfs der Reichsverfassung: „Die auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtstiteln beruhenden Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften werden durch die Landesgesetzgebung abgelöst. Die Grundsätze hierfür stellt das Reich auf. Das Eigentum der Religionsgesellschaften und religiösen Vereine an ihren für Kultus-, Unterrichts- und Wohltätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und sonstigen Vermögen bleibt hierdurch unberührt". Vgl. die neue badische Verfassung § 18 Abs. 5: „Das Kirchengut und die Güter und Einkünfte der kirchlichen Stiftungen, Unterrichts- und Wohltätigkeitsanstalten dürfen ihren Zwecken und ihren bisherigen Verfügungsberechtigten nicht entzogen werden". Württembergische Verfassung § 21.

§ 14. „Einschränkungen der im §§ 12 und 13 gewährten Freiheiten können nur durch Gesetz und nur aus Rücksicht auf die Wahrung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit oder des öffentlichen Friedens angeordnet werden." Diese Bestimmung ist äußerst verfänglich. Zu gut deutsch besagen sie: Die §§ 12 und 13 können durch einfaches Gesetz (also nicht unter der Garantie des Verfassungsgesetzes) wieder aufgehoben werden. Dieser Rechtszustand wäre unerträglich. Der ganze Paragraph ist zu streichen oder höchstens in dem Sinne aufrecht zu erhalten, daß bestehende staatliche Vorschriften zum Schutze der öffentlichen Sicherheit durch kirchliche Betätigung nicht durchbrochen werden dürfen. Ganz unannehmbar ist der Ausdruck „oder des öffentlichen Friedens", weil unter dieser Parole von einer kirchenfeindlichen Regierung das gesamte religiös-kirchliche Leben lahmgelegt werden könnte.

§ 16 I. „Die Errichtung und Unterhaltung von Begräbnisplätzen und Bestattungsanstalten obliegen den bürgerlichen Gemeinden."

§ 16 II. „Soweit sich Friedhöfe im Eigentum von Glaubensgesellschaften befinden, ist die Beisetzung Andersgläubiger unter den für sie üblichen Formen zu gestatten; eine räumliche Absonderung darf nicht stattfinden."

§ 16 I bietet zur Beanstandung keinen Anlaß. (Auch der Cod. iuris canonici steht der Anlage von Gemeindefriedhöfen nicht entgegen). Die Bestimmungen in § 16 II über die Beisetzung von Andersgläubigen in konfessionellen Friedhöfen steht im Einklang mit R.E. § 100 und Entscheidung des VGH. vom 11. Februar 1903. Jedoch ist im Gesetz hinzuzufügen, daß die Benützung des konfessionellen Friedhofs den Andersgläubigen bzw. Nichtgläubigen im Gesetz nur dann gestattet sein kann, wenn ein anderer z. B. gemeindlicher Friedhof „der nach seiner örtlichen Entfernung die Vornahme von Beerdigungen in üblicher Weise und ohne außergewöhnliche Beschwerden ermöglicht" (Seydel), nicht vorhanden ist. (Die Bestimmung des § 16 II steht allerdings nicht im Einklang mit Cod. iur. can. 1240 § 1, wonach Apostaten und Nichtkatholiken auf katholischen Friedhöfen nicht bestattet werden dürfen. Allein die gegenteilige Gewohnheit besteht in Bayern seit mehr als 100 Jahren, die Bischöfe können dieselbe nach can. 5 des Codex dulden und werden sie auch in Zukunft dulden müssen). — Ferner wäre folgender Zusatz zu § 16 II zu beantragen:

„Wenn nach den Satzungen der Glaubensgesellschaft, welcher der Friedhof gehört, nur die **Erd**bestattung gestattet ist, so kann keine andere Beisetzungsart auf diesem Friedhof verlangt werden."

Nach Art. 30d des Entwurfs der Reichsverfassung bleibt der gesetzliche Schutz des **Sonntags** und der staatlich anerkannten **Feiertage** erhalten. Ferner sind nach Art. 30e desselben Entwurfes die Religionsgesellschaften zur Vornahme religiöser Handlungen in Krankenhäusern, Strafanstalten oder sonstigen öffentlichen Anstalten zuzulassen, wobei aber jeder Zwang fernzuhalten ist.

Der Entwurf der bayerischen Verfassung ist, wie sich gezeigt hat, nicht von dem Wohlwollen getragen, den die Glaubensgesellschaften nach ihrer Geschichte und ihrer Bedeutung im öffentlichen Leben zu beanspruchen haben. Er enthält sogar manche verborgenen Fußangeln und Fesseln. Möge es gelingen, sie zu beseitigen und ein friedliches Verhältnis von Kirche und Staat zum Nutzen beider herzustellen.

Typen und Typisches aus Münchens Rätezeit.

Von M. Geßner, München.

Der vom bayerischen Minister für militärische Angelegenheiten, **Schneppenhorst**, verklagte Redakteur der Münchener unabhängigen „**Neuen Zeitung**" hat einen schlüssigen Beweis für die Behauptung, Schneppenhorst habe sich in der kritischen Zeit des 4. und 5. April als Freund der Räterepublik gegeben, um sie dann mit bewaffneter Hand niederzuschlagen, nicht erbracht und wurde wie üblich bestraft. Daß dieser Mißerfolg des Blattes einen besonderen sachlichen Erfolg des Ministers bedeute, läßt sich aber nicht sagen. Es stand da so vielfach Behauptung gegen Behauptung, Eid gegen Eid, daß volle Klarheit über jene dunklen Tage und Stunden unmöglich zu gewinnen war. Das Wort von dem schwankenden Charakterbild Schneppenhorsts behält auch dann eine gewisse Berechtigung, wenn man gewisse Züge nicht ganz so sieht, wie Zeugen sie aufgetragen haben. Nun haben der Minister, seine Verteidigung und einzelne Zeugen sicher mit Recht hervorgehoben, daß in jener Zeit vorsichtige Taktik besonders notwendig war, daß es galt, Zeit zu gewinnen, und daß in einer Lage, die von Handgranaten beherrscht wurde, in einem Milieu, in dem man die Revolver knacken hörte, draufgängerische Entschiedenheit leicht mehr schaden als nützen konnte. Ins Gewicht fällt auch, daß der „Militärminister" so gut wie kein Militär hinter sich hatte, woran er freilich auch einen Teil der Schuld trug. Das Schlimme an all diesen und derartigen Entschuldigungs- und Rechtfertigungsversuchen scheint aber das zu

sein, daß sie gleichsam von der Voraussetzung ausgehen, Zweideutigkeit sei mindestens notwendig gewesen. In der Tat würde ja auch bloße Vorsicht die Vorkämpfer der Räteidee gewiß nicht befriedigt haben, und manche von ihnen scheinen doch der Ansicht gewesen zu sein, daß Schneppenhorst jedenfalls nicht ihr Gegner sei. Das war aber ein ziemlich teuer erkaufter Erfolg. Der Minister kam noch einmal glücklich aus München hinaus, aber sonst ist dadurch gar nichts gewonnen, der Ausbruch der Räterepublik vielmehr eher beschleunigt worden.

Trotzdem ist nicht gerade leicht zu sagen, wie der Minister in jenen Stunden anders hätte vorgehen sollen und was er unter den gegebenen Verhältnissen hätte erreichen können. Er trug eben die Last vorausgegangener fremder und eigener Taktik, die die Dinge so weit hatte kommen lassen. Ob diese Taktik im einzelnen nur falsch oder etwa nur zu richtig war — es kommt darauf an, welche Zwecke man annimmt —, ist natürlich schwer zu entscheiden. Sachlich war Schneppenhorsts früheres Vorgehen gegen Epp und die Freiwilligen einfach unverantwortlich. Vielleicht will man auch das mit Taktik erklären, aber Ministertaktik darf doch nicht immer im Endeffekt gerade auf das hinauslaufen, was sie normaler Weise verhindern müßte. Schließlich wäre auch noch die Frage zu beantworten: War sich Schneppenhorst in der Nacht vom 4. zum 5. April überhaupt schon völlig klar über das, was er wollte oder nicht wollte, oder war er das nicht? War er wirklich grundsätzlicher Gegner der Räterepublik oder kam es ihm darauf an, wie sich die Dinge anließen? Diese Frage geht nicht nur Herrn Schneppenhorst, sondern, von sehr vielen anderen abgesehen, auch den einen oder andern Ministerkollegen von damals und heute an. Eine richtige Antwort möchte ihnen jetzt selbst nicht ganz einfach vorkommen. Bleibt aber auch nur der leiseste Zweifel bestehen, so muß man verlangen, daß nicht wieder solche Männer vor derartige Situationen gestellt werden oder in die Lage kommen, sie durch falsche Taktik oder dergleichen heranreifen zu lassen. Wo die Diktatur so entschlossene und rücksichtslose Anhänger hat, braucht auch die Demokratie aufrichtige und entschiedene Freunde, aber gerade der Mangel daran im Lager der bisherigen lautesten Verkünder der Demokratie hat der Geschichte der ersten Aprilwoche ihr charakteristisches Gepräge gegeben.

Der Prozeß gegen Erich Mühsam, Dr. Wadler und Genossen beleuchtete außer dem Gesamtmilieu der Rätezeit zwei ausgesprochene Typen von Führern. In Mühsam den rücksichtslosen Fanatiker, der vielleicht auch an Ziele der Revolution denken und glauben mag, dem aber die Revolution vor allem Selbstzweck und Lebenselement ist. Und die Art, wie er diesem Zweck diente, mußte von halbwegs vernünftigen Zielen der Revolution nur ablenken. Mit sicherem Instinkt wählte er zu Bundesgenossen just die Elemente, auf die sich nur der verlassen kann, dem Revolution lediglich Zerstörung ist, Zuhälter und Dirnen und sonstige Besucher verrufenster Kneipen, die so wenig an den Aufbau einer besseren Welt dachten, daß sie selbst bei ihrem Freund und Gönner einbrachen, um ihn zu bestehlen. Aus dieser Welt hat ja die Räterepublik auch nicht nur treue Anhänger, sondern sogar einige Würdenträger, u. a. zwei Polizeipräsidenten gewonnen. Bei Mühsam heiligte der Zweck alles. Immerhin: Dieser „Edelanarchist“ war in Verehrung und Verwirklichung seiner „Ideale“ konsequent. Zwar auch der „Wahnsinn“, der Methode hat, macht noch nicht sympathisch, aber es gibt doch unsympathischere Dinge. Zu denen gehört eine Politik im Stile des Dr. Wadler aus Krakau, der als deutscher Patriot und Kriegsfreiwilliger und standesfroher Leutnant begann, um als Kosmopolit und Kommunist zu enden. Als Leutnant im Kriegswirtschaftsamt nahm er die Interessen der bayerischen Industrie gegenüber belgischen Arbeitern in einer Weise wahr, die ihm bei allen Freunden von heute, und nicht nur bei diesen, den Ruf eines Scharfmachers hätte eintragen müssen. Er war diesen Arbeitern gegenüber immer für die strammste Tonart. Anscheinend fühlte er sich zu Hohem berufen. Sowohl das System Bissing wie das von der Goltz war ihm in Belgien zu wenig deutsch. Er tadelte die deutsche Verwaltung in Belgien und warf ihr vor, sie behandle das Land zu sehr als Musteranstalt für deutsche Verwaltungsbeamte statt als deutsche Kolonie, aus der noch weit mehr herauszuholen wäre. Wer weiß, was noch geworden wäre, wenn der Krieg lang genug gedauert und nicht diese Wendung genommen hätte! Als aber das alte Deutschland zusammenbrach, wurde dieser Patriot und Herrenmensch ein Führer des internationalen Proletariats. Die sozialdemokratische „Münch. Post“ nennt ihn einen alldeutschen galizischen Streber. Das Gericht hat sein Verhalten mit Recht strenger beurteilt als das Treiben eines Mühsam und schickte ihn auf acht Jahre ins Zuchthaus, während jener mit 15 Jahren Festung davonkam.

Faßt man diese beiden Typen zusammen mit anderen, die über oder unter ihnen standen und um sie herum waren, so kommt man zu einem ähnlichen Ergebnis wie die „Münch. Post“, die da sagt, zur Rätezeit hätten „Phantasten, Abenteurer und Verbrecher“ sich als die eigentlichen Herrscher Bayerns aufgespielt. Solche Elemente können wohl eine Welt zerstören, aber keine aufbauen, sie können die verschiedenen Klassen gegeneinanderhetzen, aber keiner helfen, woran sie wohl auch garnicht denken. Den Rätezauber nahmen sie gerade soweit ernst, als er ihnen die Möglichkeit geboten hätte, zu herrschen, ohne auf anderer Räte Rat zu hören. Ein im Prozeß Schneppenhorst vernommener Bauer, Mitglied des Bauernrates, hat die Rollen dieser Patrone und ihrer Schützlinge kurz also gekennzeichnet: „Man hat uns zum Narren gehalten.“ In der Tat: Diese und andere Fremdlinge waren daran, aus Bayern ein Narrenhaus zu machen, in dem sie die feudalen Verwalter gewesen wären, die Bayern aber die Narren, dazu verurteilt, sich gegenseitig umzubringen, wobei für jene die „Sozialisierung“ in der glänzendsten Weise verlaufen wäre: Die Bayern hätten schließlich nichts mehr gebraucht und die Andern wären unbestrittene Herren des Landes und seiner Schätze gewesen. Dieses Spiel darf nicht fortgesetzt werden, wenn das Wort, das ein bayerischer König gesprochen: „Bayern, zu verderben seid ihr nicht!“ mit der Monarchie nicht seine Geltung verloren haben soll.

Vom Büchertisch.

Dr. **Alfons Heilmann: Stunden der Stille.** Sonntagsgedanken. Herder. Geb. 5.80 ℳ. — Die hier gesammelten und unter sechs Hauptabschnitte gebrachten Gedanken über Fernziele, Willensschule, Mensch unter Menschen, Wege zum Glück, Lebensführung, Das Jahr der Seele sind so recht Kinder des Sonntags: seines Lichtes, seiner Innigkeit, seiner Stille. „Stille Stunden“: wie bald, wie sehnsüchtig werden Tausende nach ihnen verlangen! Nach all dem schweren Wirren und Irren, nach all den Lasten eines qualvollen Schicksals wird doch für unser Volk im ganzen die Zeit der stillen Stunden: ihrer Einkehr, ihrer Besinnlichkeit, ihrer Vertiefung und Läuterung, anbrechen müssen, daß wir in ihnen, gerade in ihnen, unser Heil finden. Das vorliegende Werk kann uns schon jetzt einen Führer zu Oasen in der Zeit-Wüste geben. Mit Recht nennt es der Verlag ein Buch feiner Lebenskunst und Seelenkultur. „Kein ausgesprochen religiöses Buch, aber voll mystischer Gemütsglut“. Es ist auch viel ausgesprochen Religiöses darin herzugezogen worden: aus den Kirchenvätern, den Mystikern und späteren Gottsuchern und -findern. Dazu, kraft großer Belesenheit, manch anderes aus bedeutender weltlicher Literatur. Das alles zu einem feinen, tiefen, natur-, kunst- und schönheitsinnigen seelischen Organismus stimmungweckender Darstellung geeint. Bemerkenswert ist an dieser die Art, wie sie uns unaufdringlich aus der Theorie in die Praxis der gottsuchenden Anwendung führt.

E. M. Hamann.

Heinrich von Schullern: „Vom Garten des Glaubens.“ 8° (94 S.). Innsbruck — Wien — München 1919, Verlagsanstalt Tyrolia. Diese kleinen Skizzen, deren „Helden“ vornehmlich schlichte Landleute und Kinder sind, denen die ungeschwächte Glaubensinnigkeit des Tiroler Bergvolkes den Reiz einer kulturellen Geschlossenheit gibt, sind Gedichte in Prosa. Kleine Vorkommnisse und Zufälle des Lebens, an denen der stumpfe Blick achtlos hinweg sieht, enthüllen dem tiefer schauenden Dichter Seelen und rücken das Zufällige in die Perspektive des Allgemeingültigen, Symbolischen. Wie sogar der Weltkrieg nur in einem dieser Bilder anklingt, so hat Schullern in diesem stillen, nachdenklichen Buche vermieden, die wilden Stürme unserer Tage über den geschützten „Garten“ dahinbrausen zu lassen.

L. G. O.

Die Münchener „Neue Staatsgalerie“.

Daß gerade jetzt, in den ersten jungen Zeiten des Volksstaates in München ein neues Museum eröffnet ist, das vornehme Schönheit der Ausstattung und hohen Wert seines Inhaltes auf eine Weise vereinigt, die in Deutschland einzeln dasteht, das könnte man als gute Vorbedeutung ansehen — wenn nicht die Entstehungsgeschichte dieser „Neuen Staatsgalerie“ weit in die Königszeit zurückreichte und nicht hierbei wie bei allem, was München zur weltberühmten Stätte der Kunst macht, Gegenwart und Zukunft von den langsam, aber trefflich gereiften Früchten der Vergangenheit zehrten. Die Pflicht zu Wahrheit und Dankbarkeit verlangt, daß diese Tatsache nicht verschwiegen, oder auch übersehen und vergessen werde. Die neue Zeit und die neuen Zustände werden erst zu beweisen haben, ob ihnen Wille und Kraft innewohnt, kulturell gleichwertig wirksam zu sein wie die alten.

Die „Neue Staatsgalerie“ ist in dem Kunstausstellungsgebäude auf dem Königsplatze untergebracht, besitzt also ein Heim, das schon äußerlich zu den herrlichsten in deutschen Landen gehört. Das Innere

mit seinen nicht zahlreichen und nicht großen Sälen, zwang zur Zurückhaltung in der Wahl der auszustellenden Kunstwerke, zumal sie nach neuen Grundsätzen der Galerietechnik nicht in dichter Anhäufung, sondern locker und dem Blicke des Beschauers leicht zugänglich anzuordnen waren. Mit Anerkennung darf festgestellt werden, daß diese Schwierigkeit aufs beste gelöst ist, und daß mit Hilfe von Farbe und Beleuchtung Wirkungen von feinstem Reize erreicht worden sind. Alles Frostig-Museumsmäßige, alles was in andern Sammlungen die Absicht des Konservierens so trocken und langweilend vor Augen bringt, fehlt hier; es herrscht die warme Stimmung kulturdurchtränkten Lebens. Eines Lebens, das beim Genusse den Willen hat, durch ihn zur innerlichen Veredlung und Bereicherung zu gelangen. Daß die „Neue Staatsgalerie" diese Ziele erreichen möge, darf man ihr wünschen und es auch zuversichtlich annehmen.

Die jetzt eröffnete Galerie ist ein Teil der Neuen Pinakothek und bestimmt, diese zu entlasten. Nur zum Teil ist dies möglich gewesen. Es ist eben auch die Benutzung des Kunstausstellungsgebäudes nur eine vorübergehende Maßregel. Irgend eine spätere ruhige Zeit wird imstande sein, den längst notwendigen Neubau auszuführen, der wirklich alles Vorhandene aufnehmen und zur Geltung bringen kann. Wann das sein wird? Wer will es jetzt auch nur vermuten. Da steht vor meinem inneren Auge wieder das unvergleichliche Bild des nach den Absichten Ludwigs I. und II. herrlich umbauten Königsplatzes. Ich habe an dieser Stelle mehr denn einmal darauf hingewiesen. Aber dieser Gedanke ist zu schön, als daß man wagen möchte, an seine Erfüllung zu glauben. Und doch so vernünftig, dermaßen auch im wirtschaftlichen Interesse Münchens als Fremdenstadt gelegen, daß man denken sollte, der Nutzen müßte ohne weiteres einleuchten.

Was die „Neue Staatsgalerie" erstrebt und auch erreicht, ist die Gewährung eines Ueberblickes über die Entwickelung der Malerei und Bildnerei — vorab der Münchnerischen — von den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts bis zum gegenwärtigen Zeitpunkte und die Hervorhebung der in der modernsten Kunst lebendigen zukunftsförderlichen Kräfte. Somit geht die Betrachtung von der warmen Tonmalerei aus dem Anfange dieses halben Jahrhunderts über die Freilichtmalerei und den Impressionismus zum jetzt geläufigen Expressionismus, hält sich aber, trotz bereitwilligen Eingehens auf die Ideen dieser letzten Richtung, doch zum Glück frei von den ärgsten Auswüchsen, zumal vom Futurismus und Kubismus. Ist somit in ästhetischer Beziehung die Grenze des Erträglichen noch nicht überschritten, so darf man auch gern anerkennen, daß die Galerie im ganzen sich von der Darbietung sittlich nicht einwandfreier Bildwerke freihält. Wo man den unbekleideten menschlichen Körper dargestellt sieht, waltet reine Auffassung, die den künstlerischen Absichten Rechtfertigung verleiht. So namentlich bei den antikisierenden Schöpfungen des H. von Marées, deren bedeutendste in einem eigenen Raum vereinigt sind. In der Marées-Gruppe kommt auch der christliche Gedanke zur Geltung in den Gestalten der hl. drei Ritter Martin, Hubertus und Georg. Sind dies auch keine Andachtsbilder im eigentlichen Sinne, so wirken sie doch durch die Hoheit ihrer Auffassung andachterregend. Doch ist leider gerade an Werken solcher Art, wie an Leistungen der christlich-religiösen Kunst überhaupt, arger Mangel. Uhdes herrlicher „Schwerer Gang" (das Herbergsuchen Josephs und Marias) und seine gewaltige „Himmelfahrt Christi" sind fast allein berufen, hier Ersatz zu schaffen, was ihnen trotz aller Vorzüge doch im kirchlichen Sinne nicht gelingt. Dem rühmlichen, für die Zukunft hoch bedeutsamen Aufschwunge der gegenwärtigen christlichen Kunst schenkt die „Neue Staatsgalerie" überhaupt keine Beachtung. Das ist ein schwerer Mangel, der nicht ohne Abhilfe bleiben kann. Die neue christliche Malerei und Bildhauerei hat so Ausgezeichnetes aufzuweisen (Namen herauszugreifen muß ich mir aus naheliegenden Gründen versagen), daß sie sich ein Recht auf Berücksichtigung innerhalb der deutschen Kunstgeschichte erworben hat und die letztere ohne sie wissenschaftlich unvollständig bleibt. Viel eher wäre man geneigt, der Abteilung französischer Malereien (von Raffaelli, Toulouse-Lautrec, Renoir, Pissarro, Gauguin, Manet, Monet, Van Gogh u. a. m.) geringeren Umfang zu wünschen. Stark zu kurz gekommen ist die Kunst des übrigen Auslandes. Kostbare Werke, wie „Großmütterchens Trost" von Israels oder Segantinis „Pflügen im Engadin", wirken daher infolge ihrer Vereinzelung fast fremdartig. Den geringsten Genuß dürfte vielen der letzte Saal bereiten. Außer wertvollen Werken von Hodler und Becker-Gundahl enthält dieser Raum nur Uebermodernstes, Erzeugnisse einer Kunst, die in einer Sammlung solcher Art und Bestimmung nicht früher zu Worte kommen sollte, als bis sich das Urteil über sie völlig abgeklärt hat. Um so tiefere Eindrücke gewähren die anderen Räume. Hier findet man ältere und neuere Werke von Thoma, Leibl, Schuch, Trübner, Liebermann, Samberger (mehrere seiner besten Bildnisse), Stuck („Der Krieg", „Die Sünde"), A. von Keller („Auferweckung von Jairus Töchterlein"), überhaupt von wichtigsten Mitgliedern der älteren Sezession. Eine Schar jüngerer Meister schließt sich ihnen an. Daß man bei einzelnen imstande ist, ihr früheres Schaffen mit dem jetzigen zu vergleichen, gereicht nicht jedem zum Vorteil. — Im ganzen muß die „Neue Staatsgalerie" als eine Schöpfung von außerordentlichem Werte anerkannt werden, ein Lob, das vervielfacht wird durch die von ihr geschaffene Gewißheit, daß politische und moralische Niederlage doch den deutschen Idealismus und seine kulturfördernde Kraft nicht niederzwingen können.

Dr. O. Doering.

Bühnen- und Musikrundschau.

Nationaltheater. Die Festspiele, welche sich auf das Prinzregententheater und das Große und das Kleine Haus des Nationaltheaters erstrecken, währen heuer vom 25. Juli bis 6. September. „Zum ersten Male wird heuer auch das Schauspiel einbezogen", so liest man. Der Historiker wird freilich auf die Zeiten Dingelstedts und Perfalls hinweisen; aber damals nannte man diese Festspiele „Musteraufführungen" und berief die namhaftesten Größen der deutschen Schauspielkunst. Von letzterem kann natürlich heuer keine Rede sein. Gegeben werden die „Räuber", „Käthchen von Heilbronn", „Hannibal" (von Grabbe), „Jedermann" und der seither noch nicht gebotene „Herakles" von Wedekind, welch letzterer unerprobt gleich den Charakter als „Festspiel" erhält. Die Oper beginnt mit „Parsifal", sie bietet außer Wagner Werke von Mozart, Weber, Marschner, Strauß, Pfitzner, Schrekker, Klose, Humperdinck. Die Preiserhöhung wird, abgesehen von dem besonderen Charakter der Festspiele, auch dadurch zu rechtfertigen gesucht, daß die höhere Einnahme die Fortsetzung der billigen Volksaufführungen ermöglichen soll. — Gustav Held, den wir erst vor kurzem in Gogols „Heirat" als humorvollen Darsteller auf den Brettern sahen, ist an einer im Kriege erworbenen Malaria verschieden. Der hoffnungsvolle junge Künstler gehörte erst seit kürzerer Zeit dem Nationaltheater an. — Alois Wohlmut feierte den siebzigsten Geburtstag. 1886 betrat er als „Tartuffe" erstmalig unsere Hofbühne, der er heute noch angehört als einer der wenigen „auf Lebenszeit" verpflichteten Künstler. Ein Charakterdarsteller von reicher Gestaltungskraft und feinstem Stilgefühl ist er der Träger einer heute leider vielfach unterbrochenen Schauspielertradition; es war geplant, daß er an seinem Festabend in einer der von ihm stets mit besonderer Hinneigung gespielten Rollen Molières vor unser Publikum trete, allein die Ausführung dieses Planes wurde verschoben. Der „Dorfrichter" im „Zerbrochenen Kruge" bot vollgültigen Ersatz. Die Ueberreichung der für den beliebten Künstler in großer Zahl eingetroffenen Blumen erfolgte auf den Wunsch des Jubilars nicht auf offener Bühne. Möge dem ausgezeichneten Künstler seine Frische und Spielfreude noch lange erhalten bleiben. Seiner oft gewürdigten Verdienste als Dichter und Kunstsammler, der seine für die Münchener Kunst bedeutungsvolle Galerie dem Theatermuseum stiftete, ist auch an dieser Stelle schon öfters gedacht worden.

Schauspielhaus. Die auch von uns wiederholt getadelte sensationelle Ausnützung des Publikumsinteresses für einst verbotene Stücke hat, wie die Tagesblätter berichten, in der „Büchse der Pandora" neuerdings zu Kundgebungen geführt, welche zu frühzeitigen Abbruch der Vorstellung nötigten. Die serienweise Aufführung des Wedekindschen Schmutzstückes sollte heute, da die Notwendigkeit der Hebung unserer sittlichen Zustände eine allgemein anerkannte ist, alle bürgerlichen Parteien mit gleicher Sorge erfüllen. Es muß deshalb befremden, wenn man in einem Münchener Blatte liest, man müsse sich die Mühe nehmen, den Arrangeur solcher reaktionärer Umtriebe zu ermitteln. Von einem Blatte, das jüngst den anerkennenswerten Anlauf nahm, gewisse „Aufklärungsfilme" zu bekämpfen, wirkt das Argument: „Wer's nicht mag, braucht ja nicht hinzugehen", nicht gerade logisch.

Theater am Gärtnerplatz. „Der verliebte Herzog", eine Operette von Gilbert, wurde dank einer flotten, temperamentvollen Wiedergabe freundlich aufgenommen. Gilbert ist der populäre Komponist des „Puppchen"; damit ist der Charakter der Musik genugsam angedeutet. Wir kommen demnächst auf die Operette noch zurück.

Neues Theater. „Schneider Fips", ein lustiger Einakter des viel verlästerten Kotzebue machte, sehr munter gespielt, einen recht angenehmen Eindruck. Aus einem Loche in der zwei Nachbarhäuser trennenden Mauer entwickelt sich das gewiß nicht tiefe, aber unterhaltsame Liebesspiel. Dieses Stückchen ist nicht mit Anspruch auf literarisches Niveau geschrieben; es ist Theaterware für den Tagesgebrauch; aber welche Theaterware von heute hätte Aussicht wie dieses nach einem Jahrhundert noch freundliche Eindrücke zu erzielen? Wie in der vorigen Woche folgte dem dramatischen Auftakt Tanz. Münchener Tänzerinnen fanden sich zu einem Grétry-Abend zusammen, von dem man heuer manches schon in der Tonhalle gesehen hatte. Ganz hervorragend schön an Anmut der Bewegung war ein Primaveratanz der Damen Bauroff, J. v. Collande und Frances Metz, welch' letztere mit ihren Schülerinnen an anderen Abenden auftrat. Mit besonderer Freude sah man die Wiesenthals wieder. Man erinnert sich gerne des außerordentlichen Eindrucks, den man vor Jahren beim ersten Auftreten von diesen Wienerinnen erhalten hat und man freut sich, seine Erwartungen wieder erfüllt zu sehen. Elsa (heute Frau Huber-Wiesenthal) ist die stärkste rhythmische Begabung, voll natürlicher Anmut und vollendetem Stilgefühl. Joh. Strauß „Wiener Blut" rief wieder lautes Entzücken wach; wie ja überhaupt im Wienertum und seiner Tanztradition das Beste dieser Kunstübung steckt, so Schönes sie auch bei Slaven und Debussy bieten. Auch Berta Wiesenthal tanzt reizvoll, als dritte hat sich neu mit Erfolg eine Marta dieser tanzbegabten Familie zu ihnen gesellt. Erst neulich ist es wegen Saint-Saëns in einem Konzert zu sehr scharfem Mißfallen des Publikums gekommen. Diesmal glaubte das Kammerorchester nicht auf Zwischenaktsmusik dieses Deutschenfressers verzichten zu können in jener bekannten Vorurteilslosigkeit, die moralische Fußtritte demütig hinnimmt.

Kammerspiele. Otto Zoff, einer der expressionistischen Dichter des Kunstkreises der Kammerspiele, hat als Spielleiter uns mit „**Gabriel Schillings Flucht**“, einem schon ziemlich vergessenen Schauspiel **Gerh. Hauptmanns** neuerdings bekannt gemacht. Die Aufnahme war nach den ersten Akten äußerst kühl, dann gab es einen lärmenden Beifall, der auf mich den Eindruck eines forzierten Rettungsversuches machte. Die Vorzüge des Stückes liegen in psychologischer Kleinmalerei, die Nachteile in dramatischer Schwäche. Der Maler Schilling ist durch die Leidenschaft zu einer angeblich dämonischen Frau künstlerisch heruntergekommen; endlich hat er sich zu einer „Flucht“ aufgerafft; aber als dieses Weib ihn in der Idylle auf einer Feinsamen Fischerinsel aufsucht, ist er sofort im alten Bann. An seinem Krankenbett kommt es zwischen Gattin und Geliebten zu einer scharfen, aber ergebnislosen Auseinandersetzung. Der Künstler geht schließlich den Konflikten aus dem Wege, indem er in den Wellen den Tod sucht. Dieser kraftlose Neurastheniker ist menschlich zu geringwertig, als daß er als „Held“ fünf Akte tragen könnte. Wir fühlen dies heute noch stärker, als früher. Man spielte mit Verständnis, aber sprach oft ziemlich undeutlich.

München. L. G. Oberlaender.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Aufhebung der Blockade — 42 Milliarden Mark Notenumlauf — „Mehr arbeiten, weniger verbrauchen“! — Wirtschaftspolemik im Reich.

Unmittelbar anschliessend an die Ratifizierung des Friedensschlusses erfolgte seitens des obersten Rates der Alliierten am 12. Juli die **Aufhebung der Blockade** und die Ankündigung der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen der Entente mit uns. Schiffsverbindungen mit Hamburg und den übrigen deutschen Seezentralen sind wieder hergestellt, die Verschiffung von Auslandsprodukten, vor allem aus Amerika, bereits in die Wege geleitet. Die unmittelbare Folge der Blockadeaufhebung wird eine verstärkte Zufuhr von Waren aller Art nach Deutschland sein. Privatfirmen haben mit Regierungsunterstützung bereits seit geraumer Zeit in den neutralen Ländern grosse Wareneinkäufe, namentlich in Tabak, Lebensmitteln und Textilartikeln vorgenommen. Begreiflicherweise begrüssten besonders unsere Effektenbörsen diese Tatsachen mit einer regelrechten „Friedenshausse“. Ganz beträchtliche Kurserhöhungen bei starken Umsätzen sind zu verzeichnen, wenn sich auch solche nicht behaupten konnten. Rasch erfolgte eine unausbleibliche Ernüchterung aller Wirschaftskreise angesichts der zahlreichen und heute keineswegs noch restlos übersehbaren Schwierigkeiten. Schon die trüben Aussichten der Rohstofffrage und des Problems der Gestaltung unserer Markwährung bleiben ungeklärte Faktoren. Das Menetekel der Ententebevormundung auf allen, in erster Linie auf finanztechnischen Gebieten, lässt unseren Wirtschaftskreisen immer wieder den Atem anhalten. So zeigte der Reichsbankausweis am Halbjahrschluss, allerdings mit hauptsächlich verursacht durch die Milliardenansprüche für den Couponszahlungsdienst, namentlich für die Kriegsanleihen, mit ihren enormen Ziffern an Zahlungsmitteln eine furchtbare Mahnung über den wahren Stand der Sachlage bei uns. Der Zahlungsmittelumlauf hat die ungeheuerliche Höhe von über **42 Milliarden Mark** erreicht, und noch ist kein Anfang im Abbau dieser ungesunden Banknotengesamtsumme zu erwarten! Die allgemein ausgegebene Devise: „**Mehr arbeiten und weniger verbrauchen**“ bleibt leere Phrase, wenn wir die unausgesetzten Zuckungen auf dem Arbeitsgebiete verfolgen. Bankbeamte, Angestellte auf anderen Gebieten, Arbeiterforderungen durchschwirren mit ihren wilden Streikandrohungen das wirtschaftspolitische Gewölk Deutschlands und verhindern jeden Ueberblick für den fundamentalen Neuaufbau unseres so schwer geprüften Vaterlandes. Die ohnehin verringerten Arbeitsleistungen vermehren die Schwierigkeiten in der Aufnahme des Wirtschaftswettkampfes mit den übrigen Konkurrenten, welche uns in jeder anderen Beziehung weitaus überlegen bleiben werden. Uebertreibung von Optimismus auf jedwedem Wirtschaftsgebiet wird von Uebel sein, insbesondere solange auch die Folgen der kommenden Steuerpolitik und der gewaltigen Vermögensverschiebungen unübersehbar bleiben. Verkehrsschwierigkeiten, solche ebenfalls bedingt durch Eisenbahnerstreiks in Mittel-Deutschland, haben neuerlich die Kohlenzufuhr zu unseren Grossbetrieben verschlimmert und die Stillegung einer Anzahl von seither erstklassigen Unternehmungen der verschiedenen Branchen verursacht.

Vielfach beachtet und kommentiert wurden die sich widersprechenden Meldungen über die allgemeine Vermögensabgabe — Reichsnotopfer — namentlich über die anscheinend teilweise Hinausschiebung des Stichtages auf den 31. Dezember 1919, ferner über die Einzelheiten der zehn Steuergesetzentwürfe, wobei im besonderen die schweren Belastungen der Wirtschaftgebiete durch die grossen Gebührenerhöhungen für Post-, Telegraphen-, Telephon- und Eisenbahntarife, ferner für Personen- und Güterverkehr in Betracht kommen. Der Gesetzentwurf zur Verhütung der Effektenflucht blieb, da allgemein erwartet, nur wenig beachtet. Immerhin wurde das lebhafte Geschäft in Kriegsanleihen und anderen deutschen festverzinslichen Renten, sowie die darin erzielten erhöhten Kurse aufrecht erhalten. Anderseits ergibt die rückläufige Bewegung der Sparkasseneinlagen — im Maimonat betrug deren Zunahme bei den gesamten deutschen Sparkassen nur 100 gegen 450 bezw. 300 Millionen Mark in den Vorjahren — immerhin eine bestehende Beunruhigung innerhalb der Kleinkapitalistenkreise!

Einen breiten Rahmen der Wirtschaftsdebatten der jüngsten Tage nahmen nach wie vor die seitens des Reichsfinanzministers Erzberger bei der ersten Lesung der Steuervorlagen bekanntgegebenen Einzelheiten über die Finanzlage des Reiches und der Bundesstaaten sowie die erneut in den Vordergrund des allgemeinen Interesses getretenen Polemiken über die **Wirtschaftspolitik der Reichsregierung** in Anspruch. Mit der Programmrede Erzbergers steht im engen Zusammenhang die Beurteilung der „Wisselkrise“, namentlich die heftigen Erörterungen über Planwirtschaft und Sozialisierung. Von ganz besonderem Interesse waren auf diesem Gebiete die bedeutsame Rede des bayerischen Handelsministers Hamm auf dem Nürnberger Handelskammertag über die Wirtschaftspolitik in Bayern und im Reiche, besonders, was Freizügigkeit, freier Austausch und freies Kräfte-Messen von Handel und Industrie in den kommenden Tagen anbelangt. Der bayerische Handelskammertag hält im übrigen die Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums hinsichtlich Planwirtschaft in der bekanntgegebenen Art der Ausführung für verfehlt. — Die erfreuliche Wirkung der Massnahmen der Reichsregierung hinsichtlich Verbilligung der Lebensmittelpreise und Preisabbau auch auf anderen Gebieten zeigen sich in einer, auch an dieser Stelle bereits signalisierten, gewaltigen Senkung der allgemeinen Preise. Namentlich das allmähliche Verschwinden der Schleichhandelsauswüchse spielt hierbei mit die erste Rolle!

München. M. Weber.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Leipziger Herbst-Mustermesse

31. August bis 6. September 1919

Ausstellung von Musterlagern von Keramik und Glas, Holz-, Metall-, Papier-, Leder-, Gummi-, Korb-, Kurz- und Galanteriewaren, Spielwaren, Musikinstrumenten, optischen Artikeln sowie verwandten Waren, mit den **Unterabteilungen:** Papiermesse, Sportartikelmesse, Schuh- und Ledermesse, Nahrungsmittelmesse, Textilmesse, Verpackungsmittelmesse, Technische Messe und Maklerstelle, Baumesse, Bürobedarfsmesse, Reklamemesse, Bugramesse (Buchgewerbe, Graphik und Buchhandel) und Edelmetall-, Uhren- und Schmuckmesse

Entwurfs- und Modellmesse, Vermittlungsstelle für Künstler und Fabrikanten

Meßwohnungen vermittelt der Wohnungsnachweis des Meßamts

Anmeldungen von Ausstellern und Einkäufern sowie Anfragen in allen Meßangelegenheiten sind zu richten an das

Meßamt für die Mustermessen in Leipzig

Musik-Instrumente

für Orchester, Kirche, Schule und Haus:

Harmoniums, Pianinos,

Violinen, Guitarren, Lauten, Mandolinen in unübertroffener Qualität kauft man sehr vorteilhaft bei

Gebrüder Voigt, Markneukirchen i. Schliessfach 40.

Alle Geigen und Cellos kaufen wir stets zu höchsten Preisen.

In dieser ernsten Zeit kommt das Harmonium-Spiel ganz besonders zur Geltung. Es ist in der häuslichen Musik Tröster und Erbauer zugleich

HARMONIUM d. König d. Hausinstumente

HARMONIUM sollte i. jed. Haus. z. find. sein

HARMONIUM m. edl. Orgelton v. 66-2400 M.

HARMONIUM auch von Jederm. ohne Notenk. 4stimmig spielbar.

Prachtkatalog umsonst.

Alois Maier, Hoflief., Fulda.

Messe

Dresden Scheffelstrasse hat allein „Atama“ Edelstraussfedern. Solche bleiben 10 Jahre schön u. kost. 30 cm lang 9 M., 35 cm 12 M., 40 cm 15 M., 45 cm 25 M., 50 cm 36 M., 55 cm 42 M., 60 cm 60 M., schmale Federn, nur 15-20 cm breit kost. 1/2 m lg 3 M., 60 cm 6 M. Straussboas 15, 25, 36 M. Reiher 1, 2, 4, 6 M. bis 60 M. [illegible] Karton voll 3, 5 u. 10 M.

Wer verhilft einem sehr armen Kriegsteilnehmer zu einem

Mikroskop,

dessen er beruflich bedarf? Angeb. u. F. W. 19523 a. d. Geschäftsstelle d. Allgemeine Rundschau, München.

---

800 000 gefangene Brüder

schmachten noch in feindlicher Fron. Ihr Los zu erleichtern ist Ehrenpflicht.

Drum gib schnell und reichlich dem deutschen **Hilfswerk** für die Kriegs- und Zivilgefangenen.

Landesarbeitsausschuß

München, Ludwigstr. 14, Postscheck Nr. 16700 München. Auch alle Banken, Sparkassen und Postämter nehmen Spenden entgegen.

Die kleinen Anzeigen aus den gebildeten katholischen Kreisen Deutschlands gehören in die Allgemeine Rundschau.

Von wem kann ich käuflich

Dantes göttliche Komödie

von Else Hasse (s. Zt. b. Kösel, München, erschienen, jetzt vergriffen) erhalten.

Angeb. unter A. B. 19520 an die Geschäftsst. d. „Allgem. Rundschau“, München.

Versandhaus HELBING Breslau X, Kohlenstrasse 13

versendet Schönheitsmittel zur Haut- und Haarpflege von 12 bis 20 Mk. Nur erstklassig. Fabrikate. Diskreter Versand.

Ist Nervosität heilbar ?

Diese Frage hat der grosse, nervenzerrüttende Krieg mit erhöhter, beängstigender Klage aus dem Munde von Ungezählten wiederholen und neu lautwerden lassen. Eine zuversichtsfrohe Bejahung und damit zugleich schon den Anlauf zur Genesung bietet das Buch „Selbstbefreiung aus nervösen Leiden“ von Dr. med. W. Bergmann. (11.–14. Tausend [312 S.] Verlag von Herder, Freiburg. Geb. M. 6.50). „Eine Schrift, die Tausenden von Verzweifelten neue Lebensfreude schenken wird.“ (Danzers Armee-Zeitung, Wien.) In allen Buchhandlungen zu haben.

Wer

brieflichen Verkehr, Gedanken-Austausch usw. wünscht od. **Korrespondenz zur Anbahnung einer christlichen Ehe** anstrebt, kann in der „Allgemeinen Rundschau“ nach den bisherigen Erfahrungen auf zahlreiche Briefe rechnen.

Nur auf diesem Wege.

Todes- ✠ Anzeige.

Dem Herrn über Leben und Tod hat es gefallen, seinen frommen Diener, unseren hochverdienten Stifter und Gründer des St. Paulusstiftes,

den hochwürdigen Herrn päpstl. Geheimkämmerer

Priester Jakob Friedrich Bussereau

am 2. Juli nachmittag 5¼ Uhr auf dem Liebfrauenberg, nach kurzem, schwerem Leiden, wohlvorbereitet durch den Empfang der heiligen Sterbsakramente in die Ewigkeit abzurufen. Die Seele des hochwürdigen Verstorbenen wird dem Gebete der Priester und Gläubigen empfohlen.

Herxheim, Queichheim, Liebfrauenberg b. Bergzabern, Neuötting, Kirchmohr, Darmstadt, Juli 1919.

Die Kongregation d. Brüder v. heiligen Paulus-Queichheim
Frater Andreas, Prior.

Die Kongregation d. Schwestern v. heiligen Paulus-Herxheim
Schwester M. Franziska, Generaloberin.

Die feierliche Beerdigung fand in Herxheim, (St. Paulusstift) am 5. Juli statt.

Soeben ist erschienen:

Aus der Mappe eines alten Jugendfreundes

Ein Buch für die christliche Jugend sowie für alle, die sich mit ihrer Erziehung befassen

von **Anton David** S. J.

1. Bändchen: Für Schüler unterer und mittlerer Klassen
12°. 196 Seiten. In steifem Umschlag Mk. 4.50

2. Bändchen: Für Schüler höherer Klassen
12°. 180 Seiten. In steifem Umschlag Mk. 4.20

Wiederholt wurde dem Verfasser der Wunsch ausgesprochen, er möchte die erzieblichen Besprechungen, welche er bei Gelegenheit der Notenverlesung und auch sonst den Zöglingen der Stella matutina in Feldkirch gehalten hat, dem Drucke übergeben. Die vorliegenden Bändchen enthalten einen Teil derselben, und zwar solche Vorträge, die an die unteren und mittleren Klassen und an die oberen Klassen gerichtet sind.

Von dem gleichen Autor sind früher erschienen:

Biblische
Erziehungsbilder
Ein Büchlein für christliche Eltern
8°. 120 Seiten. In steifem Umschlag Mk. 3.35

Präfektenbuch
Darlegung für Präfekten in katholischen Erziehungshäusern und für alle, die mit Jugenderziehung zu tun haben
8°. 256 Seiten. In steifem Umschlag Mk. 6.—

Verlag von Friedrich Pustet, Regensburg Zu beziehen durch alle Buchhandlungen

---

■ Soeben ist erschienen: ■

Was ich bei Mönchen fand

Von **A. von Auersburg**

8°. 264 Seiten. Ungebunden Mk. 4.50. Gebunden Mk. 6.—

Der Verfasser (Pseudonym) zeigt in gründlicher und objektiver Weise, wie es hinter den Kulissen eines Männerklosters zugeht, wie es dort aussieht und wie die tatsächliche Lebensweise der Klosterleute ist. Das Buch ist namentlich auch Andersgläubigen zu empfehlen, die sich für die Tagesordnung der „faulen Mönche" interessieren und Einblick zu erhalten wünschen in Vorgänge, die sonst gewöhnlich dem Außenstehenden verborgen bleiben. Es dürfte dasselbe geeignet sein, viele Vorurteile zu zerstreuen, und, wo sie bisher gefehlt haben sollte, eine gerechte Beurteilung des kathol. Ordenslebens herbeizuführen.

Verlag von Fr. Pustet, Regensburg. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen

---

Von Mutterleid u. Mutterfreud

Zur besinnlichen Lesung für jede, die eine gute Mutter werden will. Von **A. Heinen.** Mit vielen Bildern von **L. Richter.**

Leicht gebunden M. 2.—, Geschenk-Ausgabe gebd. m. handkoloriert. Titelbild ord. M. 4.—.

Einiges aus dem Inhalt:

Am Hochzeitsmorgen. Daheim. Helles Zimmer. Meinem Kinde. Deines Kindes Spiel. Mein Gatte ist nicht, wie er sein soll. Sei Dienerin, keine Sklavin. Heilige Genügsamkeit. Umgangsformen. Dein Kind im Gotteshause. Was soll dein Kind werden? Die Jünglinge. Um die Zukunft deiner Töchter. Fesseln der Liebe. Wenn dein Kind in die Fremde geht. Ein warnendes Bild aus der Gegenwart. Mutterschmerz. Vom verlorenen Sohn. Heiratsfähige Töchter. Schwiegermutter. Großmutter.

Alfons Hug G. m. b. H. Verlagsbuchhandlung, Günzburg a. D. (Bay.)

Durch jede Buchhandlung zu beziehen.

Zum 2. August:

Der große

Portiunkula-Ablaß

mit Titelbild von Murillo

Von P. **Raphael Hüfner,** Franziskanermissionar. 64 S. 105.—130. Tausend. Geh. 40 ₰, gebd. 75 ₰. (Bei Massenbezug billiger.) Der große Portiunkula-Ablaß des hl. Franziskus von Assisi, den die Päpste gutgeheißen haben, wird immer mehr im Volke bekannt. Der 2. August oder der darauf folgende Sonntag ist in den meisten Diözesen durch besondere den einzelnen Bischöfen erteilte Vollmacht als Tag für die Gewinnung dieses Ablasses bestimmt. Auf zahlreiche Bitten von Seiten vieler Gläubigen hat der hl. Vater große Erleichterungen gegeben, um die Gewinnung dieses Ablasses recht vielen Gläubigen möglich zu machen. Diese neuesten Bestimmungen enthält das soeben in 4. Auflage erschienene Portiunkulabüchlein nebst einer kurzen Geschichte und 25 Andachten für die Kirchenbesuche zur Gewinnung des vollkommenen Ablasses.

Zum Massenbezug geeignet.

Verlag von Hermann Rauch, Wiesbaden.

Welch edeldenkender, erfahrener Mensch verhilft einem jungen, minderbemittelten bis jetzt kranken Kriegsteilnehmer mit human. Bildung **zu einer sicheren Lebensstellung?**

Zuschriften erbeten unter M. S. 19486 an die Geschäftsstelle der Allgemeinen Rundschau, München.

Für die Redaktion verantwortlich: i. V. Dr. Jos. Kausen, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gh.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich M 4.50.

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 30. München, 26. Juli 1919. XVI. Jahrgang.

Für die Reise.

Die Lektüre der „Allgemeinen Rundschau" wird man in diesen Zeiten auch in der Sommerfrische, im Kur- oder Badeorte nicht vermissen wollen. Die direkten Postbezieher beantragen daher einige Tage vor der Abreise die Ueberweisung bei demjenigen Postamte, bei dem die Bestellung erfolgt ist, die Buchhandelsabonnenten wenden sich an ihren Buchhändler und die Verlagsabonnenten an die Geschäftsstelle in München. Vor der Rückreise müssen die gleichen Stellen wieder verständigt werden.

Warum wir der Anarchie entgegentreiben.

Von Bernhard Duhr S. J.

„Wenn die Ideen aufgestanden sind, so stehen die Pflastersteine von selbst auf."
Proudhon.

Die Weltuhr scheint in Unordnung geraten. Der Boden wankt unter unseren Füßen. Noch wenige Schritte und ein alles verschlingender Abgrund gähnt uns entgegen. Da drängt sich mit Gewalt die Frage auf: Wie ist das gekommen? Warum sind wir am Abgrund angelangt? Hätten wir nicht einen anderen Weg einschlagen können? Wer ist schuld an dem heillosen Irrweg? Zur Beantwortung dieser Frage wird die folgende Erinnerung dienlich sein.

Am 6. Sept. 1894 hatte der Kaiser bei einem großen Gastmahle in Königsberg die ostpreußischen Adeligen zum Kampfe gegen den Umsturz aufgerufen mit den Worten: „Auf zum Kampfe für Religion, Sitte und Ordnung gegen die Parteien des Umsturzes." Infolge dieser Aufforderung wußten die Minister nichts besseres zu tun, als Verschärfungen des Strafgesetzbuches, das sogenannte Umsturzgesetz einzubringen, das am 8. Januar 1895 im Reichstag zur Verhandlung kam. Bei dieser Gelegenheit hielt der Abgeordnete Gröber am 9. Januar 1895 eine Rede, in der er sich scharf gegen Polizeimaßregelungen aussprach, zumal wenn dadurch nur die unteren weniger schuldigen, nicht aber die oberen mehr schuldigen Kreise getroffen würden. Von Regierungsseite war zur Begründung der Vorlage u. a. von der Verwirrung der Rechtsbegriffe gesprochen und es „als ein Verbrechen des Staates an sich selbst" bezeichnet worden, „sofern er derartige Dinge nicht für die Zukunft verhindert". „Wenn aber die gleichen Dinge — so erwiderte Dr. Gröber — vor der unreifen akademischen Jugend vorgetragen werden, die auch in Gefahr ist, an ihren Rechtsbegriffen zu scheitern, da nach der Lehre der liberalen Professoren das Recht lediglich Gewalt, der Staat die einzige Quelle allen Rechtes, der Staat omnipotent ist, da frage ich, ob der Staat nicht auch ein Verbrechen gegen sich selbst begeht, so lange er derartige angeblich ‚wissenschaftliche' Darlegungen nicht bloß duldet, sondern noch bezahlt." Zum Beleg führte er den Straßburger Professor Theobald Ziegler an, der in seinen Vorträgen „Sittliches Sein und sittliches Werden" (1896) die Zweifelhaftigkeit aller unserer Begriffe von Gut und Böse und das Recht der Revolution von unten verteidige. Der Jenenser Professor Ernst Haeckel hat 1880 in einem an den Brüsseler Unterrichtskongreß erstatteten Gutachten hervorgehoben: seit Beginn seiner Lehrtätigkeit habe er stets unter dem Schutze der Regierung von Weimar mit der größten Offenheit die Unvereinbarkeit der kirchlichen Lehren mit den Resultaten der Wissenschaften hervorgehoben und gelehrt, daß die Mythologie der Erforschung der Natur und der monistischen Philosophie das Feld räumen müsse. Der Berliner Professor A. Döring lehrt in seinem 1888 erschienenen Werke „Philosophische Güterlehre", daß alle religiösen Vorstellungen auf Illusion beruhten und daß die fortschreitende Wissenschaft die Säugamme des Unglaubens sei. Der Glaube an ein jenseitiges Leben ruht, wie nachgewiesen, auf primären Unlustgefühlen und sei eine echt primäre Illusion. Ein noch bekannterer Berliner Professor Paulsen behauptet in der 3. Auflage seines „Systems der Ethik" die Unvereinbarkeit des Glaubens an einen persönlichen Gott mit der Wissenschaft und erklärt den Glauben an die persönliche Unsterblichkeit für einen Traum.

Der Einwendung, daß solche Deduktionen nicht in die unteren Kreise dringen, hielt Dr. Gröber die Tatsache entgegen, „daß diese gelehrten Werke und Vorträge das Arsenal bilden für die Herren von der Sozialdemokratie . . . Ich habe hier z. B. ein Schriftenverzeichnis der Buchhandlung des „Vorwärts" vom Juli 1894; da finden Sie eine ganze Anzahl von gelehrten Werken, namentlich auch die Werke des Professors Haeckel und anderer liberalen Größen zum Studium für das Volk empfohlen." Eine Scheidewand zu errichten zwischen den hoch oben auf dem Katheder das Volk vergiftenden Professoren und den unteren Klassen, die daraus die praktischen Konsequenzen ziehen, ist nicht möglich. Der Sozialdemokrat und Atheist Dr. Rüd hat erklärt: „Das, was ich hier vortrage, habe ich gelernt bei den vom Staate bezahlten Professoren."

Ist es nun gerecht, so fragte Dr. Gröber, oben Straffreiheit zu gewähren und unten mit strengen Strafen einzuschreiten? Die Männer aus dem Arbeiterstande, die sich durch ihr Talent emporgearbeitet, schenken, berauscht vom Nimbus der deutschen Wissenschaft, vertrauensvoll Glauben den sogenannten feststehenden Ergebnissen der Wissenschaft. Die Arbeiterführer, die diese „Ergebnisse" beim Volk verbreiten, sind nicht den hundertsten Teil so schuldig wie jene deutschen Professoren, welche dieselben Lehren schon seit Jahrzehnten als wissenschaftlich feststehend in ihren Hörsälen und Schriften bezeichnen.

Mit Recht fragte Dr. Gröber weiter: Wenn von den liberalen deutschen Professoren vom Katheder herab als feststehendes Ergebnis der Wissenschaft erklärt wird, an einen persönlichen Gott und an eine Vergeltung im Jenseits zu glauben, hat keinen Sinn, darüber ist die Wissenschaft einig, solche Illusion überläßt man den Weibern und männlichen Betschwestern, aber ein gelehrter deutscher Mann glaubt solche Dinge nicht mehr, welche Folgerungen muß daraus das Volk ziehen? Wer nicht mehr an die ewigen Wahrheiten, den ewigen Richter und eine ewige Vergeltung im Jenseits glaubt, wie wollen sie den veranlassen, daß er pflichtgetreu, gehorsam sei und Opfer bringe, die ihm unter Umständen schwer fallen? — Wie können Sie ungläubigen Leuten einen Vorwurf daraus machen, daß sie die Staatsordnung durchbrechen wollen, sobald es ihnen nützlich und ausführbar erscheint?

Diese Erinnerung weist deutlich auf die letzte Quelle: der von oben in die Massen gedrungene Atheismus führt naturnotwendig zum Anarchismus. Alle Sozialisten, Kommunisten, Anarchisten berufen sich einmütig auf den Atheismus, als das gesicherte Resultat der neueren Wissenschaft, auch Bakunin, Lenin, und das offizielle Programm der Bolschewisten von Bucharin. So hat sich der moderne Staat durch seine von ihm angestellten und bezahlten Professoren selbst das Grab schaufeln lassen.

Frankreichs letztes Sträuben gegen den Gang nach Canossa.

Von Friedrich Ritter von Lama, Füssen.

Das Verhältnis Frankreichs zum Heiligen Stuhle ist am 2. Juli in der französischen Kammer wider alles Erwarten Gegenstand einer gründlichen Aussprache geworden, die, hätte ein Antrag auf Errichtung der diplomatischen Vertretung beim Vatikan vorgelegen, nach übereinstimmendem Erachten der Pariser Presse zu einer Niederlage der Regierung geführt haben würde. Und zweifellos ist von jener Seite, die die Frage aufrollte, eben deswegen von der Stellung eines solchen Antrages abgesehen worden, weil man den Vatikan nicht mit dem Odium belasten wollte, die Ursache des Sturzes der Regierung geworden zu sein. Entsprach nun auch das Ergebnis des Tages nicht den Erwartungen jener, die ihn herbeigeführt, so darf doch eines heute als erwiesen gelten, daß die Wiedererrichtung einer mit Vollgewalt aller Rechte ausgestatteten französischen Gesandtschaft beim Papste heute eine Frage ist, die nur mehr mit dem früheren oder späteren Abgange Clemenceaus und seines Außenministers Pichon zusammenhängt.

Es wundert uns nicht mehr, sofort dem Namen des unabhängigen Sozialisten De Monzie zu begegnen, sobald die Frage der Wiederanknüpfung zur Erörterung gestellt wird. Er war es denn auch diesmal wieder, der mit festem Griffe das Problem mitten in die Debatte stellte, ja, er hatte bereits vor Monatsfrist durch einen diesbezüglichen schriftlichen Antrag rechtzeitig dafür Sorge getragen, bei der ersten sich bietenden Gelegenheit in seine Besprechung einzutreten. Sie bot sich, als die Kammer die Beratung über den Haushalt des Ministeriums des Aeußeren in Angriff nahm. Der unifizierte Sozialist Jean Bon eröffnete den Reigen mit einer Kritik von Frankreichs diplomatischen Vertretungen bei den fremden Mächten, um schließlich zur „Vertretung der Republik bei den moralischen Mächten" überzugehen und in sehr abfälliger Weise die Haltung des Hl. Stuhles während des Weltkrieges, die Sendung des Klerus im Kriege und endlich die Ernennung der Bischöfe von Metz und Straßburg zu besprechen. Der Umstand, daß die päpstlichen Investitionsbullen seit zwei Monaten noch nicht eingetroffen sind (was zweifellos mit der Ratifizierung des Friedensvertrages zusammenhängt), veranlaßte ihn, sarkastisch von den „Bischöfen des Herrn Clemenceau" zu sprechen, und er sieht einem diesbezüglichen innerpolitischen Schachergeschäfte des Vatikans wegen Wiederherstellung des Konkordates entgegen.

Nun betritt De Monzie die Tribüne. Er bekennt sich als Freidenker, der für das Trennungsgesetz gestimmt habe, es aber trotzdem für nötig erachte, daß Frankreich einen Vertreter beim Hl. Stuhle besitze. Daran anschließend entwickelt er noch einmal alle die uns bereits bekannten Gründe. Insbesondere operiert er mit dem Argumente, Frankreich habe den Schritt wesentlich ja längst getan, es handle sich nur mehr darum, die offiziöse Vertretung (Loiseau!) in die Form einer vollwertigen offiziellen umzuwandeln. Es ist höchst bedauerlich, daß die uns vorliegenden Blätter über „die ganze Reihe von Missionen, die einander in Rom folgten, um der päpstlichen Regierung die Gesichtspunkte und Bestrebungen der französischen Regierung kundzutun" keine Einzelheiten berichten. „Mit dem 11. November 1918 jedoch ist eine charakteristische Tatsache aufgetreten. Mit einem von Clemenceau unterzeichneten Dokumente hat sich Kardinal Amette, der Erzbischof von Paris, nach Rom begeben" und die Unterhandlungen bezüglich der Bischöfe für Elsaß-Lothringen wurden aufgenommen." Häufig von Beifall von rechts und links unterbrochen bespricht er die verschiedenen Mittelchen, mit denen Frankreich sich um den entscheidenden Schritt herumdrückte und lieber seine Angelegenheiten in die Hände eines britischen Gesandten, als eines eigenen französischen legte. Ueberall, wo die großen Fragen der Welt zur Verhandlung stehen, müsse Frankreich durch einen Vertreter beteiligt sein, bereit, seine eigenen Interessen zu vertreten. „Ihr Laien, fürchtet ihr etwa die Berührung mit den Klerikalen? Weshalb aber dann die zahlreichen missi dominici?"

Viviani, durch die von ihm angeregte Errichtung der britischen Gesandtschaft beim Papste zur Vertretung der französischen Interessen und ihre Erwähnung getroffen, gibt zu, daß er, Republikaner und Laie, den Schlußfolgerungen De Monzies nicht ferne stehe und der Gedanke, die früheren Beziehungen zum Vatikan wieder aufzunehmen, für ihn nichts Schreckhaftes besitze.

De Monzie, der Viviani diese Einschaltung und Unterbrechung zugestanden hatte, fordert die Kammer auf, sich nicht auf den Boden der Sentimentalität zu begeben. „Während der Laienstaat Brasilien und das protestantische England im Vatikan vertreten sind, wollt ihr euch aus Furcht für eueren zerbrechlichen Laizismus eines offiziellen Vertreters berauben?"

Augagneur, ehemaliger Marine-Minister und Fraktionsgenosse De Monzies spricht als Gegner, da er eine Wechselwirkung zwischen äußerer und innerer Politik befürchtet, die den Weg zu Zugeständnissen eröffnen.

Während die äußerste Linke starken Beifall spendet, drückt Lafont seine Verwunderung darüber aus, daß De Monzie seinen Platz bei der Linken einnehme. „Ah, erwidert dieser schlagfertig, sind wir zu den Tagen von 1914 zurückgekehrt, da alles sich darum drehte, auf welchem Platze man saß?" Er handle ohne jedes Einverständnis mit der Rechten. Aber man müsse eine realistische Politik machen. Man brauche den Laizismus nicht preiszugeben, auch wenn man einen Vertreter beim Vatikan unterhalte, der anstatt ein offiziöser ein offizieller ist. In Rußland, im Vatikan, überall wolle man fernstehen. Nachdem der Redner geendet, erhebt sich der Minister des Aeußeren, Pichon, zur Abgabe von Erklärungen. „Spontan und ohne jede Nötigung seitens der Regierung hat Kardinal Amette in Rom in der Frage der Bischöfe von Metz und Straßburg vermittelt. Man darf nicht vergessen, daß Elsaß und Lothringen unter das Regime des Konkordates gestellt sind. Kardinal Amette ließ nach seiner Rückkehr von Rom die Regierung wissen, der Papst habe die Demission der beiden deutschen Bischöfe in Händen und ließ uns eine Liste von Männern zukommen, die die Gutheißung des Vatikans erhalten würden. Millerand, davon verständigt, erhob keine Einwendung, und der Ministerpräsident verständigte Kardinal Amette von der Ernennung der beiden Bischöfe, indem er ihnen nahezulegen bat, die nötigen Schritte behufs Erwirkung der kanonischen Institution zu unternehmen. Am 13. Juni ließ Kardinal Amette wissen, der Hl. Vater sei geneigt, diese den beiden Bischöfen zu gewähren. Es ist gesagt worden, es hätte Verhandlungen oder einen Handel gegeben; es gab weder das eine noch das andere." Pichon verbreitete sich sodann über die Politik des Trennungsgesetzes. Es lägen keinerlei Gründe vor, sie zu ändern. Weshalb sollten noch amtliche Beziehungen zum Hl. Stuhle hinzugefügt werden? Diese Worte entfesseln einen schweren Tumult, und unter allgemeiner Erregung überschreit der Minister den Lärm mit dem Rufe: „Wir werden mit dem Vatikan keinerlei Diplomatie haben, weder eine offiziöse noch eine offizielle!" Es hagelt nunmehr Beschimpfungen von allen Seiten. Sembat, der nochmals De Monzie entgegentritt, vermag sich nur schwer Gehör zu verschaffen, indem er namens der republikanischen Partei erklärt, sowohl nach wie vor dem Kriege müsse die Laiengesetzgebung bestehen bleiben. Schließlich betont De Monzie nochmals in seinem Schlußworte, daß es außer der offiziösen Vertretung Frankreichs beim Vatikan während des Krieges sogar noch eine heimliche gegeben habe; er bedauere, daß während Deutschland schon morgen einen Vertreter zum Papste sende, Frankreich nicht vertreten sein werde. Unter heftigen Zwischenrufen Augagneurs, der daran erinnert, der Vatikan werde das Protektorat im Orient nicht ohne Gegenleistung erneuern, endet die Debatte und mit ihr die Sitzung.

Französische Blätter weisen bereits darauf hin, daß der Papst unerwarteterweise die Bischöfe von Metz und Straßburg im Konsistorium vom 3. Juli nicht präkonisiert habe, und sie bringen dies mit der Erklärung Pichons in Zusammenhang, die man in Rom nicht erwartet habe. Eine solche Auffassung dürfte den Tatsachen widersprechen; sie befände sich in entschiedenem Widerspruche zu dem ganzen bisherigen Verhalten der Kurie und wäre nur geeignet, eine Lage, die trotz der nochmaligen Ablehnung der Pariser Regierung reif ist, in einem den Wünschen des Hl. Stuhles wenig förderlichen Sinne zu beeinflussen.

Es mag schließlich nicht ganz überflüssig sein, wenn man hinsichtlich der Pichonschen Darstellung der Entwicklung der Bischofsfrage genauestens unterscheidet zwischen dem, was die Regierung von sich aus dabei in offizieller Weise tat und was an nichtoffiziellen Vereinbarungen, z. B. im Privatgespräche zwischen Clemenceau und Amette oder durch nicht amtlich und ausdrücklich beauftragte Unterhändler erörtert und abgemacht wurde.

In ihren vor wenigen Tagen dem Hl. Stuhle übermittelten, gesonderten Antworten auf die Vorstellungen, die namens des Papstes Msgr. Cerretti in der Frage der katholischen Missionen in Paris erhob, kündigten die Ententemächte, jede für sich, direkte Verhandlungen mit dem Vatikan an, sobald die Beratungen der Ausführungsbestimmungen zum Völkerbundentwurfe in Angriff genommen werden. Dann wird sich Frankreich von neuem vor die Wahl gestellt sehen, zwar zu verhandeln, aber entweder doch nach Rom zu gehen oder den nachgerade kindlich anmutenden Standpunkt festzuhalten, eine Vertretung zu besitzen, in deren Aushängeschild das Wörtchen „offiziell" durch die die Tatsache selbst nicht verändernde Bezeichnung „offiziös" ersetzt ist. Und das französische Laiengewissen wird dann beruhigt und befriedigt sich dem Bewußtsein hingeben, daß die Republik der klerikalen Gefahr entrückt ist.

Weltrundschau.

Von Fritz Nienkemper, Berlin.

Der mißlungene Weltstreik.

Eine furchtbare Gefahr war der drohende Erntestreik, der in Pommern sich entspinnen wollte. Es wurde mit der Verhängung des Belagerungszustandes etwas einseitig und voreilig eingegriffen, was wiederum für die industriellen Arbeiter in den Städten Anlaß zum Proteststreik gab, worauf die Bürger mit einem Abwehrstreik antworteten. Ob die kommunistischen Aufwiegler der Landarbeiter die Hauptschuld tragen oder der Landbund der kampflustigen Gutsbesitzer, wird noch umstritten. Glücklicherweise ist durch Ausgleichsverhandlungen und Aufhebung des Belagerungszustandes dort die Ruhe wieder hergestellt worden.

Zwei Wochen lang hatte Berlin unter dem Verkehrsstreik schwer gelitten. Vom 14. Juli ab fuhren wieder die dortigen Straßen- und Hochbahnen. Aber zum Ende der Woche wurde ein neuer Streik beschlossen, nämlich zum 21. Juli, weil drüben im Feindesland die Sozialisten den Plan ausgeheckt hatten, an diesem Tage eine Demonstration gegen den „Militarismus" und insbesondere gegen die Intervention in Rußland und Ungarn zu veranstalten. Getreu der deutschen Unsitte, hinter den ausländischen Agitatoren herzulaufen, wurde in Deutschland von den Radikalen für die Beteiligung an diesem sogenannten Volksstreik agitiert.

Nun will es die Ironie des Schicksals, daß die französischen Anstifter auf Einspruch des allmächtigen Clemenceau in's Schwanken geraten und Vertagung beschließen, während die englischen Genossen in ihrer kühlen Passivität beharren und die Italiener auch nur halb bei der Sache sind. Da haben wir das sonderbare Schauspiel, daß in Deutschland das Unternehmen mit dem verhältnismäßig größten Eifer durchgeführt wird, obschon die Deutschen eigentlich gar nicht eingeladen waren und die ganze Demonstration auch keineswegs der Milderung unserer Friedensbedingungen galt. Wenn die „Internationalen" in den Ententeländern für einen gerechten Weltfrieden und Völkerversöhnung hätten eintreten wollen, so würden sie im Mai und Juni protestiert und demonstriert haben gegen die Versailler Vorlagen. Sie spielen sich jetzt auf, wo alles abgemacht und verloren ist und wo ihnen keine Beute aus Deutschland mehr entgehen kann.

Glücklicherweise kam es bei uns nur in Berlin, Stettin, Braunschweig, Düsseldorf und Nürnberg zu Teilstreiks, während in München, Leipzig, Breslau und Augsburg die Vernunft völlig die Oberhand behielt.

Die Deutsch-Oesterreicher als socii malorum.

Wir im Reich haben es sehr schlimm; aber unsere deutschen Brüder in dem Rest von Oesterreich haben es noch schlimmer. Man hat sie noch länger wie uns in schwebender Pein hangen und bangen lassen, und nachdem nun endlich auch die finanziellen Bedingungen des sogenannten Friedens bekannt geworden sind, zeigt es sich, daß von all' den raffinierten Mitteln der Versklavung und Auspressung, die man gegenüber Deutschland ausgetüftelt hatte, unserem kleinen Bruder nichts geschenkt wird. Amputationen bis zur Verkrüppelung und Aderlaß bis zum Weißbluten. Das Verfahren wirkt in dem kleinen und schwachen Deutsch-Oesterreich noch grausiger, als in dem größeren und robusteren Deutschland.

Die Lage der Deutsch-Oesterreicher wird noch dadurch erschwert, daß sie nicht allein mit den Mächten, die mit ihnen Krieg geführt haben, sich auseinandersetzen müssen, sondern auch mit den anderen Nationalstaaten, die sich aus der Habsburgischen Monarchie gebildet haben. Das waren keine Kriegsgegner, sondern vielmehr Kampfgenossen. Jetzt benehmen sie sich aber teilweise schlimmer, als die erklärten Feinde aus den Kriegsjahren. Die Polen und die Jugoslawen, vor allem aber die Tschecho-Slowaken suchen als Günstlinge der Entente an Land, Geld und Wirtschaftsvorteilen so viel als nur möglich ist, auf Kosten der deutschen Staatsgenossen a. D. herauszuschlagen und dabei die Schuldenlast des alten Reiches auf das Aschenbrödel Deutsch-Oesterreich abzuschieben. Wenn man die überkommenen Schulden nach dem Maßstabe der örtlichen Zeichnung verteilt, so wird der deutsche Reststaat erdrückt von seiner Last; denn er hat nicht allein wegen der größeren patriotischen Opferwilligkeit mehr gezeichnet, sondern es ist im Finanzzentrum Wien sehr viel Kapital gebucht, was tatsächlich in anderen Kronländern zu Hause war. Diese finanzielle Ueberlastung steigert sich nun bis zur Unerträglichkeit, wenn die Friedensbedingungen stipulieren, daß das Guthaben der früheren Finanzzentrale in den Nationalstaaten beschlagnahmt werden soll, während die Schulden der deutschen Banken und Geschäftshäuser nicht in der alten Valuta, sondern in der Währung der Gläubigerstaaten gezahlt werden sollen, und zwar nach einem künstlichen Umrechnungsverfahren über die Genfer Börse hin, wobei nach österreichischer Befürchtung statt 100 Kronen 240 zu leisten sein würden.

Ob in diesen blutsaugerischen Bedingungen sich noch eine Milderung erzielen läßt, bleibt abzuwarten. Sonst wird wohl das eintreten, was die Regierung der Entente als unausbleibliche Folge angekündigt hat: der Ruin von zahlreichen Unternehmungen und der Bankrott des Staates.

Wir können unseren österreichischen Brüdern nur unser herzliches Mitleid erweisen, aber keine Hilfe bringen. Der Anschluß an das große deutsche Nationalreich wird ihnen von der eifersüchtigen Entente verwehrt. Finanzielle Zuschüsse oder Vorschüsse werden uns durch die eigene Geldnot verwehrt.

Als in Weimar das Schwarzrotgold als deutsche Farbenpracht beschlossen wurde, wird mancher an die alten Träume von der großdeutschen Herrlichkeit sich erinnert haben. In einer gemeinsamen Not, wie sie der ärgste Pessimist nicht zu denken gewagt hat, finden wir uns wieder, und die gleichmäßig leidenden Königskinder können noch nicht einmal zusammenkommen, weil das Verbot der siegreichen Machthaber sie trennt. Das Gold ist in das Wappen gekommen, seitdem es in den Taschen und Truhen fehlt.

Das Reich als Wächter des Kulturfriedens.

Zu Anfang der siebziger Jahre wurde das Reich zu Hilfe gerufen von den Kulturkämpfern unter Vortritt des bayerischen Kultusministers v. Lutz, der sich mit Hilfe von Berlin über die oppositionelle Kammermehrheit von München hinwegsetzte. Kanzelparagraph, Jesuitengesetz und Zivilehegesetz waren die Leistungen des Reiches. Am Ausgang des Jahrhunderts hatte sich die Sache umgedreht. In Braunschweig, Sachsen und anderen Einzelstaaten mit protestantischer Mehrheit bestand eine so ungerechte und katholikenfeindliche Gesetzgebung in kirchlichen und Schulangelegenheiten, daß die Zentrumspartei trotz ihrer Abneigung gegen alle Zentralisation sich genötigt sah, im Reichstage Schutz gegen die einzelstaatlichen Kulturkämpfer zu suchen.

Inzwischen hat nun die grundstürzende Revolution stattgefunden. Doch sonderbarerweise ist eines beim alten geblieben: der Kulturkampf spuckt in gewissen Einzelstaaten (Sachsen und Braunschweig wollen Trennung) und der christliche Volksteil muß seinen Schutz beim Reiche suchen.

Auch das hat zur Ausdehnung der Reichskompetenz beigetragen. Das Reich muß die kulturelle Freizügigkeit, die Rechtsgleichheit und den inneren Frieden gewährleisten. Daher wurden die kirchen- und schulpolitischen Grundrechte und Leitsätze in die neue Reichsverfassung aufgenommen.

Dem Schulkompromiß, das nach vielem Hängen und Würgen nun endlich zum Abschluß und zur „Verankerung" kam, wurde noch an demselben Tage seine Notwendigkeit bescheinigt durch das Verhalten der preußischen Landesversammlung. Das Zentrum wollte dort um des lieben Friedens willen der Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht zustimmen, stellte aber die bescheidenen Forderungen, im örtlichen Schulbeirate den Vertretern der Religionsgesellschaften und im Lehrerkollegium den Erteilern des Religionsunterrichts Sitz und Stimme zu geben. Das wurde von der Mehrheit abgelehnt. Wenn das Parlament des größten Gliedstaates so wenig Rücksicht nimmt auf die kirchlichen Rechte und die Wünsche der christlichen Eltern, dann kann man sich denken, welch' ein Schaden aus dem ungehemmten Vorgehen jeder zufälligen Mehrheit von Aufgeklärten sich ergeben würde.

Die Normen für die Schulpolitik, die in Weimar aufgestellt werden mußten, waren zu vereinbaren zwischen den beiden gegenwärtig „regierenden" Parteien, den Mehrheitssozialisten und dem Zentrum. Daß die demokratische Partei sich gerade zu dieser Zeit in den Schmollwinkel gestellt hatte, war keine Erschwerung der Aufgabe; denn von diesen ehemaligen Fortschrittlern und Linksnationalliberalen war viel Kulturkampfgelüste und wenig realpolitisches Verständnis zu erwarten. Diese sog. Demokraten stimmten denn auch mit den Unabhängigen zusammen in den Vorwurf ein, daß die Sozialdemokratie ihre Weltanschauung und Ueberlieferung erschrecklich verleugne, wenn sie mit dem Zentrum in einer solchen Kulturfrage ein Kompromiß schließe. Eiferer von der anderen Seite erhoben gegen unsere Abgeordneten einen ähnlichen Vorwurf, als ob es ein Verrat an der christlichen Sache wäre, wenn man mit den ungläubigen Sozialdemokraten über religiöse und kirchliche Interessen verhandele. Eine praktische Politik in einem demokratischen Staatswesen ist aber überhaupt nicht möglich, wenn man prinzipiell die Verhandlungsfähigkeit einer anders denkenden Partei bestreiten will. Man muß die Arbeitsgenossen nehmen, wie man sie findet, und nur den gemeinsamen Zweck ins Auge fassen. Ein Schutz unserer höchsten und heiligsten Interessen war nicht anders zu erreichen, als durch eine Verständigung mit der gegenwärtig ausschlaggebenden Partei, den Mehrheitssozialisten; deshalb mußte dieser Weg beschritten werden und er war gangbar, weil die sozialdemokratische Partei mit uns ein gemeinsames Interesse hatte, nämlich die Erhaltung des Friedens und die Ordnung im Innern.

Die Finanzhoheit der Einzelstaaten.

Die Pläne des Reichsfinanzministers betr. Einführung der Reichseinkommensteuer und Uebernahme der einzelstaatlichen Finanzverwaltungen auf das Reich bezeichnete der bayerische Finanzminister Speck im Finanzausschuß des bayer. Landtags am 15. Juli als auf Mediatisierung Bayerns auf finanziellem Gebiete gerichtet, der eine solche auf politischem Gebiete folgen werde. Bei aller Anerkennung der Vorteile einer Reichseinkommensteuer (einheitliche und gründliche Erfassung des Besitzes unter Ausgleich der leistungsfähigen industriellen und weniger leistungsfähigen landwirtschaftlichen Gebiete, Erfüllung der finanziellen Friedensbedingungen durch das allein verpflichtete Reich, Verbilligung des Verwaltungsapparats) verwies Speck mit allem Nachdruck auf die Schattenseiten, nämlich die fast gänzliche Einbuße der Finanzhoheit der Einzelstaaten und die Unmöglichkeit der Pflege ihrer kulturellen Aufgaben, die Schwierigkeit der Finanzkontrolle und des Verteilungsmaßstabes zwischen Einzelstaat und Gemeinden einerseits und Reich und Bundesstaaten anderseits. Dem gegenüber schlägt Speck die Einführung eines reichsgesetzlichen Rohtarifs für die Einzelstaaten, also eine Mindestbelastung des Einkommens und die Abführung eines bestimmten Prozentsatzes an das Reich, sowie eine Reichskontrolle, ähnlich wie schon bisher beim Zoll, vor. Die Finanzbeamten müßten künftig auch in Preußen, so wie bisher schon in Bayern, finanztechnisch vorgebildet werden. Den Einzelstaaten müßte ein Einfluß auf die Besetzung der Beamtenstellen gewahrt bleiben.

Der badische Finanzminister Dr. Wirth nannte am 15. Juli im Haushaltungsausschuß des badischen Landtags die Reichsfinanzpläne das „größte Opfer, das man einem Bundesstaat überhaupt zumuten kann" und zugleich „die Aufhebung der staatlichen Selbständigkeit" bezw. die „Beseitigung der finanziellen Selbständigkeit der Gemeinden".

Der preußische Ministerpräsident spricht in einem Schreiben an die Reichsleitung davon, daß die finanziellen Pläne der Reichsregierung eine weitere Existenzmöglichkeit der Einzelstaaten fast ausschließen und deren selbständige Finanzverwaltungen so gut wie beseitigen. Aehnlich lautet die Stellungnahme des hessischen Finanzministers Henrich, sowie des sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Gradnauer.

Aus Württemberg liegen eine Reihe von Presseäußerungen vor: Demokratischerseits scheint man sich mit dem vorgeschlagenen finanzwirtschaftlichen Neubau befreunden zu wollen; so hieß es im „Stuttgarter Tagblatt" (Nr. 351), daß „die harte Notwendigkeit zu dem zwinge, was der Reichsfinanzminister verlange". Die rechts stehende Presse hat sich nach anfänglicher strikter Ablehnung des Planes — weil er von dem Reichsfinanzminister, der Erzberger heißt, kommt — anderen Tags eines Besseren besonnen. Unbedingte Annahme findet der Steuereinheitsplan in der sozialdemokratischen Presse. Diese („Schwäb. Tagwacht") meint, auf dem Gebiet der Kulturpflege würden die Einzelstaaten noch ein weites Betätigungsfeld behalten.

Der begreifliche, aber nicht aufrecht zu haltende Widerstand wird das Opfer nicht mehr abwenden. Man ist ja bereits bei der Vorberatung der neuen Reichsverfassung von der Erwägung ausgegangen, wie in unserer Lage am besten alle Unwirtschaftlichkeit in der Verwaltung des Deutschen Reiches, alle Hemmnisse, die sich aus der einzelstaatlichen Gliederung ergeben, zu beseitigen sind. Es wurde die Vereinheitlichung des deutschen Verkehrswesens sichergestellt; auch die Einheitlichkeit der künftigen Heeresorganisation konnte nicht mehr hintangehalten werden, die Reichswehr wird nur einem Reichswehrminister unterstehen. Die Zollverwaltung geht ganz aufs Reich über. Die Verwaltung der indirekten Steuern wird vollständig vom Reich übernommen, und so war der Plan, daß auch die direkten Steuern (mit Ausnahmen) vom Reich verwaltet werden sollen, nicht mehr von der Hand zu weisen.

Zu dem Reichsnotopfer.

Von Hauptmann Hartwig Schubart, Salenstein-Thurgau.

Wenn ich heute die Stimme zu den Vorschlägen des Reichsfinanzministers Erzberger erhebe, so müßte ich eigentlich lediglich zustimmen, denn alle von ihm eingebrachten Entwürfe stimmen mit meinen früheren Vorschlägen überein, alle die Maßnahmen, deren frühere Nichtannahme Erzberger bedauerte, waren von mir seinerzeit eingebracht. Ich verweise zum Beleg auf die Nummern 1915: Heft 48, 1916: Hefte 9, 15, 21, 27, 29, 33, 48, 49, 1918: 1, 2, 9, 1919: Heft 4 der „Allgemeinen Rundschau".

Trotzdem muß ich aber Kritik erheben — was während des Krieges ausreichen konnte, genügt heute nicht mehr zur Gesundung unseres Wirtschaftslebens. Die Vorschläge des Reichsnotopfers leiden an dem allerschlimmsten Fehler, an dem eine Politik leiden kann — sie sind halb, sie sind ein Kompromiß zwischen den unabänderlichen Forderungen des Notstandes und der Schonung der besitzenden Klassen. So sind sie weder geeignet, wirklich eine Basis abzugeben für ein wirtschaftliches Wiedergedeihen und Aufblühen Deutschlands, noch hinreichend, sozial ausgleichend zu wirken und die im eigenen Lande nötige Aussöhnung, die Vorbedingung jedes dauerden Friedens mit außen herbeizuführen. Zudem sind sie ebenfalls noch immer, wie die gesamte Politik des Krieges, „mittelstandsfeindlich", und vernachlässigen die Interessen dieser wichtigsten Klasse unserer Staatsbürger. Im Einzelnen möchte ich folgende Einwände zur Erwägung stellen:

1. Die verhältnismäßig großen Opfer der kleinen Vermögen sind zwar an sich nicht zu umgehen, sie müssen aber eine Kompensation finden. Diese Kompensation kann nur darin bestehen, daß der Wert des Geldes wieder erhöht wird, indem ganz große Vermögen überhaupt verschwinden. Die Abgaben der großen Vermögen sind nun aber nicht hoch genug, um den Geldwert irgend erheblich zu steigern; sie müssen in viel höherer Weise gefaßt werden, um dieses Ziel zu erreichen. Nur dann sind auch die Abgaben der Minderbegüterten, auf die das Reich nicht verzichten kann, gerechtfertigt, aber auch erträglich durch verhältnismäßig höhere Bewertung des Kapitals überhaupt und damit verbundene Preisminderung. Zudem wird jetzt die absolut notwendige innere Ausgleichung überhaupt die bisher gestatteten ganz großen Vermögen kaum mehr dulden, und so ist es zweifellos besser, von Anfang an diese Maßnahmen zu ergreifen, als sie sich im Lauf der Zeit abtrotzen zu lassen. Wir brauchen jetzt eine Höchstgrenze des Einzelvermögens, und die Bestimmung, daß der über diese hinaus gehende Besitz von selbst an den Staat fällt — eine soche Grenze möchte zwei oder drei Millionen betragen. Man kann dieser Berechnung wirklich nicht vorwerfen, daß sie allgemeine Gleichheit — also eine Utopie — einführen wolle — der Unterschied zwischen einem Vermögen von zwei Millionen und 50 000 ℳ ist noch ein recht großer — aber für den Augenblick ist eben eine fast absolute Ausgleichung nötig. Auf dieser Basis kann dann die Erwerbstüchtigkeit wieder von neuem an den Vermögen aufbauen, denn diese Sätze sollen nicht bleibende sein, sondern nur jetzt geltende für die Abgaben.

2. Wir stecken mitten in einer Uebergangszeit, die nicht auf lange Zeit voraus bestimmen kann und brauchen zum gesunden Entwickeln sofortige soziale Hilfe in ganzer Arbeit. Ein

Gesetz, das von vornherein mit einer dreißigjährigen Frist arbeitet, kann nichts helfen — abgesehen davon, daß dann diese dreißig Jahre hindurch doch noch eine zu große jährliche Steuerquote erforderlich ist, um die Zinsen der sich nur recht allmählich verringernden Staatslasten aufzubringen. Die Abgabe muß im Prinzip eine einmalige und sofortige sein — nur wo die Produktivität von wirtschaftlichen Unternehmungen darunter leiden würde, daß zuviel Betriebskapital entzogen wird, ist eine Abzahlung, in Renten- oder anderer Form, zu gestatten, dann aber in 10 Jahren, nicht in 30. Je schneller wir hier reine Bahn schaffen, umso leichter werden wir unser Budget balancieren und den Forderungen des Friedens gerecht werden können.

3. Die Besteuerung der juristischen Personen ist auf ein falsches Gleis gedrängt, es ist geradezu unmöglich, die Aufstellung der Bilanzen derart zu regeln und zu egalisieren, daß die Abgaben der Unternehmen auch nur im geringsten einander entsprächen. Die jetzige Form setzt geradezu eine Prämie auf verschleierte Bilanzen mit versteckten Reserven. Die Besteuerung der juristischen Personen kann nur in der Weise erfolgen, daß neben den Barabgaben, die teilweise verhältnismäßig gering sein werden, für die nächsten 10 Jahre mindestens ein Dividendenhöchstsatz festgesetzt wird, etwa 10 Prozent, und der Anheimfall des mehr Verdienten an die Staatskasse. Natürlich ist dann während der Dauer dieser gewissermaßen „staatlichen Beteiligung“ auch staatliche Aufsicht nötig, und genaue gesetzliche Vorschriften, welche geeignet sind, nicht nur die Abschreibungen und Reserven zu regeln, sondern auch bei Bemessung der Tantiemen, des Spesenkontos, der Reklameausgaben mitzusprechen. Vielleicht werden die Handelsgerichte und Handelskammern im Verein mit den Provinzialsteuerbehörden eine große Rolle in dieser Beurteilung spielen können — ich bin mir wohl bewußt, daß kaum zwei Unternehmen gefunden werden können, die unter ganz gleichen Verhältnissen arbeiten, und daß äußerste Differenzierung nötig ist — dies hindert aber nicht die Annahme allgemeiner Sätze, die als Grundlage dienen. Diese Bestimmung sollte aber als allererste ins Werk gesetzt werden, da sie den Börsenkurs beeinflussen, und so die Höhe der abgabepflichtigen Privatvermögen erst richtig feststellen würde. Auch hier soll absolute Rücksicht darauf genommen werden, daß große Unternehmungen zu ihrer Prosperität große Kapitalien benötigen, und daß speziell die Industrie umso billiger arbeitet, je größer der Betrieb ist, bei voller Ausnutzung natürlich, aber die großen Kapitalien sollen nicht mehr zum Nutzen weniger Bevorzugter arbeiten, namentlich wenn dieselben in der Lage gewesen sind, die Aktien in eigene Hände zu bringen, und dann die Bilanzen in ihrem Interesse aufzustellen, sondern sie müssen in allgemein volkswirtschaftlichem Interesse verdienen. Nicht die großen Einnahmen Einzelner sondern eine allgemein gehobenere Lebenshaltung macht den Reichtum eines Staates aus.

4. Zum mindesten der Erwägung bedarf der Umstand, daß eine besondere Erfassung der nach Entrichtung der Kriegsabgaben noch verbleibenden Kriegsgewinne im Gesetz gar nicht vorgesehen ist. Das Volk wird dies umso weniger begreifen, als die Klasse der „Kriegsgewinnler“ im allgemeinen auch die geringsten Blutopfer gebracht hat. Ich nehme Bezug auf England, das sich jetzt anschickt, die Kriegsgewinne überhaupt ganz fort zu besteuern — die bisherigen Steuern gingen schon bis zu 90% dort — auf die Aeußerung des Lord Cecil, der die Kriegsgewinne als etwas ganz besonders Ekelhaftes und Unmoralisches bezeichnete, auf Napoleon I., der anempfahl, die Kriegslieferanten zwar sich vollsaugen zu lassen, wie die Schwämme, aber dann ebenso auszudrücken.

Das ordentliche Budget wird dann auch noch besondere Maßnahmen brauchen, um trotz dieses Opfers bilanciert werden zu können — ich verweise daher bereits hier nochmals auf meinen Vorschlag der Verbrauchsbeschränkung als Steuermaßnahme. Der Einzelperson darf in dieser Notlage nicht eine beliebige jährliche Ausgabe gestattet bleiben, sondern für diese müssen in einer derartigen Zeit ebenso Höchstgrenzen gefunden werden, wie ich sie für den Vermögensbesitz vorgeschlagen habe.

Alle diese tief einschneidenden Maßregeln sind nur dadurch notwendig geworden, daß meine 1915 gemachten Vorschläge durch den Widerstand insbesondere des Herrn Helfferich zu rückgewiesen wurden und jetzt zu spät zur Durchführung gelangen — nun müssen wir aber jetzt auch ganze Arbeit schaffen, und dürfen nicht wieder mit halben Maßregeln uns begnügen, die nur zur Folge hätten, daß uns später mehr abgezwungen würde, als wir heute geben müßten.

Kirche und Schule.

(Eine nützliche geschichtliche Erinnerung aus der Zeit des „finsteren“ Mittelalters.)

Von Rechtsanwalt Aug. Nuß.

Die Schulfrage steht heute im Brennpunkte ernster Meinungskämpfe. Bei aller Anerkennung des Satzes „Wissen ist Macht“ möchten doch sehr viele Volksfreunde den anderen Satz nicht ausgeschaltet wissen: „Bildung und Erziehung, nämlich Herzensbildung und Charaktererziehung, sind Macht!“ Unsere Jugend soll nach den Grundsätzen und Methoden nicht weniger moderner Pädagogen vielzusehr mit Detailwissen und Spezialkenntnissen vollgepfropft und überfüttert, als in gediegener Art an Geist und Gemüt, Charakter und Seele erzogen und gebildet werden. Non multum, sed multa, scheint es heutzutage heißen zu sollen, während doch die alte Erziehungslehre Non multa, sed multum den Vorzug des Erfolges für sich hat. Mehr Gewissen und weniger Wissen (d. h. weniger Viel- und Alleswisserei, weniger Nippen an der Oberfläche der Wissenschaft, weniger Experimentieren mit allen möglichen höchstpersönlichen Wissenstheorien, was alles zu einem gefährlichen Halbwissen und zu hohler Halbbildung führt)!

Das vielgelästerte Mittelalter mit seiner darin herrschenden und doch zugleich dienenden Kirche könnte unseren modernen Besserwissern manche gute Lehre geben. Sie sollen u. a. einmal Janssen Bd. I, Seite 21 ff. seiner Geschichte des deutschen Volkes seit dem Ausgang des Mittelalters[1]) nachschlagen. Da können sie finden, wie verständnisvoll, weitblickend und warmherzig in dieser „rückständigen“ Zeit die größte Geistes- und Sittenmacht des Mittelalters, die katholische Kirche, für die Erfordernisse der Volksbildung und Volksbildner d. i. der Lehrer eingetreten ist, ein Gradmesser für die Höhe oder Tiefe der Kultur.

Johannes Janssen berichtet: In einem Katechismus des Minderbruders Dederich Coelde (etwa 1470) heißt es über die Pflichten der Eltern gegen ihre Kinder: „Man soll die Kinder frühzeitig zur Schule schicken zu ehrbaren Meistern, auf daß sie Ehrfurcht (!) lernen . . .“ Diejenigen Eltern handeln schlecht, „welche nicht wollen, daß die Schulmeister ihre Kinder strafen, wenn sie Uebels thun.“ Auch Sebastian Brant mahnt in seinem „Narrenschiff“, die Kinder zu „guten Schulmeistern“ in die Schule zu schicken, sonst wüchsen sie zu allem Schlechten auf. „Der Meister, der dich geleret hat in deinen jungen Tagen, ist dein geistlich Vater der Lere und Sorge“, sagt der Frankfurter Kaplan Johannes Wolff im Jahre 1478. Mit Gold und Silber könne diese Lehre nicht bezahlt werden, denn das Geistige sei viel edler und besser als das Leibliche.' Die Volksschullehrer wurden aufgefordert, der Kirche in der katechetischen Unterweisung der Jugend hilfreich zur Seite zu stehen. „Die Schulmeister“, heißt es in dem „Seelenführer“ (1498), „sullent die Kinder mit underwehsen in der christlichen Lere und den Geboten Gottes und der Kirche. Sie sullent all das tun, was die Väter der Lere (die Priester) nicht all tun kunnen in der Predigt und sunstigen geystlichen Underweisungen, und denen helffen.“

Obwohl der Schulzwang unbekannt war, wurden die Schulen fleißig besucht, was Janssen durch verschiedene Beispiele belegt. In Wesel gab es im Jahre 1494 fünf Lehrer, die „der Jugend im Lesen, Schreiben, Rechnen und Kirchengesang“ Unterricht gaben. Sie wurden an Weihnachten des genannten Jahres von der Geistlichkeit der Stadt bewirtet und beschenkt; jeder von ihnen bekam Tuch für einen Rock und eine kleine Goldmünze, „denn sie hätten es alle gar wol verdient und mußten belohnt werden.“

Die Höhe des Lehrergehalts entsprach dem großen Wert, den man damals dem Schulunterricht beilegte, und der Achtung, die man der Stellung des Lehrers zollte. Bis zum Ende des Mittelalters sind seitens des Lehrerstandes nirgends Klagen über mangelhafte Besoldung lautgeworden. In einer Zeit, in der man für einen Gulden neunzig bis hundert Pfund Rindfleisch oder hundertzehn bis zwanzig Pfund Schweinefleisch kaufen konnte — o selige gute alte Zeit! — erhielt z. B. der Volksschullehrer in Wenze bei Goch im Klevischen folgende Besoldung: zunächst von der Gemeinde 4 Gulden, drei Malter Roggen, 2 Malter Weizen, 2 Malter Hafer und 60 Bund Stroh; außerdem hatte er freie Wohnung mit Garten, einen Krautgarten von einem Drittel Morgen und einen Morgen Wiesengrund zum Nießbrauch. Jedes Schulkind mußte monatlich im Winter 5, im

[1]) Sechste Auflage, Herdersche Verlagshandlung, Freiburg i. B. 1880.

Sommer 3 Stüber Schulgeld entrichten; für kirchliche Dienste bezog der Lehrer jährlich beiläufig 2—3 Gulden. Zum Vergleich für die Höhe dieser Entlohnung diene die Angabe, daß noch um 1515, wo der Geldeswert schon beträchtlich gesunken war, ein Fuder Wein um 9 Gulden verkauft wurde. Der Dombaumeister von Frankfurt erhielt um diese Zeit jährlich nur 10—20 Gulden, der erste Hofbeamte der Mutter des Kurfürsten Philipp von der Pfalz jährlich an Geld 30 Gulden. Wie sehr die Stellung und Mühewaltung des Lehrers, in dem man allerdings nicht bloß den Wissensvermittler, sondern auch den Erzieher und Jugendbildner sah, geschätzt wurde, geht aus folgender Ermahnung des „Seelenführers" hervor: „Man sol die Lerer der Jugent als (ebenso) hochachten, als die Oberkeit, wann sie hant swere Arbeit und Muhe, so sie die Kinder in cristenlicher Zucht und Ordnung halten und nären wollen. So sie das tunt, solstu sie hochachten lib haben und fürdern."

Wie unwandelbar die auf den ewigen Wahrheiten beruhenden Grundsätze der Kirche waren und sind, geht klar aus den weiteren Unterweisungen des „Seelenführers" hervor, nach denen alle christliche Belehrung in der Familie beginnen und das christliche Haus die erste Erziehungsanstalt des Kindes sein soll.

Die alten Pädagogen und Schulmänner — ihr bedeutendster Vertreter war damals Jakob Wimpheling — gingen von dem Grundsatz aus, daß es vor allem nottue, die Kräfte und Anlagen des Kindes nicht nur zu entwickeln, sondern zu veredeln und zu vervollkommnen. Manche neuzeitlichen Jugenderzieher könnten sich die Worte des „alten, unmodernen" Wimpheling zur Richtschnur nehmen: „Was helfen alle Bücher, die gelehrtesten Schriften, die tiefsinnigsten Untersuchungen, wenn sie bloß der eiteln Selbstbespiegelung ihrer Verfasser dienen und nicht die allgemeine Wohlfahrt befördern wollen und können. Solche dürre, nutzlose, schädliche Gelehrsamkeit kann nur, wie sie aus Hochmuth und Eigennutz hervorgeht, den hochmüthigen Dünkel und mit diesem alle unreinen Neigungen und Leidenschaften steigern ... Was kann uns alle Gelehrsamkeit nützen, ohne die entsprechende edle Gesinnung, was all' unsere Beschäftigung, wenn sie nicht Frömmigkeit, das Wissen, wenn es nicht Nächstenliebe, die Einsicht, wenn sie nicht Demuth, das Studium, wenn es nicht Urbanität erzeugt?" „Von der besseren Erziehung der Jugend muß die wahre Reform ausgehen, nicht bloß die der Kirche, sondern auch die der äußeren gesetzlichen Zucht, des Gemeinwesens, des häuslichen und allgemeinen Wohlstandes." Wie zeitgemäß! Mit kluger Beschränkung hielten die alten Pädagogen, wie Wimpheling, die Vielheit der Gegenstände von ihren Lehranstalten fern. Das sprachliche Studium sollte nicht nur um des Lateinischen und Griechischen willen betrieben werden, sondern als Bildungs- und Uebungsmittel der Denkkraft, „als eine Gymnastik des selbständigen Urtheils". Wiederum sage ich: Wie zeitgemäß!

Sommernacht.

Der Abendsonne Purpurschleier wehn.
Die Nebelfrauen steigen von den Höhn
Mählich herab und legen kühle Hände
Aufs Herz den müden Wäldern, die die Brände
Des heissen Tages still verlöschen sehn.

Johanniskäfer leuchten auf und nieder.
Den warmen Odem haucht die Erde wieder,
Dem Kinde gleich, das an der Mutter Brust
Schlummert, der eignen Schönheit unbewusst,
Im Schlaf sie lächelt, öffnet halb die Lider,

Wie wenn sie, was der Tag verborgen, schaute
Geheimen Werdens unenthüllte, traute
Und keusch verschwiegne süsse Traumgebilde.
In fremde und doch lockende Gefilde
Rafft sie ihr Sehnen, bis der Morgen graute.

Die Nachtgestirne funkeln klar und lösen
Mit reinem Glanz die Seele von der bösen
Dämonen Banden. Wenn sie schwer und bang,
Verlassen und in Todesnöten rang, —:
Ein Strahl von oben macht sie sanft genesen.

H. Schneider.

Aus Graf Hertlings Bibliothek und von einer „Graf Hertling-Stiftung zur Förderung der Görres-Gesellschaft."

Von Univ.-Prof. Geh. Rat Dr. Hermann v. Grauert, München.

Das Andenken an ihren ersten, unvergeßlichen Präsidenten wird im Kreise der Görres-Gesellschaft lebendig bleiben bis in die fernsten Zeiten. Da des Grafen v. Hertling Haupttätigkeit aber seit dem Februar 1912 durch die Leitung des bayrischen Staatsministeriums des Kgl. Hauses und des Aeußern, und seit dem 1. November 1917 bis in die ersten Oktobertage 1918 durch die Führung der Reichskanzlerschaft im Deutschen Reiche in Anspruch genommen wurde, so gehört dieser Teil seines Lebens selbstverständlich der bayrischen, der deutschen und nicht zuletzt auch der Weltgeschichte an. Ein irgendwie abschließendes Urteil über diese öffentliche Wirksamkeit heute schon abzugeben, ist begreiflicherweise ganz unmöglich.

Als der damalige Freiherr Georg von Hertling mit gleichgesinnten rheinischen Freunden in den Jahren 1875/76 die Gründung der Görres-Gesellschaft betrieb, war er Privatdozent der Philosophie an der Universität Bonn. Dort hatte er sich im Jahre 1867 habilitiert. Die amtliche Aufnahme als Privatdozent datiert vom 6. November 1867. In seiner Bonner Frühzeit hat er am 28. Oktober 1869 den Ehebund fürs Leben geschlossen mit Anna von Biegeleben aus Darmstadt, welche wenige Monate nach dem Tode des Gatten († 4. Januar 1919) demselben am Osterdienstage den 22. April in die Ewigkeit nachgefolgt ist. Ihre Gebeine wurden, nachdem sie wegen der revolutionären Wirren, die München zeitweilig von der Außenwelt abgesperrt hielten, zunächst in Ruhpolding beigesetzt waren, am 30. Mai 1919 vormittags in aller Stille auf dem neuen nördlichen Friedhofe in München an der Seite des Gemahls in das von Hertlingsche Familiengrab gebettet. Nur wenige, nahe Verwandte und zwei befreundete Ehepaare waren zugegen, um mit dem funktionierenden Geistlichen am offenen Grabe ihr treues fürbittendes Gedenken dem edlen Reichskanzlerpaare zu weihen, das nun in einer besseren Welt von neuem vereinigt über den Tag ihrer goldenen Hochzeit hinaus (28. Oktober 1919) für alle Ewigkeit sich des himmlischen Friedens erfreuen möge.

Georg von Hertling ist in Bonn nach dreizehnjähriger Lehrtätigkeit im Jahre 1880 unter dem Ministerium des Preußischen Kultusministers Robert von Puttkamer zum außerordentlichen Professor ohne Gehalt befördert worden. Als er im Jahre 1882 gleichzeitig eine Berufung auf eine ordentliche Professur der Philosophie an der Universität Breslau wie in München erhielt, entschied er sich für die bayrische Hochschule. Inzwischen aber war er im Jahre 1875 auch in die parlamentarische Laufbahn eingetreten. Nach dem Tode des früheren Preußischen Bundestagsgesandten und späteren Vorsitzenden der Zentrumsfraktion des deutschen Reichstages, des Herrn Karl Friedrich von Savigny, Exzellenz, hatte der Wahlkreis Koblenz-St. Goar Herrn von Hertling als seinen Vertreter in den Reichstag nach Berlin entsandt. Ich erinnere mich, als Göttinger Student bei einem Ferienaufenthalte in Westfalen die Nachricht von dieser bemerkenswerten, auf den damals 32 Jahre zählenden Bonner Privatdozenten der Philosophie gefallenen Reichstagswahl auf dem Bahnhofe zu Rheine in Westfalen mit höchstem Interesse in der „Kölnischen Volkszeitung" gelesen zu haben. Es waren die Tage der hochgehenden Wogen des Preußisch-deutschen sogenannten „Kulturkampfes", welche Seele und Geist der deutschen Katholiken in fieberhafter Spannung hielten. Nicht zuletzt durch den kirchenpolitischen Kampf wurde die Teilnahme weiterer Kreise des katholischen Deutschland für die in Koblenz am 100. Geburtstage Josephs von Görres (25. Januar 1876) endgültig ins Leben gerufene Görres-Gesellschaft angeregt und lebendig erhalten. Ich selbst habe alsbald den Entschluß gefaßt, ihr als ordentliches Mitglied beizutreten, sobald ich das Studium der Geschichte an der Universität Göttingen, das ich zu Ostern 1873 unter Georg Waitz begonnen hatte, zum Abschluß gebracht haben würde. Da ich dieses Ziel Mitte August 1876 nach dem Weggange von Waitz unter Professor Reinhold Pauli glücklich erreichte, und für das Wintersemester 1876/77 nach Berlin übersiedelte, so durfte ich als junger Doktor es wagen, dem Präsidenten der Görres-Gesellschaft in Berlin zur Zeit der Reichstagstagung Ende 1876 meine Aufwartung zu machen und mich bei ihm als Mitglied der Gesellschaft für das Jahr 1877 anzumelden.

Nachdem Freiherr von Hertling im Mai 1882 das Ordinariat für Philosophie an der Münchener Universität übernommen hatte, ward mir das Glück zu teil, auch in seine Häuslichkeit eingeführt zu werden. Ich war damals Praktikant am Kgl. bayerischen allgemeinen Reichsarchiv in München, und war eben aus Rom zurückgekehrt, wo ich im Auftrage der Münchener Historischen Kommission vier inhaltreiche Monate lang an dem eben durch die Hochherzigkeit Papst Leos XIII. der gelehrten Welt erschlossenen Vatikanischen Archiv neben Sigmund Riezler und anderen jüngeren Geschichtsforschern teilnehmen durfte an der Erhebung neuer Quellen zur Geschichte Kaiser Ludwigs des Bayern. Mit wohlwollendem Interesse verfolgte Freiherr von Hertling diese und andere Forschungen, die ich unternahm. Das Jahr 1883 führte mich zum zweiten Male zu viermonatlicher Archivarbeit in die ewige Stadt und bot mir nach meiner Rückkehr die Möglichkeit, meine Habilitation als Privatdozent für Geschichte an der Philosophischen Fakultät zu betreiben. So wurde das Verhältnis noch enger geknüpft, in welchem ich mich zum Freiherrn von Hertling befand.

Der letztere hat öfter mit einem Anflug von Humor die Entscheidung, welche er im Jahre 1882 zugunsten der Universität München getroffen hatte, damit gerechtfertigt, seine Frau sei damals in München die fünfte Frau von Hertling gewesen. Er spielte damit auf die Beziehungen seiner Vorfahren zu der pfälzischen Linie des Hauses Wittelsbach und auf die Ausbreitung seiner aus pfälzisch-mainzischen Landen hervorgegangenen Familie nach Bayern an. Schon in Heidelberg waren Mitglieder seines Geschlechtes durch die Universität im Verlaufe des 18. Jahrhunderts den pfälzischen Kurfürsten nähergetreten. Durch den Kurfürsten Karl Theodor aber ist der Urgroßvater des späteren siebenten Reichskanzlers, Johann Friedrich Freiherr von Hertling, als Nachfolger des berühmten bayerischen Juristen Freiherrn von Kreittmayr zum Kanzler des kurpfalz-bayerischen Geheimen Rates ernannt worden. Auch unter dem Nachfolger Karl Theodors, unter dem späteren ersten König von Bayern, Max Joseph I. hat dieser Freiherr Johann Friedrich von Hertling die gleiche Würde bekleidet. Eine eigenartige Fügung der Geschichte hat es bewirkt, daß die Proklamation des ersten Königs Max Joseph vom 1. Januar 1806, durch welche das neue Königtum dem bayerischen Volke verkündigt wurde, die Gegenzeichnung des Kanzlers Freiherr von Hertling trägt, und daß die Königswürde Ludwigs III., des letzten Königs von Bayern, durch welche seine Regentschaft am 5. November 1913 ihren Abschluß erhielt, unter der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit des leitenden Ministers in Bayern, eben unseres Freiherrn Georg von Hertling ihre öffentliche Kundmachung erfuhr.

Graf Hertlings Liebe zur Wissenschaft hat durch seine parlamentarische und staatsmännische Wirksamkeit keine Unterbrechung erlitten. Wenn er auch seit dem Jahre 1912 keine größeren streng wissenschaftlichen Untersuchungen mehr veröffentlichen konnte, so blieb er doch in lebendiger Verbindung mit der Görres-Gesellschaft und durch diese, wie auch durch seine wertvolle Bibliothek in enger Fühlung mit der Wissenschaft. Seine Bücher hat er in vollem Sinne des Wortes geliebt. In seinem Arbeitszimmer bildeten sie durch ihre planvolle Aufstellung in der Umrahmung eines schönen Gestells aus Palisanderholz einen wirklichen Schmuck des Raumes. Im Reichskanzlerhause an der Wilhelmstraße in Berlin, dem alten Palais der Fürsten von Radziwill, waren sie in einem nach Westen gegen den großen Garten gelegenen Raum untergebracht. Als er denselben um die Mitte September 1918, etwa 14 Tage vor seinem Ausscheiden aus dem Reichskanzleramte betrat und die Bibliothek im milden Glanze der Abendsonne gleichsam verklärt sah, da fühlte er sich zu einer dichterischen Zwiesprache mit seinen Büchern angeregt. Graf Hertlings einziger Sohn, Rittmeister Graf Karl von Hertling, der ihm während der Reichskanzlerzeit als Adjutant zugeteilt war, hat sich das Verdienst erworben, dieses schöne Gedicht durch seine „Erinnerungen" an die Kanzlerschaft des Vaters weiteren Kreisen zugänglich zu machen. Dort wird es von vielen Freunden und Verehrern des verstorbenen Kanzlers mit pietätvoller Wehmut gelesen werden.

Leider hat die darin vorkommende Einladung der Bücher zur Aufnahme des tröstenden Verkehrs mit der Bibliothek kaum Gelegenheit gefunden, sich in erneutem, anregenden wissenschaftlichem Studium zu verwirklichen. Graf Hertlings Bibliothek wurde nach seinem Scheiden aus Berlin nach München transportiert und hier in einer für den Alt-Reichskanzler in der Barerstraße Nr. 52 gemieteten Wohnung aufgestellt, während Graf Hertling auf seinem Landsitze in Ruhpolding weilte.

Als nach dem Tode des Grafen die Familie den Entschluß faßte, die Münchener Stadtwohnung aufzugeben, tauchte die Gefahr auf, die kostbare Bibliothek durch einen Antiquar in alle Richtungen der Windrose verstreut zu sehen. Die Bibliothek gehört gewiß nicht zu den ganz großen Gelehrten-Büchereien. Aber sie zeichnet sich aus durch die Geschlossenheit ihrer wissenschaftlichen Bestände für das Gebiet der Philosophie der Griechen, der Kirchenväter, des Mittelalters und der Neuzeit. Wertvolle Zeitschriften und Reihenpublikationen sind vorhanden. Auch Patristik und Theologie sind gut vertreten, ebenso das Gebiet der Staatswissenschaften und Sozialpolitik. Als feinsinniger Liebhaber schöner Literatur und der bildenden Künste hat Graf Hertling schon in jungen Jahren sich betätigt. Die bibliothekarischen Niederschläge dieser Vorliebe sind reichlich in unserer Büchersammlung vertreten. Zugänge sind ihr zugeflossen auch aus Bücherbeständen verschiedener Mitglieder der nahe verwandten Familie Brentano. Karl Schnaases „Geschichte der bildenden Künste" hat schon den jungen Hertling gefesselt. Dem berühmten Parlamentarier, Präsidenten der Görres-Gesellschaft und Staatsmann sind kostbare Werke gewidmet und als Huldigungsgaben ins Haus geliefert worden. Ich darf da nur erinnern an Msgr. Wilperts monumentale Veröffentlichungen zur Geschichte der Römischen Katakomben und der Malereien in den Römischen Kirchen vom 4. bis zum 13. Jahrhundert.

Das von der Görres-Gesellschaft herausgegebene, gleichfalls monumentale Quellenwerk Concilium Tridentinum ist mit fünf stattlichen Quartbänden vertreten. Auch das Historische Jahrbuch der Görres-Gesellschaft fehlt nicht, ebensowenig die von Klemens Baeumker in Verbindung mit Graf Hertling und Matthias Baumgartner herausgegebenen bändereichen und inhaltschweren Beiträge zur Geschichte der Philosophie des Mittelalters. Das Archiv für die Geschichte der Philosophie möge hier ausdrückliche Erwähnung finden, wie auch das Staatslexikon der Görres-Gesellschaft und die älteren Staatswörterbücher von Rotteck und Welcker und von Joh. Kaspar Bluntschli.

Ihren ganz besonderen intimen Wert aber besitzt die Bibliothek eben in der Tatsache, daß sie die Bücherei des berühmten Philosophen und Staatsmannes war, der sich mit ihr wirklich verwachsen fühlte. Mein innerliches Empfinden sträubte sich daher gegen den Gedanken, sie zersplittern und verstreuen zu lassen. Die Görres-Gesellschaft mußte darauf Bedacht nehmen, diese Büchersammlung als eine der kostbarsten Erinnerungen an ihren Mitbegründer und durch mehr als vier Jahrzehnte ersten Präsidenten für sich zu erwerben. Einen Vorstandsbeschluß vermochte ich freilich bei den außerordentlich schwierigen Zeitverhältnissen nicht zu erwirken. So habe ich das Wagnis auf mich genommen, die Bibliothek der Görres-Gesellschaft um den Kaufpreis von 5000 Mark dauernd zu sichern, ohne daß mir freilich von der Kaufsumme auch nur ein erheblicher Bruchteil zur Verfügung gestanden wäre. Ich rechnete auf die Mithilfe hochherziger Freunde und Gönner der Görres-Gesellschaft und erlaube mir, über den Plan einer in diesem Zusammenhange hervorgetretenen „Graf Hertling-Stiftung zur Förderung der Görres-Gesellschaft (errichtet von seinen Freunden und Verehrern)" am Schluß dieser Ausführungen einige weitere Mitteilungen zu machen.

Tatsächlich hat meine Hoffnung keine Enttäuschung erfahren. Ausreichende Geldmittel sind mir von hilfsbereiten Freunden zur Verfügung gestellt worden, so daß Graf Hertlings Bibliothek für die Görres-Gesellschaft erworben und in den Räumen der Universitätsbibliothek in München, wo bereits seit Jahren die Bibliothek der Redaktion des Historischen Jahrbuches der Görres-Gesellschaft ihren Standort gefunden hat, aufgestellt werden konnte. Ist die Unterbringung der Büchersammlung zunächst auch noch keine endgültige, so können wir doch jetzt schon anfangen, uns in die Studiengänge unseres Präsidenten pietätvoll zu vertiefen. Heute mögen nur leichte Stichproben uns vergönnt sein.

Einen schlanken Oktavband von 122 Druckseiten greife ich heraus. Auf dem Titelblatt kündigt er den Inhalt an:

„Des Sokrates Leben, Lehre und Tod nach den Zeugnissen der Alten dargestellt von Ernst von Lasaulx. München 1857. Literarisch-artistische Anstalt der J. G. Cottaschen Buchhandlung." Den Ausführungen ist folgende Widmungsepistel vorangestellt:

„Seiner Freundin Marie Goerres Ernst von Lasaulx.

Liebe Marie, lebte dein seliger Vater noch, so hätte ich ihm diese Schrift gewidmet, überzeugt daß seine eigene Sokratische Natur sie freundlich und wolwollend aufnehmen würde, auch

wenn einige Sätze darin ihm weniger zusagen sollten; nun er heimgegangen ist zu den andern großen Seligen, mußt du sie dir gefallen lassen, um der Sache und um des Gebers willen, dem du ja manches nachzusehen gewöhnt bist. Denn wie unsere Eltern Freunde gewesen sind treu das ganze Leben hindurch, so wollen auch wir mit Gott es bleiben. Ich habe den Gegenstand dieser Schrift seit vielen Jahren im Herzen getragen, und habe ihn nun, da es mich mahnt was mir lieb ist bald zu thun, hier in sonniger Einsamkeit mit Lust und Liebe nach meiner Weise ausgestaltet. Wer in ähnlichen Dingen sich selbst versucht hat, wird dem Büchlein wohl anfühlen, daß es nicht blos eine gelehrte Arbeit ist, sondern noch etwas anderes sein will was mir höher steht als alle Gelehrsamkeit.

Großer Männer Leben und Tod der Wahrheit gemäß mit Liebe zu schildern, ist zu allen Zeiten herzerhebend; am meisten aber dann, wenn im Kreislauf der irdischen Dinge die Sterne wieder ähnlich stehen wie damals als sie unter uns lebten. Wir empfinden dann besser ihr Leben mit, nehmen Theil an ihren Freuden und Leiden, ja selbst an ihrer Seelengröße, indem wir sie verstehen und lieben, die innere Einheit des Lebens erkennend, die uns mit ihnen verbindet. Je seltener mir in der heutigen Zeit wahrhaft große ursprüngliche Menschen begegnen, um so lieber blicke ich zurück zu den Heroen der Vorwelt, und lasse von ihnen mich gern unterrichten, wie sie lebten und starben, und was sie empfunden, gedacht und gehofft haben von den Dingen dieser und einer anderen Welt. Ein solcher Heros, und der besten einer, ist Sokrates; und die Redelust die ihn auf Erden erfüllte, hat auch im Hades nicht ganz ihn verlassen: Denn als ich neulich durch seine eigenen Zauberlieder ihn anrief und um einiges was mir unklar war, ihn befragte, da kam er über das Mendelgebirge herüber und gab mir, wie er immer gethan, mit sanftem Lächeln freundliche Antwort. Ob ich die ganz richtig verstanden und der Wahrheit getreu wiedergegeben, wirst du aus dem Büchlein leicht herausfühlen. Nimm es hin wie ichs gegeben, und erhalte mir unsere Freundschaft.

Geschrieben in dem baierischen Stüblein auf Schloß Lebenberg in Tyrol am 15. October 1857."

Das ist ein echter Lasaulx, der Romantiker unter den Philologen, der den Geist des Sokrates über das Mendelgebirge heraufbeschwört und seiner Cousine Marie Goerres, der geistesstarken Tochter des großen Joseph, leibhaftig vorführt. Graf Hertling würde wohl gelächelt haben, wenn er die Widmungsepistel noch einmal gelesen hätte. Der Hinweis auf die großen Männer der Vorzeit würde aber auch ihm wie uns das Herz bewegt haben, da wir in schwerster Not unseres Volkes Ausschau halten nach den Bergen und nach den Männern, von denen uns das Heil und die Rettung kommen sollen.

Nach dem großen Alten begegnet uns in Graf Hertlings Bibliothek ein Zeitgenosse, der in Hertlings Jugendjahren stark auf ihn eingewirkt hat, sein eigener Vetter Franz Brentano, dessen innere Wandlungen seit dem Jahre 1870 Georg von Hertlings und vieler Katholiken seelische Teilnahme bewegte und in vieler Herzen sympathische und dann wieder wehmütige Empfindungen hervorgerufen haben. Graf Hertling hat die verwandtschaftlichen Beziehungen zur Familie Brentano immer liebevoll gepflegt. Um so tiefer fühlte er sich durch die geistige Scheidung berührt, die seit den Jahren 1872/73 zwischen ihm und Franz Brentano eintrat. Bei alledem hat ihn des Vetters Stellungnahme zu den großen Problemen der Philosophie bis zuletzt aufs lebhafteste interessiert. Daß Franz Brentano inmitten der Hochflut des Atheismus und des Monismus der Neuzeit bis zuletzt für den Theismus eingetreten ist, wird auch ihm zum Troste gereicht haben.

Natürlich finden wir in Graf Hertlings Bibliothek die philosophische Erstlingsschrift von Franz Brentano: „Von der mannigfachen Bedeutung des Seienden nach Aristoteles, Freiburg i. B., Herdersche Verlagshandlung, 220 S." Sie trägt auf dem Vorsetzblatt den handschriftlichen Eintrag: „Georg von Hertling 1862, Geschenk des Verfassers." Solche Eigentumsvermerke begegnen uns in der Hertling-Bibliothek nur in den Büchern der Frühzeit, sehr selten noch nach dem Jahre 1864. Brentanos Buch aber trägt die gedruckte Widmung: „Meinem verehrtesten Lehrer, dem um das Verständnis des Aristoteles hochverdienten Forscher, Dr. Adolph Trendelenburg, ordentlichen Professor der Philosophie an der Berliner Universität, in Ehrfurcht und Dankbarkeit gewidmet."

Bekanntlich ist auch Georg von Hertling, wohl auf Anregung des älteren Vetters Franz Brentano, nach Berlin gezogen, um unter Trendelenburgs Leitung seine Doktorpromotion an der dortigen Philosophischen Fakultät im Jahre 1864 zu betreiben und zum Abschluß zu bringen.

In sein Exemplar der Brentanoschen Erstlingsschrift hat aber Georg von Hertling, als er bereits bayerischer Staatsminister war, die Literarische Beilage der „Kölnischen Volkszeitung" Nr. 14 vom 4. April 1912 hineingelegt. An der Spitze der Nummer steht ein kurzer, inhaltreicher Aufsatz des Regensburger Domkapitulars und Hertling-Schülers Dr. F. X. Kiefl unter der Ueberschrift „Franz Brentanos Aristoteles". Der Aufsatz enthält eine Besprechung von Brentanos Schrift: Aristoteles und seine Weltanschauung, die im Jahre 1911 bei Quelle & Meyer in Leipzig, 153 Seiten umfassend, erschienen ist. Kiefl bemerkt, die neuere Aristoteleskritik habe geflissentlich darauf hingearbeitet, die Kluft zwischen Aristoteles und dem Christentum möglichst zu vertiefen und zu zeigen, daß das kirchliche Dogmengebäude über einen Abgrund gespannt sei. Ausdrücklich wird in diesem Zusammenhange unter den Kritikern Rudolf Eucken genannt, nach welchem Aristoteles weder eine Vorsehung, noch eine individuelle Unsterblichkeit, noch auch eine Begründung der Ethik auf Religion kennen soll. In scharfem Gegensatze zu solcher Kritik habe Brentano die Hypothesen der modernen Interpreten über die Gottheit des Aristoteles zerstört. Trotz der Wandlung der eigenen Weltanschauung habe Brentano mehr als irgendeiner seiner Vorgänger in der modernen Philosophie ein harmonisches, in sich konsequentes Bild des aristotelischen Systems gezeichnet.

Sein dabei erzieltes Resultat wende sich in allen wesentlichen Punkten gegen die modernen Entstellungen; es nähere sich dabei der Grundauffassung des Thomas von Aquin, der mehr mit genialem Takt als mit lückenloser Akribie der Quellen fast an allen entscheidenden Stellen das Richtige getroffen habe. Auf grund des von Brentano gewonnenen Bildes werde man nicht mehr davon sprechen können, wie matt, verblaßt und anschauungslos der von logischen Allgemeinheiten erfüllte scholastische Aristotelismus gegenüber dem echten, von der Größe und Herrlichkeit der klassischen Welt getragene Aristotelismus sei. Es sei eben nicht richtig, daß Aristoteles nur das, was die griechische Kultur geschaffen, zurückschauend in Begriffe umgesetzt habe, und daß bei ihm der Einfluß der geistigen, insbesondere künstlerischen Art so übermächtig sei, daß das System, losgelöst vom griechischen Boden, seine Bedeutung verliere. Seine Lehre sei nicht in diesem Sinne eine ästhetische Verklärung der Sinneskultur und des nächsten Daseins, wie Eucken meine, sondern, wie Brentano uns gezeigt habe, ein prinzipieller Bruch mit dem Diesseitsideal der griechischen Kultur. Denn Aristoteles fasse das Diesseits nur als embryonale Gestalt einer unendlich schöneren, höheren Welt, als vorbereitende Stufe für ein seliges und jedem gerecht vergeltendes Jenseits, welches erst die Lösung aller Lebensrätsel bringen solle.

Nach alledem würde Graf Hertling das von dem Prager Philosophen und Brentano-Schüler Oskar Kraus um die Wende der Jahre 1918 und 1919 bei Beck in München veröffentlichte, liebevoll gezeichnete Lebensbild „Franz Brentano Mit Beiträgen von Karl Stumpf und Edmund Husserl" gewiß nicht überall mit freudiger Zustimmung, aber doch mit teilnahmsvollem Interesse begrüßt haben. Karl Stumpf, der den Lehrer der Jugendjahre auch im Alter wiederholt aufgesucht hat auf seinem Landsitz im Dorfe Schönbühel an der Donau in der österreichischen Wachau, das unweit des großen Benediktinerklosters Melk gelegen ist, rühmt an dem unermüdlich forschenden Denker und Meister die Intensität und alles durchdringende Wärme seines religiösen Fühlens, welche dieselbe geblieben sei, wie in früheren Jahren, dasselbe alte unbeirrbare Gottvertrauen. „Und wenn er in den Nächten regelmäßig für einige schlaflose Stunden aufstand und auf dem Balkon, zu seinen Füßen die breitrauschende Donau, einsamer Meditation sich hingab, dann mag das mystisch beseligende Gefühl der Gottesnähe ihm auch jetzt als Lohn lebenslanger, harter und scharfer Gedankenarbeit zuteil geworden sein" (S. 142). Kraus aber bemerkt (S. 77), durch den Pantheismus Spinozas abgestoßen, habe sich Brentano vielmehr zu Aristoteles und Leibniz hingezogen gefühlt. Mit Interesse würde Graf Hertling bei Kraus S. 65 auch gelesen haben: mit Plato und Aristoteles habe auch der alternde Brentano nur einerlei ethisches Maß für den Einzelnen wie für den Staat gelten lassen und den Grundsatz verabscheut: Right or wrong — my country, der bekanntlich nicht auf deutschem Boden erwachsen ist. (Schluß folgt).

Der Ruf nach den Räten und die sozialistischen Parteien.

Von Dr. Georg Reismüller, München.

Der Ruf nach den Räten ist nicht tot. Gewaltfriede und Standrecht haben sein Echo schwächer werden lassen, aber in naher Zukunft wird er sich lauter denn je erheben. Nicht mehr, so hoffen wir, in verworrenen, wildeinherstürmenden Stößen, sondern er wird klarer, rhythmischer sein. Wir werden Zeitmaß und Tonhöhe bestimmen können, und so muß es gelingen, den Ruf nach den Räten in die Polyphonie des deutschen öffentlichen Lebens kunstvoll und harmonisch einzufügen, sofern die deutschen Verfassungskomponisten hellhörig und feinnervig sind.

Zur beginnenden Klärung haben Praxis und Theorie gleicherweise, die eine negativ, die andere positiv beigetragen. So tödlich lebendig und irrsinnig tatfroh sich der Rätegedanke in der Praxis erwies, so kläglich und ruhmlos ging er aus Mangel an Theorie zu Grunde. Je mehr er sich aber in der Wirklichkeit ad absurdum führte, desto heftiger entstand das Bedürfnis, ihn theoretisch zu durchdringen und zu versuchen, ihn mit Geist von unserm Geist zu beleben und zu bereichern.

Freilich die kommunistische Partei Deutschlands ist von solchem Bemühen weit entfernt. Hypnotisiert durch den russischen Heilspruch ließen sich die deutschen Kommunisten von den Charlatanen aus dem Osten nur zu bereitwillig das bolschewistische Serum einimpfen, das sie von Stund an zur hoffnungslosen Immunität vor jedem fruchtbaren Gedanken verdammte. Ihr Verhältnis zur Räteidee ist durch keine schöpferische Eingebung, nur durch zerstörende Tat gekennzeichnet. Die K.P.D. nahm sich Lenins erstes Programm der Sturm- und Drangzeit zum Vorbild. Diktatur des Proletariats, alle Macht den Räten! Träger der Diktatur das Industrieproletariat der Großbetriebe, ihr Schutzengel die rote Armee, ihre Geltungsdauer mindestens ein Menschenalter, ihre Hauptwaffe der Terror der Maschinengewehre und Handgranaten gegen die schonungslos zu unterdrückende Bourgeoisie. Der Begriff des Proletariers möglichst eng zu fassen, nur der Industriearbeiter und der ärmste Bauer, die Lohnsklaven der Fabrik- und Landmagnaten. Die Verfechter dieser Art von Rätesystem haben sich bis jetzt nicht die Mühe genommen, eine dem deutschen Volk besser angepaßte Organisation ausfindig zu machen, ihre Gedankenarbeit war gleich Null. Die Leviné und Radek sind auf das rein russische Programm in seiner ersten Ausformung eingeschworen — den revisionistischen Lenin, den Anhänger des ausbeuterischen Akkord- und Taylorsystems, den Geschäftsfreund der auf den russischen Norden erpichten amerikanischen Bankiers, kennen oder anerkennen sie nicht. Die ödeste geistloseste Gleichmacherei, ein russisch-deutsches quiproquo, das ist ihr Rezept. Ein Wunder, daß der deutsche Michel diese Doktor Eisenbart-Kur überstanden hat.

Auch der unabhängigen Sozialdemokratie erscheint der Rätegedanke nur in der Form der Diktatur verwirklichenswert. Aber der Begriff des Proletariats ist bei ihr ausgeweitet in jenen des werktätigen Volkes, der Gesamtheit der Kopf- und Handarbeiter, die als Arbeiterräte über die politische Macht verfügen sollen. Dann kann man, so urteilte Richard Müller am 26. März vor den Groß-Berliner A.- und S.-Räten, auch nicht mehr von einer Herrschaft der Minderheit sprechen, sondern das ist dann die wahre Demokratie, die Diktatur des ganzen werktätigen Volkes.

Uebrigens gehen auch innerhalb der Unabhängigen die Meinungen über die Rätediktatur noch sehr auseinander. Das trat besonders deutlich auf der Tagung der Partei am 4. und 5. März hervor, als sich Haase und Däumig gegenüberstanden. Der erstere erklärte unumwunden, daß das Rätesystem mit der Diktatur des Proletariats nicht identisch sei. Es müsse eben der Kultur jedes Landes angepaßt werden. Er finde also auch keine Unklarheit im Parteiprogramm, wenn es zu gleicher Zeit Räte und Nationalversammlung fordere. Bekannt ist ja die Stellungnahme Kautskys, der die Diktatur allenfalls für russische Verhältnisse begreiflich findet, aber für Deutschland unbedingt ablehnt. Auch Eisner befand sich in dem Lager der Gemäßigten. Für ihn waren die Räte die Träger einer lebendigen tätigen Demokratie, aber nicht der Diktatur des Proletariats. Nicht parlamentarische Demokratie oder Rätesystem, sondern die Räte als lebendige Verbindung aller schaffenden Kräfte, als Treuhänder der besonderen Interessen der Werktätigen neben der Vertretung des Gesamtvolkes.

Und selbst Däumig, der temperamentvolle unermüdliche Vorkämpfer des Rätegedankens, der Führer des radikalen Flügels der U.S.P., hatte noch vor wenigen Monaten eine Zeit, wo er selbst den Plan erwog, eine Art Rätekammer neben das Parlament zu setzen. Diese mildere Auffassung glaubte er später damit erklären und entschuldigen zu müssen, daß er die breiten Schichten der Arbeiterschaft, die noch in den alten parlamentarischen Anschauungen befangen waren, nicht vor den Kopf stoßen wollte. Aber als diese Arbeiter unter dem Einfluß der wütenden Agitation von kommunistischer Seite immer mehr radikalisiert wurden, da trug er offenbar kein Bedenken, seine frühere Meinung einer Nachprüfung zu unterziehen, so daß er auf dem Parteitag mit stolzem Nachdruck ausrufen konnte: „Ich stehe nicht an zu erklären, daß mich grundsätzlich von der Forderung der kommunistischen Partei: Alle Macht den Räten! garnichts trennt." Jedoch scheidet er sich von ihr in Hinsicht auf die Taktik, bezüglich deren Handhabung er schwere Vorwürfe gegen die Spartakisten erhebt. Er beschuldigt sie der sinnlosen Neigung zum Putschismus, des Byzantinismus gegenüber den Massen, für deren Schulung und Aufklärung viel zu wenig getan werde. Die traurige Folge davon sei, daß man gerade bei so vielen Kommunisten eine heillose Konfusion finde. Die Pflicht der Wahrheit stehe an erster Stelle, und sie müsse auch dem Arbeiter gegenüber geübt werden. Mit diesen schweren Vorhalten wirft sich Däumig zum Richter über die K.P.D. auf, aber er mag acht geben, daß der Vorwurf der Demagogie nicht auf ihn selbst zurückfällt, wenn seine Genossen seine Schwenkung in der Rätefrage unter die Lupe nehmen. Aber ganz gleichgültig, welches der innere Verlauf und der Grund seiner Entwicklung war, seit dem Parteitag hat sich Däumig offenbar zu der Ueberzeugung durchgerungen, daß die heutige Formaldemokratie überwunden und mit Hilfe des Rätesystems durch eine höhere Form der Demokratie ersetzt werden müsse, welche allen Menschen die politische Gleichberechtigung bringe. Diese aber sei begründet auf der wirtschaftlichen Gleichberechtigung, die einzig und allein durch den Sozialismus sichergestellt werde. So heiße die Losung nicht etwa: Durch Demokratie zum Sozialismus, sondern umgekehrt: Durch Sozialismus zur Demokratie! Und das einzige Werkzeug zur Sicherung des Sozialismus sei eben die Rätediktatur.

Während Däumig rein agitatorisch die großen Leitgedanken und die rohen Umrisse des Rätesystems vor die Massen hinzeichnete, ließ es sich sein kühlerer Genosse Richard Müller angelegen sein, die Möglichkeiten der Räteverwirklichung auch gedanklich zu erfassen und in greifbare Formen zu bringen. Offen sprach er es einmal aus, daß die U.S.P. in der Hauptsache sich damit begnügt habe, die Notwendigkeit des Rätegedankens zu propagieren, daß sie es aber versäumt habe, konkrete Vorschläge für den Aufbau des Systems zu machen, während die Gegner der Räte praktische Arbeit geleistet und in den Arbeitsgemeinschaften einen nicht zu unterschätzenden Konkurrenten geschaffen hätten. Auch Müller ist ein geschworener Feind der Nationalversammlung und war sogar bereit, den Weg zu ihr mit seiner Leiche zu pflastern. Aber er hat es anscheinend doch vorgezogen, am Leben zu bleiben, um seine organisatorische Kraft in den Dienst der Räte zu stellen. Als Niederschlag seiner Arbeit darf man die Anträge betrachten, welche die Unabhängigen als Material für den II. Rätekongreß der Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte Ende März zur Beschlußfassung vorgelegt haben. Ganz abgesehen von der Frage ihrer praktischen Durchführbarkeit leiden sie noch reichlich an Unklarheiten. So werden zwar Betriebsräte und Arbeiterräte ausdrücklich geschieden, aber ihre Zuständigkeiten sind nicht deutlich abgegrenzt und greifen in den Betrieben vielfach in- und übereinander. Die politische Wirksamkeit der Räte, die doch den U.S.P. vor allem ein Glaubenssatz ist, wird in dem Entwurf kaum angedeutet. Er hat denn auch offenbar in den zwei Wochen bis zum Rätekongreß eine energische Ueberprüfung erfahren; denn die endgültige Fassung, wie sie dem Kongreß vorlag, läßt an Uebersichtlichkeit des Aufbaus nichts zu wünschen übrig, wenn sie auch im einzelnen an argen Verschwommenheiten krankt. Die politische (Arbeiterräte) und die wirtschaftliche (Betriebsräte) Seite des Systems tritt klar hervor, die Wahlen bauen sich auf den Betrieben und Berufen, nicht auf den Bezirken, auf. Die Arbeiterräte entsenden in indirekten Wahlen ihre Vertreter in die höheren Einheiten, in Kreis, Bezirk und Provinz, die Spitze der Pyramide bildet der Rätekongreß, der den Zentralrat wählt. Die Tätigkeit der Räte ist die Kontrolle

der Verwaltungsbehörden. Also von einer selbsttätigen, mit Verantwortung belasteten Wirksamkeit keine Rede, man zieht es vor, getreu der Gepflogenheit der Partei, sich und die Behörden in unfruchtbarer Ueberwachung und Kritisiererei zu ermüden und zu erschöpfen! Auch der Zentralrat hat nichts anderes zu tun, als die von ihm eingesetzten Volksbeauftragten zu kontrollieren. Besonders unzulänglich ist die Bestimmung über das aktive und passive Wahlrecht; es erstreckt sich auf Personen, „welche ohne Ausbeutung fremder Arbeitskraft gesellschaftlich notwendige und nützliche Arbeit leisten." Soviel Worte, soviel Unklarheiten! Die Betriebsräte bilden den Unterbau der wirtschaftlichen Räteorganisation. Sie vertreten die Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten im Betrieb und Beruf und üben eine eingehende Kontrolle der Betriebe aus, bei deren Sozialisierung sie mitwirken. Die höheren Einheiten sind die Bezirksgruppenräte, die einerseits aus den Betriebsräten herausgewählt werden und anderseits ihre Vertreter in die Reichsgruppenräte entsenden. Die Gruppen im Bezirk und Reich entsprechen den fünf Hauptkategorien: Industrie, Handel, Gewerbe, Landwirtschaft und freie Berufe; innerhalb der Hauptkategorien findet Unterteilung statt. Die Gruppenräte der fünf Wirtschaftszweige schließen sich durch Wahl zum Bezirkswirtschaftsrat bezw. zum Reichswirtschaftsrat zusammen. Dieser, die höchste wirtschaftliche Instanz, überwacht das gesamte wirtschaftliche Lebendes Reiches und führt die Ueberleitung der privatkapitalistischen Produktion in die sozialistische durch. Die Mängel dieser Anordnung liegen in der Ueberorganisation und der abgestuften indirekten Wahl. Hervorzuheben ist auch die zentralistische Tendenz, die sich dadurch ausdrückt, daß nicht die landschaftlich organisierten Bezirkswirtschaftsräte, sondern die fachlichen Reichsgruppenräte den Reichswirtschaftsrat wählen. Durch das Ueberwiegen des beruflichen Moments von unten bis oben gegenüber dem geographischen Prinzip wird jedes gesunde partikularistische Zusammengehörigkeitsgefühl abgeriegelt.

Ein ganz anderes Verhältnis zum Rätegedanken nimmt die mehrheitssozialistische Partei ein. Ihre Einstellung zu ihm vollzog sich nicht so hemmungslos wie bei den Unabhängigen. Sie hatte mit ihrer eigenen Ueberlieferung zu kämpfen. Das Erfurter Programm legte sie grundsätzlich auf die Demokratie fest. Die freien Gewerkschaften, die an und für sich neutral, letzten Endes doch die Kraftquelle der Sozialdemokratie sind, fühlten sich in ihrem Beruf als Arbeiterinteressenvertretung aufs äußerste bedroht. Die Arbeitsgemeinschaften zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer endlich, eine Errungenschaft der allerletzten Zeit, sicherten dem Arbeiter den lange erstrebten Einfluß auf den Produktionsprozeß.

Wozu also die russische Mode? Es war ja alles aufs beste eingerichtet. Man versteht die saure Miene, welche die S. P. D. zum Rätespiel machte. Es kostete in ihrem Lager schwere Opfer der Ueberzeugung und Hunderttausende von Mannschaftsverlusten an die U. S. P., bis man sich unter dem Druck der vom Rätegedanken leidenschaftlich erregten Massen dazu verstand, ihm organisatorisch näherzutreten. Zunächst ging man soweit, daß man den Räten eine rein wirtschaftliche Befugnis im Betrieb zugestand und versuchte, die Betriebsräte unter die Kontrolle der Gewerkschaften zu bringen. Das Mitglied des Berliner Vollzugsrates, Franz Büchel, legte im Februar diesen wichtigen Grundsatz folgendermaßen fest: „Die Gewerkschaften sind die Vertreter der Arbeiter eines jeden Berufes; die ausführenden Organe derselben in den Betrieben sind die Betriebsräte. Diese haben die Aufgaben der bisherigen Arbeiter- und Angestelltenausschüsse". Büchel versucht auch zum erstenmal, den bei den bürgerlichen Parteien, insbesondere dem Zentrum schon früher erwogenen Gedanken der Kammer der Arbeit seinen Parteigenossen mundgerecht zu machen.

Er blieb jedoch mit seinen Vorschlägen innerhalb der Partei noch ziemlich allein. Denn noch am 1. März erklärte der Zentralvorstand im Verein mit der Fraktion der Nationalversammlung in einem gemeinsamen Aufruf, daß die Arbeiterräte in Betriebsräte umzubilden seien, deren wichtigste Aufgabe die Kontrolle und Mitbestimmung im Wirtschaftsleben sein sollte. Diese Anschauungen finden dann ihre organische Durchbildung in den Vorschlägen Dr. Sinzheimers, des Referenten für die Rätefrage im Weimarer Verfassungsausschuß. Er lehnt ebenfalls die Kammer der Arbeit ab, weil er nicht für einen weitgehenden Einfluß der Arbeiterräte auf das Verfassungsleben zu haben sei, im Hinblick auf die Gefahr einer Vermengung der Politik mit wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Schon im alten Parlament habe sich die Neigung, die Außen- und die Kulturpolitik allzusehr unter dem wirtschaftlichen Gesichtswinkel zu betrachten, in bedrohlicher Weise geltendgemacht.

Doch ließ sich die Sinzheimer-Gruppe bereitfinden, den Räten, auch ohne daß sie in einer eigenen Kammer neben dem Parlament wirksam wurden, das Recht zuzugestehen, daß sie in wichtigen wirtschaftlichen Fragen Anregungen bringen und Anträge stellen und gegebenenfalls den parlamentarischen Verhandlungen beiwohnen konnten. Ferner sollte ihnen in Gesetzgebung und Verwaltung eine gewisse Befugnis zur Kontrolle eingeräumt werden.

Die zweite radikalere Gruppe der Mehrheitspartei dagegen trat unter der Führung von Cohen-Reuß und Kaliski für die Schaffung einer Kammer der Arbeit ein mit dem Recht der Mitwirkung bei der Gesetzgebung. Weniger Gewicht legte sie auf die Kontrolle in der Verwaltung, sofern nur der Einfluß der Arbeiter bei der Legislative gesichert war. In der Frage der Betriebsräte und ihrer Zuständigkeiten bestehen in den beiden mehrheitssozialistischen Gruppen keine besonderen Meinungsverschiedenheiten. Dagegen zeigen sich bezüglich der weiteren Organisationsstufen der Betriebsräte merkliche Unterschiede der Auffassung. Mit den Vorschlägen der radikalen Gruppe hatte sich der zweite Rätekongreß in Gestalt des Antrags zu befassen, der von Cohen, Kaliski und Büchel vorgelegt wurde. Neben die formaldemokratische bürgerliche Demokratie, deren Parlament die Bevölkerung nur nach der bloßen Zahl wertet, muß die sozialistische Demokratie treten, welche in ihren Kammern der Arbeit das Volk auf Grund seiner Arbeit erfassen will. Diese Arbeitskammern treten gleichberechtigt neben die aus den allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Gemeinde-, Kreis- und Provinzialräte, den Landtag und den Reichstag. Die Mitglieder dieser Arbeitskammern gehen nun nicht etwa aus den Betriebsräten unmittelbar hervor, sondern diese wählen zunächst ihre Vertreter in den Produktionsrat, den jedes Gewerbe, auch die Landwirtschaft und die freien Berufe, in jeder Gemeinde und durch indirekte Stufenwahl in Kreis, Provinz, Land und Reich bildet. Soviel Gewerbe, soviel Produktionsräte. Die Produktionsräte aller Gewerbe wählen in Gemeinde, Kreis, Provinz, Land und Reich die Delegierten für je eine Kammer der Arbeit, die innerhalb der lokalen Abgrenzungen zu errichten ist. Ein reichlich verwickeltes System, das darnach strebt, das Ortsprinzip mit dem der U. S. P. so teuren Fachprinzip zu vereinigen. Das Ergebnis der gegenseitigen Durchdringung dieser beiden Grundsätze ist kein glückliches; der ganze Entwurf leidet an Ueberorganisation, seine Verwirklichung würde sehr kostspielig sein, die Leistungsfähigkeit des schwerfälligen Apparates im umgekehrten Verhältnis dazu stehen. Klar umschrieben sind die Zuständigkeiten: Jedes Gesetz bedarf der Zustimmung der Volkskammer und der Arbeitskammer. Dieser letzteren gehen in der Regel alle Gesetzentwürfe wirtschaftlichen Charakters zuerst zu, während die Volkskammer die Gesetzentwürfe allgemeinpolitischen und kulturellen Charakters zugewiesen erhält.

Unter Linden.

Sie müssen immer liegen,
Sie machen fleissig Kur;
Sie liegen in langer Reihe,
Auf blumiger Rasenflur.

Und über ihnen die Linden,
Die geben süssen Duft —
Ach, keiner wohl von allen
Denkt heut an Grab und Gruft.

Doch mancher aus der Reihe
Hat bald den Platz vertauscht,
Und liegt in and'rer Reihe,
Von Linden auch umrauscht.

Und hat auch Blumen und Rasen,
Doch freuen sie ihn nicht,
Denn Blumen und Rasen decken
Sein stilles Angesicht.

F. Bayer-Vissing.

Brüder reicht die Hand zum Bunde!

Eine Bitte für unsere von der Heimat getrennten und von der Heimat abwandernden Brüder.

Von Domkapitular Geistl. Rat Dr. M. Buchberger, München.

Noch vor kurzem war der deutsche Name in Ehren unter den Völkern. Noch vor wenigen Monaten standen deutsche Heere siegreich von der flandrischen Küste und vom finnischen Meerbusen bis hinunter nach Mesopotamien und Palästina. Die deutsche Fahne wehte in Ländern, die seit den Kreuzzügen kaum je der Fuß eines deutschen Kriegers betreten hat. Wo der Euphrat und Tigris an den Ruinen Babylons und Ninives vorüber rauschen, wo Don und Wolga ihre Fluten ins Meer wälzen, wo der Elbrus sein schneeiges Haupt in den Himmel hebt, wo die Zedern des Libanon ihre tausendjährigen Kronen ausbreiten und wo der sagenumwobene Olymp auf das alte Griechenland und Mazedonien niederschaut, dort standen tapfere deutsche Söhne als Wall für die bedrohte Heimat.

Noch vor wenigen Monaten wurden die deutschen Soldaten jubelnd begrüßt von unseren wackeren Stammes- und Glaubensbrüdern in der Ukraine, in Südrußland, am schwarzen Meer, in der Krim, im Kaukasus und in Georgien. Wie hat das Bewußtsein, dem mächtigen deutschen Volk anzugehören, damals die Brust dieser heimatfernen, aber auch heimattreuen Brüder stolz gehoben! Wie wurden die geistigen Bande zwischen ihnen und uns enger und fester geknüpft! Damals schickten sie voll Vertrauen und Hoffnung Vertreter zu uns, damit wir ihnen die Hände reichen und sie dem russischen Chaos entreißen.

Näher zur Heimat! Das war ihr Herzenswunsch. **Näher zu ihr geographisch, geistig, seelisch! Rückwanderung** wurde damals vielfach als Losung ausgegeben. Zurück in die Heimat oder doch in die Nähe der Heimat, nach Litauen und Kurland!

Unter diesem Zeichen entstand auch der „**Verein für die katholischen Deutschen im Ausland**". Das sorgende Auge der Gründer des Vereins, von denen einer, Graf Kaspar Preysing, bald darauf fürs Vaterland sein Leben opferte, war gerichtet auf die in ihrer Existenz, ihrem Deutschtum und Glauben gefährdeten Brüder im Osten und Südosten. Wir wollten ihnen zu einer neuen Heimat und zu einem neuen Glück verhelfen. Tempi passati! Vorüber! Es war ein Traum. Wir teilen nun selbst Los und Leid unserer Brüder, denen wir helfen wollten. Ein großes Grab hat sich geöffnet, hat Deutschlands Vergangenheit und nächste Zukunft zugleich verschlungen. Furchtbare Stille und Vereinsamung lagert sich rings um das deutsche Volk. Wir möchten uns das Wort aneignen, das Vergil dem heimatlosen Aeneas in den Mund legte, als er von seiner in Schutt und Asche gesunkenen Heimat Abschied nahm: Fuimus Troes. **Wir sind ein großes deutsches Volk gewesen! Wir sind es gewesen!** Die letzte Glocke, die als Opfer des Krieges vom Turm genommen ward, das ist die Glocke, die den Laut der deutschen Sprache hinausgeläutet hat weit, weit über die Grenze unseres Heimatlandes hinweg. Sie ist verstummt allüberall, denn ihr Klang ist verpönt. Ob sie einst wiedererwacht?

Was nun? Nur eines kann frommen, nur eines darf gelten: „**Arbeiten und nicht verzweifeln**". Wer verschüttet ist, der muß sich mit aller Kraft wieder empor arbeiten zum Licht und zur Luft. Aber wir dürfen nicht kurzsichtig und engherzig bloß an uns und die engere Heimat denken. Wir wollen den deutschen Brüdern, die von uns getrennt sind, aus der Inbrunst des Herzens zurufen: **Brüder, vergeßt uns nicht, wir vergessen Euch nicht!** Wir vergessen Euch nicht, so arm wir auch sind, so schwer wir auch tragen. Nicht im chauvinistischen Sinn sprechen wir so; wir rufen nicht nach einer neuen Entscheidung mit Waffen, **wir wollen nicht den Haß heraufbeschwören, sondern die Liebe!** Wir wollen jetzt nicht die Hände ausstrecken nach verlorenem Besitz; wir wollen nicht Länder erobern, sondern die Geister gewinnen; was wir festhalten wollen und müssen, das sind die Herzen, die Sympathien unserer getrennten Brüder. **Ein geistiges Band** wollen wir knüpfen zwischen ihnen und uns. Und das ist die Aufgabe, die sich der „**Verein für die katholischen Deutschen im Ausland**" (Sitz München, Geschäftsstelle Pfandhausstr. 1, Postscheckkonto München 17056) in erster Linie gestellt hat, und das ist der Grund, warum ich hiermit herzlich zum Beitritt einlade und aufrufe. Der Verein bezweckt nach den Satzungen

a) die kulturelle, soziale und wirtschaftliche Förderung der katholischen Auslandsdeutschen,

b) die tatkräftige Unterstützung derselben zur Erhaltung ihres Deutschtums und ihres Glaubens,

c) die finanzielle Beihilfe zur Schaffung von Wohlfahrtseinrichtungen, insbesondere für Kultus- und Schulzwecke,

d) die Vermittlung von engeren Beziehungen zur Heimat,

e) nach Bedarf die Fürsorge für die auswandernden Katholiken.

Es ist selbstverständlich, daß wir unsere Aufgabe nur lösen können im innigsten Zusammenschluß mit den katholischen Vereinigungen, die sich für die gleiche Arbeit interessieren und bemühen. Mit ihnen hat sich unser Verein i. J. 1918 zusammengeschlossen zum „**Reichsverband für die katholischen Auslandsdeutschen**". Gerne wollen wir bei dieser Aufgabe die Hände auch reichen den nichtkonfessionellen Vereinigungen, insbesondere dem Verein für das Deutschtum im Ausland (Berlin) und dem deutschen Auslands-Institut (Stuttgart), die in großzügiger und weitherziger Weise Mittel für den gleichen Zweck sammeln und zur Verfügung stellen wollen.

Es strecken so viele Brüder auf deutschen Volks- und Spracheninseln mitten im wildbrandenden Völkermeer die Hände nach uns aus; Hunderttausende, ja Millionen deutscher Katholiken sind abgetrennt vom Vaterland in Polen und im Baltikum, in Tschechien, Ungarn und Rumänien, in der Ukraine und an den Gestaden des Schwarzen Meeres, an den Grenzen von Jugoslawien und Italien, dort, wo der Riese unter den deutschen Bergen, der Ortler, aufhören soll, ein deutscher Berg zu sein, wo urdeutsche und kerndeutsche Gebiete eine Beute der „Sieger" werden sollen.

Die getrennten deutschen Brüder sehen ihr Heimatland in tiefer Not und Zerrüttung, aber sie hoffen gleichwohl auf uns. Ihr Vertrauen auf Deutschland ist nicht zu erschüttern. Sie wollen das geistige Band, das sie mit der Heimat verbindet, nicht zerreißen. Sie werden uns nicht aufgeben, wenn wir uns nicht selbst aufgeben. Daher Hand ans Werk und keine Zeit verlieren! Arbeiten und nicht klagen! Arbeiten und nicht streiten!

Unser Verein hat sich auf den Boden des **Bekenntnisses** gestellt, weil der Glaube das stärkste und heiligste Band ist, das Menschen miteinander verknüpft und weil es uns Herzenssache ist, daß unsere getrennten Brüder auch ihrem Glauben erhalten bleiben. Das ist meist nur dann der Fall, wenn sie auch in der Fremde das Wort Gottes in der trauten Muttersprache hören und zum Vater im Himmel gemeinsam beten können, so wie die Mutter das Kindlein es lehrte. Die Erfahrung zeigt, daß von der Heimat abgetrennte und abgesprengte Volksteile leicht und zäh ihr Volkstum behaupten, wenn sie in ihrem Glauben zusammengeschlossen bleiben. Sonst aber zerfallen sie und gehen in andern Nationalitäten schnell unter. Freimaurer-Geist und -Gift sucht freilich den stets vertrauensseligen deutschen Michel auch darüber hinwegzutäuschen.

Die Sorge für die vom Vaterland getrennten Brüder ist wichtig und brennend, noch dringlicher aber ist die Sorge für die in nächster Zeit freiwillig aus der Heimat **auswandernden Brüder**. Auf diese dringende Sorge möchte ich namentlich die Seelsorger aufmerksam machen. Not und Hoffnungslosigkeit, Verärgerung und Verbitterung, vage Träumereien und lockende Vorspiegelungen haben in Tausenden, ja Millionen den Wunsch und den Entschluß gereift, ihr Glück in der Fremde zu suchen. Eingeweihte Kreise schätzen die Zahl der Auswanderer in der nächsten Zeit auf fünf bis zehn Millionen, ja manche sogar auf 20 Millionen. Das „Auswanderungsfieber" wird noch genährt und gesteigert durch die zahlreichen Vereinigungen, die sich für gesellschaftliche Siedelung bilden. In einem sehr beachtenswerten Aufsatz in den Mitteilungen des „Deutschen Auslands-Institutes" (Jahrg. II, Nr. 6, S. 146 und Nr. 7, S. 197) hat Pfarrer Griesebach nicht weniger als elf solche Gesellschaften aufgezählt, von den heimlichen, oder besser gesagt von den „unheimlichen" ganz abgesehen.

Eine förmliche Auswanderungspropaganda wäre sehr zu bedauern, denn sie bedeutet nicht bloß einen weiteren Aderlaß für unser ohnehin so geschwächtes deutsches Vaterland, sondern auch ein Grab für viele schwellende, aber leider mehr ins Reich der Phantasie gebaute, als auf den Boden der Wirklichkeit gestellte Hoffnungen. Eine Massenauswanderung wird, wie in der Vergangenheit, so auch diesmal wieder ein großes Massengrab deutschen Volkstums und leider auch des katholischen Glaubens bedeuten. Allen, die sich durch ehrliche und fleißige Arbeit ein bescheidenes Glück und eine Zukunft aufbauen wollen, wäre wohl

dringend vor überstürzter Flucht aus dem Vaterland abzuraten. Tausende werden bittere Enttäuschungen, ein hartes Los und ein früher Untergang erwarten. Wenn aber der Abwandererstrom nicht aufzuhalten ist, so soll er wenigstens in die richtigen Bahnen gelenkt werden. Die Sorge für die Auswanderer muß sofort, tatkräftig und systematisch in die Hand genommen werden auch von der seelsorglichen Seite aus. Der Verein für die katholischen Deutschen im Ausland will an dieser großen und schwierigen Aufgabe mitarbeiten in engster Verbindung mit dem St. Raphaelsverein, der auf diesem Gebiete in 50jähriger Tätigkeit Großartiges geleistet hat. Prälat Dr. Werthmann hat jüngst im Namen des Raphaelsvereins der Fürsorge für die kommende Auswanderung Richtlinien vorgezeichnet. Er weist hin auf die Notwendigkeit der vorausgehenden Aufklärung und Beratung der Auswanderer über Siedlungsschwierigkeiten und -möglichkeiten, über die Voraussetzungen und Vorbereitungen der Auswanderung. Er zeigt, wie notwendig geeignete Einrichtungen für Seelsorge und Fürsorge in den Hafenstädten sind. Die Reise selbst verlangt sittlichen Schutz und Einrichtungen der Krankenpflege. Bei der Ankunft an ihrem Ziel müssen die Auswanderer von Vertrauensleuten aufgenommen, eingeführt und über die ersten Schwierigkeiten hinweggebracht werden. Endlich sind in den neuen Siedlungsgebieten kirchliche, soziale und caritative Einrichtungen zu schaffen zur Erhaltung der religiösen, sittlichen und nationalen Kultur der Auswanderer. Seelsorge und Seelsorger dürfen den Auswanderer nicht erst nachhinken, was bisher für den Glauben so verhängnisvoll war, sondern müssen die Auswanderer begleiten und führen. „Kirchen und Schulen müssen bald nach Gründung der Kolonie eingerichtet und gepflegt werden" (Griesebach). Ein großer und schwieriger Aufgabenkomplex! Zur Lösung desselben wird der Raphaelsverein alle im „Reichsverband für die katholischen Deutschen im Ausland" zusammengeschlossenen Vereine, insbesondere auch den „Verein für die katholischen Deutschen im Ausland" notwendig haben und als Bundesgenossen sicher dankbar begrüßen.

In wunderbarer Harmonie und in lebensvollem Organismus hat das deutsche Volk 4 Jahre hindurch alle seine Kräfte zusammengefaßt, um nicht erdrückt zu werden. Der überspannte Bogen ist gebrochen. Doch die Kräfte müssen wieder gesammelt werden vertrauensvoll, großzügig, tatkräftig, zielbewußt. Noch ist Deutschland nicht verloren. Aber nicht durch Revolution ist es zu retten, sondern durch Organisation, nicht durch Streik, sondern durch Arbeit, nicht durch Pessimismus, sondern durch Idealismus. Katholiken, auf zur Tat! Unser hl. Glaube soll wieder seine ewig junge und verjüngende Kraft bewähren! Laßt keinen verloren gehen, der zu retten ist!

Kreuz und quer-Gedanken.

Von Friedrich Koch-Breuberg, Neuburg a. D.

Ach! — der gesunde Menschenverstand tot! — die Freiheit zerplatzt! — die Brüderlichkeit vernichtet — alle meine guten Schemen besuchen mich nicht mehr!

So jammerte Sumego um die Mitternachtsstunde und da schob sich leise ein alter Grieche durch die Türe und leuchtete mit einer Laterne vor sich hin.

Diogenes! rief Sumego aufspringend und fragte: Wo ist dein Faß? Haben es nicht die Weinbarone der Pfalz für mich gefüllt?

Wein? Braucht ein besiegter Deutscher Wein? Solchen trinkt in Germanien der Phöniker und der Kriegsgewinnler. Ich enthielt mich einst des Weines, und Zigaretten kannten wir nicht. Jetzt zünden deutsche Knaben die Röllchen an, während sie über mich und Alexander lesen, gab der alte Philosoph lachend zurück.

Deutschland den Platz an der Sonne sichern, meinte Sumego betrübt und fuhr fort: Du hast ihn einst von Alexander erbeten — hinter dir dein Faß. Hat man dir nicht auch Mitbewohner der Tonne wohnungsamtlich zugeteilt und war das Oel für deine Laterne rationiert? Was kostete das Pfund Kirschen zu deiner Zeit?

Spottest du? Kriegseinkaufsgesellschaften gab es in Athen nicht. Leute wie den Herrn Cassierer in Berlin auch nicht, meinte Diogenes.

Hm —? Warum schrieb aber Platon den Staat? fragte Sumego.

Er wollte ein Ideal feststellen. Christus — euer Heiland tat es in religiöser Hinsicht auch. Er erklärte euch zu Kindern Gottes, zu Brüdern, von jeglicher Sklaverei befreit und wie benehmt ihr euch?

Sage das Clemanceau, sage es Wilson, sage es Lloyd George! rief Sumego auffahrend.

Gut — aber seid ihr besser? Wie hätte euer Friede ausgesehen, wenn ihr gesiegt hättet? Hannover, Nassau, Kurhessen, Frankfurt 1866 — dann die Teilungen Polens? Die 30 Millionen Bayerns und sein schöner Wald von Orb? Der Friede von Teschen, dann Kufstein? Wie sind denn euere Großstaaten entstanden? Durch Erbansprüche — so steht's in den chauvinistischen Schulbüchern, aber in Wirklichkeit durch Raub und Krieg. Uebrigens kam ich nicht, um über Klios Gekritzel mich zu unterhalten, sondern dich über die Okkupation von 1871—1873 zu hören. Im Elysium stritten wir neulich darüber, ob ihr euch wirklich anständig damals gezeigt habt. Sokrates, der alles besser wissen will, mag die Preußen nicht. Er behauptet, es seien Athener.

Sumego dachte etwas nach, dann erwiderte er lächelnd: Nun Athener sind die Preußen nicht. Jetzt nach dem Sturze Deutschlands werden sie auch kaum die Rolle der Athener nach dem Sturze Griechenlands spielen. London wird jetzt das alte Rom unter Octavian. Glaubst du die vornehme Welt Englands wird nun preußisch sprechen? Die Gänse des Kapitols schnatterten noch römisch, aber die Gänse des Kaiserreichs plapperten griechisch. Nero sehnte sich nach dem Applaus Athens — wird sich ein König von England auf eine der Bühnen Berlins begeben? Nicht einmal die Milliardäre Amerikas werden berlinerisch reden und schreiben.

Da warf Diogenes ein: Berlin ist nicht Preußen und Preußen sollte nicht Deutschland sein. Zerstört doch endlich dieses Berlin mit seinen judäischen Kriegseinkaufgesellschaften. Aber ich fragte dich nach der Okkupation?

Und ich kann nicht Kreuz und quer-Gedanken schreiben, wenn ich bei der Sache bleiben soll. Möchten sich das doch Jene merken, die mir schreiben, ich sollte das oder dies Thema behandeln.

Ja — manchmal geht's bei dir, wie es beim Sokrates ging. Mit Alpha beginnst du und beim Omega ruft der gemächliche Leser: Aha — so war's gemeint! Aber nimm's den Kritikern nicht übel. Wenn ich sie beim Suchen nach Kulturmenschen mit der Laterne beleuchte —.

So ist's auch eine Kritik! warf Sumego lachend ein und erzählte nun: Ich war 3 Jahre bei der Okkupation — von 1871—1873. Zuerst vor Paris, dann kurz in Montmirail, hierauf 1 Jahr im Lager Châlons und kehrte schließlich aus Sedan auf deutschen Boden zurück. In einem Dorfe an der neuen deutschlothringischen Grenze war mein letztes französisches Quartier. Als ich die Wohnstube des Bauernhauses betrat, erblickte ich an der Wand mehrere Photographien meiner Vaterstadt Ingolstadt. Auf meine Frage, wie die hieher kämen, sagte der Quartiergeber, ein junger Franzose, daß er in der Festung Ingolstadt als Gefangener gewesen sei und die Bilder als Erinnerung an die gute Behandlung erworben hatte. Dieser kleine Vorfall stimmte mit so Vielem überein, das ich während der Okkupation bemerkt hatte. Es gab allerorten gerechtdenkende Franzosen, nur vielfach fürchteten sie den aufgestachelten Mob. Schon 1871 vor Paris hatte sich sogar ein angenehmer Verkehr mit den anscheinend Unversöhnlichen gebildet. Ich muß gestehen, daß sich die Franzosen nach der Niederlage meist würdig betrugen. Die Damen kleideten sich schwarz, was freilich die Cocotten bald nachahmten. In Paris, wohin ich öfter fuhr, gab es Opern, Theater, aber von der Tanzwut, die jetzt meine Landsleute ergriff, bemerkte ich nichts. So liebenswürdig nun die Franzosen im Allgemeinen waren, so närrisch eitel erwiesen sie sich, wenn sich das Gespräch der Politik näherte. Und wir selbst? Ja nun — wir Deutsche sind und waren ein Gemisch von verschiedenen Stämmen. Auch weißt du — Diogenes — daß ein Mensch nie dem anderen vollkommen gleicht — weder innerlich noch äußerlich. Unter uns Bayern waren Einige, die sich damals schon preußisch gaben.

Sumego hielt ein und nahm in Ermangelung eines Malzbonbons ein solches von Eukalyptus, weil er ohne zu husten nicht so lange sprechen konnte wie ein Abgeordneter.

Sagten sie auch schon „Mahlzeit"? Das ist doch der blödeste Gruß, den es gibt. Prost die Mahlzeit — so konntet ihr Deutsche vier Jahre hindurch sagen und jetzt nach diesem wahnwitzigen Friedensschluß erst recht, meinte Diogenes.

Und Sumego fuhr fort: O — alter Weltweiser — es gibt Dinge zwischen dem Himmel und der Erde, die noch viel dümmer sind! Wenn ein Volk revoltiert, geschieht es doch, um bessere Zustände zu erreichen, nicht um phönikische Kapitalisten zu mästen und Arbeitsscheue faullenzen zu lassen. Vor der Okkupation verjagten die Franzosen Napoleon III, unter dem die Welt auf seine Neujahrsreden lauschte, und sie tauschten dafür die Herrschaft kapitalistischer Freimaurer ein. Bismarck in seiner Verblendung erhoffte von der Republik größere Vorteile als von der Rückkehr der Napoleoniden. Das erkannte ich schon als Leutnant und schwärmte für Harry Arnim und Manteuffel. Der Letztere war Oberbefehlshaber im Okkupationsgebiet und er umschmeichelte damals schon die Franzosen. Sein Verhalten als Statthalter der Reichslande ist ja bekannt. Graf St. Vallier der Delegierte Frankreichs in Nancy konnte sich ins Fäustchen lachen. Die Tochter Manteuffels erzählte mir später manches Interessante und, obwohl sie wie gedruckt log, waren doch viele Wahrheiten darunter. — Man merkte im besetzten Gebiet gar nicht, daß 5 Milliarden zu bezahlen seien, — ein Paar Timbres auf den Zündhölzern war Alles, dessen ich mich erinnere. Wo es nur anging, wurde den Bitten der Franzosen Gehör geschenkt.

Nun unterbrach Diogenes: Bedenke — lieber Sumego — daß die Geisterstunde nun endet. Ich muß ins Elysium zurück. Erzähle mir, wenn ich wieder auf der Suche nach Kulturmenschen sein werde, noch mehr über jene glückliche Zeit Deutschlands.

Halt! rief Somego: Ist denn der gesunde Menschenverstand für immer verloren? Jetzt da wir den Schmachfrieden schließen mußten, —.

Halt! gebot Diogenes: Allerdings ist dieser Friede eine Schmach für euere Feinde, aber von zweien Uebeln wählt der Verständige das kleinere. Der gesunde Menschenverstand atmet noch. Seht zu, daß er einkehre bei den jetzt tanzenden, streitenden, arbeitsscheuen Deutschen — dann kann eine Zeit erstehen — größer als jene Bismarcks. Zur Hälfte seid ihr moralisch ebenso herabgekommen wie die Mehrzahl euerer Feinde, aber die bessere Hälfte soll auf dem Felde, das euch noch blieb, mutig, redlich und moralisch ackern — dann erblüht euch eine neue Zeit. Sumego sah, wie der Schemen sich in ein Wölkchen verwandelte, wie das zerstob. Er ergriff das vor ihm liegende Provinzblatt und erblickte 3 Inserate für Tanzbelustigungen, dann Theateranzeigen und ein Veteranenfest mit Ball.

Ach — die bessere Hälfte! seufzte er und tanzte um den Tisch, um nicht besser zu erscheinen als die Anderen.

Draußen am nachtschwarzen Himmel erdröhnte der Donner eines nahenden Gewitters, aber er klang wie Hohngelächter der Hölle.

Bühnen- und Musikrundschau.

Nationaltheater. „Herr Dandolo“, komische Oper von Rudolf Siegel, hat bei dem Tonkünstlerfeste des Allgemeinen Deutschen Musikvereins in Essen 1914 ihre Uraufführung erlebt und kommt nun in umgearbeiteter Form über Stuttgart und Mannheim nach München wo sie unter der Leitung des Komponisten eine sehr dankbare Aufnahme fand. Siegel, in München als früherer Dirigent eines Chorvereines bekannt und geschätzt, besitzt hier eine Gemeinde. Daß sich das unbefangenere Publikum der Wiederholungen um einige Wärmegrade kühler verhalten wird, scheint mir sehr wahrscheinlich. Der Tonsetzer hat sich seinen Text selbst geformt nach einer italienischen Komödie. Literarische Begabungen, die gewissermaßen instinktartig erfassen, was dem Musiker vorschwebt, was seiner Art und zugleich operngemäß ist, sind heute recht selten, und so mag Siegel mehr aus Not, als aus innerem Drange daran gegangen sein, sich seinen Text selbst zu gestalten. Ich kenne die Komödie des Conte Giraud nicht, vermutlich gleichen Leichtigkeit und Witz die mäßige Spannung der einfachen Fabel aus. Durch die Musik wirkt manches recht breit und weist uns dadurch noch besonders auf das Harmlose der dramatischen Bagatelle hin. Diesen Eindruck hat ja selbst Wolf-Ferrari nicht überall zu verwischen vermocht, als er die Komödien des diesem Lustspieldichter artverwandten Goldoni zu Opernunterlagen nahm, obwohl der glückliche romanische Einschlag bei Wolf-Ferrari ihn für die anmutig-heitere Form viel geeigneter macht, als den Komponisten des „Dandolo“. Siegels Art ist für die opera buffa etwas schwer. Seine Partitur ist sehr fein gemacht, sie verrät überall den gediegenen Musiker; sehr geschmackvoll sind seine Quintetts, die reiches Können verraten. Die Oper hat auch einige hübsche melodische Einfälle, aber ich gewann nirgends den Eindruck einer Empfindung, die, in Tönen kundzugeben, den Komponisten eine innere Nötigung trieb. Auch der Humor hat nicht viel zwingendes. Es ist gewiß gerade heute eine dankbare Aufgabe, das Publikum heiter zu stimmen, aber diese Stimmung muß eben von der Bühne in den Zuschauerraum übergreifen, das will dem Herrn Dandolo nicht immer so recht gelingen. Es ist gefährlich zu sagen, daß einem die „lustigen Weiber“ Nicolais lustiger dünken, als der „Falstaff“ des greisen Verdi, denn das gilt heute als ein Mangel an ästhetischer Kultur, aber der Erfolg entscheidet eben doch in diesem Sinne. „Dandolo“ macht einen recht angenehmen, freundlichen Eindruck, aber man nimmt nicht allzuviel mit nach Hause. Der Titelheld ist ein Mann, der jedem gutes erweisen möchte, aber durch seine übereifrige Geschäftigkeit in allerhand Mißhelligkeiten, ja in falschen Verdacht gerät. Diese Figur ist mit Humor gesehen, aber das Tölpelhafte verdeckt öfters den tragischen Unterton in dem Tun dieses wahrhaft guten Menschen. Brodersen gab mit feiner Charakteristik die Titelrolle, im übrigen war die Oper, die der Komponist mit Umsicht und Geschmack leitete, nicht durchaus blendend besetzt, wenn auch der Gesamteindruck recht günstig war. Maria Jerabek und Gruber brachten besonders ein reizvolles Liebesduett zur Geltung. Hedwig Fichtmüller (Placida), Birrenkoven (Notar), Bauberger als anfänglich totgeglaubter Ehemann, Lohfing und Anton Ludwig trafen den Stil der opera buffa mit gutem Gelingen; unter Professor Fuchs' sorgsamer Regie gewann die Umwelt der italienischen Kleinstadt um 1800 Farbe und Leben. Den starken Beifall, den die drei Akte fanden, habe ich eingangs schon angedeutet.

Schauspielhaus. In „Konstantin Strobel“ nähert sich Gg. Kaiser der Art Sternheims in der Verhöhnung des deutschen Spießbürgers. Man lacht in der ersten Viertelstunde über die Brautwerbung des pedantischen Schulmeisters recht oft, aber da der Verfasser immer dickere Farben aufträgt, verringert sich bald die Wirkung. Die Schilderung vom Tode des Vaters wirkt schon mehr ärgerlich, als lächerlich. Dieser ist nämlich in die Maschine einer Margarinefabrik gefallen, die Leiche konnte nicht mehr herausgezogen werden und so lieferte die kulante Firma soundso viel Zentner Margarine zur Beerdigung. Ueber die Widerlichkeit solcher „Scherze“ braucht man keine Worte zu verlieren. Die Sache wird noch „hübscher“. Durch höchst unwahrscheinliche Umstände wird Herr Strobel in die Lage versetzt, eine geschlitzte Frauenhose zu sehen. Hierdurch wird nach Ansicht des Dichters Kaiser dessen Charakter ganz verwandelt. Der Schüchterne wird brutal und erzwingt von seiner Mutter das Engagement einer liederlichen Köchin. Bevor er heiratet, will er seine Geeignetheit erproben. Eine Alimentationsklage beruhigt ihn später über diesen Punkt, allein die Braut vermag diesen seinen Gedankengängen nicht zu folgen und gibt ihm den Laufpaß. Da sie aber bis zu einem gewissen Zeitpunkte wegen eines schrullenhaften Testamentes verheiratet sein muß, verlobt sie sich mit einem Witwer mit neun Kindern. Allein Strobel wünscht an der testamentarisch gesicherten Rente zu partizipieren; da man auf diesen Wunsch nicht eingeht, verprügelt er den Bräutigam in einer Weise, die ihm eine große Geldstrafe einträgt. Mittellos muß er dieselbe absitzen, bis eine reiche Dame, die ihn heiraten will, ihn aus dem Gefängnis befreit. Strobel hat als Schulmeister ihren Sohn so gequält, daß er gestorben ist; sie sehnt sich nach einem Ersatzbuben und Strobel erscheint ihr durch den Alimentationsprozeß als der geeignete Mann zur Erfüllung ihres Wunsches. Ich würde es gerne vermieden haben, durch Wort und Schrift an der Verbreitung dieser üblen Fabel mitzuwirken, aber diese Andeutungen lassen sich nicht umgehen. Man gewinnt die Anschauung, als wolle der Autor das Publikum verhöhnen. Am Schlusse ward denn auch mancherlei Widerspruch laut; immerhin behielt der Beifall das letzte Wort. Das Stück ist früher begreiflicherweise Zensurbedenken begegnet, dann wurde es in Frankfurt a. M. unter dem Namen „Der Zentaur“ aufgeführt. Die heutige Wiedergabe stellt eine neue Bearbeitung dar. Der Autor scheint also noch nicht eingesehen zu haben, daß, abgesehen von der wirren Handlung, solche Stücke nur geschmackverderbend wirken können. Rudolf Hoch zeigte in der Titelrolle starkes komisches Talent, auch sonst wurde der Simplizissimusstil unter der Regie Direktor Rebelthaus gut getroffen.

Neues Theater. Die Wiesenthals bestätigten in einem erweiterten Programm ihre großen Erfolge. Ihre dezente Tanzkunst hat das Massenaufgebot der ausgezogenen Muse Schwabings an Erfolg weit übertroffen. Die leichte Anmut ihrer Bewegungen, Temperament und weise Beschränkung des Tanzbaren siegen eben doch über eine rhythmische Ausdruckskunst, die mehr klügelnd als wirklich empfindend Musik ausdeuten will, deren Schöpfer niemals an Tanzbeine gedacht haben. Nach den Wiesenthals hatten Wanda v. Wolzok und Frances Metz mit ihren Schülerinnen keinen leichten Stand. Die sehr freundliche Aufnahme läßt dennoch die Frage aufwerfen, ob mittlere Schülerleistungen außerhalb familiärer Kreise auf Interesse Anspruch machen können. Als Einakter geht dem Tanz jetzt eine Burleske von Georges Courteline voraus. „Ein ruhiges Heim“ ist lange nicht so witzig, wie die unlängst in den Kammerspielen gebotene dieses Franzosen. Für die Einfuhr schlechter Theaterstücke ist die Bedürfnisfrage zu verneinen. Wir haben deren selbst genug.

Theater am Gärtnerplatz. „Der verliebte Herzog“, dessen freundlichen Erfolg wir bereits kurz meldeten, hat nur eine Wochenserie den Spielplan beherrscht. Dem Texte liegt Hackländers „Geheimagent“ zugrunde, ein Lustspiel, das sich manches Jahrzehnt bühnenwirksam erwiesen hat. Die operettenhaften Beigaben sind ziemlich schablonenhaft eingeflochten. Gerne sei die Abwesenheit von sogenannter Pikanterie anerkannt. Gilbert ist ein technisch gewandter Komponist, der angängige Melodien schreibt, der keinen höheren Ehrgeiz hat, als zu unterhalten und der durch seine temperamentvolle Rhythmik zu gefallen weiß. Von der hübschen Aufführung ist Frl. Menaris guter Gesang hervorzuheben.

Verschiedenes aus aller Welt. Auch in Berlin ging „Der Kinderfreund“ der Fürstin Lichnowski in Szene, eine Dichtung von bühnentechnischen Mängeln, aber schöner Menschlichkeit. — Der Reichsregierung wurde eine Denkschrift führender Persönlichkeiten des Theaters überreicht, die sich gegen das Mitbestimmungsrecht der Künstler-Räte in künstlerischen Dingen, gegen den Koalitionszwang und gegen die Fachbezeichnung richtet. 80 Leiter großer Theater haben sich ihr angeschlossen. Auch in den Kreisen der Schauspieler ist eine Anregung im Sinne dieser Denkschrift im Gange.

München. L. G. Oberlaender.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Im Zeichen der Steuerentwürfe — Reichsnotopfer und Kriegsanleihen — Auslandskredite nur bei ruhiger Innenpolitik.

Angesichts der bekanntgewordenen Einzelheiten über die Milliarden-Fehlbeträge im deutschen Verkehrswesen, der trostlosen Finanzlage des Reiches und der Einzelstaaten, wie namentlich der bayerische Finanzminister Speck dies im bayerischen Landtag entrollen musste — Bayerns schwebende Schuld dürfte sich bis Ende dieses Jahres auf 800 Millionen Mark erhöhen nicht zuletzt im Hinblik auf die Folgen des Kriegsschlusses und die sinkende Tendenz im gesamten Einnahmewesen der Reichs- und Staatskassen ist es begreiflich, wenn die Fülle der in den jüngsten Tagen herausgekommenen Steuerentwürfe aller Art auch den Nichteingeweihten keineswegs mehr sonderlich überrascht haben. Die Folgen des verlorenen Krieges bewirken überall eine, selbst im Geldausgeben, deutlich zum Ausdruck gebrachte Apathie und so kommt es, dass auch nach den Details des Reichsfinanzprogrammes Erzbergers unsere Börsen beispielsweise auch nicht die geringste Abspannung aufwiesen. Der Gesetzentwurf über das Reichsnotopfer löste an den Börsen zwar verschiedenartige Beurteilung aus, immerhin fand derselbe überwiegend

günstige Betrachtungen vor. Namentlich die Sätze für die mittleren Vermögen werden als keineswegs allzuhart angesehen, und vor allem werden die Stundungsmöglichkeiten als wesentliche Erleichterung erachtet, wenngleich vielfach die Ansicht vorherrscht, dass der Entwurf in der vorliegenden Gestalt etwas verschärft werden könnte. Der „Steuerausschuss des deutschen Industrie- und Handelstages“ vertritt hinsichtlich der ausserordentlichen Kriegsabgaben die Ansicht, dass diese Faktoren ihren vollen Teil an den schweren Lasten mitzutragen hätten, welche durch den Weltkrieg dem deutschen Volke aufgebürdet seien. Diesem Standpunkt wird jedoch gleichzeitig die Aufforderung angeknüpft, dass „alle Kreise der Bevölkerung gleichmässig zur Tragung dieser Lasten herangezogen würden.“ Aus den Steuerausschüssen der Nationalversammlung regnet es derzeit so viele Entwürfe und Steuerprobleme wie noch niemals zuvor, so dass es auch steuertechnisch Geübten schwer fällt, mit allen den neuen, unverdauten Vorlagen sachliche Kritik einzuhalten. Als empfindsamste Bürde bezeichnen unsere Kapitalistenkreise die neben der Reichseinkommensteuer geplante **Kapitalertragssteuer** bis zu 30% und in fast gleichem Masse die starke Erhöhung der **Umsatzsteuern**. Ob der bei der Weimarer Finanzministerkonferenz zur Debatte gestandene Gedanke der Abstempelung oder Registrierung Tatsache wird, bleibt abzuwarten. Immerhin erscheinen solche und andere Massnahmen trotz der technischen Schwierigkeiten alsbald möglich. Die Auslassung der Reichsregierung hinsichtlich Zahlungshingabe von **Kriegsanleihen** bei selbst gezeichneten Stücken zu pari, bei dem übrigen Besitz hieran zu noch festzusetzenden Steuerkursen, erbrachte eine namhafte Kurssteigerung der Kriegsanleihen um vorübergehend fast 5% gegenüber den Vorwochen. Auch die übrigen Reichsfonds und Bundesstaatenanleihen konnten davon profitieren, besonders im Hinblick darauf, dass auf alle Fälle die jetzt im Zuge befindlichen grossen Finanztransaktionen des Reiches zur Besserung seines Schuldendienstes führen, ferner auch einigermassen dadurch eine Verminderung der Geldumlaufssummen herbeigeführt wird.

Im Zusammenhang damit wurden gleichfalls vielfach kommentiert die dem Bamberger Landtag vorgelegten Entwürfe über die neuen **Steuerentwürfe in Bayern**, ferner nicht minder der in Weimar eingereichte Plan über die Zahlung unserer **Zolleinnahmen in Goldwährung** und aus vielfachen Gründen die Projekte der Reichsregierung zur Erfassung der aus Steuerbesorgnis **ins Ausland gebrachten Kapitalien** im Anschluss mit der nunmehr zur Aufhebung gelangenden deutschen Devisenordnung. Eine weitgehende Ernüchterung an den Börsen ist angesichts solcher übergrosser Eingriffe innerhalb der Kapitalistenkreise zu melden, wenngleich die feste Grundstimmung vorherrscht. Dies ist um so höher einzuschätzen, nachdem bekanntlich hinsichtlich **Rohstoffbeschaffung und Krediteröffnung** seitens des Auslandes wir immer noch auf dem Stand der ersten verschüchterten Versuche stehen. Und gerade diese Probleme günstig für uns zu lösen ist gleichbedeutend mit der Erhaltung unseres Wirtschaftslebens. Bedauerlicherweise gelingt es unserer **Markwährung im Auslande** trotz der vielen sichtbaren Bestrebungen hinsichtlich Exportförderung nicht, einigermassen dauernd eine Höherbewertung zu behaupten. Immerhin bekunden offene und auch versteckte Sympathiekundgebungen, so aus den nordischen Staaten, der Schweiz und vor allem aus Argentinien, dass das **„besiegte Deutschland“** nichts oder nur wenig in den Augen der Neutralen verloren hat, dies vorausgesetzt, dass **unsere innere grosse Gefahr** — Streiks und Arbeitsminderung — bald endgültig beseitigt werden kann! Mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgen unsere Finanz- und Industriekreise die fortgesetzten **Bestrebungen der Ententeländer** innerhalb unserer besten Wirschaftsgebiete — wie Kali-, Erdöl-, chemische Produkte — festen Fuss zu fassen, wenngleich dies vorerst nur in Form des versteckten Erwerbs gewisser Aktienposten von führenden Gesellschaften dieser Sparten geschieht. Auch die Meldungen über Verhandlungen einer Anleihe oder Valutenkreditaufnahme in Amerika tauchen immer wieder auf. M. Weber, München.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Vom Büchermarkt.

Herders Neuauflagen. Wenn in dieser Zeit schreiender Not — nicht nur der Papiernot — ethisch-, überhaupt geistig-wertvolle Werke rasch wiederholte Neuauflagen erleben, so ist das fraglos ein Zeichen vielversprechender seelischer Widerstandskraft innerhalb weiterer Kreise unseres Gesamtvolkes. Der Herder-Verlag liefert in folgendem dafür einen Beweis seitens des katholischen Volkes. Gesagt sei, daß fast sämtliche Werke den Vermerk „verbessert“ oder „vermehrt“ oder beides tragen: Bischof **Johann Michael Sailer: Uebungen des Geistes** zur Gründung und Förderung eines heiligen Sinnes und Lebens. Neu herausgegeben von Dr. Franz Keller; Pr. kart. 7 ℳ; P. **Hieronymus Wilms** O. Pr.: **Religion und Welt.** Kart. 3.50 ℳ; **Erich Przywara** S. J.: **Eucharistie und Arbeit.** Pr. 1.10 ℳ; **Georg Harrasser** S. J. und **Peter Sinthern** S. J.: **Im Dienste der Himmelskönigin.** Vorträge für Marianische Kongregationen. Zwei Bände je kart. 6.40 ℳ; **Moritz Meschler** S. J.: **Zum Charakterbild Jesu.** Kart. 3.40 ℳ; **Leitgedanken katholischer Erziehung.** Kart. 4.20 ℳ; **Seb. v. Oer** O. S. B.: **Familienweihe an das heiligste Herz Jesu** nebst liturgisch geformter Hausandacht. Pr. 1.50 ℳ; **Alois Lanner: Deutsches Laienbrevier.** Psalmen, Hymnen und Gebete. Geb. 3.80 ℳ; Prof. Dr. **Raymund Dreiling** O. F. M.: **Lazarett- und Friedhofsbilder aus Saint-Quentin.** Mit 16 Ansichten. Pr. 1.25 ℳ. — **Viktor Cathrein** S. J.: **Der Sozialismus.** Eine Grunduntersuchung seiner Grundlagen und seiner Durchführbarkeit (24. u. 25. Tausend. Bedeutend vermehrte Aufl.!) Kart. 10.40 ℳ; **Joseph Weigert: Das Dorf entlang.** Ein Buch vom deutschen Bauerntum. geb. 12 ℳ; **Hermann Muckermann** S. J.: **Kind und Volk.** Der biologische Wert der mütterlichen Stillpflicht. Kart. 2.40 ℳ. — M. **Regina Most: Geh hin und künde!** Eine Geschichte von Menschenwegen und Gotteswegen. (17.—25. Tausend.) Kart. 4.50 ℳ; **Alban Stolz** und Friedrich von Drais, Eduard Steinbrück, Augustin Arndt, Selma von Seydlitz, **Kloth.** von Werthern. Herausgegeben von Univ.-Prof. Dr. Julius Mayer. Mit fünf Bildern. Fügung und Führung II. Teil. Kart. 6.60 ℳ; **Maria Müller: Emmy Giehrl** (Tante Emmy). Ihr Leben, Leiden, Lieben. Mit 8 Bildern. Kart. 4.80 ℳ. — **M. Scharlau** (Magda Alberti): **Im Schatten.** Roman Kart. 7.50 ℳ; **A. v. Brochow: Tante Toni** und ihre Lande. Eine Erzählung für Kinder und Kinderfreunde. Kart. 4.60 ℳ.

Jesuitenschriften zu den Umwälzungen unserer Zeit in Wesen und Ziel: Neben dem bekannten schnell und sieghaft sich durchsetzenden größeren Werke **Viktor Cathreins: „Der Sozialismus“**, sei genannt und empfohlen: desselben Verfassers **Sozialdemokratie und Christentum** oder: Darf ein **Katholik** Sozialdemokrat sein? Pr. 90 Pf.; **Otto Zimmermann: Trennung von Kirche und Staat; Bernhard Duhr: Der Bolschewismus; Heinrich Pesch: Sozialisierung.** Sämtlich bei Herder, die drei letzten (je 60 Pf.) als Flugschriften der „Stimmen der Zeit“.

E. M. Hamann.

Für Wanderer und Bergsteiger

Rucksäcke, bestes Hanfleinen mit Kernlederriemen

1 Außentasche	45×48	50×55 cm
	28.—	33.—
2 Außentaschen	50×55	55×60 cm
	38.—	45.—

Wickelgamaschen, feste Stoffe, grau oder bräunl. **15.50, 19.75, 23.50**

Touristen-Messer, 6teilig **4.75, 3.90, 3.75**

Taschen-Messer, sehr flach, feststellbar, offen ca. 18 cm lang **1.35**

Bergstöcke, Rundhaken mit Bergzwenge **4.50, 2.50**

Eispickel, bestes Fabrikat ... **17.50**

Steigeisen, 8zackig, Schweizer Fabrikat **13.50**

Schneereifen **11.50**

Wadenstutzen, Halbwolle, in verschied. Farben **28.—, 18.50, 17.50**

Kletterhosen, dornenfeste Ware grau .... **85.—**

Bauernleinen-Jacken, blau **66.50**

Windjacken, grau, mit 4 Außentaschen .... **75.—** undurchlässige hochfeine khakifarbige Ware .... **135.—**

Mückenschleier .... **75 Pfg.**

Angel-Geräte

Fliegen mit Vorf., Dtz. **11.50**, Stck. **1.—**

Vorfächer aus Seidenwurmdarm **5.75**

Schnüre, Hanf ..... Mtr. **25, 20** Pfg. Seide, ... „ **45, 35** Pfg.

Angelgerten für Spinn- und Fliegenfischerei

Haken, Haspeln, Korke, Fischlegei

Aluminium-Touristen-Geschirr

Reisekocher, ½ Liter, mit Spiritusbrenner **13.50**

Touristenkocher, Spiritusbrenner, mit 1 Topf, ¾ Lit. **17.50**, 1½ Lit. **27.50**
2 Töpfen, ¾ Lit. **21.75**, 1 Lit. **24.—**

Brotdosen .... **5.—**

Eßtöpfe mit Dichtschl. **8.25, 6.25**

Tassen mit Klapphenkel **2.90, 2.50**

Schraubdosen

14 cm	10 cm	8 cm	6 cm Durchm.
5.85	2.75	1.85	1.15

Frühstückdosen, viereckig, mit verstellbarer Einteilung **13.50**

Klapptrinkbecher 3.25, 1.75, 1.65

Tee-Eier **1.25**

Salz- und Pfefferstreuer ... **1.50**

Seifendosen **2.25, 1.75**

Feld-Flaschen mit Schraubverschluß, Filzbezug und Lederriemen **18.50** dieselbe aus verz. Weißblech **5.75**

Tabakpfeifen

kurz, gebogen oder gerade
4.— 3.50 2.75

halblange, mit Porzellangesteck
5.50 3.85

halblange, mit Holzgesteck
17.50 8.75 3.75

Eigenes Reisebüro

Reise-Unfall- u. Gepäck-Versicherung
Fahrkarten für Eisenbahnen und Dampfer -- Wendelsteinbahnkarten

Touristen-Kameras

Spreizenkamera, 4,5×6, Moment- und Zeitverschluß, 1 Kasette **35.—**

Rollfilm Ernemann, 6×9 Camera .... **34.—**

Ernemann „Bob" 4,5×6 für Rollfilm .... **88.—**

Ernemann „Mignon" für Platten 4,5×6 .... **82.—**

Isolierflaschen

ca. 24 Stunden warm oder kalt haltend, ½ Liter **8.75**

dieselben Original-Thermos

¼ Lit.	½ Lit.	¾ Lit.	1/1 Lit.
12.—	13.50	17.50	23.—

Rollschuhe .... **22.50, 11.75** mit Kugellager .. **39.50, 28.—**

Rasier-Apparate

mit 10 Klingen, in Etui **6.75**

Kaufhaus
Oberpollinger
MÜNCHEN G. m. b. H.

Für die Redaktion verantwortlich: i. V. Dr. Jos. Kausen, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München. Galeriestraße 35a. Gb.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich M 4.50.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis: Die 5 X gespaltene Grundzeile 75 Pfg., Anzeigen auf Textseite die 95 mm breite Zeile 575 Pfg.
Beilagen einschl. Postgebühren M 20 d. Tausend.
Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.
Rabatt nach Tarif.
Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig.
Erfüllungsort ist München.
Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt.
Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer.

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 31. München, 2. August 1919. XVI. Jahrgang.

Die „Allgemeine Rundschau“

ist durch die katastrophalen Folgen des Weltkrieges vor schwere verantwortungsvolle Aufgaben gestellt. Gestützt auf einen treubewährten Mitarbeiterstab aus der Gelehrtenwelt, aus den Parlamenten und der Presse, aus den verschiedenen Zweigen der Fachwissenschaften und aus dem praktischen Leben, sucht sie denselben gerecht zu werden.

Das alte Reich ist zusammengebrochen, ein neues Gefüge ist im Entstehen und wird sich nur dann als lebenskräftig erweisen, wenn die Politik des Reiches und der Bundesstaaten von den Gesichtspunkten der Kultur befruchtet und durchdrungen ist.

In Zeitläuften, da weite Gebiete der äusseren und inneren Politik, der Gesetzgebung und des Gemeinschaftslebens im Fluss sind, kann bei aller Bedachtsamkeit ein engherziges Festhalten am Althergebrachten und blinde Vertrauensseligkeit kein erstrebenswertes Ziel sein. Neue Partei- und Regierungskonstellationen müssen sich mancherorts erst bewähren. Fragen, welche der katholischen Welt auf dem Herzen brennen, bedürfen noch der Beantwortung. Das Wirtschaftsleben ist nicht nur durch den verlorenen Krieg, sondern durch fortgesetzte Missachtung der christlichen, sozial gerechten Sittenlehre in ihren Grundfesten erschüttert und bedarf eines neuen Aufbaues von Grund auf. So wird oftmals ein freimütiges offenes Wort gesprochen werden müssen.

Die christliche Weltanschauung, die Lehre der katholischen Kirche und die deutsche Treue sind die ehernen Grundlagen der „Allgemeinen Rundschau“. Unsere Arbeit kann aber nur fruchtbringend sein, wenn wir uns bemühen, auch die Gedankengänge des ehrlichen Gegners zu verstehen. Getreu ihrem alten Grundsatz wird auch künftig die „Allgemeine Rundschau“ gerechten und vorurteilsfreien Stimmen Andersdenkender jederzeit ihre Spalten öffnen.

Naturgemäss sucht aber die „Allgemeine Rundschau“ auch ihr Verbreitungsgebiet zu erweitern, um ihre Vielseitigkeit und Leistungsfähigkeit zu steigern. In dieser Richtung sind wir aber auf die Mithilfe aller unserer Freunde und Leser angewiesen. Sehe sich jeder in seinem Bekanntenkreise um, wo noch die „Allgemeine Rundschau“ fehlt und teile uns auf der dieser Nummer beigelegten Postkarte die Adresse jener Persönlichkeiten mit, an welche die Zusendung einer Probenummer nebst Abonnementseinladung zu empfehlen ist. Herzlichsten Dank im voraus!

Verlag und Redaktion der „Allgemeinen Rundschau“.

Die Wahlpflicht im System der Grundpflichten der neuen deutschen Verfassung.

Von Ministerialdirektor Dr. E. Ver Hees, Leiter des flämischen Ministeriums für Industrie und soziale Arbeit.

In den Nummern 6 und 7 vom 8. und 15. Februar 1919 dieser Wochenschrift habe ich auf einige Aehnlichkeiten hingewiesen, die sich zwischen dem deutschen Verfassungsentwurf und der belgischen Verfassung von 1831 ergeben; hier und da ließen Abweichungen in der deutschen Vorlage den bekannten Tropfen demokratischen Oels vermissen, wohl auch den absoluten Freiheitsstandpunkt der Kirchen und Schulanstalten dem Staate gegenüber. Die Brücke zwischen dem belgischen Grundgesetz und der jetzigen Arbeit war, neben den Erfahrungen deutscher Sachverständiger im besetzten Gebiete während des Krieges, die deutsche Verfassung der Nationalversammlung von 1848. Als Zeuge dafür kann man den Fürstbischof von Breslau, Melchior von Diepenbrock nennen: er war damals noch nicht Kardinal, war Mitglied der Nationalversammlung gewesen, hatte aber sein Mandat schon im August 1848 niedergelegt. Am 18. Dezember schrieb er dem flämischen Dichter Heinrich Conscience, von dem er einige Werke ins Deutsche übertragen hatte: „Ich habe drei Monate zu Frankfurt in einer Folter zugebracht, woraus eine ernste Krankheit mich erlöste, da sie mich zwang, der Paulskirche Lebewohl zu sagen, wo ganz was anders als der Geist des Apostels Paulus herrschte. Ich war glücklicherweise nicht mehr da, als mein edler Freund Fürst Lichnowski (sic) abscheulich abgeschlachtet wurde, dieser Mann mit den seltensten Eigenschaften und Opfer seines mutigen Auftretens gegen die zerstörenden Strömungen der blutigen Umwälzung. Wie reich an Ereignissen ist dieses Jahr 1848! Da hat es uns noch eine Verfassung gegeben, welche eben so freisinnig ist als die Ihrige, nach der sie gemodelt gewesen zu sein scheint. Möge sie dazu helfen, Ruhe und Wohlsein unserem Lande wiederzugeben!“

Die Arbeiten des Verfassungsausschußes in Weimar haben dem Entwurfe gerade dadurch ein anderes Aussehen verliehen, daß das fertige Werk nicht nur die Freiheiten gewährleistet, sondern auch und mehr die Pflichten der Bürger feststellt, ihnen Aufgaben gegenüber dem Staate und dem Volke, der Gesamtheit vorschreibt. Vielleicht hätte Diepenbrock darin etwas vom Geiste des großen Apostels wiedergefunden! Dadurch bekommt diese Verfassung eine eigenartige, unter den Verfassungen der konstitutionellen und parlamentarischen Länder neue Gestaltung. Bisher haben manche Grundgesetze nach dem englischen Muster der Declaration of Rights und den französischen Droits de l'homme, als ihr erhabenes Ziel die Wahrung der persönlichen Rechte der Bürger angesehen, ihre Verteidigung gegen die Übergriffe des Herrschers und der Staatsgewalt. Die einseitige Betonung von Abwehrgrundsätzen findet ihre Erklärung in der Geschichte der Verfassungen, welche meistens als Krönung von Befreiungswerken gedacht wurden. Hier tritt aber zum ersten Male systematisch durchgesetzt der Begriff der Grundpflichten als gleichbedeutend mit den Grundrechten auf. Das ist deutsch: das Pflichtgefühl ist im deutschen Volke seit jeher so sehr entwickelt, daß es ein Kennzeichen deutschen Wesens geworden ist. Da haben wir auch eine dieser Kraft-Ideen, welche ein Volk beleben und suggestiv zur Tat drängen können.

Das ist auch konservativ im besten Sinne des Wortes: die Revolution will dadurch nicht nur Bande lösen, Überliefertes

zerstören, der Willkür des Einzelnen möglichst freie Bahn schaffen: Sie will auch für den Aufbau sorgen, erzieherisch wirken, übertriebene Wähne und leere Phraseologie durch Hinweise auf die Gegenleistungen zur besseren Einsicht und zur praktischen Tätigkeit lenken. Das ist positive Arbeit und wahre Demokratie im Gegensatz zu schädlicher Demagogie.

In Belgien und in anderen parlamentarischen Ländern wurde oft vermißt, daß die gutgemeinten Freiheitsbürgschaften allzu negativ aufgefaßt wurden. Von den Bürgerpflichten wurde nur unzusammenhängend das Notwendigste erwähnt: die Pflicht, sein Eigentum, gegen gerechte und vorherige Entschädigung, für das öffentliche Wohl einteignen zu lassen, die Militärpflicht, die Steuerpflicht. Fürs erste Mal in der neuen deutschen Verfassung werden die Grundpflichten in ein System der Einordnung des Einzelnen in das Ganze zusammengefaßt.

Es fehlt aber in diesem Netze von Pflichten eine Forderung, welche die belgische Verfassung seit 1894 aufgenommen hat: es ist die Wahlpflicht (Art. 48). Sie sollte ja die selbstverständliche Folge des Wahlrechtes sein. In griechischen städtischen Republiken der Vorzeit wurden sogar Bürger ausgewiesen, welche in den öffentlichen Angelegenheiten ihre Stimme nicht abgaben. Wenn jetzt die Auffassung durchdringt, daß die Bürger nicht nur Rechte, von denen sie willkürlich Gebrauch machen können oder nicht, sondern gegen das Gemeinwesen Pflichten haben, zu deren Erfüllung sie angehalten werden müssen, so scheint an erster Stelle die Pflicht auferlegt werden zu sollen, die Gesetzgebung und die Verwaltung des Staates nicht dem ersten besten oder dem Zufall zu überlassen. Demokratie heißt allgemeine Beteiligung, Mitarbeit an den Staatsgeschäften.

Das ganze System der neuen Verfassung legt diese Mitarbeit nicht in das Belieben des Einzelnen: es ist durchweg auf staatsbürgerlicher Erziehung, Bildung und Verantwortlichkeit aufgebaut. Nach Artikel 108 haben Männer und Frauen grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten. Nach Artikel 119 ist die Erziehung des Nachwuchses zur leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit oberste Pflicht und natürliches Recht der Eltern, über deren Betätigung die staatliche Gemeinschaft wacht. Erste Betätigung sollte wohl die Einschärfung der Pflicht sein, das Wohlergehen der Gesellschaft durch Teilnahme an den Wahlen zu sichern. Es ist die erste staatsbürgerliche Pflicht. Artikel 145 strebt ausdrücklich staatsbürgerliche Tüchtigkeit und sittliche Bildung auf deutsch-volkstümlicher Grundlage an! Auch muß Staatsbürgerkunde Lehrgegenstand in den Schulen sein.

Der Artikel 129 geht weiter: Jeder Deutsche hat nach Maßgabe der Gesetze die Pflicht zur Uebernahme ehrenamtlicher Tätigkeiten. Diese Tätigkeiten werden in Demokratien durch die Wahl aufgebürdet. Und die Wahltätigkeit selbst sollte nicht verpflichtend sein? Dem Artikel 130 zufolge sind alle Staatsbürger (auch die Frauen?) verpflichtet, nach Maßgabe der Gesetze persönliche Dienste für den Staat und die Gemeinde zu leisten. Der leichteste Frondienst wäre doch die Abgabe des Wahlzettels. Das ist auch, wenn mit Zeitverlust verbunden, eine der öffentlichen Lasten, zu welchen im allgemeinen nach Artikel 131 alle Staatsbürger ohne Unterschied im Verhältnis ihrer Mittel nach Maßgabe der Gesetze beitragen müssen. Warum die Ausnahme? Warum nicht auch Wahlpflicht?

Unter Umständen wird man selbst noch, trotz der Trennung von Kirche und Staat und entgegen der belgischen Praxis, erklären müssen, ob man eine religiöse Ueberzeugung hegt und welche. Das ist sogar eine öffentliche Stimmabgabe für eine Meinung. Der Artikel 133 sagt wohl: „Niemand ist verpflichtet, seine religiöse Ueberzeugung zu offenbaren". Er fügt aber unmittelbar hinzu: Die Behörden haben nur soweit das Recht, nach der Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft zu fragen, als davon Rechte und Pflichten abhängen oder eine gesetzlich angeordnete statistische Erhebung dies erfordert! Praktische Bedeutung hat dieser Grundsatz nach Artikel 143 für die Trennung der Kinder nach Bekenntnissen in den Volksschulen.

Die geheime Wahl von Abgeordneten und Stadträten schneidet doch wirklich weniger in die Freiheit und in die Rechte des Gewissens ein, als die Pflicht, ein öffentliches Glaubensbekenntnis abzulegen. Aber die gute Verwaltung des Staates hat für diesen vielleicht mehr Belang als eine statistische Feststellung der Zahl von Anhängern einer Konfession, oder nach der Meinung gewisser weniger religiöser Menschen die Gewährleistung der Beziehungen dieser Anhänger mit ihrer Kirche. Religiöse Pflichten werden sogar durch Artikel 137 für die Angehörigen der Wehrmacht vorgesehen und die nötige freie Zeit zu deren Erfüllung gewährleistet.

Sehr schön sagt weiter Artikel 150: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich Dienst sein für das gemeine Beste." Und das Wahlrecht sollte nicht auch die Bedeutung eines Dienstes für die Gesamtheit haben? Wie das Eigentumsrecht soll es auch verpflichten. Man lese doch Artikel 152, Absatz 3: Die Bearbeitung und Ausnutzung des Bodens ist eine Pflicht des Grundbesitzers gegenüber der Gemeinschaft. Kein Recht sollte brach gelassen werden.

Im Wirtschaftsleben ist durch Artikel 148 gesetzlicher Zwang nur zulässig zur Verwirklichung bedrohter Rechte oder im Dienst überragender Forderungen des Gemeinwohls. Eben das Wahlrecht wurde oft auch bedroht, weil Terrorismus „verdächtige" oder „schlechte" Wähler von der Urne fernhalten wollte. Die gesetzliche Wahlpflicht würde solche Machenschaften vereiteln. Sie sollte jede Bedrohung oder Beschränkung der Willensäußerung durch Staatsschutz beseitigen. Hier sollte das Gesetz das befreien, was durch die „Freiheit" unterdrückt werden kann.

Endlich erklärt Artikel 160: „Jeder Deutsche hat unbeschadet seiner persönlichen Freiheit die sittliche Pflicht, seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert." Die persönliche Freiheit wird nicht angetastet, wenn jeder frei bleibt, nach seiner inneren Ueberzeugung seinen Zettel abzugeben; man kann selbst weiß wählen, und das ist nicht zwecklos: der Fall wurde oft durch Parteisekretäre als eine Warnung an jede Partei bezeichnet.

Alle und jede dieser Bestimmungen haben wohl den Zweck, dem Deutschen einzuschärfen, daß ihre Rechte und Freiheiten ihnen nicht geschenkt werden, ohne daß sie zur Uebung bürgerlicher Pflichten verbunden sind. Auch sieht das belgische Wahlgesetz vor, in Ausführung des Artikels 48 der belgischen Verfassung, daß diejenigen, welche wiederholt von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch machen, davon ausgeschlossen werden können, auf Zeit wenigstens, wie die Schufte durch richterliche Urteile wegen entehrender Vergehen. Eine vereinzelte Vernachlässigung der Wahlpflicht hat in Belgien nur die Folge, daß der betreffende Wähler sich vor dem Amtsrichter verantworten muß. Er bekommt wohl dann nur höchstens einen Franc Geldbuße, verliert aber einen halben Tag, und geht lieber zur Wahl. Selbstverständlich werden auf ärztliches Zeugnis die Kranken entschuldigt. Tatsächlich fehlt fast Niemand. Die Wahlpflicht hat in Belgien keinen Widerstand und keine Schwierigkeiten verursacht. Niemand versuchte nach der ersten Anwendung, sie jemals zu beseitigen. Sie hat nicht nur den Vorteil, die erzwungene Wahlenthaltung zu verhüten, sie veranlaßt auch die Behörden zu den Maßnahmen, welche geeignet sind, jede Gewalt von den Wahllokalen fernzuhalten.

Darüber hinaus hat die Wahlpflicht auch zur Folge, daß eine große Anzahl unabhängiger, gemäßigter, ruhiger Bürger, welche keine Werkzeuge der Parteien sind, auf keine eingeschworen sind, ihre Gleichgültigkeit oder Vereinsamung überwinden müssen. Sie werden selten für gewaltsame oder übertreibende Gruppen ihre Stimme abgeben. Die Wahlpflicht hat dadurch eine unbestreitbare Bedeutung. Die Partei der „Parteilosen" oder „Nicht-Wähler", über welche man nach den Reichstagswahlen vom Januar 1907 so schöne Lobreden gehört hat, kann eben jetzt dank der Verhältniswahl in jedem Falle ihre Anschauungen oder sogar ihre Unparteilichkeit zur Geltung bringen. Parteilose, „Unabhängige", das heißt nicht gebundene oder gemäßigte, unpolitische Kandidaten, z. B. Vertreter von Interessengruppen, sind bei Verbindung der Wahlpflicht und der Verhältniswahl keine Seltenheit und dazu berufen, die eigentlichen politischen Kämpfe zu mildern und die Instinkte der Parteien durch Rücksicht auf das Wohlsein und die Wohlfahrt aller Stände zur Besinnung und Mäßigung zu veranlassen.

Schon Goethe sagte:

„Wo Parteien entstehn, hält jeder sich hüben und drüben;
Viele Jahre vergehn, eh sie die Mitte vereint."

Und ironisch:

„Jene machen Partei: welch unerlaubtes Beginnen!
Aber unsere Partei, freilich, versteht sich von selbst."

Ein so vornehm denkender Herr wie Fr. Naumann hatte wohl dieses Distichon vergessen, als er das Wort von der „Selbstverständlichkeit des Liberalismus" prägte.

In jedem Falle haben die Parteien und auch alle diejenigen, welche sich unparteiisch für verpflichtet halten, für das gemeine Beste zu arbeiten, Anspruch darauf, zu fordern, daß auch die

Wahlfaulen sich der kleinen Mühe unterziehen, ihren Stimmzettel in die Wagschale zu werfen und ihren wahrscheinlich mäßigenden Einfluß gelten zu lassen. Man wird es kaum verstehen, daß eine Verfassung so nachdrücklich die Grundpflichten der Staatsangehörigen und ihre staatsbürgerliche Erziehung aufzwingt, und dabei von ihnen die Erfüllung der elementarsten Konsequenz, der Teilnahme an den periodischen Wahlen, nicht zur Pflicht auferlegt. Lex imperfecta! Die deutschen Wahlen dieses Jahres beweisen, daß zehn Millionen Wahlberechtigte sich enthalten haben. Die Wahlmüdigkeit scheint sogar im Wachsen begriffen zu sein. Furcht vor dem Terrorismus, oder Schlafmützigkeit, oder auch Verzweiflungsgefühl der Kleinmütigen, welche meinen, daß doch nichts zu machen sei; das sind aber Erscheinungen, welchen in einem demokratischen Staatswesen entgegengetreten werden muß. Die Wahlen sollen ein wahres Bild der Volksgesinnung sein; diese Gesinnung darf aber nicht durch Selbstmordgedanken, durch Gleichgültigkeit oder durch „die besten Elemente" beherrscht werden, welche ein Edel-Anarchist im Zuchthause finden will: nach den ärgsten persönlichen Enttäuschungen will er von dieser vorgefaßten Meinung noch nicht absehen. Alle Gegner der Wahlpflicht stehen ihnen doch hoffentlich nicht nahe. Auch werden sie nicht alle die Abneigung gegen die „Wahlzetteldemokratie" in demselben Sinne wie solche Menschheitsblüten treiben wollen. Und wenn die Wahlpflicht nicht in die Verfassung kommt, vielleicht bringt sie bei andauernder Wahlflauheit ein Wahlgesetz, nötigenfalls mit Hilfe eines Volksantrages ein.

Weltrundschau.

Von Fritz Niemkemper, Berlin.

Programme und Enthüllungen.

Die Antritts-Erklärung der aufgefrischten Regierung, die sich durch verschiedene Hemmnisse verzögert hatte, konnte am 23. Juli endlich erfolgen. Daran schloß sich eine gründliche Aussprache mit einer doppelten Garnitur von Parteirednern. Da ein Programm zur Verhandlung stand, hätte eigentlich nur de rebus gerendis gesprochen werden sollen; aber bald drängte sich der Streit de rebus gestis in den Vordergrund. Die schönsten Pläne der Regierung erregten weniger Interesse, als die Enthüllungen aus den verflossenen Schicksalsjahren.

Die Regierung trug wahrlich keine Schuld an dem Umschlag in die retrospektive Kritik. Ihr Aktionsprogramm war mit großem Fleiß und viel Umsicht ausgearbeitet, vielleicht zu ausführlich geworden. Im Grunde genommen brauchte sie keinen umfassenden Arbeitsplan im einzelnen zu entwickeln; denn es hatte kein Systemwechsel stattgefunden, sondern es waren nur einige Minister ausgewechselt worden wegen der Meinungsverschiedenheit über die Unterzeichnung oder Nichtunterzeichnung des grausamen Friedensvertrages. Nachdem in diesem Punkte ein fait accompli geschaffen worden, kann der alte Kurs wieder weitergeführt werden. Daß sich bei dieser Gelegenheit die demokratische Partei abseits gestellt hat, macht keinen wesentlichen Unterschied.

Trotzdem waren die umfassenden Erklärungen des neuen Ministerpräsidenten und des neuen Außenministers zeitgemäß und nützlich. Denn es war ein echtes und rechtes Friedensprogramm, das sie entwickelten, sowohl nach außen, wie nach innen hin, um einerseits Vertrauen zu erwecken bei den anderen Völkern und anderseits den Sinn für Ordnung und Fleiß bei den Volksgenossen zu beleben. Ein warmes Bekenntnis zum Völkerbund für die hohe Politik und zum Arbeitsbunde für die innere Politik. Die Parallele wurde noch weitergezogen in der Ausführung, daß der Völkerbund gekrönt werden müsse durch die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit nach gerechten Normen und daß ebenso der wirtschaftliche Friede, namentlich die Verhütung von wilden und frivolen Streiks durch die gesetzliche Macht von Schiedsrichtern zu schützen sei.

Was die Regierung und die Gesetzgebung zur Eindämmung der Streiks tun wollen, bedarf freilich der größten Eile; denn das Streikfieber tobt immer noch in beängstigender Weise weiter. Der sogenannte Weltstreik vom 21. Juli wurde in dem nicht eingeladenen Deutschland stärker „gefeiert", als in den einladenden Ländern. Kaum waren wir aus dieser Blamage heraus, da setzten neue Streiks ein in der Berliner Metallindustrie, bei den Telegraphenarbeitern und bei den Elektrizitätsarbeitern in Oberschlesien, die durch die Stillegung von großen Zentralen das ganze Land der Beleuchtung und der Triebkraft berauben. Immer große Unruhe und schwere Schäden aus verhältnismäßig kleinen Streitfragen, weil Hetzer und Putscher die Leute antreiben, nicht erst den Weg der Verständigung zu betreten, sondern sofort die Arbeit hinzuwerfen. Es muß sich erzwingen lassen, daß Streiks oder Aussperrungen erst nach einem prompten und unparteiischen Schiedsverfahren erfolgen; sonst kommen wir aus den ewigen Arbeits- und Ruhestörungen nicht heraus.

Die andauernde Verwirrung im Lande macht es vollends klar, daß es die Pflicht jedes einsichtigen Bürgers ist, diejenige Regierung zu unterstützen, die zurzeit allein möglich ist. Daher hatte es der Zentrumsredner Dr. Brauns leicht, die Haltnng des Zentrums zu verteidigen, das sich der sozialdemokratischen Mehrheitspartei in der Geschäftsführung anschließen mußte, um Deutschland vor der Anarchie zu bewahren. Jeder Teil bewahrt seine Grundsätze, seine Ideale, seine Weltanschauung; aber sie arbeiten gemeinsam in den Maßnahmen, die zur Rettung des Vaterlandes aus seiner furchtbaren Not erforderlich sind. Daher das praktische Regierungsprogramm, das im wesentlichen die Zustimmung des Zentrums finden konnte.

Wir müssen vorwärts blicken, hieß es mit Recht von der Regierungsbank. Wenn es doch zu Rückblicken und Enthüllungen kam, so lag das an den konzentrischen Angriffen gegen Erzberger, den jetzigen Finanzminister. Der konservative Abg. v. Gräfe trug die Erzbergerhetze in die Nationalversammlung, und das führte zu den sensationellen Enthüllungen. Erzberger beschränkte sich nicht auf die Verteidigung, sondern ging zu dem mit seiner bekannten wirkungsvollen Rhetorik unter stürmischer Erregung des Hauses vorgetragenen schweren Vorwurf über, daß die verantwortlichen Stellen eine Ende August 1917 durch den Papst vermittelte Friedensmöglichkeit fahrlässig versäumt hätten.

Die Ablehnung der päpstlichen Vermittlung.

Bekanntlich erging bald nach Annahme der Friedensresolution im deutschen Reichstag ein Rundschreiben des hl. Stuhles an die kriegführenden Mächte, das ein Programm des Verständigungsfriedens zur Erwägung gab. Der Ausschuß des Reichstags veranlaßte den damaligen Reichskanzler Michaelis, die päpstliche Anregung zustimmend und dankbar zu beantworten unter Hinweis auf die gleichgestimmte Resolution. Das war bekannt. Aber jetzt erfahren wir, daß der Kardinalstaatssekretär noch in demselben Monat (30. August 1917) durch den Münchner Nuntius Pacelli eine besondere Mitteilung und Anfrage an die deutsche Regierung gerichtet hat. England hatte unter Zustimmung von Frankreich durch ein Telegramm an den Vatikan die Friedensfrage angeschnitten, und der Kardinalstaatssekretär ersuchte behufs Fortführung der Friedensunterhandlungen um eine bestimmte Erklärung der kaiserlichen Regierung wegen ihrer Absichten in Bezug auf Belgien.

Das war ein überraschender Friedensfühler, der uns um so mehr willkommen sein mußte, als seit April desselben Jahres eine bedenkliche Schwäche unserer militärischen und politischen Lage festgestellt war. Graf Czernin, der österreichische Außenminister, hatte nämlich an den Kaiser Karl eine Immediateingabe gerichtet, die mit voller Klarheit die Erschöpfung der Widerstandskraft der habsburgischen Monarchie darlegte und zur Vermeidung des Zusammenbruchs die Anbahnung des Friedens forderte. Diese Denkschrift war auch der deutschen Regierung mitgeteilt worden. Im April hatte der Kanzler Bethmann Hollweg daraus keine Folgerungen gezogen. Als nun aber im September die Schwäche des U-bootkrieges deutlicher zutage getreten war, der Reichstag zu einlenkender Friedensresolution sich hatte entschließen müssen und die von Oesterreich gefürchtete Winterkampagne vor der Tür stand, da war offenbar der englisch-französische Friedensfühler freudig zu begrüßen.

Was geschah? Dr. Michaelis, der Nachfolger Bethmann Hollwegs, ließ sich 3 Wochen Zeit und gab dann auf die päpstliche Anfrage eine ausweichende, ablehnende Antwort unter sehr weitschweifigen Ausreden, so daß der Nuntius und der Kardinalstaatssekretär den Faden fallen lassen mußten.

Auf diese Enthüllungen Erzbergers hat nun Herr Dr. Michaelis in der Presse eine Erklärung erlassen. Er hat einen Kronrat erbeten und teilt auch dessen Entschließung zur belgischen Frage mit

Letztere war ziemlich unbestimmt. Es wurde zwar auf die Eroberung der flandrischen Küste verzichtet, aber als Ersatz ein „enger wirtschaftlicher Anschluß Belgiens an Deutschland" gefordert, wobei sich viel oder auch wenig denken läßt. Immerhin hätte man auch mit einem solchen Angebot die Sache im Fluß halten können. Aber nicht einmal dieser vorsichtige Beschluß wurde dem päpstlichen Vermittler mitgeteilt. Damit war die von England ausgestreckte Hand zurückgewiesen.

Dr. Michaelis sagt nun, er habe sich ausweichend verhalten aus Furcht vor Indiskretionen, die er besonders von dem mit dem Nuntius befreundeten Abg. Erzberger befürchtet habe. Dem steht aber gegenüber, daß die Antwort, die er dem Nuntius zu geben hatte, ja unseren Feinden mitgeteilt werden sollte. Sie mußte also von vornherein auf die Oeffentlichkeit berechnet sein.

Auffallend ist, daß Michaelis und seine Amtsgehilfen die Note des Nuntius und das beigelegte englische Telegramm den Mitgliedern des Kronrates, wie es scheint, vorenthielten und ihnen nur unbestimmte Andeutungen machten. General Ludendorff, der als Vertreter der Obersten Heeresleitung an dem Kronrat teilnahm, versichert nämlich, daß er diese Aktenstücke nicht gekannt habe.

Nach den weiteren Enthüllungen des Reichsministers des Aeußeren Hermann Müller in Weimar ist das Schreiben des Nuntius Pacelli erst am 5. September 1917 in Berlin eingetroffen, also an einem Tage, da bereits ein anderer Schritt, nämlich die Vermittlung durch einen spanischen Diplomaten eingeleitet war. Der Minister gab den Wortlaut des englischen Telegramms bekannt, aus dem zu ersehen ist, daß die Gegner auch damals Wiederherstellung, Schadenersatz und Garantien als unabänderliche Grundbedingungen für eine Verhandlungsbasis bezeichneten. Aus einem vom Reichsministerpräsident Bauer bekanntgegebenen Briefwechsel Michaelis mit Hindenburg vom 12./15. September 1917 geht hervor, daß beide damals eine längere Okkupation Belgiens, sowie eine fast endgültige Inbesitznahme Lüttichs nebst einem Sicherungsgelände, ferner Nutzung der Rohstoffe in den besiegten Gebieten, Vorzugsplatz im Hafen von Antwerpen usw. als maßvolle Kriegsziele gegenüber Belgien ansahen.

Graf Czernin, der in einem Telegramm aus Grundsee vom 27. Juli ausführt, Erzberger habe den Immendiatbericht vom April 17 bona fide und in der begründeten Ueberzeugung verwendet, daß er im Sinne seiner Auftraggeber handle, betont, daß die Rede Erzbergers kein erschöpfendes Bild gebe und ungemein wichtige Vorgänge unerwähnt lasse. Mit einer abschließenden Beurteilung wird man daher tunlichst bis zum Erscheinen des über diese Vorgänge angekündigten Weißbuches der Reichsregierung zurückhalten.

Die nächste Zukunft der Länder am Rhein.[1]

Von Studienrat Kuckhoff, Köln.

Der Friedensvertrag nimmt den Ländern am Rhein mindestens für 15 Jahre die politische und wirtschaftliche Freiheit. Da außerdem die deutsche Regierung erklärt hat, daß der Friedensvertrag für uns unausführbar sei und anderseits das westliche besetzte Gebiet der Entente als Pfand für die restlose Erfüllung der Bedingungen gilt, so ist es wahrscheinlich, daß die Zeit der Besetzung noch länger dauert. Der mit dem Friedensvertrag gleichzeitig unterschriebene Vertrag über das Rheinland stellt aber nicht nur eine Regelung des Verhältnisses der besetzenden Mächte zur Bevölkerung und Verwaltung der besetzten Gebiete dar, sondern er ist in seinen Einzelheiten auch ein Mittel, die Loslösung des Rheingebietes von Deutschland zu betreiben. Es wird die Aufgabe aller deutschen Männer am Rhein sein, demgegenüber das Deutschtum ihrer Heimat zu verteidigen. Dieses Ziel zu erreichen, sind die Rheinländer im wesentlichen auf sich selbst angewiesen. Preußen mit Berlin wird uns nicht helfen können. Seine Proteste bedeuten für die Entente weiter nichts als Papierfetzen, die in den Papierkorb wandern. Preußen wird seitens der Besatzungsbehörden durch den angenommenen Vertrag überhaupt ausgeschaltet. Es wird ausdrücklich erklärt, daß man nur mit den deutschen Behörden verhandeln werde. Das muß in der Praxis Preußen in die größte Verlegenheit bringen und zwingt es, auf seine Souveränitätsrechte in Verwaltung und Gerichtsbarkeit zunächst einmal zu gunsten Deutschlands zu verzichten. Das besetzte Gebiet wird zu einem Reichsland mit preußischem Beamtentum. Jedoch ist die Verwaltung und Gerichtsbarkeit auch in diesem Umfange keineswegs frei, sondern sie muß auch zugunsten der Besatzung auf ihre Souveränität verzichten. Deren Verordnungen haben Gesetzeskraft, und die Möglichkeit Verordnungen im Interesse der Besatzungstruppen zu erlassen, ist sehr weit gesteckt. Jeder Ortskommandant kann den Belagerungszustand verhängen, wenn er das für notwendig erachtet. Auch die Gerichtsbarkeit ist Sache der Besatzung, soweit Konfliktsfälle mit den Besatzungstruppen und -Behörden in Frage kommen. Die Zahl der Besatzungstruppen ist unbeschränkt. Wichtiger aber ist, daß eine Durchbrechung des deutschen Zollsystems stattfindet, indem alle Waren, die an die Besatzung und Marketendereien adressiert sind, zollfrei eingeführt werden können. Nach dem Friedensvertrag haben die besetzenden Mächte die Machtvollkommenheit, die Zollgrenze mit der Grenze des besetzten Gebietes zusammenzulegen. Ob sie das tun werden, steht dahin. Aber eine andere Frage ist es ob sich nicht etwa Deutschland veranlaßt sehen wird, selbst diese Maßnahme zu ergreifen, um einen weitgehenden Schmuggel über das rheinische Gebiet zu verhindern. Auf alle Fälle wird das Rheingebiet dem wirtschaftlichen Einfluß des Westens unterworfen sein.

Angesichts dieses Vertrages hat man in der deutschen Presse davon gesprochen, daß die deutsche Regierung durch dessen Annahme Verrat am Rheinlande begangen habe. Ich will mir diesen Vorwurf nicht zu eigen machen, weil nicht einzusehen ist, wie man unter den gegebenen Verhältnissen dem Zwang hätte ausweichen können. Aber eine andere Frage ist es, ob man das Unheil nicht hätte hindern können. Im Friedensvertrage war die Form der Besetzung und der Verwaltung der besetzten Gebiete offen gelassen. Es gab ein Mittel, um das Schlimmste und Unerträgliche zu vermeiden. Das war der Weg über die Errichtung einer Rheinischen Republik. Was man Preußen niemals zubilligt, würde man den Rheinländern, wenn sie selbständig vorgehen könnten, viel eher geben.

Das Rheinland muß deutsch erhalten bleiben. Die Gefahr ist sehr groß, daß das nicht gelingen möchte gegenüber den übermächtigen Einflüssen von außen. Man macht sich draußen im Lande kein rechtes Bild von der Stimmung im Rheinlande. Gewiß ist richtig, daß die Sozialdemokratie aus parteipolitischen Gründen gegen den Plan einer Zersplitterung Preußens ist. Aber das gesamte Bürgertum und die Bauern, überhaupt alle, die nicht parteipolitisch verhetzt sind, sind treue Anhänger des Gedankens geblieben: Ein neues Deutschland kann nie durch Preußen, sondern nur durch seine Stämme gebildet werden. Nun kommt die Not der Besetzung, die Stellung unter Kuratel. Man sagt in der deutschen Presse die Republik des Herrn Dorten täglich tot, die Regierung tut so, als ob die Bewegung erledigt wäre. Unterdessen sagt man sich in Birkenfeld von Oldenburg los, und Herr Ulrich steuert auf eine mittelrheinische Republik hin. So muß man es nur machen: Das Volk am Rhein haltlos und führerlos — dann sinkt es der westlichen Kultur von selbst in die Arme. Demgegenüber rede man nicht von nationaler Gesinnung! Sie ist im Rheinlande vorhanden, sie ist aber eine deutsche und keine preußische. Wer uns aber tagtäglich am Rheine von neuem preisgibt, der soll nicht von den Rheinländern fordern, daß sie in einer Zwangsform, von der sie nichts wissen wollen, Bürger zweiter Klasse in Preußen bleiben sollen, während sie einsehen, daß sie sich für Deutschland retten können, wenn man sie nur aus dem preußischen Staatsverbande entläßt.

[1] Anmerkung der Redaktion: Die Nationalversammlung hat in der 2. Lesung der deutschen Verfassung bestimmt, daß Art. 18, welcher die Aenderung und Neubildung von Ländern innerhalb des Reiches durch Vereinigung oder Abtrennung näher regelt, erst zwei Jahre nach Verkündung der Reichsverfassung in Kraft treten solle. Man will damit übereilte Schritte verhüten und eine ruhige und gesunde Entwicklung gewährleisten. Angesichts der bevorstehenden 3. und endgültigen Lesung der Verfassung wollen wir nach dem Grundsatz audiatur et altera pars noch einmal einer Stimme aus jenen Kreisen Raum gewähren, welche den Pulsschlag des rheinischen Volkes zurzeit am eigenen Leibe verspüren, ohne uns mit den Ausführungen des Verfassers zu identifizieren. Wer sich übrigens für die einschlägigen Fragen näher interessiert, wird an einem soeben unter dem Titel „Rheinländer wachet auf" erschienenen „Mahn- und Werberuf rheinischer Vaterlandsfreunde zur Errichtung eines Rheinischen Deutschen Bundesstaates" (Verlag Friedr. Kratz u. Co., Cöln, Preis 90 Pfg.) nicht achtlos vorübergehen können. Die Schrift wurde als erste ihrer Art von der Besatzungsbehörde zugelassen. Die Beiträge sind von historisch und kulturpolitisch sachkundigen rheinischen Männern und Frauen verschiedener Parteirichtungen geschrieben und nicht nur von glühender Liebe zur rheinischen Heimat, sondern auch von begeisterter Anhänglichkeit an das deutsche Vaterland durchdrungen.

Die Errichtung einer Rheinischen Republik bedeutet für Frankreich einen wesentlichen Vorteil. Sie enthält in sich die Aufteilung Preußens, nach der französischen Mentalität die wesentlichste Garantie eines dauernden Friedens. Die Franzosen arbeiten bewußt und konsequent auf ihre Errichtung hin — — als Pufferstaat. Die deutschen Rheinländer wollen die Rheinische Republik als deutschen Bundesstaat. Damit würden die Franzosen sich abfinden müssen. Sie können am Rhein nicht gegen den Willen der Bevölkerung regieren. Aber gegen Preußen können und werden sie regieren. In Weimar hat man den Art. 18 der Verfassung durch einen Kompromiß so gefaßt, daß innerhalb einer Sperrfrist von zwei Jahren keine Volksabstimmung stattfinden soll. Damit ist nach unserer Meinung jedes Mittel genommen, die rheinische Bewegung im richtigen Fahrwasser zu erhalten. Wird dieses Kompromiß Gesetz, so ist zu befürchten, daß sich innerhalb der Sperrfrist gegen unseren Willen im besetzten Gebiet tatsächliche Verhältnisse herausbilden, welche unseren nationalen Zielen zuwiderlaufen. Möge man sich in Weimar bei der dritten Lesung des Verfassungsentwurfs der schweren außenpolitischen Tragweite der Frage bewußt sein und die Sperrfrist aus der endgiltigen Gestalt der Verfassung herauslassen.

Bayerische Finanznöte.

Von Rentamtsassessor Kraus, Bamberg.

Es ist kein Zufall, daß gerade jenes Land, von dem die politische Umwälzung in Deutschland ihren Ausgang genommen und in dem sich die Revolution am gründlichsten ausgetobt hat, unter den verheerenden Wirkungen der revolutionären Wirren auch auf dem Gebiete der staatlichen Finanzwirtschaft am meisten zu leiden hat. Das Schreckwort vom drohenden Staatsbankerott wurde in den letzten Monaten wohl auch nirgends häufiger ausgesprochen als gerade in Bayern. Es ging nun wie ein Aufatmen durch unser Volk, als jüngst Finanzminister Speck gründlichen Aufschluß gab über die Lage der bayerischen Staatsfinanzen.

Die Knappheit in der staatlichen Finanzwirtschaft datiert bei uns nicht erst aus der jüngsten Zeit; die Sorge um die Aufbringung der zur Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt nötigen Mittel beschäftigte die dazu berufenen Kreise schon seit mehr als einem Dutzend von Jahren. Die glücklichen Zeiten der Aera Riedel, der immer wieder in der Lage war, aus einem verborgenen Schubfach seines wenig klaren und übersichtlichen Staatshaushaltes die notwendigen Reservemillionen den Volksvertretern „auf den Tisch des Hauses" zu legen, gehören längst verschollenen Zeiten an. Das Gesetz von der wachsenden Staatstätigkeit hat eben auch in Bayern in einem wachsenden Staatsaufwand seine Wirkung geäußert.

Aber diese Knappheit im Staatshaushalt ist bei weitem nicht zu vergleichen mit der Finanznot, in der wir uns heute befinden. Allerdings noch nicht lange. Die Darlegungen des Finanzministers in der Abgeordnetenkammer haben das überraschende Resultat zutage gefördert, daß der bayerische Staatshaushalt bis zum Ausbruch der Revolution sich in geradezu glänzender Verfassung befand. Trotz des Krieges war es nämlich gelungen, den Staatshaushalt nicht nur im Gleichgewicht zu erhalten, sondern auch noch Ueberschüsse zu erzielen.

Während der Haushaltzeitraum 1914/15 mit einem Fehlbetrag von 47 Millionen Mark abschloß, ergab schon die folgende Finanzperiode 1916/17 im allgemeinen Staatshaushalt einen Ueberschuß von mehr als 60 Millionen Mark. Auch die Sonderhaushalte der Eisenbahn- und der Post- und Telegraphenverwaltung schlossen damals noch mit namhaften Ueberschüssen ab, so daß sich für die Jahre 1916 und 1917 ein Gesamtüberschuß von etwa 132 Millionen Mark ergab.

Auch das Jahr 1918 wird im allgemeinen Staatshaushalt noch mit einem größeren Ueberschuß abschließen. Das Erträgnis aus dem Malzaufschlag hat allerdings im Jahre 1918 wiederum einen größeren Einnahmeausfall ergeben, ebenso bleiben die Ueberweisungen des Reichs um mehr als 10 Millionen Mark hinter dem Voranschlag zurück. Auf der anderen Seite weisen aber die Einnahmen aus Forsten sowie aus den Erbschaftssteuern, Gebühren- und Stempelabgaben sehr erhebliche Ueberschüsse auf. Die hohen Holzpreise, dann der im Jahre 1918 wieder einsetzende Grundstückverkehr äußern auf die Staatseinnahmen bereits ihre günstige Wirkung. Auch bei den direkten Steuern hat sich im Jahre 1918 ein Ueberschuß ergeben.

Dagegen weisen die staatlichen Verkehrsbetriebe im Jahre 1918 sehr beträchtliche Einnahme-Ausfälle auf, die sich im Jahre 1919 zu beängstigender Höhe steigern werden. Der Sonderhaushalt der Eisenbahn schließt für 1918 mit einem Fehlbetrag von rund 75 Millionen Mark ab. Auch die Rechnungsergebnisse der Postverwaltung werden für 1918 noch einen größeren Fehlbetrag ergeben. Immerhin kann für den Gesamthaushalt für 1918 noch ein Ueberschuß von etwa 32½ Millionen Mark festgestellt werden.

Der jähe Absturz in unserer staatlichen Finanzwirtschaft setzt mit dem Ausbruche der Revolution ein. Die Liquidierung des Krieges und der Revolution vollzieht sich in erster Linie auch auf finanziellem Gebiet. Die Verschleuderung von Staatsgut und Staatsgeldern war eine unmittelbare Folge der Umwälzung. Nicht weniger bedeutsam und belastend für den Staatshaushalt sind die mittelbaren Wirkungen des politischen Umsturzes. Es ist uns nicht gelungen die Ueberführung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft in auch nur einigermaßen geordnete Bahnen zu lenken. Die Folge war die überhandnehmende Arbeitslosigkeit, die den Staat viele Millionen kostete und noch kostet. Für Erwerbslosenfürsorge, Notstandsarbeiten, für Beseitigung der Wohnungsnot, für die Erhöhung der Beamtengehälter und Arbeiterlöhne mußten gewaltige Summen bereitgestellt werden. Für die genannten Zwecke sind im außerordentlichen Staatshaushalt bereits 335 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, im ordentlichen Staatshaushalt für 1919 werden Mehrausgaben von mehr als 260 Millionen Mark anfallen, wovon bis jetzt 143½ Millionen Mark bewilligt sind. Auch die Verkehrsbetriebe, bei denen sich die Nachwirkungen des Krieges und die Folgen der Revolution am nachteiligsten geltend machen, werden mit Fehlbeträgen in noch nicht dagewesener Höhe zu rechnen haben; der ungedeckte Fehlbetrag bei der Eisenbahnverwaltung allein wird sich auf annähernd 400 Millionen Mark belaufen. Das Defizit im gesamten Staatshaushalt für 1918/19 ist auf mehr als eine halbe Milliarde Mark anzuschlagen.

Seit März 1919 reichen die laufenden Einnahmen zur Bestreitung der laufenden Ausgaben nicht mehr aus. Die schwebende Schuld beträgt nach den jüngsten Mitteilungen des Finanzministers bereits 324 Millionen Mark. Sie wird bis zum Schlusse des Jahres noch erheblich anwachsen. Es muß getrachtet werden, diese Schuld wenigstens zu einem erheblichen Teile durch Beschaffung von neuen Einnahmen und durch Aufnahme eines Staatsanlehens zur Deckung zu bringen.

Das Reformprogramm des Finanzministers Speck zielt auf eine Erhöhung der Einnahmen aus direkten Steuern durch Erhebung von Steuerzuschlägen ab. Andere Einnahmen können zurzeit nicht flüssig gemacht werden. Dem Landtag wurde in den letzten Tagen bereits eine diesbezügliche Vorlage eingebracht. Sie sieht die Erhebung von Zuschlägen in Höhe von 50 bis 300 Prozent der Normalsteuer bei der Einkommensteuer vor. Die sogenannten Ertragssteuern als Grund-, Haus-, Gewerbe- und Kapitalrentensteuer sollen gleichmäßig mit Zuschlägen von 100 Prozent belastet werden. Durch Gesetzesänderung soll die Möglichkeit geschaffen werden, daß die im Jahre 1919 neu eingeführte Vermögenssteuer sowohl mit Staatssteuerzuschlägen wie mit Gemeindeumlagen belastet werden kann. Die Zuschläge bei der Vermögenssteuer sollen nach dem Regierungsentwurf 10 bis 100 Prozent betragen.

Mit dieser Belastung ist wohl die äußerste Grenze dessen erreicht, was unter den gegebenen Verhältnissen noch ertragen werden kann. Die Gesamtbelastung mit Steuern und Umlagen wird eine derartige Höhe erreichen, daß dem Steuerzahler wohl kaum mehr zugemutet werden kann. Dabei ist zu bedenken, daß auch noch das Reich mit einem ganzen Bündel von neuen Steuern kommen wird, von denen besonders das Reichsnotopfer im Vordergrund des Interesses steht. Auch der Verkehr und der Konsum haben noch gewaltige neue Belastungen zu gewärtigen. Als letztes großes Reservoir stünden unserem Lande für den äußersten Notfall unsere Staatsforsten noch zur Verfügung.

Der Steuerzahler und jeder, der am Wiederaufbau unseres zusammengebrochenen Staatswesens ein Interesse hat, wird sich sagen müssen, daß gerade diese Steuern der beste Beweis dafür

sind, daß der Wiederaufbau bereits tatkräftig in Angriff genommen ist. Denn neben der moralischen Gesundung unseres Volkes ist uns zur Wiederaufrichtung nichts nötiger und dringlicher als die Beseitigung des Wirrwarrs auf finanziellem Gebiete, die Sanierung unserer zerrütteten Staatsfinanzen. In dieser Erkenntnis werden wohl alle Parteien des Landtags einig gehen. Den Beweis dafür werden sie demnächst bei der Abstimmung über die Steuervorlagen zu erbringen haben.

Die finanzielle Gesundung und Wiedererstarkung muß aus dem Lande selbst herauskommen. Wir sind hier vollständig auf die eigenen Kräfte angewiesen. Denn das Reich steht noch vor größeren Finanzschwierigkeiten als wir und schickt sich gerade an, die Hand nach unseren sichersten und zuverlässigsten Einnahmequellen auszustrecken. Das Reich will diesmal aber nicht Kostgänger bei den Einzelstaaten werden, sondern es will selbst die wichtigsten Einnahmequellen an sich ziehen und die Länder und Gemeinden alimentieren. Käme dazu noch die Uebernahme der Finanzverwaltung auf das Reich, dann wäre den Einzelstaaten das Rückgrat der Selbständigkeit gebrochen. Wer unser bayerisches Volk kennt, muß die Verwirklichung solcher Pläne für eine große Gefahr halten. Unser Volk würde auf die Dauer diesen Zustand nicht ertragen. Das Bestreben des bayerischen Finanzministers ist daher darauf gerichtet, die drohende Mediatisierung mit allen Mitteln hintanzuhalten. Möge ein Weg gefunden werden, der den Bedürfnissen des Reiches und der Einzelstaaten gerecht wird, aber nicht den Keim für künftige Gegensätze in sich trägt.

Der Rhein.

Ich sah dich einst, das frohe Kind der Berge,
Ihr Liebling du, in ihrer treuen Hut;
Sie freuten sich, die lebensmüden Greise,
An deiner Jugend keckem Uebermut.

Ich sah dein neckisch Spiel mit Moos und Steinen,
Du hüpftest jauchzend durch die grüne Flur;
Die Sonne lacht aus deinem blauen Auge,
Und heitres Leben folgte deiner Spur.

Und später nochmals bist du mir begegnet,
Ein schmucker Jüngling, voller Wanderlust;
Im Blütenkranze zogst du durch die Lande
Und dehntest froh die liederreiche Brust.

So locktest schelmisch du zu Spiel und Tanze
Und lachtest fröhlich mancher schlanken Maid, —
Doch weiter drängt des Lebens rasche Woge,
Nicht immer währt die kurze Jugendzeit.

Ich sah dich wieder auf des Lebens Höhe,
In stolzer Schönheit, edler Manneskraft.
Wer nennt der Werke ungezählte Fülle,
Von deinem nimmermüden Arm geschafft?

Des Winzers Freude wie des Schiffers Wonne
Wallst segenspendend du von Land zu Land; —
Warum doch blickt dein Auge heut so trübe?
Erscheint so grau dein schillernd Lichtgewand?

Wie bleich und müde deine Wogen gleiten!
Bedrückt des Tages Last dich allzusehr? —
Gedenk der Jugend, denk des frohen Wanderns,
Der Weg ist weit noch bis zum fernen Meer.

Gar Viele harren deiner mächt'gen Hilfe,
Dein Tagewerk, es ist noch nicht getan,
Viel reiche Lasten musst hinab du tragen,
Bevor du ruhst im weiten Ozean! —

— — — — — — — — — — — — — — — —

In Sonnengluten, in des Herbstes Stürmen
Oft dünkt auch uns des Tages Last zu schwer,
Versenk uns Herr, an un'res Lebensende
An Schätzen reich, in deiner Liebe Meer!

M. Benedicta v. Spiegel, O. S. B.

Aus Graf Hertlings Bibliothek und von einer „Graf Hertling-Stiftung zur Förderung der Görres-Gesellschaft."

Von Univ.-Prof. Geh. Rat Dr. Hermann v. Grauert, München.

(Fortsetzung.)

Mit der Hertling'schen Bibliothek hat die Görres-Gesellschaft selbstverständlich auch die Doktordissertation ihres Präsidenten erworben, die Abhandlung De Aristotelis Notione Unius, die er in Berlin bei der Feier der öffentlichen Promotion unter Trendelenburgs Vorsitz nebst sechs Thesen am 26. Juli 1864 öffentlich zu verteidigen sich bereit erklärte. Als eine besondere Reliquie ist auch das sauber und zierlich geschriebene Manuskript dieser philosophischen Erstlingsschrift in unser Eigentum übergegangen.

Da von Trendelenburg als dem gemeinsamen Lehrer von Franz Brentano und Georg von Hertling mehrfach die Rede gewesen, so möge ein kurzer Hinweis auf Trendelenburgs „Naturrecht Auf dem Grunde der Ethik" vergönnt sein, das im Jahre 1860 bei S. Hirzel in Leipzig erschienen ist. Dem zur Hertling-Bibliothek gehörigen Exemplar dieses Werkes ist ein eigenhändiger Brief Trendelenburgs vorgebunden, dessen Wortlaut einen immerhin schätzbaren Beitrag zur deutschen Gelehrtengeschichte bietet. Ich lasse ihn daher hier folgen:

Berlin, den 21. October 1860.

Vielleicht erlauben Sie mir, verehrter Mann, Ihnen beifolgend unter Kreuzcouvert einen Vortrag zu senden, in dem sich Leibnitzens Definition des crimen falsi findet. Mögen Sie aus dieser geringen Zusendung sehen, daß ich das Münchener Gespräch, das mich so erfreute, in gutem Gedächtniß habe. Ich durfte nicht hoffen, daß Männer, wie Sie und Rudorff[1], an meinem Versuch eines Naturrechts so freundlichen Anteil nehmen und ich werde Ihnen herzlich dankbar sein, wenn Sie ihn auf seinem Lebenswege freundlich begleiten oder fördern mögen. Bis jetzt ist mir kein eingehendes öffentliches Wort über ihn zu Gesicht gekommen. In Leipzig sah ich einen neuen Band Ihres Hutten. Leider sind mir diese schönen Studien fremder als sie sein sollten. Aber mit großem Vergnügen las ich seiner Zeit Ihre Anzeige von Strauß Hutten in den Grenzboten und ich verdanke ihr eine Orientierung, die mir sehr lieb war.

Sollten Sie O. Jahn sehen, so bitte ich ihn herzlich zu grüßen. Hoffentlich ist Dahlmann gestärkt zurückgekehrt. Haupt ist wohlauf und hat an unserem Feste Freude gehabt.

In aufrichtiger Hochachtung und Ergebenheit

A. Trendelenburg.

Der Adressat dieses Briefes ist natürlich nicht der damals 17jährige Georg von Hertling. Nach dem Inhalte des Briefes muß er an den bekannten Bonner Juristen Eduard Boecking gerichtet sein, den Herausgeber der Schriften des Ulrich von Hutten (5 Bände, Leipzig 1859—1862) und der Epistolae obscurorum virorum.

Tatsächlich liest man im 17. Jahrgange (1858) der von Gustav Freytag herausgegebenen Leipziger „Grenzboten" Bd. 1 S. 81—98 und 130—143 eine eingehende Besprechung des zweibändigen Werkes von David Friedrich Strauß „Ulrich von Hutten" (Leipzig, 1857 bei Brockhaus), welche die lakonische Unterschrift: „Bonn, November 1857 Böcking" trägt.[2])

Otto Jahn ist der berühmte Bonner Philologe und Archäologe, Dahlmann der gleichfalls berühmte Historiker und Politiker, der noch im gleichen Jahre 1860 am 5. Dezember zu Bonn verstarb; Moritz Haupt, der Philologe, wird natürlich als Berliner Professor am Berliner Universitätsjubiläum im Jahre 1860 nach 50jährigem Bestehen der Universität freudigen Anteil genommen haben. Offenbar hat Böcking in Bonn den Brief Trendelenburgs seinem Exemplar des Naturrechtes einheften lassen. Nach Böckings Tode aber (gestorben 3. Mai 1870) wird der Bonner Privatdozent Georg von Hertling den Band aus Böckings Bibliothek käuflich erworben haben.

Wie aber der scharfsinnige Berliner Aristoteles-Forscher Adolf Trendelenburg — er stammte aus Eutin, der ehe-

[1]) Adolf Friedrich Rudorff, Professor der Rechte an der Berliner Universität aus der Savigny'schen Schule, gestorben am 14. Februar 1873.

[2]) Gleichsam zur Revanche hat David Friedrich Strauß im 18. Jahrgange (1859) derselben „Grenzboten" Bd. 2 und 4 eine lange, wohlwollende und doch auch wieder kritische Würdigung der damals eben erschienenen beiden ersten Bände der Böcking'schen Hutten-Ausgabe veröffentlicht.

maligen Residenz der Fürstbischöfe von Lübeck — sich die Grundlagen der Rechtsordnung im Staate wie im Völkerrechte klar zu machen versucht hat, verdient gerade heute inmitten des wildbewegten Wogenganges im Völkerleben die sorgsamste Beachtung. Trendelenburg beschloß das Vorwort zu seinem Naturrechte am 10. April 1860, also ein Jahr nach dem italienischen Kriege von 1859, mit den Worten: „Möchte in einer Zeit, in welcher die Welthändel so laufen, daß man an die Wahrheit der alten Fabeln vom Wolf und Lamm und vom Reineke Fuchs leichter glauben lernt, als an ein Recht auf dem Grunde der Ethik, das vorliegende Buch dazu mitwirken können, jene Zuversicht zu den ewigen Gründen des Rechtes, welche das deutsche Volk schon öfters mit dem Blute seiner Söhne bezeugt hat, in festerer . . . Erkenntnis zu begründen." In den Paragraphen 171 bis 175 handelt Trendelenburg von Religion und Kirche, von Kirche und Staat, vom Rechte der Wissenschaft und vom Rechte der Kunst. Da liest man S. 344 die Sätze: „Der Puls des Lebens schlägt immer zwischen Furcht und Hoffnung. Der Christ bewegt sich in seinen Empfindungen zwischen dem memento mori und memento vivere. Die Kirche umfaßt beides, den stillen Freitag und den Ostermorgen." Scharf wird im weiterem Verlaufe der Darstellung (S. 349) die universale Natur der Religion betont und hervorgehoben, wie die wahre Kirche die Verheißung der Allgemeinheit habe. Wie dann der einzelne Staat mit der Religion und mit der Kirche sich abfindet, das gehört zu den großen Problemen der Menschheitsgeschichte. Gerade in unseren Tagen sind Trendelenburgs Worte S. 351 f. von aktueller Bedeutung: „Die Theorie von Trennung der Kirche und des Staates entsteht nur als Notbehelf in den Zeiten unweiser Konflikte, in den Zeiten der hartnäckigen Anmaßungen, sei es von Seiten der Kirche oder des Staates. Beide bedürfen einander. Die Kirche bedarf des Staates, damit ihr die äußeren Gesetze — der sittliche Nachdruck des Staates, der Arm der weltlichen Gerechtigkeit, die bürgerlichen Einrichtungen — den Boden bereiten und das Gebiet einer Wirksamkeit sichern. Der Staat bedarf umgekehrt der Kirche, um sich selbst und seine Genossen aus dem innersten Grunde des menschlichen Wesens zu beleben und sich vor dem Verderben zu bewahren, in das ihn sonst die ungehemmte Moral der Selbstliebe und des Wohlseins hineinzieht. Es ist dem Staate zum Heil, wenn die Kirche fortwährend daran arbeitet, die Menschen, die seine Glieder sind, aus dem Gefängnis augenblicklicher und selbstischer Stimmungen und Gedanken zu befreien und das harte selbstsüchtige Herz in Empfindungen des Ewigen zu schmelzen. Darum gibt der Staat, die Feste der Kirche in seiner äußeren Ordnung anerkennend, Gott die Ehre, überläßt der Kirche den wichtigen Anteil an Erziehung und Unterricht, ruft in der peinlichen Rechtspflege, wo es, wie z. B. im Gefängniswesen, gilt, auf die Gesinnung, den tiefsten Grund des Handelns, zu wirken, die Kirche herbei, stützt sich im Eid auf den von der Kirche gepflanzten und gepflegten Glauben und vereinigt sich im Eherecht mit der die Heiligkeit der Ehe fordernden und hütenden Kirche." In der Erziehung der Kinder begegnen sich nach Trendelenburg S. 477 Haus und Staat mit der Kirche.

Der letzte Abschnitt des Trendelenburgschen Naturrechtes trägt die Überschrift: „Völker und Staaten". Da wird in den Paragraphen 218 bis 235 vom Völkerrecht und in diesem Zusammenhange von dem Streben der Menschheit nach einer Gliederung der Völker gehandelt. Auch der Krieg als Zwang zur Anerkennung des Rechtes findet hier seine Stelle, ebenso das Recht der Neutralität und die Bedeutung des Friedensschlusses. Der letzte Paragraph ist dem Recht der sich gliedernden Menschheit und dem Glauben an einen ewigen Frieden gewidmet. Möglich sei es, so heißt es hier, daß nach Jahrhunderten oder Jahrtausenden eine philosophische Betrachtung, welche von dem Rechte der Einzelnen anhebe und durch die Familie und die Gemeinschaften im Staate zu einem Rechte der Völker fortschreite, mit dem Rechte der sich gliedernden Menschheit schließe. Bis jetzt liege diese prophetische Idee nur im Geiste des Philosophen und er schaue sie nur in der fernsten Perspektive der Geschichte. Die fortschreitende Weltgeschichte sei die fortschreitende Verwirklichung des Menschen in der Mannigfaltigkeit seiner Formen. Der Mensch trage das göttliche Ebenbild in sich und die Völker ergänzten einander. In diesem Sinne strebe die Menschheit zu einander und werde vielleicht einst Ein Individuum sein, dessen Glieder für das Eine Leben Aller ihre eigentümlichen Geschäfte verrichteten. Dann erst würde der Begriff des Staatensystems einen organischen Sinn haben. Erst in der Menschheit als einem solchen Individuum könnte der ewige Friede sein, erst dann bräche das goldene Zeitalter des Rechtes an, das Gegenteil des Krieges Aller gegen Alle im Anfange des Menschengeschlechtes. Der Prophet Jesaias verkünde II, 2 ff. eine letzte Zeit, da die Völker ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Spieße zu Sicheln machen würden. Aber sie komme erst dann, wenn der Berg, da des Herrn Haus ist, höher sein werde, denn alle Berge und Alle im Lichte des Herrn wandelten. Wenn aber die Völker der Natur verfallen, statt den sittlichen Geist zu behaupten und die Stimme des Rechtes zu hören, so würden sie sterben. So lange das Volk gesunde Schosse treibe, fühle es sein Recht vom Sittlichen beseelt und ahne in den geschriebenen Gesetzen die ungeschriebenen. Sein Glaube an sein gutes Recht verschmelze ihm mit der Zuversicht zu dem gerechten Gott; und sein Glaube trüge ihn nicht; denn das alte Wort habe ewige Bedeutung: „alle menschlichen Gesetze nähren sich von dem Einen göttlichen."

* * *

Auch aus Otto Jahn's Bücherei sind einige Bände in die Hertling-Bibliothek übergegangen. Ein schmales Bändchen von 75 Druckseiten bietet uns „Ueber den Sprachgebrauch des Aristoteles. Beobachtungen über die Praepositionen von Rudolf Eucken Dr. phil. Lehrer an der Gelehrtenschule zu Husum. Berlin, Weidmannsche Buchhandlung 1868". Der heute viel genannte und auch von uns bei der modernen Aristoteles-Kritik bereits erwähnte Philosoph in Jena widmet dieses Schriftchen „den hochverdienten Meistern Trendelenburg und Bonitz in dankbarer Verehrung." Hertling hat es eifrig studiert. Auf einem inliegenden Zettel hat er in zwölf Zeilen „Charakterische Ausdrücke der unächten Aristoteles-Schriften nach Eucken" notiert.

Dem Bändchen ist auf der Innenseite des Vorderdeckels ein reizendes Ex libris eingeklebt. Drei Kinder sind darauf beschäftigt, unter einem dicht mit Früchten behangenen niederen Laubendach die Früchte zu sammeln. Ein geflügelter nackter Knabe spannt die Saiten einer Violine. Vier Vögelein sitzen oben im Gezweig. Links liest man die Buchstaben O. J. Unter dem Ganzen stehen die Worte Inter Folia Fructus. Die wunderliebliche Zeichnung ist von keinem Geringeren entworfen als von Ludwig Richter für seinen Freund Otto Jahn. Durch den die Violine spannenden Knaben wird wird auf Otto Jahns musik-wissenschaftliche Schriften hingewiesen. Auch hier hat natürlich Otto Jahns Tod (9. Sept. 1869) dem jungen Bonner Privatdozenten und Aristoteles-Forscher willkommene Gelegenheit zu Büchererwerbungen geboten.

Wir könnten noch lange fortfahren in der Besprechung einzelner Schriften aus der Hertling-Bibliothek, zu welchen der Reichskanzler bei länger währendem Ruhestande gern gegriffen haben würde. Auf die Vertretung der Romantiker wie Friedrich von Schlegel, Hölty und Novalis möge besonders hingewiesen sein. Des letzteren „Hymnen an die Nacht" hatten wohl schon den jungen Hertling gefesselt. Im Jahre 1885, als ich eben in die Münchener Philosophische Fakultät als Ordinarius eingetreten war, sind sie von Roman Wörner in einer Münchener Doktor-Dissertation kritisch behandelt worden. Aber Wörner kannte noch nicht die handschriftliche Ueberlieferung, welche die rhythmische Form der Hymnen viel schärfer hervortreten läßt, als es in der von Ludwig Tieck und Friedrich Schlegel besorgten ersten Auflage (1802) der Novalis-Schriften (Berlin bei G. Reimer) der Fall ist. Freiherr von Hertling besaß die fünfte Auflage dieser Reimerschen Ausgabe (1837—1846), und hat die vollere Minorsche Ausgabe (bei Eugen Diederichs in Jena 1907) vielleicht nicht mehr zu Gesicht bekommen. In seiner Ausgabe las er an erster Stelle den Roman „Heinrich von Ofterdingen" mit den beiden Sonetten der Zueignung, das eine anhebend mit der Strophe:

„Du hast in mir den edlen Trieb erregt,
Tief ins Gemüt der weiten Welt zu schauen;
Mit deiner Hand ergriff mich ein Vertrauen,
Das sicher mich durch alle Stürme trägt."

Das andere verkündet:

In ewigen Verwandlungen begrüßt
Uns des Gesangs geheime Macht hienieden;
Dort segnet sie das Land als ew'ger Frieden,
Indeß sie hier als Jugend uns umfließt."

Schon als junger Mann konnte Georg von Hertling die Apotheose der Dichtkunst auf sich wirken lassen, indem er den

jungen Heinrich begleitete, der sich sehnte, die blaue Blume der Romantik zu erblicken.

Unter den kunstgeschichtlichen Werken seiner Bibliothek würde Graf Hertling bei längerem Leben wohl öfter auch Ernst Steinmanns Porträtdarstellungen des Michelangelo hervorgezogen haben (Leipzig 1913), daneben die gewaltigen Bände von Joseph Wilpert: Die römischen Mosaiken und Malereien der kirchlichen Bauten vom 4.—13. Jahrhundert, die im Jahre 1916 bei Herder in Freiburg erschienen sind und im ersten Band die handschriftliche Widmung Msgr. Wilperts tragen: Sr. Exzellenz Graf v. Hertling in herzlicher Verehrung und Dankbarkeit der Verfasser München den 3. Januar 1917. Unmittelbar daneben steht Wilperts früher erschienenes gleichfalls monumentales Werk über die Malereien der Katakomben. In der Bibliothek fehlt auch nicht das französische Prachtwerk von Georges Goyau, André Pératé und Paul Fabre, Le Vatican, Les Papes et la Civilisation Paris 1895. Besonderes Interesse hat unser Präsident aber zweifellos einem älteren französischen Illustrationswerk entgegengebracht, das aus dem Besitze seiner Tante Sophie Detmold, geb. von Gualta in seine Bibliothek gelangt ist. Ich meine das von dem Pariser Verleger L. Curmer im Jahre 1868 veröffentlichte und dem Papste Pius IX. gewidmete Werk: Oeuvre de Jehan Foucquet. Der dicke Band trägt die handschriftliche Widmung: „Meiner lieben Schwägerin Sophie Detmold zur freundlichen Erinnerung. Louis Brentano". Aus dem Inhalte treten uns in leuchtender Farbenpracht viele der wunderbaren Bilder entgegen, welche der berühmteste französische Maler des 15. Jahrhunderts Jean Fouquet aus Tours für den Livre d'Heures des französischen Finanzministers Maître Estienne Chevalier und für andere Kunstfreunde gemalt hat.

Kenner der Münchener Staatsbibliothek wissen Fouquet ganz besonders zu schätzen. Georg von Hertling aber hat wohl schon in seinen Jugendjahren Gelegenheit gehabt, in Frankfurt oder in Rödelheim bei seinem Onkel Louis Brentano die vierzig Fouquet-Blätter zu bewundern, welche Louis Brentano's Vater Georg am Anfange des 19. Jahrhunderts bei einem Basler Geschäftsmann um fünftausend Franken kaufen konnte. Im J. 1891 sind diese vierzig Fouquets aus dem Besitze der Familie Brentano in Rödelheim um den Preis von 250,000 Franken in den Besitz des Herzogs von Aumale nach Schloß Chantilly bei Paris überführt worden. Als der Reichskanzler Graf v. Hertling Ende August 1918 das große Hauptquartier in Spa verließ, um nach Berlin zurückzukehren, da hat er mit seinem Sohne, dem Rittmeister Grafen Karl v. Hertling, wie letzterer in seinen Erinnerungen berichtet, seiner hochbetagten Cousine Frau Marie von Stumpf-Brentano, der Erbin ihres Vaters Louis Brentano in Rödelheim bei Frankfurt, einen letzten Besuch abgestattet, bei welchem er sich der Kunstschätze des Brentano'schen Hauses und vieler genußreicher Stunden der Jugendjahre lebhaft erinnert haben wird.

In die Frühzeit der befreiten und nun im hellen Lichte des Tages großzügig arbeitenden christlichen Kunst in Rom konnte Graf Hertling durch sachkundige Darlegungen und plastisch wirkende Bilder sich einführen lassen, wenn er aus seiner Bibliothek die archäologische Studie hervorzog, welche Msgr. Anton de Waal i. J. 1900 in einem opulent ausgestatteten Folioband dem herrlichen Sarkophage des vor seinem Tode († 25. August 359) noch getauften Stadtpräfekten Junius Bassus gewidmet hat. Der mit biblischen Scenen kunstvoll geschmückte Marmorsarkophag war einst in der alten Petersbasilika bei der Confessio von St. Peter beigesetzt worden. Heute befindet er sich unter den Denkmälern der Grotte Vaticane. Msgr. de Waal aber hat den kostbaren Band mit den ergebensten Glückwünschen im Namen des Priester-Kollegiums vom Campo Santo zu Rom dem Freiherrn von Hertling „zur doppelten Jubelfeier" gewidmet. Welches Doppelfest dabei gemeint ist, vermag ich augenblicklich nicht zu sagen.

Zum 70. Geburtstage unseres Präsidenten (d. 31. August 1913) brachte das Römische Institut der Görres-Gesellschaft den von Professor Dr. Gottfried Buschbell bearbeiteten 10. Band des Concilium Tridentinum als Widmungsgabe dar, welcher den ersten Teil der für das Konzil in Betracht kommenden Briefe enthält. Der Band konnte freilich erst im Jahre 1916 abgeschlossen werden und trägt das Widmungs-Elogium

Illustrissimo Excellentissimo Domino Comiti
Domino Doctori Georgio de Hertling
Bavariae Regni Ministrorum Summo
Societatis Goerresianae ex quo condita est Praesidi
Aetate Septuagenario
Viribus et Virtute strenuo atque indefesso
Nomine Instituti per eandem Societatem
Ante hos 25 annos Romae erecti
Quaecunque bona fausta felicia precatus offert.

Von guten Beziehungen zwischen der deutschen und französischen Gelehrtenwelt legen die inhaltreichen zwölf Bände beredtes Zeugnis ab, welche Georges Goyau seit dem Jahre 1905 der Allemagne religieuse gewidmet und als wertvolles Geschenk dem damaligen Freiherrn von Hertling übersandt hat mit der eigenhändigen Widmung A Monsieur le Baron de Hertling Hommage de mon fidèle souvenir Goyau, ebenso die kleinere Publikation Le Pape Léon XIII Paris 1904 mit der Widmung: A Monsieur le Baron de Hertling Souvenir d'une rencontre Romaine G. Goyau.

Während des Weltkrieges, gelegentlich aber auch schon vorher sind freilich gegen Hertling aus Frankreich auch Angriffe gerichtet worden, die sich mit den Pflichten gerechter Unparteilichkeit nicht wohl vereinbaren lassen. Das von dem Comité Catholique de Propagande Française à l'Etranger Ende 1915 bei Bloud et Gay in Paris herausgegebene Sammelwerk L'Allemagne et les Alliés devant la Conscience chrétienne bietet dafür eine ganze Reihe von Belegstellen. Aus der von dem Philosophen Georges Fonsegrive herausgegebenen Halbmonatsschrift La Quinzaine habe ich bereits im Frühjahr 1900 Beispiele solcher gegen Herrn von Hertling gerichteter Angriffe in der Wissenschaftlichen Beilage zur Berliner Germania herausgehoben. Da berührt es immerhin noch wohltuend, in einer der zahllosen französischen Kriegsschriften des Grafen von Hertling Aufstieg zum Reichskanzleramte mit einer gewissen Mäßigung gewürdigt zu sehen. Ich habe hier des französischen Literarhistorikers Victor Giraud Schrift Le Miracle Français Trois ans aprés, Paris, Hachette et Cie. 1918 im Auge.

Die hier vereinigten Aufsätze sind zu verschiedenen Zeiten der Jahre 1916 und 1917 geschrieben worden. Durch besonders wilden Chauvinismus zeichnet sich das Kapitel aus, welches die Ueberschrift trägt: Le Pangermanisme et les conditions de la paix française und vom 10. Juli 1916 datiert ist. Hier ist Herr Giraud unzufrieden selbst mit dem von ihm sonst hochgerühmten Herrn André Chéradame und dessen Büchlein Le plan pangermanique démasqué, über das ich im Jahre 1916 den Grafen von Hertling informieren durfte, als er noch bayerischer Minister des Aeußern war. Die Zerstückelungspläne, welche Chéradame im Frühjahr 1916 in jenem Büchlein in bezug auf Oesterreich-Ungarn und das Deutsche Reich entwickelt hatte, gehen Herrn Giraud nicht weit genug. Sein Vorschlag lautet in diesem Zusammenhang S. 169 kurz und bündig: Au lieu des deux énormes Empires du centre, constituons, apres avoir réstitué aux nationalités voisines les territoires qui leur reviennent de droit, cinq États moyens: Prusse, Allemagne, Autriche, Bohême, Hongrie. Si l'Autriche, agrandie de la Silésie, la Bohême et la Hongrie veulent constituer entre elles une confédération pacifique, il n'y a pas, semble-t-il. de raison bien valable pour les en empêcher, et peut-être même la combinaison peut-elle présenter cartains avantages. Mais jamais aucun des Etats de cette confédération ne devra s'unir soit à l'Allemagne soit á la Prusse, fût-ce même par une simple, union douaniése," et, de même, jamais la Prusse ne devra, sous aucun prétexte se réunir à l' Allemagne. Hoch und teuer verwahrt sich Herr Giraud gegen den Vorwurf, Annexionsgelüste zu haben. Aber die französische Grenze muß nach ihm bis an den Rhein vorgeschoben werden. Frankreich müsse sich mit Belgien verständigen, um von dem selbstverständlich französischen Elsaß-Lothringen ganz abgesehen, die deutschen Rheinlande unter französisches Protektorat zu stellen. Aus dem Großherzogtum Baden aber müsse ein unabhängiger neutraler Staat gemacht werden, den Frankreich allmählich zähmen und zivilisieren könne.

Nun geht Herr Giraud zu einem neuen Kapitel über, das vom 1. Dez. 1917 datiert ist und die Ueberschrift trägt: Les Raisons de Guillaume II. Der Inhalt beschäftigt sich mit den Gründen, die den Kaiser dazu bestimmt haben können, Herrn v. Hertling auf den Reichskanzlerposten zu berufen. Die Frage hat für Giraud ein besonderes Interesse, denn 20 Jahre zuvor, i. J. 1897, war er selbst Professor an der Universität Freiburg i/Schweiz und nahm er teil an dem vierten Internationalen Kongreß katholischer Gelehrter i. Freiburg, zu dessen Präsidenten Freiherr v. Hertling gewählt wurde. Il présidait, so sagt Giraud, non sans distinction und habe unter anderem auch ein sehr schönes Schreiben des französischen Philosophen Léon Ollé-Laprune bekannt gegeben,

in welchem dieser warme Sympathie für Hertling ausdrückte. Die Ernennung des Grafen von Hertling zum Deutschen Reichskanzler könne, so meint Giraud, aus drei Erwägungen hervorgegangen sein. Sie ziele einmal auf das außerpreußische katholische Deutschland, dann auf Oesterreich und endlich und vornehmlich vielleicht auf das Papsttum. Nicht stark genug könne man es betonen: Graf Hertling sei persona gratissima im Vatikan. Mit Hilfe des Papstes hofften die Zentralmächte zu dem „gemäßigten" Frieden, zu dem „Frieden ohne Sieg" zu gelangen, welcher es Deutschland ermöglichen würde, in zehn Jahren sein böses Spiel von neuem zu beginnen. Deshalb gelte es für Frankreich die näheren oder entfernteren Folgen der Ernennung des Herrn von Hertling zur Reichskanzlerwürde zu durchkreuzen durch die Wiederanknüpfung der diplomatischen Beziehungen Frankreichs zum Vatikan. (Schluß folgt).

Die Bewährung des katholischen Volksteils bei den Nationalwahlen.

Von A. Ecker, Essen.

Am 19. Januar haben bekanntlich in Deutschland die Wahlen zur Nationalversammlung stattgefunden. Im ganzen Reich sah man ihrem Ausgang mit höchstem Interesse und äußerster Spannung entgegen, waren doch die Dinge, die vorausgegangen waren, so ungeheuerlicher Art, daß auch in den Wahlergebnissen tiefe Spuren erwartet wurden. Aeußere Umstände, die Interesse und Spannung erhöhten, waren die Aenderung des Wahlrechts, Herabsetzung des Wahlalters auf 20 Jahre und die Einbeziehung der Frauen in den Kreis der Wahlberechtigten.

Die Wahlergebnisse haben unzweifelhaft nach manchen Richtungen enttäuscht. So einerseits die sozialistischen Kreise, die sich eines größeren Erfolges sicher wähnten, anderseits die rechts gerichteten protestantischen Kreise, die mit einem nicht ganz so erheblichen Verlust ihrer Parteien rechneten. Das alles soll uns hier aber nicht beschäftigen. Wir wollen hier vielmehr die Frage aufwerfen, wie sich die Katholiken zu den Nationalwahlen gestellt und schließlich während derselben bewährt haben. Natürlich kann diese Frage nur bedingt aufgeworfen und nur bedingt beantwortet werden, weil die politische Vertretung der Katholiken in der Hauptsache in den Händen der christlichen Volkspartei lag, die eine rein katholische Partei nicht sein will. Trotzdem darf man aber wohl annehmen, daß der zu seiner Art haltende katholische Volksteil auf der ganzen Linie seine Stimme der christlichen Volkspartei gegeben hat und daß anderseits, weil die christliche Volkspartei trotz ihres interkonfessionellen Charakters als politische Vertretung der Katholiken angesehen wurde, nur vereinzelt Andersgläubige ihr die Stimme gegeben haben.

Verschiedene Abweichungen sind hierbei allerdings zu beachten. Im Hannoverschen ist die christliche Volkspartei gemeinsam mit den Welfen aufgetreten. In Bayern haben sich die Katholiken um das Banner der Bayerischen Volkspartei geschart. Im Regierungsbezirk Oppeln hat sich der katholische Volksteil in der Katholischen Volkspartei seine politische Vertretung geschaffen. In der Provinz Ostpreußen haben die der christlichen Volkspartei nahestehenden Kreise sich in der christlich-demokratischen Partei vereinigt. In Württemberg, Baden und Hessen führen die der christlichen Volkspartei nahestehenden politischen Kreise noch durchweg den alten Namen Zentrumspartei.

Insgesamt sind für vorstehende, dem katholischen Volksteil nahestehende Parteien, in der christlichen Volkspartei mehr oder weniger vereinigt, am 19. Januar 1919 5 980 216 Stimmen abgegeben worden, während für die Sozialdemokraten 13 826 338, für die Demokratische Partei 5 641 825, für die Deutsche Volkspartei 1 345 638 und für die Deutschnationale Partei 3 121 479 Stimmen zur Abgabe gelangten.

Gelegentlich der Reichstagswahl 1912 war die Stimmenabgabe folgende: Zentrum 1 977 957, Sozialdemokraten 4 139 704, Demokratische Parteien 1 556 815, Nationalliberale (= Deutsche Volkspartei) 1 662 670, Rechtsparteien (= Deutschnationale Volkspartei) 1 863 953 Stimmen.

Gegenüber dieser Stimmenabgabe betrug die Zahl der Wahlberechtigten (nur für 33 Kreise) im Jahre 1919 34 046 366, 1912 12 758 231. Die Zahl derjenigen, die ihr Wahlrecht ausgeübt haben im Jahre 1919 30 524 848, 1912 11 906 270. In Prozenten der in 1912 Gezählten betragen hiernach die Wahlberechtigten (für 33 Wahlkreise) 266.88, die Wähler überhaupt 261.46, die Wähler der christlichen Volkspartei 330.75, der Sozialdemokraten einschl. Unabhängige 333.99, der Demokraten 362.40, der Deutschen Volkspartei 80.93, der Deutschnationalen Partei 167.48.

Der katholische Volksteil steht hiernach — wenn wir ihn mit der Wählermasse der christlichen Volkspartei und der dieser verwandten und ja auch praktisch mit ihr handelnden Parteien identisch ansehen — an dritter Stelle. Die Wertung dieses Ergebnisses muß aber folgende 3 Tatsachen ins Auge fassen:

1. In das Lager der Demokraten sind sehr viele Nationalliberale (jetzige Deutsche Volkspartei) abgeschwenkt.

2. Aus dem Altersaufbau der katholischen Bevölkerung (nach der letzten Volkszählung standen im katholischen Volksteil 55.8, im Evangelischen dagegen 60.3 Prozent aller Personen in einem Alter von über 18 Jahren) ergibt sich, daß diese verhältnismäßig weniger Wahlberechtigte als der evangelische Volksteil hatte.

3. Die Ergebnisse enthalten für Hannover auch die welfischen Stimmen.

Wägen wir diese Tatsachen entsprechend ab, so kommen wir zu dem Ergebnis, daß der katholische Volksteil in nicht ganz so starker, aber doch ähnlicher Weise wie die Sozialdemokratie fortgeschritten ist, während die übrigen bürgerlichen Parteien einschließlich der nur einen Scheinerfolg aufweisenden demokratischen Partei im Hintertreffen geblieben sind. Eine solche Bewährung des katholischen Volksteils ist u. E. wesentlich darauf zurückzuführen, daß vor allem seine Führer, die Bischöfe, zur rechten Stunde ihre Mahnungen an die Gläubigen ergehen ließen. Mittelbar ist das Ergebnis ein statistischer Beweis dafür, daß der Entscheidungskampf zwischen den Elementen der Ordnung und jenen des Umsturzes letzten Endes ein solcher zwischen der politischen Vertretung des katholischen Volksteils und dem Umsturz ist.

Freilich haben gegenüber diesem Gesamtergebnis sich die Katholiken der verschiedenen Wahlkreise verschieden bewährt. Es betrugen so die Stimmen von 1919 in Prozenten der Stimme von 1912 in den Wahlkreisen 10. Oppeln 287.15, 15. Aurich, Osnabrück, Oldenburg 263.75, 17. R.-B. Münster, Minden 282.59, 18. Arnsberg 289.75, 19. Hessen-Nassau 414 54, 20. Cöln-Aachen 250.99, 21. Coblenz-Trier 250.79, 22. Düsseldorf 1—5 295.67, 23. Düsseldorf 6—12 238 65, 24. Oberbayern und Schwaben 220.49, 25. Niederbayern und Oberpfalz 205.01, 26. Ober-Mittel-Unterfranken 280.83, 31.—32. Württemberg 334.03, 33. Baden 295.15 Prozent. Zum Schuß wollen wir noch für alle Wahlkreise das Prozentverhältnis angeben der Stimmenzahl der für die christliche Volkspartei und die ihr nahestehenden Parteien abgegebenen Stimmen zu den in diesen Wahlkreisen nach der letzten Volkszählung überhaupt vorhandenen Katholiken.

Es wurden in Prozenten der nach der letzten Volkszählung gezählten Katholiken abgegeben an Stimmen in den Wahlkreisen 1. Ostpreußen 32.15, 2. Westpreußen 8.95, 3. Berlin 23.07, 4. Potsdam 1—9 18.90, 5. Potsdam 10 26.43, 6. Frankfurt 15.58, 7. Pommern 8.59, 8. Posen 23.65, 9. R.B. Breslau 24.93, 10. R.B. Oppeln 16.07, 11. R.B. Liegnitz 25.40, 12. R.B. Magdeburg-Anhalt 15.37, 13. R.B. Merseburg 13.59, 14. Schleswig-Holstein 14.92, 15. Aurich, Osnabrück, Oldenburg 42.05, 16. Hannover, Hildesheim, Lüneburg, Braunschweig 153.39, 17. Münster-Minden 39.90, 18. Arnsberg 30.46, 19. Hessen-Nassau 33.16, 20. Cöln-Aachen 34.95, 21. Coblenz-Trier 36.54, 22. Düsseldorf 1—5 31.12, 23. Düsseldorf 6—12 31.05, 24. Oberbayern, Schwaben 20.52, 25. Niederbayern, Oberpfalz 21.70, Ober-Mittel-Unterfranken 28.90, 27. Pfalz 29.90, 28. Sachsen 1—9 13.38, 29. Sachsen 10—14 7.04, 30. Sachsen 15—23 5.49, 31—32. Württemberg, Sigmaringen 37.56, 33. Baden 29.99, 34. Hessen 27.88, 36. thüring. Staaten 35.16, 37. Hamburg-Bremen Stade 13.70 Prozent.

Das vorstehende Bild wird naturgemäß von vielen örtlichen Verschiedenheiten und besonderen Umständen — z. B. in Westpreußen, Posen, Oppeln (Polenfrage) — beeinflußt. Eins aber scheint sicher hervorzutreten: daß auch hier die Diaspora in nicht mißzuverstehender Weise die Wirkungen der Atomisierung des katholischen Volksteils zeigt.

Zur Frage der Kinoreform.

Von Alfred Zimmermann, Iserlohn i./W.

Wohl kaum ein anderer Industriezweig hat in den letzten zwei Jahrzehnten einen gleich beispiellosen Aufschwung erfahren, wie die Filmerzeugung und damit im Zusammenhang das Kinowesen schlechthin. Kaum jemand ahnte vor etwa 20 Jahren, wenn er auf einem Jahrmarkte oder einer Kirmesfeier für wenige Groschen in einem primitiven Tuchzelt die mangelhafte, aber „schauerlich-schönen" Wildwest-Filme mit angehaltenem Atem verfolgte, daß dieser Erfindung ein so gewaltiger Aufschwung in der ganzen Welt beschieden sein würde. Heute zählen die Kinos innerhalb Deutschlands nach Zehntausenden. In den Großstädten errichteten geschäftstüchtige und kapitalkräftige Unternehmer wahre Prachtbauten, um sie Kinozwecken dienstbar zu machen. Die Provinzstädte blieben hinter ihren großen Schwestern nicht zurück, und sogar auf dem platten Lande dienen heute Säle oder notdürftig ausgestattete Scheunen und Remisen der Lichtspiel-„Kunst". Die Kapitalien, die in den Filmfabriken und Kinos allein in Deutschland investiert sind, zählen sicherlich nach Hunderten von Millionen. Optimisten erblickten einst im Film ein für die Volksbildung schier unbegrenztes Neuland, das nur der sorgsamen Pflege bedürfte, um es der wissenschaftlichen Aufklärung, Volksbildung und Erziehung dienstbar zu machen. Kritisch veranlagte Leute verhielten sich der neuerstandenen Industrie gegenüber zurückhaltender. Vielleicht ahnten sie, daß der ungeheure Goldstrom, der sich durch die Filmindustrie in Bewegung setzte, zum Unsegen des Volkes werden könnte. Und die Entwicklung hat den Letzteren recht gegeben. Das Kino hat nicht den hohen Weg genommen, den es von Rechts wegen hätte nehmen müssen, um jenen Aufgaben gerecht zu werden, die ihm das Prädikat einer Volksbildungs- und Kunststätte eingebracht hätte. Mit dem Aufschwung der modernen Filmerzeugung wuchs die Sorge jener Kreise, denen das Wohl und Wehe unseres Volkes, vornehmlich der heranwachsenden Jugend, am Herzen lag. Wohl hat eine weise Regierung durch Einführung der Filmzensur die schlimmsten Auswüchse zu verhüten vermocht, aber auch sie konnte nicht verhindern, daß die Filmhersteller in raffiniertester Weise die Maschen des Gesetzes durchschlüpften und viel Unmoral ins Volk hineinschleppten. Seitdem aber die Revolution das Alte gestürzt und mit vielem anderen auch die Filmzensur hinweggefegt hat, sind die ohnehin dürftigen Schranken gefallen, die die verderblichen Bestrebungen einer spekulativen, gewinnlüsternen Kapitalistengruppe bis dahin noch einigermaßen zügelten. Nun die Schranken gefallen sind, macht sich auch schon eine Zügellosigkeit in bezug auf Filmdarbietungen bemerkbar, die jeden Menschen, der noch Gewicht auf Moral, Sitte und Wohlanständigkeit legt, mit banger Sorge erfüllen müssen. So werden gerade in jüngster Zeit in allen „modernen" Kinos Filme gezeigt, die nur zu sehr das Zeichen unserer Tage an sich tragen und mit erschreckender Klarheit erkennen lassen, welch' unheilvollen Kurs man zu steuern sich anschickt. Unter dem Deckmantel der „Volksaufklärung" werden vor der breitesten Oeffentlichkeit, zu der hinwiederum jugendliche Personen beiderlei Geschlechts ein erkleckliches Kontingent stellen, Einzelszenen intimsten Charakters veranschaulicht, in einer Weise und Aufmachung, daß jedem anständigen Menschen die Schamröte ins Gesicht steigen muß. Ein Gefühl des Ekels wallt in einem auf, wenn man sieht, mit welchem Zynismus skrupellose Geldmenschen moralische Werte leichtfertig zerstören und unheilvolle Schäden am Volkskörper erzeugen, bloß um ihre Kassen und Geldschränke zu füllen. Wenn das die Freiheit ist, die uns die Revolution gebracht hat, dann gibt es gegenüber dieser „Errungenschaft" nur eine Losung, und das ist: **schärfste Kampfansage an die Zügellosigkeit der neuesten Filmproduktion!** Dieser Kampf wird nicht leicht sein und darf sich letzten Endes nicht schlechthin gegen das Kino als solches richten, da es, in richtige Bahnen geleitet, zweifellos auch viel Schönes und Edles zu bieten vermag, zumal dort, wo jegliche Gelegenheit zum Besuch eines richtigen Theaters fehlt. Es soll nicht verkannt werden, daß das Kino, vermöge seiner unbegrenzten Leistungsfähigkeit und technischen Vervollkommnung eine Stätte der Erholung, Belehrung und Aufklärung sein **kann**, wenn das **Publikum selbst** in wirksamer Weise an der sittlichen Hebung der Filme nach Kräften mitwirkt. Das ist der **einzige** gangbare und sicherste Weg, alles andere bleibt Stückwerk. Mit gesetzlichen Maßnahmen allein ist dem Kinoschund nicht beizukommen, es müssen andere wirksamere Mittel angewendet werden, und das ist die **passive Resistenz** des Publikums. Das Publikum selbst hat die schärfste Waffe in der Hand, **indem es solange jene Kinos**, die ihren Besuchern derartigen Schund vorzusetzen wagen, **meidet**, bis sie sich bequemen, nur sittlich einwandfreie Lichtbilder in ihr Programm einzustellen. Allerdings darf nicht verschwiegen werden, daß das Publikum in dieser Hinsicht bisher schwer gefehlt hat. Die Erfahrung hat gezeigt, daß der Besuch der Kinos eben dann am stärksten war, wenn die Filme ihren tiefsten sittlichen, besser gesagt unsittlichen Grad erreicht hatten. Es ist beschämend, diese Tatsache in aller Form feststellen zu müssen, aber nur durch Kennzeichnung des **Grundübels** kann das öffentliche Gewissen wachgerüttelt werden. Das Publikum muß sich auf sich selbst besinnen und erwägen, ob es noch weiter dazu beitragen will, die öffentliche Unmoral und Unsittlichkeit durch Beisteuerung seiner Mittel zu **fördern**. Fühlen erst die Kinos an ihren Kassen, daß es um ihren Bestand geht, dann wird die **Besserung** nicht ausbleiben und deshalb ergeht an alle Männer und Frauen, Jünglinge und Jungfrauen der dringendste Ruf: **Meidet jene Lichtbildtheater, die durch ihre Darbietungen an die niedrigsten Instinkte im Menschen appellieren**, die Ehebruch, laxe Moral, Unsittlichkeit und Verbrechertum im Film verherrlichen und die gesunden Anschauungen im Volke im höchsten Grade gefährden. **Den Bann über sie**, wenn sie in ihren ausgefahrenen Gleisen weiterfahren und einen Krebsschaden bilden wollen am Körper des deutschen Volkes, das ohnehin alle physischen und sittlichen Kräfte entfalten muß, will es nicht gänzlich zu Grunde gehen!

In diesem Zusammenhange sei auch der **Kinoanzeigen** in der Tagespresse gedacht. Auch diese Frage möge von den zuständigen Stellen mit dem erforderlichen Ernst und Verantwortungsgefühl erwogen werden. Die Bedenken, die einer **generellen** Ausscheidung der Kinoanzeigen aus dem Anzeigenteil entgegenstehen, sollen durchaus nicht verkannt werden, ebenso nicht die Schwierigkeit einer Entscheidung von Fall zu Fall, da die Zeitungen an Hand des Manuskriptes nicht ohne weiteres den sittlichen Wert oder Unwert eines Filmwerkes erkennen können. Nicht selten sind gerade solche Filme ganz harmloser Natur, die mit schwülstigen und sensationellen Redewendungen angepriesen werden. Eine generelle Ausscheidung kann auch schon deshalb nicht in Betracht kommen, weil dann auch jene Filmbühnen in Mitleidenschaft gezogen würden, die sich die Pflege einer **gediegenen** Filmdarbietung besonders angelegen sein lassen. Gerade die letztere Kategorie ist es aber, die der Förderung seitens der Presse am meisten bedarf und die in ihren edlen Bestrebungen die weitgehendste Unterstützung erfahren müßte. Jedenfalls ist es Sache der Zeitungen insgesamt, ob sie weiterhin **Anzeigen** solcher Kinos aufnehmen wollen, die systematisch und offensichtlich anstößige Filme zur Aufführung bringen. Ein **gemeinsames** Vorgehen der Zeitungen würde zweifellos von den besten Erfolgen begleitet sein und die Axt an die Wurzel anlegen, denn durch die **Sperrung des Anzeigenteils** würde das Kino in Kürze eine verödete Stätte sein und müßte seine Pforten für immer schließen. Alle Reformbestrebungen sind aber von vornherein zur Erfolglosigkeit verurteilt, wenn das Werk der Kinoreform auf einen Ort beschränkt bleibt. Ueber ganz Deutschland müßte sich eine **Liga zur Bekämpfung des Kinoschundes** erstrecken, in welcher alle Volkskreise, ganz gleich welcher Konfession, zum Kampfe gegen die unsittlichen Kinovorführungen aufgerufen werden. Diese Liga müßte sich auch die Aufgabe stellen, auf eine **Sozialisierung** der Filmindustrie hinzuwirken. Wenn je ein Unternehmen zur Sozialisierung reif ist, dann ist es die Filmindustrie. Und heute, da alle Welt nach Sozialisierung schreit, sollte die Regierung mit Nachdruck auf diesen Zweig großkapitalistischer Unternehmungen aufmerksam gemacht werden, der ohne große Mittel in den Staatsbesitz übergeleitet werden könnte. Dieses Sozialisierungsobjekt hätte den weiteren großen Vorzug, dem Staat **sofort** erhebliche Einnahmequellen zu erschließen, an denen es ihm ja so sehr gebricht. Durch den Uebergang in Staatsbesitz wäre man der Frage der Kinoreform ein gutes Stück nähergekommen, denn es ist anzunehmen, daß die Regierung mit aller Schärfe gegen die Volksvergiftung durch den Film einschreiten und dafür Sorge tragen würde, daß die Lichtbildbühnen zu dem gemacht werden, was sie sein sollen und sein können: zu Stätten wahrer Erholung und Unterhaltung, der Volksbildung, Volkserziehung und Volksveredelung.

Agonie der Kriegsgesellschaften.

Von Karl Hausmann.

In der bemerkenswerten Programmrede des Reichsministerpräsidenten Bauer ist nicht in letzter Linie bedeutungsvoll der darin zum Ausdruck gebrachte Entschluß, an den „Abbau der Reste der Kriegswirtschaft" zu gehen. Damit im Zusammenhang steht naturgemäß das möglichst rasche Verschwinden der trotz Kriegsschluß noch bestehenden **Kriegsgesellschaften**, welche ja bekanntlich, wie Pilze aus dem Boden schießend, in Berlin zentralisiert, fast restlos jedes Gewerbe umfassend, seither üppig vegetieren konnten. **Reichsfinanzminister Erzberger** hat sich die dankbare Aufgabe gesetzt, die Kriegsgesellschaften tunlichst rasch aufzulösen. Eine Anzahl derselben ist auch seither in Liquidation begriffen, andere stehen vor ihrer Auflösung. Die allbekannte Zentral-Einkaufs-Gesellschaft (Z. E. G.) hat ihre Tätigkeit als Einfuhrgesellschaft eingestellt und dient nur noch als Abrechnungsstelle. Für die Unterbringung der zahlreichen Angestellten dieser Gesellschaft ist dortselbst eine Personal-Ausgleichstelle errichtet.

Auch in nicht eingeweihten Kreisen ist genügend bekannt, wie sehr im breiten Publikum, also nicht nur bei den eingeengten und der freien Wirtschaft beraubten Interessenten, während der Kriegszeit und auch jetzt noch ernstliche Gegenströmungen hierwegen bestehen. Dies kam gleichfalls bei den Interpellationen über Planwirtschaft innerhalb der Weimarer Programmdebatten zur Sprache. Auf die vielfachen und zum Teil **sehr heftigen Vorwürfe** gegen die Kriegsgesellschaften, namentlich wegen der abnorm hohen Millionengewinne, werden die angegriffenen Gesellschaften sich noch rechtfertigen müssen. Dies schon deshalb, weil bekanntlich die Grundtendenz besteht, daß, soweit solche Organisationen mit Gewinn gearbeitet haben, dieser nach be-

endeter Liquidation dem Reiche zugeführt werden soll. Charakteristisch ist, daß Material zu solchen Attacken aus den verschiedensten Lagern vernehmbar wird. Der sächsische Abgeordnete Schneider hat in Weimar die Anfrage gestellt: „In der Zeitung Holzmarkt Nr. 22 vom 5 Juli und in Flugblättern wird behauptet, daß die Kriegsleder-A.-G. auf jeden Geschäftsanteil von 5000 M einen Reingewinn von 132000 M für das Jahr 1918 ausbezahlt habe, gleich einer Dividende von 2600%. Entsprechen diese Angaben der Wahrheit? Ist die Reichsregierung bereit, die Kriegsleder-A.-G. zu veranlassen, unverzüglich öffentliche Rechnung abzulegen?" Die Deutsche Lederaktiengesellschaft bezeichnet daraufhin in einer detaillierten Feststellung die angegriffene Gesellschaft als ein gemeinnütziges Unternehmen, das während der Kriegszeit unter Aufsicht des Kriegsministeriums stand, während jetzt das Reichswirtschaftsministerium dieses Amt ausübt. Die in genannter Anfrage gemachte Behauptung einer solchen abnorm hohen Gewinnausschüttung sei unrichtig, da die Aktionäre weder Zinsen, noch Dividenden, noch irgend welche Anteile am Reingewinn erhalten und ein etwaiger späterer Liquidationsüberschuß der Gesellschaft in die Reichskasse fließt. Stammanteile an dem Gewinn gebe es überhaupt nicht. Die Aktien befänden sich zu einem erheblichen Teil im Eigentum des Reiches. Mit dieser Erklärung ist der Kernpunkt noch unbeantwortet und bedarf dringend der Aufklärung, die Frage nämlich, in welcher Weise die Kriegsleder-A.-G. auf die Preisbildung während des Krieges eingewirkt hat, und welche Rolle dabei die Ueberschüsse der Gesellschaft spielen, gleich wer der Gewinnberechtigte ist. Der „Badische Beobachter" berichtet über die inzwischen erfolgte Auflösung der Kriegswollgesellschaft: Vorräte an Wolle im Werte von zirka 800 Millionen M sollen der Industrie nur tropfenweise zur Verarbeitung übergeben werden. Dabei ist ein großer Teil der Textilarbeiterschaft beschäftigungslos. In diesem sehr interessanten Artikel ist außerdem angeführt, daß zwölf andere Kriegsgesellschaften bis jetzt beim Reichsfinanzministerium Warenvorräte im Gesamtwert von $2^1/_2$ Milliarden M angemeldet haben. Dabei soll es sich vielfach um für unsere Industrie so notwendige Edelmetalle handeln. Die Hamburger Halbmonatsschrift „Die Hanse" berichtet in Nr. 14 über die Kriegsgesellschaft für das Tabakgewerbe „Deutsche Zentrale für Kriegslieferungen von Tabakfabrikaten." Dieses in Form einer stillen Gesellschaft das Tabakgewerbe seither vollkommen beherrschende Kriegsunternehmen hat einen Reingewinn von 44 Millionen Mark erzielt, welcher den Auslassungen in jenem Artikel zufolge zur Auszahlung an die bei dieser Gesellschaft 18 Beteiligten gelangen soll. Auch hier muß auf baldige Aufklärung gedrungen werden.

Von großer Bedeutung für die Gesamtwirtschaft bleibt ein gerechtes und sachgemäßes Ueberleiten der Kriegsgesellschaften in die Allgemeinheit, vor allem die raschestε Freigabe der darin investierten Rohstoffe, Halb- und Ganzfabrikate. Dem „Deutschen Konfektionär" zufolge soll ein Beschluß des Reichswirtschaftsamtes nach dieser Richtung hin unmittelbar zu erwarten sein und zunächst für die Textilwirtschaft den freien Verkehr bringen. Beschlagnahme oder Beschränkung des Erwerbs und der Verwertung von Rohbaumwolle, Wollgarnen und Wollwaren sind aufzuheben. Die Auflösung der Zwangswirtschaft für die Leder-, Schuh- und Gummiindustrie wurde in Weimar bereits beschlossen. Damit fallen auch alle Höchstpreisbestimmungen fort. Ferner ist die Absicht der behördlichen Bewirtschaftung und Kontingentierung für einzuführende Textilrohstoffe, soweit sie in der Wissel'schen Planwirtschaft vorgesehen waren, aufgegeben worden. Bemerkenswert hierbei ist ein Beschluß in der letzten Generalversammlung der Reichstextil-Aktiengesellschaft aus den Ueberschüssen 10 Millionen Mark für Vergütungen an die Kommunalverbände als Beitrag zu den Unkosten des Bezugscheinverfahrens zur Verfügung zu stellen, dies allerdings auf Veranlassung des Reiches zur Ablösung seiner Verpflichtung gegenüber den Kommunalverbänden. Die Preisgestaltung der einzuführenden Waren wird, darüber darf kein Zweifel bestehen, angesichts des schlechten Kursstandes unserer Valuta sich auf durchaus sehr hohem Niveau bewegen. Nach Berechnung des „Konfektionärs" wird beispielsweise der Preis für Baumwollimport das Zehnfache des Friedenspreises betragen.

Vom Büchertisch.

Walter Rummel: König und Kabinettschef. Franz Hanfstaengl, München. Nie noch ist mit solcher Lebendigkeit, mit solch diskreter Achtung vor dem Wert einfacher Tatsachen ein überzeugenderes Bild des unglücklichen Königs und seiner Regierungszeit entworfen worden. Mißtrauisch und schwärmerisch, von maßlosem Würdegefühl durchdrungen, für alles Schöne begeistert, das seiner eigenen Größe zur Folie dienen mag und kann, bald schroff und verletzend, bald überschwänglich in seinen Sympathieerweisungen, so tritt uns der Monarch aus diesen Zeilen entgegen, immer mehr umdüstert von der Krankheit, die seine Schönheit zerstört, seine Geistesgaben verdunkelt. Wer je an König Ludwigs II. Krankheit zweifeln konnte, der lese einen einzigen der vielen wiedergegebenen Lakaienbriefe, mit denen, vom Könige diktiert, der Kabinettschef sich in den wichtigsten Angelegenheiten abspeisen lassen mußte, und er wird seinen Zweifel für immer verlieren, genau wie jener, der von dem unüberwindlichen Widerstreben liest, die Minister selbst zu wichtigstem Vortrag zu empfangen, sich dem treuesten Volk zu zeigen, die Abneigung des Herrschers gegen all die Seinen, den maßlosen Hang zur Einsamkeit, die Unfähigkeit des königlichen Kranken, sich zu beherrschen aus diesem Büchlein kennen lernt. Nichts wird beschönigt und nichts dazugetan. Die vielen Briefe Ludwigs sprechen beredte Sprache. — Jeder Bayer sollte dies Buch gelesen haben, jeder auch, der sich menschlich für Ludwig II. erwärmt hat. Er würde erkennen, daß in Berg nicht etwa ein Mißverstandener zur Verzweiflung getrieben wurde, sondern ein hoffnungslos Kranker zur barmherzigen Ruhe kam. Für die Kenntnis dieses interessanten Abschnitts bayerischer Geschichte, der Regierung Ludwig II., wird Walter Rummels kleines Werk, das auf den Aufzeichnungen, Briefen und Erinnerungen seines Schwiegervaters, des Kabinettschefs von Ziegler, fußt, von jetzt ab unerläßlich sein. M. A. v. Godin.

Univ.-Prof. Dr. **Heinrich Schrörs: Katholische Staatsauffassung.** Kirche und Staat. Nach den prinzipiellen Grundlagen dargestellt. Herder. Preis 3.20 M. — Nachgerade sehen alle Schichten ein, daß die richtige Staatsauffassung und darum Politik zu den Lebensfragen der Gesellschaft gehört. Der Katholik greife, zur raschen, knappen und doch gründlichen Orientierung, nach Büchern wie dem vorliegenden. Unter den zehn Kapiteln gibt das sechste kernigen Aufschluß über den Begriff „katholische Politik". Im Sinne wissenschaftlicher Theorie bedeutet „Politik" die Lehre von den Zwecken und der Gewalt des Staates sowie von den Mitteln zur Ausübung dieser Gewalt und zur Erreichung dieser Zwecke. Die katholische Staatslehre ist Lehre der Kirche, ist in den Hauptbestimmungen geoffenbartes Dogma, in den übrigen wenigstens abgeleitete „katholische Wahrheit"; beides verpflichtet innerlich zu tatsächlicher Befolgung. Nach den fünf vorhergehenden orientierenden Kapiteln über Umfang und Quelle der Staatsgewalt, Ursprung und Zweck des Staates sowie die Schranken der Staatsgewalt setzt dann das siebente über das Thema „Nebenordnung von Staat und Kirche ein", das achte über organische Verbindung von Kirche und Staat, das neunte über Trennung von Kirche und Staat. Das zehnte beleuchtet als „Schluß" die zwei Pole des öffentlichen Lebens des Katholizismus: christliche Staatsauffassung und geistige Macht der Kirche. In den Mittelpunkt gerückt ist einzig das prinzipielle Recht, nicht „des bisher Bestandenen" noch dessen geschichtliche Grundlage. Leo XIII. einschlägige Rundschreiben wurden unter diesem Gesichtspunkte vereinheitlichend, umund zusammenfassend herangezogen wie sonst in keinem bisherigen Werk. E. M. Hamann.

Das neue kirchliche Gesetzbuch und das bayerische Staatskirchenrecht. Von Dr. August Hofmann, Regierungsrat in Würzburg. Eichstätt 1919. Verlag der „Christlichen Schule". IV und 36 Seiten gr. 8°. Preis 2.10 M. Für jeden, der sich über das Verhältnis von Kirche und Staat in Bayern Klarheit verschaffen will, ist vorliegende Schrift unentbehrlich. In gedrängter Kürze, markanter Darstellung und ruhiger Ueberlegtheit lehrt sie vor allem, wie vielfach verschränkt die in Jahrhunderten ausgereiften Beziehungen der beiden Gewalten in Bayern sind. Wenn auch zurzeit, infolge der Revolution, die staatskirchenrechtlichen Verhältnisse Bayerns noch unklar liegen, so wird gerade diese die bayerische Gesetzgebung bis zum 28. März 1919 berücksichtigende Abhandlung Hofmanns ein Großteil zur Sichtung der Sachlage beitragen, indem sie durch Gegenüberstellung des neuen kirchlichen Rechts mit dem bisherigen bayerischen Staatsrecht eine Grundlage für künftige Verhandlungen zwischen Kirche und Staat schafft. Nach einem kurzen Ueberblick über die rechtliche Tragweite des neuen Codex iuris canonici beschäftigt sich der Verfasser mit der im folgenden noch mehrmals berührten Frage, inwieweit die Rechtsätze des neuen Codex durch das bayerische Konkordat vom Jahre 1817, das ja im wesentlichen sicher bis auf weiteres noch gelten wird, ersetzt sind. Immer wieder die Kanones des C.J.C. mit den Bestimmungen des bayerischen Staatskirchenrechts in Parallele stellend, behandelt H. die Verkündigung, Geltung und den Vollzug der kirchlichen Gesetze in Bayern (Plazet, Staatskuratel), die kirchliche Mitgliedschaft und Gerichtsbarkeit, die Rechte und Pflichten der Kleriker, die Umschreibung der Diözesen, Dekanate und Pfarreien, die Ernennung der Bischöfe und Weihbischöfe, die Besetzung der Dignitäten und Kanonikate, sowie der Pfarreien, das Ordensrecht (dies besonders ausführlich Nr. 23 bis 35), den Eintritt in die Kirche, die Simultaneen, das kirchliche Asylrecht, die Bestellung und den Wirkungskreis der Kirchenverwaltungen, das Begräbniswesen, die Regelung der Feiertage und des Kultus im besonderen, die Verwaltung des Predigtamtes durch fremde Prediger (z. B. bei Volksmissionen), den Unterhalt der Seminarien, das Schulwesen, das Pfründerecht mit Berücksichtigung der Präsentationen, das kirchliche Vermögens- und endlich das Eherecht. Schade, daß zu letzterem der Verfasser nicht an sein vortreffliches Schriftchen „Die religiöse Erziehung der Kinder aus gemischten Ehen in Bayern" (München 1906) erinnert hat. Durch Verwendung von verschiedenem Schriftsatz und vorzügliche Einteilungstechnik hat der „Verlag der Christlichen Schule" in Eichstätt dem Werke eine kunstvoll gegliederte Gestalt gegeben und so dessen Gebrauch erleichtert und angenehm gemacht. Dr. Hindringer.

Die Bedeutung der vollkommenen Gewissensfreiheit nach bayerischem Verfassungsrecht mit Bezug auf die religiöse Kindererziehung. Von Dr. Gustav Hohe, Kaiserl. Oberlandesgerichtsrat a. D., Geh. Justizrat. Paderborn, Schöningh 1919 (Görres-Gesellschaft, Sektion für Rechts- und Sozialwissenschaft, 34. Heft). 8° XI und 150 S. M 6.—. In der vorliegenden Schrift handelt es sich im wesentlichen um die Frage, ob nach der bayerischen Verfassung von 1818 eine religionslose Kindererziehung zulässig war. Die Seydelsche Schule und die Rechtsprechung des bayerischen Verwaltungsgerichtshofes haben sie unter Berufung auf die „vollkommene Gewissensfreiheit" in Tit. IV § 9 der Verfassungsurkunde und in § 1 der II. Verfassungsbeilage für zulässig erklärt. Die letzte diesbezügliche Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes vom 20. Juli 1917 hat zwar zugegeben, daß die Verfassung offenbar von der Voraussetzung ausgehe, daß jedes Kind in einer Religion erzogen werden solle, daß aber eine dahingehende Einschränkung der Gewissensfreiheit und des Erziehungsrechtes in der Verfassung nicht ausdrücklich erklärt werde. Jedoch ist der Begriff der Gewissensfreiheit ein zeitgeschichtlich bedingter; im Sinne der bayerischen Verfassung bedeutete die „vollkommene Gewissensfreiheit", wie der Verfasser eingehend nachweist, keine unbeschränkte

Gewissensfreiheit, nur Freiheit der Wahl eines Glaubensbekenntnisses, nicht Freigabe der Religionslosigkeit und der religionslosen Erziehung. Diese Auffassung mag modernen Anschauungen nicht entsprechen, aber sie entspricht den Anschauungen von 1818 und der Absicht des Gesetzgebers. Der Abhandlung (S. 1—80) sind im Anhang die wichtigeren Bestimmungen vor und in der Verfassung, sowie die hauptsächlich in Betracht kommenden Entscheidungen der neueren Zeit im Wortlaut beigegeben. Die Schrift war zum Jahrhundertjubiläum der bayerischen Verfassung bereits vollendet; soweit sie sich mit der bayerischen Verfassung beschäftigt, hat sie jetzt nur noch rechtsgeschichtlichen Wert, ihre grundsätzlichen Darlegungen sind aber von bleibender Bedeutung. Prof. Dr. Scharnagl.

Rundschreiben unseres Heiligsten Vaters **Leo** XIII., durch göttliche Vorsehung Papst, über die **Arbeiterfrage** (15. Mai 1891: „Rerum novarum"). Lateinischer und deutscher Text. Herder. Preis 3 M. — Eine überaus zeitgemäße Neuveröffentlichung von über alles Zeitliche hinausgehendem Wert. Wenn je einer, so verstand es der große Arbeiterfreund und soziale Papst Leo XIII., Christi ewiges Lösungslicht auszugießen über diese den gesellschaftlichen Grundproblemen zuzählende soziale Frage, die heute im Mittelpunkt des Weltgeschehens steht. E. M. Hamann.

Reichswohnversicherung. Von Dr. iur. B. Schmittmann. 136 S. 8⁰. Verlag von Ferdinand Enke in Stuttgart. Die im höchsten Grade beachtenswerte Schrift des bekannten Sozialpolitikers, ehemaligen Landesrates bei der Rheinischen Provinzialverwaltung, erschien als erstes Heft der „Schriften der deutschen Gesellschaft für soziales Recht". Sie behandelt eine der wichtigsten Fragen, vor deren Lösung die Allgemeinheit gestellt werden kann und unbedingt auch gestellt werden muß, die Frage der Wohnungsfürsorge der kinderreichen Familien der minderbemittelten Klassen. Einleuchtend, gestützt auf breite statistische Grundlagen, legt die Schrift den Geburtenrückgang und die wirtschaftliche Not der Kinderreichen dar und bringt diese Dinge in begründete Verbindung mit der Unzulänglichkeit der Wohnungen. Die Kleinwohnungen bilden ohnehin bei weitem die Mehrzahl. Je kleiner sie sind, um so überfüllter sind sie, dabei auch um so teurer. Damit steht gleichzeitig die geringe Seßhaftigkeit der minderbemittelten Bevölkerung in Zusammenhang; die fortwährenden Umzüge aber schädigen ebenso sehr den Mieter wie den Vermieter. Die kinderreichen, unbemittelten Familien werden von dem Wohnungselend am härtesten getroffen, finden wegen des Zinsrisikos am schwersten Aufnahme, müssen mit den wertlosesten Wohnungen vorlieb nehmen, in denen sie des Platzmangels wegen gesundheitlichen, sittlichen und anderen Schädigungen ausgesetzt sind. Demgegenüber sucht Dr. Schmittmann nach einem Mittel, dafür zu sorgen, daß auch solche Familien sich entsprechend große Wohnungen mieten können. Er betont die Notwendigkeit einer großen gesetzgeberischen Tat und schlägt als solche einen Ausbau der Invaliden- und Angestelltenversicherung, eine Reichswohnversicherung, vor. Sie soll den Versicherten das Anrecht auf eine Kinderrente eröffnen, die vom vierten Kinde unter 14 Jahren aufwärts mit jedem weiteren Kinde steigt. Der Arbeiter und Privatbeamte soll in der Zeit guten Verdienstes Beiträge geben für die Zeiten größerer Familienlasten und des Stillstandes oder gar Rückschrittes des Einkommens. In der Tat muß man bei sorgfältiger Erwägung dieses Gedankens und der Nachprüfung der für die Durchführung der Reichsversicherung gemachten Vorschläge zu dem Ergebnisse kommen, daß hier der einzige gangbare Weg gezeigt ist. Ein Anhang betrachtet kritisch andere Vorschläge zur Lösung der Wohnungsnot und sonstige damit zusammenhängende Fragen. Dr. M. Manitius.

Soldatentod und Märtyrertod. Von Dr. Joseph Pohl, Universitätsprofessor. 8⁰ VIII u. 192 S. M 4.20. Paderborn, Schöningh. Diese eingehende Stellungnahme zu einer bereits viel erörterten Frage wird nicht nur der Theologe von Fach willkommen heißen; für eine andere zahlreiche Klasse von Lesern wird das hier Vorgetragene ein dauerndes Trostbuch sein: ich meine die weinenden Verwandten und Freunde der gefallenen Gatten, Väter, Söhne, Brüder und Verlobten, wie der Verfasser in der Einführung mit Recht erhofft. Unter besonderer Berücksichtigung der Lehre des hl. Thomas von Aquin werden ausführlich die Bedingungen des Martyriums dargelegt. Für den Kriegertod ergeben sich hier eine Reihe von Sondererörterungen wie in den Abschnitten: „Unbestrittene Martyriumsmöglichkeiten auf dem Schlachtfeld", „Die Rolle des Verfolgers im Kriege". Die dem Märtyrertod eigenen Vorrechte erfahren gleichfalls eine genauere Darstellung. Angesichts der Tatsache, die u. a. aus der Sammlung von Feldbriefen katholischer Soldaten von Prof. Pfeilschifter klar erhellt, daß zahllose katholische Soldaten mit wahrer Märtyrergesinnung gekämpft, geblutet und gelitten haben, zeigt uns die verdienstvolle Arbeit Pohles, wie ihr Andenken in herrlichster Weise gewahrt wird. O. Heinz.

Bühnen- und Musikrundschau.

Münchener Festspiele. Seit dem ersten Jahre des Künstlertheaters (1908) hatte das Schauspiel unseres vormaligen Hoftheaterensembles sich an den Festspielen des Münchener Sommers nicht mehr beteiligt. Es ist erfreulich, daß das gesprochene Dichterwort nicht mehr hinter dem gesungenen zurückstehen soll und deshalb auch auf unserer Festspielbühne des Prinzregententheaters zur Geltung kommt. So begannen heuer die Festspiele statt altem Brauche gemäß mit dem ‚Fanget an' der „Meistersinger" mit Grabbes „Hannibal." Ueber die Wahl des Stückes muß man sich wundern. Wenn man in einer Zeit, die Feste zu feiern wahrlich keinen Anlaß hat, Festspiele veranstaltet, so kann das nur heißen, daß man das Beste, was unsere dramatische Kunst besitzt, in bester Ausführung bieten will. Nun reicht ja, wie wir in unserer Besprechung der Uraufführung am Ende des vorigen Jahres darlegten, die Bühnengestaltung der Grabbe'schen Tragödie in vielem an das beste heran, was man von unserem Nationaltheater erwarten kann, aber die Dichtung selbst ist ungeachtet einzelner Schönheiten durchaus problematisch. Grabbes nach Größe ringendem Schaffen blieb die Vollendung ewig versagt. Literarische Experimente großer Bühnen sind dankbar zu begrüßen, ja sie sind notwendig, aber sie haben im Festspielrahmen keinen Platz. Bei „Hannibal" kommt noch der Umstand dazu, daß dieses Drama der Erdrosselung eines an Siegen reichen Volkes durch feierliche Uebermacht und durch von Menschlichkeit unbeeinflußte Härte grausam ‚aktuell' wirkt. Literaturunkundige Zuschauer werden glauben, daß das Drama vor 74 Tagen statt vor 74 Jahren geschrieben sei. Diese ‚Aktualitäten' des Stückes haben vermutlich zu der späten Uraufführung geführt, zu Unrecht, denn wir werden durch sie immer wieder aus dem Reiche der Dichtung herausgerissen und in die Not der Gegenwart zurückgeführt.

Die Wiesenthals haben, durch ihre starken Erfolge im „Neuen Theater" veranlaßt, noch einen weiteren Tanzabend in einem Konzertsaal gegeben. Der Beifall war wieder sehr herzlich. Der Erfolg der Wienerinnen hat bei den Tanzkünstlerinnen Münchens, wie man hört, alles andere, als Vergnügen ausgelöst, aber vielleicht denkt man in diesen Kunstkreisen einmal darüber nach, daß sich die Reformtanzerei vielfach nach der Seite einer kühlen Verstandeskultur entwickelt hat, daß man mehr mit dem „Kopfe" tanzt, als mit dem „Herzen".

Kammerspiele. Bernard Shaws Komödie: „Helden" haben wir im Schauspielhaus kennen gelernt. Das ist schon ziemlich lange her, die Helden waren wohl das erste oder eines der ersten Stücke, die uns mit dem Spötter bekannt gemacht haben. Es gefiel auch diesmal sehr gut, die Schauspieler trugen satte Farben auf, insbesondere Marlé schuf auf dem Hintergrund einer barbarisch gezeichneten bulgarischen Kultur eine Figur von drastischer Komik. Wenn es sich auch nur um serbisch-bulgarische Kämpfe handelt, so hätte man kaum erwarten sollen, daß bei unserem Publikum heute Stimmung vorhanden ist, den Krieg im Zerrbild der Satire zu sehen. Heldentum gibt es nach Shaw nicht; wo der Schein dafür spricht, ist es Täuschung; eine heldenhafte Attacke ist das Ergebnis eines durchgehenden Pferdes. Heldentum ist immer nur Maske, das Leben ist der Güter höchstes u. s. f. Ich weiß nicht, sind die Leute, die derlei heute mit sichtlichem Vergnügen anhören, ohne Gefühl oder nur gedankenlos.

Im Schauspielhaus kam es wegen Wedekinds „Büchse der Pandora" wieder zu Lärmszenen. Flugblätter beweisen, daß dieser Widerspruch nicht mehr das Ergebnis spontaner Entrüstung, sondern vorbereitet war. Man versteht durchaus die Empfindungen derer, die hier gegen die volksverseuchende Dramatik des Luludichters protestieren, allein diese Art und Weise sind nicht empfehlenswert. Nun werden die Leute in der Hoffnung auf nervenkitzelnde Radauszenen erst recht ins Theater laufen. Es bleibt kein anderer Weg zum Erfolg als immer und immer wieder an das Verantwortungsgefühl der Künstler zu appellieren. Ein wedekindfreundliches Blatt, das sich mit drohender Geste zum Zensor unserer Theatersitten aufwirft („Jetzt sagen wirs zum letzten Mal") gibt den Rat, wer die „Büchse" nicht mag, möge ins „Kino" gehen, aber auch dort werden wir, wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, vor der Wedekindseuche nicht sicher sein. „Die Büchse der Pandora" wird zurzeit von einer Gesellschaft verfilmt.

Verschiedenes aus aller Welt. Nach dem neuen Shakespearejahrbuch wurde 1918 die größte Anzahl Shakespearescher Werke (177) in Berlin aufgeführt, dann kommen Hamburg mit 83, München mit 80, Wien mit 40; in den anderen Großstädten ist die Zahl ziemlich niedrig. — Eine westfälische Hochschule für Musik wird in Münster von der Stadt in Verbindung mit der Universität errichtet. — Der württembergische Landtag genehmigte die Uebernahme der Stuttgarter Hofbühnen durch den Staat und einen Zuschuß von 1,7 Millionen. — Jones Sidneys Operette „Geisha" und die englische Posse „Charleys Tante" feierten in Berlin die 2000., bzw. die 1000. Aufführung. Theaterkultur! — In den Rheinlanden wurde von den Franzosen die Aufführung des „Weibsteufel" verboten. Auch in Regensburg mußte die Wiedergabe des Schönherrschen Stückes unterbleiben. — „Röslein auf der Heiden", ein deutsches Liederspiel von R. Manz und Aug. Leon wurde in Karlsruhe sehr herzlich aufgenommen. — „Das Gesetz", eine in Berlin mit Beifall aufgenommene Tragödie des sozialistischen Abgeordneten P. Bader behandelt Gegenwartsprobleme in realistischer Schilderung. — Hugo Riemann, der bekannteste und erfolgreichste Vertreter der Musikwissenschaft, ist im 70. Lebensjahre in Leipzig gestorben. Seine Geschichte der Musiktheorie, seine Geschichte der Musik seit Beethoven, sein Handbuch der Musikgeschichte sind von dauerndem Werte.

München. L. G. Oberlaender.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Banknoten- und Wertpapiere-Abstempelung? — Aufhebung der Devisenordnung — Reichsmonopole — Unruhen am Arbeitsmarkt.

Das Rätselraten über das Schicksal und die sicherlich scharf einschneidenden Folgen der **großen Vermögensabgabe** beherrschen unvermindert das breite Interesse der Finanz- und Wirtschaftskreise. Für den Fall der Ablehnung des Reichsnotopfers in der Nationalversammlung wird laut den gegebenen Regierungsäusserungen d i e A u s g a b e e i n e r Z w a n g s a n l e i h e — wie es heisst, mit 2 % verzinslich in Höhe von 200 Millarden *M* — erwogen, „da auf irgendeinem Wege die Gesundung der Reichsfinanzen erreicht werden muss, wenn der Staatsbankrott vermieden werden soll.“ Zur Sicherung der Vermögensabgabe zwecks möglichst lückenloser Erfassung und Heranziehung des Besitzes an Effekten und Papiergeld ist nunmehr eine Abstempelung dieser Werte geplant. Finanzsachverständige und Reichsbankpräsident Dr. Havenstein wohnten den diesbezüglichen Weimarer Konferenzen bei und haben auf die bedeutenden Schwierigkeiten bei der Durchführung dieser Ideen, besonders was den im Auslande liegenden Effektenbesitz betrifft, einheitlich hingewiesen. Der „Zentralverband des deutschen Banken- und Bankiergewerbes“ hat gleichfalls hierwegen die Nationalversammlung dringend gewarnt und die in den österreichischen Teilstaaten bei diesen Maßnahmen, dazu unter weit weniger schwierigen Verhältnissen gemachten ungünstigen Erfahrungen, namentlich im Punkte Nachahmung der Noten, Fälschung der Stempel betont.

Was die Ausübung und Handhabung dieser Projekte in deutschen Gebieten ausserdem erschwert, ist vornehmlich die verschiedentlich geartete Geschäftsgestaltung des besetzten Gebietes im Verkehr mit dem unbesetzten Deutschland. Der schwungvolle Schleichhandel auf dem ausländischen Markt der deutschen Noten, beispielsweise wegen des ein gewisses Agio bedingenden Unterschiedes zwischen dem Kurse für „rot“ im Gegensatz zu „grün“ abgestempelten Tausendmarkscheinen ist ja offenes Geheimnis! Wenn auch keine Herabkonvertierung des Geldes auf einen geringeren Wert mit dieser A b s t e m p e l u n g o d e r m i t e i n e m U m t a u s c h in neue Noten verbunden sein soll, so sind doch die schweren Störungen des gesamten Wirtschaftslebens derart umfangreich, dass dieses Moment sicherlich die nicht zu gering einzuschätzende Möglichkeit einer erheblichen Minderung des Notenumlaufes weit hinter sich lässt. Das Ausland und namentlich die Entente haben jedes Uebergreifen der Folgen solcher Wertabspempelung ausdrücklich abgelehnt. Und damit ist ein Hauptzweck dieser Massnahmen illusorisch geworden. Für die Allgemeinheit nicht minder wichtig ist der mit dem Gesetz über das Reichsnotopfer verbundene Entwurf der A u f h e b u n g d e r D e v i s e n o r d n u n g mit einer Einschränkung; denn die Warenausfuhr bestimmter Produkte wie Kohle, Kali, Eisen soll abhängig gemacht werden von der Ablieferung der hiefür erzielten Divisen an die Reichsbankkassen.

Das Reichsfinanzministerium hat Mitteilung gemacht über den sich auf 24 Milliarden Mark beziffernden J a h r e s f i n a n z b e d a r f d e s R e i c h e s. Das Rückgrat zur Dekung dieser ungeheueren Summe muss die Reichseinkommensteuer zusammen mit der Kapitalertragssteuer bilden. Eine Reichsvermögensverwaltung unter Organisation der Steuerbehörden wird nach den Plänen Erzbergers ins Leben gerufen. Als Stichtag für die Vermögenszuwachssteuer ist, anscheinend um auch die „Revolutionsgewinnler“ tunlichst zu erfassen, nunmehr der 30. Juni 1919 vom Steuerausschuss der Nationalversammlung festgesetzt. Von den die Allgemeinheit besonders interessierenden R e i c h s m o n p o l e n wurde inzwischen das für die Zündwaren unter Einführung desselben bis spätestens zum 31. März 1921 angenommen. Die geplante Sozialisierung der elektrischen Energie, wofür das Reich namentlich zur Ablösung der zu übernehmenden Werke 1 Milliarde Mark bereitstellen soll, wird wohl in Bälde gleichfalls Tatsache sein.

Angesichts der angekündigten scharfen Massnahmen der Regierung gegen die Steuerflucht und nicht zuletzt im Hinblick auf die innere politische Lage, verschärft durch die **n e u e r l i c h e n A r b e i t s n i e d e r l e g u n g e n** im Berliner Metallgewerbe und Telegraphenwesen, sowie Schliessung verschiedener Grossbetriebe aus Kohlenmangel, blieb stärkere Zurückhaltung an unseren Börsen überwiegend. Die Beunruhigung der Kapitalistenkreise hält an und spiegelt sich vor allem in dem auffallend starken Kursrückgang bei umfangreichem Angebot a m d e u t s c h e n P f a n d b r i e f m a r k t, ein Gebiet, das sich seither einer ausnehmend grossen Beliebtheit der Allgemeinheit erfreuen konnte. Neben den immer noch schwebenden Arbeiterschwierigkeiten waren für die Börsengestaltung ausschlaggebend die angekündigten F r i e d e n s b e d i n g u n g e n m i t D e u t s c h - O e s t e r r e i c h, welches Land dadurch, mehr noch als Grossdeutschland, dem vollständigen Wirtschaftsruin ausgeliefert werden soll. Durch diese Momente von so weit gehenden Folgen blieben die nunmehr angekündigten Einzelheiten über die R e g u l i e r u n g d e s K r i e g s a n l e i h e - M a r k t e s nur wenig beachtet. Eine „Reichsanleihe-Aktiengesellschaft“ mit 400 Millionen Mark Kapital, als grösste deutsche Finanzgesellschaft, unter Führung der Reichsbank und von nahezu allen bedeutenden Bankstellen auf gemeinnütziger Basis dient diesem Zwecke. Mehr Interesse bringt man dagegen den Einwirkungen der A u f h e b u n g d e r K r i e g s g e s e l l s c h a f t e n auf unsere Gesamtwirtschaft entgegen. Auch die Auslassungen des b a y e r i s c h e n H a n d e l s m i n i s t e r s H a m m im Bamberger Landtag über D e u t s c h l a n d s z u k ü n f t i g e E i n - u n d A u s f u h r p o l i t i k, namentlich im Hinblick auf „die völlig schutzlose Westgrenze“ fand volle Aufmerksamkeit.

München. M. W e b e r.

S c h l u ß d e s r e d a k t i o n e l l e n T e i l e s.

Todes- Anzeige.

Nach Gottes unerforschlichem Ratschlusse verschied am 17. Juli abend 3/4 9 Uhr nach 4wöchiger Krankheit und nach Empfang der hl. Sterbsakramente, plötzlich und unerwartet der

hochwürdige Herr

Georg Priller

4 Jahre Koadjutor in Erharting

im Alter von 28 Jahren.

Die Seele des teuren Verstorbenen wird dem Gebete der Gläubigen und dem hl. Meßopfer der hochw. Herren Mitbrüder empfohlen.

Erharting, Juli 1919.

Michael Mayer, Pfarrer.

Die Leiche wurde nach Rosenheim übergeführt. Die Beerdigung fand statt in Rosenheim am Montag, den 21. Juli, nachmittags 1 Uhr, der 1. hl. Seelengottesdienst wurde in der Stadtpfarrkirche in Rosenheim am Montag, den 21. Juli, vorm. 9 Uhr, und der 2. hl. Seelengottesdienst in Erharting am Dienstag, den 29. Juli, vorm. 1/2 9 Uhr abgehalten.

Für die Redaktion verantwortlich: i. V. Dr. Jos. Kausen, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Redaktion und Verlag: München. Galeriestraße 35a, Gh.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich M 4.50.

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 32. München, 9. August 1919. XVI. Jahrgang.

Die Verkündung der neuen Reichsverfassung.

Von Universitätsprofessor Geh. Hofrat Dr. K. Beyerle, Mitglied der Nationalversammlung.

Die Verkündung der neuen Reichsverfassung ist ein denkwürdiges Ereignis der deutschen Geschichte. Unter den Schicksalsschlägen eines verlorenen Krieges besaß Deutschland Kraft genug, sein Staatswesen auf völlig neuen Grundlagen wieder aufzubauen. Das Vertrauen auf die unversiegten Quellen deutscher Art und hingebende Liebe zum Volk gaben den Gesetzgebern den Mut dazu. Durch die Verabschiedung der Verfassung ist der ungesetzliche Zustand der Revolution endgültig beseitigt, sind ihre politischen Forderungen, soweit sie die Billigung der Volksvertretung fanden, in dem politischen Gesetzbuch des neuen Deutschlands niedergelegt worden. Damit hat die verfassunggebende Nationalversammlung die heißen Hoffnungen erfüllt, die auf ihre Einberufung gesetzt wurden, hat sie den obersten Auftrag des Volkswillens der Verwirklichung entgegengeführt. In all das Niederdrückende und Schwere dieser Tage bringt die Verkündung eines neuen Staatsgrundgesetzes das lebenbejahende Bekenntnis zu Deutschlands Zukunft. Dem durch tausend feindliche Umstrickungen erschwerten Außenleben der Nation gibt die Verfassung einen festen Grund. Dem innerpolitischen Kampf der Revolutionsparteien um die rechte Staatsform des neuen freien Volksstaates steckt sie ein Ziel. Auch wo sie nicht imstande ist, alle die großen Fragen der Zeit zu lösen, stellt sie Grundsätze und Programmpunkte auf, die die Zukunft ausführen soll. Eine neue Aera deutscher Gesetzgebungsarbeit wird durch sie eröffnet.

Trost und Freude vermag darum die Verkündung der Verfassung in deutsche Herzen gießen. Frühere Verfassungen waren das Ergebnis eines politischen Kampfes zwischen Volkswille und Fürstenmacht; sie bildeten einen Ausgleich zwischen ureigenen Rechten der Krone und dem Anteil am Staatsleben, den die Krone der Volksvertretung zu überlassen sich entschloß. Anders die jetzt verkündete, demokratische Verfassung der jungen deutschen Republik. Der Gebende ist nicht mehr der Fürst oder ein Fürstenverein. Der Gebende und der Nehmende ist ein und dieselbe Person, ist das Volk selbst. „*Das deutsche Volk, einig in seinen Stämmen und von dem Willen beseelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu befestigen, dem inneren und dem äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung gegeben*“, so lautet der inhaltschwere Vorspruch der neuen Verfassung.

„Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Nicht um für uns Christen damit die Verknüpfung aller diesseitigen Staatsordnung mit dem Willen der Vorsehung zu leugnen, ist dieser Satz in die Verfassung hereingekommen. Er spricht nur die harte Notwendigkeit der Tatsachen aus, die viele von uns beklagen. Aber, nachdem die Revolution den Thron umgestürzt, mußte das deutsche Volk sein Schicksal selbst in die Hand nehmen. In der Nationalversammlung erwählte es das höchste Werkzeug seines Willens, der gläubige Christ wird darin eine Fügung der Vorsehung erkennen und die Verfassung als das Spiegelbild der politischen Wünsche der Nation annehmen. Alle Parteien haben an ihrem Zustandekommen mitgearbeitet, auch diejenigen, die dem republikanischen Grundgedanken abhold waren und darum in der Schlußabstimmung gegen die Verfassung stimmten. Das Zentrum, welches zurzeit zusammen mit der Sozialdemokratie die schwere Bürde der politischen Reichsleitung trägt, stimmte geschlossen für die Verfassung. Es tat dies nicht, um die Revolution zu feiern und zu verewigen, sondern um den Zustand der Ordnung wieder herzustellen und seinerseits dazu beizutragen, daß unser schwergeprüftes Volk sich in freudigem Besitz der wiedergewonnenen Ordnung an die Arbeit mache, zur Verwirklichung einer wahren und gerechten Demokratie, zum Wiederaufbau des ganzen Vaterlandes.

Unter nicht geringen Schwierigkeiten kam die neue Verfassung zustande, Schwierigkeiten äußerer und innerer Art. Sie standen hinter denjenigen kaum zurück, an denen das Verfassungswerk der Frankfurter Paulskirche, an dem so viele treffliche Führer des christlichen Deutschland mitgearbeitet hatten, im Jahre 1849 gescheitert ist.

Der *staatsrechtliche Aufbau* der neuen Reichsverfassung, der den ersten Hauptteil der Verfassungsurkunde füllt, ist die vollkommenste Ausprägung aller freiheitlichen Demokratie und einer gleichberechtigten Berufung aller zur Mitwirkung am Staatsleben. Reichsminister a. D. Dr. Preuß hatte hierfür schon in dem ersten Vorentwurf, den das Revolutionskabinett zu Anfang dieses Jahres veröffentlichte, in klaren staatsrechtlichen Linien den Grund gelegt, der in den folgenden Beratungen nicht mehr verlassen wurde. Der Reichstag, als die aus den freiesten Wahlen hervorgetretene Volksvertretung, ist das zentrale Institut des demokratischen Volkswillens im neuen Deutschland, dem sich auch die Regierung zu beugen hat. Die terroristischen Pläne einer einseitigen Klassenherrschaft des Proletariates nach russischen Vorbildern hat der gesunde Sinn des deutschen Volkes in seiner Verfassung zurückgewiesen. Das Beifallswürdige an den Grundgedanken des *Rätesystems* ist aber für den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens und für die zukünftige Gestaltung der Reichswirtschaftspolitik verfassungsmäßig festgelegt. Eine Zersplitterung der politischen Stoßkraft des Parlaments durch Auflösung in berufsständische Gruppen ist dabei ebenso glücklich vermieden, wie einer einseitigen Parteiherrschaft durch den entschlossenen Ausbau des Volksentscheids und des Volksbegehrens ein Damm entgegengeworfen wurde.

Das neue Staatsrecht ist stark *unitarisch*. Die Ereignisse seit der Revolution haben manche Dinge in ein anderes Licht gerückt und politische Hauptforderungen der Vergangenheit in die zweite Linie treten lassen. Die wirtschaftliche Lage des Reichs drängt auf weitgehende Vereinheitlichung des Verkehrswesens, der Finanz- und Energiewirtschaft. Die gesunkene Bedeutung des Heereswesens und anderseits die Notwendigkeit der Aufrechthaltung der Ordnung im ganzen Reiche sprechen für die Vereinheitlichung der Wehrverfassung. Die großen gesetzespolitischen Forderungen der Zeit erklären zum guten Teil die Ausweitungen der Reichszuständigkeit auf dem Gebiete der Gesetzgebung. Dennoch braucht der Freund des bundesstaatlichen Gedankens nicht hoffnungslos in die Zukunft zu sehen. Es sind so viele Wege und Ventile da, um die Kräfte der deutschen Stämme im Rahmen der Organisation der Länder zur vollen Auswirkung gelangen zu lassen, wenn sie nur wollen und nicht in unfruchtbarer Obstruktion beiseite stehen. Dadurch, daß es gelungen ist, in dem *Reichsrat* ein festgefügtes Organ der Einzelstaaten zu deren Vertretung bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Reichs zu schaffen, ist der Geltendmachung des Willens der Einzelstaaten ein verfassungsmäßig garantierter Weg eröffnet.

Schon die Regierungsvorlage hatte auf die Wünsche des Staatenausschusses hin die Stellung der Gliedstaaten gegenüber dem ursprünglichen Vorentwurf Dr. Preuß wieder stärker geformt. Der Verfassungsausschuß war in seiner Mehrheit allerdings sehr ins unitarische Fahrwasser geraten; schließlich ist aber doch auf dem Wege der Vereinbarung mit den Einzelstaaten die endgültige Abschichtung zwischen Reich und Ländern vorgenommen worden. Damit verschwand die für viele aufrichtige Freunde des inneren

Friedens unerträgliche Vorstellung der Vergewaltigung der Länder durch Ueberspannung der souveränen Gesetzgebungsvollmacht der Nationalversammlung. Auch in der Frage der **Neubildung von Ländern** sind schließlich Vereinbarungen zustandegekommen, in denen nach den Grundsätzen deutschen Maßhaltens die Lebensinteressen der betroffenen Bundesstaaten mit den Bestrebungen einzelner Teile auf staatliche Selbständigkeit in Einklang gebracht wurden.

Die Nationalversammlung und ihr Verfassungsausschuß haben das Lob wohl verdient, welches in der feierlichen Schlußsitzung am 31. Juli 1919 der eigene Präsident und die Minister Bauer und Dr. David ihr spendeten. Es ist nicht nur durch die Verfassungsarbeit der Nationalversammlung selbst auch in den staatsrechtlichen Abschnitten viel Wertvolles geschaffen worden — so z. B. die ganzen Sätze über das Referendum —, auch um die stoffliche Anordnung des Ganzen, um seine harmonische Ausgestaltung, um die Volkstümlichkeit und Reinheit der Sprache des Gesetzes hat sich die Verfassungskommission und das Plenum große Verdienste erworben. Die Leitung der Verfassungskommission durch den Abgeordneten **Haußmann** kam der Förderung des Verfassungswerkes trefflich zu statten. Sie war geschäftsgewandt und zielstrebend, von warmem patriotischem Geist und dem aufrichtigen Willen getragen, die Gegensätze auf staatspolitischem und kulturellem Gebiet zu versöhnen und dem Vaterlande in kürzester Frist das neue Gebäude der Ordnung aufzurichten. Die Auslese der Verfassungskommission, mochten sich in ihr auch eine größere Reihe von Berufsjuristen der Praxis und einige Rechtslehrer befinden, bürgte dafür, daß die juristische Theorie und nach Gestaltung ringende lebendige Idee gleichwertig zur Geltung kamen. Es wird auch ein Verdienst der Nationalversammlung sein und bleiben, daß sie in der Frage der **Grundrechte** nicht bei den dürftigen Sätzen der Regierungsvorlage stehen blieb, sondern im politischen volkserzieherischen Interesse ihnen den staatlichen Ausbau des ganzen zweiten Hauptteiles der Verfassung widmete und damit neben der Form des staatlichen Hauses ein inhaltsvolles Bekenntnis politischer Zukunftsgestaltung und eine verfassungsmäßige Festlegung oberster Grundsätze unserer Rechtskultur niederlegte. Mit ihren Menschen- und Bürgerrechten hat einst die französische Revolution eine Welt erobert. Der Beratung der „Grundrechte der Deutschen" gehörte in der Frankfurter Paulskirche der Hauptanteil der Beratungen des Jahres 1848. Jetzt galt es, altes mit neuem zu einem harmonischen Ganzen zu fügen. Neben die Grundrechte der älteren Vorbilder trat zunächst das Bestreben, in der Reichsverfassung von Reichs wegen Grundsätze auf dem bisher völlig den Einzelstaaten überlassenen Gebiete der Kulturpolitik aufzustellen. Man wollte nicht eine politische Situation ausnützen, sondern uferlosen und grundstürzenden Kulturprogrammen einzelner Revolutionsregierungen entgegensteuern, man wollte Sicherungen in der Verfassung verankern, die namentlich dem Zentrum seine Mitarbeit am Verfassungswerk ohne Preisgabe höchster Grundsätze ermöglichte. Der harte politische Kampf, der um die Ausgestaltung dieser reichsgesetzlichen Grundsätze auf dem Gebiete der Kulturpolitik durchgefochten wurde, und der in aller Erinnerung steht, beweist deutlicher als alles, daß es sich bei den Grundrechten nicht um leere Phrasen, sondern um oberste Leitgedanken der Gesetzgebung handelt. Uebrigens herrschte im Schoße des Verfassungsausschusses von Anfang an der versöhnlichste Geist und der Wunsch, durch echt freiheitliche Sätze deutsche Kulturkampflust nicht wieder kommen zu lassen. Die dem Wirtschaftsleben gewidmeten Artikel der Grundrechte aber stellen ein Bekenntnis zur wirtschaftlichen Demokratie auf sozialer Grundlage dar. Sie sind ein Wegweiser in die wirtschaftspolitische Zukunft, die individuelle Freiheit mit weitgehender Gemeinwirtschaft verbinden soll; die Schnittlinie beider bildet die Forderung des gerechten sozialen Ausgleichs. So steht zu hoffen, daß gerade von den Grundrechten und den ihnen gleichwertig zur Seite gestellten Grundpflichten eine politische Auswirkung ausgehen möge, die nicht nur dem inneren Frieden dient, nicht Verwirrung, sondern Reichsfreudigkeit erzielt, kulturkämpferischen Gelüsten von vornherein die Spitze abbricht, oberste Grundsätze unseres Rechtslebens mit Verfassungssicherungen ausstattet und so das ihrige zu der staatsbürgerlichen Erziehung der Nation beitragen werde. Möchten der Zukunftsglaube und die Lebenshoffnung, welche diese Grundrechte und Grundpflichten geschaffen haben, nicht zu schanden werden! Sie werden es nicht, wenn das deutsche Volk sich nicht selbst aufgibt.

Groß-Preußen?[1]

Von Eduard Wintrich.

Deutschland in ein Groß-Preußen umzuwandeln ist das Ziel der preußischen Politik. Das neue Preußen, das in seinen Regierungsmethoden sich vom alten auch in gar nichts unterscheidet, ist der Hort des äußersten Partikularismus. Um den Verdacht von sich abzulenken, erklärt es stets, es sei bereit, für das Reich alle Opfer zu bringen, dagegen die süddeutschen Staaten, besonders Bayern, verharrten kleinlich und eifersüchtig auf ihren Reservatrechten.

Das Weimarer Parlament ist seiner Natur nach als deutsche Nationalversammlung, wie seine große Vorgängerin von 1848 zentralistisch gerichtet. Sehr viele seiner Beschlüsse leiten den deutschen Einheitsstaat, die großdeutsche Republik ein. Das Verkehrswesen wird auf das Reich übergehen, das Heerwesen ist bereits übergegangen. Die neue Verfassung greift tief in das Leben, sogar in das kulturelle Leben der bisherigen Bundesstaaten ein. Innerhalb dieses zur unitarischen Republik vorwärts schreitenden Deutschland ist Preußen seiner Ausdehnung und Bevölkerungszahl nach ein ganz übermächtiger Faktor. Es ist hier leicht, von einer Einheitsrepublik zu reden, sie zu empfehlen, weil eben Preußen in dieser Republik nicht aufgehen wird, sondern notwendig alle anderen Länder verschlingen muß.

Man hat in Preußen ganz deutlich folgenden Plan sich zurechtgelegt: Die Bundesstaaten müssen verkehrstechnisch und finanztechnisch vollkommen unterhöhlt werden, bis sie reif sind, im Reiche aufzugehen. Dann hat natürlich auch Preußen kein Interesse mehr daran, selbst als Bundesstaat angesprochen zu werden, denn infolge seiner wirtschaftlichen Vormachtstellung wird es ja schon von jetzt an immer mehr die anderen Bundesstaaten zu seinen Provinzen machen. Der Enderfolg ist dann ein Großpreußen.

Vorläufig kann Preußen allerdings noch nicht zu diesem Schlage ausholen. Die Bundesstaaten sind noch zu mächtig, zu sehr ihrer Selbständigkeit bewußt. Deshalb hat Preußen es in Weimar durchgesetzt, daß sein Bestand vorläufig durch den Artikel 18 verfassungsmäßig gesichert wird. Denn Preußen wird nicht durch die gemeinsame Liebe des „preußischen Volkes", das gar nicht existiert, zusammengehalten, sondern sein Bestand ist eine Fortsetzung der alten preußischen Eroberungspolitik. Die Teile des Landes streben deutlich auseinander. Die Rheinländer wollen nicht mehr bei Preußen bleiben, die Hannoveraner desgleichen, auch Hessen wünscht seine frühere Selbständigkeit und in Schleswig-Holstein verbreitet man Aufrufe für eine eigene Volksrepublik. Danach wäre es nicht allzu schwer, jetzt eine territoriale Neuregelung Preußens und damit eine gesunde bundesstaatliche Ordnung ganz Deutschlands zu finden. Dadurch würde aber der überwiegende Einfluß Preußens zerbrochen und deshalb muß jetzt vorläufig sein Bestand gesichert werden.

Wie man sich die Sache denkt, das erhellt deutlich aus allerlei Presseäußerungen. Am deutlichsten wird dabei die Rheinisch-Westfälische Zeitung, die in diesem Punkte mit den Blättern der Linken durchaus einig geht. Der Unterschied ist nur der, daß die Blätter der Linken in Preußen einen festen Hort des Sozialismus sehen, dagegen die Rechte von einem starken Preußen die Reaktion und die Revanche erwartet. In der Rhein.-Westf. Zeitung vom 18. Juli liest man: „Es ist in Weimar zugunsten der deutschen Einheit manches erreicht, was noch vor kurzer Zeit als unerreichbar galt; die Militär- und Verkehrsfrage insbesondere scheinen einer Lösung entgegenzureifen, die den deutschen Einheitsstaat von ferne erblicken läßt, und auch die steuerpolitischen Notwendigkeiten weisen in derselben Zielrichtung. Aber noch längst nicht ist dieser Prozeß so weit gediehen, daß wir uns ganz der einheitstärkenden Kraft der künftigen Reichsverfassung anvertrauen, daß wir Preußen als Reichskern zerschlagen könnten. Der deutsche Partikularismus ist nicht umgebracht, bis die deutschen Mittelstaaten sich zum Reiche in eine Stellung begeben, die etwa der von Preußen jetzt geplanten

[1] Mancherorts aufzüngelnde Flammen geben Zeugnis von einem unter der Oberfläche glimmenden Feuer. Eine leichtfertige Unterschätzung und blinde Nichtbeachtung dieser Vorgänge wäre von größter Gefahr für die politische Zukunft und Einheit unseres deutschen Vaterlandes, der doch gerade jetzt beim beginnenden Neuaufbau unsere ganze Sorge gewidmet sein muß. Demgegenüber betrachtet es die „A. R." als eine Gewissenspflicht, durch Ermöglichung einer freimütigen öffentlichen Aussprache zur Klärung beizutragen und in der Diskussion auch solche Verfasser zu Worte kommen zu lassen, deren Ausführungen sie nicht von vornherein und in allen Teilen zustimmt. D. Red.

Provinzialautonomie entspricht und bis der Hauptträger des deutschen Partikularismus, der bayerische Staat, auf seine Sonderstellung verzichtet und gleich Preußen, seinen natürlichen Bestandteilen den Weg zu einem autonomen Eigenleben bereitet."

Das ist deutlich. Bayern soll zuerst einmal zu einer deutschen Provinz neben dem übermächtigen Preußen herabgedrückt werden, ehe man in Preußen daran denkt, die übermächtige Sonderstellung aufzugeben. Das wäre ein Unheil für die deutsche kulturelle Entwicklung. Preußen wäre dann in der Lage, Deutschland nach seinem Bedürfnisse und seinem Gefallen in Provinzen mit einiger Autonomie einzuteilen. Das wäre dann aber nichts anderes, als wie ein Großpreußen. Am Rhein glaubt man zum Segen Deutschlands einen anderen Weg gehen zu sollen. Wir müssen zuerst einmal die Autonomie der natürlichen nach Stämmen geschiedenen deutschen Gebiete haben, ehe wir der Vereinheitlichung entgegengehen können. Nicht Preußen soll die Einheit aus sich schaffen, sondern die Stämme sollen zu einer Einheit zusammenwachsen. Damit diese Einheit eine gesunde wird, müssen die Stämme nach ihrer Kraft gleichberechtigt zur Einheit mitwirken, sie können sich nicht unter die Autokratie Preußens beugen.

Man versteht am Rhein nicht recht den Widerstand, der von Bayern aus gegen eine Rheinische Republik geleistet wird. Es wird seitens Bayerns befürchtet, daß gerade durch eine Aufteilung Preußens dessen Gesamteinfluß im Staatenhaus übermächtig werden würde. Das ist keineswegs der Fall; denn im Gegenteil würde eine Rheinische Republik viel eher Anlehnung an die süddeutschen Staaten gegen Preußen suchen. Denn die kulturellen und geistigen Interessen sind für Süddeutschland und den Westen einander gleich. Gelingt aber Preußen die Errichtung der Einheitsrepublik mit autonomen Reichsprovinzen, etwa vom Umfang Bayerns, worauf jetzt sein Streben hinausgeht, dann wird das, wie die Dinge jetzt liegen, zu einer Unterdrückung der geistigen und kulturellen Interessen des Westens und Südens führen. Deshalb muß unser Ziel eine Bundesrepublik sein, die aus der Selbständigkeit der Einzelländer und einzelnen Stämme zusammenwächst. Nur so kann Bayern seine berechtigte Eigenart und Selbständigkeit bei der Neuordnung des Reiches entscheidend mit in die Wagschale werfen.

Der Artikel 18, der die Initiative zu einer territorialen Neueinteilung den einzelnen Landesteilen überläßt, ist trotz der Verklausulierungen bei der praktischen Durchführung in seinem Grundgedanken gesund. Wäre er ohne die Sperrfrist von zwei Jahren rechtens geworden, so konnte daraus nur Segen für Deutschland erwachsen. Die Trennungsbestrebungen in den verschiedenen preußischen Landesteilen würden dadurch einer baldigen legalen Lösung entgegengeführt. Durch die Sperrfrist aber wird die Uneinigkeit, die wir doch heute gar nicht gebrauchen können, in Permanenz erklärt. Faktisch werden die Bestrebungen gar nicht zu einem Ergebnis führen, weil Preußen die Zeit nutzen wird, um wirtschaftlich den bundesstaatlichen Charakter des Reiches vollkommen zu unterhöhlen. Dann aber ist das Resultat nur ein Großpreußen. Das kann innerpolitisch nicht zum Segen werden, und außenpolitisch muß es mit dem Erstarken des großpreußischen Nationalismus zu Verwicklungen führen.

Weltrundschau.

Von Fritz Nienkemper, Berlin.

Die neue Verfassung des Reiches.

Ihr Geburtstag fiel zusammen mit dem fünften Jahrestag des Kriegsbeginnes. Mit dem Kaiser und den verbündeten Fürsten zogen wir hoffnungsvoll hinaus in den Kampf. Von Sieg zu Sieg; aber bis zum Endsieg langten die Kräfte nicht aus. Die Wehrmacht wurde aufgerieben, die Throne fielen, die alten Führer versanken; nur das Volk rettete sein nacktes Leben aus dem Schiffbruch. Denken wir an all die Schicksalsschläge, die Krisen und Gefahren des letzten Jahres zurück, so ist es eigentlich zu verwundern, daß wir jetzt schon zu einer neuen Verfassung gelangt sind, die das gequälte Reich wieder unter Dach und Fach bringt.

Mit 262 gegen 75 Stimmen ist die neue Verfassung angenommen worden. Eine überraschend starke Mehrheit, wenn man in Betracht zieht, wie zahlreiche und gewichtige Streitfragen in dem umfangreichen Grundgesetze behandelt wurden. Die bescheidene Zahl der „Nein" vereinigt die Extremen von rechts und von links, wie schon häufig bei anderen Abstimmungen. Die Konservativen wehrten sich gegen die republikanische Grundlage, die Nationalliberalen gegen den sozialistischen Einschlag der Verfassung, obschon beides unter den obwaltenden Verhältnissen unvermeidlich ist. Die Unabhängigen wollten im Gegensatze dazu noch über das demokratische Prinzip hinausgehen und die Klassenherrschaft in der Verfassung begründet sehen. Für den Fortbestand der Verfassung liegt die Gefahr nicht in dem Widerspruch von rechts, da von dort eine Gegenrevolution nicht zu erwarten ist und überhaupt eine Rückkehr zur Monarchie nur denkbar erscheint auf dem Wege eines Umschwunges in der Volksseele und einer entsprechenden legalen Abänderung der Verfassung. Gefährlicher ist die Wühlerei der vorläufig noch kleinen, aber außerordentlich rührigen und ganz gewissenlosen Gruppen der Unabhängigen und Kommunisten. Die „Diktatur des Proletariats" wird immer noch angestrebt, obschon soeben in Ungarn das bolschewistische Experiment gescheitert ist. Gegen die Streiks und Putsche, die für diesen neuen Umsturz Vorarbeit leisten sollen, müssen sich alle wehren, die das neue Grundgesetz zu schätzen wissen.

Vom Standpunkt der gesetzgeberischen Technik stellt sich die neue Verfassung als ein Meisterwerk dar, das in keiner Konstitution der Welt seinesgleichen findet. Das Prinzip der Volkssouveränität, das den einzig brauchbaren Grundstein bildet, ist folgerichtig durchgeführt worden, aber dabei so viel Rücksicht auf die Minderheit und so viel Vorsicht gegenüber Mißbrauch der jeweiligen Macht gewahrt, daß sich mehrfach ein konservativer Zug in dieser „demokratischsten" Verfassung zeigt. Der Reichstag wird freilich der Inhaber der höchsten Macht; doch auch er bekommt sein Gegengewicht. Abgesehen vom Reichsrat als eine Art Herrenhaus steht neben ihm der Reichspräsident als unmittelbarer Erwählter des Volkes, der gegen bedenkliche Entschlüsse des Parlamentes das Plebiszit, den Volksentscheid, anrufen kann.

Vorsicht und Mäßigung bekunden sich auch in dem Punkte der Sozialisierung. Die Fortentwicklung des Arbeiterrechts wird entschieden angebahnt, auch den „Räten" in den Betrieben Mitwirkung gewährt, aber doch der private Unternehmungsgeist soweit geschont, daß er seine heilsame Triebkraft auch fernerhin entfalten kann.

Besonders wertvoll sind die Grundrechte für die Kirchen-, Schul- und Familienpolitik. In dem Schutz der bestehenden Rechtslage auf diesen Gebieten zeigt die Verfassung ein wahrhaft konservatives Gesicht. Das war nur zu erreichen auf dem Wege des Kompromisses. Um eine recht breite parlamentarische Basis für das Verfassungswerk zu finden, zog man auch die demokratische Partei aus ihrem Schmollwinkel heraus. Die von ihr verlangte Revision des Schulkompromisses blieb glücklicherweise ungefährlich, da nur den bestehenden simultanen Grundschulen eine formelle Artigkeit erwiesen, die praktischen Garantien für die christliche Erziehung aber aufrechterhalten wurden: nämlich das Recht der Eltern, eine öffentliche Konfessionsschule zu fordern oder im Notfalle eine Privatschule zu errichten, die Bindung der einzelstaatlichen Schulpolitik an das Reichsgesetz und die Festlegung des bestehenden Schulrechts bis zum Erlaß dieses Gesetzes.

Viel Geschmeidigkeit und auch Opferwilligkeit forderten Regelung der Kompetenzen von Reich und Gliedstaaten sowie des Verfahrens bei Umbildung der Gliedstaaten. Da konnten nicht alle Ansichteu und Wünsche befriedigt werden. Der Zug der Zeit, der Zwang der inneren Aufgaben und der äußeren Bedrängnisse führt zu einer starken Zentralisation. Was für den Föderalismus noch zu retten war, hat die Verfassung festgehalten.

Ein Werk der Kompromisse. Das ist aber kein Makel. Denn erstens ist alles so geschickt verarbeitet, daß das Ganze sich als flottes Ergebnis eines Gusses darstellt, und zweitens bot die Verständigung unter den positiven Parteien überhaupt die einzige Möglichkeit, dem deutschen Volk eine Verfassung zu geben, die in der Volksseele Anklang und Halt finden kann.

Bis zu den verfassungsmäßigen Neuwahlen ist auch der Bestand der Regierung gesichert, die am Schlusse der Programmdebatte das von der Rechten beantragte Mißtrauensvotum mit 243 gegen 53 Stimmen abgelehnt und dann das Vertrauen in einfacher Abstimmung mit großer Mehrheit ausgesprochen wurde.

Das Weißbuch zur Geschichte des Waffenstillstandes.

Auf die Enthüllungen aus 1917 sind nun solche aus 1918 gefolgt. (Ueber die Enthüllungen Erzbergers vgl. die Ausführung des Herrn Univ.-Prof. Geh. Rat Dr. v. Grauert auf S. 459 dieses Heftes. D. Red.) Die Akten, welche das Weißbuch bringt, bestätigen in der Hauptsache die Nachrichten über das Schwanken der Obersten Heeresleitung, die bisher schon bekannt gewesen

waren. Am 8. August, nach dem gewaltigen und erfolgreichen Angriffe der Feinde, war es vollständig besiegelt, daß wir den Krieg nicht durchhalten konnten und um Frieden nachsuchen müßten. Der gebotene Schritt wurde noch um einen Monat verschleppt, weil man einen „günstigen Moment" abwarten wollte. Der günstige Moment kam nicht, aber gegen Ende September hielt General Ludendorff die Lage der Armeen für so gefährlich, daß er mit aller Kraft auf der sofortigen Absendung der telegraphischen Friedensbitte an den Präsidenten Wilson bestand, im ungünstigsten Moment, da gerade die neue Regierung des Prinzen Max sich bildete und die Absendung des Telegrammes vor der regelrechten Konstituierung als Beweis der völligen Erschöpfung gelten mußte. Als nun im Oktober die Verhandlungen mit Wilson im Gange waren, schöpfte die Heeresleitung auch neuen Mut und wollte auf unsichere Hoffnungen hin den Friedensschritt rückgängig machen. Prinz Max von Baden, der überhaupt bei den Enthüllungen gut abschneidet, widerstand! Als nun Erzberger die Verhandlungen über den Waffenstillstand führte, mußte die Oberste Heeresleitung wieder die pessimistische Ansicht gelten lassen und auf der unbedingten Annahme auch ohne die gewünschten Milderungen bestehen. Der Eindruck der Zerfahrenheit und Nervosität ist traurig. Deutschland war tatsächlich erschöpft, auch in der Kraft der Männer, die zur militärischen Führung berufen waren.

Der Sturz der Räteregierung in Ungarn.

Das Nachäffen der russischen Sowjetwirtschaft in Ungarn hat 4½ Monate gedauert und schreckliche Opfer an Gut und Blut gefordert. Jetzt endlich ist die tolle Wirtschaft von Bela Kun zusammengebrochen, ebenso kläglich, wie das kürzere Kommunistenspiel in München. Unter dem doppelten Druck der Blockade und der rumänischen Truppen. Bela Kun ist nach Oesterreich geflüchtet und dort interniert worden; der Henker Szamuely hat sich selbst gerichtet.

Die Erlösung Ungarns vom bolschewistischen Joche ist erfreulich; aber nun steckt es erst recht im Joche der Entente.

Unter der Allmacht der Entente im Donaugebiet seufzt auch immer noch Deutsch-Oesterreich, das nicht zu einem erträglichen Frieden kommen kann. Sein Außenminister Bauer ist aus Verzweiflung über das Fiasko seiner Friedens- und Anschlußpolitik zurückgetreten. Wenn Deutsch-Oesterreich dem Ruin entgeht, wird man es in einen Donaubund mit fremdartigen und feindseligen Staaten zwingen. Die Völker auf den Trümmern der habsburgischen Monarchie haben noch mehr zu leiden als das schwer geprüfte Deutschland. Als einen weiteren Schritt zu geordneten Verhältnissen können wir wenigstens die Verheißung des Friedens durch den Friedensausschuß der französischen Kammer vom 2. August buchen.

Sommertag.

Die holde Schönheit eines Sommertags
Ruht auf der reichen, blumenfrohen Welt,
Der Westwind fächelt leichten Flügelschlags
Das körnerschwere, reiche Garbenfeld.

Schneeweisse Wölkchen schwimmen hoch im Blau
Des Sommerhimmels, duftig hingehaucht
Und kühn und wuchtig steht des Waldes Bau
Am Horizont, in goldnen Glanz getaucht.

Von freier Halde schwebt der trunk'ne Blick
Hinab ins Tal, wo träumend hingelehnt,
In traut verschwieg'nem, stillem Sommerglück
Sich malerisch das schmucke Dörflein dehnt.

Bis zu dem Grunde, wo die Mühle steht,
Und von den Hollerbüschen grünumkränzt,
Das Wasser schäumend durch die Speichen geht
Und im Versprüh'n wie flüssig Silber glänzt. —

Ein Hochgefühl hebt die befreite Brust,
Die Seele taucht die Schwingen glückbereit,
Der rings erblühten Schönheit vollbewusst
Hinein in all die Sommerherrlichkeit.

Josefine Moos.

Aus Graf Hertlings Bibliothek und von einer „Graf Hertling-Stiftung zur Förderung der Görres-Gesellschaft".

Von Univ.-Prof. Geh. Rat Dr. Hermann v. Grauert, München.

(Schluß.)

Den Frieden als Abschluß des schrecklichen Weltkrieges hat allerdings Graf Hertling erstrebt seit dem Ende des Jahres 1914. Wenn ihn bei Uebernahme der Reichskanzlerwürde irgendein ehrgeiziger Gedanke beseelt hat, so ist es das Verlangen gewesen, seinem Vaterlande wie der Menschheit einen ehrenvollen Frieden vermitteln zu helfen. Deshalb konnte ihm der gelehrte französische Benediktiner P. Germain Morin seine in einer Wolfenbütteler Handschrift entdeckten bisher ungedruckten Sermone des heiligen Augustinus in der typographisch glänzend ausgestatteten Köselschen Ausgabe von 1917 widmen mit dem schönen, ergreifenden Elogium:

Georgio
Comiti de Hertling
Magni Aureli Augustini
Sedulo Indagatori
Inter furentis orbis incendia
Hoc Monumentum Pacis Catholicae
Animo grato venerabundo
D D

Leise ließ Graf Hertling den Wunsch nach Frieden bereits anklingen, als er am Ende des Jahres 1914 in seiner Eigenschaft als Präsident der Görres-Gesellschaft die Ergebenheitsadresse unterzeichnete, welche die Gesellschaft unter dem 31. Dezember 1914 an den neugewählten Papst Benedikt XV. richtete. Da las der Papst und da lasen später die Mitglieder der Gesellschaft den Hinweis auf Noë, welcher während der großen Flut aus der Arche den Raben und dann die erste Taube und nach ihr die zweite ausfliegen ließ: et quanto gaudio exultabit anima tua, cum revertetur ad vesperam, portans ramum olivae virentibus foliis in ore suo, et cum ille dies illuxerit, quem patienter expectas, quo arcus pacis extendetur super filios hominum variis linguis loquentes!

Neun Monate später, am 21. September 1915, ist der Vorstand der Görres-Gesellschaft unter dem Vorsitze des Grafen von Hertling im Hotel Union in München zu einer Sitzung zusammengetreten. Bei dieser Gelegenheit erzählte der bayrische Staatsminister im vertrauten Kreise, er habe vor nicht zu langer Zeit den Reichskanzler gesprochen und ihm die Hoffnung ausgedrückt, bis zum November 1915 Friedensverhandlungen eröffnet zu sehen. Graf Hertling ist allezeit und bis an das Ende seiner eigenen Kanzlerschaft eine optimistische, hoffnungsfreudige Natur gewesen. Wie von ihrem geliebten Dante, so könnte Beatrice jetzt in den Räumen des Himmels vom Grafen von Hertling die Worte sprechen (Paradiso XXV, 52 f.):

La Chiesa militante alcun figliuolo
Non ha con più speranza.
Die Kirche hat, die streitende, auf Erden
An Hoffnung keinen größeren Sohn.

Herrn von Bethmanns Seele war im Herbst 1915 von starken Zweifeln erfüllt. Er erwiderte dem bayerischen Minister, er sehe leider noch kein Anzeichen von Friedenswilligkeit auf seiten der Gegner. So war es wohl auch. Unsere Kriegslage war im Herbst 1915 vornehmlich im Osten nach dem großen Siegeslaufe, welcher der siegreichen Durchbruchsschlacht von Gorlice gefolgt war, eine glänzende. Polen bis über Wilna und Brest-Litowsk war in unserer Gewalt, ebenso Kurland und Litauen. Im Westen hatten wir in der zweiten Hälfte des September 1915 Rückschläge erlitten südwestlich von Lille und in der Champagne zwischen Reims und den Argonnen. Aber die Oberste Heeresleitung war voller Zuversicht auf den Endsieg und von dem gleichen Geiste war der Admiralstab beseelt.

Nach dem katastrophalen Ausgange, welchen trotz alledem der Weltkrieg für uns genommen hat, werden wir immer von neuem und auf lange hinaus die Frage erheben, ob dieser Krieg wirklich unvermeidlich gewesen ist. Wenn man dabei die Psychologie der politisch führenden Kreise in Frankreich wie in Rußland seit dem Jahre 1912 tiefer zu ergründen sucht, so wird man den Krieg wie ein verhängnisvolles Fatum seit diesem Jahre den Völkern Europas näher auf den Leib rücken sehen: Rußland verlangte

nach Konstantinopel, nach dem Bosporus und nach den Dardanellen und Frankreich begehrte nach dem Besitze von Elsaß-Lothringen. Der französische Patriot und Katholikenführer Graf Albert de Mun hat im Angesichte des fortdauernden Balkankrieges und unter dem frischen Eindrucke der eben in Versailles vollzogenen Wahl des Herrn Raymond Poincaré zum Präsidenten der französischen Republik am 18. Januar 1913 im „Echo de Paris“ sich dahin ausgesprochen: Ganz Europa rüste sich in seiner Ungewißheit und Unruhe auf einen unvermeidlichen Krieg, dessen Stunde und unmittelbare Veranlassung noch verborgen seien, der aber mit der unversöhnlichen Sicherheit des Schicksals näher rücke, während Europa noch immer tastend versuche, ihn zu vermeiden. So habe im Jahre 1869 Prévost-Paradol den Zusammenstoß zwischen Frankreich und Preußen voraus verkündigt, die wie zwei Lokomotiven auf demselben Geleise face à face gegen einander losgelassen worden seien. Die Regierungen könnten es versuchen, die Bremsvorrichtungen schärfer anzuziehen. Der Krieg hänge nicht von ihnen ab. Er gehe aus der Macht der Verhältnisse hervor, aus diesen Imponderabilien, welche Bismarck auf dem Grunde der Geschichte erkannt habe.[1] — Im Frühjahr 1913 fand das französische Künstler-Ehepaar Frédéric und Jeanne Régamey in einem gegen Deutschland gerichteten überaus gehässigen Buche L'Allemagne ennemie, es gäbe in Europa 20 Millionen Deutsche zu viel. Europa könne erst in Frieden leben, wenn es sich diese 20 Millionen Deutsche vom Halse geschafft haben werde, d'une façon ou d'une autre. Die Methode dieses Entlastungsprozesses wird demnach vollkommen frei gegeben. — In der Bibliothek des Grafen von Hertling finden wir das hochinteressante Buch eines ganz anders gearteten, geistig vornehmen Franzosen, der in Jahrzehnte lang fortgesetzten ernsten Studien und auf oft wiederholten Reisen sich zu der Höhe eines wirklich ausgezeichneten Kenners des wirtschaftlichen, politischen und geistigen Lebens in Deutschland emporgearbeitet hat: Ich meine Georges Blondels Buch: Les embarras de l'Allemagne. Erstmals im Sommer 1912 bei Plon-Nourrit in Paris erschienen, hat es zu Beginn des Jahres 1913 bereits die sechste Auflage erlebt. Die letztere ist mit der Hertlingschen Bibliothek in das Eigentum der Görres-Gesellschaft übergegangen, während ich selbst die erste Auflage besitze. In dreizehn Kapiteln werden hier die Verlegenheiten und Schwierigkeiten Deutschlands behandelt, die Unvollkommenheiten der Reichsverfassung, finanzielle, parteipolitische, wirtschaftliche Schwierigkeiten, das Wachsen des Sozialismus, die Wahlreform in Preußen. Das elfte Kapitel legt den Finger auf die Schmerzenskinder Polen und das Elsaß. Das zwölfte ist den auswärtigen Sorgen gewidmet. Wie Graf de Mun so stellt auch Georges Blondel den welthistorischen Gegensatz zwischen den Völkern der slawischen und denen der germanischen Rasse als einen entscheidenden Faktor in seine politischen Berechnungen ein. Frankreich aber war seit Jahrhunderten der Verbündete der Slawen. Aufmerksam verfolgt Blondel bei alledem den sich verschärfenden Gegensatz, welcher Deutschland von England getrennt hielt, und die dafür enger werdende Verbindung zwischen Frankreich und Großbritannien. Sorgfältig verzeichnete er einen Artikel aus dem Juni-Hefte der englischen Zeitschrift The Nineteenth Century 1912, welcher den ominösen Titel trägt: „Das Fiasko des nach-Bismarckischen Deutschland“. Der Verfasser, J. Ellis Barker, weist auf die Erfolge der Bismarckischen Politik hin. Seitdem sei Deutschland von einem Mißerfolg in den anderen geraten. Seine alten Freunde habe es sich entfremdet und neue Feindschaften sich zugezogen. Bismarck habe Wert gelegt auf die britische Freundschaft. Indem Deutschland eine anti-englische Politik eingeschlagen habe, sei England in die Arme Frankreichs und Rußlands getrieben worden. Der einst so starke Dreibund sei geschwächt. Auf Italien werde Deutschland im Ernstfalle nicht rechnen können. Die Tripel-Allianz bestehe nur noch auf dem Papier. In einem Kriege gegen Frankreich würde Deutschland von Italien keine Hilfe erwarten können und noch weniger in einem Kriege gegen England oder gegen England und Frankreich, die miteinander verbündet wären.[2])

Diese Prognose hat sich leider allzu sehr als wahr erwiesen. Hätten wir sie in den kritischen Juli-Wochen des Jahres 1914 in ihrer vollen Tragweite gewürdigt, so hätte sich der Ausbruch des Weltkrieges vielleicht hinausschieben lassen. Erspart blieb er uns allem Anscheine nach für längere Zeit, wenn es uns gelungen wäre, durch Beschränkung unserer Rüstungen zur See, etwa bei Gelegenheit der Berliner Mission des Lord Haldane im Frühjahr und Sommer 1912 eine dauernde Verständigung mit England zu erzielen.

Eine andere Möglichkeit der Friedenssicherung hätte sich durch eine Verständigung mit Frankreich dargeboten, wenn wir über Elsaß-Lothringen mit uns reden ließen. Wenn sie rechtzeitig eingeleitet wäre, so hätte dabei die Rückgabe des Landes an Frankreich noch nicht in Betracht zu kommen brauchen. Die Erhebung des Reichslandes zum selbständigen deutschen Bundesstaate hätte im Sommer 1911 beruhigende Wirkungen hervorbringen können[3]). Die Panther-Fahrt nach Agadir hätte zur gleichen Zeit freilich etwas weniger demonstrativ in Szene gesetzt werden sollen. Immerhin war der Figaro bereits in der ersten Hälfte des Juli 1911 in der Lage, nach einer deutschen Quelle die bestimmte Erklärung abzugeben, daß Deutschland nicht beabsichtige, sich in Marokko festzusetzen. — Ob der von einem französischen Politiker im Jahre 1902 gemachte Vorschlag, aus einem, um das französische Lothringen zu vergrößernden Elsaß-Lothringen einen neutralen Pufferstaat „Groß-Lothringen“ zu bilden, auch noch bis in die erste Hälfte des Weltkrieges gangbar gewesen wäre, etwa noch im Spätherbst 1915, läßt sich jetzt selbstverständlich nicht mehr mit Sicherheit entscheiden[4]). Immerhin spricht einige Wahrscheinlichkeit zugunsten der Möglichkeit eines solchen friedlichen Ausgleichs.

Ein Ausgleich mit Frankreich würde jedenfalls auch die Verständigung mit England erleichtert haben. Die „Unruhe“ Europas lag vor dem Kriege freilich dauernd im russischen Panslawismus[5]).

Leider habe ich den oben erwähnten französischen Vorschlag aus dem Jahre 1902 erst im Spätherbst 1918 kennen gelernt. Hätte ich früher von ihm gewußt, so würde ich Gelegenheit gesucht haben, dem Grafen von Hertling darüber Bericht zu erstatten.

* * *

Vorstehenden Ausführungen, welche bis auf einige kleine Einschübe am Freitag, den 25. Juli d. J. vormittags der Redaktion der „Allgemeinen Rundschau“ übergeben wurden, lasse ich hier noch einige wenige Bemerkungen zu den Verhandlungen der Deutschen Nationalversammlung nachfolgen, die sich in Weimar am 25. Juli und unmittelbar darauf abspielten. Die Enthüllungen des Herrn Reichsministers Erzberger über den von Sr. Exzellenz dem Apostolischen Nuntius Msgr. Pacelli nach Berlin übermittelten sogenannten englischen Friedensfühler vom August 1917 verlieren einen Teil ihres sensationellen Charakters, wenn man sich daran erinnert, daß es sich dabei nur um eine präliminare Vorfrage handelte, welche der vollen Unabhängigkeit Belgiens galt. Selbstverständlich sollten mit dieser Vorfrage nicht die eigentlichen Friedensbedingungen irgendwie erschöpfend angedeutet oder umschrieben sein. Im Hintergrunde stand Frankreichs Forderung, die auf die Abtretung von Elsaß-Lothringen gerichtet war. Herr Alex. Ribot, der bis zum 7. September 1917 französischer Ministerpräsident war, hat uns das soeben noch im Pariser „Temps“ mit ausreichender Deutlichkeit in die Erinnerung gerufen (vgl. „Münchener Neueste Nachrichten“ Nr. 299 vom 30. Juli 1919 S. 1). Wir kannten diese Forderung Frankreichs seit langem. Herr Michaelis hat bereits als Reichskanzler im Hochsommer 1917 die sensationelle Enthüllung gemacht über den Vertrag, welchen Frankreich im Januar 1917 mit dem damals noch aufrecht, aber dicht vor dem Zusammenbruch stehenden zaristischen Rußland abgeschlossen hat, um sich mit Rußlands Hilfe nicht nur Elsaß-Lothringen, sondern auch das deutsche Saarbecken zu sichern. Im März 1917 ist der Brief des Kaisers Karl von Oesterreich an seinen Schwager, den Prinzen Sixtus von Bourbon-Parma, geschrieben worden, welcher trotz späterer Ableugnung auch von der Abtretung Elsaß-Lothringens handelte. Im Juni 1917 drängte Hofrat Lammasch beim Grafen Czernin in Wien darauf, er solle Deutschland eventuell durch ein Ultimatum zur Aufgabe des Reichslandes willig machen. In seiner

[1]) Comte Albert de Mun, L'heure décisive, Paris 1913 p. 118.

[2]) G. Blondel, Les embarras de l'Allemagne 6. édit. p. 255—257.

[3]) G. Blondel, a. a. O. p. 200—210.

[4]) Ueber das hier in Betracht kommende französische Buch: Les Etas-Unis d'Europe et la question d'Alsace-Lorraine par un Européen. Paris, Société Parisienne d'édition 1902 vergleiche man meine Abhandlung „Zur Geschichte des Weltfriedens, des Völkerrechtes und der Idee einer Liga der Nationen“ im Historischen Jahrbuch der Görres-Gesellschaft 1918/19. Doppelheft 1 u. 2 § XXIX S. 197—203.

[5]) Man vergleiche dafür den § XXX S. 203 ff. der eben angeführten Abhandlung.

Wiener Rede vom 11. Dezember 1918 hat Graf Czernin sich in aller Offenheit dahin ausgesprochen, wie er seit Anfang 1917 sich bemüht habe, Deutschlands Bereitwilligkeit zu einem Frieden mit territorialen Opfern im Westen zu erwirken.[6])

Auch Präsident Wilson hat in seiner am 22. Januar 1917 an den amerikanischen Senat gerichteten Botschaft, zu einer Zeit also, da Amerika noch nicht in den Krieg eingetreten war und Wilson noch den Frieden zu vermitteln gedachte, diesen Frieden nicht etwa, wie Prof. Dr. von Schulze-Gävenitz irrtümlich gemeint hat, auf der Grundlage eines deutschen Elsaß-Lothringen vermitteln wollen. Wenn man diese Botschaft richtig interpretiert, so ist auch in ihr implicite das Verlangen nach einer Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich enthalten.[7]) Auch der Papst nimmt in seiner bedeutsamen Friedenskundgebung vom 1. August 1917 Gebietsabtretungen in Aussicht, welche Deutschland im Westen und Oesterreich im Süden hätten machen müssen.[8])

Nach alledem konnte Herr von Kühlmann als Staatssekretär an der Spitze des Deutschen Auswärtigen Amtes in der Reichstagssitzung vom 9. Oktober 1917 auf eine Kundgebung des englischen Parlamentariers und ehemaligen liberalen Premierministers Mr. Asquith Bezug nehmen. Herr von Kühlmann sagte bei dieser Gelegenheit: „In der neuesten Rede hat Mr. Asquith, wie ein liberales Blatt, der „Manchester Guardian", mit Recht hervorhebt, die Forderung nach der Rückgabe Elsaß-Lothringens als vollkommen gleichwertig neben die Forderung der Wiederherstellung Belgiens gestellt und damit die Dinge allerdings so charakterisiert, wie sie sich für mich nach sehr eingehendem Studium der gesamten Lage . . . mit vollkommen überzeugender Deutlichkeit darstellt. Die Frage, um die heute die Völker Europas kämpfen und ihr Blut vergießen, ist nicht in erster Linie die belgische. Die Streitfrage, um derentwillen Europa mehr und mehr in einen Schutthaufen verwandelt wird, ist die nach der Zukunft Elsaß-Lothringens. England hat sich nach zuverlässigen Nachrichten, die wir besitzen, Frankreich gegenüber diplomatisch verpflichtet, so lange mit seiner gesamten Staatsgewalt und mit seinen Waffen für die Rückgabe Elsaß-Lothringens einzutreten, als Frankreich selbst an dieser Forderung festhält . . .

. . . Auf die Frage: kann Deutschland in Elsaß-Lothringen Frankreich irgendwelche Zugeständnisse machen? — haben wir nur eine Antwort: nein! niemals! Solange eine deutsche Faust eine Flinte halten kann, kann die Unversehrtheit des Reichsgebiets, wie wir sie als glorreiches Erbe unserer Väter übernommen haben, nicht Gegenstand irgendwelcher Verhandlungen oder Zugeständnisse sein. Elsaß-Lothringen ist Deutschlands Schild und das Symbol der deutschen Einheit. . . . . . Die wesentlichen Grundzüge unseres politischen Verhaltens sind von allen maßgebenden Faktoren nach eingehender und sorgfältiger Beratung festgelegt, und soweit ich die Weltlage zu überblicken imstande bin, gäbe es außer den französischen Wünschen auf Elsaß-Lothringen kein absolutes Hindernis für den Frieden".

Im unmittelbaren Anschluß an diese Rede des Staatssekretärs erhob sich der Abgeordnete Dr. Gradnauer von der sozialistischen Partei, heute Ministerpräsident im ehemaligen Königreich Sachsen, um seinerseits zu erklären, alle französischen Hoffnungen auf Elsaß-Lothringen seien zum Scheitern verurteilt. Die Frage der Auslieferung dieser Lande an Frankreich könne bei uns von niemandem in die Erörterung gezogen werden. Eindringlich ermahnte Dr. Gradnauer das französische Volk, zu der Auffassung des unvergeßlichen Jaurès zurückzukehren, die dieser im April 1911 ausgesprochen habe. Dr. Gradnauer zitierte am 9. Oktober 1917 die Worte des am 31. Juli 1914 in Paris ermordeten berühmten französischen Sozialistenführers, die auch heute noch in die Erinnerung zurückgerufen zu werden verdienen. Jaurès hatte gesagt: „Eine auf eine deutsch-französische Verständigung gegründete Politik würde die Demokratisierung Deutschlands beschleunigen, indem sie den Vorwand für den preußischen Militarismus aus der Welt schafft. In diesem demokratischen Deutschland könnte Elsaß-Lothringen eine Autonomie erhalten, die ihm erlaubt, ungestört seine französischen Erinnerungen zu pflegen und die Kultur der beiden versöhnten Völker harmonisch zu verschmelzen."

In der gleichen Reichstagssitzung vom 9. Oktober 1917 hatte der sozialistische Abgeordnete Dr. David, der heutige Reichsminister des Innern, sich auch über den Verzichtfrieden der Reichstagsmehrheit vom 19. Juli 1917 ausgesprochen. Nach Dr. David sollte er für unsere Gegner den Verzicht auf ihr ganzes Eroberungsprogramm, auch auf die Rückgewinnung von Elsaß-Lothringen bedeuten, was aber in der französischen Kammer am 3. August 1917 vom Ministerpräsidenten Ribot ausdrücklich abgelehnt worden sei. Was speziell Belgien betrifft, so hatte der Abgeordnete Fehrenbach, der heutige Präsident der Deutschen Nationalversammlung, im alten Reichstage am 9. Oktober 1917 ein deutliches Wort gesprochen. Er sagte damals: Gegen die Ausführung der päpstlichen Friedenskundgebung vom 1. August 1917 „Vollständige Räumung Belgiens mit Garantien seiner vollen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit gegenüber gleichviel welcher Macht" sei deutscherseits ein Einspruch nicht erfolgt. Das erweist sich im Lichte der neuesten Enthüllungen über den Briefwechsel zwischen dem Reichskanzler Dr. Michaelis und dem Nuntius Pacelli und dem Schriftwechsel mit dem Generalfeldmarschall von Hindenburg aus dem September 1917 sowie der Denkschrift des Generals Ludendorff vom 14. September 1917 als ein schwerer Irrtum.

Ueber Belgien und Elsaß-Lothringen hat in jenen schicksalschweren Herbstwochen des Jahres 1917 auch Graf Hertling sich ausgesprochen zu einer Zeit, als er noch an der Spitze des bayerischen Staatsministeriums stand. In der bayerischen Kammer der Abgeordneten gab er am 11. Oktober 1917 nach beiden Richtungen[9]) bedeutsame Erklärungen ab. An eine Rückgabe Elsaß-Lothringens, so sagte Graf Hertling, sei nie und nimmer zu denken. Unsere militärische Lage erschien ihm damals als eine gute, sogar als eine sehr gute. Es gelte auszuhalten im Kampfe und jeden Anschein einer Uneinigkeit zu vermeiden. Die elsaß-lothringische Frage habe er stets nur vom deutschen Standpunkte aus geprüft. Eine Angliederung des Elsasses an Süddeutschland, Lothringens an Preußen würde er nicht für unzweckmäßig halten.

Leider hat die hier betonte Einigung des deutschen Volkes über diese und andere Kriegsziele seit dem Jahre 1915 niemals bestanden. Mit bitterstem Schmerze müssen wir vielmehr die tiefen Risse gewahren, welche damals wie heute das Volk durchzogen und innerlich zerklüftet und gespalten haben.

Zum schweren Verhängnis ist uns, wie immer von neuem festgestellt werden muß, zu Beginn des Jahres 1917 wie in seinem späteren Verlauf, der Wahnglaube an die England bezwingende Wirkung des ungehemmten U-Boot-Krieges und an die Ungefährlichkeit des Eingreifens der Amerikaner in den Krieg geworden. Da gereicht es uns nachträglich noch zu einer gewissen Erleichterung, aus dem Munde des früheren bayerischen Kultusministers Herrn Dr. von Knilling eine Mitteilung zu vernehmen, die er in seiner Bürgermeister-Kandidatenrede gemacht, die in der Oeffentlichkeit aber nicht die ihr gebührende Beachtung gefunden hat. Danach erklärte der Staatsminister a. D. am 13. Juni ds. Jrs. in München, er habe im Schoße des bayerischen Gesamtministeriums, anscheinend zu Anfang 1917, mit anderen bayerischen Ministern seine Stimme gegen den verschärften U-Bootskrieg erhoben.[10])

* * *

Nach dem Tode des Grafen von Hertling ist im Schoße der engeren Vorstandschaft der Görres-Gesellschaft der Plan aufgetaucht, das Andenken ihres ersten Präsidenten in besonderer Weise zu ehren und lebendig zu erhalten durch Begründung einer „Graf Hertling-Stiftung zur Förderung der Görres-Gesellschaft, errichtet von seinen Freunden und Verehrern."

Der Gedanke ist angeregt worden durch die sich darbietende Gelegenheit, Graf Hertlings Bibliothek für die Gesellschaft käuflich zu erwerben und durch die Notwendigkeit, die der Gesellschaft zur Verfügung stehenden Geldmittel in erheblichem Maße zu mehren, um den gewaltig angewachsenen Unkosten und Bedürfnissen der von der Görres-Gesellschaft eingeleiteten und nach Friedensschluß mit voller Kraft aufzunehmenden und an mehr

---

[6]) Ottokar Czernin über die Politik des Weltkrieges, 2. Aufl. Wien bei Moritz Perles 1918.

[7]) Man vergl. meine oben zitierte Abhandlung „Zur Geschichte des Weltfriedens usw." im Histor. Jahrbuch der Görres-Gesellschaft. Bd. 39, S. 237, Anm. 1.

[8]) Man sehe den Wortlaut des Papstschreibens in der „Bayerischen Staatszeitung" Nr. 190 vom 18. August 1917 S. 2, und bei Arnold Struker „Die Kundgebungen Papst Benedikts XV. zum Weltfrieden, Freiburg 1917, S. 72 ff.

[9]) Bayerische Staatszeitung Nr. 237 vom 12. Oktober 1917 S. 5 f.

[10]) Bayerischer Kurier Nr. 166/67 vom 14. und 15. Juni 1919.

als einer Stelle zu erweiternden streng wissenschaftlichen Unternehmungen gerecht werden zu können. Neben den in Deutschland selbst zu bewältigenden Arbeiten müssen auch die Auslandsstudien, vor allem das Römische Institut und die Wissenschaftliche Station in Jerusalem zu neuem Leben erweckt werden. Der Görres-Gesellschaft obliegt hier wie auf allen Gebieten ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit eine große Aufgabe: den nationalen Zusammenhang aller Stämme der deutschen Nation befestigen zu helfen durch gemeinsame Arbeit, den Mut unseres tiefgebeugten Volkes aufzurichten durch Belebung seiner geistigen Schaffenskraft, zugleich aber auch internationale Fäden aufzugreifen und fester zu knüpfen, welche die schwer gefährdete Einheit der Kulturvölker vor tiefgreifender und dauernder Schädigung bewahren sollen.

Haben während der langen und schweren Jahre des Weltkrieges die Katholiken aller Länder sich begreiflicherweise verpflichtet gefühlt, treu und fest zu ihrem Volke zu stehen, so obliegt gerade ihnen nicht an letzter Stelle die Aufgabe, nach Abschluß des Friedens an ihrem Teile mitzuarbeiten an dem Wiederaufbau der Einheit und des Zusammenhanges der Kulturvölker der Erde.

Nachdem der Krieg so unermeßlich viele und große Güter zerstört hat, muß die Halle des Friedens errichtet und geöffnet werden, in welcher, wie in Raffaels Schule von Athen die Griechen, so nun in einer neuaufsteigenden Zukunft die Vertreter aller Nationen zu gemeinsamer friedlicher Arbeit sich zusammenfinden. Die Görres-Gesellschaft darf hier nicht versagen, muß vielmehr mit überlegenem Geiste und fester Hand ans Werk gehen. Die ihr bisher zur Verfügung gestandenen Mittel reichen dafür nicht aus, nachdem beispielsweise die Herstellungskosten im Buchgewerbe sich gegenüber den Sätzen des letzten Friedensjahrs 1913 ungefähr verdreifacht haben.

Auch die großen vom Staate unterhaltenen und genährten wissenschaftlichen Organisationen, wie Universitäten, Akademien und Technische Hochschulen nehmen seit mehreren Jahren darauf Bedacht, einen Kreis hochherziger Gönner um sich zu gruppieren, die neben dem Staate aus freier Initiative namhafte Kapitalbeträge für die Förderung der Wissenschaft zur Verfügung stellen.

Im katholischen Deutschland ist die Görres-Gesellschaft die höchste aus privater Fürsorge und Tatkraft hervorgegangene Organisation streng wissenschaftlicher Forschung. Um ihren Arbeiten eine dauernde und sichere finanzielle Grundlage zu geben, sollte darauf Bedacht genommen werden, ihr ein rentierliches Kapital von etwa einer Million Mark zuzuwenden.

Diesem Zwecke soll die Errichtung der oben erwähnten „Graf Hertling-Stiftung zur Förderung der Görres-Gesellschaft" dienen. Die dabei obwaltende Absicht geht nicht auf die Begründung einer förmlichen Stiftung mit selbständiger eigener Rechtspersönlichkeit. Vielmehr soll das der Stiftung zufließende Vermögen als ein Sondervermögen der Görres-Gesellschaft vom Vorstande der letzteren verwaltet werden.

„Stifter" bei der „Graf Hertling-Stiftung" wird, wer ihr einen einmaligen Kapitalbetrag von 1000 Mark zuwendet.

Wer dagegen 300 Mark oder mehr bis zu 999 Mark zur Verfügung stellt, wird in die Liste der „Mitstifter" eingetragen.

Stifter und Mitstifter erwerben durch ihre einmalige Zuwendung die Rechte der lebenslänglichen Mitglieder der Görres-Gesellschaft.

Wer 10000 Mark und mehr der „Graf Hertling-Stiftung" zuwendet, erlangt ohne weiteres die Ehrenmitgliedschaft der Görres-Gesellschaft.

Die endgültigen Satzungen, welche die Zweckbestimmung und Verwaltung der „Graf Hertling-Stiftung" regeln sollen, sind später von dem Vorstand der Görres-Gesellschaft zu beraten und zu beschließen.

Gern geben wir uns der hoffnungsfrohen Erwartung hin, daß es auch in den schweren Zeiten der Gegenwart in weiten Kreisen der wirtschaftlich gut gestellten Katholiken Deutschlands als eine Ehrenpflicht empfunden werden wird, die Sache dieser „Graf Hertling-Stiftung" werktätig zu fördern.[11])

[11]) Einzahlungen für die „Graf Hertling-Stiftung" zur Förderung der Görres-Gesellschaft können bei der Bayerischen Hypotheken- u. Wechselbank in München, Theatinerstraße Nr. 11 auf das Scheckkonto Nr. 12106 erfolgen.

Zur Auswanderer-Frage.

Von Universitätsprofessor Dr. Aufhauser.

Der unglückselige Ausgang des Weltkriegs mit seiner völligen Erschütterung des gesamten wirtschaftlichen und staatlichen Lebens unseres deutschen Vaterlandes stellt das fast 70 Millionen zählende deutsche Volk vor die schwierigsten Arbeits- und Ernährungsfragen in der Heimat. Zu den bereits vor dem Kriege dauernd ansässigen Inland-Deutschen strömen von allen Richtungen der Windrose Tausende und Abertausende von Ausland-Deutschen, aus ihrer liebgewonnenen, neugeschaffenen fremden Heimat zunächst vertrieben; aus den durch den Friedensvertrag uns entrissenen landwirtschaftlich ungemein ertragreichen Gebieten des Ostens wie aus Elsaß-Lothringen wandern freiwillig oder gezwungen eine Menge Deutscher zurück ins Innere unseres Landes. Die vielleicht 3 Millionen zählenden Opfer des Krieges werden so, was Arbeitsmöglichkeit und Ernährung betrifft, leicht aufgewogen, zumal infolge der unseligen Lage von deutscher Weltwirtschaft, Handel und Industrie und ihres Exportes infolge der Bestimmungen des uns aufgezwungenen Gewaltfriedens.

Beim Mangel an Rohstoffen, beim Fehlen von Arbeitswillen, aber auch von Verdienstmöglichkeit wird auch jetzt nach Aufhebung der Blockade, beim Einströmen gewaltiger Menge von Auslandswaren und — Produkten die ernsteste Gefahr bestehen bleiben, daß infolge der Teuerung und der hohen Löhne die Industrie kaum den Konkurrenzkampf wird eröffnen, infolgedessen ungezählte Scharen von Arbeitern sich ihr Leben kaum fristen können. Denn auch in der Erwerbslosenunterstützung gibt es für Staat und Gemeinde schließlich eine nicht überschreitbare Grenze des Leistungsmöglichen. Auf dem Gebiet der geistigen Arbeit aller Art bestehen ähnlich ungünstige Verhältnisse zwischen Stellenangebot und Nachfrage; man denke nur an die weit überfüllten, auf Jahre hinaus gedeckten Berufe der Juristen, Anwälte, Aerzte, Lehrer an höheren Schulen, Offiziere, Techniker, Kaufleute usw.[1])

Bei diesem Ueberschuß an Menschen vermag unser Vaterland all seinen Söhnen keine dauernde Arbeits-, Lebensmöglichkeit und Heimstätte zu geben. Millionen, selbst viele, die jetzt vielleicht aus jahrelanger Gefangenschaft zurückkehren, werden zum Wanderstab greifen müssen, sich in der Fremde eine neue Heimat zu gründen. Wie ich aus Vorträgen und Gesprächen mit Kameraden aus der Zeit unserer Gefangenschaft in Brüssel-Schaerbeck weiß, besteht in der Tat bei unseren Gefangenen großes Interesse für die Auswandererfrage.

Es ersteht das volkwirtschaftlich, kulturell und religiös ungemein wichtige Problem der Auswanderung. Und gar mancher wird aus politischen oder persönlichen Gründen nicht mit allzu schwerem Herzen unserem Vaterlande, in arger Schmach und Not, Lebewohl sagen. Fürwahr, wer jung, zumal unverheiratet, geistig und körperlich gesund (vorher einen tüchtigen Arzt befragen mit Angabe des Auswanderungszieles wegen des Klimas des Landes [Tropen!], dort herrschender Krankheiten usw.), frisch, elastisch und in eine völlig neue, vielleicht betäubende Umwelt eingewöhnungsfähig (Heimweh wäre schleichendes Gift für Gemüt und Körper, zehrend an der äußerst wichtigen Lebenskraft), selbständig, wagemutig und entschlossen, praktischen Sinnes, ein Mann der Arbeit, der sich nicht scheut, wenn nötig auch umzulernen, auch als geistiger Arbeiter Spaten und Kelle, wenn es sein muß, selbst zu führen: der mag es wagen. Andere mögen die Hand davon lassen, wollen sie nicht bittere Enttäuschung erleben.

Nur schade, daß heute durch die Not der Zeit die Auswanderung gerade die tüchtigsten, hoffnungsvollsten Elemente dem Mutterlande entziehen wird.

Unentbehrliche Vorbedingung bleibt, sich schon in der Heimat über Land und Leute des als Ziel gedachten Landes, über die dortigen Verdienstmöglichkeiten zu vergewissern (ob Mangel an Arbeitskräften besteht, nicht etwa nationaler Haß den Deutschen nicht aufkommen läßt), sich die nötigsten Sprachkenntnisse anzueignen, für Kaufleute, sich schon vor der Ueberfahrt festen, vom betreffenden Landes-Konsul in Deutschland visierten Anstellungsvertrag zu sichern, für Landwirte, nur in Gesellschaft mehrerer und zwar vertrauenswürdiger wie völlig verläßiger Gefährten eine Ansiedlung zu wagen in einem Gebiete, über dessen politische Verhältnisse, Bedingungen für die Landwirtschaft, Absatz- und Verkehrsverhältnisse man zuerst verbürgte Auskunft gefunden.

[1]) Vgl. J. Hofmiller, Die Aussichten der Studierten, „Süddeutsche Monatshefte", Juli 1919.

Es wird aller Voraussicht nach ein gewaltiger Strom von Auswanderern nach fremden Ländern abfluten, ja viele sind bereits auf hoher See. Im Interesse des neu zu errichtenden Ausland-Deutschtums wäre eine lebhaftere Beteiligung des süddeutschen Elementes nur zu wünschen. Sein Charakter, seine mehr liebenswürdige, gewinnende Art wird leichter als das schroffe, kühle Wesen des Norddeutschen, so trefflich auch dessen Organisationsgabe, starke, zielbewußte Entschlossenheit sein mag, die Fremden wieder dem Deutschen versöhnen. Die Erfahrungen in der Polenfrage, mit Elsaß-Lothringen müßten uns zur Warnung dienen. Möchten beide Brüderstämme aus Süd und Nord draußen in der neuen Heimat in glücklicher Harmonie ihres trefflich sich ergänzenden Wesens ihr Glück aufbauen!

Der Zukunftsstellung der katholischen Weltanschauung wäre es nur dienlich, wenn auch geistig führende Katholiken aus akademischen Kreisen zum Wanderstab griffen. In der Tat läßt das rege Interesse, das ich für die Siedlungsidee bei katholischen Studierenden gefunden, Gutes erhoffen. Ihnen erstehen drüben wichtige, lohnende, anziehende Aufgaben, falls jemand mit empfänglichem Herzen und klarem Blick Begeisterungsfähigkeit für die großen Gegenwartsfragen sich bewahrt. Die Auswandererberatung für Angehörige geistiger Berufe und deren lebenskräftige Förderung durch entsprechende Außenorganisation (Akademikerheime im Ausland) wird denn auch eine wesentliche Zukunftsaufgabe für die Allgemeinen Studenten Ausschüsse bilden. Die Katholischen Akademiker-Ausschüsse können sich dabei hohe Verdienste erwerben durch Führung und Ansiedlung geschlossener katholischer Auswanderergruppen. Denn nur durch Zusammenschluß wird sich die katholische Gesinnung der Auswanderer auch unter den Gefahren der völlig neuen Umwelt erhalten.

Mehr als je wird in der Zeit des betrübenden Verfalles christlicher Sitte und Zucht in aller Welt abwanderungslustigen jungen Mädchen (Lehrerinnen, Erzieherinnen usw.) ernsteste Vorsicht zu raten sein. Inwieweit heute bei dem Dahinschwinden der Gesetzeskraft die internationalen Bestimmungen gegen den internationalen Mädchenhandel vom Jahre 1904, sowie § 49 des Reichsgesetzes über Auswandererwesen vom 9. Juni 1897 [2]) be- oder mißachtet, bezw. hintergangen werden, läßt sich kaum ahnen. Wo Abwanderung in Form von geschlossenen Kolonien (mit Pfarrer, Arzt, Lehrer usw.) sich ermöglichen läßt, wird auch das junge Mädchen, es mag einfachen Standes oder gehobener sozialer Stellung angehören, freudigst begrüßt werden, auch die nötige Garantie für allen sittlichen Schutz gegeben sein.

Zu den dringendsten Aufgaben der Seelsorge gehört heute die Auswandererberatung. Auf dem flachen Lande, das vielleicht weniger Auswanderungslustige stellen wird, wird der Pfarrer bei seiner genauen Kenntnis der Gemeinde seines Amtes leicht walten können. In den großen Städten erheischt dies Amt vor allem die Mithilfe der verschiedensten Vereine, die Kenntnis der zu Rate zu ziehenden Auskunftsstellen. Von katholischer Seite kommen hierfür in Betracht der St. Raphaelsverein zum Schutze katholischer deutscher Auswanderer (E. V.) in Limburg a. d. Lahn (Organ: St. Raphaelsblatt), der am 12. September 1915 sein goldenes Jubiläum feierte, die internationale Konferenz für Auswandererwesen in Freiburg i. B. (Caritasverband. Organ: Caritas), der katholische Frauenverein für die deutschen Kolonien (Trier), der katholische Afrikaverein. Auch der 1917 neu gegründete Katholische Caritasverband für Bayern (als selbständiges korporatives Mitglied des Caritasverbandes für das kath. Deutschland in Freiburg i. Br. — Organ: Bayerische Caritasblätter) wird für sich wie in den ihm angegliederten Orts- und Diözesan-Caritasverbänden der Fürsorge für die deutschen Aus-, Ein- und Rückwanderer besonderes Augenmerk schenken durch Errichtung öffentlicher, kostenloser Auskunftsstellen. Auf evangelischer Seite erteilt die Beratung der evangelische Hauptverein für deutsche Ansiedler und Auswanderer in Wittenhausen a. d. Werra, (Organ: „Der Auswanderer" und „Veröffentlichungen"), der evangelische Afrikaverein.

Von Reichswegen gibt das „Auswärtige Amt in Berlin" kostenlosen Aufschluß über alle wirtschaftlichen Einzelheiten eines fremden Landes, Aussicht auf Fortkommen in den einzelnen Berufen, sodann die am 1. April 1902 von der deutschen Kolonialgesellschaft ins Leben gerufene „Zentral-Auskunftsstelle für Auswanderer in Berlin" unter Aufsicht des Auswärtigen Amtes, heute abgelöst von dem am 29. Mai 1918 errichteten „Reichsamt für deutsche Ein-, Rück- und Auswanderung" (Reichswanderungsamt) zur straffen, zielsicheren Leitung mit sach- und länderkundigen Hilfskräften, mit Zweigstellen über das ganze Reich sich ausbreitend (Organ: Nachrichtenblatt des Reichsamtes für deutsche Ein-, Rück- und Auswanderung, Berlin W. 8, Wilhelmstr. 71); an sonstigen Vereinen der Zentralverein für Handelsgeographie und Förderung deutscher Interessen im Ausland in Berlin, Leipzig, Jena, Stuttgart, der Verein für deutsche Auswandererwohlfahrt in Hannover, das Zentralbüro für Auskunftserteilung an Auswanderer und für deutsche Unternehmungen im Auslande in Berlin, die öffentliche Auskunftsstelle für Auswanderer in Dresden, der deutsche Auswandererverein von Seyffert in Berlin, der deutsch-brasilianische Verein in Berlin, der Ueberseeische Verein in München, der deutsche Schulverein, die bestehenden Abteilungen der deutschen Kolonialgesellschaft usw.

Am zweckdienlichsten wird neben den konfessionellen Vereinen, bezw. den von den Ordinariaten vielleicht gegebenen Möglichkeiten, das „Reichswanderungsamt" in Berlin um Rat angegangen. Wie weit private Vereine aller Art, die heute Auskunft erteilen wollen, verlässig sind, ist nicht zu sagen. Vorsicht gegenüber gewerbsmäßigen, schwindelhaften Auswandereragenten, Auskunfts- und Anwerbebüros und Siedlungsgesellschaften, deren staatliche Ueberwachung, bis das zurzeit in Umarbeitung befindliche Auswanderungsgesetz erlassen ist, ist unbedingt nötig, soll nicht wenig erfahrenen Auswanderungslustigen unermeßbarer sittlicher und materieller Schaden erwachsen.

An geeigneter Literatur sei erwähnt: A. Schulte im Hofe, Auswanderung und Auswanderungspolitik (mit einer geographisch statistischen Karte der Uebersee-Wanderung), Berlin (Dietrich Reimer) 1918; Ferd. Emmerich, Leitfaden für Auswanderer, München (Erich Müller) 1919; H. Klingspor, Sollen wir auswandern und wohin? München (K. A. Wieske) 1919. „Der Auswanderer", München 1. Jahrgang 1910.

[2]) Vgl. P. Mändl, Das deutsche Auswanderungsrecht, München 1899; E. Blanck, Beschränkung und Schutz der Auswanderer, Burgdorf i. H., 1914.

Oertliche Katholikenversammlungen!

Von Chefredakteur Max Roeder, Aschaffenburg.

Wiederum nahen sich die Tage, da in besseren Zeiten Tausende sich zu der Heerfahrt anschickten, die alljährlich die deutschen Katholiken zusammenführte. Sechs Jahre sind ins Land gegangen, seitdem die Katholiken Deutschlands zum letzten Male versammelt waren; und damals ahnte wohl niemand, daß die Stadt, die so herzlich die Gäste begrüßte und aufnahm, so bald dem Deutschen Reiche verloren gehen sollte. Der Krieg hat, wie so vieles, auch die Katholikenversammlungen unmöglich gemacht, und die 60. Generalversammlung im Jahre 1913 in Metz sollte den Abschluß für eine Einrichtung schaffen, welche kulturelle Werte ohne Zahl geschaffen und welche für die gesamte Entwicklung nicht ohne Einfluß und Bedeutung blieb. Ein vorläufiger Abschnitt — so hoffen wir, denn die Katholiken Deutschlands können und dürfen auf ihre Generalversammlungen nicht verzichten, am allerwenigsten jetzt, da deren Arbeiten für den Wiederaufbau so unentbehrlich und so dringend notwendig sind. Und gerade in diesen Tagen der wirtschaftlichen und geistigen Nöte werden unzählige Katholiken sich nach diesem Segensquell gesehnt haben, um so mehr, je tiefer die Erkenntnis dringt, daß alles Reden, alles Schaffen umsonst ist, wenn nicht die gründliche Verwirklichung des apostolischen Programms der Erneuerung in Christus gelingt und wenn nicht der Geist eines lebensstarken Christentums zu einer gewaltigen Volksmission weckt, zum rettenden Christentum der Tat.

Die außergewöhnlichen Verhältnisse in Deutschland haben es leider bis zur Stunde unmöglich gemacht, die Katholiken zu der 61. Generalversammlung aufzurufen. Schwierigkeiten mancher Art mögen sich erhoben haben, die der ferner Stehende vielleicht nur zu einem Teil erkennen kann. Noch sind ja die Zustände nicht derart gefestigt, wie es notwendig und wünschenswert ist, und wenn schon an manchen Orten allzu zarte Rücksichtnahmen ausschlaggebend waren, die Fronleichnamsprozession zu unterlassen bzw. zu verbieten, so kann man sich denken, daß es die Freiheitsauffassung gewisser Kreise nicht zuließe, die deutschen Katholiken ungestört raten und taten zu lassen. Selbst wenn die Regierungen da und dort anderer Ansicht sein sollten, so ist das bei den heutigen Zuständen ziemlich bedeutungslos, da die Erfahrung mehr als zur Genüge gelehrt hat, daß die beweglichsten Klagen der Herren Ebert und Scheidemann verhallten, selbst wenn es sich um Staatsnotwendigkeiten und Lebensforderungen handelte,

da eben diejenigen, die es anging, sich mit dem klugen Römer dachten: „Quis tulerit Gracchos de seditione quaerentes?" Die Katholiken könnten also unangenehme Erfahrungen machen, wenn es auch nicht ausgeschlossen ist, daß der Tag kommt, an dem man sich auch der katholischen Kirche besonders erinnern könnte; für den Fall wird es gut sein, zeitig genug darauf hinzuweisen, daß die Religion nicht Beruhigungsmittel — nach der Auffassung selbst höchststehender Herren der jüngsten Vergangenheit — sondern Heilmittel ist. Vielleicht ist es auch gut, wenn die Zeit des Zusammentrittes der ersten Katholikenversammlung nach der Kriegszeit sich hinausschiebt, wobei auch die Verkehrsschwierigkeiten, die örtlichen Wohnungsnöte und die Verpflegungsfrage eine ausschlaggebende Rolle spielen. Das Gelände wird durch diese Hinausschiebung übersichtlicher und der Blick klarer. Die Zusammenhänge lassen sich ebenso leichter erkennen wie die Aufgaben, die vielfach jetzt erst in den rohen Umrissen sich zeigen, wenn natürlich auch über die Grundlinien keine Zweifel mehr herrschen können und wenn wir uns auch darüber klar sind, daß das Christentum, voraus der Katholizismus, befähigt und berufen sind, das Werk der Volkserneuerung durchzuführen, von dem wir allein eine Auswirkung auf die ganze innere Erneuerung der Völker erwarten, eine universale Deutung des Hoffnung gebenden Satzes, daß an dem christlichen Deutschland die Welt genesen werde.

Ist es so im Augenblicke nicht möglich, eine Generalversammlung der deutschen Katholiken einzuberufen, und läßt sich anderseits die Notwendigkeit einer solchen Versammlung schon deshalb nicht bestreiten, weil es vordringlich erscheint, den Segensstrom der im Katholizismus ruhenden Werte auf das deutsche Land zu leiten, dann muß ein anderer Weg gefunden werden, der aus diesem Zwiespalt führt, und dieser Weg ist gegeben durch die **Veranstaltung von Katholikentagen für einen kleineren Kreis**, sei es für eine Diözese oder selbst nur für ein einzelnes Dekanat, wobei nach der örtlichen Lage einzelne Dekanate zusammengefaßt werden könnten. Für eine solche Tagung würde **ein Tag** genügen, womit alle äußeren Schwierigkeiten beseitigt wären. Die Arbeiten des Vormittags können der Beratung der dringendsten örtlichen Fragen gewidmet sein: katholische Organisationen und deren Zusammenwirken, Schulfrage, Presse — auch eine „Gewissenserforschung" könnte bei Erörterung dieser Fragen nichts schaden. Die öffentliche Versammlung am Nachmittag kann mit einem Festzug eingeleitet werden, ebenso wie die Tagung selbst mit einem feierlichen Gottesdienst. Wenn es sich erreichen ließe, für diese kleineren Tagungen einen einheitlichen Marschplan, ein Grundprogramm zu geben, so würde aus der Vielgestalt doch ein einheitliches Bild sich gestalten, ein Mosaik, das durch die Mannigfaltigkeit der Farbengebung und Farbentönung besonders wirksam sein könnte.

In verschiedenen Gegenden des Reiches nehmen solche Erwägungen schon greifbare Gestalt an, so in den Rheinlanden und in Baden. Dabei soll nicht vergessen werden, daß es sich um die Durchführung eines Beschlusses handelt, der im Jahre 1912 auf der 59. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands in Aachen gefaßt worden war. Dieser lautet:

„Die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands erklärt es für sehr wünschenswert, daß in allen Orten, die von einer hinreichend großen Anzahl Katholiken bewohnt sind, tunlichst aus den bestehenden katholischen Organisationen ein gemeinsamer Ausschuß zur Vertretung und Förderung der katholischen Interessen gebildet wird, welcher insbesondere auch die Durchführung der von der Generalversammlung gefaßten Beschlüsse nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse durch Abhaltung von Versammlungen, Anregung entsprechender Organisationen und Einrichtungen sich angelegen sein läßt."

Was vorahnend damals bei Beratung des Antrages der verdiente Vorsteher der Deutschen Liebfrauenmission in Paris, P. Helmig sagte, ist heute eingetroffen: „Welch einen Weggang von Christus erleben wir doch. In den Städten gehen Hunderte und Tausende jedes Jahr der Fahne Christi verloren. Und auch auf dem Lande ist der Verlust groß." Diesen Verlusten zu begegnen, machte sich P. Helmig zum begeisterten Befürworter solch örtlicher Katholikenversammlungen. Und was Amtsgerichtsdirektor Gießler-Mannheim damals betonte, gilt auch heute für diese örtlichen Tagungen: „Die Verhandlungen sollen etwa nicht nur referierender Art sein in irgendeinem bestehenden Verein, sondern sie sollen mit einem gewissen Nachdruck gehalten werden.

Also örtliche Katholikenversammlungen! Dann aber auch ist es an der Zeit, an die Verwirklichung der zweiten Forderung des Antrages zu gehen, wo dieses noch nicht geschehen ist: Bildung eines gemeinsamen Ausschusses aus den bestehenden katholischen Organisationen zur Vertretung und Förderung der katholischen Interessen. Solche katholische Aktionsausschüsse sind heute eine Notwendigkeit. Sie sind mehr wie die politische Organisation, sie ersetzen diese aber auch nicht und machen sie nicht überflüssig. Aber es gibt Fragen, bei denen es sich um katholische, kirchliche Interessen handelt, die einen breiteren Resonanzboden erfordern wie den engeren Kreis der politischen Parteifreunde. Solche katholische Aktionskomitees werden besonders unentbehrlich sein bei der Stellungnahme zu den Schulfragen und solchen Fragen, die sich aus der Trennung von Staat und Kirche ergeben.

Die Sprache der Zahlen.

Von Generalleutnant z. D. Frhr. v. **Steinaecker**, Boppard.

Gelegentlich eines Festes, das die Vertreter der französischen Presse der amerikanischen Abordnung zum Friedenskongreß in Paris gaben, dem auch Marschall Foch beiwohnte, äußerte sich dieser über den Umfang der amerikanischen Hilfe zu Lande in sehr eingehender Weise. Wenn ich nach dem „Echo de Paris" vom 18 März das Wesentliche aus den Ausführungen des Oberkommandierenden der alliierten und assoziierten Heere wiedergebe, so kann dies wohl auf allgemeines Interesse Anspruch erheben, denn im letzten Kriegsjahre drehte sich doch eigentlich bei der Kriegführung auf beiden Seiten alles um die Frage, wieviel Amerikanern wird es gelingen oder ist es gelungen, über den Ozean herüberzukommen. Foch erklärte also, am 11. März 1918 habe die Stärke der amerikanischen Truppen, die auf französischem Boden angekommen waren, erst 300,000 Mann betragen, die in sechs Divisionen gegliedert waren. Es war vorgesehen, daß jeden Monat weiterre 30000 Mann gelandet werden sollten. Als die deutsche große Offensive erfolgreich am 21. März einsetzte, und anscheinend unaufhaltsam vorwärts schritt, habe die amerikanische Regierung ersucht, auf die amerikanischen Truppen rücksichtslos zurückzugreifen. „Die Lage sei damals sehr ernst gewesen", betonte Foch. In Besprechungen mit den Amerikanern in Sarcus am 25. April und in Abbeville am 2. Mai sei vereinbart worden, daß Amerika von nun an monatlich 120000 Mann außer den notwendig werdenden Ergänzungsmannschaften herübersenden solle. Tatsächlich seien schon im März 69000, im April 94,000, dann aber im Mai 200,000, im Juni 245,000, im Juli 295,000, im August 235,000 Mann gelandet worden. Die Stärke der amerikanischen Armee sei so von 300000 Mann im Monat März auf 945000 im Monat Juli und auf 1700000 im Oktober gestiegen. Zum Frühjahr 1919 sollten schließlich 100 Divisionen, zwei Millionen Streiter, in Frankreich bereit stehen.

Was die Teilnahme der Amerikaner an den entscheidenden Kämpfen des Jahres 1918 betrifft, so teilte Marschall Foch mit, daß zuerst im Mai zwei Divisionen im Verbande der französischen Armee bei Montdidier fochten, drei in den Vogesen französische Divisionen ablösten, zwei Divisionen befanden sich noch in den Ausbildungslagern. Im Monat Juni traten zwei weitere Divisionen bei den Kämpfen um Château Thierry und im Walde von Belleau in den Vordergrund. Am 18. Juni nahmen schon sechs Divisionen an dem Gegenstoß der 6. und 10. französischen Armee mit Erfolg teil. Am 24. Juli wurde zum ersten Male eine nur aus amerikanischen Truppen bestehende Armee unter dem Befehl des Generals Pershing gebildet, die erste. Am 12. September nahmen 14 amerikanische Divisionen mit sechs in erster Linie den bekannten vorspringenden über die Maas hinübergreifenden Bogen von St. Mihiel der deutschen Stellung. Am 26. September griffen dieselben Divisionen in den Argonnen an, und zwar mit Erfolg. Unter fortgesetzten Kämpfen war am 9. Oktober die ganze Maaslinie von Rouzot bis Bazeilles von ihnen genommen. Gleichzeitig kämpften zwei amerikanische Divisionen im Rahmen der fünften französischen Armee bei Romaine, zwei weitere im Rahmen der englischen Armee in der Gegend von St. Quentin. Zwei andere nahmen im Rahmen der vierten französischen Armee die Stellungen von Orteuil. Ebenso nahmen zwei an den Kämpfen in Flandern an der Lys und der Schelde teil. Der Rest: sechs Divisionen waren bereitgestellt, um am 14. November den Angriff auf der lothringischen Front zu beginnen, als der Waffenstillstand eintrat.

Wir ersehen aus dem ganzen Zusammenhang, wie sehr wir im letzten Kriegsjahre in die Minderheit geraten waren. Dies geht noch klarer hervor aus einer in derselben Zeitung, die ich als Quelle erwähnte, enthaltenen Veröffentlichung des französischen Kriegsministers. Danach hatte England am 11. November 5680000, Frankreich 5075000, die Vereinigten Staaten 3707132, Italien 3420000 Mann unter den Waffen. Demgegenüber ist die Stärke der deutschen Heere berechnet mit 4590000, die von Oesterreich-Ungarn mit 2230000, Bulgarien mit 500000, der Türkei mit 490000 Mann. Diese Zahlen sprechen Bücher. Von den deutschen Streitkräften waren annähernd eine Million auf den verschiedenen Kampfplätzen im Osten — Rußland, Palästina, Krim, Mesopotamien.

Ein neuer Ruf nach Exerzitien.

Von P. Hartmann Eberl, O. S. B., St. Ottilien (Oberbayern).

I.

Der heutige Abstand des Predigers vom Predigtvolk ist dem feinfühligen Heidelberger Professor für praktische Theologie, Dr. Niebergall, viel zu groß und zu vornehm. „Darüber gehen die Menschen religiös zurück, laufen von einem Modeprediger zum anderen, täuschen sich durch ihre religiöse und kirchliche Interessiertheit über den Mangel an wirklichem Leben hinweg, und des großen Truges, der so viel an unserem kirchlichem Leben ausmacht, wird immer mehr. Man soll aber nun einmal versuchen, die Seelen ganz fest und sicher führen zu wollen! Dann bleibt zwar alles auf das Schöne und Geistvolle gerichtete Volk fort; um die ist es aber gar nicht schade, dafür bekommt man Menschen, die wirklich etwas wollen, für ihre Seele wollen. Und das ist und bleibt der wahre Kern einer Gemeinde, für den zu arbeiten unsere Hauptpflicht ist und bleibt." („Evangelische Freiheit", 1919 S. 179 am Schluß des Beitrags: Unsere Aufgaben gegenüber der Revolution). Niebergall hatte vorher schon seine Heilvorschläge nach der religiösen Seite unter das auffällige Stichwort gestellt: „Wir müssen katholischer werden". Einen besonderen Punkt davon spricht er dann so aus: „Wir sollten seelische Zufluchtsstätten haben, wo man sich einmal wirklich in eine seelische Kur begibt, um seinen inneren Menschen planmäßig zu erneuern. Ja, ich schrecke gar nicht davor zurück, die Uebungen von Steiner sowie sogar die Exerzitien der Jesuiten als Muster zu empfehlen, das wir studieren müßten". (Ebendort).

Religiöse Not treibt freie und konservative Protestanten auf die Suche nach neuen Hilfen. Und wie Professor Niebergall von Heidelberg ging Pfarrer Liz. Dr. Diettrich von Berlin den gleichen Weg in die Weite und fand gleicherweise Exerzitien begehrenswert. Es dünkt ihn, daß die katholische Kirche in den Exerzitien „eine Anleitung zur Uebung in der Gottseligkeit (1. Tim 4,7) habe, wie sie in der evangelischen Kirche vergeblich gesucht werde". (Füllkrug, Handbuch der Volksmission. Bahn, Schwerin, Seite 49).

Um die große Bedeutung unseres katholischen Bekenntnisinhaltes für den Erfolg unserer Exerzitien zuerst deutlich vor Augen zu stellen, möchte ich einige Sätze aus dem Buche zitieren, das ich gebildeten, nicht katholischen Kreisen zum Studium unserer Exerzitiengedanken wie kein anderes empfehlen möchte. (Dr. Alois Wurm, „Vom innerlichen Christentum". Mit 60 Quartbildern. München, Verlag Ars sacra). Im Abschnitt „Christus und die Seele" schreibt Wurm:

„Daß Christus der Menschheit Erlöser ist, bildet die Voraussetzung, daß die Seele zu ihm in ein näheres religiöses Verhältnis treten kann . . . Ist Christus nur ein Mensch, nur ein Sendling Gottes, ein Prophet, so kann die Seele sich ihm nicht in allem, was sie ist und hat, hingeben. Die Hingabe kann nur eine relative sein, darum keine wahrhaft religiöse. Der in allen Fasern seines Seins von Gott abhängige Mensch darf sich nicht von Gott enteignen und an ein anderes Geschöpf bis zu seinem Wesensgrund verschenken. Christus also muß Gott sein, damit die Seele sich ihm vollständig schenken kann. Er muß aber auch durch ein großes konkretes Liebeswerk für die Seele ihre Liebe entflammt haben. Wie wirkt das anders, als wenn Gott etwa durch einen Propheten verkünden ließ, er lasse jetzt aus reiner Erbarmung die neue Zeit der Versöhnung und Gnade beginnen. Die objektive Wirkung wäre dieselbe gewesen: Der Welt Sünden wären hinweggenommen, die Menschheit mit Gott versöhnt, die Gnadenschätze für das subjektive Heil des einzelnen bereitgestellt worden. Denn wer wollte Gott hindern, versöhnt zu sein ohne den Preis des Blutes seines Sohnes? Wer wollte ihn hindern, ohne dessen unendliche Verdienste, ebenso reichliche, ja reichlichere Gnaden zu spenden? Gott ist unendlich groß und seine Erbarmung geht soweit als er will. Der Dank der Menschheit hätte nicht geringer sein dürfen. Allein wie ganz anders werden die Empfindungen des Menschen aufgeregt, wenn er weiß, daß seine Seele mit dem Blute des göttlichen Erlösers abgewaschen wurde, daß er um ihretwillen an der Geißelsäule stand und sich den Körper zerreißen, daß er sich die Dornen um ihretwillen in sein königliches Haupt pressen, die Kleider vom Leibe reißen, Hände und Füße durchbohren, am Kreuz zwischen zwei Schächern erhöhen ließ! Wie unendlich nahe kommt der Erlöser durch diese Tat der Liebe der Menschenseele! Wie werden da alle edlen Gefühle der Reue, der Selbstentäußerung, des Mitleids, des Dankes, der Vergeltungssehnsucht, des Leidensmutes, der grenzenlosen Hingabe in ihr wachgerufen! Und mit welch lebendiger Kraft strömen sie hin zu Christus und saugen immer wieder aus seinem Leben und Leiden neue Kraft. Die Geschichte des Christentums ist ja eine grandiose Illustration dafür, daß der konkrete Erlösungsgedanke Gottes von einer unvergleichlichen religiösen Wirkungskraft war." (Seite 39 f.)

Nur von diesem Punkte aus kommt man auch zum Verstehen der katholischen Exerzitien. *Aus dem Drang nach einem vollen Erfassen des Heilands in innerster Seele kommt es dann von selbst zu dem „Wie" der heutigen Exerzitien: Stillschweigen* — um nur noch den Gekreuzigten reden zu hören, *Beichten* — um die Untreuen und Undankbarkeiten von gestern zu tilgen, *Ueben* — um die guten Vorsätze für alle Zukunft in Gang zu bringen, *zu gleich und gleich sich gesellen* in Standesexerzitien — um sich selbst am lebendigen Beispiel von seinesgleichen zu entfachen zu bewußtem, ungeniertem Christentum.

Wie mancher Klosterbruder, wie manche Klosterfrau, wie mancher Priester weiß es denn auch in seiner Seele, daß er einst „in den Exerzitien" zum erstenmal deutlich und wie schon immer gedacht hat: „Ich möchte ins Kloster" — „ich möchte gern Geistlicher werden." Wie mancher lebendige Weltchrist sagt in Ernst und Scherz: „Bei den Exerzitien ist's gewesen, damals habe ich mir in der Seele einen neuen Boden" gelegt.

II.

Diettrich scheint das Hauptziel der katholischen Exerzitienarbeit noch nicht hoch genug gesucht zu haben. Sie geht ja in Wirklichkeit nicht darauf aus, „in der Einsamkeit und Stille eines Exerzitienhauses unter Leitung eines bewährten Seelenführers eine entscheidende Wahl, gewöhnlich eine Standeswahl, zu treffen." (S. 42.) Gewiß werden, wie gesagt, häufig bei Exerzitien Schritte getan, Entschlüsse gefaßt, die über die künftige Lebensführung, über Stand und Beruf entscheiden, aber das liegt nicht so sehr in der Absicht des Seelenführers als vielmehr im Drang der Seele, sich unter dem Lichte der ewigen Wahrheiten festzulegen auf das gottgefälligere, fruchtreichere Lebenswerk. Aber Exerzitien streben zum Höchsten auch dann, wenn der Exerzitand äußerlich in die nämlichen Lebens- und Standesverhältnisse zurückkehrt.

Für evangelische Leser sei es gesagt: Katholische Exerzitien gehen noch weniger auf „Erweckungen", die mit ihrer Plötzlichkeit wohl gar auch die „Erweckten" überraschen. Im Gegenteil! Etwas von „Intellektualismus" ist unseren Exerzitien eigen: sie betonen ja möglichst deutlich die „großen *Wahrheiten* des Christenlebens": Gott, Christus, Sünde, Tod, Himmel, Hölle. Der feste Glaube aber, daß diese Dinge nicht Dichtungen, sondern Wirklichkeiten sind, sorgt dafür, daß beim Seelsorger und bei seinen Hörern nicht nur der Verstand arbeitet, sondern daß auch der ganze Wille und das ganze Gemüt in Bewegung kommt in Affekten und Entschlüssen.

Freilich weiß jeder Exerzitienmeister aus Erfahrung, was Wurm so ausdrückt: „Die Mannigfaltigkeit der leiblichen und seelischen Anlagen, mit denen der Schöpfer die einzelnen Menschen ausgestattet hat und immerfort ausstattet, ist so groß, die äußeren Verhältnisse für jeden sind so verschieden, daß in Dingen, bei denen es sich nicht um die Grenzscheide zwischen Rechttun und Sünde, sondern um das Streben nach einem Ideal handelt, das Erreichbare für den Einzelnen fast von Mensch zu Mensch wechselt. Und dabei ist der große Faktor der Gnade noch garnicht berücksichtigt." (S. 2)

Es zeigt nun nur von innerer Hochachtung des evangelischen Bekenntnisses, wenn Diettrich hofft, eine sinngemäße Uebernahme der katholischen Exerzitien müsse auf evangelischer Seite noch viel bedeutendere Ernten einbringen als auf katholischem Boden. (S. 45.) In ähnlicher Richtung denken wir, wenn wir umgekehrt glauben: auch die getreueste Nachbildung und Weiterentwicklung der katholischen Exerzitienform wird den evangelischen Seelsorgern nicht einmal den Schaden heilen können, der ihrer Arbeit anhaften muß, solange ihre Abtrennung von der eigentlichen Heilsanstalt Gottes, der Kirche andauert. Dieser Mangel im evangelischen Seelsorgewirken steigert sich nach unserer Ueberzeugung unvergleichlich, wenn der evangelische Geistliche auch nicht mehr zu den lutherisch-christusgläubigen Alten, sondern vollends zu den neuen Nur-Gott-Vatergläubigen gehört. Dies auszusprechen ist notwendig, weil damit schon viel gesagt ist, ob von evangelischer Seite mit Recht oder Unrecht auf Nachbildung der katholischen Exerzitien große Hoffnungen gesetzt werden dürften.

Es klingt auch nicht gerade zuversichtlich, wenn Niebergall seinem Ruf nach Exerzitien den Satz anhängt: „Dabei mag der Gedanke an das Entsetzen, das zumal der zweite (der Exerzitien-) Gedanke erweckt, ein bißchen Heiterkeit erregen, die man in dieser Zeit ganz gut gebrauchen kann." Ja, Exerzitien loben und Exerzitien einbürgern, das ist zweierlei.

Werden nun wenigstens bei den christusgläubigen Protestanten die Vorbedingungen für eine Nachschöpfung der katholischen Exerzitien vorhanden sein? Wir Katholiken wünschen aus verschiedenen Gründen von ganzem Herzen, die Nichtkatholiken insgesamt möchten alles für sich übernehmen was sie sich Wahres, Gutes und Schönes aus unserm kirchlichen Leben überhaupt und insbesondere aus der katholischen Exerzitienseelsorge ersehen können, aber auch für die christusgläubigen Kreise werden sich Schwierigkeiten ergeben. Denn wie nach Wurms Worten die sichtbare Erlösung in der Person Jesu unsere Menschenherzen ganz anders emporreißt als eine unsichtbare Wahrheit allein, so zieht der Gekreuzigte ganz anders „alles an sich", wenn er in Gestalt der katholischen Kirche mit sichtbarer Verfassung und Sakramentengnade unter den Seinen mystisch und mystisch-real fortlebt, als wenn er nur von ferne erkannt oder in Heilsgewißheitserlebnissen des Innern irgendwie nahe geglaubt wird. Dieser bedeutende Unterschied des Jesusverhältnisses bei Katholiken und Evangelischen bleibt zugunsten der katholischen Exerzitien auch dann bestehen, wenn die Evangelischen für ihre Person mit großer Entschiedenheit sich zu sagen getrauten, daß der Glaube der Katholiken an das Fortleben Jesu in ihrer Kirche und ihrem Sakrament dahingestellt bleiben müsse

Eine äußerliche Hinübernahme unserer Exerzitien würden deshalb manche Katholiken gewiß ungern sehen, wie Berliner Evangelische ungern sahen, daß unkirchliche Kreise sich ganz in Formen von Konfirmationsfeiern an die Berliner Jugend wandten.

Eine pietätvolle Neufüllung von uns entlehnter Seelsorgsformen aber mißgönnten wir Katholiken den Evangelischen im allgemeinen sicher nicht; vielleicht sind jedoch unsere Formen der Seelsorge mit dem katholischen Glauben und Leben nun einmal enger verknüpft, als auf den ersten Blick scheinen möchte. Dr. Rost gibt in seinem schönen Büchlein „Die katholische Kirche nach Zeugnissen von Nichtkatholiken" (Regensburg, Pustet) längere Ausführungen des Heilbronner protestantischen Dekans Karl Lechler wieder; darin heißt es vom katholischen

Gotteshause: „Es ist ein Irrtum unserer auf solchem Gebiete schöpfungsarmen Zeit, daß man den gotischen Stil mit Chor und Turm, mit Fialen, Krabben und Glasgemälden glaubt auf andere als katholische Gemeindebedürfnisse nur ohne weiteres übertragen zu können. Die Gotik ist nur da heimisch, wo das Meßglöcklein tönt. Der katholischen Kirche liegt sie an, wie das nasse Gewand den Gliedern der Antike."

Hans Freiherr von Hammerstein und die Wiedergeburt der Romantik.

Von Dr. Emil Reinhard.

Nach all der dekadenten Dichtung unserer Tage, nach den Wedekinds, Meyrinks und wie sie heißen mögen, erwacht allgemach wieder das Verlangen nach der Romantik, nach der „Blauen Blume", die beseligt und glücklich macht. Lange wurden die romantischen Töne in der Dichtung schon gehört, allein sie glichen noch verlorenen Waldhornklängen, da auf einmal erklang das sanfte Lied wieder deutlicher und deutlicher, bis es endlich mit der alten unbezwinglichen Macht aus den Werken des Freiherrn Hans von Hammerstein an unser Ohr schlug.

Das Leben des Dichters ist rasch erzählt. Mütterlicherseits ist er ein Urenkel des geistvollen Friedrich Leopold Grafen zu Stolberg Stolberg, väterlicherseits stammt er aus dem Hildesheimschen. Sein Vater kam durch Adoption seitens seines Oheims, des späteren Generals der Kavallerie William von Hammerstein, nach Oesterreich, und so wurde denn auch unser Dichter ein Oesterreicher: am 5. Oktober 1881 wurde er auf dem Schlosse Sitzental in Niederösterreich geboren. Er studierte nach einer idyllisch verlebten Kindheit an verschiedenen Orten und widmete sich später in Marburg, München und Wien der Rechtswissenschaft. Dann ging er zur Verwaltung über und war mehrere Jahre bei der Statthalterei in Linz tätig; bei Ausbruch des Krieges gehörte er der Bezirkshauptmannschaft in Kirchdorf an.

An dem Weltkriege nahm Hammerstein zunächst nur passiven Anteil, indem er zur Besatzung von Tirol gehörte. Kurz vor dem Ausbruche des Krieges mit Italien wurde er dann an die Ostfront geworfen, wo er die ruhmreichen Schlachten in Galizien mitmachte. Später lag er im wolhynischen Festungsdreieck, eine Zeit, die er zum Dichten und Studieren benutzte. Seit August 1917 war er erneut an der Tiroler Front, „dermalen" heißt es in einem Briefe vom 13. Januar 1918, „auf einem hohen Berg, der leider ¾ Jahr Winter hat, so daß ich nicht vom „sonnigen" Süden sprechen kann. Wöchentlich ein paar Tage sitzen wir in wüsten Schneestürmen. Die übrige Zeit entschädigt uns einigermaßen eine unendliche Fernsicht über die ungeheuer hingebreitete Tiroler Bergwelt und bei klarstem Wetter sogar über Teile von Venetien und der Lombardei." Er bekleidete zuletzt den Rang eines Rittmeisters. Seit neuester Zeit nun hat Freiherr von Hammerstein den Soldatenrock wieder ausgezogen und wirkt augenblicklich wieder an der Kirchdorfer Bezirkshauptmannschaft.

Der Dichter begann mit seiner märchenhaften Novelle, welche den bezeichnenden Titel trägt: „Die blaue Blume" und „dem Andenken des Freiherrn Joseph von Eichendorff gewidmet" ist. Die Novelle erschien zunächst im Eichendorffkalender 1911 und später in Buchform bei Habbel in Regensburg. Die Erfindung, Aufbau und Stil waren durchaus im Sinne der alten Romantik, verrieten aber, namentlich nach der sprachlichen Seite hin, bereits ein vorgeschrittenes Können.

Mit „Roland und Rotraut" gelang Hammerstein dann der erste große Wurf. Wiederum ist es eine Märchennovelle, allein das Märchenmotiv von dem Königssohne, der das Hirtenkind liebt, scheint in eigenartigster Weise vertieft; zum Schlusse erfahren wir nämlich, daß das Hirtenkind niemand anders ist als die im Verborgenen erzogene Tochter des Königs: Roland und Rotraut sind Geschwister. Ragnar aber, der alte heidnische Pflegevater Rotrauts, kann den Liebenden die Tragik ihrer Zuneigung nicht enthüllen, und so tötet er beide durch einen schmerzlosen Gifttrank; er selbst stirbt freiwillig den Flammentod.

Ob die Tragik dem Sinne des Märchens entspricht, erscheint zunächst fraglich; aber jede Kritik verstummt schließlich vor der hohen, wahrhaft künstlerischen Darstellung, welche höchstens in den Rüpelszenen des zweiten Buches minder vollendet ist. Es ist vor allem die fein geschliffene Prosa, welche entzückt; gleich trefflich wirken die eingestreuten Lieder und Balladen. Mit Recht beanstandet werden einzelne sinnliche Szenen; auch die allzu lichte Zeichnung der heidnischen Gestalten erregte Widerspruch.

Eine Geschichte mit Alt-Nürnberg im Hintergrunde kam nicht zur Ausführung; statt dessen überraschte Hammerstein mit einem Gesellschaftsroman „Februar". Für alle wahrhaften Freunde des aufstrebenden Dichtertalentes bedeutete dieses Erzeugnis poetischer Muse eine herbe Enttäuschung. Die Geschichte, in der Zeit des Münchener Karnevals spielend, ist nämlich nichts anderes als eine schlechte und rechte Verführungsgeschichte. Der Stoff wirkt um so peinlicher, als der österreichische Edelmann gegen seine eigenen Standesgenossen zu Felde zieht und es auch an gelegentlichen Ausfällen gegen die Geistlichkeit und zeitgenössische Poesie, wie die Handel-Mazzettis, nicht fehlen läßt. Dies Empfinden wird auch durch die impressionistisch-geniale Darstellung des Münchener Karnevaltreibens nicht behoben. Bedauerlich genug, daß gerade dieses Werk des Dichters am meisten Anklang fand und einen Absatz von 10000 Exemplaren erreichen konnte!

Eine Rückkehr zu der früheren Art stellte Hammersteins letztes Werkchen „Walburga", dar, das er aus dem Felde heimbrachte. Die in schlichter Einfachheit entwickelte Liebe des heidnischen Recken zu der christlichen Jungfrau Walburga hält der Dichter selbst für das gelungenste Stück seiner bisherigen Schöpfungen, und soweit man auf die innere Ausgeglichenheit schaut, kann man dieser Ansicht wohl beipflichten. Nur wird man auch hier bedauern, daß die Vertreter des Christentums hinter den Helden so sehr zurücktreten.

Von dem neuesten Werke Hammersteins „Die Asen" brachte das letzte Heft des „Wächter" eine entsprechende Probe, außerdem erschienen in den einzelnen Jahrgängen des Eichendorff-Kalenders eine Anzahl von Gedichten, die sich durch sehr dichterische Schönheiten: wie Eleganz der Verse und Anmut der Gedanken auszeichneten.

Hans Freiherr von Hammerstein ist ohne Zweifel einer der begabtesten Dichter der Gegenwart; aus den Gedankenkreisen der alten Romantik schöpfend hat er tatsächlich etwas Neues geschaffen, das dem alten an Inhalt gleich, in der Form überlegen ist, die lieblichen Gestalten von Roland und Rotraut werden den Namen des Dichters unsterblich erhalten, und wenn wir auch bisher nicht alles an dem Begründer der Neuromantik zu loben vermögen, so hegen wir doch die feste Zuversicht, daß er sich dereinst ganz den lichten Mächten zuwendet und eintritt in den Kreis christlicher Sucher und Sänger; denn das ist doch die Vollendung aller Kunst zu singen und zu sagen im Zeichen des Kreuzes, des Heldenmales einer Gottesliebe.

Der unfreiwillige Humor

stirbt doch nicht aus, trotz der furchtbar ernsten Zeit, und nach wie vor wird der fröhlichste Unsinn in gebundener und ungebundener Rede munter gedruckt, trotz der kaum erschwinglichen Papierpreise. Das ist ja nun nicht weiter erstaunlich, solange die betreffenden „Dichter" noch leben und ihrem „Verleger" die Druckkosten bezahlen, aber vor einem Rätsel steht man, wenn es nach ihrem Tode geschieht. So bei den „Dichtungen" (so kurz und bündig der Titel) von . . ., der Name des Toten tut nichts zur Sache, von denen Kurt Wolffs Leipziger Verlag eine hochelegante „erste Gesamtausgabe" (201 S., M 8.—) veranstaltet. So ziemlich bei jeder Stichprobe stößt man auf dummes Zeug, z. B. gleich zu Beginn (S. 11):

Frauentage.

Schreitest unter deinen Frau'n.
Und du lächelst oft beklommen.
Sind so bange Tage kommen.
Weiß verblüht der Mohn am Zaun . . .
In den Büschen rollt der Thau,
Rot die Blätter niederfließen.
Seine liebe Frau zu grüßen
Naht ein Mohr dir braun und rauh.

Ebenso geistreich S. 40:

Die junge Magd.

Oft am Brunnen wenn es dämmert
Sieht man sie verzaubert stehn,
Wasser schöpfen, wenn es dämmert,
Eimer auf- und niedergehn.
In den Buchen Dohlen flattern
Und sie gleichet einem Schatten.
Ihre gelben Haare flattern
Und im Hofe schrein die Ratten.

Ungefähr im Stil von Friederika Kemper lustigen Angedenkens. Auf den Reim verzichtet das kuriose Stimmungsbild „Unterwegs" S. 100:

Am Abend trugen sie den Fremden in die Totenkammer,
Ein Duft von Teer; das leise Rauschen roter Platanen;
Der dunkle Flug der Dohlen; am Platz zog eine Wache auf . . . . .
Im Nebenzimmer spielt die Schwester eine Sonate von Schubert . . .
Sehr leise sinkt ihr Lächeln in den verfallenen Brunnen . . . .
O wie dunkel ist diese Nacht. Eine purpurne Flamme erlischt an meinem Mund. In der Stille
Erstirbt der bangen Seele einsames Saitenspiel.
Laß, wenn trunken von Wein das Haupt in die Gosse sinkt.

Als Pröbchen ungebundener „Dichtung" mag schließlich noch der Schluß von „Offenbarung und Untergang" (S. 198) ein Plätzchen finden: „Mit silbernen Sohlen stieg ich die dornigen Stufen hinab, und ich trat ins kalkgetünchte Gemach. Stille brannte ein Leuchter darin und ich verbarg in purpurnen Linnen schweigend das Haupt; und es warf die Erde einen kindlichen Leichnam aus, ein mondenes Gebilde, das langsam aus meinem Schatten trat, mit zerbrochenen Armen steinerne Stürze hinabsank, flockiger Schnee."

Auf dem Umschlag wird dieser „Dichter, der Einsame, der Magier, der singende Hirte" mit Hölderlin verglichen. Wenn es zu einer zweiten „Gesamt-Ausgabe" dieses Krams kommt, was allerdings nicht anzunehmen ist, sollte man wenigstens Hölderlins Andenken mit diesem Vergleich verschonen. H. Cardauns.

Vom Büchertisch.

Arthur Achleitner: Unsere Eisenbahner im Felde. Wahrheitsgetreue Erzählungen. Regensburg, Friedrich Pustet. „Hausschatzbücher" 15. Bd. Preis geb. 1.50 ℳ. — Ein verdienstliches Büchlein, da es das viel zu selten beachtete Heldentum unserer Eisenbahner in helles Licht stellt: hier im besonderen den tausendfach bewährten Heroismus dieser pflichtbeschworenen, pflichtgetreuen Männer in ihrem Frontdienst des Westens, des Ostens, in Serbien und in Mazedonien. Weiteste Verbreitung des fesselnden Bändchens wäre erwünscht. E. M. Hamann.

Kapitalismus. Sein Wesen, seine Wirkung und seine Wandlung zum Wohlstand aller. Von F. Schrönghamer-Heimdal. 61 S. 8°. Verlag Haas & Grabherr, Augsburg C 230. Preis 1 ℳ. — Ein offenes, tapferes Wort in diesen Zeiten der „neuen Freiheit", der Nachweis unwürdiger, verderblicher Knechtschaft, unter welcher der Arbeiter nicht minder seufzt, als alle Angehörigen der bürgerlichen Klassen. Alles lebt unter der Zwingherrschaft der „goldenen Internationale", des Kapitalismus, der ihr als furchtbare Waffe dient. Die Schrift enthüllt das wahre Wesen des Kapitalismus; er ist gleichbedeutend mit Zinsleihe, er ist die Grundlage des arbeitslosen Einkommens, dem gegenüber die nichtkapitalistische ungeheure Mehrzahl der Menschheit auf genügendes Auskommen verzichten muß. Die natürliche Ordnung des Geldwesens ist ausgeschaltet. Der Verfasser erhebt die Forderung auf Abschaffung des Leihzinses in jeder Form, die Einziehung der großen Vermögen bis zu einer gewissen Grenze zu gunsten der Volksgemeinschaft und die Wiederherstellung einer gerechten sachgemäßen Geldwährung. Dr. M. Manitius.

Christliche Bildnerei.

Am 17. November 1916, am Feste der hl. Gertrud, warf ein französischer Flieger über München Bomben ab. Eine davon fiel in den Garten des Benediktinerklosters (bei der St. Bonifatiusbasilika) und beschädigte daselbst das Bild des hl. Benediktus. Weiterer wesentlicher Schaden blieb glücklich abgewandt. Für jenes Bildwerk aber ist jetzt Ersatz gebracht durch ein Benediktusdenkmal, das der Meister christlicher Plastik, Professor Georg Busch, geschaffen hat. Da das schöne, aus warmtönig weißem Treuchtlinger Marmor gearbeitete Werk seine Entstehung dem Kriege verdankt, so war es sinnreich, es dem Gedächtnisse der für das Vaterland gefallenen Mitglieder der Benediktinerfamilie von St. Bonifaz und Andechs zu widmen. So ist ein in seiner Art vorbildliches Denkmal entstanden, das die Erinnerung an schwere Schicksale des Klosters festhält und zugleich dem Platze, an dem es steht, zu edler Zierde gereicht. Der hohe, schmale Unterteil ist an seiner Vorderfläche durch leichte Wölbung nach außen belebt und trägt die Namen, das Todesdatum usw. der 11 Gefallenen (1 Kleriker, 6 Professbrüder, 1 Novize und 3 Kandidaten). Sanft geschwungenes Gebälk bekrönt ihn. Darüber steht auf sein gegliedertem Sockel die Bildsäule des hl. Benedikt. Die Ruhe einer erhabenen Seele spricht aus der Gestalt und dem Antlitze des Heiligen, der mild und tiefernst auf den Beschauer niederblickt. Locker legt sich der lange Bart auf das in schlichten großen Falten herniederfließende Gewand. In der Rechten trägt St. Benedikt das seine Ordensregel enthaltende Buch, mit der herniederhängenden Linken hält er den Abtstab. Einfach und groß sind Linie, Umriß und Flächenbehandlung der in etwa $^2/_3$ Lebensgröße ausgeführten Figur.

Der Mitteilung über dieses Werk eines bewährten Meisters sei erlaubt, eine solche über eine Arbeit einer Anfängerin anzureihen. Gern darf festgestellt werden, daß auch der künstlerische Nachwuchs auf dem Gebiete christlicher Bildnerei gute Aussichten eröffnet. So sah man im Juli bei der Gesellschaft für christliche Kunst als Werk einer aufstrebenden jungen Münchener Künstlerin, Hadwig Faller, eine edel erdachte und trefflich durchgeführte Gruppe der hl. Anna mit Maria und dem Jesukinde. Der Gedanke entstammt dem späten Mittelalter und ist seitdem so zahllos oft behandelt worden, daß sich neue Abwandlungen des Themas kaum vorstellen lassen. Um so anerkennenswerter ist die trotzdem fühlbare kräftige Selbständigkeit des Fallerschen Werkes. Die Stilauffassung nähert sich dem Barock, und zeigt dabei, wie ja auch jener Stil häufig, Einfluß der Gotik, verschmilzt die Gefühls- und Gestaltungsweise beider zu einer Harmonie voll Feierlichkeit, zu einem volltönigen Ausdrucke verinnerlichten, zum Ueberirdischen strebenden Christentums. Die mit tüchtiger Technik in Holz geschnitzte Gruppe, deren Figuren reichlich halb lebensgroß sind, ist getönt, die Farben zeichnen sich durch vornehme Zurückhaltung aus. Man sieht die edelbewegte hl. Anna im Nonnengewande dastehen, ihr Blick wendet sich dem Himmel zu, die rechte Hand hält ein Buch und rafft zugleich den Mantel empor, die Linke ruht auf der Schulter Marias. Die hl. Jungfrau in rötlichem Untergewande und blauem Mantel, einen goldenen Kronreif im lang wallenden blonden Haare, kniet neben der Mutter und beschäftigt sich ruhig und liebevoll mit dem nackten Knäblein, das sich müht, auf ihren Schoß zu steigen. Die Modellierung des weichen Kinderkörpers beweist gute Naturbeobachtung. Recht innig und wahr, dabei hoheitsvoll idealisiert ist die Schilderung des Mutterglückes, durch das im Blicke Marias schon die Ahnung künftigen Schmerzes zu zittern scheint. Der niedere kräftige Sockel zeigt Barockformen. Das zum Gemüte sprechende, auch dekorativ recht wirkungsvolle Werk wird in der Kirche von Mosbach (im Odenwald) seinen Platz finden.

Dr. O. Doering.

Zensurloses Theater.

Von W. Thamerus.

Die Abschaffung der Zensur hat manche Bühnenleiter in einen Freiheitsrausch versetzt, der oft ein wenig kindisch wirkt. Man denkt an Schüler, die der pädagogischen Aufsicht entflohen, nun einmal vor allem anderen das tun, was ihnen seither verboten war. So stürzte man auf seither verbotene Stücke. Nicht immer glückte es, die Sensationslust des Publikums zu erregen. Neues wurde ja nicht viel geboten, denn der alte Obrigkeitsstaat war ja nie strenge gewesen. Er ließ es zu, daß seine Vorschriften durchlöchert wurden, denn wenn er auch ein Stück verboten hatte, so waren doch Vorstellungen „vor Geladenen" erlaubt; eine leere, leicht erfüllbare Formalität versetzte den Billettkäufer in einen Kreis, dessen hochstehendes Geistesniveau ihn gegen die moralische Vergiftung durch schlechte Stücke nach naiver Ansicht der Polizei immun machte. So haben wir auch zu verschiedenen Zeiten Frank Wedekinds „Büchse der Pandora" ihren verpesteten Inhalt über uns ergießen lassen. Der Widerspruch war einst in der Uraufführung sehr stark gewesen; später zeigte sich eine oft fanatische Gemeinde, die alles tat, um den Protest verstummen zu machen, was ihr freilich nie völlig gelang; indirekt unterstützt wurde sie anderseits durch die leider immer mehr wachsende Partei der Vorsichtigen, die zwar in vertraulicher Unterhaltung eingestanden, daß sie diese Art von Literatur für skandalös hielten, aber nicht als rückständig oder gar als ein Mucker oder ein Sittlichkeitsschnüffler gelten wollten. Ohne diese Bekenntnisfeigen wäre es nie gelungen, Wedekind zu einer „Größe" hinaufzuloben.

Die „Büchse" und ihr perverser Inhalt waren also reichlich bekannt, als das Münchener Schauspielhaus die erste öffentliche Aufführung veranstaltete. Trotz der besonderen Betonung des seither verbotenen Genusses blieb am ersten Abend die erwartete Sensation aus. Es schien als hätten manche „noch schlimmeres" erwartet, aber dann plötzlich kamen die Leute in Scharen und das Schauspielhaus versteht diesen „Erfolg" auszunützen, indem es das Stück wochenlang fast täglich auf den Spielplan setzte und noch setzt. Theaterbesucher, die sich so viel natürliches Empfinden bewahrt hatten, daß diese Häufung erotischen Schmutzes ihnen Ekel verursachte, fehlten wohl in keiner Vorstellung, allein es dauerte lange bis diese Gefühle zu einem spontanen Ausbruch gelangten. Die Wedekind verehrende Presse sah darin eine „Organisation". Es ist mir nichts von einer solchen bekannt geworden und es scheint mir nach allem, was man über diese unerwartete erste Kundgebung hört und liest, psychologisch wenig wahrscheinlich, daß es sich um etwas anderes gehandelt hat, als um die natürliche Geste des sich-die-nasezuhaltens, wenn jemand ein Gefäß von übelriechendem Inhalt öffnet. Der arrogante Schulmeisterton einer wedekindpropagierenden Presse und die Harthörigkeit der Schauspielhausleitung der vox populi gegenüber, hat nun wohl „etliche rückständige Kunstfreunde", wie sie sich in ihrem Flugblatte nennen, zu gemeinsamem Tun zusammengeführt. Die „Münchener Post" spricht von „alldeutsch-muckerischen" Demonstranten. Ich kenne nicht die politische Farbe derselben und weiß auch nicht, ob sie auf die gleiche Couleur eingeschworen waren. Können nicht dem Parteileben ganz fern stehende besorgte Familienväter meinen, daß Szenen aus öffentlichen Häusern und der Abschaum des Großstadtzuhältertums nicht auf deutsche Bühnen gehören? Die oratorische Frage: „Sind wir Deutsche oder sind wir Schweine" und der ganze, etwas hagebüchene Ton, der den Gegnern bequeme Angriffspunkte bietet, zeigen mehr die Entrüstung eines lebhaft reagierenden Temperaments, als das Vorgehen politisch geschulter Leute. Polizei und Bühnenleitung hatten schon vor Beginn der Vorstellung Wind bekommen. Direktor Nebelthau forderte öffentlich auf, sich das Eintrittsgeld wiedergeben zu lassen, was niemand tat und drohte mit Ausübung seines Hausrechtes. Die Protestler wurden dadurch wohl etwas gehindert, allein ihre durch Abwerfen der besagten Flugblätter unterstützte Demonstration kam doch unzweideutig zur Geltung. Eine gewisse liberale und sozialistische Presse ist über den „groben Unfug" sehr ergrimmt, ohne zu versuchen mit sachlichen Argumenten das Flugblatt zu widerlegen; denn was soll es heißen, wenn die „M. N. N." Nr. 292 schreiben: „Jetzt sagen wir's zum letzten Mal, nicht bloß zur Salvierung unserer privaten Moral: Wer die „Büchse der Pandora" nicht haben mag, der gehe halt in Gottes Namen anders wohin, ins Kino oder wo er sonst echte Kunst findet" (soll wohl heißen: zu finden glaubt). Auf die Gefahr hin, daß die Herren wieder „schmunzeln", weil ein „Tugendrichter" sie „ein bißchen anrempelt", müssen wir sagen, daß dieser Satz reichlich oberflächlich ist.

Es handelt sich doch gar nicht um mögen oder nicht mögen. Ich werde ganz gewiß nicht aus freien Stücken nochmals die Pandorabüchse über mich ergehen lassen; es handelt sich darum, wie man Unreife, Unmündige vor verderblicher künstlerischer Kost bewahrt; denn das will man auf der beregten Seite gelegentlich ja auch, wie ein Artikel gegen gewisse wüste Aufklärungsfilme zeigte, der einiges Aufsehen erregte, weil man gewohnt ist, daß die meisten Tageszeitungen die Kinos als ein noli me tangere betrachten. Da ist wenigstens die Münchener Post konsequent; sie schreibt — und diesen Ausspruch des sozialistischen Organs (Nr. 175) wollen wir uns merken: „Da die Demonstranten in ihrem Flugblatt um Staatshilfe schrien, so muß ihnen trocken gesagt werden, daß in einem freien Staate nicht einmal Anlaß besteht, Schweine davon abzuhalten, sich an Schweinereien zu

erbauen." Das erinnert lebhaft an das einst von dem verstorbenen Dr. Gg. Hirth proklamierte Recht auf Unsittlichkeit, womit der über alle Dinge redende Gründer der Münchener „Jugend" seine eigene Partei in Verlegenheit setzte. Es ist deshalb nicht einzusehen, warum die „Münchener Post" hierbei dem partiellen Gesinnungsgenossen einen posthumen Klaps austeilt, in dem sie schreibt: „die höchst alberne Nuditätenschnüfflerei . . . . . fand ihren Widerpart an weniger grundsatzfesten, dafür aber um so stimmgewaltigeren „Liberalen", die ihrerseits das Recht des Schrifttums und der Kunst auf die Nudität mit faulen, billigen Witzen und mit einem Aufwand an Temperament verfochten, als handle es sich nicht um Läppereien, sondern um eine weltbewegende Frage." Wir bemerken nur, daß nach Ansicht des sozialistischen Blattes ethische Probleme, wie der Schutz gegen eine Zügellosigkeit der Kunst nicht weltbewegend sind. Das eröffnet über die Frage der Jugenderziehung im „freien Staate" Perspektiven, die zu verdoppelter Wachsamkeit zwingen. Die „einfältige", „alberne" Demonstration dürfte nach Ansicht des sozialistischen Blattes nur auf die bedauerliche Tatsache zurückzuführen sein, daß ein Teil des Publikums immer noch an den erbärmlichen Formen von Geistesleben klebt, die vor dem Kriege an der Tagesordnung waren. Wir waren nie gegen Auswüchse blind und haben sie stets unerbittlich bekämpft, aber die Geistesformen von 1914 standen denn doch höher als diejenigen dieser trostlosen Zeit, die mit dem trüben Novembermonat 1918 anhebt, und es ist recht unvorsichtig, diesen Vergleich herauszufordern. Wann jemals zeigte sich solch geistiger und sittlicher Tiefstand, wie heute mit seiner Arbeitsscheu und Genußsucht, mit seiner Aermlichkeit an Ideen, die sich über die geistlose Materie nicht zu erheben vermögen, seinem Mangel an Pflichtbewußtsein? Wann ist es je so einer Menge Verbrecher und Narren gelungen gewesen, eine Rolle zu spielen wie heute? — Noch besonders mißfällt es der „Post", daß in so „nichtigen Fragen" an unser deutsches Empfinden appelliert wird; dies geschieht nicht, weil der Deutsche weder des materiellen noch des geistigen Korporalstockes entbehren kann, wie das Organ der Mehrheitssozialisten glaubt, sondern weil wir immer noch der Meinung sind, daß all das Häßliche, Dekadente, Schmutzige im tiefsten Grunde dem Deutschen fremd ist und er nur in seiner dummen Gutmütigkeit gestattet, daß — mit Vorliebe sind es rassenfremde — Hausierer ihm den Unrat ins Haus schleppen. Der soz. Staat legt der Kirche keine Hindernisse in den Weg, ihre Anhänger vor bedenklichen Erzeugnissen der Künste zu warnen, schreibt die „Post", um die Gefahren „einem großen, auf eine hochachtbare Weltanschauung gestützten Kreis, der Zentrumspartei", möglichst gering hinzustellen; wird aber damit niemanden täuschen. Das Niveau unserer modernen Erstaufführungen ist gerade heute erschreckend tief. Alberne Schwänke, die neurasthenische Kunst Strindbergs, die alle Ideale negierende Ironie Shaws, Sternheims und Georg Kaisers, die den Philister zu verspotten vorgeben, indem sie das deutsche Familienleben verhöhnen und allerhand Slawen mit ihren willenskranken traurigen „Helden", all' dies zeigt man uns geflissentlich, nur nichts Großes, Bedeutendes, was uns nach einer außer Kurs gesetzten Aesthetik „erheben" könnte. Dabei nenne ich nur das relativ Bessere und lasse Schmutz und Gestank in der Pandorabüchse verschlossen. Sie wird demnächst ihren Einzug ins Filmhaus halten, die Kulturtragödie Wedekinds. Man zierte sich, wie ich höre, zuerst ein wenig, allein große Honorare haben schon manches aesthetische Bedenken eingelullt. Es besteht ja zwischen Wedekinds Psychologie so oft mit Brutalität ersetzender Kunst und dem Kino eine gewisse Verwandtschaft, so setzte sich ein Münchener Hochschullehrer, der auch die akademische Jugend über Frank Wedekinds poetische Sendung mit großer Begeisterung aufklärt, hin und schrieb die Büchse fürs Kino um, allein die Filmfabrik gab die Arbeit als unbrauchbar zurück, und nun ist ein Routinier dabei, dem Volke zu zeigen, wie Jack der Bauchaufschlitzer an Lulu den Lustmord ausübt zur Belehrung und Bildung.

Wir geben uns nicht der Hoffnung hin, daß diese Zustände sich von heute auf morgen bessern; dennoch wäre es falsch, die Hände in den Schoß zu legen. Viele kennen die Gefahr nicht; ihnen gilt es, die Augen zu öffnen. Ohne sittlichen Wiederaufbau ist auch der materielle nicht möglich. Hier heißt es: Sein oder Nichtsein!

Bühnen- und Musikrundschau.

Nationaltheater. Hans Kyser haben wir durch seine „Charlotte Stieglitz" kennen gelernt. Aelter als die Dramatisierung des Schicksales dieser problematischen Gestalt der deutschen Romantik ist seine „Erziehung zur Liebe", ein ernstes Spiel, das nun an gleicher Stätte, im Kleinen Hause, in Szene ging. Die Aufnahme war, wie bei dem erstgenannten Stücke, das freilich sich nicht lange auf den Brettern hielt, recht gut, wiewohl die strenge Schürzung des Konfliktes weniger Kysers Sache ist, als eine breite, oft lyrische Ausmalung der Situation. Wie in der Charlotte des Vormärz hatte man auch in dem Stücke von der „Jahrhundertswende" den Eindruck, daß die Ereignisse sich so entwickeln können, aber nirgends spürt man die Notwendigkeit, daß alles so und nicht anders kommen muß. Frank Wedekind hat in seinem „Frühlingserwachen" die Not des Gymnasiasten dramatisch „entdeckt", der an die Schulbank gebunden, während das Herz voll Sehnsucht fast zerspringen will. Auch der Oberprimaner Hans Preuß fühlt sich totunglücklich, daß er erst sein Examen machen muß, bevor er ins Leben wild hinausstürmt. Einstweilen liebt er seine nette Cousine, die ihm gelegentlich einen Kuß gibt, gelegentlich auch einem anderen Primaner und die sich nun auf mütterliches Geheiß mit einem soliden Oberlehrer verloben soll. Hans ist natürlich über diese Treulosigkeit sehr betrübt und der Zusammensturz seiner idealen Beziehungen läßt ihn nach dem Willen des Dichters auf den Gedanken kommen, sich irgendeiner Dirne in den Arm zu werfen, wozu er sich von einem an Lebenskenntnis vorgeschritteneren Mitglied der Oberprima Ratschläge erteilen läßt, die doppelt peinlich berühren. Wenn es nicht zu diesem Besuch kommt, so ist das der Frau des Professors zu verdanken, bei der der Gymnasiast, dessen Mutter auf einem Gute wohnt, in Kost und Logis ist. Diese Dame lebt im Grunde recht glücklich mit ihrem Altphilologen, aber dieser hatte vor seiner Ehe ein Verhältnis mit einer älteren, verheirateten Frau; eine Erziehung zur Liebe, die unauslöschliche Spuren in den Charakter des Mannes eingegraben. Die Frau Professor beneidet ihre Vorgängerin und möchte auch ihrerseits eines jungen Mannes Schicksal sein. So verliebt sich die Achtunddreißigjährige in den Primaner. Ihr Verhältnis währt die 14 Tage lang, während der Herr Professor auf einem wissenschaftlichen Kongreß ist, dann heißt es auseinandergehen. Sie will sich nicht scheiden lassen, um dem jungen Genius nicht die Flügel zu stutzen. Der Heimkehrende, der, wenn auch nicht die ganze, so doch die halbe Wahrheit erfährt, verzeiht in weiser Milde. Im Schlußakt ist zwar von Heroismus die Rede, ohne den nichts Großes geschieht, aber zuvor herrscht eine wehleidige Schwächlichkeit, die zum mindesten gerade so peinlich ist, wie das Unmoralische, das der Dichter entschuldigt. Ich kann mir nicht helfen, dieses Tragischnehmen gymnasialer Erotik hat einen Zug von Dekadence; von Willenskraft und Pflichtgefühl ist gar keine Rede. Liebscher, ein neuer Regisseur, hielt die etwas breiten vier Akte in konzentrierter Stimmung zusammen. Frau Hagen spielte die Helene mit viel Empfinden, Güte und Klugheit. Daß die sonst durchaus anständige Frau sich mit einem Schulbuben einläßt, will nicht glaubhaft werden. Den Gefühlsüberschwang des Jünglings traf Rehmer sehr lebensecht. Stieler hielt den lebensklugen Gymnasialprofessor fern von aller Schablone. Ein netter Backfisch Frl. Preglers, Frl. Dandler in einer klugen Mutterrolle und Benofsky als anderer Oberprimaner taten ihr Bestes für das Stück.

Münchener Festspiele. Seit einigen Jahren war es wegen des infolge der Kriegszeit beschränkten Bühnenpersonals nicht mehr möglich gewesen, die vier Abende des „Ringes" hintereinander zu geben. Im Rahmen der heurigen Festspiele wurde der Zyklus wieder hergestellt und ein ungemein starker Besuch zeigte, daß bei unseren Theaterfreunden ein großes Bedürfnis bestanden hat, das gewaltige Werk wieder einmal sich zum künstlerischen Erlebnis werden zu lassen. Die Wiedergabe war unter Otto Heß' hinreißender Führung an starken Eindrücken reich. Die sangliche und darstellerische Gestaltung der Brunhilde durch Frl. Englert ist bedeutend. Knote bot die bekannte, nach der Seite des Sanglichen, ausgezeichnete Leistung. Durch Seydel sieht man wieder einmal einen restlos charakteristischen Vertreter des Mime. Griffts Alberich entbehrt doch ein wenig des dämonischen Zuges. Es ist nicht möglich, auf jede einzelne Rolle hier einzugehen. Das Orchester spielte hinreißend schön. Die Dekorationen waren die bekannten, bewährten. Der künstlerische Geschmack der Zeit drängt nach strengerer Stilisierung; viele führen hierbei einer radikalen Neuerung das Wort. Ich meine noch immer, daß man die Wagnerschen Vorschriften nur in den Punkten verlassen soll, wo das Bühnenbild hinter den Vorstellungen unserer Phantasie doch immer zurückbleiben muß. Die Verwandlungen vollzogen sich diesmal nicht so geräuschlos, wie wir dies in langen Jahren gewohnt waren. — Schillers „Räuber", die in neuer Einstudierung und Ausstattung erschienen, fügen sich sehr glücklich in den Festspielrahmen. Die Spielleitung hatte Steinrück. Man kennt ihre großen Vorzüge und nimmt dafür die Dehnungen gerne in Kauf. Es lag besonders nahe die Hochspannung einer aufgewühlten Zeit zu betonen, die mit unseren Tagen manche Aehnlichkeit aufweist und es ist dies auch der einzige Weg, um uns in dieser noch unreifen Jugendschöpfung die Größe des Genies eindringlich vor Augen zu führen.

Theaterfusion. Das „Neue Theater" tritt im September mit dem Münchener Schauspielhaus in Betriebsgemeinschaft. Sein Leiter Professor Freytag wird in Zukunft auch für das Schauspielhaus künstlerisch tätig sein. Das bisherige „Neue Theater" wird den Namen Komödienhaus führen. Wir sahen dort wieder Tänze von Susanne Bachmann, Jutta v. Collande, Wanda v. Wolzock, die sich sehr herzlichen Beifalls erfreuten. Voraus ging ein Einakter „Fröhliche Wiederkunft" von Franz Kaibel. Das Ennoch Arden, Oberst Chabertmotiv in lustiger Variante. Der heimkehrende Mann findet seine Frau verheiratet, er und sein Nachfolger möchten beide verzichten, denn die Frau ist herrschsüchtig und böse. Am Ende gehen sie beide durch und lassen die böse Sieben allein. Der Stoff ist nicht sympathisch, allein Kaibel behandelt ihn mit Geschmack. Die energische Frau und die beiden Hasenfüße sind famos charakterisiert und der Autor weiß sehr wirksame Szenen zu schreiben, die sich zwanglos aus der Komik der Charaktere, nicht lediglich aus der Situation ergeben. Stark, Rösner und Anny Reiter spielten die dankbare Kleinigkeit mit farbigem Humor.

München. L. G. Oberlaender.

☞ Man beachte das Herder-Inserat auf der nächsten Seite.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Neuerliche Entwertung der Reichsmark — Steuerprobleme — Unsere Kohlennotlage — Schweizer Streiks — Budapester Regierungswechsel.

Während die „Verfassung von Weimar“ als das neue deutsche Grundgesetz von der Nationalversammlung genehmigt wurde und das neue Banner „schwarz-rot-gold“ anlässlich dieses historischen Ereignisses erstmals gehisst werden konnte, vollzieht sich auf dem für Deutschland wichtigsten finanzwirtschaftlichen Gebiet, der Bewertung der Reichsmark im Auslande, ein unaufhaltsamer, katastrophaler Rückgang. In der Schweiz notiert bei August-Anfang deutsches Geld 28 gegenüber 38 zu Mitte Juli und 40 anfangs Juli (Friedenskurs vor Kriegsausbruch ca. 125). Wenn sich Lohnkämpfe als weitere Anpassung an solche Geldentwertung festsetzen, anderseits durch mangelnden Rohstoff sich neuerliche Stillegungen von Geschäftsbetrieben notwendig erzeigen müssen, kurzum keinerlei Gesundung weder am Arbeitsmarkt noch in der Wiederaufrichtung unserer Industrie eintreten, sind weitere Minderungen unserer Valuta unausbleiblich. Es erübrigt sich, die Folgen solcher Reichsmarkeinschätzung seitens des Auslandes näher zu illustrieren. Schon die, namentlich in der Schweizer Presse erörterten Mutmassungen über eine Abänderung in der deutschen Währungspolitik — in der Tat ist der 42 Milliarden-Notenumlauf lediglich nur mit 6% Gold gedeckt — bekunden das neuerdings versteckte Misstrauen gegenüber Deutschlands Wirtschaftstaktik! Französische und britische Fachzeitungen bringen den Vorschlag, um wegen der starken Markentwertung die amerikanischen, englischen, italienischen und belgischen Gebiete vor allzu scharfer und gefährlicher deutscher Konkurrenz zu schützen, auf die deutschen Waren bei ihrer Ausfuhr einen Wertzoll zu legen und diese Exporttaxe der Wiedergutmachungskommission zur Verfügung zu stellen. Neben diesen Valutaproblemen verursachen die parlamentarischen Debatten in Weimar unter der über Deutschland immer noch niederprasselnden Hochflut von Veröffentlichungen und Enthüllungen über die Kriegsursachen an unseren Börsen eine völlige Geschäftsstockung bei durchweg abschwächenden Kursen. Das Nichteingreifen der Interventionsgemeinschaft auf den Kurs der Kriegsanleihen verursachte eine empfindsamere Entwertung desselben auf ca. 80%. Auch die übrigen Rentenwerte und namentlich neuerdings Pfandbriefe blieben angeboten, besonders auch unter der Nachwirkung der neuen Kommissionsbeschlüsse über die Vermögenszuwachssteuer, welche über die vorgeschlagenen Prozentsätze hinausgehen.

Mit grosser Besorgnis verfolgt unsere Industrie die anhaltende Kohlennotlage, welche sich namentlich durch die auffallende schlechte Belieferung in Bayern bemerkbar macht. Trotz des Fehlens der Saarkohle und deren Inanspruchnahme durch die Entente stellt Frankreich die Forderung auf sofortige Zufuhr von 20 Millionen Tonnen Kohle im Sinne der Durchführung der Wirtschaftsbestimmungen des Friedensvertrages. Deutsche Einwendungen, dass bei uns nicht einmal der eigene Hausbrand gedeckt sei und die Lieferung solcher beanspruchter Kohlenmengen die Stillegung des gesamten Eisenbahnbetriebes in Deutschland bedeuten würde, Deutschland dadurch dem Bolschewismus ausgeliefert sei, erfuhren französischerseits einstweilen nur höhnische Bemerkungen. Es bleibt zu erwarten, dass diese, wie so manche andere unerfüllbare Zumutung der Entente de facto unter den Tisch fällt. Mit grosser Genugtuung begrüssten unsere Wirtschaftskreise die Verpflichtung der tschechischen Regierung, ab 1. Juli monatlich statt 70000 nunmehr 261000 Tonnen Braunkohlen nach Deutschland zu liefern.

Das Fehlen von Rohstoffen und namentlich die bekannten Verhältnisse am Arbeitnehmermarkt spiegeln sich naturgemäss deutlich in den Bilanzergebnissen der führenden Industrieunternehmungen wieder. Beispiele hierfür erbringen die Eisenwerkgesellschaft Maximilianhütte — Reingewinn 4,3 im Vorjahre 7,3 Millionen M, Dividende 7% gegen 15% im Vorjahre, die Rheinische Automobilfabrik Benz & Co., Mannheim — Reingewinn 6½ Millionen M und 8% Dividende gegenüber 17,15 Millionen M und 20% Dividende, sowie 10% Bonus in Kriegsanleihe. — Einen nicht zu unterschätzenden günstigen Einfluss erwartet sich Deutschlands Handel und Gewerbe von dem erfolgten Rücktritt der ungarischen Sowjet-Regierung in der Hoffnung, dass an Stelle des radikalen abgewirtschafteten Rätesystems in Budapest Regierungsfaktoren zur Herrschaft gelangen, die mit dem benachbarten Deutsch-Oesterreich und indirekt mit Deutschland in geregelte Wirtschaftsfühlung treten.

München. M. Weber.

Schluß des redaktionellen Teiles.

An unsere Mitbürger!

BAYERNS Juden haben bisher friedlich und einträchtig mit der übrigen Bevölkerung zusammen gelebt und gearbeitet und Freud und Leid mit ihr geteilt. Seit mehreren Monaten aber herrscht eine wilde antisemitische Hetze. In Stadt und Land werden verlogene Hetzblätter und Plakate verbreitet; und daneben arbeiten „Bünde" verschiedenster Bezeichnung, meist unter völkischem Deckmantel, daran, die Hetze gegen die Juden zu schüren.

Es ist bekannt, wer hinter der Sache steht und die Millionen für diese von aussenher einheitlich organisierte Hetze liefert. Es sind dieselben antisemitisch-reaktionären Kreise, denen das Volk die wahre Schuld am Unglück des Vaterlandes beimisst, und die nun gewissenlos den öffentlichen Unwillen auf die Juden ablenken möchten.

Sie wollen die Juden zum Sündenbock machen.

Das ist der Kern der Sache. So erklärt es sich auch, dass man, aller geschichtlichen Wahrheit zuwider, die Verantwortung für den Krieg, seine Verlängerung und seine Folgen, aber auch sein vorzeitiges Ende auf die Juden abwälzen will.

Selbst die bekannten traurigen Vorgänge in München suchten sie gegen die Juden auszubeuten. Immer wieder wurden ein paar spartakistische Führer und Kaffeehausliteraten jüdischer Abstammung gegen uns ausgespielt. Und dabei weiss doch jeder ehrlich Denkende, dass die jüdische Bevölkerung in Stadt und Land mit diesen Leuten so wenig gemein hat und haben will, wie die christliche, ja dass wir doppelt unter ihnen zu leiden haben, als Deutsche und als Juden. Diese böswilligen Hetzer möchten uns auch solche Spartakisten an die Rockschösse hängen, die nicht einmal Juden sind, noch je gewesen sind. Aber davon, dass zahlreiche Juden für Münchens Befreiung gekämpft, dass Juden dabei ihr Leben gelassen haben, davon schweigen sie.

Antisemiten haben es sogar gewagt, den unseligen Geiselmord uns in die Schuhe zu schieben, und haben dabei verschwiegen, dass einer der Ermordeten, Professor Berger in München — der damals den Mut hatte, die Plakate der Räterepublik abzureissen —, selbst ein Jude war.

Den Gipfel der Lüge und Heuchelei erreicht diese Hetze, wenn man daneben hört, dass in Nürnberg völkisch-antisemitische Führer mit Spartakisten in Verbindung getreten sind und ihnen Geldmittel gegeben haben. Für uns deutsche Juden ist all diesen antisemitischen Treibereien gegenüber unser Weg klar vorgezeichnet.

Wir werden als Deutsche nach wie vor unsere Pflicht erfüllen und uns durch keinerlei Hetze abdrängen lassen vom Boden unseres Rechtes und unserer Ehre, und vom Boden des Vaterlandes, das uns so heilig ist wie nur irgendwem. Wir werden als Juden stolz und aufrecht zum Judentum stehn, das in seiner sittlichen Reinheit über die antisemitischen Angriffe hoch erhaben ist.

Sie können uns beschimpfen aber nicht erniedrigen.

Wir flüchten uns an die Oeffentlichkeit und bitten alle anständigen Menschen in Stadt und Land, mit uns eine Macht zu bilden gegen eine Agitation, die nicht nur uns bedroht, sondern auch den öffentlichen Frieden. Wir leben in schwerster Zeit. Nur gemeinsame Arbeit und innerer Friede können Deutschland zur Gesundung zurückführen.

Unverantwortlich ist es, eine Schicht der Bevölkerung gegen die andere aufzuhetzen;

Unverantwortlich einen Teil des Volkes, der am Wiederaufbau mitarbeiten soll und will, zurückzustossen und zu verbittern. — Am gesunden Sinn des deutschen Volkes wird — so hoffen wir bestimmt —, die antisemitische Hetze zerschellen.

Landes-Verband Bayern r. d. Rh. im Zentral-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens.

Bayerische Handelsbank

Bekanntmachung nach §§ 23 und 41 des Hypothekenbankgesetzes für den 30. Juni 1919.

Gesamtbetrag der im Umlauf befindlichen Hypothekenpfandbriefe . . (einschliesslich ℳ 668,600.— im eigenen Bestande).	ℳ 444'848,100.—
Gesamtbetrag der in das Hypothekenregister eingetragenen Hypotheken nach Abzug aller Rückzahlungen oder sonstigen Minderungen	ℳ 444'468,348.44
Gesamtbetrag der in das Register eingetragenen Wertpapiere	ℳ 3'973,014.25
Von der Gesamtsumme der registrierten Hypotheken kommt der Betrag von	ℳ 311,376.40
und von der Gesamtsumme der registrierten Wertpapiere der Betrag von . . . . als Pfandbriefdeckung nicht in Ansatz.	ℳ 1'090,079.50
Gesamtbetrag der im Umlauf befindlichen Kommunal-Schuldverschreibungen . . . . (einschliesslich ℳ 1'014,400.— im eigenen Bestande).	ℳ 28'363,200.—
Gesamtbetrag der in das Kommunal-Darlehensregister eingetragenen Kommunal-Darlehen nach Abzug aller Rückzahlungen oder sonstigen Minderungen	ℳ 28'587,518.68

München, den 1. August 1919.

Die Direktion.

Für die Redaktion verantwortlich: i. V. Dr. Jos. Kausen, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann. Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann). Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gh.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich M 4.50.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis: Die 5 X gespaltene Grundzeile 75 Pfg., Anzeigen auf Textseite die 95 mm breite Zeile 575 Pfg.
Beilagen einschl. Postgebühren M 20 d. Tausend.
Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.
Rabatt nach Tarif.
Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig.
Erfüllungsort ist München.
Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt.
Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer.

Wochenschrift für Politik und Kultur. ✱ Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 33. München, 16. August 1919. XVI. Jahrgang.

Sind die Deutschen ein politisch begabtes Volk?

Von Dr. Eugen Jaeger.

I.

Der unglückliche Ausgang des Weltkrieges und die ihm folgende innere Revolution drängen zu ernster Gewissenserforschung. Jetzt, nachdem der Frieden unterzeichnet ist, kann diese eintreten. An der Spitze steht die Frage, ob die Deutschen überhaupt zu den politisch befähigten Völkern gehören. Unter politischer Begabung verstehen wir die Summe jener Geisteseigenschaften, durch welche ein Volk sich politisch betätigt, ausreift und vorwärts kommt. Grundlage dieser Betätigung ist immer das Vaterland, d. h. die unlösbare Verbindung zwischen Boden und Volk, wobei auch die geographische Lage des Landes besonders mitbestimmend ist. Weitblick, Klugheit und Maßhalten, Augenmaß für die Zeitumstände und die Möglichkeiten des Erreichbaren sind die wichtigsten politischen Eigenschaften, dazu das Verständnis für die Denkart der anderen Völker, mit welchen man zu tun hat, um die eigene Politik darnach einzurichten. Leider müssen wir uns gestehen, daß die Franzosen, Engländer und Nordamerikaner, selbst die Italiener uns an politischer Begabung überlegen sind. Daß die Russen noch hinter uns stehen, ist ein schlechter Trost.

Schon die ersten Nachrichten über die Deutschen berichten von maßloser Streitsucht, in welcher nationalpolitische Ziele nicht aufkommen konnten. In seinem Buch über Deutschland („Germania") gibt Tacitus ein lichtvolles Bild unserer Vorfahren, spricht aber die Hoffnung aus, die Deutschen würden infolge ihrer endlosen inneren Streitigkeiten keine Gefahr für Rom werden. Diese Hoffnung hat sich nicht verwirklicht. Der Cheruskerfürst Hermann hat in der Teutoburger Schlacht die Absicht des Kaisers Augustus vernichtet, die Reichsgrenze vom Rhein zur Elbe vorzuschieben. Hermann wirkte mit politischen Mitteln, er war ja bei den Römern in die Schule gegangen, aber auch er fiel als Opfer der deutschen Zwietracht. In der Völkerwanderung haben die deutschen Stämme dann das römische Reich unter sich aufgeteilt, aber ein großes politisches Ziel, das sie den Römern abgesehen hatten, eigneten sich nur die Franken an. Zunächst wurden die Alemannen, die Westgoten und Burgunden unter fränkische Führung genommen, das Reich wurde dadurch zur Großmacht, dann wurden die Thüringer, Bayern und Sachsen ihm eingegliedert, das Reich nach Osten und Westen planmäßig gesichert und so die Grundlage für das künftige deutsche Reich des Mittelalters geschaffen. Wie immer in der Politik sind auch hier Ziele und Erfolge enge miteinander verwachsen, aus dem erreichten Erfolge erwächst wieder ein höheres Ziel und dieses bringt wieder größere Erfolge. Bald aber begann wieder das Elend. Schon das Feudalsystem als Grundlage der politischen Organisation brachte ständige Empörungen der Vasallen gegen den Träger der Krone, kein Kaiser, der sich nicht gegen Aufstände der Teilfürsten und selbst der eigenen Verwandten zu wehren hatte und die Krone erkämpfen mußte. In Frankreich erhielt sich eine einzige Königsfamilie dauernd und vermochte dadurch die feudale Auffassung, daß die Herrschaft über Land und Volk privatrechtlicher Art sei, allmählich zu ersetzen durch die höhere politische Auffassung von Besitz und Herrschaft, wobei der im Feudalwesen untergegangene Staatsgedanke seine Wiedergeburt feierte. In Deutschland dagegen starb alle hundert Jahre die Königsfamilie aus, ein erblicher Mittelpunkt für die Einigung der Nation konnte sich nicht bilden —, jeder Thronwechsel, besonders der Wechsel der Herrscherfamilie brachte neue schwere Erschütterungen mit Selbstzerfleischung der Nation und Verwüstungen des kaum wieder erreichten Wohlstandes. Kräftige Kaiser beugten die verschiedenen Stämme und Führer unter ihre Herrschaft, faßten die auseinanderstrebenden Kräfte wieder zusammen, die stets von den Feinden des Reiches unterstützt wurden. Dazu kam die unselige Gewohnheit, ein Ausfluß der altgermanischen privaten Auffassung der Herrschaft, daß jeder Herrscher Land und Leute unter seine Söhne zu teilen suchte, ebenfalls in Verneinung des politischen und Staatsgedankens. Durch diese regelmäßige Teilung haben die Wittelsbacher, die Wettiner, die Welfen und Habsburger immer wieder ihre Hausmacht zerrissen und Bruderfehden herbeigeführt. Die Habsburger haben sogar noch unter den traurigen Verhältnissen, die zum 30jährigen Kriege führten, als die Not des Reiches, des Staates und der Kirche nach einer festen Hand mit weitausgebreiteter Macht schrie, ihr Gebiet geteilt. Nur die Hohenzollern haben zuerst gefühlt, welch ungeheuere Bedeutung das Erbfolgerecht der männlichen Erstgeburt nicht nur für die eigene Hausmacht, sondern auch für die Einigung Deutschlands in sich trug. In Frankreich nahm der König zwei Jahrhunderte hindurch noch zu Lebzeiten den ältesten Sohn als Nachfolger und ließ ihn mit Zustimmung der Vasallen krönen, bis allmählich das Erbrecht des Erstgeborenen sich festgesetzt hatte. Das war ein Zeichen politischen Sinnes.

Ein weiterer Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland war, daß das französische Königtum sich in den aufstrebenden Städten ein Bürgertum schuf, das des Königs Schlachten gegen den Feudaladel und die Feinde des Reiches schlug, dem König Steuer zahlte und ihm so eine breite politische waffen-, wehr- und geldkräftige Unterlage gab. Das englische Königtum verfolgte eine ähnliche Städtepolitik. Auf diesem Boden bereitete sich die nationale Einigung Englands und Frankreichs vor. In Deutschland dagegen haben die Staufen, um die Unterstützung der Vasallen und der allmählich aufstrebenden Landesfürsten für ihre eigenen weltpolitischen Pläne zu gewinnen, in entscheidender Stunde die Städtefreiheit den Teilfürsten preisgegeben. Die Staufen blieben in der feudalen Auffassung stecken, der Kampf der Städte gegen den Adel fand in Frankreich die verständnisvolle Mithilfe der Krone, in Deutschland verzichtete die Kaisermacht darauf, sich in den Städten eine breite bürgerliche Unterlage zu schaffen gegen die ständigen Räuber der Kronrechte und des Reichsguts, die Vasallen und die Landesfürsten. Das Ende war hier Aufstieg, dort Abstieg der Zentralmacht, hier nationale Einigung, dort Zersplitterung und Niedergang.

Damit war die Zeit der großen Glaubensspaltung vorbereitet, diese unseligste Zeit der deutschen Geschichte, weil der politische und nationale Sinn bei den Fürsten und dem Volk vollständig geschwunden war. Der Kaiser allein vertrat ihn noch, und seine Völker verbluteten sich vergeblich für ihn. Die protestantischen Fürsten verbündeten sich gewohnheitsmäßig mit allen Reichsfeinden rings herum, lieferten 1551 Metz, Toul und Verdun dem französischen Könige aus, beraubten das Elsaß dadurch seiner Vormauer und öffneten Frankreich den Weg zum Rhein. Der Kaiser allein suchte Metz in Erkenntnis seiner Bedeutung zu retten, aber niemand half ihm, er mußte die Stadt Frankreich überlassen. Damals wurde unsere Niederlage von 1918 vorbereitet. Selbst die Hansa, die doch durch ihren Großhandel die Bedeutung eines starken Kaisertums und einer europäischen Zentralmacht hätte erkennen müssen.

zeigte keine Spur von nationalem und politischem Sinn und half mit, das Reich zu zerstören. Am stärksten mitgewirkt hat dazu Luther, dem selbst seine größten Verehrer keinen politischen Sinn zusprechen können. Wohl alle deutschen Fürsten, Habsburg ausgenommen, auch die Hohenzollern standen in jenen Jahrhunderten in französischem Sold. Alle Feinde Deutschlands drängten vor in das Herz Europas, und ganz besonders reichsfeindlich zeigte sich der Calvinismus, bis zuletzt im 30jährigen Kriege Deutschland zerrissen, verödet und verarmt, unsere Außen- und Vorländer abgesprengt waren und wir das Bettelvolk Europas wurden.

II.

Bismarck hat uns dann wieder geeinigt. Er besaß hohen politischen Sinn: Sicherheit des Endziels, richtige Abwägung der Mittel, Einschätzung des Erreichbaren, Verständnis für die Psyche der Nachbarn und Maßhalten im Sieg. Nur in der inneren Politik versagte sein politischer Sinn vollständig, über den engen ererbten Gesichtskreis des preußisch-protestantischen Systems kam auch dieser politische Riese nicht hinaus. Aber das neue Deutschland setzte er in die Reihe der Großmächte, und von selbst glitt es durch Entwicklung seiner inneren Kräfte in die Weltpolitik hinein. Bald aber zeigte sich wieder ein großer Mangel an politischem Sinn bei Volk und Regierung. Es war, als ob mit Bismarck dieser Sinn verschwunden sei. Wir besaßen kein Verständnis für die schwere Gefahr unserer geographischen Lage, für die Möglichkeit einer Absperrungs- und Hungerblockade, steckten unsere Ziele ohne kluge Abstufung gleich aufs höchste und verkündeten sie noch dazu in renommistischer Geschwätzigkeit täglich aller Welt; wir hatten kein Verständnis für die Schwäche unserer Bundesgenossen, sahen nicht, daß Oesterreich ein zerfallender Staat und die Türkei ein verfaulendes Wesen war, unterschätzten unsere Feinde, hatten kein Verständnis für die geistige Stimmung, die Mentalität und Wesenseigenschaften der anderen Völker, mit welchen wir es zu tun hatten, besonders der Italiener, Franzosen, Russen, Japaner und Nordamerikaner, vor allem aber Englands, dessen Charaktereigenschaften doch in der Geschichte deutlich hervortreten. Kein Diplomat, kein Generalstäbler, niemand in der Umgebung des Kaisers, kein Historiker auf den Lehrstühlen der Geschichte, der gewarnt hätte! Unsere Diplomatie zeigte sich ganz unfähig in Würdigung der wichtigsten Weltereignisse, mit welchen die Lebensfragen Deutschlands zusammenhingen. Kurzsichtig und unfähig war auch die Führung der inneren Politik. Zum Fluch wurde uns besonders der Gedanke, den wir seit 1871 immer wieder hören mußten: das deutsche Volk, das Volk der „Reformation", das Volk, das einen Luther, andere fügten bei, einen Goethe und Bismarck geboren, dieses Volk sei den andern Völkern, besonders den Romanen und Slawen weit überlegen, und daher zur Führung der Völker berufen. Auf fast allen Versammlungen des Evangelischen Bundes, der protestantisch-sozialen Kongresse wurde uns das gesagt. Als Beispiel weisen wir hin auf den Evangelisch-sozialen Kongreß in Karlsruhe im Juni 1900, auf welchem Dr. Lipsius als Berichterstatter sagte, das geschichtliche Erbe der Reformation gebe dem protestantischen Deutschland eine Ueberlegenheit über die romanischen und slawischen Völker. Kein geringerer als der berühmte Nationalökonom Adolf Wagner ist damals dieser Ansicht entgegengetreten. Seine auf reiches Wissen gegründete Mahnung verhallte aber in der dünkelhaften Unwissenheit der andern, in dem undurchdringlichen Nebel einer 400-jährigen Selbsttäuschung. Die Oktobernummer der Süddeutschen Monatshefte 1917, die ganz dem Protestantismus gewidmet ist, bringt lauter Festartikel zum Jubiläum der Reformation. Mit Ausnahme des Artikels von Tröltsch („Protestantismus und Sittlichkeit") ist jenes Heft eine ununterbrochene Selbstbeweihräucherung, trieft von Eigenlob, für jeden Vaterlandsfreund erschütternd zu lesen, denn nun begreift man, daß der kritische Blick, der zum Wesen des politischen Sinnes gehört, bei unseren gebildeten und regierenden Klassen bis zur obersten Reichsspitze hinauf ganz verloren gehen mußte, daß ein Hochmut und eine Ueberhebung dort entstanden, die wegen ihrer Verständnislosigkeit für die Denkweise der anderen Völker eine nationale Gefahr wurden. In dieser Ueberhebung liegt die wichtigste Ursache für unser jetziges nationales Unglück. Wir hatten durch Bismarck so Großes erreicht, aber seine Nachfolger haben nicht verstanden es festzuhalten. Diese Ueberhebung, die auf der falschen protestantischen Auffassung vom Wesen und Beruf des deutschen Volkes beruht, hat in der öffentlichen Meinung des deutschen Protestantismus, in der konservativen, nationalliberalen und freisinnigen Partei, in dem führenden Haus der Hohenzollern, dem Träger des vielgerühmten protestantischen Kaisertums den Gesichtswinkel für alle inneren und äußeren Fragen vollständig verschoben, die nüchterne, sachliche, nationale und politische Betrachtung getrübt und immer auf das konfessionelle Gebiet hinübergedrängt. So wurde diesen Kreisen seit dem 16. Jahrhundert, besonders aber seit 1866 und 1870 zur Gewohnheit, alle Fragen, besonders die inneren, stets von dem Standpunkt zu beurteilen: „Was nützt dem Protestantismus, was schadet dem Katholizismus"; das mußte den politischen Sinn allmählich blenden. Hochmut und Dünkel sind immer die schlimmsten Ratgeber. Unsere führenden Kreise sahen wegen ihrer konfessionellen Ueberhebung nicht die schweren Gefahren unserer geographischen Lage und die schweren Mängel unserer Verbündeten. Unsere Politik wurde kurzsichtig, herausfordernd und aufreizend. Welche Torheit, nach 1871 von rein protestantischen Erwägungen ausgehend, die katholische Kirche verfolgen und ausrotten zu wollen! Das mußte nach allen Erfahrungen der Geschichte, nach allen Regeln des gesunden Menschenverstandes die Geister des Abgrundes wecken, die Revolution großziehen, Gesellschaft, Staat und Thron untergraben. Mit vielen andern haben auch wir damals und immer wieder gewarnt, und gesagt, daß die Monarchie und das Bürgertum den Ast absägen, auf dem sie sitzen, daß der Atheismus der Massen, die notwendige Folge dieser Politik, eine ungeheuere Gefahr für die ganze Zukunft Deutschlands sein müsse. Wir predigten immer nur tauben Ohren, mitleidiges Lächeln war die Antwort. Leider hat unsere Voraussage noch mehr sich erfüllt, als die Warner selbst geglaubt haben. Bismarck hatte eine Ahnung von dem Unheil, das sein Kampf gegen die Kirche geweckt hatte, als er den Kampf einstellte. Aber seine Nachfolger und mit ihnen das ganze protestantische Bürgertum führten den Kampf leidenschaftlich weiter, während die Sozialdemokratie als Feindin der bürgerlichen Gesellschaft die Volksmassen in immer breiterer Front zur Revolution aufmarschieren ließ. Vor aller Augen entwickelte sich der Protestantismus im Bürgertum immer mehr nach links zum vollen Unglauben, vor aller Augen lief Luthers Hinterlassenschaft in der Denkart der städtischen Massen in den politischen, religiösen und sozialen Radikalismus aus, zunächst in den protestantischen Groß- und Industriestädten, dann allmählich übergreifend auf die katholischen Städte und vielfach auch auf das Land. Während die Sozialdemokratie Millionen und Abermillionen zum Umsturz von Eigentum, Autorität und Thron erzog, organisierte und gefechtsbereit machte, wußten das protestantische Bürgertum und seine Regierungen nichts anderes zu tun, als immer wieder zum Kampf gegen den Katholizismus aufzurufen. Jede dieser Parteien suchte im Wettbewerb mit der andern den „deutschen Geist" vor dem „römischen Wesen" zu retten. Das waren Grundlage und Inhalt aller unserer Wahlkämpfe seit 1866, eine Selbstzerfleischung des Bürgertums, eine ungeheuere Torheit, ein schwerer Mangel an politischem Sinn. Der wahre Feind des Bürgertums und des Vaterlandes stand ganz wo anders, aller Welt sichtbar und doch wollten Regierungen und Parteien in ihrer konfessionellen Verblendung das nicht sehen. Die protestantischen Parteien konstruierten sich ein schwarzes Gespenst und sahen in ihrem blinden Eifer nicht, wie inzwischen das rote Gespenst Fleisch und Blut annahm!

III.

Auch die alldeutsche Bewegung stand auf diesem Boden. Von Haus aus protestantisch geboren, vermochte auch sie sich nicht über den Standpunkt engster konfessioneller Beschränktheit hinauszuheben, holte aus dieser ihre Begeisterung, ihren Nationalismus und hatte daher auch denselben Mangel an politischem Blick. Auch hier hörten wir immer wieder, daß die Deutschen als das Volk der Reformation, den Romanen und Slawen weit überlegen seien, daß am deutschen Wesen die Welt genesen müsse, was die andern Völker als Eroberung und Zwangsgermanisierung auffaßten, daß die stets siegreichen deutschen Heere auf der Bagdadbahn nach Indien vordringen würden, daß die deutsche Flotte Englands Herrschaft brechen werde, daß die Schweiz, Belgien und Holland wieder zum Reiche kommen müßten. In geräuschvoller Verkündigung wurden diese Gedanken in Versammlungen und Zeitungen ständig wiederholt; die Völker

ringsherum horchten auf und verstanden wohl, wohin die Reise gehen solle. Diese und sonstige andere Torheiten mußten die Welt mit Mißtrauen, Argwohn und Haß gegen Deutschland erfüllen. Wir erschienen den anderen Völkern als allgemeine Unruhestifter und Bedroher des Weltfriedens. Der Reichskanzler Bülow hat lange Zeit gegen diese gefährliche alldeutsche Richtung gekämpft und zum Grafen Hertling, der damals Zentrumsführer war, gesagt: Wir beide haben drei gemeinsame Feinde, den Evangelischen Bund, die Alldeutschen und die Sozialdemokratie. Bald darauf, am 13. Dezember 1906, warf er das Zentrum hinaus, versuchte, den katholischen Volksteil von der Teilnahme an der Politik auszuschalten, Bassermann prägte damals das Wort von dem Reichskanzler, der zuerst wieder den Kampf gegen Rom gewagt! So trat der Bülowblock ins Leben, der Reichskanzler war nun auf den Evangelischen Bund und die Alldeutschen angewiesen, damit war es ihm nicht mehr möglich gegen die zersetzende Tätigkeit beider aufzutreten. Der Evangelische Bund konnte nach wie vor durch seinen Kampf gegen den Katholizismus, jedes politischen Blickes bar, die Sozialdemokratie großziehen, dadurch Gesellschaft und Thron stürzen helfen. Die alldeutsche Bewegung konnte jetzt erst recht die Völker gegen uns aufwiegeln, die so notwendige regelmäßig wiederkehrende Abschüttelung der alldeutschen Gefahr war nicht mehr möglich, weil der Haß gegen den Katholizismus und das Zentrum dem Kanzler und seiner ganzen Umgebung den politischen Blick getrübt und die Hand gelähmt hatte. So wurde auch hier wieder die Glaubensspaltung unserem Volke zum Fluch.

IV.

Die Ursachen des Weltkrieges und unserer Niederlage lassen sich nicht auf eine einfache Formel zurückführen. Jedenfalls aber war der deutsche Gegensatz zu England seit Jahrzehnten der Angelpunkt der Weltpolitik. Man wußte, daß England noch jede aufstrebende Kolonial-, Handels- und Industriemacht, Spanien, Portugal, Holland und Frankreich bisher niedergeworfen hatte, und unsere Einkreisung durch Eduard VII. hatte dasselbe Ziel. Man wußte auch, daß England noch niemals, wenn es einmal entschlossen war, seinen Plan aufgegeben und mit äußerster Zähigkeit ihn durchgeführt hat. Unser Ziel mußte sein, England dahin zu bringen, daß es unseren industriellen Wettbewerb friedlich duldete. Ob das auf die Dauer möglich gewesen war, darüber kann man streiten. Aber man mußte doch den Versuch dazu machen, und dazu gehörten zwei Dinge: England die feste Ueberzeugung von unserer dauernd friedlichen Gesinnung beizubringen und ihm die Gelegenheit nehmen, Bundesgenossen gegen uns zu finden. Frankreich hat, als England ihm in den Weg trat, auf den Plan eines großen innerafrikanischen Kolonialreiches (Faschoda) verzichtet, seinen Groll darüber, daß England ihm Aegypten weggenommen, überwunden, in einem Kolonialabkommen vom 8. April 1904 alle Streitfragen, die das beiderseitige Verhältnis getrübt hatten, geregelt. Durch diese kluge Nachgiebigkeit gegenüber Englands Weltinteressen hat sich Frankreich nicht nur einen wertvollen Kolonialbesitz in Afrika gerettet, sondern auch vor allem Englands Freundschaft gewonnen als Grundlage zur Zertrümmerung Deutschlands und Wiedereroberung von Elsaß-Lothringen. Deutschland aber glaubte eine starke Kriegsflotte weit über das Schutzbedürfnis unseres Handels hinaus bauen zu müssen, was doch nur eine Herausforderung Englands sein konnte. Auch unsere ganze äußere Politik wurde stets ohne Rücksicht auf Englands Weltinteressen gemacht. Die so bedeutsame Reise des Kaisers nach dem Orient im Sommer 1898 und die plötzliche Landung desselben in Tanger 1903 geschahen ohne vorherige Verständigung mit England und mußten dieses dadurch zum festen Entschluß bringen, diese unsere Pläne zu durchkreuzen. Noch unkluger war die Janitscharenmusik, mit welcher unsere Alldeutschen stets alle diese Schritte begleiteten und immer noch mehr verlangten, als die Regierung. Ueber die Verständigungsversuche mit England wurde der Reichstag und das deutsche Volk, das doch dabei seine Haut zu Markte tragen sollte, niemals genügend unterrichtet oder gar befragt. Niemals hätte Bismarck, bei seinem stark ausgesprochenen Blick für die politische Wirklichkeit und das Erreichbare, die Einkreisung Deutschlands zustande kommen lassen. Er hätte lieber gleich den Franzosen am oberen Nil und in Aegypten ein Ziel geopfert, um das Ganze zu retten. Niemals aber im Verlaufe der 10 Jahre vor dem Kriege hat man bei der Regierung und in den großen Parteien Erwägungen darüber angestellt, durch welche Mittel man der Einkreisungspolitik entgehen könne. Man nahm das hin als etwas Unabwendbares im Vertrauen auf den sicheren Endsieg.

Mit kindlichem Optimismus wurde dabei immer wieder der Reichstag im Dunkel gelassen, und wie armselig war überhaupt die Auslandsdebatte in dieser obersten Vertretung des deutschen Volkes! Wiederholt wies Bismarck auf die dem Reich drohenden Gefahren hin. Ihm lag die Schönfärberei fern, die seine Nachfolger übten. Sie betrogen dadurch nicht nur sich selbst, sondern das deutsche Volk und auch den Kaiser, der bekanntlich immer nur Angenehmes hören wollte und alles war, nur kein Politiker! Dabei sah doch alle Welt wie die Einkreisung sich gegen Deutschland vollzog und der Ring sich immer fester schloß.

Wollte England den Grundsatz der offenen Tür uns nicht dauernd gewähren, so mußten wir es ihm erschweren, Bundesgenossen zum Kriege gegen uns zu finden. Der Gegensatz zu Rußland ließ sich nicht lösen, schon Oesterreichs wegen. Der Krieg hat auch gezeigt, daß wir mit Oesterreich vereint der russischen Macht vollständig gewachsen waren, aber die Gefahr war doch sehr groß und trotzdem hat die preußische Politik mit Verachtung aller Mahnungen des Reichstags durch Verfolgung der Polen, durch Verbot ihrer Sprache, Bekämpfung ihrer Religion und durch das Enteignungsgesetz die ganze slawische Welt gegen uns aufgepeitscht, immer unter dem jubelnden Beifall der Alldeutschen. Dadurch mußte auch unser Bund mit Oesterreich von Jahr zu Jahr an seiner inneren Kraft verlieren, wie er ja die Kraftprobe des Weltkrieges nicht bestanden hat. Der Kampf gegen die Polen hatte nicht bloß eine nationale, sondern auch eine religiöse Unterlage. Daher stand hinter der Polenpolitik fast der gesamte deutsche Protestantismus, die Konservativen, Nationalliberalen und Alldeutschen in leidenschaftlicher Verbissenheit. Zu dieser Feindschaft unserer Alldeutschen gegen die slawische Welt, der doch die Zukunft Osteuropas nun einmal gehört, hat auch der Umstand mitgewirkt, daß die Slawen katholisch sind. So wurde uns auch hier wieder der konfessionelle Haß zum Fluch. Das Schicksalsland Elsaß-Lothringen mußten wir mit aller Energie so rasch als möglich wieder geistig an Deutschland zu ketten suchen. Aber auch hier hat das preußische System so gehaust, als ob man beabsichtigt hätte, die Bevölkerung Frankreich in die Arme zu treiben. Nur der gänzliche Mangel an politischem Sinn konnte eine so ausgesprochen südwestdeutsche Bevölkerung, wie die Elsässer es sind, in ostelbischem Sinne und ostelbischem Geiste regieren. Fast noch größer war die Torheit, den protestantischen Gegensatz gegen den katholischen Charakter des Volkes zum Regierungsgrundsatz zu machen. Nur auf dem Boden eines zu erlösenden Landes konnte der französische Revanchegedanke eine Weltgefahr für uns werden. So haben wir Elsaß-Lothringen zum zweitenmal verloren, beide Male als Folge der großen Glaubensspaltung.

(Schluß folgt.)

Der Katholizismus als schöpferisch-aufbauende und erobernde Kraft.

Von Rechtsanwalt Aug. Ruß, Seligenstadt.

Die Sozialdemokratie aller drei Richtungen wird nicht müde, ihre Weltanschauung und ihre Ideale als das allein seligmachende Heilmittel für den Wiederaufbau der Welt zu preisen. Der wirtschaftliche Sozialismus, der in materialistischer Weise auf Stoff und Kraft beruht, der wie hypnotisiert nur auf die Besserung der äußeren Verhältnisse und Lebensbedingungen starrt, übersieht, daß es auch noch einen christlichen Sozialismus gibt, der über der Materie und über dem Aeußerlichen steht und die Seele der Menschen und Dinge, das Innere und Geistige der Menschheitsgeschichte erfaßt. Nicht nur in wirtschaftlichen und sozialen Reformen, sondern auch in der großen geistig-sittlichen Reform des Einzelmenschen, der Familie und der Gemeinschaft, und gerade in dieser ethischen Reform erblickt der Katholizismus, unstreitig der konsequenteste und tatbereiteste Ausdruck des christlichen Sozialismus, seine Lebensaufgabe.

Katholizismus ist soziale Gesinnung und soziale Tat im sittlichsten Sinne. Deshalb ist die ethische

Kulturkraft der katholischen Kirche in der heutigen Zeit der antisozialen Klasseninstinkte, der katastrophal wirkenden, antisozialen „Herrschaft des Proletariats" eine heilende und helfende Notwendigkeit. Der Geist der Zehn Gebote und der Bergpredigt ist reinigender Gewittersturm in einer Zeit, in der der Unterschied zwischen Mein und Dein kaum mehr gekannt zu sein scheint, in der Haß, Neid, Rachsucht und Mißtrauen im Verkehr der Menschen und Nationen das unglückselige Leitmotiv sind. Das erwärmende und zündende Feuerwort von der Nächstenliebe, die der Gottesliebe gleichgesetzt sei, ist erquickender Morgentau auf den geknickten Fluren der durch Kriegsraserei und Revolutionsfanatismus heimgesuchten Erde. Katholizismus ist Liebe! Suchen wir seine sittigenden, lindernden, versöhnenden Heilkräfte aus allen Winkeln der Welt zusammen für ein Geschlecht, das geschüttelt ist vom Fieber des Terrors und der wilden Streiks, für eine Zeit, die, ach, so liebeleer und gefühlsarm ist wie die erlöschende Sonne an einem kalten, öden Wintertag.

Katholizismus ist majestätische Ordnung und selbstsichere Autorität. Von den ewigen Sternen hat er seine Rechte, und gottgeboren und gottgewollt sind sein Bestand und seine Zukunft. Wie ein unvergänglicher Dom ragt er deshalb in diesen Tagen zum Himmel auf, da Zuchtlosigkeit und Unordnung, Unbotmäßigkeit und Mangel an Ehrfurcht, Eigenmächtigkeit und frevelhafte Selbstvergötterung in allen Altersklassen und Ständen den Tempel der zivilisierten Menschheit einzureißen drohen. Wie ein granitner Block liegt der Katholizismus mitten im brandenden Meer der Zeit, das aufgewühlt ist von allen menschlichen und unmenschlichen Leidenschaften des „modernen Fortschritts", ein Leuchtturm im dunklen Chaos dieser schwarzen Tage!

Weil der Katholizismus soziale Gesinnung und Tat ist, weil er Liebe ist, weil er Ordnung und Autorität ist, deshalb ist er auch Freiheit und Glück. Denn wahre Freiheit und echtes Glück sind von den Fesseln der Irdischkeit und Weltversunkenheit befreit, lassen den Blick nicht, wie beim Tier, zur Erde senken, sondern emporheben zu den keuschen Firnen, wo die Sonne sich mit dem reinen Schnee der Alpen vermählt. Freiheit bedeutet der Sklavenketten ledig sein, die sich gerade in unserer freiheitsdurstigen und freiheitsschwärmenden Zeit im trügerischen Schein von Rosenketten um die kranke Menschheit legen. Glück bedeutet, der wahren Freiheit innewerden und in innerer Befriedigung über die Enge des Staubgeborenen und Menschlichen hinaus- und hinaufwachsen zu jenen lichten Höhen, die fernab leuchten vom niedrigen Getriebe der Talmenschen mit dem unfreien Blick.

So ist der Katholizismus mit all' seiner Innerlichkeit und Tiefe Höhenkultur, Sonne, Himmelsluft. Er ist bei allem realen Sinn und bei allem Verständnis für die praktische Organisation überirdisch und daher auch übernational.

Der Universalismus des katholischen Gedankens ist jedoch das Gegenteil von Kosmopolitismus. Wir Katholiken sind keine Weltbürger und Allerweltsbürger. Zwischen dem Menschen und der Welt steht für uns die Nation. Mensch — Nation — Welt (Völkerfamilie, Völkerbund)!

Der Katholizismus in Deutschland, durch die Zeitumstände und geschichtliche Entwicklung in den letzten Jahrzehnten in der Abwehr-, in der Verteidigungsstellung, muß sich jetzt zur Aktivität, zur Eroberung auf den friedlichen Gebieten des Geistes und der Sittlichkeit aufschwingen. Die Paritätsperiode ist für ihn vorüber, die ideelle Periode geistiger Eroberungen beginnt. Unsere Stunde, die Stunde des Handelns und der schöpferischen, aufbauenden Arbeit, ist gekommen. Wir müssen jetzt wirklich

heraus aus dem Turm!

Wir deutschen Katholiken müssen „Aktivisten" werden. Nach innen heißt für uns die Parole: soziales Christentum, — nach außen Völkerbund und Weltfriede im universalen Geiste der katholischen Kirche. Wir haben im Weltkrieg vieles übersehen oder versäumt. Umso eifriger und zielbewußter müssen wir jetzt an die Arbeit gehen. Die reichen Kräfte des Katholizismus müssen nicht nur uns selbst, sondern auch unserm deutschen Vaterland und der ganzen Welt möglichst restlos erschlossen werden. Wir haben an Eigenem und Typischem den andern vieles zu geben. Daher unsere sittliche Berechtigung zu welterobernder Tat.

In Zukunft scheint es uns nur noch eine Hauptproblemstellung zu geben:

Sozialdemokratischer Sozialismus oder christlicher Sozialismus?

Wer Augen hat, zu sehen, und Ohren, zu hören, weiß, wie er zu wählen hat.

Weltrundschau.

Von Fritz Nienkemper, Berlin.

Der Erzherzog von Ungarn.

Von einem Extrem in das andere: Von Bela Kun zum Erzherzog Josef Habsburg. Daß die Diktatur des Proletariats in eine Militärdiktatur ausläuft, ist freilich nichts neues. Das überraschende in der ungarischen Entwicklung ist die Wiederanknüpfung an die monarchische Tradition, und zwar unter Leitung der Entente, die doch sonst keinen Sinn für regierende Häuser hat.

Budapest war nach dem Sturz der mörderischen Sowjet-Regierung in die Gewalt der rumänischen Truppen geraten, die in Plündereien und Gewalttaten so Hervorragendes leisteten, daß die Einwohner glaubten, aus dem Regen in die Traufe gekommen zu sein. Die Rumänen glaubten offenbar, den Rest von Ungarn zu einem Vasallenstaat ihres Königreiches machen zu können. Dieser Uebermut paßte aber der Entente nicht, die sich mit Recht als Vormund des durch sie geretteten Rumänien fühlte. Die Entente wollte ein ungarisches Staatswesen erhalten, u. a. auch aus dem Grunde, um es als Seitenstück zu Deutschösterreich in die geplante Donau-Konföderation stecken zu können. Darum wurde den Rumänen unter scharfer Drohung Halt und Kehrt geboten und mit der militärischen Nebenregierung, die sich in Szegedin behauptet hatte, Fühlung genommen. Die Verhandlungen führten zur Anknüpfung an die monarchische Vergangenheit. Es wird behauptet, man habe auch beim Exkaiser Karl wegen seiner Rückkehr an die Spitze des Magyarenstaats angefragt, und er habe abgelehnt, weil er als bloßer König des verkleinerten Ungarn sich degradiert fühlen würde. Wahrscheinlich hat Karl das Abwarten für ratsam gehalten. Ob überhaupt der ungarische Thron wieder aufgerichtet wird und für wen die reparierte Krone des hl. Stefan bestimmt sein soll, hängt ja von der Nationalversammlung ab, die erst noch gewählt werden muß. Da ist nun Erzherzog Josef in die Bresche gesprungen, um den Weg für eine monarchische Restitution offen zu halten. Dieses Mitglied der habsburgischen Familie hatte sich immer schon als Ungar aufgespielt und sich dort viel Volkstümlichkeit erworben. Er galt als Demokrat und sogar als Republikaner. In seinen früheren politischen Missionen hatte er freilich kein Glück gehabt. Er nahm aber jetzt die Einladung der Entente an, sich als vorläufiges Staatsoberhaupt in Budapest einsetzen zu lassen. Das sozialistische Ministerium, das sich nach der Flucht von Bela Kun als Uebergangsministerium gebildet hatte, machte schon nach wenigen Tagen dem josefinischen Uebergangsministerium Platz. Es muß sich nun zeigen, ob Josef und seine Minister imstande sind, die regelrechte Wahl einer Konstituante durchzuführen. Das wird wesentlich davon abhängen, ob sie mit Hilfe ihrer westmächtlichen Gönner die drohende Hungersnot beschwören können.

Wenn die Entente ihre Macht benutzt, um das arme ungarische Volk aus der Anarchie zu retten, so ist das an sich gewiß gut. Aber timeo Danaos et dona ferentes. Wir müssen nach dem letzten Zweck fragen. Und da drängt sich der Verdacht auf, daß die Verkettung von Ungarn und Deutsch-Oesterreich geplant sei. Vielleicht denkt man, durch die Rückkehr zur monarchischen Ueberlieferung eine Personalunion anbahnen zu können. Der zertrümmerte Mischstaat der Habsburger würde dann in verkleinertem Format seine Auferstehung feiern. Das läge durchaus im Sinne von Clemenceau und seinen Franzosen, die eine riesige Angst vor dem Eintritt Deutsch-Oesterreichs in das Deutsche Reich haben. Der Plan der Donau-Konföderation sollte ja demselben Zweck dienen.

Die Wiener Regierung hat jetzt auf die grausamen Friedensbedingungen von St. Germain in einer Denkschrift geantwortet, die klar nachweist, daß der verkrüppelte deutsche Nationalitätsstaat unter der finanziellen Erpressung und wirtschaftlichen Lähmung zusammenbrechen muß. Wird die Entente sich schließlich noch zu den notwendigen Milderungen verstehen? Oder wird man die Verzweiflung Deutsch-Oesterreichs benützen, um dort eine ähnliche Oberherrschaft der Entente zu errichten, wie jetzt in Ungarn?

Die vier „großen" Friedenskünstler der Entente können stolz sein auf ihr Werk: sie haben Europa in viel ärgere Wirren und Wehen gestürzt, wie vor dem Kriege. Früher hatten wir

nur einen Wetterwinkel am Balkan; jetzt sagt man mit Recht, ganz Europa sei balkanisiert.

Kohlennot, Verkehrsnot, Hungersnot.

Auf die Gefahr der dritten Revolution hat sogar ein Minister jüngst in der Nationalversammlung hingewiesen. In der Tat sind wir trotz aller bisherigen Schlappen der Umstürzler und trotz der neuen Verfassung noch keineswegs vor Bürgerkrieg und Bolschewismus gesichert. Ein sehr ernstes Warnzeichen ist die Meldung von der Bildung eines mitteldeutschen Streikblocks unter den Eisenbahnern, der das fortführen soll, was im Juni d. J. in Erfurt versucht worden war, nämlich den Sturz der Eisenbahnverwaltung unter der Parole der „Demokratisierung" und der Lahmlegung des Verkehrs als Einleitung zur Diktatur des Proletariats.

Die Gefahr ist ungeheuer groß, denn jede Betriebsstörung von erheblichem Umfange kann auch schon bei kürzerer Dauer zu einer Katastrophe führen, weil gerade in diesem Herbst der Eisenbahnverkehr eine Wichtigkeit hat, wie niemals zuvor. Es ist ja so wie so kaum möglich, den Winterbedarf an Kohlen und Lebensmitteln zu decken. Wenn nun die Eisenbahn noch versagt, so ist die unvermeidliche Folge Stillstand zahlreicher Betriebe, zunehmende Arbeitslosigkeit, kalte Oefen und kalte Küchen, Stockung der Einfuhr wegen Zahlungsunfähigkeit, Mangel an Lebensmitteln, Verzweiflung und Anarchie.

Die Kohlennot macht sich nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa geltend. In Folge dessen hat schon die Entente ihren Ausschuß darüber beraten lassen. Der interalliierte Kohlenrat soll durch scharfe Kontrolle der Bergwerke und durch Zuführung von neuen Arbeitskräften die Produktion fördern und — was für uns sehr beachtenswert ist — „durch freie Verträge und Käufe versuchen, die Kohleneinfuhr aus Westfalen und Schlesien zu sichern, und zwar abgesehen von den Kohlenmengen, die Deutschland vertraglich zu leisten hat." Wenn es so weitergeht, wie bisher, werden wir nicht so viel Kohlen entbehren können, als wir nach dem Friedensvertrage liefern sollen. Der feindliche Kohlenrat wird also Anlaß haben, in unseren Bergwerks- und Transportbetrieb sich einzumischen. Verlangt er nun gar noch Lieferungen über den Vertrag hinaus, so wird es ein Winter des Schreckens.

Dazu kommt die Versorgung der Städte und Industriebezirke mit den notwendigen Lebensmitteln, die nur durch regelmäßige Eisenbahnzüge gesichert werden kann. Auch auf diesem Gebiete leben wir von der Hand in den Mund. Welch' schlimme Folgen Mangel an Waren und Teuerung auf dem Lebensmittelmarkt haben kann, hat sich soeben wieder in Chemnitz gezeigt. Dadurch wurden Volksaufläufe veranlaßt; unter dem Einfluß von Radauhelden und politischen Hetzern entwickelten sich blutige Straßenkämpfe. 60 Tote und über 200 Verwundete. Bezeichnenderweise hatten Ordnungstruppen fünf mal so viel Verluste, als die Tumultuanten. Die Truppen waren wieder einmal in ungenügender Stärke und an ungünstigem Orte eingerückt, ließen sich obendrein durch angebliche Unterhändler in Sicherheit wiegen und wurden dann von der Menge umzingelt und entwaffnet. Die Absendung von stärkeren Truppen und das Eingreifen der sozialdemokratischen Partei hat nun zum Wochenschluß wieder Ruhe in Chemnitz geschafft. Doch ist immer mit der Gefahr zu rechnen, daß dort oder in anderen Städten der Aufruhr wieder ausbricht wegen irgend eines Zwischenfalles, der den Groll der Massen erregt. Wenn die öffentliche Ordnung sich in einem so labilen Zustande befindet, was soll dann im Winter werden, wenn die wirkliche Not an den unentbehrlichen Bedarfsartikeln sich andauernd geltend macht?

Der preußische Eisenbahnminister hat einen kräftigen Aufruf gegen den mitteldeutschen Streikblock gerichtet und an die Treue der Beamten der Eisenbahn appelliert. Dadurch wird amtlich bestätigt, daß wirklich eine umfassende Streikbewegung eingeleitet worden ist mit dem programmmäßigen Zweck, im mündlichen Benehmen eine schlagfertige Organisation bis 1. September 1919 zu schaffen. Hoffen wir, daß die vorbeugenden Maßnahmen noch Erfolg haben. Die Gefahr ist so groß, daß die Regierung auch vor den schärfsten Maßregeln nicht zurückschrecken darf. Wir müssen aus den ewigen Streiks und Putschen heraus, sonst geraten wir in das Schicksal von Rußland und Ungarn.

Es gibt aber Leute, die den Zank wegen der Vergangenheit und die Hetze gegen Erzberger für viel wichtiger und interessanter halten, als die brennenden Zukunftsfragen.

Das preußische Problem.

Von Dr. August Schmitt, Camberg (Nassau).

Den Kern der deutschen Frage bildet das preußische Problem. Der preußische Staat ist ein Werk der Hohenzollern. Der Große Kurfürst hat ihn auf zwei sichere Eckpfeiler gegründet. das starke stehende Heer und das zuverlässige Beamtentum: Seine Nachfolger haben in zielbewußter Arbeit ihn erweitert und gefestigt. Aus dem künstlichen Gebilde wurde eine festgefügte staatliche Einheit, die eine gewaltige innere Kraft bewies. Unter der Führung seines großen Königs hielt Preußen sieben Jahre gegen eine Welt von Feinden tapfer stand; an seinem Widerstande zerbrach ein halbes Jahrhundert später die napoleonische Macht; mit seinem starken Schwerte erfüllte es 1870 die Sehnsucht aller Deutschen; dem neuen Reiche war es ein festes Rückgrat; wie nie zuvor aber entfalteten sich die titanischen Kräfte dieses Staatswesens in dem 4¹/₂ jährigen Völkerringen.

Es war natürlich, daß unter den Bundesstaaten des Reiches Preußen bisher eine überragende Stellung einnahm. Es beherrschte nahezu 2 Drittel des ganzen Reichsgebietes mit fast 2 Dritteln aller Reichsdeutschen. Sein König war erblicher deutscher Kaiser, oberster deutscher Kriegsherr und Repräsentant des Reiches nach außen. Der Bundesrat, neben dem Reichstage der einzige mitbestimmende Faktor für die Reichsgesetzgebung sowohl wie für die Reichsverwaltung, stand unter Preußens beherrschendem Einflusse. Preußens wirtschaftliches und politisches Uebergewicht nahm die Stimmen der nord- und mitteldeutschen Bundesstaaten in Beschlag. Der Reichskanzler und die Leiter der obersten Reichsbehörden befanden sich in einer staatsrechtlich festgelegten Abhängigkeit von der preußischen Regierung. Denn nicht in ihrer Eigenschaft als Reichsbeamte, sondern lediglich als Bevollmächtigte Preußens hatten sie Sitz und Stimme im Bundesrat. Das preußische Staatsministerium gab den deutschen Staatssekretären als preußischen Bundesratsbevollmächtigten die Direktiven. Nach Geist und Zusammensetzung aber war dieses Staatsministerium der im preußischen Klassenparlament herrschenden Mehrheit verwandt. Auch diese Mehrheit hatte somit durch Vermittlung des preußischen Staatsministeriums und der preußischen Bundesratsbevollmächtigten einen maßgeblichen Einfluß auf die Geschicke des Reiches. Dem Reichstage dagegen fehlte jeglicher Einfluß im umgekehrten Sinne. Soweit er in Frage kam, bestand die vielgerühmte „Unabhängigkeit“ der preußischen Regierung allerdings zu Recht.

Ganz richtig hat jemand gesagt: „Preußen war nach der bisherigen Verfassung nicht im Deutschen Reich, sondern es war tatsächlich das Deutsche Reich“. Diese preußische Vorherrschaft hielt den partikularistischen Geist in den süddeutschen Bundesstaaten lebendig. Bismarck nahm mit staatsmännischem Taktgefühl auf die Empfindungen der süddeutschen Reichsgenossen Rücksicht. „Ich glaube, man soll sich in den germanischen Staaten nicht fragen, wenn man es der Bevölkerung recht machen will: was kann gemeinsam sein?, ... sondern man muß sich fragen: was muß absolut gemeinsam sein?, und dasjenige, was nicht gemeinsam zu sein braucht, das soll man der speziellen Entwicklung überlassen“. So hatte er schon am 16. April 1869 im Norddeutschen Reichstag gesprochen, und so hielt er es auch in der Praxis für die ganze Folgezeit. Seit seiner Entlassung wehte am Berliner Hof ein anderer Wind. „Alle diese Herren pfeifen auf das Reich und würden es lieber heute als morgen aufgeben“. Sicherlich war dieses Urteil des süddeutschen Reichskanzlers, des greisen Fürsten Chlodwig von Hohenlohe, zu hart und allgemein. Aber sicherlich hat auch eine tatkräftige Minderheit borussischer Patrioten ihr Bestes getan, die Politik des Reiches mit ihren Anschauungen zu durchdringen und den Geist friedlicher Reichsgemeinschaft zu zerstören. Der Krieg verknüpfte zunächst Nord und Süd fester denn je. Durch seine lange Dauer zwang er späterhin freilich die Reichsregierung zu Maßnahmen, die von süddeutscher Seite vielfach als böswillige und unberechtigte Eingriffe in das Leben der Einzelstaaten hingestellt wurden.

Die Machtstellung Preußens ist durch die Revolution in ihren Grundfesten erschüttert worden. Die Monarchie ist beseitigt. Das Heer ist zerschlagen. Das preußische Klassenparlament ist verschwunden. Die Vorherrschaft einer kleinen Schicht in Heer und Verwaltung hat aufgehört. Der feste Zusammenhang zwischen den einzelnen Provinzen hat sich bedenklich gelockert. Nur die administrative und wirtschaftliche Verkettung geben heute dem preußischen Staat noch ein einigermaßen geschlossenes Gefüge. Ob auf die Dauer, steht dahin. In West und Nord und Ost sind losstrebende Kräfte an Erfolg versprechender Arbeit. Die tolle Wirtschaft der A.- und S.-Räte, die frivole Sabotage des wirtschaftlichen Lebens durch die ewigen Streiks, denen die schwache Regierung Einhalt zu gebieten nicht in der Lage war, verschafften ihnen Verständnis und Anhang. Das preußische Staatsbewußtsein war in den Randprovinzen, den Rheinlanden, Hessen-Nassau, Hannover, Schlesien, sowieso nie kräftig entwickelt. Seinen Träger bildete hier im wesentlichen das nicht alteingesessene preußische Beamtentum. Die übrigen Bewohner waren deutsch gesinnt, preußisch nie! Der deutsche nationale Gedanke, durch dessen Erfüllung Preußen dem unerhörten politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwung des deutschen Vaterlandes die Bahn geöffnet hatte, Bismarcks „vis major der Gesamtnationalität“ versöhnte sie einigermaßen mit der preußischen Herrschaft. Diese abzuschütteln wäre überdies ein vergebliches Beginnen gewesen.

Werden wirtschaftliche und administrative Zusammenhänge allein stark genug sein, zusammenzuhalten, was sich nicht innerlich verbunden fühlt? „Ist es wohl sicher, daß der östliche und der westliche Teil, daß Pommern, Hannoveraner, Holsteiner und Schlesier, daß Aachen und Königsberg, im untrennbaren preußischen Nationalstaat verbunden, ohne die Dynastie so weiterleben würden.“ Diese Frage, die im 13. Kapitel seiner Gedanken und Erinnerungen kein Geringerer als Bismarck aufwirft, der im übrigen von der preußischen „Stammeseigentümlichkeit“ die höchste Meinung hatte, erscheint mir als der Kern des preußischen Problems. Die Einführung der provinziellen Autonomie in Schul- und Verwaltungsfragen, zu der sich neuerdings die preußische Regierung unter dem Druck verstärkter Absonderungsbestrebungen in einzelnen Gebieten genötigt sah, hat es ins helle Licht gerückt.

Seine Lösung ist nur möglich durch Ausdehnung und Intensivierung der Zuständigkeiten des Reiches, durch Verwirklichung des Grundgedankens des ersten Preuß'schen Verfassungsentwurfs: „Alle der nationalen Gemeinschaft als solcher natürlich zufallenden staatlichen Funktionen im Reiche zu konzentrieren, schärfer, ausschließlicher und klarer, als dies die bisherige Reichsverfassung tat, die durch Rücksicht auf dynastische und obrigkeitliche Empfindungen sich ganz bewußt bestimmen ließ.“ Auf das Reich muß die Macht übertragen werden, die früher die preußische Monarchie besaß. An eine Loslösung vom Reiche denken mit verschwindenden Ausnahmen weder Schlesier noch Rheinländer noch Hannoveraner. Sie alle sind, zu welcher Partei oder Volksschicht auch immer sie gehören, von der staatlichen Notwendigkeit des Reichsgedankens durchdrungen.

Von weit geringerer Bedeutung ist dagegen eine territoriale Neugestaltung des Reiches. Eine solche würde gewiß für die Entwicklung des deutschen Volkes von großem Nutzen sein, sofern sie von dem Gedanken eines einigen starken Reiches getragen wäre. Sie würde aber wertlos, ja gefährlich sein, wenn sie nicht das Reich in seinem ganzen Umfange erfaßte. Der erste Verfassungsentwurf des Ministers Preuß krankte an einem inneren Widerspruche: er zerschlug Preußen und ließ die großen süddeutschen Bundesstaaten unversehrt. Der Grundgedanke des Entwurfs, die Stärkung der Reichsgewalt, war auf solchem Wege nicht zu verwirklichen. Der Fortbestand der süddeutschen Bundesstaaten in ihrer bisherigen Größe neben einem in viele Teile zerschlagenen Preußen wäre eine schwere Bedrohung der Einheit des Reiches, da er die von der Entente gewünschte, gegen Norddeutschland gerichtete Donauföderation in den Bereich dauernder Möglichkeit rücken würde. Die Zerschlagung der süddeutschen Bundesstaaten bildet im Falle einer Zerschlagung Preußens die unerläßlichste Bedingung für die Erhaltung der Reichseinheit. Ob sie zur Zeit möglich oder überhaupt zweckmäßig wäre, ist freilich eine andere Frage. Gewiß läßt sich die Notwendigkeit der territorialen Integrität der süddeutschen Bundesstaaten weder mit geschichtlichen noch ethnographischen noch wirtschaftlichen noch geographischen Argumenten beweisen. Trotzdem kann mit Bestimmtheit vorausgesagt werden, daß eine Zerschlagung der süddeutschen Staaten, die sich nicht auf den freien Willen ihrer Bewohner gründen würde, bei diesen den stärksten Widerstand fände. Das Staatsbewußtsein ist dort vielleicht nicht stärker entwickelt als in Preußen auch. Aber das Vorurteil gegen Preußen steckt den Süddeutschen und vorzüglich den Bayern noch so in den Knochen, daß eine durch Reichsgesetz erfolgende Zerschlagung der Bundesstaaten als ein Akt borussischer Machtgier empfunden würde. Sie wäre ein äußerst gewagtes

Experiment, das eine heftige Erschütterung des staatlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und privaten Lebens hervorrufen könnte.

Die Reichsregierung, die nach eigenem Bekenntnis ihr Ziel auf der „Linie des geringsten Widerstandes" sucht, legte den heiklen Plan einer territorialen Neugestaltung des Reiches bis auf weiteres zu den Akten. Dagegen scheint sie den Gedanken, die Reichsgewalt durch Vermehrung ihrer Befugnisse zu stärken, seit kurzem fester ins Auge zu fassen. Nach und nach will sie einer Aeußerung des preußischen Kultusministers Haenisch zufolge eine große Einrichtung nach der andern auf das Reich übernehmen. Der Anfang sei bereits mit der Reichseinkommensteuer gemacht, Eisenbahnen, Wasserstraßen, vielleicht auch Justiz würden über kurz oder lang folgen. Es bleibt zu wünschen, daß sie an ihrem Ziel nicht irre wird und in ihrem Eifer nicht erlahmt, denn nur auf diesem Wege wird sie erreichen können, daß eine in vernünftigen Grenzen sich haltende und — hoffentlich — nicht nur auf Preußen sich erstreckende Autonomie der Provinzen der Einheit des Reiches keinen Abbruch tut. Im Gegenteil! Eine Autonomie, die den Partikularismus auf das kulturelle Gebiet begrenzt, auf dem allein er ein Recht hat, wird alsdann die Entfaltung der Eigenart der einzelnen Stämme begünstigen, ohne ihren Zusammenhalt zu gefährden.

Oberschlesien.

Ein offenes Wort in zwölfter Stunde.

Von Ernst Laslowski, Breslau.

Ueber der deutschen Politik der letzten Jahre lastet ein tragisches Verhängnis. Es liegt eingeschlossen in dem bitteren Wort „zu spät". Zu spät erfüllte man den Wunsch des Volkes nach einer Reform des Wahlrechts, zu spät ging man an die Umgestaltung des alten Regimes, zu spät erkannte man die unhaltbar gewordene Lage an der Front und zu spät schloß man Waffenstillstand und Frieden. Darüber gibt es keinen Zweifel, denn die Folgen dieses frevelhaften Zögerns und Schwankens sind mit der Unerbittlichkeit eines Naturgesetzes bereits eingetreten. Selten ist eine politische Erfahrung mit so furchtbaren Opfern erkauft worden wie diese, und man müßte glauben, daß sie sich wie mit Flammenlettern in die Herzen der leitenden Männer eingegraben hätte.

Oder täuschen wir uns? Sollten die letzten fünf Jahre nur eine flüchtige Episode gewesen sein, nach der das alte Gaukelspiel des Aufschiebens und Hinhaltens, der halben Wahrheiten und der schönen Redensarten wieder von neuem beginnen könnte? Wird man etwa wieder, wie schon so oft, über den entscheidungsschweren Ernst der Stunde zwischen elf und zwölf mit schillernden Worten hinwegtäuschen, um erst beim dröhnenden Stundenschlage verstört und hilflos zusammenzuzucken? —

Wieder ist ein politisches Problem von folgenschwerster Bedeutung in das entscheidende Stadium der zwölften Stunde getreten: die oberschlesische Frage. Nur noch wenige Tage trennen uns von der Besetzung einer der reichsten Provinzen durch fremde Truppen. Was das für die Zukunft Oberschlesiens und damit ganz Deutschlands bedeutet, braucht wohl nicht erst gesagt zu werden. Oder gibt es harmlose Leute, die da glauben, die Besatzungstruppen hätten die Aufgabe, die deutschen Interessen bei der Abstimmung wahrzunehmen? Nein, wir Oberschlesier geben uns keiner Täuschung darüber hin, daß der Einzug der amerikanischen Bataillone für unsere Heimat den Beginn der Agonie, des letzten Todeskampfes, bedeutet.

Wie Ertrinkende, die nach einer rettenden Planke suchen, schauen wir Oberschlesier seit Wochen hin nach Berlin. Aber es möchte fast scheinen, als sei man sich dort trotz aller gegenteiligen Versicherungen des furchtbaren Ernstes der Situation noch nicht völlig bewußt geworden. Denn was uns bisher geboten wurde, sieht nicht anders wie ein Strohhalm aus, an den sich niemand klammern kann. Es mag sein, daß die Regierung im guten Glauben handelte oder daß andere schwerwiegende Bedenken vorlagen. Aber gibt es in aller Welt irgendein Bedenken, das schwerwiegender wäre als der drohende Verlust einer der reichsten und lebenswichtigsten Provinzen für ein fast zum Bankrott armgewordenes Land?

Oder täuschen sich gar auch die neuen Männer in Berlin, genau ebenso wie einst die alten, über die eigentliche wahre Volksstimmung? Läßt man sich etwa auch heute wieder von sog. Vertrauensleuten unterrichten, die für die unwägbaren Imponderabilien und alle feineren Schwingungen der Volksseele nicht das geringste Verständnis haben, oder genauer gesagt, haben können? Es mag einer sonst ein energischer, schlauer und in den schwierigsten Künsten erprobter Mann sein: aber zum Verständnis der so kompliziert zusammengesetzten oberschlesischen Volksseele gehören ganz andere Qualitäten und psychologische Erfahrungen. Mag es auch sonst hundertmal anders sein, um die wirkliche Stimmung des oberschlesischen Volkes in seiner breiten Masse zu beurteilen halte ich nur Männer für befugt, die auf heimischem Boden gewachsen, jahrzehntelang dort gelebt und durch die gleichen Sitten, Lebensanschauungen und durch den gleichen lebendigen Glauben mit dem Volke verwachsen sind.

Sollte sich also die Regierung durch unbefugte Beurteiler über die eigentliche Volksstimmung bisher haben irreführen lassen, so sei hier mit aller Deutlichkeit, wie sie der Ernst der zwölften Stunde heischt, gesagt, daß fast alle wirklichen Kenner Oberschlesiens der Abstimmung mit Bangen entgegensehen. Denn allzulange hat die preußische Polenpolitik mit frevlem Leichtsinn verderblichen Wind gesät. Nun ist die Sturmernte herangereift und die unglückselige Kriegspolitik hat sie sogar überreif gemacht. Ueber diese harten Tatsachen können keine Demonstrationsumzüge und Protesttelegramme hinwegtäuschen. Sind solche Maßstäbe schon an und für sich nicht untrüglich, so genügen sie noch weniger zur restlosen Erfassung der Stimmung bei einem so tief und mannigfach geschichteten Volksganzen, wie es gerade das oberschlesische darstellt. Bei keinem anderen Volk ist das, was man nationales Fühlen nennt, so vielwurzlig und irrational als gerade hier in dem Kreuzungsbezirk germanischen und slawischen Wesens. — Man sagt freilich, der oberschlesische Industriearbeiter würde aus wirtschaftlichen Gründen nicht für Polen stimmen. Aber wer auch nur ein paar Nummern des polnischen deutschgeschriebenen Blattes „Der weiße Adler" gelesen hat, der weiß, wie leicht es der politischen Dialektik fällt, solche Bedenken wirtschaftlicher Natur zu entkräften.

Damit berühren wir schon einen weiteren Gedankenkreis. Selbst wenn jemand sich den eben angeführten Bedenken nicht anzuschließen vermag und die Oberschlesier für absolut sicher hält, so wird er doch leider nicht imstande sein, irgendeine Garantie dafür zu bieten, daß mit dem Augenblick der Besetzung sich die Verhältnisse nicht zu ungunsten Deutschlands verschieben werden. Die Vorgänge im Westen geben in dieser Beziehung genug zu denken. Die Entente war bisher so klug, sich über die eigentlichen Absichten der Besatzungstruppen auszuschweigen. Nur das Eine wissen wir schon jetzt ganz sicher, daß wir Deutsche auf irgendwelche Sympathien herzlich wenig werden zu rechnen haben. Die Methoden für die Vorbereitung der Abstimmung liegen ganz im Willen und in der Hand der Entente. Und wenn wir die polnische Presse richtig verstehen, so dürfen wir uns auf allerlei unangenehme Ueberraschungen gefaßt machen. Was ist denn zu tun, wenn die Amerikaner uns plötzlich hermetisch vom übrigen Reich absperren, wenn sie vom Reich aus keine deutsche Zeitung mehr über die Demarkationslinie lassen? Was ist zu tun, wenn sie mißliebige oberschlesische Blätter unter Zensur stellen oder ganz unterdrücken? Aber selbst wenn alle diese Befürchtungen nicht eintreffen sollten: die polnischen Agitatoren werden sicher prompt zur Stelle sein und eine großzügige Aufklärungsarbeit in ihrer Weise ins Werk setzen. Reichliche Zufuhren an Lebensmitteln, Kleidungsstücken usw. werden die Sachlage wirkungsvoller illustrieren, als die bunten Plakate mit denen wir bisher auf die Leute einzuwirken suchten. Dazu werden die schlimmen Finanznöte im alten Vaterlande, die endlosen Streiks und ganz besonders die fortgesetzten Angriffe auf den christlichen Charakter des Staates ein übriges tun, um ein verzweifeltes Volk schließlich mürbe zu machen.

Ich möchte mehr als gern daran glauben, daß trotz alledem unser oberschlesisches Volk standhaft bleibt. Was hilft uns das aber, wenn die Entente die stärkste Waffe doch noch in der Hand behält; und diese ist die Verwertung der Abstimmungsergebnisse. Auch über diesen Punkt ist nämlich ebensowenig wie über die Methoden für die Abstimmung offiziell etwas Endgültiges oder auch nur Genaueres mitgeteilt worden. Aus guten Gründen, wie eine einfache Ueberlegung zeigt. Es kann nämlich auf eine zweifache Weise abgestimmt werden: indem man Oberschlesien entweder in einzelne Abstimmungskreise zerlegt oder es als ein einziges Abstimmungsgebiet betrachtet. Im ersten Falle müßte auch naturgemäß die Entscheidung kreisweise nach dem Gesamtresultat des betr. Kreises erfolgen. Damit wäre die Möglichkeit gegeben, diesen oder jenen überwiegend deutschfühlen

den Kreis für Deutschland zu retten. Würde man aber nach der zweiten Methode abstimmen lassen, so wäre entsprechend das Gesamtergebnis und zwar für das gesamte Abstimmungsgebiet, also ganz Oberschlesien, entscheidend. Das Resultat dürfte schon heute nicht mehr zweifelhaft sein. Aber nehmen wir selbst den für uns günstigeren ersten Fall an. Ist es denn sicher, daß die Entente bei unliebsamen Ergebnissen, die ja nur der Kommission bekannt sind, auch trotz der kreisweisen Abstimmung die Stimmen der einzelnen Kreise dann nicht doch noch zusammenlegt und nach diesem Gesamtresultat schließlich für ganz Oberschlesien die höchstwahrscheinlich negative Entscheidung fällt? Wir sind also so oder so von der Willkür der Kommission abhängig. Man erzählt, daß Paderewski merkwürdigerweise sofort bereit war, in die Volksabstimmung einzuwilligen. Sollte er etwa damals schon an die eben angedeuteten Möglichkeiten gedacht haben?

Es fiel uns wahrhaftig nicht leicht, die düstere Lage in Oberschlesien so ungeschminkt und ohne alle Umschweife hier zu schildern. Aber die Not der zwölften Stunde duldet keine Schönrednereien und billigen Lichteffekte. „Ehrlichkeit ist immer die beste Politik", sagte der große Newmann, und besonders in unserem Falle müßte jeder Versuch, sich und andere zu täuschen, katastrophal enden.

Was ist nun zu tun? Es gibt m. E. nur einen einzigen Weg, und auf ihn ist in den letzten Tagen deutlich genug hingewiesen worden: die sofortige Gewährung der weitgehendsten Autonomie für Oberschlesien in der Form eines Bundesstaates. Alle anderen Versuche werden so kläglich auslaufen, wie die berüchtigten Manöver, die während des Krieges eine kurzsichtige Regierung anstellte, um Belgien „in der Hand zu behalten". Wir Oberschlesier können deshalb dem Zentrum nicht dankbar genug sein, daß es dieses Ziel klipp und klar ausgesprochen hat und sich für seine Verwirklichung einsetzt; denn wir brauchen für die deutsche Agitation, die mühsam genug werden dürfte, ein starkes, durchschlagendes und leuchtendes Motiv. Die kümmerlichen Mittel gegenseitiger Verhetzung sind zu unsauber und unklug. Ein Bundesstaat Oberschlesien wäre überdies keine künstliche Fiktion. Denn die natürlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen sind bereits gegeben. Vor allem aber würde der ethnologischen Tatsache, daß der aus germanischem und slawischem Rassebestandteil zusammengesetzte Oberschlesier einen besonderen Menschentypus darstellt, die Berechtigung zu entnehmen sein, die Oberschlesier auch staatlich zu einem völkischen Ganzen zusammenzuschließen.

Endlich sei auch das letzte Bedenken gestreift. Mit einem ganz untraditionellen Zartgefühl für historische Werte wachen heute gerade die sozialistischen Regierungsmänner über die fast zur sakralen Bedeutung emporgehobenen „Unverletzlichkeit Preußens." Und der sozialistische Staatskommissär für Schlesien und Posen Hörsing sieht gar jetzt noch in allen Selbständigkeitsbestrebungen regelrechten „Hochverrat." Ich frage diese Herren: Wodurch wird unser armes Vaterland — denn um dessen Schicksal handelt es sich ja in letzter Linie — mehr geschädigt, dadurch, daß Oberschlesien ein deutscher Bundesstaat oder eine polnische Provinz wird? —

Aber es muß rasch gehandelt werden, sehr rasch. Denn schon sucht man in unseren Zeitungen Quartiere für die fremden Truppen. Hunderttausende deutschfühlende Oberschlesier starren angstvoll auf die Zeitenuhr. Der Zeiger steht fünf Minuten vor zwölf. Wird die Regierung uns retten, oder werden die letzten kostbaren Minuten ungenützt verstreichen? Dann wird der dröhnende Stundenschlag für uns Oberschlesier zum Sterbegeläut werden, und die richtende Geschichte wird auch über dieses traurige Kapitel deutscher Politik das bittere Wort „zu spät" setzen.

Kapitalismus und Verbrauchsbeschränkung.

Von Hauptmann a. D. Hartwig Schubart, Salenstein (Thurgau).

Die neue „Züricher Zeitung" bringt in ihrer Nummer 1134 vom 30. Juli d. J. unter dem Titel „Zum wirtschaftlichen Neuaufbau" Ausführungen, in denen zunächst die Wirtschaftsform des Kapitalismus verteidigt, dann aber doch zum Schluß eine erhebliche Einschränkung der Kapitalverfügung befürwortet wird durch Einführung einer staatlichen „Verbrauchsbeschränkung". Da dieser Gesichtspunkt zuerst von mir aufgestellt ist in dem Artikel „Verbrauchsbeschränkung als staatliche Einnahmequelle" — Nr. 2 der „Allgemeinen Rundschau" vom 12. Januar 1918 — so möchte ich heute, nachdem auch das von den Leiden des Krieges im allgemeinen verschonte neutrale Ausland, und zwar die älteste und freieste Demokratie, die Notwendigkeit derartiger staatlicher Eingriffe in die Selbständigkeit des Einzelnen zur Diskussion stellt, nochmals auf diese Fragen zurückkommen.

An der Rolle, die das Kapital in der wirtschaftlichen Entwicklung gewonnen hat, wird zunächst nicht viel zu ändern sein. Das Kapital ist in allen Unternehmungen, sei es als festgelegtes — investiertes — Kapital, sei es als freies — Betriebs-Kapital ein wesentlicher Arbeitsbestandteil und verdient daher ebenso seine Entlohnung, wie die Arbeit der Angestellten und Arbeiter selbst. Diese Rolle wird sich trotz falsch verstandener marxistischer und bolschewistischer Theorien nicht leicht ändern, sicherlich nicht solange, als noch neue Unternehmungen „finanziert" werden müssen, mag es sich nun um wirtschaftliche Ausbeutung eines neuen Rohproduktes unserer alten Mutter Erde oder eines neuen Gedankens handeln. Ebensowenig wird es zu verhindern sein, daß bei wirtschaftlicher Hochkonjunktur das Kapital eher und auch wohl in reicherem Maße die Früchte genießt als der Arbeiter — umgekehrt leidet es auch früher unter dem Tiefstand. Weiter zwingt gerade die Notwendigkeit billigen Arbeitens, die die Neuzeit zum wenigsten bei Massenartikeln braucht, zum Großbetrieb, also zu großer Kapitalinvestierung. In gewissem Sinne könnte daher eine allgemeine Sozialisierung auch gerade als die höchste Spitze des Kapitalismus angesprochen werden.

Wenn dieser wirtschaftlichen Rolle des Kapitals wohl kaum etwas entgegenzuhalten ist, so entstehen aus ihr doch wirtschaftliche Gefahren, denen entgegengetreten werden muß, und die man auch im allgemeinen im Auge hat, wenn man auf die verderbliche Rolle des Kapitalismus hinweist und ihn mit Recht auch für das Unheil des Krieges verantwortlich macht. Das Kapital hat umso mehr die Tendenz, sich in einzelnen Händen zu sammeln, je größer die Menge des umlaufenden Geldes ist. Diese in einzelnen Händen zusammengelaufenen „großen Vermögen" bieten die Gefahr, den einzelnen Besitzern eine unverhältnismäßig große wirtschaftliche Macht zu geben und gestatten ihnen weiter durch ihre Einnahmen, durch die an sich berechtigte Entlohnung der Arbeit des Kapitals, eine Lebenshaltung, die oft in schreiendem Gegensatz zur Not der Menge steht.

Europa lechzt nach Frieden — auch die Sieger. Auch bei ihnen hat der offizielle Friedensschluß von Versailles nicht die Sehnsucht befriedigt, die unbewußt und mehr und mehr auch bewußt alle Staaten und Menschen durchzieht, die Sehnsucht nach wirklicher Aussöhnung. Künstliche Sicherungsmaßnahmen, gezwungene Völkerbundssatzungen sind erfunden, aber sie treffen alle das Wesen nicht, nämlich daß die äußere Aussöhnung zwischen den Staaten erst möglich ist nach innerer Aussöhnung in den Staaten selber und daß diese innere Aussöhnung nur erfolgen kann auf dem Wege sozialer Ausgleichung. Gleichheit ist im menschlichen Leben solange unmöglich, als die Menschen verschieden an Körper und Geist geboren werden, als ihnen verschiedene Erziehung, Nahrung, verschiedene Lehrer zu Teil werden. Gleichheit wäre ein Rückschritt, der dumpfe Stagnation erzeugte — jeder Fortschritt kommt gerade von der Ungleichheit, die nach Ausgleichung strebt. Aber ebenso wie die vielen Millionen in sich verschiedener Menschen eben als Menschen doch eine allgemeine Gleichheit bilden, so soll auch ihr äußeres Loos im allgemeinen gleich bleiben. Aus diesem Gedankengang komme ich zu den drei Aufgaben der wirtschaftlichen — staatlichen — Entwicklung, die nicht nur für unser Deutschland, sondern für ganz Europa gelten.

1. Die Menge des umlaufenden Geldes muß in gesundem Verhältnis stehen zu der vorhandenen wie zu der durchschnittlich benötigten Menge wirtschaftlicher Güter. Jedes Mißverhältnis in der Richtung, daß verhältnismäßig mehr Geld umläuft als Güter vorhanden sind, bewirkt Teuerung und schafft zugleich unverhältnismäßig große Einzelvermögen. Durch den Krieg ist nun der Vorrat der wirtschaftlichen Güter überall stark vermindert, teilweise restlos verbraucht, die Menge der umlaufenden Geldsurrogate und der Werttitel enorm erhöht. Es muß daher Ziel der Finanzmaßnahmen aller Staaten sein, hier Wandlung zu schaffen, zunächst Abgaben in Gesamthöhe der durch den Krieg verursachten öffentlichen Belastung zu votieren, um diese Zinsen von den Budgets abzusetzen, damit verbunden die zirkulierende Notenmenge entsprechend verringern zu können. Damit werden weiter die ordentlichen Budgets geringerer Steuern bedürfen, die Preise werden sinken, es wird eine soziale Ausgleichung

die Folge sein. Natürlich muß damit eine Reduktion der Löhne verbunden werden — die Lebenshaltung wird sich trotz geringeren Lohnes bessern.

2. Der Gefahr einer zu großen wirtschaftlichen Macht des einzelnen Kapitalisten oder der kapitalistischen Vereinigung ist zum Teil bereits durch die Arbeiterorganisationen und ihre gesetzliche Fixierung in den einzelnen Staaten begegnet, weiterer Ausbau wird folgen. Zu bedenken wird aber das eine sein: ebenso wie der Arbeiter ein Recht auf Arbeit hat, und auf angemessene Entlohnung derselben, ebenso muß dem Unternehmen ein Recht auf angemessene Arbeitsleistung des Arbeiters zugebilligt werden, und Verstöße hiergegen sind auch Verstöße gegenüber der Allgemeinheit. —

3. Die Ausgleichung kann nicht erfolgen durch Festsetzung eines Maximalvermögens. Eine derartige Maßnahme ist zwar augenblicklich bei Gelegenheit des Reichsnotopfers als einmalige Ausnahme wohl am Platze, und von mir auch empfohlen worden — „Allgemeine Rundschau" Heft 39/1919 — aber in kürzester Zeit werden die auf diese Maximalhöhe reduzierten und damit egalisierten Vermögen doch wieder ungleich sein. Eine Verhinderung des Erwerbs an sich bedeutet Behinderung des Erwerbstriebes, der Unternehmungslust, sie wirkt unsozial, und besonders unsozial in einer Zeit, die äußerste Betätigung aller wirtschaftlichen Kräfte anstreben muß. Aber dieser Erwerb darf nicht egoistisch — materiell verbraucht und verschleudert werden, er muß im Interesse der Allgemeinheit arbeiten. Das geschieht durch eine staatlich festgesetzte Höchstgrenze des Jahresverbrauches für die Einzelperson. Dann wird nicht nur ein weiterer Ausgleich der Lebenshaltung eintreten, der zu innerer, sozialer Aussöhnung führt, es wird weiter durch allgemein produktive Verwertung der Mehreinnahme die allgemeine Lage eine Förderung erfahren müssen. Ich verweise hier nochmals auf meinen Artikel in Heft 2/1918 der „Allgemeinen Rundschau", um nicht Einzelheiten zu wiederholen. Der „N. 8. Ztg." entnehme ich zum Schluß aber noch einen weiteren Vorteil der Verbrauchsbeschränkung, auf den ich in meinem Vorschlag nicht hingewiesen habe. Sie schreibt: „Viele Probleme, deren Lösung heute auf dem Wege des Klassenkampfes versucht wird, könnten dann auf eine vernünftigere Basis gestellt werden. So würde sich die Allgemeinheit in viel höherem Grade als bisher bewußt, daß die Frage der Arbeitszeit im Prinzip ein technisches Problem ist, abhängig vom Stand der Produktionsmittel und des Produktionsprozesses. Eine vorzeitige Reduktion der Arbeitszeit würde sich unmittelbarer als bisher in einem Druck auf die allgemeine Lebenshaltung äußern und dieser Druck müßte von den großen Massen viel deutlicher als direktes Ergebnis der Arbeitszeitverkürzung erkannt werden. Ein richtiges Verhältnis zwischen Arbeitsdauer und Lebenshaltung dürfte sich dann viel eher selbsttätig herausbilden."

Traum der Zukunft.

Und mitten in den Zeiten tiefster Not,
Der wilden Wehen und der Schmach und Schmerzen,
Seh' ich ein fernes, lichtes Morgenrot,
Blüht die Gewissheit mir empor im Herzen:
„Mein Vaterland, du wirst nicht untergeh'n,
Ob auch dein heller Ruhmesglanz verdunkelt,
Am Zeitenhimmel wirst du neu ersteh'n,
Gleich einem Stern, der strahlend niederfunkelt!"

Es kommt ein Tag — und weilt er auch noch fern,
Und ist mir nicht beschieden ihn zu schauen,
Mein deutsches Volk, dann steigt dein Hoffnungsstern. —
Leg Hand ans Werk, um neu dein Haus zu bauen.
Wenn eines grösser wie dein Unglück ist,
Dann sei's dein Mut es ungebeugt zu tragen,
Und wenn du deines Schicksals Meister bist,
Wird dir die Stunde der Erlösung schlagen.

Geläutert gehst du aus dem Kampf hervor,
Pflichttreue Arbeit hilft dir überwinden
Und deine Stimme wird im Völkerchor
Von Land zu Land Gehör und Geltung finden.
Im Frieden wird dein Handel neu erblüh'n,
Der deutsche Fleiss wird sich die Welt erringen
Und deine Enkel werden stolz und kühn
Den Traum der Zukunft zur Erfüllung bringen!

Josefine Moos.

Eine Jubiläumserinnerung aus der ostasiatischen Missionsgeschichte.

Von Univ.-Prof. D. Dr. Aufhauser.

Am 15. Mai konnten wir die Erinnerung an die Bestallung des heiligen Bonifatius zum Missionär für die germanischen Völker feiern (15. Mai 719). Ward dieser Tag einst von besonderer Bedeutung für die Christianisierung der germanischen Stämme und damit für die Kultur des Abendlandes, so darf des 15. August heurigen Jahres als eines zweiten Missionsjubiläums von epochemachender Wirkung für Ostasien gedacht werden.

Franz Xaver landete am Maria-Himmelfahrtstage 1549 in Kagoschima auf der südlichsten Insel des japanischen Reiches. Er war der erste christliche Missionär, der mit seinen Ordensbrüdern Cosmo de Torres, Juan Fernandez und drei in Goa getauften Japanern das „Land der aufgehenden Sonne" betrat, um dort das Christentum zu predigen. In der allmählich gewonnenen Erkenntnis, daß nur durch die Christianisierung Chinas auch Japan dem christlichen Glauben erschlossen werden könnte, kehrte Xaver nach 2 1/4 jährigem Wirken nach der Missionszentrale von Goa zurück, um von dort über Malakka nach China sich einzuschiffen. Leider wurde seine edle Seele schon am 3. Dez. 1552 auf der Insel Sancian, nur sechs Meilen vom chinesischen Festlande entfernt, in das ewige Gottesreich heimgerufen. Nach St. Paulus wird St. Xaver für immer der Ruhm des größten Missionärs und Wegbahners des Christentums verbleiben.

Wohl waren nestorianische Mönche aus ihren Missionszentren in Bagdad, Nisibis und Edessa schon um 635 nach China (Tzinia) vorgedrungen, wie die Inschrift von Singanfu bezeugt. Vom 7. bis 12. Jahrhundert hatten sie in den weiten Gebieten Innerasiens eine rege Missionstätigkeit entfaltet, viele Bischofssitze begründet und sogar am Hofe der welterobernden Mongolen Eingang und Anhänger gefunden. Wohl hatte auch die römisch-katholische Mission seit 1245 besonders durch die Franziskanermönche (Wilhelm v. Rubruck, Plan Carpin, Johannes de Monte Corvino 1292—1328, Arnold v. Köln, Andreas von Perugia, Odorich von Pordenone 1312—30) dank der Toleranz der mongolischen Kaiser gewirkt und das Land durchquert, war sogar ein Erzbistum von Cambalu (Peking) 1307 und ein Bistum von Zeitun gegründet. Aber durch die Vertreibung der Mongolendynastie und die Einsetzung des allem Fremden, insonderheit dem Christentum feindlichen Herrscherhauses der Ming (1368), war den Missionären der Eintritt ins Land verwehrt, zudem infolge der Islamierung Persiens (1387) und seiner Nachbarländer die Verbindung mit dem europäischen Mutterlande unmöglich geworden.

Nun sollte im neugegründeten Jesuitenorden mit seinen speziell für die dortigen Verhältnisse vorzüglich ausgebildeten und geschulten Missionären der Kirche gerade für die Mission in Ostasien eine gewaltige Kraft erstehen. Durch Verbreitung von mathematischen und astronomischen Kenntnissen, durch Vertrautheit sogar mit Herstellung von Kanonen wußten sich diese Missionäre (Ricci, Schall, Verbiest, Faber, Martini usw.) das Vertrauen der gebildeten Kreise, ja sogar des kaiserlichen Hofes, zu gewinnen. Das Missionswerk schien sich der besten Hoffnungen erfreuen zu dürfen. Da machte der unselige, nicht zum wenigsten infolge der Eifersucht der verschiedenen Orden entstandene Streit über die Erlaubtheit der chinesischen Gebräuche bei der Konfuzius- und Ahnenverehrung wie der chinesischen Gottesbezeichnung im Verein mit dem unglücklichen portugiesischen Patronat ein jähes Ende, beraubte zudem die Aufhebung des Jesuitenordens in Portugal und seinen Kolonien (1759) die Mission des nötigen Nachschubes aus der Heimat. Japan hatte sich dem jungen christlichen Missionswerke nach den blutigen Verfolgungen von 1587, 1597, 1612, 1622 durch Ausweisung der Missionäre schon früher völlig verschlossen (1638).

Erst die Verträge von Nanking (1842), Tientsin (1858) und Peking (1860) öffneten China durch die europäischen Kanonen auch wieder der christlichen Mission, die freilich während der ganzen zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts infolge ihrer unglücklichen Verquickung mit Eroberungs- bezw. Kolonial- und Aufteilungspolitik ständig unter dem Ausbruch des Fremdenhasses der Massen zu leiden hatte. Japan hatte 1854 Schimoda und Hakodata geöffnet, bald folgten auch dort noch weitere Häfen. Das Pariser Missionsseminar hatte sich hier schon 1861 wieder an die Missionierung des Landes, das bereits 1846 zum

Vikariat erhoben war, gewagt. Doch wurden noch 1868 die Erlasse gegen das Christentum von 1638 erneuert (Verfolgungen von 1868—73) freilich, um bereits am 19. Februar 1873 das Christentum als geduldet anzuerkennen. 1876 wurde der Sonntag zum offiziellen Ruhetag erhoben. 1884 erklärte sich der Staat als religionslos, gewährte aber in der konstitutionellen Verfassung vom 11. Februar 1889 Religionsfreiheit. Infolge der glücklichen Kriege gegen China 1894—95 und gegen Rußland 1904—05 erwarb sich Japan die unbestrittene Hegemonie im fernen Osten, die in der Annexion von Korea (1910) ihren äußeren Ausdruck fand.

Die politischen und kulturellen Umwälzungen schufen in China an Stelle des Jahrtausende alten Kaisertums eine Republik (seit 12. Februar 1912), mit Riesenschritten eilt besonders Japan, dank der raschen Aneignung aller Kulturfortschritte des Abendlandes, einem ungeahnten Zukunftsaufschwung entgegen.

Welches sind die Aussichten, die sich dem Christentum in Ostasien am heutigen Erinnerungstage bieten? Uebereinstimmende Berichte der verschiedenen Missionsgesellschaften (besonders der Scheutvelder und der Jesuiten) bezeugen, daß die seit dem Boxer Aufstande (1900) eingesetzte Hinneigung zum Christentum in den letzten Jahrzehnten, speziell auch während des Weltkrieges in China anhielt und große Massenbekehrungen zeitigte. Ja optimistische Kreise katholischer und evangelischer Missionäre rechneten bereits nicht bloß mit einer entscheidenden Stunde der christlichen Weltmission im fernen Asien, sie glaubten sogar von einer Evangelisation bereits in dieser Generation sprechen, China schon als virtuell christlich ansehen zu dürfen. Hoffnungen, die wohl in etwas stark übertriebener Weise die Zukunft in allzu rosigem Lichte erscheinen lassen. Bleibt es doch abzuwarten, inwieweit die unselige Zerrissenheit und die beklagenswerten Kriegsgreuel im christlichen Europa auf die Wertschätzung des Christentums von seiten der gebildeten Chinesen und Japaner unheilvoll wirken werden. Doch dürfen wir mit froher Hoffnung der Zukunft der christlichen Mission in Ostasien entgegensehen.

Freilich müssen wir uns der hohen Aufgaben bewußt bleiben, die gerade für die katholische Mission mehr als bisher im „Reiche der aufgehenden Sonne", im „Lande der Morgenstille" und im „Reiche der Mitte" auf dem Gebiete der indirekten Missionsarbeit, speziell des höheren Schulwesens und der Presse bestehen. Fragen, denen die dortigen Vikariatsvorsteher bereits ihr ganzes Augenmerk zuwenden. Nur durch die werbende Kraft der helfenden Segensmission kann das Christentum den Geisteskampf aufnehmen mit dem Buddhismus, der ja gleichfalls durch das Gebot der Nächstenliebe welterobernd auftritt. Durch innige Verbindung und Verbreitung der wissenschaftlichen Errungenschaften Europas auf dem Gebiete der Naturwissenschaft, Technik, Chemie, Medizin, wird die Mission ihrer hohen Aufgabe sich gewachsen zeigen, damit zugleich der unmittelbaren Zivilisation auch bei diesen gebildeten Völkern große Dienste erweisen, ohne ihnen freilich die abendländische Kultur aufdrängen zu wollen. Ist doch das Christentum selbst nicht unbedingt und wesentlich mit dieser Kultur verbunden.

Hatte im Verlaufe des 19. Jahrhunderts die Mission durch ihre zu enge Verbindung mit der europäischen Kolonialpolitik keine allzu günstige Ehe eingegangen für das Gebiet von Ländern, deren staatliche Regierungsform seit Jahrtausenden festgefügt und in religiösen Ideen stark verankert ist, so müßten gerade nach den unseligen Wirkungen des Weltkrieges die christlichen Missionsarbeiter ihre edelste Aufgabe darin sehen, dem Christentum als solchem ohne die nationale Färbung ihres Heimatlandes draußen die Wege zu bahnen. Dadurch könnte die Mission durch Erfüllung ihrer edelsten Aufgaben, Wege des Friedens zu wandeln und Völker für die Religion der Liebe zu gewinnen, zugleich ihr Bestes beitragen, die in unseligem Zwist zerrissene europäische Christenheit durch den weihevollsten Völkerbund der Civitas Dei wieder zu vereinen.

Speziell der katholischen deutschen akademischen Jugend möchte es ein hohes Ideal bleiben, heute, mag auch leider deutsche Geistes- und Wirtschaftskraft ihre einzige Stütze im fernen Osten verloren haben, in regstem Wettstreit mit der für die Mission innigst begeisterten angelsächsisch-amerikanischen protestantischen Jugend mitzuarbeiten an den hohen Kulturaufgaben, die der katholischen Mission in Ostasien harren, um den weiten Vorsprung der evangelischen Mission mit ihren zahlreichen Hochschulen und Kollegien in etwa einzuholen. Die im fernen Osten arbeitenden Missionsgesellschaften werden katholische Akademiker, vor allem auch Aerzte, die sich ihnen bei der Ueberfüllung der heimatlichen Stellen auf einige Zeit zur Verfügung stellen wollen, sicher freudig begrüßen.

Auch heute noch spricht Jesus zu denen, die im innersten Herzen seinem Lebenswerke ihre besten Kräfte weihen wollen: „Ihr seid das Salz der Erde, das Licht der Welt, geht hinaus in alle Welt." Unser ist es, in Demut zu antworten: „Herr hilf das zu werden, wozu Du uns berufen hast."

Die Jugend unseres Volkes in neuem Lichte.

Von Rektor Sträter, Düsseldorf.

Viel hat man uns genommen, sehr viel. Aber nicht alles. Der Stamm ist niedergelegt, indes der Wurzelstock ist geblieben: Deutschland hat noch eine Jugend. Allerdings ist auch sie schon dezimiert, vielfach körperlich geschwächt, vor allem geistig zum Teil krankhaft angesteckt. So wird manche Wurzel dem Baume keine Lebenssäfte mehr zuführen, sondern bald verkümmern. Wie mancher Junge ist in den Jahren, da der Vater und die älteren Brüder im Felde standen, die Mutter auf Arbeit hinaus mußte, derartig innerlich verwahrlost, daß kaum noch an ein Aufkommen zu glauben ist! Wie groß ist vor allem die Zahl jener, die durch die Revolutions-Unrast den letzten Halt verloren haben; der Vater hat sich mit christlicher Religion und Sitte überworfen, die Mutter ist einflußlos, der Junge war monatelang vom Strudel leichtsinnigster Vergnügungssucht hingerissen. Jetzt ist er mit dem Glauben seiner Kindheit fertig und ebenso fertig mit der sittlichen Kraft seines Charakters. Der Vater tritt vielleicht aus der Kirche aus, der Sohn wird teilnahmslos, wenn nicht gar feindselig. Die Familie stirbt einem religiös sittlichen Streben ab. So geht manche Seitenwurzel unseres katholischen Volksstammes zu Grunde..

Nach schätzungsweiser Feststellung dürfte man für industrielle Großstädte wohl annehmen, daß dort etwa ein Drittel der katholischen Bevölkerung sich nicht mehr am katholischen Leben beteiligt; übrigens standen vor dem Kriege auch schon viele von ihnen abseits. Bei genauer Zusicht wird man meistens finden, daß es dieselben Familien sind, die auch sonst im bürgerlichen Leben deutliche Zeichen des Niederganges aufweisen: Unwirtschaftlichkeit, Mangel an Vorwärtsstreben, Neigung zur Verwahrlosung, allmähliches Hinabgleiten zum Laster, Hang zur Trunksucht. — Gewiß nicht alle, aber ein großer Teil, ja nach persönlicher Ueberzeugung der größte Teil der religiös Teilnahmslosen gehört zu den Sinkenden. Es ist kein zufälliges Zusammentreffen, es sind vielmehr Folgeerscheinungen des gleichen physiologisch-moralischen Absterbe-Prozesses. — Wird dieses volle Drittel nun sich gänzlich von der Kirche trennen? Es mag sein, daß doch mancher sich durch Familienherkommen und Landesgewohnheit gedrängt fühlt, eine christliche Trauung, eine Kindstaufe, die Erstkommunion seiner Kinder und schließlich ein kirchliches Begräbnis sich zu sichern. Viele, sehr viele werden aber aus dem innerlichen Absterben die äußere Folgerung ziehen und auch der kirchlichen Gemeinschaft den Rücken kehren.

Und doch wird aller Voraussicht nach die katholische Kirche Deutschlands nicht daran verbluten. Diese Volksschicht, die jetzt der Kirche abstirbt, ist überhaupt im Absterben begriffen. Die furchtbar harten Friedensbedingungen werden alle jene Volksteile seelich und leiblich erdrücken, die nicht volle, gesunde Widerstandskraft in sich tragen. Sie werden wohl schon bald mit dem Strome der Auswanderer hinausstreben in eine scheinbar bessere, in Wirklichkeit wohl unbarmherzig mörderische Zukunft — wie sollte denn die Zukunft der auswandernden Industriebevölkerung im agrarischen, tropischen Brasilien und Argentinien anders sein können! — oder sie werden einer inneren keimenden Krankheitsanlage, zumal der Tuberkulose erliegen. Diese Volksschicht wird sterben. Umsomehr fordert der noch gesunde Volksteil die ganze Sorge der Volkswirtschaftler und Volkserzieher heraus. Es kann kein Interesse zu groß und keine Mühe zu viel sein, um die Gesunden gesund zu erhalten und die durch Ansteckung Gefährdeten wieder zu kräftigen.

Pflege und sittliche sowie körperliche Kräftigung der im großen Ganzen noch gesunden Jugend nach der Schulentlassung ist die Aufgabe der heutigen Jugendpflege. Gewiß kommt die Jugendpflege nicht allein dabei in Betracht, sie steht aber in dieser Sorge wohl an erster Stelle. Durch die entsetzliche Lage Deutschlands wird ihre Bedeutung weit über das bisherige Niveau hinausgehoben. Unsere ganze Hoffnung beruht auf dem noch lebenskräftigen Volksteil, insbesondere auf der noch nicht erkrankten Jugend. Das ist die Pfahlwurzel künftiger Kraft. Solange sie unversehrt bleibt, mag manche Seitenwurzel abgeschnitten werden, der Baum wird doch weiterleben.

Darum ist für die kommenden schweren Jahre eine ganz andere Teilnahme aller Volkskreise an der Jugendpflege unerläßliche Notwendigkeit. Die Jugend sollte der Augapfel unseres Volkes werden. Gewiß nicht durch weichliche Nachgiebigkeit und verhätschelnde Bemutterung, das wäre das völlige Verderben jeder gesunden Jugend; aber eine lebendige Anteilnahme in den Fragen der Jugendpflege müßte den Untergrund für eine fruchtreiche Jugendarbeit bieten. Gerade daran hat es bisher leider sehr gefehlt. Wohl sind die Zeiten vorüber, wo man mit mitleidigem Achselzucken auf den Kaplan oder Lehrer herab-

sah, der sich des Sonntags nachmittags mit den „Bengeln" herumschlug. Es wurde im letzten Jahrzehnt ja im Gegenteil in manchen Kreisen sogar eine Art Mode, Jugend zu pflegen, oft genug war es aber auch nur Mode. Solche Modebetätigung ist natürlich für eine gedeihliche Pflege vollständig wertlos. Es tut vielmehr not, daß sich eine ganze Zahl von einflußreichen Männern und Frauen aus allen Berufen, Gebildete und Nichtgebildete, darüber Klarheit verschaffen, was eigentlich unsere schulentlassene Jugend braucht, welche Gefahren ihr drohen, wie diese beseitigt werden könnten, was schon für sie geschieht, was weiter zu fordern wäre, wo der Kernpunkt aller Sorge für die Jugend liegt. Eine große Zahl von einflußreichen Persönlichkeiten sollte sich für diese Zukunftsfrage unseres Volkes einsetzen und von ihnen aus müßte allmählich in jeder Pfarre, in jeder Gemeinde eine offene Anteilnahme am Gedeihen und Wachsen des jungen Volkes geschaffen werden.

Da wird es denn vor allem nötig sein, daß in erster Linie die Gebildeten das ganze weitschichtige Gebiet der Jugendpflege wenigstens in den Grundzügen kennen lernen. Es gibt darüber eine vielleicht nur zu reichhaltige Literatur, hervorragende Zeitschriften werden von den Zentralen der Jugendpflege verschiedenster Richtung herausgegeben. Es wäre aber auch notwendig, daß die Presse jetzt nicht nur unter „Lokale Nachrichten" über einzelne Versammlungen berichtet, die hier oder dort einmal stattgefunden haben, sondern auch die Grundfragen der Volksjugenderziehung beleuchtete. Für uns Katholiken insbesondere ist doch die Erziehung der Volksjugend nicht nur eine vaterländische Frage ersten Ranges, sondern auch das entscheidende Samenkorn unserer verheißungsvollen katholischen Entfaltung.

Kreuz und quer Gedanken.

Von Friedrich Koch-Breuberg, Neuburg a. d. D.

Sumego wollte nicht zurückstehen und auch er arbeitete an einer Schrift über die Urheber an dem großen Weltelend. Er dachte hin, er dachte her und hätte sich so gerne in einem Parlament recht frei und lange ausgesprochen. Natürlich — ein Parlament mit weitgeöffneten Fenstern.

Die Idee, den ehemaligen Deutschen Kaiser vor ein Gericht der Entente zu zerren, verursachte ihm aus Gründen des Geschmackes einige Ueblichkeit. Aus einem Zigarettenwölkchen, das er in der Verlegenheit von sich blies, kicherte aber Ben Akiba seinen Spruch.

Ja — Napoleon auf St. Helena! antwortete Sumego dem Wölkchen und es verzog sich.

Sumego holte nun einige englische Historiker aus dem Bücherschrank, die er mit Las Cases und anderen französischen Anklägern verglich. Dann brach er in ein homerisches Gelächter über die Franzosen aus und rief vor sich hin: Soll die Welt noch einmal eine solche Untat erleben?

Hm — ganz rein seid ihr in der Sache auch nicht! fistelte das Stimmchen der Nemesis aus einem neuen Tabakwölkchen.

Oho! gab Sumego grob wie ein Rotgardist zurück.

Die Nemesis schwieg aber nicht: Euer Goethe dichtete doch — denn jede Schuld rächt sich auf Erden — freilich hat jetzt einer in der „Frankfurter Zeitung" behauptet, dieser Goethe sei nichts als ein abgetaner Geheimrat, aber dieser Goethe schrieb doch manche Wahrheit nieder. Während Goethe das Urgenie in Napoleon unbekümmert um einst verletzten Preußenstolz bewunderte, schrieb Blücher einen Brief nach England, man möge das Tier auf St. Helena nur recht schinden. Dieses Tier wurde aber durch die infernale Bosheit der Briten ein gottergebener Märtyrer und des rohen Blüchers Nachkommenschaft wurde trotz mecklenburgischer Glaubensfestigkeit katholisch. Das sind so meine Mätzchen, klang es noch aus der Zigarettenwolke, dann war einige Zeit Ruhe.

Wer hat Napoleon eigentlich besiegt — eigentlich gestürzt? sagte Sumego vor sich hin und entzündete ein neues Röllchen zu 40 Pfg.

Der aufkeimende Rothschild.

Sumego erschauerte. Nicht vor dem Preis der Zigarette, aber vor der Stimme, die aus dem Rauchwölkchen gesprochen hatte. Zugleich erhob er sich und sah mit Entsetzen, wie aus dem Wölkchen eine Wolke wurde, die ein uraltes krummbeiniges, langbebartetes Männchen noch umhüllte.

Fort! — Weg — du Unhold! rief Sumego nach der Türe deutend.

Laß mich ruhen — nur einen Augenblick ruhen, keuchte der Alte, aber seine Stimme klang so ekelhaft, sein Anblick war so widerlich, daß Sumego verneinte.

Also — du weist mich von hinnen?

Ja —! denn du entstammst wohl der Hölle? Würde ich dann eine Unterredung mit dir erzählen, dann kritzelte die Dame am Rhein wieder, daß ich längst bekannte Gespenstergeschichten brächte.

Der Alte lachte höhnend und kreischte: Verletzte Eitelkeit wegen eines Gänsekiels! Schäme dich!

So setze dich — aber dort in jenen Lehnstuhl, der in Nähe des Kruzifixes steht.

O — wir sind alte Bekannte! — das ist's ja, daß er nochmals gekreuzigt wird, während wir nun endlich die Welt besiegt haben, höhnte der Schemen und warf sich in den Lehnstuhl.

Wer hat gesiegt? Ja — die Hölle hat gesiegt! rief Sumego, dann fragte er: Wer bist du? Woher kommst du? Der Greis begann: Ich bin verdammt umherzuirren, weil ich den, eh' er am Kreuze hing, einst von der Schwelle stieß. In Prosa und in Versen habt ihr mich behandelt, nur haben eure Dichter mir nichts genützt. Wo steht geschrieben, daß der Blick aus seinem Auge mich zuerst verdammte, um später eure Seligkeiten zu empfinden? So viel Gewalt besaß er ja, daß es von Ort zu Ort mich treibt — ihr aber glaubt, das sei die Buße? Einfältige, die ihr nicht erkennt, daß ich sein Reich zerstören will! Zweitausend Jahre werden es, seit stets ich dort zu finden war, wo man Altäre, Throne stürzen wollte. Ah — seine Diener hielten ihre Völker fest in Händen und mein Volk galt als Abschaum aller Kreaturen. Mit welchem Recht? Von Ort zu Ort zog ich, um Rache zu vererben, von Ort zu Ort zog ich, damit der Mammon euch entrissen werde! Wer ihn besitzt ist Herr und jeder andere wird sein Sklave.

Dich kenne ich! rief Sumego empört. Die Ammenmärchen, die man über dich erfand, verschleierten mir nichts. Wo Mitleid, Bruderliebe in der Seele fehlen, kann Höheres nie gedeihen. Ich bot dir Platz zur Ruhe — sage nun: warum bedarfst du ihrer?

Ahasver antwortete höhnisch: Es gibt der Werke, die so riesig sind, daß selbst ein Schemen müde wird. Bei Einem meines Volkes könnte ich nicht ruhen, denn ich müßte Haß und Rache predigen. Bei Christen geht es wieder nicht — sie sind zu aufgeklärt — zu zahm — zu wohlanständig — will ich sagen. So kam ich nun zu dir und will dir nun auch danken. Du lebst in einer Zeit, in der Enthüllungen am Platze sind. Wer hat den Krieg entfacht? Willst du es von mir wissen? Wer hat ihn vorbereitet? Wer hat die Ketten für euch Deutsche nur geschmiedet? Der Deutsche Kaiser glaubt man in Paris, wo doch ein Rothschild nebst Genossen sitzen! In Rußland war man nicht so nobel — dort halfen nur die Tunichtgute — von Unten wühlte ich in Petrograd. In London waren es Freunde König Eduards und drüben überm Meer war es die Loge. In euerem heiligen Rom half Nathan — soll ich von Wien, Konstantinopel noch berichten?

Das alles weiß ich doch! rief Sumego empört.

Ei, ei! Du weißt es? So enthülle es! Selbst die es glaubten, wenn sie's lesen, sind so gedankenfaul, daß sie sich selbst beruhigen. Wer von der roten Garde wagte es, die Säckel Rothschilds zu berühren, und nenne mir die Geisel, die im Schutze meines Volkes stand? Und in Berlin! Dort hatte ich ein leichtes Spiel, seit Friedrich III. mich beehrte. Dort war ich wie zu Hause. Wähnst du, man hätte euch so leicht besiegt, wenn die Gewinnler es im Kriege nicht gegeben hätte. Der Hunger ist die stärkste Waffe und Selbstbetrug ist ein Geschütz. Wer einem Volk die Taschen leert, kann ruhig bleiben — das blöde Volk bringt dann im Zorn ganz Andere um. Das Alles war seit Jahren nur von mir verrichtet. Und habe ich nicht Millionen dem entfremdet, der mich verfluchte? Er tat es nicht einmal, denn er war gut. Es ist ein Grundsatz meines Volkes, daß Gutsein Dummheit nur bedeutet.

Halt ein! Ich traf doch unter euch sehr ehrenwerte Leute! warf Sumego nun ein.

So wahr ich mich auch Isaak Laqueram einst nannte, gestehe ich, daß es die Sorte gibt. Doch — die gehören nicht zu uns und vielfach sind sie uns durch Wucherer arischen Geblüts ersetzt. O — zähle nicht nach Rassen, denn in der ganzen Welt regiert nur mein Geblüt, das Gold sich in die Adern wünscht. Wir sind von einer Art, daß wir das Gold erhaschen möchten, das einst in Bethlehem ein alter Magier verschenkte. Uns — gab es seit dem Brudermord vor dem verschlossenen Paradies. Wir hielten zu den Königen, wenn sie den Sklavendienst verrichteten, wir schliffen Waffen für den Spartakus, den Eunus, machten ihn zum Könige und — wenn wir sahen, der Apfel sei nicht reif, dann gingen wir zum Feinde über. So treiben wirs seit vielen tausend Jahren und haben leichtes Spiel, weil Satan Mammon doch zugleich das Volk betört. Nur euere braunen Kutten, die vom Bettel leben, erwiesen sich als wahre Feinde. Wie herrlich aber war's, als es gelang, in's Herz der Kirchenfürsten Haß zu streuen. Amette ist doch ein hübscher Name und du erlebtest einst den Dupanloup, der nur mehr Witz besaß, als euresgleichen. Begreifst du endlich, daß ich ruhen mußte? Seit Jahren habe ich nun angefacht, was mir das Szepter bringen mußte. Die Arbeit war so schwer, daß ich daran erkrankte, doch euere Dichter gaben mir des Phönix Art und aus der Ruhe, die ich hier — bei einem dieser Dummen nun genoß — —.

Sumego ergriff einen Stuhl und wollte ihn nach dem Schemen werfen.

Ein Hohngelächter erscholl und Sumego war allein. Er untersuchte den Lehnstuhl, auf dem Ahasver geruht. Dort fand er eine Million in Rußland gefälschter deutscher 1000 Markscheine. Fidibusse machte er aus ihnen und verbrauchte sie zum Entzünden der Zigaretten, die deutsche Ahasverianer hergestellt hatten.

Edgar Tinel.

Von Martin Mayr, München.

Der 10. Mai 1909, der 75. Erinnerungstag der Wiederaufrichtung der Universität Löwen war auch ein musikalisches Hochfest. Den Mittelpunkt der Feierlichkeiten bedeutete eine Erstaufführung: Edgar Tinels „Katharina."

Das Prädikat eines Doktor honoris causa sowie achtzehn aufeinanderfolgende glänzende Aufführungen im großen Monnaietheater zu Brüssel zeugen von der Stärke des Eindruckes, den die dramatische Legende des flämischen Meisters in akademischen Kreisen und breiteren musikfreundlichen Schichten hinterließ.

Die Lorbeeren waren verdient. Am Werk der Wiedererneuerung der Oper, deren diese seit dem Rückfall von Wagners Höhen in alte Sünden bedurfte, legte hiermit auch Tinel einen Stein. Er brach eine glückliche Lanze im zähen Kampfe gegen öde geschmacklose Oberflächlichkeit, gegen unwürdige, faule, für die Musik unfruchtbare Stoffe durch eine Tat und diese Tat waren seine beiden Opern „Godoleva" und die genannte „Katharina". Er wollte nicht zwei Herren dienen. Er hatte den Mut auf jene unfehlbare Protektion zu verzichten, die jedem Bühnenwerk von vorneherein Erfolg und Beifall sichert, das sich dem Hunger der Masse, den Launen der Mode, den Wünschen und dem Kurse des augenblicklichen Geschmackes, den künstlerisch oft bescheidenen Ansprüchen des unterhaltungsbedürftigen Theaterpublikums mit oder ohne Platzmiete servil und biegsam anpaßt. Nicht die Diktatur geschäftlicher oder anderer verwandter Erwägungen legte ihm das neue Textbuch auf den Arbeitstisch, sondern ein starker Wunsch seiner kindlichen, tiefen Seele. Das außerordentlich edle Gemüt mit dem kontemplativenmystischen Zuge in ihm brauchte ein Objektiv, durch das er in Tönen nach außen projizierte, was er da drinnen unerfüllt und ungehört sah, glaubte, liebte und betete. Er wandte sich an Leo Tepe van Heemstede. Hier war er glücklich beraten. Aus der Feder dieses bekannten holländisch-deutschen Dichters floß ein Textbuch, gleich vornehm in Inhalt wie Form: die Tragödie der großen alexandrinischen Katharina. Luzius, ein vergeblicher Bewerber um die schöne Patrizierin rächt sich schmutzig; er wird zum Verräter der heimlichen Christin beim römischen Kaiser Maximin. Bei einem glänzenden Opferfest muß sie sich nun verantworten und soll Ammon-Raa Weihrauch streuen; sie verweigert und wird zum Tode durchs Rad verurteilt.

Mit glühender Seele machte sich Tinel an die Partitur. Und während er Tag für Tag schrieb und schrieb, stellte er den klassischen Katharinenbildern in unsterblichen Farben (Memlin, Raffael, Paolo Veronese, Correggio) ein ebenbürtiges Kleinod in Tönen gegenüber. Ein Schmuckkästchen von Juwelen diese Tinelsche „Katharina"!

Darin liegt aber auch ihre Schwäche. Eine Kette von einzelnen Perlen. Doch es fehlt schließlich die höhere künstlerische Einheit, die sie zusammenfaßt. Das Werk wird ähnlich wie eine neueste musikalisch unbestritten glänzende Schöpfung „Lanzelot und Elaine" von Courvoisier nicht gesteift durch ein dramatisches Rückgrat. Die Meisterschaft in Behandlung des Chores ließ den früheren Dirigenten der Kirchenmusikschule zu Mecheln und nachmaligen Lehrer am Brüsseler Konservatorium übersehen, wie sehr durch die liebevolle, farbenprächtige, zu breite Verarbeitung der Chorstellen der dramatisch treibende Fluß litt. Außerdem verbat die hoheitsvolle, die Erde tief unter sich lassende Gestalt der Titelheldin in ihrer visionären ekstatischen Art der Auffassung jeglichen äußeren Prunk, jedes stärkere Pathos. Das Mittel des Effektes durch theatralischen Ganz in Stimmführung und äußerlich freier, rauschender Melodie war von vorneherein ausgeschlossen. In den einzelnen Teilen freilich erreicht die Partitur an Empfindungswerten und orchestralen Farben Punkte, welche Höhenpfade in aller musikalischen Schilderungskunst bezeichnen. Mit diesem Urteil erfährt das Werk das gleiche Schicksal wie alle anderen Schöpfungen der Musikliteratur ähnlichen Charakters, welche Theater und Konzertsaal nach Belieben vertauschen können.

Tatsächlich ist Tinels Heimat nicht die Bühne. Seine Welt ist die Kirche und der Konzertsaal. Seine Domäne das Oratorium.

Tinel schrieb ein Heiligenoratorium „Franziskus". Nicht nur dem äußeren Aufbau der einzelnen textlichen Episoden nach erinnert es an Franz Liszt's „Heilige Elisabeth", sondern auch der oft fabelhafte Glanz der Darstellungsmittel reizt zu einem Vergleich mit dem Weimarer Meister. Ein sonnenumflossenes Franziskusbild. Dem Wesen nach wieder ganz anders als des herrlichen Fritz Kunz packende Blätter, welche die einsame ernste gottesnahe Armut zeichnen. Tinel schildert fast nur die glühende, jauchzende, selige Innenwelt des seraphischen Gottesmannes von Assisi. Franziskus ist bloß äußerlich Bettler, im Herzen trug er ein Königreich von Reichtum und einen Himmel von Glanz; drum keine Askese des Ohres; hier zeigt sich Tinels Hauptstärke, formvollendete Instrumentation, eminenter Klangsinn. Beim Hereinbrechen der Nacht, beim Nahen des Schlummers Orchesterklänge von träumerischem Duft, beim Sonnengesang Bilder von südlicher Glut.

Die Vorliebe für religiöse Stoffe, für Klangwirkung durch Chormassen, für Verwertung und wieder an Liszt erinnernde thematische Verarbeitung von Choralmotiven ergeben als Resultate den Kirchenmusiker; wenn man den kirchlichen Charakter einer Musik nicht beurteilt nur nach dem äußeren Gewande, in dem sie zu uns tritt, sondern nach dem Geiste, der sie trägt und beseelt. Man vergaß schon oft, daß im gestohlenen bescheidenen Mönchshabit profanste Ideen sich Eintritt in die Liturgie erschlichen; daß anderseits tiefe Frömmigkeit, das gewaltige Schauen und Erleben der Größe Gottes in Künstlerseelen als adäquaten Ausdruck reichste Mittel der Kunstform erfordert. In diesem Fall wird die Kunst zum Hohenpriester, der sich ins kostbarste Gewand hüllt, wenn er zu seinem Gott hintrat. Ein solcher Hoherpriester ist manchmal Tinel; vor allem in seinem „Te Deum", einem gigantischen Werk von hinreißender Gewalt. In seiner vollständigen Besetzung (großes Orchester: drei Trompeten, drei Posaunen, Sarusophon, Tuba, Pauken usw.) wirkt es „titanenhaft". Lauter strahlende, sonnenhafte Majestät.

Motetten, Lieder, Messen („Lourdesmesse" u. a.), drei symphonische Gemälde aus P. Corneilles Tragödie „Polyeukt" schließen ungefähr den Kreis seiner Werke.

Allzufrüh, 58 Jahre alt, starb nach längerer Krankheit Dr. Edgar Tinel am 28. Oktober 1912 zu Brüssel. Die wenigen, aber vielseitigen und in ihrer Art teilweise vollendeten Schöpfungen „stellen ihren Meister in die Reihe der hervorragendsten Komponisten der Gegenwart." Georg Göhler sagt von den oben genannten symphonischen Gemälden aus „Polyeukt": „Wenn die deutschen Dirigenten wüßten, was für glänzende, ja faszinierende Musik in dieser Partitur steckt, hätten sie dieselbe längst zum Leben erweckt."

Ob das bloß von den „Tongemälden" gilt?

Der „Feldgraue Künstlerbund".

Die große Zahl der bereits bestehenden Künstlervereinigungen möchte die Gründung einer neuen nicht eben als dringende Notwendigkeit erscheinen lassen. Aber mit dem „Feldgrauen Künstlerbund München", der am 19. Dezember v. Js. zusammentrat, hat es besondere Bewandtnis. Er besteht aus ehemaligen Kriegsteilnehmern, die in ihrer künstlerischen Tätigkeit durch die Zeitereignisse, nicht wenige obendrein durch Verletzungen, eingeschränkt wurden. Die Gründung des Bundes erfolgte also zunächst in der Absicht, die wirtschaftliche Lage jener Künstler wieder zu bessern. Unter diesem Gesichtspunkt unternahm es der Bund, schon im Februar 1919 seine erste Ausstellung zu veranstalten. Sie fand im „Weißen Saale" des Münchener Polizeigebäudes statt und brachte trotz der zumal im April aufs höchste gestiegenen politischen Unruhen überraschend gute Verkaufserfolge. Der künstlerische stand hiergegen freilich etwas zurück — die Auswahl der Kunstwerke konnte, weil der materielle Zweck der zunächst vordringliche war, bei jener ersten Gelegenheit noch nicht mit der wünschenswerten Schärfe durchgeführt werden. Ueber die Zeiten der Wirren hinweg hat der „Feldgraue Künstlerbund München" seine Existenz zu behaupten verstanden und trat jetzt im Juli zum zweiten Male wieder vor die Oeffentlichkeit. Er hat inzwischen seinen Aufenthaltsort gewechselt — es bot sich ihm die Möglichkeit, eine Reihe der prachtvollen Gesellschaftsräume in dem Frhr. von Lotzbeckschen Palast am Karolinenplatz zu mieten. Dort in der fein intimen Stimmung der vornehmen Gemächer konnte den Kunstwerken eine zwanglose, von Geschäftsmäßigkeit freie Anordnung zuteil werden, durch die sie mit ihrer Wirkung wesentlich gefördert wurden. Dort werden nun die wechselnden Ausstellungen des Bundes als dauernde Einrichtung bestehen bleiben. Mit dem wichtigen, wirtschaftlich sozialen Zwecke des Unternehmens verbinden sich ehrliche, hochstrebende künstlerische Absichten. Beides gibt uns Veranlassung, auf den Bund hinzuweisen, und wir finden uns darin durch das Schweigen der Tagespresse um so mehr bestärkt.

Der Eindruck, den diese zweite Ausstellung im ganzen schafft, ist, unabhängig von dem erwähnten Einflusse der Umgebung, ein wesentlich höherer als jener der ersten. Auch dort herrschte die gleiche äußere Vielseitigkeit, jetzt wie damals findet man neben reichlicher Menge von Malerei und Graphik eine Anzahl bildnerischer Leistungen, dazu manches Kunstgewerbliche; ja auch an Bauentwürfen fehlt es nicht. Die neue Ausstellung liefert den Beweis für den Nutzen gewissenhafter Jurierung. Sie hat keine Richtung ausgeschlossen, die etwas Wertvolles zu bieten vermag, sie ließ dem ehrlichen Streben verschiedenst gearteter Talente Spielraum, schloß Ungesundes, Unverständiges, Unsittliches aus und schuf so einen einheitlichen, erfreulichen und anregenden Eindruck. Deutsche handwerkliche Tüchtigkeit, Tiefe deutschen Naturempfindens, Wärme deutschen Gemütes, der Drang, die deutsche Art unserer Kunst zu wahren und neu zu stärken, treten fühlbar hervor. Zu den nicht Wenigen, deren Name schon in Friedenszeiten einen guten Klang hatte, gesellt sich eine Schar von bisher wenig oder gar nicht bekannten Kräften, manches beachtenswerte Talent darunter.

Unter den Erscheinungen, die sich neuerdings immer wieder zeigen, ist eine steigende Teilnahme für die aus der Religion strömenden Anregungen ernsthaftester Beachtung wert. Daß die Neigung zur christlichen Kunst auch jetzt nach dem Kriege und inmitten des Sittenverfalles nicht erlischt, sondern in allen größeren Ausstellungen, auch den ihrer Art nach revolutionärsten, sich geltend macht, dürfte vielleicht Hoffnung auf ihre Echtheit, Dauer und Zukunft erregen. Wir werden bei der Betrachtung der heurigen Glaspalast-Ausstellung auf diesen Punkt zurückkommen. Auch der Feldgraue Bund bringt eine verhältnismäßig nicht kleine Menge von Werken christlicher Kunst. Zu ihnen gehören die schlicht stimmungsvollen Madonnen (dabei eine sehr schöne in Radierung) von A. Rausch, der ergreifend einfach empfundene „Einsiedler" von M. Rimböck, eine Kreuz-

abnahme von H. von Glaß. Von den Glasgemälden, die B. Jaeger-Solln ausstellt, zeigt ein in vorherrschend grünen Tönen gehaltenes im Mittelfelde die auf einem Drachen stehende hl. Jungfrau, ringsum sechs kleinere Szenen. Die Bildnerei bringt ein großzügig stilisiertes Steinrelief mit dem Antlitze Christi von F. Nusser; ein Kriegsgedächtniszeichen (Relief mit der Figur eines Soldaten, der vor dem Gekreuzigten die Fahne senkt) von W. S. Resch; einen Brunnen als Kriegsdenkmal mit der Gestalt des hl. Georg von H. Kroier; endlich die von J. Sertl geschnitzte lebensgroße Figur des jugendlichen Täufers Johannes, eine Arbeit von großem Zuge und wunderschöner Wirkung. Auch die Baukunst will nicht fehlen. Sie liefert u. a. von R. Christer Entwurf und Modell einer recht malerischen und volkstümlichen kleinen Kirche im Barockstil.

Solchen Werken reihen sich monumental gedachte profane an. Zu ihnen gehört ein in Eisen gegossener „Streiter zu Pferde" von A. Daumiller. Die Plastik weiß auch durch manche sonstige Leistungen zu interessieren. So durch Bildnisse von H. Neppel, durch die fröhliche Porzellangruppe „Der Genießer" von H. Meisel und anderes mehr. Viel Tüchtiges bringt das Kunstgewerbe. Malerei und Graphik nehmen naturgemäß den meisten Raum ein. Nur weniges kann deshalb hier herausgegriffen werden. So die tief und groß empfundenen Arbeiten von Rausch, die kräftigen Schwarzweißblätter von J. Würfl, eine der delikaten farbigen Landschaftsradierungen von A. Liebmann. Kriegserinnerungen sind im ganzen nicht häufig. Zum Bedeutendsten darunter gehört eine Familiengruppe von M. Colombo. Bildniswerke von tüchtiger Beschaffenheit sind u. a. von H. Mathis, S. Ziegler. Ein reizendes, kleines Mädchen mit Rodel ist von A. Sonci. Unter den überwiegend zahlreichen Landschaften gibt es eine Reihe vortrefflicher Leistungen. Ich zähle zu ihnen den „Regnerischen Sonntag" von F. Frankl, ein Werk von jener feinen Beobachtung und liebevollen Durchführung, die man bei diesem Künstler immer zu schätzen hatte; ferner R. M. Lechners ruhigen, stark empfundenen „Abend im Moos", J. Anackers Studien, L. von Lengers „Letzten Schnee". Gute Blumenstücke und Stilleben sind u. a. von J. Burger, F. H. Koken, W. Röstel. — Möchte den Ausstellungen des „Feldgrauen Künstlerbundes München" dauernder guter Erfolg in jeder Beziehung beschieden sein! Dr. O. Doering.

Vom Büchertisch.

Johannes Mayrhofer: Der Kaiser des Sonnengottes: S. J. Jesuitenroman aus der Gegenwart. Regensburg, Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz. Preis je 3 und geb. 4.50 ℳ. — Beide hier bereits angezeigte Bücher haben sich erfreulich rasch durchgesetzt. Das erste erschien jetzt im 11. und 12., das zweite im 8. bis 10. Tausend. Sie seien nochmals für Familien-, Volks- und Schulbüchereien herzlich empfohlen.
E. M. Hamann.

Walter Rummel: Aus meinem Schweizer Tagebuch. Franz Hanfstaengel, München. Mit großer Lebendigkeit, als geistreicher und genauer Beobachter schildert der Verfasser seine Erlebnisse in Bern, in geheimer, diplomatischer Mission während der Jahre 1917 und 1918. Das Buch ist des dauernden Interesses aller Leser sicher, weil der Verfasser nächster Zeuge einer Fülle wichtigster Entscheidungen und Begebenheiten ist, weil seine Beobachtungsgabe nie erlahmt, seine Eindrucksfähigkeit stets wach und sensibel, jede Schattierung erfaßt, jede Strömung und Unterströmung empfindet und verzeichnet. Er hat die entscheidungsreichsten Jahre des großen Ringens gewissermaßen von hoher Warte überblicken können, sein Urteil ist kraft seiner Kenntnis aller Tatsachen gerechter, als das Urteil anderer sein konnte, die Deutschland nicht verließen und auf zurechtgestutzte Berichte zu ihrer Information angewiesen waren. Alle folgenschweren Ereignisse der zwei letzten Kriegsjahre, die Erklärung des uneingeschränkten Unterseebootskrieges, die antiitalienische Offensive, die Züricher Bombenaffäre, das deutsch-schweizer Handelsabkommen mit seiner Vorgeschichte usw. usw. Die Wirkung dieser Ereignisse auf außerdeutsche Kreise finden ihre Beleuchtung, ihre Wertung, ihr Urteil. Die Vaterlandsliebe Rummels spricht aus jeder Zeile; wenn er trotzdem Deutschlands Politik und Politiker, die Methode seiner Diplomaten und besonders Militärs mehr tadelt als lobt, so doch aus liebenswürdigem und gütigem, um Deutschland tief besorgtem Herzen, ohne Spur von Gehässigkeit aus der Auffassung heraus, die erfreulicherweise immer mehr wieder in Deutschland Boden gewinnt, die uns retten muß und wird, die Auffassung, daß Recht vor Macht geht und daß die Güte letzten Endes auch die politischen Beziehungen der Völker regeln muß, insoweit diese Völker den Namen christlicher Völker verdienen wollen. Keiner wird dieses Buch ohne regstes Interesse lesen, keiner ohne mannigfaches Staunen.
M. A. v. Godin.

Von Mutterleid und Mutterfreud. Zur besinnlichen Lesung für jede, die eine gute Mutter werden will. Von A. Heinen. Mit vielen Bildern von L. Richter. geb. ℳ 2.—. 16° 280 S. Günzburg, Hug, 1919. — Ziel und Deutung dieses schlichten Büchleins gibt am besten das ernst anmutende Titelbild, das uns die deutsche Familie unterm Kreuz zeigt entschlossen und opferbereit, aber unverzagt. Die Familienmutter sieht da ihre Aufgabe darin, nach Kräften mitzuwirken an der Lösung der schweren Aufgaben, die uns gestellt sind. „Mutterleid und Mutterfreud" in kurzer Prägung die rechte Auffassung des Mutterberufes in seinem vielverzweigten Arbeitsgebiet, als Schule der Opfergesinnung aber ebenso in recht geübter Weise ein Segensquell für Gatte und Kinder; nicht zuletzt für die Trägerin selbst. Solcher Auffassung erblüht dann das Familienglück, an dessen Aufbau und Erhaltung die Familienmutter einen so wichtigen Anteil nimmt, das ihr hinwieder die reinsten Freuden bringt. Ein großer Vorzug des trefflichen Büchleins sind die viel eingestreuten lebenswarmen praktischen Beispiele. Ein ganz vorzügliches Brautgeschenk!
O. Heinz.

Prof. Dr. Heinrich Finke: Unseren Gefallenen zum Gedächtnis. Herder. Preis 1.80 ℳ. — Diese in der Aula der Universität Freiburg i. B. gehaltene Gedächtnisrede paßt in alle gebildeten Kreise unserer Zeit, unserer Lage. Denn: „Wenn irgendein mit dem Weltkrieg verflochtener Gedanke in ungetrübtester Erhabenheit und Reinheit die deutsche Seele durchweht, so ist es das stille, treue Gedächtnis an unsere Gefallenen". Unsere Gefallenen, deren Gesamtbild der Redner also zeichnete: „Nicht glutfarbig, nein, schlicht, beinahe eintönig, so eintönig beinahe wie der tägliche Genosse Tod, von dem ein Freiburger schreibt, daß man ihn nicht mehr feierlich nimmt, „der wie manche Menschen ist, die man liebt, wenn sie auch Schauer und Ehrfurcht einflößen". Unsere Gefallenen, die uns Mahner und Herzenströster wurden und bleiben: Künder des neuen Geistes, den wir in uns aufnehmen müssen nach der „großen Passion des Gemartertwerdens, der Zerschmetterung von außen und des Zerfalles im Innern".
E. M. Hamann.

Die im Pustetschen Verlag (Regensburg) erscheinende Bibliotheca ascetica erhält durch zwei weitere Bändchen (9 und 10) eine wertvolle Bereicherung. Idea theologiae asceticae. 32° XX u. 372 S. ℳ 3.60, geb. ℳ 4.80. Der vielgerühmte bündige aszetische Kurs des Münchener Jesuiten und hochverdienten Kongregationspräses Franz Neumayr erfährt hier eine prächtige Neuausgabe, nach der alle Freunde kerniger Frömmigkeit gerne greifen werden. Vom gleichen Geiste ist die den zweiten umfangreicheren Teil des Bändchens bildende Abhandlung seines Ordensbruders Kaspar Drugbicki beseelt, der in Anlehnung an die Ordenssatzungen der Gesellschaft Jesu treffliche Erwägungen über die probehaltige Tugend schrieb. Sie sind hier in einer Anordnung geboten, daß sie geistlichen Uebungen zugrunde gelegt werden können. — Scintillae Ignatianae. Autore P. Gabriel Hevenesi S. J. 32°. VIII und 475 S. ℳ 3.60, geb. ℳ 4.80. Dieses zum erstenmal 1712 in Braunsberg veröffentlichte Werkchen trägt zunächst aus den Schriften des hl. Ordensstifters Ignatius Kernsätze zusammen, denen eine kurze, aber inhaltstiefe Erklärung beigegeben wird. Die Verteilung auf jeden Tag des Jahres macht das Büchlein zu einer praktischen Vorlage für die Betrachtung im Sinne des großen Meisters der geistlichen Uebungen. In Form eines Anhanges sind dann eine Reihe Grundsätze des geistlichen Lebens vom hl. Philipp Neri beigefügt.
O. Heinz.

Dr. Alois Wurm: Seele. Monatsschrift im Dienste christlicher Lebensgestaltung. 1. Jahrgang, 1. Heft. Juli 1919. Regensburg, Jos. Habbel. Jahresabonnement 8 ℳ. — Dieses interessante neue Unternehmen zielt vor allem auf die seelische Ertüchtigung unseres gebildeten katholischen Gesamtvolkes, das dann den Segen weiter zu leiten hat. Hauptthema ist das Leben „von innen her, das uns eins macht mit uns selbst und stark nach außen". Eben darauf kommt ja jetzt alles an. Der Herausgeber stellt fest, daß schöne Literatur nur insofern für das Unternehmen in Betracht komme als sie zu dem durch die Zeitschrift zu pflegenden Kräftekern in innerer Lebensbedingung stehe. Erwünscht seien möglichst aktive, mitarbeitende, lebendige Leser, nicht zuletzt die beruflich geistig einwirkenden. Eingeführt wird das 1. Heft durch den H. H. Bischof von Regensburg, Dr. Antonius v. Henle, Univ.-Prof. Dr. Karl Adam, Peter Dörfler, Kanonikus G. Stipberger, P. Bernhard Duhr, S. J., P. Peter Lippert, S. J., M. Herbert und Ruth Schaumann zählen außer dem Herausgeber zu den Beiträgern des Heftes, das in seiner vornehmen Schlichtheit äußerlich wie innerlich einen erfreulichen Eindruck macht.
M. Lund.

Bühnen- und Musikrundschau.

Festspiele. Man sieht da draußen auf unserer Festspielbühne zwar viele interessante Vorstellungen und wir schätzen den Arbeitswillen nicht gering ein, der zugleich künstlerisch und einträglich wirtschaften will; aber sowohl in der Oper wie im Schauspiel wird die wirkliche Festspielhöhe, das, was über den Bühnenalltag hinausreicht, nur im einzelnen erreicht. Die Neueinstudierung des „Käthchen von Heilbronn" war eine in vielem fesselnde Aufführung; festspielmäßig war sie nicht in jeder Besetzung. Annemarie Seidel ist von den Kammerspielen ins Nationaltheater übergesiedelt. Diese Darstellerin erwachender Jugend ist vom „Frühlings Erwachen" eines Wedekind zum Liebeslenz eines wirklichen Dichters gelangt und sie bot viel an ungekünstelt naiv Empfundenem, Schlicht-Innigem. Wir haben dies von der Seidel erwartet, befürchtet hatten wir, daß das Organ, das in dem kleinen Raum der „Kammerspiele" oft forciert geklungen hatte, das große Haus nicht beherrschen würde. Allein diese Besorgnis war unnötig. Es sind stimmtechnisch schöne Fortschritte zu verzeichnen. Den Grafen spielte Ulmer sehr tüchtig. Recht mäßig wurde der Kaiser repräsentiert. Die neuen, oft den Märchenton glücklich anschlagenden, manchmal etwas nüchternen Bühnenbilder hat Wilh. Schulz, der Romantiker unter der Malerei des „Simplicissimus"-Kreises entworfen.

Residenztheater. Es macht sich mehr und mehr das Bestreben geltend, den alten, historischen Namen Residenztheater, der uns doch immer auf der Zunge liegt, wieder an Stelle der matten offiziellen Bezeichnung „Kleines Haus" zu gebrauchen; also im alten Residenztheater veranstaltete man einen I. Tanzabend, während man sonst seit vielen Jahren die Ballettkunst nur als Beiwerk zur Geltung gelangen ließ. Ballettmeister Heinrich Kröller nannte die von ihm entworfenen Szenen Bilder zu alter und neuer Musik. „Amouretten" mit der teils sicher echten, teils apokryphen Musik von Mozarts les petits riens; origineller arrangiert waren die Silhouetten; hier trat u. a. Edith v. Schrenk a. G. mit Glück hervor. Man tanzte nach Weisen von Schütt, Grieg, Ahner, Schubert und Rachmaninoff. Auch die berühmten Strauß-Walzer erklangen. Symbolische Gruppentänze „Licht" zu Gluckscher Musik bildeten den Schluß. Man sah viel unverkünstelte Anmut. Dr. Friedrich Reich, der neue Kapellmeister, leitete den recht gefälligen Abend.

Schauspielhaus. Schon vor dem Kriege hat man irische Dichter bei uns einzuführen versucht. Die Sympathie mit dem geknechteten

Volke und seinem geistigen Streben nach einer „neogälischen Renaissance“, bei der nebenbei gesagt der Ire Bernard Shaw ironisch beiseite steht, darf uns jedoch nicht veranlassen, nun kritiklos irische Stücke aufzuführen. Bei dem Drama: „Verbannte“ von James Joyce ist das der Fall gewesen. Es war eine wirkliche Uraufführung, das übersetzte Stück ist vor dem englischen Original gespielt worden. Da ist ein irischer Literat, von dem das Gerücht geht, daß er sehr talentvoll sei. Seine Frau, die er sich durch viele Hindernisse erkämpft hat, hat kein bequemes Leben neben ihm und so fühlt sie sich mehr zu einem Freunde ihres Mannes hingezogen. Der Mann hat nichts dagegen, wenn seine Frau ihm untreu wird, denn das gehört zu seinem Begriffe von Freiheit, denn Gesetze sind nur für die Sklaven; aber eine Bedingung ist dabei. der Schriftsteller will immer über den Stand der Dinge unterrichtet werden. Man könnte glauben, der Herr wolle Frau und Hausfreund immer weiter in den Ehebruch hineintreiben, aber beileibe nicht aus Cynismus, sondern aus „Güte“. Schließlich findet sich das Ehepaar wieder in sentimentaler Gruppe zusammen, nachdem sich die Herrschaften drei Akte lang einiges Kluge und viel Schiefes zugeflüstert hatten. Der Dichter sieht in dem psychopathisch Minderwertigen sichtlich einen Vollwertigen; da muß man widersprechen. Von solch unklaren Köpfen ist keine „Renaissance“ zu erwarten. Ein neuer Spielleiter, Herr v. Busse, hatte die Szenen auf Molltöne gestimmt, die nicht übel passen würden, wenn moderne Schauspieler leise und zugleich deutlich sprechen könnten. So galt es anhaltend die Ohren zu spitzen. Frl. Holm, Dieterle und Scharwenka spielten das Trifolium mit Delikatesse. Die Aufnahme war nicht widerspruchslos; Herr v. Busse teilte uns, für den Dichter dankend mit, daß Joyce keine Einreiseerlaubnis erhalten habe.

Neues Theater. Nächst den Wiesenthals war der ganz anders geartete Tanzabend Sent M'ahesa's entschieden das Fesselndste. Sie kommt uns altindisch, persisch, chinesisch, peruanisch und gibt da mit einer Einfühlungskraft, die erstaunlich ist, den uns überkommenen plastischen Bildwerken Seele und Bewegung, unterstützt von einer Geschwindigkeit und ungewöhnlichen Ausdrucksfähigkeit.

Kammerspiele. „Der Ring“, Komödie von Harry Kahn ist eine Satire auf gewisse Kreise von Berlin W., aber es ist Herrn Kahn nicht sehr ernst mit seiner Zuchtrute, denn sonst würde er die Immoralitäten (besonders im ersten Akte) nicht gar so liebevoll ausmalen. Der bei Frau Lissie in Verlust geratene Ehering befindet sich an ihrer Zehe, wohin ihn ihr Liebhaber gesteckt hat. Damit ist das sittliche Niveau der Vorgänge gekennzeichnet. Lissies Gatte hat mit einem anderen „Ring“ zu tun, einem „Trust“ und da ein Eheskandal ihm das Geschäft verdürbe, will er nicht betrogen sein. Welch saubere Ehebegriffe! Unser Satiriker fährt, wie gesagt, nicht voll heiligen Zornes unter das Gesindel, das wie eine rücksichtsvolle Regieangabe besagt, nicht „säbeln“ soll, sondern plänkelt nur ein wenig mit ihm. Sehr gelungen ist die Figur eines phrasendreschenden Aestheten, der irrtümlich in den Verdacht gerät, Lissies Liebhaber zu sein. Hier sind dem Verfasser einige Szenen gelungen, die sehr komisch wirken. Er besitzt viel Witz und nicht alltägliches Bühnentalent, aber er scheint seinen Ehrgeiz nicht höher zu richten, als dem Publikum pikante Anekdötchen vorzutragen. Drei Gäste Kaiser-Titz und Gebühr aus Berlin und Elsa Pfeiffer (Stuttgart) bildeten mit Förster-Larrinaga, dem vielseitigen Dichter und Musiker ein ausgezeichnetes Ensemble. Schade, daß die beste Darstellung, die wir seit längerer Zeit gesehen, keiner würdigen Sache galt.

Anna von Possart †. In München starb Ernst von Possarts Gattin, unter ihrem Mädchennamen Anna Deinet in den siebziger Jahren eine Zierde unserer Münchener Hofoper. Ihre Leonore im „Troubadour“, Isabella („Robert“) „Königin der Nacht“, Ines („Afrikanerin“), Regimentstochter, Susanne, Constanze, von den Wagnerrollen Venus und Brangäne fanden in dieser an starken künstlerischen Individualitäten so reichen Epoche unserer Hofbühne begeisterte Anerkennung. Bereits 1878 trat sie dauernd von der Oeffentlichkeit zurück.

Verschiedenes aus aller Welt. Wie im vorigen Jahre hat auch heuer wieder der Theaterverein des Marktes Waal im Allgäu eine Aufführung eines biblischen Stückes veranstaltet. Wieder handelt es sich um ein Werk des dortigen Ortspfarrers Sebastian Wieser, das dem Stoffkreis des Alten Testaments entnommen ist. Auf die „Judith“ folgen jetzt „Paradies“ und „Brudermord“. Die Wiedergabe ist nach Berichten sehr gut, auch aus dem geringsten Mitspieler spricht eine rührende Hingabe an das Gesamtwerk. Wiesers dramatische Kunst findet auch bei der großstädtischen Kritik hohe Schätzung; sie ist im besten Sinne volkstümlich. Das Theater ist jedesmal ausverkauft, da sich immer größere Scharen nach dem kleinen, nur 800 Einwohner zählenden Orte begeben.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Entente-Absichten auf unsere Kriegssteuern! — Folgen der Kohlennot — Industriebilanzen — Nun aber raschen Abbau der Kriegswirtschaft!

Man geht nicht fehl in der Annahme, dass die im Bamberger Finanzausschuss bei den Verhandlungen über den bayerischen Verkehrsetat angekündigten Einzelheiten z. B. Anwachsen des Fehlbetrages auf 400 Millionen Mark, Mehrforderungen an Besoldung und Löhnen, Folgen des Achtstundentages, finanzielle Einwirkung der wilden Streiks, Kohlenkrisis, — die Wirtschafts- und Finanz-Verhältnisse des Gesamt-Deutschland restlos schildern. Hierüber besteht wohl keine Meinungsverschiedenheit und keine Überraschung. Verhältnismässig neuartig sind dagegen die sich in letzter Zeit auffallend mehrenden offiziellen Entente-Stimmen über die Wirtschaftssorgen im bisher feindlichen Lager: Wenn Frankreich trotz seines Siegestaumels und seiner im Hochschwung befindlichen Befriedigung des Revanchegedankens mehr und mehr in den Katzenjammer der ernüchternden Betrachtung über die Kriegsauswirkung im eigenen Lande gerät, der Finanzminister Klotz in seiner Pariser Finanzrede von einem „französischen Finanzdebakle, das das Land verschlingen kann“, spricht, ist begreiflich. Dass Frankreich ungeachtet der zu erwartenden Wiedergutmachungen mehr als seine übrigen grossen Alliierten von der Kriegsfurie gelitten hat, darf nicht bezweifelt werden. Mit grösserer Reserve betrachten wir dagegen die bei der Besprechung der britischen Finanzlage im Unterhause vom Minister Chamberlain gebrachten Darlegungen über Englands Wirtschaftszukunft. „Nur die erhebliche Verringerung der Staatsausgaben im Verein mit der wesentlichen Erhöhung in der Gesamterzeugung können England vor einem Staatsbankrott retten. Englands Kohlenerzeugung von jetzt wöchentlich 2½ Millionen Tonnen bedeutet noch nicht die Hälfte der Erzeugung der verletzten Woche“. Wo sind nun die Resultate des gegen uns so erbitterlich und mit allen Methoden der Unmenschlichkeit geführten Wirtschaftskrieges? Wo bleiben die Reflexe der Siege gegen Deutschlands Weltkonkurrenz? Man kann sich nicht des Gedankens erwehren, dass Methode in diesen laut hinausposaunten Finanz-Bekenntnissen sein mag. Gerade Britanien mit seinen »goldgeränderten“ Kolonien und seinem nunmehr des deutschen, verhassten Wettbewerbs entledigten Welthandel wird mit an erster Stelle stehen, wenn es gilt, die Früchte aus diesem Weltkrieg einzuheimsen. Die Geschichte, der britische Krämercharakter lehren dies. Unsere Finanzkreise gehen vielleicht nicht fehl, solche Gefühlsäusserungen einer britischen Wirtschaftsentkräftigung, für die nur geringe Anhaltspunkte vorliegen, mehr und mehr auf die Entente-Absichten einer Beschlagnahme des Ergebnisses der Steuer-Einnahmen, namentlich aus dem Kriegsnotopfer zurückzuführen. Unvorsichtige Auslassungen, namentlich in der Pariser Finanzpresse deuten auch in der Tat darauf hin. Doppelte Vorsicht tut daher unseren führenden Finanzmännern not. Reichsfinanzminister Erzberger kennt ja aus Erfahrung diese Taktik unserer Ententegegner, denen Deutschlands Wirtschaftsverelendung noch nicht gross genug ist. Die zu erwartenden Kreditgewährungen seitens Amerikas werden hinsichtlich der sicherlich schweren Bedingungen und Voraussetzungen ein ziffermässiges Spiegelbild solchen Wohlwollens der Entente zeigen.

Inzwischen erfährt unsere Wirtschaftslage, rapid beeinträchtigt durch die alles beherrschende Kohlennot, neue Verschärfungen. Die Auslassungen des bayerischen Handelsministers, des Berliner Kohlenkommissars, der Referenten in den Kohlenberatungen im ganzen Reiche lassen in ihren Einzelheiten nichts zu wünschen übrig. Dazu noch die Forderungen für die Ententebelieferung gemäss den Versailler Friedensbedingungen und darüber hinaus! Ob die Angebote auf Einfuhr amerikanischer Kohle für Deutschland, namentlich an Verbraucherkreise in Rheinland-Westfalen zum Bezugsabschluss kommen, ist noch unbestimmt. Neue Einschränkungen im Personenverkehr sind ab 15. August angeordnet. Ein in möglicher Aussicht stehender neuer Eisenbahnerstreik und das bedauerliche Aufflackern kommunistischer Wühlereien können unsere Wirtschaftskrise zum schlimmsten führen! Wir brauchen Ruhe und selbstloses Einfügen in die durch den Kriegsausgang geschaffene nunmehrige Lage. Wie sehr Deutschlands Grossindustrie kraftlos und entnervt zu Boden gedrückt ist, bestätigen die Bilanzergebnisse der Schwerbranche-Gesellschaften. Unter dem Einfluss der Revolutionswirkungen bleibt beispielsweise die Kattowitzer

Bergbau A.-G. bei einem Verlustergebnis von rund 3½ Millionen Mark dividendendenlos (im Vorjahr 12% Dividende bei reicher Dotierung der verschiedenen Fonds). Die letzten fünf Monate des Geschäftsjahres haben infolge der bekannten politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, der Lohnkämpfe und der geringen Arbeitsleistungen im ganzen 18 Millionen Mark Defizit bei dieser Gesellschaft erzeugt. Die führende „Laurahütte" schreitet zu neuen Betriebsstillegungen, beim „Phönix Bergbau" werden offiziöse Verlautbarungen über erhebliche Verschlechterungen sowohl in Betriebsfragen als auch im Punkte geldlicher Lage des Unternehmens bekannt.

Einen etwas günstigeren Ausblick gewähren allerdings die bei der Beratung über die Novelle zum Kapitalflucht-Gesetz regierungsseits betonten Bestrebungen hinsichtlich eines raschen Abbaues der Kriegswirtschaft. Eine möglichst ungesäumte Durchführung einer bleibenden Preisverbilligung aller Gebiete bleibt die Grundlage hierzu. Dieses so sehr schwierige Problem einigermassen zu lösen, ist unvermindert Hauptaufgabe aller Kreise. Die Ausserkraftsetzung der Devisenordnung, der dadurch vollkommen geänderte Geldmarkt, die fast allseits wiederhergestellte Postverbindung mit dem Ausland, mögen einzelne Etappen in diesem Bestreben sein. Eine dauernde und fühlbare Besserung des deutschen Valuta- und Devisenmarktes ist dabei mit das Hauptproblem.

München. M. Weber.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Kirchenbau in Oelsnitz.

Pfarrer Scheuring in Oelsnitz im Vogtlande legt dieser Nummer eine Zahlkarte bei mit der Bitte um Einsendung kleiner Gaben. In Oelsnitz muß sobald wie möglich eine Kirche gebaut werden, da es höchst unbestimmt ist, wie lange noch die bisher freundlichst zur Verfügung gestellte protestantische Schule dem kathol. Gottesdienst an Sonntagen überlassen wird. Eine höchst bescheidene Summe, nach Abtragung der Kirchbauplatzschulden ist verblieben. Mögen recht viele Leser von der Zahlkarte Gebrauch machen!

Geschäftliches.

Ettaler Mandl. Zeitschrift der Lehr- und Erziehungsanstalt Ettal. Preis für den Jahrgang 4 ℳ. Schon im 6. Jahrgange erscheint diese Zeitschrift und erbringt damit den Beweis nicht nur ihrer Notwendigkeit, sondern auch der Besonnenheit und Tüchtigkeit ihrer Leitung und der Güte ihrer Darbietungen. Zweifellos muß eine Zeitschrift wie diese ganz wesentlich dazu beitragen, das Gefühl der Zusammengehörigkeit zwischen Lehrern und Schülern, zwischen jetzigen und früheren Angehörigen der Anstalt zu erwecken und lebendig zu erhalten. Der Zukunft aber wird sie wertvolles Zeugnis ablegen von dem stillen, und doch so frischen, tief gemütvollen, von der Sonne der Wissenschaft erhellten, von der Weihe echter Frömmigkeit durchglühten Leben dieser Anstalt, die ihren alten Ruhm immer von neuem rechtfertigt. Gerade als erziehungsgeschichtliches Dokument darf diese Zeitschrift hohen Wert beanspruchen. Jedem Ettaler Zögling, wie jedem, der als Lehrer dort wirkt und gewirkt hat, wird sie wegen ihrer ganz ins Einzelne gehenden Chronik lieb und willkommen sein. Die Schriftleitung liegt in den Händen einiger Zöglinge, die für dieses Amt offenbare Begabung besitzen. Die Beiträge stammen gleichfalls durchweg von jetzigen und früheren Zöglingen. Das „Ettaler Mandl", das herzlich empfohlen werden kann, erscheint jährlich viermal. Dr. O. Doering.

Tabernakelbau. In der jetzigen Zeit, in der man so oft von Kircheneinbrüchen liest, dürften Klerus und Kirchenbehörden sich für eine Firma interessieren, die in dem Bau von Tabernakeln nach dem Muster feuer- und diebessicherer Kassenschränke ganz Hervorragendes leistet und die bestens empfohlen werden kann. Es handelt sich um die Kunstgewerbliche Werkstätte und Tabernakelbauanstalt Joseph Schick in Köln, Salierring 20. Die Leistungen bezeugen, daß in dem Meister die Liebe und jenes hl. Feuer glühen, welche zur Ausführung solcher Arbeiten notwendig sind. Es gehört eine überaus reiche Erfahrung und eine persönliche Tüchtigkeit dazu, allen erdenklichen Ansprüchen bei den meist bescheidenen Mitteln, die ausgeworfen werden, zu genügen. Die Schickschen Tabernakel stellen stets zufrieden, ob es sich um einfache Tabernakels-Malerei oder um vergoldete, gravierte, ziselierte und emaillierte Goldschmiedearbeit, oder auch um derbe Kunstschmiedearbeit handelt. Die Seidenausstattungen stammen durchweg aus den kunstfertigen Händen der Frau des Meisters. Sehr zu empfehlen wäre die pekuniäre Unterstützung des Unternehmens, das durch den Krieg sehr gelitten hat. Es gefällt das kraftvolle, selbständige Schaffen dieses Kunsthandwerkers, der seine Arbeiten kirchlich, künstlerisch, praktisch und technisch durch und durch erfaßt hat. Tabernakelstudien zu treiben, kann nicht Sache eines gewöhnlichen Geschäftsmannes sein, auch sind hier keine großen Gewinne herauszuschlagen; im Glauben an die Gegenwart Christi im hhl. Sakrament ist es aber eine hohe Ehre.

„Verein für die katholischen Deutschen im Ausland."

In die Millionen geht die Zahl der deutschen Brüder, die schon vor dem Krieg auf deutschen Volks- und Sprachinseln unter fremden Völkern lebten und vielfach schwer um Erhaltung ihres Volkstums kämpften.

Ihre Lage ist durch den unglückseligen Ausgang des Krieges zum Teil, wie z. B. in Rußland, geradezu **fürchterlich** geworden.

Sie haben in den Schrecken des Krieges mit hoffendem Blick zu uns aufgeschaut und nach uns die Hände ausgestreckt.

Ihre Hoffnungen haben sich **nicht** erfüllt.

Augenblicklich können wir ihnen nicht helfen. Wir müssen sogar zusehen, wie Millionen anderer deutscher Stammesgenossen das gleiche Schicksal teilen und gewaltsam von der Heimat losgetrennt werden!

Soll auch das geistige Band zerreißen, das uns mit ihnen verbindet? Sollen wir alle Fühlung mit ihnen verlieren?

Nein, das muß verhindert werden.

Wir rufen unseren Brüdern zu: „Vergeßt **uns** nicht!" Aber wir versprechen ihnen auch: „**Wir** vergessen **euch** nicht!"

Doch mit dem bloßen Versprechen ist es nicht getan.

Der gute Wille muß organisiert und in systematische, zielbewußte Arbeit umgewandelt werden.

Zu diesem Zweck hat sich in **München** der

„Verein für die katholischen Deutschen im Ausland"

gebildet. Er bezweckt nach den Satzungen

a) die kulturelle, soziale und wirtschaftliche Förderung der katholischen Auslandsdeutschen,
b) die tatkräftige Unterstützung derselben zur Erhaltung ihres Deutschtums und ihres Glaubens,
c) die finanzielle Beihilfe zur Schaffung von Wohlfahrtseinrichtungen, insbesondere für Kultus- und Schulzwecke,
d) die Vermittlung von engeren Beziehungen zur Heimat.

In enger Zusammenarbeit mit dem **Raphaelsverein** will der Verein auch die **Fürsorge für die demnächst auswandernden deutschen Katholiken** in die Hände nehmen. Man muß ja leider von einem „**Auswanderungsfieber**" reden und mit mehreren **Millionen** Auswanderern rechnen. Es kann nicht genug gewarnt werden vor einer überstürzten, planlosen, unvorbereiteten, unüberlegten Auswanderung. Tausende und abertausende Auswanderer sind in früherer Zeit in ihr **Unglück** gegangen, Tausenden wird dieses Los auch jetzt wieder beschieden sein. Aber sie glauben es meist nicht, solange es Zeit ist.

Daher bedarf es der

Aufklärung, Belehrung, Anleitung, Führung und Wegbereitung!

Ueberallhin muß unsere deutschen und katholischen Glaubensgenossen unsere Fürsorge begleiten, in die Hafenstädte, auf die Schiffe, an das Reiseziel.

Auch **Seelsorge und Seelsorger** dürfen nicht nachhinken, sondern müssen mitfolgen. Millionen sind dem Deutschtum und ihrem Glauben verloren gegangen, vor allem in Nordamerika, weil ihnen in ihrer neuen Heimat eine geordnete Seelsorge fehlte!

Diesmal soll es nicht so gehen. Alle, die mithelfen wollen, daß unsere Stammes- und Glaubensbrüder in der Fremde nicht der Heimat und dem Glauben verloren gehen, bitten wir dringend:

„Tretet dem Verein für katholische Deutsche im Ausland bei."

Anmeldungen in München, Pfandhausstraße 1. **Mitgliederbeitrag** Mk. 4.—, für juristische Personen Mk. 10.—, lebenslängliche Mitgliedschaft Mk. 100.—, **Stifter** ist, wer 20 Mk. Jahresbeitrag oder einmal 500 Mk. gibt, **Gründer**, wer 100 Mk. jährlich oder einmal 3000 Mk. beiträgt. Postscheckkonto **München 17056.**

Präsident Dr. **von Haiß**, 1. Vorsitzender.
Geheimrat Abg. **Held**, 2. Vorsitzender.
Domkapitular Dr. **Buchberger**, Schriftführer.
Sekretär **Neuhäusler**, Kassier.

Für die Redaktion verantwortlich: i. V. Dr. Jos. Kausen, für die Inserate und den Reklameteil: i. V. H. Sell.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gb.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich M 4.50.

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 34. München, 23. August 1919. XVI. Jahrgang.

Bayerns neue Verfassung.

Von Hochschulprofessor Dr. Anton Scharnagl, Freising.

Am 12. August hat der in Bamberg versammelte verfassunggebende Bayerische Landtag die neue Verfassung nahezu einstimmig — mit 165 gegen 3 Stimmen bei einer Stimmenthaltung — angenommen. Da die ursprüngliche Absicht, die Verfassung, wie es in Baden geschehen ist, nach der Annahme durch den Landtag einer Volksabstimmung zu unterstellen, wieder aufgegeben wurde, kann die neue Verfassung nunmehr ohne weiteres verkündet und in Kraft gesetzt werden.

Die Novemberrevolution hatte die alte staatliche Ordnung völlig aufgelöst und die bisherige Verfassung, deren hundertjährigen Bestand man vor kurzem gefeiert hatte, beseitigt. Die Aufgabe, das Staatswesen in ganz neuer Form wieder aufzubauen, war in Bayern wie im Reiche und den übrigen Einzelstaaten dadurch erschwert, daß gleichzeitig unsere außenpolitische Stellung völlig zusammenbrach und unser Wirtschaftsleben aufs tiefste erschüttert, ja an den Rand des Abgrundes gebracht wurde. Durch eine Verkettung verschiedener unglücklicher Umstände wurde die Aufgabe in Bayern aber noch schwieriger als in den anderen deutschen Ländern. Während in Württemberg und Baden sich sofort nach dem Umsturz alle Parteien einigten, eine gemeinsame Regierung bildeten und ungesäumt alle Kräfte dem Aufbau widmeten, während im Reich und in Preußen wenigstens unmittelbar nach den Wahlen ein Koalitionsministerium zustandekam, herrschte in Bayern das Ministerium Eisner, das nicht nur die bürgerlichen Parteien, also die Mehrheit des Volkes, völlig ausschloß, sondern, indem es sich aus Unabhängigen und Mehrheitssozialisten zusammensetzte, auch widerstrebende Elemente in sich vereinigte, so daß es einer staatsmännisch aufbauenden Tätigkeit nicht fähig war: dem Ministerpräsidenten Kurt Eisner konnte die Ausschreibung der Wahl des verfassunggebenden Landtages nur durch den schärfsten Druck der öffentlichen Meinung im Dezember 1918 abgenötigt werden, und die Einberufung des neugewählten Landtages konnte erst im Februar 1919 während einer Abwesenheit Eisners durch den stellvertretenden Ministerpräsidenten Auer erfolgen. Die Ereignisse des 22. Februar: die Ermordung Eisners, das Attentat auf Auer und die gewaltsame Verhinderung des nach dem freiesten Wahlrecht gewählten, allein rechtmäßigen Landtages — haben sodann zu einer zweiten Periode der Anarchie geführt, die nur durch die Bildung des ebenfalls rein sozialistischen, mit weitgehendsten Vollmachten ausgestatteten Ministeriums Hoffmann überwunden werden konnte. Eine neue, und zwar die schwerste Gefährdung der nur notdürftig hergestellten Ordnung bedeutete endlich die dreiwöchentliche Räterepublik in München und einigen anderen südbayerischen Städten, von der erst anfangs Mai die Befreiung kam. Diese Umstände haben es verschuldet, daß der bayerische Verfassungsentwurf erst am 28. Mai 1919 dem Landtage vorgelegt wurde, während über die badische Verfassung schon am 13. April die Volksabstimmung stattgefunden hatte, die württembergische ebenfalls im April abgeschlossen worden war und die Beratungen der Reichsverfassung im Verfassungsausschusse schon weit vorgeschritten waren. Man hat die lange Verschleppung der bayerischen Verfassungsarbeit namentlich aus letzterem Grunde sehr beklagt: es konnte dadurch Bayern keinen Einfluß auf die Formung des neuen deutschen Staatsrechtes gewinnen, sondern war im Gegenteil in die Notwendigkeit versetzt, in wichtigen Teilen den oft wenig befriedigenden Inhalt und Wortlaut der Reichsverfassung zu übernehmen. Daher das Hauptmerkmal der neuen bayerischen Verfassung: sie steht im Zeichen einer wesentlich geminderten Zuständigkeit Bayerns.

Staatspolitisch ist Bayern nach der neuen Verfassung als eine *repräsentative Demokratie* eingerichtet: die Staatsgewalt liegt bei der Gesamtheit des Volkes, sie wird aber nur zum Teil von der Gesamtheit der Staatsbürger ausgeübt, nämlich durch die Abstimmung bei der Wahl des Landtages und in der Gesetzgebung durch die Volksabstimmung, zum größeren Teil wird sie ausgeübt durch die in der Verfassung eingesetzten Organe, nämlich die gesetzgebende Gewalt durch den vom Volke gewählten Landtag, die vollziehende Gewalt durch das vom Landtag eingesetzte und dem Landtag verantwortliche Gesamtministerium. Nach sozialdemokratischer Auffassung ist das Volk in dem Sinne Inhaber der Staatsgewalt, daß es die einzige und unumschränkte Quelle derselben ist, sodaß das Volk bzw. die Mehrheit desselben oder der Volksvertretung unabhängig von jedem göttlichen und natürlichen Recht Gesetze geben kann. Daß diese Anschauung der christlichen Staatsauffassung widerspricht, ist ohne weiteres klar. Es wird deshalb eine Gewissenssache des christlichen Volksteiles sein, das Abstimmungs- und Wahlrecht so zu gebrauchen, daß die der Staatsgewalt nach christlicher Auffassung gesetzten Schranken nicht überschritten werden.

Nach demokratischen Grundsätzen sollen die Staatsbürger mehr als bisher am politischen Leben beteiligt sein. Sie sollen sich deshalb nicht darauf beschränken, alle vier Jahre einen Stimmzettel abzugeben, sondern durch *Volksabstimmung* (Referendum) und *Volksanträge* (Initiative) fortgesetzten Einfluß auf die Gesetzgebung ausüben können. Der Entwurf hatte nur dem Landtage und dem Gesamtministerium das Recht eingeräumt, eine Volksabstimmung herbeizuführen. Die Volksabstimmung soll aber, um einer einseitigen Parlamentsherrschaft vorzubeugen, auch von den Staatsbürgern veranlaßt werden können, wenn sie mit einem vom Landtag angenommenen Gesetze nicht einverstanden sind. Diese Möglichkeit ist den Staatsbürgern durch die badische und württembergische Verfassung gegeben und nunmehr auch durch die bayerische Verfassung eingeräumt worden. Dagegen hat der Verfassungsausschuß das Recht des Landtages, von sich aus eine Volksabstimmung herbeizuführen, gestrichen; es geschah das aus dem zweifellos richtigen Empfinden, daß der Landtag die ihm durch die Verfassung übertragene Verantwortung als Gesetzgeber nicht auf die Allgemeinheit abwälzen soll. Geblieben ist das Recht des Gesamtministeriums, über ein vom Landtag angenommenes Gesetz, das ohne Volksantrag beschlossen und nicht als dringend bezeichnet wurde, die endgültige Entscheidung durch Volksabstimmung anzurufen.

Die bayerische Verfassung will das *parlamentarische* System der Verantwortlichkeit und Abhängigkeit des Staatsministeriums von der Volksvertretung im vollsten Sinne durchführen. Der Ministerpräsident ist jeweils vom neugewählten Landtage mit Mehrheit der abgegebenen Stimmen zu wählen, die übrigen Minister ernennt der Ministerpräsident im Einvernehmen mit dem Landtage, und sämtliche Minister können ihre Geschäfte nur solange führen, als sie das Vertrauen des Landtages besitzen. Bei einem Konflikt zwischen Gesamtministerium und Landtagsmehrheit hat nach diesen Grundsätzen ersteres zurückzutreten. Es hätte eine Durchbrechung dieses Prinzips bedeutet, wenn, wie der Entwurf vorsah, bei Konflikten das Gesamtministerium eine Volksentscheidung über die Auflösung des Landtages hätte herbeiführen können; deshalb wurde diese Bestimmung im Ausschusse gestrichen (auch nach der badischen Ver-

fassung steht der Staatsregierung dieses Recht nicht zu, wohl aber nach der württembergischen).

Die Entscheidung über Verfassungsbeschwerden, die bisher dem Landtage zustand, hat der Ausschuß diesem entzogen, da die Führung der Staatsgeschäfte in Zukunft mehr als bisher unter dem Einflusse politischer Parteien stehen wird, die Entscheidung über Verfassungsbeschwerden aber davon möglichst frei sein soll. Sie wurde deshalb einem Staatsgerichtshof übertragen, der auch über Ministeranklagen und Verfassungsstreitigkeiten zu entscheiden hat. Er besteht aus dem Präsidenten des Obersten Landesgerichts, aus 8 Richtern, von denen drei dem Verwaltungsgerichtshof angehören müssen, und zehn Landtagsabgeordneten, die vom Landtage für seine Dauer mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder zu wählen sind. Die richterlichen Mitglieder werden vom Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes bzw. dem des Obersten Landesgerichts ernannt.

In kulturpolitischer Hinsicht waren der bayerischen Verfassung durch die Erweiterung der Zuständigkeit des Reiches enge Grenzen gezogen, und es mußte das um so schmerzlicher empfunden werden, als die Bestimmungen der Reichsverfassung über Staat und Kirche, sowie Kirche und Schule für die gläubigen Katholiken und Protestanten keineswegs befriedigend ausgefallen sind, wie namens der Bayerischen Volkspartei Abg. Held vor der Abstimmung über die bayerische Verfassung ausdrücklich erklärte: „wir hätten den Religionsgesellschaften und der Schule mehr Freiheit gewünscht." Der bayerische Landtag mußte sich infolgedessen im wesentlichen darauf beschränken, die diesbezüglichen Bestimmungen der bayerischen Verfassung mit denen der Reichsverfassung in Einklang zu bringen. Immerhin bedeuten letztere gegenüber dem Entwurf der bayerischen Verfassung in manchen Punkten eine Verbesserung: so ist z. B. durch die Reichsverfassung denjenigen Religionsgesellschaften, welche bisher als öffentlich-rechtliche anerkannt waren, dieser Charakter ohne weiteres garantiert, es ist ihnen das Besteuerungsrecht mit staatlicher Zwangsvollstreckung gesichert, es ist Ablösung der bisherigen staatlichen Pflichtleistungen an die Religionsgesellschaften gefordert usw.

Die Frage der religiösen Kindererziehung war in der bisherigen 2. Verfassungsbeilage nur für die Kinder aus gemischten Ehen und für die unehelichen Kinder geregelt. Nunmehr wird in § 17 Abs. 2 für alle Ehen und alle Kinder ein gleichheitliches Recht geschaffen: über die Zugehörigkeit der Kinder zu einer Religionsgesellschaft entscheiden bis zu deren vollendetem 16. Lebensjahr die Erziehungsberechtigten; ist ein Kind durch die erste hl. Kommunion oder Konfirmation mit Zustimmung der Erziehungsberechtigten endgültig in eine Religionsgesellschaft aufgenommen, so kann hieran durch die Erziehungsberechtigten nichts mehr geändert werden; vom vollendeten 16. Lebensjahre an hat das Kind selbst die Entscheidung über sein Verbleiben in der Religionsgesellschaft. Die elterliche Entscheidung über die Bekenntniszugehörigkeit der Kinder kann auch in einem gerichtlichen oder notariellen Vertrag erfolgen; ein solcher wird durch den Tod der Eltern nicht berührt. Letztere Bestimmung eröffnet die Möglichkeit, die religiöse Kindererziehung in einer bestimmten Konfession dauernd zu sichern, was insbesondere für gemischte Ehen von Bedeutung ist, aber auch in ungemischten Ehen wertvoll sein kann. Daß nunmehr bereits die Sechzehnjährigen über ihre Konfessionszugehörigkeit selbst entscheiden können, wird — man mag sich theoretisch dazu stellen wie man will — praktisch die religiöse Erziehung erschweren; übrigens haben zu dieser Bestimmung in den Ausschußverhandlungen alle Berichterstatter sich dahin ausgesprochen, daß das Recht der Erziehungsberechtigten, über die Teilnahme am Religionsunterricht zu bestimmen, auch nach dem vollendeten 16. Lebensjahr noch fortbestehe, wenn das Kind in der Religionsgesellschaft bleibt. Neu geregelt wurde ferner in § 17 Abs. 3 die Form der Austrittserklärung, die mündlich oder schriftlich beim Standesamt erfolgen kann; der Austritt aus der Religionsgesellschaft ist also erleichtert worden. Von Bedeutung ist auch die Bestimmung des § 17 Abs. 4 wonach neue freiwillige Leistungen des Staates oder der politischen Gemeinden an eine Religionsgesellschaft durch Zuschläge zu den Staatssteuern und Umlagen der Angehörigen der betreffenden Religionsgesellschaft aufgebracht worden; diese Bestimmung wird sofort in Anwendung kommen bei Aufbringung der Mittel für die an den öffentlichen Volksschulen nach Art. 28a des Schulbedarfgesetzes anzustellenden hauptamtlichen Religionslehrer.

In der Regelung der Schulfrage bedeutet § 21 Abs. 2 in der endgültigen Fassung eine entschiedene Verbesserung gegenüber § 15 Abs. 4 des Entwurfes: er spricht nicht mehr von der allgemeinen Pflicht zum Besuch der öffentlichen Volksschule im Sinne eines staatlichen Schulmonopols, sondern von der Pflicht der Erziehungsberechtigten, die Schulpflichtigen zum Schulbesuche anzuhalten. Die Frage der konfessionellen Schule hat bekanntlich das Reichsschulkompromiß dahin gelöst, daß die nicht nach Konfessionen geschiedene Einheitsschule, also die Simultanschule, die Regel bilden soll, daß aber, wenn sich eine entsprechende Zahl von Erziehungsberechtigten für die konfessionelle oder die weltliche Schule ausspricht, soweit als möglich deren Wünschen durch Errichtung solcher Schulen Rechnung getragen werden soll; bis ein Reichsgesetz das Nähere bestimmt, soll es beim bisherigen Zustand bleiben. Es ist klar, daß diese Vereinbarung keine der beteiligten Parteien recht befriedigt, sie trägt zu sehr den Charakter eines Kompromisses an sich. Die bayerische Verfassung nimmt zur Frage der Konfessionsschule nicht Stellung, aber Kultusminister Hoffmann hat noch schnell vor dem Inkrafttreten der Reichsverfassung durch Verordnung vom 1. August 1919 die Möglichkeit geschaffen, den bisherigen Zustand in Bayern zugunsten der Simultanschule zu verschieben: In Städten über 15,000 Einwohnern mit geschlossenen Schulkörpern ist für das Verhältnis, in dem gemischte oder konfessionelle Schulen einzurichten sind, die Willenserklärung der Erziehungsberechtigten maßgebend. In allen anderen Gemeinden, darunter auch in Städten über 15,000 Einwohnern, in denen neben geschlossenen Schulkörpern lose Schülerklassen bestehen, hat, wenn die Umwandlung der Bekenntnisschulen in Simultanschulen beantragt wird, eine Abstimmung der Erziehungsberechtigten stattzufinden und je nach der Mehrheit, die sich dabei ergibt, sind alle Volksschulen entweder als Bekenntnisschulen oder als gemischte einzurichten; hat die Abstimmung für letzteres entschieden, so darf erst in zehn Jahren eine neue Abstimmung veranlaßt werden; hat die Abstimmung für die Bekenntnisschulen entschieden, so kann bereits im folgenden Jahre eine neue Abstimmung erfolgen. Diese Verordnung bedeutet eine entschiedene Begünstigung der Simultanschulen und bewirkt in vielen Fällen einen Zwang zum Besuche solcher Schulen; sie setzt sich sogar in direkten Widerspruch zu dem Reichsschulkompromiß, das den Wünschen nach Errichtung von Konfessionsschulen soweit als möglich entgegenkommen will. Jetzt rächt es sich, daß es früher versäumt wurde, die Frage der Konfessionsschule gesetzlich zu regeln.

Die neue Verfassung wird keineswegs allen Forderungen gerecht, die wir stellen mußten, am wenigsten denen auf dem Gebiete der Kulturpolitik. Möge sie aber die Erwartungen erfüllen, die auf sie gesetzt werden, daß sie die feste Grundlage bilde, auf die unser schwergeprüftes Volk sich wenn auch unter Mühen und Opfern eine glückliche Zukunft aufbauen kann.

Die Niederlage der Sozialdemokratie in Bayern.

Von Wolfgang Aschenbrenner.

Staatsrat und Rechtsanwalt Alwin Saenger ließ an die „Allgemeine Rundschau" ein berichtigendes Schreiben ergehen, in welchem er erklärt: „Ich war niemals Jude, bin keiner und werde auch keiner sein. Vorsorglich füge ich noch bei, daß auch niemals irgendein auch noch so weit entfernter Verwandter in meiner Familie weder in der Gegenwart noch in der entferntesten Vergangenheit Israelit gewesen ist. Ich stamme aus einer rein deutschen niedersächsischen Familie und bin in Schleswig-Holstein geboren — seit 30 Jahren in München."

Ich hatte Herrn Saenger als Juden bezeichnet in meinen Ausführungen „Die Niederlage der Sozialdemokratie in Bayern" („Allgem. Rundsch." Nr. 26 vom 26. Juni 1919). Damit war ich einer weitverbreiteten Meinung gefolgt. Daß ich mit dieser Auffassung einem Irrtum verfallen bin, stelle ich nach der jetzigen Erklärung des Staatsrats Saenger fest, in der er die Demarkationslinie gegenüber dem Judentum mit ganzer Vorsorglichkeit zieht.

Irgendwelche Aenderungen in den politischen Schlußfolgerungen meiner Darstellung ergeben sich durch die Erklärung des Staatsrats Saenger nicht. Der Umstand, daß der führende Sozialdemokrat Saenger, dessen Eignung ich selber anerkannt habe, nicht Jude ist, beweist nichts gegen die führende Stellung des Judentums in der Sozialdemokratie. Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer!

Sind die Deutschen ein politisch begabtes Volk?

Von Dr. Eugen Jaeger.

(Schluß.)

V.

Als die Reichstagsmehrheit am 19. Juli 1917 die bekannte Friedenskundgebung beschloß, erhob sich bei der Minderheit ein Sturm dagegen. In der leidenschaftlichsten Weise wurde die Reichstagsmehrheit beschimpft und als Hochverräter behandelt, ein Zeichen, wie sehr der politische Sinn mangelte, denn auch die Führer der Gegenkundgebungen hatten im Reichstage Kenntnis erhalten von dem Berichte Czernins an Kaiser Karl vom 12. April 1917, in dem der baldige Zusammenbruch Österreichs verkündigt wurde; sie wußten auch, daß die Türkei im Kriege gänzlich versagt hatte, daß daher auch Bulgariens Zusammenbruch nur noch eine Frage der Zeit sein konnte. Aber der deutsche Doktrinarismus konnte sich nicht frei machen von geliebten Idealvorstellungen, hier von der Notwendigkeit des Sieges in dessen Hoffnung unser Volk durch die obersten amtlichen Stellen immer wieder eingewiegt worden war. Diese Hoffnung aufzugeben konnte man sich trotz aller Vernunftgründe nicht entschließen. Nicht der Kopf, sondern das Herz, wie so oft, entschied hier. Da Englands Kriegsziel unerschütterlich feststand, hätte die Friedenskundgebung allerdings keinen Frieden der Verständigung herbeigeführt. Aber sie hätte immerhin auf die öffentliche Meinung Nordamerikas günstig einwirken und vor allem unserer Kriegführung eine Wendung geben können, um mit bedeutend weniger Verlusten einen weniger unglücklichen Frieden möglich zu machen. Auch hätte die deutsche Politik in Verbindung mit der Obersten Heeresleitung auf jener Grundlage versuchen können, Nordamerika aus dem Bund mit unseren Feinden auszulösen. Das alles wurde damals durch den sinnverwirrenden Lärm unserer Alldeutschen verhindert. Die führenden Militär- und Marinemänner aber zeigten den gänzlichen Mangel an politischem Sinn durch die Frivolität, mit welcher man den uneingeschränkten U-Bootkrieg gegen England mit einer lächerlich geringen Zahl von U-Booten anfing und durch den Leichtsinn, mit dem man das Eingreifen Nordamerikas als bedeutungslos behandelte. Auch die neueren Enthüllungen über jene Zeit, die mit Erzbergers Rede im Reichstage am 25. Juli einsetzten, bestätigen die Grundzüge, welche die deutsche Politik seit Bismarcks Rücktritt an sich trug: Unverständnis für die Wirklichkeiten der Lage, große Sprüche, überhohe Ziele und ungenügende Mittel. Das mußte zum Zusammenbruch führen.

VI.

Noch weniger wie im Bürgertum und bei der Regierung war der politische Sinn bei der Sozialdemokratie zu finden. Ist sie doch das echte Erzeugnis des deutschen Idealismus und Doktrinarismus. Der politische Sinn mußte der Sozialdemokratie sagen, daß auch für sie das deutsche Vaterland und die deutsche Volksgemeinschaft das erste sein müsse und daß nur von dieser sicheren Unterlage aus internationale Beziehungen oder künftige Völkerverbrüderung möglich seien. So machten es die Sozialisten aller anderen Länder, nur die deutschen Träumer und Phantasten nicht, weil ihnen der politische Sinn fehlt. Trotz aller bitteren Erfahrungen suchen sie immer wieder den englischen und französischen Sozialdemokraten die internationalen Ideale aufzudrängen, wofür jene gar kein Verständnis haben. Beim Beginn des Krieges erkannten die deutschen Arbeiterführer ganz richtig, daß das Ziel unserer Feinde die politische und wirtschaftliche Zerschmetterung Deutschlands sei und daß der Arbeiterstand bei unserer Niederlage am schwersten leiden müsse. Das führte zum Abfall vom Parteiprogramm und den Beschlüssen der Parteitage, zur Bewilligung der Kriegskredite. Die deutsche Sozialdemokratie stellte das Vaterland über die Partei, nicht so sehr des Vaterlandes, als der Arbeiterschaft wegen. Bald aber wagten sich die „Unentwegten“ wieder hervor, entdeckten ihre natürliche Verwandtschaft mit dem russischen Bolschewismus, stärkten sich an dessen Erfolgen und an dessen Geldsendungen, verkündeten wieder den Internationalismus, wiegelten die Arbeiterschaft zu Arbeitseinstellungen auf, um den Frieden zu erzwingen, selbst auf die Gefahr hin, das Vaterland angesichts des stets mächtiger werdenden Feindes wehrlos zu machen. Rasch wurde die Flottenmannschaft durchseucht, und dann griff die Bewegung, im Finstern schleichend, aber mit ungeheurer Macht auf das Heer über. Die bolschewistische Hoffnung auf die politische Machtergreifung, die Diktatur des Proletariats, auf die sozialistische Weltrevolution mit Vernichtung jeder geordneten Autorität, des Eigentums und des Bürgertums erfüllten die ganze Richtung mit blindester Leidenschaft. Je mehr diese „Unabhängigen“ an Einfluß gewannen, desto mehr näherten sich ihnen die Mehrheitssozialisten, um die Massen und die führende Stellung nicht zu verlieren. Unter der niederschmetternden Wirkung des Rückzuges vom Sommer 1918, der am 18. Juli am Schicksalsflusse Marne begann und der um so tiefer in die Volksseele einschlug, je mehr sie vom Großen Hauptquartier vorher mit Siegeswahn erfüllt war, bemühte sich die Sozialdemokratie zunächst die Disziplin unseres Heeres vor dem Feinde aufzulösen, während gleichzeitig der Reichstag, nachdem die alten Gewalten versagt hatten, im Reiche und besonders auch in Preußen eine demokratisch-parlamentarische Verfassung und Regierung schuf und Wilsons 14 Punkte als Grundlage des Friedens annahm. Das hätte vollständig genügen können, wenn die deutsche Politik unter dem Schutze eines waffengerüsteten, schlagfertigen und den Führern gehorchenden Heeres geblieben wäre. Von diesem Gesichtspunkte aus war die sozialistische Revolution vom November das größte Verbrechen am Vaterland. Diese Revolution wurde von beiden Richtungen der Sozialdemokratie gemeinsam gemacht im Reich, in Preußen und den Einzelstaaten. Sie stürzten überall die kaum geschaffenen demokratischen Regierungen, verjagten die Könige und Fürsten, gründeten die Republik, zerbrachen in der Marine und im Heer alle Autorität, alle Ordnung und Unterordnung. Hunderttausende liefen von der Front weg in die Heimat, Milliardenwerte von Munition, Heeresgerät und Lebensmitteln wurden von dieser zuchtlosen Masse verdorben, gestohlen, geplündert, zu Spottpreisen verschleudert, und das Geld vergeudet. Es war eine Revolution von solcher Sinnlosigkeit und Kurzsichtigkeit, wie sie bei keinem anderen Volk in gleicher Weise möglich gewesen wäre — nur im Vertrauen auf Wilsons Versprechungen, einen Frieden der Gerechtigkeit und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, der allgemeinen Menschenverbrüderung zu schaffen. Das hätten weder Franzosen, noch Engländer, noch Italiener in gleicher Lage des Vaterlandes getan. Nur die Deutschen waren solcher Torheit fähig. Die Sozialdemokratie hatte dem deutschen Arbeiter stets nur von seinen Rechten, nie aber von seinen Pflichten gesprochen, die er doch auch gegen das Vaterland und die Volksgemeinschaft hat. Diese beiden Begriffe, die Grundlagen jeder ernsthaften Politik, waren so der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, den 4 Millionen Wählern, in der ununterbrochenen Hetze des Klassenkampfes ganz fremd geworden. Alle anderen Völker hätten wohl den Kampf eingestellt, aber ihr Pulver trocken, ihre Waffen scharf gehalten in der Erwartung, ob die klingenden Versprechungen Wilsons auch erfüllt würden. Man wußte, daß Frankreich und England für den Völkerbund niemals Sympathie geäußert hatten, daß bei dem einen die politische, bei dem andern die wirtschaftliche Zerschmetterung Deutschlands das Ziel sei.

Der Gedanke des Völkerbundes ruhte daher fast nur auf Wilsons Ansehen und Einfluß. Wilson wird aber bald vom politischen Schauplatz verschwinden, denn es ist ein ungeschriebenes Gesetz in Nordamerika, daß keiner zum drittenmal Präsident sein darf. Die Klugheit gebot daher zu warten, ob Wilson Willen und Kraft besäße, jene Ideale bei seinen Verbündeten durchzusetzen, denen er eben zum endgültigen Sieg über Deutschland verholfen hatte. Statt dessen hat die Sozialdemokratie beider Richtungen angesichts des siegreichen Vordringens unserer Feinde das Vaterland heer-, wehr- und waffenlos, damit aber auch ehrlos gemacht und das in der schwersten Stunde, die Deutschland jemals erlebt hat. Jetzt klagt man Wilson des Wortbruches an. Als aber die deutsche Sozialdemokratie im Herbst 1918 unser Heer waffen- und wertlos machte, unser Kriegsmaterial dadurch verloren ging, beraubte sie Wilson selbst der einzigen Möglichkeit, durch Hinweis auf Deutschlands fortdauernde starke Waffenrüstung bei seinen Bundesgenossen die 14 Punkte und den Völkerbund mit Kraft und Erfolg zu vertreten. Was sich jetzt Völkerbund heißt, ist nur eine fortdauernde Bürgschaft für den Sieg über Deutschland, eine neue heilige Allianz nur in anderem Sinne.

Damit noch nicht genug. Die deutsche Sozialdemokratie in ihrer Gesamtheit trägt auch die Verantwortung dafür, daß die Spartakisten, Kommunisten und Bolschewisten ihre anarchistisch-kommunistischen Ideen nun in Deutschland über-

all ins Werk setzten in allen größeren Städten und in den Industriegegenden mit Mord, Raub, Plünderung, Arbeitseinstellung, Vernichtung unserer wertvollsten Produktiv-Kapitalien, wobei das Verbrechertum aus den untersten Schichten unter dem Schutz und im Namen der Sozialdemokratie die Regierung an sich riß und ungeheuere Greuel verübte. Wenn auch schließlich die Mehrheitssozialisten in den Regierungen, dank der Mithilfe des Bürgertums wieder Ordnung schufen, in Berlin mit klarer Erkenntnis der Notlage des Vaterlandes, in Bayern durch die Reichsregierung geschoben, so tragen doch beide Richtungen die schwere Mitschuld an dem Unglück Deutschlands, das in der schlimmsten Stunde kommen mußte, in der Zeit, wo wir auch dem äußeren Feind wehrlos gegenüberstanden und man nun sich selbst sagen konnte, wie unter solchen Umständen der Friede ausfallen mußte.

Die deutschen sozialdemokratischen Arbeiter waren von jeher gewohnt mit großen utopistischen Versprechungen gegängelt zu werden. In der ununterbrochenen Verhetzung gegen das Eigentum, gegen jede Autorität, jede staatliche und gesellschaftliche Einrichtung, erwarteten sie von der Novemberrevolution das allgemeine Glück, das seine Zeitungen und Führer ihm vom Sieg des Sozialismus von jeher verkündet hatten. Der deutsche Arbeiter wähnte, der Uebergang der politischen Gewalt auf den Arbeiterstand werde nun die goldene Zeit bringen, eine Arbeit, die keine Last mehr sei, dazu allgemeines Wohlergehen, ein Paradies auf Erden, wie es die „Gewerkschaft der Arbeitslosen“ mit dem Null-Stundentag und auskömmlichen Gemeindelöhnen sich bereits geschaffen hat. Auch darüber schien kein Zweifel, daß die internationale Vereinigung der Proletarier aller Länder, die allgemeine Weltverbrüderung mit dem ewigen Frieden und vollster Freiheit jetzt sicher kommen werde. Wilson hatte ja ähnliches verkündet! Die Enthüllung der feindlichen Friedensbedingungen war für die politischen Köpfe, die Wesen und Charakter unserer Feinde erkannt hatten und die auch gegenüber Wilsons großen Humanitätssprüchen kühl geblieben waren, keine Ueberraschung. Für die sozialdemokratische Arbeiterschaft aber bedeuteten diese Friedensbedingungen ein furchtbares Erwachen aus dem utopistischen Traum von der internationalen Weltverbrüderung, welchem sie in jahrzehntelanger Bearbeitung verfallen waren. Muß doch gerade der Arbeiterstand, wie jedermann vorausgesehen hatte, die Hauptlast der geplanten Versklavung Deutschlands tragen. Nie wären diese Friedensbedingungen so schmerzlich hart, so mörderisch für den Arbeiterstand ausgefallen, wenn dieser im November 1918 unser Heer in Waffenrüstung und Disziplin erhalten hätte, statt in blinder Leidenschaft unserem Volke jeden Schutz vor seinen Feinden zu rauben. Nun klagen sie, man habe sie betrogen. Im Vertrauen auf Wilson habe die Arbeiterschaft die Waffen niedergelegt und zerbrochen! Die Antwort auf diesen echt deutschen Selbstbetrug gab Wilson dadurch, daß er am 7. Mai mit Lloyd George und Clemenceau gemeinsam die Friedensbedingungen den deutschen Gesandten überreichte.

Diese Täuschung war nur möglich, weil die deutsche Sozialdemokratie in ihrer jahrzehntelangen Tätigkeit Blick und Sinn des Arbeiterstandes auf die einseitigsten Parteiziele hingerichtet, ihn nur zur Vernichtung der bestehenden Ordnung erzogen, den national-vaterländischen und politischen Sinn ertötet hatte. Die deutsche Sozialdemokratie hat im Herzen unseres Volkes systematisch alle Autorität vernichtet, jedes Vertrauen in die bestehenden Gewalten niedergerissen hat stets den Satz ni Dieu ni maître, weder Herr noch Gott, verkündet und dem Volke eingeprägt. Zur Strafe dafür gingen sie in das Netz der 14 Punkte Wilsons. Diese waren ihr Autorität, und ihre Verkündigung genügte, um das Vaterland wehrlos zu machen. Alle anderen Autoritäten haben sie niedergerissen und diese, die doch nur aus Papier und Druckerschwärze bestand, war ihnen der Heiland der Welt und das neue Evangelium, nachdem sie das christliche in Fetzen zerrissen hatten. Es ist ein Gesetz der Weltgeschichte: Wer Gott abschafft, betet Götzen an. Verdient eine Partei, die in der schwersten Stunde des Vaterlandes und des Arbeiterstandes so blind vertrauensselig ist, nicht die Enttäuschung, die sie erlebt hat?

Diese tiefe Enttäuschung, welche die deutsche Sozialdemokratie, die in der Novemberrevolution alle führenden Stellungen besetzt hatte, in den am 7. Mai überreichten Friedensvorschlägen unserer Feinde erhielt, muß festgehalten werden, damit sie später nicht geleugnet werden kann. Durch alle Reden, in welchen die deutsche Nationalversammlung zu Weimar gegen den Friedensvorschlag protestierte, besonders durch die Reden Scheidemanns und des Mehrheitssozialisten Müller-Breslau klang die Klage über das begrabene Ideal. „Was ist aus all den Idealen geworden, von denen man uns erzählt hat, daß der Krieg nur ein Kreuzzug werde gegen Kaiserismus und Imperialismus“, meinte Müller-Breslau und Scheidemann sagte: „Die Welt ist wieder einmal um eine Illusion ärmer geworden, die Völker haben in dieser an Idealen armen Zeit wieder einmal einen Glauben verloren“.

In der Protestsitzung des bayerischen Landtages vom 15. Mai im Kaisersaal der Bamberger Residenz sprach der Landtagspräsident Schmidt: „Um das mehr als vier Jahre dauernde Völkermorden zu beenden und ein neues Zeitalter menschlicher Versöhnung herbeizuführen, legte unser Volk im November vorigen Jahres die Waffen nieder. Wir vertrauten auf die menschliche Gesinnung und Gerechtigkeit des Gegners. Wir glaubten an sein Wort, einen Frieden der Verständigung nach den feierlichst verkündeten Grundsätzen des Präsidenten Wilson mit uns schließen zu wollen. Nun, da wir die Mächte stürzten, die, mitschuldig am Weltkrieg, im eigenen Lande einer besseren Zukunft im Wege standen, und ein freies Volk wurden, sehen wir uns betrogen“.

Im Anschluß an diese Rede sprach Ministerpräsident Hoffmann das bittere Gefühl der Enttäuschung aus mit den Worten: „So klar und fest war in seinen 14 Punkten das Programm des Präsidenten Wilson, daß das deutsche Volk an ihn, wie an einen Erlöser glaubte. Ein Friede sollte es werden der Gerechtigkeit und Versöhnung. Wie wurde er vom ganzen deutschen Volk ersehnt und erhofft! Die vorgelegten Friedensbedingungen haben Hoffnung und Glauben jäh und grausam zerstört. Ueber ihnen steht drohend das „Wehe den Besiegten!“ Sie kennen nicht Menschlichkeit und Versöhnung, sie atmen nur Grausamkeit und Haß!“

Reichspräsident Ebert hat am 14. Mai einem amerikanischen Journalisten gegenüber sein Entsetzen über die Friedensbedingungen unserer Feinde ausgesprochen und beigefügt, das deutsche Volk beginne aus der Hypnose zu erwachen, in die es unter Ausnutzung seines tiefen Vertrauens auf Wahrhaftigkeit der von Wilson aufgestellten 14 Punkte versetzt worden sei.

VII.

Nur der Hang des deutschen Gemütes zu idealistischer Betrachtung und blindem Vertrauen entschuldigt diesen Reinfall der deutschen Sozialdemokratie. Zu dem unausrottbaren deutschen Doktinarismus und Idealismus kam als schwerster Schlag die große Glaubensspaltung und die leidenschaftliche Abwehr gegen alle Versuche, sie durch volle und ehrliche Gleichberechtigung der deutschen Katholiken zu überbrücken. Gegenüber der verhängnisvollen Einbildung, das Volk Luthers sei den anderen Völkern schon dadurch überlegen, weil es ein protestantisches Volk sei (obwohl das nur für die Hälfte aller Deutschen zutrifft) ist es ein weltgeschichtlicher Hohn, daß die beiden eigentlichen Besieger Deutschlands, England und Nordamerika, ebenfalls protestantische Mächte sind. Aber sie haben den Standpunkt des deutschen Protestantismus längst überwunden, haben alle Kräfte ihrer Völker ohne konfessionelle Ausschließlichkeit auf dem gemeinsamen vaterländischen Boden zusammengefaßt ohne Katholiken- und Jesuitenverfolgung, die uns zum Fluch geworden ist, weil sie den politischen Sinn des Volkes abgeblendet und vielfach ganz getötet hat. In England und Nordamerika wird der politische Blick nicht getrübt durch die Frage, die sich der deutsche Protestantismus seit 1871 und lange vorher schon bei jeder Maßregel zunächst stellte: „Nützt sie uns und schadet sie dem Katholizismus“? Dort herrscht in allen größeren Fragen die rein politische Auffassung. Unsere führenden Kreise bis zur höchsten Spitze schwebten ununterbrochen in der Angst vor „Umtrieben Roms“, vor dem „alten bösen Feind“, in der Furcht vor Jesuiten und sonstigen angeblichen Gefahren des Katholizismus für die protestantische Weltanschauung, so daß es ihnen ganz unmöglich war, die großen Fragen unserer Nation von dem einzig richtigen gesamtnationalen und politischen Gesichtspunkt aufzufassen.

Ob die bittere Erfahrung unserem Volke zum Heil dienen wird? Bis jetzt haben wir diesen Eindruck nicht erhalten. Das deutsche Volk hat viele gute Eigenschaften. Es ist ein Volk der Dichter und Denker. Was Frau v. Stael vor mehr als

100 Jahren Gutes über deutsche Art und deutsche Kunst geschrieben, ist allerdings längst vergessen; was aber ein anderer bekannter Franzose der neueren Zeit, der aus der „Ville Marthre"-Verdun stammende Hyp. *Taine* sagt, möge hier erwähnt werden. In seiner Geschichte der englischen Literatur, 5. Band, sagt Taine: „Die Fähigkeit, allgemeine Ideen zu entdecken, hat keine Nation in so hohem Maße besessen, wie die deutsche, das ist ihre hervorragendste Eigenschaft; durch diese Kraft haben sie alles hervorgebracht, was sie erreicht haben."

Aber die *politische Befähigung ist uns weniger als anderen Völkern gegeben. Der deutsche Charakter* hat nicht die glückliche Mischung des englischen. Hinter Englands weißer Kreideküste hat sich auf breiter keltisch-römischer Unterlage in der angelsächsisch-normännischen Blutmischung in der Höhe des Mittelalters, ein Volk herausgebildet, das die kühle Berechnung, die zähe Standhaftigkeit der Angeln vereinigt mit dem kühlen, abenteuernden Wagemut der Normannen. Wickinger- und Angelnblut durchdrangen sich. Der deutsche Charakter ist nicht so einheitlich wie der britische. Daher treten bei uns selbst in Lebensfragen des Volkes Meinungsverschiedenheiten auf, die zu erbitterten Kämpfen führen, besonders begünstigt durch die ererbte deutsche Streitsucht, die auf dem deutschen Gemüte beruht, daher so gefährlich ist, weil sie leicht selbst in ernster Stunde zu unversöhnlichen Gegensätzen führt.

Weltrundschau.

Von Fritz *Nienkemper*, Berlin.

Die lernäische Schlange.

Wenn ein Kopf abgehauen ist, wachsen sofort zwei neue hervor. Der mitteldeutsche Streikblock der Eisenbahner wurde noch rechtzeitig gesprengt. Ist nun der Verkehr gesichert? Nein, denn auch die Arbeitswilligkeit der Eisenbahner kann ihn nicht aufrecht erhalten, wenn die Kohlen fehlen. Und die ohnehin schon beängstigende Kohlennot wächst zu einem Verhängnis aus, wenn der allgemeine Streik in Oberschlesien fortdauert. Sollte den Hetzern auch im Ruhrrevier wieder ein Streik gelingen, so können wir das Haupt verhüllen, um den wirtschaftlichen Zusammenbruch und das politische Chaos zu erwarten.

Die Kohlennot in Deutschland ist so schreiend, daß sogar die Entente ihr Rechnung tragen mußte. Sie hat nach dem Friedensvertrag 40 Millionen Tonnen jährlich von uns zu fordern; sie will sich vorläufig mit der Hälfte begnügen. Dadurch würden wir in den kritischen Wintermonaten um 1²/₃ Millionen monatlich entlastet werden; aber die übrigen 1²/₃ Millionen wird man dann erst recht von uns fordern. Woher sollen wir die nehmen, wenn nicht einmal unser eigener Bedarf für die Kraftwerke, die Lichtwerke, die Fabrikkessel und den Hausbrand gedeckt werden kann? Und was wird aus dem Verkehr, wenn die Lokomotiven keine Kohlen mehr haben? Es wird schon amtlich mit der Möglichkeit gerechnet, daß der Personenverkehr eingestellt werden müßte, um den unentbehrlichsten Güterverkehr notdürftig in Gang zu erhalten.

In der Nationalversammlung ist diese Not besprochen worden, doch ein durchschlagendes Rettungsmittel wußten weder die Minister noch die Volksvertreter anzugeben. Man hat das Uebel zu erklären gesucht mit dem Hinweis auf die technischen Nachwirkungen des Raubbaues in den Kriegsjahren; man hat auch an die Bergleute eindringliche Ermahnungen und beruhigende Versprechungen gerichtet. Aber wer bürgt für den Erfolg, wenn der vernünftige Teil der Leute sich vor dem großen Mund und der gewalttätigen Hand der Hetzer zurückhält?

Eigentlich sollte doch bei jedem Beteiligten das Gewissen aufgerüttelt werden, wenn ihm zum Bewußtsein kommt, daß von der Bergwerksarbeit tatsächlich der Bestand Deutschlands abhängt.

Das überspannte Selbstbewußtsein, der Machtkitzel und die Freude an der anzurichtenden Verwirrung muß herangezogen werden zur Erklärung, wie die früher so hoch gepriesene *gewerkschaftliche Organisation* in den Hintergrund geraten ist. Der große Ausstand in Oberschlesien ist von allen Gewerkschaften als „wilder Streik" in aller Form verurteilt worden; aber er tobt doch fort zur allgemeinen Qual.

Neben den kommunistischen Hetzern und ihren „unabhängigen" Gehilfen werden dort wohl die großpolnischen Agenten mit großem Mund und vollem Beutel eine Rolle spielen. Es gilt, die bevorstehende Volksabstimmung vorzubereiten. Je größer die Unzufriedenheit mit der deutschen Gegenwart, desto leichter die Verlockung in eine polnische Zukunft. Leider hat unsere Regierung in politischer Hinsicht zu wenig Vorsorge und Geschick bewiesen. Die sozialistischen Minister und ihre Partei verstehen es nicht, der Eigenart der verschiedenen Stämme und Länder Rechnung zu tragen. Trotz der Revolution ist das Regiment noch zu preußisch, zu berlinerisch. Das hat sich in der Behandlung von Oberschlesien ebenso gezeigt, wie in der Behandlung des Rheinlandes. Den Wunsch der Oberschlesier nach Begründung eines eigenen Gliedstaates hätte man möglichst schnell befriedigen und inzwischen wenigstens die provinzielle Autonomie unter eingeborenen Beamten in weitestem Maße durchführen sollen, um eine deutschfreundliche Volksabstimmung zu sichern.

Der leidenschaftliche Eifer der Berliner Minister für die Erhaltung des ganzen alten preußischen Staatswesens hat ja überhaupt keinen rechten Sinn und Zweck mehr, seit die politische Entwicklung in Weimar zu der starken Ausdehnung der Reichsgewalt geführt hat, so daß es auf die Abgrenzung der Länder weniger ankommt und ein überragender Präsidialstand nicht mehr notwendig ist, vielleicht sogar störend wirkt. Keinesfalls darf man wegen vermeintlicher „preußischer" Interessen die wichtigsten nationalen Interessen gefährden, und zu letzteren gehört auch die Rettung Oberschlesiens für das Reich. Wir brauchen nicht allein für diesen Winter die oberschlesischen Kohlen, sondern müssen das Land und das Volk auch für die Zukunft im Reich behalten. Die Reichsregierung hat nach der neuen Verfassung die Fülle der Macht. Sie muß nun auch mit Kraft und Klugheit davon Gebrauch machen. Sonst können wir mit der lernäischen Schlange der immer neuen Notstände nicht fertig werden.

Die Steuergesetze.

Durch die Hetze gegen seine Person läßt sich der Reichsfinanzminister Erzberger in seiner schweren Arbeit des finanziellen Wiederaufbaues nicht stören. Auch seine Gegner, soweit sie ehrlich sind, müssen anerkennen, daß er dabei eine große Energie entfaltet und bereits beträchtlichen Erfolg erzielt hat. Er bemerkt nämlich, er werde solange im Amte bleiben, wie er das Vertrauen der Nationalversammlung und auch seiner eigenen Partei genieße. Vorläufig kann er mit dem Vorrat von Vertrauen wohl zufrieden sein. Die Nationalversammlung hat eine Reihe von Steuergesetzen bereits erledigt und zu den großen Finanzvorlagen, die noch in Beratung sind, die grundsätzliche Billigung bereits erklärt. Uebrigens räumt sie dem Finanzminister die weitgehendsten Vollmachten ein behufs Aufdeckung und Heranziehung des steuerbaren Vermögens und Einkommens. Nicht bloß zur Lüftung des sogenannten Bankgeheimnisses, sondern sogar zum Umtausch oder zur Abstempelung der umlaufenden Banknoten und Darlehenskassenscheine. Diese Vollmacht, über deren Anwendung das Reichskabinett noch zu beschließen hat, soll dem doppelten Zweck dienen, einerseits die ins Ausland geflüchteten Geldwerte zu fassen, anderseits die im Inlande versteckten Geldscheine ans Tageslicht zu bringen und der gemeinschädlichen Notenhamsterei ein Ende zu bereiten. Das Uebermaß an umlaufenden Scheinen ist in der Tat ein Grundübel der Gegenwart; es trägt wesentlich zur Entwertung der deutschen Valuta bei. Auf die Erniedrigung der fraglichen Maßregel ist freilich ein neues Sinken des Markkurses eingetreten; aber der Finanzminister macht mit Recht geltend, daß dabei andere Ursachen und Spekulationen mitgewirkt haben und nach erfolgtem Umtausch die neuen Noten zu höherer Schätzung gelangen werden, weil das Ausland den Aufschwung der deutschen Finanzwirtschaft erkennen wird. Offenbar wird der deutsche Kredit steigen, wenn die Steuerreform schnell und gründlich durchgeführt wird.

Von besonderer Bedeutung ist es, daß der Finanzminister es durchgesetzt hat, daß das *Reich* die Veranlagung und Erhebung der Steuern in die eigene Hand nimmt. Der Verzicht auf die herkömmliche Steuerhoheit der Gliedstaaten ist ein schweres Opfer, aber die Landesregierungen haben es auf den Altar des Vaterlands gebracht, weil sie unter den außerordentlichen Verhältnissen kein Hilfsmittel zur völligen Erfassung der gesamten Steuerkräfte im Volke versäumt lassen möchten. Die Not zwingt zur Zentralisation. Man muß aber erwarten, daß die Reichsregierung bei der Vermehrung ihres Beamtenapparates nicht

nach den früheren preußischen oder Berliner Manieren vorgeht, sondern die Selbstregierung der Staaten und Stämme durch die Berufung der Eingeborenen und durch volkstümliche Geschäftsführung respektiert.

Der Finanzminister hat nichts vertuscht, sondern den ungeheuren Bedarf an neuen Einnahmen offen dargelegt, insbesondere auch die schweren Sorgen einer schwebenden Schuld des Reiches von 76 Milliarden. Durch das Reichsnotopfer und sonstige einbringliche Abgaben hofft er dieses finanzielle Damoklesschwert um 30 Milliarden zu erleichtern. Wahrscheinlich wird noch eine Anleihe riskiert werden müssen, um den schwebenden Rest unkündbar zu machen. Tröstlich ist, daß er von dem verzweifelten Mittel der Zwangsanleihe absehen zu können glaubt und nur zwischen einer gewöhnlichen Anleihe und einer Prämienanleihe noch schwankt. Die beste Lösung wäre freilich, wenn der Kredit des Reichs sich soweit höbe, daß wir auch von dem Reizmittel der Prämien absehen könnten. Das geht vielleicht, wenn die ganze Steuerreform durchgeführt wird und zugleich das deutsche Volk soviel Waren erzeugt, daß wir durch die Ausfuhr die Einfuhr ungefähr decken können. Es bleibt also als Trost in der schweren Steuerlast die Hoffnung, daß wir doch noch aus der wirtschaftlichen Not herauskommen werden, wenn nur das Volk wieder vernünftig und fleißig wird.

Die oberschlesische Frage.

Von Redakteur J. Greiser, Breslau.

Wie steht's mit Oberschlesien? Wird es sich für Polen oder wird es sich für Deutschland entscheiden? So fragt man sich in Deutschland, darüber zerbricht man sich bei den Polen den Kopf. Dabei ist schon die Fragestellung falsch. Der abgeänderte Friedensvertrag billigt Oberschlesien zwar den Volksentscheid zu; aber der einzelne hat nicht über das Schicksal von ganz Oberschlesien zu entscheiden, sondern über seine Gemeinde. Und wieviel Gemeinden mit einfacher Stimmenmehrheit für Deutschland oder Polen votieren, das wird das Entscheidende sein dafür, ob große oder kleinere Teile des Abstimmungsgebiets bei uns verbleiben. In den §§ 4 und 5 des Anhangs zum Artikel 88 des endgültigen Friedensvertrages heißt es darüber: „Das Ergebnis der Abstimmung wird nach Gemeinden festgestellt, gemäß der Stimmenmehrheit in jeder Gemeinde" (im Urtext: „Le résultat du vote sera déterminé par commune, d'après la majorité des votes dans chaque commune" und „The result of the vote will be determined by communes according to the majority of votes in each commune".)

Damit ist aber noch nicht endgültig über das Schicksal der Gemeinde entschieden. Der § 5 sagt das Nähere: „Nach Schluß der Abstimmung wird die Anzahl der in jeder Gemeinde abgegebenen Stimmen durch die Kommission den alliierten und assoziierten Hauptmächten mitgeteilt, zugleich mit einem genauen Bericht über den Hergang der Stimmabgabe und einem Vorschlage über die als Grenze Deutschlands in Oberschlesien anzunehmende Linie, bei dem sowohl der von den Einwohnern ausgedrückte Wunsch, wie auch die geographische und wirtschaftliche Lage der Ortschaften Berücksichtigung findet".

Das sind Einschränkungen der freien Volksabstimmung, die einerseits der Willkür der Entente Raum geben könnten, denn „situation géographique et économique des localités" sind recht dehnbare Begriffe, die aber andererseits auch unter Umständen notwendig werden könnten. Angenommen, ein ganzer Kreis entscheidet sich mit allen Gemeinden für Deutschland, mit Ausnahme einer einzigen, die von deutschem Gebiet umschlossen ist. Die Entscheidung dieser einzelnen Gemeinde (Enklave) wäre dann nicht ausschlaggebend. Eine Landesgrenze kann naturgemäß von diesen Zufälligkeiten nicht abhängig gemacht werden. Man muß allerdings annehmen, daß solche Enklaven dem betreffenden Land bei fraglichen Grenzfeststellungen an anderen Stellen billigerweise gutgeschrieben werden; daß also die Volksabstimmung in solchen Enklaven mittelbar dem betreffenden Staat zugute kommt. Und zwar muß dies unparteiisch geschehen. Einseitig zugunsten der Polen ist die Entente nämlich mit großen, rein deutschen Enklaven in Posen und Westpreußen (Bromberg, Thorn) verfahren. Sie hat diese Parteinahme in einer besonderen Erklärung zum Friedensvertrag vergeblich zu beschönigen versucht.

Nicht der ganze Regierungsbezirk Oberschlesien stimmt ab: Die Kreise Neisse, Grottkau, Falkenberg und ein Teil des Kreises Neustadt verbleiben bei Deutschland. Keine Abstimmung dürfen die Bewohner des nach Tschechien ausspringenden Länderrechtecks in den Kreisen Ratibor und Leobschütz vornehmen: die südöstliche Hälfte dieses Rechtecks soll ohne Abstimmung an Tschechien fallen, während das Schicksal der nordöstlichen Ecke von dem Volksentscheid im angrenzenden Teil des Kreises Leobschütz abhängig ist. Von Mittelschlesien stimmt der an Oberschlesien stoßende östliche Teil des Kreises Namslau ab, während der nordöstliche Teil des Namslauer Kreises und der Osten des Kreises Groß-Wartenberg ohne Abstimmung an Polen fallen sollen.

Diese Umgrenzung des Abstimmungsgebietes, die sich auf jeder Karte leicht feststellen läßt, wird man sich vor Augen halten müssen; auch deshalb schon, um zu erkennen, wie die Entente die Ausdrücke „geographische und wirtschaftliche Lage" auslegt.

Die Bestimmungen des Vertrages geben den einzelnen Gemeinden, die abstimmen dürfen, eine ziemlich weitgehende politische Vollmacht. Zu befürchten ist nur, daß bei dieser gemeindeweisen Abstimmung eine große Zersplitterung eintritt, die der Einheitlichkeit und Zusammengehörigkeit des ganzen Landes schädlich ist. Verkehrswege, Verwaltung, Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe sind auf die Unzerreißbarkeit Oberschlesiens und weiter ganz Schlesiens eingestellt. Wird ein Teil Oberschlesiens herausgerissen und zu Polen geschlagen, so leidet das ganze Land auf Jahrzehnte hinaus. Polen sowie Deutschland haben dann gleicherweise den Schaden zu tragen. Andererseits aber stützt die gemeinsame Abstimmung die Hoffnung, daß große Teile bei Deutschland erhalten bleiben, da über das Resultat eines allgemeinen Volksentscheids über ganz Oberschlesien keine sichere Voraussage möglich gewesen wäre.

Die durch Krieg und Revolution geschaffenen Verhältnisse sind die Faktoren, welche sich für eine so schwerwiegende politische Frage mit annähernder Richtigkeit nicht in Rechnung stellen lassen. Es läßt sich nicht genau abschätzen, wie weit die nationalpolnische Agitation die außerordentlich günstigen Gelegenheiten des letzten Jahres zu ihrer Propaganda ausnutzen konnte. Daß dabei das Großpolentum etwas für Oberschlesien völlig Fremdes ist, hat kein Geringerer als der verstorbene Erzbischof von Gnesen und Posen, Dr. v. Stablewski, u. a. in einem Artikel des „Kurier Poznanski" vom 9. Okt. 1892 festgestellt; er schrieb: „Schlesien in den Bereich der Arbeit und der politischen Bestrebungen der nach dem Jahre 1772 dem preußischen Staate einverleibten Polen zu ziehen, halten wir für ungeeignet und unberechtigt. Anders ist die rechtlich politische Lage von uns Polen, anders die von Schlesien. Schlesien ist seit mehr als 500 Jahren faktisch und rechtlich von den Stämmen der ehemaligen Monarchie losgetrennt; seit noch längerer Zeit unter deutschem Einfluß stehend, kann es von uns nicht als rechtmäßiger Bereich der politischen Arbeit in unserem Sinne betrachtet werden. Es gibt keine lebende historische Ueberlieferung im Volke, es hat keine politischen Bestrebungen und daher ist jede Identifizierung Schlesiens mit dem Zustande der Annektierung nach dem Jahre 1772 gänzlich unberechtigt und falsch."

Mit Recht konnte man den Ausspruch dieser Autorität den Großpolen immer wieder entgegenhalten. In dem gleichen Zusammenhang aber richtete der Erzbischof seine mahnende Stimme schon damals an die deutsche Regierung, eine Mahnung, welche die jetzigen Kulturkämpfer von links und rechts gerade im Interesse Oberschlesiens nie vergessen sollten: „Die Brandfackel der Agitation gegen die Regierung hat kein anderer nach Schlesien hineingeworfen als Fürst Bismarck. Wenn es Oberschlesien, wie früher, gestattet geblieben wäre, sich im kirchlichen Leben zu entwickeln durch die Schule auf Grundlage der teueren Muttersprache, würde Oberschlesien von allen preußischen Provinzen am wenigsten der Regierung Sorge bereiten. Diesem Volk soll man nur ein wenig Herz zeigen, und man wird das ganze Herz desselben gewinnen."

Wie der erste Kulturkampf Bismarcks der großpolnischen Agitation in den Ostmarken den Boden bereitete, so förderte die zweite Kulturkampfsdrohung des unseligen „Kultusministers" Adolph Hoffmann die eigentliche Abfallbewegung in einzelnen Teilen Oberschlesiens. Einig und geschlossen standen die großpolnischen Führer und Zeitungen bei Deutschlands Niederbruch zusammen zu dem Ziele, alle polnisch sprechenden Gebiete zu dem neuerrichteten Polen zu schlagen. Daß die polnische Sprache

gerade in Oberschlesien nicht ein nationales Merkmal ist, verschlug bei ihnen nichts. Alles wirkte zu Gunsten der Großpolen: Die drückenden Verhältnisse, die Nahrungs- und Kleidungssorgen, die Verbitterung der landwirtschaftlichen Bevölkerung, das Mißtrauen, welches die unglückselige Ostmarkenpolitik der früheren Regierung großgezogen hatte; die Selbstverwaltung durch Einheimische war bewußt ausgeschaltet worden, Landesfremde und Andersgläubige hatten das Land regiert. Dazu ließ sich dieses Mißtrauen, welches jahrzehntelange Unterdrückungspolitik im Herzen eines an sich gutmütigen Volkes genährt hatte, nicht mit einem Schlage ausrotten. An schönen Ansätzen deutscherseits, die Fehler der früheren Regierung und der Revolution wieder gut zu machen, hat es nicht gefehlt. Am 30. Dezember 1918 wurde den Oberschlesiern in einer Erklärung des Breslauer Zentralvolksrates die Erfüllung dringender Wünsche in sprachlicher und kultureller Hinsicht zugesagt. Bald aber stellte es sich heraus, daß hier die Verhältnisse stärker waren als der Wille, daß sogar auch dieser bei mancher untergeordneten Stelle fehlte.

Zwar wurde in der Person des Zentrumsabgeordneten Geheimrat Bitta ein Katholik und ein die drei Sprachen des Landes beherrschender Oberschlesier als kommissarischer Regierungspräsident nach Oppeln berufen. War es aber schon eine Herkulesarbeit, das alte Unterdrückungssystem in Oberschlesien in kurzer Zeit in ein neues freiheitliches der Selbstbestimmung überzulenken, so wurde diese Arbeit durch die Verständnislosigkeit sowohl überwie untergeordneter Stellen vielfach durchkreuzt, Berlin hatte vielfach die Dringlichkeit der oberschlesischen Frage noch nicht erfaßt. Hochgespannte Erwartungen schlugen infolgedessen allzu schnell wieder ins Gegenteil um. Der Ruf nach völliger Selbstverwaltung, den schon zu Beginn des Kampfes um Oberschlesien der Bund der Oberschlesier entschieden vertreten hatte, wurde von neuem entfacht. Mit aller Energie wirkten die oberschlesischen Abgeordneten, von denen das Zentrum die größte Anzahl stellt, für die Geltendmachung der berechtigten Wünsche das Volkes. Das Kompromiß über den Artikel 18 der Verfassung ist nicht zuletzt im Hinblick auf Oberschlesien unter besonderer Mitwirkung oberschlesischer Zentrumsabgeordneter abgeschlossen worden und ein besonderer Zentrumsantrag in der preußischen Landesversammlung will den Oberschlesiern sofort noch vor der Besetzung und Abstimmung die provinzielle Selbständigkeit verleihen. Auf dem Boden dieser Forderung haben sich am 4. August die Vertreter sämtlicher politischen (deutschen) Parteien Oberschlesiens in Breslau geeinigt. Es steht also zu hoffen, daß damit in allerletzter Stunde den dringendsten Wünschen des oberschlesischen Volkes Rechnung getragen wird, und daß ein solcher Entschluß eine günstige Wirkung auf die Abstimmung nicht verfehlen wird.

Nach dem Friedensvertrag findet die Abstimmung frühestens nach sechs Monaten, spätestens in 18 Monaten, vom Tage der Besetzung durch Ententetruppen an, gerechnet, statt. Es ist also der oberschlesischen Bevölkerung Zeit und Gelegenheit gegeben, noch vor der Abstimmung die Vorteile einer besseren Stellung in Deutschland mit der ungewissen Zukunft im neuen Polenreiche und der traurigen Gegenwart landesfremder Truppen zu vergleichen.

An meinen Vater.

Manchmal tönt aus sonnengoldnen Westen
Fernes Echo deiner Stimme Klang;
Dann erzittern meiner Seele Saiten
Lauscht die Sehnsucht freudig, hoffnungsbang.

Leuchten wieder mir die milden Sterne,
Die mein Leben einst und all mein Glück?
Kehrt aus lichtverklärter Himmelsferne
Meiner Kindheit Paradies zurück?

Fühl' die liebe Hand in alter Weise
Auf die Stirn ein Kreuzchen zeichnen lind;
Dann, wie Himmelsbotschaft, leise, leise:
„So Gott will, bis morgen, Herzenskind!" —

Sprachst dies Wort an jedem meiner Tage,
Sprachst es noch beim Auseinandergehn,
„So Gott will, bis morgen", — teurer Vater,
Morgen winkt uns ew'ges Wiedersehn.

M. Benedicta v. Spiegel, O.S.B.

Wie Präsident Wilson Geschichte schreibt.

Von Ministerialdirektor Dr. E. Ver Hees, Leiter des flämischen Ministeriums für Industrie und soziale Arbeit.

Es ist nicht als ein Uebergriff abzuweisen, wenn ein geschulter Psychologe versucht, die Historiker zu würdigen oder sogar die Geschichte der Geschichtswissenschaft zu schreiben. Ein amerikanischer Doktor der Philosophie, Isaac Madison Bentley, Professor der Psychologie an der Cornell-Universität in Ithaca (Neuyork), hat es für sein Land unternommen. Er bedauert, daß die amerikanischen Gelehrten sich in außeramerikanische Geschichte wenig vertieft haben. Was man freilich von ihren Arbeiten über Europa gesehen hat, ist im allgemeinen oberflächlich und geringschätzig; überhaupt haben sie dieses Gebiet und damit den Zusammenhang der Weltgeschichte bis jetzt vernachlässigt. Auch Woodrow Wilson hat sich kaum daran gewagt; sein Buch vom Staate, zuerst 1889 erschienen, als er 33 Jahre alt war (er wurde geboren in sklavenhaltenden Kreisen am Jahrestage des Bethlehemischen Kindermordes 28. Dez. 1856), betitelte er bescheiden Elements of historical and practical Politics. Wie der Haupttitel (The State) es andeutet, behandelt das Werk in der Hauptsache einen öffentlich-rechtlichen Gegenstand; es gibt eine nicht erschöpfende oder selbst ausführliche Uebersicht der Grundlagen der Verfassungen und Verwaltungen. Die geschichtliche Seite wird nur nebenbei gestreift. Auf pragmatische Darstellung der Ursachen, der Zusammenhänge und der Folgen verzichtet der Verfasser nahezu vollends. Es ist immerhin ein gutes Lehrbuch. Ein anderer amerikanischer Professor, Clark Sutherland Northup, sagt, daß „darin großzügige und gesunde Anschauungen über Regierung und ihre Tätigkeiten in einem klaren und anziehenden Stile auseinandergesetzt werden." Eigentlich ist das Werk etwas kalt. Es hat in Deutschland guten Eindruck gemacht, wegen des sehr günstigen Urteils Wilsons über die preußische Verwaltung, und wegen seiner abfälligen Kritik der französischen Behörden, was die Elsässer schon jetzt als ein nicht ganz unbegründetes Urteil wahrnehmen.

Das Streben nach Unparteilichkeit lag also schon damals in Wilsons Art des Auftretens. Durch Leidenschaft läßt sich der kühl berechnende Forscher wenigstens nicht hinreißen. Der vorgenannte Psycholog Bentley beklagt zwar, daß die amerikanischen „Historiker" weniger Interesse gezeigt haben für die zarten Züge der nationalen Charaktere und der persönlichen Triebfedern; „obgleich (sagt er) Fiske, Mac Master und Woodrow Wilson . . . eine wachsende Neigung vertreten in der Richtung nach überlegter und philosophischer Schreibart von literarischer Bedeutung, welche gute Aussichten eröffnet für die Zukunft der amerikanischen Geschichtsschreibung."

Das Hauptwerk Wilsons ist seine fünfbändige Geschichte des amerikanischen Volkes. Sie ist nach Bentley „ein weiser und scharfsinniger Kommentar, in der Form eines langen und anziehenden Essays über den hauptsächlichen Verlauf der Ereignisse seit den Tagen der Entdeckung."

Hier zeigt sich aber, wie ein Beispiel es uns nach einem amerikanischen Urteile zeigen wird, der Beweis, daß die Anlage, die Psychologie, die Erziehung, der Parteistandpunkt eines Historikers wohl einigen, wenn auch ungewollten, unwillkürlichen, unbewußten Einfluß auf seine Darstellungsweise ausüben können. Es ist dies noch leichter der Fall, wenn der Geschichtsschreiber zugleich ein Politiker ist; daß er über Grundlagen der Staatswissenschaft und der Staatskunst nachgedacht und sich kritisch darüber geäußert hat, kann höchstens die Wirkung seiner Neigungen abschwächen, ihn aber nicht ganz von ihren Folgen befreien. Was für die Beurteilung von inneren politischen Ereignissen zutrifft, wird auch der Fall sein, wenn es sich um Weltkonflikte handelt, wo der Historiker und Politiker nicht nur das Gesicht wahren muß, sondern auch von den Leidenschaften mitgerissen wird, Eigenliebe, vielleicht auch ein wenig Eitelkeit nicht ganz überwinden kann und jedenfalls nationale und parteipolitische Interessen hüten zu müssen vermeint. Da hört, beim besten Willen, vor wahren oder eingebildeten Pflichten jede Möglichkeit der Unparteilichkeit und der unbefangenen Beurteilung auf. Gervinus, Sybel, Treitschke in Deutschland, Saint-Simon, Thiers, Lamartine nnd neuerdings Aulard in Frankreich, und selbst Macaulay in seinem Whiggism in England haben wahrnehmen lassen, welchen Versuchungen der Historiker ausgesetzt wird, wenn er zugleich Politiker ist, und besonders Partei zugleich und Richter sein will.

Auf folgende Weise beurteilte 1906 George S. Merriam, ein Geschichtschreiber der Sklaverei und Befreiung in Amerika,

den späteren Präsidenten Wilson: „Wir ziehen also Woodrow Wilson zu Rate in seiner „Geschichte des amerikanischen Volkes“ — und dieses Buch lädt zu einem Worte des Kommentars ein. Sein Verfasser hat den ungeheuren Stoff der Volksgeschichte für drei Jahrhunderte zusammengewoben, in der Hauptsache mit bewunderungswertem Urteil und Geschicklichkeit. Er hat eine umfassende, wohlgegliederte, lebensvolle Erzählung fertiggebracht, welche des Lesers Aufmerksamkeit spannend fesselt und im allgemeinen gibt er sowohl den Geist als die Tatsachen der Volksgeschichte wieder. Aber über das Hauptereignis des krönenden Jahrhunderts (the crowning century, das neunzehnte) läßt er einige der Lebenstriebe unbeachtet. Ueber das Verruchte und Verbrecherische der Sklaverei hat er kaum ein Wort; er wirft den Gegenstand beiseite, als ob es seinem Gebiete fremd sei. Er beschreibt mit bewunderungswürdiger Sympathie und Verständnis die Haltung der wohlmeinenden Südleute vor und nach dem Bürgerkriege; und dieser Zug hat einen besonderen Wert für solche, die nur mit dem nordischen Standpunkte vertraut sind. Aber er hat nicht die wenigste Würdigung für den sklavereifeindlichen Geist in dessen heroischem Stadium. Ueber die Leiden der Sklaven ist er schweigsam, während er über die Sünden der „carpet baggers“ (der nördlichen Spekulanten im Süden nach dem Kriege, beredt ist. Diese Einseitigkeit beraubt von seiner Bedeutung das, was die amerikanische Epik des neunzehnten Jahrhunderts sein sollte.“

„So gibt Dr. Wilson als Beispiele für die Mißwirtschaft der (aufgezwungenen nördlichen) Regierung im Staate Mississipi, daß ehe das Werk der carpet baggers vollzogen war, 640,000 Acres Land wegen der Steuern beschlagnahmt worden war, zwanzig vom Hundert der gesamten Fläche des Staates.“ Der erste beste Atlas oder Handwörterbuch kann aber diese Behauptung widerlegen. Die gesamte Fläche des Staates ist 29,640,000, wovon 640 000 nicht 20 Proz., sondern eine Kleinigkeit über zwei Prozent ist. (Der Staat Mississipi hat tatsächlich 121,230 qkm.) Nach Wilson wurde dieser Staat unter nördlicher Zwangsverwaltung in 1874 vierzehnmal stärker steuerlich belastet als 1869. Merriam gibt aber Zahlen aus amtlichen Berichten, nach welchen dieses eine äußerst übertriebene Auffassung sei.

Als Mitglied und Führer der demokratischen Partei, welche früher die Sklaverei verteidigte und Amerika durch diese Abart des Völkerbundes mit Blutströmen übergoß, scheint Wilson seine Gegner der republikanischen Partei nicht mit demselben Maßstabe, wie seine politischen Freunde, die Südleute, behandelt zu haben. In der Rassenfrage scheint er den unglücklichen Farbigen gegenüber ziemlich kalt geblieben zu sein.

So wie Wilson Geschichte schreibt, so hat er in dem Strudel der Ereignisse auch Geschichte machen müssen. Von seinem berühmten Vorgänger in der amerikanischen Geschichtschreibung, Bancroft, hat man gesagt, er sei zugleich episch, heroisch und kritisch gewesen. Das ist augenscheinlich nicht der Fall mit Wilson. Kaum ein Wort hat er geäußert über die Verruchtheit der früheren Eroberungs- und jetzigen Revanchepolitik Frankreichs, über die englische Einkreisung, über die serbischen Verbrechen, über die russische Mobilisation. Ueber die Leiden des deutschen Volkes bleibt er schweigsam, wie über die ehemaligen schwarzen Sklaven seiner politischen Freunde der südlichen Staaten von Nordamerika. Insoweit bleibt er sich selbst bis jetzt gleich.

Aber um gerecht zu sein, muß man beifügen, daß er auch geschrieben hat über „Kolonien und Nation“, und in dem Rufe steht, schon jetzt die Filipinos von der Herrschaft der Yankees befreien zu wollen. Er hat auch ein Buch von reiner literarischer Kritik 1896 veröffentlicht unter dem Titel: „Mere Literature and other Essays“. Für solche Blüten hat er wirklich doch Geschmack, für die Lebensinteressen amerikanischer und europäischer Sklaven vielleicht noch nicht, trotz der Versprechungen seiner hier gewürdigten Pariser Rede vom 25. Januar 1919.

Wie lassen sich doch amerikanische Gelehrte aus? Ein Urenkel und Enkel von zwei Präsidenten der Vereinigten Staaten, Brooks Adams, schrieb 1895 in seinem Buche: „Das Gesetz der Zivilisation und des Verfalls“ (deutsche Ausgabe von 1907): „Eine abstrakte Rechtspflege ist natürlich unmöglich. Das Gesetz drückt nur den Willen des im gegebenen Augenblicke Stärksten aus, die Gesetzgebung hat also keine innere Festigkeit und wird in jedem Menschenalter eine andere Form annehmen.“

Haben die alten preußischen Machtpolitiker jemals so kaltblütig etwas geäußert, wie dieser kühle Amerikaner? Und wendet Wilson auch nur wissenschaftlich diesen augenblicklichen Willen des Stärksten an?

Hat er die Blockade wirksam bekämpft, welche hunderttausenden deutschen Frauen und Kindern das Leben und vielleicht ebensovielen die Gesundheit gekostet hat? Hat er vermocht, die Machtgelüste der Entente in Schranken zu halten, welchen sein Nationalitätenprinzip und sein Bestimmungsrecht der Völker gebieten sollte? Sein Freund und Fürsprecher im Senate, der Senator Williams aus dem Staate Mississipi, hat jüngst gesagt, auf „Kleinigkeiten“ wie Fiume und Danzig mußte man sich nicht versteifen. Mit Verlaub: für die Südslawen ist Fiume in den Händen der Italiener und für Deutschland ist Danzig in den Händen der Polen, etwas, wie für Amerika San Francisko unter der Macht der Japaner, oder Boston unter . . . deutscher Herrschaft wäre. Wie anfangs bemerkt, verkennen zu oft die Amerikaner, auch die Historiker, europäische Gesichtspunkte und geographische Verhältnisse, welche sie gering achten.

Besitzt jedenfalls Wilson die Fähigkeit, seine sklavenhälterische Erziehung, seine eroberungssüchtige Umgebung von Paris zu überwinden? Seine Vergangenheit beweist es nicht nach jeder Meinung. Seine Tätigkeit in diesem Sinne im Völkerbunde bleibt abzuwarten. Eine solche Kraft ist den wirklich großen Männern vorbehalten, welche die Weltgeschichte einigermaßen beherrschen, anstatt beherrscht zu werden. Daß Wilson diese Fähigkeit besitzt, wurde jedenfalls nach dem Urteil seiner Mitarbeiter bestritten, welche die amerikanische Kommission in Paris, vor dem Ende, aus Empörung öffentlich verlassen und ihn selbst im Stiche gelassen haben. Und der eigene Staatssekretär und Vertraute Wilsons, der Herr Lansing, bekennt jetzt im amerikanischen Senate, daß man von den vierzehn Punkten wesentlich abgewichen ist.

Sozialisierung.

Von Hartwig Schubart, Salenstein (Thurgau).

Der Neuen Zürcher Zeitung entnehme ich den Wochenausweis der deutschen Reichsbank vom 7. Juli d. J., der folgende Zahlen in Millionen Mark im Vergleich zu demselben des Jahres 1918 gibt:

	Notenumlauf	Metallbestand	Portefeuille	Lombard
1919:	37271,83	1418,08	36877,06	8,39
1918:	15712,12	3004,19	19566,55	6,20

Diese Ziffern erweisen nicht nur die enorme Ueberschwemmung des Landes mit Geldsurrogaten, sondern sie zeigen vor allem die stetig fortschreitende Entwertung dieser Surrogate — der deutschen Reichsbanknote. Es mag daran erinnert werden, daß das Reichsbankgesetz im Frieden eine Deckung der ausgegebenen Banknoten zu $^1/_3$ in Gold, zu $^2/_3$ in erstklassigen Wechseln verlangte. Während nun 1918 noch immer eine Metall- — nicht Gold- — Deckung von fast $^1/_5$ bestand, ist dieselbe inzwischen auf rund $^1/_{30}$ gesunken. Solange derartige Verhältnisse herrschen, kann sich unsere Auslandvaluta nicht heben, trotz aller Zollmaßnahmen; es kann nicht von dem Ausland verlangt werden, derart unsichere Werte, wie die deutschen Banknoten heute darstellen, zu höherem Kurse anzunehmen. Da wir nun aber in der nächsten Zeit, wohl in den nächsten Jahren, auf einen den Export stark überwiegenden Import angewiesen sind, so muß hiergegen ein Radikalmittel gefunden werden, wenn nicht durch Valutaverluste noch größere Prozentteile des doch schon so stark verminderten deutschen Volksvermögens in Auslandbesitz übergehen sollen. Es gibt hierfür eben nur ein einziges Mittel — Verringerung der in Privatbesitz befindlichen Geldwerte bis auf einen dem noch vorhandenen Bestand an Wirtschaftsgütern entsprechenden Stand. Erwiesen wird diese Notwendigkeit durch einen Vergleich der Notendeckung in den andern Ländern. Wenn von Belgien abgesehen wird, in dem erst eine vollständige Umordnung der wirtschaftlichen Verhältnisse erfolgen muß — zum größten Teil auf Kosten Deutschlands —, so ist am geringsten durch Metall gedeckt, die französische Note der Bank de France, nämlich zu fast $^1/_6$ — Frs. 35007,82 Millionen Noten gegenüber einem Metallbestand von 5858,05; in England übersteigt die Deckung mit 2216,76 Metallbestand sogar wieder den Notenumlauf in Höhe von 1989,88 Millionen Pfd. Strlg.

Durchgreifende Hilfe erwarten weite Kreise von einer Sozialisierung — nur fragt es sich, was sozialisiert werden

soll, und in welchem Umfang sozialisiert werden kann. Ganz abgekommen ist man wohl heute von den extrem kommunistischen Forderungen des Bolschewismus, die ihre wirtschaftliche Unmöglichkeit soeben schlagend in Ungarn bewiesen haben. Der Kommunismus mag eine ideale Wirtschaftsform darstellen für ein Paradies — aber das ist der Menschheit verschlossen — oder für ein in Phantasien konstruierbares goldenes Zeitalter, aber seinem Kommen setzt sich gebieterisch das eine Wort „Konkurrenz" entgegen, das der Menschheit als hartes Gesetz gegeben ist und von ihr eben verschiedene Bewertung der verschiedenen Leistungen verlangt. Die modernen Vertreter des Kommunismus und Bolschewismus selbst sind wohl auch zum größten Teil von der ideellen anerkennenswerten Auffassung ihrer Lehre weit entfernt, und der derartigen Theorien ursprünglich inne wohnende Altruismus hat sich in Wirklichkeit überwiegend als grausamster Egoismus erwiesen.

Ernster zu nehmen, und teilweise praktisch realisierbar sind die Bestrebungen die entweder auf Sozialisierung der Betriebe hinzielen oder auf diejenige des „arbeitslosen Einkommens", hier ist eine Prüfung auf ihre Durchführbarkeit und ihren praktischen Nutzen angezeigt.

Die zunächst teilweise geforderte allgemeine Betriebssozialisierung hat man inzwischen auch in Deutschland nach näherer Prüfung als wirtschaftlich undurchführbar erkannt. Diese Forderung kann also umsomehr aus der Diskussion ausscheiden, als alle später überhaupt zu erhebenden Einwände gegen sie in verstärktem Maße gelten werden. Man hat aber „zur Sozialisierung reife" Betriebe gefunden, und beschäftigt sich mit ihrer Umwandlung in staatliche Unternehmen. Man denkt dabei an die elektrische Industrie, die Kohlenproduktion, die Bergwerke überhaupt, also an Unternehmen, die von Anfang an bereits durch den allgemeinen Bedarf ihrer Produkte, ebenso wie durch ihre geozentrischen Bedingungen bestimmten Normen unterworfen waren, sich daher ziemlich gleichmäßig entwickeln und zu immer mehr konzentriertem Großbetrieb vereinen mußten.

Um hier zu einem Urteil zu gelangen, ist zu fragen, was die Sozialisierung erreichen soll, und ob etwa bisher schon bestandene Sozialisierungen dieses Ziel erreichbar erscheinen lassen.

Erreicht werden soll durch diese Bestrebungen eine Erleichterung unseres Wirtschaftslebens — dies Ziel erfordert einerseits eine staatliche Einnahmequelle, wie es andererseits jede neue Verteuerung des Gesamtlebens verbietet, durch welche die Einnahme des Staates wieder illusorisch gemacht würde.

Nun wäre eine neue Einnahmequelle natürlich ohne weiteres zu erreichen durch nicht entschädigte Enteignung der bisherigen Besitzer. Aber diese Maßregel ist an sich in einem Rechtsstaat undurchführbar — es kann nicht beliebig ein Teil des Besitzes ohne Entgelt enteignet werden, solange anderer Besitz der Konfiskation nicht anheimfällt. Sobald aber der Besitzübergang entschädigt wird, sind zu einer lukrativen Entwicklung im Staatsinteresse nötig Einnahmen, welche die Verzinsung der Abfindungssumme übersteigen. Diese Einnahmen sind erzielbar entweder durch billigeres Arbeiten, oder durch Preisverteuerung des gelieferten Produktes. Letzteres Mittel würde an Dr. Eisenbart nur zu stark erinnern — wir brauchen vielmehr Preisabbau, um die Löhne verringern, die Zirkulationsmenge des umlaufenden Geldes einschränken, kurz, um dem Geld „seinen Wert wiedergeben" zu können — im Inland zur Hebung des allgemeinen Lebens, unter gleichzeitiger Ausscheidung der inzwischen eingebürgerten Ausschreitungen, im Ausland zu billigerem Einkauf der für uns unentbehrlichen Nahrungsmittel und Rohstoffe, von dem unsere Zukunftsgesundung abhängt. Es bleibt also nur eine billigere Arbeit — bei gleicher wirtschaftlicher Produktion — möglich, um die Uebernahme in Staatsbetrieb zu einer lohnenden zu gestalten.

Die Erfahrungen, welche bisher mit staatlichen Monopolen und Betrieben gemacht sind, berechtigen leider keines Falls zu der Annahme billigerer Arbeit und preiswerteren Produktes, vielmehr zum Gegenteil, und zwar in gleicher Weise in Deutschland wie in anderen Ländern. Es ist eine bekannte Tatsache z. B., daß in den Ländern mit Tabakmonopol die Erzeugnisse dieser Industrie weder in Bezug auf Güte noch auf Preis mit den deutschen, dem freien Wettbewerb unterliegenden Fabrikaten wetteifern konnten, in Deutschland selber hat der staatliche Betrieb an sich immer teurer gearbeitet als der private, wenn er auch mitunter durch besondere Umstände erzwungen wurde, wie z. B. bei Geschützgießerei, Artilleriewerkstätten, Gewehr- und Munitionsfabriken, oder sich in anderer Weise durch die direkte Betriebsnotwendigkeit und Vermeidung kostspieliger Transportausgaben sogar bezahlt machte, wie in Eisenbahnreparaturwerkstätten oder Werften. Diese letzteren waren aber eben dann immer nur Nebenbetriebe, deren an sich teurere Arbeit durch die Eingliederung in einen Hauptbetrieb ausgeglichen wurde. Dem staatlichen Industrieunternehmen fehlt stets der Antrieb des persönlichen Nutzens, welcher in der Privatindustrie auf immer größere Vereinfachung, auf immer steigendere Produktivität und billigere Herstellung sinnen läßt und so den privaten Unternehmer zu ganz anderen wirtschaftlichen Leistungen befähigt als den staatlichen Direktor.

Diese Erkenntnis aus der Vergangenheit, diese Erfahrungslehre läßt es von Anfang an rätlich erscheinen, die reine Sozialisierung, die absolute Uebernahme in Staatsbetrieb nur auf solche Zweige des Wirtschaftslebens anzuwenden, die einerseits konkurrenzlos auch seitens des Auslands, doch für die Allgemeinheit notwendig sind, und daneben doch mehr mit Beamtencharakter betrieben werden können. Diese sind aber meist schon verstaatlicht — so die Post und die Eisenbahnen. Es wird hier nur noch ein verhältnismäßig geringer Ausbau möglich sein — vielleicht Verstaatlichung der Binnenschiffahrt — der Seetransport braucht bereits größere Freiheit, um international konkurrieren zu können, — so vielleicht eine weitere Angliederung des gesamten Innen-Transportwesens an Eisenbahnen und Binnenschiffahrt, obwohl schon damit gewisse Gefahren einer Beeinträchtigung des Handels durch größere Langsamkeit verbunden sind.

Bei allen anderen Betrieben wird die absolute Sozialisierung, die restlose Uebernahme in Gemeinschafts-, also in Staatsbetrieb, eine wirtschaftliche Wertminderung bedeuten, die sich umso schwerer auferlegen wird, je mehr wir zu äußerster Ausnutzung unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit durch die Friedensbedingungen gezwungen sind. Das ist auch bei den Bergwerks-, insbesondere den Kohlenbetrieben der Fall, in gleicher Weise bei der elektrischen Industrie. Hinzu kommt bei ersteren die Gefahr, daß bei etwaigen Arbeiterunruhen und Streiks dem Ausland, dem wir zu Lieferungen verpflichtet sind, durch staatliche Uebernahme die Möglichkeit eines Intervenierens, einer mehr und mehr zu dauernder Aufsicht sich ausbildenden Ueberwachung geradezu aufgedrängt wird. Bei einer Elektrizitätssozialisierung komplizieren sich die Verhältnisse ganz ungemein durch die enorme Anzahl kleiner privater Krafterzeugungen, die als integrierende Bestandteile verschiedenartigster Werke einen ganz verschiedenen wirtschaftlichen Wert besitzen, ganz verschiedener Beurteilung unterliegen, und kaum jemals nach einheitlichen Grundsätzen abgelöst werden könnten. Nur auf diese Punkte möchte ich hinweisen — der Fachmann wird leicht ein dickes Buch über die Schwierigkeiten absoluter Sozialisierung zusammenstellen können.

Ich möchte daher jede in wirkliche wirtschaftliche Produktionsgebiete eingreifende absolute Sozialisierung für sehr bedenklich erachten, und heute — unbeschadet der früher, während der engen und eingeschränkten Verhältnisse des Krieges gerade von mir empfohlenen „In Dienststellung", die etwa mit einer vorübergehenden Kriegssozialisierung identisch gewesen wäre — für einen wirtschaftlichen Rückschritt ansehen, wo wir unbedingt Fortschritte brauchen. Ein gebundenes Wirtschaftsleben geht nicht vorwärts — wenn irgendwo, ist dort größte Freiheit der Entwicklung nötig, in der die Initiative des Einzelnen weitestes Feld findet, und wenigstens prinzipiell ungehindert dem privaten Vorteil, dem eigenen Erfolg, dienen kann. Seien wir doch offen — die beiden großen Triebfedern wirtschaftlichen Fortschrittes sind nun einmal der Erwerbstrieb und Bequemlichkeit, beide auf dem Boden des Egoismus erwachsen. Ihre Ausscheidung hemmt den Fortschritt, macht untüchtig in der Konkurrenz, die ja so schon eine so schwierige sein wird dem Ausland gegenüber. Was im geschlossenen Wirtschaftsstaat allenfalls möglich wäre, ist unmöglich im wirtschaftlich abhängigen Deutschland.

Und doch brauchen wir unumgänglich zur geldlichen Gesundung die Sozialisierung — nur eben in anderer Form. Nicht der Betrieb muß der Sozialisierung anheimfallen, sondern er muß freigelassen werden — staatlich erfaßt kann nur der Ertrag des im übrigen privaten Betriebes werden, und auch dieser nur insoweit, daß ein hoher Ertrag des Unternehmens zugleich auch den privaten Interessenten mit zugute kommt. Dies wird erreicht durch meinen Vorschlag sehr hoher Vermögensabgaben mit für den Augenblick geltender Festsetzung einer Maximalgrenze privater Vermögen, die aber eben nur für diese einmalige Abgabe zu gelten hat — der Neuaufbau des Vermögens soll unbehindert bleiben, unbeschadet meines weiteren Vorschlages privater Verbrauchsbeschränkung. Diese hohen Abgaben wird

kein irgend investiertes Vermögen bar leisten können, und so wird von selbst die rein geldliche staatliche Beteiligung an unseren Unternehmungen sich ergeben, ohne in deren private Entwicklungsmöglichkeit einzugreifen. Es ist dies meiner Ansicht nach die einzig mögliche Form einer „Betriebssozialisierung“. Das hindert natürlich nicht, daß einzelne Unternehmungen jeder Branche rein staatlicher Besitz sind und als solche sehr wertvoll für wirtschaftliche Erfahrungen, Experimente und Lehrzwecke — ich erinnere an den preußischen Bergwerksbesitz, die staatlichen Domänen, Forsten, Staatsbrauereien usw. — nur eine ganz besondere hohe wirtschaftliche Ausbeute für den Geldbeutel des Finanzministers haben solche Unternehmen nie gebracht; ihr Nutzen liegt auf anderem Gebiete.

Analog dieser Erfassung der Betriebe ist auch bei der „Sozialisierung des arbeitslosen Einkommens“ Rücksicht zu nehmen auf die wirtschaftliche Erhaltung der Besitzer, wie auf den Erwerbs-, damit also Besitztrieb. Zunächst ist der Ausdruck „arbeitsloses Einkommen“ an sich ungenau — jedes Kapital, auch das in Renten angelegte arbeitet mit im Wirtschaftsbetrieb, arbeitslos kann nur der Empfänger dieses Arbeitsertrages sein. Von diesen ganz arbeitslosen Rentnerexistenzen wird nun ein großer Teil zu einer Arbeit an sich kaum mehr imstande sein und es kann weiter dem Zinsgenuß des früher selbst erworbenen Vermögens ebensowenig eine soziale Berechtigung abgesprochen werden, wie der Pension des Beamten und der Altersrente des Arbeiters. Aber abgabepflichtig ist jetzt ein derartiges Vermögen — die Quelle des Rentenbezuges — entsprechend der Notlage des Staates, d. h. also in einer weit schärferen Progression, als es der Entwurf des Reichsnotopfers vorsieht, mit Festsetzung einer Maximalhöhe und nach Möglichkeit in einmaliger sofortiger Abgabe. Schärfer zu betonen ist die Verwendung ausschließlich zum Abstoßen der Staatsschulden, damit zur Verminderung der Budgetlasten. Eine Sozialisierung der derartigen Vermögenswerte etwa in der Art, daß nur eine gleichmäßigere Verteilung stattfände, würde staatswirtschaftlich gar keinen Erfolg haben, auch die Lebensweise der Allgemeinheit würde durch eine solche keine wesentliche Verbesserung erhalten. Die Arbeit des englischen Statistikers Arthur Bowley, Professor der Statistik an der Universität London (The division of the product of industry, Oxford 1919), die dieses Resultat für England auf Grund der Verhältnisse vor dem Kriege mit Zahlen des Jahres 1911 errechnet, hat trotz der durch den Krieg veränderten Geldverhältnisse für alle Länder Geltung, da der Zuwachs an Geldsurrogaten ausgeglichen wird durch gleich große Geldentwertung, während ihm andererseits höhere Lohneinkommen entsprechen. Aber durch direkte Abgabe von Vermögenswerten zum Zwecke der Verminderung staatlicher Schuldtitel, also zu direkter Vernichtung in Privatbesitz befindlicher Geldsurrogate, wird die wirtschaftliche Anämie gebessert, wird der wirtschaftliche Kreislauf von der zu großen Menge umlaufender Geldsurrogate befreit, der Wert des Geldes steigt und damit, wie immer wieder betont werden muß, die Lebenshaltung der Allgemeinheit trotz der in hohem Maße nötigen Lohnherabsetzungen. Wenn nun das freie Rentenvermögen in gleicher Weise wie die Betriebe sozialisierend erfaßt wird durch die auferlegten Abgaben, durch Festsetzung einer augenblicklichen Maximalhöhe sogar, so darf doch des weiteren seinem Neuaufbau keine Schranke gezogen werden — der Vermögen schaffende Erwerbstrieb arbeitet im Interesse der Allgemeinheit, wenn er dem Einzelnen seinen Besitz erwirbt. Dauernd begrenzt, wenigstens für längere Dauer, bis die Folgen des Krieges überwunden sind, oder doch nicht mehr empfunden werden, kann nur der Eigenverbrauch des Einzelnen im Interesse sozialer Ausgleichung bleiben.

Die innere Ausgleichung, die aus einer solchen sozialen Erfassung — nicht restloser Sozialisierung — entstehen müßte, würde, wie ich des öfteren betont habe, dem staatlich so wichtigen Mittelstand besonders zu gute kommen, ihn bewahren vor fortschreitender Proletarisierung, die ihn zum Teil unter das Niveau des Arbeiters herunterdrückt, ihn wieder befähigen zu der so sehr nötigen innerpolitischen Mitarbeit. Es würden weiter die alten soliden Werttitel aus der Zeit vor dem Kriege sich ihrem alten Werte wieder nähern können, eine Forderung, die neulich im „Bankarchiv“ sogar zum Vorschlag verschiedener Bewertung der verschiedenen Gruppen von Wertpapieren je nach Zeit ihrer Entstehung — vollwertig für die alten, in augenblicklicher Kursbewertung für die Kriegswerte — geführt hat. Es ist ja auch, um etwa ein Beispiel anzuführen, absolut absurd, daß z. B. die auf einem Hause ruhende Hypothek, die den Bau desselben gezahlt hat, jetzt bei gleichem nominellen Betrage in ihrem inneren Wert auf die Hälfte oder ein Drittel gesunken ist, während zu gleicher Zeit das Haus selbst auf das doppelte des nominellen Wertes gestiegen ist trotz der Abnutzung, daß solch altes vollwertiges Kapital abgelöst werden kann durch den nominell gleichen Betrag in unwertigen, mangelhaft gedeckten Banknoten.

Nur eine Sozialisierung des allgemeinen Wirtschaftslebens auf dem Wege der Ausgleichung durch eine dem noch vorhandenen Güterbestand entsprechende Verminderung der verschiedenen Wert- und Geldtitel kann unserem Wirtschaftsleben wieder emporhelfen.

Weltensturz.

Zeitgedanken von F. Schrönghamer-Heimdal.

Wißt Ihr, was sich heute begibt? Es ist der Endkampf zwischen den zwei Weltgeistern: zwischen Christ und Antichrist, zwischen Jesus und Judas, zwischen dem Göttlichen und Teuflischen in der Welt, zwischen den sittlichen Lebensmächten und den Mächten der Finsternis, zwischen dem ewigen Deutschen und dem ewigen Juden — wie wir's nennen wollen. Der Sinn ist immer derselbe. Was wir äußerlich sehen, ist nur die Oberfläche des Zeitgeschehens. Der Geist ist's, der lebendig macht. Ein Geisterkampf ist's, ein Ringen um die Welt zwischen geistigen Mächten. Nicht „Weltgeschichte“ im alten Historiker- oder Diplomatensinne wird heute gemacht, sondern Geistesgeschichte wirkt sich aus wie nie zuvor auf Erden.[1])

* * *

Weltensturz ... Wirklich: ein Jahrtausend bricht zusammen, aber nicht, um ewig vernichtet zu sein, sondern um neu zu erstehen, wie der Phönix aus der Asche. Es stürzt auch nur das Faule, Morsche, Ueberlebte, Unhaltbare. Und weil es nicht von selber stürzt, sendet Gott die „Männer des Umsturzes“. Was sind sie? Nichts weiter als Werkzeuge, Handlanger eines höheren Willens, nichts weiter als Besen, die man in die Ecke stellen wird, wenn sie ihr Werk getan, das nur im Zerstören besteht. Aufbauen können sie nicht, wie wir jetzt schon sehen, das müssen und werden die andern, wenn ihre Zeit gekommen. Der Zweck dieses Umsturzes ist ja der Wiederaufbau. Wie soll das Neue, Bessere erstehen, bevor das Faule und Morsche der alten Zeit nicht gründlich zerstört ist? Freilich, auch viel Gesundes wird mit in den Abgrund gerissen. Aber es wird wiederkommen. Was Ewigkeitswert hat, ist unzerstörbar. Und der alte Gott lebt noch.

* * *

Ist es nicht auffällig, daß es in aller Welt hauptsächlich Juden sind, die dieses Zerstörungswerk verrichten? Wem fallen da nicht die Heilandsworte vom Ende der Zeiten ein: „Fürwahr, dieses Geschlecht wird nicht vergehen, bis dies alles geschieht“? Offenbar bedient sich Gott heute wieder des „auserwählten Volkes“ als seines Werkzeuges: so wie Judas einst Jesus verraten und ans Kreuz geliefert hat, so verraten heute Juden die Völker, unter denen sie als Gäste leben. Aber wie aus dem Golgatha des Welterlösers eine Auferstehung und Himmelfahrt geworden ist, so wird auch aus dem Verrat und der Verwüstung von heute ein Menschheitsostern erstehen, weil der Sieg unter allen Umständen Gottes bleibt.

* * *

Ein Geisterkampf ist's zwischen dem ewigen Deutschen und dem ewigen Juden. Das Wesen des ewigen Deutschen wurzelt im Walddorf; im werteschaffenden Bauernleben; des ewigen Juden einziges Streben ist das Warenhaus und das Bauernlegen. Der ewige Jude weiß nichts von Schöpferkräften. Ihm fehlt die sittliche Erhebung, geboren aus der Erfüllung des Sonnengebotes der werktätigen, werteschaffenden Arbeit. Er ist nur Warenvermittler um des eigenen Gewinnes willen. Der ewige Deutsche dient sich, indem er der Gemeinschaft dient; er hat Gewissen und Verantwortlichkeit. Von solchen Begriffen weiß der ewige Jude nichts. Sein Gott ist das Geld. Darum fehlt ihm auch die Fähigkeit, aufzubauen, sittlich

---

[1]) Vgl. hierzu auch meine grundlegende Schrift „Das kommende Reich“ (320 Seiten, Verlag Haas und Grabherr, Augsburg C 230, ℳ 7.—). Dort habe ich die zeitfälligen Ereignisse aus ihren inneren Ursachen heraus bereits ein Jahr vor ihrem Eintreten zutreffend geschildert und den Weg in die bessere Zukunft gezeigt.

zu wirken. Da er nur sich selbst und seine leibliche Wohlfahrt kennt, kann er nur zerstören. „Umsturz ist der Stern Judas“. Aufbauen kann nur der arische Mensch, der ewige Deutsche.

* * *

Es ist eine bemerkenswerte Eigentümlichkeit, daß der ewige Deutsche die schlimmen Eigenschaften des ewigen Juden annimmt, während wir es nie erlebt haben, daß der ewige Jude einmal das Gute des ewigen Deutschen angenommen hätte. Ahasver ist heute noch der nämliche, der er seit Jahrtausenden war. Ganz natürlich: Er kannte immer nur ein Ziel, sich selbst, und nur einen Gott, das Geld, mit dem er sich die Weltherrschaft erwerben will. Die Welt in eine einzige jüdische Aktiengesellschaft zu wandeln und die übrige Menschheit vollends unter seine Fuchtel zu bringen, ist sein jahrtausendaltes Streben. Zu diesem Behufe bedient er sich der internationalen Freimaurerei ebenso wie der sozialistischen Arbeitermassen, die er beide führt und beherrscht. Weltkrieg und Weltrevolution sind die letzten Stufen zum Tempelbau des ewigen Juden. Der Antichrist wähnt sich schon am Ziel. Aber schon hallt eine Stimme: Bis hieher und nicht weiter! — Hat der ewige Jude vergessen, daß der Gekreuzigte am dritten Tage von den Toten auferstanden ist? So wird er es in Bälde nocheinmal erleben: Die Menschheit wird auferstehen und seine Macht wird sich als Ohnmacht erweisen.

* * *

Ein Geisterkampf ist's, was wir heute erleben. Es ist das Golgatha der deutschen Seele, die den ewigen Juden abschütteln will für alle Zeiten. Heute sinnen wir den Ursachen nach, die uns in dieses unsägliche Elend gestürzt haben. Wir erkennen den ewigen Juden in uns als unsern Erz- und Erbfeind. Wir waren nur mehr Christen dem Namen nach, in Wirklichkeit waren wir längst die eifrigsten Jünger des ewigen Juden. „Worin man sündigt, darin wird man gestraft.“ Aber schon reckt sich der schlafende Riese, der ewige Deutsche in uns. Der deutsche „Michel“ mit Pfeife und Schlafmütze will Michael werden, der mit dem Flammenschwert, der Gottesheld, der den gefallenen Adam, den Stammvater des ewigen Juden, für immer aus dem reinen Gottesеden vertreiben wird.

* * *

Ich bin kein Judenverfolger. Im Gegenteil. Sind denn die Leute nicht bedauernswert, die ihr Lebensziel nur im Zeitlichen erblicken? Ich war immer schon der Meinung, daß man das Judentum am erfolgreichsten bekämpft, indem man alles Jüdische aus der eigenen Seele reißt. Denn es ist auch das Unchristliche im Menschen. Immer ist's nur der Geist, der lebendig macht. Und schließlich ist der ewige Jude nur notwendiges, gottgewolltes Werkzeug zur Bewährung der Geister, zur Erfüllung der Zeiten. Indem sich die Ohnmacht und innere Fäulnis seines grobsinnlichen Messiasreiches, der Herrschaft des Güldenkalbes, erweist, wird er Wegweiser und Menschheitsführer zum wahren Messias, dessen Reich nicht von der Welt des Stoffes, des Scheines, des Geschäftes, des Erwerbs und Gewinnes ist. So ist der ewige Jude im Grunde ein „Diener Gottes“ im wahrsten Sinne und gleicht dem „dummen Teufel“, der — wie man in manchen Kirchen sieht — das Weihwasserbecken hält. Man sieht wohl, wie sauer es ihm fällt, aber er kann nicht anders, er muß aus inneren Gründen so tun, es liegt im Wesen der Sache, daß der ewige Jude letzten Endes sich als „Diener Gottes“ erweist, wenn er's auch nicht freiwillig tut. Warum also Juden verfolgen? Je ärger sie's treiben, desto besser für alle: so gehen doch auch dem letzten „Michel“ noch die Augen auf, daß er „Michael“ werde im Geisterkampfe: Hie Christ, hie Widerchrist!

* * *

War Jesus ein Jude? Wir wissen: der Geist ist's, der lebendig macht. Jesusgeist und Judengeist — sind größere Gegensätze denkbar? Darum haben die Juden den Weltheiland auch angefeindet, verfolgt und in den Tod der Schmach getrieben, den „Galiläer“. Sie haben ihn niemals zu den Ihren gerechnet, weil er kein Jude war, weder geistig noch leiblich. Und heute befehden und verfolgen sie ihn wieder: Entchristlichung der Schule, Trennung von Kirche und Staat, Austilgung jedes christlichen Gedankens aus dem bürgerlichen und öffentlichen Leben.

Merkt man, daß der Antichrist am Werke ist, daß es den Endkampf gilt? Wo wirst Du stehen, mein lieber Christ, wenn der Schlachtruf im Geisterkampfe ergeht: Hie Christ — hie Antichrist?

Michel, werde Michael!

Versklavungsgefahren unserer Wirtschaft.

Von Karl Hausmann.

Erinnert man sich der Ententebedingungen beim Waffenstillstandsabschluß — Auslieferung von Verkehrsmaterial, Lokomotiven, Frachtwagen, von landwirtschaftlichen Geräten aller Art usw. —, gedenkt man der mörderischen Formulierungen im Friedensvertrag, wobei es schwierig ist, die gravierendsten als solche zu unterscheiden, denn ein Paragraph wird in seiner Raffiniertheit von dem nächstfolgenden nach Tunlichkeit übertroffen, so haben wir lediglich die Abschlußarbeiten hierbei vor uns, welche die Entente, das britisch-amerikanische Konsortium voran, ihrem Plan zur Vernichtung unserer Wirtschaftskonkurrenz gesetzt haben. Damit ist bei unserer finanziellen und kommerziellen Verarmung, wie solche der unglückliche Weltkrieg uns gezeigt hat, die Vernichtung des seitherigen Selbständigkeitsgefühles unserer Wirtschaft klar vorgeschrieben. Die trostlose Entwertung der deutschen Mark-Valuta im Ausland läßt uns sogar jedwede fremde Kapitalzufuhr als Rettungsanker erscheinen. Wenn größere Posten von deutschen Staatspapieren von den neutralen Angrenzern — so jüngst vom polnischen Großkapital — aufgenommen wurden, ist dies für die Jetztzeit kein Nachteil. Weitaus mehr zum Nachdenken veranlaßt das planmäßige System der Interessenahme der Entente-Finanzgruppen an deutschen Wirtschaftsbestandteilen. Und begreiflicherweise sind es die wertvollsten Gruppen, welche hiervon betroffen sind. Anrechte an Grund und Boden, Gerechtsamen aller Art, Industriebetrieben und Bodenschätzen sind hieran verknüpft. Daß das deutsche Auslands-Versicherungsgeschäft, andere Wirtschaftssparten, wie Spirituserzeugung, Saarkohleproduktion durch die Abtrennung der in Betracht kommenden Grenzgebiete als verloren gelten, war ohne weiteres klar. Das Ueberflügeln der Deutschen Schiffahrt durch Hingabe der heimischen Handelsflotte, durch das gewaltige Erstarken der vor dem Krieg zum Teil direkt unbedentenden Handelsschiffahrt unserer Konkurrenz ergab ohnehin ein selbstverständliches Eindämmen der heimischen Reedereien. Die Beschlagnahme der deutschen Auslandsgüter aller Art bedeutete den Anfang dieses bitteren Endes der alten Handelsflotte, des stolz gezeigten deutschen Handelsbanners. Erzbergers Plan zur Neubildung einer deutschen Handelsflotte bedarf noch näherer Angaben. Mit direkt wehmütigen Gefühlen vernahm man die seinerzeitigen Meldungen, daß die bisher großen deutschen Schiffahrtsgesellschaften zu „Agenten“, zu Repräsentationsschildern britischer und amerikanischer Dampferunternehmungen degradiert sind. Und welcher Deutsche empfand es nicht als einen Schlag ins Gesicht, als die Nachricht über den Ozean kam, daß das wertvolle, mühsam erworbene, unersetzbare deutsche Grundbesitztum in Amerika enteignet wurde? So wechselten die großen Aktiven der Hapag Linie und des Norddeutschen Lloyds, vor allem die gigantischen Pieranlagen in Hoboken den Besitzer. Ansehnliche Millionen Beträge — $2^1/_2$ bezw. $4^7/_8$ Millionen Golddollars — wurden zwar erzielt, aber was bedeuten hierbei Geldsummen, wenn die deutsche Zukunftswirtschaft diese Basis, ihr Fundament im Außenhandel, verloren hat! Die durch das Abkommen über die internationale Luftschiffahrt — auch von Deutschland unterzeichnet — bedingte Verlegung der deutschen Zeppelinwerkstätten am Bodenseegebiet nach Amerika ist das Gegenstück solcher Wirtschaftsverslavung Deutschlands. Ein regelmäßiger Flugpostdienst über den Atlantischen Ozean mit den neuesten Modellen der Zeppeline ist — natürlich nicht unter deutscher Flagge! — damit verbunden.

Verbietet zwar die Devisenverordnung und nach deren Verschwinden das Gesetz betr. die Kapitalflucht bis zu einem gewissen Grade einen Abfluß deutscher Werte in das Ausland, so beobachten deutsche Börsenkreise trotzdem ein systematisches Eindringen des fremdländischen Kapitals in Deutschlands Wirtschaft. Große Posten von chemischen- Schwerindustrie-, Kohlenkuxen-, Kaliausbeutungs-Werten, namentlich der Deutschen Petroleumgesellschaften und von heimischen Beteiligungen an fremden Eisenbahnen, neuerdings auch an deutschen Textilunternehmungen z. B. Rheinische Möbelstoffweberei A.-G. (vormals Dahl und Hunsche A.-G.) Barmen und dadurch an der Gladbacher Wollindustrie A.-G. vormals L. Jorsten sind auf diese Weise in Auslandsbesitz übergegangen. Ferner hört man zuversichtlich, daß Auslandskredite gewährt werden gegen Hingabe von Fabrikhypotheken und Personalkrediten aller Art.

Dernburg hat daher schon vor Wochenfrist in Weimar den Antrag eingebracht: „daß Vorkehrungen zu treffen sind gegen diejenigen erheblichen Gefahren für die deutsche Wirtschaft, welche durch Abwanderung größerer und mittlerer Landgüter und sehr ansehnlicher Posten von Aktien in Auslandshand entstehen können.“ Gebiet ist diese Tendenz offen zu Tage getreten. Aus schätzenswerten Beiträgen der deutschen Finanzpresse, konnten unsere Faktoren an maßgebender Stelle hiervon viel bedeutsames Material erfahren. Hoffentlich wird auch von Reichs wegen diesem Kapitel diejenige Bedeutung beigelegt, welche es auch verdient. Es gilt schlechterdings, auf unsere Wirtschaftszukunft scharfe Wacht zu halten, zu verhüten, daß die ententeseits geplante Unterjochung des deutschen Wirtschaftsgeistes nicht restlos zur Durchführung gelangt. Eile tut not, mehr vielleicht als auf vielen anderen politischen Gebieten! Es bedarf keiner weiteren Erörterung mehr, festzustellen, daß mit der Beendigung einer selbständigen, freiheitlichen deutschen Wirtschaftsbetätigung gleichzeitig das restlose Sklaventum unter rücksichtsloser Ausnützung seitens der Entente für uns beginnt.

Ein künstlerisches Votivbild.

Im Tage Mariä Himmelfahrt wurde in der Wallfahrtskirche Maria Eich bei Planegg ein Votivgemälde geweiht, das der Erinnerung an den Weltkrieg gilt. Es ist ein Werk des ausgezeichneten Meisters christlicher Malerei Prof. Philipp Schumacher. Das rechteckige, etwa 1 m in der Breite, ¾ m in der Höhe messende Bild zeigt in der Mitte seiner Oberkante eine halbovale Ueberwölbung. In diese hinauf reicht die in vollem grünen Blätterschmucke prangende Krone eines mächtigen Eichbaumes. Leuchtend vor diesem Hintergrunde schwebt auf Wölkchen das in goldiger Farbe schimmernde Bild der gnadenreichen Muttergottes von Maria Eich. Unten aber, zu den Seiten des Eichbaumes sieht man rechts (vom Bilde aus) eine Prozession sich nahen; der sie anführende Priester ist im Anblicke des Gnadenbildes in die Knie gesunken; links knien und stehen betende Soldaten, einige beschäftigen sich um einen sterbenden Kameraden, dessen letzter Blick tiefvertrauend sich auf das Bild der Muttergottes richtet. In der Ferne sieht man die von Waldesgrün umgebene kleine Wallfahrtskirche. Große Teile der Bildfläche werden durch je eine rechts und links vor der Muttergottes, in ihrer nächsten Nähe angebrachte Schrifttafel eingenommen. Sie nennen die Namen von 140 Gefallenen aus München und den dazu gehörigen Vororten. Die Angaben der Stadtviertel usw. sind in roter, die Namen der Männer in graublauer gotischer Druckschrift gegeben. An der Wurzel der Eiche zeigt ein rosa Schriftband die Worte Ex voto. Unterhalb des Bildes, aber in seinem mit Lorbeerlaub bemalten Rahmen mit eingeschlossen, zieht sich folgende Inschrift hin: „In schwerer Zeit des Weltkrieges 1914—1919 ist die katholische Arbeiterschaft Münchens zehnmal zur lieben Muttergottes unter der Eiche gewallt, um Gottes Schutz und Hilfe durch die mächtige Fürsprache Mariens für Volk und Vaterland zu erflehen. Zur steten Erinnerung daran und zum dankbaren Gedächtnis für die im Weltkriege gefallenen Mitglieder hat diese Gedenktafel anbringen lassen der Bezirksverband der katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine der Stadt München." Das Bild zeichnet sich durch schöne Schlichtheit des Vortrages und wahre, gesunde, innerlich christliche Empfindung aus. Jede Figur ist voll Charakter und Wahrheit. Das Ganze ist ein Werk, in dem sich das Wiedererwachen rechter und echter Volkskunst kundgibt. Der Kunstwert gerade der Votivbilder ist in neuerer Zeit arg gesunken. In hohem Grade ist es daher zu begrüßen, daß gerade diese Gelegenheit nicht unbenutzt blieb, um in zwangloser, überzeugungskräftiger Weise den alten Brauch zu ehren und dabei ein Vorbild dafür zu schaffen, wie derartige Aufgaben zum Gedeihen der Kunst und zur Hebung des künstlerischen Empfindens im Volke zu benutzen und zu lösen sind.

Dr. O. Doering.

Biblische Spiele in Waal bei Buchloe.

„Paradies" und „Brudermord".

In der Reihe der Pflegestätten echter, aus den ergiebigen Brunnentiefen des Volkslebens geschöpfter Bühnenkunst nimmt das liebliche Waal in Schwaben eine hervorragende Stelle ein. Hier ist das Volksschauspiel, dieses schöne Reis am vielästigen Baume unserer bayerischen Stammeskultur, festgewachsen im Wurzelboden einer jahrhundertealten künstlerischen Tradition, die in langer Uebung das Empfinden für gute Bühnendarbietungen klärte und vertiefte und das schauspielerische Vermögen immer mehr reifte und bereicherte. Das Passionsspiel erhob sich hier zu einer Höhe darstellerischen Könnens, die nach dem Urteile verständnisvoller Kenner auch dem Hochstande der Leistungen anderer und zwar berühmter Passionsbühnen gleich- oder nahekam, vielleicht sogar in der Durchführung der einen oder anderen Rolle über ihn hinausragte.

Im heurigen Jahre ist es wieder wie im verflossenen eine dichterische Schöpfung des ob der Fruchtbarkeit seines schriftstellerischen Schaffens bekannten Ortspfarrers Sebastian Wieser, die auf den Brettern der Waaler Passionsbühne geboten wird. Es ist ein glücklicher Gedanke des Dichters, aus dem an dramatischen Motiven reichen Quell der biblischen Berichte den Stoff zu seinen Erzeugnissen zu schöpfen. So bewegt er sich auf einem Boden, zu dem das Volk ein inneres Verhältnis gewonnen hat, weil über diesen Boden sein religiöser Bildungsweg geführt hat, und der daher für die Erzielung ethisch-volkserzieherischer Werte fruchtbar gemacht zu werden vermag. „Paradies" und „Brudermord" sind nur zwei Glieder in einer größeren Kette der biblischen Spiele, die aus der Feder Sebastian Wiesers geflossen sind. Sie steigen weit über das Niveau der üblichen Vereinsbühnenschöpfungen empor. Die Meisterung des Stoffes zeigt sich nicht so sehr in der Schürzung dramatischer Knoten und der lobwürdigen Auswertung tragischer Ideen — die Wege sind ja dem Dichter durch den Entwicklungsgang des biblischen Geschehens vorgezeichnet — als vielmehr in der lebensvollen Gestaltung der Charaktere und in dem Ausgießen reichen lyrischen Glanzes, der den Gang der Handlung umleuchtet. Die Sprache ist edel und an vielen Stellen von feingemeißelter Schönheit.

Die Aufführung selbst zeugt von verständnisvoller Hingebung aller Mitwirkenden an die ihnen zugeteilte Aufgabe. Selbst in den Massenszenen, die mit viel Geschick durchgearbeitet und von blühender Anmut umflossen sind, offenbart sich jener „Fleiß, den keine Mühe bleichet", jene Sorgfalt, die auch den kleinsten Kinderschritt wohlgeordnet in das Ganze fügt. Auch die Einzelleistungen können vor dem Forum einer ernsthaften Kritik bestehen. Durch viel darstellerisches Können zeichnet sich der „Luzifer" des Herrn Anton Schmid aus: ein vielgestaltiges Gebärdenspiel, abgeglichene Bewegungen, eine wohlklingende Stimme und eine gut entwickelte Sprechtechnik sind seine klug angewandten Ausdrucksmittel. Weises Maßhalten mit der Kraft der Stimme wäre zuweilen im Interesse der Beibehaltung des sonoren Klanges zu wünschen. Im Kreise seiner höllischen Genossen ist der „Satan" des Herrn Karl Schempp besonderer Erwähnung würdig, der durch richtiges Erfassen der Rolle und kraftvolle Ausdrucksformen sich hervortut und im guten Zusammenspiel mit den übrigen in ihren schauspielerischen Leistungen gleichfalls befriedigenden Höllengeistern bleibt. Eine in Bewegung und Gebärdenspiel den Gedankengehalt der Rolle gut herausarbeitende Darbietung ist der „Kain" des Herrn Gebhard Heinz; seine stimmlichen Ausdrucksmittel steigern sich zuweilen zu einer Kraft, die da und dort infolge der Lage seiner Stimme ein wenig über die richtige Höhengrenze geht. Als lichte gottfrohe Gestalt gegenüber dem finster teufelverführten Wesen des „Kain" erscheint die „Abel"-Figur des Herrn Xaver Walter, dessen Spiel zwar nicht die Abgeschliffenheit der Leistungen mancher anderer Darsteller verrät, von manchen aber gerade wegen seiner Schlichtheit geschätzt werden dürfte. Fräulein Therese Stork (Tochter des verstorbenen vielgenannten Christusdarstellers Paul Stork) stellt mit erfreulichem Einfühlungsvermögen, lebhafter Empfindungsfrische und schönen Maßen in Bewegung und Mienenspiel, zu denen freilich eine noch größere Ausdrucksfülle in der Bekundung des Schmerzes sich gesellen könnte, eine wohlansprechende „Eva" auf die Bühne und hatte einen guten Partner in dem „Adam" des Herrn Georg Hindinger, der, wenn er noch etwas lebenssprühender wird, sich noch größeren Lobes erfreuen könnte. Herr Xaver Geßl fand für die Darstellung des „Spielmannes" (des Todes) den richtigen Ton, den man freilich durch eine gedehntere, fast möchte ich sagen, monotonere Sprechweise noch angemessener gestalten könnte. In der „Ada" der Fräulein Resi Stork konnte man sich des trefflichen natürlichen Spiels und des gefühlvollen packenden Vortrages freuen. Eine gut gepflegte Sprechtechnik und eine verständnistiefe Ausschöpfung des Gedankengehaltes zeichnen die Darbietungen der Fräulein Sieglinde Filchner aus, die der „Schlange" eine je nach den auszudrückenden Ideen wohlabgestufte Stimme im „Hintergrunde" lieh, und im „Vordergrunde" weniger figürlich als rezitatorisch den „Friede" gut darzustellen vermag. Unter den Engelsgestalten verdienen die mit ruhiger Würde verkörperten Hauptfiguren (Frl. Olga Kurz, Frl. Zenzi Stork, Frl. Marie Graf) lobende Erwähnung und auch die übrigen guten Geister fügten sich in das glanzfrohe farbenfreudige Massenbild, das sich in der Kreuzesszene zu besonders eindrucksvoller Schönheit steigerte, passend ein. Die Kostüme, die dem bekannten Kostümgeschäft Diringer, München, entstammen, sind gut gewählt. Es muß hervorgehoben werden, daß leuchtende Schlichtheit oft mehr dem guten Geschmack entspricht, als glitzernder Flimmer. Zur Erhöhung der Stimmung trägt wesentlich die schöne Musik von Peter Griesbacher und F. B. Mendelssohn bei, deren Wiedergabe eifervolle Liebe des Einstudierens und wackere Zusammenarbeit erkennen läßt. Die verständnisvolle Begleitung der Gesänge liegt in den musiktüchtigen Händen des Ortslehrers Herrn Josef Feistle.

Der Gesamteindruck der Aufführung ist durchaus befriedigend, manche Erwartungen wohl überbietend und der überaus starke Besuch an sämtlichen Spieltagen beweist, daß die gesunde kräftige Höhenluft dieser echten Volkskunst eine große Gemeinde anzulocken und ihren Hunger nach edler Geisteskost zu sättigen vermag.

Georg Stang.

Bühnen- und Musikrundschau.

Nationaltheater. Der Nachtragsetat des Bayerischen Kultusministeriums weist zum ersten Male eine Forderung von 2½ Millionen Mark für das Nationaltheater auf. Mit Recht betonte im Finanzausschuß des Landtages Referent Dr. Wohlmuth, daß man jetzt vielleicht einsehe, warum seinerzeit die Zivilliste des Königs erhöht werden mußte. Ministerialrat Korn bemerkte, daß das Hoftheater stets Fehlbeträge gehabt habe, die durch persönliche Zuschüsse des Königs gedeckt wurden. Die Mehrforderung gegen früher sei 800 000 M., wovon die Durchführung des Achtstundentages allein eine halbe Million erfordert habe. Die Forderung wurde gegen vier Stimmen bewilligt, doch wurde die Vorlage einer genaueren Darlegung der Ausgaben verlangt, nachdem manche Bühnenmitglieder sich nicht so geführt hatten, daß sie Sympathie verdienten. Gemeint mit dieser Bemerkung waren Künstler, denen eine ultraradikale politische Betätigung zeitweise wichtiger erschienen war als ihr berufliches Wirken. Die Debatte zeitigte mancherlei Urteile. Wenn von einer Seite bemerkt wurde, man sehe nicht ein, warum alles dem Wasserkopf des Landes zugute kommen sollte, so schwingt hierbei die Mißstimmung nach, welche in der Provinz in den Monaten politischer Mißwirtschaft gegen die Hauptstadt sehr gewachsen ist. Liebevolle Erwägung verdient die Anregung, auch die Provinztheater mit Unterstützungen zu bedenken. Mitglieder vom Nationaltheater in den kleineren Städten gastieren zu lassen, hat mancherlei für sich, könnte jedoch sich nur gelegentlich ermöglichen lassen; auch würde dadurch ein sich vordrängendes Virtuosentum, das „star"-

Wesen, an Stelle einer feinabgestimmten Ensemblewirkung sich nicht vermeiden lassen. Eine derartige Reorganisation unseres Theaterwesens würde auch zweifellos eine große Vermehrung unseres Personals zur Folge haben müssen. Ob von den Künstlern von großem Namen, die in der Lage sind, Bedingungen zu stellen, jeder sich zu diesen Wanderfahrten zu verpflichten geneigt sein wird, erscheint mir sehr zweifelhaft. Die in den letzten Monaten getroffene weitere Erhöhung der Eintrittspreise trifft den Mittelstand sehr hart, muß weite Schichten einer geistig kultivierten Bevölkerung dem Nationaltheater ganz entfremden, während für das viel zu eng abgegrenzte „werktätige Volk" die theatralische Versorgung eine ausreichende ist. Es fielen auch sehr freundliche Urteile über unsere Bühne. Das Münchener Theater stehe heute noch turmhoch über dem Berliner, speziell in der Oper. Nun, glanzvolle Namen gibt es auch anderswo. In viel günstigeren Zeiten hat dieser Glaube an die Unübertrefflichkeit in München gelegentlich eine Selbstzufriedenheit erzeugt, die gewaltige Anstrengungen, die in Berlin, Dresden, Frankfurt und noch manch anderen Großstädten gemacht wurden, zuweilen übersah und dem Festspielgedanken nicht immer seine volle Reinheit wahrte. Im ganzen dürfte man aus den Verhandlungen die Gewißheit entnehmen, daß der neue Staat in der Pflege der theatralischen Kunst auf den Traditionen der Wittelsbacher weiterzubauen gedenkt.

Neues Theater. Ein russischer Einakter: „Der Bußgang" von Leonid Andrejew. 22 Jahre lang hat ein Mord auf der Seele des Gemüsehändlers gelegen, das Gewissen war nicht zu beschwichtigen, die Reue wuchs von Jahr zu Jahr, zermürbte den Unglücklichen; er vermag die Last der schweren Schuld nicht mehr weiterzuschleppen, seine Seele schreit nach Erlösung. Wie kann er sich diese anders verschaffen, als daß er gesteht und die Strafe auf sich nimmt? Aber der Polizeigewaltige erklärt die Tat für verjährt, der Sünder muß seine Schuld weiterschleppen, so viel er auch bitten mag. So wird das Verjährungsgesetz, als Wohltat gedacht, Plage. Das Stück ist nicht undichterisch gesehen und ethisch gedacht, aber es bleibt ein Rest slavischer Verstiegenheit, der unserem Gefühl widerstrebt. Man wird gequält, aber nicht erhoben. Dem nicht übel gespielten Stückchen folgten die hier schon besprochenen Kleinigkeiten von Kaibel und Kotzebue. Schlimmen Filmgeschmack zeigt ein Schauspiel „Marc" von Oskar Maurus Fontana. Marc, der Leiter eines Sanatoriums, ist ein Mann, der über Leichen geht, wenn es sein Vorwärtskommen gilt. Er hält einen reichen Patienten wider seinen Willen gefangen, einem edlen Mädchen, das ihn aus Marc's Banden befreien will, versagt der Revolver. Auch eine reiche Witwe, um die der geldbedürftige Marc wirbt, hantiert mit der Waffe; aber von der Suggestionskraft des Mannes bezwungen, fällt der Revolver auf den Teppich. Da Marc bereits eine Braut hat, gilt es diese aus dem Weg zu räumen; ein Assistenzarzt wird gedungen, das Mädchen zu verführen. Doch dieses schießt den Mann über den Haufen. Die Szene wird zum Tribunal oder wenigstens zum Erfrischungsraum des Gerichtes, das die arme Minna frei spricht, und der böse Marc wird entlarvt. Ich bitte um Entschuldigung, daß ich solche Kolportageromanfabel erzähle, aber zur Charakterisierung war dies notwendig. Dem Dichter ist es nicht gelungen, den üblen Stoff psychologisch zu verfeinern. Er vermochte nicht einmal immer unfreiwillige Heiterkeit fern zu halten. Eine Aufführung dieses Machwerkes im Kino hätte noch den Vorteil, daß die Filmgesellschaften zumeist gute Schauspielkräfte aufzuwenden pflegen, was vom „Neuen Theater" diesmal nicht durchgehends behauptet werden kann. Es wurde gezischt, einige nahmen sich des Dichters an und verstärkten dadurch die ablehnende Haltung einer absoluten Mehrheit.

Kammerspiele. Wie Herr Fontana kultivieren Franz Molnár und Alf. Halm Kinogeschmack. Sie verstehen nur ihr Handwerk besser und hatten deshalb Erfolg; dazu gastieren Berliner Künstler, von denen Kaiser-Titz, Falkenberg und Gebühr Gelegenheit hatten, sich auszuzeichnen. Aus der Frauenrolle Ludmilla Halls ließ sich nicht viel machen. „Der Herr Verteidiger" hat einen Dieb schon oft durch sein glänzendes Plaidoyer vor der Strafe bewahrt, so daß der Anwalt zu einem der berühmtesten Amerikas wurde. Zum Dank bricht Timm Books bei seinem Rechtsfreund ein. Wie man diebessichere „Safes" zum Schmelzen bringt, wird uns eingehend vordemonstriert. Der Dieb wird zwar überrascht, aber da durch seine Indiskretion die Frau des Rechtsanwaltes kompromittiert werden könnte, schweigt man. Später weiß der Dieb, als die Polizei kommt, den Verdacht auf den heimkehrenden Verteidiger abzuwälzen, der an seiner Stelle ins Untersuchungsgefängnis geschleppt wird. Manchmal ist die Groteske ganz spannend, man lacht auch über einige Episödchen, zuweilen muß ein schlotteriger Zynismus für Humor gelten. Seelenlose Kunst, die innerlich unbeteiligt läßt. Den größten Eindruck machte die Stichflamme des Einbrechers. Man mußte geblendet die Augen schließen.

Theater am Gärtnerplatz. „Stolze Thea", Operette v. Gg. Okonkowski, Musik von Max Gabriel, hatte nicht den Erfolg, der sich über eine Woche dauerhaft erweist. Ein paar ganz nette Lieder, das übrige ist weder neu, noch musikalisch vornehm empfunden, noch geschickt instrumentiert. Wo immer die Gedanken fehlen, da stellen sich zur rechten Zeit Tänze ein. Das Publikum will es einmal so. Die „Stolze Thea" möchte einen Grafen heiraten, als aber ihr Vater, der Kommerzienrat, sein Geld verliert, muß sie sich mit einem biederen Kaufmann begnügen. Das ist die Geschichte der stolzen Thea. Es wurde hübsch gesungen, flott getanzt und die bescheidene Komik kraft eigenen Temperaments vermehrt. L. G. Oberlaender, München.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Deutschlands Eintritt ins Aussenhandelsgeschäft — Kursentwertungen der deutschen Renten und Markwährung — Finanzmisshelligkeiten — Preiserhöhungen und kein Ende.

Mit der Wiedereröffnung des direkten Funkverkehrs zwischen Deutschland und Amerika, der Wiederaufnahme der deutschen Uebersee-Schiffahrt — nach Levante, Ostindien, Südamerika — und der Handelsbeziehungen zwischen den beiden Lagern, der Entente mit Zentraleuropa sind jene Fäden gesponnen, die schliesslich den Weltverkehr bedingen. Mit Italien hat ein deutsches Finanzkonsortium ein Import- und Kreditgeschäft gegen Acceptaustausch abgeschlossen. Bayerns Wirtschaftsfaktoren bemühen sich besonders, die durch die Kriegsverhältnisse und vornehmlich durch die Folgen der Rätemissherrschaft verursachten Schäden durch eine intensive Handelsbelebung wettzumachen. Zahlreiche Angebote erster italienischer Firmen zur Uebernahme deutscher Waren liegen denn auch vor, wie überhaupt die kommerzielle Stimmung in Italien deutschen Handelshäusern gegenüber weitaus die von den übrigen Ententestaaten günstigste ist. Die grösstenteils aus Männern der Praxis bestehende deutsche Aussenhandelsstelle hat ein sehr beifällig aufgenommenes Programm entworfen. Auslandsberichterstattung, Errichtung einer Nachrichtenzentrale und eines Bildienstes für wichtigere Fragen sind solche Grundgedanken einer engen Fühlungnahme zwischen Praxis und Behörden. Zur Mitwirkung an den Arbeiten des Ausschusses für Ein- und Ausfuhr hat der Reichswirtschaftsminister ausserdem einen Beirat gebildet. Dieser bezweckt „die Herstellung eines möglichst innigen Zusammenhanges aller Wirtschaftsvorgänge und alle Entscheidungen grundsätzlicher Art über Ein- und Ausfuhrfragen nur in möglichstem Einklang mit den allgemeinen volkswirtschaftlichen Interessen treffen zu können." Bemerkenswert ist im Zusammenhang damit die bereits fühlbare Nachfrage nach deutschen Produkten und Fabrikaten. Deutsche Zinkverkäufe ins Ausland, namentlich nach England, Absatz Solinger Stahlwaren, Vogtländischer Musikindustrie-, Bayerischer Spiegelglasfabrikate nach England, Amerika und Frankreich wurden effektuiert. Den grossen Kalilieferungen Deutschlands nach den beiden erstgenannten Gebieten sind schon weitere Abschlüsse gefolgt. Demgegenüber steht, abgesehen von dem unvermindert und gar nicht diskret betriebenen Schleich- und Schiebergeschäft grossen Stiles in und bei den besetzten Gebietsteilen, lebhaft einsetzendes Warenangebot aus den Entente- und neutralen Staaten obenan. Vor allem Genussmittel, dann Textilwaren, Rohstoffe, Halbfertigfabrikate aller Art werden den Handelsvertragsvereinen offeriert. Die Aussichten für die erste Leipziger Friedensmesse sind angesichts der bisher bekannt gewordenen Ausstellerzahl die besten. Die Eröffnung der neuen Kölner Warenbörse erbrachte lebhaften Handel in Kolonialwaren und technischen Produkten. Auch der inszenierten Frankfurter Einfuhrmesse bringt man lebhaftes Interesse entgegen. Hand in Hand damit bewirkt die fortschreitende Aufhebung der bestandenen Zwangswirtschaft von Produkten aller Art — die Freigabe wurde letzthin beantragt für Leim und Gummi — eine weitere Annäherung unseres Alltagsbetriebes an die ursprüngliche Friedenszeit. Die Forderung eines gleichfalls planmässigen Abbaus der Zwangswirtschaft für Landwirtschafts-Erzeugnisse bedeutet jedoch für die Jetztzeit eine übereilte Massnahme.

Schon die Sorgen um die Entwicklung neuer Streiks — Eisenbahnarbeiter, Bankbeamte — die aus der Kohlenkrise hervor

gegangne missliche Verkehrsnot, bolschewistische Putschs im Reiche lassen keinerlei Ruhe und sachliche Entwicklung der Verhältnisse bei uns aufkommen. Unsere Börsen bleiben verstimmt. Die Weimarer Gesetzesberatungen hinsichtlich der Kapitalflucht — Umtausch der Banknoten — die neuerdings auftauchenden Gerüchte über Durchführung einer Zwangsanleihe in Form von Prämienobligationen, die beabsichtigten Regierungsmassnahmen in dem Bankbetrieb, der Gesetzentwurf über Enteignungen und Entschädigungen aus Anlass des Friedensvertrages, **Erzbergers** düstere, aber wahrheitsechte Schilderung über **Deutschlands Finanzlage**, die amtliche Auslassung über die neue deutsche Schatzscheinemission von 6 Milliarden Mark — dies alles steigerte das vorhandene Missbehagen der heimischen Börsenkreise. Besonders markant kam solche Tendenz am Markte der heimischen Anleihen zum Ausdruck. Kriegsanleihen wichen neuerdings empfindsam im Kurs, namentlich im Zusammenhang mit der gleichzeitigen weiteren Verschlechterung der **Markvaluta** im Auslande. Auch die sich nunmehr häufenden Hiobsmeldungen über Dividendenlosigkeit einer Reihe seither hochwertiger Schwerindustrie-Werke wirkten lähmend. Die günstigen Saatenstands-Berichte blieben ziemlich wirkungslos. Durch die Ankündigung von fortgesetzten Preiserhöhungen — Kohle, Glas-, Eisenfabrikate, graphische Bedarfsartikel, um nur einige hiervon zu nennen —, den immer wieder bekannt werdenden Stillegungen von Grossbetrieben, neuerdings z. B. Autofabrik Büssing mit 1500 Arbeitern, wird die charakteristische Wirtschaftsnervosität nicht verringert.

München. M. Weber.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Flammberg i. Ostpr.

Der heutigen Nr. unseres Blattes liegt eine Zahlkarte aus Flammberg i. Ostpr. bei, worin der dortige katholische Geistliche um eine Gabe für sein armes Diasporakirchlein bittet. Flammberg ist eine der kleinsten und ärmsten Diasporagemeinden des Ermlandes. Da das Dörflein hart an der früheren russischen, jetzt polnischen Grenze liegt, war es, als 1914 der Krieg ausbrach, von Anfang an der Tummelplatz der Kriegsparteien. Nachdem die Russen bei Tannenberg geschlagen worden waren, holten sie in jener Gegend noch einmal zum Schlage aus und natürlich mußten die Grenzortschaften ganz besonders unter ihrer Rachsucht leiden. So erging es auch Flammberg. Nahezu das ganze Dorf wurde in Asche gelegt, darunter auch das Pfarrhaus und das Pfarrgehöft. Das Kirchlein blieb glücklicherweise stehen. Es war aber stark reparatur- und umbaubedürftig geworden. Da die Gemeinde arm ist, konnte sie zu diesen Umbaukosten nichts beitragen. Der dortige Geistliche, Kuratus Hosenberg, wandte sich daher durch die Zeitungen an die kath. Glaubensbrüder im Reich, vornehmlich in Schlesien, um milde Gaben. Dieser Schritt hatte Erfolg. Aus allen Teilen des Reiches flossen Gaben. Nunmehr ist das Kirchlein dauerhaft repariert resp. umgebaut, nur fehlt die Inneneinrichtung: Altäre, Beichtstühle und etwas Malerei. Darum wendet sich Kuratus Hosenberg noch einmal mit Vertrauen an unsere Leser mit der herzlichen Bitte um eine Gabe, um das begonnene Werk zu Ende zu führen. Alle Wohltäter Flammbergs haben durch 40 Jahre Anteil an jährlich zwei Hl. Messen, die eigens für diesen Zweck gestiftet sind. Die beiliegende Zahlkarte empfehlen wir daher zur Uebersendung einer Gabe für den obengenannten Zweck gütigst benützen zu wollen.

Für die Redaktion verantwortlich: i. V. Dr. Jos. Kausen, für die Inserate und den Reklameteil: i. V. H. Sell.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gh.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich M 4.50.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis: Die 5 X gespaltene Grundzeile 75 Pfg., Anzeigen auf Textseite die 95 mm breite Zeile 375 Pfg. Beilagen einschl. Postgebühren M 20 d. Tausend. Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit. Rabatt nach Tarif. Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig. Erfüllungsort ist München. Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt. Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer.

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 35. München, 30. August 1919. XVI. Jahrgang.

Die Pfalz steht treu zum Reiche.

Von N. N.[1])

Als die französischen Regimenter anfangs Dezember die Pfalz besetzten, war ihr Herz geschwellt von Stolz über den Sieg, den sie doch nur durch kräftige Beteiligung Nordamerikas gewonnen hatten. Doch fürchteten sie immer noch Deutschlands Stärke und erst allmählich haben sie sich von unserm gänzlichen militärischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch überzeugt. Der Bevölkerung wurden damals große Härten auferlegt. Der Paßzwang mit Photographie für jede Person über 12 Jahre, das lange Anstehen und Warten, um den Paß zu bekommen, die schweren Strafen bei jeder Uebertretung der Paßvorschriften, die Briefzensur, dann die Zensur für die Zeitungen, was die Preßfreiheit vollständig vernichtete, die Unmöglichkeit, Versammlungen zu halten, das gänzliche Abschneiden des linken Rheinufers vom geistigen Zusammenhang mit Deutschland, die Sperre des Güterverkehrs, das Verbot, rechtsrheinische Zeitungen einzuführen und noch gar manches andere, was als unnötige Belästigung erscheinen mußte. Auf jede Klage darüber antworteten die Franzosen: „Ihr habt es ja in Nordfrankreich und Belgien ebenso gemacht." Manche fügten bei, nach dem Rechte der Wiedervergeltung könnten sie die Häuser und Fabriken zerstören, die Möbel und Maschinen wegnehmen. Geringe Vergehen gegen die Pressezensur wurden mit schweren Strafen beantwortet, Verbot der Zeitungen auf kürzere oder längere Zeit, dazu Geldstrafen, die bei dem niedrigen Kurs der Mark sehr empfindlich waren. Die Offiziere waren vielfach mit starkem Haß gegen Deutschland und die „Boches" erfüllt, mit einem Haß, den die französische Presse schon vor dem Weltkriege ausgestreut hatte und der durch den Krieg mächtig gewachsen war. Die Haltung der Truppen war gut, wenn auch einzelne Uebergriffe vorkamen. Auf beiden Seiten sucht man den Zusammenstoß zu vermeiden. Mit großem Erstaunen sahen die Franzosen den Fleiß und die gute Verwaltung bei den Deutschen, besonders auffällig war ihnen die herrschende Reinlichkeit und Ordnung, sowie die Arbeitsamkeit der deutschen Hausfrau. Wenn auf deutscher Seite Rohheiten und Unvorsichtigkeiten vorkamen, so wurden sie mit strenger Strafe beantwortet; auf geringe Vergehen setzten die französischen Gerichte schon 10 Jahre Zuchthaus. Das brachte auch den verrohtesten Volksteilen Sinn für Ordnung bei. Wenn bei solcher Gelegenheit der Täter nicht entdeckt wurde, erhielten die Gemeinden schwere Geldstrafen. Allmählich gewöhnte man sich an die fremden Truppen, über die im allgemeinen nicht zu klagen war, und die Erkenntnis rang sich sehr rasch durch, daß die Besetzung des linken Rheinufers durch Franzosen, Engländer, Amerikaner und Belgier dem Land die spartakistischen und bolschewistischen Aufstände, Plünderungen, Mordtaten und die frivolen Streiks, die planmäßige Zerstörung der Volkswirtschaft erspare.

Bald begann der Versuch, die öffentliche Meinung der Pfalz für Frankreich zu gewinnen. Die Presse wurde genötigt, Artikel in diesem Sinn aufzunehmen, das Publikum wollte aber anfangs nicht glauben, daß diese Artikel von der Besatzungsbehörde aufgezwungen seien. Die Verweigerung der Aufnahme hätte, wenn auch nicht unmittelbar, aber bei erster Gelegenheit zum Verbot des Blattes, zur Ausweisung des Verlegers oder Redakteurs geführt. Als die Ermordung Eisners, wie in vielen anderen Städten, so auch in Mannheim einen spartakistischen Putsch mit Verbrennung der Gerichtsakten und schweren wirtschaftlichen Störungen hervorrief, sperrte die französische Behörde einfach den Verkehr über die Rheinbrücke Ludwigshafen-Mannheim, die einzige der pfälzischen Rheinbrücken, die noch gegen persönlichen Ausweis passiert werden durfte. Tausende von Arbeitern, die in einer der Städte wohnten und in der andern zur Arbeit gingen, waren dadurch ihres Verdienstes beraubt. Der Verkehr wurde erst wieder geöffnet, als nach Wochen die rote Fahne auf dem Mannheimer Schloß niedergeholt war. Ohne diese Maßregel und ohne die Anwesenheit der fremden starken Besatzung hätten auch die pfälzischen Industriestädte sofort die Segnungen der bolschewistischen Revolution erfahren. Der Hauptgrund war jedenfalls aber der, die französische Armee und Frankreich selbst vor dem Uebergreifen der bolschewistischen Revolutionswelle zu bewahren. Auch das Verbot der rechtsrheinischen Zeitungen, das Verbot für den Buchhandel rechtsrheinische Bücher zu beziehen, diente diesen Zwecken.

Die Einverleibung der Pfalz wurde den Franzosen von England und Nordamerika nicht bewilligt. Anfangs hofften sie, wenigstens die Grenze von 1814 mit Landau oder vielleicht sogar die Südpfalz mit den Städten Zweibrücken, Landau, Pirmasens und Germersheim zu bekommen. Auf Grund zahlreicher Aeußerungen, die teilweise von Marschall Foch selbst herstammen sollten, war man in der Pfalz bereits darauf vorbereitet und war daher angenehm enttäuscht, als der Friedensvertrag die Pfalz ganz bei Deutschland ließ und nicht einmal den vielbesprochenen Pufferstaat gründete, sondern außer Elsaß-Lothringen, dessen Abtretung leider selbstverständlich geworden war, nur den Saarstaat schuf und diesem einige pfälzische Bezirke mit den Städten St. Ingbert, Blieskastel und Homburg mit etwa 80000 Einwohnern beifügte. Es scheint aber, daß Frankreichs Bundesgenossen gegen eine Annexion der Pfalz nichts einzuwenden haben, wenn dieselbe auf die Volksstimmung begründet werden könnte. Daher begann in der Pfalz schon im Februar eine Bewegung für Frankreich, von den französischen Behörden zunächst auf scheinbar harmlose Weise durch Berufung auf alte längst eingeschlafene französische Erinnerungen, durch Veranstaltung einer Ausstellung französischer Erzeugnisse unterstützt. Der deutsche Parteihader bemächtigte sich sofort dieses Vorgangs und bezichtigte zwei pfälzische Zentrumsabgeordnete französischer Gesinnungen. Beide haben anfangs Mai in der Presse sich kräftig dagegen verwahrt. Aber die Schaffung des neutralen Saarstaates konnte nicht ohne Rückwirkung auf die Pfalz bleiben. In der Stadt Zweibrücken, welcher der neue Saarstaat wertvolle Teile ihres Ernährungsgebietes abriß, erhob sich sofort eine Bewegung zum Anschluß an diesen Staat, aber ein Schuhfabrikant, der die Einverleibung allzu lebhaft betrieb, wurde von der Bevölkerung verprügelt, worauf die dortige Bewegung stark abflaute. Nun erhob sich aber in Landau und Umgebung eine französische Partei unter Führung des dortigen Chemikers Haas, eines protestantischen Pfarrerssohnes aus Freiburg in Baden. Um ihn gruppierten sich sofort etwa 20 andere Persönlichkeiten von teilweise zweifelhafter Vergangenheit. Der „Fränkische Kurier" Nr. 301 vom 30. Juni brachte ein wenig schmeichelhaftes Bild von 9 Hauptführern dieser Richtung. Die liberale Presse rechts des Rheins, welche die zwei obenerwähnten pfälzischen Abgeordneten eifrig als „Hochverräter" denunziert hatte, nahm wohl auch gegen die um Haas Stellung, hütet sich aber sorgfältig, zu verraten, daß diese „Hochverräter" durchwegs Protestanten, Juden und Demokraten sind.

[1]) Die besonderen Verhältnisse gestatten dem Verfasser nicht, sich zu nennen.

Zunächst wurde die Bevölkerung durch Flugblätter bearbeitet, immer ohne Nennung der Urheber und Drucker. Hier wurden die Nachteile geschildert für die Pfälzer, wenn sie im Reichsverband blieben und die Vorteile, wenn sie die „Freie Pfalz“ gründeten: Durch die kolossalen Kriegssteuern würde jeder Pfälzer sein Vermögen verlieren und auch fast seine ganze Einnahme abgeben müssen; wäre die Pfalz aber ein neutraler Staat, so kämen auf 100 Mark Steuern im Reiche nur etwa 15 Mark in diesem neutralen Staate. Auch das Pfälzer Geld werde dem französischen an Wert gleich gestellt. Besonders sollten die Mütter, Schwestern und Bräute für die Freie Pfalz wirken, dann bekämen sie ihre Angehörigen aus der Gefangenschaft sofort zurück. Aus diesen Kreisen wurde ein Putsch geplant, um die Kreisregierung abzusetzen und die Pfälzer Republik zu proklamieren. Um dem entgegenzuwirken, versammelten sich Sonntag, den 18. Mai etwa 70 Herren im Sitzungssaale der Kreisregierung zu Speyer, unter ihnen sämtliche pfälzischen Abgeordneten ohne Unterschied der Partei, angesehene Vertreter des geistigen- und Wirtschaftslebens der Pfalz, teilweise Namen von bekanntem Klang. Sie erklärten einstimmig: Die Versammlung betont mit größter Entschiedenheit die unlösliche Zugehörigkeit der Pfalz zu Deutschland. Die Pfälzer werden gerade in dieser schwersten Stunde der deutschen Geschichte ihrem geliebten deutschen Vaterlande unverbrüchliche Treue halten. Die Frage, ob die Pfalz mit Bayern vereinigt bleiben sollte oder nicht, sei eine rein innere deutsche Angelegenheit, kann und darf erst nach Abschluß des Friedens und auf Grund der künftigen Reichs- und Landesverfassungen entschieden werden.

Die französische Zensur untersagte der Presse die Veröffentlichung dieser Erklärung, ließ aber gleichzeitig den Bestrebungen der Haas'schen Richtung freien Lauf. Der Staatsanwalt von Landau ließ am 21. Mai bei Chemiker Haas Haussuchung halten, und daraufhin diesen, den Teppichhändler Hofer und zwei Holzhändler Schenk von Landau verhaften. Die französische Behörde erzwang ihre Freilassung und schob den Bürgermeister Hofrat Mahla von Landau, der als Vorstand des Landesrats die Versammlung vom 18. Mai präsidiert hatte, über den Rhein, ebenso den Staatsanwalt und den Untersuchungsrichter.

Aus verschiedenen Vorkommnissen ergab sich, daß Frankreich darauf ausgeht, den Zusammenhang der Pfalz mit Bayern nach Kräften zu lockern. Rechtsrheinischen Beamten, die in die Pfalz versetzt waren, wurde die Einreiseerlaubnis verweigert, überhaupt die Genehmigung aller derartiger Versetzungen vorbehalten. Regierungspräsident von Winterstein wurde am 31. Mai über den Rhein abgeschoben, da er das Wohlwollen der französischen Behörde verloren hatte und besonders auf ihre sehr deutlichen Lockungen nicht eingegangen war. Die um Haas fühlten sich so sicher, daß sie am 1. Juni die Pfälzische Republik verkünden wollten. Tags vorher veranstalteten sie in Speyer in einem Gasthause eine große Zecherei mit Freibier und Freiwein, zogen dann am 1. Juni um 11 Uhr zur Kreisregierung und wollten dort in Gegenwart der höheren Beamten die Pfälzische Republik ausrufen. Aber aus Ludwigshafen, Speyer und der Vorderpfalz war eine große Anzahl von Arbeitern herbeigeeilt, die teilweise am Abend vorher mitgezecht hatten, und verprügelten die Führer der Abfallsbewegung. Mit blutigen Köpfen zogen sie ab. Am 2. Juni fand dann in Speyer eine große Volksversammlung statt, in welcher je ein Redner von der Bayerischen Volkspartei, der Sozialdemokratischen, der Demokratischen und der deutschen Volkspartei in begeisterten Worten die Zugehörigkeit der Pfalz zu Deutschland verkündete. Der erste dieser Redner, Redakteur des Speyerer Zentrumsblattes, wurde noch am nämlichen Tage verhaftet, und wie die badischen Zeitungen dann berichteten, vom französischen Kriegsgericht zu 6 Monaten Gefängnis und 1000 Francs Geldstrafe verurteilt. Lehrer, die ihre Schulkinder das Lied: „Deutschland, Deutschland über alles“ hatten singen lassen, wurden über den Rhein ausgewiesen. Von dem Pfälzer Wirtschaftsausschuße, den das französische Oberkommando zu Landau als eine Art Beirat sich geschaffen hatte, erwartete man, daß er sich zu einem politischen Ausschusse umwandeln und durch einen Staatsstreich die Freie Pfalz verkünden werde. Leutnant Marson hat das im Petit Journal zu Paris Ende Mai ausgeplaudert.

Um der französischen Werbetätigkeit noch mehr entgegen zu wirken, erließen die pfälzischen Abgeordneten ohne Unterschied der Partei Mitte Juni eine besondere Erklärung, in welcher sie die Bevölkerung, Pfälzer und Pfälzerinnen, aufforderten, die über uns gekommene schwere Not in Gemeinschaft mit den andern deutschen Stämmen im Verband des deutschen Vaterlandes zu tragen und alle Versuche, die Pfalz zu einer selbständigen neutralen Republik zu machen, wie schon am 1. Juni es geschehen, unter dem Volkszorn zu zerstören. Die Pfalz müsse bei Bayern bleiben, keine Neugründung, gleichgültig ob eine pfälzische, eine pfälzisch-hessische oder rheinische Republik, dürfe im gegenwärtigen Augenblick stattfinden. „Wie später die Pfalz ihre Beziehungen zu einem deutschen Einheitsstaat regeln will, muß dem von keiner fremden Macht beeinflußten Selbstbestimmungsrechte des pfälzischen Volkes im Einvernehmen mit berufenen Stellen im Reiche überlassen bleiben.“

Auch diese Erklärung durfte in der Pfalz nicht veröffentlicht werden; rechtsrheinische Blätter brachten sie dann. Die um Haas dagegen konnten von der Zensur ungestört in Flugblättern und Maueranschlägen ihre Ansicht verbreiten. Sie errichteten nun in Landau ein vollständiges Werbebüro, gründeten einen Verein Freie Pfalz und lassen seit 27. Juni als dessen Organ zweimal wöchentlich eine Zeitung, „Die Freie Pfalz“ erscheinen. Das Blatt erklärt, es habe bereits 10000 Abonnenten. Die Kosten des Blattes werden jedenfalls von Frankreich getragen, denn es hat nicht im entferntesten die große Verbreitung, von der es spricht. Die Republik Pfalz, für die es wirkt, wäre selbstverständlich ein französischer Schutzstaat und würde bald dem neuen Saarstaat sich angliedern. Der Bund Freie Pfalz wirbt in seiner Zeitung und noch mehr von Mund zu Mund, von Haus zu Haus vorwiegend mit wirtschaftlichen Beweggründen; die Pfalz werde befreit bleiben von den Beiträgen zu den unerschwinglichen deutschen Kriegslasten, den hohen deutschen Zukunftssteuern, sie werde auch geschützt vor der Gefahr, daß der Bolschewismus vom rechtsrheinischen Deutschland über den Rhein komme und auch hier den Vernichtungskampf gegen Eigentum, Bürgerstand und jede geordnete wirtschaftliche Tätigkeit eröffne. Dabei wird besonders auf das abschreckende Vorbild der Münchener Räterepublick hingewiesen. Diese wirtschaftlichen Schreckbilder haben eine starke Werbekraft. Unter den Augen der französischen Behörde berichtet die „Freie Pfalz“ über die Versammlungen ihrer Anhänger in verschiedenen Pfälzer Gemeinden. Neben der „Freien Pfalz“ erscheint, ebenfalls in Landau, jeden Samstag die „Pfälzische Woche“ mit vielen Abbildungen. Sie wirbt besonders für Verbreitung der französischen Sprache und französischen Mode und verkündet, Ludwigshafen müsse seine Front nach Westen umstellen und der hochentwickelte Endpunkt des französischen Wirtschaftslebens am Rheine werden. Wer dem Bund „Freie Pfalz“ beitritt, wird großer Vorteile teilhaftig. Er wird gewissermaßen unabhängig von den beschränkenden Vorschriften der Kommunalverbände und erhält alles, was er braucht. In einem besonderen Schreiben (Zwiebelbrief) hat ein Hauptagitator dieses Bundes den Bauern, die Zwiebel ausführen wollen, mitgeteilt, der französische Wirtschaftsausschuß werde ihnen die Ausfuhrerlaubnis für die Zwiebeln erteilen, wenn sie sich dem Bunde „Freie Pfalz“ anschließen und Beiträge dafür leisten. Unterschrieben war der Brief von dem tätigsten französischen Agenten, einem gewissen Eggersdorf, von dem ein Flugblatt, das unsere badischen Zeitungen abdruckten, anfangs August sagte: er heiße eigentlich Gustav Ahrens, aus Preußen, sei wiederholt wegen Diebstahl, Unterschlagung und Betrug bestraft und bei Ausrufung der Räterepublik in Darmstadt beteiligt gewesen.

Die französische Besatzungsbehörde treibt diesen Bestrebungen gegenüber ein Versteckspiel: Unter der Decke begünstigt sie die Abfallbewegung, nach außen und offiziell betont sie stets ihre Neutralität. Die oberste Spitze ist General Gerard in Landau, zugleich der politische Agent Frankreichs in der Pfalz. Wie die badischen Blätter meldeten, hat Bischof Sebastian von Speyer am 8. Juni mit Zustimmung des Regierungspräsidenten dem General mitgeteilt: weite Kreise seiner Diözesanen seien in lebhafter Beunruhigung wegen der wilden Gerüchte über Aenderungen der politischen Lage der Pfalz, zu der sogar Gewalt angewendet werden solle. In seiner Antwort, die auch in den Zeitungen zu lesen war, gab der General die Versicherung, daß die Besatzungstruppen volle Neutralität gegen die politischen Parteien zu wahren beauftragt seien, daß diesen Parteien alle Freiheit zugestanden sei, um die innere Ordnung der Pfalz zu besprechen und ihre Ansichten zum Ausdruck zu bringen. Die Truppen hätten die Weisung Gewalttaten zu vermeiden und die öffentliche Ordnung aufrecht zu halten. Die Antwort klang etwas geschraubt, sprach aber

immerhin von der politischen Neutralität der Franzosen und sicherte den politischen Parteien die Freiheit zu, bei Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung ihre Ansichten zu äußern. Aber gerade das wird ihnen ständig untersagt. Denn während der Bund Freie Pfalz für sich und damit für Frankreich in Presse und Versammlung werben darf, wird den politischen Parteien Preß- und Versammlungsfreiheit vorenthalten. Die Neutralität, die General Gerard betont, besteht tatsächlich nicht.

Neben dem Bunde Freie Pfalz wirbt auch die „Mittelrheinische Republik" zu Wiesbaden mit Dorten an der Spitze und die Groß-Hessische unter Ullrichs Führung in Darmstadt um die Gunst der Pfälzer, alles bisher vergeblich. Nur der Gedanke der großen Rheinischen Republik von der Elsässer bis zur Holländer Grenze hat in einem Teil der Bevölkerung Anklang gefunden. Dabei zeigt sich auch, wie schwer es ist, den großen Fehler unserer Vergangenheit, die politischen Fragen konfessionell zu behandeln, abzulehnen. Die Rheinische Republik hätte 5,5 Millionen Katholiken und 2,8 Millionen Protestanten, für viele der Grund, um ihr entgegen zu wirken! Anhänger dieses Planes weisen aber darauf hin, daß die Bildung der großen linksrheinischen Republik der beste Schutz sei gegen die Bestrebungen, die Pfalz vom Reiche abzulösen; hätte man sie im Winter schon geschaffen, so wäre vielleicht das Saargebiet für Deutschland erhalten geblieben. Auch sei die Rheinische Republik als Gliedstaat des Reiches besser als mehrere Kleinstaaten im Stande, den französischen Kulturbestrebungen, die vom Saargebiet und aus den französischen Garnisonen in das besetzte Gebiet 15 Jahre hindurch in breitem Strom hineinfließen werden, Widerstand zu leisten. Die großhessische Republik würde aus 2,8 Millionen Protestanten und aus 1,4 Millionen Katholiken bestehen. Sie hat in der Pfalz gar keine Sympathien, nicht einmal bei den Sozialdemokraten.

Die Aufgabe, welche die Franzosen der Rheinischen Republik selbst im Rahmen des Reiches zuschreiben, geht aus ihrer Presse klar hervor. Immer noch fürchten sie, daß Deutschland nach französischem Vorbild den Gedanken der Rache und Wiedervergeltung nun pflegen werde, daß sich ein mächtiges Reich bilden werde, dessen Stoß dann Frankreich als Nachbar zuerst fühlen müsse. Trotzdem Frankreich mit Amerika und England einen Bund geschlossen, der es gegen jeden Angriff von Deutschland aus schützen soll, kann es nicht schlafen aus Furcht vor Deutschland! Im „Matin" vom 1. August legt ein Franzose, der eben erst die Rheinlande bereist hat, von Köln aus diese Ansichten dar. Er meint, Frankreich hätte das größte Interesse daran, zwischen den Deutschen am Rhein und den andern eine Scheidewand zu errichten, denn ein selbständiger rheinischer Staat, der im Rahmen des Reiches (dans le cadre de l'empire) seine Selbständigkeit verteidigen könnte, wäre ein Zügel und eine Schranke gegen neue Angriffsbestrebungen Deutschlands, weil er selbst zuerst verwüstet würde. Der Verfasser klagt dann darüber, daß Frankreichs Verbündete es in seinem Bestreben, den großen rheinischen Staat zu schaffen, nicht unterstützen. General Mangin in Mainz zeige noch die alte französische Tradition, indem er Frankreichs militärische Kraft, die Spahi, die Senegalneger und die anderen in Revuen vorführe, militärische Feiern veranstalte, aber auch den Deutschen zeige, daß er kein Feind ihrer Kultur sei. In dieser günstigen Atmosphäre habe Dorten in Wiesbaden die mittelrheinische Republik gegründet. Aber die Amerikaner, die in Koblenz herrschen, hätten Dortens Sendlinge eingesperrt und als Aufrührer gestraft. Die Engländer, deren Truppen in Köln stehen, huldigten noch dem alten englischen Grundsatze, daß die Mündungen der Schelde und des Rheines nie in die Hand einer festländischen Großmacht fallen dürfen und daß, weil sie Deutschland für endgültig besiegt halten, nun der französische Einfluß am Rhein nicht zu stark werden dürfe. In der französischen Kammer wurde am 28. Juli erklärt, Foch sei der Urheber des Gedankens der Rheinischen Republik, er wünsche sie als Stützpunkt für die französischen Brückenköpfe am Rhein, aber England und Amerika hätten das nicht zugegeben und auch Clemenceau hätte vor dem entschiedenen Widerspruch dieser beiden zurückweichen müssen. In Frankreichs Augen soll auf diese Weise der Pufferstaat, den ihm seine beiden Verbündeten abgeschlagen haben, auf Umwegen erreicht werden.

Ein Beweis gegen die Bildung eines großrheinischen Gliedstaates im Rahmen des Reiches vom deutschen Standpunkt aus liegt in diesen französischen Ausführungen nicht. Wollten Engländer und Amerikaner den vielbesprochenen Pufferstaat schaffen, so hätten sie es im Friedensvertrag getan; aber sie haben Frankreich diesen Wunsch versagt und nun ist die Zeit dieser Bildung vorüber. Man wird aber gut tun, das neue Staatsgebilde nicht auf das linksrheinische Ufer zu beschränken, sondern einen „Klammerstaat" zu schaffen, d. h. einen Staat, der auch rechtsrheinische Gebiete in sich faßt. Einstweilen lebt die Pfalz noch in französischer Gefangenschaft. Die Hoffnung auf Milderung dieses Zustandes hat sich bisher nicht verwirklicht. Daß die Franzosen bei ihrem Einmarsch bitter gestimmt waren, läßt sich begreifen. Aber es wäre längst Zeit geworden, die strengen Vorschriften, die von den Pfälzern als unnütze Quälerei aufgefaßt werden, zu mildern. Selbst Kranke, die in einem rechtsrheinischen Spital oder bei einem rechtsrheinischen Ärzte Heilung suchen, erhalten keine Ausreise-Erlaubnis. Die Einreise wird fast noch mehr erschwert, in Mannheim sitzen oft Hunderte von Pfälzern oder Rechtsrheinischen, die hinüber wollen. Ihre Gesuche gehen zum General nach Landau und werden erst nach Monaten, wenn überhaupt, entschieden.

Die Putschgefahr, um die Pfalz von Deutschland loszulösen, ist noch nicht vorüber. Um einen klaren Zustand zu schaffen, haben die pfälzischen Abgeordneten ohne Unterschied der Partei in Bamberg am 28. Juni der Regierung gegenüber einstimmig erklärt, daß sie den Plan eines Großhessen ablehnen und daß die Pfalz bei Bayern bleiben wolle. Auch diese Erklärung durften die pfälzischen Blätter nicht bringen. Inzwischen hat sich die bayerische Regierung entschlossen, manche Versäumnisse in der Pfalz nachzuholen, sowie überhaupt den Zusammenhang des Landes mit Bayern durch stärkere Staatsaufwendungen zu befestigen und die bayerische und deutsche Kultur stärker als es bisher geschehen ist, in die bayrisch-deutsche Westmark vorzutragen. Die volle Klärung der Lage wird erst der Einheitsstaat bringen, dem die Mehrheit der deutschen Nationalversammlung unter Führung der Sozialdemokraten und Demokraten zustreben. Er drückt die bisherigen Bundesstaaten zu Gliedstaaten herab; diese beiden Worte zeigen den tiefen Unterschied: hier ein Bund von Staaten, dort ein Einheitsstaat mit Gliedern. Man wird sie bald als Provinzen bezeichnen. Der Einheitsstaat birgt die große Gefahr in sich, daß die alten geschichtlichen Hauptstädte und Kulturmittelpunkte dieser Provinzen wirtschaftlich und geistig verkümmern, ähnlich wie in Frankreich die Provinzen gegenüber Paris kulturell verödet sind und ihre einst so berühmten Hauptstädte ihre geistige Bedeutung ganz verloren haben. Wenn sich einmal der Einheitsstaat in Deutschland ausgebildet hat, wenn das Verkehrswesen mit Post und Eisenbahn ihm gehört, wenn eine große Beamtenorganisation von einem weitentfernten Mittelpunkte aus in den einzelnen Landesteilen sich organisiert hat, wenn alle wirtschaftlichen, sozialen und politischen Anregungen und selbst die geistigen Strömungen von einem Mittelpunkte ausgearbeitet werden, dann werden sich allmählich die Bewohner der bisherigen selbständigen Bundesstaaten dieses neuen Zustandes bewußt werden und dann wird der Umschwung einsetzen. Die geschichtlich gewordenen Zusammenhänge einzelner Länder werden verblassen, umso rascher, als die Bande der gemeinsamen Dynastie bereits zerschnitten sind. Das betrifft sowohl den hundertjährigen Zusammenhang der Rheinlande und Westfalens mit Preußen, als die achthundertjährige Verbindung der Pfalz mit Bayern. Die Neubildung der deutschen Gliedstaaten wird sich dann vollziehen nach der Zusammengehörigkeit der Stämme, in Verbindung mit den geographischen, kulturellen und wirtschaftlichen Verhältnissen.

Weltrundschau.

Von Fritz Nienkemper, Berlin.

Abschied von Weimar.

Wenn Berlin wieder Residenz der Nationalversammlung wird und somit auch unter der Republik „Reichshauptstadt" bleibt, so verdankt es das nicht zärtlichen Gefühlen, sondern dem Herkommen und dem quantitativen Uebergewicht der größten Kommunen. Die Rückkehr des Reichsparlaments in den entlausten Wallotbau am sog. Königsplatz in Berlin bietet wenigstens zwei Vorteile, einen moralischen und einen technischen. Den ersten erblicken wir in dem noch zu erbringenden Beweis, daß die Ruhe und Sicherheit in Berlin genügend wiederhergestellt ist, um die ungestörte Tagung der Volksvertretung trotz Bolschewisten und Mob sichern zu können. Der zweite Vorteil ist die andauernde Ortsgemeinschaft für Regierung und Parlament. Die räumliche Trennung mit dem Hin- und Herreisen der Minister, der Räte und ihrer Akten hatte doch viel mißliches.

Die deutsche Nationalversammlung kommt nun auch in engere Berührung mit der preußischen Regierung. Was wird die Folge sein? Wird der genius loci die Reichspolitik verpreußen, oder wird die Berliner Staatspolitik etwas mehr nationalen, großdeutschen Geist aufnehmen? Wir hoffen, daß die deutsche Nationalversammlung und die von ihr geschaffene Reichsregierung sich als den stärkeren Faktor bewährt gegenüber dem altpreußischen Partikularismus, der auch nach der Revolution in den Staatsministerien und den zugehörigen Amtsstuben stecken geblieben ist. Will Berlin Reichshauptstadt sein und bleiben, so muß dort überall die Erkenntnis durchdringen, die ringsumher und auch südlich vom Main schon tiefere Wurzeln geschlagen hat, daß nämlich die Größe und die Grenzen des alten Einzelstaates nicht mehr die durchschlagende Bedeutung haben, sondern die Unversehrtheit des Reiches, die Entfaltung des ganzen Restes unserer nationalen Kraft und die brüderliche Eintracht auf Grund einer vernünftigen Gliederung und Autonomie der Länder den Ausschlag geben müssen.

Die Tagung in Weimar ist mit einer Feierlichkeit abgeschlossen worden, wie sie unter dem republikanischen Regime nicht besser veranstaltet werden konnte. Die Vereidigung des Reichspräsidenten auf die Verfassung gab einen Anlaß, daß dieser höchste Würdenträger der Neuzeit aus seiner Verborgenheit einmal hervortrat. Der Reichs-Präsident Ebert unternimmt jetzt mit dem Reichswehrminister Noske Antrittsbesuche in Bayern, Württemberg, Sachsen und Baden. In München haben die beiden soeben das bayerische Kontingent der Reichswehr feierlich übernommen. Der 25. Aug. 1919 ist somit der Todestag der bayerischen Militärhoheit geworden. Damit ist die Geschichte einer ruhmvollen Armee zum Abschluß gekommen.

Was die Nationalversammlung in Weimar neben dem großen Verfassungswerk an einzelnen Gesetzen, zum großen Teil sehr weit und tief greifenden Gesetzen geleistet hat, ist wahrlich der höchsten Anerkennung wert. Von der Opposition wird freilich der Vorwurf erhoben, es sei zu schnell gearbeitet und nicht alles so gründlich geprüft und besprochen worden, wie es früher üblich gewesen. Aber die außerordentliche Not der Zeit zwang zur Beschleunigung des Schrittes. Es war Gefahr im Verzuge. Bei den Steuergesetzen ließ sich sogar in Millionen Mark ausrechnen, wieviel Verlust jeder Tag Verzögerung dem armen Reich aufhalsen würde.

Ein Glück, daß die notwendige Arbeit nicht durch die Obstruktion aufgehalten wurde. Mit dieser Art von parlamentarischer Streikwaffe wurde allerdings seitens der Rechten zweimal gedroht, aber der Versuch mißlang jedesmal. Bei der Erledigung der Erbschaftssteuer kündigte die Rechte Obstruktion an, wenn nicht die schärfere Staffelung der Abgaben von sehr großen Hinterlassenschaften, die der Ausschuß beschlossen hatte, wieder rückgängig gemacht würde. Diese Attacke zum Schutze der Millionenerben war unter den gegenwärtigen sozialpolitischen Verhältnissen verfehlt. Eher hätte die Obstruktion sich begreifen lassen, wenn sie zum Schutze des Kinder- oder Gattenerbes eingesetzt hätte. Ueber diese Frage, die mit der Wahrung und Hebung des Familiensinnes zusammenhängt, wurde vor einem Jahrzehnt noch lebhaft und mit gutem Grunde gestritten und gerungen. Bei der gegenwärtigen Finanznot war es aber nicht mehr möglich, das Erbgut der Kinder und der Witwen unversteuert zu lassen. Unter dem Zwang der Verhältnisse mußte man die alten Programmpunkte preisgeben, ebenso in der Frage des Kindererbes wie in der Ausdehnung der Reichskompetenz.

Letzteres kam besonders in Betracht bei der Reichsabgabenordnung, die auf dem Gebiete der direkten Steuern eine Zentralisation herbeiführt, die in den Friedenszeiten als ganz undenkbar erschien, jetzt aber als unvermeidliches Rettungsmittel aus der Finanznot erkannt und bewilligt wurde.

Eine sehr schwierige Frage stellte das Gesetz gegen die Kapitalflucht. Da aber die technische Zweckmäßigkeit und die Nebenwirkungen der vorgeschlagenen Kampfmittel noch keine Klarheit herrschte, half man sich mit der Erteilung von weitgehenden Vollmachten an den Finanzminister. Die Sachverständigen aus dem Bank- und Börsenbetrieb haben neuerdings wieder gewichtige Bedenken gegen den Plan der Abstempelung oder des Umtausches der Noten vorgebracht, so daß die Sache im ungewissen schwebt. Hoffentlich fällt bald die Entscheidung, damit die Kurstreibereien auf dem Devisenmarkt aufhören und die kräftige Anspannung der deutschen Steuerkraft auch im Auslande die gebührende Würdigung findet.

Der Kampf um Oberschlesien.

Aus dem Streik ist ein richtiger Aufruhr geworden. Mit den kommunistischen Wühlern haben großpolnische Agenten zusammengearbeitet. Ueber die Grenze wurden soviel Waffen und „Freiwillige" geschmuggelt, daß ein großer Bandenkrieg in Gang kam. Die Unterdrückung der Rebellentrupps ist nach Aufgebot von weiteren Wehrmannschaften gelungen, hat aber viel Mühe und beträchtliche Opfer gefordert. Von den Banden sind eine größere Anzahl friedlicher Deutscher verschleppt worden und zwar über die Grenze nach Polen hinüber. Schon dies ist ein klarer Beweis, daß die polnischen Behörden trotz der amtlichen Unschuldsbeteuerungen den Aufruhr befördert haben. Offenbar zu dem Zweck, in Oberschlesien eine ähnlich „vollendete Tatsache" zu schaffen, wie schon im Frühjahr in Posen. Bezeichnend für die polnische Politik war ferner, daß die Delegationen, die zu Verhandlungen über den allgemeinen modus vivendi der beiden Nachbarstaaten nach Berlin gekommen waren, alsbald die oberschlesische Angelegenheit in den Vordergrund schoben und erklärten, sie könnten nicht verhandeln, solange in Oberschlesien Polen mißhandelt würden. Es wurden die Vertreter der Entente angerufen; doch dieser Schritt hatte nicht die von den Polen gewünschte Wirkung. Die Entente erkannte an, daß unsere Regierung befugt sei, in Oberschlesien ihre Souveränität geltend zu machen und die Ordnung wieder herzustellen. Das Eingreifen der polnischen Armee wurde damit abgewiesen und auch auf die derzeitige Besetzung durch Ententetruppen verzichtet. Auch eine Demarkationslinie wurde nicht gezogen. Es ging lediglich ein Ausschuß der Entente zwecks Information an Ort und Stelle nach Schlesien.

Ein Berliner Blatt, das leider zu weit verbreitet ist, brachte die Alarmmeldung, daß die deutsche Regierung sich von vornherein den Entscheidungen des Entente-Ausschusses unterworfen habe. Diese Falschmeldung, die offenbar von Haß gegen die Regierung beeinflußt war, hat viel Aergernis angerichtet und den guten Eindruck, den die Niederwerfung des Aufruhrs gemacht hatte, zum Teil wieder verwischt, da die besseren Elemente in Oberschlesien sich wieder enttäuscht und ausgeliefert fühlten. Es gibt ja bedauerlicher Weise immer noch Deutsche, die im Parteieifer die Sache der Feinde fördern.

Die Gefahr, daß uns Oberschlesien vorzeitig durch einen Handstreich entrissen würde, ist glücklich abgewendet. Aber nun wird es die höchste Zeit, daß unsere Regierung alle Kraft und alle Klugheit daransetzt, um die Volksabstimmung in Oberschlesien gut vorzubereiten, solange sie noch dort Herr im Hause ist. Sonst kann uns das wertvolle Land, das soeben gerettet worden ist, schließlich doch noch zum größten Teil verloren gehen. Die Gegner sind, wie man sieht, schon auf dem Posten.

Rücktritt des Erzherzogs von Ungarn.

Durch Machtgebot der Entente ist der Erzherzog Joseph zum Rücktritt gezwungen worden. Offenbar waren in dieser Sache die verbündeten Mächte nicht einig; erst haben die Freunde der Donauföderation, Frankreich und auch England, die neue Regierung in Ungarn begünstigt; dann haben Amerika und Italien mit ihren Bedenken gegen diese Restauration die Oberhand behalten. Wir hätten den Ungarn gern gegönnt, wenn sie recht glatt und schnell zu einer festen Ordnung und geregelten Wahlen gelangt wären. Aber mit Rücksicht auf die Zukunft von Deutsch-Oesterreich brauchen wir es nicht zu bedauern, daß dieser erzherzogliche Zwischenfall sein Ende gefunden hat. Mag die Entente Ungarn weiter bevormunden, wenn sie nur endlich dem lange gefolterten Deutsch-Oesterreich einen erträglichen Frieden gibt!

Die Nationalitätenfrage in Nordschleswig.

Von Fritz Hansen, Berlin.

Nach den Bestimmungen des Friedensvertrages sollen die Bewohner Schleswigs in drei Zonen getrennt darüber abstimmen, ob sie eine Wiedervereinigung mit Dänemark wünschen. Dabei ist in erster Linie die Frage aufzuwerfen, ob denn jetzt noch die in Betracht kommenden Teile Nordschleswigs dänisch gesinnt sind, und hierfür würde in erster Linie maßgebend sein, wie weit die dänische Sprache noch in Nordschleswig vorherrschend ist. Die darüber von deutscher und dänischer Seite gemachten Angaben lassen erkennen, daß einzelne Teile Nordschleswigs auch heute noch dänisch sind und mit Recht Anspruch darauf erheben, daß die Abstimmung, die im Artikel 5 des Prager Friedens vorgesehen war, deren Resultat aber seinerzeit ignoriert wurde, jetzt bei der allgemeinen Abrechnung der Völker untereinander wiederholt wird. Denn in den in Betracht kommenden sechs kleinen Flecken sprechen 80% der Bevölkerung dänisch.

Von den vier Landstädten haben Hadersleben und Apenrade ähnliche Verhältnisse, da mindestens 75 Prozent der Bevölkerung dänisch sprechen und alle Bürger die Sprache beherrschen. Auch die deutsche Sprachstatistik gibt die dänische Mehrheit in diesen beiden Orten zu. In Tondern sind die Verhältnisse infolge der friesisch-plattdeutschen Umgebung und infolge der deutschen Ansiedlungen etwas anders, immerhin spricht auch dort die Mehrzahl der Bevölkerung dänisch als Umgangssprache. In Sonderburg, das früher die beste dänische Stadt war, haben die Verhältnisse sich geändert, nachdem vor etwa 16 Jahren eine große deutsche Marinestation dorthin verlegt worden ist.

Ein anderes Kriterium für die Nationalität ist die Gesinnung. Da waren schon vor 1864 neben dem überwiegenden Teil dänisch Gesinnter die sogenannten Heimatdeutschen. Das war ein Teil der wohlhabenden Bürgerschaft in den Städten, entstanden durch den von 1850 wesentlich schleswig-holsteinischen Beamtenstand, ein Teil Grundbesitzer und Großbauern, die teils wirklich zu Schleswig-Holstein hielten, teils in das deutsche Lager übergingen, weil die „feinen Leute" deutsch waren. Nach 1864 verstand es sich von selbst, daß ein stärkerer Uebergang zum Deutschtum stattfand. Die Heimatdeutschen, die besonders auf dem Lande ihre dänische Sprache beibehalten haben, wurden gestärkt durch den Stand von Beamten, die in immer größerer Zahl ins Land kamen, um bei der Anlage der Kleinbahnen mit ihrem zahlreichen Personal Anstellung zu finden. Das Merkwürdige ist allerdings, daß nach dem ersten Vorstoß in den Jahren gleich nach 1864 der Uebergang zur deutschen Gesinnung nur gering war. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Heimatdeutschen in den meisten Gemeinden verschwinden, wenn das Land wieder dänisch würde, ebenso wie sie 1864 verschwanden in den acht Gemeinden südlich Kolding. Nur in einem Umkreis, der von den Punkten Graasten-Lygumkloster-Tondern-Flensburg begrenzt wird, wird es etwas langsamer gehen. Hier sind die Heimatdeutschen stärker, aber voraussichtlich werden fürs erste wenigstens die indifferenten Elemente, die hauptsächlich die Furcht zurückgehalten hat, sich den Dänen anschließen. Und von den Deutschgesinnten kann man ruhig annehmen, daß die Hälfte in das dänische Lager überlaufen wird aus denselben Gründen (nicht ideellen), die sie oder ihre Väter damals in das deutsche Lager geführt haben. Der Rest wird einen Widerstand leisten, der, wenn er nicht südwärts unterstützt wird, ganz passiv sein wird und von dessen Jugend man annehmen kann, daß auch sie in das dänische Lager übergeht.

Dem Deutschtum mangelt die wichtigste Waffe in einem nationalen Kampfe: die Sprache, und es wird sich ohne Unterstützung von draußen nicht eine deutsch geschriebene Zeitung aufrecht erhalten können.

In den Städten Hadersleben und Apenrade stehen, wenn der äußerst zahlreiche Beamtenstand außer Betracht gelassen wird, Dänen und Deutsche in den Bürgerlisten völlig gleich. Ein dänischer Beamtenstand würde eine dänische Uebermacht in diesen Städten schaffen, und auch hier kann man mit einem großen Uebergang der deutsch gesinnten Elemente rechnen. Das Deutschtum wird auf einen Teil der Bürger beschränkt bleiben, die wirklich deutsche Sprache und Kultur haben und auf die Eingewanderten, von denen auch manche südwärts ziehen werden. In Sonderburg unter den zurückgebliebenen Deutschgesinnten wird die Aufhebung der Marinestation eine solche Fahnenflucht hervorrufen, daß das Dänentum, gestützt auf den starken dänischen Bauernstand, überlegen bleiben dürfte. In Tondern war die führende Bürgerschaft immer deutsch gesinnt und das Dänentum blieb in der Stille, aber man findet dort einen bewußten dänischen Kern und eine dänisch gesinnte Unterklasse von Arbeitern.

Die besten Beweismittel sind die Wahlen, bei denen im Jahre 1867 ganz Südjütland im Februar 27488 dänische Stimmen, davon 23000 in Nordschleswig, abgegeben wurden. Im Laufe der Zeit führte die starke Auswanderung namentlich der Jugend dazu, daß die dänische Stimmenzahl auf 14447 sank im Jahre 1884, davon 12200 in Nordschleswig. Aber von der Zeit an, da die Auswanderungen aufgehört hatten, kam eine neue Jugend ins Land. 1912 waren 17293 dänische Stimmen, davon 16500 in Nordschleswig. Dabei ist zu bemerken, daß Nordschleswig nicht volkreicher geworden war als 1867 und daß der Druck, der auf dem Volke ruhte, viel stärker war als vor 50 Jahren. Darum sind ganz besonders die Reichstagswahlen ein Maßstab dafür, wie stark das Dänentum in Südjütland ist, selbst wenn man die Beamtenstimmen abzieht.

Wenn die dänisch gesinnten Nordschleswiger ihrer Aufgabe treu geblieben sind, so lag das nicht zum mindesten an den Fortschritten, die in Dänemark gemacht wurden in geistiger Beziehung und auch in materieller Tüchtigkeit. Besonders die dänischen Hochschulen und der Aufschwung des dänischen Ackerbaues sind ihnen direkt und indirekt zugute gekommen. Die Südjüten haben besonders zwei große Hilfsmittel gehabt, ihre Presse und ihre Vereine. Die jütländische Presse steht sehr hoch und hat ihren Leserkreis mitgetragen. Die Mitglieder der Vereine waren bestrebt, immer neue Mitglieder zuzuführen. Durch rege Tätigkeit bei den Wahlen, durch Einwirken auf die Jugend und durch regste Wirksamkeit innerhalb der Vereine weckten und hielten sie das Stammesgefühl. Der Einfluß und die Bedeutung der Presse ist, seit J. Jessen 1886 „Flensborg Avis" übernahm und H. P. Hanssen „Hejmdal" redigiert, ständig gewachsen. Die Zahl der Abonnenten betrug in Süd-Jütland 1902: 12678, im Jahre 1912: 19278. Im eigentlichen Nordschleswig betrugen sie 1902: 10807, im Jahre 1912: 17993. Um nicht auf öffentliche Gasthäuser angewiesen zu sein, schufen die Dänen 52 Versammlungshäuser, um dort dänische Vorträge halten zu können und als Hort für das Dänentum zu dienen. Allein dafür brachte die Bevölkerung eine Million Reichsmark auf. 200 Büchersammlungen bestehen im Lande, die die dänische Literatur pflegten und die der „Forenin til Bevarelse af det dansk Sprog" gehören. Sie enthalten 90000 Bände. In den Jahren 1890—1911 hat die Vereinigung 255000 Bücher und Bilder verbreitet.

Als die dänische Sprache im Jahre 1889 ganz von den Schulen verbannt wurde, gründeten die Dänen Schulvereine, die unbemittelten jungen Leuten den Besuch der Schulen in Dänemark ermöglichten. Die drei großen Vereinigungen für Sprache, Wahlen und Schulen zusammen hatten im Jahre 1914 eine Mitgliederzahl von ungefähr 26000.

So stand bei Kriegsbeginn Nordschleswig gerüstet und organisiert, ökonomisch durch Banken, Sparkassen, Landbauvereine, politisch durch Wahlvereinigungen, sprachlich-kulturell durch Sprach- und Schulvereine, Versammlungshäuser und politisch-sprachlich-kulturell durch die Presse. Der eifrige Führer der Schweswiger Dänen H. P. Hanssen, der frühere deutsche Reichstagsabgeordnete und jetzige dänische Minister, führte noch sechs Wochen vor Ausbruch des Krieges auf einer Versammlung in Hadersleben aus:

„Wir protestieren ganz energisch dagegen, daß behauptet wird, wir seien vor 50 Jahren vom dänischen Joch und Volksregiment befreit worden. Wir rufen es dem ganzen Norden und ganz Deutschland zu: Die nordschleswigsche Bevölkerung hat nie unter einem dänischen Joch gelebt. Unsere Väter haben sich glücklich gefühlt bei der mehr als tausendjährigen Verbindung mit unserem alten Mutterland. Sie haben unter glücklichen und guten Verhältnissen gelebt, davon zeugen unsere Kultur und unser Wohlstand. Sie haben in größter persönlicher Freiheit gelebt, davon zeugt unser gerader Rücken, unser fester Sinn und unser hoher Mut. Unsere Väter fühlten das Losreißen vom alten Mutterlande als das größte Unglück. Wir haben mehr als tausendjährige Rechte in dem Lande, wo unsere Väter bauten und pflanzten. Wir haben über ein Jahrtausend in der deutschen Sturmflut gestanden, und so werden wir weiterstehen. Wir haben Kraft zum Kampf, wir haben Wärme und Begeisterung. Wir halten treu zu unserem Volk und zur Zukunft des nordschleswigschen Stammes." — Das war das Bekenntnis der Nordschleswiger ehe der Krieg kam.

Deutschlands Waffen.

Germania, du Stolze, einst so gross,
Wie hat so grausam dich der Sturm umwettert!
Zerspalten sind die Eichen und entblättert —
Wie jammert uns, du Herrliche, dein Los!

Doch nein! Wer wollte töricht jammern bloss,
Sieht den Genossen, der so kühn erklettert
Die steilsten Höhen hat, er hingeschmettert?!
Wer wollt' die Hände legen in den Schoss?!

Steh auf, du deutsches Volk, das du noch stet
Aus tiefem Fall dich wusstest aufzuraffen!
Wie fest der schnöde Feind den Strick auch dreht,

Zu fesseln dich, nichts wird sein Ingrimm schaffen,
Wenn du nur willst, wenn Arbeit und Gebet
Du schwingst als unentreissbar starke Waffen!

Leo van Heemstede.

Das deutsche Zentrum und der Völkerbund.

Von Dr. Leo Schwering, Köln.

Im Oktober wird in Washington eine Konferenz stattfinden, die man als ersten vorbereitenden Kongreß des Völkerbundes bezeichnen kann. Noch vor kurzem äußerte sich der bekannte schwedische Sozialist Branting, der über gute Verbindungen zu verfügen pflegt, dahin, es werde zu den ersten Aufgaben des Kongresses gehören, den Völkerbund zu vervollständigen, nämlich Deutschland und Rußland in ihn aufzunehmen. Gleichzeitig entnehmen wir einem Bericht der Vossischen Zeitung vom 1. August aus Stockholm, daß auch von amerikanischer Seite versichert werde, es sei bestimmt, daß die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund bereits auf der Tagesordnung des Washingtoner Kongresses stehe.

Sei dem wie ihm wolle, sicher ist, daß Deutschland den dringenden Wunsch nach Aufnahme in den Völkerbund ausgesprochen hat und daß anderseits der Verband erklärt, er werde diesem Wunsche nicht dauernd entgegen sein. Wir begrüßen es daher, wenn in fast allen öffentlichen Kundgebungen der deutschen Regierung die Bedeutung des Völkerbundes für das deutsche Volk und seine Zukunftsgeschicke scharf herausgearbeitet wurde; aber es läßt sich nicht leugnen, daß in den breiten Volksschichten dieser Gedanke noch wenig Wurzel gefaßt hat. Nicht als ob man ihm ablehnend gegenüberstünde, wohl aber weil die inneren Sorgen uns nicht zum Atmen kommen lassen; dann auch aus dem Gefühle der bittersten Enttäuschung heraus, endlich aber und nicht zuletzt, weil das deutsche Volk — leider — noch immer eine angeborene Scheu besitzt, sich mit außenpolitischen Problemen überhaupt zu beschäftigen. Gebrannte Völker scheuen wie die Kinder das Feuer! Die lange Gewöhnung dazu an die Tradition, daß eine einzige Kaste die auswärtige Politik besorgte, welcher niemand, der nicht zu dem exklusiven Kreis gehörte, hineinreden konnte, mag ein übriges tun.

Aber diese Stellung gegenüber dem Völkerbund ist durchaus verkehrt, ja unheilvoll! Das deutsche Volk muß in Zukunft selbst die Verantwortung nun einmal tragen für alle Schritte in der Außenpolitik. Demokratie ist Verantwortung. Ohne aber einen Widerhall für ihre Pläne in der Nation zu finden, ist die deutsche Regierung ganz außerstande, politische Stellungnahme in wichtigen Fragen zu ergreifen, und es geht nicht an, daß man in Lebensfragen Hals über Kopf Beschlüsse faßt! Für die Bedeutung des Völkerbundes muß deshalb ein Boden geschaffen werden, daran kommen wir auf die Dauer nicht vorbei, und je eher wir es tun, desto besser. Dabei spielt die Frage, ob uns der Völkerbund und seine Organisation, wie sie heute ist, gefällt oder nicht, gar keine Rolle.

Damit fällt den deutschen Parteien eine außerordentlich wichtige Aufgabe zu. In ihrer Hand liegt letzten Endes die Politik, welche wir nach außenhin betreiben, namentlich aber in den Händen der regierenden Parteien. Der deutschen Zentrumspartei erwächst somit eine schwerwiegende Erziehungs- und Schulungsarbeit in bezug auf die baldige Popularisierung dieser Idee. Diese Arbeit wird ihr um so leichter werden, als sie diesen Gedanken ausdrücklich in ihre Programmsätze aufgenommen hat. Ihr außenpolitisches System enthält in Punkt 10 die Forderung nach Schaffung eines Völkerbundes gleichberechtigter großer und kleiner Staaten unter Ausbau der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit!

Dies Programm gilt es in die praktische Politik hineinzutragen. Die anstürmenden inneren Probleme, so brennend sie auch sein mögen, dürfen die Partei nicht hindern, ihrer internationalen Aufgabe gerecht zu werden, die sich übrigens mit den Bestrebungen deckt, welche die Kurie von Beginn ihrer Friedenstätigkeit an stets verfolgte. Wenn die Partei als einen weiteren Grundsatz ihrer internationalen Tätigkeit sich dahin programmatisch festlegte, daß sie sich für ein den christlichen Grundsätzen entsprechendes Völkerrecht einsetzen wolle, so haben wir ein weiteres Feld internationaler Tätigkeit, mit dem sie, sobald einmal praktische Bestrebungen einsetzen werden, übrigens nicht allein stehen wird; sondern bei kluger Anwendung dieser Gesichtspunkte wird es ihr an Unterstützung durch andere Länder, in denen ebenfalls Parteien mit ähnlichen Bestrebungen vorhanden sind, nicht fehlen, und sie wird damit auch das Ihre dazu beitragen, die Abgründe auszufüllen, die sich zwischen den Völkern seit den Augusttagen 1914 aufgetan haben. Sie wird dann mit und durch den Völkerbund, in dessen Rahmen gerade solche Bestrebungen sich vortrefflich einfügen, daran mitwirken, daß er die Aufgaben erfülle, die ihm der General Smuts in einer vielbemerkten Rede stellte: Der Völkerbund würde sich als der einzige Ausweg erweisen, Europa aus den Ruinen des Krieges wieder emporzuführen. Er sei zwar vorläufig nur eine Form, er brauche noch den lebenspendenden Einfluß, der nur von dem Kontakt der Völker untereinander kommen könne! Eine von großzügigen Gedanken getragene und im guten Sinne moderne Partei wird an ihm daher nicht vorübergehen, ohne aktiv zu ihm Stellung zu nehmen, das verlangt das Interesse des Vaterlandes und das Interesse der aus tausend Wunden blutenden Menschheit. Die deutsche Regierung ist ihrerseits mit einem eigenen Entwurfe zu einem Völkerbund schon früher hervorgetreten, so daß also die Durchdringung dieses Problems an der Hand eines reichen Materials möglich ist. Nicht gering zu veranschlagen aber ist, daß der Völkerbund, richtig erfaßt, sich auch als ein vorzügliches Instrument erweisen wird, um das schwergeprüfte deutsche Volk außenpolitisch erst einmal wirklich denken und selbständig gehen zu lehren. In der Beschäftigung mit ihm liegen daher hohe Erziehungsaufgaben verborgen, die sich die Partei nicht entgehen lassen darf, zumal sie gerade die Erziehung des Volkes zu einem besseren Verständnis außenpolitischer Fragen als einen Kernpunkt ihres Programms betrachtet.

Die praktische Durchführung all dieser Aufgaben aber ist nicht leicht. Jedoch das kann kein Hindernis sein. Die Partei, welche ein Volk mitregiert, das die freieste Verfassung der Welt besitzt, muß die Mittel und Wege dazu finden, damit uns die Ereignisse nicht unvorbereitet finden. Die außenpolitische Orientierung des deutschen Sozialismus war stets eine außerordentlich geringe, dem deutschen Zentrum erwachsen daraus meines Erachtens erhöhte Aufgaben. Die Mitverantwortung schafft eben neue Pflichten, erfordert letzten Endes ein ganz anderes Verständnis der breiten Wählerscharen für die große Politik, die ihnen bisher mehr oder minder fremd war und die sie infolge des alten Systems rein dilettantisch und verantwortungslos betrieb.

Wenn das deutsche Zentrum an der Größe des alten Bismarckschen Reiches so hervorragend mitarbeitete, obschon man ihm nur einen beschränkten Einfluß auf die Gestaltung der Dinge einräumen wollte, so wird das deutsche Zentrum auch am Aufbau des neuen deutschen Reiches, in dem ihm völlig neuartige Aufgaben zufallen, nicht zurückstehen können und dürfen. Wir müssen neue Ideen in die „Massen" tragen, sie sollten wieder Ideale sehen, nicht nur in der Innen-, sondern vor allem auch in der Außenpolitik, damit sie wieder Vertrauen gewinnen und Mut und Kraft zur Mitarbeit; denn den Ideen gehört die Zukunft, nur die Völker, welche neue fortschrittliche Ideen voll sittlichen Inhalts auf ihre Fahne schreiben, haben Aussicht, sich in der Folge zu behaupten und die gewaltigen Aufgaben zu lösen, die der Weltkrieg der Menschheit gestellt hat. In diesem Sinne rufen wir der deutschen Zentrumspartei an den Toren eines neuen Weltzeitalters zu: Gebt dem deutschen Volke wieder moralische Ziele in der Außenpolitik, für die zu arbeiten, sich zu mühen, eine sittliche Tat ist. Das ist es, was Deutschland braucht, dann wird es nicht mehr so ziel- und ruhelos, so tastend sein, wie es heute immer noch erscheint!

Neue Wege in der Reichsfinanzwirtschaft.

Von Dr. Paul Beusch, Berlin.

Unter den großen Gesetzentwürfen, die eben der Nationalversammlung zugegangen sind, ist der größte wohl die Reichsabgabenordnung. Sie ist nicht bestimmt, dem Reiche neue Steuern zu verschaffen. Ihr Zweck ist, eine wirkliche, einheitliche, geschlossene Organisation im Steuerwesen herbeizuführen und aufzuräumen mit der Zersplitterung, die auf diesem Gebiete bisher in geradezu verwirrender Fülle geherrscht hat. Dann aber hat sie auch den Zweck, das was an Brauchbarem und Entwicklungsfähigem im Steuerrecht bisher gewachsen ist, zusammenzufassen und zu einem einheitlichen Ganzen zu ordnen. Was sich als rückständig, unzulänglich und hemmend erwiesen, wird ausgeschaltet. Erfahrungen im allgemeinen Steuerrecht, besonders in der Veranlagung der Steuern, werden im weitgehenden Maße berücksichtigt. Das Steuerrecht wird fortgebildet, wie es die Zukunft nötig hat.

Auf vielen Gebieten bedeutet die Reichsabgabeordnung einen Bruch mit alten und veralteten Formen, besonders mit solchen, welche der modernen Wirtschaftsentwicklung nicht mehr angemessen sind. Das Steuerrecht, wie es in den einzelnen Staaten in den letzten Jahrzehnten sich entwickelt hatte, war in manchen Punkten nicht mehr auf der Höhe. Nur allzu häufig verstanden es einzelne Kreise der Steuerpflichtigen, durch Aenderungen in den Rechtsformen der Geschäfte usw. Steuern zu umgehen. Das bekannteste Beispiel haben die Terrain-Gesellschaften bei der Umsatzsteuer gegeben. Aber auch sonst waren bisher manche Möglichkeiten vorhanden, auf legalem Wege einzelnen Steuern auszuweichen. Hier gilt es, gründlich Abhilfe zu schaffen. Tatsächlich wird die Reichsabgabenordnung die Möglichkeit bieten, allen derartigen Maßnahmen vorzubeugen. Sie macht das Steuerrecht außerordentlich elastisch, um derartigen Versuchen entgegenzutreten. Anderseits aber schafft die Reichsabgabenordnung klares Recht auf den verschiedensten Gebieten.

Neben der Weiterbildung dieses neuen Steuerrechts wird vor allem auch eine großzügige Organisation der Veranlagung und Verwaltung der Steuern vorbereitet. Es wird das Werk von Jahren sein, bis hier der neue Geist vollkommen durchgedrungen ist. Aber es wird auch ein außerordentlich fruchtbares Werk darstellen. Die Erträge der Steuern werden dadurch erheblich höher, auch bei gleichen Sätzen. Der politischen Bedeutung nach kann die Reichsabgabenordnung verglichen werden mit der Bedeutung der Gründung des Zollvereins, der Vereinheitlichung des Handelsrechts und der Schaffung des Bürgerlichen Gesetzbuches. Aehnlich, wie diese Maßnahmen für die politische Entwicklung des Reiches und für die innere Weiterbildung der Gliedstaaten und Gemeinden von geradezu unschätzbarer Wichtigkeit geworden sind, wird auch die Vereinheitlichung des Steuerwesens zum Heile des ganzen Volkes ausschlagen.

Die großen Bedenken, die gegen die Abgabenordnung und die geplante Uebertragung der Einkommensteuer auf das Reich erhoben werden, beruhen darin, daß man fürchtet, die Länder und Gemeinden würden in der Zukunft nicht mehr genügend Mittel haben, um ihren Aufgaben nachkommen zu können. Das ist jedoch nicht der Fall. Für die Entfaltung des kulturellen Lebens ist der gliedstaatliche Aufbau des Deutschen Reiches von der größten Bedeutung. Hier ist der Punkt, um dessentwillen die Anhänger des bundesstaatlichen Gedankens gegen eine schablonenhafte Zentralisation sich gewendet haben. Der andere Grund, die dynastischen Rivalitäten, ist ja nun fortgefallen. Nun kann das deutsche Volk bei allen landsmännischen Eigentümlichkeiten der einzelnen Stämme doch zusammenwachsen zu einer großen Nation. Aber die verschiedene Veranlagung der Stämme soll sich dabei doch voll auswirken, zum Besten der gesunden, kräftigen Weiterentfaltung des deutschen Kulturlebens. Darum sind den Einzelstaaten und Gemeinden auch die materiellen Mittel zu geben, welche es ihnen ermöglichen, ihr kulturelles Leben durchzuführen.

Wird nun diese finanzielle Kraft der Gliedstaaten und Gemeinden durch die Reichsabgabenordnung nicht zu stark unterbunden? Da ist zunächst zu bemerken, daß die Reichsabgabenordnung selbst das nicht tun kann, denn mit ihr ist noch nicht entschieden, ob die Einkommensteuer auf das Reich übertragen wird oder nicht. Erst wenn das der Fall ist, behält sich auch das Reich das Recht vor, die Einkommensteuer selbst zu verwalten. Aber für diesen Fall ist bereits im § 451 der Reichsabgabenordnung vorgesorgt, daß Einzelstaaten und Gemeinden auch in der Zukunft die nötigen Steuereinnahmen gesichert sind. Es wird nämlich dort bestimmt, daß den Gliedstaaten und Gemeinden mindestens ein solcher Betrag aus der Einkommensteuer in der Zukunft garantiert wird, wie sie ihn in den Jahren 1917, 1918 und 1919 erzielt haben. Weiterhin wird ihnen eine Steigerung dieses Ertrages um mindestens 6 % pro Jahr gewährleistet. Was das bedeutet, erkennt man erst dann, wenn man weiß, daß die Erträgnisse aus der Einkommensteuer heute mehr als doppelt so hoch sind, wie in der Zeit vor dem Kriege. Das gestiegene Kriegseinkommen und die starken Kriegszuschläge haben bewirkt, daß die Erträge außerordentlich zugenommen haben.

Daneben bleiben den Gliedstaaten und Gemeinden auch noch gewisse Steuern für die eigene Verwaltung und für den eigenen Ausbau. Hierher gehören vor allem die Ertragssteuer und höchstwahrscheinlich die Vergnügungssteuer, die sich besonders als Kommunalsteuer eignet. Schließlich sollen auch von anderen Steuern noch gewisse Prozentsätze den Gliedstaaten und Gemeinden überwiesen werden. Dadurch wird auch die finanzielle Zukunft der Länder und ihrer Gemeinden vollkommen gesichert, wenn auch unter dem Druck der Finanznot die Steuerverwaltung und die Verfügung über die Hauptquellen auf das Reich übergehen muß. Denn einen anderen Weg, der wirklich allen finanzpolitischen Anforderungen genügen würde, kann man nicht finden. Darum müssen besonders die süddeutschen Staaten bestrebt sein, daß sie die Annahme des § 451 durchsetzen. Dann wird für das materielle Eigenleben der Gliedstaaten und Gemeinden auch in der Zukunft die nötige Bewegungsfreiheit bestehen bleiben.

Bolschewismus, Kapitalismus, Imperialismus.

Von F. Schrönghamer-Heimdal.

„An ihren Früchten werdet ihr sie erkennen".

Wer da glaubt, der Bolschewismus wäre der grimmigste Todfeind des „Kapitalismus", gibt sich einer argen Täuschung hin. In Wahrheit ist er nur ein Mittel, um die bisher angeblich „imperialistisch" beherrschten, aber tatsächlich freiesten Erdenvölker dem weit schlimmeren Imperialismus der von Juden beherrschten Weltfreimaurerei und der „goldenen Internationale" auszuliefern, deren Ziel ja von je der Sturz der Throne und Altäre als der letzten Bollwerke gegen ihre hemmungslose Machtentfaltung war. Männer, die diese Entwicklung seit Jahrzehnten verfolgten, haben ein erdrückendes Beweis- und Tatsachenmaterial dafür beigebracht, daß Weltkrieg und Weltensturz nur Mittel waren zur Aufrichtung der uneingeschränkten Weltherrschaft der goldenen Internationale, in der Alljuda die führende Rolle spielt. Auch die Freimaurerei der Ententeländer und die „rote Internationale" stehen vollkommen unter jüdischem Einfluß.[1]) Daher die Erscheinung, daß überall Juden als Führer auftreten, was besonders bei der Sozialdemokratie befremdlich scheint, da doch gerade unter der Judenheit sich die meisten „Kapitalisten" befinden. Wer das Wesen des Judentums kennt, wie es sich besonders im Talmud kundgibt, der weiß, daß ein Jude nur jüdische Ziele hat. Alljudas Hauptziel ist die Weltherrschaft; das ist nach dem Talmud der wahre Messias der Juden. Mittel zu diesem Ziele sind vor allem die Freimaurerlogen aller Welt und die sozialistischen Parteien. „Wohin ihr faßt, ihr werdet Juden fassen".

Gerade der Bolschewismus ist ausschließlich jüdisches Geisteskind; seine Väter und Führer sind überall Juden[2]) von Trotzki-Braunstein und Bela Kuhn-Kohn bis herunter zum blutigen Samweli-Samuel und zum „Edelanarchisten" Erich Mühsam. Selbst Lenin, der von Juda immer als Nichtjude vorgeschoben wird, ist Semite; er heißt ja auch richtig Zederblum.

Der Bolschewismus, der „die Herrschaft des Proletariats" sein soll, ist nichts weiter als die Herrschaft einer Handvoll

1) Vgl. hiezu: „Die Entente-Freimaurerei und der Weltkrieg" von Karl Heise, Verlag E. Fürth, Basel. 1919. Preis 9 Franken. „Weltfreimaurerei, Weltrevolution, Weltrepublik" von Nationalrat Dr. Wichtl, 1919, Verlag Lehmann, München. Preis 5 M. „Mazzini, Freimaurerei, Weltrevolution" von Herm. Gruber S. J., Verlag Manz, Regensburg, 1901. Preis 4 M.

2) Vgl. „Judas Schuldbuch" von Wilhelm Meister. Deutscher Volksverlag, München, 1919. Preis 5 M. „Auf gut deutsch", Wochenschrift, München, Tengstr. 28.

Juden über das Proletariat, mit dessen Hilfe sie ihr verblümtes Sonderziel, die schrankenloseste Willkür- und Gewaltherrschaft zu eigensüchtigen Zwecken, erstreben. Die Vorgänge in Rußland und Ungarn, aber auch in München, sprechen eine zu deutliche Sprache.

Gewisse Leute reden vom Bolschewismus als von einer „Krankheit" und billigen seinen Vertretern also mildernde Umstände zu. In Wahrheit ist der Bolschewismus nur die offene Anwendung talmudischer, also echt jüdischer Grundsätze. Nach dem Talmud, dem heute noch verbindlichen Gesetzbuch Alljudas steht den Juden die alleinige Weltherrschaft zu. Alle Nichtjuden sind Tieren gleich zu achten, die nur deshalb in Menschengestalt erschaffen sind, weil sie so für die Juden besser arbeiten können. Das Leben dieser „Gottlosen" gehört dem Juden; wievielmehr ihr Eigentum[3])! Es ist also ganz folgerichtig, wenn sich die Juden, ihrem „Glauben" gemäß, in den Besitz aller Erdengüter setzen, sei es mit List oder mit Gewalt, wie in den jüdischen „Räterepubliken" Rußland und Ungarn, den Probeprovinzen der jüdischen „Weltrepublik".

Nur arische Arglosigkeit, die den Juden auch eine Art „wahren Gottes" und „wahren Glaubens" zubilligt, obwohl sie die Wahrheit selbst an's Kreuz geschlagen haben und in ihrem „Glauben" immer noch kreuzigen, vermag zu glauben, daß der Jude ja auch ein Mensch sei wie etwa der Deutsche oder der Italiener. Wohl ist der Jude auch ein Mensch, aber seine sittlichen Grundlagen sind seit Jahrtausenden so entartet, daß der jüdische „Glaube" heute das Gegenteil einer sittlichen Weltauffassung darstellt. Die kurz erwähnte, aber bei weitem nicht erschöpfte Theorie des Talmud ist der richtige Schlüssel zu den Taten des Judentums, wie sie sich heute in der „krankhaften" bolschewistischen Bewegung zeigen.

Daß der von Juden angezettelte und geleitete Bolschewismus tatsächlich nur ein Mittel zum alljüdischen Zweck, ein Werkzeug zur Aufrichtung der jüdisch-kapitalistischen Weltherrschaft ist, um alle bisher noch freien Erdenvölker unter die Zinsknechtschaft des in Judenhänden befindlichen Kapitals zu beugen, beweisen folgende Tatsachen und Erwägungen:

1. Woher kommen die Riesensummen, mit denen sich der Bolschewismus überall seine Anhänger erkauft? Etwa aus Proletarierkassen? Nein, der angeblich bekämpfte „Kapitalismus" streckt sie vor. Die Judasgelder fließen aus den Kassen der „goldenen Internationale". Solche Riesensummen sind für solchen Zweck weder bei uns noch anderwärts aus dem „Volke" zu holen. Nur Mammonarchen können sie auswerfen. In aller Welt ist es aber Juda, in dessen Händen sich der Reichtum ballt. Wenn aber die „goldene Internationale" für die „Weltrevolution" Millionen und Milliarden vorstreckt, so tut sie das nicht aus Selbstlosigkeit, um den „Proletariern" auf die Beine zu helfen, sondern um mit Hilfe der erkauften Arbeiter ein Sonderziel zu erreichen. Was kann es sonst sein als ein kapitalistisches? Sonach ergibt sich: der Bolschewismus ist Werkzeug des Kapitalismus; seine Propagandagelder sind rentierliche Betriebsmittel. Ursprung und Ziel des Bolschewismus sind kapitalistisch.

2. Die Väter und Führer des Bolschewismus sind überall Juden. Juden in Rußland, Juden in Ungarn, Juden in Bayern. Bleiben wir bloß bei Bayern. Was hatten die nichtbayerischen Juden, die zugereisten Semiten Eisner, Toller, Levien, Leviné, Landauer, Wadler, Mühsam usw. für ein Interesse an Bayern? Warum wollten gerade sie das bayerische Volk „befreien"? Wenn ihnen die bayerischen Verhältnisse nicht paßten, warum kamen sie trotzdem zu uns und blieben nicht, wo sie waren? Darum! Sie kamen als politische Geschäftsreisende der „goldenen Internationale", der jüdischen Freimaurerfirma „Weltrepublik", um das freie deutsche und bayerische Volk an den jüdischen Ententekapitalismus auszuliefern. Der Beweis für die Tatsache, daß sie mit ihrem Umsturz keine deutschen und bayerischen Volksbelange, sondern ententistisch-kapitalistische Interessen verfochten, ergibt sich aus dem Umstande, daß sie den Umsturz in dem für uns allerunglücklichsten, für die Entente aber günstigsten Augenblicke „machten", in dem Augenblick nämlich, als wir angesichts des äußeren Feindes innere Geschlossenheit und Ruhe vor allem benötigt hätten. Deutsche Interessen haben die jüdischen Revolutionsmacher nicht gewahrt. Juden haben nur jüdische Ziele, das heißt kapitalistisch-imperialistische, wie die Theorie des Talmud eindeutig ergibt.

3. Daß der Bolschewismus nur Massenbetrug zum Nutzen des internationalen Kapitalismus ist, beweisen die Vorgänge in Rußland und Ungarn. In Rußland z. B. haben die jüdischen Volksverführer nur dadurch Anhänger gewonnen, daß sie die russischen Staatsschulden an das Ausland für null und nichtig erklärten. Heute, da die Juden Trotzki-Braunstein und Lenin-Zederblum glücklich Alleinherrscher aller Reußen sind, erkennt die Sowjet-Regierung die Forderungen des Entente-Kapitalismus wieder an. (Nach einer Meldung des Vorwärts vom 24. April 1919, Nr. 207.) Nach neueren Zeitungsmeldungen will Trotzki mit der Entente auf der Grundlage dieser Anerkenntnis jetzt Frieden schließen. Wer aber muß diese Schulden und Zinsen zahlen? Die jüdischen Massenbetrüger oder das „befreite Volk?"

4. Auch die bolschewistische Methode, die bewußte und absichtliche Verwüstung der Volkswirtschaft, ist nur ein Mittel zum jüdisch-kapitalistischen Sonderzweck. Einem Volke, dessen Wirtschaft zertrümmert ist, kann niemand aufhelfen als eben der „Kapitalismus", der dem bedauernswerten Gemeinwesen dann die notwendigen Gelder zum „Wiederaufbau" vorstreckt und es auf unabsehbare Zeiten in die Ketten der Zinsknechtschaft schlägt. Darum wütet der Bolschewismus, wie überhaupt der jüdische „Sozialismus", nicht gegen den eigentlichen Kapitalismus, die Zinsknechtschaft des Geldes, sondern nur gegen die werktätige Volksarbeit im Bergbau, in der Industrie, im Verkehrswesen und in der Landwirtschaft. Vor allem bekämpfen diese „Idealisten" den Kapitalismus nicht bei sich selbst, wie man meinen möchte. Sie schwelgen und prassen wie römische Cäsaren und bringen Gold und Geld der von ihnen „beglückten" Länder an sich, wie die Kun und Samuely in Ungarn zeigen, die mit unermeßlichen Schätzen das Weite gesucht haben, während sie dem ausgesogenen Volke 7 Milliarden falsche Banknoten hinterlassen haben. „An ihren Früchten werdet ihr sie erkennen."

5. Daß der jüdische Bolschewismus alles eher als völkische Ziele verfolgt, beweisen auch die Tatsachen des „deutschen" Umsturzes. Warum lassen gerade die jüdischen Aufwiegler das Volk in seiner schwersten Not nicht zur Ruhe kommen? Warum wüten und wühlen sie gerade gegen unseren wirtschaftlichen Lebensnerv, die Kohlenförderung? Die Juden Eppstein, Levins, Ruben, Ochel und Rost Wolffstein sind und waren es, die in den Kohlenrevieren die Streiks und Putsche anzetteln. Das Ziel dieser Umtriebe ist bewußt kapitalistisch, damit unser Geldkurs im Ausland immer tiefer sinkt, damit die Warenerzeugung verhindert werde, damit wir immer tiefer in die Abhängigkeit der Entente kommen, so daß wir zu den unerhörten Kriegskosten und Eigenschulden noch ungezählte Milliarden jüdisch ententistischer „Anleihen" zu verzinsen haben, die uns zur „Befruchtung" und zum „Wiederaufbau" unserer Wirtschaft gnädigst vorgestreckt werden, womit der Kapitalismus auch noch als unser Wohltäter und Retter erscheinen soll!

Das sind die wahren Ziele des Bolschewismus, der angeblich dem verruchten „Kapitalismus" zu Leibe geht, in Wirklichkeit aber in seinem Solde steht und seine Zwecke fördert. So sind Bolschewismus, Kapitalismus und Imperialismus ein Ding der Wirkung wie dem Wesen nach, das im Talmud in seinen geistigen Grundlagen genau bestimmt ist. Der jüdische Messias, dieser wahre Antichrist, ist daran, sein Weltreich aufzurichten unter den politischen Fittichen der Entente. Die letzten Bollwerke dagegen, die ohnedies längst unterwühlten Throne der Mittelmächte, sind gestürzt, die Altäre sind schon an der Reihe . . . „Umsturz ist der Stern Judas", gesteht der jüdische Geschichtsschreiber Graetz. Das Ziel ist ein „von Thronen und Altären befreites Zeitalter", wie ein anderer Jude verheißt.

Deutschland eine Provinz der jüdischen Weltrepublik, die sich unter dem Namen „Völkerbund" gefällt, das bisher freieste Volk der Welt ein Zinssklave des Entente-Kapitalismus — das sind die glorreichen „Errungenschaften der Revolution" und des „Friedens" auf Grund der 14 Punkte Wilsons, eines Friedens, den in Wahrheit die 3 Punkte-Brüder aller Welt und Alljudas seit Jahrzehnten für uns bereit hielten. Eine andere „Friedensmöglichkeit" gab es zu keiner Zeit während des Krieges.

---

3) Vgl die grundlegende Schrift des Salzburger Kanonikus und Professors Dr. August Rohling „Der Talmud-Jude". 12. Aufl. Verlag Herm. Beyer, Leipzig. Preis ℳ 1,20. — Diese Schrift bringt den unwiderleglichen Nachweis, daß der jüdische „Glaube" das Gegenteil der christlichen, ja überhaupt einer sittlichen Weltauffassung ist. Nur die Kenntnis vom wahren Inhalt des von den Juden mit Absicht so geheim gehaltenen Talmud erklärt so vieles, was uns bislang „rätselhaft" war.

Es wird dringend gebeten,

alle Zuschriften, welche den redaktionellen Teil betreffen, an die Redaktion der „Allgemeinen Rundschau" und nicht an eine persönliche Adresse zu richten.

Die berufliche Gliederung der deutschen Nationalversammlung in Weimar.

Von Dr. phil. Albert Franz, Regensburg.

Als der alte Reichstag und die übrigen bundesstaatlichen Parlamente im Sturm der Revolution untergegangen waren, erhob sich der Ruf nach „neuen Männern“. Man verlangte, daß künftig nur die „Unbelasteten“ in den Regierungen und Vertretungen die Geschicke der Staaten und des Reiches bestimmen sollten. Die alten Vertretungskörper, insbesondere der Reichstag hatten in allen Parteikreisen und Volksschichten so viel Mißtrauen gegen sich angesammelt, daß eine vollständige Bluterneuerung dieser Vertretungen angebracht erschien. Dies um so mehr, als es sich ja bei den neuzuwählenden Vertretungen um die Aufgabe handelte, das Reichshaus und die Bundesstaaten verfassungsmäßig neu- oder umzubauen. Naturgemäß mußte bei der Auswahl der Kandidaten für die Nationalversammlung in Weimar und für die Einzellandtage und nicht weniger für die Provinzial-, Kreis- und Gemeindevertretungen die Tatsache zum Ausdruck kommen, daß die Revolution gewisse politische und soziale Schichten von der politischen Bühne zurückzudrängen und andere an ihre Stelle zu setzen sich bemühte oder schon vermocht hatte. So gibt ein Ueberblick über die berufliche Gliederung der Weimarer Nationalversammlung in vielfacher Hinsicht einen lehrreichen Einblick in die Kräfte, die an der Wiege der Revolution standen und die sich stark gemacht haben, das zusammengebrochene Vaterland mit einem neuen tragfähigen Verfassungsgerüst auszustatten. Ohne an all die einzelnen Ergebnisse der Betrachtung dieser berufsstatistischen Gliederung weitere Folgerungen zu knüpfen, die leicht wohl auch zu unberechtigten oder Fehlurteilen führen könnten, so sind manche Erscheinungen dieser Berufsgliederung doch zu auffällig, um nicht Aufsehen zu erregen und zum Nachdenken aufzumuntern.

Von den 423 Abgeordneten der Deutschen Nationalversammlung und den 397 Mitgliedern des alten Reichstages gehörten und gehören den nachbezeichneten Berufen an:

	Nationalversammlung	Alter Reichstag
Arbeiter, Arbeitervereins- und Gewerkschaftsbeamte, Organisationsführer i. allg., Parteibeamte	128	44
Redakteure, Verleger, Zeitungsbeamte, Schriftsteller	72	73
Juristen, Richter, Rechtsanwälte	37	62
Minister und höchste Staatsbeamte, auch a. D.	46	2
Landwirte, Großgrundbesitzer und bäuerliche Organisationsführer	38	87
Lehrfach (Volks- und Mittelschule usw.)	20	15
Gelehrte und Künstler, Universitätsprofessoren	10	5
Handwerker, Mittelständler	12	14
Fabrikanten, Industrielle, Hochfinanz, Generaldirektor	10	8
Privatangestellte	10	1
Geistliche	11	20
Mittlere Beamte	6	—
Untere Beamte	3	—
Kaufmann (Detail- und Großh.)	7	14
Ohne Beruf	10	11
Arzt	2	7
Soldatenvertreter	1	—
Offiziere a. D.	—	4

Von den jetzigen Mitgliedern der Nationalversammlung, welche als solche zurzeit Minister sind oder gewesen sind, stammen aus nachgenannten Berufen (Vorbildung und letzte Tätigkeit): 1. Minister: Becker, Hessen, Finanzminister (D.V.P.); 2. Parteiangestellte und Gewerkschaftsangestellte: Auer, Minister des Innern, Bayern (M.-Soz.), Schmidt Rob., Unterstaatssekretär, Preußen, Klaviermacher (M.-Soz.), Scheidemann, Buchdrucker (M.-Soz.), Ebert, Reichspräsident, Sattler (M.-Soz.), Bauer, Reichs-Ministerpräsident, Rechtsanwaltschreiber (M.-Soz.); 3. Buchdrucker und Geschäftsführer: Ernst, preußischer Minister und Polizeipräsident in Berlin (M.-Soz.), Ulrich, Hessen, Ministerpräsident (M.-Soz.), Braun, Düsseldorf, preußischer Landwirtschaftsminister (M.-Soz.), Hildenbrand, württembergischer Gesandter in Berlin (M.-Soz.); 4. Schriftsteller: Dr. David, Unterstaatssekretär (M.-Soz.), Erzberger, Finanzminister (Zentrum), Dr. Gradnauer, Sachsen, Minister des Innern (M.-Soz.), Noske, Reichswehrminister (M.-Soz.); 5. Landwirt: Dr. Wendorff, Schwerin, Landwirtschaftsminister (D. Dem. P.); 6. Richter, Rechtsanwalt: Haas, Baden, Minister des Innern (D. Dem. P.), Fischbeck, preußischer Minister für Handel und Gewerbe (D. Dem. P.), von Brentano, Justizminister, Hessen (Zentrum); 7. Oberlehrer, Lehrer: Hoffmann J., bayerischer Ministerpräsident (M.-Soz.), Sivkovich, mecklenburgischer Minister für Kultus und Unterricht (D. Dem. P.).

Die Zahl der Arbeitervertreter hat sich in der Nationalversammlung gegenüber dem alten Reichstag also verdreifacht, sie sind zumeist den Gewerkschafts- und Parteiangestellten entnommen; jedoch hat sich auch die Zahl der Organisationsführer der übrigen Berufsschichten bedeutend vermehrt. Die Zahl der aus der Presse und dem Schriftstellerstand Hervorgegangenen ist nahezu die gleiche geblieben. Eine ganz neue Kategorie von Mitgliedern stellt die Ministerklasse dar, nachdem die Einführung des parlamentarischen Regimes die Beibehaltung der Mitgliedschaft der Volksvertretung in Verbindung mit einem Regierungssitz auch bei uns gestattet hat; früher saßen nur zwei Minister bzw. Staatssekretäre a. D. im Reichstag. Vom volkswirtschaftlichen wie sozialen Standpunkt zu bedauern ist der Rückgang der Vertreterzahl der Landwirtschaft und des Mittelstandes; hat doch erstere die Hälfte eingebüßt. Auch die Zahl der Vertreter der Geistlichkeit ist bedauerlicherweise um die Hälfte zurückgedrängt worden, ebenso wie der Handelsstand ganz schwer zurückgesetzt erscheint.

Der Stand der mittleren und unteren Beamten ist zwar auch heute nicht annähernd seiner Bedeutung entsprechend vertreten, jedoch immerhin schon besser als im verflossenen Reichstag. Auch die Privatangestellten haben heute eine bedeutend bessere Vertretung. Eine reine Revolutionserscheinung ist der Soldatenvertreter (von der Ostfront, Grenzschutz), wie auch die Tatsache, daß der Offizierstand sich jetzt völlig von der politischen Bühne zurückgezogen hat, während dem Reichstag noch 4 Offiziere a. D. angehört hatten. — Zum mindesten ist jedenfalls aus der Aufstellung ersichtlich, daß wir noch recht weit von einer einigermaßen gleichmäßigen Vertretung der Berufsstände entfernt sind.

Die kirchliche Verurteilung der Theosophie.

Von Otto Zimmermann, S. J.

Der Kongregation des Heiligen Offiziums, die unter dem Vorsitze des Papstes selbst die Reinheit der Glaubens- und Sittenlehre hütet, hat die Frage vorgelegen: „Können die sogenannten theosophischen Lehren mit der katholischen Lehre vereinbart werden, und ist es erlaubt, theosophischen Gesellschaften beizutreten, ihren Versammlungen anzuwohnen und ihre Bücher, Zeitungen, Zeitschriften und Schriften zu lesen?“ Soeben hat sie die Antwort erteilt: „Nein, in allen Punkten“. Der amtliche Text steht laut der „Schweizerischen Kirchenzeitung“ Nr. 33 in der Augustnummer der Acta Apostolicae Sedis, die in Deutschland beim Erscheinen dieser Zeilen wohl eingetroffen sind.

Nicht bloß im romanischen Ausland, sondern auch in den Ländern deutscher Zunge war dieses Dekret seit geraumer Zeit ein Bedürfnis. Denn die Theosophen aller Schattierungen, von den ältesten Gründungen bis zur neuesten Absplitterung, den „Anthroposophen“ um Steiner, die Theosophen sachlich sind und auch in ihren eigenen Schriften stets hießen, behaupteten immer mit Nachdruck, sie lehrten den eigentlichen, wahren „esoterischen“ Sinn des Christentums, während die Kirche nur eine äußere Kruste, eine „exoterische“ Schale für die Unerleuchteten darbiete; es bestehe insofern zwischen Theosophie und Christentum nicht der geringste Widerspruch. Darum solle ein jeder bleiben, was er sei, auch Katholik, auch „frommer“ Katholik, wenn gewünscht mit häufigem oder täglichem Sakramentenempfang, nur sollte er alles theosophisch verstehen. Die theosophischen „Seher“ machten es ähnlich wie die spiritistischen „Geister“, die, wenn ihre Anhänger ihnen klagten, daß Geistliche ihnen den Spiritismus als unerlaubt erklärten, unverblüfft antworteten, daß man die Geistlichen, die es eben nicht besser einsehen, in diesem Punkt nicht als zuständig zu betrachten brauche. Das neue Dekret bringt nun durch eine klare Entscheidung jedem aufrichtigen, nicht Ausflüchte suchenden Kind

der Kirche zum Bewußtsein, daß die Theosophie mit katholischer Gesinnung nicht vereinbar ist. Wie in seiner ganzen Geschichte, duldet das Christentum auch heute keine hochmütige „esoterische“ Sekte, die anders denken und glauben will, als die „gewöhnlichen“ Jünger Christi. Auch ein Stück christlicher Demokratie.

Abgesehen von der Zeitgemäßheit des Dekretes leuchtet seine innere Berechtigung jedem Kundigen ohne weiteres ein. Die Theosophie ist in wesentlichen Stücken Irrlehre, nicht minder als die alte Gnosis, von derem Erbe sie zehrt. Ihr Gottesbegriff enthält durchweg pantheistische Züge; auch Steiners Schriften sind voll von pantheistischen Wendungen. Die Theosophen vermessen sich eines unmittelbaren Sehens der geistigen Welt, das die Kirche stets als ungesunden Mystizismus verworfen hat. Christus wird andern „Meistern“ ähnlich gestellt; bei Steiner ist seine Gottheit durch einen phantastischen „Sonnengeist“ ersetzt, überhaupt die ganze Christologie durch einen wahren Rattenkönig von christologischen Ketzereien entstellt. Der Mensch bestände nicht bloß aus Leib und Seele, sondern, der kirchlichen Lehre zuwider, aus einer beträchtlichen Zahl von Wesensteilen, über deren Abgrenzung indessen gerade bei Steiners verwirrter Darstellung keine Klarheit zu gewinnen ist. Am offensten und für viele am anziehendsten widerspricht die Theosophie dem christlichen Glauben von den letzten Dingen. Es gäbe nach ihr nicht, wie die Kirche lehrt, ein endgültiges „besonderes Gericht“ nach dem Tode, das über Himmel und Hölle entscheidet, sondern es herrscht das Gesetz der Wiederverkörperung — das Wort Seelenwanderung wird vermieden —, die Seelen kommen wieder und entwickeln sich empor, nach Steiner in 2100 Jahren zweimal, einmal als Mann und einmal als Frau, und was der abstoßenden Phantastik mehr ist. Geradezu unglaublich, was Steiner neben dem theologisierenden, auch an profanem Wahnwitz immer wieder abdrucken läßt und neben seiner neuesten Stuttgarter Tätigkeit für „Dreigliederung des sozialen Organismus“ zu verbreiten fortfährt.

Der Verfasser hat den Widerspruch zwischen Theosophie und Christentum in den „Stimmen der Zeit“ wiederholt dargestellt und einläßlich bewiesen. Von Theosophie im allgemeinen war die Rede Band 79 (1910), Heft 9 und 10, über Steiner im besondern Band 95 (1918), Heft 4—6. Stoff zur Beleuchtung des neuen Dekretes bietet in bezug auf Theosophie im allgemeinen C. Schlesinger, „Moderne Theosophie und altes Christentum“, Frankfurter Zeitgemäße Broschüren Band 33 Heft 9/10, (1914).

Der Aufstieg der Begabten.

Von Geistl. Rat Prof. Dr. Hoffmann, München.

Schon seit einer Reihe von Jahren hat man sich um eine Oekonomie der Volkskraft im nationalen Interesse bemüht. Der 4½ jährige Krieg hat an derselben nach ihrer physischen und psychischen Seite weiter eine große Verheerung angerichtet. Darum erscheint jetzt eine solche Fürsorge als eine Lebensfrage unseres so schwer heimgesuchten Vaterlandes. In Erziehung und Unterricht muß nun da der Hebel angesetzt werden. Viel ist gewonnen, wenn eine richtige Berufswahl einen großen Teil der Heranwachsenden an die ihnen entsprechenden Stellen im Leben führt. Durch die sogenannte Eignungsforschung soll dieses erreicht werden. Sie soll dartun, welche Anforderungen die einzelnen Berufsarten stellen; und dann ist zu untersuchen, ob und in welchem Grade der Jugendliche diesen entspricht. Hierin ist bereits viel geschehen. Weiterhin werden Vorkehrungen getroffen, auch zu prüfen, ob ein junger Mensch sich zu den höheren Berufen eignet; wenn ja, soll ihm in den Schulen die notwendige und seiner Eigenart passende Vorbildung zuteil werden. „Aufstieg der Begabten!“ ist eine zugkräftige Parole geworden. Die Absicht, die man hat, ist gut, gewiß auch die Sache selbst. Wie aber steht es mit der Möglichkeit ihrer Durchführung?

Die höhere Begabung sieht man vorzugsweise in der Intelligenz. Die Frage aber, worin das Wesentliche derselben liege, wird verschieden beantwortet. Die einen erblicken dasselbe in der allgemeinen Fähigkeit eines Individuums, sein Denken bewußt auf neue Forderungen einzustellen, andere in der Anlage des Kombinierens, andere in anderem. Es gilt nun die Intelligenz festzustellen. Bisher geschah dieses durch die Beobachtung im Unterrichte und im Verkehr. Die Jetztzeit hat ein neues Mittel gebracht, das wissenschaftliche Experiment; mit Vorliebe kommen in Anwendung die Tests, d. h. Stichproben; es sind dieses Prüfungsexperimente, mit denen in einem gegebenen Fall die individuelle psychische Beschaffenheit einer Persönlichkeit oder eine einzelne psychische Eigenschaft an ihr festgestellt werden soll. Vieles ist sicherlich erreicht, wenn bei einem heranwachsenden Menschen Richtung und Grad der Begabung offenkundig geworden ist; er kann durch eine gleichsam künstliche Zuchtwahl leichter an den richtigen Ort der Weiterbildung und damit auf den Weg zu dem ihm entsprechenden höheren Berufe geführt werden. Da beginnen indes bereits die Schwierigkeiten. Bisher wurde reichlich geklagt, daß die Schule die Fähigkeiten vieler ihrer Zöglinge nicht zutreffend erkannt habe. Die Vertreter der experimentellen Forschung in der Begabungssphäre zeigen sich für ihren Teil allerdings größtenteils sehr zuversichtlich. Doch nicht einmal alle Anhänger der Richtung selbst haben dieses große Vertrauen. Viele verhalten sich vielmehr sehr skeptisch gegen die Resultate der Prüfung, insbesondere durch die genannten Tests; diese seien aus derselben mechanischen Geistesrichtung der Angelsachsen geboren wie die darwinistische Theorie der natürlichen Zuchtwahl (Monatsschrift für höhere Schulen 1918, 5. u. 6. Heft, „Schülerbegabung“). Es unterliegt keinem Zweifel, daß die geistige Befähigung eines Menschen in weitgehender Weise auf dem experimentellen Wege offengelegt werden kann; aber zur untrüglichen Feststellung des unendlichen Reichtums geistigen Lebens wird niemals irgendwelche technische Empirie ausreichen.

Die Entwicklung der jungen Menschen ist in Rhythmus und Tempo verschieden. Welch einen Umschwung bringen nicht selten bei dem Heranwachsenden die fortschreitenden Jahre der Pubertät; sie stoßen alle früheren Berechnungen um. Gerade die moderne wissenschaftliche Pädagogik will sodann erkannt haben, daß die Kinder aus ärmeren Ständen langsamer vorwärts schreiten, daß sie aber mit der Zeit zu derselben Stufe aufsteigen können wie die aus besser situierten Familien, die sich rascher entwickeln. Dieses spricht auch der Hauptführer, der jüngst verstorbene Meumann, aus. Schon dieser Umstand müßte die Resultate der Untersuchung bedeutend erschweren und auch beeinträchtigen. Man hat deshalb in Hamburg zwischen reinen Entwicklungs-, reinen Begabungs- und reinen Milieutests unterschieden. Es wird zu alledem in der Schule die Befähigung zumeist nach der Fertigkeit in der Uebernahme gegebener Anschauungen und Urteile der Erwachsenen sowie in der Festhaltung und Wiederholung; der im Unterrichte gewonnenen Begriffe beurteilt werden müssen, dieses auch in den höheren Lehranstalten; die geistige Schaffenskraft kann sich weniger Geltung erringen. Das Geschick, fremde Gedanken zum Ausdrucke zu bringen, wird sich vordrängen; darin muß aber nicht immer eine besondere allgemeine Begabung gegründet sein. Und dann darf auch nicht vergessen werden, daß zwischen Schulbegabung und Lebensbegabung, d. h. der Befähigung, die erworbenen Kenntnisse auch praktisch zugunsten der vertretenen Sache zu verwerten, ein großer Unterschied ist. Man kann nicht selten die Beobachtung machen, daß gerade die intelligentesten Männer am wenigsten Geschick haben, in der Wirklichkeit zu schaffen. Soll die Prüfung gründlich und möglichst irrtumsfrei durchgeführt werden, dann erfordert sie eine recht komplizierte Tätigkeit, größte Erfahrung und ausgedehnte Kenntnisse. Die im praktischen Leben stehenden Erzieher, die noch anderes zu leisten haben als zu experimentieren, müßten sich schwer tun und die erzielten Resultate möchten nicht immer einwandfrei sein.

So hat sich denn bisher auch die Intelligenzprüfung mehr auf die großen Städte beschränkt, die teilweise pädagogische Laboratorien besitzen. Hier wurde zugleich das Schulwesen dementsprechend eingerichtet, um den Erwählten das Vorwärtskommen zu ermöglichen und zu erleichtern. So ist es in Berlin, Breslau, Charlottenburg, Dortmund, Dresden, Elberfeld, Erfurt, Frankfurt, Freiburg i. Br., Homburg, Hildesheim, Kiel, Königsberg, Leipzig, Mainz, Mannheim, Nürnberg, Schöneberg und Wiesbaden. Nur von einer Landgemeinde, einem Fabrikorte, werden derartige Veranstaltungen berichtet, es ist dieses Mühlheim a. M.

In dieser Einschränkung auf die Städte sehen wir aber eine große Gefahr gerade für das Prinzip, dem man Geltung verschaffen möchte. An die Kinder vom Lande und aus den Provinzialgemeinden tritt demnach die Begabungsprüfung, die nun einmal entscheiden soll, zumeist nicht heran; da zudem die Städte die Bildungsanstalten nach ihren eigenen Plänen einrichten, bleibt für die übrige Jugend nicht viel mehr übrig, um so mehr, als die Gründung allgemeiner, staatlicher Schulen unter

diesem Partikularismus leiden muß. Damit werden von dem Grundsatze des Aufstieges der Begabten ganze Volksschichten ausgeschlossen, und zwar gerade solche, in denen ein nicht geringes Maß von körperlicher und seelischer Gesundheit wohnt, und die bei dem bisherigen freien Spiel der Kräfte und der gewährten finanziellen und moralischen Mithilfe für alle Arten des höheren Berufes hervorragende Vertreter gestellt haben. Für die Katholiken ist die Sache auch deshalb besonders wichtig, weil wir gerade aus der Provinz den größten Teil unserer Kraft ziehen. Darum heißt es zusehen, daß nicht unter der Parole „Aufstieg der Begabten!", „Freie Bahn den Tüchtigsten!" u. ä., unsere Glaubensgenossen von vornherein zurückgehalten werden.

Das bisherige Vorgehen in der Sache berücksichtigt fast ausschließlich die Verstandesseite der Jugend, ist also intellektualistisch; dieses geschieht, trotzdem der Intellektualismus auf dem Erziehungsgebiete in der neuen Zeit im allgemeinen geächtet ist und nach Bildung des Charakters und der Persönlichkeit gerufen wird. Beachtung dieser Forderung und vielleicht auch eigene Erkenntnis von der Haltlosigkeit und Unfruchtbarkeit des Intellektualismus führten dahin, daß in einigen Orten, wie z. B. in Berlin, nun die Jugend auch auf technische und ästhetische Veranlagung geprüft werden soll.

Diese Zutat kann uns jedoch nicht genügen. Ohne sittliche Willensstärke und moralische Integrität eines Menschen bietet auch die größte Ausbildung in Wissenschaft, Technik und Kunst keine Gewähr, daß diese zum Nutzen der Gesellschaft verwertet wird; nicht selten begegnen wir dem direkten Gegenteil. Die Berliner Begabtenschule will deshalb auch die Charaktereigenschaften der Kinder durch Beobachtung und selbst systematisch erforschen, insbesondere ihre Stellung zu dem Gemeinschaftsleben ergründen. Dieses soll in Ferienheimen geschehen. Das Verfahren dürfte kaum zu einwandfreien Ergebnissen führen; denn das Verhalten des jungen Menschen in den Freuden des Landaufenthaltes wird nicht immer seinem Auftreten in den Versuchungen und Kämpfen des Lebens entsprechen. Doch was würde es auch nützen, wenn die Resultate der Prüfung nicht zu beanstanden wären, da die Männer, welche in unserer Bewegung die Leitsätze und Wege angeben, von einer sittlichen, gar positiv religiös-sittlichen Erziehung nichts wissen wollen? Für eine solche haben sie in ihrem System keinen Platz. Fremd ist ihnen die Metaphysik, fremd ein transzendentes Wesen, fremd die Substantialität der Seele und fremd sogar eine klare verlässige Vorstellung vom Willen. Ihr Ideal ist die religionslose Einheitsschule. Der unentbehrliche Wert der Religion für eine den ganzen Menschen umfassende Bildung und Erziehung bleibt völlig ungenützt. Darum sind diese mangelhaft. Die religionslos erzogenen Begabten werden deshalb in ihrer Mehrzahl gewiß nicht die erhofften Früchte sehen lassen. Die Gesellschaft darf Höheres erwarten von einem gut veranlagten und gebildeten und charakterfesten Mann, als von einem hervorragend begabten, dessen Willen ungeschult blieb.

Noch auf ein Bedenken sei hingewiesen: Es wird gesagt, in der letzten Zeit habe man aus lauter Fürsorge für die Schwachen und Zurückgebliebenen die Besten fast übersehen. So ganz allgemein ist diese Behauptung gewiß nicht richtig. Jetzt aber tritt die Gefahr auf, daß man aus Rücksicht auf die Ausgewählten die guten und mittleren Kinder zu wenig berücksichtigt. Diese aber bilden das Rückgrat der Gesellschaft.

Aufstieg der Begabten! Wird auch das Leben dem Rechnung tragen, wird es diesen Wechsel einlösen? Neben den Ursachen, die verschuldet oder unverschuldet in dem einzelnen selbst liegen, bringen die tatsächlichen Verhältnisse gar manche Schranken und Hemmungen für das Vorwärtskommen. In nicht wenigen Stadtverwaltungen, staatlichen Aemtern, sogar Finanzinstituten entschied bisher über den Aufstieg in der Stellung des Mannes nicht immer Begabung und Tüchtigkeit sondern die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Religion, Partei, zu einem Studentenkorps, akademischen Gesangverein u. ä. So war es im alten Deutschland auch in den meisten Staaten; namentlich in Preußen und den norddeutschen Gemeinwesen wurden die Begabten aus den Katholiken, also einem sehr ansehnlichen Bruchteile der Bevölkerung unseres Vaterlandes, von dem Vorrücken in die höheren Aemter systematisch zurückgehalten. Den nie verstummenden Paritätsklagen trat man mit der Behauptung entgegen, es seien keine geeigneten katholischen Persönlichkeiten für diese Aemter da. Diese konnte schließlich allerdings auch mit einigem Rechte gemacht werden, da die Katholiken schon ausgeschaltet wurden, bevor sie als Anwärter für gehobene Stellen hätten in Betracht kommen können. Sie waren gleich an solche Posten gekommen, wo sie ihr Können nicht zu zeigen vermochten, oder sie wurden an anderen nicht befördert.

Wie wird es wohl in dieser Hinsicht im neuen Deutschland werden? Der höheren Schule droht schwere Gefahr; sie wird politisiert. Zöglinge besuchen öffentliche Versammlungen, machen hier Radau und gehen darauf aus diese zu sprengen. Damit wird der Geist für ein nutzbringendes Studium verloren. Die Bestimmung über den Unterrichtsbetrieb wird den Fachkundigen, d. i. den Lehrern mehr und mehr entzogen. Schülerausschüsse und -versammlungen, Elternvereine und -beiräte wollen Methode und Ziel sowie Maß der erforderlichen Kenntnisse bestimmen. Damit wird der allgemeine Niedergang des Studiums eingeleitet. Deutschland wird in Zukunft unter dem republikanischen Zeichen stehen. Da lehrt die Erfahrung, daß in solchen Staaten die Zugehörigkeit zur herrschenden Partei für das Aufsteigen in den höheren Aemtern entscheidend ist. Wenn wir auch von den Uebergangsverhältnissen ganz absehen wollten, die eine Verkennung und direkte Verachtung der Schulbildung aufweisen[1]), so müssen wir auch für die Zukunft fürchten, daß die Begabten, denen man in der Schule den Aufstieg gesichert hätte, denselben im Leben nicht immer finden werden; es müßte denn sein, daß sie auch die Fähigkeit hätten, das Opfer ihrer politischen, vielleicht auch religiösen Ueberzeugung zu bringen. Die Geschichte der französischen Republik beweist dieses zur Genüge. Berüchtigt wurde z. B. das Fichessystem, nach dem die Offiziere durch die Loge und ihre Kreaturen überwacht wurden; sogar ihr persönliches religiöses Verhalten machten diese zum Gegenstande der Anschuldigung. Wenn vielleicht auch nicht die geheimen Gesellschaften, so werden, wie wir fürchten, kirchenfeindliche Mächte den Aufstieg der Begabten, wenn sie religiös und kirchentreu sind, im neuen Deutschland gleichfalls zu hintertreiben trachten.

Wir möchten uns darum nicht allzuviel versprechen von den Bestrebungen, die Begabten zum Aufstieg in den Schulen zu bringen; wir müssen aber fordern, daß diese nicht einseitig nur in den größeren Städten gesucht werden und die heranwachsenden Jugendlichen in den Kleinstädten und auf dem Lande faktisch ausgeschlossen werden; auch diesen sollte man die Möglichkeit bieten, in die Reihe der Auserwählten einzutreten. Dann müssen wir Wege finden, um ihnen eine verlässige religiös-sittliche Charakterbildung zu vermitteln. Diese soll sie befähigen, ihre Ueberzeugung zu wahren und für dieselbe Opfer zu bringen, damit sie nicht den Aufstieg im Leben sich erkaufen wollen um den Preis der Verzichtleistung auf die innere Ueberzeugung. Zeitperioden, in denen Selbstsucht und Charakterlosigkeit herrschen, fordern aber starke Persönlichkeiten.

Der neue Staat und die Pflege der Denkmäler.

Von Dr. O. Doering.

Der alte Staat mit seiner im Materialismus versunkenen Kultur ist zugrunde gegangen, der neue läßt es bisher an Zeichen dafür fehlen, daß er dem Idealismus als seinem Leitsterne folgen werde. Das Gegenteil ist vielmehr sicher, auch wenn wir die jetzigen Zustände nur als vorübergehend ansehen wollen. Mit dem Verfalle der Vaterlandsliebe ist neuerdings als Begleiterscheinung die Abneigung weiter Kreise gegen alles Herkömmliche, Geschichtliche, Gewordene scharf hervorgetreten. Unter solchen Umständen drängen sich bange Fragen auf: Was wird in Zukunft aus den Denkmälern unserer alten Kultur, Kunst, und Geschichte werden? Wird der Staat gewillt sein, die Verpflichtung zur Denkmalpflege auch fernerhin anzuerkennen? Oder sollen jene herrlichen alten Besitztümer künftighin dem Belieben, dem guten Willen, der Gleichgültigkeit, der Habsucht, der Roheit, sollen sie durch das alles dem baldigen, sicheren Verderben preisgegeben werden? Müssen wir es erleben, daß die in jenen Dingen liegenden, nicht toten, sondern bisher kraftvoll lebendigen Kulturwerte — Werte von unermeßlicher Bedeutung!

---

[1]) Man vergleiche die Aemterbesetzung, bei der der Höhepunkt ein Ad. Hoffmann als preußischer Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung ist, sodann die Urteile über Universitäten und Gymnasien, bzw. die Reformvorschläge; hierüber kann Näheres ersehen werden z. B. in den Grundlinien der Revolutionierung der Hochschulen, welche die „Gesellschaft für neue Erziehung, Kommission für Hochschulen" unter dem Vorsitze von Dr. Ludwig Gurlitt aufgestellt hat („Bayer. Kurier", Nr. 100), dann im Artikel „Klassenhochschule und Volkshochschule" der „Münchener Post", Nr. 97 aus der Zeit der bayerischen Räterepublik, der ihr wohl aufgezwungen war (?).

— uns und unserer Zukunft durch Vernachlässigung und Verschleuderung geraubt werden?

Die Antwort auf diese Fragen hat die am 7. und 8. Juli in Berlin stattgehabte Denkmalpflegetagung gegeben. Sie war nicht öffentlich wie in früheren Jahren — man hatte sich angesichts der jetzigen Schwierigkeiten des Verkehrs usw. auf Einladung eines engeren Kreises beschränkt; Vertreter des Auslandes fehlten überhaupt. Aber dem weniger bedeutenden äußeren Umfange der Veranstaltung entsprach nicht die große Wichtigkeit der Verhandlungen, die als Grund- und Leitsatz vorweg verkündeten: Jetzt ist der Augenblick da, Stellung zu einer der höchsten Angelegenheiten der wahren, d. h. der idealen Kultur zu nehmen; jetzt erst recht ist es Zeit, die edelsten Güter unseres Volkes zu schützen und zu fordern, daß die Pflege der geistigen Interessen auch von dem neuen Staate als Pflicht anerkannt werde!

In zwei Gruppen lassen die Denkmäler unserer Vorzeit sich zerlegen, in weltliche und kirchliche. Die letzteren sind weitaus in der Mehrzahl, aber auch zu den ersteren gehört ein unermeßlicher Schatz von Kostbarkeiten der Baukunst, Malerei, Bildnerei und der angewandten Künste — zum größten Teile vereinigt in den Schlössern der Fürsten. Beiden Gruppen droht schwere Gefahr: dem fürstlichen Kunstbesitze durch den erzwungenen Rücktritt seiner bisherigen Eigentümer und Beschützer, dem kirchlichen durch die Möglichkeit, daß bei der Trennung von Kirche und Staat der letztere sich seiner bisher gewissenhaft anerkannten Erhaltungspflicht entzieht. Somit ergaben sich für die Verhandlungen der Berliner Tagung zwei Hauptthemata, nämlich 1. das künftige Schicksal der Fürstenschlösser und des sonstigen fürstlichen Kunstbesitzes, und 2. die Trennung von Staat und Kirche in ihrer Bedeutung für die Denkmalpflege. Ein dritter, ursprünglich nicht mit ins Auge gefaßter Teil der Erörterungen galt dem Verhältnisse von „Krieg und Denkmalpflege". Die Anregung dazu war durch eine Anfrage gekommen, die der holländische Altertumsverein im Haag an die beiden Vorsitzenden des Denkmalpflegetages gerichtet hatte.

Das gleiche Thema ist auf diesen Tagungen schon zweimal sehr ausführlich behandelt worden, 1915 in Brüssel und 1917 in Augsburg. Es war deshalb diesmal nichts eigentlich Neues dazu zu sagen. Nur kurz ging der Berichterstatter, Prof. Dr. C. Gurlitt, Dresden, auf den schon ehemals von ihm gemachten Vorschlag ein, die im Bereiche von Kampfereignissen befindlichen wichtigsten Baudenkmäler mit weithin sichtbaren Schutzabzeichen zu versehen. Im jetzigen Kriege haben unsere Gegner jedes Eingehen auf diesen verständigen Vorschlag unterlassen und dadurch sich selbst zum Schaden manches Unheil verschuldet. Prof. Gurlitt ist indes der Meinung, daß die Durchführung dieser Maßregel sich bei künftigen Gelegenheiten werde durchsetzen lassen, und daß zu diesem Zweck eine internationale Kommission geschaffen werden müsse. Ich möchte schon die Möglichkeit der Einführung solcher Zeichen, noch viel mehr aber ihren Nutzen im entscheidenden Falle bezweifeln. Doch mag immerhin der Versuch zu einer solchen Erweiterung der Haager Konvention in mancher Art anregend und aufklärend wirken. Im übrigen brachte dieser Teil der Tagung noch die bemerkenswerte Mitteilung, daß ein von Prof. Dr. C. Clemen in Gemeinschaft mit 22 Denkmalpflegern bearbeitetes Werk über „Kunstschutz im Kriege" soeben erscheine; ein Buch, das der Zukunft gegenüber die Lügen unserer Gegner bloßstellen und widerlegen und die Ehre unseres Heeres retten wird. Der Vorsitzende benutzte die Gelegenheit zu einem lebhaften, wahrlich im höchsten Grade verdienten Danke für die von der deutschen Heeresleitung unter unsäglichen Schwierigkeiten im Felde geübte Denkmalpflege. Sie hat sich nicht nur in erfolgreichem Schutze, sondern auch in literarischen Leistungen von größter wissenschaftlicher Bedeutung betätigt. Erinnert sei nur an das Monumentalwerk über die Cisterzienserklöster in Belgien, sowie an die großartig organisierte, von Kaiser Wilhelm II. geförderte photographische Inventarisation der Kunstdenkmäler in jenen Gebieten, eine Arbeit, die der deutschen Forschung ein höchst umfangreiches und überaus wertvolles Material zur Verfügung gestellt hat.

Das erste der beiden Hauptthemata betraf einen Gegenstand, dessen außerordentliche Bedeutung ohne weiteres einleuchtet. Sind doch die fürstlichen Schlösser nicht nur vom künstlerischen Standpunkte aus wichtig. Sie sind auch Kulturzeugnisse ersten Ranges, dazu Urkunden der persönlichen Art ihrer Erbauer, überhaupt von hervorragendem geschichtlichem Werte. Die staatliche Denkmalpflege hat sich ihrer bisher aus erklärlichen Gründen nicht so annehmen können, wie sie es gewünscht hätte, und wie es in manchem Falle notwendig gewesen wäre. Kommt jetzt die Auseinandersetzung zwischen dem Staate und den fürstlichen Familien, so wird dieser alte Kultur- und Kunstbesitz besonders zu berücksichtigen sein, derart, daß sein Wert ungeschmälert und ungefährdet bleibt, dabei aber der Oeffentlichkeit in weitestem Maße zugute kommt. Diese Auseinandersetzung ist noch nicht überall erfolgt und das Schicksal der Fürstenschlösser mit all ihrem kostbaren Inhalte noch nicht entschieden. Die Besprechungen lieferten einen Ueberblick über die einschlägigen Verhältnisse in den meisten deutschen Staaten. Nicht überall sind die Aussichten sonderlich günstig, nicht durchweg ist es bei den Umwälzungen ohne Unheil abgegangen, im ganzen freilich zum Glück nicht so schlimm, als man fürchten könnte. So ist z. B. in Braunschweig, wo es bekanntlich besonders arg zuging, das herzogliche Schloß samt seinem Kunstbesitze sorgfältig geschont worden. Baden hat es sogar schon zu einer Abmachung gebracht, laut welcher der Privatbesitz der großherzoglichen Familie dieser verbleibt. Gesichert erscheint auch die Erhaltung der bayerischen Schlösser. Die Feste Koburg wird dem Großherzog als Wohnung zugestanden. Die Wartburg bleibt unangetastet. Aber das sind Einzelheiten, deren Schlichtung z. T. ohne sonderliche Mühe erfolgen konnte. Dem steht gegenüber einerseits die Regelung der fürstlichen Rechte und Ansprüche, anderseits eine Menge von mehr oder weniger weitgehenden, bisweilen geradezu abenteuerlichen Plänen und Absichten der jetzigen Machthaber. Auch Verhältnisse von ganz eigenartiger Lagerung kommen vor. So wurde auf die Tatsache hingewiesen, daß Kaiser Wilhelm II. im Widerspruch zu dem Testamente des Grafen Schack dessen (freilich in verärgerter Stimmung) zur Ueberführung nach Berlin bestimmte Gemäldesammlung in München belassen hat. Endlich gibt es Rücksichten, die, wie die herrschende Wohnungsnot, wenigstens zeitweilig zu einer dem Denkmälerschutze nicht entsprechenden Benutzung der Schlösser zwingen können. Mit Recht wies der bayerische Generalkonservator Dr. Hager darauf hin, daß man auch einfachere Zimmer in den Schlössern nur dann zu Wohnungszwecken hergeben solle, wenn der Weg zu ihnen nicht durch kostbare Räume führt. Besser als Bewohnung ist jedenfalls die Benutzung zu Lager- und Magazinzwecken. Man hat auch daran gedacht, Schlösser zu Sanatorien einzurichten. Doch wurde nachgewiesen, daß nicht eins von ihnen sich dazu eigne und daß die entsprechenden Umbauten Millionen in Anspruch nehmen würden. Allgemein war die Auffassung, die natürlich auch die einzig richtige ist, daß Prunkräume (man denke nur an die herrlichen Säle in den Schlössern Ludwig's II., in Nymphenburg, Würzburg, Aschaffenburg, Landshut!) überhaupt unberührt bleiben müssen, keinem praktischen Zwecke dienstbar gemacht werden dürfen. Nicht minderer Schonung wie die Schlösser bedürfen auch die dazu gehörigen herrlichen Parkanlagen. Betreffs ihrer herrschte völlige Einheitlichkeit der Meinungen. Wo Versuche gemacht worden sind, dem Volke die Parks zu ungehinderter Benutzung zu überlassen, hat man es zu bereuen gehabt.

Dennoch sollen aber die Schlösser samt ihrem Zubehör der Oeffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Man wird dies nicht vermeiden können und auch nicht wollen trotz des von dem badischen Konservator Prof. Sauer mit Recht erhobenen Bedenkens, daß jene Dinge ursprünglich keineswegs für das Volk gedacht und bestimmt seien und jetzt, statt zu erfreuen und zu nützen, leicht dazu dienen können, parteipolitisch aufreizend zu wirken. Die Zulassung der Oeffentlichkeit denkt man sich (z. B. für die Münchener Residenz) so, daß sie auf die arbeitsfreien, dabei auch auf die abendlichen Stunden verlegt werde, weil viele Prachträume ihre Reize erst bei künstlichem Licht entfalten. Mit der Aufsicht können stellenlos gewordene Hofbeamte beauftragt werden. Führung würde wegfallen. Dagegen würden erklärende Vorträge den erziehlichen Nutzen dieser Besichtigungen steigern. In diesem Zusammenhange, und um gleichzeitig eine würdige praktische Benutzung der Schlösser zu ermöglichen, empfiehlt es sich, Museen in ihnen einzurichten, wie es z. B. auch mit dem Louvre geschehen ist. Viele sind hervorragend dafür geeignet. So die Schlösser zu Berlin, zu Stuttgart u.s.f. Der umgekehrten Absicht, sie ihres Inhaltes zu entkleiden, um damit Museen zu füllen, wurde mit Fug widersprochen. Ein kleines Museum mit gutgewähltem Inhalte kann oft mehr nützen, als ein großes überfülltes. Der Bilderbestand der Schlösser ist überhaupt gefährdet, zumal auch durch die Möglichkeit seines Verkaufes und seiner Abwanderung ins Ausland. In Baden hat der Großherzog freiwillig die Verpflichtung übernommen, solche Verkäufe zu unterlassen. — Im ganzen wirkten die in der Versammlung gemachten Mitteilungen leidlich beruhigend, wenn auch eine von dem geschäftsführenden Ausschusse des Denkmalpflegetages an die Volksvertretung gerichtete Eingabe bisher keineswegs von allen Regierungen beantwortet worden ist. Sicher würde der Vorschlag erwägenswert sein, nach italienischem Muster die Schlösser samt ihren Parks zu Nationaldenkmälern zu bestimmen. Am Ende dieses Teiles der Verhandlungen wurde eine Entschließung angenommen des Inhaltes, daß der Staat, um den Kunst- und Natursinn des Volkes zu stärken, die Pflicht der dauernden Erhaltung der Schlösser und sonstigen fürstlichen Wohnsitze mit den Gartenanlagen und der Ausstattung übernehmen, Schmälerungen ihres künstlerischen und geschichtlichen Wertes verhindern solle, daß ferner die in den Händen der fürstlichen Familien verbleibenden Schlösser in ihrer Eigenart erhalten bleiben sollen, endlich daß (einem alten Wunsche entsprechend) die in den Besitz des Staates übergehenden Schlösser der Aufsicht und Fürsorge der staatlichen Denkmalpflege unterworfen werden.

Die Erörterungen des zweiten Hauptthemas erhielten besonderes Interesse durch einen von dem Rechtshistoriker Geh.-Rat Prof. Dr. Stutz gelieferten Ueberblick über die einschlägigen Bestimmungen des neuen Codex iuris canonici. Zwei Stellen (c. 1280 und c. 1497 § 2) sprechen von den res pretiosae, den wegen ihres Kunst-, Geschichts-, Alters-, Sach- und Kulturwertes der Schonung bedürftigen Gegenständen. Die jetzigen Bestimmungen beruhen auf uralten Auffassungen. So auch die Vorschriften betreffs der Veräußerung von Kirchengut. Eine iusta causa, eine urgens necessitas, ein zwingender Vorteil oder unabweisbare Pietätsgründe gehören dazu. Nach erfolgter Abschätzung ist je nach der Höhe des festgestellten Wertes die Genehmigung des apostolischen Stuhles oder des Bischofs einzuholen, welcher letztere an die Zustimmung des Kathedralkapitels, des Diözesanverwaltungsrates und der Interessenten, in weniger wichtigen Fällen nur an die der letzteren gebunden ist. Auch Veränderungen an den kirchlichen Denkmälern müssen vom Bischofe genehmigt werden, jedoch ist ihm vorgeschrieben „prudentes ac peritos", mit anderen Worten denkmalpflegerisch sachverständige Männer anzuhören. Auch in allen diesen Dingen verteidigt der Kodex mit Kraft das Selbstverwaltungsrecht der Kirche, und sucht namentlich dabei die 1000jährige Geschichte der Patronate zum Abschlusse zu bringen. Der

Patronat stand bisher in Preußen gegenüber fast der Hälfte aller Kirchen dem Staate zu und damit auch die Tragung eines oft bedeutenden Teiles — bis zu 50% — der Baulasten. Zu diesen Zuwendungen kamen in Preußen ferner solche aus dem königlichen Gnadenfonds, sowie aus dem Dispositionsfonds des Kultusministers, auch freiwillige Geschenke des Staates. In Baden war der Staatspatronat zumeist schon beseitigt, so daß dort die Bau- und Erhaltungspflichten aus diesem Verhältnisse nicht abgeleitet werden konnten. In Bayern schuf das Konkordat ein förderliches Verhältnis zwischen Staat und Kirche, das auch der Pflege der Denkmäler zustatten kam, und von dem man hoffen möchte, daß es sich auch fernerhin erhalten ließe. Allenthalben in Deutschland hat den alten Kirchen ein wesentlichster Teil der öffentlichen Denkmalpflege gegolten. Sind auch nicht alle gleichwertig, so besitzen doch fast alle wenigstens irgendwelche schutzwürdige Gegenstände der Ausstattung. So haben sich die Gebäude bisher gut erhalten, und auch der Besitz an beweglichen Denkmälern ist im ganzen wenig vermindert worden. Die Veräußerung wurde durch die Scheu vor dem Gesetze, auch durch das Vorhandensein von Geldmitteln verhütet. — Jetzt aber kommt sicher die Trennung, die ein siegreicher Krieg hätte hintanhalten können, und sie kommt, trotz der durch sie hervorgerufenen Erregung. Mit ihr fallen alle ehemaligen Gesetze und Verordnungen, der Staat tritt auch zu den beiden großen Kirchengemeinschaften in ein Verhältnis wie zu den Juden, Mennoniten u.s.f., Schutz und Beaufsichtigung der Denkmäler hat ein Ende. Die Gemeinden haben ihre Kirchenbaulasten und dergl. allein zu tragen und werden je nach dem Grade ihrer religiösen Lebendigkeit nur mehr das Notwendigste tun können oder auch dies nicht mehr wollen. Niemand wird mehr die Macht haben, den Abbruch selbst kostbarster Kirchen zu hindern, so wie es noch vor 100 Jahren in Deutschland war. Erhalten wir eine Trennung wie in Frankreich, so hört jede kirchliche Denkmalpflege auf, und die Feindseligkeit des Staates hindert, daß auch allgemeine Bestimmungen dieser Art auf die Kirchen genügend angewandt werden. Gleichgültigkeit oder Geldmangel werden endlich dafür sorgen, daß die beweglichen Kunstwerke veräußert und verschleudert werden, wovon dann vor allem das Ausland den Vorteil haben wird.

Das alles steht bevor, wenn die Trennung sich schroff vollzieht. Nun ist aber doch zu hoffen, daß dies, schon aus Rücksicht auf die im Lande vorhandenen und wirksamen positiven Kräfte nicht der Fall sein, daß vielmehr ein verständnisvolles, ruhiges Abkommen, ein allmählicher Abbau des alten Verhältnisses stattfinden wird. Ist dies der Fall, so dürfte auch die fernere Ausübung der staatlichen Denkmalpflege an dem kirchlichen Besitze gesichert sein, nicht zwar aus kirchlichen Rücksichten, wohl aber weil der Staat, der auch jetzt kein Kulturfeind sein will und die Pflege der geistigen Güter zur Besserung des Loses der arbeitenden Klassen auf sein Programm geschrieben hat, diese Güter um ihres allgemeinen Kulturwertes willen nicht ungeschützt lassen kann. Die reichsgesetzliche Festlegung dieses Verhältnisses ist aber eine Notwendigkeit. So führte denn auch dieser Teil der Verhandlungen zu einer einstimmig angenommenen Entschließung, die im wesentlichen besagte, daß der Staat die Lasten der kirchlichen Denkmalpflege auch in Zukunft übernehme.

Eine weitere Entschließung galt dem Verbote der Ausfuhr beweglicher Kunstdenkmäler. Am ersten wie am zweiten Verhandlungstage kam dieser Punkt, wie schon angedeutet, wiederholt und mit besonderer Eindringlichkeit zur Sprache. Erwägungen für ein solches Gesetz werden schon lange gepflogen, doch ist die Sache bisher durch den Widerspruch der Privateigentümer an der Ausführung gehindert worden. Jetzt jedoch hofft man hierüber hinweg zu kommen, wenn die Reichsregierung sich des von der Denkmalpflegetagung ausgehenden Vorschlages mit Kraft annimmt.

Bühnen- und Musikrundschau.

Münchener Festspiele. Tristan bildete einen der Höhepunkte der Aufführungen im Prinzregententheater. Berta Morena verkörperte wieder die Isolde in idealer Weise sanglich und an darstellerischer Vertiefung kaum einen Wunsch offen lassend. Otto Wolf meistert die Partie des Tristan heute in noch gesteigertem Maße an Schönheit des Tones; eine klassische Gestaltung ist stets Benders König Marke. So wurde die Wiedergabe des gewaltigen Dramas unter Bruno Walters Führung zu einer wahrhaft festspielgemäßen. Ein glücklicher Gedanke war es auch, das alte Spiel von Jedermann in den Festspielrahmen zu fügen. Diese alte volkstümliche Kunst, von Hofmannsthal sehr feinfühlig erneuert, findet seit Jahren im Nationaltheater eine sehr packende Wiedergabe, welche die Gefahren einer unnaiven Theaterei und einer ablenkenden Schaulust klug zu meiden weiß. Einzelne Neubesetzungen haben das festgefügte Ensemble nicht gelockert. Die Mozartopern im Residenztheater gehören seit der Possart-Levischen Reorganisation zu dem Sehenswertesten, was unsere Bühne zu bieten vermag. Bruno Walter und Anton Fuchs wissen hier die wertvollen Traditionen zu wahren. Cosi fan tutte, ungezählte Male bearbeitet, ist dennoch für viele großen Bühnen von Rang so gut wie verschollen. Lebendig ist das textlich schwache, an musikalischen Köstlichkeiten so reiche Werk nur in der Levischen Erneuerung, die richtiger eine Wiederherstellung ist. Die Damen Bosetti und Willer boten musikalisch wieder Glanzvolles in der mit Erb und Brodersen, sowie Frl. Ivogün in bekannter Weise vortrefflich besetzten Aufführung. Nicht ganz schien mir Jerger in der Rolle des Alfonso Baubergers überlegene Gestaltung zu erreichen, dagegen war die Leistung des Künstlers als Figaro bedeutend. Sowohl „Figaros Hochzeit" wie die „Entführung" waren in der Gesamtwiedergabe vortrefflich, weniger einheitlich vollkommen erschien im großen Hause die „Zauberflöte". Als „Susanne" und „Blondchen" lernten wir Elisabeth Schumann kennen, eine aus Hamburg kommende Sängerin von ungewöhnlicher Kultur und Schönheit der Stimme. Der Gast ist nicht für München zu gewinnen. Rich. Strauß hat sie schon für seine neue Wiener Direktionsaera verpflichtet. Hervorheben wollen wir noch Hermine Bosettis Glanzleistung als Konstanze, die an stimmlicher Frische, Empfindung und technischer Meisterschaft noch so hoch steht, wie früher, so daß gegenüber mancherlei Gerüchten festgestellt werden muß, daß ein Ersatz für Hermine Bosetti weder gewünscht, noch erreicht werden kann.

Schauspielhaus. Karl Sternheim lernten wir 1912 kennen. Erst wurde uns in einer geschlossenen Vorstellung die von der Zensur verfolgte „Hose" vorgewiesen, dann präsentierten sich im Residenztheater Hofschauspieler in Unterhosen. Es gab einen großen Skandal. Die „Kasette" verschwand für immer und Exzellenz Speidel stellte sich ritterlich schützend vor Herrn Steinrück, der das Stück empfohlen hatte. Später sahen wir im Kammerspielhaus den „Bürger Schippel" und den „Snob". In der Verhöhnung des Spießbürgers, oder besser gesagt in der Entlarvung desselben sieht Sternheim seine dichterische Sendung. In „Tabula rasa", einem Schauspiel, das im Schauspielhause nun mit großem Beifalle aufgenommen wurde, will uns der Autor beweisen, daß sich auch unter der Geste des zielbewußten Proletariers nur die kleinlichen Ziele des spießbürgerlichen Egoisten verdecken. Die politisch erregte Atmosphäre des Stückes mit seinen Meinungskämpfen zwischen dem Sozialismus der Entwicklung und der Umwälzung durch Gewalt mutet an, als sei das Manuskript gleichsam noch mit nasser Tinte an die Bühne gelangt. Herr Sternheim legt aber ganz besonderen Wert auf die Festellung, daß „Tabula rasa" schon 1915 geschrieben, und er ist sichtlich stolz auf seinen Weitblick. Im Frühjahr 1914 hatte sich Sternheim zu dem öffentlichen Bekenntnis bemüßigt gesehen, daß er aufrichtigen Ekel vor allem Deutschtum hege. Vaterländische Gefühle haben also wohl nie den Blick dieses Herrn getrübt und so mag seine kalte Intelligenz schon 1915 das „ça ira" kommen gesehen haben. Was Sternheim zu einem großen Satiriker fehlt, ist Standpunkt, Glaube, Weltanschauung. Seelisch unbeteiligt, übergießt er alles mit Hohn; er sieht überall nur Lächerlichkeiten und weiß sie schonungslos bloßzustellen. — Dem alten Kunstglasbläser Wilhelm Ständer geht es für seine Bedürfnisse sehr gut, wie die ganze Arbeiterschaft durch zahlreiche Wohltätigkeitseinrichtungen sich recht annehmbarer Verhältnisse erfreut. Wenn sie dennoch jetzt zum hundertjährigen Jubiläum der Firma den Bau einer Arbeiterbibliothek für 1 Million fordert, so entspricht dieser Wunsch mehr agitatorischem, als wirklichem Bedürfnis. Ständer läßt sich einen Agitator aus Berlin kommen, einen Hetzer, der alle Wohlfahrtseinrichtungen, alles, was den Arbeiter zufriedener, im Kampfe gegen den Kapitalismus lauer machen könnte, haßt. Ständer jongliert geschickt zwischen diesem Spartakushelden und der gewerkschaftlichen Richtung und sieht zugleich mit Befriedigung, daß die Fabrikleitung sich zu Konzessionen bereitfindet. Sie will einen Arbeiter zum Mitdirektor ernennen, um durch diese Geste ihre Solidarität mit der Arbeiterschaft zu zeigen. Ständer schlägt die Stelle aus und bezeichnet einen harmlosen Alten als geeignete Persönlichkeit, welcher unter der Last der Verantwortung bald zusammenbrechen wird. Der bei seinen Genossen, wie bei der Fabrikleitung als selbstloser Menschenfreund dastehende Ständer verschafft sich eine Pension, kann nun tun und treiben, was er mag, „welch' ein Glück, keine Kinder zu haben". Er braucht jetzt auch nicht mehr seine Hummermayonnaise hinter herabgelassenen Vorhängen zu genießen, jetzt ist er frei und bedarf der Maske des zielbewußten Genossen nicht mehr. Was dem Publikum gefiel, war der überlegene Spott, mit dem der hohle Klang einer Phraseologie aufgedeckt wird, die in unseren Tagen allzuoft an unser Ohr klingt. Auch wie der Autor mit einer gewissen monistischen Aufklärungsliteratur, die in Kreisen der Halbbildung so viel gläubige Anhänger hat, abrechnet, ist von einer starken Komik, wobei allerdings

Sternheim sich aus Schicklichkeitsgründen keine Schranken auferlegt. Die Darstellung wuchs oft über den Wert des Stückes hinaus. Aus der durchaus konstruierten Figur des überklugen Proletariers Standner schuf Herr Gerhard einen fesselnden Charakter, an dem selbst die unvolkstümliche Sprache kaum störte. Sehr gut zeichnete Raabe den harmlosen, von den Führern geschobenen Genossen. Es ist schade, daß Sternheim uns nur erzählen läßt, wie diese Null zusammenbricht, als der Alte das Ideal in sich verwirklicht sieht, sein und seiner Genossen Schicksal mitbestimmen zu sollen. Dem Spartakuswirrkopf gab Bankel überzeugendes Temperament und die arbeiterschmeichelnde Rede des Fabrikdirektors brachte Koch einen spontanen Applaus. Auch die Frauenrollen waren alle sehr wirksam besetzt. Wie früher vom Bourgeois, gibt Sternheim von den Proletariern nur Zerrbilder. Letztere werden vielleicht gekränkt sein, vielleicht wird gesagt werden, ein „reaktionäres" Publikum lache aus Schadenfreude. Reinkünstlerische Wirkungen sind Sternheims boshafter Muse versagt.

Herkulespillen. Die Truppe, welche in dem ehemaligen Variété Blumensäle, von ernsthafter Kritik unbeschwert, dem Unterhaltungsbedürfnis dient, bringt seit einiger Zeit einen französischen Schwank, der sehr üble Erinnerungen weckt. Diese Herkulespillen wurden vor längeren Jahren im Schauspielhause verabreicht, und wir hatten geglaubt, die Schleier der Vergessenheit nicht mehr von diesem üblen Machwerk ziehen zu müssen. Von den leichtfertigen Pariser Schwänken, von denen vor dem Kriege unsere Bühnen verseucht wurden, ist dieser einer der schmutzigsten. Selbst ein Blatt, wie die „M. N. N.", die sonst hierbei sehr nachsichtig sind, sehen sich, allerdings erst nach einer verlockenden Besprechung, zu folgendem Nachsatze veranlaßt: „Im übrigen — man braucht keine „moralinsaure" Denkart zu haben, wenn man der Einfuhr dieser zweifelhaften literarischen Auslandskost abhold ist. Vier Jahre sind wir davon verschont geblieben. Hat es jetzt solche Eile?" — Wir haben leider die begründete Befürchtung, daß es allen robusten Theatergeschäftsleuten bald wieder „eilen" wird, nns die Pariser Novitäten möglichst schnell zu servieren. Höhnend werden wieder französische Schwankautoren Tausende an Tantièmen einstreichen, zur Verschlechterung unserer Valuta und unserer Sitten. Daß Possen, wie die Herkulespillen das schon sehr eingeschläferte Anstandsgefühl noch weiter ertöten, der sittlichen Verlotterung noch mehr Vorschub leisten, kann kein Einsichtiger leugnen. Aus Anlaß einiger gräßlicher Morde ist unlängst die sozialistische Münchener Post für eine Kultivierung der Presse eingetreten (192), in der sehr richtigen Erkenntnis, daß die breit ausmalenden Zeitungsberichte solcher Scheußlichkeiten der Jugend schaden könnten. Ist es aber vielleicht weniger schädlich, wenn ein volles Theater den Lustmord an der Wedekindschen Lulu miterlebt oder in widerlicher Ausmalung die Wirkungen sieht, die die nach dem florentinischen Rezept des Machiavelli in Pillenform verabreichte Mandragola auf einen Pariser Schwankhelden ausübt? Warum ist man nicht konsequent und fordert auch die „Kultivierung" der Schaubühne?

Verschiedenes aus aller Welt. In Montecatini bei Florenz ist Ruggiero Leoncavallo gestorben. Der Ruhm des 1858 zu Neapel geborenen Tondichters konzentriert sich auf die 1892 geschriebene Oper I. Pagliacci, obwohl er dem auch in Deutschland ungezählte Male gegebenen „Bajazzo" noch manche Oper folgen ließ. Auf Bestellung Kaiser Wilhelms II. schrieb Leoncavallo den „Roland von Berlin" (1904). Daß der welsche Künstler dem märkischen Stoffe fremd gegenüberstehen mußte und somit kein Werk von bleibendem Werte zu schaffen vermochte, war zu erwarten gewesen. Mit Mascagnis „Cavalleria rusticana" wird der Bajazzo so bald nicht von den Spielplänen verschwinden. Das naturalistische Musikdrama, wechselnd in farbensatter Untermalung dramatischen Zusammenpralls und volkstümlicher Rührung, erreicht in diesen beiden Stücken die ihrer materialistischen Grundlage möglichste künstlerische Höhe. — Die Städte Bayreuth, Amberg und Weiden haben zur Pflege guter Theaterkunst einen Zweckverband gegründet. Die von den drei Städten gemeinsam unterhaltene Truppe wird eine neunmonatige Spielzeit haben. — Die Wiederaufnahme der Bayreuther Festspiele wird auf günstigere Zeitumstände verschoben. — Einen Ferienkurs über Theaterfragen veranstaltet der Bühnenvolksbund (Vereinigung zur Theaterpflege im christlich-deutschen Volksgeist) am 24.—27. August in Frankfurt a. M. Mitteilungen versendet die Geschäftsstelle daselbst, Eschersheimer Landstr. 144. — Am 13. September, dem hundertsten Geburtstage Klara Schumanns finden in Zwickau, der Geburtsstadt ihres Gatten Robert Schumann, Festspiele statt.

München. L. G. Oberlaender.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Zur Kohlenkatastrophe — Deutschlands Valutarückgang auf den fünften Teil des Vorfriedenswertes — Eine neue Prämienanleihe? — Gegen die Steuerdrückerei.

„Sache des deutschen Volkes wird es jetzt sein, den Willen zum Leben durch Wahrung der Ruhe und Ordnung, durch unermüdliche Arbeit, durch treues Zusammenhalten in unserer neugeschaffenen staatlichen Ordnung zu betätigen. In den Händen des Volkes liegt unser Schicksal: ob wir zugrunde gehen oder ob wir, wenn auch langsam und unter vielen Opfern zu neuem staatlichen Gedeihen auferstehen. Wir glauben an das deutsche Volk". Diese von Präsidenten Fehrenbach unter dem lauten Beifall der Nationalversammlung zu Weimar anlässlich der Eidesablegung des Reichspräsidenten Ebert auf die Reichsverfassung gesprochenen Worte geben namentlich bei der Betrachtung über die abgelaufene Berichtswoche das Spiegelbild unserer Wirtschaftslage. Namentlich die **katastrophale Situation** der Deutschen Kohlenversorgung spricht hierbei Bände. Deutlich wurde dies dokumentiert in der Essener Sitzung des „Ausschusses zur Prüfung der Arbeitszeit im Bergbau", woselbst die Sachverständigen wie u. a. Geheimrat Glöckner und Generaldirektor Kongeter die Lage des deutschen Kohlenmarktes dahin kennzeichnen, „dass wir in sechs Wochen dem Zusammenbruch entgegensteuern, wenn es nicht gelingt, die Förderung von Kohle zu steigern. An die Lieferung von auch nur 20 Millionen Tonnen an die Entente sei offenbar nicht zu denken, es sei denn, dass sämtliche Hochöfen ausgeblasen werden müssen und das Wirtschaftsleben zum Stillstand kommen sollte. Eine Einfuhr von Auslandskohle sei, abgesehen davon, dass im Auslande selbst grosser Kohlenmangel herrsche, schon durch die ungünstige Gestaltung unserer Währung so gut wie ausgeschlossen". Arbeitervertreter aus dem Berliner Baugewerbe baten bei dieser Konferenz die Bergarbeiter eindringlichst um Steigerung der Kohlenförderung, da, nachdem jetzt schon auf dem Baumarkt der Grossstädte täglich hunderte von Arbeitern entlassen werden müssten, wegen Kohlenmangel zur Herstellung der nötigen Baustoffe bei einer weiteren Verschärfung der Lage **eine Katastrophe** unvermeidlich sei. Hoffentlich ergeben die Verhandlungen des Reichsarbeitsministeriums mit den Verbänden der Bergarbeiter und der Zechen greifbare Resultate hinsichtlich der Prüfung der Mittel, die zur Steigerung der deutschen Kohlenförderung beitragen können. Die Fragen des Lohns, der Arbeitszeit, Nahrungsverbesserung, Wohnungsreform spielen hierbei mit. Bayerns Kohlennot wurde durch den langanhaltenden oberschlesischen Generalstreik ausserordentlich gefahrdrohend. Man rechnet hier, wie auch in Norddeutschland leider mit weiteren zahlreichen Stillegungen von Industrieunternehmungen.

Die **Börse** kam naturgemäss zu durchaus ungünstigen Schlussfolgerungen und zu schwachen Tendenzen, dies um so mehr, als auch hinsichtlich des Arbeitsmarktes die Lage für die nächste Zukunft unserer Industrie keineswegs eine Besserung zulässt. Mangel an Rohstoffen, dies wiederum eine Folge der aufsehenerregenden **Verschlechterung der deutschen Markwährung im Auslande**, ist mit ein Hauptgrund. Der jetzige Stand der fremden Devisenkurse bei uns und die weitere Entwertung der Reichsmark auf den fünften Teil unserer früheren Geldbasis verursachten an der Börse die weitere Depression auf unserem Rentenmarkt. Und diese Stimmung wurde verstärkt durch die Meldungen über die Neuausgabe der durch die genehmigten Milliardenkredite notwendig gewordenen Fundierung der schwebenden Schuld, vornehmlich durch den Plan einer Prämienanleihe. Steuerliche Begünstigungen, hochgestaffelte Prämien und andere Vorzüge dieses neuen Anleihesystems veranlassten selbstverständlich heute schon Abgaben der älteren Emissionen, namentlich der Kriegsanleihen! Die abfällige Kritik über einen völligen Zusammenbruch des deutschen Kredites im Auslande, hervorgerufen durch die Pressepolemiken aus der Schweiz und Holland über amerikanische Drohungen bei einem Vollzug der Massnahmen **gegen die Kapitalflucht** bildeten hierbei den Hauptgesprächsstoff. In der Tat scheint, dadurch veranlasst, die bereits in Weimar genehmigte Abstempelung von Noten und Effekten, besonders die Herbeiziehung der deutschen Auslandsguthaben neuerlich in Frage gestellt zu sein. Jedenfalls machten sich in der Konferenz des Reichsfinanzministeriums mit Sachverständigen aus allen beteiligten Berufskreisen ernste Bedenken hierwegen, namentlich hinsichtlich der technischen Durchführbarkeit und Zweckdienlichkeit bemerkbar. Mit Recht sind dagegen wirksame und scharfe Massnahmen gegen die Steuerdrückerei und Kapitalflucht als Vorbedingung bezeichnet worden. Jedenfalls eine Folge dieser Polemiken ist der anhaltende Rückstrom an papiernen Zahlungsmitteln an die Bankkassen und dadurch an die Reichsbank, welche jedoch anderseits eine fortgesetzte Abnahme des unersetzlichen Goldbestandes ausweist.

München. M. Weber.

Schluß des redaktionellen Teiles.

„Sonntag ist's“ ist unsere beste katholische Familienzeitschrift.' Erfleiner Bote 14. November 1917.

„Sonntag ist's“

Eine Zeitschrift mit Bildern. Herausgeber Dr. Alfons Heilmann.

Vornehme, glänz. illustr. Familienzeitschrift. Alle 14 Tg. erscheint auf den Sonntag ein Heft.

Bezugspreis viertelj. durch die Post frei ins Haus Mk. 3.31, im Halbjahr Mk. 6.62, der ganze Jahrgang Mk. 13.24.

Was bietet „Sonntag ist's“?

Spannende Originalromane und klassische Erzählungen der größten Meister. — Sonntagsgedanken über Lebensführung und Wege zum Glück. — Prachtvoll illustrierte Aufsätze über Länder und Völker, schöne Landschaften und Städte, Sitten, Gebräuche und Trachten, alte und neue Volkskunst religiösen und weltlichen Inhalts, Hausgeräte, Tier- und Pflanzenwelt, besondere Berücksichtigung der mühsamen, segenschaffenden Arbeit des Volkes aller Berufe. — Wertvolle kleinere Erzählungen. — Humoristische Beiträge. — Kindersachen. — Hauswirtschaftliches. — Zahlreiche ein- und mehrfarbige Kunstbeilagen.

Verlangen Sie durch Postkarte Gratis-Probeheft v. Verlag v. „Sonntag ist's“, Werbeabteilung München, Hofmannstr. 1.

Leserstimmen über „Sonntag ist's“:

Walldürn, 16. Mai 1919: „Endlich nach langem Regen wieder Sonnenschein, so konnte ich sagen, als heute nach langer Zeit wieder „Sonntag ist's“ eingetroffen ist.“ O. L., Musiker.

Hauzenberg, 20. Mai 1919: „Teile Ihnen höflichst mit, daß ich schon langjähriger Abonnent Ihrer Zeitschrift „Sonntag ist's“ bin und mir selbe ausgezeichnet entspricht. Frz. X. G.

Villach, 22. Mai 1919: „Mit Freuden begrüßen wir jedesmal die schönen Hefte, es freut uns, daß selbe nur Erstklassiges bieten, feinen Druck und Bilderschmuck haben und wieder mit Kunstbeilagen schöner Bilder versehen werden. Gewiß ist auch der 1. Jahrgang schon recht schön und gerne möchten wir denselben besitzen. Wir rekommandieren die schöne Zeitschrift auch gerne bei unseren Bekannten. Unsere lb. kranke Dame hat „Sonntag ist's“ besonders in ihr Herz geschlossen und äußerte sich: Wenn ich einst gestorben bin, müßt ihr mir die Hefte noch in den Himmel nachsenden.“ Frau V. G.

Eitting, 8. Juni 1919: „Spreche Ihnen hierdurch meinen innigsten Dank aus für die gütige Zusendung von „Sonntag ist's“. Besonders freut mich, daß diese herrliche Zeitschrift nunmehr wieder wie früher die wundervollen Kunstbeilagen enthält. Der kleine Preisaufschlag fällt einer solchen Ausstattung gegenüber überhaupt nicht ins Gewicht.“ A. K.

Münster i. Westf., 1. Juli 1919: „Ich freue mich, die Gelegenheit benutzen zu dürfen, Ihnen zu dem so sehr gehaltvollen, mit prächtigen Illustrationen ausgezeichneten „Sonntag ist's“ meinen Glückwunsch aussprechen zu dürfen. Solch ein Blatt fehlte schon lange und ich habe auch bereits Gelegenheit genommen, dasselbe in der hiesigen Pastoralkonferenz gründlich herauszustreichen. Möge Gottes Segen nach allen Seiten auf Ihrem Unternehmen ruhen. F. M., Kaplan.

Geschäftsführer

für eine katholische Verlagsgesellschaft und Druckerei, der technisch und kaufmännisch ausgebildet ist, die amerikanische Buchführung bilanzsicher beherrscht, wird **gesucht.** Derselbe kann als **Teilhaber** in die Gesellschaft eintreten. Angeb. unter Nr. 19632 an die Geschäftsstelle der „Allgem. Rundsch.“, München.

Meine Werke dem König!

Opera mea Regi. Ps. 44. **Betrachtungspunkte zur Heiligung des Tagewerkes im Schimmer des ewigen Lichtes. Band 1. Tag um Tag.**

Herausg. v. O. Gageur in Verbindung mit Welt- und Ordensgeistlichen.

1. Heft. Meine Werke dem König.
2. Heft. So sollt ihr beten!
3. Heft. Ich muß wirken, so lange es Tag ist.
4. Heft. Arbeite in allem und erfülle dein Amt.
5. Heft. Meine Wonne ist es, unter den Menschenkindern zu sein.
6. Heft. Einer trage die Last des andern.
7. Heft. Warum seid ihr so furchtsam.
8. Heft. Er gebot d. Winden.
9. Heft. Ruhet ein wenig!
10. Heft. Lasset uns gehen im Frieden!
11. Heft. Freuet euch i. Herrn!
12. Heft. Selig sind die Trauernden.

Preis jedes Heftes 30 Pfg. zuzüglich des üblichen Teuerungszuschlags. Die Sammlung wird fortgesetzt. In Vorbereitung: Opfer und Harfe. Betrachtungen für's Kirchenjahr im Anschluß an Missale und Brevier. Heft 1 auf Verlangen überall hin zur Einsichtnahme.

Verlagsbuchhandlung K. Ohlinger, Mergentheim a. Tbr. Wttbg. — Postfach 25.

Wichtige, sehr zeitgemässe Belehrungen

sind enthalten in nachstehenden Werken unseres Verlages, die durch alle Buchhandlungen zu beziehen sind.

Die Weltanschauung des Katholiken. Für weitere Kreise der Gebildeten älteren und neueren Irrtümern gegenübergestellt von Th. Mönnichs S. J. Vierte, vermehrte Auflage. Preis kartoniert Mk. 3.—, gebd. 3.50.

Seit langen Jahrzehnten hat der deutsche Katholik manchen ungerechtfertigten Angriff auf seine Kirche und seinen heiligen Glauben hinnehmen müssen, und die unruhige Gegenwart hat hierin wahrlich keinen Wandel zum Besseren geschaffen. Das vorliegende Buch will den kath. Christen wappnen, um den Einwürfen der Glaubensgegner mit Nachdruck und Erfolg entgegentreten zu können. Das Hauptgewicht ist nicht so sehr gelegt auf die Widerlegung gegnerischer Meinungen und ungereimter Anschuldigungen, als auf ein entschiedenes Verfechten des kath. Standpunktes. Das fesselnd geschriebene Buch sollte weiteste Verbreitung finden, vor allem in der kath. Diaspora. Dem Priester und Seelsorger leistet es wesentliche Hilfe für Predigt und Katechese, mehr aber noch für die praktisch-religiösen Unterweisungen in Vereinen und Sodalitäten.

Philosophie und Weltanschauung. Skizzen zur Einführung in das Studium der Philosophie und zur philosophischen Orientierung für weitere, gebildete Kreise. Von Dr. Heinrich Funke. Vierte Auflage. Preis gebunden Mk. 6.50.

Das vorliegende Werk enthält lichtvolle, von sittlichem Ernste durchwehte Darbietungen über das Wesen und die Eigenschaften der Philosophie, über die subjektiven Vorbedingungen zu ihrem Studium und über den Weg zur wahren, philosophischen Weltanschauung. Besonders herausgearbeitet ist der Gegensatz jener dauernden Philosophie, die sich in Uebereinstimmung mit dem Christentume befindet, zu dem modernen Philosophieren, das treffend als philosophische Unnatur hingestellt wird.

Kirche und Schule nach kirchlichem Recht. Von B. Rasche, Domkapitular. Preis geheftet 50 Pfg.

Die Verdrängung der Kirche aus der Schule war schon seit Jahrzehnten der wiederholt ausgesprochene Lieblingsgedanke der früheren Regierung. Der heutigen Herrschgewalt, die sich überwiegend aus glaubensfeindlichen Elementen gebildet hat, konnte der Plan, einen solchen Gedanken in die Tat umzusetzen, erst recht nicht fernliegen. Das Werk betont die alten, heiligen Rechte der Kirche auf die Kinderseelen und damit auf die Schule. Eltern, Lehrer und Erzieher, überhaupt alle katholischen Kreise sollten sich mit dem Inhalt dieses Buches vertraut machen, dessen billiger Preis die allgemeine Verbreitung wesentlich erleichtert.

Zu den angeführten Preisen tritt ein Teuerungszuschlag von 10%.

Paderborn. Bonifacius-Druckerei.

Ein Heiliger des 20. Jahrhunderts!

Um Seelen

Leben und Tugenden des Franziskaners Valentin Paaquai († 1905).

Geh. M 3.—, gebdn. M 4.—.

Nach dem Flämischen des P. Remaklus Moonen, bearbeitet von El. Wörmann. 231 S. 8°, mit Bildnis. 4. Auflage.

Für alle nach christlicher Vollkommenheit strebenden Seelen, besonders für alle Söhne und Töchter des hl. Vaters Franziskus und seine Verehrer als geistige Lesung geeignet. Das Leben dieses, vor 12 Jahren im Rufe der Heiligkeit verstorbenen Franziskaners sollte überall bekannt werden. Wer es liest, wird erbaut, tief gerührt und zur Nachahmung angespornt. Es zeigt, wie auch gegenwärtig mitten in der modernen Welt die Kirche Gottes noch Heilige hervorbringen kann. Das so frisch und innig geschriebene Buch hat in kurzer Zeit vier Auflagen erlebt.

Verlag von Hermann Rauch in Wiesbaden.

Vogelfutter-Mischung

für Kanarienvögel in Packung zu 1.— Mk. versenden geg. Nachn. bei Mindestabnahme von 5 Paketen. **Gebrüder Hambrecht**, Samenhandlung, Freiburg im Breisgau beim Münsterplatz.

Hadern und Knochen

sortiert und unsortiert.

Strumpfwolle, Neutuch, Zeitungen kauft zu reellen Preisen von Privaten und Händlern, Anstalten, Klöstern usw.

Adolf von der Heiden, München, Baumstr. 4.

Telephon Nr. 22285. — Bahnzustellung. München-Süd. Bahnlagernd.

Oberammergauer Kruzifixe

in allen Größen, in einfacher bis feinst künstlerischer Ausführung, für Kirchen, Klöster, Schulen und Haus empfiehlt

Hans Bauer
Holzbildhauerei
Oberammergau (Bayern)
Ludwigstraße 121 b.
Preisliste gratis.

Heirat.

Suche für meine Schwester, mitte 40, (jed. von bedeutend jüng. u. gewinnendem Aussehen), kath., aus nur achtbarer Familie, 20 Mille Mitgift u. sch. Ausstttg., charaktervoll. Mann in gesich. Stellung zwecks Ehe.

Off. mit Bild und näheren Angaben unter K. M. 19648 an die Geschäftsstelle der „Allgem. Rundschau“ erbeten.

Aufruf!

Auf Grund unzähliger aus allen deutschen Gauen eingetroffener Zuschriften hat der unterzeichnete Bund beschlossen, auch die Auslieferung der Heerführer, U-Bootskommandanten und der übrigen Opfer zwecks Wahrung der deutschen Nationalehre mit allen Mitteln zu hintertreiben.

Eigentlich müßten die alliierten und assoziierten Regierungen nunmehr, nachdem sich ihr hysterischer Siegestaumel einigermaßen gelegt hat, zur Einsicht gekommen sein, daß sie durch eine Bestrafung des Kaisers, der Heerführer usw. nicht nur uns, sondern vor allem sich selbst unzerstörbare Schanddenkmäler errichten würden.

Fest steht schon jetzt, daß sich gegebenenfalls die Feinde die Verlangten selbst holen müssen, denn kein Deutscher wird sich dazu hergeben, die frevelhafte Festnahme bezw. den Transport jener getreuen deutschen Staatsbürger zu bewerkstelligen. Schwerlich dürfte man in Paris oder London darauf rechnen, daß sich die deutsche Reichsregierung zum Büttel der Entente machen wird, um der ihr aufgezwungenen „Judas Ischariot-Aufgabe“ gerecht zu werden.

Unschuldige haben im allgemeinen keine Veranlassung, sich zu weigern, einer gerichtlichen Ladung Folge zu leisten. Da es aber von vornherein klar erkennbar ist, daß die Betroffenen keinen vorurteilsfreien, gerechten Richtern überantwortet werden, so stellt hiermit der Bund im Namen der Millionenzahl seiner Mitglieder an jene Entente-Opfer die energische Forderung, sich unter allen Umständen zu verbergen bezw. ins neutrale Ausland zu flüchten. Persönliche Anschauungen müssen vollständig in den Hintergrund treten, denn in einer derartig bedeutungsvollen Vaterlandsangelegenheit darf es naturgemäß nur heißen: „Geschlossen einer für alle!“ — — Wenn Du Dich stellst, muß sich voraussichtlich auch Deutschlands greiser Eckehard, unser Hindenburg, auf seinen Spießrutengängen durch die Straßen Paris und Londons von den durch Haß, Lug und Trug aufgepeitschten Pöbelmassen anspeien lassen. Vor einer solchen unendlich schweren Schmach bewahre der Himmel uns und unsere Nachkommen!

Da zum Lebensunterhalt aller dieser Nationalschützlinge, für die der Bund nötigenfalls so lange Sorge tragen will, bis Gras über die wahnwitzige Angelegenheit gewachsen sein wird, ganz beträchtliche Summen benötigt werden, erbittet die Zentralstelle des Bundes von seinen Mitgliedern und von denen, die es werden wollen, zur Gründung eines Sonderfonds „Treuschutzspende“ beliebige Zuwendungen! (Nach Auflösung des Bundes werden die übrigbleibenden Gelder an die verwundet in Feindeshand gefallenen Kriegsgefangenen verteilt werden.)

Bund deutscher Männer und Frauen zum Schutze der persönl. Freiheit und des Lebens Wilhelms II.

Görlitz, Berlinerstraße 41 / Hauptmann z. D. **Hering.**

Für die Redaktion verantwortlich: i. V. Dr. Jos. Kausen, für die Inserate und den Reklameteil: i. V. H. Sell.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München. Galeriestraße 35a, Gb.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich M 4.50.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis: Die 5 X gespaltene Grundzeile 75 Pfg., Anzeigen auf Textseite die 95 mm breite Zeile 375 Pfg.
Beilagen einschl. Postgebühren M 20 d. Tausend.
Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.
Rabatt nach Tarif.
Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig.
Erfüllungsort ist München.
Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt.
Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer.

Wochenschrift für Politik und Kultur. ✱ Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 36. München, 6. September 1919. XVI. Jahrgang.

Das Problem der Genuß- und Produktionsreform.

Von Universitätsprofessor Dr. Joh. Ude, Graz.

Jeder Minister, jeder Abgeordnete wiederholt es, und auf allen Bahnhöfen liest man immer wieder die Mahnung: „Arbeit oder sonst Hungerelend", und vom „Reichsnotopfer" wird salbungsvoll geredet. Was nun das deutsche Volk in Deutschland und Deutsch-Oesterreich braucht, sind *Waren*, zunächst wohl die notwendigen und unentbehrlichen Waren, und gerade an diesen leiden wir empfindlichen Mangel. Und nun sind unsere Finanzminister hüben und drüben an der Arbeit, um *Geld* aufzubringen. Zu diesem Zweck sollen neue Steuern ausgeheckt werden: Alkoholsteuern, Tabaksteuern, Luxussteuern, Mehlsteuer, Fleischsteuer, Zündhölzchensteuer usw. Allein so ziemlich unser ganzes Volk samt denen, die uns „regieren" — vielleicht einige wenige ausgenommen — sehen noch immer nicht, wo der Hebel für die Gesundung unseres gesamten Volkshaushalts angesetzt werden muß.

Sollen wir aus unserem furchtbaren Elend endgültig und sicher herauskommen, so muß in unseren Nationalversammlungen das *Problem der Genußreform* und der damit innig zusammenhängenden *Produktionsreform* zunächst studiert und dann in aller Ehrlichkeit vor dem ganzen Volk erörtert und daraus die praktischen Schlußfolgerungen gezogen werden. Statt dessen aber treiben sie mit verschwindenden Ausnahmen nur Parteipolitik — genau so wie in der Zeit unserer alten Parlamente. Unsere Nationalversammlungen sind alles andere eher als wahre Volksvertretungen. Unser Volk in der erdrückenden Mehrheit wie unsere „regierenden" Männer denken und handeln immer noch nicht wirklich sozial. Denn die Not der Zeit verlangt gebieterisch, daß unser Volk und unsere Vertreter, bevor sie das Problem der *indirekten Steuern* lösen, sich unbedingt mit der *Alkoholfrage* und der *Tabakfrage* und der *Unsittlichkeitsfrage* und der *Mode- und Luxusfrage* und der *Agrarfrage* gründlich auseinandersetzen. Bei der Beschäftigung mit diesen Fragen würde es unseren verantwortlichen Männern klar werden, daß z. B. das Volk in Deutschland von seinen jährlichen rund 20 Milliarden reinen Volksausgaben rund 8 Milliarden, also beinahe die Hälfte, für unsoziale, schädliche und absolut nicht notwendige Sachen ausgibt. Freilich müßte das deutsche Volk, um diese soeben erwähnten 8 Milliarden jährlich für nützliche und unentbehrliche und notwendige Dinge frei zu haben, auf den Alkoholgenuß und den Tabakgenuß verzichten, müßte die Reglementierung der Prostitution unbedingt aufheben, müßte die Unsittlichkeit aus dem Theater und Kino und aus unserer Literatur verbannen, müßte der Luxus- und Modeindustrie unbarmherzig zu Leibe rücken, müßte den Fleischwahn bekämpfen usw.

Würde z. B. Deutschland seinen Alkoholgenuß und Tabakgenuß streichen und würde es den Luxus und auch den Fleischgenuß auf die Hälfte beschränken, so stünden Jahr für Jahr 15 Millionen Menschen zur Verfügung — 15 Millionen arbeitskräftiger Menschen, deren Arme und Gehirne für die Herstellung sozial notwendiger und unentbehrlicher Waren (Wohnungen, Nahrungsmittel, Kleidung, anständigere Erholungsmöglichkeiten usw.) verwendet werden könnten, und es würden frei die in den soeben erwähnten Produktionszweigen investierten 23 Milliarden Mark. Freilich ist die *hierfür nötige Voraussetzung*, daß die Kenntnis von den verheerenden wirtschaftlichen, physiologischen und moralischen Schäden des Alkoholismus Gemeingut unseres deutschen Volkes wird, und daß unser deutsches Volk endlich auch einmal einsieht, daß wir Brot und gesunde Wohnungen notwendiger haben als Tabakgenuß, daß es nur der allgemeinen Volksernährung zugute kommt, wenn dem allgemeinen Fleischwahn gesteuert wird, und daß uns nichts dringender not tut als die Abschaffung der Unsummen des Volkseinkommens verschlingenden Kulturschande des öffentlich geduldeten Unzuchtslasters.

Ich muß gestehen, daß ich mich geschämt habe über die Art und Weise, wie z. B. die Tabaksteueraussprache in der Nationalversammlung in Weimar vor kurzem abgeführt wurde. Nicht ein einziger von den Abgeordneten oder Ministern hat in der Finanzaussprache das Genuß- und Produktionsproblem, auch nicht im entferntesten nur, gestreift, so daß wir annehmen müssen, daß unseren verantwortlichen Männern die Bedeutung dieses Problems überhaupt noch nie aufgestoßen sei. Oder ist es vielleicht für ein Volk, das nichts zu essen und anzuziehen und zu heizen hat, ist es für ein Volk, in dessen Mitte an 60% unter dem gesetzlichen Existenzminimum leben, nicht geradezu Gewissenspflicht, den unsozialen Genuß bzw. die unsoziale Produktion auf allen Linien rein nur aus wirtschaftlichen Gründen einzuschränken bzw. unmöglich zu machen? Das allgemeine soziale Wohl geht entschieden dem egoistischen Wohl des Alkoholkapitalismus, des Tabakkapitalismus, des Unsittlichkeitskapitalismus usw. vor; und darum hätten unser Volk und unsere Nationalversammlungen nichts Wichtigeres zu tun, als das Genuß- und Produktionsproblem, d. h. *das warenökonomische Problem in sittlich einwandfreier Weise zu lösen*. Es ist einerseits geradezu lächerlich und anderseits im höchsten Grade unverantwortlich, wenn unser deutsches Volk in Deutschland und Oesterreich — bei den anderen Nationen steht es allerdings auch nicht besser — als völlig geschlagenes Volk ruhig Jahr für Jahr rund 5 Milliarden Mark vertrinkt, wenn Deutschland es auch heute noch ruhig verantworten zu können glaubt, daß es 1,5 Millionen Hektar Ackerland (ein Gebiet größer als das Königreich Sachsen) nur der Alkoholerzeugung und 17000 ha des fettesten und besten Bodens der Tabakkultur widmet? Oder sollte man es als lächerlich finden, wenn ich unseren Abgeordneten und Finanzministern zumute, sie sollen dem Problem der Landwirtschaft und der Schlachtviehzucht ein größeres Augenmerk zuwenden und dabei bedenken, daß z. B. 1 ha Land der Menge nach zehnmal mehr Getreide als Fleischertrag liefert — dem Nährwert nach ungefähr 30mal mehr — daß das Fleischeiweiß 10 bis 15mal teurer ist als das Pflanzeneiweiß — daß z. B. 1 ha Wiesenland 180 kg Fleisch, 1 ha Nußwald dagegen 1800 kg eßbare eiweißreiche Kerne, das ist einen 72mal größeren Nährwert liefert usw.? Sollte man es als ein höchst überflüssiges Wissen bezeichnen, daß z. B. beim Verbrauen der Gerste zu Bier in Deutsch-Oesterreich und Deutschland viele Milliarden Meterzentner Nährstoff der Gerste einfach vernichtet werden, damit die Leute auf „ihr" Bier nicht verzichten müssen? Oder ist es etwa ein Zeichen von Rückständigkeit und Mangel an wirtschaftlichem Verständnis, wenn man darauf hinweist, daß viele Millionen, ja Milliarden Mark ins Ausland wandern für Kaffee, Tee, Gewürze und andere sehr entbehrliche Dinge — Milliarden, die wir für die Aufbringung unentbehrlicher Lebensmittel so dringend notwendig hätten?

Aber das ist es ja! Man hat oben und unten wohl salbungsvolle Phrasen vom „Opferbringen" und „Arbeiten" bei der Hand. Allein wenn unsere lieben deutschen Staatsbürger und Staatsbürgerinnen auf „ihr" Bier, auf „ihren" Schnaps, auf „ihren" Wein und Tabak, auf „ihren" Kaffee, auf „ihren" unsozialen Luxus, auf „ihre" vielfach unsittlichen Unterhaltungen usw. verzichten müßten, um das gesamte deutsche Volk wieder höher

zu heben, dann will man vom Opferbringen nichts mehr wissen. Ohne Reform des gesamten Genuß- und Produktionslebens wird es uns jedoch schlechterdings unmöglich sein, wieder hoch zu kommen. Das müssen sich die Nationalversammlungen zu Weimar und zu Wien gesagt sein lassen. Ohne Genuß- und Produktionsreform in ethisch einwandfreier Weise ist die Lösung unserer Finanzkrise einfach ein Ding der Unmöglichkeit. Je mehr Menschen für die Herstellung sozial schädlicher und nicht nötiger Dinge arbeiten, desto verzweifelter gestaltet sich für uns die wirtschaftliche Lage bzw. unser gesamter Volkshaushalt. Mit den Alkoholsteuern, Tabaksteuern, Luxussteuern usw., die natürlich um so größer sind, je mehr Alkohol und Tabak konsumiert und je mehr Luxus getrieben wird, wächst aber auch die Zahl derer, welche der Staat in den Siechenhäusern, Irrenanstalten, Armenhäusern und Kriminalen zu verpflegen hat und wächst auch die Zahl der moralisch und venerisch Geschädigten.

Zur weiteren Orientierung über diese hochaktuellen Fragen verweise ich auf meine kleine Broschüre: „Die Sanierung unserer Volkshaushaltsrechnung" (Graz, Oesterreichs Völker-Wacht). Bei dieser Gelegenheit ersuche ich alle Finanzmänner und alle Volksvertreter und Volkswirtschaftler, die im vorliegenden Artikel und in der genannten Broschüre niedergelegten Gedankengänge zu widerlegen — oder wenn sie dies nicht können, im Sinne der Problemstellung dieses Artikels und dieser Broschüre an den wirtschaftlichen Aufbau unseres Vaterlandes zu gehen. Meine Formel zur wirklichen Sanierung unserer finanziellen wirtschaftlichen Lage lautet und kann nur lauten: „Arbeit auf Grundlage einer ethisch-einwandfreien Genuß- und Produktionsreform."

Groß-Thüringen.

Von Redakteur Rud. J. Steimer, Dessau.

Durch den Fortfall der thüringischen Dynastien erhielt die zentralistische Bewegung in den thüringischen Kleinstaaten freie Bahn. Aber das Projekt Groß-Thüringen ist keine Errungenschaft der Revolution. Es hat schon seit langem die Regierungen und Parlamente der beteiligten Bundesstaaten beschäftigt und von einzelnen der entthronten thüringischen Fürsten muß gesagt werden, daß sie dem jetzt der Verwirklichung entgegengehenden Plane durchaus wohlwollend gegenüberstanden, so besonders der Fürst von Reuß und der sonst recht unpolitische, wenn auch streng konservative Enkel Karl Alexanders, Wilhelm Ernst von Sachsen-Weimar.

Die Schwerfälligkeit und Kostspieligkeit der kleinstaatlichen Verwaltung ist nirgends so sehr in das Bewußtsein auch des unpolitischen Menschen gedrungen, wie in den thüringischen Kleinstaaten. Nicht nur, daß selbst der größte dieser Staaten für eine Selbständigkeit mit Landtag und Einzelministerien zu klein ist, keiner dieser Staaten bildet ein zusammenhängendes Ganzes. In buntem Gemisch liegen zahllose Enklaven und Exklaven thüringischer und außerthüringischer Staaten durcheinander. Nur auf verhältnismäßig wenigen Gebieten, so dem der oberen juristischen Instanzen und der gemeinsamen Universität Jena konnte bisher eine Einheitlichkeit erzielt werden.

Die heutige Landkarte der thüringischen Staaten zeigt wenig von einer schärferen geographischen Abgrenzung Thüringens. Der alte völkische Begriff Thüringen fällt leider nicht mit dem heutigen politischen zusammen. Topographisch ist Thüringen das sich zwischen Harz und Thüringerwald, zwischen Saale und Werra einspannende Stück Mitteldeutschlands. Heute stoßen nur die Kreise Allstedt, Frankenhausen und Sondershausen noch ungefähr an die natürliche Grenze im Norden, sie liegen aber bereits als zwei getrennte Enklaven im Gebiet des preußischen Regierungsbezirkes Erfurt. Zu Thüringen gehört ethnographisch auch der bei Nordhausen ins thüringische Gebiet hereinragende hannoversche Teil des Eichsfeldes. Die Völkerscheide zwischen Thüringen und Franken war einstens der Rennstieg, der aber als Grenze heute nicht mehr in Frage kommt, da das politische Thüringen jenseits des Rennstieges einen Teil Meiningens, sowie das frühere Herzogtum Koburg umfaßt. Im Osten haben sich die Thüringer frühzeitig über die Saale hinweg in ursprünglich slavischem Lande angesiedelt und sich in der Gegend des Fichtelberges und in seinem nördlichen Vorlande bis zum weimarischen Neustadter Kreise hin mit Mainfranken vermischt. Im Westen ist die alte Grenze, die sich über die Höhen der Rhön hinzieht, noch ungefähr erhalten.

In Weimar trat nun vor einiger Zeit ein Parlament Groß-Thüringen zusammen, das sich aus Vertretern der Einzellandtage, des Handels, der Industrie usw. zusammensetzte. Das großthüringische Parlament hat sich in wochenlangen Erörterungen mit den verschiedenen Möglichkeiten zur Lösung der schwierigen Frage beschäftigt, ohne allerdings zu einem abschließenden Ergebnis gekommen zu sein, es scheint vielmehr, als sei die ganze Bewegung auf ein totes Gleis geraten.

Bei der Lösung des Problems Groß-Thüringen tauchte zuerst die Frage auf, ob es zweckmäßig wäre, die nicht eigentlich thüringischen, die südlichen fränkischen Teile, abzutrennen und Bayern zu überlassen. Der Gedanke wurde namentlich im Rahmen des von Nürnberg aus betriebenen Planes eines Groß-Franken erörtert und fand in einer gewissen Phase der Revolution in Koburg lebhafte Fürsprache. Es war indessen dabei zu beachten, daß eine jahrhundertelange Geschichte die thüringischen Franken von den bayerischen Franken zumal auf wirtschaftlichem Gebiete trennte. Die bayerischen Franken wohnen von Würzburg bis Hof in landwirtschaftlichen Ueberschußgebieten, die thüringischen Franken bedürfen in den Tälern und Hängen des Thüringer- und Frankenwaldes, im wald- und wasserreichen, aber feld- und wiesenarmen Gebirge landwirtschaftlicher Zuschüsse. Daher hat sich hier die Industrie angesiedelt, Porzellan, Korbwaren, vor allem die Weltruf besitzende und unter den deutschen Exportindustrien mit unter den ersten stehende Spielwarenindustrie. Auf diese Industrien sind die gesamten wirtschaftlichen Einrichtungen in Meiningen sowohl wie in Koburg eingestellt, ein ausgedehntes Kleinbahnnetz ist von großer Bedeutung. Alle Verkehrswege und staatlichen Einrichtungen weisen jedoch zu dem übrigen Thüringen, auch ist das Zusammengehörigkeitsgefühl der Bevölkerung sehr stark. Nichtsdestoweniger ist man jedoch in Koburg angesichts der bisherigen Ergebnislosigkeit der Weimarer Verhandlungen in sofern aktiv geworden, als man die Frage des Anschlusses an Bayern handfest angriff. Die bayerische Regierung trat dem Plane der Vereinigung stammesgleicher Bevölkerung und der Gebiete von gleicher wirtschaftlicher Struktur verständnisvoll gegenüber und machte der Koburger Bevölkerung eine Reihe von Zusagen, die sie das Aufgeben der eigenen Selbständigkeit nicht allzuschwer empfinden ließe. So z. B. wurden Sonderrechte hinsichtlich der Verwaltung und des Beamtentums zugesagt, der Ausbau des Bahnnetzes versprochen, außerdem wurde eine Gewähr übernommen für die Unterhaltung und Pflege der Koburger Kunstschätze. So bleibt nur noch das Ergebnis der Volksabstimmung in Koburg abzuwarten. Wenn auch die Dinge neuerdings dank einer auf anderen Gebieten liegenden Mißhelligkeit innerhalb der Koburger Regierung ins Stocken geraten zu sein scheinen, so wird doch der Anschluß Koburgs an Bayern nur noch eine Frage der Zeit sein.

Wenn indessen ein politisch und wirtschaftlich wirklich lebensfähiges Groß-Thüringen entstehen soll, so ist das nur dann möglich, wenn Preußen die in seinem Besitz befindlichen thüringischen Gebiete an den zu bildenden neuen Bundesstaat oder Staatenbund abgibt. Mit einem nur politischen Zusammenschluß der jetzt noch ziemlich unregelmäßig auseinander und durcheinander liegenden thüringischen Grenzstaaten wäre wenig gewonnen, wenn nicht gleichzeitig auch eine straffe Verwaltungs- und Wirtschaftseinheit erreicht würde. Solange aber die angestrebte Einheit durch preußisches Gebiet durchbrochen wird, ist das großthüringische Ziel unerreichbar. Einmal bleiben die Kreise Allstedt, Frankenhausen und Sondershausen als thüringische Enklaven im preußischen Gebiete liegen, dann aber ragen die preußischen Kreise Schmalkalden, Suhl und Ziegenrück, der größte Teil des durchaus thüringischen Regierungsbezirkes Erfurt, in das Gebiet des neuen Staatenbundes hinein; ein Anschluß des altenburgischen Ostkreises wäre nur möglich, wenn vom Regierungsbezirk Merseburg ein Streifen, der sich westlich von Eisleben, von Zeitz bis zur südlichen Grenze Hannovers zieht, in das neue thüringische Gebiet einbezogen werden könnte.

Nach den neueren Nachrichten scheint jedoch das ganze Einigungswerk der thüringischen Kleinstaaten an dem preußischen Widerstande zu scheitern. Nachdem bereits in der preußischen Landesversammlung die Regierung ablehnende Erklärungen abgegeben hatte, nahmen nun auch Vertreter der preußischen Landesteile, die für eine Zuteilung an Groß-Thüringen in Betracht kommen, eine ablehnende Haltung ein. Damit wird den thürin-

gischen Kleinstaaten, die nach dem Fortfall ihrer Dynastien keine Berechtigung zu ihrer Sonderexistenz mehr haben und, auf sich selbst gestellt, nicht leben und nicht sterben können, die Möglichkeit genommen, den Schritt auf dem Wege zur Reichseinheit zu tun, die man gerade von Berlin aus — in der Theorie — so sehr propagiert. In der Praxis hütet man sich aber sehr, diesem Ziele zuliebe irgendwelche Opfer zu bringen, die nach Lage der Verhältnisse mit der Abtretung der paar Kreise nicht einmal sehr schwer wären. Da die Reichseinkommensteuer unterwegs ist, können Steuerausfälle für Preußen nicht ernstlich in Betracht kommen, ebensowenig werden Ausfälle der Eisenbahneinnahmen ernst zu nehmen sein, da die preußischen Bahnen, die bisher aus Thüringen recht erhebliche Beträge herausholten, in absehbarer Zeit doch in das Reich übergehen werden. Auch wird das Reich ja alle nur denkbaren Steuermöglichkeiten für sich selbst nutzbar zu machen suchen, so daß Preußen dem Verluste gerade aus diesen Gebieten nicht nachzutrauern brauchte. Demgegenüber sei betont, daß Preußen als Nachbarstaat ein recht großes Interesse an einem homogenen, wirtschaftlich gut basierten Groß-Thüringen haben muß. Thüringens reiche Wasserkräfte, die bislang wegen des Kunterbunts der Gesetzgebung nicht ausgebaut und ausgebeutet werden konnten, ließen sich nunmehr in großzügiger Weise nutzbar machen. Mit der Kanalisierung der Werra und der Mörsel könnte Groß-Thüringen an die Wasserwege des Reiches angeschlossen werden, in Verbindung damit würde die Schaffung von Kraft- und Stauwerken für die Elektrifizierung des Verkehrs, für die Versorgung der Industrie mit Kraft und Licht in einer Zeit der Kohlennot von außerordentlicher Wichtigkeit werden.

Auf preußischer Seite greift man nun auf ein altes Projekt zurück und ist bereit, die thüringischen Kleinstaaten zu einer preußischen Provinz mit Erfurt als Hauptstadt zu verschmelzen. Daß bei diesem Liebeswerben, bei dem die preußische Regierung sich zwar noch im Hintergrunde hält, die Schuldenfreiheit Sachsen-Weimars und dessen Kalischätze lockende Reize ausüben, ist sehr wahrscheinlich. Der Thüringer bildet aber als Mitteldeutscher einen starken Gegensatz zu den nördlich wohnenden Preußen, ein Gegensatz, der in Volkscharakter, Lebensart der Bevölkerung, in einer Unzahl öffentlicher Einrichtungen klar zum Ausdruck kommt. Es hieße für die Thüringer Abschied nehmen von einer tausendjährigen Ueberlieferung, von Eigenkultur und Volkstum, das in den thüringischen Bergen sehr stark wurzelt und für das man in dem allnivellierenden Preußen bekanntermaßen wenig Verständnis zu haben pflegt. So würde man in ganz Thüringen, selbst in dem oft als preußisch verdächtigten Weimar, sich eher mit dem Anschluß an ein selbstverständlich geordnetes Bayern abfinden, als daß man sich in preußische Hörigkeit begäbe.

Gewissermaßen als Antwort auf die Haltung Preußens wird nun von einzelnen thüringischen Staaten, vor allem Altenburgs, versucht, Anschluß an Sachsen zu gewinnen, wohin ja auch die Interessen des östlichen Thüringen, der beiden Reuß, mehr neigen. Aber wenn das Problem Groß-Thüringen auch von dieser Seite her angeschnitten wird, sind die Schwierigkeiten nicht geringer, denn bei einer solchen Lösung müßte abermals preußisches Gebiet einbezogen werden, nämlich ein Teil des Weißenfelser Grundbezirkes.

Wenn man die Lage überschaut, so ergibt sich, daß die gute Absicht des Zusammenschlusses der thüringischen Kleinstaaten auf ganz ernstliche Hindernisse stößt und daß die zentralistische Zusammenfassung deutscher Bundesstaaten, wie sie von der oberflächlichen Bierbankpolitik gewöhnlich gefordert wird, nicht so einfach ist. Einmal, weil die kleinen Staaten und besonders deren frühere Residenzstädte, dadurch gewaltige Einbußen erleiden, die durch eine Zentralisation auch nicht annähernd wieder wettgemacht werden können. Man denke nur an die von den früheren Fürsten in den kleinen Residenzen unterhaltenen Theater, Kunstsammlungen, Bibliotheken usw. Diese kulturelle Bedeutung der früheren Residenzstädte ginge unwiederbringlich verloren. Nach der politischen Seite kann gesagt werden, daß trotz aller guten Absichten die Entwicklung statt auf eine Vereinigung auf eine Auseinanderreißung Thüringens hinausläuft, indem voraussichtlich Koburg und Meiningen, vielleicht auch Schwarzburg, sich Bayern zuwenden, Altenburg, Reuß und der östliche Teil von Sachsen-Weimar sich zu Sachsen schlagen, Weimar-Eisenach und Gotha sowie Sondershausen unter Umständen preußisch würden. Mit dieser Lösung wäre aber weder Thüringen, noch den Nachbarstaaten gedient, und nach wie vor würde im thüringischen Volke das Bestreben lebendig bleiben, auf den Zinnen der thüringischen Burgen die Flagge eines Groß-Thüringen flattern zu sehen.

Weltrundschau.

Von **Fritz Nienkemper**, Berlin.

Der Heimtransport der Kriegsgefangenen.

Am 22. August erhoben die 13 Bischöfe, die in Fulda ihre Jahreskonferenz abhielten, einen feierlichen Protest gegen die Verlängerung der Leiden von 800000 deutschen Gefangenen und nannten mit apostolischem Freimut das Verhalten der Entente, besonders Frankreichs, mit dem richtigen Namen: himmelschreiendes Unrecht, fortgesetzte unmenschliche und widerchristliche Handlungsweise.

Am 25. August kam über den Brückenkopf die Nachricht, daß England vom 30. August ab täglich 2000 Gefangene heimschicken werde. Aber auf dem Fuße folgte der kalte Wasserstrahl: der geplante Transport sei vorläufig sistiert bis zur Verfügung des Obersten Rates.

Offenbar war Einspruch von Frankreich erhoben worden. Im Obersten Rat wurde nun ein Kompromiß beschlossen, wie das bei Meinungsverschiedenheiten in der Entente so üblich ist. Darnach soll nicht der Transport selbst bereits beginnen, sondern nur die Vorbereitung zum Transport, und zwar durch eine Kommission, an der auch ein deutsches Mitglied teilnehmen soll. Die Note, die uns das mitteilt, braucht den nicht sehr klaren Ausdruck, man wolle „den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Friedensvertrages mit Deutschland, soweit er den Rücktransport der deutschen Kriegsgefangenen betrifft, vordatieren".

Ernüchternd wirkt der Zusatz, daß „diese wohlwollende Haltung nur dann von Dauer sein wird, wenn die deutsche Regierung und das deutsche Volk alle ihnen obliegenden Verpflichtungen erfüllen". Soll die Rücksendung der Gefangenen sistiert werden, wenn bei irgend einer Leistung aus dem Friedensvertrage eine Meinungsverschiedenheit oder auch ein Versäumnis wegen Unmöglichkeit eintritt?

Wenn die alliierten und assoziierten Regierungen sich ihrer wohlwollenden Haltung selber rühmen und als ihr Leitmotiv hinstellen, „so rasch wie möglich die durch den Krieg verursachten Leiden zu mildern", so muß doch daran erinnert werden, daß Herr Clemenceau im Namen derselben Regierungen **bereits am 20. Mai** uns versprochen hat, was jetzt erst eingelöst werden soll. In der Note vom 20. Mai heißt es: „Die Vertreter der alliierten und assoziierten Mächte werden mit höchster Bereitwilligkeit Kommissionen dieser Art (d. h. zur Regelung des Heimtransports) einsetzen, sobald der Friede **unterzeichnet** ist." In dem Nachsatz wird noch besonders klargestellt, daß nicht die Ratifizierung gemeint ist, sondern nur die Unterzeichnung durch die deutschen Bevollmächtigten. Diese Unterzeichnung ist schon vor mehr als zwei Monaten erfolgt. Wenn die Entente ihr Versprechen gehalten hätte, so wäre die Kommission, die jetzt erst gebildet werden soll, schon zehn Wochen lang tätig gewesen und hätte gewiß längst alle Vorbereitungen geregelt, so daß schon viele Tausende wieder in ihrem Vaterlande und bei ihren Angehörigen säßen.

Die Kohlennot.

Ein gewisses Entgegenkommen liegt in der neuen Abmachung über die **Kohlenlieferung**. Bei der furchtbaren Kohlennot, unter der wir selber beinahe erliegen, ist es für Deutschland geradezu unmöglich, den Kohlentribut von 40 Millionen Tonnen im Jahre in diesem Winter zu leistn. Die Entente will sich nun vorläufig mit der Hälfte begnügen, und man hat den vernünftigen Zusatz gemacht, daß die Ablieferung sich in einem bestimmten Verhältnis zu der Gesamtförderung halten soll: von 108 Millionen Tonnen geben wir 20 Millionen ab, bei Mehrförderung entsprechend mehr und bei Minderförderung soll über weitere Ermäßigung des Tributes verhandelt werden.

Das ist freilich keine überschäumende Nächstenliebe, aber doch eine Rücksichtnahme auf die Leistungsfähigkeit des anderen Teils, so daß man darin eine Wendung von der sadistischen Haßpolitik zu einer anständigen Realpolitik sehen könnte, wenn nur nicht andere Erscheinungen das aufkeimende Vertrauen wieder erstickten.

Putschversuche in der Pfalz.

In dem besetzten linksrheinischen Gebiet unterstützten die französischen Machthaber eifrig separatistisch-revolutionäre Bestrebungen, während die englischen Besatzungen vertragstreue Neutralität bewahren. In **Ludwigshafen**, **Frankenthal** und **Landau** kam es so wieder zu Aufruhrversuchen zugunsten der „freien Pfalz" mit Hilfe von französischen Soldaten. Darauf setzte eine so gewaltige Volksbewegung für das Deutschtum ein,

daß die französische Besatzungsbehörde gezwungen war, die Unterstützung der Putschbewegung fallen zu lassen und die Vorkommnisse als unangenehme Mißverständnisse darzustellen.

Die Abrüstung.

Der Reichswehrminister **Noske**, der mit dem Reichspräsidenten Ebert jetzt eine Antrittstournee durch die deutschen Länder macht, teilte in Darmstadt mit, daß im Einvernehmen mit den Alliierten die Herabsetzung unserer Heeresmacht in der Hauptsache erst im kommenden Frühjahr erfolgen werde, und zwar mit Rücksicht auf Putsche und Unruhen, die vielleicht im Winter neu aufleben könnten. Das hier erwähnte „Einvernehmen" scheint einen weiteren Beitrag zu liefern zu der realpolitischen Nachgiebigkeit der Entente. In ihrem blinden Drange, Deutschland ganz und gar wehrlos zu machen, hatten die Friedensfabrikanten die künftige Heeresstärke in Deutschland auf ein Minimum herabgesetzt, das für die Erhaltung der Ruhe und Ordnung im Innern kaum unter normalen Verhältnissen ausreichen konnte, für die gegenwärtige bewegte Uebergangszeit aber durchaus unzulänglich war. Wenn man jetzt in eine langsame Abrüstung willigt und gerade die besonderen Gefahren des raschen Werkes berücksichtigt, so zeugt es von wachsender Erkenntnis für den Wert, den ein lebens- und ein arbeitsfähiges Deutschland auch für die Feinde hat. Es wäre sehr erfreulich, wenn in Frankreich allmählich die Furcht verschwände, die man dort noch immer gegenüber Deutschland hegt, obschon dessen Wehrlosigkeit bis zum Erbarmen klar vor aller Augen liegt. Die Polen haben leider die Ohnmacht ihres Nachbarn schon besser und früher erkannt und daraufhin ihren erfolgreichen Handstreich in Posen aufgebaut und den neuen Handstreich in Oberschlesien versucht, der nur mit Mühe und vielem Schaden abbrechen konnte.

Bei der Reduzierung unseres Armeebestandes kommt ferner der wirtschaftlich-soziale Gesichtspunkt in Betracht, daß wir für die Existenz der zur Einstellung kommenden Leute sorgen müssen. Das ist bei der wachsenden Arbeitslosigkeit sehr schwierig. Nach Ueberwindung dieses kritischen Winters wird die Aufgabe leichter zu lösen sein. Vielleicht läßt auch im Frühjahr Frankreich weiter mit sich reden, wenn sich inzwischen die allgemeine Erkenntnis durchsetzt, daß Deutschland in seiner gegenwärtigen Verfassung ein ungefährlicher und sogar nützlicher Nachbar ist, während es bei einem weiteren Umsturz ein Herd von Gefahren sein würde. Uebrigens können wir in der Abrüstungsfrage der Entente sagen: Bitte, „gebt uns ein gutes Beispiel".

Bemerkenswert ist die Zusage, die Noske in Darmstadt machte: In den hessischen Garnisonen sollten fortan vorzugsweise Angehörige des hessischen Volksheeres einquartiert werden. Das muß natürlich für alle deutschen Länder gelten und auch für alle Zweige der Reichsverwaltung. Gerade weil die neue Reichsverfassung den Einzelstaaten so viel Befugnisse abziehen oder einschränken mußte, ist es geboten, die Gefühle und die Interessen der deutschen Stämme in der Auswahl der Personen sorgsam zu schonen. Das alte Verfahren der „preußischen" Inflation muß aufhören.

Oesterreich und Ungarn.

Zu der krausen Entwicklung in Ungarn ist schwer ein Ariadnefaden zu finden. Den Erzherzog Josef, den die Ententevertreter auf den Thron gesetzt hatten, hat die Entente wieder abgesetzt, aber das Faktotum dieses Prinzen, den Ministerpräsidenten **Friedrich**, ist sie vorläufig nicht losgeworden. Alle Versuche zur Bildung eines anderen Ordnungsministeriums sind bisher gescheitert. Abgesehen von der Sozialdemokratie, scheinen die Ungarn in ihrer Mehrzahl mit dem Mann zufrieden zu sein, der zwar keinen magyarischen Namen, aber doch Tatkraft und Zähigkeit hat.

Eine wunderliche Wendung ist es ferner, daß die Entente dem sonst so arg mißhandelten Deutsch-Oesterreich das Angebot von **West-Ungarn** macht. Man könnte es als ein Danaergeschenk denken. Die Wiener Staatsmänner sollten jedenfalls die Angliederung abhängig machen von einer Volksabstimmung, um nicht ihren Staat (und in Zukunft auch das deutsche Reich) mit einem Zankapfel zu belasten.

Im übrigen ist Deutsch-Oesterreich immer noch auf die Folter gespannt, da die endgültigen Friedensbedingungen der Entente noch ausstehen. Sie sind zum 2. September angekündigt. Hoffentlich bringen sie Milderungen, die wenigstens die Lebensfähigkeit Deutsch-Oesterreichs erhalten. Unsere armen Brüder an der Donau sind in der Tat angewiesen auf den realpolitischen Geist der Entente.

Erschließung des in den stillen Reserven der Erwerbsgesellschaften versteckten Volksvermögens.

Von Rechtsanwalt Dr. Joseph **Kausen**, München.

Jeder einzelne deutsche Volksgenosse, der mit Schiebungen und mit den internationalen Valuta-Spekulationen nichts gemein hat, leidet heute unter der **Entwertung der deutschen Mark**. Die verminderte Kaufkraft des deutschen Geldes spürt der Kopf- und Handarbeiter in gleicher Weise wie der Rentenempfänger, sei es, daß die Renten aus der Sozialversicherung bezogen werden, sei es, daß der Angehörige der freien Berufe infolge Alters oder Erwerbsunfähigkeit von seinen Ersparnissen leben muß.

Wer im Laufe seines Lebens 10000 M in Gold zur Sparkasse getragen hatte, erhält heute nur mehr 10000 M in Papier zurück und kann sich damit nur ganz bedeutend weniger Inlandprodukte kaufen als früher. Auslandsprodukte erhält er nur mehr im Gesamtwert von etwa 2000 M in Gold (die Reichsmark notiert z. B. im Ausland nur mehr rund 1/5 des **Friedenswertes**).

Die Gründe zu dieser katastrophalen Entwicklung sind sattsam bekannt. Sie liegen einerseits in unserem ungeheuren Einfuhrbedarf in Verbindung mit geringer Ausfuhr, anderseits in der unseligen Kriegsschuldenwirtschaft, in der ungeheuren Vermehrung unseres Notenumlaufes („Inflation") ohne entsprechende Erhöhung der Deckung (nach dem letzten Ausweis der Reichsbank besteht nur mehr eine Metalldeckung von etwa 1/20 gegenüber mindestens 1/3 Golddeckung im Frieden), und in dem tiefen Mißtrauen des Auslandes gegenüber unserer wirtschaftspolitischen Entwicklung. Dazu kamen die Pläne der Reichsfinanzverwaltung bezügl. Notenumtausch, welche im Ausland ein Massenangebot deutscher Noten ohne entsprechende Nachfrage erzeugten, ferner die Diskussion über etwaige **Münzverschlechterung** („Devalvation"), welche das Ausland immer mißtrauischer gegen unsere Währung machte. Da Deutschland als der unterliegende Teil die Kosten der seit über fünf Jahren systematisch und mit allen Mitteln der Technik betriebenen Zerstörung von Werten zu bezahlen hat, da wir ferner infolge des Zusammenbruchs unserer Kohlenversorgung an eine gesteigerte Ausfuhr nicht denken können, ist eine durchgreifende Besserung dieses Zustandes in absehbarer Zeit nicht zu erhoffen.

Bei dieser Sachlage können Umsturz und Lohnbewegungen höchstens **einen billigen Ausgleich für soziale Ungerechtigkeiten im Verhältnis zur Gesamtheit** herbeiführen, niemals aber einen vollwertigen Ersatz für den Rückgang des Wertes der deutschen Mark bringen, von dem alle Volkskreise gleichermaßen betroffen sind. Die Einkommenserhöhungen vermögen bei uns nicht einmal mit der **allgemeinen Weltteuerung** gleichen Schritt zu halten.

Ist dem aber so, dann ist es heiligste Pflicht aller Finanz- und Wirtschaftspolitiker, insbesondere aller verantwortlichen Faktoren, kein Mittel unversucht zu lassen, um etwa doch vorhandene **bevorzugte Vermögensstücke** aufzuspüren. Jeder der Allgemeinheit auf diese Art erschlossene Vermögenswert vermindert die Steuerlast und hebt die Kaufkraft unseres Geldes. Heute, da man damit umgeht, die Steuern den Angestellten und Arbeitern sogar am Lohn abzuziehen, wäre es ein doppeltes Verbrechen, wollte man auch nur die leiseste steuerliche Ungerechtigkeit fortwuchern lassen.

Wo sind nun die Verstecke, in denen wir nachzuforschen haben? Der Arbeiter, Angestellte, Beamte, Angehörige der freien Berufe und kleine Rentner sind mit Haut und Haar der Steuerbehörde verschrieben. Kein Pfennig ihres Besitzes bleibt verborgen, insbesondere wenn noch Aufhebung des Bankgeheimnisses, Registrierung sämtlicher Wertpapiere udgl. ein übriges tun.

Ganz anders ist es bei den Erwerbsgesellschaften. Diese legen Rechnung über ihr Vermögen und ihr Einkommen durch Aufmachung eines **Inventars** und einer **Bilanz**, d. h. einer Gegenüberstellung von Rechten („Aktiva") und Pflichten („Passiva"). Bezüglich dieser Aufstellungen haben sich gewisse Handelsgebräuche herausgebildet; es liegen aber auch gewisse bindende gesetzliche Vorschriften vor. Obwohl § 40 des Handelsgesetzbuches ausdrücklich vorschreibt, daß in Inventar und Bilanz die sämtlichen Vermögensgegenstände und Schulden nach dem Werte anzusetzen sind, der ihnen in dem Zeitpunkte beizulegen ist, für welchen die Aufstellung stattfindet, und obwohl § 261 HGB. die Vorschrift des § 40 auch auf die Aktiengesellschaften und § 42 des Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung auf die letzteren ausdehnt, hat sich als **unbestrittene Handelssitte** herausgebildet, in guten Jahren mehr abzuschreiben

als in schlechten und damit eine *Unterbewertung der Aktiva* bezw. eine *Ueberbewertung der Passiva* vorzunehmen. Je niedriger und vorsichtiger die Aktiva unterbewertet sind, umso größeres Vertrauen besitzt das Unternehmen in Handelskreisen.

Wir finden in manchen Bilanzen Urheberrechte, z. B. den Verlagswert von Zeitungen, die Rechte aus Patenten und Erfindungen sowie sonstige Betriebsanlagen auf Mk. 1.— abgeschrieben. Was ist die Folge? Der Gewinn erscheint in der Bilanz niedriger als er tatsächlich ist. Denn angenommen, eine Zeitung, die ℳ 300000.— wert ist, erscheint nur mehr mit ℳ 1.— in der Bilanz, so müssen an dessen Stelle erst noch ℳ 299999.— in Geld oder Wertpapieren in der Bilanz aufgeführt werden, bevor sich Aktiva und Passiva die Wage halten und bevor sich ein Gewinn errechnet, der verteilt und — was für die Allgemeinheit die Hauptsache ist — versteuert wird. *Diese sog. stillen Reserven sind nichts anderes, als der Besteuerung entzogene Gewinne.* Sie speichern sich auf in den Kassenschränken der Unternehmungen in Gestalt von Banknoten und Wertpapieren. Ihre Erschließung würde eine wesentliche Herabsetzung des Notenumlaufes („Deflation"), eine Hebung der Kaufkraft der Reichsmark ermöglichen.

Sind die stillen Reserven notwendig zur Erhaltung der Lebens- und Konkurrenzfähigkeit unserer Handelsgesellschaften? *Nein.* Dazu genügen die offenen Reserven. § 262 HGB. verlangt die Bildung von Reservefonds zwecks Deckung eines etwa aus der Bilanz sich ergebenden Verlustes. Von dem jährlichen Reingewinn ist mindestens der 20. Teil so lange in einen Reservefond einzustellen als dieser den 10. oder den im Gesellschaftsvertrag bestimmten höheren Teil des Grundkapitals nicht überschreitet. In Wirklichkeit erreichen die Reserven bei den meisten Aktiengesellschaften bereits eine viel größere Höhe, wie die nachfolgenden Zahlen, welche in rein zufälliger Auswahl aus den gerade zur Verfügung stehenden Geschäftsberichten der betreffenden Gesellschaften entnommen sind, zeigen:

Unternehmen	Grundkapital	Gesetzlicher Reservefond	
		bilanzmäßige Ziffer per 31. Dezember 1918	in Proz. des Grundkapitals
	ℳ	ℳ	
Discontogesellschaft . . .	310'000,000	125'000,000	40,3
Deutsche Bank	275'000,000	173'388,031	63,0
Reichsbank	180 000,000	99'496.423	55,3
Bay. Hyp. u. W.-Bank . . .	68 000,000	38'600 000	56,7
Hypothekenbank Hamburg .	36'000 000	15'100 000	41,9
Frankfurter Hyp. Bank . .	22'000,000	17'080,000	77,4
Adlerwerke vorm. Heinrich Kleyer.	18'000,000	15'622,151	86,7
Continental Caoutchouc- u. Guttapercha-Comp. Hannov.	15'000,000	18'050,000	120,3

Da in den meisten Unternehmungen das *gesamte* in Verwendung befindliche Kapital das *Grundkapital* bedeutend übersteigt, so würde natürlich das Verhältnis zwischen diesem *Gesamtkapital* und dem Reservefond ein anderes Bild ergeben. Immerhin würden auch diese Verhältniszahlen noch ganz ansehnliche Ziffern aufweisen.

Außer den oben aufgeführten *gesetzlichen* Reserven finden wir in den Bilanzen unserer Handelsgesellschaften noch mindestens ein halbes Dutzend *freiwilliger* Rücklagen, von denen die *Unterstützungsfonds* für Beamte, Arbeiter und sonstige Angestellte, die *Erneuerungsfonds*, die *Delkrederefonds*, die *Assekurranz-Reserven*, die *Dispositionsfonds*, die *Dividenden-Reserven* und neuerdings die Rückstellungen für *Kriegsverluste* und für *Umstellung in die Friedenswirtschaft* wohl die häufigsten sind. Diese besonderen freiwilligen Rücklagen erreichen in ihrer Gesamtheit oft allein schon die Höhe des Grundkapitals, ja übersteigen dieses häufig bis zu einem Vielfachen. Außerdem gewähren auch die allgemein üblichen *Gewinnvorträge* auf neue Rechnung einigen Spielraum für schlechtere Geschäftsjahre.

Nicht genug, daß, wie wir weiter unten sehen werden, der Gesetzgeber die versteckten Reserven zur Steuer heranzuziehen vorgibt, in Wirklichkeit aber schont: *die Gesellschaften sind sogar gesetzlich gezwungen, gewisse stille Reserven zu bilden:* sie können gar nicht anders, wenn sie auch wollten. § 261 HGB. ordnet nämlich für die Bilanzen der A.-G. an, daß

1.) Wertpapiere und Waren, die einen Börsen- oder Marktpreis haben, höchstens zu dem Börsen- oder Marktpreis des Zeitpunktes, für welchen die Bilanz aufgestellt wird, angesetzt werden dürfen; sofern dieser Preis jedoch den Anschaffungs- oder Herstellungspreis übersteigt, höchstens zu dem letzteren.

Die Gesellschaft X hatte sich also beispielsweise im Frieden mit ℳ 1000000.— an einem Unternehmen beteiligt, das sich damals nicht recht rentieren wollte. Im Kriege hat sich jenes Unternehmen „gesund gemacht". Der Wert der Beteiligung ist jetzt ℳ 3000000.— Es dürfen nur ℳ 1000000 lt. gesetzlicher Vorschrift in die Bilanz eingesetzt werden. Gesetzlich vorgeschriebene stille Reserve bezw. der Steuer entzogener Gewinn somit ℳ 2000000.—

2) Andere Vermögensgegenstände sind höchstens zu dem Anschaffungs- oder Herstellungspreis anzusetzen.

Z. B. die Gesellschaft Y hat 10 ausrangierte Frachtdampfer zum Altmaterialpreis von je ℳ 12000.— gekauft und in die Bilanz eingesetzt. Durch den Friedensvertrag und die uns aufgezwungene Auslieferung unserer Handelsflotte an unsere früheren Feinde sind die (noch fahrbereiten) Dampfer im Wert rapid gestiegen und zwar je auf den Verkaufswert von ℳ 120000.— An Stelle des jetzigen Gesamtwertes von ℳ 1200000.— dürfen nur ℳ 120000.— in die Bilanz geschrieben werden. Stille Reserve bezw. der Steuer entzogener Gewinn ℳ 1080000.—

3) Anlagen und sonstige Gegenstände, die nicht zur Weiterveräußerung, vielmehr dauernd zum Geschäftsbetriebe der Gesellschaft bestimmt sind, dürfen ohne Rücksicht auf einen geringeren Wert zu dem Anschaffungs- oder Herstellungspreis angesetzt werden, sofern ein der Abnutzung gleichkommender Betrag in Abzug gebracht oder ein ihr entsprechender Erneuerungsfond in Ansatz gebracht wird.

Z. B. die Gesellschaft Z hat in allen größeren Städten Deutschlands Geschäftshäuser mit einem Anschaffungs- oder Herstellungspreis von ℳ 12000000.—. ℳ 3000000.— sind bereits für Abnutzung abgeschrieben. Die Häuser stehen also mit ℳ 9'000,000.— zu Buch. Heute sind die Gebäude ℳ 20'000,000.— wert. Dieselben müssen lt. gesetzlicher Vorschrift um ℳ 11'000,000.— zu niedrig in der Bilanz bewertet werden. Aus diesem Betrag können keine Steuern erhoben werden. — Man rechne im übrigen nur einmal die von den Hypothekenbanken im Hypothekengeschäft übernommenen Immobilien zusammen, welche gemäß Ziff. 2 nur zu dem Uebernahmepreis in der Bilanz erscheinen dürfen. Welche Unsummen von versteckten Gewinnen ergeben sich da!

Welchen Sinn hatten die angezogenen Gesetzesbestimmungen in Friedenszeiten? Darüber sagt die Begründung der Aktiennovelle von 1884 folgendes: Wäre die Gesellschaft genötigt, in ihrer Jahresbilanz auch für diese Gegenstände, deren Verkaufswert je nach dem Verhalten von Angebot und Nachfrage erheblichen Schwankungen unterliegen kann, ohne daß sich ihr Nutzungswert zu ändern braucht, den zeitigen Verkaufswert in Ansatz zu bringen, so würde sich vielfach eine völlig unrichtige Gewinnverteilung ergeben; denn es würde bei gesteigertem Preise als Dividende verteilt werden, was bei richtiger Auffassung der Sachlage, namentlich aber bei sinkendem Preise sich als unzulässige Verwendung des Grundkapitals ergibt." (Motive Band I, Seite 260.)

Diese Sätze treffen auf die heutigen, ganz außergewöhnlichen Zustände nicht mehr zu. Heute handelt es sich nicht mehr um Schwankungen im Verkaufswert, sondern um eingetretene grundlegende Erschütterungen des Wirtschaftslebens, die sich nicht von heute auf morgen, sondern nur in ganz allmählicher Entwicklung ändern können. Eine sprunghafte Wertverschiebung wie wir sie jetzt hinter uns haben, ist im rückläufigen Sinne nicht mehr zu erwarten.

Welche Haltung hat nun die bisherige Steuergesetzgebung gegenüber den „stillen Reserven" eingenommen?

Die Einkommen- und Gewerbesteuergesetze sämtlicher deutschen Gliedstaaten lassen die gesetzlich vorgeschriebenen stillen Reserven unversteuert.

Bezüglich der *freiwilligen stillen Reserven* besteht folgende Rechtslage:

§ 13 des *Preuß. Einkommensteuergesetzes* sagt, daß der steuerbare Geschäftsgewinn nach den Grundsätzen zu berechnen sei, wie solche für die Inventur und Bilanz durch das *Handelsgesetzbuch* vorgeschrieben sind und sonst dem *Gebrauch eines ordentlichen Kaufmanns* entsprechen. Artikel 19 der Ausführungsanweisung fügt erläuternd hinzu: „Für die Bewertung der Vermögensstücke und Forderungen bei der Inventur und für das Maß der überhaupt zulässigen Ab-

schreibungen ist hiernach die Vorschrift in § 40 HGB., der kaufmännische Gebrauch und innerhalb der durch denselben gezogenen Grenzen das „Ermessen des Steuerpflichtigen selbst bestimmend." Was kaufmännischer Gebrauch ist, haben wir oben gesehen. Gegenüber diesen dehnbaren Vorschriften wollen daher die etwas präziser lautenden Bestimmungen des § 15 des Gesetzes nebst Artikel 28 der Ausführungsanweisung sowie des § 22 des Preußischen Gewerbesteuergesetzes nicht mehr viel bedeuten. Der letztere endigt sogar wieder mit dem Satz: „Für das Maß der hier zulässigen Abschreibungen sind die bezüglich der kaufmännischen Buchführung geltenden Grundsätze bestimmend."

In der bayerischen Steuergesetzgebung begegnet man zum erstenmal in der Gesetzgebung dem Ausdruck „stille Reserven". Während noch Artikel 14 des bayerischen Einkommensteuergesetzes sowie § 35 der Vollzugsbekanntmachung auf den Gebrauch des ordentlichen Kaufmanns Bezug nehmen, sagt § 8 der Vollzugsvorschriften zu Artikel 7 des Bayerischen Gewerbesteuergesetzes: „Als Betriebskapital kommen die dem Gewerbebetrieb gewidmeten Gegenstände und Rechte mit ihrem wirklichen gemeinen Wert in Betracht. Es gehören deshalb auch stille Reserven, wie sie sich durch Abschreibungen über das Maß der eingetretenen Wertminderung hinaus ergeben, zum Betriebskapital." Der nächste Satz lautet jedoch wieder: „Diese Vorschrift soll aber nicht zum Anlaß kleinlicher Beanstandungen genommen werden, es sollen vielmehr selbst reichliche Abschreibungen verhältnismäßig belangloser Bilanzposten auf eine Mark, z. B. bei Büroinventar, unbeanstandet bleiben."

In ähnlicher Weise gehen auch die Steuergesetze der übrigen deutschen Länder um die stillen Reserven herum wie die Katze um den heißen Brei. Sie erfassen die gesetzlich vorgeschriebenen Reserven, welche zurzeit infolge der durch den verlorenen Krieg geschaffenen Verhältnisse, wie oben an Beispielen erläutert, ungezählte Milliarden betragen, überhaupt nicht und die freiwilligen stillen Reserven nur in absolut unzulänglicher Weise.

Das Wehrbeitragsgesetz wollte von einer Erfassung der stillen Reserven absolut nichts wissen. § 11 bestimmte, daß zum Wehrbeitrag nur die in der Bilanz des letzten Betriebsjahres aufgeführten „wirklichen" Reservekonten-Beträge zuzüglich etwaiger Gewinnvorträge herangezogen werden dürfen.

Die Kriegssteuergesetze unternehmen den platonischen Versuch, wenigstens die während des Krieges neugebildeten stillen Reserven den Kriegssteuern zu unterwerfen. Sowohl in § 3 Sich-Ges. als § 16 Kriegssteuergesetz von 1916 kehrt die Bestimmung wieder: „Geschäftsgewinn ist der in einem Geschäftsjahr erzielte, nach den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger kaufmännischer Buchführung berechnete Bilanzgewinn. Abschreibungen sind insoweit zu berücksichtigen, als sie einen angemessenen Ausgleich der Wertminderung darstellen." Die gleiche Berechnung ist maßgebend gemäß § 24 Kriegsabgabegesetz von 1918 und § 19 Kriegsabgabegesetz von 1919.

In § 22 Ausführungsanweisung des Bundesrats vom 13. November 1916 sowie § 19 der Ausführungsbestimmungen zum Kriegssteuergesetz von 1918 heißt es: „In wieweit Abschreibungen einen angemessenen Ausgleich der Wertverminderung darstellen, ist unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse des einzelnen Unternehmens insbesondere auch unter Berücksichtigung der durch den Krieg und die spätere Ueberführung in die Friedenswirtschaft bedingten Veränderungen nach den Grundsätzen eines ordentlichen Kaufmanns zu beurteilen."

Die gesetzlich vorgeschriebenen stillen Reserven sind also auch hier unversteuert. Was in den Friedensbilanzen abgeschrieben worden ist, bleibt auch für die Kriegssteuerbilanz abgeschrieben, es müßte denn sein, daß solche Posten während des Krieges realisiert wurden. Bezeichnend für die Anschauungsweise der damaligen Reichsfinanzverwaltung ist der in der Begründung des Kriegssteuergesetzes enthaltene Hinweis, daß zur Beseitigung von „Härten", die aus der Heranziehung der in den Kriegsgeschäftsjahren realisierten stillen Reserven aus Friedensjahren zur außerordentlichen Kriegsabgabe entstehen könnten, § 41 des Entwurfs (§ 36 KStG.) in Anspruch genommen werden dürfe, welcher dem Bundesrat weitgehende Befreiungsvollmachten erteilt. Wir können es nicht als Härte empfinden, wenn aus solchen Gewinnen Kriegssteuer bezahlt werden muß, die z. B. daraus entstanden sind, daß Ladenhüter aus Friedenszeiten im Kriege infolge der Rohstoffknappheit zu bedeutend höheren Preisen abgesetzt werden konnten. Gegen die nach den Grundsätzen eines ordentlichen Kaufmanns vorgenommenen Unterbewertungen und die von mancher Veranlagungsbehörde geübte Duldung haben also auch die Kriegssteuergesetze kein wirksames Mittel gebracht. Im Gegenteil. Die sog. Bonus-Verteilungen, d. h. Sonderausschüttungen in Form von Dividenden und Bezugsrechten nahmen überhand und führten zur Verflüchtigung namhafter stiller Reservenbeträge zum Schaden des Steuerfiskus, indem z. B. durch Ausgabe von Gratisaktien das Grundkapital erhöht, somit die Passiva überbewertet wurden. Möge hier § 5 des Entwurfs der Reichsabgabenordnung Wandel schaffen, welcher mit dem bisher auch vom Reichsgericht festgehaltenen Grundsatz brechen will, daß eine Steuerumgehung unter Benutzung von gesetzlichen Formen erlaubt sei. § 5 enthält das ausdrückliche Verbot, durch Mißbrauch von Formen und Gestaltungsmöglichkeiten des bürgerlichen Rechts die Steuerpflicht zu umgehen oder zu mindern.

Die Rechtsprechung steht vielfach auf dem Standpunkt, daß zu hohe Abschreibungen den Steuerfiskus nicht schädigen, weil „dasjenige, was in einem Jahr zu reichlich abgeschrieben worden ist, in den folgenden Jahren nicht mehr abgeschrieben werden braucht und somit dem Ertrag der folgenden Jahre zugute kommt". (Mitteilungen der Bayer. Oberberufungskommission Band XII, Seite 22, 33.) An anderen Orten liest man wieder, daß diese stillen Reserven spätestens bei der Liquidation des Unternehmens zutage treten.

Das ist eine vollständig irrige Ansicht. Denn in den auf die Abschreibung folgenden Jahren kann die stille Reserve durch Verlust vollständig aufgezehrt sein, und der der Steuer entzogene Gewinn des Vorjahres ist spurlos verschwunden.

Solche irrige oberstrichterliche Anschauungen haben dazu geführt, daß von manchen Veranlagungsbehörden während des Krieges die völlige Abschreibung sämtlicher Anlagen und Neuanlagen oder eine Abschreibung bis zu 50 Proz. gestattet wurde, obwohl die Lebensdauer der betr. Anlage eine viel größere war. Es ist selbstverständlich, daß Anlagen und Maschinen, welche während des Krieges stärker ausgenutzt werden mußten und welche unter der Verwendung schlechteren Materials, ungelernter Arbeiter, geringwertiger Schmiermittel usw. zu leiden hatten, höher abgeschrieben werden müssen. Dies durfte aber nicht dazu führen, daß sich Gesellschaften, welche früher keine besondere wirtschaftliche Berechtigung hatten und nicht recht leben oder sterben konnten, während des Krieges durch sehr hohe Kriegsgewinne „gesund machen" konnten, ohne von diesen hohen Gewinnen die Kriegssteuern zu bezahlen. Eine besonders bedenkliche Entscheidung in dieser Richtung scheint uns das Urteil der BOK. vom 2. Februar bezw. 30. März 1917 zu sein, welches ausspricht, daß „bei gewerblichen Unternehmungen, die zur öffentlichen Rechnungsablage verpflichtet sind, reichlichere Abschreibungen in guten Jahren nicht als übermäßig zu beanstanden sind, selbst wenn Neuanschaffungen sofort im Anschaffungsjahr wieder vollständig abgeschrieben werden."

Ein ähnliches Kapitel, dessen eingehende Behandlung aber hier zu weit führen würde, sind die Umstellungskonten für den Uebergang in die Friedenswirtschaft, welche vielfach weit höher dotiert wurden, als der bereits eingetretenen Entwertung des Anlage- und Betriebskapitals entsprach. Das gleiche gilt von den Kriegsschädenreserven, den Rückstellungen für Kriegsverluste und wie diese Posten alle genannt wurden.

Der Entwurf der neuen Reichsabgabenordnung entbehrt ebenfalls noch einer unzweideutigen Stellungnahme gegenüber den stillen Reserven. § 137 desselben sagt zwar in Anlehnung an § 29 des Besitzsteuergesetzes von 1913 (das nur für natürliche Personen galt): „Bei Bewertungen ist, soweit nichts anderes vorgeschrieben ist, der gemeine Wert zugrunde zu legen." Das Besitzsteuergesetz hatte noch Verkaufswert in Klammern beigefügt. Die Begründung der Reichsabgabenordnung spricht sich des Weiten und Breiten über den Unterschied zwischen der steuerrechtlichen und handelsrechtlichen Bewertung von Vermögensgegenständen aus. Aber dann heißt es weiter: „Eine wesentlich andere Frage ist, wie weit man in der Praxis hierin gehen will. Es wird geboten sein, nur das, was sicher erzielt werden kann, als gemeinen Wert anzusetzen. Dabei wird dem Ermessen des Steuerpflichtigen ein weiter Spielraum zu lassen sein und das Finanzamt wird davon nur abgehen dürfen, wenn es sich auf das sachgemäße

Urteil erfahrener Berufsgenossen stützen kann." Mit anderen Worten: auch bei Berechnung der zugunsten des Reiches zu erhebenden Steuern bleibt alles beim alten. Mit § 261 HGB. ist nicht restlos gebrochen. Die den Handelskreisen entstammenden einseitig interessierten Sachverständigen werden selbstverständlich an der bisherigen Handelssitte der Unterbewertung der Aktiva festhalten. Der Standpunkt dieser Sachverständigen spiegelt sich beispielsweise deutlich in der Broschüre „Zur Kriegsgewinnsteuer" der Handelskammer von Duisburg wieder, wo es u. a. heißt: „Es ist fraglos, daß die stillen Reserven in Verbindung mit großen Abschreibungen die Kraft und das Rückgrat der deutschen Erwerbsgesellschaften bilden und die Sicherheit und die Stabilität geben, die es ihnen einerseits ermöglicht, auch in schlechten Zeiten eine angemessene Verzinsung zu gewähren und die sie andererseits in den Stand setzt, sich auch an Unternehmungen heranzuwagen, deren Rentabilität nicht sofort gesichert ist. ... Die Vorratspolitik und die Politik der stillen Rücklagen ermöglichen unserer Industrie das „Durchhalten"."

Hierzu ist zu bemerken, daß sich alle diese Ziele auch mit offenen Reserven erreichen lassen. Die gesetzlichen Reserven sind doch gerade für solche Zeiten, wie wir sie jetzt erleben, vorgeschrieben, oder für was sollen sie noch aufgehoben werden? Das Volk würde es nicht verstehen, wenn in einer Zeit, da unser Wirtschaftsleben durch und durch krank ist, die großen Handelsunternehmungen sich übergesund machen, Unsummen von Vermögenswerten versteckt halten, dadurch die Steuerlast des einzelnen vermehren und die Kaufkraft des Geldes vermindern dürfen.

Nur das Reichsnotopfer ist in der Fassung des zurzeit vorliegenden Entwurfes geeignet, auch von den gesetzlich vorgeschriebenen und von den freiwilligen stillen Reserven die tarifmäßige Abgabe zu erheben. § 17 des Entwurfes bezeichnet als abgabepflichtiges Vermögen der A.-G., G. m. b. H. usw. das gesamte bewegliche und unbewegliche Gesellschaftsvermögen, von dem außer den Schulden und Lasten nur abgezogen werden dürfen der Betrag des eingezahlten Grund- und Stammkapitals sowie die Rücklagen für Wohlfahrtszwecke. In der Begründung ist ausdrücklich darauf hingewiesen, daß für das Reichsnotopfer die kaufmännische Bilanz somit nicht mehr ohne weiteres maßgebend sei, sondern daß z. B. Wertpapiere, Waren und andere Vermögensstücke entgegen der Vorschrift des § 261 HGB. mit dem Wert am Bilanztage angesetzt werden müssen.

Mit dem Reichsnotopfer fließt aber dem Reich nur ein mäßiger Prozentsatz der stillen Reserven zu. Es muß daher gefordert werden:

1. Die Außerkraftsetzung des § 261 Ziffer 1—3 HGB., auch für alle anderen Steuergesetze, da diese Vorschrift unter den heutigen Verhältnissen zur Verheimlichung großer Bestandteile des deutschen Volksvermögens gesetzlich zwingt,

2. ein ausdrückliches Verbot der Bildung freiwilliger stiller Reserven, wenigstens in den Steuerbilanzen. Was die Gesellschaft zur Kräftigung und finanziellen Sicherheit des Unternehmens zurückstellen will, möge sie in offenen sichtbaren Reserven aufhäufen, sodaß der steuerbare Jahresgewinn sofort klar ersichtlich ist.

Was würden uns aber alle solche Maßnahmen nützen, wenn wir keine Garantie dafür haben, daß die Steuerbehörden auch wirklich Kenntnis von dem wahren Wert der einzelnen Vermögensstücke erhalten? Als einziges sicheres Mittel hierfür muß gefordert werden:

3. ein staatliches Optionsrecht, d. h. das Recht des Staates, jegliche Vermögensgegenstände der Erwerbsgesellschaften nach freier Wahl zu erwerben und zwar zu dem Preis, mit dem ihn die Gesellschaft in der Bilanz gebucht hat. Dann werden sich die Gesellschaften sehr bald bequemen, ihre Vermögenswerte mit den richtigen Ziffern in ihre Inventuren aufzunehmen. Macht das Reich von seinem Optionsrecht Gebrauch, so bräuchte damit noch lange nicht die betreffende Anlage dem Unternehmen entzogen zu werden. Das Unternehmen hätte nur künftig an das Reich eine dem gemeinen Wert des Gegenstands entsprechende Miete zu bezahlen. Dies wäre jedenfalls nicht das schlechteste Stück Sozialisierung.

Zur praktischen Durchführung hätte am nächsten Bilanztermin bei allen Erwerbsgesellschaften eine Bilanzierung nach den neuen Grundsätzen zu erfolgen. So würden die ganzen seit Jahrzehnten und namentlich die in den Kriegsjahren aufgespeicherten und der Besteuerung entzogenen Volksvermögen zum Vorschein kommen als erhöhter Gewinn, der im Interesse der steuerlichen Gerechtigkeit der Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1919 zu unterwerfen wäre. Auf diesem Wege würden dem Reiche Milliarden und Abermilliarden von Banknoten, Reichsanleihen und sonstigen Wertpapieren zufließen, sodaß es möglich wäre, den Notenumlauf und den Bestand an Kriegsanleihe erheblich zu verringern. Die Folge wäre die Verminderung unserer Schulden und unserer Steuerlast, Besserung unserer Valuta und des Kurses der Kriegsanleihe, beginnender Gesundungsprozeß unserer Volkswirtschaft. Dies würde den Nachteil eines vorübergehenden geringen Sinkens des Kurses der Aktien der betroffenen Unternehmungen auf der anderen Seite aufwiegen. Der Aktionär und Gesellschafter aber würde an seinem Dividendenbezug kaum eine Minderung erfahren, da in den Aktiven anstelle der ausgeschiedenen Wertpapiere wieder der richtige Wert der Vermögensstücke getreten ist, somit der zur Verteilung gelangende Reingewinn nicht geschmälert zu werden bräuchte. Diejenigen Gesellschaften, die am Kriege nichts verdienen konnten und ihre Steuerbilanzen stets gewissenhaft aufgestellt haben, könnten eine solche Regelung nur begrüßen. Der gewerbliche Mittelstand hat das allergrößte Interesse daran, da er durch die geschilderte Entwicklung am meisten geschädigt ist. Das gleiche gilt für alle in Form von Einzelfirmen oder offenen Handelsgesellschaften betriebenen Unternehmungen, welche ja steuerrechtlich und handelsrechtlich nicht die gleichen Vorzüge genießen wie die A.-G., G. m. b. H. usw., selbst nach Abzug jener Vorschriften, welche eine Doppelbesteuerung der letzteren vermeiden wollen.

Für die Zukunft aber würde eine solche Regelung eine Unterbindung der Steuerentziehung größerer Vermögensmassen durch die Handelsgesellschaften und somit eine Verminderung der laufenden Steuerlasten bringen.

OOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOOO

Waldesstille.

So still hab ich den Hochwald nie geseh'n,
So tiefversenkt in regungsloses Lauschen,
Kein Vogellied, kein säuselnd Blätterweh'n
Will mit dem Winde frohe Grüsse tauschen.
Nichts regt sich rings umher. — Kein Schritt im Moos,
Kein scheues Wild auf grasbewachs'nen Steigen,
Nur eine Stille feierlich und gross,
Nur grenzenloses, tiefes Waldesschweigen.

Horch! Tönt nicht dort ein heller Jägerruf,
Hallt nicht das Echo von den Bergen wieder,
Und bricht des Damwilds leichtbeschwingter Huf
Nicht aus den dunklen Tannengründen nieder?
Klingt es nicht heimlich aus dem Wald hervor
Wie das Geläute windverwehter Glocken,
Trifft nicht des Hähers heis'rer Schrei mein Ohr,
Des wilden Taubers fernes Gurr'n und Locken?

Rings atemlose Ruh. — Kein Lebenslaut,
Die Sonne will kein warmes Leuchten zeigen,
Die Einsamkeit, mir sonst so tiefvertraut,
Sie lastet heut auf mir so seltsam eigen.
Der Rieselbach schleicht träge seinen Lauf,
In dumpfer Totenstille steh'n die Föhren,
Kein Falter schwingt sich aus den Blumen auf. —
Ich kann den Schlag des eignen Herzens hören.

Geheimnisvoll durchweht's den stillen Tann,
Wenn leis die Nadeln knisternd niederfallen,
Ein Schauer tiefster Ehrfurcht fasst mich an
Wie in geweihten, hohen Kirchenhallen . . .
Die Stille vor dem Sturm. — Vom Felsenrand
Wird er in wildem Brausen niederbrechen,
Und in das Schweigen, das den Wald gebannt,
Mit Donnerstimme die Erlösung sprechen.

Josefine Moos.

Der amerikanische Neger.

Von Philipp Kester.

Als im Jahre 1910 zu Reno im Staate Nevada der schwarze Preisboxer Johnson den weißen Favoriten Jeffries vor einer vieltausendköpfigen Zuschauermenge niedergeboxt hatte, brachen in allen Gegenden der Vereinigten Staaten wilde Rassenkämpfe aus. Eine wahre Negerhetze setzte ein und nahm solchen Umfang an, daß die kinematographische Vorführung des rohen Gladiatorenspiels in den meisten Städten verboten werden mußte.

Aehnliche Ausbrüche des Rassenhasses sind, meist in der Form grausamer Lynchgerichte, in dem letzten halben Jahrhundert oft genug zu verzeichnen gewesen, und erst jüngst wieder lasen wir von den blutigen Zusammenstößen, die sich zwischen Schwarzen und Weißen in Washington und Chicago zugetragen haben. Die amerikanische Regierung, der die Vorfälle offenbar höchst peinlich waren, hat eiligst verkünden lassen, daß nach sicheren Beweisen, die man in Händen habe, die Gährung unter der Negerbevölkerung auf „bolschewistische Umtriebe" zurückzuführen sei. Noch besser unterrichtet zeigte sich der amerikanische Korrespondent der Londoner „Times": Er machte für alles wieder die bösen Deutschen verantwortlich und meldete glattweg, daß „deutsches Geld" bei den Krawallen eine wesentliche Rolle gespielt habe. Die Wahrheit aber dürfte wohl aus einem Bericht des „Manchester Guardian" hervorgehen, der die Gründe der unter den Negern ganz ungewohnten Aggresivität in der unerhörten Behandlung erblickt, der sich die aus dem Heeresdienst entlassenen Legionen farbiger Kriegsteilnehmer ausgesetzt sehen. Man hat nach Amerikas Eintritt in den Krieg die Neger in Massen ausgehoben (im ganzen 360,000 Mann), hat sie auf dem europäischen Kriegsschauplatz — nach dem Beispiel der übrigen Verbündeten — an den schwierigsten Stellen eingesetzt und nun, da sie — stolz auf ihre Kriegstaten und gewachsen in ihrem Selbstbewußtsein — nach der Heimat zurückgekehrt sind, wird in der Presse und anderswo auch schon die Forderung laut, daß „der Nigger wieder auf seinen Platz zurückverwiesen werde". Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, er kann gehen, um sich, wie vor dem Kriege, wieder als Menschen zweiter Klasse behandeln zu lassen.

Die Vorfälle haben das große Rasseproblem, das die Vereinigten Staaten seit dem Ende des Bürgerkrieges mit sich schleppen, wieder einmal in den Vordergrund des Interesses gerückt. Lincolns Proklamation vom Jahre 1863, wodurch drei Millionen Negersklaven plötzlich ihre Freiheit erhielten, war vom Standpunkt der Menschlichkeit zweifellos eine große und erhabene Tat, in jeder anderen Hinsicht aber war es ein folgenschwerer Schritt, denn er bedeutete im Wirtschaftsleben der Nation die plötzliche Ausschaltung eines jahrhundertealten Produktionsfaktors, der Sklavenarbeit, und damit den völligen Ruin der Südstaaten. Ein gewaltiger und folgenschwerer Fehler aber war es, den freigelassenen Negern fast sofort auch die politischen Rechte des weißen Mannes zu geben, wie dies durch das bekannte 15. Amendement der amerikanischen Verfassung geschah. Man gibt Unmündigen nicht das Wahlrecht, und die Neger von damals konnten kaum anders, denn als Unmündige betrachtet werden. Die Zustände, die sich für die Südstaaten während der berüchtigten „Rekonstruktionsperiode" daraus ergaben, gehören mit zu den dunkelsten Blättern der amerikanischen Geschichte. Die Südstaaten retteten sich aus dieser Not durch ihre Educational-Test-Gesetze, die die Ausübung des Wahlrechts von einer gewissen Elementarbildung abhängig machten. Damit war dem verhängnisvollen Nachtrag zur Verfassung die Spitze abgebrochen, denn unter den drei Millionen freigelassener Neger befanden sich zu jener Zeit 95 Prozent Analphabeten und es erhellt ohne weiteres, wie es hinfort mit den politischen Rechten der Schwarzen bestellt war. Diese Beschränkung des Wahlrechts mußte die Neger geradezu zwingen, sich fortzubilden, und sie haben seit jener Zeit, geleitet von einigen weißen Philantropen und einigen fortgeschrittenen Stammesgenossen, dieses Ziel beharrlich im Auge behalten. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß die Zahl der Analphabeten unter der schwarzen Bevölkerung schon 10 Jahre nach dem Krieg auf 70 Prozent gesunken war, sie beträgt heute kaum mehr 25 Prozent.

In dem Maße aber, in dem sich der Neger einen Anteil am politischen Leben errang, ist bei seinen weißen Mitbürgern die Abneigung gegen ihn gewachsen, ist das Bestreben nach einer strengen sozialen Scheidung immer offener hervorgetreten und hat in den meisten Staaten zu Maßnahmen geführt, die den Neger gesellschaftlich zum Menschen zweiter Klasse stempeln. Daß im Süden auf Bahnen und Trambahnen die Neger ausschließlich die für sie bestimmten besonderen Abteile zu benützen haben, ist bekannt, in gleicher Weise pflegen die meisten Bars und Gaststätten durch Fensteraushänge zu verkünden, daß Getränke an Farbige nicht abgegeben werden. In den Theatern sind den Farbigen gesonderte Sitzreihen zugewiesen, in den Städten der ganzen Union sind sie gezwungen, in besonderen Stadtvierteln zusammenzuwohnen, für die Erziehung der Jugend bestehen besondere Negerschulen, für die weitere Fortbildung eigene Negerhochschulen, — kurz, alles zielt darauf hin, eine allzu enge Berührung der Farbigen mit den Weißen zu verhüten und dem Farbigen das Bewußtsein seiner Unterlegenheit als Mensch und Mitbürger beizubringen. Hierzu kommen noch die gesetzgeberischen Bestimmungen der meisten Staaten, die gegen eine Blutsvermischung der beiden Rassen gerichtet sind. In nicht weniger als 30 von den 48 Einzelstaaten bestehen Gesetze, nach denen Ehen zwischen Weißen und Farbigen verboten und mit schweren Strafen (bis zu 10 Jahren Zuchthaus) bedroht sind. Dabei ist die Auslegung, die man dem Wörtchen „farbig" gibt, keineswegs in allen Staaten die gleiche. Während z. B. Indianer und Mongolen nirgends zu den „Farbigen" gerechnet werden, gelten als „farbig" in manchen Staaten noch Leute mit $^1/_8$ Negerblut oder darüber". Ein Mensch also, dessen Urgroßvater eine Negerin geehelicht hat, gilt dem Gesetz gegenüber noch als Neger, auch wenn inzwischen kein Negerblut mehr in die Familie gekommen ist.

Aus dem Geschilderten geht hervor, daß weite Kreise in den Vereinigten Staaten von einer geradezu krankhaften Furcht vor einer Rassenmischung ergriffen sind, wie sie ja z. B. in den mittelamerikanischen Staaten und Brasilien längst zur Tatsache geworden ist. Man hat, um die Oeffentlichkeit auf die Gefahr aufmerksam zu machen, das Schlagwort von der drohenden „Afrikanisierung Amerikas" erfunden und daran eine lebhafte Agitation gegen den stammfremden Bestandteil des amerikanischen Volkes geknüpft. Die verschiedensten Pläne zur Lösung der unseligen Rassenfrage sind im Laufe der Zeit aufgetaucht und in der Oeffentlichkeit immer ungeschminkter erörtert worden: sie alle gipfelten in der Forderung, daß es für die Zukunft des amerikanischen Volkes unbedingt geboten sei, sich des schwarzen Mitbürgers in irgend einer Weise zu entledigen. „Der Schwarze ist ein zufälliges Unglück für uns — gegen seinen Willen und ohne seine Schuld vielleicht, aber doch ein krankhaftes, unerwünschtes, hilfloses und niemals assimilierbares Element in unserer Zivilisation .... laßt uns ihn auf gütliche und menschliche Weise aus dem Wege schaffen, laßt uns ihm eine bessere Chance geben, als er je in der Geschichte gehabt hat und laßt uns mit ihm fertig werden." Also schrieb schon 1903 die einflußreiche „New-York Times", und denselben Gedanken führt in einem während des Krieges erschienenen Buche, das sich „America's Greatest Problem" betitelt, der amerikanische Militärarzt R. W. Shufeldt weiter aus, indem er als einzig mögliche Lösung der Frage die gewaltsame Deportierung der Neger aus den Vereinigten Staaten empfiehlt. „Ich würde", heißt es in diesem von leidenschaftlichem Haß diktierten Buch, „die Neger deportieren und würde ihre Wiederkehr genau so gut zu verhindern wissen, wie die Regierung der Vereinigten Staaten die Einfuhr von Chinesen verbietet." Und der amerikanische Universitätsprofessor W. B. Smith schreibt in seinem Buch „The Color Line" mit besonderer Beziehung auf die Gefahr der Rassenmischung wie folgt: „Wir behaupten, daß der Süden vollkommen im Recht ist, wenn er die soziale Kluft zwischen Schwarz und Weiß offen und unüberbrückbar lassen will. Dies muß der Süden tun, um sein Blut, sein Wesen und seine weiße Farbe zu retten. .... Wenn wir einmal mit Negern an unseren Tischen sitzen, wenn wir sie als unsere Gäste und als unseresgleichen behandeln, wenn wir die „Color-Line" auch in anderen Beziehungen überschreiten, wie soll es möglich sein, sie für die geschlechtlichen Beziehungen noch gelten zu lassen, für die Ehen unserer Söhne und Töchter, für die Fortpflanzung unseres Geschlechts? ....."

Diese wenigen Proben mögen genügen, um ein Bild der Stimmung zu geben, die auch in den gebildeteren Schichten des amerikanischen Volkes gegen den Neger Fuß gefaßt hat. Wie solche Anfeindungen und Gehässigkeiten auf die farbige Bevölkerung wirken müssen, läßt sich leicht nachfühlen, und so ist es kein Wunder, wenn unter den Farbigen selbst, schon einige Jahre vor dem Krieg, eine Bewegung eingesetzt hat, die, dem Zionismus der Juden nah verwandt, auf eine Massenauswanderung und die Gründung eines eigenen Negerreiches hinzielte. Finanziert von einigen wohlhabenden Farbigen hatte sich auch schon einmal

eine Kolonisationsgesellschaft gebildet, die an der Westküste Afrikas den amerikanischen Negern eine neue Heimat zu schaffen plante. Mit der britischen Regierung als der Besitzerin des ins Auge gefaßten Landstriches (es handelte sich um einen Teil der Goldküste) sollen bereits Verhandlungen über das Projekt geschwebt haben. Zu greifbaren Ergebnissen ist es aber anscheinend nicht gekommen, und der Weltkrieg, der dazwischen kam, ließ die Sache vorderhand in Vergessenheit geraten. Die Idee einer gewaltsamen Deportierung der Neger, wie sie jetzt aufgetaucht ist, dürfte also für einen großen Teil der farbigen Bevölkerung garnichts Abschreckendes haben, sondern sich vielfach mit deren eigenen Wünschen decken, denn einer Staatsgemeinschaft, die allen guten Willen dauernd mit Zurücksetzung, mit Erniedrigung und Verfolgung lohnt, wird jeder gern den Rücken kehren.

Trotzdem muß der Gedanke einer allgemeinen Deportierung der Neger dem unbefangenen Beurteiler als undurchführbar, ja geradezu als Utopie erscheinen. Wie sollte der Süden mit seiner Tabak- und Baumwollkultur ohne die farbigen, durch Weiße gar nicht ersetzbaren Arbeitskräfte, wie sollte der Norden ohne die farbigen Dienstboten und Schwerarbeiter auskommen? Und doch, wie soll das Problem anders gelöst werden, da der Weiße, fern von Versöhnlichkeit, die Rassengegensätze dauernd betont, statt zu ihrem Ausgleich die Hand zu bieten? Philanthropische Schwärmer gaben sich der Hoffnung hin, daß der Neger, war er erst einmal geistig und sittlich gehoben, von selbst in eine den Weißen ebenbürtige Stellung einrücken werde, aber wie die Tatsachen beweisen, haben sich diese Erwartungen keineswegs erfüllt. Daß der Neger von Natur aus intelligent und bildungsfähig ist, wird durch die Fortschritte bewiesen, die er in den elementaren Wissenschaften, wie auf den verschiedensten Gebieten des Erwerbslebens gemacht hat. Die großen Erziehungsanstalten von Hampton im Staate Virginia und von Tuskegee in Alabama führen jährlich viele Hunderte von jungen Farbigen beiderlei Geschlechts nützlichen Berufen zu, auch in die wissenschaftlichen Berufe sind die Farbigen längst eingedrungen. Der Ruf eines Booker Washington, der, der Hefe der schwarzen Bevölkerung entstammend, zum unermüdlichen Vorkämpfer seiner Rasse wurde, ist weit über die Grenzen Amerikas hinausgedrungen, und an der Negerhochschule von Tuskegee wirken heute Lehrkräfte, die es mit ihren weißen Amtsbrüdern in jeder Hinsicht aufnehmen können. Unter dem letzten republikanischen Regime schien es auch einmal, als ob die Gegensätze aus der Welt geschafft werden sollten. Roosevelt sowohl wie Taft waren Negerfreunde, sie beriefen mehrmals Farbige in öffentliche Aemter, und man erinnert sich noch des Aufsehens, das es erregte, als Roosevelt einmal den Neger Booker Washington ins Weiße Haus zum Frühstück lud. Parteipolitische Interessen mögen hierbei allerdings mitgesprochen haben, denn die republikanische Partei muß sich schon aus Tradition negerfreundlich gebärden, und die Stimmen der Schwarzen können in manchen Staaten bei den Wahlen immerhin den Ausschlag geben. Mit dem Einzug des demokratischen Regimes unter Wilson aber brauchte sich die negerfeindliche Agitation keine Schranken mehr aufzuerlegen und die gehässigsten Angriffe gegen die schwarzen Mitbürger konnten sich wieder offen hervorwagen.

Sommer.

Sein ruhvoll Blau der Aether spannt,
Stumm träumt die Flur im Mittagsbrand.
Und doch, als ging ein Klingen
Wie ein verborg'nes Singen
Durch's Aehrenreich.

Die Luft so starr und totenstill,
Die Erde kaum noch atmen will.
Und doch durchzittert Beben,
Ein tiefverschwieg'nes Leben
Die Blütenbrust.

Einst war der Lenz erschienen
So laut, wie Jugend tut:
Nun muss der Sommer sühnen
Ganz still den Uebermut.

Paula Schäfer.

Neu-Australien, ein Sozialistenstaat.

Von Karl Jünger, Rendsburg.

Zumal seit der Revolution schildert die Sozialdemokratie in den glühendsten Farben den Segen und die Vorzüge des von ihr erstrebten sozialistischen Zukunftsstaates. Da fragt sich wohl ein jeder, wie denn in Wirklichkeit ein solcher Staat aussehen würde. Die beste Antwort darauf gibt uns ein schon vor längerer Zeit von dem australischen Journalisten Wilhelm Lane unternommener praktischer Versuch:

Lane war ein glänzend begabter und hochgesinnter Mensch, der nur das beste für die Arbeiter wollte. Er predigte ihnen in Wort und Schrift mit hinreißender Begeisterung, daß nur das Privateigentum an Armut und Elend, Ungerechtigkeit und Verbrechen schuld sei. Er zeigte seine Begeisterung auch durch die Tat, indem er selbst 20000 Mark in die allgemeine Kasse warf. So bewog er im Juli 1893 240 Männer, Frauen und Kinder, ihr gesamtes Hab und Gut zu verkaufen, den Erlös in die Staatskasse zu geben und ihm nach Paraguay in Südamerika, von ihm Neu-Australien genannt, zu folgen. Hier hofften sie den vollen Ertrag ihrer Arbeit und ein sorgenfreies Leben zu finden.

Die Regierung stellte ihnen 450000 Morgen fruchtbares Acker- und Wiesenland und holzreichen Urwald zur Verfügung. Das Land wurde Gemeingut ebenso wie die Gewerbe, die Wohnungen und die Lebensmittel. Für alle wurde die gleiche Arbeitszeit von acht Stunden festgesetzt. Das Geld wurde abgeschafft und der gemeinsam hervorgebrachte Arbeitsertrag ohne Rücksicht auf Geschlecht, Alter, Beruf, Fähigkeiten und Leistungen gleichmäßig unter die verschiedenen Mitglieder verteilt. Das erregte Unzufriedenheit und Erbitterung, säte Zwietracht und Mißgunst und förderte Langsamkeit, Faulheit und Mißwirtschaft. Denn bald wollten die meisten die leichte Arbeit des Aufsichtführens und Essentragens tun, während sich nur sehr wenige zu der schweren Arbeit des Baumfällens hergaben. So blieb der Holzreichtum unausgebeutet, das Land verkam, der Ertrag der Ernte nahm ab, Wohnungen und Geräte wurden beschädigt, und bald fehlte es an Lebensmitteln und Kleidung. Der Diebstahl und andere Verbrechen wurden allgemein, zumal man auch die Religion abschaffte und die Gerichte und die Polizei aufhob. Der Staat erhielt völlige Selbstverwaltung. Nach dem Grundsatz der Gleichberechtigung wurde das Staatsschiff nur durch Mehrheitsbeschlüsse aller Genossen geleitet. Das kostete viele Zeit und ließ es selten zu schnellen und durchgreifenden Entschlüssen kommen.

Alle diese Zustände führten dazu, daß bereits Ende des Jahres 85 Mitglieder, der Unfreiheit und der schwierigen Lebensbedingungen überdrüssig, wieder auswanderten. An ihrer Stelle kamen im Dezember wieder 190 neue Einwanderer hinzu.

Inzwischen hatte Lane eingesehen, daß er sich in seinem Glauben getäuscht hatte, als ob die Abschaffung des Privateigentums ein Zusammenleben der Menschen in brüderlicher Liebe bewirken würde. Er erkannte nun, daß eine feste und einheitliche Leitung nötig sei und riß diese an sich. Doch er nutzte sie so, daß schon bald Willkür, Vergewaltigung und Günstlingswirtschaft überhand nahmen. Besonders die Kritiker seiner Person bestrafte er mit den unangenehmsten Arbeiten. Die Bewohner fühlten sich nicht mehr als selbstbewußte Bürger, sondern als Sklaven und sahen in ihrem Zukunftsstaat nicht mehr ein Paradies, sondern eine Barbarei. Schließlich wuchs die allgemeine Unzufriedenheit so, daß Lane sein Amt niederlegte und Neu-Australien verließ.

Nach seinem Fortgang wurden die Verhältnisse noch schlimmer. So sah man endlich ein, daß auf dem bisherigen Wege nichts Gutes mehr zu erwarten sei. Die Verfassung wurde geändert, die Genossen durften wieder nach ihrem eigenen Gutdünken arbeiten und den Ertrag ihrer Arbeit für sich behalten. Jeder erhielt 60 Morgen eigenes Land und schuf sich auf diesem Besitz bald wieder eine auskömmliche Existenz. Dadurch wurde die Quelle von Zwist, Hunger und Verbrechen verstopft, und an ihre Stelle trat schon bald wieder Zufriedenheit, Wohlstand und Ordnung.

So erwies sich dieser sozialistische Staat als ein verhängnisvolles Trugbild. Er täuschte Freiheit vor, hatte aber nur Abhängigkeit zur Folge. Er versprach Gleichheit, konnte aber die Ungleichheit nicht aus der Welt schaffen. Er spiegelte Brüderlichkeit vor, zog aber Mißgunst, Habsucht und Ungerechtigkeit groß.

Trübe Fluten.

Von Bruno Hessenmüller, Mannheim.

Seitdem durch die Aufhebung jeder Zensur — es sei denn, es wird zeit- und stellenweise eine solche in krassester Form von radikalen Elementen im Namen der Freiheit zur Herbeiführung wahrhafter Menschheitsbeglückung à la mode russe gehandhabt — die literarische Unratabfuhr in aller Oeffentlichkeit nicht gehindert wird, daher nach gewissen Grundsätzen neuer Moral ipso iure erlaubt ist, wird die Oeffentlichkeit, ob sie will oder nicht, mit einer stetig wachsenden Flut „neuer" Zeitschriften überschwemmt.

Es handelt sich dabei meist um die mehr oder minder überspannten Eigenbrödeleien gewisser Gruppen, um krampfhafte, zum Teil „gemachte" Aufschreie zügelloser, politisch oder moralisch verirrter Geister und Phantasien halbverrückter, abseitiger Ekstaten oder brutalperverser Erotomanen, mitunter finden sich noch letzte Reste von Vernunft und verkümmerte Ansätze verdorbenen Talentes, manchmal auch eine Kraft, deren sinnlose Verschwendung man nur bedauern kann.

Bei all diesen Wechselbälgen trägt auch die moderne Kunst ihr Teil bei, zu den literarischen Mißgeburten gesellen sich graphische und man weiß nicht, wem man den Preis der Narrheit zuerkennen soll. Es ist wahr: In der „modernen" Malerei haben Kandinsky, Marc, Picasso und deren Freunde und Schüler, in der Plastik Archipenko, Lehmbruck und Genossen staunend hohe Stufen des Häßlichen, Bizarren, Unwahrscheinlichen und Sinnlosen erklommen, aber mit den Erzeugnissen neuer Graphik und Holzschneidearbeit können sie einfach nicht mit. Was auf diesem Gebiet geleistet wird, entzieht sich dem Fassungsvermögen des mit Vernunft geschlagenen oder mit dem Fluche eines veralteten guten Geschmackes beladenen Menschen.

Ich will einige Beispiele ausführlich dem geneigten Leser anführen, mache mich aber für etwaige nachteilige Folgen nicht haftbar.

In der stürmischen Gegenwart ist natürlich die schon Jahre hindurch zur Schande des Jahrhunderts bestehende Zeitschrift „Sturm", die in Berlin (sic!) erscheint, auf der Höhe der Zeit. Man ließ ihr schon immer so eine Art Narrenfreiheit, da sie, wenigstens vor der Revolution, sich nur rein unästhetisch betätigte und jede politische Tendenz, wenigstens offen, vermied, was sich heute bei vielen dieser Erscheinungen wesentlich anders verhält. Ich greife aus dem 1. Heft des 10. Jahrgangs, April 1919, einiges heraus, das nicht nur für dieses Blatt, sondern auch für die meisten jener „Ausflüsse des Zeitgeistes", die hier aufs Korn genommen sind, charakteristisch ist. Es bietet sich dem staunenden Geiste da ein langes „Gedicht" von K. Liebmann, betitelt „Blutlanz blüht Christus — Brüste zerweiben", welches beginnt wie folgt: „Südzucke Brüstesonnen zerzischen kristallzadlachende Auenblätscherbäche Höhlen kieseln, Lichte sanden Nichts."

In diesem Stile geht es weiter, nur bleibt der Inhalt nicht sinnlos, bzw. harmlos. Der Zusammenhang mit Christus ist zwar undefinierbar, was jedoch an der Gotteslästerung nichts ändert. Nur eines ist erkennbar, nämlich, daß das Machwerk von Pornokrates inspiriert ist.

Noch eine Probe aus dem gleichen Hefte:

Titel: „Verliebt in meinen Stahlhelm" (!) Verfasser: F. R. Behrens.

„Rohsonne rieseln Mohnenkuß
Blutsamt belippen blanken Blust
Erschluchzt
Erstürmt
Errosenrost
Erhitzt zwitschert Frühling"

Titel: „Giraldo" Verfasser: Derselbe.

„Eisnacht
Mutter Morgenschnee
Hirnhitzehetz
die Tiefe
Unten die Tiefe
Unter die Tiefe."

Um das zu verstehen, muß man allerdings sein Hirn in Hitze hetzen, worauf Eisnacht und Morgenschnee sehr gut sein mögen!

Hier handelt es sich aber noch um „ungefährliche" Verrücktheit!

Nicht ganz so bizarr, also gefährlicher, ist der Inhalt des 5. Heftes (Mai 1919) der Zeitschrift „Das Tribunal, Hessische radikale Blätter", herausgegeben von C. Mierendorff. Es enthält u. a. ein Gedicht von Johannes R. Becher: An Deutschland (geschrieben 1915!) welches beginnt:

„. . . Deutschland, Reich der breizerstampften Knechte!
Reich Barbaren, stinkend Blut—Kot—Reich!"

(Die zweite Zeile scheint durch das Betragen engerer und weiterer Parteigenossen des Verfassers bei gewissen blutigen Vorgängen letzter Zeit bestätigt zu werden). Daß der Herr nicht Minister für freiheitliche Volksaufklärung geworden ist, nimmt wunder!

Aber entschieden interessant ist eine Verteidigung des aktivistischen Idealismus vom Herausgeber: „Und doch Politik!" Es ist immer beachtenswert, wenn Leute dieser Richtung sich herablassen, programmatische Erklärungen und Verteidigungen zu veröffentlichen! Die neueren Nummern sind politisch noch radikaler und enthalten Worte und Zeichnungen, deren Blödsinnigkeit und Unbeholfenheit nur belustigen kann.

Das erotische Moment wird stärker in den Blättern „Die Freunde", Heft 10/1918, deren Leitung sich in mysteriöses Dunkel hüllt. Sie erscheint nicht öffentlich, als Ausdruck eines Kreises von Kunstfreunden und jungen Künstlern. (Nach verschiedenen Namen, Bemerkungen usw. kann man auf Mannheim als Sitz dieses Kreises schließen.) Das Heft bringt eine Szene „Bath-Seba", die glühendlüsterne Schilderung des erotischen Erlebnisses des Königs David mit dem von Leidenschaft durchrasten Weibe des Urias, und vom gleichen Autor zwei sehr „charakteristische" Holzschnitte.

Ein wohl kaum zu überbietender Höhepunkt der Geilheit und Gemeinheit wird erreicht im 4. Hefte der „Münchener Blätter", Verlag Gg. Müller, München 1919. Da veröffentlicht ein gewisser Curt Corrinth 3 Kapitel aus einem bisher unveröffentlichten Roman „Bordell" (der Verfasser ist leider 30 Jahre zu spät gekommen, das satanistische Genie Félicien Rops' hätte die Illustrationen übernehmen sollen!), unheimlich reich an Ueberspannung des Ausdrucks, sinnlosen oder bedenklichen Satzfetzen und von einer wahnwitzigen Erotik, ein Hochgesang wildesten, gräulichsten Lasters, gipfelnd in mehr als Homosexualität!

Am Schlusse dieser sodomitischen Raserei schreibt der Verfasser das eine Wort, in Klammern gesetzt: („Psychiater —!") Allerdings! Er trifft da unfreiwillig ganz das Richtige.

Dann folgt ein Aufsatz über absolute Tanzkunst. Was jetzt noch alles „absolut" wird? Absolute Verrücktheit und absolute Unsittlichkeit haben wir ja, darin ist doch schon alles gesagt. Wozu für Einzelnes nachweisen, was für die Gesamtheit von niemand bestritten wird?

Das nächste Heft enthält ein fast ebenso pervers-widerliches Erzeugnis schamloser Sinnlichkeit, was aber wenigstens im Stile und Ausdruck verständlicher und lesbarer ist.

Die politische Verrücktheit nimmt auch „absolute" Dimensionen an, das beweist der stärkste literarisch-„künstlerische" Ausfluß dieser radikalsten unter den radikalen Richtungen, die Zeitschrift, die Flugschriften und Büchereihen des Aktions-Bundes Berlin. Die Zeitschrift ist seit Jahren fast ausschließlich für bolschewistische Agitation und radikalste Hetze reserviert, auf die genauer einzugehen, über den Rahmen dieser Erörterungen hinausgehen würde. Wer sich unterrichten will, der betrachte die Erscheinungen der politischen Aktions-Bücherei, einiges aus der Reihe „Der rote Hahn" und die letzten Hefte 16/17 (Doppelheft) und 18 bis 20 des heurigen Jahrganges der Zeitschrift „Aktion".

Doch genug der Beispiele, zu denen jeder Kommentar überflüssig erscheint, sie sprechen für sich!

Es wäre nur noch eine Aufgabe interessant, wenn auch sehr schwierig: Die Untersuchung, wieviel an dieser ganzen Sache unter die Kapitel „Schwindel", „Mache", „Spekulation auf die Dummheit der Leute" einzureihen und in welchem Maßstabe ein israelitischer Einfluß dabei mitbestimmend bzw. vorherrschend ist. Dies letztere Problem scheint allerdings nicht so schwierig wie die andern. Man braucht noch lange kein Antisemit zu sein, um dieses widerliche jüdische Aesthetenund Literatenunwesen und einen gewissen Salonspartakismus, Kind des Kriegsgewinnlertums, entschieden abzulehnen.

Es ist ein trauriges Bild, das Lächerlichkeit mitunter noch häßlicher macht, was sich da dem Beobachter auftut! Unwillkürlich fragt man sich, ob denn jene Menschen, die derartiges begründen und unterstützen, jedes Verständnis für die bittere Not, die harte Realität, die schweren Fragen und großen Aufgaben der Zeit verloren haben. Es scheint so, muß sogar so sein! So führen sich zu den Intellektuellen und Gebildeten zählen wollende Glieder eines Volkes auf, das am Rande des Abgrundes, in der Krisis einer ungeheuren Katastrophe steht! Und solche Subjekte maßen sich an, der Menschheit Führer zu einer neuen Zeit, einer neuen Weltordnung, sein zu wollen. Gewiß ist eine solche im Entstehungszustande begriffen und ihre Geburtswehen erschüttern die europäische Kulturwelt. Aber so, wie diese Schwärmer, Narren oder vielleicht auch noch Schlimmeren sich denken und in wahnwitzigen und vermessenen Proklamationen mit mißtönigem Gebrüll verkünden, darf und kann sie nicht sich mißgestalten! Wenn doch in letzter Stunde noch jene Faktoren und Kräfte, die allein retten und aufbauen können, erkannt würden, die bisher nur verachtet, gehaßt oder mißverstanden werden, während man alles das, was zum Unheil beigetragen hat, zum verhängnisvollen Superlativ treibt!

Kreuz und quer Gedanken.

Von Friedrich Koch-Breuberg, Neuburg a. d. D.

Auf der Asphodelenwiese im Elysium war Ganymed aus dem pensionierten Olymp eingetroffen und hatte einen Schlauch Nektar und einen goldenen Becher mitgebracht. Alle großen Geister, denen die naive Erdenmenge einst gehuldigt hatte, die sich aber nicht des himmlischen Jerusalems erfreuten, lagerten um einen Marmortisch und lechzten nach dem Göttertrank.

Einige wüste Gesellen aus Ungarn oder Rußland stammend waren auch anwesend. Es genügte ja, daß man beweisen konnte, eine große Menschenmenge habe einem auf Erden zugejauchzt.

Seid fröhlich! Der alte Zeus läßt euch grüßen. Freilich ist er seit 2000 Jahren sehr schwach geworden, sagte der Götterknabe und füllte den Pokal.

Welchen Weg nahmst du? Sahst du Berlin? fragte der Dichter des Faust würdevoll.

Ach, wie ist die Mark so wenig — unsere Bürger, unser König könnten wohl was Besseres tun, entgegnete höflich Ganymed und berichtete: Ja — ich berührte dieses Sodoma der Deutschen — d. h. nach Heinrich Heine ließ ich nach Vögleins Art — einen Blick auf die Zentral-Einkaufs-Gesellschaften fallen.

Ceterum censeo! unterbrach der alte Cato: Mir hätte einer eine Zentral-Einkaufs-Gesellschaft gründen sollen!

Auch der deutsche Dichter des Goetz wandte ein: Mein Ideal Napoleon äußerte doch, daß man die Kriegsgewinnler sich wie Schwämme ansaugen lassen sollte, um sie gehörig ausdrücken zu können.

Vorderhand saugen sie in Deutschland noch und, damit sie ihr Geld ins Ausland bringen können, droht der Reichstag immer mit einem Gesetz, das aber nie erscheint, brummte der alte Bebel vor sich hin.

O — liebliche Aspasia — frage doch den Götterknaben, ob er in Berlin nichts über einen Paragraphen 175(b) hörte, ließ sich die Königin der Insel Lesbos vernehmen.

Nein — die Damen haben dort zuviel mit den Gesetzen für außereheliche Kinder zu tun, antwortete Ganymed höflich.

Chacun à son façon! rief ein berühmter, bayerischer Moralist dazwischen.

Monsieur — taisez-vous, s'il vous plait — ich sagte das nur pour les prêtres, zürnte Friedrich von Preußen dazwischen.

Man sollte es nicht glauben, daß er noch nicht deutsch kann! Item 1807 bei mir speisenden Marschall Napoleons erklärte ich doch, daß mein Bruder Fritz nur ein Hanswurst sei. Es war doch blöde, daß der Korse so ein Geschrei von dem Verstand meines Bruders machte, zischte Prinz Heinrich von Preußen dazwischen.

Während die großen Geister sich beim Nektar so neckten, erschallte plötzlich homerisches Gelächter. Es drang aus dem ganzen Weltall herein. Die Sterne erzitterten und sogar das Zwergfell der Sonne kam in Gefahr. Ganymed hätte beinahe den kostbaren Nektar verschüttet und nur Sokrates bewahrte die Ruhe.

Ich frage, begann er, wenn selbst das Weltall lacht, was kann der Grund zu so unbändigem Gelächter gewesen sein? Wenn ich ruhig lächle — ist vielleicht auf der alten Erde Großes passiert. Wenn ich etwas lauter lache, hat vielleicht Clemenceau eine neue Art Schierling für den deutschen Kaiser entdeckt, oder Lloyd George studiert die Memoiren Sir Hudson Lowe's und sucht ein neues St. Helena aus, bei einem solchen Lachgebrüll sage ich aber mit Sicherheit, es hat sich Bayern schon wieder blamiert, deduzierte Sokrates.

Alle klatschten in die Astralhände und der frühere bayerische Reichsherold Heinrich Ritter von Lang ließ sich also vernehmen: Rinn in die Kartoffeln — raus aus die Kartoffeln! Soeben hat der bayerische Landtag in Bamberg den bayerischen Adel wieder eingesetzt. Hm — bei Philippi sehen wir uns wieder und vielleicht erblühen die Hopfensäcke Nürnbergs noch einmal.

Wie meinen Sie das? fragte Goethe hoheitsvoll: Zwar trug ich mit Vorliebe Napoleons Ehrenlegion, doch nahm ich auch dankbarst das Großkreuz des bayerischen Kronenordens. Auch in Oesterreich wäre ich als Kommandeur des Leopoldordens eigentlich Freiherr gewesen.

Das sagt nun der Mann, der dichtete: Nun dächt ich lieber Herr Baron, wir blieben beide, was wir sind, mischte sich Heinrich Heine ein und spottete: Hat nicht m e i n Volk gerade in Oesterreich sich ungezählt gefreiherrt und geritttert?

Dann warf er dem Heinrich Ritter von Lang ein Buch an den Kopf.

Wenn man einem ein Buch ähnlich zuschleudert, so entscheidet das noch nicht über den Wert des Buches. Ich könnte fragen: fliegt das Buch langsam, so ist deshalb der Inhalt noch nicht schwer zu nennen — fliegt es aber schnell, so kann es trotzdem schwer sein? meinte Sokrates.

Es ist ja nur der Semi-Gotha. Ein miserables Machwerk, rief Eduard VII. von England dazwischen und sein Schwager Friedrich III. sekundierte ihm.

Man lachte nicht, selbst Heinrich Heine verhielt sich anständig, aber die Verlegenheitspause war nun einmal da.

Streiten wir uns doch nicht wegen solcher Bagatelle, nahm Ernst II. von Sachsen-Koburg-Gotha das Wort. Wenn meine Frau Alexandrine nicht drüben im Himmel wäre, würde ich jetzt mit ihr und meinen Vorleserinnen Tarock spielen. Ach — sie war ein gutes Weibchen und eine Dulderin!

Sprechen wir doch nicht von guten Weibchen, mischte sich der Münchener Moralist ein: Sie haben auch darauf losgeadelt — zwar weniger ins Israelitische — aber vielfach ins Uneheliche.

Wie kann man sich um den Adel zanken, wenn England, Frankreich noch zweierlei Menschenrechte kennen, wenn die Niggerfrage noch existiert! rief Spartacus, neben dem Eunus lag, dazwischen.

Nun ich habe ja bald eingesehen, daß Utopien nicht durchführbar sind, sagte Eunus.

Deshalb machte er sich auch zum König und ich glaube, die Sklaven waren ihm dann schnuppe, meinte Bebel.

Spartacus und Eunus aber schrieen: Beim Herkules — wir waren tapfere Leute! Wir verstanden etwas vom Krieg und ein besoffenes Dachau bei München gab es bei uns nicht.

Es gebot aber Homer Stille und Hesiod verkündete also: Wir haben uns nun über Abschaffung und Wiedereinführung des Adels in Bayern lustig gemacht — nun teile ich jedoch noch Betrübendes mit. Professor Ernst Häckel ist gestorben.

Ah — das Ueberbein am menschlichen Schädel — die Brücke, der Mann, der durch ein Hintertürchen fand, was mir verborgen blieb, meinte der Farbenlehrer und sonst Exzellenz von Goethe.

Hesiod aber rief: Man hat beschlossen, ihn ins Elysium aufzunehmen, wenn wir alle erklären, daß wir von Affen abstammen.

Cher Voltaire — commençez-donc! sagte Friedrich der Große,

Singe! murmelte der Autor des Candide vor sich hin und blieb sitzen.

Der Pudel Arthur Schoppenhauers biß aber gerade Friedrich Nietzsche in die Waden und — statt über Häckels Theorie abzustimmen, schrieen alle: Mit der Philosophie lockt man keinen Hund hinterm Ofen vor!

Die Unruhe und Verwirrung vergrößerte sich sehr, als Caligula bemerkte, daß man ihm soeben den einst in München fabrizierten Stiefel entwendet hatte. Ein Jeder erkannte nun, daß auch er bestohlen worden sei, und Spartacus erwischte eben einen der eingeschmuggelten Ungarn und Russen beim Stehlen. Man jagte sie in den Hades, aber sie verlangten meist nach dem Scherl.

Ganymed weinte, weil auch der goldene Pokal fehlte und jammerte: Was soll der alte Zeus denken, wenn jetzt sogar im Elysium gestohlen wird? Nach diesem entsetzlichen Kriege ist wohl das Menschengeschlecht eine Räuberbande geworden?

Schmähe nicht, Knabe! Das Volk ist nur politisch reif geworden und erledigt seine Geschäfte selbst, rief Spartacus lachend: Und wer ihm das Geld aus den Taschen stiehlt, wer es hungern läßt, den vergöttert es. Aber unser schönes Fest ist schmählich gestört — was beginnen wir nun?

Ich schlage einen Streik vor — einen Generalgeistesstreik! rief Voltaire lachend und alle stimmten bei.

Vom Büchertisch.

M. Herbert: Himmlische und irdische Liebe. Regensburg, F r i e d r i c h P u s t e t. Pr. geb. 5 M.; **Frauen - Novellen.** Dritte und vierte, verbesserte Auflage. Regensburg, V e r l a g s a n s t a l t v o r m a l s G. J. M a n z. Pr. 6 M. Das erste Buch ist eine Neuerscheinung, und zwar eine so hervorragender Art, daß man sie fraglos zu den besten der bisher erschienenen M. Herbert-Werke wird zählen müssen. Unter den 22 Stücken der Sammlung (darunter einige schöne Gedichte) sind die tiefsten, je fünf an der Zahl, St. Franziskus von Assisi und Michelangelo gewidmet. Die übrigen entnahm die Dichterin stofflich unserer Zeit, und in allen gab sie uns wiederum Licht und Wärme und künstlerischen Genuß in überströmender Fülle. — Auf die „wesentlich verbesserte Neuauflage der durch feinste Psychologie, echt M. Herbertsche Vertiefung und reizvollen Vortrag, ausgezeichneten „Frauen-Novellen" sei hiermit nachdrücklich hingewiesen. E. M. Hamann.

„Da war auch ich dabei!" Ein Denkmal für das deutsche Kind im großen Kriege. Eine Bilderreihe von **A. Untersberger** mit begleitendem Text von **Laurenz Kiesgen.** Regensburg, Friedrich P u s t e t. Querquart. Preis geb. 3.80 M. — Ein „Kriegsandenken" für unsere Jugend, zugleich ein Denkmal für diese. Ein Denkmal? Ja, denn auch das deutsche Kind hat verhältnismäßig Großes geleistet in diesem furchtbaren Kriege: nicht nur an Entbehrung, sondern auch an Tatbereitwilligkeit und ausgewerteter Tatkraft. Eben dies hält der vorliegende Band in 14 Bildern und an der dazu gehörigen Worteinkleidung fest. Unterbergers Stil ist bekannt und vielfach beliebt, Kiesgens Erzähl- und ganze Darstellungsweise desgleichen in erhöhtem Maße. So möge denn das Werkchen in Familie und Schule übergehen, ein Dokument dessen, was das kindliche „Heimatheer" in schwerster Zeit zu leisten vermochte. E. M. Hamann.

Flugschriften der Stimmen der Zeit. Freiburg, Herder 1919 je 75 Pf. **Demokratie und Weltanschauung.** Von Heinrich S i e r p, S. J. Die Demokratie ist kein absolutes Gut, erhält vielmehr ihren Wert von der Weltanschauung, die sie trägt. Dementsprechend stellt der Verfasser den Begriff der wahren Demokratie fest in vergleichender Abwägung in den Abschnitten: Demokratie und Gottesgnadentum; Demokratie und Wahrheitswille; Demokratie und Kirche. Dabei zeigen sich gleichzeitig die Grundlagen, auf denen eine gedeihliche Demokratie aufbauen muß. — **Der deutsche Rätegedanke und seine Durchführung.** Von Konstantin N o p p e l, S. J. Angesichts der von der deutschen Regierung festgelegten Einführung des Rätesystems in die Verfassung ist die kurze hier gebotene Klarstellung dieses Gebildes sehr willkommen. P. Noppel zeigt die Eigenart des russi-

schen Rätesystems und das Werden der deutschen Räte, um dann im einzelnen die an sie zu stellenden Forderungen zu erörtern, sofern diese Einrichtung unserem sozialen und wirtschaftlichen Leben zum Segen werden soll. — **Um die Zukunft der deutschen Missionen.** Von A. Väth, S. J. In kurzen Strichen ist hier ein Bild entrollt, wie die während vier Kriegsjahren hart mitgenommenen deutschen Missionen durch seinen unglückseligen Ausgang an den Rand des Verderbens gebracht waren. Ihr Schicksal läßt die Forderung nach Freiheit der Verkündigung des Evangeliums des Friedens als ganz vordringlich erscheinen. Diese Forderungen sind hier genauer umschrieben und ihre Sicherung — wie inzwischen bekannt wurde — durch den apostolischen Stuhl gebührend betont. O. Heinz.

Linneborn Johannes, Dr. theol. et phil., Professor des Kirchenrechts, **Grundriß des Eherechts nach dem Codex Juris Canonici.** 8° (XIX u. 499 S.). ℳ 12.—. Paderborn, Ferdinand Schöningh. Ueber das Eherecht des neuen kirchlichen Gesetzbuches sind bereits mehrere Schriften erschienen, welche teils die Aenderungen auf diesem Gebiete mitteilen, teils das gesamte Eherecht zur Darstellung bringen. In der vorliegenden Schrift behandelt Johannes Linneborn, früher Professor des Kirchenrechts an der Akademie Paderborn, jetzt Domkapitular daselbst, der durch zahlreiche kirchenrechtliche Schriften rühmlichst bekannt ist, das ganze Eherecht samt dem Eheprozeß mit größter Genauigkeit und erwünschter Gründlichkeit. Jedem einzelnen Abschnitt ist der Wortlaut der in Frage kommenden Kanones vorausgeschickt. Zur Erleichterung des Studiums ist die Darstellung reich gegliedert und das Wichtige vom minder Wichtigen durch den Druck hervorgehoben. Dient das Buch auch in erster Linie der Praxis, so sind doch auch die wissenschaftlichen Fragen berücksichtigt, und es wird in kurzen Ausführungen auf die Meinungsverschiedenheiten geschichtlicher und rechtlicher Natur aufmerksam gemacht. Es handelt sich bei dem vorliegenden Werke um eine herrliche Leistung deutscher Wissenschaft und ich glaube nicht, daß in einem anderen Lande der katholischen Kirche so bald nach dem Erscheinen des Kodex eine gleich gediegene, eingehende, in erster Linie für die Praxis berechnete, aber auch mit wissenschaftlichem Apparat versehene Bearbeitung des jetzt geltenden Eherechtes vorhanden ist. Prof. Dr. J. Krieg, Regensburg.

Dr. **Joseph Tovini.** Ein Mann des Glaubens und der Tat. Deutsche Ausgabe von P. Leo Schlegel, Zisterzienser in Mehrerau. 8° 157 S. ℳ 4. Warendorf, Schnell, 1919. Dieses den katholischen Männer- und Jünglingsvereinen gewidmete Buch zeichnet den Lebensgang, Arbeit und Erfolg eines Mannes, der, ins wogende Leben der Gegenwart hineingestellt, in einem schwierigen Beruf, als Oberhaupt einer zahlreichen Familie überall als überzeugter Katholik vorbildlich wirkte. Tovini, der 1841 geboren, sein Leben 1897 beschloß, wählte die Laufbahn des Rechtsgelehrten und übte den Beruf eines Advokaten. Die ihm erblühende Familie mit zehn Kindern war für ihn dauernd Gegenstand ernster Sorge; mit der Ausübung seines Berufes wußte er als Mann tatkräftigen Glaubens in verschiedenen öffentlichen Aemtern, sowie bei religiösen Veranstaltungen eine fruchtbare Wirksamkeit im Interesse der hl. Kirche zu verbinden. Als Kernpunkt des religiösen Lebens dieses Terziaren des hl. Franz von Assisi weiß sein Freund, Bischof Jakob von Brescia, seinen oftmaligen würdigen Kommunionempfang hervorzuheben. Dem kurzen Lebensbild ist eine Rede über das Gebetsapostolat beigegeben, die Tovini auf dem eucharistischen Kongreß in Mailand hielt. O. Heinz.

Literarischer Handweiser. Begründet von Franz Hülskamp und Hermann Rump. In neuer Folge herausgegeben von Prof. Ernst M. Roloff, Freiburg i. Br., Herdersche Verlagshandlung. Jährlich 12 Nummern. 10 ℳ. Der Leser, der verständnisvoll und zielbewußt genießen will, was der menschliche Geist im Buchdruck offenbart, benötigt eines zuverlässigen Führers durch die hochangeschwollene Flut der neuzeitlichen Literatur. Der Verlagshandlung Herder ist es zu danken, daß trotz der Ungunst der Zeiten der katholischen Leserwelt ein solcher zu neuem Leben erstand, der schon unseren Vätern und Großvätern ein treuer Berater war. Es ist der Literarische Handweiser, der unter der bewährten Leitung des bekannten Pädagogen Ernst M. Roloff, der uns das herrliche „Lexikon der Pädagogik" geschaffen hat, in neuer Folge im 54. Jahrgang im Frühjahr 1918 herauskam. Seine große Aufgabe ist kurz umschrieben: er will die katholische Literatur, die in nichtkatholischen Blättern so sehr vernachlässigt wird, bekanntmachen und verbreiten; er will weiter wichtige nichtkatholische Werke vom katholischen Standpunkt aus beurteilen. Obwohl unsere größten Fachgelehrten dem „Literarischen Handweiser" freudig ihre Mitarbeit zuteil werden lassen, will die Zeitschrift doch nicht in erster Linie ein Fachorgan für Gelehrte, sondern eine Belehrungsschrift für den weiten Kreis der Gebildeten sein. Alle die wichtigen Beziehungen der Menschheit zu den mannigfachen Lebensäußerungen von Natur und Kunst, Wissenschaft und Praxis, Staat und Einzelwesen, Gott und Welt werden einer sachkundigen Besprechung unterzogen, wie eben der Büchermarkt Neuerscheinungen bietet. So wird das katholische Volk aufmerksam gemacht auf das, was neu gedacht und neu geschrieben ist, es wird hingewiesen auf Vorzüge und Schönheiten, auf Schatten und Häßlichkeiten, um selbst dann sein Urteil zu schärfen und zu läutern. So bildet der „Handweiser" auch einen Wegebahner für unsere katholische Literatur.

Oberlandesgerichtsrat Karl Rupprecht.

Die christliche Frau. Von Theodor Temming, Oberpfarrer. 32° 570 S. geb ℳ 3.—. Kevelaer, Butzon & Bercker. 1919. Dieses bereits in sechster (vermehrter) Auflage vorliegende Unterrichts- und Gebetbuch kann als trefflicher „Frauenspiegel" bezeichnet werden. Der erste Teil setzt mit einer wünschenswert eingehenden Belehrung über die notwendigen Voraussetzungen einer glücklichen Ehe ein. In gründlicher Form wird dann das Ehesakrament behandelt, die diesem Stand obliegenden Aufgaben, seine Anliegen und Sorgen, aber auch sein reicher Segen und dessen Quellen. Eine wirkungsvolle Standesunterweisung bildet zumal der als Anhang (S. 554—70) beigegebene Hirtenbrief der deutschen Bischöfe vom 20. August 1913 über christliche Ehe, christliche Familie, christliche Erziehung. Besonders erwähnt seien aus diesem preiswerten Gebetbuch, das zugleich ein Andachtsbuch für die Mitglieder des Vereins christlicher Mütter darstellt, der Abschnitt „Heilige Vorbilder", dann die im Gebetsteil eingeflochtenen Standesgebete der christlichen Braut und Ehefrau, sowie die Unterweisung über die verschiedenen Standesvereine.

O. Heinz.

Bühnen- und Musikrundschau.

Nationaltheater. Goethes Geburtstag — es war der 170ste — ward an den auswärtigen Bühnen in der üblichen Weise gefeiert, in München verlief der Tag — genau vor einem halben Jahrhundert hat Ludwig II. der Stadt das Goethedenkmal geschenkt — sang- und klanglos. Im Residenztheater gab man eine Komödie von Shaw und das Prinzregententheater hatte vermutlich zu viel mit der Einstudierung eines Wedekind zu tun. Was ist ein Goethe neben diesen „Größen"? Gerade weil in unseren Tagen so viel und so volltönend über die Bühne als Kulturfaktor geredet wird, ist es überraschend und bedauerlich, daß man das volkserzieherische Moment, das in dem Feiern solcher Gedenktage liegt, gering einzuschätzen scheint. Erfreulich ist, daß man neben der „Rose vom Liebesgarten" und „Palestrina" nun auch Pfitzners geniales Jugendwerk, den „armen Heinrich" in den Festspielrahmen einbezogen hat. Ist es doch durch die Innigkeit und Tiefe seines Gefühlsinhaltes vielen mehr an das Herz gewachsen, als die späteren Werke dieses Meisters, dessen künstlerisches Wachstum in diesen späteren Schöpfungen nicht geleugnet werden soll. Die Interpretation durch Bruno Walter, Erb, Brodersen und Delia Reinhardt haben wir schon früher als dem Geiste der Tonschöpfung entsprechend gerühmt. Die Hilde spielte Martha Hundhausen aus Straßburg als Gast mit guter Einfühlung.

Im **Residenztheater** gab man in neuer Einstudierung den „Eingebildeten Kranken" und ließ dem Werke Molières „Berengar" von Platen vorausgehen. „Lustspiele sind und Märchen mir gelungen in einem Stil, den keiner übertroffen", sang der Dichter in seiner eigenen „Grabschrift", dennoch spricht die Welt heute nur noch von seinen polemischen Komödien gegen die romantische Schule und hat seine anderen Lustspiele überhaupt vergessen. Es war somit nicht unverdienstlich, wieder einmal eine Probe mit einer Komödie des Grafen Platen zu machen. Das Stückchen, in einer feingeschliffenen Verssprache mit aphoristisch zugespitztem Dialog geschrieben, machte einen liebenswürdigen Eindruck. Gustav Waldau brachte die Komik eines als Held drapierten Feiglings zu starker Wirkung. Ein lombardischer Ritter, der all sein Geld verjuxt, möchte zur Aufbesserung seiner Finanzen seine Tochter mit dem Sohne eines Kriegsgewinnlers verheiraten. Dieser junge Mann hat den Ritterschlag empfangen, aber unter dem Panzer klopft das Herz eines Hasenfußes. Die schöne Flordelis, von Berta Neuhoff recht angenehm gespielt, tritt ihm als Ritter verkleidet entgegen und weiß ihn als Feigling zu entlarven. Natürlich müssen Vater und Sohn beschämt von dannen ziehen. Das Fräulein aber reicht Guido, dem holden Edelknaben, ihre Hand. Dieser entpuppt sich als Herzogssohn, der im Stande ist, dem Schwiegerpapa aus der Geldklemme zu helfen. Die Charakterisierung geht nicht über das Typische hinaus. Das Stückchen hat „Stil", hierin liegt sein Vorzug. Stil hat auch Alois Wohlmuth als „eingebildeter Kranker". Man freute sich über die Frische dieses unseres bewährtesten Molière-spielers. Die Komischen Szenen des klassischen Lustspieles machten dem Publikum sichtlich viel Vergnügen. Basil, der in beiden Stücken die Regie führte, Waldau, Kellerhals u. a. spielten sehr lebensvoll. Die Besetzung der Frauenrollen wollte stellenweise etwas unpersönlicher erscheinen.

Neues Theater. Dieses Theater sah ausnahmsweise ein übervolles Haus, was man dem ernst strebenden Bühnenleiter schon lange gewünscht hatte, und an den Aktschlüssen erhob sich ein stürmischer Beifall, der kaum enden wollte. Grund bot ein Gastspiel von Lina Lossen. Es war erfreulich, daß unser Publikum die einstige Münchener Hofschauspielerin nicht vergessen hatte, was bei der durch die allgemeine Lage bewirkten Neuformation der Theaterbesucher immerhin nicht ausgeschlossen gewesen wäre. Bei ihrem Gastspiel erschien Lina Lossen, den Jahren vorauseilend, in einer Mutterrolle, freilich der bedeutendsten, die die Literatur aufweist, als Frau Alving in Ibsens „Gespenstern". Dieser Charakter ist in vielen Einzelzügen schon durch eine von großen Künstlerinnen geschaffene Tradition festgelegt, sodaß manches durch das Persönliche der Auffassung bei Lina Lossen überrascht; man mag gelegentlich sogar finden, daß ihre ganz auf Innerlichkeit gestellte Kunst auf manchen wirksamen Nachdruck ihrer Worte verzichtet. Das Kämpferische, tendenziös Anfechtbare dieses Dramas tritt mehr zurück zu Gunsten des dichterisch Unverblaßbaren, des tragischen Ringens einer Mutter mit einem Schicksal von fast antiker Unentrinnbarkeit um das Heil ihres Sohnes. Und all' die Kämpfe und Leiden der Vergangenheit spiegelten sich noch in den Zügen der müden, aber immer ungebeugten, aufrechten Frau, und selbst das beredte Spiel der Hände ward zum Dolmetscher der Gefühle einer leidgewohnten Seele. Das Krankheitsbild des unglücklichen Oswald gab Kulisch in packender, die Uebertreibung meidender Zeichnung. Voll greifbarer Plastik und Lebendigkeit stand der heuchlerische Tischler Engstrand Nesselträgers vor unseren Augen. Die Vertreterin der Regine war nicht mehr als ein schnippisches Kammerkätzchen. Wenn man jedoch oft das Gefühl hatte, als spräche Frau Alving in die leere Luft, ohne mit den sie umgebenden Personen in Kontakt zu kommen, so lag dies an dem „Pastor Manders". Es ist schmerzlich zu sehen, wie ein Mann, der als Bühnenleiter Geschmack und Urteil zeigt, über die Grenzen seines darstellerischen Könnens im Irrtum befangen ist. Es wäre unwahrhaftig, hierüber schweigend hinw g zu gleiten.

München. L. G. Oberlaender.

Finanz- und Handels-Rundschau.

In Erwartung neuer Massnahmen gegen die Kapitalflucht — Valutakrisis und Kohlennot — Wirtschaftsunsicherheiten — Der Ruf nach deutschen Erzeugnissen.

Nach der nunmehr amtlich vorliegenden Bekanntmachung des Reichsfinanzministeriums unterbleiben Umtausch oder Abstempelung des deutschen Papiergeldes. Die zu diesem Zwecke gebildete Sachverständigen-Kommission gegen die Kapitalflucht hat sich in gleicher ablehnender Weise auch gegen die Massnahmen hinsichtlich der Effektenabstempelung ausgesprochen. Das Ausland, und vor allem die Ententestaaten, antwortet auf diese Beschlüsse mit einer, wenn auch einstweilen nur geringfügigen Aufbesserung der deutschen Reichsmarkwährung. Eine aus den massgebendsten Finanz- und Bankautoritäten zusammengesetzte Kommission wird nun hoffentlich doch in Bälde praktische, und in der Durchführbarkeit auch ernst zu nehmende neuerliche Vorschläge herausbringen. Dann erst ist zu erwarten, dass das noch übrig gebliebene erfassbare Nationalvermögen den Steuer- und Reichszwecken dienstbar gemacht werden kann. Ebenso verfehlt wäre es, wenn die bei uns herrschende **Valutakrisis** mit der merklich wahr zu nehmenden vergrösserten Interessenahme des Auslandes in einer günstigeren Kursgestaltung der Reichsmark, gering eingeschätzt werden sollte. Die grossen Schwierigkeiten in der Förderung des deutschen Exportverkehrs halten an. Dazu kommt noch, dass in absehbarer Zeit durch die enormen Bedürfnisse des Grosshandels und der Industriekreise an Getreide, Metall- und Textilstoffen u. s. m. der deutsche Kapitalmarkt wohl in beispielloser Weise beansprucht werden muss. Regelung von Auslandskrediten für unsere Grosswirtschaft, Hand in Hand damit gehende Schaffung von stattlichen deutschen Guthaben im Auslande, dies wiederum mit bedingt durch gesteigerten Auslandshandel bilden die Voraussetzung.

Wie weit wir von solchem Programm entfernt sind, zeigen die entsetzlich trüben Aussichten im Punkte der alles beherrschenden **Kohlennot**. Dass man auch in anderen Ländern ähnliches verspürt, sogar bei der Entente von einer internationalen Kohlenkrisis spricht, ist für uns ein nur geringer Trost, um so mehr, als die Folgen wie im Kreislauf immer wieder störend die gedeihliche Entwicklung unseres Wirtschaftslebens erheblich beeinträchtigen. Innerpolitische Unruhen und Unsicherheit allenthalben, wilde Streiks und Demonstrationen im Lande verschärfen solche Unstimmigkeiten, welche namentlich durch die Vorgänge in Oberschlesien, der bekannten Kohlenbezugszentrale für Süddeutschland, vertieft wurden. Die Dividendenlosigkeit einer weiteren Anzahl von Aktienunternehmungen, neuerliche Stillegungen von Grossbetrieben — Siemens Schuckertwerke, Ludwig Löwe, Berlin, Schwartzkopff Maschinen, Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft —, dadurch begreiflicherweise eine empfindsame Mehrung der Arbeitslosigkeit sind solche Folgen. Der Rechenschaftsbericht des Kohlensyndikates ergibt trübe Aussichten für die Zukunft der deutschen Kohlenwirtschaft. In der Sitzung des Kohlenbeirates des bayerischen Handelsministeriums erklärte Minister Hamm mit Recht, „dass wir vor der schwersten Erschütterung unserer wirtschaftlichen und politischen Ordnung, auch vor der schwersten Zerrütterung im Verhältnis zwischen Süd und Nord stehen, und wenn der Zusammenbruch käme, dieser das ganze Volk und damit auch die Arbeiterschaft unter seinen Trümmern begraben würde.“ Angesichts solcher düsteren Betrachtung der deutschen Wirtschaftszukunft und der ungeklärten Finanzlage Deutschlands konnten die wenigen günstigen Wirtschaftsmeldungen naturgemäss soviel wie keinen anhaltenden Einfluss ausüben. Trotzdem blieben viel beachtet die Pressepolemiken, namentlich des „Vorwärts“ für eine Akkordarbeit in den Staatsbetrieben und die Tatsache des Vorhandenseins gewisser Anzeichen, dass bei dem einsichtsvolleren Teil der Arbeiterschaft die Notwendigkeit eines gedeihlichen wirtschaftlichen Zusammenarbeitens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmerschaft unbedingte Voraussetzung für die Aufrechterhaltung des Gesamtwirtschaftsbetriebes ist. Ferner interessierten die Meldungen, dass das **Ausland** für die Beschaffung deutscher Fabrikate vermehrtes Interesse zeigt. Japanische Bestellungen bei unserer Schwerindustrie, besonders die Tendenz Italiens, bald und umfangreich den Handelsverkehr mit uns aufzunehmen, wurden ebenso beachtet, wie das dringende Verlangen der Ententestaaten Amerika und England nach einer grosszügigen Ausfuhrgestaltung der deutschen Farbstoffabrikate. Die günstigen Meldungen von der Leipziger Herbstmesse, besonders die Tatsache des starken Besuches seitens des neutralen Auslandes seien gleichfalls miterwähnt. Auch die Aussichten der Beschäftigungsmöglickkeit unserer Wirtschaftsfaktoren bei dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete gelangen allmählich in den Vordergrund. Unliebsam registriert wurden dagegen die üblen Begleiterscheinungen der frühzeitigen Freigabe der Zwangsbewirtschaftung einzelner Rohstoffe, wie Leder, Häute und Schuhwaren. — Das Börsengeschäft blieb still und erhielt seine Note lediglich in dem umfangreichen Geschäft der sogenannten Valutawerte und der wilden Kurstreiberei in ausländischen Banknoten. Die mit dem 1. September erfolgte Wiedereinführung der amtlichen Notiz für deutsche und österreichische fest verzinsliche Rentenwerte, einschliesslich der Kriegsanleihen, blieb fast wirkungslos.

M. Weber, München.

Vom Büchermarkt.

(Unter dieser Rubrik werden die bei der Redaktion eingelaufenen Bücher jeweils aufgeführt. Durch diese Veröffentlichung übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung für den Inhalt. Die Besprechung einzelner Werke bleibt vorbehalten.)

Selbstbefreiung aus nervösen Leiden. Von Dr. med. W. Bergmann. ℳ 5.40, kart. ℳ 6.50. — **Alban Stolz und die Schwestern Ringseis.** Ein freundschaftlicher Federkrieg. Herausgegeben von Alois Stockmann S J., 4. u. 5. Aufl. Mit 4 Bildern. 8° (VIII u. 430 S.) ℳ 9.—, geb. ℳ 11.—. — **Zeitfragen und Zeitaufgaben.** Gesammelte Reden von Erzbischof Michael v. Faulhaber. 4. u. 5. Aufl. ℳ 9.50, geb. ℳ 11.50. — **Anleitung zum innerlichen Leben.** Ein Spiegel für Mönche und alle, die nach der Vollkommenheit trachten. Aus dem Lateinischen übersetzt von Konrad Elsner O. S. B. (Aszetische Bibliothek). 2. Aufl. 12° (XXIV u. 116 S.) ℳ 2.—, geb. ℳ 3.50. — **Unsere Liebe Frau.** Ihr tugendliches Leben und seliges Sterben von Moritz Meschler S. J. 3 u. 4. Aufl. Mit 19 Bildern von Johannes v. Schraudolph. 8° (XII u. 184 S.) ℳ 5.—, kart. ℳ 6.20. — **Lazarett- und Friedhofsbilder aus Saint Quentin.** Von Prof. Dr. R. Dreiling O. F. M. 2. Aufl. 12° (VIII u. 40 S.) ℳ 1.25. — **Biblische Bilder für die Kleinen, die noch nicht lesen können.** 4. Aufl. quer 24° (50 S.) Kart. 80 Pf. — **Dämmerstunden.** Erzählungen von Peter Dörfler. 17.—21. Tausend. ℳ 3.80, geb. ℳ 5.40. — **Unsere Getreidearten und Feldblumen.** Bestimmung und Beschreibung unserer Getreidepflanzen mit Uebersicht und Beschreibung der wichtigeren Futtergewächse, Feld- und Wiesenblumen. Von Dr. Benjamin Plüß. 4. u. 5. Aufl. Mit 265 Bildern. 12° (VIII u. 208 S.) Geb. ℳ 5.20. — (Freiburg i. Br., Herder).

Jan Bernd Hoeftmann. Die Geschichte eines Emslandjungen. Von Theodora Korte. ℳ 5.—. — **Die Junggesellenfrage.** Ein Beitrag zur Sozialethik und Bevölkerungspolitik. Von Valmar Cramer. ℳ 3.20, geb. ℳ 3.80. — **Johannes und sein Reisekamerad.** Märchenspiel nach Andersen in 5 Aufzügen. Von Gerhard Hennes und Bernh. Schneider. Musik von Ernst Heuser. ℳ 2.60. (Köln, J. P. Bachem).

Institutiones philosophicae. Von Prof. Dr. C. Willems. Volumen II continens Cosmologiam, Psychologiam, Theologiam naturalem. Edito tertia; XVIII et 709 pag., ℳ 20.—, geb. ℳ 25—. — **Das Wahrheitsproblem im philosophischen Lebenswerk Bernard Bolzanos.** Von Dr. phil. J. Gotthardt, Inauguraldissertation. (XLII, 182 u. 32° S.) ℳ 8.—. — **Die Kant'sche Sittenlehre.** Von Prof. Dr theol. et phil. C. Willems. 136 S. ℳ 2.50. (Trier, Paulinus-Druckerei).

Katholische Missionslehre im Grundriß. Von Prof. Dr. J. Schmidlin. gr. 8° (XII u. 468 S.) ℳ 12.50. (Münster i. W., Aschendorff.)

Kirche und Weltkrieg. Eine Uebersicht der katholischen Kirche im Weltkrieg an Hand von der Presse entnommenen Zeitdokumenten. Von Bruno Gradinski. 8° 216 S. ℳ 4.60, geb. ℳ 6.—. — **Was ich bei Mönchen fand.** Von A. v. Auersburg. 8° 264 S. ℳ 4.50, geb. ℳ 6.—. — **Aus der Mappe eines alten Jugendfreundes.** Von Anton David S. J. 2. Bändchen. Für höhere Klassen. ℳ 4.20. — **Das Gewissen Amerikas.** Roman von Lola Stein. 12° 280 S. ℳ 4.80, geb. ℳ 6.50 (Regensburg, Friedr. Pustet.)

Aus Traum und Tag. Legenden, Balladen und Lieder. Von Luice Rohmer-Heilscher. ℳ 1.50. (Paderborn i. W., Junfermann.)

Die Feldherrnkunst des Lebens. Ein Jugendbuch von Prof. J. Sartorius (VIII u. 182 S.) Brosch ℳ 3.60, geb. ℳ 4.60, zuzügl. 20% Verleg.-Teuerungszuschlag. (Paderborn, Ferdinand Schöningh)

Judith. Eine Erzählung aus vorchristlicher Zeit von C. Gondlech. 1. u. 2. Aufl. 8°. (VIII u. 311 S.) Geh. ℳ 6.—, geb. ℳ 7.50. (Mainz, Kirchheim u. Co.)

Prophetenstimmen. Die zukünftigen Schicksale der Kirche Christi im Lichte der Weissagungen des Herrn und seiner Heiligen. Von Wilhelm Hermann Honert, Oberpfarrer. 4. Aufl. Von einem Priester der Diözese Regensburg. 8°. (IV, 272 S.) (Regensburg, Brosch. ℳ 4.80, geb. ℳ 6.40. Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz.)

Die Weltanschauung des Katholiken. Von Th. Mönnichs S. J. 4. Aufl., kart. ℳ 3.30, geb. ℳ 3.85. — **Das Licht der Welt.** Handreichung für die neutestamentliche Schriftlesung mit besonderer Berücksichtigung der Evangelien. Von Prof. Dr. Leopold Fonck S. J. 2. Aufl. ℳ 3.—. (Paderborn i. W., Bonifacius-Druckerei).

Ich will! Ein Buch zur Selbsterziehung des Willens und zur Veredlung des Herzens. Von Hermann Fischer S. V. D 230 S. geb. ℳ 4.— u. ℳ 5.50. — **Beispielsammlung aus der Heidenmission.** Für den christlichen Unterricht, herausgegeben von Herm. Fischer S. V. D., 3 Bände, 751 S., mit 950 Beispielen. 1. Band: 277 Beispiele zur Lehre vom Glauben. 2. Band: 375 Beispiele zur Lehre von den Geboten. 3. Band: 298 Beispiele zur Lehre von den Gnadenmitteln. Kart. zusammen ℳ 9.—, in einem Bande ℳ 9.50. Missionsdruckerei Steyl, Post Kaldenkirchen (Rhld.).

Ursprung und Entwicklung des Staates. Von Anton Heinen 8° (94). ℳ 1.80. — **Zur staatsbürgerlichen Bildung und politischen Schulung.** Von Dr. August Pieper. Mit einem Anhang über Kleine Studier- und Lesezirkel. 8° (78). ℳ 1.80. — **Staatsbetrieb oder Privatbetrieb.** Von Dr. Paul Beusch 8° (54). ℳ 1.50. — **Der Sozialismus in Deutschland.** Von Dr. O. Müller. 1. Teil: Bis zum Erfurter Programm 8° (134). ℳ 2.50. — **Industriefragen.** Von Dr. Emil van den Boom. 8° (138). ℳ 3.60. — **Das Schwalbenbüchlein.** Wie eine Mutter ihr Heim belebt. Von Anton Heinen. 8° (257). ℳ 1.—. M.Gladbach, Volksvereins-Verlag G.m.b.H.

Revolution auch der Religion! Von G. K. Franke. Brosch. ℳ 3.50. J. Schnellsche Buchhandlung (C. Leopold), Warendorf i. W.

Das deutsche Haus und das Haus Israel. Ohne Entjudung keine Rettung. Von einem Proletarier. (Düsseldorf, W. Deiters).

Kriegsgedächtniskirche Nürnberg.

. . . . . Trotz vieler opferfreudiger Zuwendungen bedarf der Bau der Bayer. Kriegsgedächtniskirche in Nürnberg noch vieler Geldmittel. Zu diesem Zwecke wurde eine große Geldlotterie genehmigt. Es werden ℳ 500,000.— bar ausgelost, darunter eine Prämie von ℳ 100,000.—. Mit einem einzigen Los zu ℳ 3.—, das für drei Ziehungen gilt, können im günstigsten Falle ℳ 225,000.— bar Geld gewonnen werden. Möge jeder durch Abnahme von Losen den hohen religiösen und vaterländischen Zweck unterstützen, dem die Kirche dienen soll, damit zum immerwährenden Andenken an unsere tapferen Helden mit dem Bau dieses Gotteshauses bald begonnen werden kann. Es wird damit auch gleichzeitig einem dringenden Bedürfnis der stark angewachsenen katholischen Gemeinde Nürnberg-Steinbühl-Gibitzenhof abgeholfen. Mit der Durchführung der Lotterie ist die Bayerische Lotterie-Gesellschaft m. b. H. in München, Sendlingerstr. 70, betraut worden.

Für die Redaktion verantwortlich: i. V. Dr. Jos. Kausen, für die Inserate und den Reklameteil: i. V. H. Sell.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München. Galeriestraße 35a, Gh.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich M 4.50.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis: Die 5 X gespaltene Grundzeile 75 Pfg., Anzeigen auf Textseite die 95 mm breite Zeile 375 Pfg.
Beilagen einschl. Postgebühren M 20 d. Tausend.
Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.
Rabatt nach Tarif.
Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig.
Erfüllungsort ist München.
Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt.
Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer.

Wochenschrift für Politik und Kultur. ✱ Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 37. München, 13. September 1919. XVI. Jahrgang.

Der Versailler Friede und die deutschen katholischen Missionen.

Von Friedrich Ritter von Lama, Füssen.

I. Vorgeschichte.

Einsichtsvolle italienische Blätter haben nach Bekanntwerden des Friedensvertrages geschrieben, er sei ein Erzeugnis der Angst vor Deutschland. Deutsches Wesen, also deutsche Tüchtigkeit und Ausdauer, deutschen Fleiß und deutsche Hingabe an die einmal übernommene Pflicht möglichst überall in der Welt außerhalb Deutschlands auszuschalten und zu verdrängen, nicht etwa durch bessere Leistungen, sondern nur durch Anwendung brutaler Gewalt, das bezweckt dieser Vertrag. In diesem Streben gingen vor allem England, Frankreich und die Vereinigten Staaten vollkommen einig; ihm ist es zuzuschreiben, daß immer neue neutrale Staaten in den Verbandspferch getrieben wurden, damit auch sie eines Tages durch Unterzeichnung des Friedensvertrages die Verpflichtung übernähmen, über den geschlossenen Frieden hinaus den Krieg gegen alles Deutsche fortzusetzen. Soweit Frankreich in Frage kommt, so mag da wohl der traditionelle Haß gegen alles Katholische neben dem gegen alles Deutsche mitbestimmend gewesen sein, wenn die Ausrottung des Deutschtums bei ihm auch dort nicht Halt machte, wo der Deutsche nicht als Vertreter seiner Nation, sondern ausschließlich als das Werkzeug eines außer- und übernationalen Gedankens, als Sendbote der Kirche Jesu Christi erschien. Im allgemeinen jedoch wird man annehmen dürfen, daß eine andere Erwägung ausschlaggebend war. Die Leistungen des Deutschen ließen wohl auch dort, wo er nicht gerade als solcher auftrat, befürchten, daß seine möglichen und wahrscheinlichen Erfolge neben der Gnadenkraft, die ein jeder im Verhältnisse zu seiner eigenen Würdigkeit mit sich bringt, hauptsächlich der spezifischen Gesamtheit jener Eigenschaften zugeschrieben werden würde, die aus ihm eben das macht, wodurch er sich von anderen Volksangehörigen unterscheidet, nämlich den Deutschen. Aus dieser Befürchtung dürfte sich der aus dem Friedensvertrage sprechende Wille, die deutsche christliche Heidenmission ohne Unterschied der Konfession zu vernichten, erklären.

Daß diese Absicht nicht erst aus dem Siegerübermute der Entente geboren wurde, sondern noch ein gutes Stück weiter zurückreicht, scheinen mir jene Vorgänge zu beweisen, die sich im August-September 1918 anläßlich der versuchten Errichtung direkter chinesisch-vatikanischer Beziehungen abspielten und über deren Anfänge ich an dieser Stelle[1]) berichtete. Schon hatte die von Peking aus ergangene Anregung zu einem vollen Erfolge geführt, schon lag auch die amtliche Ernennung der beiderseitigen diplomatischen Vertreter vor, als Frankreich ohne jede innere wie äußere Berechtigung nach beiden Seiten ein striktes Verbot aussprach und die Handlungsfreiheit der beiden Mächte, ihr gegenseitiges Verhältnis nach eigenem Ermessen und Uebereinkommen einzurichten, gewaltsam aufhob. In der Begründung dieses Schrittes wies schon damals das Organ der Pariser Regierung, der „Temps“, auf ganz besondere Pläne hin, die die Verbündeten hinsichtlich ihres Bundesgenossen China verfolgten; ja er ging sogar soweit, ein möglich werdendes Einschreiten eines Vertreters des Papstes zugunsten von Missionären, „die es vorzögen, sich nicht an den Gesandten Frankreichs zu wenden“, sowie (gar nicht existierende) Verbindungen Msgr. Petrellis, des für Chinas Hauptstadt bestimmten Nuntius, mit deutschen Kreisen als Grund der doppelten Vergewaltigung anzuführen. Das war wohlgemerkt am 15. August 1918!

Der Krieg wurde inzwischen entschieden. Längst schon waren die meisten deutschen Missionare vom Felde ihrer apostolischen Tätigkeit vertrieben, interniert oder gnädigstenfalls nach der Heimat abgeschoben worden; nur China, gewaltsam in die Entente hineingezerrt und gepreßt, hatte sich an diesem gehässigen Treiben „christlicher“ Mächte noch nicht beteiligt. Unsere deutschen Missionäe konnten, wenn auch nicht ganz ohne Störungen und Drangsalierungen, weiterarbeiten, bis endlich, nachdem der viereinhalbjährige Weltkrieg beendigt war, und bereits seit zwei Monaten über den Frieden verhandelt wurde, die Pekinger Regierung dem vereinigten Drucke weichend, die Ausweisung aller deutschen Missionäre aus dem chinesischen Reiche verfügte. Schon ehe diese Verfügung erging, hatte Bischof Henninghaus von der drohenden Gefahr Kenntnis erhalten und den Vertreter des Lyoner Glaubensvereins in den Vereinigten Staaten, Msgr. Freri, telegraphisch um Hilfe angerufen. Dieser wandte sich unverzüglich an verschiedene einflußreiche Personen und auch an ein Mitglied der Friedensdelegation in Paris, um dieses „Unglück“, wie er es selbst nannte, zu verhindern. Kardinal Gibbons wurde sofort beim Staatsdepartement in Washington und durch dieses beim amerikanischen Gesandten in Peking vorstellig. „Zur Fortführung Werkes nötige Missionare bleiben ausgenommen. Missionäre Schantungs unbehelligt“, lautet dessen sybillinische Antwort. Schon hoffte man auf eine günstige Wendung, als man in New York erfuhr, daß bereits 12 Steyler Missionäre und drei deutsche Dominikaner aus Fokien abgeschoben seien.

In seiner Nummer vom März 1919 schrieb das Bulletin de Pekin (S. 89/90): „Ein Blatt hat hier einen heftigen Feldzug geführt, um die Vertreibung der katholischen deutschen Missionäre von Schantung zu verlangen. Wir brauchen nicht zu sagen, daß wir lebhaft ein solches Gebahren bedauern. Wenn es Unklugheiten und vereinzelte beanstandbare Fälle gab — wovon uns nichts bekannt ist — so untersuche man sie und handle man pflichtgemäß. Aber daß man, nachdem schon einmal der Waffenstillstand unterzeichnet ist, die Ausweisung der katholischen deutschen Missionäre en bloc verlangt, scheint uns weder zweckmäßig, noch menschlich, noch gerecht. Das würde andererseits soviel bedeuten, wie sich einer schweren Schädigung der katholischen Missionen in China auszusetzen, wo in den zwei den katholischen deutschen Missionären anvertrauten Vikariaten jene sich um die katholische Kirche wohlverdient gemacht haben. In der Hetze gegen sie hat man übrigens keinen namhaften Beweisgrund, noch auch irgend eine ernstliche Tatsache beizubringen gewußt. Man erinnere sich, daß vor 33 Jahren unter nicht weniger heiklen Umständen die französischen Missionäre aus dem damals zwischen Frankreich und China bestehenden Konflikte ferngehalten wurden. Und wir verlangen, vor allem jetzt, da der Krieg beendet ist, daß man die deutschen Missionäre in Frieden weiter ihres Amtes walten lasse, die sich selbst von allen Dingen des Krieges ferngehalten haben, und man lasse ihnen, unter dieser Bedingung, jene Behandlung zuteil werden, die z. B. die französischen Missionäre erfuhren.“

Es sind die französischen Lazaristen in Peking, die so schreiben, ein Verhalten, das in erfreulichem Gegensatze zu dem der französischen Generalprokuratoren der Missionskongregationen in Rom steht, die im Jahre 1914 unter Führung des Vertreters der Weißen Väter, des P. Burtin, es ablehnten, gegen die Ver-

[1]) S. „Allg. Rundschau“ Nr. 35 vom 31. August 1918.

letzung der Kongoakte zu protestieren, eine Verletzung, die sich bekanntlich nur gegen die deutschen Missionen richtete.

Mit gleicher Entschiedenheit tritt auch der Herausgeber der italienischen „Katholischen Missionen" P. Manna in Mailand auf. „Man muß die ergreifenden Rufe der französischen Bischöfe im besonderen gelesen haben," schreibt er u. a., „die immer und immer wieder um Priester bitten und über die verwaisten und verfallenen Gemeinden und Missionen weinen, um die absolute Unmöglichkeit zu begreifen, die vertriebenen Missionäre in befriedigender Weise zu ersetzen."

II. Der Erfolg Msgr. Cerrettis.

Schon ehe die Vereinbarungen der Entente über die Friedensbedingungen abgeschlossen und überreicht waren, hatte man in Rom Kenntnis von den auf die Vernichtung der deutschen Missionen bedachten Plänen der Versailler Konferenz erhalten und ihnen sofort entgegenzuwirken gesucht, indem der Hl. Stuhl „dringende Vorstellungen an ihre Eminenzen die Erzbischöfe von Paris und Westminster, an den englischen Geschäftsträger beim Hl. Stuhle, an den Geschäftsträger der chinesischen Republik in Rom, an den japanischen Marineattaché Yamamoto und an Admiral Benson, Befehlshaber der amerikanischen Flotte, richtete." (Schreiben des Kardinals Gasparri an Kardinal von Hartmann vom 20. Mai.) Schon diese Zusammenstellung verrät, mit welch' großen Schwierigkeiten jede derartige Aktion des Vatikans zu kämpfen hat, da gerade zu den wichtigsten Mächten keine diplomatischen Beziehungen bestehen. Er sieht sich daher auf die Vermittlung hervorragender Katholiken fremder Nationen angewiesen und ist von ihrem mehr oder weniger guten Willen, ihren Fähigkeiten, ihrem Ansehen und Einflusse abhängig. Wenn dann am 20. Mai ein „erneuter eindringlicher Appell an die Kardinäle Amette und Bourne und an den englischen Geschäftsträger beim Hl. Stuhle" erging, „mit einer klaren Darlegung der Gründe der Menschlichkeit und Gerechtigkeit", so dürfen wir darin den Beweis erblicken, daß bis dahin nichts erreicht worden war. Alle diese Versuche und Bemühungen haben versagt und scheinen nicht bis dorthin gedrungen zu sein, wo allein ihre Wirkung von Wert und Bedeutung sein konnte. Ja, man ist versucht, an dem guten Willen der zahlreichen angerufenen Vermittler zu zweifeln, da es sich schwer verstehen läßt, wieso es dann gerade und ausschließlich dem zuguterletzt nach Paris entsandten Msgr. Cerretti so überraschend schnell gelungen sein sollte, bedeutende Einschränkungen zugunsten der bedrohten Missionen durchzusetzen.

Es ist zwecklos, all die zahlreichen Proteste und Einsprüche aufzuzählen, denn erfolgreich allein hat sich das direkte Eingreifen des Papstes durch den eben genannten Prälaten erwiesen, der am 26. Mai in Rom erschien.

Der eigentliche Missionsparagraph trägt die Nummer 438 und bestimmt, daß die lokale Behörde berechtigt sein sollte, das Eigentum der vertriebenen deutschen Missionäre nach Belieben durch einen von ihr gebildeten Rat zu verwalten, der aus „Christen" zu bestehen hat. Auch sollte dieser Rat darüber wachen, daß die Einkünfte der Mission „Missionszwecken" zugeführt werden. Er sieht nämlich die durch den § 122 geschaffene Lage vor, wonach „die lokale Regierung alle Bewohner deutscher Abkunft ausweisen und die Bedingungen ihres Aufenthaltes festsetzen kann." Die Verfasser des Friedensvertrages setzten sich also bewußt oder unbewußt über das kirchliche Rechtsverhältnis vollkommen hinweg und übersahen, daß der deutsche katholische Missionär nicht im Namen des Deutschen Reiches, sondern im Namen des Erlösers Jesu Christi und von den berufenen Organen der von ihm gestifteten katholischen Kirche erscheinen und auftreten, daß sie ihre Sendung vom Stellvertreter des eingeborenen Sohnes Gottes erhalten und daher vor allem Staatsangehörige und Organe der katholischen Kirche selbst sind, daher unter dem Schutze der Leitung der katholischen Kirche stehen. Ein Vorgehen gegen die katholischen Missionen und Missionäre gleichviel welcher Nation schädigt daher in jedem und ganz besonders in diesem Falle die katholische Kirche, und der Friedensvertrag, dazu bestimmt, die Bedingungen für das künftige Friedensverhältnis zum Deutschen Reiche und nur zu diesem festzulegen, weitet sich in den beiden erwähnten Paragraphen zu einem Kampfinstrumente gegen eine dritte, eine neutrale Macht, gegen den Hl. Stuhl, dessen Recht aufs schwerste verletzt wird. Durch die göttliche Bestimmung der katholischen Kirche besitzt der römische Papst das Recht, Apostel jeder Nationalität, also auch der deutschen, zur Bekehrung der Ungläubigen auszusenden. Die Ausschließung einer Nation würde daher göttliches Recht beschränken. Auch das Eigentumsrecht der katholischen Kirche, das den gesamten Besitz der katholischen Missionen umfaßt, wird durch den § 438 beseitigt, dessen Fassung die Absicht durchblicken läßt, selbst den Besitzstand der Konfession nicht zu wahren, sondern, wie es bereits in Palästina durch England geschah, katholisches Missionsbesitztum kurzer Hand nichtkatholischen Besitzern (dort der anglikanischen Mission) zu überantworten.

Msgr. Cerrettis Aufgabe erscheint somit klar genug. Der Vertreter des Hl. Stuhles mußte, wollte er nicht von vorneherein auf jeden Erfolg verzichten, jede Einmischung in den Widerstreit nationaler Interessen unterlassen und sich auf die strikte Wahrnehmung der Rechte der Kirche beschränken, deren Verletzung dartun und ihre Wiederherstellung fordern. Freilich, je vollkommener das letztere geschah, desto mehr schwand die Bedrohung der mit deutschem Personal betriebenen Missionen. Nun wissen wir bereits aus der jüngsten Allokution Benedikt XV., daß der apostolische Delegat in Paris seinen Auftrag erfolgreich ausgeführt hat. Der Osservatore Romano vom 5. Juli hat die Ergebnisse dieser Bemühungen veröffentlicht und wir können somit in Beurteilung ziehen, wie weit sich unsere Hoffnungen erstrecken dürfen. Der neue Artikel 438 enthält die eine Verbesserung, daß die zu ernennenden Verwaltungsräte die Konfession der Missionen besitzen müssen, deren Güter in Frage stehen. Freilich ist die Ernennung dieser Verwaltungsbehörden ausschließlich in die Hand der lokalen Behörden (d. h. natürlich der weltlichen, nicht der kirchlichen) gelegt und diese fahren fort, eine vollständige Kontrolle bezüglich der Personen auszuüben, von denen die Missionen geleitet sind! Es wird also künftig alles davon abhängen, ob diese lokalen Behörden aus Personen bestehen, die nicht nur den Missionen als solchen, sondern auch den deutschen Missionären wohlwollend gesinnt sind. Mit letzterer Möglichkeit dürfte nicht zu rechnen sein. Es ist daher begreiflich, wenn auch das Tagesorgan des Vatikans findet, daß das Ergebnis „weit entfernt ist, vollends dem zu entsprechen, was der Hl. Stuhl für unerläßlich erachtet, um die Natur und die Interessen der katholischen Missionen zu schützen". Neben dieser tatsächlichen Ausbeute erhielt der Hl. Stuhl bezüglich der Missionen noch gewisse Versicherungen seitens der Friedenskonferenz (und zwar von jeder Macht gesondert), die sich auf die noch zu vereinbarenden Bestimmungen des noch zu schaffenden Völkerbundes beziehen.[1]) „Die Verpflichtungen, die die . . . Mächte unter sich und gegenüber allen Mitgliedern des Völkerbundes einzugehen die Absicht hegen, wurden für weitere Vereinbarungen vorbehalten." Ueber die Art dieser Verpflichtungen sind Zusicherungen nicht gegeben. „Was die Missionen betrifft, so werden die Mandatarverträge den Worten des Art. 22 (des noch ungeborenen Völkerbundes) die weitherzigste Auslegung geben und die Gewissens- und Religionsfreiheit verbürgen." Es ist schon verdächtig, wenn eine Bestimmung erst einer besonderen Auslegung bedarf, um Beunruhigung zu zerstreuen, und man frägt sich, weshalb beseitigt man die Bestimmung nicht überhaupt, wenn man schon wirklich entschlossen sein will, ihr die weitherzigste Auslegung zu geben? Jene Verträge sollen auch bestimmen, daß die Missionäre aller Benennungen . . . das Recht haben werden, Eigentum jeder Art zu erwerben und zu behalten", doch wird unmittelbar darauf kein Zweifel darüber gelassen, daß selbst unter den Völkerbundsbestimmungen das Eigentum der deutschen Missionen den erwähnten Verwaltungsräten übertragen bleibt und daß die Regierungen auf eine Kontrolle der die Missionen leitenden Personen zu verzichten nicht beabsichtigen, obschon vorher „die Oberbehörden der interessierten Religion in schuldiger Weise zu Rate (!) gezogen werden sollen". Doch ist all das vorerst noch Zukunftsmusik. Uebrigens würden selbst im günstigsten Falle, d. h. falls diese „Absichten" der Pariser Mächte eine den Zusicherungen entsprechende Verwirklichung erhalten sollten, die erwähnten Bestimmungen nur für die Missionen in den ehemaligen deutschen Schutzgebieten Geltung besitzen, da nach Lage der Dinge diese allein Gegenstand von Mandatarverträgen sein können.

Als Fazit ergibt sich sonach eine Abänderung des § 438 im Sinne der Wahrung der konfessionellen Rechte, unverändertes Fortbestehen des Ausweisungsartikels 122 und ein Bündel Zukunftswechsel, deren Einlösung an Voraussetzungen gebunden ist, die noch der Erfüllung harren.

[1]) Vgl. die Begleitnote des britischen Ministers des Aeußern Lord Balfour, welche im „Osservatore Romano" im Wortlaut abgedruckt ist.

Weltrundschau.

Von Fritz Nienkemper, Berlin.

Der Sturmlauf der Entente gegen eine Windmühle.

Das neueste Heldenstück erinnert in der Tat an den seligen Don Quixote. Der Oberste Rat der alliierten und assoziierten Regierungen hat durch Herrn Clemenceau in einer geharnischten Note, die ausgerechnet vom Sedantage datiert war, in schroffstem Befehlston unter Androhung des Vormarsches über den Rhein verlangt, daß der Artikel 61 Absatz 2 unserer Verfassung für kraftlos erklärt werde, weil er mit dem Friedensvertrag in Widerspruch stehe —, während dieselbe Verfassung in ihrem nachfolgenden Artikel 178 schon erklärt hatte, daß alle Bestimmungen des Friedensvertrages unberührt bleiben, also die etwa entgegenstehenden Artikel der Verfassung außer Kraft bleiben sollen. Es handelt sich um den Artikel, der für den Fall des Anschlusses Deutsch-Oesterreichs dessen Vertretung im deutschen Reichsrat vorsorglich regelt. Eine solche „Zukunftsmusik" ist uns nicht verwehrt, denn der Friedensvertrag verbietet nicht unbedingt und auf ewige Zeiten den Anschluß, sondern macht ihn nur abhängig von der Zustimmung des Rates des Völkerbundes. Daß wir uns über diese Instanz hinwegsetzen wollten, ist mit keiner Silbe angedeutet. Wenn die siegreichen Herrschaften dennoch Beklemmungen hatten, so hätte eine Anfrage in höflichem Tone vollauf genügt, jeden Zweifel zu beseitigen.

Ebenso hätte in aller Ruhe sich über den Schlußsatz des Artikel 61 eine Verständigung erzielen lassen. Der sieht nämlich vor, daß inzwischen, bis zum regelrechten Anschluß Deutsch-Oesterreichs, die Vertreter des letzteren Staates an unserem Reichsrat mit beratender Stimme teilnehmen können. Darin wird Oesterreich ein Recht eingeräumt, aber keinerlei Verpflichtung auferlegt. Trotzdem will die Entente darin ein Attentat auf die verbriefte „Unabhängigkeit" Oesterreichs finden. Wenn die Nationalversammlung vorausgesehen hätte, daß diese beratende Stimme die Gemütsruhe der Entente stören würde, so hätte sie ganz gut den Zusatz fortlassen können; um so mehr, als ein derartiges Interim, eine vorübergehende Einrichtung für bloßen Meinungsaustausch, in das Grundgesetz des Reichsorganismus eigentlich nicht hineingehört.

Die Drohnote vom 2. September, die in der scharfen Form eines Ultimatums auftrat, setzte eine Frist von 14 Tagen. Das ist freilich eine kurze Frist, wenn ein gesetzgeberischer Akt vorausgesetzt wird. Für den anderen Fall, wenn die Entente nur auf eine Erklärung der Regierung gerechnet hätte, wäre sie im Vergleich mit ihren sonstigen kurzen Fristen diesmal sehr langmütig gewesen. Unsere Regierung hat aber kurzerhand schon am 4. September geantwortet, ohne erst die Nationalversammlung zu bemühen. Der Inhalt der Antwort war ja auch sozusagen selbstverständlich. Für das Anschlußverfahren ist der Friedensvertrag maßgebend, wie die Verfassung selbst ausdrücklich anerkennt. Die vorläufige Zulassung von beratenden Vertretern Oesterreichs steht nach unserer Auslegung mit dem Artikel 80 des Friedensvertrages, der die Unabhängigkeit Oesterreichs respektiert wissen will, nicht in Widerspruch; aber wenn die Entente diese Unabhängigkeitsklausel anders auslegt, so wollen wir auf die vorläufige Teilnahme der österreichischen Berater verzichten.

Zur Sache selbst erklärt die Regierung, „daß die Vorschrift des Artikel 61 Absatz 2 der Verfassung so lange kraftlos bleibt, daß insbesondere eine Zulassung von Vertretern Deutsch-Oesterreichs zum Reichsrat so lange nicht erfolgen kann, als nicht der Rat des Völkerbundes gemäß Artikel 80 des Friedensvertrages einer Abänderung der staatsrechtlichen Verhältnisse Deutsch-Oesterreichs zustimmt."

An diese Erklärung knüpft nun die Antwortnote noch einige „grundsätzliche Bemerkungen", die besonderen Beifall verdienen. Es wird der Entente zu Gemüte geführt, daß 1. kein Anlaß vorlag, das Verlangen nach Aufklärung vermeintlicher Widersprüche in einer derart schroffen Form zu stellen, daß 2. der Friedensvertrag, auf den sich die Gegner berufen, von ihnen selbst noch nicht ratifiziert, also noch nicht rechtskräftig ist, und daß 3. auch dieser Friedensvertrag keine örtliche Ausdehnung, sondern gegebenenfalls nur eine Verlängerung der Okkupation vorsieht. Schließlich nennt die Regierung das Vorgehen bei dem richtigen Namen: „einen tiefbedauerlichen Gewaltakt".

Wird die Entente sich mit dieser Lektion bescheiden? Wollte sie nach der förmlichen Kraftloserklärung seitens der Regierung noch eine gesetzgeberische Abänderung erpressen wollen, so würden wir auch diese Formalität noch erfüllen müssen; aber dann würde erst recht aller Welt zum Bewußtsein kommen, daß hier nichts anderes betrieben wird, als eine Schikane ohne vernünftigen Grund und Zweck, zur bloßen Kränkung des schwächeren Teils.

Das gierige und ängstliche Frankreich.

In der französischen Kammer, die jetzt mit endlosem Wortschwall den Friedensvertrag berät, kommt jetzt bis in die Reihen der Sozialisten hinein die Ansicht zum Ausdruck, daß Frankreich nicht genug „gesichert" sei gegen den fürchterlich gefährlichen Nachbarn Deutschland. Alle Amputationen, alle Beraubungen, alle Kontributionen genügen den ängstlichen Franzosen noch nicht. Auch der Völkerbund nicht; ja sogar der englisch-amerikanisch-französische Schutzvertrag kann ihnen keine Gewissensruhe geben. Die Reden kommen immer wieder auf den Gedanken zurück, daß man die deutsche Einheit hätte zertrümmern und mit den Einzelstaaten Frieden schließen müssen, sowie auf den Plan Fochs, das ganze linksrheinische Gebiet zu annektieren oder wenigstens dauernd okkupiert zu halten. Clemenceau muß sich verteidigen gegen den Vorwurf, daß er in der Friedenskonferenz den Amerikanern und Engländern zu weit nachgegeben habe. Die Verteidigung wäre ihm leichter geworden, wenn seine Generäle in dem besetzten Gebiet eine kräftige separatistische Bewegung in Gang gebracht hätten. Das ist trotz allen Bemühungen nicht gelungen; auch Dorten ist eine Operettenfigur geblieben, und auch in der Pfalz haben die Franzosen trotz Verstärkung ihrer Besatzungen dem nationalen Willen der Bevölkerung Rechnung tragen müssen. Auch in der Gefangenenfrage vermochte Clemenceau die französische Unerbittlichkeit im hohen Rat nicht durchzusetzen. England hat die Heimsendung der Gefangenen alsbald in Angriff genommen und überläßt Frankreich allein den „Ruhm", die Qualen der Gefangenen bis nach den langwierigen Ratifikationsdebatten zu verlängern. Unter diesen Umständen ist Clemenceau wohl auf den Gedanken gekommen, den Vorstoß der Entente gegen die deutsche Verfassung anzuregen, um etwas Nimbus für sein Auftreten in der Kammer zu gewinnen. Nach der schnellen und durchschlagenden Antwort der deutschen Regierung bleibt freilich von dem Lorbeerkranze nicht viel übrig.

Der Friede von St. Germain.

Ebenso wie wir haben unsere österreichischen Brüder sich unter Protest dem Gewaltfrieden fügen müssen, nachdem die Machthaber in St. Germain die Bitten um Milderungen mit einigen unwesentlichen Konzessionen abgetan und das übliche kurzfristige Ultimatum gestellt hatten. Am Samstag, den 6. September, hat die Wiener Nationalversammlung zunächst einstimmig einen feierlichen Protest beschlossen gegen den Raub des Selbstbestimmungsrechts durch das Verbot des Anschlusses an das Deutsche Reich, gegen die Abtrennung von 3½ Millionen Sudetendeutscher und insbesondere gegen die Vergewaltigung von Südtirol sowie von Teilen Kärntens, Steiermarks und Niederösterreichs. Daran wurde die „Erwartung" geknüpft, daß der Völkerbund dieses „unfaßbare Unrecht" ehebaldigst wieder gutmachen werde. Dann wurde unter feierlichem Protest gegen den Vergewaltigungsfrieden mit 97 Stimmen (45 Christlichsoziale und 52 Sozialdemokraten) gegen 23 Stimmen der großdeutschen Vereinigung beschlossen, den Staatskanzler mit der Unterzeichnung zu beauftragen. Die Tiroler Abgeordneten und einige Abgeordnete aus den abgetrennten Gebieten hatten sich entfernt.

Das „ehebaldigst" wird wohl bei den Oesterreichern ebensoviel Geduld erfordern, wie wir sie aufbieten müssen. Es kommt jetzt hüben wie drüben darauf an, das nackte Leben zu retten.

Den Oesterreichern ist nicht einmal das Eigenschaftswort „deutsch" in ihrem Staatsnamen „Republik Oesterreich" gelassen worden. Die deutsche Gesinnung wird sich hoffentlich um so kräftiger erhalten in den gequälten Herzen und in den zersplitterten Landesteilen. Wenn die innere Gemeinschaft lebendig bleibt, wird die äußere Verbindung nur eine Frage der Zeit sein, wenn auch einer längeren Zeit.

Frieden mit Moskau?[1]

Von Dr. Otto Färber.

Mit größter Spannung verfolgte die ganze Welt den Vormarsch der russischen „Gegenrevolutionäre“, des Admirals Koltschak, des Helden von Erzerum Judenitsch und des ehemaligen Armeekommandanten Denikin, der nach seiner Flucht aus bolschewistischer Haft sich zum beliebten Organisator und Führer des ruhm- und ehrenreichen Freiwilligenheeres am Don und Kuban (Jekaterinodar) gemacht hatte.

Die russischen Patrioten freuten sich wieder einmal auf die nahende Befreiung ihrer Hauptstadt von dem kulturzerstörenden blutigen Joch der Bolschewiken, und die diplomatischen Verhandlungen mit Koltschak-Denikin seitens der Entente mehrten die freudige Spannung.

Jetzt sind sie und wir wieder um eine Erfahrung reicher: Koltschak ist über den Ural geflohen, Judenitsch von Petrograd geschlagen und Denikin, dem England am meisten helfen kann, in großer Gefahr.

Trotzki Braunsteins Emissäre arbeiten in der musemanischen und heidnischen Welt, um sie zur Völkerwanderung gegen Westen aufzurufen, den Juden und geistig von Deutschland abstammenden Atheisten Rußlands und der Welt eröffnen sich ungeahnte Aussichten.

Sollen wir aus Angst und Anerkennung der Trotzkischen Bajonette Frieden und Annäherung in Moskau suchen?

Die Entente bleibt beharrlich trotz großer Versuchung. Sie wird weiterhin die Männer unterstützen, die in Rußland das größte Ansehen haben und nicht dem Gedanken, mit den Roten zu paktieren, nachgeben.

Bei uns ist in der russischen Politik immer noch nicht genügende Klarheit und Anständigkeit. Vielleicht kämen diese zuerst bei den Kaufleuten und Industriellen, wenn sie wüßten, daß es in drei Jahren keinen Lenin und Trotzki mehr gibt, und daß die führenden Kreise in Sibirien und am Don schon jetzt den „Dank“ des kommenden Neurußland dafür in Aussicht stellen, daß Deutschland selbst jetzt noch nicht offene, charaktervolle Politik gegenüber dem auswärtigen Bolschewismus betreibt, ja diesen auf verschiedene Weise materiell oder moralisch fördert.

In Beantwortung der gestellten Frage sei bemerkt: Für eine Verständigung spricht erstens der Umstand, daß die weißen Truppen bis jetzt nicht imstande sind, die roten zu vernichten. Ja, es scheint jetzt zweifelhaft, ob es in diesem und dem nächsten Jahr möglich sein wird. Also, könnte man schließen, sind die Bolschewiken die Macht, die im Land am stärksten ist, also muß man sie anerkennen. Zweitens hört man: Das Darniederliegen des Handels mit Rußland ist auf die Dauer unerträglich, vollends für den deutschen Handel. Man kann jetzt England usw. „vorauskommen“. Drittens will ja Lenin den Terror fallen lassen und Menschewiken usw. usw. zur Mitarbeit heranziehen. Viertens ist die freie, wenn auch allzufreie Sowjetrepublik besser als das Zarentum, welches hinter den weißen Generälen auftaucht. — — Schön! Einige andere Fürgründe können wir füglich übergehen.

Ad 1. Das militärische Uebergewicht der Roten hat seine Gründe. Diese Gründe können Leute, denen das russische Volk nicht ganz bekannt ist, nicht wissen und nicht verstehen. Die strategische Seite kann aber jeder verstehen, nämlich die Schwierigkeit, bei den ungeheueren Entfernungen und miserablen Verkehrswegen eine Zernierungsbewegung, die zudem nicht einheitlich geleitet und mit Kampfmitteln zu schwach unterstützt wird, zu einem glücklichen Ende zu führen. Die psychologische Seite der Sache ist die, daß die weißen Truppen (ausgenommen Denikins Offiziers- und Kosakenabteilungen) aus Bauern bestehen, vielfach jungen Leuten, die gegen den Bolschewismus meist nicht genügend geimpft sind und dumm und ungebildet, aber doch voll von Liebe zur Freiheit und Idealen, den abgedroschenen Phrasen der jüdischen Regisseure immer aufs neue zum Opfer fallen, so daß Trotzki Braunstein sagen konnte: „Ein Lastauto mit Flugschriften wird die Lage wieder herstellen.“

Die Macht haben die Bolschewiken[2]); aber haben sie Recht und Anerkennung? Alle seufzen unter ihnen, nur das Gesindel freut sich — jetzt noch. Die Besten des russischen Volkes sind gegen sie, aber zu schwach und besonders zu willensschwach. Ich frage: Seit wann geht Macht vor Recht? Im neuen Deutschland? Wenn alle Russen genügend durch das Feuer des Leidens geläutert sind, wird sich die psychologische Schwäche der „Weißen“ von den Juden und Ungläubigen nicht mehr verwerten lassen. Dann wird sich der Idealismus ganz anders äußern!

Ad 2. Aber das kann noch furchtbar lange dauern. Unser Handel kann das nicht ertragen! Er kann es ertragen, und so furchtbar lange wird es auch nicht dauern. Das bolschewistische System führt zum Krach, vorausgesetzt, daß die Blockade durchgeführt wird. Hierüber täuschen zeitweilige Siege nicht weg. Wenn wir uns gedulden, werden wir den Erfolg sehen und die Sympathie des zukunftsreichen russischen Volksteils genießen. Heißt es denn nicht, „wer zuletzt lacht, lacht am besten?“ Nicht den Maschinengewehren — der Vernunft gehört der Sieg.

Ad 3. Lenin kann den Terror nur auf dem Papier fallen lassen. Die bolschewistische Politik ist von Anfang an auf ihn gebaut und hat sich nur halten können durch Ausnützung niedriger Instinkte und Ueberleitung des idealen Volksstroms auf die jüdisch-atheistische Mühle. Menschen, die soviel Leid und Verbrechen zu verantworten haben und darauf abzielen, selbst mit Hilfe von Muselmanen und entfesselten Heiden die Kulturwelt in Brand zu stecken, versprechen höchstens „brav“ zu sein. Sie verdienen keinen Glauben und keine Schonung. Glauben etwa die gutgesinnten Russen den Lügen der roten Tyrannen? Man frage sie! Man frage die Gemordeten, frage die in den Gefängnissen und Bergwerken, man frage die ihres Mannes und ihrer Söhne beraubten, entehrten Frauen, die halbverhungerten, gottentfremdeten Kinder! Man frage die vernichtete russische Kultur: Glaubt ihr Trotzki Braunstein? Er und die Seinen müssen im Innern genau so lügen wie im Aeußern, weil ihr einziges Ziel nur Erhaltung der Macht um jeden Preis ist.

Ad 4. Hinter Koltschak-Denikin steht nicht das Zarentum, sondern Ordnung und Freiheit und hoffen wir es, das Christentum. Man könnte ebenso sagen hinter Noske stehe die Monarchie. Die Russen, die soziale Reform (positive!), Freiheit der Person, Ruhe, Sittlichkeit wünschen, kurz die Leute, die nicht wie die roten Juden mit zügellosen, getäuschten und betrogenen Menschen ein Geschäft machen wollen, Leute positiver Arbeit, die stehen hinter Koltschak-Denikin und die muß man unterstützen.

Die deutsche Politik gegenüber Rußland muß Charakter bekommen, und das erste Erfordernis einer charaktervollen Politik ist es, daß man überall die Guten unterstützt, die Leute unterstützt, die den besten Klang besitzen. Wie können wir in Deutschland Leviné und andere füsilieren und dort Geschäfte machen mit Betrügern und Mördern? Jedenfalls Angehörige der christlichen Volkspartei dürfen da nicht mitmachen. Die Zeit, da man in der Ukraine Tausende von Hinrichtungen vornahm, Strafexpeditionen und Kavalleriepatrouillen aussandte, um arme betrogene Bauern zu quälen, während man in Moskau mit den Roten klägliche Verträge schloß, ist vorbei! Das demokratische Deutschland muß in Rußland Hand in Hand mit der Entente gehen und die Männer unterstützen, die es selbst im Lande unterstützt. Sieg und Zukunft gehören nicht dem Bolschewismus, sondern dem (christlichen) Sozialismus. Unsere Politik muß in der Richtung gehen: das (christliche) demokratische Rußland eng befreundet mit dem (christlichen) demokratischen Deutschland.

Politik darf nicht Gelegenheitspolitik sein, sondern Charakter- und Zukunftspolitik.

Darum: Kein Friede mit Sowjet-Rußland, enges Hand-in-Handgehen in der russischen Frage mit der Entente, Anerkennung der sibirischen Regierung und der am Don—Kuban! Im Prinzip müssen wir schon jetzt die kommenden Vereinigten Staaten von Rußland als wünschenswert und sympathisch betrachten.

Auf diese Weise werden wir die verfahrene Rußlandspolitik auf ein glückliches Gleis schieben und die Gedankengänge parieren, die die Männer des kommenden Rußlands aussprechen. Aeußerte doch Tretjakoff, Minister für Handel und Gewerbe in der Omsker Regierung: „Wir werden es Deutschland nicht vergessen, daß es in Rußland stets die Volksfeinde (d. h. entweder Bolschewiken oder große Reaktionäre) unterstützte und selbst jetzt noch die Sowjetregierung materiell fördert. Uns drängt das nur um so näher zum Herzen der Entente.“ — —

[1]) Anmerkung der Redaktion: Angesichts der bisherigen Unklarheit in der russischen Politik, die selbst in Regierungskreisen wahrzunehmen ist, interessiert ein Urteil aus der Feder des Verfassers, der, ein langjähriger intimer Kenner russischen Lebens und russischer Verhältnisse, erst jüngst wieder Gelegenheit zur Ergänzung seiner Wahrnehmungen hatte.

[2]) 1917 waren 40% Bolschewiken (Wahlterror!). Jetzt aber sind es keine 30% mehr, überzeugte noch viel weniger.

Die seit der Niederschrift dieses Aufsatzes verstrichenen wenigen Wochen brachten neue Beweise dafür, daß die Blockade konsequent bleibt, Berlin aber schwankt und nicht weiß, wie es entschieden einen neuen Kurs gegen Rußland einhalten soll. (Abweisung Gutschkows u. a. m.) Außerdem hatte Denikin Erfolge, die ihn bis an die Linie Saratow, Woronesch Sumy brachten; auch die ukrainischen Nationaltruppen meldeten Erfolge. Wir können Rußland zu jedem Erfolge Denikins beglückwünschen, müssen aber Geduld haben. Die Wiedergeburt geht nicht von heute auf morgen. Schließen wir uns dem antibolschewistischen Ring an, helfen wir den Weltbrand löschen!

Die italienischen und katholischen Interessen in Albanien.

Von Marie Amelie Freiin von Godin.

Die ungeheure Bedeutung der in den letzten Monaten für Mitteleuropa getroffenen Entscheidungen hat begreiflicherweise das Interesse der deutschen Oeffentlichkeit gegen alle Fragen abgestumpft, die nicht unmittelbar Sein oder Nichtsein des eigenen Volkes betreffen. So scheint Albanien wie aus der deutschen Presse, auch aus dem deutschen Sinn geschwunden und jedermann bei uns hat vergessen, daß es von März bis Juli 1914 eine Zeit gab, da die Ereignisse in Albanien mit ganz Europa auch Deutschland in Atem hielten, so sehr zwar, daß um Albaniens willen beinahe der Krieg ausbrach, einige Monate ehe er dann um Serbiens willen wirklich ausgebrochen ist. Damals erschien Albanien, die Grenzmark der Einflußsphäre zweier Mächtegruppen, wichtig genug, um für eine Demonstration vor ein paar tausend übel beratener albanischer Rebellen die Kriegsschiffe aller Seemächte aus ihren Häfen zu locken.

Wer in jenen Tagen Augen hatte zu sehen, sah in den Ereignissen um Durazzo schon die Konstellation des Weltkrieges — sah bereits die Uebermacht feindseliger Staaten, der es gelungen war, Deutschland und seine Freunde einzukreisen; sah schon, so er sich nicht die Hand über das Licht der Augen hielt, den Riß im Dreibund. Denn nicht nur standen damals offenkundig panslavistische Interessen — Rußlands Serbenschutz — Frankreichs griechische, richtiger veniselistische Sympathien, gegen Oesterreich-Ungarns Lebensnotwendigkeit einer unbedrohten Ausfahrt aus der Adria, sondern es zeigte sich gleicherweise auch schon die Neigung Italiens, aus Valona und dessen Hinterland alle anderen, also auch den österreichischen Bundesgenossen zu verdrängen, um die Adria zum mare nostro umzugestalten.

Mit unserer Niederlage, mit dem Zerfall des Habsburgerreiches, sind wir aus der Reihe der Staaten geschieden, die mit wichtigen eigenen Interessen an Albaniens Schicksal geknüpft sind.

Trotzdem, und trotz des schönen Spruches „Was dich nicht brennt, das blase nicht", läßt sich die Indifferenz der deutschen Oeffentlichkeit gegenüber den albanischen Entscheidungen der Pariser Machthaber nicht vollauf rechtfertigen.

Nach den Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit erübrigt es sich darauf zu verweisen, daß auch mit der Selbständigkeit Albaniens der Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker steht oder fällt. Dieser Grundsatz fiel zu oft, auch da wo es uns ganz nahe ans Leben ging, als daß wir uns weiter auf ihn, es sei denn zum Hohne, berufen wollten, aber abgesehen davon entbehren die albanischen Entscheidungen nicht der Kuriosität, und sie könnten uns, wären wir anders geartet, als wir es sind, mit einer gewissen Schadenfreude gegenüber Italien erfüllen.

Italien nämlich hielt sich, nach der Zertrümmerung Oesterreichs, nach dem Ausscheiden des erkrankten Rußland, das ehedem die kleinen Slavenstaaten hetzte, für den Sieger im albanischen Wettstreit und siehe da, seine verfrühte Triumphatorengeste erwies sich neuerdings als schlecht am Platze. Dabei hatte es sich einige Mühe kosten lassen, sein Ziel, die Herrschaft über Albanien, glücklich endlich zu erreichen. Zur Zeit des Fürsten Wilhelm einen respektablen Aufwand diplomatischer Geschicklichkeit und nicht allzu skrupulösen Nachdrucks, dann, nach der Abreise des Fürsten, mit dem ehemaligen Bundesgenossen noch in scheinbarem Frieden, die Besetzung Valonas „zum Schutze der albanischen Neutralität" und schließlich, als im Mai 1915 die Maske der eigenen Neutralität gefallen war, jahrelange Verteidigung der besetzten albanischen Gebiete gegen die Oesterreicher, Kämpfe, die zwar nicht mehr der albanischen Neutralität galten, wohl aber ziemlich unverblümt dem längst ersehnten Kriegshafen von Valona. Der Besitz dieses Hafens sicherte nach italienischer Auffassung erst die Adria als mare nostro. Valona wurde gegen die Oesterreicher behauptet und als im Spätherbst 1918 die Balkanfront der Mittelmächte zusammenfiel, rückte die italienische Truppe den abziehenden Oesterreichern nach und besetzte das ganze Land, insoweit es noch nicht durch Italiens Bundesgenossen besetzt war. Damals gebärdeten die Sieger in der Freude des Erfolges sich etwas zu unklug als Eroberer, statt als Beschützer. Das hat ihnen im besetzten Lande keine Sympathien gewonnen, dabei wäre etwas mehr Vorsicht nicht nur klüger, sondern auch den Tatsachen entsprechender gewesen, wie sich seitdem herausgestellt hat, denn als nun solchergestalt die italienische Politik sich am Ziele wähnte, erwies sich, daß es ihr fata morgana gleich, neuerdings völlig entschwebte .....

Der Streit um Fiume zeigte nämlich klar, daß Italien nicht daran denken konnte, sich Albanien etwa als Schutzgebiet einzuverleiben; auch für ein Mandat im Auftrag des Völkerbundes standen die Aussichten schlecht, einmal weil inzwischen das Mißtrauen und die Gegnerschaft Südslaviens ungemessen gewachsen war, dann aber auch, weil die verfrühten Herrenmethoden die Albaner selbst gegen derartige Absichten auf den Plan gerufen hatten.

Nicht genug damit, sollte sich nur zu bald herausstellen, daß Serbien, obschon es nördlich von Albanien nun vielerorts bis zum heißersehnten Meere vordrang, also eigentlich für seine Gelüste nach albanischer Küste jede Entschuldigung verlor, trotzdem die Hand nach Skutari mit der Bojana, nach San Giovanni und Durazzo streckt, also auch hier mit den Italienern in Konkurrenz zu treten gewillt ist. Die Griechen ihrerseits behielten ihren Appetit nach Südalbanien und machen ihn seit kurzem wieder mit kräftigem Lärm geltend, dabei, wie manche wissen wollen, mit Aussicht auf Erfolg, wennschon die Franzosen während des Krieges jahrelang in der Gegend von Koritza eine südalbanische Regierung unterhielten und dort reichlich Gelegenheit hatten, sich vom rein albanischen Charakter des Landes zu überzeugen. Herr Venizelos setzt sich kühl über solche Verzichtsgründe hinweg und äugt über Preveza, Koritza und Santi Quaranto selbst nach Valona.

So sieht es denn ganz so aus, als ob auch hier Italien durch das Blut seiner Söhne und das Geld aus seiner Tasche nichts gewonnen hätte. Vor dem Kriege, da die Oesterreicher zwar in Triest und Ragusa saßen, es aber im italienischen Ermessen lag, sich mit dem Bundesgenossen zu verständigen, da ein durch den jahrtausendalten Haß seines Volkes antislavisches Albanien unter dem Einflusse von Italien und seines Bundesgenossen Oesterreich-Ungarn stand, war das mare nostro besser gesichert als heute. Denn heute steht noch keineswegs fest, wer Albanien, den Türhüter von Triest und Venedig, beherrschen wird. Sollten die Serben, sollten die Griechen sich in Albanien festsetzen können, so wäre nicht nur Italiens adriatische Pforte bedroht, sondern mit ihr das ganze italienische Haus, dessen östlicher Ausgang verrammelt werden könnte.

Italien hat demnach zur Stunde allen Anlaß, die Lage mit Besorgnis zu betrachten, auf Maßnahmen gegen die Gefahren bedacht zu sein, welche zweifellos seine Existenz und Entwicklung bedrohen. Hätte sich Herr d'Annunzio nicht schon heiser gesungen, jetzt wäre die Stunde für ein Lied ....

Für Italien bleibt im Grunde ein einziger Ausweg: Da es nicht wagen kann, Albanien zu annektieren, und auf eine Volkserhebung in Albanien zu seinen Gunsten keinesfalls rechnen darf, da es anderseits unmöglich zu dulden vermag, daß die Griechen oder die Südslaven sich in Albanien und damit an der ganzen Ostküste festsetzen, muß es die albanische Selbständigkeit vertreten und befürworten. Infolge seiner ungeschickten Maßnahmen während der Besetzung besteht heute die Partei Italiens in Albanien tatsächlich nur aus einigen Intellektuellen, welche die römische Politik seit etwa Jahresfrist durch glänzende Gehälter für sich gewann.

Sobald man sich aber in Rom entschließt, unzweideutig und tatkräftig für die Unabhängigkeit des durch die Italiener noch besetzten Landes einzutreten, wird sich das ändern. Dann wird durch die Dankbarkeit der Bevölkerung der italienischen Politik das Protektorat über Albanien de facto in den Schoß fallen, selbst wenn es einen andern oder keinen Namen trägt.

Ein großer Lohn für etwas Selbstbescheiden und eine schöne Geste. Dieser Erfolg ist nicht zweifelhaft, denn einerseits war infolge der langen fremden Besetzung mit all ihren durch den Krieg verursachten Härten zwar die Sehnsucht nach Selbständigkeit in Albanien nie so stark wie jetzt (Fürst Wilhelms Popularität ist, von dieser Sehnsucht getragen, jetzt hundertfach angewachsen), anderseits aber war Albanien auch nie weniger imstande, sich aus eigener Kraft seiner raublüsternen Balkannachbarn zu erwehren oder, bis zur letzten Kuh und dem letzten Maisfeld, der letzten Honigwabe durch die Besatzungstruppen ausgesogen, nie weniger fähig, den wirtschaftlichen Aufbau ohne kraftvolle fremde Hilfe zu unternehmen. Schon für den allerersten Grundstein seines neuen Hauses braucht es die barmherzige Unterstützung einer starken Freundeshand. Gleichviel ob diese Unterstützung selbstlos ist oder nicht! Albaniens Interessen — das Zurückdämmen griechischer und serbischer Begehrlichkeiten — sind im Grunde genau Italiens Interessen. Solange Oesterreich lebte, gab es für Albanien die Wahl: Wien oder Rom zum Schützer zu erküren. Wien stand durch das alte Protektorat des österr. Kaisers über die albanischen Katholiken und durch das Wesen des äußerlich stillen, italienischem Pathos abholden albanischen Volkes Albaniens Herzen näher. Heute hat Albanien aber keine Wahl mehr. Rom ist sein gegebener Beschützer, vorausgesetzt daß es dessen Habgier und Appetit nicht wie Habgier und Appetit seiner Balkannachbarn fürchten muß. Neuerdings scheint man in Rom diese Tatsachen richtig einzuschätzen. Hoffentlich wird nach dieser besseren Erkenntnis auch rasch gehandelt. Italien hat an dieser Erkenntnis und Schnelligkeit nicht weniger Interesse als Albanien, aber auch nicht mehr. Denn Albanien dürfte ohne Italiens Hilfe, trotzdem in Amerika alte und rührige Albanerkolonien nach Kräften für die Heimat werben und Wilsons Teilnahme gewonnen haben sollen, eines Tages zur entsetzten Einsicht erwachen, daß es, zwischen Griechen und Serben verteilt, sterben muß, ehe es recht gelebt hat. — Wenn aber Italien zu Albaniens Glück heute weder Serben noch Griechen in Albanien a l'altra sponda dulden kann, sofern und solange es Mittel und Kraft hat, das eigene Lebensinteresse zu schützen, so muß doch noch eine andere Macht diese Zerstücklung Albaniens mit Tatkraft verhindern: die katholische Kirche.

Fällt nämlich das unglückliche Land Serben und Griechen in die Hände, so geht es der römischen Kirche verloren. Damit würde dem Papst eines seiner ersten Kinder vom Vaterherzen gerissen. Die albanischen Bistümer von Uesküb und Drivasto gehören zu den ältesten der Kirche. Sie sind Rom zur Zeit des griechischen Schisma treu geblieben und haben mit ihren Tochterkirchen durch das ganze Mittelalter den Lockungen des Orients zu widerstehen gewußt. Der Einfluß von Byzanz, sonst am ganzen Balkan siegreich, drang nie in Albaniens Berge. In Albanien blühte durch alle Jahrhunderte des Mittelalters das regste römisch-katholische Leben. Sechs große mächtige Benediktinerabteien wuchsen zu Reichtum und Bedeutung, förderten Wissenschaft, Kultur und Handel. Die regen und schönen albanischen Städte erbauten Gotteshaus auf Gotteshaus. Stets die Augen auf Rom gerichtet, die Liebe zu Rom im Herzen, hörte das albanische Volk auf des Papstes Stimme, so oft es galt, durch Gut und Blut für den Glauben Roms gegen das Schisma einzustehen. So eng mit der Kirche und bestem kirchlichen Geiste verbunden, konnte das kleine Land später unter Skanderbeg dann auch Bollwerk und Heldenvorhut des römisch-katholischen Wesens gegen den Islam werden, und mit der Glaubensbegeisterung heiliger Blutzeugen diesen Widerstand noch durch ein Menschenalter fortsetzen, als das ungleich mächtigere schismatische Byzanz längst dem Halbmond erlegen war.

Auch unter der Türkenherrschaft ist denn Albanien, das wie kein anderes die unerhörten Leiden unfähiger, fremdrassiger Mißwirtschaft auskosten sollte, der katholischen Kirche lange treu geblieben. Erst als die Türken schon Jahrhunderte im Lande waren und die Kultur des Landes vernichtet hatten, gelang es dem stets wachsenden Druck der Pforte, das kriegerische und ehrgeizige Volk nach und nach zum Abfall vom katholischen Glauben zu bewegen. Nur dem Sohn des Propheten wurde nämlich weiterhin das Tragen der Waffen gestattet, nur ihm Einfluß auf die Staatsgeschäfte gewährt. Insoferne also die Albaner nicht zu Staatsbürgern zweiter Klasse herabsinken wollten, waren sie zum Uebertritt zum Islam gezwungen. So gaben die Albaner der Ebene schließlich der Versuchung nach. Dorf auf Dorf, manche Dörfer erst vor fünfzig Jahren, schloß seine Kirche! Für ihre Waffen, ihre äußere Freiheit und Stellung hat die Bevölkerung den alten Glauben für den Glauben des Eroberers preisgegeben. Im Gebirge aber, wo die Türkenherrschaft nur nominell bestand und auf das Leben der Bergstämme, also auch auf ihre Freiheit ohne Einfluß blieb, ist selbst heute noch der beste Teil der Bevölkerung der katholischen Kirche treu. Ohne Zweifel wird jetzt, nach der Trennung von Konstantinopel, das in seinem Wesen völlig abendländische Volk, dem nichts fremder ist, als die tatenlos ergebene Träumerei des Islam, dies Volk, das gesonnen ist, rasch und entschlossen am europäischen Leben teilzunehmen, zum Christentum zurückkehren. Meiner Ueberzeugung nach wird schon die übernächste Generation durchweg christlich sein. Römisch-katholisch, wenn Albanien selbständig ist, selbständig mit der durch seine Lage bedungenen italienischen Freundschaft — orthodox, obschon die schismatische Kirche bis jetzt niemals ein Fünftel des albanischen Volkes für sich gewann, falls Serben und Griechen, dem Selbstbestimmungsrecht der Völker zum Trotz, das unglückliche Land, wie sie möchten, bis auf wenige Reste unter sich teilen. Die päpstliche Politik hat also gewichtige Ursache, sich Albaniens und seines Schicksals anzunehmen — der Vatikan Hand in Hand mit dem Quirinal. In diesem Sinne kann die albanische Zukunft, als Zukunft eines für die Kirche verlorenen oder zurückgewonnenen Landes, den deutschen Katholiken nicht gleichgültig sein, wenn sie auch leider machtlos sind, die Entscheidungen für Albanien so zu beeinflussen, wie sie es wünschten.

Devalvation.

Von Hartwig Schubart, Salenstein (Thurgau).

Verschiedene deutsche Stimmen, die zur Heilung unserer Finanzen ernstlich mit dem Ausweg einer Devalvation rechnen, haben in neutralen Gläubigerkreisen starke Erregung hervorgerufen und bereits eine Pressepolemik verursacht — insbesondere der im „Bank-Archiv" veröffentlichte Artikel eines Dr. Hauser und die in der „Demokratie" erschienenen und weiter vom „Berliner Börsen-Courier" übernommenen Ausführungen des Direktors Wassermann. Es mag also gleich zu Anfang festgestellt werden, daß dieser Sanierungsvorschlag aus den Kreisen der Großfinanz stammt, sicherlich also die großkapitalistischen Interessen nicht an letzter Stelle berücksichtigt.

Die jetzt vorgeschlagene Devalvation — eine Herabminderung der Währungsmünze in ihrem Feingehalt an Edelmetall bei gleich bleibendem nominellem Wert — war früher, als das Land noch Besitz des Fürsten war und die Feststellung der Landeswährung mehr oder weniger seinem Belieben unterlag, ein bequemes und daher öfters angewandtes Mittel der Entschuldung, und konnte es auch sein, da in diesen Wirtschaftsperioden die neuerdings überall angestrebte „Selbstgenügsamkeit" in allen Staaten großenteils Wirklichkeit war. In den überwiegend agrarisch tendierten Staaten spielte Import und Export noch keine wesentlich bestimmende Rolle für das Leben des größten Teiles der Bevölkerung; demgemäß beschwerten die heute so wichtigen Valutaprobleme nur in Ausnahmefällen die Ruhe der Finanzbehörden. So war es also für einen erschöpften Staatsschatz verhältnismäßig leicht, sich durch Einziehung der Courantmünze und Neuausgabe eines neuen, wertloseren Ersatzes neues Geld zu verschaffen. Freilich — ganz ohne Schwierigkeiten ging diese Eisenbartkur auch in alten Zeiten nicht vor sich, und anständig ist sie nie gewesen. Und wenn selbst Friedrich II. vorübergehend im Siebenjährigen Kriege zu dieser Auskunft greifen mußte — er hat übrigens, sobald er konnte, die Vollwertigkeit seiner Münzen wieder hergestellt — so mußte auch er über sein schlechtes Geld den Spottvers hören: „Außen Friedrich, innen Ephraim!" Das Ausland nahm natürlich schon in den alten Zeiten diese Art Münzen nur zu ihrem tatsächlichen Metallwert, nicht zu ihrem Nennwert an — aber diese Frage hatte nur geringere Bedeutung.

In den modernen Zeiten ist dagegen infolge der Industrialisierung, die mit Import und Export, mit Kauf im Ausland und Verkauf an das Ausland rechnen muß, die wenigstens bei uns in Deutschland auch Einführung von Lebensmitteln fordert, die Frage der Geldbewertung, die Valutafrage, zu einer Lebensfrage geworden. Die Valutanormierung ist heute wesentlich eine Vertrauensfrage. Vor dem Kriege war in allen europäischen Großstaaten eine das gesetzlich normierte Maß überschreitende Deckung der ausgegebenen Banknoten an Gold vor-

handen[1]), und der Rest war durch den Vorrat an wirtschaftlichen Gütern mehrfach überdeckt. Daß dieser Rest z. B. bei der Reichsbank selbst natürlich nicht durch dort lagernde Verbrauchsgüter, sondern durch erstklassige Wechsel gedeckt war, bedeutet nicht etwa eine andere Art der Deckung — die Bonität aller dieser Wechsel hing ab von den in Eigenbesitz befindlichen wirtschaftlichen Gütern. So wurden denn die verhältnismäßig geringen Schwankungen der großstaatlichen Valuten um den Goldpunkt herum nicht sowohl durch das gegenseitige Vertrauen zu der finanziellen Sicherheit diktiert, als vielmehr durch das jeweilige Bedürfnis des Handels nach Zahlungsmitteln eines Staates — der Stand der Devise eines Landes gab mit ziemlich mathematischer Genauigkeit ein Bild seiner augenblicklichen Zahlungsbilanz.

Durch den Krieg sind die Festlandsstaaten Europas zu einer immensen Notenausgabe gezwungen gewesen, die natürlich nicht die vorgesehene Golddeckung beibehalten konnte. Ich sehe hier ab von der Frage, ob diese Entwicklung für die wirtschaftlich abgeschlossenen Zentralmächte absolut notwendig war, nach meiner seit 1915 immer wieder ausgesprochenen Ansicht ist sie verschuldet durch die Kurzsichtigkeit Helfferichs, welcher den Erfordernissen der neuen Zeit in keiner Weise gewachsen war. Aber wir müssen mit der eingetretenen Entwicklung rechnen, und diese zeigt uns in Deutschland einen Notenumlauf von rund 37 Milliarden Mark, der nur zu rund 1/20 durch Metall gedeckt ist (Friedensdeckung mindestens 1/3 in Gold!) und dem auch die weitere Deckung an für das Ausland verfügbaren wirtschaftlichen Gütern fehlt. So kann also der fremde Erwerber deutscher Noten und Devisen weder damit rechnen, ihren Nennwert in Gold ausgezahlt zu erhalten, noch weiter, eine dem Goldwert der Ausstellsumme entsprechende Gütermenge in Deutschland für sich erwerben zu können, da mit der enormen Vermehrung der Umlaufsmenge der Banknoten bei gleicher Verminderung des Güterstocks natürlich auch in Deutschland selbst die Kaufkraft entsprechend sank.

Die jetzige Bewertung der deutschen Devise in der Schweiz zu etwa 25, also zu rund 1/5 des Goldwertes, bedeutet eine Vertrauensbewertung — der augenblickliche innere Wert dürfte kaum mehr als 1/10 betragen, also etwa 12,40. Wenn mir etwa entgegnet wird, daß in Deutschland noch große Vermögenswerte liegen, so antworte ich, daß ein großer Teil derselben für das Ausland, also die Valutabewertung, ganz gegenstandslos ist — für das Ausland kommt nur in Frage der Goldbesitz und der Vorrat an benötigten deutschen Exportgütern, in zweiter Linie noch die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit ihrer Herstellung in absehbarer Zeit. Alle anderen Werte, so z. B. ein überwiegender Teil der in den verschiedenen Bauten investierten Milliarden des „Volksvermögens", haben für die Valutabewertung keinerlei Bedeutung. Aber in der augenblicklichen Valuta drückt sich immer noch ein hohes Vertrauen des Auslandes dazu aus, daß Deutschland wieder arbeiten lernen und für den Auslandsmarkt wieder exportieren und so ganz allmählich wieder Goldzahlungen leisten können wird.

Nun ist natürlich bei einem Verhältnis des Notenumlaufs zur Metall- (gar nicht einmal Gold) -deckung von 20:1 mit einer Goldzahlung an das Ausland im allgemeinen Handelsverkehr nie zu rechnen. Es muß also eine höhere Golddeckung erstrebt werden und als Wege zeigen sich die erwähnte Devalvation und die Herabsetzung des Notenumlaufs. Ich wende mich zuerst zur Devalvation.

Im Auslandsbesitz befindet sich eine nicht unbeträchtliche Menge deutscher Wertpapiere, zum größten Teil aus der Vorkriegszeit stammend, sowohl in Privatbesitz wie im Besitz offizieller Institutionen, ich erinnere nur an die Pfandbriefe der Schweizer Kohlenzentrale. Diese Papiere sind meist unter Umständen erworben, die auf ihre Deckung in der alten Goldbewertung berechtigten Anspruch geben. Bei einer Devalvation würde vom Ausland sofort der Ausspruch auf eine dem alten Wert entsprechende Auszahlung dieser Papiere erhoben werden — schon jetzt werden die in Schweizer Besitz befindlichen deutschen Wertschriften zu diesem Zweck angemeldet —, und damit würde eine neue Belastung der deutschen Finanzen eintreten, die den durch eine Devalvation erreichten Vorteil zu großem Teil wieder aufheben müßte. Ich erinnere daran, daß für die Verzollung des Importes zurzeit von Deutschland selber behördlich Mk. 280 Papier gleichgesetzt sind Mk. 100 in Gold — dieser Satz würde kaum ausreichen. Es wäre weiterhin wohl undurchführbar, diesen Auslandsbesitz an Vorkriegspapieren vollwertig zu decken, den Inlandsbesitz aber nicht. Dies wäre technisch und moralisch undurchführbar. Der oben erwähnte Artikel von Dr. Hauser im „Bank-Archiv" rechnet auch tatsächlich mit solcher Höherbewertung der Vorkriegspfandbriefe. Nun ist es aber weiterhin undenkbar, daß die Pfandbriefe der Hypothekenbanken aus Vorkriegszeit dem alten Goldwert gleichgestellt würden, ihre Hypotheken selber aber nicht, daß weiterhin nicht auch gleiche Privathypotheken denselben Anspruch erheben müßten und endlich auch weitere pfandlich nicht gesicherte, festverzinsliche, stille Beteiligungen. Das Ausland würde für seinen Besitz diese Forderung jedenfalls erheben, und die von Baseler und anderen Schweizer Bankinstituten nach Deutschland ausgeliehenen Privatdarlehen erreichen eine nicht geringe Höhe, namentlich, wenn sie erst als Folge einer Devalvation mit drei multipliziert werden müßten.

Wenn der Auslandsgläubiger durch die Vermittlung seines Staates sich dem finanziellen Schaden der Devalvation entziehen kann, so fordert die Billigkeit gleiche Behandlung des Inlandsgläubigers. Schon jetzt ist es ja, wie ich bereits an anderer Stelle ausgeführt habe, eine Ungeheuerlichkeit, daß das beliehene Objekt, sei es ein Mietshaus, sei es ein industrielles Werk, infolge der Geldentwertung ein ziffermäßig viel höheres Objekt darstellt, daß aber die in gutem Gelde bezahlte Vorkriegshypothek, die das Bauen des Hauses oder den Betrieb des Werkes erst ermöglichte, in nominell gleicher Summe eines in seiner Kaufkraft wesentlich verringerten, also unwertigen Geldes abgelöst werden kann. Hier zeigt sich die ganze Unlogik unserer Kriegsfinanzierung, die einem immer weiter verminderten Besitz an wirtschaftlichen Gütern immer größere Mengen von Papierwerten gegenüberstellte, und es dann sogar wagte, vor dem Forum des Reichstages von einer Vermehrung des deutschen Volksvermögens während des Krieges zu fabulieren.

Eine Devalvation würde also demnach kaum irgendwie imstande sein, die Geldkalamität des Staates irgend zu heilen. Nun ist aber ausgesprochen worden, daß eine durch sie erfolgte Stabilisierung der deutschen Valuta, wenn auch zu dem jetzigen niedrigen Kurs, doch für den deutschen Handel eine wesentliche Erleichterung bedeuten müßte, da sie ihm endlich einmal feste Unterlagen für kaufmännische Kalkulation gäbe. Diese Erwartung ist unrichtig. Wie ich oben gesagt habe, beruht die Normierung der deutschen Valuta nicht auf ihrem tatsächlichen Augenblickswert — die deutschen Schulden übersteigen zurzeit das vorhandene Nationalvermögen — sondern im Vertrauen zu Deutschlands Arbeitskraft und Arbeitswillen, die in absehbarer Zukunft wieder Zahlungskraft und vollwertigen Zahlungswillen hervorbringen müßten. Ausgesprochen zeigt sich dies z. B. in den Verhandlungen der durch deutsche Beleihungen in Zahlungsschwierigkeiten geratene Baseler Handelsbank, die mit einem allmählichen Steigen der deutschen Valuta bis auf 90 in den nächsten Jahren rechnen zu können glaubt. Schwindet dieses Vertrauen durch das unreine Manöver einer Devalvation, so wäre die Folge nicht etwa eine Valutastabilisierung auf etwa 33, sondern ein sofortiges Sinken auf etwa 10, und die Kalkulation des Kaufmanns wäre von vornherein fast unmöglich. Die Schweizer Kohlenzentrale würde für ihren 1000-Mark-Pfandbrief nicht 3000 ℳ als gerechten Gegenwert ansehen, sondern 10000 ℳ, und der uns so nötige Import wäre nicht mehr zu zahlen! Nicht Devalvation, auch nicht einmal Stabilisierung einer niedrigen Valuta muß das deutsche Finanzziel sein, sondern Beibehaltung des Münzwertes und Erholung der Valuta.

Wie schon erwähnt, stammen die Vorschläge einer Devalvation aus kapitalistisch interessierten Kreisen. Es ist daher interessant, zu prüfen, welches spezielle Interesse gerade diese Kreise an einer solchen haben können.

Wie oben gesagt, sind die Mittel zu höherer Metalldeckung unserer Noten entweder Devalvation oder Noteneinziehung. Die Nachteile der Devalvation treffen das ganze Volk, die der Notenverringerung lediglich die Kapitalisten. Die Devalvation müßte weiterhin sogar durch vermehrte Staatsausgaben eine noch weitere Notenvermehrung herbeiführen. Damit wächst für den Kapitalismus die Möglichkeit des Vermögenserwerbs — das Geld ammassiert sich um so schneller in Einzelhänden, je größer seine Umlaufsmenge ist —, die von ihm direkt geforderten Abgaben können sich in geringerem prozentualem Betrage bewegen, haben

[1]) Von Rußland, das übrigens fast unerschöpfbare wirtschaftliche Reichtümer besitzt, ist hier abgesehen.

innerlich geringeren Kaufwert, aber der Besitz an Produktionsmitteln und Produkten, der in kapitalistischen Händen sich befindet, nimmt an Vermögenswert zu. Es mag hier ganz klar der Satz ausgesprochen werden: „Jede Verschlechterung des Geldes eines Staates bedeutet in ihren Folgen eine Bereicherung der Besitzenden, eine Verarmung des arbeitenden Volkes. Daran ändern auch die hohen Löhne nichts! Die Devalvation war zu früheren Zeiten, als der Landesherr Besitzer des Staates war, ein rein kapitalistisches Mittel — sie wäre es in gleicher Weise noch heute.

Wenn aber keine Devalvation vorgenommen wird, so werden die Abgaben des Reichsnotopfers nicht genügen — und davor haben unsere Finanzkreise, insbesondere die Kriegsgewinner Angst. Daher kommt der Ausruf, man möge doch nicht glauben, daß der Arbeiter, der heute 20 und 24 ℳ täglich verdiene, sich mit geringerem Lohn zufrieden geben werde. Gewiß nicht — solange eben nicht eine vollständige wirtschaftliche Umorientierung eintritt. Auch mag ruhig zugegeben werden, daß zu den mancherlei Krankheitserscheinungen unserer Wirtschaftsepoche auch eine Ueberschätzung des Wertes manueller Arbeit gehört — verbunden mit Arbeitsunlust. Und trotzdem — die traurige Deutung der neuen deutschen Farben: schwarz die Zukunft, rot die Gegenwart, gold die Vergangenheit ist sicher nicht von einem Kriegsgewinnler ausgesprochen. Die Wirtschaftsgeschichte zeigt zudem Beispiele eines ganz plötzlichen Preis- und Lohnsturzes — so in ganz großem Maßstab gegen Ende der französischen Revolution durch Bonapartes Neuordnungen, so in kleinerem Maßstab durch die Krache der Gründerzeit in Deutschland, insbesondere in Berlin. Sanieren wir durchgreifend unsere innere Wirtschaftslage, schaffen wir dem Geld seinen Wert wieder, indem wir die wirtschaftlich ungedeckten Schwindelpapiere, zu denen letzten Endes auch die Kriegsanleihen des Herrn Helfferich zu rechnen sind, durch entsprechende Vermögensabgaben wieder einlösen — das Reichsnotopfer genügt noch lange nicht, wir brauchen Vermögenshöchstgrenze und Verbrauchsbeschränkung —, dann wird die Valuta sich heben, der Import zu bestreiten, der Export möglich und gewinnbringend sein, dann wird der Arbeiter zu den alten Lohnsätzen zurückkehren und auch wieder arbeiten wollen.

Eine andere Frage ist es allerdings, ob für Deutschland dauernde Beibehaltung der Markwährung richtig ist.

Keine Klage!

Keine Klage komme
mehr aus meinem Mund,
denk ich, Christen fromme
Christi Leidensbund.

Christi Kreuz war bitter,
hart und scharf und schwer,
und mein Kreuzessplitter
drückt mich schon so sehr?

Unduldsam hienieden
alle Leiden flieh'n,
hiesse Himmelsfrieden
auf die Erde zieh'n.

O die Erde wäre
ja kein Tränental,
wenn sie nicht gebäre
Schmerz und Schmach und Qual.

Könnt' die Klag' auch lindern,
was mich quält so sehr,
heilen und verhindern
kann sie's nimmermehr.

Feiglinge nur zeigen
jedem bald ihr Herz;
Adelmenschen schweigen
königlich im Schmerz.

Klage trübt die Blicke,
stört Gemüt und Geist,
wühlt im Missgeschicke,
übertreibt zumeist.

Sucht sich Trost zu schaffen,
wo er nicht darf sein;
Fremde steh'n und — gaffen
und es wächst die Pein.

Und wir selber fliehen
so den Gottesgruss,
der an sich uns ziehen
will im Leidenskuss.

Er gibt Ueberwindern,
wie dem eignen Sohn,
nur den besten Kindern
schwerste Lektion.

Heil mir, wenn ich trage
Dornen, wie sein Haupt!
D'rum sei keine Klage
meinem Mund erlaubt!

P. Alfred Wlotzka, S. V. D.

Volkshochschulen und Vortragswesen.

Von Dr. W. Timmen, Eutin.

So lange der Mensch lebt, muß er weiter lernen, nur der Zwang muß dem freien Willen weichen. Die Kulturmission, die dem deutschen Volke auch nach dem unglücklichen Kriege bleibt, muß möglichst tief alle Volkskreise ergreifen, und besonders muß auch den Arbeiterklassen Gelegenheit gegeben werden, ihr Bildungsstreben zu befriedigen.

Man hat allerdings wohl nachteilige Folgen dieser „Halbbildung" befürchtet, auch wir sind Gegner einer einseitigen Verstands- und Willensbildung, wenn damit nicht gemütvolle Herzensbildung verbunden ist. Aber die Volkshochschule nimmt nur zum kleinen Teil die Materien der Universitäten, die ja Lehr- und Forschungsanstalten zugleich sind, in ihrem Plan auf, sie hat zwar auch die Aufgabe, neues, vertieftes Wissen zu vermitteln, aber ebenso sehr oder vielleicht noch mehr hat sie die Pflicht, die Selbständigkeit des Denkens zu schulen, zu weiterem Eindringen und Ueberlegen anzuleiten und damit auch den Volkshochschülern das Bewußtsein beizubringen, daß sie um so bescheidener und vorsichtiger im Aburteilen werden müssen, je mehr sie in das Wesen der Dinge eindringen.

Heranzuziehen zu diesen Veranstaltungen der Volksbildung sind alle Kreise, die durch ihr Studium und ihre Erfahrung befähigt sind, von ihrem Wissen an andere abzugeben. Vor allem kämen die Hochschullehrer in Betracht, aber auch die übrigen gebildeten Berufe, vor allem auch die Männer der Praxis, sollen sich zur Verfügung halten. Es ist wichtig, daß möglichst alle Sozialverbände herangezogen und nicht das ganze Fortbildungswesen in eine staatlich konzessionierte Form gezwängt wird. All den verschiedenen neben- und untergeordneten Gemeinschaften: Kirche, Staat, Gemeinden, Vereinen, caritativen Verbänden eignet ein selbständiges Leben, und deshalb haben auch alle diese sozialen Gemeinschaften das Recht, an der Ausbildung des Volksganzen mitzuwirken. Eine freie, gegenseitige Ergänzung und begeisterte Konkurrenz wird nicht hemmend, sondern fördernd sich erweisen. Im freien Wettbewerb wird jeder das Beste hergeben und damit wieder befruchtend und anregend auf die übrigen Sozialverbände einwirken. Eine gegenseitige Verständigung und gegenseitiges Verstehen der Bildungsarbeit bleibt trotzdem unbedingt notwendig, aber in den einzelnen konkreten Fällen wird doch, wenn überhaupt etwas erreicht werden soll, eine bestimmte soziale Organisation die Leitung übernehmen müssen. Für die Universitätsstädte und im allgemeinen ebenfalls für die größeren Städte wird ein möglichst breites Komitee die Vorarbeit und die Verteilung für die einzelnen Kurse übernehmen, in das nicht nur Vertreter der Gelehrtenwelt, sondern auch Abgesandte der kommunalen und kirchlichen Körperschaften und auch Vertrauensmänner der Arbeiter- und der Bürgerschaft berufen werden. Notwendig bleibt auch die Zuziehung der Verwaltungen von Museen, Konzertinstituten, Theatern, Bibliotheksverwaltungen, Lesehallen, um so eine richtige Verteilung und billige Berücksichtigung aller Wünsche zu ermöglichen.

Aber auch aufs Land und in die kleinen Städte müssen die Bestrebungen der Volksbildung getragen werden, hier dürften Kartelle der am Ort befindlichen Vereine zunächst berufen sein, die Organisation der Vorträge in die Hand zu nehmen, aber damit soll den einzelnen Vereinigungen nicht das Recht verkürzt werden, für die individuellen Bedürfnisse ihrer Mitglieder Sonderkurse einzurichten.

Ebenso wichtig oder noch wichtiger ist die Beschaffung der Lehrer für Volkshochschulen. Einmal müßten Zentralen ins Leben gerufen werden, welche die Vermittlung geeigneter Lehrkräfte übernehmen und vollwertige Dozenten für die gewünschten Disziplinen zur Verfügung stellen könnten. Systematische Förderung der Volksbildungsbestrebungen bedeutet aber noch mehr: Die Schaffung eines besonderen Lehrstandes als Lebensberuf. Aehnlich wie wir jetzt auch schon hauptamtliche Lehrer für Fortbildungsschulen haben, müßte eine systematische Vorbildung in theoretischer und praktischer Hinsicht die besten Kräfte für diese Volksbelehrung freimachen. Es kommt dabei nicht so sehr darauf an, das nötige Wissen zu erlangen, als vielmehr darauf, dieses Wissen den Zuhörern in einer Form nahezubringen, die ihrem Verständnis entspricht.

Aber auch, wenn wir so weit in der nächsten Zukunft noch nicht kommen, so wird es doch gut sein, an den Universitäten

Lehrstühle für Volksbildungswesen zu errichten. Unsere gebildeten Berufe haben die soziale Verpflichtung, den arbeitenden Klassen an ihrem Wissen Anteil zu geben, sie müssen deshalb auch an den Hochschulen schon die Möglichkeit haben, sich für diesen wichtigen sozialen Nebenberuf vorzubereiten.

Ein wichtiges Stück Bildungsarbeit bleibt den einzelnen Konfessionen vorbehalten. In den weltlichen Fächern sein Wissen bereichern, um damit den Staatszwecken besser dienen zu können, schließt auch die Verpflichtung gegen die Kirche ein, sich in religiöser Beziehung zu vervollkommnen. Diese Aufgaben müssen sich die kirchlichen Korporationen und Vereinigungen angelegen sein lassen; auch sie müssen in ihre Bildungsprogramme Themen über die religiöse Weiterbildung aufnehmen, der einzelne Verein sorgt für die Bedürfnisse seiner Mitglieder und hat dabei den Vorteil, daß er deren individuellen Ansprüchen gerecht werden kann. Gerade jene Abschnitte aus den Glaubens- und Sittenlehren — man denke z. B. an die Jugend- und Gesellenvereine, Jungfrauenvereine — können in Einzelvorträgen und ganzen Vortragsreihen durchgenommen werden, die für deren besondere Lebensverhältnisse aktuell und notwendig sind. Daneben können die Ortskartelle ihre religiösen Themen für das breite Publikum auswählen, und damit dem großen Spezialkörper der Kirchengemeinschaft jene geistige Nahrung zubereiten, die für diese Kirchengemeinde — Großstadt, Kleinstadt, Stadt oder Land — von Bedeutung ist.

Auf katholischer Seite haben wir seit einigen Jahren in Bonn eine Vortragszentrale von Universitätsprofessoren, die sich für wissenschaftliche Vorträge in populärer Form zur Verfügung stellen. Im Herbst werden Arbeitspläne und Vortragsreihen zusammengestellt. Die Vereinigungen für wissenschaftliche Vorträge in den einzelnen Städten — vor allem besorgen der Verband der katholischen Akademiker und die kath. kaufmännischen Vereine die Vorbereitungen — wenden sich nach Bonn, und so lassen sich durch zeitige Anmeldung und gute Verteilungen recht schöne Erfolge für die wissenschaftliche Weiterbildung erzielen. Der Krieg hat natürlich auch die Tätigkeit dieser Bonner Vortragszentrale behindert, aber es ist zu wünschen, daß sie baldigst wieder ihre Tätigkeit aufnimmt und möglichst viele Professoren und alle größeren Städte in die Organisation einbezieht. Vielen Anklang haben vor allem die apologetischen Themen gefunden, die zu den Tagesfragen Stellung nahmen, aber ihnen ebenbürtig sind auch Themen aus Technik und Industrie, Kunst und Literatur, Geschichte und Erdkunde, Philosophie und Pädagogik. Je mehr die Menschen nach dem Kriege im Dunstkreise des Berufes arbeiten müssen, desto mehr wird es ihnen auch seelisch gut tun, die reine Luft der allgemeinen Bildung zu atmen.

Die Vorträge der Bonner Zentrale sind für die geistig Höherstehenden berechnet, die breiten katholischen Volksschichten ziehen ihre Geistesnahrung aus den Veranstaltungen des Volksvereins für das katholische Deutschland. Oertliche Vermittlungsstellen haben wir in dem Ortsgeschäftsführer, ihnen schließen sich die Kreis- und Diözesangeschäftsführer an, während die Zentrale in M.Gladbach die Hauptvermittlungsstelle darstellt. Das Versammlungs- und Bildungswesen des Volksvereins ist auf der Höhe, dieses Urteil darf man mit voller Befriedigung abgeben, es hat auch durch das Vertrauensmännersystem Verbindung mit allen Volkskreisen und Volksklassen, nur möchte man wünschen, daß sich auch die gebildeten Laien mehr an den Arbeiten der Ortsvereinigungen beteiligen möchten. Innerhalb derselben möchte sich ein besonderer Ausschuß für Vorträge innerhalb der Ortsgruppen bilden, die auch für kleinere Gemeinschaften solche Unterrichtsabende vorbereitete. Bislang haben die Ortsgruppen ein- oder zweimal im Jahre größere Versammlungen veranstaltet, die aber mehr aufmunternden und begeisternden Charakter tragen, viel heimatliche Liebe und heimatlicher Nutzen würden aus kleineren Vorträgen von den Pfarrgemeinden hinein in die einzelnen Dörfer ersprießen. Die nötige Rednerzahl würde sich aus der Heimat selbst herbeischaffen lassen, Geistliche, Lehrer und Aerzte hätten ihren Zuhörern so vieles zu sagen, besonders wenn beim Bildungsgang derselben auf der Universität oder dem Lehrerseminar auf diese Zukunftsaufgaben Rücksicht genommen würde, wie wir es bereits oben dargelegt haben. Glänzende Redner brauchen es nicht zu sein, es ist viel notwendiger, eine Form zu finden, welche die einfachen Leute erfassen, und dazu sind Heimatredner eher imstande, als fremde Herren, welche das Denken und Fühlen der Leute weniger kennen.

Ein großer Teil unserer Zukunft liegt „auf dem Lande", und deshalb sollte man der Landbevölkerung Gelegenheit geben, sich weiter zu bilden, besonders in dem Sinne, die Berufskunde und Berufsfreude zu heben und damit dem Boden das letzte abzugewinnen. Der Krieg ist in diesem Punkte unser Lehrmeister gewesen. Man hat bei den Aufforderungen für die Erzeugung und Verteilung der Lebensmittel auch die Landleute nicht zu sich in die Stadt eingeladen, sondern man ist zu ihnen aufs Land gegangen. Im kleinen Kreise hat man zusammen besprochen, was die Not der Zeit verlangte, und so sollte man auch nach dem Kriege Aufklärung und Belehrung und Weiterbildung bis in die kleinsten und letzten Dörfer tragen. Daß dabei der Volksverein mit an der ersten Stelle stehen muß, ist selbstverständlich, nur muß man sorgen, daß der Ortsgeschäftsführung eine solche heimatliche Bildungszentrale angeschlossen wird. Wenn wir so allen Volksbildungsbestrebungen das Wort reden, so muß man sich doch vor der Ansicht hüten, als ob man nun davon allein alles Heil erwarten könne. Die Bildung muß immer anknüpfen an den Ideen- und Interessenkreis der Leute, alle Weiterbildung muß getragen werden von einer gründlichen Vorbildung. Sonst erzieht man nur grauenhafte Oberflächlichkeit und einen unausstehlichen Stolz, der alles versteht und alles aburteilt. Das ist aber keine Bildung, sondern eine Verbildung, die dem einzelnen zum Schaden ist und das Kulturgut des deutschen Volkes nicht mehrt, sondern mindert. Nur mit dieser Einschränkung können wir in den Ruf einstimmen: Bildung macht frei und deshalb Bildung für alle.

Die studentischen Ortsgruppen der deutschen Zentrumspartei.

Von cand. rer. pol. Alb. Maas, Münster i. W.

Sofort als durch die Revolution die Schranken für die politische Betätigung der Studentenschaft gefallen und auch den 20jährigen Studierenden das Wahlrecht verliehen war, entstanden an den deutschen Hochschulen die studentischen Gruppen der politischen Parteien. Naturgemäß mit besonderer Schnelligkeit die sozialistischen. Aber auch die Zentrumsanhänger unter der Studentenschaft waren nicht müßig. In schneller Folge wurden Ortsgruppen unserer Partei an den meisten Hochschulen gegründet, und heute bestehen sie an den Universitäten Berlin, Bonn, Frankfurt, Göttingen, Greifswald, Hannover, Heidelberg, Leipzig, Marburg, Münster, München, Tübingen und Würzburg. Einige weitere werden in Kürze ins Leben treten.

Die Notwendigkeit der Hochschulgruppen liegt auf der Hand. Nicht nur ist eine Gegenwirkung erforderlich gegen die Tätigkeit der anderen Parteien, besonders der sehr rührigen Sozialisten und Deutsch-Nationalen, sondern auch die Weckung und Förderung des politischen Verständnisses im jungen akademischen Nachwuchs der Zentrumspartei. Vor dem Kriege kam die große Mehrzahl der Akademiker ohne hinreichendes politisches Verständnis von der Hochschule, so daß die Führung im politischen Leben draußen im Lande den politisch regsameren Schichten zufiel. Es fehlte nicht nur an der hinreichenden politischen Uebung, sondern auch die Freude an der politischen Betätigung. Allzuvielen war „das politische Lied ein garstig Lied". Diese Lücke auszufüllen, ist die Aufgabe unserer Hochschulgruppen.

Nach dem Ablauf zweier Semester liegen bereits einige Erfahrungen ihrer Arbeitsweise vor. Die Gruppen sind interkonfessionell, d. h. sie nehmen jeden auf, der sich zu den Grundsätzen der Zentrumspartei bekennt. Natürlich wird nach Lage der Dinge das Hauptarbeitsfeld für ihre Betätigung die katholische Studentenschaft sein, aber die Werbung auch unter der protestantischen Studentenschaft sollte doch nicht vernachlässigt werden. Tatsächlich haben auch einige Ortsgruppen protestantische Mitglieder. In Münster spricht noch in diesem Semester Professor Dunkmann aus Berlin, hoffentlich mit dem Erfolg, daß wir auch hier unter den protestantischen Kommilitonen Fuß fassen. Eine große Erleichterung für die Gewinnung einer großen Mitgliederzahl bedeutet es, wenn es gelingt, in den uns nahestehenden Korporationen und Vereinen Vertrauensleute zu gewinnen (C. V., K. V., U. V., Fr. B. k. St., Studentinnenvereine usw.). Durch

die große Mitgliederzahl erhalten die Gruppen auch den notwendigen finanziellen Rückhalt. Große Schwierigkeiten bedeuten die zahlreichen sonstigen Veranstaltungen an der Universität, die es sehr erschweren, für die Arbeit der Ortsgruppen die nötigen freien Abende zu bekommen. Eine Veranstaltung alle 14 Tage ist aber zur Erzielung von befriedigenden Ergebnissen erforderlich. Zwei bis drei Vortragsabende im Semester durch Redner, die für akademische Verhältnisse besonders geeignet, sind bestimmt, auf weitere Kreise zu wirken. Drei bis vier Mitgliederabende sollen die Mitglieder in der Diskussion üben und dazu anleiten, mit Hilfe kleiner Referate und passender Broschürenliteratur in politische Tagesfragen einzudringen. Zweckmäßigerweise werden an den Abenden billige Schriften, wie die vom Generalsekretariat der deutschen Zentrumspartei herausgegebenen, verkauft. Praktische Schulung bedeutet für die Mitglieder die Hilfeleistung bei Wahlen in den Universitätsstädten. Die Fortgeschrittenen werden in der Lage sein, in kleinen Versammlungen als Redner aufzutreten. Die Errichtung von Rednerkursen ist empfehlenswert. Gerade diese Ertüchtigung des Einzelnen ist das lohnendste Arbeitsfeld für die Fachschulgruppen. Fehlt es doch in Stadt und Land allzusehr an Rednern, Versammlungs- und Vereinsleitern. Es ist aus verschiedenen Gründen dringend erwünscht, daß der mit dieser Arbeit noch vielfach belastete Klerus hier entlastet werde.

Am Sonntag, den 22. Juni 1919, fand in Fulda die erste Konferenz der studentischen Ortsgruppen der Deutschen Zentrumspartei statt, die Vertreter von acht Hochschulgruppen aufwies. Die Mitgliederzahl der 13 Gruppen schwankt zwischen 50 und 500 (Münster). Von einigen fehlten die Zahlen. Herr Dr. Sonnenschein, der einstweilige Generalsekretär, hielt ein Referat über die Notwendigkeit der Gruppen und ihre Ziele. Eine eigene Zeitschrift, von Professor Dunkmann, Reichsminister Giesberts und Professor Götz Briefs herausgegeben, wird in Kürze erscheinen. Zusammenschluß der Ortsgruppen zu einem Verband, Anstellung eines eigenen Generalsekretärs, Fühlungnahme mit den Windthorstbunden sind die nächsten Ziele.

Hoffentlich findet die Tätigkeit der Ortsgruppen allseitig das rechte Verständnis. Allzulange ist in Friedenstagen die politische Schulung der jungen Akademiker versäumt worden. Die Werbung an den Hochschulen ist zurzeit wohl eine der notwendigsten, aber auch eine der aussichtsreichsten Arbeiten für die Zentrumspartei. Sie wird sich lohnen! Sie wird der Partei einen begeisterten, frischen und vorwärtsdrängenden jungen akademischen Nachwuchs verschaffen!

Das Garbenfeld.

Vom Bauerngehöft im Sonnenbrand
Bis zum dunkelgrünen Waldesrand
In Reih und Glied, geschlossen, gerade,
Eine Riesenarmee steht in Parade
Und wartet auf das Sturmsignal.
Heut gibt's wohl noch ihr General,
Der eben aus dem Hofe schreitet,
Den Augenstern von Hoffnung geweitet,
Mit lederbrauner, nerviger Faust.
Sein Wort wie die Sense im Korne rauscht:
„Geschmückt aus dem Sonnenarsenal
Mit goldnem unbesieglichem Stahl,
Gepanzert bis zum gelben Visier,
In erdrückender Macht so steht ihr hier!
Eure reife Kraft in den Halmen und Aehren
Muss sich vor dem dürren Gegner bewähren.
D'rum hört, ihr Helden, in diesen Tagen
Mit dem Erbfeind lasst den Kampf uns wagen!"
Und rauschend zieht vom Gehöfte dort
Und dem Waldesrand die Wehrmacht fort
Mit schwerem, ächzend beladenem Train
In die Stadt, vom Hunger belagert, ein.

Es hallt im jauchzenden Ost und West
Das Land vom Ernte- und Siegesfest.

Martin Mayr.

Die Ausstellung im Münchener Glaspalast.

I.

Dem beträchtlichen Umfange der Ausstellung — der Katalog enthält über 2800 Nummern — entspricht der Wert nur zum Teil. Denn wie die Dinge jetzt liegen, kann man gerechter- und vernünftigerweise keinen allgemeinen Wertdurchschnitt mehr herstellen wollen. Dazu ist diese Ausstellung allzu verschiedenartig zusammengesetzt.

Nicht etwa, weil sie außer Malerei, Graphik und Plastik auch einiges von Baukunst und Kunstgewerbe enthält — das haben frühere Ausstellungen auch getan. Wohl aber, weil diesmal eine große Zahl solcher Kunstbeflissenen, die Anlaß haben, dem Urteil einer Jury aus dem Wege zu gehen, unter der bequemen Deckung der republikanischen Freiheit sich den Eintritt in diese ihnen sonst — meist mit nur allzuvielem Rechte — verschlossenen Hallen erzwungen hat. Sonach besteht die Glaspalastausstellung aus zwei Teilen, von denen der eine allzumeist kein ernsthaftes Urteil, sondern das lebhafteste Bedauern verdient, daß er überhaupt da ist. Teils in Rückständigkeit, teils in unverdauter Uebermodernität füllen hier Hunderte von Leistungen unfähiger, eitler, jedes Selbsturteiles barer Eindringlinge weite Säle an, kaum vereinzelt zum materiellen Gewinne für sich selbst, dagegen zum schweren Schaden für den in idealer wie in wirtschaftlicher Beziehung heutzutage mehr denn je wichtigen Ruf der Münchener Kunst. Ihre Weltstellung gehörte zu dem Wenigen, was wir aus dem großen Zusammenbruche noch hofften retten zu können. Um so notwendiger, geradezu eine Pflicht wäre es deshalb für alle Künstler gewesen, die wirklich einen Anspruch auf diesen Namen besitzen, doppelt eine Pflicht für die Führer der Münchener Künstlerschaft, sich nicht in unangebrachte, vornehme Zurückhaltung zu hüllen, nicht ihrer, wenn noch so erklärlichen Verdrossenheit nachzugeben, sondern alle, Mann für Mann, sich mit ihrem Besten zu beteiligen. Es bleibt ein Vorwurf für viele von ihnen, sich dieser Pflicht nicht erinnert zu haben.

Nicht als ob von diesen vielen wiederum die meisten mehr zu bieten hätten als Aeußerlichkeiten — denn um die paar aufzuzählen, die wahrhaft innerlich etwas zu sagen haben, bedarf es keines langen Atems. Aber jene sind doch wenigstens bedeutende Techniker, und somit eigentlich gerade richtige Vertreter der heutigen Kultur. Es sind Könner, für die es keine Schwierigkeiten der Farbe, des Lichtes, der Luftstimmungen, meist auch der Zeichnung gibt, Virtuosen, bei denen jeder Pinselstrich, jeder Farbenfleck am richtigen Platze sitzt und über deren Leistungen man jedesmal von neuem verblüfft ist, so wenig Neues sie in Wirklichkeit bringen. Und doch ist ein Unterschied zwischen ihnen und den Meistern der Vergangenheit, bei denen das Neue nur in langsamem, natürlichem Werdegang aus den leitenden Gedanken geistiger und technischer Ueberlieferung heraus sich entwickelte.

In der Gruppe der „Münchener Künstlergenossenschaft" herrscht im ganzen noch eine größere Stetigkeit, die immerhin vieles Tüchtige leistet, aber von einer gewissen Langweiligkeit nicht frei ist. Die Sezession ist nicht mehr die gleiche wie ehemals. Ihre frühere stolze Ruhe wird aufgescheucht durch allerlei Schwarmgeister und Draufgänger, die sich vor dem Zwange des Aeußerlichen nicht mehr beugen möchten, als Mittel dagegen aber lediglich die Verneinung der Aeußerlichkeit kennen und auf diesem Wege doch nichts weiter erreichen als eine andere, nur weniger genießbare Art äußerlichen Wesens. Große Stilisierung soll dem geistigen Elemente zum Siege verhelfen. Wie kann sie es, selbst bei hohem Streben, wenn sie in Unnatur der Form und Farbe verfällt, wie die Gestalten C. Schwalbachs? Und kann sie ein tieferes Interesse erregen, wenn man sich überzeugen muß, daß sie nicht auf ursprünglicher Eingebung beruht? Denn es ist doch ersichtlich, daß z. B. Böningers „Abschied" von der Auffassungsweise des A. Egger-Lienz abhängig ist, und daß die große Linie, Form, Farbe und Sprechweise der bewunderten symbolistischen Bilder von P. H. Schödder nichts sind als Nachfolge Weltis und Hodlers. Dasselbe gilt von R. Finks dreiteiligem Bilde „Die Henker", das eine Anspielung auf den jetzigen Frieden zu bedeuten scheint. Von anderen, weniger erheblichen Leistungen derselben Art ganz zu schweigen. Sie sind ziemlich zahlreich. Immerhin gehören jene drei eben erwähnten Künstler zu den Wenigen, die etwas zu sagen wissen und mit eigener Sprache noch viel mehr sagen könnten. Zu jenen, die innerlich Wertvolles geben, zählen auch mehrere Vertreter der christlichen Kunst; wir werden auf letztere in einem zweiten Artikel zurückkommen.

Welchem Gebiete die heutige Kunst sich auch widmen möge, überall herrscht die Reflexion, allenthalben fehlt es an Unbefangenheit. Nicht als ob wir gar keine derartigen Künstler mehr hätten. M. Schiestl ist ein solcher (man sehe seine herbe „Auferstehung"), auch J. M. Beckert mit seinen romantischen Eingebungen. So noch ein paar andere, denen man in dieser Ausstellung nicht begegnet. Frisches, volksmäßiges Empfinden und Schaffen ist ihnen eigen, das von keines Gedankens Blässe angekränkelt, aber dafür Beweis gesunden, ursprünglichen Denkens und Fühlens ist, welches so viele der Modernsten sich selbst und uns vorzutäuschen suchen. In dieser innerlichen Unwahrheit, dieser Kernfäule liegt so furchtbare Gefahr für die moderne Kunst. Sie verliert den Zusammenhang mit dem Empfinden des Volkes, dessen Wünsche und Bedürfnisse sie nicht versteht. Und doch muß sie gerade hierin wurzeln, wenn sie weiter bestehen und sich entwickeln, wenn sie führen und erzieherisch auf das Volk wirken will. Ob sie hierbei auf den Wegen

des Naturalismus oder des Stilismus geht, ist an sich unerheblich, das endliche Ziel ist doch das gleiche.

An Werken beider Richtungen herrscht Ueberfluß. Und so bleibt auch bei scharfer Auslese einiges in höherem Sinne Wertvolles übrig. Bei jener Auslese drängt sich, wenn möglich noch lebhafter als früher, der stets wiederkehrende Gedanke auf, ob es denn wirklich unmöglich oder nicht vielmehr ganz leicht möglich wäre, den Blicken feiner empfindender Menschen den Ekel unsittlicher Aktbilder zu ersparen. Die Ausstellungsleitung möge aus dieser Bemerkung ersehen, wie hoch ich, selbst in jetziger Zeit und gerade jetzt, wo in moralischer Beziehung so viele Bande frommer Scheu gelöst sind, ihre Aufgabe einschätze, und als wieviel gewichtiger ich die Verpflichtungen auffasse, vor die sie zur rechten Leitung der Kunst und damit der gegenwärtigen und zukünftigen geistigen Kultur gestellt ist. Von ästhetisch wie moralisch zulänglichen Menschendarstellungen findet sich im heurigen Glaspalast eine ganze Anzahl. So eine Reihe hübscher Studien von Th. Baumgärtner, mehrere groß empfundene Arbeiterszenen (Zeichnungen) von K. Hänsel, das charakteristische „Zwei Kameraden" von O. Argyros, die etwas an W. Diez erinnernde „Flucht" von † O. Fedder, Bicker-Gundahls prachtvolle, alter Kunst zur Seite zu stellende „Figurenstudie mit weißem Kopftuch" — man beachte übrigens diesen Titel, der einen wesentlichen Teil der Bedeutung des Bildes in eine technische Einzelheit verlegt! —, die in Farbe und Licht glänzende „Herbstsonne" von C. H. Schrader-Velgen, endlich als eins der Glanzstücke der Ausstellung die von feinem Humor erfüllte, 1908 entstandene „Modellpause" des F. von Uhde.

Das Bildnisfach bietet wie gewöhnlich eine Anzahl von lediglich der Wirklichkeit nachkopierten Stücken, ferner von solchen, die mittels gesuchter Zwanglosigkeit Charakterisierung zu geben vermeinen; endlich einige Werke von in der Tat tiefblickender, innerlicher Erfassung der Persönlichkeit. Vereinigt sich damit noch ein ausgezeichneter Vortrag, so mag denn ein solches Meisterwerk entstehen, wie das Bildnis einer älteren Dame von F. Rhein, der sich mit dieser Leistung in die Reihe der ersten Porträtisten gestellt hat. Gleichwertig sind die Bildnisse Leo Sambergers; von den in Kohle gezeichneten seien besonders die hoch charakteristischen Köpfe des Don Rua und des P. Limbourg S. J. hervorgehoben. Ein in technischer und geistiger Beziehung bedeutendes Bildnis ist das des Apostol. Nuntius, Bischofs von Sardes, von L. von Flesch-Brunningen. Wesentlichen Anteil an der Gruppe der Bildniskunst hat die Plastik. Bemerkenswerte Werke dieser Art stammen u. a. von K. Kuolt und J. Seiler.

Gute Beobachtung zeigt eine Anzahl von Tierbildern, bei denen auch, obwohl kaum in diesen Zusammenhang passend, die hübschen satirischen Blätter von W. Wohlgemuth genannt seien. Von den Stilleben besitzen zahlreiche erhebliche raumschmückende Eigenschaften. So eines der fast altmeisterlich anmutenden Stücke von L. Adam Kunz; ein sehr feines und vornehmes kleines Bild mit Schneerosen von J. von Destouches; das ernste „1914" von P. W. Ehrhardt; die tiefarbige „Rosa mystica" von A. Müller-Wischin; weiter einige gute Blumenstücke von P. Stollreither, M. Luber, F. Fleischmann, A. Meyer-Gröbenzell. Feinste Stimmungen des Innenraumes schildert u. a. Jos. Kühn jun., auch der schon erwähnte Ehrhardt.

Aus der gewaltigen Zahl der Landschaften kann ich hier nur wenige als Beweise eines äußerst geschärften Blickes für die Erscheinungen und das Wesen der Natur herausgreifen. So den hellfarbigen „Sommertag" von L. Bracht, die groß stilisierten Werke „Loisachtal" von A. Stagura und „der stille Bergsee" von Müller-Wischin, eine feine kleine Abendstimmung von H. R. Reder, den schlichten, dekorativen „Pinienwald" von G. Cairati, das stille, große „O Täler weit, o Höhen" von M. Müller-Anders, die stimmungsvolle „Landschaft" von J. Hermannsdorfer, die Landschaftspoesien von H. Urban. Einen Saal füllt eine Anzahl der von dem riesigen Temperamente † F. Bärs geschaffenen Landschaften. Am schönsten wirken jene Gemälde, die nicht aus seiner letzten Zeit stammen, wo er — obwohl in durchaus folgerichtiger Entwicklung — zur Uebertreibung seiner Eigenart gelangt war. Werke wie Bärs „Aussicht vom Galzig", oder wie sein „Abend im Eichenwald" gehören zum Bedeutendsten, was deutsche Landschaftsmalerei überhaupt geschaffen hat. Hier berührt sich Wirklichkeit in hinreißend wahrer Schilderung mit höchstem Idealismus, menschliches Können und Verstehen mit der Poesie der Schöpfung.

Sie spricht aus der Auffassungsweise auch sehr zahlreicher Bildwerke, die andern gegenständlichen Gebieten angehören, besonders gern auch der Plastik. Hier hört man bisweilen Rodinsche Art durchklingen, aber sie ist, wie alles wirklich Eigenartige, nur dem Meister natürlich, der sie aus eigenem Erlebnisse heraus erschuf. Zur großen Vereinfachung gezwungen, der Idealisierung durch Tradition geneigt, schafft die Plastik auch heute noch Werke von hohem Adel der Form und des Gedankens. So H. Waderes schöne antikisierende Grabfigur „Non omnis moriar", (Nicht ganz werde ich sterben), auch seine beiden dekorativen Figuren „Licht" und „Kraft", oder A. Daumillers „Lanzenkämpfer zu Pferde". So erfaßt findet man die Romantik auf viel weiteren Gebieten als dem ihr gewöhnlich zugewiesenen der Sage, der Legende, des Märchens.

Freilich ist es auch hier noch einzelnen künstlerischen Geistern gegeben, Neues zu entdecken und zu ersinnen. Den Beweis liefert Sidonie Springer mit ihrer Sammlung phantasiereicher, allerdings innerlich arg dekadenter Bilddichtungen, zu deren Darstellung ihr eine großzügige, und dabei doch auch das Feinste, Einzelnste liebevoll durchführende zeichnerische Technik und ein edler abgeklärter Farbensinn zu Gebote steht. Daß sie nicht einseitig ist und auch an Gegenständen der Wirklichkeit Freude hat, beweist sie mit staunenswert sorgfältigen und doch nicht kleinlichen Wiedergaben landschaftlicher und anderer Naturmotive.

Nur Wenigstes von allem, was hier genannt wurde, besitzt Eigenschaften äußerer Monumentalität. Manches trägt sie — dem Gefühl bemerkbar — in sich. Unsere Betrachtung der christlichen Kunst wird uns Werke zeigen, bei denen beides zugleich der Fall ist. Auf profanem Gebiete bringt ein solches Beispiel wenigstens die Baukunst, und zwar in dem von O. O. Kurz geschaffenen Modellentwurfe zu einer Erweiterung der beiden Pinakotheken über die Theresienstraße hinweg. Der Plan wirkt großzügig, die Vereinigung der beiden Gebäude zu einem organischen Ganzen ist offenbar geglückt. Möchte doch einmal statt dieses aus örtlichen Rücksichten unausführbaren Planes mit gleichem Gelingen einer für jenen Gedanken entstehen und zur Tat werden, der allen unseren Museumsnöten ein Ende machen würde: für die Umbauung des Königsplatzes! Was die Baukunst sonst zeigt, trägt bürgerlichen, praktischen, dabei münchnerisch anheimelnden Charakter. — Edel, einfach, gediegen, vornehm und prächtig sind die Erzeugnisse des Kunstgewerbes.

Dr. O. Doering.

Maria Köck-Gmeiner †.

Ein Gedenkblatt.

Von Hans Wogme, Wien.

Unerwartet starb am 13. Juli d. J. auf ihrem reizenden Landsitze „Waldheimat" in Spital am Semmering die Wiener Schriftstellerin Maria Köck-Gmeiner.

Mit ihr wurde ein echtes Wienerkind zu Grabe getragen, eine Schriftstellerin, die ihre Heimat mit jeder Faser ihres Herzens liebte, die sie in fast allen ihren Werken mit den glühendsten Farben dankender Liebe schilderte. Sie stand erst am Beginne ihrer sich in aufsteigender Linie bewegenden literarischen Tätigkeit. Unbestritten aber ist, daß ihr als Heimatkünstlerin ein Platz in den ersten Reihen deutscher Heimatkünstler gebührt, wenn sich auch in ihren Werken manche Unausgeglichenheit, manche Härte findet.

Die Liebe zur Heimat, zu Wien ist das Alpha und Omega ihres Schaffens. Nicht so sehr die moderne Großstadt Wien mit ihrem Hasten und Drängen, sondern das Wien der Biedermeierzeit, das Wien zur Zeit eines Beethoven, Schubert, Lanner, Strauß, eines Stifter, Greif, Saar hat es ihr angetan. Welch reizende, fein abgestimmte Bilder aus dieser „guaten alten Zeit" weiß sie hervorzuzaubern. Aus ihnen leuchtet jene Liebe zur Heimat, die man in Großstadt-Romanen, -Erzählungen und -Geschichten so oft vermißt, da die Schilderungen der Gesellschaft, der sozialen Zustände usw. so viel Raum benötigen, daß die Heimatliebe einfach unterdrückt wird.

Als ihr bester Roman scheint mir „Das Vorstadthaus" (Verlag J. P. Bachem, Köln), obgleich auch er einige Mängel aufweist. Hier ist jenes echte Wienertum treffend charakterisiert, festgehalten für kommende Generationen, die ja kaum mehr einen „echten Wiener von Schrott und Korn" kennen werden. Jenen Wiener, der mit seinem ganzen Ich so innig mit seiner Vaterstadt verbunden ist, daß er noch im letzten Augenblicke sein Wien dankend segnet, dessen letzter Gruß nach seinen Lieben dem „alten Steffel"[1]) gilt.

Weitere Wiener Erzählungen sind „Liese, die Geschichte eines Stiefkindes" (Tyrolia-Verlag, Innsbruck), dem Wiener Volksleben entnommen, das poesievolle „Wiener Gmüat" (ders. Verlag), „Herr Stützerl als Landsturmmann" (Verlag Habbel, Regensburg), der mit dem goldensten Humor gezeichnete Wiener nebst seiner besseren Hälfte im Weltkrieg. Ferner die herzigen „Praterveilchen und andere Erzählungen" (ders. Verlag), besonders für unsere Jung-Damenwelt gedacht.

Auch der Roman „Die Wunder der Heimat" (Reichspost-Verlag, Wien) ist ein hohes Lied der Heimatliebe. Er spielt auf dem Boden der grünen Steiermark, der nun von Maria Köck aufnahm, was an ihr sterblich war.

Ein neues Werk, das sie kurz vor ihrem Tode vollendete, der Roman aus dem Weltkriege „Wiener Frauen" wird demnächst bei F. Pustet, Regensburg erscheinen.

An biographischen Daten kann ich leider nicht viel anführen, da die Dichterin äußerst zurückgezogen, nur ihrer Kunst und ihren Lieben lebte. Sie wurde 1878 zu Wien geboren, erhielt im Kloster zu St. Ursula eine sorgfältige Erziehung und wirkte späterhin als städtische Lehrerin. Ihrer überaus glücklichen Ehe mit dem Botaniker Dr. Gustav Köck entsprossen 2 Kinder, Toni und Marianne, die sie voll zärtlicher Mutterliebe wiederholt in ihrer Artikelserie „Meine Perle" (Reichspost, Wien) zeichnete.

Ein reiches, zu den schönsten Hoffnungen berechtigtes Talent ging mit Maria Köck-Gmeiner dahin. Nicht nur Wien, sondern die ganze deutsche Literatur verlor in ihr eine hervorragende Vertreterin echter, lebenswahrer Heimatkunst.

---

[1]) So wird im Volksmund das Wahrzeichen Wiens, der Turm des St. Stefan-Domes genannt.

Vom Büchertisch.

Emil Frank: Die Brookschulten. Westfälischer Roman. Münster i. Westf. Aschendorffsche Verlagshandlung. Pr. 2.40 ℳ. Ein Bauernroman mit reichlichem Dialekt-Einschlag, wohl vorwiegend für Bauernkreise gedacht. Gut erzählt, etwas breit, aber anschaulich, und mit tiefem Verständnis für das Leben und das wahre Wohl und Wehe der Welt, die er vor uns aufruft. Kräftige Zeichnung der mannigfachen Charaktere, unter denen zwei zuletzt einen etwas raschen Wandlungsprozeß vom Bösen zum Guten durchmachen, immerhin unter glaubwürdigen Umständen. Hauptpersonen: eine verwitwete Bäuerin mit ziemlich schwachem geistigem Rückgrat; ihr zweiter, sehr wenig achtbarer Mann; ihre drei Söhne: der älteste ein begabter Tunichtgut, der jüngste ein liebenswerter Kranker, der zweite ein tüchtiger Bauer — der Held. Dessen Kampf um die Erhaltung des Erbgutes gegen den verschwenderischen, selbstsüchtigen Stiefvater, um Recht und Ehrenhaftigkeit gegen den ihm gehässigen Bruder bildet den Kern der Handlung, die gegen den Schluß ein zweifaches Dauer versprechendes Familienglück aufblühen läßt.
E. M. Hamann.

Hans Steiger: Der fröhliche Tote. Novellen und Skizzen. Innsbruck-München, Tyrolia. Pr. 4.50 ℳ. — Ein merkwürdig fesselndes, aber als Ganzes mehr anregendes als interessantes Buch von großer Mannigfaltigkeit der Stoffe und zum Teil nervös prickelnder, zum Teil wirklich durchgeistigter, beseelter Darstellung. Zu wenig charakteristisch finde ich die gewählte Aufschrift. Die Titelnovelle gehört nämlich dem wenigst hervorragenden Hauptkapitel an: dem ersten, dessen Name „Tollheiten" schon verrät, daß der Inhalt nicht ausschließlich aufs rein Dichterische zielt. — Unter den zwölf Gesamterzählungen möchte ich hervorheben: vom ersten Kapitel das parabelartige „Prinzlein Tod"; vom zweiten: „Liebeswunder", das Hochgebirgswelt-Erlebnis „Der weiße Berg" und „Die Villa im Himmelreich", ein in sprühender Laune geschaffenes Märchen aus Tausendundeine Nacht des — wirklichen Lebens; aus dem dritten: „Gesichte", dem bedeutendsten der vier, die sämtlichen drei Stücke: „Das große Glockensterben", „Der Untergang des kleinen Richard Bang" und „Doktor Heilland"; aus dem letzten: „Heiligensagen", die ungemein liebreiche erste und die großgefaßte zweite Legende: „Des seligen Mönches Hermann Josefs Mutter" und „Die Versuchung der heiligen Luzia". — Ich habe den Eindruck, als müsse man dem starkbegabten Dichter vor allem ein ganz tiefes Aufatmen wünschen zur ruhigen Sammlung aller jener Eindrücke, die sich ihm während drei Jahren an der Front, und auch später, unabweisbar zur künstlerischen Bewältigung aufdrängten.
E. M. Hamann.

Theowill Uebelacker: Sankt Ueberall. Gedichte. Ludwigshafen am Bodensee, Hans Lhotzky Verlag. Pr. geb. 6 ℳ. — Der erste Gedichtband eines jungen katholischen Nürnbergers, der schon früher durch verstreute Lyrik- und Legendenveröffentlichung Aufsehen erregte. In der Tat ein auffallend reiches, verinnerlichtes Formtalent, das in seiner außergewöhnlichen Hingabe, Einfühlungs- und Gestaltungskraft verstanden sein will, nicht zuletzt in seiner Natur- und Gottfreudigkeit, zumal in seiner franziskanisch-pantheistischen Neigung, deren gelegentliche Uebersteigerung man nicht allzu streng nehmen sollte. Umsoweniger als das, was dann aus ihr spricht, nicht immer reines inneres Erleben, sondern sehr oft zugleich ein Mitschwingen der Klangliebe, des Musikalischen und des Phantastischen bedeutet. Im übrigen steht der Dichter zu seinem Namen. Denn überall will er nur Gott, will er überall selbst zu Gott. Sankt Ueberall = Gott: Wie und wo er ihn findet, in sich hereinziehen, aus sich wiederschaffen möchte: das zeitigt eine Fülle der Gesichte, die manchen dichterisch empfänglichen Gottsucher wie erschauern lassen wird vor Freude, Sehnsucht und — nicht selten — Ehrfurcht der Andacht. Was nicht den Wunsch auszuschließen braucht, der Dichter hätte die Sammlung (die übrigens gehört, nicht bloß gelesen, sein will!) einer schärferen Sichtung und auch Feilung unterziehen mögen. So, wie sie vorliegt, wird sie auch Entgegenkommenden bisweilen den Eindruck des Gewollten, sogar Geschraubten, Gequälten und Spielerischen hinterlassen. Demnach bleibt als Endergebnis: Das Buch baut sich immer sicherer nach oben auf. Das rein Aeußerliche, die Lautmalerei, die Neuwort- und Neubildprägung tritt durchaus zurück vor dem inneren, oft kühnen Gehalt. Das Sonnenhafte, das leuchtend Gottzuversichtliche, die Widerstrahlung der gottlebenden, gottglühenden Natur, des Gott zugehörigen Menschenlebens innerhalb der ganzen Sammlung wird voraussichtlich Ungezählte anziehen, mitreißen und, zu gutem Ende, beglücken.
E. M. Hamann.

Trennung von Kirche und Staat. Von Dr. Karl Lux, Universitätsprofessor in Münster i. W. (Politische Bildung, Heft 4.) Münster i. W., Aschendorffsche Verlagsbuchhandlung. 8° 54 S. ℳ 1.20. Der in der sehr zeitgemäßen Sammlung „Politische Bildung" erschienene Vortrag des Münsterschen Kanonisten behandelt sein Thema recht übersichtlich nach allen in Betracht kommenden Gesichtspunkten: Begriff der Trennung, Trennung in der Praxis anderer Länder, Trennung in Preußen (besondere Schwierigkeiten derselben), Grundsätzliche Stellungnahme der katholischen Kirche, des Protestantismus, der Dissidenten, der Juden, Praktische Forderungen der katholischen Kirche. Bei der Darstellung der Praxis in den Trennungsländern hätten die rechtlichen Verhältnisse der katholischen Kirche eine eingehendere und konkretere Schilderung erfahren dürfen, ebenso die Schulfrage. Sehr dankenswert ist, daß der Verfasser die grundsätzliche Stellungnahme nicht nur der katholischen Kirche sondern auch des Protestantismus aufzeigt; von einer einheitlichen Stellungnahme kann bei letzterem allerdings nicht die Rede sein: während hervorragende Vertreter desselben von der Trennung eine Auflösung der Landeskirche befürchten, steht eine weitgreifende Bewegung, die in der Zukunft eine große Rolle spielen wird, die Volkskirchenbewegung, der Trennung zwar mit Vorsicht, aber im ganzen doch fördernd gegenüber, als Mindestforderung wird aber auch in protestantischen Kreisen (wie in katholischen) verlangt, daß diesen Kirchen der öffentlich-rechtliche Charakter erhalten bleibe. Auch bei den Juden ist die Stellung keine einheitliche: die bayerischen Rabbiner haben sich gegen die Trennung ausgesprochen, weil sie in ihr (mit Recht) eine Gefahr für die religiöse Erziehung erblicken. Die Schrift wird auch außerhalb Preußens gute Dienste leisten.
Prof. Dr. Scharnagl.

Sind wir noch katholisch? Von Dr. Johann Ude, Universitätsprofessor in Graz. 28 S. Als Manuskript gedruckt. Graz „Oesterreichs Völkerwacht". 1919. Ein mutiger Vorkämpfer für praktisches Christentum ruft hier die Bekenner des Namens Christi zu ernster Gewissenserforschung auf, die keine auch noch so bittere Wahrheit scheuen darf. Hier ist die Ueberzeugung wirksam, angesichts der grundstürzenden Ereignisse der Gegenwart könne auch auf religiösem Gebiet nur gründliche Arbeit und folgerichtiges Vorgehen vom Segen sein. Ja es sind ernste Worte und Urteile, die wir da hören; aber der ehrliche Beobachter wird sie nicht als unberechtigt ablehnen können. Als Grundübel der Zeit stellt Ude den internationalen Mammonismus an den Pranger, der, jeden Verantwortlichkeitsgefühls bar, auf Kosten der physischen, wirtschaftlichen und sittlichen Kraft und Freiheit der Völker ein behagliches Drohnendasein führt. Seine Ueberwindung kann nur durch großangelegte zwischenstaatlich ausgebaute Arbeitsgemeinschaften zur Lösung der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Fragen erfolgen. Zu diesem Behufe müssen die Grundsätze eines lebendigen Christentums im privaten und öffentlichen Leben sich durchsetzen — wahrlich keine geringe Forderung. „Oesterreichs Völkerwacht" zeigt mit ihrer opferfreudigen Arbeit, daß sich, wenn auch langsam, die Dinge zum Besseren wenden.
O. Heinz.

Peter Lippert S. J.: Der Erlöser. Viertes Bändchen der „Credo"-Reihe. Buchschmuck von Adolf Kunst. Freiburg, Herder. Preis geb. 3.80 ℳ. — Ein Büchlein voll verklärter Schönheit und Tiefe, aber auswertbar für die Wirklichkeit des Laienlebens. Durchgeführte Erkenntnisse wie diese: Nicht das Christentum ist die Erlösung, sondern Jesus Christus. Gott gegenüber ein „neuer Anfang": die Sünde des geschaffenen Geistes, die immerwährende Lust des Bösen, eine Frucht vom heiligen Baume, ein gewordenes Gut vom ungewordenen und wesentlichen Gut loszureißen. Durch die Sünde verursacht: das Weltleid. Aber durch den Eintritt Gottes in die Zeit — eine neue Geschichte. In Jesus die göttliche Hypostasie als Tragung, Besitz, Abschluß des Menschentums, nicht als dessen „Veränderung". Das menschliche Bewußtsein Jesu begrenzt wie alles Geschaffene innerhalb menschlicher Grenzen. Jesu Leben aber das „überfließende" Leben. Nach außen dies Leben: Niedrigkeit und Dunkel, nach innen: Tragen und Aufheben aller Sündennot der Welt. Und dieser selbe Jesus nahm die Sünden der Welt hinweg; damit ist der Urquell des Leides versiegt. Und damit wieder für uns die Erlösung vom Leid zu reiner Gnade ermöglicht. Eben daher der „Leidensenthusiasmus" großer Seelen, die „überströmen vor Freude inmitten aller Trübsal". — Das sind nur so ein paar Strahlen der bis in ungeahnte Gründe aufhellenden Theologie, die in dem Büchlein waltet. Möchten viele hineinschauen in die hier aufgeschlossene Welt des Friedens und der Freude, die nie vergeht.
E. M. Hamann.

Im Verlag des Literarischen Institutes von Dr. M. Huttler, Augsburg, erscheint von Religionslehrer Ludwig Schäfer in 3. Auflage der **„Seelsorgerbrief an die Eltern der Erstkommunikanten"**, dazu nun auch **„Wehret ihnen nicht!"** Seelsorgerbrief an die Eltern über die öftere Kinderkommunion. In erhöhtem Maße muß nunmehr den Eltern ihre Verantwortung für die religiöse Unterweisung ihrer Kinder klar werden. Aus dieser Ueberzeugung heraus sind die beiden Büchlein geschrieben, in denen sich ein treubesorgter Religionslehrer an die Eltern der ihm anvertrauten Kinder wendet, um sie hinzuweisen auf ihre hl. Pflicht, aber auch auf die ihnen gebotenen vielfältigen Möglichkeiten, die Seelen ihrer Kinder bereiten zu helfen für den erstmaligen Empfang der hl. Kommunion, ebenso für ein öfteres Hinzutreten zu dem gerade dem Kindesalter so ersprießlichen Segensquell der hl. Eucharistie. In warmen Worten wird der wichtige Gegenstand den Eltern nahegebracht; diesen Gründen können sie sich nicht verschließen; praktische Winke zeigen ihnen den Weg zum Erfolg. Die Büchlein sind für Massenverbreitung berechnet und empfehlen sich sehr zum dargelegten Zweck.
O. Heinz.

Bühnen- und Musikrundschau.

Prinzregententheater. Am Ende seines Lebens ward Jacques Offenbach es satt, mit seinen frivolen Operettenmelodien dem Geschmack der Masse zu dienen, und er rang seiner reichen, nur nicht auf eine ethisch starke Persönlichkeit gestützten Begabung ein Werk ab, mit dem er auf den der höheren Kunst geweihten Brettern festen Fuß fassen sollte: „Hoffmanns Erzählungen". Es scheint fast, als seien auch Frank Wedekind vor seinem frühen, ihm wohl nicht völlig unerwarteten Tode über den künstlerischen Wert all der Dirnen, Abenteurer, Zuhälter und Narren, zu denen er die Schaubühne herabgewürdigt hat, doch gelinde Zweifel aufgetaucht; und er nahm noch einen gewaltigen Anlauf und schuf einen „Herakles". Steinrück, der Leiter unseres Nationaltheaters, ist immer ein überzeugter Anhänger der Wedekindschen Muse gewesen und so hat er dieses dramatische Gedicht für würdig befunden, im Rahmen der Festspiele als Uraufführung zu erscheinen. Es ist bis jetzt nicht üblich gewesen, der Festspielzeit den Reiz der Premierensensation zu geben, und ihr Wert besteht doch darin, daß über den Streit der Tagesmeinungen hinausgehobene Kunstschöpfungen in einer dem Ideal der Vollendung zustrebenden Wiedergabe erscheinen. Ein Werk, das bennoch unter so ungewöhnlichen Umständen auf diese Bretter gelangt, muß die größten Erwartungen wecken. Diese sind nicht erfüllt worden. Es war einige Tage vor der ersten Aufführung in einem Blatte zu lesen gewesen, Studenten hätten sich verabredet, die Vorstellung durch einen Skandal zu stören, allein da scheinen jene, die überall „reaktionäre Umtriebe" wittern, von einem Schreckgespenst getäuscht worden zu sein. Das Publikum hielt sich völlig ruhig, bis in die Mitte des Stückes viel zu ruhig, als daß auf ein innigeres Miterleben geschlossen werden könnte, dann wagte sich ein erst matter Beifall hervor, der dann immer mehr zu den ortsüblichen Steinrückovationen anschwoll, nachdem sich die Klatschenden vergewissert hatten, daß ein Widerspruch nicht erfolgen

werde. Steinrücks Herakles hatte packende Momente, als Regisseur hatte er jedes der zwölf Bilder auf das Wirksamste herausgearbeitet, mit den besten Kräften besetzt. Dekorativ wirkte die Szenerie, von einem schablonenhaften Opernolymp abgesehen, bei aller Einfachheit in den Farbenabstimmungen ganz köstlich. Wo es einer größeren Menschenansammlung bedurfte, erschien sie rhythmisch beseelt. Neben diesen Lichtseiten sollen die anderen nicht unbetont bleiben, so Steinrücks Neigung zu greller Derbheit; seine Stimme ist bekannt und man würde sich mit ihr abfinden, leider wird es immer mehr Gewohnheit, daß sich die anderen, die über mehr Glanz und Technik des Organs verfügen, sich Steinrück angleichen. Von der tonschwelgenden Possardschule sind wir im Laufe der Jahre an das Extrem stimmlicher Naturalistik gelangt. Doch dies nebenbei. Trotz dieser Einschränkungen können wir feststellen, daß die schönsten Vorbedingungen zu einer guten Wiedergabe gegeben waren, daß geistige und materielle Mittel ihr in reichem Maße dienstbar gemacht wurden. Dennoch gestehe ich, daß ich so kühl und ernüchtert fortging wie noch nie aus dem Festspielhause. Nur die Gestalt des Herkules und eine diskrete Stimmungsmusik von Friedrich Reich, die sich um die zwölf Bilder rankt, geben eine gewisse Einheit, aber nirgends wird fühlbar, warum aus der Sagenfülle, die sich um Herakles webt, Wedekind sich just diese Abenteuer ausgewählt hat, wir merken keinen Aufstieg, der etwa zur Befreiung des Prometheus führt, sondern nur Geschehnisse, die uns nicht nahe gehen; wir sehen kein zwingendes Menschenschicksal, wie Hermes, der Götterbote, als prologsprechender Bote Wedekinds uns verkündigt. Die erste Szene spielt in Oechalia. König Eurytos kämpft mit Herakles um die Bogenschützenmeisterschaft; als Lohn winkt die Hand der Königstochter, allein der Besiegte bricht sein Königswort, weshalb später Herakles Oechalia zerstört. Erschlagen liegt der König mit seinen drei Söhnen. „Im Arm des Herakles vertrauert die blonde Jole als Siegesbeute die wehe Nacht", aber dies kommt erst später. Wir sehen erst noch Herakles in Delphi, Pythia wird von ihm im Zorne vom heiligen Dreifuß gerissen. Die von Apoll Beschützte kündet dem Wüterich dreijährige Sklaverei. Wir erblicken ihn später als Hörigen der Königin Omphale. Hier findet sich der neue Wedekind, der klassizistisch redende, zurück zum „Alten", der sich in erotische Spitzfindigkeiten versteift. Die herakleische Maske des Dichters wird durchsichtiger und wir sehen jene Wedekindsche Zerrissenheit, die sich hinter Kraftprotzerei zu verbergen sucht. Zum Dank für die Befreiung des Euneus vom bösen Flußgotte erhält Herakles die Hand der Dejaneira. Das Hochzeitsmahl endigt blutig. Doch die Königstochter, der der vom Pfeile des Herakles getroffene Centaur Nessos rachsüchtig sein Blut als Liebeszauber bietet, verläßt den Helden nicht. Nun erfolgt der schon erwähnte Brand von Oechalia. Der seither auf Mord und Mädchenraub Versessene ist nun — mir fehlt das geistige Band — um das Los der Menschheit besorgt und befreit den Prometheus. Hier, wo die Jahrhunderte von der Antike bis Goethe für Wedekind im besonderen Maße vorgedichtet haben, erscheint mir sehr hervorstechend, wie kalt, akademisch, im Grunde epigonenhaft klingt, was er uns zu sagen hat. Genug des hohen Pathos; es folgt eine Opferszene, der allerhand Wettlaufsport zwischen Knaben und Mädchen vorausgeht, den die dramaturgische Einsicht des Spielleiters um eine Varieténummer kürzte. Am Ende bekleidet sich Herakles mit dem Gewande, das Dejaneira mit dem Blute des Nessos getränkt hat. Wedekind nähert sich im weiteren Verlaufe freilich mit derber Ausmalung Sophokles. Erst in dem Flammentod endigt die Raserei des durch Dejaneiras Arglosigkeit dem Verhängnis Ausgelieferten. Den Wagenlenker als vermeintlichen Verräter wirft Herakles in weitem Bogen ins Meer. Man soll nicht behaupten, daß Kinoeffekte der Bühne unmöglich wär.n. Eine frostige Apotheose im Himmel schließt das Werk. Man gewinnt nicht den Eindruck von etwas Gewachsenem, Gewordenem, sondern von etwas mit aller Energie Erzwungenem. Der Dichter stellt sich „auf ellenhohe Socken", müht sich neben dem Blankvers in Hexametern und Pentametern. Solche Früchte klassischer Bildung reifen in vielen Dichterpulten, nur bleiben sie darin liegen. Einzig die Sensation, die sich an Wedekinds Namen heftet, hat diese Aufführung zur Tat werden lassen. Indem Wedekind sich die antike Maske vorbindet, enthüllt sich noch deutlicher wie sonst, daß reden und streiten, nicht formen und bilden, Wedekinds Sache gewesen ist.

Neues Theater. Wilhelm Schmidtbonn hat nach seinem zugkräftigsten Drama: „Der Graf von Gleichen" eine Tragikomödie geschrieben, die den absonderlichen Titel führt: „Hilfe! Ein Kind ist vom Himmel gefallen". Das 1910 in Berlin uraufgeführte Stück hat nirgends sonderlich freundliche Aufnahme gefunden, auch hier war, wenigstens am ersten Abend, der Widerspruch nicht zu überhören. Ein Mädchen aus gutem Hause ist von einem Einbrecher vergewaltigt worden; wie sich dennoch in der unfreiwilligen Mutter die Liebe zu dem Kinde meldet, mag ethisch mit dem garstigen Stoffe aussöhnen. Nun will uns der Dichter glaubhaft machen, daß Maria Vogelsang den Spuren des Verbrechers folgt, um ihrem Kinde den Namen des Vaters zu geben. Am Ende geht sie mit ihm nach Amerika, nachdem der Einbrecher noch eine ansehnliche Summe aus dem Herrn Schwiegervater herausgepreßt hat. Er hat die beste Absicht, drüben ein anständiger Mensch zu werden, damit ihm dies leichter fällt, hat er sich nochmals als Erpresser betätigt. Wirksam an dem Stücke ist die Milieuschilderung, die Problemstellung wirkt konstruiert; eine im ganzen recht tüchtige Darstellung, insbesondere durch die Damen Scholz und Fiebig und durch Hans Sanden unterstützten die Absichten des Dichters.

München. L. G. Oberlaender.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Wiederaufnahme des deutschen Handelsverkehrs mit England — Glänzender Verlauf der Leipziger Messe — Kurstaumel der deutschen Börsen — Unverminderte Wirtschaftskrisen.

Handelschaft kennt keine Freundschaft, verträgt aber auch auf die Dauer — keine Feindschaft. Mit dem 1. September wurden die Einschränkungen für die Einfuhr deutscher Waren nach Grossbritannien mit Ausnahme weniger bestimmter Artikel aufgehoben. Die Wiederaufnahme des Handelsverkehrs mit England ist damit eröffnet. Agenten deutscher Firmen befinden sich bereits mit Mustern in London, während anderseits bedeutende britische Häuser Vertreter nach Deutschland zur Neueröffnung der früheren wertvollen Geschäftsverbindungen gesandt haben. Liest man auch in der Fachpresse, dass Importeure einzelner deutscher Spezialfabrikate einstweilen sich strikte verpflichtet haben, keine deutschen, österreichischen oder ungarischen Waren zu beziehen, so wird doch von den amtlichen englischen Stellen darauf hingewiesen, „wie sehr es Wahnsinn wäre, den unentbehrlichen deutschen Handelsverkehr anderen Ländern dadurch zuzutreiben". Post- und Depeschenverkehr einschliesslich der Funkentelegraphie ist seit kurzem mit allen Ententeländern wieder aufgenommen. Auf Veranlassung des Verbandes deutscher Exporteure wurde eine Arbeitsgemeinschaft des deutschen Handels mit wertvollen Richtlinien ins Leben gerufen. Britische, amerikanische und mehr noch japanische Bestellungen für Exportwaren liegen bei einzelnen deutschen Unternehmungen in erfreulichem Masse vor. Neue Regierungsabkommen zwischen der englischen, bzw. amerikanischen und der deutschen Regierung über namhafte Kalilieferungen wurden bekannt. England und Amerika haben an die Pariser Wiedergutmachungs-Kommission das Ersuchen gerichtet um Erlaubnis der Einfuhr eines Halbjahrsbedarfes an Farbstoff-Fabrikaten aus Deutschland. Sogar Polen hat trotz der unleidlichen, äusserst schwierigen feindlichen Grenzvorgänge mit Gründung einer deutsch-polnischen Handelsgesellschaft durch ein Konsortium polnischer und deutscher Finanzleute die Anbahnung gegenseitiger Handelsgeschäfte veranlasst. Besonders aus Italien vernimmt man die Mehrung des jenseitigen Wunsches der Handelsanknüpfung. Der gegenseitige Güteraustausch hat gerade mit Italien die grössten Fortschritte zu verzeichnen.

Die **Leipziger Herbstmustermesse** hat als erste Friedensmesse nach dem Weltkrieg einen geradezu beispiellos glänzenden Verlauf zu verzeichnen. Wiederum erwies sich hierbei die von der Entente auch jetzt unvermindert gerühmte unerreichte Beschaffenheit der deutschen Qualitätsware und nach wie vor wurde sowohl die Gediegenheit, wie auch die Preiswürdigkeit der deutschen Produkte von den zahlreich erschienenen neutralen und Ententebesuchern restlos anerkannt. Schweizer und Holländer Sektionen wurden auf der Leipziger Messe neu gegründet und wertvolle Handelsbeziehungen dortselbst mit deutschen Firmen angebahnt. Hoffentlich finden solche nicht wegzuleugnenden Tatsachen einen ernsten Widerhall in den Kreisen der Arbeitnehmer, namentlich jener Faktoren, welche als sogenannte Arbeiterführer für die derzeit weniger bemerkbaren wilden Streiks auf allen Gebieten verantwortlich sind. Die Strömung zur Wiedereinführung und Erweiterung des unentbehrlichen Akkordabeitssystems lässt zwar zu einigermassen berechtigten Hoffnungen auf eine Besserung des deutschen Arbeitsmarktes schliessen. Man wird jedoch gut tun, an diesen Punkt nicht allzu grosse Erwartungen zu knüpfen und nicht zu vergessen, wie sehr das deutsche Wirtschaftsleben unter den unsäglichen Folgen des Weltkrieges blutet, noch zu leiden haben wird. Auch die sich mehrende direkte Einflussnahme der Ententefinanzkreise auf Deutschlands Wirtschaftsleben, so in jüngster Zeit seitens Amerikas auf die Nürnberger Metallwarenindustrie, bildet einen Faktor nicht zu unterschätzender Art. Hoffentlich bedingen die Folgen des Abbaues der Zwangswirtschaft, wie für Baumwolle gleichfalls eine Wiederbelebung der gegenseitigen Handelsbeziehungen, welche an und für sich nur auf die nächstbeste Gelegenheit warten.

Unter dem Eindruck solcher günstigeren Wirtschaftsaussichten konnte der mit Monatsanfang bedeutend erweiterte Börsenverkehr eine gebesserte Tendenz erzielen, wenngleich die gesamte Wirtschaftslage keineswegs den an den Effektenmärkten scharf einsetzenden Kurstaumel gewisser Spezialitätswerte rechtfertigt. Wildes Spiel zeigen von neuem unsere Börsen in den Valutawerten! Die dabei untergelegte Absicht einer offensichtlichen Kapital- und Steuerflucht spielen mit die Hauptrolle. Schon aus diesem Grunde erwartet man mit besonderer Spannung die sicherlich scharfen Massnahmen der aus den ersten Finanz- und Handelskreisen zusammengesetzten Sonderkommission zur Verhinderung dieser Kapitalabwanderungen, welche von Tag zu Tag offenkundig in Wirtschaftskreisen besprochen werden. In der Gestaltung der deutschen Devisenkurse ist dadurch und ferner hervorgerufen durch die sich mehrende Einfuhr von sicherlich entbehrlichen Luxusgegenständen leider eine Besserung nicht zu verzeichnen, im Gegenteil. Kohlennot und Transportkrise bilden gleichfalls das Menetekel unseres Wirtschaftslebens, das sicherlich und wohl in nächster Zeit manche Klippe einer gefahrvollen Konjunkturwendung zu beachten hat.

München. M. Weber.

Vom Büchermarkt.

(Unter dieser Rubrik werden die bei der Redaktion eingelaufenen Bücher jeweils aufgeführt. Durch diese Veröffentlichung übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung für den Inhalt. Die Besprechung einzelner Werke bleibt vorbehalten.)

Argentinien. Von Dr. B. Stichel. (1 Bd. des „Auslandswegweiser"). ℳ 5.50. (Hamburg, Bergstr. 23, L. Friederichsen u. Co.)

Meister Sondermann. Roman von Arthur Zapp. ℳ 4.—, geb. ℳ 6.—. (Leipzig, Hesse u. Becker Verlag.)

Geschichte der russischen Revolution. Von Professor Dr. Freiherr von Freytagh-Loringhoven. ℳ 6.—. (J. F. Lehmanns Verlag, München).

Geldreform als Voraussetzung der Wirtschaftsgesundung. Von Amtsrichter Alexander Schneider, Mitgl. d. Nat.-Vers. ℳ 2.—. (München, C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlg.)

Patriarch Maximos III. Mazlum. Ein Ausschnitt aus der neueren Geschichte der griechisch-melchitischen Kirche. Von Dr. Konrad Lübeck. ℳ 5.—. (Aachen, Xaverius-Verlag.)

Hermann Löns. Sein Leben, sein Schaffen und seine Werke. Von Dr. Heinrich Schauerte. 118 S; geb. ℳ 6.—. (Dortmund, Lensing.)

Ilse Thormann und ihr Schatten. Roman von Otto Boettger-Seni. ℳ 5—, geb. ℳ 6.—. (Eisleben, Iso-Verlag, Walter Probst).

Die Reichseisenbahnen. Gedanken und Vorschläge zur Finanzwirtschaft und Organisation des deutschen Verkehrswesens. Von Regierungsrat R. Quaatz. ℳ 2.40. (Julius Springer, Berlin.).

Hans Zurlinden, Die Symphonie des Krieges. 168 S. in klein 8°. Brosch. Fr. 2.50, geb. Fr. 4.—. — **Max Pulver, Zwischenspiele: Der bekehrte Polyphem. Narcissos und die Amazone.** 69 S. in kl. 8°. Brosch. Fr. 2.—, geb. Fr. 3,50. — **James Joyce, Verbannte.** Schauspiel in drei Akten. Uebertragen aus dem Englischen von Hannah v. Mettal. 153 S. in kl. 8°. Brosch. Fr. 3.50. — **Jeanne von Vietinghoff, Die Weisheit des Guten.** 161 S. in kl. 8°. Brosch. Fr. 3.—, geb. Fr. 4.50. (Rascher u. Co., Zürich.)

Eduard Mörike. Von Walter Eggert-Windegg. 2. Aufl., geh. ℳ 3.50, geb. ℳ 5.—. — **Gottfried Keller und die Schwaben.** Von Dr. Theodor Klaiber. Kart. ℳ 2.80. — **Die Peutingersche Tafel** oder Weltkarte des Castorius. Mit kurzer Erklärung, 18 Kartenskizzen der überlieferten römischen Reisewege aller Länder und der 4 Meter langen Karte in Faksimile neu herausgegeben von Konrad Miller. — **Der schwäbische Heimatkalender 1920.** Herausgegeben im Auftrag des Vereins zur Förderung für Volksbildung von Hans Reyhing. ℳ 1.20. (Stuttgart, Strecker u. Schröder).

Rosenkranzkalender 1920. Herausgegeben von den deutschen Dominikanern. 4°. 128 S. Reich mit Bildern (unter anderm mit 4 Einschaltbildern auf Kunstdruckpapier) geschmückt. ℳ 1.—, mit Porto ℳ 1.15. (A. Laumann'sche Buchhandlung, Dülmen i. W.)

Schluß des redaktionellen Teiles.

Concordia, Cölnische Lebens-Versicherungs-Gesellschaft. Im Geschäftsjahr 1918, dem 65. der Gesellschaft, hat sich der Aufschwung im Neugeschäft noch weiter ausgedehnt. Der Zugang an neuen Versicherungen, ebenso der Reinzuwachs stellt sich insgesamt auf: 3148 Personen mit ℳ 27'950,409 Kapital und ℳ 62,061.77 Jahresrente gegen 1270 Personen mit ℳ 10'305,578 Kapital und ℳ 14,369.61 Jahresrente, also 1878 Personen mit ℳ 17'644,831 Kapital und ℳ 47,692.16 Jahresrente mehr als im Jahre 1917. Der Gesamtbestand der Lebensversicherungen beträgt zu Ende des Jahres 1918: 89 049 Versicherungen für 77,428 Personen mit ℳ 429'306,168 Kapital und ℳ 1'146,337.61 Jahresrente. Die gesamten Vermögenswerte der Gesellschaft haben im vergangenen Jahre zugenommen um ℳ 12'562,886.81 und sind damit angewachsen auf ℳ 227'732,660.35. Die zinstragenden Gelder haben sich durchschnittlich mit 4,589% verzinst gegen 4,519% im Vorjahr. Der Reingewinn betrug ℳ 4'306,873.55 (4'050,345.50). Den mit Gewinnanteil Versicherten werden ℳ 3'615,057.63 (3'293,172.82) überwiesen. Hieraus wird im Jahre 1920 den Versicherten des Gewinnverbandes A ein Gewinnanteil von 24% (24%), den Versicherten des in 1904 geschlossenen Gewinnverbandes B_1, je nach der Dauer der Versicherung, ein Gewinnanteil von 22,5% bis 60% des einzelnen Jahresbeitrags, den Versicherten des Gewinnverbandes B_2, je nach der Beitragszahlungsdauer, $2\frac{1}{2}$%, $2\frac{3}{4}$% und 3% der Summe der von ihnen bis zum Schlusse des Jahres 1918 gezahlten Jahresbeiträge, und im Jahre 1923 den Versicherten der Gewinnverbände C und R ein Gewinnanteil von voraussichtlich 30% des einzelnen Jahresbeitrags bzw. die entsprechende Gewinnrente gezahlt werden. Auf die Versicherungen der Gewinnverbände C und R wird im Jahre 1919 ein Gewinnanteil in Höhe von 30% des einfachen Jahresbeitrags bezw. die aus diesem Gewinnanteil sich ergebende Gewinnrente gezahlt. Die Versicherten des Gewinnplanes R aus den Jahren 1911 bis einschließlich 1914 erhalten hiernach als Gewinnanteil die Summe der Gewinnrenten aus den Gewinnanteilen der Jahre 1916 bezw. bis 1919. Nach der Gewinnüberweisung liegen in den Gewinnrücklagen der einzelnen Gewinnverbände im ganzen ℳ 19'223,107.98. Diese Rücklagen sind ausschließlich zur Verteilung als Gewinne an die mit Gewinnanteil Versicherten bestimmt und können zu anderen Zwecken, z. B. für Kriegsschäden nicht verwendet werden. Zur Deckung dieser sowie etwaiger anderer außerordentlicher Verluste besitzt die Gesellschaft an besonderen Sicherheitsrücklagen ℳ 35'203,877.53. Die gesamten Sicherheitsrücklagen der Concordia betragen ℳ 126'961,181.18, die gesamten Vermögenswerte ℳ 227'732,660.35.

Für die Redaktion verantwortlich: i. V. Dr. Jos. Kausen, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, A.-G., sämtliche in München.

Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gh.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich M. 4.50.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis:
Die 5 X gespaltene Grundzeile 75 Pfg., Anzeigen auf Textseite die 96 mm breite Zeile 375 Pfg.
Beilagen einschl. Postgebühren M. 20 d. Tausend.
Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.
Rabatt nach Tarif.
Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig.
Erfüllungsort ist München.
Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt.
Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer.

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen

№ 38. München, 20. September 1919. XVI. Jahrgang.

Die „Allgemeine Rundschau“

ist nach den jüngsten Presseurteilen:

„für die harte Aufbauarbeit des Friedens ein sicherer Führer und Wegweiser“.
(**„Rastatter Zeitung“** Nr. 179 v. 5. Aug. 19.)

„für jeden politisch Interessierten unentbehrlich“.
„Schwäbische Donauzeitung“ Nr. 178 v. 6. Aug. 19.)

„ein Rufer im Streit um die christliche Weltanschauung, um die Lehre der katholischen Kirche und um die deutsche Treue.“
(**„Hildesheimsche Zeitung“** Nr. 194 v. 16. Aug. 19.)

„eine wertvolle Ergänzung der Tagespresse.“
(**„Stadt- und Landbote“**, Ochsenfurt Nr. 191 v. 28. Aug. 19.)

„an Reichhaltigkeit, Gediegenheit und Aktuellität wohl unsere beste katholische Zeitschrift.“
(**„Landauer Bote“** Nr. 198 v. 1. Sept. 19.)

„mit dem politischen Bildungs- und Werdegang zahlloser deutscher Staatsbürger und Zentrumsanhänger eng verbunden.“
(**„Münsterischer Anzeiger“** Nr. 444 v. 2. Sept. 19.)

„von Freund und Gegner als vorzüglichste Wochenschrift anerkannt.“
(**„Bergische Tageszeitung“** Nr. 204 v. 4. Sept. 1919.)

„im Laufe der Jahre immer mehr geworden was ihrem Begründer vorschwebte: ein Spiegel des politischen und kulturellen Zeitgeschehens, soweit es irgendwie, positiv oder negativ, katholisches Denken, Werden und Handeln berührt, und eine Stätte ernsten Geistesringens um Licht und Klarheit in einer problem-zerklüfteten, in tausend Widersprüchen und gegensätzlichen Bestrebungen sich erschöpfenden Zeit. Ein Blick in die Hefte aus den letzten Monaten bestätigt dieses Urteil. Unsere besten Namen finden wir vertreten, die ganze Fülle der politischen und kulturellen Gegenwartsfragen wird aufgegriffen und durchleuchtet. Wohltuend empfindet man den Standpunkt allseits abwägender Gerechtigkeit, von dem sich die Mitarbeiter in der Beurteilung der Geschehnisse und geistigen Strömungen sichtlich leiten lassen.“
(**„Badischer Beobachter“**, Nr. 408 v. 4. Sept. 1919.)

„kein an der Politik interessierter Katholik sollte verfehlen, die ‚Allgemeine Rundschau‘ zu lesen. Dort zeigen sich die Kräfte, die tätig am Wiederaufbau des deutschen Vaterlandes sind.“
(**„Sächsische Volkszeitung“**, Nr. 205 v. 6. Sept. 1919.)

Die verehrlichen Bezieher werden im Interesse einer ungestörten lückenlosen Zustellung der „Allgemeinen Rundschau“ an die

rechtzeitige Bezugserneuerung

für das vierte Quartal (Oktober—Dezember) 1919 erinnert.
Postbestellzettel liegt der Postauflage dieser Nummer bei.

Helfen Sie die „Allgemeine Rundschau“ immer weiter zu verbreiten durch Hinweise in Bekanntenkreisen, durch Abonnement für Ihre studierenden Söhne, Töchter und Freunde und durch Bekanntgabe von guten **Probenummeradressen** an die

Geschäftsstelle der „Allgemeinen Rundschau“,
München, Galeriestr. 35 a, Gh.

Kein Pessimismus!

Von Schriftleiter A. Pfeffer, Rottenburg a. N.

In Nr. 33 der „Allg. Rundschau“ vom 16. August 1919 schließt Rechtsanwalt Nuß seinen Aufsatz über den Katholizismus als schöpferisch aufbauende und erobernde Kraft mit den Sätzen: „. . . . die ideelle Periode geistiger Eroberungen beginnt. Unsere Stunde des Handelns und der schöpferisch aufbauenden Arbeit ist gekommen. Wir müssen jetzt wirklich heraus aus dem Turm. Wir deutschen Katholiken müssen Aktivisten werden. Nach innen heißt für uns die Parole: soziales Christentum, — nach außen Völkerbund und Weltfriede im universellen Geiste der katholischen Kirche. . . . . Die reichen Kräfte des Katholizismus müssen nicht nur uns selbst, sondern auch unserem deutschen Vaterland und der ganzen Welt möglichst restlos erschlossen werden . . . .“

Diese Sätze reizen, der Methode dieser moralischen und religiösen Eroberung nachzugehen. Es ist interessant, daß in Sachsen schon seit Jahren die um Pastor Georg Liebster gescharten Kreise das Problem praktisch zu lösen suchen, an die Massen der Sozialdemokratie und Großstadt mit dem religiösen Glaubensgut heranzukommen, ausgehend von dem Gedanken, daß wir an die Massen heran müssen, da sie nicht selbst zu uns kommen. In Sachsen besteht ein fliegendes Korps religiöser Redner, welche öffentlich mit dem Sozialismus über Weltanschauungsfragen sich auseinandersetzen. Domdekan Dr. Kiefl hat in seinem ausgezeichneten Buche: „Sozialismus und Religion“ der Zukunftsaufgabe in dieser Richtung vom katholischen Standpunkt aus ein wichtiges Kapitel gewidmet. Kiefl ist der festen Ueberzeugung, „daß jetzt der entscheidende Zeitpunkt gekommen ist, wo die antireligiöse Grundlage des Sozialismus ins Wanken geraten muß. . . . Diesen Zeitpunkt (da es sich zeigt, daß die ökonomische Produktion allein nicht das Leben der Menschheit lenken und beglücken kann), darf unsere Kirche nicht übersehen. Jetzt gilt es Missionäre auszusenden, welche dieses neu sich erschließende Land bearbeiten. Ich denke dabei vor allem an unsere akademische Jugend, welche das Sonnenscheinsche Werk sozialer Studentenorganisation seit Jahren wirksam für eine solche Arbeit vorbearbeitet hat . . .“

Von den gebildeten Ständen aus troff das Gift religiöser Verneinung hinein in die Massen. Aus Hegels geistiger Rüstkammer holten sich die sozialistischen Führer ihre Waffen zum Kampfe gegen Glaube und Religion. Daher obliegt nach Kiefl der akademischen Jugend ein heiliges Sühnewerk. „Der Katholizismus muß aus dem Grundstock des katholischen Philisteriums heraus eine Elite von Männern heranbilden, welche unabhängig von der politischen Frage die Religion öffentlich verteidigen. Das ist keine leichte Sache. Nur eine glänzende Verteidigung kann der heiligen Religion nützen. Die antireligiöse Stimmung des Sozialismus ist nachweisbar aus drei Quellen der bürgerlichen Bildung geflossen: 1. aus der Naturwissenschaft, welche an die Stelle des freien Schöpfers ewige unwandelbare Gesetze als die eigentlichen Regenten des Weltlaufs bis mitten hinein in das geistige und soziale Leben gesetzt hat; 2. aus der Nationalökonomie, welche an Stelle der sittlichen Gebote des Christentums den Kampf ums Dasein als oberste Norm des Wirtschaftslebens und Kulturfortschrittes ausgerufen hat; 3. aus der Philosophie, welche an Stelle des religiösen Jenseitsziels die immanente Entwicklung als einzigen Sinn des Weltgeschehens erklärt hat. Wer dem wissenschaftlichen System des Sozialismus mit Erfolg gegenübertreten will, muß, wie Lassalle es ausdrückt,

auf diesen Gebieten mit der Bildung des Jahrhunderts ausgerüstet sein."

Kiefl fordert auch noch eine gründliche apologetische Schulung, um reinlich zu scheiden, was das Christentum an idealen, sittlichen Forderungen mit dem Sozialismus gemein hat, und was als ewige Grundlage des ewigen göttlichen Rechts unter allen Umständen intakt bleiben muß. Die Erfahrung zeige unberechenbaren Schaden bei Nichteinhaltung dieser Grenzlinien. „Nur dann ist uns der Sieg beschieden, wenn wir von der katholischen Weltanschauung kein Jota preisgeben".

Wo sind die Paulusnaturen, die den Mut, die Vorbildung und das rednerische Geschick haben, um in Massenversammlungen der Großstadt mit zündendem Wort für unseren heiligen Glauben einzutreten? Wo und wie wird diese Elite katholischer Intelligenz zusammengefaßt? Wer nimmt diese Organisation in die Hand? Ungeheuer viel hängt von der glücklichen Erledigung dieser drei Fragen ab. Ein Missionsgedanke von neuen, großen Perspektiven tut sich auf. Dem eigenen unglücklichen religiös ausgehungerten Volke gilt es Seelenspeise zu reichen. Wenn das kein Werk der Barmherzigkeit ist, wo ist dann eins zu tun? Dazu in diesen Ausmaßen! Wenn die Einsichtigen nicht nachdenklich würden, hätten wir keine Erscheinungen, die dem Erfurter Programm direkt zuwiderlaufen. Sprach nicht Wissel auf dem sozialdemokratischen Parteitag den Satz: „Unsere Wirtschaft muß sittlichen Geboten unterliegen?" Errang die Unterschriftensammlung zugunsten des christlichen Charakters der Schule nicht gegen 7 Millionen Unterschriften? Zeigt nicht das Verhalten der Mehrheitssozialdemokratie in der Frage des Schulabkommens, daß die Zeit schärfster religiöser Verbissenheit eine Unterbindung erfuhr? Der Gegensatz zu den Unabhängigen und den Kommunisten drängt die einsichtige Arbeiterschaft geradezu auf Bahnen, die in der Richtung des positiven Gedankens liegen. Alfred Möglich schreibt in den „Soz. Monatsheften" (Heft 11/12, S. 455 ff)": „Heute erkennen wir mit erschreckender Deutlichkeit, daß die rein ökonomisch-politische Auffassung zu einem Stadium der Unfruchtbarkeit und in eine Sackgasse führte." Um die Basis alles Menschlichen handle es sich. Der Mensch lebe nicht vom Brot allein und der Sozialismus nicht allein vom Kampfe ums Brot. Um die Arbeit des Neuaufbaus zu leisten, dürfe die Partei nicht davor zurückschrecken, Kapazitäten auch aus anderen Lagern zu Rate zu ziehen. Sind die Erfolge, die das Auftreten von Männern wie Rudolph Steiner oder H. Heusler erzielen, nicht auch aus dem seelischen Hunger der Massen zu erklären, aus dem Sehnen der Seele nach Glück, das die gegenwärtige Umwelt nicht zu geben vermag? Zeigen sich nicht im politischen Leben Badens ganz charakteristische Vorgänge? Zeigen nicht die Volksbildungsbestrebungen in Württemberg, Bayern usw., daß man dem Volke ein gegen bisher Neues geben will, wenn auch nicht auf der einzigen, zum wahren Erfolg führenden Grundlage?

Geistl. Rat Dr. A. Retzbach sieht in der inneren Vertiefung und im äußeren Ausbau der eigenen sozialen Organisation das Mittel zur Wiedergewinnung der Arbeitermassen fürs Christentum. Gewiß, die katholischen Arbeiter sollen das Salz der Arbeitermassen sein. („Glaube und Arbeit".) Aber katholische Standesorganisation und Intelligenz sollten zusammenwirken, um die nach Gestaltung ringenden Kräfte auszulösen. P. Alois Mager schreibt im ersten Heft der „Benediktinischen Monatschrift" in seinem Aufsatze „Zeichen der Zeit" über seine Erfahrungen als Feldseelsorger: „Ich meine, wer hellen Sinnes ... in dieser mannigfaltigen durch und durch lebenswahren und lebenswirklichen Welt zwanglos sich bewegte, dem konnte es auf die Dauer nicht entgehen, wie in bestimmten Menschentypen unserer heutigen Gesellschaft ein machtvoll erwachtes religiöses Bedürfen nach oben bohrt und stößt. Merkwürdigerweise sind es gerade die Kreise, die für einen ersten Blick den Anschein religiöser Gleichgültigkeit erwecken. . . ." Und Caritassekretär Dr. Straubinger-Stuttgart konstatiert in einem Aufsatze: „Einer neuen Zeit entgegen" im Juliheft der „Rottenburger Monatsschrift", daß im Arbeiterviertel oder bei den Ausflüglerscharen das sittliche Empfinden trotz der materialistischen Seuche nicht ganz geschwunden ist: „Sie schreien nach Gerechtigkeit, Freiheit, sozialer Fürsorge, wohl wissend, daß sie nur auf diese Weise von ihrem Todfeind, dem Kapitalismus loskommen. . . ." Auch Dr. Straubinger prägt den Satz: „Wir müssen dem Volke nachgehen, unsere Zelte da aufschlagen, wo das Volk sie aufschlägt. . . . Hinein in die großen Säle, wo die Propheten der neuen Zeit dem lauschenden Volke ihre theosophischen, monistischen, bahaistischen, materialistischen, okkultistischen Lehren vortragen. Erwecken wir das Diakonat, das Laienapostolat, die innere Mission, die Kolportage! ... Die Kirchengeschichte wird einmal ein hartes Urteil fällen, wenn sie hört, daß wir, jeden Offensivgeistes bar, uns keine Organe zur Rückgewinnung der Neuheiden geschaffen haben. Natürlich müßten diese Organe im engsten Anschluß an die kirchliche Hierarchie wirken." Vor Dr. Straubinger hatte Privatdozent Dr. Benz-München in einem von lebendigem Zukunftsglauben getragenen Artikel im Juniheft der „Rottenb. Monatschrift" den Satz belegt: „Machen wir Laienkräfte fruchtbar für die Seelsorge im weitesten Sinne des Wortes .... Besonders Eifrige und Fähige sollten in eigene Gruppen zusammengefaßt und planvoll zu entsprechender apostolischer Arbeit erzogen werden. . . ."

Wer soll diese Heranbildung von Kräften großzügig und umfassend übernehmen? Der Volksverein. Seine apologetische Korrespondenz allein kann nicht zum Ziele führen, die Zeit erheischt mehr!

Gingen wir keiner neuen Zeit entgegen, so würde nicht Pastor Kostalski-Kuptau (Oberschlesien) für den protestantischen Klerus die Einführung des Zölibats und des Breviers fordern, weiter im Sinne der im Vorjahre gegründeten evangelisch-hochkirchlichen Vereinigung reichlicher ausgestattete Liturgie, persönliche Beichte und Aszese. („Germania".) In Nr. 156 des „Tag" vom 23. Juli 1919 legt Paul Ernst dar, daß im Hinblick auf die Zeitlage mit ihrem Streben nach Verinnerlichung wieder Klöster wünschenswert sind. Bezeichnend für die erwachende religiöse Betätigung ist auch der neugegründete „Christliche Demokrat", Wochenblatt für das evang. Haus, auf dem Boden der deutsch-demokratischen Partei stehend, also linksliberal-subjektivistisch gerichtet, aber immerhin beweisend, daß sich religiöse Probleme in den Vordergrund drängen. Daher kein Pessimismus! Wahre Christen können gar nicht Pessimisten sein, ihr Gottvertrauen, ihre religiöse Aktivität ist zu groß.

Inwieweit die religiöse Welle sich vertieft, hängt von jedem einzelnen von uns ab. Ein jeder von uns muß nach Verinnerlichung streben, mit aller Kraft die heilige Eucharistie zum Lebensmittelpunkte machen, ein vorbildliches Leben der Tat führen, unantastbar in Beruf und Familie, beweisen, welche Kräfte in uns wirksam sind, durch ein „heiliges Feuer", das wir täglich mit aller Glut des Herzens neu entzünden an demjenigen, der über den Sternen wohnt, nicht damit uns Lebensbilder beschämen, wie diejenigen, die Helene Most oder Scharlau uns zeichneten. Daß die Konvertitenliteratur reißend gekauft wird, ist auch ein Zeichen der Zeit. Keinen uferlosen Optimismus, keinen lähmenden Pessimismus, aber den heiligen Schwur, die letzte Kraft für denjenigen, der „in seiner Kirche und in uns lebt, dornengekrönt, aber auch glorienverklärt", der Weg, die Wahrheit und das Leben ist.

Weltrundschau.

Von Fritz Nienkemper, Berlin.

Der Windmühlenkampf.

Wird die Entente sich mit dieser Lektion bescheiden? So fragten wir vorige Woche angesichts der deutschen Note vom 5. September. Sie hat sich nicht beruhigt, aber bezeichnenderweise hat sie auch nicht die Konsequenz ihrer ersten Forderung gezogen. Das wäre die Forderung einer förmlichen Abänderung unserer Verfassung gewesen — die Staatskünstler auf der Gegenseite haben einen Mittelweg ausgeklüftelt. Sie wollen sich mit der Kraftloserklärung des anstößigen Artikel 61 der Verfassung begnügen, aber sie wollen darüber eine andere Urkunde haben, als die betreffende Note der deutschen Regierung. Es soll eine „diplomatische Urkunde" sein, unterzeichnet von einem Bevollmächtigten der deutschen Regierung in Gegenwart von mitunterzeichneten Vertretern der alliierten und assoziierten Hauptmächte und nachträglich noch genehmigt von den zuständigen deutschen gesetzgebenden Gewalten. Ort der Unterzeichnung: Versailles! Also eine Aufmachung, als ob es sich um eine wesentliche Ergänzung des großen Friedensvertrages handle. Der Wortlaut dieses internationalen Aktenstückes ist schätzbarerweise von der Entente alsbald formuliert und mitgeteilt worden. Daraus ersieht alle Welt, daß mit diesem feierlichen Verfahren nur eine offene Tür eingerannt wird. In der umständlichen Urkunde steht nämlich

nichts weiter, als was schon in der Verfassung selbst (Artikel 178) und in der Note unserer Regierung ausgesprochen ist, daß nämlich die Bestimmungen der Verfassung nicht gelten, soweit sie mit dem Friedensvertrag in Widerspruch stehen, daß demzufolge der Absatz des Artikel 61 ungültig ist und daß namentlich die Zulassung österreichischer Vertreter zum Reichsrat nur stattfinden kann, wenn gemäß Artikel 80 des Friedensvertrages der Rat des Völkerbundes einer Aenderung der internationalen Lage Oesterreichs zustimmt.

Wenn wir das schon einmal oder zweimal bekundet haben, so können wir es auch noch einmal unterschreiben und besiegeln. Auffallend ist, daß die feindlichen Machthaber noch eine solche überflüssige Formalität verlangen. Es sieht so aus, als ob es auf eine Demütigung Deutschlands abgesehen wäre. Wenn das zutrifft, so muß man immerhin anerkennen, daß diesmal der Fußtritt gegen den gefallenen Löwen gemäßigt ausgefallen ist. Man hat auf die Erpressung einer Verfassungsrevision verzichtet, man hat auch das kurzfristige Ultimatum und die Drohung mit sofortigem Vormarsch über den Rhein fallen lassen. Allerdings wird unsere Nationalversammlung noch in Anspruch genommen, aber nur zur einfachen Genehmigung einer Urkunde mit verständlichem Inhalt und unter Gewährung einer sehr bequemen Frist. Der Beschluß der Nationalversammlung hat nämlich Zeit bis „14 Tage nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages“, und dieses Inkrafttreten wird bekanntlich in den Parlamenten in Frankreich und Nordamerika sehr verzögert.

Die deutsche Antwortnote vom 5. September hatte zum Schlusse das Vorgehen der Entente als „tiefbedauerlichen Gewaltakt“ gekennzeichnet. Der Akt ist nicht aufgegeben, aber doch in seiner Form etwas gemildert worden. Die Gegennote der Entente geht auf die Kritik ihres schroffen Tones nicht ein, sucht sich jedoch zu revanchieren, indem sie statt der brutalen Tonart eine spöttische, ironische Sprache anschlägt, die zugleich reizen und verdächtigen soll. Es soll der Anschein erweckt werden, als ob Deutschland hinterlistig „sinnreiche Kunstgriffe“ angewendet habe, um den Bestimmungen des Friedensvertrages mittels gegensätzlicher Verfassungsbestimmungen ein Schnippchen zu schlagen. Zu diesem Zwecke ziehen die Stilkünstler der Entente auch den Artikel 112 als Beispiel an und damit widerlegen sie ihre eigene Hypothese. Artikel 112 stellt nämlich den Grundsatz auf, daß kein Deutscher zur Aburteilung durch ein fremdes Gericht ausgeliefert werden darf. Anderseits hat uns der Friedensvertrag die Pflicht aufgezwungen, gewisse Deutsche auszuliefern. Kann und darf uns nun dieser vorübergehende Ausnahmefall davon abhalten, in der Verfassung den gebührenden Rechtsschutz der deutschen Bürger zu garantieren? Nein! Gerade die bedauerliche Ausnahme erfordert die Bekräftigung der Regel. Da liegt kein Kunstgriff und keine Zweideutigkeit vor, sondern die klare Ausprägung des gesetzgeberischen Gedankens: nach Artikel 80 ist jede weitere Auslieferung ausgeschlossen, aber in Artikel 178 wird anerkannt, daß wir uns in dem besonderen Falle, den der Friedensvertrag vorsieht, zu der Auslieferung verstehen müssen.

Die oberschlesische und polnische Frage.

Von großer Bedeutung ist die Annährung in der oberschlesischen Frage. Unsere Regierung hatte unter dem 10. September eine Note nach Versailles gerichtet, die das rechtswidrige und friedensfeindliche Treiben der Polen kennzeichnete und auf die Notwendigkeit hinwies, daß die polnische Regierung für eine Absperrung der Grenzen gegen den Uebertritt von Banden und gegen die Zufuhr von Waffen und Munition an die Aufständischen sorge. Von polnischer Seite wurde inzwischen mit allen Mitteln der Diplomatie, der Demonstration und der Presse versucht, die Deutschen als die Urheber der Unruhen und sogar als die Veranstalter von entsetzlichen Grausamkeiten gegen katholische Polen hinzustellen. Mit Hilfe von freiwilligen oder bezahlten Gönnern in Frankreich und England wurde immer wieder die „Nachricht“ verbreitet, die Entente wolle eingreifen gegen die deutsche Mißwirtschaft und Oberschlesien alsbald selbst besetzen oder die polnische Hallerarmee einrücken lassen. Jetzt aber wird über den Bericht der nach Oberschlesien gereisten Ententekommission Näheres bekannt, und demnach liegt die Sache nahezu umgekehrt. Der Ausschuß stellt die Mitschuld des offiziellen Polentums in schonender Form, aber doch überraschend deutlich fest. Es werden eine Reihe von Maßnahmen seitens der nationalpolnischen Agitation für notwendig erklärt: Rückkehr der nach Oberschlesien entsendeten Freiwilligen, Schließung des Werbebureaus im Posenschen, Einstellung aller Grenzübergriffe, Beruhigung der Presse, endlich das Unterlassen jeder Förderung der geheimen Heeresorganisation. Nach Ansicht des Ausschusses müssen die Polen in Ruhe die Besetzung Oberschlesiens durch die Entente im Vollzug des Friedensvertrages abwarten. Dieses Urteil von Sachverständigen, die gewiß nicht voreingenommen für Deutschland waren, entspricht durchaus den diesseitigen Beschwerden und Wünschen, während es für die polnische Hetz- und Heuchelpolitik verzweifelnd ist. Für uns wird das Verhalten der Polen dadurch noch besonders widerlich, daß man zu gleicher Zeit den Apostolischen Stuhl in den Streit hineinziehen und die religiösen Gefühle des gutgläubigen Volkes zu erregen sucht, während in Oberschlesien hinterlistig Unruhen, Blutvergießen und Volkselend herbeigeführt werden in wahrhaft machiavellistischer Skrupellosigkeit und in Anlehnung an die Kommunisten.

Der Ausschuß der Entente fügt auch Vorschläge für unsere Regierung bei: Amnestie für die Vergehen politischen Charakters, Rückkehrerlaubnis für die Flüchtlinge, Vermeidung aller Härten oder Ausschreitungen gegenüber der Bevölkerung. Die Reichsregierung hat darauf sofort im wesentlichen zustimmend geantwortet. Sie wünscht Wiederaufnahme der Verhandlungen, die von den Polen abgebrochen worden waren, und dabei soll auch die Amnestiefrage gelöst werden. Für die Flüchtlinge soll das Bestmögliche geschehen, aber es soll auch Klarheit und Erlösung geschafft werden für die zahlreichen Deutschen, die von den polnischen Banden verschleppt worden sind. Der Ententeausschuß hat in dieser Hinsicht die wirksamste und schnellste Hilfe zugesagt und sich sofort telegraphisch an die Warschauer Regierung gewandt.

Daß die großpolnischen Sendlinge zur Vorbereitung der Volksabstimmung in Oberschlesien agitieren, läßt sich natürlich nicht verhindern. Demgegenüber muß von deutscher Seite unverzüglich alles Geeignete getan werden, um die Stimmung und die Tatkraft der Deutschgesinnten dort zu heben. Angekündigt ist ein Gesetzentwurf für die preußische Landesversammlung, der in Oberschlesien eine provinziale Autonomie mit besonderer Ausdehnung auf die Kulturfragen einführen will. Das ist schon etwas. Aber die Berliner Staatsregierung, die noch allzu „preußisch“ ist, sollte ihrem Herzen noch einen weiteren Stoß geben und den Oberschlesiern die staatliche Selbständigkeit wenigstens in Aussicht stellen. Daß ein großer und einflußreicher Teil der dortigen Bevölkerung danach verlangt, zeigte sich u. A. auf der jüngsten Versammlung der Vertrauensmänner der Zentrumspartei in Kandrzin. Wenn die bundesstaatliche Autonomie so lebhaft gewünscht wird, so kann doch wenigstens bei der Beratung des Gesetzentwurfs laut und deutlich erklärt werden, daß keine Schwierigkeiten erhoben werden sollen, wenn die oberschlesische Bevölkerung noch etwas mehr fordert, als die eigene Provinz. Ob Oberschlesien im preußischen Staatsverbande bleibt oder nicht, ist unter den obwaltenden Verhältnissen ganz nebensächlich. Es kommt nur darauf an, daß es beim Reich bleibt. Wir dürfen überhaupt keine Berliner Politik mehr treiben, sondern nur nationale, wirklich deutsche Politik.

D'Annunzios Handstreich.

Die amtlichen Kreise der Entente haben bisher trotz der vielen gegensätzlichen Interessen immer noch Verwicklungen zu vermeiden gewußt und bemühten sich eben, das albanische Problem in einer für das italienische Volk und die Südslawen annehmbaren Weise zu lösen. Da hielt Gabriele d'Annunzio seine Zeit wieder für gekommen, nach Art Garibaldis die Fiumefrage mit kühnem Schwertstreich im italienischen Sinne zu lösen. So zog denn der Dichter-Offizier am 15. September an der Spitze einiger Abteilungen Grenadiere und Sturmtrupps in Fiume ein, holte die Fahne der Alliierten herunter und hißte die italienische Trikolore und bildete eine provisorische Regierung, ja verkündete sogar nach Internierung des Generals Pettaluga die Annexion von Fiume im Namen Italiens. Die von langer Hand vorbereitete und gut finanzierte Expedition erweckt natürlich in Italien viel heimliche Begeisterung, in Regierungskreisen vielleicht die Furcht vor wirtschaftlichen Repressalien Amerikas. Wenn auch der Ministerpräsident Nitti seinen größten Unwillen über diese flagrante Disziplinlosigkeit äußert, so kann hierin kaum etwas anderes als eine schöne Geste gegenüber den bestürzten Bundesgenossen erblickt werden, da es schwer fällt, zu glauben, daß die italienische Regierung von dem Unternehmen nichts gewußt haben sollte. Trotz Völkerbund scheinen wir am Vorabend weiterer kriegerischer Verwicklungen am Balkan zu stehen. Schon heißt es, daß drei jugoslawische Divisionen gegen Fiume zwecks Vertreibung der Freischaren d'Annunzios marschieren.

Die Vollendung der britischen Weltherrschaft.

Von Dr. Leo Schwering, Köln.

Das Abkommen, welches Großbritannien mit Persien geschlossen hat, bedeutet weit mehr als einen einfachen Vertrag mit irgendeinem Lande. Erst wenn man die persische Frage in ihrer weltpolitischen Bedeutung sieht, wird man sie und damit den neuen Vertrag richtig verstehen. Persien ist nichts anderes als der Schlußstein des britischen Weltgebäudes, es ist die Bekrönung des gewaltigen Ringens mit dem Nebenbuhler auf dem europäischen Festlande, mit dem deutschen Volke. Die britische Presse, die für alle Fragen weltpolitischer Art ein außerordentlich feines Verständnis hat, würdigt dementsprechend das Abkommen und verbirgt unter einem Schwall moralischer Phrasen über die persische Selbständigkeit, die nicht gestört, über die humanitäre Aufgabe, die Großbritannien dem „armen, unentwickelten" Volke gegenüber zu erfüllen haben werde, nur dürftig die Freude über die Abrundung, die das Imperium erhalten habe. Freilich, wir wollen nicht versäumen, hinzuzusetzen, daß es auch unter den Briten an Stimmen nicht fehlt, die schonungslos den nackten Imperialismus und Kapitalismus geißeln, der in dem Vertrage gipfele. Der Daily Herald, ein sozialistisches Blatt, spricht von der „unersättlichen Beutegier" der britischen auswärtigen Politik und faßt seine grundabweisende Kritik schließlich in die Worte zusammen, die wie ein fernes Rollen neuer Ideen klingen, die der Weltkrieg ausgelöst und zum Leben erweckte: „Der neue Vertrag mit Persien ist in mancher Hinsicht der gemeinste Akt imperialistischen Raubsystems, wir müssen dem unter dem drückenden Joch des Militarismus und Kapitals schmachtenden, verarmten Volke ein menschenwürdiges Dasein bereiten." (Ausgabe vom 18. August.)

Man sollte solche Stimmen nicht unterschätzen, man sollte sie aber auch nicht überschätzen. Tatsächlich hat es in Großbritannien neben dem scheinheiligen Puritanertum, das die Ausbreitung der britischen Herrschaft über die Welt für ein gottgefälliges Werk ansieht, immer solche gegeben, in denen das Bewußtsein für diese sittlich unverantwortliche Politik klar vorhanden war. Man wird dem Daily Herald nicht in allem beipflichten dürfen, ohne doch im ganzen seine Beweisführung abzulehnen. In der Tat, die großen Petroleumquellen Persiens, die sind es letzten Endes, die den persischen Vertrag erklären, mit ihnen allein könnte die ganze britische Flotte genügend mit Heizmaterial versehen werden. Ebenso recht hat er, wenn er den Imperialismus schilt; denn Persien bedeutet, wie schon früher angedeutet, die Vollendung der britischen Weltherrschaft, soweit sie im Augenblick bei den beiden großen anderen Rivalen, Japan und Amerika, überhaupt möglich ist. Sicher ist aber auch, daß in Persien unter britischer Herrschaft, denn das bedeutet das Abkommen de jure, der wirtschaftliche und kulturelle Stand der Bevölkerung zunehmen wird — allerdings unter Verlust der politischen Freiheit und Selbständigkeit; denn was der Vertrag den Persern noch läßt, das ist nur ein Schein, nichts anderes. Das letzte mohammedanische Reich von einiger Bedeutung, das bisher neben der Türkei noch existierte, ist damit verschwunden.

Nun ist der große Traum aller englischen Imperialisten seit den Tagen Disraelis erfüllt: der Indische Ozean ist ein britisches Mittelmeer! Indien, die Krone und die festeste Stütze des britischen Imperiums, ist mit dem großen afrikanischen Besitz Großbritanniens unlöslich verbunden, die große Bahn, die vom Kap über Kairo nach Kalkutta und durch britisches Gebiet führen soll, das gewaltigste durchgehende Projekt, das unser Planet je gesehen, ist eine Möglichkeit geworden. Ostafrika und Persien, sie fügen sich neben Arabien nunmehr als letzte Quadern in das gewaltige Gebäude ein, das seit den Tagen der Römer nicht wieder erbaut wurde. Gleichzeitig aber beherrscht Großbritannien von dem indischen Mittelmeere aus auch die Zugänge zu den beiden anderen großen Ozeanen, zum Stillen und Atlantischen, sodaß es in der Lage ist, auch in ihnen eine Rolle zu spielen, und nicht die kleinste. Während Japan und Amerika noch verzweifelt um den Stillen Ozean ringen, ist es der ältesten und erfolgreichsten aller Kolonialmächte bereits gelungen, sich der erstrebten Herrschaft eines einzigen Riesenmeeres zu bemächtigen und es vollkommen zu beherrschen. Großbritannien hat es jederzeit in der Hand, ob es auf ihm die „Freiheit der Meere" anerkennen will, oder nicht, und wenn es nicht will, wer will es dazu zwingen?

Es kann keinem Zweifel mehr unterliegen, daß der Große Ozean dasjenige Weltmeer sein wird, auf dem sich die Schicksale der zukünftigen Menschheit abspielen werden. Durch die Beherrschung des Indischen Ozeans ist es dem Mittelpunkte der Ereignisse nahe und kann von dort aus, gestützt auf eine unbedingt sichere maritime Basis, wirksam zugunsten der einen oder anderen Partei eingreifen.

Freilich, dies setzt die Entwicklung der gesamten Randländer des Indischen Ozeans voraus, die nur dann geschehen kann, wenn durch Eisenbahnen und Verkehr die Völker und Länder einander genähert werden. Die rege Verbindung zwischen den britischen Dominions, die den Ozean umlagern, zwischen Südafrika und Australien, wird daher ein erstes Erfordernis sein müssen. Aber nicht minder zwischen der afrikanischen Küste und Indien, zwischen Aegypten, Arabien und Indien. Dies Reich, das soweit vom Mutterlande abliegt, und ihm doch durch die Hochstraße alles Weltverkehrs, die Linie Gibraltar-Malta-Suez-Aden, so nahe verbunden ist, ist eine Autarkie von vollendeter Herrlichkeit, unabhängig von der übrigen Welt, aber von starkem Einfluß auf diese als Rohstoff-Lieferant, als Zentrum der wirtschaftlichen und politischen Kraft des britischen Weltreiches. Unumstritten hat der Sieg über Deutschland Großbritannien zum Herren der Welt prädestiniert. Freilich, die Herrschaft ist nicht die Frucht, die man pflückt und nur genießt, sie muß erhalten und ausgebaut werden, um nicht verloren zu gehen; denn vorläufig ist die Weltherrschaft noch ein Versprechen. Noch stehen die beiden Nebenbuhler Japan und Amerika da, und streben, wenn auch an anderen Stellen unseres Planeten, nach demselben Ziel. Und Großbritanniens unerhörte Erfolge sind ihnen ein Ansporn und eine Hoffnung.

Andererseits ist wohl zu beachten, daß auch das gewaltige Imperium um den Indischen Ozean keineswegs ein sorgenloser Besitz ist. Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen und Völker, das Großbritannien zuerst verkündete, ist hier überall gerade von dieser Macht aufs gröblichste in alter und neuer Zeit verletzt worden, die dreihundert Millionen Indier, die schon revolutioniert genug sind, werden in den kommenden Jahren der britischen Weltherrschaft noch Mühe genug machen. Ein Imperium, das ohne eine sittliche Idee ist, kann auf die Dauer keinen Bestand mehr haben, und Großbritanniens Politik beginnt immer rückständiger und allem Fortschritt abgeneigter zu werden. Mag sein Imperium an äußerer Macht größer wie je sein, die innere Zersetzung veralteter Herrschaftsformen ist im Zuge und wird die Auflösung dieses großartigsten kapitalistischen Gebildes herbeiführen.

Westpreußen und Danzig.

Von Hauptschriftleiter Dr. Ernst Häfner, Danzig.

Die harten Friedensbedingungen, mit denen unsere Feinde das deutsche Volk in Sklavenketten legten, stellten manche Gebiete, die all die Jahre hindurch ein verborgenes Dasein führten und deren Kenntnis höchstens aus der Geographiestunde noch zur Not im Gedächtnis haftete, mitten hinein in den Brennpunkt des Weltgeschehens. Fernab von den großen Straßen des internationalen Verkehrs lag Westpreußen, dem Wanderer so gut wie nicht bekannt, im äußersten Osten Deutschlands und Danzig, das Venedig des Nordens, die alte deutsche Hansastadt mit ihren ehrwürdigen Patrizierhäusern, hatte seinen einstigen Ruhm und Glanz an die moderneren, für Deutschlands Handel günstiger gelegenen Häfen im Laufe der Jahrzehnte abtreten müssen. Erst beim Bekanntwerden der Bestimmungen des Friedensvertrages richteten sich die Augen aller Deutschen, ja der ganzen Welt hin auf die preußische Provinz, deren Schicksal mit dem neu erstehenden Polenreich verknüpft werden soll: der weitaus größte Teil Westpreußens fällt an Polen, Danzig wird zur „freien Stadt" erklärt, und dies alles geschieht im Zeichen des von Wilson proklamierten Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Auf die vielfach erörterte Möglichkeit hinzuweisen, daß durch die Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages das Geschick der Ostmark in andere Bahnen hätte gelenkt werden können, wäre müßiges Beginnen. Wir müssen uns mit der Tatsache abfinden, daß die Gebiete dem Deutschen Reich verloren sind.

Nach Artikel 93 des Friedensvertrages übernehmen die alliierten Mächte die Garantie dafür, daß in Polen die Interessen der nationalen, sprachlichen und religiösen Minderheiten geschützt werden, und sollten sich die zahllosen, lockenden Ver-

sprechungen, mit denen von berufenen und unberufenen Stellen den Vergewaltigten der Verlust der deutschen Heimat schmackhaft und die Einverleibung in das polnische Staatsgebiet begehrenswert gemacht wird, nicht als eitler Trug, sondern als reine Wahrheit erweisen, so möchte man schier das Los unserer deutschen Brüder in etwas milderem Lichte betrachten. Doch wer den glatten Worten glaubt, dürfte sehr enttäuscht werden. Die wirtschaftliche Lage Westpreußens wird sich voraussichtlich vollkommen verändern. Bisher war Westpreußen eine sogenannte Zuschußprovinz, eine arme Gegend, der namhafte Summen aus dem übrigen Preußen zuflossen. Im armen Polenlande aber wird Westpreußen eine der reichsten Woiwodschaften bilden und dementsprechend auch zu höheren Steuerleistungen herangezogen werden. Trotz allen anderslautenden Behauptungen, durch welche die polnische Presse Tatsächliches zu widerlegen sucht, bleibt als unumstößliche Wahrheit bestehen, daß Polen, ein an Naturschätzen armes Land, mit einer bedeutenden Schuldenlast sein staatliches Leben beginnen muß. Die Bewohner Westpreußens werden also wirtschaftlich höchstwahrscheinlich aus dem Regen in die Traufe kommen. Auch kulturell dürften die Deutschen in den abzutretenden Gebieten einen schlechten Tausch machen. Das ganze Bildungs- und Schulwesen wird auf eine weit niedrigere Stufe zurücksinken. So werden z. B., da man möglichst rasch die deutschen Lehrkräfte entlassen will, polnische junge Mädchen, Stenotypistinnen und Verkäuferinnen, denen Pädagogik ein verschlossenes Buch mit sieben Siegeln ist, in sechswöchigen Schnellkursen zu Lehrerinnen ausgebildet, und die polnische Presse findet für ein solches System noch Worte des Lobes. Die parteipolitischen Verhältnisse sind noch nicht vollständig geklärt. Durch Gründung einer neuen Partei unter dem Namen „Deutsche Partei" versuchten die Deutschnationalen und die deutschen Volksräte sämtliche Deutschen Westpreußens zusammenzuschweißen. Doch an dem Widerstande des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten scheiterte dieser Plan. Man hat sich nun auf dem Boden einer „Arbeitsgemeinschaft" aller Parteien gefunden. Die Frage jedoch, wieweit die Polen den Deutschen politisch gleiche Berechtigung gewähren werden, kann erst in späterer Zeit beantwortet werden.

Ganz verschieden von der Lage Westpreußens wird sich die Zukunft Danzigs entwickeln. In Artikel 102 des Friedensvertrages verpflichten sich die alliierten Regierungen, die Stadt Danzig mit dem umliegenden ländlichen Gebiet zur freien Stadt zu erklären, die unter den Schutz des Völkerbundes gestellt wird. Den Polen werden weitgehende Rechte zuerkannt. So fällt Danzig in das polnische Zollgebiet, die Polen haben das Recht der freien Benützung der Wasserstraßen, Docks, Hafenbecken, Kais und vieler sonstiger Anlagen. Die Ueberwachung und Verwaltung der Weichsel und des gesamten Eisenbahnnetzes steht Polen zu, das auch die auswärtigen Angelegenheiten der freien Stadt Danzig zu leiten hat. In Wirklichkeit wird aber weder der Völkerbund noch Polen der Herr Danzigs sein, denn diese mißglückte Freistaatbildung entspringt einzig und allein dem imperialistischen Streben Englands, dem der günstig — für Englands Zwecke günstig — gelegene Handelsplatz als erste Etappe zur wirtschaftlichen Beherrschung Polens sowie zur Sicherung seiner Macht im Baltikum dienen muß. Diese Rivalität zwischen den Engländern und den Polen, die blutenden Herzens auf das heißersehnte, doch nicht erlangte Danzig blicken, wird auch wesentlich mit dazu beitragen, daß die freie Stadt nicht vollständig in die Gewalt Polens kommen wird. Da die Polen sich der Erkenntnis dieser Tatsachen nicht verschließen können, streben sie nun darnach, möglichst viele Rechte in Danzig sich zu sichern. Von rücksichtsvoller Bescheidenheit kann man bei diesen Forderungen durchaus nicht reden, denn die Wünsche der Polen grenzen beinahe an lächerlichen Größenwahn. So verlangen sie, obwohl die Deutschen 90—95 Prozent der Bevölkerung des Freistaates ausmachen, glattweg für sich die Technische Hochschule, vollständiges Eigentumsrecht am Hafen, die Ueberlassung der Reichsbankstelle, unbedingte Einführung der polnischen Währung, Errichtung eines polnischen Gymnasiums und noch vieles andere. Es ist selbstverständlich, daß den Polen im Freistaate volle Gerechtigkeit widerfahren muß, aber unter keinen Umständen kann die deutsche Bevölkerung auf alle übertriebenen Wünsche eingehen. Außerdem werden sich die Ansprüche der Polen im Freistaate genau in dem Maße verwirklichen lassen, wie die Forderungen der Deutschen in den abzutretenden Gebieten von der polnischen Regierung erfüllt werden. Zur Vereinfachung der Arbeit, die beim Ausbau der neuen Verfassung des Freistaates zu leisten ist, hat sich ein vorläufiger verfassunggebender Ausschuß gebildet, dem die Vertreter der einzelnen Parteien angehören. Da aber nach Artikel 103 des Friedensvertrages die Verfassung der freien Stadt Danzig im Einvernehmen mit einem Oberkommissar des Völkerbundes auszuarbeiten ist, so besteht die Gefahr, daß die Bemühungen des vorläufigen verfassunggebenden Ausschusses unnütz sein werden.

Ueber den Termin, der den Abschied vom deutschen Vaterlande bedeutet, ist noch nichts Bestimmtes bekannt. Die Ungewißheit verursacht eine Art Nervosität. Die Beamten fühlen sich unsicher, die Arbeiter sehen voll Furcht in die kommende Zeit, die Kaufleute wagen keine großen Abschlüsse. Die Stabilität fehlt. Doch mag der Zeitpunkt der Trennung bald oder später eintreten: Die Deutschen Westpreußens und Danzigs haben, soviel Gegensätzliches sie auch scheidet, den festen Willen, deutsche Art und deutsches Wesen, deutsche Sitte und deutsche Kultur in der neuen Heimat hochzuhalten.

Die Legende von Oesterreich-Ungarns Verrat.

Von Theodor von Sosnosky, Wien.

Wenn eine politische Unwahrheit mit entsprechender Lungenkraft, Tintenvergeudung und Papierverschwendung in die Welt hinausgeschrieen und unablässig wiederholt wird, so besteht die ernste Gefahr, daß sie unter der falschen Signatur einer historischen Tatsache in das Archiv der Weltgeschichte eingereiht werde.

Eine solche Unwahrheit ist die besonders von alldeutscher Seite ausgehende und vom deutschen Volke leider auch vielfach geglaubte Behauptung, Oesterreich-Ungarn im allgemeinen und Kaiser Karl im besonderen hätten Deutschland im Herbste 1918 schmählich im Stiche gelassen und hiedurch hauptsächlich dessen Zusammenbruch herbeigeführt.

Diese Behauptung ist durch den anläßlich der Affäre Erzberger veröffentlichten Brief Czernins widerlegt.

Man sollte nun freilich glauben, um zu dieser Erkenntnis zu gelangen, hätte es nicht erst dieser Veröffentlichung bedurft, denn die sattsam bekannte politische und wirtschaftliche Lage der Monarchie hätte deren damaligen Friedensschritt zur Genüge gerechtfertigt und dargetan, daß sie ihn nicht aus Treulosigkeit und Tücke, sondern aus Verzweiflung und Not unternommen hatte, weil sie dem stärkeren Kameraden auf dem gemeinsamen Wege zu dem erträumten „Siegfrieden" nicht mehr folgen konnte, weil sie, aus tausend Wunden blutend, ausgehungert und von furchtbaren nationalen Krämpfen durchrüttelt, am Wege zu verenden fürchtete; eine Furcht, die, wie die Folge gezeigt hat, denn auch durchaus begründet gewesen ist.

Allein so offensichtlich dies auch für jedermann war, dessen Auge nicht durch nationale Kongestionen getrübt worden, und für jedermann, der sehen *wollte*; für den weitaus überwiegenden Teil der deutschen Oeffentlichkeit war dieser letzte Aufschrei eines sterbenden Staates nach Frieden „Abfall" und „Verrat".

Dieses kurzsichtige und ungerechte Urteil, das zugleich auch eine Verurteilung bedeutete, rührt letzten Grundes von der durchaus irrtümlichen Auffassung her, die man sowohl im Deutschen Reich als im deutschnationalen Lager Oesterreichs vom Bündnisse Deutschlands mit dem Habsburgerreiche gehabt hat und wohl noch hat, eine Auffassung, deren Irrtum darzulegen der Zweck dieser Zeilen sein soll.

Der Grundirrtum dieser Auffassung ist der, daß man in Deutschland Oesterreich-Ungarn immer als ein vorwiegend *deutsches* Staatswesen betrachtet hat, wiewohl man doch wissen mußte, daß das deutsche Element in der Monarchie bloß rund 12 Millionen Köpfe betrug, also nicht einmal den vierten Teil der Gesamtbevölkerung von 52 Millionen. Man hat in der Monarchie eben immer noch das alte österreichische Kaisertum gesehen, den einstigen Genossen des Deutschen Bundes, in dem trotz ihrer zahlenmäßigen Minderheit, die Deutschen vermöge ihres historischen, dynastischen, kulturellen und wirtschaftlichen Uebergewichts doch noch das Heft in der Hand hatten; wenigstens diesseits der Leitha. Jenseits waren freilich die Magyaren am Ruder, aber diese hat man in Deutschland ebenso irrtümlich ja für die verläßlichsten Freunde gehalten und — ihren eigenen Versicherungen zufolge — auch für die verläßlichsten Stützen der habsburgischen Thrones. Die 40 Millionen Nichtdeutsche des Monarchie, darunter 25 Millionen Slawen, hätten den Deutschen

im Reiche von allem Anfang an zu denken geben müssen. Indes solange Friede herrschte, blieb das Bündnis unerschüttert, wenn Tschechen und Polen aus ihrer Abneigung dagegen auch kein Hehl machten. Als dann im Jahre 1914 der Krieg ausbrach, sahen sich die Slawen der Monarchie vor die harte Notwendigkeit gestellt, gegen ihre politischen Sympathien, ja gegen ihre Ueberzeugung, zu kämpfen. Für die Monarchie war das ein kritischer Zeitpunkt, denn nicht weniger als 47 % der Armee bestanden aus Slawen. Trotzdem schlugen sich diese im großen Ganzen sehr brav; die Verlustlisten der slavischen Regimenter werden dies dereinst bestätigen.[1]) Namentlich die kroatischen Regimenter leisteten Hervorragendes, und selbst die in Bausch und Bogen zu „Hochverrätern" gestempelten Tschechen kämpften mit Ausnahme einiger Regimenter tapfer mit. Was dies besagen will, wird man erst ganz verstehen, wenn man den Fall setzt, Oesterreich-Ungarn hätte in diesem Kriege **gegen** Deutschland statt mit ihm zu kämpfen gehabt. Was wäre da geschehen? Hätten sich da nicht dieselben Hochverratserscheinungen gezeigt? Nur daß sie statt bei den slawischen bei den deutschen Regimentern vorgekommen wären. Oder glaubt man, daß die Alldeutschen Oesterreichs, die aus ihrem Hasse gegen die Dynastie und gegen das schwarzgelbe Oesterreich nie ein Hehl gemacht, die sich nicht gescheut haben, im Parlamente den Tag herbeizusehnen, an dem Oesterreichs letzte Stunde geschlagen haben werde: glaubt man, daß **diese** Deutschen sich für Habsburg geopfert hätten? Es sei mir gestattet, hier eines Gesprächs Erwähnung zu tun, das ich vor drei Jahren mit einem Reserveoffizier im Frontbereiche über dieses Thema hatte. Als ich den Fall setzte, die Deutschen Oesterreichs hätten **gegen** Deutschland statt mit ihm kämpfen müssen, erwiderte er, das wäre überhaupt nicht möglich gewesen, **die Deutschen hätten sich hiezu nie hergegeben!** Und der so sprach, ist nicht etwa ein alldeutscher Fanatiker gewesen, sondern „bloß" ein Deutschnationaler und im Uebrigen ein vernünftig denkender Mensch, so daß ich mich zu der Annahme berechtigt glaube, er habe mit dieser Außerung nur der Denkungsart und Gefühlsweise aller oder doch der meisten seiner nationalen Gesinnungsgenossen Ausdruck gegeben.

Was den Deutschnationalen also für unmöglich gegolten hat, das haben sie bei den Slawen Oesterreichs als **selbstverständlich vorausgesetzt**: gegen ihre Ueberzeugung und gegen Stammesgenossen zu kämpfen.

Man wende hier nicht etwa ein, in dem angenommenen Falle würde sich's um einen Kampf Deutscher gegen Deutsche gehandelt haben; im anderen Fall aber habe es sich um einen Kampf zwischen verschiedenen Slawen gehandelt. Dieser Einwand stünde auf sehr schwachen Füßen, denn zwischen den Ruthenen Oesterreichs und den Ukrainern Rußlands besteht keinerlei nationale Verschiedenheit; das einzige brennende Moment ist die verschiedene Staatsangehörigkeit, desgleichen bei den Rumänen Siebenbürgens und denen des Königreichs. Zwischen Kroaten und Serben aber, die dieselbe Sprache sprechen, ist der Unterschied sicher zumindest nicht größer als zwischen den Deutschen der Alpenländer und denen der Marschen oder denen aus den Marken, die sich infolge der völligen Verschiedenheit ihrer Dialekte mündlich überhaupt miteinander kaum verständigen könnten.

Aber zurück zum Grundthema! Man hat den Slawen Oesterreichs also zugemutet, gegen ihre Ueberzeugung zu kämpfen, und als ein übrigens noch immer bescheidener Bruchteil der slawischen Truppen zum Feinde überging, da hat man über die Slawen insgesamt den Stab gebrochen, obwohl sie **nichts anderes getan hatten, als was gerade ihre erbittertsten Gegner, die Alldeutschen, im umgekehrten Falle an ihrer Stelle zweifellos genau so getan haben würden.**

Damit nicht genug, hat man in Deutschland einen argen taktischen Fehler begangen, als man in den ersten Kriegsjahren den Krieg stets als den deutschen Krieg bezeichnete und dadurch mit einer nicht zu verkennenden Deutlichkeit aller Welt zu verstehen gab, daß es sich in diesem Kriege vor allem um die Machtstellung Deutschlands handelte, eine Auffassung, die durch Schlagworte wie „der deutsche Gedanke in der Welt", „Deutschland voran!" und ähnliche zur Verherrlichung Deutschlands geprägte Aeußerungen noch mehr bestärkt wurde. Hatte doch Bethmann Hollweg selber vor aller Welt erklärt, daß dieser Krieg die große Auseinandersetzung zwischen Germanen- und Slawentum bedeute, und damit höchst überflüssiger Weise sozusagen mit dem Finger auf die Achillesferse des Bündnisses hingewiesen.

So menschlich begreiflich dieser den glorreichen Siegen des deutschen Heeres entstiegene nationale Rausch auch gewesen ist, so unklug und gefährlich waren derartige Redensarten, denn sie mußten auf die an der Seite der Deutschen kämpfenden Slawen ebenso verletzend als aufreizend wirken. Nahezu die Hälfte der k. und k. Armee bestand ja aus Slawen und sah sich nun als „quantité négligeable" behandelt, als sozusagen nicht vorhanden. 25 Millionen zählten die Slawen in der Monarchie und an 4 Millionen im Deutschen Reiche, und von diesen nahezu 30 Millionen setzte man es als selbstverständlich voraus, daß sie **für die Sache Deutschlands** Blut, Gut und Leben lassen sollten — es war ja der „deutsche Krieg", und es galt das Slawentum niederzuringen! — und zum Danke dafür mußten sie sich auch noch „Horden" und „Gesindel" schimpfen lassen! Kann man es ihnen verdenken, wenn sie sich dagegen aufbäumten, wenn sie in diesem Kriege nur mehr ein „travailler pour le roi de Prusse" sahen und nicht mehr mittun wollten? In jenem an sich begreiflichen, in seinen Folgen aber so verhängnisvollen Machtrausche, in dem sich die Deutschen nach ihren großartigen militärischen Erfolgen befanden, haben sie augenscheinlich ganz vergessen, daß an ihrer Seite Millionen von Slawen — Oesterreich-Ungarns halbe Armee — kämpften, für die nationale Sache der Deutschen gegen die eigene kämpften. Wären die Deutschen nüchtern gewesen, so hätten sie sich sagen müssen, daß sie im Gegenteile alles tun mußten, sich diese unfreiwilligen Kampfgenossen zu verpflichten und sich in Oesterreich für sie zu verwenden, wobei vor allem die Lösung der südslawischen Frage im kroatischen Sinne zu beachten gewesen wäre, ob die Magyaren damit einverstanden gewesen wären oder nicht; denn weit wichtiger wäre es für Deutschland gewesen, sich die Sympathien der Slawen zu gewinnen, soweit dies überhaupt noch möglich war, als die der Magyaren, zählten diese doch bloß 10 Millionen, jene aber 25.

Wie konnte man unter solchen Verhältnissen im Deutschen Reiche wähnen, daß das Bündnis mit dem Habsburgerreich unzertrennlich sein und für alle Zeiten dauern werde? Wie es übelnehmen, daß die Habsburgische Regierung in ihrer Verzweiflung ihr Schicksal von dem Deutschlands löste und nicht warten konnte und wollte, bis dieses sich entschied, ob es Frieden machen oder weiterkämpfen werde? War es unter so bewandten Umständen nicht vielmehr **ein Wunder zu nennen, daß die Monarchie so lange** — volle vier Jahre — an der Seite Deutschlands ausgeharrt hatte? Daß sie nicht schon längst die Hände ergriffen, die man ihr von seiten der Entente heimlich entgegenstreckte? Sie hätte sich dadurch vor dem Untergange bewahren können. Deutschlands wegen, um nicht für abtrünnig zu gelten, hat sie es nicht getan, ist sie Deutschland auch weiterhin zur Seite geblieben und mit ihm den Golgathaweg gegangen, der statt zum ersehnten Burgfrieden nach Kanossa führte und noch tiefer hinab, durch das kaudinische Joch, nicht bloß für Oesterreich-Ungarn, sondern auch für das Deutsche Reich.

Man hat Kaiser Karl diesseits und jenseits der schwarzgelben Grenzpfähle wegen dieses „Verrats" mit Schmähungen überschüttet, hat es schon damals getan, als jener vielbesprochene Brief an Prinz Sixtus von Parma bekannt wurde. Und doch hat Karl nichts anderes getan, als daß er seinen Völkern den Frieden verschaffen wollte, dessen sie so sehr bedurften und nach dem sie lechzten. Nicht daß er den entscheidenden Schritt überhaupt gemacht, darf ihm vorgeworfen werden, sondern daß er ihn viel zu spät gemacht hat, zu einem Zeitpunkte, da das Schicksal beider Kaiserreiche schon besiegelt war. Aber auch dieser Vorwurf wäre anfechtbar, denn was ihm zu dieser in ihren Folgen so verhängnisvollen Versäumnis bewogen hat, das war eben die Bundestreue Deutschland gegenüber, die er bis zum Aeußersten halten zu müssen glaubte. Hie Bundestreue — hie Volksnot! Das war die furchtbare Alternative, vor die ihn ein grausames Schicksal gestellt hat. Er hat sich für jene entschieden und damit eine tragische Schuld auf sich geladen, für die es kaum eine Sühne gibt. Wenn es aber eine gibt, dann ist es das tragische Schicksal: just von denen des Verrats geziehen zu werden, um derentwillen er die Schuld begangen hat.

[1]) Aus der sehr interessanten Arbeit „Die Totenverluste der öst.-ung. Monarchie nach Nationalitäten" von Wilhelm Winkler (Wien, 1919) geht hervor, daß die Totenverluste der slowenischen Bezirke denen der deutschen durchaus die Wage hielten und daß die rein kroatische Stadt Waresdin mit 152 Toten auf 1000 Einwohner nach der deutschen Stadt Pettau mit 196 Toten weitaus an der Spitze der Totenverluste steht.

Christus segnet die Reben am Rhein.

Ich sah Ihn wandeln durch die Sommernacht, —
Den Strom entlang, — die Wellen rauschten sacht.
Sein Antlitz leuchtete im Mondenglanz,
Um seine Locken wob ein Strahlenkranz.

Den grünumkränzten, steilen Rebenplan
Stieg er am Wanderstabe still bergan
Und hielt dann sinnend Rast am Bergesrand
In stummer Schau. — Und Christus hob die Hand:

Und segnete des Rheines Rebengut. —
Sein Auge schimmerte in Glanz und Glut.
Die Trauben blinkten hell im Mondenschein
Und gingen reifeschwellend in den Wein.

Es neigten sich die Reben segenschwer.
War alles rings so feierlich und hehr,
Und ging ein Flüstern um, ein feines Weh'n,
Von wundersamem, seligem Gescheh'n.

In tiefem Frieden lag der Himmelsdom,
Wie flüssig Silber funkelte der Strom
Und spiegelte verklärt und wunderhold
In seinen Tiefen der Gestirne Gold.

Noch einmal sah hernieder in das Land
Die hehre Lichtgestalt vom Bergesrand,
Und wuchs ins Riesenhafte dann empor
Bis sie entschwand im lichten Wolkenflor.

Martha Braunfels.

Neuaufbau im Solidarismus.

Von Ina Neundörfer.

Neue Bewegungen und große Reformen haben ihre Schlagwörter. Erst wenn sie den Gärungsprozeß ihres Werdens soweit überwunden haben, daß sie die Summe ihrer Ideen in einem einzigen Worte krystallisieren und ihr Ziel ebenso knapp charakterisieren können, dann erst pflegen sie populär zu werden und erfolgreich durchzudringen. An diesem Schlagwort scheiden sich die Geister. Jüngertum und Gegnerschaft hängen an ihm.

So hat sich denn auch aus dem Chaos von Weltanschauungen und parteipolitischen Programmen, aus den zahllosen Abarten sozialistischer Ideen und sozialisierender Reformbestrebungen der jüngsten Gegenwart, die sich alle bei dem politischen und wirtschaftlichen Neuaufbau unseres Staates und der ethischen Neugeburt unseres Volkes verwirklichen wollen, endlich ein Eiland herausgehoben, auf das wir Christen uns flüchten können mit dem Bewußtsein, heimatlichen und sicheren Boden unter uns zu haben. In dem Wirbel dieser vielen, im Ziel wie in den Mitteln abweichenden sozialen Weltanschauungen sind manche, die wir in ihren extremen Forderungen nicht annehmen können. In einzelnen jedoch finden sich gewisse Punkte und Zielteile, die sich unseren christlichen Idealen nähern, ja sich gar mit ihnen decken. Und das ist das Verwirrende, das Irreführende, das eine klare Orientierung sehr erschwert.

Der christliche Gemeinschaftsgedanke hat sich in dem Begriff des „Solidarismus" geklärt, ein Programmwort, das zwar nicht ein Ganzes restlos auszudrücken vermag, das aber doch imstande ist, auf tiefste und entscheidende Wesensunterschiede hinzuweisen, die die christliche Sozialidee von der anderer freier Weltanschauungen trennt. Schon rein äußerlich ist es in bezug auf die Klarheit der Unterscheidung ein günstiger Umstand, daß das Schlagwort des christlichen Gemeinschaftsideals von jeder Verbindung mit dem Begriff „sozial" absieht. Dadurch lehnt es von vornherein jede Verbindung ab mit jenen Erscheinungen des Sozialismus, wie sie Deutschland in den jüngsten Revolutionsmonaten erlebt hat. Die Definition des Begriffes „sozial" ist ohnedies auf keine einheitliche und allgemein verpflichtende Formel festgelegt. Sie spielt in mannigfachen Variationen und ist jeweils das Spiegelbild einer bestimmten Weltanschauung. So viele Formen des Gemeinschaftslebens es gibt, so viele Individualitäten sich in ihm zusammenfinden, so zahlreich die Verschiedenheiten der Charakterveranlagung, der völkischen Eigenart, der wirtschaftlichen und beruflichen Stellung, der Verstandesbildung und Geistesrichtung, des religiösen Bekenntnisses, sowie auch des Grades der persönlichen Selbsterziehung sind, so vielen unterschiedlichen Auffassungen des sozialen Ideales begegnet man.

Unter der Vormacht des sozialen Gedankens muß und will nun Deutschland den Neuaufbau seines staatlichen und völkischen Lebens betätigen. Die Periode des Liberalismus ist endgültig überwunden. Irgend ein sozialer Einschlag ist heute in allen Programmen, selbst bei den politisch extremsten Gegnern vorhanden. Irgend einen Teil haben sie alle in ihre Forderungen aufgenommen, wenn auch abgeschwächt und mit eigenen Auslegungen versehen.

Dem Christentum kommt bei dieser sozialen Reform eine führende Rolle zu. Es hat ja den Urgedanken der sozialen Verbrüderung geboren. Christliche Aufgaben im weiten Sinne sind niemals Sondergut einer bestimmten Gesellschaftsklasse gewesen; sie sind niemals das Privileg weniger Führer oder gar das Vorrecht nur eines Geschlechtes. Das ganze Volk ist an ihnen beteiligt. So ist es natürlich, daß bei der gegenwärtigen sozialen Aufbauarbeit auch den Frauen ein beträchtlicher Anteil zugewiesen ist. Ebenso natürlich ist es aber auch, daß wir Frauen entsprechend der Eigenart unseres Geschlechtes und des uns zukommenden Arbeitsteiles uns auch auf besondere Weise mit den Zielen und Forderungen neuer Bewegungen — auch mit dem Solidarismus — auseinandersetzen. Es werden da immer einzelne Momente der Frauenart besonders sympathisch, für sie angepaßt und anspornend sein. Es gilt dann, dieselben aus den Theorien der Bewegung herauszustellen und die private wie die öffentliche Tätigkeit in sie einzugliedern.

Die wesentlich trennenden Unterschiede zwischen Sozialismus und Solidarismus liegen nicht naturnotwendig in den Begriffen an und für sich. Beide sind eher wesensverwandt, denn sie setzen eine Gemeinschaft, ein austauschendes Zusammenwirken voraus. Trotzdem ist der Gegensatz keineswegs künstlich konstruiert. Man braucht noch nicht einmal auf die schroffste Weise zu sondieren und unter „Sozialismus" allein jene Praxis der letzten Revolutionsmonate, diesen elementarsten Ausbruch von Haß, von wilder Besitz- und Genußgier verstehen, und „Solidarismus" unter das milde Heilandswort „Liebet einander" stellen und seine Verkörperung im Gleichnis vom barmherzigen Samaritan. Es liegt auch ohne diese krasse Gegenüberstellung im Begriff „solidarisch" ein Moment des Verzichtes, des Verzichtes einzelner zugunsten der Gleichheit und des Vorteiles aller, wie ihn der praktische Sozialismus nicht kennt.

So ist die Mahnung zur Gemeinverpflichtung der Kernpunkt, der den Solidarismus besonders charakterisiert gegenüber dem Schrei nach Gemeinberechtigung, den seine Gegner lautest erheben. In dem einseitigen Betonen des Rechtes liegt aber immer die Gefahr des Niederreißens. In der Mahnung zur Verpflichtung dagegen sind gewaltige Kräfte des Aufbaus, der gegenseitigen Hilfe und der Liebe. Der Solidarismus setzt neben die Wohltaten der Humanität und die gesetzlichen sozialen Fürsorgemaßnahmen die Urkraft christlicher Liebe.

Dieser Gedanke der Gemeinverpflichtung scheint mir nun der zu sein, den wir Frauen als den ersten aus dem politischen, wirtschaftlichen wie ethischen Programm des Solidarismus herausgreifen und als unseren Frauenanteil betrachten und dem wir nachleben sollen. Dieser Gedanke verleiht Schwungkraft und Begeisterung. Er weckt die tiefsten und edelsten Kräfte der Frau: die Hingabe, den Opfermut und die Treue. Als Leitmotiv und Grundsatz in jede öffentliche und berufliche Tätigkeit hineingestellt, wird er selbst bei den zartesten und bei den konservativsten Frauen einen beträchtlichen Teil jener Antipathie gegen die radikal veränderte Stellung der ganzen Lebensumstände der Frauenwelt beseitigen, wie sie die Gegenwart geboren. Er wird sie zur Mitarbeit an den sozialen Aufgaben der Zeit bestimmen. Das Dienen und Opfern, das Sorgen und Betreuen hat eine elementare Werbekraft für das Frauengemüt. Letzten Endes ist es doch immer wieder das Wirken im kleinen Kreis, das Dienen am einzelnen Menschen, die Fürsorge für Leib und Seele, das dem jugendlichen nach Beruf und Lebensinhalt ausschauenden Weibe als Ideal vorschwebt. Nun zieht ein Programm der Pflicht von vornherein engere Kreise als die aufpeitschende Verkündigung des Rechtes. Wer Pflichten erfüllen will, sieht immer weniger Seelen um sich als wer Rechte proklamieren will. Der Solida-

rismus wird sich mehr durch die Qualität seiner Führer durchsetzen als durch die Zahl seiner Mitläufer. Für den Glauben an Rechte sind leicht Massen zu begeistern, für die ernste Einsicht und Bereitschaft zur Pflicht sind immer nur wenige zugängig. Diese wenigen aber müssen positive Arbeit von Seele zu Seele leisten. Nur so kann die Welt von dem Sauerteig des christlichen Gedankens durchsetzt werden.

Was wir heute nötiger denn je brauchen, sind nicht so sehr die Massen der Anhänger, als die Persönlichkeiten der Führer und der Fürsorgearbeiter, die das christliche Gemeinschaftsideal, das Programm des Solidarismus, praktisch in Beruf und Oeffentlichkeit für sich leben und damit der Masse des Volkes dienen. Das gilt in gleicher Weise für Männer wie für Frauen. Soziale Arbeit ist an die erste Stelle der Programme aller vaterländischen und aller christlichen Parteien gerückt. Dafür müssen auch wir Frauen bereit und gerüstet sein.[1]

Niedergang und Zukunft der deutschen Gemeinde-Autonomie.

Von Dr. Alfred Schappacher.

Die deutsche Gemeinde kämpft gegenwärtig um die Erhaltung des letzten Restes finanzieller Selbständigkeit, der durch die neuen Reichssteuerpläne, vor allem durch die geplante Form der Reichseinkommensteuer bedroht erscheint. Der Deutsche und Bayerische Städtetag, sowie die eben stattgehabte Konferenz süddeutscher Städte fordern im Interesse der Kommunalfinanzen die Sicherstellung der beweglichen Zuschläge zur Einkommensteuer, lehnen dagegen die Verurteilung der Gemeinden zu Kostgängern des Reiches in Gestalt von armseligen Anteilseignern am jährlichen Reichseinkommensteuerertrag entschieden ab. Dieses hartnäckige Widerstreben gegen die Auslöschung jeder individuellen Regung und Regelung auf dem Gebiete der wichtigsten, weil ergiebigsten Steuerart ist begreiflich; umso begreiflicher, wenn man bedenkt, daß das Maß selbständiger kommunaler Wirtschafts- und Sozialpolitik unter den heutigen Verhältnissen hauptsächlich durch den Ertrag der Einkommensteuer begrenzt ist. Die wahrscheinlich unvermeidbare Einengung und Fesselung in dieser Beziehung bedeutet das Ende in einer jahrhundertelangen Entwicklung, die von der ausgeprägtesten Originalität, Individualität und Selbstbestimmung der deutschen Gemeinde zur restlosen Vernichtung kommunaler Eigenart und Autonomie führt.

Die aus der Großfamilie (Sippe) herausgewachsene bäuerliche Gemeinde der vormittelalterlichen Zeit war eine wirkliche Lebens- und Wirtschaftsgemeinschaft und machte ihrem Namen alle Ehre. Ihr fester Grund war die bäuerliche Arbeit, ihr Band die familiäre Solidarität der Berufsgenossen, ihr Ziel die ausreichende Ernährung aller Gemeindeangehörigen. Die Gemeindeobrigkeit regelte demgemäß vor allem die wirtschaftliche Tätigkeit der Genossen: bestimmte über die Nutzung des Gemeindeeigentums an Grund und Boden, die Wirtschaftsweise und Wirtschaftsordnung. Zu diesem ländlichen Gemeinwesen trat dann im Mittelalter die junge städtische Gemeinde, die Lebens- und Wirtschaftsgemeinschaft des zünftigen Handwerks. Sie unterschied sich nicht grundsätzlich von der Bauerngemeinde, nur ihre äußere Form war eine andere. Zunft und städtischer Rat bestimmten und schützten die Grundlagen, das Ausmaß und den zur Ernährung ausreichenden Ertrag der gewerblichen Arbeit. Jede Stadt war gewissermaßen ein Staat für sich, ausgestattet mit eigenem Münz-, Zoll- und Steuerrecht, eine ausreichende Basis für originelle soziale, wirtschaftliche und kulturelle Schöpfungen. In allem und über alles entschied das Interesse der Gemeinschaft aller Genossen.

In dieses Idyll greift mit rauher Hand der neuzeitliche Kapitalismus. Dadurch, daß er an Stelle der ausreichenden Ernährung jedes Berufsgenossen (gleichviel ob Landwirt oder Handwerker!) den Profit als Wirtschaftsmotiv und Wirtschaftsziel setzt, trägt er ein zersetzendes Element in die Gesellschaft. Dadurch schafft er den Gegensatz von Genosse zu Genosse und zerreißt die Lebens- und Wirtschaftsgemeinschaft der Zunft und jeder anderen Genossenschaft. Die mittelalterliche autonome Gemeinde verliert dadurch ihre wertvollste Stütze. Zu gleicher Zeit spielt die kapitalistische Auffassung des Herrscherberufs in Verbindung mit großen wirtschaftlichen Umwälzungen dem absoluten Landesfürsten die finanzielle und damit jede andere Selbstbestimmung der Gemeinde in die Hände. Letztere wird immer mehr zum reinen Polizei- und Verwaltungsinstrument des Staatsabsolutismus. Die Kommune wird so allmählich entkommunisiert. Die große französische Revolution bezeichnet den Höhepunkt dieser Entwicklung. Im 19. Jahrhundert machte sich in Deutschland hiegegen eine gewisse Reaktion geltend, eingeleitet durch die Steinsche Städtereform. In Anlehnung an englische Vorbilder kam die gemeindliche Selbstverwaltung wieder einige Schritte vorwärts. Aber über allen selbständigen Regungen der Kommunen schwebt ständig der Geist der Staatsaufsicht. Auf Schritt und Tritt begegnet der Kommunalpolitiker dem Gesetz, der Verwaltungsvorschrift, die einengen, begrenzen, hemmen. Das machte sich vor allem seit der Reichsgründung auf finanziellem Gebiete sehr unangenehm fühlbar.

Die damals einsetzende großkapitalistische Epoche mit ihrer industriellen und proletarischen Konzentration in den aufstrebenden Städten stellte letztere in zunehmendem Maße vor ungeheure wirtschaftliche und soziale Aufgaben, zu deren Lösung die früher üblichen beschränkten Lokalsteuern (die der Staatsfiskus den Kommunen noch als selbständige Steuerquelle gelassen hatte!) immer weniger ausreichten. Die Zuschläge zu den Staatssteuern bzw. zu den staatlich veranlagten Steuern (Realsteuern in Preußen) gewinnen allmählich überragende Bedeutung, in den Städten mit starker industrieller Siedlung vorwiegend diejenigen zur Einkommensteuer. Trotz dieser Abhängigkeit vom Staatssteuerwesen bewahrten sich die deutschen Gemeinden bis zum Kriegsausbruch, ja bis zur Liquidation des Krieges einen letzten Rest finanzieller Unabhängigkeit, die in den erwähnten beweglichen Zuschlägen zum Ausdruck gelangte. Darin wurzelte bisher auch die Möglichkeit einer gewissen individuellen Gestaltung der kommunalen Wirtschaftspflege.

Die große Reichsnot unserer Tage scheint nun, wie gesagt, auch damit aufräumen zu wollen. Die Unterstellung der Gemeinde unter die finanzielle Kuratel des Reiches bedeutet gleichzeitig ihre Beschränkung auf die Befriedigung der allernotwendigsten Bedürfnisse.

Damit stehen wir am Grabe kommunaler Eigenart und Eigenlebens. Und doch können wir nicht glauben, daß die Autonomie der deutschen Gemeinde ein für allemal vorüber ist; wir hoffen vielmehr auf eine bessere Zukunft der kommunalen Selbstbestimmung. Sie wird nicht von ungefähr kommen. Die Genossenschaften der schaffenden Stände, die lokalen Zweckverbände der Arbeiter, Handwerker, Kaufleute u. s. f. können und müssen Träger der neuen Gemeindeautonomie werden. Der Gemeinschaftsgeist, der von solchen Organisationen ausgehen wird, muß die Gemeinde als Lebens- und Wirtschaftsgemeinschaft, wie wir sie aus dem Mittelalter kennen, zu neuem Leben erwecken. Die Wiederherstellung des kürzesten Verbindungsweges zwischen den bodenständigen Berufsgruppen und der Gemeindeverwaltung, die Bestimmung der Gemeindepolitik durch das Ratskollegium aller schaffenden Stände (selbstverständlich innerhalb des nicht allzu engen Rahmens des gesamtstaatlichen Interesses!) wird zweifellos die gemeindliche Selbstbestimmung von neuem auf eine feste, dauernde Grundlage stellen. Hand in Hand damit wird die finanzielle Neuorientierung der deutschen Gemeinde gehen, indem die lokalen Zweckverbände der schaffenden Stände als unmittelbar Beteiligte die Mittel zur Lösung der selbständigen wirtschafts-, sozial- und kulturpolitischen Aufgaben der Gemeinde in geeigneter Weise selbst aufbringen. Daneben könnte der Staat der Gemeinde zur Erledigung staatlicher Aufgaben, die ja nie ganz verschwinden werden, eigene Mittel zur Verfügung stellen. Auf diese Weise fände die gemeindliche Initiative reiche Betätigungsmöglichkeiten, was nicht zuletzt der großen deutschen Volksgemeinschaft zugute käme. Denn die autonome Gemeinde ist die Großzelle des staatlichen Organismus!

[1] Ausbildungsstätten für soziale und caritative Arbeit nach den Grundsätzen katholischer Weltanschauung sind: „Soziale und caritative Frauenschule des Kath. Frauenbundes in Bayern", München, Theresienstraße 25/I Gg., „Soziale Frauenschule", Heidelberg, Kornmarkt 5 " Soziale Frauenschule des Kath. Frauenbundes Deutschlands", Aachen, Marienheim, Bergdriesch. „Soziale Frauenschule des Kath Frauenbundes Deutschlands, Zweigverein Berlin", Berlin W 57, Winterfeldstr. 5—6. „Katholische Soziale Frauenschule" für das oberschlesische Industriegebiet, Beuthen O.-Schl. im Kloster der Armen Schulschwestern, Piekarerstr. 20.

Valuta-Probleme.

Von Hartwig Schubart, Salenstein (Thurgau).

Nach einer Zusammenstellung des Temps konnte man am 7. August dieses Jahres für 1000 französische Francs, die vor dem Kriege 800 Mark galten, kaufen in Paris 2564 Mark, in London 2203 Mk., in Madrid 2026 Mk., in Genf 2522 Mk. Wenn nun diese Berechnung zunächst für den Pariser Leser nur ein Arbitrageinteresse hat, so führt sie uns Deutschen den Stand der Valuta — in allen Ländern gleichmäßig niedrig — mit erschreckender Deutlichkeit vor Augen. Da es aber bei uns Kreise gibt, die die augenblickliche Bewertung des deutschen Geldes im Ausland gar nicht ungern sehen, so mag noch einmal ein Licht auf den Einfluß dieser Notierungen für unser Wirtschaftsleben geworfen werden.

Der Verlauf des Krieges hat uns allen die Augen dafür geöffnet, daß Deutschland nicht als selbständiger Wirtschaftskörper sich auf sich selber beschränken kann — das Land ist als solches außer Stande, die für seine Menschenzahl nötige Ernährung hervorzubringen. Nach dem soeben veröffentlichten englischen Weißbuch über die Nahrungsmittelverhältnisse in Deutschland schwankt z. B. die tägliche Ration zwischen einem Proteïngehalt von 20 bis 50 Gramm pro Tag, während die englische Royal Society in Uebereinstimmung mit den Rubener'schen Prinzipien eine Mindestmenge von 70 Gramm zur Zuführung der erforderlichen Kalorien feststellt. Die sehr nüchterne Betrachtung sieht denn auch die Einfuhr von 2½ Millionen Tonnen an Fett und Proteïn als nötig an, wenn nicht der kommende Winter einen Hungertod von Millionen herbeiführen sollte.

Diese uns absolut nötige Einfuhr muß aber bezahlt werden, sie muß umso teurer bezahlt werden, als die große Dürre des Sommers in vielen Gegenden Mißernten hervorgerufen hat, so daß z. B. Amerika die Ausfuhr zeitweilig sperren muß. Zur Zahlung bleibt aber nur das Resultat der deutschen Arbeit übrig — die Goldreserven Deutschlands in runder Höhe von 1,4 Milliarden stehen nicht frei zur Verfügung und sind zudem dringend nötig, um den umlaufenden 37 Milliarden Banknoten wenigstens den Schein einer Deckung zu erhalten.

Bezahlen kann also nur das Resultat deutscher Arbeit die den deutschen Volksmassen dringend nötige Nahrung — eine Tatsache, die allen den zum Teil weltfremden Ideologen, die noch immer sich mit den outrierten Forderungen anarchistischer, bolschewistischer und marxistischer Färbung aus mißverstandener Menschlichkeit solidarisch erklären möchten, über das recht eigentlich Volksmörderische ihrer Tendenzen endlich die Augen öffnen sollte. Nur die angestrengte Arbeit mit einer Entlöhnung, die auch für das Unternehmen die Produktion noch rentabel erscheinen läßt, kann das Leben von Millionen Deutschen fristen. Kapitalistische Neigungen wird mir niemand nachsagen, der meine Bekämpfung kapitalistischer Auswüchse verfolgt hat — aber Ueberschätzung der manuellen Arbeit und eine Bewertung derselben, die durch zu hohe Arbeitslöhne zu internationaler Konkurrenz unfähig macht, sind in gleicher Weise unsozial wie der Kapitalismus, sind in ihren Wirkungen noch vernichtender, geradezu tötend für die Menge des Volkes, und verdienen gleiche Bekämpfung seitens aller wirklichen Menschen- und Volksfreunde. — Die Resultate der deutschen Arbeit aber werden nun im Ausland verschieden aufgenommen. Während die Erzeugnisse der lediglichen Rohstoffgewinnungsarbeit, so Kohlen, Kali und dergleichen, auch bei hohem Preis auf dem Auslandsmarkt konkurrenzfähig sind, die Halbzeuge, namentlich der Schwerindustrie, infolge des auch im Ausland vorhandenen Mangels noch verhältnismäßig leidlich untergebracht werden können, finden Fertigwaren sehr unfreundliche Aufnahme und werden sich erst langsam den verlorenen Markt wieder erobern müssen — es gilt dies sogar von der chemischen und Farbstoffindustrie, in der Deutschland vor dem Kriege eine führende Rolle hatte.

Diejenigen Kreise nun, welche die jetzige Valuta als gar nicht so schlimm ansehen, weisen darauf hin, daß bei dieser Neueroberung des Marktes die Billigkeit der Ware eine große Rolle spiele — die niedrige Valuta gestatte dem deutschen Fabrikanten die Forderung einer angemessenen Bezahlung in Markwährung, die aber durch die Valuta für den fremden Erwerber trotzdem billiger bleibe als der Bezug an anderer Stelle — der Tiefstand der deutschen Mark habe die vorteilhaften Wirkungen eines „dumping“, ohne daß man sie mit Recht wie ein Dumping bekämpfen könne. Der so durch die niedrige Marknotierung geförderte Absatz helfe aber zu neuer Gewöhnung an deutsche Ware und gestatte zugleich Beschäftigung unserer Arbeiter.

Ganz zweifellos liegt dieser Argumentierung etwas Richtiges zugrunde — ob aber diese Erwägungen ausschlaggebend sein können, hängt von der Prüfung ab, inwieweit das Ausland selber sich mit dieser deutschen Preiskonkurrenz einverstanden erklärt und fernerhin, ob die Vorteile dieses Verkaufes geldlich die Nachteile teuren Importes — verteuert durch den gleichen Valutatiefstand, der diesen Verkauf erlaubt — auszugleichen vermögen.

In der ersten Zeit nach der Grenzöffnung hat nun tatsächlich ein ziemlich lebhafter Warenexport aus Deutschland eingesetzt, und es sind, wenn ich recht berichtet bin, auch nicht unbedeutende Abschlüsse getätigt. Speziell deutsche Automobile erschienen sehr billig auf dem Auslandsmarkt — aber auch andere Waren, wie etwa Küchen- und Hausgegenstände. Diese neue Konkurrenz beunruhigte die fremden Industrien und hat sogar schon eine Anzahl von Gegenmaßnahmen gezeitigt. So ist z. B. in der französischen Kammer am 8. August ein Antrag Denais eingebracht, die aus feindlichen Ländern kommenden Waren mit einer der Geldentwertung des Ursprungslandes entsprechenden Taxe zu belegen — diese Ausgleichszölle sollen für Zwecke der Kriegsentschädigung Verwendung finden. In der Schweiz ist sowohl die öffentliche wie die private Initiative aufgetreten — so wenn der Import deutscher Küchenwaren im kleinen Grenzverkehr verboten ist, um die heimische Industrie zu schützen, so wenn die Schweizer Automobilfabrikanten sich gegenseitig verpflichten, an importierten deutschen Automobilen keine Reparaturen auszuführen und keine Ersatzteile für sie zu liefern. Andere Maßnahmen werden folgen, und damit wird der Vorteil der niedrigen Marknotierung für den Absatz im Ausland bald ausgeglichen sein.[1]

Selbst wenn aber eine gewisse Zeit noch ein Teil unserer Industrie von der niedrigen Valuta durch erhöhten Ausstoß profitieren könnte, so würden die erzielten Summen doch in keinem Verhältnis stehen zu dem Schaden, den die teurere Bezahlung unseres Rohstoff- und in erster Linie Nahrungsmittel-Imports unserer Volkswirtschaft zufügen müßte. Des weiteren muß dieser Import — wenigstens zum großen Teil — vom Gesamtvolk getragen werden; der Vorteil des billigeren Lieferns kommt in erster Linie nur einer beschränkten Anzahl Produzenten zugute, in zweiter erst ihren Arbeitern, und nur sehr mittelbar als Steuerertrag dem Gesamtvolk. Wie ich in den hohen Löhnen und der Forderung immer geringerer Arbeitszeit eine unsoziale Tendenz der Massen erblicke, so in allen Bestrebungen, sich mit einer niedrigen Valuta abzufinden, die ja bis zum Vorschlag der Devalvation gingen, eine volksfeindliche Aeußerung des Kapitalismus.

Unsere Volkswirtschaft braucht zur dauernden Gesundung Hebung der Valuta — nicht niedrige Bewertung der Mark mit lediglichem Augenblickserfolg. Diese Hebung kann natürlich nur dann erwartet werden, wenn die Mark im Inland wieder etwas gilt — innere Finanzreform allein kann wirklich helfen. Und da sind die Ansätze der Hilfe nicht genügend und zum Teil zu sehr Laienwerk. Nicht genügend sind sie, weil sie nicht hoch genug gehen — Laienwerk, weil sie trotzdem nicht genügend berücksichtigen, daß darniederliegender Handel und Industrie äußerster Freiheit zum Aufblühen bedürfen, Freiheit von jedem sozialisierenden Zwang, Freiheit zu jeder Entfaltung persönlicher Initiative, Freiheit in der Arbeit des Betriebskapitals. Nicht das Betriebs-Kapital darf staatlich erfaßt werden, sondern nur der Arbeitsertrag, soweit er persönlichem Verbrauch offen steht, in steuerlicher Verbrauchsbeschränkung, und die Sozialisierung darf nicht über staatliche Beteiligung hinausgehen. Dann werden aber die Budgets verringert werden können, dann die Noteninflation behoben, dann im Verein mit **Lohnherabsetzung** der Kaufwert der Mark im Innern, die Valutanotierung im Ausland auf richtige Norm gebracht.

Neben solcher inneren Reform wird natürlich auch eine angemessene äußere Finanzpolitik der Hebung der Valuta dienen müssen. Von vornherein ist natürlich vor Mitteln zu warnen,

[1] Nachträglich erfahre ich, daß in Bern ein Gesuch eingereicht ist, die Einfuhr deutscher Gardinen usw. zu untersagen, um die St. Galler Stickereiindustrie gegen die Konkurrenz der deutschen Valuta zu schützen. Die N. Z. Ztg. befürwortet inzwischen in Nr. 1326 vom 2. September ebenfalls die Einführung von Valutaausgleichszöllen, wie solche in Frankreich beantragt sind.

die durchzusetzen Deutschland weder Kraft noch inneres Recht besitzt. Ein solches Mittel war z. B. Forderung einer Bezahlung der Zölle entweder in Gold oder mit einem der Valutaentwertung entsprechenden Aufgeld in Papier — diese Forderung ist rechtswidrig, solange die Note im Inland als staatliches Zahlungsmittel gleichwertig mit Gold gilt, aber nicht mehr in Gold ausgezahlt werden muß. Ueberhaupt werden direkte Zollmaßnahmen kaum irgend angewandt werden können, sie führen zudem zu leicht zu Repressalien. Auch der zur Diskussion gestellte Gedanke, unserem gesamten Export eine Mindestvaluta vorzuschreiben, unter welcher nicht ausgeführt werden darf, ist äußerst gefährlich — er würde ein für lange Jahre dauerndes Festlegen auf diese Valuta bedeuten, die augenblicklich der ganzen Lage entsprechend nur recht gering normiert werden könnte. Ein anderes, immerhin gangbares Mittel, ist die behördliche Festsetzung gleitender Preise, unter denen nicht ausgeführt werden dürfte — zu Herstellungspreis mit nur ganz geringem Nutzen, der lediglich einer dem staatlichen Zinssatz entsprechenden Kapitalsrente angepaßt sein dürfte, bei Paritätsvaluta, bei Notierung der Mark unter dieser mit automatischer Punkterhöhung des Exportpreises entsprechend dem Valutafall. Dieser Vorschlag ist bereits vor längerer Zeit von mir eingebracht — ich möchte aber selbst darauf hinweisen, daß ich ihn nur für Rohstoffexport als praktisch erachte, bei Industrieerzeugnissen würde er zu stark den Absatz erschweren.

Gehoben muß die Valuta werden — die einzig effektiven Mittel sind innere Ordnung, innere Reform, Hebung der Kaufkraft des Geldes im Innern, Beseitigung der Noteninflation, Herabminderung des Budgets, Herabsetzung der Löhne, Verbrauchsbeschränkung und absolute Freiheit des Handels und Verkehrs.

Vom Büchertisch.

Karl Bienenstein: Der schwarze Stein. Erzählung. Innsbruck-München, Tyrolia. Pr. 4 M. — Ein niederösterreichischer Bauernroman von hervorragender künstlerischer Kraft. Das an sich sehr heikle, ja peinliche und gewiß nicht ungefährliche Thema: eine ihren an der Front stehenden Mann heiß liebende junge Bäuerin verliert sich in unbewachtem Augenblick, wie unter Zwang einer Selbsttäuschung, an einen anderen, ist prachtvoll verinnerlichend bewältigt. Das Ganze ist ein Glanzstück dichterischer Erfassung der Natur, der Menschen, der Heimat. Heimatliebe ist das treibende, drängende Motiv. Und Unmittelbarkeit, zugleich deren zielstarke Beherrschung, wie sie einem wahrhaften Künstler eignen muß, durchglutet und hebt die Gesamtdarstellung. E. M. Hamann.

Dr. **Karl Bachem, Politik und Geschichte der Zentrumspartei.** Im Anschluß an die Richtlinien für die Parteiarbeit vom 30. Juni 1918. Köln, J. P. Bachem. 8° 267 S. M 6.—. In den Kreisen der Zentrumspartei bestand längst das Bedürfnis nach einer Geschichte der Partei. Dr. Karl Bachem, der als Publizist wie als Politiker in gleicher Weise für diese Arbeit berufen ist, hat die neuen Richtlinien für die Parteiarbeit, welche der Reichsausschuß am 30. Juni 1918 veröffentlicht hat, zum Anlaß genommen, uns in der vorliegenden Schrift eine Erläuterung der Richtlinien und einen Ueberblick über die Geschichte der Zentrumspartei zu bieten. Der sachliche Zusammenhang zwischen beiden ist von vornherein klar: die neuen Richtlinien bezwecken die Fortführung des alten Zentrumsprogramms unter Berücksichtigung der Entwicklung bis Juni 1918 und betonen die dauernde und grundsätzliche Bedeutung der Zentrumsarbeit gegenüber sich vordrängenden und zum Teil strittigen Tagesfragen. Zur Erläuterung der Richtlinien gibt Bachem S. 38—56 grundsätzliche Erörterungen über ihr Wesen und ihre Bedeutung. Besondere Beachtung verdient, was er dabei ausführt über den Streit um Tagesfragen, die an sich mit den Grundsätzen der Partei nichts zu tun haben, gegenüber der grundsätzlichen Fragen (S. 43 f.), sowie über das taktische Moment in der Politik einer Minderheitspartei in seinem Verhältnis zu den Grundsätzen der Partei (S. 45/49). In letzterer Hinsicht immer die unüberschreitbare Grenze einzuhalten ist, wie Bachem bemerkt, „die delikateste Aufgabe, welche der praktischen Zentrumspolitik stets gestellt war und stets gestellt sein wird," zugleich aber auch eine Lebensfrage für die Partei; in anderen Ländern ist die Politik, speziell der Katholiken, vielfach an dieser Schwierigkeit gescheitert, der deutschen Zentrumspartei wird man dagegen die Anerkennung nicht versagen können, daß es ihr bisher gelungen ist, sie zu überwinden. Ein weiterer Abschnitt (S. 57—89) bespricht den sachlichen Inhalt der Richtlinien im einzelnen. Wie von den Richtlinien selbst, so ist auch von den Erläuterungen, die vor dem November 1918 geschrieben und gedruckt wurden, einiges durch die Ereignisse seit dem Umsturz überholt; aber wie das Programm der Zentrumspartei im ganzen auch nach dem Umsturz seinen Wert behalten hat, so in der Hauptsache die Ausführungen Bachems. Der zweite Teil des Buches ist der Vorgeschichte und Geschichte der Zentrumspartei gewidmet (S. 90—186). Leider liegen auf diesem Gebiete bis jetzt nur wenige Vorarbeiten vor. Bachem kann deshalb und mit Rücksicht auf den beschränkten Umfang des Buches keine ausführliche kritische Geschichte der Zentrumspartei und Zentrumspolitik bieten, sondern muß sich mit einem Ueberblick über die Hauptpunkte der Entwicklung begnügen; dabei werden in der Vorgeschichte die Vorläufer der Zentrumspartei in Bayern, Hessen und Baden kurz berührt, eingehender wird nur die Geschichte der Zentrumspartei in Preußen und im Reich behandelt. In die Darstellung sind die wichtigeren Aktenstücke (Programme, Satzungen, Aufrufe) im Wortlaut eingeflochten. Ein umfangreicher dritter Teil (S. 187—267) enthält Statistiken (Fraktionsvorsitzende, Wahlergebnisse, verstorbene Führer und Literatur über Zentrumsführer) und die Wahlaufrufe der beiden Fraktionen des Reichstages und des preußischen Abgeordnetenhauses von 1874 bis 1912. Der Aufruf, welcher die Richtlinien einführt, beginnt mit den Worten: „Eine neue Zeit ist angebrochen"; das gilt in noch höherem Maße, als man es damals im Juni 1918 ahnte. Für die Zentrumspartei hat die neue Zeit in mehr als einer Hinsicht eine neue Lage gebracht, aber die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung wie zu den Landtagen in Preußen, Württemberg, Baden und Hessen haben gezeigt, daß sie auch nach dieser beispiellosen Umwälzung noch das Vertrauen der Wähler besitzt. Sie ist dadurch berufen, bei dem Neuaufbau an hervorragender Stelle mitzuarbeiten und dazu befähigen sie nicht nur ihre im vollsten Sinne staatserhaltenden Grundsätze, sondern auch die Erfahrungen, die sie in ihrer bisherigen fast halbhundertjährigen Wirksamkeit gesammelt hat. Als eine Zusammenfassung der Grundsätze wie der Erfahrungen wird das Buch Bachems allen Mitgliedern und Freunden der deutschen Zentrumspartei sehr willkommen sein. Dr. Scharnagl.

Prof. Dr. Franz Keller: Sonnenkraft. Der Philipperbrief des hl. Paulus in Homilien für denkende Christen dargelegt. Freiburg, Herder. Zweite und dritte, verbesserte Auflage. Pr. kart. 3.60 M. — Dies Buch selbst hat „Sonnenkraft". Das zeigt sein rasches Sichdurchsetzen, auch bei der Kritik, und zwar der Kritik beider Konfessionen. Mit großer Schlichtheit, Eindringlichkeit, Wärme beleuchtet es die ewige Wahrheit: Christus ist der Urgrund der Freude. Freude ist daher auch sein Evangelium, wo und wann und aus welchem Grunde immer es verkündet werde (s. Phil. 1, 18). Der Philipperbrief ist eine hervorragende Uebermittlung dieser Freude — aus der Gefangenschaft des Völkerapostels heraus, der den Philippern zuerst die von ihm übernommene Heilsbotschaft gebracht hatte. Nicht zuletzt daher mag sich die überaus sonnige Herzlichkeit des Briefes erklären. Ihr Abglanz liegt auch über dem Kellerschen Buch, das mit seiner „Theologie der Freude" uns die Freude zur „Pflicht" machen lehrt und das deshalb nicht nur in die Bibliothek der Studierstube gehört, sondern auch in die des Hauses, der Vereine usw. E. M. Hamann.

De Jure Matrimoniali juxta Codicem juris canonici Scholarum usui accommodavit H. Noldin S. J. 8° IV u. 208 S. Kr. 6.80. Linz, Kath. Preßverein 1919. In der klaren übersichtlichen Form seiner Moraltheologie und ganz nach der dort festgehaltenen Anordnung und Darbietung des Stoffes gibt hier P. Noldin eine Darstellung des jetzt geltenden Eherechtes. Was vom bisherigen Recht in Kraft geblieben und was an neuen Bestimmungen hinzugekommen ist, erfährt in diesem Werk eine geordnete, geschlossene Bearbeitung. Die einzelnen Abschnitte behandeln Wesen und Eigenschaften der Ehe als eines der Kirche anvertrauten Sakramentes, das Verlobungsrecht, die Ehehindernisse, Dispensrecht, Eheabschluß, die Gültigmachung einer unzureichenden Ehe, Trennung bzw. Scheidung. Ein kurzer Anhang behandelt die Zivilehe. Das zunächst für den Schulgebrauch berechnete Buch wird sicher den vielen Freunden des Noldinschen Moralwerkes, die schon in der Seelsorge stehen, willkommen sein. Neben der knapp gefaßten Inhaltsangabe wäre ein alphabetisches Verzeichnis erwünscht, wie es den verschiedenen Bänden der Moraltheologie beigegeben ist. O. Heinz.

Im Verlag H. Potthoff, Bochum, erschienen einige praktische Werkchen. Vor allem die knappe aber wirkungsvolle Darlegung von Kaplan Dederichs „Auf flinken Sohlen . . ." (16 S. 10 Pf.) Hier wird gut zwischen Tanz und Tanz unterschieden und es werden die Grenzen eine statthaften Tanzes in wohlbegründeter Weise abgesteckt. — Die unter der Zusammenfassung „Weg, Wahrheit und Leben" veröffentlichte Aufsatzreihe von Pfarrvikar Wilhelm Meyer (134 S.) behandelt Grundlage und Richtlinien des christlichen Charakters, die ihm entgegenstehenden Hemmnisse und sich darbietenden Hilfsmittel im Streben nach der Erfüllung des Apostelwortes im Galaterbrief (4, 19), „bis Christus in uns gestaltet werde". — **Drei Tage bei den Jesuiten.** Eine psychologische Skizze aus der Gegenwart von Georg Baumberger. (32 S., 50 Pf.) Der mit so feinem Blick schildernde Schriftsteller zeichnet da in kurzen Strichen ein Bild, wie er „sehr kritisch, mit Vorbehalten wohlgewappnet" ins Exerzitienhaus ging, aber dann beim Durchleben dieser Seelenkur von seinen dagegen gehegten Vorurteilen gründlich geheilt wurde. Wir möchten in dem prächtigen Schriftchen einen ganz wirksamen Anwalt der Geistesübungen sehen, dem es gelingt, viele dafür zu erwärmen. — Als letzte Nummer der Sammlung „Im Frühling des Lebens" liegt ein lebenswarm geschriebenes Büchlein von Dr. Ernst Breit vor „**Die Sonne des geistlichen Jahres**". (71 S., 75 Pf.) Die hl. Eucharistie wird hier in den Mittelpunkt des Kirchenjahres gestellt und die Verbindungsfäden zwischen den verschiedenen Festzeiten und diesem Zentralgeheimnis des hl. Glaubens gewoben. — Für weibliche Jugendpflege erscheinen eine Reihe recht brauchbarer Anleitungen vereinigt unter dem Gesamttitel „Im Dienste der Jugend". Dankbar ist die dabei obwaltende Zielrichtung zu begrüßen, die Vereinsversammlungen wie der Unterhaltung, so vor allem auch der Bildung nutzbar zu machen. P. P. Humbert gibt praktische Winke über das **Theaterspiel im Jungfrauenverein**, E. Stoffels zeigt an „**27 Programmen für Vereinsversammlungen**" Auswahl und Anlage der Darbietungen. Nachdrücklich sei auf das Werkchen hingewiesen „**Der Gesang im Jungfrauenverein**" von J. Hatzfeld und G. Schauerte. 8° 55 S., M 1.80.) Einem einleitenden Abschnitt über Wert und Segen des Singens reiht sich ein kurzgefaßter Gesangsunterricht mit Notenbeispielen an. Die hier gebotenen Elemente der Gesangskunst befähigen und ermutigen dann zu weiterer Ausbildung auch im Chorsingen. Dem Werkchen ist ein willkommener Ueberblick über die in Betracht kommende Musikliteratur für Frauenchöre beigegeben. O. Heinz.

M. M. Lohola: Himmelwärts. Genehmigte Uebertragung nach der Ausgabe von H. Thürsten, S. J., von Ida Hellinghaus, Regensburg, Friedrich Pustet. Pr. geb. 4.40 M. — Die bereits durch ihr Kommunionbuch „Willkommen" bewährte Uebermittlerin dieses aus kostbarer Quelle geschöpften geistigen, seelischen Schatzes verweist im Vorwort auf Art und Wert des Gebotenen, das in 52 Kapiteln uns den „Sonntagsweg" zum ewigen Ziele aufs eindringlichste zu beleuchten geeignet ist. E. M. Hamann.

Kriegerdenkmäler.

Der Gedanke, daß das Kriegerdenkmal nur dann seine Bestimmung ganz erfüllen kann, wenn es, aus christlichem Geiste geschaffen, die tröstliche Wahrheit der heiligen Lehre vor Augen führt, und wenn es auf den Weg hinweist, der aus irdischem Leide zu überirdischem Glück und Lohne führt — dieser bei Kriegserinnerungszeichen früher so gut wie ganz vernachlässigte Gedanke kommt neuerdings erfreulicherweise mehr und mehr zur Geltung. Die Kirche selbst ist es, die sich mit Wärme und Aufopferung seiner annimmt. Während von weltlicher Seite bisher nur sehr Weniges geschieht, um das Ehrengedächtnis unserer gefallenen Helden dem dankbaren Gedächtnisse der Nachwelt zu überliefern, und jenes Wenige künstlerisch kaum vereinzelt Beachtung verdient, in herkömmlicher Weise inhaltsleer und kalt ist, erwirbt sich die Kirche das schöne Verdienst, ausgezeichnete Künstler zur Herstellung wahrhaft würdiger Denkmäler des Krieges anzuregen, damit den hohen Zweck erst recht zu erhöhen und zu adeln, während sie damit gleichzeitig wesentlich zur Förderung der modernen Kunst beiträgt. Der Malerei und Graphik in allen ihren, auch kunstgewerblichen Betätigungen kommt dieses Interesse der Kirche ebenso zugute wie der Baukunst und der Bildnerei! Von zwei Leistungen der letzteren darf hier kurz die Rede sein.

In der altehrwürdigen Kirche St. Emmeram zu Regensburg wurde am 31. August ein Kriegerdenkmal feierlich geweiht, das der Erinnerung an die Gefallenen der zugehörigen Pfarrgemeinde dienen soll. Ihrer sind nicht weniger denn 560! Das an der Nordwand des westlich an das Kirchenschiff sich anschließenden alten Mönchschores angebrachte Denkmal ist eine Arbeit des Regensburger Bildhauers G. Schreiner. Der Form der Wandepitaphien des 16. und 17. Jahrhunderts sich nähernd, besitzt das in Holz geschnitzte Werk eine Breite von 8 bei einer Höhe von 7 Meter. Ueberaus reich ist es vergoldet, Einzelheiten sind farbig behandelt und doch zeigt bei aller Pracht das Ganze eine edle und vornehme Zurückhaltung. Länglich rechteckig ist der Mittelteil, der durch kleine Säulen in fünf Abteilungen gegliedert wird. Die mittelste bildet eine rundbogige Nische. In ihr thront auf silbernen Wolken die hoheitsvolle Gestalt der Himmelskönigin als Schutzherrin Bayerns. Das auf ihrem Schoße stehende Knäblein wendet sich segnend dem Beschauer zu. Unterhalb der Gruppe ist an dem Sockel das bayerische Wappen angebracht. Die vier anderen Abteilungen enthalten Tafeln mit den Namen der Gefallenen. Weitere solche Inschriftflächen sind in den Seitenwangen des Mittelteiles, ferner in den unterhalb von diesem befindlichen großartigen Schmuckgehängen, sowie auf zwei Einzeltafeln untergebracht. Letztere hängen zu beiden Seiten des Altares, der dem Denkmal als Sockel dient. Das erwähnte Schmuckgehänge ist dreiteilig. Sein mittlerer Teil enthält das von der Halbfigur eines Engels gehaltene Fürstlich Thurn und Taxis'sche Wappen. Hat doch der Fürst einen sehr bedeutenden Beitrag zu den Kosten des Denkmals gestiftet. Nicht minder prachtvoll ist die obere Bekrönung des Mittelteiles. Sie besteht aus drei Giebeln. Der mittlere, höhere ist geschmückt mit den Wappen und Fahnen des ehemaligen Vierbundes, sowie mit zwei Engeln, welche die Sinnbilder von Krieg und Frieden — Schwert und Palme — in den Händen halten. Die beiden seitlichen Giebel zeigen die Wappen der Familien v. Dalwigk und v. Rolshausen zum Andenken an zwei im Kriege gefallenen Kavaliere des Fürsten von Thurn und Taxis. Das ganze Denkmal ist mit der Großartigkeit seiner Erfindung und der Schönheit seiner reich phantasievollen Durchführung, endlich mit dem trefflich erwogenen Ebenmaße seiner Verhältnisse ein herrlicher Schmuck des gewaltigen Kirchenraumes. Es wirkt auf Sinn und Gemüt mit gleicher Stärke.

Nicht minderes Lob verdient ein, wenngleich viel kleineres Werk, eine Pietà von dem an dieser Stelle schon häufig mit verdienter Anerkennung erwähnten Münchener Bildhauer Sebastian Osterrieder. Die schöne Gruppe ist jedem Besucher der Asam'schen St. Johanneskirche in der Sendlingerstraße wohl bekannt. Dort steht sie in einer kleinen Seitenkapelle. Mit vorzüglicher Beherrschung der Form und des ergreifenden geistigen Ausdruckes, technisch wie inhaltlich gleich befriedigend, ist das lebensgroße geschnitzte und farbig behandelte Werk eine der besten Leistungen der neuen Münchener christlichen Plastik, besonders auch darum ernstlicher Beachtung würdig, weil es seinen Zweck als Kriegerdenkmal vorbildlich erfüllt. Wieviel Trost Menschen bereits gefunden haben, die vor diesem Bildwerke zum Heilande beteten, das bezeugen die zahlreichen am Gitter angebrachten Votivtäfelchen. Um so lebhafter wird das Bedauern vieler darüber sein, daß das Bildwerk nicht mehr an dieser Stelle bleiben, sondern nach Jetzendorf überführt werden soll. Man möchte wohl gern und mit Recht wünschen, daß die bisherige Stelle nicht verwaist bleibe, sondern bald eine Wiederholung des so beliebt gewordenen Bildes aufnehmen möge. — Bei dieser Gelegenheit sei noch auf eine andere neue Arbeit des gleichen Künstlers hingewiesen. Es ist der reich versilberte Tabernakel in der St. Anna-Damenstiftskirche. Das Werk ist dem Stile des prachtvollen Rokokoraumes fein angepaßt. Wirkungsvoll hebt sich der Tabernakel von dem dunklen Altargemälde ab und besonders wird hierdurch die Schönheit der drei das Werk bekrönenden Figuren hervorgehoben, der zwei knieenden Engel und der Herz-Jesu-Statue zwischen ihnen. Der letzteren darf man nachsagen, daß sie das so schwierige Problem derartiger Darstellungen in neuartiger, entschieden glücklicher Weise behandelt. Wer gewohnt war, Osterrieder nur als tüchtigen Bildner reizvoller Weihnachtskrippen zu beurteilen, wird nach diesen Leistungen seine Vielseitigkeit und seine Befähigung auch für die kirchliche Monumentalkunst anerkennen.

Erwähnt sei schließlich noch ein Projekt, das (neben anderen Leistungen seines hochstrebenden Talentes) der Münchener Bildhauer Jos. Lampel im Münchener Kunstverein zur Schau brachte. Er hegt einen Gedanken, der ähnlich schon seit den Zeiten des Altertums wiederholt aufgetaucht ist, den auch Michelangelo erwogen hat — einen Berggipfel in ein Denkmal zu verwandeln. Lampel hat sich zu diesem Zwecke das sog. „Ettaler Mandl“ ausersehen, das auch früher schon für ähnliche Pläne ins Auge gefaßt worden ist. Er will aus ihm die groß und schlicht stilisierte Figur der thronenden hl. Jungfrau bilden. Am Fuße des Berges sollen Gedächtnistafeln aufgestellt und in den Berg hinein eine Kapelle der schmerzhaften Muttergottes vertieft werden. Die Kosten denkt sich der Künstler durch geringe Beiträge aller bayerischen Gemeinden aufgebracht. Der Einfall ist sicher schön und groß. Doch ist mit Fug zu bezweifeln, daß ein solches Denkmal gerade jetzt auszuführen möglich wäre. Außerdem wäre der Gedanke schon vom Standpunkte des Naturschutzes abzulehnen. Dr. O. Doering.

Mißbrauchte Theaterfreiheit.

Von W. Thamerus.

Wir, die wir schon in früheren Zeiten mit Sorge auf die Kulturhöhe unserer Schaubühne blickten, da wir sahen, wie immer wieder nackter Geschäftssinn, Frivolität und Sensation das Theater herabwürdigten, müssen bekennen, daß das Niveau von damals noch ein ganz leidliches genannt werden könnte, wenn wir den Maßstab annehmen, den die „neue Zeit“ uns bietet. Ach, es wird heute noch viel mehr geredet, als früher, von künstlerischer Volkserziehung und was derlei schöne Dinge sind, dabei sinkt der Geschmack immer tiefer, und immer bereitwilliger dienen ihm die Bühnen.

„Ludwig II., ein bayerisches Königsdrama“ steht seit einigen Tagen auf den Anschlagssäulen. Ein Riesenplakat zeigt die Züge des unglücklichen Wittelsbachers und hinter ihm steht ein — Jesuit mit wildfanatisch verzerrten Gesichtszügen, etwa so, wie man in einem Provinznest den Sekretär Wurm spielt, wenn er der armen Luise Millerin den bekannten Brief diktiert. Ich bin ein paar Tage lang an dem Plakat kopfschüttelnd vorbei gegangen und habe gehofft, daß die anderen Leute auch abgewendet vorbei gehen würden; aber das taten sie nicht, im Gegenteil, sie ließen sich anlocken und füllten allabendlich die Blumensäle und spendeten dem Machwerk dröhnenden Beifall. So bin ich denn auch hingegangen. Es ist zwar bequemer und angenehmer vor gewissen Kulturerscheinungen die Nase zuzuhalten, aber man macht sich zum Mitschuldigen, wenn man das Schlechte widerspruchslos duldet. — Man sitzt an Tischen und trinkt Bier. Die Musik spielt unentwegt einen Automarsch. Am Vorhang zeigt sich Lichtspielreklame. Man möchte gerne wegsehen, allein das hält man in dem Dunkel nicht lange aus und da liest man eben diese Annoncen mit Bildschmuck! Auf einem der wenig künstlerischen Bildchen rühmt sich ein Fabrikant, daß er einen Flügel in die königliche Residenz habe liefern dürfen und es ist nicht bekannt, daß die Herren von der Räterepublik musikalische Bedürfnisse gehabt haben; dann zwischen einem Hühneraugenmittel und falschen Perlen vernehmen wir, welches Blatt „die große politische süddeutsche Zeitung“ ist und wir erinnern uns heute dort gelesen zu haben, es sei nicht verwunderlich, daß sich nach Aufhebung der allerdings längst entbehrlichen Theaterzensur Kolportagedramatik bemerkbar mache und wir denken nochmals darüber nach, wie sich denn hier diese „Entbehrlichkeit“ dokumentiere, aber mittlerweile hat sich die äußere Situation im Theatersaal geändert. Das Publikum, das die Klänge Viktor Holländers mäuschenstill angehört, klappert mit den Gläsern, denn die Kapelle spielt jetzt Wagner, (!) aber auch das geht zu Ende und endlich der Vorhang in die Höhe. Ein Kammerdiener vertauscht einen Ring, den Ludwig II. dem Schauspieler Kainz schenken will, mit einem geringwertigeren; dann kommt der König schwärmend von dem Kunstgenuß aus der nächtlichen Separatvorstellung, schreibt einen Brief verzückten Tons an den Mimen; empfängt die Kaiserin von Oesterreich; großes Duett, dem nur die Musik fehlt. Er, der Adler, sie die Taube. Jugenderinnerungen. — Liebelose Ehe der Elisabeth. — Die Königin-Mutter warnt vor Ludwigs großer Einsamkeit, der König wittert hinter ihren Worten Intrigen Luitpolds und Ludwigs. Der sonst so pathetische Schönheitssucher äußert sich nicht sehr zart über des Onkels Jagdvergnügen und des Vetters große Kinderstube. Als schließlich der Kabinettssekretär erklärt, es fehle das Geld, um am Chiemsee weiterzubauen, ist der König sehr ungnädig, daß man für Militär so viel Geld habe und nichts für die Schönheit. 2. Akt. Kultusministerium. Der kgl. Kammerdiener verkauft dem Herrn von Lutz die Nachricht, der König wolle den Zentrumsführer von Franckenstein mit der Bildung eines neuen Ministeriums betrauen. Das paßt natürlich den Herren von der damaligen vom König lange Jahre ungestörten Ministerrepublik nicht, rasch ist der Ministerrat zusammen und beschließt, mit Hilfe des Landtags den König zu entmündigen. Gudden, der Irrenarzt, verliest ein Gutachten, das sich auf

die Aussagen jenes bösen Kammerdieners stützt und mit besonderem Nachdruck albern gehalten ist. Von den Ministern, die alle portraitgetreu aufmarschieren, stimmen alle für die Absetzung, außer Herrn von Riedel, der als eine humorbegabte Hofbräuhaustype aufgefaßt ist. 3. Akt. Neuschwanstein. Der König verschmäht die Flucht, will sich töten und wird von den Irrenwärtern Guddens gepackt. Ist dieser Akt geschickt auf Rührung im Geschmack des Kolportageromans angelegt, so herrscht im letzten der Simplicissimuston. Wittelsbacherpalais. Wir hören aus Lakaienmunde, daß das Volk dem Regenten und seinem Sohne auf der Straße mit Eiseskälte begegnete, aber wenn der Wagen des „Alphons" nahte, demonstrativ Hoch gebrüllt habe. Spricht die Dienerschaft von ihrer Herrschaft, dem Prinzen und der Prinzessin Ludwig, so geschieht es mit ausgesuchter Bosheit. Gleich bei ihrem Auftreten wird Bayerns letzte Königin als geizig charakterisiert, die Köchin fliegt beinahe hinaus, weil sie dem Rupprecht ein Lungerl für 20 Pfennige gemacht hat. „Wir sind keine Kommerzienrats", sagt Maria Therese. Das Publikum amüsiert sich köstlich und der höhnende Autor merkt nicht, daß man es vielleicht als Verdienst ansehen könnte, wenn eine zum Vorbild berufene Familie in einer üppigen Zeit eben nicht leben will wie Kommerzienrats; aber der Autor steht auf der Kulturstufe seiner Lakaien, und er dient so am besten „seinem" Publikum. Es ist geradezu empörend, welche Schilderung sich ein volles Haus von Ludwig III. machen läßt. Republikaner oder Monarchist, einerlei, jeder anständige Mann müßte sich empören, daß man den König im Exil mit Kot bewirft. Ludwig III. stand lange Jahrzehnte in Berührung mit Tausenden aus allen Volksschichten, diese alle wissen, daß, wer diesen Mann als einen Schwachkopf hinstellen will, wider bessere Kenntnis die Wahrheit fälscht. Auf die erschütternde Nachricht vom tragischen Ende Ludwigs II. fällt dem Prinzen nichts ein, als daß er die aus Sparsamkeitsgründen zurückgehaltene Hose nun doch zum Ausbügeln schicken muß. Mit diesem perfiden Witz schließt ein „bayerisches Königsdrama". Daß auch die Frömmigkeit Marie Theresens, die landwirtschaftlichen Neigungen ihres Gatten, schofles Verhalten gegen die unglückliche Königsmutter und vor allem heimliche, feige Kabalen gegen den König noch dazu dienen müssen, das Wittelsbachische Königtum in den Staub zu ziehen, nur nebenbei. — Dieses dramatische Pamphlet, verbunden mit Rührseligkeit und verstiegenen Phrasen — „Poesie!" — im Zwischenakt Richard Wagner in der Auffassung eines Variétéorchesters.

Das sind Eindrücke, die uns an unserer Kultur verzweifeln lassen könnten. Dazu die wachsende Unsittlichkeit unserer „zensurfreien" Bühne. Urteilte doch neulich über den „Ring" des Harry Kahn selbst ein von moralischen Aengsten unbeschwertes sozialistisches Blatt, wer sich in dieser Vorstellung bei behaglichem Grunzen ertappe, ein Schwein sei! Verpestete Luft herrscht in der Freudenhausatmosphäre von Schalom Aschs „Gott der Rache", eines jüdisch-polnischen Dichters und nun ergießt sich ein ganzes jüdisches Theater aus der fragwürdigen Kultur des Ostens über uns gutmütige Deutsche. Wir verstehen zwar das hebräisch-polnische Deutsch nicht, aber die Stammesgenossen dieser Künstler tun furchtbar begeistert und da sind wir wieder einmal gutmütig oder dumm oder beides. — Daß das „Kino" von der „Freiheit" profitiert, ist eine allgemeine Klage. In Baden wurde vom Ministertisch aus ein Einschreiten gegen die Schundfilme in Aussicht gestellt. Bei uns ist mir darüber nichts bekannt geworden, im Gegenteil, man gestattet den Einbau neuer Kinos in diesen Zeiten der Wohnungsnot, in der man anderseits aus Raummangel zu Zwangseinquartierungen schreitet. Gegen Aufklärungsfilme, die die schmutzige Sensationslust mit dem Mantel der „Wissenschaft" drapieren, haben sich selbst moralisch laue Blätter gewendet. Auch hier blüht der kolportagehaft aufgemachte historische Klatsch. Zu dem Kronprinz Rudolf-Film „Das Geheimnis von Meyerling" stehen die Leute an in langen Reihen, wie vor den Metzger- und Zigarrenläden. Merkwürdig, wie der Glanz versunkener Kaiserherrlichkeit die Republikanerherzen anzieht, zumal wenn Allzumenschliches hineinspielt.

Wie im Theater bei Ludwig II. auch hier die Tendenz. man sorgt für echte Kleider und echte Masken, denn wenn dies alles stimmt, nimmt das Publikum auch die lächerlichen Geschichtsfälschungen als historisch. „Das Publikum sein eigener Zensor", eine ideale Forderung. Ach, wie weit sind wir vom Ideale entfernt, mich dünkt weiter als je. Sind diese trüben Erscheinungen eigentlich für ein Kultusministerium ein Gegenstand der Sorge oder hat man dort Besseres zu tun? Vielleicht gibt man wenigstens einer praktischen Erwägung Raum. Was heute Ludwig III. passiert, kann morgen hohe Herren von heute treffen. Mögen sie gegen Anwürfe sich so erhaben fühlen können, wie der letzte Träger der Krone!

Bühnen- und Musikrundschau.

Residenztheater. Anton Wildgans, der Dichter der „Armut" und der „Liebe" hat mit „Dies irae" einen neuen starken Erfolg errungen. Das oft gestaltete Drama des Sohnes, der im Konflikt mit seinen Eltern steht, wird hier tiefer gefaßt. Es ist der Widerstreit zwischen beiden Eltern, welcher seine Seele haltlos gemacht hat. Die Disharmonie liegt in seinem Innern, weil er das ungewollte Kind war zweier Menschen, die sich haßten. Daher der Zwiespalt in seiner Seele, so daß er ein Mensch ohne Willen, ohne innere Harmonie wurde. Als er diese Erkenntnis inne wird, tötet er sich. Wie in allen Stücken Wildgans' leitet der Schlußakt aus der Sprache des Alltages in Verse von großer Bildkraft und Schwung. Hier wird der Dichter zum Mahner und Prediger, der in einer von ethischer Kraft beflügelten Sprache die Verantwortlichkeit der Menschheit vor den Ungeborenen verkündigt. Daß im Leben das Schicksal von Kindern aus solchen unglücklichen Ehen nicht immer so traurig sich gestaltet, spricht nicht gegen den ethischen Wert der Dichtung. Neben den schwachen jugendlichen „Helden" stellt der Dichter einen im Findelhause Herangewachsenen, der nicht weiß, wer seine Eltern sind, der in maßloser Verbitterung mit dem Leben kämpft. Der Dichter überspannt alles auf das Aeußerste, alles ist mit einer Leidenschaftlichkeit bis zu den letzten Konsequenzen getrieben, stellenweise in unerträglich derber Ausdrucksform vorgetragen. Das Publikum war von dem düsteren Ernst der Gedanken an einigen Aktschlüssen so befangen, daß es die Aeußerungen des Beifalls vergaß. Um so stärker, wenngleich nicht unwidersprochen klang dieser am Schlusse. Benofski und Rehmer als die beiden Jungen, Basil als Vater spielten mit einer Hingabe, die hinriß.

Jüdisches Theater. In den Kammerspielen und im Neuen Theater werden uns zurzeit jüdische Stücke geboten. Ob die Duplizität der Ereignisse Zufall oder Absicht, ist mir nicht bekannt. Ich mutmaße das letztere. Man gedenkt uns durch einen Münchener Verlag in eifriger Uebersetzertätigkeit eine ganze „Ostjüdische Bibliothek" zu bieten. Die Beschäftigung mit dieser Literatur mag vor allem für den stammverwandten Forscher manches Anziehende in wissenschaftlicher Hinsicht haben; so weit ich auf der Bühne übersetzte Stücke sah und unübersetzte zu enträtseln suchte, ist mir nicht die Ueberzeugung geworden, daß die deutsche Bühne künstlerischen Gewinn aus diesen Stücken ziehen könnte. Das jiddische (nicht jüdische) wird von der Sprachforschung als eine ostmitteldeutsche Mundart bezeichnet. Sie hat sich im Osten in fernen Zeiten durch deutsche Juden verbreitet, die infolge der Judenverfolgungen dorthin gewandert waren. Natürlich nahm der Dialekt in seiner Entfernung von deutschem Boden viel östliches Sprachgut auf. Dieses Gemisch von hebräisch, deutsch und alt- und neuslavisch wird heute von 4 Millionen in Polen, Rußland, Galizien, Rumänien, Palästina und neuerdings Amerika und Südafrika gesprochen, in Deutschland ist der Dialekt durch die mit Moses Mendelssohn eingetretenen Kulturbestrebungen erloschen. Die jiddische Literatur mit hebräischen Schriftzeichen reicht bis ins Spätmittelalter, weltliche Dramatik bietet sie erst seit vier Jahrzehnten. Vormals gab es nur religiöse Aufführungen. (Die Entwicklung ist überall die gleiche, ob wir den Ursprung der griechischen Tragödie, die christlichen Mysterienspiele oder diese Purimspiele um Esther und Mardochai betrachten.) Die Dilettantenaufführungen scheinen Jahrhunderte lang ohne sonderliche Entwicklung geblieben zu sein. Als Gründer des jüdischen Theaters wird Abraham Goldfaden genannt. (Wir werden seine Operette Sulamith kennen lernen.) Er schuf während des russisch-türkischen Krieges ein Etappentheater. 1884 ging er nach Amerika, weil die russische Regierung die Judenbühne verbot. Auch Gordon, mit dem nach dem Urteil des Uebersetzers Eliasberg künstlerisches Niveau gewonnen wurde, ging später in die neue Welt. Er hat eigenes geschrieben und deutsche Klassiker und Strindberg übersetzt. Noch heute spielt das Warschauer Theater Schiller, Shakespeare, aber auch moderne Autoren, wie Schnitzler, in dieser Judensprache. Besondere Bedeutung maßen die Ostjuden den Stücken des vor drei Jahren verstorbenen Leib Perez bei. Von den jüngeren Schriftstellern wird am meisten Schalom Asch genannt. Sein „Gott der Rache" war das erste Drama, dem man die deutsche Grenze öffnete. Es war dies Max Rheinhardt in seiner aus Künstlersehnsucht und Betriebsamkeit gemischten Tatenfreude. Mit Rud. Schildkraut als Gast, mithin unter den besten Vorbedingungen haben wir nun in den Kammerspielen das Stück kennen gelernt und den Eindruck einer großen Schauspielerleistung bekommen. Dieser jüdische Bordellwirt stand mit einer Greifbarkeit vor uns, unbeschönigt, ohne Theater; man kann den Wunsch haben, diesen Charakter nicht kennen gelernt zu haben, aber

man wird ihn nicht vergessen. Man hat den polnischen Juden mit dem venetianischen Shakespeares verglichen. Das begründet sich nur auf einer Szene. Wenn Schildkraut als Shylock verzweifelt nach Jessika rufend, durchs Haus stürmt oder hier der Jude nach seinem Riwkele, die Flucht der Tochter zerbricht hier wie dort das Ideal, das eine gemeine Natur sich aus der Sehnsucht nach Besserem gezimmert. Aus Schildkrauts Aufschrei tönt der seelische Zusammenbruch. Der Lebenswunsch der Unreinen, ihrer Nachkommenschaft ein reines Dasein zu schaffen, ist auch in anderen Literaturen behandelt. Man denke u. a. an „Frau Warrens Gewerbe" von Shaw. Des Juden Haus hat zwei Stockwerke, unten ist er brutaler Sklavenhalter seiner Dirnen und Wucherer, oben zärtlicher Vater, der die Reinheit seiner Tochter behütet und er plant für sie eine Ehe mit einem anständigen Mann. Zum besonderen Schutz seiner Tochter läßt er für sie eine Thora schreiben. Der Besitz der heiligen Bücher des Pentateuch mit der Hand geschrieben, gilt als segenbringend. Die Tochter stickt eine kostbare Decke über die Lade, die nur reine Hände berühren dürfen. Möge Gott ihn und seine Frau ob ihrer Sünden strafen, wenn er nur die Tochter schützt. Das religiöse Moment tritt in diesem und den anderen Judenstücken sehr stark in die Erscheinung, zumal was die äußeren Ausdrucksformen betrifft. Kein Gott der Barmherzigkeit, ein Gott der Rache, dem man auf alle mögliche Act gleichsam etwas abhandeln möchte, aber weder die Thora, noch ein Schwiegersohn, der, gesichert durch die Revenuen eines Freudenhauses, sich dem Studium der heiligen Schriften weihen wird, besänftigt die Gottheit, die die Sünden der Väter an den Kindern heimsucht. Das Mädchen wird instinktiv von den Dirnen angezogen; das Blut der Mutter führt sie auf diese Bahn, der Intrige einer der Sklavinnen ihres Vaters, die mit ihrem Zuhälter ein eigenes Geschäft gründen will, fällt sie zum Opfer. Wohl gelingt es, sie später ins Vaterhaus zurückzubringen, und der schlaue Heiratsvermittler könnte die Sache noch vertuschen, wenn der Vater nicht die Wahrheit hinausbrüllte und Frau und Tochter dahin hinabstoßen würde, „wohin sie gehören", ins Dirnenhaus. Die richterliche Geste, die sich der Lump anmaßt, stößt ab. Die Stärke des Dramas liegt nicht im Dichterischen, sondern im Ethnologischen; da die ganze Atmosphäre eine so üble ist, der Schmutz geradezu zum Himmel stinkt, können wir uns des Gefühles des Ekels nicht erwehren, so daß ich für literarische Grenzsperre eintrete. Wenn die Leute in Warschau Schiller in dem Judenjargon aufführen, so mag dies eine Kulturtat sein; aber für unsere Bühne bedeutet ihre Literatur nur Kuriosität. Wie viel oder wie wenig deutsche Laute in dieser Sprache sein mögen, deutsches Empfinden ist ihr völlig fremd. Ueber die in der Orginalsprache gespielten Stücke der Warschauer Truppe vermag ich kein abschließendes Urteil abzugeben, da ich den Inhalt mehr oder minder nur erraten konnte. Kenntnisse in Hebräisch sind auch heute noch im modernen Judentum verbreiteter, als der Außenstehende denkt. Verschiedene (mir ganz unverständliche) Pointen zündeten bei unseren jüdischen Mitbürgern, daß ein dröhnendes Lachen durch den Saal klang. Allgemeines Verständnis fand die Schauspielerin Jakobowitsch, deren stille, feine Kunst nicht an die Grenzen ethnologischer Bedingtheit gebunden ist. Nach alter Tradition wird das jüdische Mädchen ohne eigenen Willen an denjenigen Mann verschachert, der ihrer Familie am passendsten dünkt. Eine Auflehnung gegen dies alte Herkommen ist das öfters wiederkehrende Motiv dieser Stücke und der ohnmächtige Kampf dieser Frauenseelen spiegelt sich in den Zügen der Jakobowitsch, die anderen spielen laut, grell, mit Freude an bodenständigem Ausmalen dieser primitiven Kultur, die doch erstarrte Elemente birgt. L. G. Oberlaender, München.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Amerika als Weltbankier — Das deutsche Auslandsgeschäft — Spielwut der Börsen — Unsere Industrie am Schicksalspunkt.

In der Kursgestaltung der deutschen Reichsmark-Valuta ist ein weiterer Tiefstand (20 cts.) eingetreten. Oesterreichs Valuta mit **9** cts. in Schweizer Notierung spricht, sogar noch mehr wie bei uns, das krasseste Zahlenbeispiel der Zersetzung der in Friedenszeiten üblichen Bewertungstheorie. Zeigen sogar die Devisen der einzelnen Ententeländer am Kontinent verhältnismässige grössere Abschläge in Neuyorker Parität. Es scheint fast, dass die finanzielle Versklavung Europas — ob Sieger oder Besiegte in diesem **Weltkampfe** — rascher als gedacht, die unausbleibliche Reflexion bringt. Amerika ist uneingeschränkter „Erster" in diesem Ringen, militärisch, mehr noch wirtschaftlich, vor allem aber in finanzieller Hinsicht. Auch die Neutralen werden dies bald verspüren. Bei uns erhoffen sich die Handels- und Industriekreise mehr hiervon, als sie befürchten sollten. Amerika liefert uns Kohle, zu teueren Preise natürlich und trägt so einigermassen bei, die Kohlenkrise wenigstens für unsere Export-Industrie abzuschwächen; denn nur diese Sparte erhält unter gewissen Voraussetzungen solches Brennmaterial zugewiesen. Im übrigen ist endlich durch den gebesserten Eisenbahnverkehr im Ruhrrevier die allgemeine Kohlenversorgung etwas, wenn auch nur geringfügig gehoben. Amerika finanziert sodann die Baumwolle-Einfuhr unter relativ nicht allzu unkulanten Bedingungen. Die ersten direkten Schiffsladungen sind inzwischen in deutschen Hafenplätzen bereits gelöscht. Ob die verschiedenen Kombinationen hinsichtlich Gründung einer besonderen amerikanischen Baumwollbank in Bremen oder Hamburg greifbare Gestalt annehmen, bleibt abzuwarten, jedenfalls zweifelhaft. Amerikas erstklassige Bankfirmen zeigen sich ausserdem gewillt, ihre vollgefüllten Goldreservoirs auch den deutschen Einzelstaaten, mehr noch den heimischen Kommunalverwaltungen zur Verfügung zu stellen. Begreifliche Voraussetzung solcher Geldhingabe wird natürlich die Wiederherstellung von deutscher Arbeitskraft und von deutschem Unternehmungsgeist sein. Gute Ansätze von solchen früher so selbstverständlichen Prinzipien sind vorhanden und sichtbar. **Arbeit und Wagemut** bewiesen der glänzende Verlauf und vor allem die Millionen

Auslandsorders der Leipziger Messe. Dies bekundet auch das namentlich von England, Holland und Frankreich zum Ausdruck gebrachte grosse Interesse für die vom 1.—15. Oktober stattfindende Internationale Einfuhrmesse in Frankfurt a. M.

Weit entfernt sind jedoch die Wiederkehr, sogar die Aussichten von irgend gebesserter Gesamtsituation. Schon die Auswirkungen und Folgen des Abbaues unserer Zwangswirtschaft einzelner Produkte wie Leder, ferner die Kette von Begleiterscheinungen des jetzt unverblümt dominierenden Grossschiebertums sind solche hemmenden Ketten des deutschen Wirtschaftslebens. Es wäre auch angesichts der politischen Unklarheit und der Ungewissheit über die noch ziemlich dunklen Regierungsmassnahmen hinsichtlich Steuer- und Kapitalflucht direkt erstaunlich, wenn irgendwelche ernst zu nehmenden Faktoren eine Konjunkturenformung heute oder morgen begründen würden! Die Gestaltung unserer Effektenbörse ist selbstverständlich vollkommen belanglos, denn dort ist die Spielwut und ungesundes Kursniveau Trumpf! Begünstigt durch den krassen Entwertungsstand unserer Währung hat unsere vor nichts zurückschreckende Spekulation ihre Fangarme den Auslandswerten — Aktien, Obligationen oder Kupons — geliehen. Auch hier ist Grossschiebertum, vielfach unlauteres Geschäftsgebahren zu beobachten — auf Kosten des ehrlichen Steuerzahlers. Ob Steuereid, ob sonstige Zwangsmassregeln. Solchen Kreisen der Spieler und neuzeitlichen Kapitalisten ist wohl keinerlei „Steuerschreck" zu gross. Die regierungsseits erfolgte Freigabe des Börsenverkehrs für Kolonialwerte gab der ohnehin aufgepeitschten zügellosen Spekulationswut neue Nahrung.

Wie wenig sachlich solche Börsentendenzen gerechtfertigt bleiben, besagen die fast übereinstimmenden Auslassungen der führenden deutschen Industriegesellschaften hinsichtlich der zukünftigen Gestaltung der Arbeitsverhältnisse. Mangel an Rohstoffen aller Art, an tüchtigen Spezialarbeitern infolge der unnatürlichen Arbeitsverkürzung und der organisierten Streikmethoden zwingen täglich Unternehmungen zu Betriebseinschränkungen und Stillegungen. Neuerdings haben Daimlermotoren A.-G. Stuttgart, Hansa Lloyd, Bremen, solche Massnahmen ergreifen müssen. Eine unausbleibliche gewaltige Mehrung der Erwerbslosen, gerade jetzt vor Herbstbeginn, ist die Folge. Ob und in welchem Umfange die anscheinend Boden fassende Idee der allmähligen Wiedereinführung der Akkordarbeit und Prämienlöhnung hieran eine Wendung zum Besseren bringen wird, mag dahingestellt bleiben. Inzwischen bedingten solche Zersetzung unserer Industrie, die Geldentwertung in Verbindung mit den fortgesetzten Preiserhöhungen aller Bedarfsartikel, die Konsequenzen der Entente-Gewaltpolitik — der österreichische Zwangsfriede zu St. Germain bildet ein neues Dokument — Grund genug zur ernsten Zurückhaltung der deutschen Wirtschaft.

München. M. Weber.

Schluß des redaktionellen Teiles.

München Dachauer Aktiengesellschaft für Maschinenpapierfabrikation in München.

Wir laden hiermit unsere Aktionäre zu der am

Montag, den 6. Oktober 1919, vormittags 11½ Uhr

im Sitzungssaale des Notariats München II, Neuhauserstr. 6/2, dahier, stattfindenden

außerordentlichen Generalversammlung

ein.

Tagesordnung:

1. Erhöhung des Grundkapitals von Mk. 1 200 000.— auf Mk. 2 000 000.— durch Ausgabe von 800 neuen auf Namen lautenden Aktien zu je Mk. 1000.—,
2. Festsetzung der Begebung der neuen Aktien und Bestimmung über die Einräumung des Bezugsrechtes der Aktionäre auf die neuen Aktien.
3. Aenderung des § 3 des Statuts (Höhe des Grundkapitals).

München, 10. September 1919.

München Dachauer Aktiengesellschaft für Maschinenpapierfabrikation

Der Vorstand:

Kullen. Kaula.

Für die Redaktion verantwortlich: i. V. Dr. Jos. Kausen, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a. Gb.
Ruf-Nummer 205 20.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich M 4.50.

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur. ✱ Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 39. München, 27. September 1919. XVI. Jahrgang.

Arbeit und Seele.

Gedanken zum Thema Arbeiterfrage und Wohnungsnot.

Von Hans Grundei, Berlin.

Arbeit und Seele waren einst zusammengehörige Begriffe in deutschen Landen. Seelenlose Arbeit war gleichbedeutend mit Sklavenarbeit zu einer Zeit, da noch jeder Arbeiter eine Individualität war, Herr über das Werk seines Schaffens. Arbeit ohne Seele war nicht denkbar in einer Epoche, da man noch im Glauben lebte, daß alle Menschenarbeit göttlich sei. Geh in die deutschen Dome aus alter Zeit, und die Seele der Arbeit wird zu dir reden voll Inbrunst und Sehnsucht, voll Liebe und Heiterkeit, schau auf die eichenen, handgefertigten Truhen deiner Ahnen und auf die Schätze strahlend weißen, von Urahnen Hand gewebten Linnens darin, und die Seele lebensfroher, starker, solider, Generationen überdauernder Menschenarbeit wird eine bedeutungsvolle Sprache reden. Arbeit war einst Lebensfreude, Lebenserfüllung, war Lust am eigenen Schaffen, Arbeit adelte diejenigen, welche ihr Gesetz zu ihrem Lebensprinzip machten.

Der Siegeslauf der Maschine durch die Welt entwertete Menschenarbeit und schuf eine neue, furchtbare Sklaverei, der zu entgehen die Menschen jetzt die wahnwitzigsten Versuche anstellen; das Surren und Sausen und Schnaufen und Stöhnen der Lokomotiven, Turbinen und Dynamos waren gellende und erschütternde Grablieder für die Seele der menschlichen Arbeit. Als man nach unendlichem Bemühen die menschliche Seele weder in der Zirbeldrüse noch sonstwo gefunden und alles Leben aus der Materie, aus Stoff und Form heraus erklärt hatte, da ging man auch daran, die menschliche Arbeit, nein, den Arbeiter selbst als eine Ware anzusehen, die man je nach Bedarf kaufte und verkaufte, die man taxierte, wie man eine Maschine taxiert, nach Alter und Grad der Abgenütztheit. Die Maschine war furchtbar grausam; sie tyrannisierte den Menschen, der sich ihr unterworfen hatte; sie ersetzte ihn, wo immer sie es nur vermochte, und zog ihn doch immer wieder mit unheilvoller Gewalt an sich. Sie jagte ihn hinunter in die Tiefen der Erde und ließ ihn für sie immer neue Kraftquellen erschließen, sie verpestete und vergiftete ihm die Luft, darin er atmete, sie zwang seine Kinder in ihren Frondienst schon im frühesten Alter, nachdem sie schon vorher die Mutter zur Sklaverei gezwungen. Sie ließ ihn unter ihrem tyrannischen Joch aufstöhnen und sich aufbäumen und kettete ihn doch immer wieder mit unwiderstehlicher Macht an sich und an das, was sie erzeugte, an Gold, Geld, Staub, tote, seelenlose Materie.

Die menschliche Seele hungert nach Liebe und Freude, Gottes- und Menschenliebe, Gatten- und Kinderliebe; sie braucht lachende Kinderaugen, sie verlangt nach den wärmenden und alles belebenden Strahlen der Sonne. So lange die menschliche Seele im Körper wohnt, an die Materie gebunden ist, so lange braucht sie auch die physischen Lebensbedingungen zu ihrer Entfaltung und Entwicklung. Ein materialistisch orientierter Industriekapitalismus, der im Arbeiter nur eine Ware sah, konnte freilich die schwer wiegende Bedeutung dieser Wahrheit nicht begreifen. So ward denn der gute Hausgeist, der bisher die deutsche Arbeit beseelte, abgelöst durch einen dunklen Dämon, der unaufhaltsam in wahnwitziger und gieriger Hast schuf und schuf, den Dämon der Materie. Der Handarbeiter arbeitete zwar weiter, unaufhaltsam getrieben von den dämonischen Kräften des Mammonismus. Seine Arbeit jedoch hatte keinen Anteil an ihm, an seinem Innenleben, und er nicht an ihr. Was Zola in seinem „Germinal“ an Not und Elend der Arbeiterfamilien geschildert hat, ist hundert und tausend Mal wahr geworden, auch in Deutschland. Die Statistik beweist es.[1])

Kein Wunder, daß da die Seelen verkümmerten und das Tierische sich in den arbeitenden Volksklassen entwickelte zu einer Größe, vor der wir heute angesichts des spartakistischen Terrors und der bolschewistischen Flut, die wie eine neue, entsetzliche Sintflut Europa zu verschlingen droht, voll Grauen stehen. Das alles ist die fürchterliche Konsequenz der Lehre vom l'homme machine, von der seelenlosen Menschenarbeit.

Der moderne Arbeiter rodete Wälder und machte weite Strecken Oedland baufähig, aber an dem Boden, den er mit dem Schweiße seiner Arbeit befruchtete, hatte er keinen Anteil. Während die Wohnungsnot in den Städten immer größer ward, während jede dem Arbeiter gewährte Lohnerhöhung dazu benutzt wurde, um seine Wohn- und Lebensbedingungen zu verteuern, füllten sich müßige Spekulanten ihre Taschen mit den Erträgen dessen, was neu erschlossenes Land ihnen durch die Arbeit anderer brachte. Dem „ehernen Lohngesetz“ hat Fuchs auf dem Düsseldorfer internationalen Wohnungskongreß 1902 ein „ehernes Wohngesetz“ gegenübergestellt, dessen Inhalt darin besteht, daß Lohnerhöhung und Wohnungsverbesserung im umgekehrten Verhältnis zu einander stehen. Schon Schmoller hat in seinem Aufruf zur Wohnungsreform davon gesprochen, daß die Wohnungsnot da am schlimmsten sei, wo die Löhne am höchsten.

Auf die tieferen Gründe, aus welchen schließlich im Laufe der Entwicklung ein solches ehernes Wohngesetz entstehen konnte, weist eine Denkschrift des Zentralverbandes deutscher Eisenbahner (Sitz Elberfeld) vom Jahre 1914 hin, die sich beschäftigt mit der wirtschaftlichen Lage der Eisenbahnhilfsbeamten, -Handwerker und -Arbeiter, unter besonderer Berücksichtigung des Lebensmittelaufwandes und der Wohnungsmieten (vgl. Zeitschrift „Bodenreform“, 25. Jahrg. 5. Mai 1914, Seite 278.) Dort heißt es: „Solange deutscher Grund und Boden als Handelsobjekt anderen Produktionsgegenständen gleich gewertet und damit unter einem verkehrten Bodenrecht geschachert und gewuchert werden darf, wird die in die Höhe getriebene spekulative Grundrente mit mathematischer Sicherheit den Mehrertrag jeder ehrlichen Arbeit in Stadt und Land, in vielen Fällen allein schon durch Verteuerung der Wohnungsmieten, aufsaugen.“

In dieser verkehrten Bewertung des Bodens als Spekulationsobjekt, in der entarteten Auffassung von der menschlichen Arbeit, wodurch die Handarbeit tausender von Volksgenossen entwertet und entseelt wurde, während man andererseits die mit dem Glücksspiel vergleichbaren Spekulationsmanöver eines Einzelnen als hoch zu bewertende Arbeit hinstellte, liegt einer der schwerwiegendsten Gründe für den tiefen Verfall unseres Volkes, für die starke Verelendung weiter Volkskreise und für die entfesselten Haßinstinkte weiter Massen.

Wer sich heute darüber entrüstet, daß weite Volksschichten Löhne fordern, die nicht im Verhältnis stehen zum Werte der von ihnen geleisteten Arbeit, soll nicht übersehen, daß in der Zeit der alten kapitalistischen Staats- und Wirtschaftsordnung Hunderte und Tausende derer, die zu den Führern des Volkes zählten, ebenso, nein, noch viel schlimmer gehandelt haben, indem sie sich mit unverdientem Wertzuwachs bereicherten. Professor Adolf Wagner sagte auf dem Bodenreformtage in Stuttgart

[1]) Vgl. Rost: Das moderne Wohnungsproblem. Kösel. 1909.

von diesem unverdienten Wertzuwachs einzelner: „Die Berliner haben seit einem Menschenalter an ihrem Boden kolossale Summen verdient. Das ist nicht das Produkt der Berliner allein, nicht der Brandenburger und nicht der Preußen allein; es ist das Produkt der ganzen deutschen Entwicklung. Tritt da nicht der Gedanke hervor: Der Wertzuwachs ist das Produkt der Arbeit der ganzen Bevölkerung, und dementsprechend sollte auch die Gesamtheit Anteil haben an dem Wertzuwachs." (Damaschke: „Die Bodenreform". Fischer. Jena 1912; S. 122)

Heute, wo Kommunismus und Bolschewismus marschieren und Europa dem wirtschaftlichen Ruin entgegenführen wollen, sei daran erinnert, daß die Gründe dafür, weshalb sie marschieren, in den Wirkungen dieser kapitalistischen und mammonistischen Denk- und Handlungsweise liegen, der auch manche Christen erlagen, die glaubten, Konzessionen an den Zeitgeist machen zu müssen und ihre Augen vor den entsetzlichen Wirkungen entseelter Arbeit auf die Massen verschlossen. So stehen wir denn heute vor der schmerzlichen Tatsache, daß weite Kreise sich in Verblendung von dem abwenden, was allein Erlösung aus aller sozialen Not bringen kann, vom Christentum. Es wäre für viele von uns besser gewesen, wenn sie sich nicht hätten blenden lassen von der glänzenden und gleißenden Außenseite unserer Emporkömmlingskultur. Wir waren ein viel zu schnellebiges Volk vor dem Kriege; unsere innere Entwicklung hielt nicht gleichen Schritt mit der äußeren Entfaltung unseres rapid ansteigenden materiellen Reichtums. Viele sahen deshalb nicht die Kehrseite der Medaille, erkannten nicht den Ernst und die Dringlichkeit der vielen mahnenden Stimmen, die darauf hinwiesen, daß es um die Seelen der Arbeiter in der neu anbrechenden Zeitepoche gehe, und daß es nötig sei, Reformen von innen heraus zu schaffen, nicht nur Reformen der Arbeits- und Tarifverträge, nicht nur Reformen rein wirtschaftlicher Art, daß es nicht so sehr gelte, eine Revolution des Proletariats, sondern eine Revolution der Seelen aller Volksgenossen herbeizuführen, eine Revolution der Gesinnungen, die vor allem darauf ausgeht, eine vollständige Neuumstellung der heutigen Auffassung vom Werte der menschlichen Arbeit und zwar auf das Göttliche in ihr, herbeizuführen. Jede Menschenarbeit, auch die allergeringste, ist göttlich, sagt Carlyle. Das hatten viele vor dem Kriege vergessen, drum konnten die Arbeiter auch nicht zum Genuß des Segens gelangen, den Gott trotz aller Mühen und allen Schweißes der menschlichen Arbeit in den Früchten der heimatlichen eigenen Scholle, und sei sie auch noch so klein, beschert. Das Verständnis für den geheimnisvollen Zusammenhang zwischen Arbeit, Heimat und Seele war so vielen völlig abhanden gekommen. Sie wußten nicht, daß sie ein großstädtisches Arbeiterproletariat seelenlos machten, indem sie ihm die menschenwürdige Heim- und Wohnstätte nahmen.

Wie war es doch vor dem Kriege? Je höher die Bodenpreise stiegen, umso größer wurde die Wohnungsnot in den Arbeitervierteln der Städte. Nicht nur, daß die Preise für die kleinen Wohnungen immer drückender wurden, eine Tatsache, die zur Aufstellung des sogenannten Schwabeschen Gesetzes führte, wonach die Ausgabe einer Haushaltung für ihre Wohnung im Verhältnisse zu ihrem Einkommen desto größer ist, je kleiner ihr Einkommen! Nein, der Arbeiter und auch der Mittelständler konnten bisher bei ihrer mehr oder weniger großen Kinderzahl oft gar keine Wohnungen erhalten, da das Bestreben der Hauswirte immer mehr und mehr darauf ging, an kinderlose Eheleute zu vermieten. Sogar während des Krieges, wo man mit vielen Bequemlichkeiten aufräumte und an den Opfersinn der Menschen appellierte, war die systematische Unterdrückung kinderreicher Familien an der Tagesordnung.[2] Da schrieb man Bände über die Kindersterblichkeit in Deutschland, stellte genaue Statistiken auf, klagte über die schwindende Volkskraft, rief nach Mutterschutz, forderte mehr Schutz und mehr Rechte für uneheliche Kinder, schuf Kinderkrippen, Wöchnerinnen- und Säuglingsheime, veranstaltete Sammlungen zur Bekämpfung der Tuberkulose und war stolz darauf, statistisch beweisen zu können, daß die Kindersterblichkeit im Sinken begriffen sei. Dabei übersah man aber ganz den erbitterten Kampf des Kapitalismus und der materialistischen Bevölkerungskreise gegen das Kind, übersah die immer steigende Anhängerschaft der wohlhabenden Kreise für das Ein- und Zweikindersystem und die rücksichtslose Unterdrückung kinderreicher Familien, übersah den Daseinskampf dieser Kreise um ihr menschenunwürdiges Leben. So wuchs ein ungesundes, freudloses Geschlecht heran, ein Geschlecht, dem die Begriffe Vaterhaus und Heimat fremd waren und fremd blieben, in dessen Herzen still und unbemerkt ein Feuer glimmte, der Haß gegen die bestehende Gesellschaftsordnung. Nun ist dieses Geschlecht groß geworden, die verhaltene Glut seines Hasses ist durchgebrochen, um sich auszubreiten wie ein Feuermeer, das alles versengt.

Man suchte unter den Anhängern des Liberalismus und Materialismus, um einem Kampf des um seine Existenzberechtigung ringenden vierten Standes gegen die Bourgeoisie vorzubeugen, Konzessionen zu machen. Deshalb begeisterte man sich für die Bildung des Proletariats. Man schuf ein glänzend organisiertes Volksschulbildungswesen, baute riesige Schulpaläste, errichtete Volksbibliotheken, kurzum, man tat wirklich alles, um die sich neu entwickelnde soziale Schicht mit dem bestehenden System auszusöhnen. Aber weil man bei diesen an sich gewiß anerkennenswerten Bestrebungen von falschen Voraussetzungen ausging, deshalb erwiesen sie sich, als sie die Probe bestehen sollten, als wertlos. Der materialistische Zeitgeist unserer Tage vermochte es nicht, die beiden Begriffe Arbeit und Seele zu vereinigen. Er schuf einen äußeren Bildungsfirnis, der zerrann, als die Flammen des Hasses losbrachen. Unsere Volksbildung blieb so äußerlich, so formalistisch, so an der Oberfläche haftend, ging so stark von dem bestehenden Grundsatz der Ungleichheit aus, konnte sich so wenig frei machen von der Idee des Klassengegensatzes, daß sie dem Arbeiter meist nur dazu verhalf, die ganze Erbärmlichkeit und Seelenlosigkeit seines Lebens zu erkennen. Ein Wissen, das keine Wege weiß, um herauszukommen aus der durch eine materialistische Weltanschauung entseelten Welt, ein Wissen, das auf der einen Seite die Lehren vom Affenmenschentum und auf der anderen die Lehren vom Herrenmenschentum unter die Massen warf, konnte keine inneren Lebenswerte schaffen, konnte nicht zu einem freien Menschentum führen, konnte den Glauben an die beseelte Menschenarbeit nicht wecken und fördern. Ein solches Wissen konnte auch jene, die es vermittelten, nicht zur erlösenden, befreienden sozialen Tat führen. So blieb es unfruchtbar und führte schließlich nur dazu, daß es den Haß zu neuen, stärkeren Gluten anfachte und nicht nur gegen den Kapitalismus, sondern auch gegen die Intellektuellen richtete.

Wie wenig es der Mehrzahl derer, welche die Bildung hineingetragen wissen wollten in die breitesten Volksschichten, ernst war um eine wahrhafte Erlösung aus sozialer Not, wie wenig es ihnen zu tun war um die gründliche Reform der inneren und äußeren Lebensbedingungen der arbeitenden Klassen, wie gering ihr Wille war zum sozialen Verstehen, das zeigte sich eben bei der äußerst laxen Behandlung der Boden- und Wohnungsreform vor dem Kriege und auch während desselben. Hier, wo es galt, die Sklaverei des Stadtmenschen mit der Wurzel auszureißen, den Arbeiter in seine alten und heiligen Menschenrechte einzusetzen dadurch, daß man ihn wieder zum Nutznießer der Früchte seiner Arbeit zum Wohle der Gemeinschaft werden ließ, indem man ihm Grund und Boden und damit wieder Heimatrecht und Heimatpflichten gab, versagte eben die Schöpferkraft der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Nicht so sehr deshalb, weil es ihr am guten Willen fehlte, sondern weil die Vertreter und Verteidiger dieser Gesellschaftsordnung viel zu sehr verstrickt waren in den mammonistischen Fesseln, und weil ihnen das Verständnis für die christliche Opferidee, für das erlösende Moment, was in Entsagung und Verzichtleistung liegt, vollkommen abhanden gekommen war.

Dieser Geist des individualistischen Mammonismus ist es auch, der den zähen und auch heute noch nicht beendeten, zum Teil recht erbitterten Kampf erklärlich macht gegen jede gesunde und durchgreifende Wohnungs- und Bodenreform, den Kampf gegen die Grundforderung der Bodenreformer, den Boden samt seinen Kräften und Schätzen unter ein Recht zu stellen, das jeden Mißbrauch verhütet und jeder deutschen Familie die Möglichkeit erschließt, eine Wohnheimstätte oder — bei beruflicher Vorbildung — eine Wirtschaftsheimstätte zu gewinnen, die ihrem Zweck dauernd gesichert ist. Die Grundrente, d. h. derjenige Ertrag des Bodens, der ohne jede Arbeits- und Kapitalaufwendung des Besitzers entsteht, ist für die Kulturaufgaben der Gesamtheit nutzbar zu machen. Jede Wohnungs- und Bodenreform, das gesamte Siedlungswesen, muß, wenn die

[2] Zahlreiches Material hierzu: Jahrbuch der Bodenreform; 11. Bd. 2. Heft. Juni 1914.

Arbeit Zweck und Erfolg haben soll, die Erfüllung dieser Forderung als ihr vornehmstes Ziel betrachten. In diesen wichtigsten Lebensfragen des deutschen Volkes in der kommenden Zeit des Aufbaues an das vergangene, materialistisch-mammonistische Zeitalter anknüpfen zu wollen, sich hierin von einer leider auch heute noch übermächtigen, geldhungrigen Pseudodemokratie leiten zu lassen, wäre verkehrt und speziell für den heutigen Regierungssozialismus verderblich. Die Gefahr hierfür liegt sehr nahe, schon allein wegen der ganzen antichristlichen Grundauffassung des deutschen Sozialismus, der nicht, wie etwa das franziskanische Christentum, auf Grund der Auffassung von der Nichtigkeit und Wertlosigkeit aller sogenannten irdischen Kulturgüter, sub specie aeternitatis betrachtet, zur Menschheitsbruderschaft oder, religiös gesprochen, zur Gotteskindschaft gelangt, sondern der, weil er nur eine Diesseitskultur kennt, das größtmögliche irdische Glück für die größtmögliche Anzahl erstrebt. Wegen dieser Grundauffassung des Sozialismus schon allein glauben wir auch nicht, daß er eine die Gesamtheit des deutschen Volkes befriedigende Lösung der Boden- und Wohnungsfrage, die in den nächsten zwanzig Jahren die wichtigste sein wird, finden wird. Nur eine solche Lösung ist denkbar und möglich, die von echtem, lauterem Geiste des Christentums getragen ist. „Ein künftig sozialistisch geordnetes Europa", so sagt Muth in der Märznummer des „Hochland", „wird nicht sein oder es wird zugleich christlich sein".

Bis dahin freilich ist der Weg noch weit und der Fragen und Aufgaben sind noch viele zu lösen, namentlich für den christlichen Teil des deutschen Volkes. Es muß an einen langsamen, aber systematischen Abbau der Mietskasernen gedacht werden, auf dem Lande muß emsig und in umsichtiger Weise vorgearbeitet werden für einen Massenzuzug aus den Großstädten. Vor allem muß der Städter durch Wort und Schrift geschult werden für die neuen Aufgaben als Siedler und Bewohner eines Eigenheims. Denn man meine nicht, daß mit dem Bau von Heimstätten nun alles getan wäre. Der des Landlebens völlig entwöhnte Städter, der in völliger Unkenntnis lebt über die Landarbeit, muß langsam an die neue Lebens- und Arbeitsweise gewöhnt werden, es muß ihm gezeigt werden, wie er sich anbaut, wie er Gemüse- und Kleinviehzucht am rationellsten treibt, er muß einen Begriff bekommen von der Bedeutung der Heimkunst, es müssen ihm Möglichkeiten an die Hand gegeben werden, sein Heim einfach, praktisch, gemütlich und geschmackvoll einzurichten. Für all das sind jahrelange Arbeiten erforderlich und große Geldaufwendungen. Den vollen Nutzen von all dieser Arbeit wird wohl überhaupt erst die kommende Generation haben. Die Jugend vor allem soll daher, schon in den Schulen, für diese Fülle von großen und neuen Aufgaben interessiert und vorgebildet werden. „Mit der Jugend", so schreibt die „Germania" in ihrer Unterhaltungsbeilage vom 1. April 1919, „kann man das Landleben der Städter ganz besonders gut aufbauen, wenn man sich nur die Mühe gibt, ihr die Wege aufs Land hinaus zu ebnen. Bei der Jugend ist es auch am ehesten möglich, ihre Auffassung vom Leben so von Grund auf zu verändern, daß wirklich aus den heutigen Großstädtern Landbewohner werden können. Ehe die Arbeiter nicht Kino- und Kneipenbesuch, großstädtische Aufmachung und die Vorteile der konzentrierten Wohnweise als bloßen Plunder verachten lernen, ehe sie nicht merken, daß man nicht glücklich wird durch das, was man genießt, sondern durch das, was man schafft, ehe ihnen nicht der innere Sinn für die Schönheiten der organischen Eingliederung in das Natur- und Weltgeschehen aufgegangen ist — besteht keine Aussicht darauf, wirkliche Massen aus den Großstädten und Industriebezirken aufs Land zu bringen." Vor allem aber, und das ist die allerelementarste Aufgabe, die es zu lösen gilt, muß der deutsche Arbeiter wieder zur Arbeit erzogen werden, er muß entzogen werden der politischen Verhetzung und Haarspalterei. Und das kann und wird nur geschehen können durch intensive, zielbewußte Schulung. Tüchtige und energische christliche Gewerkschaftsführer müssen alle Kraft aufbieten, um die zum Teil völlig verwirrte Masse der Arbeiter wieder in ihre Hand zu bekommen. Verständige, geduldige, bescheidene und selbstlose Arbeit am langsamen Wiederaufbau unseres völlig zerrütteten Vaterlandes gibt uns einzig und allein die Gewähr dafür, daß wir weiterhin uns menschenwürdige Lebensbedingungen schaffen können, daß wir trotz aller Mühsal und trotz aller drückenden Schuld, die uns der Feind aufgebürdet hat, Freude an der Arbeit gewinnen können in dem Bewußtsein, als freies, gleichberechtigtes, bodenständiges Glied einer neu aufstrebenden Volksgemeinschaft für Heim und Vaterland zu schaffen.

Weltrundschau.

Von Fritz Nienkemper, Berlin.

Der Abschluß des Notenwechsels.

Das leere Stroh, das die Ententediplomaten in der sog. Verfassungsfrage so geräuschvoll gedroschen haben, wird nun wohl seine Ruhe wiederfinden. Unsere Regierung hat auf die zweite Querulantennote in gleichmütigem Tone geantwortet, sie habe „nichts dagegen einzuwenden, die (bereits erfolgte) Erklärung nunmehr in der Form abzugeben, die in der Anlage der Note vom 11. September vorgeschlagen worden ist". Die förmliche Unterzeichnung der Selbstverständlichkeit wurde am 22. September in Versailles von Frhr. v. Lersner gemeinsam mit den Vertretern der alliierten und assoziierten Regierungen vollzogen, und die deutsche Nationalversammlung wird mit Achselzucken „ratifizieren", was niemals in Zweifel gestanden hat.

„Im übrigen" hat unsere Regierung die letzte Note noch benutzt, um der Gegenseite einige ernste Wahrheiten zu sagen. Zunächst wird der Vorwurf des „Kunstgriffes" sachlich widerlegt durch die Feststellung, daß es der Natur der Dinge und den üblichen Formen der Gesetzgebung durchaus entspricht, wenn in einer Verfassung allgemeine und dauernde Normen aufgestellt, dabei aber im Hinblick auf bereits vorliegende oder vorauszusehende Sonderfälle Ausnahmen vorbehalten werden. Dann protestiert die Regierung mit berechtigter Schärfe gegen den ironischen, den internationalen Gewohnheiten nicht entsprechenden Ton, mit dem die Note der alliierten und assoziierten Regierungen feierliche Erklärungen der deutschen Regierung behandeln zu dürfen glaubt. Sehr treffend heißt es weiter, daß die Sprache der Gegner offenbar den Zweck haben solle, das im Kriege unterlegene Deutschland vor aller Welt zu verletzen, und daß durch solches Vorgehen die Herbeiführung eines wirklichen Friedenszustandes nur erschwert werden könne.

Die innerpolitische Diplomatie.

Den Noten, die nach auswärts gehen, zollen wir gern unsere Anerkennung. Aber die innerpolitische Staatskunst läßt bei manchen Ministern und Parteien sehr viel zu wünschen übrig. Gerade jetzt, wo wir die Sammlung und einträchtige Verwertung aller guten Kräfte auf das dringendste gebrauchen, gibt es wieder Reibungen, Wirrungen und Hemmnisse im Ueberfluß. Der „Vorwärts", der doch als Zentralorgan der vorherrschenden sozialdemokratischen Partei gilt, macht sich zum Mundstück eines anrüchigen Spitzels, stößt in's Horn gegen eine phantastische „militärische Reaktion", liefert dadurch den Unabhängigen Wasser auf ihre trocken gewordene Mühle und erschwert ihrem wackeren Parteigenossen Noske den Schutz der inneren Ordnung. Erstaunlicherweise zieht auch Scheidemann, der frühere Ministerpräsident, nach der Rückkehr aus der Schweiz an diesem dunklen Strange. Das wirft ein schlechtes Licht auf die persönlichen und organisatorischen Verhältnisse in der Partei. Noch schlimmer ist der offenbare Antagonismus zwischen der Reichsregierung und den sozialdemokratischen Ministern in Preußen. Ministerpräsident Hirsch und sein Kollege Heim vom inneren Ressort treiben eine so einseitige und scharfe Preußenpolitik, als ob sie von ostelbischen Junkern abstammten. Die Gefahr dieses Berliner Eigensinnes und Eigennutzes ist besonders brennend in der oberschlesischen Frage, weil durch den Mangel an Verständnis und Nachgiebigkeit gegenüber den dortigen Volkswünschen die Aussichten für die Volksabstimmung sich verschlechtern. „Preußen" will durchaus Oberschlesien unter seiner unbeliebten Fuchtel halten und riskiert dabei, daß das wertvolle Land zum großen Teil für Deutschland verloren geht.

Die preußischen Fanatiker der roten Couleur finden sich zusammen mit den schwarz-weißen auf der Rechten. Nämlich in dem kulturkämpferischen Gegensatz gegen die Katholiken und das Zentrum. Keine Selbständigkeit für einen Landesteil, der eine vorwiegend katholische Bevölkerung hat und bei den Wahlen eine Zentrumsmehrheit ergeben könnte! Daher sind die konservativen Protestanten und die „Aufgeklärten" von der Linken einig in dem Widerstand sowohl gegen die rheinischen wie gegen die oberschlesischen Emanzipationsbestrebungen. Der preußische Staat soll ungeschmälert bleiben, weil er im ganzen eine protestantische Mehrheit hat, die sich benützen läßt, um die katholischen Landesteile zu erdrücken.

Die Friedensbedingungen für Bulgarien,

welche am 19. September 1919 den bulgarischen Delegierten am Quai d'Orsay ausgehändigt wurden, stellen sich als der gleiche Gewaltfrieden dar, wie ihn Deutschland und Oesterreich zu spüren hatten, obgleich Bulgarien im vorigen Herbst die bekannte

Schwenkung in der politischen Orientierung vorgenommen hatte. Entgegen den von der Entente so heuchlerisch gepriesenen Nationalitätenprinzip sollen über 1/3 der bulgarischen Bevölkerung fremder Herrschaft ausgeliefert werden. Thrazien, das Gebiet zwischen dem Flusse Mesta, der Maritza und dem Aegäischen Meere soll von Bulgarien abgetrennt werden, wofür dieses nur einen wirtschaftlichen Zugang zum Aegäischen Meer erhalten soll. Die übrigen politischen, militärischen, maritimen, flugtechnischen, finanziellen und wirtschaftlichen Klauseln sind den Diktaten von Versailles und St. Germain nachgebildet, unerträglich und unerfüllbar. Der bulgarische Delegationsführer Theodorow bezeichnete sie denn auch bereits als unannehmbar. Bulgarien, das innerhalb 37 Jahren 2¼ Mill. Francs in Gold nebst Zinsen zahlen soll, wird damit gleich Deutschland und Oesterreich zum hörigen Sklaven des Ententekapitalismus.

Der Rheinische Parteitag des Zentrums.

Als Vorbereitung zu dem allgemeinen Parteitage hat zuerst in Westfalen und jetzt auch in den Rheinlanden ein provinzieller Parteitag stattgefunden. Der Westfälische endete schnell mit einem vollen Vertrauensvotum für die Abgeordneten der Partei. Mit besonderer Spannung sahen Freund und Feind der Rheinischen Tagung entgegen, da dort nicht nur eine größere Zahl von Wählern und Mandaten gegenüber Westfalen in's Spiel kamen, sondern auch besondere Zweifel und Schwierigkeiten, die sich aus der rheinischen Selbständigkeitsbewegung ergaben. Um so gewichtiger ist der schöne Erfolg der Kölner Versammlung. Dort wurde vier Tage lang, je acht Stunden hindurch, der ganze Komplex der aktuellen Fragen gründlich und freimütig besprochen nach ausgezeichneten Referaten. Und siehe da, es war nichts zu merken von der Mißstimmung oder Zwietracht, die man so vielfach an die Wand gemalt hatte, sondern es ergab sich bei den entscheidenden Beschlüssen die schönste Einigkeit. Wenn von 800 Abstimmenden nur 2 oder höchstens 6 sitzen bleiben, so ist das eine glänzende Bekundung der Geschlossenheit und Zufriedenheit. Den Abgeordneten der Polen in der Nationalversammlung und in der preußischen Landesversammlung wurde die vollste Anerkennung ausgesprochen, und zwar unter präziser Darlegung der nationalen Notwendigkeit des Eintritts in die Koalitionsregierung, sowie der Erfolge, die damit erreicht sind, insbesondere auch auf dem Kulturgebiete. Die sogenannte Rheinlandfrage wurde von der Kölner Versammlung einmütig auf einen neuen Boden gestellt, wie er sich aus der innerpolitischen Entwicklung inzwischen ergeben hat: die Sonderbewegung am Rhein wird eingefügt in die allgemeine Neugliederung Deutschlands, da mit der unaufhaltsamen Entwicklung zum deutschen Einheitsstaate die bisherige Ordnung der Einzelstaaten ihre realpolitische Bedeutung verloren habe und die Schaffung von autonomen Stammesländern systematisch erfolgen müsse. Auch derjenige, der sich mit dem deutschen Einheitsstaat noch nicht befreunden kann und seinen alten Bundesstaat erhalten möchte, kann sich damit abfinden, daß in Nord- und Mitteldeutschland statt der sporadischen Flickwerkarbeit, die zumeist in Anregung gebracht war, eine organische Neugliederung für die thüringischen Kleinstaaten und für die disparaten Teile des alten Preußen vor sich gehen soll.

Zum Schlusse der Kölner Tagung konnte der tüchtige Leiter Abg. Karl Trimborn feststellen, daß sie klärend, einigend, werbend verlaufen sei. Klärung vor allem in der Hinsicht, daß jede Verdächtigung der nationalen Gesinnung und der Reichstreue der Rheinländer durchschlagend widerlegt wurde; einigend durch die offene Aussprache, die alle Differenzen auflöse in den gemeinsamen Parteiwillen und werbend durch die zugkräftige Bekundung der alten Ideale und die neuen Verdienste des Zentrums.

Das Wiener Rotbuch.

Soeben sind in Wien wichtige Aktenstücke zur Entstehung des Weltkrieges veröffentlicht worden, auf die noch zurückzukommen sein wird. Zuerst sei nur bemerkt, daß diese Enthüllung ein bedenkliches Licht wirft auf die Leichtfertigkeit, mit der Graf Berchthold und die anderen österreichisch-ungarischen Staatsmänner von damals die wohlverdiente Züchtigung Serbiens auf dem Wege der kriegerischen Aktion erstrebten, ohne sich über die Tragweite eines ungarischen Konfliktes angesichts der bestehenden Bündnisse der Entente ein klares Bild zu machen. Anderenteils bestätigen diese Akten, daß Deutschland nicht aus der ihm angedichteten Kriegs- und Eroberungssucht in den Konflikt geraten ist, sondern nur durch seine Nibelungentreue gegenüber Oesterreich-Ungarn, der man in Berlin zu schnell und zu rückhaltlos Ausdruck gegeben hat. Die Wahrheit marschiert, und sie entlastet den armen Kaiser Wilhelm immer mehr von der Kriegsschuld, die ihm seine Verfolger auferlegen wollen.

Japanische Weltpolitik.

Von Fritz Hansen, Berlin.

Nachdem der Weltkrieg damit endete, Deutschland zu einem europäischen China herabzudrücken, ebenso bevölkert wie machtlos, zeigt sich schon jetzt, daß die ganze durch die Waffen bestimmte Entwicklung von vor dem Kriege ihren Gang weitergeht, vorläufig ohne die besiegte Hauptmacht und die anderen unterlegenen Völker (einschließlich Rußland), die dafür mit schärfsten inneren Kämpfen zu rechnen haben werden.

Selbstverständlich sind die eigentlichen Sieger im Weltkrieg — Großbritannien, Nordamerika und Japan — augenblicklich imperialistisch aktiv, denn Frankreich ist so blutig mitgenommen, daß es ebenso wie das nur wenig zufriedengestellte und stark ausgepumpte Italien, in der nächsten Zukunft nur seine Wunden zu pflegen hat.

England ist indessen schon auf dem Marsch nach dem Kampfplatz für den nächsten Weltkrieg: Asien und seinen Meeren. Amerika hat die Ohren nach den kommenden Kriegsposaunen im Orient gespitzt und Japan macht wie gewöhnlich nicht viel Worte, sondern richtet sich nach der alten Lehre: Wenn du gesiegt hast, spanne den Helmriemen fester.

Die Zeitungen haben recht ausführlich über Großbritanniens Uebereinkommen mit Persien berichtet. Von Amerika ist in letzter Zeit Nachricht über Nachricht gekommen von steigender Nervosität in östlicher Richtung, zuletzt Wilsons Mitteilung, daß sein Völkerbund Japan daran hindern würde, eine vollständige Souveränität über Shantung geltend zu machen.

Diese amerikanische Mentalität ist keineswegs neuen Datums. Unter anderen hat, worauf Carl Larsen in der dänischen Zeitung „Politiken" hinweist, der Amerikaner Carl Crow schon vor dem Frieden in seinem Buche „Japan und Amerika — ein Gegensatz" ausgesprochen, daß eins der beiden Länder aus seiner jetzigen Position weichen müsse. Und er sagt mit sehr deutlichen Worten im Schlußkapitel seiner Schrift, daß die japanische Freundschaft für die Vereinigten Staaten nur in diplomatischen konventionellen Phrasen existiert und in der Propaganda, die von japanischen Staatsmännern und amerikanischen „Frieden-um-jeden-Preis-Advokaten" betrieben wird, wie in der weinseligen Stimmung japanisch-amerikanischer Bankette. Ja, es heißt sogar ohne Umschweife: „Die Situation ist jetzt und war schon jahrelang dieselbe (zwischen den Vereinigten Staaten und Japan), wie die zwischen England und Deutschland vor Ausbruch des europäischen Krieges."

Damit wäre nicht gesagt, daß ein neuer angelsächsisch-asiatischer Krieg bevorstände, dazu sind unter anderem die Japaner viel zu bedächtige Leute, ebenso vorsichtig wie deterministisch, ebenso imstande „Haltung zu bewahren" in jeder Situation, wie auch das Ziel zurückzuhalten, das hinter ihrer Stirn liegt. Sie wissen nur zu gut, daß Deutschlands Zusammenbruch ihre Situation gegenüber den Angelsachsen bedeutend geschwächt hat, aber sie weichen nicht zurück, denn der Tod wiegt leicht wie eine Feder, aber die Pflicht schwerer als Blei. Und die Pflicht, welche der brennende Rassenehrgeiz den Japanern auferlegt hat, und die alle humanitären und sozialen Ideen von Westen her umgehen wird, ist die Befreiung Asiens von europäischem und amerikanischem Uebergewicht unter Japans strahlender Führung.

Nach dem chinesischen Krieg im Jahre 1895 mußte Japan seine hochgespannten Erwartungen unter dem Druck der weißen Rasse dahinschwinden sehen, nach dem Russenkrieg 1905 wiederholte sich dasselbe. Die Japaner beugten sich jedesmal, aber steuerten mit neuem Kurs nach ihrer unveränderlichen Kompaßnadel. Es kann sein, daß sie wieder einmal weichen müssen, aber die Gewißheit dessen, was dieser letzte Krieg ihnen gebracht hat, wird sie die Hände noch fester fassen lassen, denn sie haben im Weltkriege ungeheuer gewonnen. Ihr Feldzug gegen Deutschland war nicht lang und verhältnismäßig billig. Da ein Angriff von der See aus gegen Tsingtau gewagt war, marschierten sie „auf Grund militärischer Notwendigkeit" durch das neutrale China auf, dessen Proteste in Europa keinen Widerhall fanden, da dieses seine Indignation über Neutralitätsverletzungen schon bei einem früheren Fall aufgebraucht hatte.

Die Japaner nahmen nicht nur Tsingtau und ganz Kiautschau, sondern auch alles deutsche Eigentum und alle deutschen Konzessionen in der chinesischen Provinz Shantung, einbegriffen die Eisenbahnlinie von Tsingtau nach der Hauptstadt Shantungs, Tsinanfu. Den Truppen folgten Gerichte, Postkontore, Banken, Handelshäuser und eine Einwanderung von Japanern, Kauf-

leuten, Ingenieuren, Fabrikarbeitern usw., die sich über die ganze Provinz verbreiteten. Am Schlusse des Jahres 1918 soll ihre Zahl 50000 betragen haben. Anstatt ein Landheer Rußland zu Hilfe zu senden, wie man von ihnen forderte, zogen die Japaner vor, ihre weitere militärische Wirksamkeit auf Flottendienste in Asien zu beschränken und den Russen — und sich selbst — dadurch zu dienen, daß sie ihnen Gewehre, Kanonen, Munition und Kriegsbedarf lieferten. Sie machten auch Geldgeschäfte mit den Alliierten, denen sie bis August 1918 im ganzen 577 Millionen Dollars geliehen haben (England zirka 371, Rußland 127, Frankreich 78 Mill.).

Und der Krieg brachte ihnen noch mehr. Bisher waren in erster Linie Engländer und Deutsche Führer im Handel des Ostens. Die Deutschen schieden nun aus und England hatte so viele Geschäfte in Europa, daß Japan ein Löwenanteil am Handel in Asien zufiel. Indien wurde mit japanischen Zündhölzern, Spielwaren, Zigaretten, Glaswaren, Baumwolle und Seide überschwemmt, gar nicht zu reden von der großen Ausdehnung des japanischen Handels mit China. Die Handelsbilanz zwischen Amerika und Japan schloß 1916 mit 73½ Millionen Dollars zu Japans Gunsten. Geld über Geld häufte Japan während des Krieges auf, Dampfschiffsgesellschaften, Fabriken, Banken florierten.

In politischer Beziehung kam Japan ein gutes Stück in China vorwärts. Schon der Erwerb Shantungs war ein großer Vorteil, dazu kam eine Uebereinkunft mit China, die ihm alle Rechte in Shantung sicherte und ihm umfassende Rechte in der südlichen Mandschurei sowie in der östlichen und mittleren Mongolei gab, dazu „Mitbestimmungsrecht" über die ausgedehnten chinesischen Eisenwerke, Eisenerz- und Kohlenminen, die bisher von den Engländern als britische Interessensphäre betrachtet worden waren. Sie verpflichteten die Chinesen, an keine andere Macht als Japan Häfen, Buchten oder Inseln an der chinesischen Küste abzutreten. Eine höchst eigentümliche Bestimmung besagt auch, daß China verpflichtet ist, an Japan Land innerhalb der chinesischen Grenzen abzugeben zum Bau von Krankenhäusern, Kirchen und Schulen „zur Propagierung der religiösen Lehre". Hierin muß man einen ersten vorsichtigen Schritt gegen die Wirkung der christlichen Missionäre in China sehen mit Hilfe japanischer buddhistischer Lehrer.

Die Japaner sind alte Christenfeinde. Sie sind es geworden, seit die christliche Lehre ihnen politisch gefährlich wurde. Die Liberalität der neuen Aera war von opportunem Charakter, man stellte sich freundlich zu der schwertbewaffneten Religion des weißen Mannes. Man erzählt in Japan eine Geschichte, die die japanische Seele beleuchtet: Ein berühmter japanischer Morallehrer, der seinen Schülern ausführlich über Konfuziuslehren berichtet hatte, fragte einen seiner Schüler: „Wenn Konfuzius zum Leben zurückkehrte und die Waffen gegen unser Vaterland erheben würde, was würdest du tun?" — „So würde ich mich mit ihm schlagen und ihn gefangennehmen."

Ein Heldenkampf des christlichen ungarischen Volkes.

Von Dr. Hans Eisele, Wiener Vertreter der „Köln. Volkszeitung" in Wien.

Wer die Ungarn gegenwärtig nur durch die Brille der liberalen jüdischen Presse betrachtet, der muß glauben, der kommunistische Terror sei nur abgelöst durch den weißen Terror. Die Regierung Friedrich sei wie die Regierung Bela Kuns nur durch Gewalt usurpiert und erhalten. Ich hatte eine ganze Woche Gelegenheit, in Budapest und Transdanubien die Verhältnisse mit eigenen Augen zu sehen und die Stimmung des Volkes zu hören. Ich war Zeuge der Rundfahrt des Ministerpräsidenten Friedrich, die er in Begleitung rumänischer Offiziere durch Transdanubien machte. Ich nahm teil an einer Massenkundgebung von mindestens 7000 Teilnehmern aus über 70 Gemeinden für den Kultusminister Huszar, der den Deutschen von den Katholikentagen wohl bekannt ist.

Es geht eine tiefe christliche und nationale Bewegung durch das ungarische Volk. Die Monate der Kommunistenherrschaft waren für gar viele Katholiken und Protestanten Exerzitien der religiösen Erneuerung. Als ich vor 10 Jahren am Pfingstfeste die Basilika von Budapest besuchte, war sie beim Hauptgottesdienst und bei der Predigt nur von einem kleinen Häuflein Gläubigen besucht. Am Sonntag vor Maria Geburt ds. Js. kniete ich wieder in der Basilika, und das herrliche Gotteshaus war von frommen Betern bis in die letzte Seitennische dicht gefüllt. An Maria Geburt sah ich, wie die kleine Kirche des Städtchens Sarvar bei allen drei Gottesdiensten überfüllt war. Es herrschte eine Ordnung und eine Andacht, die ich jedem deutschen Dorf als Muster vorstellen möchte. Das Volk sang die ungarische Messe mit solcher Hingebung und mit einer solchen Allgemeinheit, wie ich es selten einmal in einer deutschen Kirche gehört habe. Ergreifend aber war es, als zum Schlusse der Messe vor dem Allerheiligsten in der Monstranz das Volk die ungarische Volkshymne „Gott rette Ungarn" sang. Man begreift es, daß dabei in vielen, vielen Augen Tränen standen, denn monatelang war es ein mit Todesstrafe zu büßendes Verbrechen, die National-Hymne zu singen. Ich habe mir von vielen Geistlichen aus Landpfarreien und von dem Sekretär des Fürstprimas wie von anderen Geistlichen Budapests sagen lassen, daß den Tagen der furchtbaren Schreckensherrschaft eine religiöse Erneuerung voll freudiger Hoffnungen gefolgt sei.

Daneben läuft die nationale Bewegung. Man hat die Ungarn oft die Franzosen der Habsburger Monarchie genannt. In ihrem unverwüstlichen Patriotismus, in ihrem begeisterten Glauben an die nationale Zukunft und in der nationalen Treue stehen sie den Franzosen mindestens gleich. Neun Zehntel des Landes Ungarn sind heute vom rumänischen Feinde besetzt, von einem Feinde, für den jeder Ungar bis jetzt nur Verachtung kannte. Das Land wird von den Rumänen geplündert und ausgeraubt, wie während des ganzen Weltkrieges kein Land heimgesucht worden ist. Ohne fachgebildete Ingenieure werden die Fabriken abmontiert, Maschinen, Motore, Drehbänke, Maschinenteile weggeschleppt. Bereits sind über Szolnok allein 150 Züge mit wertvollen Maschinen, Motoren und Maschinenteilen abgefahren worden. 26000 Eisenbahnwagen und 574 Lokomotiven haben die Rumänen dem Lande genommen, in das sie angeblich als Freunde, Schützer und Bringer der Ordnung kommen wollten. Den Bauern rauben sie 50 Prozent der Ernte und das Vieh in Massen. Die Regierung ist nicht mehr in der Lage, die Städte mit Lebensmitteln und Kohlen zu versorgen, weil sie keine Lokomotiven und Eisenbahnwagen mehr hat. In der letzten Woche konnten bereits keine Milchzüge mehr nach Budapest gefahren werden, weil die Rumänen neuerlich eine Anzahl von Lokomotiven weggeführt haben. Der Personenverkehr auf den Nebenstrecken muß in offenen Güterwagen gefahren werden. Als Ministerpräsident Friedrich seine Rundfahrt antrat, stand ihm kein Salonwagen, nicht einmal ein sauberer erstklassiger Wagen zur Verfügung. Mitten auf der Fahrt mußte sein Wagen ausrangiert werden, weil Wanzen und Läuse ihn unbewohnbar machten. Auf allen Bahnstrecken begegnete der Zug endlosen Wagenreihen, die mit Gütern für die Rumänen beladen waren. Friedrich konnte seine Fahrt im eigenen Lande erst nach langem Verhandeln und Bitten unternehmen und dann nur unter Bewachung zweier jüdischer rumänischer Offiziere.

An tausend Beispielen, an Bahnhöfen, auf Brücken und auf den Straßen sieht man, wie die Rumänen dem ungarischen Volk ihre Herrschaft fühlen lassen. Aus Siebenbürgen haben sie 30000 Familien ausgewiesen, die nichts mitnehmen durften als das was sie auf dem Leibe tragen. Die Ungarn können nicht die Wahlen ausschreiben, weil die rumänische Besatzung es nicht gestattet. Die Verbindungen zwischen den einzelnen Landesteilen sind von den Rumänen unterbunden, so daß es nur unter großen Schwierigkeiten möglich ist, von einem Landesteil in den anderen zu kommen. Der Güter- und Personenverkehr auf den Bahnen ist fast unmöglich, da strenge Zensur herrscht und die Rumänen selbst die Privatgüter auf den Bahnen und auf der Post nicht verschonen.

So sehr ist das ungarische Volk zurzeit geknechtet und Ungarn in Feindesgewalt. Und doch ist es eine begeisterte, jugendfrische, nationale Erhebung, die das ganze Volk gepackt hat.

Beim ersten Schritt über die Grenze Oesterreichs nach Ungarn springt jedem der Gegensatz von hüben und drüben in die Augen. In Oesterreich ist es unter der verkappten Räteregierung fast eine Schande, patriotisch zu sein und Nationalfarben zu tragen. Ueber der Grenze leuchtet aus Allem das rot-weiß-grün, aus breiten Schleifen, Bändern und Fahnen, das nach den Erlebnissen der Revolution in Deutschland und Oesterreich herzerfrischend wirkt. Budapest und selbst Landorte tragen seit dem Ende der Bolschewikenzeit nationalen Flaggenschmuck. Fast jeder Ungar trägt im Knopfloch ein rot-weiß-grünes Bändchen

Es war in Sarvar. In endlosen Wagenreihen zogen von allen Seiten die Bewohner der Umgebung heran, selbst auf Ochsenwagen nach alter Ungarn Art kamen sie. Es war eine Parteiversammlung, eine politische Kundgebung für den christlich-sozialen Minister Huszar und zugleich ein nationaler Festtag. Da fuhr kein Wagen ein in Sarvar, dessen Pferde keinen weißen Schmuck trugen, da war kein Hut, der nicht ein weißes Band, eine weiße Blume oder wenigstens eine weiße Feder zeigte. Weiße Fahnen, weiße Bänder, weiße Blumen, weiße Federn, irgend etwas Weißes galt als Zeichen der christlich-nationalen Erhebung, als Protest gegen das blutige Rot der Internationale und des Kommunismus. Unbeschreibliche Begeisterung strömte von diesen 7000 Menschen aus, auf den besten Katholikentagen in Deutschland habe ich Aehnliches nicht gesehen. Und der Grundton all dieser Begeisterung und aller Reden war christlich, war national. Alles was international, was unchristlich ist, verabscheut heute das christliche Ungarn, denn unchristlich blutigrot und international ist die kommunistische Herrschaft gewesen.

Die Führer der Kommunisten und gerade die grausamsten und brutalsten unter ihnen waren Juden, drinnen in Budapest und draußen in den Provinzstädten. Juden waren es, die die furchtbaren Banden der Leninbuben auf das Land hetzten, wo sie die Geistlichen marterten, in geistlichen Gewändern im Beichtstuhl saßen um das Volk zu gegenrevolutionären Geständnissen zu bewegen. All das Schreckliche, das über Ungarn hinweg gegangen ist, geht letzten Endes auf die jüdischen Führer, wie Bela Kun, Szamuely, Böhm, Landler und Genossen zurück. Daß auch der ausgesprungene Kleriker Oskar Faber sich zu ihnen gesellte, gibt dem Bild nur noch den richtigen Schatten. Wenn nun das Volk aber an all diese Schrecknisse der furchtbaren Zeit zurückdenkt, gedenkt es der jüdischen Führer, und vergißt nicht, daß das Judentum in ganz Ungarn mit den Kommunisten fraternisiert, und wie mir ein Jude sagte, gefackelt hat. Nicht wenige von vielen hundert Juden sind drum vom Ekel gepackt, vom Judentum abgefallen, und Christen geworden. So ist's zu verstehen, daß die tiefgehende christlich-nationale Bewegung, die sich überall im ganzen Lande bei allen Gelegenheiten und Versammlungen in spontanen Kundgebungen auslebt, nicht mehr Juden und nicht mehr rote Internationalisten als Führer in der Regierung sehen will. Daß ein Antisemitismus von nie gekannter Allgemeinheit und Tiefe das ganze Volk gepackt hat, das ist nach all dem Gesagten nicht verwunderlich.

Ungarn zählt etwa 5 Prozent Juden, Budapest etwa 27 Prozent. Das christliche Volk von Ungarn ist nicht mehr gewillt, von diesen 5 Prozent sich führen, tyrannisieren und unterdrücken zu lassen. Das ist letzten Endes der Urgrund der heutigen christlichen und nationalen Bewegung in Ungarn. Das ist aber auch die tiefere Ursache, weshalb das Judentum Ungarns und die jüdische Presse ganz Europas sich in solcher Wut aufbäumt gegen die christliche Regierung und gegen das christliche Volk Ungarns. Wer offenen Auges durch Ungarn geht, der kann nicht leugnen, daß 90 Proz. hinter der christlich-nationalen Regierung stehen, nur eine christlich-nationale Regierung dulden und im schärfsten Kampf jeden Juden als Führenden in der Regierung ablehnen. Das Judentum kämpft aber mit allen Mitteln einen erbitterten und schonungslosen Kampf gegen das christliche Ungarn. Die von Juden beherrschten Banken wollen durch Kreditverweigerung die Regierung zur Kapitulation zwingen. Mit der Ententekommission stehen die Juden in engster Fühlung und machen dadurch die Regierungsarbeit zu einem wahren Leidensweg. Die amerikanische und auch die französische Kommission stehen vollkommen unter jüdischem und freimaurerischem Einfluß. Auch in Ungarn hat sich mit dem Judentum die Loge verbunden, alles was der Loge dient, kämpft, schreit und lügt mit im Kampfe gegen die christliche Regierung Ungarns. Es ist ein wahrer Heldenkampf, den das christliche Ungarn mit unbeschreiblicher Opferwilligkeit und nationaler Freudigkeit begonnen hat. Wenn es einig und geschlossen bleibt, wird das christliche Volk Ungarns siegen. Die christlichen Parteien haben sich bereits inder christlich-sozialen Partei zusammen gefunden, um gemeinsam politisch vorzugehen. Der ganze Episkopat Ungarns ist in corpore der christlich-sozialen Partei beigetreten. Auch der Fürst-Primas Czerach ist in einer Klubsitzung der Christlich-So[z]ialen erschienen und hat die Mitglieder mit begeisternden Worten zum Ausharren und zum christlich-nationalen Bekenntnis ermutigt. Das ist die wahre Lage Ungarns, das ist der Kampf zwischen christlich-nationalem Volkstum und internationalem Logentum.

Die Krisis des Islam.

Von Dr. Leo Schwering, Köln.

Die Liquidation der Türkei, die sich in der Person des Sultans im Besitze des Kalifates befindet, stellt am sinnfälligsten die Erschütterung des gesamten Islam in Erscheinung. Dies wird an den Ufern des Ganges so gut gefühlt, wie in den Bergen des Scherifenreiches. Eine dumpfe Gärung hat die Völker des Islam ergriffen, und was das siegreiche Deutschland in den Jahren 1914/18 nicht vermochte, die Völker des Islam aufzurütteln, das sehen wir jetzt vor unseren Augen sich abspielen. Vom Indus bis zur Straße von Gibraltar hat eine allgemeine Bewegung eingesetzt, deren Ende nicht abzusehen ist, und ihre Wirkungen sind weit größer als die, welche der Heilige Krieg je hervorzurufen imstande war. Um es kurz zu sagen: der Islam ist revolutioniert!

Allerdings, es hat auch seine guten Gründe. Die letzten souveränen Staaten sind entweder verschwunden oder stehen, wie die Türkei, im Begriff dazu. Persien, Marokko, Afghanistan, das sind nur Ausschnitte aus dem großen, allgemeinen Bilde, in das sich das aufständische Aegypten und die Teilerhebungen in Indien einfügen. Und daß es auch in anderen und heute noch scheinbar ruhigen mohammedanischen Ländern nicht an Zündstoff fehlt, ist mindestens aus gewissen Anzeichen zu erraten. Wir denken dabei vor allem an die Länder des Maghreb, also Algier und Tunis.

Die tieferen Gründe sind kaum auf eine Formel zu bringen. Dies würde schon deshalb ein Unding sein, weil die Welt des Islam so ungeheuer groß, die politischen, sozialen, wirtschaftlichen Bedingtheiten überall so außerordentlich verschieden sind. Die Enttäuschung über die Wirkungen des Heiligen Krieges ist in Deutschland noch immer zu groß, um uns an eine unbedingte Solidarität der mohammedanischen Länder glauben zu lassen. Aber die Tadler dieser Bewegung vergessen doch meist, daß die Erklärung des Heiligen Krieges sicherlich zu der allgemeinen Revolutionierung des Islam beigetragen hat; daß dies so stimmt, ist aus den Versprechungen, die namentlich Großbritannien seinen mohammedanischen Völkern während des Krieges geben mußte, als der Sieg noch zweifelhaft war, deutlich zu ersehen; auch die Errichtung des Gegenkalifates in der Person des Königs von Arabien weist ebenfalls darauf hin.

Viel stärker aber hat die Kunde von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker auch im Islam gezündet. Der Nationalismus, der die Völker Europas zuerst ergriffen und umgestaltet hat, ist nunmehr folgerichtig, allerdings drei oder mindestens zwei Menschenalter später, in die weniger kulturell fortgeschrittene Welt übergesprungen. Es kann aber keinem Zweifel unterliegen, daß mit dem Nationalismus auch das Gefühl der volksmäßigen Religion, die ja doch auch in den europäischen Ländern als ein Teil des nationalen Selbst aufgefaßt wird, man denke an die Formel: Russentum und Orthodoxismus, gestärkt werden muß, das ist der Mohammedanismus. Namentlich in den Völkern minderer Kultur besitzt das religiöse Band ja oft eine Stärke, die das nationale noch übertrifft. So ist anzunehmen, daß wir unter der doppelten Einwirkung dieser beiden Kräfte eine Gesamtstärkung des Islam in dem Verlaufe des 20. Jahrhunderts zu erwarten haben. Die immer weiter fortschreitende Erschließung der mohammedanischen Länder durch die technischen Hilfsmittel unserer modernen Kultur kann nur dazu beitragen, all diese Elemente in ihrer Wirksamkeit auf das Gesamtziel hin noch zu verstärken.

Deutschland, das von politischer Tätigkeit unter den Völkern des Islam ausgeschlossen ist, hat an den Entwicklungen, die sich im islamischen Orient anbahnen, kein unmittelbares Interesse mehr. Aber es wird die Selbständigkeitsbestrebungen dort mit seinen vollen Sympathien begleiten. Große Wunder wird man allerdings kaum erwarten dürfen. Während des Krieges war in gewissen deutschen Blättern eine naive Ueberschätzung des Islam Mode. Wir glauben nicht an die Kulturkräfte des Islam als Konfession. Wohl aber setzen wir Hoffnungen auf die den Völkern der islamischen Welt innewohnenden nationalen Kräfte. Das Einströmen christlicher Ideen wird dort hoffentlich die Lethargie in dem Kismetglauben wie einen Sauerteig zersetzen, damit die den Nationen innewohnenden Kräfte zu sichtbarer Wirksamkeit gelangen. Die im letzten Grunde auf den Ideen des Christentums ruhende europäische Kultur ist die unbedingt überlegene, und nur wenn in die lethargische Welt des Islam von ihrem

Hauche etwas hineindringt, wird die Krisis des Islam von wohltätiger Wirkung auf die Völker des Islam sein. Großbritannien und Frankreich aber werden einen schweren Stand bekommen, und es wird alsbald der Zeitpunkt eintreten, wo die bisher üblichen bequemen Herrschaftsmethoden nicht mehr ausreichen werden. Einen Vorgeschmack von dem, was z. B. Foreign Office zu erwarten hat, hat es in Indien in den letzten Monaten erlebt, wo gerade die rührigen Mohammedaner der Gangesebene sich immer mehr als eine wachsende Gefahr für die britische Alleinherrschaft entpuppen.

Eine Hochkirchliche Vereinigung in Deutschland.

Von Geistl. Rat Prof. Dr. Hoffmann, München.

In der Kirchentrennung des 16. Jahrhunderts sind nicht alle, welche die alte Kirche verließen, in der Verwerfung katholischer Lehren, Einrichtungen und Gebräuche gleich weit gegangen. Namentlich behielt die Anglikanische Hochkirche in Verfassung und Kultus vieles bei, was ihr den Vorwurf einbrachte, daß sie papistisch sei. In der Tat wollen die Anhänger dieser Kirche nicht protestantisch sein, sie selbst bezeichnen sich als englisch-katholisch.

Nun wagen sich auch in Deutschland Bestrebungen hervor, die in die Bahnen der Anglikanischen Hochkirche einlenken. Ihre Vertreter hoffen so vor allem ein reiches religiöses Leben wecken und den Geist des Heilandes wieder aufleben lassen zu können; sie nennen ihren Zusammenschluß Hochkirchliche Vereinigung. Am 9. Oktober 1918 fand in Berlin die begründende Mitgliederversammlung statt. Die Sache bietet auch für den Katholiken volles Interesse, da wir ja jede Hebung religiös-sittlichen Lebens auch außerhalb unserer Kirche begrüßen und allen, die hier arbeiten, Anerkennung und Dank wissen.

Die genannte Versammlung in Berlin nahm eine Reihe von Grundsätzen für die Tätigkeit und Ziele der Vereinigung an, und Herr Pfarrer Dr. theol. Albani in Bad Lausick, Sachsen, begründete sie in einem Vortrage, der gedruckt vorliegt und auf den ich bereits in einer kurzen Besprechung in Nr. 25 (1919) der „A. R." hingewiesen habe. Seit Januar 1919 erscheint die Wochenschrift „Die Hochkirche". Einen Einblick in die Absichten gewähren die erwähnten Grundsätze; darum seien sie hier abgedruckt.

„Die Hochkirchliche Vereinigung erstrebt eine Ausgestaltung der Kirchen der Reformation hinsichtlich ihrer Verfassung und ihres Kultus. Sie ladet alle diejenigen zur Mitarbeit ein, welche auf dem Grunde des Evangeliums stehen und mit Ernst Christen sein wollen.

I. 1. Die Hochkirchliche Vereinigung erstrebt die volle Selbstständigkeit dieser Kirchen in kirchlichen Dingen und Kirchenleitungen, welche durch keine Rücksichten behindert sind, das Bekenntnis zum Evangelium und die kirchlichen Interessen, wo und wem gegenüber es nur immer sei, mit Nachdruck zu vertreten.

2. Hierzu erachtet sie die Durchführung der bischöflichen Verfassung, welche auch dem Geist der heiligen Schrift durchaus gemäß ist, für erforderlich.

II. 1. Die Hochkirchliche Vereinigung wünscht ein maßvolles Zurücktreten der Predigt, eine stärkere Betonung der heiligen Sakramente und ihres objektiven Charakters — unerläßliche Voraussetzung ist ihr Vollzug nach den kirchlichen Ordnungen — und eine reichere liturgische Ausgestaltung der Gottesdienste.

2. Sie will darauf hinarbeiten, daß in den Gottesdiensten (durch Kirchen- und Altarschmuck, Musik, reicheren Ornat u. a.) dem Sinn für das Schöne, Edle und echt Volkstümliche immer mehr Rechnung getragen und ihr heiliger Inhalt stets in heiligen, würdigen Formen dargeboten werde.

3. Sie hält eine wirksame Reform der Beicht- und Abendmahlspraxis, wie sie jetzt geübt wird, für unerläßlich und die Wiedereinführung der fakultativen Privatbeichte für wünschenswert.

4. Sie will mithelfen, daß die fromme Uebung (Kirchenbesuch, Gebetstunden, evangelisch-klösterliches Leben) auch in den Kirchen der Reformation gebührend gewürdigt und betätigt werde.

5. Als eine ihrer Aufgaben betrachtet sie die Schaffung eines Breviers für evangelische Christen.

6. Weil ihr die Kirche die aus dem Geiste Jesu Christi geborene und in der Zeit der Apostel entstandene sichtbare Organisation der christlichen Glaubensgemeinschaft ist, muß für dieselbe ein ihrer Bedeutung entsprechender größerer Einfluß auf das Volksleben angestrebt und in der evangelischen Christenheit das Bewußtsein, zu der Gesamtkirche zu gehören, geweckt und gestärkt werden."

Wir wollen die reformatorischen Bestrebungen der Hochkirchlichen Vereinigung im Anschlusse an Dr. Albani nach ihren wichtigsten Seiten etwas stärker beleuchten.

Die Menschheit, die durch Christi Missionsbefehl der apostolischen Arbeit anvertraut wurde, ist ein organisches Ganzes, eine ungeheuere gottbedingte Einheit; nichts, was innerhalb ihrer geschieht, bleibt ohne Wirkung auf die Gesamtheit; sie ist ein Leib, in dem die Glieder nicht nur willkürlich nebeneinander dienen oder sich versagen, sondern sich in unzähligen, bis in die Tiefen der Gottheit reichenden Beziehungen gegenseitig bedingen, gleichwie sie von Gott bedingt sind, in eins gebracht und durchwirkt vom Heiligen Geiste. Diese Einheit durchwaltet ein Gesetz, unabhängig vom Willen des einzelnen, nämlich der Wille Gottes. Der Kirche kommt nun die Aufgabe zu, diese organische Verbundenheit nach ihrer Klarheit und Reinheit als das Ziel jedes einzelnen Menschen wie der Menschheit als eines Ganzen aufzustellen und so den Willen des Menschen zur Einheit mit dem Gottes zu bringen. Dazu muß der Kirche die Lehr- aber auch Erziehungsgewalt über die Menschen zustehen. Darüber hinaus öffnet sie in Beichte und Sakrament dem Glauben der Menschheit das ewig flutende Gnadenwirken Gottes selbst. In diesen Rechten und in dieser Tätigkeit baut sich die Kirche als Organisation entsprechend dem göttlichen Organismus der Menschheit auf und ihm muß sie recht entsprechen. Diese Organisation habe in der protestantischen Kirche stark gelitten; Schuld sei vor allem der Irrtum, als ob alle kirchliche Wirkung vom Individuum zum Individuum gehen müsse; man vergesse auch, daß Gott nicht weniger ein Gott der Völker und der ganzen Christenheit und Menschheit sei wie des einzelnen. Es bedarf aber der Organisation, um dem Menschen seine Stellung im heiligen Organismus anzuweisen, dem Leibe, dessen Haupt Christus ist, und es ist die Organisation als Ausdruck des göttlichen Willens an Rang dem ebenfalls menschlich gesprochenen Worte der Hl. Schrift ebenbürtig.

Es ist darum ein geistliches Amt nötig, es müssen beamtete Diener Gottes da sein. Diesen obliegt die Aufgabe, die Bemühungen der Menschen, dem heiligen Charakter der Gottesgemeinde gerecht zu werden, zu pflegen und den Organismus in der kirchlichen Organisation nach der Einheit und der Gliederung zu sichern. Diese Gedanken findet man in der katholischen Kirche am meisten verwirklicht. An ihrem geistlichen Amte zeigen sich Gegenständlichkeit, Selbständigkeit und Vollständigkeit.

Beim Träger des geistlichen Amtes in der katholischen Kirche ist wohl die Persönlichkeit, ihr Wert und ihre Bedeutung nicht gering geschätzt, aber sie ist nicht ausschlaggebend; der Geistliche bleibt eben in erster Linie der Diener eines Amtes, das in jedem einzelnen Falle unendlich wichtiger und gewaltiger ist als er selbst, gegen das er persönlich überhaupt gar nicht in Betracht kommt. Daraus ergibt sich eine stille, freudige Sicherheit, die nur derjenige hat, welcher sich nicht einzig auf seine eigene Persönlichkeit stellt. Das kirchliche Amt bei den Katholiken besitzt weiter Selbständigkeit. Der Bischof ist unabhängig, insbesondere von der weltlichen Gewalt, die sich in der protestantischen Kirche recht unheilvoll für ein wahrhaft religiöses Leben bekundet habe. Der Bischof repräsentiere die lebendige und lebenspendende Persönlichkeit, das Konsistorium der protestantischen Kirche aber den Paragraphen und die Registrierung von Lebensäußerungen. In der katholischen Kirche offenbare sich auch die Vollständigkeit. Eine Entwicklung, die in das Gesamtleben der Menschheit eingreift, kann unmöglich von einer lokalen Macht, etwa dem Bischofe allein, überwacht und in ihrem Verlaufe geleitet werden. Es bedarf einer Stelle, die von den Vorfällen und Antrieben im kleinen nicht berührt wird. Der Krieg hat dieses unzweideutig gelehrt. Der oberste Priester der Christenheit hat mit Klarheit festzuhalten, daß die Majestät seines Amtes bei allem Recht, sämtliche Gestaltungen des menschlichen Lebens vorzuzeichnen, doch den vergänglichen Zielen des politischen Kampfes ebenso fremd wie überlegen sei. Es lasse sich nicht schlechthin verneinen, daß Rom auf diesem Wege sei. Dieses eine, persönliche Oberhaupt besitzt ein sakramentales Amt, darum steht die Welt als eine organische Einheit dem obersten Bischofe als einer persönlichen Einheit gegenüber, als ihrem Beichtiger und Sakramentenspender. Ohne dieses Amt erweist sich die erhabenste Gotteswahrheit vor Christen und Heiden als stumm; die Kirche ist nicht vollständig im Gebrauch der Güter, die ihr der Heiland stiftete und die das Apostolikum nennt. „Ich

glaube, solange die Christenheit ihrem Herrn treu bleibt und je mehr sie ihn als ihren Herrn erkennt, desto lebendiger wird das Bedürfnis werden, auch organisativ eine Herde unter einem Hirten zu sein. Wir sind soeben dabei, auf diesem Wege einen großen Schritt vorwärts zu tun. Wir werden Bischöfe bekommen, die nicht mehr durch staatliche Eifersucht gehindert sein werden, sich im unbefangenen, kirchlichen Geiste zusammenzuschließen, auch über die Grenzen der Nation hinaus. Das Verständnis für ökumenisches Wesen wird wachsen und mit ihm die Möglichkeit, sich an einem künftigen Tage auch mit Rom zu verständigen. Die „Hochkirchliche Vereinigung" will zu dieser Entwicklung beitragen. „Unsere Aufgaben bringt uns Gott selbst", sagte Dr. Albani auf der bereits erwähnten begründenden Versammlung in Berlin. Jerusalem, die Freie, die unser aller Mutter ist, denkt man sich als den Sitz des einen Hirten der gesamten Herde, ohne indes auf den Ort ausschlaggebenden Wert zu legen.

Mit der Organisation des heiligen Organismus erscheint die Neubelebung der Beichte erforderlich. Diese wird denn auch mit allem Nachdrucke gefordert. Fälschlich meint man wohl, es sei eine allgemein kirchliche Ueberlieferung, daß jeder Christ berechtigt sei, Beichte zu hören und die Sünden zu vergeben im Namen des Herrn. Diese Meinung findet dann wieder eine Korrektur in der Ueberzeugung der Hochkirchlichen Vereinigung, daß es Männer geben muß, die für dieses heilige Tun dauernd gerüstet sind, gerüstet vor allem durch den Auftrag und das Vertrauen der Gesamtkirche. Als untrennbar von dem Rechte der Absolution stellt sich dar die Notwendigkeit einer kirchlichen Erziehung. Diese aber liege im Protestantismus sehr im Argen. „Dem Geistlichen fehlt die Möglichkeit, auch nur von den Kindern dauernd ein bestimmtes Verhalten fordern zu dürfen; dementsprechend vermag auch die Kirche dem Geistlichen nichts dergleichen nahezulegen. Alle Bemühungen und Unternehmungen in Vereinigungen und Bünden aller Art bedeuten bei aller aufgewendeten Klugheit und Liebe ins Ganze gesehen ebensoviele Fehlschläge." Darum kann nicht die Verkündigung des Gotteswortes die rechte kirchliche Erziehungsmethode sein; „gebt vielmehr den Menschen im Namen Gottes wahre, um Gotteswillen zu erfüllende Pflichten und benützt die Beichte dazu, diese Pflichten in immer tiefer und klarer werdenden Zucht zu verfeinern!" Hierfür ist gleichfalls das geistige Amt nicht zu entbehren. Im Zusammenhang damit wird auch der Gebrauch eines Breviers, überhaupt die kirchliche Erziehung und Zucht des geistlichen Standes und richtige Würdigung der Askese gefordert.

Das Ziel aller Zucht muß die Vollkommenheit sein. Diejenigen, die solche erstreben, müssen hierin geschützt und gefördert werden. „Ungestört sollen sie die Blüte ihrer Seelen entfalten dürfen und durch ihr Blühen, Welken und Samenstreuen der Welt Sehnsucht erwecken, von sich selbst loszukommen und nach der Art des heiligen Organismus sich selbst treu zu werden. Hier ist der Grund, weshalb wir auch für klösterliches Leben eintreten können." Ein solches Kloster brauche nicht immer die Form einer mittelalterlichen Zellenburg zu zeigen, sondern dürfe sich wohl auch einmal als eine Art Gartenstadt darstellen, in der christliches Familien- und Gemeindeleben, nach seiner Regel geordnet, der Welt einen Spiegel vorhält. Auch Eheleute dürften hier zusammenleben.

Einen wichtigen Punkt, gleichsam das Land der Sehnsucht stellt das allerheiligste Altarssakrament dar, die hl. Messe. Nicht nur wird eine reichere, farbigere Schmückung des Gottesdienstes gewünscht, in begeisterten Worten läßt man erkennen, daß die Tiefen dieses Geheimnisses geahnt werden: „Der in der Messe von den Menschen geopferte Gott ist nicht der Gegenstand menschlicher Leistung, sondern tritt, allein leistend, in die volle Gemeinschaft mit den Menschen. Gott und Gottes Knecht, nur in Christo, so in dem mit Christo kommunizierten Christen!"

Die Hochkirchliche Vereinigung richtet vor allem ihr Augenmerk auf kirchenrechtliche und liturgische Angelegenheiten, die anscheinend mit dem Glaubensstande nichts zu tun haben; es gibt außerhalb Deutschlands Hochkirchen auf reformiertem und lutherischem Boden. Doch dürften bei einer Wiederaufnahme des bischöflichen Amtes auch da einigende Momente Kraft und Wirksamkeit finden.

Hiermit haben wir die Gedanken und Absichten der neuen Hochkirchlichen Vereinigung in Deutschland in einer Skizze gezeichnet. In einer folgenden Arbeit wollen wir eine Würdigung dieser Bestrebungen versuchen und ihre Aussichten in unseren Sichtkreis ziehen.

Verwandlung.

Die sommerwarmen Säulen der Estrade
Verkühlen schon, und fröstelnd rührt die Hand
An kalte Marmorwangen. Die Kaskade
Im Parkbach ist schon silbrig überspannt
Von Spinngeweben. Oleander lässt
Die blütenleeren Zweige niederhängen.
Doch Astern wuchern längs den Gartengängen.
War nicht einmal ein hohes Sommerfest?
Wann war es doch? Die grauen Wolken pressen
Durch Ulmenkronen auf mein totes Haus.
Als wär' sie nie gewesen, so vergessen
Liegt mir die Zeit. Ist wirklich alles aus?
Erinnernd müht der Augenblick sich sehr
Durch all das Trübe jenes Bild zu lichten.
Und trostlos starrt's mich an in Traumgesichten.
Kommt niemand mehr? Ich komm' zu niemand mehr.

F. Schrönghamer-Heimdal.

Deutschland und die Auslanddeutschen.

Von Wilh. Müller, Birkenwerder.

Nachdem die politische Entwicklung der letzten Zeit mit ihren für uns als Deutsche so vielfältigen bitteren Erlebnissen in mancher Hinsicht unseren Horizont geweitet hat, macht sich in immer breiterer Form die Erkenntnis bemerkbar, daß es zu unseren ersten Aufgaben hinsichtlich politischer Neuorientierung gehört, in ein vollkommen neues Verhältnis zu unseren Auslanddeutschen zu gelangen. Man kann kaum ein in den letzten Monaten über das Gebiet der Auslandpolitik und des Auslanddeutschtums ergangene Buch- und Presseäußerung in die Hand nehmen, ohne auf die Klage zu stoßen, daß wir einen sehr erheblichen Teil der Schuld für den unglücklichen Ausgang des Krieges in unserem früheren unzulänglichen Verhältnis zu unseren Stammesbrüdern in der Ferne zu erblicken haben. Diese Erkenntnis ist nachgerade Allgemeingut geworden, und sie muß für um so begründeter erachtet werden, als wir alle uns wohl noch ganz deutlich erinnern, daß wir schon von Jugend auf gegenüber den Auswanderern ein Gefühl der Entfremdung und Abtrennung vom Volkskörper in uns genährt haben. Wer Freiligraths wehmütigen Abschiedsgruß an die Auswanderer noch im Gedächtnis hat, wird sich auch erinnern, daß die Schule seinerzeit durchaus nichts dazu getan hat, ein anderes Gefühl als das der dauernden Trennung und Scheidung in uns zu wecken und zu pflegen. So hat es auch der Auswanderer früh lernen müssen, daß die Daheimgebliebenen in ihm das Stiefkind und bestenfalls den Halbdeutschen erblickten. Obwohl man nun hüben und drüben über die gegenseitigen Gefühle sich nicht im Unklaren war, ist doch in all den Jahren vor dem Kriege nicht nur fast nichts geschehen, um diesen Boden zu verbessern, sondern es muß vielmehr, so erschreckend und beschämend diese Feststellung auch ist, erwähnt werden, daß Reformbestrebungen seitens auf diesem Gebiet tätiger Vereine häufig nicht das geringste Wohlwollen bei unseren sämtlichen Auslandsvertretungen fanden. Man war eben zu sehr von der angeblichen Kultur der anderen Völker eingenommen und glaubte, im fremden Lande nichts Besseres tun zu können, als dieser Kultur Lorbeeren zu streuen und die eigene im Schattenwinkel Aschenbrödels zu verleugnen. In solchem Sinne haben zahlreiche deutsche Auslandsvertretungen ihr Amt aufgefaßt und ausgeübt.

Die alte Heimat selbst, das Mutterland der Ausgewanderten, hatte ja im eigenen Lande soviel Aufgaben zu lösen, daß es für die Auslanddeutschen wirklich kein größeres Maß von Begeisterung aufzubringen vermochte, als seine eben genannten ausländischen Repräsentanten. Bei uns wußte man wohl viel über die Seemacht der Engländer, die Naturschätze Amerikas und die Kunstwerte Italiens, aber so gut wie nichts über die Bedeutsamkeit und den Umfang des Auslanddeutschtums. Die Wurzel des Uebels lag hier wieder in der Schule, denn wenn hier jedem Kinde die Tatsache eingeprägt worden wäre, daß nahezu ein Drittel der gesamten auf Erden lebenden Deutschen Ausland-

deutsche sind, dann hätte diese Tatsache auch im späteren Leben unbedingt ihre Früchte zeitigen und in einer Weise in Erscheinung treten müssen, die das Gefühl, als handle es sich hierbei um eine nebensächliche Angelegenheit, nicht hätte aufkommen lassen. Was die Schule versäumte, hat auch das kulturelle und kommerzielle Leben nicht nachzuholen vermocht. Anstatt eine Literatur zu schaffen, die diesem Verhältnis von 3:1 zwischen Deutschtum und Auslanddeutschtum auch nur annähernd gerecht geworden wäre, wußten unsere Schriftsteller außerordentlich wenig an geeigneter Jugendliteratur zu schaffen, was an Stelle von Wildwest-Schmökern und amerikanischen Sherlok Holms-Geschichten auf die Kultur- und Pionierleistungen der deutschen Kolonisten Bezug genommen, wie überhaupt immer und immer wieder nur deutsche Charaktere und Schicksale sich zum Vorwurf genommen hätte. Man erkannte ein Bedürfnis nach geistiger Kost der Auslanddeutschen einfach nicht an oder lehnte es vielmehr ab, diese Speise als Heimatkost zu liefern. Die Folge davon war selbstverständlich, daß die Auslanddeutschen ihre Geistesnahrung an fremden Tischen suchen mußten. Sie haben dies größtenteils wehmütigen Herzens getan, wenn auch vereinzelte schnelle Ueberläufer dem Mutterlande den verallgemeinernden Eindruck erweckten, als wenn die Auslanddeutschen in Bausch und Bogen nur allzugern und allzuschnell sich fremdem Wesen vermischten und auslieferten. Das Gegenteil ist richtig, und wer noch irgendwelche Zweifel in dieser Richtung nährt, dem müßten Konrad Krez' Worte „An mein Vaterland", die allen Auslanddeutschen aus tiefster Seele gesprochen sind, eines anderen belehren. In der Ferne bekannt, sind sie in der Heimat doch nicht annähernd Gemeingut in dem Sinne, wie sie es verdienen, weshalb es nur nützlich sein kann, sie hierher zu setzen. Sie lauten:

Kein Baum gehörte mir von deinen Wäldern,
Mein war kein Halm auf deinen Roggenfeldern,
Und schutzlos hast du mich hinausgetrieben,
Weil ich in meiner Jugend nicht verstand,
Dich weniger und mehr mich selbst zu lieben,
Und dennoch lieb ich dich, mein Vaterland!

Wo ist ein Herz, in dem nicht dauernd bliebe
Der süße Traum der ersten Jugendliebe?
Und heiliger als Liebe war das Feuer,
Das einst für dich in meiner Brust gebrannt,
Nie war die Braut dem Bräutigam so teuer,
Wie du mir warst, geliebtes Vaterland!

Hat es auch Manna nicht auf dich geregnet,
Hat doch der Himmel reichlich dich gesegnet.
Ich sah die Wunder südlicherer Zonen,
Seit ich zuletzt auf deinem Boden stand;
Doch schöner ist als Palmen und Zitronen
Der Apfelbaum in meinem Vaterland!

Land meiner Väter! Länger nicht das meine,
So heilig ist kein Boden wie der deine,
Nie wird dein Bild aus meiner Seele schwinden,
Und knüpfte mich an dich kein lebend Band,
Es würden mich die Toten an dich binden,
Die deine Erde deckt, mein Vaterland!

O würden jene, die zu Hause blieben,
Wie deine Fortgewanderten dich lieben,
Bald würdest du zu einem Reiche werden,
Und deine Kinder gingen Hand in Hand,
Und machten dich zum größten Land auf Erden,
Wie du das beste bist, o Vaterland!

Welch ein anderes Verhältnis zwischen Ausgewanderten und Daheimgebliebenen hätte in den vergangenen Jahren entstehen müssen, wenn beide durch regsamen geistigen Austausch sich nähergekommen wären und verstanden hätten, ihre verschiedenen Aufgaben und Vorzüge zu schätzen und zu verwerten. Zu unfruchtbarer Klage bleibt uns allerdings weder Raum noch Zeit. Was gewesen ist, ist vergangen und muß auf das Konto der unsäglich vielen Opfer gesetzt werden, die alle scheinbar vergeblich gebracht wurden. Denn auch Verkennungen sind Opfer, und so fassen es auch die nun in großen Scharen zurückgekehrten Auslanddeutschen auf, die hier immer wieder den Eindruck bekommen, daß man sich über ihre Bedeutung weder in der Vergangenheit im Klaren war, noch für die nächste Zukunft viel mit ihnen anzufangen weiß. Das Opfer der Vergangenheit haben sie allerdings freudig auf sich genommen. Wenn alle die Erlebnisse bekannt würden, die jene Auslanddeutschen gemacht haben, als in der größten Not des Vaterlandes die Pflicht sie trieb, über Welten und Meere nach Hause zu eilen, um in die Reihen der Kämpfer einzutreten, so würden sie mit zu den erhebendsten Stellen im Heldenbuche unseres Volkes zählen. Nicht minder groß stehen diejenigen vor unserem bewundernden Auge, die den Verlust alles dessen, was ihre fleißige Hand in der Ferne geschaffen hatte und Ehre und Ansehen dazu, ertrugen, ohne mit der Wimper zu zucken, ja stolz ertrugen, weil sie sich deutsch wußten. Sie ertrugen auch die Jahre demütigender, entehrender Internierung hinter Stacheldrähten und in wüsten Gegenden und hatten bei all dem nur die eine Sehnsucht, in irgend einer Weise das Vaterland verherrlichen zu wollen. Nun kommen sie zurück und erleben zu den vielen Enttäuschungen, aus denen diese Kriegsjahre zusammengesetzt waren, auch die, daß die alte Heimat in der Art, wie sie sich gibt, heute weit weniger kerndeutsch ist, als das vielgeschmähte Auslanddeutschtum. Dies ist die bitterste Erfahrung unserer Rückwanderer, und ich habe aus mehr als einem Munde vernehmen müssen, daß nichts von annähernd gleich niederziehender und entmutigender Wirkung auf ihr Gemüt ist, als das, was sie jetzt unter uns sehen und erleben. Diese Feststellung ist erschütternd und beschämend zugleich, und es läßt sich für die damit zusammenhängenden Erscheinungen eine Erklärung nur in dem allgemeinen niederwärtsziehenden moralischen Tiefstand der Gegenwart finden. Damit ist allerdings nicht erklärt, inwiefern die Auslanddeutschen einem solchen Tiefstand nicht in gleicher Weise zum Opfer gefallen sind, oder aber wir müßten schon in der örtlichen Entfernung von der Stammheimat eine Erklärung erblicken. Gänzlich unberechtigt wäre diese übrigens nicht, denn schließlich haben wir alle in der Heimat doch die Erfahrung machen müssen, daß kaum jemand sich dem Einfluß der allgemeinherrschenden Sphäre hat entziehen können. Die Auslanddeutschen bilden deshalb gewissermassen eine frische Blutzufuhr für unseren moral-ethischen Volkskörper. Es sollte daher von uns mit allen Mitteln dahin gestrebt werden, daß sie in die Lage kommen, diesen ihnen zufallenden Teil unserer Erneuerung und Wiedergesundung auszuüben. Das geschieht aber nicht, wenn sie, wie es bis in die jüngste Zeit hinein leider der Fall ist, erst durch Protestversammlungen auf ihr Vorhandensein unter uns aufmerksam machen und um Gewährung der allerdringendsten Hilfe zur Beseitigung ihrer wirtschaftlichen Notlage bitten müssen. Wie groß diese ist, darüber sind sich die weitesten Kreise vollständig im Unklaren, denn sonst wären derartige Fälle ganz undenkbar, daß Hunderte von Rückwanderern seit Monaten keine andere Heimstätte haben finden können, als einen leerstehenden, großen Stall, in dem sie nun unter Lebensbedingungen hausen müssen, die, auch bei aller Einschränkung, der wir selbst unterworfen sind, kaum diesen Namen verdienen. Man denke sich: Die alte Heimat hat für ihre heimkehrenden Söhne nur einen Stall als Herberge. Laufen nicht von selbst die Gedanken parallel auf jenen Stall in Bethlehem über, von dem aus einst auch ein Geist der Erneuerung in das enge Vaterland und von dort über die weite Welt zog?

Daß es nicht so bleiben kann und Volksehre und eigenes Interesse es gebieten, für die Rückwanderer fürsorgend zu tun, was in unseren Kräften steht, liegt auf der Hand. Es haben sich deshalb alle die Verbände, die zum Schutze der Auslanddeutschen, der Internierten und der Rückwanderer entstanden sind, zur Gründung einer „Rückwandererhilfe" vereinigt, die ihren Sitz in Berlin W 50, Tauentzienstr. 6, hat. Dieser Zentralstelle ist von den Staatsbehörden die Genehmigung zur Veranstaltung großer Sammlungen gegeben worden, durch welche die Mittel aufgebracht werden sollen, die zur Ausübung einer ergänzenden Fürsorge für unsere notleidenden Stammesbrüder erforderlich sind. Denn der über alle Maßen in Anspruch genommene Staat kann als solcher kaum Nennenswertes für die Rückwanderer tun; jedenfalls tut er es bis heute nicht. Je mehr aber der amtliche Apparat versagt, um so mehr sollte jeder Deutsche aus freiem Entschluß sich verpflichtet fühlen, am Fürsorgewerk für unsere Auslanddeutschen teilzunehmen. Wir streiften als Motiv bereits das Gebiet unseres eigenen politischen Interesses. Daß dies in der Tat sehr erheblich in Frage kommt, wird heute von keiner Seite in Frage gestellt, im Gegenteil, man bezeichnet die Auslanddeutschen in Erkenntnis der durchgedrungenen Tatsache von ihrer Wichtigkeit in der Vergangenheit als unsere Brücke zum Ausland, auch für die Zukunft, und es ist in der Tat richtig, daß wir heute kaum etwas so dringend brauchen, als erfahrene Werkzeuge zum Wiederaufbau unserer weltwirtschaftlichen Beziehungen. Was könnte hierzu geeigneteres Material abgeben, als unsere erfahrenen Auslandpioniere? Sie, die sowohl mannhafte Träger des deutschen Gedankens als auch

kundige Vertreter unserer industriellen und kulturellen Belänge sind, werden immer das beste Werkzeug bleiben, das wir zu verwenden haben, wenn es sich um Wiederherstellung, Erneuerung oder Neuschaffung von Auslandbeziehungen handelt. Diese Erkenntnis zugegeben, ist es für uns von außerordentlicher Bedeutung, unseren mittellosen Auslanddeutschen mit Rat und Tat beizustehen und ihnen selbst die Gelegenheit zu geben, sich wieder das Werkzeug zur Herstellung ihrer eigenen wirtschaftlichen Beziehung unter uns zu schaffen.

Braucht diese Fürsorgearbeit auch nicht dahin zu führen, daß dem Auslanddeutschen künftig Bäume von unseren Wäldern und Halme auf unseren Roggenfeldern gehören, so darf sich doch nicht die Klage Konrad Krez' wiederholen, daß auch die neue Zeit einen Auswanderer, der daheim nicht verstanden wird, schutzlos hinaustreibt. Denn unsere Rückwanderer haben zu einem großen Teil nicht nur nicht das Bestreben, uns zur Last zu fallen und sich dauernd unter uns seßhaft zu machen, sondern sie warten nur auf eine Gelegenheit, im Mutterlande ein Sprungbrett zu gewinnen, um ihre Weltkulturarbeit dort wieder aufzunehmen, wo sie diese infolge Völkerhaß und Verkennung niederlegen mußten. Daß auch bei dieser neuen Arbeit der Segen wieder der eigenen Heimat zugute kommt, ist an sich für einen Deutschen selbstverständlich, sollte aber auch ebenso selbstverständlich die Tatsache im Gefolge haben, daß wir in der Heimat nicht mit verschränkten Armen dabeistehen und die Auslanddeutschen sich abmühen lassen, sondern, daß wir ihnen selbst helfen, soweit wir dazu imstande sind. Die Weltkulturernte der nächsten Jahrzehnte wird der Saat gemäß ausfallen, die wir jetzt ausstreuen. Es hat uns gründlichen, aber schwerfälligen Deutschen fast immer die Fähigkeit der Erfassung des Augenblicks gefehlt. Möchten wir doch heute als Gesamtheit erkennen, was zum wesentlichsten Teil unserem Frieden dient, nämlich organisatorische, lebenserneuernde Arbeit unter Heranziehung und innigster Pflege alles dessen, was deutsch fühlt und zu einem machtvollen Träger des deutschen Geistes werden kann, wenn es nicht in gleichgültiger oder gewissenloser Weise vernachlässigt wird. Vor beiden bewahre uns ein besseres Schicksal, als dasjenige, das uns hart, wenn auch nicht ganz unverdient getroffen hat.

Lehren des Münchener Geiselmordprozesses.

Von M. Geßner, München.

Am 18. September hat das „Volksgericht" München über die Geiselmörder das Urteil gefällt. Tags darauf wurden die sechs zum Tod Verurteilten erschossen. „Volksgericht" und Volksempfinden stimmten in diesem Falle überein, wie im Urteil so auch in den Motiven. In so hohem Maße auch die Täter das Recht auf Mitgefühl verwirkt hatten: was man ihnen gegenüber empfand, war nicht ein in's Persönliche gehendes Gefühl der Rache oder dergleichen, sondern das sittliche Empfinden, daß ein unerhörtes Verbrechen seine Sühne fordere, daß dem beleidigten Rechtsgefühl Genüge getan werden müsse. Damit ist aber der Fall, wenn man den Prozeß als politischen Prozeß betrachtet, nicht erledigt. Wichtiger als aller Abscheu über die furchtbare Tat, wichtiger als die Befriedigung über die geleistete Sühne, auch als die Sühne selbst sind gewisse Folgerungen für unser politisches und überhaupt für unser öffentliches Leben.

Nach der rein politischen Seite hat da der Hauptangeklagte, Fritz Seidel, selbst, wohl ohne es zu wissen, mindestens ohne den Sinn seines Ausspruchs ganz zu erfassen, eine bedeutsame Lehre gegeben. Als das Urteil verkündigt war und das Gericht den Saal verlassen hatte, rief er aus: „Es ist hier derselbe Schwindel wie im Luitpoldgymnasium." Das Gericht konnte Seidel mit diesen Worten nicht treffen, aber sein und seiner Genossen Treiben und das System, dem es diente, hätte er nicht zutreffender kennzeichnen können als mit dem einen Worte: Schwindel! Das in der Geschichte der Menschheit ohnegleichen dastehende Verbrechen ist gesühnt, der Sache aber, in deren Namen es geschah, haftet das Mal des Schwindels für immer an. Toller und rücksichtsloser als je in der Zeit des Despotentums schalteten und walteten in der Räterepublik, die eine goldene Zeit der Freiheit und des Glücks in Schönheit und Würde bringen sollte, einige wenige Menschen mit dem Schicksal der Massen, die vom Glück nichts sahen, die sich von Schönheit und Würde immer weiter entfernten. Statt der Aera schrankenloser Menschheitsverbrüderung schien die Zeit des Troglodytentums wieder heraufzuziehen. Auch unter Freunden war das geläufige Mittel, um Disziplin und Gehorsam zu schaffen, nicht die sanfte Ueberredung wie unter Brüdern, sondern die Drohung mit geladenen Revolvern und Handgranaten wie unter geschworenen Feinden. Schwindel war die Brüderlichkeit. Nicht anders stand es um die Freiheit. Auch ihr bahnte man eine Gasse mit Revolver und Handgranate, und durch die gleichen Instrumente begrenzte man sie. Sie war ein Phantom, ein Schwindel. Und die Gleichheit, die im Kommunismus ihren vollendeten Ausdruck finden sollte? Auch sie war Schwindel. Die eine Feststellung, daß für Levien und seinesgleichen eine besondere Küche geführt wurde, ist beredt genug.

Ein Schwindel war es, daß von den genannten und ähnlichen Idealen überhaupt gesprochen wurde, wo von den Führenden und Verantwortlichen keiner daran dachte, sie zu verwirklichen. Jeder dachte nur an sich, strebte nur nach Macht, nach Geld und Geldeswert und nach Genüssen, die dafür zu haben waren. Die Folge war allgemeine Not, Anarchie und Chaos. Und über dem Ganzen stand schließlich der Kult sinnlosen Verbrechens als Mittelpunkt einer Erneuerung der Welt. Daran sollte die Welt genesen! Abschreckender kann der Schwindel, der so Großes verhieß, nicht beleuchtet werden. Das Urteil: Schwindel! muß millionenfach hinklingen durch Stadt und Land, damit es sich jedem unauslöschlich einpräge!

Aber dabei darf es nicht sein Bewenden haben. Man muß zu der Schlußfolgerung kommen: Die Geistesverfassung, aus der der Schwindel und der ihn blutig krönende Geiselmord herauswuchs, muß überwunden werden, wir müssen wieder zurück zu dem Sittengesetz, dessen absolute Verneinung die Räteherrschaft bedeutete, einerlei ob sie in Petersburg und Moskau, in Budapest oder München aufgepflanzt wurde. Man hat eine Gewaltpolitik, die sich immer noch in etwa und zum Schein mindestens mit dem Sittengesetz in Einklang zu bringen suchte, in der Theorie auf's heftigste bekämpft. Weil man aber ohne das überkommene Sittengesetz auskommen wollte, landete man naturgemäß bei der absoluten Gewalt. Nicht aus Zufall, sondern aus innerer Notwendigkeit kam die Räteherrschaft nur zu bald bei Gewalt und Verbrechen an. Auf was hätte sie sich sonst stützen sollen? Ihre Theoretiker und geistigen Führer, in denen wir in furchtbarster Gestalt den gar nicht so sagenhaften „ewigen Juden" unter uns sahen, bekämpften bewußt und systematisch das christliche Sittengesetz und die Instanz, die darüber in der Menschheit wacht. Die Wirkung dieses Gesetzes hätten sie in vollkommenster Form gebraucht, wenn ihre angeblichen Ideale auch nur einen Schein von Wirklichkeit hätten annehmen sollen, aber gewisse Redensarten von Schönheit und Würde konnten diese Wirkung um so weniger auch nur teilweise ersetzen, als andere Redensarten direkt zum absoluten Verbrechen aufreizten.

Die Bilder des Geiselmordprozesses und das Schicksal der Verurteilten und Gerichteten können abschreckend und bessernd wirken, aber in nennenswertem Maße nur dann, wenn die Verantwortlichen von heute sich ihrer Pflichten nach allen Seiten bewußt und ehrlich bestrebt sind, dafür zu sorgen, daß die Massen nicht, weil sie keine Besserung, weil sie kaum den Willen, zu bessern, sehen, immer von neuem in verzweifeltem Ansturm irdische Unzulänglichkeit zum Paradiese umzugestalten suchen. Wir brauchen gründliche wirtschaftliche und soziale Verbesserungen. Aber je langsamer die auch bei ehrlichstem Willen und bestem Können reifen, desto entschiedener muß vor allem an der Umgestaltung der geistigen Verfassung der Menschen gearbeitet werden. Für das Mögliche ist schon viel gewonnen, wenn nicht mehr Unmögliches verlangt wird. Die geistige Arbeit wird ebensowenig wie die wirtschaftliche und soziale gleichsam im Handumdrehen überraschende und allgemeine Erfolge zeitigen. Viel wäre aber schon geschehen, wenn man einmal grundsätzlich überall auf dem rechten Wege wäre und auf diesem Wege ernsthaft, wenn auch langsam und schwer voranschritte. Guter Wille, entschlossene Tat und unbestreitbarer, wenn auch schrittweiser Erfolg werden schließlich auch die bezwingen, die keine Logik, keine Dialektik zu bekehren vermag. Die Arbeit ist groß und schwer, aber sie ist nicht unbezwingbar, wenn die Menschheit auf die Bahn wieder zurückgeführt wird, von der die Räterepublik grundsätzlich abgewichen war, an der man sich auch früher in den Reihen der Verantwortlichen schon vielfach vorbeizudrücken suchte, die leider auch jetzt noch entscheidende Kreise zu beschreiten sich sträuben, auf die Bahn des christlichen Sittengesetzes. Wer uns diesen Weg führt, wird die Not-

wendigkeit von Prozessen wie der Geiselmordprozeß wohl nicht aus der Welt schaffen, aber er wird sie seltener machen und wird davor bewahrt bleiben, daß ihm Verurteilte mit einem gewissen Recht zum Vorwurf machen können, erst lasse man sie schuldig werden, um sie dann der Pein zu überantworten. Wer unter irgendwelchen Ausflüchten an diesem Weg vorbeigeht, wird sich im Kampfe mit dem Bolschewismus vergeblich abmühen. Für ihn wird der Bolschewismus die lernäische Schlange, aber er wird kein Herakles sein.

Literarischer Brief.

Von M. Herbert.

Vielleicht war keine Zeit mehr geeignet als die gegenwärtige für den Versuch, aus großer Vergangenheit unseres Volkes heraus das sinkende Selbstbewußtsein zu stärken, alle jene unsterblichen Gestalten und Taten heraufzubeschwören, die von dem lauteren Idealismus, der Reinheit und Kraft deutschen Wesens Zeugnis geben. Wieder täten uns Bücher not, deren Titel, wie der „Wende Unmut" des Hessen Kirchhof Freude verspricht. Kleinmut und Mißstimmung sollen wir verjagen, denn was berechtigt mehr zu stolzer Zukunft, wie stolze Vergangenheit. Was kann mehr zu starker unentwegter Kulturarbeit anspornen, als das Zurückschauen auf altererbte, edle Kultur?

Deshalb kommt eben jetzt der 3. Band von Nadlers „Literaturgeschichte der deutschen Völker und Landschaften" (Habbels Verlag, Regensburg) wie gerufen. Das Werk umfaßt ja die Hochblüte der Altstämme bis 1805 und der Neustämme bis 1800, also die Entwicklung des Barock, des Klassizismus und die Anfänge der Blüte der Romantik, deren stolzeste Epoche mit den napoleonischen Freiheitskriegen zusammenfällt. Eine Fülle der Bilder und Geschichte! Eine staunenswerte Kenntnis der einschlägigen Literatur, ein herrschgewaltiges Zusammenfassen und Sichten des ungeheuren Stoffes. Dazu ein höchst persönlicher Stil, prickelnd und sprühend, anregend, erweckend und fortreißend, ohne jede Trockenheit der Belehrung. Zuweilen freilich erreicht der glänzende Stilist mit der starken poetischen Ader seine Wirkung mit etwas unerlaubten Mitteln. So, wenn er von rauschenden Farben und blendenden Tönen spricht, aber das nur als kleine Randglosse. Es ist die bei aller Knappheit wunderbare Gründlichkeit, ich möchte sagen, die Intimität der Forschung, welche uns in dem Werk in ganz neuer Weise entgegentritt. Sehr gut charakterisieren diese Art die „Neuphilologischen Blätter" in Weimar, wenn sie schreiben: „Für den, der die Literatur in vertikaler Linie durchmessen hat, für den Kenner, wird das Studium dieses Buches, das sie im Querschnitt zeigt, ein unbeschreiblicher Genuß sein. Das Buch ist nicht nur mit Geist und Kenntnis, es ist auch mit der ganz herzlichen Anteilnahme und Liebe verfaßt, die Anteilnahme und Liebe weckte nach den ewigen Gesetzen der Wechselwirkung des Lebens. Bei aller Kleinarbeit überrascht die gutgewahrte Uebersichtlichkeit, der weite Blick, der eine imponierende Aussicht auf Zusammenhänge literarischer Strömungen eröffnet. Die Dichtung wird mit historischem Scharfsinn aus der völkischen Entwicklung, das Dichterwort mit liebevollem Versenken aus der Persönlichkeit erklärt. Manche ältere Literaturgeschichte ließ das sehr vermissen. Wir treffen auf meisterhafte einprägsame Schilderungen von Schulen und Einzelpersönlichkeiten, die mächtig zu Studien und Forschungen anregen. Die Erscheinung des Barock wird erschöpfend erklärt. Barock ist die Vermählung der symbolreichen Antike mit der übersinnlichen Welt des Christentums. Der Barock ist der Stil des Jesuitenordens, der die Gegenreformation kraftvoll in die Hand nahm und wie heute noch auf literarischem Gebiet Großes leistet. Ganz prächtig die Charakterisierung der beiden Großmeister des Barock, der Jesuiten: Bidermann und Balde. Das faustische Drama Bidermanns „Cenodoxus, der Doktor von Paris" würde es gemäß der Tiefe und Gewalt des Inhalts, gemäß der Wirksamkeit der szenischen Anordnung verdienen, für unsere Bühne neu bearbeitet zu werden. Es würde das „Spiel von Jedermann" an innerlicher Kraft überragen. Nadler weist dem tiefsinnigen Werk eine Stelle direkt neben Dantes „Göttlicher Komödie" an. Was dort beim Weltgericht in der Wanderung durch Inferno, Purgatorio, Paradiso gezeigt wird, entwickelt sich hier auf echt deutsche Weise aus den Tiefen einer einzigen Seele. Der Schluß zeigt den Triumph ewiger Gerechtigkeit über allem Blendwerk des Lebens. Hier ist keine hölzerne Moral, sondern lebendige, flammende Wahrheit, die auf die Fingernägel brennt. Das Stück wirkte dermaßen auf Zeitgenossen, daß vornehme, hochgebildete Zuhörer das Theater schluchzend verließen und um Aufnahme in den Orden baten. Stücke von so einschneidender, aufrüttelnder Lebenswirkung sind der zerfasernden Moderne versagt geblieben. Selbst Tolstois „Macht der Finsternisse", selbst Ibsens „Gespenster" waren daneben nur Schläge ins Wasser, denn unser Geschlecht hat sich gewöhnt, die großen Lebenspredigten über künstlerischen Schlagwörtern zu überhören.

Für Bayern ist es besonders anziehend, wie die beiden Theaterstädte Wien und München gegeneinander ausgespielt werden. Wie geistreich, in kurzen, scharfen Umrissen ist die Gestalt des proteusartigen Schikaneder gezeichnet, der aus dem Elend Regensburger Armut aufsteigt zum schillernden Künstler der Regie, zum Lachenden, Uebermütigen, Erfolgreichen, zum Beherrscher des sinnenfreudigen Wien. An derlei kostbaren Episoden ist das Werk überreich. So ist die schnell hingeworfene Porträtskizze der unglücklichen Günderode voll farbigen Reizes. Man prüfe auch nur die Charakteristik von Justinus Kerner und Ludwig Uhland, die geistvollen Bemerkungen über Klassizismus und Romantik.

Ganz wundervoll ist auch, was Nadler über das Heidelberg von 1804—1808 sagt, wohl mit besonderer Rücksicht auf den damals dort studierenden jungen Eichendorff: „In dieser Stadt und zu dieser Stunde klang zum erstenmal die Heidelberger Stimmung in der deutschen Jugend an. Das Schwärmen durch helle Nächte und blühende Gärten, das unbekümmerte, sorgenerlöste Herz voll Poesie und Zuversicht durch ein Leben tragen, aus dem Poesie und Freude geschwunden schien, in dem die harte Wirklichkeit nicht Raum geben wollte für die alten Spiele der Jugend; nicht arbeiten und lernen, wie man um sein tägliches Brot arbeitet, sondern arbeiten wie man sich zur Freude Arme und Glieder stählt, lernen, wie man reife Früchte bricht; aufgehen in der Welt und ihrer Seligkeit, mit den Wolken wandern, in den Blumen blühen, in den Wäldern rauschen, mit den Bächen strömen, sich kein Fremdling fühlen auf dieser Erde, in ihrer Schönheit nur ein Abbild ferner Heimat sehen, und in allem jene fröhliche Sehnsucht und zu besonderen Stunden jenen heimlichen Schmerz genießen, der die eigenste Gabe der Schönheit und Jugend ist."

Dann das Hervorheben unserer hehrsten Nationalschätze, wie die Romantiker sie zu ihrem unsterblichen Verdienste ans Licht förderten: „Des Knaben Wunderhorn", „Die deutschen Volksbücher" und die „Kinder- und Hausmärchen" der Gebrüder Grimm. Bei alldem ist vielleicht das Kapitel Weimar die Krone der inhaltschweren klargefaßten Riesenarbeit. Scharfe Lichter fallen auf das Verhältnis zwischen Schiller und Goethe. Goethe, der so oft ärgerlich Herablassende ist doch im tiefsten Grunde der Nehmende, Schiller der Gebende, Befruchtende, unermüdlich zur Arbeit Spornende, der rastlos Mitreißende. Goethe behaglich, der geborene Lebenskünstler, oft kleinbürgerlich zufrieden. Schiller der Unruhige, der unablässige Ringer um das Problem des Staatsgedankens. In wenigen starken Zügen legt Nadler uns Schillers konsequente Entwicklung vom Dichter der schrankenlosen Volksfreiheit, vom Anhänger Jean Jacques zum dramatischen Verfechter der Legitimität klar. Prägnant und bei aller Kürze vollendet die Darlegung der langen Entstehung von Goethes Faust, und Schillers feurig treibendem Anteil daran. Packend geführt der Beweis, daß Goethes Faust so recht eigentlich die Höhe der von den Jesuitendichtern angebahnten Barocktragödie bedeutet, geistvoll die Gleichung von Goethes und Schillers Wesenheit aus der Stammeszugehörigkeit erklärt. Treffend, wenn Nadler Goethe Natur, Schiller Geschichte nennt.

Erfrischend und anregend wirkt auch in dieser hochgespannten Zeit der bitteren Erwartungen und Enttäuschungen das kleine Büchlein, das der bekannte, begeisterte Droste-Verehrer Dr. Cardauns den Manen der unvergeßlichen Luise Hensel, der großen Freundin und Helferin des unsteten Gottsuchers Clemens Brentano gewidmet hat. An der Hand von geistvoll gedeuteten Briefen und Gedichten wird hier manches klargelegt, das die Dichtungen Brentanos und der Hensel betrifft. Alte vertraute Namen tauchen auf, geliebte Gestalten, wie die des edlen Stollberg und Savignys und viele andere aus dem Kreise der Brentanozeit. Das liebenswürdige Bild einer wahrhaft edlen Persönlichkeit wird durch das kleine Buch in helleres und näheres Licht gerückt.

Ein Buch der Gegenwart, aus der Tiefe unserer unergründlichen Volksseele geschöpft, kann heutzutage nur kraftvoll und ermutigend wirken. Zerbrechen wir uns doch täglich und stündlich das Herz über die Verrohung weiter Kreise, die früher noch dem Echten und Guten zugänglich waren. Ich möchte auf Theodora Kortes Schilderungen aus dem Emsland hinweisen. In dem Roman Jan Bernd Höltmann (Bachem Köln) ist noch unberührtes Land des Volkslebens, hier atmen noch Treue zur Scholle, heiße Heimatliebe — knorrige Eigenart. Vor allem haben es mir die Seiten angetan, in denen eine einsame Haidewanderin die tiefe Schönheit der Wildnis preist. Die liebevolle Seele einer Droste, das starke Gesicht eines Hermann Löns wachen vor uns auf und wir freuen uns, daß auch die Augen unserer lichtlosen Gegenwart noch so zu schauen vermögen, wie Theodora Korte schaut.

Auf den Wegen der Romantik geht Oswald Menghin in seiner Märchensammlung „Der Regenbogen" (Verlag Parcus, München). Es ist etwas von Hauffs Geiste in diesen zart gestalteten Bildern aus dem Reiche der Phantasie. Man würde sich leicht versehen, wollte man sie kritisieren. Sie sind zum Erfreuen da. Das genügt.

Vom Büchertisch.

Louise von François' Gesammelte Werke, herausgegeben durch den Insel-Verlag (Leipzig, o. J. — 5 Bde. in Pappband 30 ℳ). Beim Erscheinen dieser Ausgabe, die zum erstenmal die wichtigsten Werke der Dichterin zusammenfaßt, sind mehr als hundert Jahre seit ihrer Geburt, fünfundzwanzig seit ihrem Tode verflossen: ein deutlicher Beweis dafür, daß ihr dichterisches Schaffen nicht den Rückhalt im deutschen Volke gefunden, wie etwa das ihrer Freundin Marie von Ebner-Eschenbach, mit der sie auch unter literarischen Gesichtspunkten nicht selten zusammengestellt wird. Seinen Grund hat das wohl in der Eigenart ihrer Dichtungen. „Das bewußte Ringen nach künstlerischen Zielen fehlt dem Schaffen der François zuweilen in so hohem Grade, daß dieser Mangel den Reiz ihrer natürlichen Erzählergabe zu überdunkeln beginnt" — so Oskar Bulle in seinem Nachwort zu den „Stufenjahren eines Glücklichen", dem Roman, der insonderheit keiner allzu warmen Aufnahme sich zu erfreuen hatte. Auf der anderen Seite aber hat die Bodenständigkeit der Françoisschen Dichtungen, ihre in der Familientradition wurzelnde Innigkeit und die urwüchsige Erzählerkunst der seinerzeit schon von Gustav Freytag hochgerühmten Dichterin Wirkungskraft genug, auch heute noch oder vielleicht heute mehr als früher den Leser bei ihren Werken festzuhalten oder zu ihnen hinzuführen. Die neue Ausgabe, die das Schaffen der Dichterin in seinen Hauptzügen überschauen läßt, bringt in den ersten drei Bänden die großen Werke: Die letzte Reckenburgerin, Frau Edmuthens Zwillingssöhne und Die Stufenjahre eines Glücklichen, die in ihrer Gesamtheit die Zeit vom Siebenjährigen Kriege bis zum Regierungsantritt Friedrich **Wilhelms IV. umspannen; die beiden** letzten Bände bieten eine sehr reichlich bemessene Auswahl aus den Novellen, deren sie im ganzen neun enthalten. Auch äußerlich ist die schmucke Ausgabe eine Zierde für den Bücherschrank. Gymnasialdir. Ley.

Hans Steiger: Job der Feigling und andere Novellen. **Kempten**, Kösel. Pr. geb. 5 ℳ. — Hans Steiger hat zweifelsohne viel ausgesprochen eigenständige Begabung. Aber er möge sich hüten, auf den Weg der „Sensation" zu kommen, nicht zuletzt auf den der nicht nur höchst unerquicklichen, sondern auch untiefen, ja zutiefst unchristlichen Auffassung des Verhältnisses der Geschlechter zueinander, wie sie sich im zweiten Stück der vorliegenden fünfköpfigen Novellenreihe andeutet. Prachtvoll ist die titelgebende erste, eigenartig und spannend die dritte, packend schaurig die vierte, von wirbelnd mitreißender Wirkung die letzte Erzählung: Schilderung eines Gipfelgrataufstieges. Das Ganze des in Stimmungsreiz blühenden Bändchens scheint dem Impressionismus und dem Expressionismus ein Stelldichein vermittelt zu haben.

E. M. Hamann.

Katholische Lebenswerte. Monographien über die Bedeutung des Katholizismus für Welt und Leben. **Die Kulturkraft des Katholizismus.** Von Dr. Hans Rost. Zweite, vermehrte und verbesserte Auflage. 1919. Paderborn, Verlag der Bonifazius-Druckerei. 601 S. Nach drei Jahren ist eine Neuauflage des vorliegenden Werkes notwendig geworden. Inzwischen wurden manche Zitate erweitert, neue eingeflochten und mit großer Sorgfalt der Fundort angegeben. Ein Kapitel: **Katholizismus, soziale Kultur und caritatives Leben**, worin der Verfasser den Katholizismus als die Religion der sozialen Fürsorge und Nächstenliebe behandelt, ist vollständig neu eingeschaltet, so daß die Seitenzahl von 504 auf 601 angewachsen ist. Das Werk ist eine vortreffliche Widerlegung der Legende von der „Inferiorität" der Katholiken und zugleich ein entschiedener Protest gegen den herzlähmenden Kulturpessimismus unserer Zeit. Beim Lesen des Buches muß man seines Glaubens froh werden und über den gesunden Optimismus des Autors sich freuen. **Rost ist ein Idealist** (und nach dem Kulturhistoriker Riehl ist das jeder Deutsche, auch der massivste). Mögen, schreibt er im Vorwort, die Zeiten auch trübe sein, die glorreiche, zweitausendjährige Vergangenheit der katholischen Kirche berechtigen zu einer optimistisch gehaltenen Auffassung auch für die Zukunft. Die Kulturkraft des Katholizismus hat sich auch in den heutigen, zerstörenden Zeitläuften vortrefflich bewährt. Zahlreiche konkrete Beispiele und charakteristische Tatsachen, die Rost heranzieht, beweisen dies zur Genüge. Um sich keines subjektiven Urteils schuldig zu machen, erteilt er vielfach Andersdenkenden, Andersgläubigen, dem Gegner das Wort. Mit wahrem Bienenfleiß hat der Verfasser eine Unsumme Stoff zusammengetragen und in packender Darstellung verwertet. Daß er die einschlägige Literatur in geradezu erstaunlicher Weise beherrscht, verleiht dem Werke besonderen aktuellen Wert. Im Anschluß an die 16 Kapitel mit ihrem reichen Inhalte findet der Leser noch ein sorgfältig gesichtetes Zahlenmaterial, die unanfechtbare wissenschaftliche Grundlage des ganzen Werkes.

Domprediger Dr. Hartmann.

Für den Homileten liegen im Verlag Schöningh-Paderborn zwei beachtenswerte Neuerscheinungen vor. **Um den Lehrstuhl Christi geschart.** Sonntagspredigten für die heranwachsende, insbesondere die studierende Jugend, von Prof. Sommers. 8° VIII und 298 S. ℳ 5.50 (20 Prozent Teuerungszuschlag). Wie die „Ansprachen am Tage der ersten hl. Kommunion" von Prof. Sommers sind auch diese Jugendpredigten mustergültig nach Inhalt und Form. Im Vorwort verbreitet sich der Verfasser über die Grundbedingungen einer fruchtbaren Gestaltung der religiösen Unterweisung unserer Jugend. Die dort vorgetragenen Grundsätze sehen wir an den praktischen Predigten durchgeführt. Es sind Gegenstände und Gedankengänge gewählt, wie sie der Reifezeit des Lebens entsprechen und das in möglichst einfacher und klarer, dabei anschaulicher und anregender Durchführung. Wirkungsvoll sind die gut verwerteten nicht selten eingestreuten Beispiele. Die Vorträge waren jeweils auf etwa zwanzig Minuten berechnet, so daß umfassendere Gegenstände in zwei aufeinanderfolgenden Predigten behandelt wurden. — **Homiletisches Handbuch für Missionen, Missionserneuerungen, Exerzitien, Triduen, Oktaven und für Religionsvorträge in Standesvereinen.** Von P. Max Kassiepe, Oblatenmissionär. 1. Band. 8° VIII und 263 S. ℳ 7.— (20 Prozent Teuerungszuschlag). Ein vorzügliches, höchst zeitgemäßes Werk des homiletischen Büchermarktes. Der erste Abschnitt bildet eine kurzgefaßte Missionshomiletik in der Darlegung von Wesen und Ziel der Missionspredigt, des Missionsplans, dann der Persönlichkeit des Missionspredigers, der Sonderart der Missionspredigt sowie der darin begründeten Anforderungen ihrer Anlage und Hilfsmittel zur gedeihlichen Gestaltung. Der zweite umfangreichere Teil handelt dann über die grundlegenden ewigen Wahrheiten und legt dar, was darunter zu begreifen ist, wie ihre Verkündigung unserer Zeit besonders nottut und wie sie zu erfolgen hat. Dann folgen im einzelnen homiletische Winke zur Ausarbeitung der in diesem Bereich üblichen Missionspredigten mit zahlreichen Predigtentwürfen und -skizzen. Dabei finden sich häufig Verweise auf einschlägige homiletische Literatur. Da die nunmehr auch durch Kanon 1349 des neuen kirchlichen Rechtsbuches innerhalb jedes Jahrzehnts für alle Pfarrgemeinden vorgeschriebenen Volksmissionen eines der wichtigsten Mittel zur Heilung der schweren Zeitschäden darstellen, ist diese auf reicher Erfahrung aufgebaute Anleitung zu ihrer segensreichen Gestaltung aufrichtig zu begrüßen. O. Heinz.

Adolf Bertram, Fürstbischof von Breslau: **Familiensinn geheiligt durch Weihe an Jesu Herz.** Herder. Kart. 1.50 ℳ. — Eine kleine religiöse, theologische, altruistische und pädagogische Kostbarkeit. Ganz unmittelbar aus der Tiefe der Einsicht und des Herzens zur Einsicht und zum Herzen sprechend: zur Heilandsgemeinde im Schoße der gottgeweihten Familien auf dem Boden der sakramentalen Ehe, der die seelische Behütung des **Kindes** die heiligste der Pflichten bedeutet. — Das schmucke Büchlein kann zur Massenverbreitung und zu Geschenkzwecken nicht warm genug empfohlen werden. E. M. Hamann.

P. **Fructuosus Hockenmaier** O. F. M.: **Der beichtende Christ.** Ein Führer durch die Gewissenszweifel und Schwierigkeiten des christlichen Lebens. Mit einem Anhang von Gebeten und Andachtsübungen. Bad Driburg, Missionsdruckerei. Preis geb. 4.80 ℳ. — Dieses außerordentlich nützliche, weil gesunde und kraftvolle Beichtbuch, das früher durch mich in der „A. R." eine ausführliche Begutachtung erfuhr, ist soeben im 133. bis 144. Tausend aufgelegt worden. Eben deshalb ein abermaliger Hinweis! Als Sonderbüchlein sind, dem obigen Haupttexte entnommen, bei Max Hirmer-München erschienen: „Wie kannst du betrachtend beten?" und „Aus den Gnadenschätzen der Kirche". Preis je kart. 50 Pf. E. M. Hamann.

Das Musikbuch. Eine nach Gruppen und Gattungen geordnete Zusammenstellung von Büchern über die Musiker, die Musik und Instrumente mit erläuternden Einführungen. Mit vielen Bildnissen. Aus dem Verlage von Breitkopf & Härtel, Leipzig. 4° 390 S. — Der hervorragende Musikliteratur-Verlag (seit 1745) stellt diesen stattlichvornehmen, reichhaltigen Katalog allen „wirklichen Interessenten" gegen bloße Vergütung der Portoauslage (35 Pf.) zur Verfügung. Mit vollem Recht betont er, daß er in den beiden letzten Menschenaltern planmäßig darauf ausgegangen sei, die aus den Lebensaufgaben tüchtiger Musikgelehrter und geistvoller Schriftsteller sich jeweilig naturgemäß ergebenden Werke zu einer schematischen Grundlegung deutscher Musikgeschichte und Musikwissenschaft zu vereinen. „Das Musikbuch" dürfte nicht wenigen als ein hochwillkommener Führer erscheinen. E. M. Hamann.

Bühnen- und Musikrundschau.

Münchener Schauspielhaus. Nach den vielen Wochen unerfreulichen Ausnutzens der Wedekindsensation ein Abend starken künstlerischen Erfolges. Schillers „Kabale und Liebe". Wir kennen dieses bürgerlichen Trauerspieles Vorzüge, wie seine Schwächen, wir haben es in allen Stilarten gesehen, von historischem Pathos bis zum unschillerischen Naturalismus; es ist immer jung und lebendig geblieben. Man kann es schlecht spielen, aber man kann es nicht umbringen, und wenn nun gar eine starke Künstlerpersönlichkeit sich liebevoll in die Dichtung versenkt und die Szenen von neuem nach eigenem Fühlen aufbaut, dann kann das Stück, das wir auswendig kennen, wirken wie eine Erstaufführung. Das war im Schauspielhause der Fall. Hermine Körner hatte der Tragödie einen glanzvollen Rahmen geben lassen, ihn aber so getönt, daß er die Aufmerksamkeit nicht von dem Drama der Seelen abzog. Die starke Betonung des „Milieus" ist durchaus zu rechtfertigen, wurzelt das Stück doch tief in dem Boden seiner Zeit. Man begnügte sich nicht mit dem konventionellen Rokoko des Theaters, da trug alles persönliches Gepräge. Die Kluft zwischen der Dürftigkeit der Musikantenfamilie, dem hochgebietenden Herrn Präsidenten und der stolzen Lady ward fühlbar. Frau Körner spielte die Milford in Schönheit und Würde mit königlicher Geste. Sie gehört zu den wenigen Schauspielerinnen, bei denen die große Linie der Heroine Natur ist. Dem tragischen Liebespaar Ferdinand und Luise eignete in der Gestaltung Müthels und Frl. Tiedemanns Jugend und Frische. Dieterle prägte eine scharf profilierte Gestalt des Präsidenten, Granach gab dem Sekretär Wurm seine gewohnte Bühnenwirkung. Witte und Frau Fischer gaben Luisens Eltern mit maßvollem

Realismus. Dyſings Hofmarſchall mied die in dieſer Rolle ſehr beliebten Uebertreibungen, wie man überall die ausgleichende, abtönende Hand der Spielleiterin bemerkte. Das Publikum wußte den Wert des Gebotenen voll zu würdigen.

Theater am Gärtnerplatz. „Die schöne Saskia" iſt nicht etwa die Gattin Rembrandts, ſondern das Modell eines ſeiner Kollegen von heute. Der junge Maler verläßt ſie um Karriere zu machen und ſie wird eine berühmte Sängerin. Später treffen ſie ſich wieder und da ſie ihn immer noch liebt, iſt ihr Widerſtand nicht ſehr ernſthaft zu nehmen und vermag kaum noch die Spannung für einen weiteren Akt aufzubringen. Dieſen oft gebrauchten Stoff haben die Herren Willmer und Reichert ganz nett ausgeſtaltet. Natürlich wird auch getanzt, aber immerhin mit Maß und Ziel. Nebdal hat eine gewandte und gutklingende Muſik geſchrieben, die nicht gerade von Temperament überſchäumt, aber ſich auch von einem Ungeſchmack freihält, der dem ehemaligen Mitglied des böhmiſchen Quartetts auch ſehr übel ſtünde. Starke muſikaliſche Einfälle und ſtarkes Gefühl wird man freilich in der Operette nicht finden und ſo war die Aufnahme trotz ſehr hübſcher, friſcher Aufführung eine mehr wohltemperierte, als geradezu heiße. Emil Grafs Stimme zu hören, iſt immer eine Freude. In ſehr angenehmer Weiſe weiß er ſich von den Operettenmanieren in Spiel und Geſang frei zu halten. Frl. Hellina gab die Titelrolle ſehr reizvoll; gelegentlich weicht dieſe ſehr beliebte Künſtlerin von der Natürlichkeit ein wenig ab. Seibolds liebenswürdige und unaufdringliche Komik wirkt immer erfreulich.

Verſchiedenes aus aller Welt. Die Frankfurter Tagung des Volksbühnenbundes, die aus Kreiſen des Theaters und der Literatur ebenſo gut beſucht war, wie von der Geiſtlichkeit beider Bekenntniſſe, zeitigte eine anregende Ausſprache über die Wünſche, Ideen und Beſtrebungen dieſer Vereinigung zur Theaterpflege im chriſtlich-deutſchen Volksgeiſt. Der Bühnenvolksbund hat ſich, wie erinnerlich ſein dürfte, vor ein paar Monaten vom Theaterkulturverband getrennt. Die Beſtrebungen des letzteren waren bei ſeiner Gründung die gleichen, er hat ſich aber ſpäter auf das ſoziale und künſtleriſche beſchränkt. Die neue Vereinigung wird die Einheitlichkeit der leitenden Idee zu wahren ſuchen. — Der Verſuch einer Wandertruppe, Schönherrs „Weibsteufel" in kleineren Städten Badens aufzuführen, ſtößt auf Schwierigkeiten. Das Publikum zeigt deutlich, daß die Propagierung dieſes Dramas ſeinem Bedürfnis nicht entſpricht. — Nach München und Dresden hat nun auch Chemnitz ſeinen Wedekindſkandal. Die Aufführung der „Büchſe der Pandora" mußte abgebrochen werden. — Ein Rich. Wagner-Konzert in Paris wurde verboten, da Unruhen zu befürchten waren. In Stuttgart, woſelbſt ein ſchwediſcher Sänger franzöſiſch ſang, kam es nur zu ganz flauen Proteſten. — In Mainz gaſtierte eine Pariſer Truppe. Die Einwohner blieben den Vorſtellungen fern. — „Das flammende Licht", ein Myſterium von Frhr. v. Sturmfeder-Horneck, Muſik von Lukas Böttcher hatte bei der Uraufführung in Bamberg großen Erfolg. Die dichteriſch ſchöne Sprache und die Melodienfülle der Chöre des Werkes, in deſſen Mitte Franz von Aſſiſi ſteht, werden gerühmt.

München. L. G. Oberlaender.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Oberster Wirtschaftsrat der Entente und Deutschlands Wirtschaftszukunft — Wiederherstellung der alten Zollgrenze im Westen? — Umschwung in der Arbeitnehmerschaft — Börsen- und Devisenkurse.

Der auffallend starke Unterschied zwischen der Börsengestaltung und den Auswirkungen der tatsächlichen Situation unserer Gesamtwirtschaft hat sich nur wenig verschoben. Während an den Effektenmärkten unverminderte, nur durch Kursgewinnsicherungen etwas eingedämmte Haussetendenz anhält, liegt in der Betrachtung der deutschen Wirtschaftszukunft soviel wie kein Anlass vor, rosiger als seither zu berichten. Schon die Unbestimmtheit und Ungewissheit über die Beschlüsse des in Brüssel neu zusammengetretenen **obersten Wirtschaftsrates der Entente** ist allein weitaus genügend Grund zur Beachtung der grössten Zurückhaltung. Was bei der dortigen Tagesordnung — u. a. Handel zwischen Deutschland und Oesterreich, Warendurchfuhr durch Deutschland nach Ungarn und Russland, Verkehr auf Donau, Rhein und Elbe, Benützung von Antwerpen als Ausschiffshafen für Deutschland, weitere Lebensmittelversorgung Mitteleuropas, Kohlenlieferungen von und nach Deutschland, Regulierungsfragen hinsichtlich gelieferter Lebensmittel — uns an neuen Auflagen, mehr oder minder schikanösen Bedingungen zudiktiert wird, bleibt abzuwarten.

Hoffentlich bringt der inzwischen fertiggestellte Gesetzentwurf betreffend die Bildung eines vorbereitenden Reichswirtschaftsrates unter völliger Parität von Arbeitnehmern und -gebern einigermassen ein Gegengewicht in dem schwierigen Kapitel unserer weiteren Wirtschaftsversorgung, worüber im allgemeinen die seit Monaten vorherrschende Unklarheit anhält. Reichswirtschaftsminister Schmidt hat beispielsweise hinsichtlich des Abbaues der Zwangswirtschaft ausdrücklich erklärt, dass die deutsche Volkswirtschaft in absehbarer Zeit noch die jetzt bestehende Mischung von freier Wirtschaft und Zwangswirtschaft vertragen müsse, ein Standpunkt, wie solcher auch vom bayerischen Städteverband zum Ausdruck gebracht wurde. In allen Volksschichten, das Grosschiebertum naturgemäss ausgeschlossen, ist man darüber einig, welch unheilvollen Schaden die vollständig desorganisierte Zollregulierung im Westen ausübt. Das „offene Zolloch" um Köln herum ist mit hauptsächlich schuld an der wenn auch im Moment zum Stocken gekommenen Kursentwertung der deutschen Markwährung. Die niedrigen Marknotizen in Zürich bis 18¼, in Amsterdam bis 9, also bis zu einem Siebentel des Friedenswertes, brachten mannigfaltige Begleiterscheinungen. Der französische Militärdiktator in der Pfalz, Gerard, hatte daraufhin den Wert der Mark auf 17 Centimes herabgesetzt. Börsenkäufe in ausländischen Kupons und anderen Werten trugen vermehrt zur verstärkten Kapitalabwanderung bei, obwohl abzusehen sein dürfte, dass gerade dieser durchsichtigen Börsenspekulation von Reichswegen durch entsprechende Gegenmassregeln Halt geboten wird. Der freie Devisenhandel bei uns, Meldungen, wenn auch noch nicht irgendwie bestätigt, über Vornahme einer grossen internationalen Stützungsaktion und die Auslassungen über die unter dem Vorsitze des Reichsministers Erzberger stattgehabten Beratungen der Berliner Valutakonferenz trugen schliesslich bei, die abwärtsgehenden Kursbewegungen unserer Devisen einigermassen einzuhalten. Hauptvoraussetzung hierbei dürfte mit in erster Linie die Wiederaufrichtung der **alten Zollgrenze im Westen** sein, ein Faktor, welchem die Entente aus naheliegenden pekuniären Gewinnmöglichkeiten wohl schwerlich restlos zustimmen wird.

Inzwischen wird es Hauptaufgabe unserer Gesamtbevölkerung bleiben, im Verbrauch ausländischer, nicht unbedingt notwendiger Bedarfsartikel Selbstdisziplin zu üben. In gleichem Masse notwendig ist auch das Problem, durch stetige, mit allen Mitteln zu fördernde **Arbeit und Unternehmungstätigkeit** in der Erzeugung von Austauschgütern jene Steigerung hervorzurufen, welche uns ermöglicht, am Weltmarkt, soweit noch angängig, wieder Fuss zu fassen. Der Regierungsbeschluss, zur Förderung der beschleunigten Liquidation unserer Kriegsgesellschaften mit sofortiger Wirkung jeden weiteren Wareneinkauf derselben zu verbieten, um dadurch deren Bestände an Rohstoffen usw. im Gesamtbetrag von etwa 2½ Milliarden Mark frei zu bekommen, wird hoffentlich beitragen, der arg bedrängten deutschen Industrie zu helfen. Der seit der angeregten Frage der Wiedereinführung der Akkordarbeit der Arbeitnehmerschaft eingesetzte Umschwung hinsichtlich der Wirtschaftsbetrachtung hat weitere erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen, namentlich zur Hebung der alles belastenden Kohlenkrisis. Freiwillige Leistungen von Ueberstunden z. B. von den württembergischen Eisenbahnern und von Grubenarbeitern erbrachten bereits eine, wenn auch nur geringfügige Hebung in der Kohlenproduktion. Mehrleistungen der Eisenbahnen sind bereits zu verzeichnen. Einzelne Grossunternehmungen berichten auch schon von einer erheblichen Umsatzsteigerung und Effektuierung belangreicher Auslandsaufträge. Besonders die oberschlesische Industrie meldet die Wiederinbetriebsetzung von seit kurzem stillgelegten Hochöfen und Werken. Die bekannt gegebenen starken Dividendenermässigungen, wie z. B. bei Bochumer- und Harpener-Bergbau geben jedoch anderseits deutlich Zeugnis von den Folgen der seit dem vorjährigen November vorherrschenden Arbeitsunlust. Die Hinweise der sozialdemokratischen Presse, dass die auffallend grosse Interessenahme des Ententekapitals für unsere Grossunternehmungen der verschiedensten Sparten vielleicht auch dazu führen kann, dass die deutsche Arbeiterschaft in wirtschaftliche Hörigkeit und Abhängigkeit der ausländischen Finanzgruppen kommen kann, hat in diesen Kreisen begreiflich ernüchtert. Es ist wohl nicht zuletzt darauf zurückzuführen, wenn in den Verhandlungen der Arbeiterkreise Deutschlands und der Entente, namentlich Frankreichs, rasch durchgreifende Einigkeit über das Wiederaufbauproblem der zerstörten Gebiete erzielt werden konnte.

München. M. Weber.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Ein Labsal im bitteren Ernst

der Gegenwart bietet eine Stunde köstlicher Erheiterung. Sie finden diese beim Lesen der Meggendorfer-Blätter, Zeitschrift für Humor und Kunst. Preis vierteljährlich nur Mk. 5.— (ohne Porto). Die einzelne Nummer kostet 50 Pfg. Zu beziehen durch jede Buchhandlung jedes Postamt oder direkt vom Verlag für Mk 6.— vierteljährlich. Das Abonnement kann jederzeit begonnen werden.

Verlag der Meggendorfer-Blätter, München,
Perusastrasse 5.

Weingroßhandlung
August Müller, Fulda
beeidigter Meßwein-Lieferant
Meßweine, Tischweine
in allen Preislagen
Preisliste kostenlos!

Gebildete Dame

Kriegerswitwe, 39 Jahre alt, jedoch sehr jugendliche Erscheinung, katholisch, gemütvolle Frohnatur, musikalisch, tüchtig in Küche und Haushalt, ca. 17000 M. Vermögen und hübsche Wohnungseinrichtung von 4 Zimmern und Küche,

sucht
passenden Lebensgefährten

der ihren beiden Jungen ein liebevoller Vater und Erzieher sein wollte.

Gefl. Offerte mit Bild, das sofort zurückkommt, und genauer Angabe der Verhältnisse von Herrn mit gediegenem Charakter in gesicherter Lebensstellung (höherer Beamter bevorzugt) erbeten unter M. D. 19723 an die Geschäftsstelle der „Allgemeinen Rundschau", München.

B. V. H.

Verkauft wird
zu billigem Preis ein größerer Posten gebrauchter

Automobil-Ersatzteile

wie Kühler, Reserve-Räder, Felgen, Antriebeketten, Laternen, Schrauben, Muttern, Windschutzscheiben usw.

Besichtigung und nähere Auskunft während der Geschäftsstunden von 8—12 und von 1—4 Uhr in der

Verkaufsstelle für Automobile der Bayer. Verwertungsstelle f. Heeresgut, München, Ungererstraße 65.

Sitz-Auflagen aus Filz
Filztuche

Cölner Filzwarenfabrik
Ferd. Müller, Köln a. Rh.
Friesenwall 67.

Vogelfutter-Mischung

für Kanarienvögel in Packung zu 1.— Mk. versenden geg. Nachn. bei Mindestabnahme von 5 Paketen. Gebrüder Hambrecht, Samenhandlung, Freiburg im Breisgau beim Münsterplatz.

Familien-Anzeigen aus den gebildeten kathol. Kreisen Deutschl. gehören in die Allgem. Rundschau.

Haselmayer's
Institut in Würzburg

(staatlich genehmigt).
Gewissenhafteste Vorbereitung für alle Prüfungen, besonders für junge Leute, welche in der Schule zurückgeblieben sind oder solche, die bereits in einem Beruf stehen. Vorzügl. Pensionat.
Eintritt jederzeit.
Näheres durch die Direktion.

In einem kath. Töchterheim
finden junge Mädchen herzl. Aufnahme zur gründl. Ausbildg. in Haushalt, Handarb., Musik, Gesang, gesellschaftl. Formen, wie zur Erholung. Wissenschaftl. Weiterbildung.
M. Stadler, Hildesheim.

Atemgymnastik Stimmbildung

für allgemeine Kräftigung :: und für Berufszwecke ::
Berlin S 14, Sebastianstr. 44/45 I
A. Orthey, med. Privatgelehrter
Diplom von J. van Oldenbarnevelt.

Ueberall
elektrisches
Ewiglicht

mit patent. elektr. Sparlämpchen.
Bei Anfragen ist Spannung und Stromarts-Angabe erforderlich.
Alois Nagel, elektrotechn. Erzeugnisse,
Stuttgart, Friedensstr. 14

Geld gegen monatliche Rückzhlg. verleiht
M. Calderarow, Hamburg 5.

Mosel- und Saarweine.

1917er Enkircher Naturwein per Fl. M. 8.50.
1918er Enkircher per Fl. M. 8.—.
1918er Erdener Busslay per Fl. M. 7.50.
1918er Erdener Herzlay per Fl. M. 7.50.
1918er Wiltinger per Fl. M. 7.50.
1918er Ayler Kupp, Naturwein per Fl. M. 8.—.

Die Preise verstehen sich per Flasche, ohne Glas, Kiste und Weinsteuer, gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages.
Postscheckkonto Cöln 20381.
Man verl. bitte Preisliste!

W. Overhoff Nachf.
Weingutsbesitzer
Enkirch an der Mosel.

Höhere Mädchenschule mit Frauenschule von Emma Küspert

München, Bürkleinstr. 13-15, Straßenbahn 2, 4, 12, 30

Aufgenommen werden kath. Schülerinnen, welche sich zur Beteiligung am Religionsunterricht verpflichten. Eintritt in die I. Klasse der höhern Mädchenschule nach der IV. Volksschulklasse; in die Frauenschule mit dem Reifezeugnis der VI. Klasse einer höh. Mädchenschule.
Prospekt und nähere Auskunft durch das
Rufnummer 27203. **Direktorat.**

St. Marienschule, Mainz.

Bischöfliche militärberechtigte Realschule.

Sechsklassige Realanstalt mit wahlfr. Latein und Vorschule. Abschlußzeugnis berechtigt zum einj.-freiw. Dienst. Anschluß an die Obersekunda der Oberrealschule und des Realgymnasiums. **Beginn des Winterhalbjahres: 20. Oktober.** Bedingungen des Schülerheims (Willigisplatz 2) und jegliche Auskunft durch den **geistlichen Rektor.**

Reform-Pädagog. Crailsheim (Württembg.)
Erfolg bekannt Gerühmtes Schülerheim.

Lexika

wie Herder, Brockhaus, Staatslexik., Kirchenlex., Kuhn, Kunstgesch., Widmann, Ill. Weltgeschichte, Salzer, Ill. Literaturgeschichte u. a., nur gut erhalten, **kauft**

F. Gescher's Antiquariat, Vreden i. W.

Musik-Instrumente
für Orchester, Kirche, Schule und Haus
Harmoniums, Planinos,
Violinen, Guitarren, Lauten, Mandolinen in unübertroffener Qualität kauft man sehr vorteilhaft bei
Gebrüder Voigt,
Markneukirchen I.
Schliessfach 40
Eigene Werkstätte, Reparaturwerkst.
Alle Geigen und Cellos kaufen wir stets zu höchsten Preisen.

Radikalmittel
zur Ausrottung von
Ratten, Mäusen
u. sonstigen Nagetieren.

Unschädlich für Menschen, Haustiere, Wild u. Geflügel, kann es in Pferde-, Schweine-, Hühnerställen, in Küche und Keller, überall ausgelegt werden. Tötet nur Ratten und Mäuse, aber in einer bisher noch nicht dagewesenen Weise, auch alle Wasserratten, Erdratten und Wühlmäuse. Die tödliche Wirkung des Rattenkuchens tritt innerhalb einiger Stunden ein und ist in langjähriger Erfahrung erprobt. Zu haben in Kartons à M. 3.—, 5.—, 10.— und 30.— bei dem alleinigen Fabrikanten

Paul Königsberg,
Plauen im Vogtland,
Bickelstraße 11.
Vertreter an allen Orten gesucht.

Einen Weg z. praktisch. Völkerverständigung weist die soeben erschien. Broschüre von Dr. Otto Färber:

W. V. K. A.

(Welt-Verband kath. Akademiker.)

Es ist eine Schrift von der Kulturkraft und Kulturgestalt der kath. Akademiker. Sie gehört in die Hand jedes interessierten Katholiken und besonders derer, die die Einigungsbewegung der kath. Akademikerschaft verfolgen.
Preis 80 Pfg., postfrei M. 1.—.

Ferner ist soeben erschienen der
dritte Band von

Landesrechtliche Stellung der kath. Kirche in Württemberg.

Ergänzungen und Schluss (1868—1885) von Prälat Dr. Schwarz, Stadtpfarrer in Ellwangen.
8° 174 Seiten geh. M. 4.50.

Ein interessanter Beitrag zur württembergisch Diözesangeschichte. Die ursprüngliche Absicht des Verfassers war, ein Lebensbild des Regens Dr. Mast zu bearbeiten. Zu diesem Zweck mussten die kirchl. u. kirchenpolitischen Verhältnisse der Diözese geschildert werden.

Der 1. Teil (bereits 1914 erschienen) geh. M. 3.—. Der 2 Teil (bereits 1915 erschienen) geh. M. 3.60.

Zu beziehen d. alle Buchhandlungen.

Verlag der Buchhandlung der „Südd. Verlagsanstalt
Ulm a. D.

Am Sonntag verschied in Ettal plötzlich unser lieber Gatte, Vater, Grossvater, Schwiegervater, Schwager und Onkel

Herr Jakob Bradl

Professor und Bildhauer

im Alter von 54 Jahren.

Die tieftrauernd Hinterbliebenen.

Die Beerdigung war Freitag, den 19. September, 1/2 4 Uhr, im Westfriedhofe, der Gottesdienst Samstag, den 20. September, 9 Uhr, in der Herz-Jesukirche Neuhausen.

Für die Redaktion verantwortlich: i. V. Dr. Jos. Kausen, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München. Galeriestraße 35a, Gb.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich M 4.50.

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur. ✱ Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 40. München, 4. Oktober 1919. XVI. Jahrgang.

Die staatsrechtliche Entwicklung des Reiches.

Von Prälat Dr. von Pichler, Dompropst in Passau.

Der bayerische Gesandte in Berlin Dr. von Preger hat in Nummer 224 und 225 der Bayerischen Staatszeitung einen „Epilog zur Reichsverfassung" geschrieben. Er legt darin die folgenschweren Wandlungen klar, welche das Verhältnis der Einzelstaaten zum Reich durch die neue Verfassung erfahren hat: die Kompetenzen des Reiches sind auf Kosten der Einzelstaaten nach allen Richtungen erweitert, die bisherigen Reservatrechte sind verschwunden, die großen Verkehrsverwaltungen mit ihrem Beamtenapparat gehen aufs Reich über, den Einzelstaaten bleiben eigentlich nur mehr die sog. innere Verwaltung und die Pflege der kulturellen Aufgaben, beides jedoch stark beschränkt dadurch, daß das Reich auf diesen Gebieten Grundsätze und Richtlinien gesetzlich festlegen kann. Preger gibt eine interessante Darlegung, wie das alles seit den Tagen der Revolution so gekommen und weist hin auf die großen Unterlassungen, deren die Einzelstaaten in Bezug auf Wahrung ihrer Rechte sich schuldig gemacht haben. Besonders spricht er sein Bedauern darüber aus, daß bei den süddeutschen Staaten der „Wille zur Selbsterhaltung fehlte. Weder für die Aufrechterhaltung der Reservatrechte war eine gemeinsame Abwehrfront der süddeutschen Staaten herzustellen, noch auch war innerhalb der Einzelstaaten selbst ein geschlossener Wille zur staatlichen Selbständigkeit im bisherigen Umfange vorhanden." Er konstatiert, daß auch die bayerischen Mitglieder in der Nationalversammlung nicht geschlossen auftraten. Es stand die Bayerische Volkspartei auf föderalistischem, die Sozialdemokratie auf unitarischem Boden: so verlor der Widerspruch der bayerischen Vertretung gegen allzu große Zentralisierung immer mehr an Bedeutung. Preger kommt zu dem Schlusse, daß nach der neuen Verfassung das deutsche Reich „*mehr der Form als dem Inhalt nach von einem Einheitsstaat unterschieden ist.*"

Inzwischen geht die Entwicklung weiter. Der größte Schritt auf dem Wege zum vollen Einheitsstaat ist durch die Erzbergersche Reform der Reichsfinanzverwaltung im Gesetz vom 10. September gegeben. Damit ist die wichtigste Einnahmequelle der Einzelstaaten, die allgemeine Einkommensteuer, auf das Reich übergegangen. Die Einzelstaaten erhalten nur einen bestimmten Anteil an dieser Steuer vom Reich zugewiesen: sie sind Kostgänger des Reiches geworden. Der sozialistische preußische Finanzminister Dr. Südekum betonte gegenüber einem Berichterstatter des Berliner „Lokal-Anzeiger", daß die Befugnisse der Provinzen und Gemeinden in finanzieller Hinsicht wohl noch weiter eingeschränkt werden, die Zentralisierung der Steuern sei der erste bewußte Schritt der Einigung aller Glieder zum deutschen Einheitsreiche. Einige Tage vorher hatte der sozialistische preußische Ministerpräsident Hirsch einem Pressevertreter gegenüber erklärt, daß Preußen der Frage des Aufgehens aller deutschen Gliedstaaten im Reich befürwortend gegenüberstehe, aber nur wenn die Gliedstaaten sich widerspruchslos diesem Zukunftsstaat einfügten.

Die vielen Süddeutschen, welche noch mit aller Liebe des Herzens an ihrer Eigenart und den bisherigen Rechten hängen, haben alle Ursache, mit offenen Augen diese Entwicklung der Dinge zu verfolgen und rechtzeitig zuzusehen, um allenfalls zu retten, was noch zu retten ist. Für jeden ist es nötig, ein klares Bild über die gegenwärtige staatsrechtliche Lage zu haben. Von besonderem Interesse sind in dieser Beziehung für uns die Vorgänge am Rhein und die klare Aussprache, welche hierüber am 17. September auf dem Parteitag der Rheinischen Zentrumspartei in Köln stattgefunden hat. Abgeordneter Professor Dr. Lauscher-Bonn hielt die programmatische Rede über die Rheinlandfrage, die aus dem Umsturz in den Revolutionstagen geboren wurde. Die Hauptgedanken seiner Ausführungen sind folgende:

Mit dem Sturz der Hohenzollerndynastie war es natürlich, daß der preußische Staat, den die Dynastie geschaffen und zusammengehalten hatte, sich nunmehr in seine Bestandteile auflöste. Das neue Deutschland sollte nicht die Vielstaaterei des alten weiterschleppen; es sollte vielmehr aus den deutschen Ländern ohne Rücksicht auf bisherige staatliche Gliederung, die mit dem Sturz der Dynastien ihren Sinn und ihre Berechtigung verloren hatte, eine kleinere Zahl von Gliedstaaten auf der Grundlage engerer Stammes- und Kulturgemeinschaft gebildet werden. „Das alte bundesstaatliche System ist offensichtlich dem Untergang geweiht, nicht bloß in dem Sinne, daß die heutigen Bundesstaaten in ihrer Hoheitsform durch den Sturz der Dynastien ins Wanken geraten sind. Die Sache liegt vielmehr so, daß *im neuen Deutschland für Einzelstaaten mit wirklicher Staatshoheit kein Raum mehr ist.* Die Not der Zeit und die Logik der politischen Entwicklung hat uns auf den Weg zum Einheitsstaat geführt und wir haben auf diesem Wege schon eine gute Strecke zurückgelegt. Die süddeutschen Staaten haben auf ihre Reservatrechte verzichten müssen, das Heerwesen, das Verkehrswesen, die Steuerhoheit ans Reich abgeben müssen. Daß die Entwicklung in dieser Richtung *weiter gehen* wird, dafür spricht die lange Reihe der sog. „Kannbestimmungen" der Verfassung, die eine weitere starke Ausdehnung der Zuständigkeit des Reiches vorbehalten. Schon heute hat das Reich seine Hand auf das Unterrichtswesen gelegt. Was den Gliedstaaten auf die Dauer noch verbleiben wird, ist so wenig, daß sie als Staaten, als Träger einer wirklichen Staatshoheit künftig nicht mehr anzusprechen sind."

Die Rede machte in Köln gewaltigen Eindruck auf die ganze Versammlung; es war in derselben der klare Ausdruck der Autonomiebestrebungen am Rhein gegeben. Die weiteren Redner stimmten diesen Ausführungen bei unter wiederholter Betonung der Tatsache, daß der Einheitsstaat auf dem Marsche sei, daß wir den Einheitsstaat haben müssen, um wieder in die Höhe zu kommen.

Diese auf dem Rheinischen Parteitag der Zentrumspartei mit so großem Beifall ausgesprochenen Gedanken sind in einem Berliner Artikel der Kölnischen Volkszeitung (Nr. 730 vom 17. September 1919) ebenfalls dargelegt und nach mancher Richtung noch schärfer umschrieben. Es heißt da unter anderem: „In dem Augenblick, wo die bisherigen Gliedstaaten darauf verzichten würden, ihren obersten Verwaltungsbehörden den Namen „Regierung" und den Titel „Minister" zu geben und wo sie ein weniger praktisch als prinzipiell bedeutsames *Bestätigungsrecht* der Reichsregierung für die aus dem Votum der einzelnen Länder hervorgegangenen obersten Verwaltungsbehörden anerkennen würden, wären wir von einem staatsrechtlichen Zustand nicht mehr weit entfernt, dem alle Attribute anhaften, die für den Einheitsstaat von wesentlicher Bedeutung sind. Der Deutsche Einheitsstaat der Zukunft schwebt uns vor als eine Koalition der deutschen *Stämme*, nicht mehr oder minder künstlicher Staatsgebilde . . .

Die deutschen Länder der Zukunft sollen der Idee nach möglichst Stammesbezirke sein . . . . Es ist sehr gut möglich, den

Wünschen der einzelnen deutschen Volksgruppen nach Wahrung ihrer Eigenart und nach Selbstverwaltung im Rahmen des Deutschen Einheitsstaates Rechnung zu tragen. Das Ernennungsrecht oder doch höchstens in den Spitzen mindestens das Präsentationsrecht bei Stellenbesetzungen sowie die Lösung bestimmter gemeinnütziger Aufgaben besonders auf kulturellem Gebiete dürfte ihnen wohl zugestanden werden können ohne daß darunter der Einzelstaat Schaden leidet." Dann heißt es weiter: „In der Gewährung einer noch näher zu umschreibenden Autonomie an die Provinzen oder Länder, die jetzt noch den preußischen Staat bilden und in der gleichzeitigen Zurückführung der staatsrechtlichen Stellung und der Organisation der deutschen Einzelstaaten auf die Stufe der neugebildeten Länder dürfte der Weg zur neuen Organisation zu suchen sein .... Wir halten eine halbe Lösung der inneren deutschen Fragen, d. h. eine bloße Zerschlagung Preußens grundsätzlich nicht für wünschenswert, halten vielmehr eine Neuorganisation des Deutschen Reiches in allen seinen Gliedern für das Beste." — Der Verfasser des Artikels gesteht selbst zu, daß die Aufgabe angesichts der großen noch zu überwindenden Schwierigkeiten nicht einfach und leicht sein werde. Er stellt deshalb an die preußische Regierung die Frage, ob sie in dieser Richtung schon tätig gewesen sei, er verlangt, daß im Reichsrat der Boden sondiert werde und fordert die Nationalversammlung auf, sich als vorwärtstreibender Faktor in dieser Frage zu betätigen."

Es ist gut, daß diese Gedanken mit solcher Klarheit und Offenheit ausgesprochen worden sind, damit jeder in Deutschland weiß, wohin die Reise geht. In Süddeutschland haben die Bestrebungen, eine größere Selbständigkeit für die großen preußischen Provinzen im Rahmen des Reiches zu schaffen, auf vielen Seiten bisher große Sympathien gefunden. Ob diese Sympathien soweit gehen, daß sie auch die hier offen ausgesprochenen letzten Ziele als richtige Grundlage für die Neugestaltung des Deutschen Reiches anerkennen, dürfte eine sehr große Frage, oder wohl besser gesagt, für die weitesten Kreise des bayerischen Volkes gar keine Frage sein.

Es wird mir gestattet, in dieser Lebensfrage aus der Stille meines politischen Einsiedlerlebens noch das Wort zu ergreifen und mit aller Offenheit meine Meinung zu sagen:

Ich teile durchaus nicht die Auffassung, daß die Not der Zeit wirklich zu der weitgehenden Vereinheitlichung gezwungen hat oder zwingt, und daß infolge dieser Not die Beseitigung aller bisherigen Rechte der Einzelstaaten notwendig war. Der Reichstag war schon früher in seiner Mehrheit unitarisch gerichtet; in der Nationalversammlung hat die so gerichtete Linke eine starke Mehrheit, der Widerstand des Bundesrates ist weggefallen. Mehr die Parteineigung als der wirkliche Zwang der Not hat soweit auf dem Wege der Zentralisierung geführt. Ich teile die Befürchtung vieler, daß gerade aus dieser Nichtbeachtung der bisherigen Rechte sich außerordentliche Schwierigkeiten für die Einigkeit des Reiches selbst ergeben werden, wenn die jetzt rechtlich festgelegte Entwicklung ins praktische Leben überführt werden soll. In Bayern macht sich jetzt schon immermehr Unruhe geltend, wie die Stimmen zeigen, die sich in der letzten Zeit in der bayerischen Presse gegen eine zu weitgehende Vereinheitlichung des Postwesens erhoben haben. Mit 1. Oktober soll die Finanzverwaltung auf das Reich übergehen; nach Pressenotizen stehen die Verbände der bayerischen Finanzbeamten heute noch der Sache ablehnend gegenüber; wie unter diesen Umständen die Geschäfte für das Reich eingeleitet, für Bayern angesichts der fast überall bestehenden großen Rückstände ruhig weitergeführt werden sollen, ist schwer abzusehen. Sehr bezeichnend für die Stimmung in Süddeutschland ist doch wohl die Tatsache, daß beim offiziellen Besuch des Reichspräsidenten Ebert in Stuttgart der ganz auf der Linken stehende württembergische Ministerpräsident vor einer zu weit getriebenen Zentralisierung nachdrucksam warnte und Schonung der süddeutschen Eigenart verlangte; gerade Württemberg galt früher in Süddeutschland immer als das treibende Element für eine möglichst weitgehende Vereinheitlichung. In der bayerischen Presse findet man immer wieder die Verwahrung gegen weitere Eingriffe des Reiches in das wirtschaftliche und politische Leben Süddeutschlands.

Die anders gerichteten Strömungen am Rhein sind wohl verständlich. Das Rheinland war innerlich nie richtig mit Preußen verwachsen, es bestehen tiefe Gegensätze gegenüber Berlin und dem herrschenden Osten. Für das Rheinland, namentlich in Verbindung mit dem westfälischen Kohlen- und Industriegebiet sind alle Vorbedingungen für eine gedeihliche wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung bei Erlangung größerer Selbständigkeit noch mehr als bisher gegeben: es hat eine wohlhabende Bevölkerung von tatkräftigem und weitschauendem Unternehmungssinn, Handel und Industrie waren vor dem Krieg in höchster Blüte, zumal die besten Verkehrswege nach allen Richtungen zur Verfügung stehen. Da kann man das Verlangen nach Stammesgliederung recht wohl verstehen. Ganz anders liegen die Verhältnisse in Bayern. Wenn der bayerische Staat sich in seine drei Stämme: Bayern, Schwaben und Franken auflösen sollte, so wird jeder zugeben, daß speziell der innerhalb der jetzigen Reichsgrenzen auf sich selbst gestellte bayerische Stamm politisch und wirtschaftlich nicht als lebens- und entwicklungsfähig erscheinen kann — getrennt von den Stammesverwandten in Tirol, Oesterreich und Böhmen, auf einer Grenze von zirka 700 Kilometern von diesen abgeschlossen, ohne die notwendigen Rohprodukte usw. Um nur an eine kulturell hochbedeutsame Sache zu erinnern: Was sollte bei solcher Gestaltung der Dinge aus den mit so reichen Mitteln des Staates geschaffenen, in Deutschland einzig dastehenden wissenschaftlichen Instituten der beiden Hochschulen in München werden?

Mögen die Zentrumsfreunde am Rhein rüstig weiterarbeiten im Kampfe um eine möglichst große Autonomie ihrer herrlichen Provinz im Rahmen des Reiches; mögen sie aber nicht den Widerstand Süddeutschlands gegen ihre Bestrebungen wachrufen durch die Forderung nach Zurückdrängung unserer Selbständigkeit und Eigenart: in diesem Punkte hängen wir treuer am alten Zentrumsprogramm als unsere trefflichen Brüder am Rhein.

Weltrundschau.

Von Fritz Nienkemper, Berlin.

Kabinettsfragen im Reiche und in Bayern.

Die letzte Woche hat keine der schwebenden Fragen gelöst, aber wohl neue aufs Tapet gebracht. Es wird ernstlich verhandelt über den Wiedereintritt der Demokratischen Partei in die Mehrheitsgruppe und in das Reichskabinett. Damit verknüpft sich eine Umbildung der Regierung. Die Demokraten rechnen auf Ministerposten; das führt zu Verschiebungen und zu weiteren Reformen in der Organisation der obersten Behörden.

An sich gehört die Rückkehr der demokratischen Partei zur natürlichen Entwicklung. Auf Grund der Wahlen hatte sich in der Nationalversammlung die Arbeitsgemeinschaft der drei positiven, auf dem Boden der neuen Ordnung stehenden Parteien gebildet. Daraus ergab sich eine Koalitionsregierung aus Sozialdemokraten, Zentrumsmännern und Demokraten. Trotz aller Schwächen und Schwierigkeiten, die eine solche Koalition von stark differierenden Parteien mit sich bringt, ging es leidlich, bis in der Friedensfrage die demokratische Fraktion sich auf die Nichtunterzeichnung verbiß. Sie ging in den Schmollwinkel, wo man die Verantwortlichkeit abschütteln kann. Die beiden anderen Parteien mußten für die Staatsnotwendigkeit allein sorgen. Da diese Sezession keine schlimmen Nachwirkungen hatte, war nach tatsächlicher Erledigung der Friedensfrage der Rückweg nicht versperrt. Die Wiederherstellung des alten Dreibundes entsprach den parlamentarischen Verhältnissen, da die schwarz-rote Mehrheit etwas knapp war. Glücklicherweise verzichteten die bei der Stange gebliebenen Parteien auf Nachlaufen und Werben. Man ließ die Sache sich ausreifen, bis in der demokratischen Partei selbst das Heimweh erwachte. Sonst hätten die Demokraten gewiß noch mehr Forderungen gestellt. Ihre Bedingungen, über die jetzt verhandelt wird, sind sowieso nicht allzu bescheiden. Sie möchten wenigstens drei Ministerposten (für Inneres, Justiz und Verkehr), nebenbei auch den Titel des Vizekanzlers und außerdem sachliche Zugeständnisse wegen der schwebenden finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Gesetze.

Ueber alles dies und was damit zusammenhängt, wird jetzt verhandelt. Friedlich und gründlich. Dagegen ist auch nichts einzuwenden, wenn nur die demokratische Partei bei ihrer Rückkehr den entsprechenden Gegenwert mitbringt, nämlich den ernsten Entschluß, nicht bloß an der Speisetafel wieder Platz zu nehmen, sondern auch in der Werkstatt und in der Küche redlich mitzuarbeiten, die Lasten und die Verantwortlichkeit treu und opferwillig zu teilen mit den Arbeitsgenossen im Parlament und in der Regierung.

Vom Standpunkt des Zentrums aus könnte man ja die Frage aufwerfen, ob der gegenwärtige Zweibund nicht gewisse Vorteile für unsere Parteigenossen habe. Jetzt brauchen wir uns nur mit den Mehrheitssozialisten zu verständigen. Wenn nun der dritte Partner hinzukommt, wird die Sache verwickelter. In den Kulturfragen, die uns besonders am Herzen liegen, und vor allem in der Schulfrage, die noch gesetzlich geregelt werden muß, ist in der demokratischen Partei kein sicheres Gegengewicht gegen die antichristlichen Bestrebungen gegeben. Für die Simultanschule wird die bürgerliche Demokratie gemäß der linksliberalen Ueberlieferung gewiß tun, was sie kann. Das werden wir aber im Vertrauen auf die Grundzüge der Verfassung und auf die ermöglichte Selbsthilfe der christlichen Eltern schon riskieren müssen. Denn ausschlaggebend ist und bleibt die Befestigung der Regierung, der Ordnung und der gedeihlichen Entwicklung des Vaterlandes, die man von der Verbreiterung der parlamentarischen Basis und von der weiteren Sammlung schaffender Kräfte erhoffen darf.

Wünschenswert wäre es auch, wenn die Mehrheitssozialisten durch die Annäherung an eine zweite bürgerliche Partei von der Furcht vor der „unabhängigen" Agitation etwas befreit würden. Zu den bedenklichen Erscheinungen in dieser Hinsicht ist noch der unglückselige Versuch gekommen, die Beratung der Umsatzsteuer zu stören durch den Antrag, die indirekten Steuern erst nach Erledigung der direkten Steuern in Betracht zu ziehen. Das war ein Frevel gegen die eigene Regierung und gegen das zwingende Bedürfnis des Reichs, hervorgegangen aus der Scheu, die unbedingt notwendige Modifikation des veralteten Parteiprogramms vor den radikalen Hetzern zu vertreten. Im Ausschuß erklärten nun sofort die Demokraten und die Rechtsparteien, sie hielten als Außenseiter sich nicht für berufen, die vorwiegend sozialistische Regierung gegen ihre eigene Partei zu verteidigen und würden sich bei der Abstimmung über diesen Antrag des Votums enthalten. Dadurch war den Sozialdemokraten die Möglichkeit gegeben, ihren Antrag mit Hilfe der Unabhängigen gegen das Zentrum zur Annahme zu bringen. Das durften sie aber nicht; denn er war nur zur Demonstration gestellt, um abgelehnt zu werden, weil sonst eine fatale Regierungskrisis entstanden wäre. Also mußten die Herren sich zur Zurückziehung ihres mißratenen Antrages verstehen. Solche Seitensprünge darf sich eine mitregierende Partei nicht gestatten. Die Sozialisten tadeln es, daß die demokratische Partei in der Friedensfrage es an Mut und Verantwortlichkeit hat fehlen lassen. Sie müssen nun selber auch den Mut der Verantwortlichkeit bewähren in Sachen der indirekten Steuern, da es ja klar auf der Hand liegt, daß wir das furchtbare Defizit nicht anders decken können als durch Anzapfung aller Steuerquellen, auch des Umsatzes und des Verbrauchs.

Auch in Bayern steht eine Regierungsumbildung unmittelbar bevor. Die von sozialdemokratischer Seite veranlaßte und mit Zähigkeit fortgesetzte Diskussion über die Frage des Fortbestandes der bayerischen Koalitionsregierung fand ihren Abschluß in einem von der Landeskonferenz der Sozialdemokratischen Partei Bayerns am 28. September gefaßten Entschließung, welche es als eine besondere Schwierigkeit der Sozialdemokratischen Partei in Bayern bezeichnet, daß die Regierung, genannt Hoffmann, als eine sozialdemokratische Regierung gelte, während es klar sei, daß die Zusammensetzung von Regierung und Landtag eine rein sozialdemokratische Politik ausschließe. Deshalb fordere die Landeskonferenz eine gründliche Umbildung des Ministeriums, ev. Rücktritt der sozialdemokratischen Minister.

Der am 1. Oktober zusammentretende Landtag wird sich entscheiden müssen, ob er der Firma Hoffmann, welche nach Durchsetzung ihrer kulturpolitischen Bestrebungen insbesondere auf schulpolitischem Gebiete nunmehr angesichts der bevorstehenden undankbaren Aufgaben auf steuerpolitischem Gebiete von der Bildfläche abzutreten wünscht, den Abschied gar so leicht machen will. Möge es wenigstens gelingen, mit Rücksicht auf die drängenden Arbeiten und die ohnehin reichlichen Sorgen des kommenden Winters Neuwahlen zu vermeiden, sowohl in Bayern als im Reiche, wo die Nationalversammlung noch umfangreiche grundlegende Arbeiten erledigen muß, bevor an die Wahl des ersten Reichstags gedacht werden kann.

Oertliche Katholikentage.

Während diese Zeilen in Druck gehen, findet in Dresden der allgemeine Katholikentag Sachsens und in Dortmund der märkische Katholikentag statt. Diesen Tagungen vorausgegangen waren am 14. September der glänzend verlaufene oberbadische Katholikentag, an dem 5000 Männer und Frauen in der altehrwürdigen Konzilstadt Konstanz Zeugnis für ihren Glauben ablegten und am 21. September der Breisgauer Katholikentag, welcher in der festlich geschmückten Stadt Freiburg einen imposanten Verlauf nahm, unter dem Zeichen tiefsten religiösen Erfassens stand und eine über die Grenzen Deutschlands hinaus bedeutsame Ansprache des Hochw. Herrn Erzbischofs Dr. Nörber über katholische Einheit und katholisches Handeln brachte. Da die Zeitverhältnisse die Einberufung eines großen deutschen Katholikentages nicht gestatten, hat man sich zu diesen Provinzial- oder Diözesankatholikentagen entschlossen, welche sich in ihrer Gesamtheit zu einer machtvollen Kundgebung der positiv aufbauenden Kräfte des Katholizismus gerade mit Rücksicht auf die brennenden Fragen der Gegenwart gestalten. Es werden folgen: am 5. Oktober der Katholikentag in Aachen, am 13. und 14. Oktober in Duisburg, am 25./26. Oktober in München, am 26. Oktober in Würzburg, Aschaffenburg, Ravensburg und Rottweil, am 1. November in Ulm und Aalen, später noch in Heilbronn und Mergentheim.

Die Wiener Dokumente,

deren Veröffentlichung wohl als sozialdemokratisches parteitaktisches Ablenkungsmanöver zu werten ist, haben, soweit man dies z. Z. beurteilen kann, den Beweis erbracht, daß die deutsche Regierung zwar mit einer kriegerischen Unternehmung gegen Serbien einverstanden war, aber die englischen Vermittlungsvorschläge in Wien mit größter Aufrichtigkeit unterstützte und mit allem Nachdruck die Entstehung des Weltkrieges zu vermeiden suchte. Die Tragik liegt darin, daß Wien in den kritischen Stunden die Antwort nach Berlin schuldig blieb. Hieran ändern auch die neuerlichen Verlautbarungen des Grafen Berchtold, welche sachlich nichts Neues enthalten, nichts. Es bedarf noch der Aufklärung, warum Graf Brockdorff-Rantzau bei den Friedensverhandlungen diese amtlichen Dokumente nicht verwandte, obwohl sie ihm eigens als Material gegen die Beschuldigung, Deutschland sei Urheber des Krieges, von Dr. Gooß im Auftrage des damaligen Staatssekretärs für Aeußeres, Bauer nach Versailles überbracht worden waren. Möge die Veröffentlichung mit zu einer Revision des Friedensvertrages Anlaß geben!

„Wann wird der Friede fertig?"

Jetzt jährt sich schon der Tag, an dem wir um Waffenstillstand und Frieden gebeten haben. Der Krieg hatte über vier Jahre gedauert; an dem Friedenswerk wird nun schon ein Jahr gearbeitet, und es ist noch längst nicht fertig. Als der Oberste Rat der Sieger mit seinem Entwurf fertig war, forderte er von Deutschland die Annahme und Vollziehung in kürzester Frist, als ob das Heil der Welt durch jeden Tag der Verzögerung bedroht wäre. Wir haben auch die geforderte Beschleunigung geleistet. Aber als die alliierten und assoziierten Mächte ihr eigenes Machwerk ratifizieren sollten, da kam die Sache auf die lange Bank. Nur England war kurz entschlossen, woraus man sehen kann, daß Lloyd George die Zügel jetzt am festesten in der Hand hat. In Frankreich wurde endlos kritisiert, referiert und debattiert. Die Ursachen der Verzögerung in Paris sind zum Teil in der sichtlichen Altersschwäche Clemenceaus, zum Teil in der Furchtsamkeit der Franzosen zu suchen. Sie haben eine nervöse Angst in dem Gedanken, daß Deutschland sich erholen und einen Revanchekrieg nach französischem Vorbild unternehmen könnte. Daher wird alles aufgestochert, was in dem Friedensvertrage irgendwie Zweifel erweckt, und es werden immer noch mehr „Garantien" für die Sicherheit Frankreichs verlangt. In Italien schien die Sache unter dem Ministerium Nitti auf gutem Wege zu sein. Es schien, da kam d'Annunzio mit dem Abenteuer von Fiume. Er spielte den modernen Garibaldi, besetzte das streitige Fiume, schuf nach polnischem Muster eine vollendete Tatsache, setzte die Volksseele in Brand und brachte die Regierung in schwere Verlegenheit. Sie mußte mit seinem Abenteuer innerlich sympathisieren, aber sie durfte es nicht zeigen, um nicht mit den hohen Gönnern in Konflikt zu geraten. Eine Woche nach der andern vergeht, und Fiume bleibt in den gewalttätigen Händen, ein neuer Krieg mit den Jugoslaven droht, Präsident Wilson kündigt den Italienern die amerikanische Blockade an und in Italien selbst steht die Regierung und die Kammer auf der Kippe. Wie soll da der Friedensvertrag vollendet werden? Und schließlich steht es in Amerika nicht besser aus, obschon dort der angebliche Vater des „Friedens" zu Hause ist. Wilson wird mit seiner kritischen Volksvertretung nicht fertig. Durch eine Rundreise hat er versucht, den Acheron gegen diese superos in Bewegung zu setzen; aber er ist so nervös geworden, daß er die Rundreise abbrechen mußte.

Der Würfel ist gefallen.

(Ein Nachwort zum Friedensvertrag von St. Germain.)

Von Universitätsprofessor Dr. Johann Ude, Graz.

Wer die Zeitungen der letzten Tage besonders aufmerksam gelesen und die Vorgänge in der Wiener Nationalversammlung studiert hat und ein offenes Auge und Ohr hat für alles, was in politischer, sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Beziehung in der „Republik Oesterreich“ vorgeht, dem bangt viel mehr noch vor dem Geist, mit welchem das Friedensdokument aufgenommen wurde und vor der Stellungnahme der verschiedenen „Parteien“ zu demselben und vor der schrecklichen Gleichgültigkeit und Verständnislosigkeit, mit der die Masse unseres Volkes dem Friedensvertrag gegenübersteht, viel mehr noch als vor den geradezu katastrophalen Bedingungen, die der Friedensvertrag uns auflegt. Wer, wie ich, seit Kriegsbeginn fort und fort gegen den Weltkrieg eingetreten ist und gleich in den ersten Kriegsjahren auf den entsetzlichen Zusammenbruch hingewiesen und immer wieder zu einer Verständigung geraten hat, da wir ja alle ohne Unterschied unseren schweren Teil von Schuld am Weltkriege haben, der mag wohl auch zu einem Nachwort berechtigt sein.

Es ist unstreitig wahr, was Abg. Präsident Hauser in der denkwürdigen Nationalversammlung zu Wien vom 6. September gesagt hat, daß der Friede von St. Germain national ungerecht, politisch verhängnisvoll und wirtschaftlich undurchführbar sei. Und doch haben sich 97 gegen 23 Stimmen gefunden, welche unseren Staatskanzler Dr. Renner zur Unterzeichnung des Friedensvertrages ermächtigten. Und so hat Dr. Renner am 10. September im Steinzeitsaal des Schlosses von St. Gemain „im Namen unseres Volkes“ unterzeichnet. Aber es waren nicht Steinzeitleute, welche die Unterschrift dieses Dokumentes forderten und entgegennahmen, sondern die Vertreter von Völkern, die sich stolz als „Kulturnationen“ bezeichnen. Echte Steinzeitmenschen wären wohl menschlicher mit uns verfahren als ein Wilson, Clemenceau, Lloyd Georges und Genossen. Unsere Politiker, unsere gesamte Presse, selbst so manche Zeitungen der Entente sind sich klar bewußt, daß das, was die Entente angeblich als Vollzieher der Weltgerechtigkeit Deutschösterreich angetan hat, ein ungeheurer Faustschlag ins Angesicht der Gerechtigkeit ist, daß der Friede, den man uns diktiert, kein Friede ist, weil die Beschlüsse der Friedenskommission alle Grundlagen der rechtlichen Ordnung und dadurch die Grundlagen des Friedens mißachten und mit Füßen treten. Man sollte nun meinen, daß sich jeder rechtlich denkende Mensch weigern würde und müßte, ein solches kulturschänderisches Dokument zu unterschreiben und sich so zu dessen Befolgung im Gewissen zu verpflichten. Noch mehr aber sollte man meinen, daß jeder menschlich und rechtlich fühlende Mensch auf Seite der Entente sich schämen sollte, daß man ein solches Dokument ausgearbeitet und es gewagt hat, dasselbe zur Unterschrift vorzulegen. Der „Friede“ ist also geschlossen! Aber man hat meiner Ansicht nach sich viel zu wenig, oder besser gesagt, gar nicht von rechtlichen, sondern fast ausschließlich nur von politischen und wirtschaftlichen machiavellistischen Erwägungen leiten lassen, sowohl hüben als drüben, und bei uns sowohl auf Seite jener, welche für die Unterzeichnung des Friedensvertrages stimmten als auch auf Seite jener, welche ihn ablehnten. Man tröstet sich nun ganz allgemein mit dem Hinweis, daß wir nicht anders hätten handeln können, daß wir einfach „gezwungen“ waren, zu unterschreiben. Ich will hier nicht untersuchen, was besser gewesen wäre: zu unterschreiben oder die Unterschrift abzulehnen. Ich stelle einfach fest, daß die von mir soeben dargelegte Mentalität unserer führenden Kreise und der verantwortlichen Männer der Entente, jene Mentalität, die alles nur nach dem augenblicklichen materiellen Erfolg mißt und beurteilt, das Schlimmste für die Zukunft fürchten läßt. Wenn man in Oesterreich nun alle Hoffnung auf die sogenannte Reparationskommission setzt, welche die österreichische Wirtschaftsfähigkeit überwachen soll und weiterhin auf den „Völkerbund“ hofft, so sind das schwache, wenn nicht gar aussichtslose Hoffnungen. Die Reparationskommission dürfte uns ja immerhin einige Erleichterungen verschaffen können, aber vom Völkerbund, wie ihn Wilson beziehungsweise die Entente plant, ist nichts zu erhoffen. Denn dieser Völkerbund, der ja kein Völkerbund, sondern eine Versicherungsgesellschaft für das imperialistisch-militaristische Machtstreben der Entente ist, ist über die Bestimmungen des Naturrechtes erhaben, also absolut nicht jene Instanz, welche in völkerrechtlicher Beziehung sich zum Wortführer aufwerfen darf. Sagen wir es offen heraus: Hüben und drüben rechnet die Politik letzten Endes leider nur mit materiellen, augenblicklichen Nützlichkeitsgründen, statt sich auf den Boden des intransigenten Naturrechtes, also auf den absoluten göttlichen Willen zu stellen. Daher dieses schreckliche Chaos, diese allgemeine Planlosigkeit und Unsicherheit in den nächstliegenden Dingen. Das ist der Fluch unserer inneren und äußeren, rein diesseitig orientierten Politik, ein Fluch, dessen sich aber weder unsere Politiker und noch weniger unser Volk bewußt sind. Diese gegenseitige Unaufrichtigkeit in rechtlicher Hinsicht ist auch die Ursache, daß das Bewußtsein von der gemeinsamen Schuld aller am Weltkrieg kaum von einigen Wenigen erkannt und zugegeben wird, am wenigsten von der Entente, wie ja das Friedensdokument von Saint Germain klar beweist. Ein wahrer Friede könnte aber nur auf dieser Erkenntnis der Kollektivverschuldung sämtlicher Kulturstaaten der Welt als notwendigen Voraussetzung zustande kommen. In einseitiger, aller Wahrheit hohnsprechender Weise wird jedoch von den als Trägern der Weltgerechtigkeit sich fühlenden Gewalthabern der Entente Deutschösterreich (nebst Deutschland) allein für den Weltkrieg verantwortlich gemacht, die anderen Nationalstaaten der alten Monarchie werden als nicht verantwortlich erklärt und demgemäß werden alle Lasten dem armen deutschen Volk der Alpenländer aufgebürdet, so daß wir politisch und wirtschaftlich wirklich erdrosselt sind. Das ehrliche Eingeständnis der Mitschuld aller am Weltkrieg würde uns die tiefsten Ursachen erkennen lassen, warum der Weltkrieg in gewissem Sinne notwendig kommen mußte und würde uns alle dazu führen, diese Ursachen zu beseitigen. Zur näheren Kenntnisnahme verweise ich auf meine diesbezüglichen Ausführungen in meiner Broschüre „Kanonen oder Christentum?“ (Verlag Otto Walter, Olten, Schweiz, Auslieferungsstelle für Oesterreich und Deutschland, „Oesterreichs Völkerwacht“ in Graz, Richard Wagnergasse 36, Preis 5 Mk.) Statt einer auf die Bekämpfung der Ursachen des Weltkrieges hingerichteten Politik, welche sich also grundsätzlich und in erster Linie mit der Lösung des warenökonomischen Problems befassen müßte, betreiben unsere führenden Politiker und Staatssekretäre eine armselige „Heftpflästerchenpolitik“, die überdies noch von der jeweiligen Konjunktur bestimmt wird. Die verschiedenen Parteien haben wohl politische und soziale Programme aufgestellt, aber es sind eben nur „Partei“-Programme, gehen nicht auf das Ganze. Das von mir in Nr. 36 dieser Zeitschrift vom 6. September 1919 besprochene Problem der Genuß- und Produktionsreform, dessen Lösung im Sinne des Sittengesetzes uns allein Rettung bringen könnte, ist hüben und drüben bedauerlicherweise eine völlige terra incognita. Und darum scheint mir unser wirtschaftlicher Ruin besiegelt, wenn nicht in letzter Stunde noch der furchtbare Ernst des Friedens von St. Germain unseren Führern und durch sie unserem Volke zum Bewußtsein kommt. Wenn unser Staatskanzler Dr. Renner meint, daß unser Kurs der äußeren Politik augenblicklich nach dem „Westen“ hin „orientiert“ werden müsse, um zur Not innere Politik für die Republik Oesterreich treiben zu können, so ist das eine verhängnisvolle Ansicht, die sich noch bitter an uns allen rächen wird. Es ist das eine symptomatische Kur, die unseren Untergang wohl hinausschieben, aber nicht aufhalten kann. Uns kann nur eine radikale Kur helfen. Unser Losungswort kann nur sein: Wir müssen endlich einmal all den geschädigten Menschen innerhalb unseres Volkes gegenüber die primitivsten Pflichten der sozialen, rettenden Fürsorge und der bewahrenden, vorbeugenden Vorsorge tun. Und das kann nur geschehen durch die sittliche Orientierung des Genuß- und Produktionsproblems an den unbeugsamen Normen des Dekalogs. So kommen wir auch wieder hoch, vorausgesetzt, daß sämtliche Parteien ihre volksschädigende Parteipolitik zugunsten einer gemeinsamen Sozial- und Wirtschaftspolitik aufgeben und auf dem Boden echter bürgerlicher Toleranz sich die Hände reichen. Die Frage der so vielen als das wichtigste erscheinenden Nationalpolitik ist eine sekundäre Frage, die sich günstig lösen wird, sobald die Grundfrage gelöst ist. „Arbeit auf Grundlage einer ethisch einwandfreien Genuß- und Produktionsreform“. Nur so, durch restlose Durchführung dieser Formel wird es gelingen, die unerhörten Forderungen des Friedens von St. Germain endgültig und wirksam aus der Welt zu schaffen.

Helden und Bekenner.[1]

(Aus Rigas Bolschewikenzeit.)

Der greise Pfarrer auf der Kanzel spricht:
„Wir dulden sie in uns'rer Kirche nicht!
Wir lassen uns're Kirche nicht entweih'n
Mit Bolschewikenhohn und Spötterei'n!
Wenn sie auch unser heil'ges Gotteshaus
Sich wählen zum Versammlungsorte aus,
Um ihren Phrasenschwall und Freiheitssang
Zu schrei'n bei Fiedel- und bei Hörnerklang,
Um vor des Altars Stufen frech und dreist
Zu rühmen ihren Weltbeglückungsgeist —
Ihr Männer, Frauen, Greise, lauft zuhauf,
Stellt vor der Kirchentür Euch alle auf
Und lasst den roten Terror nicht hinein,
Lasst Euer Heiligtum Euch nicht entweih'n!"

In allen Pulsen pocht und kocht das Blut,
Aus jedem Männeraug blitzt Wut und Mut,
Wenn sie der Teufel hat gemacht so blind,
Wenn sie so toll, so frevelmütig sind —
Dann soll — Und doch: trotzt du der Allgewalt,
So wirst du auf der Stelle abgeknallt . . .

Dann kam der erste grosse „Meetingstag".
Ein Druck auf allen Christenherzen lag.
Zu allen Kirchen strömen sie herbei,
Entehren Altar, Kanzel, Sakristei.
Die „Internationale" laut erklingt
Und dann ans Ohr die Marseillaise dringt —
Als auf die Kanzel steigt ein Bolschewik,
Trifft ihn durch Tabaksqualm vom Kreuz ein Blick . . .
„Uns hilft der Himmel nicht, uns hilft kein Gott,
Wir retten selber uns aus uns'rer Not!
Wir Bolschewiken sinken nicht aufs Knie,
Das überlassen wir der Bourgeoisie!
Uns hilft kein Gott, wir aber siegen doch!
Die Proletarierdiktatur leb' hoch!" — —

Dann Weiberlachen, Schreien und Gesang
Bei schrillem Fiedelton und Hörnerklang.
Im Auge Christi eine Träne steht,
Die schreit zum Himmel auf wie ein Gebet . . .

. . . .

So ward in Rigas Kirchen bis zur Nacht
Geprahlt, geschrien, gesungen und gelacht.
So wurden Rigas Kirchen all' entehrt —
Nur eine blieb von Spott und Hohn versehrt.
Das war der Katholiken Gotteshaus,
Das hielt des Frevelmutes Ansturm aus:
Vor seiner Tür stand bis zur Mitternacht
Der Katholiken kleine Schar auf Wacht.
Die Katholiken hielten ihren Schwur:
Sie boten Trotz der roten Diktatur,
Sie standen vor der Tür in dichten Reih'n:
„Wir lassen uns're Kirche nicht entweih'n!"
Sie trugen keine Waffen in der Hand,
Doch in den Augen loderte ein Brand:
„Wir lassen uns're Kirche nicht entweih'n,
Nur über Tote geht der Weg hinein! . . ."

Da standen starr die „Roten" — starr und stumm
Und schossen — nicht . . . und kehrten wieder um!

Heinrich Gellers.

[1]) Dieses Gedicht des soeben aus der Kriegsgefangenschaft heimkehrenden Verfassers ist Ende Januar 1919 in Riga entstanden. D. Red.

Wie ist über die deutsche Hochkirchliche Bewegung zu urteilen?[1]

Von Geistl. Rat Prof. Dr. Hoffmann, München.

Die Bestrebungen der Hochkirchlichen Vereinigung wenden sich offensichtlich den Ordnungen und Einrichtungen der ersten Kirche zu. In dieser bestand das Amt des monarchischen Bischofes, der Gesamtkirche war ein Hirte vorgesetzt, der hl. Petrus und nach seinem Tode der Bischof von Rom. Die „Presbyter" und „Hirten" sind lokale kirchliche Amtsträger. Die Feier der Liturgie wurde bald durch Vorschriften, wie die in den apostolischen Konstitutionen, der Apostellehre und durch die Vorschriften einzelner gottesdienstlicher Formularien festgelegt, Beicht und allgemeine Zucht fanden nach strengen Normen Handhabung. Den Bestand dieser Ordnung gibt nun auch die neuere protestantische kirchengeschichtliche Forschung zu; man sehe sich nur einmal in den Schriften Harnacks um, namentlich in dem Buche „Entstehung und Entwicklung der Kirchenverfassung und des Kirchenrechts in den zwei ersten Jahrhunderten", 1910; wir begegnen hier Zugeständnissen, wie, „daß teilweise schon vor der Zerstörung Jerusalems, teilweise bis zur Zeit Trajans, alle grundlegenden Ausprägungen der christlichen Traditionen, Lehren, Verkündigungen, ja selbst Ordnungen wesentlich perfekt geworden sind", daß der Katholizismus sich notwendig aus dem Urchristentum entwickelt habe, die katholische Kirche nichts anderes sei denn die als Gesetz fixierte apostolische Tradition u. ä.

So können sich die Männer der Hochkirchlichen Vereinigung darauf berufen, daß sie mit ihren Reformversuchen an den Kirchen der Reformation nur die Einrichtungen der apostolischen Kirche erneuern wollen, und dieses mag sie auch über die Vorwürfe des Katholisierens trösten. Und dennoch steht ihr Werk dem Katholizismus noch ziemlich fern. Gewiß, man bemüht sich, alten katholischen Geist in katholische Formen zu gießen, allerdings nicht aus Voreingenommenheit für den Katholizismus. Den verläßigen Unterbau für diese Restauration zu legen, läßt man aber, wenigstens zunächst, auf der Seite, nämlich die Forderung des Bekenntnisses zu den dogmatischen Lehren des Urchristentums. Trotzdem kann von diesen gottgegebenen Wahrheiten auch nicht ein Jota abgegangen werden; ohne die lex credendi keine lex orandi, also ohne feste Norm des Glaubens keine objektive Norm des Betens und überhaupt des kirchlichen, religiösen Lebens. Zweifellos sind die größten Schwierigkeiten zu überwinden, um die katholischen Prinzipien der apostolischen Kirche organisch dem Protestantismus einzupflanzen, und es liegt die Gefahr nahe, daß ein Katholizismus auf protestantischer Basis gewonnen werde. Und doch läßt sich vielleicht zwischen katholischem und protestantischem Grundzuge, wenigstens auf dem Gebiete des religiösen Lebens ein Ausgleich herstellen, also die Wertschätzung der objektiven Normen und Einrichtungen mit subjektivem individuellem Erleben zu einigen und unter strenger Wahrung der gottgesetzten Ordnungen und unter Rücksicht auf die Gesamtheit zu einem persönlich gerichteten Handeln zu kommen. Die katholische Kirche wehrt ja im religiösen Leben keineswegs die Subjektivität; jeder mag es betätigen nach seinen natürlichen Anlagen und seiner philosophischen oder theologischen Richtung, wenn er nur die von ihr gesetzten Bedingungen erfüllt. Die so mannigfachen Blüten im Heiligengarten der Kirche bekunden dieses; sie sind reicher und differenzierter als die Blumen auf einem großen Blumenbeete. Mit diesem dürfte der Protestant zufrieden sein; er wird ja den Wert der objektiven Formen nicht leicht in Abrede stellen, er muß sie vielmehr gelten und bestehen lassen. Der Katholik aber vermag, ohne seinem Glauben irgendwie ungetreu zu werden, das Persönlichkeitsleben, das gegenständlich fundiert ist, in seinem vollen Umfange anzuerkennen. Insbesondere muß der Katholik, der den Protestanten für katholischen Geist zu gewinnen sucht, ihm und seinem Denken und Empfinden entgegenkommen, muß ihm aber auch die Ueberzeugung vermitteln, daß die Kirche das Recht hat, organisativ in das religiöse Leben der Gläubigen einzugreifen. Wenn hier ein gegenseitiges Sichverstehen Platz gegriffen hat, dürften sogar die Differenzen in den Glaubenslehren leichter überwunden werden.

Werden der Hochkirchlichen Bewegung in Deutschland Erfolge beschieden sein? Es läßt sich nicht leicht

[1]) Vgl. den Artikel „Eine Hochkirchliche Vereinigung in Deutschland" des Verfassers in Nr. 39 vom 27. September 1919, Seite 573/4.

in Dingen prophezeien, in denen die göttliche Gnade einen wichtigen Anteil an dem Ausgang hat. Ohne allen Zweifel besteht bei den führenden Männern guter Wille und großer Eifer. Wir teilen unsere obige Frage und suchen zunächst zu erörtern, ob ein Einfluß in dem bezeichneten Sinne auf die protestantische Kirche erwartet werden darf. Man könnte die jetzige Zeit für derartige Reformationsbestrebungen günstig finden. Die bisherige Form der kirchlichen Verfassung, der Summepiskopat der Landesfürsten ist zerbrochen; wie man sieht, werden ihm im allgemeinen wenig Tränen nachgeweint, man scheint die Tatsache eher mit Freuden aufzunehmen. Es ist eine andere Einrichtung in der Verfassung erforderlich; da möchte man hoffen, daß die nun weit verbreitete Erkenntnis von der Ursprünglichkeit des bischöflichen Amtes in der Kirche zu seiner Erneuerung und Wiederherstellung führen dürfte. Dazu kommt noch, daß erfahrene Protestanten die Episkopalverfassung der katholischen Kirche und ihre hierauf gründende Tätigkeit bewundern (Belege bei Dr. Rost, Die katholische Kirche nach Zeugnissen von Nichtkatholiken, 1919). Auch beklagen es viele, daß ihre Kirchen fester Normen und eines würdigen Inhaltes beim Gottesdienste und bei der Sakramentenspendung entbehren, daß infolge dessen das kirchliche Leben arm und öde sei und darum keine anziehende Wirkung ausübe. Bekannt sind die Ausstellungen von Goethe über diesen Mangel (Dichtung und Wahrheit, 7. Buch). „Sakristizielle Bestandteile" für den Gottesdienst sucht man in letzter Zeit in der protestantischen Kirche. Die Hochkirchliche Vereinigung weist nun auf solche hin, die den unersetzlichen Vorzug haben, aus den allerersten Zeiten des Christentums zu stammen. Schließlich dürften auch die Bedürfnisse des neuen praktischen Lebens in der Kirche manche Aenderungen erfordern, so hinsichtlich der Ausbildung der Seelsorger, der Schaffung eines clerus minor für Religionsunterricht und Gemeindepflege. Trotz alledem fürchten wir, daß man die Hochkirchliche Bewegung in der offiziellen protestantischen Kirche bestenfalls unbeachtet läßt. Da ihre Auffassungen als katholisierend bezeichnet werden, „werden sie damit nach einer gewissen schlechten Gewohnheit als erledigt angesehen". Nicht in der Richtung einer Anerkennung der Hochkirchlichen Ideen dürfte auch der deutsche evangelische Kirchentag, der vom 2.—5. September in Dresden tagte, gewirkt haben. Dieser leitete die Schaffung eines evangelischen Kirchenbundes in die Wege, d. h. eines „Bundes der Landeskirchen". Es scheint, als ob dieser nur auf die äußere Leitung oder Verwaltung der Kirchen gehe und auf ein geschlossenes Marschieren nach außen hinziele, um die inneren Angelegenheiten sich aber nicht kümmere; der einzige derartige Versuch, der unternommen wurde, nämlich den Katechismusunterricht in den öffentlichen Schulen zu regeln, konnte zu keinem Resultat kommen. So möchte die Lösung der Krisis, welche die Revolution über die protestantischen Kirchen gebracht hat, eine Erneuerung im Sinne der Hochkirchlichen Vereinigung nicht begünstigen.

Ja es dürfte diese vor einem Einschreiten des Kirchenregimentes nicht ganz sicher sein. Dieses bekundet der Fall Löwentraut, von dem mir nicht bekannt ist, ob er der Vereinigung formell angehört. Dieser, Pfarrer in Eulo b. Forst L., verfaßte zu 1917 eine Reformations- und Unionssäkularschrift mit dem Titel „Eine heilige allgemeine Kirche!" Hierin sind gleichfalls katholisierende und auf eine Einigung der verschiedenen Kirchen gerichtete Gedanken ausgesprochen. Bald wurde gemeldet, daß Löwentraut sein Buch auf Anordnung des Konsistoriums in Berlin aus dem Buchhandel zurückziehen mußte (Magazin für volkstümliche Apologetik, Mergentheim 1918 Nr. 8/9 S. 186). Ob das Konsistorium so vorgegangen wäre, wenn Pfarrer Löwentraut den nackten Materialismus gelehrt und die Fundamente allen kirchlichen Lebens unterwühlt hätte? Jedenfalls wäre dann die Öffentlichkeit wegen seiner Maßregelung mehr beunruhigt worden.

Es steht aber zu hoffen, daß die Hochkirchliche Vereinigung sich durch ihr positives Wirken zugunsten eines wahrhaft religiös-sittlichen Lebens Anerkennung verschafft. Doch darf nicht übersehen werden, daß hier zu den äußeren Schwierigkeiten auch innere hinzukommen. Es wird in ihr den Formen aus der Urkirche nicht der volle Inhalt gegeben und dieses kann auch am Anfange noch gar nicht sein; die Rebzweige stehen noch nicht in realer, lebensvoller Verbindung mit Christus. Es fehlt der innere Zusammenhang mit dem Stifter der Kirche, der einzig durch das von ihm eingesetzte und ausgerüstete Priestertum hergestellt wird. Ohne die Herleitung des Lebens- und Gnadenstromes von Christus in dem durch die Weihe mit ihm zusammenhängenden Amte gibt es keine kraftvolle kirchliche Tätigkeit. Ein solches Priestertum geht gleichfalls der Hochkirche in England ab. Diese hat sich denn auch im allgemeinen zu einer fruchtbaren Wirksamkeit unfähig gezeigt, hat sogar den Zusammenhang mit der großen Masse des Volkes verloren und nahm es an, daß ihr eine Legitimation von außen (Traktarianismus) geboten wurde, nachdem sie sich nicht durch eigenes Wirken eine solche zu schaffen vermochte. Die katholisierende Richtung in ihr aber hat mit zu vielen Hindernissen und Anfeindungen zu kämpfen, daß sie bisher nicht die volle Entfaltung ihrer Kraft anzuwenden und zu zeigen vermochte, was sie kann. Es offenbaren sich eben in der anglikanischen Kirche zwei Seelen. Als Kirche muß sie sich auf das Autoritätsprinzip stützen, eine Hierarchie aufstellen und die Traditionen schützen, die ihre Verbindung mit der früheren Zeit erhalten, als protestantische Körperschaft anerkennt sie das individuelle Recht der einzelnen, gegen die Autorität, die Hierarchie, die Tradition und den Ritus Stellung zu nehmen. Ein solcher Zwiespalt hindert Erfolge, wenigstens in weiten Kreisen. Dieses ist auch das Empfinden jener Anglikaner, insbesondere der Geistlichen, die jenen Konflikt durch den Uebertritt in die katholische Kirche lösen. Aus der Geschichte der Anglikanischen Hochkirche mag die deutsche Hochkirchliche Vereinigung lernen.

Die Hochkirchliche Vereinigung hält auch mit dem Gedanken nicht zurück, auf eine Vereinigung mit den übrigen Kirchen, insbesondere der römisch-katholischen hinzuarbeiten und mitzuwirken, daß das hohepriesterliche Gebet Christi um eine Herde und einen Hirten erfüllt werde. Die katholisierende Richtung der Anglikanischen Hochkirche, „der englische Kirchenverein" (English Church Union) hat ebenfalls mit allem Ernst und Eifer die Verbindung mit Rom gesucht, jedoch nicht gefunden; Rom konnte die Gültigkeit der anglikanischen Priester- und Bischofsweihe nicht anerkennen. Wie dort, so gilt in allen ähnlichen Fällen, daß eine Verständigung auf dem Wege des Kompromisses, wobei jeder Teil von seinen Forderungen und Prinzipien unter Feilschen und Markeln etwas nachließe, nicht erhofft werden kann. An dem Gottgegebenen ist nicht zu rütteln. Zugeständnisse vermöchte die katholische Kirche nur in Sachen der Disziplin zu machen. Da dürfte der wichtigste Punkt die Priesterehe sein. Die Forderung des Laienkelches, die ehedem von Nichtkatholiken gestellt wurde, hat an Zugkraft verloren, da sein Genuß im Protestantismus selbst zum Gegenstand einer Kontroverse geworden ist und nicht wenige auf seinen Gebrauch zu verzichten bereit sind. Die Lektüre der Bibel wünscht unter bestimmten Voraussetzungen die Kirche selbst.

Vielleicht ist jetzt die Zeit einer Einigung der verschiedenen Kirchen günstig. Kommen doch Nachrichten von solchen Wünschen und Bestrebungen u. a. aus Moskau, Athen, von der Georgischen Kirche, auch die Anglikaner, die papstfreundlich sind, stehen nicht zurück. Möchte es da für die neue Hochkirchliche Vereinigung nicht möglich sein, die Unionsversuche zwischen einem reformierten deutschen Protestantismus und der katholischen Kirche zu fördern, wenn nicht zu einem glücklichen Ende zu führen? Es ist zweifellos, daß manche Umstände in neuerer Zeit hierzu förderlicher geworden sind. Es hat in gelehrten protestantischen Kreisen das Bestreben eingesetzt, katholisches Leben und Handeln in Vergangenheit und Gegenwart kennen und richtig schätzen zu lernen, und dieses Bestreben hat ansehnliche Früchte gereift; auch wurde ein religiöser Bund für sachliche Behandlung kirchlicher Fragen gegründet, Treuga Dei, mit der Zeitschrift gleichen Namens. Ein gegenseitiges Sichverstehen scheint sich anbahnen zu wollen. Dennoch stehen wir der Frage einer Einigung nur mit geringem Optimismus gegenüber. Das Reformationsjubiläum vor zwei Jahren beleuchtete wieder außergewöhnlich den noch bestehenden Abstand beider Parteien. Wohl waren die Töne in Jubiläums-schriften und -reden etwas gedämpft, da ja Protestanten und Katholiken in heißem Kampfe für das Vaterland Schulter an Schulter standen. Zwei Momente kamen indes stark zum Ausdruck, nämlich eine Geringschätzung des Katholizismus als eines minderwertigen Kulturfaktors und ein Pochen auf die eigene Kulturkraft, der man auch alle Erfolge im Kriege letzter Hand zuzuschreiben geneigt war. Solche Gesinnung ist nicht geeignet, einen Zusammenschluß zu begünstigen. Dem gesellt sich bei, daß die inneren dogmatischen Differenzen zwischen der katholischen Kirche und gerade jenen Protestanten, die ihr

bisher gerecht werden wollen, unüberbrückbar erscheinen. Wie weit steht z. B. Harnack einem katholischen Theologen ferne?

Dieses sind kurz die Zeitmomente, unter denen die Hochkirchliche Vereinigung ihre Blicke und Wünsche dem Mittelpunkte des hohenpriesterlichen Gebetes Christi um einen Hirten und eine Herde zuwendet. Schwer wird es ihr fallen, diese Gedanken auch nur bei all ihren Angehörigen auf voller Höhe zu erhalten, geschweige denn in weitere Kreise ihrer Glaubensgenossen zu tragen. Der Bund der Landeskirchen aber dürfte mit seiner äußeren Geschlossenheit, die er den Kirchen der Reformation in Deutschland zu bringen verspricht, den Wunsch nach einer höheren Einheit und nach innerer Einigkeit bei vielen zurücktreten lassen. Auch wird der Zweifel nicht ganz abzuweisen sein, daß der kommende Kirchenbund, welcher große Zugeständnisse „der Freiheit innerkirchlicher Bewegungen, der Rücksicht auf Sonderbedürfnisse und Gewissensnöte" bewilligen will, hierbei die Hochkirchliche Vereinigung nur ungern unter den Petenten sehen wird.

Gewiß war sich die Hochkirchliche Vereinigung über all dieses von vornherein klar und hat jene Momente in ihrem Aktionsplane berücksichtigt. In einer Zeit, in der nur materielle Interessen etwas gelten, müssen solche innere, religiöse Bestrebungen als besonders hochherzig gewertet werden. Vielleicht verleiht ihnen Gott gerade deshalb Schutz und Erreichung des Zieles. Bei Katholiken, die einen Sinn für die Verbreitung des Reiches Gottes auf Erden haben, finden jene Arbeiten vollste Sympathie. Sie erscheinen uns ja als Versuche der protestantischen Kirchen einen Zugang zu öffnen zu den in ihnen mehr oder weniger verschütteten Schätzen, die Christus den Seinen hinterlegt hat.

Neue Wege zur gemeindlichen Selbstverwaltung.

Von Dr. Alfred Schappacher.

In der Zeit der einen großen Reichsnot, der alle Sonderbedürfnisse der Länder, Provinzen, Kreise und Gemeinden untergeordnet werden sollen, erhebt sich in der Oeffentlichkeit mit zunehmender Stärke der Ruf nach Neubelebung der gemeindlichen Selbstverwaltung als dem heilsamen Gegengewicht gegen die öden Vereinheitlichungsbestrebungen. Nach Jahrhunderten der Todesstarre regt sich wieder mit Urkraft der christlich-germanische Geist des deutschen Volkes: In der Gemeinde muß und wird Eigenart und Eigenleben, Eigenpersönlichkeit und Vielgestaltigkeit der Stämme und Städte Auferstehung feiern! Und so mehren sich die Stimmen gegen ein Uebermaß von staatlicher Zusammenfassung, Zusammenziehung, Beamtenwirtschaft und Amtswillkür für mehr Auseinanderlegung und Selbstverwaltung der Volksgenossen in den Gemeinden und Gemeindeverbänden.

Wie kann das praktisch geschehen? Im Aufsatz über „Niedergang und Zukunft der deutschen Gemeinde-Autonomie" (Nr. 38 der „A. R." vom 21. September) wurde dargelegt, daß nur die Anknüpfung an die mittelalterliche Ständeordnung unter Berücksichtigung der seither eingetretenen wirtschaftlichen und sozialen Umwälzungen die erforderlichen organischen Voraussetzungen für die Herausbildung einer neuen Gemeinde-Autonomie abgeben könne; mit anderen Worten: Die Genossenschaften der schaffenden Stände müssen zu Trägern der lebendigen kommunalen Selbstverwaltung werden. Eine solch gewaltige Entwicklung vollzieht sich selbstverständlich nicht über Nacht. Sie wird langsam wachsen und dabei an bereits vorhandene Ansätze anknüpfen.

Ein brauchbarer Anknüpfungspunkt bietet sich in den gemeindlichen Sozial- und Wirtschaftsämtern. Das kommunale Sozial- und Wirtschafts-Amt ist vorläufig nur als bürokratischer Apparat zur Erledigung zeitgemäßer sozial- und wirtschaftspolitischer Aufgaben der Gemeinden (hauptsächlich im eigenen Wirkungskreis) gedacht. Dieser gliedert sich in zwei Abteilungen. Der sozialen oder Wohlfahrtsabteilung obliegt u. a. die einheitliche Bearbeitung folgender Gebiete: Armenfürsorge, Wohnungspolitik, Volksbildungspflege, Arbeitsvermittlung, allgemeine und besondere Arbeiter- und Angestelltenfürsorge, insbesondere aber Fürsorge für Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene und Kriegswaisen — Gebiete also, auf denen die Gemeinde in vielen Beziehungen im Auftrage und engem Zusammenwirken mit den Staatsbehörden tätig ist. Wichtiger für die Ausgestaltung der Gemeinde-Autonomie und der kommunalen Eigenpersönlichkeit ist die Wirtschaftsabteilung. Sie ist berufen zur Vermittlung von Aufträgen und Rohstoffen an die lokalen Produzenten zur Förderung des Genossenschaftswesens, Ansiedlung von Industrien und Gewerben, Förderung des Verkehrs, zum Ausbau des Sparkassenwesens, zur Errichtung von Kreditanstalten (Hilfskassen) für kleinere Gewerbetreibende und Arbeiter, Kontrolle der gemeindlichen Eigenbetriebe und der Lebensmittelversorgung nach den Gesichtspunkten der Wirtschaftlichkeit und sozialen Gerechtigkeit, Durchführung von etwaigen Kommunalisierungsplänen, Gewerbeförderung u. a. m.

Dieses Sozial- und Wirtschaftsamt darf aber auf die Dauer nicht ein blasser bureaukratischer Apparat bleiben, dessen sich die Stadt- oder Gemeinderäte bedienen, um die verschiedenen Punkte ihres parteipolitischen Programms schlecht und recht durchzuführen. Hier muß etwas Neues herauswachsen. Das Amt muß allmählich zum gemeindlichen Arbeits- und Wirtschafts-Rat ausgestaltet werden, so daß schließlich die Vertreter aller schaffenden Stände, die gemeindlichen Arbeits- und Wirtschaftsräte, die kommunale Sozial- und Wirtschaftspolitik nicht nur begutachten und kontrollieren (erstes Entwicklungsstadium!), sondern in gleichberechtigtem Zusammenarbeiten mit der allgemeinen Gemeindevertretung (Stadtrat, Gemeinderat) bestimmen (zweites Stadium!). Auf diese Weise, durch die Berechtigung der wirtschaftlich Tätigen, werden die offenbaren Nachteile der formalen Demokratie in der Gemeindepolitik, insbesondere die grundsätzliche Ueberordnung parteipolitischer Mehrheits- und Kompromißinteressen über die Lebensbedürfnisse der schaffenden Stände, ausgeglichen. Ueber tief einschneidende wirtschaftliche Maßnahmen, z. B. Kommunalisierungen, entscheiden dann nicht nur die politischen Parteien (in diesen wieder die manchmal allerlei unkontrollierbaren Einflüssen zugänglichen Parteiführer!), sondern auch die Erwerbstätigen selbst. Selbstverständlich bedienen sich die Räte bei der Durchführung der einzelnen Beschlüsse der Beamten. Diese werden bei der Ausgestaltung der deutschen kommunalen Selbstverwaltung ebenso wenig überflüssig, als es bei der vorbildlichen englischen Selbstverwaltung der Fall ist. Nur verlieren sie den Vorgesetztencharakter.

Die kommunalen Arbeits- und Wirtschaftsräte stehen in fortwährender Fühlungnahme mit den schaffenden Ständen und deren Zweckverbänden. Sie sind jederzeit abberufbar, wenn sie ihre Pflichten gröblich verletzen. Bewährt sich diese Einrichtung (und es ist kein Grund vorhanden, an ihrer Bewährung zu zweifeln!), so werden sie vielleicht die allgemeine Vertretung, den Stadt- bezw. Gemeinderat, allmählich so in den Hintergrund drängen, daß ihr Vorhandensein schließlich nur noch förmliche Bedeutung besitzt. Wichtig ist aber eine kraftvolle Initiative der Arbeits- und Wirtschaftsräte. Sie müssen die sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Gemeindeangehörigen nach allen Richtungen hin wahrnehmen.

Die Finanzierung der Selbstverwaltung der kommunalen Arbeits- und Wirtschaftsräte erfolgt am besten durch Umlagen der ständischen Zweckverbände auf ihre Mitglieder unter Berücksichtigung der steuerlichen Grundsätze des Interesses und der Leistungsfähigkeit. Hierfür eignen sich besonders die sogenannten Realsteuern (Steuern vom Ertrag der verschiedenen Beschäftigungen!), die der Staat den Gemeinden unbedingt als ausschließliche Lokalsteuern überlassen müßte. Diese könnten dann von den Räten zu berufsständischen Abgaben umgestaltet werden. Der Vorteil einer solchen Besteuerungsweise ruht in der Verknüpfung des ständischen Interesses an der gemeindlichen Wohlfahrt und Wirtschaftspflege mit der Pflicht zur Selbstbesteuerung. Das ist das beste Verfahren zur Ueberwindung der Steuerunlust. Ueber die technischen Einzelheiten der Durchführung soll in diesem Zusammenhang nicht gesprochen werden; hier handelt es sich lediglich um die Aufstellung grundsätzlicher Forderungen.

Zum Schlusse sei noch hervorgehoben, daß die möglichst klare Zweiteilung des gemeindlichen Aufgabenkreises und in Verbindung hiermit der gemeindlichen Finanzwirtschaft: einerseits vom Staat übertragene Aufgaben, die mit staatlichen Mitteln, anderseits selbständige Aufgaben, die mit eigenen Mitteln erledigt werden, durchaus im Interesse einer Erneuerung der gemeindlichen Selbstverwaltung liegt.

Von den Deutschen Slavoniens.

Von Hugo Piffl, Eisenstadt, Westungarn.

Bald nach den glänzenden Siegen Prinz Eugens, des Markgrafen Ludwig von Baden und des Prinzen Emanuel von Bayern, wodurch die Grenzen des Habsburgerreiches bis an die Save und darüber hinaus verschoben wurden, strömten zahlreiche Ansiedler aus deutschen Gauen in die eroberten, doch entvölkerten Länder. Heute noch bestehen dort große, stattliche, regelmäßig angelegte Dörfer, ja ganze Städte, die ausschließlich oder zum großen Teil von Deutschen bewohnt sind, die sich trotz der seit 50 Jahren eingesetzten, förmlichen Verfolgung durch Slawen und Magyaren ihr Volkstum bewahrt haben. Eigentümlicherweise haben sie fast keine Erinnerung an die Urheimat behalten, und wenn man sie Schwaben nennt, so fühlen sie sich beleidigt. „Schwaba krieche an d'r Wand", erhält man zur Antwort. Nun, in letzter Zeit ist es in dieser Beziehung besser geworden, so daß sie sich in einzelnen Gegenden selbst stolz Schwaben zu nennen beginnen, weil sie mittlerweile infolge besserer Schulbildung und eifrigerer Zeitungslektüre erfuhren, daß ein Land und Volk der Schwaben tatsächlich existiert. Der Dialekt sowohl als die Tracht erinnern vielfach an jene, die man im Schwarzwald hört und sieht. Mit Vorliebe werden, selbst bei größeren Fußwanderungen, Pantoffeln und eng anliegende Beinkleider getragen. Die Volkstracht ist fast durchgehends schwarz und nicht schmucklos, doch sehr rein, sticht also von der grell bunten Kleidung der mit ihnen im besten Einvernehmen lebenden anderen Nationen auffallend ab. Die Bedrückung, die sich vorzugsweise in der Verweigerung deutscher Schulen geltend macht, geht von der Regierung aus, in der eben chauvinistische Elemente den größten Einfluß haben. Jene Bauernsöhne, die sich dem Studium widmen, also sei es kroatische, sei es ungarische Hochschulen besuchen müssen, verlieren leicht ihr Nationalbewußtsein und sind dann als Renegaten Feinde ihrer Volksgenossen.

Der Deutsche in Slavonien versteht es, in diesem gesegneten Lande zu Wohlstand zu gelangen und zeigt förmlichen Landhunger, den er durch fortgesetzten Ankauf von Ackergründen befriedigt. Viele deutsche Ortschaften sind weit bekannt durch den Reichtum ihrer Bewohner. Da ist vor allem die Ortschaft Indjia zu nennen, deren Bewohner sich ohne weiteres Indianer, manchmal auch Indier nennen, was oft zu drolligen Auftritten führt, wenn ein Fremdling, der ein Mädchen nach seiner Heimat frägt, von der Antwort „ich bin eine Indianerin" überrascht wird. Das Städtchen Ruma ist in den letzten Jahren ein Stützpunkt des aufkeimenden deutschen Volksbewußtseins geworden; es tagte dort vor dem Kriege eine Versammlung der slavonischen Deutschen, zu der auch Vertreter aus dem deutschen Reiche erschienen waren.

Zur größten Ueberraschung vieler Kenner der dortigen Verhältnisse erhoben nach dem Zusammenbruche der Monarchie neben den Deutschen Ungarns, auch jene Slavoniens selbstbewußt ihr Haupt und verlangten deutsche Schulen und auch sonstige Rechte, ein herzerfreuender Beweis, daß trotz des namenlosen Unglücks, das über Deutschland hereinbrach, im Volke genug Kraft übrig blieb, sich wieder emporzuraffen, ja einer besseren Zukunft entgegenzugehen. Die deutschen Kolonisten zwischen Drau, Save und Donau haben viele Neider, denn der Slave — bedeutend arbeitsscheuer als sein schwäbischer Nachbar, wird von letzterem wirtschaftlich weit überflügelt. Der Unterschied zwischen einem rein deutschen und dem naheliegenden slavischen Dorfe ist oft ein kolossaler. Das erste — vielleicht erst ein Dutzend Jahrzehnte bestehend, zeigt solide bequeme Steinbauten, das Jahrhunderte alte slavische aber strohgedeckte Lehmhütten.

Der Deutsche ist viel ernster veranlagt als der Slave, doch singt er nicht ungern und wenn man Sonntags die Mädchen beim Dorfbrunnen versammelt sieht, so hört man Lieder, die in der Regel nur in den Rheingegenden gesungen werden, z. B. „Zu Straßburg auf der Schanz" u. andere.

An Gastfreundschaft steht der sparsame Schwabe dem leichtsinnigeren Südslaven nach, auch ist er infolge der Bedrückung durch die Beamten mißtrauisch geworden. An seinen Sitten hält er fest, er tanzt gern zu seiner Blechmusik[1]) und nimmt an den schleppend langsamen südslavischen Reigentänzen nicht teil. Ihm ist es zu danken, daß in Slavonien nicht nur jeder Gebildete, sondern auch zahlreiche slavische Bauern gut deutsch sprechen und deutsche Zeitungen in jedem Wirtshaus zu finden sind. Nie konnte man den Deutschen in Ungarn und Kroatien den Vorwurf der Illoyalität machen, sie hielten stets treu zur Regierung und erfüllten selbst bei der ungarischen beziehungsweise kroatischen Landwehr unter nichtdeutschem Kommando ehrlich ihre Pflicht, obwohl sie sich oft bitter über rohe Behandlung beklagten. Nie vergesse ich, wie ein schwäbischer Bauer, den man wegen seiner Zugehörigkeit zur Honvéd ein wenig hänselte, sich stolz in die Brust werfend zornglühend ausrief „so i bin a ung'rischer Soldot!" Wie sich die Verhältnisse im neuen jugoslavischen Staate gestalten werden ist nicht abzusehen. Die germanische Zähigkeit, die den Römern, Hunnen, Mongolen, Osmanen und Slaven erfolgreichsten Widerstand leistete und mitten im Weltkrieg das russische Ungetüm zertrümmernd, sich für die Zukunft von einem der gefährlichsten Feinde befreite und dadurch für West-Europa selbst eine asiatische Gefahr beseitigte und den Bolschewismus niederwarf, diese Zähigkeit verheißt eine bessere Zukunft.

[1]) Im deutschen Apatin an der Donau besteht eine Instrumentenabrik, die ihre Erzeugnisse vornehmlich an die schwäbischen Musiker liefert.

Entsittlichende Rückwirkungen der Geburtenverhütung.

Von Geh. Medizinalrat Dr. J. Borntraeger, Düsseldorf.

Das von dem Verfasser bereits nach verschiedenen Richtungen behandelte Thema der Geburtenverhütung (Vgl. „A. R" 1918 Nr. 39, S. 550, Nr. 42, S. 600, Nr. 45, S. 650. 1919 Nr. 1, S. 6, Nr. 25, S. 352) gewinnt angesichts der immer unverhohlener auftretenden Propaganda gewisser Kreise erhöhte Bedeutung. Nach einem Bericht der Vossischen Zeitung v. 9. IX. 19, äußerte sich z. B. der Steglitzer Arzt Dr. Goldstein in einer Versammlung des Vereins für Volkswohl in einem Vortrag „Die Geburtenbeschränkung als Rettung Deutschlands" dahin, daß Deutschland durch den bisherigen Geburtenüberschuß den Weltkrieg hervorgerufen und Frankreich in den Krieg getrieben habe. Die deutsche Bevölkerungspolitik sei eine Militärpolitik gewesen. Die Einschränkung der Geburtenziffer werde uns die Entente zu Freunden machen. Deshalb müsse die Aufhebung des § 208 Strafgesetzbuches gefordert werden, der die Abtreibung der Leibesfrucht unter Strafe stelle. In der stürmischen Diskussion, während welcher nach der gleichen Quelle die Polizei eingreifen mußte, und in welcher ein Teil der Redner den Vortragenden als Agenten der Entente bezeichnete und seine Bestrebungen als Volksmord charakterisierte, wurde mit Recht darauf hingewiesen, daß es nicht deutsche Art sei, die Leibesfrucht zu töten, um dadurch bei Feinden um Freundschaft zu buhlen. Nötig sei die Eindämmung unerwünschten Zustromes aus Osteuropa. (Die Red.)

Es ist einfach unmöglich, daß Prozeduren, die eine solche Gleichgültigkeit gegen natürliches und sittliches Empfinden zur Voraussetzung haben, wie das Geburtenverhüten, fortlaufend angewandt werden könnten, ohne das sittliche Empfinden der Täter selbst immer weiter abzustumpfen, dementsprechend weiteres und stärker sittenwidriges Verhalten auszulösen und gleichzeitig auf Nachkommenschaft und Umgebung übel fortzuwirken.

Wie sind die näheren Zusammenhänge?

Weil das künstliche Verhüten der Kinderentstehung von vielen Seiten in unserem Volke nicht nur gewünscht und demgemäß geübt, sondern auch, und zwar gerade von Personen in führenden Stellungen und im öffentlichen Leben, so von Aerzten, Juristen, Gelehrten, höheren Beamten, Lehrern, Schriftstellern, Politikern u. dgl. m., als etwas Gutes, als ein Fortschritt nach verschiedenen Richtungen, als ein Zeichen hoher Kultur dargestellt und gepriesen wurde, so wurden entsprechend auch die Mittel, mit denen diese Kinderverhütungen bewerkstelligt wurden, bald hocheingeschätzt; diese Dinge, gleich widerlich nach Herkunft, Verwendungsart und Zweck und anfangs nur in geringer Zahl und in lichtscheuer Weise verbreitet, wurden allmählich in der Vorstellung weiter Bevölkerungskreise zu Wohlfahrtsinstrumenten und gelangten offen in die Schaufenster zur offenen Anpreisung, von der Wissenschaft mehrfältig empfohlen. Demgemäß warf sich der Erfinder- und Geschäftsgeist unter der Förderung aller objektiven und subjektiven Interessenten auf die Konstruktion und den gesteigerten Vertrieb immer neuer und verbesserter Arten dieser Gegenstände. Als erstes Zeichen dieses entsittlichenden Einflusses der Geburtenverhütungspraxis ist zu buchen, daß diese Apparate in allen Kulturländern, auch in Deutschland, mit Patent- und Musterschutz „anstandslos" versehen wurden und so dem Publikum etwa amtlich empfohlen erschienen.

Eine weitere Etappe im Niedergange der sittlichen Empfindung zeigte sich in der Art des Angebotes und Vertriebes dieser Mittel. Fabrikationsstätten und Großhäuser vertrieben ihre Machwerke in größter Offenheit und Ungeniertheit; Agenten, Unteragenten und Reisende überschwemmten das Land. Sie stellten sich an den Lohntagen an den Türen großer industrieller Werke auf, empfingen die verheirateten Arbeiter, rieten ihnen ungehindert zur Einschränkung der Kinderzahl und verkauften ihnen ihre Apparate zu hohen Preisen. Andere gingen von Haus zu Haus, suchten die Ehefrauen auf, wenn die Männer zur Arbeit waren, und erörterten ihnen ebenfalls die Vorteile der Kinderbeschränkung und demonstrierten die Anwendungsweise

ihrer Apparate, gewiß doch ein deutliches Zeichen einer durch die Sucht nach Kinderverminderung veranlaßten Schamlosigkeit und Unsittlichkeit.

Wieder andere Unternehmer arbeiteten mit gedruckten Prospekten. Sie mißbrauchten die Standesamtseintragungen und Zeitungsanzeigen, um die Adressen Verlobter, Aufgebotener, Jungverheirateter und durch Geburten eben Gesegneter zu erfahren, und sandten diesen unaufgefordert diese Prospekte mit Abbildungen als Drucksachen in offenen Umschlägen ins Haus. Wieder ein Zeichen stark herabgesetzten Schamgefühls.

Zwar hielt das **Reichsgericht** mannhaft an der Rechtsauffassung fest, daß diese Art des Anbietens unter den § 184 des Strafgesetzbuches falle, weil es Gegenstände zum unzüchtigen Gebrauche betreffe; indeß wurde das Unzüchtige nur mit Rücksicht auf den Gebrauch im **außerehelichen** Verkehr, nicht etwa gegenüber den Ehen anerkannt; und die allgemeine Meinung war bereits so weit auf Seiten der Geburtenverhinderer, daß namhafte Juristen, darunter mit Konsequenz ein Mitglied des Reichsgerichtes selbst, sich öffentlich gegen diese „Ueberspannung“ des Begriffes der Unzüchtigkeit wandte, und daß nur sehr selten eine Polizeibehörde oder ein Staatsanwalt sich bereitfand, vorzugehen und anzuklagen. Geschah dies aber wirklich einmal, so war mit Freisprechung aus irgendeinem der ja stets zur Verfügung stehenden Gründe zu rechnen. Man erschrickt bei Durchsicht solcher Akten geradezu, mit welcher Gleichgültigkeit, ja, Oberflächlichkeit oft diese für die Aufrechterhaltung der Sittlichkeit so wichtigen Gerichtsgeschäfte behandelt wurden. Erfolgte einmal wirklich Bestrafung, so geschah das nur mit Geldbußen, und diese fielen stets so gering aus — 5—10 ℳ —, daß sie lediglich als geringfügige „Geschäftsunkosten“ gebucht wurden, obwohl auf 1 Jahr Gefängnis und 1000 ℳ Geldstrafe erkannt werden kann. Sogar das Beantragen und Erkennen auf Einziehung und Vernichtung der zur Bestrafung führenden, doch zweifellos gemeingefährlichen Gegenstände wurden gelegentlich „vergessen“! Ja, der sittliche Ernst ist bereits so gemindert, daß Eheleute, Hebammen, Bräute, die sich durch den Empfang derartiger schamloser Prospekte und Angebote verletzt fühlten und wegen Beleidigung klagten, von der Staatsanwaltschaft oder den Gerichten abgewiesen wurden. Unvergeßlich ist mir u. a. die Klage eines Bürgermeisters, dem nach der Geburt eines Kindes derartige Prospekte zugesandt waren, der daraufhin wegen Beleidigung geklagt hatte, und der nun vor Gericht, und nicht nur vom Verteidiger, geradezu wie ein unbegreiflicher Mensch behandelt und gefragt wurde, ob er denn wirklich die Existenz des Angeklagten durch dessen Bestrafung gefährden wolle; da haben wir wieder das Leitmotiv „Wirtschaftlichkeit vor Sittlichkeit“! Der Angeklagte wurde „natürlich“ freigesprochen.

Volkstümliche Bücher über Gesundheitspflege, hausärztliche Ratgeber, zumal auch die aus wissenschaftlichen Werken zusammengeschriebenen Bücher der „Naturheilkunde“, begannen besondere Kapitel über die Vorteile der Kinderbeschränkung zu enthalten, ohne daß polizeilich oder gerichtlich eingeschritten wurde, ja, manche dieser Bücher konnten sich der besonderen Empfehlung vieler sehr hoher Stellen reklamenhaft rühmen, man fand in der Erörterung und Propagierung dieser widerlichen Machenschaften schon nichts Anstößiges mehr. Selbst offen zur Kinderbeschränkung aufreizende Broschüren, wie z. B. „Kindersegen und kein Ende“ und „Wie schütze ich mich vor zu starkem Kinderzuwachs?“, beide von Sozialdemokraten verfaßt, konnten ungehemmt vertrieben werden. Auch ein von dem freireligiösen Prediger Dr. Cramer herausgegebenes kleines Büchelchen „Für deinen Lebensweg“, das im allgemeinen landläufige Lebensregeln ethischer und zweckmäßiger Art enthält und bei den sog. „Jugendweihen“, welche die Konfirmation oder Firmung ersetzen sollten, an 14jährige Knaben und Mädchen verteilt wurde, enthielt folgende Zeilen: „Bis zum 25. Lebensjahre kannst du wohl abstinent sein“ (in geschlechtlicher Hinsicht). „Das beste Mittel gegen Ansteckung und Empfängnis ist der C.“ (hier stand der Name des „Schutzmittels“). „Preis etwa 20 Pf. Minderwertige sind zwecklos.“ Das durfte an Kinder bei uns verteilt werden! Gerichtliches Einschreiten wurde abgelehnt. Die Düsseldorfer Regierung ist allerdings mit Erfolg eingeschritten. Doch konnte das eben nur den einen Regierungsbezirk betreffen. „Wohltätige Frauen“ verbreiteten bei ihren „Fürsorgegängen“ die Kinderbeschränkung im Interesse der angeblichen wirtschaftlichen und sozialen Förderung in ihrer „Klientel“. In öffentlichen Versammlungen wurde ganz offen zugunsten der Geburtenverhütungen gesprochen, in den Tagesblättern wird ebenso offen darüber berichtet. „Neumalthusianische“, also geburtenfeindliche Kongresse wurden öffentlich abgehalten, z. B. 1911 zu Dresden; die Presse berichtete über die Verhandlungen. So ging es weiter mit einer sozialdemokratischen Versammlung zu Berlin, in der zwei (jüdische) Aerzte sich gegen den „Gebärzwang“ wandten und für den „Gebärstreik“ der Arbeiterfrauen eintraten. Großer Beifall der zahlreichen Frauen! Ein ernster Arbeitersekretär erklärte: Wenn das wirklich so vorteilhaft sei, dann müsse es auch durch **natürliche** Enthaltsamkeit, nicht aber durch Schutzapparat durchgeführt werden. Großes allgemeines Gejohle und allgemeiner Protest; Rufe „Unsinn“. In manchen Städten, z. B. zu Nordhausen, Bremen, wurden Vorträge vor Frauen und Mädchen gehalten, die Methoden der Empfängnisverhütung mit **Lichtbildern** gezeigt und diese Anschauungen öffentlich ausgesprochen: die jungen Mädchen hätten dasselbe Recht auf Geschlechtsfreuden wie Frauen; bei Abtreibungen müsse man verschwiegen sein vor der Nachbarin u. dgl. m.

Man beachte, wie nahe hier wiederum die angeblich „kulturell“ geforderte Beschränkung der Geburten und die Begünstigung der Unsittlichkeit liegt.

Ganz ungeniert erörterten Zeitungen Vorteile und Nachteile des Geburtenverhütens in breitester Oeffentlichkeit, um so leichter, je mehr sie für „Intellektuelle“ schreiben und sich für „Aufklärung“ begeistern. So berichtete die „**Kölnische Zeitung**“, die schon immer dem Geburtenverhüten günstige Seiten abzugewinnen bestrebt gewesen ist, in der 33. Beilage ihrer Nummer vom 19. Mai 1917 über die Ergebnisse der Untersuchungen eines Arztes über die Arten des „Präventivverkehrs“ ohne jede Scheu, als wenn es sich um die allernatürlichste Sache von der Welt, eine berechtigte Eigentümlichkeit oder ein allgemein wissenschaftliches Problem und nicht um ein infames widernatürliches Laster handelte. Ebenso benutzt dieselbe „Kölnische Zeitung“ in ihrer Nr. 167 v. 19. Febr. 1918 die Einbringung des Reichsgesetzentwurfes **gegen die Verhinderung der Geburten**, um vor dem „radikalen Schritt gegen eine Gepflogenheit, deren Verbreitung groß ist,“ und zur Würdigung der Beweggründe zu ermahnen, „die jene Einschränkung zwar vom bevölkerungspolitischen und vaterländischen Standpunkte aus gewiß beklagenswert, aber vom persönlichen und menschlichen Standpunkte aus begreiflich machen“. Dann wurden wieder alle die falschen „Beweggründe“ von „wirtschaftlichem Druck“, „Verantwortung für das Wohl der Kinder und Gesundheit“ vorgebracht; aber von der **Unsittlichkeit** des Gebarens wußte die „Kölnische Zeitung“ kein Wort zu sagen. Durch diese, jedermann zugängliche, entschuldigende, wiederholte und offene Erörterung des verwerflichen Tuns und durch seine Benennung mit einem unverfänglich und indifferent klingenden Ausdruck, zumal mit einem Fremdworte oder Halbfremdworte, wird aber erreicht, daß das Ohr sich gewöhnt, die Zunge es nachzusprechen sich entschließt, das Wort gewissermaßen Salonfähigkeit erhält und schließlich die Sache selbst, nachdem einmal so das natürliche Gegengefühl abgestumpft ist. Da ist es denn nur natürlich, daß auch die Jugend von diesen üblen Dingen Kenntnis erhält, vertraut mit diesen perversen Machenschaften aufwächst und an der Sache nichts Uebles findet, daß insbesondere junge Mädchen über die Methoden der Kinderverhütung genau Bescheid wissen, sich untereinander „aufklären“, später daher auch ungeniert mit dem Bräutigam über das Thema sich unterhalten und ausmachen, ob Kinder zuzulassen seien. Man beachte wiederum, welch ein Mangel an Schamgefühl doch an derartigen Vereinbarungen liegt, und wie tief die Blüte der Unschuld und jungfräulichen Empfindung bei Bräuten solcher Art bereits abgestäubt sein muß, die solche Erörterungen pflegen! Die Ehefrau eines Schuldirektors schrieb mir unlängst: „Aufmerksam gemacht durch Aeußerungen meiner Tochter, habe ich folgendes festgestellt: Von 8 jungen Mädchen (Lehrerinnen, Studentinnen und Abiturientinnen) wünschen 6 die Ehe, aber um Gottes willen keine Kinder“. „Gründe gegen das Kind sind: 1. die Mutterschaft verunschönt den Körper; 2. ist in jeder Weise hinderlich, auch beim Sport; 3. das Kind würde einen guten Teil der Einnahmen, die sonst für Toiletten, Reisen usw. verausgabt werden könnten, für sich beanspruchen und bindet die Frau in den schönsten Jahren an Haus und Kinderstube“. „Eine vor einiger Zeit in Berlin von mir angestellte Umfrage — ergab ein ähnliches Resultat.“ „Den Gedanken der Mutterschaft als nationale Pflicht — wiesen jene — als der gebildeten Frau unwürdig — Herabwürdigung zur Gebärmaschine! — entrüstet zurück“. „Eine, 22 Jahre alt, heimlich verlobt, hat mit ihrem Verlobten ausgemacht, daß keine Kinder kommen dürfen, und weiß, daß es Mittel genügend gibt, die Mutterschaft zu verhindern. Ueber derartige Mittel sind fast alle — unterrichtet. Wenn ich nicht wüßte, daß es solche Mittel gibt, würde ich lieber auf die Ehe verzichten — heißt es mehrfach“. So also sind die zukünftigen germanischen Hausfrauen. Ist die entsittlichende Wirkung der Kinderscheu nicht deutlich?

Auch die moderne **Frauenbewegung** mit ihrer wirtschaftlichen Richtung und ihrer Herabsetzung der „Nur Hausfrau“, „Nur Hausmutter“, hat, wie bereits früher gesagt, getrieben von der Kindsgegnerschaft und im selben Sinne weiter treibend, die Mittel zur Verhütung der Mutterschaft als willkommenes Werkzeug zur „Unabhängigmachung“ der Frau aufgegriffen und verbreitet und damit ihren Zielen eine besonders widerwärtige Note gegeben. Der „Schutzbund für das Deutsche Reich“, „Rechtsverband für Frauenstimmrecht“, „Gesellschaft für Mutterschutz“ — sie alle haben mehr oder minder ausgesprochen viel übrig für die künstliche Kleinhaltung der Familie und stehen der „Frauenbewegung gegen Hebung der Geburtenziffer“ nahe. Welch fürchterliches Wort ist es doch, wenn eine Frauenrechtlerin so weit ging, zum Ausdruck zu bringen, durch die empfängnisverhütenden Mittel sei die Frau von dem „Fluche der Mütterlichkeit“ befreit! Friedrich Naumann hat in seiner „Neudeutschen Wirtschaftspolitik“ 1907, S. 31, die von der Frauenbewegung gern zitierten Worte geschrieben: „Die Frau als Individuum geht viel leichter durch die kapitalistische Welt, wenn sie nicht Mutter wird. Sie arbeitet dann nicht Menschen, sondern Ware und verkauft Hände, da ihr niemand für Kinder etwas gibt.“ Eine Frauenrechtlerin erklärte auf dem Kongreß für Rassenhygiene 1911 zu Dresden die Mutterschaft als einen „Geldverlust für die einzelne Frau“. Das „wissenschaftlich geschulte“ — um nicht zu sagen „verschulte“ — Fräulein Dr. Ilse Reicke schilderte unsere Großmütter in der „Vossischen Zeitung“ vom Januar 1917 als „liebe, alte Frauen in stillen Zimmern, fein und welk, verbraucht von den 10—15 Kindern, die sie im Laufe ihres Lebens zur Welt gebracht, auferzogen und früh hätten sterben sehen, verbraucht von mancherlei Sorge und Fürsorge des Leibes und der Seele, verbraucht auch von Arbeit, von tagtäglicher Arbeit in jenem armseligen Berufe, der nimmermehr Urlaub kennt: in der Führung des eigenen Haushalts“. Und der „Rote Tag“ vom

20. Februar 1918, Nr. 43, verantwortete es in der Zeit größter Papierknappheit, in seiner „Frauen-Rundschau" einen durch drei volle und lange Zeitungsspalten gehenden psychologischen Wirrwarr, der anscheinend ebenfalls „verschulten" Margarete Freund zu bringen, der von der „Diskrepanz" zwischen unbegrenzter Mutterschaft und „Gewordensein der Frauenpsyche" handelt. Bei der Verbreitung, welche solche Veröffentlichungen und Schriften der allgemeinen Frauenbewegung heute haben, ist es kein Wunder, wenn derartige Anschauungen vergiftend weiterwirken und zu der geistigen und seelischen Versumpfung unserer Frauenwelt weiter beitragen.

Frank und frei erklärte die Ehefrau eines höheren Beamten: „Es ist nicht mehr modern, mehr als zwei Kinder zu haben; was mehr kommt, wird weggebracht." Und der Frauenarzt Dr. Heinsius erzählt in Nr. 1 der „Deutschen medizinischen Wochenschrift" von 1918: „Es ist mir passiert, daß eine junge, in guten Verhältnissen lebende, hochgebildete Frau an mich mit dem Ansinnen der Unterbrechung der Schwangerschaft herantrat, weil sie es als unästhetisch empfand, ein Kind zu kriegen." Weitergehend ist die durch die Kinderscheu geschaffene Perversität weiblicher Psyche nicht mehr denkbar.

Die Kinderscheu war allmählich so groß geworden, daß man auch zur Vernichtung des keimenden Lebens, der „Abtreibung", aus den allernichtigsten Gründen kam. Das Bestehen des Lebens im Mutterleibe wird nicht mehr höher in der Vorstellung mancher Menschen, auch Aerzte, bewertet, als irgendein unbequemer Auswuchs, ein Mal, das man wegschneidet. Dabei ist die medizinische Notwendigkeit dieser einschneidenden Operation in Wirklichkeit so selten, daß der Gynäkologe an der Berliner Universität Professor Dr. Bumm sie in 32jähriger größter Praxis nur 11 mal, der ehemalige, reichbeschäftigte Bonner Gynäkologe Professor Dr. Fritsch in seinem ganzen Leben nur 9 mal und der Direktor der Kölner Provinzial-Hebammenlehranstalt, Professor Dr Frank, ein Mann im Alter von über 60 Jahren, noch niemals vorzunehmen für nötig erachtet hat. Und ähnlich denken und handeln manche andere Frauenärzte. Andere Aerzte und Professoren sind aber viel willfähriger und gleichgültiger, und es ist tatsächlich in einer Universitätsfrauenklinik vorgekommen, daß über 100 tuberkulösen, schwangeren Frauen die Frucht ihres Leibes in verschiedenem Alter entrissen und vernichtet wurde, lediglich aus dem Grunde, um die Wirkung dieses Eingriffs auf den Fortgang der Lungenkrankheit zu studieren. Diese Taten sind veröffentlicht. Also geradezu Experimente am Kindesleben im Mutterleib.

Sehr radikal äußerte sich auch der schon genannte Dr. Max Hirsch in einer besonderen Broschüre 1914: „Die Fruchtabtreibung ist eine Erscheinung der kulturellen und ökonomischen Entwicklung." „Man muß aufhören, in der Fruchtabtreibung ein Verbrechen zu sehen, meist ist sie ein Akt der Notwehr." „Aufgabe der sozialen Hygiene ist es, die Fruchtabtreibung ihrer Gefahren zu entkleiden." Da haben wir wieder den Mißbrauch des Wortes „sozial" und die Voranziehung von angeblicher Gesundheit- und Wirtschaftlichkeit vor das Sittliche.

Dr. Goldstein schrieb 1912 im „Gerichtsspiegel": „Gegenüber den steigenden Anklagen wegen Abtreibung sollte man die Agitation gegen den Abtreibungsparagraphen um so mehr verstärken, als beinahe alle Frauen dieses Verbrechens schuldig sind." Man höre nur diese dreiste Verdächtigung eines Undeutschen, die in jenen ins Blaue hinausgeschleuderten, unwahren Worten gegen germanische Christinnen liegt!

Doch selbst hier schloß sich die Frauenbewegung an. So z. B. in Nr. 8 der Zeitschrift „Die Frauenbewegung", herausgegeben von Maria Caur, der Aufsatz eines sich „Humanus" nennenden Arztes, der sich für die Straflosigkeit der Fruchtabtreibung wie für etwas Selbstverständliches aussprach. Und die „Rechtskommission des Bundes deutscher Frauenvereine" hat folgendes beschlossen: „Als freie Persönlichkeit muß die Frau auch Herrin ihres Körpers sein und einen Keim vernichten dürfen, der zunächst ein unlöslicher Bestandteil ihres Körpers ist." Man betont in den Frauenkreisen gern, daß die Bundesversammlung 1911 zu Breslau nach längerer Debatte die Annahme dieses Beschlusses abgelehnt hat; aber daß ein solcher Antrag überhaupt eingebracht werden konnte, zeigt doch, wie sittenverwirrend die Abneigung jener Kreise gegen das Kind bereits gewirkt hat.

Für den, der menschlich zu denken und zu empfinden vermag, ist es ohne weiteres klar, daß die Empfängnisverhütung nur die erste, die Abtreibung aber die zweite Etappe auf dem Gebiete der Mißachtung des Menschenlebens ist. Die dritte Stufe ist dann die Geringschätzung des ausgetragenen Kindes. Gruber und Rüdin geben an, daß die Zahl der ärztlichen Kinderzerstückelungen in der Geburt erweislich von Jahr zu Jahr zunehme. Warum macht man aber nicht die heute kaum noch gefährliche Art des Kaiserschnittes an der Mutter und rettet das Leben des zu Gebärenden? Freilich, wer den drei Monate alten Menschenkeim nicht als Lebendes wertet, sondern leichten Sinnes abtreibt, wird der die Frucht von neun Monaten hoch schätzen? Der bereits mehrfach erwähnte Dr. Max Hirsch spricht es deutlich aus: „Die ärztliche Forderung, die Abtreibung in der Geburt stehender Kinder gänzlich zu unterlassen," verrate „Mißachtung des Rechtes der Mutter auf Leben und Gesundheit und trage „den Stempel der Verständnislosigkeit" „gegenüber den Forderungen des werktätigen (!) Lebens." Da haben wir wiederum die wirtschaftlichen Werte in krassester Weise vor die sittlichen gesetzt!

Der weitere Schritt ist die Geringachtung des eben geborenen Kindes. Der sogenannte Kindsmord, d. h. die Tötung des unehelichen Neugeborenen durch die uneheliche Mutter sofort nach der Geburt, wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren nach dem deutschen Strafgesetz bestraft. Das sittliche Gefühl gegen Tötungen hatte aber bereits so gelitten, daß die Bestrafungen immer milder, die Freisprechungen immer häufiger erfolgten, selbst da, wo die Missetäterin geständig war. „So etwas bestraft man heute nicht mehr", erklärte ein Wortführer bei einer Beratung der Geschworenen und drang durch. Der ebenfalls erwähnte Dr. Goldstein hat für germanisches junges Leben so wenig übrig, daß er im „Gerichtsspiegel" mit Emphase „drei sympathische Urteile" lobt, weil sie sehr milde ausgefallen wären, und er tritt unter mißbräuchlicher Berufung auf Schiller und Goethe für allgemeine geringste Bestrafung, tunlichst Straflosigkeit ein.

Und schließlich verlor das Leben überhaupt an Wert. Immer leichter entschloß sich jemand, einen anderen, wenn er im Wege war, niederzuknallen, immer milder wurde er bestraft, immer weniger regte sich das öffentliche Gefühl über das „humane" Ausbleiben der Rechtsanwendung auf. Man denke, um nur ein Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit anzuführen, an die Ermordung des österreichischen Ministerpräsidenten Grafen Stürkh durch den Sozialdemokraten Dr. Adler. „Es ist kaum eine politische Tötung in der Weltgeschichte zu verzeichnen, deren Vollstreckung so allgemeine und warme Sympathien in allen Kreisen, selbst in denen seiner politischen Gegner gefunden hätte, wie Fritz Adler" — so beginnt ein Aufsatz von Kautsky in der „Neuen Zeit" vom 8. Juni 1917. Dann heißt es weiter: „Die Persönlichkeit des Opfers war ihm eine sekundäre Frage, das erhellt schon daraus, daß er eine Zeitlang unschlüssig war, gegen wen er seine Tat eigentlich richten sollte." Nur jemand aus der Gesellschaft umbringen! Es wurde nicht für nötig erachtet, eine Sühne durch den Tod des Täters eintreten zu lassen. Warum auch? Das Menschenleben ist ja doch nur ein „Nihil", von dem Empfängnisbeginn an bis zur Vollreife ein „Nichts" mehr geblieben!

Das Geldzentrum der Welt.

Von Syndikus Fritz Hansen, Berlin.

Von den vielen Fragen, die jetzt den internationalen Geldmarkt beschäftigen, wird diese mit am meisten erörtert, wie schnell wohl Neuyork als Geldzentrum der Welt London überholen wird. Die Londoner „Times" hat es sich zur Aufgabe gesetzt, das Problem zu klären und hat zu diesem Zwecke zwei anerkannte Bankautoritäten, Edgar Crammond in London und A. Barten Hepborn in Neuyork, um ihre Ansicht gefragt. Von den Ausführungen dieser beiden Bankfachmänner sei nach Kopenhagener „Politiken" das folgende wiedergegeben:

Herr Crammond zog zuerst einen statistischen Vergleich zwischen Englands und Amerikas finanziellen Verhältnissen vor dem Kriege und ging dann dazu über, die während des Krieges stattgefundenen Veränderungen zu kennzeichnen. Was die Schiffahrt betrifft, so wurde die Tonnage vermindert, aber der Unterschied wird wieder ausgeglichen werden können durch die Werkstätten des eigenen Landes. Hierzu kommt, daß England im Kriege die Kontrolle über neue Hafen-Kohlenstationen erlangt hat, sowie strategische Punkte und daß die britische Seemacht so äußerlich gestärkt wurde. Was Import und Export betrifft, so kann man annehmen, daß der letztere in Zukunft noch größer wird, unter anderem weil Englands Produktionsfähigkeit in den letzten fünf Jahren um mindestens 50% vermehrt wurde durch Einführung von arbeitsparenden Maschinen usw. und weil Warenmangel in der ganzen Welt herrscht. Gewiß ist die Kohlenproduktion in beunruhigendem Maße gesunken, aber diesem Niedergang wird durch größere Sparsamkeit im Verbrauch begegnet werden und durch größeren Verbrauch von Oel als Brennstoff.

Englands und Londons günstige geographische Lage bleibt selbstverständlich dieselbe. Wenn eine Gefahr bestände, daß Europa aufhören könnte, die „Werkstatt der Welt" zu sein, würde ja Londons Stellung bedroht werden, aber es ist noch kein Grund, anderes zu glauben, als daß Amerika nur einen kleinen Teil des Welthandels übernehmen wird, der früher in Europas Händen lag. Während des Krieges sind große Werte vernichtet worden, aber die wirkliche Verwüstung ist doch geringer, als man im allgemeinen glaubt. Wenn man nämlich die Veränderung näher analysiert, so wird man finden, daß diese zum großen Teil in dem Wegschaffen von Kapitalien liegt. Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Spanien und die Vereinigten Staaten haben viel Kapital der Kriegführenden übernommen. Aber es steht noch dahin, ob diese Länder das Kapital festhalten und einen passenden Gebrauch davon machen können.

Es ist unzweifelhaft, daß Londons Position als Geldzentrum der Welt unlöslich an die Kapitalanbringung im Auslande geknüpft ist, und diese Anbringung wird auch künftig in großem Maße stattfinden, wenn für die Anbringung billige Bedingungen festgesetzt werden, z. B. daß Abwerfung in möglichst großem Umfange in England stattfinden muß und daß sie in erster Linie zur Entwicklung der ökonomischen Stellung des britischen Weltreiches angewandt werden muß.

Englands Kapitalanlage im Auslande ist besonders in einer Richtung reduziert, nämlich in den Vereinigten Staaten. Aber in einer anderen Richtung ist sie bedeutend verringert, nämlich in Anleihen für die Alliierten und die Kolonien, so daß in Wirklichkeit nur die Rede

von einer Ueberführung von Anleihen von Amerika nach Europa die Rede sein kann. Vor dem Kriege betrugen Englands Auslandskapitalien ca. 4000 Millionen Pfund Sterling. Hiervon wurden während des Krieges ca. 1000 Millionen verkauft, während wir uns eine neue Schuld im Auslande von ungefähr 1000 Millionen Pfund Sterling verursacht haben. Anderseits aber haben wir unseren Alliierten und Kolonien 1800 Millionen Pfund Sterling geliehen, und selbst wenn man davon ausgeht, daß bloß die Hälfte dieses Betrages eine „gute Schuld" ist, bleiben noch 3000 Millionen Pfund Sterling englische Kapitalanlagen im Auslande.

Englands Schuld an die Vereinigten Staaten betrug am 2. Mai ds. Js. 4050 Millionen Dollars, aber die Nettoschuld überstieg nicht 800 Millionen Pfund Sterling. Man kann nicht sagen, daß eine solche Schuld die ökonomischen Kräfte der größten Seemacht der Welt übersteigt, die 60% der Goldproduktion der Welt kontrolliert und die eine Nationaleinlage von 5000 Millionen Pfund Sterling und ein Nationalvermögen von 25.000 Millionen Pfund Sterling hat. Zuletzt führte Crammond den Grund dafür an, daß Neuyork nicht Londons Platz als Geld- und Handelszentrum einnehmen könnte. Amerikas Handelsflotte ist wohl vergrößert, aber was Qualität und Effektivität anbelangt, steht sie hinter der britischen zurück, und die britischen Führer können der amerikanischen Schiffahrtskonkurrenz mit Ruhe entgegensehen. Der amerikanische Schiffsbau war außerordentlich und ist durch abnorme Verhältnisse hervorgerufen worden. Wenn diese letzteren fortfallen, wird der Schiffsbau zurückgehen.

Die geographische Lage Neuyorks ist derart, daß diese Stadt höchstwahrscheinlich niemals Stapelplatz für den Handel nach Europa werden kann, besonders da die hohen Transportunkosten sich noch viele Jahre halten werden. Neuyork hat auch nicht die ökonomische Maschinerie, die in einem leitenden Welthandelszentrum notwendig ist, und es ist zu bedenken, daß London einer 400 Jahre langen Arbeit bedurfte, um eine solche Maschinerie aufzubauen. Eine andere Schwierigkeit für Neuyork besteht darin, daß man in Amerika noch wenig den Wert der Kapitalanlage im Auslande eingesehen hat. Des weiteren kommt in Betracht, daß der Geldmarkt in Neuyork sehr unregelmäßig und unstabil ist.

A. Barten Hepborn sieht mit dem Auge des amerikanischen Finanzmannes auf diese Dinge und kommt zu einem entgegengesetzten Resultat. Aber als vorsichtiger Mann verhält er sich reserviert. Von der Eigenschaft einer Debitor-Nation ist Amerika während des Krieges eine Kreditor-Nation geworden, und durch große Lieferungen sind Gold und Wertpapiere in großen Mengen von Europa nach den Vereinigten Staaten geströmt. Neuyork ist das finanzielle Zentrum dieser Bewegung und diese Stadt wird es auch bleiben. Aber sie wird auf große Schwierigkeiten stoßen, wenn sie nun Londons Platz einnehmen soll, denn es erfordert etwas mehr als finanzielle Stärke und große und offene Reserven, um ein Finanzzentrum zu schaffen. Die finanzielle Stärke muß darauf gestützt werden, den Welthandel zu leiten, seine Forderungen und Methoden zu verstehen. Neuyork muß nach allen Seiten handeln können und aller Sprachen mächtig sein, aber Neuyork ist noch außerordentlich mangelhaft ausgestattet in vieler Hinsicht und es werden viele Jahre nötig sein, um eine Geschäftsstärke zu schaffen, die die Weltprobleme, die sich melden, aufzugreifen. London dagegen ist glänzend ausgestattet in dieser Hinsicht und diese Stadt hat speziell den Vorteil, daß die Waren dorthin zollfrei eingeführt werden und wieder ausgeführt werden können ohne Schwierigkeiten. London liegt auch dem Bevölkerungszentrum der Welt näher. Auf der anderen Seite wird England stark gehemmt sein und wird nicht mehr allen Ländern und Unternehmern mit Kapital dienen können wie bisher. Und die Möglichkeit, Kapital zu schaffen, ist eben die wesentlichste Bedingung für den Handel mit dem Auslande. Hier hat Neuyork jetzt einen Vorteil und mit der Zeit wird es zweifellos London einholen und wahrscheinlich auch überholen.

Herr Hepborn behauptet dagegen, daß die Zentralisation in der Weltfinanz jetzt vorbei ist und daß an Stelle eines Zentrums mehrere treten, von denen Neuyork das wichtigste sein wird. Tokio wird das Geldzentrum des Orients werden und Paris und Berlin werden in Europa London den Rang streitig machen.

Vom Büchertisch.

Hermann Bahr: Tagebücher 1 und 2: 1917 und 1918. Innsbruck-München, Tyrolia. Pr. je geb. 9.60 und 12 M. — Diese Veröffentlichung bedeutet eine verdienstliche Tat, die fraglos „ideell" sehr lohnen muß und wird. Ob „praktisch"? Das ist Sache einer gebildeten Leserschaft, die sich hoffentlich bewähren wird. Das bedeutende Werk ist für das vierte und fünfte Kriegsjahr ein ragendes Zeitdokument voll Geist und Scharfsinn, Weitschau und Tiefblick. Es zieht einen ausgedehntesten Interessenkreis in sein Gesichtsfeld — kein Wunder, zählt Bahr doch zu den universalst gebildeten und — belesenen Weltkennern, Weltwissern. Wen und was stellt er nicht alles ins Licht! Große Menschen und Geschehnisse der Gegenwart und Vergangenheit, Träger der Geschichte, der Kunst und Literatur, gewaltige und verborgene Ursachen, Zusammenhänge unseres gesamten neuzeitlich-politischen Lebens. Ein berückender Plauderer war Bahr immer. Hier aber gibt er sich weit tiefer, wuchtiger. Mochten früher seine zahlreichen „Wandlungen" nicht selten Argwohn und skeptisches Lächeln abnötigen: nun gibt er sich anders, in vielem tatsächlich autoritativ. Und hinsichtlich des Kernpunktes: Was der Roman „Himmelfahrt", was selbst sein „Rudigier" vielleicht nicht zu übermitteln vermochte — den „Tagebüchern" in ihrer gerade nach dieser Richtung vornehmen Zurückhaltung gelingt es: die Ueberzeugung von des Verfassers eigener Ueberzeugung, von seinem endgültigen Eingeankertsein in christkatholischem Boden, von dem vollzogenen Gottfindertum eines flatternd tastenden Gottsuchers. Und nun die lange irrende Seele Ruhe gefunden in Frieden und Licht, kommt in Hermann Bahrs Darstellung der große Zug harmonischer Gesamtauffassung. Welche Aufschlüsse er uns jetzt zu geben vermag! Um nur eines herauszugreifen: seine Stellung zu Stifter, zum „Stiftermenschentum"! Mir wenigstens entzündete sich da ein neues helles Licht. Und so wird es anderen in anderem ergehen. Nicht als ob ein Bahr immer Zustimmung erzwingen wollte, könnte noch dürfte. Aber dies wissen wir von ihm: Er ist ein Ganzer geworden, der aus einer Fülle heraus viel, sehr viel an Anregung und positiver Aufhellung zu bieten vermag. E. M. Hamann.

Helene Pagés: Die Liebe drängt . . . Erzählungen. Mit Buchschmuck von Karl Sommer. Donauwörth, Ludwig Auer. Pr. geb. 3.50 M. Das Buch ist einer lieben 90jährigen Mutter gewidmet, einer „gütigen, frohen Helferin". Es selbst berichtet durchweg über gütige Hilfe von Mensch zu Mensch. In fast alle (13) Geschichten spielt die Einwirkung des Krieges herein. Alle sind überzeugend, ohne jegliche Aufdringlichkeit, in großer, wohl abgewogener und eben darum packender Einfachheit dargestellt; alle treffen sicher den lebendigen und belebenden, den beseelenden Ton jener schlichtest, natürlichst sich gebenden Herzenstiefe und -teilnahme, die der Menschen und Menschheit höchste Gottesgabe: die wahre Güte, ergreifend widerspiegelt. — Ein Buch wie dieses verdient Massenverbreitung. E. M. Hamann.

Anton Worlitschek, Stadtpfarrprediger in München: **Der Sinn des Leidens.** Vorträge. Freiburg, Herder. Preis 3.10 M. — Das deutsche Volk steht in seiner Passionszeit. Dessen Dunkel aufzulichten, ist der Zweck des vorliegenden tiefen und hochinteressanten Buches. Der Entwurf eines Systems der christlichen Leidensphilosophie und -theologie möchte es sein, und es verdient in seiner Eigenart „einen Eigenplatz und Eigenwert." In klarer, kraftvoller Sprache, in schöner Darstellung von logischer Wucht und stark fesselndem Gedanken- und Bilderreichtum beantwortet der Verfasser die hochwichtige Frage nach dem Sinn des Leidens als Jünger Christi, dessen einzigartige Persönlichkeit und Erlösungstat das Leidensrätsel für alle und für immer löste. Worlitscheck gliedert sein Werkchen in 7 Kapitel: Leidenswertungen, Sühnewerte, Geisteswerte, Sittliche Werte, Gemütswerte, Urchristliche Werte, Jenseitswerte. Die „Belichtung" des Leidensrätsels steht auf dem „soliden Grund zweier Weltgesetze": dem der Vererbung und dem der Solidarität: „Einer für alle, alle für Einen." Durch das Leiden, über und aus ihm gelangen wir zu Lehre und Licht — ein Trunk aus dem Leidensbecher ist ein Lichttrank. Erst das große Leiden verhilft uns zur abgeklärten, vertieften Gesellschaftsauffassung, zur Lebensbeherrschung und Lebenshingabe an große individuelle Güter, Ziele, Werte und Ideale. „Und sinnlos ist jedes Menschenleben, das sich nicht dafür einsetzt und verzehrt." Der Leidenswert bestimmt den höchsten: den sittlichen Wert, wie ja auch Christus, „der Mann der Schmerzen", der „König der Märtyrer", den universalsten sittlichen Charakter darstellt. Darum bleibt es, genauest und zutiefst gesehen, immer und ausnahmslos wahr: „Alle Höhen-, Helden- und Adelsmenschen sind die bevorzugten Kinder des Schmerzes." Eben darum ist es auch jetzt „die Zeit der ganz großen Seelen". Und jedes große Volksleid, jedes nationale Unglück hat diesen Sinn: „Zwangserziehung, Appell und Imperativ will es sein zur ‚Vergesellschaftung der Seelen'", der laute Aufruf: ‚Einer trage des anderen Last'." Auf der obersten Zinne der Menschheitsleiden aber steht unser Ziel und Vorbild: Jesus Christus, dessen Leiden eine „Höchstleistung des aktivsten Tuns" war, die „freieste Willens- und Liebestat" — die „Herausarbeitung des Gottmenschen aus dem Menschenwesen". Auf unsere Nachfolge Christi eben darin gießt Worlitscheks Büchlein helles Licht. E. M. Hamann.

Anton Worlitschek, Stadtpfarrprediger in München: **Deutsches Volk und Christusglaube.** Vorträge. Freiburg, Herder. Pr. geb. 5 M. — Das wertvolle Buch ist, seit Frühjahr 1918, durch die politischen Vorgänge nicht wesentlich überholt worden. Seine große Lehre besteht auch heute noch zu Recht: Das Christentum, eine geschichtlich gegebene Gottestat und Gottesoffenbarung, eine abgeschlossene, fertige, absolute Religion, die Religion der Wahrheit, ist wahrhaft übernational, hoch über allen völkischen Grenzen. Und dennoch gibt es für uns, wie einen vergegenwärtigten, so auch einen verdeutschten Christusglauben, indem wir, als deutsche Menschen für bestimmte Seiten des Christentums besonders empfänglich, kraft unserer deutschen Wesensgrundlagen die allgemeinen Wahrheiten, Forderungen und Einrichtungen des Christentums auf unsere besondere deutsche Art erfassen, uns aneignen und angleichen. Gelingt uns das in zunehmend vervollkommneter und vervollkommnender Weise, dann mag auch jenes viel gehörte Wort noch Wahrheit werden: „Am deutschen Wesen wird die Welt genesen." Zuvor aber muß das deutsche Wesen aus seiner tiefsten Tiefe: dem Geiste der Weite, der schöpferischen, heiligenden Verinnerlichung, durchaus am Christentum genesen. „Man sagt, es gebe ein Kennwort, welches das deutsche Wesen erschöpfend zum Ausdruck bringt: Idealismus. Deutsches Wesen ist ein tapferes Jasagen und hochherziges Greifen nach Kräften, Gütern und Werten, die über Maß und Gewicht, über Rente und Prozente, über Sinne und Erfahrung, über Alltag und Straßenstaub hinausliegen. Ein Ringen und Stürmen nach unsichtbaren, unwägbaren, unmünzbaren, geistigen Werten." Also ein „sittlich-seelischer", ein „Idealismus in der Vollblüte". Der Weg dahin scheint eben jetzt unendlich weit. Aber er ist vorhanden und läßt sich weisen. Worlitscheks Buch ist ein Beispiel dafür. Möge es denn sich umsetzen und zünden — die Kraft hat es dazu. E. M. Hamann.

P. A. Hammenstede O. S. B.: Die Liturgie als Erlebnis. Freiburg 1919 (III. Bändchen von Ecclesia Orans). 12° XII und 90 S. 2.40 M. Religiöses Leben muß sich wohl bei aller auf derselben Grundlage, nämlich den Glaubenswahrheiten, aufbauen, kann bei den einzelnen aber in verschiedenen Stilformen sich bekunden. Eine solche, und zwar die beste, will der Verfasser vorliegenden Schriftchens zeigen, nämlich im Anschlusse an die Liturgie, nicht so, daß diese in Quästionen und Artikeln zerlegt, studiert würde, nein, sie soll ein mit all unseren Fähigkeiten vollzogenes Erlebnis

werden, indem wir die einzelnen Momente auf uns einwirken lassen. Das Büchlein, bestehend aus drei Vorträgen, ist die Frucht einer „liturgischen Woche" in Maria Laach, während welcher der Verfasser Bonner Hochschüler in den Geist der Liturgie einführte. Es behandelt das erhabene Thema mit größter Begeisterung, gibt große, für das praktisch religiöse Leben äußerst nützliche Gedanken. Wir empfehlen es den Gebildeten bestens.

J. Hoffmann.

Bühnen- und Musikrundschau.

Nationaltheater. Nach der Festspielzeit haben die Bühnen ihren regelmäßigen Betrieb wieder aufgenommen. Als erste Neueinstudierung will man Puccinis „Bohème" bringen. Es war ja für viele sehr „schmerzlich", so lange die lebenden Ton- und Wortdichter der feindlichen Staaten auf unseren Brettern vermissen zu müssen und anderenorts ist man in dieser Beziehung noch eiliger gewesen, den status quo herzustellen. Der deutschen Kunstpflege hätte es nicht geschadet, wenn man noch zugewartet hätte, zumal man sich im Ausland der deutschen Kunst noch verschließt, aber nationale Gefühle haben auf dem heutigen Phrasenmarkt sehr geringen Kurswert. — Die Platzmiete im Nationaltheater erfährt wieder eine beträchtliche Erhöhung, indem man zwar den Abonnementspreis nicht hinaufsetzt, aber die Zahl der Vorstellungen ganz erheblich kürzt. Die Verwaltung schreibt hierüber: „Ab 1. Januar 1920 wird die Gesamtzahl der Vorstellungen in einer Abteilung für ein Mietjahr auf 44 statt bisher 52, und zwar 38 statt bisher 36 Opern- und 6 statt bisher 16 Schauspielvorstellungen festgesetzt. Die Zahl der Opernvorstellungen erfährt demnach eine Mehrung, die der Schauspiele eine Minderung. Der Mietpreis bleibt dagegen der gleiche wie bisher, daneben wird wie bisher die Garderobegebühr gesondert erhoben; sie beträgt 13.20 ℳ bei einer Jahresmiete von 144 ℳ und darüber, 11 ℳ bei einer solchen von 102 bis 126 ℳ und 8.80 ℳ bei einer solchen von 96 ℳ und darunter. In dem Mietpreis sind die auf alle Eintrittspreise neu zur Erhebung gelangenden Zuschläge für soziale Wohlfahrtszwecke (für den Pensionsverein des Nationaltheaters und den Deutschen Bühnenverein) inbegriffen. Der durchschnittliche Tagespreis einschließlich der Zuschläge z. B. eines Parkettsitzes würde für die vorgesehenen 44 Vorstellungen 455 ℳ betragen, der Platzmietepreis beträgt einschließlich der Zuschläge 324 ℳ, wozu noch die Garderobegebühr mit 13.20 ℳ kommt; es bleibt also selbst für den Fall eines Rückganges der Tagespreise dem Platzmieter ein erheblicher Vorteil, auch hinsichtlich einer Verbesserung des Verhältnisses zwischen Oper und Schauspiel."

Mit dem Worte „Verbesserung" stellt sich die Verwaltung auf den Standpunkt des herrschenden Publikumsgeschmackes, der die Oper unter allen Umständen als einen Kunstzweig höherer Art betrachtet, z. B. Mignon höher einschätzt, als Goethes „Faust". — Der Abonnent verliert gegen früher acht Theaterabende. Diese Schmälerung der Möglichkeiten künstlerischen Genusses trifft wieder den Mittelstand sehr hart, der an den Veranstaltungen für das „werktägige" Volk keinen Anteil hat.

Theater am Gärtnerplatz. „Unter den Mitgliedern des Theaters und auch in anderen an dieser Frage interessierten Kreisen wurde" — wie mitgeteilt wird — „schon seit längerer Zeit die Möglichkeit einer Sozialisierung dieses Betriebes erörtert, zumal gerade das Gärtnertheater in seiner Eigenschaft als ehemaliges Kron- resp. Staatsgut für den Betrieb als Pachttheater in der Hand eines Privatunternehmers wenig geeignet erscheine." Der Betriebsrat hat mit Direktor Warnecke Fühlung genommen, und dieser hat im Einverständnis mit den Vorpächtern Stollberg und Schmederer sich bereit erklärt, gegebenenfalls durch vorzeitige Lösung seines Pachtverhältnisses freie Bahn für die Möglichkeit einer Sozialisierung zu schaffen. Ob irgendeine Aenderung der künstlerischen Tendenz geplant ist, darüber verlautet nichts. Es ist sehr wahrscheinlich, daß man an die Weiterführung als reines Operettentheater denkt. Nach unseren Erkundigungen sind jedoch durchaus nicht alle Mitglieder der Bühne von dem Sozialisierungsgedanken begeistert. Die Einnahmen der Künstler und Angestellten sind den Zeitverhältnissen durchaus angepaßt. Es erscheint daher sehr fraglich, ob sich die Bühnenmitglieder unter der Neuordnung günstiger stellen würden. Die reiche Ernte der letzten Jahre ist auch bei Operettentheatern kein bleibender Zustand. Als die Herren Stollberg und Schmederer das Gärtnertheater an Dr. Warnecke abgaben, so geschah dies, weil die Erwartungen, die sie von der Betriebsgemeinschaft mit ihrem Schauspielhaus gehegt hatten, nicht eingetroffen waren. Mit den „anderen an der Sozialisierung interessierten Kreisen" soll das Nationaltheater gemeint sein. Auch als Nebenbetrieb der Hofbühne ist das Gärtnertheater schon geführt worden und man hat es dann doch wieder als geeigneter gefunden, die Leitung in die „Hand eines Privatunternehmers zu legen". Da nach an anderen Bühnen gemachten Erfahrungen es auch nicht wahrscheinlich ist, daß an eine Herabsetzung der recht hohen Eintrittspreise gedacht werden kann, so will es mir zweifelhaft erscheinen, ob die Anhänger des Sozialisierungsgedankens ihre hohen Erwartungen erfüllt sehen würden.

Lustspielhaus. Das Neue Theater ist eine Zweigbühne des Schauspielhauses geworden. Professor Freytag hat trotz seines literarischen Geschmackes, seiner Regiekunst und seiner tüchtigen Schauspieler das Haus nur selten zu füllen vermocht. Die Bühne, die auch unter der Direktion Hermine Körner seiner bewährten Leitung unterstellt bleibt, wird nun auch auf volkstümlichere Grundlage gestellt, für die der neue Name Lustspielhaus programmatisch sein soll. Den Namen trugen einst die Kammerspiele, ja er prangt heute noch vergessen in Riesenbuchstaben auf dem Hause der Augustenstraße. Er hat damals keine rechte Zugkraft erlangt, möge er jetzt besser das Publikum anlocken, denn die Vorstellung von Nestroys „Revolution in Krähwinkel", mit der das Theater bei vollem Hause eröffnet wurde, verdient es. Die Künstler vom Schauspielhause spielten sehr flott und humorvoll und man hatte die liebenswürdige Biedermeierei sehr reizvoll ausgestattet und bot entzückende „Spitzwegbildchen". Die Leitung hatte weder Mühe noch Kosten gespart und will das Stück nun wohl so lange es geht, tagtäglich geben. Wahrscheinlich hatte man die Posse gewählt, in dem Gedanken, daß, was 1848 aktuell war, auch 1919 aktuell wirken könnte, aber ich glaube, daß uns das Nestroysche Stück noch besser unterhielt, damals als uns der Begriff: Revolution etwas historisches gewesen ist. Wie seinerzeit bei der Reinhardtschen Aufführung im Künstlertheater hat man sich einer Berliner Neubearbeitung bedient. Man kann im Zweifel sein, ob es solcher Neufassungen bedarf. Ist man der Meinung, so lasse man in München solche Bearbeitungen durch Münchener Autoren vornehmen. Man hat sich dieser Ansicht nicht ganz verschlossen und wollte noch ein wenig für Lokalkolorit sorgen, allerdings mit recht unglücklicher Hand. Das Publikum gewann den albernen kulturkämpferischen Scherzen keinen Geschmack ab und quittierte das Hineinziehen des Namens Altötting in die Farce mit Zischen; im übrigen fand die animierte Vorstellung, aus der die Leistungen Günthers, Gerhards, Raabes, Weydners, Bauers und Frau Glümers besonders hervorgehoben seien, mit Recht ungeteilten Beifall.

Kammerspiele. Zum erstenmale: „Die Begnadigten" von Heyermanns. Diese Szenen im Amtszimmer eines Gefängnisdirektors zeigen die Wirkung der Begnadigung auf fünf verschiedene Sträflinge; da ist der hinter den Gefängnismauern alt und stumpf gewordene, der vor der Forderung den Kampf mit dem Leben wieder aufnehmen zu sollen, so erschreckt, daß er sich in einem unbewachten Augenblick erhängt, da ist der Vater einer taubstummen Tochter, der aus Angst vor Schande deren uneheliches Kind in den Kissen erstickte und nun in religiöser Zerknirschung dahinlebt, da ist der Schwindler, der von der Familie mit Geld versehen, vergnügt nach Amerika abdampft, da ist ein braver, tüchtiger Mann, der einst in wildaufflammendem Jähzorn den Nebenbuhler niederschlug und nun erfahren muß, daß seine Braut inzwischen mit dem Geheilten auf- und davonging und endlich der politische Poseur, der sich als Märtyrer gefällt und von den Genossen im Triumpf abgeholt wird. Diese dramatischen Feuilletons verbinden nur die Einheit des Ortes und die darstellerische Virtuosität, mit der ein und derselbe Schauspieler die fünf Menschen Menschen verkörpert. Rudolf Schildkraut ist durch Statur und Gesichtszüge wenig geeignet zum Verwandlungskünstler, um so erstaunlicher war, wie er die innere Verschiedenheit dieser Männer plastisch hervortreten ließ. Die Ratlosigkeit des Halbverblödeten, der wilde Aufschrei des Enttäuschten, der seine in einsamer Zelle gebauten Luftschlösser zusammenbrechen sieht, der lächelnde Windhund und der ganz ohne Theaterei gegebene politische Phrasenheld boten packende Augenblicke. Im ganzen fühlte man aber doch das Unorganische, Zusammengekoppelte des Stückes und wurde ein wenig ungeduldig über die Füllselszenen, die nur den Zweck haben, dem Schauspieler zum Umschminken Zeit zu geben. Den „Begnadigten" folgte „Der Herr Kommissär" von Courteline. Man hat die Groteske schon früher gesehen. Schildkraut spielt den tyrannischen Polizeigewaltigen, der sich aus Angst vor einem Irrsinnigen zu ganz würdelosem Verhalten hindrängen läßt, mit einer unaufdringlichen, aber wirksamen Komik. Solche Sächelchen sind für Pariser Kabaretts geschrieben, auf ernsthaften Bühnen und als „Literatur" betrachtet, nehmen sie sich etwas anmaßend aus.

L. G. Oberlaender, München.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Deutschlands Valuta — Die neue Prämienanleihe und Börsenhausse — Wiederaufbau des Exportgeschäftes, Deutschlands Wirtschaftssorge — Neue Arbeitsmethoden?

Das Kapitel der Kursbewertung der deutschen Reichsmark im Auslande bildet für die Einschätzung unserer Wirtschaftsgestaltung in erster Linie das Hauptinteresse aller beteiligten Kreise. Die leichte Erholung am Valutenmarkt ist erfreulich, wenn auch ohne ausschlaggebende Bedeutung. Im Zusammenhang damit steht die scharfe rückläufige Bewegung der Preise für die Auslandsdevisen an den deutschen Börsen. Es spielen hierbei börsentechnische Gründe mit. Vor allem der Umstand, dass seit der Aufhebung der Devisenordnung längst fällige und wiederholt prolongierte deutsche Auslandsverpflichtungen nunmehr zur Regelung gelangt sind, hatte bis vor kurzem mit zur aufsehenerregenden Reichsmarkentwertung beigetragen. Es ist nicht zu leugnen, dass die endlich merklich beginnende deutsche Ausfuhrtätigkeit einen gewissen Ausgleich im Angebot der Reichsmark gebracht hat. Die amerikanische Fachpresse hat, wie vielfach berichtet wird, Aufforderungen zum Erwerb von Markvaluten erlassen, ein bedeutungsvoller Vorgang, wenn man bedenkt, dass gerade die Ententefinanz nachweisbar in der Reichsmarkvaluta stark nach unten engagiert ist, das heisst Blankoverkäufe in unserer Währung und dadurch ungebührlichen Kursdruck derselben verursacht hat. Bei der Beratung des Etats des Reichsfinanzministeriums entwickelte sich im Hinblick auf solche Vorgänge mit Recht

eine interessante Debatte über die Valutafrage. Besonders Reichsfinanzminister Erzberger legte in sachgemässer Ausführung die Bedeutung derselben dar: „nichts sei besser geeignet, einen uns günstigen Valutastand zu bewirken, als die Arbeit des deutschen Volkes, wodurch Werte geschaffen würden. Was vor allem nötig sei, sei die Neuaufrichtung der Zollgrenze im Westen und eine Aenderung der Verhältnisse im besetzten Gebiet überhaupt .... den Exporteuren soll mehr Freiheit gelassen werden, auch in Markwährung zu verkaufen. Eine allgemein durchgreifende Sanierung könne nur durch eine grosse Anleihe kommen, die durch eine internationale Konferenz in die Wege geleitet und mit Hilfe Amerikas durchgeführt werde." Diese Ausführungen Erzbergers finden den allgemeinen Beifall der deutschen Finanz- und Handelskreise und bedeuten ein Programm!

Von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit ist denn auch, alles zu vermeiden, was das langsam einsetzende Wiedererwachen von Vertrauen in deutsche Schaffenskraft und deutschen Wagemut bei unseren seitherigen Feinden zu zerstören in der Lage ist. Um so verwerflicher ist denn auch, wie dies in letzter Zeit bemerkbar war, Sensationsmeldungen aller Art, wie beispielsweise die beunruhigenden Auslassungen einer Berliner Korrespondenz über das Resultat der Bamberger Konferenz der deutschen Finanzminister zu lanzieren. Wenngleich solchen durchsichtigen Börsenmanövern ohne weiteres der Schein der Unwahrheit augenfällig anhaftet und jede ungünstige Wirkung — für dieses Mal wenigstens — ausblieb, so tragen doch diese Tendenzen zur Beunruhigung des ohnehin schwankend gewordenen Kapitalistenpublikums bei. Gerade im jetzigen Zeitpunkt der nahenden Emission der neuen deutschen Prämienanleihe sollen Geldmarkt, Valutafrage, Effektenbörse und Wirtschaftspolitik geklärt bleiben, um der Subskription auf diese erste Finanzkraftprobe zum vollen Erfolg zu verhelfen. Das wilde Börsentreiben, vor allem der Haussetaumel in den Kolonialwerten und Valutapapieren ist schon deshalb von Uebel, ganz abgesehen von den mehr oder minder nicht berechtigten Ursachen!

Deutsche Technik und Organisationsgabe drängen mehr denn je, dem **Wiederaufbau unseres Exportgeschäftes** volle Aufmerksamkeit zu widmen. Trotz der vielfachen Hemmnisse durch den wilden Grossschieberhandel im Westen sind erhebliche Erfolge im deutschen Aussenhandel zu verzeichnen. Grossindustrie und Handelsinteressenten fordern unentwegt freiere Handhabung des Ein- und Ausfuhrverkehrs als Vorbedingung der Wiederbelebung des deutschen Exportes. Dem gegenüber stehen jedoch die teilweise engherzigen Bureaukratismus zeigenden Projekte, wie beispielsweise Verstaatlichung der Valutagewinne, Bildung eines deutsch-englischen clearing-houses „zur Vermeidung der Ueberschwemmung mit deutschen Waren, die billiger sind als die englischen" und der vielfach allzu langsame Abbau in der Zwangswirtschaft. Bedeutsam hierbei ist die Einsetzung der freien Wirtschaft für Gummi- und Gummifabrikate. Bisher teilweise stillgelegte deutsche Spezialindustrien kommen neuerdings ins Florieren. Im übrigen bedingen die in der Nationalversammlung nunmehr zur Beratung stehenden Steuergesetze, wie Reichsabgaben, Reichsnotopfer, gewisse Zurückhaltung der Wirtschaftskreise, welche auch durch die ab 1. Oktober in Kraft tretende schwere Belastung durch Erhöhung der Eisenbahntarife und Postgebühren neuerliche Hemmnisse erfahren. Der, wenn auch merklichen Besserung der oberschlesischen Kohlenförderung und der günstigeren Eisenbahnverkehrslage im Ruhrrevier stehen ausgleichend in der Wirkung neuerliche Arbeiterbewegungen im deutschen Metallgewerbe entgegen. Auch die wiederum vorgenommene Kohlenpreiserhöhung verstimmte. Grosses Interesse verursacht die im Reichsarbeitsministerium von Vertretern der Wissenschaft, Technik, Unternehmern und Arbeiterführern berufene Konferenz mit der Frage, in welcher Weise durch Einführung neuer Arbeitsmethoden eine Steigerung der Gütererzeugung erreicht werden kann. Das bekannt gewordene Material und die verschiedensten programmatischen Ideen hierbei, namentlich ob und inwieweit das „Taylor-System" in Deutschland zur Durchführung gelangen soll, bildet einen breiten Rahmen der allgemeinen Debatte. M. Weber, München.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Weihnachtskrippen.

Es paßt so recht zu dem volkstümlichen Wesen der Weihnachtskrippe, daß sie besonders gut in Gegenden gedeiht, in denen sich altes, ursprüngliches Volksempfinden noch unverfälscht erhalten hat. Eine solche Gegend ist das Grödner Tal in Südtirol. Von Alters her blüht dort die Kunst der Holzschnitzerei und das Institut für kirchliche Kunst Insam & Prinoth in St. Ulrich in Gröden, Tirol, sorgt dafür, daß die ehemalige Kraft dieses Zweiges der Volkskunst nicht nachläßt, die Freude an ihr beim Volke wach bleibt und der Ruhm der Grödner Schnitzerei nicht erlischt. Zu den trefflichsten Erzeugnissen dieses Hauses gehören in erster Linie auch ihre Weihnachtskrippen. Man darf sie gern allgemein empfehlen, denn wer auch einer solchen bedarf, sei es zur Aufstellung in einer einfachen Kapelle oder in einer großen Kirche, sei es in einer schlichten oder prunkvollen Wohnung — er findet bei Insam & Prinoth Erfüllung seiner Wünsche. Um so sicherer, je eher und schneller er sich zu der Anschaffung entschließt, denn in der jetzigen Zeit muß man ja mit notgedrungener Verzögerung rechnen. Allen gutsituierten Kreisen kann die Unterstützung dieser Industrie und des kirchlichen Kunstgewerbes überhaupt nicht dringend und warm genug empfohlen werden. Da der Versand nach Deutschland jetzt nicht mehr behindert ist, möge jeder vertrauensvoll bestellen. Die Preise sind als erschwinglich zu bezeichnen, und ist die Firma zu jeder unverbindlichen Auskunft gerne bereit.

Ein neues Buch für unsere studierende Jugend

Gebrüder Plaswich

Erzählung für die Jugend von Joh. Mayrhofer. Mit fünf Abbildungen. 2. u. 3. Tausend. Ungebunden Mk. 3.— Gebunden Mk. 4.50.

Verlag von Friedrich Pustet, Regensburg

Unsere jungen Studenten werden ihre helle Freude an dem flott geschriebenen Büchlein haben. (Bücherwelt 1915, Nr. 10).

Eichemeyer's „Edel-Comfrey" gibt kolos. Massen la. Futter u. kann das ganze Jahr auf jed. Boden angebaut werden. Preis d. Steckl. o. Verp. M. 1.50, 2.–, 3.– u. 4.– pr. %. Nachn. Bei Abn. von mehr wie ... gew. Steckl. a. einmal 50% Rabatt.

A. Eichemeyer Nachfolger, Duderstadt.

Inserate in der A. R. sind erfolgreich

ST. WILLIGIS

K & M S

Werkstätten für kirchliche Kunst
Krieg & Schwarzer
Mainz.

Paramente, Fahnen, Kirchenwäsche, Kelche, Ciborien, Monstranzen

alle Geräte und Gefäße aus Metall.

Renovationen.

Eigene Fabrikation nach hochkünstlerischen Originalentwürfen, den Anforderungen der neuen Zeit in jeder Hinsicht entsprechend. Es ist unsere edelste Aufgabe, auch die einfachsten kirchlichen Einrichtungsgegenstände ohne Mehrkosten in künstlerisch befriedigenden Formen herzustellen. Die besten Kräfte und neuesten technischen Errungenschaften stehen uns hierfür zur Verfügung.

Prospekte, Auswahlsendungen, Offerten kostenlos.

Carl Walter
Bildhauer
TRIER Südallee 59

empfiehlt **seine kunstgerecht gearbeiteten Statuen, Gruppen, Reliefs, Kreuzwege :: Krippenfiguren** aus vorzüglichster Terrakotta einfach oder reich polychromiert, ausgezeichnet durch ihre Haltbarkeit in den feuchtesten Kirchen und im Freien, sowie Ausführung in Holz und Stein.

Kataloge und Zeichnungen zu Diensten.

Hotel Strohhöfer

Zweigstr. 9 :: MÜNCHEN :: Tel. 53686

Feines Familienhotel; dem H. H. Klerus bestens empf. K. Kirche in direkter Nähe. Aller Komfort. Eleg. Zimmer von M. 1.50 an. Ia Ref.

Besitzer: **F. Schmidbauer.**

Vogelfutter-Mischung

für Kanarienvögel in Packung zu 1.— Mk. versenden geg. Nachn. bei Mindestabnahme von 5 Paketen. **Gebrüder Hombrecht**, Samenhandlung, Freiburg im Breisgau beim Münsterplatz.

BREMS-VARAIN TRIER

Kunstgewerbliche Werkstätten für kirchliche Geräte und Gefässe.

Vorrätige Gegenstände zu Ausnahmepreisen.

Bayer. Hypotheken- und Wechsel-Bank
München

Promenadestrasse 10 :: Theatinerstrasse 11

Gegründet im Jahre 1835.

Aktienkapital u. Reserven 141000000 Mk.

Zweigstellen in München:

Zenettistr. 3a am Schlacht- u. Viehhof (Viehmarktbank), im Tal (Sparkassenstr. 2), in der Grossmarkthalle und in Schwabing (Leopoldstr. 21).

Auswärtige Niederlassungen:

Babenhausen, Bad Aibling, Bad Tölz, Burghausen, Dachau, Dillingen, Freilassing, Gundelfingen, Höchstädt a D., Krumbach, Landsberg a. L., Landshut, Laufen, Lauingen, Markt Oberdorf, Miesbach, Mindelheim, Moosburg, Mühldorf a. I., Pasing, Rosenheim, Simbach, Starnberg, Thannhausen, Tittmoning, Traunstein, Vilsbiburg und Wasserburg.

Hypothekdarlehen auf Haus- und Grundbesitz.

Ausgabe von Hypotheken-Pfandbriefen.

Besorgung aller in das Bankwesen einschlagenden Geschäfte.

= Reglements stehen kostenfrei zur Verfügung. =

Grosser Missions-Christus
Grosse Pietà für Kriegsdenkmal

Osterrieder-München Georgenstr. 113

Weihnachts-Krippen

Kunstgerechte, historische Studien. Abbildungen für Interessenten frei.

Sebastian Osterrieder
akadem. Bildhauer
München, Georgenstrasse 113.

Sitz-Auflagen
aus Filz
Filztuche

Cölner Filzwarenfabrik Ferd. Müller, Köln a. Rh. Friesenwall 67.

Pfälzische Bank Filiale München

Hauptgeschäft:

Tel. 55726 **Neuhauserstrasse 6** Tel. 55726

Depositenkassen und Wechselstuben:

Reichenbachstr. 1 (am Viktualienmarkt) Telephon 21815.

Prielmayerstr. 1 neben Café Arkadia Telephon 54133.

Max Weberplatz 4 (Ecke Ismaningerstr.) Telephon 40192.

Sendling Lindwurmstrasse 195 Telephon 7230.

Weinstrasse 6 (vormals Sinn & Co.) Telephon 24981.

Bargeldloser Zahlungsverkehr.

Errichtung provisionsfreier Scheckkonti.

Kontokorrentverkehr.

Erledigung aller Effekten- u. Börsengeschäfte.

Aufbewahrung und **Verwaltung** von **Wertpapieren** und **Wertsachen.**

An- und Verkauf von alten Münzen und Handel mit Edelmetallen in unserer Wechselstube Weinstr. 6 (verm. Sinn & Co.)

Stahlkammern.

Einlösung von **Zins- u. Dividendenscheinen.** Vermögensverwaltung u. Vermögensberatung. :: Auskünfte aller Art an unseren Schaltern. ::

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, meine geliebte Tochter, unsere liebe Schwester, die hochgeborene

Gräfin Klara von Preysing

im Alter von 26 Jahren, nach kurzem, schwerem, mit voller Ergebung getragenem Leiden, wohlvorbereitet durch ein frommes Leben voll apostolischer Arbeit und Liebe und durch den häufigen Empfang der heiligen Kommunion, gestärkt durch die Sakramente der heiligen katholischen Kirche, am 20. September abends 3/48 Uhr zu sich in die ewige Heimat zu rufen.

Kronwinkl, September 1919.

Hedwig Gräfin von Preysing, geb. Gräfin Walterskirchen.

Warmund Graf von Preysing.
Emanuel Graf von Preysing.
Konrad Graf v. Preysing, Pfarrprediger.
Albert Graf v. Preysing, Pfarrprediger.
Joseph Graf von Preysing, Inspektor.
Alhart Graf von Preysing.
Wolfram Graf von Preysing

Maria Gräfin von Preysing.
Hippolyta Gräfin von Preysing, geb. Gräfin Bray.
Marie Gräfin von Preysing, geb. Gräfin Kinsky.

Die Beerdigung fand Dienstag, den 23. ds. Mts., in der Familiengruft in Eching statt.

Todes- Anzeige.

Ruhig und gottergeben verschied am 21. Sept. vorm. 10 Uhr nach längerem Leiden, zu wiederholten Malen versehen mit den hl. Sterbsakramenten, im 54. Jahre seines Lebens

der hochwürdige Herr

Anton Berchtenbreiter

Pfarrer in Pipinsried.

Indem wir die hochwürdigen Herren Mitbrüder von seinem Hinscheiden in Kenntnis setzen, verbinden wir damit zugleich die Bitte, des Verstorbenen im Opfer der hl. Messe und im Gebete gedenken zu wollen.

Tandern und **Schrobenhausen,** Sept. 1919.

In tiefster Trauer:

Bischöfliches Landkapitel Aichach.

Mayr, Dekan. **Thalhofer,** Kapitelskammerer.

Die Beerdigung mit darauffolgendem Gottesdienst fand Mittwoch, 24. Sept., vorm. 1/210 Uhr in Pipinsried statt. Der Siebentgottesdienst wurde Mittwoch, 1. Oktober, der Dreissigstgottesdienst wird Donnerstag, 23. Oktober, jedesmal um 9 Uhr in Pipinsried abgehalten.

In tiefer Trauer gibt die Kath. Deutsche Studentenverbindung Winfridia Kenntnis von dem Hinscheiden ihres hochverehrten, lieben Alten Herrn

Sr. Bischöfl. Gnaden

Dr. theol. Karl Augustin

Weihbischof, Bischof von Diocäsarea

rec. 5. 5. 71.

Der Entschlafene hat unserer Verbindung stets warme Anteilnahme entgegengebracht, Jahrzehnte hindurch verwaltete er die „Confoederatio Winfridiana". —

Winfridia wird ihm stets ein treues, dankbares Andenken bewahren.

Für den Altherren-Verband: **Augenarzt Dr. Bleisch.**

Für die Aktivitas: **Ing. Golschlich.**

Für die Redaktion verantwortlich: i. V. Dr. Jos. Kausen, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gb.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich M 4.50.

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 41. München, 11. Oktober 1919. XVI. Jahrgang.

„Guillaume le Timide".

Von Stadtarchivar Dr. Brüning, Aachen.

Die „Allgemeine Rundschau" hat schon viele Jahre vor dem Kriege, zu einer Zeit, als es nicht ungefährlich war, sich rückhaltlos und freimütig mit der Person des Kaisers und seiner Umgebung zu befassen, vielfach ein offenes Wort über Wilhelm II., seine Freunde und Ratgeber gesagt. Es sei nur erinnert an die Aufsätze „Folgen der sog. Kaiserpolitik" in Nr. 5/1907, „Preußische Orden" in Nr. 18/1907, „Die Heuchlerpresse" in Nr. 48/1907, „Glossen zum Hardenprozeß" in Nr. 2/1908, „Hohe Herren als Jäger" in Nr. 10/1908, „Der Kaiserbrief" in Nr. 13/1908, „Das protestantische Kaisertum" in Nr 30/1908, „Autokratismus" in Nr. 48/1908, „J. R." in Nr. 8/1909, „Worte und Taten. Nachdenkliches zu den jüngsten Kaiserreden" in Nr. 8/1913 und „Ratten im Kaiserschiff" in Nr. 50/1913. Bei all diesen Veröffentlichungen konnte und kann es sich nie darum handeln, all das zu verkennen, was das kaiserliche Deutschland groß gemacht hat, oder gar in die Anklagen der Entente-Presse zu verfallen, welche sich heute gewisse politische und unpolitische Kreise bei uns zu eigen machen, um ihre eigenen Geschäfte besser betreiben zu können. Das darf aber nicht dazu führen, die Augen vor der Wirklichkeit, vor den tiefgehenden unheilvollen Fehlerquellen zu verschließen. Unter diesem Gesichtswinkel gewährt die Redaktion der „A. R." den nachfolgenden Ausführungen ihres langjährigen Mitarbeiters Raum, ohne sich jedoch mit allen Einzelheiten zu identifizieren.

Das ist die Tragik und die Ironie in der deutschen Geschichte zugleich: auf Karl den Großen folgte ein Ludwig, der nicht einmal seine Familie im Zaume halten konnte, geschweige denn sein großes Reich; auf den gewaltigen Sachsen Otto I. folgten zwei phantastische Jünglinge, die die reiche Erbschaft unbesonnen verstreuten; nach dem großen Kurfürsten bestieg ein Herrscher den Hohenzollernthron, der nur eine einzige hervorstechende Eigenschaft besaß: die Eitelkeit. Weiber und dummdreiste Günstlinge führten an seinem Hofe eine derartige Schandwirtschaft, daß jeder ehrliche Mann in Preußen sie verwünschte. Nach Friedrich dem Großen kam „der dicke Wilhelm", für den die Reize der Kammerfrau Friederike Rietz wichtiger waren als Staatsgeschäfte und Heeresrevuen. In 18 Jahren war das Reich Friedrichs, auf das die ganze Welt bewundernd hingeblickt hatte, so heruntergewirtschaftet, daß der Zusammenbruch bei Jena naturnotwendig erfolgen mußte. Die preußische Untüchtigkeit, die nur noch vom feudalen Hochmut übertroffen wurde, erlitt dort die Niederlage, die sie verdiente. Wenn Napoleon gewollt hätte, wäre der Staat Preußen damals vollständig von der Landkarte verschwunden. Er hat später auf St. Helena bedauert, ihm dieses Schicksal nicht bereitet zu haben.

Wie war dieser Absturz von der Höhe, die Preußen unter Friedrich dem Großen eingenommen, in so kurzer Zeit möglich gewesen? Einfach dadurch, weil der mit Frömmelei und Verlogenheit gepaarte Autokratismus eines Friedrich Wilhelm II. alle selbständigen Naturen aus Heer und Verwaltung verdrängt und Speichellecker und Intriganten an ihre Stelle gesetzt hatte. Individuen dieser Art drängen sich aber nur so lange vor, als sie für ihre eigene Tasche Geschäfte machen und äußere Ehren erwerben können; wenn es jedoch gilt, Gefahren zu bestehen und für den Staat Opfer zu bringen, dann entpuppen sie sich als Feiglinge schmutzigster Sorte, die nur das eine Ziel im Auge haben, ihr teueres Leben zu salvieren, dem Motto getreu: „Lieber ein lebendiger Hund, als ein toter Löwe." So beschaffen waren vor 113 Jahren mit wenigen Ausnahmen die preußischen Diplomaten und Heerführer. Erst die schwere Not der Zeit schmiedete wieder Charaktere und brachte Tatmenschen, die das Staatswohl über den eigenen Nutzen stellten, auf die Bildfläche der Geschehnisse.

Seit 25 Jahren habe ich, wie ich nachweisen kann, die Kaiserpolitik bekämpft; öffentlich und rücksichtslos und manchmal sogar unter Existenzgefahr. Besonders häufig gab ich der Klage Ausdruck, daß es uns an Männern fehle, die wie der Freiherr vom Stein, wie die Generale Blücher und York und der Ministerpräsident von Bismarck dem König die Wahrheit sagten und ihn zwangen, das zu tun, was die Staatsraison erheischte: „Ich muß nach meiner Ueberzeugung handeln, wenn ich ein ehrlicher Mann bleiben will", sagte Bismarck. Man denke an die Szene zwischen ihm und König Wilhelm im Park von Babelsberg während der Konfliktszeit. Solche Männer konnte Wilhelm II. nicht ertragen; denn er neigte, wie sein Vater ihn 1886 in einem Briefe an Bismarck charakterisierte, zu vorschnellem Urteil, zur Eitelkeit und Ueberhebung und war in bezug auf politische Bildung unreif. Und dazu undankbar. „Eine Zeitlang lasse ich den Alten noch verschnaufen, dann regiere ich selbst." Der Reichsgründer wurde beseitigt. Selbstbewußte Persönlichkeiten zogen sich zurück; Leisetreter und Byzantiner aber drängten sich an den Thron. Zwei Jahrzente hindurch ist dann ein Fürst Phili Eulenburg Wilhelms II. intimster Freund und einflußreichster Ratgeber gewesen. Der Liebenberger, dieser Kynäde, als geistiger und moralischer Exponent des neuen Kurses! Konnte man sich da noch über die Exzesse eines cäsaristischen Gebarens wundern, das an die übelsten Perioden römischer Kaiserei erinnerte? ... „Einer nur ist Herr im Lande und das bin ich" ... „Sic volo, sic jubeo" . . . „Wer gegen mich ist, den zerschmettere ich" ... So hatte Wilhelm II. von dem Demutswort des Apostels Paulus, wie es auch Pippin und Karl der Große anwandten, eine ganz falsche Auffassung.

Die Brust geschwellt von Selbstherrlichkeit und Gottesgnadentümelei reiste dann „Wilhelm der Zerschmetterer" durch die Lande, hielt Reden und Politik auf eine Art, daß alle vernünftigen Leute — wenigstens in meiner Heimat Ostpreußen — entsetzt die Hände überm Kopf zusammenschlugen. Aber die Byzantiner, diese Jämmerlinge, beugten aller Orten berauscht die Ohren bis zum Gürtel und, wenns ging, auch noch etwas tiefer. Sie schmeichelten der Eitelkeit des anderen, um ihre eigene befriedigen zu können.

Na ja, wie sollte denn auch „Er", der — o Fluch der Macht! — einen Bismarck wie einen verschlissenen Hausknecht auf die Straße gesetzt hatte, noch auf Persönlichkeiten stoßen, die sich nicht beugten?! Erst Caprivi, der Unteroffizier mit Generalsbinsen, der auf Befehl sogar den Uriasbrief nach Wien schrieb. Die altpreußische Ehrenhaftigkeit verbarg damals schamhaft ihr Haupt. Sie hatte dazu noch oft genug Veranlassung, denn in einem Dezennium des neuen Kurses gab's mehr Skandalprozesse, als in dem früheren Preußen während eines ganzen Jahrhunderts. Und dann der „Onkel Chlodwig". Den traurigen Rest geistiger Leistungsfähigkeit verpuffte er wie ein hämischer Kammerdiener in Manschettenschreiberei. (Ich weiß sehr wohl, daß die Hohenloheschen Erinnerungen für die Geschichte des neuen Kurses wertvoll sind; aber daß sie es sind, das ist gerade das Bedauerliche!) — Und dann der Fürst von Bülow, der selbstgefällig schmunzelnd besorgten Freunden zuflüsterte: „Kinder, ihr ahnt ja gar nicht, was ich alles verhindere!" Dieser Fürst, der uns den Daily-Telegraph-Skandal verschaffte, der den Kaiser nach Algesiras und Tanger bugsierte und dadurch das Reich in ein politisches Elend hineintrieb, das jetzt letzten Endes zu einer solchen Vernichtung geführt hat, wie sie die Weltgeschichte noch niemals gesehen.

Nach dem Daily-Telegraph-Skandal sagte der „Reichsbote", für die Geschäftsführung des Auswärtigen Amtes finde man

keine andere Erklärung, als urteilslose Unfähigkeit oder unwahrhaftigen Byzantinismus. Und die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" sprach von Geschöpfen des neuesten Kurses, die keine Meinung und keine Ueberzeugung hätten, sondern seit zwei Jahrzehnten dazu erzogen werden, alles zu vertreten und zu preisen, was als Wunsch der allerhöchsten Stelle an sie käme. „Sie würden auf des Kaisers Wunsch wohl auch eine Kriegserklärung an die Eskimos befürwortet haben."

Die „Hamburger Nachrichten" fragten mit berechtigtem Hohn, weshalb man sich noch darüber wundere; Diplomaten hätten wir doch überhaupt nicht mehr, denn alle Persönlichkeiten seien seit zwanzig Jahren ausgeschaltet worden.

Der Autokratismus, wie Wilhelm II. ihn beliebte, ist eben immer das System der Auswahl der dienstbeflissenen Minderwertigkeit. Mannhafte Naturen wollen etwas leisten und wollen auch etwas gelten. Gerade deshalb aber kann man sie in einer Periode des Byzantinismus, der stets mit moralischer und geistiger Impotenz verbunden ist, nicht gebrauchen.

„In Preußen hat man nicht für 5 Pfennige Psychologie", sagte kürzlich der Reichsminister Braun in der Nationalversammlung. Das stimmt zwar nicht für alle Epochen der preußischen Geschichte, aber für den inneren Kurs stimmte es ganz gewiß. Die Franzosen, von jeher in der psychologischen Kunst Meister, durchschauten das Wesen Wilhelms II. gar bald, und ihre Stimmung gegen ihn schlug in um so verächtlicheren Hohn um, als sie sich anfänglich durch sein Säbelgerassel hatten einschüchtern lassen. Der Karikaturist Grand-Cartaret veröffentlichte nach der ersten Marokkoaffäre sein Bilderpamphlet „Lui!" und die Boulevardpresse bezeichnete den Kaiser als „le dupe de l'Europe", als den Gimpel Europas. Noch toller wurde der Hohn nach der großartigen „Geste von Agadir", die auch keinen anderen Erfolg hatte als den, das französische Volk zu erregen und zu reizen. Welche Aeußerungen erlaubten sich damals der ehemalige Botschafter Charles de Monny und der General Bonnal über den Kaiser! Aus der ganzen französischen Presse erklang nach Agadir der Anruf: „Guillaume le Timide!"

Das also war das Ergebnis der Höflichkeitsbemühungen des „Gillaume le Pacifiste", der den Präsidenten Loubet „Kamerad" genannt und dem französischen Militärbevollmächtigten in Berlin erklärt hatte: „In meiner Nähe gibt's keine Kriegspartei. Ich allein entscheide und ich will keinen Krieg."

Wollte er ihn denn auch 1914 nicht? Nein, er hat ihn sicher nicht gewollt, denn er war wirklich ein Pacifiste. Aber er mußte schließlich wie sein Ahnherr Friedrich Wilhelm III. im Jahre 1806 müßte, als es zu spät war; denn auch dieser Preußenkönig liebte den Krieg nicht, weil er gleichfalls ein „Timide" war und weil er ebensolche diplomatische Ratgeber hatte wie Wilhelm II. Hätte jener gekrönte Feldwaibel mit Oesterreich 1805 gemeinsame Sache gegen Napoleon gemacht, so wäre ihm Jena erspart geblieben und hätte Wilhelm II. losgeschlagen, als Rußland nach dem Kriege mit Japan am Boden lag und die Revolution seine Eingeweide zerfleischte, dann wären wir heute die Herren Europas. Das fürchtete man auch in Frankreich. Ich machte damals eine Uebung in Elsenborn (dort donnern heute englische Kanonen). Alle Offiziere hofften auf den Krieg. Als ich wieder nach Hause kam, traf ich französischen Besuch an. Ich sagte ihm: „Es gibt Krieg." Der Besuch fiel vor Schreck sozusagen unter den Tisch und versicherte händeringend: „Kein Mensch in Frankreich will den Krieg."[1] Damals besuchte mich auch ein baltischer Baron, mit dem ich in Königsberg zusammen studiert hatte. Er war durch eine Mordbande von seinem Gut vertrieben worden. Gleich nach der Begrüßung apostrophierte er mich mit den Worten: „Was seid ihr Preußen doch für dumme Kerls, daß ihr jetzt nicht . . ." —

Ja, was waren wir Preußen für „dumme Kerls" unter der glanzvollen Regierung des „Guillaume le Timide" der versprochen hatte, sein Reich „herrlichen Tagen" entgegenzuführen! Statt die Konjunktur auszunutzen, die so viel Chancen bot, daß Deutschland für alle Zukunft hätte gesichert werden können, schickte er seinem „lieben Niki" allerlei gute Ratschläge bezüglich der Duma, die uns absolut nichts anging, und über die Methode, wie „Väterchen" durch Glockengebimmel und Popengewimmel im heiligen Kreml sich die verlorene Volksgunst wieder verschaffen könne. Und den General Stössel schmückte er mit dem Pour le mérite!

Man komme mir nicht mit dem Einwand, der Kaiser habe keinen Präventivkrieg führen dürfen. Hat denn Karl der Große keine Präventivkriege geführt? Hat er nicht gar, um den Kämpfen mit den Sachsen ein Ende zu machen, an einem Tage 4000 dieser tapferen Männer die Köpfe vor die Füße legen lassen?[2]) Von Friedrich dem Großen, Napoleon und König Wilhelm I., sowie Bismarck will ich in dieser Beziehung gar nicht weiter reden. Ein Kaiser, von dessen Entscheidung das Glück oder Elend eines 60 Millionenvolkes abhängt, muß soviel Einsicht und Mut besitzen, einen doch unvermeidlichen Krieg herbeizuführen. Nach dem Urteil der Geschichte ist es bisher noch immer als ein Ruhmestitel eines seiner Aufgabe bewußten Staatsmannes angesehen worden, einen solchen Krieg im richtigen Augenblick und unter günstigen Bedingungen herbeizuführen. Das weiß jeder, der die Geschichte kennt. Bloß in Deutschland gab's und gibt's vielleicht auch jetzt noch sentimentale Leute, die dies nicht wissen. Aber Deutschland ist ja, wenige Epochen ausgenommen, stets das Land traditioneller politischer Torheit gewesen. Unsere glorreiche Revolution und alles, was uns seitdem in selbstmörderischer Niedertracht geboten worden ist, beweist die Richtigkeit meiner Behauptung. Ja, das deutsche Volk ist nichts weiter als eine Hammelherde, wenn kein starker Führer an seiner Spitze steht. Wilhelm II. war von einem solchen Führer das gerade Gegenteil. Er, der einen Bismarck nicht ertragen konnte, ließ sich nachher von jedem Popanz die Ohren vollblasen. In Offizierskreisen sprach man zu Zeiten geradezu mit Geringschätzung von ihm, und allgemein war in diesen Kreisen die Ansicht verbreitet, daß er die besten Gelegenheiten zum Kriege verpaßt und uns elend im Stich gelassen habe.

Er trägt die Schuld an unserem Unglück. Er und die Ratgeber, die er sich höchsteigenhändig aussuchte, die er „Handlanger" nannte und auch bloß als solche benutzte; denn er wollte ja sein eigener Kanzler sein!

Wir wären berechtigt, ihn und diese Leute, zumal den Fürsten Bülow, zur Verantwortung zu ziehen, da ihre Jammerpolitik langsam, aber sicher uns ins Verderben brachte, indem diese Jammerpolitik all die verhängnisvollen Irrtümer und Fehler beging, vor denen der Mann der „Gedanken und Erinnerungen" nicht genug hatte warnen können. Aber der Kaiser, dieser Dilettant auf allen Gebieten, hatte ja interessantere und vergnüglichere Dinge zu erledigen, als auf den unbequemen Alten im Sachsenwalde zu hören. Er half gerade durch sein Wesen, durch sein Säbelgerassel und darauf erfolgendes Zurückzuppen, durch sein deplaziertes Liebeswerben und anderseits wieder durch herausfordernde Redensarten den Krieg herbeiführen, den er vermeiden wollte[3])

Diplomatisch waren wir bereits besiegt, als der Krieg begann. Und Bethmann Hollweg brachte uns auch noch in der ganzen Welt um den moralischen Kredit, als er von unserm Unrecht an Belgien sprach. Ungeheuer hat uns dieses Wort geschadet!

Wenn Stümper und Gefühlsnarren solchen Schlages in einem Weltkriege unsere Politik machten, was konnten uns da alle Siege nützen? Borniert und feige, hat unsere Regierung durch die Behandlung der Wahlrechtsfrage auch noch den Kampfwillen der Heimat kaput gemacht, indem sie dem Parteienhader und allen üblen Instinkten der Masse Tür und Tor öffnete. „Denn ein Sumpf, ein Tatenmörder ist der Sumpf der deutschen Rede", sagt der Dreizehnlinden-Dichter Friedrich Wilhelm Weber.

Drei Millionen unserer besten Jünglinge und Männer haben diese Politik mit Tod und Krüppeltum bezahlen müssen. Und wofür?! — wofür?!, so fragt man verzweifelt. Denn wir gehen einer Misère allemande entgegen, im Vergleich zu der die im 18. Jahrhundert noch ein beneidenswerter Zustand war. Wir haben alles verloren, was uns in nationaler Hinsicht stolz und glücklich machte.

Kann die Entente mit diesem Erfolge nicht zufrieden sein? Hat sie auch noch Veranlassung, einen Mann vor ihren Richterstuhl zu fordern, der ihr einen Sieg hat mitverschaffen helfen, auf den sie in ihren kühnsten Träumen nicht rechnete? Glaubt von den Entente-Leuten auch nur einer aufrichtig, daß „Guillaume le Timide" die Hauptschuld an dem Ausbruch des Krieges trage?

---

[1]) Im Herbst 1912 versicherten mir dieselben Pariser, daß jeder Franzose den Krieg wolle, da man den Kaiser nicht mehr zu fürchten brauche.

[2]) Die Opfer von Verden stammten zumeist aus der Gegend Westfalens, wo meine Vorfahren beheimatet waren. Trotzdem muß ich als Historiker Karls Maßnahmen billigen; denn ohne sie wäre er niemals mit den westfälischen Hartköpfen fertig geworden und hätte nie ein Deutsches Reich gründen können.

[3]) Clemenceau, den man in Deutschland während des Krieges „den alten Tiger" schimpfte — hätten wir nur einen solchen Tiger gehabt! — sagte einmal zu dem leitenden Redakteur des „Berliner Tageblatts": „Die Deutschen haben, verzeihen Sie, einen Fehler. Sie behandeln uns einen Monat lang mit ausgesuchter Liebenswürdigkeit und im nächsten Augenblick mit übertriebener Schroffheit. Vor der Marokkoaffäre hatte sich die Stimmung hier sehr gebessert. Es gab viele Leute bei uns, die eine Annäherung für ganz wünschenswert hielten . . ."

Haben die Franzosen ihn nicht selber „Pacifiste" genannt? Ja, er war es. Zu unserem Unheil!

Wozu also die Rache? Die Toten stehen nicht wieder auf und gedemütigt ist der frühere Kaiser tief genug. Soll er auch noch verunglimpft werden? Das hat er dann doch nicht verdient. „Misericordia non causam sed fortunam spectat". Dieser Wahlspruch steht im Römer zu Frankfurt unter dem Bildnis eines gleichfalls unheilvollen, aber ebenso bedauernswerten Kaisers der deutschen Geschichte. „Das Mitleid sieht nicht auf die Ursache, sondern auf das Unglück."

Und gar noch tapfere Offiziere und Heerführer, die im Dienste des Vaterlandes ihre Pflicht getan — noch dazu wie ein Hindenburg in ewig bewundernswerter Weise: — solche Heroen vor die Assisen stellen zu wollen, um sie zu erniedrigen, das wäre denn doch der Gipfelpunkt unritterlicher Gesinnung!

Möge die Entente daran denken, wie ein Napoleon Preußen behandelt hat. „Nehmt ihnen alles, nur nicht die Augen, damit sie ihr Unglück beweinen können." Aber keinem Preußen und überhaupt keinem Deutschen ist es damals eingefallen, den modernen Attila nach seiner Besiegung aburteilen und wie einen Verbrecher behandeln zu wollen.

Die Entente möge das Endurteil der Weltgeschichte überlassen, denn diese ist das Weltgericht.

Das Weltgericht aber auch für diejenigen, die heute die Sieger sind. Wenn diese, vom Machtrausch benommen, jetzt Fehler begehen und Grundgesetze der Sittlichkeit mit Füßen treten, so werden auch sie dafür — ob früher oder später — mit Blut und Tränen büßen müssen.

Weltrundschau.

Von Fritz Nienkemper, Berlin.

Der babylonische Turm des „Friedensvertrages".

Die französische Deputiertenkammer hat nun endlich mit 372 gegen 53 Stimmen (bei 73 Enthaltungen) die Genehmigung des Friedensvertrages beschlossen. Ein Hahnenschritt vorwärts zur Ratifizierung hin; aber das Ziel ist noch längst nicht erreicht. Ein ganzes Jahr ist schon verstrichen, seitdem Deutschland Waffenstillstand und Frieden beantragte. Ein halbes Jahr brauchte der Oberste Rat der Sieger, um über die Bedingungen schlüssig zu werden. Dann wurden wir in rücksichtslos kurzen Fristen zur Unterzeichnung und Ratifikation gezwungen. Als aber die „siegreichen" Völker ebenfalls das Machwerk ihrer Staatsmänner genehmigen sollten, geriet die Sache auf eine verzweifelt lange Bank. Nur England war prompt auf dem Posten. Es hatte ja alles erreicht, was es wünschte.

Die Friedensfabrikanten im Obersten Weltrat hatten selber schon die Ahnung, daß die Ratifizierung ihres Machwerkes wohl in dem einen oder anderen Staat auf Schwierigkeiten stoßen könnte. Daher nahmen sie die Bestimmung auf, daß schon die Vollziehung in drei verbündeten Großstaaten genügen solle, um dem Ding Rechtskraft zu geben. Bisher hat sich aber auch dieses Kleeblatt noch nicht finden lassen.

Frankreich bekommt sehr viel, aber sein Heißhunger nach Glorie und Beute ist noch nicht gestillt und obendrein wird es noch von der Furcht gequält, daß Deutschland noch nicht genug geschwächt sei, um nicht nach 10 oder 15 Jahren an Frankreich Revanche zu nehmen. Daher die langwierige und heftige Kritik an dem Friedensvertrage, als ob das „siegreiche" Land von seinen Verbündeten betrogen und von seiner Regierung verraten sei. In den Vereinigten Staaten wollen die republikanischen Volksvertreter eine Kraftprobe gegen den „demokratischen" Präsidenten machen, und sie haben gewichtige Bedenken in die Wagschale zu werfen, da die Verstrickung Amerikas in die europäischen Händel und insbesondere die Begünstigung Japans der Ueberlieferung und den Interessen der Neuen Welt nicht entspricht. In Italien hat der Handstreich des neuen Garibaldi von Fiume alles aus dem Gleise gebracht. Der Abenteurer d'Annunzio sitzt noch fest und prahlend in Fiume; aber die italienische Kammer ist der Auflösung verfallen.

Die Väter des Friedensvertrags haben es in der Tat nicht leicht. Clemenceau, der im ersten Siegesrausch so hoch gefeiert wurde, hat sich die herbsten Angriffe gefallen lassen müssen, und als er zu einer zweistündigen Verteidigungsrede ausholte, errang er kaum einen Achtungserfolg, nicht einmal den öffentlichen Anschlag seines Ergusses. „Der Achtzigjährige wird müde", war die Stimmung bei der Mehrheit, und man schaut sich ernstlich nach dem Nachfolger um. Lloyd George hatte mit seinem gut dressierten Parlament wenig Schwierigkeiten; aber dafür ist ihm jetzt der große Streik der englischen Eisenbahner über den Hals gekommen, dessen Auswirkung noch nicht abzusehen ist. Und Präsident Wilson, der Hauptmacher, ist infolge der Anstrengungen, Enttäuschungen und Aergernisse einem Nervenschock verfallen, so daß sein Leben ernstlich bedroht ist. Wenn schließlich der Friedensvertrag im amerikanischen Kongreß doch durchgeht, so wirkt dabei die Empfindung mit, die Aristoteles als Wirkung der Tragödie bezeichnet: Furcht und Mitleid.

Der Oberste Rat hielt sich in stolzem Gefühl seines Sieges für den Herrn der Welt und glaubte eine neue Weltordnung von nie gesehener Herrlichkeit aufrichten, einen ewigen Frieden zu allgemeinem Wohlgefallen begründen zu können. Ein weltpolitischer Turm von Babel war geplant, der bis in den Himmel reichen sollte. Und was ist aus diesem Prachtwerk der siegreichen Staatsmänner des 20. Jahrhunderts geworden? Zweifelnd und streitend stehen die Völker an den Steinhaufen.

Sollte endlich das dreifache Ja aufgebracht werden, so wäre das Aktenstück rechtskräftig, aber wie stände es um die Ausführung? Wilson hat, um von seinen trügerischen Ideen wenigstens die blendendste zu retten, den Völkerbund im Friedensvertrag verankert. Der Völkerbund schwebt nicht nur als Patron über dem ganzen, sondern zahlreiche Organe der Exekutive und Kontrolle, die in dem Vertrage vorgesehen sind, können nur durch Beschlüsse des Völkerbundes gebildet und bevollmächtigt werden. Nun ist es aber höchst zweifelhaft, ob der Völkerbund überhaupt zustande kommt. Der amerikanische Kongreß macht die zäheste Opposition gegen dieses Gebilde und hat von seinem Standpunkt auch gewichtige Gründe. In Frankreich aber erhebt man die Frage: Ist ein Völkerbund, in dem Amerika fehlen würde, überhaupt rechtskräftig und aktionsfähig? Und wenn in Amerika der Völkerbund scheitert, wird dann der nebenher laufende Schutzvertrag, den Wilson zur Sicherung Frankreichs abgeschlossen hat, überhaupt in Kraft treten? Mit dem amerikanisch-französischen Schutzvertrag ist aber auch der englisch-französische Schutzvertrag verknüpft —, wenn dieser auch scheitert, ist dann nicht Frankreich aller „Sicherheit" bar?

So wankt das künstliche Bauwerk an allen Ecken und Enden. Was als Bollwerk des Weltfriedens angepriesen wurde, wird einem kosmopolitischen Erisapfel immer ähnlicher.

Die Drohnote wegen der baltischen Truppen.

In Fiume läßt sich die Entente auf der Nase herumtanzen; aber wegen den unzufriedenen deutschen Truppen, die noch im Baltikum hängen geblieben sind, wird sofort das gröbste Geschütz aufgefahren. Es ist längst bekannt, daß diese Ueberreste der Osttruppen in bittere Enttäuschung und grimmen Zorn getrieben sind, weil die dortigen Machthaber nicht halten wollen, was sie ihnen versprochen haben, als sie die Hilfe dieser deutschen Truppen noch nötig hatten. Ebenso ist es bekannt, daß die deutsche Regierung alles mögliche getan hat, um die Truppen in Zucht zu halten und zur Heimkehr zu bewegen. Trotzdem schickte uns der Oberste Rat durch den General Foch eine Note in dem üblichen brutalen Ton, die unter Androhung von neuer Blockade und von sonstigen Zwangsmitteln die Zurückziehung der Truppen fordert. Wie erklärt sich diese nervöse Politik? Ist es nur der Drang, dem gefallenen Löwen noch einen weiteren effektvollen Fußtritt zu geben? Oder steckt dahinter die blasse Furcht vor einem Wiedererstarken Deutschlands? Die letztere spielt offenbar mit. Hat doch die französische Kammer „einstimmig" eine Resolution zum Friedensvertrage beschlossen, wonach die Regierung sich mit den Verbündeten verständigen soll über die „Ausführung von Maßnahmen zur Entwaffnung Deutschlands und seiner Alliierten", während doch Deutschland längst so entwaffnet ist, daß die Wehrleute kaum zur inneren Sicherung ausreichen.

Unsere Regierung hat prompt und durchschlagend geantwortet mit der Feststellung, daß sie alles mögliche getan habe und noch tue, um die Truppen zur Befolgung des Rückkehrbefehles zu veranlassen, und daß sie militärische Zwangsmittel deshalb nicht verwenden könne, weil die Entente selbst durch den Friedensvertrag ihr diese Machtmittel entzogen habe.

Ueber den Einzelfall hinaus hat es eine grundsätzliche Bedeutung, daß unsere Regierung gegenüber der Blockadedrohung öffentlich und amtlich Protest erhebt gegen dieses moderne Kampfmittel, indem sie die Entente daran erinnert, „daß gerade die Hungerblockade nicht nur den Tod hunderttausender Frauen, Kinder und Kranken verschuldet, sondern auch durch Schwächung

der Arbeitsfähigkeit infolge chronischer Unterernährung nicht zum geringsten Teile die Zersetzungserscheinungen verschuldet hat, unter denen Deutschland zur Zeit so schwer leidet". So ist es, und das hat auch seine Bedeutung für die Zukunft, da die grausame Waffe der Blockade auch als Zwangsmittel vorgesehen ist in dem „Völkerbunde".

Hoffentlich kehren die verärgerten Baltenkämpfer auf den Weg der Vernunft und Pflicht zurück, wenn sie sehen, daß ihr ganzes Heimatland durch sie ins Verderben gestürzt werden kann.

Sammlung und Beruhigung in Berlin.

Auch wer Berlin nicht liebt, muß zugestehen, daß die Nationalversammlung am besten dort tagt, wo die Reichsregierung sitzt, und das ist vorläufig noch die herkömmliche Zentrale Berlin. Der Aufenthalt in Avignon-Weimar hatte den unangenehmen Beigeschmack, daß die Sicherheit in Berlin und überhaupt die Ordnung in Deutschland zu wünschen übrig lassen. Dieser Eindruck im In- und Ausland muß verwischt werden. Allerdings ist zurzeit in Berlin wieder eine Streikbewegung im Gange, die von den radikalen Drahtziehern in der üblichen hinterlistigen Weise zu politischen Umsturzzwecken ausgenutzt wird und bereits wieder zu einer kleinen Straßenschießerei geführt hat. An solche Nachwehen der Revolution müssen wir uns aber gewöhnen und die Erledigung Herrn Noske überlassen, ohne daß sich die Volksvertretung und die Regierung aus der gewöhnlichen Ordnung bringen läßt.

Die Konzentration in Berlin hatte denn auch den Wiedereintritt der Demokraten in das Reichskabinett im Gefolge, während die Lösung der Kabinettskrise in Bayern nicht vor dem Zusammentritt der einzelnen bayerischen Parteitage zu erwarten ist. Die Demokraten haben das Reichsamt des Innern (Koch) und das Justizministerium nebst dem Vizekanzlertitel (Schiffer) bereits erhalten. Ein neues Ministerium für Durchführung der wirtschaftlichen Friedensbedingungen (Wiederaufbau im weitesten Sinne) wird geschaffen; der rechte Mann für dieses wichtige und sehr zeitgemäße Amt wird freilich noch gesucht.

Zur Vorbereitung der Abstimmung in Oberschlesien mußte sofort etwas geschehen. So haben sich denn die Anhänger des Gliedstaates Oberschlesien mit den zähen Verteidigern der preußischen Staatsintegrität geeinigt auf das, was schnell und sicher zu erreichen war, nämlich auf die provinzielle Autonomie unter dem Oberpräsidium des Zentrumsabgeordneten Bitta. Hoffen wir, daß das zur Sanierung und Belebung der deutschfreundlichen Elemente in Oberschlesien noch genügend beiträgt, um das Wesentliche des wertvollen Landes für Deutschland zu retten.

Die Katholikentage in Dresden und Dortmund am 27./29. September gestalteten sich zu machtvollen Kundgebungen katholischen Lebens. Der Dresdener erste sächsische Katholikentag mit seiner Heerschau von rund 5000 Teilnehmern übertraf bei weitem alle Erwartungen. Neben den ergreifenden Worten des Bischofs Dr. Löbmann machten wohl die nach Form und Inhalt gleich vollendeten Ausführungen des Justizrats Dr. Schrömbgens über das Papsttum in seiner Bedeutung für die gegenwärtige Zeit den tiefsten Eindruck. Zu dem Dortmunder märkischen Katholikentag waren trotz des anhaltenden Regensturmes nahezu 8000 Teilnehmer zusammengeströmt. Es ist leider unmöglich, an dieser Stelle alle bedeutsamen Reden, welche die derzeitigen örtlichen Katholikentage bringen, auch nur andeutungsweise zu skizzieren. Von der Dortmunder Tagung seien neben der rhetorischen Glanzleistung Prof. Dr. Martin Spahns über „Katholizismus und staatliches Leben" und den programmatischen Ausführungen des Volksvereinsgeneralsekretärs Dr. Berger über „Katholische Kirche und soziale Frage" nur aus der Ansprache des Bischofs Dr. Schulte diejenigen Gedanken kurz skizziert, welche er zur sozialen Revolution entwickelte: Karl Marx dürfte sich in der Annahme geirrt haben, daß diese soziale Revolution auf dem Boden des Materialismus die letzte gewesen sei, daß der Atheismus das letzte Glaubensbekenntnis der Massen unseres deutschen Volkes sein werde. Er hat übersehen, daß noch etwas im Menschen lebt, das nicht tot geredet werden kann, das nicht vom Brot allein lebt, das immer wieder nach Ruhe und innerem Frieden dürstet und hungert. Das ist unsere unsterbliche menschliche Seele. Es wird einmal das Volk furchtbar zu der Erkenntnis kommen, daß bei der Revolution seine Seele leer ausgegangen ist, daß Atheismus und Materialismus eine Lösung der sozialen Frage nicht bringen können. Dann wird und muß eine, wenn auch friedlichere Revolution wieder kommen, eine Revolution gegen Atheismus und Materialismus, gegen die Verführer, Betrüger und Leugner der unsterblichen menschlichen Seele.

Oesterreichs Zukunft.

Von Dr. Hans Eisele, Wien.

Oesterreichs Gegenwart ist trübe, fast aussichtslos. Auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens droht der Niederbruch. Politisch gärt und brodelt es in allen Lagern der Parteien und in allen Schichten des Volkes. Einig sind alle Kreise nur in der Unzufriedenheit mit den heutigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen und in der an Verzweiflung grenzenden Sorge vor dem kommenden Winter. Oesterreich steht mitten im Rigorosum, im großen Examen über den Befähigungsnachweis, ob es so bestehen kann, wie es der Friede von St. Germain in die Welt gesetzt hat. Ein Teil dieser Prüfung liegt nach meiner Ansicht bereits hinter uns und hat bewiesen, daß das Staatswesen Oesterreichs, wie es heute ist, nicht Bestand haben kann, nicht wirtschaftlich, nicht politisch.

Ein richtiger Zusammenbruch war es schon, was wir in der letzten Woche mit der Kohlenversorgung erlebt haben. Wien, die Großstadt mit ihren 21 Bezirken und den zwei Millionen Einwohnern, mußte eine ganze Woche lang ohne jeden Straßenbahnverkehr bleiben, weil keine Kohle mehr zum Betrieb des Elektrizitätswerkes da war. Auch die Beleuchtung ist aufs äußerste eingeschränkt, die öffentlichen Lokale müssen um 8 Uhr schließen. Die Stadtbahn fährt schon seit einem Jahr nicht mehr. Die Eisenbahnen haben ihren Verkehr aufs Mindestmaß zusammengedrängt. Es fährt in ganz Oesterreich kein Schnellzug mehr und auch auf wichtigen Strecken nur noch ein Personenzugspaar im Tag. Das Verkehrsministerium in Wien gibt bekannt, daß der Reservefond an Kohlen noch 12000 Tonnen betrage, daß aber in jeder Woche trotz den Nachschüben aus Böhmen, Polen und Deutschland 1000 Tonnen davon aufgebraucht werden müssen. Man kann sich's dann an den Fingern abzählen, wann auch die Staatsbahnen ohne Kohlen sein werden. Die Industrie heizt heute schon mit Holz und allen erdenklichen Ersatzmitteln, weil sie nicht genügend Kohle bekommen kann. Soweit sie Kohlen hat, lebt sie von der Hand in den Mund, jeden Tag in der Sorge, ob auch in nächster Woche noch irgendwo die für den Betrieb nötige Kohlenmenge aufzubringen sei. Von Arbeiterräten und einigen besonders glücklichen Schiebern abgesehen, hat keine Haushaltung Wiens den für einen Wintermonat nötigen Kohlenbedarf im Keller. Nicht einmal die zum täglichen Kochen nötige Kohle ist zu kaufen. Holz wird nach dem Gewicht mit 70—80 Heller für das Kilo bezahlt und ist nur durch ganz besondere Protektion zu bekommen. All das weiß Jedermann in Wien nicht erst seit gestern. Seit bald einem Jahr, seit der Revolution liegt Oesterreich in ständiger Kohlenkrisis. Aber während 6 langen Sommer- und Frühlingsmonaten sind hunderte von Millionen als offene und versteckte Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt worden. Die Volkswehrbataillone kosteten 80 Millionen ohne positive Gegenleistung. Rings um Wien und draußen in den Ländern stehen schlagbare Wälder, die, rechtzeitig geschlagen, wenigstens die bitterste Not des Kohlenmangels und frierenden Winters hätten mildern können. Wie Wiener Blätter berichteten und wie der letzte Brief des ungarischen Henkers Tibor Szamuely bewiesen hat, sind große Mengen von Munition und Kriegsmaterial verschwunden, namentlich ins kommunistische Ungarn, das als Gegenleistung dafür nur kommunistische Agitatoren zu den blutigen Putschen am Gründonnerstag und 15. Juni nach Wien geliefert hat. Für die Kohlenlieferungen Polens aber waren diese Munition und die Kriegsmaterialien die einzige Gegenzahlung, die sie brauchten und verlangten. Die Tschechen verärgerte Staatssekretär Dr. Bauer mit seiner Außenpolitik und die Entente schaute teilnahmslos dem kommenden Zusammenbruch zu. So kams, daß sozusagen über Nacht der Wiener Straßenbahnverkehr gänzlich eingestellt werden mußte.

Was wir aber in diesem ersten Fall des Zusammenbruchs erlebt haben, das kann Wien und Oesterreich jeden Monat aufs Neue zustoßen. Das Oesterreich, wie es im Frieden von St. Germain geworden ist, hat eine ziemlich starke Industrie, eine übermäßig große Masse an Beamten, Intelligenz, kurz an städtischer Bevölkerung, die auf Kohle angewiesen ist, aber schier gar keine Kohle. Vielleicht 5% des ganzen Kohlenbedarfs kann Oesterreich aus dem eigenen Gebiet holen. Alle übrige Kohle muß aus dem Ausland, aus Böhmen, Polen und Deutschland kommen und bezahlt werden. Früher lieferte Oberschlesien die größte Menge der Kohlen für Wien und die österreichische Industrie. Der Zerfall der Monarchie

hat den Weg nach Oberschlesien verlegt. Die Tschechen sind jeden Tag in der Lage, den Kohlenbezug aus Böhmen, Polen und sogar aus Oberschlesien für Oesterreich zu sperren, mit offener und passiver Resistenz, aus wirtschaftlichen und politischen Gründen. Wird's Reibungen dieser Art nicht auch in Zukunft, mehr als angenehm ist, geben? Jede Reibung auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet wird aber für Oesterreich dadurch zur wirtschaftlichen Krisis werden. Wie kann ein Staatswesen und sein Wirtschaftsleben eine ruhige und gedeihliche Entwicklung nehmen, wenn es so in die Abhängigkeit eines mißgünstigen Nachbars hineingezwengt wurde, wie Oesterreich in die Abhängigkeit der Tschechen, die unvermeidlich stets im Gegensatz zum Deutschtum Oesterreichs und Wiens und zur österreichischen Industrie stehen werden, die mehr als jeder andere Staat ein Interesse daran bekunden, daß dieses zum Krüppel geschlagene Oesterreich auch wirtschaftlich nicht wieder erstarke. Wie soll dieses Oesterreich in solcher Abhängigkeit bestehen können? Der Zusammenbruch in der Kohlenfrage ist das erste Symptom und Warnungszeichen für die unmögliche Lage des jetzigen Oesterreichs.

Aber es bleibt ja nicht bei der Kohlennot. Die Unfähigkeit des jetzigen Regimes hat nicht vermocht, sie in den günstigen Sommermonaten zu lösen, sie wird sie im Herbst und Winter erst recht nicht lösen können, wo schon in normalen Friedenszeiten der Güterverkehr sich auf die Bahnen drängte. Dem Zusammenbruch in der Kohlenfrage wird bald der erste Zusammenbruch in der Ernährungsfrage folgen, ja fast naturnotwendig bei der jetzigen politischen Wirtschaft in Wien folgen müssen. Schon ist unmittelbar nach der Ernte, wo man auf reichlichere Versorgung hoffte, die Mehl- und Brotquote gekürzt worden, weil Wien an den letzten Resten Mehl zehrt. Die Wiener Presse rechnet aus, daß die Ernährung nur bis Mitte Oktober sicher gestellt ist. Bei der Wirtschaft und Willkür der Arbeiter- und Soldatenräte geht auch die Ernährungspolitik dem unvermeidlichen Zusammenbruch entgegen. Die Länder schließen sich in fast völliger Selbständigkeit mehr und mehr gegen Wien ab. Die sozialdemokratische Herrschaft und damit die Macht der Wiener Regierung, reicht wirklich, wie der sozialdemokratische Führer Dr. Adler in einem verzweifelten Augenblick ausgerufen hat, bald nicht mehr weiter als bis nach Hütteldorf, dem Wiener Vorort. Wir haben in Niederösterreich, in Oberösterreich und auch in Steiermark die Rätewirtschaft über und neben der Regierung. Die ganze Verwaltungsmaschine ist heute schon durch die täglichen Ein- und Uebergriffe der Arbeiterräte in Unordnung gekommen. Protektion und Korruption schauen aus allen Ecken hervor. Bald wird niemand mehr wissen, wer Herr und Koch ist, wer befiehlt und Autorität hat, die Regierung oder die sie in jedem Schritt korrigierende und aufhebende Institution der Arbeiterräte.

Die Neubildung der Volkswehr hat begonnen. Sie muß in den nächsten Wochen erfolgen und wird regional, länderweise durchgeführt. Jedes der sechs bzw. mit Westungarn sieben Länder wird seine eigene Volkswehr rekrutieren. Dann wird Wien eine sozialdemokratische Volkswehr sich schaffen, die Länder draußen eine christliche. Dann wird's kommen können, daß eine Kompagnie in Wien kommunistisch und vielleicht draußen in den Ländern eine Kompagnie — bitte nicht zu erschrecken, es ist rein theoretisch und traditionell gedacht — monarchisch ist. Die Macht der sozialistischen Zentralregierung reicht dann erst recht nicht mehr über Wien hinaus. Und doch gebärdet sich die Sozialdemokratie, wenigstens in ihrer Wiener Presse, täglich so, als herrschte nur sie in Oesterreich, als sei das christliche Volk der österreichischen Länder nur da, um zu schweigen und zu dulden, wenn die ganz von Juden geführte und beherrschte Sozialdemokratie kommandiert und fordert. Bis jetzt haben die Christlich-Sozialen zu allem Ja und Amen gesagt und auch Dinge mit ihrem guten Namen gedeckt, gegen die ihre eigenen Leute in den Ländern draußen murrten. Sie taten's schweren Herzens, um Größeres zu retten, Schlimmeres zu verhüten. Aber jetzt ist der Friede geschlossen. Länger werden die Christlich-Sozialen die Rolle des Reittieres für die sozialdemokratische Politik nicht mehr spielen können und wollen. Aendert die sozialdemokratische Partei ihre Taktik und Art nicht, wendet die sozialdemokratische Führung ihre Politik nicht, dann wird die Koalition der Christlich-Sozialen mit der Sozialdemokratie nicht länger zu halten sein, dann wird sie zusammenbrechen. Ihr Zusammenbruch wird auch der politische Zusammenbruch überhaupt werden. Eine sozialistische Gewalt- und Willkürregierung werden sich die Länder keine Woche lang gefallen lassen. Daran ist gar nicht zu denken. Der sozialistische Niederbruch beginnt auch in Oesterreich auf allen Gebieten, nicht bloß in der Verwaltung der Stadt Wien. Es beginnt auch in Wien bei den Massen zu tagen. Sie stehen nicht mehr blind oder vom Rot geblendet vor den Ereignissen. Sie sind nach den Blitzlichtblendern der Revolution bereits wieder sehend geworden und fangen an, die wahren Ursachen der heutigen Mißwirtschaft in Wien und anderen Teilen Oesterreichs zu erkennen. Die Sehnsucht nach einem andern, besseren Regime wächst, die Sozialdemokratie hat nirgends mehr versprochen und weniger gehalten als in Wien.

Vom finanziellen Zusammenbruch Oesterreichs braucht man gar nicht zu reden, wenn die Krone noch 7—8 Rappen in der Schweiz wert ist, also nicht mehr die Papier- und Herstellungskosten deckt. Wird der Staatsbankerott kommen oder ist er schon da? Sechs Milliarden jährliche Staatsschulden liegen schwer auf den 6 Millionen Einwohnern des neuen kleinen Oesterreich, denn fast 6 Milliarden beträgt das Defizit des österreichischen Staatshaushalts. 40 Milliarden feste Schulden lasten ohnehin noch auf dem Ländchen Deutsch-Oesterreich. Und wie, womit sollen diese Schulden je von den 6 Millionen Menschen bezahlt werden? Die sozialdemokratische Regierung und ihre Räte aber wirtschaften weiter, als ob es im Winter Dukaten schneite.

Imperialismus und Völkerbund in den Vereinigten Staaten.

Von Philipp Kester, München.

Man kann den offen dokumentierten Widerstand des amerikanischen Kongresses gegen den Völkerbundsgedanken in zweierlei Ursachen erblicken: es mag Elemente unter allen Parteien, namentlich unter den Demokraten, geben, die als starre Doktrinäre noch zu den Lehren eines Washington und Jefferson schwören und deshalb allen „verstrickenden Bündnissen" — entangling alliances, wie Washington warnte — grundsätzlich abhold sind. Die andere und weitaus stärkere Gruppe aber widersetzt sich dem Völkerbundsgedanken aus nationalistischen Gründen: sie sehen durch den Völkerbund die „Souveränität" der Vereinigten Staaten bedroht, sie sehen in ihm eine Spitze gegen die Monroe-Doktrin und ein Hindernis für jede weitere Ausdehnung der amerikanischen Machtsphäre, — Befürchtungen, die vom Standpunkt dieser Vaterlandsfreunde aus nur zu berechtigt erscheinen. Dem unverhohlen imperialistischen Kurs, der unter der Regierung eines Mac Kinley und Roosevelt eingeschlagen, unter Taft fortgesetzt und auch unter dem Demokraten Wilson nicht verlassen wurde, wäre damit plötzlich eine Schranke gezogen, es ist daher verständlich, daß den Republikanern als den Trägern des imperialistischen Gedankes (und sie bilden ja seit kurzem die Mehrheit im Kongreß) nichts ungelegener kommt als die drohende Beaufsichtigung durch ein internationales Kontrollinstitut, gerade zu einer Zeit, wo ihnen die Aussicht auf einen Wahlsieg und auf die Verwirklichung ihrer kühnsten Pläne winkt.

Man mag sich in den Vereinigten Staaten noch so sehr gegen den Vorwurf des Imperialismus verwahren, er ist zweifellos da, und nicht erst das Jahr 1898, das gemeinhin als ein Wendepunkt in der amerikanischen Geschichte gilt, hat ihn gebracht. Schon die Väter der Republik, ja, selbst ein Jefferson, der vielgerühmte Apostel der amerikanischen Demokratie, huldigten schon imperialistischen Grundsätzen, wenn man darunter die unbegrenzte Ausdehnung des nationalen Besitzes und der nationalen Macht verstehen will. Denn Jefferson stand an der Spitze des amerikanischen Staates, als (1803) seine Emissäre in Paris den gewaltigen französischen Kolonialbesitz erhandelten, der als das ehemalige Louisiana das junge amerikanische Staatswesen an Ausdehnung um ein Dreifaches übertraf. Der Anfang war damit gemacht, Schritt für Schritt breitet sich hinfort der junge Staatenkoloß über den Kontinent aus. 1820 wird Florida, halb im guten, halb unter Drohungen, von Spanien erworben, Texas aber wird (1845) kurzerhand annektiert, nachdem es sich, nicht ganz ohne amerikanische Umtriebe, von Mexiko losgerissen und als selbständige Republik erklärt hatte. Der Krieg gegen Mexiko, der daraus entsprang und der von amerikanischer Seite bewußt als Eroberungskrieg geführt wurde, brachte als Zuwachs das heutige Neu-Mexiko und Kalifornien ein. Damit war schon ein auf größere Weltpolitik gerichtetes Ziel, der Besitz der pazi-

fischen Küste, erreicht und ein zusammenhängendes Staatengebilde geschaffen, das sich quer über das ganze nordamerikanische Festland erstreckte.

Aber dieses fabelhafte Wachstum hatte nur die Begierde nach weiterem Besitz geweckt. 1846 wird dem widerstrebenden England auf dem Wege diplomatischer Verhandlungen das waldreiche Gebiet zu beiden Seiten des Columbiaflusses (heute die Staaten Oregon und Washington) abgerungen, 1853 bringt der Gadsden-Vertrag nochmals ein ansehnliches Stück von Mexiko ein. Und schon schweifen die Blicke über die Küsten hinaus und suchen im Westen wie im Osten nach neuer Beute. Schon 1854 wird der Gedanke erörtert, Hawai zu annektiren, und um Kuba, die „Perle der Antillen", hatten sich begehrliche Pläne schon in den frühesten Zeiten gesponnen. Die Flibustierexpeditionen der Jahre 1849 bis 1851, die eine Ueberrumpelung Kubas bezweckten, sind von der amerikanischen Regierung zwar nicht unterstützt, aber auch nicht verhindert worden. Das sogenannte „Ostender Manifest" des Jahres 1854, eine gemeinsame Note der amerikanischen Gesandten in Frankreich, England und Spanien empfahl dann offen die Annektierung Kubas mit der Begründung, „einer Afrikanisierung der Insel nach dem Beispiel Haitis vorzubeugen". Aber die hawaischen wie die kubanischen Pläne scheiterten damals noch an dem Widerstand gewisser Ideologen im Kongreß, denen eine Ausdehnung des amerikanischen Besitzes über die Küsten hinaus für unerwünscht und undemokratisch galt.

Der Bürgerkrieg brachte die Expansionsgelüste für kurze Zeit zur Ruhe, aber kaum war er beendet, da tauchten sie um so nachhaltiger wieder auf. Ueber britisches Gebiet hinweg richten sich die Augen auf Alaska. Das unwirtliche Gebiet mit seinen verborgenen Reichtümern — an Ausdehnung größer als Deutschland, Frankreich und Italien zusammen — wird 1867 für 7½ Millionen Dollar von Rußland erhandelt. Die republikanische Partei ist erstanden, sie predigt das Evangelium der Macht und den pan-amerikanischen Gedanken. Die Monroe-Doktrin erhält eine neue, erweiterte Auslegung: man erblickt in ihr nicht mehr — wie früher — nur ein Kolonisierungsverbot für die europäischen Mächte, sondern auch eine Aufforderung an die bereits ansässigen Mächte, sich vom amerikanischen Boden und amerikanischen Gewässern zurückzuziehen. Störend werden die nicht-amerikanischen Besitzungen in der karaibischen See empfunden. Schon Lincoln versucht 1865 — allerdings vergebens — für die Vereinigten Staaten die dänisch-westindischen Besitzungen zu erwerben, 1869 bemüht sich Grant, den Kongreß zu einer Annektierung San Domingos zu bewegen, vor allem aber die reichen spanischen Besitzungen bleiben ein Dorn im Auge. Auch das Interesse am Stillen Ozean wächst: auf den hawaischen Inseln mehrt sich die amerikanische Besiedelung und ernstlich wird bereits das Projekt eines Durchstichs durch die mittelamerikanische Landenge erwogen.

Zweimal werden die republikanischen Weltmachtpläne durch die Amtsdauer eines demokratischen Präsidenten gehemmt. Aber mit dem republikanischen Wahlsieg des Jahres 1893 setzt im darauffolgenden Jahr unter Mac Kinley die Aera des rücksichtslosesten Imperialismus ein, der sich bald genug durch Taten kennzeichnete. Nie ist ein Krieg gewaltsamer heraufbeschworen, nie einer unter durchsichtigerem Vorwand geführt worden, als der spanisch-amerikanische. Aber der Zweck ward erreicht. Kuba wurde seiner spanischen Herren ledig, um dem Namen nach selbständige Republik, in Wahrheit ein Vasallenstaat der Union zu werden, Portorico war als erwünschte Kriegsbeute in Besitz genommen worden, im Stillen Ozean hatte man die Philippinen gewonnen. Im gleichen Jahre (1898) wurde auch Hawai annektiert und kurzerhand zu einem „Territorium" der Vereinigten Staaten gestempelt.

Der Gewinn im fernen Osten brachte Sorgen ein. Japan, gewohnt, den Stillen Ozean als seine Domäne zu betrachten, war wachgerüttelt, und die „japanische Gefahr" stieg auf. Starke Heeres- und Flottenvermehrungen waren die unmittelbare Folge. Auf den Philippinen schlug man in einem dreijährigen blutigen Ringen einen Aufstand der Eingeborenen nieder. Gleichzeitig bemühte man sich um neue Flottenstützpunkte und nahm, was man nur erhalten konnte. Durch das Abkommen mit Deutschland und England gewann man (1899) die Samoa-Insel Tutuila mit dem besten Kriegshafen der Südsee (Pago-Pago). Im gleichen Jahre noch wurde die kleine Insel Wake — etwa halbwegs zwischen Hawai und Hongkong gelegen — in Besitz genommen, und über einem runden Dutzend anderer Inseln und Inselchen — über die ganze Südsee verstreut und meist unbewohnt — ist nach und nach die amerikanische Flagge gehißt worden.

Am vordringlichsten aber war jetzt das Gebot einer Wasserstraße durch die mittelamerikanische Landenge geworden. Jede Flottenvermehrung erfüllte ihren Zweck nur halb, solange die Seestreitkräfte nicht in kürzester Zeit von einer Küste nach der andern geworfen werden konnten. Man hatte sich nach langem Zögern für den technisch schwierigsten, aber kürzesten Weg durch die Provinz Panama entschieden. Aber der Kanal verlangte militärische Sicherungen, er war wertlos, wenn nicht das angrenzende Gebiet bis zu einer gewissen Ausdehnung in amerikanischen Besitz kam. Die Republik Columbia weigerte sich, die geforderte Gebietszone an die Vereinigten Staaten abzutreten. Da brach 1903 die Revolution in der Provinz Panama aus. Panama riß sich von Columbia los und wurde selbständige Republik. Der erste Akt der neuen Regierung war die Bestätigung des Hay-Varilla-Vertrags, durch den die Vereinigten Staaten in den unumschränkten Besitz der erstrebten Kanalzone gelangten. Das Spiel war gewonnen. Es waren immer dieselben Methoden: zuerst kam die „friedliche Durchdringung" — sei es nun durch verwegene Abenteurer oder durch gerissene Agenten amerikanischer Finanzgruppen —, bald gährte es im Lande, Unruhen brachen aus, die zu einer Revolution führten und das Ende war die Annektierung durch die Vereinigten Staaten oder im besten Fall ein Abhängigkeitsverhältnis, das von einer Annektierung nicht weit entfernt war. So war es mit Texas, so war es mit Hawai, mit Kuba, mit Panama, und derselbe Prozeß vollzieht sich seit einer Reihe von Jahren in Mexiko.

Seitdem der verstorbene Porfirio Diaz, der einzige Mann, der das unruhige Land im Zaum zu halten vermochte, 1911 durch amerikanische Wühlarbeit gezwungen war, außer Landes zu gehen, ist Mexiko nicht mehr zur Ruhe gekommen. Huerta wäre vielleicht der Mann gewesen, Ruhe und Ordnung wieder herzustellen, aber da er die Interessen seines Vaterlandes höher stellte, als diejenigen des in Mexiko vertretenen amerikanischen Großkapitals, war sein Schicksal besiegelt. Die Vereinigten Staaten erkannten, als einzige unter den Großmächten, seine Regierung nicht an und schürten den Bürgerkrieg, indem sie Huertas Gegner insgeheim unterstützten. Carranza kam auf diese Weise zur Präsidentschaft, aber er erwies sich in der Folge als ein eigenwilliger und undankbarer Schützling. Die „Spannung mit Mexiko" ist längst zum dauernden Zustand geworden, seit Jahren ist, ohne sonderliches Ergebnis, ein Ultimatum dem andern gefolgt, und der Ruf nach Intervention „zur Wahrung amerikanischer Interessen" will nicht mehr verstummen. Schon 1914, im Jahre der amerikanischen Flottendemonstration vor Veracruz, schrieb die „American Review of Reviews", daß „die beste Lösung des mexikanischen Konfliktes die zeitliche Unterstellung Mexikos unter amerikanische Zwangsverwaltung wäre". Und ein Jahr später, in ihrem Juliheft 1915, scheute sich die vornehme und durchaus ernst zu nehmende „North-American-Review" nicht mehr, offen die Annektierung Mexikos zu empfehlen. „Das ernste Problem", heißt es in dem Aufsatz, „kann nicht anders gelöst werden, als durch Intervention, und Intervention ohne Annektierung würde nur das Hinausziehen eines grausamen Experiments bedeuten. Ganz klar drängt unsere nationale Bestimmung uns zur Besetzung von Mexiko. Nicht aus Eroberungsabsichten oder aus gewinnsüchtigen Handelsinteressen, sondern zum Wohl des unglücklichen Volkes sollten wir dem Land die Ordnungen der Zivilisation geben und für immer erhalten." Wilsons mexikanische Politik jedoch hat sich von Anbeginn durch eine auffällige Unentschlossenheit gekennzeichnet. Die Aktion vor Veracruz war ein theatralisches und ganz ergebnisloses Säbelrasseln, und ebenso ruhmlos verlief die „Strafexpedition" gegen Mexiko im Jahre 1916, wobei der jetzige Generalissimus Pershing alles andere als strategische Fähigkeiten bewies. Aber der Grund für Wilsons zögernde Politik läßt sich unschwer erraten: es ist die Furcht vor dem geheimen Verbündeten Mexikos, vor Japan, und man braucht nicht daran zu zweifeln, daß bei einer kriegerischen Aktion gegen Mexiko Japan sofort auf dem Plan erscheinen würde. Interessant aber ist, was der zitierte Artikel der „North-American Review" zu der mexikanischen Angelegenheit weiter äußert. „Wenn erst einmal", heißt es, „unsere heimische Regierungsform dort eingeführt ist, so würden die wunderbaren Hilfsquellen Mexikos eine unternehmungslustige Einwanderung herbeilocken, durch die nach einem Menschenalter die dauernde Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung verbürgt wäre. Außerdem würde dieser Zuwachs zu unserer nationalen Domäne uns näher an unseren großartigen Kanal bringen, und blickt man noch etwas weiter, so wird man es aus Staatsraison

vielleicht für ratsam finden, einen Zugang zum Kanal — durch ein über die dazwischenliegenden Staaten ausgeübtes Protektorat — auf dem Landweg zu haben." Deutlicher kann man nicht mehr sprechen. Wobei erwähnt sein mag, daß zwischen Mexiko und dem Panamakanal noch fünf bis jetzt selbständige Republiken liegen. All das hängt aber in seiner weiteren Bedeutung mit der aus dem Osten drohenden Gefahr zusammen, denn es erhellt ohne weiteres, von welcher Wichtigkeit im Falle eines Konfliktes mit Japan die Sicherung des Panamakanals ist. Hatte man auch mit Kuba und Portorico wichtige Stützpunkte zur Beherrschung der karaibischen See und damit zur Sicherung der östlichen Kanaleinfahrt gewonnen, so drängte schon das pan-amerikanische Ideal zu fortgesetzten Versuchen, Europa aus den westindischen Gewässern auszuschalten und die Inselkette der Antillen lückenlos zu beherrschen. Im Kriegsjahr 1917 wurden gegen einen Kaufpreis von 25 Millionen Dollar endlich die dänisch-westindischen Besitzungen erworben, und der Allgemeinheit ist es kaum bekannt geworden, daß seit 1915 auch die Insel Haiti von den Vereinigten Staaten militärisch besetzt ist. Der Negerrepublik Haiti hat man einen Scheinpräsidenten mit einem Scheinparlament gelassen, in San Domingo aber ist die einheimische Regierung unterdrückt und durch die amerikanische Militärverwaltung ersetzt worden. Der wahre Herr in beiden Negerrepubliken ist heute der amerikanische Admiral Knapp mit seinen Marinetruppen. Noch aber reiht sich in diese Kette ein fremdes Glied: das britische Jamaika, das nebst den paradiesischen Bahama-Inseln schon längst ein Ziel geheimer Wünsche war. Da brachten vor kurzem die Londoner „National News" die überraschende Meldung, daß Englands Kriegsschuld an Amerika (sie beläuft sich annähernd auf 4½ Milliarden Dollar) durch Abtretung der britisch-westindischen Besitzungen beglichen werden solle und daß Verhandlungen darüber bereits im Gange seien. Die Nachricht klingt unwahrscheinlich, denn es wäre das erste Mal, daß sich John Bull freiwillig einer überseeischen Besitzung entäußern würde, wahrscheinlich aber ist, daß die Vereinigten Staaten mit einem Vorschlag dieser Art an England herangetreten sind. Ist aber erst einmal England aus den amerikanischen Gewässern vertrieben, so wird der Tag nicht mehr fern sein, wo auch Frankreich und die Niederlande ihren westindischen Besitz werden räumen müssen. „Jeder Patriot," sagte Roosevelt einmal, „jeder Politiker in unserem Lande sieht verlangend dem Tag entgegen, wo keine einzige europäische Macht mehr ein Stückchen amerikanischen Bodens im Besitz haben wird," — und dieser fromme Wunsch nähert sich allgemach seiner Verwirklichung. Man sieht: ebenso rücksichtslos wie erfolgreich haben die Vereinigten Staaten über ein Jahrhundert lang daran gearbeitet, ihren territorialen Besitz zu erweitern, ihre Macht mehr und mehr auch auf entferntere und fernste Gebiete auszudehnen. Der imperialistische Geist hat die ganze Nation durchdrungen und dem amerikanischen Kongreß muß es allerdings ein unerträglicher Gedanke sein, daß diesem Siegeszug der amerikanischen Weltmachtidee ein landfremdes Gebilde wie der Völkerbund in die Zügel fallen solle.

Herbst.

Jüngst ging der Tod durchs Heimattal
Mit starrem Angesicht,
Er brach die rote Aster ab,
Die leuchtend stand im Licht.

Er strich mit nächt'ger Nebelhand,
Weit übern Wiesenplan,
Und leise glomm die Sterbeglut
Der Herbstzeitlose an.

Er schlug mit seiner harten Faust,
Der Malve in das Herz,
Da beugte sie ihr stolzes Haupt
Und knickte erdenwärts.

Er hauchte auf den Buchenwald
Als er vorüberkam,
Sein flammend heisses Purpurrot
Erlosch im letzten Gram.

M. Herbert.

Wie gewinnen wir die Unreligiösen zurück?[1]

Von Kirchenrat J. Schiller, Nürnberg.

Das ist die schwere Frage, mit der man sich seitens der Kirchen seit Jahren, seit Jahrzehnten beschäftigt, ohne daß wir der Lösung näher gekommen sind. Auch wir bilden uns nicht ein, den Stein der Weisen gefunden zu haben. Wohl aber drängt die kirchliche Not der Gegenwart ganz besonders dazu, sich immer wieder aufs neue in dieses Problem zu vertiefen. Vor allem gilt es, die Ursachen der religiösen und kirchlichen Entfremdung zu ergründen. Nur dann können wir hoffen, den tiefen Schaden langsam heilen zu können. Dabei dürfen wir das Wort nicht vergessen: „Viele sind berufen, wenige sind auserwählt." Von großen Erfolgen, welche weite Mengen umschließen, von vieltausendfältigen Früchten kann keine Rede sein. Diese hat es niemals gegeben, solche wird es niemals geben. Wir müssen uns mit einer Auslese zufrieden geben, mit einer Minderheit, welche den Rückweg zur Religion und Kirche finden wird, wenn man sie nur richtig zu leiten gelernt haben wird. Wer freilich mit Paul Göhre („der unbekannte Gott") die Ansicht vertritt, daß die Religion nichts weiter ist als eine bestimmte Art der Gesamtveranlagung des Menschen, welche durchaus nicht allen Menschen gemeinsam sei, sondern besondere Keime, Neigungen, Eigenschaften, Fähigkeiten, Anlagen, Dispositionen voraussetze, dessen Liebesmühe ist vergeblich. Die heiligen Schriften und vielhundertjährige Beobachtungen und Erfahrungen sagen das Gegenteil. Der religiöse Funke glimmt doch in jedem Menschen, die religiöse Ader, welche in Allen von Natur schlägt, darf doch nicht mit wissenschaftlichen, künstlerischen und anderen Veranlagungen verglichen und auf ein und dieselbe Stufe mit diesen gestellt werden. Gewiß wird der Gottesfunke bei den einen zur Flamme entzündet, während er bei anderen erstickt wird, wobei das Maß persönlicher Schuld und Verantwortug recht verschieden sein mag — aber von Natur eignet jedem etwas davon. Der Marburger Professor Rudolf Otto („Revolution und Kirche") unterscheidet drei Gruppen und Gründe moderner Religionslosigkeit. Bei der ersten liegt keine direkte Gegnerschaft gegen Religion und Kirche vor. Das moderne Wesen in Erwerb und Betrieb, in Gesellschafts- und Staatsleben, in Kultur und Verkehr, in Sitte und Recht rückte immer weiter weg von der Kirche und ihrem Einfluß, daß zuletzt die Religion völlig Schiffbruch litt. Eine zweite Gruppe verlor den Zusammenhang mit der Kirche durch die „Wissenschaft", durch moderne Weltanschauung und Weltbewertung. Wissen und Glauben bilden für diese solch unüberbrückbare Gegensätze, daß sie längst außerhalb des Schattens der Kirche zu leben sich gewöhnt haben. Eine dritte Gruppe, die zahlreichste, welche den heftigsten Widerstand allen kirchlichen Gewinnungsversuchen entgegensetzt, finden wir in der Arbeiterklasse, bei den „Proletariern". Diesen hat man so lange die Kirche als „Volksverdummungsanstalt" geschildert, bis sich dieses Vorurteil fest einnistete, unterstützt von der Anschauung, die Kirche als Staatsanstalt halte es ja doch bloß mit den Oberschichten, den Reichen und Kapitalisten, und habe gar kein Herz für die Interessen, für die Nöte und Sorgen des „kleinen Mannes", des Volkes.

Ferne sei es, die Kirchen von jeder Schuld an den verfahrenen Zuständen freisprechen zu wollen. Der religiöse Unglaube, die kirchliche Gleichgültigkeit sind nicht von heute, sie reichen zurück bis in das 18. Jahrhundert. Dortmals ist der böse Riß entstanden zwischen dem religiösen und dem weltlichen Geistesleben unseres Volkes. Sobald das religiöse Gepräge des abendländischen Lebens durch ein weltliches verdrängt ward, suchte man seine Zuflucht in pietistischen Sondergemeinschaften oder man schloß sich den rationalistischen neu aufstrebenden Geistesmächten an. Auch dann konnte es nicht besser werden, als eine idealistisch gerichtete deutsche Poesie und Philosophie die Führung des nationalen Geisteslebens übernahm. Zwar schien es, als ob die nationale Not, die Zeit eines Stein und Arndt eine nationale Wiedergeburt in Verbindung mit religiöser Neubelebung hervorbringen würde. Allein der verführerische Glanz der großen Natur zugleich mit den staunenswerten Fortschritten der Naturwissenschaften füllte fast ganz die deutsche Volksseele aus. Man vergaß über der Schöpfung den Schöpfer. Man nistete sich so

[1] Bei der Wichtigkeit dieser Frage für das gesamte Christentum werden die auf die Verhältnisse und Bedürfnisse der evangelischen Kirche im speziellen eingestellten Ausführungen des Herrn Verfassers auch in katholischen Kreisen verständnisvolles Interesse finden. D. Red.

fest auf der Erde ein, daß die übersinnliche Welt, die ewige Heimat, darüber vergessen ward. Wer nun aber von dem Weltkrieg sich eine Besserung versprach, mußte eine grausame Enttäuschung erleben. Der Abfall ist nicht kleiner, sondern größer geworden. Ja die Stimmen derjenigen mehren sich, welche bezüglich der Religion und Kirche sogar sehr düster in die Zukunft sehen.

Wie kann da geholfen werden? Recht verschieden sind die Rezepte, welche ersonnen, die Arzneien, welche gebraut werden, um unser Volk nach der religiösen Seite hin zu heilen. Was die gebildeten Kreise anlangt, so dünken uns die Vorschläge völlig verfehlt, welche darauf abzielen, einer vermeintlichen Wissenschaft möglichst viele Konzessionen zu machen auf Kosten ewig gültiger Wahrheiten. Nein, es geht nicht an, Grundprinzipien der christlichen Religion anzutasten und zu verflüchtigen. Man wähne doch ja nicht, für Religion und Kirche dadurch gewinnen zu können, daß man Geheimnisvolles möglichst mundgerecht macht, biblische Spitzen umbiegt, notwendige Forderungen einschränkt, den Eingang über Gebühr verbreitert. Die Pforte ist nun einmal eng, welche zum Heiligtum des Glaubens führt, und es wird einmal eine Zeit kommen, in der große Massen sich entschließen, den schmalen Weg zu betreten. Es bleibt dabei: „Der natürliche Geist vernimmt nichts vom Geiste Gottes; es ist ihm eine Torheit und er kann es nicht erkennen, denn es muß geistlich beurteilt werden", seelisch gemessen, von denen erfaßt, in den Willen übertragen werden. Die Beschränkung auf das rein Verstandesmäßige, das Intellektuelle richtet nichts aus. Daran kranken noch immer so viele. Der Irrtum Abaelards ist bis heute nicht ausgestorben. Damit huldigen wir in keiner Weise einem übertriebenen Konservatismus. Nein, unermüdlich gilt es weiter zu forschen und zu arbeiten, die historische Seite auszubauen, religiöse Weltanschauung und Ethik zu vertiefen, das moderne Geistesleben zu studieren, mit den Zeit- und Gegenwartsfragen sich zu beschäftigen, die neueste Kirchen-, Geistes- und Gesellschaftsgeschichte kennen zu lernen. Vielleicht kann auch da und dort berechtigten Wünschen inbezug auf Steigerung und Belebung des Gottesdienstes, sowie des religiösen Unterrichts- und Erziehungswesens Rechnung getragen werden, nicht zu vergessen die Pflege des christlichen Liedes, der religiösen Musik. Der moderne Mensch ist für all dies empfänglich, ja er schmachtet zum Teil danach.

Vor allem aber müssen wir uns um das eigentliche „Volk" noch viel mehr kümmern als dies bisher geschehen ist. Gegen den Willen zur Sozialreform ist alles Reden und Predigen unnütz. Vielseitigste und kräftigste Mitarbeit an der allgemeinen Lösung der sozialen Frage ist erste Pflicht. Darum geben wir Otto (pg. 277 f.) ganz und gar recht, wenn er ausführt: „Es ist sinnlos, zur Religion zu rufen, wenn der moderne Lebens- und Erwerbstrieb Männer und Frauen der Muße, der entlasteten Stunden, der Sonn- und Feiertage beraubt, ohne welche die Pflege des Gemütes nicht möglich, Religion und Andacht ein Unding ist, wenn ermatteter Leib und Geist in den freien Stunden naturgemäß nur zur nötigsten Erholung oder zum schnellen Genuß sich wenden. Dazu alle die Uebelstände verarmter Lebenshaltung: Kampf ums Dasein, Wohnungs- und Krankheitselend, gehemmtes Familien- und Gemeinschaftsleben, versagende Erziehung und mangelnde Kindespflege, Mechanisierung des Geisteslebens durch die Mechanik der Arbeit, Deklassierung und Brutalisierung des gesamten Daseins. Solange nicht die Massenarmut verschwindet, kann auch kein Freiwerden zu erhöhtem Geistesleben, keine Rückkehr zur Religion und zur kirchlichen Sitte gelingen."

Gerade die neueste Gegenwart mit ihrem Umschwung auf hundert Gebieten legt uns eine solche Fülle von Pflichten und Aufgaben auf, daß uns schwindlig werden könnte. Wir haben gar nichts dagegen zu erinnern, wenn z. B. zum erstenmal ein „Arbeiter" in die Generalsynode einberufen wird. Man hole sich nur auch weiterhin Vertreter der Arbeiterkreise in Kirchenvorstand und Kirchenverwaltung ein. Nur so kann das alte Mißtrauen gegen die Kirche verschwinden. Nur so kann das so notwendige Vertrauen zurückkehren. Vortrags- und Diskussionsabende sollten nirgends fehlen. Kirchen- und Schulbibliotheken können viel nützen. Der ganze Lehr- und Bildungsbetrieb bedarf erneuter Prüfung. Ueberall gilt es nach dem Rechten zu sehen. Der Unglaube hätte nicht solche Dimensionen angenommen, wenn wir es verstanden hätten, in die Seelen von jung und alt rechte Liebe, Anhänglichkeit und Treue zu Religion und Kirche einzupflanzen, wenn wir vor allem die Nachpflege der Erstkommunikanten nicht vernachlässigt hätten; denn in der Jugend muß der Grund gelegt werden. Ohne dauernde Pflege muß ja das religiöse Leben zugrunde gehen. Woher rühren denn die Erfolge der Sekten? Das enge, innige Zusammengehörigkeitsgefühl hält die Leute zusammen und bei ihrem göttlichen Meister fest. Von ihnen müssen wir lernen. Man hat ja jetzt damit begonnen, kleine, übersehbare Gemeinden zu bilden. Nur fahre man auch in dem Nachgehen der einzelnen Seelen mit Eifer fort. Von Nutzen ist das Anlegen einer Kartothek. Nur überlasse man die Einzelbesuche nicht anderen, auch nicht dem Kirchner, sondern man suche persönlich die Gemeindeglieder auf. Unter vielen Hunderten solcher Besuche habe ich auch nicht eine einzige üble Erfahrung gemacht, wohl aber zahllose angenehm berührende und wohltuende. Dabei führt mich der Weg sehr häufig in die armseligsten Quartiere, in Gäßchen und dunkle Höfe. Das Feld ist weiß und reif zur Ernte. Man braucht nur die Augen zu öffnen und die Hände zu rühren.

Die Trennung der Kirche vom Staate zwingt heute unsere Kirchen dazu, immer größere Selbständigkeit zu gewinnen. Dies gilt vornehmlich der protestantischen Kirche; denn die katholische war uns darin schon immer voran und überlegen. Der vormalige staatliche Schutz fällt jetzt dahin. Damit sind den Kirchen neue Wege gewiesen, die sie beschreiten müssen, sie mögen wollen oder nicht. Eine neue Zeit bricht an. Nutzen wir sie aus! Groß ist die Verantwortung, schwer sind die Gefahren. Der göttliche Geist wird das Seine dazu tun, uns beizustehen und „in alle Wahrheit zu leiten". Die Zeit des Christentums ist nicht vorüber, sondern sie liegt vor uns. Eine neue Epoche beginnt. Das Reich Gottes rückt in seiner Entwicklung auf Erden wieder einmal vorwärts.

Wirtschaftliche Schlußfolgerungen aus dem Kriege.

Von Hartwig Schübart, Salenstein (Thurgau).

Die große Gefahr, welche die andauernde Valutaentwertung der europäischen Festlandsstaaten, die an dem Krieg teilgenommen haben, nicht nur für diese allein bedeutet, sondern ebenso für England, die neutralen Staaten, und endlich auch Amerika, wird allgemein anerkannt, und damit mehrt sich auch die Zahl der Stimmen, die ein internationales Einschreiten fordern. Vor allem der Devisenstand der Zentralmächte erfordert Sanierung, nicht nur im Interesse dieser Länder allein, sondern der gesamten Handelsstaaten der Erde ohne jede Ausnahme. Es bedarf keines Hinweises, daß der absolut nötige Rohstoffimport diese Länder jetzt zu Ausgaben zwingt, die durch den als dumping wirkenden billigen Auslandabsatz nicht ausgeglichen werden können, und somit die Verschuldung mathematisch weiter steigern müssen — damit mindert sich progressiv die Aussicht der Sieger auf Wiedergutmachung ihrer Schäden, selbst wenn sie bis zum letzten Mittel greifen und alle deutschen Produktionsquellen für sich beschlagnahmen würden — die lediglich Ernährung der nun doch einmal nicht ersetzbaren deutschen Arbeiter würde die Ausbeute verschlingen, die eigenen Industrien aber und die der Neutralen werden bei der niedrigen Valuta umso stärker unter dem niedrigen Angebot der Zentralmächte zu leiden haben, je mehr das Entschädigungsinteresse eine volle Arbeit Deutschlands und Oesterreichs verlangt. Bei dem Beibehalten der jetzigen Verhältnisse ist der Staatsbankrott der Besiegten unausbleiblich — und er würde die gleiche Folge bei den Siegern des Festlandes erzwingen — auch England, das in seinen Kolonien noch unerschlossene Reichtümer zur Verfügung hat, bliebe nicht unberührt und würde zum mindesten an Konvertierungen zu denken haben, in Amerika aber würde das Einschränken der Exportmöglichkeiten die schwersten Wirtschaftskrisen hervorrufen müssen. Die Erde bildet nun einmal trotz getrennter und in sich abgeschlossener Wirtschaftsgebiete doch einen einheitlichen wirtschaftlichen Körper, und in einem Körper kann kein Glied dauernd abgeschnürt sein, ohne den gesamten Organismus zu beeinträchtigen, kein System kann durch Krankheit in seinen Funktionen behindert werden, ohne Krankheit des gesamten Komplexes herbeizuzwingen.

Wenn man aber auf Heilung bedacht sein will, muß man nicht nur mit den äußeren Symptomen und ihrer Gesundung rechnen, sondern man muß dem Grundübel auf die Spur gehen, den Krankheitserreger bekämpfen. Mit andern Worten, man kann nicht Valutaverbesserungsversuche anstellen, ohne die ganze

wirtschaftliche und finanzielle Lage von Grund aus zu heilen. Die Krankheit ist überall dieselbe, die wirklichen Volksvermögen, den roten Blutkörperchen vergleichbar, sind erschöpft, vermindert, auf ein Minimum zurückgegangen, die allgemein fälschlich als Vermögen bezeichneten umlaufenden Vermögens- und Geldsurrogate, die weißen Blutkörperchen, haben sich in erschreckender Weise vermehrt und sind zudem in krankhafter Weise ungleichmäßig verteilt. Europas kriegführende Mächte leiden an stärkster wirtschaftlicher Leukämie, und diese Krankheit wird, wenn nicht baldigst Heilung eintritt, auch die mit roten Blutkörpern anscheinend noch prall angefüllten Neutralen mit zum wirtschaftlichen Tode führen.

Hier ist die Erklärung nötig, was unter Volksvermögen zu verstehen ist. Es zeigen sich da drei Kategorien, zuerst der Besitz an wirtschaftlichen Verbrauchsgütern, an Rohstoffen für ihre Herstellung und an den für letztere nötigen Produktionsmitteln, dann zweitens der Besitz an Arbeitsenergie, in Menschenkraft und Naturenergie verkörpert, und endlich der Besitz an Währungsgeld, also an Gold. Hier möchte kurz der Hinweis am Platze sein, daß gerade die jetzige Entwicklung die Notwendigkeit eines möglichst stabilen Wertmessers und Tauschmittels, des Goldgeldes, zur Evidenz beweist, und die Theorien eines durch nichts kontrollierbaren und zu beschränkenden Freigeldes mindestens so lange ad absurdum führt, als die Erde nicht einen einzigen Wirtschaftsstaat mit einem einzigen Geld- bzw. Noteninstitut bildet. Als vierte Kategorie käme für staatliches Vermögen dann noch Auslandsbesitz in Frage.

Wenn ich von Deutschland exemplifiziere, — mutatis mutandis wird man ähnliche Rechnungen überall anstellen können — so wurde sein Volksvermögen vor dem Kriege auf 350 Milliarden geschätzt. Der reine Goldanteil dieser Summe war nur auf rund 6 Milliarden zu beziffern. Von diesem Vermögen sind nun durch den Krieg fortgefallen alle Auslandswerte, ein großer Teil der Bodenwerte in Elsaß-Lothringen und im Osten; der gesamte Stock der aus dem Ausland stammenden Güter ist restlos und ohne Ersatz verbraucht, Vorräte eigener Erzeugnisse sind zu großem Teil ebenfalls ersatzlos aufgebraucht, die Rohstoffe vermindert ohne Gegenwert, die Produktionsmittel abgenutzt, die Handelsflotte ausgeliefert — kurz, das deutsche Volksvermögen wird unter Zugrundelegung der Goldwährung heute keinesfalls mehr als $^1/_4$ des früheren, also gegen 90 Milliarden betragen; eine annähernd genaue Schätzung ist mir natürlich unmöglich. Von diesen restlichen 90 Milliarden, um mit dieser Zahl einmal zu rechnen, fällt durch die veränderten Verhältnisse ein sehr großer Teil für die internationale Beteiligung als totes Kapital aus, nämlich ein recht hoher Prozentsatz der in den verschiedensten Baulichkeiten investierten Vermögenswerte. Das sind die roten Blutkörper Deutschlands. Vor dem Krieg nun betrug die Reichsschuld noch nicht $1^1/_2$% des Nationalvermögens, die Noten der Notenbanken haben sich kaum über die Gesamtausgabe von 3 Milliarden, also noch nicht 1% des Vermögens erhoben. Heute würde die Reichsschuld in Goldwährung etwa das Dreifache des noch vorhandenen Vermögens, — der Notenumlauf würde, in Gold gedeckt, etwa das Doppelte des Restvermögens betragen. Das sind die weißen Blutkörper. Nun steht diesem absolut erschöpften und kranken Organismus nur ein ebenfalls erschöpfter und verminderter Arbeitswille zur Verfügung — vermindert durch die direkten Verluste gerade der Arbeitskräftigsten, erschöpft durch physische wie moralische Schwächung der Arbeitskraft als Folge des Hungerns! —

Wenn nun mit Ausnahme Oesterreichs, das in noch schlimmerer Lage ist, Deutschland auch im vorgeschrittensten Krankheitsstadium sich befindet: ein viel erfreulicheres Bild ergibt auch eine Diagnose bei Frankreich, Italien und Belgien nicht, zumal ihre Zukunftswechsel auf die Besiegten absolut uneinlösbar sind, sofern diese nicht selbst gesunden.

Aus dieser kurzen Betrachtung zeigt sich, daß es für diese Gesundung nur ein Mittel gibt: gewaltsame Entschuldung! Und diese ist an sich gar nicht so schwer, da für alle diese unsinnig gesteigerten Staatsschulden Zertifikate — Werttitel der verschiedensten Art — in den Verkehr geworfen sind. Diese müssen zuerst verschwinden; damit wird dann auch weiter die unfaßbare Unlogik aufhören können, daß bei einem tatsächlich verringerten Vermögen der Verkehr, das tägliche Leben, nominell enorme Beträge an Geldsurrogaten benötigen. Augenblicklich zwingen schon die Staatsbudgets zu einer solchen Umlaufsquote — sind diese erst einmal um die Schuldzinsen erleichtert, so wird es möglich sein, die Notenzirkulation zu verringern, dem Geld seinen Wert zurückzugeben, eine angemessenere Relation zwischen Ware und Preis herzustellen, und dann auch die Arbeitslöhne zu reduzieren, die Fabrikation zu verbilligen trotz besserer Lebenshaltung des Arbeiters.

Noch eine weitere Betrachtung führt auf die Notwendigkeit annähernder Herstellung des früheren Geldwertes: das Verhältnis der aus der Vorkriegszeit stammenden Werttitel zur jetzigen Kaufkraft des Geldes. Denken wir an das tägliche Leben — an Hypotheken zum Beispiel. In unzähligen Fällen hat erst die Hypothek den Bau des Hauses, die Melioration des Landgutes, den Betrieb des Fabrikunternehmens ermöglicht. In gleicher Weise ist es da unlogisch und ungerecht, daß der Preissteigerung folgend das beliehene Objekt nominell im Wert verdoppelt oder verdreifacht sein soll, während der eigentliche Lebensspender, die Beleihung, an dieser Steigerung nicht teilnimmt, bei Beibehaltung des nominellen Wertes an innerer Kaufkraft entsprechend abnimmt, und durch den gleichen Zahlbetrag eines minderwertig gewordenen Geldes abgelöst werden kann.

Selbstverständlich kann nicht eine lediglich Wertloserklärung dieser staatlichen Kriegsschuldtitel eintreten, wie es etwa Napoleon I. mit den Assignaten machen konnte, das wäre Staatsbankrott, der gerade vermieden werden soll. Zudem würden außerpolitische Einsprüche ein solches Vorgehen verbieten, innerpolitische Rücksichten auf die große Zahl kleiner Besitzer, die in schwerer Zeit ihre Notgroschen dem Vaterlande zur Verfügung stellten, es unmöglich machen. Aber in jedem Lande ist ja eine Vermehrung der Vermögenstitel um diese Summen eingetreten: Abgaben aller Besitzenden in Gesamthöhe der Kriegsausgaben werden erhoben werden und zu ihrer Einlösung Verwendung finden müssen. Dabei werden speziell bei Deutschland die Vorschläge des „Reichsnotopfers" nicht genügen, es wird sich kaum umgehen lassen, für diese **einmalige Abgabe** überhaupt eine Maximalgrenze aufzustellen für die Einzelvermögen, deren weitere Vermehrung dann aber prinzipiell wieder unbeschränkt bleiben müßte. Auch die Art des Einziehens dieser Abgaben wird eine stark mannigfaltige sein müssen; bei vielen Betrieben wird sie nur in Form einer staatlichen Beteiligung erfolgen können, um denselben nicht das erforderliche Betriebskapital zu entziehen. Es dürfte dann dem Steuerfiskus möglich sein, diese Beteiligungen event. an andere Interessenten allmählich abzustoßen, und den Erlös zur Einlösung der Kriegsschulden zu verwenden. Nebenbei bemerkt, dürfte diese Form einer „staatlichen Beteiligung" die einzige Form einer „Sozialisierung" darstellen, die nicht durch Beeinträchtigung der Unternehmerinitiative die wirtschaftliche Produktivität hemmen müßte. Aber es kann sich in dieser Art nicht darum handeln, die Straße zu bauen, nur Ziel und Richtung können angegeben werden.

Zweifellos ist schon viel kostbare Zeit verflossen und besonders für Deutschland ist diese Maßnahme dadurch erschwert, daß seit Friedensschluß viele seiner Vermögenswerte in das neutrale Ausland, besonders nach der Schweiz, abgewandert sind. Da wird es also der Beihilfe der Neutralen bedürfen, um wenigstens einen Teil dieser Werte noch zu erfassen — etwa in der Richtung, daß zeitlich ein scharfer Schnitt gemacht wird. Die Deutschen, die **vor** dem Waffenstillstand in neutralem Ausland sich Niederlassungsrecht erwarben, wären etwa vermögensrechtlich den Bürgern ihres neuen Wohnsitzes gleich zu stellen, während die später Eingewanderten, bei denen wohl ohne Ausnahme lediglich Vermögensflucht der Grund des Wohnsitzwechsels sein dürfte, gerechterweise den steuerlichen Forderungen ihrer Heimat zu unterstellen wären, unter staatlicher Beihilfe des neutralen Landes und unter Aufhebung der Schweigepflicht der Banken. Wollen diese unter den veränderten Verhältnissen wieder nach Deutschland zurückkehren, so wird das betreffende neutrale Land ihren Wiederabzug kaum bedauern.

Natürlich wird auch durch eine solche Maßnahme der alte Kaufwert des Geldes nicht ganz wieder hergestellt, wird es überhaupt wohl nie können. Aber er wird gehoben, soweit als möglich, und mit diesem Heben kann dann die Parität der Valuta umso eher verbunden werden, als der größte Teil Europas sich solchen Maßnahmen unterziehen muß.

Es soll nicht verkannt werden, daß mit einer dann erfolgenden Paritätsnormierung für die neutralen Staaten ein positiver Verlust im Augenblick verbunden wäre, da der tatsächliche Vorteil dieser Staaten, über eine doch noch angemessenere Deckung ihrer Umlaufmittel durch Gold und Warenvorräte verfügen zu können, im Augenblick nicht genügend berücksichtigt werden würde. Aber es steht zur Frage, ob dieser anscheinende Verlust nicht voll aus-

geglichen würde durch die dann wieder gesunderen Handelsverhältnisse, durch Import- und Exportmöglichkeit unter gleichmäßigen stabilen Bedingungen ohne Unterbietungen oder Ausfuhrbeschränkungen, durch die Möglichkeit gesunder industrieller Betätigung nach natürlichen Bedingungen. Ich möchte diesen Ausgleich als vorliegend annehmen.

Sicher dürfte es sein, daß dasjenige Land am schnellsten einer inneren Gesundung, einer Abwehr auch anarchistischer Bestrebungen, zugeführt wird, an dem sich der besitzende Teil der Bevölkerung am ehesten zu den ihm zugemuteten Opfern entschließen kann. Aber ebenso sicher möchte es scheinen, daß eben nur durch solche Opfer der Besitz selber erhalten bleiben kann.

Sonnen- und Luftbadparks.

Von Martin Mayr, München.

Der Münchener Nervenarzt Dr. Paul Litzmann hat unlängst in zwei Aufsätzen in den „Münchener Neuesten Nachrichten" die Ansicht vertreten, daß die Luft- und Sonnenbäder noch lange nicht in einer ihrer Bedeutung als Gesundheitsbringer entsprechenden Weise in den Dienst der erholungsbedürftigen Großstadt gestellt seien. Dem sei durch ausgedehnte Luft- und Sonnenbadparks zu begegnen. Am 26. Sept. wurde nun in München zur Erreichung dieses Zwecks ein besonderer Bund geschlossen, wobei besonders betont wurde, daß es sich nicht um einen Verein für Nacktkultur handeln solle. Der lapidare Satz des Berichts der oben genannten Zeitung: „Hindernisse wie finanzielle Schwierigkeiten, Platzfrage, sittliche Bedenken, Gleichgültigkeit müssen überwunden werden" läßt eine verhängnisvolle Unterschätzung der sittlichen Seite der Angelegenheit befürchten. Die Bewegung macht sich auch anderwärts bemerkbar und soll in Bayreuth, Würzburg und Schweinfurt schon greifbare Form angenommen haben. D. Red.

Auch Zeiten des Zusammenbruchs, wie sie eben unser Deutschland durchtrauert, haben ihre Wahrzeichen: Das Heer der ewigen Rater, der Weltverbesserer. Wäre der Erfolg nur bruchteils so laut wie die nachgerade unregistrierbaren politischen, wirtschaftlichen und anderen Rezepte, dann gäbs schon morgen nicht mehr Kohlennot, Kriegssteuer und schwindsüchtige Valuta.

Auch medizinische Herolde erscheinen auf dem lebhaften Plan. So machte jüngst ein Münchener Nervenarzt in den Spalten der verbreitetsten süddeutschen Tageszeitung von sich reden. Ihn erbarmt des Volkes, namentlich unserer heranwachsenden Jugend, „deren freudenbares Los Arbeit, Arbeit und wieder Arbeit ist". (!)

Freilich fehlt ein leiser Stich ins Komische nicht, wenn der Volksfreund das kommende Heil des „ausgehungerten, nervenzermürbten Volkes" in der Luft und Sonne erblickt. Nach einem dunklen Bild der Gesundheitsstörungen durch den Krieg sowie einseitigen blendenden Seligpreisungen der Allmacht des Lichts, der Luft und der Sonne kommt unter dieses Aggregat der Strich, das kategorische Resultat, der Vorschlag bzw. „die Forderung des Arztes und Menschen an den Staat", man solle die großen Gärten unserer Stadt, den Englischen Garten, Teile des Isartals, den Nymphenburger Park auflassen, und so der ausgehungerten Menschheit Gelegenheit bieten, „im porösen Badeanzug oder durchlässigen Lufthemd" bzw. „völlig entkleidet" freiluftspazierend zu lustwandeln. Auch dem Gedanken an andere Plätze der Stadt ist man nicht abhold, z. B. Park des Prinz Ludwig Palais in der Galeriestraße, Sportplatz südlich des Ungererbades, Luitpoldspielplatz, Hirschgarten, Aumeistergegend, Forstenriederpark, alter botanischer Garten.

Ganz abgesehen davon, daß das schon arg verblaßte Renommee der Kunst-, Kultur-, Intelligenz- und Gemütlichkeitsstadt München nicht gewänne, wenn auf diese Weise 80% ihres Flächeninhalts nur Kinobuden, Rationierungsbureaus und Sonnenparks dienen, und wenn ihre glücklichen Söhne und Töchter als gebräunte selige Geister in elysischen Gefilden schier alles Irdischen entkleidet umherliegen, trippeln und flanieren, sind unter ärztlichen und anderen geradeso wichtigen Gesichtspunkten wesentliche Erinnerungen zu erheben.

Extreme berühren sich. Gestern Wasserfanatismus, heute Luft- und Sonnenkult. Es bedeutet wenigstens eine unbewußte Täuschung der Menge, wenn in dem ersten, in sich abgeschlossenen, programmatischen Aufruf für „Luft- und Sonnenbadparks" bloß von den Segnungen dieser Art der Körperpflege die Rede ist. Allzuviel ist ungesund. Grundgesetz bei Arznei- und Kurgebrauch! Im Wassertropfen und Sonnenstrahl glüht nicht bloß neues Leben, sondern auch der alte Tod!

Den reinigenden, stoffwechselfördernden, bakterientötenden Wirkungen des Sonnenlichts stehen nicht unbedenkliche negative Posten gegenüber. Es ist eine selbst unter Laien geläufige Tatsache, daß Herzleidenden, Lungenkranken, Patienten mit Verkalkungserscheinungen oder überhaupt mit hohem und höchstem Blutdruck solche starke Kuren entschieden zu widerraten sind. Auch Gesunde mit halbwegs normalen Organen können durch Unzweckmäßigkeiten und Uebermaß, die beim empfohlenen Massen- und Herdenbetrieb nie ausbleiben, Schädigungen sich holen, die unter Umständen tötlich verlaufen. Die Anregung in einem erst späteren zweiten Aufruf, welche Gesunde warnt, Leidenden aber zur Auflage macht, erst einen Arzt zu konsultieren, „der sich mit Heliotherapie beschäftigt", gestaltet von vorneherein den ganzen Versuch so kompliziert und praktisch so schwer durchführbar, daß das so krampfhaft angestrebte Unternehmen wegen der unabsehbaren, unmittelbar möglichen Schädigungen schon vom ärztlichen Standpunkt aus kaum mehr als allgemeine, öffentliche, „segensvollste" Einrichtung zur Hebung der Volksgesundheit angesprochen und empfohlen werden kann.

Nicht weniger gering sind die Erkältungsmöglichkeiten des angepriesenen Freiluftbades, d. h. „des langen, völlig entkleideten Verweilens im Schattenlicht" des Luftbadparkes im „Englischen Garten" oder „in Teilen des Isartals" usw. Zur Güte eines regulären Werbe- und Reklamezettels sinkt der Aufruf herab durch den Hinweis auf die kosmetische Wirkung von Luft und Sonne, deren „Kenntnis unsere Frauenwelt schnell in die Arme der Heliotherapie treiben wird". Diese ungalante Spekulation auf die stärkste weibliche Schwäche, auf die Eitelkeit, wird ja ihre Köderzwecke nicht verfehlen, bleibt aber nichtsdestoweniger zweifelhaft, lächerlich und der sonst so ernst klingenden Tendenzen des ärztlichen Aufrufes unwürdig. Weckt der Sonnenstrahl wirklich die in Aussicht gestellten kosmetischen Wunder, dann überrascht uns um so mehr der müde, dürre, nur mühsam verpuderte Senilismus im Gesichte unserer modernen jungen Welt, also in jenem Körperteil, der selbst bei den beunruhigendsten Modetorheiten dem Licht, der Luft und der Sonne immer ausgesetzt ist!

Hinter den Werbeblättern für Hebung der Volksgesundheit durch porösen Badeanzug und durchlässiges Lufthemd, durch Licht, Luft und Sonne steigt eine hämisch grinsende Mephistofratze herauf. Die ganze Sonnenbad- und Luftnacktkultbewegung ist eine laute, lärmende Sisyphusarbeit am kranken Körper unseres Volkes. Man seiht Mücken und verschluckt Elephanten.

Angenommen nämlich, was aber die Erfahrung und kühlste Berechnung nicht gelten läßt, den Sonnen- und Luftbadparks wären wirklich die aufgeschminkten Vorzüge für Leib und Seele ohne Einschränkung eigen, dann wäre der Gesamteffekt immer noch Null. Ich denke gar nicht an das Gespenst der Unterernährung, obwohl die primitivste Empirie dartut, daß Mangel an Nahrung nie durch Bäder ersetzt wird, und daß weder die würzigste Luft noch die weichste, gefeiertste Nachmittagssonne leere Mägen und hohle Backen füllt. Viel schlimmer sind jene Unzweckmäßigkeiten, Gewalttätigkeiten und Verbrechen am einzelnen Organismus wie am großen süchtigen Volkskörper, welche unbehindert oder unbeachtet oder selbst unter den Augen des lächelnden Aeskulap die Schichten des Volkes durchfressen von ganz oben bis ganz hinunter. Kein noch so splitternackter Luft- und Sonnenfanatismus rettet unsere Nikotiniker, heilt Morphinisten, kommt auf gegen den Fluch des Neomalthusianismus, gleicht die Schäden des Abortus aus, der manchmal, amtlich nachgewiesenermaßen, ohne jede klinische Notwendigkeit ärztlicherseits praktiziert wird. Es berührt mehr als peinlich, wenn jetzt die Luft- und Sonnenbadparks mit barmherzig generösem Nachdruck gerade auch als Dankespflicht gegen die Kriegsinvaliden postuliert werden, denen man vor einem Jahre noch in den Etappen, draußen im Felde, amtliche Unterweisung zum rationellen Gebrauch der Antikonzeptionsmittel erteilte, welche man so der Ausschweifung in die Arme trieb. Man verbindet kleine Finger und schlägt Köpfe ab. Hundert Jahre fleißigsten, verständnisinnigsten Gebrauches radikalster, gründlichster Sonnenbäder können das Unheil nicht beschwören, das die Syphilis in einem Tage über die Kulturvölker spritzt, seitdem den jungen und alten Schwerenötern und Schwerenöterinnen das Sündigen ohne unangenehmes Risiko durch Präservativmittel so leicht gemacht wird. Dieser circulus vitiosus ist vielleicht einer der häßlichsten aller Kulturgeschichte.

Die gräßlichste Ironie und der blutigste Hohn, die katastrophalste Tatsache liegt aber in etwas ganz anderem. Dreifach sei die untrügliche unausbleibliche Möglichkeit und totsichere Wirklichkeit unterstrichen, daß durch die Luft- und Sonnenbäder in der geforderten Gestalt das hygienische Unglück, dem dadurch gesteuert werden soll, nur gesteigert wird, daß durch die Halbnackt- und Nacktkultur mit ihren tausendfachen stimulierenden Nebenerscheinungen, dem Nervenkitzel und dem Geschlechtsreiz die Sonnenbadparks unser Englischer Garten und herrliches Isartal zu Hochbrutstätten der Geschlechtskrankheiten auswachsen.

Damit ist der grundsätzlichste Punkt der Frage gestreift, damit treten wir auf einen Standpunkt, der über dem hygienischen steht, den moralischen.

Der materialistisch-monistisch ungläubige Philanthropismus unserer Tage muß daran erinnert werden, daß es einen Dualismus gibt, der nicht bloß den Strich zieht zwischen Mensch und Gott, sondern auch im Mikrokosmus des einzelnen Menschen Himmel und Erde scheidet: Geist und Stoff. Diesem Dualismus huldigt das positive Christentum und darnach wertet seine Moral diese beiden Faktoren des Menschen. Sie verachtet keinen, sie gibt dem Leib das Recht zu leben, ja die Pflicht zu leben, das Leben in Unterordnung unter das höchste Ziel des Daseins zu pflegen, zu erhalten, angenehm zu gestalten. Aber bei aller vernünftigen Leibeskultur, welche den Sport nicht ausschließt, die Kasteiung ablehnt, die Weltverneinung verurteilt, den Selbstmord verdammt, vergißt sie doch nicht den Vortritt des andern Prinzips, der geistigen Seele, das Moralgesetz, das Naturgesetz, und das Wort ihres Meisters: „... Was nützt es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewinnt, an seiner Seele aber Schaden leidet" ... „Wenn dich dein Auge ärgert, dann reiß es aus; es ist besser eines Auges in den Himmel einzugehen, als zwei Augen zu haben und verdammt zu

werden." Sie stellt den Geist über den Stoff, die Pflicht über die Lust, das Opfer über die Sünde, ja das Glück des unverletzten, unbesudelten Gewissens über den leiblichen Tod.

Dieser Konflikt zwischen Leib und Seele, Materialismus und Spiritualismus, Geist und Fleisch nimmt gerade in unserer Frage sein widrigstes Karnat an.

Sonderbar, daß Leute, bei welchen man dank ihrer Studien und beruflichen Erfahrung in diesem Punkte schärfere Pupillen sucht, hier alle Sehkraft verläßt und daß gerade Aerzte, welche die Winkelzügigkeit nervös überreizter Menschen, die Sophismen schreiender Triebe täglich beobachten können, hier die Opfer eines unbegreiflichen Optimismus werden können. Ein Nervenarzt träumt: „... Dann wird der Luft- und Sonnenpark eine unerschöpfliche Quelle allerwertvollster Volkserholung und moralischer Veredlung. ..." Nein! Unser Volk hat wahrlich bis jetzt in seinen neuesten Familienbädern in der Würm, der Isar usw., bei seinen nackten Orgien in den Bergen noch nicht den Beweis dafür erbracht, daß es die sittliche Probe gemeinsamer Gärten zu obigen Zwecken bestehen könnte. Unser irregeleitetes, blutleeres, schwächliches Gesundheitsproletariat wird mit der letzten Kraft aufflackernden Genußwillens sich in diese Gärten schleppen und zusammenbrechen. Die Freiluft ist für seinen kaum lebensfähigen moralischen Organismus zu stark und in der Sonne dieser Bäder wird seine letzte Kraft und Scham verbrennen. Nicht der „Hunger nach Luft, Licht und Sonne" ist es, der den geplanten Parks so laut zujauchzt, sondern der wilde Hunger nach dem heißen Leben!

Darum soll der Verfasser obigen Aufrufs sich um Gotteswillen nicht gar soviel darauf zugute tun, wenn „eine Flut von begeisterten Zustimmungserklärungen" ihm ins Zimmer läuft. Sollte es einem Menschenkenner wirklich entgehen, daß der Beifallslärm weniger der ärztlichen Absicht gilt, als vielmehr der Möglichkeit, unter dem Deckmantel der Hygiene, des Sportes, der Körperpflege, des „Schönheitskultes" die letzten Fesseln zu sprengen und die untersten Hüllen abzuwerfen?

Soll an der besten ärztlichen Absicht auch nicht gezweifelt werden, so bleibt doch der Zorn gegen die altmodischen Bäder, „in denen Männlein und Weiblein sittsam getrennt sind" usw., sowie das schwere Schnaufen beim Entschluß, die Gärten, „wenn es denn durchaus sein muß", abzuschließen, und manches andere ein großes medizinisches Rätsel. Uns Laien ist der tiefere Grund vorbehalten, warum die ultravioletten Strahlen der Sonne auf die Haut, auf die Stoffwechselförderung und Bakterien weniger wirken sollen, wenn die Geschlechter getrennt sind.

Hinter all diesen Fragezeichen steht noch ein unausradierbares, das praktische: Die Möglichkeit der äußerlich aufrecht zu erhaltenden Ordnung, die Kleideraufbewahrung, die bescheidenste Sicherheit des Eigentums, der Kleider, der Schmucksachen in unserer Zeit der Einbrüche, Unterschlagungen und raffiniertesten Diebstähle, ein entsprechendes Sonnenbadparkpersonal. Das alles vergessen die Propagandisten der Zukunftsallerweltkultur, wenn sie meinen, „umsonst, ohne einen Pfennig Ausgabe könnte der Staat die außerordentlichen Energiequellen der Sonne der Volksgesundheit zuführen". Wer garantiert aber bei dem Mangel an Selbstbeherrschung, Disziplin und Autoritätsgeist unserer Tage für jene Art des hygienischen Gebrauches des Massenbades, welche ärztlich geurteilt, wirklich mehr nützt als schadet? Wer überwacht die öffentliche Sittlichkeit dieser heiligen Haine? Wer ist kompetent, Ungehörigkeiten auszuschalten? Welche Mittel stehen zu Gebote zum Kampf gegen Schamlosigkeiten, Schmutz und Exzesse? Wer steht dafür ein, daß die „Sandbänke" nicht zu wilden Arenen der fünf Sinne werden? Der Vorschlag, „in den ersten Zeiten der Eröffnung vor freiwilligen Zuhörern gute, gemeinverständliche, aufklärende Vorträge über naturwissenschaftliche und künstlerische Themen zu halten, klassisch schöne gymnastische Turn- und rhythmische Bewegungsspiele Jugendlicher zu veranstalten, ... durch äußeren Eindruck zu vornehmem Anstand einzuladen, ... durch zeitweilige Artikel in Zeitungen über Hochhaltung der sittlichen Grundsätze im Luft- und Sonnenpark" ist theoretisch blaßgrün, lebensfremd, mondhaft wirklichkeitsfern, und angesichts unserer pädagogischen Erfahrungen der Revolution zwerghaft lächerlich. Die Wirklichkeit nimmt sich anders aus. Es gibt hier wieder Putsche. Das moralische Proletariat, das allen gesetzlichen Handhaben und Versuchen gegenüber bis jetzt schon immer ziemlich siegreich blieb, wird auch diesmal auf seinem Recht mit Nachdruck bestehen und verlangen, das Freudenmahl ganz zu genießen, das man so fürstlich und verlockend gedeckt!

Das Gesamtresultat unserer Erwägungen stellt sich folgendermaßen dar: Der hygienische Ertrag bedeutet keine befriedigende Ernte. Das Bild der Segnungen der Luft- und Sonnenparks aus der Feder des Münchener Nervenarztes erinnert an die idealen Mondlandschaften astronomischer Kompendien, von denen man das eine gewiß weiß, daß sie in Wirklichkeit anders sind. Wäre aber auch ein hygienischer größerer Erfolg garantiert, dann scheiterte das Werk an den sittlichen Grundsätzen. Man vertreibt den Teufel nicht durch Beelzebub. Der moralische Ruin und Hand in Hand damit der physische Abbau läßt sich nicht übersehen.

Vor mehreren Jahrzehnten formte die phantastische Hand eines schwärmerischen leidenschaftlichen Sozialpolitikers das sinnenverwirrende Bild des Zukunftsstaates. Heute liegen unter den Trümmern des Schlaraffengötzen ganze Völker, die vor ihm die Kappe zogen und den Tanz um ihn aufgeführt.

Hütet euch vor seinem Bruder! Zieht die Sandalen und die Kleider vor ihm nicht aus, vor dem Gesundheitszukunftsstaat, alias Luft- und Sonnenbad, vulgo Nacktkultur!

„Ehrengabe deutscher Wissenschaft".

Eine Festschrift anläßlich des 50. Geburtstages des Prinzen Johann Georg von Sachsen.

Von Päpstl. Geh. Kämmerer, Prinzl. Hofkaplan Msgr. Feßler Dresden.

„Um einen Ehrenkranz dem hohen Jubilar zu winden, haben sich deutsche Gelehrte aller Gaue und aller Disziplinen vereint. Sie wollen aus ihrem Fachgebiet einen Strauß dem um Kunst und Wissenschaft hochverdienten Fürsten bieten." So sagt das Vorwort zu dem bedeutsamen Werke, dessen Manuskriptband am Geburtstage (10. Juli d. J.) dem Prinzen überreicht werden konnte, und ein Blick in das vielseitige Inhaltsverzeichnis belehrt uns, daß wirklich von überallher die wertvollen Beiträge zusammengeflossen sind zu einer sinnigen Gabe dankbarer, verehrungsvoller Anhänglichkeit einem edlen Fürsten gegenüber.

50 Originalarbeiten bedeutendster, führender Geister des kath. Lebens zählen wir in dem mit aller Sorgfalt in Verbindung mit einem Schriftausschuß von Schreiber dieses zusammengestellten Werke, welches voraussichtlich noch vor Weihnachten im Verlag von Herder-Freiburg Br. erscheinen wird. Es gliedert sich ungezwungen in 5 Abteilungen und zwar Religion und Kirche (19 Beiträge), Kunst (12), Literatur (5), Geschichte (9), Verschiedenes (5). Als Verfasser führt es nicht weniger als 7 Kirchenfürsten an und zwar Kard.-Erzbischof v. Hartmann (Der Königsthron Jesu Christi), Erzbischof Dr. v. Faulhaber (Das Protoevangelium und die Weltgeschichte), Fürstbischof Dr. Bertram (Ein Stimmungsbild vom Firmungstag: Wenn die Schleier fallen), Bischof Dr. v. Keppler (Um die Seele unseres Volkes), Bischof Dr. Löbmann (Das Gewissen und seine Pflege), Bischof Hennemann, Apost. Vikar von Kamerun (Die religiösen Vorstellungen der heidnischen Bewohner von Südkamerun), Abt Herwegen von Maria Laach (Das Königtum Christi in der Liturgie). Von den anderen Autoren entfallen auf die Universitätsstädte: Berlin 1, Bonn 5, Breslau 7, Köln 1, Freiburg Br. 2, Freiburg Schw. 1, München 4, Münster Wstf. 1, Wien 2, Würzburg 2 Mitarbeiter. — In Berlin ist es Staatsbibliothekar Dr. Schnütgen, welcher den Aufsatz beisteuert: Ein Kölner Nuntius der Aufklärungszeit und die rheinischen Kurfürsten und Bischöfe; aus Bonn beteiligten sich Prof. Cardauns (Die Entdeckung des Verfassers des Febronius), Geh. Rat Prof. Dr. Dyroff (Kleine Dante-Fruchtschale), Guardian Pater Lemmens (Die Heidenmissionen des Ostens im Spätmittelalter), Prof. Dr. Neuß (Michelangelos Schönheitsideal), Prof. Dr. Rademacher (Die wissenschaftlichen Aufgaben des Katholizismus und die Görresgesellschaft); aus Breslauer Gelehrtenkreisen sind vertreten: Geheimrat Prof. Dr. Baumgartner (Kant und die Gottesbeweise), Privatdozent Dr. Haase (Christlich-orientalische Handschriftenkataloge), Domkapitular Prof. Dr. Nikel (Das Alte Testament und der Völkerfriede), Prälat Prof. Dr. Pohle (Aufgaben und Ziele der Dogmatik der Gegenwart), Prof. Dr. Rücker (Ueber Altartafeln im Koptischen und den übrigen Riten des Orients), Prälat Wilpert (Die Verurteilung Christi durch Pilatus auf den altchristlichen Sarkophagskulpturen), Prof. Dr. Wittig (Leben, Lebensweisheit und Lebenskunde des hl. Metropoliten Basilius des Großen von Caesarea). Von Köln kommt der Beitrag: Die Anfänge der Altarretabeln in Deutschland, eine archäologisch-kunstgeschichtliche Studie von Dr. Witte, Direktor des Schnütgen-Museums; Freiburg-Baden ist vertreten durch die Aufsätze von Prof. Dr. E. Krebs (Erlebnis und Allegorie in Dantes Commedia) und Prof. Dr. Sauer (Die spätmittelalterlichen Kreuzigungsdarstellungen). Aus Freiburg-Schweiz ist es Prälat Prof. Dr. Kirsch, welcher über Die Märthyrer der Katakombe ad duas lauros in Rom schreibt. Von München sind Abhandlungen von Geheimen Rat Prof. Dr. v. Grauert (Das Schulterkreuz der Helden), Prof. P. Grisar SJ. (Ein untergeschobener Bericht über Luther als Tonsetzer- und Stammgast), P. Kreitmaier SJ. (Theologische Grundbegriffe der kirchlichen Kunst), und Prof. Muth (Goethe und die bildenden Künste) im Werke vertreten. Prof. Dr. Karge — Münster bearbeitet das Thema: Durch die libysche Wüste zur großen Oase. Die Hofräte Prof. Dr. Neuwirth und Prälat Prof. Dr. Swoboda aus Wien berichten über künstlerische Beziehungen Nordböhmens zum anstoßenden deutschen Nachbargebiet, bezw. zur Concordanz des griechischen und lateinischen Ritus. Die Würzburger Alma Mater ist vertreten durch Prof. Dr. Drerup (Die Götterschlacht in der Ilias), und Prälat Prof. Dr. Zahn (Taulers Mystik und ihre Stellung zur Kirche). Außerdem lesen wir aus Aachen die Namen Prälat Fels (Anbetung Gottes und Weltfrieden), Stiftspropst Dr. Kaufmann (Vom Talisman Karls d. Gr. und der Vergrabung anderer Stücke des Aachener Münsterschatzes i. J. 1804), General-Sekretär Dr. Louis (Das deutsche kath. Missionswesen der letzten Jahrzehnte). P. Sebastian v. Oer aus Beuron stellt Jugenderinnerungen aus Hosterwitz zur Verfügung. Aus Koblenz hören wir von Prälat Dr. Ebses von: Ein Brief des Bischofs Julius Pflug von Naumburg an Johann v. d. Leyen, Kurfürst-Erzbischof von Trier. In Dresden sind es außer dem Herausgeber des Werkes, welcher eine Abhandlung über: Die wissenschaftliche Befähigung für die Amtsführung des Klerus nach dem neuen Codex juris can. gibt, Direktor Dr. Hensler von der Sekundogenitur-Bibliothek (Braine-le-Château in Brabant), Prälat Klein (Zur Geschichte der Krone und der Reliquiare aus der Schenkung des hl. Ludwig IX. in Dresden),

und Architekt Witte (Ehrt eure deutschen Meister!). Aus **Donau-altheim** in Bayern verbreitet sich Pfarrer Dr. Graf über den Gebrauch des Weihrauchs bei den Kopten. Msgr. Dr. Kaufmann aus **Frankfurt** a. M. schildert ein Ikon mit der Darstellung eines Menas-Wunders aus der altkoptischen Kirche Dêr-Mâri-Mêna. Vom Schlosse Ebelsberg bei **Linz** sendet Prof. Dr. Kosch seinen Beitrag: Der junge Adalbert Stifter in seinen Briefen. Pfarrer Hadelt aus **Lorzendorf** in Schlesien berichtet über Dante-Zeichnungen in der Prinzlichen Sekundogenitur in **Dresden**. Prof. Dr. Martin Spahn, augenblicklich in **Neuburg** a. d. Donau, hat sich Jugendbriefe Georg v. Hertlings an Theodor Stahl als Beitrag ausgewählt. Vom Gymnasium in **Sasbach** in Baden beteiligt sich Prof. Dr. Baumstark mit der Abhandlung: Bild und Liturgie im antiochenischen Evangelienbuchschmuck des 6. Jahrhunderts. P. Wasmann vom Jesuitenkolleg in **Valkenburg** schreibt über: Ideale Naturauffassung einst und jetzt. — Ein Beitrag aus der Abteilung Kunst ist in seinem Thema noch nicht fixiert. Sonst ist der stattliche Band fertig abgeschlossen. Erwähnt sei noch, daß außer den Textillustrationen noch 6 Original-Vollbilder aus der Hand des bekannten Münchner Kunstmalers Baumbauer dem Werke eingefügt werden, und zwar eine St. Georgsdarstellung gleich nach der Widmung und die anderen Bilder als Abschluß zwischen den fünf einzelnen Teilen des Inhaltes.

Vom Büchertisch.

Das Lebenswunder. Roman von **Felix Nabor**, Regensburg 1919, Verlagsanstalt vorm. G. J. **Manz**. 408 S. Mk. 6.50, geb. Mk. 8.—. Der Leser wird froh sein, wenn er über die ersten vier Kapitel hinaus ist und das lasterhafte Babel im Rücken hat, wo Dr. Roman Steinbach, von den Fesseln einer herzlosen Theaterprinzessin umstrickt, nahe daran war, mit Leib und Seele zugrunde zu gehen. Erst wenn der Autor uns in das grüne Alpental führt, atmen wir erleichtert auf und nehmen an der Wandlung und den Schicksalen des Mannes, der „von der Ueberkultur zur Natur, aus der Fremde zur Heimat, vom Materialismus zu den Idealen“ den Weg zurück fand, lebhaften Anteil. Im Verlauf der spannenden Erzählung wächst der Arzt, der mit den schwersten Widerständen eines Gewaltmenschen zu ringen hat, mit seinen hohen Zielen zum Wohltäter seiner ganzen Umgebung heran, der hiemit ein Stück der sozialen Frage in musterhafter Weise löst. Kann man auch an einzelnen schroffen Zügen der Charakterzeichnung Kritik üben, so ist im Ganzen doch auf ein künstlerisches Maßhalten Bedacht genommen. Mit Recht heißt es im XXII. Jahrg. der Dichterstimmen (S. 423): „Felix Nabor steht in all seinen Werken auf gläubig katholischem Standpunkt, ohne sich in unkünstlerische Tendenz zu verlieren.“ Leo van Heemstede.

Theodora Korte: Jan Bernd Hoeftmann, Die Geschichte eines Emslandjungen. Köln, J. P. **Bachem**. **Preis** geb. 5 ℳ. — **Ein** bemerkenswertes, vom Verlage selbst sehr richtig als Buch voll Saft und Kraft bezeichnetes Erstlingswerk, umblüht und durchduftet von den Edelreizen gehobener Heimatdichtung. Vier Menschen „von echtem Schrot und Korn“ stehen im Mittelpunkt des Geschehens: eine regierende wackere Bauernwittib, ein treuester Knecht, ein herrlich abgeklärter Priester und — der jugendliche Held, ein Halbwaise, der vorbestimmte Hoferbe in seiner vielverspotteten, träumerischen, gefühlsweichen Verschlossenheit durchaus „anders als alle anderen“, ein heimlicher Märthyrer an der Sehnsucht nach Verstandenwerden, nach Liebe, und zwar vor allem nach der ihm scheinbar versagten Mutterliebe. Der emsländische Volkscharakter mit „viel schlichter Schönheit unter rauher Hülle“, das emsländische Volksleben mit „viel bitterer Not“ unter scheinbar „stumpfem selbstsicherem Genügen“ erfährt interessante Beleuchtung, desgleichen die emsländische Landschaft, die in schönen, wechselnden Naturstimmungen vor uns aufgerufen wird. Mit sicherstem Verständnis erschließt uns die Verfasserin das Gemüt, die Seele des Knaben, dieses merkwürdig und doch so überzeugend vertieften Trägers von Heim- und Fernweh zugleich, dieses nach innen ganz weichen, nach außen immer trotzig-herber sich gebenden Jungen voll goldenen seelischen Reichtums, voll heimlicher Tatkraft und leidenschaftlicher Willensenergie. Prachtvoll herausgearbeitet ist Aehnlichkeit und Gegensätzlichkeit zwischen ihm und der keineswegs liebeleeren, aber wirklichkeitsnüchternen Mutter, die den Jüngling, all seinem Wissensdrang verquer, zum Mußbauern ohne geistige Nahrung machen will, während Schicksal und Liebe zur Scholle ihn endgültig zum Willensbauern bestimmen, der nichts so teuer hält wie Heimat und Heim und die Arbeit an beiden. — Eine ungemein feine und tiefe Psychologie durchdringt und eint das Ganze zu ergreifender Harmonie, so daß wir mit gespannter Erwartung der weiteren Entwicklung dieses selbständigen Talents entgegensehen dürfen. E. M. Hamann.

Otto Zimmermann S. J.: **Das Gottesbedürfnis** als Gottesbeweis dargelegt. Zweite und dritte Auflage. Freiburg, **Herder**. Pr. kart. 6.— ℳ. — Wir bedürfen Gottes. Darum ist er. Wir bedürfen seiner aus dem uns angeborenen Naturtrieb heraus, bedürfen seiner zu unserer Vollendung zum Guten durch die Liebe zu Seiner persönlichen Schönheit, Reinheit, Heiligkeit. Dies beleuchtet das in seiner Neuauflage trotz der Erweiterung zusammengeschlossenere und zugleich übersichtlichere Buch durch Darlegung der eigenen Anschauung des Verfassers und Gegenüberstellung der verschiedenen Philosophien, wie denn auch die zahlreichen bibliographischen Hinweise ein Wertvolles für sich bedeuten. E. M. Hamann.

Bühnen- und Musikrundschau.

Kammerspiele. Molières „**Amphitryon**“ begegnet uns auf unseren Bühnen zumeist in der Verdeutschung **Kleists**, die den seit Plautus dem Theater gehörenden Sagenstoff zu vertiefen und ethisch zu heben strebte. Die uns jetzt gebotene Bearbeitung von Fritz Rumpf hält sich in Szenenführung und Gedankengang streng an Molière, nur sucht sie den Dialog zu beschwingen, in dem sie die Umständlichkeit des Barocks beschneidet, Sprache und Ausdruck unserer Zeit annähert und so lebendiger, das Derbe, Kecke, freilich auch noch kecker macht. Man kennt das Schicksal des **Amphitryon**, dessen Weib Zeus verführte, indem er in der Gestalt des abwesenden Gatten ihr nahte. Molière hat in dem betrogenen Ehemann eigenen Schmerz gestaltet; er möchte glauben, daß Alkmene, den Mummenschanz des Gottes nicht durchblickend, in ihrem Innern treu und rein blieb und läßt dennoch seine schmerzlichen Zweifel durchscheinen. Und dieser Göttervater, der die Menschen zu „ehren“ glaubt, indem er ihre Ehre befleckt, ist eine Parodie auf Molières großen König und seinen Hof. Kleists „Amphitryon“ kann man nur im strengen Faltenwurf der Antike geben; hier aber war es mehr als eine hübsche historische Spielerei, die Mischung von Barock und Antike, wie zu Molières Zeiten zur Tat werden zu lassen, denn das äußere Bild entspricht hier durchaus dem Innern. Leo **Pasetti** hatte den dekorativen Rahmen geschaffen, der diesen Zeitstil mit leise parodistischem Unterton recht glücklich festhielt. **Forster-Larrinaga**, der erstaunlich Vielseitige, hatte eine recht geschmackvolle Musik komponiert, die die Handlung sehr gefällig umrahmte. Er war nicht nur Leiter des Orchesters, sondern auch Leiter der Aufführung. Keine Seite dieser vielfachen Betätigung litt unter der anderen, im Gegenteil es trat ein Zug von schöner Einheitlichkeit zutage. Hilde **Herterich**, vom Schauspielhaus bekannt, gab die Alkmene in reizvoller Mischung von wirklicher und gespielter Naivität. Die Doppelgänger der Titelrolle spielten **Framer** und **Momber** sehr ähnlich mit glücklicher Angleichung von Geste und Bewegung. Die immer reizvolle Gestaltung der Sybille **Binder**, Frl. **Gerstenberg**, die Komik der Herren **Martini** und **Müller** gaben dem Ganzen eine glückliche Abrundung.

Münchener Schauspielhaus. Wenn sich Bernard **Shaw** mit der „**Großen Katharina**“ beschäftigte, so kann sich jeder vorstellen, daß es nicht gerade die „große“ ist, die ihn interessiert, sondern die menschliche — allzu menschliche. Die Zarinnen, ob nun die erste oder zweite Katharina oder eine historisch unumgrenzte, sind in **dieser** Perspektive von unseren Brettern schon mehrfach zu betrachten gewesen und neben der Fassung eines deutschen Impressionisten und eines ungarischen Sensationsdramatikers nimmt sich die Skizze in drei Szenen aus dem Petersburger Hofleben des „18. Jahrhunderts“ des irischen Aphorismenschreibers am wenigsten bedeutend aus. Für uns war es hauptsächlich interessant, nach der **Roland**, der **Durieux** nun auch einmal Hermine **Körner** als Zarin zu sehen. Wenn bei den anderen das majestätische Prunkgewand nur ein Deckmantel ist, durch den das Perverse, Wurmstichige der gekrönten Dirnen immer durchschimmert, so bleibt die Körner, um Ludwig Fuldas Talisman zu zitieren, ein König auch in Unterkleidern. Dieser Katharina gefällt es, sich recht schlecht zu benehmen, aber es fehlt durchaus der Zug zum Dekadenten. In der ersten Szene sehen wir Potemkin maßlos betrunken, viehisch sich wälzend; **Koch** gab der Gestalt einen Zug wilden Barbarentums, der das Widerliche etwas erträglicher macht. Ein englischer Rittmeister, der um die Vermittlung einer Audienz bei der Kaiserin bittet, wird von dem Berauschten erst schlecht behandelt, dann beschenkt, wobei die vom Publikum viel belachte Anmerkung fällt: „Ich habe noch keinen Engländer gesehen, der nicht nahm, was er bekommen konnte“. Schließlich will Potemkin den Offizier sofort in das Schlafzimmer Katharinas führen und da er sich sträubt, nimmt er ihn auf den Arm und schleppt ihn davon. Die zweite Szene zeigt das Leben der Majestät, komisch durch sein Zeremoniell und dem diesen widerstrebenden Naturell der Kaiserin. Frau Körner spielt die sich erhebende Kaiserin sehr fein und dezent. Nun naht Potemkin mit seiner Beute und wirft den zappelnden Engländer in das kaiserliche Bett. Katharina nimmt diesen „Scherz“ mit Humor auf, ja, sie findet Gefallen an dem jungen Mann, der jedoch von der kaiserlichen Gnade beängstigt, Reißaus nimmt. Katharina läßt ihn fangen und mit Stricken gebunden liegt er zu ihren Füßen. Von der Kaiserin mit den Fußspitzen gekitzelt, widersteht er auch dieser etwas sehr östlichen Form des Flirtens und wird schließlich von seiner englischen Braut befreit. Was aus diesem dürftigen und in der Erfindung gewiß wenig geschmackvollen Stoff an theatralischen Wirkungen herausgeholt werden kann ist geschehen. Cäsar Kunz schuf Bühnenbilder von Prunk mit barbarischem Einschlag. Die sichere Regie lag hier, wie in folgendem Einakter, der seine deutsche **Uraufführung** erlebte, in **Nebelthaus** Händen. „**Eine musikalische Kur oder Reginalds Traum**“. Einen einaktigen Unsinn nennt Shaw das Stück und ich vermag ihm nicht sinndeutend zu widersprechen. Ein junger Lord, der sich als Unterstaatssekretär kompromittiert hat, ist so aufgeregt, daß er schier Gespenster sieht, was zu billiger Komik führt.

Eine Tante sucht ihn durch Musik zu besänftigen. Solange die berühmte Pianistin klassische Stücke spielt, ist er verzweifelt, aber bei Gassenhauern und der Ziehharmonika finden sie sich und ihre Herzen. Diese boshafte Beleuchtung der musikalischen Kultur Englands mag dort stärker wirken, wie begnügten uns an der ulkigen Situation und dem frischen Spiel Günthers und der Körner.

Volkstheater. Rößlers „Fünf Frankfurter", die so lange Jahre im Schauspielhaus Heiterkeit erregt hatten, sind nun dem Volkstheater überlassen worden. Auch dort hat das Lustspiel sehr gefallen. Wenn von märchenhaftem Reichtum die Rede ist, fällt den Leuten immer noch der Name der international gewordenen Geldaristokratie aus der Frankfurter Judengasse ein, obwohl es größere Vermögen gibt und heute die in dem Stückchen so hübsch gezeichnete Anhänglichkeit an die Wiege ihres Glückes nur noch eine symbolische ist, da die französischen und englischen Herrschaften es unterließen, beim Aussterben der deutschen Linie einen ihrer Söhne an den Ort ihres Aufstieges zu entsenden. Blätter der Entente haben behauptet, die Rothschilds hätten ihren Adelsbrief nach Wien zurückgesandt, jedenfalls als sie ihn vor 100 Jahren und mehr erhielten, waren sie jedoch nicht wenig stolz. Es ist dies die wirksamste Szene in dem Spiel, wie ja der Kontrast dieser neuen Freiherren zwischen ihren noch an das Ghetto erinnernden Sitten und ihrer Machtstellung in Frankfurt, Wien, Paris, London und Neapel an Komik viel ergiebiger ist, als das etwas schwerfällig ersundene Heiratsprojekt zu dem sagenhaften Herzog vom Taunus. Eine sehr dankbare Rolle, die auch von Frau Schoenemann-Heuberger fein gespielt wurde, ist die alte Frau Gudala, wobei freilich der Autor die Weisheit und Milde der alten Jüdin viel zu sehr auf das Niveau einer Mutter Gottes hinaufschraubte, wie überhaupt Rößler es vorgezogen hat, zuweilen liebenswürdiger, als charakteristischer zu färben. Auch der harmlose Rossinischwärmer, der am Ende das Lottchen heimführt, hat wohl wenig mit dem Manne gemeinsam, den die Familie zur Gründung des Pariser Hauses geeignet hielt. Grillparzer, der auf seiner Pariser Reise bei Lottchen zu Mittag aß, schrieb in sein Tagebuch: Man kann nicht gemeiner aussehen und sich benehmen, wie der Hausherr. Die Hausfrau gegen ihn eine Göttin.... Ungenannter Mitarbeiter an dem Stücke ist der Schauspieler Ludwig Heller gewesen. Dieses Mitglied des Schauspielhauses, ein tüchtiger Komiker, ein guter Spielleiter und Verfasser vieler harmlos lustiger Schwänke, die über viele Bühnen gingen, hat noch den Proben beigewohnt und ist dann unerwartet einem Leiden erlegen. Tausende danken ihm Stunden leichter, von Frivolität freier Unterhaltung.

Aus den Konzertsälen. Die Furcht, daß die Kohlennot zu einer Winterpause zwinge, hat die Konzertflut noch intensiver einsetzen lassen. Es kann nicht meine Aufgabe sein, alle Namen aufzuzählen, sondern ich muß mich auf gelegentliche Anmerkungen beschränken. Der Besuch ist sehr gut; auch Leute ohne großen Namen, die vor einigen Jahren noch vor halb leeren Bänken sich hören ließen, finden Publikum genug. Um so weniger haben Sänger von Ruf es nötig, sich zu Opernduetten aller Stilarten zu vereinigen und durch diesen Potpourrigeschmack ihr Publikum an Oberflächlichkeit zu gewöhnen, wie unlängst wieder geschah. Auf Plakaten liest man: Kultur ist Macht. Der Arbeiter möge sich ihrer bemächtigen und auch die Konzerte besuchen. Diese Vortragsfolgen halten sich von den oben genannten Schönheitsfehlern frei. Neu war uns der Baritonist Hans Horbelt. Die mezza voce, die er in einem besonderen Grade und sehr reizvoll beherrscht, wendet er auch öfters an, wo dies der Auslegung des Liedes etwas Gezwungenes gibt; vieles brachte er jedoch zu trefflicher Wirkung, so daß man für den jungen Sänger Interesse gewann. Er hatte in Lore Winter eine sehr geschmackvolle Begleiterin. Auch als Solistin bewährte die junge Künstlerin rhythmische Feinheit. Am gleichen Abend gab auch Gertrud Zerener einen Klavierabend; auch hier eine junge Künstlerin von technischer Reife, Schönheit und Wärme des Anschlages. — Mary Wigman ist eine Tänzerin von seltener Musikalität. Sie experimentiert oft nach der Seite des Mimischen hin; wenn sie nicht von des Gedankens Blässe angekränkelt tanzt, hatte sie starken Erfolg.

München. L. G. Oberlaender.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Börsenhausse und Wirtschaftszukunft — Freier Handel mit England und Frankreich in Sicht — Valutaanleihe in Neuyork? — Immer wieder Streiks bei uns! —

Angesichts der nur wenige Beispiele aufweisenden sprunghaften und dabei andauernden **Haussebewegung** an den deutschen Effektenmärkten geraten verschiedentliche kritische Wirtschaftserörterungen ins Wanken. Sollte den deutschen Effektenbörsen, dem sonst in Friedenszeiten feinfühligsten Wirtschaftsbarometer, auch heute noch jene überwiegend wirkliche Vorausbetrachtung unserer Wirtschaftszukunft unverändert innewohnen? Vielfach wird dies angezweifelt. Wirtschafts- und börsentechnische Momente bedingen allerdings im Grund genommen die Hauptfaktoren des Haussefiebers, welches durch die eigenartig gestaltete Geld- und Währungspolitik bei uns, durch die völlig ausser Rand und Band geratene Kapitalistenansicht über den Wert oder Unwert des Geldes täglich reiche Nahrung erhält. Jedoch liegen, und das ist nicht zu verkennen, gerade in jüngster Zeit sachliche Momente vor, welche Optimismus, das ist gleich diese Börsenstimmung unterstützen und fördern. Die wahllose Spekulation, das ungestüme Kurstreiben und die ausserordentliche Lebhaftigkeit im Börsenverkehr sind jedoch nach wie vor mit grosser Vorsicht und unter der Lupe der heute noch unabsehbaren Folgen des verlorenen Weltkrieges mehr als skeptisch zu beurteilen. Dass anderseits beispielsweise **die deutsche Bankwelt** durch solche Börsenbewegung im Verein mit der nutzbringenden Abstossung alter Effektenbestände grossen Vorteil zieht, das Ausland hierdurch gleichfalls günstig beeinflusst wird, dafür sprechen die nachfolgenden Belege:

Die Ratifizierung des Friedensvertrages in Paris und in Gefolgschaft damit in Rom, die Kursgestaltung am internationalen **Devisenmarkt zugunsten Deutschlands** und eine tatsächliche Hebung des **deutschen Ausfuhrgeschäftes** bekräftigen im grossen ganzen allein schon eine neu erwachte Ausdehnung im deutschen Weltverkehr. Praktische Beispiele hiervon zeigen Verlauf und Erfolg der **internationalen Frankfurter Einfuhrmesse**, welche bei zahlreichem Besuch von Auslandsreflektanten beträchtliche Warenabschlüsse nach den neutralen und seitherigen Ententestaaten zu verzeichnen hat. Auch die **Warenbörsen in Frankfurt und Mannheim** bekunden lebhafte Geschäftstätigkeit, erfolgreichen Warenaustausch und was die Hauptsache ist, die steigende Interessennahme des Auslands an Deutschlands Wirtschaftsfaktoren. **Ein deutsch-holländisches Valuta-Abkommen auf Basis** eines zweijährigen Warenkredites zu annehmbaren Bedingungen, bestätigt gleichfalls das zunehmende Vertrauen des Auslandes zu unserer Wirtschaftszukunft, welche vielfach in dem Ausspruch gipfelt, dass wir nicht am Abschluss, sondern am Anfang der Entwicklung stehen. Auch die **Freigabe des englischen Handels**, wonach sämtliche Handels- und Finanzaktionen zwischen beiden Staaten wiederum erlaubt sind und vor allem die vollzogene **Wirtschaftsannäherung zwischen Frankreich und Deutschland** bilden hocherfreuliche und hochbedeutsame Epochen des Friedensbeginnes und des im Zusammenhang damit stehenden, wenn auch nur langsam zu erwartenden Wiederauflebens deutscher Konjunktur. Das französische Ministerium für den Wiederaufbau der dortigen Industrie hat die unterstehenden Stellen aufgefordert, „die französischen Einkäufe in England und Amerika mit Rücksicht auf den gleichfalls stark rückgängigen französichen Wechselkurs auf das äusserste zu beschränken. Trotz der natürlichen Hemmungen soll die französische Industrie sich nicht länger zurückhalten lassen, die nötigen Maschinen und Werkzeuge bei den erreichbaren ganz ausserordentlich guten Preisen und langen Lieferfristen in Deutschland zu kaufen." Auch die völlige Freigabe der französischen Korrespondenzen mit allen deutschen und österreichischen Lieferanten ist bemerkenswert. Die erfolgreichen Wirtschaftsverhandlungen und der abgeschlossene **Staatsvertrag zwischen Deutschland und Polen** sind erwähnenswert. Im Zusammenhang damit hatten begreiflicherweise die hochinteressanten Debatten in der Berliner Nationalversammlung über die **Valutafrage**, namentlich die hochwichtigen Auslassungen des Reichsfinanzministers Erzberger hierzu und dessen Denkschrift zur Valutafrage ganz besondere Bedeutung. Das **Programm des Reichswirtschaftsministers Schmidt**, namentlich soweit es die Forderungen des Handelsbetriebes betrifft, zeigen gleichfalls, dass die jetzigen Reichsstellen gewillt sind, den Wirtschaftsforderungen des Tages mehr als seither Rechnung zu tragen. Die Erklärung Erzbergers, dass die Reichsregierung und auch der Reichsfinanzminister „gar nicht daran denken, eine Devalvation vorzunehmen, also **weder jetzt, noch in Zukunft eine Herabsetzung des Münzwertes oder des Papierwertes in Frage kommt**, ist bedeutsam." Nach wie vor ist jedoch das „A und O" unserer Finanzpolitik die erfolgreiche Durchführung einer Valutaanleihe zwecks Regulierung unserer Währung und Markdevise. Ob die auch regierungsseits zugestandenen **Verhandlungen mit Amerika** bald oder nie einen Erfolg aufweisen, bleibt die Hauptfrage unseres ganzen Wirtschaftsproblems. Die **vielfachen Streiks im Reiche**, namentlich im Metallgewerbe, neuerliche Stillegungen in unserer Grossindustrie, bilden jedoch nicht zu unterschätzende Hemmnisse bei dieser hochwichtigen Frage. Inzwischen mehrt sich die finanzielle **Interessennahme des Auslandes**, namentlich seitens Frankreichs, Englands und Amerikas an unserer Industrie, welche mehr und mehr in das Fahrwasser einer internationalen Abhängigkeit gerät!

M. Weber, München.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Soeben erschienen:

Schulforderungen der Gegenwart.

Hrsg. im Auftrage des Ausschusses für Fragen der Schulreform des **Vereins kath. deutscher Lehrerinnen** und des **Verbandes Kath. Oberlehrerinnen Deutschlands** von **A. Pfennings** u. **M. Rüberg.** 132 S. gr. 8 M 4,80.

Eine ausführliche begründete Stellungnahme der beiden großen Verbände zu den brennenden Schulfragen der Gegenwart mit Beiträgen führender Geister auf diesem Gebiete. Das Werk gibt außerdem einen klaren Ueberblick über die Schulbestrebungen der sämtlichen anderen Verbände und Richtungen.

Der freireligiöse Jugendunterricht.

Ein Beitrag zur religiösen und pädag. Bewegung der Gegenwart. Dargest. u. gewürdigt v. Prof. Dr. **R. Stölzle.** 118 S. gr. 8. M 3,—.

Die Schrift ist gegenüber den neuerlichen Bestrebungen atheistischer Kreise zur Einführung des religionslosen Moralunterrichts sehr zeitgemäß.

Auf alle Preise 20 % Teuerungszuschlag des Verlages. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt vom

Verlage Ferdinand Schöningh in Paderborn.

Vereinsabzeichen Medaillen, Orden. AD. SCHWERDT STUTTGART.

Cigarren

r. Tabak zu 400, 470, 550, 600 650, 700 bis 1200 Mk.

Pastoren-Tabak

rein überf. zu Mk. 18.— in 1/8 Pfd. Orig.-Packg. Probes. v. Cigarren in Orig.-Kisten. Von Tabak in 10 Pfd.-Paketen p. Nachn. **Johs. Schirk, Bedburg (Erft.)**

Gegen Trunksucht.

Ein gutes wirksames Mittel, welches durch viele Dankschreiben empfohlen ohne Wissen des Trinkers gegeben werden kann, da geruch- und geschmacklos. Frei von schädlichen Bestandteilen Verlangen Sie Prospekt. Preis per Dosis M 8.—, Doppeldosis M 14.— durch das Gene aldepot Apotheker **Frank** staatl. approbiert

Berlin W. 47.

Lehrer Obst's

Nerventee

zum Kurgebr. bei Nervenkrankh. Kopfschmerz, Schlaflosigkeit von besterprobter Wirkung, zugl. Blutumlauf regelnd u. Arterien-Verkalk. vorbeugend.

Probe (f 1 Woche) 2.50 Mk., **Mon.-Menge** 10 Mk.

Ausserdem besterprobt: Lehrer Obst's Asthma-, Blasen-, Blutreinig.-, Bleichsuchts-, Darm-, Fieber-, Frauen-, Herz-, Hals-, Hämorrh.-, Lungen-, Leber-, Magen-, Nieren-, Rheumat.-, Wassersuchts-Tee u. a. m. Genauere Angab. erforderl **R. Obst,** Lehrer, Breslau, Herrmannsdorf Nr. 108.

Kölner Dom-Weihrauch

Rauchfass-Kohlen in Fabrikp. Beste Bezugsquelle für Grossisten.

M. & J. Kirschbaum, Cöln a. Rh. Richard Wagnerstrasse 28.

Atemgymnastik Stimmbildung

für allgemeine Kräftigung :: und für Berufszwecke ::

Berlin W 14, Sebastianstr. 44/45. A. Orthey, med. Privatgelehrter Diplom von J. van Oldenbarnevelt.

40jähriger, akadem. gebildeter Lehrer für höhere Lehranstalten **sucht Stellung** in einer größeren kathol. Verlagsanstalt (Druckerei) als **wissenschaftlicher**

Korrektor

mit latein., griech., französischer u. hebräischer Sprachkenntnis. Der Stellensuchende war früher schon zwei Jahre als wissenschaftlicher Korrektor in einer großen katholischen Verlagsanstalt tätig und kann gute Zeugnisse darüber und seine bisherige Tätigkeit vorweisen. Angebote wollen gefl. an die Geschäftsstelle der „Allgem. Rundschau", München, unt. H. D. 19795 gesandt werden.

In einem kath. Töchterheim finden junge Mädchen herzl. Aufnahme zur gründl. Ausbildg. in Haushalt, Handarb., Musik, Gesang, gesellschaftl. Formen, wie zur Erholung. Wissenschaftl. Weiterbildung. **M. Stadler,** Hildesheim.

Hesse

Dresden Scheffelstrasse hat allein „Atama" Edelstraussfedern. Solche bleiben 10 Jahre schön u. kost. 30 cm lang 9 M., 35 cm 12 M., 40 cm 15 M., 45 cm 25 M., 50 cm 36 M., 55 cm 42 M., 60 cm 60 M., schmale Federn, nur 15-20 cm breit kost. 1/2 m lg 3 M., 60 cm 6 M. Straussboas 15, 25, 36 M. Reiher 1, 2, 4, 6 M. bis 60 M. Kulblumen Karton voll 3. 5 u. 10 M.

Radikalmittel zur Ausrottung von

Ratten, Mäusen

u. sonstigen Nagetieren.

Unschädlich für Menschen, Haustiere, Wild u. Geflügel, kann es in Pferde-, Schweine-, Hühnerställen, in Küche und Keller, überall ausgelegt werden. Tötet nur Ratten und Mäuse, aber in einer bisher noch nicht dagewesenen Weise, auch alle Wasserratten, Erdratten und Wühlmäuse. Die tödliche Wirkung des Rattenkuchens tritt innerhalb einiger Stunden ein und ist in langjähriger Erfahrung erprobt. Zu haben in Kartons à M. 3.—, 5.—, 10.— und 30.— bei dem alleinigen Fabrikanten

Paul Königsberg, Plauen im Vogtland, Bickelstraße 11.

Vertreter an allen Orten gesucht.

Das katholische Pfarrergesetz

nach dem Dekrete Sr. Heiligkeit des Papstes Pius X. vom 20. August 1910 und nach dem neuen kirchlichen Gesetzbuch (Codex juris canonici vom Jahre 1917)

herausgegeben von

Pfarrer Lochbronner

ist im Verlage **Veritas, München 19**

Preis M. 2.50, portofrei M. 2.75, erschienen.

Freiheit und Recht verkündet das neue Gesetz der Kirche allen Völkern der Erde. Das neue wichtige Gesetz muss in alle Sprachen der Welt übersetzt werden; es wird der Welt den Völkerfrieden bringen.

Der **Kirchenbauverein Goldach** (Post Hallbergmoos bei Freising) **kauft**

2 Seitenaltäre

Annafigur 1,30 m vorhanden; **Michaelsfigur gesucht.** Breite des Altars nicht über 2 m

---

„Schlesische Volkszeitung"

Täglich 2 Ausgaben

Grösste katholische Zeitung im Osten

Führendes Organ.

Die „Schlesische Volkszeitung" Breslau ist wegen ihrer anerkannt schnellen und zuverlässigen Berichterstattung in allen Schichten der Bevölkerung weit verbreitet, besonders auch unter den Gebildeten. Sie bringt: Zuverlässige und ausgiebige Mitteilungen und Aufsätze über alle Fragen des öffentlichen und kirchlichen Lebens, der Innen- und Aussen-Politik u. a. vorzügliche Berichte über die jetzt so ungemein wichtigen Verhandlungen der Volksvertretungen; sorgfältige Pflege von Allgemeinbildung, Literatur und Kunst; reichaltigen unterhaltenden Teil, Sonntagsbeilage, Frauenbeilage usw.

Bezugspreis Mk. 7.50 vierteljährlich.

Vorzügliches Anzeigenorgan.

Geschäftsstelle:

Breslau 1, Hummerei 39-40.

Gesuche von Erzieherinnen, Hausdamen, Gesellschafterinnen u. s. w.

sind in der „Allgemeinen Rundschau" stets sehr erfolgreich. Ebenfalls haben beste Wirkung alle anderen Arten von kleinen Anzeigen wie noch sonstige Stellengesuche und -Angebote, An- und Verkäufe usw. Auch wer brieflichen Verkehr, Gedankenaustausch usw. wünscht, kann auf zahlreiche Offerten rechnen. Dann sollten die verehrl. Leser in der Rundschau auch sämtliche Familiennachrichten, die sonst in der Regel nur der Tageszeitung zugewiesen werden, erscheinen lassen, zwecks weitester Verbreitung in den gebildeten katholischen Kreisen.

Größerer Posten

holländ. Zigarren

nach meiner Wahl ausgesucht. Nur hervorragende Marken in mittleren und großen Fassons, Preislage 875.— bis 1535.— M im Sortiment lieferbar.

Carl Hammer Herford i. W. Nr. 14.

Im besetzten Gebiet

ist die Allgemeine Rundschau nur durch den **Buchhandel** zu beziehen, der auch Probenummern kostenlos abgibt.

Handelshochschule München, Ludwigstr. 4.

HANDELSHOCHSCHULE * MUENCHEN *

Vorlesungs-Verzeichnis soeben erschienen.

Winter-Semester 1919/20.

Beginn der Vorlesungen: 15. Okt. 1919.

Die Entgegennahme der Anmeldungen für Studierende, Hospitanten und Hörer findet in der Zeit vom 8. bis 31. Okt. 1919 statt.

Kathol. Haushaltungspensionat

Schulentlassene Mädchen finden gründliche Ausbildung in Haushalt, Sprachen, Musik, Näh- u. Handelsfächer. Unterricht von staatlich geprüften Kräften.

Staubfreie Lage inmitten von Tannenwald. Eintritt 15. Oktober.

Prospekte:

Villa Steinfels, Höfel b. Düsseldorf, unbesetztes Rheinland.

St. Marienschule, Mainz.

Bischöfliche militärberechtigte Realschule.

Sechsklassige Realanstalt mit wahlfr. Latein und Vorschule. Abschlußzeugnis berechtigt zum einj.-freiw. Dienst. Anschluß an die Obersekunda der Oberrealschule und des Realgymnasiums. **Beginn des Winterhalbjahres: 20. Oktober.** Bedingungen des Schülerheims (Willigisplatz 2) und jegliche Auskunft durch den **geistlichen Rektor.**

Aufnahme bei den Schulbrüdern des hl. de la Salle.

Knaben und Jünglinge, die Beruf zum Ordensstande und Neigung haben, in der Jugenderziehung tätig zu sein als Lehrer, Aufseher, Handwerker usw., finden liebevolle Aufnahme bei den Brüdern der Christlichen Schulen.

Anfragen sind zu richten an: Direktor der Schulbrüder **Kirnach-Villingen** (Baden). (Früher Waldernbach-Nassau).

Stimmen der Zeit

Katholische Monatschrift für das Geistesleben der Gegenwart. 50. Jahrgang: 1919/1920

Vierteljährlich M. 6.—,
Einzelheft M. 2.20

Die Bestellung kann durch die Post oder den Buchhandel erfolgen

Zeitgemäßer Inhalt des neuesten (Oktober-) Heftes:

Erziehung unseres Volkes zum neuen Deutschland. (C. Noppel) Eine neue Familienforschung und der Ausbau an der Familie der Zukunft. (H. Muckermann) Augustinus ein moderner Denker. (B. Jansen) Vom Wandel in Gottes Gegenwart. Eine religionspsychologische Erwägung. (J. B. Lindworsky.) Geistige Lebenswerte in unserer heutigen Dichtung. (J. Overmans.) Besprechungen aus der Deutschen Literatur. Umschau: Von verflossenen und werdenden Internationalen. (R. v. Nostitz-Rieneck.)

Herdersche Verlagshandlung zu Freiburg im Breisgau

Mosel- und Saarweine.

1917er Enkircher Naturwein per Fl. M. 8.50.
1918er Enkircher per Fl. M. 8.—.
1918er Erdener Busslay per Fl. M. 7.50.
1918er Erdener Herzlay per Fl. M. 7.50.
1918er Willinger per Fl. M. 7.50.
1918er Ayler Kupp, Naturwein per Fl. M. 8.—.

Die Preise verstehen sich per Flasche, ohne Glas, Kiste und Weinsteuer, gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages.
Postscheckkonto Cöln 20381.
Man verl. bitte Preisliste!

W. Overhoff Nachf.
Weingutsbesitzer
Enkirch an der Mosel.

Vogelfutter-Mischung

für Kanarienvögel in Packung zu 1.— Mk. versenden geg. Nachn. bei Mindestabnahme von 5 Paketen. **Gebrüder Hambrecht**, Samenhandlung, Freiburg im Breisgau beim Münsterplatz.

Mess- und Kommunion-Hostien

empfiehlt genau den kirchlichen Vorschriften entsprechend und in vorzüglichster haltbarer Qualität. Kunstvolle Prägungen, auch die Kommunionhostien haben eig. Prägungen. Muster und Prospekte gratis u. franko.

Franz Hoch Kgl. Bayer. Hoflieferant
Hostienbäckerei
Bischöfl. genehmigt u. beeidigt. Pfarramtlich überwacht.

Miltenberg am Main
(Bayern) Diözese Würzburg.

Es ist Vorsorge getroffen, dass in der Hostienbäckerei Franz Hoch in Miltenberg nur reinstes Weizenmehl zur Bereitung der Hostien verwendet wird.
Miltenberg, 27. Nov. 1914.
Bischöfl. Dekanat und Stadtpfarramt.
E Roth, Geistl. Rat.
Dekanats- u. Pfarrsiegel

Schöne

Villenbesitzung

in Traunstein, **ab 1. November teilweise beziehbar,** verkäuflich. Die Villa enthält schöne Souterrainräume, insgesamt 11 Zimmer, 2 Küchen, Bad, Kammern, Terrassen, das Nebengebäude enthält 8 Räume, (teilweise kleine Zimmer etc.) hübscher kleiner Garten ist vorhanden.
Aufschluss unter **2254** durch die

Allgem. Immobilien-Verkaufs-Gesellschaft Robert Heinemann & Cie., München, Karlsplatz 8.

: Schlossartiges : Gebäude

alter, historischer, noch bewohnbarer Bau mit **Ruine,** herrlich auf Felsenhöhe, in oberpfälzischem Markte, Bahnstrecke Regensburg-Nürnberg, gelegen, sofort für Mark 35.000 verkäuflich. :: Jagd- und Fischereigelegenheit.
Aufschluss unter Nr. **2255** durch die

Allgem. Immobilien-Verkaufs-Gesellschaft Robert Heinemann & Cie., München, Karlsplatz 8.

Preiswertes Oekonomiegütl

an der Bahnstrecke **Regensburg-Nürnberg,** 20 Minuten von Station gelegen, mit 15 Tagwerk Acker- und Wiesenland und etwas Wald, guten Baulichkeiten, leb. und totes Inventar, verkäuflich. Näh. unter Nr. **2256** durch die

Allgem. Immobilien-Verkaufs-Gesellschaft Robert Heinemann & Cie., München, Karlsplatz 8.

Chile-Süd-Amerika.

Eine in Chile (Valdivia) ansässige Engross-Firma (Importeure), von der sich ein Teilhaber augenblicklich hier aufhält, wünscht

Vertretungen

erstklassiger Firmen (Fabriken oder Industrien), die nach Chile zu exportieren wünschen, zu übernehmen. Prima Referenzen.

Gefl. Angebote an P. B., Sanitätsrat Dr. Cornely, Aachen, Johannniterstrasse 14.

Reform-Pädagog. Crailsheim (Württembg.)
Erfolg bekannt. Gerühmtes Schülerheim.

Oberammergauer Kruzifixe

in allen Größen, in einfacher bis feinst künstlerischer Ausführung, für Kirchen, Klöster, Schulen und Haus empfiehlt

Hans Bauer
Holzbildhauerei
Oberammergau (Bayern)
Ludwigstraße 121b.
Preisliste gratis.

Ueberall elektrisches

Ewiglicht

mit patent. elektr. Sparlämpchen.

Bei Anfragen ist Spannung und Stromarts-Angabe erforderlich.

Alois Nagel, elektrotechn. Erzeugnisse, **Stuttgart,** Friedensstr. 14

Für die Redaktion verantwortlich: i. V. Dr. Jos. Kausen, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gb.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich M 4.50.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis: Die 5 X gespaltene Millimeterzeile 50 Pfg., Anzeigen auf Textseiten 95 mm breite Millimeterzeile 250 Pfg. Beilagen einschl. Postgebühren M 25 d. Tausend.
Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.
Rabatt nach Tarif.
Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig.
Erfüllungsort ist München.
Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt.
Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer.

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 42. München, 18. Oktober 1919. XVI. Jahrgang.

Politischer Instinkt.

Von Dr. Leo Schwering, Köln.

In seinen soeben erschienenen Erinnerungen macht der Großadmiral Tirpitz die schlagende Bemerkung: Ich habe mich so bestimmt ausgedrückt, weil offiziöse Stellen sich auch heute noch bemühen, die begangenen Fehler zu verwischen. Die moralische Schuldlosigkeit unserer damaligen Regierung kann aber nur klar gelegt werden durch eine offene Darstellung ihrer diplomatischen Unzulänglichkeit . . .

Die Aktenstücke des Wiener Rotbuches werden eine neue Flut von „Enthüllungen“ im Gefolge haben. Berchtold und Potiorek haben sich schon geäußert und andere werden früher oder später folgen. Man mag dieses stückweise Erscheinen so wichtiger und möglicherweise für die zukünftige Beurteilung Deutschlands in der Welt entscheidender Aktenstücke bedauern, es fehlt da überall „Regie“, aber an sich muß Klarheit geschaffen werden, und darum mögen sie immerhin weiter und tropfenweise herauskommen. Sie haben ja nur dem einen Großen und Gewaltigen zu dienen: der Feststellung der geschichtlichen Wahrheit, der gegenüber alles zurücktreten muß! Erstaunlich, ja bezeichnend — leider — ist es, wie ruhig, beinahe möchte man sagen, gleichmütig, die große deutsche Oeffentlichkeit all diese wichtigen Dokumente aufnimmt. Dieselbe Oeffentlichkeit, die bei den Erzbergerschen „Enthüllungen“, die vor der strengen geschichtlichen Prüfung den Namen nicht verdienen, aufschäumte, ist nun verhältnismäßig still. Wenn die deutsche Presse nicht in vorbildlicher Weise die Bedeutung dieser Wiener Veröffentlichungen und das, was ihnen gefolgt ist, hervorhöbe, wir fürchten, sie würden in den Sorgen des Alltags beinahe verloren gehen und lediglich für den in Deutschland immer noch so bezeichnend engen Kreis außenpolitischer „Feinschmecker“ eine trotz ihres großen Ernstes pikante Labe sein! Die ausländische Presse nimmt diese neuen Beiträge zur Geschichte des Kriegsbeginnes weit interessierter auf, als unser Volk; hier spürt man das, was man in Deutschland in den breiten Massen noch garnicht zu spüren scheint: gelingt es dem deutschen Volke, die Welt davon zu überzeugen, daß seine „Schuld“ entweder nicht vorhanden oder nicht in dem Maße da ist, wie dies in den Verbandsländern allgemein angenommen wird, so würde damit auf dem Wege der Milderung des Vertrags von Versailles ein entscheidender Schritt nach vorwärts getan sein. Um das zu erkennen, genügt ein Blick in den Friedensvertrag. Eine weitere Ausführung müssen wir uns hier leider aus naheliegenden Gründen versagen. Wir geben uns über solche bestehende Möglichkeiten freilich keinen ausschweifenden Hoffnungen hin, aber es ist doch bedauerlich, daß es dem deutschen Volke an dem natürlichen politischen Instinkt zu fehlen scheint, seine erste und wichtigste außenpolitische Zukunftsaufgabe richtig zu erkennen, die darin eben besteht, die geschichtliche Wahrheit festzustellen. Es ist die alte Unterschätzung moralischer Kräfte in der Politik. Die Wahrheit muß unser stärkster Bundesgenosse sein! Haben wir sie zu fürchten? Die Welt wird es mit Recht denken, denn warum zögern wir immer noch mit der lückenlosen Bekanntgabe alles dessen, was sich auf diese heißumstrittene Frage bezieht? Seit dem Beginne der Revolution ist man mit diesen Dingen angeblich beschäftigt, und Herr Kautsky, der „Deutsche“, hat die Sichtung des reichen Aktenbestandes längst erledigt, aber von einer Veröffentlichung hört man nichts. Und weiter: Warum wurde die uns schon vom Kabinett Scheidemann versprochene Verhandlung über die sogenannte Schuld am Kriege immer wieder verschoben? Erst neuerdings scheint die Frage ihrer Lösung näher zu kommen. Hat denn Deutschland die Wahrheit zu fürchten? Oder welche anderen „Hindernisse“ stehen der Darbietung entscheidender deutscher Akten im Wege? Unsere feste Ueberzeugung ist es, daß nach allem, was bisher der Oeffentlichkeit übergeben worden ist, Deutschland die Wahrheit nicht weniger zu scheuen hat, wie irgend ein anderer Staat! Oder täuschen wir uns? Allerdings, davon sind wir überzeugt, daß Tirpitz' eingangs mitgeteilte Kennzeichnung dann in erhöhtem Maße vor aller Welt offenliegen wird, nämlich die vollkommene diplomatische und politische Unzulänglichkeit des Auswärtigen Amtes und des Kaisers in der richtigen und klaren Beurteilung der Zusammenhänge und der Möglichkeiten, die daraus hervorwachsen konnten.

Aber warum schämen wir uns dies einzugestehen? Ist das deutsche Volk insgesamt genommen besser wie das Auswärtige Amt? Ist und war dieses nicht eben nur ein Ausschnitt aus dem deutschen Volke selbst? Meinetwegen ein sehr schlechter und besonders unfähiger! Wir haben weder in den Ressorts noch in der Gesamthaltung etwas aus Eigenliebe oder übel angebrachtem Stolz zu verbergen. Wir werden und müssen der Wahrheit dienen, darauf kommt es an; der rücksichtslosen Wahrheit, sie ist, mag dabei herauskommen, was will, für unsere Zukunft immer noch besser und weniger verhängnisvoll, als die „schönste“ Lüge!

Solche Erkenntnisse würden, so möchten wir annehmen, in anderen Ländern, denen ein größeres Maß natürlichen politischen Instinktes eigen ist, selbstverständlich sein; bei uns ist das bis in sehr hohe Kreise hinein anscheinend keineswegs der Fall. Ist es nicht überaus beachtenswert, daß gerade in Großbritannien dieser Frage beinahe mehr Aufmerksamkeit gewidmet wird, als bei uns! Wir verweisen auf das hochinteressante Buch von Lord Loreburne: Wie der Krieg kam, auf das die „Westminster Gazette“ vom 19. September in einem ebenso interessanten Artikel antwortet, den gute Kenner der Verhältnisse als von keinem geringeren wie Lord Grey eingegeben erklären! Wir setzen überhaupt bei der Aufhellung aller hier angezogenen Fragen auf die Mitwirkung britischer Staatsmänner und Politiker keine geringe Hoffnung. Gerade in Großbritannien hat es zu allen Zeiten besonders viele Männer gegeben, die eine bemerkenswerte Sachlichkeit und Gerechtigkeit auch dem Feinde gegenüber an den Tag gelegt haben, wir weisen z. B. auf das Wirken eines so kenntnisreichen und rücksichtslos offenen Politikers wie Morel während des Krieges hin, und auch der alte Viscount Morley dürfte trotz seiner Jahre vielleicht noch etwas zu sagen haben. Und auch in anderen Ländern schlagen die Gewissen, ist man bereit, Irrtum als Irrtum zu erklären und dementsprechend zu handeln, es müßte denn der gute Geist einer gedeihlichen neuen Zukunft für immer verschwunden und die Kulturvölker der Welt mit unheilvoller Blindheit geschlagen sein!

Aber der Anstoß kann nur von dem Beklagten, von Deutschland ausgehen, seine außenpolitisch, unseres Erachtens besonders heute völlig unzulängliche Leitung aber scheint die Lage, scheint das, worauf es ankommt, ebenso wenig zu begreifen, wie die Staatsmänner des alten Regimes, die sich über Rußland und den Ernst der serbischen und belgischen Frage täuschten! Es ist das alte Lied: Wir lassen uns von den Ereignissen treiben, statt sie zu meistern, wir sind jeglichen Tastsinnes für das, was außenpolitisch notwendig ist, vollkommen bar, und dann wundern wir uns und beklagen uns, wenn die Ereignisse eine Wendung nehmen, die wir weder gewünscht noch erwartet hatten. Soll auch über der neuen Außenpolitik des neuen Deutschen Reiches das Motto stehen: Das Unzulängliche, hier ward's Ereignis?

Weltrundschau.

Von Fritz Nienkemper, Berlin.

Die Blockade Sowjet-Rußlands und Deutschlands.

Jetzt ist endlich Aussicht, daß der Friedensvertrag in Kraft tritt, da der König von England den Gewaltfrieden ratifiziert und die Urkunde nach Paris abgesandt hat, da ferner auch der französische Senat mit 217 Stimmen bei einer Stimmenthaltung dem Vertrag zugestimmt hat, und da augenscheinlich auch die durch königliches Dekret vollzogene italienische Ratifikation als vollgültig anerkannt wird. In diesem Augenblick, wo das Tauffest des sog. Friedens begangen werden sollte, wird aber ein neuer Kampf eröffnet, und zwar nach zwei Richtungen hin. Einerseits steht Deutschland noch unter der Drohung der Blockade und sonstigen Zwangsmaßregeln wegen der Unbotmäßigkeit seiner Truppenreste im Baltikum. Andererseits will die Entente jetzt den Entscheidungskampf gegen die russische Sowjet-Regierung aufnehmen und wendet auch zu diesem Zweck das modern gewordene Kriegsmittel der Blockade an. Zur Probe ist bereits eine „kleine“ Blockade in der Ostsee in Kraft gesetzt worden, die sich zunächst gegen die dort verkehrenden deutschen Schiffe richtet, aber zugleich die Absperrung von Sowjet-Rußland einleitet.

Auf die letzte Note der deutschen Regierung über die Lage im Baltikum hat die Entente erwidert, daß sie die Schwierigkeiten der Räumung nicht verkenne, daß aber der Vorwurf aufrecht erhalten bleiben müsse, daß erst die bewußten und absichtlichen Maßnahmen der deutschen Regierung die Dinge so gestaltet haben, wie insbesondere die auffällige wiederholte Abberufung und Wiederentsendung des Generals v. d. Goltz beweise. Die Entente-Note nimmt den deutschen Vorschlag der Entsendung einer gemischten Kommission in das Baltikum an und sagt die Aufhebung der in ihrer letzten Drohnote angekündigten Maßnahmen zu, sobald der Vorsitzende der interalliierten Kommission Mitteilung von dem endgültigen Vollzug der Räumung mache.

Gleichzeitig hat der Oberste Rat in Paris eine zweite Note in die Welt entsandt, in der alle neutralen Staaten aufgefordert werden, gemeinsam mit der Entente gegen das bolschewistische Rußland auf dem Wege der wirtschaftlichen Blockade vorzugehen. Deutschland wird dabei „gebeten“, sich diesem Vorgehen anzuschließen. Auffällig ist daran, daß uns die Entente um etwas bittet, wozu sie uns nach dem Friedensvertrag letzten Endes zwingen könnte.

Der Kampf gegen den Bolschewismus ist an sich gut, nur ist das ergriffene Mittel vom völkerrechtlichen und vom humanen Standpunkt bedenklich. Die Entente geriert sich als Herrin der Welt und fordert auch die neutralen Mächte auf, sich an der Absperrung von Sowjet-Rußland zu beteiligen, als ob sie gehorsame Vasallen wären. Die Blockade wird das Elend noch steigern, unter dem das arme russische Volk leidet; doch ob sie die bolschewistischen Tyrannen zur Uebergabe zwingt, ist noch abzuwarten.

Es hat sich unter dem Befehl des Obersten Bermondt in Westrußland eine sog. Regierung und eine Armee gebildet, die militärisch den Kampf gegen den Bolschewismus führen will. Die Entente müßte also eigentlich Bermondt und seine Leute als Verbündete betrachten und behandeln, also auch damit zufrieden sein, wenn die im Baltikum verbleibenden deutschen Truppen sich an den Operationen Bermondts beteiligen. Aber nein; gerade aus der Teilnahme der abtrünnigen Brigade des Majors Bischoff bei den Kämpfen um Riga nimmt die Entente den Anlaß, Deutschland zu bedrohen und durch die „kleine“ Blockade in der Ostsee bedeutend zu schädigen.

Es zeigt sich da eine Verwirrung der Dinge in den Ansichten, die anscheinend auf eine lügnerische Berichterstattung zurückzuführen ist. Die lettische provisorische Regierung, die von den westrussischen Kräften sich ebenfalls bedroht fühlt, hat in einem Telegramm an die Entente zu behaupten gewagt, die deutschen Truppen behinderten den Kampf gegen den Bolschewismus, während sie tatsächlich die Randstaaten vor dieser Pest bewahrt haben.

Angesichts der beiden neuesten Noten hat es aber fast den Anschein, als ob die Entente nunmehr bestimmt mit einer loyalen Räumung des Baltikums rechne. Jedenfalls ist das Ersuchen der zweiten Note ein äußerst raffinierter Schachzug, dessen Auswirkungen nur von einem gleichwertigen Partner erkannt werden können. Jetzt wird es sich zeigen, ob unsere neuen Diplomaten zulänglicher sind, als unsere alten, ob sie mehr können, als nur die Sünden der alten zu „enthüllen“. Möge unsere junge Außenpolitik sich von den unseligen Parteigesichtspunkten loszumachen verstehen, möge sie die Zwischenzeit genutzt haben, um sich über die wahre innere Lage in Rußland zu informieren, damit sie jetzt in der Lage ist, eine reale Zukunftspolitik zu machen.

Die „große Aussprache“ im Reichstag.

An die Haushaltsposten für den Reichskanzler und das Auswärtige Amt pflegt sich von alters her eine allgemeine Debatte über die politische Lage zu knüpfen. Diese sog. großen Tage im Parlament pflegten aber früher mehr Sensation zu machen, als in der gegenwärtigen demokratischen Aera. Das klingt auffallend, da doch jetzt das Parlament eine viel größere Macht hat, wie unter der Monarchie. Die Sache ist aber erklärlich; denn damals, als ein selbstherrliches Ministerium neben dem Parlament stand und mehr oder weniger Kabinettspolitik getrieben wurde, konnte man eher auf Enthüllungen rechnen, als in den jetzigen Verhältnissen, wo die Regierung ein Ausschuß des Parlaments ist und das Aktionsprogramm zwischen den positiven Parteien vereinbart worden und demgemäß kein Geheimnis geblieben ist.

So schrumpft der „Effekt“ der sog großen Tage zusammen auf etwaige außenpolitische Kundgebungen der Regierung, die sich in einer förmlichen Note nicht unterbringen ließen, und auf scharfen Zank mit der Opposition. In der letzten Mühle gibt es freilich in der Regel mehr Geklapper als Mehl.

Die Nationalversammlung hatte das richtige Gefühl, daß eine Garnitur von Parteirednern genug sei für die allgemeine Aussprache. Die Geschäftsordnung wurde aber gestört durch die Untat eines geisteskranken Querulanten, der vor dem Eingang zum Reichstag mehrere Schüsse abfeuerte gegen den Abg. Haase, den Führer der Unabhängigen. Das sah auf den ersten Blick wie ein politisches Attentat aus, wie eine Schreckenstat der Reaktion gegen den Radikalismus. Doch stellte sich bald heraus, daß der Verbrecher nicht aus politischem Haß gegen die Linke handelte, sondern vielmehr bei seinem bisherigen Auftreten in Versammlungen sich selbst als scharfen Radikalen aufgespielt hatte, dagegen von persönlicher Wut auf Herrn Haase geleitet wurde, weil er sich einbildete, Haase habe ihn bei seinem wahnwitzigen Kampf gegen die staatliche „Schwindellotterie“ verlassen und verraten. Erfreulicher Weise sind die Wunden des Ueberfallenen nicht gefährlich. Die Tat des Wahnsinnigen hatte aber doch politische Nachwirkungen. Einerseits wurde die Debatte im Reichstag unterbrochen, da der Abg. Haase gerade am Tage des Attentats reden sollte. Am nächsten Tage brachte als sein Stellvertreter der Abg. Dr. Cohn die angekündigten „Enthüllungen“ und Angriffe; inzwischen hatte man sich entschlossen, noch eine zweite Garnitur von Parteirednern sprechen zu lassen, und so kam noch der Unabhängige Henke aus Bremen zu Worte, der das Aufhetzen der Entente gegen Deutschland nicht nur in der gewissenlosesten Weise betrieb, sondern sich sogar nicht scheute, die landesverräterische Tendenz offen zuzugestehen. Dadurch kam es zu einer Wendung im Wortkampf. Die sozialdemokratischen Minister hatten bis dahin gegen beide Extreme sich gewandt, aber den Ton nach rechts hin besonders zugespitzt, so daß der Eindruck erweckt wurde, der schlimmste Feind stehe im konservativen und nationalliberalen Lager. Verstärkt wurde dieser Eindruck dadurch, daß der Abg. Scheidemann, der seit seinem Rücktritt von der Ministerpräsidentschaft an unbefriedigtem Ehrgeiz zu leiden scheint, wieder einmal sein Steckenpferd der Versöhnung mit den Unabhängigen tummelt. Die Fortsetzung der Debatte ergab nun nicht allein eine glatte und grobe Absage der Unabhängigen an den Liebeswerber Scheidemann, sondern nötigte auch die Regierung. wieder in voller Schärfe Front zu machen gegen die extreme Linke, die nicht nur den Umsturz im Innern betreibt, sondern sogar einen neuen Angriff der Entente herbeizuführen sucht, um die gegenwärtige Ordnung um jeden Preis zu stürzen.

Die Prämien-Anleihe als Probestück.

Im geschlagenen und zermürbten Deutschland ist die erste Friedensanleihe ein großes Wagnis. Die Triebkräfte, die seit 1914 alle halbe Jahre eine Kriegsanleihe von 10—12 Milliarden zuwege brachten, sind ermattet. Das Reich braucht aber dringend Geld und noch dringender eine Auffrischung des Vertrauens im Inlande und im Auslande. In dieser Hinsicht würde ein Fehlschlag des ersten Anleiheversuches geradezu verhängnisvoll wirken. Darum hat man im Rat der Minister und der Fachmänner allen Fleiß und alle Kunst darangesetzt, die neue Anleihe so zu gestalten, daß ein Mißerfolg kaum denkbar erscheint.

Der Plan liegt jetzt vor und man muß gestehen, daß die beteiligten Finanzmänner, Volkswirtschaftler und Mathematiker ein höchst kunstvolles (man möchte sagen: raffiniertes) Gebilde zutage gefördert haben. Eine Prämienanleihe mit Millionengewinnen und zugleich eine regelrecht zinstragende Anleihe, sogar zum gewohnten Zinssatze von 5%. Mit dem bedenklichen Appell an die Spielsucht verbindet sich ein geschickter Antrieb zum Sparen, indem die Zinserträge nicht fortlaufend ausgeschüttet, sondern angesammelt werden bis zur Einlösung des ganzen Wertpapieres. Dem Sparsinn wird noch besonders gehuldigt durch bedeutende Steuervergünstigungen, namentlich in der Nachlaß- und Erbanfallsteuer. Abweichend von dem System der Kriegsanleihe ist regelmäßige Tilgung durch Auslosung vorgesehen; doch ist sie, um Ueberlastung der Reichskasse zu verhüten, auf 80 Jahre verteilt. Die Inhaber der Kriegsanleihe waren, wenn sie ihr Kapital wieder haben wollten oder mußten, ausschließlich auf den Verkauf an der Börse angewiesen; unter den traurigen Verhältnissen war der Börsenkurs bis unter 80 Prozent gesunken. Den Erwerbern der neuen Stücke wird das Recht der Kündigung und Rückforderung eingeräumt; allerdings erst nach einer Frist von 20 Jahren und bei einem Abzug von 10 Prozent. Das genügt aber, um den Kurs der neuen Anleihe auf mindestens 90 Prozent zu halten. Es kommt hinzu, daß die Gewinnchancen in der Lotterie sowie der „Bonus" bei Auslosung zur Tilgung mit den Jahren steigen. Man darf also hoffen, daß die Stücke sich ziemlich al pari halten. Schon im bloßen Kapitalwert; die aufgesammelten Zinsen kommen dem Verkäufer natürlich auch noch zu gute, so daß bei ungestörtem Lauf der Dinge der Kurs sich jedes Jahr um fünf Prozent weiter heben muß. Das wird im Gegensatz zu dem Rückgang der Kriegsanleihen einen erbaulichen Eindruck machen. Die Väter des Planes verfolgten zugleich die Absicht, den Kurs der Kriegsanleihen zu stützen. Daher die Bestimmung, daß die Zeichner der Prämienscheine die Hälfte des Kapitals in Kriegsanleihe zahlen sollen und zwar mit Geltung zum vollen Nennwert. Der Kursgewinn von fast 20 Prozent ist ein starkes Kompelle für die neue Anleihe und hat auch sofort zur Hebung des Kurses der alten Anleihe um mehrere Prozent geführt. Um den kleineren Inhabern von Kriegsanleihe den Vortritt zu sichern, ist vorgesehen, daß bei der Zuteilung diejenigen, die nur ein bis fünf Stücke zeichnen, vorweg befriedigt werden sollen.

Die Schattenseite ist nun die, daß die Reichskasse nur die Hälfte des Ertrages in barem Gelde erhält, während sie von der andern Hälfte (der zurückfließenden Kriegsanleihe) nur den Vorteil hat, daß die Zinsenlast für die nächsten Jahre erleichtert wird. Der Reinertrag an Geld beschränkt sich also auf 2½ Milliarden, da die ganze Anleihe mit fünf Milliarden limitiert sein soll. Diese Beschränkung ist offenbar gewählt worden, um einen Fehlschlag bei dieser ersten Anleihe unbedingt auszuschließen. Da wir noch viel mehr Geld gebrauchen, stellt sich die angekündigte Kreditoperation als Versuchsballon dar. Nach dem günstigen Ausgang der Probe haben wir die Wahl, entweder weitere Zeichnungen über die fünf Milliarden hinaus anzunehmen oder weitere Anleihen auszuschreiben nach dem erprobten Muster.

Trotz der Millionengewinne, die ausgesetzt sind, ist die Anleihe noch kein schlechtes Geschäft für die Reichskasse. Daß nach der Niederlage und der Revolution das Reich nicht mehr einfach zu 5% borgen konnte, war selbstverständlich. Jetzt soll außer den 5% noch an Prämie und Bonus eine Summe verbraucht werden, die nach überschläglicher Rechnung etwa 1% Zinszuschlag bedeutet. Davon geht aber wiederum ab der Zinseszins, den die Reichskasse von den angesammelten Zinsen genießt. Bei einer mittleren Ansammlungsdauer von 40 Jahren ist das ein erheblicher Posten. Die Reichsbelastung bleibt also hinter 6% noch zurück, und damit muß man unter den obwaltenden Verhältnissen zufrieden sein.

Weniger schön ist ja der Appell an die Spielsucht. Doch wenn wir schon in normalen Zeiten Staatslotterien hatten, so kann man gegen die neue Notlotterie sich nicht wehren. Als mildernder Umstand mag gelten, daß auch der familiäre Sparsinn gefördert wird.

Der Erfolg dieser Probeanleihe ist für die Reichsfinanzen, für die Volkswirtschaft, für die Hebung unserer Valuta und für die Weltgeltung Deutschlands überhaupt von so großer Bedeutung, daß jeder brave Bürger es für patriotische Pflicht halten muß, sich nach seinen Kräften zu beteiligen.

Wie kann in Oesterreich weiter regiert werden?

Von Dr. Hans Eisele, Wien.

Die parteipolitischen Verhältnisse Oesterreichs gleichen in vielen Punkten denen Bayerns. Die Sozialdemokratie hat infolge des schrankenlosen Wahlrechts, der Revolution und des Zusammenbruchs einen unnatürlichen Stimmenzuwachs erzielt, dem die tatsächliche innere Macht und Stärke in keiner Weise entsprach. Stimmen- und Mandatzahl zwangen die Sozialdemokratie, aus dem bequemen Schatten verantwortungsloser Kritik und negierenden Besserwissens heraus in die Hitze positiver Arbeit und Regierungsverantwortung zu treten. Dafür fehlten ihr hier wie dort die in langer Selbstzucht geschulten Kräfte, die selbstlosen, pflichtbewußten Beamtennaturen, dazu fehlte vor allem der an ihrer Agitation verhetzten Masse der hohe sittliche Ernst und das positiv gerichtete Staatsbewußtsein. Auch in Oesterreich fehlte es von Anfang an ihr an der nötigen Zahl von geeigneten Kräften für die verschiedenen Zweige der Regierungsgewalt. Hier konnte sie nur durch Juden die wichtigsten Posten besetzen, selbst im Kriegsministerium, wie ja überhaupt die österreichische Sozialdemokratie noch ungleich mehr verjudet ist als die deutsche. Namentlich die Wiener sozialdemokratische Presse ist in Redaktion und Verlag ganz in jüdischen Händen. Daraus erklärt sich in vielen Fragen die Haltung und der Radikalismus der österreichischen Sozialdemokratie, die ungefähr dem linken Flügel der deutschen unabhängigen Sozialdemokratie gleichkommt. Aus dem Gefühl des eigenen Unvermögens, das versprochene Glück sozialdemokratischer Regierungskunst zu verwirklichen, entspringt die mimosenhafte Empfindlichkeit, die krankhafte Gereiztheit der Sozialdemokratie bei der leisesten Kritik, hier in Oesterreich wie draußen in Bayern.

Zahlenmäßig ist in der österreichischen Nationalversammlung die Sozialdemokratie mit 72 Mandaten die stärkste Partei. Aber sie hat die Christlich-Sozialen mit ihren 69 Sitzen nur um 3 Abgeordnete überflügeln können. Dazwischen sitzt der großdeutsche Block der übrigen bürgerlichen Parteigruppen mit 26 Stimmen, ein Tscheche, ein bürgerlicher Demokrat und ein Jüdisch-Nationaler. Die Sozialdemokratie ist rein zahlenmäßig nicht fähig, in Oesterreich die Regierung allein zu bilden und zu führen. Tatsächlich ist ihre Macht noch geringer als ihr zahlenmäßiger Vorsprung. Den klarsten Spiegel für die sozialdemokratischen Machtverhältnisse zeigt die Mitgliederzahl der roten Gewerkschaften. Sie betrug bei der letzten Zählung 295000. Davon entfallen allein auf Wien 160000, auf Wien und Niederösterreich 230000, so daß in allen übrigen österreichischen Ländern zusammen nur noch 65000 rot organisierte Gewerkschaftler sitzen, von denen infolge des unerhörten Terrorismus noch viele nur gezwungen in der roten Gewerkschaft sind und bleiben, dazu kommt die auch von der sozialdemokratischen Presse zugegebene Abwanderung der großen Masse Novembersozialisten, so daß die Sozialdemokratie bei einer Neuwahl in diesem Augenblick auch nicht annähernd mehr die Stimmen- und Mandatzahl wie das letztemal erhalten würde.

Nur in **Wien** und in **Niederösterreich** konnte man nach den letzten Wahlen von einer **sozialdemokratischen Mehrheit** sprechen. In Wien besetzte die Sozialdemokratie mit 100 Sitzen das Rathaus, die Christlich-Sozialen bekamen nur 50. In Niederösterreich stehen im Landtag den 48 Christlich-Sozialen, 7 Deutsch-Nationalen, 4 Tschechen und Jüdisch-Nationalen gerade 60 Sozialdemokraten gegenüber, so daß also die Sozialdemokratie immerhin die Hälfte der Sitze innehat. Aber schon in **Oberösterreich** haben trotz dem roten Punkt von Linz die **Christlich-Sozialen die Mehrheit**, denn von den 70 Mandaten im Landtag besetzten die Christlich-Sozialen allein 39, die Sozialdemokraten nur 19, die Deutsch-Freiheitlichen 12 Sitze. In **Salzburg** haben die **Christlich-Sozialen** 20, die Sozialdemokraten 12, die Deutsch-Freisinnigen 7 Mandate, wozu noch ein Mandat der Pinzgauer Wirtschaftspartei kommt, das den Christlich-Sozialen zugezählt werden kann. In **Steiermark** haben die **Christlich-Sozialen** 36, die Sozialdemokraten 23, die Bauernbündler 9 und die Deutsch-Demokraten 2 Mandate im Landtag. In **Vorarlberg** gehören den Christlich-Sozialen von den 30 **Landtagssitzen 22**, den Sozialdemokraten 5, den Deutsch-Freisinnigen 2 Mandate. In **Tirol** haben die **Christlich-Sozialen** ebenfalls die **absolute Mehrheit** gegen Sozialdemokratie und Freisinn. Aus diesen Verhältnissen erhellt, daß die sozialdemokratische

Herrschaft in Oesterreich räumlich und zahlenmäßig auf Wien und Niederösterreich beschränkt bleibt und eine sozialdemokratische Alleinherrschaft in Oesterreich ganz unmöglich ist. Die Sozialdemokratie ist auf die Koalition mit den Christlich-Sozialen angewiesen. Die Christlich-Sozialen sind im Wachsen, die Sozialdemokraten in der Abnahme begriffen. Das haben seit dem Beginn der sozialdemokratischen Herrschaft in Wien alle Wahlen bewiesen.

Die Sozialdemokratie wird noch geschwächt durch den inneren Zwiespalt. Die jüdische Führung der Bauer, Adler, Austerlitz ist radikal und fraternisierte mit dem ungarischen Kommunismus, bis er in Wien das eigene Haus unzeitig in Brand stecken wollte. Die radikale jüdische Führung dominierte auch in Arbeiter- und Soldatenräten. Ihr ist die rote Volkswehr ergeben. Mit Volkswehr, Arbeiter- und Soldatenräten hat sie in Oesterreich Schritt für Schritt die Räterepublik eingerichtet. Wir haben heute schon die Räteherrschaft auf allen Gebieten, nur daß in Oesterreich die kommunistische Herrschaft nicht in den Portionen der Budapester Radikalkur, sondern in homöopatischen Dosen gereicht wird. Die Räte bilden die Regierung über der Regierung. Sie zu beseitigen, ist heute schon unmöglich, weil sie ihrer Abschaffung mit der Volkswehr Widerstand leisten werden. Die Regierung, auch der sozialdemokratische Teil der Regierung und er vor allem, ist der Gefangene der Räte und der Volkswehr. Es ist ein offenes Geheimnis, daß der Präsident Renner in seiner eigenen Partei machtlos ist, daß Renner und der Wiener Bürgermeister Reumann und eine ganze Reihe nichtjüdischer sozialdemokratischer Funktionäre in Wien und in der Provinz die Volkswehr- und Rätewirtschaft und das haltlose Schwanken der Partei verurteilen. Aber sie kommen nicht auf gegen die Demagogie der radikalen jüdischen Führer.

Tatsächlich gewinnt der Radikalismus in der Sozialdemokratie immer mehr die Oberhand und macht jede positive Regierungsarbeit, den Wiederaufbau des Staatswesens, die Wiederherstellung von Gesetz, Ordnung und Rechtssicherheit ganz unmöglich. Auch in Oesterreich wird eine politische Klärung erst eintreten, wenn die Sozialdemokratie wie in Deutschland die radikal-kommunistischen Elemente in ehrlicher Spaltung ausscheidet und sich selbst damit zu positiver Staatsarbeit fähig macht. So wie die Sozialdemokratie in Oesterreich heute geworden ist, wird sie weder aktionsfähig noch tragfähig genug für die schwierigen, nur auf dem Mittelweg der Kompromisse zu lösenden parlamentarischen Arbeiten des wirtschaftlichen, finanziellen und kulturellen Aufbaues des jungen Staatswesens sein. Wenn die Sozialdemokratie nicht mehr Kraft genug zu diesem Reinigungsprozeß besitzt, wenn sie noch weiter in kläglicher Aktionsunfähigkeit und Verwirrung hin- und herschwankt, dann wird nur das Wahlgericht des Volkes in Neuwahlen Oesterreich von der heutigen korrupten Mißwirtschaft der verkappten Räterepublik und von der Herrschaft der unfähigen Sozialdemokratie befreien können.

Die ganze öffentliche politische Diskussion der letzten Wochen beschäftigte sich mit der Frage, wie in Oesterreich weiter regiert werden soll. Man ist sich in allen vernünftigen Parteikreisen einig darüber, daß nur eine Koalitionsregierung möglich ist. Bis heute haben Sozialdemokraten und Christlich-Soziale die Koalitionsregierung gebildet. Dabei hat von Anfang an bei der Verteilung der Macht und Aemter die Sozialdemokratie den Löwenanteil für sich beansprucht und vorweggenommen. Sie haben deshalb vor allem die politischen Aemter und Stellen besetzt, die Christlich-Sozialen die wirtschaftlichen. Dort die Macht und der Einfluß, hier die positive Arbeit und Verantwortung.

Die Sozialdemokraten stellen den Staatskanzler, einen Präsidenten, 5 Staatssekretäre, während die Christlich-Sozialen sich mit dem Vizekanzler, einem Präsidenten und 2 Staatssekretären begnügten. Dieser Vorsprung der Sozialdemokratie mochte im Anfang nach der sozialdemokratischen Hochflut der Revolution in etwa begründet und vielleicht sogar klug erscheinen. Nach dem Versagen der sozialdemokratischen Regierungskunst auf allen Gebieten hat die Rückflut der roten Massen begonnen. Die rote Presse klagt selbst darüber. Die sozialistische Mißwirtschaft und die Korruption der Rätewirtschaft verstärken von Tag zu Tag den Abfluß von der Sozialdemokratie. Das Sehnen nach einer Befreiung von dieser sozialdemokratischen Mißwirtschaft, von der öffentlichen Unsicherheit, Willkür und Rechtslosigkeit ist allgemein geworden. Der sozialdemokratische Präsident Renner selber hat dieser Sehnsucht wiederholt Ausdruck gegeben. Unter diesen Verhältnissen wäre die bisherige Bevorzugung der Sozialdemokratie unberechtigt, unklug, schädlich. Aber die Personenfrage tritt in den Hintergrund. Wichtiger ist die ganze Richtung der österreichischen Politik.

Unter sozialdemokratischer Führung und Verantwortung ist Oesterreich mit der sozialistisch-kommunistischen Volkswehr, mit den ausschließlich sozialdemokratischen Arbeiter- und Soldatenräten eine verkappte Räterepublik geworden. Auf allen Gebieten ist eine Rechtsunsicherheit, eine Willkür und vielfach Korruption eingerissen, das Staatswesen an den Rand des Bankrotts und völligen Zusammenbruchs geführt worden, daß der Ruf allgemein geworden ist: So kann's nicht mehr weiter gehen. Es ist auf allen Gebieten sozialdemokratische Politik gemacht worden ohne Rücksicht auf den andern Teil der Koalitionsregierung, auch ohne Rücksicht auf Gesetz und Recht, auf Abmachungen und Regierungsprogramme. Deshalb ist in den letzten Wochen von allen christlich-sozialen Führern in allen Ländern einmütig die Forderung erhoben worden, daß die weitere Teilnahme der Christlich-Sozialen an der Koalitionsregierung nur möglich und erträglich sei, wenn beiden Teilen gleiche Rechte und Pflichten eingeräumt werden. Die Christlich-Sozialen haben in den letzten Monaten zu viel mit ihrem guten Namen decken und mitverantworten müssen, was nicht im Programm vorgesehen war. Sie wollen sich in Zukunft nicht mehr zu Werkzeugen der sozialdemokratischen Machtlüsternheit hergeben. Alles steht und fällt mit der unseligen Rätewirtschaft. Sie muß in der bisherigen Form aufhören. Die Räte müssen endlich in ihre bescheidenen Grenzen zurückverwiesen werden. Nur dann können die Christlich-Sozialen die Last und Verantwortung der Koalition weitertragen. Mit der Fortpflanzung der Rätewirtschaft und Räterepublik ist eine Koalition auf die längere Dauer unmöglich. Fraglich ist nur, ob die vernünftigen Kreise in der Sozialdemokratie heute überhaupt noch die Autorität und Macht haben, die Rätewirtschaft samt der roten Volkswehr zu beseitigen. Ich möchte diese Frage eher verneinen als bejahen. Bis jetzt sprechen alle Anzeichen dagegen, daß sich die Räte ohne ernste Kämpfe von ihrem Posten als Regierung über der Regierung beseitigen lassen wollen. In der Sozialdemokratie ringen zur Zeit die beiden Seelen in hartem Kampf miteinander. Welche wird siegen, die radikalkommunistische oder die realpolitisch-gemäßigte? Davon wird es abhängen, ob die notwendige Koalition auf einer Dauer und Erfolg versprechenden Basis weitergeführt werden kann oder ob schon jetzt, wie viele Kreise wünschen, in allgemeinen Neuwahlen ans Volk und sein Gericht appelliert werden muß.

Alle diese Gegensätze, Schwierigkeiten und unausgeglichenen Fragen bilden den Hintergrund der gegenwärtigen Kabinettskrise und Kabinettsumbildung. Nur die sozialdemokratische Reinigung von ihren jüdisch-kommunistischen Elementen und Plänen kann der österreichischen Politik wieder Sicherheit und organische Entwickelung ermöglichen. Ohne diese Reinigung und ohne eine Koalition mit gleichen Rechten und Pflichten wird eine ruhige politische Entwickelung in Oesterreich nicht möglich sein. Kein Land aber braucht sie notwendiger als Oesterreich. Eine Koalition zwischen Christlich-Sozialen und Sozialdemokraten ist heute noch notwendig, aber ohne Bevorzugung der roten Seite.

Herbe Herbstlehre.

Letzte Sommergluten brände
reifen mild und hold
an des Hügels Weingelände
reicher Reben Gold.

Heil'ge Frucht, dir sei mein Lieben!
du bist süss und schön
uns trotz Edens Fluch geblieben,
Bild aus Himmelshöh'n! —

Weinte es der Wind im Laube,
was ich da erlauscht,
oder raunte es die Traube?:
Jeder Wein berauscht!

P. Alfred Wlotzka, S. V. D.

Der Blitzableiter.

Randglossen zum Wiener Rotbuch.

Von Theodor von Sosnosky, Wien.

Die Diplomaten der alten Schule, die zu lästern jetzt Mode ist, haben sicherlich manche Sünde auf dem Gewissen; aber Eines wird ihnen auch ihr ärgster Feind nicht nachsagen können: daß sie bei politischen Konflikten für die Sache des Gegners eingetreten seien und wider die des eigenen Vaterlandes. Eine derartige verbrecherische Torheit wäre selbst dem schwachköpfigsten Salondiplomaten nicht in den Sinn gekommen. Das blieb den roten Diplomaten von heute vorbehalten, die sich so unendlich staatsweiser und menschenkundiger dünken als ihre blaublütigen Vorgänger.

Kaum war das Habsburgerreich zusammengebrochen, nicht besiegt von seinen äußeren Gegnern, sondern verraten von seinen inneren Feinden, als die neuen Lenker von Oesterreichs Staatswrack aus vollem Halse und mit aufgeregten Gebärden in die Welt hinausschrieen, daß das alte Oesterreich die Schuld am Kriege trage, daß es das „verfluchte Geschlecht der Habsburger“ sei, das gedrängt von einer Schar nach blutigen Lorbeeren girrender Generale und intriganter Aristokraten, das namenlose Unheil über die unglückliche Welt heraufbeschworen habe. Selbst wenn dem wirklich so gewesen wäre, würde ein solches Gebaren töricht und frevelhaft gewesen sein, denn angesichts der bevorstehenden Friedensverhandlungen hieß das nichts anderes als den Feinden des eigenen Vaterlandes das Heft des Dolches in die Hand drücken, mit dem sie jenem den Todesstoß geben wollten. Man durchforsche die gesamte Weltgeschichte nach einer ähnlichen Erscheinung; man wird sie vergebens suchen. Den sozialdemokratischen Staatsmännern Oesterreichs gebührt der herostratische Ruhm, die ersten gewesen zu sein, die ihre Aufgabe darin sahen, sich als die Anwälte der Gegenpartei zu gebärden und als die Ankläger der eigenen. Ja, der eigenen! Auch wenn sie selber dies nicht werden gelten lassen wollen. Mögen sie noch so oft und noch so laut versichern, daß ihre Anklagen sich bloß gegen das Habsburgerreich kehren; das macht ihr Beginnen nicht klüger und nicht besser, das entlastet sie nicht von dem furchtbaren und schmählichen Vorwurfe, alles getan zu haben, was den Feinden des eigenen Vaterlandes eine Handhabe bot, dieses zu einem erbärmlichen Sklavendasein zu verurteilen. Denn in den Augen der Entente ist das heutige Klein-Oesterreich der Nachfolger des früheren großen Habsburgerreichs und alles, was diesem zur Last gelegt wurde, muß jenes büßen. Das haben die „Staatsmänner“, die zur Zeit auf dem Wiener Ballplatze die Politik machen, natürlich gewußt und dennoch sind sie's nicht müde geworden, der Monarchie die Schuld am Kriege aufzubürden! Wie mögen sich die Staatsmänner der Entente — Staatsmänner ohne Anführungszeichen! — ins Fäustchen gelacht haben, daß man in Wien so eifrig Wasser auf ihre Mühlen goß und es ihnen so leicht machte, Oesterreich zum Schuldigen zu stempeln und zu Grunde zu richten!

Wie gesagt: Selbst wenn das alte Habsburgerreich wirklich mit der schweren Schuld beladen wäre, den Weltkrieg gewollt zu haben, hätten die roten Diplomaten des heutigen Oesterreich nicht ihr „Schuldig!“ schreien dürfen, sondern im Gegenteil alles aufbieten müssen, diese Schuld tunlichst abzuschwächen und dafür die der Gegner zu unterstreichen. So wenigstens hätten es die vielgeschmähten blaublütigen Diplomaten der alten Schule gemacht.

Nun ist aber die alte Monarchie an diesem Kriege nicht schuldig gewesen. Sie hat die Lawine nur ins Rollen gebracht, aber wahrlich nicht mit Absicht, denn kriegerisch ist sie ganz und gar nicht gewesen. Das kriegerische Habsburgerreich! Man müßte lachen, wenn man das Lachen über all dem Unglück nicht verlernt hätte. Jahrzehnte hindurch hat es mit wohlwollendem Lächeln und verschränkten Armen zugesehen, wie die anderen Mächte untereinander die Welt aufteilten. Jahrzehnte hindurch hat es im europäischen Konzerte immer die Friedensschalmei gespielt, immer im zartesten Pianissimo, Jahrzehnte hindurch hat es bei allen heiklen Begegnungen stets dem Andern höflichst Platz gemacht, um nur ja in keinen Konflikt verwickelt zu werden. Und dieser friedfertige Allerweltsfreund und gefällige Jasager soll, wie uns die rote Geschichtsdeutung jetzt durchaus glauben machen will, urplötzlich ruhm- und ländergierig geworden sein und einen Konflikt mutwillig vom Zaune gebrochen haben?! . . . . Nun, wäre ihr darum zu tun gewesen, so hätte sie gerade in den letzten elf Jahren vor dem Kriege zur Befriedigung solcher Gelüste vollauf Gelegenheit gehabt.

Als das serbische Königspaar im Juni 1903 ermordet wurde, hätte Oesterreich-Ungarn sicherlich leicht einen Anlaß gefunden, in Serbien zu intervenieren und es bei dieser Gelegenheit ohne viel Mühe einzusacken. Es hat dies nicht getan.

Als Rußland im Jahre darauf den harten Kampf gegen Japan zu bestehen hatte und dann noch von inneren Kämpfen heimgesucht wurde, demnach so gut wie wehrlos war, hätte Oesterreich-Ungarn abermals die günstigste Gelegenheit gehabt, mit Serbien reinen Tisch zu machen. Es hat dies nicht getan.

Als im Frühjahr 1909 die Annexionskrise auf dem Höhepunkt angelangt war, da hätte die Monarchie angesichts des geradezu habsüchtigen Gebarens Serbiens abermals nicht nur den besten Anlaß sondern auch den triftigsten Grund gehabt, dieses zu züchtigen, denn Rußlands Schwert war damals — Fürst Trubetzkoi hat es später unumwunden eingestanden — „von Pappe“. Es hat dies nicht getan.

Zwei Jahre später, als Italien seinen Raubzug nach Tripolis unternahm, wäre für die Monarchie eine ausgezeichnete Gelegenheit gewesen, jenes für seine Haltung während der Annexionskrise zur Rechenschaft zu ziehen; hatte sie doch die Beweise in der Hand, daß Italien es damals hinterrücks überfallen wollte, wenn Rußland sich gerührt hätte. Auch das hat es nicht getan.

Und ebensowenig hat es auch im Jahre darnach in den Balkankrieg eingegriffen, sondern es ruhig geschehen lassen, daß sein Todfeind Serbien auf Kosten der Türkei und Bulgariens zu gefährlicher Stärke heranwuchs. Es hat also im Laufe von ungefähr einem Dezennium nicht weniger als fünf Gelegenheiten ungenutzt vorübergehen lassen, mit seinen erbittertsten Feinden abzurechnen und Eroberungen zu machen. Welches andere Reich hätte an seinerstatt so gehandelt?! Man denke sich doch nur einmal England oder Frankreich an seine Stelle. Würden deren Staatsmänner ruhig und freundlich zugesehen haben, wie die schlimmsten und gefährlichsten Nachbarn ihrer Staaten sich vor ihren Augen vergrößerten und verstärkten? Würden sie es schweigend geduldet haben, daß sich die politische und militärische Situation rings um ihre Länder von Jahr zu Jahr zu deren Ungunsten verschlechtere und deren Existenz immer gefährlicher bedrohe? Ganz gewiß nicht. Wer die weitausschauende, energische, rücksichtslose Politik dieser Staaten, zumal Englands, kennt, wird es als ganz ausgeschlossen bezeichnen müssen, daß sie an Oesterreich-Ungarns Stelle eine so beispiellose Geduld, Enthaltsamkeit und — Schwäche an den Tag gelegt, daß sie sich gleich diesen alle günstigen Gelegenheiten zu erfolgreichem Eingreifen hätten entgehen lassen und sich mit einer so wenig vorteilhaften, um nicht zu sagen: kläglichen Rolle beschieden hätten, wie sie Oesterreich-Ungarn Serbien gegenüber gespielt hat. Was die Monarchie erst im Jahre 1914 getan hat, das würden England, Frankreich oder selbst Italien an deren Stelle schon längst getan haben. Nur völlige politische Unwissenheit könnte dies bestreiten.

Daß schließlich auch ihr endlich die Geduld ausging, daß sie es satt bekam, von einem Kleinstaate fragwürdigster Kultur jahraus jahrein in dreistester Weise geschmäht und gereizt und durch seine gefährliche Wühlarbeit in ihren Grundfesten bedroht zu werden; daß sie nicht mehr länger zuwarten wollte, in der gewiß nicht unbegründeten Annahme, daß sich ihre Situation hierdurch nur noch verschlimmern könne: wer kann es ihr nicht nachfühlen? Wer es ihr verübeln, sofern er gerecht sein will?!

Gerecht sein will! . . . Die Leute in Wien, die eben jetzt eine Reihe von Aktenstücken veröffentlicht haben, mit denen sie beweisen wollen, daß das alte Oesterreich der Hauptschuldige am Weltkriege gewesen ist, die wollen es offenbar nicht sein. Sie scheren sich den Teufel um Wahrheit und Gerechtigkeit; sie wollen nur am Ruder bleiben und Oesterreich weiter knechten und entrechten. Denn das, nur das ist der wahre Grund dieser Publikationen. Das klingt im ersten Moment wohl etwas befremdend, ja unverständlich; aber der ursächliche Zusammenhang ist keineswegs schwer nachzuweisen.

Den gegenwärtigen Machthabern von Oesterreich ist nicht wohl zumute. Sie fühlen sich auf ihren Ministerfauteuils nicht mehr behaglich. Sie spüren den Boden unter sich wanken. Sie ahnen, daß das von ihnen mit goldenen Versprechungen betörte Volk aus seiner Hypnose zu erwachen beginnt, weil der Hunger und die Angst vor der kommenden Winterkälte sie geweckt haben. Sie fürchten, daß dieses hungernde, durch Drangsale aller Art gequälte und erbitterte Volk sie in nachdrücklicher Weise an die Erfüllung jener glänzenden Verheißungen erinnern wird. Angesichts dieser bedrohlichen Symptome haben sie sich nach einem

Blitzableiter umgesehen, der die Gefahr von ihnen abziehen und auf sich lenken soll. Was aber konnte in ihren Augen hierzu besser taugen als das alte Habsburgerreich! Auf dieses hetzen sie jetzt den Grimm und Haß des Volkes, der ihnen gefährlich zu werden beginnt. „Seht!" rufen sie mit einer Stimme, aus der Haß und Furcht klingen, „seht, dort ist euer Feind und Verderber! Die Dynastie, die Staatsmänner und Offiziere der alten Monarchie sind es, die euch ins Elend gestürzt haben, die euch hungern und frieren lassen, die euch um Hab und Gut, um Haus und Hof gebracht, die euch geknechtet und entrechtet haben! Die sind die Schuldigen! Nicht wir, wie böse Menschen es behaupten! Da habt ihr die Beweise! Lest sie, dann werdet ihr erkennen, daß die eure Feinde sind — Feinde, die ihr noch immer zu fürchten habt! — wir aber eure Freunde"...

Wer etwa noch zweifeln sollte, daß die Monarchie nur der Blitzableiter sein soll, der sei bloß darauf aufmerksam gemacht, daß die Veröffentlichung dieser Beweise just am Vorabende der großen Kohlenkatastrophe erfolgte, also zu einem Zeitpunkte, der der Bevölkerung die krasse wirtschaftliche Unfähigkeit des Genossen-Regiments mit furchtbarster Anschaulichkeit vor Augen führte. Deutlicher und zugleich plumper hätte sich diese Absicht nicht mehr äußern können . . .

Sie ist übrigens doppelter Art, denn die Urheber dieser Veröffentlichungen hofften derart zwei Fliegen mit einem Schlage zu treffen: einerseits die eigene Herrschaft zu behaupten, anderseits im Volke die Sehnsucht nach der Wiederkehr des alten Regiments zu ersticken und dieses für immer unmöglich zu machen. Denn die Angst vor dieser Wiederkehr sitzt ihnen Tag und Nacht im Nacken, ganz so wie einst dem Konvent und Direktorium in Frankreich. Sie ist der Alp ihres Lebens, den sie mit diesem Schlage zu vernichten glauben. Die Zukunft wird zeigen, ob ihnen dies auch wirklich gelungen oder ob es nur ein Schlag ins Wasser gewesen ist.

Was schließlich die „Beweise" betrifft, so tun sie nichts anderes dar, als daß Oesterreich-Ungarn, der Invektiven Serbiens endlich müde geworden, mit diesem gründlich abrechnen wollte, was — sehr gegen seinen Willen — nur mit der Waffe in der Hand möglich war. Zur Feststellung dieser Tatsache bedurfte es wahrlich keines neuen Rotbuchs. Um aber zu beweisen, daß Oesterreich-Ungarn wirklich der schuldige Teil gewesen sei, müßten die Herren vom Ballplatze erst den Nachweis liefern, daß Serbien nichts getan, was die Monarchie zu diesem verhängnisvollen Schritte nötigte, und daß Rußland diesen Krieg nicht schon langer Hand vorbereitet habe. Wenn sie diesen Beweis erbringen, dann — aber auch nur dann! — wollen wir das alte Habsburgerreich für den verbrecherischen Urheber des Weltkrieges halten. Wir glauben aber, dieser Beweis wird auf sich warten lassen . . .

Die Landarbeiterfrage in Pommern.

Von Johannes Wolf, Berlin.

In den letzten Wochen hat in der Presse und im Parlament die Landarbeiterfrage und der Pommersche Landbund eine gewisse Rolle gespielt, so daß es die Leser gewiß interessiert, einmal ein genaueres Bild über die betreffenden Dinge zu erhalten.

Um es vorweg zu nehmen, der Pommersche Landbund ist nicht etwa eine Neuauflage des Bundes der Landwirte, sondern eine vollständig neue Organisation mit neuen, weitgesteckten, rein wirtschaftlichen Zielen. Es ist auch nicht richtig was der Herr Landwirtschaftsminister Braun in der Nationalversammlung behauptet, daß er eine einseitig konfessionelle Gründung sei, die Katholiken und Juden ausschließe, sondern es gehören ihm, trotzdem Pommern eine rein evangelische Provinz ist, eine erhebliche Anzahl Katholiken an. Diese sind auch nicht nur zahlende Mitglieder, sondern es sind sogar Katholiken im Direktorium mitvertreten. Wie er nun konfessionell keine Färbung hat, so ist er auch politisch neutral, er ist eben eine reine Wirtschaftsorganisation. Er ist ferner keine Besitzerorganisation, geschweige denn eine Arbeitgeberorganisation, sondern es gehören ihm eine ganze Anzahl Angehörige freier Berufe, Handwerker, Kaufleute, Lehrer, Geistliche und endlich über 12000 Landarbeiter an, die in Lohn- und Arbeitsfragen als selbständige Gruppe auftreten. Um diese Letzteren aber dreht sich der Kampf des Herrn Landwirtschaftsministers. Er kämpft für die alte Form der Gewerkschaften, für seine Partei und will durch die gewaltsame Ausbreitung des sozialistischen Landarbeiterverbandes die Arbeitermitglieder des Landbundes von den Tarifverträgen ausschließen, sie also entrechten.

Die Lage der landwirtschaftlichen Arbeiter ist hier folgende. Seit Generationen wohnen die einzelnen Familien auf ihren Gütern und sind mit ihrer Herrschaft (die neue Zeit wird das „schreckliche" Wort vielleicht nur schwer ertragen) durchaus verwachsen. Es sind hier manche Arbeiterfamilien, deren Ahnen mit denen der Gutsherren gemeinsam die Kriege Friedrichs des Großen durchkämpften. Das Verhältnis ist also ein anderes zum Arbeitgeber als das der fluktuierenden Fabrikbevölkerung zum Fabrikherrn, das Gewerkschaftssystem ist auf diese alte ureingesessene Bevölkerung doch nicht einfach übertragbar.

Die Entlohnung ist eine andere als in der Industrie, auch eine andere als die des westdeutschen Landarbeiters. Der Arbeiter erhält fast seinen gesamten Lohn in Naturalien und nur einen Barlohn als Zugabe. So kommt es, daß pommersche Landarbeiter auf die Frage nach ihrem Verdienste im Felde antworteten, sie verdienen pro Tag 50 Pfg. In Wirklichkeit erhielten sie meistens für eine Person freie Wohnung mit Stallung, einem halben Morgen Gartenland, 30 □ Ruten Leinland, 4 Meter Holz, 15000 Torf, 2 Fuder Strauch, einen Morgen Kartoffelland oder 90 Zenter Kartoffeln, Weide und Futter für eine Kuh frei, freie Gänseweide für 2 Zuchtgänse, wofür sie freilich dem Besitzer die fünfte Gans abgaben, 15—20 Zentner Getreide, ein Schaf geschlachtet und einige Pfund Wolle. Zu bemerken ist aber, daß man meistens nicht den einzelnen Arbeiter, sondern die ganze Familie in Dienst nahm, wodurch sich die Deputatlieferungen bedeutend erhöhten, so daß eine Deputantenfamilie mit einem schulentlassenen Kinde schon 1½ Morgen Kartoffelland, 60 □ Ruten Leinland, 32—36 Zentner Getreide erhielten, ohne den höheren Barlohn des Hofgängers. Der Arbeiter war also in gewissem Sinne selbst ein Landwirt, und es ist eine Tatsache, daß die pommersche Schweinemast in der Hauptsache mit auf den Schultern der Tagelöhner basierte. Der Gewinn des Tagelöhners bestand darin, daß seine Frau zu wirtschaften verstand und die erarbeiteten Deputate klug ausnützte; die Arbeiter verkauften pro Jahr und Familie ihre 3—6 fetten Schweine, daraus erst resultierte ihr Verdienst. Freilich mußte jedes Familienmitglied, sei es auf dem Gut oder in der Eigenwirtschaft, lebhaft arbeiten.

Am besten standen sich die Drescher, die im Winter den Akkorddrusch besorgten. Viele dieser verdienten jährlich 60 bis 100 Zentner Druschgetreide, wodurch sie einem kleinen Landwirt gleichgestellt wurden.

Im Kriege setzte es, wie überall, Härten ab. Sie mußten vielfach mit dem Inspektor arbeiten, der ihnen mehr fremd war, die Frauen wurden in Ermangelung der Männer scharf zur Gutsarbeit herangezogen, desgleichen die Kinder; sie fühlten sich gedrückt, schutzlos. Es ist aber zu beachten, daß die Deputate wie Wohnung, Viehhaltung, Landnutzung, Feuerung unentgeltlich überall weitergeliefert wurden, was ähnliches keine Industrie im Reiche für ihre eingezogenen Arbeiter geleistet hat; zum Teil bezogen die Kriegerfrauen auch noch das Getreide, wenigstens teilweise, weiter; es entging ihnen nur der geringe Barverdienst des Mannes, wofür sie die höhere Kriegsunterstützung bezogen. Ferner bezahlten die Besitzer sämtliche Aerztekosten für die Familien der Arbeiter: ich habe Jahresrechnungen mittlerer Größe von über 3000 ℳ gesehen. Daß der Gutsbesitzer sämtliche steuerlichen Lasten für Kreis und Gemeinde auch für seine sämtlichen Arbeiter trägt, gilt seit Menschengedenken für selbstverständlich.

Nach Kriegsschluß suchte man überall mit den heimkehrenden Arbeitern in ein den neuen Zeiten entsprechendes Verhältnis zu kommen. Man glaube doch nicht, daß die Wirkungen der Revolution an der Landwirtschaft wirkungslos vorübergegangen seien. Im Gegenteil, man wollte hier nicht erst der Sozialdemokratie Angriffsflächen bieten, man übersah auch nicht, daß ganz besonders die aus dem Felde oder mehr noch aus der Etappe heimkehrenden Zwanzigjährigen vom sozialistischen Geiste infiziert waren und wollte diese zufriedenstellen. Daher ging man dem Streben nach Lohntarifen direkt nach. Ungefähr am frühesten wurde ein solcher abgeschlossen in Greifenberg, und zwar nicht von einer sozialistischen Organisation, sondern von dem neu gegründeten Berufsverein land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter, der sich inzwischen dem Landbunde anschloß. Es verdient auch hervorgehoben zu werden, daß die Lohnsätze dieses Tarifes erheb-

lich höher waren, als die zu gleicher Zeit im Kreise Saatzig und Pyritz mit dem A.- und S.-Rat abgeschlossenen Tarife, trotzdem die Bodenverhältnisse dieser Kreise ungleich besser sind. Inzwischen aber kamen allerlei Leute aus den Großstädten aufs Land, die sich, als sie von den Deputaten hörten, goldene Berge versprachen und dann riesig enttäuscht waren, als man dafür auch Arbeit verlangte. Diese Leute redeten von der Uebertragung des Achtstundentages, Verteilung der Güter und anderen schönen Dingen und redeten den Leuten vor: wenn der Besitzer Bankerott macht, übernehmt ihr die Güter. Sie wurden die Agitatoren des Landarbeiterverbandes. Wie hoch die Forderungen dieser Leute gehen, dafür einige Belege: Bei den neuerlichen Tarifverhandlungen in Pyritz hatten sich die dortigen Sozialdemokraten einen solchen Berliner als Sprecher gewählt. Er forderte für einen einzelnen Mann einen Lohn von 3500 ℳ, wobei die Deputate jedoch nicht einmal zum Gestehungspreise angerechnet waren. Auf einem Gute im Kreise Cannin stellten die Arbeiter unter Führung eines solchen Berliners folgende niedliche Forderung auf, die sie innerhalb 48 Stunden bewilligt verlangten: Für den verheirateten Arbeiter allein: Tagelohn vom 1. 4. bis 30. 9. pro Tag 4 ℳ, vom 1. 10. bis 31. 3. pro Tag 2 ℳ, 36 Ztr. Roggen, 4 Ztr. Gemenge, 2 Ztr. Gerste, 1 Ztr. Weizen, 1 Ztr. Erbsen, 120 Ztr. Kartoffeln, 8 m Holz, 60 Ztr. Briketts, 3 Fuder Strauch, 3 Schafe, 1 Kuh mit Zuwachs oder pro Tag 3 Ltr. Milch, 2 Fuder Heu und Stroh frei, 30 Ztr. Steckrüben, zur Ernte ein Schaf geschlachtet, Wohnung mit Stall, 90 □ Ruten Gartenland, 24 □ Leinland, Arzt und Apotheke frei für die Familie, Futtergeld für einen Gespannführer pro Tag 75 Pfg., Sonntag 1 ℳ. Der erste Hofgänger soll verdienen pro Tag vom 1. 4. bis 30. 9. 3 ℳ, vom 1. 10. bis 31. 3. 2 ℳ und jährlich 20 Ztr. Getreide; der zweite Hofgänger soll vom 1. 4. bis 30. 9. pro Tag 4 ℳ, vom 1. 10. bis 31. 3. pro Tag 3 ℳ verdienen, der Familie soll die Haltung einer zweiten Kuh gewährleistet werden.

Wir wollen in der heutigen Zeit gar nicht von Verdienstnotwendigkeiten des Besitzers reden, aber der städtische Arbeiter möge diese Forderung einmal mit seinen Lebensmitteln vergleichen und überlegen, wieviel Getreide dann noch für die städtische Bevölkerung übrig bliebe. Die Ernte mancher Güter würde nicht ausreichen um die Ansprüche der eigenen Arbeiter zu decken und hinter all diesen Forderungen steht der sozialdemokratische Landarbeiterverband, dessen Agitatoren Schmiede, Glaser, Schuhmacher und andere Leute sind, die keine Ahnung von der Landwirtschaft haben, die nur Reden halten um sich eine Stellung zu verschaffen. Und gedeckt werden diese Leute vom Landwirtschaftsminister, der vom Fach keine Ahnung hat, und alles was geschieht, nur mit den Augen der Partei ansieht. So wird heute aus Parteigründen die künftige Ernährung des Volkes in Frage gestellt, aus Abneigung gegen die bodenständige Landwirtschaft.

Daß es dabei den roten Agitatoren nicht darum zu tun ist, wirkliche Not zu lindern, beweist ihre Stellung in der ländlichen Dienstbotenfrage. Die armen Knechte und Mägde, die neben ihrer Beschäftigung und Unterkunft nur Bargeld verdienen, werden seitens des Landarbeiterverbandes sehr stiefmütterlich behandelt. Er hat für die Knechte bis 18 Jahre Löhne von 300—700 ℳ und für Dienstmädchen solche von 200—500 ℳ festgesetzt. Da kann sich der Knecht gerade einen Anzug und ein paar Stiefel kaufen und dann ist er fertig. Die Arbeitergruppe des Landbundes hat sich mit solch niedrigen Löhnen nirgends begnügt sondern in allen Kreisen, wo sie bei dem Abschluß von Verträgen mitgewirkt hat, die Löhne um mehrere hundert Mark hinaufgeschraubt, und außerdem für die Dienstmädchen noch besondere soziale Bestimmungen eingefügt.

Soviel steht fest, die Pommersche Landwirtschaft braucht ein objektives Urteil über ihre Landarbeiterverhältnisse nicht zu scheuen; daß manche Fehler gemacht sind, auch jetzt noch gemacht werden, leugnet man nicht, wo geschieht das nicht? Die Presse aber bitte ich auch uns zu Worte kommen zu lassen, dann erhalten die Leser erst ein getreues Bild, die Schilderungen des Ministers sind einseitig Partei.

Das Reichsnotopfer und der Vermögenssteuergedanke.

Von Dr. Paul Beusch, Berlin.

In der letzten Zeit sind verschiedene Vorschläge gemacht worden, das Reichsnotopfer durch eine andere Form der Besteuerung zu ersetzen. Einer der jüngsten Vorschläge ist der Gedanke einer dauernden Vermögenssteuer anstelle der einmaligen Abgabe. Im Steuerausschuß, der sich mit der Beratung des Reichsnotopfers befaßt, wurde vom Abgeordneten Henrich der Vorschlag gemacht, eine dauernde Vermögenssteuer einzuführen statt des Reichsnotopfers. Bei Zugrundelegung eines durchschnittlichen Steuersatzes von 1 Prozent soll nach diesem Vorschlag ein Ertrag erzielt werden können von 2¾ Milliarden Mark jährlich. Das ist nach Ansicht des Urhebers dieses Gedankens ganz bedeutend mehr, als aus dem Reichsnotopfer an Jahresgewinnertrag sich ergäbe. Der Tarif ist bei diesem Vorschlag folgendermaßen gedacht:

von 5000 bis 20,000 ℳ (einschließlich)			0,4 Prozent
von mehr als	20,000 ℳ bis	50,000 ℳ	0,6 „
„ „ „	50,000 „ „	100,000 „	0,8 „
„ „ „	100,000 „ „	200 000 „	1,0 „
„ „ „	200,000 „ „	500,000 „	1,2 „
„ „ „	500,000 „ „	1'000 000 „	1,5 „
„ „ „	1'000,000 „ „	2'000,000 „	1,8 „
„ „ „	2'000,000 „ „	3'000,000 „	2,1 „
„ „ „	3'000,000 „ „	5'000,000 „	2,5 „
„ „ „	5'000,000 „ „	7 000,000 „	2,9 „
„ „ „	7'000,000 „ „	10'000,000 „	3,3 „
„ „ „	10'000,000 „ „	20'000,000 „	3,7 „
„ „ „	20'000,000 „		4,0 „

„Die wirtschaftliche Wirkung dieser Art der Steuer wäre“, meint Henrich, „bei größerem Ertrage günstiger als das Notopfer, wie sich aus folgenden Beispielen ergibt“:

Vermögen	Steuer nach Entwurf		Als Vermögensteuer		
	Betrag	Summe bei 30 jähriger Rente mit Zinsen (rund)	in Prozent	Steuerbetrag Jahresleistung	Summe in 30 Jahren
ℳ	ℳ	ℳ		ℳ	ℳ
20,000	1,500	2,700	0,4	80	2,400
50 000	4,500	8.000	0,52	260	7,800
100,000	10.400	18,500	0,66	660	19 800
500.000	89,750	161.000	1,05	5.250	157,500
1'000,000	244.250	435,000	1,275	12,750	382.500
5'000 000	2'268.250	4 080,000	2,26	113 000	3'390 000
10 000.000	5'417'750	9 550,000	2.57	257,000	7'710 000

Als Vorteile eines solchen Vorschlages werden folgende angeführt:

1. Der Ertrag sei höher als beim Reichsnotopfer.
2. Die wirtschaftliche Wirkung sei weniger drückend, der Steuerpflichtige hätte weniger zu entrichten.
3. Später entstehende neue Vermögen würden gleichfalls von dieser Steuer miterfaßt.
4. Die jährliche Steuerleistung passe sich den Vermögensverhältnissen an und gestatte eine größere Bewegungsfreiheit inbezug auf die Entrichtung der Jahresleistung, sowie der ebenfalls vorgeschlagenen Ablösung.

Der Reichsfinanzminister hat diesen Vorschlag abgelehnt und das mit Recht. Denn hier handelt es sich nicht um einen brauchbaren Ersatz des Reichsnotopfers. Die von dem Urheber angeführten Vorteile sind bei näherem Zusehen überhaupt nicht vorhanden, besonders ist es unrichtig, daß der finanzielle Effekt ein höherer sein könne bei geringerer Belastung des Steuerzahlers. Aber auch sonst sprechen eine ganze Reihe von Gründen gegen diesen Vorschlag.

Zunächst die politische Seite der Frage. Schon seit ein paar Jahren wird aus dem Volke heraus die Forderung vertreten, daß nicht bloß der Kriegsgewinn auf das schärfste besteuert werden soll, was ja inzwischen geschehen ist, sondern daß auch der alte Besitz bei der Aufbringung der großen Lasten der Zukunft vorbelastet wird. Diese Forderung fußt auf dem Gedanken, daß viele Volksgenossen im Kriege große Schädigungen erlitten haben und daß es darum nur am Platze ist, wenn auch der Besitz in allererster Linie durch ein wirkliches Opfer von seinem Vermögen zu den Lasten des Reiches herangezogen wird.

Würde man nun eine Vermögenssteuer einführen, so würde der moralische Eindruck bei den breiten Schichten des Volkes ein weit geringerer sein, denn hier ist die Jahresleistung das ausschlaggebende; die Steuer macht darum bloß einen niedrigen Prozentsatz des Vermögens aus. Daß damit doch eine starke Belastung des Vermögens gegeben ist, sieht das Volk nicht leicht ein. Etwas ganz anderes dagegen ist es, wenn die breiten Volksmassen wissen, daß ein mehrfacher Millionär die Hälfte seines Vermögens an Reichsnotopfer abgeben muß. Im letzteren Falle wird der Widerstand gegen die notwendig werdenden indirekten Steuern bei weitem nicht so groß, als wenn nur eine dauernde Vermögenssteuer erhoben würde.

Ein anderes Bedenken ist folgendes: Dauersteuern, die in ihrer Höhe vorhergesehen werden können, werden vielfach abgewälzt, auch wenn es sich um direkte Steuern handelt. Eine dauernde allgemeine Vermögenssteuer könnte nur allzuleicht dazu führen, daß der Zinsfuß sich entsprechend erhöht und so die Steuer mehr oder minder abgewälzt würde. Bei einer einmaligen Steuer ist dies nicht möglich; und wenn sie in Renten bezahlt werden kann, ist dies auch nicht wahrscheinlich, weil diese Renten sich nicht auf das ganze Vermögen beziehen, sondern nur von einem Teile erhoben werden.

Steuerpolitisch ist zu bedenken, daß die Dauersteuern, wenn sie im Effekt gleichkommen sollen einer entsprechenden einmaligen Besteuerung, ungleich drückender wirken wie die letztere. Bei dauernder Vermögenssteuer von der oben vorgeschlagenen Höhe würde es nicht ausbleiben, daß die Versuche zur Hinterziehung der Steuer sehr zunehmen würden. Die Erfahrungen, welche man in Ländern gemacht hat, in denen die Vermögenssteuer die Hauptsteuer darstellt, besonders die Erfahrungen in der Schweiz und den Einzelstaaten von Nordamerika, zeigen, daß eine hohe dauernde Vermögenssteuer die denkbar ungeeignetste Steuerart ist. Die Hinterziehungen nehmen in beiden Ländern einen gewaltigen Umfang an, die Steuermoral steht außerordentlich niedrig, selbst der Steuereid wird nicht beachtet. Jedenfalls könnte man schon aus diesem Grunde den von dem Vorschlag bezeichneten Ertrag aus der dauernden Vermögenssteuer nicht erhalten.

In Verbindung damit steht das Problem der Kapitalflucht. Es lassen sich zwar für die unmittelbare Gegenwart Maßnahmen gegen die Kapitalflucht treffen, aber für die Dauer kann man solche Beschränkungen nicht durchführen. Sobald aber die Freizügigkeit des Kapitals wieder hergestellt sein würde, würden bei so hohen dauernden Vermögensabgaben gerade die reichsten Steuerpflichtigen abgedrängt ins Ausland. Haben sie dagegen bei der einmaligen Besteuerung einen Teil ihres Vermögens abgeben oder für die Steuerschuldigkeit Sicherheit leisten müssen, so entfällt der Anreiz, in der Zukunft noch in das Ausland abzuwandern.

Beim Reichsnotopfer handelt es sich um einen so gewaltigen Betrag, daß es sich lohnt, die Feststellung des Vermögens sehr genau vorzunehmen. Man kann viel mehr Arbeit auf die Veranlagung und Erhebung verwenden, man kann auch mehrere Millionen Mark Erhebungskosten mehr aufwenden wie bei einer gewöhnlichen Vermögenssteuerveranlagung. Auch läßt sich bei einer solch außergewöhnlichen Maßnahme ein scharfes Eindringen in die privaten Verhältnisse sehr wohl rechtfertigen. Dagegen wäre bei einer dauernden Vermögenssteuer eine derart genaue Veranlagung nicht durchführbar, weil sie zu viel Kosten verursachen und eine zu große Belästigung des Publikums mit sich bringen würde. Gerade die genaue Erfassung des Vermögens beim Reichsnotopfer wird auch die Grundlage bieten für einen gerechten Aufbau der sonstigen Besteuerung. Es steht zu erwarten, daß man vielen Steuerhinterziehungen auf die Spur kommen kann, was bei einer dauernden Vermögenssteuer bei weitem nicht in diesem Maße der Fall ist.

Schon aus diesem Grunde muß auch der Ertrag einer dauernden Vermögenssteuer hinter dem Reichsnotopfer zurückbleiben, selbst wenn beide rein theoretisch gleiche Beträge bringen müssen. Hier liegt m. E. ein Kardinalunterschied zwischen der dauernden und der einmaligen Vermögenssteuer vor. Durch das Reichsnotopfer wird eine genaue Feststellung des Vermögens und eine weitgehende Verhinderung der Steuerhinterziehung, damit eine Hebung der Steuermoral erzielt, durch eine hohe Vermögenssteuer dagegen wird, wie die Erfahrungen in anderen Ländern zeigen, die Steuermoral umgekehrt verwüstet und der Steuerertrag gefährdet.

Beim Reichsnotopfer hofft man, einen erheblichen Teil der ganzen Steuer auf einmal hereinzubekommen. Jedenfalls ließe sich das Gesetz so gestalten, daß ein erheblicher Anreiz geschaffen würde, einen möglichst großen Teil der Steuer sofort abzuzahlen. Kommt aber beim Vermögensopfer eine stattliche Summe an Geld gleich anfangs herein, so ist das für die Behebung der Geldinflation und für die Abdeckung der schwebenden Schulden von der allergrößten Bedeutung. Mit einer dauernden Vermögensabgabe kann man eine solche Wirkung überhaupt nicht erzielen.

Was nun den Ertrag anbelangt, so behauptet zwar der Urheber des Vermögenssteuer-Gedankens, daß der Ertrag bei der Vermögenssteuer größer sein würde als der Ertrag aus dem Reichsnotopfer. In dem Vorschlag wird gesagt: Wenn man annimmt, daß aus dem Reichsnotopfer 40 Milliarden Mark erzielt würden, so sei dies gleich einem Jahresertrag von 2 Milliarden Mark. Aber diese 2 Milliarden Mark würden sich steuerpolitisch vermindern dadurch, daß der Ertrag der Einkommensteuer dann um 1/2 Milliarde Mark zurückgehe, so daß das Reichsnotopfer in der Praxis bloß 1 1/2 Milliarde Mark einbrächte. Henrichs Vorschlag aber solle 2 3/4 Milliarden Mark erbringen.

Diese Berechnung ist unrichtig. Henrich geht davon aus, daß ein gesamtes steuerbares Vermögen von 270 bis 280 Milliarden Mark für das Reichsnotopfer in Frage käme. Ob dies vorhanden ist, wissen wir nicht. Nun wird die Durchschnittsbelastung des Vermögens nach dem Reichsnotopfer rund 20% betragen. Wenn nun das steuerpflichtige Vermögen, wie Henrich annimmt, wirklich 270 bis 280 Milliarden beträgt, dann müssen sich aus dem Reichsnotopfer nicht 40 Milliarden, sondern 54 bis 56 Milliarden Mark ergeben. Das bedeutet bei 5% eine Zinsersparnis von rund 2 3/4 Milliarden. Das Aufkommen aus dem Reichsnotopfer wäre demnach genau so groß wie das Aufkommen aus der vorgeschlagenen Vermögenssteuer.

Bei der Berechnung hat Henrich zwei verschieden große Summen für das Volksvermögen angesetzt. Daher der Unterschied zwischen seinem Ergebnis und jenem des Reichsnotopfers. Reichsnotopfer und Vermögenssteuer würden also nach dieser oberflächlichen Berechnung theoretisch die gleichen Beträge ergeben

Aber auch noch etwas anderes hat Henrich übersehen. Das Reichsnotopfer bringt nicht bloß die oben berechnete Zinsersparnis von jährlich rund 2 3/4 Milliarden (soweit der Abgabepflichtige nicht die ganze Abgabe in einem Betrag entrichtet, muß er die Vermögensabgabe mit fünf vom Hundert verzinsen), sondern die Hauptsumme, die sich aus dem Reichsnotopfer ergibt, ist nach 30 Jahren getilgt. Bei der Vermögenssteuer würde dagegen keine Amortisation der Schuld des Reiches erfolgen, es würde nachher genau soviel Schulden haben wie heute. Angenommen, daß sich wirklich ein Ertrag von 54 bis 56 Milliarden Mark aus dem Reichsnotopfer ergeben würde, eine Summe, mit der man nach der Henrichschen Rechnung rechnen müßte, so würde das Reich am Schlusse der 30 Jahre nicht bloß Jahr für Jahr die gleiche Einnahme gehabt haben, wie durch die Vermögenssteuer, sondern es würde auch eine Summe von 54 bis 56 Milliarden Mark Schulden getilgt haben. Es besteht also doch ein kleiner Unterschied in der Wirkung des Regierungsvorschlages gegenüber dem Vorschlag Henrichs. Das Reichsnotopfer würde tatsächlich etwa 54—56 Milliarden mehr einbringen. Der Henrich'sche Entwurf dagegen würde nur dazu dienen, diese Milliarden für das Kapital zu ersparen.

Hier liegt auch die Erklärung für einen logischen Widersinn, der sich in der Henrichschen Aufstellung befindet. Dort wird nämlich behauptet, die Vermögenssteuer bringe mehr ein als das Reichsnotopfer und belaste doch den Steuerpflichtigen nicht so hoch wie das letztere. In dem oben angeführten Vergleich wird dieser Gedanke zahlenmäßig zu begründen versucht. Danach soll das Reichsnotopfer beispielsweise bei einem Vermögen von 10 Millionen von dem Steuerpflichtigen einschließlich der Zinsen einen Betrag von 9 1/2 Millionen Mark an Steuer und Zinsen in 30 Jahren erfordern, während die Leistungen bei der Vermögenssteuer nur 7,7 Millionen seien. Diese Berechnung ist an sich nicht richtig, weil sie die Zinseszinsberechnung, die sich in beiden Fällen ganz anders stellen würde, nicht berücksichtigt. Aber schon rein logisch sind die beiden Behauptungen, daß das Reich bei der Vermögenssteuer besser fahre, während anderseits der Steuerzahler nicht so viel entrichten müsse, absolut unvereinbar. Denn die Steuereinnahme des Reiches muß stets gleich sein der Steuerleistung der Pflichtigen. Ein anderes ist garnicht denkbar, gleichviel wie im einzelnen die Besteuerungsform gestaltet sein mag.

Mit Rücksicht auf den Steuerertrag muß also an dem Reichsnotopfer festgehalten werden und zwar aus zwei Gründen: Einmal, weil das Reichsnotopfer schon durch seinen Steuertarif mehr einbringt, sodann aber auch mit Rücksicht auf die bessere Erhebungsart beim Reichsnotopfer gegenüber einer dauernden Vermögensteuer.

Die Vermögensteuer hat auch sonst noch mancherlei Nachteile. So würde durch sie die Einführung einer Kapitalrentensteuer verbaut, indem dann geltend gemacht würde, daß ja das Vermögen schon mit einer hohen jährlichen Steuer belastet sei. Anders ist es bei der einmaligen Vermögensabgabe. Wenn beispielsweise jemand beim Reichsnotopfer von 100,000 ℳ Vermögen 11,000 ℳ abgeben muß, so bleiben ihm noch 89,000 ℳ, die eine Rente von 4450 ℳ erbringen können. Diese Summe kann man, die sonstige Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen vorausgesetzt, mit vollem Rechte einer Kapitalrentensteuer nochmals unterwerfen.

Auch ein anderer Gesichtspunkt darf nicht übersehen werden: Eine dauernde Vermögensteuer kann man jederzeit wieder aufheben, was beim Reichsnotopfer nicht möglich ist. Nun aber wäre es doch möglich, daß einmal eine Regierungsmehrheit käme, die dem Besitz besonders freundlich gesinnt wäre und darum die Vermögensteuer aufheben oder wesentlich herabsetzen könnte. Einer solchen Möglichkeit muß vorgebeugt werden.

Heimkehr.

Der Jahre Not, der Jahre Leid
Und drüberhin der Sorgen Schar,
Ihr trugt sie treu im Büsserkleid
Der Ferne, die Euch Heimat war.
Und doch nicht Heimat. Bett und Brot
Wohl gab sie Euch — doch hart und karg
Nur war's, und doch zuviel zum Tod,
Der Eurer Träume Hoffnung barg.

Ihr saht die Vögel heimwärts zieh'n
Zur Herbstzeit über Land und Meer,
Ihr saht die Wolken flieh'n und flieh'n
Und sehntet ihre Wiederkehr.
Nur Euer Wanderschuh hielt Rast,
An seinen Nägeln frass der Rost,
Gefesselt schlepptet ihr die Last,
Nur Euer Blick ging fern nach Ost.

Nun seid Ihr da. Nun grüssen Euch
Die Fahnen froh im Herbsteswind,
Und alle Glocken läuten Euch,
Soweit noch deutsche Lande sind.
Nun seid Ihr da. Und Frau und Kind
Umschlingen Euch mit heissem Kuss,
Und Lieder, die wie Märchen sind,
Erklingen Euch zum Willkommgruss.

Es ist die alte Heimat nicht,
In die Ihr kehrt. Und drohend naht
Der Feind im Frieden uns und bricht
Im Keime schon die junge Saat.
Und auch in Herzen, die Euch hold,
Klingt leise doch ein fremder Klang —
Auch sie entrichteten den Sold
Dem Leid, das durch die Lande schwang.

Und ist die alte Heimat doch!
Und hielt Euch Treue Jahr um Jahr
Und trug mit Euch der Trennung Joch
Und reicht Euch stumm die Rechte dar.
Schlagt ein! Und helft mit neuer Kraft
Und neuem Mut das Haus uns bau'n —
Die Tat nur ist's, die Wunder schafft,
Und heldenhaftes Selbstvertrau'n.

Karl Jünger.

Der Ordensgedanke im Protestantismus.

Von P. Erhard Schlund, O. F. M.

Die Gegner des katholischen Ordensstandes möchte ich heute an eine wenig bekannte und beachtete Tatsache erinnern, die ihnen den Wert des katholischen Ordenslebens gewissermaßen e contrario zeigen könnte: an die Versuche von Ordensgründungen und an die ordensähnlichen Einrichtungen innerhalb des Protestantismus.

Der Gedanke, der das katholische Ordenswesen begründet, steht in einem unüberbrückbaren Gegensatz zur Lehre Luthers und besonders des älteren Protestantismus. Denn das katholische Ordensleben baut sich auf auf dem Worte des Herrn an den reichen Jüngling: „Willst du vollkommen sein, so verkaufe alles, was du hast . . . und komm und folge mir nach", (Mt. 19, 21) und auf der Lehre von der Verdienstlichkeit der guten Werke; die katholische Ordensperson geht ins Kloster, weil sie damit Gott ein Opfer bringen und sich selber das ewige Heil erwerben will; Gott werde ihr die Verdienste, die sie sich durch ihre Opfer und Tugendübungen im Kloster erwirbt, anrechnen auf die Seligkeit. Luther aber lehnt eben diesen Gedanken als Aberglauben ab und lehrt, daß der Glaube allein ohne gute Werke selig mache. Innerhalb dieser Lehre ist natürlich das Ordenswesen unmöglich.

Wenn nun aber trotz dieses wesentlichen Gegensatzes der Ordensgedanke im Protestantismus auftaucht und Orden und Klöster nachgeahmt werden, so ist das doch ein Beweis für die große Bedeutung und den inneren Wert, ja sogar für die Notwendigkeit des Ordensstandes in Kirche und Welt.

Geschichtlich zeigten sich Bestrebungen zur Wiedereinführung des Ordenslebens innerhalb der reformierten Kirche. In den Kreisen des sogenannten Präzisismus, der seinen Namen davon hat, daß er das Leben des Herrn bis ins einzelnste genau und „präzis" durchführen und nachahmen wollte (im 17. und 18. Jahrhundert) wurden solche Versuche gemacht. Freilich sind diese Orden „nicht gemeint als Anweisung, das Heil zu erwerben, sondern nur als Art und Weise sich in seinem Vollbesitz zu erhalten". In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts versuchte Johannes Genubit aus Venningen an der Ruhr (gest. 1699) das Einsiedlerleben wieder herzustellen. Konrad Beyssel gründete 1728 einen „Orden" von Mönchen und Nonnen in — Kapuzinertracht. Aus demselben ging ein Zweig der Wiedertäufer, die Tunkers, hervor. Noch heute gibt es „Klöster" dieser Sekte in Pennsylvanien U. S. A.

Als in England in den dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts die sogenannte Ritualisten- und Traktarianerbewegung einsetzte, die sich stark zur katholischen Kirche hinneigte, kam in dieser Gemeinschaft auch bald der Gedanke an religiöse Orden. 1860 gründete F. Lynn, der sich P. Ignatius nannte, eine Kongregation vom hl. Johannes dem Täufer mit dem Mutterhause Cowley-Oxford, woher der Name Cowley-Fathers. Die Organisation ist nicht viel von den katholischen Orden verschieden. Die Patres und Laienbrüder legen ewige Gelübde ab und wirken in Volksmissionen und Exerzitien. Sie gehen aber auch in die äußere Mission nach Indien und beschäftigen sich dort mit der Missionierung gebildeter Indier.[1] Im Laufe der Zeit sind in England 8 solche protestantische Ordensgenossenschaften für Männer und 27 für Frauen entstanden. Eine dieser letzteren, die Schwesternschaft von der hl. Jungfrau Maria und der hl. Scholastika hat einfach die Regel des hl. Benedikt übernommen; die Schwestern vom hl. Raphael in Bristol beobachten die Regelvorschriften des hl. Vinzenz von Paul, wie die Barmherzigen Schwestern in der katholischen Kirche. Die Aufgaben der Schwestern sind Schulunterricht, Krankenpflege, Armenpflege und innere und äußere Mission. 1900 zählte man bereits über 3000 Schwestern.

Auch die Episkopalkirche in Amerika hat ihre Orden: im Jahre 1866 wurde der Orden der Brüder von Nazareth und 1894 der Orden der Brüder der Kirche gegründet. Die Mitglieder dieser Genossenschaften verpflichten sich zunächst auf fünf Jahre. Dann erneuern sie alljährlich die Gelübde. Auch in englischen hochkirchlichen Kreisen sah man infolge der eifrigen und erfolgreichen Tätigkeit der Heilsarmee die Notwendigkeit einer Organisation ein, die mehr leisten könne für die innere Mission als der Klerus allein. Deshalb gründete der Pfarrer Wilson Carlyle nach dem Vorbilde der Heilsarmee die Church army, eingeteilt in Soldaten, Offiziere und Arbeiter, eine Or-

[1]) Vgl. Kathol. Missionen, XXIX (1900) 179 ff.

ganisation, die entfernte Aehnlichkeit mit katholischem Ordenswesen hat. Die Mitglieder verpflichten sich nicht auf Lebensdauer. Seit 1896 sind sie vom Londoner Bischof als Laienevangelisten anerkannt.

In Deutschland steht die protestantische Kirche noch viel zu sehr unter dem Einfluß von Luthers Werk, als daß sich Orden hätten bilden können, wenigstens lebenskräftigere Gebilde. Hier in Deutschland ist ja noch viel mehr als in anderen Ländern der Kampf gegen Rom das treibende und zugleich das zusammenschließende Element der Landeskirchen und alles, was römisch oder bloß Rom ähnlich ist, wird vielfach von vorneherein abgelehnt. Dennoch konnte man sich der Notwendigkeit irgendeiner ordensähnlichen Organisation nicht verschließen; die kirchliche und soziale Entwicklung, namentlich die innere Mission, forderte es gebieterisch, nicht zuletzt aber der Zwang, mit der katholischen Kirche in religiösen und sozialen Leistungen zu konkurrieren. So entstanden in Deutschland die Diakonen- und Diakonissengenossenschaften. Man beachte übrigens den wesentlichen Unterschied: nicht aus einem inneren religiösen Bedürfnis der Einzelpersonen heraus entsteht der protestantische „Orden", nicht aus dem Streben nach Vollkommenheit und persönlicher Heiligung, sondern aus den Bedürfnissen der pastorellen Praxis.

Im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts tauchen verschiedene Pläne auf zur Gründung eines weiblichen ordensähnlichen Instituts innerhalb der deutschen protestantischen Kirche. Die steigende Entwicklung, die damals die katholischen barmherzigen Schwestern aufzeigten, bewiesen den Wert derselben und regten den Wunsch an, im Protestantismus Aehnliches zu schaffen. So schlug Graf Recke-Wolmerstein die Gründung eines weiblichen Ordens, Diakonissenschaft mit Aebtissin, Archidiakonissin und Diakonissen vor. Der Minister Freiherr von Stein riet zur Gründung von evangelischen barmherzigen Schwestern. Ebenso wollte die Hamburgerin Amalie Sieveking evangelische barmherzige Schwestern gründen, wie auch der ehemalige katholische Priester Johann Goßner, der die barmherzigen Schwestern während seiner katholischen Zeit in München kennen und schätzen gelernt hatte. Letzterer gründete auch wirklich ein Schwesternhaus in Berlin, das Elisabethenhaus, das sich aber später mit den Diakonissen vereinigte. Noch eine Anzahl andere Gründungsversuche sind bekannt. Das Werk gelang erst dem Pastor Theodor Fliedner. Dieser kannte sowohl die katholischen barmherzigen Schwestern wie auch die Diakonissen genannten Gemeindeschwestern bei den holländischen Mennoniten, wie endlich die Tätigkeit der Elisabeth Fry in der Gefangenenseelsorge. Dadurch angeregt gründete Fliedner im Jahre 1836 in Kaiserswerth das erste Diakonissenhaus, nachdem er schon vorher in seinem eigenen Gartenhaus ein Magdalenenstift für weibliche entlassene Sträflinge und eine Kleinkinderbewahranstalt errichtet hatte. Der evangelische Oberkirchenrat begrüßte diese Einrichtung auf das lebhafteste. „Daß es daran fehlte, sagt er, war ein Hauptmangel der bisherigen Liebestätigkeit; darin stand der Protestantismus hinter dem Katholizismus weit zurück". Das Werk Fliedners entwickelte sich rasch. Heute existieren bereits eine große Anzahl Mutterhäuser. Der Kaiserswerther Verband hat allein 81 Mutterhäuser mit über 18000 Schwestern. Auch über andere Länder hat sich die Organisation der Diakonissen ausgedehnt. Heute gibt es Diakonissen in Frankreich, wo schon im 17. Jahrhundert in reformierten Kreisen die dames de la Rochelle und die filles de Sedan, freie Schwesternorganisationen zur Pflege der Caritas bestanden, in der Schweiz, in Holland, England, Schweden und Amerika. Ihre Hauptaufgabe ist überall Krankenpflege, daneben aber auch Unterricht und Erziehung. In Bayern besteht das von Löhe 1854 gegründete Mutterhaus Neudettelsau.

Obwohl man alles tut, um „römische Vorbilder" zu vermeiden, zeigt sich doch oft bis in die kleinsten Kleinigkeiten die Abhängigkeit vom römischen Vorbild. Die Organisation ist meistens so, daß einer Oberin ein Geistlicher als Rektor oder Inspektor zur Seite steht. Oft wird diese Oberin auf Lebenszeit gewählt oder ernannt, oft aber auch, genau wie in katholischen Kongregationen, auf je 3 Jahre gewählt. Manchmal ist auch die Oberin alleinige Vorgesetzte und der Pastor nur ihr Berater und Seelsorger der Schwestern. Die Kandidatinnen werden zunächst auf einige Wochen zur Vorprobe aufgenommen. Dann kommt das eigentliche Probejahr. Während dieses Probejahrs hat die Probeschwester Gelegenheit, sich äußerlich und innerlich in die Anstalt und ihr Berufsleben einzuleben. Sie erhält theoretischen und praktischen Unterricht in der Krankenpflege und in den „religiösen Fächern", Katechismus, heilige Schrift, Frömmigkeitsübungen und liturgische Feiern. Daneben wird noch eine eigene Schwesternstunde gehalten, in welcher das besondere Verhalten der Schwestern in allen Lagen des Lebens behandelt und gewisse „Regeln" gegeben werden. Hat die Probeschwester das Probejahr gut bestanden, dann kommt sie unter dem Namen Beischwester in das Noviziat, wo sie nach dem Urteil des geistlichen Leiters 2—6 Jahre zu verbleiben hat. Ist sie nunmehr tauglich befunden, dann folgt die Einsegnung. Dieser Einsegnung geht eine 8—14 tägige „Rüstzeit" voraus, in welcher der Schwester Gelegenheit zu stiller Einkehr, Sammlung und Vorbereitung gegeben wird. Es wird den Schwestern empfohlen, „den Tag der Einsegnung mit Fasten, brünstigem Gebet und herzlicher Beichte zu feiern und nach der Einsegnung zur Feier des Sakramentes sich zusammenzuschließen." Bei der Einsegnungsfeier, die äußerlich in vielem sehr ähnlich einer katholischen Profeßfeier ist, legt die Schwester das „Diakonissengelübde" ab. In manchen Häusern sagt man auch aus Abneigung gegen den katholischen Ausdruck Diakonissenversprechen, obwohl dieses Versprechen dem Sinne nach in der Meinung der Anstalt ein Gelübde nach der katholischen Auffassung sein soll. Da aber der Protestantismus den in der heiligen Schrift überlieferten Unterschied zwischen Gebot und Rat nicht anerkannt, und ein über das Taufgelübde hinausgehendes Gelübde verwirft, so wird das Diakonissengelübde als „Taufgelübde angewendet auf den speziellen Diakonissenberuf" aufgefaßt. Die Schwestern versprechen „Gehorsam, Willigkeit und Treue im Diakonissenamt, so lange sie der Herr darinläßt". Gewöhnlich wird noch ein Aufrichtigkeitsgelübde hinzugefügt, nach welchem sich die Schwestern verpflichten, kein Eheverlöbnis einzugehen ohne vorherige Mitteilung an die Vorgesetzten. Mit der Einsegnung ist die Beischwester Diakonissin geworden und vollberechtigtes Mitglied des Mutterhauses.

Wer das katholische Ordensleben in den Frauenklöstern nur etwas kennt, der merkt sofort das katholische Vorbild heraus, wenn auch in den katholischen Orden die gleichen oder ähnliche Dinge andere Namen tragen. Auch im inneren Leben ist viel Katholisches. Die „stille halbe Stunde" entspricht der „Betrachtung" der Klosterfrauen. Gemeinsames Gebet am Morgen und Abend, Tischgebet, Andachten, Tischlesung, sogar Litaneien und Legenden haben die Diakonissen, wie katholische Schwestern. Die Legenden, von welchen mehrere Ausgaben existieren, erzählen fast ausschließlich das Leben katholischer Heiliger. Ueber die Beichte sagt Schäfer:[2]) „Von besonderer Bedeutung ist auch die Beichte, resp. Privatbeichte. Sie ist der Mittelpunkt aller Seelsorge. Ohne sie ist uns eine tiefergreifende Seelenführung nicht möglich. Und es ist einer der größten Vorzüge der Diakonissenanstalten, daß eine auf die Beichte gegründete Seelsorge in ihnen möglich ist, und weit mehr als sonst geübt wird."

Trotz dieser vielen, dem katholischen Ordenswesen entlehnten Einrichtungen der Diakonissen ist freilich ein tiefgehender, ja wesentlicher Unterschied zwischen dem katholischen und protestantischen Ordenswesen. Die Diakonisse soll ihr Leben Jesu Christo weihen als ein Dankopfer. Aber sie soll nicht denken, daß sie durch ihr Diakonissenleben vollkommener wird, als andere Menschen sind oder sich gar durch ihre Werke ein Verdienst für die Ewigkeit erwirbt. Das läßt das alte protestantische Grunddogma von der Rechtfertigung aus dem Glauben allein nicht zu. Die Diakonisse soll auch nicht glauben, daß ihr jungfräulicher Stand an sich vor Gott einen Vorzug vor dem Ehestand hat. Sie soll nur deshalb ehelos bleiben, weil die Ehe mit ihrem Stande unvereinbar ist. Eine höhere Bedeutung soll der jungfräuliche Stand nicht haben. „Wenn irgendein anderer Gesichtspunkt hier hereingespielt, wenn auch nur ganz leise Gedanken sich geltend machen wollen, als verdiene der ehelose Stand als solcher vor dem ehelichen einen Vorzug, so ständen wir damit am Anfange der schiefen Ebene, deren Ende das Mönchs- und Nonnentum der katholischen Kirche ist, wovor uns Gott in Gnaden bewahren wolle."[3]) Doch das ist bloß Theorie. In der Wirklichkeit bleibt es doch so, daß die Diakonissen glauben, ein Gott wohlgefälliges Werk zu tun, für das sie dann in der Ewigkeit belohnt werden. In der Praxis huldigen sie eben doch der katholischen Anschauung, weil diese die vernünftige und richtige ist.

---

[2]) Schäfer, Th., Die weibliche Diakonie, 3 Bde., Hamburg 1879—83.
[3]) Schäfer a. a. O. III 114.

Die von Wichern begründeten Diakonen sind keine direkte Parallele zum katholischen Ordenswesen. Aber auch ihre Gründung zeigt, daß man das Bedürfnis erkannte, auch Männer aus der Masse des Volkes herauszuheben, damit sie in besonderer Weise arbeiten für das geistliche und leibliche Wohl der Menschheit.

Hier seien auch noch die Versuche erwähnt, interkonfessionelle weltliche Krankenpflegeverbände mit einer klosterähnlichen Institution einzurichten, z. B. die Roten Kreuzschwestern, die Bayerischen Krankenpflegeschwestern vom Blauen Kreuz, die Louisenschwestern in Baden, die Olgaschwestern in Württemberg und die Aliceschwestern in Hessen. Ihre Existenz und ihre Arbeit zeigt zum mindesten, wie praktisch diese Art der Organisation für Krankenpflege und Liebestätigkeit ist. Im Jahre 1898 wurde auch eine jüdische Genossenschaft der Töchter von Zion mit dem Hauptsitz in Jerusalem gegründet. Auch die Monisten besitzen eine ähnliche Einrichtung im Krankenpflegeverband Roter Stern.

Es sind gewiß nicht die schlechtesten Waren, die nachgemacht werden.

Carl Hauptmann.

Von Dr. med. Heinz Lossen, Darmstadt.

Nachdem uns Gerhard Hauptmann mit seinem albernen „Ketzer von Soana" beglückt hatte, glaubte sich nun auch sein Bruder Carl dazu bewogen, dieses Genre „katholischer Romantik" zu pflegen.

In Nr. 599 der „Frankfurter Zeitung" vom Freitag, den 15. August 1919 (erstes Morgenblatt), findet sich ein Feuilleton von Carl Hauptmann: „Der schwingende Felsen von Tandil".

Es schildert die Bekehrung eines irdischen Herrenmenschen par excellence, von allereinziger Macht, dem alle Kreatur sich beugen mußte. Aus dem führenden Manne unter den kühnsten Hirten im Lande, dem Weiberliebe und ewiges, heißes Begehren kühn die Zornader schwellte, wurde aber schließlich ein Büßer im Küchendienste eines Klosters. Hier sann er über die Allmacht nach, die er übermütig herausgefordert hatte und der er sich beugen mußte trotz seiner Nietzschenatur. Denn ein jäher Blitz zerbrach alle Lüfte und zerschmetterte den schwingenden Felsen, den selbst hundert eherne Stiere trotz des immer wütigeren Schabens ihres Gebieters aus seiner Höhe nicht zu stürzen vermochten.

Gegen diesen Inhalt, in „modernstem Stil" wiedergegeben, hätte man vielleicht nichts einzuwenden, wenn nicht die sinnliche Natur des Herrn Rosas so widerlich breit unterstrichen wäre. Man höre nur: „Er hatte ein Weib in der einen Farm Und ein Weib in der zehnten Farm. Ein Weib in der Steppe. Ein Weib, wo sie über den Rand des Bootes nur einsam versunken in die treibenden Wellen sah.

. . . . . Wenn Rosas nicht mit dem zärtlichen Leben des Weibes gespielt, hatte er keinen Stahl im Blute . . . . .

Weiber genoß er wie Feuerwasser . . . . . ."

Das mag genügen! Man ist solcherlei gewöhnt in der Zeit der Animierkneipen, der Animierfilms und wie die schönen Kulturerrungenschaften alle heißen, die in dieser zensurlosen Zeit ganz besonders mit üppigster Blüte ins Kraut schießen.

Zu allem Ueberfluß weiß uns Hauptmann aber auch zu erzählen von der Stadt, wo Mönche und Käufer hausten. Hier hatte Herr Rosas bei seinen Geschäften im Kloster des mächtigen Priors eine kindliche, spanische Frau gesehen. „Vor dem tat er, als wenn er Gott und dem Heiland am Kreuze aufs tiefste ergeben wäre. Keine Demut für ihn zu gering, auch der Gottesmutter zu dienen. —

. . . . Rosas Laune . . . Gleich in Laune, um die Gottesmutter selber zum Kuß zu begehren . . .

Diese nicht zwölfjährige Frau weihte sich dem einsamen Klosterleben im Gemüte „zärtlich nur zu dem alten Mönche. Von ferne gekommen übers Meer. Heißblütig wie junge Herzen dem Heiland ergeben."

Nun gilt es für ihn, sie zu gewinnen.

Es erübrigt sich weiter auf den Inhalt einzugehen.

Können gewisse Herren noch immer nicht davon ablassen, derartigen Unsinn zu verzapfen, zumal wenn sie sich zu den literarischen Größen der Jetztzeit rechnen? Wir verbitten uns derartiges sehr energisch![1]) Werden wir diese Sorte von Literaturhelden belehren?

Der „Frankfurter Zeitung" sei aber das ins Stammbuch geschrieben: Gerade in diesen Tagen wehrt sie sich gegen judenfeindliche Stimmung und Pogrome. Dafür, daß uns Katholiken ein derartiges Feuilleton kränken muß, scheint ihr jedoch das Verständnis abzugehen. Sind es nicht gerade Zentrumsleute gewesen, die oft genug im Reichstag und anderswo dem Antisemitismus seine Berechtigung absprachen? Das scheint, wie üblich, vergessen worden zu sein. Dank begehren wir nicht, dafür aber gleiches Recht für Alle!

[1]) Vgl. dagegen den treffenden Artikel in der „Köln. Volkszeitung" Mittagausgabe Nr. 663 vom Montag, 25. August 1919. „Die fanatische Bücherinquisition der Freidenker."

Vom Büchertisch.

Anna Richli: der Kreuzweg des Magnus Segnewald und andere Novellen. Regensburg, Friedrich Pustet. Pr. geb. 4.80 M. Wir lernten diese schweizerische katholische Dichterin schon in der Novellen- und Skizzensammlung „Höhenleuchten" als starkes, vielversprechendes Talent kennen. In dem vorliegenden Erzählbande geht sie vor allem die Wege des feinsinnigen, tiefschürfenden Psychologen. Und zwar zeigen die beiden ersten Stücke sie als Kennerin der kindlichen und jugendlichen Seele, während die beiden nächsten entschlossen in die ringende männliche hineinleuchten. Eine köstliche Dichtung aus dem überirdisch verbundenen Seelenlande unserer und der himmlischen Welt ist das Schlußstück: „Feuer vom Feuer". Tiefe und Kraft und Zartheit der Auffassung und der Durchführung findet sich bei der — soviel ich weiß — noch jungen Autorin, aber auch ein unverkennbarer Zug zur Eigenwilligkeit, nicht bloß Eigenständigkeit. Achtet sie da scharf auf die Zunge der Ausgleichungswage, dann wird sie bald noch Größeres schaffen können. E. M. Hamann.

Benzigers Brachzeitbücher. Auf den Weg und für daheim. Einsiedeln, Benziger & Co. Pr. kart. je 20 bis 80 Pf. — Von der vorzüglichen Erzählerin **Jassy Torrund**, die psychologisch — und auch sonst — immer zu fesseln, zu spannen weiß, erschienen in dieser Sammlung wieder zwei interessante Bändchen: 1. **„Dinge zwischen Himmel und Erde.** Erinnerungen einer Tischrunde"; 2. **Ausgestoßene Tore!** Ein Künstlerleben" und **„Die Brücke.** Ein Arbeiterschicksal". E. M. Hamann.

Weltverband katholischer Akademiker (W.V.K.A.). Broschüre von Dr. Otto Färber, Druck und Verlag: Süddeutsche Verlagsanstalt Ulm e. G. m. b. H. Diese in russischer Kriegsgefangenschaft entstandene Schrift ist beachtenswert. Mit hohem Idealismus und feurigem Optimismus tritt der Verf. für einen Weltbund der katholischen Akademiker ein, durch den er einen wirtschaftlichen Ueberverband, einen „Wirtschaftsverband katholischer Akademiker aus den großen katholischen Studenten- und Studentinnen-Verbänden" ins Leben rufen möchte. Die Anregung ist an sich gut und entspringt dem tiefen Glauben an die universelle Sendung des Katholizismus. Doch fürchte ich, daß der Herr Verf. das große Hemmnis, das auf finanziellem Gebiete liegt, stark unterschätzt. Die wenigen Sätze, die er S. 10 zur Widerlegung dieses ernsten Einwandes schreibt, reichen nicht aus. Gegen die „Verfassung" des W.V.K.A. (S. 15/16) läßt sich auch praktisch manches einwenden. Der erste Entwurf hierzu entstand bereits im Frühjahr 1918, wo man alles noch „rosiger" sah, als heute. Dr. Färber hat aber trotz seiner im Juni 1919 geschriebenen „Widmung" offenbar nichts mehr geändert. Es sind Zweifel berechtigt, ob die idealen Gedanken in der rauhen Wirklichkeit Leben annehmen werden. Zu wünschen wäre es! August Nuß.

Georg Fell S. J.: **Die Unsterblichkeit der menschlichen Seele.** Zweite, vermehrte Auflage. Herder. Pr. kart. 5.60 M. — Die Neuauflage spricht für die logische Beweiseskraft dieses reichen Buches, das sich tatsächlich, wie es die Verlagsanzeige betont, an einen „sehr großen Leserkreis" wendet, sie spricht aber auch für diesen selbst, da nur der straff denkende Gebildete den hier gebotenen Schatz zu heben vermag.

E. M. Hamann.

P. **Sebastian v. Oer:** Ora et Labora. Leben und Sterben von Laienbrüdern der Beuroner Benediktiner-Kongregation. Verlag der Beuroner Kunstschule. — Ein schlichtes Büchlein mit andächtig erhebendem Titelbilde. Einfache Klosterarbeiter der Kongregation sind die Helden. Das Ganze ist vorgetragen mit dem diesem Autor eigenen stilistischen Reiz der Herzenswärme, der lebendigen Anteilnahme und der seelischen Vertiefung. Wie jeder redliche Arbeiter vor Gott und Menschen seines höheren Lohnes wert ist, zeigt dies trauliche Buch in anregend erquickender Weise. E. M. Hamann.

Das neue Ordensrecht. Von P. Raphael M. Stadtmüller, Theologielektor aus dem Dominikanerorden. 8° 296 S. M 6.50, geb. M 10.—. Dülmen, Laumann 1919. Dieses Werk kommt der in Kanon 509,1 des neuen Kirchenrechtes getroffenen Verfügung entgegen, wonach die Ordensoberen auf eine gebührende Einführung ihrer Untergebenen ins neue Ordensrecht Bedacht nehmen sollen. Zu diesem Zwecke werden hier alle für Ordensleute praktisch in Betracht kommenden Verordnungen des neuen Rechtsbuches der Kirche in geordneter Darstellung geboten in den drei Abschnitten: das eigentliche Ordensrecht; anderweitige Rechtsnormen für Ordensleute; die kirchliche Rechtspflege. Die einzelnen Kanones sind in guter treuer Uebersetzung vorgetragen, teils auch in kürzerer Zusammenfassung dargeboten; dazu kommt eine genaue Quellenangabe und, wo nötig, Hinweis auf einschlägige weitere und ergänzende Stellen des Buches. Das Werk ist zum Vorlesen in Ordensgemeinden gedacht, weshalb die für die verschiedenen Gattungen der Ordensgenossenschaften geltenden Bestimmungen jeweils gekennzeichnet sind. Als Vorzug des Buches ist das eifrige und erfolgreiche Bemühen des Verfassers hervorzuheben, den „im Moral- und Kirchenrechtsbetrieb leider ungebührlich eingerissenen Ueberfluß an Fremdwörtern" durch gute Verdeutschung möglichst zu beheben. Ein genau und ausführlich gearbeitetes Stichwörterverzeichnis kommt der Benützung des Werkes sehr zustatten. O. Heinz.

Christus im Lichte der Vernunft. Religiös-wissenschaftliche Vorträge von P. Heribert Holzapfel im Franziskanerkloster München. 12° 102 S. M 2.40. München, Lentner, 1919. Den Kernpunkt des Streites um Christus legt der Verfasser in der wissenschaftlichen Irrationalität des biblischen Christusbildes dar, das sich dem rationalistischen Denken nun einmal nicht einfügt, ohne einen großen Rest zu hinterlassen, der sich nicht mehr natürlich erklären läßt. Wenn nun das gläubige Christentum diese Irrationalität auflöst, indem es in Jesus nicht bloß einen natürlichen Menschen, sondern auch ein überirdisches Wesen, den Sohn Gottes anerkennt, so ist dabei demütiger Glaube wirksam, der sich indes auf die gewichtigsten Gründe, und zwar Vernunftgründe stützt. Das zu erweisen ist Ziel dieser knapp, aber sehr klar gehaltenen Vorträge. Der erste bietet einen Ueberblick über die ganze Frage, dann werden die Quellen zur Geschichte Jesu einläßlich geprüft und die unfruchtbaren Bemühungen der sich seit anderthalb Jahrhunderten betätigenden negativen Evangelienkritik beleuchtet. Die Wunder Jesu finden wir siegreich gegen die zahlreichen Einwendungen einer hartnäckigen Wunderscheu verteidigt. Ein eigener Vortrag ist der Darlegung des Selbstzeugnisses Jesu gewidmet, wie dessen festen Verankerungen in seinem sündelosen Leben

und seiner unvergleichlichen, übermenschlichen Lehre. Die Vorträge sind wohl geeignet, manche Schwierigkeiten auf dem Wege zum Glauben wegzuräumen und, wie der Verfasser hofft, manchem Herzen seinen Heiland wieder näherzubringen. O. Heinz.

Die Braut des Herrn oder die gottgeweihte Jungfrau in der Welt oder im Ordenshause. Von P. Walter Sierp, S. J. 6. umgearbeitete und stark vermehrte Auflage. 16°, 640 S. geb. ℳ 4.60. Kevelaer, Butzon und Bercker 1919. Dieses weitverbreitete Handbüchlein der Aszetik wendet sich als umfassende Sammlung geistlicher Erwägungen und Uebungen sowohl an Ordensschwestern in Klöstern wie an Jungfrauen, die sich dem Ordensleben zu widmen gedenken und an jene, die in der Welt ein vollkommenes Leben führen wollen. Keine für dieses Ziel wichtige Frage ist in der Anleitung übergangen; die Unterweisungen sind klar und auf die Pflege kerniger Frömmigkeit eingestellt; für die Zusammenstellung der Gebete wäre für die Meßandacht die Heranziehung des römischen Meßbuches wünschenswert. Da das Büchlein besonders für die Standeswahl beraten will, ist das Verzeichnis sämtlicher weiblicher Ordensgenossenschaften in Deutschland (S. 623—28) willkommen. Die 6. Auflage erfuhr eine beträchtliche Erweiterung durch Einschaltung eines ziemlich einläßlichen Unterrichtes über die Arbeit der marianischen Jungfrauenkongregationen und eines Kongregationskatechismus. O. Heinz.

Die Ausstellung im Münchener Glaspalaste.

II.

Der christlichen Kunst möge eine gesonderte Betrachtung zuteil werden. Zum Verständnisse ihrer heutigen Form wie der Eigenart ihrer Empfindungs- und Sprechweise bedarf es der Kenntnis und der rechten Beurteilung aller in unserem ersten Abschnitte festgestellten Gesichtspunkte. Sie hat ihren Anteil an jedem von ihnen, er betreffe Äußeres oder Inneres. Wie nebensächlich diese Kunst auch manchem scheinen mag, deren Erzeugnisse diesmal allenfalls ein Dreißigstel der Gesamtmenge ausmachen — dieser kleine Bruchteil wäre dennoch ausreichend, um nach ihm die ganze moderne Kunst zu beurteilen. Und da sieht man, wie trotz alles Suchens nach neuen Idealen, trotz alles Geringschätzens, Zweifelns, Leugnens, doch dieses uralte Ideal seine Herrschaft über die Geister behauptet, Denken und Tätigkeit in seinen Dienst zwingt. Ein Dreißigstel nur, und doch dürfen wir uns seiner freuen. Ja, wir tun es von Herzen und unterscheiden uns wohl damit von der Ausstellungsleitung, die jederzeit der christlichen Kunst nur unter künstlerisch-technischen Gesichtspunkten Zutritt zu ihren Räumen gestattet hat. Diese Einseitigkeit hat zur Folge, daß sich gelegentlich **verletzende oder dem christlichen Gefühl sonst fremde Dinge einschleichen.** Ich denke u. a. an einen aus Wachs geformten hl. Sebastian von häßlich verkrümmter Haltung, an W. Schnackenbergs „Golgatha", ein abstoßendes Bild trotz seiner nicht zu leugnenden malerischen Bedeutung. Anderes ist überhaupt nicht ernst zu nehmen. So hat ein Maler den hl. Jäger Hubertus in lächerlich wirkendem Biedermeierkostüm — mit braunem Frack! — dargestellt. Ein anderer malt den gekreuzigten Heiland, der dem (völlig unkenntlichen) Saulus erscheint, mit zwei Paar Armen, zwei wagerechten und zwei senkrechten! Gegen den religiösen Inhalt der Werke und gegen die Empfindungen der für ihn empfänglichen Beschauer beweist die Leitung eine Gleichgültigkeit, als wäre sie der moderne Staat. So kommt es, daß Darstellungen des Heilandes usw. vielfach in Umgebungen geraten, die in ihrer unzupassenden, wohl gar anstößigen Art dem heiligen Gegenstande Hohn zu sprechen scheinen. Dergleichen ist nicht beabsichtigt, aber es wäre endlich einmal nötig, sich an leitender Stelle zu erinnern, welchen Eindruck dergleichen auf tiefer veranlagte Naturen machen muß. Die Lösung der Schwierigkeit wäre mit Einfachheit dadurch herbeizuführen, daß man die Werke religiösen Inhaltes und Zweckes in bestimmten Räumen vereinigte, wie man es neuerdings so häufig in kunstgewerblichen Ausstellungen (auch in München) getan hat. Eine derartige Anordnung läge auch im Interesse klarer wissenschaftlicher Uebersicht und richtigerer Beurteilung dieses so vielen noch fremden Gebietes.

Natürlich spreche ich hier nur von der jurierten Abteilung, der anderen Vorschläge zu machen hätte wenig Zweck. Was auch bei jener auszusetzen sein mag, es ist immer noch besser als bei der Gruppe der „Freien Kunstausstellung", wo jedes Werk kommt, weil niemand es hindern darf. Der Erfolg ist dem angemessen. So entspricht H. Kreimels Rötelzeichnung „Kreuzigung" in keiner Weise der Vorstellung christlicher Frömmigkeit, F. Diehls „Ruhe auf der Flucht" ist eine schlechthin rückständige Arbeit, eine Mater dolorosa von M. A. Jooß eine jeder Hoheit bare Alte mit einem Heiligenschein, „Gethsemane" von W. Schulz eine Leistung, die sich ernster Kritik überhaupt entzieht. Solchen Sachen gegenüber steht aber erfreulicherweise doch auch der „Freien Kunstausstellung" ein Werk von bedeutendem Range: F. Scheibers lebensgroßer geschnitzter „Leidender Heiland", eine Darstellung des trauernd dasitzenden Erlösers, ähnlich wie ihn Dürer aufgefaßt hat, ergreifend im Ausdrucke, vortrefflich in der Modellierung und Schnitztechnik; leichte Tönung hilft die Lebenswahrheit der Figur steigern, die sich den besten neuerdings gezeigten Leistungen kirchlicher Kunst anreiht.

Ueberhaupt ist anzuerkennen, daß es die Plastik neuerdings auf diesem Gebiete zu beachtenswerten Erfolgen bringt. Auch die Zahl der von ihr im Glaspalaste gebotenen Werke christlichen Inhaltes kommt jener der Malereien fast gleich. Zwei Schnitzereien („Guter Hirt" und „Heilige Familie") bringt M. Preisinger, Arbeiten, bei denen sich Herbheit mit Milde, kleiner Umfang mit innerlicher Größe vereinigen. Eine Reihe in Relief ausgeführter Kreuzwegstationen von S. Liebl zeigt gotische Anklänge der Formgebung, einfache Stilisierung, leidenschaftlichen Gefühlsausdruck. Ein wertvolles, kleines Relief der Pietà ist von A. Zairis-Stucken. Still, feierlich, altchristlich ernst ist ein sehr sorgfältig geschnitztes Relief der stehenden Madonna von M. Hartung, prachtvoll bewegt, an Barockmeisterwerke mahnend, ein am Marterpfahl zusammenbrechender hl. Sebastian von G. J. Lang. Durch schöne Technik, Ruhe und edlen Ausdruck zeichnet sich ein Relief „St. Mariens Tod" von J. Franz aus. Ein von L. Schwink in Wachs geformter Heiland an der Säule zeigt schöne Haltung und verinnerlichte Auffassung, aus der auch der Mangel an eigentlicher Schönheit des Antlitzes zu erklären ist. Nicht unerwähnt seien auch einige tüchtige Medaillen und Plaketten; u. a. von K. Ruppert, M. Heilmaier, H. Schwegerle. Neben diese kleineren Plastiken stellt sich eine Reihe von Monumentalwerken, in denen das großartige Streben und Können unserer heutigen christlichen Plastik zu bewunderungswürdigem Ausdrucke gelangt. Da ist das Modell von M. Heilmaiers für die Heiliggeistkirche zu Nürnberg geschaffenen Denkmal zur Erinnerung an den Weltkrieg. Das in der schmalen, hoch rechteckigen Form alter Grabtafeln gehaltene Werk zeigt in starkem Relief den auferstandenen Heiland mit der Siegesfahne, zu seinen Füßen den Tod als gekrönten Reiter, der, ein gewaltiges Schwert in den Händen, auf einem abgezehrten Gaul über die Welt dahintrabt. Herbe Großartigkeit, ein erschütternder Ernst erfüllt dieses Werk, das zu den bedeutendsten des bekannten Künstlers und auch zu jenen gehört, in denen sich der Geist alter Nürnbergischer Kunst stark und zukunftskräftig erhält und fort entwickelt. Weiter sieht man das aus rotem Marmor gearbeitete, mit leichten Vergoldungen geschmückte Grabmal des Erzbischofs Schreiber, ein großartig gedachtes und durchgeführtes Werk von Prof. Balth. Schmitt. In einer der Auffassung mittelalterlicher Grabfiguren ähnelnden Art liegt der charakteristisch bildnisähnliche Verstorbene (in Hochrelief dargestellt), mit den Gewändern seines Amtes bekleidet, friedvoll da. Der gleiche Künstler hat noch ein zweites Werk ausgestellt, eine in Holz geschnitzte, leicht getönte Statuette des hl. Franziskus, der sich am lieblich frommen Spiele der Vöglein erfreut — ein Werk voll Feinheit der Seelenschilderung und gegenüber dem zuerst beschriebenen ein Beweis für des Meisters Vielseitigkeit. Eine erhabene Kunstschöpfung ist ferner W. Göhrings in Holz geschnitzte, ungefärbte, überlebensgroße Sitzstatue des lehrenden Heilandes. Hohe Ruhe und Einfachheit der Linien, charaktervoll breite Flächenbehandlung, Gedankentiefe, die sich in den edlen, von aller falschen Empfindsamkeit freien Zügen Christi dartut, zeichnen das Werk aus. Ein Retablealtar von W. Erb wirkt wegen seiner etwas gesuchten Feierlichkeit fremdartig. Ein edel empfundenes Grabmal schuf derselbe Künstler, ein anderes in antikisierender Form F. Drexler.

Die **Architektur**, deren Grenzgebiet wir bereits betreten haben, lieferte von Entwürfen zu gottesdienstlichen Gebäuden diesmal nur zwei. J. Rössel bringt die Zeichnung zur Ausschmückung der Synagoge zu Offenbach am Main, eine großzügige Arbeit mit vornehmer Wirkung der Harmonie von überwiegend Grau und Gold. Eine erfreuliche Leistung katholischer Architektur ist die Kirche und der Pfarrhof, die L. Weckbecker von Sternenfeld für die herrliche Gebirgslage am Jocher in Südtirol in Zeichnungen und Modell vor Augen führt. Die Form zeigt ein derbes, naturwüchsiges Barock, die ganze malerische Anlage beweist feines Verständnis für das — auch im neuen Südtirol hoffentlich deutsch bleibende! — Wesen heimatlicher Kunst.

Die Gruppe des **Kunstgewerbes** weist ein besonders reich ausgestattetes Beispiel der an dieser Stelle wiederholt rühmlich erwähnten Weihnachtskrippen des Müncheners S. Osterrieder, technisch tüchtige, kleine Glasmalereien von A. Staudinger und K. de Bouché, eine entzückende Spitzenarbeit mit der Madonna und Engeln von J. Jaskolla, ein prachtvolles kleines Altarkreuz aus Edelmetall mit Email von Th. Hüttl.

Bei der **Malerei** ist die Zahl der Werke religiösen Inhaltes innerhalb der beiden großen Gruppen (Münchener Künstlergenossenschaft und Sezession) ziemlich gleich stark (leider richtiger gesagt: schwach). Hieraus unter Hinweis auf die erheblich geringere Gesamtzahl der sezessionistischen Malereien Schlüsse ziehen zu wollen, wäre verfehlt. Nur die Tatsache wird auch diesmal wieder bestätigt, daß, je moderner die Bilder aufgefaßt sind, sie nach Form und Inhalt dem Wesen wahren Christentums um so fremder gegenüberstehen, um so pietätloser mit dem höchsten aller Gegenstände zu schalten sich unterfangen. Diese Maler vermögen kein heiliges Geheimnis und Ereignis fühlend zu erleben, dagegen verstehen es einige, ihre Mißgedanken mit den Mitteln irreleitender Kunst andern Menschen zum Erlebnisse zu machen. Schon oben habe ich auf solche hingewiesen, kann mich also jetzt auf die Besprechung der wichtigsten von jenen Malereien und Graphiken beschränken, die erfreuen, ja vereinzelt sogar erheben, statt zu verstimmen und Widerspruch herauszufordern. Ein künstlerisch nicht außergewöhnliches, aber ein ernstes, zum Gemüte redendes Bild ist „Zum Gedenken 1914—1918" von R. Schaupp. J. Kuisls „Kreuzigung", ein Gemälde mit lebensgroßen Figuren, ist kein Kirchenbild, aber es offenbart echtes Gefühl in der charaktervollen Darstellung des gewaltigsten aller Dramen und spricht auch mit Schwere und Trauer der Farben jene Stimmung aus, die wir verstehen und nachfühlen. Geringeren äußeren Umfang hat der Entwurf zu einer Grablegung Christi von T. Gregoritsch. Die ergreifende Wirkung schon dieser Vorarbeit rechtfertigt die Hoffnung auf eine

noch stärkere des ausgeführten Gemäldes. Eine stille Feier der Andacht reinsten kindlichen Gemütes ist „Zerfallene Einsamkeit“ von M. Schiestl. Die Bedeutung der A. von Kellerschen „Auferweckung des Töchterleins des Jairus“ in der Fassung vom Jahre 1882 liegt heute überwiegend bereits auf kunstgeschichtlichem Gebiete; trotz blendender künstlerischer Mittel ist das Werk, gleich den übrigen Fassungen, die Keller demselben Thema gegeben hat, nicht mehr als ein interessantes Genrebild. Viel tiefere Sprache redet ein schlichtes kleines Bild „Madonna mit dem Kinde“, gemalt von einem der ganz Modernen, A. Hofer. Aus echtem Gefühl ist es hervorgegangen, in kühlen Tönen gehalten, herb und stark im Ausdrucke. Ein paar reizende Schattenbilder christlichen Inhaltes schuf J. Madlener. H. Röhms Radierung mit den apokalyptischen Reitern wird, trotz guten Willens, dem allzu großen Gegenstande nicht gerecht. Besser gelang ihm ein Blatt mit dem hl. Georg. Felix Baumhauer bringt (außer einer farbenstarken Blumenstudie) fünf Werke seiner so feinsinnigen, im besten Sinne ausgeprägt selbständigen religiösen Kunst, in der sich „das Strenge mit dem Zarten“ zu wahrhaft gutem, hoheitsvollem Klange vereinigt. Drei kleine Aquarelle sind Entwürfe zu Gemälden von derart großmonumentalen Eigenschaften, daß man ihre Ausführung nur dringend wünschen möchte. Es lebt etwas von dem Geiste Giottos in diesen Schöpfungen voll erhabener Einfachheit, deren Komposition klar, deren Farbe stark und prachtvoll wirksam, deren Sprache eindringlich, alt und neu zugleich ist. Alle drei Bilder sind der Verherrlichung Mariä gewidmet, feiern sie als die Mutter des Erlösers, als die Trösterin der Betrübten, als die Gebenedeite, die zum Himmel entrückt wird, um die Krone der ewigen Herrlichkeit zu empfangen. Marienbilder sind auch die beiden von Baumhauer gezeigten ausgeführten Gemälde. Beide entzücken durch eine Tiefe poetischer, von Begeisterung reinster Frömmigkeit getragener Empfindung, durch zauberhafte Feinheit der Farbe. Beide zeigen die hl. Jungfrau mit dem göttlichen Kinde. Die Unterschiede der Auffassung liegen in der äußeren Behandlung, die zu beschreiben zu weitläufig wäre, der geistige Inhalt ist bei beiden der gleiche. Die Reinheit, Keuschheit und überirdische Hoheit der Jungfrau, die Doppelnatur des Kindes ist, in solcher tiefinnerlichen Weise erfaßt, von keinem der neueren Maler bisher dargestellt worden. Auch Baumhauer ist einer, der modernste Töne liebt, aber nicht um unartikuliertes Gestammel von sich zu geben, sondern um Eigenes, Großes, jedem Verständliches zu sagen. Gleich modern waren zu ihrer Zeit, in ihrer Weise auch die großen Meister der Vergangenheit. Ihre gewaltige Kunst, von der die Abteilung der Kopien Vergleichsproben naherückt, schritt zur Vollendung, zur wahren Freiheit, Selbstzucht übend, an der Hand der Frömmigkeit. Baumhauers Beispiel zeigt, wie auch in dieser Beziehung große Gegensätze sich wieder zu berühren beginnen. Dr. O. Doering.

Bühnen- und Musikrundschau.

Residenztheater. Wir haben der Bühne immer ihren alten Namen gegeben, statt des farblosen neuen und obwohl Revolutionsphilister — es gibt auch solche — über den „Abbau“ herrlicher Errungenschaften jammerten, hat sich die Leitung der Nationaltheater jetzt doch auch entschlossen, die nichts sagende neue Aufschrift zu entfernen und zu dem alten Namen, an den sich große Erinnerungen knüpfen, zurückzukehren. Wilhelm Speyer, dessen im vorigen Winter uraufgeführter „Revolutionär“ noch auf dem Spielplan steht, der inzwischen auswärts mit einem „Karl V.“ eine Schlappe erhielt, kam nun mit einem Lustspiel zu Wort. Die Uraufführung von „Er kann nicht befehlen“ hatte, von der Opposition eines einzelnen abgesehen, einen großen Erfolg. Ein romantisches Motiv, das in dem Milieu modernen Arbeiterstreiks neuartig erscheinen konnte, der ehrliche Versuch, wenigstens zuweilen von einseitiger Satire zu gerechter Lustspielbetrachtung hinauszustreben und die fein-komische Gestaltung eines beliebten Schauspielers mögen als Ursache gelten. Der Erbe einer großen Fabrik ist in Cincinnati bei seiner geschiedenen Mutter herangewachsen, jetzt kehrt er nach des Vaters Tode nach Deutschland zurück. Dem selbstlosen Schwärmer (aus dem Dollarlande?) ist die ihm zugefallene Aufgabe eigentlich eine Last, denn „er kann nicht befehlen“. Die Arbeiter sind im Streik, gibt er ihren Forderungen nach, so verliert er laut Testament die Fabrik und er und seine Schwester müssen sich mit dem Pflichtteil begnügen. Von seiner Familie noch unerkannt, betraut er einen etwas anrüchigen, aber witzigen jungen Fabrikarbeiter mit seiner Vertretung, er selbst schlüpft in die Rolle eines Dieners. Märchen gedeihen nicht recht auf dem sterilen Boden eines Fabrikhofes und so muß die Drolligkeit über den Mangel an Wahrscheinlichkeit hinweghelfen. Der Arbeiter haßt das organisierte Proletariat weit mehr, als den Bourgeois, denn infolge einer Gefängnisstrafe wurde er von der Organisation ausgeschlossen. So zeigt sich der Pseudofabrikherr anfänglich als schroffer Arbeiterfeind und im Kreise der Familie als Haustyrann. Er kann befehlen! Der Autor nützt das zu recht drastischen Szenen. Als die Arbeiterdelegierten merkten, daß er einen Arbeiter protegieren möchte, sind sie mit Vergnügen bereit, jenen Verfehmten, der er selbst ist, in die Organisation, ja in ihre Freundschaft und Familie aufzunehmen. Beglückt, bewilligte er nun alle Forderungen, auch diejenigen, auf welche die Streikenden schon Verzicht leisteten. Ihn aber zieht es zu seinen Genossen, er wirft die Herrenkleider ab und eilt als Arbeiter zu den seinen. Natürlich geht die schließliche endgültige Demaskierung nicht ohne Gewaltsamkeit, so geschickt es auch der Autor macht und noch eine Verlobung zuwege bringt. Der Autor will uns etwa sagen, hüben und drüben herrschen Vorurteile und der Bürokratismus der Organisationen, stehen die Menschen als Menschen sich gegenüber, so finden sie den Weg zum Verständnis. Waldau, den das dankbare Publikum gerne zur Uebertreibung verlockt, war von einer seltenen Natürlichkeit, deren Komik selbstverständlich wirkte, Benofsky gab dem richtigen Herrn einen frischen, warmen Ton.

Schauspielhaus. „Die Trösterin“, Schauspiel von Bruno Frank. (Uraufführung.) „Nicht eine Stunde hat mich Frau Sybil geliebt; sie hat nur meine Qual gesehen, die Qual eines traurigen, alternden Menschen und da kam sie zu mir . . . Mitleid — es ist nicht mehr gewesen. Mütterliches Erbarmen: das ist es gewesen.“ Also lediglich aus Mitleid hat Frau Sybil die Ehe gebrochen. Warum hatte sie nicht Mitleid mit ihrem Gatten, den sie immer noch liebt? Uebrigens sind beide Ehebrecher nicht ohne Gewissensskrupel. Schon bevor das Geheimnis ans Licht kommt, beschlossen sie ihre Trennung. Warum taten sie dies nicht einen Tag früher, hätte sie das minder geschmerzt? Nein, aber einen Tag gelebt im Paradies, ist nicht zu teuer mit dem Tod gebüßt, so etwa, nur wortreicher, sagt der Maler. Sybils Gatte, der große Operateur, hat ihm das Leben gerettet. Da ist es doppelt gemein, dessen Frau zu verführen. Das fühlt er auch, aber er nimmt nicht mal einen Anlauf, sich gegen das Schicksal zu stemmen. Die späte, erste Leidenschaft ist nur eine Seite der Krise, in der der Maler sich befindet. Wohl ist seine Kunst geschätzt und gerühmt, aber er fühlt, daß er auf der Höhe seiner Entwicklung angelangt, nicht in die Zukunft neigt. Die Jugend geht andere Wege, die er wohl sah, aber nicht zu betreten die Kraft hatte. Wir hören das alles nicht eindruckslos, aber das sind elegisch-lyrische Schilderungen, die das eigentliche Dramatische überwuchern und durch ihr Uebermaß hemmend wirken. Die Charaktere sind recht lebensvoll geschildert, vor allem der berühmte Arzt, der neben seinem aufreibenden Berufe nur das Glück seines Hauses kennt. Witte spielte diese kernige Gestalt sehr glaubhaft und dann Sybille, von Else Heims aus Berlin sehr anmutig verkörpert, liebenswürdig und klug, von einer natürlichen Würde, ganz geeignet, den Maler zu einem vernünftigen Freund zu zähmen, aber durch Mitleid ehebrechend? Nein, das glaubt man auch ihr nicht. Sehr lebendig sind verschiedene Episodenfiguren gehalten, wenn sie auch gewaltsam genug in das Ganze verflochten sind. Den Maler gab Dysing mit weltmännisch gefärbter Schwermut, die mit Geschmack die Grenze des Jammerlappens vermied. Feuchtwangers feinabtönende Regie geriet ins Schleppen. Der Gesamteindruck: viel Gelungenes im einzelnen, aber das Hauptmotiv psychologisch und ethisch von abzulehnender Spitzfindigkeit.

Lustspielhaus. Frau Körner hat Braccos unlängst im Schauspielhaus gebotene italienische Cypriennevariante „Untreu“ auf ihre zweite Bühne verpflanzt. Sie, der chewalereske Günther und Dysing geben das Stückchen so gewinnend, daß man zuweilen die feuilletonistische Untiefe vergißt. Neu war Frau Körner als Rita Revera in der „sittlichen Forderung“. Hartlebens Einakter ist ein wenig gealtert, man nahm vor zwanzig Jahren diese verkleinerte Ausgabe der Sudermannschen „Magda“ ernster, aber eine dankbare Theaterfigur ist sie geblieben. Wir haben die Rolle schon glitzernder, mit mehr Frou-Frou gesehen. Frau Körner verdeckt möglichst den Sumpf, durch den Rita zur Höhe stieg und das ist angenehm.

Kammerspiele. Heinrich Leop. Wagner in Straßburg, enger jedoch erst 1774 in Frankfurt mit Goethe in Beziehung tretend, gehört mit Lenz und Klinger zu den Dichtern der Sturm- und Drangzeit. Der aus ihrem Kreise emporgewachsene Genius hat diese Mitstreiter in den Schatten gestellt, aber in Zeiten literarischer Neuerung treten auch sie aus den Büchersälen der Literaturgeschichte wieder ins Leben und eine nach neuen Zielen tastende Jugend sieht in ihnen ihre „Vorahnen“. Wagners „Kindsmörderin“ leidet unter dem in „Dichtung und Wahrheit“ erhobenen Vorwurf des Raubes literarischer Motive, der sich indessen nicht aufrecht erhalten läßt. Mochte Goethe dem Freunde von den Faustentwürfen einiges mitgeteilt haben, die Aehnlichkeiten zwischen der Menschheitsdichtung und dem Drama einer armen Metzgerstochter, sind gering. Die Kindsmörderin ist noch bis zum jungen Schiller reichend, ein beliebtes literarisches Motiv der Zeit, bleibt das Schlafpulver für die Mutter, die Ohnmacht in der Kirche, von der hier nur berichtet wird, und der Wahnsinn nach der Tat. — K. G. Lessing, der Bruder des Klassikers, hat eine mildernde Bearbeitung verfaßt, aber auch so erschien die „Kindsmörderin“ nicht „vor ehrlichen Leuten vorstellbar“, das gelang erst einer vom Dichter selbst vorgenommenen Verballhornung mit glücklichem Ausgang. Die Kammerspiele boten die Urform. Unser Publikum hatte kein Bedenken, ja es wäre sicherlich sehr erstaunt und entrüstet über die Qualifikation, die ihm durch dies vor 143 Jahren abgegebene Urteil zuteil wird. Unsere Autoren haben uns freilich an mancherlei gewöhnt; sie nennen die Dinge heute zwar nicht so derb beim Namen, aber dafür entschuldigen sie zumeist durch eine Dehnung der Moral, was Wagner ganz ferne liegt. Ein adeliger Leutnant hat die Bürgerstochter und die Mutter auf einen Ball gelockt. Angeheitert veranlaßt er die beiden, ihm zum Abendessen in ein Gasthaus zu folgen. In diesem vergewaltigt er das Mädchen, während die Mutter durch ein Schlafmittel von Sinnen kam. Diese Brutalität ist der Auftakt des

Trauerspieles. Dem Leutnant wird nun sein Verbrechen bewußt, und er verspricht Evchen zu heiraten. Wenige Monate trennen ihn nur noch von seiner Mündigkeit. Hierdurch die Verzögerung, die Evchen in ständiger Angst vor dem Vater zubringt. Dieser Vater ist eine glänzend gezeichnete Figur. Hinter einer eisernen Strenge verbirgt sich seine Liebe zu seiner Tochter. Tyrann in der Ueberzeugung, das Beste zu wollen, verbaut er durch seine Strenge den Weg zu seinem Vaterherzen. Die Schande zumal würde er nie verzeihen und so flieht Evchen in wahnsinniger Angst aus dem Hause, als ein gefälschter Brief des Leutnants sein Versprechen zurücknimmt. Ein Freund des Offiziers hat das Schreiben verfaßt. Dieses Hineinspielen der „Kabale" in die „Liebe" gehört in den Geschmack der Zeit. Die Mutter geht ins Wasser, nachdem durch einen Zufall ans Licht kommt, daß sie damals in einem üblen Hause gewesen. Evchen gebärt ein Kind im Hause einer Waschfrau, in Not und Verzweiflung tötet sie den Säugling. Der Vater und der Leutnant, den dessen Vater in seinem Schlosse gefangen gehalten, finden eine Irre, nach der der Arm der Gerechtigkeit greift. Die Charaktere treten mit großer Plastik hervor. Vom Vater, den Momber spielte, habe ich schon gesprochen. Als Wagner die Figur zeichnete, gab es seit 2 Jahren einen Odoardo Galotti, aber noch keinen Stadtmusik'us Miller! Sehr lebendig ist auch die im Grunde brave, ein wenig eitle Mutter. Mehr von typischem Pathos ist das Liebespaar. In Episoden tritt ein lehrhafter Zug hervor, so wenn in der Duellfrage der Widerspruch zwischen Gesetz und Offizierspflicht aufs schärfste betont wird oder ein protestantischer Theologe zum Erziehungsproblem Ansichten äußert, die heute eine „Aufklärungs"literatur für ganz neu und modern hält. Von diesem Standpunkte aus nannte wohl auch der Dichter selbst sein umgearbeitetes Stück „Evchen Humbrecht oder ihr Mütter merkt's Euch". Das Stück, sehr gut gespielt und bis auf eine um gut ein halbes Jahrhundert verfrühte Petroleumlampe historisch echt, fand starken Beifall. Die Titelrolle wurde von einer neu verpflichteten Künstlerin Frl. Leschka auch bis zu den Ansätzen hoher Tragik eindringlich gegeben.

München. L. G. Oberlaender.

Finanz- und Handels-Rundschau.

„Ein Zug zur Arbeit geht durch das Volk" — Praktische Wirtschaftspolitik — Internationale Regelung des Valutaproblems — Zeichen unserer Wirtschaftsbesserung.

Die kritische Betrachtung der derzeit vorherrschenden Wirtschaftsfragen und die Beurteilung der gesamten deutschen Wirtschaftszukunft erfährt sowohl in politischen Kreisen, als auch nach wie vor bei den Handels- und Industriefaktoren eine durchaus geteilte Anschauung. Der bayerische Handelsminister Hamm betonte erst kürzlich, „dass es schwer nachzuholen sei, was durch die wilden Streiks, in Gefolgschaft damit durch die Kohlennot in den vielen Monaten versäumt worden ist. Die Schwierigkeiten in der Beförderungsfrage — weitere Einschränkungen im Eisenbahnverkehr und in der Kohlen- und Lichtversorgung sind eingetreten und noch zu erwarten — bleiben unverkennbar". Trotzdem kann konstatiert werden, dass unsere Volkswirtschaftslage gerade in letzter Zeit eine wesentliche Besserung verzeichnen kann. Reichskanzler Bauer erklärte in der Berliner Nationalversammlung: **„Ein Zug zur Arbeit geht durch das Volk."** Dank der gebesserten Lebensmittelversorgung und der wenn auch äusserst zögernden Auffüllung unserer Rohstoffbestände z. B. in Baumwolle und Wolle und bedingt durch die unverkennbare Mehrung im Exportverkehr bekehren sich die Grosshandelskreise allmählich, wenn auch begreiflicherweise nicht restlos, zu beginnendem Optimismus. Naturgemäss stehen solchem begründenden Beginn unserer neu aufzubauenden Wirtschaftsentwicklung noch ein gerüttelt Mass von Schwierigkeiten, Hemmnissen und notwendigen Aenderungen entgegen! Vielleicht ist die Aufhebung der noch bestehenden Verbote des Akkordarbeitssystems die Einleitung zu der unbedingt eine Voraussetzung bildenden Arbeitsmehrung und Schaffenslust der deutschen Wirtschaftsbeteiligten. Die Berliner Nationalversammlung fordert ausserdem „Schutz gegen jeden Terror, grössere Selbstzucht des Handels, der nicht durch übertriebene Preisforderungen die Zwangswirtschaft zu seinem eigenen Schaden verewigen soll! Das Wirtschaftsprogramm des Zentralverbandes des deutschen Grosshandels geht gleichfalls Hand in Hand mit den Projekten des Reichswirtschaftsministeriums hinsichtlich Ausübung einer **praktischen Wirtschaftspolitik**: Haben wir seit einem halben Jahr mehr verzehrt, als produziert — Reichswirtschaftsminister Schmidt belegte dies in seiner Hamburger Rede ziffernmässig — so gilt es nun vor allem die Ausfuhr zu heben, dadurch eine Verbesserung der deutschen Devisenkurse zu erreichen, das Vertrauen des Auslandes zum früheren sprichwörtlich gewesenen deutschen Schaffensgeist zu regen, kurz überall aktive, zielbewusste Wirtschaftspolitik zu treiben. Es bleibt zu hoffen, dass durch die Eröffnung neuer Valutenkredite, wie wir solchen einstweilen erstmals von Holland erhalten konnten, unserer Industrie die Bezahlung der angeforderten Rohstoffe ermöglicht wird. Die Auslassungen des Reichsfinanzministers Erzberger hinsichtlich der Valutalage und die im Auslande verbreiteten Gerüchte über einen angeblich drohenden deutschen Staatsbankerott werden die nach dieser Richtung hin sowohl bei uns, wie auch im Auslande kursierenden Hinweise verstummen lassen. Mit Recht betont Erzberger hierbei dass die Neuordnung unserer Verhältnisse nicht allein in unserem Interesse, sondern auch zu Nutzen des Auslandes erfolgt. Hoffentlich verdichten sich die Meldungen einer internationalen Regelung des Valutaproblems zu greifbaren Tatsachen. Die in Paris tagende interparlamentarische Handelsunion hat sich hiermit befasst. Namentlich die Fragen der Wechselkurse, der Transportmöglichkeiten und der gegenseitigen Handelsbeziehungen zwischen Westeuropa und den Balkanländern bildeten hierbei die Tagesordnung, welche begreiflich erscheint, wenn man den andauernden Rückgang der Devisen von Frankreich und anderen Ententestaaten in Betracht zieht.

Durch die Gründung einer holländisch-deutschen Handelskammer, die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zwischen der Tschecho-Slowakei und Deutschland — in den Hafenplätzen Hamburg und Stettin erfolgen bekanntlich nach den Friedensbedingungen hierfür Geländeverpachtungen — durch den ausgesprochenen Warenhunger nach deutschen Erzeugnissen sowohl seitens Rumäniens, des übrigen Balkans, als auch der Ueberseestaaten Amerikas, durch Bildung eines amerikanisch-deutschen Rohstoffkonsortiums unter Beteiligung der ersten Finanz- und Industriekreise auf beiden Seiten unter Finanzierung von mehreren Milliarden Dollars, durch ein erneutes deutsches Kohlenabkommen mit Holland — die Monatslieferung soll um 50000 Tonnen auf 150000 Tonnen erhöht werden — sind solche tatsächliche Unterlagen eines geregelten Wirtschaftsverkehrs gegeben. Bemerkenswert ist hierbei ausserdem der seitens Frankreichs nunmehr fallengelassene starre Geschäftsausschluss Deutschlands. Neuerdings versuchen, und zwar offenkundig, französische Wollhandelskreise die Wiederanknüpfungen der früheren Geschäftsbeziehungen zu deutschen Interessenten. Die gesteigerte Baumwolleinfuhr, bessere Aussichten für die deutsche Petroleumversorgung, im Verein damit die geregelte Zufuhr von Getreide und anderen Lebensmitteln, namentlich aus Südamerika, bilden gleichfalls bemerkenswerte Faktoren. Die Sicherung einer ständigen Wiederholung der erfolgreichen Frankfurter Messe, die Errichtung einer Metallbörse in Berlin sind solche weitere günstige Wetterzeichen. Aus der oberschlesischen Grossindustrie werden grosse Auftragsbestände aus dem Auslande gemeldet, ausgeblasene Hochofenwerke wieder in Betrieb gesetzt, auch in den sonstigen Produktionsverhältnissen wird eine wesentliche Besserung innerhalb der letzten Wochen gemeldet. Naturgemäss klingt bei solchen Berichten immer wieder durch, dass **alles davon abhängig** ist, in welchem Masse die Arbeitswilligkeit der Arbeitnehmer die früheren normalen Leistungen wiederum erreicht. Auch die Regelung des „offenen Loches im Westen", die Errichtung einer deutschen Zollgrenze dortselbst, in Gemeinschaft damit die Hebung der Staatsautorität, welche in punkto Schleichhandel, Einfuhrkontrolle und Import von absolut unnötigen Luxusartikeln vielfach versagt, sind erforderliche Remedurpunkte. Lohnbewegungen, Streiks und Arbeitsunlust, Kohlen- und Verkehrsnot sollen nicht vergessen werden. Unwillkürlich verfolgt man bei diesen Gedanken den Streikverlauf der britischen Eisenbahner und Schwerindustrie-Belegschaften und die seitens der englischen Regierung dabei gezeigte konsequente Haltung. — Das Zeichnungsresultat und namentlich die Beteiligung des Auslandes an der in Bälde zur Auflage gelangenden neuen Sparprämienanleihe wird das Exempel auf die vorstehenden Wirtschaftsbetrachtungen bilden.

München. M. Weber.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Rückwandererhilfe. Wir zählten vor dem Kriege 30 Millionen Auslanddeutsche. Von diesen sind viele tausende, denen der Völkerhaß gegen das Deutschtum Hab und Gut, Existenz und Brot genommen hat, in ihre alte Stammheimat zurückgekehrt oder noch auf dem Wege dorthin. Hier treffen sie oft in bitterster Not und ohne Möglichkeit, auch nur die dringensten Bedürfnisse zu befriedigen, ein. Sollen wir sie diesem unverdienten Schicksal überlassen, das ihnen nur erblühte, weil sie dem Deutschtum auch in der Fremde die Treue hielten? Wir müßten nicht Deutsche sein, wenn wir darauf kein rückhaltloses, entschlossenes Nein zu erwidern hätten. So haben es denn auch Mitglieder aller politischen Parteien aufgefaßt, als sie den Aufruf unterzeichneten, den in gemeinsamer Arbeit 15 unserer größten Wohlfahrtsorganisationen als einen Hilferuf zur Unterstützung der vertriebenen, mittellosen Auslanddeutschen erlassen haben. Diese Arbeit geschieht unter der Bezeichnung „Rückwandererhilfe" E. V. von Berlin W. 50, Tauentzienstr. 6, aus. Möchte der Ertrag der Spende, die auf Postscheck-Nr. 49023 Berlin eingesammelt wird, so sein, daß vielen geholfen werden kann, auf deren Hilfe wir als Volk einst selbst wieder rechnen müssen. Zahlkarten liegen diesem Hefte bei.

In der Alphonsus-Buchhandlung in Münster i. W. erscheinen drei empfehlenswerte Zeitschriften. Eine betitelt sich „Maria Hilf" und ist für die Verehrer der Mutter von der immerwährenden Hilfe bestimmt. Sie erscheint monatlich und kostet jährlich 2.50 ℳ. Bei dem zweiten Blatte handelt es sich um eine Zeitschrift für Jungfrauen, die „Christliche Jungfrau" genannt. Jahrespreis 2 ℳ. Die dritte Zeitschrift, die monatlich zweimal erscheint, wofür jährlich nur 75 Pf. zu erlegen sind, nennt sich „Glöcklein". Sie bietet der Schuljugend in leichtfaßlicher Form geeignete Belehrung und Unterhaltung. Bestellungen sind an den Buchhandel oder an die Post zu richten. Probehefte versendet die obengenannte Buchhandlung in Münster.

Kriegsnotgeld!

Wer Kriegsnotgeld (Metall und Scheine) nicht verwenden kann, der sende es an die **Zentralstelle des Bonifatius-Sammelvereins in Paderborn**, wo alles zur Rettung armer **Diasporakinder** verwertet werden kann. Desgleichen werden mit herzlichem Dank entgegengenommen alle Sorten **Freimarken**, auch die einfachsten Werte.

Patenschaft für Diasporakinder.

Die **Not** unter den armen Diasporakindern ist gegenwärtig besonders groß. Wer mithelfen will an der **Rettung** dieser Aermsten der Armen, erwerbe die **Schutzpatenschaft** über ein solches Kind. Ein einmaliger Beitrag von ℳ 180.— genügt, um die Unterbringung eines gefährdeten Kindes in einer Kommunikantenanstalt zu sichern. Alles Nähere durch die **Zentralstelle des Bonifatius-Sammelvereins (Kath. Diaspora-Kinderhilfe), Paderborn.** Postscheckkonto Cöln: 42315.

Wollen Sie eine

Kirchen-Heizung ?

anlegen

so versäumen Sie nicht, kostenfrei Prospekt Nr. 11 über dies allbewährte Sparheizung D. R.-Patent einzuziehen.

Carl Wellen, Ingenieur, Düsseldorf.

Wichtig für Politiker, Sozialpolitiker, Schriftsteller, Gelehrte, Künstler usw.

Das Zeitungsnachrichten-Bureau Red. P. Schmidt

Berlin SW. 47, Grossbeerenstrasse 56/b

liest ausser ca. 850 Zeitungen des In- und Auslandes die wichtigeren Zeitschriften jeder Art und liefert daher für jedes Interessengebiet zahlreiches Material. Infolge meiner langjährigen Tätigkeit an der Zentrumspresse wird zuverlässigste Lieferung gewährleistet.

Prospekte gratis.

Musik-Instrumente

Harmoniums, Pianinos,

für Orchester, Kirche, Schule und Haus

Violinen, Guitarren, Lauten, Mandolinen in unübertroffener Qualität kauft man sehr vorteilhaft bei

Gebrüder Voigt, Markneukirchen I.

Schliessfach 40.

Eigene Werkstätte, Reparaturwerkst.

Alte Geigen und Cellos kaufen wir stets zu höchsten Preisen.

Hesse

Dresden Scheffelstrasse hat allein Atama' Edelstraussfedern. Solche bleiben 10 Jahre schön u. kost. 30 cm lang 9 M., 35 cm 12 M. 40 cm 15 M., 45 cm 25 M., 50 cm 35 M. 55 cm 42 M., 60 cm 60 M., schmale Federn, nur 15-20 cm breit kost. ½ m lg 3 M., 60 cm 6 M. Straussboas 15, 25, 35 M. Reiher 1, 2, 4, 6 M. bis 60 M. Fantasien Karton voll 3. 5 u. 10 M.

40jähriger, akadem. gebildeter Lehrer für höhere Lehranstalten sucht Stellung in einer größeren kathol. Verlagsanstalt (Druckerei) als wissenschaftlicher

Korrektor

mit latein., griech., französischer u. hebräischer Sprachkenntnis. Der Stellensuchende war früher schon zwei Jahre als wissenschaftlicher Korrektor in einer großen katholischen Verlagsanstalt tätig und kann gute Zeugnisse darüber und seine bisherige Tätigkeit vorweisen. Angebote wollen gefl. an die Geschäftsstelle der „Allgem. Rundschau", München, unt. H. D. 19795 gesandt werden.

Grosser Missions-Christus
Gresse Pietà für Kriegsdenkmal

Osterrieder-München Georgenstr 113

Weihnachts-Krippen

Kunstgerechte, historische Studien.
Abbildungen für Interessenten frei.

Sebastian Osterrieder
akadem. Bildhauer
München, Georgenstrasse 113.

Magenleiden!

Bei **Magenschmerz, Magenkrampf, Seitenstechen, Blähung, Sodbrennen, Stuhlverstopfung** nehme man nur **Welters Mixtur-Magnesia-Magenpulver.** Tausende Dankschreib. bestätigen seine vorzügliche Wirkung. Preis ℳ 2,50 ausschliesslich Porto. Broschüre gegen ℳ 0,20 Briefmarken.

Fabrik Welter, Niederbreisig, Rhein, Abt. 89.

Hadern und Knochen

sortiert und unsortiert.

Strumpfwolle, Neutuch, Zeitungen

kauft zu reellen Preisen von Privaten und Händlern, Anstalten, Klöstern usw.

Adolf von der Heiden, München, Baumstr. 4.

Telephon Nr. 22285. — Bahnsendung. München-Süd. Bahnlagernd.

Soeben erschienen

Gleichen-Rußwurm

Das Ehebuch

Gehört in die Hand aller Ehegatten und die es werden wollen

Pappbd. Mk. 4.65 · kostbar geb. Mk. 6.-

Liefern A. Holoch & Co. Stuttgart 24

Postscheck No. 3775

Welch edle Persönlichkeit hilft kriegsbeschädigtem Akademiker, durch den Krieg in Not geraten, zur baldigen Beendigung seines Studiums.

Briefe erbeten unt. H. S. ... an die Geschäftsstelle der Allgem. Rundschau, München.

Lehrer Obst's

Nerventee

zum Kurgebr. bei Nervenkrankh. Kopfschmerz, Schlaflosigkeit von besterprobter Wirkung, zugl. Blutumlauf regelnd u. Arterien-Verkalk. vorbeugend.

Probe (1 Woche) 2.50 Mk., **Mon.-Menge** 10 Mk.

Ausserdem besterprobt: Lehrer Obst's Asthma-, Blasen-, Blutreinig.-, Bleichsuchts-, Darm-, Fieber-, Frauen-, Herz-, Hals-, Hämorrh.-, Lungen-, Leber-, Magen-, Nieren-, Rheumat.-, Wassersuchts-Tee u. a. m. Genauere Angab. erfordert **R. Obst**, Lehrer, Breslau, Herrmannsdorf Nr. 108.

Ohne Verschub!
Lospreis Mk. 1.20

Säuglings-Fürsorge Geld-Lotterie

Ziehung **8. Novemb. 19**

60000

Mk. Bar-Geldgew. Hptt. Mk.

20000

Lose à M. 1.20, 11 Lose M. 12.20
Porto u. Liste 40 Pfg. extra
bei der Generalagentur:
Heinrich & Hugo Marx, München, Maffeistr. 4/I.

und allen Los-Verkaufsstellen.

Musiklehrer

für Violin- und Klavierunterricht

in größerer Knabenerziehungsanstalt Süddbayerns (m. Gymnasium) zum sofortigen Eintritt gesucht. Angebote unter D. R. 19828 an die Geschäftsstelle der Allgem. Rundschau, München.

Suche für m. Schwägerin, intellig., auf allen Gebieten des Haushalts äußerst erfahrene kath. Dame, Mitte 30er, mit heiterem Temper., viel Gemüt u. sympath. Erscheinung, aus g Familie, (Diaspora) ca. ℳ 20000 Vermögen, die Bekanntschaft eines geb. kath. Herrn m. vornehmer Denkungsart und in gesicherter Lebensstellung zwecks

späterer Heirat.

Witwer mit kl. Kind nicht ausgeschlossen. Diskr. zugesichert u. verlangt.

Frdl. Offerte unter B G 19827 an die Geschäftsstelle der Allgem. Rundschau, München, erbeten.

Tonschöne Harmoniums

mit u. ohne eingeb. Spielapp. (Harmonista o. Liebmanista) sowie klangvoll. **Violinen, Zithern, Lauten, Mandolinen** u. Gitarren liefere ich in guter Qualität so preiswert wie mögl. Ausführl. Offerte bereitwilligst.

Friedrich Bongardt, Barmen.

Mess- und Kommunion-Hostien

empfiehlt genau den kirchlichen Vorschriften entsprechend und in vorzüglichster haltbarer Qualität. Kunstvolle Prägungen, auch die Kommunionhostien haben eig. Prägungen. Muster und Prospekte gratis u. franko.

Franz Hoch Kgl. Bayer. Hoflieferant
Hostienbäckerei
Bischöfl. genehmigt u. beeidigt. Pfarramtlich überwacht.

Miltenberg am Main
(Bayern) Diözese Würzburg

Es ist Vorsorge getroffen, dass in der Hostienbäckerei Franz Hoch in Miltenberg nur reinstes Weizenmehl zur Bereitung der Hostien verwendet wird.

Miltenberg, 27. Nov. 1914.

Bischöfl. Dekanat und Stadtpfarramt.
E. Roth, Geistl. Rat.
Dekanats- u. Pfarrsiegel.

Gesuche

von Erzieherinnen, Hausdamen, Gesellschafterinnen usw.

sind in der „Allgemeinen Rundschau" stets sehr erfolgreich. Ebenfalls haben beste Wirkung alle anderen Arten von kleinen Anzeigen wie noch sonstige Stellengesuche und -Angebote, An- und Verkäufe usw. Auch wer brieflichen Verkehr, Gedankenaustausch usw. wünscht, kann auf zahlreiche Offerten rechnen. Dann sollten die verehrl. Leser in der Rundschau auch sämtliche Familiennachrichten, die sonst in der Regel nur der Tageszeitung zugewiesen werden, erscheinen lassen, zwecks weitester Verbreitung in den gebildeten katholischen Kreisen.

Für die Redaktion verantwortlich: i. V. Dr. Jos. Kausen, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gb.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich M 4.50.

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur. ✱ Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 43. München, 25. Oktober 1919. XVI. Jahrgang.

Was Wilhelm Emmanuel von Ketteler heute sagen würde.

Von P. Laur. Hanser, O.S.B.

Das Deutschland Bismarcks liegt in Trümmern. Ueber dem Ruin des Gebäudes erbleicht naturgemäß der Ruhmesglanz des Baumeisters. Umso bewundernswerter ist der politische Scharfblick jenes Mannes, der schon bei der Grundsteinlegung erkannte, daß der Bau schief geraten würde und mit dem geschärften Ahnungsvermögen eines echten Sprossen der Roten Erde voraussah, was wir nach fünf Jahrzehnten mit Staunen und Entsetzen erleben mußten. **Wilhelm Emmanuel von Ketteler**, unter den deutschen Kirchenfürsten des letzten Jahrhunderts wohl der größte, war nicht bloß Hoherpriester, sondern auch Prophet, und die tiefschürfenden Erörterungen, mit denen der unbezwingliche Kämpe für Wahrheit und Gerechtigkeit im Frühjahr 1867 den Aufstieg Preußens[1]), im Februar 1871 aber die Gründung des Reiches[2]) begleitete, enthalten soviel Zeitgemäßes gerade für unsere Tage, daß wir im Folgenden wenigstens die hervorragendsten Gedankengänge skizzieren möchten.

1. Borussianismus.

Ketteler war kein Preußenfeind. „Je mehr wir aber gern und freudig bereit sind, das Tüchtige im preußischen Staatswesen und in seiner Militärverfassung überall vollkommen anzuerkennen, desto mehr schmerzt es uns, wenn wir demselben Elemente ganz anderer Art beigemischt sehen" (S. 67). Eines derselben bezeichnet er mit dem Fremdwort „Borussianismus" und bestimmt es näher als „eine fixe Idee über den Beruf Preußens, eine unklare Vorstellung einer Preußen gestellten Weltaufgabe, verbunden mit der Ueberzeugung, daß dieser Beruf und diese Aufgabe eine absolut notwendige sei, die sich mit derselben Notwendigkeit erfüllen müsse, wie der losgelöste Fels herabrollt, und daß es daher unstatthaft sei, diesem Weltberufe sich im Namen des Rechtes oder der Geschichte entgegenzustellen" (S. 63). Den Verfechtern dieser Anschauung stehe der vermeintliche Beruf Preußens höher als alle Rechte und alles, was sich ihm entgegenstelle, sei deshalb Unrecht. Daß selbst die Konservativen sich durch die Lorbeeren des Jahres 1866 blenden ließen, bedauert Ketteler aufs tiefste. „Diese Partei hat leider bei Königgrätz eine nicht minder große Niederlage erlitten, wie Oesterreich; sie hat dem Erfolge gehuldigt, vor den vollendeten Tatsachen und der Macht ihr Knie gebeugt und fast ausnahmslos jene Grundsätze verleugnet, die sie seit so vielen Jahren vertreten hat. Das ist eine schwere sittliche Niederlage, denn eine Partei, die christlich sein will, muß vor allem der Macht gegenüber den Mut der Wahrheit haben" (S. 86). Dann wünscht er der konservativen Partei, „daß nie eine Zeit kommen möge, wo die Revolution in der Lage sein wird, ihr diesen Abfall öffentlich mit jenem Hohne und jener schneidenden Logik nachzuweisen, wozu sie die Energie und den Geist in sich trägt." Der unentwegte Kämpfer für Wahrheit und Gerechtigkeit ließ sich auch durch den Riesenerfolg des Preußentums 1870/71 nicht in seinem Urteil beeinflussen. Wenige Wochen nach der Kaiserproklamation schreibt er: „Die Wege, auf welchen das Deutsche Reich entstanden ist, kann ich mit Ausnahme dessen, was seit der französischen Kriegserklärung geschehen, nicht billigen. Das wäre ein Aufgeben der Grundsätze der Gerechtigkeit, eine der Nützlichkeitstheorie dargebrachte Huldigung. Der Zweck rechtfertigt nie unrechtliche Mittel, weder im öffentlichen Leben, noch im Privatleben. Der König von Preußen hat mit voller Wahrheit der Deputation des Herrenhauses in Versailles geantwortet, daß man nie vergessen dürfe, daß das jetzt erreichte Resultat das Fazit der ganzen preußischen Geschichte sei. Weil das wahr und weil also nicht allein der letzte Krieg der Grund desselben ist, deswegen können wir nicht alle diese Wege billigen." (S. 141.) Bismarcks Annexionspolitik, eine notwendige Folgerung aus den Grundprinzipien des Großpreußentums, nach 1870/71 von den Alldeutschen in steigendem Maße auch dem Ausland gegenüber vertreten, war in Kettelers Augen eine Gefahr für den Frieden Europas überhaupt und auch für Preußens Existenz insbesondere, eine Art Kriegserklärung an alles, was sich diesem eingebildeten Berufe Preußens und Deutschlands entgegenstellt. „Solchen Theorien gegenüber ist kein Recht und kein Staat mehr gesichert. Warum soll dieser naturnotwendige Gedanke (der Annexion) am Main stehen bleiben, warum an der Donau usf.? Diese Anschauungen sind aber auch überaus gefährlich für Preußen. Wenngleich das Bemühen, einen beliebigen doktrinären Parteigedanken als die geschichtliche Notwendigkeit eines Landes mit dem absoluten Rechte der Angliederung hinzustellen und dadurch jede Rechtsverletzung zu sanktionieren, in dieser Art noch nicht dagewesen ist,[3]) so finden sich doch Anklänge dazu in anderen Ländern reichlich vor. Nicht Preußen allein mit seiner Geschichte ist in der Welt; es gibt auch noch andere Völker mit Selbstbewußtsein und **älterer** Geschichte. Wer will es ihnen wehren, daß auch sie unter anderem Namen eine gleiche Theorie ausbilden? Jeder falsche Grundsatz, den man zu seinem Vorteil ausbeutet, wird unfehlbar sich später gegen den wenden, der ihm huldigt. Nur die äußerste Verblendung kann es verkennen, wie gefährlich solche Theorien für Preußen selbst bei veränderten Verhältnissen werden können. Es ist eine wahre Torheit, zu glauben, daß vor einem solchen doktrinären Hirngespinst von Weltberuf die ganze Welt stehen bleiben und sich willenlos angliedern lassen werde. Je aufrichtiger wir das Beste Preußens wollen, desto mehr können wir in solchen Richtungen nur die Wege zum Verderben erkennen" (S. 66).

2. Partikularismus.

Als ein Meister in der geistigen Chemie der Ideenforschung zerlegt Ketteler den Begriff des sogenannten Partikularismus in seine Elemente. Zur ersten Gruppe rechnet er als schlechthin berechtigt, was mit dem Wesen und der Entwicklung des deutschen Volkes innig zusammenhängt — zur zweiten, was im Grunde wohl berechtigt ist, aber nicht in den Folgerungen — zur dritten was aus Zuneigungen und Abneigungen hervorgeht — zur vierten endlich, was ganz unberechtigt ist.

Schlechthin berechtigt am Partikularismus ist nach Ketteler vor allem „das Band der Treue und Liebe, welches die alten deutschen Volksstämme mit ihren alten Fürstenhäusern verbindet" (S. 146). Doch sei dieses Band schon wesentlich gelockert und vielfach vernichtet worden durch die willkürlichen Territorialveränderungen der napoleonischen Zeit, denn ein durch Religion, Geschichte und vielhundertjährige Wechselwirkungen geknüpftes sittliches Band der Liebe und Treue zwischen Fürst und Volk lasse sich nicht durch willkürliche Veränderungen der Landes-

---

[1]) „Deutschland nach dem Kriege von 1866."

[2]) „Die Katholiken und das neue Deutsche Reich." — Wir zitieren beide Schriften nach Band II der vorzüglichen Sammelausgabe von Johann Mumbauer: „Wilhelm Emmanuel von Kettelers Schriften", Kempten 1911.

[3]) Man denke z. B. an die Ueberspanntheiten des Deutschfanatikers Heinrich v. Treitschke.

grenzen bald auf dieses, bald auf jenes Fürstengeschlecht gleichsam auf Kommando übertragen. In letzter Hinsicht sind aber dynastische Interessen überhaupt nicht ausschlaggebend, sondern das Wohl des gesamten deutschen Volkes. „Viele haben sich daran gewöhnt, bei ähnlichen Fragen die Rücksicht auf das Fürstenhaus, dem sie in Liebe und Treue anhängen, an die Spitze zu stellen und nach diesem Maßstabe dann alles zu messen. Das ist aber ein Urteil, welches zwar aus den edelsten Gefühlen des deutschen Herzens entspringt, dennoch aber zu einem höchst einseitigen Resultate führt und jede Verständigung unmöglich macht. Neben dem Rechte der Habsburger, der Hohenzollern, der Wittelsbacher usw. hat auch das gesamte deutsche Volk ein Recht bei der Gestaltung des Deutschen Reiches, und auf Grund dieses Rechtes müssen wir uns vereinigen" (S. 145). — Berechtigt ist ferner am Partikularismus die Liebe des deutschen Volkes zu seiner engeren Heimat, zum Volksstamme, dem jeder angehört; sie ist auch „die natürliche Grundlage für die Liebe zum gemeinsamen deutschen Vaterlande. Wo erstere fehlt, hat auch der deutsche Patriotismus keinen festen Grund und keine tiefen Wurzeln" (S. 147). Aber auch diese Heimatliebe ist durch rücksichtslose Gebietszerreißungen in der Säkularisationszeit vielfach geschädigt worden. — „Berechtigt am Partikularismus, und zwar im höchsten Grade, ist endlich die Liebe zu den alten Rechtsgewohnheiten und Eigentümlichkeiten der verschiedenen deutschen Länder. Berechtigt ist das damit innig verbundene Verlangen nach freier Selbstverwaltung der eigenen Angelegenheiten. Berechtigt ist der tiefe Widerwille des deutschen Volkes gegen eine allgemeine Zentralisation. Nichts ist deutscher, als alle diese im Partikularismus bewußt oder unbewußt zur Geltung kommenden Ansichten und Gefühle. Der Versuch, mit allen alten Gewohnheiten und Rechtsgebräuchen, mit aller Selbständigkeit der einzelnen Länder gewissermaßen tabula rasa zu machen und von dem Reichszentrum aus alles in Bewegung zu setzen, verletzt und empört das deutsche Wesen in seiner innersten und berechtigten Natur" (S. 147).

Unberechtigt am Partikularismus erscheint dagegen Ketteler alles, was einer starken, lebenskräftigen Reichsgewalt entgegensteht, darunter auch die volle und unbeschränkte Souveränität der deutschen Einzelstaaten; mochte sie ihnen nach dem formell geltenden Rechte (vor 1871) immerhin zustehen, so galt sie ihm doch stets als eine schwere materielle Verletzung des unveräußerlichen geschichtlichen Rechtes des deutschen Volkes auf Einigung zu einem Reiche. Beides erschien ihm gleich unberechtigt, eine zentralistische Reichsgewalt im Sinne des Einheitsstaates und eine Souveränität der Einzelstaaten auf Kosten der Reichsgewalt. Bei Festlegung des gegenseitigen Verhältnisses wollte er das ihm schon wegen seines französischen Ursprungs verdächtige Wort „Souveränität" ersetzt wissen durch die Ausdrücke „Reichshoheit" und „Landeshoheit".

3. „Von Gottes Gnaden."

„Ich gestehe, daß ich das Königtum von Gottes Gnaden, wie es seit der Reformation von vielen katholischen und nichtkatholischen Fürsten und ihren Dienern verstanden wurde, für einen verderblichen Götzendienst halte, während ich es in seinem wahren Sinne als eine siegreiche Wahrheit, in Vernunft und Christentum tief begründet, als die allein ausreichende Grundlage jeder weltlichen Herrschaft ehre" (S. 7). „Von Gottes Gnaden" hat erstens nicht den Sinn, als ob die Staatsgewalt von Gott einer bestimmten Person unmittelbar übertragen werden müßte. Gar mancher Usurpator hat sich mit Unrecht und Gewalt des Thrones bemächtigt, durch Gottes Zulassung, dessen Nachkommen unbestritten sich „von Gottes Gnaden" nennen durften. „Aehnlich wie das Eigentum von Gott ist, obwohl nicht immer die Erwerbung desselben seinem Willen entspricht[4], so ist auch das Bestehen einer Gewalt im Staate von Gott, wenn sie auch vielfach ursprünglich unrechtmäßig erworben ist." — „Von Gottes Gnaden" heißt zweitens nicht, daß alle Handlungen der obrigkeitlichen Gewalt gleichsam von Gott kommen und als solche angesehen und geehrt werden müssen. Gleich der von Gott stammenden elterlichen Gewalt wird auch die obrigkeitliche vielfach mißbraucht. „Die Gewalt ist von Gott, aber nicht die Uebung der Gewalt. Diese ist vielmehr, wie alle Fähigkeiten und Kräfte, die von Gott dem Menschen gegeben sind, seiner Freiheit überlassen." — Drittens endlich bedeutet „von Gottes Gnaden" keinen allgewaltigen, unbeschränkten Absolutismus, sondern im Gegenteil die größte Beschränkung, das Bekenntnis der völligen Abhängigkeit des Gewalthabers vom göttlichen Willen, wie er sich kundgibt in den Geboten, im Sittengesetze, in der allgemeinen Weltordnung, in den Rechten der übrigen Menschen. „Die staatliche Gewalt ist nicht bloßes Menschenwerk, sondern vor allem Gottes Werk, und die in ihr bestehende Gewalt ist nicht eine menschliche Erfindung, sondern eine in ihrem Wesen von dem menschlichen Willen vollständig unabhängige, göttliche Einrichtung." In diesem Sinne heißt es im Römerbrief: „Es gibt keine Gewalt, außer von Gott, und die, welche besteht, ist von Gott angeordnet" (13, 1). In diesem Sinne sind aber nicht nur die Könige und Fürsten „von Gottes Gnaden", sondern alle Bestandteile der göttlichen Weltordnung. „Alle rechtmäßige Gewalt und jedes wahre Recht ist ebenso von Gottes Gnaden, wie das Recht der Fürsten und Könige."

[4] z. B. Wucher, Bestechung u. dgl.

4. Unterrichtsfreiheit und Einheitsschule.

War Ketteler auf allen Gebieten der entschiedenste Gegner des Staatsabsolutismus, so wandte er sich doch mit besonderer Energie gegen ein staatliches Unterrichtsmonopol in der richtigen Ueberzeugung, daß nichts weniger einen unberechtigten Zwang ertrage, als der Geist des Menschen. Kannte er auch noch nicht das Schlagwort „Einheitsschule", so ahnte er doch bereits die damit zum Ausdruck gebrachten Bestrebungen und gab daher wenig auf die fast in allen Verfassungen garantierte Unterrichtsfreiheit. „In Wirklichkeit befinden wir uns vielmehr auf dem breiten Wege zu einem Unterrichtssysteme, welches für den Geist des Volkes dieselbe Dressur st[illegible]uieren würde, wie das Militärsystem für den Körper. Ein Staatsmonopol des Unterrichts ist aber unter allen Tyranneien, die Menschen über Menschen geübt haben, die verwerflichste." (S. 158). Anderseits war Ketteler weit davon entfernt, dem Staate jeglichen gesetzlichen Einfluß auf die Schule abzusprechen. Sein Ideal ist „nicht eine absolute, unbegrenzte Lehr- und Lernfreiheit, sondern eine geordnete, d. h. eine solche, bei welcher die Rechte der staatlichen Autorität und die Freiheit gleichmäßig gewahrt sind." Vor allem gesteht er dem Staate zu das Aufsichtsrecht über alle Schulen, jene der Religionsgesellschaften nicht ausgenommen. „Der (paritätische) Staat, welcher allen anerkannten Konfessionen rechtlich gleich gegenübersteht, kann auf das Recht nicht verzichten, in betreffenden Fällen sich davon zu überzeugen, ob in der Schule keine staatsgefährlichen Tendenzen verfolgt werden. Daß bei Uebung dieses Rechtes alle Rücksichten gewahrt werden müssen, welche der Staat den großen christlichen Konfessionen und der Religion schuldet, versteht sich von selbst" (S. 160). Beansprucht der Staat aber ein ausschließliches Oberaufsichtsrecht, will er auch bezüglich des sittlich-religiösen Zustandes der Schule jedes wirksame Mitaufsichtsrecht der anerkannten christlichen Konfessionen ausschließen, so „überschreitet er die Schranken, welche ihm seine begründeten Interessen ziehen und betritt den Boden des Unterrichtsmonopols". Die Eltern haben aber ein Recht, sich davon zu überzeugen, daß die sittlich-religiösen Interessen nach ihrer konfessionellen Auffassung hinreichend gewahrt sind, um ihre Kinder mit ruhigem Gewissen der betreffenden Schule anvertrauen zu können. Das geschieht am zweckmäßigsten durch das Mitaufsichtsrecht der Kirche, welches Ketteler darum treffend als ein wahres Mitaufsichtsrecht des Volkes bezeichnet. Dagegen haben die Eltern nicht das Recht, ihre Kinder als Analphabeten aufwachsen zu lassen. Sie schulden ihnen nicht nur eine gewisse Pflege des Leibes, sondern auch „eine gewisse, ihren Verhältnissen entsprechende Pflege des Geistes, und wenn sie als die nächsten Stellvertreter Gottes das Minimum geistiger und leiblicher Pflege ihren Kindern nicht gewähren, so muß die geistliche und weltliche Obrigkeit, in welch letzterer wir auch Gottes Stellvertreterin ehren, in der rechten Weise sich des Kindes annehmen." „Dagegen ist es harter Absolutismus, eine wahre Geistes- und Seelenknechtung, wenn der Staat dieses, ich möchte sagen, subsidiäre Recht mißbraucht. Es geht seiner Natur nach nie über das Recht hinaus, eine gewisse unterste Bildungsstufe von allen Kindern zu fordern, und es darf immer nur unter voller Berücksichtigung der Rechte und Pflichten der Eltern, namentlich auch bezüglich der religiösen Erziehung der Kinder geübt werden. Es schließt daher nicht das Recht ein, die Schule zu beherrschen, ihr eine gewisse Parteitendenz zu geben und sie zu benutzen, um die Parteianschauung der herrschenden Richtung den Kindern einzupflanzen. Das ist der Plan des modernen Liberalismus, das ist auch das Ziel der konfessionslosen Schule. Dieses Bestreben vernichtet aber jede Lehr- und Lernfreiheit; sie macht die Schule zum Staatsmonopol; sie will den Geist des Volkes

der Partei dienstbar machen; sie begeht ein wahres Verbrechen an den Eltern und an den Kindern. Auf diesem Wege wird die Schule eine offizielle Korruptionsanstalt des Volkes." (S. 162).

5. Der Grundstein des Völkerrechtes.

„Kein anderes Fundament kann für das Völkerrecht gelegt werden, als welches gelegt ist, Christus Jesus" (S. 130). Mit diesem lapidaren Satze würde Ketteler den Zusammenbruch des modernen Völkerrechtes begründen, welchen wir im Weltkrieg staunend und schaudernd erleben mußten. „Seitdem das Völkerrecht sich von den Grundsätzen des Christentums abgewendet hat, sind wir auf dem offenen Wege zum Völker-Faustrecht" (S. 129). Der verhängnisvolle Grundirrtum in Theorie und Praxis bestand eben darin, daß man für den Verkehr der Völker und Staaten von den Geboten Gottes absehen zu müssen glaubte, als ob hierfür andere Gesetze beständen als die der gewöhnlichen Sittlichkeit und des gewöhnlichen Rechtes, als ob in der Politik erlaubt, ja notwendig sein könnte, was im Privatleben vom Gewissen als unsittlich und verwerflich gebrandmarkt wird, als ob der Zweck die Mittel heilige, sobald er als „naturnotwendig" angenommen ist. Das Naturnotwendige ist ja „nicht nur an sich berechtigt, sondern es sind auch alle Bedingungen und Voraussetzungen seiner Verwirklichung, alle notwendigen Mittel dazu berechtigt. Eine Theorie, eine Doktrin, die ihre beliebigen Hirngespinste für naturwendig hält, muß daher auch alle Mittel für erlaubt halten, die zu ihrem naturnotwendigen Ziele führen" (S. 67). „Die idealste Diplomatie und Politik wäre die Diplomatie und Politik nach den Grundsätzen des Christentums. Eine höhere Klugheit gibt es für den Völkerverkehr nicht, als jene, die das schlichteste Christenkind in seinem einfachen Privatleben befolgt. Man glaubte die hohe Politik zu erheben, als man sie lostrennte von dieser wahren Grundlage des Sittengesetzes, und man hat sie dadurch unaussprechlich erniedrigt. Die hohe Politik ist nach ihren Gesichtspunkten und Motiven nicht mehr hoch, sondern sehr niedrig" (S. 72). Eine natürliche Folge solcher Grundsätze ist die allgemeine Unsicherheit, die ständige Gefährdung des Weltfriedens: „Ein Völkerrecht ohne Gottesrecht ist ein permanenter Kriegszustand oder nur eine Waffenruhe, die dem Kriege aller gegen alle vorausgeht".

6. „Besser, auf den Herrn vertrauen, denn auf die Fürsten." Psalm 117,9.

Der ebenso plötzliche wie gründliche Zusammenbruch des monarchischen Prinzips in den folgenschweren Novembertagen 1918, der den Alltagsmenschen zusammenfahren ließ wie Blitz und Donnerschlag aus wolkenlosem Himmel, würde Ketteler kaum mehr entlockt haben als das resignierte Lächeln des Wissenden und Schauenden. Was kommen mußte, ahnte er schon 1867: „Das Band, das die abgesetzten deutschen Fürsten an ihre betreffenden Länder knüpfte, ist vielfach weit älter als jenes, das die preußischen Könige mit ihrem Lande verbindet. Wenn jenes Band beliebig zerrissen werden durfte, im Interesse eines angeblichen Berufes (Preußens), einer Zweckmäßigkeits- und Nützlichkeitstheorie, wie sehr ist dann zu befürchten, daß eine Zeit kommen wird, wo man ganz auf demselben Boden behauptet, daß auch das Band, das die preußische Monarchie mit ihrem Volke verbindet, einer anderen Zweckmäßigkeits- und Nützlichkeitstheorie weichen müsse" (S. 84).

Wie würde nun Ketteler sich und uns trösten, wenn er als Zeitgenosse all das Unfaßbare miterleben müßte, das die Gegenwart uns bringt? „Mag eine Zulassung Gottes noch so schmerzlich sein, sie ist in seiner Absicht heilsam und sie wird für uns umso heilsamer werden, je mehr wir die Absicht Gottes in dieser Zulassung erkennen und benützen. Das gilt auch von den letzten Zeitereignissen (1866), das wird gelten von den kommenden. Mit dieser freudigen Zuversicht sollen wir Christen allen Neugestaltungen in der Welt mutig entgegengehen; dadurch werden wir vor jenem Pessimismus bewahrt, vor jener traurigen und jede gute Tatkraft lähmenden Weltanschauung, die immer glaubt, es sei mit der Welt zu Ende, wenn Gott sie nicht nach unseren kurzsichtigen menschlichen Ansichten leitet. Die größten Weltereignisse, welche für die Entwicklung des ganzen Menschengeschlechtes die segensreichsten Folgen hatten, erschienen oft den Zeitgenossen, selbst den besten unter ihnen, als trostlos und verderbenbringend. Das müssen wir stets vor Augen haben, daß Gottes Vorsehung die Welt leitet, und daß seine Gedanken hoch über unseren Gedanken liegen" (S. 54).

Weltrundschau.

Von Fritz Nienkemper, Berlin.

Der dunkle Osten.

Der Todeskampf von Sowjet-Rußland und die Geburtswehen der Randstaaten ziehen sich unheimlich in die Länge. Dieses Stück Osten liegt uns sehr nahe, aber wir werden über die dortigen Vorgänge so schlecht unterrichtet, als ob es sich um Mexiko oder Patagonien handle. Bald wird gemeldet, daß Petersburg von den Truppen des Generals Judenitsch genommen sei; bald wieder wird berichtet, daß die Bolschewisten sich noch in Petersburg oder doch wenigstens in Gatschina behaupteten. Ebenso unsicher und unklar sind die Nachrichten von den Kampfplätzen bei Riga und von der Düna auswärts. Allem Anschein nach haben die Engländer mit ihren Schiffsgeschützen in die Kämpfe eingegriffen sowohl bei Kronstadt wie bei Riga. Die englischen Telegramme bezeichnen die Truppen des Generals Bermondt als „deutsch", obschon längst bekannt ist, daß Bermondt westrussische Politik treibt und die abgefallenen deutschen Truppen nur als Russen betrachtet, was sie nach ihrem Verrat an Deutschland auch bleiben müssen. Es tröstet uns, daß wenigstens ein beträchtlicher Teil unserer dorthin verschlagenen Truppen auf den Weg der Ehre und Treue zurückgekehrt ist. Sie haben den Rückzug angetreten unter dem neuen Kommandeur v. Eberhardt, aber der Heimweg ist sehr lang und sehr schwierig bei den großen Entfernungen und den verworrenen Verhältnissen.

Wenn die Sowjetwirtschaft nun endlich zusammenbrechen wollte, so könnte die von der Entente befohlene Blockade vielleicht überflüssig werden. Weder Deutschland noch die aufgeforderten Neutralen haben es in dieser bedenklichen Sache eilig. Der angebliche Zweck ist die an sich löbliche Abwehr des Bolschewismus; damit stimmt aber nicht der scharfe Kampf gegen die westrussischen Truppen, die man eigentlich als Kampfgenossen gegen den Bolschewismus begrüßen müßte. Das wirkliche Ziel der treibenden Engländer ist offenbar die Beherrschung des Baltikums und der anliegenden Ostsee, soweit letztere zu „kontrollieren" ist.

Deutschland ist vorläufig mit der „kleinen" Blockade in der Ostsee, dem Verbot jedes Schiffsverkehrs, heimgesucht worden, was für den Handel und Wandel an der dortigen Wasserkante und bis in das Inland hinein sehr störend ist. Halbamtlich wird von London aus versichert, es sei keine „Hungerblockade" verhängt oder beabsichtigt, sondern nur eine Revision der schwebenden Einfuhrgeschäfte. Dahinter steckt doch die Zwangsmaßregel der Abschnürung Deutschlands vom Lebensmittel- und Rohstoffmarkt und zwar unter dem falschen Vorwande, daß Deutschland an dem Verbleiben seiner aufsässigen Truppen in Westrußland schuld sei. Unsere Regierung hat auf die bezügliche Note geantwortet mit einer sachlichen Richtigstellung und mit der Begrüßung der alliierten Prüfungskommission. Möge die letztere der Wahrheit endlich zum Durchbruch verhelfen.

Etwas hoffnungsvoll (oder gar hoffnungsselig) klingt die Berliner Meldung, daß die Verhandlungen mit den Polen einen günstigen Fortgang nähmen und auch für den Schutz der deutschen Minderheit in persönlicher und vermögensrechtlicher Hinsicht Gewähr erzielt würde. Daran wird die Mahnung geknüpft, daß die Deutschen nicht voreilig aus den verlorenen Gebieten flüchten sollen, damit nicht die zurückbleibenden Volksgenossen zu sehr verschwinden.

Der Wirrwarr im Osten ist bezeichnend für die Staatskunst der Sieger, die in der Fülle ihrer Macht der Welt Ordnung und ewigen Frieden geben wollten und tatsächlich die Zwietracht und Not verlängert haben.

Die Streikwoche in Berlin.

Eine Weile sah es so aus, als ob Berlin die heimgekehrte Volksvertretung mit einem Stillstand des ganzen gewerblichen Lebens und des Verkehrswesens „begrüßen" wollte. Die Ruhestörer gedachten vor dem ersten Jahrestage der Revolution noch etwas zu leisten. Die Einleitung war ein Streik der Metallarbeiter, zu dem eigentlich kein anderer „Grund" vorlag, als die erlogene Behauptung, die Unternehmer wollten den Lohn drücken. Die tückische Taktik ging dahin, gerade diejenigen Teile des Betriebes zum Stillstand zu bringen, die für das Gros der Arbeiter die unentbehrlichen Vorarbeiten liefern müssen, sodaß aus dem Streik einer Minderheit die Lohnbewegung des ganzen Werkes folgt. Als bei der Festigkeit der Arbeitgeber sich die Sache in die Länge zog, putschte man die Maschinisten und Heizer zu einem

„Sympathiestreik“ auf, wodurch die Licht-, Kraft- und Wasserwerke bedroht wurden. Um die Volksnot noch zu erweitern und zu verschärfen, trieb man auch noch 15000 Bürohilfskräfte der Stadtverwaltung in den Ausstand, so daß die Zuteilung von Lebensmittelkarten, sonstigen dringenden Ausweisungen, Unterstützungsgeldern usw. gefährdet war. Mit raffinierter Ueberlegung und unbarmherzigem Vorsatz wurde auf eine Häufung des Elends hingearbeitet. Zu schlechterletzt wurde noch der Versuch gemacht, die Straßenbahner abermals in den Streik zu treiben, obschon die mit ihrer wirtschaftlichen Lage durchaus zufrieden waren.

Allzuscharf macht schartig. Die Straßenbahner ließen sich nicht überrumpeln; die anderen Streikkolonnen verloren ihre Kampflust angesichts der Festigkeit der Arbeitgeber, des Widerwillens der Bevölkerung und der Energie der Regierung. Noske benutzte den noch bestehenden Belagerungszustand, um die Streikagitation in den lebenswichtigen Betrieben (Elektrizität, Gas, Wasser) bei Gefängnisstrafe und sofortiger Verhaftung zu verbieten, und durch die rechtzeitig geschaffene „Technische Nothilfe“ geeigneter Freiwilligen konnte der Fortgang dieser Betriebe für alle Fälle gesichert werden. So brach der Streik der Bürogehilfen sowie der Maschinisten und Heizer zusammen, und die Metallarbeiter mußten sich zu neuen Verhandlungen verstehen, die bald in versöhnlichen Fluß kamen.

So ist Berlin noch einmal vor dem geplanten wirtschaftlichen Zusammenbruch bewahrt geblieben. Zugleich auch das Reich vor dem politischen Umsturz, der das klar erkennbare Ziel der Streikhetzer bildet. Vorläufig — muß man vorsichtshalber sagen. Denn die revolutionären Umtriebe werden fortgesetzt. Schon jetzt bereitet man eine neue Hetze vor, indem der Erlaß Noskes und die Technische Nothilfe als Formel gegen die Streikfreiheit und fürchterliche Vergewaltigung der Arbeiterklasse in ihrem Wehrkampfe gegen den Kapitalismus ausgeschrieen werden. Ein bedenkliches Zeichen ist, daß auch die Gewerkschafts-Kommissionen, die bisher das besonnene und mäßigende Element bildeten, mehr und mehr von den Unabhängigen beherrscht und mißbraucht werden. In Berlin kündigte die Gewerkschafts-Kommission einen Kampf auf's äußerste an gegen den Schutzerlaß und die Nothilfe. In Stuttgart hat sich der Verbandstag der deutschen Metallarbeiter für den revolutionären Klassenkampf und das Rätesystem so einfangen lassen, daß der Arbeitsminister Schlicke die Vorstandschaft, die er 28 Jahre lang mit anerkanntem Erfolge geführt, unter bitteren Klagen und Warnungen niederlegen mußte.

Die Minister haben uns neuerdings versichert, daß die Arbeitslust im Steigen sei. Leider steht aber der Terror der Streik- und Putschhetzer immer noch in Blüte. Nach jeder einzelnen Niederlage fangen sie unverdrossen wieder an einer andern Stelle an, und sie finden immer wieder verblendete oder feige Mitläufer, wenn auch die Ungerechtigkeit, der Treubruch, die Verlogenheit und die Grausamkeit des Unternehmens klar auf der Hand liegen.

Die Mehrheitssozialisten zeigen auch Neigung, den ersten Jahrestag der Revolution „festlich“ zu begehen, obschon die traurigen Zustände mehr nach Asche und Bußsack schreien. Die ganze Herrlichkeit dieser numerisch stärksten Fraktion beruht nicht mehr in der inneren Kraft der Partei, sondern in der Tatkraft Noskes, gegen den mit gutem Grunde die radikalen Redner in der Nationalversammlung ihre unübertrefflichen Schmähreden richten.

Der neue Minister und der Kampf gegen den Schmutz.

Der bisherige Oberbürgermeister Koch hat das Reichsministerium des Innern übernommen als Vertreter der wieder versöhnten demokratischen Partei. Seine Antrittsrede war sehr umfangreich und geschickt. Wenn er alles hält, was er verheißt, wird er das größte Lob verdienen.

Vor allem möchten wir wünschen, daß er in dem versprochenen Kampfe gegen den Schmutz sich bewähren möge wie ein Herkules im Augiasstall. Zunächst will er die Kinozensur wieder einführen. Dann soll zur positiven Hebung des versumpften Lichtspielwesens den Gemeinden das Monopol auf diesem Gebiete eingeräumt werden. Dann soll eine gesetzliche Bekämpfung der Schmutz- und Schundliteratur vorbereitet werden durch Besprechung mit Männern der Kunst und Literatur. Das wird leider noch viel Zeit verschlingen, und auch die Gemeinden werden nicht sofort und nicht überall die Umwandlung der Kinos in musterhaft kleine Stadttheater durchführen. Aber was sich schnell und wirksam durchführen läßt, ist die Zensur der Films, durch die den großkapitalistischen Filmfabrikanten die Möglichkeit abgeschnitten wird, aus den liederlichen Stücken den größten Gewinn zu ziehen gemäß dem altrömischen Spruche „non olet“. Und Eile tut not; denn die teuflische Verführung der Jugend zum Laster und zur Rohheit frißt weiter wie die schlimmste aller Volksseuchen. Die Versuche zur Selbsthilfe, die hier und da das anständige Publikum gemacht hat, können nicht durchgreifen. Die Partei der anständigen Leute, die ein Redner mit Recht herbeiwünschte, müßte erst noch organisiert und einexerziert werden.

Der Jugendschutz läßt sich nicht durchführen ohne scharfes Eingreifen der Reichsgewalt. Anders geht es mit der Jugendpflege, die nicht von oben reglementiert und zentralisiert werden darf, sondern nur der Anerkennung und Förderung bedarf in den freierwachsenen Organisationen, die sich an den Familiengeist anlehnen und im Heimatsboden wurzeln. Die treffliche Rede der Zentrumsabgeordneten Frau Zettler sei dem Minister zur Beachtung in dieser Frage empfohlen. Er wird lebhaft Unterstützung finden, wenn er energisch vorgeht zur Rettung der Jugend vor sittlicher und körperlicher Entartung. Davon hängt die Lebensfähigkeit der deutschen Nation in noch höherem Maße ab, als von vielen anderen heißumstrittenen Fragen.

Aus der katholischen Welt.

Den erhebenden Katholikentagen in Krefeld, Konstanz, Freiburg, Dresden und Dortmund folgten am 5./6. Oktober der Aachener Katholikentag, welcher einen so starken Besuch aufzuweisen hatte, daß neben den Hauptveranstaltungen in dem großen Konzertsaal zahlreiche Parallelversammlungen abgehalten werden mußten. Möge die Bitte der Aachener Katholiken an die Katholiken der ganzen Welt, sie möchten all ihren Einfluß aufbieten, um die Freiheit des Missionswerkes und die heiligen Rechte des Apostolates Christi zu verteidigen, nicht ungehört verhallen. Gleich gewaltig war der Eindruck des Trierer Katholikentages (11./12 Oktober), welcher mit einem imposanten Festzug und einer Schlußversammlung in dem prachtvollen Dom endigte, an der gegen 15000 Personen teilgenommen haben. Auch der Katholikentag in Karlsruhe (11./12. Okt.), zu dem nahezu 12000 Teilnehmer von nah und fern zusammengeströmt waren, hat einen glänzenden und bedeutungsvollen Verlauf genommen. Besonders bemerkenswert waren die Ausführungen des Rottenburger Weihbischofs Dr. Sproll über unsere Stellung zur Demokratie, sowie die Rede des Pater Sigismund, O. F. M., über „Christentum und Kapitalismus“, welche in den Leitsätzen gipfelte: „Das Christentum bekämpft nicht den erarbeiteten Kapitalbesitz, sondern die Ausartung in der Kapitalswirtschaft, den kapitalistischen Geist, durch den das Geld Herr der Menschen und durch den der Erwerb des Geldes Beruf und Selbstzweck geworden ist. Die christlich-soziale Arbeiterbewegung will nicht Revolution, sondern Reform, nicht Diktatur, sondern Solidarität.“ Auch die Berichte über den von 5000 Katholiken besuchten oberpfälzischen Katholikentag in Amberg (11./12. Okt.) geben Zeugnis von dessen prächtigem Verlauf. Auf Amberg hatte sich das Freidenkertum in letzter Zeit mit besonderem Fanatismus gestürzt. Umso gewaltiger wirkten die vollendete Rede des Prof. Stadlmann in der Männerversammlung über „den Felsengrund in den Erschütterungen der Zeit“ und die packenden, überaus eindrucksvollen Auseinandersetzungen des Prof. Bernberg in der Frauenversammlung mit dem Freidenkertum.

Während diese Zeilen in Druck gehen, findet der Breslauer Katholikentag (19./21. Oktober) statt. Am 25./26. Oktober folgen die Katholikentage in München und Rottweil. Diese elementare katholische Bewegung hat vor den deutschen Grenzen nicht Halt gemacht. Am 23./25. September fand in Utrecht der erste niederländische Katholikentag statt, an dem außer dem Erzbischof von Utrecht und den vier übrigen Bischöfen die vier katholischen Minister der Niederlande und viele anderen hervorragenden Persönlichkeiten teilnahmen.

Die Frage des Fortbestandes der Münchener Nuntiatur scheint nunmehr ihrer Lösung entgegenzugehen. Es waren Bestrebungen auf Verlegung des Sitzes der Apostolischen Nuntiatur nach Berlin im Gange. Da nach der Fassung des Art. 78 der neuen Reichsverfassung die Beziehungen zur Kurie den einzelnen Ländern überlassen bleiben, liegt die Entscheidung bei Bayern. Wie aus einem überaus liebevollen Handschreiben des Hl. Vaters an den bayerischen Episkopat geschlossen werden kann, besteht Aussicht, daß die Münchener Nuntiatur mit ihrer über hundertjährigen Tradition weiter bestehen bleibt. Dies ist umsomehr zu begrüßen, als der Aufgabenkreis von seiten des weitaus größten katholischen deutschen Landes naturgemäß weiter gesteckt werden könnte, als von einer Berliner Stelle.

Kirchenpolitische Aufgaben der deutschen Gesandtschaft beim Hl. Stuhle.

Von Univ.-Professor Dr. N. Hilling in Freiburg i. B.

Im verflossenen Sommer brachten die Zeitungen die Notiz, daß die deutsche Reichsregierung an Stelle der früheren preußischen eine deutsche Gesandtschaft beim Hl. Stuhl errichtet und den bisherigen Sekretär der preußischen Gesandtschaft beim Vatikan, Legationsrat Dr. von Bergen, mit der Leitung dieser Mission beauftragt habe. Namentlich auf seiten der Katholiken wurde diese Nachricht mit Freuden begrüßt, weil man darin ein Zeichen erblickte, daß die Regierung des deutschen Reiches auf ein gutes Einvernehmen mit dem Oberhaupte der katholischen Kirche Wert lege. Jedoch ist mit der Bezeugung einer bloßen konventionellen Höflichkeit die Bedeutung der neuen Gesandtschaft natürlich keineswegs erschöpft. Vielmehr ist mit Sicherheit vorauszusehen, daß die Mitglieder der deutschen Legation, die inzwischen wieder ihren Wohnsitz zu Rom in der Villa Bonaparte aufgeschlagen hat, bald mit dem Hl. Stuhle in wichtige kirchenpolitische Verhandlungen treten werden.

Den ersten Anlaß bieten hierzu die Veränderungen, die die Umgestaltung der kirchenpolitischen Grundsätze im neuen Deutschland an den bestehenden Vereinbarungen zwischen den deutschen Staaten und dem Hl. Stuhle hervorgerufen hat. In Betracht kommen hauptsächlich die Zirkumskriptionsbulle „De salute animarum“ vom 16. Juli 1821 für Preußen, die Zirkumskriptionsbulle „Impensa Romanorum Pontificum“ vom 26. März 1824 für das ehemalige Königreich Hannover, die Zirkumskriptionsbulle „Provida solersque“ vom 16. August 1821 und die Ergänzungsbulle „Ad Dominici Gregis“ vom 11. April 1827 für die Bistümer der oberrheinischen Kirchenprovinz sowie das Konkordat vom 5. Juni 1817 für Bayern. In diesen Konventionen sind namentlich drei Hauptpunkte geregelt, die in Zukunft durch das Inkrafttreten des revolutionären Staatskirchenrechts in Deutschland eine wesentliche Aenderung erfahren und damit zugleich in ihrem ganzen Fortbestande in Frage gestellt worden.

Der erste Punkt betrifft die Besetzung der bischöflichen Stühle im Deutschen Reiche. Auf Grund der vorhin genannten Verträge herrschte bislang in Preußen und der oberrheinischen Kirchenprovinz das Wahlrecht der Domkapitel und ein negatives Einspruchs- oder Streichungsrecht der bezüglichen Landesfürsten, während in Bayern die Krone ein sog. Nominationsrecht für sämtliche acht Landesbistümer besaß. Mit den neuen Verfassungen ist sowohl das ehemalige Vetorecht wie das frühere Nominationsrecht der Landesherren völlig weggefallen. In Bayern dürfte somit ohne weiteres das freie Besetzungsrecht des Apostolischen Stuhles Platz greifen, wie dieses z. B. auch in Frankreich bei der Einführung des Trennungsgesetzes im Jahre 1906 der Fall war. Wie aber gestaltet sich die Rechtslage in den Bistümern Preußens und der oberrheinischen Kirchenprovinz? Es ist möglich, daß Rom das Wahlrecht der Domkapitel fortbestehen läßt. Eine rechtliche Verpflichtung hierzu ist aber nicht vorhanden. Denn mit der wesentlichen Aenderung in der Stellung der deutschen Staaten zur Kirche ist der Inhalt der im Anfange des 19. Jahrhunderts mit der Kurie geschlossenen Verträge hinfällig geworden. Die römische Kurie ist infolgedessen durchaus berechtigt, das den Landesherren damals vertragsmäßig zugesicherte Recht der Bischofswahlen für erloschen zu erklären und das gemeine Recht der Ernennung durch den Papst an seine Stelle zu setzen. Wenn die deutschen Staaten auf Grund ihrer Verfassung auch ihre Interessenlosigkeit an der Besetzung der kirchlichen Aemter erklärt haben, so wird es doch der deutschen Gesandtschaft beim Hl. Stuhle nicht verwehrt sein, bei der Besprechung der ehemaligen Konventionen um Auskunft zu bitten, welcher Besetzungsmodus in Zukunft in Deutschland angewandt werden soll. Da hier seit Jahrhunderten fast ununterbrochen und überall das Wahlrecht der Domkapitel geherrscht hat, würde die historische Tradition für die Beibehaltung dieses Modus sprechen. Man könnte ihn sogar im Interesse der Rechtseinheit auch auf Bayern ausdehnen, in dem er vor dem Konkordate von 1817 in Geltung war.

Mit der Besetzung der Bischofsstühle ist die Verleihung der Kanonikate nahe verwandt. Die erwähnten kirchenpolitischen Vereinbarungen geben den Landesherren bezüglich dieser Stellen teils ein Präsentationsrecht (in Preußen und Bayern), teils ein negatives Vetorecht (in Hannover und der oberrheinischen Kirchenprovinz). Beide Arten der landesherrlichen Mitwirkung sind in Zukunft mit dem herrschenden Staatskirchenrecht unvereinbar. Es bedarf aber einer offiziellen Erklärung Roms, ob die den Bischöfen und den Domkapiteln früher bewilligten Rechte erhalten bleiben sollen, oder ob das hiervon erheblich abweichende Recht des Codex iuris canonici can. 403 zur Anwendung gelangt. Im letzten Falle würde das Wahlrecht des Domkapitels für die Kanonikate vollständig aufhören.

Der dritte Punkt betrifft einen materiellen Gegenstand, d. i. die in den Zirkumskriptionsbullen und dem bayerischen Konkordate vereinbarten Dotationen der bischöflichen Stühle, Kirchen und Anstalten. Da mit der zunehmenden Lockerung der Verbindung von Kirche und Staat die deutschen Regierungen zweifellos das Bestreben bekunden werden, die Leistungen staatlicher Mittel für kirchliche Zwecke mit der Zeit erheblich zu reduzieren oder ganz einzustellen, so ist die Ablösungsfrage der in den Konventionen vereinbarten Leistungen von selbst gegeben. Damit erscheint aber vor den Augen der Vertretungsbehörde des Deutschen Reiches bei dem souveränen Oberhaupte der katholischen Kirche ein neues Problem, das zwar nicht an ideellem Werte, wohl aber an inneren und äußeren Schwierigkeiten den beiden voraufgehenden ebenbürtig ist. In seiner verdienstvollen Schrift „Staat und Kirche. Bürgerlich rechtliche Beziehungen infolge von Säkularisation“ (Freiburg 1919, Herder) hat der badische Oberstiftungsrat Dr. Josef Schmitt bereits auf die Grundsätze, die seitens der Kirche für eine gerechte Ablösung zu fordern sind, hingewiesen.

Außer den drei zusammenhängenden Aufgaben, die sämtlich in denselben Rechtsquellen ihren Grund haben, ist jüngstens noch ein neues kirchenpolitisches Problem bei der Gründung der Universität Köln aufgetaucht. Soll dieser deutschen Hochschule, wie von mancher Seite gewünscht wurde und sowohl die Geschichte wie die Gegenwart der katholischen Rheinlande nahelegt, eine theologische Fakultät angegliedert werden, so kann hierbei die Mitwirkung des Apostolischen Stuhles nicht entbehrt werden. Denn nach den geltenden Normen des Kirchenrechts ist der Diözesanbischof nur für die Gründung von Seminaren, nicht für theologische Fakultäten, die ein Promotionsrecht besitzen, zuständig.

Bei den zurzeit im Deutschen Reiche herrschenden und in den Verfassungsurkunden der einzelnen Staaten niedergelegten kirchenpolitischen Grundsätzen ist es, wie bereits oben angedeutet, selbstverständlich ausgeschlossen, daß die deutsche Gesandtschaft bezüglich sämtlicher vorhin erörterten Punkte neue Verträge mit dem Hl. Stuhle eingeht. Denn mehrere nach dem früheren Staatskirchenrechte gemischte, d. i. der Kirche und dem Staat gemeinsame Angelegenheiten, wie die Bischofswahlen und die Verleihung der Kanonikate, haben jetzt den Charakter von rein kirchlichen Angelegenheiten angenommen und sind damit für den Staat indifferent geworden. Dieser Wechsel in der grundsätzlichen Auffassung hindert jedoch die politische Vertretungsbehörde des Deutschen Reiches keineswegs, dabei mitzuwirken, daß die aus dem alten Rechte hervorgegangenen Probleme vom Hl. Stuhle so gelöst werden, daß sie sowohl der deutschen Rechtsüberlieferung wie den Wünschen der gegenwärtigen Bischöfe und Katholiken des Deutschen Reiches entsprechen.

Dichters letzter Wunsch.

So lang ich denken kann, hab ich gesungen,
Zum Amor erst, wie jeder junge Fant,
Bis mich der Ehe Rosenband umwand —
Dann ist in höherm Ton mein Lied erklungen.

Bald weihevoll, von heil'ger Glut durchdrungen,
Bald schnödes Unrecht geisselnd, zornentbrannt,
Bis um der Helden Stirn mit reger Hand
Den Kranz kunstvoller Jamben ich geschlungen.

Nur Wen'ge lauschten mir — mich grämt es nicht.
Nach Beifall tracht ich kaum und eitlen Dingen,
Den Phrasendreschern lach ich ins Gesicht.

Ich hab nur einen Wunsch: Es möcht gelingen
Ein Kunstwerk mir, ein zündendes Gedicht,
Die arge Welt zu Gott zurückzubringen!

Leo van Heemstede.

Das soziale Problem in England und Deutschland.

Von Dr. Leo Schwering, Köln.

Als der Weltkrieg begann, stand Großbritannien unmittelbar vor einer großen sozialen Revolution; die Parteien standen damals gleichsam bis an die Zähne bewaffnet einander gegenüber. Der Krieg einte die Nation noch einmal und drängte die Probleme zurück, um alle Kräfte für den Kampf gegen Deutschland freizumachen. Die Novemberwahlen von 1918 waren nur für die, welche diese tieferen Zusammenhänge nicht kannten, eine Ueberraschung. Es schien, als habe sich die Nation plötzlich gewandelt und ihre große Geschichte, das klassische Land der Arbeiterbewegung zu sein, vergessen. Erst heute verstehen wir, daß die Novemberwahlen gutenteils ein Ausfluß sonst bei dem britischen Volke seltener Gefühlswallungen waren. Deutschland, das man zu besiegen beinahe verzagt hatte, war plötzlich zusammengebrochen. Selbst der nüchterne britische Wähler gab sich unter dem Eindruck eines hinreißenden und in gewisser Beziehung auch nicht mehr erwarteten Sieges Erwägungen, man möchte sagen fast ausschweifender Art, hin, wie sie sonst nicht seine Sache sind. Die Unionisten triumphierten. Aber das ganze war eine riesige Täuschung. Die soziale Revolution oder Evolution, wie immer man sie nennen will, war nicht zu beseitigen, sie gehörte zum geschichtlichen Entwicklungsprozeß der Nation und meldete sich mit ihren großen Fragen sofort wieder, als der Rausch vorüber war.

Die Entwicklung ist sozial da wieder angelangt, wo sie im August 1914 abgebrochen war, die Gegensätze von damals müssen ausgetragen werden, wenn der Staatskörper Zukunft und Entwicklung haben soll. Tatsächlich liegen die Dinge in Großbritannien denen Deutschlands in vieler Beziehung nahe verwandt. Allerdings hier „Sieg", dort „Niederlage", das sind freilich nicht nur Schattierungen in der Verschiedenartigkeit des Kampfes. Man hat oft das Gefühl, daß die Führer der britischen Arbeiterschaft ihrer Leute nicht mehr ganz sicher seien. Während die Gewerkschaften die „direkte Aktion" anscheinend entweder ablehnen oder ihr doch abwartend und zweifelnd gegenüberstehen, drängen die nichtgewerkschaftlich organisierten Gruppen, die syndikalistischen britischen „Unabhängigen" schärfer darnach. Ihnen schweben russische Vorbilder vor. Wieweit diese radikalen Strömungen tatsächlich herrschend geworden sind, ist aber sehr schwer zu sagen, denn an sich ist der Brite kein Freund von Revolutionen. Aber unverkennbar ist, daß die Arbeiterführer mit diesen Mächten rechnen. Sie lavieren hin und her, um sich für den Losbruch ihrer Kämpfe eine möglichst günstige Position zu schaffen. Dieses Lavieren ist überhaupt kennzeichnend für die ganze britische Arbeiterbewegung, soweit sie sich in gewerkschaftlichen Bahnen bewegt hat. Man will es nicht mit gewissen „bürgerlichen" Schichten verderben, auf die man im Kampfe um die Macht rechnen muß: daher die Zurückhaltung der Führer, daher ihr wiederholter Mahnruf an die „Massen", klug zu sein und sich nicht selbst durch allzugroßen Radikalismus zu diskreditieren. Das hat der Führer John Burns noch vor kurzem einem dänischen Berichterstatter zugegeben. So hoffnungsvoll man auch die Lage betrachtet, man will doch nicht durch ungeeignete Maßregeln eine Atmosphäre schaffen, die gefährlich sein könnte für die von den Arbeitern erstrebten sozialen Forderungen. Auch Burns sieht den Augenblick voraus und er sieht ihn bald kommen, wo es notwendig sein wird, die Macht in die Hand zu nehmen; er hofft, daß sich nicht ein großsprecherischer Kerenski, sondern ein starker Cromwell finden werde, um die soziale Bewegung in die richtigen Wege zu leiten, damit sie nicht zum Wildbad werde. Auch hier wieder die Angst vor der Revolution; Großbritannien, wenigstens das denkende, will, wie man deutlich sieht, keine Revolution. Wird es sie bannen können? Es kommt auf die Verhältnisse an. Sicherlich scheint Lloyd George nicht der Mann, das Große, was kommt, zu schaffen! Er ist ein Jongleur, ein geborener Opportunist, selbst hervorgegangen aus den Schichten, für die er oft so wenig Verständnis zu haben scheint. Er hat zu sehr den Opportunismus der alten Gewerkschaftsführer, aber der ist heute allein nicht mehr anwendbar, weil die Syndikalisten drängen und nicht Worte, sondern Handlungen begehren!

Das soziale Problem Großbritanniens ist damit auch zu dem Kernproblem des ganzen Staates geworden. Dies Land wird in den nächsten zehn Jahren mit der Ordnung seiner inneren Angelegenheiten derart beschäftigt sein, daß es kaum Zeit und Kräfte zu anderem haben wird. Die soziale Frage ist die Frage Englands geworden. Aber ist sie dies nicht auch in anderen Staaten? Sie ist zum Kernproblem aller Kulturvölker geworden. Die Lösung der sozialen Frage ist daher für alle Nationen das erste Erfordernis für die innere Erstarkung und das Volk, das sie zuerst gelöst und das innere Gleichmaß der Volkskräfte untereinander herbeigeführt haben wird, wird seine Zukunft am besten und am schnellsten gesichert haben. Vor der Größe dieser Aufgaben müssen im Augenblick alle anderen Aufgaben verblassen!

Ob Großbritannien dies Führerland sein wird oder Deutschland das ist, so scheint uns die Frage. Das wird davon abhängen, ob die Bewegung der Massen bei uns bald in ein ruhigeres Wasser kommen wird oder nicht. Der große Durchbruch ist bei uns, freilich unter sehr häßlichen Begleiterscheinungen, bereits geschehen, insofern haben wir vor den britischen Arbeitern einen gewissen Vorsprung. Erweisen sich aber die Massen in Deutschland nicht genügend geschult und gehen sie lediglich standesegoistisch vor, so haben wir keine Aussicht, die guten Ansätze, die immerhin auch in der deutschen Revolution lagen, zu verwirklichen. So ist die Entfachung eines neuen Wettstreites zwischen den beiden Ländern, die im großen Weltkriege einander gegenüberstanden, nicht unmöglich. Freilich, es wird ein anderer sein und er wird auf ganz anderem Boden ausgefochten werden. Aber wieviel moderner und ansprechender ist er. Nicht Vernichtung, sondern Aufbau ist die Parole, es kann ein edler Wettstreit werden, wenn beide wollen!

Der Krieg nach dem Kriege auf dem Missionsgebiet.

Von Max Grösser, P. S. M., Limburg a. Lahn.

Es hat eine Zeit gegeben, wo wir Deutsche es mit Geduld und ohne ein Wort der Entgegnung hinnahmen, wenn die alliierten Mächte sich darüber erregten, daß Deutschland durch den Einmarsch in Belgien internationale Verträge verletzt habe. Seitdem haben sich die damaligen Vertreter von Recht und Gerechtigkeit viele Male durch ihre Taten und Unterlassungen auf die gleiche Armsünderbank gedrängt, wenngleich sie die Gloriole des Engels der Gerechtigkeit noch beibehalten möchten. Eines der deutlichsten Verbrechen gegen feierlich beschworene internationale Abmachungen ist die durch nichts begründete und darum auch weit mehr als der deutsche Einmarsch durch Belgien zu verdammende praktisch durchgeführte und theoretisch festgelegte Vertreibung der deutschen Glaubensboten aus ihren Arbeitsfeldern. In der Generalakte der Berliner Konferenz vom 26. Februar 1885 haben die großen Mächte Europas einstimmig sich verpflichtet, in Aequatorialafrika die christliche Mission und ihre Arbeiten zu unterstützen. Nach § 6 verpflichten sich die Mächte, „die dort Souveränitätsrechte oder einen Einfluß ausüben . . ., die Erhaltung der eingeborenen Bevölkerung und die Verbesserung ihrer sittlichen und materiellen Lebenslage zu überwachen . . ., sie werden ohne Unterschied der Nationalität oder des Kultus alle religiösen, wissenschaftlichen und wohltätigen Einrichtungen und Unternehmungen schützen und begünstigen, welche zu jenem Zwecke geschaffen oder organisiert sind, oder dahin zielen, die Eingeborenen zu unterrichten und ihnen die Vorteile der Zivilisation verständlich und wert zu machen. Christliche Missionare, Gelehrte, Forscher sowie ihr Gefolge, ihre Habe und ihre Sammlungen bilden gleichfalls den Gegenstand eines besonderen Schutzes. Gewissensfreiheit und religiöse Duldung werden sowohl den Eingeborenen wie den Landesangehörigen und Fremden ausdrücklich gewährleistet. Die freie und öffentliche Ausübung aller Kulte, das Recht der Erbauung gottesdienstlicher Gebäude und der Einrichtung von Missionen, welcher Art Kultus dieselben angehören mögen, soll keinerlei Beschränkung und Hinderung unterliegen."

Es braucht gewiß keine scharfsinnigen Beweise, um darzutun, daß die Vertreibung der deutschen Missionare aus den in Zentralafrika gelegenen Missionen im schärfsten Gegensatz zu diesen Bestimmungen steht. Und der berühmte Paragraph 438 des Versailler Friedens von 1919 ist auch alles eher als eine Verheißung, daß die ungerechten Tatsachen nunmehr durch neue Maßnahmen rückgängig gemacht werden sollen. Redet der Paragraph doch sogar von den deutschen Missionen in der Vergangenheit, als ob sie gar nicht mehr beständen.

Worauf es uns aber hier ankommt, das ist nicht so sehr der Hinweis darauf, daß die Vertreibung der deutschen Missionare eine Verletzung der Rechte der Kirche und für Mittelafrika auch der international angenommenen Kongoakte ist (übrigens dünkt uns auch ein erneuter Protest gegen das schon bekanntgewordene Unrecht nicht als überflüssig!), sondern eine feierliche Verwahrung dagegen, daß gerade auf dem Gebiete des Missionswesens eine unglaubliche Verschleppungstaktik Platz zu greifen scheint, gerade als ob es hier nicht wichtigste Interessen zu vertreten gelte, die durch Hinausschieben der Entscheidung wesentlich geschädigt werden.

Seit Monaten ist das deutsche Volk und mit ihm ein Großteil neutraler Staaten ungehalten darüber, daß man die deutschen Kriegsgefangenen so lange nicht wieder in Stätten heimischen Glückes und vor dem Kriege geübter Lebensarbeit zurückkehren ließ. In ähnlicher Weise sollte auch das Los der deutschen Glaubensboten das tätige Mitleid der ganzen Menschheit hervorrufen. Auch sie sind ja immer noch ferngehalten von den Stätten ihrer jahrelangen Arbeit, die ihnen ein fremdes Land zur Heimat machte, auch sie fühlen sich in Europa wie in Gefangenschaft und streben zurück nach der neugewonnenen Heimat über dem Meere.[1])

Niemand hätte mehr Veranlassung, den armen Negern Afrikas und Asiens ihre Missionare zurückzugeben, als die Mächte, die durch die Söhne dieser Erdteile den größten Nutzen auf ihren Schlachtfeldern hatten und sie Hekatomben von Blutopfern bringen ließen. Wenn man an dem guten Glauben jener Politiker (es sind leider auch Christen von bedeutender kirchlicher Stellung darunter) keinen Zweifel haben soll, die sich allein für fähige Negererzieher halten, und lediglich deshalb Togo, Kamerun und Deutsch-Ostafrika unter sich verteilen (wie sie sagen), weil sie für das wahre Wohl der armen Schwarzen so besorgt sind, dann sollen sie doch wenigstens darum sich kümmern, daß beispielsweise für die 45 000 Katholiken Kameruns nicht nur acht bis zwölf Missionare freistehen. Wie man weiß, hatte die Regierungszeit der „Hunnen“ über 100 Glaubensboten dort an der Arbeit. Es dürfte diese Versorgung Kameruns mit Missionaren ja keine großen finanziellen Schwierigkeiten machen; denn die armen Missionare wurden bisher noch stets vom christlichen Volk für ihr hohes Amt ausgerüstet. Also nur die Erlaubnis der hohen Herrn wird verlangt.

Die Kolonialexperten (oder die sich als solche ausgeben) in England, Amerika und Frankreich haben es für gut befunden, den Gedanken der Selbstbestimmung auf Afrika anzuwenden. Wir machen ihnen den Vorschlag, nun ihren Grundsatz einmal auch für das Gebiet der religiösen Frage (die für den afrikanischen Neger in weitem Ausmaß auch eine kulturelle und neutrale Lebensfrage ist) gelten zu lassen. Und wir sind überzeugt, daß viele Hunderttausende von Negern, die vielleicht den Vorzug eines englischen und französischen Regierungsbeamten vor einem deutschen Bezirksamtmann nicht einsehen, doch sehr deutlich begreifen, daß ihnen mit der Verbannung von einem halbtausend tüchtiger Glaubensboten, für die kein Ersatz da ist, ein großer Schaden getan ist, den sie sehr gern beseitigt sähen.

Man könnte wirklich bitter werden in seinem Urteil, wenn man die trostlose Lage der deutschen Missionsfelder betrachtet. Man hat vor einigen Monaten gehört, daß der Hl. Stuhl durch seinen Gesandten Erzbischof Ceretti in Paris befriedigende Resultate in bezug auf das Wirken der deutschen Missionare erreicht habe. Seitdem ist alles still geblieben.[2]) Vielleicht hat alle Mühe der päpstlichen Unterhändler nur schöne Worte erreicht, deren Ausführung noch in unbestimmter Ferne liegt. Könnten nicht die Katholiken der „ältesten Tochter der hl. Kirche“ sich aufraffen und ihren katholischen Sinn ein wenig praktisch betätigen? Wenn Frankreich Kamerun zum größten Teile behalten will, dann möge es recht bald sagen, unter welchen Bedingungen es deutsche Glaubensboten dort wirken lassen will. Und wenn französische Missionare wissen, daß die Regierung ihres Landes die vertriebenen und gefangen genommenen Glaubensboten der Feinde von gestern nicht wieder aufnehmen will in diese Gebiete, so sollten sie an der Hand des ihnen zur Verfügung stehenden Personals eine neue Verteilung der Kräfte vorschlagen, die den Bedürfnissen christlicher Neger besser entspricht als der heutige Notzustand. Man hat sehr schnell Mittel und Wege gefunden, längst vor Friedensschluß, ja jahrelang vor dem Waffenstillstand die schwarzen Lehrer der alten deutschen Kolonie mit französischen Sprachkenntnissen zu bereichern. Sollte man für die religiöse Not des Landes nicht auch bald sorgen können?

Schon im Jahre 1918 redete ein französischer Missionar in einem Bericht über die Kameruner Mission (Annales apostoliques 1918, S. 51) von dem Vikariat als von einer französischen Mission und schrieb deutlich, daß er erwarte, daß die Mission durch den Friedensschluß endgültig unter die Fahne Frankreichs gestellt werde. Solchem scheinbaren Missionseifer entspricht das Können und die Aufwandsmöglichkeit der Herren jedenfalls recht wenig. Um so mehr sollte man glauben, daß eine vernünftige Missionsstrategie ihnen ein Austauschprojekt eingäbe, bei dessen Ausführung die Missionsländer auf ihre Rechnung kämen.

Das Christlichere wäre ja gewiß, daß man den Grundsatz der Uebernationalität der Mission anerkennte. Das heute unterlegene Deutschland hat Frankreich und England in den Zeiten seiner Macht jedenfalls bessere Beispiele gegeben. Es hat nicht nur in den 1870 erworbenen Reichslanden die französischen Prälaten belassen, sondern auch später, als in der Zeit hochgehenden französischen Chauvinismus in der Südsee und in Afrika Kolonien begründet wurden, eine weise Achtung vor den Missionen und ihren eigentümlichen Verhältnissen bezeigt. Wir haben bis heute in Deutsch-Ostafrika eine gute Reihe französischer, holländischer und belgischer Missionen gehabt; in Samoa ist sogar die Mehrzahl der Glaubensboten bis heute französisch. Nie ist der Regierung etwas darüber eingefallen, daß in Ostafrika, in Samoa und auf Neupommern selbst französische Bischöfe das Missionswerk leiteten. Die „Germania“ (Nr. 444) sagt sehr gemäßigt, es sei „eine große Entstellung der Wahrheit, wenn französische Blätter wie die „Nouvelles religieuses“ schreiben, daß die Alliierten mit ihren jetzigen Maßnahmen lediglich täten, was Deutschland in seinen Kolonien schon früher getan habe“. Wenn Frankreich etwa in den von Missionen noch nicht besetzten Gebieten die Deutschen ausgeschlossen hätte und nur französische Glaubensboten anstellen würde, so sollte uns das nicht aufregen (diesen Grundsatz haben die Deutschen seinerzeit wenigstens zum Ausgangspunkt entsprechender Wünsche genommen!), aber dafür, daß sie eine bestehende, fremdnationale Mission im Augenblick der politischen Besetzung des Landes ausweisen und enteignen, dafür haben sie in der deutschen Kolonialgeschichte keine Belege und Beispiele, und es bleibt ihnen zugleich mit England die zweifelhafte Ehre, neuartige Wege der Missionspolitik eingeschlagen zu haben.

Was speziell England angeht, so können selbst manche Missionskreise es noch immer nicht glauben, daß seine früher als so nüchtern und großzügig bekannten Regierungsmänner sich mit Frankreich zu solch unerhörten und seiner bisherigen Praxis so sehr widersprechenden Missionsmaßnahmen vereinigt haben könnten. Und doch zeigen Taten und Auslassungen der maßgebenden Männer des britischen Reiches, daß tatsächlich gegen früher ein völliger Wechsel der Auffassungen eingetreten ist. Warum sonst erst im 4. und 5. Kriegsjahre die Vertreibung deutscher Missionare aus Gebieten, die keinerlei Berührung mehr mit dem Kriege und seinen Gesetzen hatten, wie Togo! Warum sonst der Druck auf China, die Glaubensboten deutscher Nation zu vertreiben, wo doch die leitenden Männer des Landes erklärten, daß sie gar kein Interesse daran hätten, die Deutschen zu vertreiben! Es heißt freilich, England wolle die deutschen Glaubensboten nur eine Reihe von Jahren aus ihren bisherigen Missionsfeldern fernhalten. Nun, wir vermögen nicht einzusehen, inwiefern in dieser Beschränkung eine Vergünstigung liegen soll! Damit ist den armen Negervölkern gewiß nicht gedient, da sie ihre sprachkundigen Missionen verlieren und dafür neue Glaubensboten erhalten, die sich jahrelang um Kenntnis des Idioms und der Volkskunde bemühen müssen und ihren Pfleg-

[1]) Wie entschlossen unsere Missionäre sind, am großen Werke der Glaubensverbreitung auch weiterhin mitzuarbeiten, wo und wie und wann es nur immer geht, und wie ernst sie sich für neue Berufsarbeit rüsten wollen, zeigt der so herrlich verlaufene Missionskursus, der in den Tagen vom 7. bis 14. Oktober in Düsseldorf unter Anteilnahme von Mitgliedern fast aller deutschen Missionsgesellschaften, den bedeutensten Vertretern der Missionswissenschaft und den Generalsekretären der deutschen Missionsvereine abgehalten wurde (zirka 90 Teilnehmer). Wer sich so gründlich und ernstlich mit den schwersten Problemen der Weltmission beschäftigt, wie hier unsere deutschen Glaubensboten es getan, der verdient wahrlich, vom Inland unterstützt und vom Ausland wieder zugelassen zu werden. D. Red.

[2]) Nach einer Meldung der „Preßinformation“ aus Rom vom 17. Oktober 1919 sind die Verhandlungen zwischen Japan und dem Vatikan über die Zulassung der deutschen Missionare auf den Karolinen-, Marschall- und Marianeninseln zum Abschluß gelangt. Der Vatikan hat ein internationales Korps von Missionaren vorgeschlagen, an welchem auch deutsche Missionare teilnehmen sollen. Mit der Bestätigung der japanischen Regierung ist nach der genannten Quelle bestimmt zu rechnen. D. Red.

lingen deshalb die verlorene geistliche Mutter nicht ersetzen können. Die Missionen ihrerseits, die in das verlassene Gebiet abgeordnet werden, können mit den paar Jahren, die sie sich in das fremde Gebiet mühsam einarbeiten, für ihre Lebensleistung auch keinen Gewinn buchen, und die vertriebenen deutschen Glaubensboten, mögen sie nun in der Heimat das Ende ihrer erzwungenen befristeten Strafverbannung abwarten, oder in anderen Missionen neue Sprachen lernen und ihre Erfahrungen auf ungewohnte Verhältnisse umstellen, haben vielleicht die bemitleidenswerteste Rolle in dem Trauerspiel, das der englische Imperialismus hier aufführt.

Es kann ja keinem Zweifel unterliegen, daß nur die Angst und Furcht vor dem Einfluß der deutschen Glaubensboten die ungerechten Maßnahmen diktiert hat. England fühlt, wie die Teilnahme der Kolonialvölker an den europäischen Kriegen und der Fortschritt des Gedankens von der Selbstbestimmung der Nationen sein Weltreich in wichtigen Teilen zu erschüttern beginnt; und es fürchtet, daß die Wirksamkeit deutscher Glaubensboten der unbequemen neuen Gedankenrichtung nur Nahrung bieten kann. So ist der englische Kolonialimperialismus die Ursache der ungerechten Maßnahmen auf den Missionsgebieten. Man hat einstweilen keinerlei Grund, an einen schnellen Stimmungswechsel in den verantwortlichen Stellen Englands zu glauben. Auch die günstigsten Worte, die bisher über den Kanal zu uns drangen, scheinen von Protest gegen die Politik der Regierung weit entfernt zu sein. Um von katholischer und protestantischer Seite je ein Beispiel zu bringen, so sagte Kardinal Bourne in einer öffentlichen Rede mit nüchterner Feststellung: „Die Völker, die im Augenblick gegen uns verbündet sind, werden sich in Zukunft wahrscheinlich in sehr ausgedehntem Maße verhindert finden, am Missionswerk auch nur jenen Anteil zu haben, den sie bisher besaßen". Eine Botschaft aber der protestantischen Konferenz britischer Missionsgesellschaften in Norwood in diesem Jahre ist ebenfalls weit davon entfernt, einen irgendwie nach Demokratie schmeckenden kritischen Satz gegen die Missionstaktik ihrer Regierung zu wagen. Sie konstatiert geduldig und ergeben: „Wir werden wohl eine Zeitlang die von den Regierungen aufgelegten Beschränkungen hinnehmen müssen".

Wie wenig Hilfe wir schließlich von italienischer Seite in unserem ungerecht zugefügten Missionsleid erwarten dürfen, dafür ist schon der neuestens offenbar gewordene chauvinistische Mangel an objektiver Kriegsbeurteilung in den Missioni cattoliche bezeichnend. Direkt zum Lachen aber reizt die komische und naive Begeisterung, mit der gleich im ersten Heft der neu begründeten italienischen, missionswissenschaftlichen Zeitschrift („Rivista di Studi Missionari") der edle Geist und die Unparteilichkeit Englands gepriesen wird, „der alle geistigen Eroberungen der Glaubensboten ohne Rücksicht auf ihre nationale Zugehörigkeit begünstigt". Tempi passati, kann man da nur traurig ausrufen!

So bleibt denn tatsächlich einstweilen nichts übrig als zu vergessen der alten, schönen Zeiten, und, anstatt leeren Optimismus zu pflegen und die Initiative der Gegenseite zu erwarten, mit lauter Stimme zu verlangen, daß — eventuell unter Ausschluß der deutschen Glaubensboten von ihren bisherigen Arbeitsfeldern — eine großzügige, sei es provisorische, sei es definitive Neuverteilung der Missionsgebiete an alle missionswilligen Länder, nicht zuletzt an die Nation, die in 44 Jahren 40 Missionshäuser gebaut hat, in die Wege geleitet werde, denn unsere Missionen wollen nicht länger zusehen, wie ihre mit dem Leben von Hunderten von Glaubensboten bezahlten und mit dem Schweiß von anderen Hunderten befruchteten blühenden Missionsfelder in ihrer Verwaisung zu altem Urzustand zurücksinken und sie können es ebensowenig ertragen, daß ihre dennoch glühend missionarische Begeisterung und ihre mühsam erworbenen apostolischen Erfahrungen für unbestimmte Fristen brachliegen.

Wir haben das Vertrauen, daß es Nationen gibt, die die Arbeit deutscher Glaubensboten in ihren Schutzgebieten schätzen und schützen würden. Wir denken an Gebiete dieser Nationen, in denen französische Glaubensboten wirken! Es wäre ein Ausweg aus den augenblicklichen unhaltbaren Zuständen, wenn letztere diese Gebiete räumten, um der großen missionarischen Not in ihren neuen Kolonien (formell sind es ja wohl Schutzgebiete des famosen, noch immer in Geburtswehen liegenden Völkerbundes!) zu steuern. Die deutschen Glaubensboten würden wohl Selbstverleugnung genug besitzen, dafür jene Missionsposten in den Gebieten fremder Nationen zu besetzen, wenn auf diese Weise nur endlich dafür gesorgt würde, daß Deutschlands schöne Missionen nicht länger verwaist blieben.

Deutsche Katholiken, wo sind eure Kinder?

Von P. Desiderius Breitenstein, O. F. M., Paderborn.

Der Grundstein des neuen Deutschland ist gelegt. Die Verfassung ist abgeschlossen. Uns Katholiken hat es harte Kämpfe gekostet. Daß wir trotz der umstürzenden Verhältnisse sowohl auf politischem wie auf kulturellem Gebiete tiefe Spuren unseres öffentlichen Einflusses in der Verfassung hinterlassen konnten, verdanken wir ohne Zweifel auch jenem Umstande, daß der katholische Volksteil sich nicht auf wenige Reichsgegenden beschränkt, sondern in allen Bundesstaaten vertreten ist. Aber was die Kraft, sich im öffentlichen Leben durchzusetzen, sehr herabmindert, ist die Tatsache, daß die Katholiken in den meisten Bundesstaaten nur einen geringen Bruchteil der Gesamtbevölkerung darstellen. Ueber 15% aller Katholiken Deutschlands sind Diasporakatholiken. Diaspora bedeutet: isoliert sein in seiner Weltanschauung, losgerissen sein von einer starken Gemeinde- und vielfach auch Familientradition, bedeutet, herausgehoben sein aus einem frischpulsierenden, anregenden katholischen Leben. Nur ein religiös durch und durch gesundes Leben vermag eine solche Temperatur schadlos zu überstehen. Gesundes religiöses Leben verlangt aber fortwährend religiöse Kräftezufuhr. Daran fehlt es aber in der Diaspora oft in weitem Maße, und darum verkommen und verkümmern jährlich 75000 katholische Seelen. Es ist eine furchtbare Zahl, eine auszehrende Krankheit an dem Lebensmark unseres katholischen Volkes.

Die empfindlichsten Verluste treffen uns bei den Diasporakindern. 40000 Kinder jährlich! Der Verlust von 35000 Erwachsenen ist aber auch zum größeren Teile auf die religiöse Halbbildung vieler Diasporakinder zu setzen. Von den Kindern sind es wiederum die Mischehen- und unehelichen Kinder, die am meisten betroffen werden. Die Eltern kümmern sich nicht darum; die Kinder müßten deshalb in Anstalten untergebracht werden. Das Anstaltswesen in der Diaspora bedarf aber auf katholischer Seite noch bedeutender Erweiterung und Förderung. Kürzlich wurden vom Bonifatiusverein aus die Berliner Anstalten für Kinderrettung besucht. 14 Anstalten, Kinderheime und Waisenhäuser liegen an der Außengrenze der Millionenstadt. Zu 90% werden sie von Kindern lediger katholischer Mütter und gemischter Ehen bevölkert. In Groß-Berlin betrug die Zahl der Lebendgeborenen aus Mischehen 1915 5931; davon wurden katholisch getauft 1851. 1917 waren es 3635; katholisch getauft wurden 1336. Die Zahl der unehelichen Kinder betrug 1915 1882; katholisch getauft wurden 1696. 1917 waren es 1415, die katholische Taufe empfingen 1261.[1])

Die Zahl der unehelichen Kinder ist bedeutend höher als amtlich bekannt gegeben wird. 1914 zählte Berlin selbst 1800 uneheliche Kinder, die Vororte gegen 1200. Augenblicklich berechnet man die Zahl für Groß-Berlin auf 1800—2000 [2])

Die katholischen Anstalten vermögen im Höchstfalle jährlich 250 Kleinkinder aufzunehmen. Man fragt sich sofort: Wo bleiben die anderen Kinder? Ein Teil, besonders von den Mischehenkindern, verbleibt in der Familie, ein geringer Prozentsatz kommt in die Provinz; die große Mehrheit, vor allem der unehelichen Kinder, wird dem städtischen evangelischen Zentralwaisenhause zugeführt.

Nach dem Gesetz müssen die unehelichen und unter bestimmten Voraussetzungen auch die Mischehenkinder katholisch erzogen werden. Aber hier macht sich der große Mangel sehr empfindlich geltend, daß wohl in der Stadt Berlin eine katholische Generalvormundschaft besteht, aber nicht in allen Vororten, daß ferner den Katholiken nicht das Recht zuerkannt ist, die Meldepflicht der in das städtische Waisenhaus eingelieferten Kinder zu fordern. Daher kommt es, daß viele katholische Kinder, besonders uneheliche, keinen katholischen Vormund haben, in evangelische Familienpflege gelangen, ohne daß man auf katholischer Seite weiß, wie groß die Zahl dieser Kinder ist, und wohin die Kinder in Pflege kommen. Die Erziehungsberechtigten haben oft genug gar kein Interesse an der Weiterentwicklung des Kindes. Der Caritasverband hat die katholische Erziehung in manchen Fällen gerichtlich erzwungen; er wurde aber in seiner Tätigkeit sehr be-

[1]) Genaue Zahlen aus der Zeit vor dem Kriege und der Zeit des Friedensschlusses konnten nicht beigebracht werden, weil die Veröffentlichungen der Zentralstelle f. kirchl. Stat. erst mit dem Jahre 1915 beginnen und die für 1918 noch nicht erfolgt sind.

[2]) Durch Umfrage bei den öffentlichen Stellen und auf privatem Wege wurde die Zahl festgestellt.

hindert durch den Mangel an Nachrichten über die Lage der in Pflege gegebenen Kinder.

Auf Anfrage gab bis jetzt die Leitung des städtischen Waisenhauses bereitwillig Auskunft über die Anwesenheit etwaiger katholischer Kinder, die in katholischen Anstalten untergebracht werden sollten. Aber die große Masse der Kinder kann nicht von den Katholiken übernommen werden, weil sie zu wenige Pflegestellen bereitstellen, sei es in Anstalten, sei es in katholischen Familien. Ueber diese Kinder ist auch fast keine Auskunft zu erlangen. Die Berliner Katholiken sind wohl nicht imstande, solch heimatlose Kinder aufzunehmen, denn zu 90% bestehen sie aus Arbeiterfamilien. Ebensowenig kommen die Katholiken der Provinz dafür in Betracht. An Ort und Stelle muß also auf andere Weise Abhilfe geschaffen werden und zwar zuerst durch Einrichtung eines großen Säuglingsheimes; denn die Ueberzahl der Kinder, besonders der unehelichen, wird im Säuglingsalter angeboten. In Berlin gibt es nur zwei katholische Stationen, in denen zusammen nicht einmal 50 Säuglinge aufgenommen werden können. Würde hierin kein Wandel eintreten, dann kämpfen wir vergebens gegen die hohen Kinderverluste in Berlin.

Ob diese Schutz- und Abwehrmaßnahmen verwirklicht werden, hängt zum allergrößten Teile von der Lösung der Geldfrage ab. Die Neuerrichtung von Kinderheimen muß finanziell gesichert werden; am dringendsten aber erscheint die finanzielle Sanierung der bestehenden Berliner katholischen Anstalten. Die Gesamtschuld der Anstalten — es sind fast alles Grundschulden — beträgt zur Stunde noch 2'565,521.— M. Der Zinsfuß bewegt sich zwischen 4—5%. An Zinsen sind also jährlich aufzubringen 102,600.— bis 127,300.— M. Am meisten belastet ist das Katharinenstift mit 857,000.— M, St. Afra mit 469 900.— M, das Marienstift mit 323 000.— M, Hermsdorf bei Berlin mit 503,750.— M, Johannisberg bei Berlin 114,291.— M. Die festen Einnahmen der Häuser setzen sich zusammen aus dem Pflegegeld, welches für das Kind 30—40 M im Monat ausmacht, und bei einigen Anstalten aus Mieten. Mit dem Pflegegeld soll für das Kind alles bestritten werden: Kleidung, Nahrung und Wohnung. Wie ersichtlich, sind die Häuser fast ganz auf das Bitten und Betteln angewiesen. Die Unsicherheit dieser Einnahmequellen verursacht naturgemäß neue laufende Schulden. Die Katholische Diaspora-Kinderhilfe (Bonifatius Sammelverein) hilft den Anstalten, soweit seine Mittel reichen. Aber die Unterstützungsanträge kommen von zu vielen Seiten, sodaß sie sich nur in beschränktem Maße der Anstalten annehmen kann. Es wäre zu begrüßen, wenn sich sogenannte Einigungen bildeten, d. h. wenn ganze Gemeinden oder Pfarreien, Vereine, Schulen in besonderer Weise für eine dieser Anstalten sorgen würden.

Noch ein Mangel stellt sich in dem Berliner katholischen Anstaltswesen heraus. Sehr viele der Kinder, die mit großer Mühe zu guten katholischen Bürgern herangebildet sind, laufen Gefahr, nach der Entlassung wieder der Verwahrlosung anheimzufallen. So manches Kind möchte in katholischen Gegenden einen Beruf erlernen, aber es fehlt eine Vermittlungsstelle. Jene Kinder, die in Berlin als Lehrlinge, als Ladnerinnen oder Bürobedienstete angestellt werden, geraten nicht selten durch das Schlafgängertum auf Abwege. Oeffnen die Kinderheime den weiblichen Angestellten für die freien Stunden auch gern ihre Säle, es fehlt doch den katholischen Lehrlingen und Gesellen ein größeres Heim, in dem sie Wohnung und Verpflegung erhalten können.

Die übergroßen Notstände in der Kinderfrage Berlins sind dargestellt. Die Abhilfe ruht ganz auf den Schultern des katholischen Volkes. Von Staat und Gemeinde ist in unserer Sache keine wesentliche Unterstützung zu erhoffen. Die Opferwilligkeit der Katholiken hat sich für ideale Zwecke immer in reichlichem Maße gezeigt. Es sei nur hingewiesen auf die Millionengaben zugunsten der äußeren Missionen. 1916 brachten allein die katholischen Kinder Deutschlands 1 975 225 Mark auf; der Jahresbericht von 1918/19 schließt ab mit einer Gesamteinnahme von 2 616 336 Mk., in denen die Beiträge aus den Diözesen Metz und Straßburg und sämtlicher bayerischer Bistümer noch nicht enthalten sind. Wir haben allen Grund, uns dieser echt apostolischen Liebe zu den Heidenkindern zu freuen. Wo von Kindern wie von Erwachsenen so viel geschieht, daß Heidenkinder katholisch werden, dann verlangt die größere Liebe zu den Glaubensgenossen wenigstens dasselbe zu tun, damit katholische Kinder nicht ihren Glauben von neuem verlieren.

Wir begreifen nun, warum das gemeinsame Hirtenschreiben der deutschen Bischöfe besonders die Notwendigkeit der Kinderrettung in der Diaspora so eindringlich betont. Diese Rettung geschieht durch den Bonifatius-Sammelverein. Ihm müssen die deutschen Katholiken, vor allem die Kinder, ihre ganze Liebe zuwenden.

Das ist auch der Wunsch unserer Hochwürdigsten Bischöfe, die am 21. August 1918 vom Grabe des hl. Bonifatius in Fulda aus im Hinblick auf das zwölfhundertjährige Bonifatius-Jubiläum des Jahres 1919 alle Kinder und Kinderfreunde aufgerufen haben, die Diaspora-Kinderhilfe des Bonifatius-Sammelvereins mit dem gleichen Eifer zu unterstützen wie den Kindheit-Jesu-Verein.

Um Mitglied des Bonifatius-Sammelvereins zu werden und als solches aller geistlichen Vorteile, die der Diaspora-Kinderhilfe in gleicher Weise von Rom verliehen sind wie dem Bonifatiusverein, teilhaftig zu werden, bedarf es keiner besonderen Aufnahme oder Einschreibung, sondern nach den Statuten ist jedermann, Erwachsene oder Kinder, Mitglied, wenn er täglich ein Vaterunser und Ave Maria betet mit dem Zusatze: „Heiliger Bonifatius, bitte für uns!" und wenn er die bekannten Sammelartikel (Freimarken, Zigarrenabschnitte, Staniol, Schmucksachen, alte Münzen und ähnliches) sammelt oder jährlich wenigstens einmal irgendeine Liebesgabe dem Vereine zuweist. Die Kinder sollen vor allem in der Zeit der Vorbereitung auf die erste heilige Kommunion für die armen Diasporakinder eine kleine Gabe spenden, außerdem soll jährlich in jeder Kirche ein Kinderopfertag (Nachmittagsandacht mit Opfergang) abgehalten werden. In den Schulen soll wie für den Kindheit-Jesu Verein auch für den Bonifatius-Sammelverein, wenn auch nicht in regelmäßigen Sammlungen, so doch dann und wann für die armen Diasporakinder Geld gesammelt werden. Die Erwachsenen können ihre Liebe zu den ärmsten Kindern unserer heiligen Kirche dadurch bezeigen, daß sie die Schutzpatenschaft (180 Mk) über ein armes Kind übernehmen. (Näheres hierüber ist von der Zentralstelle des Bonifatius-Sammelvereins in Paderborn zu erfahren.) Das gleiche Liebeswerk können ganze Schulklassen, Vereine, Kongregationen ausüben. Die gesammelten Gelder und Sammelgegenstände werden durch den Ortsgeistlichen den einzelnen Diözesan-Hauptstellen des Bonifatius-Sammelvereins überwiesen, oder man sende alles direkt an die Zentralstelle des Bonifatius-Sammelvereins in Paderborn (Postscheckkonto Köln 42315).

Heimatstadt.

Du Stadt der silbernen Tauben!
Hoch über dem flutenden Strand,
Hoch über den Gärten und Lauben
Zieh'n sie in blitzendes Land.

Ueber den Dächern und Schloten
Leuchten sie weiss wie der Schnee,
Funkeln wie selige Noten,
Verklärend ein menschliches Weh.

Noch seh ich sie schimmern und blinken
Im jubelnden Sonnenschein,
Noch hör ich sie rauschend versinken
In goldene Aecker hinein.

Und wieder sich strahlend erheben
Zum wogenden gleitenden Flug,
Seh über den Wäldern entschweben
Den reinen, den festlichen Zug.

Seh in den Wolken ihn schwinden,
Eins werden mit himmlischem Licht —
Es war wie ein Gottesverkünden
Ein überirdisch Gesicht.

Ihr Tauben der Heimat, der Tugend
Voll Reinheit, voll Glauben und Glück,
O bringt mir die heilige Jugend
Auf glänzendem Fittich zurück!

M. Herbert.

Der Zusammenschluß der katholischen Akademiker Deutschlands.

Von Hermann Reiners, München.

„Beisammen sind wir, fanget an!" So läßt Goethe Mephistopheles in seinem „Faust" sprechen. Dasselbe Wort gilt heute auch für uns katholische Akademiker, da wir uns jetzt, wo sich alles organisiert, über die Frage des Zusammenschlusses der katholischen Akademiker Deutschlands schlüssig werden müssen. Diese Frage ist mit eine der brennendsten, die ihre baldige verständige, zeitgemäße Lösung dringend verlangt.

Was zwingt uns zum Zusammenschluß? Was weckt in C. V., K. V., U. V. und anderwärts das Verlangen nach ihm? — Das Gefühl der Ohnmacht angesichts der neuen Zeit, das Bewußtsein, „daß wir nur geschlossen Aussicht haben, in der neuen Zeit etwas zu bedeuten."

Ich will hier die Frage nicht untersuchen, ob wir in der alten Zeit, die mit dem Weltkrieg ihren Abschluß gefunden hat, etwas bedeuteten. Die Resultate einer solchen Untersuchung könnten auf uns niederschmetternd wirken. Aber in der neuen Zeit etwas zu bedeuten, jetzt, da tausend Mächte im Begriffe sind, die glühende Welt zu schmieden, das ist unsere Pflicht, das ist unser sehnlichster Wunsch!

Die Gegner schlafen nicht! Sie arbeiten und wühlen, gehen Fusionen ein und suchen sich zum Entscheidungskampfe gegen das Positive zu rüsten.

Die unabhängige Zeitung „Der Kampf" bringt in ihrer Nummer 43 vom 20. August 1919 folgenden

„Aufruf zum internationalen Kongreß sozialistischer Studenten in Genf":

„Am 11. Februar 1919 veröffentlichte die Gruppe der revolutionären sozialistischen Studenten Frankreichs ihr Manifest „An die sozialistischen Studenten der ganzen Welt". Es wurde von der ganzen radikalen Presse abgedruckt. Dieser Schrei des Protestes fand ein vielseitiges Echo in ganz Europa und weckte neue Hoffnungen in uns. Von allen Ländern, Italien, Deutschland, Oesterreich, Japan usw. trafen Antworten ein. Die Münchner Studenten machten den Vorschlag, „es möchten die Vertreter der sozialistischen Studenten aller Länder sich sobald als möglich um die edle Gestalt Romain Rollands scharen, um sich einig zu werden über den Weg, der zum gemeinsamen Ziele führen könnte". Darauf baten die sozialistischen revolutionären Studenten Frankreichs ihre Schweizer Genossen, sie möchten einen Kongreß organisieren und einberufen, da sie als Neutrale dies leichter tun könnten; Aufgabe dieses Kongresses sollte sein die Gründung eines internationalen Bundes der sozialistischen Studenten.

Einige Genfer Genossen gründeten darauf das Internationale Komitee der sozialistischen Studenten (Comité internationale des étudiants socialistes, C. I. E. S.). Dieses Komitee hat daher die unverzügliche Aufgabe, die sozialistischen Studentengruppen, sowie die kommunistischen und revolutionären Studenten jedes Landes zu sammeln und im Laufe des nächsten Dezembers den Internationalen Kongreß in Genf einzuberufen.

Zu allererst wird der Kongreß die Verfassung des internationalen Bundes ausarbeiten. . . . Er wird sich beschäftigen mit den Beziehungen, die zwischen den Studenten aller Länder geknüpft werden müssen mit der sozialistischen Propaganda in Universitätskreisen. Er wird sich ferner beschäftigen mit der Verbindung, die zwischen ihm und den Parteien und den Jugendorganisationen bestehen soll, wie auch mit dem Kampf gegen Konservatismus und Reaktion. Der Kongreß wird die Frage der internationalen Organisation der Universitäten (Internalisation des Universités) und der Universitätsprogramme, der allgemeinen Reformen, hauptsächlich im Geschichtsunterricht, erörtern.

Das Komitee hat schon zahlreiche Anhängerschaft gewonnen und steht in Korrespondenz mit den hauptsächlichsten Gruppen aller Länder. Das Komitee sendet allen sozialistischen Studenten der ganzen Welt brüderliche Grüße und bittet alle Gruppen, mit denen es noch nicht in Kontakt ist, sich sobald als möglich zu melden. Es ergeht ferner die Einladung an die Genossen in denjenigen Universitätsstädten, wo sie sich noch nicht zusammengetan haben, sich sofort zu vereinigen.

Genossen! Die alte Welt stürzt, neue Zeiten steigen herauf. An euch ist es, heroische und verstümmelte Jugend, die ihr gestern Feinde waret und morgen Freunde sein werdet, zu verhindern, daß jemals wieder Krieg sei. Arbeitet mit an dieser Neugeburt! Sozialistische Studenten aller Länder vereinigt euch! Das internationale Komitee der sozialistischen Studenten."

Sie arbeiten sehr schnell, die sozialistischen Akademiker; sie fahren mit vollen Segeln. Wie ist es möglich, daß die revolutionären sozialistischen Studenten Frankreichs ein derartiges Manifest „An die sozialistischen Studenten der ganzen Welt" ergehen lassen konnten? Wie ist es möglich, daß Antworten von den sozialistischen Studenten der anderen Länder einlaufen konnten!? — — Nur dadurch, daß sich in den einzelnen Ländern die sozialistischen Akademiker bereits geeint haben, daß sie sich bereits fest zusammengeschlossen haben! Sie arbeiten schnell, außerordentlich schnell! Noch im Dezember dieses Jahres soll der Kongreß stattfinden und bei der bekannten Rührigkeit der Sozialisten wird er unter allen Umständen zur Tat werden.

Das ist nur ein kleines Beispiel, um zu zeigen, daß man drüben nicht lange fragt, sondern gerade aufs Ziel zusteuert.

Können die katholischen Studenten dem etwas Gleiches entgegensetzen? Können sie im Namen der katholischen Studenten Deutschlands ein Manifest „An die katholischen Studenten der ganzen Welt" ergehen lassen? — Nein! sie können es nicht, weil ihnen die Einigung fehlt, weil sie in zahllose Gruppen und Grüppchen zersplittert sind! Die Protestanten erreichten bereits 1897 und die Juden 1906 den Zusammenschluß in einem Bund. Den katholischen Studenten fehlt eine solche Einigung bis auf den heutigen Tag! An Versuchen hierzu hat es zwar auch bei den katholischen Studenten nicht gefehlt, aber sie scheiterten stets an Ehrgeiz, Organisationsegoismus und Eigenbrödelei. Die sozialistischen Akademiker erreichten in kürzester Zeit ihre Einigung. Sollten die katholischen Studenten nicht dasselbe erreichen können!?

Wenn die katholische Idee mit der sozialistischen irgendwie konkurrieren kann, ja, wenn sie dieser himmelweit überlegen ist, dann müssen auch ihre erklärten und berufenen Vertreter die sozialistischen erreichen und übertreffen an Regsamkeit, Wille zur Tat und zur Zusammenarbeit, zur Arbeit ohne Rast und Ruh, zu schöpferischem Werk!

Spätere Jahrhunderte würden es nie verstehen, wenn wir jetzt im alten Tempo weitermachen und Resolutionen fassen würden. So viele Verbände, im Wichtigsten einig und nur durch Kleinigkeiten verschieden, können und dürfen nicht nebeneinander hergehen, abgeschlossen wie indische Kasten. Der Kastengeist muß weichen und der Geist der katholischen Liebe einziehen und uns vereinen.

Zu Wehr und Kampf müssen wir katholischen Akademiker uns zusammenschließen und dafür Sorge tragen, daß wir einen Kopf bekommen und eine tätige Hand. Würde die katholische Akademikerschaft Deutschlands auch fernerhin ohne Kopf bleiben, so würde das von katastrophalen Folgen begleitet sein. Die katholische Akademikerschaft Deutschlands braucht einen Zusammenschluß, der ihrer unendlich wichtigen Klasse die Möglichkeit gibt, in ihrer aller Namen zu reden, zu kämpfen und zu handeln! Das verlangt auch besonders die kommende Anknüpfung internationaler Beziehungen auf dem Boden der Weltanschauung. Kämen wir getrennt ins Ausland, so würde man uns ein mitleidiges Lächeln schenken, weil man uns einfach nicht verstünde.

Wir brauchen einen deutschen Verband katholischer Akademiker, der uns eint, schlagfähig macht und geeignet zur großen Tat!

Bei der Lösung der dringenden Zusammenschlußfrage gibt es zwei Möglichkeiten.

Die eine ist eine Arbeitsgemeinschaft der Verbände. Eine Art Zentrale, die sich aus Vertretern der verschiedenen Verbände zusammensetzen würde, könnte den Sprecher für die gesamten Angehörigen dieser Verbände machen. Man hätte also eine Art Kammer oder Verbandsausschuß, dem durch die straffe Organisation, die den einzelnen katholischen Akademikerverbänden eigen ist, die Arbeit sehr erleichtert wäre. Es kommt indes sofort ein großes „Aber", dessen Gewicht wir uns nicht entziehen können. Durch die Arbeitsgemeinschaft der Verbände würden Tausende von Akademikern — und es sind nicht die schlechtesten! — ausgeschlossen werden, da sie keinem der bestehenden katholischen Akademikerverbände angehören. Hierdurch würde es der Kammer, dem Verbandsausschuß oder wie die angedeutete Körperschaft sonst genannt würde, von vornherein unmöglich gemacht, sich als Vertreter der gesamten katholischen Akademikerschaft Deutschlands zu bezeichnen und in deren Namen zu reden und zu wirken.

Es wäre daher m. E. die zweite Lösungsmöglichkeit vorzuziehen: Bildung lokaler katholischer Akademiker-Ausschüsse, die nicht nur die historischen Korporationen, sondern auch die interkorporativen Vereinigungen umfassen sollen. Diese katholischen Akademiker-Ausschüsse müßten wieder zu einem großen Verband (V. K. A. A.) zusammengeschlossen werden. Dieser Weg ist der bessere. Durch die Arbeitsgemeinschaft der historischen Verbände würde noch nicht einmal der dritte Teil der katholischen Akademiker Deutschlands erfaßt werden, da der weitaus größte Teil der katholischen Studierenden keiner Korporation angehört.

Was wir brauchen, die Arbeitsgemeinschaft im engeren Sinne, ist in der Broschüre „W. V. K. A." (Weltverband katholischer Akademiker) von Dr. O. Färber behandelt (Süddeutsche Verlagsanstalt, Ulm 1919. Preis 90 Pf.).[1]

Wir haben gesehen, daß die Sozialisten nicht lange zögern. Sie reden nicht von einem Haus, das man nicht bauen könne, indem man zuerst den Giebel aufsetzt. O nein! In genauer Kenntnis des organischen Entwicklungsprozesses setzen sie das Pflänzchen, das sich zu einem gewaltigen Baume entwickeln soll, und fordern alle Gruppen, mit denen sie noch keinen Kontakt haben, auf, sich sobald als möglich zu melden. Die bereits bestehenden Gruppen sozialistischer Akademiker haben sich zu einem Verband zusammengeschlossen. Dort, wo noch keine derartigen Gruppen bestehen, sollen solche unverzüglich ge- gründet werden.

Auch die katholischen Akademiker müssen so handeln, und zwar jetzt handeln, nicht erst später, nicht erst in einem Jahre!

Eine Zentenarfeier des Collegium Germanicum Hungaricum in Rom.

Von Constantin Noppel, S. J.

Eine seltsame Schickung will, daß das deutsche Kolleg fast genau hundert Jahre, nachdem es nach den Stürmen der französischen Revolution wieder eröffnet war, nach den Schrecken des Weltkrieges seinen Wohnsitz nach Rom zurückverlegt. Im Oktober 1819 waren die ersten zwei Alumnen von Ferrara wieder nach Rom zurückgekehrt, um das im Jahre 1552 durch den hl. Ignatius v. Loyola errichtete Kolleg wieder zu beziehen. Im Oktober 1919 kehren die Alumnen von dem gastlichen Exil in Innsbruck wieder in ihren alten Wohnsitz zurück.

Das Jahrhundert, das zwischen diesen beiden Tagen liegt, ist ohne Zweifel eines der segensreichsten, aber auch bewegtesten in der Geschichte des Germanicums gewesen Schon äußerlich drohten ihm im Laufe dieser Jahre wiederholt schwerste Stürme. Wir erinnern an die Revolution vom Jahre 1848, an das Ende des Kirchenstaates im Jahre 1870. Auch vonseiten der Heimatländer der Alumnen traten öfters Hemmnisse auf. So konnten z. B. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts keine Alumnen aus Oesterreich oder Ungarn aufgenommen werden. Ebenso bereitete Preußen große Schwierigkeiten. Trotzdem gerade in Preußen kein geringerer, als der Freiherr von Stein zum Besuch der römischen Anstalt angeregt hatte! In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erhoben sich dann die Stürme des Kulturkampfes und erschwerten von neuem den Zuzug nicht nur aus Preußen, sondern auch aus dem staatskirchlichen Bayern. Zur Beurteilung der späteren Wirksamkeit der Germaniker müssen diese Stockungen im Betrieb und der Beschickung in Rechnung gestellt werden. Es kommt noch hinzu, daß die räumlichen Verhältnisse in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts die Zahl der Zöglinge nie fünfzig überschreiten ließen. Wollen wir die Tätigkeit des Kollegiums messen, so können wir dies nur an dem Wirken seiner früheren Zöglinge in der Heimat. Sie haben sowohl der kirchlichen Lehrtätigkeit wie dem kirchlichen Leben der Länder deutscher Zunge wesentliche Züge eingegraben.

In der kirchlichen Lehrtätigkeit finden wir vor allem eine bedeutende Zahl von Germanikern bei der Vorbereitung des vatikanischen Konzils. Wir nennen die Würzburger Professoren Hergenröther, später Kardinal, und Hettinger, ferner Dr. Maier von Regensburg, P. Schrader und insbesondere den Kardinal Reisach, der zum ersten Präsidenten des Konzils auserseben war. Der Tod setzte leider seinem Wirken unmittelbar vor Beginn des Konzils ein Ende. Verschiedene Universitäten und theologische Anstalten verdanken Männern wie Hettinger, Hergenröther, Denzinger, Stahl in Würzburg, wie Hurter, Steinhuber, später Kardinal, Nilles, Jungmann, Stentrup, Nilles, Hoffmann, Fonck in Innsbruck, der später das päpstliche Bibelinstitut in Rom schuf, die Zeit hoher Blüte. Auch in Priesterseminaren finden sich viele angesehene Namen früherer Alumnen, so Scheeben, Gihr und Gutberlet. Diese Namen, aus vielen herausgegriffen, bedeuten nur einen kurzen Hinweis auf den tiefen Einfluß der Germaniker, namentlich auf die dogmatische und apologetische Vertretung der theologischen Wissenschaften in Deutschland.

Von noch größerer Bedeutung ist der Einfluß des Germanicums wohl auf die Erziehung des Klerus in den Priester- und Klerikalseminaren gewesen. Wir finden Germaniker fast an allen Seminaren der deutschen Diözesen teilweise in großer Zahl tätig.

Es entspricht den Zeitverhältnissen, daß verhältnismäßig Wenige zur Leitung der Diözesen, zum Bischofsamt, gelangten. Lange Zeit waren die bayerischen Bischöfe Senestrey, Leonrod und Stahl die einzigen Vertreter des Germanicums im deutschen Episkopat. Nur das kleine Bistum Fulda macht eine Ausnahme. Unter den vier in dieser Zeit aus dem Kolleg hervorgegangenen Kardinälen waren bezeichnenderweise drei Kurienkardinäle die Bayern Reisach, Hergenröther und Steinhuber. Erst in den letzten Jahren trat hierin, namentlich auch in Oesterreich, mit dem Zurücktreten der Abneigung gegen Rom eine Aenderung ein.

Es wäre jedoch vollständig verfehlt, die Wirksamkeit des Germanicums nur im Einfluß auf die kirchliche Lehre oder die Heranbildung des Klerus zu suchen. Weitaus der größte Teil der über 1000 Alumnen, die in diesem Jahrhundert aus dem Germanicum hervorgegangen waren, findet seine Wirksamkeit in der Seelsorge, im kirchlichen Leben. Das Leben des einzelnen Pfarrgeistlichen pflegt sich meist mehr in die anvertrauten Seelen einzuzeichnen als in die Annalen der Geschichte. Dennoch hat eine größere Zahl von Germanikern über die Heimatdiözese hinaus für das öffentliche Leben der Katholiken ganz Deutschlands große Bedeutung erhalten. Wir erinnern an den „Kaplan" Friedrich Dasbach, der der Typus des von den Feinden der Kirche so gefürchteten Kaplans geworden ist, der die trierischen Bauern aus der Knechtschaft des wucherischen Handels befreite und ein Apostel der katholischen Presse war. Wir nennen ferner den Prälaten Dr. August Pieper, der in fast dreißigjähriger Arbeit den Volksverein für das katholische Deutschland zur mächtigsten sozialpolitischen und apologetischen Organisation der Katholiken nicht nur Deutschlands, sondern des Erdkreises gemacht hat, wir erinnern an den Schöpfer des deutschen Caritasverbandes Prälaten Dr. Werthmann, an den Bahnbrecher der katholischen Abstinenzbewegung, den späteren Dominikanerpater Neumann, an den Schöpfer der sozial-studentischen Bewegung, Dr. Sonnenschein, an die Tätigkeit des Abgeordneten Dr. Kaas in der Nationalversammlung. Selbst Angehörige anderer Nationen, wie der bekannte Bischof Prohaszka von Stuhlweissenburg in Ungarn, haben ihren Einfluß bis nach Deutschland ausgedehnt.

So trägt denn die Geschichte des Germanicums in diesem verflossenen Jahrhundert das eigenartige Gepräge, das dem deutsch-ungarischen Kolleg seine tiefste Existenzberechtigung verleiht. Wir erkennen gerade heute, in den Zeiten seit dem vatikanischen Konzil, mehr denn je die große Bedeutung, die eine innige Verbindung mit dem Zentrum der Christenheit bietet. Einen lebendigen Ausdruck dieser Verbindung, die der katholischen Kirche Deutschlands von ihrem Apostel Bonifazius als kostbares Erbe hinterlassen ist, bildet seit bald 400 Jahren das deutsche Kolleg in Rom. Das römische Studium bringt indes nicht nur innige Verbindung mit dem römischen Stuhl, es weitet zugleich auch den Blick über die engen Grenzen der Heimatdiözese in echt katholischer Weise. Wir dürfen es wohl diesem Umstande zuschreiben, daß gerade aus dem Germanicum eine größere Zahl von Führern der großen deutschen Organisationen hervorgegangen ist.

Schließlich hat auch das brüderliche Zusammenleben der verschiedenen Stämme unseres Vaterlandes über die offiziellen Reichsgrenzen hinaus manchen Beitrag zum gegenseitigen Verstehen und Schätzen dieser Völker und Stämme geboten. Selbst mancher Auslandsdeutsche, namentlich die katholischen Deutsch-Russen, haben dort Anschluß an den deutschen Mutterstamm gefunden.

Auf dem Boden der durch den Geist des katholischen Glaubens verklärten Vaterlandsliebe gedieh nicht nur ein wahrhaft brüderliches Zusammenleben mit den dem Kolleg zugehörigen Ungarn und Südslawen, es entstanden auch freundschaftliche Beziehungen zu den andern Nationalkollegien der ewigen Stadt. So ist das deutsch-ungarische Kolleg schon lange ein kleines Vorbild, ein Träger der wahren, echt christlichen Völkerverbrüderung gewesen. In der Wiederaufnahme dieser alten Ueberlieferung erwächst ihm für die neue Zeit eine große, edle Aufgabe. Möge es dem Kollegium beschieden sein, nach glücklicher Rückkehr in die ewige Stadt, in eine Zeit ungehinderter segensreichster Arbeit für Kirche und Vaterland einzutreten.

[1] Vgl. hierzu die Besprechung der Broschüre im „Büchertisch" der Nr. 42 der „A. R." vom 18. Oktober 1919, S. 625.

Der katholische Völkerbund.

Von Dr. Max Joseph Metzger, Hauptleiter der Volksheilzentrale, Graz.

Auf Golgatha hängt am Kreuz der Gottmensch. Blutüberströmt. Von Wunden bedeckt. Er stirbt als Erlöser für die Sünden der ganzen Welt. Durch Jahre hindurch war Er durch die Lande gezogen, um die Menschen zu lehren, daß sie alle zu ihrem Gott im Himmel „Vater unser" sagen dürften und sollten. Ein neues Gebot hatte Er ihnen gegeben, daß sie alle einander lieben sollten, lieben, wie Er selbst sie geliebt. Ja, Er hatte gepredigt: „Es ist euch gesagt worden: Auge um Auge, Zahn um Zahn. Und: ihr sollt eure Freunde lieben und eure Feinde hassen. Ich aber sage euch: Liebet eure Feinde! Tuet Gutes denen, die euch hassen! Segnet, die euch verleumden! Auf daß ihr Kinder eures Vaters seid, der im Himmel ist, der seine Sonne aufgehen läßt über Gute und Böse und regnen läßt über Gerechte und Ungerechte." Am Abend vor seinem Leidensweg hatte Er das Denkmal seiner Liebe gestiftet, an dem alle Menschen teilhaben, durch das alle selig werden sollten. Und in dieser Weihestunde faßte Er die ganze Sehnsucht seines Herzens zusammen in dem Worte seines hohenpriesterlichen Gebetes: „Ut omnes unum", daß alle eins seien, ein Schafstall, eine Herde ...

Christus stirbt am Kreuze für alle Menschen, nicht nur für die von Galiläa und Judäa, nein auch für die von Samaria, auch die Fremdländer und Heiden, für alle, zu denen Er seine Frohbotschaft getragen wissen wollte gemäß seinem Auftrag „Gehet hinaus in alle Welt und lehret alle Völker ..."

Christus stirbt am Kreuze. Und ein Engel fängt in goldenem Kelch das heilige Blut auf aus seinen Wunden und trägt es auf alle Altäre der heiligen katholischen Kirche, die der Meister begründet hatte, um „kath'holon" d. h. über den ganzen Erdkreis hin, sein Reich der Liebe zu verbreiten. Und an allen Altären der ganzen Welt stehen die Priester, die Deutschen und die Tschechen, die Franzosen und die Engländer, die Italiener und Polen und Ungarn und Amerikaner, und heben den Weihekelch in die Höhe, betend: „pro nostra et totius mundi salute", für unser und der ganzen Welt Heil ..."

Und indes strömen aus tausend Kirchen Menschen, die sich nach dem Meister von Golgatha „Christen" heißen, und nachdem sie das „Vater unser" geendet, stürzen sie auf andere los mit einer Wut und einem Ingrimm, wie dies nur Raubtieren eigen ist, und verbeißen sich ineinander, sich gegenseitig zerfleischend ...

Wir Christen und Katholiken haben, seien wir ehrlich, unser Christentum verraten, indem wir das Bewußtsein uns entschwinden ließen, daß die Menschen „kath'holon", über den ganzen Erdkreis hin, berufen sind, in christlicher Bruderliebe einen „katholischen Völkerbund" des Friedens und der Eintracht zu bilden, indem wir es versäumt haben, für diese urchristliche und urkatholische Idee unsere ganze Kraft einzusetzen.

Der Völkerbund ist ebenso eine urchristliche Idee, wie die Erfüllung der ganzen Menschheitsentwicklung. Das Faustrecht, das so lange zwischen den Einzelnen herrschte, bis sie sich zu Gemeinschaften zusammenschlossen und in ihnen ein Gericht begründeten zur friedlichen Rechtsentscheidung von Streitigkeiten, das Faustrecht, das so lange zwischen den Sippen und Stämmen bestand, als diese sich nicht zu größeren staatlichen Gemeinschaften zusammenfanden und in ihnen Gerichtshöfe und gerichtliche Exekutive für die Lösung von Konflikten fanden, das Faustrecht, das so lange die kleinen Staaten zerfleischen ließ, als diese nicht zu größeren Staatenverbänden, Staatenbünden oder Bundesstaaten, zusammentraten und in ihnen einen höheren Gerichtshof begründeten, dieses Faustrecht muß die großen Staatswesen der Gegenwart weiter sich in grausamen gegenseitigen Kriegen verbluten lassen, solange, als nicht diese alle zusammentreten zu einem großen Staaten- oder Völkerbund, der in einem obersten Gerichtshof, Schiedsgericht oder Vermittlungsamt die Konflikte auf schiedlich-friedlichem Weg beizulegen ermöglicht. Der Völkerbund Wilsons ist trotz des Zerrbildes, den der heute noch vorherrschende Machtgedanke in Versailles aus ihm gemacht hat, eine herrliche, urchristliche Idee. Daher hat denn auch der Hl. Vater, Papst Benedikt XV., sich wiederholt in feierlicher Form für diesen Gedanken ausgesprochen, und als sein Ziel proklamiert, daß die „Rohe Gewalt der Macht überwunden werden muß durch die sittliche Macht des Rechtes", wodurch von selbst alle Kriege aus der Welt geschafft sind.

Aber so herrlich und schön, so urchristlich und vernünftig die Idee des Völkerbundes ist, sie ist nicht zu verwirklichen auf dem Weg der rein äußerlichen Beschlußfassungen, auf den man ihn heute zu begründen sucht. Nur der Völkerbund ist in sich haltbar, der nichts anderes als der natürliche äußere Ausdruck der inneren seelischen Gemeinschaft der Völker ist. Und diese seelische Gemeinschaft ist nur zu schaffen durch eine beharrliche Friedenserziehung auf der ganzen Linie und in allen Gebieten des Lebens, die im Grunde nichts anderes sein kann als die Predigt der christlichen Gerechtigkeit, Wahrhaftigkeit und Ehrlichkeit, Nächstenliebe....

Friedensarbeit und Völkerbundsarbeit sind gleichsam ein Teil der „Inneren Mission", der systematischen Wiedergewinnung der Menschheit für die urchristlichen Gedanken und Grundsätze des sozialen Lebens. So ist denn auch ganz logisch im Rahmen des „Weißen Kreuzes" (Katholische Innere Mission) der „Weltfriedensbund vom Weißen Kreuz" tätig als die Organisation der eigentlichen Friedenserziehung. Sein Programm ist im Grunde kein anderes als das des „Weißen Kreuzes" selbst, angewendet im besonderen auf das Verhältnis der einzelnen Nationen und Staaten zueinander. Das Programm, das bereits im Frühjahr 1917 dem Heiligen Vater vorgelegt worden ist, ist von diesem gutgeheißen und genehmigt worden.

Tief erschüttert steht die Menschheit von heute nach dem grausigen Krieg der letzten Jahre auf den Trümmern ihrer vielgepriesenen „Kultur des 20. Jahrhunderts". Daß sie doch aus dem Zusammenbruch der gottvergessenen Kultur das eine lernen möchte, was die hl. Schrift sagt: „Justitia et pax osculatae sunt", Gerechtigkeit und Liebe sind Geschwister. Der Friede ist auf die Dauer nur möglich auf dem Felsengrund des göttlichen Sittengesetzes, der Völkerbund ist von selbst gegeben, wenn die Einzelmenschen und die Völker im großen sich in Gesinnung und Tat bekennen zum lebendigen, praktischen Christentum. Im Zeichen dieses „Weißen Kreuzes" ersteht der „Katholische Völkerbund"!

Redakteur und Schriftleiter.

(Ein Beitrag zum Kampfe gegen die Fremdwörter.)

Von Fritz Hansen, Berlin.

Auf allen Gebieten des täglichen Lebens gibt es die sogenannten notwendigen Uebel, nur ist meistens das, was man als Uebel bezeichnen zu müssen glaubt, ebenso oft nur ein recht schwankender Begriff. Wenn Hamlet sagt: „An sich ist nichts weder gut noch böse, das Denken macht es erst dazu", so kann man die Relativität des Guten oder Bösen gar nicht besser in Worte fassen. Es liegt auch eine kleine Warnung in dem Worte Hamlets: „Man denke nicht gar zu viel, sonst kann man leicht über das Ziel hinausschießen". Und wenn auch das Denken an und für sich einem geübten Denker keine Schwierigkeiten macht, so könnte doch unversehens der Fall eintreten, daß im Gegensatz zu den leicht bei einander wohnenden Gedanken die Sachen sich hart im Raume stoßen. Das mag parador, ja gallig und giftig klingen, ich bin aber in der Lage, dafür ein schönes Beispiel anzuführen.

In letzter Zeit begegnet man bei den zahlreichen schon bestehenden und noch neu gegründeten Zeitungen und Zeitschriften der Bezeichnung „Schriftleiter" und „Schriftleitung" statt Redakteur und Redaktion. Dagegen versagt diese Verdeutschung, wenn es sich darum handelt, sie adjektivisch oder verbal zu gebrauchen. Nach dem schönen Grundsatze: Konsequent oder inkonsequent, bloß nicht schwanken, zieht es dann die Schriftleitung oder der Schriftleiter vor, nicht von „geschriftleitet" oder „schriftleiten" von Einsendungen zu sprechen, sondern man schreibt, daß man den Artikel redigiert oder redaktionelle Aenderungen daran vorgenommen habe. Denn das „geschriftleitet" kommt dem „Schriftleiter" doch wohl zu geschmacklos vor. In der Tat wird ja auch das was mit Redaktion und Redakteur bezeichnet werden soll, mit den Worten Schriftleitung und Schriftleiter durchaus nicht gekennzeichnet. Das lateinische Verbum redigere ist hier viel treffender, denn es wurde damit zu allen Zeiten die Tätigkeit gekennzeichnet, durch die eine Sache in eine andere Form gebracht wurde. Von einem „Leiten der Schrift" kann ja auch keine Rede sein.

Auf welche Abwege man bei der Bekämpfung der Fremdwörter gerät, zeigte seinerzeit der Erlaß eines preußischen Ministers, in dem eine gegen die Fremdwörter gerichtete Eingabe zur Beachtung empfohlen wurde. In diesem Erlaß kamen folgende Wörter vor, von denen wohl niemand behaupten wird, daß sie rein germanischen Ursprungs sind: Minister, Handelskorporationen, Staatsregierung, Material, Petitionskommission, Firmen, Industrie, Fabrikant, Interessenten. Außerdem wird auf den Vortrag eines deutschen „Professors" Bezug genommen, der gegen die Fremdwörtersucht zu Felde gezogen ist, der aber trotz aller Abneigung gegen das Fremdländische sich nicht scheut, diesen doch sicherlich nicht germanischen Titel zu führen. — Nun gibt es aber Menschen, die sich wirklich zu Herzen nehmen, was sie lesen, die ernsthaft bemüht sind, die deutsche Sprache von „Fremdkörpern" zu reinigen, und denen in diesem Bestreben selbst ein „Ministerialreskript" nicht heilig ist. Einer dieser Menschen veröffentlichte im „Ulk" folgende recht ernsthaft zu nehmende Antwort auf den an die Handelskammer gerichteten Erlaß:

„Euer Ausgezeichnetheit (Exzellenz)! Aus dem Geheimschriftungszimmer (Sekretariat) des Euer Ausgezeichnetheit unterstellten Bearbeitungsbezirks (Ressort) ging uns ein königliches Dienstmannenschriftstück (Ministerialreskript) zu, betreffend den übermäßigen Gebrauch der Fremdwörter in der Betriebsamkeit (Industrie). Wir begrüßen dasselbe aufs lebhafteste und werden es bei der nächsten Zusammentragung (Konferenz) durch die Vorsitzung (Präsidium) dem Vollen (Plenum) unterbreiten und zur Meinungsverschiedenheitsauseinandersetzung (Debatte) stellen lassen.

Indem wir hoffen, daß das Ergebnis einem hohen Dienstmannenzusammenberatungskörper (Ministerkollegium) sowie sämtlichen Herren Stoffbearbeitungsmitgliedern (Dezernenten) zur Freude und zur möglicherweise herauskommenden (eventuellen) Sprachreinigung in ihren eigenen Schreibräumen (Bureaux) gereichen wird, zeichnet hochachtungsvoll Euer Ausgezeichnetheit ganz ergebenste Handelskammer."

Vom Büchertisch.

Joseph Weingartner: Ueber die Brücke, Roman. Innsbruck-München, Tyrolia. Pr. geb. 8 ℳ. — Ein schöner, außerordentlich anziehender Priesterroman voll jugendfrischer Anreize der Wahrhaftigkeit, der Reinheit, der aufhellenden Tatsächlichkeit, der vertieften Wirklichkeit. Keine Spur der Prediger- oder Pädagogengeste, sondern das Leben wie es ist und wie es im Lichte eines mit vollem Mannesbewußtsein zu übernehmenden auserwählten, aber auch schweren Standes gesehen und erfaßt werden soll, kann und von den Rechten, den Lebenstapferen auch gesehen und erfaßt wird. Das Brixener Seminar ist der Hauptschauplatz; die studierende Jugend dort gibt die Hauptträger der spannend bewegten Handlung her, und alsbald merkt man, welch ein gewiegter, edler Kenner sie uns vorführt. Das schöne „alte" Tyrol in seinen landschaftlich-baulichen Denkmälern spielt herein, und das ewig neue Tyrol in seiner unübertroffenen Gebirgsherrlichkeit lebt mit den Menschen vor uns — kurzum, es ist ein tiefer Erquickungstrunk, den wir aus dem durch Weingartner für uns gelösten Quell tun können. — Ich wünsche diesem Buche möglichst viele Leser aus allen Ständen und — Konfessionen: dann wird mancher „anders", und zwar richtiger, von dem höchsten Berufe denken als er es zuvor getan. E. M. Hamann.

Maria Müller: Resi Meier. Die Geschichte eines jungen Mädchens. Mit Buchschmuck von M. Wechsler. Regensburg, Jos. Habbel. Preis geb. 5 ℳ. Eine Nymphenburger Institutsgeschichte, so frisch, fromm, fröhlich-frei geschrieben, daß nicht nur „Instituts-Mädel" ihre Freude daran haben werden. Hauptthema ist die Läuterung eines von allzu trügerischer Phantasie belasteten Charakters: durch persönliche Führung, selbsteigene Willenskraft und Schicksalsfügung. Die Handlung spielt zum größeren Teil in München bei den Nymphenburger Englischen Fräulein, außerdem in Nürnberg und Deutsch-Ostafrika. — Unsere Jungmädchen-Literatur hat durch das freundliche Buch, ohne daß dieses Anspruch erhebt auf „literarische Qualitäten", eine ausgesprochene Bereicherung erfahren. E. M. Hamann.

Flammen. Zu M. Herberts Gedenken. Herausgegeben von Maria Köchling. Köln, Bachem. 252 S. geb. ℳ 6.—. Freudig und herzlich haben wir katholische Dichter und Schriftsteller unsere ebenso liebenswerte als hochverdiente Kollegin zu ihrem 60. Geburtstage begrüßt, und dem Ruf der fleißigen Kranzwinderin gern Gehör gebend, unsere Blumen der Gefeierten zu Füßen gelegt. Allen voran ihre intime Freundin E. M. Hamann, die uns von M. Herberts „Leben und Lebensauffassung" in inniger, gemütvoller Weise zu berichten weiß. Von ihren „Jugendjahren" und Kinderstreichen teilt Maria Patin allerlei Ergötzliches mit. Helene Riesch verbreitet sich in eingehender, verständnisvoller Weise über „Natur und Seele in M. Herberts Lyrik." Friedr. Maurer weist die „charakteristischen Werte ihrer Lyrik für die Musik" auf und Musikdirektor Rud. Kaiser trägt die tief empfundene Vertonung eines ergreifenden „Nocturno" der Dichterin bei. Prof. Dr. Anton Graßl gibt uns in warmen Worten Kunde von der überaus edlen Fürsorge, womit die gütige Frau sich des mit der schweren Not des Lebens ringenden Schriftstellers Jos. Gangl angenommen hat. Eine Reihe wertvoller literarischer Beiträge liefern Otto Hartmann (O. v. Tegernsee) mit der Studie „Naturfreude und Schrifttum"; Dr. Oskar Döring über „Vittoria Colonna und die Kunst Michelangelos"; Prof. Dr. Herm. Cardauns über „Clemens Brentanos Liederdichtung"; besonders aber Prof. Dr. Wilh. Oehl mit der ebenso klaren als gründlichen Darlegung der Beziehungen zwischen „Lyrik und Leben". Den Schluß bilden „Regensburger Eindrücke" von Mayrhofer, drei hübsche Erzählungen: „Der graue Tag" von Franziska Bram; „Tannenwalds Nachtwache" von Ilse Franke-Oehl, ein kleines Meisterwerk; Laurenz Kiesgens artige und rührende Kölner Erinnerung: „Die neunte Symphonie" und zuguterletzt eine Auslese „Denkwürdiger Worte aus M. Herbert-Büchern", von der Herausgeberin zusammengestellt. Möge das reichhaltige Buch, dem auch der Unterzeichnete aus warmem Herzen einen poetischen Gruß mitgab, den vieltausend Verehrern der Herbertschen Muse eine willkommene Gabe sein — oder, wie Frl. Köchling zum Geleite sagt: „Möchten „Flammen" tausend neue Flammen schlagen!" Leo van Heemstede.

Margarete Windthorst: Die Seele des Jahres. M.Gladbach, Volksvereins-Verlag. Pr. geb. 4.80 ℳ. — Ich wollte, die Zeit käme bald, die uns Margarete Windthorsts, der bereits bekannten lyrischen Dichterin, wahrscheinlich hervorragendste, kühnste Begabung enthüllt: die der ausgeprägt epischen Erzählerin. In dem obengenannten Werkchen bekundet sie sich noch durchweg als Lyrikerin: in wundervoll tiefen, urpoetischen Auffassungen und Wiedergaben des Natur- und — religiös vertieften, verklärten — Innenlebens unter der Form von rhythmischen und Prosagedichten, von Sagen, Legenden, Märchen. Die Monate bilden die Hauptstufen, auf denen sie die Seele des Jahres einfängt: mit denkbar zartestem und doch festem Griff, unter dem jede, auch die verborgenste Schönheit lebt, erwacht und sich entfaltet. Margarete Windthorst, die Großnichte „unseres" Windthorst, hat alles, um sich selber groß zu machen in der Kunst — nur dürfen wir dieser die Wege nicht versperren. E. M. Hamann.

„Die Hand am Pflug" von Wilhelm Friedrich Stolz nennt sich ein selten schönes, ganz reifes Buch, das eben erst die Presse bei Anton Pustet in Salzburg verlassen hat. Die gefällige Ausstattung macht es auch als Geschenkwerk überaus geeignet Wer immer für Seelenkultur Interesse hat, wer „besser werden möchte", dem sei das tief angelegte Büchlein wärmstens empfohlen. Er wird, wie Schreiber dieser Zeilen, immer wieder danach greifen, um es ganz auszukosten. Der es uns beschert, ist kein Vielschreiber, wie sie jetzt zu Hunderten den vertrauensseligen Buchfreund anfallen. Es ist auch keiner, der die großen Gedanken anderer an einer mehr oder minder kostbaren Schnur aneinanderreiht. Stolz ist ein Eigener, ein Innerlicher, der den Segen stiller, tiefer Meditation und reifer Lektüre vor uns ausbreitet. Dinge werden uns da gesagt, nach deren Wesen und Kenntnis wir längst schon unbewußt uns gesehnt, da sie uns so nottun. In einer feinziselierten Sprache redet der Verfasser zu uns, die den Leser gefangen nimmt. Vor allem wird natürlich der Priester, zumal der Institutvorsteher und Kongregationspräses dadurch starke Förderung und Anregung erfahren Das Werk möge bald, das ist des Schreibers Herzenswunsch, einen Nachfolger erhalten! Prof. P. Blasius Schwammel, O. S. B.

Dr. **Joseph Wichard: Der ewige Trost.** Sechs Vorträge. Herder. Kart. 1.60 ℳ. — Ueber „das seligste Wort, das je eine menschliche Zunge sprechen kann": Himmel, verbreiten sich in warmer, klarer, eindringlicher Sprache diese unseren „heimgegangenen Helden und den deutschen Dulderfamilien" gewidmeten sechs Vorträge über die Tatsache des ewigen Lebens; über das Wesen der Himmelsseligkeit; den Leib in der Verklärung; die Gesellschaftsfreuden des Himmels; die Gemeinschaft der Heiligen, und Sonne und Sonnenleben der Ewigkeit. Heilige Schrift, Völkertraditionen und kirchliche Kunst waren der lautere Quell, aus dem der Verfasser schöpfte. In dunkler, dunkelster Zeit einen stärkenden, lebenermutigenden Ausblick in eine alles irdisch Vergängliche für immer ausgleichende Zukunft des Lichts und des wahren Seins: nicht weniger als dies bietet das Büchlein den gewiß unzähligen darnach Verlangenden. E. M. Hamann.

Bühnen- und Musikrundschau.

Uraufführung im Lustspielhaus. Der Name des Holländers C. P. van *Rossem* war bis vor wenigen Wochen noch ganz unbekannt auf unseren Brettern. Jetzt wird in auswärtigen Theatern viel „*Femina*" gegeben, ein psychopathisches Lustspiel, das die einen als etwas ganz besonderes rühmen, während die anderen meinen, es stecke nicht viel dahinter. Für uns hatte die rührige Uebersetzerin Else Otten bereits ein neues Stück: „*Pomarius*". Pomarius ist ein Winkeladvokat, der der schwierigsten Dinge Herr wird, oft durch seine Skrupellosigkeit mit den Gesetzen in Konflikt gerät, aber immer wieder den Kopf aus der Schlinge zu ziehen weiß. Einmal handelt er aus Liebe zu seiner Frau korrekt und hilft einem Lumpen nicht. Da bringt die Denunziation dieses geschädigten Klienten ihn in eine sehr gefährliche Lage, und hätte Pomarius den Staatsanwalt durch dessen Wechselakzepte nicht in der Hand, es würde ihm seine Schläue nichts mehr nützen. Eine Scheinheirat, die Pomarius aus juristischen Gründen eingeht, und die zur wirklichen wird, gibt den sonstigen Vorgängen das Rückgrat. Wer so *altmodisch* ist, wie wir, eine *poetische Gerechtigkeit* zu fordern, kann an dem munteren Stückchen den ethischen Schönheitsfehler nicht verkennen. Dieser erfinderische Kopf ist eine dankbare Rolle, doppelt, wenn ein so gewinnend-liebenswürdiger Schauspieler wie Herr Günther sie gibt, denn es ist nötig, daß wir diesen Anwalt des Unrechtes auch als Mann von Herz, Humor und Güte kennen lernen. Die drei Akte sind sehr geschickt gebaut, unser Interesse bleibt bis zum Schlusse wach. Hierin hapert es ja bei heiteren Stücken zumeist. Frl. *Borkmann* und *Scharwenka* hatten noch besonderen Anteil am Erfolg.

Uraufführung im Volkstheater. Wenn man alle drei oder vier Monate ein ernstes Stück gibt, so bleibt das an Vergnüglichkeiten gewohnte Stammpublikum aus und die Literaturfreunde sind dem Hause entfremdet. Damit ist aber nicht der Beweis erbracht, daß man nicht wieder eine anspruchsvolle Hörerschaft sich heranbilden könnte. „*Die Fremden*", ein Drama von H. *Gerok*, einem jungen Wiener Dichter, sind hierzu nicht recht geeignet. Der mehrmals auf der Bühne erschienene Autor hatte vermutlich den Eindruck eines Erfolges, aber der wahre Erfolg klingt in diesem Hause lauter. Man denkt an Ibsens „Rebekka West" die auf Rosmersholm die Gattin Rosmers in den Tod trieb. Diese Mizzi ist eine sehr gefährliche Intrigantin mit einem Schuß Wedekindscher Fäulnis. Es ist alles etwas derb gemalt und wurde durch die Darstellung nicht verfeinert, so daß man nicht sonderlich innigen Anteil an den Vorgängen gewann, zumal die Trägerin der Hauptfigur, Fr. Meingast, gewandt, aber kühl spielte.

Theater am Gärtnerplatz. „*Schwarzwaldmädel*", Operette von A. Neidhardt. Musik von Leon Jessel. Da ist ein mit viel Liebe gezeichneter alter Domkapellmeister, der ungeachtet seiner großen Tochter sich in ein junges Mädel verliebt, aber am Ende einsehen muß, daß sich Jugend zu Jugend gesellt. Da sind ferner zwei Großstädter, die als fahrende Musikanten das Land durchziehen, derweil der eine von seinen Liebesschmerzen genesen möchte. Natürlich kommt die Betreffende nachgereist, um ihn wieder einzufangen. Da er nicht will, nimmt sie den Freund und er das Schwarzwaldmädel als Konkurrent des Herrn Kapellmeisters. Dazwischen gibt es auf dem ländlichen Fest eine Prügelszene — Meistersinger en miniature — und richtig erscheint auch der Nachtwächter mit dem großen Horn: „Hört ihr Leut' und laßt Euch sagen . . ." Die Musik ist mehr charakteristisch als stark in der Empfindung; aber manches ist recht nett. Natürlich gibt es die stillosen Tanzcouplets mit Parterreakrobatik, die so billigen Beifall finden. Die flotte Wiedergabe, besonders der von Jeder sehr liebevoll gezeichnete alte Kapellmeister verdiente die sehr herzliche Aufnahme.

Aus den Konzertsälen. Das Orchester des Konzertvereins hat im Sommer in Kissingen gewirkt. Sowohl die Symphonieabende, wie die leichteren Unterhaltungskonzerte haben allseitige Anerkennung gefunden. Nun hat es mit populären- und Volkssymphoniekonzerten seine Tätigkeit in der Tonhalle wieder aufgenommen. Hans *Pfitzner*, der neue künstlerische Leiter, hat für die *Abonnementskonzerte* eine sehr vielseitige Vortragsfolge aufgestellt. Mit Recht wird neuzeitigen Tonsetzern ein größerer Raum gegönnt. Ist doch infolge der konservativen Haltung der Musikalischen Akademie der Konzertverein die einzige Stelle, an der neue symphonische Werke erprobt werden können. Die Vortragsfolge sieht vor: Erstaufführungen von Symphonien Hugo Kauns und Ewald *Sträßers*, kleinere Werke des Schweizers V. *Andreae*, Jos. *Haas*, F. *Hagar*, *Mraczek*, A. *Reuß*, H. H. *Wetzler* und *Zilcher*. Das übrige Programm bietet Meisterwerke von festbegründetem Ruf. — Ein Beethovenabend des *Klingler-Quartettes* bot wohl das restlos Vollkommenste, was man bis jetzt in dieser Eindrücke reichen Konzertzeit gehört hat. Zusammenspiel, Klangschönheit und geistige Durchdringung sind von gleicher Vollkommenheit. Viele Geigerkünstler hörte man. Erika *Besserer*, die mit der über sehr gute Technik verfügenden Marg. *Büssing* konzertierte, hat viel Elan. Ihre Bogenführung zeigt Klangreiz. Mehr auf energische Betonung der Rhythmik legt die wohl erstmalig hier aufgetretene Lina *Daimer* Wert, die in A. *Clement* einen sehr tüchtigen Begleiter hatte. Mit Franzesco *Veracini* machten uns die Phil. *Braun* (Geige) und H. K. *Schmid* (Klavier) bekannt, die dann noch bei Mozart und Brahms ihre musikalische Kultur und technische Reife erfolgreich erwiesen. H. *Daucher* verfügt gleichfalls über eine sehr tüchtige Technik. Gg. *Krugs* Klavierspiel bot Schönes, teilweise sogar Ausgezeichnetes. Auch an Max *Jaffés* feinem, weichem Spiel konnte man Freude haben. — Hermann *Barrenscheens* Baß hat an Größe und Schönheit noch gewonnen, seit er der Münchener Hofoper angehörte; er konzertierte mit seiner Schwester Mina, einer Geigerin von großer Schönheit des Tones. Paula *Worm* singt reizvoll. *Mittermayer* (Gitarre) begleitet sie gut; so kommen Leistungen von schöner Einheitlichkeit zustande. Maria *Delbrans* schönes Material ist gut durchgebildet; ihr Vortrag ist liebenswürdig. Manche Lieder lagen ihrer Individualität weniger. Bertha *Lorenz* sang besonders die geistlichen Lieder H. Wolfs eindrucksvoll. *Knauer* (Geige),

Sagerer (Orgel), Schwickerath (Klavier) zeigten ihre bekannten Qualitäten.

Verschiedenes aus aller Welt. In Wien hatte die Uraufführung von Richard Strauß' Oper „Die Frau ohne Schatten" sehr starken Erfolg; es scheint jedoch, daß viele Leute mehr verwirrt als hingerissen waren und noch größerer Vertrautheit mit dem Werke bedürfen, um zu einem bestimmten Verhältnis gelangen zu können. Einzelheiten der Straußschen Musik haben allseitige Bewunderung gefunden, das technische Genie, das aus dieser ungemein schwierigen, ganz gewaltige Anforderungen stellenden Partitur spricht, wird kein Einsichtiger bezweifeln. Um das Hauptmotiv der Textdichtung, daß die Frau, die keine Kinder gebärt, keinen Schatten in der Welt weiß, gruppieren sich andere, schwer deutbare. Hofmannsthal zeigt in dieser Dichtung seine an allen Literaturen gebildete künstlerische Kultur, aber die Naivetät des Märchenerzählers liegt ihm wohl weniger. Die Münchener Aufführung wird uns Anlaß geben, uns eingehend mit dem Werke zu beschäftigen. — Pfitzners „Palestrina" fand in Berlin eine sehr herzliche Aufnahme. Bei diesen beiden nicht nur mit Kunstinteresse sondern auch mit Sensationslust erwarteten Premieren wurden die Eintrittspreise auf eine Höhe hinaufgeschraubt, wie sie im alten „Klassenstaat" undenkbar gewesen wären, dennoch waren die Häuser ausverkauft. Es ist auch nicht ohne pikanten Reiz, daß das Drama des Volksbeglückers Ernst Toller in einem Theater für neueste Literatur in Szene ging, in welchem die Plätze 50 M. kosten. Die dichterische Kraft scheint mäßig. Ein Jude, der sich dem Volke, unter dem er wohnt, fremd fühlt, wird Kriegsfreiwilliger, geht durch Schlachten, wankt durch Lazarette, predigt in Volksversammlungen die „Wandlung", jauchzt auf im „Dome" der Revolution, „betet" an das im Gefängnis geborene Kind, die Zukunft der Menschheit. Den Helden der Münchener Räterepublik, der erklärte, „jetzt gelte es zu siegen oder zu sterben", bevor er sich in einen Wandschrank verkroch, möchte aus Anlaß dieser Uraufführung eine stammverwandte Presse rehabilitieren. Die „Frankf. Ztg." leistet sich u. a. den geschmackvollen Satz: Tollers Menschentum hat etwas von dem Menschentum am ersten Schöpfungstage. Es ist sehr stark und rein. Es geht ein ethisches Gebot davon aus, man spürt an sich selber die verjüngende Kraft." L. G. Oberlaender, München.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Immer wieder das „Loch im Westen" — Geschäftsmoral und Schiebertum — Finanzmassnahmen unserer Industrie gegen Auslandskapitalisierung — Börsen-Ausschreitungen.

Als vordringlichste Wirtschaftsförderung wird die Abriegelung des „Loches im Westen" bezeichnet. Auch in der Berliner Konferenz der bayerischen Minister zwecks Aufstellung „wirklich fassbarer Massnahmen" zur Unschädlichmachung des Wuchers und Schiebertums bildete die Wiederherstellung der Zollgrenze Deutschlands, namentlich im Westen den Hauptberatungsgegenstand. Die hierbei aufgestellten übrigen Forderungen und Massnahmen, sowohl auf dem wirtschaftlichen wie organisatorischen und gesetzgeberischen Gebiet bedeuten gewissermassen den Rahmen eines Wirtschaftsprogrammes. Das Anstreben von Auslandskrediten, die Vereinfachung und Vereinheitlichung der Vorschriften für die Ein- und Ausfuhr, Förderung der inländischen Warenerzeugung, Preisüberwachung, Wiedereinführung der Akkordarbeit unter Sicherung von Mindestlöhnen, Einsetzung eines Reichskommissars zur Wucherbekämpfung, Ausgestaltung eines lückenlosen Netzes in Bezug auf Preisstellen und Wucherämter für das ganze Reich sind in grossen Zügen **die Forderungen des Tages.** Reichswirtschaftsminister Schmidt, Unterstaatssekretär Professor Hirsch, der bayerische Handelsminister Hamm und mehr oder minder auch die übrigen leitenden Wirtschaftskreise stellten im grossen und ganzen solche fast gleichbeitliche Wirtschaftsthesen auf. Voraussetzung hierzu ist naturgemäss — und dies konnte in der deutschen Nationalversammlung nicht oft genug betont werden — die Hebung des öffentlichen Pflichtbewusstseins. Das vielfache Sinken der Moral im öffentlichen Leben bei uns, besonders auf dem Steuergebiet, ist ein Kapitel, das sich wie ein schwarzer Faden gleichzeitig auch durch die Wirtschaftsbetrachtung zieht. Man erinnert sich an die Anklagen wegen Durchstechereien und Mitbeteiligung von gewissen Beamtenkategorien an der Westgrenze bei der waggonweisen und Güterzüge umfassenden unlegalen Wareneinfuhr aus Ententeländern. Nachdem die interalliierte Kommission der Rheinlande auf Vorstellung des deutschen Reichs- und Staatskommissars entschieden hat, dass der deutsche Zoll.

Weihnachtskrippen.

Zu den schönsten, sinnvollsten alten Bräuchen des Volkes gehört von jeher das Aufstellen einer Weihnachtskrippe. Wirklich künstlerische Werke werden hier durch bekannte Künstler geschaffen. Zu diesen zählt als einer der besten und erfolgreichsten der Münchener akadem. Bildhauer Sebastian Osterrieder. Die Eigenart seiner großen und kleinen Krippen und der zugehörigen, ausgezeichnet gearbeiteten Figuren besteht in ihrem hohen künstlerischen Werte, außerdem bei vielen und gerade den stattlichsten darin, daß der Künstler die Studien dazu von den Ortschaften und im Anblicke des Volkslebens des Hl. Landes gemacht hat. Eine bedeutende Zahl berühmter Kirchen und Dome, aber auch Kapellen, dazu ungezählte christliche Familien haben sich bereits in den Besitz Osterriederscher Krippen gesetzt, die, ob groß oder klein, allgemeine Bewunderung und Anerkennung erregen. Nähere Angaben werden auf Wunsch gerne unverbindlich gemacht. Adresse: München, Georgenstr. 113.

dienst an der Grenze gegen Lothringen und das Saargebiet erst dann in Tätigkeit treten kann, wenn solcher gleichzeitig auch an der Grenze von Baden und der Rheinpfalz vollständig gesichert ist, bleibt damit die definitive Regelung der Grenze im Westen auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben. Das „offene Loch im Westen", das vielfach und nicht mit Unrecht als die offene Wunde des deutschen Wirtschaftslebens bezeichnet wird, bedingt daher weiterhin die Abzapfung des wertvollen Wirtschaftsblutes Deutschlands. Die deutsche Valuta beginnt wiederum zu sinken. Trotzdem ist unverkennbar, dass der deusche Export nachweisbar starken Aufschwung genommen hat, unbeachtet der vielen Missstände, wie solche bedauerlicherweise im zunehmenden Masse durch die mangelhaften Verkehrsverhältnisse bei Post, Eisenbahn, Telephon und Telegraph fast überall zu verzeichnen sind.

Schwerer belastend und dabei noch in zunehmendem Masse bleibt die um sich greifende Geschäftsspionage der Entente-Wirtschaftsfaktoren, namentlich aus Frankreich. Wohl hauptsächlich darauf ist die längst erwartete und nunmehr eingetroffene Finanztransaktion der deutschen Farbenindustrie zurückzuführen. Um rund 750 Millionen Mark wird durch Verdoppelung der seither schon grossen Kapitalien dieser unerreichte deutsche Geschäftszweig vermehrt. Auch in der Schwerindustrie, besonders in den Verfeinerungssparten, in der Brau-, Spiritus- und Glühlampenbranche erfolgen ähnliche, wenn auch geringfügigere Industriezusammenschlüsse, alle hauptsächlich mit dem Endziel, zu verhindern, dass **das ausländische Kapital** vornehmlich auf Basis der derzeit unerträglichen Valutaverschlechterung sich den beabsichtigten massgebenden Einfluss schaffen kann. Amerikanische Banken errichten in Berlin Niederlassungen, französische Institute solche im Rheinlande, sogar im Osten, in Danzig. Laut den interessanten Ausführungen in der „Germania" bestehen Ententeabsichten auf eine finanzielle Hörigkeit hinsichtlich unserer Binnenschiffahrtsstrassen, wie beispielsweise mit dem Donau-Mainkanal. Für denselben soll diesen Abhandlungen zufolge ähnlich der Suezkommission durch Ausgestaltung des Projektes des bayerischen Exkönigs Ludwigs III. ein grosszügiges Problem der Regulierung des ganzen Donaulaufes von Ulm bis Braila, internationale Donau-Schiffahrtskontrakte errichtet werden. Mögen solche Pläne ganz, teilweise oder gar nicht zur Ausführung gelangen, immerhin bleibt interessant, wie sehr sich die Entente um unsere innere Wirtschaftsgestaltung bemüht, naturgemäss alles auf Basis eigener Vorteile! Auch die neuen französischen Immobilienkäufe in Frankfurt, Baden-Baden, Wiesbaden usw. bilden das Glied in der Kette der bedauerlich vor sich gehenden Liquidation unserer wertvolleren Wirtschaftsaktivposten.

M. Weber, München.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Die Kriegsschäden der deutschen Lebensversicherungsgesellschaften. In der Lebensversicherung sind während des Krieges rund 100000 Kriegssterbefälle angemeldet worden, durch die mehr als 450 Millionen Mark fällig wurden. Genauere Angaben liegen von der Stuttgarter Lebensversicherungsbank a. G. (Alte Stuttgarter) vor. Diese Bank hat alsbald nach Ausbruch des Krieges für alle bestehenden Versicherungen, auch wo es bei Abschluß nicht beantragt war, das Kriegswagnis in vollem Umfange ohne Sonderzuschlag übernommen. In der langen Kriegsdauer sind bei ihr nicht weniger als 5420 Versicherte im Felde gefallen, wodurch rund 38 Millionen Mark an die Hinterbliebenen auszuzahlen waren. Besonders opferreich waren die Jahre 1914 und 1915 mit ihren Bewegungskämpfen im Osten und Westen. Mit dem Einsetzen der Stellungskämpfe gingen die Kriegssterbefälle beträchtlich zurück, sodaß trotz eines ständig sich erweiternden Kreises der unter Kriegsgefahr Stehenden, das Jahr 1916 die wenigsten Kriegsschäden zeigt. Das Jahr 1917, ausgefüllt mit eigenen und feindlichen Offensiven, brachte sofort wieder ein Anschwellen der Gefallenenziffern, ohne daß die hohen Zahlen der beiden ersten Kriegsjahre erreicht worden wären; 1918 bleibt an Verlustziffern hinter dem Vorjahre nicht viel zurück, ja einzelne Monate reichen an die opferreichsten des Krieges heran. Deutlich spiegelt sich auch in den Zahlen der „Alten Stuttgarter" der Anteil wieder, den die bayerischen Truppen an den Kämpfen hatten. Im Ganzen wurden 872 bayerische Versicherte mit rund 5,5 Millionen Mark als im Kriege gefallen bei der Bank angemeldet. Die Bank hat die anfallenden 38 Millionen sofort nach Beibringung der Todesnachweise ausgezahlt und ist trotz dieser gewaltigen Anforderungen dank ihrer beträchtlichen, im Frieden vorsorglich angesammelten Rücklagen unerschüttert in ihren Grundfesten aus dem Kriege hervorgegangen.

Hochland

Monatschrift für alle Gebiete des Wissens, der Literatur und Kunst.

Herausgegeben von **Prof. Karl Muth.**

Preis vierteljährlich M. 6.— Einzelheft M. 2.50

Das Hochland hat seinen Ruf als eine der vornehmsten deutschen Zeitschrift von hoher literarischer Bedeutung bewahrt. Es ist so recht eine Zeitschrift für nach Weiterbildung strebende Gebildete jeden Standes. Die bedeutsamsten Gelehrten unserer Zeit zählt es zu seinen Mitarbeitern. Der Theologe wie der Pädagoge, der Mediziner wie der Jurist, der Kunstfreund wie der Universitätsstudent und Primaner werden über die großen Fragen der Kultur und die neuesten Strömungen, Forschungen und Resultate auf den einzelnen Gebieten der Wissenschaft unterrichtet. Der belletristische Teil ist reichhaltig und vornehm. Berlin „Akademia".

Jos. Kösel'sche Buchhandlung — Kempten — München

Weihnachtskrippen in allen Grössen

Dürerkrippe nach den Gemälden Dürers

Jesukindstatuen, Kinderaltäre, sowie alle anderen religiösen Geschenk-Artikel für Weihnachten. -- Alle guten Bücher und Zeitschriften.

J. Pfeiffer's relig. Kunst-, Buch- und Verlagshandlung (D. Hafner), München

Herzogspitalstrasse 6. Telephon 6177.

Kirche und Weltkrieg

Eine Uebersicht der Tätigkeit der kath. Kirche im Weltkrieg an Hand von der Presse entnommenen Zeitdokumenten von Bruno Grabinski.

8°. 216 Seiten. Ungebunden Mk. 4.60, gebunden Mk. 6.—

Diese Dokumentensammlung besitzt dadurch, daß sie eine Zusammenstellung von Zeugnissen darstellt, die von den verschiedensten Seiten herrühren, einen besondern Wert

Verlag von Friedrich Pustet, Regensburg

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen

Ein Lichtblick in Deutschlands religiöse Vergangenheit

ist unser neuestes, durch alle Buchhandlungen zu beziehendes Verlagswerk:

Die Herz-Jesu-Verehrung des deutschen Mittelalters.

Nach gedruckten und ungedruckten Quellen dargestellt von **Karl Richstätter S. J.**

I. Band. Preis gebunden 7.00 M., nebst 10% Teuerungszuschlag.

— Der zweite Band wird in Kürze die Presse verlassen. —

Mit diesem Buche ist die katholische Literatur um ein Werk bereichert, das der Wissenschaft wie der Erbauung zugleich dienen will. Eine sorgsame Forschung und ein fleißiges Zusammentragen der untrüglichsten Belege hat es dem Verfasser ermöglicht, den Beweis zu liefern, daß die Verehrung des göttlichen Herzens Jesu schon im 12. Jahrhundert in Deutschland verbreitet war, und daß ihre Uebung sich bis in das 16., ja selbst bis in das 17. Jahrhundert verfolgen läßt. Mit wachsendem Interesse verfolgt der Leser die glänzenden Erscheinungen während der Blütezeit dieser Verehrung, er erfährt, wie die Predigt, die religiöse Volksdichtung und die Mystik sich mit heiligem Eifer diesem Gegenstande widmeten. Nur späteren Vorurteilen gegen das deutsche Mittelalter ist es zuzuschreiben, daß eine so hohe Würdigung der Person des Erlösers und ein so inniges Verständnis für diese dem Deutschtum bestritten wurden, ein so urdeutscher Gebrauch der Vergessenheit anheimfallen konnte.

Paderborn. **Bonifacius-Druckerei.**

Ein segensreiches Werk

ist unsere

„Katholische Volksbibel",

herausgegeben von **Pfarrer Dr. Hellmann.**

Sie soll ihre ganze göttliche und menschliche Werbekraft einsetzen an unseren Zeitgenossen, aus deren Geist und Herz eine seichte, vielfach glaubenslose Literatur die religiösen Ueberzeugungen und sittlichen Lebensanschauungen unserer Väter zu verdrängen sucht. Es tut dringend not, dass die Menschen des zwanzigsten Jahrhunderts sich wieder geistig orientieren in dem heiligen Buche, in dem Gott selbst den wichtigsten Zeitraum der Völkergeschichte beschrieben und beurteilt hat. Darum empfehlen wir Ihnen die Anschaffung der Katholischen Volksbibel angelegentlichst. Behufs immer weiterer Verbreitung versenden wir jetzt wieder 10000 Stück portofrei und ohne Kaufverpflichtung drei Tage zur Einsicht. Lassen Sie sich sofort ein Exemplar kommen. Behalten Sie es, so können Sie den Kaufpreis in 10 Monatsraten à 3 Mk. begleichen, so dass Sie also ohne fühlbare Ausgabe in den Besitz dieses gediegenen, hochfein gebundenen und mit 40 farbigen Kunstbeilagen geschmückten Familienbuches gelangen. **Eine Bibel gehört in jedes katholische Haus.** Schreiben Sie noch heute eine Postkarte an die

Süddeutsche Verlagsbuchhdl. Franz Tuch,

München, Göthestr. 49.

Höhere Mädchenschule und Mädchen-Realgymnasium

der Englischen Fräulein in Regensburg.

Statut der Schule und Prospekt des Pensionates :: durch das Direktorat ::

Hadern und Knochen

sortiert und unsortiert.

Strumpfwolle, Neutuch, Zeitungen

kauft zu reellen Preisen von Privaten und Händlern, Anstalten, Klöstern usw.

Adolf von der Heiden, München, Baumstr. 4.

Telephon Nr. 22285. — Bahnsendung. München-Süd. Bahnlagernd.

München Dachauer Aktiengesellschaft für Maschinenpapierfabrikation in München.

Wir laden hiermit unsere Aktionäre zu der

am Montag den 10. November 1919,

vormittags 11½ Uhr,

im **Sitzungssaale des Notariats München II,** Neuhauserstr. 6/2 dahier, stattfindenden

ausserordentlichen Generalversammlung

ein.

Tagesordnung:

1. Erhöhung des Grundkapitals von ℳ 1,200,000.— auf ℳ 2,000,000.— durch Ausgabe von 800 neuen auf Namen lautenden Aktien zu je ℳ 1000.—.
2. Festsetzung der Begebung der neuen Aktien und Bestimmung über die Einräumung des Bezugsrechtes der Aktionäre auf die neuen Aktien.
3. Aenderung des § 3 des Statuts (Höhe des Grundkapitals).

In der am 6. Oktober 1919 stattgefundenen Generalversammlung mit der gleichen Tagesordnung war eine Beschlussfassung nicht möglich, da die nach § 15 Abs. III der Satzung erforderliche Vertretung von ¾ der emittierten Aktien nicht vorhanden war.

Es wird darauf hingewiesen, dass die neu einberufene Generalversammlung ohne Rücksicht auf die Zahl der vertretenen Aktien in der Art beschlussfähig ist, dass die Beschlüsse nur durch ¾ Mehrheit gefasst werden können.

München, den 7. Oktober 1919.

München Dachauer Aktiengesellschaft für Maschinenpapierfabrikation.

Der Vorstand.

Kullen. Kaula.

Pfälzische Hypothekenbank
Ludwigshafen a. Rh.

Pfandbrief-Verlosung.

Bei der heutigen Verlosung in Gegenwart des Notars Herrn Justizrats Wiest hier wurden gezogen

die Endnummern 87 und 66
von den 3½% Pfandbriefen der Serien 1 und 3,

die Endnummern 36 und 63
von den 3½%igen Pfandbriefen der Serien 4 bis einschließlich 15, sowie 19 und 20 und von den 4%igen Pfandbriefen der Serie 21,

die Endnummern 36
von den 3½% Pfandbriefen der Serien 22 bis einschließlich 27 und von den 4%igen Pfandbriefen der Serien 37 bis einschließlich 42.

Es gelangen somit ohne Unterschied der Litera sämtliche Pfandbriefe der Serien 1 und 3, deren Nummern mit den gezogenen Ziffern 87 und 66 endigen, also beispielsweise 87, 66, 187, 166 usw. zur Heimzahlung. Ferner gelangen zur Heimzahlung ohne Unterschied der Litera sämtliche Pfandbriefe der Serien 4 bis einschließlich 15, sowie 19, 20 und 21, deren Nummern mit den gezogenen Ziffern 36 und 63 endigen, also beispielsweise 36, 63, 136, 163 usw., endlich ohne Unterschied der Litera sämtliche Pfandbriefe der Serien 22 bis einschließlich 27, dann 37 bis einschließlich 42, deren Nummern mit der gezogenen Ziffer 36 endigen, also beispielsweise 36, 136 usw.

Die Einlösung der gezogenen Pfandbriefe findet schon von heute ab kostenfrei gegen Rückgabe der Mäntel und der nicht verfallenen Zinsscheine sowie der Erneuerungsscheine statt an unseren Kassen in Ludwigshafen a. Rh. und München sowie bei sämtlichen Pfandbrief-Vertriebsstellen.

Die regelmäßige Verzinsung der heute gezogenen Pfandbriefe endigt am 1. Januar 1920, von welchem Tage an 2% Depositalzins vergütet wird.

Verlosungslisten sind an unseren Kassen sowie bei unseren sämtlichen Pfandbriefvertriebs- u. Zinsscheinzahlstellen kostenlos erhältlich.

Ludwigshafen am Rhein, den 22. September 1919.

Die Direktion.

Für die Redaktion verantwortlich: i. V. Dr. Jos. Kausen, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gh.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich M 4.50.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis:
Die 5× gespaltene Millimeterzeile 50 Pfg., Anzeigen auf Textseite d. 95 mm breite Millimeterzeile 250 Pfg.
Beilagen einschl. Postgebühren M 25 d. Tausend.
Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.
Rabatt nach Tarif.
Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig.
Erfüllungsort ist München.
Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt.
Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer.

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 44. München, 1. November 1919. XVI. Jahrgang.

Warum ist das deutsche Volk unpolitisch?

Von Ministerialdirektor Dr. E. Ver Hees.

Von allen Seiten wird jetzt mehr denn je darüber geklagt, daß das deutsche Volk unpolitisch sei, daß ihm die Veranlagung für Weltpolitik, ja für Politik überhaupt abgehe; es wird betont, daß es seine Sendung auf anderen Gebieten suchen müsse. Weniger wird darüber nachgeforscht, warum ihm die Geschicklichkeit zur Politik fehlt; darin läge denn doch die Möglichkeit, ihm nachzuhelfen, seine mangelhafte Begabung zu ergänzen. Eine erschöpfende Antwort auf diese Frage würde Bände erfordern. Es sei hier erlaubt, einige unvollständige Winke über einen Teil der Ursachen und der Heilmittel vorzulegen.

Wie manche Fehler des menschlichen Wesens, hängt die Unzulänglichkeit der Deutschen auf politischem Gebiete mit einigen ihrer Vorzüge zusammen, wie der Schatten mit dem Lichte; sie liegt an ihrer Ehrlichkeit und Gründlichkeit. Unbesonnenheit und übertriebene Offenheit, Einseitigkeit und übertriebene Spezialisierung sind die Folgen. Was auch die Deutschen sagen, vorhaben, tun oder lassen: man merkt die Absicht. Ihr ehrliches Pflichtgefühl bedingt die Unfähigkeit, zu vertuschen, irre zu führen, die Tatsachen so vorzuspiegeln, wie man sie aufgefaßt zu sehen wünscht. Wenn Bismarck seine meisten Erfolge errang, dann kam das davon, daß er ganz einfach die Wahrheit sagte: niemand glaubte ihm im Auslande, weil das in anderen Staaten nicht üblich ist. Er erntete den Vorteil des ungerechtfertigten Mißtrauens. Das verfängt aber auf die Dauer nicht mehr; übrigens ist nicht jeder Staatsmann ein Bismarck. Der Franzose Talleyrand war es, der von einer Handlung sagte: „es ist ärger als ein Verbrechen, es ist ein Fehler". Und ein anderer: „n'avouez jamais": „gestehen Sie ein Unrecht niemals zu!" Solche Gedankengänge sind dem deutschen Wesen fremd. Alfred Weber schreibt in seinen „Gedanken zur deutschen Sendung": „es ist irgendeine Art von Robustheit und intellektueller Einfachheit — Einfalt — möchte man es lieber nennen. In ihr liegt ja unsere größte Tiefe, aus ihr kommt unser Bedürfnis nach Ehrlichkeit, Gradheit, usw. Ist es denn nun so, daß all das notwendig mit jener fürchterlichen Unfähigkeit des Ueberschauens der psychischen Wirkungen einer Handlung, mit jenem entsetzlichen Eingesperrtsein in sich verbunden sein muß, das doch den psychologischen Untergrund von so vielem Falschen, das wir machen, darstellt".

Nicht nur die Folgen einer Handlung, sondern auch die volkspsychologischen Wirkungen eines Beschlusses, eines Wortes, einer Haltung, einer Unterlassung werden bei den Deutschen nicht eingesehen oder wiegen gegen das ehrliche Pflichtgefühl, das keine politischen, seelischen Rücksichten kennt, nicht auf. „Wenn es richtig oder notwendig ist", sagte ein hervorragender, ausgezeichneter, gewissenhafter deutscher Beamter, „so dürfen wir uns um politische Gesichtspunkte nicht kümmern". Er sagte das mit einer Art Ekel vor dem politischen Geschäfte, und .... richtete seine Sache zugrunde, weil er das Was mehr betrachtete, als das Wie. „Auf moralische Eroberungen verzichten wir". Ob solche Anschauungen dem „deutschen Gedanken" die Möglichkeit bringen, zu erreichen, daß „die Welt an ihm genest", ist zu bezweifeln.

Gegen diese jahrhundertelange Anlage gibt es ein Mittel: staatsbürgerliche Erziehung. Der beschränkte Untertanenverstand hat sich vieles gefallen lassen: es liegt die Gefahr nahe, daß der entfesselte Prometheus ohne Vorbereitung, ohne Ueberlegung, im gehobenen Gefühl der Befreiung, des Besserwissens, des richtigen Instinkts, es noch viel ärger treibt.

Nascitur poeta: man wird als Dichter geboren: und der Dichter, der abstrakte Denker, der Träumer, der Künstler ist in Deutschland nicht selten. Fit orator: der Redner wird gemacht oder erzogen. Der deutsche „Redner" entspricht nicht ganz dem lateinischen Ausdrucke, wie überhaupt in zwei Sprachen zwei angeblich gleichbedeutende Worte sich selten vollständig decken. Vorurteile überwinden, Ueberzeugungen bestimmen, Entschlüsse zeitigen, Strömungen nnd Erfolge zustande bringen, das ist die Redekunst, die Ueberredungsfähigkeit.

Wie erringt man sie?

Durch machiavellistische Tücke oder Vielseitigkeit, wie der Italiener, durch oberflächliche Schöngeistigkeit, wie der Franzose? Der ehrliche, offene Deutsche kann das nicht nachmachen. Seine Tiefe, gründliche Voranlage und Bildung haben neben ihren Vorteilen die Schattenseite, daß er sich auch meistens in seinen Anschauungen, in sein Forschungsgebiet zu sehr verbohrt und der allseitigen Rücksichten auf andersgeartete, andersdenkende Menschenkreise entbehrt. Uebertriebene Spezialisation ist eine Nebenerscheinung der Gründlichkeit und Vertiefung auf dem eigenen Wissensgebiete. Politik ist aber die Kunst, andere zu verstehen und zu überreden, sie hinzureißen und von ihrer Mitarbeit Gebrauch zu machen. Die unwägbaren und unmeßbaren Menschenstimmungen und Strömungen, die Regungen von Herz und Blut, die launenhaften Wallungen des Geistes und der Willkür: das gilt es einzusehen und zu beherrschen, bei anderen Menschen und bei anderen Völkern wie bei sich selbst.

Wie steht es aber mit der allgemeinen Bildung der Deutschen, die, mitten in Europa ansässig, so allseitig sein sollten? Psychologie, Völkerpsychologie, das heißt die Ergründung der Völkerkunde, wird sie von den zukünftigen Führern der Nation getrieben? Die Geschichte, die Kenntnis der Staatseinrichtungen, die Psyche der Nachbarn, sind sie Gemeingut der deutschen Gebildeten geworden? In einem kleinen fremden Lande muß nicht nur der spezialisierte Philosoph oder Pädagoge, sondern auch der angehende Jurist, Arzt oder Ingenieur auf der Universität Psychologie, Logik, Moral und Geschichte der Philosophie getrieben haben: er wird darüber in den beiden ersten Staatsprüfungen befragt. Der zukünftige Jurist muß dabei noch die politische Geschichte der Griechen und Römer, des Mittelalters und der neueren Zeit, die Verfassungen, Staatseinrichtungen, Geistesströmungen und diplomatischen Erfolge oder Niederlagen einer mehr als zweitausendjährigen Entwicklung der großen Völker sich aneignen und die Lehren davon mit denjenigen der inneren und äußeren Schicksale des eigenen Staates vergleichen können, dabei allgemeine Literaturgeschichte studieren. So weckt man Interesse für Politik, so ruft man die versteckte Veranlagung für praktische Beteiligung am Menschen- und Völkergetriebe auf; so bringt man es fertig, daß die „Tüchtigen" ihr Gewissen und das Gewissen ihres Volkes untersuchen, seine Fehler einsehen wie die Wesensart der Nachbarn und darnach zu handeln lernen. So werden politische Führer erzogen, Erfahrungen schon praktisch angeeignet, zur Ueberlegung, Vorsicht, Rücksicht, Zielbewußtheit und Zielsicherheit angeleitet.

Die gründlichen deutschen Spezialisten, Sachkundigen sind bisweilen unter sich wie Monaden, welche keine Fenster haben. Die Zusammenhänge der verschiedenen Wissenschaften, nicht nur unter Forschungsgebieten, sondern in der praktischen Lebensbetätigung, werden nicht bemerkt, oder mit einer verhängnisvollen Ueberhebung und Oberflächlichkeit die Grundlagen und

sogar die Berechtigung von anderen Disziplinen übersehen, ja ausdrücklich geleugnet und bestritten. So entstehen bei dem einseitigen, einfarbigen Lichte einer Beschäftigungsart, Systeme, deren Urheber sie als „die" Wissenschaft, „die" Politik im inneren und äußeren Sinne aufzwingen wollen. Eine allseitigere Vorbildung würde diesem unbedachten ehrlich-offenen Auftreten einige Schranken von selbst entstehen lassen.

Blinde Nachahmung fremder Gedankengänge, Methoden und Einrichtungen ist wohl nie zu empfehlen, weil die Voraussetzungen für ihr Gelingen verschieden sind. Eher doch eine weniger abgeschlossene Bildung, allseitige Durchdringung der Vorbereitungsgebiete. Die Führer eines Volkes müssen mehr von allen Gesichtspunkten und von allen Teilgruppen ihrer Nation wissen. Wollen sie sich für äußere Erfolge befähigen, so müssen sie besser einsehen, wie andere Völker denken und fühlen, wie sie dazu gekommen sind, wie sie die eigenen, internationalen Errungenschaften vorgearbeitet, durchgeführt und benutzt haben.

Der französische Statistiker A. de Foville hat einmal geschrieben: „Wenn man sagt, die Statistik sei gemacht für Statistiker, so ist das soviel, als ob man sagte, das Brot sei gemacht für die Bäcker." In noch größerem Maße ist das wahr von den wesentlichen, geistigen, gefühlsmäßigen, nicht nur zahlenmäßigen Ergebnissen der Wissenschaft, der Bildung und der Erfahrung. Die Geschichte ist nicht allein bestimmt für die Historiker, sie ist die Lehrmeisterin des Volkslebens. Die Psychologie des Menschen, des Volkes und der Menschheit muß die richtigen Methoden der Anwendung der geschichtlichen Vorbilder lehren. Die psychologische, politische und parlamentarische Darstellung darf sich aber nicht darauf beschränken, Tatsachen, Einzelheiten vorzulegen, auch so ehrbare Vertiefung und Gründlichkeit zu erreichen, sondern auch und besonders Vergleiche und Zusammenhänge zwischen den Völkern, ihrer Wesensart, ihrer Geschichte, ihrer Kultur, ihren Erfolgen auf den verschiedenen Gebieten und zwischen diesen Gebieten selbst ins rechte Licht zu bringen. Am Ende des achtzehnten und im Anfang des neunzehnten Jahrhunderts fand man ja in Deutschland schon Interesse für diese allgemeine Betrachtungsweise Die Unzulänglichkeit der damaligen Forschungsergebnisse in manchen Disziplinen lassen jene Versuche als verfrüht oder ergebnislos erscheinen. Dennoch haben Polyhistoren wie Herder, Humboldt, Schlegel, Goethe, Görres, vielleicht zum Aufstieg ihres Vaterlandes im neunzehnten Jahrhundert beigetragen. Was kann man jetzt wenigstens nicht versuchen, mit den hervorragenden, altbewährten deutschen Kräften von heute?

Weltrundschau.

Von Fritz Nienkemper, Berlin.

Ritardando.

So war in der politischen Partitur für die Berichtswoche vermerkt. Ueberall schleppendes Tempo. Der Friedensvertrag noch nicht in Kraft gesetzt; Petersburg noch nicht erobert, geschweige denn die Sowjetmacht von Moskau gebrochen; der Konflikt wegen der deutschen Truppen im Baltikum noch nicht erledigt; die kleine Blockade in der Ostsee noch im Gange; auch die Fiumefrage ungelöst. In der Rennplatzsprache könnte man sagen: Es wird auf Warten geritten.

Dieselbe Entente, die dem Gegner für die folgenschwersten Entschlüsse über viele hundert Paragraphen die kürzesten Ultimatumsfristen setzte, nimmt für sich einen Monat nach dem andern gemächlich in Anspruch. Nachdem endlich die drei großmächtigen Ratifikationen vorlagen, hätte man doch mit der rechtsbildenden Zeremonie des Austausches nicht noch warten sollen. Aber die Herren waren offenbar noch nicht fertig geworden mit dem Apparat, den sie zur Durchführung ihres Gewaltfriedens brauchen. Ein kleines Heer von Kommissionären, die uns überwachen oder vielmehr bevormunden sollen, war für das innere Deutschland mobil zu machen; ein recht beträchtliches Heer von Bewaffneten für die deutschen Bezirke, in denen abgestimmt werden soll. Dann muß der Rat des noch ungeborenen Völkerbundes verschiedene Wahlen treffen. Die vorgesehenen Fristen laufen vom Tage des Inkrafttretens des Friedensvertrages. Daher die Verzögerung des Schlußpunktes. Rühmlich ist es freilich nicht, daß man in der langen Zwischenzeit noch nicht mit den Vorbereitungen fertig geworden ist.

Die lange und scharfe Geduldsprobe, die uns die Gegner auferlegen, wirkt natürlich auch erschwerend und verzögernd auf die innere Politik der Heilung und des Wiederaufbaues. Bei den Statsberatungen in der Nationalversammlung werden schöne Programmreden gehalten; aber hinter ihnen steht das beängstigende Fragezeichen: Läßt man uns die Möglichkeit, haben wir noch die Kraft?

Der Außenminister entwickelt die gründliche Reform des diplomatischen Dienstes: aber was nützen uns die tüchtigsten Diplomaten und die rührigsten Konsuln, wenn das Ausland kein Vertrauen gewinnen kann auf die Festigkeit der Ordnung und die Fruchtbarkeit unserer Industrie? Der Reichsverkehrsminister schildert die beschlossene Einheitlichkeit der Einrichtung und Ausnutzung aller Verkehrsmittel zu Lande, zu Wasser und in der Luft; aber er muß schließen mit einer Jeremiade über die gegenwärtige Verkehrsnot, die uns nicht allein mit einem Milliardendefizit der Eisenbahnen, sondern mit dem Zusammenbruch des Erwerbslebens und der Volksversorgung bedroht. Der Finanzminister reiht einen Steuerplan an den andern und ist stolz auf die Zentralisation des ganzen Steuerwesens in der Hand des Reiches; aber er muß verzweifelt kämpfen gegen die Furcht vor den Raubfingern der Entente, gegen das heillose Sinken der Steuermoral, gegen die raffinierte Flucht des Kapitals. So müssen also Programmreden in Sündenbekenntnisse und Bußpredigten auslaufen. Immer wieder Ermahnungen zur Einigkeit, zur Ordnung, zur Genügsamkeit und zur fleißigen Arbeit; sie finden lebhaften Beifall bei den Gutgesinnten, aber die Extremen in der Opposition, die Putschhetzer und die Streikschürer, die Schmuggler und die Spieler nebst dem großen Troß der Vergnügungsjäger bleiben ungebessert.

Der Untersuchungsausschuß.

Während die Zukunft uns so schwere Sorgen macht, unterziehen sich die Beauftragten der Nationalversammlung der Aufklärung der traurigen Vergangenheit. Zum kritischen Rückblick auf die Schicksalsjahre ist ein Ausschuß eingesetzt worden, der wiederum 4 Unterausschüsse gebildet hat. Der zweite davon hat den Vortritt genommen in der Untersuchung über die Friedensmöglichkeiten, die verpaßt wurden oder gescheitert sind. Bis jetzt ist nur ein Zeuge vernommen worden, nämlich der damalige deutsche Botschafter Graf Bernstorff über die Vermittelungsversuche des Präsidenten Wilson vom Herbst 1916 und Anfang 1917, die sich mit dem Friedensangebot unseres Vierbundes vom 12. Dezember 1916 kreuzten und schließlich durch die amerikanische Kriegserklärung abgelöst wurden. Drei Tage dauerte die Vernehmung Bernstorffs, und schon diese erste Probe zeigte, daß es bei den verwickelten Verhältnissen der kritischen Zeit ungeheuer schwer, ja für eine Untersuchung von deutscher Seite allein schier unmöglich ist, der Wahrheit auf den Grund zu kommen.

Was bis jetzt zu Tage gefördert ist, hat mehr Rätsel aufgegeben, als gelöst. Wenn die Ansicht des Grafen Bernstorff über die Ehrlichkeit und Geschicklichkeit des Wilsonschen Friedensversuches zutreffend ist, so begreift man nicht, warum man von Berlin aus die Aktien nicht entschiedener unterstützt oder doch zum wenigsten sich ungestört hat auswirken lassen. Man darf kein Urteil formulieren, ehe man nicht den früheren Reichskanzler und seine Mitarbeiter gehört hat. Ueber die wirkliche Mentalität Wilhelm's und die Aussichten seines damaligen Versuchs werden wir überhaupt wohl eine sichere und erschöpfende Aufklärung erst erlangen, wenn auch die Akten und die Aussagen von der Gegenseite zum Vorscheine kommen, die einseitige Untersuchung in Deutschland bringt naturgemäß die Gefahr mit sich, daß die Schwächen und Fehler unserer damaligen Politik grell hervortreten, während die Untugenden auf der Gegenseite im Dunkel oder wenigstens im Schatten bleiben.

Riesenschulden — Riesensteuern.

Im täglichen Leben findet man oft, daß vermögende Leute sparsamer wirtschaften als verschuldete. Das scheint für die Staaten auch zuzutreffen. Deutschland ist verschuldet zum Ersticken und stellt doch ungeheure Ausgabeposten in seinen Haushalt. Nicht nur an den notwendigen Zinsen, sondern auch an ordentlichen Mehrausgaben und außerordentlichen Aufwendungen, über deren Notwendigkeit sich noch streiten läßt. Es herrscht vielfach das Gefühl: Auf eine Milliarde mehr oder weniger kommt es jetzt nicht mehr an.

Die Revolution wird als großer Fortschritt gepriesen und die moderne „Freiheit" als ein kostbares Gut. Diese Errungenschaften sind auch kostbar im prosaischen Sinne. Das erste Friedensjahr ist noch teurer, als das letzte Kriegsjahr. In einem

Jahr haben sich die Schulden des Reichs um 40 Milliarden vermehrt. Im ganzen haben wir jetzt über 200 Milliarden Schulden. Wenn das so weiter geht, deckt bald das gesamte Nationalvermögen die Passiva des Reichs nicht mehr.

Der Reichsrat hat über die Finanzlage beraten und ist auch zu der Ansicht gekommen, daß es so nicht weitergehen könne. Der Finanzminister und die Volksvertreter quälen sich ab, um durch eine Reihe von Steuergesetzen die Einnahmen zu vermehren. Der Reichsrat sagt mit Fug und Recht, daß auch die Vermeidung der Ausgaben erstrebt werden muß. Beim Danaidenfaß kann das Hineinschöpfen nur fruchten, wenn die Abflüsse gestoppt werden. Zunächst ist beschlossen, die „zeitgemäße" Neigung der Behörden zu Etatsüberschreitungen zu dämpfen, indem man sie haftbar macht für Mehrausgaben, die nicht vorher vom Finanzminister genehmigt sind. Des weiteren wird ein einschneidender Abbau der außerordentlichen Ausgaben für unabwendbar erklärt.

Diesen Verhandlungen des Reichsrats kann man nur die weiteste Verbreitung und gewissenhafteste Berücksichtigung wünschen, damit endlich die verschwenderische Lebensweise aufhört, die im öffentlichen wie im privaten Wirtschaften eingerissen ist. Sonst können die neue Steuerherrlichkeit des Reiches, die zugehörige Abgabenordnung und die anderen Steuern die erhoffte Frucht nicht bringen.

Von größter Bedeutung ist ferner, daß das Nationalvermögen, aus dem wir die Deckung schöpfen müssen, nicht flüchtig wird in seinem leistungsfähigsten Teil, nämlich in dem mobilen Kapital. In Masse sucht es den Weg ins Ausland oder in ein Versteck, das die Steuerbehörde nicht erreichen kann. Der erste Plan der Abhilfe, die Abstempelung der Wertpapiere, hat sich nicht durchführen lassen. Nun wird ein neuer Weg beschritten: die Wertpapiere und ihre Coupons im Besitz von Inländern sollen nur eingelöst werden können, wenn sie bei einer anerkannten Bank hinterlegt oder bei dem zuständigen Finanzamt registriert sind. Die Bezeichnung „Depotzwang" trifft nicht ganz zu, da auch die Anmeldung bei der Behörde zugelassen ist.

Von den Katholikentagen.

An den herrlichen Kranz der Diözesan-Katholikentage haben sich neue glanzvolle Perlen gereiht. Am 11./12. Oktober fanden außer den im letzten Hefte bereits erwähnten Tagungen noch statt der Frankfurter Katholikentag, dem die H.H. Bischöfe von Limburg und Fulda sowie der Präsident der letzten Generalversammlung der Katholiken Deutschlands, Fürst Alois zu Löwenstein-Wertheim anwohnten, sowie der Katholikentag in Mosbach in Baden. Auf beiden Tagungen wurden die brennendsten Fragen, Demokratie, Kapitalismus und Schule vom Standpunkt des Christentums und der Kirche von hervorragenden und sachkundigen Rednern behandelt. Am 20. Okt. folgte die Tagung von Ravensburg und am 19./21. Okt. der gewaltige Breslauer Katholikentag mit der hinreißenden Rede des P. Cohausz S.J. über das Thema „Treue zur Kirche und zum apostolischen Stuhle" und den tiefempfundenen Ausführungen der Fr. Abg. der Nat.-Verf. und der Landes-Verf. Hedwig Dransfeld über „Die Beteiligung der Frauenwelt an der sozialen Arbeit". Der Breslauer Katholikentag wandelte auf den Pfaden des hl. Bonifatius und im Geiste der hl. Hedwig, wie der H. H. Fürstbischof Dr. Adolf Bertram in seinem eindrucksvollen Schlußwort ausführte. Hieran reihten sich am 25./26. Okt. die Katholikentage in Rottweil und Düren, der niederrheinische Katholikentag in Duisburg und der Münchener Katholikentag. Im Rahmen dieser Wochenschrift ist es leider nicht möglich, all das, was an diesen Tagen Positives, Aufbauendes, Erhebendes gearbeitet und beraten worden ist, auch nur andeutungsweise aufzuzählen. Sie alle legten ein machtvolles Zeugnis dafür ab, daß katholische Glaubenslehre und katholisches Glaubensempfinden tiefste rettende Kräfte für die Wiedergesundung unseres Volkes und Vaterlandes in sich bergen.

Der Münchener Katholikentag, welcher einen so gewaltigen Andrang aufzuweisen hatte, daß am Sonntag neben der Versammlung in dem dichtgefüllten Riesenbau des neuen Zirkus Krone noch eine überfüllte Parallelversammlung im Ausstellungspark abgehalten werden mußte, erhielt seine besondere Note durch die Teilnahme Sr. Exzellenz des H. H. Apostolischen Nuntius Pacelli, welcher, wohlvertraut mit der deutschen Sprache, beredte Kunde von dem liebevollen Gedenken Sr. Heiligkeit des Papstes Benedikt XV. überbrachte und den Teilnehmern den Segen des Heiligen Vaters erteilte. Die von dem Münchener Amtsgerichtspräsidenten Riß in geistvoller Weise geleitete Tagung behandelte als Grundthema „Die sozialen Lebenswerte unseres Glaubens". Die mit Begeisterung aufgenommenen markanten Ausführungen Sr. Exzellenz des H. H. Erzbischofs Dr. v. Faulhaber über „Religion und Kirche im öffentlichen Leben", die großzügige Rede des Geheimrats Univ.-Professor Dr. Beyerle über „Die Gesellschaftsordnung im Geiste des Christentums", die bilderreichen, innig empfundenen Worte der Abg. Frau Lehrer Lang-Brumann über „Apostelwege zur Linderung der sozialen Not", die schlagende Beweisführung des P. Dionys O. Min Cap. über „Papsttum und Völkerfriede", die präzisen und treffenden Darlegungen des Geheimrats Dr. Marx über Jugendbildung, Jugenderziehung und Jugendpflege gehören zu dem Vollendetsten, was gegenwärtig über diese Fragen gesagt werden kann. Letzterer sprach auch in seiner Eigenschaft als Nachfolger des Prälaten Dr. Pieper und derzeitiger Gen.-Dir. in der Festversammlung des Volksvereins für das kath. Deutschland über „Die Stellung des Volksvereins zur neuen Zeit" und knüpfte schnell ein inniges Band zwischen Rheinland und Bayern. Hellen Jubel lösten dort auch mit Recht die aus tiefstem inneren Erleben geschöpften Worte des Landessekretärs Dr. Nikolaus Brem über „Der christliche Gemeinschaftsgeist als Seele der neuen Gesellschaft". Ein würdiger Schlußstein der gewaltigen Tagung war die feierliche Andacht im Dom mit der eindringlichen Predigt des Msgr. Pichler über „Die Arbeit im Lichte des Glaubens".

Astern.

Meines Volkes Totenblume,
Leid gewohnte Asternseele.
Von des Lebens letzten Gluten,
Letzte Liebe! O erzähle!
Weisst ja von dem grossen Sterben,
Das verrauscht im Blätterfallen,
Von dem Chor des Dies irae,
Von der Toten Geisterwallen.
Hörst die tausendstimm'ge Orgel,
Brausend singt sie vom Verhängnis,
Das die Stolzen und die Schönen
Ruft zum stillen Herbstbegängnis.
Asternlieder, Asternmärchen
Von Oktobers Purpurstrahlen.
Von dem späten Lenz der Gräber,
Von den roten Wundenmalen.
Von den roten Wundenmalen
So im Willen Gottes tragen
Ernste Wälder, hohe Bäume.
Nur die Aster kennt ihr Klagen,
Denn sie ist des Schweigens Sinnbild,
All ihr Dasein ist ein Klingen
Von dem grossen Abschiednehmen.
Von des Herzens letzten Dingen,
Von des Scheidens blut'gen Schmerzen.
Die nicht altern, die nicht rosten,
Von den Jungen, die nicht lebten,
Ihre Becher auszukosten.
Von den Starken, die vergingen
Unter Qualen, unter Nöten,
Von dem Blick der letzten Höhe,
Und den glühenden Abendröten,
Von den Stillen, die zerbrachen,
Kennen Astern leise Kunde.
Von dem streng verborgnen Kampfe,
Von der bitt'ren Todesstunde.
Ach mir schwant, du Asternseele,
Dass vor Deinen Augen brannte,
Heisse Flamme einer Liebe,
Die ihr Leben nicht bekannte.

M. Herbert.

Für das deutsche Südtirol.

Von P. Erich Wasmann S. J., Valkenburg (Holland).

„Zu Mantua in Banden, der treue Hofer lag, zu Mantua zum Tode, führt ihn der Feinde Schar.“ Wer kennt es nicht, das schöne Tiroler Lied von **Andreas Hofers** Tod mit seiner Fülle von Heimatliebe und Heimattreue? Heute fiel es mir wieder ein, als ich **Karl v. Grabmayrs** Büchlein „**Süd-Tirol**“ las.[1]) Eine stattliche Zahl von hervorragenden Tiroler Männern hat sich da zusammengetan, um in kurzen Abhandlungen, die knapp und bündig, aber klar und packend geschrieben sind, für die Einheit des heiligen Landes Tirol einzutreten. Tirols politische Lage seit dem großen Kriege, Tirol in der Urzeit, Tirols Geschichte, die Besiedelung des Landes, Tirols Aufgaben, Aus dem Tiroler Volksleben, und noch so vieles Andere zieht da an unserem Geiste vorüber, um mit einer erdrückenden Menge von Beweisen nochmals zu zeigen,[2]) daß das deutsche Südtirol vom Brenner bis zur Salurner Klause **uraltes deutsches Land ist**, das im Laufe eines ganzen Jahrtausends seine Kultur von Deutschland erhalten hat, das durch seine ganze Geschichte innig verwachsen ist mit dem großen deutschen Vaterland, das für die Erhaltung seiner Freiheit blutige Heldenkämpfe siegreich durchgefochten hat gegen eine gewaltige Uebermacht seiner Feinde, und das jetzt losgerissen werden soll von dem mit ihm innig verwachsenen deutschen Nordtirol, um dem Welschen als Siegesbeute zuzufallen, der es nicht zu erobern vermochte in ehrlichem Kampfe. Besonders hinreißend ist die Geschichte der Tiroler Freiheitskriege in dem Abschnitt „Tirols Geschichte“ von Dr. **Hans von Voltelin**, hinreißend gerade wegen ihrer Schlichtheit und dramatischen Wahrheit. Es ist vollkommen wahr, was der Verfasser hier sagt (S. 42): „Die Tiroler haben nicht nur als Helden gekämpft, sie verstanden es auch, als Helden zu sterben.“ Das hat nicht nur der Sandwirt **Andreas Hofer** bei seinem Tode in Mantua bewiesen, sondern auch, ja in noch christlich heldenhafterer Weise, **Peter Mayr**, der Wirt an der Mahr, der lieber sterben wollte, als sein Leben durch eine — unter diesen Umständen juristisch einwandfreie — Lüge zu erkaufen. Die Begebenheit[3]) ist zu denkwürdig auch für unsere Tage, als daß wir sie hier übergehen dürften, zumal der Verfasser des Abschnittes über Tirols Geschichte in dem vorliegenden Buche sie nicht erwähnt, obgleich er denselben Namen **Voltelin** trägt wie Peter Mayrs Verteidiger von 1810.

Der Oberkommandierende aller französischen und italienischen Truppen in Tirol, Graf **Baraguay d'Hilliers** ein edler und kluger Mann, wollte den letzten der Führer des Aufstandes von 1809 vor dem Tode retten, um so die Gunst des Volkes zu gewinnen. Er kassierte daher das schon ergangene Todesurteil gegen **Peter Mayr** wegen eines vorgeblichen Formfehlers und beraumte eine neue Sitzung des Kriegsgerichts über ihn auf den 19. Februar 1810 an. Der Verteidiger Mayrs sollte seinen Klienten überreden, nur frischweg seine Teilnahme am Aufstande zu leugnen; dann sollte sein Freispruch erfolgen. Aber alle Bemühungen Dr. Voltelins waren vergeblich; Peter Mayr wies das Ansinnen mit Entrüstung zurück, obwohl seine Frau mit ihren vier kleinen Kindern sich ihm zu Füßen warf und ihn anflehte, er möge doch wenigstens für sie sein Leben erhalten. In der Gerichtssitzung gab er dann auf alle Fragen die der Vorsitzende, Oberst Levie, an ihn stellte, mit vollem Gleichmut wahrheitsgetreue Antwort; er war nicht zu retten. Das Todesurteil mußte deshalb nochmals über ihn gesprochen werden; es wurde am Mittag des 20. Februar in Bozen an ihm vollstreckt, am selben Tage und zur selben Stunde, wo auch **Andreas Hofer** in Mantua unter den französischen Kugeln fiel. Beide sahen dem Tode mit dem gleichen Mute ins Auge und wiesen die Binde zurück; beide kommandierten selber „Feuer“! So sank Peter Mayr hin als echter Tiroler Held, treu seiner Heimat und treu seinem Gott!

Ich sah zuerst das ganze Büchlein von **Grabmayr** rasch durch, um einen Gesamteindruck zu bekommen von seinem Inhalt. Interessant ist das Ergebnis desselben ausgedrückt im Geleitswort: „Voll banger Sorge erwarten wir Tiroler die Entscheidung, die von den Mächten auf der Friedenskonferenz über das Schicksal unserer teueren Heimat gefällt wird. Es geht für uns um Sein oder Nichtsein! Denn wenn man den imperialistischen Gelüsten der Italiener nachgibt, wenn man das deutsche Südtirol in ein welsches „Alto Adige“ verwandelt, italienischer Herrschaft unterwirft, dann gibt es kein Tirol mehr, dann verschwindet von der Landkarte die sonnenbeglänzte, sagenumrankte deutsche Südmark, an der wir mit allen Fasern unseres Herzens hängen.“

Hierauf wollte ich das Buch nochmals, Wort für Wort, durchstudieren. Aber ich kam nur bis zur dritten Seite, wo Dr. **Franz Schumacher**, Senatspräsident und erster Landeshauptmannstellvertreter in Tirol, den Rückzug der Tiroler von der bisher siegreich verteidigten Grenze erwähnt. Am 3. November 1918 war der Waffenstillstand mit Italien geschlossen worden, und die treugebliebenen Teile des österreichisch-ungarischen Heeres mußten den Rückzug antreten durch die verschneiten Gebirgstäler Welschtirols. Aber da erklärten die Italiener plötzlich, der Waffenstillstand erlange erst Geltung in der dritten Nachmittagsstunde des 4. November, rückten in Eilmärschen vor auf den bequemen Hauptstraßen und besetzten die Salurner Klause: Alles, was an österreichisch-ungarischen Truppenteilen in jenem Augenblick noch hinter ihnen sich befand, wurde als **kriegsgefangen** erklärt. So machten also jetzt die Italiener ihre früheren Besieger an der Piavefront auf wohlfeile Weise zu Gefangenen. Weiter lesen konnte ich nicht; das hatte mein Tiroler Herz zu gewaltig gepackt. Mögen andere fortfahren zu lesen, wo ich aufgehört habe; mir war es genug!

Ist das die Ritterlichkeit des italienischen Volkes, das sich für einen würdigen Nachkommen der alten Römer ausgibt? — Fides punica! — so würde der alte Cato diesen Pseudorömern zugedonnert haben. **Fides pedemontana**, so nennt es die neuere Geschichte, nicht erst seit dem 3. November 1918, nicht erst seit dem 24 Mai 1915, sondern schon seit dem 20. September 1870!

Ich nannte das paradiesisch schöne Meran meine Heimat, meine schöne Heimat, die selbst den Italienern so schön vorkam, daß sie Meran mit ihrem dolce Napoli verglichen. Jetzt aber, da Meran italienisch geworden ist, nenne ich es nicht mehr meine süße Heimat, wenn es italienisch **bleibt**. Ich will nicht Untertan eines Raubstaates werden, dem der Sacro Egoismo nach seinem eigenen Geständnisse die höchste Norm des Völkerrechtes ist und der das deutsche Südtirol **gegen alles Recht** gewaltsam an sich gerissen hat. Was ich in Meran noch mein nenne, ist nur das Grabdenkmal meiner teueren Eltern, dessen Photographie ich als liebes Andenken bewahre. Andere Schätze habe ich als armer Ordensmann dort nicht zurückgelassen. Schon vor zwei Monaten habe ich der Tiroler Landesregierung offiziell mitgeteilt, daß ich, falls Meran italienisch wird, auf mein dortiges Heimatrecht verzichte und nach Innsbruck auswandere.

Meine wohlbegründete Weigerung, italienischer Untertan zu werden, wird jedoch die freundschaftlich persönlichen Beziehungen, in denen ich zu den italienischen Fachkollegen auf naturwissenschaftlichem Gebiete stehe, keineswegs berühren. Ich weiß zu unterscheiden zwischen Politik und Wissenschaft. Erstere ist notwendigerweise national begrenzt, letztere ist **international**, ebenso wie die Religion — wenigstens die katholische — es ist. Beide, Wissenschaft wie Religion, stehen daher himmelhoch über allen Grenzverschiebungen auf der irdischen Landkarte. Ich denke zu vornehm von der Wissenschaft, als daß ich es billigen könnte, wenn Angehörige eines feindlichen Staates wegen ihrer Staatszugehörigkeit boykottiert oder gar aus einer wissenschaftlichen Gesellschaft ausgeschlossen werden. Letzteren Fehler haben allerdings die Belgier und Franzosen während des Weltkrieges in ganz handgreiflicher Weise begangen gegen ihre wissenschaftlichen Kollegen aus den Staaten der Mittelmächte; die Engländer waren hierin viel klüger, wenigstens die London Entomological Society. Aus der Liste der Ehrenmitglieder der belgischen Entomologischen Gesellschaft ist mein Name gestrichen worden, weil meine Wiege zufällig ein paar Dutzend Kilometer oberhalb der damaligen italienischen Grenze stand. Sollten die Belgier vielleicht geneigt sein, mich jetzt wieder als Ehrenmitglied aufzunehmen, weil die politischen Grenzpfähle zwischen Italien und Oesterreich seitdem verrückt worden sind und ich durch die Annexion des deutschen Südtirol „Italiener“ geworden bin, so werde ich diese Ehre **dankend ablehnen**. Nur unter **der** Bedingung kann ich mich dazu verstehen, wiederum als Ehrenmitglied in jene Gesellschaft einzutreten, wenn dieselbe **alle** deutschen und

---

1) **Südtirol.** Land und Leute vom Brenner bis zur Salurner Klause. Eingeleitet und herausgegeben unter Mitwirkung hervorragender tirolischer Gelehrter und Schriftsteller von Dr. **Karl von Grabmayr**, Präsident des ö. Verwaltungsgerichtshofes. Ullstein & Co., Berlin 1919.

2) Siehe die im „Tag“ vom 18. und 19. Februar besprochene Schrift des Akademischen Senats der Universität Innsbruck: **Die Einheit Tirols**.

3) Nach der vom Bozener Museum 1892 herausgegebenen Schrift: „Peter Mayr, Wirt an der Mahr, ein Held von 1809.“

österreichischen Mitglieder (auch die einfachen Mitglieder), die sie damals als „Feinde“ aus ihrer Liste gestrichen hat, wiederum aufnimmt und dadurch den Schimpf, den sie der Internationalität der Wissenschaft angetan hat, wieder gut macht. Sollte der Vorstand der belgischen Entomologischen Gesellschaft brieflich von mir zu erfahren wünschen, wie sehr sein Verhalten dem Ansehen der Gesellschaft bei den neutralen Fachkollegen in Holland und Spanien geschadet hat, so kann ich ihm mit schlagenden Tatsachen dienen.

Was soll nun aus dem deutschen Südtirol werden, dessen sprachliche und strategische Grenze gegen Welschtirol die Salurner Klause bildet? Welschtirol mögen die Italiener meinetwegen behalten, samt allen Italianissimi unseligen Angedenkens. Wenn sie aber auch das deutsche Südtirol an sich reißen wollen, so mögen sie eingedenk sein, daß sie dann dauernd eine von Tiroler Bauernhartköpfigkeit unbesiegbar gemachte **deutsche Irredenta** gegen sich haben werden, die mit allen, vom christlichen Sittengesetze erlaubten Mitteln sich von Italien **losreißen will und losreißen wird.** Der neue vielgepriesene Völkerbund und Friedensbund würde ja zu einer beißenden Satire, zu einem bitteren Hohn, wenn so handgreiflich ungerechte Vergewaltigungen des „Selbstbestimmungsrechtes der Völker“ nicht wiederum **ungeschehen** gemacht würden. Das mögen die Vertreter **aller Nationen** auf dem Friedenskongreß rechtzeitig beherzigen, mögen sie nun Amerikaner oder Engländer, Franzosen oder — Italiener heißen! Auch alle einsichtigen und edel gesinnten Italiener verurteilen zweifellos mit mir die gewaltsame Annexion des deutschen Südtirols als eine ebenso ungerechte, wie in ihren Folgen unglückliche Maßregel. Sie sollen also jetzt nicht bloß als Friedensredner **sprechen**, sondern auch als Friedensstifter **handeln!**

„Möge bei der Ordnung der Grenzen in Tirol“ — so sage ich ihnen mit **Hans von Voltelin** (S. 46) — „die Tatsache nicht vergessen werden, daß Tirol, soweit es deutsch ist, nördlich und südlich vom Brenner seit mehr als 1000 Jahren von demselben deutschen Volksstamme bewohnt wird, dem sich auch die Ladiner jederzeit willig angeschlossen haben. Denn auch die Ladiner sind und wollen keine Italiener sein. Die Gaue, in die im frühen Mittelalter das heutige Tirol verfiel, hat eine ruhmreiche, vielhundertjährige Geschichte **zusammengeschmiedet**. Tirol ist ein eigenes geschichtliches Wesen geworden. Die Gewalt kann es zertrümmern, aber der Feind müßte all den 250,000 Deutschen und Ladinern Südtirols **das Herz aus dem Leibe reißen**, wollte er den tirolischen Nationalgedanken südlich des Brenners ersticken.“

Noch ist es Zeit. Es ist leichter, den begangenen Fehler jetzt gutzumachen als später, wenn die unheilvollen Wirkungen einer ungerechten, im Namen des „Völkerfriedens“ aufgezwungenen Gewaltmaßregel bereits ganze Generationen vergiftet und mit dem Geiste des Hasses erfüllt haben. So spreche ich nicht nur als ein meiner Heimat treuer Tiroler, sondern auch als Priester der katholischen Kirche, als Priester der Gesellschaft Jesu, als Abgesandter desjenigen, der unser wahrer und einziger **Friedenskönig** für die ganze Menschheit ist.

Die deutschen Katholiken in Polen.

Von Oberlehrer Paul Maria Laskowsky, Meseritz.

Der Friede von Versailles hat viele Tausende deutscher Katholiken dem neuen polnischen Reiche überantwortet. In den abzutretenden Teilen von Westpreußen kommen 440,000 Deutsche, in denen von Posen 690,000 Deutsche zu Polen; darunter werden sich — schlecht gerechnet — ein viertel deutscher Katholiken befinden, die nun — im Gegensatz zu bisher — **unter einer katholischen Regierung** ihren Glauben auszuüben und ihre Kultur und ihre Sitte zu bewahren haben. Wie wird ihr Schicksal werden?

Die deutschen Katholiken in der Provinz Posen waren in den letzten Jahrzehnten etwas zahlreicher geworden und hatten in den Orten, wo sie besonders stark vertreten waren, von der Behörde manche Zugeständnisse erstritten. Durch die Ansiedelungskommission waren in der Umgegend von Pleschen mehrere große Güter mit deutschen katholischen Ansiedlern besetzt worden, für die zwei besondere Pfarreien und eine Kaplanei neu errichtet wurden. Auch sonst waren in einigen Städten und Ortschaften für die deutschen katholischen Minderheiten — zwar in geringer Zahl — deutsche Predigten und besondere Andachten eingerichtet worden. Diese Andachten haben zum großen Teil schon jetzt aufgehört. Wo, wie in dem kleinen Städtchen Rakwitz im Kreise Bomst, das überwiegend deutsch ist, der Geistliche immer wieder versucht, deutsch zu predigen, da wird er von polnischen Soldaten durch Johlen und Lärmen gehindert. Von den Ansiedlern ist auch schon die eine oder andere Besitzung an Polen verkauft worden, so daß auch in diesen bisher rein deutschen Pfarreien die Einführung polnischer Predigten und polnischer Andachten bevorstehen dürfte. Die Geistlichen, die seinerzeit mit den Ansiedlern aus ihrer Heimat Westfalen mitgekommen waren, gehen, wie ich höre, in ihre Heimatdiözesen zurück.

So ist die Zukunft der deutschen Katholiken in kirchlicher Beziehung recht düster. Zwar sind in die Friedensbedingungen Bestimmungen aufgenommen worden, nach denen die nationalen, sprachlichen und religiösen Minderheiten in Polen gehörig geschützt werden sollen, zwar sind vom Obersten Polnischen Volksrat in Posen und von der Warschauer Regierung in den angeknüpften Verhandlungen weitgehendste Zusicherungen gemacht worden, darauf ist aber wenig Verlaß. Wie damals nach den Auseinandersetzungen mit den Bromberger Vertretern der Deutschen, nachdem alle Abmachungen beiderseits unterzeichnet und in polnischer und deutscher Sprache mit allen Unterschriften in den Straßen und auf den Plätzen durch Maueranschlag bekanntgegeben waren, sofort die polnische Presse solange hetzte, bis die polnische Regierung alle Vereinbarungen in Abrede stellte, so wird es auch in kirchlicher Beziehung gehen. Die Polen haben ja stets ihre nationalen Interessen den kirchlichen vorangestellt, so werden sie es sicherlich in diesem Falle erst recht tun, haben sie ja schon dem deutschen katholischen Religionsoberlehrer in H. verboten, katholischen **Religionsunterricht** zu erteilen, da dieser in **national-polnischem Geiste** gegeben werden müsse. Der geistliche Herr, der der polnischen Sprache durchaus mächtig ist, unterrichtet daher nur an unteren Klassen in sprachlichen Fächern. (Der größte Teil der übrigen Lehrer am Gymnasium sind Galizier ohne Examen, sogar ohne Fachstudium — selbst ein Barbier!) Die polnische Presse beginnt schon, ein liebevolles Interesse den deutschen Katholiken zu widmen. In seinem letzten Leitaufsatz wirft der „Dziennik Poznanski“ den deutschen Katholiken im ehemals preußischen Gebiete Polens vor, sie hätten in preußischer Zeit eine unberechtigte Bevorzugung genossen und hätten sich dafür als willige Werkzeuge der preußischen Politik, d. h. der Germanisierung und Protestantisierung (!) hergegeben. Das dürfe bei der Neugestaltung der Dinge und künftigen Regelung des kirchlichen Lebens der deutschen Katholiken nicht vergessen werden. Er schreibt wörtlich:

„Deutsche Katholiken wird es in Polen wenig geben. Infolge des Verlustes (sic!) des ganzen westlichen Grenzgebietes des Großherzogtumes (d. h. der **reindeutschen** Westkreise der Provinz Posen, die Polen nicht zugesprochen sind, d. Verf.) und Westpreußens werden wir kaum eine Handvoll geschlossener, deutscher katholischer Bevölkerung in der Gegend von Konitz haben. Auch die verstreute Beamtenschaft wird nicht zahlreich sein. Angesichts dessen muß eine Revision der deutschen Gottesdienste und der deutschen Kirchen in den polnischen Kirchspielen vorgenommen werden. Wir erachten es als eine einfache Forderung der Gerechtigkeit, daß **eine der beiden deutschen Kirchen in Bromberg den Polen abgegeben werde**, und daß **in Posen und Gnesen der deutsche Gottesdienst in kleinere Kirchen** verlegt und die großen Gotteshäuser den zahlreichen polnischen Gläubigen abgetreten werden. Auch erfordert es die Gerechtigkeit, daß auch in anderen Diözesen der Gottesdienst gemäß den bestehenden Bedürfnissen eingerichtet werde. Allerdings wird die polnische Regierung **die deutschen Gottesdienste und Geistlichen nicht bezahlen.** Die Vorrechte (!) der deutschen Geistlichen und Kandidaten müssen aufhören. Einen guten Anfang hat das Posener Priesterseminar gemacht, wo die Vorträge nur in lateinischer und polnischer Sprache gehalten werden. Die Bemühungen der Deutschen, bedeutende Propsteien zu erhalten, wie Stuhm, Stargard, Graudenz, Bromberg, Beuthen, Kattowitz usw. (Schlesien wird hier schon als sicher polnisches Gebiet angesprochen, d. Verf.) werden ein Ende haben, ebenso die Besetzung der Kapitel durch sie, so daß in Gnesen auf 6 Domherren 5 Deutsche, in Posen auf 9 = 4 Deutsche, in Pelplin auf 6 = 3 Deutsche kommen, in Ermland und Breslau (!) sogar alle Deutsche sind.“ Solche Vorschläge macht dieses in Posen und im Lande viel gelesene Blatt und krönt seine Hetz

gegen die deutschen Katholiken mit der Behauptung, die Polen hätten in deutschen Diözesen gar nicht oder nicht ausreichende kirchliche Versorgung gehabt während ihnen in Polen immerhin Gerechtigkeit widerfahren werde. Daß dies eine Lüge ist, davon konnte sich wohl jeder überzeugen. Selbst in der Diasporagemeinde Greifswald in Pommern wurde während des Sommers für die polnischen Schnitter an jedem Sonntage eine der beiden Messen mit polnischem Gesang begleitet und an jedem Sonntage von einem eigens dazu herangezogenen zweiten Geistlichen eine polnische Predigt gehalten. Die gleiche Fürsorge habe ich in Thüringen und erst recht in Westdeutschland gefunden. Wo sich sonst Polen im weiten deutschen Vaterlande aufhielten, da waren es zum weitaus größten Teile solche, die der deutschen Sprache vollständig mächtig waren.

Diese Gesinnung, die sich in den Auslassungen des „Dziennik Poznanski" kundgibt, steht aber nicht vereinzelt da. Die deutschen Katholiken haben wie schon früher, so jetzt erst recht die grimme Feindschaft der Polen zu fühlen bekommen, wo sie zur Herrschaft gelangt sind. Unter den Internierten, die das berüchtigte Lager von Szczypiorno bevölkerten, haben die deutschen Katholiken einen großen Prozentsatz ausgemacht. Einer der ersten, die dorthin verschickt wurden, war der greise, allseitig hochverehrte Domherr Klinke, der Gründer und langjährige Vorsitzende des Posener Zentrumsvereins.

Wie es überhaupt die Polen mit der Erinnerung halten, ersieht man aus einer Bemerkung des „Dziennik Gdanski" (Danzig). In einer Versammlung der Zentrumspartei zu Zoppot warf der Pfarrer Sawatzki aus Danzig der polnischen Presse vor, daß sie zu Unrecht behaupte, die Zentrumspartei habe ihre alten Grundsätze geändert. Die Zentrumsleute hätten die Politik der früheren Regierung gegen die Polen immer verdammt und mit diesen zusammen gegen ungerechte Verordnungen gekämpft. Infolge dieser Politik hätten die deutschen Katholiken im Osten selbst viel erdulden müssen, denn es sei ihnen vorgeworfen worden, daß sie versteckte Polen seien. Jetzt zeigten die Polen für die frühere Hilfe keine Dankbarkeit und hießen die deutschen Katholiken versteckte Protestanten. — Zu diesen Ausführungen des Pfarrers S. hat das Polenblatt die bezeichnenden hämischen Worte: „Es gibt keine größere Komödie, wenn man bedenkt, daß die Zentrumsmänner in Pommerellen (d. h. Westpreußen, d. Verf.) das stärkste Werkzeug der Regierung in ihren Germanisationsbestrebungen waren."

So wird den Deutschen, ganz besonders aber den deutschen Katholiken, die Wahrung ihrer Kulturgüter sehr, sehr schwer werden. Möglich können für sie Erfolge nur dann werden, wenn sie sich fest zusammenschließen ohne Ansehung der Partei, des Bekenntnisses oder Standes. Alle müssen für einen, einer für alle stehen. Eine Zersplitterung stößt das Deutschtum ins Verderben und leistet der Polonisierung der Gegenden nur Vorschub, so daß bei einer Revision des jetzigen Friedensvertrages vor dem Forum des Völkerbundes nichts mehr zu retten sein wird.

Finanzreform und Volkswirtschaft.

Von Dr. Paul Beusch, Berlin.

Es ist klar, daß die gewaltige Summe, die in der Zukunft aus der Volkswirtschaft an Steuern herausgebracht werden soll, nur aufgebracht werden kann, wenn die Volkswirtschaft sich vollkommen neu einstellt. Wer die Dinge nur oberflächlich sieht, dem könnte es scheinen, als ob es überhaupt nicht möglich wäre, die Riesenlasten wirtschaftlich zu tragen. Das Friedenseinkommen des gesamten deutschen Volkes wurde auf 43—50 Milliarden Mark geschätzt. Nehmen wir als Mittelsumme 45 Milliarden Mark an. Nun sind in der Zukunft, sobald einmal die Lieferungen aus dem Friedensvertrag voll einsetzen, vielleicht 28 Milliarden insgesamt an Steuern in Reich, Staat und Gemeinde nötig. Schon in der Gegenwart brauchen wir mindestens 24 Milliarden Mark Steuern in Deutschland. Gemessen an dem Friedenseinkommen des deutschen Volkes sind dies fabelhafte Ziffern. Würde das Volkseinkommen dem Nennwerte nach gleichbleiben, dann müßten wir ⅔ des gesamten Volkseinkommens an Steuern in irgendeiner Form entrichten. Dabei ist noch ganz außer Betracht gelassen, daß wir auch noch große Teile unseres Nationalvermögens verloren haben durch die Verkürzung unseres Gebietbestandes; mindestens ¹/₁₀ der deutschen Steuerkraft ist nicht mehr. Von der Tatsache, daß der Produktionsumfang auch heute noch so gewaltig hinter der Friedensleistung zurücksteht, soll dabei ganz abgesehen werden.

Wenn man all dies bedenkt, so können tatsächlich Zweifel aufsteigen, wie denn überhaupt die Finanzfrage gelöst werden kann. Zum Glück aber ist der oben angestellte Vergleich nicht richtig. Es ist falsch, wenn man den gegenwärtigen Steuerbedarf vergleicht mit unserem Friedenseinkommen. Der Steuerbedarf ist eine Nennsumme; er bemißt sich nach dem Nennwert des Geldes, nicht nach seinem inneren Werte. Angenommen, eine Mark hätte in der nächsten Zukunft auch im Inlande nur noch dieselbe Kaufkraft wie vor dem Kriege 50 Pfg. Dann würde bei gleicher Warenproduktion, wie vor dem Kriege, das Nationaleinkommen nicht mehr 45 Milliarden Mark, sondern zweimal soviel, also 90 Milliarden, betragen. Von 90 Milliarden Mark Nenneinkommen aber kann die Summe von 24 Milliarden Mark Steuern trotz allem aufgebracht werden.

Diese Ziffern sind bloß Beispiele; sie sollen nicht tatsächliche Verhältnisse ausdrücken, denn es kann wirklich niemand sagen, wie sich die Preisgestaltung der Waren und damit der innere Geldwert in der nächsten Zukunft einstellen wird. Aber daß vielleicht mit einer annähernden Verdoppelung aller Preise, Löhne und Gehälter auch in der Zukunft gerechnet werden muß, dürfte heute wohl außer Zweifel stehen. Die Finanzreform vollzieht sich also nach der wirtschaftlichen Seite in einer steigenden Warenteuerung, einer Preisrevolution. Darüber muß man sich klar sein. Nur eine Steigerung aller Preise ist imstande, die Unterlage zu schaffen für die Aufbringung der Riesenkosten, wie sie gegenwärtig gefordert werden.

Wir sind mitten in dieser Preisrevolution drinnen. Ueberall sind die Preise erhöht worden. Die Waren sind außerordentlich teuer, Löhne und Gehälter müssen dieser Entwicklung folgen, weil sonst eine völlige Verelendung der Massen eintreten würde. Was uns jetzt so gewaltige soziale Nöte bringt, ist das Ringen und Streben der verschiedenen Wirtschaftskräfte, sich auf diese neuen Grundlagen einzustellen. Denn die Einstellung auf ein ganz neues Preisniveau geht nicht so leicht von statten, sondern nur unter großen sozialen Kämpfen und Reibungen.

Aber eine Neueinstellung auf ein heute noch nicht bekanntes Preisniveau erfolgt sicher. Damit wird dann die Voraussetzung für die Tragung der gewaltigen finanziellen Lasten gegeben.

Daß dies richtig ist, zeigt uns schon das Erlebnis des Krieges und die gegenwärtigen Zustände. Für die notwendigsten Bedürfnisse werden Preise gefordert, die schon seit längerer Zeit weit mehr als das Doppelte der Vorkriegspreise ausmachen. Und doch ist diese Teuerung, wenn auch mit großen Schwierigkeiten, volkswirtschaftlich verarbeitet worden. Würde jemand vor dem Kriege gesagt haben, man könne die Waren um 100% verteuern und die Volkswirtschaft breche doch nicht zusammen, dann würde man ihn für wahnwitzig erklärt haben. Nun hat aber die Volkswirtschaft eine viel größere Verteuerung der Waren seit längerer Zeit gesehen und das Wirtschaftsleben ist doch, wenn auch arg gehemmt, weitergegangen. Es ist also nicht so sehr die wirtschaftliche Seite, welche die größte Sorge bei der Finanzreform macht, sondern es ist vielmehr die soziale Seite. Hier liegt die eigentliche Schwierigkeit der Finanzreform, wie der ganzen Preisrevolution. Hohe Preise sind, sobald wir wieder einmal die Wirtschaftsmaschinerie in Gang gebracht haben und die gewaltigen Uebergangsschwierigkeiten der Gegenwart überwunden sind, ein großer Anreiz zur Produktion. Vermehrung der Gütererzeugung, Mehrleistung von Arbeit aber bedeutet nichts anderes, als eine wirkliche, nicht bloß nominelle Erhöhung des Volkseinkommens. In dem Maße, in welchem die sachliche Erhöhung des Volkseinkommens eintritt, kann dann auch wieder ein entsprechendes Sinken der Preise erfolgen. Dies letztere wird wohl nicht in demselben Maße eintreten wie die Steigerung der Produktion, aber dafür muß dann die Kapitalbildung zunehmen, oder die Konsummöglichkeit sich wieder erhöhen; das Wahrscheinlichste ist, daß beides eintreffen wird.

Diese zweite Form, wie die Volkswirtschaft die Finanzlasten in sich wieder verarbeitet, ist naturgemäß die wichtigste. Denn mit der nominellen Erhöhung des Volkseinkommens ist sozial nichts getan, diese schafft uns noch keinen Meter Stoff mehr für unseren Verbrauch. Nur die wirkliche Vermehrung der Produktion, die Erhöhung des Realeinkommens unseres Volkes, kann zu einer wirklichen Entlastung führen. Darum müssen alle Kräfte angestrengt werden, um die Produktion zu steigern, das ist der beste Weg für die Finanzreform.

Endlich muß man in diesem Zusammenhang noch ein weiteres bedenken. All die Steuersummen, die aufgebracht werden, werden nicht einfach vernichtet, sondern strömen in irgendeiner Form zum allergrößten Teil wieder in die Volkswirtschaft zurück. Nur soweit das Reich Verpflichtungen ins Ausland hat, wird tatsächlich die Steuersumme der Volkswirtschaft glatt entzogen. Im übrigen aber werden die Summen, die man dem Volkseinkommen in Form von Steuern entnimmt, wieder in die Volkswirtschaft hineingeleitet, sei es als Anleihezinsen, die das Reich zu entrichten hat, sei es in Form von Gehältern oder in Form von Pensionen und sonstigen Bezügen für die Kriegsbeschädigten und deren Hinterbliebenen oder sonst einer Form. Dieses Zurückströmen der Steuersummen ist gleichfalls ein außerordentlich wichtiger Punkt bei der Beantwortung der Frage, ob die Finanzreform wirtschaftlich getragen werden kann.

Die Gesellschaftsordnung im Geiste des Christentums.

Grundgedanken eines Vortrags auf dem Münchener Katholikentag. (25./26. Oktober 1919.)

Von Univ.-Prof. Geh. Hofrat Dr. K. Beyerle, Mitglied der Nationalversammlung.

In ernster Zeit nationalen Unglücks versammeln sich überall in Deutschland Katholiken zur Stellungnahme gegenüber den Aufgaben der Stunde. Der Zusammenbruch hat die alten Autoritäten der weltlichen Ordnung hinweggefegt, Gehorsam und Ehrfurcht untergraben, die Moral im Wirtschaftsleben vernichtet, Klassenhaß geschürt, die öffentliche Sittlichkeit auf einen nie erlebten Tiefstand herabgedrückt. Gleichwohl wäre es Unrecht, alle Schuld im Volke zu suchen, wäre es verfehlt, den Glauben an uns und an die Kräfte des deutschen Volkstums zu verlieren. Wiederaufbau heißt heute die Losung. Zu diesem Wiederaufbau ist bereits der Grund gelegt. Im Reiche und in den Ländern ist die Revolution als Erscheinung der Gewalt und des Umsturzes überwunden, Gesetzlichkeit und Friede sind zurückgekehrt. In den neuen Verfassungen herrscht freie Demokratie mit weitgehenden Sicherungen der Volksrechte. Gleichwohl bedeuten diese Verfassungen erst den Anfang des Wiederaufbaues. Sie sind Stützpunkte für die neue Arbeit im Gemeinwohl. Biegsam und schmiegsam wird der politische Zustand Deutschlands sich den Auffassungen anpassen, die sich in der öffentlichen Meinung mit Kraft und Nachdruck zur Geltung zu bringen wissen. Wer in Zukunft die breiten Schichten des deutschen Volkes wirksam beeinflußt und an ihre Spitze tritt, der beeinflußt den Gang der Dinge im neuen Reich.

Große politische Grundrichtungen treten auf den Plan. Der in die Anarchie führende Kommunismus darf für Deutschland als überwunden gelten. Er vereint roheste Gewalt mit Verzerrung christlicher Lehren. Jede Staatslosigkeit ist zudem eine unfruchtbare Utopie. Der waschechte Sozialismus der U. S. P., der die sozialistischen Dogmen in ungebrochener Klarheit in die Tat umsetzen will, versündigt sich am Volksganzen. Denn er kennt nur den Klassenstaat des Proletariats. Die heute herrschende Mehrheits-Sozialdemokratie aber muß einen Kreuzweg gehen. Sie hat einsehen gelernt, daß sie allein das Staatsschiff nicht steuern kann und daß die Verwirklichung ihrer Theorien an der harten Gewalt der Tatsachen zerschellt. Auch gebricht es ihren Staatslehren an sittlicher Vertiefung und darum ihren Scharen an Erziehung zu selbstloser Hingabe für das Gemeinwohl. Der Liberalismus der modernen Demokratie endlich krankt noch immer am Erbübel seiner kapitalistischen und individualistischen Grundlehren. Alle diese Richtungen sind aber heute reale politische Machtfaktoren im demokratischen Deutschland und ringen darum, dem öffentlichen Leben und dem Recht des Staates den Stempel ihrer Programme aufzudrücken.

Ihnen gegenüber ist es Pflicht der deutschen Katholiken, sich gleichfalls zu sammeln, Stellung zu nehmen zu dem neuen Zustande und den katholischen Grundsätzen zur Anerkennung zu verhelfen. Der katholische Christ hat im heutigen Deutschland große, gewaltige Aufgaben zu erfüllen. Der ererbte Schatz der christlichen Lehre hat in tausendjähriger Erprobung den Befähigungsnachweis erbracht, daß ihre Anwendung kranke Zeiten heilt und gesunkene Völker aufrichtet. Eine Ueberschau auf diese Lehre werfen heißt darum, ihre Auswirkungen auf das soziale Leben betrachten. Wir müssen uns mit der Ueberzeugung erfüllen, daß nichts so sehr zur Gesundung unseres so sehr leidenden Volkskörpers beiträgt, als wenn das öffentliche Leben in Deutschland wieder mehr von dem Geiste des Christentums durchdrungen wird.

Das Christentum weckt wahren Sozialsinn. Nicht Hochmut, Herrschsucht und Gewinngeist kann vor ihm bestehen. Der Mensch beugt sich vor Gott in Demut. Das Gebot der Nächstenliebe ist dem Christen vom Heilande eingepflanzt. Das Christentum wehrt durch seinen von religiösen Antrieben belebten Sozialismus den Egoismus liberaler und kapitalistischer Lehren ab. Es bekämpft durch die Anerkennung der von Gott zum ewigen Heile berufenen Einzelpersönlichkeit deren Unterdrückung durch sozialistische Gleichmacherei in einer atomisierten sozialistischen Gesellschaft.

Das Christentum ist als religiöse Macht vor anderen berufen, an der Hebung der Sittlichkeit mitzuwirken. Es prägt den Gedanken der sittlichen Verantwortlichkeit vor sich und vor Gott mit seiner Heilslehre schon in die jugendliche Brust der Kinder. Das Christentum kann sich daher niemals sein göttliches Anrecht auf die religiös-sittliche Erziehung der Jugend rauben lassen. Die es ihm rauben wollen, versündigen sich schwer am Wohle unseres Volkes.

Das Christentum adelt mit dem Glanze der göttlichen Gnadensonne die Ehe und das Familienleben. Pflege der christlichen Familie, ihre Reinerhaltung und Wiedergesundung, wird unter allen Heilsmitteln dieser traurigen Zeit an erster Stelle stehen müssen. Denn es gibt keinen anderen Grund wahren staatlichen Gemeinschaftslebens, als den Aufbau auf der Erziehungsarbeit der Familie.

Das Christentum ist eine Pflanzstätte echten Gemeinsinnes auch außerhalb der Familie. Seine Verdienste um die Pflege des germanisch-christlichen Genossenschaftsgedankens seit dem Mittelalter sind bekannt. Christliche Bruderschaft und ehrbares Zunfthandwerk sind Zwillingsgeschwister. Der deutsche Kolping steht neben dem Franzosen Vinzenz von Paul. Die Vertreter der christlichen Grundsätze im deutschen Parlament haben seit nun bald 40 Jahren an der Spitze gestanden, wo es galt, die werktätigen Arbeiterklassen vor Gefahren und Nöten ihres harten Berufes durch die staatlich organisierten sozialen Einrichtungen und Versicherungen zu bewahren. Das christlich veredelte Räte-System ist ein lockendes Ziel politischer Zukunftsarbeit.

Das Christentum stützt und pflegt den Staatsgedanken. Es anerkennt im Staate die von Gott zugelassene, weltliche Obrigkeit, deren Befehle im Gewissen verpflichten. Nach dem Sturz aller alten Autorität bedarf der junge deutsche Staat dringend jeder Förderung, Ordnung und Unterordnung. Die treuen Katholiken haben die Revolution nicht gemacht. Sie zetteln aber auch nicht neuen Bürgerkrieg an. Sie anerkennen, daß das Gesamtvolk durch seine berufenen Vertreter in der Verfassung die Ordnung wieder aufgerichtet hat. Der Katholik ist nicht für eine Dauerrevolution, sondern nur für Entwicklung des öffentlichen Lebens auf dem Boden der Gesetzlichkeit zu haben. Er verschließt sich daher nicht der verpflichtenden Kraft der Verfassung. Unter hervorragender Mitwirkung christlicher Parteien ist dieselbe zustande gekommen. Auf ihre Anträge hin hat insbesondere die deutsche Verfassung des neuen Reichs für Religionsübung und kirchliches Leben so freie Garantien ungehinderter Betätigung geschaffen, wie sie bisher mancherorts nicht bekannt waren. Die entsprechenden Sätze der Frankfurter Verfassung von 1849, an deren Zustandekommen hervorragende Katholikenführer ihrer Zeit teilnahmen, sind dadurch erst in Deutschland zur Geltung gekommen, und jetzt gilt es, dieselben unter dauernder tätiger Mitarbeit des katholischen Volksteiles ins Leben umzusetzen und ins einzelne auszubauen.

So ist das katholische Christentum eine gewaltige soziale Kraft beim Wiederaufbau des deutschen Vaterlandes, angefangen von der stillen Kleinarbeit am Einzelnen und im Einzelnen bis hinauf zum machtvollen Einsatz des Vollgewichts der katholischen Ueberzeugung in den Entscheidungsstunden der deutschen Demokratie und ihrer gesetzlichen Weiterentwicklung. Das katholische Christentum ist nicht tot. Darum dürfen aber auch seine Anhänger im öffentlichen Leben nicht in Mißmut oder Verzweiflung untätig beiseite stehen. Katholisches Leben ist lebendige Wärme und Liebe, Liebe auch zur ganzen Volksgemeinschaft um Gottes willen. Der Katholik steht in Ehrfurcht auch gegenüber dem Walten der Vorsehung in der Geschichte seines Volkes. Darum erweist er auch Ehrfurcht und nicht Respektlosigkeit der gesetz-

lichen Ordnung und ihren gesetzlich berufenen Vertretern. Die Vorsehung hat uns heute in eine freie Demokratie hineingestellt, die der Entfaltung unseres religiösen Lebens die Bahn offen läßt. Die katholische Kirche ist nicht an eine bestimmte Staatsform gebunden. Das haben noch die letzten Päpste feierlich ausgesprochen. Wir bekämpfen nur eine Demokratie, die sich als kirchenfeindlich erweist. Der katholische Christ ist sich endlich stets der sittlichen Verantwortlichkeit auch im Staatsleben bewußt. Er mißbraucht daher die Demokratie nicht, die erfahrungsgemäß leichter eine Einbuße an Verantwortlichkeitsgefühl herbeiführt.

Wenn in solcher Weise das göttliche Erbgut der christlich katholischen Lehre auf allen Gebieten des öffentlichen und sozialen Lebens wieder zur Geltung kommt, dann besteht begründete Hoffnung, daß es wieder mit uns bergauf gehen wird. Alle treuen Katholiken müssen aber zu eifriger Arbeit im Dienste des Gesamtwohles mittätig sein. Nicht, um andere Volksmitglieder zu unterdrücken, sondern um für religiös vertiefte Auffassung alles Menschen- und Staatsschicksals liebevoll seine Kräfte einzusetzen zum eigenen Heile, zum Wohle der Familien, zum Blühen aller Stände, zur Aufrichtung eines gerechten und friedliebenden Staatswesens in Reich und Ländern, zum Wohle der Gesamtheit auf allen Gebieten.

Im Namen der Freiheit.

Zeitgemäße Rückblicke auf die erste französische Revolution.

Von Theodor v. Sosnosky.

I. Sitten-Anarchie.

„Niemals noch haben Liebe und Wollust unter dem alten Regiment einen solchen Paroxysmus erreicht. Niemals sind in solcher Anzahl erotische Werke und liederliche Romane erschienen . . . Die riesige Giftblume der Wollust hatte im Boden von Paris Wurzel gefaßt, immer stärker, immer höher, genährt von allen Säften und aller Lebenskraft der Natur. Nichts widerstand diesem Ansturm.“ [1])

Das sind die Worte eines Autors, der sich als ein begeisterter Anwalt der Revolution gibt und als solcher natürlich alles vermeidet, sie in den Augen seiner Leser herabzusetzen.

Die Venus vulgivaga beherrschte während der Revolution eben das gesamte öffentliche Leben. Die öffentlichen Gärten waren zu Versammlungsorten ihrer Priesterinnen geworden, besonders der „Jardin d'Egalité“, der zum „Palais Royal“ gehörte, dem riesigen Reservoir und Rendezvous der Pariser Lebewelt. „Hier spielte sich der große Fleischmarkt ab. Hier warben von 9 Uhr abends bis Mitternacht Hunderte von Mädchen zwischen 12 und 40 Jahren mit frechem Augen- und Fächerspiel, trugen ihre Reize und Toiletten zu Markte, strichen durch die Alleen, füllten die Galerien und schlugen ihr Hauptquartier in den berüchtigten „Promenoirs en bois“ auf.[2]) Die Zahl der Dirnen des Palais Royal wird mit 1500 angegeben (von 30000 in Paris überhaupt). Darunter befanden sich, wenn man den zeitgenössischen Berichten glauben darf, sogar Kinder von 7—15 Jahren!

Nicht genug daran, daß das Palais Royal mit seinen Gärten und Galerien ein Lustmarkt war, es diente auch gleich als Luststätte, denn die wandelnden Waren wurden von ihren Käufern oft gleich an Ort und Stelle auf ihre Eignung hin geprüft, wozu ihre mehr als leichten Kostüme Anreiz und Gelegenheit boten. Namentlich die aus Rand und Band geratene Soldateska und ganz junge Burschen trieben es arg, und die Berichte aus jener Zeit sprechen von ihrem „wahrhaft viehischen Verhalten“ und den „schauerlichen Orgien“ die dort gefeiert wurden.

Eine große Rolle bei diesem Treiben spielten auch die Theater, deren es im Palais Royal allein nicht weniger als 31 gab. Auch sie dienten als Venustempel, nicht so sehr durch das, was sich auf der Bühne zutrug, als vielmehr durch das Treiben im Zuschauerraume, besonders in den Logen, in denen sich leichtfertige und feile Weiber aller Art mit ihrem männlichen Anhange breit machten. Aller Art, denn die Liederlichkeit und Käuflichkeit der Mädchen und Frauen beschränkte sich keineswegs auf die, deren Beruf sie mit sich brachte, sondern fand sich bei denen aller Gesellschaftsklassen in einem Umfange und mit einer Schamlosigkeit wie nie zuvor. Je länger die Revolution dauerte, umso ärger wurde die sittliche Anarchie. War sie unter dem Schreckensregiment Robespierres durch die beständige Gegenwart der Guillotine, die dazumal als Damoklesschwert über jedermanns Nacken hing, etwas in Schranken gehalten worden, so brach sie nach seinem Sturze wieder umso wilder hervor und erreichte unter dem Direktorium ihren Höhepunkt. Ein orgiastischer Geschlechtstaumel hatte Paris erfaßt, und die Frauen, „ermuntert durch die Gesetze und Sitten, trugen kein Bedenken, sich von allen Vorurteilen loszusagen, die ihrem Liebesdurst im Wege standen und zeigten, sicher, derart mehr Erfolg zu haben, ohne die geringsten Gewissensbisse ihre wirkliche Natur. Sie warteten nicht erst auf Erklärungen, sie forderten sie heraus. Sie führten das Zusammentreffen selber herbei, wenn es ihnen damit zu lange dauerte. Dreist und zuversichtlich auf die Wirkung ihrer Reize pochend, gingen sie auf die Männerjagd . . . Um Liebe einzuflößen, ließen sie kein Mittel unversucht. Unter dem Direktorium, als die Sittenentartung sich auf das Höchste entwickelt hatte, waren sie darauf bedacht, daß nichts oder doch fast nichts von ihren Reizen den Augen der Männer verborgen blieb. So ermunterten sie selbst die schüchternsten, unternehmend zu werden.“ [3])

Um 1797 trugen sie in den Theatern, auf den öffentlichen Bällen und Promenaden Kleider von Tüll und Unterröcke von Mousseline, so daß man, wie ein Augenzeuge versichert, darunter die Farbe ihres Strumpfbandes erkennen konnte.[4])

Bezeichnend für die Geschlechtsmoral jener Zeit ist das im „Moniteur“ (vom 27. Dezember 1796) veröffentlichte Gesuch eines Mannes, der, nachdem er nacheinander seine beiden Schwestern geheiratet hatte, um die Erlaubnis bat, seine Stiefmutter zu heiraten![5]) Ob er sie auch erhalten hat, wird nicht angegeben. Aber es ist umso leichter denkbar, als der Kassationsgerichtshof um dieselbe Zeit ein gerichtliches Urteil über eine blutschänderische Verbindung zwischen Vater und Tochter mit der Begründung aufhob, daß der Inzest im Strafverfahren nicht enthalten sei!

Bei solcher Auffassung kann es natürlich nicht wundernehmen, daß, übrigens schon in der ersten Zeit der Revolution — 1791 —, im Palais Royal eine Schaustellung gegeben wurde, bei der gegen Eintrittsgeld ein falsches Algonkin-Indianer-Paar vor dem Publikum jene Szene aufführte, die Shakespeare als „das Tier mit den zwei Rücken“ umschreibt.

Es läßt sich denken, daß sich die Literatur der herrschenden Geschlechtsauffassung mit größter Beflissenheit nicht nur anpaßte, sondern sie nach Kräften förderte. Ein zeitgenössischer Bericht aus dem Jahre 1796 läßt sich hierüber also vernehmen:

„Man stellt nur noch obszöne Bücher aus, deren Titel und Kupferstiche gleicherweise die Scham und den guten Geschmack verhöhnen. Ueberall verkauft man diese Ungeheuerlichkeiten auf Tischkörben, an den Seiten der Brücken, an den Türen der Theater, auf den Boulevards. Das Gift ist nicht teuer. 10 Sous das Stück. Die ausgelassensten Erzeugnisse der Wollust überbieten einander und greifen ohne Zügel und ohne Scheu den öffentlichen Anstand an. Diese Broschürenverkäufer sind gewissermaßen privilegierte Zotenhändler; denn jeder Titel, der nicht ein unflätiger ist, wird augenfällig von ihrem Schaubrett ausgeschlossen. Die Jugend saugt hier ohne Hindernis und ohne Bedenken die Grundstoffe aller Laster ein.“ [6])

Daß sich die Zahl der Findelkinder binnen $1^1/_2$ Jahren verdoppelte, kann unter solchen Verhältnissen ebenfalls nicht wundernehmen.[7]) Nicht minder selbstverständlich ist es, daß auch die der Geschlechtserkrankungen außerordentlich zunahm.

[1]) Hector Fleischmann, „Les femmes et la terreur“, Paris, Charpentier 1910. S. 278 f.

[2]) Edmond et Jules de Goncourt, „Histoire de la société française pendant la révolution“, nouvelle édition, Paris, Bibliothèque Charpentier 1910. S. 223.

[3]) Henri d'Alméras, „La vie parisienne sous la révolution et le Directoire“, Paris, Michel, 1909. S. 244 f.

[4]) Ebenda, S. 247.

[5]) Ebenda, S. 244.

[6]) Adolf Schmidt, „Pariser Zustände während der Revolutionszeit von 1789—1800“. 3 Teile Jena, Mauke 1875. II, S. 86.

[7]) Dieser Uebelstand fiel umso schwerer ins Gewicht, als für diese bedauernswerten Geschöpfe ganz unzulänglich vorgesorgt war. Die Zahl der Hospize in Paris, in denen sie untergebracht wurden, schmolz von 34 im Jahre 1790 auf 20, zu Ende 1796 zusammen, die Summen der Einnahmen von 7 Millionen auf 700000 Livres. Kein Wunder daher, daß die Kinder massenhaft hinstarben. Von je 20 im Durchschnitt 19. So blieben im Hospiz von Marseille von 618 Kindern blos 18 am Leben, in Toulon von 104 nur 3. A. Schmidt, „Pariser Zustände“ II, S. 89.

Nach all dem kann man dem Kritiker nur Recht geben, der behauptet, „daß noch nie in Frankreich das Handwerk der Unsittlichkeit schamloser betrieben wurde, als da die Wortführer der Revolution die Phrase der Sittlichkeit fortwährend im Munde führten." [8])

Die revolutionäre Regierung sah dieser wilden Hausse der Pariser Liebesbörse im allgemeinen untätig zu; waren doch ihre eifrigsten Anwälte daran beteiligt und ließ sich von ihrem Standpunkte doch nur schwer etwas ernstliches gegen diese „Freiheit" der Sitten oder vielmehr der Unsitten einwenden. Den wüsten Exzessen der Soldaten auf diesem Gebiete aber wagten sie nicht nachdrücklich entgegenzutreten. weil sie sich nicht den Unwillen und die Rache dieser Prätorianer zuziehen wollten. Nur dann fühlte sich ihr sonst so duldsames Sittlichkeitsgefühl plötzlich beleidigt und fanden sie den Mut, energisch einzuschreiten, wenn es sich um Royalisten handelte. In ihrer heillosen Angst vor dem Gespenste des Royalismus, von dem sie sich Tag und Nacht bedroht glaubten, nahmen sie das Zusammenströmen der royalistischen, ihnen zum mindesten nicht wohlgesinnten Pariser Jugend in gewissen Theatern als willkommenen Vorwand, ihr durch Schließung dieser Lokale einen empfindlichen Schlag zu versetzen. So wurden das Vanderville-Theater, das Lyceum und Variété-Theater und das in der Feydeurstraße von amtswegen gesperrt, freilich mit keinem besseren Erfolge, als daß sich die Royalisten daraufhin eben nach einem anderen Vergnügungslokal umsahen.

Uebrigens mochte die Regierung dabei von gemischten Empfindungen erfüllt sein, denn wenn ihr die Zusammenkünfte der royalistisch gesinnten Jugend in den Theatern auch den willkommenen Anlaß bot, dem Royalismus unter dem Vorwande der beleidigten Sittlichkeit ein Stück Boden zu entziehen, so war es ihr anderseits gerade erwünscht, daß die so gefürchteten jungen Leute sich an dem wüsten Treiben des Weibermarktes so eifrig beteiligten, weil sie hiedurch von ihren politischen Plänen abgelenkt und in ihrer Willenskraft geschwächt wurden.

* * *

Es war aber nicht nur das erotische Vergnügen, das zurzeit der Revolution Paris so in seinem Banne hielt, sondern das Vergnügen überhaupt. Ein toller Taumel hatte die Pariser erfaßt, eine wilde Gier nach Unterhaltung und Zerstreuung, die, scheinbar in schroffstem Widerspruche zu den furchtbaren Schrecknissen der Zeit, in Wahrheit eben durch diese bedingt war. Niemand wußte ja, ob er nicht in wenigen Tagen, vielleicht schon am nächsten, das Schaffott besteigen mußte, und, dieses Zukunftsbild vor Augen, wollte jeder vom Leben noch so viel genießen, als er konnte, goß sich seinen Becher so voll, daß er überschäumte und trank ihn atemlos in gierigen, tiefen Zügen bis zur Neige, trank sich Rausch und Vergessen an.

Nichts kennzeichnet diese unersättliche Vergnügungssucht schärfer als die riesige Zahl von Theatern, die es damals in Paris gab und von denen die meisten erst während der Revolution entstanden. So wurden in den Jahren 1790—1793 nicht weniger als 36 Theater gegründet, davon 23 allein im Jahre 1791[9].)

Neben dem Theaterbesuche waren es noch zwei andere Leidenschaften, von denen die Pariser beherrscht wurden: der Tanz und das Spiel.

Die Zahl der Ballokale soll nach dem Sturze des Schreckensregimentes allmählich die erstaunliche Menge von mehr als 600 erreicht haben.[10])

Ebenso leidenschaftlich wie der Tanz wurde während der Revolution das Spiel betrieben. Die Zahl der Spielhäuser war sogar noch größer als die der Ballokale. Nach einem zeitgenössischen Gewährsmanne soll sie im Jahre 1792 an 4000 betragen haben, davon allein 12—1500 im Palais Royal.[11]) Der bekannte Spieltischrefrain „Faites votre jeu, Messieurs! Rien ne va plus", ist also keineswegs in den Prunksälen von Monte Carlo entstanden, wie man glauben könnte, sondern hat schon in den Tagen der französischen Revolution seinen hypnotisierenden Zauber ausgeübt.

Die Regierung fühlte sich zwar bemüßigt, gegen das Spiel einzuschreiten und hob am 19. Oktober 1793 alle Glückspiele auf, bis auf das vom Staate betriebene Lotto, ja vier Wochen später, 15. November, sogar dieses; aber das hinderte nicht, daß das Spiel im Verborgenen weiter wucherte und zwar unter der heimlichen Aegide von Regierungsbeamten, die von den Besitzern von Spielhöhlen dafür reichlich entlohnt wurden. Wie wenig ernst es die Regierung bei ihrem Vorgehen gegen das Spiellaster nahm, geht daraus hervor, daß sich unter den von ihr zur Ueberwachung der Spielhöhlen ernannten Kommissären auch ein notorischer Spieler befand,[12]) daß sie den Bock somit zum Gärtner machte.

Auch beim Spiele pflegte die Regierung erst dann sehen zu wollen, wenn sie im Zusammenhange damit ein royalistisches Komplott witterte.

Was dem tollen Vergnügungstaumel, der Paris während der Revolution erfaßt hatte, ein ganz eigentümliches Gepräge verlieh — und in vielen Augen gewiß auch einen perversen Reiz —, das war der dumpfe Blutdunst und modrige Grabeshauch, der ihn umwitterte. Es war ja ein Totentanz, den die Pariser da aufführten und zwar ein bewußter, im Gegensatze zu dem unbewußten des Ancien Régime; ein wilder Wirbeltanz um das düstere Gerüste der Guillotine, unter einem Himmel, der nicht voller Geigen, sondern voller Fallbeile hing.

Diese für die Revolutionszeit so charakteristische Verquickung von frecher Frivolität und blutiger Tragik, heißem Lebensdurst und kaltem Todesmute spiegelt sich besonders in gewissen Liedern aus jener Zeit, die öffentlich unter großem Beifall gesungen wurden.

Zu dieser merkwürdigen Spezialität der französischen Revolution gehören auch die sogenannten Opferbälle, an denen nur solche Besucher teilnehmen durften, die einen Verwandten unter der Guillotine verloren hatten. Sie trugen das Haar im Nacken abgeschoren, wie der Henker es den Opfern des Schaffots vor der Exekution abzuschneiden pflegte, und sie begrüßten einander mit einem Kopfnicken, das an die Bewegung des Kopfes unter dem Fallbeil erinnerte.[13])

Drastischer hat sich das Wesen des Galgen- oder vielmehr Guillotinehumors wohl noch nie geoffenbart . . .

Die Anwälte der Revolution könnten zwar dem Vorwurfe des sittlichen Anarchismus, dessen sie hier geziehen wird, durch den Hinweis auf das Treiben des Ancien Régime begegnen, das an Liederlichkeit wahrlich nichts zu wünschen übrig gelassen habe. Das kann und soll auch gar nicht bestritten werden. Dennoch besteht zwischen dem Libertinismus des alten Regimentes und dem der Revolution ein gewaltiger Unterschied und zwar zu deren Ungunsten.

Die Herren und Damen des Ancien Régime ahnten nicht, daß unter ihren Füßen ein Vulkan grollte und über ihren Köpfen die Guillotine schwebte. Für sie war das Leben ein Reservoir von Vergnügungen aller Art, die Welt ein glänzend erleuchteter, von einer erlesenen, eleganten und vornehmen Gesellschaft erfüllter Festsaal, in dem man amüsant plauderte, graziös tanzte, charmant den Hof machte, voll Esprit philosophierte und sentimental schwärmte. Daß es außerhalb dieses Festsaales Hunger und Not und Unrat gab, wußten sie wohl, aber sie sahen es nicht, wollten es auch nicht sehen. Daß sie an Volk und Staat ein schweres Unrecht begingen, daß sie jenes bedrückten und aussogen, diesen lähmten und zugrunde richteten, ahnten sie nicht. Das vermag sie natürlich nicht zu entschuldigen, aber es mildert ihre Schuld. Sie haben, so seltsam es klingen mag, bei allem Raffinement ihres Luxus und ihrer Ausschweifungen mit Naivität gesündigt, haben Schlimmes getan, ohne Schlimmes zu wollen. Sie sind frivol gewesen, frivol bis zum Verbrechen, aber nicht bösartig, nicht grausam.

Eben das aber waren die Revolutionsmänner. Ihr Vergnügen war nicht nur roh und brutal, es war pervers und blutrünstig. Ihre Lust war das Leid der Aristokraten. Ihr Festsaal war der Platz um das Schaffot, ihre Augenweide das Zucken ihrer sterbenden Opfer, ihre Musik das Klappern der Guillotine, ihr Parfum der Blutdunst der Hingemordeten.

Aber ganz abgesehen von dieser Unmenschlichkeit war ihre Liederlichkeit schon deshalb schlimmer und sträflicher, als die der

[8]) A. Schmidt, „Pariser Zustände", II, S. 62.

[9]) D'Alméras, „Vie Parisienne" S. 120 ff.

[10]) D'Alméras, „Vie Parisienne" S. 94. Dieser Autor gibt diese Zahl nach einem Gewährsmann für das Jahr 1797 mit 647 an und erwähnt, daß sein Bericht aus jener Zeit behauptet, die Zahl der Ballhäuser sei bis auf 1600 angewachsen, eine Angabe, die ihm (D'Alméras) aber nicht wahrscheinlich dünkt.

[11]) D'Alméras „La vie Parisienne" S. 84 nach dem Journal „Argus". herausgegeben von Théveneau de Morande Die Goncourts sprechen in ihrer „Société française pendant la Révolution" bloß von 31 Spielhäusern im Palais Royal, was viel glaubwürdiger klingt.

[12]) A. Schmidt, „Pariser Zustände" I, S. 28.

[13]) D'Alméras, „La vie Parisienne" S. 94.

Aristokraten, weil das Elend des Volkes ihr eine noch dunklere Folie gab; feierten sie ihre Orgien doch inmitten einer Lebensmittel- und Geldnot, wie sie in solch ungeheuerlichem Ausmaße zur Zeit des Ancien Régimes nie geherrscht hatte. Sie feierten sie nicht nur, während die Aristokraten auf dem Schaffot verbluteten, sondern auch während das Volk Hungers starb.

Einige Worte über die Erforschung des christlichen Orients.

Von Johann Georg, Herzog zu Sachsen.

In den letzten Monaten sind manche Anregungen, unsere deutschen Forschungen im Orient neu zu beleben, in die Welt gegangen. Bei diesen ist der christliche Orient entweder absichtlich oder unabsichtlich vergessen worden. Jedenfalls ist das auf das lebhafteste zu bedauern. Denn unsere christlichen Glaubensbrüder im Orient mit ihren Liturgien, ihren Legenden, ihren Ueberlieferungen, ihren Gebräuchen und ihrer Kunst sollten uns eigentlich viel näher stehen als die Mohammedaner. Es erscheint mir darum als eine Ehrenpflicht von uns deutschen Katholiken, da ergänzend und aufbauend einzuspringen. Leider ist ja die Kenntnis dieses Gebietes in weiten Kreisen sehr gering. Aber wir wollen und dürfen da nicht verzagen. Es kann und es muß besser werden.

Bei der Erforschung des christlichen Orients spielt diejenige der Liturgie selbstverständlich die erste Rolle. Denn mit den Liturgien stehen und fallen die meisten der Völker. Hier ist ja schon vieles getan. Aber es könnte noch mehr geschehen. In den orientalischen Liturgien steckt viel uraltes christliches Gut. Das verdiente weiten Kreisen bekannt zu werden. Manche Gebete und Hymnen könnten auch die Katholiken erbauen. Darum wäre es mit Freuden zu begrüßen, wenn diese mehr als bisher durch Uebersetzung weiten Kreisen zugänglich gemacht würden. Aber auch der Theologe kann aus diesen Liturgien vieles schöpfen, das für seine Wissenschaft von Bedeutung ist. Ferner sind wichtig die Legenden, die religiösen Volksüberlieferungen und die religiösen Volksgebräuche. Wenn wir uns in diese versenken, werden wir erkennen, daß manches, das wir als uns eigentümlich glaubten, schon vor Jahrhunderten im christlichen Orient bestand bezw. geübt wurde. Es wird ein Gegenstand der Forschung sein, zu sehen, ob uns da der Orient beeinflußt hat, oder ob die gleiche Sache in verschiedenen Ländern von einander unbeeinflußt entstanden ist. Hier eröffnen sich dem Forscher die weitesten und wertvollsten Aussichten.

Hier wird er sehen, wie fein oft die Fäden sind, die den Orient mit dem Okzident verbinden und wie sich beide oft unmerklich durchdrungen haben.

Und nun die Kunst. Das ist ein unerschöpflicher Gegenstand. Denn hier ist trotz mannigfaltigen Forschungen noch außerordentlich viel zu tun. Im Orient kann man buchstäblich fast in jeder Kirche Ueberraschungen erleben. Wie viele Klöster sind noch nicht genügend durchforscht! Ich brauche da nur ein Lieblingskapitel von mir selbst erwähnen, die Ikonen. Hunderte sind mir schon durch die Hände und vor den Augen vorübergegangen. Und doch glaube ich bestimmt, daß da noch viel zu finden ist. Besonders die Ikonographie ist noch lange nicht erschöpft. Einer kann da nicht alles tun, hier müssen viele zugreifen. Ferner verweise ich auf die zahlreichen Freskozyklen, die zwar oft aus später Zeit stammen, aber uns doch vieles alte Gut erhalten haben, und die ungezählten Miniaturen. Die Architektur darf keineswegs vergessen werden. Was hat uns allein das Werk von Strzygowski über Ornamentur unbekannte kirchliche Porten erschlossen. Hierüber wäre sehr vieles zu erwähnen, das aber zu weit führen würde.

Darum richte ich lieber an alle diejenigen, die sich dafür interessieren, und denen die Mittel es erlauben, den Appell, sich des Oriens christions durch Bestellung anzunehmen. Es ist die einzige Zeitschrift in deutscher Sprache, die dieses Gebiet vertritt. Wie froh könnten wir sein, wenn es glückte, eine Zeitschrift von mehr volkstümlichem Charakter, ähnlich den Echos d'Orient ins Leben zu rufen. Dann würde die Kenntnis des christlichen Orients in weiten Kreisen zunehmen.

Wenn wir die Liturgien, die Gebräuche und die religiöse Kunst eines Volkes verstehen und lieben lernen, werden wir diesem Volke nähertreten, es selbst lieben lernen. Und so können wir dann mitarbeiten, ut fiat unus pastor et unum ovile.

Die Not der kleinen Zentrumspresse.

Von Redakteur Rud. J. Steimer, Düsseldorf.

Die letzten Jahre haben dem deutschen Zeitungsgewerbe nichts Erfreuliches gebracht. Eine schier ins Fabelhafte gehende Steigerung der Preise für Papier, Material und Maschinen, die bedeutenden Lohnerhöhungen, Gehaltssteigerungen und Teuerungszulagen haben die Rentabilität vieler Zeitungsunternehmungen erschüttert und vielfach dazu geführt, daß alte zum Teil gut eingeführte Blätter ihr Erscheinen einstellen mußten. Die Verhältnisse drängten gebieterisch dazu, durch wiederholte Erhöhungen der Anzeigen- und Bezugspreise einen erträglichen Ausgleich zu schaffen. Geht die Entwicklung der Dinge in dem bisherigen Maße weiter, so wird sich bald ergeben, daß ein Teil des Publikums die Preiserhöhungen einfach nicht mehr mitmachen und sich zur Verzichtleistung genötigt sehen wird. Die größeren Inserenten werden den Preisaufschlag zwar tragen können, aber ihr Interesse an den an Abonnentenschwund leidenden Blättern wird naturgemäß recht gering sein. Die Folge wird sein, daß die Inserenten und die Leserschaft unter den Zeitungen mehr als bisher diejenigen auswählen werden, die für sie besonders in Betracht kommen; für den Inserenten wird die Auflage und für den Leser der Inhalt eines Blattes stärker als vordem maßgebend sein. Daraus ergibt sich, daß die Hauptleidtragenden bei dieser Entwicklung die zur sogenannten kleinen Presse gehörenden Blätter sein werden, die vorwiegend in ländlichen Bezirken daheim sind. Und da nun neuerdings eine ganz erhebliche Verteuerung der Postgebühren in Betracht zu ziehen ist, die das Zeitungsgewerbe in allen seinen postalischen Bedürfnissen treffen (Erhöhung der Portosätze, der Bestellgebühren, des Drahtverkehrs), und auch die Inseraten-Umsatzsteuer nicht mehr zu vermeiden ist, so sehen sich hierdurch gerade die kleinen Blätter aufs schwerste in ihrer Rentabilität bedroht.

Da erscheint es doch an der Zeit, die Existenzberechtigung der kleinen Presse in ländlichen Bezirken zu untersuchen. Es darf als bekannt vorausgesetzt werden, daß vornehmlich in Süddeutschland die kleinen Zentrumsblätter eine dominierende Rolle spielen. Fast jedes kleine Amtsstädtchen, jeder größere Flecken, hat sein eigenes Organ. Es mögen in vielen Fällen Verhältnisse vorgelegen haben, die es rechtfertigen, daß solche zwerghafte Parteiorgane ins Leben gerufen worden sind, in Baden hat z. B. der liberale Amtsverkündigerunfug dazu geführt. Vielfach aber entsprangen die Gründungen rein lokalen Bedürfnissen, dem Lokalstolze, ein eigenes Blatt zu haben oder auch sehr häufig dem Betätigungsdrange einzelner reklamesüchtiger Persönlichkeiten, mehrfach handelte es sich aber auch um offensichtliche Verärgerungsgründungen irgend eines Klüngels. Eine G. m. b. H. war meistens rasch zustandegebracht, die „für die gute Sache" geduldig Jahr um Jahr die Unterbilanz einer solchen Zeitungsunternehmung, die nicht leben und nicht sterben konnte, trug und gewiß hoch anerkennenswerte Opfer brachte, um das Blatt zu heben. Aber man übersah die elementarsten Bedingungen für die Entwicklung eines Blattes, begnügte sich mit qualitativ und quantitativ recht bescheidenen Leistungen, weil man ein verbrieftes Recht darauf zu haben glaubte, daß die Zentrumswähler unter allen Umständen das Blatt zu halten und zu unterstützen hätten. Und obgleich oft eine gewaltige Summe von Opfern an Geldern sowohl wie an Kräften gebracht worden sind, blieb der Erfolg meistens aus: über den Charakter von Lokalblättern bescheidensten Ausmaßes kamen solche Parteiorgane nicht hinaus.

Es hieße nun den Wert dieser Blätter, die sich gewiß im Laufe der Jahre manches Verdienst erwarben, durchaus verkennen, wenn man deren Existenzberechtigung rundweg verneinen wollte, aber man darf auch die Nachteile, die sie eben durch ihre Zwerghaftigkeit mit sich bringen, nicht aus dem Auge verlieren. So machten sich auf engem Raume die kleinen Blätter meist den Verbreitungsbezirk streitig. Ausdehnungsmöglichkeiten bestanden so gut wie keine. Die Erträgnisse blieben bescheiden, was sich dann in der redaktionellen Ausgestaltung geltend machte. Die Schriftleitung lag vielfach in den Händen sehr behelfsmäßiger Kräfte, weil keine nennenswerten Gehälter gezahlt werden konnten, ebenso lag die Beschaffung redaktionellen Stoffes im Argen, von dem Bezug von wertvollerem politischen und unterhaltendem Material, von einem einigermaßen den Zeitverhältnissen und den Bedürfnissen der Leserschaft Rechnung tragenden Nachrichtendienst konnte kaum die Rede sein. Besonders schlimm wurde es zu Zeiten von Wahlen und besonders regen politischen Lebens, da versagte weitaus die Mehrzahl der kleinen Blätter, weil sie selten in der Lage waren, über eine kümmerliche Berichterstattung hinaus aus sich selbst heraus sofort und mit überzeugendem Nachdruck zu den umstrittenen Fragen Stellung zu nehmen, ehe nicht die größere Provinzpresse nicht nur die entsprechende Parole ausgegeben, sondern sich auch umfänglich geäußert hatte. Und wenn da und dort wirklich die Möglichkeit zum unmittelbaren Eingreifen, zur Verteidigung und Zurückweisung gewesen wäre, dann mußte sie in der Wirkung an der Geringfügigkeit des zur Verfügung stehenden Raumes scheitern. Daß die kleinen Blätter ihren Lesern aber auch kulturell wenig bieten konnten, daß sie entweder auf Gnade und Ungnade einer Maternkorrespondenz ausgeliefert waren oder bei ihren chronischen Finanznöten nur allerbilligstes Material erwerben konnten, daß sie auch technisch meist nur allerbescheidensten Ansprüchen genügten, das nur nebenbei.

Die heutigen schweren Belastungen des Zeitungsgewerbes vermögen die kleinen Blätter nicht auszuhalten. Bei einer wesentlichen Erhöhung ihrer Bezugs- und Anzeigenpreise wird ihr Publikum auch gesteigerte Leistungen verlangen, eine Forderung, der nach Lage der Verhältnisse, besonders hinsichtlich der ewigen Papierkalamität, nicht leicht wird entsprochen werden können. Und doch ist die Ausgestaltung unserer Parteiorgane heute mehr wie je geboten. So wird manchem kleinen, ohnehin schon schwer um seine Existenz ringenden Parteiorgan nur der Weg übrig bleiben, sein Erscheinen einzustellen, ganz besonders wenn es einen ländlichen Abonnentenstand hat und die hohen Postgebühren dabei besonders in die Wagschale fallen.

Wie die Dinge heute liegen, erscheint die Erörterung des schon früher im Augustinus-Blatt wiederholt aufgetauchten Gedankens der Zusammenlegung von kleineren Parteiblättern zu größeren Kreis- oder Provinzorganen durchaus zeitgemäß. Von dem Vorhandensein mehrerer kleiner Blätter in demselben Bezirk hat niemand einen rechten Nutzen, weder die Partei, deren Interessen ohnedies nicht genügend vertreten werden können, noch die Leserschaft, die außer den reinen Lokalfragen in den kleinen Blättern nichts findet und sich zu ihrer Unterrichtung daneben meist doch ein größeres Blatt hält. Der Inserent kann in seinen Anzeigen nur zu einem kleinen Kreise sprechen, und der Verlag kann trotz allen Mühens und Strebens kaum auf einen grünen Zweig kommen. Soll dieses alle Teile unbefriedigende unrentable Wirtschaften unter den heutigen Verhältnissen nur vom Standpunkt der Zentrumspolitik aus aufgeführt werden? Hat die Zentrumspartei nicht ein vitales Interesse an einer nachdrücklicheren publizistischen Vertretung im Volke? In einem westfälischen Wahlkreise, der nach der alten Einteilung zu den sogenannten „bombensicheren" gehörte (natürlich, denn anderswo kann man sich den Luxus der Kräftezersplitterung nicht leisten), erscheinen nicht weniger als sechs Zentrumsblätter, obwohl der Bedarf von einem einzigen im Bezirk stark verbreiteten Provinzblatt vollauf gedeckt wird und die Interessen von Partei und Bezirk sich dabei in den besten Händen befinden. In einem oberbadischen Wahlkreise sind es sogar neun oder gar zehn Organe der Zentrumspartei, die einander das Leben schwer machen, obwohl zwei alte gut eingeführte Blätter vollauf genügen würden. Diese Illustrationen besagen doch genug, in Baden, Württemberg und auch im Rheinland ließen sich ähnliche Beispiele zu Dutzenden finden. (In Bayern ist in den letzten Jahren durch die vorbildliche Tätigkeit des Kath. Preßvereins bereits viel zur Hebung der gerade jetzt so hochwichtigen ländlichen katholischen Presse beigetragen worden. D. Red.). Am Niederrhein hat vor kurzem eine Vereinigung stattgefunden, die sich sogar über einen ungleich gearteten Leserkreis und Bezirk (Flachland und Industriegroßstadt) erstreckt, wie man sehen kann mit bestem Erfolge. Sollten ähnliche Vereinigungen nicht auch anderwärts möglich sein? Sie würden der Partei nur Kosten, Unzulänglichkeiten, Verdrießlichkeiten und Eigenbrödeleien ersparen und ihr den Erfordernissen der Zeit entsprechende Organe in die Hand geben. Ein durch Zusammenlegung leistungsfähig gewordenes Unternehmen könnte an die redaktionelle Ausgestaltung des Blattes ganz andere Mittel wenden, könnte geeignete Kräfte in seinen Dienst stellen und so an positiver Arbeit, Aufklärung und Schulung der Wählerschaft, an Abwehr und Verteidigung auf politischem wie auf kulturellem Gebiete unendlich mehr leisten, als bisher der Fall war. Die politische Brunnenvergiftung, die Auswüchse und sittlichen Schäden der heutigen Zeit erfordern überall mannhafte Abwehr und Bekämpfung. Dazu sind die kleinen Blätter bei allem guten Willen nicht in der Lage. Es könnte, was jetzt ziemlich ausgeschlossen ist, ein politischer Teil geliefert werden, der unabhängig von der durch Berliner Korrespondenzen herbeigeführten Uniformierung oder der fleißigen Inanspruchnahme des „Solinger Mitarbeiters" selbständig, den provinziellen Bedürfnissen entsprechend, gearbeitet wäre. Auch dem bekannten oft beklagten Elend des Feuilletons in der kleinen Presse könnte begegnet werden. Gerade auf dem Gebiete des Feuilletons wäre auch Gelegenheit, den Heimatcharakter der kleinen Blätter, den man zu verlieren befürchtet, aufleben zu lassen durch Arbeiten über orts- und volkskundliche, mundartliche u. a. Stoffe. Auch die einzelnen Lokalfragen brauchten nicht zu kurz zu kommen und die amtlichen Anzeigen, auf die von den Anhängern der Lokalblätter meist abgehoben wird, kämen genau so zur Geltung wie zuvor, ja es würde dann sogar der Unfug unterbunden, daß behördliche Bekanntmachungen im selben Bezirk gleichzeitig vier- bis fünfmal oder noch öfters erscheinen müssen. Die Bezirke der kleinen Zentrumsorgane brauchten in Wirklichkeit nicht einmal viel aufzugeben, denn statt des „eigenen" unzulänglichen Organs könnten sie ja unter Fortführung von dessen Namen das neue Kreis- oder Provinzorgan als Kopfblatt mit besonderem lokalen Teil geliefert erhalten. Die notwendigen geschäftlichen Auseinandersetzungen würden sicher keine unüberwindlichen Schwierigkeiten mit sich bringen, wenn die leitenden Parteikreise von dem ernstlichen Willen beseelt sind, im Pressewesen ihrer Bezirke Ordnung zu schaffen und die Zusammenfassung kleiner Parteiorgane durchzuführen.

Die Widerstände, die sich bisher geltend machten, entsprangen meistens recht egoistischen, aus dem Kantönli-Geist heraus erwachsenen Motiven. Einheitlichkeit und Geschlossenheit tut aber gerade in der jetzigen Zeit not, und die Partei kann einer allzeit zuverlässigen, schlagbereiten Presse nicht entraten. Da erscheint es denn geradezu als ein Parteierfordernis, daß der erörterten Frage erneut lebhafteres Interesse zugewandt wird mit der Absicht und dem Ziel: Einer starken Partei eine starke Presse.

Gegen den Wucher!

Von Dr. Rudolf Mayer.

Die Grundursache des Weltkrieges war der teuflische Hunger nach Gold. Dieser Hunger nach Gold ist auch der Hauptgrund für den Zusammenbruch Deutschlands und ist der wesentlichste Grund für das große Elend und die Teuerung in der Welt. Alles suchte sich und sucht sich noch immer zu bereichern, und ohne Rücksicht auf die Allgemeinheit treibt krasser Egoismus sein verderbenbringendes Handwerk. Wohin man schauen mag: Wucherer, Schieber, Kriegsgewinnler, Revolutionsgewinnler, Friedensgewinnler, Lumpen.

Hohe Strafandrohungen, wie sie während des Krieges von seiten der Generalkommandos in üppigster Fülle ergangen sind, waren ebenso nutzlos wie die frühere Bekämpfung des Wuchers durch das Gesetzbuch.

Damit ist der Beweis erbracht, daß das Rüstzeug der früheren Zeit ungenügend (weil wirkungslos) ist gegen Wucher und Schiebertum und daß nur eine gründliche Aenderung der Kampfmethode Aussicht auf Erfolg hat.

Ein Erfolg kann einzig und allein nur dann erreicht werden, wenn der Wucher aufhört ein einträgliches Geschäft zu sein, wenn also das Risiko größer ist als der allenfallsige Geschäftsgewinn.

Mit den bisherigen gesetzlichen Kampfmitteln ist ein Niederringen dieser Verbrecher absolut ausgeschlossen: dazu brauchen wir ein drakonisches Gesetz.

Ja! wird mancher sagen: Was nützt ein Gesetz; die Nürnberger hängen keinen, den sie nicht haben.

Ganz richtig. Deshalb muß man eine Methode wählen, durch die solche Verbrecher am Volke leicht zu fassen sind.

Von Zeit zu Zeit liest man bei einem Raubmord oder einem andern schweren Verbrechen die Ankündigung von hohen Belohnungen für denjenigen, der den betr. Verbrecher dem Untersuchungsrichter namhaft macht.

Die gleiche Methode gibt, richtig angewandt, dem Wucher- und Schiebertum und dem Schleichhandel den Todesstoß. In dem Wuchergesetze muß für Jeden, der einen solchen Volksschädling der Staatsgewalt mit Erfolg anzeigt, eine bestimmte Belohnung in Aussicht gestellt sein, so daß derselbe im vorhinein weiß, welcher Lohn ihm winkt.

Diese Belohnung (prozentual mindestens 20 Prozent) müßte sich berechnen aus dem Werte der dem Wucher- oder Schiebergeschäfte zugrunde liegenden Gegenstände. Beispiel: Würde ein Kriegsgewinnler, der z. B. zwei Millionen Mark über die Grenze bringen will, durch das Verdienst eines Bahnbediensteten oder eines Flugzeugführers oder einer anderen mitwissenden Person abgefaßt, so würde im vorhinein schon eine Belohnung von 400 000 M. winken. Ein anderes Beispiel: Ein Kleider- oder Leder- oder Kohlen- oder Lebensmittelwucherer würde, die Notlage seiner frierenden oder hungernden Mitmenschen ausnützend, Vorräte im Werte einer Million zurückhalten, so würde der die Anzeige mit Erfolg erstattende Mitwisser im vorhinein 200 000 M. erhalten. Die verbleibenden 80 Prozent verfallen unter allen Umständen der Allgemeinheit.

Außerdem müßte, wenn möglich in jedem Falle eine Geldstrafe in mindestens zweifacher Höhe des beschlagnahmten Wertes verfügt werden, wovon dem betr. Veranlasser der Strafverfolgung wieder 20 Prozent zugesprochen werden müßten.

Diese „Anreizpolitik" würde rasch all die großen Wucher- und Schiebergeschäfte unmöglich machen, da ja bei all diesen Geschäften immer Mitwisser beteiligt sind, die, jetzt durch kleinere Bestechungsgelder zum Schweigen gebracht, bei Aussicht auf großen Gewinn gewiß gerne die Volksschädlinge zur Anzeige bringen würden.

Daß Kronzeugen straffrei bleiben müßten, ist selbstverständlich. Ebenso selbstverständlich ist, daß jeder Wucherer und Schieber ausnahmslos mit schwerer Gefängnisstrafe (von festgelegter Mindestdauer) belegt werden müßte, bei nachweislich schon früher begangenem Wucher- oder Schiebergeschäfte mit Zuchthaus. Das Strafverfahren müßte ein rasches (Volksgericht) sein ohne Rücksicht auf Namen und Person. Daß die Namen der bestraften Wucherer und Schieber ohne Rücksicht auf Namen von Gerichtswegen dem Volke zur Verehrung öffentlich bekannt gegeben würden, ist ebenso notwendig.

Mit diesem System wird keineswegs Treu und Glauben in der Geschäftswelt erschüttert; der reelle Geschäftsmann hat nichts zu fürchten, die Verbrecher aber, die so schwer am Volke und dem Vaterlande sündigen, müssen um jeden Preis unschädlich gemacht werden; denn von allen Verbrechern sind diese die gefährlichsten und niederträchtigsten. Die Preisbestimmung für die Lebensbedürfnisse muß unter allen Umständen „dem freien Spiel der Kräfte" entzogen werden. In einem Volksstaate gelten dafür nicht mehr die manchesterlichen Grundsätze von Angebot und Nachfrage, da diese wie wir sehen durch verbrecherische Manipulationen so leicht beeinflußt werden können, sondern einzig und allein: Vorrat oder wirklicher Mangel an Ware. Die Waren aber müssen unter der Kontrolle des Staates gehalten werden, so daß bei eintretendem Mangel sofort die Bedürfnisse der Allgemeinheit durch Zurückgreifen auf die kontrollierten Warenvorräte befriedigt werden können. So verstehe ich das Wesen und Wirken des sozialen Staates. Daß hierin die Betriebsräte eine ihrer wichtigsten und dankbarsten Aufgaben zu suchen hätten, unterliegt keinem Zweifel.

Auf zum Kampfe!

Fidelium Deus omnium conditor.

Von Gustav Gichtel.

Da wir als Kinder die stillen, waldigen Bergeshöhen der Heimat durchstreiften, mieden wir ängstlich einen weit vorspringenden Hügel, den unsere Väter als den „Russen-Gottesacker“ bezeichneten. Es stiegen unseren Phantasien Vorstellungen auf von übereinander getürmten, ungeheuren Grenadier-Bärenmützen, verrosteten Pallaschen und wildem, bleichen Gebein aus Napoleonischen Feldzügen. Und es schauerte uns. — Die Jugend von heute und dort wird Namen und Platz kaum mehr wissen.

Ein Jahr vor dem Kriege stieß ich unweit des Ortes, wo einst die Abtei Tennenbach gestanden hatte, auf einen anderen Kriegsfriedhof, selber wieder begraben unter dichter Decke üppigen Buschwerks. Zwei über und über bemooste Gedenksteine, die nie des Tages Licht mehr trifft, taten mir kund, daß vor hundert Jahren Bayern und Oesterreicher hier ihre letzte Waffenruhe gefunden haben. Tote Helden in totenstiller, buchstäblich namenloser Verlassenheit.

Einige Stunden vor den Toren Münchens, draußen in wenig begangener Moorgegend, schlummert an einsamem, furchigem Feldweg in neuer Wiederkehr eine neue Art Kriegsgrabstätte: ein Gefangenenfriedhof. Nicht Moos noch Haselstauden decken schonend diese Erdenwunde; sie liegt noch ganz offen, ganz bloß da, Herbstesschauer nässen die nackten Kiesgänge, und wir hätten heute nicht alle Gräber, die der Weltkrieg ausgeschaufelt, besucht und ihnen den Weihbronn christlichen, allumfassenden Allerseelengedenkens gespendet, würden wir dieser, da sie in unserer Mitte weilend Gastrecht bei uns genießen sollen bis zur einstigen Erstehung alles Fleisches — würden wir sie ausschließen von der inbrünstigen Tagesbitte: „Herr! Gib ihnen die ewige Ruhe!“ Ihnen, allen ihnen ohne Unterschied der Nationalität.

Wie wir Deutsche nicht anders können, ist für diese Armen feindlicher Völker dort ein letzter Ruheplatz gebettet, mit schützendem Drahtgitter umfriedet worden und in der Mitte steht ein großes „Kreuzbild Gottes, hoch in stummer Trauer“. Breitet die Arme aus nach den zu Füßen Schlummernden aus fernstem Ost und West, segnet mit gesenktem Haupt und blutender Herzenswunde Schläfer von Nord und Süd. Die sorgsam gehügelten Gräber links und rechts liegen in Reih und Glied, Franzosen, Russen, Italiener und ein paar Engländer wahllos aneinander gebettet, wie der Tod es eben befand, jetzt militärisch tadellos ausgerichtet zum dereinstigen Appell. Kreuz reiht sich an Kreuz, so gleichförmig, daß der Unkundige — sprächen die schräg gelegten Grabtafeln mit Halbmond und Stern der Mohammedaner nicht dagegen — glauben möchte, einen Trappistenfriedhof vor sich zu haben. Denn monastisch kurz ist das Leben eines Jeden mit weißer Schrift auf schwarzem Kreuzesstamm oder Schrägbrett aufgezeichnet: Dienstgrad, Name, Regimentszugehörigkeit, Todestag.

Manch einen davon habe ich gekannt, sein ganzes Leben; um all sein Hoffen gewußt. Denn eines Tages war ich in das in der Nähe gelegene große Gefangenenlager befohlen worden und habe dort als Sprachenvermittler Dienst getan, viele, viele Monate. Ich habe sie kommen und gehen, leben und sterben gesehen und den lakonischen Tagesbefehl gelesen: „Gestorben ist der Kriegsgefangene X. Beerdigung morgen Vormittag 10 Uhr. Leichenparade stellt das xte Bataillon. Die Beerdigung nimmt der X Geistliche vor.“ Und dann ging der Zug hinaus. Auf vier Kameradesschultern schwankte voraus der Sarg im Leuchten der Morgensonne. Dienstfreie Mitgefangene schlossen sich unter Bewachung an, in besseren Garnituren, wenn sie solche hatten. Alle grellen Farben heimatlicher Truppenteile glühten auf und nach dem Trommelwirbel kam der letzte Gruß, bei den Franzosen in jenem Pathos voll honneur et patrie, das — entsprechend dem Geiste der Aufklärung des Westens — in den meisten Fällen vermied an den allbarmherzigen Vater zu erinnern, der im Himmel ist und gütiger Vater war auch diesen auf fremder Erde Heimgegangenen. Hatte der Priester seine Handlung beendigt, dann hob sich bei viel zu Vielen keine Hand zum Vaterunser und keine geistige segnende Liebesgabe träufelte auf die erdigen Schollen.

Lange darnach noch kamen zärtliche Briefe und Karten an den Toten, sprachen von allem Möglichen, schilderten das Glück baldiger Heimkehr und schlossen sehnsüchtig: „..... und schließe Dich in meine Arme!“

Liebende, erwartende Hände umfaßten fiebernd immer noch den, der bereits in Asche gesunken war. Bilder süßer Kindergesichter wurden entgegengesandt, da frohe Vateraugen längst erloschen waren. Der Weg der Trauermeldung über das neutrale Ausland in die Hütten an den fernen Meeren oder an den tiefen Flüssen Russisch-Asiens war weit, oft so weit!

Da bin ich oft noch zu später Stunde, wenn über dem sammtschwarzen, nächtlichen Moor völkergemeinsamer Sternentrost herniederfunkelte, wenn lange Nebelstreifen ersterbende Gräser und frische Gräber mitleidig überzogen, wenn Schnee und Eis die weite Einsamkeit noch einsamer erscheinen ließen, dann bin ich hinausgepilgert zum Gefangenenfriedhof. Habe meinen soldatischen Dienst bei den Lebenden hinter der hohen Lagermauer gewechselt mit dem menschlichen bei den Toten vor dem dünnen Friedhofsgitter, habe mich als Anwalt gefühlt all derer, die jenseits ferner, ach so ferner Fronten tränenden Auges herüberstarrten zu unserer weltverlassenen Grabesstätte im Moor; habe ihnen allen die Hände gefaltet und auch als ihr Sprachvermittler laut durch die Drähte hineingerufen in der Weltensprache der Kirche: Fidelium Deus omnium conditor et redemptor, Gott ist Schöpfer und Erlöser aller Gläubigen.

Wie hier in Münchens Nähe, so ruhen an zahlreichen Orten deutscher Lande tote Kriegsgefangene feindlich gewesener Völker. Schließen wir sie nicht aus aus unserem frommen Gedenken: es taut segnend, doppelt segnend zurück auf das durch alle Zonen zur ewigen Heimat lechzende Gräberfeld unserer eigenen Brüder!

Vom Büchertisch.

Die frohe Botschaft. Roman von Heinrich Godefried. Regensburg 1920. Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz. 228 S. ℳ 3.—, geb. ℳ 4.—. Eine vom feurigsten Glaubenseifer eingegebene und prächtig durchgeführte Apologie des Christentums im Romangewande. Der seinen Stoff gründlich beherrschende Verfasser, der zweifelsohne dem geistlichen Stande angehört, sagt zwar ironisch: „Im eigenen Lager hat sich der katholische Sinn glücklich so weit entwickelt, daß ein religiöses Objekt naturgemäß der Verfemung verfällt,“ aber er läßt sich dadurch nicht abschrecken. Die Handlung beschränkt sich auf die Bekehrung und glückliche Verlobung der Tochter des für die moderne Weltanschauung grimmig kämpfenden Agitators und von einer Verwicklung ist kaum die Rede. Das Hauptinteresse nimmt der Pater Christophorus mit dem „hart und kantig gemeißelten Charakterkopf“ in Anspruch, Religionsgespräche und Diskussionen, Missionspredigten usw. füllen einen großen Teil der Blätter. Mit einer „visionären Ekstase einer neuen Stadt Gottes auf Erden im lichten Goldglanz der eucharistischen Gnadensonne“ nimmt der Missionär Abschied vom alten Europa, um den fernen Heidenvölkern „die frohe Botschaft“ zu bringen. Und der Autor schließt mit den bangen, aber hoffnungsvollen Fragen: „War es ein Traum? Ist es eine Vision? Wird es Wirklichkeit?!“ L. v. Heemstede.

Joseph Praxmarar: Aus den Flegeljahren in die Mannesjahre. Eine Erzählung aus dem Tiroler Volksleben, wahrheitsgetreu geschildert. Innsbruck-München, Tyrolia. Pr. 6 ℳ. — Literarisch anspruchsloser kann sich nicht leicht ein Erzähler geben. Das Buch, weil so treuherzig und köstlich frisch, wird dennoch seine Leser finden. Und zwar auch unter solchen, die einen sorgsamer gehandhabten Stil als wohltuend empfunden hätten. — Der Verfasser und seine zwei Brüder sind die Helden. Vom Bauernbübchen zum Studentlein, von diesem zum Berufsträger, aus einfachster Stille hinein ins bewegte Leben: das sind so die Hauptstufen der mit vollem, aber niemals abstoßenden Wirklichkeitslicht bestrahlten Entwicklung eines schlichten dreigegliederten Menschengeschickes. E. M. Hamann.

Prof. Dr. Karl Bertsche: Abraham a Sancta Clara. Mit einem bisher unveröffentlichten Bildnis P. Abrahams und dem noch wenig bekannten seines Oheims (Sammlung von Zeit- und Lebensbildern. 22. Heft). M.Gladbach, Volksvereins-Verlag. Pr. geb. 4.80 ℳ. — Bertsche, der Entdecker von Abraham a Sancta Claras „Geflügeltem Merkurius“, schenkt uns hier ein — bis auf den hauptsächlich gegen Scherer gerichteten starken polemischen Einschlag — außerordentlich frisch geschriebenes Lebensbild von großer Unabhängigkeit und Gründlichkeit, von klarer, reicher Logik. Vorzüglich erfaßt er den Kern der in dem großen Bettelmönch schaffend lebendig gewordenen Persönlichkeit: die selbstlose Hingabe für andere, das Kämpfen für ein hohes sittliches Ideal, und zwar vor allem als Prediger, dann erst als Schriftsteller; als Erfüller seines Apostolats nicht so sehr auf dem Büchermarkt als auf der Kanzel, im Beichtstuhl und im Kloster. Immer aber zieht Bertsche die reiche Fundgrube der Werke dieses Ragenden herzu und gestaltet dadurch die Darstellung zu einem literarischen Lichtwege, der einem die Bedeutung des Zeugnisses erhellt, das der sterbende berühmte Philosoph Christian v. Wolff 1754 vor seinen Freunden dahin ablegte: der Pater Abraham sei der einzige unter allen Gelehrten gewesen, der „die richtigsten Begriffe der Sachen erfunden und durch dieses Mittel die abstraktesten Wahrheiten zum allgemeinen Menschenbegriff gebracht“ habe. Also, schloß er, habe der Pater Abraham „alle Philosophen um so viel übertroffen als seine Einsichten vollkommener und vielfacher waren als die ihren.“ — Das dem Buche vorgesetzte Bildnis packt unmittelbar: Stirn, Augen und Mund, die tatsächlich ungemein Großes, Hohes und Gütiges an Menschengeist bezeugen. — Sehr dankenswert ist das am Schlusse beigegebene reichhaltige Namen- und Sachverzeichnis. E. M. Hamann.

„Im Dienste der hl. Familie.“ 119 S. Von Dr. K. Graf. Zu beziehen durch die Schwesternvereinigung, München, Blumenstraße 45. — In aller Stille blüht eine wahrhaft providentielle Organisation empor, welche eine außerordentliche Seelsorgshilfe bilden wird, um das schwerbedrohte Heiligtum der christlichen Familie zu retten: die Schwestern von der hl. Familie. (Grundlegende Schrift „Die Schwestern von der hl. Familie“ von C. Walterbach, 1.50 ℳ, obige Adresse.) Dr. K. Graf, ihr Spiritual, gewährt uns in seinem köstlichen Büchlein einen Einblick in die tiefreligiöse Schulung, welche die Schwestern in erster Linie befähigen soll, im Geiste der altchristlichen Diakonissen ihres hehren Apostolates zu walten in Hebung und Pflege des christlichen Familiensinnes. Echt evangelischer Geist weht uns aus jedem Kapitel entgegen. Da das Problem der Familie im Vordergrund unserer Sorgen stehen muß, verdient das Büchlein und das Werk, dem es dient, auch in der Oeffentlichkeit die höchste Beachtung. L. Heilmaier, Benefiziat.

Die Münchener Räte-Republik. Von Stadtrat Max Gerstl. 8° 135 S. ℳ 2.50. München, Verlag der „Politischen Zeitfragen“. Zweck dieses Schriftchens ist ein möglichst klares Urteil über die Ereignisse, die uns der Aprilmonat 1919 brachte. Es werden daher sozusagen in Tagebuchform die Aufrufe, Verordnungen, Flugblätter, wie sie uns jene kritische Zeit in reicher Fülle brachte, zusammengestellt und so ein treues Bild der Ereignisse und Zustände jener Schreckenstage gezeichnet. Die Einleitung hebt die verschiedenen Stufen der Entwicklung hervor, die vor der Verkündung der Räterepublik am 7. April bis zur Aufrichtung der Diktatur der Roten Armee am 29. durchlaufen wurden. Der reiche Stoff, den das Heftchen bietet, ist am Schluß in einem Personen- und Sachenverzeichnis im Ueberblick zur raschen Orientierung zusammengefaßt. O. Heinz.

Bühnen- und Musikrundschau.

Volkstheater. Der französische Schwank, der vor dem Kriege unsere Bühnen überschwemmte, droht, wie aus mancherlei Anzeichen zu schließen, wieder von unseren Brettern Besitz zu ergreifen. Wir haben in München ein neues Theater, das bereits ausschließlich oder fast ausschließlich Pariser Pikanterien bietet. (Als Bühne mit Restaurationsbetrieb scheidet es aus den Spalten der Kunstkritik, wie alle die Kleinbühnen und Kabaretts.) Aber auch auf den großen Bühnen besteht da und dort die Neigung, den Versuch zu machen, ob sich die alten Kassenerfolge nicht wieder einstellen. Einstweilen sondiert man das Terrain mit — Ersatz. Der Schwank der Wiener Autoren Engel und Horst „Die blaue Maus" kopiert die ganze Pariser Kultur des Schwankes; nicht einmal durch die Namen der handelnden Personen werden wir aus der Täuschung erweckt, echte, gallische Heiterkeit zu genießen. Höfliche Leute pflegen zu sagen, der echte Pariser Schwank habe eine unnachahmliche Grazie des Unschicklichen; aber das ist durchaus nicht immer der Fall, man trägt auch dort oft derb auf, so daß man den Wiener Autoren über ihr Nachahmungsgeschick ein Kompliment machen darf. Ist es ein Kompliment? — Man frage sich, ob es möglich sei, daß ein französischer Stückeschreiber jemals auf den Gedanken kommen könnte, einen in Berlin, Wien oder München spielenden Schwank zu schreiben und man hat die Antwort. „Die blaue Maus" ist eine Dame der Halbwelt, die ein Beamter seinem Vorgesetzten als seine Frau vorstellt. Der Letztere ist für Frauenreize sehr empfänglich und so vermag die Pseudogattin auf die Laufbahn des Beamten vorteilhaft einzuwirken. Daß es zu allerhand mehr oder minder pikanter Situationskomik kommt, läßt sich denken. Frisch gespielt unterhielt das Stück das Publikum sehr gut; allein es hat schon öfters bei harmlosen Stücken deutscher Schwankdichter, die keine Pariser Maske trugen, nicht minder gelacht.

Lustspielhaus. Ernst von Wolzogen hat mit dem Lustspiel „Weibchen" einen recht kräftigen Erfolg erzielt. Als er das letztemal hier (im Schauspielhause) zu Worte kam und größere Probleme behandelte, da mußte er sich mit jenem flauen Erfolg begnügen, der bald zur Vergessenheit führt. Gemeinsam ist beiden Stücken eine frische, lebendige Plauderkunst, während manche Typen an sich mehr als Theaterfiguren, denn als Charaktere wirken. Beim heiteren Spiel nimmt man dies eben leichter. Der berühmte Frauenarzt Geheimrat v. Hetzbach beurteilt die Frau, wie schon aus dem Titel „Weibchen" hervorgeht, nicht eben hoch. Diese Ueberlegenheit des Standpunktes nimmt er theoretisch auch seiner eigenen Frau gegenüber ein; in Wirklichkeit wird er freilich von ihr betrogen; aber als er von dritter Seite geradezu mit der Nase darauf gestoßen wird, gelingt es weiblichem Geschick doch noch, ihn zu täuschen. Der Dame ist die Dienerin als „Weibchen" von gleicher Gerissenheit an die Seite gestellt. Frau Isabella gehört dem Lustspiel, ihre Köchin dem Schwanke an, und ähnlich ist's mit den Männern. Der den „Künstler" posierende Tapezierer und der eifersüchtige Unteroffizier sind Possenfiguren, der kluge Geheimrat und sein von Gewissensbissen gequälter Assistenzarzt sind mit feinerem Stift gezeichnet; im dritten Akte nimmt die Unbedenklichkeit der Possenwirkung vorübergehend überhand; der Regie fiel die Aufgabe zu, hier ausgleichend zu wirken, sie suchte und fand den mittleren Weg. Koch, der Spielleiter, gab den Geheimrat in recht glücklicher Maske. Carla Holm war eine sehr ansprechende Isabella, die man sich indessen wohl noch überschäumender und blendender denken kann, die drastische Köchin Frl. Molters und die Chargen spielten sehr flott. Wolzogen wurde oftmals hervorgerufen.

Münchener Musik. Mit dem berühmten Leipziger Thomaskantor Straube haben mehrere Wochen lang Verhandlungen zwecks Uebernahme der Leitung der Akademie der Tonkunst stattgefunden. Nun hat der Musiker, der unstreitig zu den stärksten Künstlerpersönlichkeiten der Gegenwart gehört, den Ruf abgelehnt. Es läßt sich nicht leugnen, daß die Anziehungskraft Münchens als Kunststadt heute nicht mehr so stark ist wie früher. Um so mehr ist es Pflicht der betreffenden Faktoren, den Ursachen nachzugehen und etwaige Schäden zu beheben. Ganz verfehlt wäre es, sich mit einer mittleren Kraft zu begnügen und das andere dem Schimmer alten Ruhms zu überlassen. Lediglich tüchtige Konservatoriumsdirektoren finden sich in allen Groß-, in vielen Mittelstädten. Die Münchener Akademie braucht eine Persönlichkeit. — — Ein ausverkauftes Haus sah erfreulicherweise das erste Abonnementskonzert des Konzertvereins. Pfitzner, jubelnd begrüßt, ward den Abend über sehr herzlich gefeiert. Sehr fein und kraftvoll war das Lohengrinvorspiel herausgearbeitet, mit dem Pfitzner das Konzert einleitete. Regers Variationen und Fuge — über ein Thema von Beethoven op 86 — sind hier noch nicht gespielt worden. Es ist ein technisch sehr fesselndes, in dem Aufbau imposantes Werk, dessen Vorzüge Pfitzners Interpretationskunst in packendster Weise darbot. Die Wiedergabe der fünften Symphonie Beethovens überraschte durch die Wahl der breiten Zeitmaße, unter denen insbesondere der Schlußsatz einiges von seiner hinreißenden Gewalt einbüßte; immerhin fesselte die Wiedergabe auch da, wo man mit der Pfitznerschen Auffassung nicht einiggehen konnte. — Karl Erb, einer der wenigen Bühnensänger, die auf dem Podium gleichermaßen Eindruck machen, hat das Verdienst, uns mit einer ganzen Anzahl neuer Lieder bekanntgemacht zu haben; besonders die Gesänge des Münchener Domorganisten Joseph Schmid verfügen über packende Töne, sowohl im zarten, innigen, wie im leidenschaftlich bewegten. Auch Volkmar Andrae, Joseph Haas und R. Würz haben Lieder geschaffen, die durch reizvolle Koloristik, aber auch oft durch Unmittelbarkeit des Empfindens gewinnend wirken, insbesondere wenn sie von einem Sänger von dem kultivierten Geschmack Erbs dargeboten werden. — Armella Bauer ist eine Geigerin von süßem, schmeichelndem Klangzauber, der vereint mit einer blendenden Technik oft hinzureißen vermag. Am Flügel saß Heinrich Schwartz; der jetzt selten Gehörte spielte in alter Frische und Meisterschaft..

Verschiedenes aus aller Welt. Im Berliner Lessing-Theater fand „Christa die Tante", ein Drama von R. Lauckner starken Beifall. Der Inhalt des Stückes, ein Anfall von Liebesraserei bei einer alten Jungfer, kann nur abstoßen, mag der Aufbau des Dramas auch Talent zeigen. — Carl Sternheim, dessen Stücke seither moderne Menschen in satirischen Dialogen auf die Bühne stellten, hat nach einer Novelle Diderots ein Schauspiel „Die Marquise von Arcis" geschrieben, das in Frankfurt a. M. freundlich aufgenommen wurde. Es ist nach Berichten ein Rührstück, in dem die Liebe nicht erlischt, als von einer sittlich anrüchigen Vergangenheit die Schleier hinweggezogen werden. — „Das Freimannskind", eine Oper von P. Weißleder, wurde in Leipzig gut aufgenommen. Die nicht sehr selbständige Musik ist nach Berichten wohlklingend und in den lyrischen Stellen sehr hübsch. Das stark theatralische Textbuch hat der Tonsetzer sich selbst gezimmert. — Adelina Patti, die einst weltberühmte Vertreterin des bel canto, ist, 76 Jahre alt, gestorben. 1859 betrat sie erstmalig die Bühne. Die letzten Jahrzehnte führte sie auf ihrem englischen Landsitz das Leben einer Schloßherrin. -- Jean Paul Nicodé, ein reichbegabter, oft nicht nach vollem Werte anerkannter Symphoniker, starb in Langebrück bei Dresden. Die von ihm in den neunziger Jahren begründeten „Nicodé-Konzerte" wirkten für den musikalischen Fortschritt. — In Berlin hat eine Konferenz stattgefunden, welche sich mit Theaterfragen beschäftigte. Beteiligt waren das Reichsministerium des Innern, das Reichsarbeitsministerium, das preuß. Kultusministerium, Vertreter des Länder- und Städtetages. Es herrschte Einigkeit darüber, daß aus kulturellen Gründen die in öffentlicher Hand befindlichen Theater unter angemessener Beteiligung der Gemeinden aufrecht erhalten werden sollen. Minister Koch stellte in Aussicht, gegenüber den Staatstheatern im Rahmen der kommenden Kommunalisierungsgesetze die private Theaterkonkurrenz auszuschalten. Man wählte schließlich einen Ausschuß, von dem man annehmen kann, daß er auch die zur Konferenz nicht zugezogenen Bühnenleiter und die Presse hören wird. — In Sudermanns neuem Drama: Die Raschhoffs stehen sich Vater und Sohn als Nebenbuhler um die Gunst einer Lebedame gegenüber. Die beifällig aufgenommene Königsberger Uraufführung zeigte den Vorzug dankbarer Rollen und den Mangel innerer Notwendigkeit.

München. L. G. Oberlaender.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Deutschlands Kaufsucht von Luxuswaren — Daher neuerliche Banknoten-Mehrung und Valuta-Entwertung — Wirtschaftsintriguen der Entente — Armes Deutsch-Oesterreich!

Aus den jeweils zur Veröffentlichung gelangenden Wochenausweisen der deutschen Reichsbank ergibt sich gleichlautend die betrübliche Erscheinung des wenn auch langsamen, so doch stetigen Anwachsens der in Verkehr gebrachten Banknoten. Naturgemäss ist dies gleichbedeutend mit einer unaufhörlichen Geldentwertung und -Verschlechterung. Mit Recht befasste sich gerade in jüngster Zeit damit die gesamte Presse Deutschlands. Im „Vorwärts" und im „Berliner Tageblatt" waren beispielsweise interessante ziffernmässige Darlegungen über die Masseneinfuhr von Genussmitteln durch das „Loch im Westen", woselbst täglich für Hunderte von Millionen Mark teuer bezahlte Auslandswaren die Grenze passieren. Diese Waren, mit deutschem Geld bezahlt bilden, demnach die Hauptursache der weiteren Preisdrückung unserer Valuta. „Der Konsument, der englischen Zigaretten, ausländische Schokolade, Kakao oder Bohnenkaffee, französische Seidenstoffe, englische Parfümerien, exotische Schmuckfedern und andere Luxusartikel bezahlt, denkt nicht daran", wie jener Artikel im „Vorwärts" richtig bemerkt, „dass solcher Kauf an Auslandswaren geradezu ein Verbrechen an unserem Wirtschaftsleben bedeutet". — „An dem Loch im Westen kaufen wir uns allmählich tot, mit solchem Luxuserwerb vergiften wir unser Wirtschaftsleben vollends". Zur Bekämpfung des im Rheinlande so sehr üppig wuchernden Schieber- und Schmugglertums sollen nunmehr, wie immer, reichlich verspätet, Massnahmen in allerschärfster Form angewendet werden, sowohl hinsichtlich der Kapitalabwanderung, wie der Warenverschiebung und der Ueberschwemmung des rechtsrheinischen Deutschlands mit entbehrlichen und dabei teueren Auslandsartikeln. Auch gegen die Versicherungsgesellschaften, welche sich mit der Assekuranz solcher verschobener Waren befassen, soll nunmehr vorgegangen werden. Das veröffentlichte Aktionsprogramm der bayerischen Koalitionsparteien fordert gleichfalls u. a. „tatkräftige

Unterbindung aller verhetzenden und zersetzenden Einflüsse in unserem Ernährungswesen, rücksichtslosen Kampf gegen Wuchertum und Schieberei, ferner bessernde Massnahmen zur Hebung des Tiefstandes unserer Valuta und Förderung in der Produktion, vor allem im Bereich unserer Ausfuhrindustrie". Aehnlich lautete, wie dies nicht anders zu erwarten war, die ausführliche Programmrede des Reichsschatzministers Dr. Mayer.

Hand in Hand damit und vielmehr als die Ursache der inneren Wirtschaftsschwierigkeiten bei uns muss die **intriguenhafte Ententetendenz** betrachtet werden. Man vergleicht in deutschen Wirtschaftskreisen diese Ententetaktik mit Recht als das offenkundige Spiel der Katze mit der gefangenen Maus. Klar wird dies namentlich bei der Betrachtung der Wirtschaftsverhältnisse in den Ostrandstaaten, woselbst nach der Wirtschaftsdurchdringung in Polen durch die Entente die Internationalisierung der Oder und Weichsel vor sich geht. Danzig, der händlerische Zentralpunkt an der Ostsee wird dem folgen. Mit dem Zusammenschluss der baltischen Länder durch Englands Gnaden wird die Ostsee vollkommen wirtschaftlich in englische Hände gelangen, umso mehr, da wir von Russland fast in der ganzen Länge seiner Grenze durch einen entfremdeten Länderblock getrennt werden. Daran ändert auch der seit kurzem eingetretene französische Umschwung nichts, uns an der Westgrenze einigermassen, wenn auch nur geringfügig entgegenzukommen. Aehnlich, sogar verstärkt ist die Wirtschaftslage des vollkommen geknechteten **Deutsch-Oesterreichs**, das zum Bezug von Nahrungsmitteln und Rohmaterialien bereits das gesamte Gold, ausländische Wertpapiere, Salzbergwerke und die öffentlichen Grosstadtbetriebe als Unterpfänder verloren hat. Ist bei uns die „Flucht vor der Mark" gross, so ist in Wien die „Flucht vor der Krone" geradezu entsetzlich. Auch dort sind die Folgen der Kapitalabwanderung katastrophal und wohl niemals mehr gut zu machen. Erwägungen in Paris, bei fernerer Lieferung von Nahrungsmitteln ein festes Wertverhältnis zwischen der Kronenvaluta und den fremden Zahlungsmitteln zuzugestehen, zwecks Erleichterung der Einfuhr und gleichzeitiger Stützung der Kronenkurse werden bei uns als wenig glaubwürdig bezeichnet. Die Friedensabmachung von Versailles und St. Germain mit der unzähligen Fülle von drakonischen Bedingungen verhindern nach wie vor auch nur den geringsten Ausblick auf durchgreifende Aenderung sowohl dort, wie auch bei uns!

Schon von diesem Gesichtspunkt heraus sind geradezu unbegreiflich die jüngsten Ausschreitungen der Börsenspekulation an unseren Effektenmärkten, welche nunmehr nach den langatmigen Haussewellen und paradoxen Kurstreibereien von Zuckungen und Rückschlägen heimgesucht sind. Das kann nicht verwundern, wenn man beobachtet hat, wie die Spekulationsübergriffe Wirklichkeitswert und Ertragsfähigkeit unserer Industrie vollkommen ausser Acht gelassen haben. Schon die veröffentlichten Riesenverluste unserer Grossindustrie sollten jede Börsenbeteiligung verhindern. Die anhaltenden Schwierigkeiten in der Beschaffung und Preissteigerung aller Rohstoffe, im Verein mit den nie aufhörenden Lohnforderungen der Arbeitnehmer und mit der fortgesetzten Erhöhung der übrigen Generalunkosten, die dadurch bedingte ungeheure Verteuerung aller Selbstkosten, daneben die kleinen und grossen Streiks und nicht zuletzt die sich scharf zuspitzende Krise der herrschenden Kohlennot, namentlich in Süddeutschland, dies alles sind für jeden Kapitalisten doch wirklich Gründe genug, den Börsenumtrieben fern zu bleiben. Noch immer nicht sind ausserdem Stützung und Stärkung unserer Valuta gesichert, wenn auch das abgeschlossene deutschpolnische Wirtschaftsabkommen, der deutschholländische Warenkreditvertrag und ein solcher seitens Norwegens — ein ähnliches deutsch-englisches Abkommen soll bevorstehen — Ansätze zu begründeter Wirtschaftsbesserung bei uns bedeuten.

München. M. Weber.

Vom Büchermarkt.

(Unter dieser Rubrik werden die bei der Redaktion eingelaufenen Bücher jeweils aufgeführt. Durch diese Veröffentlichung übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung für den Inhalt. Die Besprechung einzelner Werke bleibt vorbehalten.)

Ausgewählte Novellen von Theodor Storm. Herausgegeben von Prof. Dr. Otto Hellinghaus, Geh. Studienrat, Gymnasialdirektor a. D. Zwei Bände. 12° (XII u. 754 S.; 1 Titelbild). Geb. M 16.—. — **Das Glück des Kindes.** Erziehungslehre für Mütter und solche, die es werden wollen. Von Konrektor Nikolaus Faßbinder. 2. u. 3. Auflage 12° (XII u. 242 S) Kart. M 8.—. — **In der Stille.** Ein Lehrerinnenbuch von Camilla Werner. 12° (IV u. 110 S.) Kart. M 4.—. — **Heilige Pfade.** Ein Buch aus des Priesters Welt und Seele. Von Dr. Karl Eber. 4. u. 5. Auflage. (Bücher für Seelenkultur.) 12° (XII u. 340 S.) M 5.60, geb. M 7.60. — **Abraham a Sancta Clara.** Blütenlese aus seinen Werken. Von Prof. Dr. Karl Bertsche. Zweites Bändchen. Mit 10 Bildern. 3. u. 4. Auflage. 12° (XV u. 296 S.) M 7.60, geb. M 9.40. — **Sonn- und Festtagsklänge aus dem Kirchenjahr.** Ein Jahrgang Predigten von Domkapitular Dr. Franz Xaver Eberle. 2. u. 3. Auflage. 2 Bände. 8° (VIII u. 396 S.; IV u. 352 S.) M 14.—, geb. M 18.— — **Katholische Glaubenslehre für Schule und Selbststudium.** Von Prof Dr. Joseph Le gle 8° (VIII u. 126 S.) M 4.—, geb. M 5.20. — **Aus Bibel und Seelsorge.** Volkstümliche Bibelfragen der Gegenwart besprochen von Dr. Arthur Allgeier, Dr. Michael Heer, Dr. Engelbert Krebs, Dr Wilhelm Reinhard, Dr. Simon Weber. Vorwort von Konstantin Brettle, Dompfarrer 8° (VIII u 134 S) M 5.—, geb. M 6—. — **Geistesleben.** Von Moritz Meschler S. J. (Gesammelte kleinere Schriften, 5. Heft) 3 u. 4. Auflage. 8° (X u. 134 S) M 4.40, geb. M 5.60. — **Eucharistische Funken.** Blütenlese frommer Gedanken und Gespräche zu Füßen Jesu im allerheiligsten Altarsakrament Aus dem Italienischen übersetzt von Ottilie Bödiker. Zweites Bändchen. 1. bis 4 Auflage. II. 12° (X u. 140 S) Geb. M 3.50. — **Die Verheißungen des göttlichen Herzens.** Mit einer kurzen Einführung in das Wesen und die Uebung der Herz-Jesu-Andacht Festgabe zur Heiligsprechung der seligen Margareta Maria Alacoque. Von Viktor Cathrein S. J. 12° (IV u. 62 S.) M 1.30. — **Die Armenseelenpredigt.** Von Dr Paul Wilhelm von Keppler, Bischof von Rottenburg. 6. u. 7. Auflage. 8° (VIII u. 210 S.) M 4.50 kart. M 5.80. — **Lehre uns beten!** Vollständiges Gebetbuch für katholische Christen. Von Bischof Johann Michael Sailer, aus seinem größeren Werke von ihm selbst ausgezogen. Neu herausgegeben von Dr. Franz Keller. Mit 26 Bildern von Joseph von Führich. 2. u. 3. Auflage. 24° (XVI u 470 S.) Geb. M 5.20 und höher. — **Staat und Kirche.** Bürgerlich-rechtliche Beziehungen infolge von Säkularisation. Von Dr. iur. Joseph Schmitt, Geheimer Finanzrat und Mitglied des Katholischen Oberstiftungsrats in Karlsruhe. gr 8° (VIII u. 140 S.) M 6.—. — **Das Jesuitengesetz, sein Abbau und seine Aufhebung.** Von P. Bernhard Duhr S. J. M 8.—. (Freiburg i. Br., Herder).

Theodor Storms ausgewählte Werke. Ausgewählt und eingeleitet von Karl Lindner. 4 Bände. Je M 2.—, geb M 3.—. — **Christus vom Licht, Samko der Vogel.** Von Julius Zeyer. Zwei Legenden aus dem Tschechischen übersetzt von Wilhelmine Frankl Rank. 64 S. M —.60, geb. M 1.—. — **Sommer und Seele.** Von F. Heuer Erzählungen und Gedichte. 64 S. M —.60, geb. M 1.—. — **Bayerisch Blut.** Von August Gräf. Gedichte, Bilder und Geschichten. 64. S. M —.60, geb. M 1.—. (Josef Habbel, Regensburg und Wien.)

Bruno und Lucy oder die Wege des Herrn sind wunderbar. Hans Waldringer. Wie er seinen Weg durch das Leben macht. Erzählungen für Volk und reifere Jugend. Von Wilh Herchenbach. Jedes Bändchen brosch. M 1.50, geb. M 2.50. — **Simba, der Suahili.** Eine Reiseerzählung aus Südafrika. Von Otto von Schaching. Vierte Auflage. 8°. (152 S.) Brosch. M 1.50, geb M 2.—. — **Deutschland im Weltkriege.** Von Karl Ritter von Landmann. Titelbild und 31 Illustr. 8°. (VIII, 156 S.) Brosch. M 2.—. geb. M 3.—. — **„Der Völkerbund und die Vorschläge des Präsidenten Wilson".** Von Ministerialdirektor Dr. Emil Ber Hess. Geb. M 1.—. (Regensburg, Verlagsanstalt Manz).

Neues Meßbuch. Die hl. Messen der Sonn- und Feiertage des Kirchenjahres. 2. Aufl. Von Joh. Phil. Dickerscheid. M 6.50 und höher. — **Fortschritt der Seele im geistlichen Leben.** Nach P. Fr. W. Faber. Von Bernh. Schuler. Geb. M 3.60. — **Neues Armenseelen-Spiel.** Von Bernhard Schuler. M 2.20. (München, J. Pfeiffer's Verlag).

Gebrüder Plaswich. Erzählung für die Jugend von Johannes Mayrhofer. Mit 5 Bildern. 2. Aufl. Geb. M 4.50. — **Aus der Mappe eines alten Jugendfreundes.** Ein Buch für die christliche Jugend sowie für alle, die sich mit ihrer Erziehung befassen. Von Anton David S. J. 1. Bändchen: Für Schüler unterer und mittlerer Klassen. 12° 196 S. M 4.50. — **Lieder zum Kirchenjahr.** Von P. Gaudentius Koch. 8° 182 S. Ungebunden M. 4.30, geb M. 6.—. — **Requiem III.** (D moll) für einstimmigen Kinder- oder Frauenchor mit Orgelbegleitung Von Albin Sandhage. Op 7. Partitur M 2.60, Stimme M —.40 (Regensburg, Friedrich Pustet)

Politische Schulung der Frau. Herausgegeben von der Ortsgruppe Trier des Verbandes Katholischer Deutscher Oberlehrerinnen und dem Bezirksverein Trier des Vereins Katholischer Deutscher Lehrerinnen M 1.—. — **Zur Weltanschauung.** Versuch einer einheitlichen Zusammenfassung der wichtigsten philosophischen Fragen zur Bildung einer Weltanschauung. Von Al. Fery M 1.—. — **Einwirkung des Krieges auf die Jugend.** Zwei Vorträge von Pfr. Fr. Wessel-Sayn. 80 Pfg. (Trier, Paulinusdruckerei).

Seelsorger und Kind. Beiträge zur zeitgemäßen Kinderseelsorge. Von P. Adolf Chwala. Brosch. M 3.60, geb. M 5.25. — **Die Herrlichkeiten des Gebetes.** Gedanken über das Gebet aus der praktischen Seelsorge. Von P. Mannes M. Rings. Brosch. M 5.4, geb. M 7.50. — **Von des ewigen Königs himmlischen Boten.** Einiges von den hl. Engeln zur Belehrung und Erbauung. Von P. Dominikus M. Gickler. M 3.—. — **Christus, die Auferstehung und das Leben.** Von P M. M. Rings. Gedanken des heiligen Thomas in zeitgemäßer Form über die Triumphe des Erlösers. 8°. 82 S. Kart. M 2.50. (Dülmen i. W., A. Laumann).

Das naive Weltbild. Eine Urfrage der Geschichte, der Kunst, des Kultus, der Kultur. Von Jos. Feiten. M 1.—. (Paderborn i. W., Junfermann).

Schluß des redaktionellen Teiles.

DIE MÜNCHENER ZEITUNG
MIT DER WOCHENSCHRIFT „DIE PROPYLÄEN"
empfiehlt sich für alle Familien- und Geschäftsanzeigen
TÄGLICHE AUFLAGE ÜBER 100000 EXEMPL.
Grösste Platzverbreitung
Erscheint wöchentlich 6mal und kostet monatlich Mk. 2.50
Hauptexpedition: Bayerstr. 57—59 :: Fernspr.: 50501—50509

PETIT & GEBR. EDELBROCK
GESCHER i/WESTF.
BRONZE-GLOCKEN, ARMATUREN
GLOCKENSTÜHLE, ELEKTRISCHE
LÄUTEMASCHINEN
KOSTENANSCHLÄGE UNVERBINDLICH

Hadern und Knochen
sortiert und unsortiert.
Strumpfwolle, Neutuch, Zeitungen
kauft zu reellen Preisen von Privaten und Händlern, Anstalten, Klöstern usw.
Adolf von der Heiden, München, Baumstr. 4.
Telephon Nr. 22285. — Bahnsendung. München-Süd. Bahnlagernd.

Ohne Gift! Ohne Katze!
Schlagfallen
gegen Mäuse und Ratten
Gesetzlich geschützt:
Muster:
4 Mäuse- oder 2 Rattenfallen ℳ 2.— Verpackung und postfrei. Voreinsendung des Betrages — Postscheckkonto München 305. Günstig für Wiederverkäufer, in Eisenhandlungen, Spenglereien usw. Verlangen Sie auch Preise für Maulwurfsfallen usw.
Franz Danzer, Waldkirchen,
Holz- und Metallwaren, Niederbayern.

Gegen Trunksucht.
Ein gutes wirksames Mittel, welches durch viele Dankschreiben empfohlen, ohne Wissen des Trinkers gegeben werden kann, da geruch- und geschmacklos. Frei von schädlichen Bestandteilen. Verlangen Sie Prospekt. Preis per Dosis ℳ 8.—, Doppeldosis ℳ 14 — durch das Generaldepot Apotheker **Frank** staatl. approbiert **Berlin W. 47.**

Darlehen zu 5% geg. Leb.-Vers.-Absch. gibt
Ferd. Reitz, Gen.-Agt., Neu-Isenburg 624
v. 6 Jahre geg. Rat.-Zahl. Viele frw. Anerk. Gesch.-Gründ. 1902.

Die Buch- u. Kunstdruckerei der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, München, Hofstatt 5 und 6
übernimmt die Herstellung von Werken jeder Art, Dissertationen, Festschriften, Diplomen usw. und hält sich zur Uebernahme sämtl. Buchdruckaufträge auf das beste empfohlen.

Druckarbeiten
in jeder Art und Ausführung
vom feinsten Buntdruck bis zur billigsten Massenauflage liefert schnell und billig die
Buchdruckerei „Unitas"
Bühl (Baden)
Schnellpressen-, Rotations- und Setzmaschinenbetrieb.

Radikalmittel zur Ausrottung von Ratten, Mäusen u. sonstigen Nagetieren.
Unschädlich für Menschen, Haustiere, Wild u. Geflügel, kann es in Pferde-, Schweine-, Hühnerställen, in Küche und Keller, überall ausgelegt werden. Tötet nur Ratten und Mäuse, aber in einer bisher noch nicht dagewesenen Weise, auch alle Wasserratten, Erdratten und Wühlmäuse. Die tödliche Wirkung des Rattentuchens tritt innerhalb einiger Stunden ein und ist in langjähriger Erfahrung erprobt. Zu haben in Kartons à M. 3.—, 5.—, 10.— und 30.— bei dem alleinigen Fabrikanten
Paul Königsberg, Plauen im Vogtland, Bickelstraße 11.
Vertreter an allen Orten gesucht.

Cigarren
r. Tabak zu 400, 470, 550, 600, 650, 700 bis 1200 Mk.
Pastoren-Tabak
rein überf. zu Mk. 18.— in 1/8 Pfd Orig.-Packg. Probes. v. Cigarren in Orig.-Kisten. Von Tabak in 10 Pfd.-Paketen p. Nachn. **Johs. Schirk,** Bedburg (Erft.)

Poulain: Die Fülle der Gnaden
Freiburg 1910, zu kaufen gesucht. Offerten unt. A. H. 19901 an die Geschäftsstelle d. Allgem. Rundschau, München, erbeten.

Ein **Kinder-Altärchen** sucht zu kaufen **Händel, Würzburg,** (Wellenbad).

Jos. Schumacher
Weihrauchhandlung
Sinthern bei Brauweiler
Postscheckkonto Cöln Nr. 25547
liefert
Weihrauch
Rauchfasskohlen
1/2, 1- und 2stündiger Brennzeit, gute, feste Ware. Kistchen 7.50 Mk. Bei Abnahme von 10 Kistchen Kohlen Vorzugspreise.
Beste Empfehlungen vorhanden.

Lehrer Obst's
Nerventee
zum Kurgebr. bei Nervenkrankh. Kopfschmerz, Schlaflosigkeit von besterprobter Wirkung, zugl. Blutumlauf regelnd u. Arterien-Verkalk. vorbeugend.
Probe (f 1 Woche) 3.— Mk., **Mon.-Menge** 12 Mk.
Ausserdem besterprobt:
Lehrer Obst's Asthma-, Blasen-, Blutreinig.-, Bleichsuchts-, Darm-, Fieber-, Frauen-, Herz-, Hals-, Hämorrh.-, Lungen-, Leber-, Magen-, Nieren-, Rheumat.-, Wassersuchts-Tee u. a. m. Genauere Angab. erforderl. **R. Obst,** Lehrer, Breslau, Herrmannsdorf Nr. 108.

Soeben erschienen
Gleichen-Rußwurm
Das Ehebuch
Gehört in die Hand aller Ehegatten und die es werden wollen
Pappbd. Mk 4.65 · kartoniert geb. Mk 6.50
liefern A. Haloch & Co.
Stuttgart 24
Postscheck No. 6775

Statt besonderer Meldung.

Nach langem Schmerzenslager entschlief am Donnerstag abends 9 Uhr sanft und gottergeben, versehen mit den hl. Sterbsakramenten, im St. Elisabethstift zu Reinerz, unser lieber Sohn, Bruder, Schwager u. Onkel

Emil Laska

Kuratus an der Klosterkirche in Oberglogau

im 44. Lebensjahre, dem 18 Jahre seines Priestertums.

Um das Almosen des Gebetes bittet seine hochwürdigen Herren Konfraters u. Freunde

Oberglogau, den 18. Oktober 1919

Im Namen aller Geschwister und Anverwandten

Agnes Laska, geb. Tunk, als Mutter
Grete Laska, als Schwester.

Beerdigung fand Dienstag, den 21. Okt., früh 10 Uhr in Oberglogau von der Klosterkirche aus statt.

Die kirchlichen Hymnen in den Nachbildungen deutscher Dichter
Mit den lateinischen Texten, einer Einleitung und Anmerkungen. Herausgeg. v. Prof. Dr. O. Hellinghaus, Geh. Studienrat. 8° (419) 1920 ℳ 6.—, in Leinen ℳ 7.20.
Möge die Sammlung für recht viele, besonders auch für die Jugend, eine Quelle werden nicht nur edelsten dichterischen Genusses, sondern vor allem auch religiöser Erquickung, Erbauung und Erhebung, wie sie gerade die traurige Gegenwart so sehr bedarf.
Volksvereins-Verlag G. m. b. H., M.-Gladbach
(Postsch. Cöln 1217, Hannover 22353)

„Schlesische Volkszeitung"
Täglich 2 Ausgaben
Grösste katholische Zeitung im Osten
Führendes Organ.
Die „Schlesische Volkszeitung" Breslau ist wegen ihrer anerkannt schnellen und zuverlässigen Berichterstattung in allen Schichten der Bevölkerung weit verbreitet, besonders auch unter den Gebildeten. Sie bringt: Zuverlässige und ausgiebige Mitteilungen und Aufsätze über alle Fragen des öffentlichen und kirchlichen Lebens, der Innen- und Aussen-Politik u. a. vorzügliche Berichte über die jetzt so ungemein wichtigen Verhandlungen der Volksvertretungen; sorgfältige Pflege von Allgemeinbildung, Literatur und Kunst; reichaltigen unterhaltenden Teil, Sonntagsbeilage, Frauenbeilage usw.
Bezugspreis Mk. 7.50 vierteljährlich.
Vorzügliches Anzeigenorgan.
Geschäftsstelle:
Breslau 1, Hummerei 39-40.

Strumpf-Garne
versendet auch an Private.
Proben gegen 40 Pfg. Briefmarken
Erfurter Garnfabrik
Hoflieferant in Erfurt W. 818.

Bücher-Anzeigen sind in der „A. R." infolge ihrer internationalen Verbreitung sehr erfolgreich.

1919 15. 10.

Die Einführung zu Arnolds Deutschem Universum

Das Erlösungswerk des Deutschen Volkes

erschien am 15. Oktober 1919

Das Herrlichste und für das deutsche Volk das Nützlichste, was die ganze Weltgeschichte nachzuweisen hat / In jedem Hause muß sie als Handbuch sein — jedermann muß sie lesen

Preis der Einführung: Buchhandels-Ausgabe 2.50 Mk. Pracht- u. Gründungsausgabe 3.50 Mk. Preis des Werkes ist in der Einführung angegeben.

Herausgeber Paul Arnold / Schloß Freudenberg eine Halbinsel bei u. im Schliersee i. B.

Man bittet alles zu adressieren an die vorbereitende Stelle des Arnolds deutschen Universum, München, Promenadeplatz 19 ◆ München, Postamt I, Postfach 12

Als München belagert war und die Einwohnerschaft in Lebensgefahr stand, war Herr Paul Arnold der erste, welcher mit großen Opfern an Geld und Arbeit sich um die Befreiung annahm, Hilferufe nach ganz Bayern, an die deutsche, österreichische und schweizerische Presse sandte, die Bildung von freiwilligen Korps und die Sammlungen für diese anregte, sonst nützliche Hinweise erließ und die Verbindung mit der vom Lande abgeschnittenen Stadt mit der Außenwelt zur Beruhigung aller, die in Todesängsten dagestanden sind, unterhielt. Herr Paul Arnold wandte sich auch an die hohe Regierung in Bamberg. — Als in Paris das Unglück und das Elend des Deutschen Volkes besiegelt werden sollte, wandte sich Herr Paul Arnold an die Konsulate und an die Gesandtschaften des Auslandes, für das deutsche Volk bittend und Hilfe suchend. — In der allerschmerzlichsten Zeit Deutschlands schrieb Herr Paul Arnold offene Briefe an Wilson, ließ sie mit bedeutenden Kosten an die amerikanische Friedenskommission nach Paris gelangen und bemühte sich mit allen Kräften und Mitteln, eine günstigere Stimmung für Deutschland zu erzielen. — Herr Paul Arnold wandte sich auch an die hohe Reichsregierung. Gut meint es Herr Paul Arnold mit dem deutschen Volke. Uneigennützig, lobenswert und vorbildlich ist sein Tun und Wirken. In hohem Maße verdient er den Dank des ganzen Volkes. — Erwähnt soll hier werden, daß Herr Paul Arnold mit der Tochter des mit vielen Orden für Verdienste um sein Vaterland ausgezeichneten sel. kaiserlichen Geheimrat und Ministerialbureau-Chef K. Tacke verlobt war. Die Dame starb im aufopfernden Dienste des Roten Kreuzes. — Als Kranker, dem der schwere, schon lang anhaltende Schmerz die Tränen in die Augen treibt, schrieb Herr Paul Arnold dieses herrliche Werk, diese „Einführung zu Arnolds Deutschem Universum“. Es ist zu wünschen, daß seine Arbeit das richtige Verständnis findet und insbesondere die titl. Presse sein Bestreben einsichtsvoll unterstützt, da er für das Volk nur Nützliches, Gutes und Edles will.

München im Oktober 1919. Lothar Meggendorfer.

Sitz-Auflagen aus Filz
Filztuche
Cölner Filzwarenfabrik
Ferd. Müller, Köln a. Rh.
Friesenwall 67.

Musik instrumente.
Preisliste Nr. 594 umsonst.
Edmund Paulus
Markneukirchen
No. 594.
Welches Instrument interessiert?

Für jeden Literaturfreund von Interesse!
Neueste Autoren kommen zu Wort.
Schatzkästlein
Geflügelte Worte!
Liebe, Ehe, Mann und Weib
Zusammengest. v. Alfred John.
Eleg. gbd. 2.20 Mark.
Maruschke u. Berendt, Breslau I
Ring 8, Verlagsbchh. (gegr. 1859)

Sendet der Allgem. Rundschau Probenummer-Adressen.

Geld gegen monatliche Rückzahlg. verleiht
R. Calderarow, Hamburg 5.
Vermittler gesucht.

Galerie Helbing, München
Wagmüllerstrasse 15

Sammlungen
Baron zu Rhein † Würzburg.

Antiquitäten — Alte Möbel
Miniaturen — Alte Gemälde — Bücher.

Versteigerung: 4. u. 5. November 1919.

Katalog mit 27 Tafeln Preis M. 8.—.

Weingroßhandlung
August Müller, Fulda
beeidigter Meßwein-Lieferant
Meßweine, Tischweine
in allen Preislagen
Preisliste kostenlos!

Berlin Mittelstr. 21-22
Hotel Stadt Kiel
2 Min. v. Bahnhof Friedrichstr.
4 Min. v. d. St. Hedwigskirche.
Moderner Komfort. Zimmer v. 6 Mk. an. Trinkgeld abgelöst.
Bes. Franz Stützer.

Mosel- u. Saar-weine
liefert vorteilhaft an Private und Restaurants von
Mk. 8.—
aufwärts.
W. Overhoff Nachf.
Weingutsbesitzer,
Enkirch a. d. Mosel.

Grosser Missions-Christus
Gresse Pietà für Kriegsdenkmal

Osterrieder
München Georgenstr. 113
Weihnachts-Krippen

Kunstgerechte, historische Studien.
Abbildungen für Interessenten frei.
Sebastian Osterrieder
akadem. Bildhauer
München, Georgenstrasse 113.

Haselmayer's Institut in Würzburg
(staatlich genehmigt).
Gewissenhafteste Vorbereitung für alle Prüfungen, besonders für junge Leute, welche in der Schule zurückgeblieben sind oder solche, die bereits in einem Beruf stehen. Vorzügl. Pensionat.
Eintritt jederzeit.
Näheres durch die Direktion.

Institut Sankt Josef
Kath. Haushaltungs-, Näh- und Handarbeitsschule.
Inhaberin:
Elis. Laufer, Berlin-Friedenau
Kaiser-Allee 130/III.

Quo vadis!
(Tr. . . . . . .)
Einf. Frl. möchte gern anreg., schriftl. freundsch. Gedankenaustausch mit religiös gesinnt. vornehm denkender Persönlichk. Event. Zuschr. u. A. K. 111 postl. Schwaben b. Münch.

Bayerische Staatsbank München

Fernsprecher: 22621—22627. — Promenadestrasse 1. — Postscheck-Konto München Nr. 120.

Annahme von Geldeinlagen zur Verzinsung

entweder auf **Scheckkonto** oder auf **Bankschuldschein** mit und ohne Kündigung.

Aufbewahrung und Verwaltung offener und geschlossener Depots.

Gewährung von Darlehen gegen Verpfändung von Wertpapieren oder Bestellung von Sicherheiten auf Liegenschaften u. zwar unter Eröffnung einer laufenden Rechnung **(Kontokorrent)** oder gegen **Schuldurkunde.**

Ausstellung von Kreditbriefen auf das In- und Ausland.

Vermittlung von Bayer. Staatsschuldbuchforderungen

insbesondere gegen Bareinzahlung zum jeweiligen Tageskurse der 3, 3½ 4 % Staatsschuldverschreibungen **ohne Spesenberechnung.**

An- und Verkauf von Wertpapieren

sowie alle sonstigen Börsengeschäfte.

Ankauf von Wechseln und Devisen.

Vermietung von dieb- und feuersicheren Schrankfächern

in der neuen **Stahlkammer.**

Die Bayerische Staatsbank beobachtet über alle Vermögensangelegenheiten ihrer Kunden unbedingtes Stillschweigen gegen jedermann und jede Behörde, insbesondere auch gegenüber dem Rentamt.

Der Freistaat Bayern leistet für die Bayerische Staatsbank volle Gewähr.

Geschäftsbedingungen werden an den Schaltern kostenlos abgegeben und auf Verlangen postfrei übersandt.

Bayer. Hypotheken- und Wechsel-Bank

München

Promenadestrasse 10 :: Theatinerstrasse 11

Gegründet im Jahre 1835.

Aktienkapital u. Reserven 141000000 Mk.

Zweigstellen in München:

Zenettistr. 3a am Schlacht- u. Viehhof (Viehmarktbank), im Tal (Sparkassenstr. 2), in der Grossmarkthalle und in Schwabing (Leopoldstr. 21).

Auswärtige Niederlassungen:

Babenhausen, Bad Aibling, Bad Tölz, Burghausen, Dachau, Dillingen, Freilassing, Gundelfingen, Höchstädt a. D., Krumbach, Landsberg a. L., Landshut, Laufen, Lauingen, Markt Oberdorf, Miesbach, Mindelheim, Moosburg, Mühldorf a. I., Pasing, Rosenheim, Simbach, Starnberg, Thannhausen, Tittmoning, Traunstein, Vilsbiburg und Wasserburg.

Hypothekdarlehen auf Haus- und Grundbesitz.

Ausgabe von Hypotheken-Pfandbriefen.

Besorgung aller in das Bankwesen einschlagenden Geschäfte.

= Reglements stehen kostenfrei zur Verfügung. =

Renten-Anstalt

der

Bayer. Hypotheken- u. Wechsel-Bank.

Der Rechenschaftsbericht für das Jahr 1918 **mit Tabelle der aus 1919** fälligen statutarisch **im Januar 1920 zahlbaren Zeit-Renten** kann von den Mitgliedern der Rentenanstalt in unserem Münchener Bankgebäude, Promenadestrasse Nr. 10, sowie bei unseren sämtlichen Filialen und Depositenkassen und den übrigen bekannten Zahlstellen in Empfang genommen werden.

Die Auszahlung der aus dem Jahre 1919 statutarisch im Januar 1920 zahlbaren Renten findet

ab Montag, den 15. Dezember 1919,

an unserer Rentenkupon-Kasse, Promenadestrasse Nr. 10, Schalter Nr. 7, statt, werktags vormittags ½9 bis 12½ Uhr, gegen Abgabe des fälligen und mit einer glaubhaften Lebensbestätigung versehenen, **vom Rentenanstaltsmitglied selbst** abquittierten Rentenkupons, ausserdem an den bekannten Zahlstellen.

Wenn ein Rentenanstaltsmitglied starb, wolle uns alsbald dessen Rentenschein samt allen Rentenkupons eingesandt werden unter Beilage irgendeines glaubhaften Sterbenachweises; dann wird unserseits für die Regel sofort die Sterberente (Rente aus dem Sterbejahr) ausbezahlt.

Den für unsere Rentenanstalt (nicht zu verwechseln mit der Leibrentenversicherung der Bayerischen Versicherungsbank, A.-G., hier) bestimmten Schreiben wolle immer Name, Stand und Wohnort des Rentners (auch Strasse und Hausnummer), sowie Nummer, Klasse und Jahresgesellschaft der Rentenscheine beigefügt werden.

München, den 22. Oktober 1919.

Bayer. Hypotheken- u. Wechsel-Bank.

Rechtsanwalt

in süddeutscher Industriestadt, von seiner Kriegserkrankung wieder hergestellt, sucht auf Frühjahr 1920 entsprechende Stellung bei industriellem Unternehmen, Bank, Versicherungsgesellschaft, Vermögensverwaltung u. dergl. Suchender ist 41 Jahre alt, ledig, kath.

Gefl. Angebote an die Geschäftsstelle der „Allg. Rundschau“, München, unter W. 19825 erbeten.

Neuheit! Grösste Erfindung!
100000 in kurzer Zeit verkauft.

Elektrische

Magnet-Taschenlampe

brennt ohne Batterie jahrelang ohne 1 Pfg. Unkosten, durch Zug an der Kette. Einmalige Anschaffung, billigste Lampe der Welt.
Solange noch lieferbar, Preis 25 Mark frko. Nachnahme.

Harcuba & Frackmann, Leipzig-Schleußig 27

Hotel Bellevue Dresden

Weltbekanntes, vornehmes Haus in unvergleichlich herrlicher Lage an d. Elbe u. Theaterplatz, gegenüber dem Schloß, Opernhaus, Gemäldegalerie; mit allen zeitgemäßen Einrichtungen versehen.
Großer Garten u. Terrassen a. d. Elbe.

Für mein Spezialgeschäft

mit grossem Umsatz erbitte ich Offerten zur dauernden Lieferung aus erster Hand von

Zigarren, Schweizer Stumpen, Zigaretten, Zigarillos,

ferner Schokoladen, Kakao, Bonbons, Lebkuchen, sowie sämtlicher Confitüren, Seifen und Fettwaren. Gefl. Angebote umgehend erbeten an **W. Petzold,** Mallmitz b. Sagan (Schles.), Hauptstrasse.

Für die Redaktion verantwortlich: i. V. Dr. Jos. Kausen, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gb.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich M 4.50.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis: Die 5 X gespaltene Millimeterzeile 60 Pfg., Anzeigen auf Textseite d. 95 mm breite Millimeterzeile 250 Pfg. Beilagen einschl. Postgebühren M 25 d. Tausend.
Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.
Rabatt nach Tarif.
Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig.
Erfüllungsort ist München.
Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt.
Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer.

Wochenschrift für Politik und Kultur. ✱ Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 45. München, 8. November 1919. XVI. Jahrgang.

Religion und Kirche im öffentlichen Leben.

Grundgedanken einer Rede Sr. Exzellenz des *H. H. Erzbischofs Dr. v. Faulhaber* auf dem Münchener Katholikentag (26. Oktober 1919).

Die neue Zeit hat das Bestreben, den Einfluß von Religion und Kirche aus dem öffentlichen Leben auszuschalten. Die Reichsverfassung von Weimar ist ein neuer Markstein auf dieser neuzeitlichen Entwicklung seit dem Westfälischen Frieden. Bayern hat hierbei nicht nur nach der Reichsflöte getanzt, es wäre am liebsten noch viel weiter gegangen.

Religion und Kirche haben ein Recht im öffentlichen Leben. Christus hat in seinem Abschiedswort den Aposteln den Auftrag gegeben: Gehet hinaus in alle Welt und lehret alle Völker! An alle Welt und alle Völker soll also die frohe Botschaft ergehen: Es ist in keinem anderen Namen Heil, es ist kein anderer Grund gelegt. Die Religion des Kreuzes soll *Welterlösung* werden und das Angesicht der ganzen Erde erneuern. Auch für die öffentlichen Gemeinschaften der Menschen soll das Gebot Christi der Sauerteig werden, der die ganze Masse durchdringt. Vorher hatte schon der Heiland den Aposteln gesagt: Was ich euch ins Ohr sage, das werdet ihr einmal auf den Dächern predigen, d. h. auf den öffentlichen Plätzen der Städte und Dörfer. Und als Petrus, der Pförtner des Reiches Gottes auf Erden, den Staub des Judenlandes von den Füßen schüttelte, da war sein Angesicht nach Rom gewendet, dorthin, wo damals die Heeresstraßen der Weltgeschichte zusammenliefen. Nicht in den Schluchten des Himalaja, nicht in der Einsamkeit der afrikanischen Wüste, in Rom, auf dem Kapitol der damaligen Wissenschaft und Weltgeschichte wurde der Lehrstuhl Petri aufgerichtet. Christus hat also seine Kirche an die Heeresstraßen der Geschichte gebaut.

Da kommt nun von Erfurt ein neues Evangelium: *Religion sei Privatsache.* Wenn das heißen soll, es kann jeder damit halten, wie er will, es kann ein jeder sich seinen Katechismus zurechtlegen, wie er will; wenn das heißen soll, Religion soll nicht gemeinschaftlich betätigt werden; wenn wir also unsere Kirchen niederreißen und unsere Orgeln zerschlagen sollen; wenn das heißen soll, Religion sei nur und ausschließlich Privatsache, dann ist der Satz falsch. Wenn es heißen soll, Religion ist zuerst und zunächst eine persönliche Sache, dann ist der Satz richtig. Zuerst muß das persönliche Innenleben vom Reiche Gottes durchsäuert sein, zuerst muß der einzelne den Geist des Gebetes und des Glaubens, der Gottesliebe und der Nächstenliebe besitzen, bis er diesen Geist auf den Straßen des öffentlichen Lebens bekennt. Christus hat den Pharisäern gesagt: Geht in euer Kämmerlein und betet! Den Pharisäern, die mit ihrer Frömmigkeit auf den Straßen hausieren gingen, die die Frömmigkeit als Aushängschild benützten, ohne innerlich das Reich Gottes in sich zu haben, hat er gesagt: Eure Religion soll nicht Außenreligion sein, seid zuerst innerlich religiös. Aber den Aposteln hat Christus gesagt: Wer mich vor den Menschen verleugnet, den werde ich auch vor meinem Vater verleugnen, der im Himmel ist. Und wer mich vor den Menschen bekennt, den wird der Menschensohn auch vor seinem Vater bekennen, der im Himmel ist. Der Mensch ist eine persönliche Einheit, er ist nicht aus einer privaten und einer staatsbürgerlichen Hälfte zusammengeleimt. Er kann also nicht inwendig ein Christ und auswendig ein Heide sein. Man kann nicht zu Hause bei der Familie für Christus sein und mit Christus sammeln und anderseits auf der Straße, als Beamter, als Abgeordneter *gegen* Christus sein und gegen ihn zerstreuen. Man kann einen Rock wechseln, wenn man ausgeht, man kann aber nicht das, was die Seele in uns ist, wechseln, wie man ein Kleid wechselt. Wenn der einzelne verpflichtet ist, Gott als Herrn und Schöpfer anzuerkennen, und wenn die staatsbürgerliche Gemeinschaft doch aus lauter einzelnen Menschen besteht, wie soll da nicht das, was für den einzelnen Pflicht ist, nicht auch im öffentlichen Leben widerstrahlen?

Noch ein drittes Recht haben Religion und Kirche auf Oeffentlichkeit: *ein politisches Recht!* Kampf gegen Personen oder Parteien liegt uns ferne. Für mich ist die Person oder Partei die Gestaltung einer Weltanschauung bzw. einer Irrlehre. Ich spreche nicht von der Partei der Sozialdemokratie, ich spreche von der Irrlehre des Sozialismus. Wenn nun der Sozialismus den Satz aufstellt, Religion sei Privatsache, dann müßte er folgerichtig auch den Satz aufstellen: Religionsfeindlichkeit ist auch Privatsache. Wenn aber ein religionsfeindlicher Geist in der Politik lebt und am Webstuhle der Gesetze webt, dann muß auch die Religion sich mit der Politik befassen. Wie kann man sagen: Ihr greift vom kirchlichen Gebiet in das staatspolitische Gebiet hinüber, wenn man fortwährend vom staatlichen Gebiet in das kirchliche Gebiet hinübergreift? Mit dankenswerter Offenheit hat es vor wenigen Tagen eine Zeitung ausgesprochen: „Auf der Tagesordnung steht die Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und der katholischen Kirche." Wie können wir da die Religion als Privatsache in die vier Wände des Hauses einschließen? Jetzt verstehen wir auch, warum der Kampf immer nur letzten Endes gegen die katholische Kirche geht. Alle diese Zeitkämpfe sind örtliche Teilkämpfe in dem großen Weltkampfe, der im Anfang der Geschichte zwischen den guten und bösen Geistern begann. Im Laufe der Zeiten müssen sich die beiden Lager in dem großen Weltkampfe immer klarer herausstellen, und die Kirche Christi wird mehr und mehr das Sammellager derer, die für Christus sind. Im Hintergrund stehen die Großmachtideen vom ersten Engelkampf. Die im Vordergrund gegen Christus kämpfen, glauben Schachspieler zu sein und sind nur Schachfiguren.

Religion und Kirche sind für das öffentliche Leben eine Staatsnotwendigkeit. Da gehe ich zurück bis zum alten Plato und seinem Grundsatz: „Wer die Religion zerstört, zerstört die Grundlagen der gesellschaftlichen Ordnung." Es wäre gut, Kultusminister zuerst einer Schulprüfung über diese Lehre der Geschichte zu unterwerfen. Eine Staatsnotwendigkeit ist gewiß die Autorität, das Vertrauen zu denen, die das Volk leiten sollen. Wir wissen leider, wieviel es da bei uns in Bayern geschlagen hat. Für uns aber ruht jede Autorität auf der Autorität des vierten Gebotes Gottes, und das vierte Gebot Gottes stützt diese Autorität der Erde auf die Autorität Gottes in den drei ersten Geboten. Wenn also eine Staatsregierung die drei ersten Gebote über den Haufen wirft, dann hat sie sich selbst die Grundlagen ihrer Autorität weggezogen und das Volk hat mit instinktiver Folgerichtigkeit gesagt: Wenn du nicht mehr an die Autorität Gottes glaubst, dann glauben auch wir nicht mehr an deine Autorität.

Eine Staatsnotwendigkeit sind gewiß feste Grundsätze. Nur starke Dogmen schaffen starke Völker. Feste Grundsätze haben wir in unseren katholischen Dogmen, gesalbt mit dem Blute der Märtyrer, seit der Katakombenzeit geweiht von den Jahrhunderten und ihren Bekenntnissen. Diese Glaubenssätze der Kirche leuchten ins Leben der Menschen hinein und stärken Treu und Glauben der Menschen. Wo der Glaube an Gott

geschwunden, muß auch das Vertrauen der Menschen ins Wanken kommen. Feste Grundsätze haben wir in dem herrlichen Werke, das zu Pfingsten 1918 erschienen ist, in dem Rechtsbuche, der Verfassungsurkunde der katholischen Kirche. 1918 hat uns die Verfassung der Kirche gebracht, 1919 die Verfassung des Reiches. Die Verfassung der Kirche, herausgewachsen aus dem Rechtsleben der Kirche im Wachstum friedlicher Entwicklung; die Reichsverfassung ein Kind der Revolution. Es wird sich in der Folge zeigen, was für ein Unterschied zwischen den Gesetzen des Reiches Gottes und jenen der Reiche der Erde ist. Es flutet und wogt und drängt sich alles; wir wollen nicht neue Fluten, wir wollen einen Fels in der Flut. Das Rechtsbuch der Kirche ist ein Fels des Rechts in den Fluten unserer Tage. Da schwebt der Geist Gottes über dem Chaos. Da sind feste Ziele ohne Kompromiß, da ist eine Führung, der wir gerne die Hand reichen. Man vergleiche, was man in den letzten Monaten von Programmen der früheren Zeit hat abstreichen und umkneten müssen!

Feste Grundsätze, aber auch feste Grundgesetze! Ein Grundgesetz ist mehr als ein Grundsatz. Ein Grundgesetz ist ein Grundsatz, der mit einem gebieterischen „Du sollst!" mich an die Hand nimmt und auf einen bestimmten Weg stellt. Solche Grundgesetze sind: Vater und Mutter ehren, nicht töten, nicht ehebrechen, nicht stehlen, nicht lügen. Der Dekalog hat uns die Grundgesetze des öffentlichen Lebens gegeben. Gewiß sind das auch natürliche Rechtspunkte. Aber geschichtlich steht fest, daß nur dort diese Gesetze einen menschenwürdigen Staatsbau aufführten auf die Dauer, wo die Staatsbürger durch religiöse Verpflichtung auf diese Grundgesetze sich verpflichtet fühlten. Wenn die einzelnen sagen: Ich komme auch ohne Religion durch — sie sollen nicht vergessen, daß sie auf dem Boden leben, wo die Mission des Christentums diese Grundgesetze in das geistige Gemeingut unserer Zeit und unseres Volkes eingeführt hat. Wie will der Staat, wenn er Gesetze und Verordnungen in die Welt wirft, seine Bürger im Gewissen auf seine Gesetze verpflichten? Mit Polizei oder neuen Paragraphen? Eine Staatsautorität, die nur von Polizei und Handgranaten gestützt wird, geht auf Krücken. Es muß eine Verpflichtung der Gewissen kommen und die kommt nur aus der Religion. Es ist merkwürdig: auf der einen Seite will man die Religion aus dem öffentlichen Leben ausschalten und auf der anderen Seite müßte man zugeben: es gibt überhaupt keine sittliche Pflicht, keine Gewissenhaftigkeit, also keine Möglichkeit, ein Staatsganzes aufzurichten, wenn man das nicht auf dem Fundament der Religion tut. Wer die Religion zerstört, zerstört die Grundlagen der gesellschaftlichen Ordnung. Haben denn jene, die den Satz aufstellen, Religion sei Privatsache, dabei ganz vergessen, daß es dann überhaupt keine wirkliche Ueberwindung des Kapitalismus geben kann, daß wir, wenn es uns nicht gelingt, die Gewissen staatsbürgerlich zu schulen und sie zu verpflichten, darauf verzichten müssen, den Gewinnsuchtsgeist und den verfluchten Mammonismus unserer Tage wirklich zu brechen?

Es war ein weltgeschichtlicher Augenblick, als in Weimar die Verfassung zu Ende war in letzter Lesung. Da standen die Staatsregenten um ihre Verfassung herum und sagten sich: Jetzt haben wir eine Verfassung; aber wie werden wir denn jetzt die Staatsbürger darauf verpflichten? Natürlich werden wir sie verpflichten wie in der guten alten Zeit, mit der Eidesformel: Ich schwöre! Aber nein! Schwören heißt den Namen Gottes anrufen. Um Gottes willen, wir wollen ja diesen Namen draußen haben aus dem öffentlichen Leben. Ausweg: Man teilt den Eid in einen religiösen Eid für die, die an den Namen Gottes glauben, und in einen bürgerlichen Eid für die, die nicht daran glauben. Allein Schwur ist Schwur und läßt sich nicht zerlegen. Schwören heißt: Klarheit und Wahrheit schaffen, da scheidet alle Doppelzüngigkeit und Doppelherzigkeit aus. Entweder gibt es einen Eid als Anrufung Gottes vom Munde dessen, der an Gott glaubt, oder es gibt kein Schwören mehr. Wenn man auf der einen Seite Gott ins Gesicht hinein im öffentlichen Leben den Abschied gegeben, dann darf man ihn nicht wieder beiholen, wo man sich sonst nicht mehr helfen kann. Wir erklären den Eid für zulässig im öffentlichen Leben, zur Verpflichtung der Beamten oder Gerichtszeugen, wir haben nicht erst jetzt in der kaiserlosen Zeit entdeckt, der Eid sei ein Stück Mittelalter. Wir müssen uns aber dagegen wehren, daß der heilige Eid ausgehöhlt wird durch diese bürgerliche Auffassung und dagegen wehren, daß der heilige Eid zu einer bloßen Polizeimacht erniedrigt wird.

Als man im Reiche endlich einmal an die Ordnung der Finanzen gehen wollte, da wußte man kein anderes Mittel, als das, die einzelnen Bürger auf der Steuerliste schwören zu lassen über den Umfang ihrer Steuerpflicht. Auch da hat sich der neue Staat auf einmal doch erinnert, daß es noch einen Gott gibt, dessen heiliger Name auch gut sein kann, um die Steuer zu erfassen. Hätte man einen Polizeihund gehabt, der die versteckten Vermögen herausholte, hätte man keinen Eid gebraucht. So aber hat man in der Verlegenheit nach diesem Mittel gegriffen, und die Folge ist, daß die Gläubigen, die Gottesgläubigen durch den Eid bis auf den letzten Pfennig erfaßt und versteuert werden, während die Freireligiösen, die jeden Eid verweigern, nicht in die Gefahr kommen, wegen Meineids gefaßt zu werden. Da ist die Bürgerschaft ganz im Widerspruch mit dem demokratischen Grundsatz in zwei Klassen geteilt. Ein Steuerprinzip muß für alle sein und nicht für einzelne ein Ausnahmegesetz schaffen. Darum hat jeder Gottesgläubige das Recht, zu sagen, ich verweigere den Steuereid als Offenbarungseid. Er kann ihn im Gewissen leisten, er kann ihn aber auch ebensogut wie der Ungläubige verweigern. Schwören ist ein Akt der Gottesverehrung, in Sachen der Gottesverehrung aber soll es keinen Zwang mehr geben. Schwören ist ein Gottesbekenntnis, der neue Staat lehnt aber ab, nach dem Bekenntnis zu fragen. Wenn du den Herrgott nicht brauchst, neuer Staat, in anderen Punkten, wenn du das sechste Gebot nicht schützest und die anderen Gebote Gottes nicht kennst und die Gotteslästerung auf allen Straßen duldest, dann brauchst du auch nicht zum zweiten Gebot Gottes zu greifen, weil du hier den Eid für deine Steuergesetze notwendig zu haben glaubst.

Religion und Kirche sind ein unendlicher Segen für das öffentliche Leben.

Ich greife nur einzelne Punkte heraus. Ein Segen im öffentlichen Leben ist der Jenseitsglaube von Religion und Kirche. Wir versinken ja in der Diesseitskultur, in dem Hasten und Jagen nach Erdengut und Erdenlust, in der Uebersättigung mit dem Sinnlichen und in der Unterernährung der Menschenseelen. Wir versinken ja in den Sümpfen von Sodoma und Gomorrha. Soll nicht die Religion da die froh Botschaft bringen: Ihr seid zu Höherem geboren? Ihr sollt Feindschaft setzen zwischen dem, was Staub frißt sein Leben lang, und zwischen dem, was mit den Augen der Immaculata nach oben schaut und sucht, was droben ist. Ihr sollt den Geist herrschen lassen über das Fleisch, das Ewige herrschen lassen über das Zeitliche, das Uebernatürliche herrschen lassen über das Stoffliche dieser Welt. Ihr seid für diese Riesenaufgaben nicht auf euere Schwachheit angewiesen, ihr habt Kraft aus der Höhe, um diese Aufgaben zu lösen und Familie und Arbeit und alle einzelnen Gebiete des öffentlichen Lebens unter höhere Gesichtspunkte, unter den Segen des Jenseitsglaubens zu stellen.

Die Enzykliken von Papst Leo XIII die lesen sich wie ein Evangelium für unsere Zeit, wie ein Prophetenruf am Abend einer großen Umwälzung in der Welt. Diese sozialen Enzykliken haben alle die heutigen Probleme schon aufgegriffen und ihre Lösung gewiesen, die heute auf unserer Seele brennen. Wenn das liberale Wirtschaftssystem zu diesen Zuständen geführt hat, die uferlose Gewinnmöglichkeit für den einzelnen Geldsack und die uferlose Genußmöglichkeit für den einzelnen uns in dieses Chaos hineingestoßen hat, in diesen Enzykliken steht die Antwort auf die soziale Frage. Der Arbeiter darf nicht als Ware eingeschätzt werden. Und sogar die Frage des Kommunismus hat Papst Leo XIII. vor 30 und 40 Jahren schon aufgegriffen. Wenn aber die Arbeitsfreude heute geweckt werden soll, vergessen wir nicht, was uns letzten Endes allein Arbeitsfreude und staatsbürgerlichen Gemeinsinn geben kann: der Glaube, daß unsere Arbeit einen höheren Sinn hat, daß sie ein Saatkorn für die Ewigkeit ist und im Dienste Gottes steht. Der Sonntag im Leben des Arbeiters, jenes soziale Gesetz aus den Geboten Gottes, das die Ruhe hineinträgt in die Unrast des Lebens, den Trost des Himmels hineinwirft in die Sorgen des Werktages, die Stunde im Gotteshause mit der kirchlichen Liturgie und der christlichen Kunst verklärt, das sind Momente, die für die Weckung der Arbeitsfreude und damit für die Lösung eines schweren Zeitproblemes schwer in die Wagschale fallen.

Der Segen von Religion und Kirche im öffentlichen Leben ist auch ein Segen der Wahrheit. Ich will etwas aussprechen, was mir seit langem zentnerschwer auf der Seele lastet: Wann bekommen wir ein Gesetz im öffentlichen Leben, das gegen die gewerbsmäßige Verlogenheit auftritt, wie gegen den, der einen öffentlichen Brunnen vergiftet hat? Da fliegen die Nachrichten in die Welt, aus einer französischen Zeitung übernommen,

es hätten in der Schweiz ein Paar die Köpfe zusammengesteckt und wollten eine katholische Donaumonarchie in Mitteleuropa errichten und der Vatikan hätte diese Pläne unterstützt. Es kann der Unsinn noch so greifbar sein, er muß in die Welt hinausgeworfen werden. Wann bekommen wir ein Schutzgesetz für die Wahrheit? Antwort: Dann, wenn der Staat auch zum achten Gebot Gottes: Du sollst nicht lügen! genau so seine Ausführungsbestimmungen gibt wie zum siebten Gebot Gottes: Du sollst nicht stehlen, wenn also Religion mit dem achten Gebot Gottes in das öffentliche Leben hineinreden und hineinregieren darf zum Segen des öffentlichen Lebens. Dieses achte Gebot Gottes ist als Gebot der Wahrheit auch ein Gebot der völkischen Demut. Wir Deutsche werden dann die Meinung ablegen, als ob wir ein ganz besonders auserwähltes Volk wären, als ob wir zu einer ganz besonderen Weltmachtstellung berufen wären. Wir werden uns dann bescheiden auf den Platz stellen und auf dem Fleck Erde arbeiten, wo Gottes Vorsehung uns hingestellt hat.

Der Segen von Religion und Kirche im öffentlichen Leben ist auch ein Segen der Begeisterung! Lassen Sie mich unsere Jugend grüßen, unsere Hochschuljugend in den katholischen Korporationen in den Universitätsstädten, die die Farbenfreudigkeit und Lebensfreudigkeit katholischen Wesens in das öffentliche Leben hinausträgt, unsere Mittelschuljugend, die in diesen Tagen so gut mitgearbeitet hat und der einmal aus berufenem Munde das beste Zeugnis ausgestellt wurde: sie sei noch nicht reif zur Revolution gegen ihre Eltern und gegen ihre Lehrer.

Wirtschaftliche Kämpfe reißen die Menschen und Stände und Völker auseinander und schaffen Gegensätze. Religion verbindet, denn sie heißt Verbindung zwischen Gott und Seele. Die Religion führt die Auseinandergerissenen zusammen im gleichen Glauben und im gleichen Gotteshause. Und damit hat die Religion für den sozialen Frieden und für den Gemeinschaftssinn einen großen Segen geschaffen.

Und endlich der Segen der Liebe! Wir können uns nicht beklagen, daß wir an einer Unterernährung mit Paragraphen zu leiden hätten. Auf dem letzten Katholikentag in Metz habe ich von der Freiheit der Kirche gesprochen und damals der deutschen Regierung gesagt: Warum laßt Ihr das katholische Volk in Elsaß-Lothringen die öffentliche Fronleichnamsprozession in Metz und in Straßburg nicht halten? Euere Festungswälle werden vor den Gesängen der Fronleichnamsprozession nicht einfallen. Wenn wir die Verordnungen und Maueranschläge und Paragraphen der Revolutionszeit lesen, dann können wir wahrlich nicht sagen, wir seien von dem deutschen Bureaukratismus, von der Wollust an Paragraphen erlöst worden. Ohne Religion wird das Uebel der Zeit nicht an der Wurzel geheilt, ohne Liebe wird das Gemeinschaftswesen des Volkes nicht beseelt und nicht belebt und erwärmt. Die Staatsordnung bleibt eine eiserne Maschine, kalt und hart und herzlos wie das Eisen, wenn nicht die Nächstenliebe diesen Staatsorganismus beseelt und lebendig macht.

Der heilige Bonifatius hat für die deutsche Staatsordnung uns mehr gegeben als der Kanzler Bismarck: denn die eiserne Maschine Bismarcks ist zerbrochen, aber der Bonifatiusgeist ist uns geblieben, um die Trümmer wieder aufzubauen. Darum freie Bahn für die christliche Nächstenliebe in aller Form, damit sie den Segen von Religion und Kirche in das öffentliche Leben leite. Wir können diese freie Tochter des Himmels, die Caritas, nicht verstaatlichen und damit in Zwangsfesseln schlagen lassen. Sie muß sich frei entfalten können.

Noch steht die Mariensäule auf dem Marienplatz in München als ein Wahrzeichen, daß katholisches Leben sich nicht in die Häuser einschließt und auch nicht in den Kirchen allein seine Heimstätte hat, als Wahrzeichen, daß das katholische Leben heraustritt an die öffentlichen Plätze. Im nächsten Jahre wird unbedingt unsere Fronleichnamsprozession wieder gehalten, und auch dieser Zug mit dem eucharistischen Heiland durch die Straßen wird ein Sinnbild sein von dem Segen von Religion und Kirche im öffentlichen Leben. In München wurde gesagt: Die katholische Kirche hat, seitdem die Dome des Mittelalters fertig gebaut seien, nichts Großes mehr geschaffen. Der Mann, der das gesagt hat, hat die Enzykliken von Papst Leo XIII. noch nicht gelesen, er hat das neue Rechtsbuch der katholischen Kirche noch nicht gesehen. Er weiß nicht, daß aus den Anstalten eines Don Bosko alle Jahre 2500 zwangsweise zugewiesene Zöglinge geschult und erzogen ins Leben entlassen werden. Die soziale Arbeit der Kirche ist auch ein herrlicher Geistesdom, der sich neben den Kathedralen der alten Zeit kann sehen lassen! Im Mittelalter haben die Päpste dem deutschen Volke Kaiserkronen gegeben, heute geben sie den Völkern soziale Ideen.

Weltrundschau.

Von Fritz Nienkemper, Berlin.

Noch keine Klärung.

Die ungelösten Fragen, die wir vor acht Tagen aufzählten, schweben auch heute noch. Mehr Rückschritt als Fortschritt. Die Bezwingung von Sowjet-Rußland, die von der Entente zugleich mit Waffenhilfe für die Gegenrevolution und mit Blockade versucht wird, ist weiter hinausgerückt, da die Rote Garde beträchtliche Erfolge errungen hat, insbesondere gegenüber dem General Judenitsch. Auch der Friedensvertrag ist noch immer nicht in Kraft gesetzt, und wenn zum 11. November dieses Ereignis angekündigt wurde, so kam gleichzeitig die bedenkliche Mitteilung, daß Deutschland erst noch einmal eine weitere Verpflichtung unterschreiben solle, nämlich die Erklärung, daß es alles leisten und ausführen werde, was nach Ansicht der Entente von den Waffenstillstands-Vorschriften noch unerledigt geblieben ist. Das bedeutet einen Erpressungsversuch, da wir uns der einseitigen Auslegung der Gegner vorbehaltlos unterwerfen sollen, und ist von dem Streben diktiert, Deutschland um die Erleichterungen zu betrügen, die der Friedensvertrag im Vergleich mit den Waffenstillstandsbedingungen ihm bringen könnte. Ein volles Jahr ist seit der Waffenruhe verstrichen, und noch ist der Friede nicht einmal auf dem Papier fertig, von dem Frieden in den Herzen und Händen gar nicht zu reden.

Unsere Regierung hat wieder zwei große Tropfen auf den harten Stein von Paris fallen lassen. Die eine Note protestiert gegen die Ostseeblockade und legt schlagend dar, daß die Entente weder völkerrechtlich befugt noch durch militärische Zwecke genötigt ist zu der Sperre der ganzen Ostsee, wodurch zahllose, an den Vorgängen im Baltikum gänzlich unbeteiligte Deutsche schwer geschädigt werden. Die Aufhebung der Willkürmaßregel ist leider noch nicht erfolgt; nur einige Milderungen für den Verkehr in den deutschen Küstengewässern sind nachträglich zugestanden. Die zweite Note lehnt die Beteiligung Deutschlands an der geplanten Blockade von Sowjet-Rußland ab und führt ebenfalls durchschlagende rechtliche und praktische Gründe an. Auch die schärfsten Silbenstecher der Entente werden schließlich nichts einwenden können gegen die Feststellung, daß Deutschland tatsächlich nicht im Stande ist, die verlangte Mitwirkung zu leisten, da unser Seeverkehr nach Rußland bereits von der Entente gesperrt ist und eine Landgrenze zwischen Deutschland und Sowjet-Rußland überhaupt nicht mehr besteht.

Zur Baltikumfrage hat die Regierung noch ein übriges getan, indem sie den widerspenstigen Truppen erklärt hat, daß alle, die nicht bis zum 11. November über die deutsche Grenze heimgekehrt sind, als fahnenflüchtig erklärt werden und die deutsche Staatsangehörigkeit nebst allen Versorgungsansprüchen verlieren. Wenn das der Entente noch nicht genügt, so möge sie uns doch gefälligst sagen, was wir noch weiter tun können.

Verschärfung des Parteistreits.

Nach Erledigung des Reichshaushalts hat sich die Nationalversammlung eine wohlverdiente Erholungsreise von drei Wochen gegönnt. Leider war der Abschluß dieses Tagungsabschnittes von argen Dissonanzen begleitet. Die Deutsch-Nationalen benutzten die Beratung über das neue Reichsheer zu einer grimmigen Attacke gegen die jetzige Regierung im allgemeinen und Herrn Noske im besonderen. Als ob letzterer mit den fortwährenden Haßausbrüchen von der äußersten Linken nicht schon genug habe! Es gab eine endlose Zanksitzung, in der die alten Kamellen in der Schuldfrage zum hundertsten Male begossen wurden. Dabei konnte natürlich nichts Fruchtbares herauskommen. Nur Verbitterung, wobei die Unabhängigen und Kommunisten sich die Hände reiben. Die leidenschaftliche Agitation der Konservativen bereitet ihnen den Weg zur Ueberrevolution, indem sie das plausibel erscheinen läßt, was die Extremen von links den Massen suggerieren wollen: die Furcht vor einer monarchischen Gegenrevolution und den Haß gegen die Ordnungstruppe, die als Werkzeug der Konservativen hingestellt wird.

Ebenso bedauerlich war es, daß die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei schließlich gegen den Reichshaushalt stimmten. Die Mehrheit war natürlich durch das Nein der beiden Flügel nicht zu erschüttern. Aber welch' einen schlimmen Eindruck macht es im Inlande und im Auslande, wenn die Konservativen und die Rechtsnationalliberalen jetzt sich versteigen zu der Etatsverweigerung, die sie früher den Sozialdemokraten als Verbrechen angerechnet haben. Die von den Rechtsparteien

angeführten Vorwände, sie könnten nicht die Verantwortung für den Eingang der Einnahmen übernehmen und der Regierung kein Vertrauensvotum geben, sind ganz haltlos. Der Etat wird nicht der Regierung geschenkt, sondern für das Reich und das Volk bewilligt. Wer den Etat verweigert, spekuliert auf Verwirrung und Umsturz. Es ist eine Vabanque-Taktik, die von den Konservativen betrieben wird.

Je mehr sich die Extremen von rechts und von links zusammenfinden in dem Bestreben, die Unzufriedenheit noch zu schüren und im Parteiinteresse rücksichtslos auszunützen, um so mehr haben alle besonnenen und gewissenhaften Elemente, namentlich in unserer Partei, die dringende Pflicht, die Wähler rechtzeitig aufzuklären über die Notwendigkeit, die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Wir sitzen in einem mangelhaften Kahn; aber wir dürfen ihn nicht anbohren und zertrümmern, ehe nicht ein besseres Fahrzeug vorhanden ist. Sonst gehen wir mit dem letzten Rettungskahn samt und sonders zugrunde.

Elf Tage Reisesperre.

Die wachsende Transportnot, die uns mit Kohlen- und Kartoffelmangel bedroht, hat die Reichsregierung zu einer einschneidenden Maßnahme veranlaßt. Vom 5. bis zum 15. November soll der Bahnverkehr auf den Eisenbahnen eingestellt werden, um für den Güterverkehr Luft zu schaffen. Ein peinlicher Eingriff in das wirtschaftliche und soziale Leben für anderthalb Wochen. Es ist unbestreitbar, daß die Kohlen und die Kartoffeln den Vortritt haben müssen vor den Reisenden. Aber es bleiben doch die Fragen: Mußte in solcher Ueberstürzung vorgegangen werden, daß zwischen der Veröffentlichung des Entschlusses und dem Beginn der Sperre nur 4 Tage liegen, die kaum zur Rückkehr der Verreisten und sicher nicht zur Vorwegnahme der dringlichsten Fahrten ausreichen? Werden die Eilgüterzüge so geordnet, daß der Postverkehr in leidlichem Gange bleibt und auch in Notfällen Passagiere fortkommen können? Und ferner: Wäre es nicht möglich gewesen, wenigstens einen Personenzug pro Tag aufrechtzuerhalten und dafür die Sperrdauer um ein oder zwei Wochen zu verlängern? — Hoffentlich braucht die Suppe nicht ganz so heiß ausgelöffelt zu werden, wie sie gekocht ist. Schließlich wird der Zweck sich auch erreichen lassen, wenn die Diktatur der Kohlen und Kartoffeln etwas gemildert wird durch den einen oder anderen Personenzug. Für die Vorortzüge und die eigentlichen Arbeiterzüge sind ja glücklicher Weise schon Ausnahmen gemacht.

Vom Untersuchungsausschuß.

Der frühere Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg ist nun auch vernommen worden. Er hat eine fleißig ausgearbeitete Rede zur Verteidigung seiner Geschäftsführung gehalten, aber man kann leider nicht sagen, daß er sich selbst oder die damalige deutsche Politik weiß gewaschen habe. Er sucht sich zu exkulpieren durch Verschieben der Verantwortlichkeit auf die Heeresleitung und auf den Reichstag. Gewiß ist es richtig, daß die Natur der Dinge während der Kriegszeit und im besonderen das Temperament des Generals Ludendorff den Militärs ein Uebergewicht gab. Darunter hat auch Graf Hertling als Reichskanzler noch schwer gelitten, wie man u. a. aus den „Erinnerungen" sehen kann, die sein Sohn und Adjutant soeben bei Herder veröffentlicht. Aber gegenüber den Militärs die bürgerliche Politik aufrecht zu erhalten, war nicht Sache des mangelhaft informierten und damals ziemlich wehrlosen Reichstags, sondern gerade des Kanzlers. Er entschuldigt sein Versagen damit, daß nur ein Mann von der Qualität und Autorität **Bismarck's** sich gegen Heeresleitung und Admiralstab hätte durchsetzen können. Von ihm konnte man freilich keine Heldenleistung à la Bismarck erwarten; wohl aber hätte er, als über seinen Einspruch gegen den U-Bootkrieg hinweggegangen wurde, mit seinem Abschiedsgesuche das äußerste versuchen müssen.

Die Durchkreuzung der Wilson'schen Friedensaktion durch das eigenhändige Friedensangebot der Viermächte will Herr v. Bethmann damit erklären: er habe **zwei Eisen im Feuer** gehabt. Ein unglückliches Bekenntnis. Diese Doppelhändigkeit der deutschen Politik war nicht schön, und daß sie verfehlt war, hat der Ausgang gezeigt. Bei dem Hin- und Herschwanken zwischen Friedensanregungen und verwegenen Kriegsmaßnahmen haben wir die letzte Möglichkeit verpaßt, zu einen Verständigungsfrieden zu gelangen.

Die Vernehmung des Herrn v. Bethmann bestätigt leider die Befürchtung, daß bei der ganzen Untersuchung nichts weiter herauskommt als eine Bloßstellung der deutschen Politik, während die gegnerischen Mächte ihre Blößen sorgfältig bedeckt halten.

Theorie und Praxis.

Ein politisches Stimmungsbild aus Deutschösterreich.

Von Universitätsprofessor Dr. Johann Ude, Graz.

Die Tageszeitungen sind das getreue Abbild der Zeit und der augenblicklich herrschenden Mentalität der Leser. Der Rückschluß aus der Geisteskost, welche uns unsere österreichische Tagespresse auftischt, auf die augenblickliche Geistesverfassung der Volksmassen läßt keineswegs freudige Hoffnungsstimmung aufkommen, sondern enthüllt einen geradezu besorgniserregenden Tiefstand, eine politische Minderwertigkeit und Unfähigkeit innerhalb der führenden Kreise sowohl wie innerhalb der Volksmassen, und dies so ziemlich auf allen Gebieten des politischen Lebens. Eine **nervöse Spannung** liegt über Oesterreich hauptsächlich deshalb, weil ein großer, einheitlicher, zielbewußter, packender Gedanke und noch mehr deshalb, weil große und uneigennützige, selbstlose und starke, führende Persönlichkeiten fehlen. Drängen sich ja doch die mittelmäßigen Köpfe mit einer geradezu staunenswerten Zähigkeit in den Vordergrund. Und von solchen Menschen werden jene Männer, die ihrem Volk wirklich etwas neues zu sagen und zu bieten hätten, einfach nicht geduldet.

Wenig Interesse im großen Ganzen löste die neuerdings zwischen der christlich-sozialen und sozialdemokratischen Partei abgeschlossene **Regierungskoalition** aus, viel weniger als man der Sache wegen hätte erwarten sollen. Die Vereinbarungen zwischen beiden Parteien, welche am 17. Oktober 1919 geschlossen wurden, und welche die Finanzreform, die Verfassung und Verwaltung, die Räteorganisation, den Schutz der staatsbürgerlichen Rechte, Heereswesen, Unterricht, auswärtige Politik und Sozialpolitik umfassen, sind in ihren Grundlagen sicher annehmbar und bei gutem Willen auch durchführbar. Es kommt hierbei alles nur darauf an, daß diese Vereinbarungen restlos und ehrlich von beiden Parteien auch durchgeführt werden. Die **unumgängliche Voraussetzung aller dieser Vereinbarungen** ist aber nach meinem Erachten **die genaue Erfassung des gesamten Volkshaushaltes**, d. i. die ziffernmäßige Feststellung, wofür unser Volk Ausgaben macht und womit es seine Einnahmen erzielt. Das ist uns augenblicklich tausendmal wichtiger und notwendiger als die Aufstellung eines Judenkatasters, um den man in unserer Nationalversammlung streitet. Ich glaube, die Aufstellung einer richtigen Volkshaushaltsrechnung würde unseren Herren Volksvertretern und dem ganzen Volk samt und sonders erst die Augen aufgehen lassen, und jeder Deutschösterreicher würde auf einmal einsehen, wo die tiefste Schuld des großen augenblicklichen Elendes steckt. Alle Volksvertreter müßten zuerst reuig an die Brust klopfen, und sie müßten auch den hinter ihnen stehenden Wählermassen, selbst auf die Gefahr hin, sich unpopulär zu machen, das Confiteor beibringen. Ich verspreche mir aber bei der augenblicklichen Geistesverfassung unserer sogenannten Führer und der von ihnen „geführten" Massen nicht gar zu viel von diesen Vereinbarungen, einfach aus dem Grund schon, weil dieselben Männer, die bisher „regiert" haben, so ziemlich wieder alle zum „regieren" auf Grund der neuen Vereinbarungen bestellt sind. Man kann einfach den Verdacht nicht losbringen, daß bestimmte Männer immer wieder unbedingt versorgt werden müssen, und daß eine Hand die andere wäscht.

Es ist sicher auf das wärmste die Einsicht der Parteien zu begrüßen, daß das gegenseitige Verhetzen und theoretische Kritisieren — nur die **großdeutsche Vereinigung** steht noch immer abseits und wird in kürzester Zeit eine recht lächerliche Figur spielen, wenn sie nicht bald einlenkt und positive Mitarbeit leistet —, daß die bisherige Methode uns nicht aufhelfen kann, sondern nur **die ehrliche Zusammenarbeit aller Parteien**, um die gemeinsamen Staatsnotwendigkeiten aufzubringen, als deren dringendste dermalen wohl die **Beschaffung von Lebensmitteln und Kohlen** zu bezeichnen ist. Die Lage ist für uns entschieden kritisch. Daß man jetzt zur Bannung der drohenden Hungergefahr sogar darangeht, unsere herrlichen **Kunstschätze**, soweit sie uns bisher von der Entente noch nicht weggetragen worden sind, zu veräußern, wird keinen vernünftigen Menschen wundernehmen. Nur satte Mägen können es angesichts der katastrophalen Ernährungssorgen Deutschösterreichs zustande bringen, jenen Volksvertretern, welche die Veräußerung von Kunstschätzen zum Ankauf von Brot und Kohle beschlossen haben, einen ernsten Vorwurf zu machen. Oder womit wollen wir denn Brot und Kohle aus dem Ausland hereinbringen, wenn unsere **österreichische Papierkrone** (und wir besitzen nur solche Kronen

im Auslande bereits auf 4 Centimes herabgesunken ist? Wir sind faktisch Bankerotteure. Wir brauchten uns unseres Schnorrens bei der Entente eigentlich gar nicht zu schämen, wenn wir nicht alle miteinander schwere Schuld trügen, daß es uns so elend geht und noch immer nicht aufwärts gehen will. Denn jede Tonne Bier — es wird ja lustig d'rauf los gebraut, als ob wir Ueberfluß an Gerste hätten —, jedes Faß Schnaps, jede volle Wirtsstube — und die sind Tag für Tag bis über Mitternacht hinaus trotz Licht- und Kohlennot gesteckt voll —, jede Zigarre und Zigarette, die geraucht wird — eine wahre Rauchwut hat das ganze Volk ergriffen —, jede Unterhaltung — ein Vergnügen drängt das andere; man findet nicht genug freie Lokale, um sich zu unterhalten —, jedes Bordell — es ist geradezu eine Schande, wieviel Volksvermögen unter Duldung unseres Reichskanzlers und Präsidenten und unserer Volksvertreter und der Chefs der verschiedenen Landesregierungen und unserer Polizeipräsidenten und stillschweigender Zustimmung des ganzen Volkes in diesen Häusern der Schmach vergeudet und dafür unnennbares Elend gekauft wird —: alles das erhebt schwere Anklage gegen unsere Führer und gegen unsere „regierenden" Männer, sowie gegen die breiten Massen des Volkes selbst. Beinahe niemand rührt einen Finger, um diese wüsten, himmelschreienden Mißstände abzuschaffen; ja im Gegenteil, man sucht jene, welche Einspruch dagegen erheben, um jeden Preis mundtot zu machen und sie um jeden Einfluß zu bringen. Es hat den Anschein, daß wir das letzte, was noch wirklichen realen Wert besitzt, weggeben werden, nur um den Alkohol- und Tabakgenuß, um den unsozialen Luxus und die reglementierte, durch die Doppelmoral der Männer geförderte Prostitution nicht aufgeben zu müssen ... Solange die führenden verantwortlichen Männer die Axt nicht an die Wurzel legen, helfen die besten Vereinbarungen nichts, weil sie am Eigennutz der Massen und an der Selbstsucht der Führer scheitern müssen. Man wird also so weiter „fortwurfteln" wie bisher, weil sich Regierung und Volk der Erkenntnis bzw. dem Studium des ursächlichen Zusammenhanges der Lebensreformfragen und der politischen Fragen von vornherein hartnäckig verschließen, wenn auch vielleicht dort und da in einem Parteiprogramm zu Lebensreformfragen Stellung genommen wird.

Statt die ganze Sorge auf die Bekämpfung der inneren Feinde zu richten, statt die Wirtsbuden und Unterhaltungslokale unbarmherzig zu sperren, die Bordelle einfach auszuheben, statt die verantwortlichen Männer dazu anzuhalten, den Volksmassen durch ein einfaches und bescheidenes, anspruchsloses Leben ein gutes Beispiel zu geben, kümmert man sich mehr, als notwendig ist, um die politischen Vorgänge in Ungarn, die ja immerhin unser Interesse beanspruchen dürfen. Statt die großen Schleichhändler und die nicht selten in Amt und Würden stehenden Schieber und großzügig arbeitenden Diebe und Volksaussauger gehörig zu fassen und unter anderen auch endlich einen Bela Kuhn und Genossen der Gerechtigkeit zur wohlverdienten Strafe auszuliefern, begnügt man sich mit lauten Protestkundgebungen gegen die Kleinjuden — vor den Milliarden der Großjuden machen sie jedoch alle die tiefsten Bücklinge. Viel Gerede, aber keine Taten. In der Theorie wird viel ausgesponnen, aber die Praxis versagt, weil alle glauben, nur fordern zu müssen, niemand aber Opfer bringen und verzichten will. Und so haben alle mitsammen nicht den Mut, endlich einmal den kräftigen Schnitt zu tun mit der Vermögensabgabe. Man will, so scheint es, den Millionären und Milliardären Zeit lassen, damit sie sich inzwischen entsprechend „adjustieren" können; die kleinen Leute jedoch wird man schon mit allen möglichen und unmöglichen direkten und indirekten Steuern schikanieren ... Allein trotz aller dieser trüben Aussichten unterhält sich Deutschösterreich und ist „lustig".

Wenn doch endlich sämtliche, jetzt an der Regierung stehenden Männer erkennen möchten, daß sie mit dem bis jetzt verfolgten System Deutschösterreich unfehlbar zugrunde regieren werden, und wenn sie aus dieser Erkenntnis doch die praktischen Folgerungen ziehen möchten. Theorie und Praxis decken sich nicht, oben und unten nicht, und das ist unser Fluch. Unser gesamtes politisches Leben von heute ist praktisch vom Geiste des krassesten materialistischen Denkens verseucht. Christus spielt wohl in der Theorie der Politiker namentlich in Parteiprogrammen dort und da eine Rolle, nicht aber, oder nur sehr selten, in der Praxis der Politiker. Und darum nützt alles Reden und Schreiben und Handeln nichts, wenn wir uns nicht endlich praktisch auch in der Politik restlos an Christus orientieren.

Umgruppierung der württembergischen Regierung.

Von Redakteur K. Grießer, Stuttgart.

In Württemberg hat sich in diesen Tagen eine Umbildung bzw. Umgruppierung des Ministeriums vollzogen, aber nicht etwa als Folge einer inneren Regierungskrise, sondern aus rein äußeren Gründen. Der Justizminister Dr. v. Kiene war Ende September einer schweren Krankheit erlegen. Der Minister des Innern Dr. Lindemann, einer der gemäßigtesten Sozialisten Württembergs, trat anfangs Oktober aus der Regierung aus, um seine ihm vor Jahresfrist übertragene Stellung an dem Institut für soziale Forschung in Köln zu übernehmen, und am 25. Oktober legte auch der demokratische Ernährungsminister Baumann sein schweres und undankbares Amt nieder. Damit waren drei Ministerien, das der Justiz, des Innern und das Ernährungsministerium erledigt. Dieser Zeitpunkt schien daher am geeignetsten, nicht nur eine bloße Neubesetzung der erledigten Ministersitze vorzunehmen, sondern auch eine Umgruppierung des aus Mitgliedern der Mehrheitsparteien zusammengesetzten Ministeriums zu vollziehen.

Am 11. November 1918 hatte sich die erste 8köpfige provisorische Regierung Württembergs aus 3 Mehrheitssozialisten, 2 Unabhängigen, 2 Demokraten und 1 Zentrumsmitglied gebildet. Nachdem der Januarputsch der Spartakisten verkracht war, traten die beiden unabhängigen Minister zurück; ihre Portefeuilles übernahmen 2 Mehrheitssozialisten, sodaß das Kabinett vom Januar 1919 ab aus 5 Sozialisten, 2 Demokraten und 1 Zentrumsmitglied bestand. Die Wahlen zur Landesversammlung brachten dann folgendes Stärkeverhältnis der in der Regierung vereinigten Fraktionen: 52 Sozialdemokraten, 38 Demokraten und 31 Zentrumsmitglieder. Diesem Stärkeverhältnis entsprach die Verteilung der Ministersitze in keiner Weise mehr. Trotzdem traf die Sozialdemokratie keine Anstalten, eine Aenderung in der Zusammensetzung des Kabinetts zu beantragen; für sie galt es eben, die durch die Revolution eroberte Machtstellung so viel und so lang als möglich auszunützen. Im Laufe des Sommers ging zwar die Stelle des Kriegsministers, die ebenfalls mit einem Sozialdemokraten besetzt war, ein, sodaß die Partei der Mehrheitssozialisten nur noch mit 4 Vertretern in dem von da an 7köpfigen Ministerium saß. Aber es bedurfte erst der immer lauter werdenden Mahnungen der Demokratie und des Zentrums, daß die Machtstellung der Mehrheitssozialisten im Kabinett eine unnatürliche sei, zumal dieselben in der Volksvertretung nur 1/3 der Mandate besaßen (52 von 150). Es brauchte noch geraume Zeit, bis sich auch in der Sozialdemokratie diese Erkenntnis durchrang, und zwar nicht etwa als Ausfluß des Gerechtigkeitsgefühls gegenüber den anderen Parteien, sondern als Folge der Einsicht, daß der Lauf der Dinge sich allmählich eben anders zu gestalten schien, als die Sozialdemokraten es sich gedacht hatten.

Ein sehr empfindlicher Schlag war für sie nämlich der Rücktritt des Ministers des Innern Dr. Lindemann. Obwohl man längst auf diesen Abschied vorbereitet war, herrschte doch allgemein die Ansicht, daß er wenigstens solange im Amt bleiben werde, bis ein geeigneter Nachfolger gefunden wäre. Die Sozialdemokratie hatte bei allen Verhandlungen der Mehrheitsfraktionen unzweideutig erklärt, sie wolle das Ministerium des Innern unbedingt beibehalten. Doch zeigte sich für die ministersuchende Partei, daß es ihr an geeigneten Führern in Württemberg einfach fehlt. Der einzige in Betracht kommende Kandidat, der Landtagspräsident Keil, lehnte die Uebernahme des Ministerpostens von vorneherein ab; er hält, klug, wie er ist, sein jetziges Amt für sicherer als den undankbaren Ministerposten.

Unter solchen Umständen entschloß sich die Sozialdemokratische Partei endlich, auf ihre überragende Machtstellung im Ministerim zu verzichten und auch den übrigen Mehrheitsparteien die ihnen nach ihrem Stärkeverhältnis zustehende Zahl von Ministerstellen zu überlassen. Der Minderheit der „Genossen", die auch jetzt noch an der ihnen in den Revolutionstagen in den Schoß gefallenen Uebermacht festhalten wollte, wurde die Umgruppierung in der Weise plausibel gemacht, daß man auch die bürgerlichen Parteien jetzt mehr zur Verantwortung heranziehen wolle.

Auf „Befehl" der Partei mußte der sozialdemokratische Kultusminister Heymann sein Ressort abgeben und dafür dasjenige des Ministers des Innern übernehmen. Dadurch wurde, wie der „Schwäb. Merkur" treffend bemerkt, endlich der

„unerträgliche Zustand beseitigt, daß in einem Land mit so ausgeprägtem Sinn für Kirche und Schule, wie es in Württemberg der Fall ist, ein Nichtchrist gerade das Kultusministerium führen solle“. Allerdings wird es sich noch zeigen müssen, ob gerade Heymann der geeignete Mann ist für das wichtige Ministerium des Innern. Es ist nur ein Notbehelf. An Stelle Heymanns übernahm der demokratische Abg. Regierungsdirektor Dr. v. Hieber das Kultusministerium. (Hieber ist geboren 1862, war anfänglich protestantischer Theologe, und als solcher 1890 Stadtpfarrer in Tuttlingen, wurde 1892 Professor am Karlsgymnasium in Stuttgart und hat seit 1910 die Vorstandschaft des evangelischen Oberschulrats in Stuttgart inne; er war von 1898 bis 1910 Mitglied des Reichstags und seit 1900 Mitglied des württembergischen Landtags). Das Amt des Kultusministers hat er bereits einmal in dem nur eintägigen Ministerium Liesching am 9. November 1918, dem ersten parlamentarischen unter der alten Regierung, innegehabt. Früher Führer der Nationalliberalen Württembergs (und auch führendes Mitglied des Evangel. Bundes) hat er in der letzten Zeit sehr stark umgelernt; er sprach sich erst vor einigen Tagen öffentlich gegen Gründung einer deutsch-volksparteilichen Gruppe in Württemberg durch Reste der einstigen Rechtsnationalliberalen aus.

Nachdem der Sozialdemokratie drei Ministersitze geblieben waren und auch die Demokratie wiederum zwei Sitze übernommen hatte, blieben für das Zentrum noch das Justizministerium und das Ernährungsministerium übrig. Der Weggang des Ernährungsministers Baumann wird in der sozialdemokratischen Presse als ein durchaus freiwilliger hingestellt: Baumann soll das undankbarste Portefeuille aus Gesundheitsrücksichten abgegeben haben. Nach dem „Schwäb. Merkur“ dagegen mußte er weichen, weil man nach der Uebernahme des Kultusministeriums durch einen Demokraten (an Stelle des früheren Sozialdemokraten) auch für das Zentrum ein weiteres Ministerium frei machen wollte. Sei dem wie ihm wolle: das Zentrum dürfte sich jedenfalls nicht gerade kräftig um dieses undankbarste aller Aemter gerissen haben. In dem von ihm gestellten neuen Ernährungsminister Graf hat dieses Amt jedenfalls einen energischen Vertreter erhalten. (Oberpostsekretär Graf, geb. 1873, ist Mitglied des Landtags seit 1907 und war seither Wortführer des Zentrums in kommunalen, Beamten- und Wirtschafts-Fragen).

Das Justizministerium wurde besetzt mit dem Mitglied der Nationalversammlung und des württembergischen Landtags Amtsrichter Bolz. Er ist mit 38 Jahren der jüngste der Minister. Im Jahre 1912 für den Bezirk Rottenburg in den Landtag und für den 14. württembergischen Reichstagswahlkreis in den Reichstag gewählt, hat er in dieser kurzen Zeit sich allmählich in vielen heiklen Fragen zum Sprecher der württembergischen Zentrumspartei emporgearbeitet und sich durch die Klarheit seines Urteils und rednerisches Geschick ausgezeichnet. So setzt sich das umgruppierte württembergische Ministerium aus folgenden sieben Mitgliedern zusammen: Blos, Staatspräsident und Minister der Auswärtigen Angelegenheiten und des Verkehrs (Soz.), Liesching, Finanzminister und Stellvertreter des Staatspräsidenten (Dem.), Heymann, Minister des Innern (Soz.), Leipart, Arbeitsminister (Soz.), v. Hieber, Kultusminister (Dem.), Bolz, Justizminister (Ztr.), Graf, Ernährungsminister (Ztr.).

Die roten Amazonen von Riga.[1]

Kalt fegt der Seewind durch schneenasse Strassen,
Der Russenhimmel spannt sein Nachttuch aus.
Die Stadt liegt da wie tot und weltverlassen,
Wie grau in grau ein Typhusleichenhaus . . .

Ein freches Dirnenlachen . . . Autorattern . . .
Ein dumpfes Grollen drauf vom Meere her —
Und jetzt zerreisst mit bellend-hellem Knattern
Die Stille plötzlich ein Taktakgewehr.

Ob wiederum im Hof der Zitadelle
Die roten Amazonen, blutdurstwild,
Die Opfer zerren aus der Hungerzelle,
Und schiessen, .. schiessen . . . bis die Lust gestillt? . . .

Heinrich Oellers.

[1]) Von dem soeben aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrten Verfasser im April 1919 zu Riga niedergeschrieben. D. Red.

Kommunalisierung und kommunaler Stände-Rat.

Von Dr. Alfred Schappacher, München.

Der Entwurf eines Reichsrahmengesetzes über Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben wird in der Oeffentlichkeit viel zu wenig beachtet. Er teilt damit das Schicksal anderer Fragen, die mit der Ausgestaltung der Gemeinde-Autonomie zusammenhängen. Die Fachpresse, vor allem die kleingewerbliche, schenkt zwar dem Kommunalisierungsproblem größere Aufmerksamkeit als die Tagespresse, läßt sich aber bei ihren Urteilen viel zu sehr vom kleinlichen Interessenstandpunkt leiten; sie gelangt daher vielfach zu Ergebnissen, welche sachlicher Kritik nicht standhalten. Von solchen Einseitigkeiten wollen wir uns bei der nachfolgenden Würdigung der vorliegenden Frage fernhalten.

1. Zunächst etwas über die grundsätzlichen Bestimmungen des Entwurfs. Die Gemeinden und Gemeindeverbände werden darnach ermächtigt, „aus Gründen des öffentlichen Wohles bei Vorliegen eines dringenden Bedürfnisses nach Zustimmung der Landeszentralbehörden oder der von ihnen bestimmten Behörden Unternehmungen, die vorwiegend örtlichen Zwecken dienen, aus der Privatwirtschaft in die Gemeinwirtschaft zu überführen.“ (§ 1). Dieser Wortlaut enthält eine klare Kennzeichnung dessen, was man unter „Kommunalisierung“ begreift. Sie ist nicht ein engherziger Gemeindesozialismus, der als verkleinerter Staatssozialismus die produktive Tätigkeit bureaukratisieren will, sondern gemeindlicher Solidarismus, der die private Unternehmertätigkeit möglichst schont, sie aber der gemeinwirtschaftlichen Kontrolle unterstellt. Deutlich erhellt dies aus der Bestimmung des § 2. Darin sind den Gemeindeverwaltungen drei Wege zur Kommunalisierung aufgezeigt. Erstens: Bildung von Zwangsgenossenschaften der privaten Produzenten oder Unternehmer eines bestimmten Wirtschaftszweiges und Unterstellung ihres Geschäftsbetriebes der gemeindlichen Vorschrift und Aufsicht (Solidarismus). Zweitens: Uebernahme einzelner Unternehmungen durch die Gemeinde (teilweise Kommunalisierung) oder bei privatgesellschaftlich betriebenen Unternehmungen Erwerbung von Aktien oder Geschäftsanteilen (gemischt-wirtschaftlicher Betrieb). Drittens: Ausschließlicher Betrieb eines Wirtschaftszweiges durch die Gemeinde (Regiebetrieb). Diese Reihenfolge läßt zur Genüge erkennen, daß die Reichsregierung das Hauptgewicht auf die Solidarisierung und überhaupt auf die möglichste Schonung der berechtigten Privattätigkeit legt. Eine weitere Sicherung gegenüber wahl- und quallosen Kommunalisierungsbestrebungen („wilde Kommunalisierung“) enthält die Vorschrift, wonach die Kommunalisierung, von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen, der Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörden bedarf. Sollte es also einer Gemeinderatsmehrheit einfallen, das Bäcker- oder Fleischerhandwerk in kommunale Regie zu übernehmen, so kann sie diesen Plan ohne Zustimmung des Ministeriums des Innern oder der sonst in Betracht kommenden Behörde nicht verwirklichen. Die Stellungnahme der betreffenden Behörde aber kann bei der gegenwärtigen parlamentarischen Regierungsweise nicht ohne ernste Fühlungnahme mit dem Gesamtministerium erfolgen. Uebrigens kann auch die Reichsregierung im Interesse der Gesamtversorgung des Reichsgebietes gegen Kommunalisierungsmaßnahmen wirksam Einspruch erheben. Der Zustimmung der Landeszentralbehörden bedarf es nicht bei der Kommunalisierung von Straßenbahnen, Wasserleitungen, Gas- und Elektrizitätsanstalten, ferner des Anschlagwesens, des Bestattungswesens, des Abfuhrwesens und schließlich der Theater, Lichtspiele und Schaustellungen. Mit der Kommunalisierung, besonders der gemeindlichen Verwaltung der genannten Unternehmungen muß man im öffentlichen Interesse ohne weiteres einverstanden sein. Tatsächlich ist sie heute, mit Ausnahme des Anschlagwesens, der Theater, Lichtspiele und Schaustellungen, im weitestgehendem Maße verwirklicht. Und die Kommunalisierung der Plakatinstitute sowie künstlerischer oder ähnlicher Darbietungen, vor allem der Kinos, ist eine sehr zeitgemäße volkspädagogische Forderung. Von grundsätzlicher Bedeutung ist noch die Bestimmung des § 7, der besagt, daß die Gemeinde im Falle des Regiebetriebes für die Uebernahme einer Unternehmung Entschädigung zu leisten hat. Die näheren Ausführungen der §§ 8 und 9 über die Technik der Entschädigung sind zurzeit Gegenstand scharfer Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern der Produzenten und des Städtetages, auf die wir in diesem Zusammenhang nicht näher eingehen wollen. Nur soviel sei bemerkt, daß die diesbezüglichen

Bestimmungen des Entwurfes zuviel sagen wollen und daher zu allerlei Mißverständnissen Anlaß geben. Besser scheine uns die einfache Fassung, wonach die Gemeinde eine „angemessene Entschädigung“ zu leisten hat, wobei die Angemessenheit seitens der Gemeindeverwaltung nach Anhören der beteiligten Produzentenorganisationen oder noch besser in Uebereinstimmung mit der lokalen „Kammer der Arbeit“ (örtliche Vertretung der arbeitenden Stände!) von Fall zu Fall festgestellt wird. Gesetzliche Kasuistik ist stets etwas sehr Mißliches.

2. Zur Klärung der Kritik des Gesetzentwurfes einige Bemerkungen. Allem Anschein nach werden dabei zwei Punkte sehr überschätzt: Das Maß und die Methode der Komunalisierung. Einerseits glaubt man, die Gemeindeverwaltungen hätten nichts Eiligeres und Dringenderes zu tun, als zu kommunalisieren, andererseits denkt man beim Ausdruck „Kommunalisierung“ noch zu sehr an den bureaukratischen Gemeindesozialismus. In diese beiden Fehler verfällt beispielsweise auch Dr. A. Grunenberg in seinem sehr beachtenswerten Aufsatz über „Zur Frage der Kommunalisierung von wirtschaftlichen Betrieben“ in den „Kommunalpolitischen Blättern“ Nr. 8/9 vom laufenden Jahrgang. Demgegenüber ist folgendes hervorzuheben: Die Gemeinden sind infolge der Kriegsfürsorgemaßnahmen und anderer zeitgemäßen sozialen Lasten derart mit Schulden überladen, daß sie auf absehbare Zeiten an kostspielige Kommunalisierungsmaßnahmen nicht denken können. Die Hauptfrage der deutschen Kommunen ist vorläufig die Schuldentilgung, nicht die Kontrahierung neuer Schulden. Darauf werden wohl auch die bayerischen staatlichen Aufsichtsbehörden ihr besonderes Augenmerk richten, wenn sie sich gemäß Art. 14 des Selbstverwaltungsgesetzes mit der Prüfung von Schuldaufnahmen zu Kommunalisierungszwecken zu befassen haben. Aus diesen Erwägungen heraus werden die Gemeindeverwaltungen im allgemeinen nur zu solchen Maßnahmen greifen, die möglichst wenig Kosten verursachen. Dazu gehört in erster Linie die oben gekennzeichnete Solidarisierung. Ueberläßt man auf diese Weise die Produktion nach wie vor den Privatunternehmungen (allerdings zwangsweise zusammengeschlossen!), unterstellt hingegen den Geschäftsbetrieb, vor allem Produktion, Absatz, Preisregelung, im Interesse des Gemeinwohls der öffentlichen Regelung, so läßt sich eine Kommunalisierung durchführen, die fast kostenlos das gleiche oder wahrscheinlich noch mehr erreicht als der teuere Regiebetrieb, welcher die selbständigen Existenzen vernichtet und das gemeindliche Beamtenheer vermehrt.

Dem kommunalen Solidarismus, nicht dem bureaukratischen Gemeindesozialismus gehört die Zukunft. Das sollten die Kritiker des Entwurfes nicht übersehen. Nebenbei bemerkt, wird die Solidarisierung auch die zweckmäßigste und sozialste Lösung des staatlichen Solidarisierungsproblems bedeuten. Nur so kann das einseitige kapitalistische Wirtschaftssystem, dem der Profit Beweggrund und Ziel der Produktion ist, überwunden werden, ohne Intelligenz Risikoentschlossenheit und Fleiß als gewaltige Triebkräfte des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fortschritts auszuschalten. Innerhalb der Zweckverbände (Zwangsgenossenschaften) der arbeitenden Stände (Arbeiter, Bauern, Handwerker, Kaufleute, Industrielle) kann der einzelne seine Fähigkeiten voll entfalten, gegenüber den Konsumenten wird er hi sichtlich seiner produktiven Tätigkeit Vorschriften zum Schutze des Allgemeinwohls unterliegen. Das ist die heilsame Synthese des Individualismus und Sozialismus zum Solidarismus.

3. Je mehr die Gemeinde die produktive Tätigkeit der lokalen Produzenten ordnet und regelt, desto mehr muß sie den letzteren auf der anderen Seite Einfluß auf die gemeindliche Wirtschaftspolitik einräumen — eine demokratische Forderung allerersten Ranges! Deswegen muß den arbeitenden Ständen die Möglichkeit gegeben werden, die Gestaltung der kommunalen Wirtschafts- und Sozialpolitik, insbesondere in Kommunalisierungsfragen entscheidend mitzubestimmen. Dieser Aufgabe hätte sich der sogenannte kommunale Ständerat („Kammer der Arbeit“) der örtliche Vertretungskörper der arbeitenden Stände, zu entledigen. Der Stände-Rat oder die „Kammer der Arbeit“ würde neben dem allgemeinen Vertretungskörper (Stadtrat, Gemeinderat) über die kommunale Wirtschafts- und Sozialpolitik beschließen. Somit könnten sich bei Kommunalisierungsvorlagen die beteiligten Produzentenkreise viel besser Gehör verschaffen, als es gegenwärtig beim Einkammersystem der Fall ist, so ausschließlich politische Parteien, die manchmal recht einseitig orientiert sind, entscheiden. Dadurch entfielen die letzten Bedenken, die man vom Produzentenstandpunkt aus gegen die Kommunalisierungsvorlage vorbringen könnte. Der vorgeschlagene Weg wäre übrigens der einzige, um die arbeitenden Stände wieder mit mehr Berufsfreude und Begeisterung für die gemeindliche Selbstverwaltung zu erfüllen. Alle Demokratie bleibt Form und Farce, ohne die höhere Berechtigung der schaffenden Arbeit!

Ernst Haeckel.

Von Geistl. Rat Prof. Dr. Hoffmann, München.

Im August dieses Jahres starb im 88. Lebensjahre Ernst Haeckel. Sein Name ist tief in die Kreise des eigenen Volkes gedrungen und unter allen Kulturvölkern bekannt geworden. Darum will auch die „Allgemeine Rundschau“ zu seinem Hinscheiden ein kleines Gedenken bieten.

Haeckel war seit 1861 Professor der Zoologie an der Universität Jena. In seinen jüngeren Jahren machte er mehrere Forschungsreisen, auch schrieb er im Laufe seiner langen Tätigkeit eine Reihe von gelehrten Spezialwerken. Diese fanden, wenigstens anfangs, bei den sachkundigen Fachgenossen wenig Beachtung und noch weniger Beifall. Hier soll diese Tätigkeit des Toten nicht besprochen werden; wir wollen einer anderen gedenken, jener, die ihn so populär machte. Haeckel arbeitete nämlich mit einem förmlichen Fanatismus darauf hin, vermeintliche Ergebnisse der exakten Naturforschung, die zur Erklärung der Entstehung der Welt und der Lebewesen dienen könnten, in ein System verarbeitet, in weitere gebildete Kreise zu tragen. Dieses geschah zuerst 1868 in der „Natürlichen Schöpfungsgeschichte“, deren buchhändlerischer Erfolg den Autor selbst überraschte. Das Buch ist in 12 Sprachen übersetzt; 1899 erschienen dann zum ersten Male „Die Welträtsel. Gemeinverständliche Studien über monistische Philosophie“. Die überaus wohlfeile Volksausgabe dürfte zur Zeit 350000 Exemplare erreicht, wenn nicht überschritten haben.

Haeckel will mit seinen populären Schriften unter Ausnützung der „Resultate“ der Naturwissenschaften „eine auf dem Entwicklungsgedanken aufgebaute, einheitliche, diesseitige, wissenschaftlich begründete Welt- und Lebensanschauung“ schaffen, „die vielleicht berufen sein könnte, die ganze sittliche und staatsbürgerliche Volkserziehung zu leiten, den sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen der modernen Kulturvölker die entwicklungsgemäße Richtung zu geben, überhaupt als Prinzip des Fortschritts, entwicklungsfreudiger Gesinnung und organisch gestaltender Tat“ zu wirken (Prof. Dr. J. Unold im „Sammler“ 1919, Nr. 87). Die Begründung und Verbreitung monistischer Philosophie betrachtete er als sein Lebenswerk. Der Zoolog wird Metaphysiker. Den menschlichen Geist beschäftigen von jeher die großen Fragen: Woher ist die Welt? Wie ist das Leben entstanden? Wer hat die Ordnung, die sich allenthalben kundgibt, eingerichtet? Woher ist der Mensch und welches ist sein Ziel? Der Materialismus hat mit seinen Versuchen, eine Antwort zu bieten, völlig versagt. Dieses Fiasko ist in den Worten ausgedrückt: Ignoramus et ignorabimus, wir wissen nicht und wir werden nicht wissen! Dubois Reymond, der ehemalige Professor der Physiologie in Berlin, faßte die für eine Welterklärung grundlegenden Probleme, für die der Materialismus keine Lösung findet, in die Form der sieben Welträtsel: 1. Wesen von Materie und Kraft, 2. Ursprung der Bewegung, 3. die Entstehung des ersten Lebens, 4. die zweckmäßige Einrichtung der Natur, 5. das Entstehen der Sinnesempfindung und des Bewußtseins, 6. Ursprung des vernünftigen Denkens und der damit eng verbundenen Sprache, 7. die Willensfreiheit. Dubois Reymond war selbst Materialist.

Haeckel kommt hier zu Hilfe und „löst“ in der einfachsten Weise diese Rätsel: „Nach meiner Ansicht werden die drei „transzendenten“ Rätsel (I, II, V) durch unsere Auffassung der Substanz erledigt; die drei anderen, schwierigen, aber lösbaren Probleme (III, IV, VI) sind durch unsere moderne Entwicklungslehre endgültig gelöst; das siebente und letzte Welträtsel, die Willensfreiheit, ist gar kein Objekt kritischer wissenschaftlicher Erklärung, da sie als reines Dogma nur auf Täuschung beruht und in Wirklichkeit gar nicht existiert“ („Die Welträtsel“, 1. Kapitel). Haeckel definiert also, daß die Welträtsel gelöst seien. Das zweischneidige Schwert, womit der gordische Knoten durchhauen wird, ist der

Haeckelsche Substanzbegriff und die Entwicklungslehre. Das Substanzproblem aber faßt der Jenaer Professor so, daß er der Materie von Ewigkeit her Bewegung und Empfindung als zwei ihr zukommende Eigenschaften zuspricht; die Entwicklung nimmt er im Sinne des Darwinismus. Bei den Organismen also vollziehe sich diese nach rein mechanischen Gesetzen, das erste Leben sei durch Autogonie und Plasmagonie aus den anorganischen Stoffen entstanden, der Mensch befinde sich sowohl nach seiner leiblichen wie geistigen Seite als oberstes Glied in dieser Entwicklung. Aus solcher Stellung des Menschen leitet Haeckel für ihn die Religion ab.

Kommt diesem die Autorität zu, derartig kühne, nicht nur in die Wissenschaft sondern auch in das religiöse Leben tief eingreifende Sätze aufzustellen? Er war nur auf dem Gebiete der Zoologie Fachmann, in den zahlreichen anderen Disziplinen, die er zur Errichtung seines Weltgebäudes heranzog, gingen ihm die Kenntnisse ab, ja er schien nicht einmal gewillt, solche sich aus geeigneten Quellen zu holen, wenn sie für seine Voraussetzungen nicht dienlich waren. Ueber diesen Dilettantismus Haeckels wurden von Fachgelehrten die allerschlimmsten Urteile ausgesprochen. Nur eines sei zum Belege angeführt. Chwolson bemerkt: „Das Resultat unserer Untersuchung ist entsetzlich, man darf wohl sagen — haarsträubend! Alles, aber auch alles, was Haeckel bei der Berührung physikalischer Fragen sagt, erklärt und behauptet, ist falsch, beruht auf Mißverständnissen oder zeugt von einer kaum glaublichen Unkenntnis der elementarsten Fragen. Selbst von dem Gesetze, welches er selbst als Leitstern seiner Philosophie proklamiert, besitzt er nicht die elementarsten Schulkenntnisse — —" (Hegel, Haeckel, Kossuth und das zwölfte Gebot, Braunschweig 1906, S. 76).

Vielleicht noch schlimmer war es mit seinen Kenntnissen auf anderem Gebiete bestellt, aus denen er seine Argumente für seine monistische Philosophie holte. Selbst Unold konstatiert in seinem Nekrolog im „Sammler", daß „ihm gründliche, philosophische und kulturhistorische Bildung" fehlte. Von Kant und Spinoza spricht Haeckel sehr oft. Da wurden aber Zweifel laut, ob er beide Philosophen verstanden, ja ob er sie überhaupt gelesen habe. Der protestantische Philosoph Rehmke nennt Haeckel selbst ein lebendiges Rätsel, „da er den spinozistischen Monismus zu lehren meint und den Dualismus zu vertreten scheint im Grund aber mit dem materialistischen Monismus sich vereint" (Protestant. Monatshefte, 1900, 3). Unqualifizierbar ist, was Haeckel über Theologie und Kirche seinen Lesern vorlegt. Er selbst urteilt über diese seine Ausführungen in den „Welträtseln" also: „Der vierte, theologische Teil meines Buches ist der weitaus schwächste und angreifbarste, und ich habe ihn nur deshalb den übrigen angeschlossen, weil ich die hohe Bedeutung des theoretischen Monismus auch für die wichtigsten Fragen der Philosophie andeuten wollte" (Nachwort zur Schrift über die Welträtsel, in der Volksausgabe der Welträtsel von 1903, S. 165). Ja, wahrlich, wer die Ausführungen z. B. im 17. Kapitel liest, möchte sich an den Kopf greifen und fragen, wie ein gebildeter Mann derartiges schreiben kann. Nur die elendesten Schundwerke können die Quellen gewesen sein; es wundert uns nach den übrigen Autoren, die genannt sind, daß nicht auch noch der bekannte „Pfaffenspiegel" ausdrücklich angeführt ist. Zu all dem kommt noch, daß Haeckel einige seiner Schriften „übereilt" herausgegeben hat und so fehlerhafte und ungeschickte Zeichnungen anwandte, welche seine Behauptungen beweisen sollen; fachwissenschaftliche Kritiker sprechen von Fälschungen. In seiner „Natürlichen Schöpfungsgeschichte" ließ er z. B. dreimal das nämliche Klischee abdrucken, um darzutun, daß man die Eier vom Menschen, Affen und Hund nicht zu unterscheiden vermöge; dann hat er einen Holzschnitt wieder dreimal abdrucken lassen zum Beweis, daß die Embryonen des Hundes, des Huhns und der Schildkröte einander zum Verwechseln ähnlich seien. Andere Embryonenbilder sind frei erfunden, weitere aus fremden Schriften übernommen und zweckentsprechend abgeändert. Trotz des schwersten Tadels, den Haeckel über sich ergehen lassen mußte, auch trotz seines Geständnisses, „eine höchst unbesonnene To heit" begangen zu haben, griff er doch auch später wieder zu dieser Arbeitsmethode. Diese wollte er dadurch entschuldigen, daß er sagte, jene Abbildungen seien nur „schematisch" gewesen und darum als solche erfunden und erdacht. Haeckel hatte aber offenbar übersehen, diesen Umstand anzugeben. Er erklärte auch, wenn er mit seinem Vorgehen gefälscht habe, dann seien andere Gelehrten auch Fälscher, denn die große Mehrheit der Abbildungen, welche diese geben, seien ebenfalls nicht „exakt", sondern „mehr oder weniger zurechtgestutzt, schematisch oder konstruiert". Diese Denunziation rief einen Sturm der Entrüstung in der Gelehrtenwelt hervor, die sich dagegen verwahrte, ein ähnliches Vorgehen zu betätigen.

Die angeführten Schwächen in den wissenschaftlichen und populärwissenschaftlichen Arbeiten Haeckels konnten bei ihm nicht einen ausgeprägten Dogmatismus fernhalten, der selbst auf das Anathem nicht verzichtete. Er stellte auch in jenen Fragen, in denen exakte Forschung und geschichtliche Studien gegenteilig lehren, seine Anschauungen als feststehende Sätze auf, die jeder, der nicht als Mann mit geringer Schulbildung und ungenügender Fachausrüstung gelten wollte, anerkennen mußte; wer widersprach, der wurde, soweit es Haeckel in der Hand hatte, von Lehrstühlen ferngehalten; hierbei waren die Mittel, die er gebraucht, nicht immer einwandfrei, wie auch im Gerichtssaale im Falle Hamann festgestellt wurde. Insbesondere sind seine „12 kosmologischen Lehrsätze" Normen, zu denen jeder sich bekennen muß. Man sprach deshalb von dem Papste in Jena. Doch trat Haeckel nicht nach allen Seiten gleich sicher und entschieden auf. Von der tierischen Abstammung des Menschen z. B. erklärte er in der „Systematischen Phylogenie, die für Gelehrte berechnet ist (3. Bd. VIII und 1. Bd. VI), es sei die Hypothese der Stammesgeschichte widerspruchsvoll, redete von „subjektiven Geschichtsbildern" und sagte sogar: „Selbstverständlich ist und bleibt unsere Stammesgeschichte ein Hypothesengebäude", der weitaus größte Teil der Glieder der Stammesgeschichte „bleibt uns für immer verschlossen". In den für ein Laienpublikum berechneten „Welträtseln" aber heißt es: „Für sie (monistische Philosophie) bleibt als sichere historische Tatsache die folgenschwere Erkenntnis bestehen, daß der Mensch zunächst vom Affen abstammt, weiterhin von einer langen Reihe niederer Wirbeltiere" (5. Kap.). An diesem Vorwurf der „doppelten Buchführung" ändert nichts, wenn Haeckel im Vorwort „der Welträtsel" erklärt, die Antwort auf die behandelten Fragen könne naturgemäß nur subjektiv und nur teilweise richtig sein. Um so sicherer lautet sein Urteil an den Stellen, wo er die einzelnen Fragen behandelt.

Der „kampfeslustige Freimut" Haeckels bekundet sich nicht zuletzt gegen die positive Religion und den „Papismus", überhaupt gegen die theistische Weltanschauung. Hier wird er auch frivol: „In den höheren und abstrakteren Religions-Formen wird diese körperliche Erscheinung (in welcher sich Gott nach der Vorstellung seiner Anhänger in ein Wirbeltier verwandelt) aufgegeben und Gott nur als „reiner Geist" ohne Körper verehrt. „Gott ist ein Geist und wer ihn anbetet, soll ihn im Geiste und in der Wahrheit anbeten". Trotzdem bleibt aber die Seelentätigkeit dieses reinen Geistes ganz dieselbe wie diejenige der anthropomorphen Gottes-Person. In Wirklichkeit wird auch dieser unmaterielle Gott nicht unkörperlich, sondern unsichtbar gedacht, gasförmig. Wir gelangen so zu der paradoxen Vorstellung Gottes als eines sogenannten „gasförmigen Wirbeltieres" (15. Kap.). Ueber die Geburt Christi weiß Haeckel aus einer apokryphen Schrift zu berichten: „Josephus Pandera, der römische Hauptmann einer kalabresischen Legion, welche in Judäa stand, verführte Mirjam von Bethlehem, ein hebräisches Mädchen, und wurde der Vater von Jesus" (17. Kap.). Die katholische Kirche, deren Organisation er wider Willen höchste Anerkennung zollen muß, sucht er in jeder Weise herabzusetzen: Schlauheit, Betrug und Verbrechen sind nach ihm die Mittel, durch welche sie Einfluß gewinnt. Man tut kein Unrecht, wenn man den vierten theologischen Teil der „Welträtsel", den ja sein Autor selbst, wie wir bereits hörten, als den „weitaus schwächsten und angreifbarsten" bezeichnete, das Pamphlet eines leichtfertigen Ignoranten nennt, um nicht Schlimmeres zu sagen. Diese Partien hatte wohl auch zumeist Professor Paulsen, Berlin, im Auge, wenn er in heiligem Zorne schrieb: „Ich habe mit brennender Scham dieses Buch gelesen, mit Scham über den Stand der allgemeinen Bildung und der philosophischen Bildung unseres Volkes. Daß ein solches Buch möglich war, daß es geschrieben, gedruckt, gekauft, gelesen, bewundert, geglaubt werden konnte bei dem Volk, das einen Kant, einen Goethe, einen Schopenhauer besitzt, das ist schmerzlich! Indessen: „Nosce te ipsum!" (Preußische Jahrbücher, 101. Bd. S. 72.)

Ja, wie ist es möglich, daß ein Buch wie Haeckels „Welträtsel" eine solche Verbreitung finden konnte?

Wir möchten von allen Nebensachen, wie billiger Preis, Reklame u. a. absehen, und hauptsächlich das Verlangen zum Ausdruck gelangt sehen, das in weiten Volkskreisen herrscht, nämlich Aufschluß über die großen Fragen nach dem Ursprunge der Welt, des Lebens und des Menschen zu erhalten. Dieses hat Haeckel erkannt und auszunützen verstanden. Hier könnten die christlichen Vertreter der Naturwissenschaften und anderer Disziplinen eine Anregung finden, auch ihrerseits die wirklichen Resultate der Forschung den gebildeten Schichten und vielleicht auch dem Volke zuzuführen. Freunde erwarb der Philosophie Haeckels der Umstand, daß er jene schwerwiegenden Fragen nach dem stillen Wunsche gar vieler seiner Leser löste, da er ihnen alle Furcht wegen einer Verantwortung vor einem allwissenden und gerechten Richter wegnahm; für dieses befreiende Bewußtsein hatte man zudem, wenigstens nach der Versicherung Haeckels, die Resultate der exakten Forschung. Auch imponiert die entschiedene, jeden Zweifel weit abweisende, dogmatische Form, in der die luftigsten Hypothesen vorgetragen werden.

Haeckel begnügte sich nicht damit, nur durch seine Schriften für die im Entwicklungsgedanken verankerte Lebens- und Weltanschauung zu wirken, sein Enthusiasmus drängte ihn, seine Anhänger zu organisieren und so seine Ideen zum Siege zu führen. Darum gründete er im Januar 1906 den „Deutschen Monistenbund", dessen Ehrenpräsident er selbst wurde. Dr. Unold erläutert uns an der wiederholt zitierten Stelle die Absicht Haeckels: „Er dachte sich darunter nicht einen populären Freidenkerverein, sondern eine Vereinigung von vorurteilslosen, im fruchtbaren Mutterboden der Entwicklungslehre wurzelnden Denkern aus allen Wissenschaftszweigen, einen wissenschaftlichen Ausschuß, der in ernster, sachkundiger Weise an dem Ausbau des aus dem Entwicklungsgedanken entsprungenen Monismus und an seiner Anwendung auf alle Gebiete des praktischen Lebens, namentlich auf Ethik und Politik mitwirken solle". Eigenartig bleibt, daß sich der Ehrenpräsident des Monismus wie der nämliche Gewährsmann konstatiert, nie aus den Banden der Zeitphilosophie, dem dogmatischen Materialismus, zum wahrhaft wissenschaftlichen Monismus zu erheben vermochte. Bisweilen mochten auch die immer wiederkehrenden Anklagen gegen Haeckel wegen seiner eigentümlichen Arbeitsmethode, von der bereits die Rede war, manchem Mitgliede des Monistenbundes und Anhänger des Jenaer Popularphilosophen die Treue gegen den Meister recht schwer gemacht haben.

Haeckel hat sicherlich viel dazu beigetragen, daß ungezählte Gebildete und noch mehr Halbgebildete in Deutschland an ihrer Religion Schiffbruch gelitten haben. Kein persönlicher Gott! Keine geistige Seele! Keine Willensfreiheit! Keine Unsterblichkeit im christlichen Sinn! All dieses tut Haeckel im Handumdrehen dar mit dem Hinweise auf die „Resultate der Wissenschaft", die jedoch gar nicht vorliegen, nicht selten unter Spott und Hohn. Damit ist eine schwere Schädigung des sittlichen Lebens der Nation verbunden; denn es ergibt sich daraus der Wegfall der sittlichen Ordnung, der Sanktion des Sittengesetzes, der Wegfall der Gewissenspflicht, der moralischen Verantwortlichkeit und starker Motive. Was dem Menschen gilt, ist nach Haeckel auch dem Tiere gegenüber, wenigstens den dem Menschen zunächststehenden, den sogen. Herrentieren billig; wie man z. B. alte und kranke Tiere tötet, so sei es Recht und Pflicht, auch Menschen in solcher Lage aus dem Leben zu verhelfen. An die Seite der Menschenethik tritt nach Haeckelscher Philosophie ganz naturgemäß die Tierethik. „Unsere monistische Sittenlehre" erschöpft sich bei Haeckel zum weitaus größten Teil im Kampf gegen die Sittenlehre des „Papismus".

Man klagt, daß unser Volk bis auf den Tod moralisch erkrankt sei, und wer wagte zu behaupten, daß diese Klage unbegründet sei? Die Diagnose der Krankheit aber wird von Kundigen auf materialistische Lebensrichtung gestellt. Gewiß haben viele Ursachen mitgeholfen, daß ein solcher Zustand sich derart entwickeln konnte, ebenso sicher ist aber auch, daß ein Gutteil der Schuld der dogmatische Materialismus trägt, zu welcher der Philosoph und Metaphysiker Haeckel leider nur zu viele unserer Volksgenossen geführt hat. Rühmt er doch selbst in der ersten Auflage seiner „Welträtsel", daß die „Natürliche Schöpfungsgeschichte" nicht wenig zur Verbreitung der monistischen Weltanschauung beigetragen hat. Noch mehr geschah dieses durch seine „Welträtsel". Solange sich Deutschland nicht von dem von Haeckel ihm eingehauchten Geiste abwendet, wird es keine Heilung finden. Das Andenken Haeckels wird in unserem Volke kein gesegnetes sein.

Der erste Schnee.

Der launige Föhn seine Fahnen schwenkt
Und die Tieflandaugen nach Süden lenkt,
Wo die Nebelvorhänge lockend zerreissen,
Ein Schauspiel auf steinerner Bühne verheissen.
Und wirklich!
Das Bergvolk bis zu den Lenden
In weissen glitzernden Märchenhemden
Mit hermelinverbrämten Armen!
Aus dem Tiefland jammerts:
„Habt Erbarmen!
Lasst den Prunk mit Silber und Flitter und Erzen,
Schenkt uns aus euerem innersten Herzen
Den dunklen Stein nur, in dessen Nacht
Das leuchtende wärmende Feuer wacht!"
Die Vorhänge wieder zusammenrennen,
Als ob die Berge nach Antwort sännen.

D'raus über Nacht eine tückische Hand
Streckt sich hervor übers schlafende Land
Und schüttet in weisser höhnender Schrift
Lauter flockiges, wirbelndes, knirschendes Gift
Auf Dächer und Türme und endlose Strecken,
Dass die Stirnen der Fenster sich kräuseln vor Schrecken.

Tags darauf in den hohlen Ofen stieren
Die Menschen in schüttelndem hilflosem Frieren.

Martin Mayr.

Der Kriegsgefangene.

Von Marie Amelie Freiin von Godin.

Vor drei Tagen kam hier eine Depesche an, des Inhalts, daß Schulze Marquardts Jüngster aus der Gefangenschaft für Ende der Woche zu erwarten sei. Schulze Marquardt benachrichtigte die Freunde wortkarg wie immer mit drei Silben „de Fritz kümmt", und zog auf der Gartentür zur Straße eine große Fahne auf. Die alten Reichsfarben. Mit denen war der Junge vor fünf Jahren ausgezogen. Seitdem kam er nicht mehr nach Hause, denn schon im Spätherbst 1914 fiel er bei Dixmuiden verwundet in englische Hand. An die neuen Reichsfarben war der also noch nicht gewöhnt.

Gestern nun ist der Fritz angekommen. Der Vater holte ihn auf der Bahn. Die Freunde und eine Schar Sommerfrischler standen am Zaun und warteten. Ich wohne im Hause und wartete mit den andern. Der Zug verspätete sich und die Hotelgäste, welche die Sensation dieses ersten Heimkehrers um den Zaun, unter der alten Reichsfahne und drei früchtebeladenen Aepfelbäumen versammelt hatte, plauderten. Vor mir stand ein kleines Mädel im weißen kurzen Spitzenkleidel, im braunen Lockenhaar, auf dem Scheitel wie einen schwankenden Riesenschmetterling die große weiße Schleife; „Du", sagte sie ihrer Nachbarin, einer kleinen Blonden, von der ich nur den grünen Kinderschirm sah, „morgen gehts gottlob nach Berlin zurück — hier ist doch nichts mehr los!" „Und das Meer, und der Strand", menge ich mich ein, „und die Aepfelbäume, die fast vor Früchten brechen — und der Wald, der jetzt rot werden wird, und die Heide, die blüht — tut dir das alles garnicht leid?" Die Kleine zuckt fast geringschätzig die Achseln, „Berlin ist schöner", entgegnet sie, „hier sind doch alle bessern Leute schon fort, in Berlin, da habe ich alles, was ich will. Mama hat mir auch nen Ring versprochen . . ." Ihre Mutter an meiner Seite stimmt ihr zu. Sie ist jung, hat Stöckelschuhe um 300 M, ein besticktes weißes Batistkleid um 500, eine Reihe echter, erbsengroßer Perlen um 100000 um den Hals und Solitairs um 10000 in den Ohren, „der Strand ist schon zum Sterben langweilig", sagt sie, „kaum ein Dutzend Menschen. Die Spielklubs sind auch geschlossen worden. Wirklich, ich finde, da bin ich lieber in Berlin. Jeder geht jetzt wieder nach Berlin . . ." Sie bemitleidet den armen Kerl wohl, der zu so gottverlassener Zeit in die öde Heimat zurück muß, statt daß er in Berlin den Tanz ums gold'ne Kalb

mitansehen könnte . . . Ihre Freundin, die hinter mir steht, also meiner Beobachtung entzogen ist fährt fort: „gut, daß sie die Spielsäle erst schlossen, als die Saison vorbei war. Weißt du, mir sind die Leute verleidet. Ein Pack sage ich dir! Zieht uns nur das Geld aus der Tasche. Vorige Woche habe ich im Laden von Schawitz mein schönes Armband verloren. Du weißt, das mit den drei Brillanten. Ich hatte es noch am Arm, als ich eintrat — Robert sah es — und bemerkte den Verlust, als ich aus dem Laden trat. Im Laden also mußte es sein. Wir fragen sofort an, indes behaupteten die Schawitz, es sei nicht gefunden worden. Ich schrieb an, daß ich dem Finder 100 M zahlen wollte; niemand rührte sich — da bot ich 200 — schließlich 500! Nun ließen mir die Schawitz sagen, ich möge kommen, das Armband sei da. Ich ging hin und nahms und sagte ihnen, sie seien Lumpen, denn wir wußten, daß es bei ihnen verloren war, und sagten es ihnen sofort. Sie hatten es also sicherlich auch sofort gesucht und gefunden. Nicht einen Pfennig sollten sie von mir bekommen! Und das sind nun hier die angesehenen Leute, solche Halunken!" Ich gab ihr im Herzen Recht, das war erbärmlich. Aber sie, die den Spielklub liebte . . . Und das Kind, das nach Berlin wollte für den Ring . . . Unter der Türe ihres Hauses erschien Frau Marquardt. Ihr Blick glitt besorgt über all die Menschen, die ihr Wiedersehen mit dem Fritz begaffen wollten . . . und mit Schreck dachte ich an den jungen Kerl, der heute heimkam. Ich schämte mich vor ihm. Wie würde er Deutschland finden . . . Unser Deutschland, für das er gelitten hatte, um das er so viele seiner besten Jahre hingegeben . . . Neben mir begrüßte nun der hiesige Schlossergehilfe den Klempner, der schon seit zehn Minuten zum Empfang parat stand. Der Schlosser war mit dem Rad angefahren. „Wie gehts dir", fragte er: „Na wie es eben geht!" entgegnete der Klempner mit der Zange in der Hand. „Erbärmlich natürlich", nahm der Schlosser wieder das Wort und senkte seine Stimme, aber ich war so nah, daß ich ihn trotzdem verstand, ob ich wollte oder nicht „der Fritz wird schauen. Besser is Eener in Frankreich, als hierzulande! Dat wert ooch nich besser, bis son dreimalhunderttausend Burshoahälse abgeschnitten sin. Die sitzen auf dem Geldsack. Das war dir ja gar kene Revolution nich. Nischt is gewesen; genau dasselbe Unglück. Muß erst noch kommen! Der Fritz is ein Starker. Der tut mit! Kann Unsereiner denn leben bei der Teuerung. Nein, das sag ich dir, eine Revolution muß kommen . . ." Ich muß mich zu ihm wenden: „Meinen Sie, davon wird es billiger?" Er schaut mich an, der Schlosser, voll Mißtrauen. Sein junges, hübsches, blondes Gesicht wird feindselig: „Sind Sie auch eine von denen, denen der Arbeiter immer zu viel Lohn hat?" Mein Herz blutet um ihn und den andern, der aus der Gefangenschaft zurückkommen soll — und um viele Millionen andere, meine Brüder. „Nein", sage ich so sanft ich kann, „ganz im Gegenteil, aber glauben Sie, daß durch eine neue Revolution, also neue Arbeitsstörung, in Deutschland wirklich irgend etwas billiger wird? Arbeiten müssen alle . . . das ists." Er hört mir wohl an, daß ich Mitleid habe mit ihm und kummervoll erzählt er mir, daß er 17 M im Tag verdiene, daß er aber für einen Arbeitsrock 150, für Schuhe mindestens 60 M, für ein Ei 1.60 M geben müsse. Und er habe eine Frau und drei Kinder . . . Das sei unmöglich, da sehe man Blut . . . „Heute", sagte in diesem Augenblick meine rechte Nachbarin, „bäckt der Zuckerbäcker zum letztenmal Kuchen. Pflaumenkuchen, delikat sage ich dir, das Stück zu 30 M. Ich habe drei für uns bestellt, wir essen sie so gerne . . ." Ich konnte nicht mehr. Ich wollte den Gefangenen nicht abwarten. Ich schämte mich vor ihm. Wie habens wirs so ganz verlernt, uns als Brüder zu fühlen! Als ich aber davon ging, begegnete ich dem alten Marquardt mit seinem Sohn. Sie schritten schweigend nebeneinander her, der Alte und der Junge, aber sie hatten feiertägliche Gesichter. Ihre Augen leuchteten, obschon sie gerade vor sich blickten und nichts zu sehen schienen . . . Der Junge war groß und kräftig, mit einem harten, aber offenen Gesicht. Was er von all jenen, die ihn erwarteten und von der Heimat, wie sie jetzt war, denken würde, fragte ich mich.

Heute Morgen lag ich früh auf dem Dünenberge jenseits des Strandes; wenige Menschen kommen dahin. Der Himmel war ganz blau ohne Wolke. Nur ab und zu flitzte silbern eine Möve durch die Bläue; die See war ganz blau; glatt, wie gefroren, nur schob sie sich trotzdem geheimnisvoll der Düne zu und zerbarst zwanzig Fuß unter mir in Millionen milchweißer Atome. Ein paar ockergelbe Segel lagen faul auf der See, die der helle Strand wie mit leuchtenden Armen umschloß. Am Abhang des Dünenberges, am hellen, hing eine Brombeerstaude mit rötlichen Ranken und hundert und mehr schwarzen Früchten, die da, unerreichbar, zum Ueberflusse, nur den Augen zur Freude ihre Süße vergeudeten. Mir im Rücken rauschte atemleise der Buchenwald, den schon der Goldschimmer des Herbstes umspinnen will. Ich lag da und sog den Hauch der See in mich ein und die Sonne — und sah den zottigen Hummeln zu und den winzigen lichtblauen Schmetterlingen, welche die Brombeerstaude umgaukelten — da war ein Tritt, ganz leise auf blühender Heide am Saum des Waldes. Ich blickte um. Fünf Schritte von mir trat der Heimkehrer an den Dünenrand, sah sich um und ließ sich nieder.

Ich regte mich nicht. Seine Augen waren voll trunkener Freude, seine Nasenflügel bebten vor Genuß. Er lag da, sah strahlend auf das leuchtende Meer.

Lange regten wir uns beide nicht. Mir klopfte das Herz. Ich wollte mit Inbrunst, daß ihn diese Schönheit trösten sollte, erfreuen, beglücken. Ich wollte es mit Inbrunst . . .

Eine Brise stand auf. Die gefrorene Decke der See ward lebendig: weiße Gischtkronen, grünbrauner Wogenschatten.

Eine der Fischerbarken hielt gegen Land zu, hatte es bald erreicht. Da, als der Fischer uns zu Füßen an Land sprang und sein Gehilfe ihm folgte, wandte der Heimkehrer das Antlitz nach mir und ich ward bis zum Innersten erschüttert durch die rasende Freude, die es in jedem Zuge trug: „Krabben haben sie gefangen, Krabben!" sagte er mir, als sei es das Köstlichste; und ich begriff, daß er in der Tat die Heimat mit Wonne wiedergefunden hatte, denn die Heimat war ihm die deutsche Erde, die deutsche See und die harte Arbeit, die uns tief über die Erde und die See niederbeugt.

Zeit- oder Dauerehe?

Von Dr. phil. Joseph Lenz, Trier.

Der deutschen Nationalversammlung und den verschiedenen Landtagen sind verschiedene unter dem Titel „Ehereform" zusammengefaßte Gesetzesvorschläge des Rechtsanwalts Dr. Wegener zugegangen, welche die Schaffung staatlicher Heiratsnachweise zwecks Eintragung der ins einzelne gehenden Wunschrichtungen und Angabe der persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse — jedoch ohne Haft für die Richtigkeit dieser Angaben — sowie Einführung der Zeitehe neben der Dauerehe des Bürgerl. Ges.-B. bezwecken. Gegenüber den Kindern aus solchen Zeitehen sollen die Eltern nach Auflösung der Ehe die rechtliche Stellung haben, die das Gesetz bisher für Eltern geschiedener Ehen vorsieht, in denen beide Gatten für schuldig erklärt sind. Die Kinder sollen ein Erbrecht in Höhe der Hälfte des gesetzlichen Erbrechts ehelicher Kinder nach dem Bürgerl. Ges.-B. haben. Wollen die Eltern die Erziehung der Kinder nicht selbst übernehmen, so soll eine „einheitliche Erziehung" in staatlichen Erziehungsanstalten Platz greifen. D. Red.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß wir einer neuen Epoche des Kampfes um die Ehe entgegengehen, einer Epoche, wo sich in besonderer Weise alte Theorien praktisch auswirken wollen. Auf wissenschaftlichem Gebiete wurden schon längst Lehren vorgetragen, die mehr an die Phantasie als an die Vernunft appellierend, uns Zeiten angeblicher sittlicher Freiheit vorspiegeln, die aber jeder moralisch Gesinnte eher Zeiten sittlicher Entartung nennen müßte. Auch was das praktische Leben angeht, so mögen an geheimen Verbrechen gegen die Reinheit der Ehe frühere Generationen nicht hinter unserer Zeit zurückgestanden haben. Die neue Verfassung nimmt sogar in Art. 119 „Die Ehe als die Grundlage des Familienlebens und der Erhaltung und Vermehrung der Nation" unter ihren „besonderen Schutz." Denn „die Reinerhaltung, Gesundung und soziale Förderung der Familie ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden". Und Art. 120 bezeichnet die Erziehung des Nachwuchses als „oberste Pflicht und natürliches Recht der Eltern, über deren Betätigung die staatliche Gemeinschaft wacht."

Und doch, ob seit den Zeiten des ausgehenden Römerreiches, wo auch nach Seneca viele Frauen ihre Jahre nicht mehr nach der Zahl der Konsuln, sondern der Zahl ihrer Ehegatten zählten, die Statistiken solche Zahlen staatlicher Ehescheidungen aufgewiesen haben, die doch in vielen Fällen wieder zu neuen Ehen führen und damit zu ebenso vielen staatlich gutgeheißenen, aber in dem Urteil der Moralphilosophie und in den Augen des gläubigen Volkes verwerflichen ehebrecherischen Konkubinaten? Ob jemals mehr versucht wurde, unmoralische Geschlechtsverhältnisse zu legitimieren, indem man gesetzlichen Reformen des Eherechtes das Wort redet, die offensichtlich den sittlichen Verfall des Volkes bedeuten würden?

Anders kann man auch, was der Verfasser selbst als die größte Anklage fürchtet (S. 4), Dr. Wegeners Schrift nicht kennzeichnen, die unter dem Titel „Ehe-Reform" der deutschen Nationalversammlung und den bundesstaatlichen Vertretungen unter anderm Vorschläge zur Einführung der Zeitehe neben der Dauerehe unterbreitet, die an sich nur ein Jahr dauern soll, höchstens aber zwei Jahre. Zur Begründung

führt er S. 13 an, daß viele Menschen im Konkubinate leben, und da sei die Zeitehe ein geeignetes Mittel, „den tatsächlich bestehenden Zustand in einen gesetzmäßigen überzuführen und ihnen den heute noch anhaftenden gesellschaftlichen Makel zu nehmen."

Was heißt das anders als unterstellen, Sittlichkeitsbegriffe seien rein subjektiv und wandelbar, als behaupten, einzige Norm der Sittlichkeit seien Staatsgesetz und öffentliche Meinung? Was heißt das anders, als dem Laster nur einen andern Namen geben, ihm ein Mäntelchen umhängen, das Gesetz mißbrauchen, um verderbliche Geschlechtsverhältnisse zu legitimieren, den Sittlichkeitsbegriff opfern, damit auch die ohne Schande genießen können, die sich scheuen, die Pflichten der Dauerehe auf sich zu nehmen, damit moralischen Schwächlingen der „gesellschaftliche Makel" erspart bleibe?

Aus Juristenkreisen hat bereits Rechtsanwalt F. J. Klein (Bonn) zum Kampfe gegen solche Reformbestrebungen aufgerufen und beredte Worte zur Verteidigung der Dauerehe gefunden. (K. V. 596, vom 1. Aug. 1919).

Für den gläubigen Katholiken können derartige Bestrebungen überhaupt nicht in Frage kommen. Nicht als ob es sich „gar nicht um den Eingriff in irgendwelche Rechte der Kirche" handele, wie Wegener in der Einleitung meint, oder „alle anderen kirchlichen Bedenken werde der Geist der neuen Zeit beseitigen, der gleich der Kirche nach dem Lichte drängt." Nein zu klar ist dem Katholiken der Weg in der Offenbarung vorgezeichnet. Das Band, das die Eheleute umschlingt, ist ein heiliges Band, und dieses Band zu lösen, steht dem Menschen nicht zu, „was Gott verbunden hat, soll der Mensch nicht trennen" (Matth. 19,6.) „Er wird Vater und Mutter verlassen und seinem Weibe anhängen" (Gen. II, 24), nicht auf ein Jahr oder zwei, sondern auf immer. Denn wer seine Frau entläßt und eine andere heiratet, der ist ein Ehebrecher, so betont immer und immer wieder die Hl. Schrift (Mt. 5, 32. Lc. 16, 18. Mc. 10, 11. 1 Cor. 7, 10. Röm. 7, 2.)

Darin ist es klar bekundet, nicht nur eine *gewisse* Dauer der Ehe, sondern ihre *unbegrenzte* Dauer ist von Gott gewollt. Und diesen Standpunkt hat die katholische Kirche stets verfochten. Stützt er sich auch an erster Stelle auf übernatürliche Gründe, vor allem darauf, daß die Ehe der Christen ein Sakrament ist und eine Darstellung der innigsten immer dauernden Vereinigung Christi mit seiner Kirche, so ist dieser Standpunkt doch auch in der Natur der Sache zu sehr begründet, als daß die Kirche jemals ihn aufgeben würde.

Aber da nach Ansicht Dr. Wegeners und vielleicht auch mancher seiner Leser „die Moral eine bessere Grundlage für die Geschlechtsgemeinschaft ist als die Frömmelei" (Einl.), so erscheint es nicht unangebracht, solche Reformbewegungen einmal kurz vom *moralphilosophischen* Standpunkte aus zu beleuchten.

Wie schon angedeutet, stehen Dr Wegeners Reformvorschläge nicht allein noch unvermittelt da. *Nicht allein*, denn noch im „Roten Tag" Nr. 185 vom 26. Aug. 1919 stellt Arthur Brausewetter in einem Artikel: „Einige Gedanken über die Ehe" die Ehe auf Lebensdauer als „*ein gefährlich Ding*" dar und verspricht großen Gewinn von einer Ehe auf bestimmte Zeit.

Nicht unvermittelt sind solche Ideen. Bisher freilich verstand man unter Ehe fast allgemein die *rechtmäßige dauernde* Lebensgemeinschaft von Mann und Frau zum Zwecke der Erzeugung und Erziehung der Kinder. Daß eine *gesetzlich anerkannte Geschlechtsgemeinschaft auf Zeit* einer solchen Begriffsbestimmung widerspricht und deshalb nicht den Namen Ehe verdient, liegt auf der Hand.

Aber schon länger tritt eine weitverzweigte Schule von ungläubigen Gelehrten, Evolutionisten und Materialisten dafür ein, die Dauerehe, wie sie in unserer Begriffsbestimmung liegt, habe nicht von jeher bestanden, sondern sei nur eine Erscheinung der heutigen Zeit! Es habe eine Zeit völlig regelloser Promiskuität gegeben, eine Zeit des geschlechtlichen Kommunismus. Erst in späterer Zeit und auf höherer Entwicklungsstufe hätten Männer die Frauen *für immer in ihren ausschließlichen* Besitz genommen und so unsere Auffassung von der Ehe begründet. Solche Phantasien spielen schon bei Horaz. Hobbes nahm sie in seine naturrechtlichen Untersuchungen auf und ihm folgten Rousseau u. a. Auf solche Theorien stützen sich dann moderne Sozialisten, die die „freie Liebe" predigen und es den Gatten überlassen wissen wollen, sich zu trennen, sobald die „Liebe" erkaltet. Geben auch manche noch zu, daß die Dauerehe das Vollkommenere und deshalb beizubehalten sei, so verlangen sie doch wie Wegener daneben die Zulassung der Zeitehe.

Der Grund all dieser Verirrungen liegt darin, daß man den *Hauptzweck* der Geschlechtsgemeinschaft aus dem Auge verloren und Nebenzwecke oder öfter noch allem von der Natur gewollten Zwecke der Ehe widerstrebende Ziele an seine Stelle erhoben und diese Auffassung auch gewaltsam in die Geschichte hineingetragen hat. Die Dauerehe ist keineswegs ein Produkt geschichtlicher Entwicklung und bürgerlicher Gesetzgebung, denen man ebenso gut neue Gewohnheiten und neue Gesetze gegenüber stellen könnte. Die Lehre einer allgemeinen Evolution, auf der solche Theorien fußen und auf die sich die Sozialisten berufen, ist eine unbewiesene Hypothese, die zumal für den Menschen keine Anwendung finden kann. Daß sich aber bisher nicht die geringsten Tatsachen für ursprüngliche Promiskuität auffinden lassen, sondern die festgefügte Familie die Grundbasis der Urgesellschaft sei, geben unverdächtige, der katholischen Auffassung fernstehende Ethnologen wie Fr. v. Hellwald, Grosse und Westermarck zu. Zustände der Verwahrlosung, wie sie uns bei manchen Wilden begegnen, sind kein Beweis für ursprüngliche Regellosigkeit des Geschlechtsverkehrs, sondern traurige Folgen sittlicher Entartung. Die Ehe als *dauernde* Gemeinschaft von Mann und Frau ist eine allgemein menschliche Erscheinung. Sie liegt eben in der Natur des Menschen begründet und hat deshalb im Willen des Urhebers der Natur ihre Grundlage und ihre Norm.

Der *Hauptzweck* der Verschiedenheit der Geschlechter, der Zeugungsfähigkeit und des heftigen Naturtriebes zur Geschlechtsvereinigung ist eben unleugbar die würdige Erhaltung und Fortpflanzung des Menschengeschlechtes, die Zeugung und Erziehung der Kinder. Die Hintansetzung dieses Zweckes und die Proklamation des persönlichen Wohles als Hauptgesetzes für die Regelung des Geschlechtslebens ist der Grundirrtum der modernen Ehereformbestrebungen, aber zugleich die verhängnisvollste Verkennung der Natur.

Die Ehe ist ihrer Natur nach eine Institution deren *Hauptzweck* nicht das *persönliche* Wohl der Gatten, sondern das Wohl *der menschlichen Art* ist. Um die von der Natur gewollte Aufgabe der Ehe zu erfahren, müssen wir fragen, zu welchem Zwecke sie von der natürlichen Vernunft als notwendig erkannt werde. Ihre Notwendigkeit beruht aber auf der Notwendigkeit der menschenwürdigen Erzeugung und Erziehung der Kinder. Auf diesen Zweck zielt das eheliche Verhältnis seiner innersten Natur nach hin. Durch Vereinigung der Geschlechter soll die Menschheit beständig durch frisches, triebkräftiges Leben verjüngt werden.

Gerade die *geordnete Fortpflanzung* aber und das Wohl des Kindes verlangt die Beschränkung des Geschlechtsverkehrs auf die Ehe, d. h. die *dauernde* Verbindung von Mann und Frau. „Von der Zeitehe im Sinne Wegeners", wie schon Rechtsanwalt F. J. Klein a. a. O. richtig betont, „zu einem „Verhältnis" und von diesem zur „Minutenehe" des gelegentlichen Geschlechtsverkehrs ist nur ein unsicherer gradueller Uebergang". Freie Liebe und nach Gutdünken der Beteiligten wieder lösbare Geschlechtsgemeinschaft wird bei der menschlichen Unbeständigkeit nur zu leicht zu völlig regellosem Geschlechtsverkehr und wilder Promiskuität führen. Solche steht aber der menschlichen Würde und erfahrungsgemäß nicht weniger der geordneten Fortpflanzung entgegen. Die starken Triebe im Menschen, die nicht wie beim Tiere durch Instinkte geregelt sind, müssen durch die Vernunft geleitet werden. Dazu bedarf es objektiver, leicht erkennbarer Schranken, und dieser Schranken erste und unerläßlichste ist die Dauer des einmal eingegangenen Verhältnisses. Sobald diese Schranke fällt, herrscht nicht mehr das Gesetz der Fortpflanzung, sondern das Gesetz der Lust, das physisch und moralisch ein *Völkerabsterben* bedeutet.

Lauter noch als die Rücksicht auf die Erzeugung spricht die Rücksicht auf *die Erziehung* des Kindes für die Dauerehe. Zur Zeit der Geburt, die letzte Zeit vorher und die erste Zeit nachher ist die Mutter auf die Sorge des Mannes angewiesen. Das Kind selbst ist auf Jahre gänzlich hilflos und auch darüber hinaus für sein physisches Fortkommen und für seine geistige und moralische Erziehung auf andere angewiesen. Sollten die Kinder nicht vollkommen verwahrlosen, so mußte die Natur jemand mit der Sorge für sie betrauen und zwar die mit dieser Sorge betrauten Personen, damit keiner die Last auf andere abschieben könne, *konkret bezeichnen*. Und wer sind diese konkreten, von der Natur selbst bezeichneten und deshalb auch vom Urheber der Natur moralisch verpflichteten Erzieher? Offenbar die Eltern. Wozu hat sonst der Schöpfer die Mutter zur Ernährung des Kindes befähigt, wozu den Kindern die innige Anhänglichkeit an die Eltern gegeben und diesen das Gefühl zärtlicher Liebe und Zuneigung zu ihren Kindern? Sind das nicht deutliche Hinweise, wem nach der Absicht des Schöpfers die Erziehung der Kinder obliegen soll? Diese Erziehung, um vor Einseitigkeit bewahrt zu bleiben, erheischt durchschnittlich die vereinte Mühe *beider Eltern*. Die schonende Liebe und das wachsame Auge der Mutter muß ergänzt werden durch die ernstere und strengere Leitung des Vaters. Solche Erziehung allgemein auch durch die beste Anstaltserziehung ersetzen wollen, abgesehen davon, daß es an materiellen Schwierigkeiten und Unmöglichkeiten scheitern würde, hieße die Natur verkennen, und Zeitehe einführen wollen, die mit der persönlichen Erziehung durch die Eltern unvereinbar ist, hieße die Eltern ihrer heiligsten, durch natürliches und göttliches Recht ihnen auferlegten Pflichten entbinden, hieße die Kinder der größten Wohltat berauben, auf die sie von Natur Anspruch haben, hieße für sie die Wohltat des Daseins, die sie gewiß den Eltern als ihrem Daseinsprinzip verdanken wertlos machen, ja vielleicht ob einer vernachlässigten, unnatürlichen Erziehung zu einem Unglück für die einzelnen und in ein Verhängnis für die Gesellschaft verwandeln, hieße endlich den Staat seiner notwendigsten Stütze, der Familie berauben.

Nichts ist bedrohlicher für die Gesellschaft, als *die Lockerung der Familienbande*. Die *Familie* ist es, die Vergangenheit und Zukunft mit der Gegenwart verbindet und die Ueberlieferung fortpflanzt. Die *Familie* ist an erster Stelle der Träger religiöser, konservativer Gesinnung. Die auf Dauerehe beruhende *Familie* ist das einzige Mittel, die Gesellschaft vor physischer und moralischer Degeneration zu bewahren. Wem deshalb das Allgemeinwohl am Herzen liegt, der muß helfen, die Familie zu erhalten, der muß aber auch kämpfen für die Dauerehe, ohne die es ein Familienleben nicht

gibt und die deshalb als allgemeine Norm gelten muß. Um das zu tun und Bedenken gegen die Zeitehe zu haben, braucht man kein „Spießbürger“ zu sein, noch einer von denen, die „mit Scheuklappen durch das Leben gehen wollen“. (Wegener S. 12). Scheuklappen braucht es eher, um die ungeheuren Gefahren nicht zu sehen, die durch solche Reformbestrebungen heraufbeschworen werden. Zeitehe mag manchen schmeicheln, aber von ihr kann dem deutschen Volke keine Rettung kommen. Nie und nimmer wird sie die Volkskraft aufbauen und erneuern, weil sie der von Wegener selbst S. 4 geforderten Voraussetzung, der sittlichen Grundlage, entbehrt. Nicht ihr Gegner, sondern eher ihr Verfechter ist deshalb „kein Freund des deutschen Volkes, das in der Finsternis, in die es das Schicksal gestoßen hat, zum Lichte ringt“. (Wegener, Nachwort).

Nur auf sittlichem Pflichtbewußtsein gegründete, durch religiöse Auffassung und christliche Liebe gefestigte Dauerehe kann das Allgemeinwohl sicherstellen. Nur ihr darf deshalb der Staat seinen Schutz angedeihen lassen, dessen Aufgabe doch zuerst die Förderung des Allgemeinwohls ist, nur sie darf und muß deshalb jeder wahre Volksfreund fördern und verteidigen. Dann und nur dann wird eine starke Generation heranwachsen, nur dann physische und moralische Gesundung zu erwarten sein.

Vom Büchertisch.

F. Schrönghamer-Heimdal: Wie's daheim war. Geschichten aus meinem Jugendland. Augsburg, Haas & Grabherr. Pr. 4 M. — Ein Volltreffer ist dies köstlich gehobene Volksbuch mit seiner tiefinneren Beseelung durch rückhaltlose, ganz und gar verstehende Liebe zur Jugendheimat, ihrer Scholle und ihrer Menschen. Prachtvoller Humor übersonnt das Ganze; man liest und lebt sich „liebend gern“ in die einundzwanzig Erzählstücke hinein, unter denen mehr als die Hälfte künstlerische Wertung nicht nur verdienen — das tut der gesamte Band —, sondern herausfordern. Also: Ein Schatz für Familie und Verein, für häusliche und öffentliche Büchereien.

E. M. Hamann.

Hausschatz-Bücher: Regensburg, Friedrich Pustet. Pr. geb. je 1.80 M. Durch diese preiswürdige Ausgabe weht seit einiger Zeit ein besonders frischer, kräftiger Zug, der sehr zu begrüßen ist. Die beiden neuesten Veröffentlichungen beweisen es sinnfällig: 1. **E. T. A. Hoffmanns Meisternovellen: „Das Fräulein von Scudery“** und **„Meister Martin der Küfner und seine Gesellen“**; 2. **Theodor Storms** Kleinode: **„Immensee; Ein stiller Musikant; Pole Poppenspäler.“** Auf solchem Wege wird das lobenswerte Unternehmen rasch zu immer schönerer Blüte gelangen.

E. M. Hamann.

Corpus Catholicorum. Werke katholischer Schriftsteller im Zeitalter der Glaubensspaltung. Johannes Eck, Defensio contra amarulentas D. Andreae Bodenstein Carolstadini Invectiones (1518). Herausgegeben von Dr. Joseph Greving. 4° VIII 76 u. 96 S. M 9.— (Subskr. M 7.30). Münster, Aschendorff, 1919. Mit der Eröffnung dieser Sammlung geht ein längst gehegter Wunsch in Erfüllung. Der mit zähem Eifer und weiser Umsicht das Unternehmen einleitete und vorbereitete, der auch den ersten Band herausgab, Prof. Greving, ist am 6. Mai dieses Jahres heimgegangen. Dieser Band kann ihm deshalb Nachruf mit Trauerrede widmen. Er ist zugleich Zeuge für die Gewichtigkeit des von ihm in die Wege geleiteten Werkes und die Gediegenheit der dabei beobachteten Grundsätze. Der erste Teil gibt einen Ueberblick über dieses großzügig angelegte Unternehmen, bringt die Satzungen der Gesellschaft zur Herausgabe des Corpus Catholicorum und stellt die dabei zu beobachtende Arbeitsweise fest. Der im zweiten Teil gebrachten Darstellung und Erläuterung der Defensio Ecks, einer bedeutungsvollen Schrift aus den Anfängen der Glaubensspaltung, geht ein umfassendes Literaturverzeichnis voraus. Die gründliche Behandlung des Textes, die sachlichen Anmerkungen und auch die der Sammlung würdige Ausstattung geben diesem Band ein vielverheißendes Gepräge. — Dem verdienten Begründer des Corpus Catholicorum widmet Dr. Heinrich Schauerte sein Werk **Die Bußlehre des Johannes Eck**, das als Heft 38/39 der gleichfalls von Greving begründeten reformationsgeschichtlichen Studien und Texten erscheint (8° XX und 250 S. M 11.90. Münster, Aschendorff, 1919). In dieser Schrift kommt der hervorragende Theologe Eck vorab als Apologet und Polemiker zur Geltung. Die Einleitung unterrichtet über das Arbeiten und die polemische Ausdrucksweise Ecks und beleuchtet damit die wissenschaftliche katholische Theologie des Reformationszeitalters. Dann wird Ecks Lehre über die Buße im einzelnen dargelegt und besonders seine Stellungnahme zu den Mißständen im Bußwesen gebührend gekennzeichnet, wie er ja auch durch praktische Vorschläge dem Konzil von Trient wirksam vorgearbeitet hat. Vielfach finden sich die Lehrmeinungen Luthers und seiner Parteigänger herangezogen; wertvoll sind dann die Erläuterungen zur Beichtpraxis der damaligen Zeit.

O. Heinz.

P. H. **Biehlmeyer** O. S. B.: **Wahre Gottsucher.** Worte und Winke der Heiligen. Zweites Bändchen. Freiburg, Herder. Pr. geb. 3.20 M. Das erste Bändchen wird bald in dritter Auflage erscheinen. Das vorliegende wird sich nicht weniger rasch durchsetzen, teilt es doch alle mit Recht gepriesenen Vorzüge seines Vorgängers, nicht zuletzt die einer schönen Einfachheit, Anmut und Gründlichkeit. Immer mehr Gottsucher erstehen unter der Last, der Bedrängtheit, der Wirrnis unserer Zeit. Immer mehr Vorbilder vermag die Kirche ihnen als Führer zum und auf dem Heilswege aufzuweisen. Fünfundvierzig sprechen aus diesem Bändchen in knappen, wundersam reichen Lesungen, die man in ehrfürchtiger Andacht entgegennimmt: Licht vom Licht zum Licht, tiefschürfende Zeugnisse des Göttlichen aus dem innersten Leben sich heiligender und geheiligter gottsuchender Menschen von erhabener geistiger und seelischer Größe und Ueberzeugungsgewalt.

E. M. Hamann.

Bühnen- und Musikrundschau.

Steinrück. Eine Steinrück-Krise beschäftigt schon seit einigen Wochen das Nationaltheater und seine Kunstfreunde. Steinrück ist nun als Schauspielleiter zurückgetreten und bleibt als Darsteller. Daß diese bedeutende Schauspielerindividualität unseren Brettern erhalten bleibt, das war wohl der Wunsch aller, auch derer, die nicht in alle Superlative seiner Bewunderer einstimmen können. Als Schauspielleiter hat er seit den vorigen Novembertagen einen zähen Arbeitswillen und künstlerischen Ernst bewiesen; aber die Personalunion zwischen Direktor und erstem Darsteller hat und wird immer zu Konflikten führen. Es handelt sich dabei nicht lediglich um Eitelkeit, wie das Publikum meinen mag. Ein Darsteller wird immer von einer gewissen Einseitigkeit sein, darin liegt seine Stärke; noch dazu, wenn er ein so überzeugter Parteigänger der Kunst eines Strindberg, eines — Wedekind ist. Gewiß, er wird nicht so unklug sein, nur zu spielen, was ihm gefällt, aber notgedrungen wird er für die seiner Darstellerindividualität fremden Werke schwerer den Standpunkt einer mit der gesamten Literatur vorurteilslos vertrauten Persönlichkeit einnehmen können, die lediglich zum Sehen geboren, zum Schauen bestellt ist. Wer nun dieser kommende Mann sein wird, darüber wird viel hin- und hergeraten. Wir wollen uns an diesem Spiel nicht beteiligen. Hauptsache wird sein, daß der neue Mann nicht nur die „Firma“ übernimmt, sondern auch die volle Entscheidung trägt, was Darstellern von draufgängerischem Temperament gegenüber nicht immer leicht ist. Es soll nicht auf gewisse Fälle zurückgekommen werden. In diesen Tagen ist auch der Schauspieler Heine von der Leitung des Wiener Burgtheaters zurückgetreten; er, der bekanntlich in München Steinrücks Vorgänger war, ist eine ihm in vielem ähnliche Künstlerpersönlichkeit. Herr Steinrück wird alljährlich einige Stücke einstudieren; gewiß ist es erfreulich, daß wir auch den Spielleiter Steinrück nicht ganz verlieren; immerhin zeigte sich in letzter Zeit eine Neigung, daß mancher Darsteller von schönem Organ sich auf gewisse Eigentümlichkeiten der Steinrückschen Stimme in fast sklavischer Nachahmung einstellte, die Regie den Schauspieler zu unterjochen schien.

Aus den Konzertsälen. Zu Hofmannsthals „Der Tor und der Tod“ hat August Reuß einen Prolog komponiert, den Pfitzner im II. Abonnementskonzert des Konzertvereins mit starker Wirkung darbot. Diese packend aufgebaute und klangschön instrumentierte Programm-Musik fand eine sehr empfängliche Hörerschaft, die den dem Münchener Tondichterkreis angehörenden Musiker so lange rief, bis er persönlich mit Hans Pfitzner für den Beifall dankte. Eine sehr fesselnde Wiedergabe des Don Quichotte von Rich. Strauß und eine in der Feinfühligkeit des Nachschaffens vortreffliche Interpretation der 1. Symphonie Schumanns ließen die Kunst des gefeierten Dirigenten wieder in hellem Lichte erstrahlen. W. van Hoogstraten zeigte sich mit dem gleichen Tonkörper wieder als ein packender und mit sich fortreißender Orchesterführer in einer reizvollen Wiedergabe der pathetischen Symphonie von Tschaikowski. Auch in der sehr feinsinnigen Begleitung der Pianistin Elly Ney bewährte er sich aufs glücklichste. Die Burleske in d-moll, die für Rich. Strauß weniger bezeichnend ist, und das Klavierkonzert in D-dur (K.-V. 450) von Mozart spielte die Künstlerin mit einer Feinheit des Stilgefühles, Klangschönheit und Temperament, die unmittelbar zu fesseln vermochten. Jos. Pembaurs farbenreiche pianistische Kunst hat mir diesmal in Joseph Schmids duftiger „Hymne an die Nacht“ die stärksten Eindrücke übermittelt; aber auch Heinrich Kaspar Schmids „Waldgang“, die dem Münchner Ludwig Schittler gewidmete Elegie von Haas, die Stücke von Scheunich und Reuß gewannen in Pembaurs poesievoller Interpretation an Reiz und Nachdruck. Technisch glanzvoll ist das Klavierspiel Sandor Laszlos, der durch größere Weichheit des Anschlages noch gewinnen würde. — Neu war uns eine Sängerin Olga Guzman, die sich einer freundlichen Aufnahme erfreute, ohne einstweilen ungewöhnliche Erwartungen zu erwecken.

Verschiedenes aus aller Welt. Zwei mit München innig verwachsene Schauspieler, Conrad Dreher und Richard Stury feierten in diesen Tagen den 60. Geburtstag. Der letztere ist in langen Jahren Heldendarsteller unserer Hofbühne gewesen, ein feuriger „Karl Moor“, ein vornehmer „Egmont“, als welcher er in der Ahnengalerie des Nationaltheaters von Künstlerhand festgehalten ist. Auch in modernen Rollen ein geistvoller, warm empfindender Darsteller von vielseitiger Verwendbarkeit, lag doch der Schwerpunkt seines Schaffens im klassischen Drama, das die Vorzüge seines schönen Organs, dessen Technik als vorbildlich gelten darf, zu schönster Geltung brachte. Auf der Höhe seiner Kraft entsagte er bereits der Bühne. Als Lehrer künstlerischen Nachwuchses, als Vorsitzender der Calderongesellschaft hat er sich Verdienste erworben. Wenn man an Conrad Dreher denkt, fällt einem weniger ein bestimmtes Stück ein, man denkt an seine Münchener Spießbürger mit der rauhen Schale und dem berühmten goldenen Herzen. Je mehr das „gemütliche“ alte München zur Sage wird, um so anziehender erscheinen uns diese von echtem Humor durchsonnten Gestalten Drehers, durch die er manch schlechtes Stück über Wasser hielt. Leider mangelt es an guten Schwanken dieser Art. Der Schauspieler hat da öfters selbst die Hand angelegt, das verstaubte neu poliert, das mittelmäßige zurecht gestutzt. Als in den achtziger Jahren das Gärtnertheater auf der Höhe seines volkstümlichen Wirkens stand, da gehörte Dreher zu seinen Sternen. Auch in der Operette hat er gewirkt. Sein Koko im „Mikado“ war

in Maske und Vortrag glänzend; bekannt ist, daß Dreher das Schlierseer Bauerntheater gegründet, das nicht das „weltliche Oberammergau" geworden ist, das dem Künstler vorgeschwebt hat. Im Winter wird Dreher, von München ausgehend, wieder eine Gastspielfahrt unternehmen. Ueberall darf seine fröhliche Kunst herzlicher Aufnahme sicher sein. — Otto Heß, der Kapellmeister am Münchener Nationaltheater wird in Madrid die Vorbereitung und Leitung von Rich. Wagnerfestspielen übernehmen, die von Mitte November bis Februar währen. — Dr. Meyer-Waldeck, der Leiter des Leipziger Stadttheaters, ist zurückgetreten. Es widerstrebt ihm, „Schaufenster-Intendant" zu sein. Er habe die Ueberzeugung, daß nur ein Wille ein Theater leiten könne, während die Verhandlungen mit den Ausschüssen und Räten zu viel Zeit und Kraft absorbiren. Auf Schwierigkeiten ähnlicher Art wird die Verzögerung der Dresdener Uraufführung von Rich. Strauß' „Frau ohne Schatten" zurückgeführt, die nach der Ansicht eines namhaften Kritikers von einer dort unerhörten Minderwertigkeit gewesen sein soll. — Ueber die Berliner Palestrinaaufführung liest man in einem Musikblatte: „das Publikum begann sich zu amüsieren, als Sommer den lebensfrohen und diätensüchtigen Bischof von Budoja derb zu karikieren unternahm und Lieben den uralten Patriarchen mit einem kastratenhaften Falsett ausstattete, das zum Lachen zwingen mußte. Solche Freiheiten hatte man sich in München der Klerikalen wegen nicht nehmen dürfen . . . freilich wurde dadurch die Kluft noch viel bemerkbarer, die zwischen den Akten gähnt." — „Fennimore und Gerda", eine Oper von F. Delius, einem Komponisten deutsch-englischer Abstammung, hatte in Frankfurt a. M. einen guten Achtungserfolg. Die undramatischen Bilder entbehren der Spannung. Nach den seelischen und moralischen Wunden der sündhaften Liebe zu Fennimore, das stille Ausruhen bei dem schlichten in seiner Demut rührendem Gefühl der Gerda. So geistreich und fein illustrierend dies alles mit den in der Schule Wagners und den modernen erlernten Mitteln, nach Berichten, auch geformt ist, so verlangt eine Oper doch stärkere Wirkungen, als zart kolorierte Idyllen. — „Das bist du", ein expressionistisches Spiel von F. Wolf, fand in Dresden den lebhaften Beifall der literarischen Parteigänger. Der Dichter hat allerlei alte Weltweisheit in sich aufgenommen, indische, platonische bis Schopenhauer und Fechner, aber er vermag nur zu stammeln und zu lallen. Welten und Planeten wirbeln umher, ungeborene Urwesen geistern durchs All und dies alles wegen des alten Konfliktes einer zwischen einen jungen und einen alten Mann gestellten Frau. — d'Alberts neue Oper „Revolutionshochzeit" hatte in Leipzig einen großen Erfolg. Die sehr geschickt gearbeitete Musik ist auf starke Wirkungen von der Art Puccinis berechnet. — Die auf Strindbergs Märchenspiel fußende Oper „Kronbraut" des jungen schwedischen Komponisten T. Rangström fesselte in Stuttgart weniger durch Temperament, als durch künstlerische Feinheit. Eindrucksvoll erwies sich auch der starke christliche Einschlag. — „Verbotene Liebe" und „Maienzauber", zwei komische Opern von E. Jitel hatten in Gera sehr freundlichen Erfolg. Die gut sangbare, ohne Szene wenig sagende Musik erwärmt als Untermalung der Darstellung. — Wedekinds „Schloß Wetterstein" hatte in Hamburg einen Mißerfolg.

München. L. G. Oberlaender.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Gesteigerte Arbeitsleistungen innerhalb Deutschlands Industrie — Beginnender Geldbedarf unserer Wirtschaftskreise — Keine Verschleuderung des deutschen Volksvermögens!

Unverkennbar mehrt sich die wachsende Arbeitsfreudigkeit innerhalb unserer Grossindustrie. Rückgang in der Arbeitslosenziffer, Verminderung der Willkürstreiks, Häufung in der Befürwortung zur Wiedereinführung der Akkordarbeit sind Belege der, wenn auch nur allmählichen Besserung der deutschen Arbeitsverhältnisse. Namentlich die Wiederkehr zur Akkordarbeit rechtfertigt in den verschiedensten Industriezweigen eine lohnendere Arbeitsausnützung und Förderung des Exports. In erster Linie spiegelt sich diese Tendenz in der Steigerung der Kohlenförderung, welche, nachdem anscheinend vorübergehend auch die Einführung der Sonntagsarbeit auf den Kohlengruben erfolgt, das Schlimmste der tristen Kohlenkrise überwinden lässt. In den Generalversammlungen der leitenden Schwerindustrie kam auch, dadurch hervorgerufen, eine zuversichtlichere Sprache zur Geltung. Hagener-Bergbau, Haspener-Eisen, Phönix, Bochumer und andere Gesellschaften mehr berichten von gebesserten Arbeitsleistungen in letzter Zeit. Vielfach macht sich gleichheitlich die Aeusserung geltend, dass, „wenn Ruhe und Ordnung erhalten bleiben, die allmähliche Rückkehr der früheren Arbeitsleistung und Arbeitstüchtigkeit unserer deutschen Grossindustrie wiederkehrt und der deutsche Bergbau, wie früher, wiederum das Rückgrat der Erstarkung der deutschen Industrie bildet". Auch die bayerischen Bergarbeiter erklärten sich zur Leistung von Ueberstunden zwecks Mehrförderung von Kohle bereit. Beträchtliche Bestellungen auf Güterwagen von deutschen Eisenbahnverwaltungen werden bekannt. Es ist kein Zufall, wenn gleichzeitig in ununterbrochener Folge von Gesellschaften fast aller Sparten zur Beschaffung von Rohstoffen, Ausdehnung der regulären Betriebe, Aufnahme von neuen Fabrikationszweigen, Finanztransaktionen der grössten Art verlautbaren. Kapitalerhöhungen, sei es durch Neuausgabe von Aktien oder Schuldverschreibungen, häufen sich. Bei den Grossbanken mehren sich die Gesuche um Gewährung von Warenkrediten, oft in bedeutender Höhe. Unvermeidlich ist dadurch das langsame, aber sichere Anziehen des Geldstandes. Es wäre nicht das schlechteste Zeichen unserer Wirtschaftsbeobachtung, wenn an Stelle der jetzigen untätigen Geldflüssigkeit, Knappheit an Barmitteln und regeste Nachfrage nach Kreditgewährung eintreten würde! — Die Sicherung der ständigen Wiederkehr der Frankfurter Einfuhrmesse, die Lebhaftigkeit der Kölner, Mannheimer und anderer Warenbörsen, die gebesserten Aussichten für die deutsche Petroleumversorgung, das Sinken der Preise für einzelne ausländische Kolonialwaren und Produkte durch stärkeres Angebot, dies alles bekundet nicht zuletzt Ansätze, wenn auch nicht durchgreifender Art, so doch einer langsam aufsteigenden Wirtschaftskurve. Den gewaltigen Finanztransaktionen im Anilinkonzern folgten nunmehr ebenfalls Kapitalsverdoppelungen bei den deutschen Pulverfabriken, Zusammenschlussbestrebungen in der Motorfahrzeug-Industrie.

Grund zu Optimismus oder Annahme einer durchgreifenden Wirtschaftswendung ist jedoch, und das sei ausdrücklich betont, **keineswegs** vorhanden. Die Kohlennot, die aus dieser Katastrophe herrührenden Einschränkungen der Verkehrsverhältnisse im ganzen Lande, die Beleuchtungsschwierigkeiten in den Grossstädten stellen zu grosse Hemmnisse dar, vermehrt durch die automatischen Folgen der Wirtschaftsbeklemmung, welche hervorgerufen sind durch die Unsicherheit der Innenpolitik, die Wirkungen der steuertechnischen Massnahmen und immer wieder die ungeheuerliche allgemeine Verteuerung des gesamten Lebensunterhaltes. Auch die unverminderte Schwierigkeit in der Rohstoffbeschaffung, verschärft durch Preissteigerungen hier und dort, hält an und lässt irgendwelche vielsagende Konjunkturwendung vermissen. Ob die immer wieder auftauchenden Gerüchte über eine internationale Valuta-Anleihe in Deutschland und im benachbarten Oesterreich verwirklicht werden, bleibt unklar, schon mit Rücksicht auf die Unmöglichkeit, in der Hebung der deutschen Valutawährung durchgreifende Besserungsmöglichkeiten zu finden, trotzdem gerade dieses Problem in der Presse, in der Oeffentlichkeit und bei allen Beteiligten unaufhörlich in dem Mittelpunkt der Erörterung steht. Das fieberhafte Treiben an den deutschen Effektenbörsen hält an, wenn auch hie und da ein Tendenzumschwung mehr denn je zur Vorsicht mahnt. Ein sachlicher Grund der beispiellosen Kursbesserungen auf vielen Aktiengebieten ist vor allem die unvermindert starke Interessenahme des Auslandes, vornehmlich der westlichen Ententestaaten an unserer Industrie. Schiffahrtswerte sind aus diesem Grunde neuerlich beliebt. In der Liquidation des industriellen Auslandsbesitzes deutscher Unternehmungen wurden bedeutende Transaktionen vollzogen, namentlich zugunsten der luxemburgisch-belgisch-französischen Eisengruppe. Mit Recht beantragt die Handelskammer Nürnberg bei dem deutschen Industrie- und Handelstag die unverzügliche Vornahme von Massnahmen der verschiedensten Art gegen die Verschleuderung des deutschen Volksvermögens an das Ausland. Auch die Preise der Exportartikel sollten im Minimum unter voller Berücksichtigung des Kursstandes unserer Valuta zur Berechnung gelangen, ein Punkt, der ja ohnehin schon von den meisten Exportinteressenten in eigenstem Vorteile zur Durchführung kommt. Der dieser Tage in London stattfindenden politischen und wirtschaftlichen Aussprache zwischen Ententevertretern und den leitenden Wirtschaftsführern Deutschlands und Oesterreichs — u. a. die Professoren Bonn, Brentano, ferner Finanziers: von Gwinner, Warburg — bringt man auch aus diesem Grunde volles Verständnis entgegen. Auch die Ausführungen des früheren Staatssekretärs August Müller über die deutsche Industriepolitik, namentlich hinsichtlich Orientierung im osteuropäischen Sinne verdienen Hand in Hand damit Erwähnung, ferner mit Rücksicht auf die bemerkenswerten Ausführungen hinsichtlich der Preiskalkulationen bei der Rohstoffeinfuhr und mehr noch bei der Abgabe von deutscher Exportqualitätsware.

München. M. Weber.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919

1. Die Anleihe beträgt Fünf Milliarden Mark in Fünf Millionen Anleihescheinen zu Eintausend Mark, rückzahlbar innerhalb 80 Jahren nach untenstehendem Tilgungsplane. Sie ist eingeteilt in fünf Reihen (A, B, C, D, E). Jede Reihe enthält 2500 Gruppen (1 bis 2500), jede Gruppe 400 Nummern (1 bis 400).

2. Halbjährlich findet eine Gewinnverlosung nach untenstehendem Gewinnplane statt.

3. Vom 1. Januar 1940 an steht dem Inhaber das Recht zu, unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von einem Jahre die Rückzahlung zum Nennwert zuzüglich des Zuschlags von 50 Mark für jedes verflossene Kalenderjahr unter Abzug von 10 v. H. des Gesamtbetrags zu verlangen.

4. Sollte vor dem 1. Januar 1930 eine neue gleichartige Spar-Prämienanleihe zur Ausgabe gelangen, so haben die Inhaber der Stücke dieser Anleihe das Zeichnungsvorrecht.

5. Die Inhaber der Stücke genießen die untenstehenden Steuerbegünstigungen.

Gewinnplan:

5	Gewinne	zu	1 000 000	Mark	=	5 000 000	Mark
5	„	„	500 000	„	=	2 500 000	„
5	„	„	300 000	„	=	1 500 000	„
5	„	„	200 000	„	=	1 000 000	„
10	„	„	150 000	„	=	1 500 000	„
20	„	„	100 000	„	=	2 000 000	„
50	„	„	50 000	„	=	2 500 000	„
100	„	„	25 000	„	=	2 500 000	„
200	„	„	10 000	„	=	2 000 000	„
300	„	„	5 000	„	=	1 500 000	„
400	„	„	3 000	„	=	1 200 000	„
400	„	„	2 000	„	=	800 000	„
1 000	„	„	1 000	„	=	1 000 000	„

Im ganzen jedes Halbjahr
2500 Gewinne über zusammen **25 000 000 Mark.**

Gewinnverlosungen finden am **2. Januar** und **1. Juli** jedes Jahres, erstmals im März 1920, statt. Bei jeder Verlosung werden **2500 Gewinne** im Gesamtbetrage von **Fünfundzwanzig Millionen Mark** gezogen. Die gezogenen Gruppen und Nummern gelten für sämtliche fünf Reihen. Sie werden im „Deutschen Reichsanzeiger“ bekanntgemacht. Ein mit einem Gewinn gezogenes Stück nimmt auch ferner an den Gewinnziehungen bis zu seiner Tilgung teil. Ein und dasselbe Stück kann jedoch in jeder Ziehung nur einmal gewinnen. Die Gewinne werden von dem auf die Verlosung folgenden 1. März oder 1. September an, die der ersten Verlosung vom 1. April 1920 an unter Abzug von 10 v. Hundert ausgezahlt.

Tilgungsplan:

In den Jahren	Tilgung: jährliche Stückzahl	Tilgung: jährlicher Gesamtbetrag Mark	Bonus: jährliche Stückzahl	Bonus: im einzelnen Mark	Bonus: jährlicher Gesamtbetrag Mark
1920—1929	50 000	50 000 000	25 000	1 000	25 000 000
1930—1939	75 000	75 000 000	37 500	1 000	37 500 000
1940—1949	100 000	100 000 000	50 000	1 000	50 000 000
1950—1959	75 000	75 000 000	37 500	2 000	75 000 000
1960—1999	50 000	50 000 000	25 000	4 000	100 000 000

Die Tilgungsauslosungen finden am 1. Juli jedes Jahres, erstmals am 1. Juli 1920, im Anschluß an die Gewinnverlosung statt. Zur Feststellung der zu tilgenden Stücke (50 000, 75 000 oder 100 000) werden jedesmal 4, 6 oder 8 Nummern gezogen. Die gezogenen Nummern gelten für alle Gruppen und Reihen. Sie werden im „Deutschen Reichsanzeiger“ bekanntgemacht. Jedes gezogene Stück wird zum Nennwert zurückgezahlt mit einem Zuschlag von 50 Mark für jedes bis zur Fälligkeit verflossene Jahr; die Stücke jeder zweiten gezogenen Nummer erhalten außerdem den im Tilgungsplan angegebenen Bonus. Die Tilgungssummen mit Zuschlag und Bonus werden von dem auf die Auslosung folgenden 29. Dezember an gegen Aushändigung des Stückes ausgezahlt.

Steuerbegünstigungen:

a) Befreiung eines Besitzes bis zu 25 Stück von der Nachlaßsteuer und bezüglich derselben Stücke von der Erbanfallsteuer. Keine Nachlaß- oder Erbanfallsteuer für die auf den Namen Dritter bei der Reichsbank oder anderen vom Reichsminister der Finanzen noch zu benennenden Stellen auf fünf Jahre und mehr oder auf Todesfall hinterlegten Stücke (bis 10 Stück für jede einzelne dritte Person).

b) Der Vermögenszuwachs, der sich aus dem Besitze der Anleihestücke gegenüber dem bei der Erwerbung der Stücke anzunehmenden Vermögenswert ergibt, unterliegt nicht der Besitzsteuer (Vermögenszuwachssteuer).
Der Ueberschuß des Veräußerungswertes über den Tilgungswert bleibt frei von der Kapitalertragssteuer.

c) Die dem Besitzer der Stücke auf Grund der vorstehenden Bestimmungen zustehenden Leistungen sowie der aus dem Verkauf der Stücke erzielte Gewinn unterliegen im Gewinnjahre weder der Einkommensteuer noch der Kapitalertragssteuer.

d) Bei jeder Art der Besteuerung werden die Anleihescheine bei einer Stückzahl bis zu 50 Stück höchstens zum Nennwert, vom 20. Jahre ab zum Kündigungswerte bewertet.

Zeichnungsbedingungen:

1. Annahmestellen. Zeichnungsstellen sind die Reichsbank und die im offiziellen Zeichnungsprospekt aufgeführten Geldinstitute. **Die Zeichnungen können aber auch durch Vermittlung jeder Bank, jedes Bankiers, jeder Sparkasse und Kreditgenossenschaft erfolgen.** — Zeichnungen werden

von Montag, den 10., bis Mittwoch, den 26. November 1919 mittags 1 Uhr

entgegengenommen. Früherer Zeichnungsschluß bleibt vorbehalten.

2. Zeichnungspreis. Der Preis für jedes Spar-Prämienstück beträgt 1000 M. Hiervon sind 500 M. in 5% Deutscher Reichsanleihe zum Nennwert berechnet und 500 M. in bar zu begleichen.

Die mit Januar—Juli-Zinsen ausgestatteten Reichsanleihestücke sind mit Zinsscheinen, fällig am 1. Juli 1920, die mit April—Oktober-Zinsen ausgestatteten Stücke mit Zinsscheinen fällig am 1. April 1920, einzureichen. Den Einlieferern von 5% Reichsanleihe mit April—Oktober-Zinsscheinen werden auf ihre alten Anleihen Stückzinsen für 90 Tage = 1,25% vergütet.

3. Sicherheitsbestellung. Bei der Zeichnung hat jeder Zeichner eine Sicherheit von 10% des gezeichneten Betrages mit 100 M. für jedes Prämienstück in bar zu hinterlegen.

4. Zuteilung. Die Zuteilung findet tunlichst bald nach dem Zeichnungsschluß statt. Die Art der Verteilung bestimmt das Reichsfinanzministerium.

Berlin, im November 1919.

5. Bezahlung. Die Zeichner sind verpflichtet, die zugeteilten Beträge bis zum 29. Dezember d. J. zu begleichen. Die Begleichung hat bei derjenigen Stelle zu erfolgen, bei der die Zeichnung angemeldet worden ist.

Sollen 5% Schuldbuchforderungen zur Begleichung verwendet werden, so ist sogleich nach Erhalt der Zuteilung ein Antrag auf Ausreichung von Schuldverschreibungen an die Reichsschuldenverwaltung, Berlin SW 68, Oranienstraße 92–94, zu richten. Der Antrag muß einen auf die Begleichung der Spar-Prämienstücke hinweisenden Vermerk enthalten und spätestens am 20. Dezember d. J. bei der Reichsschuldenverwaltung eingehen. Vordrucke zu solchen Anträgen mit Formvorschriften sind bei allen Zeichnungs- und Vermittlungsstellen zu haben. Daraufhin werden Schuldverschreibungen, die nur zur Begleichung von Spar-Prämienstücken geeignet sind, ohne Zinsbogen ausgereicht. Die Ausreichung erfolgt gebührenfrei und portofrei als Reichsdienstsache. Diese Schuldverschreibungen sind spätestens bis zum 20. März 1920 den in Absatz 1 genannten Zeichnungs- oder Vermittlungsstellen einzureichen.

6. Ausgabe der Stücke. Die Ausgabe der Prämienstücke erfolgt im Februar 1920; Schuldbuchgläubiger erhalten erforderlichenfalls bis zur ersten Gewinnverlosung im März n. J. durch ihre Vermittlungsstellen Nummernaufgabe. Zwischenscheine sind nicht vorgesehen.

7. Umtausch der Kriegsanleihen. Die Reichsbank wird, soweit möglich, unentgeltlich Stücke von höherem Nennwert als 500 Mk. in kleine Stücke tauschen.

Reichsfinanzministerium
Anleihe-Abteilung.

Für die Redaktion verantwortlich: i. V. Dr. Jos. Kausen, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gb.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich M 4.50.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis:
Die 6 X gespaltene Millimeterzeile 50 Pfg., Anzeigen auf Textseite d. 95 mm breite Millimeterzeile 250 Pfg.
Beilagen einschl. Postgebühren M 25 d. Tausend.
Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.
Rabatt nach Tarif.
Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig.
Erfüllungsort ist München.
Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt.
Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer.

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 46. München, 15. November 1919. XVI. Jahrgang.

Mensch und Staat.

Von Otto Kunze, Berlin.

Unsere Zeit sieht den Kampf zwischen Demokratie und Diktatur. Beide ringen um die ausschließliche Geltung im Staat, nachdem sie ein Drittes besiegt und für unbestimmte Zeit zurückgedrängt haben: die Autorität. Vom „Obrigkeitsstaat" spricht man wie von einem Toten, nur ohne die Achtung vor einem Toten. Für die Verfechter der Demokratie ist der Staat eine freie Uebereinkunft von Menschen, die sich vernünftig selbst bestimmen, kurz ein Vertrag; für die der Diktatur ist er reine Gewalt, Macht des zufällig Stärksten. Dieser Stärkste kann ein Einzelmensch sein, aber auch ein Geburts- oder Berufsstand, wie einstmals der Adel oder wie heute die Arbeiterklasse, das „Proletariat" mit seiner „Diktatur der Räte". Diktatur ist etwas ganz anderes als Autorität, die ein sittlich begründetes Verhältnis von Befehl und Gehorsam darstellt und im „Gottesgnadentum" ihren metaphysischen Untergrund hat.

Wer hat nun recht? Was ist der Staat: Vertrag, Gewalt oder Obrigkeit? Die meisten Politiker sagen vom Staat nur einen dieser drei Begriffe aus. Wilson schwört auf die Demokratie, Lenin auf die Diktatur. Beide befriedigen uns nicht, gerade uns Deutsche nicht. Und der Obrigkeitsstaat hat auch weite deutsche Volkskreise nicht befriedigt, Wilhelm II., sein letzter typischer Vertreter, mußte weichen.

Alle, die den Staat nur auf *eine* Wurzel zurückführen, philosophisch, nicht geschichtlich, die tun dem Menschen Gewalt an. Denn der Mensch ist nicht einfach, sondern dreifaltig, und paßt also nicht in einen einfaltigen Staat. Schon gar nicht, wenn der Staat, freilich mit zweifelhaftem Recht, den Menschen ganz für sich haben will. Der Mensch ist dreifaltig, er lebt hier auf Erden in drei Reichen. Er ist freier Geist, lebendiger Leib und Wesen einer bestimmten Gattung. Als Geist wie als Leib ist er ein Ganzes und hat seinen Zweck in sich selbst, als Gattungswesen ist er ein Teil eines Ganzen, des menschlichen Geschlechts, und hat seinen Zweck außer sich, in dessen Erhaltung. Der wahre Staat muß auf die Dreifaltigkeit des Menschen Rücksicht nehmen; noch mehr: wenn der Mensch mit seiner ganzen Person sich auf den Boden des Staates stellen, ihm mit all seinen Kräften dienen soll, so muß der Staat sich selber dreifaltig bilden. Das geistige, das leibliche und das Gattungsleben des Menschen muß im Staate wirken und seine Form bestimmen; nur dann ist er die geordnete Lebensgemeinschaft der Menschen, ein Gesamt- oder Großmensch sozusagen. Wir reden hier nicht der Staatsallmacht das Wort: Der Selbstzweck des Menschen bleibt unangetastet, auch wenn er dem Gemeinwesen mit allen seinen Kräften dient. Denn das heißt nicht, daß er mit ihnen dem Staat ausschließlich oder als höchstem Zweck dienen solle. Nein, umgekehrt: der Staat soll alle Seiten des Menschen ausdrücken, sie zur Geltung kommen lassen. Als Gesamtmensch befaßt sich der Staat ganz richtig mit Dingen, die eine moderne Denkweise dem Einzelnen vorbehalten möchte, z. B. mit der Gottesverehrung.

Jeder Staat, dem eine oder gar zwei Seiten fehlen, ist unvollkommen. Er kann seine Bürger nicht fesseln, sie gründen selbst Staaten im Staat zur Befriedigung geistiger oder leiblicher Bedürfnisse: Freimaurerorden, Gewerkschaften n. dgl., und wenn der Staat sie daran hindert, so zerschlagen sie ihn am Ende.

In den drei Stichworten: Demokratie, Diktatur, Autorität, kommen die drei Grundkräfte des Staates zum Ausdruck. Einer jeden muß ihr Recht werden, sonst hört ihr Kampf nicht auf. Denn sie entsprechen genau den drei Seiten des Menschen, der sich nicht ändert und der immer mit seinesgleichen in staatlicher Gemeinschaft leben wird.

Was wir *Demokratie* nennen, vertritt die geistige Seite des Menschen im Staat. Der Mensch ist vernünftig und entscheidet sich frei für das, was er als gut und nützlich erkennt. Als geistiges Wesen ist er Person, Träger von Rechten. Sein erstes Recht ist, zu sein, was er ist, also zunächst vernünftig-frei. Man nennt es heute Selbstbestimmung. Sie ist unantastbar. Denn der freie Geist ist unsterblich und ragt damit weit übers Diesseits hinaus. Mit seinem Geiste und dessen Freiheit darf sich deshalb der Mensch keinem irdischen Ding ganz opfern, keinem Staat und keinem Staat im Staat. Ebensowenig darf der Staat dem geistigen Menschen Gewalt antun, ihn zwingen. Wie bringt er ihn aber sonst in seinen Kreis hinein? Einseitig demokratische Auffassung weiß sich hier schwer zu helfen. Sie sieht eigentlich nur den Einzelmenschen und seine Rechte, die sie kurz und treffend „*Freiheit*" nennt. Der Staat ist ihr kein Ding mit eigenem Daseinsrecht, sondern hat bloß soviel davon, als ihm die Menschen geben wollen. Er ist ein *Vertrag*, mit dem sie zu eigenem Besten den Krieg aller gegen alle beendigt haben. Diese Ansicht vom Ursprung des Staates, die man im 18. Jahrhundert hegte, hat sich freilich als falsch erwiesen. Der Mensch lebte nie als einsamer Wilder, sondern immer in Verbänden, und zwar lange, ehe er einsah, daß dies für ihn das Nützlichste sei. Aber ist es denn immer das Nützlichste? Für den Schwachen gewiß, jedoch durchaus nicht für den Starken, der die andern für sich ausnützen kann; auch nicht für den Starken im Geist, der sich über sie erhebt als Dichter, Denker oder Heiliger. Hier kommt die Demokratie nicht mehr mit. Da stellt sie den Menschen sittliche Fallen. Die eine heißt *Gleichheit*, die andere *Brüderlichkeit*. Wir kennen ja den Wahlspruch der französischen Revolution, jener Mutter der modernen Demokratie. Der Mensch ist vor allem freier Geist, und darin sind alle Menschen gleich. Ihre Ungleichheiten sind äußerlich und berühren nicht das menschliche Wesen. Gleiche Menschen, gleiche Rechte, gleiche Pflichten. Eine heilige Pflicht ist die Liebe zum Nächsten, also aller zu allen. So sind alle Menschen Brüder.

Gewiß lassen sich diese hohen Dinge oft genug als Antriebe zu staatsbürgerlichem Handeln gebrauchen, doch sie führen immer gleich über den Staat hinaus. Die Freiheit in die Höhe, zum höchsten Glück der Persönlichkeit, die Gleichheit und Brüderlichkeit in die Weite, zum Weltbürgertum. Das sind in Wahrheit die Ideale der Demokratie: der Staat ist für sie überhaupt kein Ideal. Am deutlichsten wird das in der Verknüpfung des Staates mit dem Recht und Willen der *Mehrheit*. Dieser Gedanke, heute das heilige Banner der Demokratie, zu dem sie ihre Gläubigen immer und immer wieder aufschauen lehrt, ist tatsächlich ein ganz elendes Behelfsmittel gegen ihre eigenen Grundsätze. Mehrheit braucht noch nicht der Unsinn zu sein, aber stets bleibt der Verstand der Vielen hinter dem hohen Flug Einzelner zurück. Und die Minderheit muß sich der Mehrheit fügen, wird im Notfall dazu gezwungen. Also Einschränkung des Geistes, Vergewaltigung der Freiheit, lauter Frevel gegen das Heiligste im Menschen. Es ist eine merkwürdige Selbsttäuschung der Demokraten, daß sie den Zwang des erhöhten Einzelnen, und wäre es der platonische Philosoph als König, verwerfen und dafür den viel ungeistigeren Zwang der Mehrheit aufrichten. — Die Sache ist nur mit praktischen Gründen zu verteidigen. Die sind sehr achtbar, aber ein Ideal oder ein Selbstzweck ist

der Staat nicht, wenn er allein aus dem Willen der Mehrheit entspringt.

Mit vollem Recht stellte die ältere Demokratie ausdrücklich den Menschen und die Menschheit über den Staat. Die heutige verbürgt das gern, aber das ist nur Angst vor dem stärkeren Volksbewußtsein späterer Geschlechter, dem eine ganz andere Staatslehre entspricht. Wir lehnen die Einseitigkeit der Demokratie ab auf Grund der Dreifaltigkeit des Menschen. Der Staat darf nicht einzig auf dessen geistiges Selbst zugeschnitten werden, denn es liefert, wie wir sahen, gar nicht die Formen für den Staat. Ebensowenig darf er es von sich ausschließen, unterdrücken. Denn er soll eine Gemeinschaft von ganzen Menschen sein, von freien Wesen, nicht von Ameisen oder Bienen. Das wird erreicht, wenn der Staat sein Dasein, seine Form und sein Handeln vom freien, vernünftigen Willen seiner Bürger bestimmen läßt. Aber er ist darum doch mehr als ein Vertrag, denn jene Zustimmung zum Staat ist dem Menschen natürlich und eine sittliche Nötigung der Vernunft, worüber bei „Autorität" das Nähere zu sagen ist. Der Wille der Bürger spricht sich aus in der Volksabstimmung. An ihre Stelle tritt, besonders zu dem Zweck, dauernden Einfluß auf das Staatsleben auszuüben, meist die Volksvertretung. Sie ist auch ein Hauptkennzeichen der Demokratie. Leicht ergibt sich hieraus, daß das Wahlrecht allgemein und gleich sein muß. Nur so entspricht es der Freiheit und Gleichheit. Ob es außerdem unmittelbar und geheim sein müsse, ist dagegen eine rein praktische Frage. Am vollkommensten ist das Verhältniswahlrecht, es schützt Minderheiten soweit wie möglich gegen die Tyrannei der Mehrheit und nähert den Staat dem wahren demokratischen Ideal, daß in Gesetzgebung und Verwaltung der Wille jedes einzelnen Bürgers mitbestimmen soll.

Berechtigte und einseitige Demokratie unterscheiden sich darin, daß die erstere dem freien, vernünftigen Menschen im Staat das Seine gibt, die letztere alles, den Staat selbst mit seinem Dasein und Wirken. Aber es gibt doch noch andere Kräfte, die den Staat erhalten und gestalten, genau wie Vernunft und freier Wille nicht den ganzen Menschen bilden. Das Gegenteil von Demokratie ist *Diktatur*. Mit ihr sucht sich der körperliche, sinnliche Mensch im Staat durchzusetzen. In seinen Wünschen und Gelüsten ist er unersättlich, möchte alles für sich allein, Reichtum, Macht und Genuß. Seine Mittel sind Zwang und Gewalt, der Stärkere verdrängt also immer den Schwächeren. Während die Demokratie möglichst Viele durch ihre freie Zustimmung im Staat vereinen und an ihm teilnehmen lassen will, liegt es im Wesen der Diktatur, immer mehr Menschen von seinen Rechten und Gütern auszuschließen, bis zuletzt einer übrig bleibt, der Stärkste, dem alles dienen muß. Solche Gewaltherrschaft *eines* Mannes hat freilich nie lange bestanden und ihre Beispiele sind darum für die Geschichte belangreicher als für die Staatswissenschaft. Desto wichtiger ist für sie die Diktatur einer Gruppe von Menschen, die durch gleiche sinnliche Bedürfnisse vereinigt und durch günstige Umstände mächtig sich zu Herren eines Staates oft auf Jahrhunderte machten. Das war früher der landsässige Adel, in See- und Handelsstaaten wie Venedig und den deutschen Hansastädten die Kaufmannschaft. In den Städten strebte auch zuerst ein neuer Stand nach der Herrschaft oder wenigstens Mitregierung: die Handwerker mit ihren Zünften, kurz, das Bürgertum. Das war bereits eine so breite Schicht, daß sie von weitem fast aussah wie das ganze Volk. Das Standesbewußtsein mußte in ihr schwächer werden, dagegen dachte der Einzelne mehr und mehr an sich, an seinen Vorteil selbst gegen die eignen Mitbürger. Freiheit ward sein Traum, gewerbliche, persönliche, geistige Freiheit. Und so wurde der demokratische Gedanke geboren und zuerst in den großen Verhältnissen von England, Nordamerika und Frankreich durchgeführt. Am schwächsten in England, wo die älteren Stände, Adel und Patrizier, am mächtigsten und am klügsten waren, am ehrlichsten in Nordamerika, wo sie ganz fehlten, und am heftigsten in Frankreich, wo das Bürgertum sich noch schwer bedrückt fühlte. Der ständische Gedanke, das Gewicht der sinnlichen Interessen blieb gleichwohl so mächtig, daß sich die Demokratie allmählich wieder in eine Diktatur verwandelte, die des Bürgertums und dann nach dem Gesetz der Verengerung, das jeder Diktatur innewohnt, nur seines stärkeren Teils. So entwickelte sich die Herrschaft der Großunternehmer, des Geldadels, alles jedoch unter bürgerlicher und demokratischer Außenseite.

Seit kurzem ist eine neue Diktatur auf den Plan getreten, die Diktatur des Proletariats. In Rußland und bald darauf in Deutschland wurde der dritte Stand besiegt vom vierten Stand, der dort im Bolschewismus, hier in der Sozialdemokratie eine neue Gesellschaftsordnung zu verwirklichen strebt. Der Bolschewismus ist eine reine Standesbewegung der „Proletarier", der Ausgebeuteten, Armen, Hungernden, die zunächst nur leibliche Nöte und irdische Güter kennen. Was ist ihnen Geist, Freiheit und Demokratie? Beherrscht werden oder selber herrschen, etwas anderes gab es ja in Rußland nicht. Also Diktatur des Proletariats. In den *Räten* der Arbeiter, Bauern und Soldaten wurde sie, klassisch in ihrer Art, verwirklicht.

Die deutsche Sozialdemokratie beider Richtungen hat die Räte zuerst als Werkzeuge zur Durchführung der Revolution übernommen. Als eine ständige Einrichtung wünschten sie sie eigentlich nicht, und von dauernder Diktatur des Proletariats wollten ihre Führer bis weit nach links, z. B. Kautsky, nichts wissen. Denn die Sozialdemokratie hat von der Demokratie die Lehre von der Freiheit und Gleichheit aller Menschen geerbt. Und sie leitet daraus ab, daß Allen gleicher Anteil an den Gütern dieser Welt gebührt. Nur hat sie diese Dogmen in ein Lehrgebäude hineingesetzt, das auf einer rein materialistischen Weltanschauung errichtet ist und allem menschlichen Tun und Leiden nur materielle Ursachen unterlegt. Sie will zugleich die Erlösungslehre für alle und der Befreiungskampf einer Klasse sein, Demokratie und Diktatur in sich vereinen. Die Formel hierfür war noch nicht gefunden, als die Revolution ausbrach und in den Räten der diktatorische Gedanke einstweilen allein zur Geltung kam. Der demokratische wurde bald laut im Schrei nach der Nationalversammlung. Sie trat zusammen, aber neben ihr blieben die Räte bestehen und wollten nicht weichen. Der Ausgleich kann sich nur so vollziehen, daß man beide Mächte als berechtigte Vertretungen menschlicher Bedürfnisse anerkennt. Das Parlament soll die Freiheit schützen und den politischen Willen der Bürger verkünden, wie es die Demokratie verlangt, die Räte sollen die leiblichen, wirtschaftlichen Interessen der Volksgenossen hegen, fördern und ausgleichen. Ein Reichswirtschaftsrat oder, wie es bedeutende Sozialdemokraten, Cohen, Kaliski u. a. nennen, die Kammer der Arbeit, tritt dann neben den Reichstag, und ganz folgerecht mit gesetzgebender Gewalt. In dieser Schöpfung kann das deutsche Volk Diktatur und Demokratie versöhnen, wenn nicht nur *ein* Stand, die Arbeiter, sondern alle Stände, Berufsgruppen oder Wirtschaftseinheiten die Kammer der Arbeit beschicken. So wird die Diktatur zerteilt, die Uebergewalt durch die verschiedenen Gewalten ersetzt und jedem der Einfluß, der ihm gebührt. Was schadet es, wenn hiermit die uralte Ständeverfassung neu belebt wird? Es wäre nicht das einzige, wenn wir jetzt wieder ans Mittelalter anknüpfen. Nie darf allerdings die Ständeversammlung das Parlament verdrängen wollen. Das hieße ein Abweg zur einseitigen Auffassung von Staat und Mensch, nicht besser als die einseitige Demokratie. Die wäre im Gegenteil solchem politischen Materialismus noch weit vorzuziehen.

Demokratie — Diktatur, wo bleibt heute die *Autorität*? Man vergißt die Pflicht, sich zu fügen, die doch eine Grundbedingung des staatlichen Lebens ist. Uns der Mehrheit zu fügen oder der Macht, kann nie unsere sittliche Pflicht sein, denn das ist nur Zwang. Höher steht die demokratische Ansicht, die sich aus der Lehre vom Staat als Vertrag ableiten läßt. Einordnung in den Staat ist dann Treue gegen den Vertrag. Streng genommen, müßte freilich jeder Mensch erst gefragt werden, ob er sich dem Staatsvertrag anschließen will. Daß seine eigne Wohlfahrt dies unbedingt gebiete, haben wir schon oben bei „Demokratie" verneint.

Soll der Staat mehr sein als eine Gründung der Willkür oder der Zweckmäßigkeit, soll er ein eigenes Recht auf Dasein haben, ohne doch das Recht der Menschen, die in ihm wohnen, zu schmälern, so muß im Menschen selbst ein Grund vorhanden sein, den Staat zu wollen. In unseren geistigen oder leiblichen Bedürfnissen liegt er nicht. Aber der Mensch ist ja dreifaltig, soll sich nicht nur als Geist und Sinnenwesen behaupten und erhalten, sondern zugleich in seiner Gattung. Hier will er einen irdischen Zweck, der außer ihm liegt, d. h. hier dient und gibt der Mensch, während er für seinen Geist oder Leib nimmt und fordert. Der Zweck, dem er dient, muß sichtbar sein. Das wird er im Staat. Und das Verhältnis zwischen Mensch und Staat nach dieser dritten Seite des Menschen begreifen wir unter dem Stichwort „Autorität". Es deutet an, daß hier der Staat verlangt und befiehlt, während das bei Demokratie oder Diktatur der Einzelmensch tut.

Daß der Staat als Großmensch und Vertreter der Gattungsrechte befehlen und fordern kann und jeder sittlich verpflichtet

ist, sich ihm zu fügen, wird noch besser begreiflich, wenn wir den Staat geschichtlich aus der Familie ableiten. Wissenschaft und Offenbarung geben uns das Recht dazu. Die Familie war nach dem Willen des Schöpfers der erste Schutz der menschlichen Gattung, der Bezirk, in dem der Mensch seinem Geschlecht zu dienen hatte, wo es gleich eine Fülle natürlicher Rechtsbeziehungen zwischen den einzelnen Gliedern gab. Sie erweiterte sich zur Sippe und zum Stamm. Die rechtliche Form des Stammes ist bereits der Staat, oft schon sehr fein gegliedert in Familien, Altersklassen usw., und mannigfaltige Gewohnheiten binden nicht weniger streng als geschriebene Gesetze. Im alten Griechenland hat sich der Stammesstaat bis in die Zeiten höchster Kultur erhalten. Doch ist später meist eine höhere Einheit Träger des Staates, nämlich das Volk. Man kann noch weiter zusammenfassen in Völkerstaat, z. B. „Vereinigte Staaten des festländischen Europa" und Weltvölkerbund. Derartige Gebilde sind jedoch erst unterwegs. Sie können auch die kleineren Einheiten nie ohne Schaden und Mißbrauch der Natur aufheben, so wenig wie der Staat die Familie antasten darf. Jede dieser Einheiten besteht zu Recht und hat dem Menschen gegenüber Autorität. — Es hieße aber den ehrwürdigen Begriff Autorität arg herabsetzen, wenn man ihren Zweck einzig darin erblickte, die Gattung oder Art, d. h. Menschheit, Volk oder Familie zu erhalten und zu fördern. Denn das sind alles vergängliche Größen, während der Mensch eine ewige Bestimmung hat. Die Unterwerfung seines Willens unter Autoritäten in dem Umfang, wie sie das natürliche Sittengesetz, das vierte Gebot und der christliche Grundsatz: „Seid untertan der Obrigkeit" fordern, darf ihn in seiner Bestimmung nicht beschränken. Darum erblickt die christliche Staats- und Gesellschaftslehre das Wesen und die Würde jeder Autorität oder Obrigkeit darin, daß sie eine natürliche Vermittlerin der Sittlichkeit an den Menschen ist. Sie ist Gottes Dienerin zur Bestrafung der Bösen und zum Lob derer, die Gutes tun. (Röm. 13, 1—7. 1. Petr. 2, 13—17.) Sie verwirklicht also die Gerechtigkeit in der menschlichen Gesellschaft, ein Gedanke, der sich schon im Vorchristentum bei Plato und Aristoteles findet. Hieraus folgt, daß die Obrigkeit in diesem ihrem Amt, das Gute und Gerechte zu schützen und zu fördern, auch nur von der Gerechtigkeit selbst abhängig oder mit anderen Worten nur Gott verantwortlich ist. Kein Mehrheits- oder Machtwille darf ihr dabei in den Arm fallen, wie im Arginusenprozeß zu Athen oder in manchen Fällen der neuesten Zeit, wo ein Generalstreik das Recht beugen sollte. Doch ist der Staat als Autorität auch nicht die Quelle aller Sittlichkeit. Ist schon die Vermittlung der übernatürlichen Tugenden, die durch die Kirche geschieht, ihm entzogen, so gibt es ja im Menschen selbst noch einen Richter über Gute und Böse, das Gewissen. Kann dieses irren, so kann es der Staat nicht minder und der Fall ist oft eingetreten, daß Menschen um des Gewissens willen oder gestützt auf die unfehlbare sittliche Autorität der Kirche der staatlichen Obrigkeit widersprechen mußten. Die hebt sich ja eigentlich selbst auf, wenn sie etwas Ungerechtes durchsetzen will.

Der Staat ist bei all seiner Hoheit auf das Natürliche und Irdische beschränkt. Er kann den Menschen zu dessen übernatürlichem Ziel überhaupt nicht führen, zur Erreichung des natürlichen Ziels ihm nur die Wege ebnen. Denn auch das natürliche Ziel des unsterblichen Menschengeistes liegt jenseits dieser Welt. Darum kann der Mensch niemals aufgehen im Staat, wie es das alte Heidentum der Griechen und Römer und das neue Heidentum der Alldeutschen und Japaner verlangt. Nur über den Leib darf der Staat, freilich immer gebunden an die Grundsätze der Sittlichkeit, bis zum äußersten verfügen. Denn als Sinnenwesen ist der Mensch ohne Zweifel weniger wert als seine ganze Gattung oder Art. Darum muß er nötigenfalls fürs Vaterland sterben, bluten oder sein Gut opfern. Seine Seele aber muß er für Gott und für sich selbst bewahren.

Die staatliche Autorität ist verknüpft mit der vollziehenden Gewalt oder der Regierung. Deren Befugnisse werden nach all dem Gesagten leicht abzugrenzen sein. Im ganzen hat sie den Willen des Staates als solchen zur Geltung zu bringen, wie anderseits die beiden gesetzgebenden Gewalten den Willen der einzelnen Volksgenossen oder Stände. In harmonischem Zusammenwirken aller Drei bezeigt sich der Staat als dreifaltig und wird so der Dreifaltigkeit des Menschen gerecht.

Weltrundschau.

Infolge der Verkehrssperre ist der Bericht von Fritz Nienkemper, Berlin, bis Redaktionsschluß nicht eingetroffen.

Der Jahrestag der Revolution verlief im ganzen Reiche ruhig. Dies ist als ein Sieg der Vernunft und der Selbstbesinnung des größeren Teiles der Arbeiterschaft über die radikale Minderheit zu buchen. Wenn es nach den Plänen der unabhängigen und kommunistischen Streikhetzer gegangen wäre, so würde sich der Berliner Metallarbeiterstreik just im richtigen Augenblick zum Generalstreik ausgewachsen haben. Wir wären um die Wirkungen der zeitweiligen Einstellung des gesamten Personenverkehrs betrogen und befänden uns auf dem besten Wege ins Chaos, wie die in Carow (Mecklenburg) aufgefundenen Putschpläne des Spartakusbundes erkennen lassen. Daß der geplante Generalstreik lediglich einen politischen Hintergrund gehabt hätte, bestätigt der Satz des gemeinsamen Aufrufes der Unabhängigen und Kommunisten: „Die sozialrevolutionären Parteien, die U. S. P. und K. P. D. unterstützen den jetzt politisch gewordenen Kampf". So aber hat der gegen den Streikwahnsinn gerichtete Aufruf der Reichsregierung seine Wirkung nicht verfehlt, sodaß die Berliner Gewerkschaftskommission, in der sogar die Unabhängigen die Mehrheit besitzen, mit 66 gegen 60 Stimmen die Aufforderung der Metallarbeiter zum Generalstreik abgelehnt hat. Die Radikalen wollten nicht den 9., sondern den 7. November als Jahrestag der russischen Revolution „feiern". Durch den Zusammenbruch des Generalstreiks sind die für den 7. November geplanten Demonstrationen ins Wasser gefallen. Auch am 8. November wurde überall, auch in Berlin, gearbeitet, die Berliner Straßenbahnen verkehrten, die Berliner Mittagszeitungen erschienen, nur München, das augenscheinlich auch jetzt seinen „Ehrenplatz" in der Revolution behaupten möchte, erlebte seinen Generalstreik in Form einer von den Betriebsräten im Verein mit den sozialistischen Parteien entgegen den Tarifverträgen ohne Fühlungnahme mit den Arbeitgebern beschlossenen Arbeitsruhe, welche zu einem berechtigten Protest des Arbeitgeberkartells und der christlichen Arbeiter führte. Es feierten aber in München hauptsächlich nur die größeren Fabriken, während in den kleineren Unternehmungen und Geschäften im Interesse der Gesamtheit gearbeitet wurde. Aber, was im alten Obrigkeitsstaat nicht an den allerhöchsten kirchlichen und weltlichen Feiertagen vorkam: die Münchener Straßenbahn hatte laut Beschluß ihres Betriebsrates den Verkehr eingestellt, unbekümmert darum, daß tausende Werktätige die weiten Wege zu Fuß gehen mußten und daß die Stadt einen Verlust von rund 100,000 ℳ erlitt. Gibt es einen schlagenderen Beweis für die politische Unreife so mancher Betriebsräte?

Dank der Alarmbereitschaft und bewährten Umsicht der Einwohnerwehren und der militärischen Stellen und dank der rechtzeitigen Aushebung des revolutionären Parteibüros und des ungesetzlichen Berliner Vollzugsrates durch den Reichswehrminister Noske wurden auch am 9. Nov. allerorts etwaige Demonstrationsabsichten und Unruhestiftungen schon im Keime niedergehalten, sodaß dieser Jahrestag, abgesehen von einem kommunistischen Sturm auf das Rathaus von Neu-Kölln, welches später durch die Landespolizei wieder geräumt wurde, und abgesehen von kommunistischen Denkmalsbesudelungen in Berlin nur durch die Leitartikel der revolutionären Presse, durch die Versammlungen der Revolutionsparteien und durch Besuch der Gräber der Revolutionsopfer gekennzeichnet war.

Wir hatten keinen Anlaß, den Jahrestag der Revolution feierlich oder wenigstens in gehobenem Gedenken zu begehen, denn an jenem Tage wurde unsere militärische Niederlage durch sinnlose Selbstzerfleischung und diabolische Zerrüttung aller positiven Werte in einen katastrophalen Zusammenbruch potenziert und damit die Grundlagen für die Waffenstillstandsbedingungen wesentlich verschlechtert, seit jenem Tage wird offen der Klassenhaß gepredigt und geschürt an Stelle des christlichen Solidarismus, seit jenem Tage ist die Autorität untergraben und das Wucher- und Schiebertum ins Kraut geschossen, seit jenem Tage ist Gott aus dem öffentlichen Leben verschwunden und dem Kulturkampf die Bahn geebnet, seit jenem Tage ist über die geistigen Waffen die rohe Gewalt als ein von den Führern und Hetzern offen propagiertes politisches Kampfmittel gesetzt worden. Sagte doch erst unlängst der Unabhängige Kurt Rosenfeld in der preußischen Landesversammlung, „die Unabhängigen lehnten es ab, ein für allemal zu erklären, daß eine Gewaltanwendung für sie nicht mehr in Frage komme". Mit diesem Kommentar

versteht man auch den Schwur richtig, den Ledebour einer Versammlung der Unabhängigen abnahm, „daß sie der Weltrevolution in Deutschland und überall jetzt zum Siege verhelfen wollten“, wobei die Versammelten die rechte Hand erheben und Ledebours Worte: „Ich gelobe es“, nachsprechen mußten. Also keine Vertrauensseligkeit! Lassen wir uns durch die Wirkungen des Belagerungszustandes nicht einschläfern! Aus Scheidemanns Rede im Schloßpark Steglitz wollen wir uns den Passus merken: „es sei falsch, wenn man heute alles, was vor dem 9. November war, als schlecht bezeichnen wolle. Das vorbildliche Post- und Eisenbahnwesen, die unbestechliche Beamtenschaft, die Arbeitsfreudigkeit und andere Dinge müßten in Zukunft wiederkommen.“ Damit hat Scheidemann implicite die wesentlichsten wirtschaftlichen Passivposten bzw. „Errungenschaften“ der Revolution gekennzeichnet. Wie wenig es den mit vollen Segeln ins Fahrwasser der Kommunisten steuernden Unabhängigen um Verständigung, vielmehr um Verhetzung zu tun ist, zeigt die widerliche Ausschlachtung des unglückseligen Hinscheidens Hugo Haases als einer politischen Mordtat der Reaktion durch Presse und Versammlungsredner der Unabhängigen, während durch Sachverständige die Geisteskrankheit des Täters einwandfrei festgestellt worden ist. Während so das deutsche Volk immer noch mit seinem inneren Feind ringt, geht die

Erdrosselungstaktik der Entente

ihren unerbittlichen, ehernen Gang. Anstatt nun endlich an den Austausch der Ratifikationsurkunden zu schreiten, ergeht sich die Entente in ihrer neuen Note in schikanösen, kleinlichen Aufzählungen angeblich noch nicht erfüllter Waffenstillstandsbedingungen und kündigt erneute militärische und andere Zwangsmaßnahmen an für den Fall, daß die mitgeteilten Fristen nicht eingehalten würden. Damit, daß der Friedensvertrag erst in Kraft treten soll, wenn Deutschland diese neuen im Friedensvertrag nicht vorgesehenen Lasten übernimmt, kennzeichnet sich die Ententenote vom 3. November als ein glatter Erpressungsversuch. Nach sachverständigem Urteil sind die von der Entente für die Versenkung der deutschen Schiffe bei Scapa Flow verlangten Wiedergutmachungen in Form der Hinausgabe weiterer 5 leichter Kreuzer und von 400,000 Tonnen schwimmender Docks, Kräne, Schlepper und Bagger geeignet, den Wiederaufbau der deutschen Schiffahrt und des deutschen Hafenbetriebes und damit das wirtschaftliche Wiederaufleben Deutschlands vollständig zu unterbinden. Auf die Gegenrechnung, welche die Reichsregierung aufzumachen gedenkt, darf man gespannt sein.

Die Lage im Osten ist unklar. Das Heer des Generals Judenitsch soll sich auf dem Rückzuge befinden — eine Meldung spricht sogar von einer Umzingelung durch die Roten Truppen —, und die Menschewiki sollen den Bolschewiki militärische Hilfe gegen die äußeren Feinde zugesagt haben. Auf der anderen Seite spricht eine englische Meldung von einem Friedensangebot Sowjet-Rußlands, dessen nähere Details Oberst Halone aus Rußland mitgebracht haben soll. Jedenfalls sind nach wie vor alle Nachrichten über die innere und äußere Lage Rußlands mit größter Vorsicht aufzunehmen. — Inzwischen wird die Kohlen- und Ernährungskrisis in Oesterreich immer besorgniserregender. Man ist dort einhellig der Meinung, daß die Katastrophe nur mit Hilfe der Entente abgewendet werden könne. Ob die Noten und Bitten um Hilfe gegen die Kälte und das Hungerelend bei der Entente ein williges Ohr finden werden?

Die deutschen Bezirks-Katholikentage

haben inzwischen einen weiteren imposanten Verlauf genommen. Nachzutragen sind der Katholikentag von Bendorf (19. Okt. 1919), ferner am 25./26. Oktober 1919 die Katholikentage in Wissen (Sieg), in Düren, Elberfeld und Osnabrück, ferner der unterfränkische Katholikentag in Würzburg und Aschaffenburg. Es ist, wie schon früher bemerkt, im Rahmen dieser Wochenschrift nicht möglich, alle die Veranstaltungen, an denen jeweils über 5000 bis zu 20,000 Katholiken teilnahmen, aufzuzählen, geschweige denn aller der bedeutsamen Reden und Ansprachen zu gedenken. In einem Schreiben an den Dürener Katholikentag hatte Kardinal Felix von Hartmann sein Erscheinen infolge jenes Leidens absagen müssen, welches sich inzwischen in so hoffnungsloser Weise verschlimmert hat. — An Allerheiligen fand der außerordentlich stark besuchte Schwäbische Katholikentag in Neu-Ulm statt, am 4. November der Passauer Katholikentag und am Jahrestag der Revolution der Württembergische Katholikentag in Mergentheim, auf welchem Bischof Dr. P. W. Keppler von Rottenburg eine hochbedeutsame Rede über die Pflichten der Katholiken in der neuen Zeit hielt.

Die Regierung Hoffmann in Bayern.

Von Wolfgang Aschenbrenner.

Sein oder Nichtsein! Darum geht es für die Sozialdemokratie bei den nächsten Wahlen. So sagte es der rote Minister Segitz in einer am 1. November zu Fürth gehaltenen Rede. Man darf solche Aussprüche nicht allzu wörtlich nehmen. Ihr Zweck ist ähnlich dem des Dramas, das Furcht und Mitleid erregen soll: Der zerklüfteten Sozialdemokratie soll Angst um die Existenz eingejagt werden, damit sie sich wieder zur alten Einheitspartei oder doch zum roten Wahlblock zusammenschließt.

Die Sozialdemokratie ist in bedrängter Lage, weil sie Regierungspartei im bürgerlichen Staate, den sie nicht beseitigen kann, geworden ist. Darin ist das Grundübel der Sozialdemokratie zu erblicken. Eine Oppositionspartei aus Prinzip, deren ganzes Dasein die Verneinung der staatlichen und sozialen Ordnung war, muß, wenn sie zur Macht gelangt, sich in ihren Grundsätzen durchsetzen. Das ist der Sozialdemokratie nicht gelungen. Die den Anhängern ausgestellten Wechsel auf die Zukunft fliegen uneingelöst umher und haben den Wert wie die Assignaten in den Zeiten der großen französischen Revolution. Die Sozialdemokratie hat infolge der eigenartigen Situation beim Waffenstillstand die Monarchie überrannt, dann ging ihr der Atem zu weiteren „Großtaten“ der Menschheitsgeschichte aus. Im ersten Revolutionsjahr hat sie ein unsagbares Chaos der Zerstörung angerichtet. Deutschland sieht aus wie ein Porzellanladen, in den Unberufene eingedrungen sind. Die „Münchener Post“ (Nr. 259) sucht in ihrem Festartikel zum Jahrtag der Revolution nach Positivem. Sie sagt: „nach dem katastrophalen Zusammenbruch des Heeres mußte die deutsche Arbeiterklasse eine neue Staatsgewalt wieder aufbauen. Sie vor allem schuf eine deutsche Reichsverfassung, in der ein neuer demokratisch-sozialer Gedanke pulst“. Die Sozialdemokratie schmückt sich hier mit fremden Federn. Die neue Staatsgewalt ist zwar personell stark sozialistisch gefärbt, aber sie wurde nur möglich durch das alte Offizierskorps der Monarchie, die Freikorps und die bürgerlichen Parteien. Und ähnlich bei dem Bau der Reichsverfassung. Die Sozialdemokratie kann hier nicht von eigener positiver Arbeit reden. Im übrigen zieht die „Münchener Post“ wieder die üblichen Register: Der Sozialismus läßt sich nicht von oben dekretieren, bemerkt sie, er muß schrittweise durch den Aufbau wirtschaftlicher Organisationen im heißen Machtstreit der Parteien verwirklicht werden. Das sind neue Vertröstungen auf die Zukunft. Die Sozialdemokratie scheitert an der Aufgabe, die sie sich gesetzt hat. Sie spielt nun Parlamentarismus und Demokratie wie eine linksliberale Gruppe der „Bourgeoisie“ und läßt im übrigen der Welt ihren Lauf.

In Bayern hat sich die Sozialdemokratie eine Spezialität von Revolution geleistet. Zuerst Eisner, dann Hoffmann als Ministerpräsidenten. Als Eisner Ministerpräsident wurde, lachte bekanntlich im Hause des „Vorwärts“ in Berlin, wo Eisner gewirkt hatte, alles, daß die Wände dröhnten. Und als der Pfälzer Hoffmann Ministerpräsident wurde, bog sich die ganze Pfalz vor Vergnügen. In der Sozialdemokratie Bayerns aber setzte sich die gedrückte Stimmung, die nach den Januarwahlen eingekehrt war, endgültig fest.

Die Sozialdemokratie Bayerns hat zurzeit keine anerkannten Führer. Wie konnte sie aber in der Not gerade auf Hoffmann verfallen, den man bis zum Ausbruch der Revolution in der sozialdemokratischen Fraktion offensichtlich zurückgehalten hatte, sodaß er wenig hervortrat und der Oeffentlichkeit des rechtsrheinischen Bayerns ganz unbekannt blieb? Ins erste Revolutionsministerium ist Hoffmann als Kultusminister geraten. Da unter den 8 Revolutionsministern 4 Nichtparlamentarier waren, so konnte ein Zwang, Parlamentarier in die Ministerposten zu setzen, nicht geltend gemacht werden. Die Wahl Hoffmanns zum Kultusminister war einer der ärgsten Mißgriffe der Regierungssozialdemokratie. Wollte sie einen Mann der Bildungsschicht in dieses Amt berufen, ein Gedanke, der an sich richtig ist, so konnte sie ebensogut gleich damals den Rechtsanwalt Dr. Sänger nehmen, der nunmehr als Staatssekretär das Kultusministerium im Auftrag Hoffmanns verwaltet. Hoffmann hat früher bei der Beratung des Kultusetats nicht gerade sehr hochstehende Reden über Weltanschauungsfragen und Pädagogik gehalten, die des Eindrucks, daß originale Gedanken vorgetragen würden, entbehrten. Seiner Geistesrichtung nach hatte er den Schnitt des liberalen Kulturkämpfertums. Die alten

Parlamentarier, welche ihn kannten, ahnten richtig, daß in Bayern mit seiner die übergroße Mehrheit bildenden katholischen und gläubig protestantischen Bevölkerung Hoffmann in seiner Denkweise als Kultusminister ungeeignet sei. Kaum ins Amt gelangt nahm er eine Schulpolitik auf, welche eine Provokation für die bekenntnistreue christliche Bevölkerung bildete und außerdem die Schulführung aus dem Rahmen der Ordnung und Disziplin warf, sodaß das gesamte Volksschulwesen, welches einer behutsamen Leitung bedarf, vom Radikalismus durchsetzt ist und nur noch soweit Halt hat, als gewissenhafte, ruhig gesinnte Lehrer der friedlichen Verwaltung ihres wichtigen Amtes im Einvernehmen mit der Bevölkerung sich hingeben.

Jeder erfahrene landeskundige Sozialdemokrat ist sich klar darüber, daß die Hoffmannsche Angriffspolitik auf dem Gebiete des christlichen Volksschulwesens gerade in der Uebergangsrevolutionszeit eine außerordentlich schädliche Arbeit sein mußte, gefährlich für das Staatsganze und für die Sozialdemokratie selbst. Jetzt haben wir zu den furchtbaren Revolutionsschäden, welche die Sozialdemokratie über Bayern gebracht, auch noch den schärfsten Kulturkampf im Lande. Und da nannte sich Hoffmann selber einen „Staatsmann"!

Hoffmann ist nach der Ermordung Eisners Ministerpräsident geworden und übernahm damit zugleich die Verwaltungskontrolle seiner roten Ministerkollegen. Er greift in alles ein und beansprucht in der Oeffentlichkeit die Führung. Durch seine Verwaltungsneuerungen hat er in den staatlichen Beamtenstand eine peinliche Unruhe gebracht und durch die Zerschlagung der bisherigen Städteordnung in wesentlichen Teilen der Organisation auch in die Stadtverwaltungen, wobei jetzt schon erkennbar ist, daß der Plan, die Sozialdemokratie dort zum beherrschenden Faktor zu machen, mißlingen wird.

Sonst noch besteht die Regierungskunst Hoffmanns im Nachgeben gegen links. Er gleicht darin seinem Vorgänger Eisner. Nur hat Eisner mit Bewußtsein mit den Geistern des Orkus gearbeitet, während Hoffmanns Regie den Anstrich der Harmlosigkeit besitzt. Der Regierung Hoffmann hat man die Räterepublik zu verdanken, ihrer unentschlossenen Stellung gegen die Politik der Straße und ihrer Vernachlässigung der Schaffung einer geeigneten Militärmacht, die im Reiche schon längst fertig war, ehe Bayern überhaupt daran dachte. Die neuesten Vorgänge mit der Jahrtagfeier der Revolution bieten eine neue, scharfe Charakteristik der Hoffmannschen Regierungspolitik. Das von dem roten Minister Endres geleitete Ministerium des Innern hatte Vorschriften für die Revolutionsfeier erlassen, um die öffentliche Ordnung zu schützen. Sofort ging der Lärm los und zwar in einer ganz falschen Richtung, gegen das Reichswehrgruppenkommando in Bayern, das die Maßnahmen veröffentlicht hatte. Der Spektakel der roten Presse übte seine Wirkung auf Hoffmann aus. Der Erlaß wurde umgewandelt. Nicht genug damit, ging Hoffmann noch dazu über, in einer am 1. November in Nürnberg gehaltenen Rede den Erlaß des Ministeriums des Innern ungefähr wie eine mißratene Pfuscharbeit zu behandeln. Wie soll denn eine Regierungsautorität bestehen, wenn ein Minister die Arbeit des andern herunterzieht? Es fehlt hier wahrlich an den Grundelementen der Politik. Hoffmanns Verfahren hat sich alsbald gerächt: Die Münchener Sozialdemokratie leistete sich am 8. November (Samstag) einen Streiktag zur Feier der Revolution und legte selbst die Straßenbahn still. Während in Nürnberg der Sonntag zur Revolutionsfeier wie überall im Reiche benützt wurde, hatte München wieder sein Extravergnügen. Was helfen alle Aufrufe zur Arbeit, wenn in Bayern die Regierung die Arbeitsunlust durch verkehrtes Verhalten noch fördert! Man hat kein Sterbenswörtlein Hoffmanns vernommen, mit dem er sich etwa gegen den Streik gewandt hätte. Es wird sehr zu beachten sein, was regierungsseitig bei dem Nachspiel, die dieser Münchener Streik wahrscheinlich haben wird, geschieht. Die Arbeitgeber entlohnen den Streik nicht. Wird Hoffmann tapfer nachgeben, wenn die Streiklustigen in ihrem Widerstreit gegen die Arbeitgeber einen Druck auf die Regierung ausüben?

Das Fazit der Regierung Hoffmann ist: Unvermögen zur Regierung. Abgesehen davon, daß dem Ministerpräsidenten Hoffmann Wissen und Erfahrung des Fachmanns abgehen, fehlt ihm auch der politische Blick für das, was zu geschehen hat und das, was fernzuhalten ist. Das ist bloß formell eine Regierung, sachlich, fachlich und politisch ist es ein unfertiges Fortfretten, bei dem nichts herausspringt als Schädigung des Landes.

Die Stimmung im Lande hat sich sehr scharf gegen die Sozialdemokratie und die Revolution zugespitzt. Die Bevölkerung ist aufs äußerste gegen die Revolutions-Mißregierung aufgebracht und wird sich besonders den Steuerzettel ansehen, der ihr demnächst präsentiert wird, und der noch vor den Wahlen zu begleichen ist.

Der Kulturkampf, den Hoffmann in seiner Ideologie unternommen hat, wird noch eine besondere Note in die schweren Kämpfe bringen, welche Bayern bevorstehen. In seiner Nürnberger Rede hat Hoffmann ganz nach Art des ehemaligen liberalen Kulturkämpfertums seinen Kulturkampf als einen Kampf gegen „Klerikalismus" und „Priesterherrschaft" bezeichnet. Diese alten abgestandenen Phrasen aus den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts sind wahrlich kein Schmuck für einen Minister der Gegenwart. Der Hoffmann'sche Kulturkampf findet die energische Abwehr der ganzen christlich gesinnten Bevölkerung beider Konfessionen Bayerns. Die Katholikentage, die überall in Bayern stattfinden, geben dem Kampf für die christliche Schule eine wesentliche Verbreiterung und Vertiefung. Die Münchener Manifestation des oberbayerischen Katholikentages erhielt durch den Erzbischof Dr. v. Faulhaber einen hinreißenden Schwung, der seinen Flug durch ganz Bayern nehmen wird. Die polemischen Künste, die Hoffmann in seiner Nürnberger Rede gegen den Erzbischof spielen ließ, sind ein Beweis, daß Hoffmann sich der Wirkungen seines politischen Unvermögens noch immer nicht bewußt ist.

Die Regierungskrisis, welche jüngst die Sozialdemokratie aufgeworfen hatte, um durch ein Vertrauensvotum die roten Minister zu stärken, die aber sogleich verschwand, als die Landesversammlung der Bayerischen Volkspartei Neuwahlen in Sicht erscheinen ließ, ist bei solcher Lage im Lande sachlich und taktisch nicht beizulegen. Formell ist es im Landtag geschehen, allein Hoffmann spricht von einem bloßen Waffenstillstand und unterscheidet in seiner Rede zwischen dem Landtag und „draußen". Der Kampf in Presse und Versammlungen der Bayerischen Volkspartei macht nicht Halt vor den Abmachungen der koalierten Fraktionen im Landtag, er geht weiter, weil sich in den politischen Grundverhältnissen nichts geändert und Hoffmann in seiner Nürnberger Rede neuerdings auf einer Politik bestanden hat, durch welche die Unruhe im Lande in Permanenz fortgesetzt wird. Die Regierungskrisis zwingt zur Neuwahl, die wahrscheinlich schon im Januar (nicht Mai) stattfinden wird. Das Land hat dann zu entscheiden über den Abbruch der Regierung Hoffmann und die Stellung der Sozialdemokratie in Bayern.

Sonntag.

O Sonntag, hehrer Himmelsgast,
Die Feierglocken läute,
O läute allen Müden Rast
Und den Betrübten Freude!

Es soll ein Jubelglockenchor
Durch alle Lande singen
Und zu der Gottesburg empor
Der Menschen Andacht klingen.

Es sollen Engel segnend her
Vom Himmel niederschweben,
Dass Paradieses Wiederkehr
Verkläre Sorgenleben.

Es soll der Herr an seinem Tag
Sich seines Werkes freuen
Und in den dumpfen Stundenschlag
Der Hoffnung Siegton streuen.

O Sonntag, heilig, lichtumkränzt,
Bring Glanz und Klang und Freude!
Wo's wintert, friert, wo's nimmer lenzt,
Die Sonntagsglocken läute!

Eugen Mack

Kirche, Konkordat, Reichsverfassung.

Von Univ.-Prof. Geh. Hofrat, Dr. K. Beyerle,
Mitglied der National-Versammlung.

Die Ausführungen, welche Univ.-Professor Dr. N. Hilling in Nr. 43 der „Allgemeinen Rundschau“ vom 25. Oktober 1919 über die „Kirchenpolitischen Aufgaben der deutschen Gesandtschaft beim Hl. Stuhle“ gemacht hat, haben neuerdings in der „Augsburger Postzeitung“ (Nr. 497 vom 5. Nov. 1919) eine ungewöhnlich schroffe Zurückweisung erfahren. Professor Hilling vertritt den Standpunkt, daß die neu zu errichtende Reichsgesandtschaft beim Vatikan bald mit dem Hl. Stuhle in wichtige kirchenpolitische Verhandlungen zu treten haben würde angesichts der „Veränderungen, die die Umgestaltung der kirchenpolitischen Grundsätze im neuen Deutschland hervorgerufen hat“. Er ist der Ansicht, daß der Inhalt der Zirkumskriptionsbulle und Konkordate durch das Inkrafttreten des neuen Staatskirchenrechts in Deutschland eine wesentliche Aenderung erfahren habe und daß dieselben damit zugleich in ihrem ganzen Fortbestand in Frage gestellt worden seien. Dies gelte namentlich hinsichtlich dreier wichtigster Punkte, nämlich hinsichtlich der Besetzung der Bischofsstühle, hinsichtlich der Verleihung der Kanonikate in den Domkapiteln und hinsichtlich der in jenen Abmachungen mit dem Hl. Stuhle vereinbarten Dotationen der kath. Kirche in Deutschland. Das Schwergewicht der seitens der „Augsburger Postzeitung“ hervorgerufenen Kontroverse ruht auf dem ersten dieser Punkte. Da „der Inhalt jener vor hundert Jahren mit der Kurie abgeschlossenen Verträge mit der wesentlichen Aenderung in der Stellung der deutschen Staaten zur Kirche hinfällig geworden sei“, so folgert hieraus Hilling den Wegfall des ehemaligen Vetorechts wie des bayerischen Nominationsrechts bei den Bischofswahlen und ist der Meinung, daß die Kirche freie Hand habe, jetzt das gemeine Recht des Codex iuris canonici bei Gelegenheit der neu zu treffenden, staatskirchenrechtlichen Vereinbarungen zur Anwendung zu bringen. Hilling schließt mit dem Ausblick, daß unter Mitwirkung der politischen Vertretungsbehörde des Deutschen Reiches beim Vatikan doch eine Lösung der Probleme zu erwarten sei, die „sowohl der deutschen Rechtsüberlieferung wie den Wünschen der gegenwärtigen Bischöfe und Katholiken des Deutschen Reiches entspreche“. Der Opponent der „Augsburger Postzeitung“ bekämpft vor allem den Gedanken Hilling's vom Hinfälligwerden der bisherigen Vereinbarungen als direkter Folge der veränderten staatskirchenrechtlichen Verhältnisse in Deutschland. Als Beweis dient ihm Art. 18 § 3 der badischen Verfassungsurkunde und mitgeteilte kirchenpolitische Auffassungen aus dem badischen Verfassungsausschuß.

Die Frage, welchen Einfluß das neue deutsche Verfassungsrecht auf jene älteren Abmachungen, kurzhin Konkordate bezeichnet, ausübe, beschäftigt die politische Meinung vielfach und findet nicht nur in den beiden skizzierten Gegenäußerungen eine verschiedene Antwort. Es dürfte darum angezeigt sein, vom Standpunkte der Reichsverfassungspolitik aus eine Ansicht zu äußern, die vielleicht zur Klärung einiges beiträgt.

Gewiß hat Herr Prof. Hilling darin nicht recht, wenn er annimmt, daß durch die neuen Verfassungswerke des Reichs und der Einzelstaaten das ganze international vereinbarte Recht der Konkordate ohne weiteres hinfällig geworden sei. Vielleicht denkt jedoch Hilling in Wirklichkeit mehr an die Notwendigkeit neuer Vereinbarungen auf Grund des veränderten Staatskirchenrechts. Denn diese Notwendigkeit ist unbestreitbar. Hillings Ausführungen weisen sodann auch insoferne eine Lücke auf, als sie nur von der Tätigkeit der neuen Reichsgesandtschaft beim Vatikan sprechen und die Frage der möglichen Vereinbarung zwischen den Regierungen der Länder und dem Hl. Stuhle außer acht lassen. Hillings Gegner aber argumentiert auf zu schmaler Grundlage, indem er nur die badische Verfassung und ihre berufenen Interpreten heranzieht, die Reichsverfassung aber außer Betracht läßt. Und doch ist sicher, daß für die ganzen Probleme jetzt Art. 137 und 138 der Reichsverfassung in erster Linie maßgebend sind.

Es steht außer Zweifel, daß sich die Bestimmungen der genannten Artikel der Reichsverfassung mit dem Inhalt der alten Konkordate in wichtigen Punkten nicht in Einklang bringen lassen. Gleichwohl wäre es falsch, anzunehmen, daß durch die Reichsverfassung irgendein Satz jener Konkordate schon ipso iure hinfällig geworden sei. Landesverfassungen und Reichsverfassung sind rein innerstaatliche Vorgänge, welche die Vereinbarungen mit dem Hl. Stuhl, die den Charakter völkerrechtlicher Verträge tragen, nicht unmittelbar berühren. Vielmehr ist die Rechtslage jetzt so, daß auf Grund des neuen deutschen Verfassungsrechts mit dem Hl. Stuhle Unterhandlungen angeknüpft werden müssen mit dem Ziele, den Inhalt der bisherigen Vereinbarungen mit dem neuen Reichs- und Landesstaatsrecht in Einklang zu bringen. Bei diesen Verhandlungen ist durchaus nicht nur die zu schaffende Reichsgesandtschaft beteiligt. Den Ländern, die bisher ausschließlich Vertragsteile jener Abmachungen mit dem Hl. Stuhle waren, ist es durch die neue Verfassung unbenommen, sich auch ihrerseits an jenen erforderlichen Revisionen der Konkordate zu beteiligen. Im Verfassungsausschuß zu Weimar ist von allen Seiten außer Zweifel gestellt worden, daß Art. 78 der Reichsverfassung zwar die Pflege der Beziehungen zu den auswärtigen Staaten zur ausschließlichen Reichssache stempelt, damit aber den Ländern die Möglichkeit nicht benimmt, im Interesse ihrer katholischen Untertanen und der kirchlichen Organisation in ihren Gebieten auch weiterhin mit dem Hl. Stuhle unmittelbar zu verhandeln. Man wird darum sagen dürfen, daß sogar das Schwergewicht der Verhandlungen nach Maßgabe der Reichsverfassung in Zukunft bei den Vertretungen der Länder liegen wird und daß die Reichsgesandtschaft beim Hl. Stuhle in diesem Punkte nur eine vermittelnde und fördernde Aufgabe zu erfüllen hat. Denn es steht wiederum fest, daß, wie das Reich nur Grundzüge über die Rechte und Pflichten der Religionsgesellschaften in seinen Gesetzen (gemäß Art. 10 der Reichsverfassung) aufstellen darf, so auch das Vollgewicht der staatskirchenrechtlichen Verwaltungstätigkeit bei den Ländern liegt.

Trifft dies alles zu, so bestehen heute jene Konkordate noch zu recht. Es wird darum die Aufgabe der Länder sein müssen, in dem angedeuteten Sinne die Verhandlungen mit dem Hl. Stuhle aufzunehmen. Sollte die Regierung eines Landes den Versuch machen, die Inangriffnahme dieser Verhandlungen ungebührlich hinauszuschieben und damit für ihr Gebiet einen mit der Reichsverfassung in Widerspruch stehenden Rechtszustand aufrechtzuerhalten, so bliebe nichts übrig, als die Herbeiführung einer Entscheidung des Staatsgerichtshofs auf Grund des Art. 19 der Reichsverfassung. Da aber die Punkte, in denen Konkordatsinhalt und Reichsverfassung sich widersprechen, im wesentlichen nur die Fragen des staatlichen Aufsichtsrechts betreffen, können alle anderen rein innerkirchlichen Fragen wie z. B. das Wahlrecht der Domkapitel unmöglich zu denen gezählt werden, die notwendig durch die neuen Verfassungszustände in Deutschland umgestoßen werden müssen. Es wird daher Aufgabe der Unterhändler sein, in schonendster Weise das Bewährte und Gute an jenen alten, schon seit einem Jahrhundert maßgebenden Vereinbarungen aufrechtzuerhalten im Dienste wertvoller Elemente einer kirchlichen Rechtsordnung, die sich im deutschen Katholizismus weitgehendster Billigung erfreut.

Zu den Jahresberichten der Vereine für Glaubensverbreitung.

Von Friedrich Ritter von Lama, Füssen.

Fast zu gleicher Zeit treten die Berichte über das abgeschlossene Jahr 1918 des Aachener Franziskus-Xaverius-Vereines, des bayrischen St. Ludwigs-Missionsvereins und des Lyoner Vereins der Glaubensverbreitung an die Oeffentlichkeit. Betrachten wir das ausgewiesene Ergebnis rein unter dem Gesichtspunkte der materiellen Einnahmen der Vereine als Sammelvereine, so müssen wir es allein schon als ein hochbefriedigendes bezeichnen, das alle früheren weit in den Schatten stellt. Da der Lyoner Verein nicht nur die Gaben aus Frankreich, sondern aus der gesamten katholischen Welt (diesmal mit Ausnahme des Gebietes der Mittelmächte) umfaßt, so sei erst ein Blick auf diesen Bericht geworfen. Er übertrifft mit einer Einnahme von Frs. 8'005,704 die vier vorhergehenden Jahre um ein Erkleckliches. Es verzeichneten nämlich 1914 Frs. 5'592,642, 1915 Frs. 6'275,987, 1916 Frs. 6'334,565, 1917 Frs. 6'778,816. Bedenkt man, daß das Jahr 1918, infolge der sich drängenden Entscheidung des Weltkrieges, noch ganz von Kriegslärm und Kriegsinteresse beherrscht wurde, so ist die Zunahme der Einnahmen umso beachtenswerter.

Ich überlasse es jedoch den Fachzeitschriften, an der Hand der früheren Berichte zu zeigen, welche Länder hauptsächlich an der Steigerung beteiligt sind. Unsere Befriedigung über diese wird freilich erheblich gedämpft durch den Gedanken, daß der Geldwert des Franken in den meisten Missionsländern bedeutend gesunken ist und auch innerhalb des eigenen Währungsgebietes seine Kaufkraft stark zurückgegangen ist. Ist somit die Nominalsumme der Gaben stark gestiegen, so ist diese Steigerung nur eine scheinbare, da der Wert dieser Summe von 8 Millionen Franken kaum den der etwa 6 Millionen des letzten Friedensjahres gleichkommt. Das Gleiche gilt natürlich auch von den in Deutschland gesammelten Gaben, die, eine so stattliche Höhe sie erreicht haben, infolge des Kurses der deutschen Mark auf ein Fünftel zusammenschrumpfen würden, falls sie in diesem Augenblicke zur Verteilung an die Missionen gelangen würden. Wenn wir also das Gesamtergebnis im Hinblick auf den dem Gelde innewohnenden Tageswert beurteilen wollten, würden zweifellos die Vereinigten Staaten an der Spitze marschieren, die in Dollars sammeln, deren Kurs heute acht Franken übersteigt. Und wir Deutsche könnten, würden wir das Dreifache der Franzosen aufbringen, dennoch erst dann ihnen gleichstehen. Es liegt auf der Hand, daß, wenn wir aus den Summen auf den erhöhten Missionseifer der Katholiken der einzelnen Länder schließen wollen, allein der Nominalbetrag, bzw. der Normalwert der einzelnen Geldwährungen, zum Ansatz gelangen kann.

Die Gesamteinnahme einschließlich Deutschlands aus dem letzten vollständigen Friedensjahre 1913 betrug Frs. 8'114,983; man hat daher in Lyon im vergangenen Jahre auch ohne uns scheinbar fast jene Summe erreicht, wie im Jahre 1913 mit uns. Der Franziskus-Xaverius-Missionsverein quittierte im Jahre 1918 ℳ 1'958,000, was eine Zunahme gegen das Vorjahr um ℳ 800 000 bedeutet, während der St. Ludwigs-Missionsverein im gleichen Zeitraume bei einer Zunahme von ℳ 450,000 die Summe von ℳ 873 000 aufweisen kann, was also allein für Deutschland ein Gesamtergebnis von ℳ 2'758,000 ausmacht. Den normalen Kurswert angenommen, stellt sich also die Beitragsleistung der deutschen Katholiken mit Franken 3'447,000 dar, während Frankreich daneben mit Frs. 3'524,634 steht. An nächster Stelle kommen dann die Vereinigten Staaten mit Frs 2'325 000. Es möchte sonach richtig erscheinen, was die „Missione Cattoliche" schreiben, denen wir z. T. unsere Angaben entnehmen, daß „Frankreich immer noch den Ehrenplatz einnimmt". Sehen wir uns aber die Dinge etwas näher an, so finden wir, daß nur durch Verwendung eines Mittels, das ich nicht anders als bewußt unehrlich bezeichnen kann, es noch möglich war, diesen „Ehrenplatz" zu behaupten. Man hat nämlich in Lyon einfach den Beitrag Elsaß-Lothringens aus dem Jahre 1918 dem Frankreichs einverleibt. Da dieser Frs. 377,664 betrug, verbleibt also für Frankreich eigentlich nur der Betrag von Frs. 3'146.970. Wenn wir nun, wozu uns die Tatsachen berechtigen, Elsaß-Lothringens Beiträge aus jenem Zeitraume denen Deutschlands hinzurechnen, so ergibt sich als Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich Frs. 3'834,000: Frs. 3'146,000, das heißt, daß eben nicht Frankreich, sondern Deutschland im Jahre 1918 den Ehrenplatz innehatte. Wir deutsche Katholiken sind es, die an der Spitze marschieren, selbst wenn wir darauf verzichten wollten, Elsaß-Lothringen einzubeziehen, denn auch dann noch wäre das Verhältnis 3,447 Millionen zu 3,146 Millionen. Mit den Beiträgen Deutschlands steigt demnach der Gesamtbetrag auf 11'452,000 Franken, wozu noch Oesterreich-Ungarn und einige kleine Länder wie Luxemburg mit etwa 100,000 Franken (im Jahre 1913) kommen.

Sehen wir uns die Lyoner Beitragsliste an, so finden wir z. B., daß in den reichen Vereinigten Staaten nur in fünf Diözesen der Glaubensverein organisiert ist. Baltimore, um einen Posten herauszugreifen, stellte den lächerlichen Beitrag von 63.483 Franken (gleich 10,000 Dollars). Das wird sich nun hoffentlich bald ändern, denn erstens hat jetzt Amerika seine ersten einheimischen Missionäre aus seinem eigenen ersten Missionsseminare nach China gesandt, und zweitens steht als einer der Hauptpunkte das Werk der Glaubensverbreitung unter den Heiden auf der Tagesordnung des vor wenigen Wochen in Washington abgehaltenen Kongresses der nordamerikanischen Bischöfe. Auch die italienischen „Katholischen Missionen" unterziehen das Ergebnis insbesondere bezüglich Italien einer strengen und notwendigen Kritik, und sie stellen die Tatsache fest, daß von den 286 italienischen Diözesen 174 auch nicht einen blanken Soldo beigesteuert haben; und unter den übrigen sind noch 26 mit Beiträgen von unter 100 Lire, darunter die Diözese Rom mit sage und schreibe 89 Lire und 43 Cts. 45 Diözesen gaben mehr als 1000 Lire; an der Spitze steht Mailand mit 30,697 Lire. Und dabei zählt Italien mehr Katholiken als Deutschland.

Einige Worte noch zum Gesamtergebnis. Es läßt alle früheren Jahre weit hinter sich, und da unsere katholischen Missionäre das Haushalten und Wirtschaften gut gelernt haben und jeden Pfennig ein paarmal umkehren, ehe sie ihn ausgeben, dürfen wir annehmen, daß die erhöhten Einnahmen trotz des ungünstigen Kaufwertes dieses Geldes auch in erhöhtem Maße den Missionen zugute kommen. Daß wir noch viel mehr leisten könnten, steht wohl außer Frage; daß wir aber noch mehr leisten müssen, erscheint angesichts der wachsenden nichtkatholischen Konkurrenz als unerläßlich. Ein Beispiel: Die Kongregationalisten (Methodisten) haben sich zur Jahrhundertfeier ihres Eintrittes in den Missionswettbewerb einen Missionsfond geschaffen, der mit 80 Millionen Dollars festgesetzt war; erreicht wurden aber 110 Millionen Dollars, also über dreiviertel Milliarden Franken! Die Baptisten der Nordstaaten haben einen Siegesfond gestellt von sechs Millionen Dollars, die der Südstaaten haben den ihrigen auf 75 Millionen Dollars erhöht, während die des Nordens sich zum Ziel gesetzt haben, die Summe von 100 Millionen zu erreichen, und es besteht gar kein Zweifel, daß ihnen das auch gelingt. Der beste Kommentar dazu scheinen mir die Worte des Missionärs P. Manna: „Glaubet nicht, liebe Leser, daß uns diese Ziffern beängstigen. Es wäre ein schlimmer Tag für uns, wenn wir wüßten, daß unsere Missionäre so reich geworden sind. Wir erachten es vielmehr als eine hervorragende Gnade Gottes, daß sie arm sind. Als wahre Jünger des göttlichen Meisters und seiner Apostel müssen sie arm sein und vor allem auf die Kraft Gottes in der Bekehrung der Seelen vertrauen. Und doch krampft sich unser Herz zusammen, wenn wir sehen müssen, wie ihnen sogar das Mindestmaß des Notwendigen mangelt . . ."

Doch auch der Lyoner Bericht fordert noch zu einigen Bemerkungen heraus. Er beweist auch diesmal wieder durch die bereits erwähnte unwahre Schiebung, daß die Lyoner Oberleitung auch heute noch nationalistisch-politischen Zielen Rechnung trägt. Er tut dies aber auch noch dadurch, daß er nicht zufällig die Leistungen der deutschen Katholiken unterschlägt, denn so gut ihm die Einnahmen aus den Diözesen Elsaß-Lothringens aus dem Jahre 1918 bekannt sein konnten, konnten es auch die des übrigen Deutschland sein. Selbst die sehr zurückhaltenden „Katholischen Missionen" bemerken ein Gleiches gegenüber dem deutschen Ergebnisse des Kindheit-Jesu-Vereines und dem Jahresberichte der französischen Zentralleitung. Nun ist der Lyoner Glaubensverein vom Hl. Stuhle als Organ der Kirche anerkannt, seine Tendenz hat ihrer Aufgabe gemäß ausschließlich katholisch, also nicht national zu sein, und es oblag dem Vereine, zumal er seinen Sitz in Frankreich hat und seine Leitung aus Franzosen besteht, alles aufzubieten, um die die katholischen Grundsätze verletzenden Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages bezüglich der katholischen Missionen zu bekämpfen. Zum allermindesten mußte er vor aller Welt gegen die vom Hl. Stuhle selbst beanstandeten Paragraphen 22 und 438 protestieren. Ich frage — und ich wünsche die Antwort darauf zu hören: was hat der Lyoner Verein der Glaubensverbreitung in diesem Falle getan, um seiner Pflicht zu entsprechen? Bekannt ist darüber bisher kein Sterbenswörtchen geworden und auch der Jahresbericht schweigt sich, soweit ich sehe, darüber aus. Unter diesen Umständen gibt es für uns deutsche Katholiken nur noch eines: vollständige Trennung von Lyon in jeder Hinsicht, vollständige Selbständigkeit in der Verteilung der gesammelten Beträge im direkten Einvernehmen nur mit der Kongregation der Propaganda. Wer von uns deutschen Katholiken künftig etwas will, der möge sich an uns wenden; vielleicht gelingt es auf diese Weise, das Missionswerk nach und nach wieder in seiner notwendigen katholischen Reinheit herzustellen und vom nationalistisch-politischen Einfluße Frankreichs zu befreien, der dadurch ausgeübt wird, daß die Gaben durch die Hände der Herren in Lyon fließen, die mir ihre Parteilichkeit erwiesen zu haben scheinen. Vielleicht folgt eines Tages auch Amerika unserem Beispiele, insbesondere dann, wenn es seine Beiträge im Verhältnisse zu seiner Beitragskraft gesteigert haben wird. Anzustreben wäre dann in weiterer Ferne ein internationales Komitee mit dem Sitze in Rom, dem natürlichen Mittelpunkte des gesamten Evangelisationswerkes.

Das Ziel der Auswanderung.[1]

Von Univ.-Prof. Dr. Aufhauser, München.

Wer nach reiflicher Ueberlegung und nur bei völliger Aussichtslosigkeit, in der Heimat sein Brot zu verdienen — auf dem flachen Lande ist auch heute in Altbayern der Bedarf an landwirtschaftlichen Arbeitern keineswegs gedeckt — sich zur Auswanderung entschließt, muß mit der Tatsache rechnen, daß der Deutsche heute nur in sehr wenigen Ländern freundliche Aufnahme findet.

Wohl ist die Ueberseewanderung infolge des Krieges mächtig gesunken. Folgende Tabelle[2]) gibt ein gutes Bild davon:

	1914	1915	1916	1917	1918
Gesamteinwanderung	1 218 480	326 700	298 826	295 403	110 618
Davon aus:					
Italien	283 738	49 688	33 665	34 596	5 250
Oesterreich-Ungarn	278 152	18 511	5 191	1 258	61
Rußland	255 660	26 187	7 842	12 716	4 242
Ver. Königr. (England usw.)	73 417	41 422	24 141	16 141	2 847
Deutschland	35 734	7 999	2 877	1 857	447
Skandinavien	29 391	17 883	14 761	13 771	6 506
Mexiko	14 614	12 340	18 425	17 869	18 524
Frankreich	9 296	4 811	4 156	3 187	1 798
Japan	8 929	8 613	8 680	8 991	10 213
Niederlande	6 321	3 144	2 910	2 235	944

Anderseits sind gerade aus den Vereinigten Staaten Italiener, Polen, Tschecho-Slovaken, Russen, Rumänen usw. in großer Zahl, man spricht von mehreren Millionen, mit dem während des Krieges dort besonders in den Munitionsfabriken erworbenen Lohne in ihre europäische Heimat zurückgekehrt.

Zweifellos ergibt sich aus diesem gewaltigen Niedergang der Ueberseewanderung in den Jahren 1914—1918 und der Rückwanderung nach Europa ein großer Ueberschuß an Arbeitsmöglichkeit in überseeischen Ländern. Indes zuerst müssen die demobilisierten Truppen der Entente heimbefördert und wieder mit Arbeitsmöglichkeit versehen sein; sodann bekunden die dortigen Arbeiterorganisationen ihren festen Willen, keineswegs durch Masseneinwanderung den Arbeitsmarkt der Union der Ueberflutung preiszugeben und dadurch den Lohn herabdrücken zu lassen. Infolge der Umstellung der industriellen Kriegsbetriebe in Friedensbetriebe wird wohl überall zunächst mit großer Arbeits- und Erwerbslosigkeit zu rechnen sein.

Die uns feindlichen Ententeländer haben meist durch Parlamentsbeschluß die Einwanderung Deutscher auf Jahre hinaus verboten, so die Vereinigten Staaten von Amerika auf die Dauer von 4—5 Jahren nach völliger Heimbeförderung und Demobilisierung der Truppen, England für die nächsten zwei Jahre, ebenso Frankreich; der gewaltig lodernde Deutschenhaß in Belgien wird dies Land wie seine Kongokolonie auf viele Jahre hinaus uns verschließen.

In vielen Ländern, wie in Amerika (Gesetz vom 5. Febr. 1917), England (New Aliens Bill), Chile spielt bei diesen Einwanderungsverboten auch das Bestreben, sich vor bolschewistischer Agitation zu schützen, eine große Rolle.

Das englische Einwanderungsverbot soll auch in den britischen Kolonialgebieten (Kanada, Südafrika, Union, Indien, Australien usw.) Geltung erhalten; Kanada will jedoch in seinem neuen Einwanderungsgesetzentwurf Landwirten mit Erfahrung und Kapital, wie männlichen und weiblichen landwirtschaftlichen Arbeitern die Einwanderung ermöglichen; mit Verfügung vom 9. Juni 1919 hat es freilich Einwanderern, die feindliche Ausländer sind oder während des Krieges gewesen sind, bis auf weiteres verboten, in Kanada zu landen. Die Südafrikanische Union bezeugte den Deutschen dadurch ein gewisses Wohlwollen bislang, daß nur politisch Verdächtige oder jene, die es selbst wünschten, nach Deutschland abgeschoben wurden; für die Einwanderung soll ein eigenes Gesetz erlassen werden. Australien war vor dem Krieg vielfach das Ziel der rohesten Klasse russischer, italienischer, spanischer und slawischer Arbeiter gewesen und dürfte trotz vielfacher Arbeitsmöglichkeit zunächst kaum Deutsche zulassen.

Für eine Masseneinwanderung Deutscher in uns bisher feindliche Länder ist keine Möglichkeit gegeben; eine Aenderung hierin wird für Jahrzehnte ausgeschlossen sein.

Von den neutralen Ländern bieten die beste Einwanderungsmöglichkeit die südamerikanischen Staaten; in Argentinien[3]) (3 Menschen auf 1 qkm, in Deutschland 120 auf 1 qkm), besteht großer Arbeitermangel, besonders an Erntearbeitern, zumal infolge des riesigen Rückganges der Einwanderung. Das neue Einwanderungsgesetz[4]) bestimmt für Reisende 3. Klasse, die nach dem 15. März 1919 landen, daß sie während der letzten fünf Jahre nicht gegen die gesellschaftliche Ordnung verstoßen, nicht mit Gefängnisstrafen belegt, keine geistigen Abweichungen zeigen, nicht gebettelt haben. Auch in Uruguay, wo 6 Einwohner auf 1 qkm treffen, herrscht großer Mangel an Erntearbeitern. Paraguay (4 Köpfe pro qkm) eignet sich infolge günstiger klimatischer Verhältnisse besonders gut für Siedelung und Viehzuchtsbetriebe (große Fleischverwertungsanstalten), gewährt zudem im neuen Einwanderungsgesetz[5]) große Erleichterung (freie Beköstigung und Beförderung vom Landungs- zum Siedlungsplatz, Ueberlassung von 10 ha Land östlich, 20 ha westlich des Paraguaystromes zu selbsteigner Besiedelung usw.). Auch in den La Plata Staaten sind zahlreiche Erntearbeiter benötigt. Im allgemeinen wird sich in diesen uns wohlwollenden Ländern besonders Großwirtschaftsbetrieb lohnen, der außerordentlich fruchtbare Boden gibt selbst ohne Düngung zweimalige Ernte. Auch in Mexiko (8 Menschen pro qkm) liegen die Verhältnisse günstig.

In Brasilien soll nach neuesten Nachrichten wieder Einwanderungsmöglichkeit gegeben werden, soweit die Gesetzgebung nicht direktes Verbot (für Leute, die mit physischen oder moralischen Defekten behaftet, für die öffentliche Sicherheit verdächtig oder gefährlich sind, sowie für Personen weiblichen Geschlechtes) vorgesehen hat. In Chile,[6]) das heuer unter bolschewistischen Unruhen zu leiden hatte, schließt das Einwanderergesetz vom 26. November 1918 alle Personen aus, deren Gesundheit zu wünschen gibt, gegen die in den letzten 20 Jahren ein Verfahren wegen gemeinen Verbrechens schwebte, die keinen Beruf oder Gewerbe treiben, wodurch sie ihr Leben verdienen können, oder welche die soziale und politische Gestaltung des Landes mit Gewalt ändern wollen.

Wenden wir unsere Blicke nach Ostasien, das ohnehin nur für Einzel-, nie für Massenauswanderung in Betracht käme, so wird Indien wohl auf lange Zeit uns verschlossen bleiben nicht bloß um eventuelle deutsche Intriguen auszuschließen, auch wegen des Deutschenhasses, den England dort systematisch während des Krieges großgezogen. Auch in den Straits-Settlements (Singapore) sollen die Deutschen für 10 Jahre ausgewiesen bleiben. In Japan treffen bei 53 Millionen Einwohnern und einer jährlichen Bevölkerungszunahme von 650000 Köpfen auf 1 qkm 140 Menschen; das Land der aufgehenden Sonne sucht sein eigenes Kolonialgebiet, in dem 66 Menschen auf den qkm fallen, zu erweitern und sendet seinen Bevölkerungsüberschuß, wie bekannt, nach Nordamerika (Kalifornien), Brasilien (S. Paulo), Australien, Ost- und Südasien, Süd- und Ostafrika. Wohl wird es tüchtig geschulte deutsche Einwanderer, besonders Ingenieure, Techniker, Aerzte (Offiziere?) usw. gerne aufnehmen, um sich in Ostasien volle Hegemonie durch fremde Kräfte sichern zu helfen, solange nicht genügend vorgebildete eigene Landeskinder zur Verfügung stehen, sodann um durch Beseitigung der „Rassenschranken" im eigenen Lande sich diese selbst auch im Ausland zu sichern. China mußte sich sowohl in der Ausweisungsfrage den Wünschen der Entente sogar nach Abschluß des Waffenstillstands noch fügen, es wird auch in der Einwanderungsfrage deren Verlangen, speziell auch den Forderungen Japans Folge leisten müssen.[7]) Tüchtige fach- und sachkundige jüngere Europäer werden besonders für Minenbau und Eisenfabrikation, aber auch für Plantagewirtschaft in Niederländisch-Indien gute Aussichten finden, zumal wenn die Anwärter zuerst bei einer holländischen Mutterfirma Stellung erhielten und sich durch Besuch des Indologischen Kurses in Amsterdam (jährlich März—Juni und September—Dezember) die nötigen sprachlichen und sachlichen Vorkenntnisse erworben haben. Freilich ist zurzeit (wie auch für die Schweiz) die Einreise-Erlaubnis nach Holland nur schwer zu erlangen. Alle Länder leiden mehr oder weniger selbst unter Ernährungs-

[1]) Vgl. „Allgemeine Rundschau" 16 (1919) S. 461.

[2]) Nachrichtenblatt des Reichswanderungsamtes I (1919) S. 9.

[3]) Vgl. Der Auswanderer I (1919) Nr. 1 u. 2; W. Schmidt-Klugkist und Chr. Grotewold, Argentinien I, geographisch-geschichtlicher Teil, Hannover 1919; Auslandswegweiser, herausgegeben von der Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstituts (Wirtschaftsarchiv) und dem Ibero-amerikanischen Institut I, Bd. Argentinien, von B. Stichel, Hamburg 1919.

[4]) Der Auswanderer I (1919) Nr. 15.

[5]) Der Auswanderer I (1919) Nr. 13 u. 14.

[6]) Der Auswanderer I (1919) Nr. 4.

[7]) Die kürzlich durch die Presse verbreitete Meldung, China gewährte den Deutschen wieder freien Zuzug, ist mit großem Mißtrauen aufzunehmen.

schwierigkeiten, fürchten zudem deutsche Ueberflutung und Ueberschwemmung mit deutschem Gelde wie unerwünschte politische Agitatoren.

Von den uns naheliegenden nordischen Ländern bietet Dänemark zur Zeit schlechte Aussichten für junge Deutsche (Kaufleute, Kontorpersonal, Ingenieure, Techniker, Fabrikhandwerker, die eine Stelle als Vorarbeiter oder Werkmeister bekleiden können usw.). Die Regierung verweigert die Einreiseerlaubnis, da im eigenen Lande genug der stellenlosen jungen Leute, anderseits der Wohnungen zu wenig sind. In Schweden herrscht infolge Stilliegens vieler industrieller Anlagen, infolge mangelnden Rohmaterials usw. ohnehin Ueberangebot an heimischen Arbeitern. Die Regierung erteilt Einreiseerlaubnis nur dem, der festen Anstellungsnachweis erbringen kann; ähnlich liegen die Verhältnisse in Norwegen, wenn auch hier Arbeitsmöglichkeit (in Sägemühlen, Gruben und Bergwerken, in Textilindustrie, Bauunternehmung usw.) sich reichlicher findet. Finnland dürfte sowohl wegen der politischen Verhältnisse wie der Lebensmittelknappheit halber kaum in Betracht kommen für Auswanderung. Hiegegen bieten sich günstigere Aussichten in Rußland und Sibirien, vorausgesetzt, daß das dortige Chaos mit den bolschewistischen Kämpfern überwunden und die brennende Frage der Landaufteilung, die in erster Linie zugunsten der einheimischen Bauern gelöst werden muß, einigermaßen befriedigend geregelt und damit wieder Ruhe und Ordnung einkehren kann. Aufgabe unserer Reichsleitung muß es bleiben, in Anknüpfung an die Politik Bismarcks mit Rußland wieder in freundliches Verhältnis zu kommen. Das lange Verweilen der beiderseitigen Kriegsgefangenen in den betreffenden Ländern mag zur Anbahnung friedlichen Verstehens der beiden Völker gewiß manches beigetragen haben.

So dürften der nähere Osten und Südamerika die günstigsten Aussichten für Massenauswanderung Deutscher bieten, zumal wenn der Friede endlich einmal ratifiziert worden. In beiden Ländergruppen wäre auch in den dort seit langem bestehenden deutschen Kolonien mit deutscher Kirche, Schule, Vereinen usw. die beste Möglichkeit gegeben zu leichterem und rascherem Einleben in die völlig neue Umgebung.

Eine der wichtigsten Forderungen muß ja für unsere Auswanderer bleiben, auch in der fernen neuen Heimat das alte Mutterland nicht zu vergessen, sich auch draußen als Deutsche zu fühlen. Wie wenig dies bislang bei den meisten Auslandsdeutschen der Fall gewesen, weiß jeder, der in der Ferne mit offenem Auge geweilt, oder jetzt in gewissen „Auswanderer-Versammlungen" so manches unverhüllt offene Wort Auslandsdeutscher vernimmt. Da bedürfte es noch gewaltiger Erziehungsarbeit, um den deutschen Charakter von dem fast angeborenen Mangel an Nationalgefühl, zu schweigen von Nationalstolz, zu befreien. Vielleicht läßt sich jetzt trotz der Ungunst der Zeiten bei einigem Optimismus Besseres erhoffen, zumal bei geschlossenen Siedlungskolonien. Eine der wichtigsten Forderungen, die das Auswanderungsproblem stellt, bleibt die Erhaltung der deutschen Volksart. Die Gefahr ist nicht gering, daß eigene Stammesbrüder in die Ferne ziehen, landfremdes Volk hingegen aus dem Osten einwandernd unser Land überschwemmt und durch Ankauf sich dauernd festsetzt. Im Interesse der Erhaltung unserer Eigenart möchten wir da gar manchem Bauern stärkeres Rückgrat wünschen, wenn auch die angebotene Summe noch so verlockend wirkt und seinen gesunden Charakter verderben will.

Im Interesse der Erhaltung des angestammten Glaubenslebens bleibt dringend zu wünschen, daß auch katholische Geistliche nicht bloß dem Auswanderungsproblem ein wachsames Auge bewahren, vielmehr mit den Auswanderern in die neue ferne Heimat ziehen. Gerade die süddeutschen Diözesen vermöchten gewiß einige ihrer Kräfte freizugeben, ohne deshalb einem Priestermangel zu verfallen. Der Vergleich mit anderen Diözesen und Ländern lehrt, daß nicht auf allen kleinen Dörfern und Märkten neben dem Pfarrer noch Benefiziaten und Kooperatoren nötig sind, mögen sie vielleicht auch noch so wünschenswert sein. Wird in der Zukunft infolge der Entwicklung der Verhältnisse der Geistliche seltner, dann wird er ähnlich dem Arzte auch wieder geschätzter. In Ueberseе oder Rußland und Sibirien würden die mitauswandernden Geistlichen nicht bloß ein weites Arbeitsgebiet, gewiß auch freudigsten Dank der Kolonisten finden.

Das Reichswanderungsamt sucht durch die nunmehr über das Reich verteilten Zweigstellen (in München beim Ministerium des Innern, Salvatorstr. 19) all die Auswanderungslustigen sachgemäß zu beraten mit Zuziehung von verläßlichen Persönlichkeiten, die in den betreffenden Ländern jahrelang gelebt. Außer den früher[8]) bereits erwähnten katholischen Organisationen (Raphaelverein,[9]) Caritasverein, Reichsverband für kath. Auslandsdeutsche, Vorsitzender Kurat Graf Galen, Berlin) vermöchten bisher vor allem auch die in den einzelnen Ländern seit Jahren segensreich wirkenden Missionsgesellschaften wertvolle Dienste leisten.

Im Namen der Freiheit.

Zeitgemäße Rückblicke auf die erste französische Revolution.

Von Theodor von Sosnosky.

II. Mehr Geld!

Die Auslagen, in die sich die Revolutionsregierung um der Brotfrage willen stürzte, hätten allein schon genügt, selbst in einen geordneten Staatshaushalt Unordnung zu bringen, geschweige denn in einen so zerrütteten, wie es der Frankreichs war. Sie waren aber bei weitem nicht die einzigen; es gliederte sich ihnen vielmehr eine ganze Kette anderer außerordentlicher Ausgaben und Ausfälle an, die sich wie eine Riesenschlange um den Leib des französischen Staatskörpers wand, seinen Atem beklemmte, seine Bewegungsfreiheit behinderte und ihn völlig zu ersticken drohte.

Einen drückenden Ausgabenposten bildete die Versorgung der erwerbslosen Arbeiter, die in öffentlichen Werkstätten beschäftigt und mit 2 Livres für den Tag entlohnt wurden. Da deren Zahl von ursprünglich 12000 binnen weniger als zwei Jahren auf 31000 Köpfe anwuchs, bedeutete ihre Versorgung eine tägliche Ausgabe von mehr als 60000 Livres, also 1800000 im Monat und über 20 Millionen im Jahre.[1])

Hiezu kamen noch die durch den Krieg mit Oesterreich und Preußen bedingten Aufwendungen, die im ersten Halbjahre 1793 monatlich 140 bis 190 Millionen, im zweiten Halbjahr sogar gegen 300 Millionen Livres verschlangen.

Diese Mehrbelastung des Staatshaushaltes, an sich schon schwer genug, machte sich umso drückender fühlbar, als zu dem Mehr an Auslagen noch ein Weniger an Einnahmen sich gesellte: dadurch nämlich, daß die Regierung sich unter dem Drucke der Revolution dazu verstand, auf eine ganze Reihe ihrer wichtigsten Einnahmequellen zu verzichten, also an sich selber gewissermaßen ein finanzielles Harikiri zu vollziehen. So schaffte sie schon im Frühjahr 1790 die besonders verhaßte Salzsteuer ab, ferner die Abgaben auf Leder, Oel, Eisen, Stärke, und ein Jahr später alle Verzehrungssteuern, Mautgebühren und sonstigen städtischen Abgaben. Diese Maßnahme verursachte dem Staat einen Ausfall von rund 25 Millionen Livres, der Stadt Paris aber von nahezu 11 Millionen. Um das Maß voll und die Staatskassen noch leerer zu machen, erlitten diese noch eine schwere Einbuße an direkten Steuern, denn die durch die Revolution geschaffenen anarchischen Zustände hatten massenhafte Steuerverweigerungen zur Folge, so daß die gesamten Steuerrückstände seit Ausbruch der Revolution am 1. Februar 1793 schon die ungeheure Höhe von 632 Millionen erreicht hatten.

Unter solchen Umständen war es nur selbstverständlich, daß der Staat in die schwerste Geldnot geriet und ebenso, daß er in seiner Verzweiflung auf alle erdenklichen Mittel nach einem Auswege sann. Das nächstliegende und auch das einzige, das einige Gewähr für die Rettung geboten hätte, wäre gewesen: Ordnung zu schaffen und der Anarchie ein Ende zu bereiten. Just dieses einzige Mittel aber konnte und wollte die Revolutionsregierung nicht anwenden. Sie konnte nicht, weil sie dadurch ihre eigenen Grundsätze verleugnet und Lügen gestraft hätte; sie wollte nicht, weil sie dadurch die Gunst der großen Menge und damit auch ihre Herrschaft eingebüßt hätte. So verfiel sie denn auf ein Mittel, das freilich noch näher lag: sie verlegte

8) Vgl. „Allgemeine Rundschau" 16 (1919) 462.

9) Werthmann, 50 Jahre Raphaelverein und die drohende Auswandererflut im neuen Deutschland. Freiburg 1919. Die einzelnen Sekretariate des Caritasverbandes, die sich für die Aufgaben der Aus-, Rück- und Einwanderungsberatung als Zweigstellen dem Reichswanderungsamt zur Verfügung stellten, siehe im „Auswanderer" I (1919) Nr. 16, ebenda auch die Zweigstellen des Reichswanderungsamtes und die Nebenstellen des Evang. Hauptvereins in Witzenhausen a. d. W.

1) Diese wie die folgenden Daten nach Adolf Schmidt: „Pariser Zustände während der Revolutionszeit", II., S. 96 ff.

sich darauf, Geld zu machen. Schon im Frühjahr 1790, also noch unter der nominellen Regierung des Königs, hatte sie 400 Millionen Kassenscheine, Assignaten genannt, in Umlauf gesetzt; eine Maßnahme, die damals wenigstens noch eine solide Grundlage besaß; denn diese 400 Millionen waren Anweisungen auf die eingezogenen Kirchengüter, deren Wert auf ungefähr 1200 Millionen Livres geschätzt wurde, so daß sie reichlich gedeckt waren. Die Assignaten sollten 5% Zinsen tragen. Allein schon vor ihrer Ausgabe wurde ihr Zinsfuß auf 3% herabgesetzt, und im Herbste desselben Jahres wurden ihre Zinsen ganz aufgehoben, ihre Zahl aber durch Ausgabe von 800 Millionen neuer Scheine verdreifacht. Damit war die Grenze der Deckung durch die Kirchengüter erreicht, und die Regierung erklärte, es dabei bewenden lassen zu wollen.

Dieser löbliche Vorsatz sollte aber bald zu Wasser werden, denn die vorhin erwähnten ungeheuren Ausfälle machten das Geldbedürfnis der Staatskassen immer dringender, und so nahm die Regierung neuerdings zu den Assignaten ihre Zuflucht und ließ immer wieder Papier bedrucken, das Geld bedeuten sollte; Papier ist ja geduldig, und die Gläubiger des Staates waren es nicht minder. So kam es, daß die Summe der ausgegebenen oder hiezu bestimmten Assignaten um die Mitte des Jahres 1792 schon die enorme Zahl von 2400 Millionen erreicht hatte. Allerdings war infolge der herrschenden Geldknappheit auch der Schätzungswert der als Hypothek dienenden Kirchengüter bedeutend gestiegen — Mitte 1792 wurde er mit 2150 Millionen beziffert, aber dieser selbst künstlich hinaufgesteigerte Deckungswert blieb noch um 250 Millionen hinter der Summe der Assignaten zurück. Zudem betrug deren Kurswert nur mehr 60% ihres Nominalwertes, so daß der tatsächliche Wert dieser 2400 Millionen Assignaten nur noch 1440 Millionen betrug. Damit noch nicht genug, war zu jener Zeit der größte Teil der Kirchengüter schon verkauft worden, so daß von den 2150 Millionen dieser hypothekarischen Deckung nur mehr 350 Millionen in Betracht kamen.

Die Assignaten waren aber keineswegs das einzige Mittel, mit dem sich die Revolutionsregierung Geld zu verschaffen suchte, und sie zeigte sich bei der Wahl dieser Mittel nichts weniger als skrupellos. Sie legte allen Vermögenden ungeheure Zwangssteuern auf und nahm alles in Beschlag, wessen immer sie nur habhaft werden konnte: die Besitzungen der Emigranten, die Güter des Malteserordens, das Eigentum der Verurteilten, die Fonds der Wohltätigkeitsanstalten und frommen Stiftungen, das Gold und Silber der Kirchengeräte und der Adelsschlösser, kurz: sie raubte und erpreßte, wie der schlimmste Feind es nicht hätte schlimmer treiben können und wie Frankreich es bis dahin niemals auch nur annähernd erlebt hatte.[2]) Es waren auch gewaltige Summen, die der ewig hungrige Staatsrachen derart verschlang; die Emigrantengüter allein wurden auf 3 Milliarden geschätzt, und mit 400 Millionen wurden die Güter des Malteserordens bewertet; allein auch dieses Raubsystem größten Stils war nicht imstande, die Staatskasse zu füllen, die sich als ein wahres Danaïdenfaß erwies. Das mag ja in Anbetracht der gewaltigen Summen und Werte, die sich die Regierung auf diese Weise angeeignete zuerst unbegreiflich erscheinen; aber der Ausfall der wichtigsten ordentlichen Staatseinkünfte und die wachsenden Kosten des Krieges wogen die eben aufgezählten Zwangsaneignungen mehr als auf. Zudem waren die Emigrantengüter zum größten Teile verschuldet, und die zahlreichen Gläubiger mußten befriedigt werden, was teils aus den Verwaltungserträgen, teils aus dem Erlöse der Güter bestritten wurde. Da ferner jederzeit die Möglichkeit einer Reaktion bestand und damit die Rückstellung all der konfiszierten Besitzungen an deren frühere Herren, so boten die darauf lastenden Hypotheken eine nichts weniger als sichere Deckung. Zu allem Ueberflusse wurden sie schlecht und unredlich verwaltet. Da ferner auch ein großer Teil der erpreßten und geraubten Summen und Wertsachen statt in die Kassen des Staates in die Taschen seiner unredlichen Beamten wanderte, so war die Unzulänglichkeit des staatlichen Raubsystems, näher besehen, keineswegs so unbegreiflich, als es den Anschein hat.

Da demnach auch das staatliche Raubsystem seinen Zweck: die Regierung aus ihren schweren Geldnöten zu befreien, nicht erfüllte, wußte diese sich nicht anders zu helfen als dadurch, daß sie abermals neue Assignaten herstellen ließ. Ihr Gebaren glich darin ganz dem des Morphinisten, der im Banne seiner Manie nicht mehr die Willenskraft besitzt, ihr zu entsagen, und sich, um nicht auf der Stelle zusammenzubrechen und sich eine momentane Erleichterung zu verschaffen, zu immer größeren Dosen des zerrüttenden Giftes greift, wiewohl er ganz gut weiß, daß diese Besserung seines Zustandes nur eine scheinbare ist und daß er dadurch immer hoffnungsloser seinem Untergange zusteuert.

So kam es, daß die Zahl der Assignaten im Juni 1793 schon die unheimliche Summe von 4.320 Millionen betrug.[3])

Dabei hatten sie um diese Zeit nur mehr 40% ihres Nominalwertes, ja im folgenden Monat sank ihr Kurswert sogar auf 33%, also den dritten Teil ihres ursprünglichen Wertes herab.

Daß eine derartige Papiersündflut unter der Bevölkerung Mißtrauen und Beunruhigung hervorrufen mußte, war nur selbstverständlich; und nicht minder, daß jedermann ängstlich darauf bedacht war, nicht nur sein bares Geld zu behalten, sondern möglichst viel davon gegen Assignaten einzutauschen. So verschwand das Bargeld zumal das Gold, immer mehr aus dem Verkehr und verkroch sich in Strümpfe, Töpfe und sonstige Schlupfwinkel, in denen es die Regierung nicht finden sollte. Anderseits wieder wollten die Kaufleute und Produzenten aus demselben Grund ihre Waren wieder womöglich nur gegen Bargeld hergeben. Bloß den noch unter dem königlichen Regiment hergestellten Assignaten brachte das Publikum bezeichnender Weise mehr Vertrauen entgegen.

„Wie kann", ruft Taine, „unter solchen Umständen von Unternehmungslust die Rede sein? Wer wird waghalsig genug sein, sich in Unternehmungen einzulassen, die viel Kapital erfordern und dabei aussichtslos sind? Wer wird sich dabei noch getrauen, langen Kredit zu geben? ... Angesichts der begründeten Befürchtung — die allmählich zu steigender Gewißheit wird — spät und nur teilweise oder auch gar nicht auf die Kosten zu kommen, wird sicherlich kein Fabrikant produzieren, kein Großhändler liefern, kein bemittelter Landwirt bauen, ameliorieren, entwässern, Teiche anlegen oder auch nur das Vorhandene instand halten wollen. Alljährlich stürzt eine große Anzahl bedeutender Firmen zusammen. Nach dem Ruin des Adels, nach der Auswanderung der reichen Ausländer, stocken alle Pariser und Lyoner Luxusgewerbe, die bislang in ganz Europa tonangebend waren: die Erzeugung von feinen Stoffen, kostbaren Möbeln und allerlei Kunstgegenständen und Modeartikeln. Eine allgemeine Zerrüttung greift Platz."

Die Zerrüttung äußerte sich in einem erschreckenden Schwinden aller Bedarfsartikel, ganz besonders aber der Lebensmittel auf den städtischen Märkten, vor allem auf denen von Paris. „Der Spezereihändler hat weniger Seife, Zucker und Kerzen vorrätig, der Feuerungshändler weniger Holz und Kohle, der Schlächter weniger Fleisch, der Viehhändler weniger Ochsen und Schafe, der Bäcker weniger Brot, und in den Markthallen ist weniger Getreide und Mehl zu haben. Da die dringendsten Gebrauchsgegenstände selten sind, kosten sie viel Geld, und da die Nachfrage immer mehr steigt, werden sie immer teurer. Der Reiche macht sich arm, um sie erschwingen zu können, der Arme kann sie überhaupt nicht erschwingen und es bleiben die gebieterischsten Bedürfnisse unbefriedigt."

So riefen die Versuche der Regierung, sich Geld zu verschaffen durch ihre Leichtfertigkeit, Willkür und Brutalität im Wirtschaftsleben Frankreichs eine Lähmung hervor, die allmählich fast alle Betriebe ergriff und stagnieren ließ. Aus dem früher rasch hinflutenden eifrig befahrenen Strome des Handels wurde ein trüber, toter Sumpf, dessen giftige Miasmen jede Unternehmungslust im Keime erstickten und den gesamten wirtschaftlichen Organismus des Staates zersetzten. Hierzu kamen noch die bösen Wirkungen des Krieges: der mit Preußen und Oesterreich lähmte den festländischen, der mit England den überseeischen Handel. Dieser wurde überdies durch den Sklavenaufstand auf Haiti schwer geschädigt.

War vor dem Ausbruche der Revolution eine Reihe schwerer Mißernten die Ursache des so verhängnisvollen Brotmangels gewesen, so trug während ihres Verlaufs nur die verkehrte Wirtschaftspolitik der Revolutionsregierung die Schuld daran. Je mehr „Geld" sie erzeugte, desto weniger wurde das Brot. Sie erreichte demnach durch ihre Maßnahmen just das, was sie durchaus hatte verhindern wollen.

[2]) Taine führt eine ganze Reihe der krassesten Beispiele an. In den Landgemeinden des Bezirks Straßburg allein betrug die Summe dieser Art von „Steuern" 3,196,000 Livres. — Taine, II. Band, 3 Teil, S. 370. „Die Entstehung des modernen Frankreich". Autorisierte deutsche Bearbeitung von Katscher, Leipzig, Abel.

[3]) Anfang 1795 waren bereits 7 1/4 Milliarden, Anfang 1796 etwa 27 1/2 Milliarden und im September 1796 45 1/2 Milliarden Livres im Umlauf. 1795 war der Kurs bereits auf 1/2 Prozent gesunken. D. Red.

Das Universitätsstudium der Württemberger.

Von Dr. Ehrler, Vorstand des Statist. Amtes, Freiburg i. Br.

Der Tübinger Universitätssekretär Albert Rienhardt behandelt in einer gründlichen Arbeit statistisch und gesellschaftswissenschaftlich das Universitätsstudium der Württemberger seit Reichsgründung und in einer Schlußbetrachtung akademische Gegenwartsfragen.[1] Die lehrreiche Untersuchung, welche im deutschen Statistischen Zentralblatt (10. Jahrg. Nr. 4, Juni 1908 Spalte 87/88) eine eingehende Besprechung und die gebührende wissenschaftliche Anerkennung gefunden hat, verdient über Württemberg hinaus Beachtung, da sie methodisch neue Wege geht und interessante Einblicke in die soziale Struktur der Universitätsstudentenschaft und die sie wie die neuzeitliche Zunahme des Universitätsbesuchs im allgemeinen bedingenden äußeren Verhältnisse und geistigen und kulturellen Strömungen gewährt. Ausgehend von dem vielfach empfundenen Mangel einschlägiger Untersuchungen und der ungenügenden Orientierung der Oeffentlichkeit über die höheren Studien, so insbesondere über Angebot und Nachfrage, unternimmt es der Verfasser, nach einer kurzen Darstellung der Entwicklung des Universitätsstudiums in Deutschland, die Studienverhältnisse der Württemberger darzustellen und die Ursachen der außerordentlichen Zunahme der Zahl der Studierenden, wie die Steigerung und die regelmäßigen Schwankungen des Besuchs der einzelnen Fakultäten zu ergründen. Von sämtlichen Württembergern, die 1871 bis 1911 das Universitätsstudium ergriffen haben (insgesamt 9604), erforschte er die **soziale Herkunft**. Er gliedert die Väterberufe in drei Hauptgruppen und in insgesamt 23 Berufskategorien nach sozialen Gesichtspunkten. Die soziale Gliederung ist auch für die einzelnen Fakultäten und Berufe durchgeführt; sie deutet auf tiefere sozialpsychologische Zusammenhänge hin und gibt Einblicke in die sozialen Zustände und Entwicklung der verschiedenen Bevölkerungsklassen. Die akademisch gebildeten Kreise vermögen ihren früheren Anteil am Universitätsstudium nicht zu halten, die begüterten und die unteren Stände sind die Träger des starken Universitätsbesuchs.

Die akademisch gebildeten Kreise Württembergs ergänzen sich zurzeit zu 71.23 % aus Gesellschaftsschichten, in denen akademische Bildung nicht zu Hause ist gegenüber 56.59 % von 1871/76. Der Jungbrunnen der höheren Stände sind die Landwirte, Handwerker, Wirte, Beamten, Lehrer, Unterbeamten, die 56.70 % abgeben gegen 49.71 % vor 40 Jahren. Die Angehörigen der oberen besitzenden Erwerbsschichten der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft erhöhten seit 1876 ihren Anteil von 6,88 auf 14,53 %. Die Söhne der akademisch Gebildeten bevorzugen einzelne Studien, sei es aus Familien- oder Berufstradition, Neigung oder aus gewissem Standesstolz, so namentlich Theologie, Rechtswissenschaft und Medizin; die begüterten Kreise dagegen meiden in auffallendem Grade den Kirchendienst, insbesondere fast ganz den katholischen, und ziehen Medizin und Rechtswissenschaft vor, während die mittleren und unteren Schichten den billigeren und kürzeren Studien (katholische Theologie, Lehramt) zustreben. Der Anteil der Arbeitersöhne am Studium ist verschwindend gering und auch die Söhne der untersten Erwerbsstände (Handwerker, Krämer, Wirte, Bauern) vermögen sich in größerem Umfang daran nur zu beteiligen, wenn die wirtschaftliche Konjunktur ihnen günstig ist; im allgemeinen treten ihre studierenden Nachkommen in starkem Maße in den katholischen Kirchendienst ein.

Im weiteren werden die verschiedenen, die Studienwahl beeinflussenden Umstände erörtert und ferner eingehende Betrachtungen der Vorbildung, dem Lebensalter, der Heimat und den Wanderlust der schwäbischen Studenten gewidmet. Die in Württemberg, wie fast überall, bisher in Dunkel gehüllte Beteiligung der Konfessionen am Universitätsstudium wie an den einzelnen Berufen wird eingehend dargestellt und zu deuten versucht. In der Nutzanwendung tritt der Verfasser u. a. ein für: Hebung und Verbesserung der amtlichen Studienstatistik, Schaffung einer Uebersicht über den Nachwuchs der Berufe und den Bedarf der Gesellschaft, planmäßige Orientierung und Beratung der Allgemeinheit und der Studentenschaft über das gesamte Bildungswesen, Organisation einer akademischen Berufs- und Stipendienberatung. Zur materiellen Förderung der Studentenschaft — Kriegsteilnehmer und mittellose Talente — befürwortet er eine Umgestaltung des veralteten Stipendienwesens, dessen Rückständigkeit nachgewiesen wird.

Das außerordentlich reiche statistische Material im Tabellenwerk ist eine Fundgrube für weitere soziologische, statistische und verwandte Forschungen.

Die Grundlagen der Untersuchung bildeten die Einträge der Studenten in die Tübinger Matrikel, deren Einzelheiten direkt in die Tabellen übertragen wurden. Die Landes- und Personenkenntnis des Verfassers war namentlich der Durchführung der gründlichen sozialen Gliederung förderlich. Die gediegene Arbeit verdient Anerkennung und Nachahmung.

[1] Verlag von J. C. B. Mohr, Tübingen, VI und 122 Seiten, Großquart, 6 Mk.

Wie man in Amerika den Luxus besteuert!

Von Fritz Hansen, Berlin.

In der Steuergesetzgebung aller demokratisch regierten Länder bestand bisher die Auffassung (die fast zu einem stillschweigenden Dogma wurde), daß indirekte Steuern höchst undemokratisch sind. Es scheint jedoch, daß unter den heutigen Verhältnissen dieser Grundsatz in fast keinem Lande mehr aufrecht erhalten werden kann. Früher als die direkten Steuern keinerlei Druck auf die wohlhabende Bevölkerung ausübten, war es unzweifelhaft am Platze, die Bürde nicht in Form indirekter Verbrauchssteuern auf die schlecht gestellte Arbeiterbevölkerung zu legen. Aber heutigentages, da die Arbeiter zu einer Lebenshaltung gekommen sind, die wohl einen Beitrag an den Staat erlaubt, und da außerdem die direkten Steuern eine solche Höhe erreicht haben, daß sie nicht nur ein ernstes Hindernis für das Ersparen von Geld sind, sondern auch eine drohende Gefahr für zukünftige Initiative und die Lust, etwas zu riskieren; jetzt muß man zusehen, wie man eine Steuerform herausfindet, die nicht zu drückend für den Unbemittelten ist, der Staatskasse Gelder zuführt und — was nicht unwichtig ist — in einfacher und praktischer Weise durchführbar ist.

Eine solche milde und gerechte Form der indirekten Steuern hat man in den demokratischen Vereinigten Staaten praktisch erprobt. Die Steuer, um die es sich handelt, ist eine 10 prozentige Abgabe an den Staat, die alles erfaßt, was nach Luxus und Ueberfluß aussieht. Geht ein Amerikaner ins Theater, zum Fußballwettkampf, zum Konzert oder ins Kino, ißt er Eiscrème für 10 Cents, fährt er mit dem Expreßelevator zur 60. Etage hinauf, um die Aussicht vom Woolworthbuilding über Neuyork zu genießen, trinkt er 5 o'clock Tea in einem eleganten Hotel usw. usw., überall muß er seine 10 % entrichten. Geht er dagegen in ein Restaurant und ißt ein bürgerliches Mittagsmahl, entgeht er der Steuer. Aber sobald die Rechnung eine gewisse Höhe übersteigt, muß er sofort seine 10 % entrichten. Kauft man in einem Geschäft ein Paar notwendige aber einfache Stiefel, ein einfaches Kleidungsstück oder schlichtes Unterzeug, so denkt niemand daran, irgendwelche Abgabe zu verlangen. Aber putzt man sich mit eleganten Schnabelschuhen (die allerletzte Mode), muß das Kleid aus den feinsten und teuersten Stoffen sein, muß man Seide innen und außen haben, was ist da natürlicher, als daß der Staat auch einen kleinen Teil des Ueberflusses einstreicht?

Diese Steuer, die praktisch auf die einfache Weise entrichtet wird, daß man eine Marke, die einer gewöhnlichen Postmarke gleicht und im Betrage von 1 Cent an aufwärts zu haben ist, auf Theaterbillette, Restaurant- und Geschäftsrechnungen und — wo keine Rechnung ausgeschrieben wird, auf die Ware selbst klebt. Niemand fühlt sich dadurch beschwert. Kann man eine gerechtere und demokratischere Art der Besteuerung finden? Eiskremsoda, Fünfuhrtee und Schnabelschuhe sind ja doch schließlich die Lebensgüter, die man entbehren kann, und wenn eine so praktische und vernünftige Steuer zu aller Zufriedenheit in Amerika existiert, warum sollten wir uns nicht ebenso praktisch zeigen und unsere Luxussteuer auch auf diese Weise entrichten statt auf die alte unpraktische und oft ungerechte Art?

Kreuz und quer Gedanken.

Von Friedrich Koch-Breuberg, Neuburg a. d. D.

Isar-Athen besitzt kein Ghetto, aber es scheint zum Ghetto zu werden. Seit 1803 die unsinnige Säkularisation, die Seligmänner baronisierte, seit das Kupferdach des Klosters Tegernsee in Judenhände überging, lastet ein Fluch auf mir, sagte ein abgehärmtes, zerlumptes Weib, das sich bei Sumego einen Imbiß erbettelte. — Zufällig hatte sich die Wahrheit in gleicher Absicht schon früher eingefunden. Zufällig eigentlich nicht, denn nach Arthur Schopenhauer gibt es keinen Zufall. Die Wahrheit wollte wohl der verkommenen Alten, wie man so sagt, die Leviten lesen und so warf sie ein: Kupferdächer damals — die Kirchenglocken von heutzutage verkünden noch ganz andere Dinge. Auch du wachtest nicht über dein Volk. Hast du je etwas gegen die Vergrößerung Schwabings unternommen? Warum bist du nicht vom Postament herabgestürzt, als zu deinen Füßen betörte Menschen den Verführern aus fremdem Stamme lauschten? Warum freutest du dich, als der Menschenmordmaschinist und Riesenkapitalist Krupp dir Arbeiter sandte, die er gerne los war? Dergleichen könnte ich dir tausendfach vorwerfen.

Ach! seufzte Bavaria und dann: Seit Ludwig I. mich gießen ließ, gings abwärts. Man hätte mir keinen hohlen Kopf gießen sollen! Schon unter Max II. nisteten sich die Nordlichter ein. Freilich warnte mich Karl von Zander, der vergessen im St. Petersfriedhofe zu Salzburg liegt, es warnte mich Dr. Sigl in seiner Art. Wie sollte ich das ernst nehmen? Haben nicht die schöngescheitelten Minister vornehm dagegen gesprochen? Sollte ich Hausknechtsfrau werden? Damals war man ja noch nicht demokratisiert!

Entschuldige dich nicht, entgegnete die Wahrheit schroff und mit erhobener Stimme: Warum brüllst du jetzt nicht: Bayern, Hannoveraner, Rheinländer, Württemberger, Badener, Sachsen, Thüringer heraus!

Nieder mit den slawischen Wenden! Schlägt vielleicht Germanias Herz
in dem Pfuhle Berlin! Was ist aus der Grundung des Askaniers
geworden? Eine Erzjudenstadt mit den Kriegseinkaufstellen! Dort
prassen sie und vergeuden Geld in Spielhöhlen! Ceterum censeo!
Halte ein, Grausame! Wem sollte ich zurufen? Ist dir in den
Straßen Isar-Athens schon ein Regensburger Andreas Hofer begegnet?
Statt des Schmieds von Kochel mit der großen Sense sammelt Ahasver
Daitsche im Bayernland. Geheime Vampyre saugen den Ministern jede
Energie aus dem Rückgrat. Sprachen manche Abgeordnete in Weimar
nicht wieder zum Fenster hinaus — besorgt um ihre Wiederwahl? Ist
es durch diese Tribunen vielleicht billiger geworden? Wird die Jugend
nicht absichtlich demoralisiert?

Erschöpft ließ sich Bavaria auf einen Stuhl nieder, doch die
Wahrheit empfand kein Mitleid und fuhr fort: Ja — die Kinos —
die Theater! Der Film Ludwig II.! Gemeinheit ersten Ranges! Das
waren noch gute Zeiten, als Herr von Possart als Mohr und Komtur
des Kronordens zugleich auf der Bühne umherhüpfte. Man sagt, er
habe nur einmal im Leben gezittert — das war, als er vernahm, der
persönliche Adel Bayerns sei abgeschafft. Und seine sonstigen Orden!
O — ein Jammer! Hat er nicht bei Beginn des Krieges seine russische
goldene Medaille zerschnitten, ehe er sie wie die Berlinerin einst ihr
Haar auf dem Altar des Vaterlandes niederlegte? Und verfaßte er
nicht 1916 das herrlichste Kriegslied? Prophetisch begann er zu singen:
Geh — Wilhelm geh! Dann welch ein Reim: Und wenn es abends
wird finster, sei kühn und geh' bis Westminster!
Frau Bavaria rang nach Atem. Endlich vermochte sie es hervor-
zubringen: Ach — unter von Possart war das Nackte noch im Trikot!
Dann kam Baron Speidel, dann kam der Bienenkomponist Freiherr
von und zu Franckenstein, um bei der Asche Frank Wedekinds eine
Thräne zu zerquetschen. Schon damals brüllte Steinrück die erste Rolle
und jetzt schreien sie alle berlinerisch. Schillers faule Aepfel wurden
durch ein Gläschen Kognak ersetzt. Wahrheit sage mir: Wo lebt der
vertonende Freiherr jetzt?

Wie kann ich wissen, wo alle die hohen Herren wohnen? Im
Luitpoldgymnasium war er nicht. Dort waren nur unbedeutende,
ärmliche Leute. Aufsichtsräte und Leute, die Ministerpensionen nebst
Aufsichtsratsgehältern beziehen, hatten sich eine Tarnkappe verschafft —
ähnlich wie die Ephrussi, die Rottschilds und alle dreihundert, so die
Welt jetzt beherrschen. Oft schon sagte ich es, aber wer hätte je mir unan-
genehmen Person geglaubt. Ich habe nicht, wo ich mein Haupt hinlegen
könnte, und — der große Radiergummi ruiniert die Welt noch vollends!
Noch einmal nahm Bavaria das Wort: Einen Sohn besitze ich
doch, der mir gefällt. Gottfried Feder heißt der Mann, der wenigstens
eine neue Idee aussprach.
Nun rief Sumego dazwischen: Habt ihr euch noch nicht satt-
geschwätzt? Glaubt ihr vielleicht, so sei Bayern zu retten? Ihr kommt
mir vor wie die Tochter des Dr. Szeps — jetzt Frau Clemenceau, die
auch mithalf, ihr Vaterland zu zerstören! Seid ihr vielleicht schon
jiddisch?

Da lachte die arme Wahrheit hoheitsvoll, aber die unglückliche
Bavaria sank in sich zusammen und weinte sich zu tot. Scheol aber
öffnete die Pforten für sie.
So geht es, wenn man allerlei Ungeziefer am eigenen Leib
jahrelang umherträgt, ohne es totzudrücken, meinte mitleidlos die
Wahrheit und wankte in die Nacht hinaus.

Vom Büchertisch.

Flugschriften der „Stimmen der Zeit". Je 90 Pf. 10. Heft: **Der
Dekalog, die Grundlage der Kultur.** Von Bernhard Duhr S. J. „Gott
und die sittliche Pflicht" — die unersetzliche Grundlage jedweder wirklichen
Kultur, das ist der Kernpunkt dieses Schriftchens. Als tiefste Ursache des
langsam herangereiften, grundstürzenden Zusammenbruches wird das Ver-
sagen unserer Kultur dargetan, die zu sehr auf äußere Kraftentfaltung
hinauslief und die Seele verkümmern ließ. Eine Aufwärtsentwicklung
wird nur im Rahmen der gottgegebenen Weltordnung möglich sein, was
hier in der Gegenüberstellung der Grundgesetze der Kultur und der Grund-
sätze des Dekalogs gezeigt wird. 11. Heft: **Die Erblichkeitsforschung und
die Wiedergeburt von Familie und Volk.** Von Hermann Mucker-
mann S. J. Die kleine Schrift gibt einen Ueberblick über die Erblich-
keitsforschung des Menschen und ihre Ergebnisse, sowie die sich daraus
ergebenden praktischen Forderungen. Soweit diese den Staat betreffen,
ist nachdrücklich hervorgehoben, daß weder Eheverbote, noch weniger Ein-
griffe in Einheit und Unauflöslichkeit der Ehe zum Ziele führen; es muß
vielmehr eine Besserung der Wohn- und Siedelungsverhältnisse, eine ge-
sunde Ordnung des Erbrechtes und der Steuerverteilung erstrebt werden.
Heft 12: **Die soziale Revolution.** Von Konstantin Noppel S. J. Einer
ungeschminkten Klarlegung der Gründe der im Anschluß an die politische
Revolution ausgelösten sozialen Umwälzung reiht sich eine Beleuchtung
des dabei wirksamen Verhängnisses ihrer Macher an, die wohl „ein Bau-
programm, aber keinen Bauplan" hatten. Für den auf den Trümmern
notwendig gewordenen Neubau der Wirtschaftsordnung werden die
Grundzüge der christlichen Sozialpolitik erörtert, die für die schwerwiegen-
den Gegenwartsfragen auf sozialem Gebiete gangbare Wege weist.

O. Heinz.

Dr. **Maria Maresch: Elisabeth, Landgräfin von Thüringen.** Ein
altes deutsches Heiligenleben im Lichte der neueren geschichtlichen Forschung.
Mit 8 Abbildungen. M.Gladbach, Volksvereins-Verlag. Preis
geb. 4.80 M. — Ein neues Buch über ein altes Thema, und zwar ein
Buch, das als von ersichtlicher Selbständigkeit der grundlegenden Auf-
fassung und der feinsinnigen Durchführung sowie durch individuellen Reiz
der Darstellung tief eindringlich wirkt. Der Inhalt gliedert sich nach der
für unsere neuzeitliche soziale Frauenbewegung wichtigen „Einleitung:
Gegenwartswerte des Elisabethenlebens", in sieben Hauptteile: 1. Historische
Zeitlage, 2. Jugend und Ehe der hl. Elisabeth, 3. Elisabeths Leben nach
Ludwigs Tode, 4. Heiligsprechung, 5. Lebensstufen der Heiligen, 6. Quellen
des Elisabethenlebens, 7. Anhang: Zur äußeren Politik Ludwigs IV. Den
ersten Teil hätte ich zusammengedrängter gewünscht. Der zweite und
dritte ist nicht zuletzt von hohem psychologischem Reiz, indem er, auf
Grund reicher sachlicher Forschung und scharfen eigenpersönlichen Innen-
blicks in alle Zusammenhänge der Entwicklung und der verborgensten
Seelenvorgänge dieser wunderbaren Frauen- und Heiligengestalt einzu-
dringen sucht. Und zwar mit Erfolg, das sei unterstrichen. Von be-
sonderem Gewicht ist auch der fünfte Teil. Bemerkt sei, daß durch dessen
zweites Kapitel, wie auch schon vorher während der Gesamtdarstellung,
auf Konrad von Marburg ein besonders mildernd-erhellendes Licht fällt.
Durch die Art des an sich zu großer Klarheit verhelfenden Aufbaues
wurde mehrfache Wiederholung bedingt, gegen die wir uns nicht zu sehr
sträuben sollten. Denn schließlich: Guten Bekannten begegnet man
immer gern. Das wertvolle, auch geschmackvoll ausgestattete Werk ver-
dient einen Ehrenplatz in unseren zahlreichen einschlägigen Büchereien.

E. M. Hamann.

Die Kunst dem Volke.

Die unter dem obigen Gesamtnamen bekannte, von der Münchener „All
gemeinen Vereinigung für christliche Kunst" herausgegebene Reihe von
Einzelschriften erscheint bereits im 10. Jahrgang. Tapfer hält sie sich auf-
recht gegenüber den Widerwärtigkeiten der Zeit und darf mit Genugtuung
feststellen, daß ihr Bestehen und jede ihrer Gaben von weitesten Kreisen mit
Beifall begrüßt werden. Friedliche Hefte sind es, voll Schönheit und Klar-
heit, und dennoch Kampfschriften, denn sie sind bestimmt zum Streite
gegen schlechte Literatur und Afterkunst. Sie wollen den Blick des Volkes
auf Höchstes und Edelstes richten, Geschmack und Gefühl vom Niedrigen
entwöhnen. Eine harte Aufgabe, die in der Zeit der grob unsittlichen
Schaufenster, der verrohenden, geisttötenden Kinopest und der plumpsten
Schundbücher insbesondere auch unter dem Gesichtspunkte der Jugend-
fürsorge zu den dringlichsten gehört. Der erziehliche Wert dieser
Schriften beruht zu einem wesentlichsten Teile auf dem christlichen
Geiste, der sie erfüllt, sowie in vergangenen Zeiten die Kunst untrenn-
bar mit ihm verbunden war, ihm ihre Hoheit und sittigende Kraft
verdankte. Deswegen aber sind keineswegs alle Hefte der „Kunst dem
Volke" der religiösen Kunst gewidmet; viele betrachten auch bedeutsame
Erscheinungen der profanen. Das 36. behandelt die frische, lebensechte
Genrekunst des Ludwig Knaus, das 37. den Niederländer Frans Hals, dessen
Art in wichtigen Beziehungen den modernsten Auffassungen verwandt ist.
Das Frans Hals-Heft steht, was den Text wie die Ausstattung betrifft, keinem
seiner Vorgänger nach. Den ersteren schrieb mit wissenschaftlicher Gründ-
lichkeit und in klarer, geschmackvoller Form der Kunsthistoriker Dr. Walter
Rothes. Eine Einleitung vom Wesen der holländischen Malerei liefert
die Grundlage für seine Betrachtungen, die über den Rahmen der
Einzelbiographie hinaus, auch einer Anzahl von zum Teil äußerst ver-
dienstvollen Nachfolgern des Hals gelten, so dem Dirk Hals (des Meisters
Bruder), dem Thomas de Keyser, dem Bartholomäus van der Helst,
dem Mierevelt u. a. Die Genre- wie die Bildnismalerei jener Glanz-
zeit der Niederlande tritt in den Rothesschen Darlegungen, die von
50 vorzüglichen Abbildungen begleitet sind, lebendig und fesselnd vor
unseren Blick. Nicht minder wertvoll ist die von W. Zills geschriebene
Monographie über Knaus. Gerade diese beiden sehr interessanten
Hefte helfen beweisen, daß neben der Kunst älterer Zeiten in diesen
Monographien auch die der Gegenwart zu ihrem Rechte gelangt. Ebenso
wenig einseitig ist die „Kunst dem Volke" in bezug auf ihre Gegen-
standskreise. Malerei überwiegt erheblich und wird besonders gern im
Rahmen von Künstlerbiographien betrachtet. Aber auch die Bildnerei
und noch mehr die Baukunst werden berücksichtigt. So galt eine der
letzten Darbietungen (Heft 33—34) den herrlichen Bauten des Bayern-
königs Ludwig I., frühere Hefte den Domen von Bamberg, Mainz und
Worms, auch der deutschen Burg. Von den Malereiheften seien noch
erwähnt die über A. Van Dyck, Rubens, Velasquez, Murillo, die alt-
schwäbische und altkölnische Malerschule, über Fra Angelico, Ghir-
landajo, Dürer, Holbein, Führich, Steinle, Cornelius, Spitzweg, Schwind,
Richter usf. Binnen kurzem wird zum ersten Male eine Sondernummer
erscheinen, auf die schon jetzt aufmerksam gemacht werden darf. Sie
behandelt Leben und Wirken des Matthias Grünewald, des unver-
gleichlichen Meisters des Isenheimer Altars. Den wissenschaftlich sehr
beachtenswerten Text schrieb Dr. Joh. Damrich. Das Heft bringt
außer 19 schwarz-weißen Bildern die sämtlichen gemalten Teile des
Isenheimer Altars in ausgezeichneten farbigen Nachbildungen. —
Mit besonderer Freude ist das 38. Heft zu begrüßen, in welchem
P. J. Kreitmaier die „Weihnachtskrippe" behandelt. Text und Bilder
sind gleich erfreulich, das Heft eine rechte Gabe für die deutsche Fami-
lie, die deutsche Jugend, welcher der schöne alte Brauch des Krippen-
baues wieder lieb gemacht werden soll. — So bildet die „Kunst dem
Volke" einen Schatz größter Schönheit, eine Quelle edelster Unter-
haltung und Belehrung.

Dr. O. Doering.

Bühnen- und Musikrundschau.

Nationaltheater. „Die Frau ohne Schatten". Richard Strauß hat sich in den Kriegsjahren, um mit Goethe zu reden, von den Welthändeln abgewendet, in der bunten Märchenwelt des fernen Ostens Vergessenheit gesucht und nun, da wir alle das Bedürfnis haben, auf der Bühne den rauhen Tatsachen des Lebens zu entfliehen, bietet er uns die Früchte seines Genius, die erste Märchenoper, die er geschaffen hat. Es war stets ein wundersames Zusammentreffen, von dem, was Rich. Strauß bot und dem, was halb unbewußt in der Neigung der Zeit gelegen ist. Die Operndichtung schrieb ihm wieder sein treuer Textdichter Hofmannsthal. Er hat das Märchen frei erfunden, aber bei der großen Belesenheit dieses Aestheten ist es nur natürlich, daß Märchenmotive aus Indien und China sowohl, wie von den Gebrüdern Grimm, sich hier in west-östlicher Mischung vereinen. Die Handlung ist voll von Symbolen, die sich meist geistreich deuten lassen, aber sie tragen dazu bei, die Fabel undurchsichtig erscheinen zu lassen, und ich kann mir wohl denken, daß jemand, der ohne Studium des Textbuches im Theater sitzt, den Vorgängen gegenüber ganz ratlos bleibt und schließlich nichts anderes tun kann, als sich an dem oft hinreißenden Klangzauber der Musik begnügen zu lassen. Ich saß, wie dies selbstverständlich ist, wohl vorbereitet im Theater, aber ich muß sagen, daß ich immer noch bei dem einen oder anderen Umstand im Zweifel bin, welche Auffassung Strauß uns als die richtige geben möchte. Nun ist ja freilich nach Goethe in jeder Dichtung ein Rest „inkommensurabel", und gerade in der neuesten Zeit machen unsere Dichter von dieser Erlaubnis des Altmeisters besonders reichlichen Gebrauch. Der Schatten ist das Symbol der Fruchtbarkeit. Die Kaiserin, halb Menschentochter, halb aus Undinens Geschlecht, fühlt sich nicht Mutter. Mit Unterstützung ihrer Amme, einer dämonischen Gestalt, will sie sich von einem irdischen Weibe einen Schatten kaufen, denn sonst muß der Kaiser versteinen. Die beiden gelangen zur Frau eines Färbers, die zwar einen Schatten besitzt, aber auch kinderlos ist. Da doch der Schatten das Symbol der Fruchtbarkeit sein soll, so scheint uns hier ein Widerspruch zu liegen, allein wir sind ja im Märchen und wollen keine Logik treiben. Die Färberin verkauft ihren Schatten. Allein da der Färber seine Frau töten will, erwacht in der Kaiserin das Mitleid, sie will nicht ihr Glück mit dem Unglück einer anderen erkaufen. Durch das in ihr erwachte Mitleid ist sie völlig Mensch geworden und durch Prüfungen und Läuterungen gelangen beide Paare zu reinem Menschentum. Ueber allem Zauber Liebe! Man hat auch die Zauberflöte zum Vergleich herangezogen, und Strauß selbst hat den Vergleich nicht abgewiesen. Nun fällt freilich, wenn man den Text des resoluten Theatermannes Schikaneder mit dem des vornehmen kultivierten Herrn von Hofmannsthal vergleicht, der Preis durchaus nicht in allen Dingen dem heutigen Wiener Dichter zu. Die Handlung hat zwar starke theatralische (wenn auch nicht gerade dramatische) Momente, aber die Gestalten kommen uns nicht recht nahe. Wir fürchten nicht für einen Märchenkaiser, dem durch Geister-Gebot Versteinung droht, und wir fühlen auch nicht recht mit des Färbers Frau, die ihren Schatten verhandelt. Wir bedauern, daß es uns nicht gegeben ist, mit diesen Gestalten zu fühlen, denn wir sind sicher, die Musik, die wir bewundern, würde uns hinreißen, würde die Handlung unmittelbarer zu uns sprechen. Strauß ist von dem kleinen Orchester der Ariadne wieder zu einem Riesininstrumentalkörper zurückgekommen, dem er diesmal als Neuheit eine Glasharmonika eingereiht hat. Ganz wundervoll im Aufbau und oft von berückendem Klangreiz sind die symphonischen Intermezzi und Vorspiele. In der Behandlung der Singstimme hat Strauß sich einer größeren Sangbarkeit zugewendet, wenn er auch die Schwierigkeiten enorm häuft, selbst von den Chören, die unter der Leitung des Chordirektors Rau auf das sublimste abgestimmt waren, fast unmögliches verlangt. Zahlreich oft sehr reizvoll in der Erfindung und geistreich verknüpft sind die Leitmotive, anderseits schlagen Arien und Duette von süßem Melos die Brücke zur Oper älteren Stiles. Wolf und Delia Reinhardt als Kaiserpaar, Schipper und Margot Leander, die an Kraft und Wärme des Tones sich in der letzten Zeit sehr schön entwickelt hat, boten verschwenderisch von der Fülle ihrer schönen Stimmen. Daß Zdenka Faßbender die dämonische Amme mit der ihr eigenen großen Charakterisierungskraft gestaltete, kann man sich vorstellen. Auch aus Tonmalereien weiß das Orchester starke Wirkungen zu ziehen. Bruno Walter meisterte es spielend, wie überhaupt die ganze Aufführung den Genießenden nichts von der Unsumme von Arbeit ahnen läßt, die in diesem komplizierten Werke steckt. Die Gesamtausstattung ist von Anton Roller (Wien) entworfen. Die Bühnenbilder suchen weniger die glitzernde Pracht des Orients zu bieten; sie legen ihr Hauptgewicht auf das Geheimnisvolle einer Stimmung, in der Märchenwunder zur Wahrheit werden. Richard Strauß, der zu den Proben in seiner Vaterstadt geweilt hatte, war durch Konzertverpflichtungen genötigt, vor Eintreten der Bahnsperre abzureisen. Man kann dem Tondichter eine besonders nach dem zweiten und dritten Akte sehr herzliche Aufnahme melden; wir glauben, daß bei größerer Vertrautheit mit dem Stoffe der Erfolg der Strauß'schen Musik noch größer werden wird. Ist doch manche Weise von einer eingängigen Schlichtheit, wenn wir sie des schimmernden Prunkgewandes der orchestralen Einkleidung berauben würden. Nach dem ersten Akte wurden einige Zischlaute gehört. Möglich, daß ein paar Leute des neuen Reichtums sich bei den gesteigerten Preisen etwas anderes erwartet hatten, vielleicht glaubten Pfitznerianer gegen die Straußianer etwas unternehmen zu sollen; jedenfalls war es Mangel an Respekt vor einer großen Leistung.

Schauspielhaus. „Gas", Schauspiel von Georg Kaiser. Dieses Stück hat mich gedanklich schon stark gefesselt, als im vorigen Winter der Dichter selbst es uns vorlas; freilich erschüttert oder nur erwärmt hat es mich damals nicht. Ich konnte hoffen, daß es des Autors harte, modulationsarme Stimme sei, die diese Kühle verbreite, aber die sehr liebevolle, vorbereitete Vorstellung hat an dem Eindruck bei mir Wesentliches nicht zu ändern vermocht. Immer wieder drängt sich bei Gg. Kaiser das Wort auf, das er selbst geprägt hat. „Denkspiel"; nicht darum, weil es in diesem Schauspiel zu wenig zu „schauen" gäbe, aber diese Figuren sind wirklich mehr erdacht als erschaut, und so bleibt ihnen allen etwas Schemenhaftes, wie der symbolische weiße Herr, der Unheil kündend in der Exposition über die Szene huscht. Die Schauspieler gaben — sicherlich nach Regieweisung des Dichters — sich etwas Marionettenhaftes, und in der Bewegung traten oft jene gewollten Eckigkeiten hervor, wie man sie auf den Bildern der neuen Sezession sieht. Ich verkenne die Absicht nicht, es soll uns fühlbar werden, daß uns nicht irgendeine naturalistisch festgelegte Umwelt aufgebaut werden soll, sondern alles Typische wird zusammengetragen und gewissermaßen auf eine Formel reduziert. Die Gestalten haben keinen Namen, sie tragen nur die Bezeichnung ihres Standes; die Mechanisierung der Arbeit hat ihr Vollmenschentum verkümmern lassen. Wir befinden uns in einem Gaswerk von gigantischem Ausmaß, das die halbe Welt mit Betriebskraft versorgt, deren Räder stillstehen müssen, wenn es nicht mehr zu liefern vermöchte. Das Werk wird von einem philanthropen Milliardärsohn geleitet, vermutlich demselben, den wir in Kaisers „Koralle" als Gegner seines Vaters sahen. Er hat nur den Gewinnanteil des einfachen Arbeiters. Höchste Arbeitsanspornung, höchste Bezahlung ist das Geheimnis des gigantischen Erfolges des Unternehmens. Wir erleben, daß eine gewaltige Explosion das Werk in Trümmer legt und Hunderte von Arbeitern unter sich begräbt. Die Schuld wird dem Ingenieur beigemessen. Mit Unrecht, seine Berechnungen sind richtig, niemand kann einen Fehler aufdecken. „Die Formel stimmt und die Formel stimmt nicht." Das Unternehmen war so gewaltig angewachsen, daß ungeahnte Wirkungen eintraten, die der menschlichen Berechnung spotten. Die Arbeiter vermögen dies nicht einzusehen. Für sie ist die Schuldfrage einfach zu beantworten. Der Ingenieur muß fort, so lange ruht die Arbeit. Der Mann soll weg. Mag auch ein anderer sie auf dem Wege zu neuen Explosionen führen, diesen Gedanken vermögen sie nicht zu Ende zu denken, wenn sie nur Rache an dem „Schuldigen" nehmen. Auch die Leiter der ungezählten, von dem Gaswerk abhängigen Fabriken fordern die Entfernung des Mannes, dessen Anwesenheit die Arbeiter zögern läßt, an dem Wiederaufbau zu beginnen; es ist für sie eine Lebensnotwendigkeit, sie sind auch Marionetten der Verhältnisse. Daß die Arbeiter auch vor dem Unglück trotz ihres hohen Verdienstes nicht glücklich waren, zeigen bewegliche Klagen, die in einer Versammlung laut werden. Die rastlose Arbeit hat das Familienleben vernichtet, denn kaum jemals sah die Mutter mehr den Sohn, es sei denn abgearbeitet und stumpf sich nach dem Schlaf sehnend und die Frau den Gatten, die Kinder den Vater. Dabei mußte sich der ganze Mensch opfern für einen sich hundertfach wiederholenden Handgriff, während die übrigen Körper- und Geisteskräfte verkümmern. Dieses Schicksal der Mechanisierung, das übrigens den Geistesarbeiter kaum weniger betroffen hat als den Handarbeiter, wird uns von Arbeitern, Frauen, Mädchen und Müttern variiert, schade, daß das alles klingt wie die Rache eines Agitators, es ist alles mehr temperamentvoll und laut, als aus dem Herzen quellende Leidenschaft. Der Milliardärsohn glaubt ein Heilmittel für alle gefunden zu haben. Die Fabrik soll nicht wieder erbaut werden, sondern die Arbeiter den Boden als freie, glücklich wirkende Ansiedler erhalten. Da opfert sich der Ingenieur. Mag er immer als der Schuldige gelten, wenn nur das Werk neu ersteht, da wählen die Arbeiter statt dem ihnen so verlockend geschilderten freien Bauerntum den Wiederaufbau des Werkes trotz all der Mühen und Gefahren, denn trotz allem sind sie mit ihrer Arbeit verwachsen.

Der Menschenfreund tröstet sich, daß vielleicht in dem Sohne, den seine Tochter gebären wird, der Mann heranwachse, der die Menschheit den Pfad führen wird, den sie heute sich noch zu betreten weigerte. Das Drama fand sehr starken Beifall. Es ist Kaiser ohne Zweifel gelungen, Probleme unserer Zeit dichterisch zu fassen und sie vom politischen Kampf des Alltages abzurücken, so daß kein Anlaß besteht, die Einseitigkeiten und den utopischen Ausklang, die hier schon genugsam angedeutet sind, besonders noch hervorzuheben. Wie auch bereits angedeutet, steckt in dem marionettenhaften symbolische Absicht, dennoch könnte oder müßte in diesen Figuren ein stärkerer Herzschlag fühlbar werden. In fast allen Dramen Gg. Kaisers von den „Bürgern von Calais“ bis zu dieser Tragödie der Industrie sind die Gestalten willig, ihr ganzes Sein für die Allgemeinheit hinzugeben und dennoch klingt aus ihren kargen Worten so wenig der Puls eines starken Gefühls. Hier liegen fraglos die Grenzen dieser Kunst. Hochs Regie und Caesar Kunz's expressionistische Bühnenbilder trafen wohl völlig mit den Absichten des Dichters überein. Die typisierenden Rollen machen dem Schauspieler eine individuelle Färbung unmöglich. Nur im Worte, um nicht zu sagen in der Deklamation geben sie Möglichkeiten der Charakterisierung, die besonders von Dieterle, Gerhard und Scharwenka genützt werden konnten. In dieser Stilisierung liegt immerhin Verarmung der darstellerischen Mittel.

Im Deutschen Theater finden an einigen Nachmittagen Karl May-Aufführungen statt. Der um theaterpädagogische Bestrebungen so verdiente Dr. Hermann Dimmler hat aus „Winnetou“, einer Erzählung des bei der Jugend der letzten 20 Jahre so überschwenglich gefeierten K. May mit geschickter bühnenkundiger Hand ein Schauspiel geschaffen. In sieben Bildern wird eine abwechslungsreiche Handlung voll Indianerromantik geboten. Wie Old Shatterhand durch Kühnheit und List aus den Kämpfen siegreich hervorgeht, durch seine Treue die Freundesliebe Winnetous gewinnt, die nun in brüderlichem Verein ihres Weges ziehen, bis eine feindliche Kugel Winnetous Leben ein Ende setzt. Mit zarter Kunst und mit überzeugenden Farben wird Winnetous allmähliche, sich in der Stunde des Todes vollziehende Wandlung zum Christentum gestaltet und das Verbindende zwischen beiden Rassen dargelegt. Die besonders von unserer Jugend außerordentlich stark besuchte Erstaufführung zeigte, daß es Dimmler gelungen ist, den rechten Ton anzuschlagen, der einem im guten Sinne volkstümlichen Geschmack gemäß ist. Unter den 70 Mitwirkenden befanden sich einige Schauspieler von Rang wie Herbst, Hille, Martini, aber auch das Zusammenspiel und die geschmackvollen Dekorationen verdienten den sehr lebhaften Beifall.

L. G. Oberlaender, München.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Entente-Erpressungen ohne Ende — Englische Bankdiskont-Erhöhung — Kapitalisten-Beunruhigung an der Börse.

Frankreichs unverminderte Rache, gepaart mit der britischen sprichwörtlichen Begehrlichkeit sind — die kleinlichen Ursachen wegen der Nichterfüllung der Waffenstillstandsbedingungen bilden durchsichtiger Weise ja nur den äusseren Anlass — die Beweggründe der neuerlichen Erpressungsforderungen der Entente an unseren ohnehin schon sehr ausgesaugten Wirtschaftskörper! Mit Recht besagt der Hamburger Werftausschuss in einer Kundgebung an die Regierung, dass „durch die verlangte Auslieferung von Schwimmdocks aus den deutschen Werften die letzte Möglichkeit vernichtet würde, eine geregelte Arbeit auch nur im beschränkten Umfang aufrecht zu erhalten.“ Eine jüngst stattgehabte Valutakonferenz mit Ententevertretern und den hauptsächlichsten neutralen Staaten — Deutschland durfte hierbei natürlich nicht mitberaten — scheiterte laut holländischen Berichten angesichts der ablehnenden Haltung der amerikanischen Union. Vielleicht ist man sich im Ententelager noch nicht genügend klar, ob nicht vor der unbedingt notwendigen Hilfe zur Auffrischung des deutschen Wirtschaftslebens nicht doch noch irgendwie oder irgendwo Abzapfungen oder Intriguen am deutschen Wirtschaftskörper vorgenommen werden können. Inzwischen hat die Bank von England ihren Satz von 5% auf 6%, für die meisten Finanzchronisten überraschend, erhöht. Die Basis für eine internationale Geldverteuerung und dadurch Hand in Hand gehend für eine nunmehr hochgeschraubte Verzinsung einer künftigen Ententeanleihe für Deutschland ist jetzt gegeben. Ob der Londoner Kongress gegen die Welthungersnot, wobei — erstmals seit Kriegsausbruch — wiederum deutsche Wissenschaftler und Finanzleute mit britischen und französischen Delegierten am Konferenztisch zusammensassen, praktischen Erfolg hat, namentlich, was eine Beseitigung der Stillegung verschiedener deutscher Industriezweige infolge der Kohlennot und der drückenden Friedensvertragsbedingungen betrifft, muss füglich angezweifelt werden. Dies um so mehr, wenn man sieht, wie Englands Interessenhunger nunmehr in Ungarn, am Baltikum, am Balkan, im linksrheinischen Besatzungsgebiet überall sesshaft ist und wie die Geschichte lehrt, meist dauernd bleibt. Englands „Business“ spricht aus allen seinen Handlungen und lässt daher wenig für andere zu, am wenigsten für seinen, wenn auch gründlich abgetanen Konkurrenten am Weltwirtschaftsmarkt. Man spricht auch deshalb seit langem in deutschen Finanzkreisen, dass der beispiellos neuerdings wiederum verschärfte Kursrückgang unserer Markvaluta in erster Linie auf finanztechnische Eingriffe der Entente mit zurückzuführen ist.

Die sicherlich nicht zu gering einzuschätzenden Folgen der mehrtägigen Unterbrechung des Bahnverkehrs, die dadurch hervorgerufenen Geschäftsstörungen und Hemmnisse anderer Art und die überhand genommenen Betrachtungen der Innenpolitik, namentlich um die Zeit der ersten Wiederkehr der Revolutionstage lösten an den Effektenmärkten, wenn auch keine Tendenzwendung in der seitherigen Haussestimmung aus, immerhin vermehrte sich dadurch die Beunruhigung innerhalb der Kapitalistenkreise. Ungeachtet der starken Kurssteigerungen auf dem Aktiengebiet befindet sich der Anlagemarkt, neuerdingst verstärkt durch „die Kapitalflucht“ anlässlich der neuesten Finanzgesetze, in führerloser Haltung. Namentlich in festverzinslichen Werten: Pfandbriefen, Staatspapieren, hier wiederum Kriegsanleihe, wechseln bei Preisabschlägen erhebliche Effektenposten den Besitzer. Auch die zahlreichen Kapitalerhöhungen von Industrieunternehmungen werden kritisch beurteilt, um so mehr, als neuerdings neben den führenden Berliner Instituten auch die Provinzbanken zu recht ansehnlichen Finanztransaktionen schreiten, um den grossen, an sie herantretenden Geldbedürfnissen rechtzeitig nachkommen zu können. Der fortgesetzte, systematisch betriebene Erwerb des Auslandes — infolge seiner hochwertigen Valuten — an deutschen Industriepapieren, zurzeit zu einem achtel des Friedenspreises, hält an und lässt mit der Zeit eine vollkommene Interessenverschiebung bei solchen Wirtschaftsfaktoren unausbleiblich erscheinen. Lediglich aus diesem Grunde planen die deutschen Reedereien vielfach die Ausgabe von Vorzugsaktien mit doppeltem Stimmrecht.

In einem Gutachten über die Aussichten und Wirkungen eines Abbaues der Weltteuerung hat Professor Dr. Julius Wolf von der Technischen Hochschule Charlottenburg festgestellt, dass auf dem Weltmarkt nur ein „Abbau des Ueberflusses an Zahlungsmitteln gemeinsam mit einer starken Steigerung der Produkte preissinkend wirken kann. Der einzige Weg hierzu ist die Erhöhung der gesamten Produktivität der deutschen Volkswirtschaft“. Eifer, Disziplin, Kraftanspannung bei der Arbeit, so schliesst Dr. Wolf seine interessanten Abhandlungen, sind geeignet durch Vermehrung und Verbilligung der Auslandswaren unserer Valuta den Rücken zu stärken und auf diesem Wege billigere Lebensmitteleinfuhr aus dem Auslande zu ermöglichen. Wenn demnach die jetzt zunehmende Arbeitslust und Arbeitsfreudigkeit, vor allem in der deutschen Schwerindustrie anhält, sind wir einen bedeutenden Schritt nach vorwärts gekommen.

München. M. Weber.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Auf den Aufruf mit Zahlkarte der kath. Stadtmission in Nürnberg, welcher dieser Nummer beiliegt, machen wir die verehrl. Leser ganz besonders aufmerksam.

Jede kathol. Familie

sollte neben einer guten Tageszeitung auch ein Familienblatt gleicher Richtung abonnieren. Wir empfehlen den Lesern der „Allgemeinen Rundschau", mal ein Probeabonnement auf das im 22. Jahrgang erscheinende illustrierte Familienblatt **„Die katholische Welt"** zu bestellen. Jeden Monat erscheint ein reich illustriertes Heft mit vielen schönen Erzählungen **zum Preise von nur 50 Pfg.**

Man kann in jeder Buchhandlung bestellen, ev. wende man sich direkt an den Verlag der

Kongregation der Pallottiner, Limburg an der Lahn.

Darlehen zu 5% geg. Geb. Verf. Absch. gibt Ferd. Reitz, Gen.-Agt., Neu-Isenburg 624

b. 6 Jahre geg. Rat. Zahl. Viele frw. Anerk. Gesch.-Gründ. 1902.

Geld gegen monatliche Rückzahlg. verleiht N. Calderarow, Hamburg 5.

Rechtsanwalt

in süddeutscher Industriestadt, von seiner Kriegserkrankung wieder hergestellt, sucht auf Frühjahr 1920 entsprechende Stellung bei industriellem Unternehmen, Bank, Versicherungsgesellschaft, Vermögensverwaltung u. dergl. Suchender ist 41 Jahre alt, ledig, kath.

Gefl. Angebote an die Geschäftsstelle der „Allg. Rundschau", München, unter **W. 19825** erbeten.

Hadern und Knochen

sortiert und unsortiert.

Strumpfwolle, Neutuch, Zeitungen kauft zu reellen Preisen von Privaten und Händlern, Anstalten, Klöstern usw.

Adolf von der Heiden, München, Baumstr. 4,

Telephon Nr. 22285. — Bahnsendung. München-Süd. Bahnlagernd

Stimmen der Zeit

Katholische Monatschrift für das Geistesleben der Gegenwart. 50. Jahrgang: 1919/1920

Vierteljährlich M. 6.—, Einzelheft M. 2.20 (dazu die im Buchhandel üblichen Zuschläge)

Die Bestellung kann durch die Post oder den Buchhandel erfolgen

Zeitgemäßer Inhalt des neuesten (November-) Heftes:

Zum Jahrestag der Revolution. (M. Pribilla.) **Deutsche Auswanderung u. Auslandsdeutschtum.** (E. Noppel.) **Logos.** (E. Böminghaus.) **George Eliot. Zum 100. Jahrestage ihrer Geburt** (22. November 1819). (A. Stockmann.) **Besprechungen aus der Pädagogik und Musik.**

Umschau: **Die kirchliche Verurteilung der Theosophie.** (O. Zimmermann.) — **Dreigliederung des sozialen Organismus?** (C. Noppel.) — **Harmonien im Heiligenleben.** (A. Pirngruber †.) — **Ein vergessener großer Tondichter.** (J. Kreitmaier.) — **„Dichters Werden."** (A. Stockmann.)

Herdersche Verlagshandlung zu Freiburg im Breisgau

Gesuche

von Erzieherinnen, Hausdamen, Gesellschafterinnen usw.

sind in der „Allgemeinen Rundschau" stets sehr erfolgreich. Ebenfalls haben beste Wirkung alle anderen Arten von kleinen Anzeigen wie noch sonstige Stellengesuche und -Angebote, An- und Verkäufe usw. Auch wer brieflichen Verkehr, Gedankenaustausch usw. wünscht, kann auf zahlreiche Offerten rechnen. Dann sollten die verehrl. Leser in der Rundschau auch sämtliche Familiennachrichten, die sonst in der Regel nur der Tageszeitung zugewiesen werden, erscheinen lassen, zwecks weitester Verbreitung in den gebildeten katholischen Kreisen.

Grosser Missions-Christus Grosse Pietà für Kriegsdenkmal

Osterrieder- München Georgenstr. 113 Weihnachts-Krippen

Kunstgerechte, historische Studien. Abbildungen für Interessenten frei.

Sebastian Osterrieder

akadem. Bildhauer

München, Georgenstrasse 113.

Pastorentabak

Mk. 17.50 pro Pfund

gar. rein überf. u. trocken in 100 g Orig.-Packung fortl. abzugeben. Proben in 15 Pfd.-Paketen gegen Nachn.

Johs. Schirk, Bedburg (Erft).

Gegen Trunksucht.

Ein gutes wirksames Mittel, welches durch viele Dankschreiben empfohlen, ohne Wissen des Trinkers gegeben werden kann, da geruch- und geschmacklos. Frei von schädlichen Bestandteilen. Verlangen Sie Prospekt. Preis per Dosis M 8.—, Doppeldosis M 14.— durch das Generaldepot Apotheker **Frank** staatl. approbiert **Berlin W. 47.**

Dressur

Brieflicher Unterricht!

Wie mache ich meinen Hund scharf u. wachsam 5 Mk.

Wie dressiere ich mein. Hund auf den Mann . . 5 Mk.

Wie mache ich meinen Hund stubenrein . . . . 5 Mk.

Wie lerne ich meinem Hund Gehorsam (Appel) Leinenführigk., Setzen, Ablegen auf Befehl, Kommen auf Ruf u. Pfiff etc. 5 Mk.

Versd. per Nachn. Weitere Lehrbriefe für alle Dressurarten laut Prospekt. Erfolg garantiert! An- u. Verkauf von Hunden.

Dressurlehr-Institut

Berufsdresseur

Allr. Kreizschmar, Ebersbach i. Sa.

Gasthof goldener Löwe.

Musikhaus Jos. Durner

Perlachberg **Augsburg** Carolinenstr.

Fernsprech-Nr. 3978.

Empfehle mein reichhaltiges Lager von einfachsten Schul- bis feinsten Kunstinstrumenten bei solidesten Preisen in: **Violinen, Lauten, Guitarren, Mandolinen, Zithern, Klarinetten, Flöten, Okarinos, Zieh- und Mundharmonikas, Konzertinos, Musikalien und Schulen** für sämtl. Instrumente. — **Saiten,** ff. Qualitäten. **Kästen — Taschen — Etuis.**

Grammophone, Platten, Nadeln.

Preisliste gratis

Aufnahme bei den Schulbrüdern des hl. De La Salle.

Knaben und Jünglinge, die Beruf zum Ordensstande und Neigung haben, in der Jugenderziehung tätig zu sein als Lehrer, Aufseher, Handwerker usw. find. liebevolle Aufnahme bei den Brüdern der Christlichen Schulen.

Anfragen sind zu richten an: Direktor der **Schulbrüder Kirnach-Villingen (Baden)**

(früher Waldernbach-Nassau)

Neuheit! Grösste Erfindung!

100000 in kurzer Zeit verkauft.

Elektrische

Magnet-Taschenlampe

brennt ohne Batterie jahrelang ohne 1 Pfg. Unkosten, durch Zug an der Kette. Einmalige Anschaffung, billigste Lampe der Welt.

Solange noch lieferbar, Preis 25 Mark frko. Nachnahme.

Harcuba & Frackmann, Leipzig-Schleußig 27

Zuckerkranke erhalten **Gratis-Broschüre** über diätlose Kur (nach **Dr. med. Stein-Callenfels) Bonn 10,** Postfach 125

Kath. Student

d. Theol., der durch den Krieg seine besten Freunde verlor und sehr ernst geworden ist, sucht

schriftlichen Gedankenaustausch

über Probleme u. Kämpfe des seelischen Lebens mit gebild., religiös gesinnter und vornehm denkender Dame zwecks Abschluß idealer Freundschaft. Ausführl. Zuschriften unter A. D. 19935 an die Geschäftsstelle der „Allgem. Rundschau", München. Beiderseit. Verschwiegenh. Ehrensache!

Strumpf-Garne

versendet auch an Private.

Proben gegen 40 Pfg. Briefmarken

Erfurter Garnfabrik

Hoflieferant in Erfurt W. 318.

Verlangen Sie Preisliste über

Ahrrotwein
Rheinwein
Moselwein

in besten Qualitäten von

Hermann Schäfer

Weinbau — Weinhandel

Ahrweiler, Rhld.

Radikalmittel zur Ausrottung von Ratten, Mäusen u. sonstigen Nagetieren.

Unschädlich für Menschen, Haustiere, Wild u. Geflügel, kann es in Pferde-, Schweine-, Hühnerställen, in Küche und Keller, überall ausgelegt werden. Tötet nur Ratten und Mäuse, aber in einer bisher noch nicht dagewesenen Weise, auch alle Wasserratten, Erdratten und Wühlmäuse. Die tödliche Wirkung des Rattenfuchens tritt innerhalb einiger Stunden ein und ist in langjähriger Erfahrung erprobt. Zu haben in Kartons à M. 3.—, 5.—, 10.— und 30.— bei dem alleinigen Fabrikanten

Paul Königsberg, Plauen im Vogtland, Bickelstraße 11.

Vertreter an allen Orten gesucht.

Geprüfte Musiklehrerin

bezw. Chorleiterin, theoretisch und praktisch auf großherzgl. Konservatorium ausgebildet, mit vorzüglichen Zeugnissen,

sucht Stellung

in einem kath. Töchterpensionat. Angebote wollen gefl. an die Geschäftsstelle der „Allg. Rundschau", München, unter H. M. 19939 gesandt werden.

Weihnachtsinserate bringen in der A. R. guten Erfolg.

Für die Redaktion verantwortlich: i. V. Dr. Jos. Kausen, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann. Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann). Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

) Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gb.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich M 4.50.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis: Die 5 X gespaltene Millimeterzeile 50 Pfg., Anzeigen auf Textseite d. 95 mm breite Millimeterzeile 250 Pfg. Beilagen einschl. Postgebühren M 25 d. Tausend.
Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.
Rabatt nach Tarif.
Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig.
Erfüllungsort ist München.
Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt.
Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer.

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 47. München, 22. November 1919. XVI. Jahrgang.

Zur Judenfrage.

Von Rechtsanwalt Dr. Joseph Kausen, München.

Die Judenfrage, dieses nahezu zweitausendjährige Drama, welches die Welt bewegt insbesondere seit der Zerstörung des Tempels von Jerusalem, seitdem überhaupt die Juden als Gäste unter anderen Rassen zerstreut leben, ist mit dem Elend des verlorenen Krieges wieder in ein akutes Stadium getreten.

Als in den Jahren 1348—50 das große Sterben, „der schwarze Tod", seine verheerende Arbeit verrichtete, wurden die Juden von ihren Wirtsvölkern der Brunnenvergiftung bezichtigt, welche Ursache der Pest sei, und es wütete Mord und Brand gegen die Juden von Südfrankreich bis nach Wien. Heute überflutet die im Kriege unterlegenen Völker eine erneute heftige antisemitische Welle, ausgehend vom Osten, der relativ die meisten Juden beherbergt (bei Kriegsbeginn Rußland über 5 Millionen, Oesterreich und Ungarn über 2 Millionen, der Balkan etwa 400000) bis nach Deutschland mit seinen ebenfalls bei Kriegsbeginn rund 600000 zählenden Juden. In Deutschland ist es z. B. hauptsächlich der „Deutschvölkische Bund", welcher mit Flugblättern, Tendenzschriften und propagandistischen Zeitungen und Zeitschriften zum Kampfe gegen „die jüdische Fremdherrschaft und Schandwirtschaft im deutschen Vaterlande" aufruft und das Judentum ohne jede Einschränkung für die heutigen Zustände verantwortlich macht. Die in kräftigen Schlagworten gehaltenen Schriften sind vielfach mit aus dem Zusammenhang herausgerissenen Stellen jüdischer Schriftquellen, namentlich des Talmud, belegt, welche in der von antisemitischer Seite veröffentlichten Uebersetzungsform einen höchst bedenklichen Inhalt zu haben scheinen, deren Auslegung jedoch zum Teil wissenschaftlich noch umstritten ist. Die genannten Schriften finden daher namentlich unter den Halbgebildeten und solchen, welche zu näherem Studium keine Zeit und Gelegenheit haben, eine mehr instinktmäßige als wissenschaftlich begründete Gefolgschaft, um so mehr, als gerade in letzter Zeit das allgemeinschädliche Auftreten einer großen Zahl Intellektueller mit jüdischen Namen und von jüdischer Abstammung im wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Leben einen Beweis für die Richtigkeit der antisemitischen Behauptungen zu bieten scheint.

Das heutige Judentum bildet keine religiöse Einheit mehr. Keine „Talmud-Juden" finden wir fast nur mehr im Orient, in Rußland und in den Balkanstaaten, während die germanischen und romanischen Juden vielfach weitgehende Zugeständnisse an ihre Umgebung gemacht haben. Wir in Deutschland sind doch wohl zunächst verpflichtet, zuzusehen, nach welchen Grundsätzen unsere deutschen gläubigen Juden leben. Ich greife die umfangreiche, unter Zugrundelegung des Kirchenrat Dr. Maierschen Gebetbuches zum Gebrauche der israelitischen Kultusgemeinde in München von dieser herausgegebene, erstmals im Jahre 1876 erschienene „**Israelitische Gebetordnung**" heraus und entnehme derselben folgende „**Grundsätze der jüdischen Sittenlehre**":

„1. Das Judentum lehrt die Einheit des Menschengeschlechts. Wir haben alle einen Vater, ein Gott hat uns alle erschaffen.

2. Das Judentum gebietet: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst!" und erklärt dieses alle Menschen umfassende Gebot der Liebe als Hauptgrundsatz der jüdischen Religion.

Es verbietet daher: Gegenüber jedermann, gleichviel welcher Abstammung er sei, welcher Nation er angehöre, und zu welcher Religion er sich bekenne, jede Art von Gehässigkeit, Neid, Mißgunst und liebloses Verhalten; es fordert Recht und Redlichkeit und verbietet Ungerechtigkeit, insbesondere jede Unredlichkeit in Handel und Wandel, jede Uebervorteilung, jede Benutzung (Ausbeutung) der Not, des Leichtsinns oder der Unerfahrenheit eines anderen, sowie jeden Wucher und jede wucherische Ausnützung der Kräfte anderer.

3. Das Judentum gebietet: Das Leben, die Gesundheit, die Kräfte und den Besitz des Nächsten zu achten.

Es verbietet daher: Durch Gewalt oder List oder in sonstiger widerrechtlicher Weise den Nebenmenschen zu schädigen, ihn um sein Hab und Gut zu bringen oder ihn gegen rechtswidrige Angriffe hilflos zu lassen.

4. Das Judentum gebietet: Des Nächsten Ehre heilig zu halten wie die eigene Ehre. Es verbietet daher: Jede Herabsetzung des Nächsten durch üble Nachrede, jede Kränkung desselben durch Spott und Beschämung.

5. Das Judentum gebietet die religiösen Ueberzeugungen anderer zu achten. Es verbietet daher: Jede Verunglimpfung oder Mißachtung religiöser Gebräuche und Abzeichen Andersgläubiger.

6. Das Judentum gebietet: Barmherzigkeit gegen jedermann zu üben, die Nackten zu kleiden, die Hungrigen zu speisen, die Kranken zu pflegen, die Trauernden zu trösten. Es verbietet daher: Die Fürsorge auf das eigene Wohl und das Wohl der Angehörigen zu beschränken und bei fremdem Leid teilnahmslos zu bleiben.

7. Das Judentum gebietet: Die Arbeit zu ehren; jeder an seiner Stelle soll an der Tätigkeit der Gesamtheit durch eigene körperliche oder geistige Arbeit teilnehmen; im Fleiß des Schaffens und Wirkens die Segnungen des Lebens suchen.

Es fordert daher: Die Pflege, Ausbildung und tätige Anwendung unserer Kräfte und Fähigkeiten. Es verbietet dagegen: Jeden trägen arbeitslosen Genuß und den Müßiggang im Vertrauen auf die Unterstützung durch andere.

8. Das Judentum gebietet: Unverbrüchlich die Wahrheit zu bekennen; Wahrhaftigkeit zu üben, daß unser Ja—Ja, unser Nein—Nein sei. Es verbietet daher: Jede Entstellung der Wahrheit, jede Vorspiegelung, Heuchelei und Gleißnerei und jede Art von falschem Schein.

9. Das Judentum gebietet: In Demut zu wandeln vor Gott und in Bescheidenheit vor den Menschen. Es verbietet daher: Ueberhebung, Hochmut und Hoffart, vordringlichen Dünkel, Prahlerei und Geringschätzung fremder Verdienste.

10. Das Judentum fordert: Verträglichkeit, Versöhnlichkeit, Milde und Wohlwollen; es gebietet also: Böses mit Gutem zu vergelten, eher Unrecht zu leiden als Unrecht zu tun.

Es verbietet daher: Rache zu üben, Haß zu hegen, Groll nachzutragen und selbst den Widersacher ohne Hilfe zu lassen.

11. Das Judentum gebietet: Keuschheit, Sittenstrenge und Heiligung der Ehe. Es verbietet daher: Zuchtlosigkeit, Maßlosigkeit und jede Lockerung der Familienbande.

12. Das Judentum gebietet: Die Gesetze des Staates gewissenhaft zu befolgen, die Obrigkeit zu ehren und ihr zu gehorchen. Es verbietet daher: Auflehnung gegen die Anordnungen der Obrigkeit und jegliche Umgehung der Gesetze.

13. Das Judentum gebietet: Das Wohl der Mitmenschen zu befördern, dem Einzelnen oder der Gesamtheit nach dem Maße seiner Kräfte zu dienen. Es verbietet daher: Jede träge Gleichgültigkeit gegen das Gemeinwohl und jede eigensüchtige Abschließung von den zur Wohltätigkeit und zur Veredlung der Menschen geschaffenen Einrichtungen der Gesellschaft.

14. Das Judentum gebietet: Das Vaterland zu lieben und für dessen Ehre, Gedeihen und Freiheit Gut und Blut willig zu opfern.

15. Das Judentum gebietet: Den Namen Gottes durch unser Tun zu heiligen und dazu mitzuwirken, daß jene Zeit herannahe, in welcher alle Menschen geeint sein sollen in der Liebe zu Gott und in der Liebe zu allen Nebenmenschen."

Dieser kurzen Zusammenfassung entspricht der Inhalt des sehr umfangreichen Gebetbuches, welches neben der deutschen Uebersetzung jeweils die Quelle im hebräischen Urtext aufführt. Insbesondere die „Sprüche der Väter", Seite 229—279, gewähren einen tiefen Einblick in die Sittenlehre des Talmud.

Der gleichen Weltanschauung begegnen wir, wenn wir die jüdischen Schullehrbücher durchblättern. Man lese z. B. die Kapitel über Glaubens- und Sittenlehre im „Lehrbuch der israelitischen Religion für die oberen Klassen der Mittelschulen" von Dr. Heinrich Groß, Distrikts-Rabbiner, Frankfurt 1907. In dem Abschnitt über die „Heiligung des Namens Gottes besonders beim Eide" ist dort übrigens unter genauer Anführung der einschlägigen Schriftquellen ausdrücklich betont, daß die israelitische Religion in Bezug auf die Heiligkeit des Eides absolut keinen Unterschied zwischen Israeliten und Nichtisraeliten kenne, und daß die Israeliten ihren Eid ohne jeden heimlichen Vorbehalt leisten sollen, „d. h. nicht nach dem Sinne, den wir hinterlistig in den Wortlaut des Eides legen, sondern nach demjenigen, den alle, die ihn hören, namentlich der Richter, unter demselben begreifen." Bei der ungeheuren Fülle der jüdischen Literatur wäre es ein Wunder, wenn sich darin nicht hie und da Meinungen Einzelner finden würden, welche den allgemeinen Grundsätzen der jüdischen Religion widersprechen und vom ethischen Standpunkt aus absolut abzulehnen sind, wie dies ja auch von jüdischer Seite stets unumwunden zugegeben wurde. So ist in einer Talmudstelle nach dem Zeugnis zuverlässiger Talmudforscher von einem geistigen Vorbehalt beim Eide die Rede. Es finden sich also, wie dieses Beispiel lehrt, im Talmud Stellen, welche einander diametral entgegengesetzte Meinungen kundgeben. Für uns aber ist zur Beurteilung der heutigen deutschen Juden maßgebend, welche dieser Meinungen diese ihren Kindern lehren, ob sie die durch Berührung mit heidnischen Völkern entstandenen bedenklichen Stellen des Talmud angenommen haben oder sich zum Glauben der Väter bekennen. Bezüglich der gläubigen deutschen Juden muß auf Grund der obigen Feststellungen bis zum Beweis des Gegenteils das Letztere angenommen werden. Daran ändert auch das Auftreten so vieler Volksgenossen jüdischer Rasse nichts, welches mit den oben aufgezählten sittlichen Grundsätzen in krassestem Widerspruch steht. Denn das Christentum würde sich gleichfalls bedanken, wenn alle Sprößlinge christlicher Rassen, welche zwar noch den Taufschein besitzen, aber sich in Schrift und Tat dem Neuheidentum und Materialismus hingeben, als die typischen Vertreter christlicher Grundsätze bezeichnet würden.

Wissenschaftlich vertieft finden Charakter und Prinzipien der jüdischen Sittenlehre einen wohlabgewogenen tiefgründigen Ausdruck in dem monumentalen Werke des vor Vollendung des zweiten Bandes verstorbenen hervorragenden jüdischen Gelehrten Professor Dr. M. Lazarus: „Die Ethik des Judentums", Bd. I. Frankfurt 1901.

Im Geiste solcher Lehren wurde und wird in Deutschland der jüdische Nachwuchs erzogen. Wenn nun dennoch jene schweren Anklagen gegen das Judentum als solches, als Religion, erhoben werden wollen, so kann füglich verlangt werden, daß dies nicht gefühlsmäßig mit allgemeinen pharisäischen Redensarten geschieht, sondern in einer wissenschaftlich exakten Weise. Gewiß ist richtig, daß die Kenntnis der hebräischen Sprache auch in nichtgelehrten jüdischen Familien weiter verbreitet ist, als gemeinhin angenommen wird. Die Riesenfolianten des Talmud und andere Quellenwerke zieren ebenso die Bibliothek des einfachen jüdischen Kaufmanns, wie des jüdischen Arztes und verstauben dort nicht etwa, sondern werden eifrig auszulegen und zu erforschen gesucht; ein Umstand, der nicht allein auf den im Judentum aus geschichtlichen Gründen besonders stark ausgeprägten Solidarismus zurückgeführt werden darf, sondern dessen Grund auch in einem hochentwickelten sittlichen Verantwortlichkeitsgefühl gesucht werden muß. Aus dieser dominierenden Stellung des Talmud darf aber nicht gefolgert werden, daß nun alle darin enthaltenen Verstiegenheiten oder direkt bedenklichen Stellen geeignet seien, das ganze Judentum mit seiner viel älteren Tradition, als es der Talmud ist, zu diskreditieren, oder das erdrückende Uebergewicht der sittlich hochstehenden Partien des Talmud und der übrigen jüdischen Schriftquellen illusorisch zu machen. Jede religiöse Literatur, auch die der christlichen Völker, hat Stellen, welche besser ungeschrieben geblieben wären.

Die Talmud-Forschung erfordert eine auf jahrzehntelange Spezialstudien gegründete Gelehrsamkeit. Umso verwerflicher ist die Leichtfertigkeit, mit der zurzeit von manchen Seiten über den Inhalt des Talmud abgeurteilt wird. Die „Allgemeine Rundschau" bringt auf Seite 712 dieses Heftes eine Orientierung über dieses komplizierte Wissensgebiet aus der berufenen Feder des Regensburger Hochschulprofessors Dr. Lippl.

* * *

An dieser Stelle sollen nur noch einige Momente hervorgehoben werden, welche zur Beurteilung der Judenfrage gerade im gegenwärtigen Augenblick von Wichtigkeit sein dürften.

Bekannt ist, daß die religiös-sittlichen Lehren des Judentums wie auch des Talmud in erster Linie auf den Pentateuch zurückgreifen, wie denn auch die „Thora", eine durch einen Rabbiner besorgte handschriftliche Aufzeichnung der fünf Bücher Moses, in weiten jüdischen Kreisen den Gegenstand der Verehrung bildet.

Da ist es nun sehr instruktiv, nachzulesen, welch' sozial gesunde Grundsätze den Israeliten durch die mosaische Gesetzgebung gegeben waren[1]): Grund und Boden, der nach der Unterwerfung Kanaans zunächst unter die Stämme, den Stamm Levi ausgenommen, und dann unter die Familien verhältnismäßig verteilt wurde, sollte unveräußerlich sein und immer der Familie erhalten bleiben, sodaß eine Verelendung Einzelner ausgeschlossen war. War ausnahmsweise eine Veräußerung doch nötig geworden, so sollten alle verkauften Liegenschaften in dem alle 50 Jahre gefeierten Jobel- oder Halljahre unentgeltlich an den ehemaligen Eigentümer oder dessen Erben zurückfallen. Neben diesem einzigartigen sozialen Ausgleichsfaktor finden wir auch die Bestimmung, daß in jedem siebten Jahre, dem sog. Sabbatjahre, eine Schuldeintreibung unterbleiben müsse (dies hing mit der Brache der Aecker und Weinberge zusammen). Von einigen wird die Stelle sogar als Gebot des völligen Nachlasses der Schulden im Sabbatjahre ausgelegt.

Der Arbeiter sollte jeden Abend seinen Lohn ausgezahlt erhalten, um vom Arbeitgeber nicht zu abhängig zu sein; auf Mißhandlungen der Knechte standen schwere Strafen. Die Gleichheit zwischen Herrn und Knecht fand darin ihr Symbol, daß für die Freudenfeste des Volkes und die Opfermahlzeiten die Teilnahme der Knechte vorgeschrieben war.

Die Armen hatten das Recht, in Feldern und Weinbergen Anderer ihren Hunger zu stillen. Beim Abernten der Felder sollte auf die Nachlese der Armen Bedacht genommen werden. In den Brachjahren durften die Armen von den ohne Anbau wachsenden Früchten nehmen. Zur Linderung ihrer Not bestand ein Armenzehnt.

Der alte israelitische Staat war also ein Agrarstaat mit vorbildlicher Wirtschaftsverfassung, Arbeiterschutz und Armenpflege, in dem die Entwicklung des Kapitalismus von vornherein ausgeschlossen war.

Noch heute finden wir in solchen Ländern, in denen Juden in größeren Massen zusammenwohnen, z. B. in Palästina, Rußland und Polen neben Kaufleuten und geistigen Arbeitern ein Heer jüdischer Bauern und Handarbeiter (Handwerker und Fabrikarbeiter.)

Durch die Einführung des Königtums und die dadurch eingetretene festere Zusammenfassung der Stämme, durch die siegreichen Feldzüge des Königs Saul, durch die Hebung der politischen Macht unter dem kraftvollen König David, durch Eroberung wichtiger Handelsplätze am Roten Meere und der Stadt Damaskus trat Israel in den Weltverkehr ein. Die reichen Ueberschüsse an Bodenprodukten bildeten die Tauschmittel für die Bedürfnisse des glänzenden Hoflagers in der Residenzstadt Jerusalem. Begünstigt durch das humane israelitische Fremdenrecht, das unter Salomo z. B. den fremden heidnischen Kaufleuten die Errichtung eigener Kultstätten erlaubte, entstand eine Vermischung der Israeliten mit phönizischen heidnischen Handelsleuten und damit in manchen Kreisen eine Verwässerung der religiösen Anschauungen oder gar Abfall vom ererbten Glauben und Annahme der heidnischen Sittenlosigkeit und materialistischen Weltanschauung.

[1]) Vgl. hierzu Staatslexikon der Görresgesellschaft, Bd. II Sp. 1451 ff., und die dort (Sp. 1464) abgedruckten Literaturnachweise.

Schon dortmals, acht Jahrhunderte vor Christus, sehen wir die Entwicklung himmelschreiender sozialer Gegensätze. Die ursprüngliche Wohlhabenheit des Volkes wurde durch das materialistische Gebahren der Neuheiden jüdischer Abstammung verdrängt und machte einer korrupten Geldaristokratie Platz, neben der sich kein gesunder Mittelstand, sondern nur ein verarmtes Proletariat entwickeln konnte.

Dieser Wendepunkt in der israelitischen Geschichte tritt uns in den Schriften der Propheten, in ihren furchtbaren Klagen und Drohungen in erschütternder Weise vor Augen. Aber all die Mahnungen der Propheten waren vergebens. Die verderbliche Politik der Kapitalisten und Latifundienbesitzer zog schließlich den katastrophalen Untergang der beiden schon vorher gespaltenen Reiche nach sich.

Auch aus der Zeit nach dem babylonischen Exil berichten die Geschichtsschreiber immer wieder von Ausbeutung und Bedrückung des Volkes durch die Besitzenden und von Unruhen, ja sogar von der Bildung einer kommunistischen Sekte, der Essäer, welche Privateigentum und Ehe verwarfen. Der Gegensatz zwischen Reich und Arm führte zur Bildung von Freischaren, Sikarier, welche mordend und brennend durch das Land zogen. Die teils aus politischen Gründen, teils aus Haß gegen die Reichen entstandene Revolution des Jahres 66 n. Chr. führte in Jerusalem vorübergehend zur Diktatur des Proletariats.

Hatten unter solchen Umständen bereits ungezählte jüdische Familien den heimatlichen Boden verlassen und unter fremden Völkern gastliche Aufnahme gesucht, so zerstreute das Strafgericht des Jahres 70 n. Chr. vollends die jüdischen Flüchtlinge und Sklaven in alle Welt, und die Nation ohne Vaterland, ohne Tempel und Altar, ohne Hoffnung und ohne Trost kann keine Ruhe mehr finden.

Versehen mit einer weltgeschichtlich bekannten kaufmännischen Begabung und einer hervorstechenden Neigung zu geistigem Schaffen fand dieses Volk, das bereits auf eine höchstentwickelte Literatur zurückblickte, Einlaß bei Wirtsvölkern, die zum Teil noch nicht lesen und schreiben konnten.

So gelangten sie bald überall als Kaufleute, Händler und Bankiers zu Ansehen und Einfluß und erfreuten sich bis ins frühe Mittelalter bester sozialer Lebensbedingungen, wie aus dem Wortlaut verschiedener Juden-Privilegien, z. B. des Bischofs Rüdiger von Speyer v. J. 1084, des Kaisers Heinrich IV. und des Kölner Erzbischofs von 1252 hervorgeht. Um die Entwicklung und Begründung städtischer Gemeinwesen erwarben sie sich große Verdienste.

Aber gar bald zogen sie durch Mißbrauch ihrer Geldmacht das Mißtrauen des Volkes auf sich, welches sich in Form von Verfolgungen aller Art, zur Zeit der Kreuzzüge und des Schwarzen Todes gar in Pogromen größten Stils Luft machte.

Das mittelalterliche Zinsverbot für Christen und der hohe, den Juden zugebilligte Zinsfuß hatten sodann eine Privilegierung des Zinswuchers durch jüdische Geldgeber zur selbstverständlichen Folge. Ein Pfandrecht, welches den Juden gestattete, alles mit Ausnahme kirchlicher Geräte und blutiger Kleider ohne Rücksicht auf die Herkunft zum Pfande zu nehmen, begünstigte unverhüllt die gewerbsmäßige Hehlerei durch Juden. Aus den Genossenschaften der christlichen Kaufleute wurden die Juden ausgeschlossen, sodaß sie sich mehr und mehr auf Darlehensgeschäfte und Trödelhandel beschränken mußten. Sie mußten in besonderen Vierteln, Ghettos, zusammenwohnen und besondere Abzeichen tragen (weißgelber Spitzhut).

An dieser staatsrechtlichen und sozialen Sonderstellung änderte auch die Reformation nichts. Luther empfahl, die Synagogen anzuzünden und was nicht brennen wollte, mit Erde zu überschütten. Erst mit dem Toleranzedikt Kaiser Josephs II. v. 1781 begann eine bessere Zeit. Die französische Revolution mit ihrer Verkündung der allgemeinen Menschenrechte leitete die allmähliche Gleichstellung der Juden ein. Von ausschlaggebendem Einfluß auf die soziale Judenemanzipation waren die philosophischen Schriften Moses Mendelssohns.

In Deutschland fanden die Juden bis in die neueste Zeit in das aktive Offizierkorps, in die Studentenkorporationen und in die Verwaltungsbehörden keinen Eingang. Ist es ein Wunder, wenn diese jahrhundertelangen, drückenden Verhältnisse den Juden manche der ihnen eigenen Charakterzüge aufgeprägt haben?

* * *

Heute sehen wir die Juden in fast allen geistigen Berufen in führender Stellung:[2]) Mehr als 20 Proz. aller deutschen Rechtsanwälte, mehr als 10 Proz. aller deutschen Aerzte und Tierärzte sind Juden. Die Groß-Presse, die tonangebende Literatur und das Theater stehen fast ausschließlich unter jüdischem Einfluß.[3]) 75 Proz. aller in Handel und Industrie Tätigen sind Juden, 40 Proz. aller selbständigen Kaufleute des Geld- und Kredithandels sind Juden, die Nahrungs- und Genußmittelindustrie, das Bekleidungs- und Konfektionsgewerbe, der Getreide-, Hopfen- und Lederhandel stehen unter vorwiegend jüdischer Leitung. Die Juden stellen ein erhebliches Kontingent der Universitätsprofessoren der medizinischen, juristischen und sozialwissenschaftlichen Fakultäten, sie stellen verhältnismäßig das sechs- bis achtfache Kontingent an Hochschulstudierenden als die christlichen Konfessionen. In Rußland, Ungarn, Oesterreich und Deutschland stehen Juden an der Spitze der sozialistischen und anarchistischen Parteien. Die Juden Marx und Lassalle standen an der Wiege der Sozialdemokratie.

Die Goldene Internationale steht unter jüdischer Aegide. Juden bekleiden die einflußreichen und führenden Grade der internationalen Freimaurerei. Das Gros der Kriegs- und Revolutions-Gewinnler, der Schieber und Wucherer sind Juden.

Sind es orthodoxe Juden?

Wer Augen hat zu sehen, der hat wahrgenommen, daß in den Kreisen der jüdischen Schieber und Geldbarone kein Funken des alten Glaubens mehr wahrzunehmen ist. Der Rasse nach sind sie noch Juden, nicht mehr der Gesinnung nach. Dieselbe Sittenlosigkeit, derselbe materialistische und kapitalistische Geist, dieselbe religiöse Indifferenz herrscht unter ihnen wie zur Zeit der Propheten. Soweit Juden in der Wissenschaft destruktive Tendenzen verfolgen, sind es Freidenker, die sich vermöge ihres traditionellen Skeptizismus außerhalb ihrer angestammten Religion gestellt haben.

Die unerfreulichen Erscheinungen, die wir heute auf jüdischer Seite erleben, sind derselbe Krebsschaden am Judentum, den wir als Grundursache der entsetzlichen Katastrophen des israelitischen Reiches kennen gelernt und in den späteren Zeiten immer wieder gesehen haben.

Dürfen wir darum das Judentum als solches bekämpfen? Nein, gemeinsam mit dem gläubigen Judentum sollen wir die Pestbeule unserer Zeit ausbrennen, die heidnische Sittenlosigkeit, welche Familie und Staat zerstört, die Genußsucht, den Materialismus und Mammonismus, welcher auf dem Elend und dem Hinsterben ganzer Generationen und Völker das eigene Wohlleben gründet, bekämpfen. Den redlichen jüdischen Volksgenossen gegenüber sollen wir mit dem reichen Maß echter christlicher Nächstenliebe die Pflichten des Wirtsvolkes erfüllen. Sehen wir nicht, welch' unendliche innere Not die gläubigen Juden unter den jetzigen Zuständen leiden? Vergessen wir auch nicht die Verdienste, welche sich die Juden in Krieg und Frieden um die deutsche Kultur, um Wissenschaft, Kunst, Handel und Verkehr erworben haben!

Die Menschen sind sündig, ob Juden oder Christen. Müssen wir nicht, wenn wir gerecht sein wollen, zugestehen, daß es auch übergenug Wucherer und Schieber christlicher Herkunft gibt, und daß das Uebergewicht an jüdischen Elementen dieser Art durch die geschichtlich bedingte berufliche Sonderstellung der Juden hervorgerufen ist? Gab es nicht während des Krieges ebensogut christliche Drückeberger, aber auch Juden von hervorragender Tapferkeit? Der Verfasser kann aus seinen eigenen Kriegserlebnissen berichten, wie ein blutjunger strengorthodoxer jüdischer Kamerad aus dem Mannschaftsstande sich durch vorbildliche Entschlossenheit und Kaltblütigkeit als einer der ersten der Batterie das E. K. erwarb. Wer vermöchte die große Zahl jüdischer Gefallener, Verwundeter und Kriegsverstümmelter abzuleugnen? Und wenn in den Schreibstuben, Bekleidungs- und Proviantämtern, in den Kriegsgesellschaften vornehmlich Juden waren, wer möchte bestreiten, daß der Staat es war, welcher sich ihre prominenten Fähigkeiten zu nutze machen wollte?

Und wenn die Juden durch Zähigkeit und Fleiß im Geistes- und Bildungswesen den ersten Platz einnehmen, gibt es für uns ein anderes erlaubtes Mittel des Wettbewerbs, als wieder Fleiß und Zähigkeit? Nur dort, wo sie auf den akademischen Lehrstühlen, im bürgerlichen und politischen Leben, in Kunst und Presse die sittlichen Grundsätze ihrer Väter verlassen und un-

---

[2]) Vgl. Staatslexion a. a. O. Sp. 1467 ff.

[3]) Vgl. hierzu die Schriften von Dr. Josef Eberle: „Großmacht Presse", „Zertrümmert die Götzen", „Die Ueberwindung der Plutokratie", Verlag Tyrolia, Innsbruck.

duldsame Zersetzungsarbeit leisten, gilt ihnen der Kampf, nicht mit Handgranaten, nicht mit Hetzschriften, sondern sachlich, im Rahmen der Wahrhaftigkeit und der Verfassung, genauso wie gegen die gleichgerichteten Elemente christlicher Herkunft.

Freilich könnte von jüdisch-orthodoxer Seite in dieser gemeinsamen Bekämpfung der verderblichen Zeiterscheinungen weit mehr geschehen. Ein erkennbares Abrücken von den entwurzelten Elementen, von den Unruhestiftern und von den Ausbeutern des Volkes wäre ein wirksames Mittel, um eine Sphäre des Vertrauens zu schaffen, wie ja auch zurzeit die deutschen Katholiken auf den Katholikentagen einen dicken Strich zwischen sich und dem materialistischen Zeitgeist ziehen. Der Kampf hätte ebenso den entwurzelten Juden wie den entwurzelten Christen zu gelten. Es wäre ein verdienstliches Werk der gläubigen Juden, wenn sie entweder unzweideutig gegenüber der internationalen Freimaurerei Stellung nehmen oder wenn sie wenigstens dahin wirken würden, daß die Archive der internationalen Freimaurerei geöffnet werden, damit über die Ziele und Zusammenhänge dieses machtvollen Geheimbundes endlich Klarheit geschaffen wird. Zur Beseitigung etwaiger Mißverständnisse ist die Klärung der Frage eine unerläßliche Forderung, ob das, was von vielen Seiten mit dem Schwergewicht augenscheinlicher Indizienbeweise behauptet wird, richtig ist, daß die Freimaurerei, namentlich in den romanischen Ländern, sich zu einer Kampforganisation zur Vernichtung des Christentums, hauptsächlich der katholischen Kirche, entwickelt habe, und zwar zu Gunsten eines internationalen freidenkerischen Mammonismus, sowie ob offizielle Organe des Judentums hinter dieser Bewegung stehen oder nicht. Es sollte zwischen den gläubigen Juden und gläubigen Christen mehr positives Zusammenarbeiten in Staat und Gemeinde erfolgen. Es sollte gemeinsam die Rückkehr zur Einfachheit väterlicher Sitten, die Befruchtung der Verfassungsgesetze mit den gemeinsamen sittlichen Grundsätzen betrieben werden.

Dies wäre jedoch nur eine äußerliche, den gegenwärtigen praktischen Bedürfnissen entsprechende Lösung der Judenfrage. Nach christlicher Ueberzeugung sitzt die Wurzel des jüdischen Martyriums tiefer. Die mosaische Gesetzgebung hatte gemäß Voraussage der Propheten nur einen vorübergehenden Charakter und sollte durch das Reich des Messias abgelöst und vollendet werden.[4]) Dieser Messias-Gedanke ist in dem gläubigen Judentum immer noch lebendig. In Jesus Christus haben sie den Messias nicht erkannt. Durch die lange Enttäuschung ihrer Messiashoffnung mag der Skeptizismus entstanden sein, dem wir in der jüdischen Wissenschaft begegnen. Statt einer Fortbildung der religiösen Ordnung erlebte das Judentum eine Versteinerung seiner alten Gesetze in dem Talmud. Die Juden besitzen keine zentrale Instanz, welche über der Reinhaltung der religiösen Grundsätze zu wachen und bindende Entscheidungen zu treffen vermöchte. So haben sie denn auch kein Mittel, den begonnenen Auflösungsprozeß aufzuhalten. Nach der christlichen Auffassung kann eine endgültige Lösung der Judenfrage nur im Anschluß des Judentums an Christus, wie er vom hl. Paulus vorausgesagt ist, gelegen sein.

Der Zionismus, der Gedanke des nationalen Zusammenschlusses, eventl. der Rückwanderung nach Palästina, kann, so anerkennenswert der Gedanke an und für sich ist, als endgültige, wenn auch nur äußerliche Regelung der Judenfrage nicht angesprochen werden, da einerseits Palästina nicht imstande wäre, die sämtlichen auf der Welt zurzeit lebenden nahezu 12 Millionen Juden zu beherbergen, und da einerseits die reichgewordenen und insbesondere die entwurzelten liberalen Juden, die „aufgeklärten" Reformjuden, einem solchen Rufe, ihrer inzwischen begründeten Einflußsphäre zu entsagen, kaum Folge leisten würden.

Es würde also trotz Einrichtung eines neuen Judenstaates — bei dessen Gründung übrigens von den christlichen Völkern unbedingt die Exterritorialität der heiligen Stätten gefordert werden müßte — die Judenfrage als Rassenproblem ungelöst bleiben.

Für dieses Problem gibt es nur eine Lösung: Lassen wir dem jüdischen Gastvolk unter uns, soweit es in Frieden und redlichem Erwerb mit uns zu leben gewillt ist und weder Umsturz noch Vorherrschaft anstrebt, jene Behandlung zuteil werden, wie wir eine solche für unsere in der Diaspora lebenden Christen, und gerade jetzt und in der Zukunft für unsere Auslandsdeutschen in der Welt erwarten.

[4]) Vgl. den Aufsatz „Zur endgültigen Lösung der Judenfrage" von P. Peter Sinthern S. J. in Heft 46, 1919 der österr. Wochenschrift „Das Neue Reich", Wien.

Der Talmud nach dem Urteil der gegenwärtigen Forschung.

Von Dr. Joseph Lippl, Hochschulprofessor in Regensburg.

Manche Erscheinungen, die sich während des Weltkrieges auf verschiedenen Gebieten zeigten, und die starke Beteiligung von Persönlichkeiten jüdischer Herkunft an den verhängnisvollen politischen Umwälzungen des letzten Jahres, haben in weiten Kreisen eine tiefgehende Abneigung gegen das Judentum erzeugt und haben die schon früher vorhandene antisemitische Bewegung mächtig gefördert. Die Beachtung, die der Judenschaft deshalb zu teil wird, wirft die Frage auf, ob und inwiefern die beklagten Tatsachen mit dem Judentum und seinem Wesen in innere Beziehung zu setzen sind. Dadurch wird die Aufmerksamkeit wieder besonders auf den Talmud gelenkt, der als die Grundlage der jüdischen Geistesverfassung und des jüdischen Lebens gilt. Dieses Literaturwerk ist für die meisten in den Schleier des Geheimnisvollen gehüllt und erfreut sich schon deshalb stets einer widerspruchsvollen Wertung. Um gegenüber dem Streit und Wandel der Tagesmeinungen den rechten Maßstab für ein zutreffendes Urteil zu gewinnen, dürfte es daher nicht überflüssig sein, kurz zusammenzufassen, wie der Talmud nach dem gegenwärtigen Stande sachlicher Wissenschaft zu würdigen ist.

Das Wort Talmud bedeutet „Lehre". Das so benannte Sammelwerk enthält in Leitsätzen und Diskussionen die jüdische Lehrüberlieferung. Diese selbst gründet auf dem Alten Testament, in erster Linie auf dem Pentateuch.

Das alttestamentliche Gesetz war seit der Zeit Ezras (um 450 v. Chr.) abgeschlossen. Der unaufhaltsame Wandel der Zeiten und der dadurch bedingten Lebensgestaltung schuf aber immer wieder neue Verhältnisse, die sich durch das alte Gesetz nicht mehr regeln ließen. Dazu bedurfte es häufig neuer Satzungen, die sich allmählich zu einem mündlich fortgepflanzten Gewohnheitsrecht entwickelten. Die Geltung dieses Rechtes erhielt in der Folge, als man seinen Ursprung nicht mehr kannte, eine Stütze durch die Annahme, daß Gott dem Moses ein schriftliches und ein mündliches Gesetz gegeben, und daß letzteres allein durch Ueberlieferung unter den Aeltesten sich fortgeerbt habe. Eine spätere Zeit hielt sich nicht mehr befugt, neue Satzungen selbst zu formen. Sie verlegte sich darauf, das schriftliche Gesetz auf oft mehr oder minder gewaltsame Art auszudeuten. So wurde zugleich das Gesetz weiter gebildet und für die mündlich überlieferten Satzungen eine autoritative und wissenschaftliche Rechtfertigung geschaffen.

Auf diese Weise entstand eine ausführliche, bis ins Einzelne gehende Gesetzeserklärung, eine erweiternde Schriftauslegung. Dem Inhalt nach bestand sie aus Richtlinien für Lehre und Leben, die aus dem Schriftwort entwickelt waren (Halacha = Wandel) und aus erläuternden Erzählungen und Bemerkungen teils erbaulichen und teils praktischen oder wissenschaftlichen Inhalts, die nicht unmittelbar als Vorschriften und Regeln gefaßt wurden, sondern in erster Linie der Veranschaulichung und Erklärung dienten (Haggada = Bericht).

Der ganze zum pentateuchischen Gesetz hinzugewachsene und stets neu hinzukommende Stoff wurde lange Zeit nur mündlich überliefert. Gegen Ende des zweiten christlichen Jahrhunderts war er aber bereits derart angeschwollen, daß ihn kein Gedächtnis mehr lückenlos zu behalten vermochte. Deshalb wurden jetzt die aus der Erklärung und Anwendung der Bibellehre auf das Leben gewonnenen Lehrsätze schriftlich zusammengefaßt. Von diesen mehrfach veranstalteten Sammlungen verdrängte jene des Rabbi Jehuda ha-Nasi die übrigen und erlangte selbst kanonisches Ansehen.

Der in dieser Sammlung (Mischna = Unterricht, Lehre, Sammlung von Lehrsätzen genannt) niedergelegte Lehrstoff wurde von den Rabbinen der Folgezeit an ihren Schulen in Palästina und in Babylonien weiter erklärt und in der überlieferten Art behandelt, wie man es früher mit dem Pentateuch gehalten hatte. Daraus entstand die Gemara (= Vollendung) oder Zusammenfassung der an die Mischna anknüpfenden Diskussionen der späteren Rabbinengeschlechter, und zwar in palästinischer und babylonischer Gestaltung. Damit erlangte der Talmud seinen Abschluß.

Man unterscheidet sonach den palästinischen und den babylonischen Talmud. Ersterer besteht aus der Mischna und der palästinischen Gemara und wurde im fünften Jahrhundert n. Chr. abgeschlossen. Letzterer setzt sich aus der Mischna und

der babylonischen Gemara zusammen und wurde zu Anfang des sechsten Jahrhunderts vollendet. Während der palästinische Talmud nur einen Folioband bildet, füllt der babylonische Talmud zwölf Folianten. Dieser ist auch nach Wichtigkeit des Inhalts und nach allgemeiner Wertschätzung und Geltung der Talmud schlechthin.

Es ist unrichtig, daß der Talmud geheim gehalten werde. Das wichtigste handschriftliche Material befindet sich im Besitze öffentlicher Bibliotheken. So enthält die einzige vollständige Handschrift des babylonischen Talmuds der Münchener Cod. Hebr. 95, der wohl um 1369 geschrieben ist. Der erste, allerdings unvollständige Druck des babylonischen Talmuds erschien, durch Gerschom von Soncino besorgt, 1484 und 1519 zu Soncino und Pesaro. Nach dieser Vorlage wurde die erste vollständige Druckausgabe gearbeitet, die 1520/31 der christliche Drucker Daniel Bomberg in Venedig veröffentlichte (12 Foliobände).

Diese beiden Ausgaben sind besonders deshalb wichtig, weil sie noch von keiner Zensur behelligt wurden. Gerade dadurch, daß der Talmud nunmehr infolge seiner Drucklegung der allgemeinen Einsicht offen stand, konnten den christlichen Kreisen jene Worte und Stellen nicht verborgen bleiben, die sich, und zwar in wenig erfreulicher Weise, auf Christus beziehen oder zum Teil auch nur zu beziehen schienen. Diese Stellen durften jetzt nicht mehr gedruckt werden, wie z. B. die Baseler Ausgabe des babylonischen Talmuds 1578/81 zeigt. Aber nicht bloß von christlicher Seite, auch von den Juden selbst wurde aus Furcht vor den Christen an Handschriften und Drucken mehrfach Zensur geübt. Die Juden haben aber die meisten der von der Zensur unterdrückten Stellen in besonderen, gewöhnlich ohne Verfasserangabe erschienenen Schriften zusammengetragen. Uebrigens sind in der ersten von Immanuel Benveniste besorgten Amsterdamer Ausgabe 1644/48 die meisten Zensurlücken wieder ausgefüllt.

Auch an Uebersetzungen hat es nicht gefehlt. Die Mischna wurde mehrfach vollständig ins Lateinische (z. B. von W. Surenhuysen, Amsterdam 1698—1703, 6 Foliobände) und Deutsche (z. B. von J. J. Rabe, Onolzbach 1760/63, von M. Jost, Berlin 1832/34, mit hebräischen Lettern) übersetzt. Die bis jetzt verhältnismäßig beste deutsche Uebersetzung ist noch nicht vollendet. Sie wird von A. Sammter, E. Baneth, M. Petuchowski und D. Hoffmann veranstaltet und erscheint in Berlin seit 1887. Bei A. Töpelmann in Gießen veröffentlichen G. Beer und O. Holtzmann seit 1912 eine Ausgabe der Mischna mit Text, Uebersetzung und ausführlicher Erklärung namentlich unter religionsgeschichtlichen Gesichtspunkten. Die einzelnen Traktate werden von verschiedenen Gelehrten bearbeitet, die sich erfreulicherweise von jüdischer Schulüberlieferung freihalten. Zum Teil sind die bisher erschienenen Veröffentlichungen von den Rabbinern allerdings scharf angegriffen worden. Eine neue Ausgabe der Mischna und des palästinischen Talmuds wird vom Leipziger Forschungsinstitut für vergleichende Religionsgeschichte vorbereitet.

Zum palästinischen Talmud besitzen wir die allerdings nicht befriedigende französische Uebersetzung des Moïse Schwab, Paris 1871/89, 11 Bände. Eine vollständige Uebersetzung des babylonischen Talmuds gibt es noch nicht. Sie ist aber von L. Goldschmidt in Angriff genommen und erscheint mit danebenstehendem Urtext bei S. Calvary und Co. in Berlin seit 1896. Einzelne Abschnitte des Talmuds sind übrigens schon wiederholt übersetzt und erläutert worden. Die zuverlässigsten Aufschlüsse über den Talmud im allgemeinen und über die gesamte Literatur im besonderen gibt H. L. Strack, Einleitung in den Talmud, Leipzig (Hinrichs), 4. Aufl. 1908. Gut unterrichtet auch E. Bischoff, Thalmudkatechismus, Leipzig (Th. Grieben) 1904.

Wenn der Talmud wissenschaftlich noch nicht genügend durchforscht ist, so ist daran also durchaus nicht seine angebliche Geheimhaltung schuld. Die Gründe hierfür liegen vor allem im Talmud selbst. Schon sein gewaltiger Umfang wirkt nach dieser Richtung abschreckend und auch sachlich erschwerend. Die Schwierigkeiten werden aber noch gemehrt durch die sprachliche Form. Die Sprache des Talmuds ist eine Mischung aus dem sog. Neuhebräischen und dem Ost- bzw West-Aramäischen, durchsetzt von allerlei mundartlichen Besonderheiten. Der Text entbehrt ferner der Vokalzeichen und jeglicher Interpunktion und bedient sich zahlreicher Abkürzungen. Schon die sprachliche Gestalt des Talmuds erfordert darum gründliches und langwieriges Studium. Aber auch wenn dieses geleistet ist, liegt das Verständnis des merkwürdigen Buches noch keineswegs offen. Die Fülle von Einzelheiten und die allseitigen Beziehungen auf die konkretesten Lebensverhältnisse verlangen weiterhin eine eingehende Kenntnis der gesamten jüdischen Altertümer. So wird es begreiflich, daß sich an die Erklärung des Talmuds nur wagen darf, wer sich Jahre und Jahrzehnte lang mit diesem Werke beschäftigt hat.

Das formelle Verständnis des Talmuds genügt aber noch nicht zu seiner gerechten Würdigung. Es wäre verfehlt, wenn man jede Ansicht, die im Talmud erwähnt ist, deshalb auch schon als Lehre des Talmuds betrachten und diesen oder das Judentum hierfür verantwortlich machen wollte. Der Talmud enthält wesentlich religionsgesetzliche Schul- und Streitreden, die Behauptung und Gegenmeinung, Gründe und Gegengründe, Beispiele und Gegenbeispiele bringen und gegeneinander abwägen. Es finden sich daher im Talmud Gedanken der erhabensten Art über Religion, Gott und Tugend, aber auch Aeußerungen, die an Lästerung streifen; Anschauungen von wahrhaft sittlicher Höhe aber auch von sehr bedenklicher Art; Worte edler Duldung neben unduldsamem Haß. Diese rabbinischen Diskussionen sind zum Teil wohl wirklich einmal gehalten worden, zum Teil werden sie aber lediglich Darstellungsform sein. Das Ergebnis dieser Diskussionen besteht außerdem nur sehr selten in einer unzweifelhaften Entscheidung. Was gesetzlich gültig ist, muß häufig erst unter Beiziehung anderer Stoffe festgestellt werden. Um aus dem Wirrwarr der Meinungen die rechte Auswahl zu treffen oder die rechten Schlüsse zu ziehen, müssen bestimmte Regeln angewendet werden, die im Talmud selbst zusammengestellt sind, oder es müssen die für die Praxis entscheidenden Kodizes verglichen werden. Unter diesen gelten den gesetzestreuen Juden als die wichtigsten: Jad ha-chazaka (= die starke Hand) des Moses ben Maimun (1135—1204), Sepher ha-mißwot (= Buch der Gesetze) des Moses von Coucy (um 1250) und Schulchan aruch (= der zugerichtete Tisch) des Joseph Karo (1488—1575). Beim Gebrauch dieser Kodizes sind außerdem noch die Kommentare beizuziehen.

Als Lehren des Talmuds können daher nur die wirklich feststehenden Ergebnisse angesehen werden. Aber auch bei diesen ist zu beachten, daß sie der Weiterbildung fähig sind und eine solche Weiterbildung zum Teil auch gefunden haben. Die haggadischen Bestandteile können überhaupt nicht als Lehre des Talmuds gelten. Sie dienen wie die Parabeln des Heilands im Neuen Testament oder auch wie christliche Legenden nur zur Veranschaulichung. Auch strenggerichtete jüdische Lehrer fordern daher für die Haggada nicht Glauben in dogmatischem Sinn, sondern nur jene Achtung, die den Worten so gelehrter und ehrwürdiger Autoren gebührt.

Eine richtige Erklärung des Talmuds setzt auch eine geschichtliche Betrachtungsweise seines Inhalts voraus. Nur ein Beispiel soll das veranschaulichen. Buxtorf, Eisenmenger und andere haben Ausdrücke wie goj, nochri usw. schlechtweg mit „Christ" übersetzt. Streng objektiv ist das unrichtig; denn diese Worte bezeichnen zunächst den Nichtjuden, den Fremden überhaupt. Richtig ist aber doch, daß die Juden des Mittelalters und der Folgezeit darunter vielleicht nicht ausschließlich, aber doch auch die Christen verstanden. Ursprünglich war das freilich auch wieder nicht ganz so. Die Verfasser dieser Stellen, besonders soweit sie in Babylonien lebten, hatten sich mit den Beziehungen der Juden zu den Christen nicht so häufig zu beschäftigen und haben daher mit den erwähnten Ausdrücken jedenfalls nicht in erster Linie die Christen gemeint. Um den ursprünglichen Sinn mancher Talmudstelle zu erfassen, muß darum berücksichtigt werden, unter welchen politischen und kulturellen Verhältnissen und in welcher religiösen Umgebung die Juden während der ersten fünf christlichen Jahrhunderte in Palästina und Babylonien lebten. Politische Unterdrückung und soziale Geringschätzung vonseiten der höheren Schichten im römischen Reich, der dem jüdischen Monotheismus ganz unverständliche Kaiserkultus der römischen Staatsreligion, der wirre Synkretismus der heidnischen Volksreligion und die vielfach in der Heidenwelt herrschende große Unsittlichkeit führten in diesen Jahrhunderten zu einer starken Abschließung der Juden von ihrer Umgebung und machen es wenigstens begreiflich, wenn sich die Abneigung gegen diese Umgebung manchmal auch im Talmud zu feindseligem Haß verdichtete.

Solche Leidenschaftlichkeit atmet der Talmud auch sonst. Dahin gehört z. B. ein eigenes Gebet wider die Minim, d. h. die Ketzer oder Judenchristen. Vollends was der Talmud über Jesus zu sagen hat, ist ein Hohn auf geschichtliche Darstellung und für jeden gläubigen Christen eine Reihe ärgster Lästerungen. Am besten unterrichtet darüber H. Laible, Jesus Christus im Talmud, Berlin 1891.

Daß sich im Talmud sittlich mindestens bedenkliche Anschauungen finden, läßt sich gleichfalls nicht bestreiten. So gestattet der Talmud bei feierlichen Versprechungen außer Gericht in dringenden Notfällen einen geheimen Vorbehalt; und manche der im Talmud angezogenen Beispiele richten ihr Verhalten nach dem Grundsatz, daß der Zweck die Mittel heilige. Wegen der schon angedeuteten Eigentümlichkeiten der talmudischen Darstellung ist es freilich immer schwer, in solchen Fällen sicher zu bestimmen, was eigentliche Lehre des Talmuds ist. Für die religiösen Glaubenslehren des Judentums sei verwiesen auf: Dr. Ferd. Weber, Jüdische Theologie auf Grund des Talmuds und verwandter Schriften gemeinfaßlich dargestellt, nach des Verfassers Tod herausgegeben von Fr. Delitzsch und Gg. Schnedermann, 2. Aufl., Leipzig, Dörffling und Franke 1897. Zur talmudischen Sittenlehre kann eingesehen werden: M. Lazarus, Die Ethik des Judentums I., Frankfurt a. M. 1898; Alb. Katz, Der wahre Talmudjude, die wichtigsten Grundsätze des talmudischen Schrifttums über das sittliche Leben des Menschen, Berlin 1893; E. Grünebaum, Die Sittenlehre des Judentums anderen Bekenntnissen gegenüber, 2. Auflage, Straßburg 1878.

Der Talmud ist eine reiche Quelle für die Erkenntnis jüdischer Eigenart nach ihren Licht- und Schattenseiten. Es bleibt aber immer schwierig, aus dieser Quelle zu schöpfen. Am ehesten ist das noch jüdischen Gelehrten möglich. Sie besitzen insbesonders die nötige exegetische Schulgelehrsamkeit, um das heilige Schrifttum der Juden auch anderen am leichtesten zugänglich zu machen. Es läßt sich aber nicht sagen, daß hiefür vonseiten des Judentums nicht mehr geschehen könnte. Vielfach steht man aber hier noch im Banne einer wissenschaftlichen Absonderung, der geradezu als etwas Heiliges empfunden wird. Das ist an sich schon einer gerechten Würdigung des Talmuds nicht förderlich, und ist überdies geeignet, dem Glauben an den Bestand religiös-literarischer Geheimnisse des Judentums in unkundigen Kreisen wenigstens Vorschub zu leisten.

Mutter.

Ich seh sie noch im unruhvollen Haus,
Ein Lächeln auf den stillen, feinen Zügen,
Bald hier, bald dort und wieder ein und aus —
Oft dachte ich, die Mutter könne fliegen

Allüberall war sie mit flinker Tat,
Allüberall mit klugem Wort zur Stelle. —
Und ich war krank, ein krankes Kind, das bat:
„Komm, Mutter, komm, und mach's mir wieder helle!"

Dann zog sie sachte wohl den Vorhang hoch:
Ein Sonnstrahl huschte durch mein dunkles Zimmer —
„Nicht mehr, mein Kind, du bist zu schwach heut noch!"
Dann lachte sie — der Mutterliebe Schimmer.

Und dann — das Leben kam und zog mich fort.
Das war des jungen Herzens heisses Ringen
Nach Glück — o ewig altes Schicksalswort —
Gebrochen kehrt ich heim mit müden Schwingen.

Und dunkel war es in der Seele mir —
Ein zwiefach Kranker überschritt die Schwelle.
Zur Mutter! Und mein Jammer sagte ihr:
„Komm, Mutter, komm, und mach's mir wieder helle!"

Da zog sie sachte wohl den Vorhang hoch
Von ihres Herzens übergrosser Liebe,
Bis langsam mir aus meiner Seele kroch,
Was schwer darinnen lag und krank und trübe.

Jetzt ist sie tot. — Wird dunkel auch mein Pfad,
Und werd ich krank, sie ist nicht mehr zur Stelle,
Und keiner sagt, so mild, wie sie es tat,
„Komm, Junge, komm, ich mach's dir wieder helle!"

F. Bayer-Vissing.

Weltrundschau.

Infolge von Verkehrsstörungen ist der Bericht von Fritz Nienkemper, Berlin, bis Redaktionsschluß nicht eingetroffen.

Der Untersuchungsausschuß auf dem toten Gleise.

Der Untersuchungsausschuß, welcher nach den Bestimmungen des Art. 34 der Reichsverfassung lediglich Beweise zu erheben hat, hat sich am Ende der vergangenen Woche von dem ihm von der Nationalversammlung verliehenen Zweck immer weiter entfernt. Kam es schon am Freitag zu peinlichen Zusammenstößen Dr. Helfferichs und Bethmann Hollwegs mit dem Reichsminister Dr. David, welcher mit dem Beschluß des Untersuchungsausschusses endigte, daß „Werturteile vonseiten außerhalb des Ausschusses stehender Personen für ihn nicht maßgebend sein könnten", so entstand vollends am Samstag ein Konflikt zwischen dem Zeugen Dr. Helfferich und dem Untersuchungsausschuß, welcher die Frage nahelegt, ob eine Weitertagung dieses Debattierklubs überhaupt noch im öffentlichen Interesse gelegen ist. Es kommt hinzu, daß die bevorstehende Vernehmung Hindenburgs und Ludendorffs von deutschnationaler Seite zu parteipolitischen Agitationen und Demonstrationen zu mißbrauchen versucht wird. Die Tätigkeit des Untersuchungsausschusses hat mit der Tätigkeit des Untersuchungsrichters im Sinne der Strafprozeßordnung keine entfernte Aehnlichkeit mehr, seitdem Zeugen wie Dr. Helfferich parteipolitische Reden zum Fenster hinaus halten, anstatt sich zu bemühen, sachliches Material zum Beweisthema beizubringen. Der Vorsitzende Abg. Dr. Warmuth kann von einer Schuld daran, daß dies so gekommen ist, nicht freigesprochen werden, da er den Zeugen und den Beisitzern gegenüber mehr Rückgrat hätte besitzen müssen. Wäre dies rechtzeitig geschehen, so hätte sich der Zusammenstoß zwischen Dr. Helfferich und Dr. Cohn vermeiden lassen. So erfreulich die elementare Aeußerung nationalen Empfindens weiter Kreise bei der Ankunft und während des Aufenthalts Hindenburgs in Berlin gegenüber dem jeder Selbstachtung entbehrenden Verhalten der revolutionären Kreise wirkt, so sehr muß doch bedauert werden, daß gerade vonseiten der Ordnungsparteien die Kundgebungen trotz des noch bestehenden Belagerungszustandes auf die Straße getragen wurden und daß in den Schulen aus diesen Gründen Disziplinlosigkeiten vorgekommen sind. So werden Gegendemonstrationen provoziert und es entsteht allzuleicht der Eindruck gegenrevolutionärer Umtriebe. Aber gerade im jetzigen Moment, da die Eisenbahnen nur mehr mit Kohlen für einige Tage versehen sind und nur mit drakonischen Maßnahmen ein Zusammenbruch des Eisenbahnbetriebes und damit der Lebensmittel- und Brennstoffversorgung des deutschen Volkes verhütet werden kann, muß alles und jedes vermieden werden, welches geeignet wäre, Störungen hervorzurufen.

Rückkehr der Bermondtschen Truppen.

Die Reichsregierung ist sowieso durch den Entschluß des Obersten Awalow-Bermondt, sich mit seinen Truppen dem General Eberhardt zu unterstellen, vor ein sehr heikles Problem gestellt. Sie ist der Entente gegenüber verpflichtet, die widerspenstigen Truppen im Baltikum in keiner Weise mehr zu unterstützen. Auf der anderen Seite wird sie den 35000 ehemaligen deutschen Truppen, welche zweifellos in der patriotischen Absicht, Ostpreußen vor der Ueberschwemmung durch den Bolschewismus zu schützen, nach den Strapazen des vierjährigen Weltkrieges nochmals ihr Leben in die Schanze schlagen wollten, die Rückkehr nicht verweigern dürfen. Allerdings wird sie an dem Uebertritt dieser bewaffneten Truppen auf deutsches Gebiet ganz zuverläßige Kautelen knüpfen müssen, damit deren Rückkehr nicht den Bürgerkrieg mit sich bringt.

Aus Aeußerungen z. B. des Majors Bischoff von der eisernen Division ist bekannt, daß zum mindesten große Teile dieser Truppen gegenrevolutionär gesinnt sind. Man wird nicht deshalb, weil diese großen Truppenmassen der Aufforderung der Reichsregierung zur Rückkehr nach Deutschland nicht nachgekommen sind, und deshalb aus dem deutschen Staatsverbande ausgeschlossen werden mußten, gegen jeden einzelnen die Anklage der Meuterei oder des Landesverrats erheben dürfen. Es muß abgewartet werden, welche Rolle die höheren Befehlsstellen hierbei gespielt haben und welche Bewandnis es mit dem lettischen Ansiedlungsversprechen hatte. Angesichts der widersprechenden Nachrichten kann heute noch nicht beurteilt werden, ob die Truppen Bermondts ein wohldisziplinierters Heer darstellen, das nur schweren Herzens unter dem Drucke der äußeren Verhältnisse seine Nationalität

abgelegt hat oder ob es sich nur mehr um eine wilde ungezügelte Schar von Abenteurern handelt.

Annullierung der oberschlesischen Wahlen.

In Oberschlesien waren die Gemeindevertretungen auf Grund des Dreiklassenwahlrechts gebildet. Die unmittelbare Folge war, daß das polnische Element nicht in einer den demokratischen Grundsätzen entsprechenden Weise in den Gemeindeverwaltungen vertreten war. Eine Abhilfe trat erst durch die Stadtratswahlen vom 9. November ein, welche infolge der polnischen Unruhen immer wieder verschoben werden mußten. Die Wahlen endigten, wie vorauszusehen war, mit einer entsprechenden Zunahme der polnischen Vertreter. Obwohl der Friedensvertrag noch nicht ratifiziert ist und daher die Hoheitsrechte in Oberschlesien noch dem Deutschen Reich zustehen, hat der Oberste Rat der deutschen Delegation in Paris eine Note vom 13. Nov. überreicht, in welcher die Gemeindewahlen in Oberschlesien als nichtig und nicht geschehen erklärt werden.

In der Note wird man vergeblich nach einer rechtlichen oder sachlichen Begründung suchen. Die Note gibt selbst zu, daß es, wenn man sich an den Buchstaben des Versailler Vertrages halte, unbestreitbar sei, daß der preußische Staat bis zum Inkrafttreten des Friedensvertrags die Verwaltung in dem oberschlesischen Abstimmungsgebiet ausüben könne. Die Entente führt lediglich ins Feld, daß das Inkrafttreten des Friedensvertrags nahe bevorstehe, und daß unter solchen Umständen die vorgenommenen Wahlen, welche die erste Befragung des Volkes seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages darstellen, von den nationalen Parteien zur Vornahme von Treibereien benützt würden, um die Abstimmung über das künftige Schicksal des Landes zu beeinflussen, während die Bedingungen, unter denen diese Wahlen stattfanden, weit entfernt seien, den Bedingungen zu gleichen, denen die Vornahme der Volksabstimmung unterliegen müsse. Es handelt sich also um einen unverhüllten Eingriff in die Hoheitsrechte des deutschen Reiches, um eine flagrante Verletzung des Völkerrechts, welche lediglich von der haßerfüllten Taktik der Entente, Deutschland immer wieder zu demütigen, diktiert sein kann und einen sehr trüben Ausblick auf den Geist, welcher künftig im Völkerbund herrschen wird, gewährt.

Kardinal von Hartmann †.

Der Erzbischof von Köln, Kardinal Dr. Felix von Hartmann, ist am 11. November vormittags 2 Uhr von uns gegangen. Mit ihm ist der einzige Vertreter Deutschlands im heiligen Kollegium dahingeschieden. Es ist noch in frischer Erinnerung, was Kardinal Hartmann insbesondere während des Weltkrieges den deutschen Katholiken gewesen ist, mit welcher Entschiedenheit er dem gehässigen Verleumdungsfeldzug gegen Deutschland entgegengetreten ist und mit welcher unermüdlichen Fürsorge er sich der Linderung des unsagbar traurigen Loses der Kriegsgefangenen angenommen hat. Die „Allgem. Rundschau“ wird in einem ihrer nächsten Hefte noch eine besondere Würdigung dieses bedeutsamen Kirchenfürsten bringen. Hier sei nur noch kurz daran erinnert, daß sich der Kölner Oberhirte im November 1915 ungeachtet der Kriegswirren nach Rom begab, um am Konsistorium teilzunehmen. Er besuchte im April 1916 die Westfront und hielt am 13. April in Gegenwart des Kaisers, zu dem er in einem freundschaftlichen Verhältnis stand, einen Feldgottesdienst im Großen Hauptquartier, überbrachte dem Kaiser als Dolmetsch der katholischen Soldaten das Gelöbnis unentwegter Treue und überreichte ihm als Ergebnis einiger Kollekten für deutsche Verwundete den Betrag von 360,000 Mark. Im Januar 1916 wurde Kardinal Hartmann zugleich mit Fürstbischof Dr. Bertram ins preußische Herrenhaus berufen. In seinen amtlichen Kundgebungen und Reden begegnet man einer wahrhaft kindlichen Frömmigkeit und innigen Liebe zur Kirche neben glühender Vaterlandsliebe und unverbrüchlicher Treue zu Kaiser und Reich.

In akatholischen Kreisen wurde ihm „ein äußerst strenger, allen modernen Regungen feindlicher Ultramontanismus“ nachgesagt (vgl. „Kölnische Zeitung“ Nr. 1202 vom 19. Okt. 1912). Das liberale Blatt fügte aber damals (der Artikel erschien anläßlich der Berufung nach Köln) an, Erzbischof von Hartmann habe sich stets als ein Mann mit fleckenlosem Schild und voll höchster Ideale erwiesen. „Sein ausgesprochen kurialer Standpunkt ist ihm nicht zur Schuld anzurechnen; er ist ein Kind des Kulturkampfes und ein Zögling der römischen Schule“. Kardinal Hartmann war durch einen musterhaften priesterlichen Wandel, durch hingebende Mühe und Sorge um seine Herde, durch außerordentliche Freigebigkeit gegen Arme und Bedürftige ausgezeichnet.

Deutscher Advent.

Von Dr. Leo Schwering, Köln.

Der großartige Adventshymnus der katholischen Kirche: Tauet Himmel, den Gerechten, gibt in etwa die Stimmung der Besten Deutschlands wieder. Alle, die guten Willens sind, und ihre Zahl geht in die Millionen und Abermillionen, sie erfüllt die inbrünstige eine Bitte an die Vorsehung, der Nation einen überragenden Führer zu geben, der uns aus den Wirrnissen und Hemmungen der Gegenwart das Licht einer neuen besseren Zukunft zeigt. Deutschland ist zwar nicht führerlos, aber es ist ohne einen Führer; das ist unser Unheil. Niemals vielleicht in der Geschichte eines Volkes waren so viele ausgezeichnete, arbeitsame, kenntnisreiche, pflichteifrige Männer vorhanden, die ihre unschätzbaren Kräfte der Nation zu Dienst stellen und willig darbieten konnten, wie heute bei uns, aber es fehlt die gewaltige Persönlichkeit, die alle diese Einzelenergien, all die Fülle von Eigenschaften, die für den Aufbau unerläßlich sind, mit titanischer Kraft zusammenfaßt, um die Nation zu sich emporzureißen und sich in ihm wiederfinden zu lassen.

Auch dem Auslande fällt der Mangel an einem Führer bei aller Anerkennung für die in Deutschland geleistete brave und fleißige Arbeit natürlich schon lange auf. Man wird sich aber hüten müssen, etwa den Schluß zu ziehen, als wenn die deutsche Demokratie schlechthin versagt habe, als wenn es ihr ebenso unmöglich sei, politische Führerpersönlichkeiten herauszustellen, wie das alte System. Dazu ist die deutsche Demokratie noch viel zu jung, und überdies darf man überhaupt nicht in den Fehler verfallen, zu glauben, ein System als solches sei schon besser. Jedes System ist abhängig von den Menschen, die es verwalten; auch der Absolutismus hat große Führer gehabt. Wenn eine deutsche Partei von der Monarchie alles erwartet, so ist diese Auffassung naiv; es hat schlechte und gute Monarchen gegeben; aber auch für diese Kreise ist das heiße Sehnen nach einem „Mann“, um es kurz zu sagen, kennzeichnend. Das Führerproblem wird für unser Volk mit jedem Monate drängender werden; denn, wir täuschen uns nicht darüber hinweg, daß die schwersten und härtesten Tage dann kommen werden, wenn die ganze Nation erst zu erkennen beginnt, was sie noch ist; wie arm, wie entblößt sie dasteht, wie einsam es um sie geworden! Diese Tage werden kommen; in der praktischen Durchführung des Versailler Friedens, dessen Bedeutung von der ganzen Nation mit nichten erkannt ist, da liegt der Wendepunkt.

Wir halten das deutsche Volk für innerlich zu gesund, daß es dann verzagen und versagen wird; wir glauben vielmehr, daß dann das Sehnen nach dem großen Führer allgemein werden wird. Aber mußte erst das schwerste Unglück Deutschland reif machen für große sittliche Gedanken?

Wer die allgemeine Stimmung aufmerksam verfolgt, der wird nämlich immer wieder auf den Gedanken kommen, daß die Nation keinen Führer habe, weil sie keinen haben wolle. Dies scheint ein Widerspruch, aber es ist nicht so. Das Führerproblem ist nur auf sittlichem Boden lösbar. Die anarchischen Verhältnisse, die uns im Gefolge der furchtbaren Revolution immer noch zerstörend und verheerend schütteln, sie sind ein Boden, auf dem ein Führer überhaupt nicht emporwachsen kann, nur „Führer“ gedeihen auf diesem Sumpfboden, an denen Deutschland leider keinen Mangel gehabt hat. Erst wenn der Wille zur Verwirklichung sittlicher Kräfte wieder Gemeingut unseres Volkes geworden ist, kann das Sehnen der Guten von heute erfüllt werden, dann werden die „Wolken ihn herabregnen“, um im Bilde des herrlichen Adventshymnus zu bleiben! Sind wir diesem Zeitpunkt nahe? Sind wir ihm wenigstens näher gerückt? Wir glauben diese Frage unbedingt bejahen zu dürfen. Auch durch die breiten Massen geht etwas von der Adventsstimmung, die diejenigen, welche in Deutschland immer guten Willens waren, seit dem unglückseligen 9. November, mit fast religiöser Sehnsucht in steigendem Maße durchglühte. Schon in den letzten Sitzungen der Nationalversammlung wurde rühmend hervorgehoben, daß die Lust zur Arbeit sich wieder gehoben habe. Wir sehen darin ein Zeichen der erwachenden Vernunft und der wieder lebendig werdenden sittlichen Verantwortung. Man wird solche Zeichen in einer Zeit, die noch unheilschwanger genug ist, mit doppelter Freude und Hoffnung vermerken; es sind doch ohne Zweifel Hoffnungssterne, die wieder zu leuchten beginnen. Es ist der Geist der Ordnung, der nicht wirken kann, ohne daß die strengen sittlichen Bande, die die Grundlagen der Gesellschaft und des Staates stützen, von der überwältigenden Mehrheit des

Volkes anerkannt und befolgt werden. Das ist der Boden, auf dem der Wille, sich einem Führer unterzuordnen, der die Nation insgesamt verkörpern muß, gedeihen kann. Deutschlands zukünftiger Führer aber wird eine sittliche Persönlichkeit sein, er wird Kulturpolitik treiben müssen, oder die Nation wird ihm die Gefolgschaft versagen; denn ohne Durchglühung unseres ganzen politischen Lebens mit dem neuen Geist einer neuen sittlichen Weltordnung werden wir unseren Beruf weder nach innen noch nach außen erfüllen können.

Deutschlands Genius war nicht berufen, durch die glänzende Reihe unsterblicher Waffentaten die Welt zu gewinnen; der gänzlich unpolitische Sinn des Deutschen vereitelte es, aus den großen und titanenhaften Erfolgen irgendwelche Vorteile zu ziehen. Diese unerhörte Tragödie eines ganzen Volkes sollte uns die Augen öffnen für das, was uns nicht gegeben, was wir nicht leisten können aus mangelnder Begabung. Es leben Völker, deren Politik weit unsittlicher und verwerflicher war, als die des wilhelminischen Deutschland, dem gerecht zu werden, erst kommenden Jahrzehnten möglich sein wird, und doch haben sie lange geherrscht, weil ihre natürliche politische Begabung die unsittlichen Unterlagen eine Zeit lang zu verdecken und unwirksam zu machen vermochte. Deutschlands Fehler sind nicht größer gewesen als die anderer Völker, aber sie waren, wo ihnen sittliche Berechtigung fehlte, leichter aufzudecken, weil die mangelnde Begabung des Deutschen für „Politik“ sie eben schonungslos von selbst bloßstellte.

So erwartet das heute von Adventsstimmung durchglühte bessere Deutschland den Helden, der die Vereinigung sittlicher Grundlagen in der Politik mit der praktischen Durchführung solcher Gedanken im nüchternen Leben und zwar auf allen Gebieten zur Wirklichkeit bringt; politisches und sittliches Genie werden in ihm gleich stark entwickelt sein müssen! Aber die Nation wird aufhorchen, wenn er spricht und die Welt wird auf ihn hören, wenn er ein neues politisches Evangelium verkünden wird. Wir vermögen es nicht zu glauben, daß die Nation, die solcher Anstrengungen fähig war, wie die unsere, ihre von der Vorsehung vorgeschriebene und gewollte Aufgabe schon erfüllt hat. Der Völkerbund aber beweist es, daß das Sehnen nach Idealen die Kulturvölker überall ergriffen hat. Mögen auch die politischen Unzulänglichkeiten, mit denen die neue Ordnung noch auftritt, groß sein: Deutschland hat gerade auf diesem Gebiete der Welt noch etwas zu sagen!

Frankreich und die Sammelergebnisse für die Missionen.

Von Friedrich Ritter von Lama, Füssen.

Der in Nr. 46 der „Allg. Rundschau“ erschienenen Zusammenstellung der Ergebnisse der Jahresberichte der Vereine für Glaubensverbreitung sehe ich mich veranlaßt, ein kurzes Nachwort anzufügen. Es ist mir inzwischen das Oktoberheft der „Katholischen Missionen“ zugekommen, das (auf S. 19) sich mit dem gleichen Gegenstand befaßt. Zu meiner Ueberraschung finde ich da die Tatsache festgestellt, daß der Beitrag der Vereinigten Staaten nicht, wie lt. Missioni Cattoliche der Lyoner Bericht gesagt, nur 2'325,000 Frs. erreicht, sondern 1'064,000 Dollars, also 5'320,000 Frs. zum Normalkurse und über sieben Millionen Franken nach dem gegenwärtigen Kursstande. Wir freuen uns dieser Tatsache ganz besonders, denn es erhöhen sich damit die Gesamteinnahmen, die von den großen Sammelvereinen für Missionszwecke zur Verfügung gestellt werden, auf vierzehn und eine halbe Million Franken. Durch diese außerordentliche Erhöhung der Einnahmen wird der geringe Kurswert des Franken wie der deutschen Mark wieder ausgeglichen. Freilich tritt damit nicht Deutschland an die erste Stelle, sondern die Katholiken der Vereinigten Staaten nehmen den „Ehrenplatz“ ein, den wir ihnen übrigens gerne und neidlos überlassen. Wenn nun aber unsere Kritik an dem Verhalten der Lyoner Direktion Ursache hatte, eine abfällige zu sein, so hat sie es jetzt noch viel mehr. Man hat sich, um den Schein, daß man immer noch an der Spitze marschiert, aufrechtzuerhalten, nicht nur die erwähnte Schiebung und Verschleierung erlaubt, sondern, wie hiermit dargelegt, sogar falsche Zahlen eingesetzt, da die richtigen beweisen, daß Frankreich heute nicht nur nicht mehr obenansteht, sondern bereits an die dritte Stelle gerückt ist. Die aus dieser Lage gezogenen Schlußfolgerungen erfahren dadurch nur eine besondere Erhärtung.

Der christliche Gemeinschaftsgeist als Seele der neuen Gesellschaft.

Von Landessekretär Dr. Nikolaus Brem, München.

Die Ideen von 1789, die Ideen der französischen Revolution, die liberalen und sozialdemokratischen Ideen des 19. Jahrhunderts, sie haben sich, und das ist die Bedeutung der Stunde, die wir durchleben, totgelaufen. Die Ideen, welche das 19. Jahrhundert beherrschten, sind nicht in Deutschland gewachsen, sie kamen aus dem Frankreich der Revolution und aus der großen amerikanischen Demokratie zu uns. Wir haben zu ihnen — über das englische Beispiel hinweg — ein Jahrhundert lang verzückt emporgeblickt. Nun sind sie auf ein totes Geleise gekommen.

Diese Ideen lassen sich kurz wie folgt zusammenfassen: Man gebe jedem einzelnen Menschen die Schrankenlosigkeit des Lebens und Erwerbs; die Triebfeder des Eigeninteresses wird alle ihre Kräfte am vollkommensten anspannen; aus der größtmöglichsten Entfaltung derselben entsteht dann wie durch ein Wunder von selbst die Harmonie aller Interessen, denn die Welt geht aus sich selbst ihren Gang. Aber wie konnte nun, wenn einmal die göttliche Weltordnung, das ewige Sittengesetz, das Allgemeinwohl als Menschheitszweck ihre richtunggebende Kraft verloren und das nackte Selbstinteresse das Treibende wurde, wie konnte sich der Einzelmensch und Einzelstand gegen Uebergriffe anderer schützen? Gierig griff das 19. Jahrhundert die Idee des Revolutionsphilosophen Rousseau auf, die Idee des Massenwillens, die Herrschaft der zahlenmäßigen Majorität; durch sie sollte der einzelne gegen die Willkür der anderen gedeckt werden. An die Stelle des inneren, ewigen Rechts treten die Beschlüsse von Majoritäten als letzte Norm.

Die Ideen des 19. Jahrhunderts waren nicht deutsch, sie kamen aus dem Westen; sie waren nicht christlich, sie kamen aus der Leugnung des göttlichen Sittengesetzes. Wer wissen will, was deutsch und was christlich ist, der richte seinen Blick auf das katholische Mittelalter, wo, wie vorurteilsfreie sozialdemokratische Schriftsteller zugegeben haben, als das einzigste Mal in der bisherigen Geschichte eine wirkliche gesellschaftliche Solidarität einen wirklich glücklichen Zustand der Menschheit begründete, wo der Hauch des Christentums nicht nur die Lebensgewohnheiten der einzelnen, sondern auch die soziale Ordnung durchwehte, wo die genossenschaftlichen Organisationen der schaffenden Arbeit zugleich Lebensgemeinschaften waren und dem Aufbau des Gemeinwesens dienten, wo Arbeit und Gemeinschaftsgeist den Bürgern jene innere Gehobenheit und Geborgenheit verliehen, die aus den Zunft- und Bürgerbauten der deutschen Städte noch heute so warm zu uns sprechen. Nein, das, womit wir nun hundert Jahre gerungen haben, das war nicht deutsch und das war nicht christlich, das ist über uns nur gekommen, damit wir nun in der Stunde des Zusammenbruches eine um so bessere Sehnsucht darnach empfinden sollten, was wirklich deutsch und was wirklich christlich ist. Das nackte Interesse an Erwerb und Profit, auf welches im allgemeinen die neuzeitliche Wirtschaft eingestellt war, verbindet die Menschen nicht, es trennt sie, hetzt einen Stand gegen den andern, treibt ein Volk gegen das andere, stößt sie in grauenvolle Kriege, schleudert die schaurige Fackel der Selbstzerfleischung und des Bürgerkrieges unter das besiegte Volk. Verbinden können die Menschen, die Stände und die Völker nicht die Ideen des 19. Jahrhunderts, sondern die Ideen des 20. Jahrhunderts, und die werden sich vor dem Geistigen und Ewigen, dem Verbindenden und innerlich Wachsenden verneigen und nicht vor dem Materiellen und Egoistischen, dem äußerlich Bewegenden und Treibenden.

An diesem Punkte nun steht die große Bewegung des 20. Jahrhunderts, der **Solidarismus** steht vor uns auf. Er wendet sich gegen den individualistischen Kapitalismus und den materialistischen Sozialismus. Er verwirft den Kapitalismus, weil derselbe den Profit des einzelnen an Stelle des Gemeinwohles in den Mittelpunkt rückt. Er verwirft den Sozialismus, weil derselbe die freien, von innen her treibenden Gesellschaftskräfte der Persönlichkeit, der Familie, der Berufsvereinigungen, der Kirche mißachtet, ausschaltet und ertötet, weil er von zentralisierten äußeren Wirtschaftsverhältnissen und nicht von innen her die Erneuerung der Welt erhofft. Er bekämpft sie beide, weil sie nicht von der unverrückbaren Grundlage einer Weltordnung ausgehen, die vor uns allen da ist als ein unabänderliches, innerlich verpflichtendes Gesetz, das nicht aus wirtschaftlichen Verhältnissen, Staatsverfassungen, Ratsversammlungen,

Parlamentsbeschlüssen oder Parteitagen hervorgegangen sein kann, sondern nur aus dem ewigen Geiste Gottes. Der Solidarismus weist jene, die sich der Lehre Christi ergeben haben, darauf hin, daß wir Menschen durch Schöpfung, Sündenfall und Erlösung zu einer tiefsten Schicksalsgemeinschaft verbunden sind. So wie die Pflanzen einzeln über dem Boden stehen, aber in ihren Wurzeln sich miteinander berühren, sich gemeinsam ernähren, aneinander wachsen, so sind wir Menschenkinder alle in der Tiefe miteinander verwurzelt und verbunden. Sprechen wir nicht alle Tage im Vaterunser viermal das Wort „unser" und fünfmal das Wort „uns" aus? Bekennen wir nicht im Glaubensbekenntnis eine Gemeinschaft der Heiligen? Lernen wir nicht im Katechismus von gemeinsamer Erbschuld und gemeinsamer Erlösungsgnade? Gerade aus dem katholischen Christentum steigen die allertiefsten sozialen Gesichtspunkte und Kräfte empor und werden, wenn wir nur alle wahre Christen sein wollten, zur Genesung unserer zersplitterten Zeit mithelfen. Wir sollen in unseren Herzen das Wort des Apostels vernehmen: „dienet einander". Wir sollen nicht fragen: wie vermehre ich meine Güter? Wir sollen fragen: wie kann ich das, was ich bin und habe, mir und der Allgemeinheit zum Segen und zum Wohle wenden? Denn niemand kann mit seinem Leben, Arbeiten, Besitztum anfangen, was er will, jeder sieht einem gerechten Gerichte entgegen. Was er ist und hat, ist ihm nur zu Lehen gegeben, er muß es verwerten nach Gottes Willen zum Wohle der Menschheit. So verpflichtet der Solidarismus die Menschen, nicht durch das Selbstinteresse, nicht durch Parlamentsbeschlüsse, nicht durch die Macht von Bajonetten, sondern durch die Macht der sittlichen Verpflichtung in der Tiefe des Herzens, daß sie durch Entfaltung ihrer persönlichen Kräfte dem Wohle aller dienen im Namen einer göttlichen Weltordnung.

Aus solchen Tiefen strömt der Gemeinschaftsgeist empor zum Lichte, der allein die neue Seele der Gesellschaft werden kann. Von ihm wird Wärme ausstrahlen auf all die Fragen, die laut nach einer Lösung rufen.

Da steht im Vordergrunde die Frage des Arbeitsvertrages. Der individualistische Standpunkt, der die Welt zerrissen hat, hat durch den sogenannten freien Arbeitsvertrag die arbeitende Menschheit in zwei Lager gespalten. Unter der nur äußerlich beruhigten Oberfläche der letzten 100 Jahre meldeten sich immer bedrohlichere Erschütterungen an, die auf jene tiefgreifende Verschiedenheit zurückgehen, durch welche ein Teil der Menschen über Besitz verfügt und so die Produktion leitet, ein anderer davon ausgeschlossen ist und so im Dienste anderer arbeitet für sein ganzes Leben. Wenn nur das nackte Interesse des einzelnen und des Standes die Triebfeder menschlichen Handelns ist, woher soll dann die Ueberbrückung dieses Gegensatzes kommen? Individualistischer Kapitalismus wie materialistischer Sozialismus können die Versöhnung nicht herbeiführen, denn ihnen ist das egoistische Interesse der einzelnen oder der Klasse das Treibende. Zusammenschluß und Gesundung kann nur kommen aus dem solidaristischen Gemeinschaftsgeiste, und wer die gegenwärtige Vorlage über die Betriebsräte daraufhin ansieht, daß durch dieselbe der Arbeiter nicht mehr lediglich Produktionsmittel, sondern mitwirkender und mithaftender Träger der Produktionstätigkeit werden soll und muß, daß eine Gemeinschaft der Arbeit gewonnen werden muß, wenn wir nicht an jenem Riß zugrunde gehen wollen, der hat die Frage in ihrer Tiefe erblickt.

Wer aber den Gemeinschaftsgeist als die innere wärmende Flamme des gesellschaftlichen Lebens erkannt hat, der wird auch denjenigen Gemeinschaften unseres Volkes, in denen derselbe vor allem wächst und groß wird, die erste Bedeutung für den Neuaufbau zuerkennen: das sind Familie und Berufsvereinigungen. Die Hochschule des Gemeinschaftsgeistes ist nicht, wie die liberale und ihr nach die sozialdemokratische Wissenschaft so oft betonte, die Ausübung der Staatsbürgerrechte. Die Hochschule des Gemeinschaftsgeistes ist aufgetan in den Gemeinschaften des Lebens und Arbeitens, die uns am nächsten stehen und am tiefsten berühren. Gegenüber dem mechanischen häßlichen Begriff der alles aufsaugenden Staatsallmacht fordern wir Solidaristen die Freiheit der gesellschaftlichen Gemeinschaftskräfte, das Eigenleben der Familie, der mannigfachen Berufsvereinigungen, der Kirche, die alle älter sind als der Staat und die unbedingt ihre eigene Bedeutung neben und für ihn besitzen. Der Gemeinschaftsgeist kann nicht durch Einführung des staatsbürgerlichen Unterrichtes in den Schulen, sondern nur durch Erleben in der durch die Religion erwärmten Zone des christlichen Familien- und Berufslebens emporwachsen. Darum kämpfen wir Solidaristen bis zum letzten für die christliche Familie, für die christliche Schule und für die erhöhte Bedeutung der schaffenden Arbeit in der neuen Gesellschaft, für welch letztere nichts in der Welt lebendigere Beweggründe aufbringt als das Christentum. Wir setzen uns dafür ein, daß den **Organisationen der schaffenden Arbeit eine größere Bedeutung, weitgehende Selbstverwaltung und eine Verantwortung für die Allgemeinheit zugesprochen wird.** Nur durch solche Pflege des christlichen Gemeinschaftsgeistes in Familie und Beruf wird unser zerschlagenes und zermartertes Volk sich selbst wieder finden können im Geiste des Solidarismus.[1])

[1]) Begründung und System des Solidarismus ist niedergelegt in einer Schrift, die in einigen Tagen beim Volksvereinsverlag M.-Gladbach erscheinen wird unter dem Titel: „Im Geiste des Solidarismus"

Das Deutschtum in Bosnien.

Von Oberstleutnant Hugo Piffl.

Es gab kaum ein nichtdeutsches Land in Oesterreich, in welchem sich nicht nur Deutsche, sondern auch Angehörige anderer Völker wohler fühlten als das schöne Bosnien. Dort gab es noch vor wenigen Jahren keinen Nationalitätenstreit und die Sprache Goethes diente den Vertretern von wohl einem Dutzend verschiedener Volksstämme als ein die Eintracht förderndes Bindeglied. In den abgeschiedensten Urwalddistrikten traf man Gendarmen oder Finanzer, Forstleute oder Soldaten, die des Deutschen mächtig waren; immer zahlreicher siedelten sich Kolonisten an und in den neu erschlossenen Bergwerken, Holzgewinnungsstätten und Fabriken sowie an den Bahnstrecken kristallisierten sich deutsche Ansiedlungen, ja eine ganze Anzahl stattlicher Dörfer wie „Windthorst", „Franz-Josefsfeld" und andere waren entstanden. Mehrere Zeitungen erschienen in deutscher Sprache, die auch von Nichtdeutschen abonniert wurden. Die Auslagen der Buchhändler zeigten fast gar keinen Unterschied gegenüber jenen in einer norddeutschen Stadt, denn fast ausschließlich deutsche Bücher sah man ausgestellt und in Lesezimmern und Kaffeehäusern überwogen reichsdeutsche illustrierte Zeitschriften. Sowohl Offiziers- als Beamtenbibliotheken enthielten fast ausschließlich deutsche Werke. Wenn auch nur ein einziger reindeutscher Verein „Der deutsche Stammtisch" in Sarajevo bestand, so war die Beratungssprache der meisten anderen doch die deutsche, da sich die verschiedenen Nationalitäten nur mittels dieser Sprache verständigen konnten. In den Mittelschulen wurde auch deutsch gelernt, ja in einigen war es sogar die Vortragssprache, z. B. im Militärknabenpensionat, dann in der Privatschule zu Sarajevo und in einer der dortigen katholischen höheren Mädchenschulen. Daß das zahlreiche Militär, dann die Beamtenschaft zur Erhaltung und Förderung des Deutschtums wesentlich beitrugen, ist begreiflich. Der Zustrom deutscher Reisender und Touristen stieg mit jedem Jahre und viele Einheimische, vor allem die Spanjolen[1]) bemühten sich deutsch zu lernen. In den katholischen Gotteshäusern hörten die Andächtigen sehr oft das Wort Gottes in deutscher Sprache und in der neuen protestantischen Kirche wurde in der Regel deutsch gepredigt. Auf den Firmentafeln herrscht die deutsche Sprache vor und erst ein Jahr vor dem Kriege gefiel es einigen Buben, etliche deutsche Schilder mit Tinte zu besudeln.

Der „Sarajevoer Männergesangverein" pflegte fleißig das deutsche Lied und veranstaltete von jedermann gern besuchte Konzerte. Im Theatergebäude gastierten viel öfter deutsche, denn slawische Schauspieler. Grillparzers unsterbliches, dem berühmten Marschall Radetzky gewidmetes Gedicht „In deinem Lager ist Oesterreich" paßte für Bosnien, denn dort gab es 30 Jahre lang keinen Nationalitätenstreit. Erst wenige Jahre vor dem Kriege, als die zweifelhaften Ergebnisse abendländischer Kultur wie — Streiks, Demonstrationen und ähnliches sich geltend zu machen begannen, hörte das bisherige idyllische Dasein langsam auf. Die nationalen Vereine wurden immer zahlreicher und die deutsche Amtssprache wurde auf den Aussterbeetat gesetzt. Man fühlte sich nicht mehr so wohl im Lande wie einst und merkte, daß sich die Slawen rüsteten, den „Schwaba" — wie sie alle Oesterreicher

[1]) Nachkommen der spanischen Juden, die anno 1492 aus der iberischen Halbinsel vertrieben, zum größten Teile in die mohammedanischen Länder auswanderten.

ohne Unterschied der Nation bezeichneten — aus dem Lande zu
drängen. Als die Deutschen die Absicht kundgaben, ein „Deutsches
Haus“ zu erbauen, da erhob das kroatische Organ „Dnevnik“
(Tagblatt) des katholischen Erzbischofs Dr. Stadler gewaltigen
Protest dagegen und schloß den betreffenden Hetzartikel mit den
Worten: „Wenn die Deutschen ein deutsches Haus erbauen, so
werden wir es zerstören!“ Tatsächlich konnte der Bau nicht
ausgeführt werden.

Heute sind zahlreiche deutsche Beamte, die aus materiellen
Gründen im Lande verbleiben mußten, genötigt, die bosnische
Staatsbürgerschaft anzunehmen, um sich die Pension zu sichern
und deren Kinder sind der Slawisierung rettungslos verfallen,
so wie es früher in Ungarn und Kroatien überall der Fall war,
wo sich keine großen geschlossenen deutschen Ansiedlungen be-
fanden. Schon seit Jahren kümmern sich viele Familien nicht
mehr darum, ob ihre Kinder deutsch sprechen und mir als Lehrer
am Sarajevoer Militärknabenpensionat kam nicht selten folgender
Fall vor. Ich fragte einen neu eingetretenen, des Deutschen nicht
mächtigen Zögling nach dem Namen. „Schulze“ lautete die
Antwort. Da ich in ihm den Sprößling eines schon längst
slawisierten Germanen vermutete, fragte ich, woher seine Eltern
seien. „Aus Oberösterreich“ hörte ich zu meiner Ueberraschung.
Ich erkundigte mich, ob der Vater vielleicht schon als Kind von
dort in Bosnien eingewandert sei, „nein, er war schon Beamter.“
Erstaunt dachte ich, daß wahrscheinlich die Mutter eine Kroatin
sei, „nein“. „Spricht sie kroatisch?“ forschte ich nach. „Wenig,
nur für den Hausgebrauch“, und der Vater? „Fast gar nichts“.
Ich war starr vor Staunen und Entrüstung. In welcher Sprache
wirkten also diese urdeutschen Eltern auf ihren Sohn ein? Daß
von einem deutsch-nationalen Bewußtsein des Knaben keine Rede
sein konnte, liegt auf der Hand. Kam solche Gleichgültigkeit in
Beamtenfamilien sehr oft vor, wie viel mehr bei der Arbeiter-
schaft und den sonstigen schlichteren deutschen Einwanderern,
die nicht Gelegenheit hatten, ihre Muttersprache durch Lektüre
pflegen zu können.

In meiner Stellung als Lehrer an einer von Kindern
aller Nationalitäten besuchten Schule habe ich die traurige
Beobachtung gemacht, daß die deutschen Kinder sehr bald unter-
einander nur mehr slawisch verkehrten, ja selbst Geschwister be-
dienten sich nur mehr dieses Idioms, namentlich dort, wo nur
slawische Schulen zur Verfügung standen. Freilich wirkte hiebei
nicht nur die dem Deutschen leider angeborene geringe Wider-
standskraft gegen Entnationalisierung mit, sondern auch der Ein-
fluß der klangvollen, vokalreichen Sprache der Bosnier, die den
Kindern sozusagen mundgerechter war als die eigene Muttersprache.

In den slawischen Schulen wurde so manches deutsche Kind
zum Renegaten umgemodelt, obwohl der Südslawe, vornehmlich
der Serbe, kein solcher Chauvinist ist wie z. B. der Ungar, der keine
andere Sprache lernen wollte, sondern gern Deutsch erlernte,
dessen Nutzen er als praktischer und vornehmlich handelsbeflissener
Mann wohl zu schätzen wußte. Von allen Slawen sprechen die
Slowenen und die Serben die deutsche Sprache am reinsten.

Nach Bosnien sind schon im Mittelalter deutsche Hand-
werker, vornehmlich Bergleute eingewandert, an die wohl nur
mehr einige germanisch klingende Familiennamen und die Be-
nennungen gewisser Werkzeuge erinnern, die damals die arbeits-
freudigen Deutschen als Neuheit mitgebracht hatten.

Heute ist schon so manches blonde deutsche Mädel die
Gattin eines Bosniers geworden und auch Mohammedaner haben
in ihren Harem, der in Bosnien in der Regel nur eine Lebens-
gefährtin birgt, eine Blume aus germanischem Boden verpflanzt.
Mit Wehmut denke ich an jene Zeit zurück, da in den öffentlichen
Lokalen der bosnischen Hauptstadt und auf dem Korso fast aus-
nahmslos deutsche Laute erklangen. Dunkle Gerüchte erzählen
jetzt von der Ausmerzung alles dessen, was deutsch ist. Ob sich
ein kärglicher deutscher Rest eine Zeitlang noch im Lande erhalten
wird — wer weiß es? Der Krieg hat uns Deutsche schwer ge-
troffen. Auch Bosnien ist eine verlorene Kolonie, ist ein von
deutscher Mutter erzogenes Kind, das, großjährig geworden —
dem Erzieher undankbar den Rücken kehrt.

Vom Büchertisch.

Jos. Mockenhaupt: K. B. Zehn friedliche Kriegserzählungen aus
dem Westerwald; **Es waren Königskinder.** Eine Westerwaldgeschichte.
Habbel, Regensburg. Preis je geb. M 4.—. Der Verfasser
des „Kleinen Roman“ bringt uns wiederum etwas vom Inhalt
„aus dem Ränzlein des Joh. Lauremburger“. — Etwas an sich Willkomme-
nes, weil ethisch und erzählerisch Anregendes, Gutes. Etwas, das entschieden
auf Besseres, ja Bestes deutet, nur daß der Verfasser den Weg eben dazu
noch nicht gefunden hat. Rund heraus gesagt: Er läßt sich noch zu sehr
gehen, der Herr Jos. Mockenhaupt, hat auch zu viel kindliche Freude an
der eigenen Weise, die nicht immer vollberechtigt ist. Gleich im erst-
genannten der zwei vorliegenden Bände bekommt man den Eindruck, als
plätschere der Autor mit allzu großem Behagen in der „Breite“ seines
heiläugigen und auch warmherzigen Humors. Die meisten seiner Leser
werden das wahrscheinlich begreiflich finden. Aber er selbst dürfte nicht
vergessen, daß der Kern der Nuß die Hauptsache ist, nicht die noch
so gesund und schön anzuschauende Schale. Jos. Mockenhaupt
wird seinen Pegasus ernstlich in die Zügel nehmen müssen, will er das
sattelfeste Reiten nicht verlernen oder es überhaupt lernen. Befolgt er
den Rat, dann haben wir nicht nur einen tüchtigen, sondern einen
starken Erzähler mehr. Ein paar der allemal originellen 10 Geschichten
bestätigen das, und noch mehr tut es das zweite Buch, in dem eine tat-
sächlich prachtvolle Erzählung stecken würde, wenn — ja wenn sie nicht
gar so zerzaust und zerflattert aus dem Ränzlein des gewiß prächtigen
Johannes Lauremburger herausgekommen wäre. Also, Herr Dichter,
einen festeren und zugleich vorsichtigeren Griff! Immerhin werden beide
Bücher viele Freunde finden. Das gönnen wir dem Herrn Verfasser von
Herzen, ohne von dem eben Gesagten ein Jota wegstreichen zu wollen.

E. M. Hamann.

Georg von Hertling, Erinnerungen aus meinem Leben. Bd. 1. Jos.
Kösel Verlag, München und Kempten. Zu den interessantesten Er-
scheinungen auf dem Büchermarkte gehören zweifellos Prof. Hertlings
Lebenserinnerungen, 1. Band. Nicht deshalb, weil sie uns in seine
Tätigkeit als Reichskanzler Einblick gewähren und von den mittelbaren
und unmittelbaren Ursachen des Zusammenbruchs Deutschlands berichten
— der erste Band handelt darüber in keiner Weise —, sondern weil sie
uns ein Bild von dem Lebens- und Werdegang dieses bedeutsamen
Mannes entrollen. In drei Kapiteln, betitelt: Aus früherer Zeit, Lehr-
und Werdejahre, Dozent in Bonn, wird der Leser eingeführt in Hert-
lings erste Familienverhältnisse, in seine Lebensschicksale bis zu seiner
Berufung nach München. Wir werden über den Geburtsort, die Eltern
und die nähere Verwandtschaft Hertlings, über seine erste Ausbildung,
seine Universitätsstudien, seine Berufswahl, seine Promotion in Berlin
und Habilitation in Bonn unterrichtet. In seiner Universitätskarriere
hat Hertling lange Zeit kein Glück gehabt. 13 Jahre mußte er Privat-
dozent bleiben, bis er nach langer Zurücksetzung endlich außerordentlicher
Professor wurde. Ueber die Haltung der philosophischen Fakultät, die
Stellung des Kultusministers Falk wie seines Nachfolgers macht Hert-
ling Mitteilungen, die nach mehr als einer Richtung interessant sind.
Und doch ist die Zeit seiner Bonner Dozentenzeit für ihn wie für die
Sache, der er diente, von größter Tragweite gewesen. In diese Zeit fällt
die Gründung der Görresgesellschaft, die er mit gleichgesinnten Freunden
vollzog, in diese Zeit fällt sein Eintritt ins politische Leben als Abgeord-
neter von Koblenz, sein Eintritt in die Zentrumspartei, in der er zu
Windthorst in immer nähere Beziehung trat und sich eine immer an-
gesehenere Position zu erringen wußte. Daß Hertling die mannigfachsten
Kulturströmungen der damals so bewegten Zeit und die führenden Per-
sönlichkeiten, mit denen er in Berührung kam, von seinem Standpunkte
aus würdigt und sie im Licht und im Schatten ihres Wirkens zeigt, macht
das Buch zu einer doppelt lehrreichen und anziehenden Lektüre.

Univ.-Prof. Dr. H. Meyer.

Zur Schulpolitik der Katholiken Deutschlands. Herausgegeben von
Direktor Joh Peter Mauel, Köln (14. Bd. der „Zeit- und Streitfragen
der Gegenwart“). Köln, J. P. Bachem 1919, 142 S. 5.60 M, geb.
6.40 M. Von den zehn Vorträgen, welche den Inhalt vorliegender Schrift
bilden, sind acht auf der Kölner Schulwoche, Pfingsten 1919, gehalten
worden, und die zwei übrigen auf der Protestversammlung der katholischen
Lehrer und Lehrerinnen der Stadt Köln und ihrer näheren Umgebung am
1. Dezember 1918. Die Vorträge wollen dem katholischen Volke den
Unterbau bieten für die Schulpolitik, welche die Neuzeit ihnen aufdrängt.
Sie führen in gemeinverständlicher Weise und mit Geschick in die wichtig-
sten Einzelfragen der gesamten Erziehung ein, berühren auch didaktische,
schultechnische, rechtliche und organisatorische Probleme und sind im besten
Sinne des Wortes modern (vgl. namentlich S. 43 ff.). Besondere Be-
tonung erhält die Frage des Religionsunterrichtes in der Schule und seine
Stellung im gesamten Erziehungswerke, sowie im Gegensatze zur religions-
losen Morallehre. Die Behauptung, die Zeugnisse über die Koedukations-
schulen stimmten darin überein, daß sittliche Verirrungen als Folge der
Gemeinschaftserziehung kaum je vorgekommen seien (S. 90), ist nicht
richtig. Wenn S. 95 gesagt wird, daß sich Foerster zu den dogmatischen
Grundlagen der christlichen Moralpädagogik „noch nicht klar durchzuringen
vermochte“, so dürfte dieser Satz wohl für alle Zukunft Geltung behalten.

Geistl. Rat Prof. Dr. J. Hoffmann.

Handbuch der Jugendkunde und Jugenderziehung. Von Dr. Jakob
Hoffmann, Gymnasialprofessor, Geistl. Rat und Religionslehrer in
München. Gr. 8° (XX u. 410 S.) Freiburg i. Br. 1919, Herdersche Ver-
lagshandlung. M 14.—; geb. M 16.50. Das Werk stellt die völlig um-
gearbeitete und stark erweiterte 4. Auflage von des Verfassers „Erziehung
der Jugend in den Entwicklungsjahren“ dar, die 1913 zum ersten Male
und sehr bald in 2. und 3. Auflage erschien. Während damals die männ-
liche studierende Jugend fast ausschließlich berücksichtigt wurde, kommt
jetzt auch die weibliche Jugend und die werktätige Jugend zum Zuge.
Die Grundlinien des ursprünglichen Werkes sind zwar in diesem Neubau fest-
gehalten (körperliche Entwicklung und Erziehung, die Entwicklung und Bil-
dung des Intellektes, die Gemüts- und Willensbildung, die religiöse Entwick-
lung und Erziehung, anormale Erscheinungen des Entwicklungsalters und
deren Behandlung sind die Hauptteile). Aber allenthalben ist weiter ausge-
baut, kleinere Teile sind dazwischen- und vorgebaut unter Verwertung aller

in den letzten Jahren erschienenen Fachliteratur. Neu ist insbesondere eine dem ganzen vorangestellte Einführung in die Methoden der jugendkundlichen Forschung und deren Literatur, neben einem (auch schon in der 1. Auflage gebotenen) äußerst reichhaltigen Literaturverzeichnis. Das Werk ist die reife Frucht einer langjährigen Sammlung von Erfahrungen und Beobachtungen in eigener praktischer Erzieherarbeit an der Jugend dieser Altersstufe, einer kritischen Bearbeitung der Probleme und der sie behandelnden Schriften, wie sie den Lesern der „A. R." seit Jahren durch die Feder des Verfassers geboten wird, wie sie außerdem uns im „Pharus" und in mehreren selbständigen Veröffentlichungen entgegentritt. Ein umsichtiges, wohl abgewogenes Urteil tritt dem Leser auf jeder Seite entgegen und leitet an zu ebenso umsichtiger Behandlung der Aufgaben, welche in Familie, Schule, Kirche, Jugendverein, in Jugendpflege, -Fürsorge und -Seelsorge den Erziehern gestellt werden: ein Ratgeber im besten Sinne für Eltern, Katecheten, Lehrer, Anstaltserzieher, für Katecheten und Beichtväter und nicht zuletzt für Jugendvereinsleiter.

Univ.-Prof. Dr. Göttler.

Transformismus.

Das neueste System der Malerei, mit dem eine langjährige Entwicklung wohl ihren Höhenpunkt und ihr Endziel erreicht haben dürfte, ist der Transformismus. Die durchgreifende Neuerung des Expressionismus bestand darin, daß er das ganze Gewicht der künstlerischen Tätigkeit auf die Verarbeitung legte, denen die Natureindrücke in der Seele des Künstlers unterworfen werden. In dieser inneren geheimnisvollen Werkstätte entstehen die eigentlichen Kunstgebilde, zu denen diese sichtbare Welt nur das Rohmaterial durch ihre Sinneseindrücke geliefert hat.

So wird denn je nachdem, wie es dem Genius des Künstlers gefällt, eine Form, etwa ein menschlicher Arm oder ein Bein, gereckt und in die Länge gezogen oder auch z. B. ein Gesicht nach Art eines Kuchens platt geschlagen, schließlich alles so wie es der Bildhauer mit dem weichen Ton macht, so lange geknetet, bis das Gebilde geeignet ist, die Idee des Künstlers, die er bisher in seinem Inneren getragen, zum Ausdruck zu bringen. Daher ja der Name Expressionismus.

Wenn nun bei diesem Verfahren der sich betätigende Genius besonders stark veranlagt ist, so geht die Verarbeitung der Wirklichkeitsformen so weit, daß gar keine Aehnlichkeit davon übrig bleibt. Daher kommt es dann, daß ungeschulte Kunstgenießende so oft vor ungelösten Rätseln stehen, was sie sich allerdings nicht merken lassen. Eigentlich brauchten sie sich dessen aber nicht zu schämen. Denn darin liegt eben der wunde Punkt beim Expressionismus. Die Auflösung der Formen ins Unerkennbare und Unbestimmbare kann nicht das Endziel der Entwicklung sein.

Da kommt nun der Transformismus und verhilft der Sache zum Siege, indem er die Selbsttätigkeit des Genius zum Gipfel führt. Der Ansatz zum Transformismus ist schon im Expressionismus gegeben, eben darum, weil er die Naturdinge umformt. Aber der Transformismus führt das Prinzip bis zum Ende durch, indem er die Dinge zu etwas Neuem, ganz anderem umformt. So werden denn Menschen etwa zu architektonischen Gebilden, Gebäude dagegen zu lebenden Wesen usw. Anregungen zu solchem Vorgehen finden sich ja im täglichen Leben. Vergleicht man doch zuweilen einen Menschen mit einem Klotz, bei anderen wird man an die Gestalt einer Kugel erinnert. Das hat ja freilich schon der Kubismus zur Geltung gebracht, nur war er darin zu einseitig, indem er eben alles „klotzig" darstellte.

Wer hätte nicht umgekehrt schon die Wahrnehmung gemacht, daß so ein altes Haus oder ein alter Turm einen treuherzig oder auch dumm oder verschlafen anschauen aus ihren Fenstern und Luken. Das Dach sieht dann aus wie der Hut oder wie eine Nachtmütze.

Solche Ansätze greift der Künstler auf, um dementsprechend ein äußerst dankbares künstlerisches Verfahren auszubauen. Die ganz von allen Fesseln befreite künstlerische Phantasie bringt eine Art von geistigem Destillationsprozeß zuwege. Die so gewonnenen flüchtigen Geister werden dann mit kühnem, schnellen Wurf, durch den materiellen Farbstoff gebunden, auf die Leinwand gebannt, und nun erschließen sich ungeahnte Welten vor dem trunkenen Auge.

Alle Linien in dem Geäste eines Waldes setzen sich zusammen zu lebenden Wesen, die in wildem Ringen miteinander begriffen scheinen. Aus den Blättern der Bäume formen sich allerlei seltsame Fratzen. Die Hirsche und Rehe dagegen, sowie die Kühe, die friedlich auf der Weide grasten, fangen an, wie die Bäume auszuschlagen und sich mit grünem Laub zu bekleiden. Die Bergriesen bilden zusammen eine Kette und führen einen Reigentanz aus und wackeln dabei mit ihren spitzen Mützen. Der Mond setzt sein freundlichstes Gesicht auf und lacht dazu. In den Lüften sieht man die kühnsten Wolkenburgen und Luftschlösser sich erheben, zwischen denen wilde Ungeheuer sich herumtreiben. Auf der Erde dagegen stolpert man über eine Art von kristallförmigen oder auch rein ornamentalen Gebilden, zu denen die Menschen, die diesen Schauplatz bevölkerten, „transformiert" d. h. umgestaltet worden sind.

Weiter kann man füglich nicht gehen, und so dürfte nun wohl im Transformismus das unruhige Streben und Drängen sein Endziel erreicht haben. Auf diesem Bergesgipfel angelangt, kann der Genius seine Schwingen zusammenlegend sich beruhigt niederlassen und siegesfroh auf die durcheilte Laufbahn zurückblicken.

P. Lucas Knackfuß O. P.

Bühnen- und Musikrundschau.

Verkündigung. Paul Claudel hat in Frankreich langer Jahre bedurft, um Anerkennung zu finden. „L'annonce faite à Marie", im Anfang des Jahrhunderts gedichtet, ist erst 1912 in Paris gegeben worden. Bald darauf hat man in Frankfurt a. M., woselbst Claudel als französischer Generalkonsul wirkte, eine Vorstellung durch französische Schauspieler ermöglicht und Max Reinhardt hat das inzwischen verdeutschte Werk in Berlin für die deutsche Bühne gewonnen. Die Bedeutung dieses Kunstwerkes wurde allgemein erkannt, selbst solche, die von der Weltanschauung dieses Mystikers weitab stehen, haben sich dem Zauber dieser Dichtung nicht zu entziehen vermocht. Zentgraf, der in unserem Blatte (1914 Nr. 14) diese überraschende Tatsache feststellte, findet ihre Erklärung in den Worten Tertullians: „Anima naturaliter christiania". In diesem Essay findet der Leser den Werdegang des Dichters, der mit seiner Wiedererweckung zum Glauben anhebt. — Die Münchener Kammerspiele haben das Verdienst, die 1914 abgerissenen Fäden zwischen dem französischen Dichter und der deutschen Bühne wieder angeknüpft zu haben, denn gegen große Kunst hegen und hegten wir niemals nationalistische Bedenken. Falls die Nachrichten nicht gefärbt sind, hat Claudel die Fähigkeit mit Objektivität nach Deutschland zu blicken, noch nicht wiedergewonnen; aber der Dichter der „Verkündigung" war mit deutschem Wesen vertraut. Nicht deshalb, weil das Mysterium in der Nähe eines deutschen Klosters spielt, weil der Dombaumeister sich Peter von Ulm nennt, weil der König nach Speyer reitet, sondern weil der seelische Inhalt dieses in kalendarisch nicht eng umgrenzter gotischer Zeit spielenden Stückes Eckhart und den anderen deutschen Meistern der Mystik wohl verwandt ist. — Der Kuß, den die reine Violäne Peter von Ulm, dem unglücklichen Aussätzigen aus der Fülle ihres Glückes und ihres Mitleidens auf die Lippen drückt, bringt diesem Rettung und Genesung. Das Motiv vom „armen Heinrich", unserer Bühne durch Gerh. Hauptmann und Pfitzner vertraut, klingt hier an. Violäne versinkt in schwerstes Unglück. Die schreckliche Krankheit erfaßt sie durch diesen Kuß. Ihn hat ihre Schwester Mara erspäht. Die Eifersüchtige hinterbringt es dem Geliebten. Violäne hofft, daß die Liebe des Jakobäus stark bleibe, sein unwandelbarer Glaube sie vielleicht rette; aber der Verdacht ist stärker in ihm und die Liebe vermag den Abscheu vor der Krankheit nicht zu überwinden. Da zieht sie hin in das Tal der Aussätzigen in die Einsamkeit. Acht Jahre lebt sie dort, die grausame Krankheit frißt weiter und weiter an ihrem Körper, ihre Augen erblinden, aber um so heller leuchtet ihr Glaube. Mara hat durch der Schwester Unglück ihr Ziel erreicht. Sie ist die Frau von Jakobäus geworden, der jedoch Violäne nicht vergessen kann. Sie gebärt eine Tochter, aber das Kind stirbt. Wildes Weh erfaßt Mara; die leidenschaftlich Wilde, Trotzige findet den Weg zu der armen, schicksalergebenen Schwester. Ihr, der Heiligen traut Mara die Kraft zu, das Kindlein zum Leben zurückzurufen. Wohl weist Violäne in ihrer Demut den Anspruch zurück, als eine Heilige zu gelten, aber während in jener Weihnachtsnacht die fernen Glocken läuten, Mara auf Violänens Bitte die frohe Botschaft von Christi Geburt vorliest und durch den schneeigen Wald mit schmetternden Fanfaren der Kaiser zur Krönung zieht, vollzieht sich das Wunder. In Violänens Armen erwacht das Kind zu neuem Leben und die Augen, die es aufschlägt, sind blau, wie Violänens Augen. Da lodert der Haß Maras neu empor. Sie zieht die Blinde an den Abgrund, da Jakobäus die Lebende nicht vergessen kann. Peter von Ulm, der Geheilte, findet die Sterbende und trägt sie in ihres Vaters Haus, der gerade in dieser Nacht aus dem gelobten Lande heimkehrt. Jakobäus und der Meister von Ulm stehen um die Tote. Zu ihrem Begräbnis läuten die Glocken des ausgestorbenen Klosters — ein neues Wunder. Mara bekennt ihre Schuld. Unter dem fruchttragenden Baum der Erkenntnis sitzen die Ueberlebenden, verzeihend und Gottes bereit. Die Handlung ist voller Symbole, aber sie stehen bildhaft und klar vor uns. Dieses Stück ist von reicher künstlerischer Einsicht, aber nichts ist künstlerisch oder errechnet. Wohl liegen die Schleier des Geheimnisvollen über der Handlung, in der sich Irdisches zu Heiligem emporläutert, aber keine Gestalt wirkt als schemenhafte Personifikation eines Gedankens. Diese Figuren leben, wenn auch fern der gemeinen Wirklichkeit der Dinge, so daß zwei oder drei banale Wendungen, die dem Dichter (oder vielleicht nur seinem Uebersetzer) unterlaufen sind, uns schmerzen, wie ein falscher Griff auf den Saiten einer Geige. Dieser Dichter, dessen Herz so voll heiliger Ueberzeugung ist, verfällt nie in den Fehler des kleineren Talentes, durch erbauliche Rhetorik wirken zu wollen, wo nur gilt, was von den auf den Brettern stehenden Gestalten aus dem gegebenen Augenblick heraus erfüllt zum Erlebnis wird. Der Eindruck der Dichtung war ein sehr starker. Bei einem Teil der Zuschauer freilich zeigte sich im Laufe des Abends eine gewisse Ermüdung. Das geistliche Spiel paßt nicht gut in den Rahmen des Theateralltags. Würde man es, wie die Wagner-Festspiele, zu sehr früher Stunde, etwa 5—10 Uhr geben, (man könnte ja Sonntage dazu wählen), der Gesamteindruck wäre noch größer. Falckenbergs Spielleitung, die uns nach unvollkommenen Versuchen anderer Bühnen, die mystische Dramen Strindbergs erst ihrer Wesensart entsprechend, zu Bühnenleben gebracht hat, hat auch hier Bilder von Eindruckskraft und Größe geboten. Diese Gestalten standen abseits der naturalistischen Kleinlichkeiten, ohne daß Opernprunk oder billiger Märchenzauber einen theatralischen Zug hineingetragen hätten.

Die Dekorationen von Pasetti sind größtenteils vollkommen. Mit wenigen, einfachen Formen wird hier eine Suggestionskraft entfacht. Nicht minder gut war die Besetzung. Annemarie Seidel als Violäne trug Leiden und Unglück mit einer Größe, die aus einem tiefen Innenleben quillt. Der blonden Dulderin stand in der schwarzen, wilden Mara eine Gegenspielerin voll rassigem Temperament gegenüber, deren irdische Selbstsucht Sybille Binder packend verkörperte. Frl. Ernst als Mutter war schon bildhaft äußerst glücklich. Eine gotische Skulptur hatte hier Leben gewonnen und der Stil war Natur geworden. Framer als zum heiligen Grabe pilgernder Vater war von einer edlen Schlichtheit; etwas mehr ‚Theater‘ war Herrn Ernsts scharf umrissener Dombaumeister. Auch Fabers Jakobäus war von frischem, gradlinigem Empfinden. Gehört somit die verdienstvolle Aufführung des Claudelschen Werkes zu den wenigen Theaterabenden, die mehr als ein lediglich flüchtiges Interesse erregen, so muß noch besonders die Aufmerksamkeit derjenigen auf Claudels Dichtung gelenkt werden, die sonst christliche Dramatik auf der Schaubühne der Gegenwart vermissen.

Volkstheater. „Von fünf bis sieben“, ein Schwank von Hans Brennert, hatte, von Frl. Berger und Herrn Kampers munter gespielt, einen sehr freundlichen Lacherfolg. Was in der Teestunde, da draußen die Dämmerung herabsinkt, alles passiert, ist nicht sonderlich aufregend, aber es kommt zu manchem Situationsscherz, über den man lacht. Die Umwelt einer Filmdiva wird uns mit Satire vorgeführt, aber diese Leutchen vom Kino, die oft so „berühmt“ sind und sich so wichtig vorkommen, bieten eigentlich mehr Stoff zu einer Satire auf Scheinkultur, als Herrn Brennert beizubringen gelang. Wozu eine schärfere Kritik? Was hier „von fünf bis sieben“ vorkommt, kann uns von 7 bis 9 unterhalten. Daß wir um halb zehn noch daran denken sollen, solch unbescheidene Forderung liegt dem Verfasser ferne.

München. L. G. Oberlaender.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Das Valutaproblem — der „gute Wille“ des Auslandes — Kapitalfluchtgesetz, Verkehrssperre, Kohlennot und trotzdem Börsenhausse!

Das eine Weltkatastrophe bedeutende **Valutaproblem** ist in eine, man kann sagen, gefährliche Phase geraten. Wohl hauptsächlich unter dem Drucke der ungünstigen Veranlagung des gesamten internationalen Geldmarktes — die Bank von England wird ihre erst kurz auf 6 % erhöhte Rate wohl wiederum hinaufsetzen müssen; an der Neuyorker Börse war tägliches Geld zeitweise auf 30 % gestiegen — sind die Meldungen zu verstehen, dass bei den finanziellen Besprechungen zwischen Bankvertretern aus der Schweiz, England, den nordischen Staaten und Holland zwecks Stabilisierung der Valuta zwischen diesen Ländern durch Kreditausgleich hinsichtlich einer Besserung der deutschen Währung von grösstem Pessimismus gesprochen wurde. Diese ungünstige Beurteilung trotz der lebhaften deutschen Exporttätigkeit musste begründet werden mit den sich jetzt stärker bemerkbar machenden Folgen des unglücklichen Friedensvertrages für Deutschland. Auch die verschiedenen Finanzversuche im Reich und bei den Einzelstaaten erfuhren kritische Beurteilung im Zusammenhang mit der noch grossen Absperrung der deutschen Grossfinanz vom Weltmarkt. Dass uns dabei die Entente um keinen Preis wiederum hochkommen lassen wird, geht aus der genügend erwähnten passiven Resistenz derselben hervor, namentlich hinsichtlich Regulierung der westlichen Zollgrenze. Wir stehen und fallen mehr denn je angesichts der neuerlichen deutschen Valutaentwertung mit **dem guten Willen des Auslandes.** Leider ist hier, im Moment wenigstens, so viel wie nichts zu erwarten. Weder die Verstopfung des Loches im Westen erfolgt, noch von der Einräumung von Valutenkrediten durch Amerika sind greifbare Momente bekannt. Der fortgesetzte starke Kreditbedarf des Reiches angesichts der ungeheuerlichen Vermehrung der schwebenden Schuld, die beängstigende Fülle von gleichen Geldanforderungen von Seiten der Industrie werden über kurz oder lang bei uns den Geldmarkt gleichfalls ummodeln. Dies erfolgt, gleichgültig, ob es gelingt, wie neuerdings ernstere Bestrebungen im Gange sind, die Notenhochflut bei uns einzudämmen oder nicht.

Für die Bewertung einer solchen Inlandsvaluta wird der Rückkehr zum Warentausch allgemein das Wort gesprochen. In der volkswirtschaftlichen Beilage des „Bayerischen Kuriers“ wird gleichfalls ein solcher Warentauschhandel befürwortet. Nach dieser Richtung hin muss etwas geschehen, schon wenn man beobachtet, wie die deutschen Auslandskredite sogar jetzt in der Schweiz, wenn solche lediglich gegen Effekten gedeckt sind, zur Kündigung gelangen. Dies in dem Augenblick, in dem die Mark in der Schweiz auf 13½ herabgesunken ist, also zu einer Parität, welche ungefähr **die Mark mit elf Pfennigen bewertet!** Ueber das Wie und Was dieses Problems hört man nur von papiernen Vorschlägen. Und trotzdem, vielmehr gerade deshalb herrscht neuerdings an den deutschen Effektenmärkten eine geradezu paradoxe Kurshausse, naturgemäss vornehmlich in den ohnehin abnorm hohen Valutapapieren. Auch das Ausland kauft unentwegt grosse Blocks von Aktienposten, namentlich von Bergwerksunternehmungen im rechts- oder linksrheinischen Gebiet. Eine Ausnahme in dieser Börsentendenz machen nach wie vor die festverzinslichen Werte, vor allem Städteanleihen, Hypothekenpfandbriefe und Staatsrenten, welche Kategorien in Verbindung mit dem bereits ab 1. Dezember zur Durchführung gelangenden Kapitalpflichtgesetz bei starkem Angebot in grossen Summen an den Markt geworfen werden. Bedauerlich bleibt die hier und dort immer wieder zum Durchbruch gelangende Beunruhigung, namentlich des kleineren Kapitalisten, der gerade jetzt in der Zeit der Zeichnung auf die neue Sparprämienanleihe Rat und Tat am meisten benötigt. Nach den bei den Grossbanken vorliegenden Anmeldungen auf diese neue Anleihe, soll jedoch jetzt schon festgestellt werden können, dass die Sparprämienanleihe überzeichnet werden wird!

Ueber die Wirkungen der — vorläufig wenigstens — zu Ende gegangenen Verkehrssperre werden widersprechende Kritiken laut, namentlich hinsichtlich einer grosszügigen Organisation. Der Ruf nach kaufmännischer Erfahrung bei den bureaukratischen Verhaltungsmassregeln hält an. Man wird abwarten, ob hinsichtlich Kohlenversorgung, besonders in Süddeutschland, die amtlichen Beruhigungsmeldungen begründet sind. Die bekannt gewordenen neuen Einschränkungspläne im Verkehrswesen sprechen einigermassen dagegen. Stillegungen in der chemischen Grossindustrie infolge des wachsenden Kohlenmangels sind erst kürzlich bekannt geworden. Auch die grosse gesamte Kaliproduktion Mitteldeutschlands ruht aus gleichem Grunde. Angesichts dieser Tatsachen fällt die Beibehaltung von Sachlichkeit und Besonnenheit bei der Wirtschaftsbeurteilung schwer. Der jüngste Aufruf der Reichsregierung an die deutsche Arbeiterschaft hinsichtlich Stellungnahme gegen einen politischen Generalstreik bietet ein solches Blitzlicht hierzu. Auch die Betrachtungen des preussischen Handelsministers Fischbek über die Kohlennot, namentlich über die Notwendigkeit einer erheblichen Einschränkung der deutschen Industrie durch die Kohlenrationierung seien erwähnt. Vielleicht bedingen die immer mehr überhandnehmende Einführung der Akkordarbeit neben der Beibehaltung der 48 stündigen Arbeitswoche doch den erforderlichen Grundstein in der Wiederaufrichtung der deutschen Wirtschaft. Denn mehr wie je ist Harmonie zwischen Arbeitgeber und -nehmer vonnöten.

München. M. Weber.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Heinrich Neuberger, Versandbuchhandlung Frankfurt a. M.
Kronprinzenstraße Nr. 21 (3 Minuten vom Hauptbahnhof)

Ausstellung und Verkaufsraum sowie Lager
des
Herderschen Verlags zu Freiburg i. B.

Lieferungen unter vorteilhaften Bedingungen gegen bequeme Raten-Tilgung zu den Originalpreisen und **franko**. Katatoge gratis. — Ansichtssendungen.

Besonders empfohlen: **Herders Konversations-Lexikon — Herders deutsche Klassiker — Lexikon der Pädagogik — Janssens Geschichte des deutschen Volkes — Pastor, Geschichte der Päpste — Pesch, Lehrbuch der Nationalökonomie.**

Ferner: Theologische und pädagogische Fachwerke, Apologien, Sozialpolitische Werke, Kunst- und Literaturgeschichten, Geschichtswerke etc.

Buchhandlung Heinrich Z. Gonski Köln

Sortimentsabteilung Mainzerstraße 1
in der Nähe der Universität.
Ganz besonders auf die Wünsche der Herren Studenten eingestellt.

Verlagsabteilung Salierring 57
erbittet Verlagsangebote auf allen Gebieten schöngeistiger und wissenschaftlicher Literatur.

Kriegsnotgeld!

Wer Kriegsnotgeld (Metall und Scheine) nicht verwenden kann, der sende es an die **Zentralstelle des Bonifatius-Sammelvereins in Paderborn**, wo alles zur Rettung armer **Diasporakinder** verwertet werden kann. Desgleichen werden mit herzlichem Dank entgegengenommen alle Sorten **Freimarken**, auch die einfachsten Werte.

Patenschaft für Diasporakinder.

Die **Not** unter den armen Diasporakindern ist gegenwärtig besonders **groß**. Wer mithelfen will an der **Rettung** dieser Aermsten der Armen, erwerbe die **Schutzpatenschaft** über ein solches Kind. Ein einmaliger Beitrag von ℳ 180.— genügt, um die Unterbringung eines gefährdeten **Kindes** in einer Kommunikantenanstalt zu sichern. Alles Nähere durch die **Zentralstelle des Bonifatius-Sammelvereins (Kath. Diaspora-Kinderhilfe), Paderborn.** Postscheckkonto Cöln: 42315.

B V H.

Die B. V. H. verkauft ab Lager München:
150 Tonnen Stahlblech 1—6 mm stark
verschiedene Abmessungen
8000 m nahtlose Stahlrohre
26 × 23,6 mm 2760 u. 2780 mm lang
6000 m Stahlrohre geschweisst
16 × 12 mm 4—6 m lang
5 Tonnen Federschweisstahl
50 × 6—60 × 10
50 t Verhol- u. Ausgleichfedern
als Werkzeugstahl verwendbar.
Schriftliche Angebote mit Preisangabe erbeten bis längstens 29. November an
Bayerische Verwertungsstelle für Heeresgut, technische Abteilung.

Vorzügliche Lektüre für Studenten

Tiefer und Treuer

Schriften zur religiösen Verinnerlichung und Erneuerung

Von **Franz Weiß**, Stadtpfarrer.

12 Bände mit Buchschmuck von Kunstmaler Wilh. Sommer. In zweifarbigem Druck auf feinem, holzfreiem Papier, hochformatig, 10.:169 mm. Broschiert in reichem farbigem Umschlag jeder Band Mk. 3.50. In elegantem Original-Einband jeder Band Mk. 4.50. Verlagsteuerungszuschlag inbegriffen.

I. Band: **Der katholische Glaube als Religion der Innerlichkeit.** 96 Seiten. 18. Auflage
II. Band: **Jesus unter uns.** 80 Seiten. 18. Auflage.
III. Band: **Kirche und Kirchlichkeit.** 88 Seit. 11. Aufl.
IV. Band: **Verdemütigung und Versöhnung in der Beicht** 112 Seiten. 12 Auflage.
V. Band: **Belebung und Beseligung in der Kommunion.** 88 Seiten 14 Auflage
VI. Band: **Jesu Leiden und unser Leiden.** 112 Seit. 18 Auflage.
VII. Band: **Jesu Reichsverfassung.** 88 Seit. 8. Aufl.
VIII. Band: **Jesu Reichsprogramm.** 120 Seit. 9 Aufl.
IX. Band: **Jesu Reichsgebet.** 88. Seiten. 9. Auflage.
X Band: **Jesus und Maria.** 88 Seiten. 6. Auflage.
XI. Band: **Jesus und Paulus.** 112 Seiten 6. Aufl.
XII. Band: **Jesus und ich.** 112 Seiten. 7. Auflage.

Etwas Besonderes und doch zugleich Lieblicheres und Zeitgemäßeres wird schwerlich auf dem Gebiete der Askese zu finden sein. Gottsucher, Freunde Christi und seiner Kirche werden durch diese Gabe in jeder Weise gestärkt und gehoben werden. (Rhein. Merkur, Köln.)

Verlagsanstalt Benzinger & Co. A.-G.
Einsiedeln, Waldshut, Köln a Rh., Straßburg i. Els.
Durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

Elektrisch betriebene, durchaus modern eingerichtete, alteingeführte

Metzgerei

in grosser Ortschaft Schwabens, mit ca. 2000 Kunden. 10 Tagwerk Oekonomie, guten hübschen Baulichkeiten, vollem Inventar, preiswert verkäuflich.
Aufschluss unter Nr. 2202 durch
Rob. Heinemann & Cie., Allgem. Immob.-Verk.-Gesellschaft, München, Karlsplatz 8.

Oekonomie-gütl

in der Passauer Gegend. (Graphitgebiet) ca. 14 Tgw. gross, Acker-Wiesland und Wald, massives Wohnhaus mit 6 Zimmern, Nebengebäude mit Stallung, Obstgarten, wertvollem leb. und toten Inventar, verkäuflich. Näh. unt. Nr. 2221 durch
Rob. Heinemann & Cie., Allgem. Immob.-Verk.-Gesellschaft, München, Karlsplatz 8.

Hadern und Knochen
sortiert und unsortiert.
Strumpfwolle, Neutuch, Zeitungen
kauft zu reellen Preisen von Privaten und Händlern. Anstalten, Klöstern usw.
Adolf von der Heiden, München. Baumstr. 4.
Telephon Nr. 22285. — Bahnsendung. München-Süd. Bahnlagernd

Bekanntmachung.

In der außerordentlichen Generalversammlung unserer Aktionäre vom 10. November 1919 ist beschlossen worden, das Aktienkapital der Gesellschaft von Mk. 1 200 000.— auf Mk. 2 000 000 durch Ausgabe von 800 auf Namen lautenden und durch Indossament übertragbaren Aktien zu je Mk. 1000.— zu erhöhen.

Diese 800 Aktien sind von dem Bankhaus Merck Finck und Co. in München zum Kurs von 190% mit der Verpflichtung übernommen worden, sie unseren alten Aktionären zum gleichen Kurs, demnach zu 190% derart zum Bezug anzubieten, daß auf je drei alte Aktien unserer Gesellschaft zwei neue entfallen.

Die neuen Aktien nehmen vom 1. Juli 1919 ab am Jahreserträgnis teil. Auf jede neue Aktie ist der Betrag von Mk. 1900.— samt 5% Zinsen hieraus vom 1. Juli 1919 bis zum Zahltag einzuzahlen.

Das Bezugsrecht ist bei Vermeidung des Verlustes desselben **bis einschließlich 30. November 1919** bei dem **Bankhaus Merck Finck und Co. in München** auszuüben.

Bei Geltendmachung des Bezugsrechtes sind die alten Aktien- ohne Dividendenscheine- mit zwei gleichlautenden, vom Inhaber vollzogenen Zeichnungsscheinen (Muster hiezu sind bei Herren Merck Finck und Co. erhältlich) zur Abstempelung einzureichen und gleichzeitig die oben erwähnten Mk. 1900.— für jede neue Aktie samt den 5% Zinsen ab 1. Juli a. c. einzuzahlen.

Das Bankhaus Merck Finck und Co. ist bereit, den Ausgleich der beim Bezug neuer Aktien überschiessenden oder erforderlichen Spitzen vorzunehmen.

Die Bezugsrechtsausübung ist spesenfrei, wenn die Mäntel bei der Bezugsstelle am Schalter eingereicht werden.

Der Schlußnotenstempel wird von der Gesellschaft getragen.

Die Rückgabe der alten Aktien (Mäntel) erfolgt nach Abstempelung.

Ueber die Einzahlungen werden Quittungen ausgestellt, gegen deren Rückgabe nach Eintragung der durchgeführten Kapitalerhöhung in das Handelsregister die auf den Namen lautenden neuen Aktien ausgefolgt werden.

München, 10. November 1919.

München Dachauer Aktiengesellschaft für Maschinenpapierfabrikation.

Kullen Kaula

Für die Redaktion verantwortlich: i. V. Dr. Jos. Kausen, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gh.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich M. 4.50.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis: Die 5 X gespaltene Millimeterzeile 50 Pfg., Anzeigen auf Textseite d. 95 mm breite Millimeterzeile 250 Pfg. Beilagen einschl. Postgebühren M. 25 d. Tausend.
Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.
Rabatt nach Tarif.
Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig.
Erfüllungsort ist München.
Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt.
Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer.

Wochenschrift für Politik und Kultur. ✱ Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 48. München, 29. November 1919. XVI. Jahrgang.

Mehr politische Linie!

Von Univ.-Prof. Geh. Hofrat Dr. K. *Beyerle*, Mitglied der Nationalversammlung.

An der Bahre unseres unvergeßlichen *Groeber* schreibe ich dieses. Ein großer politischer Führer und überlegener Taktiker ist mit ihm von uns genommen worden. Die Zentrumsfraktion wird seine reichen Erfahrungen, die ihm im ganzen Parlament eine überaus gewichtige Stimme sicherten, schmerzlich genug vermissen. Es ist nicht meine Aufgabe, Groebers Verdienste während dieser ganzen Jahrzehnte seiner hingebungsvollen parlamentarischen Tätigkeit zu schildern. Seine Mitarbeit in dem abgelaufenen Abschnitt der Deutschen Nationalversammlung dagegen, insbesondere seine hervorragenden Verdienste um die Reichsverfassung und um die Ausgestaltung der Grundrechte innerhalb derselben, vor allem aber seine Leitung der überaus schwierigen Verhandlungen über die Schulartikel darf ich rühmend hervorheben. Der großen Partei, deren unbestrittener Führer er war, gab er aber auch in freimütigen Bekenntnissen den Halt und die Richtschnur auf dem Wege in die neue Staatsform des deutschen Volkes. Man möchte gerne hoffen, daß sich die Politik der großen, christlichen Volkspartei, an deren Spitze er stand und der sich die Vertreter der bayerischen Volkspartei zu einer engeren Arbeitsgemeinschaft angegliedert haben, in der Fraktion und in den Scharen ihrer Wähler in diesen zielsicheren Bahnen weiterbewegen möchte.

Mit Bedauern stößt der politische Beobachter in breiten Schichten der öffentlichen Meinung und in der Presse schon heute wieder, nachdem kaum der Verfassungsbau in Reich und Ländern unter Dach und Fach gebracht ist, auf *Zersetzungserscheinungen nicht unbedenklicher Art*. Das Bürgertum gewährt vielfach ein zerfahrenes politisches Bild. Die notdürftig gedämmten Parteileidenschaften lodern auf, und selbst innerhalb der einzelnen Parteien stößt man auf Selbstzerfleischung. Von unseren Feinden aufs Blut gepeinigt, unserer äußeren Ehre beraubt, im wirtschaftlichen Lebensmarke getroffen, stehen wir uneins da, als ob nicht höchste Einigkeit erste Voraussetzung unseres Weiterlebens wäre, sondern als ob wir nichts gelernt hätten und noch immer in der Zeit lebten, wo der innere Parteienstreit den nationalen Gedanken und die Sammlung der Kräfte so schwer gefährdete.

Viele wollen nicht einsehen, wie bitter nötig es für uns ist, einen ruhigen politischen Boden unter die Füße zu bekommen. Ich schreibe als Verfassungspolitiker, nicht um die Verfassung zu loben, sondern *aus den realpolitischen Notwendigkeiten heraus*. Ich stelle mich auf den Boden der Verfassung, nicht weil es *diese*, sondern weil es *die* Verfassung ist. Ich frage mich: handeln die politisch gut und klug, welche die kaum wiedergekehrte Ordnung zu gefährden nicht ablassen, indem sie das Fundament dieser Ordnung, das Verfassungswerk von Weimar, tagtäglich in den Staub treten? Erträgt es unser in der öffentlichen Moral und in allen politischen Begriffen so schwer gestörtes Volk, wenn geflissentlich der Trennungsstrich zwischen Revolution und wiedergekehrter Gesetzlichkeit, den die Verfassung bedeutet, aus dem Zeitbewußtsein möglichst ausgelöscht wird? Geht man diesen beklagenswerten Erscheinungen näher nach, so findet man nicht immer sachliche Wertung der Frage, ob nicht doch alle ernsten politischen Kräfte sich auf dem Boden des neuen Verfassungszustandes auswirken können. Schlagworte und Stimmungen beherrschen den Tag. Ich habe oft diejenigen am meisten die Verfassung ein elendes Machwerk schelten hören, die sich nicht einmal die Mühe genommen hatten, das neue Staatsgrundgesetz Deutschlands zu lesen.

Die verschiedenartigsten Motive stehen hinter denen, die heute an der Verfassung rütteln: Monarchismus und Klassenstaatsgedanke, Unitarismus und Föderalismus, verlorene Reservatrechte und nicht gewonnener Einheitsstaat, kulturpolitische Ziele, die in den Verfassungssätzen je nach dem Standpunkte von rechts oder links keine Anerkennung gefunden haben. Statt ihre Kräfte da einzusetzen, wo sie im neuen deutschen Verfassungsrechte *die bessernde Hand* angelegt zu sehen wünschen, verwerfen manche ihrer Vertreter *unterschiedslos das ganze Werk*.

Man scheint zu vergessen, was man dieser Verfassung verdankt, wie man sie herbeisehnte. Gewiß kann an ihr nicht alles allen gefallen, aber es sind doch sehr gefährliche Schlagworte, deren sich zu ihrer Bekämpfung jetzt die politische Tagesmeinung bedient. Unerfreuliche Begleiterscheinungen des Untersuchungsausschusses bieten äußeren Anlaß, einem angeblich übertriebenen Parlamentarismus Fehde anzusagen. Man übersieht dabei, daß Parlamentarismus demokratischer Mehrheitswille im Staat heißt und daß dieser *unsere Rettung aus der Revolution* war. Man übersieht auch, daß die neue deutsche Reichsverfassung von drei Seiten gegen den Parlamentarismus lebenskräftige Dämme aufgerichtet hat: in den Rechten des Reichspräsidenten, im Volksreferendum und in dem ständisch ausbaufähigen Reichswirtschaftsrat.

Eine starke *monarchistische* Welle geht über das Land hin. Inwieweit dabei wirkliche Ueberzeugung oder die trügerische Hoffnung, mit der Monarchie die gute alte Zeit heraufzuführen, vorwaltet, ist oft schwer zu sagen. Die Schätzung der Stärke dieser Strömung schwankt sehr. Aber man besinnt sich nicht auf den geraden Weg des Referendums, sondern bekämpft die republikanische Verfassung als solche. Man übersieht dabei auch, daß die Weltuhr nicht rückwärts läuft, daß man unmöglich nach dem Vorgefallenen alle 22 Monarchien in Deutschland wieder aufrichten kann. Zudem überlegt sich diese Strömung die übergewaltigen Schwierigkeiten der augenblicklichen Wiedereinführung von nur einzelnen der entthronten Dynastien nicht, und sie bedenkt nicht, welch' schlechten Dienst sie den Fürsten erweist, gerade *jetzt* diese Bewegung in Gang zu setzen. Ohne Zustimmung der Entente kehrt heute kein Fürst zurück. Ein Bayernkönig von Frankreichs Gnaden aber dürfte heute ebenso unmöglich sein, wie ein Hohenzollernkaiser. Ich wüßte nicht, wie man jetzt in Deutschland Monarchien anders aufrichten würde als auf dem Wege des Bürgerkriegs, der Reichszerstörung und des Hochverrats an der Nation. Die Frage einer Rückkehr zur monarchischen Staatsform muß daher von allen Besonnenen einer *späteren Zukunft überlassen* werden.

Die Gegnerschaft gegen einzelne exponierte parlamentarische Figuren bildet die Unterlage zur Bekämpfung des parlamentarischen Systems überhaupt. Jeder fühlt sich heute zum Höchsten berufen, jeder aber kann nicht im Parlament oder auf einem parlamentarischen Ministersessel sitzen. Einstweilen wird aber das staatsrechtliche Fundament untergraben, wo eben der Zustand der Ordnung sich festigen will. Der Wunsch nach alsbaldiger Aenderung der Verfassung treibt soweit, der deutschen Nation die Befähigung zu einem demokratischen Staatswesen völlig abzustreiten. Dies tun auch manche, die heute die Könige nicht zurückrufen wollen und lassen die Frage offen, was dann an Stelle des demokratischen Staates treten soll. Ein großer Fehler ist, daß häufig zwischen Demokratie und Republik nicht genügend

unterschieden wird. Daß in den demokratischen Elementen der neuen Verfassung gesunde Entwicklungskeime liegen, ist unbestreitbar. Man muß sie nur in Ruhe reifen lassen und nicht in einem Zustande nachwirkender Kriegsneurose von vorneherein ersticken. Es ist auch nicht wahr, daß die neue Verfassung eine zu sprunghafte Entwicklung bedeute und sich deshalb nicht halten könne. Die Mitwirkung der bürgerlichen Parteien hat dafür gesorgt, daß überall die Verbindungsfäden vom Alten zum Neuen nach Möglichkeit gewahrt wurden; freilich für die Formen der Geltung des Volkswillens als oberster Instanz im Staate sind in jahrtausendlanger Entwicklung die Grenzen gegeben.

Aber man stellt ja heute den Mehrheitswillen, der sich in der Verfassung niederlegte, schon als nicht mehr beachtlich hin, nachdem man noch zu Beginn dieses Jahres nach der Anerkennung dieses Mehrheitswillens schrie. Schon jetzt, nach wenigen Monaten seit Verabschiedung der Verfassung, soll eine unüberbrückbare Kluft zwischen dem Mehrheitswillen des Parlaments und dem Mehrheitswillen des Volkes klaffen. Man vertraut auf Wunder in der politischen Umschichtung des Volkes für den Fall der Neuwahl. Eine im Interesse des Gesamtwohls bedauerliche Wahlpolitik der Zersetzung greift um sich. Nach zugkräftigen Wahlparolen hält man Umschau. Wenn der demokratische Staat Leben gewinnen soll, dann müssen doch die trennenden politischen Instinkte durch staatsbürgerliche Schulung im Dienste der Gesamtheit gemildert werden. Statt dessen werden sie heute aufgepeitscht und ein gefahrdrohender politischer Dämmerzustand geschaffen.

Es gibt Leute, welche die kulturpolitischen Werte der Reichsverfassung gerne hinnehmen, aber die Verfassung trotzdem verwerfen, aus irgendeinem der oben genannten einseitigen Motive. Es ist aber ein verantwortungsvolles Beginnen, den Teil über das Ganze zu stellen, wo das Ganze allein leben kann und das erstrebte radikale Eigenleben des Teiles nur um den Preis schwerster außenpolitischer Gefährdung durchzusetzen ist. Doch genug für heute.

Alle diese unerfreulichen Erscheinungen werden hoffentlich wieder weichen, ehe es zu spät ist. Die aufklärende volkserzieherische Arbeit steht sich einer gewaltigen Aufgabe gegenüber. Es gilt klareres Erkennen der offenen geraden Wege im Verfassungsrecht des neuen Zustandes. Es gilt Weckung des politischen Sinnes und Selbstvertrauen beim Einsetzen der eigenen Kräfte, statt Kräftevergeudung in fruchtloser Kritik. Was die verfassungsmäßige Weiterentwicklung auf der ruhigen gesetzlichen Bahn bringt, nehmen wir hin, aber die Würdigung der übergewaltigen Gefahren von innen und außen verlangt gebieterisch nach einem festen politischen Halt. Dieser kann aber allein auf dem Boden der Achtung einer uns auch im Gewissen verpflichtenden gesetzlichen Ordnung gedeihen. Hierin den Gewinn der Ueberwindung des revolutionären Klassenstaates durch das Bürgertum festzuhalten, das viele Brauchbare anzuerkennen und in den gegebenen Bahnen fortzuentwickeln: das wäre politischer Geist vom Geiste Groebers. Darum: Mehr politische Linie!

Weltrundschau.

Von Fritz Nienkemper, Berlin.

Der „Friede" ohne Amerika.

Während des Krieges gab es viele Ueberraschungen und Wunderlichkeiten; nach dem Kriege nicht minder. Das verflossene Jahr der Friedensfabrikation wird in der Kulturgeschichte keinen Ruhmessessel einnehmen; es hat zu viele Proben von der intellektuellen und moralischen Unzulänglichkeit der angeblich zivilisierten Menschheit geliefert. 14 Monate nach dem deutschen Waffenstillstandsgesuch sind wir erst soweit gekommen, daß das Inkrafttreten des Friedensvertrages für den Dezember 1919 in Aussicht gestellt wird, aber auch das nur mit Hilfe der Klausel, die den Wagen zur Not auf drei Räder stellt. Wenn nicht drei großmächtliche Ratifizierungen für genügend erklärt worden wären, würde der Friedensvertrag noch bis in 1920 hinein in der Schwebe geblieben sein, denn der amerikanische Senat hat seine Genehmigung versagt, den eigenen Präsidenten und die ruhebedürftige Welt im Stiche gelassen.

In das Ränkespiel der amerikanischen „Geschäftsordnung" kann ein Europäer nur schwer eindringen; aber diese rücksichtslose Verschleppung einer brennenden Weltfrage aus egoistischen Gründen verdient die schärfste Verurteilung. Mit Wilson selbst brauchen wir freilich kein Mitleid zu haben. Er hatte schon bei der Aufstellung des Friedensvertrages in Paris sich selbst preisgegeben, seine besten Grundsätze verleugnet, seine feierlichsten Versprechungen gebrochen. Jetzt sieht er auch im eigenen Vaterlande seine Autorität dahinschmelzen. Das bißchen Gutes, das noch in dem Friedensvertrage steckt, die Ansätze zu einem künftigen Völkerbund, kommt gerade den smarten Senatoren nicht verlockend vor. Nachdem die Amerikaner im Kriege auf Kosten Europas ihr großartiges „Geschäft" gemacht haben, greifen sie wieder zu der Monroe-Doktrin, lassen Europa im Elend liegen und halten es für das profitabelste, daß die Vereinigten Staaten sich die vollste Bewegungsfreiheit für ihre einseitige Interessenpolitik wahren. Vor Tisch las man anders: da sollte ausgerechnet Amerika den Sieg der Humanität, der Gerechtigkeit, des Menschheitswohles und des gesicherten Weltfriedens bringen.

Vielleicht wird es dem Präsidenten Wilson vor der Neuwahl noch gelingen, den Friedensvertrag in seinem Parlament durchzudrücken: mit Hilfe des horror vacui und in der Erwägung, daß die Akte doch bereits in Kraft getreten seien. Inzwischen ist aber die Folge die Nichtbeteiligung der Amerikaner in dem Obersten Rat und in den zahlreichen Ausschüssen zur Ausführung des Vertrages sowie in der Gestellung der Besatzungstruppen. Das ist nicht gerade erfreulich; denn die Amerikaner sind uns im allgemeinen noch lieber, als unsere „intimsten" Gegner aus dem haßerfüllten Frankreich und dem neidischen England.

Bei den Kammerwahlen in Frankreich hat der „Tiger" Clemenceau gesiegt. Die nationalistischen Parteien haben vom Rausch des Sieges und der Beute profitiert. Die Linksparteien, namentlich die Sozialisten, haben die Zeche bezahlen müssen. Nebenbei ein kalter Wasserstrahl für die deutschen Schwärmer, die von der sozialistischen „Internationale" ein Heil erwarteten. Die französischen Sozialisten waren schon während des Krieges ohnmächtig, jetzt sind sie es erst recht.

In Italien war der Ausfall der Wahlen insofern anders, als die Sozialisten bei dem wirtschaftlichen Notstand Mandate gewonnen haben. Dafür hat aber die ausgesprochene Friedenspartei, die Giolittianer, eine schwere Niederlage erlitten. Immerhin kann man auf eine gemäßigte Politik Italiens hoffen, namentlich auch angesichts des Erstarkens der katholischen Volkspartei, die freilich noch längst nicht auf der Höhe steht, die sie in dem katholischen Italien haben sollte. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden wir zu Italien noch am ersten wieder in wirklich friedliche Beziehungen kommen können; leider kann uns das in der eigentlichen Weltpolitik nicht sehr viel helfen, da Italien in dem Obersten Rate keinen durchschlagenden Einfluß hat.

Noch bedenklicher sieht der sogenannte Friede aus, wenn wir nach Osten blicken. Die russischen Verhältnisse bleiben in der dunkelsten Verwirrung. Auch im Baltikum ist noch nichts gelöst. Die Zukunft Oberschlesiens macht uns nach wie vor die schwersten Sorgen. Wenn der Reichskommissar Hörsing sich jetzt endlich zum Rücktritt entschlossen hat, so kann man nur bedauern, daß er und die hinter ihm stehende mehrheitssozialistische Partei nicht früher zu diesem Entschlusse gekommen sind. Im Südosten wird jetzt an einem ungarischen Ministerium Huszа nach Vorschrift der Entente gearbeitet. Oesterreich schwebt in einer inneren und äußeren Not, die unser Elend noch übertrifft.

Wird nun der papierne Frieden von Versailles zu Anfang Dezember in Kraft treten? Nach der jüngsten Regierungserklärung im englischen Unterhause ist der angekündigte Termin vom 1. Dezember wieder zweifelhaft; denn darnach scheint man erst noch prüfen zu wollen, ob nicht der amerikanische Senat im Dezember vielleicht noch den Vertrag genehmigen könnte. Ferner muß in der laufenden Woche sich noch zeigen, ob Deutschland das Erpressungsprotokoll unterzeichnen kann, wie es unsere Gegner vor dem Inkraftsetzen des Vertrages uns noch abnötigen wollen.

Hindenburg und Ludendorff vor dem Ausschuß.

Das Verhör der beiden Heerführer im Untersuchungsausschuß hat am 18. November stattgefunden ohne erhebliche Straßenaufläufe und ohne den vielfach erwarteten Krach im Sitzungssaal. Es kam auch nichts Ueberraschendes zu Tage. Die Militärs haben auf den Sieg hingearbeitet, wie das ihrem Beruf entsprach. Sie haben den uneingeschränkten U-Bootskrieg gefordert, weil sie sich davon eine Entlastung der Landfront versprachen, die trotz der Siege in Rumänien in schwieriger Lage war. Sie hatten vor allem die Unterbindung der Kriegszufuhr von England nach Frankreich im Auge: in dieser Hinsicht hat leider die U-Bootsflotte versagt. Bezeichnend ist, daß die Heerführer den

Uebergang Amerikas in das feindliche Lager als unabwendbar betrachteten, obschon das Auswärtige Amt noch immer mit Wilson wegen der Friedensaktion verhandelte. In den kritischen Wochen von Anfang 1917 ist der Austausch der Akten und der Meinungen zwischen der militärischen und der politischen Oberleitung offenbar nicht so gewesen, wie er sein sollte. Herr v. Bethmann Hollweg griff ein, um seine Zurückhaltung durch die bekannte „technische Unmöglichkeit" des Widerrufs der U-Bootsparole zu erklären. Es bleibt aber der fatale Eindruck, daß die Klarheit und die Harmonie gerade im entscheidenden Augenblicke zu wünschen übrig ließen.

Der fragliche Unterausschuß hatte noch eine Fortsetzung des Verhörs sich vorbehalten. Der Gesamtausschuß war aber der Meinung, daß die Heerführer die gestellten Fragen ausreichend beantwortet hätten, und beschloß eine längere Pause. Je länger die Pause dauert, desto besser. Denn wer nicht gerade auf „Demonstrationen" erpicht ist, kann nur wünschen, daß dieses peinliche, unfruchtbare und schädliche Wühlen in den traurigen und unabänderlichen Dingen zu Ende kommt.

Groebers Tod in der Werkstatt.

Soeben haben wir den Heimgang des geistlichen Führers beklagt; jetzt müssen wir trauern an der Bahre des weltlichen Führers des Zentrums, des hochverdienten, allverehrten Vorsitzenden der Fraktion in der Nationalversammlung, Adolf Groeber.

Das war ein Mann aus einem Guß: in seinem Denken und Handeln, in seinem öffentlichen Wirken und seiner privaten Lebensführung war keine Spur von einem Unterschied zu entdecken. Auch der Tod schien die Harmonie dieser Natur zu respektieren; denn er wurde kampf- und schmerzlos abberufen von der Stätte, wo er rastlos gewirkt hatte und rüstig weiter zu wirken plante. In der Vorbereitung zu neuer Arbeit fand er die ewige Ruhe, die er reichlich verdient hat, wie kaum ein anderer.

Er ist hoch emporgestiegen in Ehren und Einfluß bei seinem Volke, und er hat Großes gewirkt und geschaffen auf den mannigfachsten Gebieten, und das muß ihm um so mehr zum Ruhm angerechnet werden, als die Erfolge nicht dem Füllhorn des Glücks oder dem leichten Flügel des Genies zu verdanken waren, sondern in peinlicher Gewissenhaftigkeit durch unermüdliche Arbeit im Schweiße des Angesichts unter Aufreibung aller Kräfte des Geistes und des Körpers errungen wurden.

Ein vollkommenes Muster von Fleiß, von Selbstlosigkeit, von Opferwilligkeit. Dieser Parteiführer im weltlichen Rock hat mehr Selbstverleugnung bewährt, als mancher Mönch im strengen Kloster. Mit Dank und Stolz blicken wir auf das segensreiche Wirken dieses allerechtesten Zentrumsmannes zurück. Die Hauptsache ist aber, daß wir dem Vorbild nacheifern und jeder sich bemüht, nach seinen schwachen Kräften und in seinem Kreise ebenso treu und opferwillig zu arbeiten für die große, heilige Sache, der Mallinkrodt, Windhorst, Franckenstein, Lieber und Groeber ihre Lebenskraft bis zur Erschöpfung geweiht haben. (Die „A. R." wird demnächst eine zusammenfassende Würdigung des bedeutenden Zentrumsführers veröffentlichen. D. Red.)

Deutsches Volk!

Treues Volk — das fremde Tücke trog,
wahres Volk — das man so schnöd belog!

Starkes Volk — das schweres Leid ertrug,
stolzes Volk — das man in Ketten schlug!

Armes Volk — dem man das Letzte raubt,
weil es tief an Treu und Recht geglaubt!

Einsam Volk — dem niemand Stütze bot,
altes Heldenvolk — nun: Volk in Not!

Mutig Volk — auch in der grössten Qual
hoch die Stirn! Nur noch ein einzig Mal!

Halte aus! Es war der letzte Schlag!
Tiefer Nacht folgt bald der Sonnentag!

Halte aus — ob auch das Joch dich biegt
deutsches Volk — dann hast du doch gesiegt!

Innsbruck. Ehrentraut Lanner.

Die Wahlen in der Schweiz, in Italien, in Frankreich und in Belgien.

Von Ministerialdirektor Dr. E. Ver Hees, München.

Das Ergebnis der Wahlen in den obengenannten Ländern gibt Anlaß zu allerlei Nachdenken. Wahlfaulheit wird überall wahrgenommen, wo die Gesetzgebung nicht die Wahlpflicht wie in Belgien eingerichtet hat. Es ist, als ob ein tiefer Mißmut sich weiter Schichten der Völker bemächtigt hätte; oft drückt sich diese Unzufriedenheit aus durch eine antiparlamentarische, antidemokratische Haltung eines Teiles einer Klasse; sie beansprucht eine Diktatur, eine durch kein Mehrheitsparlament beschränkte Herrschaft einer Minderheit. Zwischen dem alten Absolutismus und dieser Anmaßung liegt nur der Unterschied der Form. Weite Schichten scheinen jedes Vertrauen auf eine Besserung der unleidlichen Zustände verloren zu haben und sind zu Hause geblieben. Das ist Mangel an Pflichtgefühl und an Unternehmungslust. Dennoch bricht die ehrliche Verhältniswahl jeder Richtung eine freie Gasse.

Eine andere allgemeine Wahrnehmung ist der Mangel an Einheitlichkeit der Ergebnisse. Nicht nur haben verschiedene Länder, auch innerhalb der Entente, entgegengesetzte Erscheinungen und Strömungen zutage gebracht, sondern auch haben innerhalb der einzelnen Länder die verschiedenen Gegenden nicht einheitlich abgestimmt, sie haben auseinandergehende Erfolge gezeitigt.

Es lohnt sich, den Ursachen und wahrscheinlichen Folgen dieser Tatsachen nachzugehen.

In der Schweiz wie in Italien ist die reine Verhältniswahl fürs erstemal eingeführt. Dort hatten die Sozialisten wenigstens drei- bis viermal soviel Mandate zu erhalten gehofft, als sie früher besaßen; ja es war vereinzelt die Rede von einer absoluten Mehrheit dieser Genossen. Nun hat sich die Zahl ihrer Mandate nur verdoppelt, sie hat 39 erreicht, was an sich sehr schön ist, nach den gegebenen Verhältnissen aber eingestandenermaßen eine Enttäuschung darstellt. Nur ein gutes Fünftel der Mandate gehört der Sozialdemokratie an. Die Konservativ-Katholiken behalten ihren Besitzstand von 42 Sitzen, haben also mehr wie die Roten. Die früher herrschende radikale oder fortschrittliche Partei verliert ihre siebzig Jahre alte Mehrheit. Eine Bauernpartei ist entstanden, im Grunde freikonservativ, und sie bekommt im ersten Anlauf 27 Mandate, besonders auf Kosten der Radikalen. Eine Mehrheit ist möglich durch ein Bündnis oder Einverständnis der Radikalen entweder mit den Katholiken, was nicht unwahrscheinlich ist, seit die Kulturkampfbestrebungen abgeflaut sind und eine wirklich freiheitliche, alle Anschauungen ehrende Strömung sich bemerkbar macht. Oder mit den Sozialisten, was durch die bolschewistischen Anwandlungen eines Teiles der Arbeitervertreter erschwert wird.

Lange Jahre hindurch haben die schweizerischen Radikalen, dank dem Mehrheitswahlsystem, ihre Parteidiktatur behauptet; mehrere Volksentscheide hatten schon ihre Parteigesetzgebung verurteilt, ihnen zu denken gegeben, und viele, z. B. den alten Deucher, zu versöhnlicheren Ansichten bekehrt. Endlich hat gegen alle Künste ihrer Parteimaschine die Verhältniswahl durch den schwierigen Weg des Volksbegehrens ihren Einzug gehalten und die alte Parteiherrschaft gebrochen. Vielleicht kommt es dazu, daß die meisten einsehen, daß besonders in einem Bundesstaat die Zentralregierung sich in den Dienst aller Bestrebungen stellen und nur für den friedlichen Ausgleich derselben sorgen muß.

In Italien ist die Verhältniswahl auch eingeführt; fürs erstemal haben sich auch die Katholiken allgemein an den Wahlen beteiligt. Die Sozialisten hofften 100 bis 150 Sitze zu erhalten. Sie bekommen 161, was ein Drittel des neuen Parlaments ausmacht. Die Katholiken erreichen etwa hundert Mandate, was auch die kühnsten Erwartungen ein wenig übertrifft. Die beiden neuen Parteien verfügen zusammen über die Mehrheit der Kammer. Ihr Einvernehmen ist nicht ausgeschlossen, da die Sozialisten schon vor dem Kriege mit der antiklerikalen Freimaurerei gebrochen haben. Mit einigen versöhnenden Elementen der Liberalen ließe sich eine Koalitionsregierung in Italien einrichten, welche einige Aehnlichkeit mit der deutschen hätte. Die anderen Parteien sind unter sich ziemlich gespalten; die Nationalisten, Chauvinisten, Annexionisten haben sich die größte Mühe gegeben und das meiste Geld verausgabt, um zu einem Siege zu gelangen; sie erleiden aber eine vollkommene Niederlage: kaum zwei ihrer Kandidaten sind gewählt.

Es ist also nicht richtig, wenn gesagt wird, daß das Wahlergebnis in Italien die Folge davon sei, daß das Volk sich gegen eine Regierung empöre, welche ihm alle seine nationalen Ziele nicht verschafft habe. Das Gegenteil wäre viel eher der Fall: das Volk kümmert sich wenig um Deutsch-Südtirol und die Stücke des überhaupt slavischen Dalmatiens. Freilich sind die Wahlen nicht franzosenfreundlich, sogar nicht kriegsfreundlich. Man behauptet, daß der Krieg vielleicht 100 Milliarden Mark gekostet habe, das Nationalvermögen aber nur 70 Milliarden betrage. Beide Schätzungen können übertrieben sein; wenigstens ist die zweite wahrscheinlich zu niedrig gegriffen; sie verfehlen aber ihre Wirkung nicht.

Im Süden hat das Volk im allgemeinen mehr regierungsfreundlich und mehr liberal gewählt; die Gründe dieser Haltung liegen anscheinend im Schlendrian und in der Wahlflauheit. Im Norden sind es nicht nur die Städte, sondern auch und noch mehr die ländlichen Gegenden, wo Großbesitz vorherrscht, also die fruchtbaren Ebenen des Po, der Romagna und der Emilia, wo man sozialdemokratisch gewählt hat; nochmal bleibt es wahr: latifundia perdidere Italiam. Dort sieht man aber die Mietskasernen auf dem Lande als Arbeiterwohnungen mitten zwischen den Feldern emporragen: Und die Bracchianti werden oft sogar Anarchisten. In der Ostlombardei sind im Gegenteil industrielle Städte Hochburgen der Katholiken, wie Treviglio, Bergamo usw.; auch da, wo das Kleineigentum auf dem Lande vorherrscht, wie bei Brescia, Verona, in den Bergen und Hügeln des Nordens, wurde von einer verhältnismäßig sehr fortgeschrittenen Bevölkerung katholisch gewählt. Die Katholiken hätten noch mehr Sitze, wenn nicht 50 Jahre lang das Non expedit ihre Kräfte gelähmt und das Feld besonders im Süden anderen Strömungen überlassen hätte.

Im Grunde hat ein großer Teil des italienischen Volkes keine Anhänglichkeit an die eigentlich auch fremde Dynastie von Savoyen; anderseits hat es wenig Hochachtung für die Führer der kleinen bürgerlichen Parteien, auch nicht für die republikanische Bourgeois-Partei. Darum ist es teilweise zu Hause geblieben, teilweise hat es einen Versuch mit den Sozialisten gemacht; die Katholiken als Partei sind ziemlich jung organisiert und haben vielleicht ihre Zeit und Gelegenheit in manchen Gegenden verpaßt. Vielleicht wird ihnen das antiklerikale Treiben eher nützen. Jedenfalls ist das Ergebnis sehr ungleichmäßig und beweist noch einmal, wie Italien natürlicher fahren würde, wenn es ein Bundesstaat geworden wäre. Die Unzufriedenheit mit der Haltung der Franzosen, die Teuerung und im allgemeinen die Abneigung gegen den Krieg und die Kriegspolitik sind für das Ergebnis mitbestimmend gewesen. Jedenfalls hat die Herrlichkeit der liberalen und radikalen Parteien Italiens mit diesen Wahlen einen vernichtenden Schlag erlitten. Die Notwendigkeit für die Sozialisten, mit den Katholiken oder mit den Bürgerlich-Radikalen zu gehen, eröffnet wenig Aussicht auf Verbreitung von Gewaltgedanken und des Bolschewismus. Das ist auch eine Lehre dieser Wahlen.

Die französischen Wahlen werden durch eine Tatsache beherrscht: die Verhältniswahl tritt nur ein, die Minderheitsparteien werden in einem Wahlbezirke nur dann vertreten, wenn eine Partei oder eine Gruppe von verbundenen Listen keine absolute Mehrheit bekommen hat. Diese Einrichtung bestand in Belgien für die Gemeindewahlen seit 1895 und wurde von liberaler und sozialistischer Seite eine Infamie genannt. Diese Parteien machten aber davon Gebrauch, um gemeinsame Listen aufzustellen und dadurch überall da, wo sie die Mehrheit bekamen, die Katholiken von jeder Vertretung auszuschließen. Das hieß die Kartellpolitik.

In Frankreich haben Republikaner verschiedener Schattierungen, gemäßigte und Radikale, gemeinsame Listen gegen Katholiken und gegen unifizierte Sozialisten aufgestellt. Die „Combinazioni" haben nicht in Italien, wohl aber in Frankreich geblüht. Nun erheben die Regierungsblätter großes Geschrei, daß die Linksparteien geschlagen sind und daß die Gemäßigten und Chauvinisten einen glänzenden Sieg erhalten haben.

Mit Verlaub: die Sozialisten haben eine große Anzahl Stimmen gewonnen und zwar 1'700,000 bekommen; ungefähr ein Viertel der abgegebenen Stimmen, mehr wie je. Sie hatten früher nur Bedeutung durch die Unterstützung der bürgerlichen radikalen Parteien. Da sie aber keine Wahlverbindung haben, wie die Katholiken auch nicht, so sind sie nur da durchgedrungen, wo sie die absolute Mehrheit hatten oder wo die Gegner unter sich zu sehr gespalten waren, um sich zu vereinigen oder zu verständigen. Zählt man aber die Stimmen, nicht die Mandate, so wird man dessen gewahr, daß die Sozialisten eigentlich einen Sieg in der öffentlichen Meinung errungen haben. Das gibt natürlich Anlaß zu Protesten. Der Erfolg wurde nicht mit ehrlichen Waffen errungen.

Die Bürgerlich-Radikalen sind eigentlich die Geschlagenen. Nur das Wahlsystem, die Fälschung der Verhältniswahl, hat dem Ergebnis einen anderen Schein verliehen, und hergebrachterweise ergießt sich die französische Presse in tönenden Phrasen, um das Ereignis der Welt zu verkündigen. Das ist sehr französisch. „Faux-Semblant" war schon im Mittelalter eine bekannte Gestalt des Volksgeistes.

Uebrigens ist die Zuverlässigkeit der Angehörigen einer französischen Partei zu ihrer Gruppe ziemlich zweifelhaft. Vor dem Kriege sagte ein sozialistischer Abgeordneter einem ausländischen Minister: „Ich heiße zwar unifizierter Sozialist: das ist aber nur politischer Schein und Geschäftssache: im Grunde bin ich Bonapartist". Wenn sogar die Parteiangehörigkeit der Abgeordneten, ja der Führer, so eigenartig aussieht, so mag die Menge noch viel schwankender sein. Die Gallier sind seit Cäsars Zeiten im Kriege tapfer und Schönredner gewesen: „fortes in bello et argute loqui": aber unberechenbar sind sie auch geblieben. Nun sollen die Progressisten (Gemäßigte) einen Block mit den Linksrepublikanern bilden! Also gegen die Radikalen, Sozialisten und Katholiken! So wollen sie soziale Reformen gegen die Reformisten: da die Elsässer ihre deutschen sozialen Einrichtungen vorläufig behalten, wird man sehen, was das französische Volk dazu sagen wird.

Jedenfalls hat das Ergebnis der französischen Wahlen eine Spitze gegen den Bolschewismus, aber auch die Verbindung der Progressisten und der sogenannten Linksrepublikaner eine Spitze gegen Verschärfung und gegen genaue Durchführung der sozialen Gesetze. Frankreich, das immer nur eine Scheindemokratie gewesen ist, hat eben eine schlappe Fabrikinspektion gehabt, welche wohl gegen die politischen und persönlichen Gegner der Beamten gearbeitet hat, die Mißbräuche aber hat leben lassen. Das Comité Mascuraud, die Vereinigung der großen Händler und Industriellen, der geheimen Gegner der sozialen Reformen, ist die geheime Regierung Frankreichs gewesen und wird es noch mehr sein. Es hat eben die Verbindungslisten gebildet und geldlich unterstützt. Von der Gewissenhaftigkeit der englischen und deutschen Aufsichtsbeamten ist da keine Spur!

Auch ist eine Folge dieser Wahlen, daß die Ueberlegenheit der radikalen bürgerlichen Parteien (Radikale und Radikal-Sozialisten) untergraben ist. Sie könnten zwar mit den Sozialdemokraten und den Linksrepublikanern noch jetzt eine Mehrheit bilden. Der Sieg der „Reaktion", der Konservativen und Gemäßigten ist nicht vollständig, wenn auch die radikalen Parteien die Hälfte ihrer Mandate eingebüßt haben. Aber es ist für französische Verhältnisse kennzeichnend, daß die Rede davon ist, lieber ein Einverständnis zwischen den Linksrepublikanern und Progressisten (Gemäßigten) anzustreben.

Endlich soll man nicht vergessen, daß das französische Volk in seiner überwiegenden Mehrheit ein Volk von ungläubigen, radikalen aber nicht sozialistischen Landwirten und von kleinen Rentnern ist, welche von der Ausbeutung fremder Arbeitskraft beschäftigungslos leben, von dem geringen Einkommen ihrer Ersparnisse, das heißt von Staatsanleihen und von Wertpapieren fremder Unternehmungen, die unter französischer Kontrolle arbeiten. Sie wollen keine Kinder, um nicht arbeiten zu müssen. Da werden die ausgebeuteten Völker, nicht nur die Kolonialvölker, sondern auch die Europäer, Flamen, Italiener, Spanier und andere tüchtig ausgesaugt, zu Nutz und Frommen der französischen Eitelkeit und der Nichtstuerei, des Lebenszieles des französischen Volkes. Wie lange kann das dauern? „Man darf in die Verträge hinein schreiben, was man will", sagte im Senate Clemenceau, „wenn man so weiter kinderlos bleibt, so ist Frankreich doch verloren".

Das ist wohl möglich. Das Opfer des Todes ist leichter als das Opfer eines Arbeitslebens. Die Franzosen haben ihr Leben tapfer geopfert: ein Leben der Entbehrungen und der Arbeit scheint aber über die Kraft der meisten zu gehen. Wenn die hohen Kriegssteuern einmal am eigenen Leibe trotz der Wiedergutmachungen doch empfunden werden, dann werden die Wahlen ganz anders ausfallen. Der kleine Rentner, der Durchschnittsfranzose erträgt es nicht, und das wird Folgen haben. Welche und wie, kann man noch nicht übersehen. Auch für Frankreich, das für zwanzig Millionen Einwohner weniger ebenso-

viel Banknoten herausgegeben hat als Deutschland, ist der Krieg und sein Ende bedenklich, besonders aber in sittlicher Hinsicht. Der alte Ribot geht so weit, daß er übertriebenermaßen in der Akademie dem kranken Frankreich das „fast intakte" Deutschland gegenüberstellt.

Der Ausfall der belgischen Wahlen bringt auch eine große Verwirrung und den Sturz der alten Mehrheit. Seit 1884 waren dort die Katholiken am Ruder, wenn sie auch während des Krieges einige Liberale und Sozialisten in die Regierung einbezogen hatten. Die Aenderung des Wahlgesetzes durch Abschaffung des Pluralwahlrechtes ist wohl die Hauptursache dieses Umschwunges, aber der Sitzverlust der Katholiken ist viel bedeutender gewesen als er vorhergesehen war. Wie in Italien die alten liberalen Parteien, wie in Frankreich und in der Schweiz die Radikalen, so steht auch die kriegführende belgische Regierungspartei den Boden unter ihren Füßen vollständig sinken. Dabei haben auch die Liberalen mehrere Sitze verloren. Die Sozialisten erreichen fast die Zahl der Mandate der Katholiken, und ein Kulturkampf ist sehr wahrscheinlich, wenn sie sich die Unterstützung des liberalen Häufleins sichern. Die belgischen Sozialisten sind wenigstens ebenso antiklerikal. Wohl waren die Katholiken in diesem gespaltenen Lande zu lange Herren, zu lange verantwortlich für alles, auch für den Krieg. Während der Besetzung hatte wohl der Kardinal Mercier, eine als Professor, als Erzieher, als Neubeleber und Veredler des wissenschaftlichen Strebens, als Kirchenfürst höchst angesehene und verdienstliche Persönlichkeit, den Sturm durch seine Tätigkeit abwenden wollen. Wie seine früheren politischen Anwandlungen fehlschlugen, ist es ihm aber nicht gelungen, den Zusammenbruch seiner Getreuen zu verhüten. Er hatte seine ganze Volkstümlichkeit eingesetzt und eine Reise durch die Vereinigten Staaten von Nord-Amerika als einen Triumphzug eingerichtet, um gleich nach seiner Rückkehr die empfindlichste Niederlage zu erleiden. Die Uneinigkeit der Katholiken und die Flamenfrage sind wohl auch Ursachen des Ergebnisses gewesen: darüber wird noch mehr zu sagen sein. Es sei nur verzeichnet, daß die Liberalen noch schlechter abschneiden; sie verlieren ein Viertel ihrer Sitze und verfügen nur über weniger als ein Sechstel der Kammer.

Die Heftigkeit des sozialistischen Stoßes in Belgien läßt sich an der Tatsache empfinden, daß kurz vor der Wahl die sozialistischen Gemeindeverwaltungen von Frameries und Quaregnon (im Hennegau) das Spielen des Nationalliedes den musikalischen Vereinen dieser Orte untersagt hatten, unter Androhung des Verlustes der dort üblichen, jährlichen Gemeindezuschüsse an diese Verbindungen!

So fallen in der Schweiz, in Italien, in Frankreich und in Belgien führende, langerprobte Parteien und Regierungen, als Beweis der Tatsache, daß der Kriegsausgang und die Zukunftsbilder in diesen Ländern nicht allgemein befriedigend sind. Schon am 6. November 1841 schrieb der französische König Louis Philippe seinem Schwiegersohne Leopold I., König der Belgier, merkwürdigerweise auf englisch in der begründeten Hoffnung, daß der Brief desto leichter an Lord Palmerston mitgeteilt würde: Wenn ein allgemeiner Krieg entsteht, „werden die Sieger ebenso unlenkbar (unmanageable) sein wie die Besiegten; der Zustand aller menschlichen Köpfe wird sich mit nichts zufrieden geben und wird alles umstoßen, und die Welt wird entkönigt sein (the world shall be umkinged)".

Heuer schrieb auch (Mitte Juni 1919) im Mailänder „Secolo" der italienische Historiker Guglielmo Ferrero: „Wenn diese Zustände noch wenige Monate andauern, so wird man die Sieger von den Besiegten nicht mehr unterscheiden können. Alle werden vom selben Abgrunde verschlungen werden. Das Volk spricht vom Kriege bereits wie von einem offenen Mißerfolg. Man möchte sagen, daß ja sie alle sich mehr oder weniger als Besiegte betrachten müssen. Die Alliierten in Paris haben in acht Monaten den ganzen moralischen Gewinn des Sieges restlos verschleudert. . . . Europa löst sich auf. Das britische Reich ist in Bewegung, Frankreich wird wanken und Italien gleicht einem halberloschenen Feuerberg."

Vor dreißig Jahren sagte Kardinal Manning über die Könige: „Meinen Sie nicht, daß die Vorsehung diese Leute nicht mehr haben will?" Er dachte an den zukünftigen Eduard VII. Die überbleibenden Throne wanken offensichtlich, und ihr Nachfolger, das radikale Bürgertum, ist in den republikanischen Staaten wie in der Schweiz und in Frankreich, so auch in den Scheinkönigreichen, Italien und Belgien, geschlagen.

Monarchie in Oesterreich?

Von Dr. Hans Eisele, Wien.

Die Gegenrevolution kommt. Die Reaktion hat schon begonnen. Der Monarchismus droht das Haupt erhebend. Die Sozialdemokratie und ihre Presse verkünden es selber so. Sozialdemokratische Abgeordnete steigen auf die Rednertribünen und beschwören in schlotternder Angst die Geister, die sie zu sehen wähnen. Alle Welt frägt in Wien, was eigentlich los ist. Es muß auch die Gefahr greifbar nahegekommen sein, wenn ein Abg. Forstner in Fünfhaus bereits seinen Heldentod auf den Barrikaden ankündigt, der neugebackene Staatssekretär Dr. Ellenbogen den letzten Mann und letzten Blutstropfen opfern will, wenn Dr. Eldersch, der Staatssekretär des Innern, eine Schlacht ankündigt so blutig, wie sie noch nirgends im Innern eines Landes geschlagen worden sei. Der einflußreichste Führer der Wiener Volkswehr, der Jude Dr. Frey, Hauptmann der Volkswehr schrie auf dem sozialdemokratischen Parteitag am Allerseelentag förmlich nach Hilfe gegen die Umtriebe der Monarchisten, 2000 Offiziere seien bereits militärisch organisierte Reaktionäre und hätten ein Heer von 6000 bewaffneten Anhängern der Monarchie hinter sich. Sogar im Polizeipräsidium Wiens säßen Beamte, die mit diesen Reaktionären konspirieren und sie unterstützen. „Ich bin überzeugt, daß wir schon im Laufe dieses Winters oder im Frühjahr einer bewaffneten reaktionären Erhebung mit den Waffen in der Hand werden entgegentreten müssen", rief Dr. Frey in die Versammlung der sozialdemokratischen Delegierten hinein und niemand widersprach ihm. Am 5. November schrieb das „offizielle Organ der Soldatenräte Deutschösterreichs" an der Spitze der „vertraulichen Dispositionen des Freiw. Schutzwehrkommandos Wien" einen gegen den angeblichen Versuch der Aufrichtung der Monarchie gerichteten Tagesbefehl, welcher mit der Aufforderung schließt, alles erbarmungslos niederzuschlagen und bis zum letzten Blutstropfen zu kämpfen. Der Befehl ist vom Vollzugsausschusse der Soldatenräte der Volkswehr Wiens unterzeichnet, und das Blatt „der freie Soldat" wird vom sozialdemokratischen Abgeordneten Sharet herausgegeben und redigiert.

Dr. Leo Deutsch, der Vorsitzende des Vollzugsausschusses der Soldatenräte, ein Bruder des derzeitigen Kriegsministers der österreichischen Republik, selbstverständlich Jude, begeisterte seine Leute am Staatsfeiertag des ersten Gedenktages der Revolution in der Roßauerkaserne in Wien mit ähnlichen Beschwörungen. Auf dem sozialdemokratischen Parteitag am 2. und 3. November spukte ein leibhaftiger Putschplan der Monarchisten. Der Führer der österreichischen Sozialdemokratie selber, Dr. Friedrich Adler, der Mörder des Ministerpräsidenten Stürgkh, verlas den Putschplan, datiert vom 25. Oktober. Als Losungstag wurde „ein Gedenktag" angegeben. Der Putsch sollte um 9[15] Min. abends losgehen und bis 2 Uhr früh beendet sein. Als Zweck wurde die Errichtung eines von der Judenherrschaft freien christlichen Oesterreich bezeichnet. Die Volkswehr, hieß es in dem Plan, soll entwaffnet, gesichert und interniert werden. Der ganze sozialdemokratische Parteitag stand unter dem Eindruck der Monarchistengefahr und glaubte fest an den Putschplan, obwohl in den Dispositionen für Alarmfall unter Punkt 2 gesagt war: „Kompagnie-Gruppenkommandanten avisieren ihre Leute im Laufe des Vormittags des Lostages: Jeder Mann muß seinen Versammlungsplatz in der größten Dunkelheit ohne Herumfragen finden. Sammlung der Abteilung usw. unbedingt unauffällig. Waffen unter Mantel verbergen, Maschinengewehre, Minenwerfer, Granatwerfer in Koffern usw. . . ." Maschinengewehre, Minenwerfer, Granatenwerfer in Handkoffern versteckt und vom einzelnen Mann mitgetragen, das müßte auch einem militärblinden Laien verdächtig klingen. Der Parteitag glaubte daran und das sozialdemokratische Organ Wiens nannte den Plan militärisch und politisch genau und fein durchgedacht.

Inzwischen ist's amtlich festgestellt worden, daß der ganze Putschplan der wohlgelungene Spaß eines Witzboldes war, der die sozialdemokratische Angst vor Monarchistenputschen ausnützen wollte. Zu gleicher Zeit enthüllte die „Rote Fahne", das offizielle kommunistische Organ, daß seit einigen Tagen in Wien eine magyarische Zeitung mit ausgesprochener gegenrevolutionärer Tendenz erscheine. Es handle sich hier offenbar um den Versuch, unter den Wiener Ungarn eine Friedrichsche, christlich-national-monarchistische Propaganda zu betreiben und diese dem Einfluß des „roten Wien" zu entziehen. Das angeblich monarchistische

Blatt wird nun zwar in der Druckerei des jüdisch-kommunistischen „Abend" gedruckt, redigiert und herausgegeben, hat die gleichen Telephonnummern und die gleiche Verwaltung. Aber man kann nichts Bestimmtes wissen, oder wie die Wiener sagen:

Gott erhalte und beschütze
Unsern Renner, unsern Seitz.
Außerdem — man kann nichts wissen —
Auch den Kaiser in der Schweiz.

Die sozialdemokratische „Arbeiterzeitung" entdeckt weitere Monarchistengefahren. Im Jesuitenkloster in Freiburg in der Schweiz sollte der Generalplan zum Sturz der österreichischen Republik und zur Rückführung des jungen, schwer getroffenen Kaisers Karl geschmiedet worden sein. Dort sei das Zentrum der Gegenrevolution. Alle diese Zeugnisse von Monarchistengefahren, drohenden Putschen, beweisen unbestreitbar die eine Tatsache, daß die Sozialdemokratie an die Gefahr der Monarchie zu glauben anfängt und daß sie vor dieser Gefahr eine unsagbare Angst empfindet. Deshalb stürmt sie mit solchem Eifer und solcher Wut gegen alles an, was an die alte Monarchie und ihre besten Zeiten erinnert. Den Adel hat sie abgeschafft und die Habsburger landesverwiesen, als wären sie gemeine Verbrecher. Den Juden aber verleihen sie ehrliche Christennamen und die Henker des christlichen Ungarn, die Bela Kun und Genossen, leben auf Staatskosten Oesterreichs sorglos und lustig in der Sommerfrische Heindlmühle. In Provinzstädten sprengen Sozialdemokraten alte Habsburger Denkmale in die Luft und in Wien tauft die sozialdemokratische Mehrheit für 3 Millionen Kronen monarchische Straßennamen in republikanische um. Sie machen aus dem Prinz Eugen Platz einen Viktor Adler Platz, aus dem Franzensring einen Ring des 12. November, aus dem Albrechtsplatz einen Revolutionsplatz, aus der Kronprinz Rudolf Straße eine Lasallestraße, aus dem Habsburger Platz einen Schuhmeierplatz, aus dem Kaiserplatz einen Engelplatz und sofort in erheiternder Abwechslung. Wie Kinder im Gewitter sich die Augen vorhalten, um den Blitz nicht zu sehen, glauben die Wiener Revolutionäre mit den Straßentafeln das Gespenst der monarchistischen Gefahr zu vertreiben. In den Schulen ist der Bildersturm längst vorüber, in den Amtsstuben tobt er heute noch bis zum letzten Bahnwärterhäuschen hinaus, falls eines Arbeiter- oder Soldatenrates Auge ein Kaiserbild entdeckt hat. Oesterreich ist zur sicheren Insel für alle anarchistischen und kommunistischen Verbrecher geworden, aber gegen Monarchisten schließt die Grenzsperre dicht, sobald eine Denunziation einen Namen verdächtig macht. Es genügt, daß ein so verdächtigter angeblicher Monarchist die Adresse eines christlich-sozialen Politikers bei sich trägt, um auch diesen verdächtig zu machen und unter Kontrolle zu stellen. Das Kabinett setzt sich zusammen und beschließt die geheime Briefzensur auch über angesehene christlich-soziale Politiker, bloß weil ein an der Grenze festgenommener angeblicher Monarchist die Adresse eines solchen christlich-sozialen Politikers im Notizbuch verzeichnet hatte. Jüdisch-sozialistische Schriftsteller wühlen in Akten und peitschen mit Enthüllungen über Kriegsschuld und Friedensziele die Leidenschaften auf, nur um das alte Regime der Monarchie zu diskreditieren, die Männer des alten Systems als blöde Trottel erscheinen zu lassen und dem Volke zu sagen: Von solchen Elementen hast du dich beherrschen lassen. Das ist letzten Endes der Zweck und die Endwirkung all' dieser Enthüllungen eines selbstsüchtigen heuchlerischen Flagellantismus: den Glauben an die bessere Zeit unter der Monarchie zu zerstören, das Volk nicht zur Ruhe und zum Nachdenken, zu Vergleichen zwischen Einst und Gegenwart kommen zu lassen. Und doch trotz alledem will und will das monarchistische Gespenst nicht verschwinden aus sozialdemokratischen Redaktionsstuben und Parteisälen.

In meiner Heimat in Württemberg bestand früher auf dem Lande die alte Sitte der Totenwachen. Wenn ein alter Bauer gestorben war, so hielten die Nachbarn beim Verstorbenen die Totenwache. Und weil sie sich meistens dabei gräulich fürchteten, vertrieben sie sich die Furcht mit Most und mit Geistergeschichten. Der Furchtsamste unter ihnen erzählte dann meist am lautesten die ärgsten Gruselgeschichten, so daß die tapferen Totenwächter schließlich nur noch zu zweit' oder dritt' das schwelende Totenlicht höher zu schrauben wagten. Auch die Sozialdemokratie hält Totenwache bei der toten Monarchie in schlotternder Angst und sucht sich die Furcht mit Gespenstergeschichten von Monarchistenputschen zu vertreiben. In Wirklichkeit besteht auch in Oesterreich zurzeit keine Monarchistengefahr, wenn man darunter etwa Verschwörerorganisationen kühner Monarchisten versteht. Keine namhafte politische Parteigruppe begeistert sich für einen gewaltsamen Sturz der Republik. Nur ein paar Deutschnationale bekennen sich offen zur Monarchie. Aber auch ihnen fehlt der Kandidat für den Thron, der Volkstümlichkeit und Anhänger genug besäße, um einen Putsch zu wagen. Kein Erzherzog überragt die Umwelt an besonderen Sympathien und Vorzügen. Der unglückliche Kaiser Karl und seine viel gehaßte Kaiserin Zitta tragen noch heute die ganze Last der Verdächtigungen und Verleumdungen, mit denen eine geschickt geführte, antimonarchische Propaganda sie im eigenen Land und in den Nachbarländern um Ehre und Ansehen brachte. Noch heute steht Kaiser Karl im Andenken vieler als der schwächliche Pantoffelheld oder Trinker da, obwohl Kenner der Verhältnisse wissen, daß beides Verleumdungen sind. Der Trinker Karl! Seine Adjutanten und die Offiziere seiner Umgebung erzählen heute noch jedem, der es hören will, mit saueren Mienen, was Kaiser Karl trank: einen dünnen Schillerwein aus Debreczin um 20 Kreuzer. Kaiser Karl mag viele Fehler und Vorzüge besessen haben, von dem Fehler oder Vorzug: ein Weinkenner und Weintrinker gewesen zu sein, sprechen ihn alle frei, die in seiner Umgebung waren. So wird es mit manch anderem Gerücht gewesen sein, das sich wie giftiger Sumpfnebel um den Monarchen und um die Monarchie in Oesterreich gelegt hatte. Aber es werden noch Monate und Jahre vergehen, bis die Sonne der Wahrheit alle diese Wolken von Verleumdungen und üblen Nachreden durchbrochen hat. Kaiser Karl als Kandidat der Monarchisten wäre in diesem Augenblick noch eine nicht lebensfähige Frühgeburt. Die Monarchisten hätten überhaupt zur Zeit noch keinen Namen von der Zugkraft eines Erzherzog Josef in Ungarn, falls sie an ernste Pläne überhaupt denken würden. Aber sie bestehen gar nicht. Es gibt in Oesterreich weder Monarchistenverschwörungen, noch Verschwörerorganisationen. Aber viele sind überzeugt, daß die sozialistische Herrschaft unter den eigenen Unfähigkeiten und Schwächen des furchtbaren Winters zusammenbrechen und die Republik bis zur Unmöglichkeit kompromittieren werde. Wien friert und hungert im früh begonnenen Winter mit unsagbaren Qualen. Man zahlt fürs Kilo grünes Holz bereits eine Krone, indessen tausende von Klaftern Holz in den Wäldern lagen und verschleudert worden sind, weil die sozialistischen Machthaber Wiens nicht daran gedacht hatten, im langen Sommer das Holz nach Wien schaffen zu lassen. In den Spitälern frieren und hungern und verlausen die Säuglinge, weil die sozialistische Stadtverwaltung sich zu wenig um sie kümmert. Noch eine Woche kann Wien von seinem Mehl leben, dann beginnt die furchtbarste Hungersnot, die je eine Stadt gesehen hat, wenns nicht im letzten Augenblick gelingt, von Italien Mehl zu kriegen. Not, bittere Not wohnt in Wien in jedem Haus, nur nicht im Luxusheim des feist und reich gewordenen Kriegsgewinners aus Galizien. Und jeder Wiener, auch der Arbeiter, sieht und weiß, daß ein Großteil dieser Not nur durch die Revolution, durch die Fehler und Unfähigkeiten der heutigen sozialistischen Regierung verschuldet ist. Ists da ein Wunder, wenn die Begeisterung für das heutige Regime und System der Republik so kalt wird wie die Temperatur in den ungeheizten Wohnungen von tausenden frierenden Familien? Wärs überraschend, wenn diese Not schließlich eine Stimmung der Verzweiflung gebärt, die mit der unfähigen Republik ein Gericht hält, wie sie vor Jahresfrist mit den Sünden des alten Systems, mit Adel und Monarchie in blinder Verzweiflung verfahren ist? Undenkbar wäre es nicht, daß das Volk in Wien und Oesterreich in der Not dieses Winters zum Aeußersten griffe und Rechenschaft von denen forderte, die ihm bis vor einem Jahr goldene Berge versprochen, aber ihm nur Not und Elend gebracht und das große Habsburger Reich zertrümmert haben. Als in diesen Tagen der erste Gedenktag der Revolution gefeiert wurde, von staatswegen, da stand das Volk murrend beiseite, und über dem Revolutionsfeiertag lag düstere Allerseelenstimmung. Als der österreichische Kultusminister, der Staatssekretär Glöckel die Mittelschüler zu einer Revolutionsfeier ins Rathaus zwang und in seiner Rede die Herrlichkeiten der Revolution pries, wie Monarchie und Adel und Herrenhaus verschwunden seien, da flog der Zwischenruf dem Staatssekretär ins Wort: „Aber d' Juden sind blieben", dröhnender Beifall und schallendes Gelächter folgte und statt der Arbeitermarseillaise schlossen „Die Wacht am Rhein" und „Deutschland, Deutschland über Alles" die Revolutionsfeier ab. All das macht die Sozialdemokratie nervös, denn es sind Wetterzeichen der Volksstimmung. Nur ein

kleiner Teil der Arbeiterschaft folgt ihr noch und lauscht ihren Versprechungen. Wenn heute Wahlen kämen . . . ., das Wort ist heute schon in Wien wie ein Fluch geworden, bei dem die rot gezeichneten Führer der Revolution erschrecken. Nicht die Verschwörungen der Monarchisten, die Zeit selber wird, wenns so weiter geht, in schnellen Schlägen sie und die Republik umbringen. Die Not kann die Stimmung im Volk erzeugen, daß dieses zur Verzweiflung gebrachte Volk lieber zur Monarchie zurückkehrt, als daß es unter den Unfähigkeiten der Republik erfriert und verhungert. Das ist die wirkliche Monarchistengefahr, die auch kein Gebot und Verbot der Entente unterdrücken könnte oder nur im neuen Blutbad von Bürgerkriegen.

Die Gemeindewahlen in Oberschlesien.

Von Anton Willkofer, Branitz (Oberschl.).

Das Resultat der oberschlesischen Gemeindewahlen vom 9. Nov. ds. Js. ist in mancher Hinsicht sehr interessant.

In den Kreisen des deutschen Bürgertums ist man über das Ergebnis sehr enttäuscht. Nun wird natürlich fleißig nach dem Sündenbock gesucht, der daran schuld sein soll, daß der Pole als lachender Dritter aus dem Wahlkampfe hervorgegangen ist. Hier sollen lediglich Tatsachen festgenagelt werden.

Wohl in keinem Teile unseres Vaterlandes wird von seiten der Deutsch-Nationalen eine solch wütende Zentrumshetze in Szene gesetzt wie in unserem Schlesierland und besonders in Oberschlesien. Die Deutsch-Nationalen haben von jeher in Oberschlesien eine Minderheit gebildet und nur mit Hilfe des Zentrums ist es ihnen gelungen, einen großen Teil ihrer Sitze zu behaupten. Jetzt gebärden sich die Herrschaften wie Kindermädchen, die die Macht über die ihnen anvertrauten Sprößlinge verloren haben. Um sich bei diesen wieder in Ansehen zu setzen, wird der Wau-Wau Erzberger bei jeder Gelegenheit aus der Versenkung heraufgeholt und den ängstlichen Gemütern ad oculos demonstriert. Nach den Vorkommnissen der letzten Wochen hatte das Zentrum also durchaus keine Veranlassung, mit den Deutsch-Nationalen gemeinsame Sache zu machen. Es wäre dies auch aus taktischen Gründen durchaus unangebracht gewesen.

Die Demokraten, die bisher ihre Gemeindesitze nur infolge der Wahnwitzigkeit des alten Dreiklassensystems erobern konnten, haben von jeher in Oberschlesien aus ihrer Zentrumsfeindlichkeit kein Hehl gemacht. Daß die Simultanschule in Oberschlesien zu solcher Blüte gelangen konnte, ist hauptsächlich das Verdienst dieser Herren.

So ging ein Riß durch die Reihe der bürgerlichen Parteien, der von der folgenschwersten Bedeutung geworden ist.

Die Sozialdemokraten, die die größte Stimmenzahl einbüßten, sind außer sich über ihren Mißerfolg. Sie suchen ihn dadurch zu vertuschen, daß sie behaupten, der größte Teil der Wählermassen sei aus Aerger der Wahlurne ferngeblieben. Dieses Bekenntnis ist mehr als komisch. Wo bleibt denn da die vielgerühmte Parteidisziplin der roten Genossen? Natürlich ist lediglich das Zentrum an dieser Verärgerung schuld.

Die Dinge liegen nun doch aber wesentlich anders. Das oberschlesische Volk hat einmal klipp und klar erklärt, daß es auf die Verheißungen und Versprechungen der roten Volksbeglücker nichts mehr gibt. Der Oberschlesier ist an und für sich recht leicht zu gängeln. Der größte Schreier gilt ihm oft als Held. Wer's also am besten versteht, der hat auch seine Stimme. Die Genossen haben aber seit den Novembertagen des vorigen Jahres immer deutlicher bewiesen, daß sie es nicht verstehen. Und dann noch eins: in der Seele des oberschlesischen Volkes schlummern Imponderabilien, die oft vulkanartig zum Durchbruch gelangen. Das religiöse Moment ist da durchaus nicht immer so belanglos, wie es die Herrschaften von links hinzustellen belieben.

Ein vollständiges Fiasko erlitten die Unabhängigen. Trotz aller Anstrengungen ist es ihnen nicht einmal in ihrer Domäne Hindenburg gelungen, mehr als 1000 Stimmen einzufangen. Nach den letzten Polenputschen hat der oberschlesische Arbeiter die Lust am Revoltieren so ziemlich verloren.

Aus allen diesen verzwickten Verhältnissen, besonders aber aus der Uneinigkeit der bürgerlichen Parteien, hat der Pole sein Profitchen gezogen. Wären die oberschlesischen Frauen nicht so eifrig zur Wahl geschritten, das Zentrum hätte noch größere Verluste aufzuweisen gehabt. Denn der Stimmenzuwachs der Polen gründet sich zum Teil auf den Stimmenverlust des Zentrums. Die Polen haben auch mit allen erdenklichen Mitteln gearbeitet. So wurden z. B. in Ratibor den Zentrumswählern polnischer Sprache Zettel mit den Namen der polnischen Liste in die Hand gedrückt mit der frechen Behauptung: „Das sind die Zettel, die der Stadtpfarrer Ulitzka wünscht!"

Es sei hier ausdrücklich festgestellt, daß dieser Wahlerfolg durchaus nicht maßgebend für die Volksabstimmung ist. Diese wird denn doch einigermaßen anders ausfallen.

Der Wahlsieg der Polen ist — es muß hier wohl beachtet werden, daß es lediglich die Bevölkerung der ländlichen Kreise war, die ihn herbeigeführt hat — weiter nichts als ein energischer Protest gegen die sozialdemokratische Regierung in Oberschlesien, die sich mit ihren Maßnahmen besonders bei der Landbevölkerung in Mißkredit gebracht hat. Das können sich die liebwerten Genossen ganz getrost ins Stammbuch schreiben. Auf diese Weise ist auch die Abnahme der Zentrumsstimmen zu erklären. Es darf ferner nicht unerwähnt bleiben, daß in manchen Orten eine Verbindung zwischen der Liste des Zentrums und der der Polen zustande kam. Die Verluste lassen sich also durchaus nicht genau feststellen.

Ganz eigentümlich ist aber der niedrige Prozentsatz der Wählenden. Es haben das Wahlrecht höchstens 50% der Wahlberechtigten ausgeübt. Das muß auch uns Zentrumsleuten zu denken geben.

Noch immer ist die Organisation der Zentrumswähler — insbesondere auf dem Lande — nicht so ausgebaut, wie sie es in dieser schweren Zeit, in der es um so viel geht, sein müßte. Da gibt es noch recht viel wett zu machen. Es ist eine notorische Tatsache, daß oft Listen aufgestellt wurden, ohne daß man der Wählerschaft auch nur die geringste Gelegenheit gegeben hätte, sich zur Listenaufstellung zu äußern. Das verstimmt natürlich. Die Folge ist das Fernbleiben von der Wahl. Mehr Aufklärung! Das ist eine unabänderliche Forderung des Tages. Zentrumsvereine und Windthorstbünde müssen auch bei uns in Oberschlesien endlich einmal das kleinste Dörfchen in das Netz ihrer Organisation hineinziehen. Dann wird auch der Zentrumsgedanke wieder seine alte Macht zurückgewinnen. Das ist durchaus notwendig, denn mit dem Zentrum steht und fällt unsere neue Provinz Oberschlesien!

Konservativismus als Verbindungsbrücke zwischen den beiden Hauptkonfessionen.

Von evangel. Kirchenrat Stadtpfarrer Julius Schiller, Nürnberg.

Um von vornherein einem Mißverständnis zu wehren: im Nachfolgenden sei alles ausgeschlossen, was mit Parteipolitik zusammenhängt. Wir reden hier nur von einer prinzipiellen Stellungnahme in der wichtigsten Frage, welche zurzeit die deutsche Welt bewegt. Unser Thema ist aus der Befürchtung heraus entstanden, daß beide Kirchen wie bisher so auch noch künftig in den Auseinandersetzungen mit dem derzeitigen Staat sich deswegen außerordentlich hart tun, weil die offizielle Sozialdemokratie so gar keine Miene zeigt, in religiös-kirchlichen Dingen die alten materialistischen Grundlagen ihrer Welt- und Lebensanschauungen zu verlassen und aufzugeben. Eine Neuorientierung gegenüber der Sozialdemokratie kann erst dann einsetzen, wenn der Staat sich entschließt, der Kirche zu geben, was der Kirche gehört. Darum tun beide Kirchen nur gut, unausgesetzt auf der Wacht zu stehen, damit ihre Interessen nicht gefährdet werden. Zurzeit liegt es auch nach dieser Seite immer noch wie eine Gewitterschwüle in der Luft; da und dort fährt ein und der andere Blitz herab und niemand kann voraussagen, ob das Wetterleuchten vorübergeht oder ob das Gewitter näher rückt. Die Beziehungen zwischen den kirchlichen Obrigkeiten und dem Staat sind fort und fort gespannter Natur, und eben deshalb wäre eine gewisse Fühlung beider Kirchen in Fragen, welche die beiden nahe angehen, nur heilsam, nützlich und vorteilhaft. Eine solche Verbindungsbrücke liegt unseres Erachtens in einem gewissen Konservativismus, von welchem hier gehandelt werden soll. Wir berühren uns hier mit Dr. Herm. Hefeles Schrift über den Katholizismus in Deutschland, wenn er schreibt: Der Glaube an die Geltung des Bestehenden entspricht durchaus der katholischen Idee. Die liberale Weltauffassung, die im bloßen Fortschritt den

absoluten Maßstab der Dinge sieht, hat sich daran gewöhnt, der konservativen Tendenz jeden Wert abzusprechen und in der Geltung der erstarrten Form den Todfeind jedes Lebens zu sehen. Nichts ist irriger als dies. Im Bereich der geistigen Werte kommt dem konservativen Willen die Doppelaufgabe der sozialen Bindung und der aristokratischen Auswahl (des Starken und Guten) zu, ohne welche keine Kultur denkbar ist.

Vor hundert Jahren schon hat der alte Friedrich v. Gentz († 1832) in einem politischen Brief an eine Freundin geschrieben: „Die Weltgeschichte ist ein ewiger Uebergang vom Alten zum Neuen. Im steten Kreislauf der Dinge zerstört alles sich selbst; und die Frucht, die zur Reife gediehen ist, löst sich von der Pflanze ab, die sie hervorgebracht hat. Soll aber dieser Kreislauf nicht zum schnellen Untergang alles Bestehenden, mithin auch alles Rechten und Guten führen, so muß es notwendig neben der großen, zuletzt immer überwiegenden Anzahl derer, welche für das Neue arbeiten, auch eine kleinere geben, die mit Maß und Ziel das Alte zu behaupten und den Strom der Zeit, wenn sie ihn auch nicht aufhalten kann noch will, in einem geregelten Bett zu erhalten sucht." Was hier Gentz andeutet, darf auch heute noch für unsere Verhältnisse als Direktive gelten. Es wird wohl kaum unter den kirchlich Gesinnten eine Verschiedenheit der Meinungen darüber bestehen, daß die derzeitige Revolution, welche ganz Deutschland bis in seine Tiefen erregt und in schwerste Mitleidenschaft gezogen hat, bezüglich ihrer Berechtigung und Notwendigkeit mit früheren Revolutionen nicht verglichen werden darf. Wo in aller Welt findet sich ein zweites Volk, in welchem wie bei uns seit Jahrzehnten vom Staat so viel für die Besitzlosen geschehen ist? Die fremden Staaten haben uns Deutsche oft darum beneidet, mit ihrer Anerkennung nicht zurückgehalten und in Nachbildungen sich versucht. Allein umsonst wartete man auf den Dank derjenigen, deren Notlage behoben, deren Interessen wahrgenommen wurden. Vielmehr nahmen Unzufriedenheit und Begehrlichkeit immer mehr überhand. Als Recht ward beansprucht, was freiwillig aus Humanität gewährt ward. Man verschärfte die Forderungen und Drohungen, bis zuletzt gerade in dem Zeitpunkt, welcher der ungeschickteste und unseligste war, die Flamme der Revolution ausbrach, welche ihren grellen Schein über ganz Deutschland hinwarf.

Die Geschichte weiß von mancherlei Revolutionen zu berichten. Wer kennt nicht die Namen Caesar, Cromwell, Napoleon I. und III.? Aber dortmals war überall der Boden derartig mit giftigen Gasen geschwängert, daß die Explosion nicht aufzuhalten war. Nicht bloß die Natur, sondern auch die moralische Welt kennt eben Katastrophen, bei welchen Völker infolge des schwülen, erstickenden Dunstkreises, der sie zur Verzweiflung treibt, sich selber mit Gewalt Luft machen, um aus dem unerträglichen Atem herauszukommen und ein Neues zu schaffen. Aber kein Vernünftiger wird behaupten wollen, daß die Zustände in Deutschland so beschaffen gewesen wären, daß nur eine Revolution die neue Zeit nach dem Krieg einläuten und hervorbringen konnte.

Wir haben es jetzt zur Genüge erfahren, wohin man mit der Ueberstürzung, mit dem radikalen Fortschritt kommt. Die Erkenntnis davon bricht sich auch in unserem Volk mehr und mehr Bahn, und ganz von selbst wird es geschehen, daß weite Kreise sich einem gewissen Konservativismus zuwenden. Dies wird für Staat und Kirche nur von Vorteil sein. Zur gesunden Entwicklung eines jeden Staatswesens gehört ebensosehr der Fortschritt wie der Konservativismus. Lange Jahre galten die Konservativen in den Augen von vielen als Philister, Rückschrittler, Reaktionäre, die selbst für den notwendigsten Fortschritt kein Verständnis besäßen. Was dichtete man ihnen nicht alles an, wie mitleidig lächelte man auf sie herab, mit welcher Verachtung hat man sie oft verfolgt! Wer konservativ gerichtet ist, braucht auch heute noch seine Liebe zum Vaterlande nicht zu verleugnen. Er nimmt die Verhältnisse, wie sie gegeben sind. Aber er verschmäht es, seine Gesinnung wie ein Gewand zu wechseln. Feind jeglicher Ueberstürzung pflegt er das vorgeschlagene Neue erst einmal eingehend zu prüfen, ehe er das Alte, das sich bewährt hat, aufgibt und fortwirft. Reiche Erfahrung hat ihn darüber belehrt, daß nicht alles Gold ist, was glänzt, daß nicht alles Neue, weil es neu ist, darum schon gut sein muß. Prüfet Alles, und das Beste behaltet! das ist sein Grundsatz, nach welchem er sich richtet. Handelt es sich um Vorschläge, Aufgaben, Programme, welche dem Volkswohl wirklich dienen und einem Zeitbedürfnis entsprechen, dann greift er gerne zu. Er sperrt sich keineswegs gegen das Neue, nur ist er kein Freund des Ueberhastens. Er weiß, daß Geduld oft schneller zum Ziele führt als Ungeduld. Er ist dann ein Freund des Fortschrittes, wenn etwas wirklich Gutes und Förderliches zu erwarten ist. Er folgt dem Vorbild dessen, welcher einst die alten, verbrauchten Schläuche als untauglich für den brausenden Most des jugendlichen Christentums bezeichnet und neue Schläuche verlangt hat. Der konservativ Gerichtete will, daß alles seine Zeit habe, daß nichts von dem verloren geht, was man früher vielleicht unter viel Mühe und Arbeit, Entbehrung und Opfer gewonnen hat. Er betont mit Vorliebe den Zusammenhang, die Stetigkeit, die Kontinuität. Eben darum kann er sich auch nicht entschließen, mit fliegenden Fahnen in das sozialdemokratische Lager überzugehen. Er beneidet diejenigen nicht, welche dem Chamäleon gleich ihre politischen Anschauungen schneller als die Mondsichel wechseln. So wartet er in Ruhe und Geduld ab, bis seine Stunde schlägt und man es für gut befindet, auch seine Stimme wieder im Rat der Führer zu hören. Er ist viel mehr Altruist als Egoist, sonst hätte er sich längst zurückgezogen und würde das Vaterland sich selbst überlassen. Aber auch seine Stunde wird noch einmal schlagen, so Gott will, nicht zu spät; denn es bleibt noch immer bei dem, was einmal der Philosoph Schelling gesagt hat: „Es sind nicht die schwachen, von jedem neuen Zeitevangelium ergriffenen Geister, welche imstande sind, die neue Zukunft zu schaffen; sie wird allein durch die starken Geister geschaffen, welche zugleich die Vergangenheit festhalten".

Möchte es Deutschland auch jetzt in seiner größten Not nicht an solchen starken Geistern fehlen! Noch ist das deutsche Volk in schwerer Psychose befangen. Die jahrelange Kriegspsychose ist nur in eine andere Form übergegangen. Man könnte manchmal glauben, ein Volk von geistig und seelisch Erkrankten vor sich zu haben. Alle Begriffe, alle Unterschiede von gut und böse, von recht und unrecht scheinen verschwunden zu sein. Wir können nur hoffen, daß, wenn die schlimmsten Sturmzeiten vorüber sind, wenn das wilde Bergwasser sich ausgeschäumt hat, der Deutsche sich wieder auf sich selbst besinnt, in sich geht und bei seinem Streben nach Idealismus, nach Tatkraft, Schaffensfreudigkeit, vaterländischer Hingabe das festeste Fundament, die eigentliche Seele nicht vergißt: die sittlich-religiöse Erneuerung. Daß es dahin komme, ist Sache der Kirchen, welche, getrennt und doch in so Manchem vereint, das Beste zu dem neuen Werk tun könnten.

Die Gewinnbeteiligung als Markstein der Weltdemokratie.

Aus dem Dänischen[1]) übersetzt von Fritz Hansen, Berlin.

Im Jahre 1842 wurde zum ersten Male in einem industriellen Betriebe der Versuch der Gewinnbeteiligung gemacht, als der Erfinder des Zinkweiß, Edme-Jean Leclaire, beschloß, einen Teil des Jahresgewinnes aus seinem Betriebe den Arbeitern des Unternehmens auszuzahlen. Leclaire entwickelte in den folgenden Jahren das Prinzip weiter, bis er im Jahre 1869 den ganzen Betrieb in die Hände seiner Arbeiter übergehen ließ. Von diesem Tage an gilt das Unternehmen als Musterbeispiel für die Prinzipien der Gewinnbeteiligung. Viele fanden, daß hier der Weg gewiesen wäre für die Vereinigung der Interessen des Kapitalisten und des Arbeiters in gemeinsamem Zusammenwirken, und der Gedanke der Gewinnbeteiligung wurde auch in anderen Ländern, namentlich in England, und in verschiedenen Formen aufgenommen. Die Resultate entsprachen jedoch in den meisten Fällen nicht den Erwartungen. Eine Reihe Fehlschläge verschiedener Art bezeichnen von da an den Weg der Gewinnbeteiligung. Das geringe Glück, das man mit diesen Versuchen hatte, ist jedoch wohl in erster Linie darauf zurückzuführen, daß man im allgemeinen nicht gleichzeitig mit dem Recht des Arbeiters auf Anteil am Ertrage ein Recht oder eine Beteiligung seinerseits an der Organisation und Leitung des Betriebes schuf. Dadurch erschien der Gewinnanteil der Arbeiter oft nur als eine Zulage zum Lohn, ohne daß er eine Einwirkung auf seine Produktion hatte.

Erst als man begann, die Arbeiter zu Teilhabern in den Betrieben zu machen, gediehen die Unternehmen, die Beispiele dafür sind, welche Verhältnisse auf die Produktion einwirken, wenn die verschiedenen Faktoren in gemeinsamen Interessen vereinigt werden. Dieses Problem, die Arbeiter zu Miteigentümern am Betriebe zu machen, suchte man auf sehr verschiedene Weise zu lösen. Die einfachste Art war, daß die Arbeiter Aktien des Betriebes für ihre Spargelder kauften. Andere

[1]) Zu der jetzt sehr aktuellen Frage der Gewinnbeteiligung der Arbeiter veröffentlicht Berthel Dahlgaard in der dänischen Zeitung „Politiken" obigen Aufsatz.

wieder behielten einen Teil des Lohnes zurück zum Kauf von Aktien, oder aber der jährliche Gewinnanteil der Arbeiter wurde dafür zurückgelegt. Endlich wurde von der Firma Lever Brothers (der Herstellerin der bekannten Sunlightseife, die 9000 Arbeiter beschäftigt) ein System durchgeführt, nach dem gratis Teilhaberaktien an das Personal nach bestimmten Regeln verteilt werden. Sobald ein Angestellter den Betrieb verläßt aus anderem Grunde als Krankheit oder Alter, werden seine Aktien auf einen anderen übertragen. Vom Jahresüberschuß wird ein gewisser Prozentsatz an die ursprünglichen Kapitalaktionäre bezahlt, und an der Verteilung des Restes partizipieren Kapitalaktien und Arbeiteraktien.

Diese Anordnung scheint Anlaß zu dem ersten Gesetz über Gewinnbeteiligung gegeben zu haben: dem französischen Gesetz über Aktiengesellschaften mit Arbeiterbeteiligung vom 26. Juli 1917.

Die Pläne zu einem Gesetz über Gewinnbeteiligung tauchten schon früher auf. 1879 wurde der französischen Deputiertenkammer von dem Papierfabrikanten Laroche-Joubert der erste Gesetzesvorschlag über die Gewinnbeteiligung und industrielle Kooperation vorgelegt. Dieser Vorschlag wurde nicht durchgeführt, und dasselbe Schicksal ereilte seitdem eine Reihe anderer Gesetzesvorschläge auf diesem Gebiete in Frankreich. Auch in England und Amerika wurde der Gesetzesvorschlag über Gewinnbeteiligung behandelt. 1913 förderte der französische Arbeitsminister Chéron den Gesetzesvorschlag soweit, daß nach einer Kommissionsbehandlung das erwähnte Gesetz resultierte.

Dieses Gesetz beruht auf Freiwilligkeit und legt fest, daß „nach Bedarf von jeder Aktiengesellschaft bestimmt werden kann, daß sie eine Aktiengesellschaft mit Arbeiterbeteiligung wird.“ Die Bestimmungen des Gesetzes gelten dann für diejenigen Aktiengesellschaften, die freiwillig diese Form angenommen haben. Für solche Gesellschaften werden die Aktien in zwei Arten geteilt: Kapitalaktien und Arbeitsaktien. Diese letzteren werden gratis auf die Arbeiter übertragen, indem bei Gründung der Gesellschaft beschlossen werden kann, sie als Reserven bei Schluß des Jahres abzusetzen. Wenn das Jahr um ist, gehen sie als Gemeinschaftseigentum auf eine kooperative Arbeitergesellschaft über, die aus allen entlohnten Arbeitern und Funktionären im Alter von über 21 Jahren besteht, die an den Betrieb angeschlossen sind und ihm mindestens ein Jahr angehören. Die Arbeitsaktien können nicht einzelnen Personen im Personal übertragen werden und können auch von der kooperativen Arbeitergesellschaft nicht übertragen oder veräußert werden. In den Statuten der Aktiengesellschaften ist bestimmt, wie hoch die Rente ist, die den Kapitalaktionären ausgezahlt wird. Danach teilen sich die Arbeitsaktien zusammen mit den Kapitalaktien in den restlichen Gewinn. Dieser Gewinn, der hiernach den Arbeitern und Funktionären zufällt, wird unter diese nach Regeln verteilt, die von der kooperativen Arbeitergesellschaft aufgestellt werden. Das heißt also, daß die Verteilung des Gewinnanteils der Arbeiter diesen überlassen ist . . .

Nachdem das Gesetz so die Gewinnbeteiligungsfrage gelöst hat, läßt es jetzt auch dem Arbeitskapital Anteil an der Betriebsleitung zuteil werden.

Auf der Generalversammlung der Aktiengesellschaft verfügen die Arbeiter über eine Stimmenzahl, die sich zur Stimmenzahl der Kapitalaktionäre verhält wie die Anzahl der Arbeitsaktien zu der der Kapitalaktien. Die Teilnahme der Arbeiter an der Generalversammlung geschieht durch gewählte Vertreter. Die Wahl dieser Vertreter erfolgt durch die kooperative Arbeitergesellschaft in ihrer Generalversammlung, wo die Stimme des Einzelnen nach der Höhe seines Arbeitsverdienstes im Jahre gilt. Im Vorstand der Aktiengesellschaft sollen ein oder mehrere Vertreter der kooperativen Arbeitergesellschaft sitzen, und diese werden auf der Generalversammlung der Aktiengesellschaft gewählt unter den anwesenden Arbeitervertretern. Die Anzahl wird nach dem Verhältnis der Arbeitsaktien zu den Kapitalaktien festgesetzt.

Im Falle der Auflösung der Aktiengesellschaft werden die Kapitalaktien zuerst vollkommen gedeckt, und der Rest des Vermögens wird dann unter allen Aktionären geteilt. Auch frühere Arbeiter der Gesellschaft können unter gewissen Bedingungen (unter anderem zehnjährige Dienstzeit) an der Verteilung partizipieren.

Zur Aufmunterung bei Gründung solcher Aktiengesellschaften mit Arbeiterbeteiligung gewährt das Gesetz ihnen gewisse Vorteile, z. B. Stempelfreiheit zugleich mit dem Vorrecht bei Uebernahme öffentlicher Arbeiten. Die Bedingung für den Genuß dieser Vergünstigungen ist jedoch, daß die Arbeiteraktien mindestens ein Viertel der Zahl der Kapitalaktien betragen.

Dieser französische Versuch der Gesetzgebung über die Gewinnbeteiligung scheint viele zusagende Seiten zu haben. Er zeigt eine Formel für Anteil am Gewinn und an der Betriebsleitung zu gleicher Zeit, und durch das kollektive Eigentum der Arbeiterkapitalien und das freie Verfügungsrecht der Arbeitergesellschaft am Gewinnanteil hat man eine der Klippen umschifft, an denen viele Gewinnbeteiligungsversuche gestrandet sind. Möglicherweise wird die Bestimmung, daß die Anwendung des Gesetzes freiwillig ist, bewirken, daß es nicht gleich große Bedeutung erlangt. Die Kommission führt in ihrer Begründung aus, daß man glaubte, jetzt nicht weiter gehen zu sollen. Beim Uebergang zu einer gezwungenen Ordnung würden natürlich auch festere Regeln für die verhältnismäßige Größe des Arbeiterkapitals und der im voraus für die Kapitalaktien festgesetzten Rente nötig werden. Man kann einwenden, daß die Form im ganzen nur für Aktiengesellschaften anwendbar ist, aber wenn sie hier durchgeführt wird und gute Resultate zeitigt, werden die Betriebe, die Einzelpersonen gehören, gezwungen sein, ihnen nachzufolgen.

Die Gewinnbeteiligung steht natürlich auch in anderen Ländern an der Tagesordnung. Besonders eifrig verfolgt man den Gedanken in Norwegen, wo er eine große Rolle im Wahlkampf des letzten Jahres spielte. Die Regierung setzte die Lösung dieser Frage auf ihr Programm, und bei einer Versammlung sagte Staatsminister Gunnar Knudsen: „Es ist nur billig, daß die Arbeiter und Angestellten, die bei der Schaffung des Gewinns beteiligt waren, auch am Nutzen beteiligt werden . . . Wir haben uns die Aufgabe gestellt, einen Gesetzentwurf zu finden, der die Arbeitgeber verpflichtet, diese Ordnung durchzuführen.“ Herr Knudsen ist selbst einer der größten Arbeitgeber Norwegens. Das Hauptorgan der Regierung „Norske Intelligenssedler“ haben die Gewinnbeteiligung als „einen neuen Markstein der Weltdemokratie“ bezeichnet. Eine Staatskommission ist für die Bearbeitung der Sache eingesetzt, und ihr Gutachten wird noch in diesem Monat erwartet.

Auch in Schweden stand die Demokratisierung des industriellen Betriebslebens zur Debatte, und von Regierungsseite liegt eine Ausarbeitung des Finanzministers vor, in der er hervorhebt, daß unter Berücksichtigung der Neubildung in England eine eingehende Prüfung der Sache notwendig ist.

In Dänemark hat man sich bis jetzt in erstaunlichem Maße von allen Erwägungen dieser Verhältnisse ferngehalten. Die Arbeitgeber haben in dieser Richtung keine Initiative gezeigt, obgleich doch in diesen Kreisen eine Verantwortung vorhanden sein muß, die nicht mit Hinweisen auf die Unumgänglichkeit der Arbeiter aus der Welt geschafft wird. Das System, dessen Verwalter die Leiter der Industrie waren, hat nun einmal ausgespielt als Träger der nationalen Produktion. Es ist ein Prüfungstag dessen, was man „die private Initiative“ nennt. Vermag man nur über die Zeit zu jammern, die dahinschwand, aber nicht zu handeln, wenn die sozialen Bedingungen für die Zukunft der Produktion erfüllt werden sollen, so besteht man die Probe nicht.

Gewinnbeteiligung, Rätesystem, alle die Neuordnungen, die in der Welt sich entwickeln, enthalten den Keim zur industriellen Kooperation.

„Das heilige Leben“.

Von E. M. Hamann, Scheinfeld in Mittelfranken.

Das heilige Leben, d. i. das unter dem göttlichen Schutzgesetz des fünften Gebotes stehende Leben der Nächsten, der Brüder, der Nationen: wem galt es noch bei und nach dem Ausbruch des Völkerwahnsinns, Weltkrieg genannt? Ein furchtbar entfesselter Widersinn schien der menschlichen Gesellschaft jenen Begriff hinweggefegt zu haben wie dürre Spreu . . .

Und heute noch? Wahrlich, es wird Zeit, daß ein Erkenntnissturm die Gewissen packe und rüttle. „Wachet auf! ruft uns die Stimme“ — die Stimme „der Wächter sehr hoch auf der Zinne“ — die Stimme des Herrgotts, des Heilands am Kreuze, und der Weckruf jener bislang wenigen, aber ersichtlich sich mehrenden Scheuenden und Wissenden, die des Allbarmherzigen Gnaden- und Schutzgebot an dem in Liebe zu bewahrenden und fördernden „heiligen Leben“ mit allen Kräften zu befolgen, es für die arme verirrte, verwirrte Menschheit zu verwirklichen streben: „fest und unerschütterlich, überschwänglich im Werke des Herrn allzeit, da sie wissen, daß ihr Mühen nicht eitel ist im Herrn“ (1. Kor. 15, 58).

Ein solcher Ruf — er ist ein hochdichterischer und kommt, was nahe liegt, aus neutralem Gebiet — hallt eben jetzt zu uns herüber in seltener Klarheit, Kraft, Schönheit und erschütternder Glutiefe: der großen Schwedin Selma Lagerlöfs neueste, an Wirkung vielleicht weitestreichende Schöpfung: der Roman „Das heilige Leben“.[1] Inmitten der wiederum in erhabener Einfachheit vollwuchtig entrollten Geschehnisse steht ein schwer, aber endgültig sieghaft am Leben tragender guter Mensch: Sven Elversson. Von seiner Umgebung scheidet ihn der Schauder des Ekels, den sie vor ihm empfindet: ob eines Verbrechens, das er im Hungerwahnsinn mit anderen Genossen eines Schiffbruchs an der „Heiligkeit des Todes“ begangen haben soll. Die Beschuldigung ist, wie sich viel später herausstellt, hinsichtlich seiner falsch, wird aber, mit einer einzigen, herrlich gezeichneten Ausnahme, von allen geglaubt — auch von ihm selbst. In heißer, demutvoller Reue sucht der Unglückliche kraft heldenhafter Selbstzucht die vermeintliche Schuld zu sühnen: durch unermüdliche, opferreiche Arbeit für andere. Ströme der Liebe, der wahren caritas gehen von ihm aus. Dennoch bleibt er ein Märtyrer fremder Verkennung und eigener Güte, bis er nach jahrelanger umdunkelter Vereinsamung sich vor Gott und sich selbst von seiner Schuld befreit weiß und sich sagen darf: „Wenn mich von jetzt an Menschen verurteilen, macht es mir nichts mehr aus, denn ich fühle in meinem Herzen, daß ich jetzt meine Aufgabe erfüllt und mein Schicksal überwunden habe.“

Das geschah, als er nach der Schlacht am Skagerrak, da die grauenhaft anzuschauenden Ertrunkenen und Hingemetzelten die Wogen deckten, während seiner Hilfsarbeit auf schwedischer Fischerjacht Zeuge wurde von dem grausigsten aller Treibnetzfänge; als er, unter Gefährdung des eigenen Lebens, dem Befehl des Führers: „Alles,

[1] Bei Albert Langen, München. Verdeutschung von Pauline Klaiber-Gottschau.

was in dem Netz ist, muß über Bord!" sein: „Wenn du diesen hier ins Meer wirfst, mußt du mich mit hineinwerfen!" entgegenstemmte. Der heldenmütige Protest hatte volle Wirkung der zutiefst gegen die „Heiligkeit des Todes" nicht unempfänglichen Bemannung erzielt und den armen angetriebenen Opfern ein christliches Begräbnis gesichert. Als Sven Elversson diesem am nächsten Tage beiwohnt, hält ein anderer, aber nicht so schuldloser Reuiger und Sühnender: der Geistliche des Ortes, der einst in schwerem Irrium den schon allgemein Geächteten öffentlich aus der Kirche trieb, eine Predigt über die Heiligkeit des Todes und die des Lebens, in der es ihm vergönnt ist, Svens Unschuld vor der ganzen Gemeinde aufzuhellen. Diese ist inzwischen selbst, durch die Fernbeobachtung des Krieges „mit allen seinen Abscheulichkeiten" und dem „vielen Unglück, das er auf die Fischerfamilien" häufte, zu einem weit milderen Urteil über den bisher so grausam Gemiedenen gelangt: „Jedenfalls ist er ein guter Mensch. Er versucht allen zu helfen, denen es schlecht geht. Und sich der Lebenden anzunehmen, das ist und bleibt doch das Wichtigste." Nun werden sie durch die Enthüllung seines märtyrerhaft durchlittenen Schicksals tief ergriffen. Und werden bis ins Innerste erschüttert durch seinen plötzlichen Tod. Denn diesem großen, gütigen Menschen haben die ständigen seelischen Leiden und Erregungen das tapfere Herz so geschwächt, daß es dem Glücksansturm nicht zu widerstehen vermag, sondern in Seligkeit bricht.

Die erwähnte Predigt über die Heiligkeit des Lebens ist wohl das einzigartig Packendste, das bisher — und vielleicht für immer — über die Furchtbarkeit des Weltkrieges und die dennoch in ihm beschlossene Weltsegensmöglichkeit geschrieben wurde. Der einzige ebenbürtige Kämpfer auf Erden wider den Tod, heißt es dort, ist das Leben selbst. Und mitten in all dem Grauenhaften dieses Krieges: daß Zehntausende, in ihrer Gesamtheit Hunderttausende, nein Millionen Menschen ins Meer geworfen, in Gefangenschaft weggeschleppt, vor den Mündungen der Kanonen hingeschlachtet, von Haus und Hof vertrieben oder sonst verelendet und vernichtet werden als sei das eine rühmenswerte Tat althergebrachter Sitte — ja, „mitten in alledem erwacht doch eine größere Liebe zum Leben in uns als wie wir sie früher je beherbergt haben". Denn während dieser Jahre ist das Leben so zunehmend kostbar und heilig geworden wie nie zuvor. Und „deshalb fangen wir auch an, uns mit größerer Liebe denen zuzuwenden, die die wahren Diener des Lebens sind, die es hoch und heilig halten und den Lebenden Beistand leisten". Sie aber wurden uns gegeben als „Zeichen Gottes. Denn Gott spricht in diesen Zeiten nicht durch Worte, sondern durch die Taten der Menschen. Und aus dem Leben eines jeden Menschen müssen wir einen Gedanken Gottes herauslesen." Gerade durch sie zeigt uns Gott, „wie wir aus all dem Elend, unter dem wir jetzt leiden, herauskommen können, wenn auch nicht gleich, so doch in einem Zeitraum, den menschliches Denken zu umspannen vermag". Wir aber sollen sorgen, daß das körperliche und seelische Grauen vor des Krieges Schrecken und Greueln nicht mehr in unserer Generation erlischt, daß wir es vielmehr allen unseren Erben als Rüstung und Waffen und Gegengift hinterlassen, um damit „den größten Feind der Menschheit zu besiegen".

Im vorletzten Kapitel: „Das fünfte Gebot", folgt dann die große Vision von den Seelen der im Kriege Abgeschiedenen als Prüflingen vor dem göttlichen Lehrer, der die gewaltige Frage aufwirft: wer den Menschen befohlen habe, seine von Ihm als Schutzmauer für die Heiligkeit des Lebens aufgerichteten Gebote in ihr Gegenteil zu verkehren? „Ich bin der Herr über Leben und Tod . . . Und ich will eine Grenze und eine Scheidewand setzen zwischen der Zeit, die jetzt ist, und der, die kommen soll." Den Seelen aber gebietet er, zur Erde zurückzukehren und die Menschen zu lehren, sein fünftes Gebot zu halten. „Denn es ist das Gebot der Nächstenliebe und der Schlüssel zu allem anderen. Saget ihnen, mein tausendjähriges Reich zeige sich schon im Osten wie eine Morgenröte! Aber wie kann es am Himmel aufsteigen und die Welt erleuchten, solange ihr dem Tod erlaubt, das große wilde Tier in seinen Dienst zu nehmen? Denn das große wilde Tier, das ist der Krieg."

Es fällt schwer, legt eine Art Scheu auf, da noch etwas hinzuzufügen. Und doch möchte ich nicht die Gelegenheit verlieren, folgendes zu bemerken: daß es mir während des ganzen Krieges — und auch jetzt noch — auffiel, wie verhältnismäßig wenige Menschen, auch unter jenen, von denen man es am ersten hätte erwarten mögen, die schreiende **Unnatur** des Weltkrieges zu betonen wagten — und wäre es nur im vertrauten Austausch gewesen . . . Dagegen, wie oft fielen Aburteilungen über die „Torheit der Pazifisten"! Wie oft hörte, las man: „Kriege werden immer sein. Müssen sein." Ja, Mord und Totschlag werden wohl auch immer sein, wie — nach des hehrsten Liebesfürsten Ausspruch — überhaupt „Aergernisse kommen müssen". Aber: „Wehe der Welt um der Aergernisse willen!" Und: „Wehe dem Menschen, durch welchen Aergernis kommt!" Doch kraft Zustimmung, halbe oder ganze, ein Todesgesetz zu einem Gebot menschlicher Lebensgemeinschaft erheben helfen wollen . . .? Wohin, bis zu welcher „Höhe" seelischer und geistiger Entwicklung ist die erkenntnisstolze Menschheit des 20. Jahrhunderts gekommen, daß sie noch immer ein furchtbarstes Sündenprinzip, gleich einem Schlag ins Angesicht göttlichen Gegenwillens, als überlieferte Unumgänglichkeit verkündet? Wann naht da endlich die Zeit beschämendster, aber heilsamster allgemeiner Einsicht? Und vollendeter Umkehr? . . .

Vom Büchertisch.

Anna Hilaria von Eckel: Nanni Gschaftlhuber. Ein Wiener Roman. Der Brandlmayerischen Familienchronik nacherzählt. Breslau, Bergstadtverlag Wilh. Gottl. Korn. Pr. geb. 8.50 M. — Ein Sonnenbuch mit Tiefglanz darin, ein Buch des echten — nicht ausschließlich wienerischen — Humors, des mit dem bekannten Doppelzug: dem ernsten und dem schelmischen Blick, dem hellen Lachen und dem lautlosen Weinen. Den Lesern der „Bergstadt" hat diese Dichtung — denn das ist sie — während fast des ganzen letzten Jahrganges eitel Freude zugebracht, auch wenn sie ihnen mal weh ans Herz griff. Allzu oft kam eben dieses ja auch nicht vor, war es doch Wiener Luft, die sie darin anwehte und umgaukelte. Im übrigen — Seite um Seite müßte man schreiben, um den dargebotenen Reichtum nur anzudeuten: all die wahrhaftige, fesselnde, in ihrer Art nicht selten geradezu berückende Gestalten- und Milieuzeichnung, all die köstlichen Einfälle und Widerspiegelungen, all die ehrliche, warme, farbenfrohe Beleuchtung von Mensch und Menschlichkeiten, von Gesellschaft, Kaste, Typ und Persönlichkeit, all die Einblicke in Herz und Seele, in Winkel und Schlupfwinkel. Die Heldin mit dem drolligen Spitznamen — eigentlich heißt sie Isolde Brandlmayer — ist eine Verkörperung der Liebe, der Menschenliebe, der kernigen, immer zielfesten, goldenen Güte. Wir verfolgen ihr Leben von der ersten Kindheit bis zum reifen Alter. Geheiratet hat sie nie, obwohl sie es wiederholt hätte tun können. Aber es bot sich ihr nie die rechte Gelegenheit, weil sie immer zuerst — anderer Leute Glück bedenken mußte. Eins ersehnte sie stets in zitternder Heimlichkeit: die Beseligung, mal den süßen Mutternamen, als ihr selbst gegeben, zu hören. Auf dem Sterbebette wird sie ihr: von einem armen „Hascher", dem die Furchtbarkeit des Krieges fast das Verstandeslicht ausgelöscht hat und dem es nun am Abschiedsschmerz von neuem auflebt. — Das Buch, werden viele sagen, ist ganz österreichisch, mehr noch wienerisch. Und wieder andere: Zutiefst ist es ganz, durchaus deutsch. Beide Urteile treffen zu. Wir aber wollen uns freuen, daß wir die „Nanni Gschaftlhuber" haben. Ich meine: sie wird lange, lange leben, bis hinab zu Kindern und Kindeskindern unseres tief gebeugten und doch immer wieder „stehaufigen" Geschlechts.

E. M. Hamann.

M. Herbert: Das Christushaupt und andere Erzählungen, und Verse. Regensburg, Joseph Habbel. Pr. geb. 3 M. — Ein schmales Bändchen — und wiederum ein reicher Inhalt an Tiefe, Schönheit, Seelengüte. Drei Erzählungen: Eine, die titelgebende, stellt einen idealen, aber in sich noch hart nach Vervollkommnung, nach Vollendung ringenden Kirchenfürsten in die Mitte. Die zweite: „Die tote Wohltat", zeigt einen weltlichen Fürsten in seinem „mitleidigen" und „barmherzigen" Streben bei noch verborgener Eitelkeit des Herzens, über die er dann, als Frucht einer Heimsuchung, den Sieg gewinnt, den Weg zu einem „großen Erwachen", zu einer „gewaltigen inneren Erneuerung und Selbstprüfung, deren er früher nicht fähig gewesen war". Die dritte: „Das Dankgebet der Annette Droste", stellt ein Kleinod künstlerischer und seelischer Eindringlichkeit dar, ein Stück Offenbarung aus dem eigensten Wesen und Werden einer großen Dichter- und Menschenseele. — Neben den Erzählungen sieben balladeske Dichtungen von Wucht und Schöne, wie sie uns M. Herbert in den letzten Jahren wiederholt zu schenken pflegt: zur Bereicherung unserer selbst und, zweifellos, der episch-lyrischen Literatur Deutschlands.

E. M. Hamann.

M. Marnek Confiteor. Erzählung für jugendliche Beichtkinder. München, Verlag Buchhandlung Leohaus. Pr. 2 M. — Wir verdanken dieser begabten Erzählerin wiederum eine treffliche Jugenderzählung. Für wen in erster Linie, sagt der Untertitel. Aber unsere kindliche Jugend überhaupt wird das Bändchen froh willkommen heißen. Und Eltern und Erzieher erst recht. Die Erzählweise ist von großer Frische und Anschaulichkeit, bezeugt überdies eine wirkliche, eben deshalb liebende Kenntnis des inneren und äußeren Kinderlebens. Die flott bewegte Handlung stellt die Kinder einer edlen Offiziersfamilie, zumal deren jüngsten Sproß, in den Mittelpunkt, zugleich einem armen „Sozi"-buben gegenüber, dem die Erziehung des verwitweten Vaters bös mitgespielt hat. Aber der Junge ringt sich durch, und zwar zuletzt hauptsächlich infolge einer zunächst von anderer, gütiger Seite, dann von ihm selbst günstig ausgewerteten schweren Kriegseinwirkung. Auch Leben und Weise der erwähnten übrigen Kinder deutet auf Entwicklung und Fortschritt. In den Gang der Handlung aber webt sich ganz natürlich, alles andere als aufdringlich, der Abglanz des inneren und des kirchlich äußeren christkatholischen Lebens. Die großen Lebensabschnitte unter dem Einfluß unserer hl. Glaubenslehren, vor allem derer über die Sakramente der hl. Beichte und Kommunion, werden in helles, strahlendes Licht von großer Anziehung gerückt. — Ernst und Scherz, Freude und Betrübnis, Lust und Leid, Arbeit und Erholung, sonniges Spiel und überschattetes Geschick: das alles lebt in dem Buche. Und auch die Poesie hat ihren Platz: in Märchen- und poetischer Heiligenlebendarstellung. Also ein reiches, wahres, besonders liebes Werkchen! So greife man willig zu und helfe es verbreiten.

E. M. Hamann.

Weihnacht. Geschichtlein von Lukas Klose mit neun Einschaltbildern von Matthäus Schießl. München, Gesellschaft für christl. Kunst. 120 S. geb. 5 M. Man weiß nicht, wem man den Preis zuerkennen soll, dem Dichter, der in aller Schlichtheit und kindlicher Frömmigkeit seine ans Herz greifende Geschichtlein erzählt, oder dem Maler, der uns in seinen reizenden Miniaturbildchen das holde Christkindlein mit seiner süßen Mutter und dem von innigster Andacht erfüllten heiligen Joseph in unerschöpflicher Mannigfaltigkeit vor Augen stellt und uns die ganze Hirtenseligkeit mitempfinden läßt. Und der Maler mit der Feder führt uns bald in den Himmel ein, wo die Englein mit dem lieben Gott Zwiesprach führen, bald zu den Kindern der Erde, deren Herzen unter den Wunden des grausamen Krieges bluten, deren Augen voll Tränen stehen, oder die auf bösen Wegen gehen. Ihnen allen bringt die hl. Weihnacht Trost und Frieden und selbst in die zusammenstürzende Kirche, unter deren Trümmer die Verwundeten begraben werden, leuchtet das von der Heldenschwester am Tannenbaum angezündete Christkerzchen hinein. Zwischen den Erzählungen, von denen einige, wie „Das hohe Licht" und „Künstlers Weihnacht" sich zu hohem Flug erheben, sind die lieblichsten naiven mittelalterlichen Weihnachtslieder eingeflochten. Das Büchlein ist eine kostbare Perle wahrer christlicher Kunst.

L. v. Heemstede.

Eucharistische Funken. Blütenlese frommer Gedanken und Gespräche zu Füßen Jesu im allerheiligsten Altarssakramente. Aus dem Italienischen übersetzt von Ottilie Bödiker. Zweites Bändchen. 1.—4. Aufl. (1.—10. Tausend). 12⁰ (VIII u. 143). Freiburg i. B., Herder. Geb. 3.50 M. Dieses zweite Bändchen der Eucharistischen Funken bildet die Fortsetzung des im verflossenen Herbst 1918 erschienenen ersten Bändchens. Es enthält im ganzen 18 Betrachtungen, die, vom eucharistischen Heiland ausgehend, sich mit den religiösen, sittlichen und asketischen Aufgaben des täglichen Lebens beschäftigen. Abgesehen von dem allgemeinen Gesichtspunkte ist der Inhalt beider Bändchen verschieden. Letzterer ist im zweiten Bändchen etwas weiter ausgespannt, da z. B. die beiden Schlußbetrachtungen sich auf die toten Angehörigen und den eigenen Tod erstrecken. Dieselben Vorzüge der natürlichen und schlichten Frömmigkeit, die den ersten Band der Eucharistischen Funken auszeichneten, sind auch dem zweiten eigen. Wir empfehlen ihn allen gebildeten Katholiken, die mit Thomas von Kempen sich zu dem Satze bekennen: „Man muß lieber fromme und einfältige Bücher lesen, als hohe und tiefe.“ Nachfolge Christi I, 5. Univ.-Prof. Dr. N. Hilling.

Die Herz-Jesu-Verehrung des deutschen Mittelalters. Von Karl Richstätter S. J. 1. Band: Predigt und Mystik. 8° XVI und 204 S. M 5.—, geb. M 7.—. Paderborn, Bonifatius-Druckerei. 1919. Dieses Werk bedeutet einen bahnbrechenden Fortschritt für die Darstellung der Geschichte der Herz-Jesu-Verehrung. Das Ergebnis der sorgfältigen Forschungen, wie sie dieses Buch samt den zahlreichen gedruckten und ungedruckten Quellennachweisen vorlegt, ist ungemein wichtig und geeignet, dem Urteil über das Werden der Herz-Jesu-Verehrung neue Bahnen zu weisen. Der Verfasser stellt fest (S. 16): Als zu Anfang des 14. Jahrhunderts die Liebe vieler zu erkalten begann, da leuchtete über Deutschland nicht bloß das erste Morgenrot der Herz-Jesu-Verehrung. Schon damals erscheint das göttliche Herz in unserem Vaterlande in strahlender Pracht als Licht und Glut spendende Gnadensonne und als ein Merkmal deutscher Mystik im Leben wie in den Schriften von vielen deutschen Heiligen und Gottesfreunden und in zahlreichen Gebeten gottinniger Seelen. Dieser erste Band trägt die Beweise dafür zusammen aus der altdeutschen Predigt, aus den Schriften deutscher Mystiker und dem Leben deutscher Heiliger und Gottesfreunde. Als Anhang ist eine Uebersicht über die Herz-Jesu-Verehrung des Mittelalters geboten. Dieses Werk verdient die Beachtung aller Freunde der Herz-Jesu-Verehrung. O. Heinz.

Allgemeine Kunstrundschau.

Von Dr. O. Doering, München.

Dem Gedanken an Sterben und Leben etlicher Bedeutendster möge, wie sonst, der Anfang unserer Uebersicht gelten. In Karlsruhe verschied der Direktor der Kunstgewerbeschule Karl Hoffacker, einer der fähigsten Lehrer und Organisatoren, hochverdient um die Förderung des badischen Kunstlebens, insbesondere auch wegen der seinem Eifer ausgezeichnet gelungenen Einrichtung des Museums. — Der tüchtige Tiroler Maler Alfons Siber starb, 60 Jahre alt, in Hall. Zu seinen Hauptwerken gehören die von erhabener Auffassung und bedeutendem Können zeugenden Fresken in der Haller Friedhofskapelle. — Geh. Rat Prof. Dr. Franz von Reber, der, fast 86 Jahre alt, in Pöcking am Starnberger See sein an Erfolgen reiches Leben endigte (gebürtig war er aus Cham in der Oberpfalz), war der erste Kunsthistoriker, der zur Leitung der staatlichen Galerien berufen wurde. Er führte dieses Amt von 1875 bis 1907 und erwies sich dabei als ausgezeichneter Kenner, dessen Kataloge der in München wie an anderen Orten befindlichen Staatssammlungen ein wissenschaftliches Material von bleibendem Werte sind. Von seinen zahlreichen sonstigen Veröffentlichungen befassen sich viele, dem Entwicklungsgange Rebers entsprechend, mit der Geschichte der Baukunst, von der er ausging. Eine hervorragende Leistung war seine 1885 erschienene Kunstgeschichte des Mittelalters; große, ja grundlegende Bedeutung für die Erziehung des Volkes zur Kunst besitzen die von Reber zusammen mit A. Bayersdorfer herausgegebenen beiden Sammlungen „Klassischer Bilderschatz“ und „Klassischer Skulpturenschatz.“ — Am 14. September starb Professor Jakob Bradl, einer der bekanntesten und bedeutendsten Meister der christlichen Plastik. Als Sohn eines ausgezeichneten Münchener Bildhauers wurde er am 14. Dezember 1864 geboren, erhielt seine Ausbildung bei seinem Vater und bei Syrius Eberle und rang sich unter mancherlei Schwierigkeiten zu einer selbständigen Stellung durch. Wesentlich behilflich war ihm dabei seine treffliche Begabung für das Zeichnen. Zahlreiche Entwürfe für Glasgemälde stammen von ihm. Als Plastiker schuf er eine Anzahl warm empfundener, sehr wirkungsvoller Monumentalwerke. So in München u. a. den Winthirbrunnen, das Pestdrachenrelief am Rathause, die Kreuzigungsgruppe in der St. Rupertuskirche, in Aichach gleichfalls eine sehr schöne, streng stilisierte Kreuzigungsgruppe, in Dillingen den St. Ulrichsbrunnen, in Passau den Wittelsbacherbrunnen, eine Madonna an der Liebfrauenkirche zu Bamberg usw. In seinen letzten Jahren war Bradl der Leiter der staatlichen Schnitzerschule in Oberammergau. Einen ausgezeichneten Künstler und einen Mann von wahrhafter Tiefe des christlichen Empfindens haben wir in ihm verloren. — Seinen 60. Geburtstag feierte am 28. Juli Professor Otto Hierl-Deronco. Er stammt aus Memmingen und studierte in München bei W. v. Diez und Löfftz. Das Werk, mit dem er zuerst an die Oeffentlichkeit trat, war die „Verhaftung Ludwigs XVI. in Varennes“. Allmählich wurde er infolge seines starken Temperaments und seiner leuchtend kraftvollen Farbe einer der am meisten beachteten Maler Münchens. Als Bildniskünstler und als Darsteller großer figürlicher Handlungen, namentlich der in alter Pracht strahlenden des kirchlichen Lebens in Rom, ist er unübertroffen. Außerordentliches Interesse vom künstlerischen wie vom geschichtlichen Standpunkte haben außer diesen Bildern namentlich auch seine Papstporträts; zu ihnen gehören jene acht höchst verschiedenartigen Bildnisse Pius X., die 1910 in Faksimiledruck herausgegeben wurden.

Kenntnis und Pflege älterer Kunst gewannen durch mehrere bemerkenswerte Ereignisse und Unternehmungen. In der Johanniskirche zu Klein-Schwarzach bei Metten kam es zur Aufdeckung übertüncht gewesener, spätgotischer Fresken; sie zeigen Szenen aus dem Leben Johannes des Täufers. — Ein Meisterwerk der spanischen Malerei des 16. Jahrhunderts, darstellend die von zwei Heiligen verehrte hl. Jungfrau mit dem Kinde, wurde in Estramadura entdeckt und in den Prado zu Madrid überführt. Der Meister des Bildes konnte noch nicht festgestellt werden. — Die Kathedrale zu Reims soll zu einem Denkmal der im Weltkriege gefallenen Soldaten der Entente werden. Für ihre Herstellung werden in den Ländern unserer Gegner mit Erfolg Sammlungen veranstaltet. Es ist nur recht und billig, daß man die Kosten für diese freilich dringend nötigen Arbeiten auf solche Art aufbringt, nachdem unsere Feinde an den Beschädigungen auch selbst die Schuld tragen. Einstweilen dient ihnen diese ganze Sache natürlich zu weiterer Verhetzung und zur beabsichtigten Verewigung ihrer Lügen. In dieser Hoffnung werden sie sich allerdings arg getäuscht sehen, nachdem das hier schon erwähnte Werk von P. Clemen „Kunstschutz im Kriege“ mit seinen urkundlichen Nachweisen die Wahrheit für alle Zeiten festgelegt hat. — In Freising erfolgte während des Sommers und Herbstes eine durchgreifende Herstellung des Dominnern. Vor zwei Jahrhunderten ist es durch die Kunst der Brüder Asam zu einem der schönsten Kirchenräume Bayerns ausgestaltet worden. Allmählich dem Verfalle entgegengehend hielt es sich doch bis in die achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts, wo eine verständnislose Herstellung es um wesentliche Teile seines Reizes brachte. Diesen in alter Frische neu erstehen zu lassen war der Zweck der jetzigen Arbeiten, die man als bestens gelungen und vom Standpunkte der Denkmalpflege begrüßenswert bezeichnen kann. Sorgfältigste Untersuchungen und gewissenhafte Reinigung führten dazu, daß die alten Farben, zum Teil auch die Formen wieder ermittelt werden konnten. Eine besonders schwere Aufgabe war die Ausbesserung der Deckengemälde im Mittelschiffe wie auf den „Letternemporen“. Um die einwandfreie Ausführung dieses Teiles der Herstellungsarbeiten hat sich der Kunstmaler Prof. Ranzinger besonders verdient gemacht. Die Ausbesserungen an den ornamentalen Malereien besorgten die Münchener Firmen Schellinger und Schmeer, sowie Kolmsperger und Pfefferle, die an den Stukkaturen die Firma Blersch. Besonders herrlich wirkt jetzt auch an der Nordseite des Mittelschiffes wieder das von seinen störenden Anstrichen befreite, in alten Farben neu erstandene Kruzifix, Aegidius Asams Werk. — Wie an dieser Stelle schon ausführlich berichtet wurde, faßte die Berliner Denkmalpflegetagung den Beschluß, ein Gesetz gegen die Abwanderung älterer Kunstwerke zu beantragen. — In Deutsch-Oesterreich hat die provisorische Nationalversammlung im Frühling ds. Js. ein Gesetz angenommen, das die Ausfuhr aller Gegenstände der Kunst und des Kunstgewerbes älterer Zeit verbot, und in ihre Zahl auch die Kron- und Familiengüter des ehemaligen Kaiserhauses mit einschloß. Jetzt aber denkt man wegen Geldmangel dennoch daran, Kunstwerke aus staatlichem Besitze — einstweilen freilich noch nicht solche aus den Beständen der öffentlichen Sammlungen — ins Ausland zu verkaufen, um zur Milderung der Lebensnot zunächst eine Viertelmilliarde Franken flüssig zu machen! — Der ehemalige Großherzog von Oldenburg hat ohne Rücksicht auf die künstlerischen und wissenschaftlichen Interessen Deutschlands die bedeutendsten Stücke der Oldenburger Gemäldegalerie — Perlen der italienischen und niederländischen Malereien — nach Holland schaffen lassen.

Den Uebergang zur Betrachtung der heutigen Kunst gewährt die Mitte August nach der Umgruppierung der Bilderbestände erfolgte Wiedereröffnung der Münchener „Neuen Pinakothek“. Eine sorgfältige, wenn auch noch immer nicht ganz scharfe Sichtung der vielfach veralteten, von unnötigem Ballast beschwerten Sammlung, eine nach heutigen Grundsätzen der Museumstechnik vorgenommene neue Aufstellung des auserlesensten Besitzes hat stattgefunden. Da sich hierbei die Unmöglichkeit herausstellte, alles in dem alten Gebäude unterzubringen, so griff man zu dem Hilfsmittel der Einrichtung einer Filiale, „Neue Staatsgalerie“ genannt, im Kunstausstellungsgebäude am Königsplatz. Dorthin überführte man jene Bilder, die den Entwicklungsgang der neuzeitlichen Malerei seit den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts bis zum Zeitpunkte der Gegenwart klar stellen. Die „Neue Pinakothek“ enthält demgemäß im allgemeinen nur solche Gemälde, deren Entstehungszeit zwischen dem Ende des 18. Jahrhunderts und jenem Wendepunkte der Kunst liegt. Die Neuordnung ist trefflich gelungen. Alle Ueberfüllung ist vermieden, der Rottmann-Saal ist unverändert geblieben. In den praktischer gestalteten, richtiger belichteten, mit feinem Geschmacke ausgestatteten Räumen kommen die Gemälde besser zu ihrer Einzelwirkung, wie zu einem harmonischen Zusammenklange mit ihrer Umgebung. Das macht sich sowohl in den mehr mit großen, repräsentativen Werken ausgestatteten Mittelsälen, wie in den beiden Reihen kleiner Kabinette geltend. In der Auswahl der Gemälde überwiegt immer noch, und mit Recht, aber doch nicht so einseitig wie ehemals, die Münchener Kunst. Vielmehr weisen die „Neue Pinakothek“ zusammen mit der „Neuen Staatsgalerie“ Beispiele vieler anderer Schulen auf,

wobei leider freilich mehrere wichtige fehlen, während im Verhältnis die Franzosen zu reichlich bedacht erscheinen. Ausgezeichnet herausgearbeitet ist das Ende des 18. Jahrhunderts. Weiterhin hat man Lücken, die sich bisher allzu fühlbar machten, durch Leihgaben und Neuerwerbungen ausgefüllt. Der Gesamteindruck der „Neuen Pinakothek“ in ihrem jetzigen Zustande ist vom ästhetischen, wie vom wissenschaftlichen Standpunkte aus ein unbedingt günstiger. Insbesondere könnte die Sammlung berufen sein, die Entwicklung der heutigen Malerei günstig zu beeinflussen, wenn sich nicht leider das neue Geschlecht gerade gegen dergleichen verschlösse.

Eine im Schlosse zu Dachau veranstaltete Ausstellung brachte ältere und besonders neuere Erzeugnisse der dortigen Malerei und Graphik. Das Gelingen ihres sozialen Zweckes — die Befestigung und Besserung der wirtschaftlichen Lage der daselbst wirkenden Künstler — wäre von Herzen willkommen zu heißen. Die Darbietungen waren verschiedenartig. Neben sehr Tüchtigem machte sich auch so manches Verfehlte, Uebermodernste wenig erfreulich bemerkbar. — Die Frühlingsausstellung der Berliner Sezession zeichnete sich durch Großzügigkeit zahlreicher Werke aus, wenngleich nicht allen diesen wirkliche Monumentalität nachgerühmt werden konnte. Auch die religiöse Kunst — besser gesagt, die Neigung für Bearbeitung christlich-religiöser Motive machte sich vorteilhaft bemerkbar. Wegen ihrer geistigen Vertiefung und gleichzeitig bedeutender technischer Vorzüge verdienten Anerkennung u. a. ein „Gethsemane“ von W. Jaeckel und eine „Anbetung der Aeltesten vor dem Stuhle des Einen“ von E. Waske. Zu bedauern ist der Mangel an besseren religiösen Leistungen in der Graphik. Gerade sie wäre in unserer Zeit zu großen Aufgaben berufen. Nichts Bedeutendes in dieser Beziehung bot auch die Ausstellung in der Berliner Akademie. Die besonders reichlich vertretene Plastik zeigte u. a. ein großartiges Relief der Grablegung Christi von W. Haverkamp. Unter den Malereien interessierte eine tief empfundene „Verkündigung“ von E. Pfannschmidt. Von Profanmalereien fand L. Dettmanns ergreifender „Tod von Flandern“ viel Beachtung. Mir freilich scheint, daß dieser Künstler sich damit auf ein Gebiet begeben hat, das sich weniger für ihn eignet, als das der musterhaft von ihm beherrschten kleinen Augenblickszeichnung. — Von den Ausstellungen, die im Münchener Kunstverein, in der Graphischen Sammlung, sowie in den bedeutendsten Kunstsalons stattfanden, im einzelnen zu sprechen, muß ich mir versagen. Eine nicht öffentliche, nur geschäftlichen Zwecken dienende Darbietung, die auf die Dauer berechnet ist, veranstaltet der „Wirtschaftsbund des Münchener Kunstgewerbes“ in den Räumen der Residenz. Von dem Hochstande der neuen Techniken legen vor allem die Edelschmiede- und Glaswaren, sowie die Textilien Zeugnis ab. Arbeiten, die religiösen Kultzwecken dienen, genügen leider nur vereinzelt höheren Ansprüchen. Wesentlich bessere Eindrücke, Anregungen, die für die moderne kirchliche Monumentalkunst von großer Bedeutung werden können, schuf die im Kunstsalon Caspari veranstaltete Ausstellung der Vereinigten Süddeutschen Werkstätten für Mosaik und Glasmalerei.

Bühnen- und Musikrundschau.

Uraufführung im Residenztheater. In der großen Pause während der Uraufführung von Heinrich Manns Drama „Brabach“ trafen sich einige Kritiker, die immerhin einigen Ruf haben, und jeder gestand ein wenig schüchtern dem anderen, daß ihm die Begebenheiten, die da auf der Bühne vorgingen, ganz unklar geblieben seien, und es zeigte sich, daß diejenigen, die das Buch vorher gelesen, durchaus nicht vor den anderen im Vorteil waren. Der letzte Akt vermochte uns auch nicht den Ariadnefaden in der Psychologie des Herrn Bankkassiers Brabach sichtbar werden zu lassen. Das Publikum war gerade in diesem Aufzuge geneigt, manches Ernste von der heiteren Seite zu nehmen, blieb aber doch ziemlich ruhig bis zum Ende, dann hörte man kräftiges Zischen. Hierauf setzte nun ein stürmischer Beifall ein, der jeden Widerspruch niederkämpfte. Man rief den Dichter bei seinem Vornamen, vermutlich um seine Intimität zu Heinrich Mann und seinem Schaffen kundzutun, und der Dichter erschien acht oder zehn Mal. Man hat ja auch „Madame Legros“ zu einem Meisterwerk hinaufgelobt, was das Stück keineswegs ist, aber es fesselt wenigstens, was bei „Brabach“ nur wenig der Fall ist. Der Kassier von Beer & Weile, bewährter Diener des Bankhauses, mit dem er sich verwachsen fühlt; seit zehn Jahren verwitwet, lebte er nur noch in Erinnerungen, das genügt ihm auf die Dauer aber nicht und er bandelt mit der Leni aus dem Bäckerladen an, die zieht indessen einen jungen vor. Diese Leni ist von einem widerlichen Cynismus, über den sie lang und breit sich in einem naturlauten fernen Literatendeutsch ergeht. Brabach sieht darüber hinweg, daß der Bankvolontär Wendlicher die Leni ihm hinweggeschnappt hat. Dieser Wendlicher hält nämlich so zündende revolutionäre Volksreden, die haben es dem die Versammlungen heimlich besuchenden Kassier angetan. Brabach weiß, daß Wendlicher ein Hochstapler ist, aber dennoch hält er es für seine Pflicht, dem Jüngling vom Stamme des Marquis von Keith in die Höhe zu helfen. Einstweilen vertut Wendlicher mit Leni, die plötzlich eine große Filmdiva geworden ist, Brabachs Geld. Dazwischen spielen große Finanzoperationen, die wohl auch dem gewiegtesten Handelsredakteur nicht klar werden. Es handelt sich um ein Monopol, wenn der Fürst Reck gewisse Auskünfte rechtzeitig gibt, dann gereicht dies zu neuem Glanze des Bankhauses und der verschuldete Prinz erhält die Hand der schönen Esther von Beer. Kommen diese Nachrichten zuerst an den Herrn Wendlicher, so ist es angeblich für das Volk und jedenfalls für die Tasche des letzteren gut. Die Sache wird jedoch für Wendlicher sehr prekär. Nun erklärt jedoch Esther, daß sie Wendlicher liebe und der Schwindler wird nun unwillkommener Schwiegersohn des Bankiers, den er gerade stürzen wollte. Nun ist aber ein falscher Wechsel durch seine Hand gegangen. Warum das für ihn gefährlicher sein soll, als für die Ausstellerin; ich weiß es nicht. Diese Frau Wahle hat es sich schon recht viel Geld kosten lassen, den interessanten Jüngling für ihre verspätete Leidenschaft zu gewinnen; nun operiert sie aus Rache mit gefälschtem Wechsel. Genug, Wendlicher muß nach Amerika; Esther zieht die gesicherte Lage im Vaterhause einem unsicheren Leben mit dem Geliebten vor. Nur der getreue Brabach steht zu Wendlicher, tut zu dessen Wohl einen Griff in die Kasse und stirbt dann, von Wendlicher herzlich betrauert, einen schönen Theatertod. Steinrück vermochte uns die psychologischen Rätsel trotz eindringlichem Spiel nicht zu lösen. Stieler gab dem Hochstapler einen Schuß von Geist, Waldau war ein Prinz von tadellosen Manieren. Frl. Ritscher gab der Filmdame kennzeichnende Halbweltskoketterie, die Esther Frl. Lenas zeigte warmes Gefühl. Ulmer in der Maske mehr Gesandter, als Finanzmann, Frau Hagen als liebebedürftige Bankiersfrau ergänzten das Ensemble, in dem viele durch deutlicheres Sprechen uns das Hören erleichtern könnten.

Volkstheater. „Willis Frau,“ ein heiteres Familienstück von M. Reimann und O. Schwartz. Dem Herrn Rittergutsbesitzer war es nicht recht, daß sein Sohn die schöne Klara aus der Deutschen Bank heiraten wollte. Er will die Großstadtpflanze gar nicht sehen und entzieht Willi den Unterhalt. Als nun aber die junge Frau ihm inkognito als Hausdame präsentiert wird, weiß sie ihn durch ihren Liebreiz und ihre Tüchtigkeit so zu gewinnen, daß er sich keine bessere Schwiegertochter denken kann. Die Verfasser wissen aus der einfachen Geschichte viel Komik herauszuholen; auch der letzte Akt hat noch Einfälle genug, um das Interesse wachzuhalten; kurzum: ein recht hübsches Unterhaltungsstück, sauber gemacht und sauber in der Gesinnung. Gespielt wurde von einigen Uebertreibungen abgesehen, ganz famos, besonders von Lantzsch als polternder Agrarier.

Aus den Konzertsälen. Pfitzner brachte uns im 3. Abonnementskonzert des Konzertvereins zwei hier noch nicht bekannte Werke. Die Ouvertüre zu: „Wie es Euch gefällt“ von H. H. Wetzlar ist ein reizvoll liebenswürdiges Werk, das aus Shakespeares Komödie Anregungen zu Humor und romantischen Einfällen geschöpft hat. Die G-Dur-Symphonie op. 22 von E. Sträßer, von Brahms und Bruckner stilistisch beeinflußt, ist ein Werk von starker Empfindung; besonders gefiel das sehr klangschöne und geistreiche Scherzo und der wuchtige Schlußsatz. Die zahlreiche Zuhörerschaft bereitete dem vornehmen Werke des Kölner Tonsetzers eine sehr warme Aufnahme. — Der Pianistin Emmy Braun-Kremer sind wir schon öfters im Konzertsaal begegnet. Zum ersten Male bot sie einen Kammermusikabend mit Richard Braun. Das Geschwisterpaar ist vortrefflich miteinander eingespielt. Der Geiger hat einen schönen Ton voll Klangreiz und Wärme, die Pianistin eine große Technik, echte Musikalität und Feinheit des Anschlages. Der Beifall klang sehr herzlich. — Die Uraufführung von W. Maukes Chorsymphonie „Das Gold“ brachte dem Münchener Tonsetzer einen starken Erfolg. Eine umfassende, musikprogrammatische Gedankendarlegung über das Metall, an dem doch alles hängt. Der erste Satz schildert das Streben nach Gold, Glück und Leiden des Besitzes. Seine gewaltige, aber dennoch zu keiner Harmonie führende Macht. Das Goldthema ist von glücklicher Erfindung. Der instrumentale Aufbau zeigt Maukes hervorragendes technisches Können. Das Scherzo bietet einen bis zur Raserei ausartenden Tanz um das goldene Kalb; ein Stück glänzender, technischer Bravour. Man denkt an Strauß. Ganz wunderschön ist das Adagio. Es führt in weltferne Gefilde, wo Poeten und Künstler, goldheischender Habgier fern, das Gold aus den Tiefen des Gemütes schöpfen. Das ist alles von tiefer Empfindung, Reinheit und Schönheit. Ich denke mir, daß dieses Adagio die Urzelle des Werkes gewesen ist, von der aus Mauke das Werk aufgebaut hat. Der folgende Schlußsatz bringt einen Hymnus auf das vom unreinen Hauch geläuterte Gold. Die vom Lehrergesangverein und den Solisten Baldis Zerener und Erb gesungenen Worte sind von Sâr Peladan (deutsch von Schering, dem Strindbergübersetzer). Die Musik Maukes fesselt stärker als die schwülstige Poesie des französischen Dichters. Das Charakteristische ist dem Komponisten oft wichtiger als der Farbenreiz. Zweifellos hinterließ das Werk starke Eindrücke. Laber, der frühere Geraer Hofkapellmeister, leitete das Konzertvereinsorchester mit mitreißender Leidenschaft. Die schwierigen Chöre hatte Zengerle mit großer Sorgfalt einstudiert. Das Publikum ehrte den Tondichter durch stürmischen Hervorruf. Von Klavierabenden hatten wir eine reiche Auswahl. Zuerst sei unser einheimischer Pianist W. Ruoff genannt, der besonders als Chopinspieler hinzureißen vermochte. Das war alles tief empfunden, brillant gespielt, wundervoll duftig in Anschlag und Schattierung. C. M. v. Webers D-Moll-Sonate op. 49, die wenig bekannt ist und die H-Moll-Ballade von Liszt spielte Ruoff nicht minder meisterlich. Mehr nach der Seite des Virtuosen geht V. Schiölers künstlerische Absicht. Der jugendliche Däne besitzt eine sehr ausgeglichene Technik. Er spielt abgeschliffen mit perlendem Anschlag. — Johannes Hobohm, der u. a.

die schwierigen Telemann-Variationen von Reger spielte, verfügt über bedeutendes Können; starkes Empfinden tritt weniger hervor und es herrscht eine gewisse Herbigkeit. — Martha **Stern-Lehmann** hat volkstümliche Lieder aus alter und neuer Zeit ausgewählt und dabei manch wertvolles verschollenes Gut gefunden, so von P. v. Winter, dem Münchener Hofkapellmeister, von Zumsteeg u. a. m. Auch die Lieder ihres gefallenen Gatten sind singenswert. Die schlichte, anmutige Singweise und der sympathische Vortrag Frau Stern-Lehmanns sind bekannt. Der aus dem Reichsland vertriebene Karl **Somborn** ist dichterisch und musikalisch reich begabt. Seine „Zeitlieder 1919" geben dem Schmerz über das nationale Unglück ergreifenden Ausdruck; zwischen diesen Gesängen und anderen liegt ein Zeitraum von vier Jahrzehnten. In der neudeutschen Richtung liegt Somborns stets von starkem Empfinden beseeltes Schaffen. Irene v. **Dall'Armi** war ihm eine geschmackvolle Interpretin; der greise Komponist saß am Flügel. — Paul und Luise **Schulze-Berghof** boten eigene Werke. Die von ihm vorgelesenen Dichtungen balladenhaften Charakters sind oft von packender Wirkung. Reingefühlsmäßige Lieder treten mehr zurück, weshalb Paul Schulzes Poesie sich zur Vertonung nicht immer besonders eignet, doch weiß Luise Schulze die Stimmung treffend zu machen. Baldis **Zerener** sang die Lieder sehr reizvoll. — Kammersänger **Wolf** fand an seinem Liederabend wieder berechtigt großen Beifall. Er gehört zu den Bühnensängern, deren Auftreten im Konzertsaal nicht überflüssig ist, denn er besitzt das für den Liedgesang erforderliche Stilgefühl. Ueber den Glanzzauber seiner schönen Stimme braucht nichts Neues gesagt werden. — **Kröller**, der neue Leiter des Münchener Balletts, hat mit vier jungen Künstlerinnen, den Damen Gerzer, Kern, Krüger und Tölzer eine erfolgreiche Gastspielfahrt unternommen, und sie stellten nun auch hier außerhalb des Bühnenrahmens in der Tonhalle ihr schönes Können zur Schau. Man sah an Anmut, rhythmischer Feinheit und Ausdrucksfähigkeit viel erfreuliches; besonders nach Liebesleid und Liebesfreud („Kreisleriana"), nach dem ungarischen Tanz von Brahms und vor allem nach den „Geschichten aus dem Wiener Wald", die halt immer wieder hinreißen, war der Beifall besonders herzlich.

Verschiedenes aus aller Welt. In **München** starb Hermine Bland, die 1875—1898 im Münchener Hoftheater die sentimentalen Liebhaberinnen des klassischen Spielplanes poesievoll verkörperte. — Beer—Hofmanns biblische Legende „Jakobs Traum" hatte, von Reinhardt inszeniert, in **Berlin** starken Erfolg. Die Dichtung erweitert sich zu einem Triumphlied der jüdischen Rasse. — R. Lauckner hatte mit seinem Drama „Predigt in Littauen" in Berlin nur äußerlichen Erfolg. Es bringt vielerlei Konflikte, vom verlorenen Sohn, vom Großstadtzigeuner und verkannten Genie, den Kampf zwischen Vater und Sohn, Seelsorgerkämpfe, befriedigt aber als ganzes nach Berichten nicht. — „Die Richterin", ein Revolutionsdrama von H. Krantz, erwies sich in **Düsseldorf** als bühnentechnisch geschickt aufgebaut, ließ aber kalt. — „Kaiserin Messalina", ein Drama von H. Kesser, scheiterte in **Wien** an der dünnen zerfahrenen Handlung. Zischen und Pfuirufe übertönten den Beifall. — d'Alberts Oper „Stier von Olivera" wurde in der **Berliner** Staatsoper mäßig gespielt und gesungen. Der Komponist lief nach dem ersten Akte davon und protestierte gegen die „unhaltbare Aufführung". — „Die Sendung Semals", eine jüdische Tragödie von Arnold Zweig, gefiel glanzvoll inszeniert in **Frankfurt a. M.** Die Geschichte eines Ritualmordes, tendenziös philosemitisch: Neben realistischen Szenen zeigt sich ein tieferer Grundgedanke: Durch Leiden in Unschuld zur Läuterung.

L. G. **Oberlaender**, München.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Kohlenkrise trotz Verkehrssperre — Kursschwankungen der Markdevise — Exportware, „dumping"-System — Kapitalfluchtgesetz und Sparpublikum.

Trotz der überaus lästig gewesenen Verkehrssperre ist irgendwelche sichtbare Besserung der **Kohlenversorgung bei uns** nicht eingetreten. Im Gegenteil. Amtliche Bekanntmachungen bestätigen dies: Dienstkohle steht einzelnen Betriebsdirektionen für den Eisenbahnverkehr oft nur für drei Tage zur Verfügung. Dies zwingt die Regierungskreise zu neuen Gewaltmitteln, damit die Eisenbahnen wenigstens in den nächsten Tagen an allererster Stelle beliefert werden können. Die übrigen Verbraucher und die Industrie, namentlich die Grosseisensparte und natürlich auch der Hausbrand, werden dadurch stark in Mitleidenschaft gezogen. Katastrophale Wirkungen dieses Einschränkungsediktes des Brennstoffverbrauches veranlassen die Hüttenwerke, die Hochöfenanlagen still zu legen. Es ist begreiflich, dass weite Industriesparten dadurch ebenfalls ins Stocken kommen. Stark verminderte Exporttätigkeit, vermehrte Arbeitslosigkeit sind unmittelbare Folgen. Wirtschaftskrisen allerorts, politische Unsicherheit, Verschärfung in der Lebensmittelversorgung infolge der geringeren Wagengestellung werden erwartet. Dass dadurch weiterhin die vorübergehende, sogar erhebliche Kursaufbesserung **unserer Markdevise im Auslande** zu Schaden kommt, ist klar. Der Markkurs im neutralen Auslande wird unausbleiblich einen weiteren Tiefstand erleben, wenn es nicht wider Erwarten — hierzu fehlen zwar derzeit alle Voraussetzungen — den deutschen Finanzunterhändlern gelingt, die so sehnsüchtig herbeigewünschte **internationale Valutaanleihe** in letzter Stunde unter Dach und Fach zu bringen. Neben dem erneuten starken Preisfall der österreichischen Kronen ist ausserdem bemerkenswert die, wenn auch in langsamem Tempo, vor sich gehende, Abschwächung der französischen und italienischen Valuta. In Neuyork ist wohl in Rücksicht auf die eingetretene Geldversteifung ausserdem die britische Valuta rückgängig. Die allgemeine Lebensverteuerung im Zusammenhang mit den gewaltigen Kapitalanforderungen aller Wirtschaftsfaktoren wird wohl noch geraume Zeit das internationale Valutaproblem ungelöst lassen.

Als Begleiterscheinung des Tiefstandes in der Valuta ist die jetzt so sehr kritisierte **Ausfuhr deutscher Werte zu Schleuderpreisen** anzusehen. Deutschland will, wie verlautet, diesem „dumping"-System durch die Erhebung von 25 proz. Ausfuhrzöllen entgegensteuern. Auch die Einfuhrländer, namentlich die Vereinigten Staaten sowie Frankreich und England, versuchen, dieser Ueberschwemmung mit billigen deutschen Waren auf Kosten der betreffenden heimischen Industrien durch entsprechende Massnahmen entgegenzutreten. Die Angelegenheit ist immerhin eine neue, ungelöste und schwierig bleibende Frage, welche höchstens das eine Gute in sich bergen kann, dass die gegenseitigen Wirtschaftsorgane von hüben und drüben irgendwie in Berührung kommen müssen. Seit der weiter gesteigerten Baumwollausfuhr von Amerika nach Europa und der Wiederaufnahme des englischen Textilhandels mit Deutschland, ferner seit der Eröffnung des Geschäftsverkehrs zwischen Deutschland und Frankreich zeigt sich — sowohl auf dem Korrespondenzwege wie auch telephonisch und sonst mündlich — **die Ententegeschäftswelt** geneigter gestimmt, uns Deutsche als Wirtschaftsfaktoren mit in die Betrachtung der Weltkalkulation einzubeziehen. So wird der wilden, bisher zollfreien **Wareneinfuhr im Westen** seitens der interalliierten Rheinlandskommission dadurch entgegengetreten, dass solche Waren nunmehr gemäss dem deutschen Rechte allen Abgaben und Steuern unterworfen werden.

Von aufsehenerregender Wirkung an den deutschen Börsen ist die wahl- und planlos vorgenommene Verschleuderung unserer guten fest verzinslichen heimischen Effekten, veranlasst durch das anscheinend doch mit 1. Dezember zur Durchführung gelangende sogenannte Depotzwangsgesetz. Namentlich der besonders in Bayern so hoch bewertete Pfandbriefmarkt erlitt einen beispiellosen Kursfall, hervorgerufen durch den enormen Rückfluss des Materials infolge der durch dieses Gesetz herausgebildeten Scheu vor dem öffentlichen Effektenbekenntnis. Auch in Stadtanleihen und Industrieobligationen bewirkte dieses Kapitalfluchtgesetz einen ähnlichen Verkaufsandrang, der von den zu intervenierenden Bankinstituten teils nur mühsam, teils überhaupt nicht gestützt werden konnte. Und nachdem es sich hierbei fast ausschliesslich um Effekten handelt, welche noch vor kurzem, namentlich von den kleineren Kapitalisten, mit Vorliebe zu Anlagezwecken verwendet worden sind, ist wohl anzunehmen, dass dieser überstürzte Verkaufsandrang bald in das Gegenteil der Wiederaufnahme solcher Papiere umschlagen dürfte. Die Nervosität und Unsicherheit auf dem Kapitalistengebiet ist dann um eine Episode reicher, das Nationalvermögen um ein erkleckliches geringer! Für die neue Sparprämienanleihe, für welche bekanntlich infolge Fehlens von Zinsscheinen kein Depotzwang besteht, musste naturgemäss diese Rentenderoute ungünstig wirken. Als charakteristisch kann bezeichnet werden, dass die Sparkasse München die Absicht des städtischen Finanzausschusses auf Zeichnung von 1 Mill. Mark Sparprämienanleihe infolge Beschlusses des Stadtrates von München aufgeben musste. Ein bemerkenswertes Zeichen der Zeit nach verschiedener Richtung hin!

München. M. Weber.

Vom Büchermarkt.

(Unter dieser Rubrik werden die bei der Redaktion eingelaufenen Bücher jeweils aufgeführt. Durch diese Veröffentlichung übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung für den Inhalt. Die Besprechung einzelner Werke bleibt vorbehalten.)

Das neue Kirchenrecht. Zusammenstellung der wichtigsten Neubestimmungen. Zugleich Ergänzung zu Heiners Katholisches Kirchenrecht. 6. Aufl. Von P. Dr. Bertrand Kurtscheid. M. 8.60. — **Kriegsverschollenheit und Wiederverheiratung** nach staatlichem und kirchlichem Recht. Von Prof. Dr. Ludwig Kaas. M 7.20. — **Im Frühlicht.** Ein Jahrgang Kinderpredigten. Von Dr Friedr. Zoepfl. 2. Aufl. M. 4.80. — **Der freireligiöse Jugendunterricht.** Ein Beitrag zur religiösen und pädagogischen Bewegung der Gegenwart. Von Prof. Dr Remigius Stölzle. M 3.60. — **Schulforderungen der Gegenwart.** Herausgegeben von A. Pfennings und M. Rüberg. M 5.80. (Paderborn i. W., Ferdinand Schöningh.)

Drei deutsche Frauen. Von Dr. Wilh. Capitaine. Lebensbilder der Fürstin v. Gallitzin, der Dichterin Annette von Droste-Hülshoff und der Schwester Maria zu Droste-Vischering. Geb. M. 3.25. (J. Schnellsche Buchhandlung, Warendorf i. W.)

Sozial-caritative Frauenberufe. Von H. Weber. 2. Auflage der „Ausbildungsgelegenheiten". kl. 8°. 56 S M. 1.—. — **Heimatmission und Dorfkultur.** Von Dr Franz Keller, Universitätsprofessor und Dorfpfarrer. Gr. 8°. 83 S. M. 2.—. — **Caritas-Predigten** und -Ansprachen. Von Dr. J. Straubinger. M 2.25. (Freiburg i. B., Caritas-Verlag.)

Der Kampf um Kind und Schule. Ein ernstes Wort in ernster Zeit an die kath. Eltern. Von Dr. phil. P. Hemmerle. M 1.— und Partiepreise. — **Die Lage der alten Davidsstadt und die Mauern des alten Jerusalem.** Eine exegetisch-topographische Studie. Von Studienrat Friedr. Kirmis. Mit einem Plan. M 15.—. (Breslau, Franz Goerlich.)

Elternabende. Eine Sammlung von Vorträgen. 1. Heft. 2. Aufl. M. 2.40. — **Feierabende.** Plaudereien mit jungen Staatsbürgern. I. Band: A. Heinen, Der Lebenskreis der Familie. 8° (196). M. 3.60. — **Berufsständische Gemeinschaftsarbeit im rheinisch-westfälischen Handwerk.** Von Dr. Heinrich Lübbering. 8° (VIII und 156). M. 4.80. — **Sozialistische Ethik,** Kommunismus, Christentum. Von Dr. Franz Meffert. (M.-Gladbach, Volksvereins-Verlag.)

Lernet werden! Gedanken über Kulturentwicklung und Kulturpolitik. Von Max Wolff. M. 4.50. — **Die soziale Forderung der Stunde.** Gedanken und Vorschläge von Franz Oppenheimer. M. 1.50. — **Die Kultur der Juden.** Eine Versöhnung zwischen Religion und Wissenschaft. Von Dr. Hugo Dingler. M 3.60. (Leipzig, Der Neue Geist Verlag.)

Aus des deutschen Herrgotts Exerzierreglement. Von Dr. Albrecht Hoffmann. M. 1.—. — **Wie wurden wir ein Volk? Wie können wir es bleiben?** Von Geheimrat Professor Dr. Dietrich Schäfer. M 3.—. — **Unser Nachwuchs und seine Auslese.** Von Dr. Otto Helmut Hopfen. M. 2.—. — **Der Betrug am deutschen Volke.** Von Prof. Dr. Hans Freih. v. Liebig. Große Ausgabe. 224 S., geh. M 7.—, geb. M. 9.—. — **Allgemeine Biologie als Grundlage für Weltanschauung, Lebensführung und Politik.** Von Prof. Dr. H. G. Holle. Geh. M 9.—, geb. M 11.—. (J. F. Lehmanns Verlag in München.)

Heimkultur-Stampfbau. Der neue Volksbeton als Heimstätten- und Volksbauweise der Zukunft (Heimstättenbau). Herausgegeben von Oberlehrer Friedrich Paur und Direktor Emil Abigt. 2 Teile mit 500 Abbildungen. Jeder Teil 3 Lieferungen à M. 2.50, geb. M. 18.—. — **Mehr Erfolg im Gemüse-, Feldgemüse- und Ackerbau.** Von Gartenbautechniker M. A. Buchner. M 2.50. — **Der Heimatscholle Nährkraft ist Deutschlands Zukunft.** Von Adolf L. Mohr. (Wiesbaden, Heimkulturverlag.)

In unserm Weinberg liegt ein Schatz, grabt nur danach! Einen Leitfaden dazu von Fritz Peterseim, und einen gehorsamen Gruß aus der guten, alten Stadt Erfurt, „allwo Blumen und Kräuter gar fröhlich gedeihen." M. 3.—. (Erfurt, Dallbergsweg 5, Fritz Peterseim.)

Schluß des redaktionellen Teiles.

Der Lebensversicherungsschein als Weihnachtsgabe dürfte in diesem Jahre begehrter denn je sein, zumal die Preise für Artikel, die man früher als Geschenke erstehen konnte, mittlerweile für weite Kreise, vor allem für den Mittelstand, geradezu unerschwinglich geworden sind. Hier kann die Gattin nicht nur dem Gatten eine Freude machen, sondern es kann jederzeit als günstige Kapitalsanlage bezeichnet werden, wenn man soweit wie möglich jedes Glied der Familie schon in den frühesten Jahren versichert. Auch für Brautleute ist der Abschluß einer Versicherung zu empfehlen, und dürfte keine Zeit hiefür geeigneter erscheinen als das Weihnachtsfest. Jeder Beschenkte wird mit einer solchen Versicherungspolice sicher sehr zufrieden gestellt werden. Auf die bezüglichen Ankündigungen verschiedener angesehener und leistungsfähiger Versicherungen im Anzeigenteil der „Allgemeinen Rundschau" sei besonders aufmerksam gemacht.

Bayerische Staatsbank München

Fernsprecher: 22621—22627. Promenadestrasse 1. Postscheck-Konto München Nr. 120.

Annahme von Geldeinlagen zur Verzinsung
entweder auf **Scheckkonto** oder auf **Bankschuldschein** mit und ohne Kündigung.

Aufbewahrung und Verwaltung offener und geschlossener Depots.

Gewährung von Darlehen gegen Verpfändung von Wertpapieren oder Bestellung von Sicherheiten auf Liegenschaften u. zwar unter Eröffnung einer laufenden Rechnung **(Kontokorrent)** oder gegen **Schuldurkunde.**

Ausstellung von Kreditbriefen auf das In- und Ausland.

Vermittlung von Bayer. Staatsschuldbuchforderungen
insbesondere gegen Bareinzahlung zum jeweiligen Tageskurse der 3, 3½ 4 % Staatsschuldverschreibungen **ohne Spesenberechnung.**

An- und Verkauf von Wertpapieren
sowie alle sonstigen Börsengeschäfte.

Ankauf von Wechseln und Devisen.

Vermietung von dieb- und feuersicheren Schrankfächern
in der neuen **Stahlkammer.**

Die Bayerische Staatsbank beobachtet über alle Vermögensangelegenheiten ihrer Kunden unbedingtes Stillschweigen gegen jedermann und jede Behörde, insbesondere auch gegenüber dem Rentamt.

Der Freistaat Bayern leistet für die Bayerische Staatsbank volle Gewähr.

Geschäftsbedingungen werden an den Schaltern kostenlos abgegeben und auf Verlangen postfrei übersandt.

Weihnachts-Postkarten
Neujahrskarten

in künstlerischem Farbendruck
12 Stück Mk. 2.—, 100 Stück Mk. 15 —.

Illustriertes Sonderverzeichnis Nr. 1459 kostenlos.

Gesellschaft für christliche Kunst G.m.b.H.
München, Karlstrasse 6.

Berufsständische Gemeinschaftsarbeit im rheinisch-westfälischen Handwerk.
Von Dr. Heinr. Lübbering. 8° (156) Mk. 4.80.

Inhalt: Die volkswirtschaftlichen Voraussetzungen der Gemeinschaftspraxis — Verfassung und Wesen der Arbeitsgemeinschaft — Die Innung als Trägerin der Standeskultur — Ordnung der Preiswirtschaft — Hebung der Werktüchtigkeit und Wirtschaftskraft des Handwerks — Bedeutung und Aufgaben des Innungsausschusses — Die praktische Durchführung der Gemeinschaftsarbeit — Rückblick und Ausblick.

Vom gleichen Verfasser erschien:
Der Kleinhandel nach dem Frieden.
8° (123) Mk. 3.60.

M. Gladbach, Volksvereins-Verlag G.m.b.H. (Postsch. Cöln 1217)

Hotel Bellevue Dresden

Weltbekanntes, vornehmes Haus in unvergleichlich herrlicher Lage an d. Elbe u. Theaterplatz, gegenüber dem Schloß, Opernhaus, Gemäldegalerie; mit allen zeitgemäßen Einrichtungen versehen.
Großer Garten u. Terrassen a. d. Elbe.

Berlin
Mittelstr. 21 22
Hotel Stadt Kiel

2 Min. v. Bahnhof Friedrichstr.
4 Min. v. d. St. Hedwigskirche.
Moderner Komfort. Zimmer v. 6 Mk. an. Trinkgeld abgelöst.
Bes. Franz Stützer.

Neuheit! Grösste Erfindung!
100000 in kurzer Zeit verkauft.
Elektrische
Magnet-Taschenlampe
brennt ohne Batterie jahrelang ohne 1 Pfg. Unkosten, durch Zug an der Kette. Einmalige Anschaffung, billigste Lampe der Welt
Solange noch lieferbar, Preis 25 Mark frko. Nachnahme.
Harcuba & Frackmann, Leipzig-Schleußig 27

Weingroßhandlung
August Müller Fulda
beeidigter Meßwein-Lieferant
Meßweine, Tischweine
in allen Preislagen
Preisliste kostenlos!

Ia Mittelschnitt
(r. Tabak) 1 Pfd. 22.75 M
englische Kernseife
350 gr dopp. Riegel 7.75 M
25 Weihnachtskerzen
10 u. 15 mm zu 15 u. 20 M.
Carl Thoß,
Meerane i. S.
Weberstraße 58.

Glocken-Läut-Maschinen
Kgl. Bayer. Hofturmuhrenfabrik
Joh. Mannhardt
München 8
Metzstr. 14
TURMUHREN

Kautschuk-Stempel
aller Art liefert
Aalener Volkszeitung
AALEN

Lehrer Obst's
Nerventee
zum Kurgebr. bei Nervenkrankh. Kopfschmerz, Schlaflosigkeit von besterprobter Wirkung, zugl. Blutumlauf regelnd u. Arterien-Verkalk. vorbeugend.
Probe (f 1 Woche) 8.— Mk., **Mon.-Menge** 12 Mk.
Ausserdem besterprobt:
Lehrer Obst's Asthma-, Blasen-, Blutreinig.-, Bleichsuchts-, Darm-, Fieber-, Frauen-, Herz-, Hals-, Hämorrh.-, Lungen-, Leber-, Magen-, Nieren-, Rheumat.-, Wassersuchts-Tee u. a. m. Genauere Angab. erforderl **R. Obst,** Lehrer, Breslau, Herrmannsdorf Nr. 108.

Geld gegen monatliche Rückzahlg. verleiht
R. Calderarow, Hamburg 6.

Hadern und Knochen
sortiert und unsortiert.
Strumpfwolle, Neutuch, Zeitungen
kauft zu reellen Preisen von Privaten und Händlern, Anstalten, Klöstern usw.
Adolf von der Heiden, München, Baumstr. 4.
Telephon Nr. 22285. — Bahnsendung. München-Süd. [illegible]

Priv.-Pädagogium Karlsruhe, B. Führt bis [illegible] zur Einjähr.-, Primaner-Prüfg.
Klassen klein, Unterr. indiv., Lösg. d. Aufg. unter Aufsicht, Fam.-Anschluss; Gewinn an Zeit. Empf. in Prospekt, dürft.
Kriegerwaisen schulgeldfrei. B. Wiehl.

Ideale zeitgemässe Herrengeschenke sind **Geheim-Kassetten**, schlüssellos, diebes- u. feuersicher! höchste Vollendung, hochelegant! Verlangen Sie sofort Gratisprospekt. J. Kroiss, Garching a. Alz, Oberbayern.

Darlehen zu 5% geg. Leb.-Vers.-Absch. gibt
Ferd. Reitz, Gen.-Agt., Neu-Isenburg 824
b. 6 Jahre geg. Rat.-Zahl. Viele frw. Anerk. Gesch.-Gründ. 1902.

Strumpf-Garne
versendet auch an Private.
Proben gegen 40 Pfg. Briefmarken
Erfurter Garnfabrik
Hoflieferant in Erfurt W. 818.

Für dieses Jahr empfiehlt sich die frühzeitige Aufgabe der
Weihnachts-Bücher-Anzeigen
ganz besonders.

Die Buch- und Kunstdruckerei der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, München, Hofstatt 5 u. 6

übernimmt die Herstellung von Werken jeder Art, Dissertationen, Festschriften, Diplomen u. s. w. und hält sich zur Uebernahme sämtlicher Buchdruckaufträge auf das beste empfohlen.

Für die Redaktion verantwortlich: i. V. Dr. Jos. Kausen, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlages bei vollständiger Quellenangabe gestattet. Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gb. Ruf-Nummer 20520. Postscheck-Konto München Nr. 7261. Bezugspreis vierteljährlich M 4.50.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis: Die 5 X gespaltene Millimeterzeile 50 Pfg., Anzeigen auf Textseite d. 95 mm breite Millimeterzeile 250 Pfg. Beilagen einschl. Postgebühren M 25 d. Tausend. Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit. Rabatt nach Tarif. Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig. Erfüllungsort ist München. Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt. Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer.

Wochenschrift für Politik und Kultur. ✱ Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 49. München, 6. Dezember 1919. XVI. Jahrgang.

Zur Psychologie des Zeitgeistes.

Von Dr. med. Jul. Büscher a. d. Psychiatr. u. Nerven-Klinik der Universität Kiel.

Man versteht die Psyche der Gegenwart erst ganz, wenn man eine Analyse der Komplexe auf ihre Grundelemente hin vornimmt. Wenn man die Gesetzmäßigkeit der Organisation, soweit als möglich, ihr Ineinandergreifen und ihre Folgerichtigkeit überſieht, dann erst geht einem ein besseres Begreifen des Gesamtbildes unserer Tage auf. Die Urteilsbildung von der Umwelt besteht in einer wechselseitigen abstrahierenden Reflexion von Allgemeinheit zum Individuum; einzelne Charaktere mit ihrem Denken und Wollen geben einer Zeit das Gepräge, anderseits sind führende Persönlichkeiten auch als Kinder ihrer Zeit den Wandlungen des allgemeinen Fühlens und Wollens unterworfen. So besteht ein stets hin- und herwogendes Fluidum zwischen der Psyche des Einzelindividuums und der — vulgär gesprochen — Volksseele. Erkrankt daher das Einzelwesen körperlich oder seelisch, so drückt sich das bei einer Vielheit von Einzelnen in dem Gesundheitszustande des ganzen Volkes aus: Spannkraft der Gesamtheit ist Spannkraft vieler Einzelner.

Sieht man mit prüfendem Blicke sich die Geschehnisse der Gegenwart an, so kommt man zu der Erkenntnis, daß sehr oft Menschen an den Wirren und Wogen unserer Tage mitgewirkt haben, deren Denken und Handeln durch seelische Störungen aus dem Gleichgewicht gebracht waren, daß anderseits retrospektiv betrachtet, diese Persönlichkeiten nur eine Rolle in einem physisch und psychisch schwer geschädigten Gemeinleben spielen konnten. Diese Menschen gehören zumeist dem großen Heere der Psychopathen, den Gesellschaftsfeinden mit ihrer Reiz- und abnormen Erregbarkeit, den Triebmenschen an. Weiterhin, allerdings seltener, finden wir unter ihnen Schwachsinnige und Geisteskranke der manisch-depressiven Gruppe. Ihre verblüffende Macht und Wirkungskraft auf die breite Masse ist nur erklärlich aus der Konstellation einer erschlafften Spannkraft der Volksseele als Folge des Krieges.

Schlagwörter mit ihrer suggestiven, magischen Kraft beherrschen von jeher den Zeitgeist. Eines regiert eine Zeitlang, um alsdann in vice versa von einem weniger Zugkräftigen abgelöst zu werden. Militarismus, Demokratie, Sozialismus, Sozialisierung u. s. f. — bezeichnenderweise alles Fremdworte — haben in den letzten Jahren die Sinne beschäftigt und wie Magnete die Gedankenrichtung breiter Volksschichten mit zunehmender Kraft proportional der abnehmenden Widerstandskraft und der zunehmenden körperlichen wie seelischen Erschöpfung beeinflußt. Es hatten eben Entbehrungen und Opfer körperlicher und seelischer Art, nicht zuletzt infolge ungenügender Ernährung, zu einer schweren Erschöpfung der Allgemeinheit geführt. Fast jeder Einzelne hatte unter dem Drucke des Krieges zu leiden: Ueberbürdung mit Arbeit, Sorgen um die Lieben im Felde, Zerwürfnisse der Ehegatten infolge der langen Trennung mit ihren häßlichen Nachspielen. Die Grippe wütete in der unterernährten Bevölkerung. Der fünfte Kriegswinter stand vor der Tür. Die Aussichten der Lebensmittelversorgung boten keinen Lichtblick. Wirtschaftlich waren weite Kreise ruiniert oder gingen dem sicheren Ruin entgegen; dagegen trieb der Kriegswucher schamlos sein wüstes Spiel. Ein kleiner Kreis schwelgte in lukullischen Genüssen protzig, der größere Teil des Volkes mußte zu den auf Karten verausgabten Lebensmitteln unter großen Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten hamstern und betteln gehen, um nicht verhungern zu müssen. Opfer an Gut und Blut machen apathisch und mürbe. Trotz aller Anstrengungen und Entbehrungen war nichts gewonnen. Nichts führt jedoch schneller und sicherer zur Erschöpfung des Einzelnen wie eines Volkes als ein stetes Arbeiten ohne Erfolg. So mußte sich ein Zustand entwickeln, welcher — psychiatrisch gesprochen — einer Erschöpfungspsychose mit hysterischen Zügen entsprach. Sie äußerte sich in einer Labilität des Affektlebens, einer Verflachung sittlichen Empfindens, ging einher mit gesteigertem Bewegungsdrang und Gedächtnisstörung. Dabei traten alle unlustbetonten Vorstellungskreise aus dem Bewußtsein und wurden durch Gemütsbedürfnisse in den Hintergrund gedrängt. Die Revolution brachte die explosionsartige Entladung der Psychose. Die Revolution, so war die teils bewußte teils unbewußte Sehnsucht der kranken Volksseele, würde die Erfüllung lang gehegter Wünsche und Träume bringen! Zudem hatten als letzte Hemmungen gegen den Ausbruch eines elementaren Umschwunges auch bewährte Führer des Volkes mit Beginn der militärischen Mißerfolge die Ruhe und Besonnenheit des Urteils, die psychische Spannkraft, verloren. Das Signal zum Zusammenbruch gab das Schlagwort von der „Fraternisierung" der deutschen Flotte mit der englischen auf hoher See. Auch hier zeigte sich die Eigentümlichkeit der Revolutionen in der neueren Zeit, der Ausgang von meuternden Matrosen. Dazu kam, daß als gewiegter Hypnotiseur „der philosophische Träumer" Woodrow Wilson mit der verheißungsvollen Formel des Verständigungsfriedens, des ewigen Friedens auf Grundlage eines Völkerbundes, auftrat und die weitesten breiten Schichten des deutschen Volkes faszinierte. Daneben winkte für das „verhungerte Europa" eine Flut von Lebensmitteln. Im Lande selbst verhieß die Revolution „dem Tüchtigen freie Bahn". Die Stimmung gegenüber dem alten System schlug oft selbst bei den früher eifrigsten Anhängern mit dem Wechsel der Verhältnisse ins Gegenteil um. Mehr und mehr brach sich die Ueberzeugung Bahn, das Volk sei von einer schuldbeladenen Regierung, von einer kriegslüsternen Militärpartei belogen und betrogen und in einer unverantwortlichen Weise in den Krieg getrieben worden. Der Bewegungsdrang machte sich breit in einer zunehmenden Genußsucht und Tanzlust, welche — unbegreiflicherweise — durch die sinnfällige Volksbeglückung, die Erwerbslosenfürsorge, noch gefördert wurde. Lieber wurde gar nicht gearbeitet, da man durch die Arbeitslosenfürsorge geschützt war und sorglos leben konnte, als durch lohnende Arbeit, deren Differenzbetrag gegenüber dem Nichtstun nur ein geringes Mehr betrug, den Daseinszweck zu erfüllen. Der Begriff von Mein und Dein verwischte sich. Heeresgut wurde maßlos verschoben und verschleudert. In einem Staate, wo bisher nur ein Rechtszustand mit gestrengen Gesetzesparagraphen bestanden hatte, herrschten Arbeiter- und Soldatenräte — eine imitatorische Bildung der Sowjets in Rußland. Ihre Mitglieder hatten oft eine recht zweifelhafte Vergangenheit und sorgten durchaus nicht altruistisch für das Gemeinwohl.

In der Tagespresse sind genügend Fälle bekannt geworden, die ans Tageslicht brachten, daß eine größere Anzahl von Soldaten in den Räten niemals an der Front war, daß viele Mitglieder der A.-S.-Räte auf Bereicherung der eigenen Tasche in redlicher wie unredlicher Weise bedacht waren. Geistig und moralisch Schwachsinnige fanden sich häufig in den Räten beteiligt. Weiterhin machte sich die motorische Unruhe in der zunehmenden Streiklust bemerkbar, die ihrerseits auch wieder einen Rückhalt fand in der Erwerbslosenfürsorge. Ueberall, an allen Orten und in fast allen Betrieben flackerten Streikunruhen auf,

die von herumreisenden fanatischen, oft manisch veranlagten Zukunftsaposteln gepredigt und inszeniert wurden, wobei mit zugkräftigen Schlagern, wie z. B. Lohnverbesserung bei herabgesetzter Arbeitszeit, nicht gespart wurde. Teilweise konnte man hier die Befriedigung der Rachgier und anderer niederer Triebe maskiert sehen, welche sich in der Maßregelung unliebsamer Vorgesetzter wegen Bestrafung für frühere ungerechtfertigte Handlungen an „dem unterdrückten Proletariat" Genüge taten. Die schwierigsten Fragen der Wirtschaftsordnung wurden mit zuversichtlicher Vielgeschäftigkeit und einer geradezu naiven Verständnis- und Urteilslosigkeit geändert, geregelt und wiederum in Zickzackkursen verbessert. Das Ganze wurde Sozialisierung geheißen. Ein Teil dieser Volksbeglücker war gewiß von einem Idealismus, einem pathologischen Höhenrausch, beglücken zu wollen, beseelt und hierdurch oft begabt mit einer begeisterungsfähigen Beredsamkeit, welche die Massen für sich gewann.

An dieser Stelle sei Kurt Eisner in Parallele mit seinem russischen Vorbilde Lenin erwähnt. Beide waren dilettantenhafte Idealisten; Eisner ein kenntnisreicher Sozialist, ein ästhetischer Schwärmer, welcher sich in seinen Reden in einem pathologischen Rauschzustande verlor und dadurch suggestiv weite Kreise mit sich fortriß.

Es ist eine außerordentlich schwierige Aufgabe, den Seelenzustand der Persönlichkeiten zu analysieren, welche an den revolutionären Umwälzungen tätigen Anteil genommen haben; schwierig deshalb, weil es ein umfassendes Verstehen und Einfühlen in die Wechselbeziehungen zwischen Anlage und Milieu, die individuell und generell stark schwankenden Komponenten, und schließlich die Persönlichkeitsveranlagung, den Charaktertypus verlangt, alles Dinge, welche sich nicht in eine feste Form gießen lassen. Die psychanalitische Beschäftigung mit derartigen Persönlichkeiten ist zum genetischen Verstehen der Gegenwart sowie in ihrer Wechselbeziehung zur Konstellation der Volksseele aber erforderlich. Das soziale Verhalten von Psychopathen und Geisteskranken ist zudem durchaus nichts Einheitliches, ist abhängig von vielerlei Komplexen. Der allgemeine Seelenzustand bei Ausbruch der Revolution, seine kausale Bildung, ist mit seinen Neben- und Begleiterscheinungen im Vorstehenden kurz skizziert worden. Die Träger und Führer der Revolution sind infolge ihres Konfliktes mit den bestehenden Gesetzen psychiatrisch begutachtet und klassifiziert worden — hier interessiert vornehmlich die pathologische Seite —; außerdem geben die Gerichtsverhandlungen der letzten Monate einen Einblick in das Geistesleben dieser Persönlichkeiten. Es sind meistens Hochstapler und Schwindler mit krankhafter Lügenhaftigkeit und üppiger Phantasietätigkeit, die sich gefallsüchtig in illusorische Rollen hineinträumen, dementsprechend nach Wahl und Willkür des Augenblickes handeln. Oder sie sind ihrer Herkunft und ihrem Lebenslaufe nach oft unterzubringen in den Kategorien der Fürsorgezöglinge und Haftentlassenen, moralisch minderwertiger Menschen, gefährlich durch das Vorhandensein schlechter Triebe infolge gering entwickelter oder fehlender Moral. Die krankhafte Veranlagung dieser Einzelnen hat suggestiv Verwirrung und Verworrenheit in die Massen hineingetragen.

So schildert Kahn[1] den Studenten Toller als den Typ eines hysterischen Psychopathen. Schon als Knabe besaß er von jeher die schauspielerische Neigung, eine Rolle zu spielen. Von der allgemeinen Begeisterung im Beginne des Krieges erfaßt, zog auch er — wie so viele Psychopathen in ihrer Schwärmerei — als Kriegsfreiwilliger ins Feld, kehrte aber bald wegen nervöser Beschwerden in die Heimat zurück. Er verfiel hier in das andere Extrem, wurde Kriegsgegner und beteiligte sich politisch im Kampfe gegen die Vaterlandspartei. Da er politisch im Münchener Januarstreik 1918 hervorgetreten war, wurde er unter Anklage gestellt. In Haft erkrankte er an verschiedenen hysterischen Erscheinungen, u. a. an dem demonstrativen Schüttelzittern. Zur Zeit der Münchener Räterepublik spielte er die sattsam bekannte Rolle. Als die Rote Garde geschlagen war, verkroch er sich feige, färbte das Haar rot, um der steckbrieflichen Verfolgung zu entgehen. Einen ähnlichen Typ repräsentiert der auch als Schriftsteller bekannte Mühsam. Wegen sozialistischer Umtriebe als Gymnasiast relegiert, hatte er sich schon früh anarchistischen Ideenkreisen zugewandt. Phantastisch, leicht erregbar, sprunghaft, hatte er in der Meinung, daß die besten Elemente aller Nationen in den Zuchthäusern verkommen, Anhänger für seine Ideen gewonnen. Auch er wollte — gleich Toller — vor Gericht nicht minderwertig erscheinen bei seiner kritiklos fanatischen Verbohrtheit, bei ungeheurem Selbstgefühl und wollte seine psychische Integrität u. a. durch den Hinweis auf die Prügel beweisen, welche seine Anschauungen ihm schon eingebracht hatten. Beide Genannten ließen sich in ihrem Handeln von uneigennützigen Gesichtspunkten leiten. Von welchem ans Bizarre und Groteske grenzenden Fanatismus Liebknecht und seine Partnerin Rosa Luxemburg geleitet wurden, ist ja allgemein bekannt. An den Berliner Unruhen hatte sich ein hochgebildeter Mensch beteiligt und als überzeugter Bolschewist bekannt. Prof. Magnus Hirschfeld (zitiert nach Stelzner[2]) begutachtete ihn als einen an schwerer neuropathischer Veranlagung auf Grund erblicher Belastung leidenden Menschen, dem in Zeiten hochgespannter Erregung die volle Zurechnungsfähigkeit abgesprochen werden müsse. Sie gehören im allgemeinen zu den Kategorien der Weltverbesserer, die hohen Zielen in einseitiger psychischer Einstellung nachstreben, dabei aber die rauhe Wirklichkeit übersehen. Ein umschriebenes Bild einer psychopathischen Veranlagung mit manisch-depressiven Zügen bietet Dr. Rothenfelder, welcher im April 1919 in Augsburg mit Gewalt die Räterepublik einführen wollte. Nach Erlangung des Reifezeugnisses studierte er zunächst in verschiedenen Fakultäten, ohne jedoch seine Studien zum Abschluß zu bringen. Versuchte sich dann als Schauspieler ohne Bezahlung, fühlte sich dann zum klösterlichen Leben hingezogen, trat als Novize ein, um Franziskaner zu werden. Hier nahm er seine Studien wieder auf, promovierte, schriftstellerte, rezitierte viel. Man sieht eine seltene, krankhaft zu bezeichnende Vielgeschäftigkeit mit stets wechselnden Zielen. Der Lebenslauf findet sich nicht allzu selten bei manisch-depressiven Konstitutionen. Der Intellekt ist und braucht durchaus nicht gestört zu sein. Häufig sieht man gerade bei diesen Charakteren eine künstlerische, ästhetisch hochentwickelte Veranlagung. Die abnorme Erleichterung der psychischen Denkweise geht zumeist mit einem Bedürfnis des Handelns und der Wanderlust einher. Ein unstetes Wanderleben führte auch den Dr. R. 5 Jahre lang durch Frankreich, Italien und Belgien, machte ihn bekannt mit den verschiedensten sozialistischen Anschauungen. Infolge seines ideenflüchtigen Denkens und infolge Unklarheit in logischen Verbindungen übertrug er fremdländische Verhältnisse auf die deutschen und geriet immer mehr ins kommunistische, spartakistische Fahrwasser. Die politischen Wirren boten ihm, einer der Wirklichkeit entrückten „Dichternatur", Gelegenheit, seine Ideen zu verwirklichen. Lediglich aus edlen Motiven proklamierte er in Augsburg die Räterepublik. Glaubte er sich doch berufen, den christlich-religiösen Kommunismus wiederaufzurichten und der Allgemeinheit damit die Glückseligkeit zu bringen. Ihnen gegenüber steht ein Troß von Menschen, welche sich in der Verbrecherwelt einen „geachteten" Namen gemacht haben.

Kommandant der Roten Armee war ein desertierter Matrose Eglhofer (zitiert nach Busching[3]), einer der gefährlichsten Menschen, die jemals in Bayern gewirkt haben, blutgierig, total ungebildet, eitel, moralisch völlig haltlos. Ein Vorgesetzter, der wohl Lohnzettel fälschen konnte, aber nicht imstande war, die einfachsten Angelegenheiten seines Amtes selbständig zu erledigen. „Das Bild eines psychopathischen Verbrechers kann kaum deutlicher sein". Zu dieser Serie gehören auch der Kommandant der Roten Südarmee Winkler, ein psychopathischer Hochstapler, weiterhin die Psychopathen verschiedener Spielarten Haußmann, Pfister, Hesselmann, Schicklhofer, Namen, welche durch den Geiselmordprozeß in München bekannt genug geworden sind. Der eine litt an hysterischen Anfällen, der zweite hatte als Kohlentrimmer auf vielen Fahrten sich die Welt angesehen und neben der Syphilis sich die Liebe zum Suff angeeignet, der dritte wurde als Heiratsschwindler entlarvt, der vierte wegen Zuhälterei bestraft; der Haupttäter Joseph Seidl war wegen Vagabondage und Diebstahls vorbestraft. Ein nettes Gelichter hatte sich hier zusammengefunden. Ebenso ließen die revolutionären Bewegungen in Braunschweig, Oldenburg u. a. Orten Psychopathen ans Ruder kommen. Und jüngst erst war es ein Zuchthäusler (Eckersdorfer), welcher die Pfälzisch-Birkenfelder Republik zur Ausrufung brachte. Die Erfolge der Psychopathen waren nur bei Kenntnis des Milieus und der seelischen Verfassung, der völligen Erschöpfung begreiflich, in welcher sich das Volk gleichwie in einem hypnotischen Zustande alles aufoktroyieren ließ. Daher traten der elementaren Entladung der Revolution so geringe Widerstände und Hemmungen

[1]) Kahn: In „Münch. med. Wochenschr." 1919, Nr. 34.

[2]) Helene Friederike Stelzner: In Zeitschrift für die ges. Neurologie u. Psychiatrie, Juli 1919, Bd. 49.

[3]) Busching: Die Revolution in Bayern in „Südd. Monatshefte", Heft 9, 1916.

entgegen. Ein maßvolles Ansichhalten einsichtsvollerer Kreise mag dabei mit wirksam gewesen sein.

Im breiten Bürgertum fehlten fast überall jeglicher Rückhalt und jegliche Direktion. Es herrschte ein resigniert abwartendes Verhalten, das oft zu Depressionszuständen führte. Aus Verzweiflung über das Unglück und Elend des Vaterlandes suchte eine Reihe von Offizieren, Beamten, Finanz- und Handelsleuten mit Namen, Gelehrten und Aerzten von Ruf — nomina sunt odiosa — freiwillig den Tod. Leute, deren Kraft und Können in dem Chaos des Umsturzes und in der Folgezeit wertvoll sein konnten, denen aber das Schwergewicht in ihrem Affektleben fehlte. Die erstrebenswerten Ideale, für welche sie bisher ihre ganze Arbeitskraft zur Verfügung gestellt hatten und für welche sie ihr Leben geopfert hätten, waren ihnen genommen. Umdenken und -fühlen vermochten oder wollten sie nicht. Zum Teil waren unter ihnen Menschen mit besonders hohem Rechtsgefühl, dessen Verletzung zu einem starken Anschwellen der Affektivität führen mußte.

Rührend mutet fast die von Helene Friederike Stelzner mitgeteilte Erzählung von einem 15jährigen Mädchen an. In einem Abschiedsbriefe an ihre Eltern hatte diese geschrieben, daß sie zur Befreiung ihres Kaisers über die Grenze nach Holland gewandert sei. Zu der Bestreitung der Reisekosten hatte sie ihr schönes Haar verkauft. Dieser Fall sei nur als Beispiel für andere angeführt, wenn auch hier im Anschluß an ein affektvolles Ereignis bei dem Mädchen eine überwertige Idee zwangsartig zum Handeln geführt haben mag. Auch andere Vorgänge zeigen die Einwirkung des politischen Lebens auf das jugendliche, zarter besaitete Gemütsleben. Jugendliche finden sich mit dem Wechsel der Anschauungen nicht so schnell zurecht wie Erwachsene. Es sei erinnert an den Sedanstreik in Potsdam, wo in jugendlicher Begeisterung um den gen Himmel ragenden Arm der Germania ein Kranz gelegt wurde, ferner an die Schüler eines Hindenburg-Gymnasiums, welche einen Demonstrationszug gegen die Namensänderung veranstalteten. Suggestiv imitatorisch breiteten sich neulich noch über ganz Deutschland Schülerstreiks gegen die Entfernung von Kaiserbildern aus.

Auch jetzt noch gärt und brodelt es, stoßen die Interessen der Einzelnen im täglichen Leben aufeinander. Allgemein bemerkt man eine nervöse Gereiztheit. Auf der Elektrischen, am Schalter, in der Eisenbahn, im Kaufladen, überall schwindet der allgemeine gesellschaftliche Takt der Menschen untereinander. Eigensinn, Eigenbrodelei, Eigennutz hemmen eine zusammenfassende Arbeit zum Wiederaufbau des zerfleischten und zermürbten Vaterlandes. Es fehlt dem deutschen Volke eine einigende, hohe, führende Idee. Die „Enthüllungen“ in den Parlamenten wurden und werden rücksichtslos zum Schutze einzelner Persönlichkeiten, ohne zu bedenken, daß die vitalsten Interessen des deutschen Volkes aufs ärgste geschädigt werden, mit brutaler Offenheit gemacht. Das sittliche Empfinden verflacht zunehmend. Schamlos drängt sich in der Reklame, in den Kinematographen das Erotische vor. Die Verwahrlosung der Jugend, ohnehin schon bedingt durch die Einschränkung der Schulaufsicht und durch die Auflösung des Familienlebens in den letzten Jahren, zeitigt ihre erschreckend bitteren Früchte. Sie äußert sich in der Zunahme der Kriminalität der Jugendlichen sowie der übertriebenen Tanzlust mit ihren Gefahren. Geschlechtskrankheiten grassieren in schrecklichster Weise, um zu allem Elend noch die Verblödung kommender unschuldiger Geschlechter zu fügen. Kunstgeweihte Stätten sind entweiht durch den Wahnwitz genußsüchtiger Kreise; wo bisher nur die ernste Muse ihre Jünger um sich versammelte, folgt ihr jetzt die leichtgeschürzte Schwester im nachgeäfften Foxtrott. Die Jugend hat allerdings am schwersten mit dem drückenden Gefühle einer trüben Zukunft nach einer Zeit karger Genüsse zu kämpfen und flüchtet daher besonders gern in aphrodisische lustbetonte Genüsse.

Wir sehen somit eine Verschiebung der gesamten Lebensauffassung nach der materiellen Seite hin, eine Emanzipation von moralischen und religiösen Grundsätzen, überall einen Zerfall des Gemeinwesens in egozentrische Vorstellungskreise. Um weitere Schäden zu vermeiden, ist neben der Fürsorge für den ermatteten Körper durch ausreichende Ernährung die Hebung aller sittlichen Kräfte zu pflegen. Hier muß auf gesetzgeberischem Wege miteingegriffen werden: Jugendpflege in Sport und Wanderungen, wissenschaftliche Führungen und Vorträge in den Museen, Ueberwachung der Kinematographen usf. Die Allgemeinheit muß auf legalem Wege vor asozialen und antisozialen Elementen aber mehr als bisher geschützt werden. Die Ethik der Arbeit muß wieder ihren lauteren vollen Klang haben, wollen wir wieder ein Volk der Kultur und des Fortschrittes werden.

Samsons Gebet.

Allmächtiger! — der wie auf Goldschmieds Wage
Du alle Menschen, alle Völker wägst,
Was tat Dein Deutschland Dir — o sage, sage! —
Dass Du es wund am ganzen Leibe schlägst?

Hat es denn grössere Schuld auf sich geladen
Als Jene, denen du den Sieg verlieh'n,
Die höhnisch sich erfreu'n an seinem Schaden,
Auf den bezwungenen Riesen niederknien?

Ja, Herr! wir leugnens nicht: um Glaub' und Sitten
Bracht' uns Frau Delila, die schnöde Welt;
Die starken Locken hat sie abgeschnitten,
Uns mit der Tugend um die Kraft geprellt.

Nun steh'n wir hilflos da und wie geblendet —
O traget Euer Schicksal in Geduld,
Bis Gottes Vaterhand Euch wieder sendet
Ein Zeichen seiner Gnade, seiner Huld.

Die alten Kräfte schenk dem Samson wieder,
Dass er, des Mammontempels Säulenreih'n
Umspannend, alle Götzen reisse nieder,
Um Dir zu dienen, Herr, nur Dir allein!

Leo van Heemstede.

Zum Hinscheiden des Kardinals Felix v. Hartmann.[1]

Von P. Dr. Joh. Chrysostomus Schulte, O. M. Cap., Münster i. W.

„Nec temere, nec timide — weder furchtsam noch unbesonnen“ war Devise und Lebensnorm des am 11. November d. J. dahingeschiedenen Erzbischofs von Köln, Kardinals Felix v. Hartmann. Wer ihn je gesehen in seiner imponierenden Erscheinung, besonders bei Ausübung feierlicher Pontifikalien im hohen priesterlichen Ornat oder bei offiziellem Auftreten in der Oeffentlichkeit, fand den Wahlspruch in der Persönlichkeit selber gleichsam verkörpert. „Vom Kopf bis zum Fuße jeder Zoll ein Fürst“, hat da schon mancher bei sich selber gedacht und zu anderen gesagt. Ein wahres Wort! Die schlank-elastische und doch kräftige Figur des Kirchenfürsten, der charakteristische Kopf mit den klaren, durchdringenden Augen, die hohe, geistvolle Stirne, der energische und doch gütige Gesichtsausdruck gaben ihm schon rein äußerlich das Gepräge der Festigkeit, Kraft und weisen Mäßigung zugleich, — Eigenschaften, die auf Temperament, Familientraditionen und straffer Selbsterziehung beruhten.

Einen Charakter wie den des verstorbenen Kardinals v. Hartmann wird nur der restlos verstehen, der mit der Psyche des westfälischen Adels vertraut geworden ist. In ihm wurzelte der Hingeschiedene ganz und gar. Verwandtschaftliche Bande verknüpften ihn mit dem großen Vorkämpfer der katholischen Sache in den ersten Kulturkampfsjahren, dem edlen Grafen H. v. Mallinckrodt, dem Mitbegründer des Zentrums. Gesellschaftliche und freundschaftliche Beziehungen verbanden ihn mehr oder weniger mit all den vielen andern Edelgeborenen der Provinz.

In streng geschlossener Welt wuchs der Verstorbene auf. Er durfte darin leben bis zu seinem Tode. Zu seinen Lehrern am Gymnasium gehörten die beiden späteren Bischöfe Dr. Hermann Dingelstad von Münster und Dr. Adolf Fritzen von Straßburg. Während seiner akademischen Studien stand er unter der Leitung des damaligen Regens und späteren Weihbischofs Cramer, eines Aszeten und Seelenführers im Geist und Sinne eines Clemens August v. Droste-Vischering. Seinen Bildungsgang beschloß er mit einem mehrjährigen Studium der kirchlichen Rechtswissenschaft in Rom. Es war der Geist furchtloser Sicherheit und stählerner Kraft, den er in den Jahren seiner Entwicklung in sich aufnahm. So mußte er wie von selbst der Mann fester, unerschütterlicher Grundsätze werden, furchtlos wie sein ehemaliger Vorgänger Clemens August v. Droste-Vischering

[1]) Infolge der Verkehrsstockung ist dieser Artikel mit bedeutender Verspätung eingelaufen. D. Red.

auf dem erzbischöflichen Stuhl in Köln und doch wieder so ganz anders in Auftreten und Form und Wesen: nec temere nec timide.

Auch ein Mann der Mäßigung war Kardinal v. Hartmann. Schon seine geradezu bestrickenden Umgangsformen nahmen dem von vornherein Bestimmten und Fertigen in seinem ganzen Wesen wie in seinen Plänen und Entschlüssen alles Herbe und jedes Schroffe. Auf dem Gebiete der Verwaltung wird man nicht leicht seinesgleichen finden. In seinem Denken und Empfinden durch und durch Jurist, war er doch kein Mann der Schablone und Routine. In Personalfragen besaß er einen guten Blick. Jedermann hatte — persönlich wie dienstlich — gern mit ihm zu tun. Für den ihm unterstellten Klerus opferte er gern sein Bestes und sein Letztes. Große Summen stellte er aus Privatmitteln für all die mannigfachen Zwecke zur Verfügung, deren Verwirklichung sein Leben und sein Wirken galt. Und nur das Höchste war sein Ideal, alle Tage seines Lebens.

Ein solcher durch und durch kirchlicher Priestercharakter konnte auf die Dauer nicht verborgen bleiben. Nicht der adeligen Abstammung verdankt Kardinal v. Hartmann den Aufstieg zu den höchsten kirchlichen Würden, sondern seiner inneren Befähigung und seiner persönlichen Tüchtigkeit. An unerquicklicher Opposition hat es allerdings — vor allem vor seiner Wahl zum Bischof von Münster im Jahre 1911[1]) — nicht gefehlt. Doch ging diese nicht vom Klerus aus, sie quoll vielmehr aus laikalen Kreisen hervor. Auch während seiner bischöflichen und erzbischöflichen Amtsführung hat es nicht ganz an Widerspruch gefehlt. Vielleicht hat man einander nicht immer ganz verstanden und begriffen. Noch ist es nicht an der Zeit, ein allseitiges und abschließendes Urteil über so manches Vorkommnis der letzten beiden Jahrzehnte zu sprechen. Doch eins ist sicher und gewiß: gerade in unseren Tagen dürften Charaktere und Persönlichkeiten wie die des Kardinals v. Hartmann ohne Schaden für die ruhige Gesamtentwicklung der Kirche in Deutschland nicht fehlen.

Gar furchtbar mußten auf die Seele dieses ganz in überkommenen Traditionen wurzelnden Kirchenfürsten die Geschehnisse der letzten Jahre wirken. So kirchlich er war, so heiß war sein nationales wie sein monarchisches Fühlen und Empfinden. Und er mußte den Zusammenbruch des Bestehenden erleben. Den größten Teil der umfangreichen Erzdiözese sah er vom Feinde besetzt. Auch in den neuen Verhältnissen hat er getan, was er konnte. Doch brach ihm darüber das Herz. — —

Einer der Edelsten und Hochstrebendsten aus alter Zeit (man verstehe den Ausdruck recht!) ist mit Kardinal v. Hartmann zu Grabe getragen worden. R. i. p.

[1]) Vgl. die Aufsätze „Der neuerwählte Bischof von Münster" in Nr. 24/1911 des gleichen Verfassers, sowie „Den heimkehrenden Kardinälen" in Nr. 24/1914 von Dr. Ferdinand Abel. D. Red.

Weltrundschau.

Von Fritz Nienkemper, Berlin.

Das diplomatische Schneetreiben.

Eine solche Menge von Noten und Gegennoten wie in der Berichtswoche haben die Diplomaten kaum jemals über uns ausgeschüttet. Clemenceau, der leider noch immer als Wortführer des Obersten Rates seinen rücksichtslosen Briefstil entwickeln darf, übertraf sich selbst in der Grausamkeit, mit der er die Heimsendung unserer Kriegsgefangenen ablehnte, in der Willkürlichkeit, mit der er die handgreiflichsten Unrichtigkeiten amtlich behauptete, und in der Heuchelei, die schließlich den Spieß umdrehen und Deutschland für die Verzögerung des Friedensschlusses verantwortlich machen wollte. Die deutsche Regierung blieb natürlich die Antwort auf die groben und langen Noten nicht schuldig, und so folgte denn auf den Waffenkampf noch ein Notenkrieg, ein Satyrspiel auf das Heldendrama. Die ganze Reihe der Vorwürfe und Verdächtigungen, die gegen Deutschland aufgebracht worden waren (von der angeblichen Anstiftung des Krieges an bis zu den „Leiden" der schleswigschen Bevölkerung, von denen diese selbst nichts gespürt hat), wurden wieder aufgeworfen und mußten kontradiktorisch behandelt werden.

Warum und wozu? „Du sprichst vergebens viel, um zu versagen; der andere hört von allem nur das Nein." Herr Clemenceau verweigert die Rückkehr der Gefangenen und verzögert das Inkrafttreten des Friedensvertrages, weil er vorher noch etwas erpressen will, was über den Friedensvertrag hinausgeht. Unsere Gefangenen verwertet er wie Geiseln; ihre Zurückhaltung soll uns zwingen, zu den Wiederherstellungsarbeiten in Frankreich deutsche Arbeitssklaven zu stellen, ohne erst von der französischen Regierung die gebührende Unterbringung und Verpflegung gewährleistet zu erhalten. Unter dem Vorwande der Ersatzleistung für die versenkten Schiffe von Scapa Flow verlangt man die Auslieferung unserer Docks und unserer letzten Schiffsreste, um die deutsche Handelsflotte vollends tot zu machen. Und die Krönung der deutschen Recht- und Hilflosigkeit soll erreicht werden durch die förmliche Unterwerfung Deutschlands unter alle Zwangsmaßregeln, die unsere Gegner zur Vollstreckung ihrer angeblichen Ansprüche aus dem Waffenstillstandsvertrag nachträglich belieben. Es ist der raffinierte Versuch, den Friedensvertrag hinterher noch zu verschärfen durch Konservierung der Machtmittel, die sich aus dem Waffenstillstand herleiten lassen.

Zu Ehren der Engländer, Belgier und Amerikaner muß man anerkennen, daß sie das Versprechen, die Heimsendung der Gefangenen vorzudatieren, gehalten haben. Frankreich dagegen hat dieses Versprechen gebrochen und lehnt auch jetzt noch die Erfüllung ab, obschon es die ausbedungenen Gegenleistungen, namentlich die erhöhte Kohlenlieferung, schmunzelnd eingestrichen hat. Man weiß nicht, worüber man mehr erstaunen soll: über den schnöden Vertragsbruch oder über die Grausamkeit, die in der fortgesetzten Quälerei der unschuldigen Gefangenen und ihrer Angehörigen steckt. Sehr bezeichnend ist, daß neuerdings der Heilige Vater sich für die endliche Erlösung der Gefangenen verwendet hat. Herr Clemenceau selbst macht sich freilich nichts aus der Autorität des Papsttums; aber seine Anhänger aus den katholischen Kreisen Frankreichs, die ihm soeben zum Wahlsieg verholfen haben, sollten doch stutzig werden. Es scheint jedoch, als ob sie trotz aller Unmenschlichkeiten an der Legende festhalten, die Entente sei die auserwählte Vorkämpferin des Katholizismus, und Clemenceau der richtige Kreuzritter der Neuzeit. Eine schwere Enttäuschung bildete ferner dieser Vorgang für gewisse demokratische Phantasten, die da glaubten, es lasse sich mit Hilfe von Frankreich ein Festlandsbund bilden für eine Politik zur Abwehr des Angelsachsentums. Wie Figura zeigt, werden wir mit den Engländern noch eher wieder in menschliche Beziehungen kommen, als mit den berauschten Franzosen, und lebhaft erhebt sich schon der Wunsch, daß die Amerikaner bald ihren Platz einnehmen in den Ausschüssen zur Ausführung des Friedensvertrages, damit dort nicht die französische Brutalität den Ausschlag gibt.

Das Tollste, was sich die Notenfabrik des Herrn Clemenceau leistet, ist die Behauptung, daß Deutschland schuld sei an der Verzögerung des Friedensvertrages; das geht noch über die Fabel vom Wolf und Lamm. Seit Anfang Juli liegt die deutsche Ratifikation vor. Seit nahezu fünf Monaten warten wir geduldig auf die gleiche Vollziehung seitens der Alliierten. Aber wir sollen doch schuld sein an der Verzögerung, weil Clemenceau und seine Genossen in letzter Stunde die Daumenschrauben der Erpressung so scharf anzogen, daß unsere Friedensmission erst neue Instruktionen in Berlin einholen mußte.

Hinsichtlich der Ersatzforderung für die Flotte von Scapa Flow hat unsere Regierung nicht nur den Nachweis ihrer Unschuld geliefert, sondern sogar klar dargetan, daß die Entente durch die vertragswidrige Behandlung unserer Schiffe selbst die Katastrophe verschuldet hat. Trotzdem machte die deutsche Regierung den Vorschlag zur Güte, die Sache schiedsrichterlich zu regeln. Das ist nebenbei die erste Probe, ob auf der Gegenseite überhaupt etwas Sinn besteht für die schiedsrichterliche Funktion, die das Fundament des Völkerbundes bilden soll.

Vorläufig wird durch die Geburtswehen des Friedensvertrages nur bestätigt, daß dieser Wechselbalg aus Bosheit und Unverstand entsprungen ist und das abschreckende Monstrum eines Vernichtungsfriedens darstellt. Henkerarbeit!

Die innere Politik in der Bedrängnis.

Zu der hochpolitischen Krisis drohte sich eine innere Krisis zu gesellen von höchster Tragweite. Das Gesetz über die Betriebsräte warf Streitfragen auf, die den Fortbestand der Koalitionsregierung erschüttern konnten. Die sozialdemokratische Partei legte den größten Wert auf die Beschleunigung dieser Abzahlung an die Wünsche der Arbeiterschaft; das Zentrum und die demokratische Partei aber mußten die Bremsen anziehen, um zu verhüten, daß dieser „Betriebswagen" in den Abgrund rolle und

durch die Revolutionierung der Betriebe die Produktion in Frage stelle gerade in dem Augenblick, wo wir die angespannte Produktion unbedingt notwendig haben.

Es ist nun nach schweren und langen Verhandlungen in den Fraktionen gelungen, ein Kompromiß in den Zweifelsfragen herbeizuführen. Hoffentlich wird die Vereinbarung standhalten und uns hinweghelfen über die ersten Uebergangsschwierigkeiten, die mit einer Beteiligung der Arbeiterschaft an der Betriebsführung von Natur aus verbunden sind und in gegenwärtiger Zeit der Erregung und Verhetzung besonders beachtet werden müssen. Man war einig darin, daß den Betriebsräten als den Organen der Arbeitnehmer eine weitgehende Mitwirkung gewährt werden müsse, und es handelt sich schließlich nur um die nicht zweckmäßige Abgrenzung dieser Befugnisse in den drei Punkten: Vertretung im Aufsichtsrate, Aufschluß über die Geschäftslage in der Bilanz, Mitwirkung bei Einstellungen und Entlassungen. Die einzelnen Klauseln, die in diesen Hinsichten vereinbart wurden, sind nicht aus Arbeiterfeindschaft hervorgegangen, sondern nur aus dem berechtigten Bestreben, die weniger widerstandsfähigen Betriebe vor Erschütterungen zu bewahren und die unentbehrliche Tatkraft des Unternehmers aufrechtzuerhalten. Der Ausgleich zwischen den beiderseitigen Interessen erscheint für alle Gutwilligen annehmbar. Die weitere Ausgestaltung der Gemeinschaftsarbeit von Leitern und Gewerken wird noch mehrfache Gesetze und Verordnungen erfordern. Aus der ersten Probe wird man viel lernen, und gerade im Interesse der reformfreundlichen Arbeiter wird es liegen, daß sie tüchtige und treugesinnte Vertreter wählen und bei der Mitarbeit das Wohl des Betriebes im Auge behalten, ohne sich von den Hetzern mißbrauchen zu lassen.

In dieser Hinsicht wirkt es freilich dämpfend auf die Hoffnungen, daß sich in dem mächtigen Industriebezirk von Bitterfeld wieder ein großer Streik entwickelt hat aus einem kleinen Keime, der sogar einen lächerlichen Beigeschmack hatte. Ein Teil der Belegschaft des Werkes hatte sich den Gedanken einblasen lassen, am preußischen Buß- und Bettage trotz der gesetzlichen Arbeitsruhe arbeiten zu wollen. Daran schloß sich die Vergewaltigung des Fabrikleiters, der Streit um die Bezahlung der Arbeitsstunden, Einmarschierung von Ordnungstruppen, Verhängung des Belagerungszustandes, Streiks und Sympathiestreiks mit politischen Forderungen usw. Die Volksverführer finden immer neue Tricks und immer wieder verblendete Nachläufer.

Die Nationalversammlung ist inzwischen ein gutes Stück weiter gekommen durch die Erledigung der Reichsabgabeordnung, die zwar eine straffe Zentralisation herbeiführt, aber nach der Meinung des Reichsfinanzministers und der Mehrheit des Reichsrates einen festen Grund legt für die Steuerpolitik und damit zur Rettung aus der Gefahr des Bankerotts. Als die konservative Partei gegen den Finanzminister Erzberger die üblichen Angriffe richtete, antwortete dieser mit einer Kritik der alten preußischen Gewaltpolitik, namentlich in Sachen der Enteignung und der Kulturkämpferei. Darauf ritt nun der Ministerpräsident Hirsch namens der preußischen Staatsregierung in die Schranken und beteuerte feierlich, das neue Preußen habe alte angestammte Untugenden abgelehnt, sei durchaus für Demokratie und Selbstverwaltung der Provinzen und lasse keine Unterdrückung von religiösen oder völkischen Besonderheiten befürchten. Es wäre gewiß schön, wenn es so wäre. Angesichts der Verordnung über den Austritt aus der Kirche und der Berliner Bestrebungen in der Schulpolitik sowie der Schaukelpolitik in der Selbstverwaltung bestehen freilich noch erhebliche Zweifel. Die preußische Staatsregierung wird statt der schönen Worte erst noch überzeugende Taten leisten müssen, ehe sie „moralische Eroberungen" machen kann.

Die am 1. Dezember in Kraft getretene Kapitalfluchtverordnung hatte infolge Fehlens eines Generalpardons weite Kreise von Steuersündern zu überstürzten Effektenverkäufen und damit zu einer schweren Schädigung des deutschen Effektenmarktes geführt. Diesen Schädigungen tritt ein Antrag Trimborn und Genossen betr. den Entwurf eines Gesetzes über Steuernachsicht entgegen, welcher vorschlägt, daß derjenige, der vor dem Inkrafttreten der Reichsabgabenordnung Vermögen oder Einkommen nicht angegeben hat, das zu einer Reichs-, Landes- oder Gemeindesteuer hätte veranlagt werden müssen, von der Strafe und der Verpflichtung zur Nachzahlung der Steuer freibleiben soll, wenn er aus eigenem Antriebe, spätestens bei der ersten Steuerveranlagung nach dem Inkrafttreten der Reichsabgabenordnung sein Vermögen oder sein Einkommen pflichtgemäß richtig angibt.

Adolf Gröber †.

Von Redakteur R. Grießer, Stuttgart.

In tiefster Trauer standen in diesen Tagen die Zentrumsfraktionen der Deutschen Nationalversammlung und des württembergischen Landtags und mit ihnen die ganze deutsche Zentrumspartei an der Bahre ihres Vorsitzenden Gröber, eines der hervorragendsten Kämpen ihrer ruhmvollen Geschichte. Vor einigen Wochen war Gröber mitten in der parlamentarischen Arbeit von einem ernsten Unwohlsein befallen, doch in der dritten Novemberwoche schien er sich wieder soweit erholt zu haben, daß er an die teilweise Wiederaufnahme seiner Tätigkeit denken konnte. Als er am Mittwoch, den 19. November, um die Mittagsstunde sich bei dem Direktor des Reichstags, Geh. Regierungsrat Jungheim nach dem Stand der Arbeiten der Nationalversammlung erkundigte, äußerte er im Laufe des Gespräches u. a.: „Zweimal hat der Tod bei mir angeklopft, ich bin gerüstet; ich habe das Meine getan; an den Jungen ist es, weiterzuarbeiten, ich kann nicht mehr". Kurz nach diesen Worten sank er zu Boden und war binnen weniger Minuten eine Leiche. So war er in den Sielen gestorben, er, dessen Leben „Müh und Arbeit und darum köstlich" war.

Adolf Gröber war am 11. Februar 1854 zu Riedlingen (in Württemberg) als Sohn des Feingraveurs Albert Gröber und seiner Gattin Anna (Baumann von Augsburg) geboren. Nach Uebersiedlung der Eltern nach Weingarten besuchte er das Lyzeum in Ravensburg und das Gymnasium in Stuttgart. Von 1873—77 studierte er Rechtswissenschaft an den Universitäten Tübingen, Leipzig und Straßburg. Wie er schon als Schüler einen der ersten Plätze eingenommen hatte, bereitete er sich auch als Student mit großem Eifer auf seinen künftigen Beruf vor und eignete sich eine umfassende Allgemeinbildung an. Daneben nahm er regen Anteil am geselligen studentischen Leben als Mitglied der akademischen Studentenverbindung „Alamannia" und der Kartellvereine des K. V. an den anderen Universitäten. Seit 1878 war er in verschiedenen Städten Württembergs als Richter bezw. Staatsanwalt tätig, 1895 wurde er Landgerichtsrat und 1906 Landgerichtsdirektor in Heilbronn.

Bei den Septennatswahlen i. J. 1887 wurde Gröber mit glänzender Mehrheit vom 15. württembergischen Reichstagswahlkreis (Riedlingen) in den Reichstag entsandt, und im Jahre 1889 erfolgte seine Wahl in den württembergischen Landtag für den Oberamtsbezirk Riedlingen, wo er den bisherigen volksparteilichen Abg. Hartmann aus dem Felde schlug. Im Landtag existierte damals noch keine Zentrumsfraktion. Zielbewußt bereitete Gröber daher die Gründung der württembergischen Zentrumspartei vor; er und der 1894 in den Landtag eintretende langjährige Vizepräsident Kiene setzten das Bewußtsein der Notwendigkeit, daß die katholischen Abgeordneten der württembergischen Abgeordnetenkammer sich zu einer Zentrumsfraktion zusammenschließen müßten, zu deren politischen Grundsätzen sie sich ohne Einschränkung bekannten, in die Tat um. Am 17. Januar 1895 konstituierte sich die Partei offiziell in Ravensburg. Am Wahltag (1. Februar 1895) wurden sofort 18 Zentrumsabgeordnete gewählt. Seitdem ist das Zentrum in Württemberg gewachsen und ist heute eine starke Partei im württembergischen Landtag; Gröber aber, der einstige Schöpfer und Organisator der Partei, ist seit ihrer Gründung ihr Führer im Lande draußen und in der Fraktion geblieben. Der Zentrumsfraktion meist fielen in der Folgezeit — eine liberale Zeitung mußte das schon im Jahre 1900 rühmen — die wichtigeren Arbeiten für die Gesetzgebung zu. Gröber hat sich vor allem bei der grundlegenden Steuerreform Württembergs mit der Einführung der Einkommensteuer durch seine Sachkenntnis und sein allseits als Musterleistung anerkanntes Referat, auf das heute noch alle Kommentare und Gesetzgebungen in den anderen Bundesstaaten zurückgreifen, das größte Verdienst erworben. Schon allein dadurch ist Gröbers Name unauslöschbar in die Geschichte Württembergs eingeschrieben worden. Unvergessen sind auch die Kämpfe, die das württembergische Zentrum unter Führung Gröbers, zwar isoliert und ohne vollen Erfolg, aber mit blankem Schild bei der Verfassungsreform 1906 und der Volksschulgesetzgebung 1909 geführt hat. Und wie wurde Gröbers Geschäftsordnung für die württembergische Zweite Kammer auch von allen Gegnern als mustergültig für alle neuzeitlichen Parlamente gerühmt!

Von Jahr zu Jahr gewann Gröber auch mehr an Einfluß in der Zentrumsfraktion des Deutschen Reichstags, dem er vom Jahre 1877 an ebenfalls ununterbrochen angehörte. Als Lieber das Zeitliche gesegnet hatte, als sich die Frage erhob: „Was nun?"

und als die Gegner bereits den Auseinanderfall des Zentrums voraussagten, da konnte die „Germania“ schreiben: „Der Abg. Gröber ist auch noch da!“ Mutig und tatkräftig nahm Gröber die Fahne auf, die seinem Freund entsunken war, und er hat sie seither mit außerordentlicher Kraft der Zentrumspartei vorangetragen. Bald wurde er zum Vorstandsmitglied und später zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Diesen Posten bekleidete er bis zur Berufung Spahns an die Spitze des preußischen Justizministeriums im August 1917, und seitdem führte er die Fraktion als erster Vorsitzender und damit die Gesamtpartei des reichsdeutschen Zentrums in den schwersten politischen Zeiten, die unser Vaterland jemals erlebt hat. Im Reichstag hat Gröber mit seinem frischen Empfinden für die Wirklichkeit und für Volkswünsche, mit seinem reichen juristischen Wissen beim Werden und Ausführen des B.G.B. hervorragenden Anteil genommen. Wenn es im Reichstag um die Rechte des Volkes, um die Freiheit der katholischen Kirche und ihrer Orden, um Toleranz und Parität für die Katholiken ging, dann feierte Gröbers Beredsamkeit ihre größten Triumphe, und auch der Gegner mußte dann fühlen, wie da jedes Wort des Redners aus einem Herzen von tiefer, echter Religiosität und Glaubenstreue kamen. Mit Recht nannte man Gröber die Arbeitsbiene des Reichstags und der Fraktion; es gibt kaum eine Kommission von Wichtigkeit, in der Gröber nicht in den letzten 15 Jahren hervorragenden Anteil an den Arbeiten genommen hätte.

Als Gröber an die Spitze der Zentrumsfraktion getreten war, fiel ihm vor allem die schwere Aufgabe zu, den Gedanken des Verständigungsfriedens durchzusetzen. Und als im Oktober 1918 das Demokratisierung des reichsdeutschen Verfassungslebens in der damaligen Verfassungsrevision ihren Ausdruck fand, zeigte er in einem Aufsatz in der „Germania“, daß der Unterschied zwischen der freiheitlichen Denkungsweise in Süddeutschland und zwischen der ostpreußischen Art einen Ausgleich erforderte; um diesen hat sich Gröber besonders verdient gemacht. Auf Präsentation seiner Fraktion bei Einführung des Parlamentarismus durch den Reichskanzler Prinz Max von Baden zum Staatssekretär ohne Portefeuille berufen, wurde Gröber u. a. der besondere Auftrag, die Kommission zu leiten, die die erforderlichen Aenderungen im Schoße der Regierung vorbereitete. Damals hat er einen großen Einfluß ausgeübt, weniger ungestüm vorwärtsdrängend, als vor Uebermaß und Ueberstürzung warnend. Denn der Demokrat Gröber war kein Republikaner oder gar Umstürzler, sondern ein aufrechter, königstreuer Mann, der nur den Forderungen der Zeit gerecht werden wollte, nichts weiter. Er hat sich deshalb auch gegen die sozialdemokratische Forderung auf Abdankung des Kaisers gesträubt, solange es überhaupt möglich war.

Als dann die Revolution die ganze Reichsverfassung über den Haufen geworfen hatte, wurde Gröber in der Deutschen Nationalversammlung einer der umsichtigsten Mitarbeiter an der Wiederaufrichtung des neuen Staatsgebäudes. Seine Arbeit hier war getragen von den gleichen Eigenschaften, die wir immer an ihm bewundert haben: Gründlichkeit, Scharfsinn, echte tiefe Vaterlandsliebe. Und als Vorsitzender des Reichsausschusses der deutschen Zentrumspartei hat er am Zustandekommen der neuen Richtlinien für die Parteiarbeit den hervorragendsten Anteil. Das Bleibende an diesen Richtlinien, die unter seiner Leitung zustande kamen, wird nach vielen Jahren noch den wertvollsten Bestandteil der Bestrebungen der deutschen Zentrumspartei bilden. Und an dem Parteistatut der deutschen Zentrumspartei, das dem Reichsparteitag vorgelegt wird, hat Gröber noch bis in die letzten Tage eifrig gearbeitet.

Die Tätigkeit Gröbers für die Generalversammlungen des katholischen Deutschlands war überaus ersprießlich. 1896 war er in Dortmund und 1906 in Essen erster Präsident der 43. bzw. 53. Generalversammlung. Beide leitete er musterhaft mit Geist und Humor. Seit jener Zeit war er auch in diesen Teilen des Reiches ein überaus volkstümlicher Mann. Als ständiges Mitglied des Zentralkomitees hat er bei den meisten Erörterungen bestimmend eingegriffen. Er verfaßte eine neue Ordnung der Generalversammlung und opferte für diese Arbeit die Osterparlamentsferien von 1912, da ihm dazu die Parlamentsarbeiten keine Zeit ließen.

Nach Einführung des Volksvereins für das katholische Deutschland in Württemberg Anfang der 90er Jahre wurde er Landesgeschäftsführer dieses Vereins und hat sich seitdem um ihn und seinen glänzenden Stand in Württemberg die größten Verdienste erworben.

„Unser Gröber“ — so nannten ihn die Württemberger mit Stolz — war ein echter deutscher Mann, ein wahrer Freund des Vaterlandes. Er war der geborene Parlamentarier und hatte bei Freund und Feind eine gleich große Volkstümlichkeit erworben. Die große breitschulterige Gestalt mit dem charakteristischen Kopf und Kapuzinerbart, mit den hellen, durchdringenden und klugen Augen war schier in der ganzen Welt bekannt geworden. Wenn man einst in der Parteigeschichte des Zentrums neben Windthorst die Namen der Besten der Partei setzt, wird man unter den ersten den Namen Gröber lesen. Er war „Demokrat“ im guten, alten Sinn; seine demokratische Ader trieb ihn zur Auflehnung gegen alles, was die verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte der Freiheiten des Volkes, insbesondere der Schwachen, schmälern und unterdrücken wollte. Dabei sah er nicht auf konfessionelle Schranken. So trat er für die Freiheit des evangelischen und jüdischen Bekenntnisses ebenso kräftig ein, wie für die Freiheit der katholischen Kirche. Die Lauterkeit seines Charakters und die aufopfernde Selbstlosigkeit seines politischen Schaffens, die nichts für sich und alles für die von ihm vertretene Sache verlangte, hat Gröber auch bei seinen Gegnern große Achtung und Autorität verschafft, wie wenigen. Gröber war ein Mann des Willens, wie der Tat, der volkstümlichen Beredsamkeit und klugen Taktik, von unverwüstlicher Arbeitskraft, der ob dem Höhenflug der politischen Gedanken und Ideale niemals den Blick für die Bedeutung der praktischen Kleinarbeit verlor, der mit der ganzen Gewissenhaftigkeit seines tiefreligiösen Sinnes und mit aller Herzenssorge eines vaterlandsliebenden Politikers in so mancher schwierigen, verfahrenen politischen Situation des Reiches und seines Heimatlandes buchstäblich nächte- und tagelang sich sorgte und studierte für des Vaterlandes und des Volkes Wohl. Dieser Mann war bescheiden in einem Maße, für das der Ausdruck fehlt.

Adolf Gröber, der unvermählt geblieben ist, war eine tiefreligiöse Natur. Sein ganzer Lebenswandel war von dieser tiefinnerlichen Religiosität getragen. Er war ein Mann der echt katholischen Tat; Arbeit war ihm höchster Lebensgenuß. Möge es Kirche und Staat nie an solchen Männern fehlen, die opferwillig und glaubensfreudig ihre Pflicht erfüllen im großen, wie im kleinen. Gröber war ein moderner katholischer Politiker, dessen Wirksamkeit unvergessen bleibt. Das Gebet des dankbaren katholischen Deutschlands folgt ihm nach.

Vlämisches — ein Nachklang.

Von Dr. Leo Schwering, Köln.

Die „Allgemeine Rundschau“ hat während des Krieges in der vordersten Reihe der Blätter gestritten, deren Ziel es war, den Vlamen zu helfen, ihre nationale Eigenheit zu wahren und ihre Zukunft sicherzustellen. Unser Programm stand und fiel mit der Art, wie der Krieg abgeschlossen wurde. Nun es wegen der Revolution zum völligen Zusammenbruch des deutschen Volkes gekommen ist, ist es natürlich zwecklos geworden, für Ideen zu kämpfen, deren Durchführung ganz ausgeschlossen geworden ist. Wir haben während des Krieges in der „Allgemeinen Rundschau“ die Maßnahmen der deutschen Regierung in Belgien durchaus nicht immer billigen können, und die „Allgemeine Rundschau“ hat sich wiederholt gezwungen gesehen, soweit dies unter der Zensur möglich war, scharfe Kritik zu üben. Wir sind auch noch heute überzeugt, daß der Mangel an Psychologie, der die deutschen Maßnahmen fast durchweg charakterisierte, einer der Gründe gewesen ist, weshalb unsere Unterstützung nationalvlämischer Bemühungen heute so spurlos vorübergegangen ist. Trotzdem wird man es verstehen, wenn wir auch heute noch, wo wir rein platonisch die Ereignisse in Belgien verfolgen, der vlämischen Bewegung weiteres, wenn auch naturgemäß passives Interesse entgegenbringen. Wir sehen aber in ihr nach wie vor eine germanische Bewegung, den Kampf einer freien Nation um ihre Selbstbestimmung und ihre nationalen Güter; eine wenn auch lose völkische Verbindung verknüpft darum den urgesunden Stamm auch heute noch mit uns, die wir den mächtigsten Stamm des Gesamtgermanentums darstellen, dessen unvergleichliche Oelbergstunden von der Vorsehung zugelassen worden sind. Auch gemeinsames Leid bindet; und das national-bewußte Vlamen-

tum kann auf das Ergebnis des Krieges ebensowenig mit Freude und Hoffnung blicken wie wir selbst. Der Triumph des Franko-Angelsachsentums ist auch der Triumph der Feinde eines freien nationalfühlenden Vlamentums. Wie Frankreich in Französisch-Flandern, wie das Walentum in Belgien, so unterdrückt Großbritannien in Südafrika das Burentum, und die einzig freie Tochter des niederländischen Stammes, Holland, wird alle Mühe haben, sich unter dem doppelten Druck seiner westlichen Nachbarn zu behaupten. So spinnen sich über einen verlorenen Krieg von Ausmaßen, wie sie gewaltiger nicht gedacht werden können, der auch dem Vlamentum, wenn wir gewonnen hätten, eine freiere Entwicklung gesichert hätte, über verfehlte Maßnahmen einer ehrlichen aber tapsigen und ungeschickten Okkupation, doch wieder gemeinsame Fäden, die auch von drüben wieder aufgenommen werden, sobald einmal der alle niederdrückende erste Eindruck das vom „Germanentum" verlorenen Krieges verwischt sein wird. In diesem Sinne sollte man auch in Deutschland die Fäden, die der unglückliche Krieg doch knüpfte, nicht ganz fahren lassen. Extreme sind auch in der Politik keine guten Wege. Wir können die nahe Verwandtschaft zum Vlamentum ebensowenig leugnen, wie sie die ihre zu uns. Politische Fäden können und werden wir nicht mehr knüpfen, sondern rein kulturelle. Es wird sogar zweckmäßig sein, wenn wir, insbesondere in den ersten Jahren nach dem Kriege, es peinlich meiden, das politische Gebiet auch nur mit Worten zu berühren. Was wir erstreben sollten, das wäre eine kulturelle Verbindung. Deutschland sollte eine Ehre darein setzen, ein Bahnbrecher vlämischer Literatur zu sein, es sollte mit Freuden junge Vlamen in Deutschland aufnehmen, um sie mit deutschem Leben, mit deutscher Wissenschaft bekannt zu machen. Der Krieg hat überall in den siegreichen Ländern eine erhebliche Verstärkung der nationalen Welle gebracht. Auch das vlämische nationale Geistesleben ist davon berührt. Das müssen wir verstehen, begreifen und verwerten. Es wird auch dazu beitragen, daß Deutschland, in dessen herrlichem Körper das tötliche Gift des Sozialismus noch immer wirkt, zu reinerer Auffassung seines eigenen nationalen Wertes kommt. Dabei liegt es uns natürlich vollkommen fern, irgend einem Chauvinismus huldigen zu wollen. Aber die vielen Beziehungen, die in den Kriegsjahren geknüpft wurden, sollen kein Schall und Rauch sein, das sind wir unserer Ehre und Selbstachtung schuldig.

Wir sind der festen Ueberzeugung, daß es auf national vlämischer Seite dafür an Verständnis nicht fehlen wird, wenngleich wir bedenken müssen, daß sie in den ersten Jahren aus allgemein politischen Gründen Deutschland und den Deutschen gegenüber eine gewisse Reserve beobachten müssen. Daß das Vlamentum lebt und daß es noch nicht tot ist, trotz aller Verfolgungen, beweisen die jüngsten Nachrichten. Wir werden vorläufig lediglich mit unserer Sympathie aus der Ferne ihnen folgen, bis sich Gelegenheit bietet, geistige Bande wieder zu knüpfen. Deutschland, das unglückliche Deutschland, hat Flandern nicht vergessen!

Wie rege der vlämische Geist wieder ist, erfahren wir z. B. aus dem „Handelsblad van Antwerpen" vom 27. Oktober. Es veröffentlicht ein vlämisches Mindestprogramm, das u. a. vom Minister de Broqueville gebilligt worden ist. Gar manche Forderungen berühren sich mit dem, was in den Spalten der „Allgemeinen Rundschau" so oft gefordert worden ist, was übrigens von der deutschen Regierung verwirklicht worden wäre, wenn uns die Vorsehung den Sieg verliehen hätte; und mehr als das wäre geschehen! Aber die Tatsache, daß die vlämische Bewegung nicht tot ist, ist erfreulich. Hören wir, was sie fordert. Den Gebrauch der vlämischen Sprache im Verkehr mit dem Publikum bei allen Orts- und Kreisverwaltungen, Eisenbahnen, Gerichten. Regionale Anwerbung für das Heer, Rekrutenunterricht in der Muttersprache und Gebrauch der vlämischen Sprache im Verkehr der Militärbehörden mit der vlämischen Bevölkerung. Unterricht in der vlämischen Sprache auf sämtlichen höheren und niederen Lehranstalten. Hier soll auch französisch gelehrt werden, aber nur als zweite Pflichtsprache. Gleichzeitig hört vor allem der treue vlämische Klerus nicht auf für die Freiheit der Muttersprache zu werben und zu arbeiten. Ihn unterstützt der Bischof von Lüttich, Rutten, in alter hingebender und fester Weise. Natürlich ist das auch gewissen katholischen Kreisen gar nicht recht, und die liberale Independance Belge beklagt es heftig, daß es dem Kardinal Mercier nicht gelungen sei, die Entpolitisierung des vlämischen Klerus zu erreichen! Rutten wünscht vlämische und wallonische Regimenter, und er weiß warum; daß ihm hier zunächst eine lediglich nationalistische Agitation vollkommen fernliegt, bedarf einem solch pflichteifrigen Bischof gegenüber keines Beweises. Ihn leiten seelsorgerische Gründe, die ihm in seiner Diözese zunächst am Herzen liegen.

Wir deutschen Katholiken nehmen ja an der vlämischen Bewegung auch als Katholiken besonderen Anteil; denn wer wüßte nicht, daß das Vlamen-, nicht das Walentum die treueste Stütze der katholischen Kirche und Partei dort ist? So ziehen doppelte Fäden für die deutschen Katholiken hinüber und herüber.

Neues Staatskirchenrecht und alte Konkordate.

Von Univ.-Prof. Dr. N. Hilling in Freiburg i. B.

In Nr. 43 des laufenden Jahrganges dieser Zeitschrift vom 25. Oktober 1919 habe ich unter der Titelüberschrift „Kirchenpolitische Aufgaben der deutschen Gesandtschaft beim Hl. Stuhle" darauf hingewiesen, daß das neue deutsche Staatskirchenrecht, das teils in der Reichsverfassung, teils in den einzelnen Landesverfassungen niedergelegt ist, von den Abmachungen, die vor hundert Jahren zwischen den deutschen Landesregierungen und dem Hl. Stuhle in den sogenannten Konkordaten und Zirkumskriptionsbullen geschlossen sind, erheblich abweicht, sodaß die letzteren dadurch größtenteils hinfällig geworden sind. Im einzelnen versuchte ich, dieses bezüglich der folgenden drei für sämtliche Konventionen in Betracht kommenden Punkte nachzuweisen: 1. bezüglich der Besetzung der Bischofsstühle, 2. bezüglich der Verleihung der Domherrenstellen und 3. bezüglich der Dotation der Bistümer. Zu diesen kurzen Ausführungen von rein kirchenrechtlicher Art haben zwei Politiker, ein Landes- und ein Reichspolitiker, Stellung genommen, was mich veranlaßt, abermals auf diesen Gegenstand zurückzukommen.

Der erste Artikel ist in Nr. 497 der „Augsburger Postzeitung" vom 5. November 1919, Morgenblatt, erschienen und verhält sich schroff ablehnend. Der Verfasser, offenbar ein badischer Politiker, beschäftigt sich allerdings nur mit einem kleinen Ausschnitte meiner sich auf ganz Deutschland erstreckenden Darlegungen, nämlich mit der Besetzung des Erzbistums und der Kanonikate in Baden. Bezüglich dieser beiden Punkte ist mein Herr Opponent der Meinung, daß das alte, konkordatäre Recht auch unter der Herrschaft des neuen Staatskirchenrechts bestehen bleibe und aufgrund des abgeschlossenen Vertrages beibehalten werden müsse, abgesehen von dem landesherrlichen Vetorecht, auf das der Staat in § 18 der neuen Verfassung vom 21. März 1919 verzichtet habe. Er beruft sich zur Begründung auf den Bericht des Abgeordneten Dr. Zehnter über die Beratungen der Verfassungskommission und die Meinung mehrerer anderer Abgeordneter. Ich habe demgegenüber zu erwidern: 1. daß es bei der juristischen Interpretation der badischen Verfassungsurkunde nicht, wenigstens nicht in erster Linie, darauf ankommt, was der eine oder andere Parteipolitiker gemeint hat, sondern der objektive Sinn erforscht werden muß, der sich aus dem Wortlaute und dem Geiste des ganzen Gesetzes ergibt. Nun ist aber aus den Bestimmungen des § 18 der Verfassung, wonach „alle staatlich anerkannten kirchlichen und religiösen Gemeinschaften einander rechtlich gleichgestellt sind", „ihre Angelegenheiten frei und selbständig im Rahmen der allgemeinen Staatsgesetze ordnen und verwalten" und „insbesondere die Kirchenämter durch die Kirchen selbst verliehen werden", sowie aus dem Geiste des neuen badischen Staatskirchenrechts, das zweifellos der Trennung von Kirche und Staat zustrebt, und den Zeitverhältnissen, unter denen die Verfassung entstanden ist, mit logischer Notwendigkeit zu schließen, daß für ein Staatsgesetz oder einen Staatsvertrag, durch die die Besetzung des Erzbistums und der Kanonikate an eine bestimmte Form gebunden sein soll, kein Platz mehr ist. Mithin hat der Staat den ganzen Artikel der badischen Zirkumskriptionsbulle, der über die Wahl des Erzbischofs und der Domherren handelt, preisgegeben. Ist dieses aber der Fall, so hat Rom freie Hand, zu bestimmen, ob das bisherige Wahlrecht beibehalten werden oder durch die Vorschriften des gemeinen Kirchenrechts ersetzt werden soll.

Ich erwidere 2., daß das badische Landeskirchenrecht bereits durch das deutsche Reichskirchenrecht überholt worden ist. Ich will jedoch auf diesen Punkt nicht näher eingehen, da in dem gleich zu erwähnenden zweiten Aufsatze bereits hinreichend betont worden ist, daß der Gesichtswinkel des Betrachters der „Augs-

burger Postzeitung" zu eng sei und das Problem vor allem vom Standpunkte der Artikel 137 und 138 der Reichsverfassung erörtert werden müsse.

An zweiter Stelle hat sich in Nr. 46 der „Allgemeinen Rundschau" vom 15. November 1919 Herr Universitätsprofessor Geh. Hofrat Prof. Dr. K. Beyerle, Mitglied der Nationalversammlung, zu meinen Darlegungen geäußert. Seine Auffassung stimmt im wesentlichen mit der meinigen überein. Insbesondere ist Herr Abgeordneter Beyerle der Meinung, „daß sich die Bestimmungen der genannten Artikel der Reichsverfassung (Art. 137 und 138) mit dem Inhalt der alten Konkordate in wichtigen Punkten nicht in Einklang bringen lassen" und deshalb „auf Grund des neuen deutschen Verfassungsrechts mit dem Hl. Stuhle Unterhandlungen angeknüpft werden müssen mit dem Ziele, den Inhalt der bisherigen Vereinbarungen mit dem neuen Reichs- und Landesstaatsrecht in Einklang zu bringen." Nichts anderes war der Sinn und Zweck meiner Darbietungen in dem Aufsatze „Kirchenpolitische Aufgaben der deutschen Gesandtschaft beim Hl. Stuhle." Wenn Beyerle ferner ausführt, daß bei der Führung dieser Unterhandlungen hauptsächlich die Landesregierungen tätig sein müßten, so widerspricht das meiner Auffassung durchaus nicht. Ich hatte nur auf die deutsche Gesandtschaft beim Hl. Stuhle Bezug genommen, weil ich diese für das beste Vermittlungsorgan ansah. Um eine Zersplitterung des Kirchenrechts in den deutschen Staaten zu verhüten, möchte ich nochmals die deutsche Gesandtschaft für diesen Zweck empfehlen, ohne aber die unmittelbaren Verhandlungen der Landesregierungen mit Rom auszuschließen. Nach Art. 78 der Reichsverfassung können die Länder in Angelegenheiten, deren Regelung der Landesgesetzgebung zusteht, mit auswärtigen Staaten Verträge schließen; also ist ihnen auch der Abschluß von Verträgen mit dem Hl. Stuhle gestattet. Bedürfen aber die Landesverträge mit der Kurie auch der Zustimmung des Reiches, wie dieses für die Verträge mit den auswärtigen Staaten ausdrücklich vorgeschrieben ist? Ich möchte diese Frage bejahen, weil ja die Reichsgesetzgebung für die grundlegenden Fragen des Staatskirchenrechts zuständig ist. Art. 10 der RV.

Nur in einer Frage kann ich mich mit den Veröffentlichungen Beyerles nicht ganz einverstanden erklären. Er behauptet nämlich, daß „Landesverfassungen und Reichsverfassung rein innerstaatliche Vorgänge sind, welche die Vereinbarungen mit dem Hl. Stuhl, die den Charakter völkerrechtlicher Verträge tragen, nicht unmittelbar berühren".

Infolgedessen „wäre es falsch, anzunehmen, daß durch die Reichsverfassung irgendein Satz jener Konkordate schon ipso iure hinfällig geworden sei". Was soll dieses heißen? Soll damit gesagt sein, daß die Staatsgesetze nicht imstande sind, den Inhalt der Konkordate ipso facto zu zerstören, so möchte ich daran erinnern, daß die Organischen Artikel Napoleons vom Jahre 1802, das Bayerische Religionsedikt von 1818, die Kirchenpolitischen Gesetze Oesterreichs vom Jahre 1867/68 und das Französische Trennungsgesetz von 1905 die ihnen entgegenstehenden Konkordate teils durchlöchert, teils völlig zertrümmert haben. Man darf die Konkordate nicht ohne weiteres mit den völkerrechtlichen Verträgen auf gleiche Stufe stellen. Denn die ersteren betreffen die religiösen und kirchlichen Verhältnisse innerhalb des vertragschließenden Staates, und der Papst ist nach dem bekannten Worte Bismarcks inbezug auf die religiösen Verhältnisse der deutschen Katholiken für uns nicht als ein Ausländer zu betrachten. Oder will Kollege Beyerle die Ansicht vertreten, daß die Konkordatsbestimmungen noch nach dem Inkrafttreten der Reichs- und Landesverfassungen ausgeführt werden können? Dann möchte ich ihm die Frage vorlegen, ob er es für denkbar hält, daß bei einer heute eintretenden Vakanz einer bayerischen Diözese der Ministerpräsident Hoffmann in München morgen dem Hl. Vater einen Bischofskandidaten nominieren könne? Bei der Beantwortung dieser Frage würde u. a. auch zu berücksichtigen sein, daß Papst Pius VII. seligen Angedenkens im Jahre 1817 das Nominationsrecht nur dem Könige Max Joseph und seinen katholischen Nachfolgern, nicht aber einem sozialistischen Ministerpräsidenten übertragen hat. Würde sich ferner ein katholischer Priester in Bayern bereit finden, aus der Hand des Herrn Hoffmann in München (nicht zu verwechseln mit seinem Parteigenossen Adolf Hoffmann in Berlin) den Bischofshut entgegen zu nehmen? Ich glaube, nicht. Denn ein solcher würde von vornherein bei seinem Klerus, seinen Diözesanen und den Kollegen aufs schwerste kompromittiert sein. Jedoch, ich will die Frage, wie weit die Artikel der deutschen Konkordate bereits hinfällig oder unausführbar geworden sind, nicht weiter verfolgen. Sie hat höchstens einen theoretischen Wert, da an der Rückgängigmachung der Verfassungsbestimmungen vorläufig doch nicht zu denken ist. Herr Abgeordneter Beyerle wird mir wahrscheinlich auch recht geben, wenn ich behaupte, daß es korrekter und besser gewesen wäre, wenn sich die deutschen Reichs- und Landesregierungen vor der Abfassung und Annahme so umstürzender Gesetze auf dem Gebiete der Kirchenpolitik mit dem souveränen Oberhaupte der katholischen Kirche in Verbindung gesetzt hätten.

Es ist mir erfreulich, am Schlusse feststellen zu können, daß ich mich sowohl mit meinem Sekundanten wie meinem Opponenten bezüglich eines Punktes in völliger Uebereinstimmung befinde. Dieses ist der Wunsch, daß das Wahlrecht der deutschen Domkapitel für die Bistümer und die Kapitelsstellen auch in Zukunft erhalten bleiben möge. Dieses ehrwürdige Recht geht in letzter Linie auf das Wiener Konkordat zwischen Kaiser Friedrich III. und Papst Nikolaus V. aus dem Jahre 1448[1]) zurück und hat im deutschen Klerus wie Volk die tiefsten Wurzeln geschlagen. Möge es daher der Gnade des Hl. Vaters gefallen, dieses Wahlrecht für ganz Deutschland mit Einschluß von Bayern als päpstliches Privileg fortbestehen bzw. wieder aufleben zu lassen!

Wir stehen meines Erachtens schon jetzt am offenen Grabe der deutschen Konkordate. Wenn es mir gestattet sein mag, eine kurze Leichenrede zu halten, so kann ich ein Gefühl des Schmerzes nicht unterdrücken, daß jenen Verträgen, die so viel Arbeit und Geduld auf beiden Seiten erforderten und sich im Laufe der Zeit als sehr nützlich erwiesen haben, eine so kurze Lebensdauer beschieden war. Als vor zwei Jahren das wichtigste von ihnen, das bayerische, das hundertjährige Jubiläum seines Bestehens feiern konnte, wurde von berufener Seite[2]) seiner segensreichen Wirksamkeit für Kirche und Staat gedacht. Heute ist die Stimmung anscheinend bereits umgeschlagen. Selbst in den politischen Versammlungen der Katholiken werden oft Stimmen laut, die übermäßig die Lösung der Kirche aus den sog. staatlichen Fesseln loben, ohne zu erwähnen, daß den katholischen Grundsätzen allein die Verbindung d. i. das vertrauensvolle Zusammenwirken von Kirche und Staat entspricht. Auch vergessen jene Stimmen, die Urheber zu nennen, denen wir diese Freiheit zu verdanken haben. Es ist dieses Stillschweigen begreiflich, denn würden die Geschenkgeber genannt, so müßten den Hörern unwillkürlich die Worte Vergils einfallen: Quidquid id est, timeo Danaos et dona ferentes.

Jedoch wollen wir den Opfern der Revolution nicht allzu viele Tränen nachweinen, obwohl es sich um die Symbole und Träger der Verbindung von Kirche und Staat handelt. Vielleicht wird in nicht allzu ferner Zeit aus der Asche der zu Grabe getragenen Landeskonkordate ein neues und besseres Reichskonkordat hervorgehen. Dann würden sich auch die heißen Wünsche erfüllen, die die Kurie zu Anfang des vorigen Jahrhunderts für die deutsche Kirche gehegt hat.

Der Solidarismus als soziale Lösung und politischer Schiedsspruch.

Von Rechtsanwalt Dr. Joseph Kausen, München.

Wer mit dem Lehrbuch der Nationalökonomie von P. Pesch S. J., mit den Schriften Wilhelm Emanuel von Kettelers und den sozialen Enzykliken Papst Leos XIII. vertraut ist, ist mit den Ideen der Freimachung des Individuums (Liberalismus), des Klassenkampfes und der Diktatur einer Klasse (materialistischer Sozialismus) längst fertig geworden und hat erkannt, daß der Mensch als Organismus, der von dem Mechanismus einer Maschine grundverschieden ist, nur als ein Teil der menschlichen Gesamtheit, und nicht herausgerissen aus dieser, leben und gedeihen kann. Er hat sich längst daran gewöhnt, alle Vorgänge und Bedürfnisse des täglichen und des öffentlichen Lebens vom Standpunkt des Gemeinschaftsgeistes aus zu betrachten. Wem die christliche Nächstenliebe, welche sich auf alle Menschen ohne Ausnahme erstrecken soll, Herzenssache und nicht nur eine gelegentlich hervorzuholende bequeme Formel ist, der vermag

[1]) Vgl. die neue prächtige Raccolta di Concordati, die 1919 in der Vatikanischen Druckerei erschienen ist.

[2]) Vgl. Karl August Geiger, Das bayerische Konkordat vom 5. Juni 1817. Regensburg 1918.

überhaupt nicht anders, als solidaristisch zu denken, wenn ihm vielleicht auch aus Mangel an Zeit und Literatur die scharfumrissenen staatsbürgerlichen Kenntnisse fehlen.

Nun ist soeben im Volksvereinsverlag, M.-Gladbach 1919, eine Schrift erschienen, betitelt: „Im Geiste des Solidarismus, Zum Aufbau der neuen Gesellschaft", welche nach einem kurzen historischen Rückblick und einer klaren Umschreibung der Grundzüge des solidaristischen Gedankens besonders drängende Gegenwartsprobleme im Lichte dieses allein wahren christlichen Sozialismus erörtert. Hier wird das Privateigentum vom Standpunkt des Gemeinwohls aus betrachtet mit besonderer Betonung der auf dem Eigentum ruhenden Verpflichtungen gegenüber der Gesamtheit, hier sehen wir mit Recht die Arbeit über den Besitz gestellt, aber nicht als Frucht materialistischer Machtprobe, welche letzten Endes lediglich auf eine Verlängerung und Verbreiterung des Kriegsgewinnlertums mit vertauschten Rollen hinausliefe, sondern auf Grund innerer Wertung, als das Resultat einer Durchsittlichung des Gesellschaftslebens. Auf dieser ethischen Grundlage zeigt sich uns der solidaristische Rätegedanke, welcher mit der russisch bolschewistischen Methode der Unterdrückung gewisser Klassen durch die Räte nichts gemein hat, als der Wegweiser zur Arbeitsgenossenschaft zwischen Unternehmer und Arbeiter. Da aber der christliche Solidarismus vor den berechtigten Interessen anderer Stände und Berufe nicht Halt machen darf, gelangt die Schrift mit zwingender Logik zum Volkssolidarismus, zum Staat als Volksgenossenschaft, in dem jeder „die sittliche Pflicht hat, seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert", wie es in § 1 des Sozialisierungsgesetzes heißt.

Diese Schrift müßte geistiges Gemeineigentum eines jeden christlichen Staatsbürgers werden, denn sie zeigt den sittlich gerechten Ausgleich zwischen Individuum und Gesellschaft und enthält damit das einzig mögliche Zukunftsprogramm zur Erlösung aus dem gegenwärtigen Zusammenbruch.

Man möchte noch einen Schritt weitergehen, als die Schrift und sagen: Der Solidarismus ist berufen als Schiedsrichter zwischen all den verschiedenen selbst innerhalb der einzelnen Parteien miteinander ringenden politischen Tagesmeinungen, welche sich zum Teil überängstlich an althergebrachte Begriffe festklammern möchten, zum Teil mit ihren Neuerungsbestrebungen weit über das Ziel hinausschießen. So wendet sich zum Beispiel der Gemeinschaftsgeist mit seiner Betonung der freien Persönlichkeit des Menschen und seiner organischen Auffassung der in Gesellschaft, Staat und Volk wirkenden Kräfte naturnotwendig gegen einen ungesunden Unitarismus. Wer das Eigenleben und die Selbständigkeit der Gemeinden und Länder mehr, als die Rücksicht auf das deutsche Volk in seiner Gesamtheit unbedingt erfordert, beeinträchtigt, untergräbt die gesunde Grundlage des Volkswohls genau so, wie der Liberalismus mit der Freiwirtschaftstheorie den Schwächeren dem Stärkeren ausgeliefert und damit die Verdrängung des gesunden Mittelstandes, sowie den Gegensatz zwischen reich und arm gefördert hat. In diesem Punkte begegnet sich der Solidarismus mit einem alten Grundsatz des früheren Reichstagszentrums und findet gegenwärtig in den Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei eindringliche Mahner. Der Solidarismus läßt aber auch einen übertriebenen Föderalismus nicht aufkommen, da er als wirtschaftliches Ziel die Bedarfsversorgung des ganzen Volkes in gegenseitiger Rücksichtnahme und Hilfsbereitschaft ansieht. Auf solche Notwendigkeiten weisen unsere derzeitigen Zustände auf dem Gebiete des Verkehrs, der Brennstoff- und Lebensmittelversorgung usw. mit erschreckend deutlicher Sprache hin. So mögen sich künftig Föderalisten und Unitaristen auf der gemeinsamen Plattform des Solidarismus zusammenfinden und versöhnen.

Möge diese Schrift in Millionen und Abermillionen Exemplaren hineindringen in das deutsche Volk und es aufklären über den Schiffbruch des proletarischen Materialismus, welcher dem wirtschaftsliberalen Grunde entsprossen ist, es aufklären über das Wesen der wahren sozialen Gesinnung, welche nicht nur fordert, sondern auch gibt, welche anstelle der Macht die christliche Liebe in ihre Rechte wieder einsetzt. Diese Schrift, deren billiger Preis von 90 Pfg. eine Massenverbreitung sehr wohl ermöglicht, sollte Weihnachten 1919 auf dem Tische eines jeden Arbeitgebers und Arbeitnehmers liegen, und, was die Hauptsache ist, alle Beteiligten zur Revision ihrer sozialen und politischen Gesinnung veranlassen, zum Solidarismus der Tat führen.

Die deutsche Reichsverfassung über Erziehungsfragen.

Von Lehrer Franz Weigl, Landtagsabgeordneter, München-Harlaching.

Wenn von der Berücksichtigung der Erziehungsfragen in der neuen deutschen Reichsverfassung gesprochen wird, dachte man bisher fast ausschließlich an die im 4. Abschnitte zusammengefaßten Artikel über „Bildung und Schule", die ja auch tatsächlich am umfangreichsten für das einschlägige Gebiet wirksam werden. Darüber hinaus sind aber auch in verschiedenen Artikeln grundlegende Erziehungsfragen berührt, die ich für fachwissenschaftliche Interessen im Dezemberheft des Donauwörther „Pharus" zusamengestellt habe. Soweit sie darüber hinaus interessieren, soll hier ein Ueberblick folgen.

In Art. 6 sind jene Gegenstände der Gesetzgebung aufgezählt, die ausschließlich dem Reich vorbehalten sind, Erziehungs- und Bildungsfragen fallen darunter nicht. In Art. 7 werden jene Gegenstände aufgezählt, für die dem Reich im allgemeinen die Gesetzgebung zugesprochen wird, davon sind erziehlich einschlägig die Bevölkerungspolitik, die Mutterschafts-, Säuglings-, Kinder- und Jugendfürsorge, das Theater- und Lichtspielwesen. In Art. 10 werden sodann die Gegenstände aufgezählt, für die das Reich „im Wege der Gesetzgebung Grundsätze aufstellen kann." Dazu gehören die Rechte und Pflichten der Religionsgesellschaften und das Schulwesen.

Art. 113 ist bedeutsam, weil er bestimmt, daß die fremdsprachigen Volksteile beim Unterricht nicht im Gebrauch ihrer Muttersprache beeinträchtigt werden dürfen.

Vom Standpunkt des sittlichen Jugendschutzes aus ist wichtig Art. 118, der als Waffe gegen Schundliteratur und Schundfilm gebraucht werden kann. Der Schlußsatz dieses Artikels besagt nämlich, daß zur Bekämpfung der Schund- und Schmutzliteratur sowie zum Schutze der Jugend bei öffentlichen Veranstaltungen und Darbietungen gesetzliche Maßnahmen zulässig sind.

In Art. 119 wird die Ehe als Grundlage des Familienlebens unter den besonderen Schutz der Verfassung gestellt. Kinderreichen Familien wird Anspruch auf ausgleichende Fürsorge, der Mutterschaft auf besonderen Staatsschutz gesichert. Einschlägig ist hier auch Art. 155, der bei der Bodenverteilung allen Familien, besonders den kinderreichen, ein entsprechendes Heim sichern will. Art. 120 sichert den Eltern den Einfluß auf die gesamte Erziehung ihrer Kinder, indem er diese als „oberste Pflicht und natürliches Recht der Eltern" anerkennt. Für die Wirksamkeit der Elternvereinigungen und die Geltendmachung ihrer Rechte auf die Schule ist dieser Artikel mit von grundlegender Bedeutung.

Art. 121 sichert den unehelichen Kindern für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung die gleichen Bedingungen wie den ehelichen Kindern, und Art. 122 schützt die Jugend vor Ausbeutung und sittlicher, geistiger und körperlicher Verwahrlosung.

Im 3. Abschnitt, der „Religion und Religionsgesellschaften" behandelt, wird die Gewissensfreiheit (Art. 135) gewährleistet, wodurch für die religiöse Erziehung der Jugend in öffentlichen Schulen Stützpunkte gewonnen werden. In Art. 137 wird der Religionsunterricht zu einer selbständigen Angelegenheit der „öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften" gemacht. (Zu vergleichen Art. 149.)

Der 4. Abschnitt behandelt „Bildung und Schule" unter den als Ergebnis der Kompromißverhandlungen bekannten Gesichtspunkten. Weniger beachtet, aber doch sehr bedeutsam, ist die Tatsache, daß die endgültige Formulierung dem durch eine Reichsschulkonferenz vorzubereitenden Reichsschulgesetz vorbehalten wird. Die „freien" Schulorganisationen rüsten allenthalben für diese Schulkonferenz. Es wird wichtig sein, daß allenthalben die katholischen Organisationen ihren berechtigten Anspruch auf Berücksichtigung bei dieser Reichsschulkonferenz geltend machen. Vom katholischen Standpunkt aus erscheint besonders wichtig eine entsprechende Formulierung der Grundsätze für die Konfessionsschule (Art. 146) und für Privatschulen (Art. 147).

Eine Reihe von praktischen Erfahrungen der letzten Monate hat gezeigt, daß die Haltung der Eltern in Erziehungsfragen keineswegs übereinstimmt mit dem pädagogischen Programm, das ihre politische Partei vertritt. Dieser Gesichtspunkt muß eindrucksvoll zur Geltung gebracht werden, damit das Reichsschulgesetz nicht nach dem Zufallsgesicht der heutigen politischen Zusammensetzung des Reichstages erfolgt.

Zur Organisation der Schüler höherer Lehranstalten.

Von Prof. **Hermann Hoffmann**, Breslau.

Nachdem die katholischen Lehrlinge, Jünglinge, Studenten, Gesellen usw. alle seit Jahrzehnten ihre Organisation, ihre Standesvereine haben, fängt es nun auch mit den katholischen Gymnasiasten verheißungsvoll an. Zwei Ereignisse dieses Jahres haben die weitere katholische Oeffentlichkeit zum erstenmale deutlich auf diese Frage hingewiesen: der erste deutsche Quickborntag und die Gründung eines Verbandes katholischer Schüler höherer Lehranstalten, der sich „Neu-Deutschland“ nennt. Neu-Deutschland sah ich noch nirgendwo am Werk. Die von den Zeitungen bisher gebrachten Mitteilungen sind einstweilen die Quellen meiner Kenntnis. Beide, Quickborn und Neu-Deutschland, vertreten verschiedene Richtungen in der Frage der Schülerorganisation, verschiedene Möglichkeiten, der katholischen studierenden Jugend zu dienen. Keiner, so weit ich die Literatur verfolgen konnte, hat auf katholischer Seite klarer und schärfer die Unterschiede dieser beiden Richtungen oder Möglichkeiten erfaßt und dargestellt als R. Guardini in einem Aufsatz „Prinzipielles und Praktisches zur Organisation von Schülern höherer Lehranstalten“. Es wäre ein Verlust, wenn diese Gedanken in den Monatsblättern für den katholischen Religionsunterricht an höheren Lehranstalten (Jahrg. 20, Heft 3/4), nur den Religionslehrern zugänglich, der katholischen Allgemeinheit verborgen blieben.

Guardini behandelt beide Richtungen, indem er Quickborn und Wanderfreund der Juventus gegenüberstellt. Daß Quickborn eine katholische Jugendbewegung auf abstinenter Grundlage ist, setze ich als bekannt voraus. Der Wanderfreund war ein katholischer Wandervogel. War es; denn am ersten deutschen Quickborntag hat er sich aufgelöst bezw. ist er im Quickborn aufgegangen. Die Wanderfreunde erkannten in Quickborn, dessen Programm und dessen Geist sie wohl auf der Quickbornburg beim Quickborntag erst kennen lernten, zu ihrer Freude, daß Quickborn das ist, was sie selber sein wollten: der katholische Wandervogel. Vorher hatten sie wohl nur gewußt, daß das Quickbornliederbuch von Prof. Dr. Klemens Neumann der vollwertige katholische Ersatz für Wandervogelliederbuch und Zupfgeigenhansl ist, und hatten es darum als ihr Liederbuch angenommen. Auf der Quickbornburg wurde ihnen der Wert der Einheit klar und so gingen sie mit wehender Fahne zum Quickborn über; denn die Abstinenz, die Quickborn verlangt, schien ihnen nicht das Recht der Absonderung zu begründen und schien ihnen für die neue Jugend kein zu schweres Opfer.

Die Juventus in Mainz löste schon vor dem Wandervogel anders, aber ähnlich, die Schwierigkeit der Organisation von Gymnasiasten trotz der Schulgesetze. Da die höheren Schüler jetzt Vereins- und Versammlungsrecht haben, kann nunmehr die Organisation einfacher gestaltet werden. Ob die Juventus, deren tüchtige Leitungen und jugendliches Leben ich aus eigener Anschauung kenne, sich Neu-Deutschland angeschlossen hat, weiß ich nicht, weiß aber ebenso, daß Juventus und Neu-Deutschland vielfach sich ähneln. So können wir unsere grundsätzlichen Bemerkungen an das Verhältnis von Quickborn und Neu-Deutschland anknüpfen. Beide Richtungen sind der Gegensatz von Jugendpflege bezw. Jugendverein und Jugendbewegung. Ich weiß, daß der Ausdruck Jugendpflege unschön ist, ich weiß mir keinen bessern und bemerke ausdrücklich, er soll keine Wertung ausdrücken, sondern nur etwas anderes als die Bewegung.

Seit fast 20 Jahren geht durch die studierende Jugend eine große Gärung, die sich in allerlei Bünden, Germania, Wehrlogen, Wandervogel, freideutsche Jugend, Vortrupp usw. auswirkt. Aus Freiheit, Freundschaft und Freude wird die neue Jugendbewegung gewoben. Ihr Wesen ist Freiheit. Diese neue Jugend will nicht gepflegt, nicht geleitet, nicht „gehabt“ sein (im Sinne des „Wer die Jugend hat, hat die Zukunft“). Frei, ihrer Jugendart entsprechend, sucht sie ihre Freuden, baut sie sich ihr Reich, gleich abhold der Betreuung durch die Alten im Jugend- oder Schülerverein, wie der Nachäffung der Alten im Rauchen, Trinken, Kneipen usw. Aus Sturm und Drang entstand eine neue Romantik, die im Wandervogel ihre die Jugend zur Natur, Heimat und Kunst zurückführende Gestaltung, im Krieg mit seinen zahllosen begeisterten Freiwilligen ihre Bewährung, in Walter Flex' „Wanderer zwischen beiden Welten“ ihre herrliche dichterische Verklärung fand. Diese Richtung — alle ihre verschiedenen Strömungen finden sich zusammen in der freideutschen Jugend — hatte Bedenkliches in ihrer Entstehung, das wollen wir ihr nicht nachtragen, hat aber Bedenkliches auch in ihrem Ziel, ihrem Weg, ihrem Geist. Die Abkehr von den Alten, die Selbstregierung geht zu weit; Jugend braucht Grundsätze, die kann sie sich nicht selber geben, die muß sie von den Alten empfangen. Die Freiheit wird übertrieben, namentlich im religiösen Gebiet, den Anschluß ans Gewordene vermissen wir gar oft, die Geltung christlicher, ja sittlicher Bindungen scheint uns manchmal zu wanken, wir gewahren da und dort fast heidnische Ziele, fast revolutionäre Ungebundenheit.

Und unsere katholische Jugend? Seien wir offen, sie ist vom Geist der Zeit ebenso wenig unberührt wie die nichtkatholische. Die zauberhafte Romantik des Wandervogels hat auch sie ergriffen. Freiheit und Selbstregierung haben auch sie in ihren Bann gezogen. Hunderte — oder sind es Tausende? — katholische Jungen, oft nicht die schlechtesten, sind zum Wandervogel gegangen und mit ihm zur freideutschen Jugend. Viele sind treu katholisch geblieben; es gibt in katholischen Gegenden Wandervogelgruppen, die katholisch zu nennen sind, weil die Mitglieder alle es sind und ihr Geist. Ob sie es bleiben? Ob sie auf die Dauer dem freideutschen Geiste widerstehen können? Wir haben Bedenken. Katholische Erzieher und Jugendfreunde können nicht wünschen, daß unsere Jugend dorthin geht.

Sie ging aber doch dorthin, nicht aus bösem Willen, sondern gezogen durch die dort gebotenen Freuden und Ziele, die sie auf katholischer Seite nicht fanden. So war denn die Gründung des Quickborn eine Tat. Die breitere Oeffentlichkeit hat es erst durch die Tagung auf Burg Rothenfels am Main erfahren, daß er der katholische Wandervogel ist, ein Versuch, Freiheit, Freundschaft und Freude unserer Jugend zu geben unter Vermeidung der Gefahren, die wir eben zeichneten. Die Abstinenz und die Religion sollen der doppelte Schutz sein. Mit ihnen steht und fällt Quickborn. Auf sie gegründet, wagt er eine Jugendbewegung zu sein. Wagt es zu verzichten auf Paläste, die die Alten ihm bauen könnten, um sich zu begnügen mit dem selbstgezimmerten Hüttlein. Die gottgewollte Autorität ist ihm heilig, Familie, Schule, Staat, Kirche. Aber sonst will er frei sein, nicht geleitet, nicht gepflegt, nicht protegiert. So ist er gezwungen, Führer auszubilden. Auf sie kommt alles an. Die Freiheit, die zu Verantwortlichkeit sich selber bindet soll erziehen zur sittlichen, katholischen Persönlichkeit. Jede Quickborngruppe ist Tatgemeinde, ist Arbeitsgemeinschaft, ist Erziehungswerk. Die Gruppen bilden Gaue, über allem steht der Quickborntag. Die Alten sind nicht ausgeschlossen, als Helfer, nicht als Herrscher, sind sie willkommen. Die Monarchie ist Quickborns Verfassung, der Gründer, Dr. Strehler, ist sein König. Es war eine Freude auf dem Quickborntage, zu sehen, wie die Quickbornjugend zu den Alten, den selbst Gewählten, steht.

Anders Juventus, anders Neu-Deutschland. Das Ziel ist das Gleiche wie bei Quickborn: die Schaffung der religiösen Persönlichkeit, des Katholiken der Tat. Aber die Wege sind verschieden: Bewegung dort, Organisation hier. Vorstand und Sitzungen, Zirkel und Sektionen. Alles wird geboten, religiöse Ansprachen und Andachten, soziale, apologetische, literarische, philosophische, musikalische Untergruppen, Wandergruppen, Sport, Turnen. Nicht überall wird alles getrieben werden, aber die Möglichkeiten sind schier unerschöpflich. Aber es bleiben verschiedene Arten: auf der einen Seite Leitung, Selbstleitung auf der anderen, der eine Weg ist sicherer, der andere schwerer. Aber beide sind nötig und berechtigt. Das Wesen des Wandervogels ist nicht das Wandern, sondern die Freiheit. Die Jungen sind verschieden, es gibt unternehmende, freiheitliche wagende, stürmende, es gibt auch ruhige, bedächtige, leitungsbedürftige. Beide Arten sind vorhanden, darum berechtigt. Die tüchtige Führerpersönlichkeit bringt hier den Erfolg, die wohldurchdachte erprobte Organisation dort. „Quickborn, faßt Guardini zusammen, ist mehr auf schöpferische, neugestaltende Kräfte gestellt, Juventus (und Neu-Deutschland) auf langsames Durchbilden und Umbilden des Ueberkommenen. In jenem tritt mehr ein fließendes, wechselndes Element zutage, in dieser ein beharrendes, bewahrendes. Dort ist es die tätige Einzelpersönlichkeit, der gleichgesinnte, glücklich veranlagte Kreis, auf den sich das Ganze stützt, hier die aus dem Wesen der Sache geborene Organisationsform, weit genug, um den Einzelnen nicht zu binden, hinreichend stark und durchgebildet, um das Ganze tragen zu können, auch wenn der Durchschnitt der jungen Leute von allzu passivem Charakter wäre.“

Quickborn, füge ich hinzu, wie jede Form der Jugendbewegung, wird immer eine Sache der Minderheit, nie der

Masse sein, schon wegen der Abstinenz; die Organisation wie Neu-Deutschland, ist geeignet, die Gesamtheit, oder wenigstens einen möglichst großen Teil der Jugend zu umfassen. Darum sollte sich niemand mehr über die Gründung Neu-Deutschlands freuen, als Quickborn, der sich klar sein muß darüber, daß er viele Jungen in seinen Reihen nicht brauchen kann, nicht weil er besser ist als sie, sondern weil sie anders sind als er.

Freilich ergeben die grundsätzlichen Verschiedenheiten von Jugendorganisation — so wollen wir statt Jugendpflege doch lieber sagen; denn in Neu-Deutschland wird sicherlich der Selbsttätigkeit der Jugend viel zugestanden werden wie jetzt schon in vielen Kongregationen — und Jugendbewegung, daß die eine nicht in die andere aufgehen kann. Aber möglich und notwendig und darum in den Verlautbarungen von Neu-Deutschland und Quickborn immer wieder betont, ist ein freundschaftliches, ist ein brüderliches Verhältnis zwischen Organisation und Bewegung in der katholischen Jugend, wenn — hoffentlich recht bald an vielen Orten — Neu-Deutschland und Quickborn nebeneinander bestehen werden. Wünschenswert ist sogar noch mehr. Die freideutsche Jugend stellt eine große einheitliche Front dar. Sollte die katholische es nicht auch? Neu-Deutschland wird zweifellos eine ganze Anzahl bestehender einzelner Gruppen aufsaugen. Das wird den großen Vorteil der Vereinheitlichung bringen. So wird es bald vielleicht nur Neu-Deutschland, Juventus, Marianische Kongregationen, Großdeutsche Jugend und Quickborn geben. Wäre es nicht zu wünschen, zu erreichen, daß alle zusammen eine Art Arbeitsgemeinschaft — nennen wir sie Neue Jugend oder Katholische Jugend oder Deutsche Zukunft oder sonstwie — bilden? Gemeinsame Aufgaben ließen sich genug finden, Vorteile genug ausdenken.

Das Volkslied muß mehr gepflegt werden.

Von Pfarrer Dr. W. Frings, Bengen (Ahr).

Auf allen Gebieten wird jetzt für das Volkswohl gerungen und gekämpft Mit Recht. Das Volk hat Hilfe nötig; es muß wieder aus dem Tiefstande herauskommen, in den es durch die letzten, speziell durch das letzte Jahr gekommen; geholfen muß ihm werden, daß es wieder zu anderen Höhen sich heraufschwinge, daß es vor allem zu den echten Freuden- und Friedensquellen wieder zurückkomme. Schon manches, sagte ich, ward da für das Volkswohl getan. Und doch: ein wichtiges Gebiet liegt noch brach, es ist die echte Volksmusik.

Zwar bin ich als Musiker auf allen Gebieten der Musik tätig. Und dennoch — habe ich mich schon manche Jahre spezieller der Volksmusik, ihrer Forschung, ihrer Aesthetik, ihrer Art, ihrer Wirkung usw. besonders gewidmet. Warum? Weil ich mir bewußt war und bewußt bleibe, daß gerade die Volksmusik und speziell das Volkslied es ist, an dem das Volk so viel hat, an dem das Volk so recht gesunden kann. Nicht bloß schrieb ich darum in dieser Hinsicht die verschiedensten Artikel[1]), sondern auch in öffentlichen Vorträgen bot ich dem Volke in Wort und Gesang Gelegenheit, sich von dem Werte der Volksmusik speziell des Volksliedes zu überzeugen. Und hielt ich dies früher für nötig, um so nötiger halte ich es für die heutige Zeit. Ist an und für sich nämlich die jetzige Zeit so trostlos und freudenbar, so muß vor allem von ihr gesagt werden, daß sie deswegen auch besonders so trostlos und freudenbar ist, weil sie so liedarm ist. Wo hört man heutzutage noch ein echtes, gutes Volkslied? Wo sind die früheren Zeiten, wo man in Berg und Tal, in Burgen und Hütten diese fröhlichen Weisen vernahm? Wo sind darum auch die echten, frohen Herzen? Ach — wenn man heutzutage ja nur einige Stationen mit der Bahn fährt, dann ist man es schon satt; nur Hader, Gepolter, nur Kritik, nur Eifer und Zorn, nur Rachegedanken und Rachedurst, aber — Freude, ein fröhliches Lied — das war einmal. Ja, mit Recht ruft Bormann in die Lande:

Einst war in deutschen Landen
Das Volk so reich an Sang,
Daß dir auf Weg und Stegen
Sein Herz entgegenklang . . . .
Der Bauer hinterm Pfluge,
Der Hirt im Wiesental,
Die Mägdlein bei den Rocken,
Sie sangen allzumal.
Und wo die Kinder spielten,
Da lenkt' ein Lied die Lust,
Und wo die Burschen zogen,
Da klang's aus voller Brust.

O, dieses bittere: Einst war!! Warum kann nicht ein neues: „Nun ist" daraus werden! Warum wird nicht gerade in dieser Beziehung auch einmal wieder so recht für das Volkswohl geschafft! Warum hebt man nicht aus diesen Goldgruben, die dem Volke andere Güter bringen, als die Schätze, die ihm heuer so oft als falsche Güter und Genüsse vorgegaukelt werden!

Und — das Volk weiß auch Dank dafür; des kann man sicher sein. Ich spreche aus Ueberzeugung. Noch dieser Tage hielt ich einen Volksabend von mehreren Stunden; nur Volksmusik (Lieder und Balladen) bot ich dem Volke, und der Erfolg! Als ich von den zahlreich herbeigeströmten Zuhörern schied, da scholl es: Auf Wiedersehen, auf Wiedersehen! Man merkte es dem Volke am Gesichte schon an — wenn es mir's auch nicht gesagt hätte —, was im Herzen als Widerhall der Lieder erklang. Und ich selbst — ich schied von der Menge mit dem Gedanken: „Es steckt doch noch viel gesunder Geist in dem Volke; nur muß er wieder gehoben, geführt und gefördert werden."

Ja, ja — das Volk ist selbst dieses bunten Wirrwars, dieses Klagens und Zeterns müde, es sehnt sich selber nach idealeren Höhen. Nun, wozu denn nicht zugreifen? Hand ans Werk! gilts da für jeden, dem das Volk lieb ist. Und — da genügt es nicht, daß man hie und da, an diesem oder jenem Orte nur dem Volke solches biete, nein, das Volk muß allgemein wieder zu echten Freuden- und Friedensquellen hingeführt werden. Es muß ein hl. Wettkampf sein, dem Volke hie und da solches zu bieten, wovon es wieder lernt, zum wahren Idealismus zurückzukehren und dadurch wieder zu gesunden. Führe man daher auch allgemein wieder das Volk zu seinen schönen Volksliedern, in denen „sich die tiefsten, zartesten und innigsten Regungen des deutschen Gemütes abspiegeln" (Wietberger).

Sorge man, daß das Volk wieder lieb hat und lieb behält sein Volkslied, „diese urwüchsige Pflanze heimatlichen Bodens, die so manche Sorge gebannt, so manche Träne getrocknet, so manche Freude vervielfacht hat" (H. von Ende).

Wirke man besonders auch aus dem Grunde gemeinsam für das Volkslied, für die Volksmusik, weil darin das Volk und seine Führer „eine wirksame Handhabe gegen den Schmutz und die Zote der Tingeltangelprodukte" besitzen (W. Nagel). Denn wenn früher schon Ambros in seinen „Kulturhistorischen Bildern aus dem Musikleben der Gegenwart" uns zurufen mußte: „Der Dienende, der Arbeiter, der Handwerker . . . verlangt, wie billig, seinen Anteil an Musik und was man ihm bietet, ist Musik aus der Tanzkneipe oder aus dem welschen Opernhaus. Es macht den Eindruck, als reiche man den Durstenden statt der Gottesgabe des frischen, klaren, silberhellen Wassers und des goldenen, herzerfreuenden Weines — berauschenden Branntwein und gemeinen Fusel" — so gilt das in dieser Aera der alles Edle verkennenden Revolutionszeit erst recht. Dürfen wir überhaupt zusehen, dürfen wir zulassen, daß uns solches weiter für das Volk geboten wird? Müssen wir uns nicht vereint wehren und alles aufbieten, daß der schier unerschöpfliche Schatz von innigen Liedern unseres deutschen Landes dem Volke wieder zugängig und lieb und wert gemacht werde, damit wieder so rechte Herzensfreude, so rechte Zufriedenheit, so rechter Trost und echtes Glück ins Volk einziehe und bei ihm verbleibe?

[1]) Vergl. „Cäcilien-Vereinsorgan" 1916, 1917, 1918, „Eifelvereinsblatt" 1919, „Trierische Landeszeitung" 1918, „Die Welt" usw.

Sei froh!

Von F. Schrönghamer-Heimdal.

Was heißt froh? Unsere Muttersprache, die für uns „dichtet und denkt", erklärt den Wortsinn, den geistigen Inhalt des Wörtleins. Froh und frei sind ein und dasselbe Wort; nur hat frei mehr Bezug auf äußere Verhältnisse, während froh den inneren Gehalt, die geistige Verfassung bezeichnet.

Bei unseren Altvätern hieß Frô soviel wie Herr, und zwar im Sinne von geistigem Adel: Ueberwinder des Bösen in und außer sich, Lichtbringer, Hort der Unschuld, Schirmherr der Bedrückten, Rechtswalter, Retter und Ritter. Die Bedeutung von Froh als Herr ist uns noch in Fronleichnam, Frondienst, Fronfeste erhalten. Dem männlichen Froh entsprach die weibliche Frouwe oder Fröwe, unser heutiges „Frau". Verwandte Worte, aus derselben Wurzel entsprossen, sind Friede und Freude. Diese Lebensblüten gedeihen aber nur auf frohem Herzensgrund, und alles Frohe selbst ist wieder nur Frucht unablässigen Kampfes gegen die Feinde des Guten, Wahren und Schönen in und außer uns.

Grundlage alles Frohsinnes ist die Wahrheit, die uns frei macht, zunächst vom Irrtum, dann aber auch von seinen Folgen. Der Kampf um Wahrheit führt zur Freiheit, das Festhalten der gewonnenen Wahrheit gegen Wahn und Irrtum feit gegen alle Versucher. Leidüberwindung und Sinnenbeherrschung sind wesentliche Merkmale dieser guten Kämpfer. Froh im höchsten Sinne ist Christus: er hat die Welt überwunden, den Tod besiegt, die Hölle versiegelt. Darum ist er „der Herr", der sonnige, sieghafte Himmelsheld.

Willst du froh werden, so sei ein wahrer Christ, Ebenbild des Urbildes, Herr über Dich und die Welt!

Für den Weihnachtstisch.

Von **Herders Neuauflagen** seien an dieser Stelle einige in Sicht des Weihnachtbüchertisches herausgehoben: Bischof Dr. **Paul Wilhelm von Kepplers** tröstlich schöne Lösung vom **Problem des Leidens** (8. und 9. Aufl.). Pr. 2 ℳ; P. **Moritz Meschlers** tiefgreifende, gewinnende Einführung ins Heiligtum des inneren Menschen: **Geistesleben** (3. u. 4. Aufl.). Pr. 4.40 ℳ; Prof. Dr. **Karl Bertsches** zweites Bändchen seiner prächtigen, ethisch, kultur- und literarhistorisch bedeutsamen **Blütenlese** aus den Werken von **Abraham a Sancta Clara**. Mit 10 Bildern (3. u. 4. Aufl.). Pr. geb. 9.40 ℳ; endlich die 2. u. 3., vermehrte Auflage des liebenswürdigen **„Mit Stab und Stift."** Reisebilder von Dr. **Petrus Klotz** O. S. B. Pr. kart. 4.80 ℳ. E. M. Hamann.

Die frohe Botschaft. Roman von Heinrich Godefried. Brosch. ℳ 3.—, geb. ℳ 4.—; **Herbstzeitlosen.** Erzählungen von Alfons Steinberger. Brosch. ℳ 3.—, geb. ℳ 6.—; **Die Fahrt nach dem heiligen Gral.** Erzählung aus der Kreuzzugszeit. Von Arno von Walden; **Friedensfreudenquelle.** Von Otto Hartmann (Otto von Tegernsee). Brosch. ℳ 6.—, geb. ℳ 8.—; **Das Buch der Wahr- und Weissagungen.** Eine Zusammenstellung der wichtigsten Prophezeiungen und prophetischen Gesichte aus alter und neuer Zeit. Von Wilhelm Clericus. Brosch. ℳ 7.—, geb. ℳ 9.—; **Prophetenstimmen.** Die zukünftigen Schicksale der Kirche Christi im Lichte der Weissagungen des Herrn und seiner Heiligen. Von Wilh. Hermann Honert, Oberpfarrer. Brosch. ℳ 4.80, geb. ℳ 6.40; **Krieg und Frieden im Tierreiche.** Von Heinr. Bals (12. Bändchen der Naturwissenschaftlichen Jugend- und Volksbibliothek). Brosch. ℳ 1.80, geb. ℳ 2.70; **Das bayerische Heer in drei Jahrhunderten 1618—1914.** Von Generalmajor z. D. Albert Schenk. Mit 28 Illustr. (53./54 Band der Geschichtlichen Jugend- und Volksbibliothek). Brosch. ℳ 4.—, geb. ℳ 6.—; **Urgeschichte des Menschen.** Von Hochschulprofessor Dr. Sebastian Killermann. Mit 356 Illustrationen und Farbenbildern. Brosch. ℳ 9.—, geb. ℳ 12.— (Regensburg, Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz A.-G.).

Unser täglich Brot. Kulturhistorische Bilder aus guter alter Zeit. Von Dr. Johannes Kleinpaul. Kart. ℳ 2.70, geb. ℳ 3.20; **Wie wir uns kleiden.** Kulturgeschichtliche Bilder aus alter und neuer Zeit. Von Dr. Johannes Kleinpaul. Kart. ℳ 2.70, geb. ℳ 3.20; **Das Schwalbenbüchlein.** Wie eine Mutter ihr Heim belebt. Von A. Heinen. ℳ 2.—; **Das Heim und sein Schmuck.** Von Dr. Heinr. Saedler. Zeichnungen von Karl Köster. ℳ 1.—; **Anstands-, Verkehrs- und Lebensregeln.** Von Prof. W. Deuser. ℳ 2.80; **Feierabende.** Plaudereien mit Staatsbürgern. 1. Bd.: Der Lebenskreis der Familie. Von A. Heinen. ℳ 3.60; **Die Seele des Jahres.** Von Margarete Windthorst. ℳ 4.80; **Elisabeth,** Landgräfin von Thüringen. Ein altes deutsches Heiligenleben im Lichte der neueren geschichtlichen Forschung. Von Dr. Maria Maresch. Mit acht Abbildungen. ℳ 4.80; **Franz von Assisi.** Von Emil Dimmler (1. Band der Sammlung von Zeit- und Lebensbildern). ℳ 2.40; **Dantes Göttliche Komödie.** Nach ihrem wesentlichen Inhalt dargestellt von Otto Euler. ℳ 2.80 und 4.—; **Heimkehr.** Stille Gedanken von Adolf Donders. ℳ 4.80; **Alltags.** Besinnliche Lesungen. Von Adolf Donders; **Heliand.** Lesungen vom Treuebund Gottes. Von Oberlandesgerichtsrat B. A. Betzinger. ℳ 1.20 bis 3.60; **Die kirchlichen Hymnen** in den Nachbildungen deutscher Dichter. Mit den lateinischen Texten, einer Einleitung und Anmerkungen. Herausgegeben von Geh. Studienrat Prof. Dr. O. Hellinghaus. ℳ 6.— und 7.20; **Das Neue Testament.** Die vier Evangelien übersetzt, eingeleitet und erklärt von E. Dimmler. Je ℳ 2.40; **Die Volksbildung im deutschen Aufbau.** Von Emil Ritter. ℳ 2.70; **Raumlehre.** I. Teil: Linien und Winkel, Flächen. (Volksunterricht Heft 11). Von Franz Flaskamp. ℳ 3.—; **Jung-Land,** Halbmonatsschrift für das junge Landvolk. 11. Jahrg. 1918/19. (M.Gladbach, Volksvereins-Verlag G. m. b. H.).

Seelenweihnacht. Eine Ermunterung zum freudigen Gottsuchen. Von Erzabt Norbert Weber O. S. B. ℳ 3.—; **Der Wandel vor Gott.** Von Joseph Löcherer, 5. Aufl., besorgt von einem Benediktiner. (Missionsverlag, St. Ottilien, Obb.)

Von Mutterleid und Mutterfreud. Zur besinnlichen Lesung für jede, die eine gute Mutter werden will. Von A. Heinen. ℳ 2.—, Geschenkausgabe ℳ 4.—. (Verlag Alfons Hug, Günzburg a. Donau.)

Vom Büchertisch.

Die Kurzsichtigen. Geschichten von den kleinen Menschlein; von Xaver Falkner. (Hausen, Saarlouis. 50-Pfg.-Bücherei.) — „Von den kleinen Menschlein" — klingt das nicht von oben herab, so etwa, wie die Riesenkönigstochter auf den pflügenden Bauer, wie die Engel am Himmelsfenster auf den Ameisenhaufen Erde niederblicken? Man kann den Menschen auch umgekehrt von der Froschperspektive aus ansehen, dann erscheint alles an ihm groß, erstaunlich und heroisch. Aber es ist wirklich einmal sehr heilsam, daß ein Mensch sich von oben herab vernehmen läßt, nicht im sarkastischen Ton des Schmähers und Spötters, im grimmen des Menschenverächters, sondern im Tone des liebenden Weisen, der sich gewöhnt hat andere und sich selbst zu beobachten, und da sind ihm nun so mancherlei schnurrige Torheiten aufgefallen. Wenn er sie erzählt, dann lachen die Betroffenen — und dazu gehört fast ein jeder (auch dich, lieber Leser, hat der scharfäugige Falke beobachtet) — herzlich mit: Ja, wahr ist es, so mechanisch und gedankenlos stolpere ich dahin, so kurzsichtig bin ich, solche Geschichten passieren mir. Aber indem er sich unterhält, lernt er zugleich beobachten, schauen, weit schauen, weit über die Nase und die Närrin Gewohnheit hinaus. Und er ist dankbar, daß er einmal mit so klugem Finger auf sein klein Menschliches hingewiesen wurde. Die Menschen sind oft nicht böse, wenn sie wehetun, sondern nur gedankenlos. Das Büchlein Falkners lehrt gedankenvoll zu sein. Das heißt es ist kein Lehrbuch, sondern ein fein geschriebenes Geschichtenbuch, es lehrt nicht mit Theorien, sondern mit Plaudern. Stellt euch einmal, statt immer Sterngucker zu sein, unter Falkners Mikroskop! Dr. Peter Dörfler.

Hans von Hammersteins neueste Werke. Schloß Rendezvous (München, Parcus & Co.) 80 ℳ, Luxusausgabe 200 ℳ. Das vornehm ausgestattete Buch trägt die Widmung: Wilhelm Bosch wie vor einem Jahrzehnt, als in unserer Freundschaft ersten Tagen dieser heitere Kranz sorgloser Reime geschlungen wurde, so heute noch in Treue und Dankbarkeit zugeeignet. Diese Worte interessieren nicht nur den Literarhistoriker, sondern auch den „Kritiker". Denn der begabte Dichter bezeichnet sein Werkchen selbst als „einen Kranz sorgloser Reime". Deshalb erwartet man auch keine aufrührenden Probleme, keine Tendenz, sondern „Dichtung" schlechthin. Es ist wieder in der Art jener Fabulierkunst, von der Max Geißler einmal sagt, sie sei uns leider abhanden gekommen. Nur schade, daß der Stoff wieder leicht an den des „Februar" anklingt! — eine leichtfertige Rokokogeschichte! Hugo Steiner (Prag) hat das Buch mit kolorierten Steinzeichnungen geschmückt und außerdem alle Exemplare signiert. — Zwischen Traum und Tagen. Lieder, Bilder und Balladen von Hans von Hammerstein. (München, Parcus & Co., 1919.) Ein schmächtiges Bändchen, aber ein Werkchen von unschätzbarem Werte! Ein wahrhaftes Göttergeschenk! Solche Balladen, wie sie uns Hammerstein im „Graf von Seeben", in „Ulrich der Springer" und im „Schwedenprinz" hier schenkt, sind seit den Tagen Uhlands und Eichendorffs nicht mehr erschienen. Gewiß sind auch unter den übrigen Abteilungen, den Liebes- und Naturgedichten, sowie unter den „Kriegsbildern" Perlen der Poesie, aber uns will scheinen, als sei in Hammerstein der romantische Balladendichter erster Größe erschienen. Man könnte höchstens bedauern, daß der Dichter nicht alle seine Gedichte in das Bändchen aufgenommen, so namentlich seinen Zyklus: Aus dem Waldviertel, der im Eichendorffkalender von 1914 stand. Uebrigens ist der Gedichtband auch als Nr. 9 der „Romantischen Bücherei" erschienen, die ebenfalls der rührige Verlag Parcus & Co., München, herausgibt, und auf die bei dieser Gelegenheit hingewiesen sei. Hans von Hammerstein aber wünschen wir eine reiche Entfaltung seiner trefflichen Dichtergabe; mag der Feind uns besiegt haben, solange solche Poesie in uns klingt, können wir nicht verloren gehen. Dr. Ewald Reinhard, Dortmund.

Hugo Gnielczyk: Der Riese vom Huhlberge. Ein Volksmärchen. Breslau, Bergstadtverlag Wilh. Gottl. Korn. Pr. 3 ℳ. Dieses unlängst schon von mir hier lobend angezeigte Werkchen hat, seinem Werte entsprechend, eine ganz neue, vornehme Ausgabe erfahren: mit vergnüglich wirkenden Bildern von dem bekannten Berliner Maler Georg Schütz, mit angenehm großem Druck, so daß das Büchelchen, außer „Kennern", zumal der kindlichen Jugend und dem augengeschwächten Alter sonderlich gut gefallen wird. Das Bändchen gehört entschieden auf den Weihnachtstisch! E. M. Hamann.

Br. Willram (Prof. A. Müller): **Aus Herz und Heimat.** Versepen. Innsbruck-München, Tyrolia. Pr. geb. 5.20 ℳ. — Dieser bewährte Epiker und Lyriker hat von vornherein Anspruch auf lebhaftes Interesse. Auch das vorliegende Werk bedeutet eine entschiedene Bejahung seines hervorragenden Talents. Unter den vier Versepen des Bandes nimmt das erste: „Der letzte Mensch", den Hauptrang ein. Im Mittelpunkte steht Ahasver, der ewige Jude, der dem kreuztragenden Heiland an seiner Schwelle die Rast verwehrte und deshalb nie mehr Ruhe, auch den heißersehnten Tod, nicht finden kann, bis er — ein Bild seines Volkes — selber zum Christusglauben kommt. Das Gedicht faßt Ahasver als den letzten Menschen, der beim Weltuntergange an das Herz Gottes flüchtet und dort für immer ausruht. Das zweite Stück: „Zu spät", schildert die sehnende Heimkehr eines Sohnes von der Front zur Mutter; ahnungslos trifft er zu deren Begräbnis ein. Das dritte: „Treu bis zum Tod", ruft die bekannte „Heldenmär" von der Schildwacht am Stabianertor des in Glut und Asche erstickenden Pompeji vor uns auf und, als Gegenstück, den heldenhaften Erfrierungstod einer tirolischen Schildwacht am Pasubio während des letzten Krieges. Das vierte: „Das Sakrileg", schildert in lebhafter Bewegung die gottesschänderische Tat eines Wildschützen und deren traurige Folgen. Die Darstellung, zumal die im ersten Teil, ist von packender Anschaulichkeit und schöner, sieghafter Sprache, die ein paarmal auch an die Grenze des Naturalistischen zu gehen wagt. Wucht und Glanz des Vortrages versteht sich übrigens bei diesem Dichter von selbst. E. M. Hamann.

Früh vollendet. Nachlaß des cand. theol. **Franz Galgenmüller.** Herausgegeben von M. Fr. Eisenlohr. Donauwörth, Ludwig Auer. Preis 4 ℳ. — „Ein treuer Sohn und Bruder der Seinen, ein Edelcharakter, auf dessen männlicher Jugend der Schmelz der Unschuld glänzte, ein Charakter, der auch im Schützengraben unter seinen Soldaten apostolisch mannhaft wirkte", so kennzeichnet der Herausgeber den eine große Hoffnung versinnbildlichenden Helden der Darstellung. Diese selbst bestätigt das hohe Lob im einzelnen und im ganzen durchaus. Möge denn das fesselnde, ergreifende Buch seinen Segensweg in viele Familien, vor allem zur vorgeschritteneren männlichen Jugend finden! E. M. Hamann.

Mutterseele. Von Brigitte Loffen. Buchenbach in Baden, Felsenverlag. 170 S. 5 ℳ, geb. 7.20 ℳ. „Die unmittelbare Wirklichkeit des Lebens ist so prosaisch, so trivial, so unbefriedigend, so unvollkommen. Darum sehnt sich jeder denkende Mensch und jedes edle Herz nach Idealen." (Pesch, Christliche Lebensphilosophie.) Marie-Luise Dohrn, kurzweg „Marie-Lu" genannt, ist ein mit den leuchtendsten Farben von der Dichterin ausgestattete Idealgestalt, die in der Glorie der Frauen- und Mutterliebe erstrahlend, ihre ganze Umgebung sonnig verklärt und erwärmt. Schweres hat sie zu tragen, denn der männliche Krieger, an den sie plötzlich ihr Herz verliert, fällt nach kurzen Tagen seligsten Glückes und auch das Liebespfand, das er ihr hinterlassen und an das sie mit allen Fasern ihres Seins sich geklammert hat, muß sie hergeben. Doch wenn der Schmerz sie auch gewaltig erfaßt, sie erliegt ihm nicht, denn „die Kraft der Liebe, die nur vom Himmel erbeten und erlangt werden kann", ist das Geheimnis, durch welches sie alle Tücken des Lebens überwunden und den Frieden gefunden hat. Es ist einigermaßen befremdend, daß diese Lebenskünstlerin aus einer Tanzschule hervorgegangen ist, aber es sei drum! Es ist so viel Zartes und Edles und Reines in dem Roman, daß man diesen modern anmutenden Zug schon mit in den Kauf nehmen

kann und die Leserinnen, die hier besonders in Betracht kommen, werden vielleicht nichts Wunderliches darin finden. L. van Heemstede.

Camilla Werner. In der Stille. Ein Lehrerinnenbuch. Freiburg, Herder. Preis kart. 4 M. — Es wird auch andere Leserinnen anziehen können als ausschließlich die Hüterinnen der Jugend, dies feine, anmutige Bändchen, das seine zarten Skizzen und Erzählungen als duftige Blüten im Garten der Lebenserinnerung und Berufserfahrung brach, sie aus dem Bronnen des Heils netzte und in das linde, stählende Licht christlicher Idealität stellte. Ein tief weibliches Buch, vielleicht etwas zu sehr unter das Zeichen poetischer Weichheit gerückt, aber durchaus fest und tief wurzelnd in einem Boden, aus dem Kraft zum „guten Kampfe" quillt. E. M. Hamann.

August Haggeney S. J.: **Kinderseelsorge.** Winke zur Vorbereitung und Abhaltung der Exerzitien für die heranwachsende Jugend. Freiburg, Herder. Preis steif brosch. 1.80 M. — Eine Ausglutung der Seelsorge in der Hirtenarbeit für unsere heutige Jugend: so könnte man das Büchlein nennen. Gleich zu Anfang stellt es das „Es ist in keinem andern Heil" als Mittelpunkt auf, tut es vor allem für „das Unglück unserer Jugend" unter den Versuchungen, Verführungen „der schrecklichen Triebkräfte des Neuheidentums" und den vielfach verhängnisvollen Eindrücken des furchtbaren Krieges. „Wer kann und soll helfen? Wir Priester ... An erster Stelle durch religiöse Ertüchtigung und Vertiefung" in sich selbst, versteht sich, und kraft dessen aus sich heraus zur Auswirkung dieses Apostolats. Der eine Zweig moderner Jugendseelsorge: die Seelsorge der zur Entlassung kommenden Schulkinder, findet in der Darstellung eine Hauptberücksichtigung. Der hier gewiesene Weg zeigt viel helles, warmes Licht. So sei das Bändchen bestens empfohlen. E. M. Hamann.

Bischof Joh. Michael Sailer: Ueber den Selbstmord. Neue Ausgabe. Freiburg, Herder. Preis kart. 2 M. — Ein erneuter zeitgemäßer Vorstoß gegen die furchtbare Sünde der Selbstvernichtung, aus der Hand eines einzigartigen Heilandjüngers und Menschenliebhabers: Bischof Sailers. Auch dieses Bändchen ein ganzer Sailer: reich, tief, warm und klar, packend-überzeugend. Textgliederung: Gründe wider den Selbstmord; Scheingründe für den Selbstmord; Bewahrungsmittel vor dem Selbstmord. E. M. Hamann.

Dr. P. **Joh. Chrisostomus Schulte** O. M. C.: **Die Kirche und die Gebildeten.** Dritte und vierte, neubearbeitete Auflage. Freiburg, Herder. Preis kart. 6.40 M. — Die Neubearbeitung des hier bereits wiederholt angezeigten wertvollen Buches besteht in konzentrierender Kürzung und in erheblichen Erweiterungen, wie sie sich dem seine Zeit und ihre einschlägige Literatur aufmerksam beobachtenden Verfasser unumgänglich darboten. Dieser selbst verweist im jüngsten „Geleitwort" insbesondere auf die empfangenen brieflichen Anregungen. Nach wie vor wendet sich das christlich-weise, zugleich weltkluge Werk in erster Linie an die Träger der Gebildetenpastoration, in zweiter an die gebildete Laienwelt selbst, und zwar dort wie hier nicht zuletzt im Interesse unserer von der religiösen Notlage betroffenen Frauenwelt. E. M. Hamann.

P. **Paul Humpert** O. M. J.: **Dramatische Dichtungen.** Sämtlich erschienen im Verlag Franz Wulf, Warendorf i. W. — Unlängst auf diesen mir bisher noch nicht bekannten Dramatiker aufmerksam gemacht, fand ich in seinen Vereinsbühnendichtungen sinnfällig Gutes, Tüchtiges, Vielversprechendes: hohen, reinen Sinn, glücklichen schöpferischen Griff ins Stoffgebiet, Gestaltungskraft und -klarheit, Wärme und Tiefe des Gefühls, psychologischen Scharfblick, dichterisches Vermögen, Schwung der Sprache und der Gedanken, Begeisterungsfähigkeit, Wille und Gewalt, andere mitzureißen und aufwärts zu führen. Und das alles mit Bewußtsein in den engen Rahmen der Vereinsbühne gespannt als einer Vorstufe jener gehobenen Volksbühne, die wir anstreben und für die nachhaltig zu wirken ein P. Humpert bestimmt sein dürfte. Einstweilen freuen wir uns dankbar und möglichst fördernd seiner Vereinsbühnendichtungen. Hier auf sie im einzelnen näher einzugehen, fehlt der Raum. Mir liegt aber jetzt, in der Zeit der Vereinsbühnenvorbereitungen, vor allem daran, den betr. Vorständen das viele Gute ins Gedächtnis zurückzurufen, das P. Humpert aus seiner tiefen, verstehenden Liebe zum Volk mit hervorragender Begabung unter dem Zeichen christkatholischen Ideals geschaffen hat. Er selbst stellte seine Dichtungen unter zwei Rubriken: A. Für die Herrenbühne: Lucius (5 Aufz.), aus den letzten Zeiten des römischen Heidentums; Im Banne der Freiheit (4 Aufz.), aus der großen französischen Revolution; Der Feind des Messias (4 Aufz.), für die Weihnachtszeit; Der Volkstribun von Gent (4 Aufz.), aus der Zeit der Zünfte; Der Löwe der Zunft (4 Aufz.); Die Donareiche (4 Aufz.); Blutige Saat (3 Aufz.), aus der Oblatenmission. B. Für die Mädchenbühne: Die letzte Drude (3 Aufz.); Heiliges Feuer (4 Aufz.), aus der Zeit der römischen Vestalinnen; Genoveva, Legendenspiel mit Gesang und Reigen; Frauenweihnacht, Festspiel mit Musik und Gesang für die „Damenbühne". E. M. Hamann.

Die Beamtenfrau. Zentralorgan für die Interessen der Beamtenfrauen. (Illustrierte Fachzeitschrift.) Schriftleitung: Maria Köchling. Verlag: „Führer" — Verlags- und Vertriebsgesellschaft m. b. H., Berlin NO 43, Georgenkirchstraße 22. Bezugspreis: vierteljährlich 3 M. Erscheint zweimal monatlich. — Maria Köchlings frisch-freudige Art des Zugreifens auf ein idealreales Ziel hin haben wir schon kennen gelernt. Als Schriftleiterin des obengenannten Unternehmens dürfte sie für weite Kreise ein vielversprechendes Segensfeld eröffnet haben. Die ersten zwei Hefte liegen vor; man darf sagen: Alles in allem ein vorzüglicher Anfang! Geschmacks- und Interessengebiet der ins Auge gefaßten, sehr wichtigen Leserinnenklasse scheinen mir, unter der Richtung ständiger Aufwärtsentwicklung, durchaus getroffen zu sein, nach oben und nach unten, sowie in die Weite. Und zwar in einer Weise, daß auch „andere" sehr gern nach der schmucken, gehaltvollen Zeitschrift greifen werden. Rasch und sicher wird sich diese fraglos ausbauen, unter solcher lebenkennerischen Leitung, mit dem Rückhalt eines bewährten, wagemutigen und wagekräftigen Verlags. — Von dem bisher vorliegenden Inhalt eine Probe! Führende Aufsätze: Hinterbliebenenfürsorge; Amtliche Heiratsvermittlung; Der 31. Juli und die Frauen; Schlüsselgewalt der Frauen; Die Notlage der alleinstehenden Beamtenfrauen; Beamtenfrau und Politik; Was muß die Beamtenfrau vom ehelichen Güterrecht wissen?; Sollen wir unsere Kinder in unsere Sorgen einweihen?; Vom Werden unserer Lieder. Daneben ein „fortlaufender" Roman, Novellistisches, Skizzen, Gedichte, Gedankensplitter, „Bausteine", Berichte aus Erziehungs-, Haus-, Küchen-, Garten- und Modebetrieb. Also ein anregendes Vielerlei unter echt kulturellem Einheitsprinzip. Wir wünschen reichen Erfolg und ebensolche Förderung! E. M. Hamann.

Exegetisches Handbuch zum Alten Testament. 8. Band: Die Bücher Samuel. Uebersetzt und erklärt von Dr. Alfons Schulz. 1. Halbband. 8° XII und 418 S. M 11.—, geb. M 13.80 (Subskr. M 9.40, geb. M 12.20). Münster, Aschendorff, 1919. Der vorliegende Band beginnt die Verwirklichung eines groß angelegten Planes, eine gute deutsche Uebersetzung mit Kommentar sämtlicher Bücher des alten Bundes zu bieten nach den bestterreichbaren Grundtexten, dazu eine Einleitung ins Alte Testament, eine alttestamentliche Theologie, eine Erklärung der messianischen Weissagungen, eine biblische Archäologie und eine Einführung in die nachbiblische jüdische Literatur. Das Gesamtwerk wird herausgegeben von Prof. Dr. Nikel (Breslau). Der nunmehr veröffentlichte erste Halbband behandelt das erste Buch Samuel. Die Hauptabschnitte Samuel und Saul (Kap. 1—15) und Saul und David (Kap. 16 bis 31) erfahren eine ins einzelne durchgeführte Gliederung. Dem eingehend durchgearbeiteten Text ist ein ausführlicher Kommentar beigegeben, der in wissenschaftlichem Gewande in das Verständnis dieses Schriftbuches einführt. O. Heinz.

Heilige Seelenlust. Des Angelus Silesius geistliche Lieder. Ausgewählt und eingeleitet von P. Cornelius Schröder O. F. M. 8° 109 S. M 4.—. Warendorf, Schnell, 1919. Dieses Werkchen leitet trefflich eine in zwangloser Folge erscheinende Sammlung geistlicher Dichtungen ein. Eine Einführung unterrichtet kurz über die Lebensschicksale des Konvertiten Johannes Scheffler, der nach dem ihm bei der hl. Firmung noch beigelegten Namen Angelus mit der Bezeichnung Silesius im Andenken der Nachwelt fortlebt. Auch die Eigenart seines dichterischen Schaffens wird kurz gekennzeichnet. Die aus seinem fünfbändigen Werk „Geistliche Seelenlust" hier ausgewählten Lieder treten uns in einem unserem Empfinden angepaßten Gewande entgegen. Es sind innige Anmutungen einer gottliebenden Seele, die sich an den menschgewordenen Gottessohn wenden zum Preise seiner Erlösungstat und zum Ausdruck herzlicher Sehnsucht, mit ihm vereint zu werden hienieden schon und durch die Ewigkeit. Ein köstlicher Schatz gemütsinniger, religiöser Dichtung wird in dieser prächtigen Ausgabe wieder vielen erschlossen. O. Heinz.

Praktische Anleitung zur viertelstündigen Betrachtung besonders für Leute in der Welt. Von A. Ailinger S. J. 16° 120 S. M 2.50. Regensburg, Pustet, 1919. Dieses Büchlein kommt dem nicht selten geäußerten Wunsch heilsbeflissener Seelen in der Welt entgegen, das betrachtende Gebet zu üben. Hier sind es nicht theoretische Anweisungen, die so manchmal nicht zum Ziele führen, sondern unmittelbar praktische kurze Betrachtungen über die ewigen Wahrheiten, das Leben Jesu und der Heiligen. Dabei ist das Hauptgewicht auf den Kernpunkt der Betrachtung, die Uebung und Stärkung des Willens gelegt. O. Heinz.

Kalender bayerischer und schwäbischer Kunst 1920. Herausgegeben von Joseph Schlecht, München, Gesellschaft für christliche Kunst G. m. b. H. 16. Jahrgang. Preis 3 M. Ein wahrer Schatz für das christliche Haus, in dem Freude und Begeisterung an den Herrlichkeiten alter heimatlicher Kunst noch nicht erloschen sind, ist dieser allen Schwierigkeiten der Zeit zum Trotz auch diesmal wieder aufs reichste ausgestattete Kalender. Die Vorderseite des Umschlages schmückt ein „Schutzmantelbild", ein aus der Sammlung Boisserée nach München gekommenes Gemälde des Nürnbergers Hans Traut († 1516). Der dazu gehörige Aufsatz (von J. Schlecht) weist auf noch andere Kunstwerke gleichen Gegenstandes hin. Rückwärts zeigt der Umschlag einen farbenglühenden hl. Christophorus von F. Winkler. Somit wird in diesem Kalender, trotz allen Interesses für die ältere Kunst, auch die moderne nicht übersehen. Auch dieses Bild gibt Anlaß zu einer fesselnden kunsthistorischen Betrachtung (von E. K. Stahl). Der Malerei gelten noch andere Aufsätze. Einer (von H. Leidinger) bespricht die herrlichen Miniaturen des 1531 entstandenen Antiphonariums des Cisterzienserklosters Kaisheim, einer (von A. Feulner) drei Fächerentwürfe des Augsburgers Johann Hauser († 1740). Auch in den Aufsätzen über das Kloster Vornbach (von F. Mader) nimmt die Malerei eine Hauptstellung ein, hier als Genossin der Barockarchitektur. Aeußerst interessant ist die (von A. Mitterwieser gelieferte) Beschreibung verschiedener Sandtnerscher Stadtmodelle. Die vielen vorzüglichen Abbildungen helfen den Wert des Kalenders vervollständigen. Dr. O. Doering.

Bühnen- und Musikrundschau.

Münchener Schauspielhaus. „Die Raschhoffs", ein Drama von Hermann Sudermann. Der neue Sudermann fand eine gute, aber keineswegs überschwengliche Aufnahme. Betrachten wir das Werk nach seinen Vorzügen, so können wir feststellen, daß Sud. rmann der Alte geblieben ist, der Kenner der Szene, der spannend zu schreiben versteht und der dankbare Rollen zu schaffen vermag. Es gibt Leute, die können das nicht, und dies dünkt ihnen schon Grund genug, hochmütig auf Sudermann herabzusehen. Freilich auch in seinen Schwächen ist Sudermann der Alte geblieben; da sind die groben psychologischen Unmöglichkeiten, die man sich heute nur in der expressionistischen Mode erlauben darf; da ist eine theatralische Lautheit und anderes mehr. Das Stück spielt in des Dichters ostpreußischer H.imat. Die gut angeschlagenen Lokaltöne geben dem Stücke Stimmung und Reiz. Die Raschhoffs sind Gutsbesitzer, Vater und Sohn. Der letztere ist jung verheiratet, aber seine Frau ist durch den Tod eines Kindchens etwas schwermütig und vernachlässigt ihren Mann. Bernhard Raschhoff leitet daraus das „Recht" ab, sich anderweitig zu zerstreuen. In Berlin hat er eine Dame von etwas zweifelhaftem Rufe kennen gelernt. Was

als tadelnswerte Zerstreuung begann, wird sündige Leidenschaft. Bernhard ist allzuoft in Berlin, vernachlässigt sein Gut. Die Sache muß auffallen. Der alte Raschhoff ist klug und weise, er hat bald heraus, was dahintersteckt. Was tut er? Er bringt die schöne Wally auf eine zu seinem Gute gehörige Mühle. Bernhardchen soll sich austoben; da wird ihm das Verhältnis schon mit der Zeit langweilig werden und Frau Edith wird nichts davon merken. Moralisch ist dies recht übel gedacht, aber wenn wir dem alten Raschhoff auch diese Gesinnung zutrauen wollen, für so töricht ihn zu halten, fällt uns schwer. Bernhard ist natürlich oft auf der Mühle, der noch recht flotte alte Herr nicht minder. Man erfährt im Herrenhause von der Fremden. Es kommt zu einer Begegnung zwischen Wally und der ahnungslosen Frau. Eine sehr geschickte Theaterszene. Die Damen finden Gefallen aneinander, aber Ediths Eltern durchschauen den Sachverhalt; sie veranlassen ihre Tochter, das Haus ihres ungetreuen Gatten zu verlassen. Da will der alte Raschhoff sich für den jungen opfern; er will mit Wally auf eine Reise gehen, die sogar zur Hochzeitsreise werden könnte. Auch Wally findet Gelegenheit, edelmütig auf Bernhard zu verzichten, denn sie bringt es nicht über das Herz, die arme, junge Frau zu kränken. Bei dieser Sentimentalität ist zwar abschwächend zu bemerken, daß Frau Wally im Grunde viel besser zu dem feschen, alten Herrn paßt, der ihr sogar legitime Aussichten bieten kann. Der Liebestolle hat kein Verständnis für den väterlichen Opferwillen. Vater und Sohn stehen sich in einer großen Szene gegenüber. Der Zuschauer weiß, daß beide Pistolen in der Tasche haben und fürchtet eine Mordtat aus Eifersucht. Bernhard fordert den Vater zum Zweikampf, der Alte nimmt an, und nun tut er wiederum etwas, was seinem Charakter nach höchst unwahrscheinlich ist: er stürzt sich in den Mühlbach. — Der Schluß enttäuschte und dämpfte somit den Beifall. Dieses Drama wirkt nicht tragisch; wir sind Zeugen von allerhand bedauerlichen Begebenheiten, deren zwingende Notwendigkeit sich nirgends aufdrängt. Freytags Spielleitung dämpfte das Grelle ein wenig. Koch gab dem alten Raschhoff strotzendes Leben, Götz spielte den ziemlich blaß gezeichneten jungen vielleicht noch blasser. Die so gefährliche Wally gab Frl. Molter mit dem nötigen Theaterblut. Frl. Tiedemann, der leider jetzt so schlecht beschäftigte Raabe und Frau Tondeur spielten mit Geschmack.

Lustspielhaus. Das Lustspiel „Blaufuchs" des ungarischen Dichters Herczel ist vor einem Jahre im Schauspielhaus bekannt geworden. Man hat es nun auch im Lustspielhaus gespielt, da das Publikum solch dreieckiger Verhältnisse immer noch nicht müde zu werden scheint. Die interessante, junge Frau wurde recht hübsch gespielt, aber nur ein faszinierendes Virtuosentum könnte uns für das nicht belangreiche Stück stärker einnehmen. Einen größeren Heiterkeitserfolg hatte „Der dunkle Punkt", Lustspiel von G. Kadelburg und Rud. Presber. Dieser hat uns vor Jahren mit der heiteren Kleinigkeit bekannt gemacht, inzwischen ist der adelsstolze Gutsbesitzer noch etwas altmodischer geworden, aber das tut schließlich nicht viel, denn solche Karikaturen haben im Grunde doch schon seit hundert Jahren nur auf der Bühne gelebt. Also dieser Freiherr von der Dühnen, der in der Familie, in die sein Sohn heiraten will, nach dunklen Punkten forscht und einen Kommerzienrat und Molkereibesitzer für einen als ganz unmöglichen Verwandten hält, bekommt im eigenen Hause einen viel dunkleren Punkt, nämlich einen Schwiegersohn mit Negerblut in den Adern, ein Rasseproblem, das allerdings nicht nur auf einem Junkerschloß Aufregung auslösen könnte. Man unterhält sich recht gut obwohl die bescheidene Handlung des dunklen Punktes ein paar Mal auf den toten Punkt gelangt, über den dann einige Presberscherze wieder hinüberhelfen. Immerhin könnte die Regie durch Beschleunigung der Tempi noch bessern. Dysing und König (der ehem. Hofschauspieler a. D.) als adeliges und bürgerliches „Original", Hoch als Mohr (mit weißen Händen?) und die immer vornehme Marie Glümer spielten recht gut, die Liebespaare wirkten sehr unbedeutend; nebenbei gesagt, nicht nur in diesem Theater haben die jungen Leutchen im Salon ein etwas merkwürdiges Gehaben. Wäre ich Spielleiter, ich würde sie noch ein wenig in die Tanzstunde schicken . . .

Verschiedenes aus aller Welt. Max Reinhardt hat den zu einem Riesentheater umgebauten Zirkus Busch in Berlin mit einer sehr eindrucksvollen Aufführung der Orestie des Aischylos eröffnet. Die einst in der Münchener Ausstellungshalle begonnenen Versuche finden hier ihre Fortsetzung. — In Folge Millionendefizits ist der Fortbestand der Wiener Staatstheater noch keineswegs gesichert. — Sehr gelobt wird in Karlsruhe Waltershausens neue Oper „Die Rauensteiner Hochzeit". Die Musik des durch den einige Jahre vielgegebenen „Oberst Chabert" bekannt gewordenen Tonsetzers ist reich an Erfindung und koloristischem Reiz. Das geschickt gemachte, im frühen Mittelalter spielende Textbuch hat Waltershausen selbst verfaßt. — Hans Müller hat mit seinem Drama: „Die Sterne" im Wiener Burgtheater einen starken Erfolg gehabt. Er zeigt wieder sein großes theatralisches Geschick, dessen Wirkung erfahrungsgemäß freilich rasch verpufft. Das Drama behandelt Galileis Abschwören seiner Lehre. Später leidet der greise Forscher an dieser aus Mangel an Mut hervorgegangenen Nachgiebigkeit und will vor seinem Tode einen Widerruf seines Widerrufs herbeiführen. Die Haltung des gütig gezeichneten Papstes sucht Müller in Opportunitätspolitik zu begründen. — Mit Luther beschäftigt sich nach Berichten auch ziemlich unberufen Herr Lissauer. Sein in Dresden kühl aufgenommenes Drama: „Die Anfechtung" besteht nur aus einem Rededuell zwischen Luther und dem Teufel, an dessen Ende der letztere zum Fenster hinausgeworfen wird. — Einer in Mannheim gebotenen Bühnenbearbeitung von Mozarts Titus wurden einige Vorzüge zuerkannt. — Ein Drama: „Schneesturm" von O. Zoff hatte in Frankfurt a. M. durch seinen unklaren Symbolismus nur geringen Erfolg. Es will etwa besagen: es kann sein, daß die Menschen keine Rechte aufeinander haben und doch sind sie mit inander verklammert, wie die Schneeflocken der weißen Ebenen und Berge. — In Berlin wurde „Albine und Aujust oder Freut Euch des Lebens" von M. Hermann-Neiße gegeben. Die Kritik nennt den Autor einen „Wede-Enkel". — „Sie", eine Komödie von dem Berliner Bürgermeister Reike hatte Erfolg. Die Figur der in reichem Hause erzogenen Droschkenkutscherstochter versprach eine Charakterkomödie, erfüllte aber die Erwartungen nur zum Teil.

München. L. G. Oberlaender.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Valutaproblem und Exportpolitik — Verschleuderung des deutschen Nationalgutes — Der Ruf nach dem Steuergeneralpardon — Folgen der Kohlenkrise.

Nach den grossen, unheilvollen und nicht wieder gutzumachenden Schäden, welche die Wirtschaftskraft Zentraleuropas lahmgelegt haben, scheint nunmehr das internationale Valutaproblem in ein Stadium der Klärung eingetreten zu sein. Man ist im neutralen Auslande allerdings noch vielfach der Ansicht, dass man infolge der Unsicherheit unserer Steuerpolitik und aus anderen finanzpolitischen Gründen keine Mittel finden könne, um aus diesem Marasmus des Verfalles und der unaufhörlichen Liquidation herauszukommen. Immerhin ist, für den Moment wenigstens, und wahrscheinlich auch nur vorübergehend, eine Erholung der Reichsmark in der Schweiz eingetreten, was angesichts der überaus starken deroutemässigen Kursabflauung unserer Währungsnotizen nicht verwunderlich ist. Reichsverhandlungen mit belgischer Finanzseite wegen endgültiger Bindung der Milliardenbeträge von im Besitz der belgischen Regierung befindlichen Reichsbanknoten auf längere Frist, neue holländische Kreditverhandlungen mit Deutschland und die namentlich zum Vollzug gelangten verstärkten Massnahmen unseres Einfuhrschutzes im Westen sind solche sachliche Gründe einer aufmerksameren Betrachtung unserer Valutengestaltung. **Zur Verbesserung unserer Valuta haben** Beratungen der deutschen Bundesregierungen stattgefunden zwecks Erhebung eines Ausfuhrzolles in bedeutender Höhe — vorgeschlagen sind bis jetzt 100 %. Der Einschränkung des Schleuderexportes wird durch eine erlassene Verordnung nunmehr energisch betrieben. Für eine Anzahl sehr wichtiger Verbrauchsgüter ist das Ausfuhrverbot verkündet. Auch die Entente scheint, und zwar wohl ausschliesslich aus ureigentlichstem Interesse, das Valutaproblem einer Lösung zuführen zu wollen. Der schon vor längerer Zeit, namentlich aus italienischer Quelle herrührende Vorschlag, für

Mitteleuropa einen internationalen Kredit im grossen Massstab aufzustellen, gewinnt nun sogar britischerseits an Boden. Dieser begreiflicherweise, nach verschiedensten Richtungen hin äusserst schwierige Vorschlag hat nur dann einigermassen Aussicht auf Verwirklichung, wenn die amerikanische Union den Hauptteil der benötigten Summe beisteuert. Denn solange der Golddollar nicht auch bei uns befruchtend wirkt, ist alle Liebesmühe vergebens, und solange bleibt jegliches Vorhaben einer internationalen Valutaregelung Phantasiegebilde, nicht nur als Hilfe für uns, sondern auch für die romanischen Länder im Süden und Westen. Auch Deutsch-Oesterreich benötigt schon angesichts der zusammengebrochenen Lebensmittelversorgung und deren tieftraurigen Begleiterscheinungen einer durchgreifenden finanziellen Hilfe. Hier wie dort ist es mit tropfenweisen Milliarden nicht getan! An den deutschen Börsen war wildes Geschäft am Devisenmarkt in fremdländischen Noten, und wie immer wieder in den sogenannten Valutapapieren, bei welchen Kursbesserungen von Hunderten von Prozenten pro Woche nichts Seltenes mehr sind. Es spielen dabei naturgemäss auch die grossen Auslandskäufe mit. So sind ganze Pakete von amerikanischen Eisenbahnaktien aus deutschem Besitz in französisch-englische Gruppen übergegangen zur Abdeckung von Verpflichtungen für Rohstoffbezüge in Amerika. Dies, ähnliche Fälle bei anderen Wertpapieren, ferner der stete Goldausgang bei der deutschen Reichsbank nimmt uns von Woche zu Woche ein Gutteil unserer erst fundierten Aktivposten des Nationalvermögens. Was dann bis zur Zahlung der ersten Rate der Kriegsentschädigung für Deutschland an greifbaren Mitteln übrig bleibt, ist wohl für jede Kalkulation ausdenkbar. Vorerst bleibt Vogel-Strauss-Politik bei uns immer noch Trumpf!

Aus den interessanten Darlegungen des bayerischen Finanzministers Speck im bayerischen Landtag über die jüngsten Vorgänge auf dem Kapitalmarkt ist namentlich der auch an jener Stelle deutlichst zum Ausdruck gebrachte Ruf nach einem Steuer-Generalpardon erwähnenswert. Die von finanztechnischer Seite längst vorausgesehenen schwerwiegenden Folgen der Steuerfluchtverordnung wurden ebenfalls bestätigt, besonders die eingetretene verstärkte Abwanderung des Kapitals ins Ausland und der panikartige Verkaufsandrang unserer seither bei den kleineren Sparern beliebt gewesenen, fest verzinslichen Werte, vor allem des Pfandbriefes. Das spekulativ anzusehende Steigen und Sinken der Kurse dieser Rentenpapiere ist das äusserliche Zeichen der übergrossen Beunruhigung am deutschen Kapitalistenmarkt. Es kann ja nicht wundernehmen, wenn durch die fortgesetzte Steuerpolemik und die verschiedensten Vorkommnisse der jüngsten Zeit selbst den nüchtern denkenden Staatsbürger schliesslich einmal das kühle Denken über das Wie und Wann der bangen Zukunft im Stiche lässt. Auch gegenüber den in endloser Reihe folgenden Kapitalsbedürfnissen der Industrie begegnet man mehr und mehr geteilter Meinung. Es ist zwar nicht zu verkennen, dass angesichts der übergrossen Preissteuerung für Rohstoffbezüge, Unkostenforderungen an Löhnen, Steuern und nicht zuletzt, um dem Auslande gegenüber einigermassen wenigstens finanziell gerüstet zu bleiben, genügend Ursache zu solchen Anforderungen an den Kapitalmarkt vorhanden ist. Die Folgen der Kohlenmisswirtschaft jedoch, die notwendig gewordenen verschärften Massnahmen der Kohleneinschränkung für Industriebezüge bedingen eine neuerliche verstärkte Stillegung oder Einschränkung einer Reihe von Industriezweigen. Auch in Bayern ist eine weitere Verschärfung der Kohlenlage mit unvermeidlich gewordenen Stillegungen von Fabriken zu registrieren. Aeusserlich kommt solche Wirtschaftsentwertung auch zum Ausdruck in den Dividendenrückgängen von bisher gut rentierlichen Unternehmungen. Die bayerische Bierbrauereiindustrie: Löwenbrauerei 11 % gegen 20 %, Paulanerbrauerei 7 % gegen 11 % ist besonders empfindsam getroffen.

München. M. Weber.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Das Aufstellen einer Weihnachtskrippe

gehört von jeher zu den schönsten, sinnvollsten alten Bräuchen des Volkes. Wirklich künstlerische Werke werden hier durch bekannte Künstler geschaffen. Zu diesen zählt als einer der besten und erfolgreichsten der Münchener akadem. Bildhauer Sebastian Osterrieder. Die Eigenart seiner großen und kleinen Krippen und der zugehörigen, ausgezeichnet gearbeiteten Figuren besteht in ihrem hohen künstlerischen Werte, außerdem bei vielen und gerade bei den stattlichsten darin, daß der Künstler die Studien dazu von den Ortschaften und im Anblicke des Volkslebens des Hl. Landes gemacht hat. Eine bedeutende Zahl berühmter Kirchen und Dome, aber auch Kapellen, dazu ungezählte christliche Familien haben sich bereits in den Besitz Osterriederscher Krippen gesetzt, die, ob groß oder klein, allgemeine Bewunderung und Anerkennung erregen. Nähere Angaben werden auf Wunsch gerne unverbindlich gemacht. Adresse: München, Georgenstr. 113.

Die Haus-Orgel.

Dichtung von Johannes Friedemann.

O! selig, wenn die stillen Räume
Des Hauses eine Orgel ziert,
Wenn in melodischen Akkorden
Sich ihr so sanfter Klang verliert.
Dann dringt des Himmels süsser Frieden
Und Hoffnung ein in jedes Herz,
Und durch die Brust stürmt ernstes Mahnen,
Ein leis' Gebet dringt himmelwärts.

Und um des Hauses kleine Orgel
Webt eine stille Zaubermacht,
Denn Glaube, Liebe, Hoffnung spendet
Sie stets in dunkler Lebensnacht.
Ist's doch, als sprächen ihre Klänge:
Vertrau auf Gott nur unverzagt,
Nach mancher herben Prüfungsstunde
Ein neuer schön'rer Morgen tagt.

Haus-Orgeln der Firma Alois Maier, päpstl. Hoflieferant, gegr. 1846 Fulda, sind in allen Teilen der Welt verbreitet. Besonders auch Harmoniums von jedermann ohne Notenkenntnis sofort 4stimmig spielbar. Illustrierte Kataloge umsonst,

Dieser Nummer liegt ein Prospekt des Verlags der Bonifacius-Druckerei, Paderborn, und des Verlags R. Oldenbourg, München, bei.

Was hängt vom Erfolg der Spar-Prämienanleihe ab? Wenn auch der Betrag von 5 Milliarden, den die Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919 bringen soll, nur gering ist im Verhältnis zu der gewaltigen Summe unserer schwebenden Schulden, so kommt doch einem vollen Erfolge dieser ersten deutschen Anleihe nach dem Kriege eine ganz außerordentliche Bedeutung zu. Denn wenn die Spar-Prämienanleihe, die vom 10. November bis 10. Dezember zur Zeichnung aufliegt, voll oder gar überzeichnet wird, so ist damit der Beweis geliefert, daß das deutsche Volk trotz all seines Unglücks doch noch selbst an seine Zukunft glaubt. Ein solcher Beweis deutschen Selbstvertrauens aber wird sehr wesentlich dazu beitragen, das Vertrauen des Auslandes zu Deutschland wieder erstarken zu lassen. Was das in unserer heutigen Lage, in der wir so stark auf das Ausland angewiesen sind, bedeutet, liegt zu klar auf der Hand, als daß es hier noch weiter ausgeführt werden müßte.

Kunstauktion. Am 15. Dezember findet im Auktionshaus der Firma Dr. F. X. Weizinger & Co., München, eine Versteigerung von Kunstgegenständen aus verschiedenem Privatbesitz statt. Vertreten sind Emailfarbengläser und interessante Schliffarbeiten, süddeutsche und schön ausgeführte Lothringer Fayencen. Unter dem Porzellan befinden sich verschiedene schöne Frankenthaler, Meissener, Wiener und Höchster Arbeiten. Enthalten ist ferner eine interessante Kollektion von Silberschmiedarbeiten der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts, daneben auch Zinn, verschiedene getriebene Kupferarbeiten u. a. Aus der sehr reichhaltigen Abteilung der Möbel sind besonders ein italienisches Renaissancezimmer, mehrere komplette Salongarnituren und verschiedene süddeutsche Prunkschränke hervorzuheben. Desgleichen bieten ganz besonders die Textilien eine reiche Auswahl schöner Orientteppiche, zum Teil in prachtvollen Farben. Unter den Gemälden begegnen uns verschiedene bekannte Meister älterer und neuerer Zeit. Der 700 Nummern umfassende Katalog mit 10 Tafeln ist gegen den Betrag von Mk. 6.— durch die Leiter der Auktion zu beziehen.

Todes-Anzeige.

Heute entschlief in unserem Kloster
der hochwürdige
P. Cosmas Pfannenstill
im 54. Lebensjahre und im 32. Jahre seines Ordenslebens.
Seine Seele wird dem frommen Gebete der Gläubigen und den Priestern am Altare empfohlen.
Im Namen des Kapuzinerklosters:
P. Kilian Müller, Guardian.
Ehrenbreitstein.

Weihnachts-Freude

macht man stets seinen Angehörigen, Kindern und Freunden **mit einem schönen Buch.**

In der **Buchhandlung Leohaus, München, Pestalozzistraße 1** sind erschienen und eignen sich besonders für den Massenvertrieb:

Confiteor.

Erzählung für jugendl. Beichtkinder von **M. Marneck.**
Preis geheftet **Mk. 3.—**, gebunden **Mk. 5.50.**

„Gebt uns wirkliche Christen"

von **Johann Sieghart.** (Für Laienapostolat, Missionen, Exerzitien eine Bürgschaft nachhaltigen Erfolges.) **Preis:** Einzeln **Mk. —.70,** 50 St. **Mk. 30.—**, 100 St. **Mk. 50—.**

Selige Jugendzeit.

Kurzes Lebensbild des sel. Gabriel von der schmerzhaften Muttergottes.
Für die deutsche Jugend bearbeitet von P. W. Preis geb. **80** Pf.

Reiche Auswahl an Erzählungs- und sozialer Literatur!

Ein Kinderbüchlein ganz besonderer Art

Zu Besuch bei den Tieren. Ein lustiges Bilderbuch

von **Rud. Schug.** Mit Vers. von **Magd. Volkmann.**
Gebunden 4 Mark. Teuerungszuschlag 30%.

Das lustige Büchlein folgt der Tierwelt bis in Swinegels Winterheim hinein mit einem Humor, der ihr Treiben liebevoll belauscht und mit Kindersinn schildert. Jedes der Bildchen ist ein selbständiges kleines Kunstwerk, zu dem Magdalene Volkmann muntere Begleitverschen geschrieben hat.

Volkmann-Leander

Träumereien an französischen Kaminen.

Ausg. m. Schattenrissen von Marte Landsberger. Geb. Mk. 4.—. Ausg m. Zeichn. von Hans Rich. v. Volkmann. Geb. M. 4.—. Teuerungszuschlag 30%.

Die **200.** Auflage dieser in ihrer Schlichtheit u. Natürlichkeit, ihrem Phantasiereichtum u. ihr m Humor unübertroffenen Poesien des zartsinnigen Märchendichters wird am Weihnachtsfest in der deutschen Familie seinen Einzug halten und die Kinderherzen erfreuen, wie sie einst Vater und Mutter li b gewonnen u d nicht vergessen haben.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Verlag von Breitkopf & Härtel in Leipzig.

Dilettanten der Liebe

Roman von J. Mayrhofer
:: **Gebunden Mk. 4.50** ::

Verlag v. Fr. Pustet, Regensburg

Wir sehen in Ernst und Scherz, wie alle diejenigen Fiasko machen, welche die große, rechte Liebe verkennend, nur dem Reichtum, dem Amüsement oder anderen Nichtigkeiten nachjagen. Zugleich eine farbenreiche Schilderung einer Polarfahrt.

Institut Sankt Josef

Kath. Haushaltungs-, Näh- und Handarbeitsschule.
Inhaberin:
Elis. Lauer, Berlin-Friedenau
Kaiser-Allee 120/III.

Empfehlenswertes, in Niederbayern, Passauer Gegend, nahe Station gelegenes

Oekonomiegut

ca. 80 Tagwerk gutes Acker- und Wiesland, auch etwas Wald, gröss. Obstgarten, gutes Bauernhaus mit 6 Zimmern, geräumige Stallung, Stadel, wertvolles lebendes und totes Inventar, preiswert verkäuflich. Jagdpacht möglich.

Näheres unter Nr. 2195 durch

Rob. Heinemann & Cie., Allgem. Immob.-Verk.-Gesellschaft, München, Karlsplatz 8.

Gutgehender

Gasthof

in mittelfränkischer Stadt, günstige Lage, Bahnnähe, schönes, grösseres Wohnhaus, Mk. 1800 — Mieteingang, guter Bierumsatz, reichl. Wirtschaftsinventar, sofort verkäuflich. Vorzüglich auch für Metzgerei geeignet, da solche in dieser Lage fehlt.

Näheres unter Nr. 2232 durch

Rob. Heinemann & Cie., Allgem. Immob.-Verk.-Gesellschaft, München, Karlsplatz 8.

Wichtig für

Briefmarken-Sammler!

Kaufet nur solche Briefmarken, die den Sammlungen der Missions-, Klöster- und Bonifatius-Vereinen entstammen und deren Erlös den Klöstern und Missionen &c mit zugute kommt. Große Vorräte in Altdeutschland-Marken. Mit Auswahlsendungen diene bereitwilligst.— Liefere auch Adressen wohltätiger Katholiken vom In- und Ausland. Geeignetes Adressenmaterial zum Sammeln milder Gaben für Geistliche im Kirchbau und Kirchbauvereine.

Neu! Republik-Marken und alle Kriegsmarken d. Mittelmächte zu Engros-Preisen zu haben. Preisverzeichn. sende auf Wunsch

Eduard Knöppel, Cassel (Hessen),

Missions-Briefmarken-Zentrale und Kath. Adressen-Verlag des In- und Auslandes.

Sendet der Allgem. Rundschau Probenummer-Adressen.

Dressur

Brieflicher Unterricht!

Wie mache ich meinen Hund scharf u. wachsam 5 Mk.
Wie dressiere ich mein. Hund auf den Mann . . 5 Mk.
Wie mache ich meinen Hund stubenrein . . . . 5 Mk.
Wie lerne ich meinem Hund Gehorsam (Appell) Leinenführigk., Setzen, Ablegen auf Befehl, Kommen auf Ruf u. Pfiff etc. 5 Mk.

Versd. per Nachn. Weitere Lehrbriefe für alle Dressurarten laut Prospekt. Erfolg garantiert! An- u. Verkauf von Hunden.

Dressurlehr-Institut
Berufsdresseur
Alfr. Kretzschmar, Ebersbach i. Sa.
Gasthof goldener Löwe.

Kölner Dom-Weihrauch
Rauchfass-Kohlen in Fabrikat
Beste Bezugsquelle für Grossisten.
M. & J. Kirschbaum, Cöln a. Rh.
Richard Wagnerstrasse 22.

Ein

gutes Buch

ein willkommenes

Weihnachtsgeschenk

in jedem Hause!

Robra-Wunderrohr

Das Instrument zeigt in ständigem Wechsel die leuchtendsten Farben u. herrlichsten Formen in immer neuer Zusammenstellung.

Unterhaltend und belehrend für Jung und Alt

Als Weihnachtsgeschenk ganz besonders geeignet.

Gr. II, 95 mm Rohrdurchmesser, mit Ständ. 320 mm hoch, 260 mm lang M. **50.—**

Gr. III, 104 mm Rohrdurchmesser, mit Ständer 400 mm hoch, 380 mm lang M. **75.—**

Josef Rodenstock, München
Bayerstrasse 3

Weitere Geschäfte: **München**, Perusastr. 1, **Berlin W.**, Leipzigerstr. 101/102, **Berlin C.**, Rosentalerstr. 45, **Charlottenburg**, Joachimstr. 44.

Rentable

Gemüse-Gärtnerei

in guter Lage Münchens, ca. 1½ Tagwerk Gärtnereianlage (event. wertvolle **Bauplätze**), ca. 80 Mistbeete, bestes Deckmaterial, guterhaltenes Wohnhaus mit 7 Zimmern, elektr. Licht, Wasserleitung, sofort verkäuflich. Näheres unter Nr. 2264 durch

Rob. Heinemann & Cie., Allgem. Immob.-Verk.-Gesellschaft, München, Karlsplatz 8.

Bayerische Geschäftsbücherfabrik und Buchdruckerei

Dietz & Lüchtrath K. G. München W 39

liefert Geschäftsbücher aller Art, Durchschreibebücher, Werke, Zeitschriften, vornehme Drucksachen, Kartotheken, Vierfarbendrucke

Buchbinderei, Lithographie, Steindruckerei

Trivastraße 15, Fernsprecher 60251

Die Führer des Deutschen Reiches

zur Deutschen Spar-Prämienanleihe!

Ebert, Reichspräsident

Über den Parteiprogrammen steht für jeden Deutschen die Pflicht, mitzuarbeiten am Wiederaufbau des Reiches. Zuerst müssen unsere Finanzen gekräftigt werden, denn nur durch sie kann das Reich wieder aufblühen. Ein Mittel zur Kräftigung der Finanzen ist die Spar-Prämienanleihe. Wer sie zeichnet, tut seine Pflicht und arbeitet mit am Wiederaufbau.

Bauer, Reichskanzler

Der Zins, vom Reiche aufgespart,
Wird Dir und Deinen Kindern nützen!

Schiffer, Vizekanzler u. Reichsminister der Justiz

Geordnete Finanzen sind eine unentbehrliche Grundlage für Recht und Gesetz. Wer das Reich finanziell stärkt, indem er ihm Geld leiht, stärkt Recht und Gesetz.

Erzberger, Reichsminister der Finanzen

Die erste Friedensanleihe ist ein kühneres Wagnis als alle Kriegsanleihen. Trotzdem wird das Deutsche Volk die Friedensanleihe zeichnen.

Dr. Bell, Reichsverkehrsminister

Geldstücke
sind die besten Eisenbahnräder!

Dr. David, Reichsminister o. P.

Wer ausländische Luxuswaren kauft, drückt unsere Valuta noch tiefer hinab und verteuert die Einfuhr notwendiger Rohstoffe und Nahrungsmittel noch mehr. Wer dagegen entbehrliches Geld in Spar-Prämienanleihe anlegt, hebt unsere Valuta und fördert den Genesungsprozeß der deutschen Volkswirtschaft. Wer sein Land liebt, handle danach!

Dr. Geßler, Reichsminister für Wiederaufbau

Tragt goldene Balken herbei
zum Wiederaufbau!
Gebt dem Reiche Geld!

Giesberts, Reichspostminister

Wer spart in der Zeit,
der hat in der Not!

Koch, Reichsminister des Innern

Wirtschaft ohne Geld
ist Pflug ohne Pferd.

Dr. Mayer, Reichsschatzminister

Was das Blut für den Körper,
ist das Geld für den Staat.

Müller, Reichsminister des Auswärtigen

Wer die Friedensanleihe zeichnet, hilft einen wirklichen, dauernden Frieden sichern.

Noske, Reichswehrminister

Wer dem Reiche kein Geld gönnt, schlägt dem Soldaten die Waffe aus der Hand!

Schlicke, Reichsarbeitsminister

Geld schafft Arbeit,
Arbeit schafft Brot.

Wertvolle katholische Literatur.

P. Cohausz, S. J., „Paulus“. Elegant geb. ℳ 7.—.

Kein Priesterleben ist an Taten, Verwicklungen, Kämpfen, Tugenden und Erfolgen reicher, als das des Apostels Paulus. Der Verfasser hat kein Leben Pauli geschrieben, sondern er legt Aussprüche und Erlebnisse vor, die er auf das Priesterleben von heute anwendet.

P. Cohausz, S. J., „Im Gefolge Jesu“. Eleg. geb. ℳ 7.—.

Ein Lebensführer für Lehrerinnen! Jede Erzieherin wird aus dem Buche Anregung, Mut und Trost in Fülle schöpfen und mit neuer Begeisterung ihrem idealen Berufe leben.

P. Cohausz, S. J., „Aus den Klostermauern“. Eleg. geb. ℳ 7.—.

Hier wird im wahren Wesen das Leben hinter den Klostermauern gezeichnet, ein Ringen strebender Seelen in mancherlei Kämpfen, ein vielgestaltiges Gutestun und Sühnopfer im Dienste der Gottes- und Nächstenliebe. Im Ganzen eine sieghafte Apologie des Ordenswesens unserer heiligen Kirche.

Bücher der Freude.

Augustin Wibbelt, „Das Buch von den vier Quellen“. Elegant geb. ℳ 7.—.

Ein wahres Lebensbrevier ist das Buch, ein herrliches Bilderbuch, ein Führer zur Freude, zur reinsten, zur wahrsten Freude.

Augustin Wibbelt, „Ein Trostbüchlein vom Tode“. Elegant geb. ℳ 7.—.

Es ist kein Buch zum Angstmachen, dieses ernste Büchlein. Hier ist echte Lebensweisheit, hohe Lebenskunst. Hier lernt man sterben, und darum lernt man leben, so ist dieses Trostbüchlein vom Tode auch ein Buch der Freude.

Augustin Wibbelt, „Ein Sonnenbuch“ Eleg. geb. ℳ 8.—.

Wibbelt stellt uns mitten in den Strudel modernen Lebens, Denkens und moderner Anschauungsweise. Ueberall hin sendet er das strahlende Sonnenlicht und umleuchtet von seiner Glut finden wir im Wandel des Zeitenstroms, der menschlichen Erkenntnisse und Ansichten einen festen Ruhepunkt von dem aus wir die Welt, Natur und Uebernatur in wundervoller Harmonie mit dem Schöpfergeiste und Schöpferwillen erblicken.

Augustin Wibbelt, „Ein Herbstbuch“. Eleg. geb. ℳ 7.—.

Das Buch birgt soviel Geist und Schönheit in seiner abgeklärter Form, daß man es jedem reifen Menschen in die Hand drücken möchte. Manchem, der das Fliehen der Jahre zu merken beginnt, wird es Licht und Sonne bringen, und manche irregegangene Weltanschauung mag es mit seinem tief christlichen Gehalt ganz unaufdringlich, aber um so nachdrücklicher berichtigen und klären.

Augustin Wibbelt, „Ein Heimatbuch“. Eleg. geb. ℳ 8.—.

Hier ist ein wahrhaft deutsches Buch, schön und stark und fest, wie deutsche Art es sein soll, ein wahrhaft christliches Buch, wie es unserer Jugend frommt.

Augustin Wibbelt, „Was die Freude singt“. Elegant geb. ℳ 5.—.

In elf Abschnitten bringt uns Wibbelts Anthologie das Schönste und Beste, was die Freude durch den Mund deutscher Dichter gesungen hat. Man lese und — freue sich.

Augustin Wibbelt, „Ein Spruchbuch“. Eleg. geb. ℳ 5.—.

Ein wahres Lebensbrevier bietet uns in diesem Aphorismenbuche der beliebte Verfasser der Freudenbücher. Das Buch birgt außerordentlich viel Geist und Schönheit in abgeklärter Form. Ein prächtiges ernstes Geschenk, wie geschaffen für unsere Zeit.

Augustin Wibbelt, „Ein Skizzenbuch“. Eleg. geb. ℳ 2.70.

Ein kleines, aber wirklich allerliebstes Büchlein, das wohl geeignet ist, nach des Dichters Wunsch, in einen grauen Tag etwas Sonne zu bringen. Ganz kurze Stimmungsbilder von daheim und draußen, in Versen, aber immer geistvoll und neu.

P. Georg Timpe, S. M., „Von Verwundeten und Toten“. Elegant geb. ℳ 6.—.

Wo einer Menschen trösten will, die einen teuren Toten draußen liegen haben, oder sich um einen Verwundeten quälen, da kann er mit diesem Buche Seelen stärken und Herzen wieder aufrichten. Sie werden es lesen mit heißen Augen, als wärs ein Brief, ein letzter Bericht von dem, den sie nicht vergessen können.

P. Georg Timpe, S. M., „..... die Sehnsucht haben“. Elegant geb. ℳ 4.30.

Das von lyrischer Sehnsucht und sonnigem Humor erfüllte Werklein reiht sich würdig an des Verfassers erstes vielgelobtes Buch „Von Verwundeten und Toten“.

Verlag J. Schnellsche Buchhandlung, C. Leopold, Warendorf i. W.

DR. F. X. WEIZINGER & CO.

DR. F. X. W. & CO. MÜNCHEN

SOPHIENSTRASSE 6 — TELEPHON: 51398 — MÜNCHEN — AM GLASPALAST — TELEGR.: CORONA

VIII. KUNSTAUKTION

ANTIQUITÄTEN - MÖBEL - TEPPICHE - ANTIKE AUSGRABUNGEN AUS SÜDDEUTSCHEM PRIVATBESITZ

AUSSTELLUNG 12., 13., 14. DEZ. AUKTIONSTERMIN 15. DEZ. U. FF. TAGE.
KATALOG M. 700 NUMMERN UND 10 TAFELN M. 6.—.

ANKAUF VON KUNSTSAMMLUNGEN UND ÜBERNAHME VON AUKTIONEN.

Musik-Instrumente

für Orchester, Kirche, Schule und Haus

Harmoniums, Pianinos,

Violinen, Guitarren, Lauten, Mandolinen in unübertroffener Qualität kauft man sehr vorteilhaft bei **Gebrüder Voigt, Markneukirchen I.** Schliessfach 40. Eigene Werkstätte, Reparaturwerkst.

Alte Geigen und Cellos kaufen wir stets zu höchsten Preisen.

Modern eingerichtete, konkurrenzlose

Brauerei

in vollem Betrieb, ca. 25 Kunden, Dampf- und elektr. Kraft, eigene Mälzerei mit ca. 2000 Ztr. Friedenskontingent, eig. Brauereiausschank, Sommerkeller, gute Gebäude, ca. 70 Morgen beste Oekonomie, wertvolles Inventar, in günstiger Lage Unterfrankens sofort verkäuflich.

Näheres unter Nr. 2237 durch

Rob. Heinemann & Cie., Allgem. Immob.-Verk.-Gesellschaft, München, Karlsplatz 8.

In dieser ernsten Zeit kommt das Harmonium-Spiel ganz besonders zur Geltung. Es ist in der häuslichen Musik Tröster und Erbauer zugleich

HARMONIUM d. König d. Hausinstrumente
HARMONIUM sollte i. jed. Haus z. find. sein
HARMONIUM m. edl. Orgelton v. 66–2400 ℳ.
HARMONIUM auch von jederm. ohne Notenk. 4stimmig spielbar.

Prachtkatalog umsonst.

Alois Maier, Hoflief., Fulda.

Geld gegen monatliche Rückzahlg. verleiht R. Calderarow, Hamburg 6.

Vorteilhaftes Angebot!

Landgut

in Dorf der Oberpfalz, Amberger Gegend, ca. 160 Tagwerk gross, darunter 50 Tagwerk Wald, gute Gebäude, totes Inventar, für Mk. 85000.— verkäufl.

Aufschluss unter Nr. 2833 durch

Rob. Heinemann & Cie., Allgem. Immob.-Verk.-Gesellschaft, München, Karlsplatz 8.

VON NEUEN UND NEUESTEN BÜCHERN

SOEBEN ERSCHEINT:

HANDEL-MAZZETTI, Der deutsche Held, Roman aus der nachnapoleonischen Zeit, gebunden ca. M 9.—.
HERTLING, Georg v., Erinnerungen aus meinem Leben, in drei Bänden, gebunden M. 40.—.
ROSELIEB, (Firmin Coar), Der Erbe, Gegenwarts-Roman aus dem Münsterlande, gebunden ca. M. 9.—.
ZERKAULEN, Der wandernde Sonntag, Geschichten aus dem Alltag, gebunden ca. M. 3.60.

VOR KURZEM ERSCHIEN:

DÖRFLER, Judith Finsterwalderin, Roman, gebunden M. 9.—. Der Rossbub, Roman, gebunden M. 9.—. Erwachte Steine, Vier Erzählungen, gebunden M. 4 50. Der Weltkrieg im schwäbischen Himmelreich, Erzählung, gebunden M. 5.25. Die Verderberin, Roman, gebunden M. 6.—.
HANDEL-MAZZETTI, Die arme Margaret, Roman, gebd. M 9.—. Stephana Schwertner, Roman in 3 Bd, gebd. M. 23.25. Meinrad Helmpergers denkwürdiges Jahr, Roman, gebd. M. 9.—. Jesse und Maria, Roman, gebd. in 2 Bd. M. 11.25. Brüderlein und Schwesterlein, Ein Wiener Roman, gebd. M. 7.50. Ilko Smutniak, Kriegserzählung, gebd. M. 4.50. Le tirailleur au képi fleuri, Kriegserzählung, gebd. M. 4.20.
STOCKHAUSEN, Das grosse Leuchten, Roman aus dem schwäbischen Bauernkriege, gebunden M. 9.—.
STACH, Die Sendlinge von Voghera, Roman, gebunden M. 9.—. Der hl. Nepomuk, Dramatische Dichtung, geb. M. 3.75. Genesius, Tragödie, gebd. M. 7.15. Missa poetica, gebd. M. 1.50. Requiem, gebd. M. 3.75.
WEISMANTEL, Mari Madlen, Roman, gebunden M. 9.75. Die Bettler des lieben Gottes, Rahmenerzählung aus der Rhön, gebunden M. 1 90.
LINZEN, Marte Schlichtegroll, Roman, gebd. M. 9.—. Aus Krieg und Frieden, Novellen, gebd. M. 5 25.
STEIGER, Job der Feigling und andere Novellen, gebunden M. 5.25.
ZERKAULEN, Die Spitzweggasse, Ein Tagebuch aus Sommer und Sonne, gebunden M. 3.60.
FISCHER, Medard ruft in die Welt, Religiöse Dichtungen, gebunden M. 6.—.

Bei sämtlichen Preisen ist der Verlagsteuerungszuschlag inbegriffen.

JOS. KÖSEL'SCHE BUCHHANDL., KEMPTEN/MÜNCHEN

Das wertvollste Weihnachtsgeschenk

ist und bleibt eine **Lebensversicherung!**

eventuell mit Einschluß der Prämienfreiheit und Zahlung einer Rente von 10% der Versicherungssumme im Invaliditätsfalle.

Die Mitglieder des D.-V. V. erhalten

bedeutende Vergünstigungen.

Unverbindliche Auskunft kostenlos.

Deutsche Lebensversicherungs-Bank

Aktien-Gesellschaft in Berlin.

Berlin NW. 40, Kronprinzen-Ufer 18.

Kinder- und Alters-Vers.

Subdirektor Carl Reinecke-München, Herzogstr. 61/0

Preiswürdige Paramente, Fahnen, Baldachine

u. sonstige Kirchl. Bedarfsgegenstände

liefert:

Joh. Bapt. Düsler, Köln a. Rh. :: Gegr. 1795.

Telephon B 9004. — Post-Scheck-K. 2317.

Wer Kirchenheizungen

rasch und gut

einrichten will, verlange umgehend Vorschläge von der durch ihr Spezialsystem bekannten

ältesten deutschen Heizungsfirma

Theod. Mahr Söhne

Aachen 7.

Prospekte und Vorbesprechungen frei.

Rentabler

Besitz

mit grösserem Obstgarten, ca. 200 Frühobstbäume, rentable **Bierniederlage**, villenartiges Haus mit 4 Zimmern, Küche, 2 Kammern, lauf. Wasser, Gas, elektr. Licht, in bad. Städtchen am Bahnhof gelegen, sofort verkäuflich. Einnahme aus Obstverkauf ca 7000 Mk., Verdienst aus Bierniederlage ca. 8000.— Mk. Aufschluss unter Nr. 2262 durch

Rob. Heinemann & Cie., Allgem. Immob.-Verk.-Gesellschaft, München, Karlsplatz 8.

STEMPEL

beziehen Sie billigst- und schnell von der Stempelfabrik

JOS. UNTERBERGER

Corneliusstr. 13 am Gärtnerplatz

Tel. 21921.

Freude an edler Lektüre

ist nicht rauschende Lust und seichte oberflächliche Unterhaltung, sondern

Erhebung der Seele.

Die Bücher der Freude sind ernst-schöne Werke, welche gerade in unserer Zeit geben können, was ihr am meisten fehlt, nämlich echte, wahre Lebensfreude:

Augustin Wibbelt:

Das Buch von den vier Quellen. 18. bis 20. Tausend. Elegant gebunden Mk. 4.50.

Wibbelts erstes Freudenbuch führt zu den vier Quellen, aus denen Gesundheit, Kraft und Leben fließen: Natur — Spiel — Arbeit — Religion.

Ein Trostbüchlein vom Tode. 14. Tausend. Elegant gebunden Mk. 4.50.

Das Büchlein vom Tode predigt Freude vom Leben und Mut zum Leben.

Ein Sonnenbuch. 15. bis 17. Tausend. Elegant gebunden Mk. 5.—.

Hier hat der Verfasser dichterisches und theologisches Können in wirkungsvoller Harmonie vereinigt.

Was die Freude singt. Elegant gebunden Mk. 3.—.

Eine selten schöne Blütenlese aus alten und neuen Dichtern, lauter Sonnenlieder, Freudengedichte und Heimatklänge.

Ein Herbstbuch. Illustriert. — Elegant gebunden Mk. 4.50.

Essais, deren Formvollendung sich mit Emmersons Griffel messen kann, die aber kristallklare Wahrheiten enthalten, in deren Tiefe sich die Sterne des Himmels spiegeln.

Ein Heimatbuch. 1. bis 6. Tausend. Elegant gebunden Mk. 5.—.

Diese kleinen, feinen, abgerundeten Aufsätze bilden für den sinnenden Menschen ein erfrischendes Seelenbad. Der Inhalt ist der neuen Zeit angepaßt.

Ein Spruchbuch. 1. Auflage. — Elegant gebunden Mk. 3.40.

Aussprüche, Gedanken und Lebenswahrheiten, kostbare Kleinode stiller Stunden, funkelnde Wahrheiten aus gütiger u. verstehender Lebensbeobachtung.

Ein Skizzenbuch. 1. Auflage. — Elegant gebunden Mk. 1.80.

Eine Reinheit, Vertrautheit mit der schönen Gotteswelt spricht aus den Zeilen zu uns, wie wir sie an Eichendorff und Mörike gewohnt sind.

Georg Timpe:

Von Verwundeten und Toten. 1. Auflage. Illustriert — Elegant gebunden Mk. 4.—.

Seine eigenen, ja, seine innersten Erlebnisse sind wie ein zartes Saitenspiel in die einzelnen Kapitel hinübergeklungen und werden im Herzen des Lesers gleichfalls die verwandten Töne der Ehrfurcht vor wahrer Heldengröße inmitten allen Unheils wecken.

... die Sehnsucht haben. 1. Auflage. Gebunden Mk. 3.25.

An der Hand eines solchen Führers durch den Graus dieser Zeit zu schreiten, ist auch ein Stück des Wiederaufbaues, der seine Kraftquellen im deutschen Gemüte sucht.

Auf alle Bücher kommt ein Kriegsaufschlag von 50 %

Verlag der J. Schnellschen Buchhandlung C. Leopold, Warendorf i. W.

Neuheit! Grösste Erfindung!
100000 in kurzer Zeit verkauft.
Elektrische
Magnet-Taschenlampe
brennt ohne Batterie jahrelang ohne 1 Pfg. Unkosten, durch Zug an der Kette. Einmalige Anschaffung, billigste Lampe der Welt
Solange noch lieferbar, Preis 25 Mark frko. Nachnahme.
Harcuba & Frackmann, Leipzig-Schleußig 27

Strumpf-Garne
versendet auch an Private.
Proben gegen 40 Pfg. Briefmarken
Erfurter Garnfabrik
Hoflieferant in Erfurt W. 318.

Ideale zeitgemässe Herrengeschenke sind **Geheim-Kassetten**, schlüssellos, diebes- u. feuersicher! höchste Vollendung, hochelegant! Verlangen Sie sofort Gratisprospekt. J. Kroiss, Garching a. Alz, Oberbayern.

Neu! Für den Weihnachtstisch! Neu!

Die Jugend von heute ... Die Männer von morgen

Lebensführer für Jünglinge von Karl Lorenz.
256 Seiten, in hübschem Geschenkband Mk. 6.—.

Das richtige Buch für den jungen Mann.

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

Verlag **Butzon & Bercker** G. m. b. H. Kevelaer (Rheinl.)

Verlag der Zentralstelle zur Verbreitung guter deutscher Literatur, Winnenden (Württbg.)

Zwei neue Märchenbücher fürs deutsche Haus!

Märchen und Legenden

von Fr. Engel.
Bilder und Buchschmuck von Ernst Gräser.
Geleitwort von Hans Thoma.

Hans Thoma, der Altmeister deutscher Kunst, bezeichnet diese mit 4 farbigen und 16 Schwarzweiß-Bildern künstlerisch ausgestatteten zwanzig Märchen als im echten Volkston und Volksgeist verfaßt, und sagt: „Die Bilder, welche beigegeben sind, veranschaulichen die Geschichten und sind somit die richtigen Illustrationen. Der bildende Künstler spinnt mit dem ihm möglichen Phantasie-Ausdruck die Sache weiter — und wie gerne sehen es die Kinder, denn sie sind jederzeit bemüht und gern bereit Gehörtes und Gedachtes in Gesehenes umzuwandeln, und sie danken es dem Künstler, wenn er ihnen dazu einen Weg zeigt.

Preis ca. M. 13.50.

Am Quell der Wunder

Isergebirgische Märchen v. W. Müller-Rüdersdorf.
Buchschmuck von Johann Conrad Köper.

W. Müller-Rüdersdorf ist als Mitarbeiter katholischer Zeitschriften weit und breit bekannt. Diese, mit großer Liebe gesammelten Volksmärchen aus dem schlesischen Isergebirge sind aber seine beste Gabe für das deutsche Volk. Der sie schmückende Künstler ist Schüler Rhodins. Inhaltlich reizend und innig, zeichnen sich die Märchen durch ihre Volkstümlichkeit aus.

Preis geb M. 4.—, brosch. M. 3.15.

Interessante Neuheit! Wertvolles Geschenkwerk!

Auf der Wetterwarte der Zeit.

Von Franz Zach.

Mit eleg. Umschlagzeich. brosch. Mk. 6.—, in Ganzleinen geb. Mk. 9.—. Der übliche Teuerungszuschlag ist darin nicht enthalten.

Wir sind auf einem Irrwege, wir müssen umkehren. Das deutsche Volk steht am Scheidewege — wir müssen zurück zum Christentum, zurück zum christlich-germanischen Kulturideal! Das ist kurz der Inhalt dieses Buches. Es ist ein Schrei nach Wiedergeburt .... 25 gedankentiefe, sprachschöne Essays in 6 Gruppen: 1. Einst und jetzt. 2. Der Kampf um Religion und Sittlichkeit. 3. Streiflichter auf die moderne Literatur. 4. Sehnsucht — die Seele unserer Zeit. 5. Das deutsche Volk am Scheidewege. 6. Christentum und moderne Welt. Wer unsere aufgewühlte, rätselvolle Zeit verstehen lernen will, findet hier einen kundigen, temperamentvollen Führer. Das Buch will sein ein Heimweglicht für die Menschen unserer Tage.

Verlag W. Merkel, Klagenfurt, Kärnten.
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Throne und Reiche stürzen –, Reichtum u. Besitz vergehen –

nur die von Christus gestiftete Kirche steht unerschütterlich fest, denn die Menschheit kann sie nicht zerstören. .. ..

Die nachstehenden Werke geben ein Gesamtbild der weltumspannenden Organisation der Kirche, über die sich zu unterrichten, Pflicht eines jeden Katholiken ist. .. ..

Die katholische Kirche

Einbanddecke.

Band I: „Rom, der Papst, die Regierung und Verwaltung der hl. Kirche"

Band II: „Die katholische Kirche auf dem Erdenrund", Darstellung der Kirchenverfassung und kirchl. Einrichtungen in allen fünf Weltteilen.

Herausgegeben von der Leo-Gesellschaft in Wien.

In glänzender Friedensausstattung, mit 8 Farben- u. 140 Tafelbildern, 3 Karten in Buntdruck u. 1540 Bildern im Text. In Prachteinbänden mit Goldschnitt, Preis **Band I: Mk. 30.—, Band II: Mk. 35.—. Beide Bände zusammen Mk 60.—.** (Verpackg u. Porto besonders.) Ausland mit 50% Aufschlag.

„Das grossartige Prachtwerk mit seiner verschwenderisch glänzenden bildlichen Ausstattung ist das beste und schönste Werk über die gesamte Weltorganisation der kath. Kirche". (Dr. A. Heilmann, München.)

Buchhandlung Heinrich Z. Gonski, (Sortiment-Abteilung), Köln, Mainzerstr. 1.

Lehrer Obst's

Nerventee

zum Kurgebr. bei Nervenkrankh. Kopfschmerz, Schlaflosigkeit von besterprobter Wirkung, zugl. Blutumlauf regelnd u. Arterien-Verkalk. vorbeugend.

Probe (f 1 Woche) 3.— Mk., **Mon.-Menge** 12 Mk.

Ausserdem besterprobt:

Lehrer Obst's Asthma-, Blasen-, Blutreinig.-, Bleichsuchts-, Darm-, Fieber-, Frauen-, Herz-, Hals-, Hämorrh.-, Lungen-, Leber-, Magen-, Nieren-, Rheumat.-, Wassersuchts-Tee u. a. m. Genauere Angab. erforderl **R. Obst**, Lehrer, Breslau, Herrmannsdorf Nr. 108.

Geb. Dame

heiter, musikal, naturlieb., wirtschaftl. sucht Briefwechsel mit einem geistig hochstehenden, groß., schlank., kathol. Herrn (Witwer ausgeschlossen) von bestem Ruf und guter Gesundheit im Alter von 33—36 J., am liebst. Akademiker, zwecks späterer

Heirat.

Strengste Verschwiegenheit erbeten und zugesichert.

Gefl. Schreiben m. Bild an die Allgemeine Rundschau, München, Galeriestraße 35a Gh., unt. J. M. 19999 erbeten.

ST. WILLIGIS

Werkstätten für kirchliche Kunst

Krieg & Schwarzer

Mainz.

Paramente, Fahnen, Kirchenwäsche, Kelche, Ciborien, Monstranzen

alle Geräte und Gefäße aus Metall.

Renovationen.

Eigene Fabrikation nach hochkünstlerischen Originalentwürfen, den Anforderungen der neuen Zeit in jeder Hinsicht entsprechend. Es ist unsere edelste Aufgabe, auch die einfachsten kirchlichen Einrichtungsgegenstände ohne Mehrkosten in künstlerisch befriedigenden Formen herzustellen. Die besten Kräfte und neuesten technischen Errungenschaften stehen uns hierfür zur Verfügung.

Prospekte, Auswahlsendungen, Offerten kostenlos.

Der Weg zum Leben.

Katholisches Religionsbuch mit Beispielen und Bildern. Von **Joh. Ev. Pichler.** 8°, 460 S. stark, eleg. geb. M. 9.50.

Ein ganz neuartiges Buch. In 106 abgerundeten Lesungen mit vielen Beispielen aus Geschichte und Gegenwart und 133 einzig schönen Künstlerbildern wird die katholische Religion klar, anschaulich und anziehend dargestellt. Ein köstliches Hausbuch, ein Lehr- und Trostbuch. Passendes Geschenk an die heranwachsende Jugend, an Firmlinge, Brautleute, Eltern, Kranke usw.

„St. Norbertus" Buch- und Kunstverlag

Wien, III, Seidlgasse 8.

Für meine Mysterienspiele

suche ich zu meiner Unterstützung und Vertretung einen katholischen, tiefreligiösen, in d. Bühnenkunst erfahrenen

Spielleiter

Erich Eckert, Marienloh b. Paderborn.

Wichtig für Politiker, Sozialpolitiker, Schriftsteller, Gelehrte, Künstler usw.

Das Zeitungsnachrichten-Bureau Red. P. Schmidt

Berlin SW. 47, Grossbeerenstrasse 56/b

liest ausser ca. 350 Zeitungen des In- und Auslandes die wichtigeren Zeitschriften jeder Art und liefert daher für jedes Interessengebiet zahlreiches Material. Infolge meiner langjährigen Tätigkeit an der Zentrumspresse wird zuverlässigste Lieferung gewährleistet.

Prospekte gratis.

Diese Straussfeder-Boa

kostet b. uns 10 cm dick 20 M., ca. 15 cm dick 30 M., ca 20 cm dick 80 M., 25 cm 120 M. Echte Atama, Edel-[illegible], jetzt 20 cm lang nur 6 M, 25 cm 9 M., 30 cm 15 M., 40 cm 25 M, 45 cm 35 M., 50 cm 60 M., 60 cm 95 M. Echte Kronenreiher 30 M., 50 M., 100 M, 150 M., 250 M. Echte Stangenreiher, 30 cm hoch, 40 M., 80 M., 120 M., 40 cm hoch 50 M, 100 M., 150 M. Versand per Nachn. Auswahlsendung gegen Standangabe.

HERMANN HESSE, DRESDEN-A.,

Scheffelstr. 10/12, p., I–IV.

Pfälzische Bank Filiale München

Hauptgeschäft:

Tel. 55726 **Neuhauserstrasse 6** Tel. 55726

Depositenkassen u. Wechselstuben:
Reichenbachstr. 1 (am Viktualienmarkt) Telephon 21815.
Prielmayerstr. 1 neben Café Arkadia Telephon 54133.
Max Weberplatz 4 (Ecke Ismaningerstr.) Telephon 40192.
Sendling Lindwurmstrasse 195 Telephon 7230.
Weinstrasse 6 (vormals Sinn & Co.) Telephon 24981.
Valleystr. 7 (neben Großmarkthalle) Telephon 12115.

Bargeldloser Zahlungsverkehr.

Errichtung provisionsfreier Scheckkonti.

Kontokorrentverkehr.

Erledigung aller Effekten- u. Börsengeschäfte.

Aufbewahrung und **Verwaltung** von **Wertpapieren** und **Wertsachen.**

An- und Verkauf von alten Münzen und Handel mit Edelmetallen in unserer Wechselstube Weinstr. 6 (vorm. Sinn & Co.)

Stahlkammern.

Einlösung von **Zins- u. Dividendenscheinen.**

Vermögensverwaltung u. Vermögensberatung.

:: Auskünfte aller Art an unseren Schaltern. ::

Für die Redaktion verantwortlich: i. V. Dr. Jos. Kausen, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., Kuntsche in München.

Nachdruck von Artikeln, Feuilletons und Gedichten nur mit ausdrückl. Genehmigung des Verlags bei vollständiger Quellenangabe gestattet.
Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gb.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Bezugspreis vierteljährlich M. 6.—.

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur. * Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 50. München, 13. Dezember 1919. XVI. Jahrgang.

Die Geringschätzung der geistigen Arbeit

ist dem deutschen Volke von landfremden Revolutionsmännern eingeimpft worden. Der deutsche Michel hat die neue Lehre geglaubt. Er hat pflichtschuldigst die Konsequenzen daraus gezogen: in die Regierungen und Parlamente hat er vorwiegend Handarbeiter entsandt. Denn was brauchts das Fachstudium von Generationen, zu was brauchen wir die „Formaljuristerei", wo der „gesunde Menschenverstand" vorhanden ist? Zu was brauchen wir geistige Arbeiter, welche die Verhältnisse des Auslandes an Ort und Stelle studiert haben, welche fremde Sprachen beherrschen und in der Lage wären, Deutschland im Auslande auf Kongressen usw. zu vertreten? Wir machen unsere auswärtige Politik nach demokratischen Grundsätzen, d. h. nach den Parteiprinzipien der gerade herrschenden Clique und lassen die Noten ans Ausland einfach durch Sprachtechniker übersetzen.

Was ist die Folge? Während alle Bedürfnisse des täglichen Lebens der sinkenden Kaufkraft des Geldes angepasst, d. h. um durchschnittlich das fünf- bis sechsfache verteuert werden, bleiben die Druckerzeugnisse, also die Mittel zur Befriedigung der geistigen Bedürfnisse verhältnismässig billig. Die Presse hat mit der allgemeinen Preisrevolution nicht gleichen Schritt gehalten, obwohl ihre Herstellungskosten und Rohmaterialien in der gleichen Weise verteuert sind, wie die Spesen aller anderen Betriebe.

Seit 1914 waren bis Oktober 1919 u. a. gestiegen:

1. Druckpapier um zirka 600%,	6. Druckfarbe um zirka 400%,
2. Kohle „ „ 700%,	7. Reparaturen „ „ 300%,
3. Schriftmetall „ „ 500%,	8. Löhne d. Drucker „ 300%,
4. Maschinenöl „ „ 500%,	9. Maschinentücher „ 1200%,
5. Druckfilze „ „ 500%,	10. Postgebühren „ 100%.

Von der Erhöhung der Gehälter der Bureaubeamten, der Mitarbeiterhonorare, von der Kürzung der Arbeitszeit, von der Verteuerung von Putzmaterial, Bindfaden, Pappe, Walzenmasse, Packmaterial, Transportkosten, Gas usw. soll gar nicht einmal gesprochen werden.

Trotz dieser enormen Steigerungen hat die deutsche Presse ihre Bezugsgebühren nur von Zeit zu Zeit um ein Geringes erhöht, immer nur um so viel, dass sie überhaupt noch existieren konnte. Insbesondere die „Allgemeine Rundschau" hat sich stets bemüht, die billigste Zeitschrift ihrer Art zu bleiben. Die allgemeine Abonnementspreiserhöhung des 1. Okt. ds. Js. hat die „Allg. Rundschau" nicht mitgemacht. Schon an diesem Tage haben fast alle ähnlichen periodischen Druckschriften einen Vierteljahrbezugspreis von Mk. 6.— einführen müssen. Seitdem sind aber die Spesen wieder ganz wesentlich gestiegen, und der Verein deutscher Zeitungsverleger kündigt zum 1. Januar 1920 eine weitere gewaltige Steigerung der Herstellungskosten und eine weitere allgemeine Erhöhung der Bezugs- und Anzeigenpreise der gesamten deutschen Presse an. Die „Allg. Rundschau" muss unter diesen Umständen ebenfalls ihre Einnahmen mit den enorm gesteigerten Ausgaben einigermassen in Ausgleich zu bringen versuchen, sie führt aber jetzt erst, d. h. ab 1. Jan. 1920, den Quartalspreis von Mk. 6.— (Einzelheft 50 Pfg.) ein, der schon bei der letzten allgemeinen Preiserhöhung der deutschen Presse angemessen gewesen wäre. Die „Allg. Rundschau" ist zu einer verhältnismässig so billigen Lieferung imstande infolge ihrer hohen Auflage. Sie vermag mit ihrer Preisentwicklung aber nur dann so sehr zurückzuhalten, wenn ihr alle Abonnenten ohne Ausnahme treu bleiben.

Der eifrige Kontakt zwischen Leserkreis und Redaktion ist eine Gewähr dafür, dass zu den brennenden, vielfach noch ungeklärten Fragen der Gegenwart auch voneinander abweichende vorurteilsfreie Meinungen zu Worte kommen.

Kein vernünftiger Leser wird die Tücke der Verkehrsverhältnisse seine Zeitschrift entgelten lassen.

Der Inseratpreis (50 Pfg. die Zeile von 1 mm Höhe u. 37 mm Breite) wird nicht erhöht. Der Verlag hofft aber, dass die Leser sich bei Gelegenheit des Inseratenteils der „A. R." bedienen. Die Inserate sind das Rückgrat auch für die Wochenschriften. Vor allem möchten wir unsere Abonnenten bitten, die Familiennachrichten, die Todesanzeigen auch der Rundschau-Lesergemeinde bekannt zu geben. Man sichert damit den Toten ein ehrendes Andenken über den lokalen Kreis hinaus und streiche dafür lieber die Anzeigen in der religionsfeindlichen Presse!

Deutsche Katholiken! Folgt denen nicht, die Euch von der geistigen Betätigung abwenden wollen! Während die Zahl Eurer Söhne und Töchter auf den Universitäten in erschreckendem Rückgang begriffen ist, nimmt die Zahl nichtchristlicher und nichtdeutscher Studierender an den deutschen Hochschulen auffallend zu. Indes die positiv gerichteten Volksteile sich wieder in Streitsucht, Uneinigkeit oder Gleichgültigkeit ergehen und die grossen Gesichtspunkte aus dem Auge verlieren, sitzt der lachende Dritte emsig hinter den Büchern und studiert. Das Volk aber, oder der Volksteil, der die geistige Arbeit vernachlässigt, wird naturnotwendig unterliegen. Drum, deutsche Katholiken, erhaltet Eure geistige Rüstung stark. Arbeitet deshalb auch mit Rat und Tat mit an der „Allgemeinen Rundschau", die sich auch künftig bemühen wird, die politischen und kulturellen Interessen der deutschen Katholiken zu vertreten, soweit es in ihrer Macht liegt.

Es wird um rechtzeitige Bezugserneuerung gebeten. Die Angabe von geeigneten Probenummer-Adressen ist jederzeit hocherwünscht.

München, Dezember 1919.

Verlag der „Allgemeinen Rundschau".

Auf dem Weg zum Frieden.

Von Dr. M. Jos. Metzger, Hauptleiter der Volksheilzentrale, Graz.

Der „Friede", den uns die Versailler Machthaber beschieden haben, verdient den bösen Witz, den man im Krieg oft zu hören bekam: „Am Ende bricht bald der Friede aus!" Ist auch der schlimmste Friede jedenfalls besser als der Krieg mit seinen Greueln, so muß doch zugestanden werden, daß der heutige „Friede" die traurigen Verhältnisse des Krieges nur in überaus bescheidenem Maße verbessert. Der Pariser „Friede" ist kein Friede, kann und wird keiner sein. Denn Friede ist mehr als bloßes Aufhören des Blutvergießens. Justitia et pax osculatae sunt, Friede und Gerechtigkeit sind Zwillingsgeschwister. Ja noch mehr: der Friede ist nichts anderes als Aufrichtung der Gerechtigkeit auch im zwischenstaatlichen Leben anstelle der Anarchie, des Faustrechts und des rohen Machtprinzips. Dieser Friede, dessen naturgemäßer äußerer Ausdruck der „Völkerbund" ist, muß erst werden. Und er kann nur werden auf Grund einer langjährigen allseitigen Erziehungsarbeit, deren nächstes Ziel sein muß die Schaffung des Friedenswillens und seiner psychologischen und sittlichen Voraussetzungen, kurz die Schaffung der inneren seelischen Völkergemeinschaft.

Es leuchtet von selbst ein, welche intime Beziehung zwischen diesem Friedensgedanken und dem Christentum besteht, welche prominente Rolle dem Christentum und der Kirche bei dieser Friedenserziehungsarbeit von selbst zufällt.

Der Friede ist das christliche Ideal schlechthin: die Verwirklichung der Gerechtigkeit, d. h. des Reiches Gottes auf Erden anstelle der Herrschaft des brutalen Egoismus, der rücksichtslos gegen den Nächsten die Ellenbogen gebraucht.

Ohne die psychologischen und sittlichen Voraussetzungen des Friedens ist jeder Friedensvertrag ein „Fetzen Papier". Diese zu schaffen, dazu sind aber keine Paragraphen von Friedensverträgen imstande. Die Friedenserziehung ist im letzten Grund nichts anderes als die christlich-sittliche Erziehung zur „Ueberwindung der Selbstsucht, zum Gerechtigkeitswillen, zur Ehrlichkeit, Wahrhaftigkeit, Versöhnlichkeit, Duldung, Brüderlichkeit usw. Den Frieden, nach dem die Welt hungert, den „Dauerfrieden", wird die Welt aus der Hand Christi erhalten oder sie wird ihn nicht erhalten. „Den die Welt nicht geben kann, den Frieden gebe ich euch", spricht der Heiland.

Dem Christentum eignet die Friedensmission. Nicht nur in besonderem Maße, sondern schlechthin. Und dem „katholischen" Christentum, dessen Aufgabe eben in der Begründung eines Reiches Gottes auf Erden gelegen ist, in der Schaffung einer übernationalen Brudergemeinschaft, die „Kath'holon" einen seelischen Völkerbund begründet.

Es muß leider zugestanden werden, daß die Katholiken aller Länder in der Vergangenheit sich dieser ihrer christlichen Friedensmission nicht immer in entsprechendem Maße bewußt waren. Sonst wäre die „katholische Internationale" nicht ebenso schmählich zusammengebrochen wie die Rote Internationale. Sonst hätte der Papst mit seinen Friedensmahnungen bei den Katholiken aller Länder mehr Verständnis und Widerhall finden müssen. Sonst wäre es nicht vorgekommen, daß ein protestantischer Pastor Vogl zum katholischen Weltfriedensprogramm, des Weltfriedensbundes vom Weißen Kreuz, in seiner Schrift „Die evangelische Kirche und der Weltkrieg" bemerken konnte, die Katholiken könnten stolz sein auf ein solches Programm, nur befremde es, daß er (Vogl) dasselbe eigentlich nur in den sozialistischen Blättern abgedruckt gefunden hätte, in den katholischen dagegen nicht. (Anmerkung: Die „Allgemeine Rundschau" hat seinerzeit das Friedensprogramm des Weltfriedensbundes vom Weißen Kreuz nicht nur abgedruckt, sondern wiederholt in empfehlender Weise dazu Stellung genommen).

Doch es soll jetzt nicht geklagt werden über die Vergangenheit. Es lebe die bessere Zukunft! In der Zukunftsarbeit der Katholiken aller Länder muß die Friedensbewegung einen ganz anderen Rahmen und Rang annehmen als in der Vergangenheit. Die Katholiken müssen die Führerschaft in der Friedensbewegung erobern. Dazu sind sie berufen nicht nur, sondern verpflichtet. Das sind sie sich selbst, ihrem Christentum und der Welt schuldig.

Erfreuliche Ansätze dazu sind zu verzeichnen. Heute seien nur einige wenige aus der Heimat vermerkt:

Am 9. Oktober fand in München nach einem Vortrag des Schreibers dieser Zeilen die Konstituierung des „Friedensbundes deutscher Katholiken" statt. Derselbe macht sich als deutsche Landes- bezw. Volksorganisation des internationalen „Weltfriedensbundes vom Weißen Kreuz" dessen weit ausgreifenden Doppelzweck zu eigen: Zusammenarbeit der Katholiken aller Länder 1. im Dienst der Völkerversöhnung, 2. zur Begründung und wirkungsvollen Durchführung der katholischen Internationale.

Im einzelnen erstrebt der Friedensbund deutscher Katholiken entsprechend den Satzungen des Weltfriedensbundes vom Weißen Kreuz:

Im Dienst der Völkerversöhnung:

a) Die Schaffung eines auf demokratischer Gleichberechtigung aller Staaten und Nationen aufgebauten wahrhaften Völkerbundes, der getragen ist von den christlichen Grundsätzen gegenseitiger Gerechtigkeit und gegenseitigen Vertrauens, erfüllt vom Geiste der Wahrhaftigkeit und Ehrlichkeit, unbedingter Vertragstreue, Solidarität und allgemeiner Hilfsbereitschaft, der daher nur der äußere Ausdruck der inneren Völkergemeinschaft ist.

b) Die Ausbildung eines internationalen Staaten- bezw. Völkerrechts, das insbesondere auch den Schutz der nationalen und religiösen Minderheiten, der Gewissensfreiheit sowie der Freiheit der Religionsübung international garantiert.

c) Das Zusammenwirken aller Staaten in der internationalen Lösung der brennendsten sozialen Probleme durch eine internationale Gesetzgebung.

d) Die Zusammenarbeit der freien Organisationen aller Völker zur Verwirklichung des sozialen und kulturellen Fortschritts.

Zur Durchführung der „katholischen Internationale":

a) Die tatkräftige Zusammenarbeit der Katholiken aller Länder, um die Grundsätze eines praktischen Christentums im Einzelleben wie im sozialen Leben bedingungslos zur Anerkennung und Anwendung zu bringen.

b) Die weitgehendste gegenseitige Fühlungnahme insbesondere der katholischen Friedensfreunde aller Länder zur Schaffung einer starken und einheitlichen internationalen katholischen Friedensbewegung.

c) Die internationale Verständigung der einzelnen Katholiken und der katholischen Organisationen zu einheitlichem Zusammenarbeiten bei der Lösung der sozialen, kulturellen, sittlichen und religiösen Gegenwartsaufgaben.

d) Die Begründung und Erhaltung einer Zentralstelle (Weltfriedensbund vom Weißen Kreuz) für obige Bestrebungen, welche die gegenseitige Fühlungnahme gleichartiger katholischer Bestrebungen und Organisationen in den einzelnen Ländern erstrebt, den gegenseitigen Austausch der Erfahrungen usw. vermittelt, internationale Aussprachen, Konferenzen und Kongresse organisiert, ein internationales Organ im Dienst obiger Bestrebungen herausgibt usw.

Der „Friedensbund deutscher Katholiken" umfaßt über die von der Entente auferlegte Barriere hinweg die deutschen Katholiken Deutschlands und Deutsch-Oesterreichs. Er arbeitet von vornherein in drei Arbeitsbezirken (Nord-Deutschland, Süd-Deutschland, Oesterreich) mit eignen Geschäftsstellen in Berlin NW 6, Karlstr. 30, Heufelden b. Ehingen (Kaplan Jocham), Graz (Volksheilzentrale). Dem Vorstand gehören an: Geh. Rat Martin Faßbender, Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, Berlin; Minister a. D. Nationalrat Univ.-Prof. Ignaz Seipel, Wien; Weihbischof Dr. Sproll, Rothenburg; Professor Karl Muth, Herausgeber des „Hochland", München; Amtsgerichtspräsident Dr. Rieß, München; Hauptleiter Dr. Metzger, Graz; Kaplan Jocham, Heufelden b. Ehingen; Direktor Kral, München; Studenten-Seelsorger P. Franziskus Stratmann, O.-Pr., Berlin; Schriftsteller Theodor Brauer, Köln; Kaufmann Stief, Berlin; Gymnasiallehrer Max Mielert, Breslau; Pfarrer Dr. Weertz, Ründerroth b. Köln.

Die Mitgliedschaft beim Friedensbund deutscher Katholiken ist an den geringen Mitgliedsbeitrag von jährlich 2 M geknüpft.

Wer sich hierzu nicht verpflichten will, jedoch seine grundsätzliche Anhängerschaft zu den Bestrebungen des Friedensbundes zum Ausdruck bringen will, wird als „Anhänger" willkommen geheißen. Die eigentliche Arbeit des Bundes wird sich vor allem in Ortsgruppen vollziehen, deren heute bereits eine Anzahl arbeiten. Es wäre zu wünschen, daß allerorts sich solche Arbeitsgruppen katholischer Friedensfreunde bilden würden. Erfreulich wäre es auch, wenn alle katholischen Vereine durch Vorträge ihre Mitglieder mit dem katholischen Friedensgedanken bekannt machen und selbst als „außerordentliche Mitglieder" dem Friedensbund

beitreten würden. Dadurch würde eine mächtige Phalanx katholischer Friedensfreunde in deutschen Landen gegründet werden. Das wäre von nicht zu unterschätzender Bedeutung auch für das Erstarken der Friedensbewegung im Ausland.

Die begeisterungsfähige Jugend insbesondere muß für den Friedensgedanken gewonnen werden. Sie hat bereits selbst in einer sehr zu begrüßenden Organisation einen Vortrupp der Friedensbewegung gebildet. Von Breslau (theol. Piekorz, Schwenkfeldstr. 15) aus erstand im Sommer dieses Jahres im Rahmen des Weltfriedensbundes vom Weißen Kreuz die Mondjunularo Katolika („Moka") als eine lose Vereinigung der (studierenden) katholischen Jugend auf internationaler Grundlage. Die Moka packt die Arbeit praktisch an. Vermittels Esperanto als der Weltverkehrssprache sucht sie die katholische Jugend der verschiedenen Völker in persönlichen Gedankenaustausch zu bringen und dadurch gegenseitiges Verständnis und Gemeinschaftsgeist zu pflegen, die ersten Voraussetzungen jeder Friedensbewegung. Vor allem sucht die Moka auch dem zweiten Hauptziel des Weltfriedensbundes vom Weißen Kreuz zu dienen, der Schaffung einer kraftvollen katholischen Internationale solidarischer religiös-kulturell-sozialer Zusammenarbeit, eine Aufgabe, für welche die Führer von morgen sich mit Recht heute schon vorbereiten. Bereits sind durch die Moka Beziehungen nach einer ganzen Reihe von Ländern angeknüpft. Mehrere katholische Jugendzeitschriften unterstützen die erfreuliche Bewegung bereits durch eigene Beilagen oder Esperanto-Ecken, so die „Katholische Jugendzeitung" (Graz, Verlag Volksheil), der „Quickborn" (Quickborn-Verlag, Heidhausen an der Ruhr), „Frührot" und „Johannifeuer" (Morgen-Verlag, Leutendorf).

Vielfach unterschätzt in ihrer Bedeutung für die Friedensbewegung überhaupt und die katholische im besonderen ist die Esperanto-Bewegung. Mit Recht hat der Berner Völkerbund-Kongreß im März dieses Jahres im Anschluß an ein Referat des Schreibers dieser Zeilen einstimmig beschlossen, diese Bewegung in Zukunft nach Kräften zu fördern und die Einführung des Esperanto in allen Schulen beim Völkerbund zu beantragen. Das sprachliche „Sichverstehenkönnen" ist eine der wichtigsten Vorbedingungen für das seelische „Sichverstehen" der Völker. Keine tote oder lebende Sprache ist aber imstande, dieses Problem auch nur entfernt in der glücklichen Weise zu lösen, wie dies durch Esperanto in der Tat geschehen ist. Seine den natürlichen Sprachgesetzen Rechnung tragende Natürlichkeit, seine Elastizität und Ausdrucksfähigkeit, seine leichte Erlernbarkeit, seine große Verbreitung auf der ganzen Welt, und — eine angenehme Zugabe — seine ästhetische Schönheit machen Esperanto zur gegebenen Völkerbundssprache, die in allen Schulen der Welt neben der Muttersprache als erste Fremdsprache gelernt werden müßte.

Uns ist Esperanto nicht nur „das Latein der Demokratie", uns muß es mehr sein bezw. werden: die „katholische Sprache". Welch ein ungeheurer Vorteil wäre es für die katholische Internationale, wenn die führenden Katholiken aller Länder durch Esperanto in rege Wechselbeziehung zu treten vermöchten, wenn wahrhaft katholische, d. h. internationale Kongresse aller Art durch eine gemeinsame Sprache ermöglicht würden — drei gutgelungene internationale Esperanto-Kongresse vor dem Krieg haben die Möglichkeit bewiesen — wenn Esperanto es ermöglichte, daß in einem internationalen katholischen Organ die Katholiken aller Länder zu den Zeitfragen und -Aufgaben Stellung nehmen würden usw.! Dadurch würde die Kirche in ihrem „katholischen" Charakter erst eigentlich vollendet. Sie erlebte in einem neuen Pfingstfest eine neue Geburtsstunde! Oder wollen wir Katholiken etwa Esperanto den Sozialisten, Freidenkern usw. überlassen, die es bereits seit langer Zeit als vorzügliches technisches Hilfsmittel ihrer vielfach destruktiven internationalen Bewegung mit viel Erfolg gebrauchen?

Von diesem Gesichtspunkt aus ist es sehr zu begrüßen, daß die katholische Esperanto-Bewegung in enger Verknüpfung mit der katholischen Friedensbewegung in allen Ländern wieder erfreulich um sich greift, sodaß hoffentlich bald wieder der Vorkriegszustand erreicht ist, wo die Internacia Katolika Unuigo Esperantista bereits 20,000 katholische Esperantisten aller Länder vereinigte und ein ausgezeichnetes Blatt in dem (leider im Krieg eingegangenen) „Espero Katolika" herausgeben konnte. Besonders zu begrüßen ist es, daß auch in Deutschland die Bewegung mächtig um sich greift. In der gleichen Woche, in der der Friedensbund deutscher Katholiken aus der Taufe gehoben wurde, wurde auch der „Bund deutscher Katholischer Esperantisten" in Breslau (Werderstr. 35) begründet, der seine Tätigkeit über ganz Deutschland erstreckt. (Oesterreich hat bereits seine Austria Katolika Ligo Esperantista). Bundesvorsitzender ist Gymnasiallehrer Max Mielert in Breslau. Als Organ dient das vom Weltfriedensbund in Graz herausgegebene „Blanka Kruco", das in Deutsch-Esperanto erscheint und dadurch auch Nichtesperantisten etwas zu bieten vermag.

„Auf dem Weg zum Frieden". Wir sind erst auf dem Weg. Aber doch auch schon auf dem Weg. Möge die katholische Weltfriedensbewegung entsprechend der erneuten Aufmunterung des Hl. Vaters[1]) bei uns viele Weggenossen werben und möge sie insbesondere auch in den andern Ländern in gleicher Weise erstarken! Ein kraftvoller Weltfriedensbund der Katholiken aller Länder müßte wirksam beitragen zu dem großen katholischen Doppelziel: Ein wirklicher Völkerbund und eine machtvolle katholische Internationale.

Immortellenkranz auf Gröbers Grab.

Von Prälat Dr. v. Pichler, Dompropst in Passau.

Die hier niedergelegten Erinnerungen dürften wegen ihres hohen apologetischen Wertes gerade heute besonders interessieren. Die Einzelheiten entstammen einem vom Verfasser selbst seinerzeit gefertigten Kommissionsbericht. D. Red.

Mit tiefster Teilnahme haben die deutschen Katholiken die Trauerbotschaft vom plötzlichen Hinscheiden Gröbers aufgenommen, eines der edelsten katholischen Männer des Vaterlandes. Sein Charakter und seine unermüdete selbstlose Arbeit für das öffentliche Wohl hat bei den Gegnern volle Anerkennung, bei den Freunden begeistertes Lob gefunden — jedes Wort voll verdient! In den nachstehenden Zeilen soll eine seiner parlamentarischen Leistungen besonders hervorgehoben werden, für welche Hunderttausende deutscher Katholiken ihm den größten Dank schulden: Gröber war der geistige Vater und begeisterte Vertreter des Toleranzantrages von 1900.

In einer der ersten Fraktionssitzungen nach Zusammentritt des Reichstages im Spätherbst 1900 überraschte Gröber die Zentrumsfraktion mit seinem Antrag für die Freiheit der Religionsübung im Deutschen Reich; es sollte mit dem Wust von veralteten kleinlichen Polizeibestimmungen, wie sie in fast allen deutschen Staaten bezüglich der öffentlichen Religionsübung noch bestanden, und unter welchen namentlich die Katholiken in der Diaspora schwer zu leiden hatten, aufgeräumt und die Freiheit auch auf diesem Gebiete endlich verwirklicht werden. Die Anregung wurde von der Fraktion mit lauter Begeisterung begrüßt und nach eingehender Besprechung aller Einzelheiten der Antrag unterm 23. November eingereicht. Selten hat zur Zeit des alten Reichstags ein Initiativantrag solches Aufsehen in ganz Deutschland erregt; in einem Teil der akatholischen Presse begegnete er sofort dem heftigsten Widerspruch; namentlich liberale sächsische Zeitungen brachten die schärfsten Artikel gegen diesen unheilschwangeren Vorstoß des „Ultramontanismus". Einige dieser Blätter wußten erst ihr Publikum in die gehörige Wut zu versetzen, bis sie nach einigen Tagen den Wortlaut selbst möglichst unauffällig bekanntgaben. Um so größer war die hoffnungsfreudige Begeisterung bei den Katholiken, besonders in der Diaspora. Abg. Dr. Karl Bachem sprach am ersten Sonntag nach Einbringung des Antrages in einer großen Katholikenversammlung in Braunschweig. Am Schluß seiner Rede gab er den neuen Zentrumsantrag bekannt. Bachem erzählte nach seiner Rückkehr, er habe niemals einen ähnlichen Begeisterungssturm erlebt, wie an diesem Tage. Hunderten von Männern standen die Tränen dankbarster Freude in den Augen.

Der 5. Dezember brachte die erste Lesung des Antrages im Reichstage. Die hohe Bedeutung, welche dem Zentrumsantrage auch in Regierungskreisen beigemessen wurde, ergab sich aus der auffallenden Tatsache, daß Reichskanzler v. Bülow selbst

[1]) Anmerkung: Am 15. September 1919 schreibt Kardinal Staatssekretär Gasparri an den Schreiber dieser Zeilen: „Wie ich schon in meinem Briefe vom 27. Juni 1917 mitteilte, freut sich Sr. Heiligkeit zu sehen, daß die Katholiken unter Führung ihres Klerus dahin arbeiten wollen, entsprechend der Lehre des Evangeliums die Wiederversöhnung und Friedenserziehung der Völker in der Liebe Jesu Christi zu befördern, und hofft, daß sie im Namen des göttlichen Meisters mit Erfolg den Haß und die Feindschaft abbauen werden, die heute einen so großen Teil der Menschheit entzweit halten."

sofort zur Einleitung der Debatte das Wort zu einer bedeutsamen Erklärung nahm. Er sprach sein offenes Bedauern aus, daß in manchen deutschen Staaten in kirchlicher Beziehung noch Mißstände beständen, die mit den heutigen Anschauungen von religiöser Freiheit nicht vereinbar seien; er sagte zu, er wolle auf die Bundesregierungen im Sinne einer Beseitigung dieser Mißstände einzuwirken versuchen. In der Tat ist in manchen Punkten bald eine mildere Praxis eingetreten. Die Debatte verlief in vornehmster Ruhe und endete mit Ueberweisung an einen Ausschuß von 28 Mitgliedern. Nun begann Gröbers stille Arbeit. Stundenlang saß er, namentlich an sitzungsfreien Tagen, im Fraktionszimmer, ganze Reihen von Gesetzessammlungen und anderen Büchern vor sich, um die einschlägigen Bestimmungen aus der Gesetzgebung aller deutschen Bundesstaaten zusammenzutragen, vom Passauervertrag vom 2. August 1552 angefangen.

Am 14. März 1901 nahmen die Ausschußberatungen ihren Anfang. Unmittelbar vorher hatte die Zentrumsfraktion den Jahrestag des Todes ihres unvergeßlichen Führers Dr. Windthorst mit einer heiligen Messe bei St. Ursula gefeiert — ein gutes Omen! Auch im Ausschuß, wie vorher im Plenum, wurden die Verhandlungen von Anfang bis zu Ende im Geiste aufrichtiger Versöhnlichkeit von allen Seiten geführt, abgesehen von einigen sozialdemokratischen Bemerkungen, in denen die seichte Oberflächlichkeit der Freidenkerei zum Ausdruck kam. Es war eine offene Aussprache über die konfessionellen Fragen, wie sie seit der Reformation wohl selten mit so ernster Ruhe vor Vertretern des ganzen deutschen Volkes stattgefunden hat. Die Kommissionsmitglieder aus allen Parteien waren stets vollzählig zur Stelle; eine Ausnahme machte der bekannte Hofprediger Stöcker, der nur in der ersten Sitzung auf kurze Zeit sich sehen ließ.

Erster Wortführer des Zentrums zur Begründung der gestellten Anträge war bei fast allen Punkten Abg. Gröber. Als treuer Freund stand ihm mit gleicher Liebe zur Sache Justizrat Dr. Karl Bachem zur Seite. Alle Fragen, welche auf dem einschlägischen Gebiete der kirchenpolitischen Gesetzgebung von Bedeutung sind, wurden aufgeworfen, der katholische Standpunkt zu denselben von den beiden genannten Zentrumsrednern mit juristischer Klarheit und Schärfe dargelegt — gerade diese juristische Argumentation machte auf die Gegner den stärksten Eindruck.

Hier seien nur ein paar Punkte berührt.

Zu den umstrittensten Fragen gehörte die religiöse Erziehung der Kinder aus gemischten Ehen. Gerade auf diesem Gebiete wurde ja der katholische Standpunkt von jeher aufs schärfste bekämpft; jahrhundertelang hatten treue Katholiken in diesem Punkte die schwerste Gewissensbedrückung zu erdulden. Die alte Gesetzgebung der deutschen Staaten wich nach allen Richtungen voneinander ab. Auch im Ausschusse kamen die verschiedenen Auffassungen durch die von den Parteien gestellten Anträge zum Ausdruck. Nach zehnstündiger Debatte in drei Ausschußsitzungen wurde der Antrag des Zentrums — daß die Eltern über die Erziehung des Kindes durch gegenseitige Vereinbarung zu entscheiden haben — fast einstimmig angenommen, der katholische Grundsatz als der allein richtige von Vertretern aller politischen Parteien anerkannt.

Dabei ergab sich ein interessanter Zwischenfall. Der Kommission gehörte als Mitglied Graf Bernstorff von der freikonservativen Partei an, vortragender Rat im preußischen Kultusministerium. Dem Minister wurde natürlich die Abstimmung seines Rates sofort bekannt, und man erzählte sich, daß derselbe nicht gerade die freundlichste Aufnahme bei seinem Chef gefunden habe, da er sich in dieser wichtigen Frage in schärfsten Gegensatz zur ständigen Praxis des preußischen Kultusministeriums gestellt hatte. Man sah deshalb der zweiten Lesung über diesen Punkt mit einiger Spannung entgegen. Graf Bernstorff nahm richtig das Wort, machte eine Reihe von Bedenken gegen die vorgeschlagene Regelung geltend und legte dar, es wäre besser, die Frage, wie bisher, der Regelung durch die einzelnen Staaten zu überlassen. Dann aber fügte er bei: wenn es zu einer allgemeinen grundsätzlichen Regelung kommen sollte, würde man allerdings keinen anderen Weg finden können, als wie vorgeschlagen: die freie Vereinbarung der Eltern. Einen besseren Anwalt für seine den katholischen Grundsätzen entsprechende Auffassung konnte das Zentrum sich wirklich nicht wünschen. Gröber war überglücklich.

Lange Auseinandersetzungen gab es in der Toleranzkommission über eine andere Frage, die auch in den letzten Monaten wieder die Oeffentlichkeit, namentlich in Bayern, viel beschäftigte: die pflichtmäßige Teilnahme der Schulkinder am öffentlichen Religionsunterricht. In Preußen galt die Vorschrift, daß auch die Kinder der Dissidenten am lehrplanmäßigen Religionsunterricht der Staatskirche teilnehmen müssen. Es gab darüber jahrelang die schwersten Kämpfe, besonders von Seite der sogenannten Altlutheraner, welche sich mit der von der Staatsgewalt kommandierten Union nicht abfinden konnten, sondern am alten lutherischen Bekenntnis festhielten. Dazu kamen die Freireligiösen und eine Reihe von kleineren Sekten. Bekannt wurde der Kampf, welchen der Sozialdemokrat Adolf Hoffmann — der „Zehn-Gebote Hoffmann“, in der Revolution preußischer Kultusminister! — jahrelang mit der preußischen Polizei führte. Er hat in der Kommission mit selbstbewußtem Behagen erzählt, wie er von einer Strafe in die andere kam; um endlich Ruhe zu bekommen, schickte er zuletzt seine Kinder in den — jüdischen Religionsunterricht.

Das Zentrum beantragte: „Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten darf ein Kind nicht zur Teilnahme am Religionsunterricht oder Gottesdienst einer anderen Religionsgemeinschaft angehalten werden.“ Die Sozialdemokraten verlangten, daß ein Kind überhaupt nicht zur Teilnahme am Religionsunterricht angehalten werden dürfe; schließlich beantragten sie, es solle der Religionsunterricht in allen Schulen verboten werden.

Von protestantischer Seite wurden nicht bloß gegen den sozialdemokratischen Antrag, sondern auch gegen den Vorschlag des Zentrums lebhafte Bedenken erhoben. So führte der bekannte konservative Abg. Dr. Oertel aus, der Staat müsse das Recht haben, die Kinder zur Teilnahme an einem Religionsunterricht zu zwingen; viele Kinder würden sonst ohne Religion aufwachsen, man bekäme ein Geschlecht, dem die tiefsten Grundlagen der Sittlichkeit nicht bekannt wären; eine Moral ohne Religion könne er sich nicht denken. Der Antrag des Zentrums trage zwar den Anschauungen und Interessen der katholischen Kirche vollständig Rechnung, wo es bezüglich der Glaubenslehren keine Differenzen gebe; in der evangelischen Kirche aber bestünden die größten Meinungsverschiedenheiten, die von manchen Religionslehrern auch mit größter Schärfe vor den Kindern dargelegt würden. Würde der Zentrumsantrag angenommen, so müßte man konsequent auch einem orthodoxen Vater das Recht geben, seine Kinder vom Religionsunterricht eines freisinnigen Predigers fernzuhalten. Oertel betonte mit großer Wärme, er würde seine Kinder lieber zu einem katholischen Pfarrer in den Religionsunterricht schicken, als zu einem liberalen Prediger. Es sei ihm unverständlich, wie Leute innerhalb einer Konfession beisammen bleiben, von denen die einen an die Gottheit Christi glauben, die anderen nicht; er könne nicht verstehen, wenn Leute zu einem Bekenntnis gehören wollen, welche die Grundlagen dieses Bekenntnisses leugnen. Aber die evangelische Kirche habe nun einmal diese beiden Richtungen in sich, beide können den Anspruch machen, als Bekenner des evangelischen Glaubens betrachtet zu werden.

Gröber entgegnete, die Gesetzgebung könne nur die Zugehörigkeit zur äußeren Gemeinschaft berücksichtigen, sich aber nicht in die inneren Differenzen einer Glaubensgemeinschaft einmischen. Wenn in einer Religionsgesellschaft Leute beisammen seien, von denen die einen an die Gottheit Christi glauben, andere sie leugnen, so sei hierin durch ein staatliches Gesetz nicht zu helfen. Halte jemand diese Unterschiede nicht für wesentlich, so könne er sich nicht beschwert fühlen, wenn sie auch im Religionsunterricht vor den Kindern zur Geltung kommen; halte er sie aber für wesentlich und unerträglich, so müsse er eben aus dem Verband mit einer solchen Glaubensgemeinschaft austreten. Die Frage, ob ein Kind, das dem öffentlichen Religionsunterricht in der Schule ferne bleibt, gezwungen werden könne und solle, einen anderen Religionsunterricht zu erhalten, sei Sache der Schulgesetzgebung, welche zur Zuständigkeit der Einzelstaaten, nicht aber des Reiches gehöre; bei den hier vorliegenden Anträgen handle es sich nur darum, Gewissensbedrückung durch den staatlichen Zwang zum Besuche eines fremden Religionsunterrichtes fernzuhalten. Dr. Bachem fügte bei, die von konservativer Seite vertretene Auffassung würde in ihren Konsequenzen zum schlimmsten Gewissenszwang führen; wer dem Staate das Recht gebe, einzelne Kinder gegen den Willen der Eltern in einer anderen Religion zu erziehen, müsse ihm auch das Recht geben, alle Kinder in einer bestimmten Konfession zu erziehen oder einen konfessionslosen Moralunterricht einzuführen. Das Zentrum stehe nicht auf dem Standpunkt, daß man auch den staatlichen Zwang zum Besuche des Religionsunterrichtes der eigenen Konfession aufheben solle; es wäre das größte Unglück für das

deutsche Volk, wenn die Kinder nicht in der christlichen Religion erzogen würden. — Der Zentrumsantrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Im Laufe der Erörterungen wurde von einem Redner auch die katholische Glaubenslehre von der alleinseligmachenden Kirche berührt, darin liege die größte Intoleranz, welche für andere Konfessionen schwer verletzend und unerträglich sei. Dr. Bachem legte diesem Vorwurf gegenüber die Bedeutung dieser katholischen Glaubenswahrheit dar: eine Religionsgemeinschaft, welche auf dem Boden der göttlichen Offenbarung durch Jesus Christus stehe, müsse für sich in Anspruch nehmen, daß sie im vollen und reinen Besitz der von Christus geoffenbarten Wahrheit und der von ihm eingesetzten Gnadenmittel sei, sie könne einer abweichenden Religionsgesellschaft nicht das gleiche Recht zugestehen, ohne ihre Existenzberechtigung aufzugeben. Damit sei aber nicht gesagt, daß nur diejenigen zur Seligkeit kommen können, welche der äußeren Gemeinschaft der katholischen Kirche angehören; wer ohne eigene Schuld getrennt sei, aber aus innerer Ueberzeugung und mit gutem Willen das Heil in Christus suche, der gehöre innerlich auch zur Kirche Christi. Diese Darlegungen wurden mit wachsendem Staunen angehört, ein Redner meinte, das sei doch gar nicht katholische Lehre; erst die ausdrückliche Versicherung von theologischer Seite konnte ihn darüber beruhigen. Das ernste Staunen wich aber einer stillen Heiterkeit, als Gröber konstatierte, in Württemberg existiere ein Staatsgesetz, in welchem die alleinseligmachende evangelische Kirche ausgesprochen sei.

Der Eindruck dieser ernsten Verhandlungen war an manchen Stellen so tief, daß der freisinnige Abg. Schrader einmal sein lebhaftes Bedauern darüber aussprach, daß diese hochinteressanten Verhandlungen innerhalb der engen Mauern eines Kommissionszimmers vor sich gehen, sie würden für die breiteste Oeffentlichkeit von Interesse sein und große Klarheit in den wichtigsten Fragen bringen.

Mögen auch diese Zeilen beitragen, das dankbare Andenken an den verstorbenen Freund Gröber in den Herzen der deutschen Katholiken zu festigen. Sie sollen ein Kranz auf das Grab des nimmermüden Vertreters der religiösen Freiheit sein — Immergrün!

Weltrundschau.

Von Fritz Nienkemper, Berlin.

Noch immer in der Folterkammer.

Das Erpressungsverfahren der Entente geht unerbittlich weiter. Mit langen Noten und schärfsten Drohungen sollen wir gezwungen werden, das sog. Schlußprotokoll zu unterzeichnen, das nicht bloß unserer Handelsschiffahrt den Rest geben, sondern auch den Gegnern das „Recht" verleihen soll zu allen beliebigen Zwangsmaßregeln wegen angeblicher Nichterfüllung der Waffenstillstandsbedingungen.

Nach Abschluß des Waffenganges haben wir ein halbes Jahr warten müssen auf die Vorlegung des grausamen Friedensdiktates. Nach dessen Unterzeichnung haben wir wieder ein halbes Jahr warten müssen auf die Inkraftsetzung desselben. Endlich stellte man uns das für Anfang Dezember in Aussicht. Aber da zeigte es sich, daß es Lockspeise für eine Falle war. Man hatte sich überlegt, wie man den anscheinend fertigen Friedensvertrag noch verschärfen könne. „Machen wir ein Schlußprotokoll, in dem sich Deutschland vollends auf Ungnade unterwirft." An Vorwänden ist ja kein Mangel. Den schönsten Vorwand liefert die ritterliche, aber unkluge Tat der deutschen Schiffsbesatzung, die ihre internierte Flotte lieber versenkte, als den Feinden überliefern wollte. Die deutsche Regierung beteuert ihre Unschuld an diesem Streich; ja sie beweist sogar ihre Unschuld. Macht nichts; man veröffentlicht Bruchstücke aus einem Befehl des Admirals von Trotha, in dem die internierten Schiffsleute zum Ausharren ermahnt wurden, um daraus den Trugschluß auf Ordre zum Widerstand herzuleiten. Deutschland erbietet sich zum gerichtlichen Nachweis der Unschuld; aber das schiedsrichterliche Verfahren wird schnöde abgelehnt, da der Sieger über den Besiegten zu richten habe. Es hilft kein Appell an die Wahrheit, an die Gerechtigkeit and an die Menschlichkeit. Die Engländer wollen die deutschen Schwimmdocks haben, und Herr Clemenceau will die Vollmacht haben, auch nach Inkrafttreten des Friedensvertrages mit der Willkürmacht, die ihm der Waffenstillstandsvertrag gewährt, Deutschland zu demütigen und auszupressen. Der Friedensvertrag soll nachträglich verschärft werden, und zu dem Zwecke unterwirft man uns derselben Tortur, wie im Juni: Vogel, friß oder stirb! Unterzeichnet, oder laßt das westfälische Industriegebiet usw. okkupieren!

Mit welcher Raffiniertheit man alle Vorwände sammelt, die sich für weitere Drangsalierungen verwerten lassen, zeigt sich drastisch in den neuen Vorwürfen wegen der deutschen Sicherheits- und Einwohnerwehren. Jedes Kind weiß oder kann sich mit eigenen Augen überzeugen, daß wir an Ordnungskräften nur das allerbitternotwendigste haben, was zur Verhütung von Räubereien und Putschen kaum ausreicht und daß diese ganzen „Wehren" in einer Verfassung sind, die sie zur Verwendung im Kriege so ungeeignet macht, wie die Gans zum Gefecht mit Adlern. Aber unsere Unabhängigen und Kommunisten haben über die kärglichen Reste von Polizeitruppen ein großes Geschrei erhoben, weil sie die letzten Hindernisse der Ueberrevolution gänzlich beseitigen möchten, und diese Denunziation, die ebenso vaterlandsverräterisch wie wahrheitswidrig ist, wird von der Entente gierig aufgegriffen, um neue Daumenschrauben anzubringen. Würden wir die letzten Sicherheitswehren einreißen, so würde man uns einen Strick drehen aus der Ueberschwemmung durch den Bolschewismus!

Ein neuer Vorwand zum Streit kann sich noch ergeben aus dem jüngsten Zwischenfall in der Holtenauer Schleuse, wo ein englisches (früher deutsches) Schiff abgefaßt wurde bei dem Versuch, ein halbes Tausend deutscher Kriegsgefangener nach Polen zu verschleppen als Zwangsrekruten für die polnische Armee.

Während diese Zeilen in Druck gehen, dürfte Baron von Lersner die neueste Note des Obersten Rates der Alliierten in Empfang genommen haben. Unsere Hoffnung, daß darin etwas vom Geiste der neuesten Verlautbarungen des Papstes für Völkerversöhnung zu spüren sein werde, ist allerdings nicht allzugroß. Immerhin verlautet, daß ein mäßigender Einfluß Amerikas gewaltet habe, sodaß vielleicht doch noch trotz der französischen Vernichtungspolitik und des englischen Handelsneides zu Weihnachten der Friede ratifiziert sein wird und die Kriegsgefangenen den Heimweg antreten können.

Die Steuerfragen.

In welcher heillosen Unsicherheit wir hangen und bangen müssen, wurde auch bei Beratung der neuen Steuergesetze in der Nationalversammlung beleuchtet. Wir wollen uns durch ein patriotisches Notopfer von der schlimmsten Last der schwebenden Reichsschuld befreien, aber niemand kann uns die Gewähr geben, daß nicht die Entente dieses Reichsnotopfer mit ihren langen Fingern aufgreift. Sie hat freilich kein Recht dazu; aber sie nimmt sich jedes „Recht", das ihr paßt. Die Klärung durch eine offene Aussprache wird systematisch verweigert. Die Gefahr darf uns freilich nicht hindern, in der pflichtmäßigen Arbeit zur Sanierung der Finanzen nach besten Kräften fortzufahren.

Die begonnenen Verhandlungen über die neue Serie von Steuergesetzen zeigen, daß wir unsere Leistungsfähigkeit aufs höchste anstrengen müssen; daß aber die Vermeidung des Zusammenbruchs trotz aller Schwierigkeiten und Gefahren noch möglich ist. Der Reichsminister der Finanzen hofft aus den direkten Steuern, deren Rückgrat die Reichseinkommensteuer ist, 15 Milliarden herauszuholen, aus den indirekten Steuern mit dem Kernstück der Umsatzsteuer 11 Milliarden. Das Verhältnis zwischen den direkten und den indirekten Steuern hat sich überraschend stark im Sinne des sozialdemokratischen Programms verschoben. Wenn man bei den indirekten Abgaben noch unterscheidet zwischen Massenbedarf und Luxusbedarf, so entfallen schließlich von der Gesamtheit drei Viertel auf die „besitzende" Minderheit, während nur ein Viertel von der großen Masse getragen wird, die auf den Arbeitsertrag angewiesen ist.

(Die durch die Zentralisationsbestrebungen der Steuervorlagen für die Länder und Gemeinden aufgeworfenen Fragen werden im nächsten Heft der „A. R." näher behandelt. D. Red.)

Darf es zum Kulturkampf kommen?

Diese Frage hängt wesentlich zusammen mit den erwähnten Vorbedingungen für die Genesung des Vaterlandes. Ein innerpolitischer Kampf um die Seelen würde auch das materielle Wohl in Frage stellen. Ein Kulturkampf würde die Koalition sprengen und damit die bestehende Ordnung in Deutschland untergraben, die Produktion stören, unsern Kredit im Weltver-

kehr vollends ruinieren. Die Einigkeit aller vernünftigen Bürger ist mehr als jemals notwendig.

Wie harmoniert aber damit, wenn in **Preußen** versucht wird, durch allerhand feine und gröbere Mittel das in Weimar abgeschlossene Kompromiß zur Kirchen- und Schulpolitik so auszulegen und durchzuführen, daß die **christlichen** Interessen zu schaden kommen und die „aufgeklärten" Demokraten und Sozialdemokraten trotz alledem ihr „Ideal" vom religionslosen Staat und von der unchristlichen Schule zur Verwirklichung bringen? Bei der Etatsdebatte über Kultur und Unterricht in der preußischen Landesversammlung hat der Wortführer des Zentrums, Abg. Dr. Lauscher, ein sehr ernstes Mene Tekel Phares an das Vaterland erscheinen lassen. Das Zentrum kann seine Teilnahme an der verantwortlichen Regierung nicht länger aufrechterhalten, wenn man systematisch fortfährt, die kirchlichen Rechte und Interessen in den Hintergrund oder auf die lange Bank zu schieben und das Schulkompromiß zu mißachten durch die Anbahnung einer Einheitsschule, die für konfessionelle Erziehung keinen Raum lassen will.

Gewisse Mitglieder der sozialdemokratischen Partei hatten Versuche gemacht, eine „Einigung" mit den Unabhängigen anzubahnen, wobei offenbar der Gedanke mitwirkte, die Unterstützung des Zentrums entbehrlich zu machen. Auf dem Leipziger Parteitage der Unabhängigen hat sich aber bereits deutlich genug gezeigt, daß diese Partei von den „verräterischen" Mehrheitssozialisten nichts wissen will, sondern vielmehr nach allen Gesetzen der schiefen Ebene unaufhaltsam in den **Kommunismus** hinabrutscht. Die in Leipzig proklamierte „Diktatur des Proletariats" bedroht uns mit dem ganzen russischen Elend. Wer den Untergang Deutschlands in diesem Blutsumpf verhüten will, muß an der Koalition festhalten, und das geht nicht ohne Verzicht auf den Kulturkampf. Discite moniti!

Frankreichs neues Gesicht.

Von **Albert Dettling**, z. Z. Weimar.

Der Monat November scheint für sich das Anrecht zu beanspruchen, Völkern neue Gesichter aufzudrücken. Zwischen dem 9. Nov. 1918, dem Markstein elementarer Gewalt, und dem 16. Nov. 1919, dem Gedenkstein, den die Wahlurne in 3 Ländern (Frankreich, Belgien, Italien) errichtet, liegt nur 1 Jahr und 1 Woche. 2/5 neuer Volksvertreter tauchen in der italienischen Kammer auf und weit über die Hälfte in der französischen. In Belgien z. B. ist der sozialistische Fortschritt gewaltig, in Italien kolossal. In Frankreich liegt der Kammerflügel der äußersten Linken mit sämtlichen Knochen zerschmettert auf der Wahlstatt. Gut gearbeitet, Clemenceau, du erstrangiger Diktator und Oberdramatiker der politischen Bühne, Volkspsychologe und Menschenverächter von Talent. Gut gearbeitet, Jean Varenne, du Vater des kläglichsten aller „Verhältniswahlsysteme", das die Regierungsparteien der Advokatenrepublik ausgeklügelt, und das die absoluten Mehrheiten begünstigt und die Minderheiten unterdrückt. Gut gearbeitet, gallischer Siegerstolz und keltoromanische Haßleidenschaft.

Die Urne wird indes noch weiter sprechen und Frankreichs neues Gesicht ganz enthüllen. Es werden noch gewählt 1500 General-, 2000 Arrondissements-, 620 000 Munizipalräte in den 37 000 Gemeinden und etwa 220 Senatoren (2/3 Erneuerung des Oberhauses). Schließlich gegen Mitte Januar noch der Staatspräsident für den abgehenden Poincaré. Alles unter der Leitung des Ministerpräsidenten Clemenceau, der als Oberregisseur der bewegtesten aller Zeiten so en passant auch noch das Auswärtige Amt übernimmt, wenn der unter seinen Fittichen großgewordene Pichon erkrankt. Man kann trotz der 78 Lenze, die im scharfen Branden politischer Sturmwogen über den Buckel gekrochen, noch allerhand leisten.

Am 30. Nov. hat die Wahl der Gemeinderäte (nach dem alten System) begonnen und wird 8 Tage darauf durch die Stichwahl endgültig erledigt sein. Es ist zweifellos, daß auch hier der Nationalismus, wenn auch in weit bescheidenerem Maße die Oberhand behält. Die bei den Kammerwahlen getrennt marschierenden und daher um so gründlicher geschlagenen Sozialisten und Radikalen haben sich diesmal wie die gebrannten Kinder eines besseren besonnen und da und dort einander die Hände in gemeinsamer Liste gereicht. — Nun frägt man allerorts mit einigem Interesse: Wer wird ins Elysee einziehen und das Dekorum des Staatspräsidiums übernehmen? Auch für Deutschland ist das nicht ohne Belang. Foch wurde genannt und der royalistische, populär gewordene General von Castelnau. Der neugewählten Kammer, die diese Wahl mit den 300 Senatoren im verwaisten Parlamentssaal des Versailler Schlosses vollzieht, traue ich alle Abenteuer zu. Eine offizielle Kandidatur besteht indes noch nicht und wird erst nach Abschluß der Senatswahlen feste Gestalt gewinnen. Doch ist es ein offenes Geheimnis, daß der vieljährige Kammerpräsident Dechanel — der „schöne Paul" in der Damensprache — schon vor sieben Jahren seine präsidiale Glocke mit dem elyseeischen Halbszepter von Herzen gern vertauscht hätte. Der damalige Ministerpräsident Poincaré hat ihm jedoch die süße Last weggeschnappt, ihm und Herrn Pams, dem Kandidaten Clemenceaus. Poincaré bekam darob im „Homme libre" mehr als einmal die Krallen des „Tigers" zu spüren, die sich indes nach den Tagen der gloire gar zärtlich in dem Etikettensamt eines Bruderkusses in Metz verkrochen. Nun aber will es der böse Zufall, daß der vielhassende Clemenceau auch dem „schönen Paul" nicht rosig gelaunt ist und die Preßpolemik beliebäugelt, die sein Kabinettschef Mandel gegen Dechanel begonnen hat, um ihn aus dem Präsidentensitz des Palais Bourbon zu verdrängen. Das alles und die Behendigkeit, womit Clemenceau sein Ministerium wieder flickte, das bei den Wahlen 3 Minister und einen Staatssekretär auf der Strecke ließ, bestärkt die Vermutung, daß sein mehrmaliges Versprechen, der Politik Valet zu sagen, nicht gerade buchstäblich zu nehmen ist. Es gibt in Frankreich Leute genug die den Père la Victoire noch für zu jung halten, um auf sein Lebenselement, die politische Arena, verzichten zu können, und ihn im Januar ins Elysee übersiedeln sehen.

Wer ein Freund vollendeten Mischmasches parteipolitischer Programme und taktischer Akrobatenkünste ist, konnte als Beobachter des französischen Wahlkampfes, in dem 2100 Kandidaten um die 628 Deputiertensitze rangen, vollauf auf seine Kosten kommen. (Die Zahl der Abgeordneten ist im Laufe des Krieges von 595 auf 602 gestiegen und hat durch die Einverleibung Elsaß-Lothringens eine weitere Vermehrung von 26 Sitzen erfahren.) Ist es nicht rührend, daß der Etikettensozialist und Kirchenfeind echtester Sorte, Herr Millerand, mit dem klerikalen Chauvinisten reinster Tinte, Herrn Maurice Barrès, Arm in Arm wandelt und die Wiederherstellung der diplomatischen Brücke zum Vatikan verspricht? Und wirkt es nicht herzerfrischend, wenn der Erzroyalist Léon Daudet, Leiter der blindwütenden „Action Française", dem Parlamentarismus seit Jahren gleichbedeutend war mit Stumpfsinn und Idiotentum, selbst nun mit Erfolg kandidiert und seine Aufrufe mit „Vive la république!" unterzeichnet? Die Zeit ist noch nicht gekommen, offen gegen die republikanische Staatsform vorzugehen.

Ebensowenig aber ist Frankreich, das Land des arbeitsamen Bauern auf eigener Scholle, der Sparbevölkerung und der 3 Millionen Rentner, reif für den Bolschewismus. Unreifer als jedes andere. Und wenn deutsche Traumpolitiker von der äußersten Linken wirksame französische Hilfe für ihr ersehntes Weltkatastrophenideal erwarteten, so beweist das eine derartig hochgradige Unkenntnis der innerpolitischen Machtfaktoren und der Volkspsychose dieses Landes, daß Kenner nur ein Lächeln dafür übrig haben. Es ist gewiß Tatsache, der Gärungsprozeß des französischen Sozialismus vollzog sich während der Kriegszeit nach links. Die sonst gemäßigte „Humanité" (Gründung des am 31. Juli 1914 getöteten Jaurès) schreibt heute in denselben heftigen Tönen wie der „Populaire", das „Journal du Peuple" und das Gewerkschaftsorgan „La Bataille". Und fast sämtliche der sozialistischen Kandidaten zogen, das frühere Wahlbündnis mit den bürgerlichen Radikalen verschmähend, unter lustig flatternder Bolschewistenflagge in den Wahlkampf. Die russische Sowjetrepublik wurde bejubelt, der französisch-russische Sowjethauptmann Sadoul, den ein französisches Kriegsgericht auf Clemenceaus Betreiben zum Tod wegen Hochverrat verurteilte, an erster Stelle auf die Pariser Wahlliste gesetzt, von der Milderung des Versailler Vertrags aber kaum gesprochen. Ergebnis? Verlust eines Drittels der innegehabten Mandate und einiger ihrer bekanntesten Führer, darunter **Jean Longuet**, der Enkel Karl Marx'. Gewiß haben die Zerrissenheit des Aufmarsches und das traurige Wahlsystem mit zur gewaltigen Niederlage beigetragen. Beispiel: In den Pariser Vororten ist die Liste Longuet mit 1 650 000 Stimmen gegen 2 100 000 bürgerliche glatt unterlegen. In Elsaß-Lothringen sind 40 Prozent der abgegebenen Stimmen sozialistisch. Aber auch nicht **ein** Vertreter dieser Partei wird

in den Halbmondsaal an der Seine kommen. „Was Bismarck in 50 Jahren nicht gelungen,“ schreibt Grumbach in der „Humanité“, „hat Clemenceau erreicht.“ Wenn indes die französischen Sozialisten den alten Bestand von etwa 100 Mandaten auch wieder erreicht hätten, so bedeutete dies bei der Deputiertenzahl von 628 eben doch nur ein Sechstel, also keine besonders hohe Verhältnisziffer. In der deutschen Nationalversammlung umfassen die beiden sozialistischen Fraktionen 187 von 421 Sitzen — fast die Hälfte.

Noch schärfer als die Sozialisten wurden die sozialistischen Radikalen, die vor dem Krieg numerisch stärkste Fraktion, von der Niederlage erfaßt. Sie büßten zirka 80 Sitze ein. Telegraphenagenturen und Zeitungen gebrauchen vielfach die Bezeichnung Radikalsozialisten, und die Verwirrung beim Laien ist da. Er versteht darunter Sozialisten besonders scharfer Tendenz. Die Radikalsozialisten sind nichts anderes, als die am weitesten nach links stehenden Bürgerlichen, denen sich links die Sozialisten und rechts die Radikalen (-Demokraten) anschließen. Diese 3 Parteien konnten in den letzten 2 Jahrzehnten mühelos zusammen die Mehrheit bilden, auf den Anschluß der stark gemäßigten Zentrumsrepublikaner verzichten, die Dreyfuß-Affäre und den Kulturkampf durchführen. Sie sind nun geschlagen und stellen zusammen nur etwa 240 Stimmen, d. h. ein starkes Drittel im Palais Bourbon dar. Clemenceau oder sein Nachfolger (Millerand?) kann über eine mehr oder minder nationalistisch gefärbte Mehrheit von 400 Stimmen verfügen.

Vom deutschen, handelspolitischen Gesichtspunkt aus ist das bedeutende Anwachsen der im Schwinden gewesenen Progressisten (von 59 auf 133) zu beachten. Denn gerade diese Gruppe ist von jeher einer der rührigsten Herde des Zollprotektionismus gewesen. Auf die übrigen Parteigruppierungen, die während der Wahl gerade diesmal buntscheckigst hervortraten, einzugehen, ist zwecklos. Dieses Sammelsurium von Titel- und Programmetiketten war weiter nichts als Geschäft und Münze für die Naiven. Sind die Herren einmal unter Dach, dann löst sich die Listenumarmung und trennt sich der Weg. Die eigentliche Parteienbildung beginnt erst in der Kammer.

Die Judenfrage als Rassenproblem.

Von Rechtsanwalt Dr. Joseph Kausen, München.

Die Judenfrage ist im Wandel der Zeiten und örtlichen Verhältnisse eine so vielgestaltige geworden, daß die „Allgemeine Rundschau“ mit Rücksicht auf die Wichtigkeit des Problems im laufenden Jahrgang die verschiedensten Stimmen, welche naturgemäß in einzelnen Punkten voneinander abweichen, hat zu Worte kommen lassen. Vgl. die Aufsätze „Zersetzungserscheinungen im modernen Judentum“ (Nr. 4), „Die moderne Jüdin“ (Nr. 6), „Die Entartung des Judentums“ (Nr. 13), „Das Judentum im öffentlichen Leben“ (Nr. 20) von Dr. Hans Rost, „Weltensturz“ (Nr. 34), „Bolschewismus, Kapitalismus, Imperialismus“ (Nr. 35) von F. Schrönghamer-Heimdal, „Der Talmud nach dem Urteil der gegenwärtigen Forschung“ (Nr. 47) von Hochschulprofessor Dr. Jos. Lippl und „Zur Judenfrage“ vom Verfasser des vorliegenden Artikels. In Fortsetzung der Erörterung werden in den nächsten Heften weitere Beiträge namhafter Autoren folgen. D. Red.

In dem Aufsatz „Zur Judenfrage“ in Nr. 47 der „Allgemeinen Rundschau“ vom 22. November 1919 hat der Verfasser mit Bezug auf die Verhältnisse in Deutschland[1]) einen scharfen Trennungsstrich gezogen zwischen den bekenntnistreuen Israeliten und den entwurzelten Rassejuden, und hat, veranlaßt durch die in neueren antisemitischen Schriften versuchte Verquickung der jüdischen Rassenfrage mit einer Bekenntnishetze, die theologische Seite der Judenfrage eingehender behandelt und nachzuweisen versucht, daß die Schäden unserer Zeit nicht in der israelitischen Religion, sondern in dem religionsfeindlichen Materialismus begründet sind. Das Rassenproblematische der Judenfrage konnte aus Raumgründen nur mehr in einem kurzen Schlußpassus skizziert werden. Im Nachfolgenden soll nun auf diese Seite der Judenfrage näher eingegangen werden.

Das, was gegenwärtig von jedem vaterländisch fühlenden Deutschen als unerträgliche Judenherrschaft empfunden wird, ist eine Frage völkerpsychologischer und physiologischer Art. Ohne Frage ist bei unserer heutigen politischen und wirtschaftlichen Verfassung eine Rasse mit so ausgeprägten speziellen Fähigkeiten, wie die jüdische, welche eben erst die volle Gleichberechtigung erlangt hat, und in deren Rasseempfinden die Verzweiflung über den nationalen Untergang und das Aufbäumen gegen eine jahrhundertelange Unterdrückung nachwirkt, für die christlichen Völker eine große Gefahr. Außerdem scheint es, als ob im Temperament der jüdischen Rasse, an unseren Begriffen gemessen, vielfach geringere Hemmungen vorhanden wären. Noch dazu haben wir es heute mit dem Neuheidentum als Zeiterscheinung zu tun, welches mangels sittlicher Grundsätze nur den Egoismus des Einzelnen kennt und damit der Rücksichtnahme auf das Gemeinwohl den Boden entzieht, eine Weltanschauung, welche ja gerade von einem so großen Prozentsatz von führenden Juden vertreten wird. Bei dieser Sachlage muß natürlich der gewiegte Rassejude am meisten reüssieren, insbesondere dann, wenn er dem Glauben seiner Väter entsagt hat. So erleben wir heute die beklagenswerten Zersetzungserscheinungen auf kulturellem Gebiet und den großen „Ausverkauf“, die Verschleuderung des deutschen Volksvermögens durch internationale jüdische Kreise unter Ausnützung der ungünstigen Valuta. Aber nicht als ob nicht auch manche Nichtjuden Geld und Waren nach dem Ausland verschoben hätten oder es tun würden, wenn sie die Geschicklichkeit oder Gelegenheit hätten. Die Gewissenlosigkeit besitzen sie jedenfalls, soweit ihnen die zehn Gebote Hekuba geworden sind. Diese „Christen“ würden es ganz gerne sehen, wenn der jüdische Konkurrent mit stumpfer Gewalt unterdrückt würde, damit sie bequemer in deren Posten einrücken können, damit ihr Schiebertum besser blüht. Damit wäre aber nichts geholfen. Das Krebsübel unserer Zeit, der ausbeuterische Kapitalismus, wäre geblieben, nur in anderen Händen.

Es wird darum in erster Linie ein Kampf gegen den Mammonismus und Materialismus in allen seinen verschiedenen Spielarten durchgeführt werden müssen. Wenn im öffentlichen und privaten Leben die christlichen Grundsätze wieder in ihre Rechte eingesetzt werden, so wird gleichzeitig von selbst auch den für uns schädlichen Eigenschaften der jüdischen Rasse, insbesondere ihrer entwurzelten Elemente, der fruchtbare Boden entzogen sein.

Die katholische Kirche hat einem Rassenantisemitismus niemals das Wort gepredigt. Den Judenverfolgungen des 14. und 15. Jahrhunderts sind die Päpste wirksam entgegengetreten. Die kirchliche Gesetzgebung geht grundsätzlich von einer Duldung der Juden aus und hat früher nur eine Reihe von religiösen Vorsichtsmaßregeln angeordnet, welche jedoch im Laufe der Jahre immer mehr verschwunden sind. Um ihre Angehörigen vor einer Verwässerung ihres Glaubens zu schützen, hatte die Kirche hauptsächlich einen näheren Verkehr mit den Ungläubigen, so insbesondere das Leisten von Ammendiensten und das Dienen in jüdischen Häusern verboten.

Die Judenfrage als Rassenproblem läßt sich mit anderen Rassenfragen, z. B. der gelben Gefahr, der Negerfrage, usw. nicht auf die gleiche Stufe stellen. Es ist kein Zweifel, daß wir uns gegen eine unerwünschte Ueberflutung von Osten her wehren müssen, aber nicht deshalb, weil die Zuwandernden größtenteils jüdischer Abstammung sind, sondern weil sie zum Teil nur auf Unruhestiftung und Ausbeutung des an sich schon verelendeten deutschen Volkes ausgehen, weil sie unseren innerpolitischen Bedürfnissen fremd gegenüberstehen und doch maßgebenden Einfluß haben wollen, weil sie kulturell auf einer viel niedrigeren Stufe stehen als das deutsche Volk. Die Ostjudenfrage ist eine Frage der Selbsterhaltung des deutschen Volkes und muß unabhängig von der übrigen Judenfrage betrachtet werden.

Bei all dem dürfen wir aber schon vom rein praktischen Standpunkt aus doch auch nicht übersehen, daß eine endgültige Lösung der Judenfrage kaum dem besiegten Deutschland allein überlassen bleiben wird. Man erinnere sich der jüngst in Wien geplanten antisemitischen Demonstrationen, deren Unterlassung doch wohl auf Einflüsse der Entente zurückzuführen sein dürfte, welche sonst dem hungernden Wien den Brotkorb noch höher gehängt haben würde. Die Judenfrage durch Ausnahmebehandlung lösen wollen, wie es von antisemitischer Seite z. B. versucht wird, hieße, die ganze internationale Angelegenheit und unsere derzeitige Lage aus der Froschperspektive betrachten. Wer möchte, wenn er die Lektüre

[1]) Die religiöse Verfassung der Juden in außerdeutschen Ländern, namentlich auch der aus dem Osten seit der Revolution zugewanderten Juden ist mir nicht bekannt; ich möchte also ein Urteil darüber den Kennern der dortigen Verhältnisse überlassen. Selbst in Oesterreich waren die Verhältnisse schon vor dem Kriege wesentlich anders gelagert, als bei uns. Es wäre ein verdienstliches Werk der Fachgelehrten, in diese Verhältnisse näher hineinzuleuchten.

des Versailler Friedensvertrages mit seinen Hunderten von Bestimmungen, welche immer wieder mit den Worten beginnen: „Deutschland verpflichtet sich", „Deutschland erkennt an", „Deutschland verzichtet" usw. ohne körperlichen Schaden über sich hat ergehen lassen, noch behaupten, daß Deutschland berufen oder in der Lage wäre, die Judenfrage zu lösen? Auf die speziell einschlägigen Artikel des Friedensvertrages soll hier aus naheliegenden Gründen nicht näher eingegangen werden.

Wenn auch über den Endzielen der internationalen Freimaurerei noch geheimnisvolle Schleier liegen; soviel steht fest: antisemitisch ist sie nicht. Die romanischen Logen stehen sogar erwiesenermaßen unter Führung von solchen Juden, welche stets im radikalsten Sinne christentumsfeindlich gewirkt haben. Ausnahmegesetze gegen die Juden wird die Freimaurerei also niemals dulden, und daß die Entente von der Freimaurerei beherrscht ist, wird wohl kaum bestritten. Aber selbst wenn dies nicht der Fall wäre: auch in den siegreichen Ententeländern sitzen die Juden in den einflußreichen Staatsstellen, sie beherrschen nicht nur den internationalen Geldmarkt, sondern auch den gesamten Lebensmittelhandel. Sie hätten also auch ohne Zustandekommen von völkerrechtlichen Diktaten der Entente oder des Völkerbundes Mittel genug, ein antisemitisches Verhalten des deutschen Volkes mit dem Untergang oder dem Siechtum der Nation zu bestrafen.

In der Judenfrage, soweit es sich um die seit vielen Jahrhunderten bei uns ansäßigen Juden handelt, sind wir schon von unseren Urahnen festgelegt worden, und zwar in der Weise, daß diese dem Volke, aus dem der Messias, die Muttergottes und die Apostel hervorgegangen sind, Gastrecht gewährt haben. Die daraus resultierenden Pflichten sind allerdings augenscheinlich den wenigsten Juden zum Bewußtsein gekommen. Sehr viele Juden sind inzwischen zur christlichen Religion, insbesondere zum katholischen Glauben, übergetreten und haben sich so mit der christlichen Bevölkerung untrennbar vermischt. Eine restlose Loslösung der jüdischen Rasse von den christlichen Völkern wäre also technisch gar nicht mehr durchführbar. Es dürfte nicht unangebracht sein, in diesem Zusammenhang an hervorragende Konvertiten jüdischer Herkunft zu erinnern, so an Franz Maria Paul, den Stifter der Genossenschaft vom Hl. Geiste, an Alfons Ratisbonne, den Stifter der Zionsschwestern, an Hermann Cochem und viele andere. Fleht nicht die katholische Kirche schon seit altersher an jedem Charfreitag um die Gnade, daß die Juden in Jesus den wahren Messias erkennen möchten? An manchen Stellen des Alten und Neuen Testaments ist ja auch vorausgesagt, daß am Ende der Zeiten alle Juden sich zu Christus bekehren würden, und Christus selbst sprach von einem Schafstall und einem Hirten.

Bemerkenswert allerdings ist, daß die Verschmelzung der jüdischen Rasse mit den übrigen Völkern nur außerordentlich langsam vor sich geht und oftmals, wie z. B. gegenwärtig in Ungarn, durch den Druck äußerer Verhältnisse veranlaßt wird. Die Zahl der Juden hat sogar, wie statistisch nachgewiesen ist, gegen jene Zeit, da sie noch eine geschlossene Nation waren, trotz der zu manchen Zeiten massenhaft erfolgten Uebertritte zu christlichen Religionen ganz außerordentlich zugenommen, begünstigt durch ihre Wohlhabenheit und die damit zusammenhängende geringere Kindersterblichkeit. So zählt z. B. die Judenkolonie in Neuyork 800,000 Seelen, über sechsmal soviel als Jerusalem in seiner Blütezeit jemals beherbergte,[2]) ein Drittel mehr, als bei Kriegsausbruch in Deutschland lebten. So kommt es, daß wir heute noch vor dem jüdischen Rasseproblem stehen, während die Völker, welche seinerzeit das Judenvolk zertrümmert und in alle Welt verschleppt haben, längst restlos in anderen Völkern aufgegangen sind.

Gegen eine Vermischung unserer Rasse mit der jüdischen mögen rassenhygienische Gründe sprechen. Gegen eine Einwanderung östlicher Völker ohne Rücksicht auf ihr Bekenntnis mögen staatspolitische Maßnahmen angezeigt erscheinen. Aber eine antisemitische Propaganda, soweit es ihr nur um Rassen- oder Konfessionshetze zu tun ist, verträgt sich nicht mit christlichen Grundsätzen und kann daher keinesfalls unterstützt werden. Es gibt nur ein Mittel, die Schäden unserer Zeit, an denen die jüdische Rasse leider in so hervorragendem Maße Anteil hat, zu tilgen, nämlich die Ueberwindung des Mammonismus durch den christlichen Solidarismus. Lernen wir von den Juden das Zusammenhalten, welches bei diesen aus den bekannten Gründen so stark ausgeprägt ist. Pflegen wir das Genossenschaftswesen und das christliche Sittengesetz, und das jüdische Freigeistertum und Raubrittertum wird keinen fruchtbaren Boden mehr finden.

Schon aus realpolitischen Gründen ergibt sich als Richtschnur für unser nationales Verhalten gegenüber dem Judentum als Rasse, was in dieser Beziehung bereits in dem oben erwähnten Aufsatz des Verfassers angedeutet wurde: der Grundsatz der Gegenseitigkeit. Unseren Auslandsdeutschen in den von Juden beherrschten Staaten würde es sicherlich nicht einfallen, zu verlangen, daß sie diese Länder beherrschen und über die Führer und Helden der fremden Nationen zu Gericht sitzen dürfen. Derlei Anmaßungen und Herrschgelüste aufdringlicher jüdischer Elemente können daher auch bei uns unter keinen Umständen geduldet werden. Dabei müssen wir uns aber vor falschen Verallgemeinerungen hüten. Sehr viele Israeliten verurteilen dieses Gebahren ihrer Stammesgenossen auf das schärfste. Daß es soweit kommen konnte, liegt großenteils in der Revolutionspsychose begründet. Mit dem wiedererwachenden Nationalbewußtsein des deutschen Volkes wird der überwiegende jüdische Einfluß von selbst zurückgehen.

Im Uebrigen muß wiederholt betont werden, daß von jüdischer Seite viel zu selten und mit viel zu geringem Nachdruck gegen die Auswüchse unserer Zeit Stellung genommen wird, obwohl doch die gesamte Großpresse unter jüdischem Einfluß steht und somit die beste Gelegenheit zur Verbreitung solcher Verlautbarungen gegeben wäre. So fragt man sich z. B. unwillkürlich, warum nicht die Erklärung der freien Konferenz der bayerischen Rabbiner vom 6. Januar 1919, welche sich im Interesse der religiösen Kindererziehung gegen eine Trennung von Staat und Kirche ausspricht, den Weg in die Oeffentlichkeit gefunden hat. Wenn aber der „Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" in seiner Stellungnahme zu dem auffallenden Ueberwiegen jüdischer Elemente in der Führung der kommunistischen Bewegung (vergl. „Frankfurter Zeitung" Nr. 891 v. 28. Nov. 19) meint: „Ein ausdrückliches Abrücken von dem Bolschewismus erscheint ihm ebenso unwürdig, als wenn man vom Volksverein für das katholische Deutschland oder vom Evangelischen Bund ein Abrücken von dieser Bewegung verlangen würde", so dürfte dies doch eine bedauerliche Verkennung der Sachlage sein. Von niemand ist eindeutiger und konsequenter vom Bolschewismus abgerückt worden, als von allen nur möglichen Stellen der katholischen Kirche und vom Volksverein für das katholische Deutschland, obwohl die katholischen Kreise keinerlei Beziehungen zum Bolschewismus hatten. Es scheint, daß das gläubige Judentum derart in die Minderheit geraten ist, daß es seine Interessen nicht einmal mehr in der jüdisch beherrschten Großpresse mit Nachdruck zu vertreten vermag.

[2]) Vgl. Dr. Hans Rost, „Gedanken und Wahrheiten zur Judenfrage", Trier 1907.

Ein Rätewahn in England vor achtzig Jahren.

Von Ministerialdirektor Dr. E. Ver Hees, München.

Unzufriedene, enttäuschte Gemüter haben zu allen Zeiten Trost und Hoffnung bei Wahngebilden gesucht; begründete Beschwerden, erörterungsfähige Wünsche, neue Gedanken oder Einfälle können der träumerischen Wehmut, dem dunkeln Ideale Gestalt verleihen, und auch dem stillen widersinnigen Neide und dem ohnmächtigen Hasse Kraft und Aussicht auf Befriedigung. Die Verbreitung der so entstehenden Programme und Theorien, die Organisation und zielsichere Gliederung der zusammenfließenden Massen lassen dann Strömungen und Parteien entstehen, welche das Vernünftige an ihren Forderungen durch Ueberzeugung durchdrücken können, oft aber auch das Unsinnige und Unmögliche durch Gewalt aufzwingen wollen. Die Geschichte der Volksbewegungen und Umwälzungen zeigt ein buntes Bild von erwägenswerten Vorschlägen und unzweckmäßigen Plänen; die Mengen haben sich aber eher durch Schlagwörter und gefühlsmäßige Hingebung an ihren Traum hinreißen lassen, als durch feste Begriffe und praktische Sätze.

Soweit diese in den Programmen vorkommen, hängt ihr Einfluß nicht immer mit der Möglichkeit einer ersprießlichen Anwendung und Durchführung zusammen, sondern sie werden oft

an der Uebereinstimmung ihres Ausdrucks mit dem dunklen Drange bemessen, mit der unklaren Vorstellung, mit dem Wahne der die Leute zusammengebracht und tatenfähig gemacht hat.

Ein Schulbeispiel dieser volkspsychologischen Erscheinung wird die jetzige Rätebewegung werden. Das erfreuliche an dieser Strömung könnte das Streben der Arbeiter sein, ihre Kenntnisse und ihren Gedankenkreis zu erweitern, ihre Ideenwelt zu erhöhen und ihren inneren Wert dadurch zu steigern. Wenn der Mann sich über die materielle Tätigkeit hinaus erheben könnte, z. B. wenn er die Einrichtung und Leitung eines Unternehmens verstehen, die Schwierigkeiten der Anschaffung der geeigneten Rohstoffe mitbeherrschen, ihre richtige Bearbeitung und die zweckmäßige Einteilung und den Fortschritt der Behandlung mitbestimmen, die Gewinnung der Absatzmärkte und ihre nutzbringende Behaltung und Erweiterung übersehen und befördern, den Verstandes- und Kräfteeinsatz in der inneren und äußeren Industrie- und Handelsschlacht mit praktischen Zielen würdigen könnte, so wäre das eine allgemeine Kulturentwicklung ohne gleichen und eine Bürgschaft für die menschenwürdige und wirklich lohnende Wertschätzung der dann im vollsten Sinne des Wortes Mitarbeiter Gewordenen.

So weit ist man aber noch nicht. Erhöhung des Lohnes, Herabsetzung der Arbeitszeit und des Kraftverbrauches, Selbstbestimmung der Mitglieder des Unternehmens, bisweilen Rachegefühle, ohne Rücksicht auf die Dauer, auf die gegenwärtigen Schwierigkeiten und sogar auf die Möglichkeit des unmittelbar Geforderten: nur diese augenblicklichen Ziele schweben vor. Ob die Rohstoffe dabei herangeschafft werden können, ob die Lieferungsfristen eingehalten werden, ob Aufträge überhaupt zu erreichen sind und ob das Werk dabei nicht untergeht, so weit sieht man nicht, ebenso wenig wie die Veranstalter der französischen „Ateliers nationaux" von 1848.

Interessant ist ein Vergleich, wie ein großer Teil der englischen Arbeiterwelt sich vor 70 und 80 Jahren in die Bestrebungen des Chartismus eingeschworen hat. Das Programm war kaum direkt sozial; der fremde Name aber hatte getroffen und geblendet, etwa wie „Sozialisierung", wo das ehrliche, leicht verständliche deutsche Wort „Gemeinnützigkeit" Anlaß zur allseitigen Erörterung der Lage und der Vorschläge gegeben hätte. Aber ein Zauberwort wie Chartismus verfehlte seine Wirkung nicht: jeder dachte sich dabei was er wähnte, und eine Anleitung zu wirklichem Fortschritt wurde eben dadurch unterbunden.

„The Peoples Charter" enthielt eigentlich nur ein paar Forderungen, die wirklich Anlaß zu dauernden Einwendungen gaben. Eben diese Punkte hatten einige Bedeutung für die Aenderungen, welche den Massen vorschwebten. Die sechs Artikel oder „Points" waren anscheinend nur politischer Art, wie auch jetzt die Gewinnung der politischen Macht durch „Räte" auch das unfehlbare Mittel heißt, um wirtschaftliche Unmöglichkeiten oder Schwierigkeiten im Nu aufzuheben. Die Urheber der englischen Volksbewegung erstrebten vor 80 Jahren das allgemeine Männerwahlrecht, die geheime Wahl, welche im Gegenteil hiesige Gegner der „Wahlzetteldemokratie" aufheben wollen, um ihren Willen auch einer widerstrebenden Mehrheit durch Gewalt aufzuzwingen. Jährliche Parlamente waren gefordert, um die Vertreter so oft wie möglich auf Herz und Nieren prüfen zu können; an ihre Absetzung durch Zuruf in einer beliebigen Versammlung hatte man noch nicht gedacht. Daß Vorbereitung und Erfahrung, auch eine gewisse Beharrlichkeit unentbehrlich ist, hatte man übersehen. Abschaffung der Grundbesitzbedingung für das passive Wahlrecht, Diäten für die Abgeordneten, Gleichheit der Wahlbezirke gelten heute als selbstverständliche Grundlagen der Volksvertretung.

Das war alles. Dadurch hoffte aber die Menge, oder durch die Tätigkeit des in diesem Sinne abgeänderten Parlamentes, eine Volksgesetzgebung zu erreichen, welche von heute auf morgen alle Träume verwirklichen könnte. Das Wort „Charter", weil es unbestimmt war, ließ eben der Phantasie freien Raum.

Die allgemeine Unzufriedenheit, die ungenügende Wahlreform von 1832 und das erste, ungenügende Fabrikgesetz von 1833 hatten eine Stimmung der Enttäuschung verbreitet. Man suchte Retter aus der Not. Schon hatte sich 1837 ein verrückter, heruntergekommener Bierbrauer in Canterbury mit einem unbestimmten politischen Reformprogramm bemerkbar gemacht, auch durch seine sonderbare Tracht und die Titel, welche er sich zu führen anmaß: Sir William Courtenay of Powderham Castle, Ritter von Malta, König von Jerusalem, König der Zigeuner usw. Eigentlich hieß er ganz einfach Thom. An der Spitze einer Menge von armen Leuten versuchte er Canterbury zu stürmen, wo er vielleicht eine Rolle gespielt hätte, wie Jan von Leiden in Münster i. J. 1534. Er fiel aber mit einigen seiner Genossen, nachdem er einen Schutzmann und den Kommandanten der Garnison eigenhändig erschossen hatte.

Dieser Zwischenfall gehört eigentlich nicht zur Chartistenbewegung, wohl aber zu dem Gefühle, woraus sie entsprang. An die Spitze dieser englischen Bewegung hat vielleicht O'Connel sich setzen wollen; er soll ihr den Namen gegeben haben. Ein anderer Ire, Feargus O'Connor, verrückt wie Thom, war aber lange Zeit der Führer. „Er war", schreibt sein Landsmann Mac Carthy, „ein Musterbeispiel einer gewissen Art von Demagogen. Er war von gebieterischer Haltung, hoher Gestalt, und fast riesenhafter Kraft. Er hatte Erziehung und Umgang in guter Gesellschaft genossen; gehörte zu einer alten Familie, und rühmte sich, aus einer Reihe von irischen Königen abzustammen, nicht ganz ohne Recht. Er war ein Mann von einiger Fashion gewesen und hatte in seiner Jugend eine wilde Lebensführung gehabt. Er hatte eine Art Beredsamkeit, welche ihm eine ungeheuerliche Macht auf eine Masse von halbunwissenden Zuhörern verlieh; er war, nach unverdächtigen Zeugen, welche weder für seine Person noch für seine Lehren eingenommen waren, der erfolgreichste Pöbelredner (mob orator)".

Solche beredte, obgleich volksfremde Rattenfänger hat man noch anderswo und später gesehen. Sein Einfluß dauerte mehr als zehn Jahre, ehe er in ein Irrenhaus verbracht werden mußte. Er gründete die „National Charter Association" i. J. 1839, mit 400 Zweigstellen. 50,000 Abonnenten lasen „The Northern Star", das Hauptblatt der Bewegung, die in jeder großen Stadt Zeitungen unterhielt.

Wie es auch sonst und später geschehen ist, meinte ein großer Teil der Chartisten, allein das Recht zu haben, dem Volke Gesetze vorzuschreiben, weil sie sich allein für „das werktätige Volk" ausgaben. Also ein Teil einer Klasse, eine bestimmte Richtung und Strömung unter den am wenigsten kundigen Schichten, wollte sich in dem damaligen England der Staatsgewalt bemächtigen. Eine Absurdität, sagt der vorerwähnte irische Geschichtsschreiber, und den Gedanken, daß physische Kraft dazu berechtigt sei, in England eine politische Auseinandersetzung zu schlichten, nennt er einen Anachronismus. Anderswo hat man seitdem diesen Wahn zu einem Fortschritt erheben wollen. Der Sturm auf die Stadt Newport in Wales am 4. November 1839, und auf das dortige Gefängnis, war eine ernstere Wiederholung des Versuchs von Canterbury.

Im Jahre 1848 flammte die Bewegung der Chartisten, unter dem Einflusse der Revolution anderer Länder, anscheinlich gefährlich auf. Schon wurden zunächst einzelne Fabriken und Schlösser angezündet oder geplündert; auch gab es wirkliche Empörungen in Birmingham, wo 30 Häuser in hellen Flammen aufgingen, in Manchester, in Ashton und anderswo. Oertliche „juntas" nach dem spanischen Ausdruck, oder „Vollzugsräte", wenn man will, leiteten die Bewegungen. Der Zentralrat oder „National Convent", war von Arbeitern im Gegensatz zum gesetzlichen Parlamente gewählt und wollte in London eine halbe Million Menschen zusammenbringen, um eine Riesenpetition an das Parlament einzureichen. 170,000 freiwillige Schutzleute, „special Constables", oder sogar 200,000 nach Mac Carthy, wurden als eine Einwohnerwehr gegen diese Bedrohung, für die Verteidigung von Verfassung und Gesetzlichkeit gewonnen und vereidigt, unter den vielen auch der damals in England lebende Louis Napoleon, der spätere Napoleon III. Es erschienen aber am Versammlungsorte bei Kennington Commons nur etwa 20,000 bis 25,000 Menschen, zur Hälfte bloß Neugierige. Der Zug wurde im letzten Augenblicke verboten und Feargus O'Connor war noch so gescheit, seine enttäuschten Anhänger im Zaum zu halten. Diese schreckliche Aktion am 10. April 1848 endete mit Gelächter; die Petition mit angeblich 5'700,000 Unterschriften trug bei näherem Zusehen nicht viel mehr als ein Drittel dieser Zahl, genau 1'975,469, dabei wiederholt die Namen der Königin Viktoria, des Prinzen Albert, des Herzogs von Wellington, von Sir Robert Peel, von Lord John Russell und von anderen. Dieser zweifelhaft witzige Unfug machte die ganze Bewegung lächerlich, und sie verlief bald im Sande. Die Ziele des Chartismus waren nicht erreicht, und es vergingen Menschenalter, ehe die englische Gesetzgebung, teilweise unter dem Einflusse des Weltkrieges, die meisten der Forderungen verwirklichte.

Die hervorstechendste Aehnlichkeit des Chartismus mit der Rätebewegung in Deutschland war, daß ein Teil der Arbeiterschaft sich durch Gewalt in den Besitz der öffentlichen Macht

setzen wollte. Plünderungen kamen aber in England nur ausnahmsweise vor. Die Verwaltung von Städten und örtlichen Regierungsstellen konnte die Bewegung nicht erreichen.

Das Gefährlichste an ihren Plänen konnten die Führer nicht allgemein verwirklichen. Im „National Convent" hatten sie nämlich Anfangs 1839 beschlossen, daß an einem bestimmten Tage alle Arbeiter alle Gelder aus den Sparkassen zurückziehen, alle Banknoten, deren man habhaft werden könnte, der Bank of England zur Einlösung einreichen und zugleich überall die Arbeit einstellen und sich bewaffnen sollten. Der Plan mißlang: er zielte darauf hin, den finanziellen Zusammenbruch herbeizuführen. In Deutschland im Gegenteil hat das Volk ausgerechnet im verhängnisvollen Jahre 1919 in einigen Monaten über fünf Milliarden mehr den Sparkassen zugeführt.

Eine gute Darstellung des Chartismus findet man, außer bei Mac Carthy, in den Preußischen Jahrbüchern von 1874 aus der Feder von Lujo Brentano, der sich 1918 bis 1919 bestrebt gezeigt hat, die Rätebewegung in Deutschland in ruhigere Bahnen zu lenken und für eine verständige und praktische Sozialreform nützlich zu machen. Die Ereignisse werden darüber und über die Fortsetzung der Bewegung mehr lehren.

Mein Volk.

1.

So sankst Du hin, mein Volk,
von keinem Sturm gebrochen, — Sturm brach an Dir,
und eine Welt fiel machtlos.

So sankst Du hin, mein Volk,
Hohnschrei der Feinde über Dir:
„Gott straft die Schuld!"

Wohl Deine Schuld! —

— — nicht dieses Krieges Blutmeer,
Wahnsinn fesselloser Gier —:
das ihre Schuld.

Doch, dass in Schuld verstrickte sich
die Welt,
dass Hass und Neid ihr Antlitz,
Höllengift ihr Blut, —:
das Deine Schuld. —:

vom Leib des Herrn, der einzig Leben ist,
wer brach sie ab?

Aus Gottes Macht, die einzig Tode zwingt,
wer riss sie los?

Ihr Leichnam, faulend, ekler Gifte voll,
klagt Dich an.

So sankst Du hin, mein Volk,
und alle Schuld auf Dir!

Nicht zwang Dich Welt,
nicht ihre Faust hebt Banner!
Siegreich gegen sie bist Du
im Opfer,
Sieger sühnend.

2.

Aus Nacht der Schuld, grauend gen Golgatha,
wächst Dein Tag,
und keines Auges Weite fasst den Glanz,
da Du aus Gräbern, Schrecken Deinen Feinden,
aufstehst dereinst.

Schemel Deiner Füsse, kauern
wimmernd, die Dich banden,
Todes gewiss.

Doch Dein Antlitz, grosser Leiden reif,
strahlt Liebe;
und die Arme, kettenwund noch,
heben sie,
und das Herz strömt Leben
ihrem Tod.

Sühne jetzt der Welt,
wirst Du ihr Heil einst,
mein Volk.

Erich Przywara S. J.

Vom freien Kino.

Von Joh. Hambröer.

„Es ist, als ob alle Dämonen im Augenblicke losgelassen wären, den Boden des deutschen Volkslebens zu verwüsten", so klagte vor kurzem F. Paulsen wegen des erschreckenden Anwachsens der Entsittlichung unseres Volkes.

Ja, an die lange Kette der katastrophalen Begleiterscheinungen dieses Krieges reihen sich die immer zahlreicher und offensichtlicher werdenden Symptome sittlicher Entnervung breitester Schichten unseres Volkes. Dies zeigt sich nicht nur an der modernen belletristischen Literatur, die vielfach nichts ist, als ein schöngeistiger Hymnus auf das Raubtier im Menschen, die prachtvolle, nach Beute lüstern schweifenden, blonde Bestie" (Nietzsche), sondern besonders in den Erzeugnissen der modernen Theatralik; in jener absurden Szenerie, die jeder sittlichen Idee entbehrend in silbernen Schalen unserem Volke Haschisch, vermischt mit tödlichem Schirling darreicht und die in erschreckender Weise die religiös-ethische Zersetzung des christlichen Kulturlebens beschleunigt. In dieser modernen Theatralik ist es besonders das Kino, jene technische Metamorphose menschlichen Geistes, die ursprünglich dazu bestimmt, an der kulturellen Bildung unseres Volkes mitzuwirken, nun dazu herabgewürdigt wird, im Dienste filzigen Geschäftssinns die Instinkte niedrigster Leidenschaft aufzustacheln und unserem Volke besonders der Jugend die Sodomsäpfel gemeiner Sinnengenüsse in bestrickendster Form zu offerieren. Man denke nur an gewisse Produkte der Zensurfreiheit wie: „Die Prostitution", „Polygamie", „Gelübde der Keuschheit" usw. Nur mit gesundem Ekel vermag ein anständiger Mensch jene Films zu betrachten, die alle widernatürlichen Triebe analysierend das Scheußliche, Lasterhafte, Bestialische kultivieren und alles was heilig ist mit ihrem ekelhaften Geifer überziehen. Eine besonders verderbliche Kategorie sind ferner die endlosen Reihen moderner „Aufklärungsfilme", die in der beglückenden Aera der Freiheit par excellence vegetieren.

Alle möglichen sexuellen Perversitäten werden in ihnen „gründlich" illustriert. Beim Anblick solcher Filme erinnert man sich unwillkürlich der Worte eines modernen Aesthetikers, der von Films spricht, „die mit wahrhaft virtuos entwickelter Nase an den verschiedenen Arten des moralisch Stinkenden herumschnüffeln". Vor einiger Zeit sah man in einem Dorfe auch so einen Aufklärungsfilm, „die arme kleine Eva". Nämlich wegen § 218 St. G. B., Verbrechen gegen das keimende Leben. So wurde der neueste Aufklärungsfilm empfohlen. Er sollte eine Warnung für unerfahrene junge Mädchen, eine Mahnung an die leichtlebige Männerwelt sein. Und das Kino war eine Woche lang gesteckt voll von „armen kl. Eva"-Kandidatinnen und mahnungsbegierigen „jungen Männern!!"

Außer dieser offen pornographischen Filmliteratur gibt es noch eine andere fast ebenso gefährliche. Es sind dies jene alltäglich auf der Leinwand erscheinenden Films, die den Zuschauer jenseits der Grenze „von gut und böse" führen, und, ihr wahres Gesicht verhüllend, um so unträglicher wirken. Latuit anguis in herba! Langsam aber sicher wird der Granitblock der christlichen Moralanschauung durch dieselben abgebröckelt und das ethische Empfinden des Volkes unterminiert, denn die Unmenge fleischgewordener Fieberträume und Begierden, die man dort inszeniert findet, muß auf die Charakter- und Herzensbildung geradezu verheerend wirken. Die alten Forderungen der christlichen Ethik, die eheliche Treue und geschlechtliche Enthaltsamkeit außerhalb der Ehe, werden bei jeder Gelegenheit ins Lächerliche gezogen, und das Lied von der freien Liebe klingt durch fast alle mehr oder minder unverhohlen wieder.

Die große Masse unserer Lichtspiele hat aber nicht nur einen lüsternen erotischen Inhalt, sondern verletzt sehr oft jedes ästhetische Empfinden. Widrige halbnackte Figuren, inszeniertes Winseln der „Bestie", metaphorischer Kult des Gemeinen, sklavisch exzentrische Huldigungen an die Erotik, das ist das „Schöne" im freien Kino. „Wir sind die Sklaven der Ungeheuer geworden, die unsere eigene Schöpfungskraft geboren hat", sagt der Soziolist William Morris. Ja das Kino in seiner heutigen Form ist ein folgenschweres Krebsgeschwür am Körper der Gesellschaft, ein Uebel, das mit allen zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft werden muß. „Es sollte sich eine Partei ehrsamer Leute bilden, die Mitglieder aller Parteien umfaßte", sagte ein Abgeordneter bei Gelegenheit der Debatte über die Wiedereinführung der Filmzensur. Niemals mehr als heute wäre es nötig, alle sittlichen Kräfte dem Volkswohl zuzuwenden, jene Kräfte die heute durch planmäßige Entnervung breitester Schichten unseres Volkes dem Wohle der Allgemeinheit entzogen werden. Die Bekämpfung der Schundfilms ist deshalb soziale Pflicht eines jeden Volksfreundes, obwohl der äußerste Flügel der „Sozialen" im Reichstag sich nicht schämte, die Kinozensur abzulehnen! Dringend zu wünschen wäre es, wenn die Staatsregierung endlich durch entsprechende Zensur den rapiden Lauf der Filmliteratur zur Pornographie eindämmte und dafür Sorge trüge, daß unserem Volke nicht solch stinkende Grundwasser voll moralischen Unrates unter der Schutzmarke „Freiheit" zum Tranke dargeboten würden. Gleicht diese Freiheit doch der eines Kindes, das man in ein Zimmer schickt, worin eine mit süßen Früchten und Weinen gedeckte Tafel steht, einige vergiftet, einige nicht. Man sagt zu ihm: wähle mein Kind, denn du bist frei! — Absolute Freiheit fürwahr!

Die Geschichte des Krieges

von Hermann Stegemann, deren dritter Band mir vorliegt (Stuttgart und Berlin, Deutsche Verlagsanstalt. XVI u. 544 S. Mk. 17.—, geb. Mk. 20), fordert, wenn man ihr gerecht werden will, eine längere und eingehendere Besprechung. Es sei mir daher gestattet, diesen dritten Band etwas näher zu beleuchten und daran einige Betrachtungen zu knüpfen.

Mit welch ganz anderen freudigen Gefühlen würde man dieses hochbedeutsame Werk zur Hand nehmen und sich in die meisterhafte, dramatisch bewegte Schilderung der Schlachtenbilder vertiefen, deren Bedeutung und Zusammenhänge der in der strategischen Wissenschaft gründlich bewanderte Verfasser so klar auseinanderzusetzen weiß — wenn das Glück die deutschen Waffen bis zum Ende des blutigen Weltringens begünstigt hätte!

Jetzt, nun Deutschland und Österreich in ihren Grundfesten erschüttert sind, moralisch und wirtschaftlich darniederliegen und die Völker aus dem wahnsinnigen Freiheitstaumel verzweifelt und todkrank erwachen, bringt der gellende Ruf nach Sättigung und Befriedigung der elementarsten Bedürfnisse alle anderen Stimmen zum Schweigen, während man vom Krieg nichts mehr wissen will, es sei denn, um ihm Flüche und Verwünschungen nachzuschleudern. Gilt dieses nun auch nicht für die weiten Kreise, die Stegemanns von der strengsten historischen Objektivität getragenes Werk sich erobert hat, so liegt doch, wie richtig bemerkt wird, „die Gefahr nahe, daß wir um des unglückseligen Ausganges willen das ewig Staunens- und Bewundernswerte unterschätzen, das die Feldherrnkunst großer Führer, der Heldenmut und die Zähigkeit der Soldaten vollbracht haben".

Diese Gefahr wird durch Stegemanns Geschichte beseitigt, doch genug andere Dinge gehen in diesen Tagen vor sich, die geeignet sind, statt der Wahrheit zu dienen, sie in blindwütigem Parteigeist zu fälschen und zu verzerren. Ist es nicht ein widerliches und höchst unwürdiges Schauspiel, das sich in Berlin vor dem sogenannten Untersuchungsausschuß abspielt, wo die ehrenfestesten Männer Deutschlands genötigt werden, sich vor einem Konsortium, worin die Juden und Sozialdemokraten dominieren, wegen der im Kriege begangenen „Fehler" zu verantworten? Wozu das alles? Und was kommt bei all dem endlosen Salbadern über verpaßte Friedensmöglichkeiten u. dergl. mehr heraus? Ist Deutschland noch nicht tief genug erniedrigt, daß seine Staatslenker und Feldherren angesichts des hohnlachenden Feindes, der von Anfang an vom Vernichtungswillen beseelt war und allen Friedensvorschlägen, auch denen des heuchlerischen Vermittlers gegenüber taub blieb, gezwungen werden sollen, de- und wehmütig ihre „Schuld" zu bekennen? Die flammende Entrüstung der akademischen Jugend, die nicht dulden wollte, daß ein Mann wie Hindenburg gleich einem Schulknaben vor diesem Jammerausschuß sich verantworten sollte, ist vollkommen begreiflich.

Aus der unerträglichen Stickluft des aufgezwungenen faulen Friedens mit all seinen Begleiterscheinungen herauszukommen und auf die blutgedüngten Felder zurückzukehren, wo höchste Geisteskraft und Mannesmut sich in tausend Mühen und Kämpfen herrlich gezeigt und bis in den Tod bewährt haben, ist gleichsam eine Wohltat und Erquickung. Trifft man vollends einen Führer, wie den Verfasser des Werkes, auf das wir nach obiger Herzenserleichterung zurückkommen, so verspürt man einen Genuß als wenn man von der Luft der homerischen Welt umgeben wäre.

Mit ganz besonderem Interesse wird man in diesem dritten Bande die Abschnitte über den Seekrieg, den Balkanfeldzug und den Dardanellenfeldzug, die jeder für sich ein abgeschlossenes Ganzes bilden, lesen. In diesen abgerundeten Stücken wird jede Phase der wechselreichen Kämpfe zur See und zu Lande wie mit einem Scheinwerfer beleuchtet. Nichts entgeht dem scharfsinnigen Beobachter, keine irgendwie bedeutsame Einzelheit wird außeracht gelassen, alles mit so festen Strichen gezeichnet und so farbenhell ausgemalt, daß man es beim Lesen deutlich vor sich sieht und gleichsam miterlebt. Und welches Herz schlägt nicht höher, wenn es sich der glorreichen Taten eines Weddigen, eines Spee, der „Emden"-Mannschaft und all jener Tapferen erinnert, die dem stolzen Albion so viel zu schaffen machten? Mit höchster Spannung folgt man der Beschreibung der Schlacht bei den Falklandsinseln, da der deutsche Seeheld, der bei Coronel die englischen Dreadnoughts in den Grund bohrte, der Rache des übermächtigen Feindes zum Opfer fiel. Denn England, „das zum erstenmal seit undenklicher Zeit auf seinem Lebenselement einem Feinde im offenen Geschwaderkampf erlegen war, durfte den, der den „Nimbus der Unbesiegbarkeit" seiner Flotte zerstört hatte, nicht ungestraft lassen! War es nicht schon ein todeswürdiges Verbrechen, sich dem Seekönig, dem Beherrscher des Ozeans, in den Weg zu stellen?

„Die Freiheit der Meere", so heißt es Seite 5 in einem kurzen geschichtlichen Exkurs, „blieb in Englands Belieben gestellt und wurde der Wohlfahrt Englands unterstellt, mit anderen Worten: Englisches Recht brach Völkerrecht". Eine Verurteilung des rücksichtslosen englischen Imperialismus, wie sie schärfer nicht gedacht werden kann!

Sucht nun auch Stegemann in seinem ganzen Werk die strengste Objektivität zu wahren, Recht und Unrecht, Erfolg und Mißerfolg ohne alle Parteilichkeit und Voreingenommenheit abzuwägen und bietet er dementsprechend ein von der offiziellen Schönfärberei stark abweichendes Gesamtbild, so geht doch aus allem genugsam hervor, nach welcher Seite seine Sympathie sich hinneigt. „Meine Freunde wissen", sagt er im Vorwort, „daß mich der Ausgang des Krieges nicht überrascht hat, aber ich leite daraus nicht das Recht ab, aus der Zurückhaltung zu treten, die ich mir auferlegt habe, um diesem Werke jede sensationelle Färbung fernzuhalten und es vor jedem fremden Eingriff zu bewahren."

Kühl bis ans Herz hinan steht der Historiker den Dingen gegenüber und muß, so schwer es ihm auch werden mag, seinen Gefühlen Schweigen auferlegen — aber er läßt, an seiner Gesinnung keinen Zweifel gestattend, andere für sich reden, indem er mit Gottfried Keller dem tief darniederliegenden Deutschland die Worte zuruft:

„Dir werden noch die Osterglocken schallen,
Wie keinem Volke sie geklungen sind!
Dein still' Ergeben hat dem Herrn gefallen,
Und hoch erheben wird er dich, sein Kind!"

In dem vorliegenden Band erstreckt sich die Schilderung der Feldzüge im Westen und Osten vom 15. resp. 21. Februar 1915 bis zum 30. Oktober resp. 13. November desselben Jahres, umfaßt daher nur eine Zeit von 9 Monaten. Es möchte wohl mancher meinen, daß der Verfasser in der Beschränkung seine Meisterschaft hätte zeigen sollen, da die gar zu große Ausführlichkeit unvermeidlich Wiederholungen und damit Ermüdung des Lesers zur Folge haben werde. Schlägt man jedoch ein Kapitel auf, wie z. B. das, worin der Durchbruch bei Gorlice geschildert ist, so meint man, der beigegebenen Karte Berge entwachsen und Wasserläufe entspringen zu sehen und lebhaft vor Augen zu haben, wie die Heereszüge von allen Seiten zwischen den reißenden Flüssen und dem von Kuppe zu Kuppe sich türmenden Felsengebirge der Karpathen im stürmischen, unwiderstehlichen Siegesmarsch vordringen und die Feinde über den Haufen werfen. Das Nämliche gilt von dem Siegeszuge Mackensens in Serbien, da er die durch Potioreks eigenmächtiges Vorgehen herbeigeführte Niederlage im Verein mit den Bulgaren glänzend wieder ausgleicht.

Auf den Feldzug im Osten ist in diesem Bande das Hauptgewicht gelegt, wie S. 78 ausdrücklich betont wird. Dort heißt es: „Es entspricht dem Sinn der Feldzüge des Jahres 1915, die Darstellung so zu fassen und zu gestalten, daß die Durchbruchsversuche, die von Franzosen, Engländern und Italienern unter der Deckbezeichnung von Ablenkungs- und Abnutzungsmanövern unternommen wurden, als Episoden erscheinen zu lassen und als solche in der Darstellung der russischen Feldzüge unterzubringen."

Zwei weitere Bände stehen noch in Aussicht, von welchen es heißt: „Der vierte Band wird zunächst die Feldzüge der Jahre 1916 und 17 umfassen, also die Entwicklung bis zum letzten großen Intervall darstellen, in dem der Weltkrieg noch mit etwelcher Aussicht auf eine minder schwere wirtschaftliche und gesellschaftliche Erschütterung und eine weniger katastrophal wirkende Umgestaltung des europäischen Kontinents beendet werden könnte. Wird der vierte Band hierdurch vollständig in Anspruch genommen, so bliebe einem fünften Band die Darstellung der Ereignisse vom November 1917 bis November 1918 und die Schilderung der Kolonialfeldzüge vorbehalten." Die Frage, ob der Verfasser zu einem längeren Schlußwort genötigt wird, um die im ersten Band zugegebene Darstellung „Zur Vorgeschichte des Krieges" einer Durchsicht zu unterziehen und dabei auch die sogenannte Schuldfrage zu erörtern, läßt sich heute noch nicht beantworten, doch ist gewiß, daß darüber nur dann mit Nutzen geschrieben werden kann, wenn sich die Archive aller Mächte gleich weit öffnen, wie sie sich im Jahre 1914 gleich eng öffneten.

Wir sind in letzter Zeit mit einer wahren Flut von „Enthüllungen" aller Art überschwemmt, aber was die daran Beteiligten auch vorbringen mögen, das Licht, das sie anzünden, dient hauptsächlich dazu, ihre eigene Person und Handelsweise in möglichst vorteilhafter Beleuchtung erscheinen zu lassen.

Stegemanns Werk dürfte, wenn es fertig vorliegt, alle jene Erscheinungen an Wert übertreffen, da es vollkommen sine ira et studio geschrieben ist und dem Feinde wie dem Freunde volle Gerechtigkeit widerfahren läßt. Neben der klaren Sachlichkeit und der staunenswerten Detailkenntnis, die sich in jeder Zeile offenbart, ist nicht an letzter Stelle der schwungvolle Stil zu rühmen, zu welchem der gewaltige Stoff die Feder des gewiegten Erzählers hinreißt.

Wer sich in das Studium der Stegemannschen Geschichte des Weltkrieges an der Hand des vom Autor selbst entworfenen Kartenmaterials vertieft, der erst wird die Kraft zu würdigen lernen, die das deutsche und österreichische Volk mit seinen Heerführern (und in gewissem Grade auch mit seinen Bundesgenossen) in den vier Jahren des ihm von einer vernichtungswütigen Weltkoalition aufgenötigten Krieges entfaltet hat. Und wenn er sich diese übermenschlichen Leistungen vergegenwärtigt und einprägt, so wird diese an den Tag gelegte Kraftfülle und diese heldenmütige Ausdauer ihn mit der zuversichtlichen Hoffnung erfüllen, daß Deutschland und Oesterreich nach Abstreifung der Fesseln und Ausstoßung der unlauteren und revolutionären Elemente dereinst wieder als Hüter und Förderer echt christlicher Gesittung in neuem Glanze erstehen und einen Ehrenplatz im ideellen Völkerbunde einer von Haß und Scheelsucht freien Zukunft einnehmen werden.

Leo van Heemstede.

Vom Büchertisch.

Hertling, Karl Graf v., Ein Jahr in der Reichskanzlei. Erinnerungen an die Kanzlerschaft meines Vaters. Freiburg, Herder, 12.— ℳ. An Erinnerungen an den Krieg und die große Zeit, die durch die nachfolgenden Ereignisse uns schon so weit entrückt scheint, ist kein Mangel. Der Mann, der in schwerster Stunde berufen wurde, als Kanzler die Geschicke des Deutschen Reiches zu lenken, Graf Hertling, konnte seine eben erscheinenden Lebenserinnerungen gerade auf die wichtigste und folgenschwerste Zeit seines Wirkens, auf das Jahr seiner Kanzlerschaft, nicht mehr ausdehnen. Vorzeitig entsank seiner Hand die Feder, als ihm vor Schmerz über den furchtbaren Zusammenbruch unseres Vaterlandes das Herz brach. Um so mehr ist es zu begrüßen, daß der Sohn des Kanzlers Hertling jene Lücke in unserer Kriegserinnerungsliteratur, die im Interesse der Vollständigkeit überaus zu beklagen ist, einigermaßen ausfüllt durch die mit Spannung erwartete Schrift „Ein Jahr in der Reichskanzlei". Freilich, „wer nach Sensationen in dem Büchlein sucht, wird enttäuscht sein". Es enthält nichts Aufgebauschtes und nichts Tendenziöses; in ruhiger und objektiver Weise bringt es Dinge zur Sprache, die zum größeren Teil schon der Oeffentlichkeit bekannt sind — nebenbei bemerkt ein Zeichen dafür, daß es mit unserer Geheimdiplomatie im alten Regime doch nicht gar so schlimm bestellt sein konnte. Gleichwohl liest sich das Buch äußerst interessant, da immer wieder Einzelheiten eingestreut sind, durch die auch schon bekannte Ereignisse in ein neues Licht gerückt werden. Ausgehend von der Ernennung Hertlings zum bayerischen Ministerpräsidenten schildert der Verfasser in der Einleitung kurz die Zeit bis zur Berufung auf den Kanzlerposten. Von Interesse ist ein hier schon mitgeteilter Brief des Kardinals Mercier. In einer Reihe von Kapiteln wird in chronologischer Folge die Kanzlertätigkeit Hertlings zur Darstellung gebracht. Der Leser gewinnt Einblick in die Schwierigkeiten im Zusammenarbeiten mit der Obersten Heeresleitung, und man hat den Eindruck, daß der Kanzler doch nicht bloß ein Werkzeug in der Hand einer Militärpartei war, sondern recht wohl seinen Standpunkt geltend zu machen verstand. Allerdings eine Gewaltnatur war Hertling nicht. „Mein Einfluß reicht nur so weit, als sich etwas durch Vernunftgründe und gütliches Zureden erreichen läßt." Gewaltproben gegenüber, wie sie sich bisweilen wohl von alldeutscher Seite her geltend machten, mochten freilich diese Waffen nicht immer ausreichen; wenn der Kanzler sich auch nicht beeinflussen ließ, so konnte hinter seinem Rücken gearbeitet werden und er vor vollendeten Tatsachen stehen. Mit großem Interesse liest man auch die Charakterschilderungen, die der Verfasser von den Persönlichkeiten gibt, mit denen er selbst oder der Kanzler zusammenkam. Daß Hertling ernstlich auf den Frieden bedacht war, und zwar einen annexionslosen Frieden, geht aus dem Buche klar hervor. Diesen Standpunkt hat er nicht erst als Kanzler unter dem Druck der Verhältnisse eingenommen; schon als Ministerpräsident von Bayern ließ er gelegentlich in vertrautem Gespräche unzweideutig erkennen, wie weit er alldeutschen Annexionsgelüsten fernstand. Hertling wäre wohl der geeignete und würdige Mann gewesen, um dem deutschen Volke den Frieden zu vermitteln; es sollte immer wieder betont werden, „daß zum Friedenschließen noch immer zwei Parteien gehört haben". Und der „vornehm denkende, echt deutsche Edelmann", wie der Kaiser mit ebenso feinem, wie sicherem Gefühl seinen Kanzler charakterisierte, war seinen moralischen Eigenschaften nach wohl zu weit von den maßgebenden Staatsmännern der Feinde entfernt, als daß eine Brücke der Verständigung hätte geschlagen werden können. Wer Gelegenheit hatte, Hertling im Leben kennen zu lernen, wenn auch nicht als Politiker, freut sich, in dem anziehend und objektiv geschriebenen Buche an dem Bilde des Kanzlers die Züge wiederzufinden, die den Verkehr mit ihm jederzeit liebenswürdig gestalteten und Achtung vor seiner Persönlichkeit einflößten. Der Adjutant hat seinem Herrn, der Sohn dem Vater ein schönes Ehrendenkmal gesetzt.

P. Dr. O. Reicher.

Am Quell der Wunder. Isergebirgische Volksmärchen von Wilh. Müller-Rüdersdorf. Buchschmuck von J. Conrad Köper. Winnenden bei Stuttgart, Zentralstelle zur Verbreitung guter deutscher Literatur. 143 S. ℳ 3.15, geb. ℳ 4.—. Neunzehn neue hübsche, teils schnurrige, teils schaurige Märlein, worin freundliche Zwerge und Waldfräulein, böse Geister und Hexen, schöne Prinzessinnen und tapfere Ritter, verwegene Räuber und der Leibhaftige ihre Rolle spielen und der mannigfaltigste Zauber stets dazu dient, Lohn und Strafe nach Gebühr zu verteilen, finden sich in diesem Büchlein, mit Anmut vorgetragen und mit naivem Bilderschmuck ausgestattet. Der Preis ist den jetzigen Verhältnissen angepaßt, dürfte aber der Verbreitung nicht gerade förderlich sein, da man für ein Büchlein von diesem Umfang sonst wohl kaum mehr als 1 oder 1½ Mark entrichten möchte.

L. v. Heemstede.

Laurenz Kiesgen: Unseres Herrgotts Kostgänger. Geschichten aus Kindheit, Schule und Leben. Köln, Bachem. Preis geb. 6.40 ℳ. — Fünfzehn Erzählungen verschiedener Wert- und Wesensprägung, wirkliche „Geschichten" aus der Erzählecke, die man sich so gern im heimeligen Ofenwinkel, besser noch am Kamin oder gar, wenn's hoch kommt, am offenen Herdfeuer vorstellt. Viel Ernst, bis zur Tragik, viel heiterer Humor, darunter lachende Schelmerei und übermütige Spaßmacherei, stecken in diesen Ausschnitten aus den Erinnerungen an Kindheit, Jugend, Mannheit, aus Seminar- und Amtszeit. Kinsgen ist ein empfänglicher, reiner, herzensguter Dichter, der echte Stimmung kennt und wiederzugeben, der sie auch zu wecken weiß. Er ist zugleich ein empfänglicher, reiner, herzensguter Mensch und Christ, ein Heilandsjünger und gütiger Bruder dem Nächsten. Er kennt und liebt das „Volk", unter dem er aufgewachsen zu sein scheint, und Wahrheit und Liebe durchdringen, durchleuchten seine Darstellungen aus ihm. Ja, und wie er seine „Kollegen" kennt, versteht — und wie sich selbst! — Das Buch verdient einen weiteren Leserkreis. Es wird ihn finden.

E. M. Hamann.

Kurt von Assen. Sang aus der Schwedenzeit. Von F. Thedering. Mit einem Umschlagbild von Prof. Bernhard Winter. Oldenburg i. O. Gerh. Stalling. 200 S. geb. 7.15 ℳ. Ein Dichter, der aus der besten alten Schule hervorgegangen ist, aller modernen Künstelei und Manieriertheit fremd, Sprache und Versbau machtvoll beherrscht, erfreut alle Liebhaber gediegener Kunst mit einer köstlichen Gabe, die den Epen Webers und Brills würdig an die Seite gestellt werden darf. Aus der Geschichte seiner Heimatstadt Vechta und des Oldenburger Münsterlandes hat Thedering mit sicherem Griff eine Episode gewählt, die für unsere Zeit doppeltes Interesse hat, da sie uns ein Bild vor Augen stellt aus einer Vergangenheit Deutschlands, die mit der harten Gegenwart viele Uebereinkunft hat. Die nach den besten Quellen mit historischer Treue und realistischer Kraft geschilderten Lager- und Kriegsbilder, die Heldengestalten wie Tilly und Vechtas Burgmannshäupter in markigen Strichen vorführen, bilden die feste, in allen Teilen wohlgefügte Unterlage der Dichtung. Davon hebt sich die Figur des jugendlichen Hauptshelden und seiner Edeltraut in einer Weise ab, die, ohne zu dominieren, doch genügend hervortritt, um die Freunde der romantischen Poesie zufriedenzustellen. Elmars und Hildegundens Lieder hat unser Dichter sich in der „Liebesklage" und dem „Waldzauber" mit bestem Erfolg zum Muster genommen und um dem Humor gerecht zu werden, seinem Ritter den lustigen Vaganten Heinz als Freund und Begleiter zugesellt. Noch mancherlei wäre lobend hervorzuheben, wie z. B. die tadellose Handhabung des Reimes, der nirgends mühsam herbeigeholt oder gezwungen erscheint, doch das Gesagte möge zur warmen Empfehlung der nach Inhalt und Form gleich trefflichen Erzählung, doppelt wertvoll eben wegen ihres poetischen Gewandes, genügen. Daß der norddeutsche Dichter Altötting ins ferne Schweizerland verlegt (S. 48), werden ihm die Bayern hoffentlich verzeihen.

Leo van Heemstede.

Maria Müller: Herzblut. Drei Geschichten, die nur eine sind. Mit Buchschmuck von Karl Strathmann. Donauwörth, Ludwig Auer. Pr. geb. ℳ 6.—. Ein ungemein frisch und liebenswürdig, anschaulich und vertieft geschriebenes Buch von gradliniger Anspruchslosigkeit, aber unverkennbarem künstlerischem Reiz. Zugleich ein frommes Buch, erfüllt von echt katholischem Geiste, der sich — selbstverständlich — nirgends undichterisch vordrängt, vielmehr sich so natürlich gibt, daß auch Andersgläubige ihn als — wenn nicht mehr — poetisch wirksam empfinden können. „Ein Buch für Mädchen, und diese sollen es besitzen", sagt die Verlagsanzeige. Nun, mir wurde das Werk von einem geistig und seelisch hochstehenden Manne warm gerühmt, und es ist in der Tat nicht einzusehen, warum nicht auch Männer und Frauen, reife und jüngere, Familienväter und -mütter darnach greifen sollten. Also sagen wir: Ein Buch für die vorgeschrittene weibliche Jugend und für den häuslichen Kreis, zumal für den gemeinsamen Daheim-Leserkreis, der zu verwirklichende Ideale liebt und pflegt. — Drei Geschichten und doch eine: von Großmutter, Enkelin und Urenkelin. Die erste, „Das rosenrote Engelein", erzählt die Geschichte eines durch die Freiheitskriege bedrohten und endgültig befestigten Lebensglückes. Die zweite, „Karfreitagszauber", erzählt die Geschichte einer Leidenschaft, deren Entstehung und deren traurige Folgen. Die dritte, „Maria Regina", erzählt die Geschichte einer Jungmädchenschaft, die die Welt kennen und fliehen lernt, um im Kloster den Frieden für Zeit und Ewigkeit zu finden. — Das München der Freiheitskriege, der siebziger Jahre und des letzten Völkerbrandbeginnes, das München mit Gabelsberger, Westenrieder, Emmy Giehrl und ihrem Neffen Professor Giehrl, auch Bayreuth mit „Parsival" in den Tagen Richard Wagners, ferner Pariser und Londoner Treiben: in das alles schauen wir hinein und nehmen den Eindruck reichen Lebens, auch jenes, das so oft verfehlt wird, und der Liebe, die irren, aber nicht sterben kann, und jener anderen, die in Gottes Nähe bleibt und beseligt, mit uns hinweg — sowie die Hoffnung, der Autorin noch des öfteren begegnen zu dürfen.

E. M. Hamann.

Büchersammlung Fredebeul & Koenen (Essen-Ruhr). Jeder Band geb. 3 ℳ. Nr. 1: **Garben im Feld.** Ein Buch von Menschen von **Willy Aschauer.** 26 Prosastücke und 7 Stimmungsgedichte in 3 Hauptkapiteln: Saat an der Erde; Wehende Halme; Reifende Frucht. Das erste handelt, seiner Aufschrift gemäß, vom Tode, die beiden anderen nehmen das Leben fest in Sicht und zeigen neben vertieftem Ernst auch helle Freude, Heiterkeit, Humor. Die Erzählweise ist einfach, bisweilen ans Naive streifend, aber hinter dem Ganzen steht ein Dichter. Eben deshalb wäre strengere Sichtung am Platze gewesen. 2. **Mit dem Fiedelbogen.** Gesammelte Verse von **Heinrich Zerkaulen.** Es hätte heißen sollen: Ausgewählte Verse. Denn die meisten der dargebotenen Gedichte sind früheren, jetzt vergriffenen Sammlungen enthoben worden, die der Dichter nicht mehr herauszugeben gedenkt (Blühende Kränze, Wandlung, Liebe schöne Laute). Die übrigen, ein rundes Dutzend unter den 56, sind neu: So S. 17—19, 23, 25, 27, 37, 55, 66, 68, 70, 74. Die Gabe, wie sie in dem Büchlein vorliegt, ist die eines liebenswürdigen, berufenen Künstlers: treu, echt, heiter, ernst, lebensfrisch, träumerisch, nicht eben schwerbefrachtet, aber gehaltvoll und auf weitere Entwicklung deutend — wie es einem jugendlichen wahren Sänger geziemt.

E. M. Hamann.

Drei Erzählwerke des Jos.-Habbel-Verlages, Regensburg: 1. **Christus vom Lichte,** El Cristo de la Luz, von **Julius Zeyer.** Von der böhmischen Akademie der Wissenschaften in Prag autorisierte Uebersetzung aus dem Tschechischen von Wilhelmine Frankl-Rank. Pr. geb. 1 ℳ. — Das Bändchen umschließt zwei Legenden, eine toledanische und eine slowakische. Die erste, titelgebende, spielt im mittelalterlichen Toledo zur Zeit der Judenkämpfe und knüpft sich an einen wundertätigen, noch jetzt verehrten Cruzifixus. Sie ist von sprachlich reicher Darstellung und von erschütternder Wirkung. Der Haß der Liebe ist hier das Hauptthema, neben dem von der Erlösung des Hasses durch die Liebe. — Die zweite Legende, **Samko der Vogel,** ist gleichfalls von hinreißender Darstellung in Sprache und Gestaltung. Sie spielt in der Tatra-Gegend zur Zeit des byzantinischen Kaisertums und der gefürchteten Mongolenüberfälle. Die Christusliebe der Armen und Aermsten vom und zum Heiland bildet das Hauptthema, die Gewalt unmittelbarer Heimatliebe ein Hauptmotiv. Das gesamte Bändchen liest sich wie in deutscher Ursprache, dank der vorzüglichen Uebertragung. — 2. **Sommer und Seele.** Erzählungen und Gedichte von **F. Heuer.** Pr. geb. 1 ℳ. — Stille, feine, vielversprechende Sachen, „Erstlinge eines jungen Talents", wie die Verlagsanzeige meldet. Unter den vier Erzählungen: „Heimkehr", „Die Schuld", „Martha Hellings erster Frühling" und „Die Geschwister", gebe ich persönlich der letztgenannten den Vorzug, dann der ersten und der zweiten in Reihenfolge. Das Ganze steht unter den Themen Pflicht, Aufopferung und Heimat der Liebe, blüht unter dem reinen Zauber des Seelischen,

des „guten Willens" und der dichterischen Stimmung. — 3. **Bayerisch Blut.** Gedichte, Bilder und Geschichten von **August Gräf.** Pr. geb. 1 M. — Die wirklichen „Geschichten" sind die besten in diesem frischen, von „eigensten" Kriegserfahrungen gespeisten Büchlein, das jeder angeregt aus der Hand legen wird. — Gern sei bemerkt, daß die sämtlichen drei Bändchen durch ihre schlicht vornehme Gewandung bei größter Billigkeit angenehm auffallen.
E. M. Hamann.

Im Seuchenlazarett der 5. Armee. Kriegserinnerungen von P. Daniel Becker O. F. M. Druck und Verlag: Düsseldorfer Tageblatt, Düsseldorf 1919. 8° 96 S. 2.90 M. „Im Seuchenlazarett der 5. Armee. Kriegserinnerungen." Das ist Form und Rahmen, ist Betrachtung seelsorglicher Tätigkeit, ist das hohe Lied entsagungsfroher Schwesterntätigkeit und aufopfernder Krankenpflege an einem der größten stationären Seuchenlazarette der Westfront. Ueber 40 000 Kranke (zuletzt auch Verwundete) wurden in Inor aufgenommen. Ueber vier Jahre hat das entlegene, ausgebaute und vergrößerte Dörfchen ausschließlich im Dienste der Krankenpflege (Kriegsseuchen) gestanden. Recht früh mußten und konnten aus Kriegs- und Behelfsanfängen relativ friedensmäßige Einrichtungen entstehen. Viele Bilder — das Büchlein ist sehr reich mit Bildern ausgestattet — veranschaulichen das Gestalten und Werden in Inor, spiegeln aber auch das Innenleben und die intime Arbeit. Textseiten erklären die Bilder und führen weiter aus. — Mir, der ich als Chefarzt 3¾ Jahre Inor geleitet, ward es wieder ruhig, feiertäglich beim Lesen zumute. Erinnerung hält fest! Kaum anders wird es den vielen Mitarbeitern, Angestellten, Pfleglingen von Inor gehen! Sie werden alle die Stimmung der friedlichen Arbeit im ruhigen Inor, die dankbare Selbstzufriedenheit getaner Pflicht wiedergewinnen oder sich ruhiger Tage ferne vom Kriege dankbar erinnern, wenn sie die „Kriegserinnerungen" durchblättern. Friedensmäßige Arbeit in Kriegszeit im Feindesland! Es wird Zeit, auch wieder unserer Arbeit und Erfolge zu gedenken! Dann werden wir auch wieder fester und stolzer in die Zukunft schauen, von der wir Neues und Besseres erwarten!
Prof. Dr. Karl Klieneberger.

Bischof Joh. Mich. Sailer: Christliche Briefe eines Ungenannten von den Jahren 1783—1803. Neu herausgegeben von Prof. Dr. Franz Keller (Bücher für Seelenkultur). Freiburg, Herder. Pr. kart. 6.80 M. — Alles Sailer-Werk, wie es uns in schöner Folge Dr F. Keller bisher übermittelte, bringt Erquickung, Aufhellung, Ermutigung, Vertiefung, Sonnenlicht und -wärme. So auch die vorliegende Sammlung aus längst vergangener Umsturzzeit in die unsere, der christlichen Wegweisung, Führung so bitter bedürftige. Lebensweisheit, Gottesweisheit leuchtet uns auf allen Blättern entgegen — und immer wieder schließt sich der Kontakt mit einem der edelsten, christlich erleuchtetsten Geister, einem der reinsten Menschenliebhaber und Träger der Gotteskindschaft in ständig wirksamer, glühender Hingabe des Wollens und Tuns.
E. M. Hamann.

M. Marnet: Confiteor. Erzählung für jugendliche Beichtkinder. München, Verlag Buchhandlung Leohaus. Pr. M 3.—, nicht M 2.—, wie im „Büchertisch" Nr. 48 der „Allg. Rundsch." angegeben. — Im gleichen Verlag ist erschienen: **Gebt uns wieder wirkliche Christen!** Ein Weckruf an alle, die guten Willens sind, von Joh. Sieghart. Preis: Einzeln M —.70; 50 Stück M 30.—; 100 Stück M 50.—. Der Hauptinhalt des Büchleins, eine konsequent durchgeführte „Lebensregel für wirkliche Christen", eignet sich vortrefflich, aus ernstlich nach Innerlichkeit und religiöser Vertiefung strebenden Seelen brauchbare Laienapostel heranzubilden. Die Broschüre ist zur Massenverbreitung bestimmt und dürfte bei Missionen, Exerzitien, religiösen Abendvorträgen usw. zur Erzielung eines nachhaltigen Erfolges ein hochwillkommenes Seelsorgemittel darstellen.
M. Forster.

Bühnen- und Musikrundschau.

Residenztheater. 1914 brachte Hermann Bahr im „munteren Seifensieder" einige an sich sehr drollige Scherze über die Zeit des Kriegsausbruchs. Der Mißerfolg hat ihn nicht belehrt, daß Schicksalsstunden nicht geeignet sind für noch so hübsch pointierte Witzchen, denn im „Unmenschen", einem im Residenztheater uraufgeführten Stücke beschäftigt er sich als witziger Plauderer mit dem Kriegsende, der der neuen, wie der alten Zeit ihre komischen Seiten abgewinnt. Ein General wird von den Seinen aus dem Kriege zurückerwartet, seine Schwester sorgt sich, wie er ertragen würde den Zusammensturz alles dessen, was seine Welt bedeutete. Die Sorge ist unnötig. Es bleibt ja noch so viel Schönes in der Welt, d. h. auch in der Republik gibts hübsche Frauen und im Eisenbahnwagen ist sein immergrünes Herz neu entflammt. Mit der oben gemachten Einschränkung wird im ersten Akt ganz allerliebst geplaudert, die Einführung des neuen Zwangsmieters, der natürlich kein „Unmensch" ist, sondern ein komischer Kauz und harmloser Gelehrter, ist recht possierlich. Im zweiten Akt wird eine alte Fürstin, eine ziemlich durchsichtige Type aus dem Wiener Hochadel mit viel Humor auf die Bühne gestellt, lediglich zum Zwecke hübsch pointierter Scherze über neue und alte Zeit, aber schließlich muß in einem Stücke doch etwas geschehen und so holt sich der galante General bei der Zwangsmieterin eine Abfuhr. Das ist dem frischen Tonerl noch nie vorgekommen; es trifft ihn stärker, als eine verlorene Schlacht. Die Schwester meint, er überlebt es nicht. Bahr lenkt nun in das Fahrwasser des Schwankes. Die Schwester bittet die Dame, doch nett mit dem General zu sein. Der „Unmensch" würde in einen Flirt zwischen seiner Frau und dem General einwilligen, wenn er ganz sicher wüßte, daß andernfalls der Offizier nicht weiter leben könnte, denn der Unmensch ist ein „vorurteilsloser" Mann, übrigens eine schwächere Kopie des Dr. Jura aus Bahr's „Konzert", den Intendant Schwannecke auf die Bühne stellte, wenn nicht in den alten Kleidern, so doch mit altem Humor. Die Sorge um den abgewiesenen General ist überflüssig. Er wendet sein junggebliebenes Gefühl rasch einem Backfisch zu. Der dritte Akt ist sehr arm an Erfindung. Wüste Unordnung durcheinander geworfenen Kofferinhaltes und eine Umkleideszene sollen die Langeweile verscheuchen. Hatte der erste Akt einen vollen, der zweite einen guten Erfolg, so war der Schluß dem Durchfall nahe. Den galanten General spielte Waldau. Er und Schwannecke sicherten das Interesse an der Darstellung. Glänzend waren der verkalkte pensionierte Hofrat Höfers und Anna Dandlers Fürstin. Frl. Ritscher hatte unnötigerweise einen Zug zum Demimondänen, die übrigen blieben farblos aus eigenem und aus Schuld Hermann Bahrs.

Kammerspiele. Die Kammerspiele boten am gleichen Abend mit einer Uraufführung das schon in Hamburg gegebene und hier einst vom Dichter vorgelesene „Schloß Wetterstein". Wir werden auf dieses Wedekind'sche „Kulturprodukt" von der „Edeldirne" in der nächsten Nummer zurückkommen.

Uraufführung im Schauspielhaus. Die Bühne der Hermine Körner setzte sich für einen Schriftsteller ein, dessen kurzes Leben sonnenlos verlaufen und dessen Bühnenwerke in der „alten Zeit" von der Zensur der Oeffentlichkeit vorenthalten worden waren. Der Schlußakt führte zu einem Theaterskandal. Noch bei offener Szene entstand zwischen Zuschauern mehrmals ein höchst unerquickliches Colloquium, wobei wiederholt das Wort Lausbube fiel und am Ende gabs ein Pfeifkonzert, daß einem die Ohren schmerzten; natürlich waren auch viele Beifallspender zur Stelle, und so tobte die Schlacht her und hin, bis, nachdem Hermine Körner sich mit ihren Getreuen genugsam verbeugt hatte, der eiserne Vorhang herabgelassen wurde. „Das Gelübde", Schauspiel von Heinrich Lautensack führt uns in ein Kapuzinerkloster irgendwo im Gebirge. Da ist der Herr Bezirksgeometer Pfaffinger, seit seiner Pensionierung der Theologie beflissen und nun gewillt, Mönch zu werden. Der geschwätzige alte Herr erscheint anfangs als die Hauptperson, erst später merkt man, daß er nur der Anlaß ist, die „kirchenrechtlichen Bedingungen" auseinanderzusetzen, unter denen ein verheirateter Mann Priester sein kann. Bei dem 72jährigen Greis und seiner gleichfalls sehr bejahrten Frau sind die Schwierigkeiten nicht groß, sie werden es erst in dem raffiniert ausgeklügelten Falle des Pater Felix. Dieser war vor acht Jahren noch ein junger Graf, der eine Frau heiratete, deren vieles Geld ihnen eine Hochzeitsreise um die Welt gestattete. Sie sind erst 13 Tage auf dem Schiff, da geht der Dampfer unter, der Graf wird als einzig Ueberlebender ans Ufer gespült. Es ist nicht nur der Schmerz über den Tod seiner Frau, der ihn ins Kloster treibt. Er zeiht sich einer Gedankensünde, den Tod seiner Frau im Unterbewußtsein gewollt zu haben oder wenigstens bei der Rettung mehr an sich, als an sie gedacht zu haben, was der psychologiekundige Pater Guardian mit unwillkürlichen Gedankenassoziationen und Flitterwochenernüchterungen entschuldigend erklärt. Jetzt nach acht Jahren kehrt die Totgeglaubte zurück. Sie war in arabische Gefangenschaft geraten und dort mehrmals von einem Scheich an den anderen verkauft worden, bis es ihr gelang, einen deutschen Konsul zu verständigen. Ihre Briefe und Telegramme haben die Oberen dem Pater Felix nicht ausgehändigt und die Angelegenheit zu verschleppen gesucht. Die Gräfin Helmtrudis ist aber mit dem Justizminister verwandt, und der zeigte ihr den Rechtsweg. So erschien sie eines Tages mit einem Gerichtsbeschluß im Münchener Kapuzinerkloster in Begleitung eines Gerichtsvollziehers. Man gibt den Widerstand auf, so daß sich die Gräfin den Gatten in jenem Gebirgskloster ohne Amtsperson holen kann. Sie trifft etwas zu früh ein, so daß Pater Felix, den der Pater Guardian liebevoll aufklären wollte, noch fast unvorbereitet ist. Die Gatten stehen sich ziemlich entfremdet gegenüber. Als Felix von seinen Brüdern Abschied nimmt, wird er von denen, die ihn nicht leiden mögen, auf jene „kirchenrechtlichen Paragraphen" hingewiesen, von denen er keine Ahnung hatte, weil seine Ausbildung damals so rasch von statten ging (!). Im Kloster gibts zwei Parteien; die einen lieben den Felix, die anderen sind schon im ersten Akte von recht weltlicher Bosheit. Der dritte spielt in einem Hotel in der Nähe des Klosters, von dem der Graf sich nicht losreißen kann, ja es besteht der Plan, daß er bischöflicher Bräumeister wird, damit er im Schatten des Klosters leben kann. Im Grunde freilich möchte er zu seinen Brüdern zurückkehren und wünscht, daß seine Gattin den Entschluß fasse, Nonne zu werden. Die junge Frau ist totunglücklich, infolge ihrer Briefe kommt ihr Bruder, um dem Schwager den Kopf zurechtzusetzen; eine Verständigung ist bei der Verschiedenheit des Standpunktes natürlich unmöglich. Und nun folgt eine Verführungsszene seitens der Frau von nicht recht zu überbietender Peinlichkeit; alles im Namen des Kirchenrechtes, wie der Dichter behauptet, denn der Gatte darf nicht der Fordernde sein. Als sie ihn so weit hat, bricht sie zusammen und der wieder Herr seiner selbst Gewordene überschüttet sie mit Gemeinheiten über ihre arabischen Haremserlebnisse. Der Schlußakt führt uns an die Pforte der Kirche, in der Helmtrudis das Nonnengelübde ablegt. Auf einem Berge sehen wir das Kloster liegen. Ein Herr Gütersloh hatte die Dekoration in einem so tollen Futurismus gemalt, daß das Publikum beim Aufrollen des Vorhanges zischte. Wir lernen die Frau Bezirksgeometer kennen. Die alte Dame hat es jetzt genug, ohne Mann zu sein. Während in der Kirche die Handlung sich vollzieht und P. Felix im Gebet ringend kniet, zankt die Frau Pfaffinger ihren Mann aus und führt ihn schließlich fort, damit er die Kutte ablege und mit ihr nach Hause

gehe. Diese Mischung von Musica sacra und Pantoffelheldenkomik mußte verstimmen und die eingangs erwähnte Erregung der Zuschauer hervorrufen. Im Augenblick, da die Gräfin das Ordensgelübde ablegt, stürzt P. Felix mit den Worten „Ich widerrufe“ in die Kirche. Er kehrt gebrochen zurück. Helmtrudis hat getan, als sehe sie ihn nicht. Auch als sie in feierlichem Zug die Kirche verläßt, gönnt sie ihm keinen Blick. Man sang auf der Bühne: „Großer Gott, wir loben Dich“, und das Publikum zischte und beschimpfte sich gegenseitig. Es war höchst ärgerlich! Der Bischof bestraft die Kapuziner insgesamt und will es sich „überlegen“, ob er wegen der Störung des Gottesdienstes nicht auch noch das weltliche Gericht anrufen will. Der Guardian erwidert etwas von Menschenrechten. — Die dramatischen Anlagen des Verfassers sind gering, die Handlung vollzieht sich teils episch umständlich teils fehlen die psychologischen Zwischenglieder. Der Charakter des Grafen ist mit Psychologie reich bepackt, bei Helmtrudis fehlt die Verbindungsbrücke zwischen der unzufriedenen Frau und der Nonne. Zeigt sich anfangs immerhin einiges Bestreben nach poetischer Gerechtigkeit, so tritt gegen Ende die Karikierungslust und die Kampfpose gegen das „Kirchenrecht“ unverhüllt hervor.

Das ganze Stück ist im Uebrigen entweder auf einer ungeheuerlichen Unkenntnis oder auf einer tendenziösen Entstellung des katholischen Kirchenrechts aufgebaut und ist daher im höchsten Grade geeignet, die religiösen Gefühle der Katholiken zu verletzen. Es scheint, als ob das Bedenken des Zensors von einst die Aufführung gerechtfertigt habe. Es wirkt mehr als nach einer Seite peinlich und abstoßend. Die Regie hatte Nebelthau, für die Helmtrudis vermochte selbst das große Können der Körner kaum zu erwärmen. Dieterle gab den P. Felix mit schöner Innerlichkeit; er sprach einen Dialekt, der mutmaßen läßt, daß die Rolle in schwäbischer Mundart geschrieben ist. Es gab noch einige recht tüchtige Leistungen, so der würdige Guardian Hellmuths und der die Karikatur mit Anstrengung zu meiden suchende Geometer Gerhards. Bei dem feierlichen Zug aus der Kirche hatte man an Statisten gespart. Das Klosterinnere war erträglich, die erwähnte Dekoration mit Fernsicht scheußlich.

Aus den Konzertsälen. Eine sehr fein abgewogene Wiedergabe der Ouverture zu Marschners „Templer und Jüdin“ eröffnete das IV. Abonnementskonzert des Konzertvereins, dem Pfitzner die in München zum ersten Male gehörte Suite für Orchester op. 4 von Hermann Zilcher folgen ließ. Der anwesende Tonsetzer dieser warmempfundenen Musik wurde mehrmals hervorgerufen. Das Werk steht der Richtung Pfitznerschen Schaffens besonders nahe, und so ward ihm denn auch eine Wiedergabe von besonderer Eindringlichkeit. Das Hauptwerk des Abends bildete Beethovens sechste Symphonie (Pastorale). Das zahlreich erschienene Publikum feierte Pfitzner in herzlichster Weise. Einen erfolgreichen Tanzabend bot Roswita Bössenroth; sehr ausdrucksvoll in der edlen Gestaltung der Trauer, anmutig und jugendfrisch im Walzer, weniger charakteristisch bei Grotesken gewann die Künstlerin beim Zuschauer herzlichen Anteil.

München. L. G. Oberlaender.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Unsere Mark = 8²/₃ Pfennige Friedenswert — Der Vernichtungswille unserer Feinde — Die Steuergesetze — Verwirrung unserer Kapitalistenkreise.

Zu der in unvermindertem Masse anhaltenden Unsicherheit der zukünftigen Gestaltung unserer Wirtschaftslage gesellt sich, mehr als allgemein zugegeben wird, Mutlosigkeit und Mangel an Vertrauen. Namentlich vom Auslande mehren sich neuerdings solche Stimmen. Der wiederum rasch einsetzende **Zerfall der deutschen Markvaluta** im Auslande bestätigt dies in krasser Weise. Der österreichische Kronenkurs notiert 2¹/₂ — die Mark in der Schweiz zirka 11, das ist also etwa 8²/₃ Pfennig Friedenswert; in Zürich und in Amsterdam sind 100 Mark gleich 5,80 Gulden. Mehr Worte hierüber zu verlieren, heisst solche Zahlen in ihrer Wirkung abschwächen. Das einzige und zwar traurige Begleitmoment solcher Notizen ist die beispiellose Spekulationshausse in allen Valutenpapieren an unseren Effektenbörsen. Kolonialwerte, fremdländische Eisenbahnen und solche Fonds, auch deutsche Aktienpapiere, welche in irgend auch nur geringstem Zusammenhang mit Auslandswährungen stehen, zeigen tägliche Kurssprünge von hunderten von Prozenten. Im übrigen ist — und das ist ohne weiteres verständlich — überall triste Auffassung. **Grau in grau** steht man den kommenden Ereignissen gegenüber. Ob die vom Reichsfinanzminister demnächst zu erlassende Verordnung zum Schutze der Valuta, namentlich hinsichtlich einer scharfen Einfuhrüberwachung an unseren Grenzen oder hinsichtlich Einschränkung des Schleuderexportes oder Erhebung des Ausfuhrzolles in Höhe von vielleicht 100% praktische Erfolge mit sich bringen wird — man hofft dies wohl, ohne es ernstlich zu glauben.

Mit Recht „politisiert“ das ganze deutsche Wirtschaftsgebiet anlässlich des in der Nationalversammlung bekannt gewordenen Finanzprogrammes Erzbergers. Namentlich die Auslassungen über die Einführung der neuen Steuervorlagen und die Grundsätze der Erzberger'schen Finanzpolitik stehen im Mittelpunkt dieser Polemiken. Dernburgs Auslassungen hierzu hinsichtlich des Wertes des deutschen Geldes fanden ebenso Beachtung: „In dem Tiefstand der Valuta prägt sich nicht nur der gegenwärtige Mangel an Arbeitskraft, Arbeitsleistung und Arbeitsgelegenheit in Deutschland aus, sondern zweifellos auch in hohem Masse die Meinung des Auslandes, sowohl über die Sicherheit unserer verfassungsmässigen Zustände, wie auch über den nachhaltigen Vernichtungswillen unserer Feinde, der Deutschland nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich und finanziell vorerst gar nicht zur Ruhe kommen lässt. Der Druck auf die deutsche Valuta würde, wenn auch nicht verschwinden, so doch erheblich nachlassen, sobald zwischen uns und den Feinden, die immer noch einen allerdings völlig einseitigen Krieg gegen uns führen, Beziehungen geschaffen werden könnten, welche es Deutschland ermöglichen, so zu arbeiten, dass daraus die Forderungen unserer Feinde überhaupt befriedigt werden könnten.“ In dem Jahresbericht der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft für 1918/19 wird ähnliches laut: „Reichliche Arbeit auf lange Zeit wäre gesichert, wenn die Besteller das Vertrauen auf fristgemässe Lieferungen wieder gewinnen und wenn dieses Vertrauen durch Stetigkeit der Arbeitsleistung gerechtfertigt wird.“ Für unsere Industrie im allgemeinen wird mehr oder minder dieser Satz vollinhaltlich Geltung haben. Dabei verspürt man überall die Schikanen und die Folgen der hasserfüllten, unerbittlichen Feindesäusserungen und deren Taten, uns so gründlich und so rasch es angeht, zu vernichten. Und es scheint auf Richtigkeit zu beruhen, wenn die „Baseler Nachrichten“ darauf hinweisen, dass das britische Munitionsministerium in der Schweizer Presse Angebote anfordert für den Verkauf für Betriebs- und Ausrüstungsmaterial, für Docks aller Art, Küstenverkehrsmittel und andere Dinge, deren Lieferung gegenwärtig von Deutschland in einer Menge von 400 000 Tonnen verlangt wird. Dieses für Deutschlands Wirtschaft Lebensbedingung bedeutende Material wird demnach von der Entente als altes Eisen offeriert! Auch die Kriegsgefangenenfrage in Frankreich, die unerbittlich schroffe Haltung Clemenceaus in seinen Noten, die weitere Hinauszögerung der Friedensratifikation, Fochs unausgesetztes Säbelrasseln und Drohungen der Okkupation des Ruhrkohlengebietes mit Essen und Frankfurt a. M., sowie die unklare Stellung der Entente zu der deutschen Steuergesetzgebung und zum Reichsnotopfer bleiben atemanhaltende Momente.

Neben der unklaren inneren und äusseren politischen Lage sind ausserdem die nunmehr überflutenden Debatten über die Steuergesetzvorlagen höchst beachtenswert. Die Nervosität des Gesamtpublikums: zuerst Depotzwang, dann die Eingriffe in die Finanzhoheit von Reich und Bundesstaaten, sowie Gemeinden, dann die Fülle von Steuerbelastungsmomenten, schliesslich — in letzter Stunde nun doch ein **Generalpardon** „Gesetz über die Steuernachsicht“: Das mobile Kapital ist nun mal wirr geworden und bleibt — zumeist führerlos —, ein Spielball der launenhaften und einseitig beurteilten Börsensphäre. Auf dem Markt der fest verzinslichen Werte konnte allerdings eine, vielleicht aber nur vorübergehende, Einebnung der Beunruhigung eintreten. Den angekündigten Gesetzentwürfen über die Besteuerung „der toten Hand“ und über die der Aktiengesellschaften steht man mit einer grossen Dosis Skepsis gegenüber. Ob und nach welcher Richtung hin weitere Regierungsmassnahmen gegen die Steuerflucht zu erwarten sind, namentlich, ob man nicht doch dem wiederum vorherrschenden „Hamstern von Banknoten“ entgegentreten will, bleibt ebenfalls abzuwarten. Die Reichsbankausweise bringen von Woche zu Woche erschreckend grosse Plusziffern im Banknotenumlauf.

München. M. Weber.

Vom Büchermarkt.

(Unter dieser Rubrik werden die bei der Redaktion eingelaufenen Bücher jeweils aufgeführt. Durch diese Veröffentlichung übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung für den Inhalt. Die Besprechung einzelner Werke bleibt vorbehalten.)

Gudrun. Ein alter Roman von Frauentreue. Neu erzählt von Adam Joseph Cüppers. 8° (IV u. 210 S.) ℳ 5.40, geb. ℳ 7.20. — **Großmutters Jugendland.** Die Geschichte von Klein-Nanni. Von Helene Pagés. Mit 6 Bildern von Rolf Winkler. 8° (VIII u. 142 S.) ℳ 4.50, geb. ℳ 6.20 — **Kämpfe.** Erinnerungen und Bekenntnisse von M. Scharlau (Magda Alberti). 2 u. 3. Aufl. (5.—8. Tausend) Mit einem Bild der Verfasserin. 8° (VIII u. 286 S.) ℳ 7.4), kart. ℳ 8 60. — **Der Vogt auf Mühlstein.** Eine Erzählung aus dem Schwarzwald. Von Heinrich Hansjakob. Sonderausgabe mit acht Kunstdrucken nach Originalzeichnungen von Professor Wilhelm Hasemann. 3.—5. Aufl. gr. 8° (VI u 110 S) Geb. ℳ 9.—. — **Die große Harmonie.** Erzählungen von Marie von Hutten. 8° (VIII u. 216 S.) Geb. ℳ 7.—. — **Der Roman eines Missionars.** Von Georg Sagehomme S. J. Deutsch bearbeitet von Rudolf Schütz S. J. Bildschmuck von Fritz Bergen. ℳ 5.80, geb ℳ 7.80. — **Der junge Redner.** Einführung in die Redekunst. Von Willibrord Beßler O. S. B. Mit 28 Bildern. 2 u. 3. Aufl. 12° (XII u. 364 S., 4 Tafeln.) ℳ 9.40, geb. ℳ 11.—. — **Ver Sacrum.** Fünfminuten-Ansprachen für Sonn- und Feiertage von Franz Xaver Lutz, Pfarrer. 8° (XII u. 13) S.) ℳ 8 20. kart. ℳ 3.80. — **Surge et ambula!** Comes confessarii. Zusprüche von Cyrill Reftle O. S. B. 12° (VIII u. 78 S. Kart. ℳ 2,20. — **Anleitung zur wahren Gottseligkeit.** Von P. Karl Joseph Quadrupani, Barnabit. Deutsch bearbeitet von Dr. Ewald Bierbaum. 10. Aufl. (Aszetische Bibliothek.) 12° (XII u. 184 S) ℳ 3.20, geb. ℳ 5.20. — **Einführung in die Summa Theologiae des hl. Thomas v. Aquin.** Von Prof. Dr. Martin Grabmann. 8° (VIII u. 184 S.) ℳ 4 40. — **Was kein Auge gesehen.** Die Ewigkeitshoffnung der Kirche nach ihren Lehrentscheidungen und Gebeten dargelegt von Professor Dr. Engelbert Krebs. 4. u. 5. Aufl. (Bücher für Seelenkultur) 12° (XIV u 206 S.) ℳ 3.40, kart ℳ 5.—. — **Der Christ im betrachtenden Gebet.** Anleitung zur täglichen Betrachtung besonders für Priester und Ordensleute. Von Augustin Lehmkuhl S. J. Vier Bände. 12° 1. Band: Advents- und Weihnachtszeit, vom 1. November bis 24. Januar. 3. u. 4. Aufl. Von Konrad Kirch S. J. (XII u. 444 S, 4 S. Merkblatt.) ℳ 7 20, geb. ℳ 9.60. — **Theoktista aus Byzanz,** die Mutter zweier Heiligen. Von B. Hermann O. S. B. Mit 5 Bildern. ℳ 3 80, geb. ℳ 4.60. — **Werde ein ganzer Mann!** Aufklärungen und Belehrungen für die heranwachsende männliche Jugend. Von Dr. Jakob Hoffmann, Geistl. Rat, Gymnasialprofessor und Religionslehrer in München. 7 u 8. Aufl. 12° (VIII u. 226 S.) ℳ 3 60, geb. ℳ 4.80. — **Der hl. Joseph** in dem Leben Christi und der Kirche. Von Moritz Meschler S. J. Mit 8 Bildern nach Schraudolph 5. u. 6. Aufl 8° (XII u 160 S.) Kart. ℳ 5.60. — **Mutter Klara Fey.** Stifterin der Genossenschaft der Schwestern vom armen Kinde Jesus. Von Ignaz Watterott O. M. J. Mit Buchschmuck und 6 Bildern. 3. u. 4. Aufl. 8° (XII u. 216 S) ℳ 5.—, geb ℳ 6.80. — **Die Religion und ihre Grundwahrheiten in der deutschen Philosophie seit Leibniz.** Von Dr. Heinrich Straubinger, o. ö. Professor der Apologetik und Religionswissenschaft an der Universität zu Freiburg i. Br. gr. 8° (XII u. 344 S.) ℳ 16.—, geb. ℳ 18 40. — **Ikemo Cameli: Vom Sozialismus zum Priestertum.** Deutsch von Dr. Karl Müller, Pfarrhelfer in Zug. 8° (IV u. 180 S) ℳ 4.—, geb. ℳ 5 40. — **Die Danksagung nach der heiligen Kommunion.** Von Gustav Villefranche S. J. Deutsch von Generosus Teill O. F M. 12° (XVI u. 256 S.) Geb. ℳ 7 60. — **Das wilde Kleeblatt.** Eine Schülergeschichte. Von Richard P. Garnold. Mit 6 Bildern. 3. u. 4. Aufl. — **Unsere Beerengewächse.** Bestimmung und Beschreibung der einheimischen Beerenkräuter und Beerenhölzer, nebst Anhang: Unsere Giftpflanzen. Von Dr. Benjamin Plüß, Reallehrer a. D. in Basel 3. Aufl. Mit 126 Bildern. 12° (VIII u 114 S) Geb. ℳ 5.20 — **Haeckels Monismus eine Kulturgefahr.** Von Erich Wasmann S. J. 4. Aufl der Schrift „Ernst Haeckels Kulturarbeit". 8° (XII u. 112 S.) ℳ 3.—. — **Auswahl-Katalog 1919.** Mit einer Einführung: Zur Geschichte des Hauses Herder und 14 Tafeln. Mit Sach- und Verfasserregister. gr. 8° (XII u. 368 Sp.) ℳ 2.50. Dazu die im Buchhandel üblichen Zuschläge. (Freiburg i. Br, Herdersche Verlagshandlung.)

Die Sünderin. Mysterium von Anna Freiin von Krane. Musik von J. J Veith, op. 84. Klavierauszug ℳ 3.—. — **Die Römerin.** Novelle aus dem 4 christlichen Jahrhundert. Von M. Herbert. Brosch. ℳ 3.—, geb. ℳ 4.—. — **Das Erbe der Lößlyn.** Erzählung von M. Herbert. Brosch. ℳ 5.—, geb. ℳ 6.40. (Köln, J. P. Bachem)

Auf sichern Wegen dem Glück entgegen! Freundesworte an heranreifende Schülerinnen. Von Sophie Weinstock. Mit einer Einführung von Prof. Dr. F. J. Peters. (VIII u. 188 S.) Geb. ℳ 4.80. (Aschendorff, Münster i. W.)

Wege und Winke. Aszetische Jugendbibliothek. Format: 82:139 mm. 1. Heft: St. Paulus der Völkerlehrer. Sein Werden, Wirken und Wandern als Weltmissionär. Von P. Thomas Jüngt, O. S. B. 8) S. 2 Heft: Jünglinge der Märtyrerzeit. Erzählungen und Erwägungen für Jünglinge. Von Dr. P. Leodegar Hunkeler, O. S. B. 72 S. 3. Heft: Hoch dein Ideal! Ein zeitgemäßes Wort an die Jünglinge. Von Alfred Ammann, Pfarrer. 40 S. Brosch. je ℳ 1.—. (Einsiedeln, Waldshut-Baden, Köln a. Rh., Verlagsanstalt Benziger & Co.)

Versunken und vergessen! Ein Aufruf zur Zanana-Mission. Von Pfarrer Augustin Hiersch. Neuburg a. Donau.)

Gott und die Seele. Gebete und Betrachtungen. Von Kardinal Newman. Mit einer Einführung von Dr. M. Laros. ℳ 5.—. (Mainz, Matthias-Grünewald Verlag.)

Das Wirken Papst Benedikt XV. im Weltkrieg. Aus dem Italienischen übersetzt von P. Jos. Quitrico. ℳ 1.—. (München, Lentner.)

In ernster Zeit. Gedichte von A. W. Nikola. Kart. ℳ 3.—. (Valentin Bauch, Würzburg.)

Volkshochschule und Weltanschauung. Mitteilungen und Anregungen von Frz. Jos. Koch. ℳ 2.—. (Düsseldorf, Verlag des Verbandes der kath. Jünglingsvereinigungen Deutschlands.)

Unsere Heimat. Heft 2: „Wer dem Leben opfert, den läßt das Leben nicht". Von Trude Boßlet. ℳ 1 20. (München, J. Lindauer.)

Vom täglichen Brot. Ein Buch für die Jugend von Amanda Sonnenfels, mit 15 Bildern und vielen Verzierungen von Elfriede Landsberger. Quer 4°. ℳ 3.60. (Breslau, Franz Goerlich.)

Das kommende Rußland. Grundsätzliches. Von Dr. Otto Färber. — **Vae soli!** Den Gegnern einer Standesorganisation des kath. Klerus Bayerns in caritate fraterna unterbreitet. Von Pfr. Joh. B. Wolfgruber. - **Katholizismus und Revolution.** Ein Weckruf an Führer und Volk. Von Dr. oec. publ. A. Meßmer. 32 S. 80 Pfg. (Verlag J. Keller & Co., Dillingen a. D.)

Reifendes Leben. Ein Buch der Selbstzucht für die Jugend Von Stanislaus von Dunin Borkowski, S. J. Geb. ℳ 9 —. (Berlin SW. 68, Ferd. Dümmler).

Werde- und Wanderjahre in Südamerika. Erinnerungen eines deutschen Kaufmannes, von A. Pohlman-Hohenaspe mit Buchschmuck von Hans Martin Lemme und 20 Bildern, 230 S., geb. ℳ 7 50, 2. Aufl. (Meyersche Hofbuchhandlung, Detmold.)

Franz Sternbalds Wanderungen. Eine altdeutsche Geschichte. Von Ludwig Tieck. Geb. ℳ 10.—. — (Verlag Parcus & Co., München.)

Die päpstliche Friedensvermittlung. Von Martin Spahn. Flugschriften des „Tag". Nr. 9, ℳ 4.—. (Verlag Aug. Scherl G. m. b. H., Berlin.)

Jahrbuch des Bonifatiusvereins 1919. Herausgegeben vom Generalvorstand des Bonifatiusvereins in Paderborn. 180 S gr. 8°. Preis ℳ 3.20. (Kommissionsverlag Bonifacius-Druckerei, Paderborn.)

Jüngerwege. Geistliche Gedichte von Heinrich Faßbinder. ℳ 3.—. (Trier, Mosella-Verlag G m. b. H)

Prämienanleihen. Von Dr. H Schippel, Regierungsrat im Reichsfinanzministerium. ℳ 1 —. (Verlag W Moeser Buchhandlung, Berlin S 14.)

Der Staat als lebendiger Organismus. Von Prof. Dr. E. Dennert. Biologische Betrachtungen zum Aufbau der neuen Zeit ℳ 4.50. (C. Ed. Müllers Verlagsbuchhandlung, Halle, Saale.)

Deutsches Völkerrechtsdenken. Eine Erinnerung an die rechtlich-politische Ideologie vor hundert Jahren. Von Professor Dr. Kurt Wolzendorff. Geh. ℳ 4 50 (Musarion Verlag, München.)

Politik. Eine Einführung in Gegenwartsfragen von Prof. Dr. A. Frhrn. v. Freitagh-Loringhoven. ℳ 6 —. (München. J. F. Lehmanns Verlag.)

Die Friedenspolitik des Perikles. Ein Vorbild für den Pazifismus. Von Dr. Schulte Vaërting. ℳ 19.50, geb. ℳ 23.40. — **Am Bau.** Freimaurerische Flugschriften

Heft 1: **Freimaurerei und Katholizismus.** Von Dr. Johannes Bühler. Heft 2: **Heilige Arbeit.** Von Dr. August Horneffer. Heft 3: **Das deutsche Erwachen zur Wirklichkeit.** Von Paul Wagler. Heft 4: **Heiliger Geist** und deutsche Zukunft. Von Dr. Max Scheibe. Pro Heft M 1.10. (München, Verlag Ernst Reinhardt.)

Raschers Jugendbücher. Band 4: **Das Forscherbuch,** Anregungen zu Beobachtungen und Versuchen von Dr. Max Oettli. 170 S. in m. 8°. Band 5: **So war der Krieg!** Ein pazifistisches Lesebuch. Von Dr. S. D. Steinberg. Brosch. je Fr. 3.—, geb. Fr. 5.50. (Zürich, Rascher & Co.)

Sozial-republikanischer Aufbau. Idealverfassung einer sozialen Republik. Von Justizrat Saab. M 3.—. (München, Hochschul-Verlag.)

Das Pferd als Steppentier. Neue Erklärungen mancher Eigentümlichkeiten des Pferdes. Von Dr Th. Zell. Geh. M 3 60, geb. M 4.80. (Franckhsche Verlagshandlung, Stuttgart.)

Lotte Eßlingers Wille und Weg. Eine Erzählung von Ernst Zahn. Geb. M 8.—. (Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt.)

Hans Thoma, Gedichte und Gedanken. Herausgegeben von Kurt Karl Eberlein, Buchschmuck von Hans Thoma. M 3.—.

Steinacher Leut. Kleinstadt-Geschichten von Ferdinand Wadlinger. M 3.50. — **Mutter.** Ein Roman von Albert Geiger. M 5 50. (Konstanz, Verlagsanstalt Reuß & Itta)

Die Beichte des Herrn Moritz von Cleven. Roman von Karl Rosner. M 7.—. — **Rudolf Herzogs Leben und Dichten.** Von Prof. Dr. Joh. Gg. Sprengel. M 1.60. (Stuttgart u. Berlin, J. G. Cottasche Nachf.)

Die Rächer. Novelle aus der Revolutionszeit. Von A. de Nora. M 5.—. (Leipzig, L. Staackmann.)

Brüder. Eine Dichtung wider den Tod. Von Paul Schmid. Geb. M 4.—. (Strecker und Schröder, Stuttgart.)

Die religiöse Lage des heutigen gebildeten Katholiken und ihre Forderungen. Von Prof. Dr. Arnold Rademacher. M 1 50. (Düsseldorf, L. Schwann.)

Die Herrlichkeit der katholischen Kirche in ihrer Lehre. Von P. Gisbert Menge. (Münster i. W., Borgmeyer u. Co.)

Getreu bis in den Tod. Eine Mär aus der Zeit Ernst des Eisernen. Von Anton J. Vesely. (Mosers Erzählungen für Jugend und Volk) Geb. M 4.20. (Graz, Ulr. Mosers Buchhandlung.)

Landesrechtliche Stellung der katholischen Kirche in Württemberg. III. Teil. Ergänzungen und Schluß (1868—1885). Prälat Dr. Schwarz, weiland Stifts- und Stadtpfarrer in Ellwangen. 4* + 174 + V S. gr. 8°. Geh. M 4.50. (Kommissions-Verlag der Buchhandlung Südd. Verlagsanstalt Ulm.)

Das Zentrum auf Irrwegen. Auch eine Kriegsbilanz. Von einem rheinischen Zentrumsmann. (Volksverlag G. m. b H., Essen.)

Handbuch der Erziehungsanstalten und Jugendheime in Bayern. Für Behörden, Eltern und Erzieher, Geistliche und Lehrer. Von Seminardirektor Dr. Nadlmaier. M 4.50 (L. Auer, Donauwörth.)

Mystik. Gedanken über eine Frage der Zeit. Von Emil Dimmler. 8° (88). M 1.50. (Günzburg, Alfons Hug G. m. b. H.)

Sympathieglaube und Sympathiekuren in Altertum und Neuzeit. Von Professor Dr Eduard Stemplinger. M 5.—. (München, Verlag der Aerztlichen Rundschau.)

Experimental-Theologie. Behandelt vom Standpunkte eines Naturforschers. Von Prof. Dr. C. Isenkrahn. (Bonn, A. Marcus u. E Webers Verlag)

Heiligenwallfahrt. Eine Legende. Bild- und Wortdichtung von Dr. J. G. Kappel. M 3.50. (München, Bayer. Druckerei und Verlagsanstalt)

Modernes A-B-C. Von F. H. Brors S. J. Kurze Antworten auf die zahlreichen Angriffe gegen die katholische Kirche. 151.—158. Tausend. Taschenformat. 640 S. Brosch. M 3.—, kart. M 3.75, geb. M 6.—. (Butzon & Bercker G. m. b. H., Kevelaer.)

Praktischer Weg zur Vereinigung mit Gott. Von P. Joh. Hoffmann. M 1.—. (Knechtsteden b. Dormagen, Rhld., Verlag Missionshaus.)

Abhandlungen aus Missionskunde und Missionsgeschichte. 8. Heft: Donna Juliana. Von Severin Noti S. J. M 1.—. 9. Heft: Papst Pius X und die Weltmission. Von Bernard Arens S. J. M 1 50. 11. Heft: Missionsgedanken im hl. Meßopfer. Von P. Franziskus Berger. M 1.—. 12. Heft: Der Beruf zur Mission. Von Dr. P. J. Louis. M 1.25 13. Heft: Laudate Dominum omnes gentes. Missionsgedanken im Buche der Psalmen. Von Prof. Dr. Franz Feldmann. M 1.—. (Aachen, Xaverius-Verlag.)

Linde, ein Buch von Bienen und Menschen. Von Else von Holten. M 4.50. (August Scherl G. m. b. H., Berlin SW 68.)

Die Musik im Kunstwerk Richard Wagners. Von Max Seiling. Brosch. M 4.50, geb. M 6.—. (Hans Sachs-Verlag, München.)

Privateigentum im besetzten und unbesetzten Feindesland, unter besonderer Berücksichtigung der Praxis des Weltkrieges. Von Dr. F. Scholz, Kammergerichtsrat. M 22.—, geb. M 25.—. (Berlin, Otto Liebmann, Verlag der Deutschen Juristen-Zeitung.)

Sozialdemokratie und Religion. Verteidigung und Widerklage. Von Dr. Joseph Schofer. M 1.10. (Karlsruhe, Verlag der A.-G. Badenia)

Immanuel Kant, der Bahnbrecher der modernen Zeit. Vorträge für die gebildete Männerwelt zum tieferen Verständnis der Gegenwart. Von P. Viktor Kolb S. J. IV. 80 S. 8°. Kr. 3.20 (M 2 60). (Wien, Mayer & Comp.)

Die Kernpunkte der sozialen Frage in den Lebensnotwendigkeiten der Gegenwart und Zukunft. Von Dr. Rudolf Steiner. Herausgegeben von der Treuhand-Gesellschaft des Goetheanum Dornach, m. b. H., Stuttgart. M 2.—. (Greiner & Pfeiffer, Stuttgart.)

Sozialisierung und Abbau der Kriegsschulden. Von Martin Emel. M 2.—. (Berlin-Wilmersdorf, Eck-Verlag.)

Reform-Vorschläge im Reiche und in Preußen. Eingereicht der Staatsregierung im Jahre 1917 und 1918 durch Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein. M 2.—. (Verlag Hellmann, Glogau und Leipzig.)

Mein politisches Erwachen. Aus dem Tagebuch eines deutschen sozialistischen Arbeiters. Von Anton Drexler. M 1.50. — **Judas Schuldbuch.** Eine deutsche Abrechnung. Von Wilhelm Meister. Geh. M 5.—, geb. M 7.—. (München, Deutscher Volks-Verlag.)

Der jüdische und christliche Monotheismus. Bibelgemäß dargestellt von Dr. J. H. Wallfisch. Geleitwort von Prälat Msgr. Dr. C. L. Fischer-Würzburg. M 1 50. (Königsberg, Pr. Vaterländische Verlagsanstalt.)

Paul Rohrbach **Politische Erziehung.** Heinrich Zhotzky, **Arbeiten, nichts als arbeiten!** Theodor Heuß, **Zwischen Gestern und Morgen.** Je M 3 50. Drei Bände der Serie „Das neue Geschlecht". (Stuttgart, J. Engelhorns Nachf.)

Deutschlands Friedensschlüsse seit 1555. Ihre Beweggründe und ihre geschichtliche Bedeutung Von Professor Dr. G. Wolf. Geh. M 5.—, geb. M 7.—. (Leipzig, Dieterichsche Verlagsbuchhandlung m. b. H.)

Schluß des redaktionellen Teiles.

Spar-Prämienanleihe als Weihnachtsgeschenk.

Dadurch, daß bei Zeichnung der Spar-Prämienanleihe nur 100 Mark sofort bezahlt werden müssen, der Rest bis zum 8. Januar 1920, eignet sich die Spar-Prämienanleihe ganz besonders als Weihnachtsgeschenk. Jeder, der Weihnachten eine Gratifikation, oder zu Neujahr eine Gehaltszulage oder Teuerungszulage zu erwarten hat, ist hierdurch in die Lage gesetzt, seinen Angehörigen ein ebenso hübsches wie praktisches Weihnachtsgeschenk zu machen. Denn abgesehen davon, daß sich der Wert der Prämienanleihe nicht vermindert, sondern vermehrt, eignet es sich infolge der Mündelsicherheit ganz besonders zu Geschenkzwecken bei Kindern, die infolge der Verlosungen und Mündelsicherheit in ihrem späteren Leben von diesem Weihnachtsgeschenk erhebliche Vorteile zu erwarten haben.

Die Bücherfreunde, die gern nach einem Buch greifen, welches neben künstlerischer Vornehmheit, volkstümlich aber dabei teils ernst, teils humoristisch geschrieben ist, verweisen wir auf das heutige Inserat über „Paul Kellers Romane" der Buchhandlung Karl Block, Berlin SW. 68, Kochstr. 9. Die Anschaffung wird durch Gewährung von monatlichen Teilzahlungen erleichtert.

Auf das Buch „Goldne Fernen", Neue Lieder von P. Timotheus Kranich O. S. B., wovon im Verlag der Alphonsus Buchhandlung, Münster i. W., die zweite und dritte Auflage erschienen ist, sei empfehlend hingewiesen. Es dürfte ein sinnreiches Weihnachtsgeschenk bilden.

Ein gutes Buch ein willkommenes Weihnachtsgeschenk.

Ein gutes Buch ein willkommenes Weihnachtsgeschenk!

Die neuesten Bücher aus dem Verlage von J. P. Bachem in Köln.

Flammen. Ein stattliches Festbuch zu M. Herberts Gedenken herausgegeben von M. Köchling. Enthält 15 inter. Aufsätze, Schilderungen und Novellen. Gebunden Mk. 6.60.
Vorzugsausgabe numeriert von 1 bis 100 in Liebhaberband, reine Handarbeit in Pergament mit Vergoldung und Handmalerei Mk 104.— (einschl. gesetzl. Luxussteuer).

Kölner Erinnerungen. Von Domkapitular Dr. A. Schnütgen. Gebunden Mk. 6.60.
Vorzugsausgabe numeriert von 1 bis 100 in Liebhaberband, reine Handarbeit in Pergament mit Vergoldung und Handmalerei Mk. 92.— (einschl. gesetzl. Luxussteuer).

Die Magd der Enkelin. Roman von Hans Schrott-Fiechtl. Gebunden Mk. 11.—.

Jan Bernd Hoeftmann. Die Geschichte eines Emslandjungen. Von Theod. Korte. Gebunden Mk. 5.50.

Das Erbe der Lösslyn. Erzählung von M. Herbert. Gebunden Mk. 7.—.

Die Römerin. Novelle aus dem vierten christlichen Jahrhundert von M. Herbert. 4.—6. Tausend. Gebunden Mk. 7.60.

Unseres Herrgotts Kostgänger. Geschichten aus Kindheit, Schule und Leben. Von Laurenz Kiesgen. Gebunden Mk. 7.—.

(Die Preise verstehen sich einschliesslich des zur Zeit geltenden Teuerungszuschlags.)

Throne und Reiche stürzen –, Reichtum u. Besitz vergehen –

nur die von Christus gestiftete Kirche steht unerschütterlich fest, denn die Menschheit kann sie nicht zerstören. .. ..
Die nachstehenden Werke geben ein Gesamtbild der weltumspannenden Organisation der Kirche, über die sich zu unterrichten, Pflicht eines jeden Katholiken ist. .. ..

DIE KATHOLISCHE KIRCHE

Einbanddecke.

Band I: „Rom, der Papst, die Regierung und Verwaltung der hl. Kirche"
Band II: „Die katholische Kirche auf dem Erdenrund", Darstellung der Kirchenverfassung und kirchl. Einrichtungen in allen fünf Weltteilen.

Herausgegeben von der Leo-Gesellschaft in Wien.

In glänzender Friedensausstattung, mit 8 Farben- u. 140 Tafelbildern, 3 Karten in Buntdruck u. 1540 Bildern im Text. In Prachteinbänden mit Goldschnitt, Preis **Band I: Mk. 30.—, Band II: Mk. 35.—. Beide Bände zusammen Mk 60.—.** (Verpackg. u. Porto besonders.) Ausland mit 50% Aufschlag.

„Das grossartige Prachtwerk mit seiner verschwenderisch glänzenden bildlichen Ausstattung ist das beste und schönste Werk über die gesamte Weltorganisation der kath. Kirche". (Dr. A. Heilmann, München.)

Buchhandlung Heinrich Z. Gonski, (Sortiment-Abteilung), **Köln,** Mainzerstr. 1.

Hochschule für kommunale Verwaltung in Düsseldorf.

Staats-, wirtschafts- und sozialwissenschaftliches Hochschulstudium für höhere Kommunallaufbahn. 4 Semester (Kriegsteilnehmer 3), mindestens 2 in Düsseldorf. Anrechnung durch Mehrheit der Universitäten. Diplomprüfung. Drucksachen kostenlos.
Sekretariat Bilkerallee 129 (Florapark).

! Töchter !

aus guten Familien, welche Ordensberuf haben und sich dem göttlichen Herzen Jesu zur Rettung der Seelen durch Erziehung armer Kinder weihen wollen, find. Aufnahme im
Herz Jesu Kloster
Graupen-Teplitz i. Böhmen.

Inserate in der A. R. sind erfolgreich.

Grösste Neuheit! D. R. P.
unentbehrlich für Jedermann
Elektrisch Licht aus der Westentasche
eine Wohltat, ideal schön.
Mk. 8,50 N. Franko.
Harcuba & Frackmann,
Leipzig-Schleussig 27 Brockhausstr. 42

Diese Straussfeder-Boa
kostet b. uns 10 cm dick 20 M., ca. 15 cm dick 30 M., ca. 40 cm dick 80 M., 25 cm 120 M. Echte Atama, Edel fransiert, jetzt 20 cm lang nur 6 M., 25 cm 9 M. 30 cm 15 M., 40 cm 25 M., 45 cm 36 M., 50 cm 60 M., 60 cm 95 M. Echte Kronenreiher 30 M., 50 M., 100 M., 150 M., 250 M. Echte Stangenreiher, 30 cm hoch, 40 M., 80 M., 120 M., 40 cm hoch 50 M., 100 M., 150 M. Versand per Nachn. Auswahlsendung gegen Standangabe.
HERMANN HESSE, DRESDEN-A.,
Scheffelstr 1 u. 12, p., I, IV.

In dieser ernsten Zeit kommt das Harmonium-Spiel ganz besonders zur Geltung. Es ist in der häuslichen Musik Tröster und Erbauer zugleich
HARMONIUM d. König d. Hausinstrumente
HARMONIUM sollte i. jed. Hause z. find. sein
HARMONIUM m. edl. Orgelton v. 65–2600 M.
HARMONIUM auch von jederm. ohne Notenk. 4stimmig spielbar.
Prachtkatalog umsonst.
Alois Maier, Hoflief., Fulda.

Verlangen Sie Preisliste über
Ahrrotwein
Rheinwein
Moselwein
in besten Qualitäten von
Hermann Schäfer
Weinbau — Weinhandel
Ahrweiler, Rhld.

Druckarbeiten

in jeder Art und Ausführung
vom feinsten Buntdruck bis zur billigsten Massenauflage liefert schnell und billig die
Buchdruckerei „Unitas"
Bühl (Baden)
Schnellpressen-, Rotations- und Setzmaschinenbetrieb

Kautschuk-Stempel aller Art liefert „Aalener Volkszeitung" AALEN

Ein gutes Buch

ein willkommenes! Weihnachtsgeschenk in jedem Hause!

Bücher von dauerndem Wert!

Ecker, Prof. Dr., Neues Testament (Taschenausgaben.)

Ausgabe A: Evangelienharmonie u. Apostelgeschichte, kart. Mk. 1.80, geb. Mk. 3.—, Lederband Mk. 10.—.

Ausgabe B: Die vier Evangelien und die Apostelgeschichte, kart. Mk. 2.—, geb. Mk. 3 30, Lederband Mk. 11 —.

Ausgabe C: Die Apostolischen Briefe u die Geheime Offenbarung, mit 2 Karten, kart. Mk 2 —, geb Mk. 3 30, Lederbd. Mk. 11.—.

Ausgabe D: Die vier Evangelien, die Apostelgeschichte, die Apostolischen Briefe und die Geheime Offenbarung mit 2 Karten, kart. Mk. .50 geb. Mk. 6. –, Ldbd Mk 15 —.

Die vier Evangelien u. die Apostelgeschichte in 5 Einzelbändchen, jedes Bd. Mk. 0.50.

Fassbinder, Bilder aus dem Leben der Heiligen für die Schule, mit einer Karte. Buchschmuck von Kunstmaler Philipp Schumacher, München. In Halbleinenband Mk. 2.80.

Fassbinder, Kleine Heiligenlegende. Feinstes Kunstdruckpapier, mit einer Karte. Buchschmuck von Kunstmaler Philipp Schumacher, München. In echt Leinenband Mk. 7.50.

Fassbinder, H. Jüngerwege. Geistliche Gedichte. Brosch. Mk. 3 —, geb. Mk. 5.—.

Biblischer Bilderatlas Ein Buch zum Verständnis der Heiligen Schrift für Schule und Haus In Prachteinband Mk. 12.—.

Hochscheidt, Wegweiser für Lehrerinnen. Mk. 3.—.

Durchs heilige Land. Führer für Pilger u. Reisende Mit zahlreichen Karten u. Plänen. Herausgegeben von der Custodie des Heil. Landes Sehr wertvoll als Nachschlagebuch. In echt Leinenband Mk. 16.—.

Ritter, Reisebilder aus der Eifel und den Ardennen. Mk. 2.60.

Schippers, Adalb., O. S. B., Maria-Laach und die Kunst im 12. und 13. Jahrhundert. Mk 3.—.

Zu beziehen durch jede bessere Buchhandlung.
Wo der Bezug auf Schwierigkeiten stösst, wende man sich an die **Verlagsbuchhandlung Josef Bercker, Kevelaer (Rhld.),** die den Generalvertrieb vorstehender Bücher übernommen hat, oder direkt an den Verlag, nämlich

Mosella-Verlag G.m.b.H., Trier.

Verlag der Zentralstelle zur Verbreitung guter deutscher Literatur, Winnenden (Württbg.)

Zwei neue Märchenbücher fürs deutsche Haus!

Märchen und Legenden

von Fr. Engel.

Bilder und Buchschmuck von Ernst Kräfer.
Geleitwort von Hans Thoma.

Hans Thoma, der Altmeister deutscher Kunst, bezeichnet diese mit 4 farbigen und 16 Schwarzweiß-Bildern künstlerisch ausgestatteten zwanzig Märchen als im echten Volkston und Volksgeist verfaßt, und sagt: „Die Bilder, welche beigegeben sind, veranschaulichen die Geschichten und sind somit die richtigen Illustrationen. Der bildende Künstler spinnt mit dem ihm möglichen Phantasie-Ausdruck die Sache weiter — und wie gerne sehen es die Kinder, denn sie sind jederzeit bemüht und gern bereit Gehörtes und Gedachtes in Gesehenes umzuwandeln, und sie danken es dem Künstler, wenn er ihnen dazu einen Weg zeigt.

Preis ca. M. 13.50.

Am Quell der Wunder

Isergebirgische Märchen v. W. Müller-Rüdersdorf.
Buchschmuck von Johann Conrad Köper.

W. Müller-Rüdersdorf ist als Mitarbeiter katholischer Zeitschriften weit und breit bekannt. Diese, mit großer Liebe gesammelten Volksmärchen aus dem schlesischen Isergebirge sind aber seine beste Gabe für das deutsche Volk. Der sie schmückende Künstler ist Schüler Rhodins. Inhaltlich reizend und innig, zeichnen sich die Märchen durch ihre Volkstümlichkeit aus.

Preis geb. M. 4.—, brosch. M. 3.15.

Das wertvollste Weihnachtsgeschenk

ist und bleibt eine **Lebensversicherung!**

eventuell mit Einschluß der **Prämienfreiheit** und Zahlung **einer Rente** von 10% der Versicherungssumme im Invaliditätsfalle.

Die Mitglieder des D.-V. V. erhalten

bedeutende Vergünstigungen.

Unverbindliche Auskunft kostenlos.

Deutsche Lebensversicherungs-Bank

Aktien-Gesellschaft in Berlin.
Berlin NW. 40, Kronprinzen-Ufer 18.

Kinder- und Alters-Vers.

Subdirektor Carl Reinecke-München, Herzogstr. 61/0

Gothaer Lebensversicherungsbank auf Gegenseitigkeit.

Bisher abgeschlossene Versicherungen: 2 Milliarden 580 Millionen Mark.

Die wertvollste Weihnachtsgabe

in Betätigung selbstloser Fürsorge für die Familie und zugleich das beste Mittel, um den durch Vermögenszuwachssteuer, Reichsnotopfer oder Nachlaßsteuern erwachsenen Kapitalverlust zu ersetzen oder die Zahlung von Erbschaftssteuern zu erleichtern, ist eine

Lebensversicherung.

Nähere Auskunft durch die Bank oder ihre Vertreter.

Franz Borgmeyer
Verlagsbuchhandlung u. Buchdruckerei, Hildesheim.

In meinem Verlage ist soeben erschienen:

Lebensrätsel und Lebensaufgabe

Lösung von Zweifeln und Belehrung über das Walten der Vorsehung

von **P. Theophil Ohlmeier,** Franziskaner.

1.—10. Tausend, 318 Seiten,

gut gebunden einschließlich Verleger-Teuerungszuschlag Mk. 5 10, in Ganzleinenbd. mit Goldtitel einschließlich Verleger-Teuerungszuschlag Mk 6.90.

Bei den gegenwärtigen teuren Zeiten ein preiswertes Buch

Der durch das Buch **„Herzensfriede und Seelenfreude"** — von dem in der nächsten Zeit bereits das 21.—30. Tausend erscheint — schon berühmt gewordene Franziskanerpater bietet hier eine ganz originelle und interessante Lebensauffassung, die alle Rätsel und Schwierigkeiten löst, und mit allen Leiden und Schicksalsschlägen versöhnt und zum idealen Streben begeistert. In der Tat ein Buch, das in die Hand jedes denkenden und strebenden Geistes wie auch jedes von Leiden und Zweifeln gequälten Menschen hinein gehört. Ein vorzügliches Weihnachtsgeschenk.

Zu beziehen
direkt vom Verlag oder durch jede Buchhandlung

Recklinghausen i. W. **Knaben u Jünglinge** von 12 bis 25 Jahren, die im Ordensstande in Europa oder in den auswärtigen Missionen an der Erziehung der Jugend arbeiten, oder durch Ausübung eines Handwerkes im Kloster Gott dienen wollen, finden unter günstigen Bedingungen Aufnahme bei den **Maristen-Schulbrüdern.**

Priv.-Pädagogium Karlsruhe, B. Führt bis Abitur. (auch Damen), zur Einjähr.-, Primaner-Prüfg. — Klassen klein, Unterr. indiv. Logg. d. Aufg. unter Aufsicht, Fam.-Anschluss; Gewinn an Zeit. Empf. in Prospekt, dürft. Kriegerwaisen schulgeldfrei. **B. Wiehl.**

Ideale zeitgemässe Herrengeschenke sind **Geheim-Kassetten,** schlüssellos, diebes- u. feuersicher! höchste Vollendung, hochelegant! Verlangen Sie sofort Gratisprospekt. J. Kroiss, Garching a. Alz, Oberbayern.

Briefmarken-Sammlungen sowie alte Briefschaften kauft jederz. Markenhaus Müller, Wittenberg, Bez. Halle.

Weingroßhandlung
August Müller Fulda
beeidigter Meßwein-Lieferant
Meßweine, Tischweine
in allen Preislagen
Preisliste kostenlos!

Für die Redaktion verantwortlich: i. V. Dr. Jos. Kausen, für die Inserate und den Reklameteil: A. Hammelmann,
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Redaktion und Verlag:
München.
Galeriestraße 35a. Gb.
Ruf-Nummer 20520.
Postscheck-Konto
München Nr. 7261.
Vierteljahrespreis:
In Deutschland u. Oesterreich, sowie im Weltpostbezug M. 6.—; der übrige Versand ins Ausland bis auf weiteres Frs. 8.50 des Schweizer Kurses, einschließlich Versandspesen.

Allgemeine Rundschau

Anzeigenpreis:
Die 5× gespaltene Millimeterzeile 50 Pfg., Anzeigen auf Textseite d. 95 mm breite Millimeterzeile 250 Pfg.
Beilagen einschl. Postgebühren M 25 d. Tausend.
Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.
Rabatt nach Tarif.
Bei Zwangseinziehung werden Rabatte hinfällig.
Erfüllungsort ist München.
Anzeigen-Belege werden nur auf bes. Wunsch gesandt.
Auslieferung in Leipzig durch Carl Fr. Fleischer

Wochenschrift für Politik und Kultur. ✱ Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 51. München, 20. Dezember 1919. XVI. Jahrgang.

Im Morgenschein.

Weihnachtsgedanken von Dr. Peter Dörfler.

Wenn die Schalen von Tag und Nacht einen Augenblick lang gleichmäßig gefüllt ruhen, dann könnte wohl ein aus Fieberträumen in die Zwielichtstunde hinein Erwachender in bangem Zweifel sein, ob diese Dämmerung vor dem Tage oder vor der Nacht stehe, ob sich in der kommenden Stunde die Schale des Lichtes oder der Finsternis fülle. Und wenn wir in diesem Jahre Weihnacht feiern, so mag es viele zage und müde Seelen geben, die nur die Nacht, die wachsende, triumphierende Nacht sehen, und die des festen Glaubens, der starken Verzweiflung sind, daß diese Nacht bald auch das in sich hinabschlingen werde, was jetzt noch leuchtend über ihre Flut emporragt: Den Rest der Gläubigen und ungebeugt vor Baal und Mammon Stehenden, den Rest ungebrochener völkischer Kraft und Sitte, die Kreuze sogar und die Kultur, die in zwei Jahrtausenden trotz manch eines dürren Jahres und einer Hagelkatastrophe emporgewachsen ist.

Aber es gibt auch solche, die auf den Wust all dessen schauend, was heute tönt und redet, was sich an Urteilen und Vorurteilen, an Rechten und Vorrechten aufgetürmt hat, von dem bloßen Untergang dieser Finsternisse das Licht, den neuen Tag einer neuen Menschheit erwarten. In die neue heilige Nacht hinein blicken fanatische Gläubige von Theorien und Programmen und halten diese für Morgenrot und Morgensonne, glauben sie stark leuchtend und wärmend genug, um einer Menschheit Kopf und Herz zu erhellen, den Weg zu weisen und über alle Not hinauszutragen.

Auch wir sind Gläubige, nicht Verzweifelnde, und wir wissen, daß der Tag vor uns steht und nicht die Nacht. Denn wir glauben mit den alten Christen dem Wort: „Ich, Jesus, bin der helleuchtende Morgenstern" (Offb. 22, 16) und wir bekennen uns zu der großen O-Antiphon, die wir wenige Tage vor Weihnachten beten: „O Aufgang, Strahl des ewigen Lichtes und Sonne der Gerechtigkeit, komm, und erleuchte die da sitzen in Finsternis und Todesschatten." So sehen wir Christus immer vor uns, nicht als eine gewesene historische Person, die weiter und weiter in den Dämmerungen der Vergangenheit versinkt. Die Adventzeit ist uns nicht nur eine Erinnerung an die erlöserlose Zeit, sondern immer auch eine Vorbereitung auf den kommenden Heiland und eine Annäherung an neues Heil. Christus wurde uns nicht allein in Bethlehem geboren, sondern er wird noch heute fort und fort geboren: Auf unseren Altären, wenn sich irdische Speise in himmlische wandelt, und in jedem Herzen, in dem wahr geworden ist: Er kam in sein Eigentum und die Seinigen nahmen ihn auf. Das Licht leuchtete in die Finsternisse und die Finsternisse haben ihn begriffen. Und immer wieder erwarten wir und erleben Menschen, von Gott gesandt, die von dem Lichte des Logos nicht nur ein schwaches Flämmchen aufzufangen vermögen, sondern einen gewaltigen Feuerbrand, und aus deren Herz und Wesen her uns Christus in neuer Klarheit entgegengetragen wird, so daß die Geschlechter glauben, erst in der Darbietung dieses Heiligen den Erlöser gesehen, erkannt und in Liebe umfangen zu haben. So altert er uns nicht, wir blicken auf ihn hin wie auf die Landschaft, über die erst der zarteste Hauch des nahenden Lichtes gefallen ist, und indem wir stehen und schauen, indem wir wandern und uns aufwärts mühen, offenbaren sich stets neue Herrlichkeiten. Müde kann man der Antiquitäten werden. Sie schweigen endlich und verstauben. Nimmer aber wird man müde eines Wachsenden und sich Entfaltenden. Christus wächst und entfaltet sich vor den Völkern wie die aufgehende Sonne vor dem Morgenwanderer. Er ist ja zwar „im Anfang und alles ist durch ihn gemacht worden", er ist der Ewig-Vollkommene. Aber wir haben ihn noch nie vollkommen erfaßt. Und keine Generation und keine Kultur kann sagen, daß sie von ihm nicht mehr neues Licht und nie erkannte Schönheit erwarten können. Für uns ist Christus immer in der Knospe, immer noch im Königspurpur des Morgenrotes. Mit gutem Recht stellten die Geschlechter der Katakomben den Herrn in jugendlicher Gestalt dar; auch wir sehen den Helfer und Befreier, den Lichtbringer und Ueberwinder in jugendlicher Kraft und Fülle. Und wenn einmal die alte Welt wie ein dürrer Baum im Feuer vergeht, so erscheint über den Wolken dieses Feuers Christus wie ein Aufgang, und die Seligen begrüßen ihn: Parvulus filius hodie natus est nobis.

Und wie Christus uns nicht ein Niedergang, sondern ein Aufgang ist, so neigt sich der Tag des Christentums nicht der Dämmerung zu, sondern wir erwarten, daß mehr und mehr sogar die Tiefen, die Täler, die Abgründe von dem aufsteigenden Licht besonnt und erhellt werden. Wir beten ja nicht: Erhalte uns dein Reich, sondern: Zu uns komme dein Reich! Wir dürfen uns nicht als ein kläglicher „Rest" fühlen, der resigniert auf die des Lichtes unfähigen Massen blickt, sondern als Salz und Sauerteig, berufen zur Durchdringung der Massen. Nicht wie Belagerte und um die Wälle der Zuflucht und des Friedens in banger Verteidigung Ringende erfüllen wir unsere Bestimmung. Wir haben vielmehr den Auftrag auszuziehen und das gelobte Land zu erobern. Wer sich nicht als Eroberer fühlt, der hat nichts gemein mit dem Kinde, das als Deus fortis, als mutiger Gott niederstieg in eine Welt voll Finsternis Nichts lähmt so sehr jeden Schwung und Tatendrang wie Greisenbewußtsein. Der Greis deutet jede Ermüdung, jedes Versagen und jede Krankheit als eine Botschaft des nahen Todes und Zeichen des versiegenden Lebens. Uns ist ein Kind geboren; und wir werden aus ihm geboren. So ist also das Geschlecht der Christen immer eine Neugeburt. Mit Christus sind auch wir jung. Und es ist die tröstlichste Schau eines weihnächtlich gestimmten Gemütes: Auch das Christentum bei dir, Jesu parvule, in Morgenträumen und Kinderlallen in der Krippe zu sehen, auch von ihm sagen zu dürfen: Ein Kind und doch ein Held in Not und doch der Herr der Welt! O, glaubet nicht, das Christentum müsse alt geworden sein, weil so viele Väter und Gelehrte abgründige tiefe Werke der Weisheit über die Lehren der Offenbarung geschrieben und seine Geheimnisse mit unzähligen Gespinsten und Zieraten der Logik und Poesie umwoben haben. — Gott hörte es und nahm es als das Lallen und Sinnieren von Kindern; sie haben gedeutet und fein gedeutet, der Geist Gottes war ihr Lehrmeister — aber er lehrte ihnen, was man eben Kindern lehren kann. Und weist mir auch nicht hin auf die Ernte und den Wust einer zweitausendjährigen Geschichte, wähnt nicht, das Christentum müsse darum alt sein, weil es so viel gebaut und gefehlt habe. Nehmt das alles als Taten einer hochgemuten, aber ungereiften Jugend, die noch vieles lernen kann und will. Wie das Kind und der Jüngling mit ganzer Sehnsucht darnach streben, zur männlichen Vollreife heranzuwachsen, so soll auch die Christenheit unserer Tage sich heiß um die Reife im Geiste bemühen. Aber sie wird noch nicht zu dieser Reife kommen; folgende Geschlechter werden so manche Wahrheit tiefer fassen und auswirken als wir, und wenn einmal das jüngste Geschlecht dem jüngsten Tag entgegengehen wird, dann — auch dann noch nicht wird sie als Greis über

drüssig und kraftlos ihre unvollendete Aufgabe übergeben, sondern voll jugendlicher Begier den Vollender begrüßen und von ihm erflehen: Zu uns komme dein Reich!

Es ist etwas Herzbewegendes um die Poesie der Weihnachtszeit, und man möchte sie so wenig vermissen wie den Farbenschmelz auf den Blüten. Aber haben wir das hohe Mysterium nicht allzu sehr zu einer Kinderfeier, einem Feste bürgerlicher Behaglichkeit gemacht? Und wenn nun diese Behaglichkeit fehlt, wenn es Städte ohne Licht und Kohlen geben sollte, wenn die tausend überflüssigen und ach so geliebten Luxusstücke fehlen, dürfen wir dann als Enttäuschte uns zu denen sehen, die von Theorien und Programmen das Licht in der Finsternis erwarten? Nichts ist so gewiß, als daß elektrische Bogenlampen weder einen Tag noch gar einen Frühling bringen können. Tag und Frühling liegen jenseits von Menschenmacht. Gott ist der Herr des Tages und des Frühlings. Und so kann der „neue Mensch" und kann die „neue Gesellschaft" nicht auf Menschenruf und nach Menschensatzung kommen, sondern nur „aus Gott". Auch wir erwarten den neuen Menschen und die neue Gesellschaft. Wir wandern ja dem Aufgang zu und wir halten nichts von dieser bloßen Behaglichkeit. Aber wir schöpfen Hoffnung, Kraft und Formprinzip für das bessere Neue nicht aus uns, sondern aus der Wiege des Weltheilandes. Aber die Wiedergeburt der Welt wird uns aus diesem ewigen Füllhorn nicht zugeschüttet werden, wenn wir von nichts wissen als von Geschenken und Bescherungen, behaglichen Kammern und behaglicher Isoliertheit. „Das Kripplein ist hart" singt das Lied. Wer kann erneuert werden, der nicht einmal ein Weihnachtsevangelium hört, der keinen geistigen Blick auf den helleuchtenden Morgenstern tut, sondern nur ein weltlich Ding aus dem Mysterium macht. Der Anfang aller Erneuerung ist die Sehnsucht. Wer nicht spürt, daß wir in Finsternissen sitzen, auch wenn wir uns in festlich erleuchteten Räumen bewegen und die ganze Technik zur Sklavin gekauft haben, der versteht Weihnachten nicht. Ihn trifft der Fluch, der über die Satan ausgesprochen ist. In unseren Tagen gibt es mehr Volk, das der Hunger tastend und suchend gemacht hat, als je in einer Zeit. Aber sie rufen nach Laternen und Menschenwerk und sie zertrümmern einander die vorangehenden Laternen; Führer fallen über gefallene Führer, die wandernden Lichter überkreuzen sich und verwirren den suchenden Blick. Der Mammon bot uns die Fackel gegen die Finsternis, die Wissenschaft rühmte sich des hellsten wegweisenden Lichtes: Und wir sanken in Finsternis. Denn die grellen roten Fackellichter verdarben uns den Blick für den fernen, nahen Morgenstern Jesus. An ihn weisen wir die alte Welt, auf daß sie jung und Kind werde mit dem Kinde und erstarke an seiner Gottheit ewig lebendig strömendem Licht.

Antwerpens Zukunft durch die Entente bedroht.

Von Ministerialdirektor Dr. E. Ver Hees, München.

Eine gewaltige Erregung hat sich der Handelskreise Antwerpens bemächtigt. Der Präsident der Handelskammer, Herr Castelein, einer der am meisten französisch gesinnten Führer des Platzes, hat einen förmlichen Protest gegen die französischen Maßnahmen in die Welt gesandt.

Man weiß, daß Antwerpens Hafen besonders durch den deutschen Transit blühte. Die französischgesinnte Politik der belgischen Regierung und der Krieg haben diese Entwicklung in Frage gestellt. Um die belgischen Handelskreise zu beruhigen, hat die Entente die schönsten Versprechungen gemacht. Antwerpen sollte durch die amerikanischen und englischen Schiffahrtslinien besucht werden, um den Verlust der deutschen Schiffe auszugleichen. Man fragte sich doch warum. Wenn die fremden Linien nichts mehr in Antwerpen finden, so werden sie Antwerpen auf die Dauer vernachlässigen. Die Besonderheit Antwerpens lag vor dem Kriege darin, daß die Schiffe gewiß waren, dort ihre Ladungen ergänzen zu können. Die großen Dampfer in regelmäßiger Fahrt luden dort, schrieb Professor Hermann Schumacher vor vier Jahren, manchmal mehr als im Heimathafen. Die Vielseitigkeit Antwerpens, wie eines Teils des deutsch-belgischen Handels überhaupt, hatte also zur Folge, daß „der Laderaum eines Schiffes möglichst vollkommen ausgenutzt" wurde. Daraus folgte auch die Billigkeit gegenüber reinen Einfuhr- oder Ausfuhrhäfen, von woher oder nach wohin viele Schiffe auf Ballast fahren müssen, was die eigentlichen Ladungen augenscheinlich verteuert. Das deutsche Stückgut kam also nach Antwerpen, und zwar auf allen Wegen, und ermöglichte die Benützung des verfügbaren Raumes der Schiffe, welche Rohstoffe brachten. Auch für den inneren Verkehr, die Binnenschiffahrt, war die deutsche Zufuhr für den Hafen von großem Werte. Die Gegend von München z. B. war für viele Güter dem Scheldehafen näher als Bremen und Hamburg. Die Schweiz, Oesterreich, Ungarn, ja Thüringen, Sachsen und Böhmen besuchten und gebrauchten gern Antwerpen. Nun orientiert sich die tschecho-slowakische Republik lieber nach Hamburg.

Antwerpen ist Flandern, Antwerpen ist Belgien. Diese ein wenig übertriebenen Sätze drücken aber aus, was viele einsichtigen Flamen sich dachten, wenn sie sahen, daß ihre Regierung eine Politik einschlug, welche mit dem Gedeihen Antwerpens und des Volkes unvereinbar ist. Man kann sich kaum einen Gedanken bilden von der Bedeutung eines großen Welthafens für ein kleines Land. Es ist auf die Durchfuhr angewiesen. Amsterdam im 17. Jahrhundert lebte vom Kolonialhandel, Venedig im Mittelalter veranstaltete die Verbindung zwischen Orient und Okzident, ältere Häfen wie das alte Athen-Piräus, Tyrus, Karthago und wenige andere Hafenstaaten geben in ihrer Geschichte und in ihrem Niedergang eine Ahnung davon. Von Antwerpen aus ergoß sich der Handel und der Wohlstand durch den Welthafen auf das kleine Belgien: Handelszweige wurden monopolisiert, Industrien entstanden in der Nähe, die eigenen Landeserzeugnisse aber waren ungenügend, um den Handelsplatz zu beleben. Das große mitteleuropäische Industriegebiet war die Quelle der Wohlfahrt.

Der Krieg hat aber diese Beziehungen gebrochen. Wenigstens mußten die elsaß-lothringischen Erzeugnisse durch die „Großherzigkeit" Frankreichs für Antwerpen gerettet werden. Die Handelskreise hatten aber schon gehört, daß während des Krieges, wo die Entente der belgischen Unterstützung so sehr bedurfte, Frankreich Eisenbahnen baute, um den Handel der Schweiz und von ganz Mitteleuropa nach den französischen Häfen abzulenken. Der neue Orientexpreß fährt über Nord-Italien, also zu weit nach Süden, um von Antwerpen aus leicht erreichbar zu bleiben. Während des Krieges auch hatte ein englisches Buch ausgeführt, die Schelde und Antwerpen seien die natürlichen Wettbewerber der Themse und Londons: um die Geschäfte von Antwerpen nach England abzulenken, müßten die belgischen Soldaten ihr Blut vergießen, und die „Pall Mall Gazette" lobte das sehr.

Jetzt enttäuscht Frankreich den Antwerpener Handel. In der Sitzung vom 21. Oktober hat der Vorsitzende Castelein ausgeführt, daß unter dem deutschen Regime Elsaß-Lothringen für Antwerpen frei und offen war ohne weitere Hindernisse der Form über die normalen Zollschranken. Der gemeinsame Sieg (dieser Ausdruck hat einen bitteren Beigeschmack, wenn er die Handelsniederlage Antwerpens bedeutet), dadurch daß er Deutschland Elsaß-Lothringen zum zweiten Male entriß, hat zwischen diesen Provinzen und dem Antwerpener Hafen die Barriere der Uebertaxen des Entrepots und des Ursprungs (surtaxes d'entrepôt et d'origine) geschaffen, wie sie zwischen jedem fremden Hafen und den französischen Handelsplätzen besteht, um die französischen Bahnen und Häfen zu begünstigen. Die zeitliche oder vorhergehende Regelung, die jetzt nach langem Warten aufgedrungen wird, kennzeichnet sich durch folgende Züge:

Die genannten Uebertaxen, welche die fremden Häfen für den französischen Handel versperren, werden nicht aufgehoben, auch nicht zeitlich oder vorläufig, für das ganze Elsaß-Lothringen, sondern einzig und allein für die Zufuhr nach dem Straßburger Hafen, was Herr Castelein nicht ausdrücklich betont. Die „Neue Korrespondenz" teilte vor einigen Tagen mit, daß Le Havre ausgebaut wird zum Spezialhafen für die Ausfuhr des elsässischen Kalis nach Amerika. Wäre das Oberelsaß deutsch geblieben, so wäre diese Ausfuhr durch Antwerpen gegangen. Die belgischen Staatsbahnen, und besonders die längste Bahn von 246 Kilometer, welche Antwerpen mit der luxemburgischen Grenze verbindet, sind die Unterlage der Einnahmen des belgischen Staates, und verlieren diesen wichtigen Transit.

Nun fallen nach Herrn Castelein die Uebertaxen nicht für jeden Versand nach Straßburg weg, sondern nur für den Versand durch den Wasserweg. Die Eisenbahnfahrten werden den französischen Taxen unterworfen. Weiter sind nicht alle Waren, welche nach Straßburg durch den Wasserweg gesandt werden, von der Taxe befreit, sondern nur solche, welche direkt vom Ursprungslande versandt werden und in Antwerpen unter dem

Transitregime geblieben sind. Das heißt, der Handel von Antwerpen wird ausgeschaltet.

Endlich: selbst durch den Straßburger Hafen und durch den Wasserweg, dürfen die Haupthandelswaren, die Baumwolle, die Wollen, der Kaffee, der Pfeffer, Kakao und andere Spezereien nur dann ohne Uebertaxen eingeführt werden, wenn sie von den Ursprungsländern mit direktem Frachtbrief (Konnossement) nach Straßburg versandt werden.

Soweit Herr Castelein und seine Flucht in die Oeffentlichkeit. Wenn solche Beschwerden vom Präsidenten der Handelskammer amtlich vorgebracht werden, so haben sie eine gewisse Bedeutung. Wenn sie dabei von einem bekannten Franzosenfreund kommen, so muß man gestehen, daß die Empörung über die französische Behandlung auch die entgegengesetzten Gefühle zurückdrängt.

Der Handel von Antwerpen wird bedroht. Die Versprechungen der Entente werden nicht gehalten. Der französische Egoismus, die französische Habgier, welche unter schönen Worten sich verbirgt, fordert den gesamten Handel für sich allein. „Frankreich", sagt ein französischgesinntes Blatt Antwerpens, die „Nieuwe Gazet", „hat eine unbarmherzige Behandlung Antwerpens vor, aber, alles gut eingesehen, ist seine Haltung logisch. Wenn Frankreich die verlorenen Provinzen wieder von Deutschland lostrennen wollte, dann war es nicht so sehr für den Ruhm, sondern zuerst wegen des Vorteils, der damit verknüpft ist, und jetzt ist die geographische Lage Europas eine solche, daß für den Verkehr mit Elsaß-Lothringen Antwerpen und die nordfranzösischen Häfen untereinander die schärfsten Wettbewerber sein müssen".

Man kann dazu beifügen: Was haben von vornherein die Flamen gesagt? Warum haben die Aktivisten eine deutschfreundliche Politik empfohlen? Nicht so sehr aus Sentimentalität, sondern um ihr Land und ihren Hafen zu retten. Sie kannten und würdigten die internationale wirtschaftliche Lage, welche jetzt auch für die Blinden sichtbar wird.

Deutschland war Belgiens bester Kunde; die Handelsbilanz Belgiens mit Deutschland war die einzige bedeutende Handelsbilanz, welche für Belgien günstig war, und das jährlich in einem Betrage von Hunderten von Millionen: durchschnittlich 300 in den letzten Jahren. Die deutsche Durchfuhr machte aus Deutschland den besten Kunden des belgischen Schienennetzes: i. J. 1912 im Eingang 1,041'500,000 Franks aus Deutschland; unter 2,437'295,000 Einnahmen macht das über zwei Fünftel, fast die Hälfte, wesentlich als Stückgut für den Antwerpener Hafen; im Ausgang 329'147,000 Franks.

Diesen Transit durch Belgien sucht Frankreich mit allen Mitteln zu unterbinden: es läßt nicht zu, daß die schweizerischen und italienischen Waren durch den Schienenweg über sein Gebiet nach Antwerpen fahren: sie müssen auf Schiffen verladen werden und fahren nach London, vielleicht im Einverständnis mit England. Von dort kommen übrigens deutsche Waren nach Belgien, beileibe aber nicht direkt!

Wie der Handel Antwerpens mit Elsaß-Lothringen unterbunden wird, so will Frankreich auch den Handel mit dem reichen Erzgebiet Luxemburgs an sich ziehen. Zuerst will es sich das luxemburgische Schienennetz hinter dem Rücken Belgiens aneignen, Belgien protestiert dagegen. „Die Gelegenheit ist da für Frankreich", schreibt das Brüsseler Blatt ‚La libre Belgique', „seine Freundschaft und seine Aufrichtigkeit zu zeigen. Wir fordern also — und hier dürfen wir uns direkt an Frankreich wenden — daß belgische Delegierte an den Tisch dieser Unterhandlungen zugelassen werden oder daß wenigstens kein Beschluß gefaßt wird, ohne daß man zuerst unsere Regierung zu Rate gezogen hat. Wir fordern es ausdrücklich. Frankreich darf uns das nicht ablehnen, ohne uns gegenüber eine wenig versöhnende Haltung einzunehmen. Wir dürfen nicht hinnehmen, daß es sich allein mit dem großherzoglichen Netze beschäftige."

Das ist schon grobes Geschütz, wenn eine einflußreiche Zeitung die Freundschaft und die Aufrichtigkeit Frankreichs bezweifelt und seine wenig versöhnende Haltung kritisiert!

Der Beigeordnete Louis Strauß von Antwerpen schreibt im Schiffahrtsblatte „Neptun" von Antwerpen:

„Vor dem Kriege hatten vier Länder eine mehr oder weniger freihändlerische Politik: England, Dänemark, Holland und Belgien. Ein Zollverein zwischen diesen vieren würde leichter sein als zwischen einem derselben und dem schutzzöllnerischen Frankreich. Ein wirtschaftliches Bündnis eines großen mit einem kleineren Volke ist gefährlich. Das Uebergewicht der Großmacht kann dazu verführen, die Einverleibung vorzubereiten.

Eine französisch-belgische Zollvereinigung würde uns einen großen innerlichen Markt öffnen, und das Interesse daran würde gewiß die Unterhandlungen mit anderen Ländern erleichtern. Aber ohne ein vollständiges Freihandelsregime würde diese Union auch größere Schwierigkeiten für die Ausbeutung anderer Märkte mitbringen. Und wir müssen die Kundschaft von 450 Millionen Europäer vorziehen vor 40 Millionen Franzosen."

Der konservative Ministerpräsident Leon Delacroix und die liberale Brüsseler „Gazette" sind darüber einig, daß Deutschland sich wieder erheben muß: der erste wünscht die Hebung des Markkurses in Belgien, das heißt, daß viele Waren in Deutschland wieder gekauft werden, und zweitens sagt er auch, daß Antwerpen der erste Hafen der Welt und der Stapelplatz aller Völker der Welt werden muß.

Die „Gazette" schreibt, daß Belgien alles Interesse daran hat, daß Deutschland wieder reich wird, sonst kann es den Schadenersatz nicht zahlen.

Die jetzige Politik von rechts und links ist nicht darnach, diese Wünsche für Antwerpen zur Verwirklichung zu bringen. Wäre Deutschland Sieger geblieben, so würde Antwerpen der Hafen Süd- und Westdeutschlands geblieben sein, und würde neben Hamburg und Bremen einen großen Teil des Handels des neuen Landweges durch Südrußland oder durch die Türkei nach Mittel- und Ostasien bekommen haben. Alles, was den Seeweg vermeidet, würde ohne Umladung nach den Nordseehäfen gekommen sein. Die schönste Zukunft würde Antwerpen angefallen sein. Deutschland ist sein natürliches Hinterland und alle Verträge der Welt können die Geographie nicht ändern. Künstliche Hindernisse sind nur dazu angetan, Antwerpen seiner natürlichen, überlieferten, besten Kundschaft zu berauben.

Der Egoismus Frankreichs, der Wettbewerb seiner Häfen und seiner Schienen kann nicht anders als die Zukunft Antwerpens unterbinden. England erst recht hat die eigenen Häfen und Bahnen und wird die Güter der Welt nach dem Umweg über Antwerpen nicht umleiten.

Antwerpen und Belgien bleiben für England ein unbedeutendes Handelsgebiet, aber ein wichtiges Festungsglacis. Was die englische Selbstsucht von einem Lande macht, zeigt das Beispiel Irlands. Dieses ist England am Weltmeere vorgelagert, hat einen fruchtbaren Boden, könnte ersprießliche Industrien entwickeln und hat ausgezeichnete Häfen. Trotz dieser günstigen Lage ist es aber im neunzehnten Jahrhundert, zur Zeit der größten geschäftlichen Entwicklung der Völker, unter englischer Führung untergegangen, hat die Hälfte seiner Bevölkerung verloren, und das wird sicher das Los Antwerpens und Belgiens sein, wenn sie sich Deutschland gegenüber nicht wieder freundnachbarlich zeigen. Die Unfreundlichkeiten Frankreichs, die künstlichen Barrieren und Grenzen, der Egoismus Englands sind nahe daran, die belgischen Augen zu öffnen und den Antwerpenern zu Gemüte zu führen, daß nur ein Einverständnis mit Deutschland ihnen einen Teil der früheren Herrlichkeit wieder bringen kann.

„Der große Vorwurf, den man in Belgien dem Friedensvertrag macht", schreiben die „Times" anfangs November, „ist, daß er die finanzielle Solidarität der Alliierten nicht bestätigt hat. Man muß den Eindruck nicht verbreiten lassen, daß der englische Industrielle den belgischen Industriellen jetzt wegen seines Patriotismus bestraft." Diese offenbar belgische Klage drückt aus, daß der belgische Patriotismus der Geschäftswelt sich auf einem falschen Wege befand, wenn er sich gegen Deutschland äußerte.

Die Nutzanwendung für den deutschen wie für den belgischen Kaufmann ist, daß trotz des Krieges und der Entzweiung, welche er hervorgebracht hat, die beiden Länder und die beiden Völker aufeinander angewiesen sind. England und Frankreich können Belgien wirtschaftlich nur helfen, wenn sie sich selber, ihre eigenen Häfen und Eisenbahnen schädigen, die Waren unnötige Umwege machen lassen. Belgien liegt dagegen auf Deutschlands Weg nach dem Weltmeere, der Hafen Antwerpen wurde eingerichtet für den Ozeanverkehr West-, Mittel- und Süddeutschlands, ohne die deutsche Zufuhr und die deutsche Durchfuhr kann er kaum leben, kann er die notwendige Ergänzung und Verbilligung der Ladungen nicht bekommen, erhält er sogar auf die Dauer nicht mehr den Besuch aller regelmäßigen Dampfer, noch weniger der Schiffe, welche auf Gutglück in Antwerpen die Ergänzung ihrer Ladungen suchen, und selbst auch nicht die Binnenschiffahrt, welche z. B. einen großen Teil des Wohlstandes von Paris ausmacht; die deutschen Binnenschiffe werden eben sich auf die befreundeten holländischen Häfen beschränken, um belgischen Plackereien zu entgehen; es hört von Deutschland aus die Zufuhr

von deutschem Stückgut auf, welche auf den nach Deutschland zurückfahrenden Schiffen stets Frachtraum zur Verfügung stellte.

Es wäre doch auch besser für Deutschland, die altgewohnten Wege über Antwerpen wieder betreten zu können.

Es können Ereignisse eintreten, welche die Beziehungen zwischen Belgien und Deutschland ermöglichen und erleichtern. Das beiderseitige Interesse, besonders das belgische, läßt hoffen, daß diese Wiederherstellung Antwerpens bald eintritt; Frankreich und England können auf die Dauer dem Scheldehafen nicht helfen; seine Zukunft hängt von Deutschland ab. Auch der Sozialdemokrat K. Huysmans betont es jetzt sehr laut. Der verhältnismäßige Sieg der nationalistischen Flamen bei den belgischen Wahlen ist teilweise auf diese wirtschaftlichen Fragen zurückzuführen.

Der belgische Anspruch auf die Anima in Rom vor dem Forum ihrer Geschichte.

Von Univ.-Prof. Dr. Schmidlin, Münster i. W.

Die beiden deutschen Nationalstiftungen in Rom: Santa Maria dell'Anima und Campo Santo Teutonico al Vaticano bilden bereits seit geraumer Zeit einen Gegenstand schmerzlicher Besorgnis der deutschen Katholiken. Mußte schon während des österreichischen Protektorates über die beiden Anstalten beobachtet werden, wie entgegen dem großdeutschen Stiftungswillen der reichsdeutsche Einfluß immer mehr zurückgedrängt wurde, so drohen gegenwärtig der Anima seitens der Belgier neue Gefahren, sogar die Absicht der Enteignung. Im Nachfolgenden soll bezüglich der Anima die geschichtliche Grundlage des großdeutschen Standpunktes klargelegt werden. D. Red.

Welcher deutsche Rompilger kennt nicht die Anima, unsere deutsche Nationalkirche? Wie wenige Deutsche sind nach Rom gezogen, die sie nicht durch ihr verschwenderisch mit den Gaben religiöser Kunst ausgestattetes Aeußere erfreut, denen sie nicht in mütterlicher Liebe ihre Tore geöffnet hätte! Mit allen Fäden einer mehr als halbtausendjährigen Vergangenheit wie einer sturmbewegten Gegenwart ist dieses altehrwürdige Heiligtum zugleich Symbol, Sammelpunkt und Zufluchtsstätte des Deutschtums in der ewigen Stadt, an die gesamte deutsche Nation und jedes einzelne ihrer Mitglieder geknüpft, auch und besonders jetzt, wo so viele Deutsche nach fünfjähriger harter Trennung und Prüfung ihre Schritte und Blicke wieder nach dem Zentrum der Christenheit wenden.

Es berührt uns daher alle wie ein Donnerschlag, zu erfahren, daß unsere Feinde mit dem Gedanken spielen, diese uns ans Herz gewachsene Nationalstiftung ihrem deutschen Zweck zu entfremden und als angeblichen Ersatz für Löwen mit ihrem ganzen Vermögen von mehreren Millionen den Belgiern zu übergeben. Um diesen Raub — denn etwas anderes wäre es nicht — zu begründen, hat Costantino Parisi in seinem Buche und auszugsweise in einem Artikel des „Corriere d'Italia“ vom 4. Mai 1919 unter Berufung auf meine Animageschichte den historischen Beweis anzutreten gesucht, daß die römische Anima in Wirklichkeit keine deutsche, sondern eine flämische Stiftung von Flamen für Flamen sei. Nicht bloß das deutsche Interesse, sondern auch die objektive und unumstößliche Wahrheit erwartet und verlangt von mir als Geschichtschreiber der Anima eine Widerlegung und Zurückweisung dieser unerhörten Zumutungen und Behauptungen, wenigstens in den Grundlinien, wie ich es schon im „Katholik“ von 1908 gegenüber den holländischen Ansprüchen getan.

Die Anima in Rom, meint Parisi, sei von einer Dordrechter Familie für das flämische Sprachgebiet gegründet und erst später den Armen anderer deutscher Stämme geöffnet worden; seit dem 15. Jahrhundert habe sich das Haus Habsburg eingedrängt und 1518 ohne eigentlichen Rechtstitel das Protektorat übernommen; gleichwohl sei Hospiz und Kirche größtenteils mit Hilfe flämischer Wohltäter neu erbaut worden.

Nichts ist verkehrter und verdrehter als diese Geschichtskonstruktion. Gewiß war Johann Petri aus Dordrecht im Bistum Utrecht, also ein Holländer, kein Belgier — erster Stifter der Anima in ihrem Urstadium (1386). Aber einerseits fühlte er sich — damals gehörte ja auch Holland noch unstreitig zum deutschen Volk und Reiche — in seiner Stiftung durchaus als Deutscher und wollte kein holländisches, noch viel weniger ein belgisches, sondern ein schlechthin deutsches Institut für alle deutschen Stämme ins Leben rufen. Anderseits rührt ein verhältnismäßig nur geringer Teil des Animavermögens, bloß dessen Urquelle im primitiven Häuserkleeblatt von Petri selbst her; weitaus der größte Prozentsatz kam aus den Händen späterer Stifter hinzu, von denen nur wenige aus Belgien, die meisten aus dem jetzigen Deutschland stammten, insbesondere vom bekannten westfälischen Kurialisten Dietrich von Niem (1406), der in viel höherem Grade als Petri den Titel eines Animagründers verdient. Speziell die Schenkungen und Sammlungen, welche den Neubau der Kirche zu Beginn des 16. Jahrhunderts fundierten, gehen in ihrer erdrückenden Mehrheit teils auf die deutsche Heimat innerhalb der gegenwärtigen Reichsgrenzen, teils auf die aus diesen Gebieten gebürtigen Mitglieder der deutschen Kolonie in Rom zurück.

Dementsprechend war von Anfang an auch die Zweckbestimmung und Verwendung der Animamittel, wie die Absicht der Stifter, keine spezifisch flämische, sondern eine allgemein deutsche, ohne irgendwelches Monopol oder Vorzugsrecht irgendeiner deutschen Provinz. Sowohl die Zusammensetzung des Provisorenrats (Kongregation) und Kaplankollegiums als auch die Aufnahme von Brüdern, Pilgern, Kranken und Armen richtete sich ganz nach diesen großdeutschen Gesichtspunkten, die positiv durch den Gebrauch der deutschen Zunge normiert waren und negativ kein von Deutschen bewohntes Land ausschlossen. Beschlüsse vom 16. Jahrhundert erklären ausdrücklich, daß nur solche aufzunehmen seien, die deutsch sprechen konnten und in Deutschland geboren waren, die sog. Lütticher nur ausnahmsweise, soweit die obigen Merkmale zutrafen und die betreffenden belgischen Territorien zum heiligen römischen Reich deutscher Nation gehörten, die übrigen Belgier (Flandrer genannt) an ihr eigenes Nationalhospiz (San Giuliano) gewiesen wurden. Ein um 1600 aufgestelltes Verzeichnis der Aufnahmeberechtigten schließt ausdrücklich die Flamländer (darunter wohl die belgischen Wallonen verstanden) sowie die Hennegauer und Namurenser aus, ähnlich ein anderes vom 18. Jahrhundert Flandern, Hennegau, Namur, Mons, Gent und Ypern. Dies konnte nicht hindern, daß infolge der kurialen Uebeflutung belgischer Elemente im 17. Jahrhundert die Belgier oder Lütticher (Leodiensi) unter den Provisoren wie unter den Kaplänen der Anima immer stärker vorwogen, bis das Eingreifen Oesterreichs gegen Ende des Jahrhunderts durch Zurückdrängung des maßgebenden belgischen Einflusses das Gleichgewicht nach dieser Seite hin einigermaßen wiederherstellte, nicht ohne freilich nun umgekehrt dem österreichischen Anteil, auch soweit er nicht deutsch und daher nicht berechtigt war, eine ungebührliche Präponderanz zu verschaffen.

Der kaiserliche Schutz und Einfluß mußte seinerseits zweifellos dieser Entwicklung erheblichen Vorschub leisten, konnte aber, abgesehen von der Eindrängung einiger nichtdeutscher Stämme, am stiftungsgemäßen Charakter der deutschen Nationalanstalt nichts Wesentliches ändern. Es war ganz naturgemäß, daß die schon frühzeitig sich nach den Fittichen des im Haus Habsburg vererbten kaiserlichen Protektorats umsah, das als politische Verkörperung der deutschen Nation galt und daher die politische Vertretung und Beschützung zu übernehmen berufen war. Zwar läßt sich für die nach außen noch weniger hervortretende Anfangsperiode der Animageschichte dieses Protektorat noch nicht belegen, aber schon unter Sixtus IV. (1482) erblicken wir an der Stirne der Animahäuser den kaiserlichen Doppeladler, und von Kaiser Friedrich III. berichtet sein Sohn Maximilian, er sei von Liebe gegen Kirche, Hospiz und Bruderschaft getragen gewesen und in letztere eingetreten. Auf die Kunde von mehrfachen Belästigungen, wohl auch auf Bitten der Bruderschaftsmitglieder, nahm Maximilian im Diplom vom 9. Februar 1518 die Anima samt ihren Besitzungen unter des Kaisers und Reiches Schirm und Obsorge. Durch dieses mehr ideelle Schutzverhältnis war indes in keiner Weise das eigentliche Eigentum berührt, das vielmehr nach wie vor in den Händen des Hauses selbst und seiner Leitung, im weiteren Sinne der deutschen Nation schlechthin bzw. ihrer römischen Vertretung lag. Es konnte freilich nicht ausbleiben daß das kaiserliche Protektorat in der Zeit des Absolutismus sich immer mehr zu einer Art von Oberherrschaft steigerte und allmählich auch in die inneren und Besitzverhältnisse einmischte. Symptom und Folge war jener Eingriff des österreichischen Botschafters Martinitz von 1697 und jener Erlaß Leopolds I. von 1699, der die Belgier aus der Anstaltsleitung

eliminierte und dafür die slavisch-italienischen Untertanen Oesterreichs einschmuggelte, ein „Gewaltstreich", den ich nicht nur wegen seines brutalen Modus, sondern auch wegen seiner Tendenz zur Verstaatlichung und nationalen Verflachung in meinem Werke hart genug gegeißelt habe, so hart, daß ich mir dadurch die lebenslängliche Ungnade des österreichischen Botschafters Graf Seczen zuzog.

Eine Reaktion gegen diese österreichische Imperialisierung, zugleich ein Vorspiel zu den jetzigen Invasionsversuchen stellten die auf angebliche Rechte Belgiens sich berufenden französischen um die Wende des Jahrhunderts dar. Schon 1798 verordnete Talleyrand die Besetzung der Anima, da Oesterreich in Campo Formio auf alle belgischen Güter, also auch auf das belgische Animahospiz zugunsten der Republik verzichtet habe, worauf der Lütticher Kaplan Pfeffer als Agent der Kommissare die Kirche plünderte. Ebenfalls unter Hinweis auf diese vorgebliche Abtretung forderte auch ein Jahrzehnt später (1807) der Gesandte Napoleons die Anima als eine von Flamen und Deutschen gestiftete Anstalt für Frankreich, unterstützt von einem andern Kaplan aus Lüttich, der in seinem Memorandum die Anima schlankweg als belgisch-lüttichisches Nationalhospiz ausgab. Mäßiger erneuerten die Belgier 1825 und 1854 in eigenen diplomatischen Noten ihre Forderungen auf Zulassung und Vertretung in der Anima.

Wiedergutgemacht hat Oesterreich seine Ueberschreitungen einerseits durch den wirksamen Schutz, den es im 19. Jahrhundert wiederholt der Anima gegen diese und andere Usurpationsversuche angedeihen ließ, anderseits durch die Reorganisation von 1859, welche der bisherigen starken Italienisierung gegenüber dem ursprünglich deutschen Charakter der Anima in der Hauptsache wiederherstellte und auch dem belgischen Anspruch in etwa gerecht wurde. Aufnahmeberechtigt als Pilger im Hospiz sind darnach neben den deutschen Reichsangehörigen auch Belgier, soweit sie flämisch reden (ähnlich Holländer); unter den 5—7 Provisoren soll stets ein Belgier sein (ebenso ein Holländer); für die zustehende Kaplanei wurde Belgien durch jährliche Zuweisung von 120 Scudi durch die Anima an das belgische Nationalhospiz San Giuliano zum Unterhalt eines belgischen Kaplans (im Einverständnis mit den damaligen belgischen Vertretern in Rom) entschädigt.

Dieser Kompromiß entspricht im Umfange ungefähr dem, was Belgien an der Anima beanspruchen kann, was die Beteiligung am Provisorenkolleg wie die Ablösung des Anteils am Klerus angeht, während die Pilgeraufnahme allgemein und gleichberechtigt wie für sämtliche Glieder der deutschen Nation ist. Als Grundlage bei dieser Bemessung dürfen wir allerdings nicht ganz Belgien, sondern nur seinen ursprünglich deutschen, also den flämischen Volksteil annehmen, der bloß die ungefähre Hälfte beträgt. Sein numerisches und diözesanes Verhältnis zu Deutschland und Deutschösterreich deckt sich approximativ mit der Proportion zu dem, was diesem bzw. der deutschen und deutschösterreichischen Diözese zukommt. Man kann aber noch weitergehen und den belgischen Flamen gleichwie den Holländern, falls sie es wünschen, statt der Abfindungssumme die Zulassung zu den Kaplaneien im gleichen Turnus wie den deutschen Bistümern bewilligen, vorausgesetzt daß sie den Geist und die Eintracht des Hauses nicht etwa durch antideutschen Chauvinismus stören.

Es ist also wirklich nicht einzusehen, warum die Belgier sich über stiefmütterliche Behandlung durch die Anima beklagen sollen. Glauben sie aber Grund zur Beschwerde zu haben oder größere Rechte beanspruchen zu müssen, so mögen sie dieselben vorbringen und beweisen! Auf keinen Fall aber geht es an, die Anima als Ganzes für Belgien in Anspruch zu nehmen und gar noch diese Einziehung mit den Kriegsereignissen in Verbindung zu bringen. Haben deutsche Truppen in Löwen durch Exzesse gefehlt, so kann die Anima doch nicht dafür verantwortlich gemacht werden und daher auch nicht als Entschädigungsobjekt dienen. Sie gehört auch nicht dem deutschen oder österreichischen Staate als fiskalisches Eigentum, das man kriegsrechtlich oder gar erst nach dem Kriege und Friedensschluß beschlagnahmen kann, vielmehr als zugleich kirchliche Stiftung der deutschen Nation und ihren Vertretern in Rom unter Oberaufsicht und Schutz des Hl. Stuhles, der somit zu einer solchen Expropriation mindestens die Genehmigung erteilen müßte und sie nach Maßgabe der Sachlage schwerlich erteilen könnte. Will man uns Deutschen einfach mit Gewalt das uns in Rom zustehende Haus wegnehmen, so können wir uns gegen ein solches Vorgehen via facti, mag es noch so ungerecht sein, bei unserer physischen und politischen Ohnmacht nicht wehren, man höre aber dann auf, diese Beraubung durch haarsträubende Geschichtsfälschungen rechtfertigen und als legitime Vergeltung nachweisen zu wollen! So lange wir jedenfalls noch einen Atemzug haben, müssen wir gegen ein so himmelschreiendes Unrecht an das Rechtsgefühl der ganzen zivilisierten Welt appellieren und unentwegt an der Wahrung unseres römischen Nationalheiligtums und ihres deutschen Charakters bis zuletzt festhalten, ohne in Abrede stellen zu wollen, daß sich nach Verschwinden und Auseinanderfallen der österreichischen Monarchie eine Revision der Protektorats- und Zugehörigkeitsfrage für die Anima nach anderer Richtung aufdrängt.

Weltrundschau.

Von Fritz Nienkemper, Berlin.

Die neuesten Noten der Entente.

Sie waren besser oder wenigstens nicht so schlecht, wie man befürchtet hatte. Allerdings wird die maßlose Ersatzforderung für Scapa Flow grundsätzlich aufrechterhalten und das berechtigte Ersuchen um schiedsrichterlichen Austrag schroff abgelehnt; aber der Oberste Rat der Sieger stellt doch in diesem Punkte eine Nachprüfung in Aussicht, nämlich insofern, als die deutsche Regierung den Beweis erbringen wird, daß das eingeforderte Hafenmaterial für die Erhaltung der deutschen Flußschiffart und anderer wirtschaftlichen Lebensinteressen unentbehrlich ist. Die Prüfung „im Geiste der Billigkeit" bietet freilich keine sichere Gewähr, aber sie erweckt doch Hoffnungen und deutet darauf hin, daß im Obersten Rat selbst Zweifel entstanden sind über die Durchführbarkeit dieses Beutebeschlusses.

Gewichtiger ist die Erklärung, daß die Entlassung der deutschen Gefangenen erfolgen solle von dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Friedensvertrages ab. Das war freilich längst rechtens; aber durch die Novembernote Clemenceaus war es wieder zweifelhaft geworden, ob nicht auch unsere Gefangenen noch mißbraucht werden sollten als Erpressungsmittel, um durch ihre Zurückhaltung und weitere Verwendung im Frondienst Deutschland zu zwingen zur Gestellung von anderen Lohnsklaven oder zur Erfüllung weiterer streitiger Forderungen aus dem Waffenstillstandsvertrage. Aus der jüngsten Note ergibt sich, wenn sie ehrlich gemeint ist, der Verzicht auf weitere Zurückhaltung der Gefangenen. Hoffen wir, daß nicht der Heimtransport unter irgendeinem Vorwande wieder ins Stocken gerät.

Von weittragender allgemeiner Bedeutung ist die Erklärung, daß nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages von Versailles „die Durchführung der Bestimmungen des Schlußprotokolls durch die allgemeinen Bestimmungen dieses Vertrages, sowie durch die üblichen, vom Völkerrecht vorgesehenen Verfahren garantiert" wird. Das kann nach allen Regeln der Auslegungskunst nur so verstanden werden, daß die gegnerischen Mächte die militärischen Zwangsmaßregeln, die sie in der vorigen Note angedroht hatten, nur so lange für zulässig halte, als der Waffenstillstandsvertrag noch besteht, und daß Deutschland vor dieser standrechtlichen Exekutive geschützt ist, sobald der Versailler Vertrag Rechtskraft erlangt hat. Das Damoklesschwert des allzeit marschbereiten Generals Foch würde demzufolge nur für die kurze Zwischenzeit bis zum förmlichen Austausch der Ratifikation über unseren Häuptern schweben. Das sogenannte Schlußprotokoll hätte seinen schlimmsten Giftzahn verloren, denn der gefährliche Schlußsatz, der uns zumutete, auch nach Abschluß des Friedensvertrages noch dem Zwangsverfahren aus dem Waffenstillstand uns zu unterwerfen, wäre seiner Bedeutung für die Zukunft entkleidet. Unsere Regierung wird sich freilich erst vergewissern müssen, ob die verklausulierte Wendung in der letzten Note wirklich so gemeint ist. Wenn ja, so ist uns die Unterzeichnung des Schlußprotokolls wesentlich erleichtert, da wir dann nur das materielle Opfer des Hafenmaterials auf Gnade und Ungnade zu leisten, aber nicht auf die teuer erkauften Rechte aus dem Versailler Vertrag zu verzichten brauchen.

Unter unseren „Demokraten" gibt es bekanntlich Schwärmer, die durch Liebedienerei gegenüber Frankreich einen Festlandbund mit der Spitze gegen England begründen möchten. Diese hochpolitischen Zukunftsmusikanten wollen nun den Glauben erwecken, an dem Erpressungsversuch durch das sog. Schlußprotokoll sei nur die englische Beutegier schuld. Sie berufen sich darauf, daß

der Pariser „Temps“ ausgeführt habe, England würde drei Viertel von dieser Hafenbeute erhalten und Frankreich habe kein Interesse daran, die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands zu verderben. Es wäre sehr schön, wenn die letztere Erkenntnis sich nicht nur in Worten, sondern auch in Taten bekunden wollte. Vorläufig steht als Tatsache fest, daß Clemenceau die fragliche Erpressung nicht allein mit seinem Namen gedeckt hat, sondern auch durch die Androhung von militärischen Zwangsmaßregeln, die sein Generalissimus Foch zu exekutieren gehabt hätte und auch bereits vorbereitet hatte. Die Abschwächung des Schlußprotokolls ist nicht auf sanfte Gefühle Clemenceaus zurückzuführen, sondern auf Mahnungen von amerikanischer und italienischer Seite.

Clemenceau ist nach London gereist zur Besprechung mit Lloyd George. Jedoch erst nach Absendung der letzten Noten nach Deutschland. Die persönliche Fühlung wurde nicht notwendig durch die Diplomatie gegenüber Deutschland, sondern vielmehr durch die Frage des Schutzbündnisses für Frankreich. Die Franzosen haben in ihrer Furcht vor einem wiedererstarkenden Deutschland sich über die Garantien des Versailler Vertrages hinaus noch einen Schutzvertrag mit den bisherigen Kampfgenossen, ausbedungen und deren solidarische Haftbarkeit ist in Frage gestellt durch die amerikanische Opposition, die von weiterer Verstrickung der Vereinigten Staaten in die europäischen Wirren nichts wissen will. Clemenceau sucht nun zu erreichen, daß England und Italien auch ohne Beitritt Amerikas das Patrozinium über das „siegreiche“, aber doch sehr ängstliche Frankreich übernehmen. Wie man auch sonst diese Bündnisgier beurteilen mag, ein Zeichen von Annäherung an Deutschland ist sicherlich darin nicht zu entdecken. Ein französisch-deutsch-russisch-italienisches Festlandsbündnis wird wohl keiner von unseren Enkeln erleben.

Die innere Krisis.

Die Gefahr, von der wir in der vorigen Nummer sprachen, ist akut geworden. Der Wortführer des Zentrums hatte in der Debatte zum preußischen Kultusetat schon sehr eindringlich gewarnt; aber die sozialistische und die demokratische Fraktion in der preußischen Nationalversammlung wollten sich in ihrem kulturkämpferischen Sport nicht stören lassen. Da mußte das Zentrum in dem Unterrichtsausschusse einen kräftigeren Warnungsschuß ergehen lassen. Die radikale Mehrheit trieb die Rücksichtslosigkeit gegenüber der koalierten Zentrumspartei und den christlichen Eltern so weit, daß sie bei der Umgestaltung der örtlichen Schulverwaltungskörperschaften nicht einmal den Seelsorgern den hergebrachten Sitz belassen, also das allerletzte Band zwischen der Schule und der Kirche zerschneiden wollten. Das brachte das Maß zum Ueberlaufen. Es mußte endlich Halt geboten werden, weil die Machthaber in Preußen systematisch darauf ausgingen, das in Weimar geschlossene Kompromiß über den Schulfrieden zu vereiteln und in Preußen die Bestimmungen der Reichsverfassung zum Schutze der Bekenntnisschule illusorisch zu machen, ohne erst das angekündigte Reichsschulgesetz abzuwarten.

Prälat Dr. v. Pichler hat in der Nr. 50 der Allg. Rundschau ergreifend geschildert, wie der verewigte Gröber vor 19 Jahren die Reichstagsaktion in Gang brachte, die den deutschen Katholiken Schutz gewähren sollte vor der Kulturkämpferei in den Einzelstaaten. Gröber hat in demselben Sinne im letzten Jahre an erster Stelle mitgearbeitet an dem Kompromiß von Weimar, das ebenfalls die Seitensprünge der einzelstaatlichen Kulturkämpfe einengen sollte. Und nun erleben wir am Grabe des Vorkämpfers, daß sogar ein „Präsidialstaat Preußen“ als Friedenswerk sabotiert werden soll.

Das Vaterland braucht unbedingt die Koalition der drei Parteien, sagt auch der preußische Kultusminister. Aber er und seine Freunde handeln nicht demgemäß; denn sie machen durch ihre Rücksichtslosigkeit dem Zentrum die weitere Teilnahme an der Gemeinschaft der Arbeit und der Verantwortlichkeit einfach unmöglich. Schlägt die Politik Bahnen ein, die nicht bloß mit unserer Ehre, sondern auch mit unseren Gewissenspflichten unvereinbar sind, so müssen wir uns zurückziehen und den Kulturzänkern überlassen, ihre verderbliche Wirtschaft allein weiterzuführen, so weit sie es vermögen. Die christlichen Eltern stehen dabei geschlossen und entschlossen hinter dem Zentrum, und wenn wir einstens mit Bismarck und dem Liberalismus fertig werden konnten, so werden wir auch wohl dem radikalen Kulturkampftreiben noch Halt gebieten können.

Es wird verhandelt. Wir warten das Ergebnis ab, doch darf kein Zweifel bestehen bleiben, daß wir bereit sind zum Handeln, wenn man uns das gebührende Recht in der Koalition versagt.

Der Ausgang des Marloh-Prozesses.

Die verspätete Gerichtsverhandlung wegen des Erschießens von 29 gefangenen Mitgliedern der ehemaligen Volksmarinedivision hat ein schlimmes Aergernis wieder aufgerührt. Der angeklagte Leutnant, der den unglücklichen Befehl zum Erschießen gegeben hatte, wurde vom Gericht in der Hauptsache freigesprochen, weil er in der Notlage eine Anweisung seiner Vorgesetzten für einen zwingenden „Befehl“ gehalten hat. Dem Mann, der nicht böswillig, aber kopflos gehandelt hatte, kann man das gnädige Urteil wohl gönnen. Aber nun fehlt die volle Aufklärung und die gebührende Sühne für den grauenhaften Mißgriff. Nun zieht die häßliche Sache noch weitere Kreise. Die Strafverfolgung gegen den nächsten Vorgesetzten des Angeklagten ist schon durch dessen Verhaftung eingeleitet; der weiterhin beteiligte Oberst Reinhardt hat sich verabschieden müssen. Hoffentlich geht nun dieser Skandal schnell und ohne peinliche Zwischenfälle zu Ende. Wir haben sowieso schon übergenug Schwierigkeiten und Aergernisse zu überwinden. Wenn wir doch mit den Enthüllungen aus den vergangenen kritischen Tagen verschont blieben!

Das Ende der Finanzhoheit der Länder und Gemeinden.

Von Andreas Ritter von Stoeckle, Präsident des Obersten Rechnungshofes, München.

Die Verfassung des deutschen Reiches vom 11. August 1919 hat in Artikel 6 und 7 die Gesetzgebung über fast sämtliche Objekte sich angeeignet, die Einnahmen für die Staats- und Gemeindekassen zu beschaffen geeignet sind. Artikel 8 läßt über die Absichten des Reiches keinen Zweifel aufkommen; denn hiernach hat das Reich die Gesetzgebung über die Abgaben und sonstigen Einnahmen, soweit sie ganz oder teilweise für seine Zwecke in Anspruch genommen werden. Diese Bestimmung hat bei einem großen Teil der Bevölkerung der Gliedstaaten ernstliche Bedenken hervorgerufen, wenn auch im zweiten Satze vorgesehen ist, daß das Reich auf die Erhaltung der Lebensfähigkeit der Länder Rücksicht zu nehmen habe, falls es Abgaben oder sonstige Einnahmen in Anspruch nimmt, die bisher den Ländern zustanden.

Bei näherer Betrachtung der Bestimmung in Artikel 84 der Verfassung mußte man schon damit rechnen, daß das Reich bei der Einrichtung der mit der Durchführung der Reichsabgabengesetze zu betrauenden Behörden und bei der Steuerveranlagung selbst auf die bisherigen Einrichtungen und Vorschriften in den Gliedstaaten keine besonderen Rücksichten nehmen wird, zumal nachdem es sich durch Artikel 88—90 des Post- und Telegraphenwesens und der Eisenbahn versichert und die damit verbundenen staatlichen Hoheitsrechte an sich genommen hatte.

In seiner Rede vom 12. August 1919 in der Nationalversammlung erklärte der Reichsfinanzminister wohl die Befürchtung von manchen Ländern und Kommunalverwaltungen, als ob durch die geplante Reichsfinanzreform das selbständige Leben der Länder und Gemeinden unmöglich gemacht werde, für unbegründet, fügte jedoch gleich bei, daß jede der drei großen öffentlichen Körperschaften in Zukunft sich bescheiden müsse. Es müsse für das Reich beschnitten werden, es werden auch die Gliedstaaten und die Gemeinden beschnitten werden.

Die Beschneidung der Gliedstaaten und Gemeinden ist nun tatsächlich durch das Gesetz über die Reichsfinanzreform vom 10. September 1919 in ganz ausgiebiger Weise vollzogen worden. In § 1 dieses Gesetzes ist bestimmt, daß die Reichssteuern von den Reichsbehörden verwaltet werden, und daß als Reichssteuern alle Abgaben gelten, die ganz oder zum Teil zugunsten des Reiches erhoben werden. Damit ist den sämtlichen Ländern die Befugnis entzogen, auf die Verwaltung der Steuern und sonstigen Abgaben, die zugunsten des Reiches entrichtet werden, irgendwelchen Einfluß auszuüben. Vom Reiche sind Zahl, Sitz und Bezirke der Finanzämter und der Landesfinanzämter, allerdings nach Anhörung der obersten Finanzbehörde der Länder bestimmt worden; aber vom Reichsfinanzministerium allein wird der Umfang der Geschäfte der Finanzämter bestimmt.

Auch für die besondere Ausbildung der Beamten der Finanzbehörden für ihren Beruf werden durch das Reichsfinanzministerium Anordnungen getroffen. Die Einvernahme der obersten Landesfinanzbehörde zur Ernennung der Präsidenten der Landesfinanzämter und zur Ernennung der Leiter der Abteilungen derselben, dann zur Ernennung der Vorsteher der Finanzämter kann nicht mehr als Ausfluß der Finanzhoheit der Länder angesehen werden, dürfte jedoch ihren Wert verlieren, sobald das Prüfungswesen vom Reichsfinanzministerium gehandhabt wird.

Der Reichsfinanzminister erklärte in seiner oben erwähnten Rede vom 12. August 1919, daß er auf die Pflege des Gemeindelebens großen Wert lege, da er wisse, daß die Gesamtheit sich nur entwickeln könne, wenn sich die Einzelzelle im Staate entwickelt, wenn sie lebt und sich weiter entfaltet, und versicherte, daß in dem im Herbste zugehenden Landessteuergesetz alle Schutzmaßnahmen für eine selbständige Entwicklung der Gemeinden zu finden seien. In dem gleichen Atemzuge aber kündigte er an, daß die einzelnen Staaten und Gemeinden in einem anderen Umfang als bisher an den Erträgnissen des Reiches beteiligt werden sollen. Diese sollen bei der Erbschaftssteuer mit 20%, bei der Grundwechselsteuer mit 50%, bei der Umsatzsteuer mit 10 oder 15% und bei der Reichseinkommensteuer mit einem Betrage bedacht werden, welcher der in den Steuerjahren 1917—1919 erfolgten durchschnittlichen Belastung des Einkommens seitens des Landes und der Gemeinden mit den durch die Reichseinkommensteuer ersetzten Landesabgaben entspricht.

Das Reichseinkommensteuergesetz ist noch nicht verabschiedet, und es kann daher noch nicht angegeben werden, welche Beträge aus der Reichseinkommensteuer den Ländern und den Gemeinden zukommen werden. Jedenfalls aber kann als sicher angenommen werden, daß die Länder nicht mehr nach Maßgabe ihres Bedarfs Einkommensteuer werden erheben dürfen, sondern sich mit dem begnügen müssen, was ihnen das Reich überläßt. Daß die vom Reiche den Ländern überlassenen Quoten nicht allzu groß sind, geht daraus hervor, daß

1. gemäß § 69 des Erbschaftssteuergesetzes vom 10. September 1919 die Länder von dem Ertrag der Erbschaftssteuer 20 vom Hundert der in ihrem Gebiete aufgekommenen Roheinnahme behalten. Durch § 70 daselbst sind die Vorschriften der Landesgesetze, welche die Erhebung einer Abgabe von dem den Gegenstand der Erbanfalls- und Schenkungssteuer bildenden Erwerb oder die hierüber ausgestellten Urkunden betreffen, außer Kraft gesetzt und ist die Erhebung von Zuschlägen durch Länder, Gemeinden oder Gemeindeverbände unzuläßig.

2. gemäß § 32 des Grunderwerbsteuergesetzes vom 12. September 1919 von dem Ertrag der Grunderwerbsteuer das Reich ½ bzw. ¾ für sich nimmt, während der Rest den Ländern und Gemeinden überlassen wird. Nach § 34 kann den Ländern und Gemeinden die Erhebung eines Zuschlages zu dieser Steuer zugestanden werden, welcher jedoch 2 vom Hundert für Land und Gemeinde nicht übersteigen darf.

Nach einer Verordnung des Reichswirtschaftsministers vom 29. November 1919 ist dieser ermächtigt, für die Zeit vom 1. Oktober 1919 bis 30. September 1920 und mit Zustimmung des Reichsrats auch für die Zeit vom 1. Oktober 1920 bis 30. September 1921 den Mindesteinschlag an Derbholz im Reiche festzusetzen und ihn nach einheitlichen Grundsätzen auf die einzelnen Länder zu verteilen. Auch kann der Reichswirtschaftsminister für die Unterverteilung in den Ländern und für die Durchführung des Einschlags Richtlinien aufstellen, welche der Zustimmung des Reichsrats bedürfen. Die Landzentralbehörden und die von ihnen beauftragten Behörden werden ermächtigt, die für die Länder festgesetzten Teilmengen des jährlichen Einschlagsolls der Art und Menge nach auf die öffentlichen und privaten Forsten weiterzuverteilen.

Aus den vorstehenden Ausführungen ist zu entnehmen, daß das Reich die ganze Finanzgewalt an sich gerissen und damit der Finanzhoheit der Länder und der Gemeinden ein Ende bereitet hat. Nicht mehr die Länder sind befugt und imstande, Steuern und Abgaben zu erheben, um ihre Bedürfnisse für die Zwecke des Landes, insbesondere für Gehälter, Pensionen, Aufgaben der Kultur und anderer Art zu befriedigen, sondern sie müssen sich mit den Brosamen begnügen, die ihnen das Reich zu überlassen für gut findet. Ebensowenig können die Gemeinden nach ihrem Bedarf Umlagen erheben. Dieses verbieten die furchtbar hohen Reichssteuern, hauptsächlich aber die Beschränkungen, die die Reichsgesetze vorschreiben.

Warum es mit Deutsch-Oesterreich abwärts geht.

Von Univ.-Prof. Dr. Johann Ude, Graz.

Unsere augenblickliche politische Gesamtlage, bzw. das Tun und Treiben unserer Politiker könnten wir nicht besser charakterisieren, als mit den Worten: Viel Gerede und wenig Taten; viel Geschrei und wenig Wolle. Der weitaus größte Teil unserer Deutschösterreicher hungert und friert. Die Not des Volkes ist entschieden erschreckend groß. Aber größer noch ist die Dummheit und die grenzenlose Unfähigkeit jener, welche dieser Not abhelfen sollen. Ja, wenn mit Worten gedient wäre, dann müßten wir glänzend versorgt sein, denn in der Nationalversammlung wird geredet, und unerschöpflich ist im Reden unser allzeit redseliger Staatskanzler Renner. Allein von richtiger praktischer Lebensreform oben und unten hören und sehen wir nichts. Wir begegnen vielmehr in Stadt und Land einem chronischen Rechtsbruch, einem gänzlichen Abfall vom christlichen Kulturprogramm. Ein jeder Staat aber, der in einem allgemeinen, von allen Parteien gebilligten Rechtsbruche lebt, muß zwangsgängig von Stufe zu Stufe sinken. Rechtsbrecher vor allem an der Spitze des Staates — wie soll man dann von dem einfachen Manne erwarten, daß er das Recht und die Autorität achte? Die Regierung, eingestellt auf reinsten Machiavellismus, die Politik aller Parteien, bewußt oder unbewußt durchtränkt vom Materialismus — wie soll man dann vom gewöhnlichen Mann Nächstenliebe und Gerechtigkeit erwarten? Wir stehen tatsächlich vor dem völligen Zusammenbruch — das ist keine Phrase. Jeder will nur nehmen, niemand geben. Alle sind groß im Fordern und Genießen, niemand aber will Opfer bringen und verzichten. Was Wunder, daß beim Fehlen jeder sittlichen Verantwortlichkeit, daß beim Fehlen einer sittlichen Lebensreform in gar allen Kreisen und Berufen, daß bei der Thronerhebung des brutalsten Egoismus und der reinsten Willkür, daß bei der allgemeinen Mißachtung des Gebotes „Suchet zuerst das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit, und alles dieses wird euch zugegeben werden“, das gesamte Staatswesen ins Wanken gerät, und die Politik aller Parteien unser armes Deutschösterreich dem Treiben roher Gewalten ausliefert!

Lassen wir einfach Tatsachen sprechen, welche unsere gegenwärtige trostlose Lage blitzartig beleuchten und hineinleuchten in einen geradezu entsetzlichen politischen Sumpf und Schlamm. Die ungarische Regierung verlangt im Interesse der sühnenden Gerechtigkeit mit vollem Recht die Auslieferung der Verbrecher und Bluthunde Bela Kun und Genossen. Doch unsere Regierung — auch die Christlich-sozialen sitzen in der Koalition — breiten fürsorglich ihre schützenden Hände über diese gemeinen Verbrecher aus. Man bezeichnet deren Verbrechen als politische und hält sich damit im Gewissen für beruhigt. Ja, unser Staatskanzler Renner sagte am 22. November, daß Deutschösterreich ein Mitglied der abendländischen Kulturgemeinschaft sei. Damit mag er allerdings recht haben, da es mit der Kultur unserer Republik schon sehr abendländisch aussieht, wie auch die folgenden Tatsachen noch des näheren beweisen. Eine katholische Frau erklärte auf dem christlich-sozialen Frauentag in Wien nach dem Berichte eines führenden christlichen Blattes: „Die katholischen Frauen fordern Verbot und Bestrafung der gewerblichen Prostitution durch die Gerichte und bis zur Erlangung dieses Zieles Fürsorge und gesundheitliche Ueberwachung der Prostituierten beim Staatsamt für soziale Verwaltung, Errichtung eigener Asyle, in denen sanitäre und soziale Maßnahmen zu vereinen sind, Erlassung strenger Wohnungsvorschriften, nach denen nie mehr als zwei Prostituierte beisammen wohnen, nie in Familien als Aftermieter sein dürfen, wo unmündige Jugendliche sind, und Räume mit getrenntem Zugang haben müssen.“ Das erwähnte christliche Blatt nimmt jedoch keinen Anlaß, diese von den Worten „und bis zur Erlangung“ (von mir unterstrichen) ganz unchristlichen Sätze zurückzuweisen und die katholischen Frauen zu belehren, daß sie als christliche Frauen nur einen Standpunkt, den des radikalen Abolitionismus einnehmen können. Ich erwähne nur nebenbei, daß die christliche Frauenvereinigung in Deutschland mit einer ähnlichen, ganz unchristlichen Forderung an die Nationalversammlung in Berlin herangetreten ist, daß man getrennt wohnenden Dirnen von staatswegen die Erlaubnis zu ihrem schmutzigen Gewerbe einräumen solle, und daß selbst verschiedene Moraltheologen diese vom christlichen Standpunkt aus gänzlich unfaßbare Stellung der christlichen Frauen Deutschlands gegenüber der Prostitution gebilligt haben. Wir können und dürfen solche

unhaltbaren Zustände nimmermehr der Oeffentlichkeit vorenthalten. Noch krasser in die Augen springend ist jedoch der Verrat am christlichen Kulturprogramm in Wien. Gelegentlich des großen Parteitages am 15. November 1919 wies unter Zustimmung der Partei ein Führer der christlichsozialen Partei, darauf hin, daß der gute „christliche Geist in der christlich-sozialen Partei lebendig sei", und erklärte in der anschließenden Programmdebatte entgegen der Forderung eines Mitgliedes von „Oesterreichs Völkerwacht", die Abschaffung der Bordellierung und Reglementierung der Prostitution ins Parteiprogramm aufzunehmen, im Namen seiner Partei folgendes: „Die Forderung nach Aufhebung der Reglementierung der Prostitution habe den Gegenstand eingehender Beratung gebildet, auf Grund deren die Ueberzeugung gewonnen worden sei, daß diese Frage vor der Hand noch nicht programmreif sei". Das heißt mit anderen Worten: Unser Herrgott hat noch gut Zeit, mit seiner kategorischen Forderung, „du sollst nicht Unkeuschheit treiben", zuzuwarten und der Staat könne ruhig inzwischen entgegen seinem eigenen Gesetz (§ 512 St.-G. und § 5 St.-G. vom 27. Mai 1852) die Prostitution von staatswegen zur Ausübung des Unzuchtslasters autorisieren und legitimieren, und dürfe ruhig inzwischen die Schuld schwerer, fremder Sünden auf sich nehmen, was auch die christlich soziale Partei verantworten könne, bis endlich später einmal dieser Punkt „programmreif" sein wird. „Der gute, christliche Geist ist ja in der christlich-sozialen Partei lebendig", und auch sämtliche anderen politischen Parteien sind mit der Haltung der christlich-sozialen Partei in dieser Sache einverstanden. Ich würde nur noch den Rat geben, unsere Nationalversammlung in Wien möge einstimmig ohne weiteres zum Beschluß erheben, was in den Mitteilungen des seinerzeitigen D.-Oe. Staatsamtes für Volksgesundheit vom 20. Mai 1919, S. 167 ohne Widerspruch von irgendeiner offiziellen Seite her angeregt worden ist, — nämlich die Errichtung von eigenen Bordellschulen für Prostituierte, wo sie regelrecht unterwiesen werden sollen, die bei ihnen verkehrende Männerwelt vor Infektion zu bewahren.

Wie ein Lichtblick aus einer anderen Welt, wie das Erwachen urgermanischen und teutonischen Geistes berührt es jedoch, wenn jüngst am 24. November zu Graz über 400 Schüler von Gymnasien und Realschulen und Hochschüler mit jugendlicher Begeisterung in einer Entschließung die radikale Beseitigung der staatlich bordellierten und reglementierten Unzucht verlangten und sagten: „Wenn die verantwortlichen Männer durch die notorische Duldung der öffentlichen, durch das Gesetz verbotenen Unsittlichkeit das deutsche Wesen weiterhin so besudeln lassen wie bisher, so ist die deutsche Jugend zur schärfsten Selbsthilfe gezwungen." Jungdeutschland in Deutschösterreich ist also gesonnen, das echte Deutschtum und daher die Sittenreinheit mit aller Schärfe zu schützen. Doch die Wiener christlich-soziale Partei erklärt solche Forderungen in der breitesten Oeffentlichkeit noch nicht für „programmreif". „Oesterreichs Völkerwacht" (Verein zur Bekämpfung der öffentlichen Unsittlichkeit, Graz, Rich. Wagnergasse 36/I) hat allerdings schon mit aller Macht angesetzt und in verschiedenen Massenversammlungen einstimmige Entschließungen im Sinne des göttlichen Sittengesetzes erzielt; und hat die Regierung und die verantwortlichen Männer aller Parteien freimütig an ihre Pflicht gemahnt, unverzüglich zur lauteren Gesetzestreue zurückzukehren und die Kulturschande der Bordellierung und Reglementierung umgehend zu beseitigen.

Während mindestens drei Viertel des gesamten Volkes wirklich in bitterster Not verderben und frieren, während unsere Regierung durch unseren Staatskanzler Renner Tag für Tag die Entente um Hilfe anfleht und während die Wiener Nationalversammlung Tag für Tag in die Welt hinaus ruft: Wir haben Hunger, wir erfrieren! rührt dieselbe Regierung keinen Finger, um der schamlosen Genußsucht des letzten Viertels der Bevölkerung einen wirksamen Dämpfer aufzusetzen. Die Wirtshäuser sind vollgepfropft. Das Volk drängt sich, um an den Schundfilmen im Kino und an dem erotischen Schmutz aufreizender Theaterstücke sich zu ergötzen. Die arbeitsscheuen Arbeitslosen — und deren gibt es heute eine Unmenge — werden ausgiebig von der Regierung unterstützt. Den Arbeitswilligen — die Grazer Hochschüler wollten jeden Sonntag für den dringenden Bedarf der Grazer Universität und Technik Kohlen fördern — wurde von den hohen Behörden das Arbeiten verboten. Lustig aber arbeitet die Notenpresse in Wien weiter, um den Volksbetrug von Tag zu Tag zu vergrößern und die Schuld der Regierung zu steigern. Denn jedermann, welcher eine unserer Banknoten ansieht, muß in Hinblick auf unsere wirtschaftliche Lage sagen, daß es eine bewußte, aufgelegte Lüge ist, was unsere notenpressende Regierung immer noch auf unsere Banknoten aufdrucken läßt: „Die österreichisch ungarische Bank zahlt gegen diese Banknote bei ihren Hauptanstalten in Wien und Budapest sofort auf Verlangen . . . K in gesetzlichem Metallgeld", das ist also in Silber bzw. Gold, das aber, wie jedermann weiß, nicht vorhanden ist.

Es hat unser Unterstaatssekretär Dr. Eisler in einer Versammlung vom 23. November erklärt: „Wir werden nicht umhin können, durch die Schaffung strenger Gesetze dafür zu sorgen, daß diejenigen, die vor der Republik keinen Respekt haben, ihn beigebracht bekommen". Ich wage es, der Ansicht zu sein, es werde überaus schwer fallen, einen ehrlichen, anständigen Menschen vor der Republik, die in solchem Geiste geleitet wird und wo man so entsetzlich wirtschaftet, Respekt zu bekommen. Eine so kleine Republik, wie es Deutsch-Oesterreich ist, hat in 10 Monaten die unter sozialistischer Leitung stehenden Militärbetriebe mit einem Abgang von über 80 Millionen Kronen abgeschlossen. Während zur Zeit der Monarchie für den großen österreichischen kaiserlichen Hofstaat nur 11 Millionen ausgeworfen wurden, hat die kleine Republik Deutsch-Oesterreich im 7. Kapitel, Titel XI des österreichischen Finanzgesetzes für die Verwaltung des Hofärars nicht weniger als 19 Millionen präliminiert. Und die Republik, die ganz auf den Bettel angewiesen ist, denkt jetzt schon daran, unter anderem das fruchtbare Gelände um Fürstenfeld in Steiermark dem so dringend nötigen Getreidebau zu entziehen, um daselbst — Tabak anzupflanzen. Das nennt man Hilfeleistung gegen das Hungerelend!

Ich schließe. Bevor unsere Republik nicht wieder voll und ganz sich an den Worten Christi orientiert: „Suchet zuerst das Reich Gottes", solange Regierung und Volk nicht zur vollen Gesetzestreue durch innere sittliche Lebensreform zurückkehren, solange alle unsere Parteien ohne Ausnahme, bewußt oder unbewußt, rein materialistische Wirtschaftspolitik betreiben, ist es vergeblich, auf Besserung zu hoffen, muß es mit uns zwangsgängig immer weiter abwärts gehen.

Was ist von der angekündigten Reichsschulkonferenz zu erwarten?

Von Stadtschulrat Franz Weigl, Landtagsabg. München.

Im Ueberblick über die Verfassungsartikel, die Erziehungsfragen behandeln, wurde an dieser Stelle jüngst die Gefahr berührt, die von der angekündigten Reichsschulkonferenz und der sich darauf aufbauenden Reichsschulgesetzgebung drohen. Welcher Art diese Gefahren im einzelnen sind, geht aus Aeußerungen linksgerichteter Kreise und Vereinigungen hervor, die auf die Entwicklung der Fragen starken Einfluß zu gewinnen suchen.

Der „Deutsche Ausschuß für Erziehung und Unterricht", der in seinen offiziösen Kundgebungen hervorhebt, daß er 27 einschlägige Verbände vertritt, hat nach einem Referat des einflußreichen Frankfurter Pädagogen, Stadtrat Prof. Ziehen, zu dem die Bekenntnisschule ermöglichenden Schulkompromiß-Artikel 146 beschlossen:

„Der Ausschuß kann in dem in Art. 146 der Verfassung vorliegenden, nach seiner Ansicht nicht ausreichend und nicht zweckmäßig vorbereiteten Kompromiß eine auf die Dauer befriedigende Lösung der Schulgestaltungsfrage nicht erblicken. Um eine schwere Schädigung des Schulwesens durch den Kompromiß zu vermeiden, hält der Deutsche Ausschuß für nötig, daß durch das geforderte Reichsschulgesetz 1. die durch die Anträge der Erziehungsberechtigten zu bewirkenden Aenderungen einer zu raschen zeitlichen Aufeinanderfolge entzogen werden, 2. der Begriff des geordneten Schulbetriebs nach den Forderungen der heutigen Pädagogik insbesondere in bezug auf die Mehrstufigkeit und Differenzierung der Volksschule bemessen wird, 3. die durch Art. 174 vorgesehene besondere Berücksichtigung der eine Simultanschule gesetzlich besitzenden Reichsgebiete im Sinne der vollen Erhaltung dieser Schulart klar vorgeschrieben wird."

Hier ist die Richtung angedeutet, in der der Vorstoß der Reichsschulkonferenz zu erwarten ist. Der „geordnete Schulbetrieb" ist die Grundlage mit der die Bekenntnisschule im Sinne des Schulkompromisses möglichst vereinzelt werden soll.

Noch deutlicher geht dies hervor aus der Stellungnahme des Deutschen Lehrervereins zur Zulassung von Bekenntnis-(Weltanschauungs-)schulen. Der Vorstand des Deutschen Lehrervereins hat einen Elferausschuß gebildet, der die Stellung des Vereins zu den Artikeln 146 u. 174 der Reichsverfassung festlegen sollte. Das Ergebnis ist im Hauptblatt des Vereins, der „Allgem. Deutschen Lehrerzeitung" (Nr. 44 v. 30. Okt. 1919) mitgeteilt. Es soll darnach im Reichsschulgesetz festgelegt werden, daß nicht nur die Grundschulen, sondern auch alle heilpädagogischen Schulen („Schuleinrichtungen für Kinder von besonderer körperlicher oder geistiger Veranlagung") und alle auf der Grundschule sich aufbauenden mittleren und höheren Schulen nur mit Rücksicht auf Anlagen und Staatsinteresse „nicht aber nach dem Glaubensbekenntnis oder nach der Zugehörigkeit zu bestimmten Kirchengemeinden" einzurichten und zu gliedern sind. Weiter wird für den Schulaufbau reiche Gliederung verlangt, wodurch wieder die Teilung von Schulen nach Bekenntnis und Weltanschauung unterdrückt werden soll. Letztere soll nur zugelassen werden, „wenn dadurch weder diese Schulen noch die neben ihnen bestehenden für alle Bekenntnisse gemeinsamen eine geringere Zahl von aufsteigenden Klassen erhalten, als sie sich bei einer für alle Kinder der Gemeinde gemeinsamen Schule ergeben würde". Für die Entscheidung über den „geordneten Schulbetrieb" sei überall die Anhörung der Lehrerschaftsvertretungen, wie Lehrerräte oder Lehrerkammern, durch Gesetz vorzuschreiben. Endlich wird gefordert, daß alle diese Voraussetzungen auch für die Genehmigung von Privatschulen gelten sollen und daß eine Unterstützung von Privatschulen aus Staats- und Gemeindemitteln gesetzlich zu verbieten sei.

Alle diese Einwände zielen auf „geordneten Schulbetrieb" ab, der wohl allen Erziehern und Lehrern sehr am Herzen liegt, über dessen Sinn und Wesen man aber sehr verschieden urteilen kann. Es ist deshalb wichtig, daß bei Abwägung dieser Schulordnungsverhältnisse nicht bloß eine Partei zu Wort kommt, sondern daß auch die für die Bekenntnisschule eintretenden Erzieher gehört werden.

Auch bezüglich des Begriffes „die Erziehungsberechtigten" steht ein Vorstoß bevor. Der Deutsche Lehrerverein möchte diesen Begriff in erster Linie zugunsten des Vaters, nur bei vaterlosen Kindern für die Mutter, bei Vollwaisen für den Vormund gelten lassen. Man beruft sich dabei gern auf das Bürgerliche Gesetzbuch. Diese Bezugnahme ist unzulässig, denn für Erziehungsfragen ist die Mutter in gleicher Weise verantwortlich und zuständig wie der Vater. Praktische Schulerfahrungen beweisen auch durchwegs ein größeres Erziehungsinteresse bei den Müttern als bei den Vätern. Hier kommt die jüngst an dieser Stelle angedeutete Rücksichtnahme auf den Erziehungswillen der breiten Massen bei der Reichsschulgesetzgebung in Betracht.

Ungeheuerlich ist die Forderung des Deutschen Lehrervereins, im Gesetz sei auch jede religiöse Bindung (nach Art. 149 Abs. 2 der Reichsverfassung) der Lehrer von Bekenntnisschulen zu verhindern. Was jüngst der bayerische Kultusminister zugestand, daß an christlichen Schulen nur Lehrer, die aus dem christlichen Bekenntnis nicht ausgeschieden sind, wirken können, muß reichsgesetzlich für alle Bekenntnisschulen festgelegt werden.

Das von den modernen „Frei"-staaten mehrfach beliebte doppelte Maß für die Rechte der Konfessionsschule und jene der freien Schulen soll nach den Forderungen des Deutschen Lehrervereins auch im Reichsschulgesetz zur Anwendung kommen, indem Simultanschulen, wo sie bisher bestanden, unter keinen Umständen geändert werden können, während die Eingriffe dort, wo nur Bekenntnisschulen sind, selbstverständlich sein sollen.

Diese Mitteilungen zeigen, welche Gefahren neuerlich durch Reichsschulkonferenz und Reichsschulgesetz drohen und wie für eine objektive Abwickelung der Verhandlungen, an der dem Reichsministerium des Innern jedenfalls gelegen sein muß, eine entsprechende, gleichmäßige Vertretung der verschiedenen Richtungen gesichert werden muß.

Die vorstehenden Darlegungen waren bereits abgeschlossen und in Druck gegeben, als bekannt wurde, daß die Abg. Held und Stang, die Fraktionsvorsitzenden der Bayer. Volkspartei im Landtag, einen Antrag eingebracht haben, in welchem gegen eine einseitige Zusammensetzung der Reichsschulkonferenz Verwahrung eingelegt wird.

Weihnachten 1919.

Hauche Segen in die Herzen,
Ewig neu geweihte Nacht,
Und mit Deinen Schimmerkerzen
Sei die Liebe neu entfacht.

Still vergebend, allumfassend,
Wunden heilend, mild und klug,
Die der Mensch, unselig hassend,
Grausam tief dem Menschen schlug.

Seine Sprache rede, schreibe
Jeder, wie ihm wuchs der Mund —
Doch als „Volapük" verbleibe
Menschlichkeit dem Herzensgrund!

Leuchtet auf, ihr Weihnachtskerzen,
Euer Licht sei dargebracht
Allen trostbedürft'gen Herzen
In des Heiles Segensnacht!

Franz Josef Zlatnik.

Eine Weihnacht.

Novelle von Marie Amelie Freiin v. Godin.

Staatsrat Leopold Kumig hielt im Flusse seiner zornigen Worte inne und schöpfte Atem. Dabei bemerkte er den bitteren Hohn, die namenlose Verachtung auf dem Antlitz seiner noch jugendlichen Gattin, die mit dem Rücken gegen den Christbaum stand, welchen sie im Begriffe gewesen war, aufzuputzen, als der Staatsrat eintrat, um sie zurechtzuweisen, weil sie wieder einen Briefwechsel begonnen hatte, der ihm nicht paßte. Noch hielt sie eine rote Schmelzkugel in der Hand, die sie an ein goldenes Bändchen fädeln wollte. Dieser Hohn und diese Verachtung trieben dem Manne sofort wieder das Blut in den Kopf: „Du glaubst, du seist im Recht? Ja? was? Natürlich, du bist immer im Recht! herzlos, kalt — niederträchtig . . . ja das bist du!"

Die Frau reckte sich hoch auf: „Lump!" sagte sie schneidend mit vor Haß messerscharfer Stimme.

In diesem Augenblick wandten sich auf ein Geräusch beide gegen die Türe und beide erschraken tödlich, denn sie sahen: ihr Sohn war eingetreten und begriffen aus seinen Mienen und seiner Totenblässe: er hatte alles gehört!

Bei ihrem letzten Streit vor 24 Stunden aber hatte er ihnen vor Qual bebend erklärt, daß er das einfach nicht mehr aushalten könne, diesen täglichen Zank, diese Lieblosigkeit zu jeder Stunde.

Der hochaufgeschossene Knabe, dessen Weichheit die Mutter so innig liebte, dessen Klugheit seines Vaters Stolz und dessen große blaue Augen und schimmerndes goldenes Haar der Mutter ganze Lebensfreude war, stand nun da, an die Türe gelehnt, grau im Gesicht, reglos — wie versteint.

Dann sagte er: „Ich halte das nicht aus — ich kann das nicht aushalten" und griff sich an die Stirn, als quäle ihn auch ein bohrender, körperlicher Schmerz. Als seine Eltern schwiegen, wandte er sich fast schwankend, ging hinaus und ließ die Streitenden erstarrt zurück.

Gleich indes erhoben sich die haßerfüllten Stimmen aufs neue „Du bist Schuld — du allein!"

Nein, er ertrug das nicht, er konnte es nicht mehr aushalten. Wie eine Wunde brannte dem Knaben in der Seele der Gedanke, wie fürchterlich dieser Abend der Freude und des Friedens für ihn wäre, dieser Abend, da in der letzten Hütte die Menschen sich rüsteten, einander wohl zu tun.

Als er in sein Zimmer zurückgekehrt war, setzte sich Franz Kumig, soweit er konnte von der Türe, um vom Streit nichts mehr zu hören, und hörte die entsetzlichen, scheltenden Stimmen doch. Seines Vaters Stimme, zornig, hart und gewaltsam, seiner Mutter Stimme, schneidend und voll Hohn. Wie Schläge mißhandelten ihn diese Stimmen.

Gestern war es so gewesen wie heute, und vorgestern auch, und auch den Tag vorher. Jeden Tag fast in diesen letzten Wochen. Unerträglich!

Wie nur war es möglich, daß diese beiden, die doch behaupteten, ihn zu lieben, so voll Gehässigkeit zueinander waren, und es zeigten zu jeder Stunde, wenn schon sie sahen, daß er fast darunter zusammenbrach. Warum taten sie ihm das an! Als sei er eine Bosheit gegen ihn, so empfand der Knabe diesen Zank.

Andere Kinder konnten sich seit langen Wochen auf diesen Tag freuen, und die ihrigen dachten an nichts anderes als daran, ihn so schön als möglich zu gestalten. Andere Kinder konnten heute den Abend kaum erwarten — ihm aber graute fast vor dem Fest, denn nun stritt sein Vater mit seiner Mutter, — nun würde er also bis zur Nacht in jedem Augenblicke zittern müssen, daß dieser entsetzliche Streit, wenn er denn bis dahin einschlief, neuerdings begann — daß sie ihn zum Zeugen zwischen sich anriefen, wie in letzter Zeit so oft, — nein — das ging über seine Kraft — nein — er ertrug es nicht . . .

Da kam von drüben, aus dem Christbaumzimmer, wo seine Eltern sich immer noch zankten, ein Schrei . . . Von den Lippen seiner Mutter? — nein — von seines Vaters Lippen!

Er sprang auf. Seine Pulse flogen. Er lief hinüber und blieb dann vor der Türe stehen — trat nicht ein — weil drinnen inzwischen neuerdings gewohnter Streit begonnen hatte. Also war keinem etwas Entsetzliches geschehen. Aber es geschah vielleicht um etwas später . . .

Er hörte seine Mutter, wie sie bitterböse herausstieß: „Wäre ich dir nie gefolgt! Hätte ich dir, Lügner, nie geglaubt — dann wäre auch das Kind nicht geboren, das mich in dieser Marter an deiner Seite festhält . . .“

Der Knabe stopfte sich die Ohren zu und lief atemlos wieder auf sein Zimmer.

So unerträglich war ihm die Qual dieser liebeleeren Worte an Leib und Seele, daß sie ihm das Denken völlig verlöschten.

Nur fort — sagte er sich fiebernd — nur fort — nur nichts dergleichen mehr hören müssen!

Er nahm in Eile seine Mütze — sonst nichts — ja — er hatte schon sein Geld bei sich. Soviel dachte er noch.

Und nun über die Stiege hinab und hinaus. Franz weinte. Andere Kinder freuten sich jetzt; anderer Kinder Eltern dachten jetzt nur daran, ihre Kinder für den heiligen Abend mit schönsten Dingen zu überraschen . . . Und seine Eltern? Vor Scham preßte er sich die Hände auf die Augen, als er sich vergegenwärtigte, daß seine Eltern vor dem Weihnachtsbaume saßen und sich beschimpften, wie verächtliche Feinde. — Nein, er wollte von diesem Weihnachtsbaume nichts mehr sehen.

Sinnlos lief er durch die Straßen. Ueberall machten eilige Menschen ihre letzten Einkäufe zum Feste.

Aber Franz Kumig sah sie nicht. Er litt, als seine Erregung begann, in sich zusammenzusinken, unter einem Gefühl trostloser Verlassenheit. Trotzdem aber erschien es ihm auch jetzt undenkbar heimzukehren. Was in Zukunft werden würde, das wußte er nicht, — aber diesen Abend wollte er ruhig verbringen und alle weiteren Tage und Abende auch — nur keinen Zank mehr, nur nicht den Haß fühlen müssen zwischen den Eltern!

Langsam wurde ihm die Stirne kühler und es war ihm wieder möglich, einen Gedanken zu fassen. Ueber Nacht wollte er in einen Gasthof — Geld hatte er ja dazu — und dann morgen wollte er zu seinem Klassenlehrer, dem er vertraute; der würde ihm raten.

Weit auszuschreiten tat ihm wohl! Nun leerten sich die Straßen. Hier und dort leuchteten an einem Fenster viele Lichter: die Christbäume wurden angezündet.

Franz Kumig standen wieder die Tränen in den Augen: nur er, er war diesen Abend ganz allein! Die er lieben sollte, haßten sich — warfen sich Schimpfreden ins Gesicht . . .

Die Bogenlampen glühten auf. Der Himmel war mit grauem Gewölk so dicht verhängt, daß es vor der Zeit dunkel geworden war.

Der Knabe lief weiter durch die Gassen. Er dachte immer wieder, daß wohl keiner in der Stadt so unglücklich und ausgestoßen sei in dieser Stunde, wie er.

Ohne daß er's wollte, kam er in die Straße zurück, in der seiner Eltern Haus stand.

Er sah von der Ferne auf das Haus. Nein, im zweiten Stock brannten keine Lichter. Natürlich — nein — der Baum war nicht angezündet. Die Eltern schalten sich gewiß noch immer und hatten seine Flucht vielleicht noch nicht einmal gemerkt . . .

Vor Kummer hätte Franz laut stöhnen mögen, er meinte, das hätte ihm gut getan . . . Aber er verbiß den Schmerz.

Auf der Straße, der Straße seines Elternhauses — war nun niemand mehr außer einem Herrn, der mit aufgeschlagenem Kragen und steifem Hute, ohne rechts und links zu sehen, rasch dahinschritt, gewiß um zu Freunden zu gelangen, die ihn geladen hatten, froh mit ihnen das schöne Fest zu begehen.

Da plötzlich war das Schellen einer kleinen Glocke in der frischen Abendluft.

Franz trat in den Schatten der Häuserreihe. Keiner sollte ihn hier auf der Gasse, vor seiner Eltern Hause, das er nicht betreten wollte, sehen. Immer das Schellen . . . immer noch das helle Schellen.

Der Knabe sah auf, aus seinem trüben Sinnen aufgeschreckt, wie aus einem verzweifelten Traum erwacht. Aus dem Dunkel tauchte ein weißer Ministrantenrock — dann ein Antlitz — eine Hand, die schwang die Schelle.

Und hinter dem Ministrantenrocke kam ein Priester, die Stirn tief geneigt über das Ciborium, das er trug.

Ging an Franz Kumig vorüber; der, schwer verwirrt, beugte das Knie, derweilen ihm eine Angst erwachte. Wer starb da am hl. Abend — in der Straße seines Elternhauses? . . .

Sein Auge folgte dem hl. Geleite und als es wieder in die Nacht verschwinden wollte, stand Franz auf und ging ihm selber nach . . . Eine fürchterliche Ahnung ließ ihm das Blut erstarren. Wohin ging dieser Priester? . . . wer starb in dieser Nacht? — um Gotteswillen! Wenn das hl. Geleit nur nicht das Haus der Eltern betrat . . . wenn, der da starb, nur nicht sein Vater war — nur nicht seine Mutter — — wenn der Vater — nein, die Mutter nur nicht starb — weil er aus dem Hause war — ohne ein einziges gutes Wort!

Namenloses Entsetzen stieg dem Knaben bis zum Halse. Derweilen er dem Priester nachging — derweilen die kleine Silberglocke schallte und ihr Ton die finstere Straße bis zum Rande füllen wollte und immer anschwoll . . . .

Nie noch hatte eine Glocke so grauenvoll, so unsagbar quälend geklungen. Fast nicht mehr wie eine Glocke dieser Welt . . .

Noch war der Priester immer nicht an Franzens Elternhaus vorüber — noch war Franz nicht beruhigt und mußte fürchten, daß das hl. Geleit zu seinem armen Vater ging, zu seiner ärmsten Mutter. Daß sein armer Vater starb oder seine ärmste Mutter — aus seiner Schuld vielleicht . . .

Daß er so leiden mußte! Daß es möglich war, sich so zu ängstigen . . .

Und nun war da das Haus.

Und nun hielt die Hand, die da vor ihm im Dunkel die Schelle schwang, innen . . .

Franz hätte fast geschrien; nur indem er seine Zähne fest aufeinanderpreßte, erstickte er den Schrei . . . . .

Nun bog der Mann im weißen Rock ein in das Haus der Eltern — und der Priester folgte — der Priester, der in seiner Hand ehrfurchtsvoll die Wegzehrung für einen trug — der noch diese Nacht vielleicht hinüberging — Gott! Vielleicht Franzens Vater — seine Mutter vielleicht — und er, er schuldig!

Franz glaubte, daß ihm vor Entsetzen und Angst das Herz zerspringen müsse . . . Und ging dem Priester nach, indes ihm aus unerklärlichem Bangen fast das Blut gefror. . .

Er hielt sich, indem er dem hl. Geleite nachschlich, am Treppengeländer, denn seine Beine wankten unter ihm. Er suchte in seinem Kopf — und ein Gedanke jagte dabei den andern — hatte er denn etwa davon gehört, daß ein Hausgenosse krank sei — nein — nichts!

Der Ministrant schwang neuerdings die Schelle. Irgendwo im Haus ging daraufhin eine Türe. Wo?

Franz konnte es nicht mit Sicherheit unterscheiden.

Der Ministrant und hinter ihm der Priester kamen auf den ersten Treppenabsatz.

Gott — Gott — wenn sie da doch blieben . . . dann war keines der Seinen sterbend. . . .

Aber — nein . . . nicht! . . . Gott! . . . das hl. Geleit ging weiter.

Franz konnte nicht mehr folgen. Er hielt sich mit beiden Händen an. Ein Rauschen war in seinen Ohren.

Wie eine Stunde, eine endlos lange, war's zwischen dem Augenblick, da der Ministrant und hinter ihm der Priester an der Türe des ersten Stockes vorüberging und jenem anderen, da sie die Türe des zweiten Stockes —, die Türe von Franzens Eltern erreichten.

Wenn durch Franzens Schuld sein ärmster Vater starb — oder seine arme Mutter . . .

Oder sie starben ohne seine Schuld — doch mit dem Kummer, daß er ihr Haus verließ — heute — am hl. Abend — ohne ein Wort. Und starben nun fern, ohne seine Zärtlichkeit. Blieben allein zusammen in der letzten Stunde — quälten sich vielleicht. Welch ein Tod! Und wie sollte er, Franz, sich die Erinnerung daran jemals wieder aus dem Sinne reißen — ausmerzen . . .

Plötzlich sah er klar — ihm oblag, was immer seine Eltern taten — kein Urteil. Er sah auch klar — starben sie auch jetzt nicht — war das hl. Geleit auch nicht für ihr Entschlafen und ihre Wegzehrung — wo war die Sicherheit, daß Gott sie nicht dennoch heute Nacht noch abberief — oder am morgigen Tage — oder die Nacht darauf — ehe er, Franz, sie wiedersah — abberief mit dem Kummer über ihres einzigen Kindes Flucht. Oder er, Franz, starb vielleicht. Ganz allein und einsam und versöhnungslos. Und hatte heute in der Weihnacht, da alle Menschen den ihrigen Freude bereiten, über seine Eltern gerichtet und sich ihnen entzogen — anstatt ihnen Liebe zu tun . . . Und sie starben vielleicht heute Nacht — oder er starb! . . . Seine Gedanken drehten sich wie im Kreise — immer dasselbe wieder stellte sich ihm vor. Gott! — nur das nicht! — nur jetzt noch nicht! — Gott! — nur Erbarmen!

Da ging der Priester an der Türe des zweiten Stockes vorüber, ohne einzutreten.

Franz aber hing noch eine Weile am Geländer, bis er Kraft hatte, die Füße wieder aufzusetzen.

Jetzt entsann er sich auch: Droben unterm Dach war eine seit zehn Jahren krank — zu der kam wohl der Heiland zur Weihnachtsfreude . . .

Dann ging er, tat den Schlüssel ins Schloß und trat ein. Die Magd, der er im Flur begegnete, schlug die Hände vor Freude zusammen. „Der junge Herr! — Gott sei Lob und Dank" und wollte ins Zimmer laufen, wo der Baum stand, und seine Ankunft ihrer Herrschaft melden.

Franz kam ihr zuvor.

Er trat ein und hörte dabei seines Vaters zitternde Stimme! . . . „Aengstige dich doch nicht so! . . . Er kommt bestimmt zurück", aber in der Stimme, die beruhigen wollte, lag die eigene Angst.

Dann sah Franz die Mutter. Die saß vor dem geschmückten Baume, das Antlitz in den Händen und weinte verzweifelt. Er ging hin, warf sich neben der Mutter schluchzend in die Knie und umfing sie.

Sie schrie auf: „Leopold — er ist da!" und preßte den Knaben an sich, als sehe sie ihr Kind zum ersten Male — wie toll, wie trunken — wiegte seinen Kopf zwischen ihren Händen hin und her „Gott sei Lob und Dank! Er ist da!" sagte sie ein übers andere Mal wie in Seligkeit „Gott Lob — Gott sei Lob — nie mehr — mein Kind — nie mehr — ich gelobe es dir — Gott — ich gelobe es — nie mehr ein böses Wort —" sie weinte, sie lachte.

Der Mann aber in ihrem Rücken ging tränenden Auges hin — und zündete die Kerzen am Baume an und das Licht fiel auf das kleine Jesulein in der Krippe — auf ihn — der in die Welt kam in der hl. Nacht, den Menschen Frieden zu bringen, die eines guten Willens sind!

Bitte um Auslands-Adressen!

Ausbau ist die Zukunftslosung für unser zusammengebrochenes Vaterland. Wir müssen zu diesem Zwecke zunächst wieder die geistigen Verbindungsfäden mit dem Auslande aufnehmen. Namentlich der **Kontakt mit den deutschsprechenden Katholiken des Auslandes** wird geeignet sein, im vaterländischen Sinne positiv zu wirken. Die „Allgemeine Rundschau", welche in ihrer Art besonders geeignet ist, über unsere kulturelle und politische Lage übersichtlich und schnell zu orientieren, ist daher bestrebt, zu ihren alten Auslandsabonnenten, welche sich in so erfreulicher Weise nach Kriegsende wieder eingefunden haben, recht viele neue hinzuzuwerben und richtet hiermit an die verehrlichen Leser die herzliche Bitte, um Bekanntgabe von geeigneten Auslandsadressen. Etwaige Unkosten werden gerne ersetzt. Jeder, der hier mithilft, leistet dem Vaterland einen grossen Dienst. ::::

Vom Büchertisch.

Ein Jahrhundert München, 1800 bis 1900. Zeitgenössische Bilder und Dokumente, gesammelt von Georg Jakob Wolf, Verlag Franz Hanfstaengl, München, Pappband M 25.—, Halbleinen M 27.—, Halbpergament M 40.—. Gerade noch rechtzeitig vor Weihnachten ist dieses auserlesene Geschenkwerk erschienen. Es bietet an Hand von zeitgenössischen Schilderungen, Berichten, Tagebuchblättern, amtlichen Bekanntmachungen und denkwürdigen Briefen, gemischt mit 180 meist ganzseitigen und zum größten Teil bisher noch nicht veröffentlichen Abbildungen eine köstliche Erinnerung an das alte behagliche München. In seinem Schlußartikel „Abschied vom alten München" spielt der Herausgeber mit Recht darauf an, daß das echte Münchnertum, jene Mischung des Urmüncheners mit dem Fremden, seit langem schon im Sterben lag, da seine Geselligkeit und sein Wesen die Großstadtentwicklung nicht vertrug. Um so reizvoller ist es, sich gerade in der heutigen Zeit, welche nicht nur dem ganzen deutschen Volke bitterste Not und tiefste Erniedrigung, sondern München noch speziell jene unheilvollen dunklen Maitage des Jahres 1919 brachte, sich an Hand dieses mit Umsicht, feinsinnigem Geschmack und Takt unter Mithilfe kenntnisreicher Mitarbeiter zusammengestellten Werkes in die fast märchenhafte Zeit der Münchener Gemütlichkeit in Gedanken zurückzuversetzen. Der stattliche Band erfreut, was bei den gegenwärtigen Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt eine der rühmenswerten Ausnahmen ist, durch erstklassiges Papier und gediegene Ausstattung. Die Wiedergabe der wertvollen Zeichnungen, Gravüren und Gemälde der ersten Künstler Münchens aus dem verflossenen Jahrhundert ist vorzüglich. Dr. R. Krailing.

Enrica von Handel-Mazzetti: Der deutsche Held. Roman aus der nachnapoleonischen Zeit. Kempten, Verlag der Jos. Köselschen Buchhandlung. Preis geb. 9.10 M. — Dies ist nur eine Voranzeige, da der Band noch nicht abgeschlossen vorliegt, aber rechtzeitig zu Weihnacht erscheinen wird. Mit S. 416 brechen die mir zur Verfügung stehenden Aushängebogen ab: das Ende steht nahe bevor, dennoch — bei dieser großen Künstlerin wagt man nicht vorherzusagen, welch neuer Zug und damit welche Steigerung, ja welche Lösung noch eintreten mag. Denn bei ihr ist fraglos alles persönlichste Inspiration, was etwaige menschliche Unvollkommenheiten innerhalb der seelischen Uebernahme und der künstlerischen Durchführung nicht auszuschließen braucht. — Also werde ich etwas später in einem Sonderaufsatze über das dann erschienene Werk berichten. Heute sei nur soviel gesagt: „Der deutsche Held" führt uns hundert Jahre zurück in die Zeit des Nachfriedensschlusses. Die Handlung spielt innerhalb weniger Tage, stellt aber in leuchtkräftigsten Lebensfarben ein in alle Schichten reichendes Gesamtkulturbild dar, an dem das unsere sich spiegelt. Zugleich liefert der Roman den Beweis, daß der Verfasserin bisher offenbarte Schöpferkraft ungebrochen, in keiner Weise verringert, wenn nicht gesteigert, weiterlebt, auch wo sie, wie hier, den Kulturgeschichtsboden der Gegenreformation um den der Neuzeit verläßt. — Von dem Geschehnis selbst heute kein Wort, um unseren Lesern diesmal jeden Reiz der Neuheit zu wahren. Nur Zeugnis ablegen will ich noch: daß mich die Entwicklung der Handlung, die Gestaltung der Charaktere packte und erschütterte wie nur je zuvor die der großen Trilogie und der „Armen Margaret" — und daß ich Gott gedankt habe, diesen weiteren Aufstieg einer bis in die Tiefen ursächlicher Zusammenhänge und in die letzten Seelengründe hineinleuchtenden dichterischen Meisterschaft erleben durfte. — So gehe denn das Buch hinaus zu den vielen Tausenden, die seiner harren: ein Lichtträger für diese umdunkelte Welt, die dennoch Gottes ist und bleibt, nicht zuletzt, weil solche gottberufene Kunst in ihr zu leben und von neuem sich kraftvoll aufzuschwingen vermag. E. M. Hamann.

Jaffy Torrund: Hannas Lehrjahre. Buchschmuck von H. Doser. Geb. 6.30 M. Innsbruck-Wien-München, Verlagsanstalt Tyrolia. — Maria Domanig hat ihre „Sonnenland-Bücherei" mit dieser Erzählung aufs glücklichste eingeleitet. Zunächst schon hinsichtlich des „praktischen" Erfolges: gleich waren die Tausende der ersten Auflage vergriffen, trotzdem das „Sonnenland" die Erzählung vorher gebracht hatte. Und was das Beste ist: diesmal trifft das Urteil der Leserwelt mit dem der Kritik durchaus zusammen. Denn hier haben wir, was heute noch so selten ist, und was vor kurzem fast unerreichbar schien: ein lebenstreues, weil lebenserfahrenes, gesundes und gesundendes, wirklich und wahrhaftig „führendes" Jungmädchenbuch, aus der Zeit und für die Zeit, ohne jedwede Ausdringlichkeit seiner lauteren „Moral" und klaren, warmen Frömmigkeit, voll reicher Ethik und seelischer Vertiefung, voll Beispielskraft fürs innere und fürs äußere Leben innerhalb einer anschaulichsten, lebensprühenden Darstellung, die spannend und überzeugend zeigt, wie ein Jungmädchencharakter sich in Lust und Leid, in Arbeit und reinem Genuß, in Mittragen und Erbarmen, in Liebe und aufopfernder Pflichthingabe bilden kann und soll. Ein wunderschönes Geschenkbuch für unsere liebe weibliche Jugend! Und lesen sollen es auch die Mütter und Mütterlichen! E. M. Hamann.

Wilhelm Müller-Rüdersdorf: Wo die hohen Wälder wogen. Lyrische Bilder. Mit zwölf Zeichnungen von Friedrich Preuß. Nürnberg, Zeitbücher-Verlag J. Konzle. Pr. geb. 4.— M, handnum. Ausgabe 12.— M. — Dies sei gleich gesagt: Ich traute meinen Augen nicht, als ich den heute unglaublich geringen Preis des stattlichen Künstlerbandes mit den sehr schönen ganzseitigen Zeichnungen sah. Hier also greife zu, wer irgend kann und mag. Auch im übrigen gilt: Ein echtes und rechtes Weihnachtsgeschenk! Echt, weil es keine Schlacken birgt; recht, weil es ganz zur richtigen Zeit kommt: für den kosigen Heimwinkel nahe dem duftenden Christbaum auf der Höhe des Festes, da man so gern Auge und Herz labt an etwas recht Traulichem, Liebem, Schönem, das dann unmittelbar hineingeht in unsere sonst so oft verschlossenen Seelengründe. Ein naturseliger, zugleich durchaus geistiger Dichter, auch ein „echter und rechter", hat hier in reiner Lyrik und gehobener lyrischer Prosa von seinem Besten gegeben, unterstützt und gefördert von wesensverwandtem Zeichner. Und beide gemeinsam wecken in uns durch ihre Darbietung süß-selige Erinnerung: an die Stunden, da wir hingegeben ruhen durften an der Brust der großen Mutter Natur; wecken aber auch süß-selige Hoffnung: auf die Zeit, da wir wieder hinauspilgern zu ihr, heraus aus dem städtischen Getriebe in die lichte, klare Gottesluft, in den

hohen Tempelraum des Waldes, auf den ragenden „Felsenthron", um den „lächelnd die Himmel schmeicheln", wo wir, ob arm, ob nicht, fühlen: „Hier bin ich dem Glanz und dem Glück und dem irdischen Reichtum am nächsten" — dem Reichtum der äußeren Gottesoffenbarung dort, „wo die hohen Wälder wogen". E. M. Hamann.

Marie von Hutten: Die große Harmonie. Freiburg, Herder. Preis geb. 7.— M. — Eine hochinteressante Sammlung über das Thema menschlichen Leids und dessen göttliche Bestimmung, wie sie dem am äußeren und zumal inneren Leben wissend Gewordenen sich zu erkennen gibt. Ich kannte bereits alle sieben Stücke des vornehmen Bandes und freute mich nun doppelt, ihnen hier wieder zu begegnen als der zu bedeutsamem Ganzen zusammengeschlossenen Schöpfung eines ausgesprochenen Talents, dessen Entwicklung ich seit den ersten sichtbaren Schwingenregungen hatte begleiten und bezeugen dürfen. Was die vom Verlage wohl zunächst für eine katholische Leserschaft als notwendig erachtete Einführung über Kraft und Zielrichtung dieses Talents zu sagen hat, kann ich nur bestätigen. Neu dagegen war mir die Auffassung von dem „tastenden" ursprünglichen „Pessimismus" dieser meines Wissens stets im christkatholischen Glaubensboden fest wurzelnden und von jeher merkwürdig sicher zupackenden Begabung. Uebrigens dürfte allen literarisch Erfahrenen die aufbauende Einordnung innerhalb der Darstellung und vor allem der letzteren glänzende, selbständige Eigenart an sich genügen, um alsbald zu einem treffenden, und zwar bewundernden, Urteil zu gelangen über diese im Bereiche der künstlerisch hervorragenden ethischen Erzählung zielklar aufsteigenden Dichterkraft von außergewöhnlicher Feinheit und Mannigfaltigkeit der Lebensbeobachtung und der Seelenkenntnis, sowie von seltenem Hochflug in die Gefühls- und Gedankenwelt lauterer, sieghafter Gottes- und Menschenliebe. — Keine Frage: das Buch Marie von Huttens gehört auf sehr viele unserer Weihnachtgabentische: überall dorthin, wo man reifen Geist, tiefes, reiches Gemüt und echtes Talent zu schätzen weiß. E. M. Hamann.

Luisa von Haber: Unsere Wahlkinder. Eine Erzählung für Eltern und solche, die es werden wollen. Leipzig-Gaschwitz, Verlag Dürr & Weber. Zellenbücherei. Preis geb. 5.— M. — Der Verlag bemerkt in seiner Anzeige: „Auch der Junggeselle, der allem, was kleine Kinder heißt, mit drei Kreuzen aus dem Wege geht, wird es lesen — und mit Freuden erkennen, wo seine Pflicht liegt." Recht hat er, der Verlag, denn wo wäre der verhärtete Mensch, den es nach einem Blick in dies einzigartige Büchelchen nicht verlangte, zu erfahren, wie es da drinnen „weitergeht". Als die Erzählung in der „Köln. Volkszeitung" erschien, haben wir daheim von Tag zu Tag „gespannt" auf das „Forts. folgt" und jedesmal bei der Erfüllung eine Bereicherung erfahren: durch den sich darbietenden sprühenden Humor, die ebensolche Lebenswahrheit und -fülle, und das lebende, erquickende leise Rauschen des tiefen Unterstroms der Gesamtdarstellung: eines Unterstroms der Beseelung, der Gott- und Menschenzugehörigkeit und einer großen, weiten, starken Liebesfähigkeit. Zudem: wer Kinder lieb hat und sie so recht mit Segen lieb haben möchte, der lese dies kernige, heitere, belehrende Buch. E. M. Hamann.

Theodor Storm: Ausgewählte Novellen. Mit einer Einführung, Anleitungen und Anmerkungen herausgegeben von Prof. Dr. **Otto Hellinghaus**. Mit einem Bildnis Storms. Zwei Bände. Freiburg, Herder. Preis geb. 16 M. — Nicht weniger als 15 der beliebtesten und wertvollsten Novellen des großen Erzählers umschließt diese Ausgabe, die so, wie sie vorliegt, bedingungslos in unsere Volks-, Jugend- und Familienbücherei eingestellt werden kann. Welche Bereicherung! Erst jetzt wird das gesamte deutsche Volk aus eigener Kenntnisnahme erfahren können, was wir an diesem unvergleichlichen Epiker, der dem Lyriker in Storm würdig zur Seite steht, besaßen, besitzen! Der I. Band enthält: Martha und ihre Uhr, Im Saal, Immensee, Ein grünes Blatt, Drüben am Markt, Abseits, Unter dem Tannenbaum, In St. Jürgen, Beim Vetter Christian, Pole Poppenspäler, Ein stiller Musikant; der II.: Die Söhne des Senators, Zur Chronik von Grieshuus, Bötjer Basch, Der Schimmelreiter. Sehr dankenswert ist des bewährten Herausgebers jeweilige Einleitung, nebst „Anmerkungen", in jedes Einzelwerk, vor allem aber das in der „Einführung" doppelt gegliederte Lebens- und Künstlerbild: 1. Storms Leben und Persönlichkeit, 2. Storm als Dichter, besonders als Erzähler. E. M. Hamann.

Helene Pagés: Großmutters Jugendland. Die Geschichte von Klein-Nanni. Mit 6 Bildern von Rolf Winkler. Freiburg i. Br., Herder. Preis geb. 6.20 M. — Das ist ein wunderliebes Buch: frisch und fein und brunnentief aus dem Leben der Kleinen und Großen für die Kinderwelt erzählt, zumal für die der Mädchen: das Gute, Echte, Schöne ganz ungezwungen in trauliches Licht hebend, auch das Urteil über Gegenteiliges klärend, festigend. Wunderschöne Ausschnitte aus einem einfachen Jugendparadies, wie es nur gottinnige Elternliebe schaffen und durch Erkenntnisübermittlung an die Kleinen immer mehr erhöhen kann. Der Same aber des künftigen guten Kampfes in einem prüfungs- und verantwortungsschweren Leben, wie es jedem mehr oder weniger bewußt zuteil wird, findet hier die berufen-streuende Hand, die ihn zugleich schon zu schützen und zu fördern weiß. Ein Bestes dazu: An dieser lieblichen Erzählung ist ein Dichter am Werk; das findet alsbald nicht zuletzt der „Kenner" unter den erwachsenen Lesern heraus. Und freut sich doppelt der wertvollen Gaben und eilt, sie zu verbreiten, in erster Linie mit unter Müttern und Lehrkräften. Er tut wahrlich gut daran — denn gibt es, heute mehr denn je, Köstlicheres als Segensgut umzusetzen in lebendiges Leben?
E. M. Hamann.

Gute „Gutti". Sparsame Rezepte für Kuchen und Leckerle von Frau F. Löbenberg, München, Oberanger 28. Welche Hausfrau wäre in den Wochen geheimnisvollen Vorbereitens für Weihnachten nicht mit dem Gedanken beschäftigt, wie sie die Herzen ihrer großen und kleinen Lieblinge auch nach der süßen Seite hin erfreuen könnte? Die vorliegende Broschüre ist ein äußerst schätzenswerter, praktischer Wegweiser dazu und lehrt in leicht faßlicher Anleitung die Herstellung schmackhafter Kuchen, Torten, kleiner Weihnachtsbäckereien, Honig- und Lebkuchen und alkoholfreier Weihnachts-Bowlen. Bei den einzelnen Rezepten ist auf äußerst sparsame Verwendung der in gegenwärtiger Zeit zu Gebote stehenden Mittel besondere Rücksicht genommen. Der billige Preis von 1.75 M ermöglicht die Anschaffung der von Paul Gedon mit originellem Buchschmuck ausgestatteten Broschüre für jede Küche. M. Forster.

Bühnen- und Musikrundschau.

Kammerspiele. Die Erstaufführung des „Schlosses Wetterstein" von Frank Wedekind hat einen Theaterskandal hervorgerufen, wie er von gleicher Heftigkeit wohl noch nicht hier erlebt wurde. Ich war aus dem in voriger Nummer angegebenen Grunde nicht anwesend; ich zitiere deshalb einen Kollegen: „Als das Stück unter allerhand seelischen Perversionen dem bei Wedekind mit Recht so beliebten Lustmord sich näherte, da ging die Hölle los. Man schrie, pfiff, zischte, trampelte im Parterre und Rang. Man erhob sich in den vorderen Reihen und knallte ostentativ Beifall. Schauspieler und Spielleiter traten an die Rampe und erhoben beschwörend die Hand ... alles schnaubte, bebte, zitterte minutenlang. Wut und Empörung. Bis Herr Marlé ... Licht anknipsen ließ, da wurde es still! In der Wiederholung, die ich besuchte, blieb es still. Das Publikum sah mit eisigem Schweigen zu, wie sich die sog. Edeldirne zur Lust eines viehischen Millionärs aus Ata Kama mit Blausäure umbringt. Der Vorhang fiel. Keine Hand rührte sich für den „Dichter" und die Schauspieler, die ihre Kunst durch die Darstellung solch eines Werkes herabwürdigen müssen oder wollen. Es lastete ein dumpfer Druck auf dem Publikum, das stumm den Saal verließ. Eine weitere Vorstellung führte im zweiten Akt zu sehr heftigen Protestszenen, sodaß die Polizei sich veranlaßt sah, das Publikum zum Verlassen des Theaters aufzufordern. Das betrübende Ereignis hat mir doch eine Genugtuung gebracht. Zum ersten Male hat sich von einer Ausnahme abgesehen auch die ganze liberale Presse auf unsere Seite gestellt. Die Gefahren, auf die immer und immer wieder aufmerksam zu machen uns weder Anfeindungen noch dumme Witze abhalten konnten, werden jetzt allgemein erkannt, nachdem der sittliche Verfall die Allgemeinheit zwingt, moralische Probleme wieder in den Vordergrund zu rücken. Wenn die Menschen, die solchen Szenen Beifall klatschen folgendermaßen charakterisiert werden: „Es sind Elemente, die nicht nur in der Kunst, sondern auch in der Politik wie in unserem ganzen Gesellschafts- und Wirtschaftsleben als gefährliche, volksfremde Parasiten den Stamm unserer deutschen Kultur zernagen, unterwühlen und verseuchen," so ist hiermit nur noch gröber gesagt, was ich seit Jahr und Tag betone! Diese entschiedene Haltung der gesamten bürgerlichen Presse hätte einst den Verfall der Bühne aufhalten können. Die oben genannte Ausnahme tritt übrigens doch nicht mehr so unentwegt für den toten Dichter ein. Nachdem man versucht hat, den Entrüstungssturm als eine Mache der — politischen Reaktion hinzustellen, hat man sich die Sache nochmals überschlagen, wir lesen anderentags, daß wir Szenen, die mit den letzten Requisiten (Lustmord) arbeiten, nur ausnahmsweise gestatten wollen, daß Wedekind vielleicht (?) aus künstlerischen Gründen verboten hätte, den Film täglich abzuziehen und daß Wetterstein zu den schwächeren Werken Wedekinds gehöre. — Also dieser große Mann hat auch schwächere Stücke gemacht? Erscheinen die starken vielleicht erst in den angekündigten Nachlaßbänden? Ueber das „Schloß Wetterstein" hat aus Anlaß einer Vorlesung 1910 in Nr. 47 W. Thomerus (Frank Wedekind und seine Freunde. Aus dem dekadentesten München) berichtet und dabei bemerkt, daß sich Kostproben in der „Allgemeinen Rundschau" nicht wiedergeben lassen. Es sei deshalb der Inhalt nur kurz angegeben. Man kennt Shakespeares große Klosterszene, der Mörder wirbt um die Hand der Witwe seines Opfers. Bei Wedekind, der mit dem ihm eigenen Mangel an Einschätzung seines Könnens ähnliches versucht, durchschaudert es einen nicht, man empfindet die Szene eher unfreiwillig komisch. Schlechtes Kino, für Köchinnen, die das Gruseln lernen wollen. Verschrobenes Gerede über Ehe und Liebe macht uns damit vertraut, daß Effie, die Tochter der Witwe, mit ihren vierzehn Jahren zu den schönsten Hoffnungen im Sinne Wedekindscher Dirnenkultur berechtigt. Im zweiten Aufzuge hat Herr v. Wetterstein Millionen gestohlen und soll eingesperrt werden, wenn seine Frau sich nicht einem gewissen Luckner hingibt. Da dieser aber ein höchst rüder, gemeiner Mensch ist, so ist diese Bedingung selbst in der Welt, in der man sich wedekindisch unterhält, keine Kleinigkeit und so kracht einmal wieder der in Wedekindschen Stücken so beliebte Revolver und Frau Leonore wird als Mörderin verhaftet. Der Schuß fällt diesmal hinter der Szene, denn wir müssen sehen, wie Effie ein Verhältnis mit dem Stiefvater anfängt. Sie ist jetzt eine große Kokotte. Dieser Stolz der Familie ist der Mittelpunkt des Kreises, der im Schlußakt auf Schloß Wetterstein haust. Ein Zuhälter hat es erworben; während Effie für gute Einnahmen sorgt, genießen Papa und Mama ein opulentes Gnadenbrot. Ein Bänkelsänger kündet in seinen Liedern die Moralgrundsätze, die auf dem zum Freudenhaus degradierten Schlosse herrschen. Alle Anwesenden vom gescheiterten Priester bis zum Hausknecht stehen im Banne Effies. Schließlich kommt der gefährliche Millionär, der Effie und das Schloß für eine der Märchensummen, mit denen Wedekind immer so freigiebig ist, gemietet hat. Er sucht das Freudenmädchen traurig zu stimmen. Effies wiederholtes Angebot, sich ihm nackt zu präsentieren, weist er ab. Ihn fesseln nur Frauen in Zuckungen des Todes und so drängt der Sadist ihr den Giftbecher auf. Als sie stirbt, da lächelt der entmenschte Kerl. Während er dann mit dem Zuhälter von Schloß Wetterstein Reißaus nimmt, fällt der Vorhang. Nur die Gemeinheit und Perversität sind es, die diesem Stücke die Bühne öffnen; denn wären die Vorgänge harmlos: auch diesem Kulturpublikum würde auffallen, wie kunstlos, wie fratzenhaft, wie langweilig im Grunde diese Figuren gebildet sind. Die frechen Ausschreitungen

der Lichtspiele haben bewirkt, daß im Interesse der Volksgesundheit die Filmzensur in Bälde wieder zu erwarten ist, ohne daß sich gegen diese „reaktionäre“ Neueinrichtung ernste Stimmen erhöben. Schärft sich bei den Bühnenleitern nicht bald das Verantwortungsgefühl, so wird auch hier der Umschwung der öffentlichen Meinung nicht ausbleiben können und man wird die einst so verhaßte Zensur für das kleinere Uebel halten. Sybille Binder spielte die Edelnorne mit einer Kunst, die vornehmeren Aufgaben würdig ist.

München. L. G. Oberlaender.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Internationale Valutenkrisis — Deutschlands Steuerproblem und die Entente — „Nicht diskutieren, sondern produzieren“ — Auch in Frankreich ernste Finanzschwierigkeiten.

Angesichts der verschiedensten Ereignisse auf allen möglichen Gebieten befassen sich auch unsere Wirtschaftskreise, gerade in letzter Zeit, mehr denn je mit der Beurteilung der politischen Gestaltung. Der wiederholte Notenwechsel mit der Entente, der anscheinende Beginn eines langsamen Einlenkens der Allierten, das ganze Verhalten Amerikas und die plötzliche Abreise Clemenceaus nach London wurden in Börsen- und Handelskreisen vielfach kommentiert. Im Zusammenhang mit solchen Debatten stand mit in erster Linie die fortgesetzte Entwertung am internationalen Valutenmarkt, woselbst in fast gleichem Masse mit der andauernd rückläufigen Kursbewegung der Markwährung im neutralen Auslande auch alle alliierten Devisen sich zum Teil in raschem Aufstiege befinden. Naturgemäss hauptsächlich unter der Nachwirkung des katastrophalen Sturzes der Kronen- und Marknotierungen sind innerhalb weniger Wochen in der Schweiz beispielsweise Notiz London auf 19⅛ gegen 23⅛ am 1. Oktober, Italien auf 37 gegen 56½, dann Paris 42 gegen 66 und was besonderes Staunen erregt, sogar der Kurs für Neuyork auf 5 gegen 5½ vor ca. Jahresfrist gewichen. Schon diese Zahlen bekräftigen die unbedingte Notwendigkeit einer Reorganisation aller Valutenfragen und zwar vom internationalen Standpunkt aus betrachtet in grosszügiger, restloser und auf die Gesamtwirtschaft Europas — nicht nur Deutschlands — unbedingt Rücksicht nehmender Weise. Vor allem steht und fällt mit einer solchen Valutaerneuerung die Kreditwirtschaft, nicht nur hinsichtlich der Finanzierung der Milliarden von Mark umfassenden Beschaffung von Rohstoffen, sondern auch in dem Neuaufbau der Geldhingabe für Reich, Einzelstaaten und Gemeinden. Auch das gesamte Steuerproblem mit und ohne Reichsnotopfer mit und ohne Generalpardon ist nur lösbar, wenn klar und deutlich unsere zukünftige Geldpolitik vorgezeichnet ist. Alles Flickwerk, gerade nach dieser Richtung hin ist von grösserem Uebel als irgendwelches passive Verhalten! Die Haltung der Entente hinsichtlich Ausübung der derselben friedensvertragsmässig im gewissen Sinne zustehenden Priorität auf Erfassung der Steuererträgnisse Deutschlands ist ausserdem von lebenserhaltender Bedeutung. Es liegen heute noch keinerlei bindende Erklärungen der Entente darüber vor, ob das Reichsnotopfer der Entente verfallen ist. Die vom Reichsverband der deutschen Industrie, vom Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes eingeleitete und auch sonstige weite Kreise umfassende Agitation gegen dieses Reichsnotopfer in der geplanten Form vermehrte die Unsicherheit und Unklarheit der deutschen Steuerpolitik. Auch die weiteren Folgen der verschiedensten Steuerdebatten erbrachten eine Verschärfung der Börsenkonstellation nach der bekannten Richtung hin, dass die Flucht vor der Mark und vor dem mobilen Kapital neue Rekordkurse, wahnwitzige Tendenzen an den Effektenmärkten auslöste.

Unter Berücksichtigung solcher alle Wirtschaftskreise umfassenden übergrossen Nervosität und Unruhe wirkte die jüngste Rede des Reichskanzlers am Empfangsabend der Berliner Presse besonders überzeugend. Sein Wahlspruch „**nicht diskutieren, sondern produzieren**“ sollte mehr denn je Beherzigung finden. Dies gilt nicht nur von der Landwirtschaft —, deren Forderung, eine Preiserhöhung für die Erzeugnisse den Weltmarktnotizen anzupassen, bei dieser Gelegenheit ablehnend kritisiert wurde —, sondern auch für die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberschaft in Handel und Industrie: „Denn nur eine Stärkung der Arbeitslust und des Arbeitswillens, vor allem des Industriearbeiters, schafft uns die Möglichkeit für eine immer noch gesteigerte Produktionsmehrung, um dadurch Mittel und Wege zu finden, wenigstens von Grund heraus Unterlagen für Devisenobjekte zu bringen.“ — Die Verhandlungen über Aufhebung der Zwangswirtschaft auf den noch verbleibenden Gebieten ergeben klipp und klar eine unbedingt notwendige Beibehaltung von verschiedenem kriegszeitlichem Zwang. Hoffentlich werden von der vom Reichsfinanzminister einberufenen ständigen Valutakommission in Bälde die Fragen unserer allgemeinen Valutapolitik klar umschrieben.

An unsere Leser.

Mit der nächsten Nummer schliesst der Jahrgang 1919 der „Allgemeinen Rundschau“. Die geehrten Leser werden mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Verkehrsverhältnisse an die umgehende Bezugs-Erneuerung freundlichst erinnert, damit die ununterbrochene Zustellung gesichert bleibt. Der Postauflage der vorliegenden Nummer liegt zu diesem Zweck ein Postbestellzettel bei. Auch alle Buchhandlungen nehmen Bestellungen entgegen. :::

Mit herzlichem Dank an unsere Leser und Mitarbeiter für die bisherige treue Förderung verbinden wir die freundliche Bitte um Bewahrung dieses Freundschaftsverhältnisses. :::

Nur die höchsten Werte der Religion und Kultur können eine Wiedergeburt des deutschen Volkes herbeiführen. Um so unentbehrlicher ist heute als Ergänzung der Tagespresse eine Wochenschrift wie die „Allgemeine Rundschau“, welche neben der Politik auch die kulturellen Werte restlos auszuschöpfen sucht. :::

Die „Allgemeine Rundschau“ will nicht stille stehen, sondern vorwärts schreiten und hat daher im verflossenen Jahrgang kein Opfer gescheut, um den redaktionellen Teil immer mehr zu erweitern und zu vertiefen. In dieser Richtung soll im nächsten Jahrgang fortgefahren werden. Unseren Lesern aber wären wir sehr dankbar, wenn sie unser Streben, der „Allgemeinen Rundschau“ Eingang in immer weitere Kreise zu verschaffen, nach Kräften durch Einsendung von geeigneten Probenummer-Adressen oder persönliche Empfehlung unterstützen würden. Ein Jahres-Abonnement auf die „Allgemeine Rundschau“ ist auch ein recht zeitgemässes Weihnachtsgeschenk für Angehörige und Bekannte. Der Bezugspreis von vierteljährlich M. 6.— ist in der heutigen Zeit, da die materiellen Genüsse um durchschnittlich das zehn- und mehrfache verteuert sind, im Verhältnis zu der gebotenen geistigen Kost und den enorm gestiegenen Herstellungskosten ein sehr niedriger.

Allen Lesern, Freunden und Mitarbeitern der „A. R.“ entbieten herzliche Weihnachtsgrüsse ::

Redaktion und Verlag der „Allgemeinen Rundschau“.

Die vorerst vorgenommenen neuen Massnahmen der Reichsregierung zwecks Kontrolle des Aussenhandels, ferner die Wirkungen des Auffanggürtels im Westen für Wareneinfuhr machen sich schon jetzt bemerkbar, wenn auch naturgemäss von irgendeiner ersichtlichen grösseren Valutabesserung noch wenig verspürt wird. Die durch verschiedene Ursachen bewirkte grosse Kündigung von deutschen Auslandskrediten, mehr oder minder spekulative Blankoverkäufe von Reichsmark im Auslande, die alles belastenden schwimmenden Milliardenbeträge von Reichsbanknoten in den neutralen Ländern — immer wieder hervorgerufenen schweren Kurszuckungen der Markdevise in Holland und in der Schweiz lösen unverändert ernste Besorgnisse aus. Unter dem Drucke der Entente erfolgte dabei unsererseits durch Gesetzbeschluss die Aufhebung der Einfuhrzollregulierung in Gold! Auch der grosse Ausverkauf des deutschen Nationalvermögens — Güter aller Art beweglich und unbeweglich wandern in den Besitz des neutralen und alliierten Auslandes — hält an. Wenn das Zeichnungsergebnis der Sparprämienanleihe trotz wiederholter Verlängerung des Zeichnungstermines im grossen Ganzen nicht befriedigte, wird es nicht verwundern. Die ungeheuerliche Mehrung des Banknotenumlaufes, ferner die Wirtschaftskatastrophen im benachbarten Deutsch-Oesterreich waren ebenfalls ungünstige Begleiterscheinungen. Dass in Frankreich laut Pariser Wirtschaftsmeldungen gleichfalls schreckliche Wirkungen der Kriegsfolgen trotz Siegerlaune und politischer Aufpeitschung verspürt werden, bestätigt der fast zur völligen Stilllegung gekommene französische Eisenbahnverkehr und die mit allen Zwangsmitteln durchgeführte Importeinschränkung angesichts der bereits oben erwähnten abnorm starken Kursentwertung der französischen Valuta im Auslande. Vielleicht ist gerade diese finanzielle Situation in Frankreich mit Voraussetzung, wenn Amerika seinen bisher reservierten Standpunkt hinsichtlich Gewährung eines Weltkredites einschliesslich Deutschland ändert.

München. — M. Weber.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Für die Redaktion verantwortlich: i. V. Dr. Jos. Kausen, für die Inserate und den Reklameteil: J. V.: H. Sell.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.

Redaktion und Verlag: München, Galeriestraße 35a, Gb. Ruf-Nummer 20520. Postscheck-Konto München Nr. 7261.
Vierteljahrespreis: In Deutschland u. Oesterreich, sowie im Weltpostbezug M. 6.—; der übrige Versand ins Ausland bis auf weiteres Frs. 8.50 des Schweizer Kurses, einschließlich Versandspesen.

Allgemeine Rundschau

Wochenschrift für Politik und Kultur. ✱ Begründer Dr. Armin Kausen.

№ 52. München, 27. Dezember 1919. XVI. Jahrgang.

Zur Trias mit Oesterreich, Ungarn, Tschechien?

Von Dr. Hans Eisele, Wien.

Das unheilbar kranke Staatsgebilde Oesterreich lag wieder in der Krisis, in akuter Staatskrisis. Das Vorarlbergerländchen mit seinen 150 000 Einwohnern war der Anlaß dazu geworden. **Vorarlberg** wollte geschäftstüchtig die Konjunktur nützen, wollte von Oesterreich weg und zur Schweiz übertreten. Das war auch für Wien, wo man in der Regel über Stimmungen der Länder schlecht unterrichtet ist, keine Neuigkeit. Der Schulmeister von Lustenau hat schon lange Erfolg gehabt, so sehr, daß auch der so tüchtige Landeshauptmann Dr. Ender sich von der Bewegung mitreißen ließ und die Anschlußpläne förderte, zumal seine Frau, eine Schweizerin aus dem politisch angesehenen Appenzellergeschlecht der Rusch, naturgemäß ihre alte Heimat nicht vergessen hat. Bereits im Mai hat Vorarlberg in einer Volksabstimmung die Frage: „Wünscht das Vorarlberger Volk, daß der Landesrat der schweizerischen Bundesregierung den Wunsch des Vorarlberger Volkes, in die schweizerische Eidgenossenschaft einzutreten, bekanntgebe und mit der eidgenössischen Regierung in diesbezügliche Verhandlungen eintrete?" mit 45 566 Ja und 11 029 Nein, also mit 80,6% für und 19,4% dagegen beantwortet. Im Juni bei der Konstituierung des Landtages in Bregenz bezeichnete der wiedergewählte Landeshauptmann Dr. Ender die Hoffnung auf einen Anschluß an die Schweiz als nicht aussichtslos. Am 6. Dezember endlich nahm der Vorarlberger Landtag 3 Anträge an, welche **den Anschluß vorbereiten** sollten. Der erste Antrag verlangte von der Wiener Regierung, daß sie das Selbstbestimmungsrecht Vorarlbergs anerkenne und sogar beim Obersten Rat in Paris vertrete. Der zweite Antrag ging schon einen Schritt weiter und ermächtigte den Landtag, dieses Selbstbestimmungsrecht, wenn nötig, selbständig geltend zu machen. Ein dritter Antrag schließlich beauftragte bereits den Landesrat, Vorkehrungen für die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts zu treffen. Man hat in Wien erfahren, welche Mühe es gekostet hat, die Vorarlberger zu diesem „gemäßigten" Antrag zu bestimmen und von einem Antrag des sofortigen Anschlusses abzubringen. Der Vizekanzler **Fink** und seine Familie setzten ihre ganze Autorität ein, damit der Anschlußbeschluß wenigstens verschoben und der Weg über Wien und die Zentralregierung eingeschlagen werde.

Aber alle diese Vorarlberger Beschlüsse hätten die Wiener Regierung nicht so in Erregung und den Staat nicht in eine solche Krisis hineingetrieben, wenn nicht vorausgehend am 22. November bei Beratung der Interpellation Winniger über die Aufnahme Vorarlbergs in den Schweizer Bund namens der Schweizer Regierung im Ständerat in Bern **Bundesrat Calonder**, der Leiter des politischen Departements, erklärt hätte, die Schweiz nehme an, der Völkerbund würde nicht zögern, das Selbstbestimmungsrecht des Voralberger Volkes anzuerkennen. Es sei zu betonen, daß die **Anlehnung oder der Anschluß Vorarlbergs an die Schweiz** niemals zum Ausgangspunkt irgendwelcher Gebietskompensationen gemacht werden dürfe. Die Schweiz würde solche Zumutungen unter allen Umständen ablehnen, von welcher Seite immer sie kommen mögen. Diese Erklärung Calonders fuhr wie ein Blitz in die Wiener Regierung und in die österreichischen Länder hinein. Jetzt wurde man allenthalben hellhörig und glaubte aus Calonders Erklärung bereits die bestimmte Zusage der Entente oder doch Frankreichs heraushören zu können, daß Vorarlberg den Anschluß vollziehen und sein Selbstbestimmungsrecht ausüben dürfe. In diesem Licht bekam der Beschluß des Vorarlberger Landtages am 6. Dezember eine ganz andere Bedeutung. Es war jedem Politiker sofort klar, daß durch das Loch, durch das Vorarlberg entschlüpfen würde, auch alle anderen Länder abziehen könnten und daß damit der Anfang vom Ende des österreichischen Staatsgebildes gekommen sei.

Sofort regte es sich in Tirol und Salzburg und Oberösterreich; auch in Steiermark bereits hatte der **Tiroler Landtag** mit Einmütigkeit ein den Vorarlbergern ähnliches Vorgehen für den Anschluß an Bayern beschlossen. **Salzburg** erstrebte mit Landtagsbeschluß vom 16. Dez. ebenfalls den wirtschaftlichen Anschluß an das bayerische Wirtschaftsgebiet. Der christlich-soziale Führer und Präsident der Nationalversammlung Hauser hat sich für Oberösterreich in diesem Sinne wiederholt ausgesprochen. Es wären dann vor allem Oesterreich, noch Kärnten, Steiermark und Wien mit Niederösterreich geblieben.

Allen diesen Sonderbestrebungen ist die **Entente** in einer Note, welche Clemenceau am 17. Dezember dem Staatskanzler Renner überreichen ließ, mit rauher Hand entgegengetreten. Die alliierten und assoziierten Mächte erkennen auf einmal die Gefahr des Zerfalls des österreichischen Staates für das „**Gleichgewicht in Mitteleuropa**" und erklären, daß sie sich allen Versuchen widersetzen würden, die geeignet seien, die **politische oder wirtschaftliche Unabhängigkeit** des im Frieden von St. Germain festgesetzten österreichischen Gebietes zu beeinträchtigen. Die Lebensfähigkeit eines Staatswesens wie der Republik Oesterreichs läßt sich aber nicht befehlen, sondern muß wirtschaftlich gesichert werden. Solange daher in Oesterreich die Not so groß ist, werden die oben bezeichneten Bewegungen nicht mit einem einfachen Machtwort der Entente unterdrückt werden können.

Es ist jedoch kein Geheimnis, daß in **Wien und Niederösterreich** der Mittelpunkt des aktiven und passiven Widerstandes gegen den Anschluß Oesterreichs an Deutschland liegt und immer schon lag. Ich habe diese Tatsache bereits im Dezember vorigen Jahres in der „Köln. Volksztg." festgestellt, als noch scheinbar alle Welt an den Anschluß glaubte. Die christlich-sozialen Führer Seipel, Mataja und auch das führende Organ der Christlich-Sozialen, die „Reichspost", sind heute noch ebensolche Gegner des Anschlusses, wie sie es vor einem Jahr waren. Nicht aus antideutschen, unpatriotischen Erwägungen. Das ist selbstverständlich. Sie sind überzeugt von der **besonderen deutschen Kulturaufgabe, welche die Ostmark zu lösen habe.** Sie sind der Meinung, daß Oesterreich diese Ostmarkaufgaben nur lösen könne, wenn es nicht im deutschen Reich aufgehe, sondern, wie bisher, auf sich selbst gestellt bleibe und seiner Eigenart entsprechend auf Vorposten für Deutschland wirken könne. Oesterreich hat in langen Jahrhunderten unter den Habsburgern diese Ostmarkaufgaben unter schwierigen Verhältnissen großenteils erfüllt, am glänzendsten aber vor 1866, damals, als es noch die Seele des alten römischen Reiches deutscher Nation war. Die deutsche Dynastie in einer starken Monarchie brachte es fertig, auch nach dem Zerfall dieses Reiches, auch nach dem Ausscheiden aus dem Reich der deutschen Nation Oesterreich noch deutsch zu erhalten. Oesterreich blieb auch noch nach 1866 das Stammland der Habsburger Monarchie, das Hauptland, das Kulturbecken, aus dem die anderen Länder schöpften. Wien blieb Wien, das deutsche Wien mit seiner großen deutschen Kultur, der Mittelpunkt, um den die andern Kreisen mußten, das wirtschaftliche Sammelbecken, in dem alle Bäche wirtschaftlichen Lebens zusammenströmten und die Banken und Industriegesellschaften füllten.

Das war möglich, solange die deutsche Dynastie kulturell und politisch den Ton in Wien angab, solange Wien Sitz und Mittelpunkt der Monarchie war, solange aus den Mitteln der Dynastie und Monarchie reiche Quellen für deutsche Kultur und deutsches Wesen in der „Ostmark" flossen, solange vor allem das deutsche Oesterreich den andern nichtdeutschen Anliegerländern in etwa überlegen war und sich überlegen fühlte. Heute aber fehlen alle diese Voraussetzungen, die eigene Kraft und ihre Quellen, das Können und das Wollen, denn auch der deutsche Nationalstolz, das nationale Selbstbewußtsein ist von der furchtbaren Not dieses Friedens schon stark zermürbt worden. Das deutsche Oesterreich ist unter all seinen früheren Mitländern das ärmste, elendeste geworden. Und wenn, wie verschiedene Kräfte wollen, ein Teil des alten österreichisch-ungarischen Reiches wenigstens als Trias der drei Staaten Ungarn, Tschechien, Oesterreich oder mit Jugoslavien als Donauföderation ansteht, dann ist in jedem Fall und nach jeder Hinsicht Oesterreich das schwächste Glied dieses Bundes.

Der Magyar, der Ungar war immer schon an Selbstbewußtsein und Nationalstolz dem deutschen Oesterreicher voraus. Budapest und die Budapester hielten sich selbst dem einzigen, unerreichten Wien überlegen. Aber der Böhm, der Tschech war doch früher in Wien letzte, allerletzte Nummer. In der lustigen Szene der Böhmen spielte der Böhm den guten, dummen Kerl. Das böhmische Dienstmädel wollte nie aus Böhmen sein, nie als Tschechin gelten. Bestenfalls wollte sie noch aus Mähren stammen, das als deutsch galt. Der Böhm war ein Ausdruck der Geringschätzung und ein „Tschecherl" ist heute noch ein Gastlokal mindester Sorte. Das unterste Volk waren die Tschechen, bis sie sich allmählich den größten Teil bestimmter Handwerksgruppen eroberten. In den letzten Jahrzehnten ist's schon so weit gekommen, daß in Wien jeder Schuster Wenzel und jeder Schneider . . . Aschek hieß. Aber in Wiens Glanzzeit, unter Lueger und auch noch später assimilierten sich diese Tschechen rasch dem Deutschtum, denn es fehlte ihnen noch das tschechische Staatsbewußtsein. Heute ist das ganz anders geworden. Heute verlangen diese Tschechen im deutschen Wien Gleichberechtigung, tschechische Schulen, tschechischen Unterricht auf allen Gebieten, und der Friedensvertrag verbürgt ihnen die Rechte. Wien aber, das arme Oesterreich, muß noch mehr, als der Friedensvertrag verlangt, den Tschechen geben, wenn sie's wollen, denn es ist in die volle Abhängigkeit von der Tschechoslowakei geraten. Heute fühlt dieses Tschechentum auch in Wien seine Ueberlegenheit, das tschechische Staatsbewußtsein ist in jedem Tschechen wach geworden und die Sonderbelieferung der tschechischen Staatsbürger in Wien mit Lebensmitteln aus der Tschechoslowakei hilft diesem Staatsbewußtsein kräftig nach. Wenn man durch den Wiener Bezirk Floriedsdorf oder durch Geviertel Ottakrings geht, glaubt man in Prag zu sein, denn es treffen mehr tschechische als deutsche Laute das Ohr. Man schätzt die Zahl der Tschechen in Wien auf etwa 200,000. Die tschechischen Banken in Wien sind in den letzten 15 Jahren die hauptsächlichsten Geld- und Hypothekengeber des Wiener Haus- und Grundbesitzes geworden. Man muß rühmend sagen, dank ihrer Liberalität in der Beleihung, denn sie waren darin weitherziger als die österreichischen und deutschen Banken, und gingen bis zur äußersten Beleihungsgrenze. Bei der heutigen Valutaumrechnung sind so die tschechischen Banken die Herren des Wiener Haus- und Grundbesitzes geworden in einem Maß, wie man es früher nie geahnt hätte. Alles das wirkt zusammen, daß das Staats- und Nationalbewußtsein bei den Tschechen und Magyaren viel, viel stärker ist als bei den niedergeschlagenen, zermürbten Wienern und den durch den Frieden sozusagen herrschaftslos gewordenen Ländern Oesterreichs.

Das Beispiel Vorarlbergs ist vielsagend, es geht trotz Geschichte und Vergangenheit dahin, wo die bessere Valuta lockt. Allen Ernstes wurde in diesen Tagen der Staatskrise in Kreisen, die politisch denken, die Möglichkeit eines Anschlusses von Tirol an Italien und die Tatsache eines beabsichtigten Anschlusses von Steiermark an Ungarn erörtert, falls die Staatskrisis zum Verfall des Staates Oesterreich führen sollte. Am charakteristischsten für die Stimmung politischer Kreise und weitester Volksschichten war aber doch, was man in diesen Tagen über Wiens und Niederösterreichs Schicksal im Fall des Zusammenbruchs hörte. Seltsam war's schon, wie wenig das Volk in den Cafés, in Straßenbahnen von Vorarlbergs Absichten sprach. Holz, Kohlen, Brot, Lebensmittel, alle diese Sorgen ums tägliche Leben ertöten den politischen Höhenflug. Und wenn man im Parlament oder Cafés mit Politikern über Wiens und Niederösterreichs Zukunft beim Abmarsch der Länder redete, dann kam die Antwort meist in dem Entweder — Oder: „Entweder nehmen uns dann die Tschechen oder es besetzen uns die Ungarn, wer halt zuerst kommt." An Deutschland, ans Deutschtum dachte dabei keiner. Wie sollte bei dieser Geistesverfassung die zur Ohnmacht geschwächte Ostmark ihre besonderen Aufgaben des Deutschtums erfüllen können, erfüllen wollen. Der Glaube an die besonderen Aufgaben und ihre bessere Erfüllung im alleinstehenden oder zur Trias und Donauföderation zusammengeführten Oesterreich ist ein Ideal, das sich nie erfüllen wird, ein schöner politischer Kinderglaube, der im Ernst der Wirklichkeit bald verflogen sein wird. Wer die tatsächlichen Verhältnisse überblickt, kann daran gar nicht zweifeln. Wie sie heute sind, so werden sie noch lange bleiben. Die Vereinigung Oesterreichs mit Ungarn und Tschechien und vielleicht auch mit Südslavien würde diesen Zustand erst recht verewigen. Gewiß! Wien könnte auf diese Weise wieder zum wirtschaftlichen Mittelpunkt werden, könnte eine neue geschäftliche Glanzzeit erleben, aber die Zeit des deutschen Wien ist dann vorüber. Wien und Oesterreich werden dann unter tschechische und magyarische Führung gelangen, viel mehr als in der Vergangenheit, wo auch christlich-soziale Kreise um das deutsche Wien schon in Sorge waren. Wenn heute die böhmische Industrie, der ungarische Händler wieder nach Wien zurückkehren und auch der südslavische Handel wird dann kommen müssen, dann kommen sie alle drei in ganz anderer Stellung, mit ganz anderen Machtmitteln als bisher, dann kommen sie als die überlegenen Herren auf allen Gebieten und Wien muß sie dankbar als Retter im Elend aufnehmen. Oesterreich muß dann die tschechische Faust und den ungarischen Stiefel küssen lernen. Die Tschechen sind über Nacht ein Herrenvolk geworden, mit allen Allüren des Parvenus, aber auch mit allen Mitteln der Macht ausgerüstet.

Seitdem die Ungarn wieder vom Feinde freigeworden und die Rumänen aus Budapest abgezogen sind, steigt ganz offensichtlich das Barometer der tschechischen Sympathien für Wien und Oesterreich. Die Angst vor der Slowakei, deren Hinneigung zu Ungarn unleugbar ist, der politische und Nationalitätenhaß vor Ungarn, gepaart mit der Furcht vor diesem scheinbar rasch wieder erstarkenden Staat, sind die Triebfedern des tschechischen Freundschaftsgebahrens für Oesterreich. „Ich stritt aus Haß der Städter . . ." Von der Wiener sozialdemokratischen Regierung wird das erwachende tschechische Interesse mit Wärme erwidert, während man Ungarn die kalte Schulter zeigt. Politische Gründe sind für diese Haltung entscheidend, parteipolitische Gründe der Sozialdemokratie, die gerade vom Deutschtum wohl beachtet werden müssen. Der tschechische nationale Größenwahn der Sokols ist noch nicht kleiner geworden, der Haß gegen die Deutschen nicht schwächer. Als kürzlich Wien wegen Kohlenmangels den Straßenbahnbetrieb einstellen und den Zusammenbruch öffentlich zugestehen mußte, da herrschte unter den Tschechen wahrer Jubel. Die infame Behandlung der Deutschen in Tschechien ist nicht besser geworden. Aber die Rücksicht auf Ungarn und wohl auch der Druck der Entente treiben die Tschechen dazu, eine Annäherung an Oesterreich zu bereden. Es ist gar nicht zu verkennen, daß zwischen der Wiener sozialdemokratischen und der Prager Regierung Fäden hin und hergezogen werden, denn auch die Wiener Sozialdemokratie lebt in beständigen Angstzuständen vor dem christlichen Ungarn. Einer der klügsten Köpfe der Prager Politik ist der tschechische Außenminister Benesch. Wiederholt hat er sich für eine Annäherung an Oesterreich zunächst in der Form eines wirtschaftlichen Zusammenwirkens ausgesprochen. Wie ein Programm der tschechischen Regierung klang seine Erklärung in der Morning Post, als er jetzt nach England und Paris reiste. Benesch bekräftigte seine Absicht, für Oesterreich eine Politik der Hilfe und des Zusammenwirkens zu führen. Und, warf sich der tschechische Minister in die Brust, die Möglichkeit, daß Oesterreich wieder auflebt, ist bestimmt nicht ausgeschlossen. Aber in diesem Falle muß die Politik, die ich vertrete, ausgeführt werden. Oesterreichs Wiederbelebung hängt von uns ab und gleichzeitig wird die Hilfe, welche wir leisten können, einen Zusammenschluß mit Deutschland aufschieben oder vielleicht für immer unmöglich machen.

Hier ist deutlich die deutschfeindliche Absicht der tschechischen Zusammenschluß-Politik kundgegeben. Jede tschechische Hilfe und das ganze Zusammenwirken wird erkauft werden müssen durch nationale Opfer und Zugeständnisse

des Deutschtums für das Tschechentum. Es ist natürlich kein Zufall, daß sofort am selben Tag, als Benesch diese Aeußerung in der Morning Post veröffentlichte, von Wien die Antwort kam, der Staatskanzler Dr. Renner werde sofort nach der Rückkehr aus Paris nach Prag reisen, um die Verhandlungen über die Regelung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der Republik Oesterreich zur tschecho-slowakischen Republik einzuleiten.

Die Wiener sozialdemokratische, kommunistische und sonstige jüdische Presse erörterte tagelang mit Leidenschaft den Gedanken eines Kampfbündnisses mit der Tschecho-Slowakei gegen Ungarn. Das Wiener Freimaurerorgan, „der Morgen", ging über diesen engbrüstigen Haßgedanken gegen Ungarn bereits hinaus und stellte fest: Wohl lebt heute noch der tschecho-slowakische Staat im Freudentaumel des Siegers, aber in Wahrheit lebt er nur von dem Bewußtsein, daß es uns noch viel elender geht als ihm. Und auch der jugoslawische Staat befindet sich bereits in einem derartigen Zustand der Anarchie, des Gegeneinanderregierens und Voneinanderwegstrebens, daß große Teile seiner Bevölkerung den Wunsch nach einer Rückkehr in irgendein Oesterreich-Ungarn hegen. Die Nationen waren eine Einheit nur solange es den übernationalen Staat über ihnen gab. In Wahrheit aber sind Tschechen und Slowaken, Kroaten und Serben keine Nation, in ihrem Innersten fühlten weder sie noch die Deutschösterreicher sich als eine soziale, kulturelle und politische Einheit, als ein Volk. Der Auflösungsprozeß, der am 28. Oktober 1918 eingeleitet wurde, frißt weiter, der jugoslawische wie der deutschösterreichische Staat stehen am Rande des Zerfalles.

Die österreichische Sozialdemokratie gondelt mit vollen Segeln den tschechischen offenen Armen zu und die deutsche Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei erklärt, daß sie weder in den deutschen Volksrat eintreten, noch an der Einrichtung des deutschen Nationalrates zum Zweck eines einheitlichen Vorgehens in allen gemeinsamen politischen und Nationalfragen teilnehmen werde. Glauben die Deutschen Wiens und Oesterreichs, daß das so an Tschechien angebändelte Oesterreich mit der heutigen sozialdemokratischen Dynastie Renner die Aufgaben der Ostmark besser erfüllen kann als im Anschluß an Deutschland?

Der mehr oder weniger enge Zusammenschluß Oesterreichs mit einem oder mehreren der ehemaligen Nationalstaaten wird kommen. Wie bestimmt verlautet und auch aus der letzten Rede Clemenceaus hervorgeht, ist dieser Zusammenschluß und Wiederaufbau Oesterreichs jetzt das Programm der Entente geworden. Die französische Presse ist plötzlich auf den Ton gestimmt, daß die Zertrümmerung der österreichischen Monarchie ein verhängnisvoller Fehler gewesen sei. „Europe nouvelle", die angesehene politische Wochenschrift schrieb am 6. Dezember: Der Abfall Amerikas, das die Grundlagen des Völkerbundes untergräbt, zwingt die europäischen Regierungen in verhängnisvoller Weise die Wiederherstellung des europäischen Gleichgewichtes zu suchen. So kommt es, daß Frankreich und England, nachdem sie zuerst die Auflösung der Doppelmonarchie wollten, jetzt einsehen, daß man sie wieder aufrichten müsse. Sie sind sich klar darüber, daß das Staatenmosaik, dessen Entstehen sie begünstigten, in seiner gegenwärtigen Wirtschaftslage lebensunfähig ist und daß die zerrissenen Bande neu geknüpft werden müssen. Die Missionen Frankreichs und Englands bemühen sich bereits darum. Dies ist die Rache des Lebens über die Theorien, der Wirklichkeit über die Träume!

Die Christlichsozialen und die Mehrheit des deutschen Volkes in Oesterreich wollen Freundschaft und Zusammenwirken mit Ungarn und seiner christlich-nationalen Regierung. Auch aus Jugoslawien kommen Stimmen, die Annäherung suchen, die Kroaten und Slowenen fühlen heute schon, daß sie glücklicher im alten Oesterreich waren als unter der Belgrader Regierung. Der tschechische Außenminister Benesch und mit ihm die Wiener Sozialdemokraten weisen die Freundschaft mit Ungarn heftig zurück. Vielsagend meinte Benesch in seinem schon zitierten Interview der „Morning Post": Das Problem mit Ungarn liegt anders, denn Ungarn gehört zum Osten und besitzt nicht demokratische, sondern orientalische Tendenzen, die jeden Augenblick eine Revanchepolitik heraufbeschwören können. Oesterreich hat nachgegeben, aber Ungarn besitzt noch immer Leute wie Andrassy und Apponyi. Aber auch Ungarn wird schließlich gezwungen sein nachzugeben, und wenn dies geschehen ist, hoffen wir, Ungarn genau wie jetzt Oesterreich helfen zu können.

Die Tschechen haben nach unwidersprochenen Meldungen mobilisiert und stehen Gewehr bei Fuß an der Grenze. Die einen sagen, um den Abfall der Slowakei an Ungarn zu verhindern, die andere, um Ungarn in Wien und Niederösterreich zuvorzukommen, falls Oesterreich auseinanderfallen sollte, wieder andere, um Ungarn die Ausrufung der Monarchie unmöglich zu machen. Der tschechische Irredentismus und Größenwahn will, um von der inneren Zerrüttung des tschechischen Staates abzulenken, hier scheinbar ein gefährliches Feuerchen schüren. In Wien aber glaubt man trotz alledem mit unverwüstlichem Optimismus an die Wiedervereinigung wenigstens mit Tschechien und Ungarn, an Wien als das wiedererstehende Zentrum dieser Trias, in der das Deutschtum von Anfang an die Rolle der Magd oder des Bettlers zu spielen gezwungen wäre. Auch die begeisterte deutsche Hilfe für Wien wird an dieser Entwicklung nichts ändern.

Weltrundschau.

Von Fritz Nienkemper, Berlin.

Die Hoffnung auf Frieden.

Die deutsche Regierung hat durch ihre Note vom 15. Dezember aus dem Entgegenkommen, das die letzte Note Clemenceaus erkennen ließ, die bestmöglichen Folgerungen im Interesse des Friedens gezogen. Sie nimmt von den Erklärungen hinsichtlich der Kriegsgefangenen und des Erlöschens der Waffenstillstands-Vollmachten Akt und erklärt sich ihrerseits bereit, den Schaden von Scapa Flow wieder gut zu machen, wenn sie auch die Rechtspflicht nach wie vor bestreitet. Sie hält nur den einzigen, tatsächlichen Vorbehalt aufrecht, daß sie außerstande sei, den Schadenersatz in der zuerst geforderten Art zu leisten. Die Durchführung dieser Forderungen würde dem deutschen Wirtschaftsleben unheilbaren Schaden zufügen und jede Möglichkeit zur Durchführung der übrigen Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage vollends vernichten.

Eine Kommission von Sachverständigen soll diesen Nachweis liefern und zugleich Vorschläge über eine bessere Art des Schadensersatzes machen. Es scheint, daß diese Verhandlungen in gedeihlichen Fluß kommen, und so darf man wohl hoffen, daß der Jahreswechsel uns endlich die Rechtskraft des seit einem halben Jahre unterzeichneten Friedensvertrags bringen wird.

Dahinter erhebt sich freilich sofort die peinliche Frage der „Auslieferung der Schuldigen".

Die Steuergesetze und die Prämienanleihe.

Ein gewaltiges Stück Arbeit hat die Nationalversammlung bis zu ihren Weihnachtsferien vollendet: die ganzen Serien der Steuergesetze mit Einschluß des scharf bekämpften Notopfers und der tiefgreifenden Umsatzsteuer ist erledigt worden und zwar nach sorgfältiger Beratung unter mannigfachen Verbesserungen. Vor dieser gesetzgeberischen Arbeit muß auch derjenige Respekt haben, der in dem Gewirr der Steuerfragen nicht überall seine Ansichten und Wünsche befriedigt sieht.

Die Nationalversammlung hat mit Recht das Betriebsrätegesetz in die zweite Linie gerückt, um zuerst die Steuern zu ordnen. Letzteres war dringlicher. Schon aus dem Gesichtspunkte, daß bei jedem Tag Verzögerung der Reichskasse Millionen verloren gehen. Auch für die privaten Betriebe war es von wesentlicher Bedeutung, daß endlich Klarheit und Sicherheit geschafft wurde über die notwendigen Opfer und über die verbleibenden Produktionsmittel.

Die Sparprämienanleihe hat 3,8 Milliarden erbracht und wird durch nachträgliche Meldungen wohl auf 4 Milliarden steigen. Das ist noch kein Fiasko, aber doch nur ein 4/5 Erfolg, während gerade bei diesem ersten Versuch einer Friedensanleihe die Ueberzeichnung sehr erwünscht gewesen wäre. Ueber die Struktur der Zeichnungen ist bisher bekannt geworden, daß rund 80 Prozent der Summe von den sogenannten kleinen Zeichnern aufgebracht sind und nur 20 Prozent von größeren Besitzern. Von Rechtswegen hätte es umgekehrt sein müssen. Aber das Großkapital hat sich in auffälliger Weise zurückgehalten. Offenbar haben viele gedacht, durch das Fiasko der Anleihe werde man den gegenwärtigen Finanzminister und seinen ganzen Steuerplan zu Fall bringen können.

Damit erklärt sich auch die Leidenschaftlichkeit, welche die Rechtsparteien in den letzten Tagen in ihren persönlichen und sachlichen Angriffen bekundeten. Sie berühren sich nicht nur äußerlich allzu oft mit den alles verneinenden Unabhängigen,

sondern zeigen auch in der rücksichtslosen Methode leider zu viel innere Verwandtschaft. Deutschlands Heil liegt zurzeit in der ehrlichen Demokratie. Deshalb müssen wir sowohl die Diktatur des Proletariats abwehren, als auch die Diktatur des Großkapitals.

Der Ansturm von der letzteren Seite war besonders gegen das Reichsnotopfer gerichtet. Das letztere ist, wie schon der Name andeutet, kein Ideal eines Steuergesetzes. Es lassen sich gewichtige Bedenken geltend machen gegen einen solchen Eingriff in den Vermögensbestand, der die Betriebsmittel der Produktion empfindlich trifft. Aber was man als Ersatz für diese Abgabe vorgeschlagen hat, unterliegt ähnlichen Bedenken. Die Zwangsanleihe wäre auch ein bedenklicher Aderlaß, und eine fortlaufende Jahressteuer vom Vermögen würde gewiß nicht weniger Widerspruch finden, wie das jetzige Opfer, das ja in eine Rente auf 30 oder 50 Jahre umgewandelt werden kann. Die Möglichkeit, daß die Entente auf den Ertrag unserer Steuern ihre Hand legt, wird bei keiner Form unbedingt ausgeschlossen. Der Ausschuß der Nationalversammlung hat das Notopfer so gestaltet, daß ein Raubgriff möglichst erschwert wird. Ueberhaupt verdienen die Verbesserungen der Steuergesetze in der Nationalversammlung alle Achtung. Auch hinsichtlich des Gesetzes über die Umsatzsteuer, das den Kern der indirekten Besteuerung bildet.

Es darf nämlich nicht übersehen werden, daß bei einer weiteren Suche nach einem Ersatz für das Notopfer nicht allein die Vermögensabgabe auf die lange Bank geraten wäre, sondern auch die indirekte Besteuerung mit den erhofften Riesenerträgen. Die sozialdemokratische Partei hatte sich nämlich, um sich gegen den Vorwurf des „Programmverrates" zu wehren, auf den Standpunkt gestellt, daß sie das Umsatzsteuergesetz nur bewilligen würde, wenn die entsprechende Besitzsteuer beschlossen sei. Durfte man nun die ganze finanzpolitische Wiederherstellung im letzten Augenblick in Scherben gehen lassen, um noch einen vermeintlich besseren Ersatz für das Notopfer zu haschen? Durfte man erst nach einem neuen Finanzminister suchen, der die Sisyphusarbeit wieder von vorn zu beginnen gehabt hätte?

Die Nationalversammlung hat entschlossen zugegriffen, um das Erreichbare in die Scheuern zu bringen, und das wird auch derjenige respektieren müssen, der an diesem oder jenem Teile des Werkes keinen Gefallen findet. Das Vaterland muß gerettet werden und dazu muß man auch geistige Opfer bringen, wenn es nottut.

Der preußische Kulturkampf und der deutsche Einheitsstaat.

Erledigt ist der Konflikt wegen der Mitgliedschaft der Geistlichen in der preußischen Schuldeputation noch nicht; aber ein modus vivendi ist angebahnt, indem man sich jetzt endlich erinnert hat, daß die Reichsverfassung vorschreibt, bis zum Erlaß des Reichsschulgesetzes solle in den Ländern die Rechtslage fortbestehen. Zur Entschuldigung wird angeführt, daß der streitige preußische Entwurf bereits eingebracht worden sei, als die Reichsverfassung noch nicht fertig war. Dann hätte doch die preußische Staatsregierung, vor allem der Kultusminister Haenisch, alsbald nach Erlaß der Reichsverfassung die Vorlage abändern müssen.

Nicht nur in diesem Punkt, sondern auch sonst hat sich mehrfach gezeigt, daß die preußischen Machthaber wenig Rücksicht auf das Reich nehmen. Die drei Mehrheitsparteien in der preußischen Landesversammlung hatten neuerdings sich zu dem Antrage entschlossen, ihre Regierung zur Durchführung des deutschen Einheitsstaates aufzufordern. Der Antrag wurde mit 210 gegen nur 32 Stimmen (der Reichspartei) angenommen.

Auf die schwierige Frage, wie weit wir schon in den Einheitsstaat geraten sind und in welcher Weise die Zusammenfassung aller deutschen Volkskräfte weiter gesichert werden kann, wollen wir sachlich hier und heute nicht eingehen, sondern nur darauf hinweisen, daß die sozialistischen Minister in Preußen der Reichsentwicklung kühl und hemmend entgegenstehen, und zwar ihrer preußischen Sonderinteressen halber. Sie wollen durchaus den preußischen Staat in seiner ganzen Größe und Buntscheckigkeit erhalten, obschon es klar auf der Hand liegt, daß die übrigen Länder und Stämme sich nicht für den nationalen Einheitsstaat erwärmen können, solange die Gefahr besteht, daß das neue Deutschland schließlich ein vergrößertes Preußen werden könnte. Der alte preußische Geist in Berlin hat die Revolution überlebt. Die republikanischen Minister möchten ebenso, wie ihre monarchischen Vorgänger, die volle Gewalt behalten über alle Provinzen von Königsberg bis Trier und damit auch die Präsidialmacht im ganzen Reiche. Im Zusammenhang damit steht das Bestreben, denjenigen Landesteilen, wo die Katholiken stärker mitsprechen, durch Gesetze und Verordnungen recht schnell und kräftig zum Bewußtsein zu bringen, daß sie nach der Berliner Kulturkampfpfeife zu tanzen haben.

Der preußische Geist hat die innere Einheit Deutschlands nicht zu fördern vermocht. Auch heute muß er erst noch überwunden werden, ehe wir in Deutschland zum zeitgemäßen Zusammenschluß in voller Vertraulichkeit, Brüderlichkeit und Friedfertigkeit gelangen.

Soll Bayern versinken?

Von Wolfgang Aschenbrenner, München.

Die Entwicklung im Bismarckschen Deutschen Reiche brachte zwangsläufig den Unitarismus in starkem, unaufhaltsamem Fortschreiten. Das Deutsche Reich war dem Auslande gegenüber ein geschlossener, durch den Kaiser vertretener National- und Machtstaat. Gesandtschaften der Einzelstaaten bei den Auslandsstaaten waren noch vorhanden. So unterhielt Bayern in Petersburg, Wien, Bern, Rom, Paris und London Gesandtschaften, deren Unterhalt vom Reiche bestritten wurde. Allein diese Gesandtschaften hatten nur repräsentative Bedeutung und waren in politischen und wirtschaftlichen Fragen in das Reichsinteresse eingespannt und in ihrer Zuständigkeit belanglos. Die Wehrmacht war trotz des Militärreservats verschiedener Staaten einheitlich und in allem den Normativbestimmungen im Reiche unterworfen, auch wo Bundeskontingente bestanden. Sie unterstand in Bayern, Württemberg und Sachsen im Frieden zwar der Oberhoheit der Fürsten dieser Länder, denen jedoch nur die Regelung der Personalfragen oblag. Der Inspektion durch die Reichsgewalt und deren Weisungen waren die Kontingente dieser Bundesstaaten stets unterworfen. Bayern hatte zwar einen eigenen Generalstab, allein das war nur eine Spielerei; die vom bayerischen Kriegsminister, der das Oberkommando über die drei bayerischen Armeekorps führte, ausgegebenen Ordres waren Abschriften von Reichsanordnungen, die manchmal so mechanisch gehandhabt wurden, daß der Druck da und dort inhibiert werden mußte, weil man entsprechende Wortänderungen für Bayern unterlassen hatte. Die Rechtspflege beider Gattungen, Zollwesen, indirekte Steuern, Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik waren gänzlich Reichsangelegenheiten; die Bundesstaaten hatten lediglich den Vollzug nach reichsgesetzlichen Vorschriften. Geblieben waren den Einzelstaaten die — allerdings vom Reiche schon angebrochenen — direkten Steuern, den Staaten Bayern, Württemberg und Sachsen das Verkehrswesen und allen Bundesstaaten ihre eigenen Betriebe. Das war noch recht viel und erhielt die Einzelstaaten immerhin noch in ihrer kulturellen und bevölkerungspolitischen Bedeutung. Schwere Bedenken erregte die wirtschaftliche Konzentration in Berlin, welche die Anhäufung der wirtschaftlichen Macht im Reiche und die Verdorrung der Wirtschafts- und Kulturkraft der Einzelstaaten gegenüber den steigenden finanziellen Anforderungen des Reiches zur Folge hatte.

Das muß man sich stets vor Augen halten bei der Urteilsbildung über die Vorgänge im neuesten Deutschen Reiche. Die neue Reichsverfassung hat den unitarischen Werdegang abgeschlossen. Sie hat die Reichsgesetzgebung auf alle bisher von ihr noch nicht umfaßten Gebiete ausgedehnt und selbst den Zugriff zu den kulturellen Fragen gemacht. Sogar die Wasserwege und Energiequellen sind dem Reiche verfallen, wobei Bayern mit seinem natürlichen Reichtum an solchen am meisten verliert, obwohl es noch eine gewisse Vorzugsbehandlung in letzterer Hinsicht erfahren durfte. Wenn behauptet wird, die neue Reichsverfassung sei föderalistisch, so ist das nicht einmal formal-rechtlich richtig. Die Bundesstaaten, „Länder" genannt, bestehen allerdings noch mit einigen Dekorationsstücken, wozu man auch die Regierungen und Parlamente der Einzelstaaten rechnen kann, die wahrlich überflüssig geworden sind, da die ganze Machtfülle ans Reich übergegangen ist.

Der Antrag, der in der preußischen Landesversammlung von den drei Koalitionsparteien — Zentrum, Demokratie und Sozialdemokratie — gestellt und mit erdrückender Mehrheit angenommen worden ist, den Einheitsstaat im Deutschen Reiche vollends durchzuführen, ist nicht mehr so erschreckend, nachdem wir unter die neue Reichsverfassung gebeugt worden sind. Vom Standpunkt der neuen Reichsverfassung aus ist der Antrag sogar konsequent, indem er den geschaffenen Tatbestand nüchtern und grobsinnlich in die Reichsmitte stellt und

den Schleier wegzieht, mit dem man den in der Reichsverfassung geschaffenen Einheitsstaat künstlich drapiert hatte. Es soll der Versuch gemacht werden, ob nicht „bereits jetzt" der Einheitsstaat errichtet werden kann. Die neue Reichsverfassung wird damit treffend charakterisiert. Es bedarf keiner besonderen Anstrengung mehr, um den Einheitsstaat zur vollen Reife zu bringen. Das Uebel liegt in der Reichsverfassung, deren rascher Abschluß dieser Antrag ist.

Deutscher Einheitsstaat mit weitestgehender Selbstverwaltung ist also die Losung. Die „Germania" ist ganz begeistert von dem „großen Gedanken", den Verlust an äußerer Kraft, den unser Vaterland erlitten hat, durch eine Stärkung der inneren Geschlossenheit wett zu machen. Immer mehr breche sich die Erkenntnis Bahn, daß nur die zentralistische Zusammenfassung zur Wiedergesundung unseres wirtschaftlichen und politischen Lebens auf die Dauer führen kann. Wird denn wirklich diese innere Geschlossenheit durch den Einheitsstaat erreicht? In Bayern macht man doch grade die gegenteiligen Erfahrungen! Der Berliner Staatsrechtslehrer Dr. Bornhak sagt in einer Einleitung zu einer Textausgabe der Reichsverfassung: „daß die Verfassung sich als lebenskräftig erweisen wird, ist kaum anzunehmen. Dazu verkennt sie in zu hohem Maße die geschichtlichen Ueberlieferungen und die wirklichen politischen Machtverhältnisse im Deutschen Reich." Es ist bedauerlich, daß solche realen Gedanken im Hasten der Tagespolitik völlig überrannt werden. Der Einheitsstaat in Deutschland ist ein Experiment der Verzweiflung. Es ist zu befürchten, daß, wenn einmal der Vollzug des Friedens einsetzt und die furchtbare Besteuerung durchgeführt wird, begleitet von der bestehenden Teuerung und der erbärmlichen Lebensweise der weitaus großen Mehrzahl des Volkes, alles im Reiche auseinanderläuft. Um dagegen zu wirken, schließt man die Stämme mit der eisernen Gewalt des Einheitsstaates zusammen. „Innere Geschlossenheit" ist diese Zusammenfassung aber nicht. Es ist im Gegenteil unschwer vorauszusehen, daß die Stammesautonomie sich in schärfster Weise in Bayern geltendmachen wird.

Der zum Beschluß erhobene Antrag der drei Koalitionsparteien bezweckt allerdings, eine gewisse Stammesautonomie in Preußen wieder herzustellen, die den preußischen Stämmen durch das einheitsstaatliche Preußen genommen worden ist. Die konservativen Gegner desselben nennen das „Zerschlagung Preußens". Das bezweckt in der Tat der Antrag. Er will einzelne Provinzen Preußens vom Berliner Zentralismus emanzipieren. Für preußische Verhältnisse erstrebt der Beschluß etwas Gutes. Allein die Regelung der Stammesautonomie in Preußen ist eine spezifisch preußische Angelegenheit, welche die preußische Bevölkerung unter sich ausmachen soll. Die Hereinziehung der anderen Bundesstaaten geschieht in der an und für sich begreiflichen taktischen Erwägung, dem Vorwurf parteipolitischer und religiöspolitischer Motive zu begegnen. Wer die Geschichte kennt, weiß, daß schon 1848 die Rheinländer ihre Autonomie erstrebten und daß auch die Gebrüder Reichensperger dieser Forderung Rechnung zu tragen bereit waren. Man braucht sich dieser Vergangenheit nur zu erinnern, um die Motive klar zu haben. Sie sollten wirklich nicht zurückgestellt werden. Was damals gesagt wurde, ist heute noch in Geltung, denn die preußische Verwaltungspolitik hat es nie verstanden, den Assimilationsprozeß zwischen Nord und Süd zu vollziehen, sie hat sich in diesem Unvermögen ja auch in den Reichslanden und in den während des Krieges besetzten Gebieten gezeigt. Warum soll das verschwiegen werden und warum umgeht man diese Bevormundung durch Hereinziehung der anderen deutschen Länder?

Es liegt auf der Hand, daß die preußischen Provinzen durch weitestgehende Selbstverwaltung unter einem deutschen Einheitsstaat gewinnen. Ganz anders liegt die Frage bei Bayern, das vor dem Eintritt in das Deutsche Reich im Jahre 1870 ein souveräner Staat von internationaler Bedeutung war, der, wenn er auch große Opfer an seiner Selbständigkeit beim Eintritt in das Reich gebracht, dennoch sein Eigenleben und seine Souveränität sich bewahrt hat. Bayern, dessen Fürstenhaus die Deutschen und der Katholizismus so außerordentlich viel verdanken, ist durch Napoleon I. zu der Potenz gemacht worden, die es beim Eintritt in das Bismarck'sche deutsche Reich hatte: es sollte ein lebenskräftiger Südstaat gegenüber Norddeutschland und noch mehr eine Anziehungskraft für die Deutschen in Oesterreich sein, die dem gleichen Stamme der Markomannen angehören wie die Bayern. Dieser Staat, der seit 1806 zu einem harmonischen Ganzen zusammengewachsen ist, dessen Kultur-, Wirtschafts- und Verwaltungspolitik, wenn auch bei vielfachen politischen Auseinandersetzungen, doch im Ganzen glücklich operiert und ein für Pfälzer, Franken, Schwaben und Bayern bodenständiges Einheitsland geschaffen hat, aus dem kein Stamm hinausstrebt, würde beim Vollzug des Beschlusses der preußischen Landesversammlung auseinandergerissen und in Provinzen zerlegt werden, mit denen sich dann wieder Teile von Nachbarstaaten vereinigen würden, die ebenso den Zusammenhalt verlören. Bayern würde verschwinden. Glaubt man, daß Altbayern allein etwa die zugkräftige Bedeutung für die Deutschen in Oesterreich hätte, die es nach dem Sentiment napoleonischer Politik haben sollte und auch wirklich hatte? Dringend möchten wir raten, die Gefahr ins Auge zu fassen, welche durch eine Zerlegung Bayerns entsteht für das Deutsche Reich. Papierene Verfassungen sind heute keine staatspolitischen Realitäten mehr, da das Deutsche Reich innerlich zerklüftet ist durch die Kriegsereignisse und noch mehr durch die Revolution und da man die Zerklüftung durch den Zwang, die Steuerkraft aufs äußerste auszuschöpfen, wahrlich noch verstärkt. Das Deutsche Reich ist schwach und elend und ein Objekt der auswärtigen Politik der Entente geworden. Die Donaupolitik der Entente ist erst in den Anfängen, indes ihre Ziele sind klar ersichtlich. Von den Nachfolgestaaten des Habsburger Reiches kommt keiner in das Deutsche Reich hinein. Die deutsche Reichsverfassung mußte auf Befehl der Entente im Artikel 61 geändert werden, welcher im Absatz 2 von dem Verfassungsrecht Deutsch-Oesterreichs nach seinem Anschluß an das Deutsche Reich handelt. Die deutschösterreichische Republik hat das Prädikat „deutsch" streichen müssen. Und die Donaustaaten werden, da sie getrennt nicht bestehen können, über kurz oder lang zu einer wirtschaftlichen Verbindung kommen. Will man Bayern der Donaupolitik der Entente in die Arme treiben?

In Bayern setzen die Bayerische Volkspartei, der Bayerische Bauernbund und die Mittelpartei (Nationalliberale und Konservative) dem preußischen Beschluß geschlossenen Widerstand entgegen, während die Opposition der Demokraten und Sozialdemokraten eine bedingte und nur zeitlich begrenzte ist, wie die Landtagsverhandlung vom 18. Dezember bewiesen hat. Wer sich in Bayern auf dieses Projekt einläßt, wird vom Sturm weggefegt werden. Das möge man in Preußen namentlich in den Kreisen des Zentrums bedenken, dessen einheitlicher Bestand aufs Spiel gesetzt erscheint. Discite moniti!

Reichszentrum und außenpolitische Schulung.

Von Dr. Leo Schwering, Köln.

Von der Notwendigkeit, daß eine außenpolitische Schulung des deutschen Volkes dringend erforderlich sei, sind im Ganzen heute alle Denkenden überzeugt. Der unglücklich verlaufene Krieg darf uns nicht bestimmen, nun erst recht außenpolitisch völlig passiv zu werden, da wir ja für diese Dinge keine natürliche Begabung besäßen. Wir sind ein charakteristisches Lernvolk. Der Deutsche „kann“ nur das, was er „gelernt“ hat. Natürlich ist es mit dem Lernen, zumal in außenpolitischen Fragen, allein nicht getan; die Politik ist eine Kunst, aber wie in der Kunst die Uebung manches, was an natürlicher Begabung fehlt, ersetzen kann, so auch in der Politik. So unerfahren in außenpolitischen Fragen wie das deutsche Volk in den größten Krieg der Weltgeschichte eingetreten ist ist noch niemals eine große Nation an eine ähnliche Aufgabe herangetreten. Auch in der naiven Unkenntnis über ganz grundlegende Fragen des verlorenen Krieges liegt ein Teil unseres namenlosen Zusammenbruches begründet. Es genügt, sich zum Beweise dessen etwa das wieder vorzuführen, was die sozialistische Presse nach dem unseligen 9. November ihren Gläubigen vorschwatzte, um sie von der Notwendigkeit des waffenlosen Auftretens unseres Volkes zu überzeugen.

Nun begegnet aber gerade die Frage außenpolitischer Schulung manchen Bedenken. Sosehr man überall für sog. Schulungskurse eintritt: mit einem solchen über Außenpolitik vermögen sich viele nicht zu befreunden. Sie erklären, es bedürfe eines solchen schon deshalb nicht, weil wir überhaupt keine Außenpolitik mehr betreiben könnten, da wir ja ohnmächtig seien. Dieser Einwand ist zwar naiv genug, aber man hört ihn ebenso oft. Glauben denn diese Leute, daß unsere Lage in Zukunft dadurch besser wird, daß wir uns um außenpolitische Dinge überhaupt nicht mehr bekümmern? Gebrannte Kinder scheuen das Feuer! Aber solche Erwägungen gehen bis in die höchsten Kreise. Hat doch der Mann, der heute an der Stelle Bismarcks steht, das unsinnige Wort im Reichstage gesprochen: Koalitionspolitik werden wir dadurch unmöglich machen, daß wir uns an keiner mehr beteiligen! Als wenn wir auf dem Monde lebten, als wenn die Verhältnisse, wie sie heute sind, ewig blieben! Die Staatsmänner der Entente und ihre Völker können aus solch albernem Gerede, wenn es dazu noch von der Reichstagstribüne ertönt, nur den einen Schluß ziehen: daß das deutsche Volk von außenpolitischen Ignoranten regiert werde und daß man diesen bieten könne, was man wolle, da es solchen „Außenministern“ natürlich an jeglicher Fähigkeit gebreche, für ihr Land auch nur das Mindeste zu wirken. Man kann eben ein guter Gewerkschaftssekretär und ein miserabler Außenminister sein! Aber die Dinge liegen völlig trostlos, und es ist an den deutschen Parteien, nicht bei der Regierung anzusetzen, um eine Wendung herbeizuführen. Denn die Mächtegruppierungen unterliegen Tag für Tag neuen Kombinationen und wir sind nicht so wehrlos, wie manche glauben. Waffenmacht allein macht nicht die Stärke eines Volkes aus, sondern auch die Sympathien, die es in der Welt genießt, die Anschauungen die es unter den Völkern vertritt. Wenn wir nur besser verstünden, diese Waffen zu gebrauchen und sie zu schwingen!

Wesentlich aber scheint uns, und wir sprechen hier zunächst und allein von der Zentrumspartei, daß sie entsprechend ihrem Punkte 14 in ihren Richtlinien die außenpolitische Schulung in die Hand nimmt. Die Mittel und Wege können sehr verschieden sein und bedürften einer eingehenden Beratung, aber über die Notwendigkeit der Erfüllung des genannten Punktes dürfte doch unter den Einsichtigen Einigkeit bestehen Es wird dafür gesorgt werden, daß auf dem Reichsparteitag von einzelnen Delegierten über diesen Punkt gesprochen wird, und es ist auch nach Kenntnis des Verfassers ein entsprechender Antrag für den Reichsparteitag in Vorbereitung Die größte Schwierigkeit wird sein: wie schaffen wir Außenpolitiker? Denn daran gebricht es nicht nur in der Zentrumspartei, sondern auch in allen übrigen. Es war doch z. B bezeichnend für den alten Reichstag, daß außer dem Grafen Hertling kein einziger da war, der über Außenpolitik mit wirklicher Kenntnis sprechen konnte. Und ist es heute besser geworden? Betreiben wir nicht auch heute noch die Außenpolitik als ein Amateurspiel, mit dem man sich gelegentlich, wenn es gar nicht anders geht, beschäftigt, um den unangenehmen Gegenstand dann möglichst bald und möglichst lange los zu werden, um uns wieder in das einzig uns „liegende“ innenpolitische Gebiet zu stürzen! Als wenn Deutschland überhaupt keine Nachbarn hätte!

Wir sind der Ueberzeugung daß auf die Dauer die Fraktion unter allen Umständen mehrere Mitglieder heranziehen muß, deren Hauptaufgabe es sein wird, die außenpolitischen Fragen zu behandeln und sich eingehend mit ihnen zu beschäftigen. Denn sie verlangen nicht nur ein gewaltiges allgemeines Wissen, Sprachkenntnisse, scharfes psychologisches Urteil, Feingefühl für kommende Möglichkeiten, sie verlangen auch ein Volk, das seine Abgeordneten versteht, sie unterstützt und ihnen das Wirken für das Vaterland erst möglich macht! Und an diesem Beiden fehlt es überall noch. Keine Partei hat bisher Nennenswertes dafür getan!

Man sehe sich einmal die Programme der deutschen Parteien an! Nirgendwo auch nur ein Hauch von gewissen außenpolitischen Richtlinien, die in allen anderen Ländern doch alle Parteien haben und haben müssen, wenn sie von den Wählern nicht als gänzlich unzulänglich betrachtet werden wollen. Aber es ist ja bezeichnend, daß das außenpolitisch so bescheidene deutsche Volk von seinen Parteien auf diesem Gebiete eben nichts verlangt. Dort wird eben fortgewurstelt! Dem Verfasser gegenüber beklagte sich noch vor kurzem ein sehr einflußreicher Deutsch-Amerikaner über diesen völligen Mangel, diese völlige außenpolitische Programmlosigkeit unserer Parteien. Man wisse nicht, was man an ihnen habe; denn das Ausland kümmert sich, so erklärte er mir, doch in erster Linie gar nicht darum, was diese Parteien im Innern für Ziele haben, sondern was sie außenpolitisch wollen, das allein interessiert und in diesem Sinne werden sie eingeschätzt. Wenn sie aber nun überhaupt kein außenpolitisches Programm haben, was dann? Man mag sich die Antwort selbst geben! So geht es nicht mehr weiter! Keine innenpolitischen Sorgen können so groß sein, daß darüber dies wichtige Gebiet vernachlässigt werden darf; denn die Außenpolitik sollte, so wenigstens lautet der Ranke'sche Grundsatz, den Primat vor der inneren Politik haben — bei uns war es bisher immer umgekehrt. Der Reichsparteitag muß in dieser uns alle bewegenden Frage ein deutliches Wort sprechen und insbesondere, er muß handeln!

Der Katholizismus in Pommern.

Von Pfarrer Dr. Piontek, Köslin.

Vor hundert Jahren gab es in Pommern nur etwa fünf katholische Seelsorgstellen; davon waren Stettin und Stralsund die wichtigsten. Bei einer Fläche von 30000 Quadratkilometern entsprachen diese fünf in keiner Weise dem Bedürfnis. Leider brachte die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts noch keine nennenswerte Vermehrung. Erst nach dem Revolutionssturm des Jahres 1848 wurde es besser. In den fünfziger und sechziger Jahren wurden mehrere neue Stationen gegründet, darunter Greifswald, Köslin, Kolberg, Stolp. Diesem Aufschwung folgte wieder ein längerer Stillstand, verursacht durch den Kulturkampf. Seit 1900 jedoch ist die kirchliche Organisation rüstig ausgebaut worden, selbst unter den Erschwerungen der Kriegszeit. Unser treuester Helfer dabei war der Bonifatiusverein. Ihm danken wir es, daß wir nun an dreißig Seelsorgestellen in Pommern haben, sechsmal so viel wie vor hundert Jahren. Die meisten gehören zur Fürstbischöflichen Delegatur, mithin zur Diözese Breslau. Zur Diözese Kulm rechnen nur die Seelsorgestellen der Kreise Bütow und Lauenburg. Die im Neustettiner Kreise gelegene Propstei Tempelburg gehört zur Erzdiözese Gnesen-Posen.

Eine nennenswerte Anzahl von Katholiken gibt es nur in den Städten. Das flache Land ist, abgesehen von den Kreisen Bütow und Lauenburg, fast durchweg protestantisch. Da und dort sitzt vereinsamt ein katholischer Eisenbahnbeamter mit seiner Familie. Auf den Gütern finden sich vereinzelt katholische Inspektoren, Förster, Wirtinnen, Dienstmädchen usw. Der eigentliche Stamm der Katholiken drängt sich in den Städten zusammen. Auf dem Lande ist der katholische Geistliche so gut wie unbekannt; erscheint er einmal zu einer Beerdigung, dann laufen die Leute neugierig zusammen.

Auch in den Städten ist der Prozentsatz der Katholiken nicht bedeutend. Selten erhebt er sich über drei v. H. Und diese geringe Zahl ist einem ständigen Wechsel unterworfen; es ist ein fortwährendes Kommen und Gehen. Die Absicht, für

immer zu bleiben, haben die wenigsten. Die meisten tragen sich gleich bei der Ankunft mit dem Gedanken, möglichst bald in die katholische Heimat zurückzukehren. Der Seelsorger sieht viele wegziehen, die erst nach ihm gekommen sind. Die Katholiken sind eben vorwiegend Beamte und Arbeiter, und diese wollen hier nicht bodenständig werden. Der Zusammenschluß der Pfarrgemeindemitglieder wird durch diesen Mangel an Beständigkeit natürlich sehr erschwert. Man weiß ja von vornherein, daß man nicht lange beieinander bleibt.

Die Gemeindemitglieder sind zusammengewürfelt aus den verschiedensten Teilen Preußens und des Reiches. In Hinterpommern sind wegen der Grenznachbarschaft westpreußische Katholiken stark vertreten. Doch auch hier findet man, wie im übrigen Pommern, Rheinländer und Schlesier, Westfalen und Bayern und andere mehr. Richtige Pommern sind unter den Katholiken selten zu finden. Man kann lange suchen, bis man auf einen Katholiken stößt, dessen Großeltern in Pommern geboren sind. Bei den allermeisten stammen schon die Eltern aus einer anderen Provinz. Pommern ist eben für die Katholiken nur ein Durchgangsland.

Katholische bäuerliche Besitzer sind selten. Am häufigsten finden sie sich in den Kreisen Bütow und Lauenburg. Einsame Inseln sind die katholischen Bauerndörfer Viereck im Kreise Ueckermünde und Louisenthal im Kreise Naugard. Es handelt sich hier um Pfälzer und Hessen, die schon unter Friedrich dem Großen nach Pommern eingewandert sind. Der Glaubenstreue der Viereder Pfälzer hat Bischof Ketteler im Jahre 1874 bei einer Katholikenversammlung auf dem Rochusberg bei Bingen warme Anerkennung gespendet.

Nach dem Gesagten ist es nicht mehr zu verwundern, daß der Katholizismus in Pommern recht bescheiden auftritt. Größere Kirchen findet man nur in Stettin, Kolberg, Bütow und Lauenburg. Alle übrigen Gotteshäuser sind anspruchslose Bauten. Dachreiter dienen als Turmersatz. Manchmal haben die Kirchen eine ansprechende Lage, so in Greifswald, Kolberg und Stolp. Oft genug aber sind sie zwischen die Häuser von Nebenstraßen eingepreßt, so daß man sie erst bei aufmerksamem Suchen findet. Sehr groß ist die Zahl der Notkirchen. Da dienen z. B. zwei Zimmer eines Hauses als Kirchenraum, dort ein Schuppen, anderwärts eine Wagenremise oder das Obergeschoß einer Fabrik. Manchmal sind auch diese Räume bloß gemietet. Wer sich in Pommern etwas umgesehen hat, kennt ergreifende Bilder von der Not der Diaspora. Man frage die katholischen Soldaten, die während des Krieges durch unsere pommerschen Garnisonen und Lazarette gegangen sind!

Die äußeren Verhältnisse sind also wenig erfreulich. Aber es fehlt nicht an Lichtblicken im kirchlichen Leben. Von erhebenden Massenveranstaltungen kann natürlich bei der geringen Zahl von Katholiken keine Rede sein. Aber man nehme sich die Mühe, die Kirchenbesucher und Kommunionen zu zählen, und man wird finden, daß sich das kirchliche Leben Pommerns in vieler Beziehung sehr wohl mit den katholischen Provinzen messen kann. Die geringe Seelenzahl der Gemeinden ermöglicht eben ein eingehenderes Arbeiten als in großen Pfarreien. Bewundernswert ist die Opferwilligkeit der Katholiken Pommerns. Und diese beschränkt sich keineswegs auf die kirchlichen Zwecke der eigenen Pfarrei, sondern bedenkt freigebig auch andere, namentlich den Bonifatiusverein und die Heidenmission. Es ist schon so weit gekommen, daß gewisse urkatholische Gegenden nervös werden, wenn man ihre Opferwilligkeit mit der Pommerns in Vergleich bringt und den Kopfanteil der Geber bezirksweise gegenüberstellt.

Die genügsame Blume des Ordenslebens gedeiht auch auf dem dürren pommerschen Boden. Die Grauen Schwestern wirken in Kolberg (St. Martinsbad) und Greifswald. Die Borromäerinnen haben in Stettin das stattliche Karolusstift, in Grünhof bei Regenwalde das aus kleinsten Anfängen zu einer großen Anstalt emporgeblühte Aloisiusstift, außerdem Niederlassungen in Stralsund und Misdroy. Eine Niederlassung der Marienschwestern befindet sich in Zinnowitz. Im ganzen Osten Pommerns sind freilich katholische Schwestern noch völlig unbekannt. Unbekannt in ganz Pommern sind Männerorden.

Die ausgesprochenste Prägung verleihen dem pommerschen kirchlichen Leben die Schnitter. Man versteht darunter die polnischen Landarbeiter, die alljährlich aus dem ehemaligen Russisch-Polen und Galizien, zum Teil auch aus Westpreußen zur Arbeit auf die Güter kommen. Mit dem beginnenden Frühling stellen sie sich ein und wenn der Winter seinen Einzug hält, kehren sie in die Heimat zurück. Moderne Völkerwanderung! Der Krieg hatte die Schnitter freilich zu einem mehrjährigen Bleiben genötigt. Sonst war es fast die Regel, daß jedes Gut jedes Jahr andere Schnitter hatte. Ihre Zahl beträgt etwa 40000. Die Schnitter sind nicht gleichmäßig über die Provinz verteilt. In geschlossenen Massen sitzen sie in den Regierungsbezirken Stralsund und Stettin; denn dort überwiegen die großen Güter und es wird viel Zuckerrübenbau getrieben. Je weiter man nach dem Regierungsbezirk Köslin vordringt, desto spärlicher werden die Schnitter. Aber nirgends fehlen sie ganz. Um ihretwillen muß die Seelsorge auch in polnischer Sprache ausgeübt werden, was eine nicht geringe Erschwerung bedeutet. Es hat kaum Zweck, einen Geistlichen nach Pommern zu schicken, der nicht auch polnisch kann. Vor allem liegt die Erschwerung darin, daß die Schnitterseelsorge nur an den Sonntagen ausgeübt werden kann. Es gibt Geistliche in Pommern, die während der Woche freie Zeit im Ueberfluß haben: 50 Seelen am Kirchort — was gibt es da viel zu tun? Aber wenn der Sonntag kommt, schlägt ihnen die Arbeit über dem Kopf zusammen. Von allen Seiten strömen dann zu Fuß und mit der Bahn die Schnitter von den Gütern herbei, der Beichtstuhl ist von dichten Scharen bis zum späten Nachmittag umlagert, Säuglinge schreien während der Predigt nach der Taufe, in der kleinen Sakristei drängen sich die Bitt- und Fragesteller. Während der Woche ist ein Geistlicher zu viel, am Sonntag hätten zwei und drei genug zu tun. Gibt es doch Seelsorgestellen, zu denen dreitausend Schnitter gehören!

Welches sind die Zukunftsaussichten des Pommerschen Katholizismus? Auf Konversionen ist nicht zu rechnen. Den katholisch gewordenen Protestanten stehen mindestens ebensoviel Abfälle gegenüber, von den Mischehenverlusten ganz zu schweigen. Ein nicht unbedeutender Bestandteil unserer Gemeinden wird in Zukunft verschwinden — die katholischen Soldaten. Da nämlich der posensche Regierungsbezirk Bromberg zum Bereich des Stettiner Armeekorps gehörte, gab es in allen Garnisonen Pommerns katholische Soldaten, zweihundert, dreihundert und noch mehr. Und das wollte bei der Kleinheit der Gemeinden schon etwas bedeuten. Mancher Pfarrer hatte nie eine so volle Kirche wie beim Militärgottesdienst. Das wird nun aufhören. Dagegen werden die Schnitter voraussichtlich wiederkehren. Möglich, daß eine Ausfallzeit von einem Jahr eintritt. Aber dann wird wohl wieder der Menschenstrom aus dem Osten über die weiten Flächen Pommerns hinfluten und unsere Kirchen wieder füllen.

Ein dauernder Gewinn könnte dem pommerschen Katholizismus erwachsen, wenn die Siedlungspläne, von denen man jetzt so viel redet, verwirklicht würden. In Pommern ist viel Siedlungsland. Man braucht zunächst gar nicht an die großen Privatgüter des pommerschen Adels, der Puttkamers, der Köllers, der Kleists, der Kamekes zu denken. Da sind die Domänen, die allein schon eine Fläche von 65962 ha umfassen. Davon entfallen 61 Domänen mit 25574 ha auf den Regierungsbezirk Stralsund, 48 Domänen mit 27586 ha auf den Regierungsbezirk Stettin, 26 Domänen mit 12802 ha auf den Regierungsbezirk Köslin. Da sind weiter die großen Güter der Universität Greifswald, die einst dem Zisterzienserkloster Eldena gehörten. Da sind endlich die Stadtgüter von Stralsund und anderen pommerschen Städten. Viele brotlos gewordene Kriegsteilnehmer können hier angesiedelt werden. Vielleicht erblüht dadurch dem pommerschen Katholizismus eine neue Zukunft. Andere Diasporaprovinzen haben ein katholisches Hinterland. Pommern fehlt ein solches. Was an Pommern angrenzt, ist selber überwiegend protestantisch. Es fehlt auch die Industrie, die bekanntlich viele katholische Arbeiter heranzieht. Daher hat sich die Zahl der Katholiken Pommerns im Gegensatz zu anderen Diasporagebieten nur sehr langsam vermehrt. Vielleicht schafft die Siedlungstätigkeit hierin Wandel. Freilich dürfen die katholischen Ansiedler nicht über die weite Fläche verzettelt, sondern müssen in Gruppen zusammengeschlossen werden, so daß die Befriedigung der kirchlichen Bedürfnisse ohne besondere Schwierigkeiten möglich ist. Dafür werden die maßgebenden Stellen rechtzeitig ein wachsames Auge haben müssen.

Vom kommenden Kulturkampf.

Ein Aufruf an die Jüngeren.

Von Dr. med. Heinz Lossen, Darmstadt.

Im diesjährigen Hirtenbrief des bayerischen Episkopates liest man: „Mit tiefstem Schmerz haben wir beobachtet, wie gerade in Bayern die Revolution in einigen Schlangenlinien mehr und mehr zum vollendeten Kulturkampf gegen die christliche Schule und die religiöse Jugenderziehung sich entwickelt."

Durch alle Reden der gewaltigen Bezirkskatholikentage klang es vernehmlich wie unheilverkündendes Donnerrollen hindurch, daß trotz aller Kompromisse, trotz manches ehrlichen, aufrichtigen Wollens akatholischer Gegner sich ein Unwetter zusammengeballt habe. Dem Wetterleuchten werden bald die sengenden Blitze folgen. So führte auf dem Frankfurter Katholikentag am 19. Oktober 1919 Bischof Dr. Augustinus Kilian von Limburg unter stürmischem Beifall und lebhafter Zustimmung speziell mit Bezug auf die Schulfrage aus: „Elternrecht geht vor Schulrecht, Naturrecht geht vor jedes Staatsrecht! Keine Gewalt kann uns zwingen, unsere Kinder gottlosen Schulen anzuvertrauen. Wenn dies geschehen sollte, werden wir deutschen Bischöfe und Priester uns nicht scheuen, dem entfesselten neuen Kulturkampf mit aller Energie entgegenzutreten. Im alten Kulturkampf ertrugen die Geistlichen um viel geringere Güter schwere Gefängnisstrafen, wir werden ihrer würdig sein. Der Geist der Kraft und des Martyriums wird uns beseelen."

Erzbischof von Faulhabers Rede auf dem Münchener Katholikentag am 26. Oktober 1919 ist in aller Gedächtnis. Die haßerfüllten, zum Teil verleumderischen Kontroversen, die sich daran schlossen, waren bezeichnend genug.

Gegen diese Worte aus so berufenem Munde wagte es eine „Frankfurter Zeitung" (Nr. 808/19) anzukämpfen: „daß hinter all diesen furchterfüllten Worten von angeblicher Religionsbedrohung keinerlei Wirklichkeit zu finden ist." Statt dessen witterte sie aber wieder einmal zähneklappernd vor Angst „die Reaktion", und sie konnte sich der phantastischen Vermutung nicht erwehren, man wolle das Zusammengehen des Zentrums mit der Linken untergraben, indem man falsche Kulturkampfsgefahr an die Wand male. Denn es gebe im Zentrum einflußreiche Kreise, in denen die Sehnsucht groß sei, ein aristokratisch-plutokratischer Flügel (!) möge wieder mehr zu Einfluß kommen. Der Artikel schloß: „Denn so sicher es ist, daß Kulturkampfgelüste auf der Linken, wenn sie bestünden, für alle Arbeit der Demokratie und für unsere ganze politische Zukunft verhängnisvoll werden müßten, so naheliegend ist die Möglichkeit, daß die Reaktion, die unter allen Konfessionen ihre Anhänger und ihre Interessenten besitzt, erdichtete Kulturkampfgelüste als wirksames Mittel zur Sprengung der demokratischen Koalition in den Vordergrund des kommenden Wahlkampfes zu schieben versuchte." Aber trotz dieser sonderbaren Apostrophierung des Demokratenblattes halten wir Katholiken daran fest, daß zahlreiche Kräfte am Werke sind, die Religion zu zerstören in langsamer, stetiger, aber zielbewußter Arbeit. Denn wie bisher stets, ist der Kampf um die Schule nur Auftakt kommender Schwierigkeiten auf anderen kirchenpolitischen Gebieten gewesen. Auch der „große Kulturkampf" begann so.

In Faulhabers Vortrag „Schule und Religion" aus dem Jahre 1907[1]) finden sich die Worte: „Die Schulfrage ist nicht eine selbständige Zeitfrage, sondern Begleiterscheinung einer allgemeinen Zeitströmung, die gleich dem Golfstrom die geistige Wetterlage ganzer Länder bestimmt. . . . Wir in Deutschland haben zwar nicht zu fürchten, daß die Brutalität, mit der in Frankreich der Religionsunterricht aus dem Lehrplan der Schule gestrichen wurde, in allernächster Zeit über die Vogesen und Ardennen auf deutschen Boden herübergreife. Auf der anderen Seite kann ich mir nicht verhehlen, daß Zeitströmungen etwas von der elementaren Gewalt eines Lavastromes haben und über allen Zwang der Logik und des Rechtes hinweg sich eine Gasse brechen."

Zwölf Jahre später stehen wir mitten im Ringen mit den entfesselten Mächten der Revolution, und um die christliche Schule entbrannte der erste Streit. Der Kulturkampf hat damit also im Grunde genommen schon begonnen.

Wappnen wir uns daher, ehe die zwölfte Stunde schlägt! Die älteren von uns wissen, was Religionsfehde bedeutet.

[1]) Michael von Faulhaber: „Zeitfragen und Zeitaufgaben." Gesammelte Reden, 2. und 3. vermehrte Auflage. Freiburg i. B., Herder, 1916, S. 100/101.

Die jüngeren müssen es lernen. Zum Teil mögen die Veteranen vergangener Schlachten uns Lehrmeister für die kommenden Auseinandersetzungen sein. Doch das genügt nicht allein. Es muß ein jeder jüngere Gebildete noch von sich aus seine Rüstungen treffen.

Nach drei Gesichtspunkten wäre diese Vorbereitung zu gestalten:

1. Innerer Ausbau unserer selbst. Unantastbar und makellos müssen wir dastehen, wollen wir den heiligen Kampf kämpfen. Eine selbstverständliche Forderung! Die leiseste Zwiespältigkeit zwischen öffentlichem Auftreten und Privatleben kann uns zu Fall bringen und damit der guten Sache größten Schaden zufügen, der sich vielleicht noch jahrelang ungünstig auswirkt. Der Beispiele kennt die Geschichte genug.

2. Eingehendes Studium kirchenpolitischer Fragen der Vergangenheit. Dieses Vertiefen in die geschichtlichen Begebenheiten ist ein nicht zu entbehrendes Rüstzeug für kommende Schlachten. Gibt es doch nichts Neues auf der Erde. Die alten Probleme werden immer wieder auftauchen. Was die kirchenpolitischen Wirren gerade des 19. Jahrhunderts als die nächstliegendsten anbelangt, erscheint zu ihrem für uns ganz besonders notwendigen Studium kein Zeitpunkt geeigneter als gerade der gegenwärtige. Der zeitliche Abstand eines Menschenalters ist der objektiven Geschichtsschreibung günstig, und die mündliche Darstellung unserer Väter mag das Bild dann lebendiger gestalten. Kißling[2]) schildert uns an Hand reichen Aktenmaterials die gesamte Geschichte des Kulturkampfs. Die Biographien der damaligen Helden: Kardinal von Geißel,[3]) August Reichensperger[4]), Hermann von Mallinkrodt[5]), Bischof Emanuel von Ketteler[6]), Windthorst[7]), von Hertling[8]) u. a. lassen die verschiedenen Persönlichkeiten nicht in unverdiente Vergessenheit versinken. Vom Jesuitengesetz gibt uns Duhr[9]) eine zusammenfassende Darstellung. Aus der älteren Literatur sei beispielsweise auf die „Geschichte des ‚Kulturkampfs' in Preußen" von F. H. Schulte[10]) und die Aktenstücke betreffend den preußischen Kulturkampf von R. Siegfried[11]) hingewiesen. Nur kürzester Hinweis soll diese Aufzählung sein, um etwas Greifbares dem nach diesem Wissen Strebenden zu bieten.

Nicht vergessen dürfen wir darüber, unsere apologetischen Kenntnisse zu vertiefen. Das im einzelnen näher auszuführen mag Berufeneren überlassen bleiben.

3. Augen auf und wachsam sein! Die Zeiten sind vorbei, wo man unbekümmert um der Parteien Gezänk sich abseits halten konnte und etwaigen Ansinnen mit Branders Wort:

„Ein garstig Lied. Pfui! Ein politisch Lied."[12])

begegnen durfte. Das aktuellste Thema in der Studentenbewegung ist heute die Diskussion der Frage nach der politischen Betätigung des akademischen Bürgers. Wie die Verhältnisse nun einmal liegen, müssen wir sie restlos bejahen. Noch nie ist es so heilige Pflicht für einen jeden Deutschen über 20 Jahre (Artikel 22 der Verfassung des Deutschen Reiches) gewesen, sich mit allen Kräften im öffentlichen Leben zu betätigen.

Dies gilt also auch für uns Katholiken, die wir oft genug gleichgültig in früheren Tagen dem Hasten und Treiben des reichbewegten politischen Lebens zugeschaut haben, in noch stärkerem Maße gerade für uns, da wir bestimmt wissen, daß uns der Kampf angesagt ist. Seien wir klug und machen wir uns diese Kenntnis zunutze!

Hier müssen zwei oftgenannte Faktoren in weitestem Ausmaße Berücksichtigung finden. Einmal das katholische Vereinsleben. Es vermittelt uns den Zusammenhang von Mensch zu Mensch, von Stand zu Stand. Das Vergnügen dabei ist nur ein Zweck, oft genug überhaupt nur Mittel zum Zweck.

[2]) Geschichte des Kulturkampfs im Deutschen Reiche. 3 Bände. Freiburg i. B., Herder, 1911/16.

[3]) Pfülf, Otto: Kardinal von Geißel. 2. Bände. Freiburg i. B., Herder, 1895/96.

[4]) v. Pastor: August Reichensperger. 2 Bände. Freiburg i. B., Herder, 1899.

[5]) v. Pfülf: Hermann v. Mallinkrodt. Freiburg i. B., Herder, 2. Auflage, 1901.

[6]) v. Pfülf: Bischof von Ketteler. Mainz, Franz Kirchheim, 3 Bände, 1899.

[7]) Hüsgen, Dr. Eduard: Ludwig Windthorst. Köln, Bachem, 1907.

[8]) v. Hertling: Erinnerungen aus meinem Leben. 1. Band. Kempten, Kösel, 1919.

[9]) Duhr, S. J., Bernhard: Das Jesuitengesetz, sein Abbau und seine Aufhebung. Ergänzungshefte zu den Stimmen der Zeit. 1. Reihe Kulturfragen. 7. Heft. Freiburg i. B., Herder, 1919.

[10]) Essen, Fredebeul & Koenen 1882.

[11]) Freiburg, Herder.

[12]) Goethe, Faust I. Auerbachs Keller.

An zweiter Stelle, aber dennoch dem ersten völlig gleichwertig steht die **Presse**. **Katholiken, lest eure katholischen Blätter!** Sie sind die Augen, die von höherer Warte hinausschauen in die Ferne, ob irgendwo in der Sturmesnacht Flammenzeichen das Nahen des Feindes melden. Sie sind die Vorposten, die auf Feindesgebiet streifen, um die Pläne des Gegners, seine Stärke und seine Stellung zu erkunden. Von euch aber hängt ihre Lebensfähigkeit und Lebenskraft ab!

Diese Zeilen möchten ein Appell sein, ein Appell an alle Gleichgesinnten, die sich stark genug fühlen, den Kampf um unsere höchsten Güter zu führen!

Innerer Halt und scharfe Waffen, gepaart mit gottvertrauender Wachsamkeit wappnen uns zu unüberwindbaren Streitern für Glauben und Kirche und damit für uns und unseren Nachkommen verheißenes ewiges Glück!

Zum 700jährigen Missionsjubiläum des Franziskaner-Ordens.

Von Univ.-Prof. D. Dr. **Aufhauser**, München.

Das Jahr 1919, das uns im Bonifazius-Jubiläum (15. Mai 719[1]) und der Erinnerung an die erste Landung eines Missionärs, des hl. Franz Xaver in Japan (15. August 1549)[2]) bereits zwei hochbedeutsame Missions-Gedenktage begehen ließ, soll nicht zur Neige gehen, ohne daß noch eines dritten Jubiläums aus der Missionsgeschichte der Kirche gedacht wäre.[3])

Franziskus, der Heilige von Assisi, fühlte nach der Umwandlung seines Wesens (1209) sich mit seiner „Brüderschaft" gar bald berufen, nicht bloß den Christen in Armut und Seeleneifer zu predigen durch Wort und Tat, vielmehr auch den Heiden den Glauben an Christus zu verkünden. „Damit wir nun in der Ausführung seines (d. i. des Herrn) Willen nicht zögern, wollen wir morgen Italien unter uns verteilen und dann später Missionen nach den entferntesten Ländern veranstalten." Kreuzzugsstimmung war damals der charakteristische Zug der abendländischen Christenheit. Auch Franziskus wählte als echter Sohn dieser Tage dies Ziel, freilich nicht in Gedanken an Eroberung eines Reiches, vielmehr um in Demut den Sarazenen den Glauben zu predigen. Indes Ungunst der Witterung vereitelte seine geplante Fahrt zum hl. Lande (1212); im folgenden Jahre drängte ihn sein Seeleneifer, zu Fuß über Spanien nach Marokko zu gelangen; abermals vergeblich: in der ihn befallenden Krankheit erkannte er Gottes Willen, nach Italien zurückzukehren, um dort der Organisation seines Ordens zu leben. In Kapitel 12 seiner Regel legt er seinem Orden der „Minderen Brüder" auch die Missionspflicht nahe. Hatte sich schon 1217 das Kapitel mit der Heidenmission beschäftigt, so ward auf dem Kapitel 1219 die damals bekannte Welt unter die Brüder zur Missionierung verteilt: Franziskus wollte mit 12 Gefährten nach Syrien und Palästina ziehen, Vitalis sollte mit 5 Genossen nach Marokko wandern, Aegidius mit anderen erhielt Afrika zugewiesen, Benedikt von Arrezo Griechenland. Auch Spanien, Frankreich, England, Holland, Ungarn und Deutschland sollten „Mindere Brüder" als Ziel sich erwählen.

Im Herbst 1219 begab sich Franziskus mit seinen Gefährten von Portiunkula über Ankona nach Syrien, wo zehn seiner Gefährten das Schiff verließen, er selbst reiste mit Bruder Illuminatus nach Aegypten. Vor Damiette hatte das Kreuzfahrerheer unter König Johann von Brienne eben eine Niederlage erlitten. Trotzdem begab sich Franziskus ins Lager der Sarazenen, ward natürlich ergriffen; vor dem Sultan bekannte er voll Mut und Kraft seinen Plan, den Glauben an Jesus zu verkünden. Sein Anerbieten zu einem Gottesurteil ward abgelehnt. Franziskus kehrte zum Kreuzfahrerheer, dann nach Italien zurück.

Wohl waren die drei persönlichen Versuche des Heiligen, der Heidenmission seine Kräfte und vielleicht sein Leben zu weihen, mißglückt. Indes dem Orden war das große hohe Ziel der äußeren Mission seitdem als heiliges Erbe von seinem Stifter hinterlassen, speziell die Mission bei den Mohammedanern und Schismatikern: von Marokko bis Aegypten wie auf der Balkanhalbinsel (in Albanien, Montenegro, Bosnien, Serbien, Bulgarien, dem jetzigen Rumänien und der Türkei), besonders in Palästina (seit 1353) an den hl. Stätten der Christenheit[4]) wirkten und wirken Söhne des hl. Franziskus bis zum heutigen Tage in der wenig dankbaren, wenig erfolgreichen Predigt des Evangeliums inmitten einer völlig anders gearteten Kultur (Islam) oder bei einem ganz nationalen Interessen dienstbar gemachten Zweige des Christentums. Tiefere Spuren ihrer Tätigkeit in Ungarn und Rußland vernichtete später der Türkensturm und die antirömische Kirchenpolitik des Zarentums, die Glaubensneuerung in West- und Ostpreußen, Liv- und Kurland wie Litauen. Von den weitesten Zielen geführt drangen die „Minderen Brüder" unter unsäglichen Entbehrungen bis zum äußersten Osten vor: das Erzbistum Cambalu (Peking) erstand 1307 als Frucht ihres Wirkens und ward von Klemens V. dem größten Franziskanermissionär der damaligen Zeit, Johannes de Monte Corvin, der bereits seit 1299 in Cambalu wirkte, übertragen. Leider wurden die Früchte dieser Franziskanermission in China durch die Thronbesteigung der christenfeindlichen Ming-Dynastie (1368) zerstört, wenige Jahre später (1387) durch den Triumph des Islam in Persien auch ihr dortiges Wirken unmöglich und damit die bisher benützten Land-Karawanenwege zum Osten den Missionären gesperrt.

Noch eine neue Blüte erlebte die mittelalterliche Franziskanermission, als Kolumbus und Vasco de Gama, angeregt durch die weiten Reisen eines Marco Polo und die erwähnten Franziskanermissionäre nach Ostasien, Indien, das Märchenland, auf dem Seewege zu erreichen suchten. Franziskaner begleiteten gar bald diese Expeditionen. In Indien, wo bereits früher Johannes de Monte Corvino, Oderich von Pordenone, Johannes de Marignolli auf ihren Fahrten nach oder von China zum angeblichen Grabe des hl. Thomas in Meliapur pilgerten, waren sie von 1500 bis zur Ankunft der Jesuitenmissionäre (seit Franz Xavier 1542) die rührigsten Glaubensprediger, erhielten von Rom das apostolische Kommissariat und nach Gründung des ersten bischöflichen Stuhles in Goa (1536) auch diesen übertragen (Joao d' Albuquerque † 1553). Freilich, seit Eroberung Indiens und Ceylons durch die Engländer verloren die Franziskaner ihre dortigen Missionen; an der Ostküste Afrikas wurde ihnen von den seit der portugiesischen Zeit stammenden Missionen 1898 wieder Mozambique übertragen. Hingegen wirken sie in Südamerika seit den Tagen der Entdeckung Brasiliens (25. April 1500) bis heute segensreich in der Verbreitung christlichen Glaubens und christlicher Kultur; Solanus, der sich in der Mission des Landes Tukuman verzehrte († 1610), ward zum Patron der Franziskanermission überhaupt und speziell der Glaubenspredigt in den süd- und mittelamerikanischen Staaten, die im Jahre 1913 an 744 Priester, 209 Kleriker, 383 Brüder, 36 Novizen auf 144 Stationen zählte (Apostolisches Vikariat Zamara in Ekuador und die Präfektur Ucayali in Peru, Santarem in Brasilien) erhoben.

Senden die spanischen und portugiesischen Mutterprovinzen ihre Glaubensboten hauptsächlich nach Südamerika, (außer den bereits erwähnten Staaten seien noch genannt Nord-Chile, Argentinien, Bolivia), Mexiko und den Philippinen, so arbeiten die Missionäre der norddeutschen Provinz (die bayerische wirkt zurzeit nur in der heimatlichen inneren Mission) im fernen Ostasien, speziell in der Präfektur Nord-Shantung; hier wie in Brasilien waren früher auch bayerische Franziskaner tätig. Franziskaner der sächsischen Provinz vom hl. Kreuz wirken in Brasilien (Santarem). **Die weiten ausgedehnten, ungemein wichtigen übrigen Präfekturen in China** (Süd- und Nord-Shansi, Ost-Shantung, Nord- und Mittel-Shansi, Süd-Hunan, Südwest-Nordwest-Ost-Hupe) und Japan (Sappora) werden vom französischen Ordenszweig, die Mittelmeerküstengebiete mit den Vikariaten Palästina, Aleppo, Aegypten, Marokko und den Präfekturen Rhodus und Tripolis von italienischen, die wenigen Missionsstationen in Australien vom irischen Ordenszweig versehen. In Nordamerika wirken die Franziskaner in der Indianer-Mission in verschiedenen Diözesen (Grand Rapids, Green Bay, Santa Fé, Superior und Tucson).

Litt die mittelalterliche Franziskanermission speziell in Ostasien an all den Schwächen und Schäden der damaligen Missionsmethode, es sei nur erinnert an den unseligen Patronats- und Jurisdiktions- wie Riten-Streit in Vorder-Hinterindien und

[1]) Vergl. Allgemeine Rundschau 16 (1919) 308 f.

[2]) Ebenda. 479 f.

[3]) Vergl. Das volkstümliche Jubiläumsschriftchen von P. E. Schlund, O. F. M., St. Franziskus und sein Orden in der Heidenmission, Düsseldorf 1919. — H. Holzapfel, Handbuch der Geschichte des Franziskanerordens, Freiburg 1909, S. 241 ff., 493 ff.

[4]) In der Enzyklika vom 4. Oktober 1918 hat Papst Benedikt XV. zur Einleitung des Jubiläums die Verdienste des Ordens um den Schutz der hl. Stätten besonders anerkannt und seine dortigen Rechte erneuert. Kardinal Guistini führte als legatus a latere bei den Jubiläumsfeierlichkeiten in Palästina den Vorsitz.

China, sowie an den im nationalen Charakter der Romanen begründeten Schwächen, so teilt sie heute besonders in Ostasien in harmonischer Arbeit mit den übrigen missionierenden Orden und Weltpriestermissionsstationen die gewaltige Aufgabe, das Christentum im Wettkampfe mit den neu sich regenden einheimischen Religionen als segensreicheren Kulturfaktor zu erweisen, während in Südamerika unter teilweise sehr ungünstigen klimatischen Verhältnissen und dem wenig erbaulichen Beispiel der europäischen Siedler das Missionswerk an den Seeleneifer der Glaubensboten hohe Anforderungen stellt.

Die bisherigen Verdienste des Ordens um christliche Glaubensverbreitung und Kulturarbeit unter nichtchristlichen Völkern sind und bleiben mit untilgbaren Lettern in der Missionsgeschichte aufgezeichnet, gar Vieles harrt hier noch der Erforschung und Darstellung.

Wie der französische Rotstift in deutschen Druckwerken wütet.

(Ein Beitrag zur Kulturgeschichte der Gegenwart.)

Von Prof. Dr. Bertsche, Schwetzingen bei Heidelberg.

In Saarlouis erscheint bei der Hausen Verlagsgesellschaft m. b. H. unter dem Titel „Hausens Bücherei, herausgegeben von Johannes Mumbauer" eine Sammlung wertvoller Novellen, Erzählungen und anderer Werke alter und neuer Meister des In- und Auslandes. Die nach Art der Inselbücherei ausgestalteten Bändchen — es sind deren bereits über 90 — erfreuen sich, dank ihrem gediegenen Inhalt und schmucken Aeußern, nicht zuletzt wegen ihrer auffallenden Billigkeit, fortwährend eines regen Zuspruchs in den verschiedensten deutschen Leserkreisen. Seit die Franzosen das Saargebiet besetzt halten, muß alles ihrem censeur zur Prüfung und Genehmigung vorgelegt werden. Eines der ersten Hausenbändchen nun, die von diesem Schicksal ereilt wurden, ist kürzlich auf dem Büchermarkt erschienen: Nr. 85. Es trägt den Titel: „Ein Karren voller Narren von Abraham a Sankta Clara. Erstmals nach einem Urdruck von 1704 neu herausgegeben" (vom Schreiber dieser Zeilen). Hier haben wir ein in mehrfacher Hinsicht lehrreiches Schulbeispiel dafür, wie die literarischen Richter der Franzosen ihres schwierigen Amtes walten; drum sei es in aller Oeffentlichkeit hier aufgezeigt, vor allem zu Nutz und Frommen derjenigen Schriftsteller, die etwa beabsichtigen, die Erzeugnisse ihres Geistes oder Fleißes im besetzten Gebiete drucken zu lassen.

Noch vor dem Einmarsch der Sieger hatte der Verlag meine Arbeit angenommen. Da erhielt ich, nach langem, bangem Warten, endlich im Januar ds. Js., als die Postsperre etwas gemildert wurde, vom Herausgeber (der in Piesport an der Mosel wohnt) die Handschrift, geschmückt mit den Strichen des französischen Rotstifts, wieder zurück mit der Frage, ob ich es nicht auch für geraten hielte, das Werk vorerst lieber nicht zu veröffentlichen, sondern zuzuwarten, bis günstigere Zeiten kämen. Ich aber legte mir die Sache so zurecht: Eigentlich bin ich noch glimpflich davongekommen, nur wenige Stellen sind verschandelt, und zwar so, daß zweifellos jeder halbwegs gebildete Deutsche die paar Lücken spielend ausfüllen kann. Warum sollte ich den Herren der Lage diese Gelegenheit rauben, sich ein glänzendes Kulturdenkmal zu setzen für alle Zeiten? — Und so versuchte der Herausgeber noch eine letzte Ehrenrettung meines Werkes bei der höheren Behörde: es handle sich ja nicht um politische Verlautbarungen eines der jetzt lebenden, fast zu Tode besiegten Deutschen, sondern um die völlig harmlosen Stilübungen eines uralten Predigers der weltumspannenden Liebe. Usw. — Umsonst; es blieb beim ersten Entscheid.

Den Inhalt dieses Bändchens bilden launigernste, eben echt abrahamische Betrachtungen über ein Dutzend landläufiger Narren mit Beispielen aus dem Leben oder aus den alten Schwankbüchern nebst mäßigen Ermahnungen an die Leser: also eine verkürzte Neuauflage der Narrenschriften eines Seb. Brant und Thomas Murner. Im zweiten Kapitel, das den Gefräßigen Narren behandelt, lesen wir unter anderem (die Sprache des Urdrucks ist hier leicht erneuert und mitunter kurz erklärt): „Weil des Jobs seine Söhn und Töchter alle Tag Banquet gehalten, also ist endlich geschehen, daß der gähe entstandene Sturmwind das Haus, worin sie geschlemmt, auf einmal zu Boden geworfen, worvon sie alle ums Leben gekommen. O wieviel sind derer, so um Haus und Hof, auch um das Leben selbst sind gekommen durch Mahlzeiten und allzu häufige Fresserei! Dieses Uebel hat bei jetziger Welt also eingerissen, daß man nicht mehr wie vor diesem (vordem) mit gemeiner (gewöhnlicher) Kocherei vorlieb nimmt. — Wie die Eslin des Balaams geredet hat, und zwar hebräisch, ist es ein Wunder gewest; aber daß dermal die Kessel, Schüsseln und Bratspieß reden, und zwar . . . (!), ist kein Wunder mehr — so gar (sehr) ist diese Mody nicht allein in die Kleider geschlichen, sondern sogar in die Kuchein (Küchen), vielleicht bei etlichen (wie schüchtern!) gar in die Gemüter". (S. 30 meiner Neuausgabe.)

Das ist allerdings auch eine heikle Sache für einen siegreichen Franzosen auf deutschem Boden! Aber der kerndeutsche Volksmann und Vaterlandsfreund P. Abraham a Sankta Clara mochte nun einmal die Kulturseuche seines Zeitalters, die arge Ausländerei, d. h. Weltscherei in Sprache und Sitte, nicht leiden; drum wendet er sich bei jeder Gelegenheit dagegen mit Wort und Schrift. Das war vor über 200 Jahren. Da ich, der Herausgeber, in unserer Zeit auch schon etwas Aehnliches mißfällig bemerkt hatte, erlaubte ich mir, durch ein Ausrufezeichen die heutigen Leser darauf aufmerksam zu machen, wie zeitgemäß meine literarische Ausgrabung sei.

Im nächsten Kapitel, worin vom Aufschneiderischen Narren die Rede ist, mußte der rote Prüferstift schon wieder in Tätigkeit treten. Dabei leistet er sich etwas ganz Ergötzliches. Nachdem die Zeitungsenten zu Kriegszeiten tüchtig gerupft worden, heißt es: „Einer ist gewest, welcher auf eine Zeit bei der Gesellschaft plauderisch vorgegeben, daß er fast die ganze Welt sei durchgereist und alle vornehmen Städt (habe) besichtiget. Man fragte ihn, ob er sei zu Rom gewest. „Da nicht", sagte er, „sonst allenthalben". Ob er sei zu Neapel gewest? Da nicht, sonst allenthalben. Ob er sei zu Madrid in Spanien gewest? Da nicht, sonst allenthalben. Ob er sei zu London in England gewest? Da nicht, sonst allenthalben. Ob er sei zu Cosmographia (Weltkunde!) gewest? Da nicht, er hab's linker Hand liegen lassen, sonst allenthalben. Ob er sei zu Frankfurt gewest? „Nicht weit davon, aber sonst allenthalben." Ob er sei zu Paris gewest? Da wohl, aber er habe die Stadt vor den Häusern (vor lauter Häuser) nicht recht können sehen. Worüber alle Gegenwärtigen in billiches Gelächter ausgebrochen und ihm einen grünen Hut versprochen, damit er als ein Aufschneider mit den Sauschneidern möge herumwandern und die Welt besser besichtigen".

Absichtlich habe ich hier die Stelle, wo dem literarischen Ueberwachungsbeamten das Unheil zugestoßen, nach meiner Handschrift, d. h. nach dem Erstdruck, wiedergegeben, um die Leser selbst sie finden zu lassen. Was mußte billigerweise Anstoß erregen? Doch wohl nicht Paris, das hier ja wegen seiner Größe über alle andern Städte der Welt erhoben wird? Diese „Pointe" des Witzes entging aber offenbar dem Wächter, und er strich mit seinem Rötel den Namen seines einzigen Paris. Jedoch nicht genug der Rache: mit schwarzer Tinte schrieb er dann höchst eigenhändig in majestätisch-schöngezogenen Buchstaben darüber: Berlin! Gedruckt steht das Ding jetzt so aus: „Ob er sei zu — Berlin gewest?

Das 7. Kapitel, vom Durchtriebenen Narren handelnd, gibt auch Anlaß zur Beanstandung, liest man doch Seite 49:

„Absalon war ein solcher durchtriebener Gesell. Damit er Kron und Thron seines Vaters an sich ziehe und die Gemüter der Untertanen völlig gewinne, da hat er sich unter die Tür des Palastes begeben, daselbst alle Ankommenden freundlichst gegrüßt, ja sogar dieselben geküsset. Es kommt ein Bauer mit einem groben Knebelbart, dem die Haar wie ein alter Bierzeiger (Bierwisch) verwicklet. Den fragte der junge Prinz, was er wolle. „O mein Gott, unser Herrschaft gehet mit uns um wie der Gartner mit dem Buchsbaum: er stutzt uns gar zu grob. Wir sorgen uns nur um der Herrschaft Roß; dann wann dieselben sollten umstehen, so täten sie vielleicht auf uns Bauern reiten, so hart werden wir gehalten." — „O mein lieber Mann", sagt Absalon, „ich wollte wünschen, ich wäre König; ich wollt gewiß hierinfalls eine Ausrichtung tun (es recht machen)." Und küsset ihn zugleich. — Es kommt auch ein Soldat. Absalon fragt, was sein Anliegen sei. „Gnädigster Herr, ich bin zwar ein Kriegsmann, aber ich krieg kein Geld, das Kommis-Brot ist so schwarz, daß zwei Laib bei dem hellen Tag ein Zimmer finster machen. Ich hab nicht ein Paar Schuh anzulegen, die Leut meinen, unser Obrister heiße Gänserikas rc." — „O mein lieber Landsknecht", sagt Absalon, „ich wollt dermal König sein, da wollt ich die Sach gewiß besser einrichten. Küsset ihn zugleich."

Was hierbei zu streichen, ist nicht gar zu leicht zu finden. Da ist doch nichts Französisches versteckt: der Vandalenkönig Gänserich müßte nur ein Freund und Verbündeter der Franzosen oder doch wenigstens mit einer Französin vermählt gewesen sein! Doch ich will die Leser nicht länger foltern. In unserem Kulturdenkmal aus dem Saargebiet steht schwarz auf weiß: „Es kommt ein Bauer mit einem groben . . . Bart." Also der „Knebel" hat's ihm angetan! Ob wohl unsere literarischen Scharfrichter auch alle so zartfühlend und findig waren? Das muß man dem Franzosenzensor lassen: er versteht „fein" Deutsch nicht minder gut als sein Französisch. Wer aber denkt bei einem knebelbärtigen Bauern — aus Absalons Zeiten! — gleich an einen französischen mit seinem à la Henri IV.? Der deutsche Sittenprediger hat natürlich nur eines seiner eigenen Schäflein im Auge; dessen ausländischer Bartschnitt kümmert ihn aber diesmal gar nicht weiter, als daß dadurch das Bild des Bauern recht lebenstreu vor des Lesers Seele gestellt werde.

Auch das Kapitel vom Zankenden Narren hat zwei Unterbrechungen erfahren. Da erzählt auf S. 69 f. P. Abraham u. a. eine gar lustige Geschichte. Diesmal sei die Stelle gleich so wiedergegeben, wie sie aus dem Fegfeuer der Zensur hervorgegangen:

„Derjenige Genueser hat gar weislich gehandelt, welcher dazumal in Kriegsdiensten gewest bei dem König in Frankreich. Dieser Offizier tragte in seinem Wappen einen Ochsenkopf, welches ein . . . ? . . ., auch von Adel, wahrgenommen und dessenthalben in einen großen Zank geraten, vorgebend: er selbst trage von etlich hundert Jahren einen

Ochsenkopf im Wappen und haben solchen seine Urahnherren schon geführet; dahero ihm (jenem) dies auf keine Weis gezieme, wolle also es an dem morgigen Tag am bestimmten Ort mit dem Degen ausfechten. Der Genueser weigerte solche Ausforderung ganz und gar nicht, sondern erscheint zu gewisser Zeit am benennten Ort; bevor er aber zum Degen griff, fragte er den zankenden . . . warum sie dann wollen mit einander duellieren. „Darum, weil ich mit rechtem Fug einen Ochsenkopf im Wappen führe." — „Wann dem also", spricht der Genueser, „so ist keine Ursach vorhanden zu duellieren; dann ich führe nur einen Kühekopf". Und hiermit hatte der Zank ein End."

Weshalb hier im ersten Satz der „König von Frankreich" ungeschoren durchkam, ist eigentlich verwunderlich; denn mein Fragezeichen — köstlich, daß es stehen bleiben durfte! — ist doch der Kriegsersatz für „Franzos". —

Mit welch peinlicher, fast hätte ich geschrieben: mit welch deutscher Gründlichkeit der gestrenge Herr Begutachter seine Pflicht tut, geht aus der Tatsache hervor, daß er sogar im Register, das aus dem Jahre 1751 stammt, den „Franzosen" durchgestrichen. Deshalb darf man die soeben mitgeteilte Geschichte auch nur suchen unter dem Stichwort: „Genueser gerät in eine Uneinigkeit."

Noch bleibt die Frage übrig, warum denn im ersten Fall (S. 30) hinter Französisch das Ausrufezeichen stehen bleiben durfte, ebenso auf S. 36 vor Berlin der zwar etwas schüchterne Querstrich, der aber doch an einen Gedankenstrich erinnert, endlich das klare Fragezeichen an der Stelle (S. 69), die förmlich nach dem „Franzosen" schreit. Beseelte am Ende doch keine deutsche Gründlichkeit diesen Rotstift oder hatte etwa seit der Durchsicht meiner Handschrift und der Ueberprüfung des Gedruckten die Strenge der Zensur schon etwas nachgelassen? Ich vermag dies Rätsel nicht zu lösen.

Nun zum Schluß noch das allerschönste Stücklein, und das hat der französische Rotstift schon in der „Einleitung des Herausgebers" (S. 14) geliefert. Dort wird das seltsame Schicksal der beiden Abrahamischen Narrenbüchlein geschildert. (Ein Jahr vor dem „Karren voller Narren", 1703, hatte P. Abraham nämlich seinen berühmten „Wunderlichen Traum von einem großen Narrennest" veröffentlicht — eine Neuausgabe davon erscheint demnächst bei Reclam —): Ein namenloser Nachahmer P. Abrahams mißbrauchte mit Hilfe eines gewissenlosen Verlegers den ehrlichen Namen und Ruhm seines hohen Vorbildes, um seine eigenen Narrenbilder (u. a. 24 Närrinnen) zu verbreiten, und zwar so gerissen, daß diese zum Teil anstößigen „Närrinnen" tatsächlich bis in unsere Zeit als ein Werk Abrahams A. Sankta Clara galten und meist noch gelten. Schon bei früheren Gelegenheiten aber, wo ich die sicheren äußeren Beweise für den wahren Sachverhalt noch nicht kannte, hatte ich aus inneren Gründen zu zeigen versucht, daß hier eine grobe Fälschung zu Ungunsten des großen Mannes vorliegen müsse. In der obenerwähnten Einleitung wiederhole ich nun diese Gegenbeweise und schrieb S. 14: „Aber so gallisch-prickelnd und absichtlich geistreichelnd war er (P. Abraham) nie wie der Verfasser der „Närrinnen", niemals so unruhig und fast ermüdend im Stile durch die Ueberfülle von Beispielen und kurzen Anspielungen."

Als mir die Kunde vom Rotstift kam, rechnete ich bestimmt darauf, daß vor allem dieser Satz würde bemängelt werden, da er ja nicht vom längst verschiedenen Verfasser stammt, sondern von dem annoch lebenden Herausgeber, einem der jetzt so glorreich besiegten boche. Was tut aber Seine Gestreng? Sie unterstreicht in der Handschrift mit dickrotem Stift das Wort „gallisch", und siehe da! Der ahnungslose Setzer sperrt es im Druck, wie sich's ja auch gehört. Und so steht jetzt stolz in meinem Büchlein: „gallisch—prickelnd". Glück muß man haben!

Junges Mädchen.

Noch fragen deine Augen
Fremd in die Welt hinein.
Noch sind sie nicht versonnen,
Noch weisst du nichts von Wonnen,
Von Weh und Glücklichsein.

So blinkt ein klares Fenster
Im Morgenheiligtum.
Es freut sich ohne Grenzen
Allein im Sonnenglänzen
Und frägt nicht lang, warum.

Die Welt ist dir ein Wunder,
Du wartest fromm und still
In unbestimmtem Sehnen,
Jenseits von Jauchzen und Tränen,
Was sie dir bringen will.

F. Schrönghamer-Heimdal.

Robert Hugh Benson.

Von Armin Schlegl, Regensburg.

Seit etwa acht Jahren hat in Deutschland ein englischer Dichter steigende Aufmerksamkeit auf sich gezogen, die auch durch die vielfache Ueberspannung des Nationalitätsbewußtseins im Weltkrieg keine Minderung erfuhr. So konnte, kurze Zeit nach der ersten Uebersetzung der „Sentimentalisten", erst während des Krieges R. H. Bensons „Durchschnittsmensch" in deutscher Sprache erscheinen, und heute liegt „Der Herr der Welt" bereits in der dritten deutschen Auflage vor, nachdem er vor kaum elf Jahren zum erstenmal in England veröffentlicht worden ist. [1])

Schon bevor R. H. Benson durch seinen „Herrn der Welt" außerordentliches Aufsehen in weiteren Kreisen Englands wie Deutschlands erregt hatte, war wenigstens sein Name nicht mehr ganz unbekannt; der Sohn des anglikanischen Erzprimas von England hatte durch seine Konversion zur katholischen Kirche schon die Aufmerksamkeit auch nichtkatholischer Kreise erregt. Ueber Bensons Persönlichkeit und die Entstehungsgeschichte des „Herrn der Welt" brachte erst kürzlich H. M. von Lama im „Deutschen Hausschatz" wertvolle nähere Aufschlüsse; hier soll vor allem seine literarische Bedeutung dargestellt werden und zwar zunächst in Anknüpfung an sein aufsehenerregendes Werk, den „Herrn der Welt".

In den ersten kritischen Besprechungen des Werkes findet sich unter allen Lobeserhebungen und begeisterten Zugeständnissen immer wieder, wenn auch mit gleichsam entschuldigenden Einschränkungen, die Andeutung, daß das Werk eben ein „Zukunftsroman" sei und somit von vornherein leider, aber notwendigerweise, eine gewisse unkünstlerische Seite habe. Die Bezeichnung als „Zukunftsroman" [2]) ist ebenso gerechtfertigt wie die Spezialisierung von Schillers Maria Stuart als Kriminal- und Intriguenstück und des Hamlet als Geistergeschichte eines dänischen Königsschlosses. Ob Benson die Handlung seines Romans in die Zukunft, in Vergangenheit oder Gegenwart verlegt, das bleibt solange gleichgültig, als nicht die Darstellung der äußeren Formen einer irgendwie gedachten Zukunft als das Wesentliche erscheint, sondern die Gestaltung handelnder Menschen, des Kampfes einander widerstreitender Prinzipien in ihren Verkörperungen. Auch Benson selbst ist einmal der Versuchung unterlegen, einen „Zukunftsroman" zu schreiben, als er, nicht dem eigenen dichterischen Triebe folgend, sondern auf das Anraten und Verlangen seiner Freunde hin, in seinem Roman „Im Dämmerschein der Zukunft" ein Gegenstück zum „Herrn der Welt" zu geben suchte. Aber hier steht der Leser trotz aller Schönheiten im einzelnen auch nie unter dem zwingenden Eindruck des unerhört Gewaltigen, das noch nie gewesen, hier zum ersten- und einzigenmal mit aller Wucht der inneren Notwendigkeit ins Leben getreten ist und nicht mehr wiederholt, nur in künstlichem Bemühen abgeschwächt und verzerrt werden kann. Bis in Einzelheiten läßt sich der Gegensatz verfolgen zwischen der aus künstlerischer Intuition mit Notwendigkeit entsprungenen Dichtung „Der Herr der Welt" und dem Zukunftsroman „Im Dämmerschein der Zukunft". Dort eine kurze Einführung in die nicht zu übergehenden äußeren Tatsachen, deren umrißartige Darstellung ungeduldig in einen kurzen „Prolog" zusammengefaßt ist, in den ersten Kapiteln noch gelegentlich flüchtige Erwähnung äußerlicher Einzelheiten, die die plastische Anschauung erleichtern; aber dann ein Hinwegeilen über all diese als nebensächlich empfundene Zukunftsmalerei und ein hemmungsloses Aufgehen in der Darstellung einer Welt, deren Vorläufer wir in unseren Tagen alle gesehen haben, deren riesenhafte Schatten sich heute schon breit über die mehr und mehr entchristlichten Lande werfen und die in Bensons gewaltigem Werk eine Verkörperung angenommen hat, wie sie an Anschaulichkeit und Modernität im besten Sinne nicht übertroffen werden kann. Ganz anders bei dem späteren Gegenstück, wo anstelle des flüchtigen Streifens kaum zu übergehender Aeußerlichkeiten viel häufiger ein Spiel mit technischen Zukunftsphantasien erscheint und die Handlung öfters durch Beiwerk und beinahe lehrhaft anmutende Stellen unterbrochen wird. Man vergleiche dafür etwa die Luftfahrt im dritten Kapitel des Zukunftsromans mit der nächtlichen Fahrt über die Eisgipfel der Alpen im „Herrn der Welt", wo sich unerhört gesteigertes dichterisches Empfinden und Schilderungsvermögen mit außerordentlichem Sinn für dramatischen Aufbau der Handlung zur Herbeiführung eines Aktschlusses — Kapitelschlusses vielmehr — von genialer Wucht vereinen. Und noch etwas. „Der Herr der Welt" hat das Stück Weltgeschichte zum Vorwurf, das mit dem Weltuntergang endet; zunächst: welche Schwierigkeit, diesen Abschluß nicht als unwillkürlich hergesetztes Naturereignis wie einen deus ex machina erscheinen zu lassen, sondern als notwendigen Bestandteil und nicht wegzudenkenden Abschluß einer ganzen inneren dramatischen Entwicklungskette. Der ganze dritte Teil des Buches, so realistisch und durchaus „modern" in allen Einzelheiten, drängt doch innerlich mit unwiderstehlicher Wucht auf dieses Ereignis hin, das übrigens auch rein technisch-äußerlich durch die Erwähnung

[1]) „Der Herr der Welt", 3 Aufl., Regensburg, Pustet 1919; „Ein Durchschnittsmensch", ebenda, 1915; „Sentimentalisten", leider noch nicht in Buchform, erstmalig übersetzt in der „Alten und neuen Welt", Benziger, Einsiedeln, Jahrgang 1913/14, von S. 627 an.

[2]) Die wenig geschmackvolle, etwas kinomäßige Umschlagzeichnung zur dritten Auflage des „Herrn der Welt" kann freilich die oberflächliche Auffassung als „Zukunftsroman" unterstützen.

der immer auffallenderen Naturerscheinung der letzten Tage sorgfältig vorbereitet ist. Aber dann, nach einer Steigerung ohne gleichen, die nur mit der Vergöttlichung des Menschen oder dem Weltende schließen kann, wenn sich auf dem erreichten Höhepunkt bereits die Klänge des letzten Tantum Ergo mit den Posaunen des Gerichts zu mischen scheinen: welch großartiger Verzicht auf jedes Wort weiterer Schilderung und Ausmalung dieses Weltuntergangs, welche Zusammenfassung des Ungeheuersten in dem letzten knappen Satze des Werkes: „Und dann verschwand die Welt und ihre Pracht". Das ist das Ende. Wo bleibt der Zukunftsromanschreiber? Wo die stürzenden Sterne, die brennende Erde, alle Schrecknisse, in denen die bloße Phantasie sich ausschwelgen mag, die aber für den Dichter nur billige Staffage und Spielerei sind? Und doch kann ich mir nicht denken, wie die ungeheure Gegenwärtigkeit und Anschaulichkeit des Endes bei Benson noch übertroffen werden könnte.

Es war schon die Rede von dem starken Sinn Bensons für die dramatische Steigerung und knappe Zuspitzung der Handlung; er äußert sich besonders vielfach in der Art der Kapitelschlüsse. Es tritt eine langsame Spannung ein, sie nimmt rasch zu, die Steigerung drängt nach einem Höhepunkt — dann fällt ein Wort, eine abschneidende Handbewegung vielleicht noch, und der Vorhang rauscht zusammen. Oder eine ungewisse Spannung im Zwielicht, in raschem und sicherem Aufstieg gesteigert, aber immer noch in unklarer Dämmerung voll widerstreitender Ahnungen: da flammt mildes, gleichmäßiges Licht auf die Szene, einen Augenblick in grausam ruhiger Schärfe alles enthüllend — aber da ist auch schon wieder das Rauschen des Vorhangs. Und doch wäre für den bloßen Romanschreiber gerade jetzt der Augenblick so unerschöpflich, so dankbar für tiefsinnige Betrachtungen und lyrische Ergüsse! Nicht mehr zu überbieten bei derselben Sorgfalt und Schärfe der Charakterzeichnung ist dieser Sinn für das Dramatische besonders im zweiten Teil von Bensons „Sentimentalisten".

Manchen der ersten kritischen Besprechungen des Buches erschien seinerzeit die Bemerkung notwendig, man könne über die praktische Gestaltung sehr vieler Einzelheiten in der dargestellten „zukünftigen" Welt anderer Meinung sein als Benson. Natürlich hätte ein derartiger Einwand nur Sinn gegenüber einem „Zukunftsroman". Ganz gleich, wie sich der einzelne die praktische Gestaltung und Durchführung der Prinzipien denkt: Die Ideen selbst sind immer dieselben, nur die Zielrichtung ihrer Anhänger wird von Jahrhundert zu Jahrhundert klarer und bestimmter. Daher der Eindruck des ungeheuer Zeitgemäßen, den Bensons Darstellung heute machen muß der, wie auch das Vorwort von H. M. v. Lama betont, so weit geht, daß Benson den Verlauf der Dinge bis heute zum Teil fast buchstäblich richtig vorausgeahnt zu haben scheint. Völkerbund, Vereinigung der Nationen auf einer anderen Grundlage als der von Christus gegebenen, die durch die jüngsten Enthüllungen bestätigten Bestrebungen der Freimaurer, die Ideen moderner Sozialisten von natürlicher Menschheitsvollendung und hundert andere Erscheinungen der jüngsten weltpolitischen Entwicklung liegen genau in der Richtung, die im „Herrn der Welt" die Menschheitsgeschichte bereits genommen hat. Es ist natürlich, daß der Genuß des Werkes für den Katholiken ein noch viel höherer sein kann als für den Nichtgläubigen, obwohl die rein literarischen Eigenschaften des Werkes die weitgehendste Verbreitung auch in den uns geistig am fernsten stehenden Kreisen verbürgen. Es wäre albern, eigens zu betonen, daß die Vertreter der „Welt" bei Benson mit derselben parteilosen Objektivität gezeichnet sind wie die letzten Christen; es scheint sogar, als ob der Verfasser in diesen Vertretern der Welt in noch viel höherem Maße alles das sympathische Gefühl für sie Einnehmende hervorgekehrt hätte; wenigstens kann ich mir nicht anders den Eindruck erklären, den ich auch in den verschiedensten Besprechungen bezeugt gefunden habe: die mit wahrer Furcht verbundene Empfindung, daß die eigene Glaubenskraft des Lesers der ungeheuren Belastungsprobe in der dargestellten religionslosen Welt, die doch in sich so vollkommen ist, nicht gewachsen wäre, im Abfall und in der Hingabe an diese Welt enden müßte. Dieser Eindruck ist ein ganz elementarer und zwingender; er spricht mehr als alles andere für die unerhörte künstlerische Kraft, mit der hier alles Sinn und Herz Bestechende an einer Welt herausgearbeitet wird, die der Verfasser selbst verwirft.

Noch in einer anderen Weise äußert sich diese höchste künstlerische Objektivität, die selbst über den Zeiten und ihren Launen zu stehen scheint. Benson ist nicht der erste und letzte, der sich an die Darstellung des Endes der Zeiten in irgend einer Form gewagt hat, aber er ist der einzige, bei dem die Weissagungen der Bibel mit der ganzen Vorstellungswelt der Gegenwart und modernem Empfinden in einer Weise verschmolzen erscheinen, daß eine Trennung kaum mehr denkbar ist. Ich erwähne nur die Gestalt des Antichrist, die zwar in der Bibel durchaus einleuchtet, deren Hineindenken in die moderne Gegenwart aber dem gewöhnlichen Vorstellungsvermögen mindestens Schwierigkeiten bereitet; und doch erscheint hier diese Gestalt mit Zügen von Napoleon wie von Christus selbst erst fast unmerklich auftauchend, bald in zunehmender Deutlichkeit, modern und moderner als selbst die Gestalten heutiger europäischer und amerikanischer Staatsmänner und doch gewaltiger und einzigartiger als sie alle, dabei so natürlich beherrschend und selbstverständlich wie das eigene Ich; nur eines nicht, nicht in dem „unmodernen" Licht, in dem unsere vorurteilsbehaftete und unbeschwingte Phantasie vielfach die Gestalten der Bibel zu sehen geneigt ist. Erst dann, wenn sich das Ganze mit steigender Wucht dem Ende entgegentürmt, ist es, als ob auch die Töne des Sehers auf Patmos hereinklängen: „. . . . . Jetzt kam er heran, rascher und rascher, der Erbe alles Zeitlichen, der Verbannte der Ewigkeit, des Endes kläglicher Rebellenfürst, das Geschöpf in Auflehnung gegen seinen Gott, blinder denn die erbleichende Sonne und die schwankende Erde — — — — Er kam, und die Erde, von neuem berstend und ihm huldigend, bebte und wankte im letzten Kampf geteilter Unterwürfigkeit — —". Zahlreich sind auch die Parallelen zwischen den Tagen der letzten Christen mit denen der ersten Zwölf und ihres Meisters in Galiläa; unauffällig und allmählich stellen sie sich ein, bis sie, plötzlich zum Bewußtsein kommend, ganz außerordentlich zur Verdichtung der Stimmung und Verschärfung der dramatischen Spannung beitragen.

Weitgehende Betrachtungen ließen sich anstellen über Benson als den Verfasser der „Sentimentalisten"; vielleicht wird es nicht mehr lange dauern, bis auch die hohe Bedeutung dieses Werkes in seiner Stellung zur ganzen Gegenwartskultur erkannt wird. Nur eine Parallele mag noch gezogen werden. Die Engländer wußten schon längere Zeit von einem gewissen William Shakespeare, der ein paar außerordentlich hübsche und zur Aufführung empfehlenswerte Theaterstücke geschrieben hatte, bis eines Tages die Deutschen kamen und Shakespeare für die Weltliteratur entdeckten. Robert Hugh Benson hat in England bereits bedeutendes Aufsehen erregt: aber in Deutschland mag sich doch eine ganz andere Wertung dieses Dichters anbahnen, so sehr der erste Eindruck vielfach nur der des Außerordentlichen und schwer Einzuschätzenden war; sollte hier den Deutschen eine ähnliche Rolle beschieden sein, wie sie ihnen bei der endgültigen Wertung Shakespeares vorbehalten war?

Eine Gefahr freilich steht dem noch entgegen, die gerade bei der außerordentlichen Zugkraft des Buches nicht zu unterschätzen ist: daß das Stück eine rasche Verbreitung in Kreisen gewinnt, die auch ein Stück wie etwa Kellermanns „Tunnel" als Kunstwerk hinzunehmen bereit sind; daß, mit anderen Worten, der „Herr der Welt" als Zukunftsroman rasch von Auflage zu Auflage schreitet, während die Dichtung, die gewaltige Menschheitsdichtung, ebenso rasch und sicher von den Marktschreiern der Sensation zu Grabe gesungen wird. Gerade hier wird es Sache einer taktvollen Zurückhaltung in der Propaganda sein, den Appell an die groben Instinkte der Massen zu vermeiden, der zwar dem Sensationsstück rasch die Wege ebnen mag, die reine Auffassung des Werkes als höchster Dichtung aber mit unfehlbarer Sicherheit vereiteln müßte.

Vom Büchertisch.

Wilhelm Müller-Rüdersdorf: Der Heimatkranz. Gedanken. Bad Nassau (Lahn), Zentralstelle zur Verbreitung guter deutscher Literatur. Pr. 60 Pf. — Dies Büchlein formschöner und vertiefter Heimatgedanken (in ungebundener Rede) sollte in Massen verbreitet werden, denn es umschließt echtes, lauteres Gold der Erkenntnis und der Liebe, ist ganz geeignet, die Treue zur Heimat zu wecken, zu festigen und zu fördern und mitsorgen zu helfen, daß dies teuerste Gut wahrer Heimatliebe uns in den dunklen Zeiten nicht verloren gehe, sondern vielmehr leuchtend, flammend in dem Gedächtnis unserer Seele stehe. Der „Heimatkranz" fügt sich würdig und schön des gleichen Verfassers Spruchbüchern an: „Des Glückes Brücke" und „Schmied' uns Leben!" Alle drei Bändchen zählen, ihrem Werte nach, zum Dauerbestand deutscher Literatur. E. M. Hamann.

Willibrord Betzler O. S. B.: Der junge Redner. Einführung in die Redekunst. Mit 28 Bildern und 4 Tafeln. Freiburg, Herder. Preis kart. 7.40 M. — Mitten aus reichem Bildungs- und Erfahrungsleben heraus ist dieses ziel- und mittelsichere Buch von wahrhaft herzerquickender Idealrealität geschaffen worden: durch einen Bewährten für unsere redelustige Jugend. Aber außer den „Jungen" werden auch viele „Alte" ihre helle Freude daran haben. Inhaltlich gliedert sich der stattliche Band in drei Hauptteile: I. Beispiele: Einzelreden, Redekämpfe, aus Redekämpfen; II. Winke: Der geborene Redner, Wie kann Beredsamkeit gefördert werden? Das Wesen der Rede, das Halten der Rede, Uebungen, Das selbständige Ausarbeiten einer Rede, Der ausgereifte Leser; III. Anhang: Aufsätze, Lösungen. Für die Neuauflagen möchte ich der bereits gebotenen Fülle doch noch eine Bereicherung wünschen: Berücksichtigung der Vorlesekunst, und zwar im kleinen wie im größeren Kreise. E. M. Hamann.

Christliche Demokratie. Eine Sammlung von Predigten und Reden über staatspolitische und soziale Fragen. Von A. Meyenberg. 2. Folge. 16° 168 S. 2 Frs. Luzern, Räber, 1919. Dieses zweite Bändchen der höchst zeitgemäßen Sammlung entwirft ein Bild wahrhaft christlicher Demokratie zunächst als Achtung vor der niederen Arbeit, als Kampf gegen Volksbedrückung und als sozialpolitische Tätigkeit. In einer weiteren Predigt wird gezeigt, wie die christliche Demokratie Anteilnahme aller Schichten an der staatlichen Arbeit fordert ohne Ausschließlichkeit oder Einseitigkeit. Auch das Frauenstimmrecht wird dabei erörtert. Eine dritte Auseinandersetzung beschäftigt sich mit der christlichen Demokratie als kräftigem Kampf gegen bolschewistische Einseitigkeit, wobei auch die Fragen Reichtum, Armut und Mittelstand ihre Beantwortung finden vom biblischen und psychologischen, vom staats- und naturrechtlichen Standpunkt aus. Diese Predigten bilden herrliche Winke für die Behandlung dieser brennenden Gegenwartsfragen. O. Heinz.

Aus dem Buche der Bücher. Biblische Erzählungen und Betrachtungen von Matthias Höhler, Generalvikar von Limburg. 8° 400 S. Mit 8 Bildern. M 8.—, geb. M 10.50. Regensburg, Pustet. — Die Liebe zur hl. Schrift wächst zusehends in weiten Kreisen. Aber es ist

nicht jedem möglich, das Buch der Bücher unverkürzt zu lesen. Was jedoch keinem Christen unbekannt bleiben sollte, ist der Grundinhalt der Offenbarungsschriften: Die geschichtliche Entwicklung des Reiches Gottes auf Erden vom Anbeginn der Welt bis auf den Heiland, sein Erlösungswerk, die von ihm gestiftete Kirche, ihr Werden und Walten. Höhler hat es nun unternommen, diesen Grundinhalt der Hl. Schrift in fortlaufenden betrachtenden Erzählungen gemeinverständlich zur Darstellung zu bringen. Der vorliegende erste Band umfaßt Erzählungen und Betrachtungen aus dem ersten Buche Moses unter dem Gesamttitel „Die Patriarchen der Vorzeit“. Aufbau und Anlage des Werkes sind wohl geeignet, das Ziel zu erreichen, das der Verfasser sich steckt: Förderung der Lesung der Hl. Schrift, Betrachtung und Erbauung. O. Heinz.

Natur und Kultur. Illustrierte Zeitschrift für Naturwissenschaft und Grenzgebiete. Herausgeber und Schriftleiter: Dr. F. J. Völler, München. 17. Jahrg., monatlich ein Doppelheft, vierteljährlich 2.75 *M*. Probehefte gratis. — Eine Reihe Zeitschriften ist neu erstanden, die alle mitarbeiten wollen, unser teures Vaterland aus dem tiefen Sumpf, in den es geraten, wieder emporzuheben. Möchte ein neuer Frühling erblühen! Ueber dem Neuen dürfen wir aber das Hergebrachte und Altbewährte nicht vergessen. — Auf naturwissenschaftlichem Gebiete haben wir seit 16 Jahren eine vortreffliche Monatsschrift „Natur und Kultur“, die es sich zur besonderen Aufgabe gemacht hat, auf dem Boden der christlichen Weltanschauung durch gediegene Arbeiten die weitesten Kreise mit den Ergebnissen der Naturwissenschaft vertraut zu machen. Dadurch stellt sie sich bewußt der materialistischen, pantheistischen und monistischen Weltauffassung entgegen. Infolgedessen können wir unseren Bedarf an naturwissenschaftlichen Erkenntnissen ruhigen Gewissens aus „Natur und Kultur“ schöpfen, ohne Gefahr zu laufen, in unserem Tiefsten und Heiligsten verletzt zu werden. Unser Interesse an den Fortschritten und Erfolgen der Technik, unsere Freude an Gottes schöner Natur wird nicht gestört durch offene und versteckte Angriffe auf Glaube und Sitte. Im Gegenteil, sie finden hier ihre beste Verteidigung. In gegenwärtiger Zeit ist diese notwendiger denn je. Mehren sich doch allenthalben die Zeichen, daß der Monistenbund und seine Gesinnungsgenossen sich aufs neue regen, um die Wirren der Zeit für die monistischen Ideale auszunützen. Mehr als je gilt es darum heute, das Tatsachenmaterial der modernen Naturlehre weitesten Kreisen zugänglich zu machen, aber auch den Mut zu haben, die Grenzen der Naturerkenntnis zu beachten und richtig abzustecken; und dazu trägt „Natur und Kultur“ ihr redlich Teil bei. — Es sollte darum Ehrenpflicht eines jeden Katholiken sein, diese Zeitschrift nicht nur regelmäßig zu lesen, sondern sie durch Dauerbezug materiell zu unterstützen. Zur Pflege unserer Ideale brauchen wir irdische Güter. Unterstützen wir damit eine so gediegene Zeitschrift wie „Natur und Kultur“, so tun wir der Kirche den größten Dienst, wir pflegen Gottesdienst. Gewiß könnte die Zeitschrift noch in mancher Beziehung ausgebaut werden. Dazu bedarf sie aber der tatkräftigen Unterstützung. Der Herausgeber wird dann den Wünschen seiner Leser gern entgegenkommen. Dann kann „Natur und Kultur“ die Konkurrenz mit anderen nicht christlichen naturwissenschaftlichen Zeitschriften nicht nur qualitativ, sondern auch quantitativ siegreich bestehen. Darum trage ein jeder für die Verbreitung der verhältnismäßig billigen Zeitschrift Sorge, damit ihre Dauerbezieher in die Zehntausende gehen. Wer „Natur und Kultur“ fördert, arbeitet mit an der Wiedergeburt der deutschen Kultur. Denn „Natur und Kultur“ ist zur Förderung der Gesundung Deutschlands mitberufen. Dr. med. Heising.

Franziskus-Stimmen. Religiöse Monatsschrift zur Pflege der Frömmigkeit im Geiste des hl. Franziskus. Herausgegeben von Mitgliedern des Franziskanerordens. Jahrgang *M* 4.—. Paderborn, Bonifaciusdruckerei. Der eben abgeschlossene dritte Jahrgang dieser Zeitschrift zeigt aufs neue, daß sie in unverdrossener gediegener Arbeit ihrem Ziele zustrebt, den Geist des hl. Franziskus für unsere Zeit fruchtbar zu machen. Die vielen belehrenden Beiträge, Lebensbilder, Ausschnitte aus der Ordensgeschichte, Legenden und Erzählungen, ebenso die auf die Forderungen der Gegenwart abgestimmten Anregungen atmen den Geist des seraphischen Heiligen und laden zur Nachahmung seines Beispieles, zur Verwirklichung der durch ihn der Menschheit gezeigten Ideale ein. So erfüllt die gut ausgestattete, mit prächtigen Bildern versehene Zeitschrift eine segensreiche Aufgabe. O. Heinz.

Kohlrausch, Deutsche Denkstätten in Italien. Neue Folge. Mit Zeichnungen von Pellegrini. Stuttgart, Lutz; 7.50 *M*. Der Verfasser weist aufs neue als kundiger Führer den Weg zu einer Reihe meist recht entlegener geschichtlicher Erinnerungsstätten auf dem Boden Italiens. Sein Buch, das zeitlich die Jahrhunderte von der Herrschaft der Gotenkönige bis zu Kaiser Karl V. umspannt, hat gerade in unserer Zeit etwas besonders Anziehendes. Heute, wo das Deutschtum die grausamsten Streiche aushalten muß und die schmerzlichsten Einbußen erleidet, berührt uns der melancholische Inhalt des Buches, der auch in der zurückhaltenden und gedämpften Sprache des Verfassers sich geltend macht, doppelt tief; auf der anderen Seite empfindet man in dieser Zeit der Wirrnisse und aufreibenden Unruhen wohltuend den Zauber, der von den liebevollen Schilderungen südlicher Landschaft ausgeht. Geschichte und Natur in wundervoller Verschlingung, durch einen verständnisvollen Wanderer gekündet und gedeutet, der trotz seines anderen Standpunktes auch für katholisches Leben der Vergangenheit ein warmes Verständnis hat, — das ist der Inhalt des dankenswerten Buches. Es legt in mehrfacher Beziehung den Vergleich mit einem anderen nahe, das eben in neuer (Titel-)Auflage erscheint: **Smidt, Deutsche Romfahrer von Winkelmann bis Böcklin.** Leipzig, Dyk; 6 *M*. Hier ist, wie der Untertitel sagt, ein Jahrhundert römischen Lebens in Tagebuchblättern und Briefen vor Augen geführt, so daß im wesentlichen nur diejenigen zu uns sprechen, deren Erinnerungen der Verfasser zusammengestellt hat; er selbst beschränkt sich auf eine kurze Einführung, knappe Notizen über die einzelnen Persönlichkeiten und einen in Annalenform gegebenen Abriß der Zeitgeschichte. Das Buch ist vor allem dadurch von Wert, daß es die Stadt Rom vor den einschneidenden Veränderungen der neueren Zeit, das eigentliche Rom der Päpste, das Rom, dem die Erinnerungen so vieler Großen im Reiche des Geistes gelten, zum Schauplatze hat. Auch hier berührt es sympathisch, daß im Kreise der 39 Männer und Frauen auch Vertreter der katholischen Weltanschauung, unter anderen Overbeck, Führich und Hettinger, ausführlich zu Worte kommen. Gymn.-Dir. Ley.

Bühnen- und Musikrundschau.

Münchener Kammerspiele. Die Fortsetzung der Aufführungen des Wedekindschen Schlosses Wetterstein hat zu weiteren Unruhen geführt. In einer Sonntagsaufführung hat sich die Empörung schon im zweiten Akte Bahn gebrochen und es kam zu Lärmszenen, die die Polizei veranlaßten, das Theater zu schließen. Wenn in dieser Vorstellung mit Kartoffeln nach den Schauspielern geworfen wurde, am nächsten Abend ein Theaterbesucher einen Feuerwerkskörper abgebrannt hat, so sind dies natürlich Geschmacklosigkeiten und Roheiten, die niemand billigen kann. Ebensowenig läßt sich freilich verstehen, wie die Kammerspiele trotz aller Empörung des Publikums und der Presse das Stück auf dem Spielplan belassen können. Weitere Ruhestörungen im Theater werden als grober Unfug zur Anzeige gebracht. Nicht mit der Wedekindangelegenheit im Zusammenhang steht ein Streik der Schauspieler dieser Bühne. Er war durch Gehaltsforderungen hervorgerufen, welche die Leitung nicht bewilligen zu können erklärte. Nach eintägigem Streik hat jedoch die Direktion die Wünsche ihrer Künstler erfüllt. Bei dieser Gelegenheit wurde von offizieller Seite bekannt, daß die Kammerspiele noch niemals einen Gewinn abgeworfen haben, wodurch die Zähigkeit, mit der man an dem zugkräftigen Wedekind festhält, zwar nicht entschuldigt, aber doch erklärt wird. Durch den Streik um einen Tag verspätet fand die Erstaufführung eines Schauspiels „Christa, die Tante“ von Rolf Lauckner statt. Der Applaus, den das in neun Bildern geteilte Stück fand, war nicht sehr stark, so daß es des Pfeifens nicht bedurft hätte, auch bei ganz gegenteiliger Ansicht. Das scheint jetzt Sport werden zu wollen. Das von Kalbeck sehr fein inszenierte Stück macht anfangs einen günstigen Eindruck. Man hat das Gefühl: der Autor weiß mit wenig Mitteln die von ihm gewollten Stimmungen anzuschlagen und festzuhalten. Später allerdings fehlt es an Steigerung; das Interesse läßt nach; wie dies schließlich das Schicksal aller undramatischen Stücke ist. Die Regie suchte diese Mängel durch Kürzung der Pausen zwischen diesen aus dem Dunkel auftauchenden und wieder im Dunkel versinkenden „Bildern“ möglich auszugleichen. Die Fabel von „Christa, die Tante“ beschäftigt sich wieder einmal mit dem Schrei nach dem Kinde. Christa lebt im Hause ihrer verheirateten Schwester und ist dem Neffen mehr Mutter, als die etwas oberflächliche Mama. Früher hat sie das Buberl gebadet, jetzt lernt sie mit ihm die Oden des Horaz; aus Liebe zu dem Jungen hat sie nämlich Latein studiert, da er hierin mäßige Noten hat. Daß diese mütterliche Empfindung des alternden Mädchens in aggressive Erotik ausartet, wirkt auf uns so peinlich, wie auf den Primaner, der mit dem Ausruf „die Tante ist verrückt geworden“ davon läuft. Die Tante bekommt ein Nervenfieber; als sie sich von dem Krankenlager erhebt, hat sie weiße Haare. Was das Stück unsympathisch macht, ist, daß dieser Spezialfall von Hysterie gewissermaßen als typisch dargestellt und die Jungfräulichkeit als ein sehr unwünschenswerter Zustand erklärt wird, den antike Kulturen angeblich beseitigt hätten. Sehr peinlich ist folgende Szene: Die Tante wartet in der Nacht auf den Jüngling, der bummelt, um ihm Vorwürfe zu machen. Er kommt mit einer Schutzmannstochter in sein Zimmer und die hysterische Christa, die durch ihr Dazwischentreten die Verführung des Mädchens vereiteln könnte, bleibt in ihrem Versteck!! Auf der Bühne steht einmal ein Korb voll Damenwäsche. Es charakterisiert die durchaus ungesunde Atmosphäre der ganzen Umwelt, daß die Personen dergleichen nicht sehen können ohne hysterische Anfälle. Manche Eindeutigkeit wäre zu streichen, vor allem aber auch der an den Haaren herbeigezogene, schließlich auch den gleichgültigsten Christen verletzende Diskurs über Christi Geburt. Anna Ernst gab die hysterische Tante mit diskreter Kunst.

Volkstheater. „Lang, lang ist's her“, eine Liebesgeschichte aus der Wiener Biedermeierzeit hatte im Volkstheater einen sehr großen Erfolg. Die anspruchslose Geschichte hat Bruno Hardt zum Verfasser und Robert Stolz schrieb die Musik dazu, die in schmachtenden Weisen an das Gefühl appelliert und durch flotte Märsche erfrischt in der vom Publikum beliebten Mischung. Frl. Betz vom Nationaltheater a. G. gibt das liebe Engerl, das alle Herzen im Sturm gewinnt, sehr liebenswürdig und fein. Die Liebesgeschichte ist, wie gesagt, sehr einfach; aber zwischen Scheiden und Wiederfinden hat der Autor eine Menge Nebenpersonen und Dinge eingeschoben, die zwar nicht immer den Stil Alt-Wiens treffen, aber unterhalten. Von den vielen Mitwirkenden seien die Damen Sondra, Speidel, Aichbichler und Meingast, sowie Koutenski, Schmid—Michaeli, Hille, Kohlenegg hervorgehoben. Direktor Bach als Spielleiter und Feld als neuer Kapellmeister hatten das Stück liebevoll einstudiert. Es wird wohl lange Zeit das Publikum anziehen.

Lustspielhaus. Frau Körner hat ihre Bemühungen, dieses Theater als gute Lustspielbühne neben dem Schauspielhaus zu führen, aufgegeben. Im neuen Jahre wird die Operettengesellschaft Kurt Olfers in dem Hause spielen.

Aus den Konzertsälen. Pfitzner hatte für das 5. Abonnementskonzert des Konzertvereins ein sehr reichhaltiges Programm gewählt. Es bot in schöner Wiedergabe die 3. Symphonie von Brahms, dann die Ouvertüre von Cimarosas Oper „die heimliche Ehe“, der das Vorspiel zu Brucks „Loreley“ folgte. Der Schritt zu Strauß gelang. Der Tondichter gibt sich in dem wenig gesungenen „Tal“ (op. 51) verhältnismäßig einfach. Die Naturpoesie der Uhland'schen Dichtung

findet in der sich in der Mitte mächtig steigernden, dann ruhig ausklingen den Musikkongenialen Ausdruck. Der Kölner Opernsänger Julius Gleß sang die Strophen sehr gut, allerdings noch besser liegt seiner Stimme das Heitere, wie es in Pfitzners „Heinzelmännchen" (nach Kopisch) zum Ausdruck kommt. Daß dieses liebenswürdige Werk Pfitzners durch Pfitzner eine gewinnende Ausdeutung erfuhr, bedarf keiner Erwähnung. — Großen Erfolg hatte auch Guido von Fuchs, der in das Odeon zu einem Kompositionsabend geladen hatte. Der Wiener Tonsetzer hatte in Luise Willer und Brodersen von der Münchener Oper zwei Interpreten, die durch ihre schönen Stimmen und ihr hohes Stilgefühl den Liedern starke Fürsprecher waren. Geläutertes Formempfinden ist die Vorbedingung für die Wiedergabe Fuchs'scher Lieder; der Komponist strebt auf der Linie von Hugo Wolf auf eine restlose musikalische Ausdeutung der dichterischen Feinheiten der Verse, für deren letzte rhythmische Nuancen er ein sehr feines Ohr besitzt. Er vertonte Lieder moderner Dichter, wie Falke, Flaischlen, Lasker-Schüler, aber auch solche von Goethe und Michelangelo. Gerade bei Gesängen der letztgenannten fand er seine glücklichsten Weisen. Mehrere Lieder mußten wiederholt werden. Man gewann den Eindruck, eine sehr fesselnde Musikerpersönlichkeit kennen gelernt zu haben und ehrte ihn und die prächtig singenden Künstler durch stürmischen Beifall. Am Flügel begleitete Michael Raucheisen in vollendeter Weise. Mit Bedauern hört man, daß dieser vortreffliche Pianist im nächsten Jahre nach Berlin übersiedeln und somit dem Münchener Konzertleben verloren gehen wird. Er war auch der Begleiter der Marie Joachim, die sich auf ihrem Liederabend sehr freundlichen Beifalls erfreuen durfte. Sie besitzt eine wohlklingende Stimme und fesselndes Vortragstalent; mit der Melodie ist sie gelegentlich etwas frei, so daß die Stärke des Eindruckes nicht immer gleichmäßig ist. Der Pianist Erich Kloß ist ein noch junger Künstler. Er besitzt ein sehr schönes Können, mit dem er Liszt und Chopin technisch ausgezeichnet beherrscht. Die Poesie des Vortrages wird heute noch weniger fühlbar.

München. L. G. Oberlaender.

Finanz- und Handels-Rundschau.

Amerika und Europas Konkursmasse. — Ein bayerisches Ausfuhrverbot. — Europas Goldpolitik, das Märchen der Friedenszeit. — Das neue Jahr, hoffentlich Deutschlands günstige Schicksalswende.

Das scheidende Jahr sieht Deutschlands Wirtschaftslage in tristesten Farben, grau in grau! Nunmehr scheint auch das Ausland sich zu erinnern, dass mit Deutschlands Finanznot Europas Geldentwicklung steht und fällt. Amerika als der grosse Gläubiger und als der Sieger im Weltkriege und zwar der alleinige Sieger, das erkennen auch die sonst so siegestrunkenen Franzosen unumwunden an, wird über kurz oder lang, wenn es „die Konkursmasse Europas im Ausverkauf" erworben hat, schon Mittel und Wege bereithalten, Europas Finanzmaschine wieder einigermassen rollend zu bewegen. Einstweilen scheint, dass Neuyork der aufrichtig notleidendes, benachbarten Deutsch-österreichischen Republik zu Hilfe kommt. In der Schweiz hat sich eine „Verwertungsstelle für ausländische Währung" gebildet mit dem Zweck, fremde Banknoten — es handelt sich vor allem um die Bindung von einstweilen 3 Milliarden deutscher Reichsmark, in Form von schwimmenden deutschen Banknoten — zu erwerben und unter Anlage derselben in gut fundierte deutsche Wertpapiere zinsbringend anzulegen. Irgendwelch praktischer Erfolg von solcher Devisenunterstützung ist bislang nicht bemerkbar. Der Tiefkurs der deutschen Valuta von 10 konnte sich nur unmerklich heben, um bei ständigen Zuckungen immer wieder in seine abschwächende Lethargie zurückzufallen. Auch die vom Reichsfinanzministerium einberufene ständige deutsche Valutakommission wird auf Granit beissen, denn die Verfassung und Organisation der deutschen Währung ist heute derart von Grund auf zerfahren und verworren, dass Erörterungen allein eine und zwar notwendig durchgreifende Besserung nicht bringen können. Ein britischer Vorschlag plant eine Art internationales Moratorium als Allheilmittel gegen den Zusammenbruch des Weltkredites. Andere ähnliche Vorschläge werden täglich bekannt und erörtert.

Inzwischen verbreitet sich das Kapitel der Flucht vor der Mark und vor den jetzt in überreicher Fülle Gesetzeskraft erlangenden Steuern. Die Kritik des Auslandes, namentlich der neutralen Staaten, bleibt in überwiegendem Masse äusserst trostlos für die Finanzgestaltung bei uns. Besonders der fortgesetzte „Ausverkauf Deutschlands" und die Tatsache, dass das Ausland deutsche Waren, deutschen Grundbesitz angesichts des rechnerischen Wertes der Valuta um Spottpreise erwerben kann, bewirkt bei dieser Betrachtung mit in erster Linie eine solche minderwertige Beurteilung. Nach dem Beispiele Badens und Württembergs hat nunmehr auch Bayern ein Ausfuhrverbot für die wichtigsten Bedarfsartikel erlassen, um so der grossen Gefahr der Wirtschaftsausplünderung Bayerns entgegenzutreten. Unbegreiflicherweise hat die Reichsregierung es versäumt, rechtzeitig eine sogenannte „Dumping"-Massnahme zu treffen. — Ueberaus fleissig ist nach wie vor die Notenpresse sowohl bei uns, wie auch mehr oder minder bei den übrigen Ländern, welche, und das kann fast verallgemeinert werden, die in Friedensseiten hochgeschätzte Goldpolitik aus zwingenden Gründen der Notwendigkeit verlassen mussten. Bankkreise versichern wiederholt die grossen Millionensummen von Auslandsbanknoten, welche an den deutschen Börsen von Bank- zu Bankkonto angeboten werden. Dass naturgemäss angesichts der kolossalen Preissteigerungen und Preisschleuderungen dem Notengeld lediglich der Papierwert innewohnt, begreift bei uns jedermann. Und das ist wohl mit ein Grund der anormalen Börsengestaltung, woselbst eine Art Hamsterei von Aktienwerten stattfindet, ohne Rücksicht, ob irgendwelche Rentabilität mit solchem Effektenerwerb verbunden ist. Auf Anordnung der Entente hat ein Reichsgesetz die Zahlung der Einfuhrzölle in Gold einstweilen aufgehoben, eine weitere Ursache, wenn unsere Geldpolitik, soweit möglich, noch verschlechtert wird. Dabei ist immer wieder die Frage zu ventilieren, ob und wann die Alliierten die Steuererträgnisse Deutschlands fordern und — es kann unverhohlen ausgesprochen werden — wann die quittierte Rechnung über die Friedenforderungen der Entente bei uns zur Zahlung präsentiert wird. Was für solche „Reichsnotopfer" uns das kommende Jahr bringen wird, bleibt der Zukunft überlassen! Das Zeichnungsergebnis der Sparprämienanleihe kann jedoch im Gegensatz zu manch anderem Vergleich nicht als Spiegelbild hierfür in Betracht kommen. Es hat wohl noch keine deutsche Anleihe gegeben, welche unter derart ausgesprochen ungünstigsten Zeitläuften dem deutschen Kapitalistenpublikum trotz aller verlockenden Ausstattungen angeboten wurde! Und gerade deshalb ist das Resultat kein ausgesprochen ungünstiges. Dass die einzelnen deutsch-österreichischen Länder sich an Deutschlands Wirtschaftshilfe anschliessen wollen, ist schliesslich auch nicht das schlechteste Zeichen für uns. Frankreich wittert nicht ohne Grund, wie sehr wir trotz aller schrecklichen Schicksalsschläge noch kräftig genug sind, lebenserhaltend zu wirken. Vielleicht bringt uns das neue Jahr doch erheblichere Besserungen, als wir bei unserem heutigen Pessimismus zu hoffen wagen.

München. M. Weber.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Rittmeister Karl Graf von Hertling war während der Kanzlerschaft seines Vaters dessen persönlicher Adjutant. Er hat alle die für das deutsche Volk so folgenschweren Vorgänge in der Außen- und Innenpolitik des Jahres 1918 an erster Stelle miterlebt. Sein Buch „Ein Jahr in der Reichskanzlei. Erinnerungen an die Kanzlerschaft meines Vaters", ist für die Zeit der Kanzlerschaft Hertlings und damit für die politische Geschichte des Weltkriegs überhaupt ein ungemein wichtiger Beitrag, der neben die Veröffentlichungen Bethmanns und Ludendorffs gestellt werden muß. Den diesbezügl. beigelegten Prospekt der Herderschen Verlagshandlung zu Freiburg möchten wir der Beachtung unserer Leser ganz besonders empfehlen.

Für Bücherfreunde.

Die hervorstechende Kunst unserer Tage, die Exlibriskunst, ist es gerade, die unseren Bücherschatz so leicht erst zu unserem Eigentum stempelt und ihn vor Verlusten schützt. Ein künstlerisches Exlibris lobt als Zierde des Buches dessen Besitzer, daher die Erfahrung, daß selbst kleinere Büchersammlungen heute mit Exlibris geschmückt werden und die Exlibris hervorragend zu Geschenkzwecken Verwendung finden. Aber nur ein wirklich künstlerisches Exlibris ist eine Zierde für ein Buch. Wertlose Nachahmungen entstellen nur. Will man sicher sein, ein wirklich künstlerisch entworfenes und künstlerisch ausgeführtes Exlibris zu bekommen, wende man sich an die Exlibriskunst Heinrich Buschmann, Münster i. W. Nr. 8, auf deren Inserat in heutiger Nummer hingewiesen wird.

TODES-ANZEIGE.

Versehen mit den hl. Sterbsakramenten entschlief Dienstag, den 16. Dez., vorm. halb 10 Uhr, nach 2½ jähriger Krankheit meine innigstgeliebte Gattin, unsere gute Mutter

Frau Sophie Strassner

Schuhfabrikantensgattin

im Alter von 37½ Jahren.

Eggenfelden, Dezember 1919.

In tiefster Trauer:

Louis Strassner, Gatte
mit seinen 6 Kindern.

Die Beerdigung fand am Freitag, den 19. Dezember, in Eggenfelden statt.

Für die Redaktion verantwortlich: i. V. Dr. Jos. Kausen, für die Inserate und den Reklameteil: J. V.: H. Sell.
Verlag von Dr. Armin Kausen, G. m. b. H. (Direktor August Hammelmann).
Druck der Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz, Buch- und Kunstdruckerei, Akt.-Ges., sämtliche in München.